Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1986

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1986

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1986

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Matthias Peter und Daniela Taschler

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-048683-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-049007-7
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-048724-4
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis LXXXI
Abkürzungsverzeichnis LXXXVIII

Dokumente 1

Band I (Dokumente 1–181) 3
Band II (Dokumente 182–377) 953

Register 1983

Personenregister 1983
Sachregister 2059

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1986

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1986 wird zum vierundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner neuen Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zur Einsichtnahme in wichtige und die amtliche Überlieferung ergänzende Schriftstücke aus seinem Privatbesitz.

Die beiden vorliegenden Bände markieren zugleich einen personellen Einschnitt im Herausgebergremium. Seit 1993 war Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller einer der Herausgeber, seit 2005 in der Nachfolge von Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schwarz Hauptherausgeber der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 2015 ist er nach Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden. Er hat zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik wissenschaftlich begleitet und maßgeblich dazu beigetragen, daß sie aus den Akten heraus greifbar wird. Herausgeber und Bearbeiter schulden Horst Möller großen Dank für seine unermüdliche und so ertragreiche Arbeit an den AAPD.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit beeindruckender Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei schließlich auch dem präzise arbeitenden Verlag De Gruyter Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts für Zeitgeschichte Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Matthias Peter und Frau Dr. Daniela Taschler, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Jens Hofmann durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz, M.A., durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Kathrin Meißner, M.A., und Frau Sara Stammnitz.

Berlin, den 1. November 2016 Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1986“ (Kurztitel: AAPD 1986) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1986.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1986“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlußsachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlußsachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstükke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1986 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassi-

fizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 377 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z. B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der

Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung.

In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftsformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche

Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der

Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (24.10.2016) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Abkürzungen vor Firmen und Medien werden dagegen im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Mai 1986 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 06.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 3

Braunmühl befaßt sich mit den Reaktionen der UdSSR auf die Entscheidung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985, mit den USA Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung aufzunehmen.

2 07.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris S. 7

Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und ein gemeinsames Auftreten bei der KVAE in Stockholm. Erörtert werden ferner das Verhältnis der EG- zu den RGW-Mitgliedstaaten, schließlich das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, EUREKA, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Fragen der bilateralen industriellen Kooperation.

3 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt S. 16

Oesterhelt resümiert den Stand der Bemühungen um eine Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij und weiterer Personen sowie von drei in der UdSSR inhaftierten Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik im Austausch gegen fünf für östliche Geheimdienste tätige Agenten.

4 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 19

Braunmühl bewertet eine auf die DDR zurückgehende Initiative, der zufolge beide deutsche Staaten die Ausreise von Andrej Sacharow im Gegenzug zur Freilassung des in Südafrika inhaftierten Nelson Mandela vermitteln sollten.

5 10.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury S. 23

Choudhury berichtet vom Außenminister-Treffen der Organisation der Islamischen Konferenz in Fes. Weitere Themen sind die regionale Zusammenarbeit südasiatischer Staaten im Rahmen der SAARC und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften, ferner Libyen, die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die Nord-Süd-Beziehungen sowie bilaterale Fragen.

6 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 33

Jelonek resümiert den Erkenntnisstand hinsichtlich der Lieferung von zur Herstellung chemischer Kampfstoffe geeigneten

Produkten an Syrien durch Firmen aus der Bundesrepublik und unterbreitet einen Vorschlag für das weitere Vorgehen.

7 10.01. Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Washington S. 36

Ploetz informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burt. Thema war die Unterstützung der amerikanischen Sanktionen gegen Libyen nach den Anschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien.

8 15.01. Aufzeichnung des Botschafters Citron, z. Z. Bonn S. 40

Citron faßt den Verlauf von KVAE-Gesprächen mit Frankreich, Großbritannien und den USA zusammen. Erörtert wurden ein Text über den Gewaltverzicht sowie die weitere Verhandlungsstrategie.

9 15.01. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 46

Van Well rekapituliert den Fall des Iwan (John) Demjanjuk, der in Israel wegen der Beteiligung an NS-Verbrechen unter Anklage gestellt werden sollte, und äußert sich zum Ersuchen der Verteidigung um Mithilfe bei der Beschaffung von Entlastungsmaterial.

10 16.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Baden-Baden S. 48

Hauptthemen sind die Erweiterung der Produktlinie des Airbus, die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und in Frankreich, die militärisch-strategische Zusammenarbeit, SDI, die Teilnahme der Bundesrepublik am Bau der Raumfähre „Hermes“ und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

11 16.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 56

Ausgehend vom Wunsch der Türkei nach Wiederbelebung der Assoziationsbeziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften legt Trumpf die Interessen der Bundesrepublik in den Fragen der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer, der Deblockierung des Finanzprotokolls und eines möglichen EG-Beitritts der Türkei dar.

12 20.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead S. 62

Themen sind die amerikanischen Sanktionen gegen Libyen und die Frage, wie die Bundesrepublik diese trotz bestehender Vorbehalte durch eigene Maßnahmen unterstützen könnte.

13 20.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević S. 71

Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Handelsbeziehungen und die Rückzahlung der Kapitalhilfe aus den 1970er Jahren, die Beziehungen Jugoslawiens zu den Europäischen Gemeinschaften und den jugoslawischen Wunsch nach Umschuldung der internationalen Verbindlichkeiten. Sie widmen sich ferner bilateralen Themen, darunter der Situation jugoslawischer Arbeitnehmer und den Aktivitäten von Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik sowie Rechts- und Konsularfragen.

14 21.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević S. 80

Im Mittelpunkt stehen die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, SDI, die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, Technologie und Kultur sowie der KSZE-Prozeß.

15 21.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 85

Braunmühl rekapituliert den Stand der Bemühungen, in der NATO Konsultationen zum Thema der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen von SDI einzuleiten. Er erläutert das Interesse der Bundesregierung, diese Fragen auch im bilateralen Rahmen und in der WEU zu erörtern.

16 22.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij S. 89

Erörtert werden die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar, insbesondere der Stufenplan zur Abschaffung aller Atomwaffen und die Frage der Friedenssicherung danach.

17 22.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe S. 96

Abe unterrichtet über den Stand der Beziehungen zur UdSSR nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Japan. Weitere Themen sind die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar, die Beteiligung der Bundesrepublik und von Japan an der SDI-Forschung sowie die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio.

18 24.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman S. 106

Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die weitere Behandlung der Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU,

Gorbatschow, vom 15. Januar, vor allem hinsichtlich eines INF-Zwischenabkommens und eines nuklearen Teststopps.

19 24.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 113

Ruth analysiert die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar. Er beschreibt Möglichkeiten, einige Elemente der Vorschläge aufzugreifen, ohne die Friedenssicherung in Europa zu gefährden.

20 24.01. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 122

Auf amerikanische Bitte äußert sich Genscher zu den Aussichten, die Menschenrechtslage in Rumänien zu verbessern und hierzu die von den USA gewährte Meistbegünstigung für rumänische Exporte als Hebel zu benutzen.

21 24.01. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 124

Hansen berichtet von einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den KVAE-Delegationsleitern der NATO-Mitgliedstaaten zum Verhandlungsstand in Stockholm. Erörtert wurden die bevorstehenden Redaktionsarbeiten an einem Schlußdokument, die Haltung zu einem Text über den Gewaltverzicht sowie die Zusammenarbeit zwischen den Delegationen und den NATO-Gremien in Brüssel.

22 26.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 130

Jelonek analysiert den Stand der internationalen Bemühungen, die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zu überwinden, und erörtert die Möglichkeiten der Bundesrepublik, hierzu Beiträge zu leisten.

23 29.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 146

Braunmühl legt dar, daß der amerikanische Kongreß die Produktion binärer chemischer Waffen unter der Bedingung gebilligt habe, daß die NATO in die Ziel- und Stationierungsplanung eingebunden werde. Er legt die Interessen der Bundesrepublik dar und unterbreitet Vorschläge für die Bündniskonsultationen.

24 29.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein S. 152

Blankenstein informiert über den Absturz der amerikanischen Raumfähre „Challenger“ und stellt Überlegungen zu den Folgen für die amerikanische und europäische Raumfahrt an.

25 30.01. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem amerikanischen Botschafter Burt S. 154

Im Mittelpunkt steht die mögliche Ausreise des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij im Rahmen eines Agentenaustauschs und die Freilassung von drei in der UdSSR inhaftierten Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik. Weitere Themen sind die mögliche Freilassung von Andrej Sacharow und Nelson Mandela sowie der geplante Besuch des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, in der Bundesrepublik.

26 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 160

Braunmühl setzt sich mit dem Zusammenhang zwischen der vor allem von den USA gewünschten Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij und der zeitnahen Haftentlassung der drei Geschäftsleute aus der Bundesrepublik durch die UdSSR auseinander.

27 30.01. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 162

Kohl legt die Haltung der Bundesrepublik zu den sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie zum nuklearen Teststopp, zum Verbot chemischer Waffen, zu MBFR und zur KVAE dar.

28 30.01. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Botschaft in Washington S. 169

Als Antwort auf die beim Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 20./21. Januar aufgeworfenen Fragen erläutert Braunmühl die von der Bundesregierung unilateral sowie im Rahmen der EPZ ergriffenen Maßnahmen gegen Libyen.

29 31.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak S. 173

Mubarak äußert sich zum Stand des Friedensprozesses im Nahen Osten und geht dabei auf die Rolle von Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien und der PLO ein. Weitere Themen sind der irakisch-iranische Krieg und die amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen.

30 03.02. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 176

Kohl äußert sich zur zukünftigen Rüstungskontrollpolitik nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen 1985 in Genf. Er betont die Bedeutung eines geschlossenen Auftretens der NATO-Mitgliedstaaten.

31 07.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 182

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Abrüstungsvorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und erörtern Aspekte einer möglichen amerikanischen Antwort.

32 07.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 189

Pleuger informiert über den Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR. Im Mittelpunkt standen bilaterale Fragen, auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, sowie der Stand der Ost-West-Beziehungen nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen 1985 in Genf.

33 08.02. Gespräch des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 194

Ruth und Nitze erörtern die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und die mögliche amerikanische Antwort hierauf. Außerdem wird der Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen besprochen. Die Gesprächspartner befassen sich zudem mit der SRINF-Problematik.

34 09.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Bhagat S. 205

Themen sind die indischen Beziehungen zu den USA, der UdSSR, Pakistan und der Volksrepublik China, der Afghanistan-Krieg, die Ost-West-Beziehungen, die internationale Verschuldungskrise und der Nord-Süd-Dialog sowie bilaterale Fragen, besonders die Aktivitäten von Sikhs in der Bundesrepublik.

35 10.02. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 212

Citron berichtet über ein Gespräch mit der amerikanischen, britischen und französischen KVAE-Delegation zum weiteren Vorgehen beim Thema Gewaltverzicht und informiert über die französische Absicht, einen eigenen Textvorschlag einzubringen.

36 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 215

Ploetz informiert über Truppenstärke, Zusammensetzung und Bewaffnung der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte sowie der Nationalen Volksarmee und analysiert deren Angriffspotential.

37 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 219

Sulimma erörtert die Haltung der verschiedenen Konfliktparteien im Nahen Osten sowie der USA, der UdSSR und der EG-

Mitgliedstaaten zur Frage einer internationalen Nahostkonferenz und wägt die Erfolgsaussichten ab.

38 12.02. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 227

Ruth berichtet von der Diskussion in der Special Consultative Group (SCG) der NATO über eine Antwort auf die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar. Erörtert wurden insbesondere die Implikationen einer modifizierten Null-Lösung.

39 13.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 231

Jelonek gibt einen Sachstand zur Frage der Ausfuhrgenehmigung für Komponenten zum Weiterbau des geplanten Kernkraftwerks in Bushehr. Er legt die Handlungsoptionen der Bundesregierung dar und geht auf mögliche Auswirkungen auf die Beziehungen zum Iran ein.

40 14.02. Vortragender Legationsrat Weiß an die Botschaft in Warschau S. 236

Weiß informiert über Erkenntnisse, wonach es in der polnischen Regierung Meinungsverschiedenheiten wegen der anhaltenden Revanchismusvorwürfe gegenüber der Bundesrepublik und deren Folgen für die bilateralen Beziehungen gebe.

41 14.02. Ministerialdirektor Jelonek an Bundesminister Genscher, z. Z. Tunis S. 238

Jelonek berichtet über den Stand der Verhandlungen mit den USA über eine Beteiligung an der SDI-Forschung und skizziert die Haltung der einzelnen Ressorts bezüglich der den USA zu übergebenden Abkommensentwürfe.

42 14.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 243

Pleuger unterrichtet über die Internationale Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) in Paris und würdigt die Ergebnisse.

43 15.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, in Tunis S. 247

Im Mittelpunkt stehen der irakisch-iranische Krieg und dessen Auswirkungen auf die Golf-Region, ferner der internationale Terrorismus, der Nahost-Konflikt, die Belebung des Europäisch-Arabischen Dialogs sowie eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den EG-Mitgliedstaaten und dem Golf-Kooperationsrat.

44 15.02. Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt S. 250

Montfort berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hassan II. Themen waren die wirtschaftlichen Beziehungen Marokkos zur Bundesrepublik und zu den Europäischen Gemeinschaften sowie der Nahost-Konflikt.

45 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt S. 256

Teltschik resümiert ein Gespräch mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftliche Lage Ungarns und die Bemühungen um engere Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften, ferner die Kontakte zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW.

46 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 258

Jelonek befaßt sich mit einem Antrag der Kraftwerk Union AG auf Ausfuhrgenehmigung für abgereichertes Uran in den Iran und erläutert die zivile bzw. militärische Verwendbarkeit des Materials sowie die Nichtverbreitungsaspekte. Außerdem legt er die Haltung anderer Staaten und rechtliche Aspekte dar.

47 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schlagintweit S. 264

Schlagintweit resümiert ein Gespräch mit einem für Außenpolitik zuständigen Vertreter der PLO in Tunis zum Nahost-Konflikt. Erörtert wurden vor allem eine internationale Friedenskonferenz und die Rolle der EG-Mitgliedstaaten.

48 19.02. Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt S. 266

Bente berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tunesischen Außenminister Essebsi. Thema waren die außenpolitischen Ziele Tunesiens in der Region vor dem Hintergrund der Politik Libyens und der Westsahara-Frage. Darüber hinaus wurden die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den Maghreb-Staaten, der internationale Terrorismus sowie der Nahost-Konflikt und die Lage in Südafrika erörtert.

49 20.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi S. 273

Besprochen werden die Beteiligung Italiens an währungspolitischen Beratungen („Fünfergruppe"), der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio, die Erweiterung des Airbus-Programms und die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Weitere Themen sind die Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrollfragen, die Beteiligung der Bundesrepublik bzw. Italiens an der SDI-Forschung, die Einheitliche Europäische Akte, der Status Spaniens in der NATO sowie die Spannungen zwischen den USA und Libyen.

50 20.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti S. 283

Themen sind die Beziehungen Italiens und der Bundesrepublik zu den Warschauer-Pakt-Staaten, MBFR, die KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien. Behandelt werden außerdem die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und mögliche Reaktionen darauf, der irakisch-iranische Krieg sowie die amerikanische Politik gegenüber Libyen.

51 20.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 290

Braunmühl befaßt sich mit deutsch-französischen Überlegungen hinsichtlich einer Bewertung des SDI-Konzepts und weist auf grundlegende Auffassungsunterschiede zu Frankreich, aber auch zum Bundesministerium der Verteidigung hin.

52 23.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 293

Ruth bewertet die Antwort des Präsidenten Reagan auf die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und geht dabei insbesondere auf die Aussagen zu LRINF ein.

53 24.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez S. 296

Im Mittelpunkt stehen das Referendum zur Mitgliedschaft Spaniens in der NATO, die Entwicklung auf den Philippinen, die Politik gegenüber der Junta in Chile, die künftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen spanischen Botschaft in Berlin, die innerdeutschen Beziehungen sowie die Beziehungen Spaniens zur DDR.

54 24.02. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 302

Braunmühl erklärt, warum die Bundesregierung eine Diskussion der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI in der NATO für erforderlich hält.

55 25.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 305

Braunmühl legt den Stand der Beziehungen zu jüdischen Organisationen in den USA nach der Bitburg-Kontroverse von 1985 dar und analysiert die Hintergründe für deren verstärktes Interesse am Dialog mit der Bundesrepublik. Ferner unterbreitet er Vorschläge für eine Förderung der Zusammenarbeit.

56 27.02. Gespräch des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Tower S. 309

Tower unterrichtet über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.

57 27.02. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Quilès in Paris S. 314

Themen sind die Beratungen über das Vorgehen im Falle eines Einsatzes französischer Nuklearwaffen, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem Parteitag sowie die Antwort des Präsidenten Reagan auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge vom Januar, insbesondere die Null-Lösung. Besprochen werden außerdem die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung, die Erörterung von SDI im Rahmen der WEU, ein Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU, die Zusammenarbeit im Bereich der erweiterten Luftverteidigung, die gemeinsame Ausbildung von Offizieren und die Rüstungszusammenarbeit.

58 28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 328

Braunmühl analysiert die Auswirkungen einer möglichen Null-Lösung bei INF-Systemen auf die Ziele des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 sowie der Reduzierungs- bzw. Modernisierungsbeschlüsse der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) von 1983 („Montebello-Beschlüsse“) und geht auf Risiken für die sicherheitspolitische Lage in Europa ein.

59 28.02. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 333

Holik bewertet den von den Warschauer-Pakt-Staaten vorgelegten Entwurf für ein erstes MBFR-Abkommen und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen der NATO-Mitgliedstaaten.

60 03.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 336

Vor dem Hintergrund wiederholt vorgetragener Bitten Großbritanniens faßt Nagel den Sachstand in der Frage zusammen, ob die Bundesrepublik die Auslieferung von Torpedos an Argentinien genehmigen solle.

61 03.03. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 338

Schoeller berichtet von der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 28. Februar. Themen waren die Vorbereitung eines „Kulturgipfels“, die Vertiefung der Zusammenarbeit, einschließlich einer engen Abstimmung der Auslandsvertretungen, die Entwicklung der Devisenmärkte, die interna-

tionale Verschuldungskrise sowie die industrielle, rüstungswirtschaftliche und technologische Kooperation. Schließlich kamen Fragen der Telekommunikation und die Reform der EG-Agrarpolitik zur Sprache.

62 06.03. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 348

Studnitz faßt das Ergebnis des Vierertreffens der Politischen Direktoren zusammen. Im Mittelpunkt standen das bevorstehende KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern, die KSZE-Folgekonferenz in Wien und die weitere Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Behandelt wurden ferner die Lage in Griechenland, der Türkei, Zypern und Spanien, die Antwortschreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dessen Rüstungskontrollvorschläge vom Januar sowie die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

63 07.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 358

Bertele rekapituliert den Stand der Beratungen in den USA über eine Ratifizierung der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949. Angesichts der ablehnenden Haltung der Vereinigten Stabschefs unterbreitet er Vorschläge für das weitere Vorgehen der Bundesregierung.

64 07.03. Bundeskanzler Kohl an Ministerpräsident Zhao Ziyang S. 361

Kohl äußert den Wunsch, den bestehenden Meinungsaustausch mit der Volksrepublik China auszubauen und regelmäßige Konsultationen über aktuelle Fragen der Weltwirtschaft sowie der Ost-West-Beziehungen und der Rüstungskontrolle durchzuführen.

65 10.03. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 367

Hinsichtlich der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung legt Kohl die Position der Bundesrepublik zu den noch offenen Fragen einer politischen Bekräftigung des SDI-Projekts und der Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen dar.

66 11.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda S. 370

Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Beziehungen, zunächst auf dem Gebiet der Wirtschaft, anschließend unter Einbeziehung der beiderseitigen Geschichts- und Erinnerungspolitik.

67 11.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 380

Jelonek schildert die Arbeiten an den neuen „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ und stellt die wichtigsten inhaltlichen Neuerungen vor.

68 13.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 383

Heyken legt eine Bewertung des XXVII. Parteitags der KPdSU vor, insbesondere mit Bezug auf die Veränderungen in der Parteiführung, die möglichen Auswirkungen auf die sowjetische Gesellschaft, die Konsequenzen für die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten, für die kommunistische Weltbewegung sowie für die Ost-West-Beziehungen.

69 14.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 387

Braunmühl unterbreitet eine Darlegung über die Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung für Gespräche mit der DDR. Erörtert werden insbesondere der Rahmen der politischen Kontaktpflege für das Auswärtige Amt, ohne den besonderen Charakter des deutsch-deutschen Verhältnisses zu beeinträchtigen.

70 14.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 389

Schneppen skizziert die möglichen Auswirkungen der Ermordung des Ministerpräsidenten Palme auf die schwedische Außenpolitik und geht dabei im besonderen auf dessen vielfältige friedenspolitische Initiativen ein.

71 14.03. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 392

Citron schildert den Verlauf der neunten Runde der KVAE, besonders den Beginn der Redaktionsarbeiten in den Arbeitsgruppen. Er beurteilt ferner die Aussichten für eine Einigung.

72 15.03. Drahtbericht des Ministerialdirektors Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Washington S. 402

Schomerus berichtet über den Verlauf der dritten Runde der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung, bei der die Einbeziehung von Berlin (West) und die Einrichtung einer SDI-Koordinierungsstelle ungeklärt blieben.

73 17.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 407

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise der Vereinten Nationen äußert sich Braunmühl zu den möglichen Konsequenzen der Gesetzesinitiativen des amerikanischen Kongresses, die Bei-

träge zum VN-Haushalt zu kürzen. Er legt Schlussfolgerungen für das gemeinsame Vorgehen der Bundesrepublik und der übrigen EPZ-Mitgliedstaaten dar.

74 18.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Diouf S. 413

Gegenstand des Gesprächs sind zunächst bilaterale Themen wie die Unterrichtung der deutschen Sprache im Senegal, Entwicklungshilfeprojekte und die kulturelle Zusammenarbeit. Erörtert werden ferner die Politik gegenüber Südafrika, insbesondere die Frage der Sanktionen, sowie die Lage in Namibia und Angola.

75 18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 420

Mit Blick auf die im November beginnende KSZE-Folgekonferenz in Wien entwirft Braunmühl Zielvorstellungen für den Ausbau des zwischenstaatlichen Verhaltenskodexes, die Fortsetzung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa sowie für die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt (Korb II) und den Ausbau der „humanitären Dimension" (Korb III).

76 18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 431

Seitz wägt die Aussichten einer weiteren Nord-Süd-Gipfelkonferenz („Cancún II") ab und nennt Voraussetzungen für eine Neuorientierung des Nord-Süd-Dialogs.

77 19.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 435

Braunmühl resümiert den Stand der Vorbereitungen auf das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern und legt die Verhandlungslinie für die Delegation der Bundesrepublik dar.

78 19.03. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Wien, an das Auswärtige Amt S. 441

Ploetz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Gratz zusammen. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden KSZE-Folgekonferenz in Wien wird die Vertiefung des KSZE-Prozesses behandelt. Weitere Themen sind das Verhältnis Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften und zur DDR.

79 20.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 448

Themen sind das Agrément für den künftigen sowjetischen Botschafter Kwizinskij, die sowjetische Außenpolitik nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU, die Rüstungskontrolle, der KSZE-Prozeß sowie die bilateralen Beziehungen, darunter die wirt-

schaftliche Zusammenarbeit und der Neubau der Botschaftsgebäude in Moskau und Bonn.

80 20.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 456

Vor dem Hintergrund der wiederholten sowjetischen Forderung nach Beseitigung aller Atomwaffen setzt sich Arnim mit der Frage auseinander, welche militärische und politische Bedeutung die Nuklearfähigkeit für die UdSSR besitzt.

81 21.03. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 459

Holik bewertet den Stand der MBFR-Verhandlungen in Wien nach Abschluß der 38. Verhandlungsrunde. Er unternimmt einen Ausblick auf die kommende Runde und äußert sich zur Zukunft von MBFR.

82 24.03. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 462

In der Fortsetzung seines Berichts widmet sich Holik vor allem der Reaktion der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Initiative der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom Dezember 1985 und der Ablehnung ihres Konzepts der Verifikation durch den Osten.

83 25.03. Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem libyschen Gesandten Bukhreis S. 466

Themen sind die militärischen Zwischenfälle während eines amerikanischen Seemanövers in der Großen Syrte sowie die Frage der Ausdehnung der libyschen Hoheitsgewässer über die 12-sm-Zone hinaus.

84 25.03. Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 469

Schomerus berichtet vom Abschluß der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung, einschließlich der Einigung auf eine Berlin-Klausel und die technische Durchführung der Vereinbarungen.

85 26.03. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 471

Kastl analysiert den Stand der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR und stellt Überlegungen hinsichtlich einer Fortsetzung der sowjetisch-amerikanischen Gipfeldiplomatie an.

86 27.03. Ministerialdirigent Schlagintweit an die Botschaft in Riad S. 477

Schlagintweit erläutert die Haltung der Bundesrepublik im irakisch-iranischen Krieg und rekapituliert ihre Bemühungen,

auf beide Konfliktparteien mit dem Ziel einer Beendigung der Kampfhandlungen einzuwirken.

87 27.03. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 480

Wallau berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter für Terrorismusbekämpfung, Oakley, über mögliche Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik als Reaktion auf den Konflikt zwischen den USA und Libyen in der Großen Syrte. Weiteres Thema ist die Rückkehr von Mitarbeitern amerikanischer Unternehmen nach Libyen.

88 02.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann S. 482

Randermann äußert sich zur Ankündigung der amerikanischen Regierung, als Reaktion auf die Regelungen zum EG-Beitritt Portugals und Spaniens Handelsbeschränkungen im Agrarbereich einzuführen. Er legt die Position der Europäischen Gemeinschaften dar und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

89 04.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 488

Jelonek analysiert die durch Frankreich erzwungene Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem. Er geht auf Konsequenzen für die EG-Agrarpolitik und die Interessenlage der Bundesrepublik ein.

90 04.04. Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander S. 491

Finke-Osiander befaßt sich mit der Modernisierung amerikanischer Chemiewaffen und legt die Haltung der Bundesregierung zur Frage des Abzugs von Altbeständen und zur Verbringung neuer binärer Chemiewaffen in die Bundesrepublik im Eventualfall dar.

91 07.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski S. 497

Die Gesprächspartner erörtern die Ost-West-Beziehungen, insbesondere Rüstungskontrollfragen, die KSZE, die KVAE, MBFR und SDI, ferner die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW sowie die Lage in Afghanistan.

92 07.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok und des Vortragenden Legationsrats Heldt S. 507

Strenziok und Heldt fassen den Stand der Ermittlungen zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) zusammen und gehen vor allem auf die Rechtslage und die politischen Aspekte einer Urheberschaft Libyens ein. Ferner erläutern sie die Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik in Liby-

en und die möglichen Konsequenzen einer von den USA geforderten Schließung des libyschen Volksbüros in Bonn.

93 08.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski S. 513

Thema ist der Vorschlag Orzechowskis für eine deutsch-polnische Stiftung und die von ihm gewünschte Verknüpfung mit der Rückzahlung von Krediten an Polen. Ferner werden die Lage der Deutschstämmigen in Polen und die Ursachen für deren Ausreisewunsch besprochen.

94 10.04. Ministerialdirektor Sudhoff an Botschafter Enders, Tripolis S. 520

Nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) übermittelt Sudhoff eine Mitteilung des Bundesministers Genscher an Oberst Gaddafi. Gegenstand sind die Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus und die Folgen für die bilateralen Beziehungen.

95 12.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in Hannover S. 522

Genscher und Howe sprechen über die Lage in Südafrika, die Rolle Libyens beim Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) und ein mögliches amerikanisches Vorgehen gegen Libyen. Weitere Themen sind die EG-Agrarpolitik sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den USA, die Ost-West-Beziehungen, vor allem Rüstungskontrollfragen, und die Raumfahrtpolitik.

96 12.04. Botschafter Enders, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 529

Enders berichtet über ein Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem libyschen Außenminister Mansour über die bilateralen Beziehungen und die Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus.

97 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters in Wachtberg-Pech S. 532

Genscher und Walters sprechen über die Entscheidung des Präsidenten Reagan zu einem militärischen Vorgehen gegen Libyen wegen dessen Verbindungen zum internationalen Terrorismus, speziell beim Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West).

98 14.04. Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 535

Haas berichtet über den Aufenthalt des Bundesministers Wörner in Israel und geht dabei auf die Atmosphäre des ersten Besuchs eines Verteidigungsministers der Bundesrepublik in Is-

rael und den Stand der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor ein.

99 14.04. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 538

Rantzau unterrichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten über den Stand der Konferenz in Stockholm und die weitere Vorgehensweise.

100 15.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Cavaco Silva S. 542

Die Gesprächspartner befassen sich mit der wirtschaftlichen Lage der Europäischen Gemeinschaften, der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen in der Nacht zuvor und dessen Verbindungen zum internationalen Terrorismus, ferner mit den bilateralen Beziehungen sowie der Lage im südlichen Afrika.

101 15.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Regan, in Washington S. 547

Themen sind die amerikanische Militäraktion gegen Libyen, die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus, der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio sowie die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA.

102 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 550

Bertele befaßt sich mit den völkerrechtlichen Aspekten der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, besonders der Frage einer Beistandsleistung der Bundesrepublik.

103 15.04. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 553

Rantzau berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, in der der amerikanische NATO-Botschafter Abshire die Beweggründe für dieses Vorgehen darlegte. Des weiteren wird über die Reaktion verschiedener NATO-Mitgliedstaaten informiert.

104 15.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 555

Van Well informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die amerikanische Militäraktion gegen Libyen und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

105 15.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 560

Van Well berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zum Stand der Ost-West-Beziehungen, vor allem im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ein weiteres Thema war die Verbringung binärer amerikanischer Chemiewaffen in die Bundesrepublik im Ernstfall.

106 16.04. Gespräch des Ministerialdirektors Sudhoff mit dem libyschen Gesandten Bukhreis S. 563

Im Mittelpunkt stehen die amerikanische Militäraktion gegen Libyen, die Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus sowie deren Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen.

107 16.04. Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, an das Auswärtige Amt S. 566

Uslar-Gleichen unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Besprochen wurden die amerikanische Militäraktion gegen Libyen, der mögliche Abzug amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik aufgrund von Haushaltskürzungen, die weitere Einhaltung der SALT-II-Bestimmungen durch die USA, die Voraussetzungen eines nuklearen Teststopps, die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die Verbringung binärer amerikanischer Chemiewaffen in die Bundesrepublik im Ernstfall.

108 16.04. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 568

Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan zu der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, der Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA, den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle sowie zur KSZE.

109 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Chirac S. 573

Erörtert werden die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die EG-Agrarpolitik, die Zusammenarbeit im technologischen Bereich, die Außenpolitik der neuen französischen Regierung und der Besuch von Genscher am 21./22. Mai in Paris.

110 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva S. 579

Thema ist die bilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem beim Industrieprojekt in Temeschwar.

111 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva S. 583

Gegenstand sind die Lage der Deutschstämmigen in Rumänien und ihre Ausreisemöglichkeiten bzw. die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

112 18.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva S. 586

Genscher und Văduva sprechen über Fragen der Rüstungskontrolle, den KSZE-Prozeß und die bilateralen Beziehungen.

113 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 591

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen stellt Sudhoff Überlegungen an zu einer Intensivierung der bilateralen Kontakte mit verschiedenen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und skizziert deren Stellung in der Region.

114 18.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 598

Hartmann analysiert die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa und unterbreitet Vorschläge, wie darauf reagiert werden könnte.

115 18.04. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 603

Pfeffer berichtet über Vorgeschichte und Verlauf eines Gesprächs mit Lech Wałęsa und gibt eine Einschätzung von dessen Persönlichkeit. Besprochen wurden die Aussichten für Reformen in Polen, die Ziele der Gewerkschaft Solidarność, die Lage der polnischen Wirtschaft und die Frage, ob ein Kommuniqué über das Gespräch veröffentlicht werden sollte.

116 18.04. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 614

Rantzau gibt eine Einschätzung der Stellung Spaniens in der NATO nach dem Referendum und äußert sich zur künftigen spanischen Mitarbeit im Bündnis.

117 21.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 618

Braunmühl informiert über eine Demarche des sowjetischen Botschafters Semjonow bei Staatssekretär Ruhfus zur angebli-

chen Beteiligung der Bundesrepublik an einem Raketenabwehrsystem für Westeuropa („Europäische Verteidigungsinitiative“) und stellt dem Überlegungen des Bundesministeriums der Verteidigung zur Erweiterung der Luftverteidigung in Europa gegenüber.

118 21.04. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 623

Studnitz unterrichtet über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Themen waren der KSZE-Prozeß, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, die sowjetische Außenpolitik nach dem Parteitag der KPdSU, der Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die strategischen Aspekte von SDI, der politische Teil des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

119 22.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Cossiga S. 635

Genscher und Cossiga sprechen über den internationalen Terrorismus und seine Ursachen sowie die Folgen der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen.

120 22.04. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 639

Kohl legt seine Haltung bezüglich eines nuklearen Teststopps dar. Er schlägt die Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung und schließliche Einstellung von Nukleartests vor sowie ferner Expertengespräche im Rahmen der NATO über eine Reaktion auf sowjetische Vorschläge.

121 22.04. Runderlaß des Ministerialdirektors Sudhoff S. 641

Sudhoff erteilt Weisung, gegenüber den Gastregierungen Vorstellungen des Bundesministers Genscher zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und seine Ursachen darzulegen.

122 25.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 644

Braunmühl resümiert ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Morel, zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und zum diesbezüglichen Verhalten der USA.

123 25.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 645

Ruth vermerkt ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze. Gegenstand war die weitere Einhaltung der Bestimmungen des SALT-II-Vertrags

durch die USA und die westliche Reaktion auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge.

124 28.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahimi in Algier S. 649

Erörtert werden die Lage im Mittelmeerraum nach der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, der internationale Terrorismus und seine Ursachen sowie eine engere bilaterale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.

125 30.04. Generalkonsul Sönksen, Kalkutta, an das Auswärtige Amt S. 653

Sönksen berichtet über ein Gespräch mit Mutter Teresa. Gegenstand waren ihre Eindrücke aus dem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl sowie ihr karitatives Wirken.

126 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Belgrad S. 655

Im Mittelpunkt stehen die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Aufnahme von Gesprächen hierüber im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs sowie der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.

127 30.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mann S. 660

Mann rekapituliert den Stand der Erkenntnisse zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl. Er geht dabei insbesondere ein auf die Gefährdung durch radioaktive Strahlung, die internationalen Reaktionen, die Bemühungen der Bundesregierung und anderer Regierungen, Aufklärung durch die UdSSR zu erhalten, sowie auf die Lage der Deutschen in dem betroffenen Gebiet.

128 30.04. Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem sowjetischen Gesandten Terechow S. 665

Thema ist der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl, besonders die aktuelle Informationslage, die Hilfsangebote der Bundesregierung und das Ausmaß der Gefährdung.

129 02.05. Botschafter Schödel, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 668

Schödel resümiert den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Indien, in dessen Verlauf zahlreiche Erklärungen zum Ausbau der bilateralen Beziehungen unterzeichnet wurden, darunter zur Ausweitung der finanziellen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Zusammenarbeit sowie zum Abschluß eines Auslieferungs- und eines Rechtshilfeabkommens.

130 02.05. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten S. 672

Braunmühl übermittelt die Ergebnisse der WEU-Ministerratstagung. Im Mittelpunkt standen Abrüstungsfragen, besonders das Verhältnis zwischen taktischen Nuklearwaffen, Mittelstreckensystemen und konventioneller Rüstungskontrolle. Ferner wurden die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie der Stand der Wiederbelebung der WEU behandelt.

131 02.05. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 677

Holik nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April über konventionelle Rüstungskontrolle. Er erörtert die möglichen Folgen für die MBFR-Verhandlungen und für die KVAE und legt Elemente einer gemeinsamen Haltung der NATO dar.

132 04.05. Gespräch der Außenminister der G7 in Tokio S. 682

Hauptthema ist die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Ferner erörtern die Minister die Lage in Asien, vor allem auf den Philippinen, in Korea und der Volksrepublik China, sowie die Frage eines Abzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan.

133 05.05. Gespräch der Außenminister der G7 in Tokio S. 689

Vor dem Hintergrund wachsender Gewalt in Südafrika erörtern die Außenminister die Aussichten für eine Überwindung der Apartheid. Weitere Themen sind die Lage am Horn von Afrika, die VN-Sondergeneralversammlung über Afrika sowie die Entwicklung in Zentralamerika. Schließlich widmen sich die Außenminister Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

134 07.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Tokio S. 700

Die Gesprächspartner erörtern die Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik, die japanisch-sowjetischen Beziehungen sowie bilaterale Themen, darunter die kulturelle Zusammenarbeit und den möglichen Erwerb von Jagdflugzeugen des Typs „Tornado“ und von Zivilflugzeugen des Typs „Airbus“ durch Japan.

135 08.05. Gespräche des Bundesministers Genscher in Manila S. 705

Hauptthemen sind die Ankurbelung der philippinischen Wirtschaft nach dem Machtwechsel im Februar 1986 und der Vorschlag von Genscher, im Herbst ein deutsch-philippinisches Wirtschaftssymposium durchzuführen.

136 09.05. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 710

Kastl analysiert das Krisenverhalten der sowjetischen Regierung nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl, namentlich die Informationspolitik gegenüber dem Westen. Er weist ferner auf die möglichen Folgen für das Verhältnis der UdSSR zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten und für die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Rüstungskontrollpolitik hin.

137 10.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 715

Pleuger informiert über die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Mai in Tokio. Außenpolitische Themen waren die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, das Ost-West-Verhältnis sowie regionale Krisen in Asien und dem Mittleren Osten. Schwerpunkte im wirtschaftspolitischen Bereich bildeten die Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftsentwicklung, die Verbesserung der Lage in den Entwicklungsländern, eine neue GATT-Runde und der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl.

138 13.05. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 721

Im Zusammenhang mit dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl bittet Kohl um mehr Informationen über die Ursachen und die weitere Entwicklung der Strahlenbelastung. Er kündigt ferner an, eine Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats zu beantragen sowie zu einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit einzuladen.

139 13.05. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 724

Kohl rekapituliert die Absprachen mit den USA über Abzug und Vernichtung der in der Bundesrepublik lagernden Altbestände amerikanischer Chemiewaffen sowie die Verbringung neuer binärer Chemiewaffen im Eventualfall in die Bundesrepublik.

140 16.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Eickhoff S. 727

Eickhoff resümiert eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zu den nachrichtendienstlichen Erkenntnisse über die Hintergründe der Anschläge auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West).

141 17.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 730

Ploetz resümiert eine Tagung der High Level Group (HLG) der NATO. Themen waren Stand und Perspektiven der Ost-West-Rüstungskontrolle, die amerikanische Haltung zu einem umfassenden nuklearen Teststopp und der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl. Auf deutsch-britische Initiative begannen die Teilnehmer ferner mit der Erörterung der Frage

möglicher Auswirkungen von Rüstungskontrollvereinbarungen auf die nukleare Verteidigungsfähigkeit der NATO.

142 20.05. Aufzeichnung des Referats 201 S. 737

Dargelegt werden der Stand der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der Umsetzung der Reduzierungs- bzw. Modernisierungsbeschlüsse der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) von 1983 („Montebello-Beschlüsse“) und der Arbeiten an einer Neufassung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“).

143 21.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens S. 740

Wichtigste Gesprächsthemen sind die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und Belgien, der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl, dessen Bedeutung für die Umweltbewegungen, der Bau einer Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln und der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.

144 21.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt S. 748

Vor dem Hintergrund der Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Mai zum Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl analysiert Oesterhelt das Krisenmanagement der sowjetischen Regierung und dessen mögliche Auswirkungen auf die Gesellschaft der UdSSR, deren Wirtschaft, das Verhältnis zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten und die Ost-West-Beziehungen. Er zieht Schlüsse für das weitere Vorgehen der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR.

145 21.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 753

Hansen übermittelt die Bitte der belgischen Regierung, bei der Vernichtung von Resten deutscher chemischer Munition aus dem Ersten Weltkrieg zu helfen, etwa durch Nutzung der Kampfmittelbeseitigungsanlage Munster.

146 22.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond S. 754

Mit Blick auf die NATO-Ministerratstagung in Halifax werden die transatlantischen Beziehungen und Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa besprochen, vor allem MBFR, KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien. Weitere Themen sind das Verbot chemischer Waffen und der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl.

147 22.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner S. 761

Kaestner bilanziert den Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow. Die behandelten Fragen der internationalen Politik umfaßten u. a. den KSZE-Prozeß, die KVAE, den Nahost-Konflikt und den Reaktorunfall in Tschernobyl. Im Zentrum der bilateralen Themen standen die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, die Pflege deutscher Kriegsgräber, der Wunsch der Bundesrepublik nach Eröffnung eines Kulturinstituts in Sofia und der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

148 22.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 766

Hansen schildert den Verlauf der Ministersitzung der Eurogroup („Eurodinner"), in dessen Mittelpunkt die Frage stand, wie der Wirkung der Rüstungskontrollvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die Öffentlichkeit begegnet werden könne. Weitere Themen waren die NATO-Streitkräfteziele im Bereich der chemischen Waffen, die Sicherheitspolitik der neuen norwegischen Regierung und die Ausgestaltung künftiger Ministersitzungen der Eurogroup.

149 22.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 770

Hansen faßt die Aussprache im kleinen Kreis der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Themen waren der Aufbau einer erweiterten Luftverteidigung, die Entwicklung des amerikanischen Verteidigungshaushalts und die Mitarbeit Spaniens in der NATO.

150 22.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 772

Hansen berichtet von der Verabschiedung der Streitkräfteziele im Bereich der chemischen Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO und referiert die Stellungnahmen der Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten.

151 23.05. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 778

Citron gibt einen Überblick über Verlauf und Ergebnisse der zehnten Runde der KVAE in Stockholm. Schwerpunkt war die redaktionelle Arbeit an einem Schlußdokument, die trotz Verabschiedung einiger Texte keine Fortschritte in den Substanzfragen erbrachte.

152 24.05. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 788

Schoeller stellt den Verlauf des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Chirac dar, das der Ver-

tiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gewidmet war. Erörtert wurden die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Rüstung und Weltraum sowie die Abstimmung bei der Reform der EG-Agrarpolitik. Weiteres Thema war die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

153 27.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 793

Braunmühl widmet sich dem Beschluß des amerikanischen Kongresses von 1985 über die Produktion binärer Chemiewaffen durch die amerikanische Regierung und äußert sich zur Frage, ob die geforderten Konsultationen der USA mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten auf Bündnisebene oder bilateral durchgeführt werden sollten.

154 27.05. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Ankara, an das Auswärtige Amt S. 796

Ploetz schildert den Verlauf des Gesprächs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Ministerpräsident Özal. Dabei kamen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Türkei, ihre Aussichten auf einen EG-Beitritt, die Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit zur Sprache.

155 28.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen, z. Z. Halifax S. 800

Jansen faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am Vorabend der NATO-Ministerratstagung zusammen. Themen waren die wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten, Fragen der Rüstungskontrolle im nuklearen und konventionellen Bereich sowie die Entscheidung des Präsidenten Reagan hinsichtlich der Weiterbeachtung von SALT II.

156 28.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 806

Pleuger faßt den Verlauf des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte in Bern zusammen, das trotz Vereinbarung einer Reihe neuer Regelungen ohne Annahme eines Schlußdokuments beendet wurde.

157 28.05. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 811

Van Well informiert über das Briefing der NATO-Mitgliedstaaten sowie Japans und Australiens im amerikanischen Außenministerium zur Entscheidung des Präsidenten Reagan, sich hinsichtlich der Modernisierung strategischer Waffensysteme

künftig nicht mehr an die Bestimmungen von SALT II gebunden zu fühlen.

158 30.05. Botschafter Hansen, z. Z. Halifax, an das Auswärtige Amt S. 814

Hansen berichtet von der NATO-Ministerratstagung im kleinen Kreis. Im Mittelpunkt standen Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und der Stand der transatlantischen Beziehungen. Dabei wurden die Entscheidung des Präsidenten Reagan in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II angesprochen, ferner die amerikanische Militäraktion gegen Libyen und die Wirkung der sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge auf die öffentliche Meinung.

159 30.05. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Halifax, an das Auswärtige Amt S. 821

Braunmühl resümiert die Aussprache im kleinen Kreis auf der NATO-Ministerratstagung über SDI, den Besuch des Ministerpräsidenten González in der UdSSR und die Einführung neuer Paßvorschriften für den innerstädtischen Berlin-Verkehr durch die DDR.

160 02.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lange S. 825

Die Gesprächspartner befassen sich mit der sicherheitspolitischen Lage Neuseelands und der Bundesrepublik, Wirtschaftsfragen, den Ost-West-Beziehungen, der französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior“ sowie der Zukunft Neukaledoniens.

161 03.06. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 832

Ruth notiert Informationen des amerikanischen Außenministers Shultz über sowjetische Vorschläge zur Einhaltung des ABM-Vertrags und zur Reduzierung nuklearer Systeme bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.

162 04.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 833

Ploetz faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten Dobbins zusammen. Themen waren die Modernisierung amerikanischer chemischer Waffen sowie das Scheitern der Bemühungen um ein Abschlußdokument des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte in Bern. Weitere Themen waren der Verlauf der NATO-Ministerratstagung in Halifax, die KVAE, die europäische Einigung, die Lage in Nicaragua, MBFR, der amerikanische Haushalt sowie die Besorgnis der Bundesregierung über eine mögliche Verlagerung der Nachschubwege für amerikanische Streitkräfte von Bremerhaven nach Rotterdam.

163 04.06. Aufzeichnung des Botschafters Massion S. 841

Massion bilanziert die wichtigsten Ergebnisse der VN-Sondergeneralversammlung über Afrika und geht auf den Inhalt des verabschiedeten Aktionsprogramms ein, im besonderen zu den Themen Strukturanpassung, internationale Verschuldungskrise, Handel, Rohstoffe und Entwicklungshilfe.

164 05.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 847

Seitz informiert über Planungsstabsgespräche mit der Volksrepublik China. Erörtert wurden die chinesischen Wirtschaftsreformen, die bilateralen Beziehungen, die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Technologie und Forschung, die Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie die chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Weitere Themen waren die Lage im pazifisch-ostasiatischen Raum, der Kambodscha-Konflikt, Afghanistan, die Situation auf der koreanischen Halbinsel sowie die chinesisch-japanischen Beziehungen.

165 09.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 856

Jelonek resümiert den Stand der Initiative des Bundeskanzlers Kohl zur Einberufung einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit und äußert sich zum weiteren Vorgehen.

166 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff S. 861

Holthoff gibt eine Einschätzung der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten und der Folgen der Kontroverse um dessen mögliche Verstrickung in Verbrechen der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs für die außenpolitische Stellung Österreichs.

167 09.06. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Gnodtke S. 864

Gnodtke faßt ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zusammen. Im Mittelpunkt standen die Zukunft des Contadora-Prozesses, die Aussichten für eine Demokratisierung Chiles, die bevorstehende Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in der Klage Nicaraguas gegen die USA, der Nahost-Konflikt sowie die Lage im südlichen Afrika. Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats wurden ferner wirtschaftliche Fragen, die Agrarpolitik, die Sicherheit der Kernenergie, EUREKA und die Vertiefung der europäischen Integration besprochen.

168 12.06. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 874

Wechmar befaßt sich mit den deutsch-britischen Beziehungen und dem Stellenwert beider Staaten für den jeweils anderen im Vergleich zu den Beziehungen zu den USA bzw. Frankreich.

169 13.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang S. 880

Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Beziehungen und die multipolare Weltordnung der Zukunft, insbesondere die Rolle der Volksrepublik China und der Europäischen Gemeinschaften in der Dritten Welt.

170 13.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow S. 884

Karpow erläutert die jüngsten sowjetischen Vorschläge zur Reduzierung strategischer Waffen bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Ferner wird der ABM-Vertrag diskutiert.

171 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 890

Vor dem Hintergrund einer amerikanischen Demarche unterrichtet Jelonek über die irakischen bzw. iranischen Schulden in der Bundesrepublik und die Bürgschaftspraxis gegenüber beiden Staaten. Ferner unterbreitet er Vorschläge zur Beantwortung der Demarche.

172 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 894

Jelonek informiert über amerikanische Pläne, die gegen Libyen verhängten Sanktionen auch durch Maßnahmen gegen ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen auszudehnen.

173 13.06. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerz S. 897

Gerz informiert über die Einbestellung des südafrikanischen Botschafters Retief durch Bundesminister Genscher und Staatssekretär Meyer-Landrut aus Anlaß der erneuten Verhängung des Ausnahmezustands in Südafrika.

174 16.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 900

Jelonek faßt den Inhalt des Entwurfs für den vierten Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt zusammen. Dabei geht er auf die Trägerrakete „Ariane“, das Projekt „Columbus“, den Weltraumtransporter „Hermes“, das britische Projekt „HOTOL“ und den von Frankreich geplanten Beobachtungssatelliten ein. Ferner befaßt er sich mit dem „Jäger 90“, dem deutsch-französischen Panzerabwehrhubschrauber sowie der Weiterentwicklung des Airbus.

175 16.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 908

Hartmann bewertet die jüngsten sowjetischen Vorschläge zur Reduzierung strategischer Waffen bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie Äußerungen des sowjetischen Sonderbotschafters Karpow zu INF und ASAT.

176 17.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Rambouillet S. 915

Kohl und Mitterrand erörtern die internationale Rolle und wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China, die Lage auf der koreanischen Halbinsel, die Einberufung einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit und die Landtagswahlen in Niedersachsen. Außerdem werden Fragen der Europapolitik besprochen, insbesondere die Agrarpolitik. Sie befassen sich zudem mit dem deutsch-französischen Panzerabwehrhubschrauber, der bevorstehenden Reise Mitterrands in die UdSSR, den Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen sowie der französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior".

177 18.06. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 924

Pfeffer berichtet über ein Gespräch mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp. Themen waren die Förderung einer Handwerksschule der Salesianer in Auschwitz, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche sowie ein ähnliches Projekt der Rockefeller-Stiftung, ferner das Machtgefüge in Polen zwischen Kirche, Staat und der Gewerkschaft Solidarność. Außerdem wurden die internationale Lage und die Entwicklung in der UdSSR thematisiert.

178 23.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 931

Braunmühl faßt den Stand der Arbeiten an der Neufassung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines") zusammen und geht darauf ein, welche Interessen der Bundesrepublik berücksichtigt wurden und wo weitere Beratungen nötig sind.

179 28.06. Hausbesprechung S. 937

Themen sind die von der NATO eingesetzte High Level Task Force (HLTF) zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, die Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts („Budapester Appell") sowie der Fortgang der KVAE in Stockholm.

180 30.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 943

Trumpf befaßt sich mit dem Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zur Türkei und geht dabei auf die Einberufung

des Assoziationsrats, die Verwirklichung der Zollunion, die finanzielle Zusammenarbeit und die Regelung der Freizügigkeit ein. Ferner erörtert er die Aussichten für einen EG-Beitritt der Türkei.

181 30.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 949

Pleuger informiert, daß auf der Tagung des Europäischen Rats in Den Haag die Politik gegenüber Südafrika erörtert wurde, und geht vor allem auf die Frage der Verhängung von Sanktionen ein.

182 03.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Kronprinz Hassan in London S. 953

Themen sind jordanische Entwicklungspläne für das Westjordanland, die Situation in Ägypten, der irakisch-iranische Krieg, die Beziehungen Jordaniens zu Syrien, zur PLO und zu Israel sowie die Entwicklung in Libyen.

183 03.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 957

Vor dem Hintergrund kürzlicher Entscheidungen der amerikanischen Regierung diagnostiziert Braunmühl Anzeichen eines Unilateralismus der USA in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei geht er auf die Folgen für das europäisch-amerikanische Verhältnis ein und äußert sich zu möglichen Reaktionen der EPZ-Staaten.

184 04.07. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 969

Holik resümiert den Verlauf der 39. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien, in deren Mittelpunkt die Frage der Verifikation und die Rüstungskontrollvorschläge des Warschauer Pakts vom 18. April und 11. Juni („Budapester Appell") standen. Ferner stellt er Überlegungen an über die Einbeziehung von MBFR in ein Gesamtkonzept der konventionellen Rüstungskontrolle für ganz Europa.

185 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi S. 975

Im Mittelpunkt stehen die Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts („Budapester Appell") und die Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen, vor allem die Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen, die Frage der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle und der KSZE-Prozeß.

186 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow S. 980

Themen sind die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, vor allem mögliche Fortschritte bei der KVAE und bei MBFR, sowie die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf.

187 08.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Lehman S. 984

Erörtert werden der Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, darunter der sowjetische Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni und mögliche Elemente einer amerikanischen Antwort.

188 09.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar S. 989

Die Gesprächspartner erörtern die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen zur Lösung des Afghanistan- und des Zypernkonflikts, ferner die Finanzkrise der Vereinten Nationen und die Notwendigkeit einer Strukturreform sowie einer Reform der UNESCO.

189 10.07. Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling S. 997

Schilling stellt wesentliche Elemente der Einheitlichen Europäischen Akte vor und erläutert deren Bedeutung als vertragliche Festschreibung der bisherigen Praxis der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.

190 10.07. Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, an das Auswärtige Amt S. 999

Wietersheim berichtet von Plänen der französischen Streitkräfte zur Bestückung der Trägerrakete „Hades“ mit zweierlei nuklearen Gefechtsköpfen, darunter einen mit hoher Strahlenwirkung (Neutronenwaffe).

191 10.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1001

Braunmühl schildert die Diskussion beim Vierertreffen der Politischen Direktoren über die Lage in Südafrika nach Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni. Im Mittelpunkt stand das Für und Wider von Sanktionen.

192 11.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich S. 1006

Oestreich untersucht die Versorgung der Wirtschaft in der Bundesrepublik mit strategischen Rohstoffen aus Südafrika und beurteilt die Auswirkungen von Lieferstörungen. Er be-

schreibt den Aufbau von Rohstofflagern in anderen Industriestaaten und weist auf das Fehlen einer Rohstoffbevorratung in der Bundesrepublik hin.

193 11.07. Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1011

Braunmühl informiert über das Vierertreffen der Politischen Direktoren, in dessen Mittelpunkt die gegenseitige Informierung über die Beziehungen zur UdSSR und den übrigen osteuropäischen Staaten sowie die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle standen. Weitere Themen waren die KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien, schließlich der internationale Terrorismus und Berlin-Fragen.

194 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Junejo S. 1023

Im Mittelpunkt stehen die sowjetische Afghanistanpolitik und die Lage der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan. Weitere Themen sind die indisch-pakistanischen Beziehungen und die Rückkehr Pakistans zur Rechtsstaatlichkeit.

195 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij S. 1030

Nach Übergabe einer Mitteilung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für Bundeskanzler Kohl erörtern die Gesprächspartner den geplanten Abschluß eines Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit drei Ressortabkommen und dazugehörigen Programmabsprachen sowie die Einbeziehung von Berlin (West) in die Absprachen.

196 16.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1033

Braunmühl resümiert den ersten Tag der Verhandlungen mit der UdSSR über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und weitere Ressortabkommen. Offen sei weiterhin die Einbeziehung von Vertretern von Organisationen aus Berlin (West) in die dazugehörigen Programmabsprachen.

197 17.07. Botschafter Negwer, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1037

Negwer konstatiert, daß sich die deutsch-türkischen Beziehungen zum Nachteil der Bundesrepublik entwickelt hätten. Er bezieht sich dabei auf die Situation türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik bzw. von in der Türkei lebenden deutschen Staatsangehörigen sowie auf die Behandlung von Angehörigen fremder Missionen und amtlichen Besuchern aus der Bundesrepublik durch die türkische Regierung.

198 17.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1040

Braunmühl berichtet, daß sich die sowjetische Haltung bei den Verhandlungen über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und weitere Ressortabkommen verhärtet habe. Er nimmt ferner Stellung zu einer Weisung des Bundeskanzleramts in der Frage der Einbeziehung von Personen aus Berlin (West) in die Programmabsprachen.

199 18.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak S. 1043

Hauptgesprächspunkt ist die Bitte von Mubarak um Unterstützung bei den Anstrengungen Ägyptens zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere in den Kreditverhandlungen mit dem IWF. Weitere Themen sind die Politik von Oberst Gaddafi, die ägyptisch-israelischen Beziehungen und die Beziehungen zwischen Israel, Jordanien, Irak und Syrien.

200 18.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 1049

Mitterrand informiert Genscher über seine Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU in Moskau. Er zeichnet ein Bild von der Persönlichkeit Gorbatschows und seiner Reformziele. Weitere Aspekte sind dessen Rüstungskontrollpolitik, Gorbatschows Haltung zu Europa und seine Einschätzung der deutsch-französischen Beziehungen.

201 18.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram S. 1054

Bertram äußert sich zur mangelnden Unterrichtung durch das Bundesministerium der Verteidigung über die Gespräche des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Altenburg, mit dem Chef des französischen Generalstabs, Saulnier, über Nuklearfragen.

202 18.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1056

Braunmühl berichtet über die Verhandlungen mit der UdSSR über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und weitere Ressortabkommen. Im Mittelpunkt standen ein weiterer Vorschlag der Bundesregierung zur Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Berlin (West) in die Programmabsprachen und die sowjetische Anregung, beim Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli vorerst nur das Rahmenabkommen zu unterzeichnen.

203 18.07. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1061

Citron schildert den Verlauf der elften Runde der KVAE. In deren Verlauf hätten die NATO-Mitgliedstaaten einen Vermittlungsvorschlag gemacht und ihre Elemente zum Gewaltver-

zicht eingebracht, während die UdSSR Flexibilität hinsichtlich der Berücksichtigung von Luftaktivitäten und der Frage von Inspektionen vor Ort gezeigt habe.

204 20.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 1070

Die Gesprächspartner erörtern die geplante amerikanische Antwort auf den sowjetischen Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni, darüber hinaus die Weiterbeachtung des ABM-Vertrags und die Bedeutung von erfolgreichen MBFR- und KVAE-Verhandlungen für die konventionelle Rüstungskontrolle.

205 21.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann an die Botschaft in Moskau S. 1074

Hartmann nimmt Stellung zu dem vom amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am Vortag übermittelten voraussichtlichen Inhalt einer Antwort des amerikanischen Präsidenten auf den sowjetischen Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni.

206 22.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Duisberg S. 1078

Duisberg äußert sich zu den völkerrechtlichen Aspekten des Minenlegens inner- und außerhalb des Küstenmeeres sowie im Bereich der Wirtschaftszone und des Festlandsockels, die außerhalb der Hoheitsgewalt eines Küstenstaates liegen.

207 22.07. Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1080

Ruth berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse über Fragen der Rüstungskontrolle. Im einzelnen wurden die Arbeiten in Genf an einem Abkommen über das Verbot chemischer Waffen, die Bedeutung der konventionellen Rüstungskontrolle und die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur nuklearen Rüstungskontrolle erörtert.

208 22.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1086

Braunmühl übermittelt weitere Informationen über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Behandelt wurden die Neuausrichtung der sowjetischen Innenpolitik, der Ausbau der bilateralen Beziehungen, die KSZE-Folgekonferenz in Wien und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

209 22.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1090

Braunmühl schildert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Besprochen wurden die Möglichkeiten, die Ost-West-Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, die Weiterentwicklung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, die Rüstungskontrollpolitik der UdSSR und der USA, der KSZE-Prozeß und die Rolle der Bundesrepublik beim Abbau der Spannungen in Europa.

210 22.07. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1106

Kastl berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse im Kreis der Delegationen. Er informiert über die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Paraphierung der drei Ressortabkommen. Weitere Themen waren die Vereinbarung von Konsultationen in den Bereichen der Rüstungskontrolle, der Reaktorsicherheit und zu politischen Themen, ferner die Einreise von Asylbewerbern über Ost-Berlin nach Berlin (West), der irakisch-iranische Krieg, der Nahost-Konflikt, Afghanistan und die Frage von Maßnahmen gegen Südafrika.

211 22.07. Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1114

Pieck informiert über den Bericht zweier Vertreter der Interessenvertretung der „Mengele-Zwillinge“ (CANDLES) nach ihrer Rückkehr von einem Besuch in der Bundesrepublik. Er äußert sich ferner zur bisherigen Position der Bundesregierung zu weiteren Entschädigungsleistungen für diese Opfergruppe.

212 22.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1117

Pleuger informiert über die Vorgeschichte und die beim Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR erreichte Lösung zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie weitere Ressortabkommen und Programmabsprachen.

213 23.07. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung S. 1122

Erörtert werden zunächst Grundsatzfragen der jeweiligen Verteidigungspolitik, die Zusammenarbeit im Prozeß der Übernahme größerer verteidigungspolitischer Verantwortung sowie Fragen der Bedrohungsanalyse und der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Anschließend diskutieren die Teilnehmer Aspekte der militärischen Kooperation, insbesondere die Unterstützung des Einsatzes der Force d'action rapide im

Kommandobereich Europa-Mitte und die gemeinsamen Heeresübungen 1986 und 1987.

214 23.07. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1140

Kohl nimmt Stellung zum Inhalt einer Antwort des amerikanischen Präsidenten auf den sowjetischen Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni. Er thematisiert insbesondere die Frage des Verhältnisses von Offensiv- und Defensivsystemen, die Weiterbeachtung des ABM-Vertrags, eine Zwischenlösung für die nuklearen Mittelstreckensysteme, die Notwendigkeit einer Einigung im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa sowie ein Verbot chemischer Waffen.

215 23.07. Vortragender Legationsrat von Arnim an das Bundeskanzleramt S. 1144

Arnim trägt den Wunsch vor, den im Zuge der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vom Bundesministerium der Verteidigung neugefaßten Alarmplan für die Bundeswehr zu ändern. Er legt die Gründe dar, warum dem Kabinett die Entscheidungsbefugnis für die Erstverlegung dieser Systeme zukommen und das Auswärtige Amt bei der Vorbereitung beteiligt werden solle.

216 24.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem argentinischen Außenminister Caputo S. 1147

Im Mittelpunkt stehen die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens, die geplante Wirtschaftsintegration mit Brasilien sowie die Lage in Chile. Erörtert werden ferner die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, eine engere privatwirtschaftlicher Kooperation und die Aussichten für eine Verstärkung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Lateinamerika.

217 25.07. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 1154

Kohl übermittelt seine Einschätzung zur Einrichtung einer Gedenkausstellung auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz. Zugleich solle die Bundesregierung weiter die Bemühungen unterstützen, in Auschwitz eine Jugendbegegnungsstätte aufzubauen und in Kreisau zum Gedenken an die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“ eine Tafel anzubringen.

218 25.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1157

Braunmühl bilanziert den Besuch des Bundesministers Genscher in Moskau. Er hebt insbesondere die Bedeutung des Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hervor, ferner den Abschluß des Abkommens zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und weiterer Res-

sortabkommen sowie die Absprachen zur Intensivierung der bilateralen Konsultationen.

219 25.07. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1162

Ruth faßt die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen, in denen Genscher über die rüstungskontrollpolitischen Teile seiner Gespräche vom 20. bis 22. Juli in der UdSSR informierte.

220 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hellbeck S. 1169

Hellbeck stellt die Mitarbeit des Auswärtigen Amts bei den Bemühungen der Bundesregierung dar, der steigenden Zahl von Asylanträgen entgegenzutreten, etwa durch die Eindämmung des Mißbrauchs der Sichtvermerkserteilung und der Einreise von Asylbewerbern über Ost-Berlin nach Berlin (West), ferner durch Gesetzesänderungen, die Harmonisierung der europäischen Asylpolitik sowie die Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber.

221 29.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1177

Braunmühl faßt den Stand der Vorbereitungen des Senats von Berlin und der DDR für die 750-Jahrfeiern 1987 zusammen. Er geht ferner auf die Teilnahme hochrangiger Vertreter der Drei Mächte und auf Verhaltensrichtlinien für die Beteiligung von Vertretern aus der Bundesrepublik und dem befreundeten Ausland ein.

222 04.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1183

Hartmann geht der Frage nach, ob die SRINF in die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen einbezogen werden sollten. Er rekapituliert die Bündnisposition sowie die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amts.

223 15.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1187

Vor Beginn der 40. Verhandlungsrunde erörtert Hartmann die Zukunft von MBFR und die Aussichten für deren Fortsetzung im Falle einer Einigung bei der KVAE. Er widmet sich ferner der Frage des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa unter dem Dach der KSZE.

224 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1195

Ploetz nimmt Stellung zum amerikanischen Vorhaben, ein „Emergency Support Team“ im Raum Frankfurt am Main zu stationieren. Aufgabe der Einheit solle sein, technische Unter-

stützung im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus außerhalb des NATO-Gebiets zu leisten.

225 26.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mitterrand in Heidelberg S. 1199

Die Gesprächspartner erörtern den Fall Rudolf Heß, Fragen der Agrar- und Haushaltspolitik der Europäischen Gemeinschaften sowie die Rüstungskontroll- und Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Weitere Themen sind die Vorbereitungen zur neuen GATT-Runde, die Rolle Großbritanniens in Europa sowie Themen der nächsten deutsch-französischen Konsultationen, insbesondere die Förderung des Sprachenunterrichts und der gemeinsame Bau eines Panzerabwehrhubschraubers.

226 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Jankowitsch in Wien S. 1206

Themen sind die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wakkersdorf, die jeweiligen Beziehungen zur ČSSR und zu Ungarn, der Stand der KVAE und der Fortgang des KSZE-Prozesses, ferner die bevorstehende Europa-Reise des amerikanischen VN-Botschafters Walters sowie die Lage in Südafrika und die Frage wirtschaftlicher Sanktionen.

227 28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte S. 1212

Witte gibt einen Überblick über gesellschafts- und außenpolitische Positionen des DGB und nimmt dabei auch dessen Stellung im internationalen Gewerkschaftssystem, seine Haltung zu Südafrika und zur Türkei, zum Asylrecht sowie zum europäischen Binnenmarkt in den Blick.

228 29.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hellbeck S. 1217

In der Folge eines Kabinettsbeschlusses zur Asylpolitik befaßt sich Hellbeck mit den Schritten, die das Auswärtige Amt zu dessen Umsetzung zu tätigen hat.

229 02.09. Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander S. 1223

Finke-Osiander faßt eine Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung für den Bundessicherheitsrat zusammen. Gegenstand ist die geplante Verabschiedung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“). Sie gibt eine Bewertung und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

230 03.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters S. 1228

Walters informiert über amerikanische Erkenntnisse hinsichtlich der Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus. Ferner gibt er eine Einschätzung der wirtschaftlichen La-

ge Libyens und geht auf die Unterstützung von Terroristen durch andere Staaten ein. Weitere Themen sind der Nahost-Konflikt und die mögliche Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika sowie bilaterale Fragen im kulturellen Bereich.

231 04.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Carlsson in Stockholm S. 1234

Im Mittelpunkt stehen die beiderseitige Haltung zur Kernenergie und die Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz über Reaktorsicherheit, ferner die Ost-West-Beziehungen sowie die Beziehungen Schwedens zu den Europäischen Gemeinschaften.

232 04.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 1241

Arnim übermittelt Informationen des Bundesministeriums der Verteidigung zur Zusammenarbeit mit Israel auf dem Rüstungssektor.

233 05.09. Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 1244

Stülpnagel gibt einen abschließenden Bericht über die Jahrestagung der Genfer Abrüstungskonferenz und geht dabei insbesondere auf die amerikanische bzw. sowjetische Haltung ein. Im einzelnen befaßt er sich mit den Themen nukleare Abrüstung, Verhinderung eines Atomkrieges, nuklearer Teststopp sowie Weltraum- und chemische Waffen.

234 05.09. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1250

Kurz vor dem Abschluß der Konferenz informiert Citron über den Stand der KVAE und bewertet die bisher erzielten Ergebnisse. Ferner behandelt er noch offene Fragen bei Manöverbeobachtungen und Inspektionen.

235 05.09. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1253

Kullak-Ublick berichtet über ein Gespräch mit dem Mitglied der chilenischen Militärjunta, General Matthei. Gegenstand waren die Aussichten für einen Übergang Chiles zur Demokratie sowie die Haltung verschiedener Mitglieder der Junta gegenüber Präsident Pinochet.

236 08.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klaiber S. 1256

Klaiber informiert über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brocket Hall. Erörtert wurden mögliche Sanktionen gegen Südafrika, engere Konsultationen mit den USA sowie die KSZE-Folgekonferenz in Wien.

237 08.09. Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Schäuble S. 1261

Meyer-Landrut äußert sich zum Anliegen der USA, im Raum Frankfurt am Main Experten zur Terrorismusbekämpfung zu stationieren („Emergency Support Team"). Dabei geht er auf notwendige Bedingungen aus Sicht des Auswärtigen Amts ein.

238 08.09. Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1263

Braunmühl berichtet über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Aussichten für ein Gipfeltreffen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, das jeweilige Verhältnis zu verschiedenen osteuropäischen Staaten, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die KVAE, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, MBFR, chemische Waffen sowie der nukleare Teststopp. Ferner wurden die Asylproblematik und die 750-Jahrfeier von Berlin besprochen.

239 08.09. Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1275

Braunmühl unterrichtet über die Erörterung der transatlantischen Beziehungen beim Vierertreffen der Politischen Direktoren.

240 08.09. Vortragender Legationsrat Hiller an die Botschaft in Pretoria S. 1278

Hiller informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der SWAPO, Toivo ya Toivo, in dessen Mittelpunkt die Lage in Namibia und die Politik der Bundesrepublik gegenüber Südafrika standen.

241 11.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1281

Ruth befaßt sich mit amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über INF und Überlegungen für ein Zwischenergebnis. Ferner legt er das Interesse der Bundesrepublik dar, die SRINF in einem Zwischenabkommen zu berücksichtigen.

242 14.09. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1286

Mit Blick auf die Endphase der KVAE erläutert Citron Möglichkeiten, auf die Haltung der USA in der Frage des Inspektionssystems Einfluß zu nehmen, um ein substantielles Ergebnis zu erzielen.

243 15.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1289

Braunmühl analysiert die militärische und strategische Bedeutung eines Verzichts auf Pershing II und somit einer Kombination aus ballistischen Raketen und Marschflugkörpern im Falle eines INF-Zwischenabkommens. Dabei geht er auch auf die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung ein.

244 16.09. Botschafter Eickhoff, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1296

Eickhoff berichtet über die Konsultationen der NATO-Mitgliedstaaten zur Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Wien und legt die Haltung der Bündnispartner zu inhaltlichen und prozeduralen Fragen dar.

245 17.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1300

Hansen resümiert eine Unterrichtung der NATO-Mitgliedstaaten über den Stand der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf durch die amerikanischen Unterhändler. Dabei seien vor allem die amerikanischen Vorschläge zu START und Abwehrsystemen im Weltraum erläutert worden. Ferner sei über ein INF-Zwischenabkommen gesprochen worden.

246 17.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1304

Hansen informiert über dänische Bedenken, der Neufassung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“) zuzustimmen.

247 18.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Rifa'i S. 1309

Im Mittelpunkt stehen die Lage in Jordanien und der Nahost-Konflikt, besonders die Aussichten für eine internationale Friedenskonferenz. Rifa'i legt ferner Pläne für eine Verbesserung der Situation in den besetzten Gebieten dar und bittet um finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik.

248 18.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1315

Ruth faßt seine Konsultationen mit der DDR über Rüstungskontrolle zusammen. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf sowie die Aussichten für ein Gipfeltreffen, ferner die Frage eines nuklearen Teststopps, die KVAE, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, chemische Waffen und die Einladung von Manöverbeobachtern.

249 19.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1321

Ruth analysiert die neuen amerikanischen Vorschläge zu START und bewertet die Aussichten auf ein Abkommen mit der UdSSR.

250 19.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1324

Ruth befaßt sich mit der amerikanischen Position bei den Weltraum- und Defensivwaffen und stellt die sowjetische Haltung gegenüber.

251 22.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian in New York S. 1327

Die Gesprächspartner erörtern die chinesisch-sowjetischen Beziehungen, das innerdeutsche Verhältnis sowie die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China, auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.

252 22.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 1332

Trumpf faßt den Stand multilateraler Konsultationen über eine abgestimmte Politik auf dem Gebiet des Exports nuklearfähiger Raketen zusammen und erläutert die bislang erarbeiteten Dokumente. Ferner geht er auf die Interessenlage der Bundesrepublik und das weitere Vorgehen ein.

253 22.09. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1337

Citron informiert über den Abschluß der KVAE, rekapituliert die Verhandlungen und bewertet den Inhalt des „Dokuments der Stockholmer Konferenz".

254 22.09. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 1343

Ruth unterrichtet über eine Absprache zwischen Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher zur Frage eines INF-Zwischenabkommens und der Einbeziehung von SRINF.

255 23.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern lateinamerikanischer Staaten in New York S. 1344

Die Teilnehmer erörtern den Stand des Contadora-Prozesses und die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den lateinamerikanischen Staaten.

256 23.09. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1347

Wallau übermittelt amerikanische Informationen über die Gespräche der Außenminister Shultz (USA) und Schewardnadse (UdSSR). Neben dem Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff seien Menschenrechtsfragen, des weiteren INF, ein nuklearer Teststopp, die KVAE, chemi-

sche Waffen sowie die konventionelle Rüstungskontrolle besprochen worden. Außerdem seien die Lage im südlichen Afrika und im Nahen Osten sowie der irakisch-iranische Krieg, der internationale Terrorismus und bilaterale Themen erörtert worden.

257 24.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nigerianischen Außenminister Akinyemi in New York S. 1353

Im Zentrum steht die Frage von Sanktionen gegen Südafrika. Besprochen wird außerdem ein möglicher Überbrückungskredit für Nigeria.

258 25.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1357

Jansen informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer. Themen waren der Ausgang der KVAE, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Aussichten für ein Gipfeltreffen sowie die innerdeutschen Beziehungen, auch mit Blick auf die Einreise Asylsuchender nach Berlin (West) über Ost-Berlin.

259 25.09. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1362

Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Besprochen wurden die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach der Verhaftung des amerikanischen Journalisten Daniloff in der UdSSR und die Aussichten für ein Gipfeltreffen. Weitere Themen waren die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie die Frage von Sanktionen gegen Südafrika. Im bilateralen Bereich wurden der Termin für die D 2-Weltraummission, das Zusatzabkommen zum Auslieferungsvertrag und die Idee eines deutsch-amerikanischen Jugendwerks erörtert.

260 25.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in New York S. 1368

Die Teilnehmer befassen sich mit der Lage in Südafrika, dem Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und der Politik gegenüber Polen.

261 25.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1374

Van Well berichtet, er sei vom Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Adelman, auf die angebliche Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur Herstellung chemischer Waffen an den Irak durch Firmen aus der Bundesrepublik angesprochen worden, und bittet um Weisung.

262 25.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1376

Van Well nimmt Stellung zum Wunsch des „Holocaust Memorial Center“ bei Detroit, im Gegenzug zu einer finanziellen Beteiligung der Bundesrepublik den ehemaligen Staatssekretär Duckwitz neben anderen Persönlichkeiten in einer Gedenkstätte zu würdigen.

263 26.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 1378

Trumpf skizziert die finanzielle Lage der Europäischen Gemeinschaften und weist auf Risiken für den Haushalt der Jahre 1986 und 1987 hin. Er befaßt sich mit der Möglichkeit einer Erhöhung der Eigeneinnahmen und geht auf längerfristige Finanzierungsperspektiven und Reformmöglichkeiten ein.

264 26.09. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1384

Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Im Mittelpunkt standen die KSZE-Folgekonferenz in Wien, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Erörtert wurde außerdem die Frage der Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR.

265 26.09. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1390

Ruth informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Themen waren die KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Frage eines nuklearen Teststopps, der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die chemischen Waffen.

266 27.09. Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. Wien, an das Auswärtige Amt S. 1394

Loosch berichtet über die Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz zur Reaktorsicherheit und die dort unterzeichneten Konventionen über Frühinformation und Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen.

267 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1399

Hartmann bilanziert die KVAE und geht dabei besonders auf die Bedeutung der vereinbarten Maßnahmen und die Rolle und Interessen der verschiedenen Teilnehmerstaaten ein. Er beurteilt die Bedeutung des KSZE-Rahmens für die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

268 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann S. 1404

Randermann gibt einen Überblick über die Ministertagung des GATT, auf der die Eröffnung einer neuen Runde multilateraler Handelsverhandlungen („Uruguay-Runde") beschlossen wurde. Er weist auf die Erweiterung der zu verhandelnden Themen hin, die u. a. auch Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums einschließen sollten.

269 06.10. Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, an das Auswärtige Amt S. 1410

Fröwis nimmt Stellung zur Frage, ob die Bundesregierung Bundesbürgschaften für Rüstungslieferungen an Thailand übernehmen sollte. Dazu skizziert er den Stand der bilateralen Beziehungen und beurteilt die Stellung Thailands innerhalb von ASEAN, seine Rolle im Kambodscha-Konflikt sowie seine innenpolitische Stabilität.

270 06.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach an Botschafter Kastl, Moskau S. 1413

Pfetten-Arnbach übermittelt eine Mitteilung des Bundeskanzlers für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Darin nimmt Kohl Stellung zum Stand der bilateralen Beziehungen, begründet das Interesse der Bundesrepublik an einem INF-Zwischenabkommen, an einer Regelung für die strategischen Nuklearsysteme und an Gesprächen über SRINF. Er stellt die Bedeutung des KSZE-Prozesses sowie von Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte heraus und umreißt seine Erwartungen an das Treffen zwischen Präsident Reagan und Gorbatschow in Reykjavik.

271 07.10. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1419

Vor Beginn des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Reykjavik legt Kohl die Position der Bundesrepublik zur Rüstungskontrolle dar. Er geht besonders auf die Fortsetzung des KSZE-Prozesses, die Berücksichtigung der SRINF in den Genfer Verhandlungen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und den nuklearen Teststopp ein. Er bittet Reagan ferner, die Frage rückläufiger Ausreisegenehmigungen für Deutschstämmige anzusprechen.

272 08.10. Aufzeichnung des Botschafters Eickhoff S. 1423

Eickhoff benennt die Ziele der Bundesrepublik für die KSZE-Folgekonferenz in Wien und legt die von der Delegation zu verfolgende Verhandlungslinie dar.

273 08.10. Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, an das Auswärtige Amt S.1425

Henatsch berichtet über den Verlauf der Demonstrationen vor der Botschaft der Bundesrepublik in Teheran und das gewaltsame Eindringen von Demonstranten auf das Botschaftsgelände. Er äußert sich ferner zu den vermutlichen Hintergründen der Zwischenfälle.

274 09.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1429

Kastrup informiert über die deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche. Im Zentrum standen die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei, die Verteidigungshilfe einschließlich der Modalitäten einer Rüstungssonderhilfe, die Beteiligung der Bundesrepublik an einem Industrialisierungsfonds zur Investitionsförderung sowie Rechts- und Konsularfragen.

275 09.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1434

Pleuger informiert über die Ergebnisse des Vorbereitungstreffens zur KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er umreißt deren Stellenwert, stellt die Interessen der Bundesrepublik hinsichtlich der Durchführung des Konferenzmandats sowie die einzubringenden Vorschläge vor und beschreibt den Stand der Vorbereitungen im Rahmen von NATO und EPZ.

276 09.10. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1439

Kastl berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse anläßlich der Übergabe einer Mitteilung des Bundeskanzlers Kohl für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu Fragen der Rüstungskontrolle. Weiteres Thema sind die Erwartungen an die KSZE-Folgekonferenz in Wien.

277 09.10. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1442

Rantzau schildert den Verlauf der Konsultationen des Ständigen NATO-Rats mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, über die Themen des bevorstehenden Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Reykjavik und zur amerikanischen Entscheidung über ein Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

278 10.10. Entwurf eines Schreibens an Bundeskanzler Kohl S. 1449

Thema des Schreibens sind die Verzögerung im Ratifizierungsverfahren der Einheitlichen Europäischen Akte und die Dringlichkeit, dem Bundesrat die Gegenäußerung der Bundesregierung sowie den Entwurf des Zustimmungsgesetzes umgehend

zuzuleiten, um das parlamentarische Verfahren noch in der laufenden Legislaturperiode abzuschließen.

279 10.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1452

Hartmann analysiert die Entscheidung des Präsidenten Reagan in der Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Er erwägt Möglichkeiten, die USA davon zu überzeugen, die Verhandlungen in den KSZE-Prozeß einzugliedern und damit eine Teilnahme Frankreichs zu erleichtern.

280 10.10. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1455

Schoeller berichtet von einem Gespräch im französischen Außenministerium über den Rahmen von Verhandlungen zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und über den amerikanischen Wunsch, diese direkt zwischen den beiden Bündnissen zu führen.

281 11.10. Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Paris S. 1457

Ploetz schildert den Verlauf eines Gesprächs des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl mit dem französischen Botschafter Boidevaix. Behandelt wurden die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Rolle Frankreichs und der USA für die europäische Verteidigung sowie die Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

282 13.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1463

Hansen übermittelt Einzelheiten der Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den amerikanischen Außenminister Shultz über das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik.

283 13.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, z. Z. Budapest, an das Auswärtige Amt S. 1470

Kaestner resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi über die Ergebnisse des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik und über die daraus zu ziehenden Schlüsse für den Fortgang der Rüstungskontrollverhandlungen.

284 14.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1472

Ruth stellt den Verlauf des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik dar, bewertet seine Ergebnisse und unterbreitet Vorschläge für die künftige rüstungskontrollpolitische Position der Bundesregierung.

285 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow S. 1482

Die Gesprächspartner erörtern Verlauf und Ergebnis des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik. Karpow beantwortet ferner Fragen zur sowjetischen Position hinsichtlich der Einhaltung des ABM-Vertrags, der Fortführung der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen und des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

286 16.10. Gespräch des Bundesminister Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman S. 1491

Im Zentrum steht das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik, insbesondere die Frage eines Junktims zwischen der sowjetischen Forderung nach Einschränkung der SDI-Forschung und einem Abkommen über die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckensysteme. Weiteres Thema ist der Rahmen zukünftiger Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

287 16.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1499

Ploetz faßt den zweiten Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe zusammen. Im Zentrum der Analyse stehen das Kräfteverhältnis zwischen den USA und der UdSSR im Bereich strategischer Waffen, deren Entwicklung bis zum Jahr 2000 sowie eine Prognose für die Zeit nach dem Jahrtausendwechsel.

288 16.10. Hauserlaß des Staatssekretärs Meyer-Landrut S. 1501

Meyer-Landrut kündigt eine nach der Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl notwendig gewordene Überprüfung der personellen und materiellen Sicherheitslage des Auswärtigen Amts an.

289 16.10. Ministerialdirigent Kastrup an die Botschaft in Washington S. 1502

Nach wiederholten amerikanischen Vorsprachen stellt Kastrup die Position der Bundesregierung zur Frage der Lieferung von Vorprodukten und Ausrüstungen zur Herstellung chemischer Waffen an den Irak dar.

290 17.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond S. 1505

Genscher und Raimond tauschen ihre Einschätzung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik aus. Ferner erörtern sie die Frage der SRINF und die Folgen einer amerikanisch-sowjetischen Einigung im Bereich der LRINF für die westliche Verteidigung.

291 17.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond S. 1510

Gegenstand sind die geplanten Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, vor allem der französisch-amerikanische Gegensatz in der Frage des Forums und ihre Bedeutung im Gesamtrahmen der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche.

292 17.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1513

Ruth analysiert die amerikanischen und sowjetischen Interpretationen des ABM-Vertrags von 1972 im Hinblick auf die Zulässigkeit der Entwicklung und Erprobung von Komponenten eines weltraumgestützten Abwehrsystems. Er stellt ferner Überlegungen für eine Kompromißlösung an.

293 17.10. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1518

Ruth informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO und die Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint"). Themen waren das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und die Präsentation der Position der Bundesregierung zur Einbeziehung von SRINF in ein INF-Zwischenabkommen.

294 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Birendra S. 1521

Im Zentrum stehen die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit, vor allem die Förderung von Projekten zum Bau eines Wasserkraftwerks und zur Abfallbeseitigung. Weitere Themen sind die Beziehungen Nepals zur Volksrepublik China sowie zu Tibet, Indien und Pakistan.

295 20.10. Botschaftsrat Wendler, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1526

Wendler schildert die Reaktionen in Israel auf die Kontroverse unter Historikern in der Bundesrepublik über den Umgang mit der deutschen Geschichte und die Frage der Einzigartigkeit des Holocaust („Historikerstreit"). Er analysiert ferner die Hintergründe für das große Interesse der israelischen Öffentlichkeit an der Debatte.

296 23.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1532

Van Well faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan zusammen. Themen waren Fragen der Ost-West-Rüstungskontrolle im Anschluß an das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik, ferner die Förderung des deutsch-amerikanischen Jugendaustauschs, die 750-Jahrfeier von Berlin und das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

297 23.10. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. London, an das Auswärtige Amt S. 1536

Richthofen berichtet von der Unterredung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Vize-Präsidenten Bush. Besprochen wurden die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie die Entwicklung in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Erörtert wurden ferner der unterschiedliche Stellenwert rüstungskontrollpolitischer Themen für die Gesellschaften in der Bundesrepublik und den USA sowie die Bedeutung von Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr.

298 23.10. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Washington, an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 1541

Richthofen resümiert das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl sowie der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Im Mittelpunkt standen die Menschenrechtslage in der UdSSR, der angekündigte Abzug sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan, der Rahmen für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie das weitere Vorgehen zur Lösung der Krisen in Südafrika und im Nahen Osten.

299 23.10. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1549

Wallau faßt das Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Finanzminister Baker zusammen. Themen waren die Steuerreform der Bundesregierung und die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft als Voraussetzung dafür, protektionistischen Tendenzen in den USA wirksam zu begegnen.

300 23.10. Brigadegeneral von Uslar-Gleichen, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1552

Uslar-Gleichen informiert über die Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Dabei wurden u. a. der Stand der Verhandlungen über die Zukunft der amerikanischen Militärbasen in Spanien, der Rahmen für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, der Besuch von Weinberger in der Volksrepublik China und Fragen des Technologietransfers in die UdSSR besprochen.

301 24.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 1556

Seitz stellt die Bedeutung der Entscheidung der Bundesregierung heraus, sich an der Vorbereitungsphase der Entwicklung des Weltraumtransporters „Hermes“ zu beteiligen. Er formuliert Bedingungen für eine angemessene und gegenüber Frankreich gleichrangige Rolle bei der Durchführung des Projekts.

302 24.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1559

Ploetz informiert über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Gleneagles, auf der eine Bewertung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik vorgenommen wurde. Weitere Themen waren die Verabschiedung des amerikanischen Verteidigungshaushalts, die Richtlinien der NATO für den Einsatz von Nuklearwaffen („General Political Guidelines"), die Umsetzung der Reduzierungs- bzw. Modernisierungsbeschlüsse der NPG von 1983 („Montebello-Beschlüsse") sowie das neue Konzept für die Alarmbereitschaft von Nuklearwaffen.

303 24.10. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1564

Wallau resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, in dem Absprachen zur besseren Abstimmung der Nahost- und der Rüstungskontrollpolitik getroffen sowie Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik erörtert wurden.

304 27.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. Frankfurt am Main S. 1568

Richthofen vermerkt die Ergebnisse des Treffens der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Amtskollegen Raimond und Giraud, in dessen Mittelpunkt die bilaterale verteidigungspolitische Zusammenarbeit stand. Weitere Themen waren die Perspektive künftiger Rüstungskontrollverhandlungen nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik und der Rahmen von Gesprächen über die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

305 29.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Glitman S. 1571

Im Zentrum stehen die laufende Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die von den USA im Anschluß an das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik eingebrachten Vorschläge zu START und INF.

306 29.10. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. London, an das Auswärtige Amt S. 1575

Richthofen berichtet vom Treffen der vier Politischen Direktoren. Wichtigste Themen waren das weitere Vorgehen im Bereich der Ost-West-Rüstungskontrolle, einschließlich der KSZE-Folgekonferenz in Wien und der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, die Lage in Jugoslawien, Polen und im südlichen Afrika sowie die 750-Jahrfeier von Berlin.

307 30.10. Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer S. 1586

Angesichts der Verbindungen der syrischen Regierung zum internationalen Terrorismus erläutert Bremer die amerikanischen Gegenmaßnahmen im politischen und wirtschaftlichen Bereich und bittet um die Unterstützung der Bundesrepublik. Schlagintweit trägt die Haltung der Bundesregierung nach dem Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West) vor.

308 30.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt S. 1590

Teltschik vermerkt eine Vorsprache des sowjetischen Botschafters Kwizinskij bei Bundesminister Schäuble wegen Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl über den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im Rahmen eines Interviews mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek".

309 30.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1592

Heyken analysiert Inhalt und Ziele der Politik der „Glasnost" des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Er geht dabei auch auf die außenpolitischen Aspekte einer neuen Informationspolitik und deren Ausrichtung auf die öffentliche Meinung in den NATO-Mitgliedstaaten ein.

310 31.10. Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kowaljow in Moskau S. 1598

Inhalt des Gesprächs sind die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl über den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" und das sowjetische Verlangen nach einer Entschuldigung von Kohl.

311 31.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dane S. 1604

Dane faßt den Verlauf des Treffes der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Jakarta zusammen. Schwerpunkte waren Kambodscha und die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge sowie die Ost-West-Beziehungen nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik. Weiter wurden Wirtschaftsfragen erörtert, darunter die neue GATT-Runde und das Problem der Agrarüberschüsse, sowie Südafrika.

312 31.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1607

Pleuger informiert über die deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt am Main, deren Schwerpunkt auf der kulturellen Zusammenarbeit lag. Daneben wurden Fragen der Si-

cherheitspolitik im Lichte des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik, die europäische Raumfahrtpolitik sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung, bei der Terrorismusbekämpfung und des Umweltschutzes erörtert.

313 03.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1612

Richthofen faßt seine Gespräche im sowjetischen Außenministerium zusammen. Behandelt wurden die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie die Folgen des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik. Im Zentrum der bilateralen Themen standen der Ausbau der politischen Konsultationen, die Familienzusammenführung, die Aufnahme von Verhandlungen über die Umsetzung des Kulturabkommens, über ein Rechtshilfe- und ein Umweltschutzabkommen sowie das Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“.

314 03.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke S. 1620

Nöldeke informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit einer Delegation von Vertretern blockfreier Staaten, die über die Situation in Südafrika berichteten, weitergehende Sanktionen forderten und die Erwartung einer Beteiligung der Bundesrepublik an einem Solidaritätsfonds für Afrika aussprachen.

315 04.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte S. 1624

Witte analysiert den kulturpolitischen Schwerpunkt der deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt am Main, insbesondere die Absprachen im Bereich der Schulen und Hochschulen sowie der Zusammenarbeit bei Film und Fernsehen.

316 05.11. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Wien, an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 1628

Richthofen berichtet über den ersten Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, in dessen Mittelpunkt das Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ stand.

317 05.11. Botschafter Ruth, z. Z. Wien, an das Auswärtige Amt S. 1633

Ruth resümiert den rüstungskontrollpolitischen Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Die Gesprächspartner bewerteten das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und besprachen die Rolle der KSZE-Folgekonferenz für Verhandlungen über die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

318 06.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1637

Ploetz befaßt sich mit dem Stand der Überlegungen innerhalb der NATO zur Ablösung des nuklearen Kurzstreckensystems Lance.

319 07.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević in Wien S. 1640

Erörtert werden das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und der Fortgang des KSZE-Prozesses.

320 07.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schweizerischen Außenminister Aubert in Wien S. 1644

Themen sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die KSZE und das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie die Beziehungen der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften.

321 11.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1649

Richthofen informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer, das die amerikanischen Pläne zur Stationierung von Experten zur Terrorismusbekämpfung („Emergency Support Team") im Raum Frankfurt am Main zum Inhalt hatte.

322 11.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1650

Ploetz unterrichtet über Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien und Italien zur sicherheits- und bündnispolitischen Lage nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik und zu den Folgen für die Sicherheit Europas.

323 11.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten S. 1658

Schilling informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ. Themen waren die Frage eines KSZE-Expertentreffens über Menschenrechte in Moskau, die Asylproblematik und die Politik gegenüber Südafrika.

324 11.11. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1662

Wallau berichtet über die bislang bekannten Einzelheiten der amerikanisch-iranischen Geheimkontakte und der offenbar unter Beteiligung Israels erfolgten Waffenlieferungen. Ferner gibt er einen Überblick über die Reaktionen anderer Staaten und das weitere Vorgehen der amerikanischen Regierung.

325 12.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1667

Vor dem Hintergrund einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Schewardnadse befaßt sich Ruth mit dem Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen und der unterschiedlichen Auslegung des Verlaufs des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik.

326 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1674

Anläßlich einer Anfrage der Grünen zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen untersucht Richthofen den Status des amerikanischen Hauptquartiers USEUCOM in Stuttgart und dessen Rolle bei amerikanischen Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets.

327 13.11. Botschafter Ruth an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1681

Mit Blick auf die Konsultationen des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der amerikanischen Delegationen in Genf legt Ruth die Haltung der Bundesregierung zum weiteren Vorgehen bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen dar.

328 13.11. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1684

Kastl berichtet über den Besuch einer Delegation der Grünen in der UdSSR. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Gromyko, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse standen Menschenrechtsfragen, die Frage der Souveränität der osteuropäischen Staaten sowie Abrüstungsthemen.

329 14.11. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1688

Hansen schildert eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Mitgliedern der amerikanischen Delegation bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf über Stand und Perspektiven der Gespräche.

330 16.11. Botschaftsrat Hauswedell, London, an das Auswärtige Amt S. 1692

Hauswedell unterrichtet über die WEU-Ministerratstagung. Besprochen wurden die europäischen sicherheitspolitischen Perspektiven, Rolle und Struktur der WEU sowie die Fragen der Rüstungskontrolle nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik.

331 18.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel an die Botschaft in Washington S. 1698

Nagel bewertet erneute amerikanische Vorwürfe, Firmen aus der Bundesrepublik würden an der Herstellung chemischer Kampfstoffe durch den Irak mitwirken. Er gibt einen Überblick über die Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterbindung entsprechender Exporte und erteilt Weisung für ein Gespräch im amerikanischen Außenministerium.

332 19.11. Deutsch-spanisches Regierungsgespräch in Madrid S. 1701

Themen sind die Lage in Lateinamerika, die Menschenrechtssituation auf Kuba, EUREKA, der Anteil Spaniens am Airbus, die wirtschaftliche Kooperation in Drittstaaten, die bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen und die 750-Jahrfeier von Berlin. Besprochen werden ferner die Haltung Spaniens zum Nichtverbreitungsvertrag, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zum Golfkooperationsrat, der internationale Terrorismus, Asylfragen, die europäische sicherheitspolitische Diskussion sowie die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte in Spanien.

333 20.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 1710

Mit Blick auf ein Strafverfahren in Berlin erläutert Sudhoff mögliche Reaktionen der Bundesregierung für den Fall einer vom Gericht festgestellten Beteiligung syrischer Stellen am Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West).

334 20.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1722

Ploetz faßt seine Gespräche in den USA zusammen. Erörtert wurden die Bewertung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik durch die Bundesregierung und dessen Bedeutung für die Strategie der NATO. Weitere Themen waren die europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, chemische Waffen sowie das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

335 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1735

Bertele befaßt sich mit der Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen des Auswärtigen Amts nach der Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl und legt die wichtigsten Neuregelungen dar.

336 21.11. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1737

Van Well analysiert das Vorgehen der amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit den Waffenlieferungen an den Iran und gibt eine Einschätzung der möglichen Folgen für Präsident Reagan sowie für verantwortliche Mitarbeiter.

337 25.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Botschafter Salari S. 1741

Die Gesprächspartner erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen sowie die amerikanisch-iranischen Beziehungen. Ferner wird die Frage der Lieferung chemischer Substanzen in den Irak durch Firmen aus der Bundesrepublik angesprochen.

338 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1744

Jelonek informiert über einen Besuch des Staatssekretärs Ruhfus in den USA. Im Mittelpunkt der Gespräche standen wirtschaftspolitische Fragen wie COCOM, Airbus, Agrarfragen, die neue GATT-Runde, ferner eine mögliche Rückkehr der USA in die UNESCO, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die amerikanische Präsenz in der Bundesrepublik.

339 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1751

Kastrup befaßt sich mit der Unterbrechung hochrangiger bilateraler Kontakte durch die sowjetische Regierung sowie mit der zunehmenden Kritik an Mitgliedern der Bundesregierung. Er analysiert die Motive und erläutert die möglichen Reaktionen der Bundesregierung.

340 25.11. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1756

Wallau informiert über die neueste Entwicklung in der Frage der amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran und geht dabei auf die Offenlegung von Zahlungen an die nicaraguanischen Contras und die daraus resultierenden personellen Veränderungen im amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat ein.

341 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1759

Kastrup erläutert Vorschläge Dänemarks, der Niederlande und der UdSSR für KSZE-Expertentreffen im Bereich der „Menschlichen Dimension". Er äußert sich zu möglichen Risiken der drei Vorschläge und zum weiteren Vorgehen.

342 26.11. Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt S. 1764

Nowak informiert über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Saudi-Arabien und erörtert insbesondere die Gespräche über mögliche Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik.

343 27.11. Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem syrischen Botschafter Seifou S. 1768

Nach der durch das Landgericht Berlin festgestellten Verwicklung syrischer Stellen in den Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West) erläutert Schlagintweit die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Syrien.

344 02.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors S. 1770

Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats befassen sich Kohl und Delors mit den Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zur Türkei und zu Ungarn, den Überlegungen der EG-Kommission zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaften und zur Reform der Agrarpolitik sowie mit Personalfragen.

345 02.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 1780

Adamek vermerkt den Stand der Überlegungen in der High Level Group (HLG) der NATO zu den Auswirkungen eines LRINF-Abkommens auf die Verteidigungsstrategie der NATO und gibt die wichtigsten Punkte einer Analyse aus dem NATO-Hauptquartier wieder.

346 02.12. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1784

Eickhoff berichtet über die bisherige Behandlung deutschlandpolitischer Themen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien und stellt die Ziele der Delegation der Bundesrepublik in diesem Bereich dar.

347 03.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1789

Hartmann resümiert die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen der High Level Task Force (HLTF) der NATO zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und geht insbesondere auf die noch ausstehende Einigung zu einem Forum für Verhandlungen ein.

348 04.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1800

Hansen berichtet über die Ministersitzung der Eurogroup („Eurodinner“). Erörtert wurden die Lage der WEU und ihre mögliche Erweiterung sowie die sicherheitspolitische Situation nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik.

349 05.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1803

Hansen informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Themen waren das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und seine Folgen für die Verteidigungsstrategie des Bündnisses.

350 05.12. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1811

Holik übermittelt den abschließenden Bericht zur 40. Runde der MBFR-Verhandlungen und äußert sich zu möglichen Schritten zur Überwindung der stagnierenden Gespräche.

351 06.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in London S. 1814

Genscher und Andreotti befassen sich mit den Ost-West-Beziehungen vor dem Hintergrund der innenpolitischen Krise in den USA, ferner mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen, den Verbindungen Syriens zum internationalen Terrorismus, dem irakisch-iranischen Krieg und Libyen.

352 08.12. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1821

Hartmann unterrichtet über die zwischen Frankreich und den USA erzielte Einigung in der Frage des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, bewertet das Ergebnis und gibt Hinweise zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung.

353 09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening S. 1825

Erörtert werden das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und seine Folgen. Die Gesprächspartner stellen außerdem Überlegungen zur Rüstungskontrollpolitik bis zur Jahrtausendwende an.

354 09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening S. 1835

Themen sind die Entwicklung des KSZE-Prozesses und der Stand der Wiener Folgekonferenz, der sowjetische Vorschlag für ein Expertentreffen über Menschenrechte in Moskau, außerdem die nachrichtendienstliche Tätigkeit von Mitarbeitern der Botschaften von Warschauer-Pakt-Staaten, die jeweiligen Beziehungen zu verschiedenen osteuropäischen Staaten, außerdem die Lage im südpazifischen Raum und in Ostasien.

355 09.12. Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Staatssekretär im schweizerischen Außenministerium, Brunner, in Bern S. 1844

Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen, vor allem die KSZE, ferner die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran, die Politik gegenüber Südafrika, der Chemieunfall in Basel und Fragen der Haftung infolge der Verschmutzung des Rheins sowie die bilateralen Beziehungen.

356 09.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich S. 1850

Bitterlich notiert die Ergebnisses des Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am Rande der Tagung des Europäischen Rats in London. Themen waren Sanktionen gegen Südafrika, die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran und der irakisch-iranische Krieg, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Jugoslawien sowie zu den lateinamerikanischen Staaten.

357 10.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Chevening S. 1853

Genscher und Shultz besprechen die Zukunft der Rüstungskontrollpolitik, auch im konventionellen Bereich, sowie die Haltung der UdSSR zu Menschenrechtsfragen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien.

358 11.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington in Brüssel S. 1858

Besprochen werden Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle, die Lage nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik und die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

359 11.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1862

Hansen berichtet über den Tagesordnungspunkt zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa auf der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden die von den Außenministern verabschiedete „Brüsseler Erklärung“, der Bericht der High Level Task Force (HLTF) und der Rahmen künftiger Verhandlungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten.

360 11.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1866

Kastl gibt eine Einschätzung der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik nach dem Treffen in Reykjavik und geht dabei insbesondere auf die Beziehungen zu den USA, den westeuropäischen Staaten, Japan, Indien und zur Volksrepublik China ein.

361 12.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1872

Richthofen gibt einen Überblick über die Bemühungen des Warschauer Pakts um Kontakte zur NATO in der Frage der konventionellen Rüstungskontrolle. Ferner informiert er über den Stand der Erörterungen in der NATO zu diesem Thema sowie über die Haltung der Bundesrepublik und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

362 12.12. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1879

Richthofen berichtet über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Besprochen wurden der sowjetische Vorschlag für ein KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Moskau, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, zudem die Lage in Polen, in Südafrika und im Nahen Osten sowie der irakisch-iranische Krieg. Außerdem wurde die Situation in Nordkorea und im südpazifischen Raum erörtert, schließlich die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.

363 12.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1893

Hansen informiert über die NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Themen waren die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran, die Bedeutung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und der internationale Terrorismus.

364 15.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 1900

Nach Gesprächen mit Großbritannien und den USA gibt Sudhoff eine Einschätzung der Aussichten für eine politische Initiative zur Überwindung der Apartheid in Südafrika.

365 15.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter S. 1905

Richter unterrichtet über Gespräche mit der ägyptischen Regierung in Stuttgart. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftliche und finanzielle Lage Ägyptens und dessen Bitte um Unterstützung durch die Bundesrepublik und andere Staaten.

366 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1907

Richthofen gibt einen Überblick über den Stand der Arbeiten an einer Revision der Pläne für den militärischen Krisenfall um Berlin („Live Oak“).

367 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1910

Jelonek analysiert verschiedene Ansätze zur Überwindung der internationalen Verschuldungskrise.

368 17.12. Aufzeichnung des Referats 411 S. 1919

Untersucht werden das Angebot der Europäischen Gemeinschaften an die Türkei in der Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer sowie die Reaktion der türkischen Regierung.

369 17.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1923

Pleuger informiert über den Sachstand in der Frage der vermuteten illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen zum Bau von U-Booten an Südafrika und übermittelt eine Sprachregelung.

370 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1926

Hartmann befaßt sich mit Verlauf und Ergebnissen eines amerikanisch-sowjetischen Expertentreffens zu Fragen der Rüstungskontrolle und gibt eine Bewertung.

371 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1929

Vor dem Hintergrund des Vierergesprächs der Außenminister in Chevening zur Frage strategischer Waffen und Weltraumwaffen bewertet Hartmann die Aussichten für eine Einigung zwischen den USA und der UdSSR.

372 19.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1936

Hartmann legt die Differenzen zwischen der Bundesrepublik und den USA in der Frage dar, ob die für 1987 geplanten Manöver „Caravan Guard“ und „Winter Warrior“ notifiziert werden sollten.

373 20.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burt in Wachtberg-Pech S. 1939

Themen sind die Schließung des amerikanischen Generalkonsulats in Düsseldorf, die 750-Jahrfeier von Berlin, Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, ein Hilfsprojekt im Westjordanland, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, Persönlichkeit und Stellung des amerikanischen Außenministers Shultz vor dem Hintergrund der innenpolitischen Krise in den USA und die Frage der Notifizierung der Manöver „Caravan Guard“ und „Winter Warrior“.

374 20.12. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1947

Eickhoff informiert über den bisherigen Verlauf der KSZE-Folgekonferenz. Er legt die Interessenlage und Taktik der verschiedenen Teilnehmer dar und gibt einen Überblick über eingereichte Vorschläge. Ferner unternimmt er eine Einschätzung des Konferenzverlaufs.

375 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1957

Richthofen befaßt sich mit den Möglichkeiten, mit Blick auf die von der Bundeswehr geplante Einführung eines „Mittleren Flugabwehr-Raketensystems“ eine europäische Alternative zu den amerikanischen Systemen „Hawk“ und „Patriot“ zu entwickeln. Dabei geht er vor allem auf deutsch-französische Bemühungen um Kooperation ein.

376 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1963

Richthofen legt eine Grundsatzaufzeichnung zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung vor. Er erörtert Rahmenbedingungen, Ziele, politische und rechtliche Grundsätze, mögliche Zielkonflikte und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

377 30.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1974

Kastl zieht eine Bilanz der sowjetischen Politik des Jahres 1986. Dabei geht er auf Möglichkeiten und Grenzen der Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, ein und gibt einen Überblick über innen- und außenpolitische Problemfelder.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1962–1984, München 1994–2015; 1985, Berlin/Boston 2016.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1991.
BR DRUCKSACHEN	Bundesrat. Drucksachen, Bonn 1949 ff.
BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland. Sitzungsbericht, Bonn 1949–1953. Danach: Verhandlungen des Bundesrates, Stenographische Berichte, Bonn 1954 ff.
BRANDT, Berliner Ausgabe	Willy Brandt, Berliner Ausgabe. Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006.
BT DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.

CONSTITUTIONS OF NATIONS	Constitutions of Nations. Third Revised Edition. Band IV: The Americas (2 Teilbände), hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1970.
DEAR MR. PRESIDENT	Dear Mr. President… Reagan/Gorbachev & The Correspondence that Ended the Cold War, hrsg. von Jason Saltoun-Ebin, o. O. 2013.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1940 ff.
DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG, ARBEITSARMEE	Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hrsg. von Alfred Eisfeld und Victor Herdt, Köln 1996.
DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT IM BILDUNGSWESEN	Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, Berufliche Bildung und Hochschule auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrages, eingeleitet und bearbeitet von Harald Kästner, Bonn 1999.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959	Documents on Disarmament 1945–1959. Bd. I (1945–1956). Band II (1957–1959), hrsg. vom United States Department of State, Washington D. C. 1960.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963	Documents on Disarmament 1963, hrsg von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1964.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986	Documents on Disarmament 1986, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C 1991.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XXII: 1984, hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o. J. Band XXIII: 1985/86, hrsg. von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o. J.
DzD II	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt a. M. 1992.
ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 73	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, 73. Band, Tübingen 1987.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.

FRUS 1961–1963	Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band X: Cuba 1961–1962, Washington D. C. 1997. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D. C. 1996.
FRUS, Malta and Yalta 1945	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington D. C. 1955.
FRUS, Washington and Casablanca	Foreign Relations of the United States. The Conferences at Washington 1941–1942, and Casablanca 1943. Washington D. C. 1968.
DE GAULLE, Discours et messages	Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 5: Vers le terme (Janvier 1966–Avril 1969), [Paris] 1970.
GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT	Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn/Köln 1950 ff.
GENSCHER, Erinnerungen	Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
GESETZBLATT DER DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
GORBATSCHOW, Reden	Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985. Band 3: Oktober 1985–Juli 1986, Berlin [Ost] 1987. Band 4: Juli 1986–April 1987. Berlin [Ost] 1988.
HANSARD	Parliamentary Debates (Hansard). Sixth Series, Volume 97, House of Commons, Official Report. Third Session of the Forty-Ninth Parliament of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Thirty-Fifth Year of the Reign of Her Majesty Queen Elizabeth II. Session 1985-86, London [1986].
HONECKER, REDEN	Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 11, Berlin [Ost] 1987. Band 12, Berlin [Ost] 1988.
I.C.J. REPORTS	International Court of Justice, Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders. 1949, 1982, 1985, 1986, o. O. o. J.
INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN	Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
JAHRESBERICHT 1986	Jahresbericht der Bundesregierung 1986, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o. J.

KABINETTSPROTOKOLLE 1951 — Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Band 4, 1951, bearbeitet von Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988.

KOHL, Erinnerungen — Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.

KWIZINSKIJ, Sturm — Julij A. Kwizinkij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.

LNTS — League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements Registered with the Secretariat of the League of Nations, o. O. 1920–1946.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974 — Texts of Final Communiques 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980 — Texts of Final Communiques (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985 — Texts of final communiqués (Volume III). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1981–1985, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990 — Texts of final communiqués (Volume IV). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.

NATO STRATEGY DOCUMENTS — NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].

OFFICIAL GAZETTE OF THE ALLIED KOMMANDATURA BERLIN 1950 — Official Gazette of the Allied Kommandatura Berlin 1950, hrsg. vom Office of the Chairman Chief of Staff, Berlin 1950.

OSTEUROPA — Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.

OST-PROBLEME 1956 — Ost-Probleme, Heft 25/26 vom 22. Juni 1956, hrsg. von Embassy of the U.S. of America, USIS, Press Division, Bad Godesberg.

LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE — La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1978 (4 Teilbände), 1985 (6 Teil-

bände). 1986 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 bzw. 1982.

PUBLIC PAPERS, NIXON 1969 — Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President 1969, Washington D. C. 1971.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981, January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1982. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D. C. 1986 bzw. 1987.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1985. Band I: January 1 to June 28, 1985. Band II: June 29 to December 31, 1985, Washington D. C. 1988.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1986. Band I: January 1 to June 27, 1986. Band II: June 28 to December 31, 1986, Washington D. C. 1988 bzw. 1989.

PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987 — Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1987. Band I: January 1 to July 3, 1987. Band II: July 4 to December 31, 1987, Washington D. C. 1989.

REICHSGESETZBLATT 1929 — Reichsgesetzblatt 1929, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1929.

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG — Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Einundvierzigste Tagung, 16. September – 19. Dezember 1986. Generalversammlung, Offizielles Protokoll: Einundvierzigste Tagung, Beilage Nr. 53 (A/41/53), New York 1987.

RESOLUTIONS AND DECISIONS 1985	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1985, Official Records: Fortieth Year, New York 1986.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1986	United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1986, Official Records: Forty-First Year, New York 1987.
SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen	Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie	Eberhard Schneider, Moskaus Leitlinie für das Jahr 2000. Die Neufassung von Programm und Statut der KPdSU, München 1987.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
STRAUSS, Erinnerungen	Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
TEHERAN – JALTA – POTSDAM	Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK	Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III. Band 2: 19. Januar 1984–31. Dezember 1984, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1985. Band 4: 9. Januar 1986–31. Dezember 1986, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987.
UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.

US STATUTES AT LARGE, Bd. 86 — United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Second Congress of the United States of America 1972 and Proposed Amendment to the Constitution and Proclamations. Bd. 86, Washington D. C. 1973.

VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1950 — Verordnungsblatt für Groß-Berlin, hrsg. vom Magistrat von Groß-Berlin, Berlin 1950.

VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN — Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.

WEU PROCEEDINGS — Assembly of Western European Union. Proceedings. Thirty-Second Ordinary Session, Second Part, December 1986. IV: Minutes. Official Report of Debates, Paris [1987].

YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS — Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information United Nations. 1981, New York 1985. 1982, New York 1986. 1984, New York 1988. 1986, Dordrecht/Boston/London 1990.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria
AA	Auswärtiges Amt
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen
ABM	Anti-Ballistic Missile
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency
ADM	Atomic Demolition Munition
AFCENT	Allied Forces Central Europe
AFG	Afghanistan
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft
AGY	Ägypten
AHG	Ad-hoc-Gruppe
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga
ALCM	Air-Launched Cruise Missile
ALG	Algerien
AM	Außenminister
ANC	African National Congress
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen
ARG	Argentinien
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/ -System)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
ATBM	Anti-Tactical Ballistic Missile
ATM	Anti-Tactical Missile
AV	Auslandsvertretung
AWACS	Airborne Warning and Control System
AZ	Aktenzeichen
B/BE/BEL	Belgien
BAW	Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BF	Belgischer Franc
BGS	Bundesgrenzschutz
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BK	Bundeskanzler
BK	Bundeskanzler(amt)
BKA	Bundeskriminalamt
BM	Bundesminister/ium
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
BMBW	Bundesminister/ium für Bildung und Wissenschaft
BMD	Ballistic Missile Defense
BME	Berne Meeting of Experts
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesminister/ium des Innern
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
BMVg/BMVtg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
Bo	Botschafter
BPA	Bundespresseamt
BR	Bundesrepublik
BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
BRA	Brasilien
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
BSR	Bundessicherheitsrat
BStS	Büro Staatssekretäre
BT	Bundestag
BUKA	Bundeskanzleramt
BUL	Bulgarien
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
C-/CW	Chemie- bzw Chemiewaffen bzw. Chemical Weapons
CA/CAN/CDN	Canada
CBM	Confidence-Building Measures
CD	Committee on Disarmament
CDE	Conference on Disarmament in Europe
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CH	Confederatio Helvetica
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
ChefProt	Chef des Protokolls
CHL	Chile
CHN	China (Volksrepublik)
CIA	Central Intelligence Agency
CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe
CINCEUR	Commander-in-Chief Europe
CM	Cruise Missile
CNES	Centre national d'études spatiales
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
COREU	Correspondence Européenne
CORRTEX	Continuous Reflectometry for Radius Versus Time Experiments
CSBM	Confidence- and Security-Building Measures
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
ČSSR	Československá Socialistická Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
CVP	Christelijke Volkspartij
CWFZ	Chemiewaffenfreie Zone
D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
DB	Drahtbericht
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Drahterlaß
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFVLR	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt
Del.	Delegation
Dg	(Ministerial-)Dirigent

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHK	Deutsche Industrie- und Handelskammer
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DK	Dänemark
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DL	Delegationsleiter
DM	Deutsche Mark
DoD	Department of Defense
DPC	Defence Planning Committee
DRC	Defence Review Committee
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DW	Dritte Welt
E/ESP	España
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
EAGFL	Europäischer Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EC	European Community
ECE	Economic Commission for Europe
ECOSOC	Economic and Social Council
ECU	European Currency Unit
EEC	European Economic Community
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EGK	Europäische Gemeinschaften-Kommission
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EH	Entwicklungshilfe
EIB	Europäische Investitionsbank
EL	Entwicklungsländer
ELF	Elfenbeinküste
EP	Europäisches Parlament
EPG	Eminent Persons Group
EPl	Einzelplan
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ESA	European Space Agency
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
EZ	Entwicklungs-zusammenarbeit
F/FR/FRA	Frankreich
FAO	Food and Agriculture Organization
FAR	Force d'action rapide
FBI	Federal Bureau of Investigation
FBS	Forward Based Systems
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDP	Freie Demokratische Partei
Fed	Federal Reserve System
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FF	Französischer Franc
FIN	Finnland
FLS	Frontlinienstaaten
FOFA	Follow-On Forces Attack
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FS	Fernschreiben
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
XC	

GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB/GRO	Großbritannien
GC	General Conference
GCC	Gulf Cooperation Council
GD	Generaldirektor
GE/GER	Germany
geh.	geheim
GG	Grundgesetz
GK	Gefechtsköpfe bzw. Generalkonsul/at
GL	Gruppenleiter
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
GNP	Gross National Product
Ges. Pol.	Gesandter Politik
GPG	General Political Guidelines
GR/GRI	Griechenland
GS	Generalsekretär
GSG	Grenzschutzgruppe
GV	Generalversammlung bzw. Gewaltverzicht
HH	Haushalt
HLG	High Level Group
HLDG	High Level Defense Group
HLTF	High Level Task Force
HOTOL	Horizontal Take-off and Landing Satellite Launcher
I/IT/ITA	Italien
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
ICAO	International Civil Aviation Organization
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
ICE	Intercity-Express
IDA	International Development Association
IEPG	Independent European Program Group
IGH	Internationaler Gerichtshof
i. G.	im Generalstab
IL	Industrieländer
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
IMF	International Monetary Fund
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
INI	Indien
IRK	Irak
IRL	Irland
IRN	Iran
ISDN	Integrated Services Digital Network
ISL	Island
ISR	Israel
IWF	Internationaler Währungsfonds
JAN/JPN	Japan
JCS	Joint Chiefs of Staff
JOR	Jordanien
JUG	Jugoslawien
KAB	Kambodscha
KAN	Kanada
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KKW	Kernkraftwerk
KMK	Kultusministerkonferenz
KOL	Kolumbien
KOM	(Europäische) Kommission
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle
KS I	Kanzleisekretär I. Klasse
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KT	Kilotonnen
KVAE	Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
KZ	Konzentrationslager
L/LU/LUX	Luxemburg
LA	Lateinamerika
LDP	Liberaldemokratische Partei Japans
LIY	Libyen
LLDC	Least Developed Countries
LMB	Leiter Ministerbüro
LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
LRINF	Long-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags
MDg	Ministerialdirigent
MEZ	Mitteleuropäische Zeit
MEX/MXI	Mexico
MilAtt	Militärattaché
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MOD	Ministry of Defence
MOU	Memorandum of Understanding
MP	Ministerpräsident/in
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MR	Menschenrechte bzw. Ministerrat
MRK	Menschenrechts-kommission bzw. Menschenrechtskonferenz
MRO	Marokko
MS	Mitgliedstaaten
MT	Ministertagung
MWSt.	Mehrwertsteuer
MX	Missile Experimental
N/NO/NWG/ NOR	Norwegen
NAM	Namibia
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDL/NL	Niederlande
NEV	Nichterhöhungs-verpflichtung
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NIC	Nicaragua
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten
NNA	Neutral and Non-Aligned States
NO	Naher Osten
NPG	Nukleare Planungsgruppe
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSC	National Security Council
NTB	Nuclear Test Ban
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
NVA	Nationale Volksarmee
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
OAU	Organization of African Unity
OB	Oberbürgermeister
ODA	Official Development Assistance

OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OECS	Organization of Eastern Caribbean States
OIC	Organization of Islamic Cooperation
OSART	Operation Safety Review Team
OST	Österreich
OTL	Oberstleutnant
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
ÖVP	Österreichische Volkspartei
OZ	Ortszeit
PAC	Pan Africanist Congress
P/PO/PTG/ PORT	Portugal
PAK	Pakistan
PAL	Palästina
PAN	Panama
PDC	Partido Demócrata Cristiano de Chile
PER	Peru
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
PHI	Philippinen
PK	Politisches Komitee bzw. Pressekonferenz
PL/POL	Polen
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister/in
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty
POLAD	Political Advisor
PPG	Provisional Political Guidelines
PR	Public Relations
Präs.	Präsident/schaft
PRL	Parti Réformateur Libéral
PS	Parti Socialiste
PSC	Parti Social Chrétien
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PVV	Partij voor Vrijheid en Vooruitgang
RA	Rechtsanwalt
RAF	Rote Armee Fraktion
RBM	Regierender Bürgermeister
RE	Rechnungseinheit
Ref.	Referat
Res.	Resolution
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RH	Rechtshilfe
RK	Rechts- und Konsular-
RL	Referatsleiter
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RUM	Rumänien
S/SP/SPA	Spanien
SA	Südafrika bzw. Schlußakte
SAA	Sambia
SACBC	Southern African Catholic Bishops' Conference
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAM	Sowjetisches Außenministerium
SAR	Saudi-Arabien
SC	Stockholm Conference
SCC	Standing Consultative Commission
SCG	Special Consultative Group
SCN/SWE	Schweden
SCZ	Schweiz
SDI(O)	Strategic Defense Initiative (Organization)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SF	Suomi-Finnland

SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SGV	Sondergeneralversammlung
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
SNF	Short-Range Nuclear Force
SNR	Schneller Natriumgekühlter Reaktor
SOW	Sowjetunion
SP	Socialistische Partij
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SR	Sicherheitsrat
SRAM	Short Range Attack Missiles
SRINF	Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
St(ä)V	Ständige Vertretung/ Ständige Vertreter
STABEX	Système de Stabilisation des Recettes d'Exportation
START	Strategic Arms Reduction Talks
StM	Staatsminister/in
StS	Staatssekretär
Stv.	Stellvertreter bzw. Stellvertretender
SU	Sowjetunion
SUA	Südafrika
SWAPO	South West Africa People's Organization
SYR	Syrien
SZR	Sonderziehungsrechte
T/TU/TUR	Türkei
TDF	TéléDiffusion de France
Tgb.	Tagebuch
TGV	Train à grande vitesse
TNF	Theater Nuclear Forces
TNS	Teilnehmerstaaten
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale
TSD	Tschad
TT	Technologietransfer
TTBT	Threshold Test Ban Treaty
TUN	Tunesien
TZ	Technische Zusammenarbeit
UA	Unterabteilung
UDF	United Democratic Front
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFICYP	United Nations Peace-Keeping Force in Cyprus
UNG	Ungarn
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNO	United Nations Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East

US/USA	United States of America
USAFE	United States Air Forces in Europe
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
USAREUR	United States Army Europe
USCINCEUR	United States Commander-in-Chief Europe
USEUCOM	United States European Command
USNAVEUR	United States Naval Forces Europe
VAM	Vizeaußenminister
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VEN	Venezuela
VK	Vereinigtes Königreich
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)
VM	Verteidigungsminister
VMA	Vier-Mächte-Abkommen
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VP	Vizepräsident
VR	Volksrepublik
VRC	Volksrepublik China
VS	Verschlußsache
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
VS-v	VS-vertraulich
VU	Volksunie
WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
WEOG	Western European and Others Group
WEU	Westeuropäische Union
WHO	World Health Organization
WP	Warschauer Pakt/ Wahlperiode
WT	Wiener Treffen
WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
WV	Wiedervorlage
WWG	Weltwirtschaftsgipfel
ZA	Zentralamerika
ZK	Zentralkomitee

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1986

Stand: Mai 1986

Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit
Berndt von Staden, Staatssekretär a.D.

Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit
Dr. Rainer Barzel, MdB

Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR Ischinger

01 Leitungsstab

010 Ministerbüro
VLR I Dr. Jansen

012 Öffentlichkeitsarbeit
VLR I Dr. Pleuger

012-9 Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte Inland
VLR Dr. Schumann

011 Parlaments- und Kabinettsreferat
VLR I von Nordenskjöld

013 Pressereferat
VLR I Chrobog

02 Planungsstab
Ministerialdirigent Dr. Seitz
Forschungs-Koordinierung
Schollwer

Staatssekretär
Dr. Jürgen Ruhfus
Geschäftsbereich: Abteilungen 4, 5 und 6
Persönlicher Referent: VLR Dr. Schweppe

Staatssekretär
Dr. Andreas Meyer-Landrut
Geschäftsbereich: Abteilungen 1, 2, 3 sowie 2 A und 7
Persönlicher Referent: VLR Dr. Frick

014 Büro Staatssekretäre
VLR I von Schubert

Staatsminister
Jürgen W. Möllemann
Persönlicher Referent: LR I Koebel

Staatsminister
Dr. Lutz G. Stavenhagen
Persönlicher Referent: LR I Lüdeking

1 Zentralabteilung
Ministerialdirektor Dr. Hallier

Unterabteilung 10
Ministerialdirigent Huber

100
Allgemeine Personalangelegenheiten
VLR I Palenberg

101
Höherer Dienst; Honorarkonsuln
VLR I Dr. Rapke

102
Ausbildung und Fortbildung
Gesandter Kremer

103
Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter
VLR I Buchrucker

104
Deutsches Personal bei Inter- und supranationalen Organisationen
VLR Dr. Göttelmann

105
Sprachendienst
VLR I Kusterer

106
Gesundheitsdienst
Medizinaldirektor Dr. Huwald

1 – I Inspekteure
Chefinspekteur
Botschafter Dr. Verbeek

Unterabteilung 11
Ministerialdirigent Dr. Eiff

110
Organisation
VLR I Jochum

111
Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland
VLR I Weindel

112
Haushalt und Finanzen
Beauftragter für den Haushalt
VLR I Gründel

113
Besoldung
VLR I Dr. Ellerkmann

114
Chiffrier- und Fernmeldewesen
VLR I Dr. Giesecke

115
Innerer Dienst
VLR Flimm

116
Bibliothek und Dokumentation
VLR I Waldner

117
Politisches Archiv und Historisches Referat
VLR I Waldner

118
Geheimschutz und Sicherheit
VLR I Dr. Weber

119
Vorprüfungsstelle
VLR Haller

11 A Arbeitsstab Informationsverarbeitung
VLR Dr. Reiners

2 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. von Braunmühl

Unterabteilung 20
Ministerialdirigent Dr. von Ploetz

200
Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)
VLR I Dr. Schilling

201
Atlantisches Bündnis und Verteidigung
VLR I Lewalter

202
Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein
VLR I Holthoff

203
Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden
VLR I Dr. Kuhna

204
Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit
VLR I Dr. von Studnitz

205
Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten
VLR I Dr. Schneppen

AS 20
Arbeitsstab Strategiefragen
VLR I Daerr

Unterabteilung 21
Ministerialdirigent Dr. Oesterhelt

210
Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen
VLR I Dr. Lambach

212
Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)
VLRin I Dr. Vollmar-Libal

213
Sowjetunion
VLR I Dr. Heyken

214
Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien
VLR I Dr. Kaestner

215
Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin
VLR I Freiherr von Groll

2 – Z Botschafter z.b.V.
2 – Z 1
Botschafter Dr. Eickhoff
2 – Z 2
Botschafter R. Wolff

2 A Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle
Botschafter Dr. Ruth

Vertreter
VLR I Dr. Hartmann

220
Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START
VLR I Dr. Hofstetter

221
Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)
VLR I Dr. L. Buerstedde

222
Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung
VLR I Dr. Metternich

Unterabteilung 23
Ministerialdirigentin Dr. Finke-Osiander

230
Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat
VLR I Dr. Vollers

231
Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen
VLR I Dr. Giesder

232
VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen
VLR I Dr. Steinmann

223
Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen
VLR Dr. Massmann

3 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Sudhoff

31
Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik
Ministerialdirigent Schlagintweit

32
Beauftragter für Afrikapolitik
Ministerialdirigent Dr. Sulimma

33
Beauftragter für Lateinamerikapolitik
Ministerialdirigent Dr. Kullak-Ublick

34
Beauftragter für Asienpolitik
Ministerialdirigent Dr. Keil

300
Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausstattungshilfe
VLR I Dr. Holubek

301
Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge
VLR I Nöldeke

310
Naher Osten
VLR I Richter

310-9
Europäisch-Arabischer Dialog

311
Mittlerer Osten, Maghreb
VLR I Dr. Strenziok

320
Südliches Afrika
VLR I Gerz

321
West- und Zentralafrika
VLR I Ganns

322
Ostafrika
N.N.

330
Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay
VLR I Dr. Hallensleben

331
Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik
VLR I von Jagow

340
Südasien
VLR I Freiherr von Pfetten-Arnbach

341
Ostasien
VLR I Dr. Scheel

342
Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik
N.N.

4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration
Ministerialdirektor Dr. Jelonek

Unterabteilung 40
Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen
Botschafter Dr. Massion

400
Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG
VLR I Dr. Borchard

401
Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich; insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte
VLR I Albrecht

402
Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO
VLR I Oestreich

405
Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen, Nichtnukleare Energieforschung
VLR Broudré-Gröger

Unterabteilung 41
Ministerialdirigent Dr. Trumpf

410
Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt
VLR I Dr. Kudlich

410-9
Europäisches Parlament
VLR Dr. von Rom

411
Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT
VLR I Dr. Randermann

412
Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem. Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD
VLR I Dohmes

416
Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung
VLR van Edig

Unterabteilung 42
Ministerialdirigent Dr. Kastrup

420
Wirtschaftsbeziehungen zum Westen
VLR I Dr. Fischer-Dieskau

421
Wirtschaftsbeziehungen West-Ost
VLR I Dr. Gerhardt

422
Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen
VLR I von Wistinghausen

423
Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO)
VLR I Rosengarten

424
Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport
VLR I Dr. Nagel

Unterabteilung 43
Ministerialdirigent Dr. Pabsch

430
Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung
VLR I Dr. Graf von Matuschka

431
Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO
VLR I Dr. Ritter von Wagner

432
Außen- und europapolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; ITU; grenzüberschreitende Daten- und Informationsflüsse
VLR Dr. Dr. Grewlich

433
Internationale Umweltpolitik
VLR Greineder

5 Rechtsabteilung
Ministerialdirektor Dr. Bertele
Völkerrechtsberater

Vertreter
Ministerialdirigent Dr. Hellbeck

Gruppe 50
VLR I Dr. Dulsberg

500
Allgemeines Völkerrecht
VLR I Dr. Dulsberg

501
Völkerrechtliche Verträge
VLR Dr. Graeve

502
Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen
VLR Gerster

503
Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland
VLR Dr. S. Buerstedde

504
Arbeitsstab Antarktis-Konferenzen und Recht der Sondergebiete (See- und Weltraumrecht)
VLR I Dr. Messer

510
Staats- und Verwaltungsrecht
VLRin Geissler-Kuss

511
Strafrecht, Steuer- und Zollrecht
VLR I Bosch

512
Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht
VLR I Wasserberg

513
Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)
VLR I Dr. Kunzmann

514
Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik
VLR I Dr. Müller-Chorus

515
Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung
VLR I Heldt

6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik
Ministerialdirektor Dr. Witte
Beauftragter für internationale Medienpolitik

Unterabteilung 60
Ministerialdirigent Wegner

600
Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm
VLR I Dr. Bächmann

600-9
Kulturhaushalt, zentrale Mittelbewirtschaftung und Verwendungskontrolle
OAR Bauer

601
Goethe-Institut, deutsch-ausländische Kulturgesellschaften
VLR I Dr. Kilian

602
Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst
VLR I Arz von Straussenburg

603
Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen
VLR I Schönbeck

604
Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung
VLR I Dr. Schlingensiepen

Unterabteilung 61
VLR I Dr. Neukirchen

610
Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Westeuropa, Osteuropa, USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen
VLR I Dr. Graf von Schirnding

610 B
Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit I –
VLR Dr. Merkel

611
Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Afrika, Naher Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturhilfe, Kulturreferententagungen
VLR Eberle

612
Auslandsschulen, Schulwesen
VLR I Dr. Wittmann

613
Wissenschaft und Hochschulen
VLR I Graf Lambsdorff

614
Jugend, Sport, Kirchen
VLR I Schmitt

615
Multilaterale Zusammenarbeit
VLR I Werndl

7 Protokoll
Botschafter Graf von der Schulenburg

Vertreter
Gesandter Dr. Holtermann

700
Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps)
VLR I Dr. Seemann

701
Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden
VLR Kiewitt

Dokumente

1

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-321.00 SOW-5/86 VS-vertraulich **6. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Erste sowjetische Reaktion auf die SDI-Entscheidung der Bundesregierung vom 18.12.1985[4]

I. Die sowjetische Regierung hat auf den Kabinettsbeschluß vom 18.12.1985 negativ reagiert, aber „die Tür nicht zugeschlagen". Zwar hat sie sich in unsere inneren Angelegenheiten eingemischt und erwartungsgemäß die eigene Presse mobilisiert, aber sie hat ihre Stellungnahmen in Ton und Inhalt sorgfältig kalkuliert. Sie setzt ihre bisherige restriktive Politik der Bundesregierung gegenüber fort, aber bisher sind keine Zeichen für weitere Einbrüche zu erkennen. Zugleich versucht die Sowjetunion, den Druck auf uns bezüglich SDI in der Hoffnung aufrechtzuerhalten, unser Verhalten in den nächsten Monaten beeinflussen zu können.

Im einzelnen

II. 1) Die wichtigste offizielle Reaktion bestand in der „mündlichen Erklärung", die Botschafter Semjonow namens seiner Regierung am 27.12.85 gegenüber Staatssekretär Meyer-Landrut abgab.[5] Sie enthält in der Hauptsache folgende Aussagen:

– Der Beschluß vom 18.12.85 sei „ein praktischer Schritt zur Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die Verwirklichung amerikanischer Pläne für die Entwicklung von Weltraumangriffswaffen".

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Januar 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. Januar 1986 vorgelegen, der Ministerialdirektor Edler von Braunmühl um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 22. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Braunmühl verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 23. Januar 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek „z[ur] K[enntnisnahme] (s. S. 5)" sowie an Ministerialdirigent Oesterhelt und Referat 213 verfügte. Vgl. Anm. 12.
Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 24. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Pabsch und Jelonek „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Pabsch vorgelegen.
Hat Jelonek am 11. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Oesterhelt vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 13. Februar 1986 erneut vorgelegen.

4 Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, gab am 18. Dezember 1985 bekannt, daß die Bundesregierung mit den USA über eine Vereinbarung zur Verbesserung der „Rahmenbedingungen für den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse" sprechen wolle. Dadurch sollten auch verbesserte Möglichkeiten für die Beteiligung von Unternehmen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung geschaffen werden. Verhandlungen würden von Bundesminister Bangemann im Januar 1986 aufgenommen: „Die Bundesregierung strebt keine staatliche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm an. Sie wird demzufolge keine öffentlichen Mittel für Kooperationsprojekte zur Verfügung stellen". Vgl. BULLETIN 1985, S. 1279 f.

5 Für die Gesprächsaufzeichnung sowie die mündliche Erklärung vgl. Referat 213, Bd. 139307.

– Die Verwirklichung würde zur Intensivierung des Wettrüstens und zur Destabilisierung der internationalen Lage „mit äußerst negativen Folgen für die Sicherheit aller Staaten ohne jegliche Ausnahme“ führen.
– Die Handlungen der Bundesregierung liefen ihren Erklärungen (die teilweise genannt werden) zuwider und seien „mit dem Geist von Genf“[6] unvereinbar.
– Es wird an die „Verantwortung eines jeden Staates“ erinnert und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bundesregierung, auch aufgrund der Vergangenheit, die Lage noch einmal bedenken möge.

Mit dieser Erklärung stellte die sowjetische Regierung den Kabinettsbeschluß in Inhalt und Ziel falsch dar und begab sich überdies auf das Feld der direkten Einmischung. Sie ignorierte die vielfältigen Beiträge der Bundesregierung zur Gestaltung des SDI-Prozesses sowohl intern als auch in der Allianz und bezog sich zu Unrecht auf den „Geist von Genf“. Auch die teilweise belehrende Diktion der Erklärung ist unangemessen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Erklärung sich der Polemik und plumper Drohungen enthielt und insgesamt, gemessen an denkbaren sowjetischen Interventionen, relativ vorsichtig und allgemein gehalten war. Hier sollten offensichtlich keine Möglichkeiten verbaut werden und weitere Optionen offenbleiben.

Wie die Botschaft Moskau berichtet, stellte die sowjetische Regierung den Briten eine ähnliche Erklärung zu.[7]

2) Am 20.12., zwei Tage nach der Entscheidung der Bundesregierung, gab Außenminister Schewardnadse gegenüber Botschafter Kastl bereits eine erste Stellungnahme ab.[8]

Schewardnadse kritisierte auf der bekannten Linie vor allem die USA wegen des SDI-Programms, und zwar hauptsächlich unter Bezugnahme auf den Genfer Gipfel und bezüglich der Aussichten für die nächste amerikanisch-sowjetische Spitzenbegegnung. In diesem Zusammenhang erklärte er u. a.:

– SDI sei ein „Spiel mit dem Feuer“ (er wiederholte dieses Bild im Laufe des Gesprächs noch zweimal). Deshalb reagiere die Sowjetunion so, wie sie es tue, auf unsere und die britische Entscheidung.
– Die USA hätten Großbritannien und die BR Deutschland zur Teilnahme an SDI gezwungen, möglicherweise werde auch Italien folgen.
– Die Bundesregierung habe ebenso wie die britische und die französische Regierung Einfluß in Washington und müsse ihrer Verantwortung gerecht wer-

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Der britische Verteidigungsminister Heseltine und sein amerikanischer Amtskollege Weinberger unterzeichneten am 6. Dezember 1985 in London ein Memorandum of Understanding über die britische Beteiligung an der SDI-Forschung. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte dazu am selben Tag mit: „Text wurde bisher nicht veröffentlicht. […] Ratifizierung durch Parlament ist nicht vorgesehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2240; Referat 431, Bd. 145618.
Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 30. Dezember 1985 von einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom Vortag über die der Bundesregierung am 27. Dezember 1985 übermittelte sowjetische Erklärung. Er kam zu dem Schluß: „Inhalt entspricht weitgehend der sowjet[ischen] Erklärung an die britische Regierung, die allerdings hier in Moskau von Stellv[ertretendem] AM Ryschow Botschafter Cartledge übergeben wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4003; Referat 201, Bd. 143463.

8 Zu dem Gespräch vgl. AAPD 1985, II, Dok. 353.

den. Er sage ohne jede Diplomatie: Wenn der Prozeß jetzt nicht aufgehalten werde, werde später alles noch schwieriger.

– Abschließend warb Schewardnadse für ein globales friedliches Programm der technologischen Entwicklung (friedliche Zusammenarbeit im Weltraum).

Es ist kein schlechtes Zeichen, daß Schewardnadse Botschafter Kastl kurz nach der SDI-Entscheidung zu einem 1 1/2stündigen, substanzreichen, atmosphärisch ungetrübten Gespräch empfing. (In der TASS-Mitteilung über das Gespräch wurde der Kabinettsbeschluß in den Mittelpunkt gestellt und kritisch abgehandelt.[9]) Es ist ferner positiv zu werten, daß sich Schewardnadse nachdrücklich für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie – mit weniger Nachdruck – in anderen Bereichen (Wissenschaft, chemische Waffen, Vertrauensbildung) aussprach. Andererseits machte er klar, daß Moskau keine Normalisierung der politischen Kontakte wünscht. Eine Reise Gorbatschows nach Bonn schloß Schewardnadse vorläufig aus. (Schon kurz zuvor hatte Semjonow Bonn-Besuche von Gorbatschow und Schewardnadse als unwahrscheinlich bezeichnet, allerdings wegen Ryschkow eine Sondierung vorgenommen, über deren Hintergrund das Gespräch mit Schewardnadse keinen weiteren Aufschluß erbrachte.)

Speziell zum SDI-Komplex: Im Gegensatz zur bisherigen sowjetischen Taktik, uns an den Pranger zu stellen, nannte Schewardnadse uns zusammen mit London bzw. Rom als SDI-Unterstützer und richtete die Hauptkritik an die amerikanische Adresse. Seine Äußerungen hatten einen drohenden Unterton, die – ähnlich wie die Erklärung Semjonows vom 27.12. – wiederum nicht auf uns allein gemünzt waren. Im übrigen argumentierte Schewardnadse widersprüchlich, wenn er einerseits unsere SDI-Entscheidung als Ergebnis amerikanischen Zwangs hinstellte, andererseits die Bundesregierung im Verein mit Frankreich und Großbritannien zur Einflußnahme auf Washington aufforderte. Letzteres muß als ambivalent angesehen werden. Einerseits liegt darin unausgesprochen eine Anerkennung für unser bisheriges Verhalten in der SDI-Frage, andererseits wird hier erneut ein Spaltungsversuch unternommen.

3) Auch in seiner Rede für den rumänischen Außenminister Vădu va am 24.12.85 ging Schewardnadse auf SDI ein. Er kritisierte scharf die USA und erklärte sodann: England sei unmittelbarer Teilnehmer bei der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Kosmos geworden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sei nahe daran. Für das Verhalten der Regierungen dieser Länder sei charakteristisch der tiefe Abgrund zwischen ihren Erklärungen hinsichtlich einer Unterstützung der Ergebnisse von Genf und ihrer Handlungen, die diese Ergebnisse untergraben würden.[10]

III. Die Kommentierung des Kabinettsbeschlusses vom 18.12. bildete in den sowjetischen Medien naturgemäß ein Hauptthema, erfolgte aber nicht „ungebremst“ und war relativ facettenreich. Dabei schälten sich folgende Hauptlinien heraus:

9 Vgl. die Meldung „Besedy s poslami“; PRAVDA vom 21. Dezember 1985, S. 4.

10 Der rumänische Außenminister Vădu va hielt sich vom 23. bis 27. Dezember 1985 in der UdSSR auf. Für den Wortlaut der Tischrede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 24. Dezember 1985 vgl. den Artikel „Sovetsko-rumynskie peregovory“; PRAVDA vom 25. Dezember 1985, S. 4.

– Stark wurde die These vertreten, daß die Bundesregierung unter Umgehung der nuklearen Phase Teilhabe an einer neuen Generation von Massenvernichtungswaffen anstrebe und sich auf die gleiche Stufe wie Frankreich und Großbritannien stellen wolle.
– Mehrmals wurde gesagt, daß die Deutschen schon früher gefährliche Irrwege eingeschlagen hätten, daß die Entscheidung im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung stehe und daß auf diese Weise der Kurs zur Unterminierung des Ost-West-Dialoges unterstützt werde.
– Auffällig ist die Tendenz, nicht pauschal die Bundesregierung mit Kritik zu überziehen, sondern innerhalb der Koalitionsparteien zu differenzieren.
– Der Hauptstoß richtete sich gegen den CSU-Vorsitzenden Strauß, der als Personifizierung des militärisch-industriellen Komplexes hingestellt wurde. Der Bundeskanzler wurde kaum erwähnt, also sichtlich geschont. Von der FDP hieß es, daß sie eine bremsende Rolle gespielt habe, Bundesminister Genscher habe eine Gegenposition zu Strauß eingenommen.
– Schließlich wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei.

IV. Die Sowjetunion hat ihre Reaktion auf unsere Haltung zu SDI bis zu einem gewissen Grad bereits im Frühjahr 1985 antizipiert, indem sie die Sicherheitsfragen in den Mittelpunkt der bilateralen Beziehungen stellte und daraus taktische Konsequenzen zog. Dennoch wäre ihre erste Reaktion auf den Kabinettsbeschluß vom 18.12. wahrscheinlich entschieden härter ausgefallen, wenn der Beschluß nicht das Ergebnis einer sehr gründlichen Diskussion gewesen wäre und wenn wir nicht die SDI-Debatte und konkrete Entscheidungen in der Allianz mitbestimmt hätten. Auch wenn der Kabinettsbeschluß, so wie er gefaßt wurde, in erster Linie auf Gründen beruht, die keine ostpolitische Relevanz haben, ist nicht zu übersehen, daß die differenzierte Haltung der Bundesregierung ein gewisses Maß an Zurückhaltung bei der SU und in Osteuropa bewirkt hat. Es ist offenbar gelungen, den Gedanken zu vermitteln, daß wir uns einerseits öffentlichem Druck nicht beugen, andererseits aber aus eigenem Interesse eine sehr abwägende Haltung gegenüber dem Projekt einnehmen.

Wir werden nichtsdestoweniger in den nächsten Monaten, wenn in Ausführung des Kabinettsbeschlusses die deutsch-amerikanischen Verhandlungen geführt werden, weiterhin sowjetischem Druck ausgesetzt sein. Die Tatsache, daß Großbritannien und Italien ebenfalls Regierungsvereinbarungen schließen bzw. anstreben, zwingt die Sowjetunion nicht zur Gleichbehandlung, wie die Entwicklung nach der INF-Stationierung zeigte. Deshalb sollten wir in der Bewertung sowjetischer Absichten und möglicher Konsequenzen weiterhin Vorsicht walten lassen, aber im übrigen an dem bisherigen Kurs gegenüber Moskau festhalten.

Vor allem müssen wir den differenzierten Charakter des Kabinettsbeschlusses vom 18.12. bei dessen Implementierung unbedingt aufrechterhalten: Wir müssen Versuche abwehren, die Bangemann-Reise[11] als kaschierte SDI-Mission er-

11 Bundesminister Bangemann führte vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington Gespräche über die Verbesserung des wechselseitigen Technologietransfers und über Rahmenbedingungen für eine privatwirtschaftliche Beteiligung an der SDI-Forschung. Referat 431 vermerkte dazu am 20. Januar 1986, daß die amerikanische Regierung anfangs nur über letzteres, nicht aber über einen allge-

scheinen zu lassen, und von vornherein auf eine gesonderte SDI-Vereinbarung hinsteuern. Außerdem sollten wir uns aktiv – und nach außen erkennbar – um die Konsultationen in WEU und NATO über die politischen und strategischen Aspekte von SDI bemühen.[12]

Braunmühl

Referat 213, Bd. 139307

2

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris

202-321.00 FRA **7. Januar 1986**[1]

Deutsch-französische Außenministerkonsultationen am 7.1.1986 in Paris

Die o. a. Konsultationen, bei denen BM begleitet wurde von Botschafter Schoeller, D 2[2], D 4[3], Leiter Planungsstab[4], RL 202[5], stellvertretender RL 010[6] und stellvertretender RL 013[7], hatten folgende Ergebnisse:

Fortsetzung Fußnote von Seite 6

meinen Technologietransfer habe verhandeln wollen, um Verhandlungen mit anderen Staaten nicht zu präjudizieren. Bangemann sei es nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz dennoch gelungen, einen Kompromiß auszuhandeln: „Beide Seiten einigten sich darauf, Konsultationen zur Festlegung und Entwicklung weiterer Vereinbarungen und Felder der Zusammenarbeit bei der Entwicklung fortgeschrittener Technologien und der wissenschaftlichen Forschung aufzunehmen. Sie vereinbarten weiterhin die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, ein Abkommen, das die Beteiligung der deutschen Industrie, deutscher Forschungsinstitute und anderer Einrichtungen am amerikanischen Forschungsprogramm über die strategische Verteidigung erleichtern soll, ad referendum vorzubereiten." Ende Januar bzw. Anfang Februar 1986 werde eine Delegation unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft nach Washington reisen, „um Einzelheiten der zu regelnden Materien zu erörtern". Vgl. Referat 431, Bd. 145619.

12 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. Anm. 1.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff gefertigt und über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Billigung des Herrn BM einzuholen (D 4 hat mitgezeichnet)."
Hat Ministerialdirigent Schlagintweit vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 13. Januar 1986 vorgelegen.

2 Gerold Edler von Braunmühl.

3 Alois Jelonek.

4 Konrad Seitz.

5 Horst Holthoff.

6 Klaus-Peter Klaiber.

7 Reinhard Bettzuege.

I. Reaktivierung des Elysée-Vertrags[8]

BM regte an, Zeichen für eine noch engere bilaterale Zusammenarbeit und Abstimmung unserer Positionen zu setzen.[9] Geeignet wäre eine Rückkehr zur vollen Anwendung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963. Danach sollen die Außenminister, die für die Ausführung des Programms der deutsch-französischen Zusammenarbeit in seiner Gesamtheit Sorge zu tragen haben, sich alle drei Monate konsultieren. Auch sehe der Vertrag vor, daß die Leiter der Politischen, der Wirtschafts- und der Kulturabteilungen monatlich zu Konsultationen zusammenkommen. Ferner seien die Auslandsvertretungen zur engen Zusammenarbeit angehalten; die Missionschefs sollten sich mit ihren wichtigsten Mitarbeitern etwa viermal jährlich treffen. Darüber hinaus schlage er ein Austauschprogramm für junge Angehörige der beiden auswärtigen Dienste vor.

AM *Dumas* griff diesen Vorschlag auf. Es entspreche einer häufig geäußerten Feststellung des Präsidenten[10], daß der Vertrag nicht veraltet, sondern nicht genügend genutzt sei.

Vereinbart wurde,

– dem Konsultationsrhythmus des Vertrags ab sofort zu entsprechen und
– die Politischen Direktoren[11] mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein Austauschprogramm junger Diplomaten zu beauftragen.

II. Sachfragen, die uns 1986 begleiten

1) *BM* sprach die europäischen Foren Stockholm[12], Bern[13] und Überprüfungskonferenz Wien[14] an, die Teil des KSZE-Prozesses seien. Dieser stehe für uns im-

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

9 Am 2. Januar 1986 unterbreitete Ministerialdirigent Oesterhelt Bundesminister Genscher für das Gespräch Vorschläge zur Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. In der französischen Öffentlichkeit würden die bilateralen Beziehungen „nicht so sehr am positiven Bestand der erreichten Gemeinsamkeit“ gemessen, sondern „an ihren Defiziten, bezogen auf französische Erwartungen“: „Französischerseits glaube man zu registrieren, daß wir stärker als bisher unsere Politik nach nationalen Interessen ausrichten und dabei oft als kleinlich empfundene fiskalische Bedenken in den Vordergrund stellen, wenn es doch um zukunftsweisende Projekte gehen sollte.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140635.

10 François Mitterrand.

11 Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium war Pierre Morel.

12 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Die 8. Runde der Verhandlungen fand vom 5. November bis 20. Dezember 1985 statt. Am 13. Dezember 1985 einigten sich die Teilnehmerstaaten mit Blick auf den Beginn der Redaktionsarbeiten auf die Einsetzung von Koordinatoren aus der Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Staaten für die fünf Arbeitsgruppen über den Gewaltverzicht (Österreich), Information, Verifikation und Kommunikation (Schweiz), Beschränkungsmaßnahmen und Jahreskalender (Schweiz), Notifizierung (Schweden) und Beobachtung (Finnland). Am 15. Dezember 1985 unterbreiteten die neutralen und nichtgebundenen Staaten ein „Positionspapier“ (CSCE/SC.7). Schließlich legten die Delegationen am 19. Dezember 1985 einen Zeitplan für das folgende Jahr fest, der vier weitere Verhandlungsrunden vorsah. Ferner wurde vereinbart, die Konferenz am 19. September 1986 mit ihren Ergebnissen „in Erwartung weiterer Entscheidungen des Wiener Folgetreffens“ zu vertagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 361 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation) vom 20. Dezember 1985; Referat 221, Bd. 130097. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 336.

13 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 77 und Dok. 156.

14 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

mer unter einem über die Sachfragen hinausgehenden Aspekt, nämlich der Gefahr eines amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus entgegenzuwirken. Durch diese Foren müßten die Europäer größeren Einfluß auf das West-Ost-Verhältnis nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt wünschten wir eine noch engere Zusammenarbeit mit Frankreich, auch im Hinblick auf die Formulierung der Haltung der Gemeinschaft und – für Stockholm – der Allianz. Stockholm sei in eine Phase eingetreten, die europäische Impulse brauche. Er beabsichtige, in Stockholm unsere Haltung in einer Rede vorzustellen. BM rege an, daß AM Dumas ebenso verfahre und daß sie eventuell gemeinsam in Stockholm präsent seien. Dies setze voraus, daß die deutschen und französischen Positionen zur Deckung gebracht würden.

AM *Dumas* erklärte, Frankreich habe Stockholm stets mit besonderem Interesse verfolgt (Einwurf BM: Stockholm gehe ja auf französische Initiative zurück[15]). Er halte eine Harmonisierung der beiderseitigen Standpunkte für möglich. Die Idee gemeinsamer Präsenz in Stockholm sage ihm sehr zu.

Vereinbart wurde:

– am 28.1. oder später gemeinsam in Stockholm aufzutreten[16],
– die Politischen Direktoren zu beauftragen, die Haltungen zu harmonisieren und für die Reden neue Elemente auszuarbeiten sowie
– für Bern und Wien einen gemeinsamen Approach zu erarbeiten.

2) EG–RGW[17]

BM regte Meinungsaustausch hinsichtlich Aufnahme offizieller Beziehungen EG–RGW an. Es handele sich dabei um eine hoch politische Frage. Die kleinen Ostblockstaaten seien besorgt, daß ein Abkommen EG–RGW zu Lasten ihrer bilateralen und EG-Beziehungen gehen könnte (Disziplinierung). Wenn dagegen ein solches Abkommen eine Art Dach darstellen würde, könnte dies zu einem größeren Bewegungsspielraum führen.

AM *Dumas* meinte, es sei schwierig, gegenwärtig zu einer Lösung zu kommen. Gleichzeitig anerkenne er die Notwendigkeit für eine Lösung. Man könne daher das Problem weder negativ noch distanziert angehen.

15 Die französische Regierung gab am 25. Januar 1978 die Einzelheiten einer Abrüstungsinitiative bekannt, in deren Mittelpunkt der Vorschlag einer Abrüstungskonferenz der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten stand. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1978, I, S. 36–38. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 27.

16 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

17 Die Ministerialdirigenten Oesterhelt und Trumpf führten am 27. Januar 1986 aus, daß die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW auf das Jahr 1974 zurückgingen. 1981 seien die Gespräche jedoch ohne Ergebnis eingestellt worden, da die RGW-Mitgliedstaaten die Aufnahme einer Meistbegünstigungsklausel und die Errichtung einer von den EG-Mitgliedstaaten als „Überwachungsorgan der SU gegenüber den kleineren RGW-MS“ empfundenen Gemischten Kommission gefordert sowie eine Berlin-Klausel abgelehnt hätten: „Die jetzt laufenden Kontakte wurden durch den RGW-Gipfel vom Juni 1984 eingeleitet, in dessen Abschlußerklärung die Bereitschaft zum Abschluß eines Abkommens zwischen RGW und EWG erklärt wurde. Fast ein Jahr später, am 29.5.1985, erfolgte die Gorbatschow-Initiative gegenüber Craxi. Es folgten die entsprechenden Schreiben des RGW-Sekretärs Sytschow an den EG-Ratspräsidenten, zuletzt vom 26.9.1985. In diesem Schreiben wird die Aufnahme offizieller Beziehungen im Wege einer Gemeinsamen Erklärung EG–RGW vorgeschlagen. Im weiteren Verlauf der Zusammenarbeit sollte die Möglichkeit geprüft werden, untereinander Abkommen zu schließen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131207.

Vereinbart wurde, daß die Leiter der Politischen und der Wirtschaftsabteilungen[18] das Problem prüfen und dabei Kontakt zur Kommission halten.

3) Ungarn–EG[19]

BM bedauerte die Art und Weise, wie die EG-Kommission auf Ungarns Wunsch nach einem Vertrag mit der EG eingegangen sei. Sie habe kleinliche und unpolitische Argumente verwandt. Es wäre gut, wenn D und F – parallel zur Behandlung der Lage EG–RGW – durch grünes Licht für ein Abkommen signalisieren würden, daß wir Moskau nicht die Hand zu Disziplinierungsmaßnahmen reichten.

Vereinbart wurde, die Frage gemeinsam zu prüfen, um sie auf dem Gipfel[20] zu behandeln.

4) Polen – kirchliches Hilfsprogramm[21]

AM *Dumas* berichtete, französische Regierung habe anläßlich des Jaruzelski-Besuchs in Paris[22] deutlich zum Ausdruck gebracht, daß von Polen symbolische Akte erwartet würden, u. a. hinsichtlich des kirchlichen Hilfsprogramms. Diese Idee könne auch von anderen Staaten aufgegriffen werden. Paris würde es begrüßen, wenn dies im deutsch-französischen oder im Gemeinschaftskontext geschehe.

BM verwies darauf, daß die Entscheidung, was akzeptabel sei, nicht in den Westen verlagert werden dürfe, sondern nur von der katholischen Kirche in Polen im Einvernehmen mit dem Staat getroffen werden könne. Das Projekt müsse den Vorstellungen der Kirche entsprechen und das Placet des Staates haben. Wir hätten uns immer geweigert, die Frage, wie die Stiftung aussehen soll, mit der Regierung zu diskutieren, um nicht gegen die Kirche ausgespielt zu werden

18 Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium war Jean Vidal.

19 Referat 411 vermerkte am 20. Januar 1986: „1982 hatte Ungarn sein Interesse an einem Handels-, Präferenz- oder Kooperationsabkommen mit der EG signalisiert. Erste Überlegungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten mündeten dann in den Vorschlag für ein mögliches Handelsabkommen. In der Folgezeit ist es zu mehreren Sondierungsgesprächen zwischen der EGK und der ungarischen Regierung gekommen, in denen die ungarischen Wünsche hinsichtlich des Inhalts des Abkommens geklärt werden konnten." Allerdings sei eine von Ungarn angestrebte Aufhebung der bestehenden Kontingentierung unrealistisch, da die Folgen eines solchen Schrittes wegen seiner Präzedenzwirkung für andere RGW-Mitgliedstaaten nicht überschaubar seien. Schwierigkeiten werde es auch im Agrarbereich wegen der großen Überschüsse in den für Ungarn besonders wichtigen Bereichen Rindfleisch und Wein geben. Vgl. Referat 411, Bd. 131179. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 50.

20 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 61.

21 Die katholische Kirche in Polen initiierte im Sommer 1982 ein Programm zur Förderung des privaten Sektors der polnischen Landwirtschaft, das von den Kirchen und den Regierungen westlicher Staaten finanziert und von einer Stiftung polnischen Rechts getragen werden sollte. Im Juli 1983 gab auch Ministerpräsident Jaruzelski seine Zustimmung zu dem Projekt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 287, und AAPD 1983, II, Dok. 197.
Zum Stand der Vorbereitungen stellte Referat 416 am 20. Januar 1986 fest, daß die Stiftung ihre Tätigkeit noch nicht habe aufnehmen können: „In den Verhandlungen zwischen polnischer Regierung und Kirche ist noch offen, welches Steuer- und Abgabenregime für die Stiftung gelten soll. […] Polnische Kirche hatte auf Abschluß der Verhandlungen noch vor den Seijm-Wahlen im Oktober gedrängt. Durch Hinhaltetaktik hat die polnische Regierung die Entscheidung hinausgezögert." Bis jetzt stünden bereits 18,28 Mio. Dollar zur Finanzierung der Pilotphase bereit, darunter 10 Mio. Dollar der amerikanischen Regierung, 3,5 Mio. Dollar der Europäischen Gemeinschaften sowie 4,78 Mio. Dollar der katholischen Kirchen der Bundesrepublik, Frankreichs, Luxemburgs und der USA: „Diese Gelder würden zum großen Teil wegfallen, wenn die Pilotphase nicht noch in diesem Jahr beginnt." Vgl. Referat 214, Bd. 139744.

22 Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hielt sich am 4. Dezember 1985 in Frankreich auf.

und deren Stellung zu schwächen. Wir sollten uns für eine Einigung zwischen Kirche und Staat einsetzen. Enttäuschend sei der geringe finanzielle Beitrag, den die EG zur Verfügung gestellt und damit den Projektgegnern zusätzliche Argumente geliefert habe.

Es wurde vereinbart, die Leiter der Politischen und der Wirtschaftsabteilung mit der Prüfung zu beauftragen, wie das Projekt weiterverfolgt werden kann.

5) EG-Fragen

a) Binnenmarkt

Vereinbart wurde, die Leiter der Wirtschaftsabteilungen sollen prüfen, wieweit und in welchem Schrittmaß beide Länder zur zügigen Verwirklichung der Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarkts[23] beitragen können.

b) GAP[24]

BM und AM *Dumas* stimmten überein, daß bei der Reform der GAP auch die politische Komponente (AM) beteiligt sein müsse, um zu brauchbaren Lösungen zu kommen.

Vereinbart wurde eine enge Abstimmung zwischen den Leitern der Wirtschaftsabteilungen.

c) Europäisches Gesellschaftsrecht[25]

BM und AM Dumas stellten fest, daß deutsche und französische Industrie Kla-

23 Referat 416 vermerkte am 24. Januar 1986: „Auf dem Weg zur Vollendung des EG-Binnenmarktes konnten 1985 entscheidende Marksteine gesetzt werden. Das von der EG-Kommission dem Europäischen Rat in Mailand vorgelegte Weißbuch enthält in 308 Einzelvorschlägen ein detailliertes und zeitlich gestaffeltes Programm zum Abbau der materiellen, technischen und Steuerschranken bis 1992. Ein weiterer Meilenstein auf dem Wege zur europäischen Integration konnte auf dem Europäischen Rat in Luxemburg durch die prinzipielle Einigung auf ein neues Beschlußverfahren gesetzt werden. Nach der Ratifizierung der Konferenzergebnisse wird es möglich sein, die überwiegende Zahl der Richtlinienvorschläge mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen. Des weiteren konnte durch die Einbeziehung der Steuerharmonisierung in das Zeitziel 1992 ein wesentliches Element zur Vollendung des Binnenmarktes in den gesamten Prozeß integriert werden." Vgl. Referat 416, Bd. 131010.

24 Am 23. Juli 1985 legte die EG-Kommission eine „Mitteilung über die Perspektiven für die Gemeinsame Agrarpolitik" vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1985, S. 12–17.
Hierzu führte sie in der Folgezeit Anhörungen der Gemeinschaftsorgane und beteiligter Gruppen durch, auf deren Grundlage sie am 18. Dezember 1985 weitere „Orientierungen" unterbreitete, welche der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 19./20. Dezember 1985 in Brüssel beriet. Dabei bestand Einigkeit, „daß die Gemeinschaft eine Globalstrategie für die Entwicklung der Märkte und der Agrarstrukturen braucht, die es ermöglicht, über den Gemeinschaftshaushalt auf den Agrarmärkten mit strukturellen Überschüssen ein Gleichgewicht wiederherzustellen". Vgl. BULLETIN DER EG 12/1985, S. 21.

25 Am 25. Juli 1985 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschaftsminister die Verordnung Nr. 2137 über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen und Angehörigen freier Berufe aus den EG-Mitgliedstaaten zu erleichtern. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 199 vom 31. Juli 1985, S. 1–9.
Referat 416 erläuterte dazu am 21. Januar 1986: „Mit der Schaffung dieses Instruments der Unternehmenskooperation soll der Versuch gemacht werden, die Hindernisse zu überwinden, die sich bisher aus dem Fortbestehen unterschiedlicher Gegebenheiten des Gesellschafts-, Steuer-, Sozial- und Arbeits- sowie Wettbewerbsrechtes ergeben. […] Für jedes Mitglied bleibt das einzelstaatliche Steuerrecht ebenso maßgebend wie das einzelstaatliche Recht für die Rechts- und Handlungsfähigkeit. Daneben aber wird den Mitgliedern weitgehende Freiheit bei der Gestaltung ihrer vertraglichen Beziehungen sowie der inneren Verfassung der Interessenvereinigung eingeräumt. Die volle Umsetzung der Verordnung, die nur für Interessenvereinigungen mit weniger als 500 Arbeitnehmer gilt, ist erst ab 1.1.1989 vorgesehen." Vgl. Referat 416, Bd. 131029.

ge über mangelnden Fortschritt auf diesem Gebiet führe. Dadurch werde die grenzüberschreitende Industriekooperation behindert.

Vereinbart wurde, mit Justizministern[26] zu sprechen.

d) Luxemburger Beschlüsse[27]

BM erklärte sich zuversichtlich, was die Auflösung des dänischen Vorbehalts[28] angeht. Schwieriger sei der Vorbehalt Italiens, das sich von der Haltung des EP abhängig gemacht hat.[29]

Vereinbart wurde, die für Europa zuständigen Staatsminister zu beauftragen, EP-Präsident Pflimlin und – wenn gewünscht – den EP-Fraktionen unsere Haltung in Straßburg zu erläutern.[30]

6) EUREKA[31]

a) Sekretariat

AM *Dumas* berichtete, daß Straßburg als Sitz für das EUREKA-Sekretariat bei

26 Hans A. Engelhard und Robert Badinter.

27 Auf seiner Tagung am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg verständigte sich der Europäische Rat auf eine Reihe von Texten für eine Reform der Gemeinschaftsorgane (Einheitliche Europäische Akte): „Die Grundsatzvereinbarung […] betrifft insbesondere die häufigere Anwendung der Mehrheitsabstimmung bei der Verwirklichung eines einheitlichen großen Marktes in der Gemeinschaft bis Ende 1992 sowie die Ausdehnung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf neue Bereiche: Währung, Forschung und Technologie, Umwelt, Stärkung der finanziellen Solidarität der Mitgliedstaaten, Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und Rechtsrahmen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik." Vgl. BULLETIN DER EG 11/1985, S. 7.
Die Texte wurden auf der Regierungskonferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 16./17. Dezember 1985 in Brüssel abschließend behandelt. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft gab anschließend bekannt, daß sie „unverzüglich" den Mitgliedstaaten übermittelt sowie „rechtlich und sprachlich […] in Vertragsform" gebracht würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 161.

28 In Dänemark äußerten insbesondere die Sozialdemokratische Partei (SPDK) und die Gewerkschaften Bedenken gegen die im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte vereinbarte Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments sowie gegen Maßnahmen in den Bereichen Arbeits- und Umweltschutz. Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, meldete am 15. Januar 1986, daß Ministerpräsident Schlüter eine Volksabstimmung für den Fall angekündigt habe, daß die Akte am 21. Januar 1986 im dänischen Parlament abgelehnt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 20; Referat 410, Bd. 130395.
Am 21. Januar 1986 billigte das dänische Parlament einen Antrag der SPDK, mit dem die Regierung aufgefordert wurde, „das erreichte Verhandlungsergebnis abzulehnen" und statt dessen „weiterzuverhandeln, um ein für das Folketing befriedigendes Ergebnis zu erzielen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 33 von Jestaedt vom 21. Januar 1986; Referat 410, Bd. 130395.

29 Botschafter Lahn, Rom, informierte am 23. Januar 1986, daß der italienische Außenminister Andreotti gegenüber dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen am Vortag ausgeführt habe, das italienische Parlament werde nicht mehr vor der nächsten EG-Ministerratstagung am 27. Januar 1986 in Brüssel über die Texte der Einheitlichen Europäischen Akte beraten: „I habe schon in Luxemburg den Vorbehalt gemacht, den Beschluß des EP zum Reformpaket abwarten zu wollen. Nun habe sich Straßburger Parlament nach zunächst ablehnender Haltung doch zu einem ‚gequälten Ja' (un si sofferte, a suffered yes) durchgerungen, was schließlich auch eine Form der Zustimmung sei." Er sei deshalb zuversichtlich, daß am Ende auch das italienische Parlament der Regierung „grünes Licht" für eine Unterzeichnung geben werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; Referat 410, Bd. 130395.

30 Staatsminister Stavenhagen und die Staatsministerin im französischen Außenministerium, Lalumière, führten am 9. Januar 1986 in Straßburg ein Gespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pflimlin. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 410, Bd. 130395.

31 In einem am 15. April 1985 vom französischen Botschafter Morizet übergebenen Schreiben an Bundesminister Genscher schlug der französische Außenminister Dumas vor, eine „Koordinierungsstelle für die europäische Forschung einzurichten (auf Englisch: European Research Coordi-

den Beteiligten auf Schwierigkeiten stoße, und fragte, wie Bundesregierung sich verhalten würde, wenn F Paris vorschlage.[32]

BM erwiderte, solange F Straßburg vorschlage, unterstützten wir diese Kandidatur. So sehr wir für eine Beteiligung von Nicht-EG-Mitgliedstaaten seien, so sehr seien wir für den Sitz des Sekretariats in einem Mitgliedstaat. Bei uns gebe es auch Interessenten für das Sekretariat (Saarbrücken).

Vereinbart wurde, an Straßburg festzuhalten. BM bat um Unterrichtung für den Fall, daß Paris neue Überlegungen anstelle, um Thema mit BK zu besprechen.

b) Projekte

AM *Dumas* bedauerte, daß bisher nur zwei deutsch-französische Projekte existierten.[33] Für den Erfolg von EUREKA wäre es besser, wenn es mehr wären. Dem stünden Divergenzen der Analyse entgegen: Während F für marktnahe Projekte sei, bevorzugte BMFT offenbar marktferne Projekte.

BM sagte zu, sich um Angelegenheit zu kümmern.

7) Nahost-Terrorismus

a) Nach Gedankenaustausch über jüngste Terroranschläge in Rom und Wien[34] und die zu erwartenden US-Vorschläge zu Sanktionen gegenüber Libyen[35] wurde vereinbart, diesbezüglich in Kontakt zu bleiben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 12

nation Agency, ‚EURECA')". Vgl. Referat 010, Bd. 178936. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 189.

Am 6. November 1985 verabschiedeten die EG-Mitgliedstaaten sowie Vertreter weiterer acht Staaten und der EG-Kommission auf einer Ministerkonferenz in Hannover eine Grundsatzerklärung. Ziel von EUREKA sollte es demnach sein, „durch verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf dem Gebiet der Hochtechnologien die Produktivität und Wettbewerbstätigkeit der Industrien und Volkswirtschaften Europas auf dem Weltmarkt zu steigern". Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 39–44. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 11/1985, S. 86 f.

32 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 20. Februar 1986, daß die Hohen Repräsentanten der EUREKA-Teilnehmerstaaten noch keine Einigung in der Frage des Sitzes eines Sekretariats erzielt hätten: „Nach wie vor stehen Straßburg, für das lediglich F und D eintreten, und Brüssel, das von der Mehrheit der Teilnehmerstaaten akzeptiert werden könnte, zur Diskussion. Keine Erfolgsaussichten haben die Kandidatur von Saarbrücken und Aachen." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151118.

33 Die EUREKA-Ministerkonferenz am 5./6. November 1985 in Hannover billigte zunächst zehn Projekte, darunter vier mit Beteiligung der Bundesrepublik. Ein deutsch-französisches Projekt widmete sich der Herstellung amorphen Siliziums zur Anwendung in der Fotovoltaik und der Elektronik; weitere Gemeinschaftsprojekte beschäftigten sich mit der Entwicklung eines „EURO-Lasers" (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien), sowie – unter Mitwirkung der Bundesrepublik, Frankreichs, Finnlands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs und der EG-Kommission – von Geräten zur Messung der Luftschadstoffausbreitung („EUROTRAC"). Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Stechel vom 15. Januar 1986; Referat 203 (202), Bd. 151118.

34 Am 27. Dezember 1985 verübten Terroristen Anschläge auf die Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El Al sowie der amerikanischen Fluggesellschaft TWA in den Flughäfen von Rom (Leonardo da Vinci) und Wien (Schwechat), bei denen 16 Personen ums Leben kamen. Vgl. den Artikel „Terror auf den Flughäfen in Rom und Wien"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 29./30. Dezember 1985, S. 1.

Referat 311 vermerkte dazu am 7. Januar 1986: „Über Hintergründe und Verantwortliche für die Terroranschläge liegen der Bundesregierung noch keine gesicherten Erkenntnisse vor. Verdachtsmomente verweisen auf radikale Palästinensergruppen (Abu Nidal) und deren Unterstützung durch Libyen. Sie reichen jedoch, auch nach Auffassung unserer europäischen Verbündeten, nicht als Beweis für eine Mittäterschaft Libyens aus. Vorwürfe könnten auch an die Adresse anderer Staaten (Syrien) gerichtet werden." Vgl. Referat 311, Bd. 137904.

35 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

b) BM bedauerte, daß Europa in Nahost zu inaktiv sei. Die Anstrengungen Husseins und Mubaraks[36] bleiben ohne Resonanz. Gemeinschaft sollte diese Regierungen unterstützen.

Vereinbart wurde, in der EPZ zu prüfen, in welcher Weise dies geschehen könne.

8) Luftfahrt-Programm[37]

Botschafter *Arnaud* gab einen Überblick über das Ergebnis seiner Informationsreise und stellte fest, daß der französische Vorschlag überwiegend positiv aufgenommen wurde. Nur das deutsche und britische Verteidigungsministerium hätten zurückhaltend reagiert.[38] Wie bei EUREKA sei Einflußnahme der Außenminister – ohne den Verteidigungsministerien die Kompetenz zu bestreiten – erforderlich, um dem Projekt zum Erfolg zu verhelfen.

BM sagte zu, Angelegenheit mit BK aufzunehmen.

9) Hochgeschwindigkeitsbahnen[39]

D 4 berichtete über den Stand des Projekts.

36 Zu den Bemühungen des Königs Hussein und des Präsidenten Mubarak um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

37 Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien unterzeichneten am 11. Oktober 1984 ein Planungsdokument über den Bau eines europäischen Kampflugzeugs („Jäger 90“). Die weiteren Arbeiten verzögerten sich jedoch wegen abweichender Vorstellungen Frankreichs hinsichtlich der technischen und organisatorischen Ausführung. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 198.
Auf ihrer Sitzung in Turin am 1. August 1985 verständigten sich allerdings nur die Rüstungsdirektoren der Bundesrepublik, Großbritanniens und Italiens auf die technischen Eckdaten des Flugzeugs. Mit Schreiben vom 20. August 1985 teilte Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach, Bundesministerium der Verteidigung, Bundeskanzler Kohl mit, daß Frankreich und Spanien Vorbehalte erhoben und eine Entscheidung bis zum 15. August 1985 angekündigt hätten. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 130022.
Referat 209 vermerkte am 16. September 1985, daß Ministerpräsident González am 30. August 1985 bekanntgegeben habe, Spanien habe „sich nun doch für eine Beteiligung entschieden“. Dadurch ergebe sich ein Beteiligungsschlüssel von 33 % für die Bundesrepublik und Großbritannien, 21 % für Italien und 13 % für Spanien. Vgl. Referat 201, Bd. 130022.

38 Im Anschluß an den Rückzug aus dem Projekt zum Bau des Kampfflugzeugs „Jäger 90“ unterbreitete Frankreich einen Vorschlag zur Koordinierung der Bedarfsplanung beim Militärflugzeugbau in Europa. Auf der WEU-Ministerratstagung am 14. November 1985 in Rom kündigte Frankreich an, daß eine Delegation zur Erläuterung des Vorschlags in die Hauptstädte reisen werde. Bei Gesprächen in Bonn am 25. November 1985, denen weitere in Madrid, Den Haag, London und Rom folgten, präzisierte der französische Sonderbotschafter Arnaud die französischen Vorstellungen dahingehend, daß das Projekt durch eine Ministerkonferenz der Independent European Programme Group (IEPG) unter Teilnahme auch der Außenminister eröffnet werden solle, um ein Mandat zu erteilen und „den erforderlichen politischen Druck zu erzeugen“. Anschließend sollten die Rüstungsdirektoren dieses Mandat umsetzen. Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte dazu am 26. November 1985: „Im AA wurde die Prüfung des Vorschlags einer Ministerkonferenz zugesagt. Zur Sache stünden deutscherseits auf absehbare Zeit nur das Marinepatrouilleflugzeug und Hubschrauber zur Verfügung für eine Koordinierung. Im BMVg wurde dagegen von einer Konferenz abgeraten, da sie einen politischen Erwartungsdruck erzeuge, der in der Praxis nicht zu befriedigen sei. Das BMVg lehnte die Einbeziehung der Außenministerien ab.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143331. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 305.

39 Referat 423 notierte am 13. Januar 1986, daß Frankreich bereits Mitte der siebziger Jahre mit dem Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Paris und Lyon begonnen habe, die seit 1981 mit dem auf konventioneller Technik beruhenden TGV befahren werde. Auch in der Bundesrepublik werde an einem hochgeschwindigkeitsfähigen Schienennetz gearbeitet, allerdings für den zahlreiche neue Technologien einsetzenden ICE, dessen Prototyp im November 1985 vorgestellt worden sei: „Die Industrien verstehen sich bisher bei der Entwicklung des Hochgeschwindigkeitszuges

AM *Dumas* bedauerte langsamen Fortgang der Studien und der Industriekooperation.[40]

BM erbot sich, der Frage nachzugehen.[41]

10) Friedrich-Ebert-Gymnasium[42]

BM berichtete, er habe mit Botschafter Morizet eine „Schlacht" zur Erhaltung des deutsch-französischen Gymnasiums in Bonn eingeleitet.

Er werde MP Rau telefonisch bitten, das deutsch-französische Verhältnis aus Wahlkampf und Parteienstreit herauszuhalten und den zuständigen Regierungspräsidenten entsprechende Anweisungen zu geben.

11) Kulturgipfel[43]

BM erklärte, er sei über vorgesehene Terminplanungen für den Kulturgipfel nicht glücklich. Er erkenne keinen Grund, ihn auf 1987 zu verschieben, statt ihn im Herbst d. J. stattfinden zu lassen. 1986 werde ein Jahr zur Stärkung des europäischen Bewußtseins, in dem uns derartige Impulse gut anstünden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 14

grundsätzlich als Konkurrenten. […] Eine gewisse Wende in der Zusammenarbeit hat es erst gegeben, als auf dem D-F-Gipfel 1983 die Regierungschefs initiativ den politischen Anstoß zu einer Inangriffnahme von Studien zur Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln gaben (später auf Wunsch NLs Amsterdam einbezogen). […] Ende 1985 haben erste konkrete Kooperationsgespräche der Industrien über zukünftige gemeinsame Entwicklungen auf diesem Gebiet stattgefunden, deren Fortführung vorgesehen ist." Vgl. Referat 423, Bd. 159935. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 71.

40 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 4. Februar 1986, daß der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe über eine Schnellbahnverbindung Paris – Brüssel – Köln/Amsterdam wegen der schwierigen grenzüberschreitenden Datenerhebung erst im Sommer 1986 vorliegen werde: „Im Rahmen der Vorarbeiten für die Schnellbahnverbindung […] hat – nach verschiedenen Vorgesprächen – am 28.1.1986 ein erstes gemeinsames Gespräch zwischen Regierungen, Bahnverwaltungen und Industrien aller beteiligten Länder (D, B, F, NL, Beobachter: LUX) stattgefunden. Auf der Grundlage des inzwischen erstellten gemeinsamen Lastenheftes (Beschreibung der technischen Anforderungen) der beteiligten Bahnen werden jetzt die Industrien die Möglichkeit zur Kooperation prüfen." Für „langfristige Dispositionen auf Seiten der Wirtschaft" sei aber eine „politische Entscheidung über den Bau der Schnellbahnstrecke" unabdingbar. Vgl. dazu Referat 423, Bd. 159935.

41 Mit Schreiben vom 18. Februar 1986 an Bundesminister Dollinger machte Bundesminister Genscher auf den „ganz erheblichen Stellenwert" des Projekts einer Hochgeschwindigkeitsbahn für die deutsch-französischen Beziehungen aufmerksam: „Darüber hinaus besitzt das Vorhaben eine europapolitische Dimension. Ein europäisches Schnellbahnnetz, für das die Schnellbahnverbindung Paris – Brüssel – Köln/Amsterdam die Keimzelle darstellen könnte, würde Europa in augenfälliger Weise enger zusammenrücken lassen. Das gilt um so mehr, als durch den jetzt von Frankreich und Großbritannien beschlossenen Bau eines Ärmelkanaltunnels auch die britischen Inseln in ein solches Netz einbezogen werden könnten." Genscher bat Dollinger, diese Aspekte „bei der abschließenden Meinungsbildung über das Projekt" zu berücksichtigen. Vgl. Referat 423, Bd. 159935.

42 Bundesminister Genscher setzte sich gemeinsam mit anderen Persönlichkeiten für den Erhalt des zweisprachigen Friedrich-Ebert-Gymnasiums in Bonn ein, dessen Abitur auch zum Studium an einer französischen Universität berechtigte. Die Schule sollte nach Plänen der Stadt in eine Gesamtschule umgewandelt werden. Vgl. dazu den Artikel „Wie das Gesetz es befiehlt"; DIE ZEIT, Nr. 52 vom 20. Dezember 1985, S. 36.

43 Der französische Kulturminister Jack Lang schlug bei den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach ein Gipfeltreffen beider Länder über kulturelle Fragen vor. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 294.
Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 28. Februar 1985 in Paris „wurde auf Vorschlag von AM Dumas vereinbart, daß einer der nächsten Gipfel einen kulturellen Schwerpunkt haben solle (also kein besonderer Kulturgipfel)". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte vom 14. Januar 1986; Referat 202, Bd. 151093.

Es wurde vereinbart, an dem ursprünglichen Termin (2. Gipfel 1986[44]) festzuhalten.

Unterabteilung 31, Bd. 141117

3

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt

213-260.00-12/86 geheim **8. Januar 1986**

Über Herrn D 2[1] Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung

Betr.: Fall Semljakow und andere/heutige Besprechung bei StS Rehlinger

Anlg.: 1[3]

StS Rehlinger hat gestern RA Vogel in Berlin getroffen und über dieses Treffen den anliegenden Vermerk gefertigt. Wie sich aus dem Vermerk und den begleitenden Ausführungen von StS Rehlinger ergibt, ist erneut beabsichtigt, einen großen Austausch zustande zu bringen, wobei die DDR die Rolle des Vermittlers übernehmen will. Auslösendes Moment und Kernpunkt des Austausches dürfte sein, daß die SU Schtscharanskij[4] ausdrücklich zur Disposition stellt. Relativ hoch auf der Wunschliste der SU, wenn nicht an erster Stelle, steht laut StS Rehlinger Semljakow.

In dieser Lage kam es darauf an, ein Angebot zu formulieren, das StS Rehlinger (nach einem folgenden heutigen Kontakt mit Botschafter Burt) morgen RA Vo-

44 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

1 Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 8. Januar 1986 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 8. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 9. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Javorsky sehr unterstützen. 2) Der in Bezug genommene Vorgang betr. Karin Schumann fehlt. Ich halte das ständige Nachgeben in dieser Frage für unvertretbar. 3) WV mit Vermerk (s. Ziffer 2) am 9.1."
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 13. Januar 1986 vorgelegen, der zu Ziffer 2) des Vermerks von Genscher handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]." Ferner verfügte er die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Oesterhelt.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Oesterhelt am 14. Januar 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 213 und RL 210 haben Kenntnis genommen."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, vgl. VS-Bd. 13441 (213).

4 Am 14. Juli 1978 wurde der sowjetische Bürgerrechtler Schtscharanskij wegen Landesverrats und Spionage sowie antisowjetischer Agitation und Propaganda zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „13 Jahre Zwangsarbeit für Schtscharanski"; DIE WELT vom 15./16. Juli 1978, S. 1.
Zu amerikanischen Bemühungen, eine Freilassung von Schtscharanskij während des KSZE-Folgetreffens 1983 in Madrid zu erwirken, vgl. AAPD 1983, I, Dok. 55, sowie AAPD 1983, II, Dok. 196 und Dok. 206.

gel übergeben wird und das folgenden für uns wesentlichen Gesichtspunkten Rechnung trägt:

– Von dem Prinzip Agent gegen Agent darf nicht abgewichen werden.
– Unsere Kaufleute[5] müssen von dem Austausch profitieren.
– Um nicht weitere Pressionsversuche zu ermuntern, dürfen die Fälle der Kaufleute nur am Rande mitgelöst werden.
– Neben Schtscharanskij sollten echte Agenten einbezogen werden.
– Um den Austausch möglichst bald zu bewerkstelligen (auch angesichts zu erwartenden amerikanischen Drucks) sollte nach Möglichkeit die Zahl der Länder begrenzt bleiben, die zu beteiligen wären.
– Menschlich besonders gravierende Fälle sollten Vorrang genießen.

Für das Auswärtige Amt habe ich stark auf Beachtung der ersten vier Grundsätze gedrängt.

Das in Aussicht genommene „Paket"-Angebot sieht nunmehr wie folgt aus:

Wir bieten[6]:

Semljakow	bei uns
Kaczmarek	bei uns
Scharfenorth	bei uns
Ehepaar Köcher	in den USA.

Wir fordern dafür[7]:

Schtscharanskij	in der SU
Niestroj	in der DDR
Bieger	in der DDR
Frohn	in der DDR
Javorsky	in der ČSSR.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 7. Januar 1986, daß sich derzeit drei Geschäftsleute aus der Bundesrepublik in der UdSSR in Haft befänden: „Frau Schanzenbach ist am 30.10.85 wegen fortgesetzter Bestechung zu sieben Jahren Strafhaft verurteilt worden. Das Urteil wurde bereits in zweiter Instanz bestätigt. Frau Sch. befindet sich in desolatem Gesundheitszustand, sowohl psychisch als auch physisch. Ihr Kollege P. Arsene befindet sich bereits fast neun Monate in Untersuchungshaft. Auch seine Lage wird zunehmend schwieriger. Am 20.12. wurde der Mitarbeiter des Moskauer Siemens-Büros, Luetke, verhaftet. Auch ihm wird Bestechung vorgeworfen. […] Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verhaftungen bzw. die Verurteilung von Frau Sch. Repressalien der sowjetischen Seite sind, um den hier einsitzenden, wegen Spionage zu drei Jahren Haft verurteilten Sowjetbürger Semljakow freizubekommen." Bisherige Austauschbemühungen der Bundesregierung „auf der Linie Agenten gegen Agenten plus humanitärer Geste in Form der Freilassung der in Moskau festgehaltenen Kaufleute" seien jedoch erfolglos geblieben. Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 352.

6 Zu den folgenden Personen wurde in der Presse berichtet, außer dem Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB Semljakow handele es sich um „Detlef Scharfenorth (DDR-Ministerium für Staatssicherheit), Jerzy Kaczmarek (polnischer Nachrichtendienst) und das Ehepaar Köcher (tschechischer Geheimdienst)". Vgl. den Artikel „Eine erfolgreiche, komplizierte Operation"; DER SPIEGEL, Nr. 8 vom 17. Februar 1986, S. 118.

7 Zu den folgenden Personen wurde in der Presse berichtet: „Niestroj und Frohn waren in der DDR Anfang der achtziger Jahre wegen Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Javorsky war in Prag wegen Fluchthilfe zu einer Freiheitsstrafe von dreizehn Jahren verurteilt worden." Vgl. den Artikel „Agenten-Austausch auf der Brücke in 40 Minuten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Februar 1986, S. 1.

Wir fordern ferner, daß am Rande dieses Austauschs die Fälle Schanzenbach, Arsene und Luetke zufriedenstellend gelöst werden.

Dieses Angebot ist in der Sicht des Koordinierungskreises ausgewogen. StS Rehlinger meinte, daß dies ein Angebot sei, das nach seinem Überblick von der anderen Seite durchaus ernsthaft erwogen werde und nicht als eine Art maximalistisches Eröffnungsgambit empfunden würde.

Zu Einzelheiten des Angebots stichwortartig:

Nach dem Eindruck von StS Rehlinger, gegen den sich Widerspruch nicht erhob, muß gegenwärtig auf Karin Schumann[8] verzichtet werden (s. auch Vermerk); stattdessen wird Niestroj gefordert. BMJ war wegen der Grünen stark an Javorsky interessiert und plädierte auch aus diesem Grunde für Einbeziehung des tschechischen Ehepaares Köcher (USA). Frohn ist ein Deutscher, der für einen fremden Dienst gearbeitet hat und zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Es kümmert sich niemand um ihn. Das Ehepaar Gerhardt[9] (in Südafrika) wurde aus verschiedenen Erwägungen vorerst nicht einbezogen. Sowohl BMI und BK (für die Dienste) als auch ich für das Auswärtige Amt hatten Zweifel, ob wir in der gegenwärtigen Lage den Austausch komplizieren sollten, zumal überzeugende Argumente gegenüber den Südafrikanern offensichtlich nicht zu Gebote stehen. Was Javorsky anbelangt, so erscheint dieser zwar nun nicht mehr als „Beipack", da die ČSSR den Fall hartnäckig als Spionagefall behandelt. Es stand aber jedermann vor Augen, daß verschiedene Anzeichen für baldige Bewegung in diesem Fall sprechen, so daß durch die Aufnahme in das Austauschangebot vor allem ein Beschleunigungseffekt bewirkt werden soll.

StS Rehlinger bat um übergabefähige Notizen mit den persönlichen Daten von Frau Schanzenbach, Herrn Arsene und Herrn Luetke, die ihm im Laufe des Tages zugestellt werden. StS Rehlinger wird den Kreis erneut einberufen, sobald er mit Vogel gesprochen haben wird.

Sie werden über den weiteren Fortgang auf dem laufenden gehalten.[10]

Oesterhelt

VS-Bd. 13441 (213)

8 1979 wurde Karin Schumann in der DDR wegen Spionage zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Bundesrepublik bemühte sich bereits 1983, Schumann für die Freilassung des Mitarbeiters der sowjetischen Handelsvertretung, Bataschow, freizubekommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 141.

9 Der südafrikanische Marineoffizier Dieter Gerhardt wurde im Januar 1983 in New York unter dem Verdacht der Spionage für die UdSSR verhaftet und nach Südafrika ausgeliefert. Am 31. Dezember 1983 verurteilte ein Gericht in Kapstadt Gerhardt zu lebenslanger Haft. Seine Frau Ruth erhielt wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die UdSSR eine Haftstrafe von zehn Jahren. Vgl. dazu den Artikel „2 Spies Jailed in South Africa"; THE NEW YORK TIMES vom 1. Januar 1984, S. 10.

10 Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte am 17. Januar 1986, daß Rechtsanwalt Vogel am Vortag das Angebot des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, mit dem Wunsch beantwortet habe, je eine weitere unter Spionageverdacht stehende Person in den Austausch einzubeziehen. Der Koordinierungskreis sei sich einig gewesen, daß das Interesse der DDR an einem Austausch genutzt werden sollte, „um in Sachen Karin Schumann einen Schritt voranzukommen". Es sei vereinbart worden, „daß StS Rehlinger morgen ein Gegenangebot vorlegt, das im Grundsatz auf den Erweiterungswunsch der DDR eingeht, zugleich aber eine verbindliche Zusicherung verlangt, daß ein weiterer Austausch vor dem 1.4. (Verhandlungsmarge: bis 1.9.) stattfindet, bei dem Karin Schumann gegen den von der DDR dringend gewünschten Lothar Lutze ausge-

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-320.10 E/S-21/86 geheim **9. Januar 1986**[1]
320-320.15 SUA/ANC-21/86 geheim

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Entscheidung

Betr.: Austausch Sacharow – Mandela[4]

Bezug: Weisung auf Schreiben von StS Rehlinger vom 8.1.1986[5]

Anlg.: 2[6]

Fortsetzung Fußnote von Seite 18
tauscht wird, der bereits zehn Jahre einsitzt (Strafende 1988).“ Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 20. Januar 1986 teilte Oesterhelt ergänzend mit, daß Vogel den Erweiterungsvorschlag von Rehlinger abgelehnt habe: „Die DDR könne gegenwärtig keine derartige Zusicherung in verbindlicher Form geben. […] Vogel habe jedoch hinzugefügt: ‚Aber ich sehe Land‘.“ Oesterhelt fuhr fort: „Das Bundeskanzleramt ist sehr daran interessiert, daß der Austausch baldmöglichst zustande kommt. Man fühlt sich dort den USA gegenüber im Wort. BM Schäuble hat sich eingeschaltet. In dieser Lage ist zu empfehlen, es bei der begrüßenswerten bloßen Inaussichtstellung betreffend Karin Schumann zu belassen und auf eine weitere Konkretisierung nicht zu drängen, damit der Austausch nunmehr vonstatten gehen kann.“ Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Heyken und Gerz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. Januar 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, Ministerialdirigent Oesterhelt und Referat 213 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[otschafter] am 14.1. empfangen, vom Sachverhalt informiert; 320 macht V[er]m[er]k.“
Hat Braunmühl am 15. Januar 1986 erneut vorgelegen.
Hat Oesterhelt vorgelegen.

4 Andrej Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt.
Nelson Mandela wurde am 12. Juni 1964 in Pretoria wegen Sabotage und Aufruf zum bewaffneten Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.

5 Staatssekretär Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, informierte Staatssekretär Ruhfus darüber, daß Rechtsanwalt Vogel ihm am Vortag folgendes mitgeteilt habe: „GS Honecker habe am 6. Jan[uar] 1986 mit ihm den ganzen Komplex der ‚humanitären Bemühungen‘ erörtert. Dabei habe GS Honecker den Gedanken aufgeworfen, ob man nicht eine Verständigung suchen sollte, dem Ehepaar Mandela (Südafrika) und im Gegenzug dem Ehepaar Sacharow die freie Ausreise in ein Land ihrer Wahl zu ermöglichen.“ Rehlinger fuhr fort: „Auf meine Nachfrage, ob das Ehepaar Sacharow denn überhaupt ausreisen wolle, erwiderte RA Prof. Dr. Vogel: Beide seien krank und müßten sich einer Operation unterziehen. Sie hätten deshalb ihre Meinung inzwischen geändert; sie wollten nunmehr die UdSSR verlassen. RA Prof. Dr. Vogel wird diese Überlegungen auch an die USA (Botschafter Meehan/Burt) herantragen.“ Auf dem Schreiben vermerkte Ruhfus handschriftlich: „1) Eilt. 2) Unter Verschluß Herrn D 2: erbitte mit D 3 abgestimmten Vorschlag.“ Vgl. VS-Bd. 13443 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Dem Vorgang beigefügt war das Schreiben des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, vom 8. Januar 1986 an Staatssekretär Ruhfus. Vgl. Anm. 5
Ferner war ein Interview der Wochenzeitung „Der Spiegel“ mit Winnie Mandela beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13433 (213). Für den Artikel „‚Sie würden mich gern physisch vernichten‘“ vgl. DER SPIEGEL, Nr. 2 vom 6. Januar 1986, S. 102–105.

I. Ein Eingehen auf den Vorschlag durch uns hat dann Sinn, wenn ausreichende Erfolgsaussichten bei allen Beteiligten bestehen.

1) Die sowjetische Haltung

1.1) Zunächst müssen wir davon ausgehen, daß die DDR den Vorschlag nicht ohne sowjetische Rückendeckung macht.

Allerdings würde das Angebot eine völlige Abkehr von der bisherigen sowjetischen Haltung bezüglich der Emigration Prof. Sacharows bedeuten. Zwar durfte Frau Bonner schon früher zur medizinischen Behandlung in den Westen reisen und befindet[7] sich seit Ende November erneut im Westen[8] (der innere Zusammenhang mit dem Genfer Gipfel[9] ist gegeben). Aber die Sowjetunion versagte sich bis in die jüngste Zeit allen Appellen westlicher Staatsmänner, Prof. Sacharow selbst die Ausreise in ein Land seiner Wahl zu gestatten. (Sie hat noch 1984 gegenüber den Franzosen Sicherheitsgesichtspunkte geltend gemacht.)

1.2) Die sowjetische Führung wird eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile vorzunehmen haben. Dafür spricht:

1.2.1) Das langjährige Problem Sacharow, das als der prominenteste Menschenrechtsfall das sowjetische Ansehen im Westen bis heute strapaziert, würde gelöst werden. Auch dürfte Moskau in Rechnung stellen, daß Sacharow mit zunehmendem Alter und weiteren Gesundheitsbeschwerden sonst immer stärker zu einer Belastung wird. Allerdings ist auch zu bedenken, daß sich die Sowjetunion in all den zurückliegenden Jahren nicht allzu sehr von westlicher Kritik beeindrucken ließ.

1.2.2) Eine Ausreise des Ehepaares Sacharow würde der Sowjetunion viel Goodwill im Westen verschaffen, worauf sie wohl gerade im Hinblick auf die US-Öffentlichkeit großen Wert legt. Sie würde hoffen, die Aussichten für eine west-östliche Klimaverbesserung sowie für westliche und speziell amerikanische Konzessionen in anderen Bereichen zu erhöhen.

1.2.3) Die Sowjetunion würde, wenn sie zu einer Freilassung Mandelas entscheidend beitrüge, ihren behaupteten Einsatz gegen die Apartheidpolitik, gegen Kolonialismus und Unterdrückung mit einem spektakulären Akt untermauern. Allerdings würde das nur dann ihrer Dritt-Welt-Politik zugute kommen und ihre Position in den VN stärken, wenn diese Freilassung ohne Bedingungen erfolgen würde, wie dies von Nelson Mandela immer wieder gefordert worden ist.

Eine Unterstützung des politischen Anliegens der südafrikanischen Regierung, Nelson Mandela und seine politisch sehr aktive Frau ins Ausland abzuschieben, würde besonders bei den Schwarzafrikanern schärfstens kritisiert werden.

Nelson Mandela spielt als Symbol des schwarzafrikanischen Widerstandes gegen die Politik der Regierung Botha eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Apartheid.

7 Die Wörter „und befindet“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Das Wort „und“ wurde von Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „sie“

8 Jelena Bonner verließ am 2. Dezember 1985 die UdSSR für eine ärztliche Behandlung in Italien und einen Besuch in den USA. Vgl. dazu den Artikel „Jelena Bonner verläßt die Sowjetunion“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Dezember 1985, S. 1.

9 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Ein Vergleich mit dem Präzedenzfall von 1976, nämlich dem Austausch des Dissidenten Bukowskij gegen den chilenischen KP-Chef Corvalán[10], ist deshalb nur schwer möglich.

1.3) Gegen das Projekt spricht aus sowjetischer Sicht das bekannte Souveränitäts- und Prestigegedenken der Sowjets, das ein Eingehen auf westliche Menschenrechtsforderungen stets außerordentlich erschwert. Gorbatschow müßte sich u. U. sogar persönlich Schwäche vorhalten lassen.

1.4) Trotz gewisser Skepsis ist jedoch nicht auszuschließen, daß Gorbatschow die Vor- und Nachteile neu bewertet. (Gromyko, der laut offiziösem sowjetischem Hinweis an die Amerikaner vom Juni 1984 strikt gegen jedes Eingehen in Sachen Sacharow war, hat nicht mehr das damalige Durchsetzungsvermögen.) Möglicherweise wird Gorbatschow eine Entscheidung auch durch die Zusage Präsident Reagans auf dem Genfer Gipfel erleichtert, in Menschenrechtsfragen sowjetische Empfindlichkeiten schonen zu wollen. Allerdings liegen Unwägbarkeiten in der Bewertung der sowjetischen Interessenlage auf der Hand.

2) Die Haltung des Ehepaares Sacharow

Im April 1983[11] gab Prof. Sacharow seine ablehnende Haltung gegen eine Emigration auf, die er viele Jahre eingenommen hatte.[12] Wir haben keinen Hinweis darauf, daß er seine Einstellung erneut geändert habe. Seinerzeit waren das endgültige Reiseziel die USA. Um dies zu ermöglichen, wurde Prof. Sacharow 1983[13] vom Präsidenten der DFG zu Gastvorlesungen in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen.[14] (Einladungen anderer Länder liegen ebenfalls vor.)

II. Südafrika

1) Wenn das Projekt die Verpflichtung des Ehepaares Mandela, Südafrika zu verlassen, beinhalten würde, widerspräche dies dem erklärten Willen des Ehepaares (vgl. beigefügtes Interview von Frau Mandela im Spiegel vom 6.1.1986[15]). Dabei ist zu beachten, wie sehr Frau Mandela Wert legt darauf, als eigenständige politische Persönlichkeit (neben ihrem Mann) gewürdigt zu werden. Dieser Unterschied zur Situation des Ehepaares Sacharow muß berücksichtigt werden.

10 Der am 5. Januar 1972 zu sieben Jahren Haft und fünf Jahren Verbannung verurteilte sowjetische Schriftsteller Bukowskij wurde am 22. Dezember 1976 im Austausch gegen den seit 1973 inhaftierten Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Corvalán, freigelassen und in die Schweiz ausgeflogen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4823 des Botschafters Sahm, Moskau, vom 29. Dezember 1976; Referat 213, Bd. 112756.

11 Korrigiert aus: „1984".

12 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gab am 20. April 1983 eine Mitteilung „aus dem Bekanntenkreis von Professor Sacharow" weiter, daß Sacharow und seine Ehefrau bereit zur Ausreise aus der UdSSR seien. Eine Einladung aus Norwegen liege vor: „Familie Sacharow äußerte Überzeugung, daß es günstig wäre, wenn auch eine Einladung von deutscher Seite, möglichst hochrangig und substantiell, erfolgen könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1651; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

13 Korrigiert aus: „1984".

14 Am 19. Mai 1983 berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, daß Jelena Bonner eine Einladung des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Seibold, zu einem Forschungsaufenthalt in der Bundesrepublik übergeben worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2120; VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 170.

15 Vgl. Anm. 6.

Die Bundesregierung hat sich wiederholt und nachdrücklich für die Freilassung von Nelson Mandela eingesetzt. Zusammen mit unseren westlichen Partnern, vor allem den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, haben wir stets eine bedingungslose Freilassung Mandelas gefordert.

2) Für die südafrikanische Regierung wäre die Auswanderung des Ehepaares Mandela gleichbedeutend mit einer angestrebten Schwächung der Anti-Apartheid-Bewegung. Im Ausland hätten die Mandelas nicht die gleiche Bedeutung wie in Südafrika. Das Operationspotential des ANC würde durch das Ehepaar nur unwesentlich gestärkt werden.

III. 1) Es überrascht ein wenig, daß Ost-Berlin – wie man annehmen muß, mit sowjetischer Unterstützung – an uns herantritt und somit Austauschverhandlungen über die beiden deutschen Regierungen laufen sollen.

Da Moskau offenbar aber nicht selbst in Erscheinung treten will, sieht es anscheinend in der deutsch-deutschen Verbindung die geeignetste Schiene, um zu einem Erfolg zu kommen. Bekanntlich laufen über diese Schiene auch noch weitere Kontakte, bei denen allerdings sowohl wir als auch Ost-Berlin unmittelbar betroffen sind (Semljakow).[16]

Es wäre politisch vorteilhaft, wenn wir zeigen könnten, daß die deutsch-deutsche Verbindung, die sowohl im Westen wie auch im Osten gelegentlich mit Mißtrauen betrachtet wird, funktioniert und sich bewährt. Hier liegt ein wichtiges Argument, das dafür spricht, den Ball aufzugreifen.

2) Ein Eingehen auf den Vorschlag der DDR sollte jedoch nur unter der Bedingung erfolgen, daß auf der einen Seite das Ehepaar Sacharow die freie Ausreisemöglichkeit erhält, andererseits Nelson Mandela aus humanitären Gründen bedingungslos freigelassen wird. Er wie seine Frau müssen frei entscheiden können, wo sie ihren Wohnsitz nehmen wollen.[17]

Nach einem eventuellen Gespräch zwischen dem südafrikanischen Botschafter[18] und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts darf die südafrikanische Seite nicht die Möglichkeit haben, zu verbreiten, daß sich die Bundesregierung dafür einsetzt, daß Mandela freigelassen wird und Südafrika verläßt.

Selbst eine Freilassung und gleichzeitige „Bannung“ (d. h. Entzug aller staatsbürgerlichen Rechte, die ein Nichtweißer in Südafrika hat) wäre ein Fortschritt im Verhältnis zur Inhaftierung Mandelas. Es erscheint aber zweifelhaft, ob eine solche Lösung möglich wäre, wenn man vorher das Einverständnis von Nelson Mandela einholen sollte.

IV. Am Nachmittag des 10.1.[19] hat der BMB auf Rückfrage inzwischen mitgeteilt, daß Moskau lt. RA Vogel über die Angelegenheit „locker unterrichtet worden“ sei. RA Vogel war im gleichen Gespräch mit dem BMB der Meinung, daß „Moskau durchaus mitziehen würde“. Wichtig sei allerdings – auch nach der

16 Zu den Bemühungen um einen Austausch von in der Bundesrepublik, den USA, der DDR und der UdSSR wegen Spionage verurteilter Personen sowie von Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 3.

17 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ihre Freilassung muß bedingungslos erfolgen.“

18 Willem Rudolph Retief.

19 So in der Vorlage.

Meinung von Vogel –, „daß der Mann überhaupt wolle“. Wenn ja, werde er, Vogel, sich ein Mandat für das Weitere besorgen. Er empfehle im übrigen, den Anwalt von Winnie Mandela einzuschalten, der „mehr wisse als seine Mandanten“.

V. Es wird vorgeschlagen, daß der Staatssekretär unter Berücksichtigung der vorstehenden ergänzenden Mitteilungen des BMB auf der unter Ziff. III. 2) skizzierten Linie mit dem südafrikanischen Botschafter spricht.[20]

D 3[21] hat zugestimmt.

Braunmühl

VS-Bd. 13443 (213)

5

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury

10. Januar 1986[1]

Von BM noch nicht genehmigt

BM begrüßte den Gast.[2] Wir freuten uns über den Besucher aus einem Land, mit dem uns gute, problemfreie Beziehungen verbänden, einem Land, in dem in Kürze ein deutscher Staatsbesuch stattfinde.[3]

Bangladesch habe seine eigenen Probleme, angesichts derer wir Mitgefühl und Hilfsbereitschaft empfänden. Der AM komme von der wichtigen Konferenz aus

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz notierte am 14. Januar 1986, daß Staatssekretär Meyer-Landrut den südafrikanischen Botschafter am selben Tag davon unterrichtet habe, daß der Bundesregierung „von hoher Stelle“ der DDR die Bereitschaft der UdSSR übermittelt worden sei, „Sacharow und seine Frau ihren Wohnsitz frei wählen zu lassen, in der Sowjetunion oder außerhalb, wenn Südafrika dem Ehepaar Mandela Ähnliches erlaube“. Retief habe angedeutet, „über amerikanische Kanäle bereits davon Kenntnis zu haben ‚aber nicht auf dieser Ebene‘. Er fragte sodann, ob aus dem Angebot, daß Ehepaar Sacharow die Möglichkeit haben solle, seinen Wohnsitz in der Sowjetunion oder anderswo zu wählen, zu schließen sei, daß das Ehepaar Mandela ebenfalls seinen Wohnsitz in der Sowjetunion wählen könne. StS: Das nehme er wohl an. Auf die Bemerkung von Botschafter Retief, daß es für den Fall, daß seine Regierung zustimme, ‚so etwas wie eine Garantie‘ geben müsse, antwortete StS, wir seien für diesen Fall bereit, unsere guten Dienste anzubieten.“ Vgl. VS-Bd. 13625 (320); B 150, Aktenkopien 1986.

21 Jürgen Sudhoff.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Zimmermann am 13. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Behrendt z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]. Ministerbüro teilt mit, daß Vermerk verteilt werden kann.“

2 Der bangladeschische Außenminister Choudhury hielt sich vom 9. bis 12. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Bangladesch vom 10. bis 14. Februar 1986.

Fes[4], wir schätzen uns glücklich, von ihm Näheres über Verlauf und Ergebnisse zu hören.

AM *Choudhury* dankte für Empfang und zeigte sich befriedigt, wieder in Bonn zu sein. Er sei erster Botschafter seines Landes in Bonn gewesen[5] und habe die Anerkennung von BD[6] durch die BR Deutschland 1971 ausgehandelt.[7] Er sei BM bereits damals begegnet. In der Tat bestünden keine bilateralen Probleme, vielmehr ein tiefer Fundus an gutem Willen des deutschen Volkes für sein Land. Seinem Land sei während des Freiheitskampfes und später viel Freundschaft entgegengebracht worden.

Von der OIC-Konferenz in Marokko berichtete er, daß er zum siebten Male am Treffen dieser Art teilnehme und mit der Organisation seit langem verbunden sei. Das diesjährige Treffen habe die Besonderheit gehabt, daß die Gastgeber wenig Interesse daran zeigten. So habe der König[8] erstmalig die Beratung nicht selbst eröffnet. Dies habe überrascht.

Auf die Zwischenfrage warum, meinte er, die Ausrichter hätten keinen Grund nennen können. Zwei Themen hätten die Beratungen beherrscht:

– Libyen und sein Verhältnis zum Westen und Israel. Libyen habe eine starke Entschließung der Konferenz gewollt und betrieben. Es sei daraufhin zu einer diskret geführten Auseinandersetzung zwischen den gemäßigten und den konfrontationssuchenden Staaten gekommen. Letztere wären bis zu der Aussicht auf kriegerische Verwicklungen gegangen. Bangladesch wolle Frieden und nicht Krieg. Libyen fühle sich bedroht. Deshalb habe man sich bemüht, einen Erklärungstext zu erarbeiten, der zwar von friedlichem Vorgehen geprägt sei, sich jedoch mit dem Kernproblem befasse.[9]
– Der Palästinenserfrage mit dem Ziel, ihnen ihre legitimen Rechte einschließlich der eigenen Heimstatt zu beschaffen. Es gehe, wie anderswo, nicht an, daß fremde (israelische) Truppen arabisches Territorium besetzt hielten. Das Ergebnis sei ihm jedoch nicht mehr bekannt geworden, da er die Konferenz vor Abschluß habe verlassen müssen.

Ein weiteres Thema sei Ägypten gewesen. Syrer, Libyer und Iraner bemühten sich nach wie vor, Ägypten aus der OIC herauszuhalten. Nach Ansicht von BD

4 In Fes fand vom 6. bis 11. Januar 1986 die 16. Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz statt.

5 Humayun Rasheed Choudhury war von 1972 bis 1976 bangladeschischer Botschafter in Bonn.

6 Bangladesch.

7 Mit Note vom 4. Februar 1972 vollzog die Bundesrepublik die Anerkennung von Bangladesch und hob mit Wirkung vom selben Tag das Generalkonsulat Dhaka zur Botschaft an.

8 Hassan II.

9 Am 7. Januar 1986 verabschiedeten die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz in Fes eine Resolution zu Libyen. Darin bekundeten sie „ihre Solidarität mit dem libysch-arabischen Volk und ihre aktive Unterstützung für die Verteidigung der Souveränität und Integrität seines Territoriums und seiner territorialen Gewässer". Ferner lenkten sie „die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die ständigen Provokationen und die Eskalation der Angriffe des internationalen Imperialismus und des zionistischen Gebildes gegen die Dschamaharija sowie auf die ernsten Konsequenzen, die sich daraus für die Sicherheit und den Weltfrieden ergeben. Die Konferenz ist der Ansicht, die imperialistisch-zionistische Bedrohung der Dschamaharija richte sich gegen die Gesamtheit der islamischen Staaten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 6 des Botschafters Montfort, Rabat, vom 8. Januar 1986; Abteilung 3, Bd. 158031.

gebe es in dieser Sache eine klare Gipfelentscheidung der OIC.[10] Die Sache sei „res judicata“, und die Außenminister hätten keine Befugnis gehabt, die Sache erneut zu behandeln. Er habe nicht verstanden, warum der marokkanische Konferenzvorsitzende[11] die Debatte überhaupt zugelassen habe. Senegal habe schließlich dem durch den Antrag ein Ende gesetzt, die Sache in die Ausschüsse zurückzuverweisen.

Afghanistan und Kambodscha seien eher am Rande behandelt worden. Sie spielten zwar nicht so sehr für die Araber, wohl aber für die asiatischen islamischen Länder eine Rolle. Sie werden im Kommuniqué genannt, aber eher nicht an sehr prominenter Stelle (Unterton des Bedauerns).

Zu Afghanistan vertrete Bangladesch eine klare Haltung:

– sowjetischer Truppenabzug,

– Hilfe an Pakistan für Flüchtlinge,

– Beunruhigung über laufende Verletzung des pakistanischen Luftraums.

Afghanistan in sowjetischer Hand sei deswegen ein Anlaß zur Beunruhigung, weil es traditionelle, historische Einfallspforte für Südasien sei und die Sicherheit der Region dadurch beeinträchtigt werde. Auch werde dadurch die bitter notwendige Entwicklung der Völker Südasiens zurückgeworfen, wenn sie für ihre Sicherheit zu aufwendig sorgen müßten. Für Entwicklung und verbesserte Lebensqualität der Bevölkerung brauche man Frieden und Zusammenarbeit.

Daher habe man den Weg zu einer regionalen Kooperation beschritten und SAARC ins Leben gerufen.[12] Man habe in der Vergangenheit neun Felder der Zusammenarbeit identifiziert; beim kürzlichen Gipfel in Dhaka seien zwei weitere von Bangladesch vorgeschlagen worden: Terrorismusbekämpfung und Drogenmißbrauch. Diese seien nunmehr den Sachverständigen zur Beratung zugewiesen worden. Südasien umfasse ein Fünftel der Menschheit. Man könne daher positive Ergebnisse erwarten. Er könne sich dabei eine Rolle für Deutschland und die Europäische Gemeinschaft vorstellen.

BM ging auf den letzten Punkt ein. Wir begrüßten den Anstoß zu einer regionalen Zusammenarbeit außerordentlich. Wir sind selbst Mitglied in einem engen Kooperationsverbund, der EG. Die Zusammenarbeit bewirke erhebliche Vorteile für die Mitglieder und ein Mehr an Stabilität. Angesichts der Bipolarität des Weltgeschehens zwischen Washington und Moskau erlaube regionale Zusammenarbeit kleineren und mittleren Mächten, sich zu behaupten und sich politische und wirtschaftliche Vorteile zu erwerben. Wir hätten daher die In-

10 Auf ihrer Tagung vom 16. bis 19. Januar 1984 in Casablanca beschlossen die Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz, Ägypten, das seit 1979 von der Mitarbeit in der OIC ausgeschlossen war, zu einem Wiedereintritt einzuladen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 30 des Botschafters Jesser, Rabat, vom 23. Januar 1984; Abteilung 3, Bd. 158031.

11 Abdellatif Filali.

12 Am 7./8. Dezember 1985 fand in Dhaka die Gründungskonferenz der South Asia Association for Regional Cooperation (SAARC) statt. Sie endete mit der „Verabschiedung einer Charta und einer Gipfeldeklaration. SAARC verbrieft die Zusammenarbeit der sieben Länder des Subkontinents – Indien, Pakistan, Nepal, Bhutan, Bangladesch, Sri Lanka und Malediven – auf allen Gebieten außer dem der bilateralen politischen Beziehungen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 13. Dezember 1985; Arbeitsstab 34, Bd. 141094.

itiative für EG-ASEAN-Zusammenarbeit ergriffen[13], zu der Konferenz von San José in Lateinamerika[14] und den Kontakten mit dem Golf-Kooperationsrat[15]. Auch mit den Frontlinienstaaten[16] im südlichen Afrika pflegten wir eine Kooperation. Unsere grundsätzliche Haltung sei positiv, dies gelte auch für die südasiatischen Kooperationsbemühungen. Wenn von dort Vorschläge kämen, würden wir zustimmend reagieren.

AM *Choudhury* griff diese Bemerkung auf. Die Initiativen des Bundesministers seien bekannt. Deshalb seien seine Ansichten sehr wertvoll. Die Herstellung von interregionalen Beziehungen mit der EG dürfte auch deshalb nicht so schwierig sein, weil alle Länder in Europa mit den beteiligten Partnern gute bilaterale Beziehungen unterhielten.

BM führte aus, die EG sei von allen regionalen Gruppierungen hinsichtlich des Integrationsgrades am weitesten fortgeschritten. Das Maß der möglichen Zusammenarbeit richte sich nach dem erreichten Integrationszustand der Partnerorganisation, bis zu welchem Punkt sich die andere Gruppierung bereits organisiert habe. Im übrigen habe sich bei der EG-ASEAN-Zusammenarbeit erwiesen, daß die Tatsache selbst auf die ASEAN einen anspornenden Effekt im Hinblick auf die dortige Integration ausgeübt habe. Es hätte sich Druck auf die Harmonisierung der Positionen für Zwecke der Begegnung mit der EG ergeben.

AM: Es gebe in Südasien noch bilaterale politische Probleme zu lösen (Indien–Pakistan, Indien–Sri Lanka, Verteilung des Ganges-Wassers neuerdings unter Einschluß der nepalesischen Quellflüsse). Absicht sei es, unter Minimierung der Probleme die Zusammenarbeit zu maximieren und damit zu einem Abbau bestehender Spannungen zu gelangen.

BM: Das entspräche im Ergebnis unseren Erfahrungen in Europa.

13 Seit 1978 fanden zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den ASEAN-Mitgliedstaaten Außenministerkonferenzen statt. Zum letzten Treffen am 15./16. November 1984 in Dublin vgl. AAPD 1984, II, Dok. 308.
Das nächste Treffen fand am 21./22. Oktober 1986 in Djakarta statt. Vgl. dazu Dok. 311.

14 Bei einem Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José beschlossen die Anwesenden regelmäßige politische Konsultationen sowie die Aufnahme von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 41–45. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 260.

15 Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 30. Januar 1986 zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten, daß letztere bereits 1980 vorgebrachte entsprechende Wünsche zunächst „mit Zurückhaltung" aufgenommen hätten. Erst die Gründung des Golf-Kooperationsrats 1981 durch Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die Entwicklung auf den internationalen Ölmärkten hätten die Voraussetzungen hierfür verbessert: „1984 erteilte der Außenministerrat des GCC den Auftrag zu Vorgesprächen mit der EG über ein mögliches Kooperationsabkommen. Als ein Ergebnis hieraus kam im Oktober 1985 in Luxemburg ein Ministertreffen GCC (kuwaitischer Außenminister und Generalsekretär des GCC) mit der EG (Rat und Kommission) zustande. All die bisher geführten und für die nächste Zukunft noch vorgesehenen Gespräche über mögliche Inhalte eines Kooperationsabkommens sind noch als Explorationsgespräche gedacht. Über ein Mandat des Rates an die Kommission wird voraussichtlich erst frühestens im 2. Quartal 1986 beraten (dies ist abhängig vom Ausgang der Explorationsgespräche)." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141126.

16 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

AM: Und bei den ASEAN. Deshalb hätten sich die Staats- und Regierungschefs in Dhaka auch mit Begeisterung an diese neue Aufgabe gemacht. Man sei jetzt viel optimistischer als früher.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Römischen Verträge[17] habe auch in Europa Skepsis bestanden. Dann seien die Erfolge gekommen. Heute seien Spanien und Portugal Mitglieder[18], es gebe die EPZ, und das Europäische Parlament erhalte mehr Befugnisse[19].

BM fragte, ob die Bemerkungen über eine Zusammenarbeit EG/SAARC die Ansichten des BD Außenministers oder des Vorsitzenden des SAARC-Ministerrates[20] wiedergäben?

AM sagte, die Gruppe wolle mit allen anderen regionalen Gruppierungen zusammenarbeiten. Er sondiere, bevor man konkrete Schritte ergreife („probing the minds before we make a move").

BM: Bereits mit anderen darüber gesprochen?

AM: Genscher sei der erste. Er gehe jetzt nach Colombo, von dort auf die Malediven, dann nach Pakistan und Bhutan. Man wolle in den nächsten Monaten dann die EG ansprechen.

BM erklärte Bereitschaft,

– NL-Präsidentschaft über Gespräch zu unterrichten[21] und
– bei nächstem EPZ-Ministerrat Ende Januar die Gelegenheit zu ergreifen, Angelegenheit mit Kollegen zu diskutieren, um zu einer ersten Meinungsbildung zu kommen. Wir würden BD über Ergebnis der Diskussion unterrichten.[22]

AM: Er sehe Gelegenheit zur Zusammenarbeit in den Bereichen

– Terrorismus,
– Drogenhandel
– und Technologietransfer auf der Ebene von „absorbable basic technologies".

17 Die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

18 Portugal und Spanien traten zum 1. Januar 1986 den Europäischen Gemeinschaften bei.

19 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg; Dok. 2, Anm. 27.

20 Der bangladeschische Außenminister Choudhury war amtierender Vorsitzender des SAARC-Ministerrats.

21 Bundesminister Genscher informierte den niederländischen Außenminister van den Broek mit Schreiben vom 24. Januar 1986 über das vom bangladeschischen Außenminister Choudhury geäußerte Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen der SAARC und den Europäischen Gemeinschaften und schlug vor, das Thema auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel zu behandeln. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 12 des Legationsrats I. Klasse Zimmermann vom selben Tag an die Botschaft in Den Haag; Arbeitsstab 34, Bd. 141092.

22 Mit Schreiben vom 25. März 1986 teilte Bundesminister Genscher dem bangladeschischen Außenminister Choudhury mit, daß die Frage einer Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der SAARC Thema der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25. Februar 1986 in Den Haag gewesen sei: „Meine Kollegen und ich haben einhellig die Gründung und institutionelle Festigung dieser Regionalorganisation begrüßt." Vgl. Arbeitsstab 34, Bd. 141092.

Auch er werde Angelegenheit mit seinen Kollegen aufnehmen, sehe aber keine Probleme voraus.

BM stimmte den angeführten Gebieten der Kooperation ausdrücklich zu.

Wir strebten einer Europäischen Union zu, die über die Wirtschaftsgemeinschaft hinausführe. Daher insistierten wir in den Kooperationsabkommen darauf, nicht nur wirtschaftliche Themen, sondern auch andere Bereiche in die Zusammenarbeit einzuschließen. Das gelte auch für politische Themen, z. B. im Hinblick auf eine Abstimmung in den VN. Terrorismus und Drogenhandel seien aber Themen, die man unmittelbar angehen könne.

AM sprach sich für schrittweises Vorgehen aus, dort, wo dies möglich sei. In den beiden genannten Bereichen stelle es keine Schwierigkeit dar, die Dinge zu institutionalisieren. Später könnte man darüber hinausgehen.

BM fragte nach Kontakten mit ASEAN und Golf-Kooperationsrat.

AM: Noch keine. Sind in Explorationsphase. Dafür aber Bereitschaft USA durch Botschaft Präsident Reagans, dort, wo es gewünscht wird, mit SAARC zusammenzuarbeiten. Innerhalb von SAARC gäbe es allerdings zu Einzelthemen noch divergierende Ansichten (z. B. habe Indien andere Haltung zu Afghanistan, KAB). Man könne daher Schwierigkeiten bei der Formulierung gemeinsamer Positionen vorhersehen.

BM erwähnt, daß auch wir nur Schritt für Schritt vorankämen. Es wäre Illusion zu glauben, daß man in der Lage sei, von der Grundlage identischer Haltung zu beginnen.

Unterhaltung kam auf Libyen zurück. BM wollte wissen, ob Libyer zugegeben oder abgestritten hätten, an den Anschlägen von Rom und Wien[23] beteiligt zu sein.

AM: Libyscher Delegierter hätte sich auf Verabschiedung Resolution konzentriert, im privaten Gespräch auf seine, Choudhurys, Vorhaltungen jedoch Beteiligung abgestritten. In der Konferenz sei Schuld- oder Mitschuldfrage nicht angesprochen worden. In Südasien sei das Attentat von Rangun[24] unvergessen. Man wolle keine derartigen Vorkommnisse. Allgemein bemerkte AM, in derartigen Konferenzen redeten die Syrer, Libyer und Iraker. Die anderen schwiegen. Höchstens ließen sich die Ägypter vernehmen, wenn es um die Verteidigung des Camp-David-Prozesses[25] gehe.

23 Zu den Anschlägen vom 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.

24 Am 9. Oktober 1983 kam es während eines Staatsbesuchs des Präsidenten Chun Doo-hwan zu einem Sprengstoffanschlag, bei dem 16 Begleiter getötet wurden, der südkoreanische Präsident jedoch unverletzt blieb. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 260 des Botschafters Eger, Seoul, vom 10. Oktober 1983; Referat 340, Bd. 127270.

25 Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.
Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

Jedoch dürfe man sich nicht täuschen lassen: Es gebe ein allgemeines Gefühl der Abscheu über die Untaten von Wien und Rom. Jedoch sei man gleichzeitig der Ansicht, daß jegliche militärische Aktion gegen Libyen unangebracht sei (would be uncalled for). Lediglich die Ägypter wären auch für einen Feuerzauber gegen ihr Nachbarland.

AM fragte BM, wie er die Nahostfrage sehe. Er frage dies auch in der möglichen Eigenschaft eines GV-Präsidenten.[26]

BM: Nach Besuch aller Beteiligten im NO-Bereich gehe er einig mit der OIC-Konferenz, daß es nötig ist, eine Lösung zu finden, die auch das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser einschließt. Wir hätten vergangenen Mittwoch[27] eine Erklärung veröffentlicht und auch mit dem US-Botschafter[28] darüber gesprochen.

Wir glaubten, daß die Anstrengungen König Husseins der vergangenen Monate[29] breite Unterstützung verdient hätten. Zuversicht habe man auch schöpfen können nach der Rede von MP Peres vor der VN-GV.[30] Leider habe sich in Israel danach als Folge innenpolitischer Zwänge eine gewisse Stagnation eingestellt. Die Schüsse in Rom und Wien hätten Menschen getroffen. Wie so oft seien sie aber auch auf die Lösungsversuche gezielt gewesen. Die politische Lösung sei schwieriger geworden. Die Extremisten auf beiden Seiten hätten Hand in Hand gearbeitet. Das dürfte uns nicht davon abhalten, alle Anstrengungen zu machen, einen Verhandlungsprozeß in Gang zu setzen.

Ein Positivum sei die Entwicklung der Beziehungen Israels zu seinen Nachbarn, diese seien nüchterner und realistischer geworden. Israel wisse heute besser, daß durch syrische Bemühungen eine gewisse Stabilisierung in Libanon eingetreten ist. Dieser Prozeß müsse sich fortsetzen. Zu lange hätten die Israelis geglaubt, daß Unruhe in der Nachbarschaft die beste Garantie ihrer Sicherheit sei. Heute erkennen sie, daß durch die Befriedung durch Syrien ihren Interessen besser gedient sei – selbst wenn sich dabei der syrische Einfluß ausdehnt. Daß sei wohl die Erklärung dafür, daß sie in der letzten Zeit schweigend zugesehen hätten.

Wir wollten auf Schritte für den Frieden hinwirken. In den nächsten Tagen komme MP Peres nach Bonn.[31]

26 Der bangladeschische Außenminister Choudhury wurde am 16. September 1986 zum Präsidenten der 41. Generalversammlung der Vereinten Nationen gewählt.

27 8. Januar 1986.

28 Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 9. Januar 1986 äußerte sich Bundesminister Genscher besorgt, „daß bei Ausbleiben von Lösungen im Nahen Osten die moderaten Kräfte zur Solidarisierung in falscher Richtung gezwungen werden könnten. Dies sehe man an den Reaktionen der Islamischen Konferenz und der arabischen Gremien auf die amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen. BM sprach sich mit Nachdruck für ein konzertiertes Vorgehen der USA und ihrer wichtigsten europäischen Partner aus, gegenüber europäischen Initiativen äußerte er sich mit großer Zurückhaltung." Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 9. Januar 1986; Referat 010, Bd. 178916.

29 Zu den Bemühungen des Königs Hussein um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

30 Zur Rede des Ministerpräsidenten Peres am 21. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 37, Anm. 9.

31 Ministerpräsident Peres hielt sich vom 26. bis 29. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

Es wäre gut, wenn die arabische Welt auch offiziell mit Ägypten Frieden schließt. Inoffiziell tut sie dies ohnehin.

AM Antwort: „Arab world without Egypt does not work". Man sehe keine Differenzen zu uns.

Er ging sodann auf bilaterale Beziehungen über. D habe seinem Land von Anfang an großzügig geholfen. Man sei dankbar. Wir seien in Bangladesch an einem Vorhaben des Fernsprechverkehrs beteiligt. Es gehe um dessen Modernisierung. Dabei gab es Meinungsverschiedenheiten. Er bitte darum, daß wir uns aus diesem Sektor nicht vollständig zurückzögen.

(In seinen Ausführungen gab es einen sachlichen Irrtum, der vom BM richtiggestellt wurde. AM glaubte, daß wir es seien, die uns für eine Aufspaltung des Projektes in zwei Hälften einsetzten, während wir in Wahrheit gerade daran Anstoß nehmen.)

BM argumentierte wie im Gesprächsführungsvorschlag und meinte auf Frage, was geschehen würde, wenn BD zu ursprünglichem Antrag mit einem einzigen deutschen System zurückkehrte, daß wir in einem solchen Fall, wenn wir den Gesamtzuschlag erhielten, wohl unsere Zusagen einhalten würden (have committed ourselves). BM kam auf bevorstehenden Staatsbesuch zu sprechen und erwähnte unseren Wunsch, daß der Bundespräsident auch Gelegenheit erhalte, mit Oppositionsvertretern zumindest bei Veranstaltungen zusammenzutreffen. Die deutsche Öffentlichkeit würde es kaum verstehen, wenn dies ausgeschlossen würde.

AM wollte sich um diese beiden Fragen kümmern[32].

BM fragte nach Entwicklungen in Pakistan.

AM war zurückhaltend. Es gebe Anlaufschwierigkeiten (teething problems). Jetzt sei die Stabilität für die nächste Zeit „mehr oder weniger" gesichert. Die Beziehungen zu Indien blieben „schwierig". Auf beiden Seiten verdächtige man einander der nuklearen Ambitionen. In Dhaka hätten die Teilnehmer an beide Seiten den Appell gerichtet, von überzogenen (wasteful) Militärausgaben abzusehen. Die Luft sei noch nicht ganz rein, es gäbe noch immer andauernde Spannungen (some amount of tension). Indien bemühte sich unter Rajiv Gandhi aber, ein besseres Klima herzustellen. Darunter zähle auch, daß Indien Colombo versichert habe, daß es keine Teilung Sri Lankas und eine Verhandlungslösung wünsche.

Beide Minister stimmten sodann in der Beurteilung überein, daß in China wichtige Veränderungen eingetreten sind. *BM*: Diese seien für uns interessant, für die Sowjets dagegen besorgniserregend. Der *Gast* sprach von „wind of change". Er fragte nach der Beurteilung des BM hinsichtlich des West-Ost-Verhältnisses.

BM führte aus, Genfer Gipfeltreffen[33] sei ein Ausgangspunkt gewesen. Über Tempo und Ausmaß der Bewegung könne man keine Voraussage treffen. GS Gorbatschow wünsche eine grundsätzliche Reform des Systems im Hinblick auf

32 Korrigiert aus: „annahmen".

33 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

mehr Effizienz. Dies habe nichts mit Liberalisierung zu tun. Für seine Pläne bedürfe er des Westens. Das gäbe uns evtl. Chancen, zu Fortschritten bei der Rüstungskontrolle zu gelangen.

Die USA hätten inzwischen den Weltraum sozusagen technologisch „entdeckt". Dies könne rüstungstechnisch auf eine gewisse Destabilisierung hinauslaufen. Um diese Gefahr zu überwinden, könne es nur eine engere Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington geben. In der Sache habe Genf keine Annäherung gebracht, wohl aber Türen geöffnet, durch die man jetzt hindurchschreiten müsse. Wir in Europa müßten helfen, daß diese Türen geöffnet blieben und ein Abbau des erschreckenden gegenseitigen Mißtrauens erfolge. Es sei gut, daß das ursprünglich für Sommer geplante nächste Treffen jetzt auf später verschoben werde.[34] Dies ist nach unserer Ansicht besser, weil man bis Juli kaum genügend substantielle Fortschritte in Sachfragen erzielen könne. Beim zweiten Zusammentreffen könne man sich nicht darauf beschränken, nur eine Klimaverbesserung festzustellen, sondern müsse auch Substanz vorzuweisen haben. Man gerate nah an den US-Wahlkampf[35] heran. Jedoch müsse man davon ausgehen, daß Präsident Reagan aufrichtig interessiert sei, Fortschritte zu erzielen.

Eine Unbekannte in der Gleichung seien die sowjetischen Militärs und wie sie reagierten. Selbst Breschnew mußte sie zufriedenstellen. Vielleicht sei das heute auch so.

AM: Als letzten Punkt griff der Gast noch das Nord-Süd-Thema auf und plädierte für eine angemessene IDA-VII-Auffüllung und eine Erhöhung von IDA VIII.[36] Es gelte, einen Durchbruch im Nord-Süd-Verhältnis zu erzielen.

34 Gesandter Wallau, Washington, meldete am 2. Januar 1986, nach vertraulichen Informationen des amerikanischen Außenministeriums habe die UdSSR „kurz vor Neujahr auf den amerikanischen Vorschlag eines Gipfeltermins im Juni 1986 mit dem Gegenvorschlag September 1986 reagiert. Die für die Verschiebung inoffiziell gegebene sowjetische Begründung lautete, man wolle dem ‚Genfer Prozeß' mehr Zeit lassen. State Department hält dies für nicht übermäßig einleuchtend und neigt zu der Vermutung, Sowjets hätten einen Termin in der Nähe der US-Kongreßwahlen (November) gewählt, um amerikanische Seite unter innenpolitischen Erfolgsdruck zu setzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 213, Bd. 139348.

35 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

36 Am 21. Januar 1986 vermerkte Ministerialdirektor Jelonek, daß die Verhandlungen für die achte Aufstockung der Mittel für die International Development Association (IDA VIII) bevorstünden: „Die Argumentation der IDA-Administration zielt auf einen Mindestbetrag von 12 Mrd. US $. Hauptproblem wird sein, daß die USA zu einer (nominalen) Erhöhung der Mittel für IDA VIII gegenüber IDA VII (9 Mrd. US $) nur bereit sein dürften, wenn eine gewisse Konditionalität und Differenzierung gegenüber den Empfängerländern durchzusetzen ist." Aus Sicht des Auswärtigen Amts solle auf folgende Linie hingearbeitet werden: „Das Volumen von IDA VIII wird so hoch angesetzt, daß der reale Wert von IDA VII einschließlich der Weltbank-Fazilität für Afrika südlich der Sahara erhalten bleibt, was nominal 12 Mrd. US $ bedeutet. Eine Senkung des deutschen prozentualen Anteils unter 11,5 % sollte nicht vorgenommen werden, da andernfalls eine Verteilungsdiskussion in Gang gesetzt würde, die uns angesichts der zu erwartenden restriktiven Haltung einiger Geber nicht recht sein kann." Vgl. Referat 402, Bd. 133903.
Auf ihrer Tagung am 27./28. Januar 1986 in Paris beschlossen die IDA-Mitgliedstaaten, auf eine Erhöhung des Kapitals für IDA VIII auf 12 Mrd. Dollar „hinzuarbeiten". In der Presse wurde dazu berichtet, daß sich Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Konditionalität der Mittelvergabe ergeben hätten: „Während eine Verkürzung der Laufzeiten der weichen Mittel von heute 50 bis möglicherweise sogar 35 Jahre oder ein früherer Rückzahlungsbeginn (nach 8 statt bisher nach 10 Jahren) eine gewisse Billigung fanden, stieß der Vorschlag einer Erhöhung der Zinsen und Gebüh-

BM: Wir waren froh, daß es bei IMF/Weltbanktagung in Seoul Ergebnisse gab.[37] Wir fragten uns, wie man den Dialog vernünftig und realistisch fortsetzen könne.

Vor sechs Jahren war das Treffen in Cancún eine gute Begegnung.[38] Am Schluß habe man den großen Fehler gemacht, keine Überprüfungskonferenzen vorzusehen, wie z. B. bei KSZE. Damit hätte man vermeiden können, daß die damaligen Ergebnisse in den Aktenschränken verschwinden. Die damaligen Ausrichter, Mexiko und Österreich, waren inzwischen wegen Wechsels der Personen nicht mehr so enthusiastisch. Aber inzwischen rege sich bei Österreich und in Jugoslawien wieder mehr Zustimmung. Er werde in Kürze in Wien darüber sprechen.[39] Der Vorteil bei Cancún sei die überschaubare Größe und die intelligente Auswahl der Teilnehmer gewesen.

Der *Gast* ließ Zustimmung erkennen. Er lud den BM (nach Festlegung des Textes einer kurzen gemeinsamen Presseerklärung) zu einem Besuch in Dhaka ein.

Referat 340, Bd. 144646

Fortsetzung Fußnote von Seite 31

ren (zurzeit rund 1 %) auf die Ablehnung der großen Mehrheit." Vgl. den Artikel „Konstruktiver Wille zur Aufstockung des IDA-Kapitals"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 31. Januar 1986, S. 11.

37 Die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank fand vom 8. bis 11. Oktober 1985 statt. Die dabei gefaßten Beschlüsse sahen u. a. vor: „Verlängerung des erweiterten Zugangs zu den Mitteln des IWF, der Kredite weit über die regulären Ziehungsgrenzen hinaus erlaubt, um ein weiteres Jahr; Wiedervergabe der Rückflüsse des Trust Funds (2,7 Mrd. SZR) an die ärmsten EL zu weichen Bedingungen; keine Übereinstimmung über Neuzuteilung von SZR (USA, GB, JAN und D ablehnend, da kein globaler Bedarf an zusätzlicher Liquidität; zustimmend u. a. F sowie EL); Diskussion über Verbesserung der Funktionsweise des Weltwährungssystems auf der Grundlage von Studien der G 10 (IL) und der G 24 (EL im IWF-Interimsausschuß); Aufnahme von Verhandlungen über achte Wiederauffüllung von IDA; grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den meisten Mitgliedstaaten (außer USA) über Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung der Weltbank; Verabschiedung der Konvention über eine multilaterale Investitionsversicherungsagentur". Vgl. die Aufzeichnung der Referate 400, 412 und 422 vom 26. März 1986; Referat 422, Bd. 148934.

38 In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz über Zusammenarbeit und Entwicklung statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

39 Bundesminister Genscher hielt sich am 18./19. März 1986 in Österreich auf. Zum Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Gratz vgl. Dok. 78.

6

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-411.10 SYR-12/86 VS-vertraulich **10. Januar 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Lieferung chemischer Produkte nach Syrien, die möglicherweise zur Herstellung chemischer Waffen (CW) verwendet werden[3]

Bezug: Ihre Bitte um Unterrichtung auf BND-Mitteilung vom 10.12.85 – 014-StS 1035/85 VS-v beigefügt (Anlage 1[4])

Anlg.: 3 – nur bei Exemplar 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zeichnung beigefügten Schreibens an StS von Würzen[5]

I. Der BND hat in Antwort auf unsere erneut gestellte Frage nun eine ausführlichere Bewertung der Aktivitäten des syrischen Forschungsinstituts CERS[6] im CW-Bereich übersandt (siehe Schreiben vom 27.12.1985 – 02-9-2704/85 geh. beigefügt, Anlage 2[7]). Hierin ist auch Stellung genommen, welche Bedeutung der Lieferung chemischer Vorprodukte durch deutsche Firmen bei der syrischen CW-Herstellung beizumessen ist. Es wird folgendes Bild gezeichnet:

a) Das CERS-Institut produziert CW – speziell das Nervengas Sarin – in erheblichem Umfang. Diese Feststellung wird nicht weiter relativiert. CERS sei „Tarnadresse für die syrische Kampfstoffabrik"; Syrien (und der Irak) besäßen „derzeit bereits vermutlich mehr Nervenkampfstoff, als die NATO in Mitteleuropa verfügbar hat", oder würden ihn in Kürze besitzen.

b) Lieferungen chemischer Vorprodukte an das CERS durch deutsche Firmen, und zwar – soweit bisher bekannt – 100 t wasserfreier Flußsäure (hydrogen fluoride) Fa. Riedel-de Haën, 500 t Thionylchlorid Fa. Gerrit van Delden (in griechischem Besitz), seien zur Herstellung von Sarin geeignet und würden vom CERS gemeinsam mit dem von anderen Lieferanten weltweit erworbenen Dimethylphosphit in einem dazu entwickelten Syntheseverfahren auch hierzu verwendet.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat laut handschriftlichem Vermerk vom 13. Januar 1986 Staatssekretär Ruhfus vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 14. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Kastrup an Referat 424 verfügte.
Hat Kastrup bzw. Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 14. Januar 1986 vorgelegen.

3 Zur Ausfuhr von Flußsäure nach Syrien durch Firmen aus der Bundesrepublik vgl. AAPD 1985, I, Dok. 65 und Dok. 99.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 11.

6 Centre d'Étude et de Recherches Scientifiques.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

Aus der von CERS bisher beschafften Menge Dimethylphosphit (mindestens 1200 t) ließen sich ca. 1600 bis 1700 t Sarin herstellen. Dazu benötige man außerdem ca. 800 bis 850 t wasserfreier Flußsäure sowie ca. 1400 t Thionylchlorid.

Die vom CERS bei den deutschen Firmen gekauften Mengen der letztgenannten Stoffe überstiegen bei weitem den Bedarf eines Forschungsinstituts und seien auch nicht mit dem von syrischer Seite offiziell genannten „zivilen" Verwendungszweck (Schiffslacke, Ätzmittel) zu erklären.

Für den BND scheint es keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß CERS CW – Sarin – in großen Mengen herstellt und hierzu auch chemische Vorprodukte verwendet, die u. a. in erheblichem Umfang von deutschen Firmen geliefert worden sind. Diese Beurteilung wird auf Erkenntnisse von Partnerdiensten (USA, ISR) und eigene physikalisch-technische Feststellungen gestützt.

II. Weiteres Vorgehen

1) Die Prüfung rechtlicher Eingriffsmöglichkeiten ergibt, daß sowohl wasserfreie Flußsäure wie auch Thionylchlorid genehmigungsfrei ausgeführt werden können. Die Ausfuhr beider Stoffe wird auch von den anderen westlichen Industrieländern, die wie wir gewisse chemische Vorprodukte unter Ausfuhrkontrolle gestellt haben[8], nicht kontrolliert (Ausnahme USA, die Flußsäurelieferungen allerdings nur nach Syrien, Iran, Irak einer Genehmigungspflicht unterworfen haben). Die Begründung liegt darin, daß für beide Stoffe wesentliche zivile Anwendungsmöglichkeiten bestehen. Sie sind darüber hinaus nicht als unmittelbare CW-Vorprodukte anzusehen, da erst weitere Syntheseschritte zum CW-Endprodukt führen.

Bei den auf australische Initiative in Brüssel geführten Gesprächen konnte innerhalb der westlichen Industrieländer keine Einigung auf Ausweitung der kontrollpflichtigen Substanzen erzielt werden (siehe hierzu Aufzeichnung Ref. 424 vom 2.1.86 – 424-411.10 VS-NfD, Anlage 3[9]). Allerdings wurde Einigung über eine sog. „warning list" erzielt, in der auch Flußsäure und Thionylchlorid enthalten sind. Sinn der „warning list" ist es, die Industrie vor Vertragsschlüssen bei ungewöhnlichen Mengen oder dubiosen Abnehmern zu warnen.

8 Die Bundesregierung stellte mit der 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 14. Mai 1984 die Ausfuhr von Methylphosphonsäuredimethylester, Methylphosphonsäuredifluorid, Methylphosphonsäuredichlorid, Phosphoroxychlorid und Thiolglycol unter Genehmigungspflicht. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER vom 15. Mai 1984, S. 4509.

9 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel bilanzierte das dritte Treffen von 15 Industriestaaten am 11./12. Dezember 1985 in der australischen Botschaft in Brüssel über die Einführung weiterer Exportkontrollen für chemische Substanzen. Dabei sei vor allem von Italien, Japan und der Bundesrepublik auf die laufenden Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen hingewiesen worden: „Wenn überhaupt, komme deshalb nur ein inhaltlich begrenztes und zeitlich interimistisches Vorgehen im Rahmen der australischen Initiative in Betracht. […] Wie auch immer man zu diesen grundsätzlichen Fragen stehen mag, zu denen die Scheu der großen Chemieproduzenten kommt, weitere Substanzen unter administrative Ausfuhrkontrollen zu stellen, sie führten jedenfalls dazu, daß eine Einigung im Sinne zusätzlicher Kontrollen in Brüssel nicht möglich war." Dessenungeachtet hätte eine Einigung über eine „warning list" mit 35 Substanzen erzielt werden können: „Diese Liste dient der Bewußtmachung der chemischen Industrie und kann so eine echte Warnfunktion erfüllen. Sie macht auch der Industrie ihre Verantwortung auf diesem wichtigen Gebiet deutlich." Damit sei die australische Initiative „im wesentlichen abgeschlossen". Vgl. Referat 424, Bd. 135876.

2) Entsprechend dieser „warning list“ sollte das federführende BMWi gebeten werden, auf die beteiligten Firmen einzuwirken, von den bereits mit dem CERS-Institut vereinbarten Lieferungen Abstand zu nehmen, jedenfalls keine weiteren Lieferungen von Stoffen der „warning list“ mit dem CERS zu vereinbaren. Darüber hinaus sollte der Verband der deutschen chemischen Industrie (und über ihn möglichst alle deutschen Chemieunternehmen) auch über die speziellen Verdachtsmomente gegen das CERS-Institut unterrichtet werden.

Diese Bitte sollte mit hierzu beigefügtem Schreiben des Herrn Staatssekretärs dem BMWi übermittelt werden, da in gleicher Sache (Lieferungen der Fa. Riedel-de Haën betreffend) ein Schriftwechsel auf StS-Ebene stattgefunden hat.[10] StS von Würzen hatte seinerzeit Bereitschaft des BMWi zu erkennen gegeben, die chemische Industrie über problematische Vorgänge in diesem Bereich aufklären zu wollen. Eine Unterrichtung hat jedoch bisher – soweit hier bekannt – noch nicht stattgefunden.[11]

Jelonek

VS-Bd. 13733 (424)

10 Staatssekretär Ruhfus bat Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, mit Schreiben vom 11. Juni 1985, die Firma Riedel-de Haën AG zu einem freiwilligen Verzicht auf weitere Lieferungen von Flußsäure nach Syrien zu bewegen und in einem Gespräch mit Vertretern der chemischen Industrie auf die Problematik der Ausfuhr chemischer Substanzen hinzuweisen. Für das Schreiben vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck vom 6. Juni 1985; VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

11 Mit Schreiben vom 13. Januar 1986 erinnerte Staatssekretär Ruhfus Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, an seine Bereitschaft, „Verband und Firmen der deutschen chemischen Industrie über problematische Vorgänge“ bei der Ausfuhr von zur Herstellung chemischer Waffen geeigneter Substanzen aufzuklären: „Über diese allgemeine Unterrichtung hinaus halte ich eine erneute Kontaktaufnahme mit Vertretern der Fa. Riedel-de Haën und Gerritt van Delden für geboten, bei der den Firmen klargemacht werden sollte, daß ihre Lieferungen an das CERS-Institut mit großer Wahrscheinlichkeit der Herstellung chemischer Kampfstoffe dienen. Die Firmen sollten schon im eigenen Interesse, aber auch zur Vermeidung von außenpolitischen Belastungen, die der Bundesrepublik Deutschland insgesamt drohen, von der Auslieferung auch bereits kontrahierter Liefermengen Abstand nehmen. Auf keinen Fall sollten sie neue Verpflichtungen eingehen.“ Vgl. VS-Bd. 13733 (424); B 150, Aktenkopien 1986.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel vermerkte am 7. März 1986, daß das Bundesministerium für Wirtschaft ein entsprechendes Schreiben an die Firma Riedel-de Haën AG gerichtet habe, nicht jedoch an die Firma Gerrit van Delden GmbH, da es sich um ein „noch dazu in griechischem Eigentum“ befindliches Textilunternehmen handele: „Bei einer Besprechung im Verband der Chemischen Industrie am 3.3.1986 teilte der Vertreter der Fa. Riedel-de Haën mit, sein Unternehmen habe nicht die geringste Absicht, sich irgendwie mit dem Verdacht der Herstellung chemischer Waffen in Verbindung bringen zu lassen. Angesichts des mit Syrien geschlossenen Vertrages hätte das Unternehmen nicht von sich aus auf die Lieferungen verzichten können, als die Verdachtsmomente bekannt wurden. Der Brief des BMWi und der Hinweis auf den Wunsch der Bundesregierung, aus außenpolitischen Gründen die Lieferung zu verhindern, gebe ihm jedoch die Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten. Der Vorstand habe dies bereits informell beschlossen; die förmliche Entscheidung des Vorstands werde in diesen Tagen getroffen.“ Vgl. VS-Bd. 13733 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

7

Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Washington

Dg 20-530.36 LIY-9/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Januar 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 50

Betr.: Gespräch BM – Botschafter Burt am 9.1.1986;
hier: Terrorismusbekämpfung (Libyen)[2]

Nachdem BM im Zusammenhang einer gesamtpolitischen Lageanalyse davor gewarnt hatte, einen Zwang für die moderaten Kräfte im Nahen Osten zu erzeugen[3], sich in falscher Richtung zu solidarisieren, wofür BM die Reaktionen aus dem Nahostraum auf die amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen[4] als Beispiel genannt hatte, nahm er Bezug auf die gestrige Unterrichtung Dobbins – D 3 über die amerikanischen Beschlüsse und die dabei erfolgte erste deutsche Stellungnahme.[5] Jetzt müsse man sich darüber verständigen, wie die von den USA vorgeschlagenen Konsultationen erfolgen sollten.

BM erläuterte, daß er es im Kabinett am 3.1. als unabdingbar bezeichnet habe, mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten – diese seien allerdings nicht rechtlicher Natur – dafür zu sorgen, daß deutsche Firmen keine kommerziellen Vorteile daraus ziehen würden, wenn die amerikanischen Maßnahmen Wirkung hätten. BM äußerte Verständnis für diesen wichtigen Punkt in der Reagan-Erklärung. GB verhalte sich ähnlich wie wir.

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 10. Januar 1986 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Vgl. dazu die Anschläge am 27. Dezember 1985 in den Flughäfen von Rom und Wien; Dok. 2, Anm. 31.

3 Korrigiert aus: „überzeugen".

4 Am 7. Januar 1986 verordnete Präsident Reagan folgende Maßnahmen gegen Libyen: „Mit sofortiger Wirkung verboten sind: Gewährung oder Verlängerung von Krediten und Anleihen; Reisen von US-Bürgern oder auf Dauer in den USA niedergelassener Personen nach und aus Libyen […]. Mit Wirkung ab 1.2.1986 verboten sind: Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Technologien nach und aus Libyen – Ausnahmen: Publikationen, Nachrichtenmaterial und humanitäre Spenden; Transport und Verkehr nach und von Libyen; Ankauf von Waren zwecks Ausfuhr aus Libyen in Drittländer; Abschluß und Durchführung von Wirtschafts- und Handelsverträgen." Darüber hinaus kündigte Reagan am 8. Januar 1986 an, „daß ab sofort alle finanziellen Guthaben Libyens in den USA eingefroren werden". Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 9. Januar 1986; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986. Für den Wortlaut der Executive Orders Nr. 12543 und Nr. 12544 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2108, S. 37 f.

5 Ministerialdirektor Sudhoff notierte am 9. Januar 1986, daß der amerikanische Gesandte Dobbins ihm am Vortag die von Präsident Reagan am 7. Januar 1986 erlassenen Sanktionen gegen Libyen vorgetragen und die Entsendung des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead zu weiteren Gesprächen angekündigt habe. Er, Sudhoff, habe zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung „eine vorherige Konsultation für hilfreich erachtet" hätte, sei auf die Sanktionsmaßnahmen im einzelnen aber nicht eingegangen: „Bei einzelnen Maßnahmen habe ich jedoch darauf verwiesen, daß diese für uns ohnehin Realität seien: Wir exportieren nach Libyen weder Waffen, noch gibt es eine nukleare Zusammenarbeit, noch einen High-tech-Transfer. Die Einreise- und Visumsvorschriften gegenüber Libyen seien schon vor geraumer Zeit verschärft worden, unsere Sicherheitsmaßnahmen, auch an Flugplätzen, befänden sich auf höchstem Niveau. Was die von den US-Maßnahmen geschaffene Wirtschaftslücke angehe, so sei es eine Selbstverständlichkeit, daß wir von den deutschen Firmen erwarteten, […] daß sie nicht auf Kosten der Amerikaner ihre Geschäfte ausweiten sollten." Vgl. VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

Burt warf ein, Howe habe in diesem Sinne eine Erklärung abgegeben. Es sei wichtig, dies in die europäischen Konsultationen einzubringen.

BM hielt fest, wir hätten dies gestern erklärt und würden dies im Anschluß an das jetzige Gespräch erneut sagen.

Für uns sei wichtig, zur Verhinderung von terroristischen Akten eine noch engere Zusammenarbeit herzustellen. BK habe sich in diesem Sinn im Dezember gegenüber Shultz geäußert.[6]

BM erinnerte an die Terrorismuserfahrungen der Bundesregierung und unterstrich, daß die zuständigen inneren Behörden jede Möglichkeit zur Zusammenarbeit nützen müßten. Ereignisse wie die in Wien und Rom gäben dafür einen Impuls.

BM erinnerte daran, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Sichtvermerkserteilung an Libyer die schärfsten Maßnahmen unter den Europäern getroffen habe, was für ein Land mit vielen offenen Grenzen ein großes Problem darstelle.

Bei der Zusammenarbeit seien wir besonders an einem stärkeren Informationsaustausch über die Bewegungen bestimmter Personen interessiert. Durch Hinweise, auch aus dem arabischen Lager, habe vieles verhindert werden können. Die Entschlossenheit zur Zusammenarbeit solle sehr deutlich gemacht werden.

Burt warnte davor, das dringliche Problem der Terrorismusbekämpfung nicht zu einem europäisch-amerikanischen Problem werden zu lassen. Er selbst habe sich in seiner heutigen Pressekonferenz standhaft geweigert, eine kritische Stellungnahme zur Haltung der Bundesregierung abzugeben. Er habe die starke Verurteilung des Terrorismus durch die Bundesregierung begrüßt. Zu Libyen sollten die Bundesregierung und die anderen EG-Regierungen aber die Schritte des US-Präsidenten sehr deutlich ansehen. Es gebe starke, ja zwingende Gründe, Gaddafi zu „exkommunizieren".

Burt warnte vor einer langen Diskussion über die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen, es gehe nicht um bilaterale Differenzen, sondern darum, daß ein Land den zivilisierten Nationen der Welt eine Art Krieg erklärt habe. Zu einem solchen Land solle man keine Kontakte haben. Die amerikanische Bitte gehe dahin, die US-Schritte zu prüfen und zu sehen, welche Schritte die Bundesrepublik und die EG unternehmen könnten.

Auf BM-Frage nach der beabsichtigten Wirkung erklärte Burt, Gaddafi sei gegenüber der westlichen Meinung nicht unsensibel. Außerdem spiele für ihn die Fähigkeit des Ölexportes (und die dafür notwendige technologische Unterstützung) eine große Rolle für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Man müsse ihn daher durch eine effektive, multilaterale Anstrengung vor die Wahl stellen – seine Haltung zum internationalen Terrorismus zu überdenken oder ernsthafte Probleme in Kauf zu nehmen.

Burt bezeichnete es als nützlich, einen amerikanisch-europäischen Dialog auf hoher Ebene vorzusehen. Er nahm Bezug auf einen – uns bisher nicht bekann-

6 Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Außenminister Shultz führten am 14. Dezember 1986 ein Gespräch in Ludwigshafen. Vgl. dazu die Meldung „Begegnung mit Kohl in Oggersheim"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1985, S. 2.

ten – griechischen Vorschlag für ein AM-Treffen EG–USA, zu dem Shultz bereit sei. Auf nähere Nachfrage nach dem Forum wollte Burt keine Option ausschließen, äußerte aber Präferenz für EG–USA und Skepsis gegen NATO.

Burt regte ferner EG-Erklärung an, daß kein europäisches Unterlaufen der US-Maßnahmen stattfinden werde, und stellte die – inoffizielle – Überlegung an, ob die Ernennung eines hohen AA-Beamten für Fragen der Terrorismusbekämpfung (nach dem Muster von Oakley, Assistant Secretary to Combat Terrorism) als politisches Symbol nicht unwichtig wäre.

Zu den Beratungen im Siebener-Rahmen verwies Burt auf französische Zurückhaltung, die Zusammenarbeit über die Fragen der Luftfahrtsicherheit hinaus zu erweitern. BM begrüßte diese Versuche und verwies auf den in Paris gewonnenen Eindruck einer sehr positiven Haltung zur Zusammenarbeit bei der Terrorismusabwehr.[7]

Burt kündigte an, daß er mit BM Zimmermann über eine Intensivierung der Kontrollen von Libyern in der Bundesrepublik sprechen wolle[8], und zwar sowohl der Angehörigen des Volksbüros und anderer Diplomaten wie auch der sogenannten Studenten.

Burt regte auch an, die Schließung des Volksbüros ernsthaft zu prüfen. Die USA hätten vor vier Jahren vor diesem Problem gestanden.[9] Damals hätten sich über fünftausend US-Staatsangehörige in Libyen aufgehalten, man habe diese Präsenz inzwischen auf eintausendfünfhundert reduzieren können und wirke jetzt auch auf deren Ausreise hin.

Burt rechnete damit, daß zwar auch einige bleiben, aber Wirkung eintritt. Die Occidental Oil Company werde der US-Weisung entsprechen (ob sie ihre Gesellschaftsanteile in Libyen aufgeben wird, war Burt nicht bekannt). Die Bundesregierung solle ihre Staatsangehörigen zum Verlassen von Libyen auffordern.

BM erinnerte daran, daß die libysche Ölindustrie in allen sensiblen Bereichen durch US-Seite betrieben werde. Im übrigen unterstrich BM, daß das Geiselproblem für uns keine Frage der Zahl sei. Die Regierung werde erfahrungsgemäß auch dann um Hilfe angegangen und müsse helfen, wenn trotz nachhaltiger Warnungen Geiselnahmen stattfänden. BM erinnerte an Beispiele im Irak.

Burt versuchte moralischen Unterschied herauszuarbeiten, wenn es um das Leben unschuldiger Terrorismusopfer im eigenen Land und die Sicherheit von Bürgern gehe, die sich auf eigenes Risiko der Gefahr der Geiselnahme aussetzten.

BM erinnerte auch daran, daß unser Libyen-Handel in den letzten Jahren abnehmende Tendenz habe, was sich auch bei dem Rückgang der durch Hermes garantierten Libyen-Forderungen niederschlage. Die Wirtschaftsbeziehungen USA–Libyen hätten entgegengesetzte Tendenz. BM erinnerte im übrigen daran, daß Kredite bei uns in den Sanktionsbegriff fielen.

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 7. Januar 1986 in Paris; Dok. 2.

8 Der amerikanische Botschafter Burt traf am 14. Januar 1986 mit Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Zimmermann: Den Terror nicht nur nach Anschlägen bekämpfen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1986, S. 1.

9 Das libysche Volksbüro in Washington wurde am 6. Mai 1981 geschlossen.

BM unterstrich, daß die Bundesregierung nicht erpreßbar sei. Deshalb habe sie gestern bewußt nicht auf das Geiselrisiko in Libyen oder wirtschaftliche Interessen hingewiesen. Der libyschen Seite sei dies aus gegebenem Anlaß über einen hochrangigen Beauftragten Gaddafis gesagt worden: Wir verzichteten auf Ankündigungen und große Erklärungen, über unsere Festigkeit solle sich aber niemand täuschen.[10]

Auf Frage nach Beweisen für die libysche Beteiligung an den Anschlägen in Rom und Wien erwähnte Burt sehr sensitive nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Ein Bericht zur Information der Verbündeten sei in Vorbereitung.

BM faßte zusammen: Es werde kein Unterlaufen amerikanischer Maßnahmen geben. Wir würden uns auch für entsprechendes Verhalten der EG-Partner und eine europäische Erklärung in diesem Sinne einsetzen. Die USA würden uns bei jeder Maßnahme zur Abwehr terroristischer Anschläge auf ihrer Seite finden, im AA werde die Einrichtung eines Terrorismusreferats vorbereitet.[11] Wenn eine Ministerzusammenkunft gewünscht werde, würden wir den Vorschlag unterstützen. Es sei allerdings wichtig zu überlegen, was das Ergebnis sein solle.

Botschafter Burt dankte für die Ausführungen BMs. Die Botschaft werde mit dem AA in Verbindung bleiben und weiteres Material übermitteln.

Die im Anschluß an das Gespräch herausgegebene Erklärung des Pressereferats, die mit Burt abgestimmt war, ging der Botschaft bereits als Fernkopie zu.

Dieser Erlaß ist von BM noch nicht genehmigt.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 12994 (204)

10 Vgl. dazu das Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem ehemaligen libyschen Minister für äußere Sicherheit, Belgassem, am 28. Juni 1985; AAPD 1985, II, Dok. 179.

11 Mit Schrifterlaß vom 5. Dezember 1985 informierte Staatssekretär Meyer-Landrut darüber, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in der Abteilung 5 des Auswärtigen Amts neben einem Arbeitsstab 50 für Völkerrecht ein Referat für Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung gebildet werde: „Das neue Referat für ‚Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung' erhält die Ordnungszahl 515. Der bisher u. a. für Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung zuständige Referatsteil 502-9 wird aufgelöst." Vgl. Referat 110, Bd. 198649.

8

Aufzeichnung des Botschafters Citron, z. Z. Bonn

221-370.10-32/86 geheim **15. Januar 1986**[1]

Betr.: KVAE;
hier: Gespräch der vier Direktoren und der KVAE-Delegationsleiter am 14. Januar 1986 in Paris

1) In Fortsetzung der Gespräche in London[2] und Bonn[3] wurden bei den Konsultationen in Paris folgende Fragen erörtert:

– Westliche Verhandlungstaktik beim GV,

– Überlegungen zur Verhandlungsmasse (restructuring),

– Nutzung des Verhandlungszeitraums bis Herbst 86.

Teilnehmer der Gesprächsrunde waren:

F: Pierre Morel, Politischer Direktor; Botschafter Paul Henri Gaschignard, DL; Herr Couhadon.

GB: Derek Thomas, Politischer Direktor; Botschafter Michael Edes, DL; Miss Alyson Bailes.

US: Mr. C. Thomas, stellv. Politischer Direktor; Botschafter Robert Barry, DL; Mr. Klosson.

D: MD G. v. Braunmühl, D 2; Botschafter Dr. K. J. Citron, DL; VLR I Dr. von Studnitz, RL 204.

2) Der französische Politische Direktor Morel leitete die Diskussion zum GV[4] ein und betonte das französische Interesse, im kleinen Kreis bald eine Annähe-

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl mit Begleitvermerk vom 16. Januar 1986 zusammen mit sieben weiteren Aufzeichnungen über das Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortag in Paris an Staatssekretär Meyer-Landrut und Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 17. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Genscher am 20. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 21. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 21. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 23. Januar 1986 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 12979 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren sowie der Leiter der vier KVAE-Delegationen am 29. August 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 234.

3 Im Mittelpunkt des Vierertreffens der Politischen Direktoren am 25. November 1985 stand die Frage eines festen Endtermins für die KVAE in Stockholm sowie die Fortsetzung der Konsultationen zur Erörterung noch offener Sachfragen: „Es wurde schließlich Einigung erzielt, das verstärkte Direktorentreffen vor Wiederaufnahme der Stockholmer KVAE im Januar durchzuführen." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz vom 27. November 1985; VS-Bd. 12978 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

4 Referat 221 notierte am 8. Januar 1986 zum Thema „Gewaltverzicht" im Rahmen der KVAE in Stockholm: „Nach der Vereinbarung über die Arbeitsstruktur ist der Gewaltverzicht legitimes Thema in einer von fünf Arbeitsgruppensitzungen geworden. Der Westen konnte sich bisher – zumal nicht Demandeur – auf kritische Beiträge beschränken. Mit der Bestallung von Koordinatoren, auch für den Gewaltverzicht, und der Einführung eines umfassenden Textes der N+N zu Gewaltverzicht ist eine neue Lage gegeben, die der Westen mitgestalten muß. Etwaige Versuche des

rung zu erzielen, um ggf. schon am 23./24. Januar im Allianzrahmen[5] über diese Thematik sprechen zu können.

Er erwähnte die geplante gemeinsame Reise des deutschen und französischen AM nach Stockholm am 28. Januar[6] und gab zu verstehen, daß die Teilnahme von AM Dumas auch dazu diene, dem Eindruck (u. a. der SU) entgegenzuwirken, F sei nicht genügend an der KVAE interessiert.

Er erläuterte dann die französischen Überlegungen, für die GV-Redaktion einen neuartigen Ansatz zu suchen, u. a. um damit einen Redaktionsbeginn in Stockholm zu ermöglichen (oral drafting). In diesem Zusammenhang kritisierte er das britische Papier, zeigte jedoch Interesse an den von uns vorgeschlagenen „linkage"-Elementen[7]. F wolle an den Anfang eines GV-Textes die Darlegung der politischen Motive für einen GV stellen (im Sinne des Madrid-Mandats[8]) statt eines „legal patchwork".

Herr Morel skizzierte folgende Elemente:

– Der GV der Schlußakte von Helsinki[9] bleibe gültig, es gelte, ihn zu beachten (über die Implementierungskritik müsse in Wien[10] gesprochen werden).
– Transparenz ist ein Schlüsselelement, um das Vertrauen zu stärken.
– Transparenz soll als erster Schritt erscheinen, der später weitere Maßnahmen ermöglicht und schließlich zu Abrüstungsmaßnahmen führen kann.
– Das Mandat von Madrid: „Wirkung und Ausdruck ...".
– GV müsse im Zusammenhang mit anderen Prinzipien gesehen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

Ostens, Fortschritte beim Niederschreiben von konkreten VSBM in allen vier Gruppen von parallelen Fortschritten bei Texten über Gewaltverzicht abhängig zu machen, wären zurückzuweisen. Andererseits wird der Osten ohne eine gewisse Bereitschaft des Westens, erste Gewaltverzichtselemente festzuhalten, keine substantiellen Texte zu VSBM niederschreiben. […] In jedem Fall muß sich der Westen über die Zielrichtung und Struktur eines GV-Textes klarer werden. Dazu gehören nach unserer Auffassung: kein Vertrag; möglichst nicht zu umfangreich, kein besonderes Dokument, sondern Teil eines Schlußdokuments; KVAE-bezogen, d. h. möglichst keine sachfremden Themen; falls möglich Besserung der Anti-Breschnew- und Erga-Omnes-Wirkung; detaillierte Verknüpfung des Konzepts der Transparenz mit dem Gewaltverzicht." Vgl. VS-Bd. 13435 (212); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 24. Januar 1986 vgl. Dok. 21.

6 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

7 In einem von Referat 221 für das Vierertreffen der Politischen Direktoren mit den Leitern der vier KVAE-Delegationen am 14. Januar 1986 in Paris ausgearbeiteten Positionspapier vom 8. Januar 1986 hieß es, daß ein Text zum Gewaltverzicht im Schlußdokument der KVAE Elemente enthalten sollte, „die einen engen konzeptionellen Zusammenhang zwischen VSBM und Gewaltverzicht herstellen, also Formulierungen, wonach z. B. das Konzept der Transparenz dem Gewaltverzicht Wirkung und Ausdruck verleiht und in diesem Sinne weiterentwickelt". Vgl. VS-Bd. 13435 (212); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

9 Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

10 In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

US- und UK-DL stellten kritische Fragen und brachten dabei zum Ausdruck, daß sie den französischen Ansatz als einen Schritt zurück vom bisher in der Allianz in Erwägung gezogenen präambularen Text ansehen.

UK: Französisches Konzept könne allenfalls als taktischer Ansatz zur Verzögerung angesehen werden, er sei zu eng und letztlich nicht verhandelbar (auch nicht bei N+N). UK wies vor allem auf das Drängen der anderen Alliierten hin, um endlich eine gemeinsame GV-Position zu erarbeiten.

Herr Morel reagierte defensiv, versprach einen französischen Text in der nächsten Woche; Paris wolle die Verhandlungen keineswegs verzögern, sondern Brücken bauen, ohne die Pandorabüchse einer GV-Neuredaktion zu öffnen.

D 2 schloß sich britischen Darlegungen an. Er erinnerte daran, daß die Bündnispartner nach Stockholm gegangen seien, um sicherheitspolitisch solide Ergebnisse zu erreichen: Implementierung von substantiellen CSBM in ganz Europa bis zum Ural (keine Abtrennung der KVAE vom KSZE-Prozeß; keine Sorge vor früher Abrüstungsphase 2, sondern nach Wien allenfalls weitere VSBM-Phase 1 b).

Er plädierte für baldigen Beginn der Drafting-Phase. Der GV sei westliche Karotte, auch um SU zur Bewegung bei VSBM zu bringen.

Es gebe mehrere Möglichkeiten, beim GV-Drafting zu beginnen:

– N+N-Texte[11] verändern,
– eigene westliche Texte einführen,
– dem Koordinator[12] Texte zuspielen.

Hierfür sollten Verbündete Konzept entwickeln.

Der UK-Entwurf biete einen guten Einstieg. Auch wir denken an präambulare Sprache (nicht zu lang), auf SA[13] und VN-Charta[14] basierend, eine Brücke zu den VSBM bildend. Beim französischen Ansatz begrüßten wir den link zwischen GV und VSBM und dem Mandatsansatz. D 2 regte an, britischen mit früheren GV-Elementen und französischem Ansatz zu verbinden, um in der Lage zu sein, die Unterstützung der anderen Alliierten und der N+N zu erhalten.

D 2 ging dann noch kurz auf die US-Argumente zum UK-Text ein und erinnerte daran, daß es im europäischen Kontext vor allem darauf ankomme, der SU jede Gewaltanwendung unmöglich zu machen. Er schlug dann vor, die übrigen US-Überlegungen bei der Neufassung der britischen Texte zu berücksichtigen und evtl. die UK- und F-Texte zu verbinden. Wir behielten uns Stellungnahme zu all diesen Texten und falls notwendig eigene Beiträge vor.

11 Die neutralen und nichtgebundenen Staaten brachten am 15. November 1985 den Vorschlag CSCE/SC.7 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen ein. Diese betrafen die Vorankündigung militärischer Aktivitäten, eine Jahresübersicht militärischer Aktivitäten, die Einladung von Beobachtern, die Ankündigung und Beobachtung kurzfristig angesetzter militärischer Aktivitäten, die Beschränkungen bestimmter militärischer Aktivitäten, die Beobachtung auf Verlangen, die Form und Behandlung von Informationen über die durchzuführenden Maßnahmen, die Konsultationsvorkehrungen und den Gewaltverzicht. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 330–337.

12 Wolfgang Loibl.

13 Schlußakte.

14 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

UK (Thomas) regte an, mit Rücksicht auf F bei Aufnahme bzw. Neubestätigung von früheren Texten zu betonen, daß damit der Wert der ursprünglichen Dokumente nicht gemindert werde. Er sagte zu, einen neuen britischen Text zu liefern, welcher die Anregungen der Partner berücksichtige.

US-DL Barry warnte davor, GV-Texte in die langsame NATO-Maschinerie zu geben. Man sollte am 23./24. Januar in Brüssel die GV-Problematik in allgemeiner Form erörtern. Er habe zwar eine gewisse Sympathie mit dem politischen Ansatz Fs, zweifle jedoch, wie dieser aufgenommen werde; schon im Kreise der 16 werde dies als neu und problematisch angesehen werden, noch viel mehr bei den N+N. Im übrigen enthalte auch das Papier der N+N einen Passus zu den Menschenrechten.

Er plädierte im übrigen dafür, den bisherigen präambularen Ansatz mit dem französischen Ansatz zu verbinden. (US hat ebenfalls einen präambularen GV-Text im kleinen Kreis übergeben.[15]) Ein Versuch, die Transparenz als Schlüsselelement des GV bei der SU durchzusetzen, dürfte auf Schwierigkeiten stoßen.

DL Citron schlug vor, daß sich die vier DL am Vormittag des 23.1. (vor dem NATO-Treffen) kurz treffen, um zu versuchen, die Texte miteinander zu verbinden, und um ihre GV-Argumentation abzustimmen. (Dabei muß der Eindruck gemeinsamer Vorabsprache vermieden werden.) Er schloß sich britischer und amerikanischer Auffassung an, daß Erläuterung der politischen Motive für GV in Stockholm nicht genügen werde. Beide Ansätze müßten kombiniert werden, um genügend Material für die parallele GV-Verhandlung zu haben.

F (Morel) äußerte Sorge, daß SU immer mehr GV-Elemente fordern werde. Moskau begnüge sich nicht mit Wiederholung, sondern wolle Neues. F stimme im übrigen einer Verstärkung der Anti-Breschnew-Doktrin-Elemente zu.

D2 äußerte sich skeptisch, ob es möglich sei, gemäß dem französischen Sequentialismus Fortschritte in Stockholm zu erreichen.

F-DL Gaschignard gab zu erkennen, daß F nicht mehr gegen parallelen Beginn des Drafting ist; man sei bereit, erste Sätze zum GV aufzuschreiben, über die Zeitabfolge müsse in Stockholm entschieden werden.

F (Morel) erklärte, daß F die dargelegten Ideen in Texten niederlegen und den Partnern übermitteln werde.[16] F sei bereit, die Vorteile der zwei Ansätze zu vergleichen. Man wolle die Allianz nicht blockieren.

3) Überlegungen zur Verhandlungsmasse (restructuring)

F (Morel) betonte, daß Paris kein neues Allianzdokument plane; Ziel der französischen Überlegungen sei es, lediglich Richtlinien (terms of reference) für die interne Abstimmung der vier Partner anzuregen. Man habe zunächst noch nicht vor, das geplante neue Papier in die Allianz einzuführen.

DL Citron begrüßte die französischen Hinweise auf die Notwendigkeit rechtzeitiger Vorbereitung auf die Verhandlungen. Die Partner müßten vorbereitet

15 Für das undatierte amerikanische Papier „Suggested Preambular Text on the Non-Use of Force" vgl. VS-Bd. 11425 (221).

16 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), übermittelte am 7. Februar 1986 ein französisches Papier zum Gewaltverzicht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 20; VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

sein auf eine wirkliche Verhandlung, das schließe auch gewisse Anpassungen der eigenen Positionen, wie sie in französischem Papier angedeutet seien, ein. Citron wies auf die zusätzlichen Überlegungen im deutschen Diskussionspapier, u. a. die Notwendigkeit, die Inspektionen stärker mit der Maßnahme 3[17] zu verknüpfen, hin.

US-DL Barry plädierte dafür, in den bevorstehenden Verhandlungen gemäß dem Madrid-Vorbild Texte zu „draften" (d. h. möglichst nur „vereinbarte" Texte niederzulegen und nicht allzu viele Klammertexte nebeneinander zu stellen). Er sprach sich gegen den französischen Terminus „restructuring" aus und gegen die Rückverweisung des Pakets an Brüssel. Das Paket müsse im Verlauf der Verhandlungen angepaßt werden. Die Frage, welche „Türen" wir öffnen könnten, sollte im Kreis der Vier weiter erörtert werden.

Als Beispiele für die künftige Verhandlung nannte er die Informationsmaßnahme. Der Westen solle mehr Information in die Maßnahmen 2 und 3 einbauen, ohne schon die unabhängige Maßnahme 1 aufzugeben. Dabei könne der Westen andeuten, daß er zu gegebener Zeit auf eine unabhängige Maßnahme verzichten könne, wenn er genügend Informationssubstanz in 2 und 3 erhalte.

Zum Thema „constraints" sagte Barry, daß man in Washington daran denke, die constraining elements des Kalenders zu stärken, u. a. dadurch, daß nicht im Kalender angekündigte Aktivitäten inspiziert werden müßten. Zusammenfassend erklärte er, daß die US-Delegation bereit sei, in Stockholm sofort mit dem Drafting zu beginnen.

UK (Thomas) stimmte US-Auffassung zum restructuring zu (einseitiges „conflating" = Zusammenlegen der Vorschläge würde die westliche Position schwächen). Der Westen stehe unter Druck bei den Maßnahmen 1 und 5, bei unabhängigen Luft- und Seeaktivitäten und bei constraints. Wenn immer der Westen sich bewegen müsse, brauche dies nicht vorab in einem Dokument niedergelegt zu werden. Bei unabhängigen Luft- und Seeaktivitäten habe der Westen keinen Spielraum; daher komme es darauf an, unsere Position besser zu präsentieren.

Er äußerte sich skeptisch zu den französischen Überlegungen, man könne das Ergebnis der KVAE schon im Frühsommer festlegen. Er nehme an, daß das Endgame eher im August stattfinden werde.

Britischer DL Edes stimmte US-Vorstellungen, die US-DL vorgetragen hatte, zu. Er gehe davon aus, daß die SU nicht VSBM-Texte vereinbaren werde, wenn

17 Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC.1 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.
In der fünften Runde der KVAE vom 29. Januar bis 22. März 1985 brachten sie hierzu erläuternde Arbeitspapiere ein: „Als erstes wurde ein Arbeitspapier zu Maßnahme 1 (Informationsaustausch über militärische Strukturen) am 30.1.1985 eingeführt. Es folgten das Arbeitsdokument zu Maßnahme 2 (jährliche Vorausschau von anzukündigenden Aktivitäten) am 7.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 3 (Notifizierung) am 12.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 4 (Einladung von Beobachtern) am 14.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 5 (Inspektion, Verifikation) am 20.2. und das Arbeitspapier zu Maßnahme 6 (Entwicklung von Kommunikationsmitteln) am 27.2." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 221 vom 28. Mai 1985; Referat 212, Bd. 133522.
Die Vorschläge wurden am 8. März 1985 auf der KVAE als Gesamtpaket (CSCE/SC.1/Amplified) vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 86–93.

der Westen nicht gleichzeitig beim GV drafte (Skepsis gegen F „endgame“ im Juni). SU gibt traditionell ihre Konzessionen am Schluß.

D2 stellte die Frage nach den Auswirkungen des Zweier-Gipfels[18] auf die KVAE.

US (Thomas) bestätigte, daß es beim Gipfel zweifellos die Neigung geben werde, auf die KVAE-Verhandlungen positiv Einfluß zu nehmen.

F (Morel) sprach die Hoffnung aus, daß der Gipfel im Juli (nicht im September) stattfinde. Im Juni/Juli könnte sich der Gipfel günstig für den Westen auswirken, Reagan und Gorbatschow könnten z. B. Weisungen für die Lösung offener Fragen erteilen. Bei einem September-Gipfel gerate der Westen unter Druck, z. B. falls die SU erst im letzten Augenblick Konzessionen mache.

F-DL kam noch einmal auf Drafting-Prozeß zurück und plädierte dafür, daß Fortschritte nicht im gleichen Tempo in jeder AG gesucht würden, sondern je nach Thema.

UK (Thomas) äußerte sich skeptisch zu den französischen „target dates“. Was geschehe z. B., wenn diese Termine (Mai/Juni) ohne die von F erwarteten „Konturen der Ergebnisse“ vorbeigingen. Wir schafften unnötig öffentliche Erwartungen (dies sei zweischneidig). Er warnte ebenfalls davor, in den Reden der zwei Außenminister zu viele Erwartungen hinsichtlich eines Ergebnisses im Herbst zu wecken. Er gab aber zu, daß es im westlichen Interesse liege, deutlich zu machen, daß der Westen Fortschritte wolle.

Weitere KVAE-Beratungen

Grundsätzlich wurde zugestimmt, in diesem Frühjahr eine weitere Konsultation im kleinen Kreis (ggf. auf der Ebene D2A i. V.[19], RL 221[20]) vorzusehen (auf britischer Seite Mr. Daunt). UK-Idee, evtl. den Kreis noch zu erweitern (um CA[21] und I), fand wenig Zustimmung (Sorge vor Leaks).

Citron

VS-Bd. 12979 (204)

18 Bei ihrem Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf kamen Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, überein, „in nächster Zukunft erneut zusammenzutreffen“. Vgl. die Gemeinsame Erklärung über die Gespräche; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

19 Rüdiger Hartmann.

20 Ludger Buerstedde.

21 Kanada.

9

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 196 **Aufgabe: 15. Januar 1986, 20.10 Uhr**
Ankunft: 16. Januar 1986, 02.09 Uhr

Betr.: Amerikanische Ermittlungs- und Ausbürgerungsverfahren gegen in die USA eingewanderte Personen, denen Beteiligung an NS-Verbrechen zur Last gelegt wird;
hier: Iwan (John) Demjanjuk, geb. 3.4.1920 in Dubowi Macharynzi/Saporosche, ukrainischer (nicht volksdeutscher) Abstammung

Bezug: Bericht des Generalkonsulats Detroit Nr. 21 vom 10. Januar 1986[1]
Erlaß vom 19. Dezember 1985 – 511-531E Demjanjuk

Zur Unterrichtung

1) Die Botschaft rät dringend davon ab, dem Ersuchen des Verteidigers von Demjanjuk um Mithilfe bei der Beschaffung von Entlastungsmaterial zu entsprechen. Wir sind dazu rechtlich nicht verpflichtet und liefen dadurch Gefahr, ins Kreuzfeuer amerikanischer, israelischer und jüdischer Kritik zu geraten.

Demjanjuk ist der Paradefall des OSI[2], dem dessen ehemaliger Leiter Allan Ryan in seinem Buch allein 57 Seiten widmet.[3] Er soll die Gaskammern in Treblinka betätigt und daneben zahlreiche Exzeßtaten, insbesondere Morde, begangen haben.

1 Generalkonsul von Boehmer, Detroit, teilte mit, gegen den 1952 in die USA eingewanderten und später eingebürgerten John Demjanjuk seien 1979 „wegen dessen angeblicher Teilnahme am Massenmord an Juden im Zeitraum 1942–1943 im Konzentrationslager Treblinka“ Ermittlungen eingeleitet worden. 1981 habe das Bezirksgericht in Cleveland Demjanjuk für schuldig befunden, „in den Jahren 1942/43 im Konzentrationslager Treblinka als Wachmann und Bediener der Gaszufuhr am Massenmord an Juden maßgeblich beteiligt gewesen zu sein“. Demjanjuk sei die Staatsangehörigkeit abzuerkennen, und er sei in die UdSSR abzuschieben. Dieses Vorhaben sei jedoch nicht ausgeführt worden: „Im Oktober 1983 beantragte Israel die Auslieferung des ‚Iwan Grozny (Iwan des Schrecklichen) vom Vernichtungslager Treblinka‘, der mit Herrn Demjanjuk identisch sein solle, damit er der israelischen Gerichtsbarkeit zur Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen und Völkermord (war crimes and genocide) zugeführt werden könne. In dem Prüfungsverfahren über Zulässigkeit der Auslieferung stellte das US District Court in Cleveland (derselbe Richter wie im Verfahren des Jahres 1981) fest, daß Personenidentität vorliege und die Voraussetzungen für eine Auslieferung erfüllt seien. Das Verwaltungsgericht in Cleveland gab dem Auslieferungsantrag im Mai 1985 statt. Ein Berufungsverfahren auf Antrag Herrn Demjanjuks beim US Court of Appeal in Cincinnatti hatte keinen Erfolg. Am 20.12.1985 beantragte Herr Demjanjuk die Zulassung des Revisionsverfahrens vor dem US Supreme Court in Washington. Die Entscheidung des Gerichts über diesen Antrag wird für etwa den 20. Januar 1986 erwartet. […] Von dem in den bisherigen Verfahren verwandten Beweismaterial war insbesondere ein Dienstausweis von Bedeutung, der angeblich von der damaligen SS-Behörde Lublin, Ausbildungslager Trawniki, auf den Namen des Herrn Demjanjuk ausgestellt wurde. Die Verteidigung des Herrn Demjanjuk bestritt die Echtheit dieses Ausweises bisher erfolglos. Der jetzige Verteidiger bat nunmehr das Generalkonsulat, eine Stellungnahme der deutschen Behörden einzuholen, ob und gegebenenfalls in welchen Punkten die Echtheit des Ausweises fraglich erscheine bzw. [er] offensichtlich gefälscht sei.“ Vgl. den Schriftbericht; AV, Neues Amt, Bd. 20255.

2 Office of Special Investigations im amerikanischen Justizministerium.

3 Vgl. Allan A. RYAN, Quiet Neighbors. Prosecuting Nazi War Criminals in America, San Diego/New York/London 1984, S. 94–141.

Die USA haben sich 1983 bemüht, Israel zur Aufnahme und Strafverfolgung der ausgebürgerten NS-Belasteten zu bewegen. Nach der Botschaft glaubwürdig erscheinenden Pressenachrichten soll Israel dieses amerikanische Anliegen mit der Begründung abgelehnt haben, daß israelische Gerichte die aufgenommenen Personen u. U. wegen Mangels an Beweisen freisprechen würden und Israel sie sodann für den Rest ihres Lebens in seinem Lande dulden müsse.

Die einzige Ausnahme stellte Demjanjuk dar, um dessen Auslieferung Israel die USA ersucht hat.

Demjanjuk hat in den USA den gesamten Instanzenzug einschließlich des US Supreme Court durchlaufen und wird in Israel nochmals Gelegenheit haben, die Frage der angeblich gefälschten Ausweispapiere von einem unabhängigen Gericht überprüfen zu lassen. Sowohl die USA als auch Israel würden es voraussichtlich als Beleidigung ihrer Justiz betrachten, wenn wir uns ohne rechtliche Verpflichtung in diesen Fall einmischten.

Nach hiesigen Pressemeldungen stand die Auslieferung Demjanjuks bereits Ende November bevor. Es ist nicht auszuschließen, daß sein Verteidiger unter Berufung auf seinen Antrag beim Generalkonsulat Detroit einen Aufschub erwirkt hat. Die Botschaft empfiehlt daher, dem Verteidiger möglichst umgehend zu bedeuten, daß wir nur auf ein amerikanisches oder israelisches Rechtshilfeersuchen in dem von ihm gewünschten Sinne tätig werden könnten.

2) Ref. 511 wird gebeten, diesen Bericht als Beantwortung seines Erlasses vom 19. Dezember 1985 zu betrachten und aus den o. a. Gründen darauf zu verzichten, daß die Botschaft sich nach dem Stand des Auslieferungsverfahrens erkundigt.[4]

[gez.] van Well

B 83 (Referat 511), Bd. 1642

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus wies das Generalkonsulat in Detroit am 23. Januar 1986 an: „Der Verteidigung von Herrn Demjanjuk sollte geantwortet werden, daß die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ständiger Verwaltungspraxis Auskünfte in vergleichbaren Verfahren nur an staatl[iche] Stellen, nicht aber an Privatpersonen geben und daß die Auskunftsuchenden insofern auf die Gerichte und die dort geltende Untersuchungsmaxime verwiesen werden. Sollte jedoch nach US-Recht für das anhängige Abschiebeverfahren keine Verpflichtung der Gerichte bzw. der Behörde bestehen, Untersuchungen bzw. Beweiserhebungen von Amts wegen durchzuführen, wird gebeten, vor einer Antworterteilung noch einmal zu berichten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 562; AV, Neues Amt, Bd. 20255.
Demjanjuk wurde am 28. Februar 1986 nach Israel überstellt. Der Prozeß begann am 16. Februar 1987 in Jerusalem.

10

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Baden-Baden

Geheim **16. Januar 1986**[1]

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Helmut Kohl, VLR I Dr. Hartmann als Protokollführer, VLR Siebourg als Dolmetscherin;

auf französischer Seite: Staatspräsident Mitterrand, Herr Musitelli als Protokollführer, Herr Weisser als Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit der Mitteilung, daß er bereit sei, an der Waldkonferenz in Paris[2] teilzunehmen. Er werde am 5. Februar mittags anreisen, könne aber nur bis abends bleiben. Aus diesem Grunde wäre er dankbar, wenn er seine Rede[3] unmittelbar nach Präsident Mitterrand[4] halten könne. Er habe, um seine Teilnahme zu ermöglichen, andere Termine umstellen müssen, um diese Demonstration der Gemeinsamkeit zu machen.

Der Bundeskanzler berichtet sodann über ein Gespräch mit MP Strauß über die Lage bei Airbus. Hier stehe man vor wichtigen Entscheidungen. Das Unternehmen müsse seine Modellpolitik umstellen. Zur Zeit lägen zwar rund 250 Bestellungen vor. Das Unternehmen brauche jedoch eine Garantie dafür, daß es weitergehe.[5] Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Entwicklung bei dem Langstreckenmodell schneller vorangehe, als man zunächst geglaubt habe. Er

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 22. Januar 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen „zur persönlichen Kenntnisnahme von BM Genscher“ übermittelt.
Hat Jansen am 23. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und um Übermittlung von Ablichtungen an Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl bat.
Hat Genscher am 16. Februar 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zur Internationalen Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) vom 5. bis 7. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 42.

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 5. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 101 f.

4 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 5. Februar 1986 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Januar/Februar), S. 63–65.

5 Das Bundesministerium für Wirtschaft bilanzierte am 3. Februar 1986: „Bis Ende 1985 hatte Airbus-Industrie von seinen Großraum-Modellen A 300 und A 310 insgesamt 330 Flugzeuge verkauft. Für weitere 62 Flugzeuge liegen Bestellungen vor. Bei dem kleineren Airbus-Modell A 320, das Anfang 1988 in Dienst gestellt werden soll, liegen bisher 90 feste Bestellungen vor und für 38 Flugzeuge liegen Vorverträge vor.“ Dagegen könne Airbusindustrie bisher kein Modell für die Langstrecke anbieten. Am 27. Januar 1986 habe der Aufsichtsrat des Unternehmens beschlossen, für zwei Modelle in die Vorbereitungsphase einzutreten: „Es handelt sich um das vierstrahlige Großraumflugzeug A 340 (bisher TA 11 genannt) für etwa 250 bis 270 Passagiere und eine Reichweite von ca. 12 500 km sowie das zweistrahlige Großraumflugzeug A 330 (bisher TA 9 genannt) mit etwa 310 Sitzen und einer Reichweite von ca. 9000 km. […] Marktanalysen zeigen, daß die A 340 und die A 330 ab Beginn der 90er Jahre einsatzbereit sein müssen. Dies bedeutet, daß mit Programmentscheidungen nicht mehr gewartet werden kann. Dazu kommt, daß McDonnell Douglas plant, eine Langstreckenversion (MD 10) als Ableitung der alten DC 10 anzubieten. Daher muß die A 340 jetzt den Kunden angeboten werden, ehe sich Konkurrenzmuster etablieren.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160435.

habe zu diesem Fragenkomplex ein Memorandum angefordert, das er übersetzen und Präsident Mitterrand zuschicken lassen werde. Im übrigen empfehle er, daß Präsident Mitterrand hierüber auch ein Gespräch mit MP Strauß führe.

Wenn die Entwicklung so verlaufe, wie er vermute, müsse man auch die Frage der Finanzierung vorziehen. Dies werde wichtige Entscheidungen erfordern. Unter anderem werde sich auch die Frage stellen, ob die britische Premierministerin[6] bereit sei, bei der Weiterentwicklung mitzumachen. Seines Wissens habe Großbritannien einen Anteil von 15% an Airbus. Wenn die Briten ausstiegen, müsse man überlegen, den Italienern eine Beteiligung in dieser Höhe anzubieten. Er wolle nochmals betonen, daß wir in dieser Frage keine Zeit verlieren dürften. Die Amerikaner machten derzeit große Investitionen. Sie hätten soeben einen großen Auftrag aus Japan erhalten.[7] Sie stünden auch – ebenso wie Airbus – mit Brasilien in Verhandlungen. Man müsse jetzt auf europäischer Seite investieren, um später Gewinn zu machen. Die Frage, wie es weitergehen solle, müsse daher im nächsten halben Jahr entschieden werden. Mehr wolle er heute hierzu nicht sagen, aber man könne auf die Angelegenheit beim deutsch-französischen Gipfel[8] zurückkommen.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt sich damit einverstanden, bald über diese Angelegenheit eingehender zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* schildert sodann kurz auf eine entsprechende Frage von Staatspräsident Mitterrand die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Er weist insbesondere auf die niedrige Inflationsrate hin und begrüßt ausdrücklich, daß in diesem Punkte auch die Entwicklung in Frankreich einen günstigen Verlauf nehme.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem zu und weist darauf hin, daß die Inflationsrate, die zu Beginn seiner Amtszeit[9] bei rund 14% gelegen habe, inzwischen auf 2,3% gesunken sei, wobei die Zielvorgabe 2,5% gewesen seien. Im Durchschnitt liege die Inflationsrate daher in Frankreich niedriger als in der Gemeinschaft. Nur die Bundesrepublik Deutschland schneide da günstiger ab.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er finde diese Entwicklung sehr gut; leider fiele nur Italien aus dem Rahmen.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem zu und leitet sodann auf die Anfrage von MP Craxi bezüglich einer italienischen Teilnahme an der währungspolitischen Abstimmung der Fünfergruppe[10] über. Er habe in seinem Antwortschrei-

6 Margaret Thatcher.

7 Botschafter Boss, Tokio, teilte am 27. Dezember 1985 mit, daß das japanische Außenministerium am Vortag über die Entscheidung der japanischen Fluggesellschaft ANA informiert habe, „Boeing den Zuschlag zum Kauf von 15 Flugzeugen (zwischen 1987 und 1990) und 10 weiteren Optionen zu geben“. Ausschlaggebende Gründe seien gewesen: „Betriebs- und Finanzierungskosten; Möglichkeit der Benutzung der bisherigen Flugsimulatoren bei der Pilotenausbildung; einheitliche Technologie und Ersatzteile wie für bisherige Flotte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1911; Referat 411, Bd. 160433.

8 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 61.

9 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten.

10 Referat 412 vermerkte am 6. Januar 1986, daß Ministerpräsident Craxi in einem am 30. Dezember 1985 übergebenen Schreiben an Bundeskanzler Kohl mit Blick auf das nächste Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 18./19. Januar 1986 in London „Beschwerde“ darüber geführt habe, „daß die italienische Regierung von Entscheidungen dieser Gruppe über Fragen des internationalen Währungssystems ausgeschlossen bleibe, die […] Auswirkungen auf andere Staaten hätten. Italien

ben an Craxi hiergegen keine Einwände erhoben. Allerdings müsse man auch bedenken, daß in der Fünfergruppe nur die starken und international wichtigen Währungen vertreten seien, was man von der Lira nicht behaupten könne.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß ein anderes Problem die Teilnahme des EG-Ratsvorsitzenden sei. Bisher habe sich dieses Problem nicht gestellt, da der Vorsitz bei einem Land gelegen habe, das in der Fünfergruppe vertreten sei. Er neige dazu, dem derzeitigen Vorsitz[11] in diesem Punkte entgegenzukommen.

Staatspräsident *Mitterrand* wiederholt, er habe Craxi wissen lassen, daß er gegen eine italienische Teilnahme keine Einwände habe, allerdings auch darauf hingewiesen, daß man sich in dieser Frage mit Deutschland und Großbritannien abstimmen müsse.[12]

Der *Bundeskanzler* kommt erneut auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen und erklärt, er rechne für 1986 mit einem Sinken der Arbeitslosenzahl unter die 2 Mio.-Grenze. Dabei müsse man sich allerdings immer vor Augen halten, daß diese Zahlen nicht das richtige Bild gäben. Es gebe rund 500 000 als Arbeitslose registrierte Personen, die in Wirklichkeit keine Arbeit aufnehmen, sondern schwarzarbeiten wollten.

Staatspräsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß in Frankreich die Arbeitslosenzahl 1985 erstmals um 40 000 gegenüber dem Vorjahr gesunken sei. Auch der französische Außenhandel entwickle sich günstig. Frankreich würde einen Außenhandelsüberschuß haben, wenn es nicht das Handelsdefizit in Höhe von rund 34 bis 38 Mrd. Francs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gebe. Insgesamt belaufe sich das Defizit beim Warenverkehr auf rund 20 Mrd. Francs. Die Zahlungsbilanz sei ausgeglichen. Frankreich wäre sicher noch in einer besseren Lage, wenn es über eigene Erdölvorkommen verfügen würde.

Der *Bundeskanzler* bezweifelt dies unter Hinweis auf die britische Entwicklung. Wegen der Einnahmen aus dem Erdöl, auf die sich Großbritannien verlasse, verringere sich der Zwang zu wirtschaftlichen Anstrengungen.

Staatspräsident *Mitterrand* leitet sodann auf sicherheitspolitische Fragen über. Er habe inzwischen die deutschen Aufzeichnungen[13] erhalten und könne hierzu folgendes bemerken:

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

nehme an den wirtschafts- und währungspolitischen Orientierungen des Wirtschaftsgipfels teil und sei über die Zugehörigkeit zum EWS an die Entwicklungen der DM gebunden. Niemand habe der 5er-Gruppe ein Mandat zu derartigen Entscheidungen gegeben. Ähnliche Schreiben sind auch an die Regierungschefs der übrigen Mitglieder der 5er-Gruppe gerichtet worden." Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

11 Vom 1. Januar bis 30. Juni 1986 hatten die Niederlande die EG-Ratspräsidentschaft inne.

12 Bundeskanzler Kohl antwortete Ministerpräsident Craxi mit Schreiben vom 22. Januar 1986, daß er dem Wunsch nach einer „intensiveren Beteiligung der italienischen Regierung an allen grundlegenden Absprachen im Währungsbereich" zustimme. Die Bundesregierung trete deshalb dafür ein, „die Beratung dieser Thematik in dem Kreis der Zehnergruppe, in der Italien traditionell ein besonderes Gewicht hat, kontinuierlich vorzunehmen. […] In welcher Form daneben informelle Kontakte in kleineren Gruppen künftig durchgeführt werden, bedarf einer vertieften Erörterung, zu der meine Regierung gern bereit ist." Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

13 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 22. Januar 1986, daß es sich vermutlich um eine Aufzeichnung handele, die „Generalinspekteur Altenburg seinem französischen Kollegen zugeleitet hat". Vgl. VS-Bd. 12966 (202); B 150, Aktenkopien 1986.

– Im konventionellen Bereich könnten beide Seiten eine Reihe von Dingen gemeinsam tun.
– In der Frage der Vorwärtsverteidigung sei er nicht auf eine bestimmte Linie festgelegt, sprich die Linie Rotterdam–Karlsruhe, hinter der die französischen Streitkräfte stehen würden. Er könne akzeptieren, daß die französischen Streitkräfte – hierbei denke er vor allem an die FAR[14] (Schnelle Eingreiftruppe) – auch jenseits dieser Linie stehen würden. Dies sei kein geographisches, sondern ein strategisches Problem. Im übrigen würde sich die Erste französische Armee nicht nach Paris zurückziehen, wenn es zu einer sowjetischen Offensive im konventionellen Bereich komme. Das Problem bestehe jedoch darin, daß die Truppen, die in Richtung Osten – also bis an die innerdeutsche und tschechoslowakische Grenze – bewegt würden, nicht dem integrierten NATO-Oberkommando unterstehen. Dies sei also eine Frage, die mit der NATO verhandelt werden müsse.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er gehe davon aus, daß die französische Struktur eine gegebene Größe sei. Wenn Frankreich die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland forciere, so sei dies auch eine Hilfe für die NATO.

Staatspräsident *Mitterrand* fährt fort, im übrigen sei er damit einverstanden,

– Manöver verstärkt gemeinsam abzuhalten,
– Ausbildungsmaßnahmen in einer gemeinsamen Institution durchzuführen.[15]

Kurzum, alles, was die Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland stärke, werde von ihm bejaht.

Was den nuklearen Bereich angehe, so sei dies in erster Linie ein Problem der Anwendung im prästrategischen Bereich. Hier ließen sich Formeln finden. Natürlich müsse man berücksichtigen, daß der Einsatz dieser Waffen im Kriegsfall wenig Zeit lasse.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man könne zu einer Absprache kommen, wie sie zwischen ihm und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bestehe.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, er kenne diese Absprache nicht.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, diese Frage in Paris noch einmal zu besprechen.

Staatspräsident *Mitterrand* kommt sodann auf die Frage der Weltraumpolitik zu sprechen. Hier könne man Fortschritte machen.

Die französische Strategie sei auf Abschreckung ausgerichtet. Frankreich habe sich auf seine Abschreckungskraft verlassen und deshalb den Akzent auf die Eindringfähigkeit seiner strategischen Systeme in das Territorium der UdSSR gelegt. Demgegenüber habe man sich nicht auf den Schutz gegen Waffen konzentriert, die auf Frankreich gerichtet seien. Faktisch seien jedoch beide Be-

14 Force d'action rapide.

15 In einer Erklärung zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris erteilten Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand „ihre Zustimmung zu den Vorschlägen für eine gemeinsame Offiziersausbildung […]. In einer ersten Phase, die spätere Fortentwicklungen einschließt, ist vorgesehen, ab 1986-87 gemeinsame Lehrgänge für Offiziere abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich abzuhalten." Vgl. BULLETIN 1986, S. 180.

sorgnisse gegeben. Deutschland, das nicht über Nuklearwaffen verfüge, müsse sich mehr gegen einen Angriff wappnen. Für Deutschland sei daher die rechtzeitige Erkennung und die Abwehr von Nuklearwaffen, sowohl solchen, die von ballistischen Raketen, als auch solchen, die von Flugzeugen transportiert würden, wichtig.

Er sei bereit, zusammen mit Deutschland die Möglichkeiten der Früherkennung und der Bodenverteidigung zu untersuchen. Man dürfe aber gleichzeitig den Weltraum nicht vernachlässigen. Es wäre falsch, wenn Deutschland auf Aktivitäten in diese Richtung verzichten würde. Zunächst gehe es um zivile Aspekte. Hier gebe es keine Beschränkungen für Deutschland. Es wäre daher ein Fehler, wenn Deutschland und Frankreich nicht gemeinsam ihre Politik auf den Weltraum richten würden. Dabei müsse man sehen, welche Projekte hierfür in Frage kämen. Zunächst gehe es aber darum, die entsprechende geistige Einstellung zu gewinnen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, hierbei müsse man auch die Konsequenzen von SDI bedenken. SDI berücksichtige nicht die Mittel- und Kurzstreckensysteme. Wir brauchten daher auch eine europäische Komponente. Dies sei kein Gegensatz zu SDI, und er habe im übrigen auch den Eindruck, daß die USA es gut fänden, wenn auf europäischer Seite diese Frage aufgegriffen werde. Natürlich wüßten wir, daß wir ohne die Nukleargarantie der USA nicht auskommen könnten. Aber die Geschichte gehe weiter. Er wisse nicht, was die Vereinigten Staaten an der Schwelle des nächsten Jahrhunderts tun würden. Zu Präsident Reagan habe er diesbezüglich absolutes Vertrauen. Bei ihm wisse man genau, was er wolle. Aber wer 1988 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werde, könne man beispielsweise nicht vorhersehen. Wenn es Bush werde, wisse man, woran man sei. Bei den Demokraten sei dies schon nicht mehr der Fall. Die Geschichte zeige, daß die amerikanische Politik Sprünge mache. Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang auf die amerikanische Politik Anfang der 20er Jahre nach Wilson hin.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, das französische Problem mit SDI sei vergleichbar mit dem Problem, das Frankreich gegenüber dem integrierten Oberkommando der NATO habe. Frankreich werde sich deshalb nicht an SDI beteiligen, weil es nicht an der Entscheidung über den Einsatz von SDI beteiligt sei. Frankreich könne zwar an der industriellen Entwicklung teilnehmen[16], aber selbst hier gebe es nicht einmal hinreichende Garantien für den Technologietransfer. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Ohne eine Beteiligung an der strategischen Entscheidung mache Frankreich bei SDI nicht mit.

16 Botschafter Schoeller, Paris, meldete am 30. Januar 1986, daß der französische Verteidigungsminister Quilès am 23. Januar 1986 zur Frage einer Teilnahme französischer Unternehmen an der SDI-Forschung folgende Erklärung abgegeben habe: „Die Regierung ist für eine Beteiligung französischer Firmen am SDI-Programm. … Diese nehmen in mehreren Bereichen eine gute Position ein. … Es wäre zu bedauern, wenn sie nicht an SDI-Kontrakten mit den Amerikanern teilnehmen könnten“. Schoeller fuhr fort, daß diese Äußerung in der französischen Öffentlichkeit als Neuigkeit herausgestellt worden sei: „Tatsächlich hatten schon Mitterrand nach dem letzten Bonner Gipfel und nach ihm andere Regierungsmitglieder (AM Dumas) eingeräumt, daß die militärstrategischen Bedenken gegen SDI und das Nein zu staatlicher Finanzbeteiligung nicht den Einstieg französischer Firmen in das Forschungsprogramm ausschlössen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 209, Bd. 148674.

Deutschland befinde sich hier in einer anderen Lage. Es habe nicht die gleiche Autonomie wie Frankreich. Was die europäische Verteidigung gegen Mittelstreckenwaffen angehe, so könne Frankreich unter keinen Umständen zustimmen, daß ein solches System in SDI integriert werde.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er wolle dies auch nicht; ein europäisches System stehe aber nicht im Gegensatz zu SDI, sondern sei komplementär.

Staatspräsident *Mitterrand* fährt fort, natürlich sei man im gleichen Bündnis und damit auch in dieser Frage verbunden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, genauso sehe er das auch: Ein europäisches System solle komplementär zu SDI sein. Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß heute die deutsche Delegation aus den Vereinigten Staaten zurückkehrt.[17] Er gehe davon aus, daß man bald eine Vereinbarung mit den Amerikanern treffen werde. Allerdings würden von deutscher Seite keine öffentlichen Mittel für SDI bereitgestellt. Demgegenüber wolle er allerdings klarstellen, daß man für ein europäisches System selbstverständlich auch Finanzmittel bereitstellen müsse. Es sei wichtig, daß die Deutschen und Franzosen gemeinsam diese Frage jetzt untersuchten.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei existenziell für die deutsche Politik – wie übrigens auch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Er habe gestern dem Vorsitzenden des niederländischen CDA[18] gesagt, wenn die deutsch-französischen Beziehungen exzellent seien, beklagten sich die Partner, sie würden majorisiert. Wären sie schlecht, dann laufe nichts in Europa. Dies habe sich ja ganz deutlich in Luxemburg[19] gezeigt, wo es ohne das Drängen des französischen Präsidenten und des Bundeskanzlers nicht zu einem Ergebnis gekommen wäre.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem nachdrücklich zu und ergänzt, er hätte das jetzt erreichte Ergebnis in Luxemburg nicht erwartet, wobei er wohlgemerkt noch auf ein besseres Ergebnis gehofft habe.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, die Diskussion über die sicherheitspolitischen Fragen in Paris fortzusetzen. Bis dahin würden auch die Generalstabschefs[20] ihr Papier vorgelegt haben. Dann könne man auch noch einmal überlegen, welche Projekte in Angriff genommen werden sollten. Dabei seien natürlich auch die finanziellen Aspekte zu berücksichtigen.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt sodann, er wolle noch einmal auf das Raumfahrtprojekt Hermes[21] zu sprechen kommen. Er wolle den Bundeskanzler in

17 Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

18 Vorsitzender des Christen Democratisch Appèl war Piet Bukman.

19 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 27.

20 Wolfgang Altenburg bzw. Jean Saulnier.

21 Zum Projekt des rückkehrfähigen Weltraumtransporters „Hermes“ vermerkte Referat 413 am 3. Januar 1986, daß auf der ESA-Ministerratstagung am 30./31. Januar 1985 in Rom beschlossen worden sei, zunächst „die Programme Columbus (Raumstation) und Ariane V/HM-60 (nächste Trägergeneration) als fakultative ESA-Programme einzuleiten“. Hingegen hätten die Minister „trotz französischen Drängens auf Aufnahme auch des Projekts Hermes lediglich begrüßt, daß Frankreich die Vorarbeiten weiterführen und die Partner im Hinblick auf eine spätere ‚Europäisierung‘ auf dem laufenden halten wolle“. Für die Bundesrepublik sei dabei der Kabinettsbeschluß vom 16.

dieser Frage nicht drängen. Das Problem sei aber, daß die beteiligten Unternehmen – hierzu gehörten auch die deutschen Firmen Dornier und MBB – drängten, und man könne sagen, daß die Politik hier sowohl von der Industrie als auch von der Technik unter Druck gesetzt werde.

Der *Bundeskanzler* bezieht sich auf das Gespräch in Paris[22] und erklärt, unser Problem liege darin, daß wir unsere Planung auf 1987 ausgerichtet hätten. Dem geselle sich jetzt noch die finanzielle Problematik bei Airbus hinzu. Er sei aber bereit, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle noch einen Punkt ansprechen. Er lege größten Wert darauf, daß man sich in der Problematik Terrorismus und in der Frage, wie man sich gegenüber Libyen verhalte, untereinander abstimme. Er wolle ausdrücklich sagen, daß er die amerikanischen Vorschläge für Sanktionen gegen Libyen[23] nicht für glücklich halte.

Staatspräsident *Mitterrand* wirft ein, dies führe ohnehin zu nichts.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, die amerikanische Entscheidung sei vor allem eine innenpolitische Sache gewesen. Man müsse Verständnis dafür haben, da die Amerikaner auch immer die Opfer der Anschläge seien.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, Frankreich befinde sich gegenüber Libyen in einer besonders exponierten Lage. Frankreich unterhalte Truppen im Tschad, was Gaddafi davon abhalte, dort zu intervenieren, da er dann einen militärischen Konflikt mit Frankreich riskiere. Im übrigen verkaufe Frankreich keine Waffen an Libyen. Auch was den Handel mit diesem Land angehe, stehe Frankreich erst an sechster Stelle.

Er habe kein besonderes Interesse daran, sich mit Gaddafi gutzustellen. Frankreich wolle aber andererseits keine Haltung einnehmen, die es in Gegensatz zu den arabischen Staaten bringe. Sanktionen, wie beispielsweise der Vorschlag, daß Tripolis nicht mehr angeflogen werden soll, brächten nichts. Damit treffe man nur das libysche Volk, nicht aber die Terroristen. Diese könnten nur mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu, ergänzt jedoch, dies sei auch ein Problem der Psyche von Gaddafi.

Staatspräsident *Mitterrand* fährt fort, er könne nicht verstehen, daß die Polizei mit dem Terrorismusproblem nicht besser fertigwerde. Hier müsse eine bessere Koordinierung erreicht werden. Er sei bereit, hierzu beizutragen. Wenn die Kontrollen für die Einreise von Terroristen vom Nahen Osten über Europa bis in die USA besser koordiniert würden, könne man weiterkommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 53

Januar 1985 maßgeblich gewesen, „wonach ‚mit Verwirklichung dieser beiden Programme (Columbus und Ariane V) die Möglichkeiten der Bundesregierung, zivile Raumfahrtvorhaben vergleichbarer Größenordnung in Angriff zu nehmen, unter den gegebenen Umständen erschöpft' sind. Nunmehr drängt Frankreich wieder, die Europäisierung von Hermes möglichst rasch, spätestens bis Mitte 1986, zu beschließen. Es behauptet, bei anderen ESA-Staaten (Italien, Belgien) schon Zusagen über weitere 40 % erreicht zu haben, so daß bei Übernahme der Hälfte der Kosten durch Frankreich auch ohne D und GB bereits 90 % gesichert seien." Vgl. Referat 431, Bd. 142061.

22 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 347.

23 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

Staatspräsident *Mitterrand* ergänzt, er sei sogar bereit, den Schußwaffengebrauch gegenüber Terroristen zu verschärfen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat seien die bürokratischen Hemmnisse in diesem Bereich teilweise absurd. Der Bundeskanzler weist sodann auf den Arbeitsausschuß hin, der vom Weltwirtschaftsgipfel eingesetzt worden sei.[24] Diese Arbeitsgruppe solle sich mit der Frage befassen. Außerdem würden die Außenminister Ende dieses Monats im Rahmen der EPZ das Problem diskutieren.[25] Bei dieser Gelegenheit könne man auch die Überlegung anstellen, ob man die von Präsident Mitterrand angedeuteten Konsequenzen ziehen solle.

Staatspräsident *Mitterrand* betont abschließend noch einmal, daß er hierzu bereit sei.

VS-Bd. 14150 (010)

[24] Bei ihrem Treffen am 8. Juni 1984 in London kamen die Außenminister der G 7 überein, eine Sachverständigengruppe damit zu beauftragen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu untersuchen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 166.

[25] Ministerialdirigent Schlagintweit, z. Z. Brüssel, berichtete am 27. Januar 1986 über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ: „In der Aussprache ergriff Bundesminister als erster das Wort. Er setzte sich dafür ein, daß Libyen beim Namen genannt und offen aufgefordert werde, in Wort und Tat jede Unterstützung des internationalen Terrorismus aufzugeben. Obwohl ihn einige Staaten unterstützten, wurde seinem Antrag in der Erklärung nur in allgemeiner Form entsprochen (We call on all countries that have supported or have been accused of supporting international terrorism, to renounce such support). […] Bundesminister wies ebenfalls darauf hin, daß auch Wurzeln [des] internationalen Terrorismus gesehen und angegangen werden müssen, vor allem die ungelösten Konflikte im Nahen Osten. Auf deutsche Anregung wurde in Ziff[er] 2 die Aufforderung aufgenommen, mit Staaten der Region über Terrorismus und seine Hintergründe Gespräche aufzunehmen, am besten im Rahmen EAD durch Troika-Kontakt, sowie Unterstreichung der Notwendigkeit, Fortschritte bei Friedenslösung zu erzielen, und Bereitschaft der Zwölf, dazu beizutragen. Deutscher Vorschlag, Notwendigkeit direkter Verhandlungen im Rahmen eines internationalen Rahmens zu erwähnen, dem alle betroffenen Parteien zustimmen können, wurde nicht in Erklärung aufgenommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 200, Bd. 134814. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 302 f.

11

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

411-420.30 TUR **16. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Beziehungen EG–Türkei;
hier: Türkischer Vorschlag der Wiederbelebung der Assoziationsbeziehungen und baldiger Tagung des Assoziationsrates auf Ministerebene

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Billigung des unter Ziffer 6 vorgeschlagenen Vorgehens

Anlg.: 1[4]

1) Der türkische AM Halefoglu hat Anfang Januar in einem Brief an Sie[5] sowie Ihre Amtskollegen in den EG-MS (außer Griechenland) eine Wiederbelebung der Assoziationsbeziehungen EG–Türkei durch ein Treffen des Assoziationsrates auf Ministerebene „zu einem frühen Zeitpunkt" vorgeschlagen. Dieses Treffen solle mit einer offenen Tagesordnung abgehalten werden, der Evaluierung der Gesamtbeziehungen dienen und erster Schritt einer vertieften Kooperation EG–Türkei sein.

2) Der türkische Antrag wirft für die Gemeinschaft eine Reihe von grundsätzlichen Fragen auf. Der im Rahmen des Assoziierungsabkommens EG–Türkei von 1963[6] und des Zusatzprotokolls von 1970[7] zusammentretende Assoziierungsrat hat seit 1980[8] nicht mehr getagt. Die Abkühlung der Beziehungen EG–Türkei war in erster Linie durch die dortige innenpolitische Entwicklung bedingt. Sie

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hauswedell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Januar 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr durchdachte, abgewogene Aufzeichnung."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 20. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 411 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 21. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Jelonek am 21. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Trumpf am 22. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 411 vermerkte: „Z[ur] w[eiteren] V[eranlassung] (S. 4/5)." Vgl. Anm. 14 und 21.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Für das Schreiben vom 25. Dezember 1985 an Bundesminister Genscher, das mit Begleitschreiben vom 6. Januar 1986 vom türkischen Botschafter Iscen übermittelt wurde, vgl. Referat 413, Bd. 144907.

6 Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

7 Für den Wortlaut des Zusatzprotokolls vom 23. November 1970 zum Abkommen vom 12. September 1963 zwischen zur Gründung einer Assoziation der EWG und der Türkei für die Übergangsphase der Assoziation und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

8 Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat" unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

wurde auch durch Streitigkeiten im wirtschaftlichen Bereich (Textilsektor[9]) weiter vertieft. Bereits seit 1978 hatte die Türkei ihre wichtigsten Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen (Vertragsverpflichtungen zur Schaffung der Zollunion und der Wirtschaftsangleichung) einseitig suspendiert, weil sie wirtschaftlich nicht dazu in der Lage war. Trotz dieser „steckengebliebenen" Assoziation hatten einige Gemeinschaftsländer, darunter vor allem wir selbst, stets das Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen bekundet und dabei über den EG-Rahmen hinaus auch die sicherheitspolitische Rolle der Türkei mitbedacht. Nachdem 1985 durch die türkischen Demokratisierungsfortschritte eine gewisse Annäherung EG–Türkei zu verzeichnen war, und vor allem nach der Ausräumung der Staatenklage im Europarat[10], ist der türkische Vorstoß jetzt ein geschickter Versuch, der Zusammenarbeit einen neuen Anstoß zu geben. Die Gemeinschaft kann deshalb den türkischen Wunsch schlecht abschlagen. Ein Eingehen darauf empfiehlt sich auch deshalb, weil die Gemeinschaft den „goodwill" der Türken für die im Sommer anstehenden Freizügigkeitsverhandlungen[11] braucht.

Probleme könnten jedoch dadurch entstehen, daß die Türkei die Ministertagung des Assoziationsrates auch benutzt, um Forderungen im Zusammenhang mit der Freizügigkeitsfrage zu stellen und um ihren Beitrittshoffnungen Ausdruck zu geben. Beides, insbesondere aber eine Verknüpfung der beiden Themen, käme der Gemeinschaft ungelegen.

3) Es wird nicht leicht sein, Einigkeit unter den EG-MS über die Abhaltung eines derartigen Ministertreffens zu erzielen. Aus unterschiedlichen Beweggrün-

9 In einer ungezeichneten Aufzeichnung vom 18. November 1985 wurde festgestellt: „Die Handelsbeziehungen EG–Türkei sind seit einigen Jahren vor allem auf dem Textilsektor Belastungen ausgesetzt. Türkei war bislang als einziges Mittelmeerland nicht zum Abschluß eines Selbstbeschränkungsabkommens bereit. Verhandlungen darüber Anfang September 1985 scheiterten erneut an überzogenen türkischen Forderungen. Gemeinschaft ergriff daraufhin, wie schon öfter in den letzten Jahren, Schutzmaßnahmen (auf Antrag von F und GB). Die Türkei hatte ihrerseits Ende 1982 einen Retorsionszoll (ursprünglich 15%, seit 84 noch 5%) gegen ausgewählte Importe aus der EG verhängt, wovon vor allem die deutsche Stahlindustrie betroffen ist. D ist mit Abstand größter Abnehmer türkischer Textilien in der EG." Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

10 Am 1. Juli 1982 legten Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen und Schweden bei der Kommission für Menschenrechte Beschwerde gegen die Türkei wegen Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 ein. Am 7. Dezember 1985 billigte die Kommission einen Bericht, mit dem der Streit auf der Basis einer gütlichen Einigung beigelegt wurde. Die türkische Regierung stellte die Aufhebung des Kriegsrechts innerhalb von 18 Monaten in Aussicht und erklärte sich bereit, über die Einhaltung der Menschenrechtskonvention zu berichten. Eine von den klageführenden Staaten geforderte Amnestie für politische Gefangene unterblieb indes; statt dessen verpflichtete sich die türkische Regierung, „die Kommission von Entwicklungen auf diesem Gebiet zu unterrichten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 272 des Botschaftsrats I. Klasse Weise, Straßburg, vom 10. Dezember 1985; Referat 200, Bd. 141792.

11 Referat 411 hielt am 13. September 1985 fest: „EWG und Türkei hatten in ihrem Assoziierungsabkommen vereinbart, sich von den Art. 48, 49 und 50 EWG-Vertrag leiten zu lassen, um untereinander bis 1.12.1986 die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schrittweise herzustellen. Dies bedeutet, daß eine Verpflichtung besteht, die Freizügigkeit, wie sie innerhalb der Gemeinschaft gilt, in gleicher Weise auf die Assoziierung mit der Türkei zu übertragen. Arbeitsmarktlage und Schwierigkeiten bei der Integration von Ausländern haben die Bundesregierung dazu veranlaßt, den Anwerbestopp zu erlassen und später auch den Familiennachzug einzuschränken. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, der Türkei die volle Freizügigkeit einzuräumen. Die Bundesregierung will daher in den anstehenden Verhandlungen zwischen der EG und der Türkei über die endgültige Ausgestaltung der Freizügigkeit eine Regelung erreichen, die den weiteren Zuzug von Arbeitnehmern aus der Türkei ausschließt." Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

den nehmen F, GR und DK bisher noch eine abwartende Haltung gegenüber einer Revitalisierung des Verhältnisses EG–Türkei ein; dem für Mittelmeerpolitik zuständigen EG-Kommissar Cheysson wird ähnliches nachgesagt.

Wir vertreten zusammen mit der niederländischen Präsidentschaft und GB die Auffassung, daß eine Ministertagung des Assoziationsrates eine gute Gelegenheit zur Wiederbelebung der Beziehungen bieten würde (Signalwirkung) und daß die von der Türkei vorgeschlagene Form (offene Tagesordnung, Bestandsaufnahme des bisherigen Verhältnisses, Perspektive der Weiterentwicklung) auch für die EG eine Möglichkeit darstellt, der Türkei im Vorfeld der schwierigen Freizügigkeitsverhandlungen unsere Auffassung zum Stand der Assoziation, Interpretation der Freizügigkeitsproblematik und zu möglicherweise vorhandenen Beitrittshoffnungen zu erklären.

Die bisherige Diskussion hat sich zu sehr auf die Freizügigkeitsproblematik verlagert, wo der Anschein entsteht, daß wir als Petenten auftreten müßten. Das Treffen auf Ministerebene bietet jedoch den Vorteil der Gesamtdiskussion des Fragenkomplexes EG–Türkei. Dabei gibt es eine Reihe von Themen, wo wir den Türken reinen Wein einschenken müssen, um keine unrealistischen Erwartungen aufkommen zu lassen. Bei anderen Themen, wie z.B. bei der Deblockierung der Finanzhilfe und der Sonderhilfe[12], sollten wir den Türken nach Möglichkeit Entgegenkommen signalisieren und die Wiederbelebung der Assoziation vorantreiben.

4) Die niederländische Präsidentschaft möchte das Verhältnis EG–Türkei und das spezielle Petitum des Briefes von AM Halefoglu beim Mittagessen des Rates vom 27./28. Januar ansprechen und strebt eine Ministertagung noch im März an, weil sie eine zügige Inangriffnahme der Gesamtproblematik geboten hält und die Tagung gern unter ihrem Vorsitz abwickeln möchte. (Ab 1. April hätte Türkei Vorsitz im Assoziationsrat.)

5) Die von der türkischen Seite für die Ministertagung vorgeschlagene offene Tagesordnung und Konzentration auf Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven der Assoziation EG–Türkei sollte von der EG als Gelegenheit gesehen werden, rechtzeitig auf hoher Ebene unseren Standpunkt darzustellen.

Bei folgenden Themen könnten wir bei rechtzeitiger vorheriger Einigung unter den EG-MS den Türken entgegenkommen:

12 Referat 411 wies am 1. Februar 1986 darauf hin, daß Bemühungen um eine Wiederaufnahme der Finanzhilfe der Europäischen Gemeinschaften an die Türkei bislang erfolglos geblieben seien: „Das am 31.10.81 abgelaufene 3. Finanzprotokoll EG–Türkei (310 Mio. ECU), dessen Mittel praktisch vergeben sind, sollte an sich durch das am 19.6.81 paraphierte 4. Finanzprotokoll abgelöst werden (600 Mio. ECU, davon 225 Mio. ECU EIB-Darlehen, 375 Mio. ECU Mittel aus EG-Haushalt zu soft terms, davon 50 Mio. ECU Zuschüsse; Laufzeit 1981 bis 1986). Zur Inkraftsetzung des Protokolls bedarf es der Vorlage durch die Kommission an den Rat zwecks endgültiger Billigung und Unterzeichnung. Die Kommission hält das Protokoll bisher bei sich zurück, worauf sich die Außenminister am 17.11.81 verständigt hatten. Am Rande des Außenministerrats am 8.12.81 erweiterten die Minister ihre Entscheidung auf die bereits 1980 bewilligte Sonderhilfe von 75 Mio. ECU. Hier sind noch Mittel in Höhe von 29 Mio. ECU offen für zwei bereits ausgewählte Projekte. Die Bundesregierung hat sich wiederholt um die schrittweise Deblockierung der EG-Finanzhilfe bemüht. Die Wiederaufnahme selbst des Restbetrags aus der Sonderhilfe scheiterte jedoch am griechischen und dänischen Widerstand.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144907.

– Deblockierung von 47 Mio. ECU aus Ergänzungsprotokoll anläßlich der Beitritte von GB, DK und IRL[13]; Blockierung durch DK;
– Deblockierung von 29 Mio. ECU einer seit 1980 durch DK blockierten Sonderhilfe für die Türkei;
– Deblockierung des 4. Finanzprotokolls von 1981 über 600 Mio. ECU, bisher von DK, F und GR blockiert.

In folgenden Bereichen ist gegenüber der Türkei jedoch eine ungeschminkte Darstellung der Beziehungen notwendig:

– Stand der Assoziation: Hier ist die Türkei mit der Erfüllung ihrer Vertragsverpflichtungen zur Herstellung einer Zollunion im gewerblichen Bereich, zur Anpassung der türkischen Agrarpolitik an die GAP und zur Angleichung der Wirtschaftspolitiken (Wettbewerb, Steuern, Rechtsvorschriften) in Verzug bzw. hat sie bisher überhaupt nicht in Angriff genommen. Da die Schaffung einer Zollunion jedoch Voraussetzung dafür ist, daß ein türkischer Antrag auf EG-Mitgliedschaft überhaupt erst geprüft werden könnte (Art. 2 und 28 des Assoziationsabkommen von 1963) sollte sich die EG diese Ausgangslage zunutze machen, um möglicherweise geäußerte türkische Beitrittsabsichten von vornherein als unrealistisch zu bezeichnen.
– Freizügigkeit: Gleichzeitig müßte die EG darauf hinweisen, daß angesichts der türkischen Nichterfüllung der Assoziationsverpflichtungen auch die damit zusammenhängenden Freizügigkeitsverpflichtungen entwertet seien und in einem neuen Licht betrachtet werden sollten. Dies sollte unsere Zielsetzung erleichtern, in der Freizügigkeitsfrage[14] eine abschließende, restriktive Regelung oder aber zumindest einen längeren Aufschub zu erreichen, der den Status quo zementiert.

  Es ist zu erwarten, daß zum Zeitpunkt des Zusammentritts der Ministertagung der Mandatsvorschlag der EG-Kommission für die Freizügigkeitsverhandlungen vorliegt. Bisher gehen wir davon aus, daß er unseren Standpunkt[15] wiedergeben wird.
– Mögliche Beitrittsabsichten: Falls die türkische Seite dieses Thema anspricht, müßte die EG auf die mangelnden materiellen Voraussetzungen (siehe: Stand

13 Im Zuge des EG-Beitritts von Dänemark, Großbritannien und Irland zum 1. Januar 1973 schlossen die Europäischen Gemeinschaften und die Türkei am 30. Juni 1973 ein Ergänzungsprotokoll zum Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963. Artikel 8 sah eine Erhöhung des im Finanzprotokoll vom 23. November 1970 gewährten Betrags von 195 Mio. RE auf 242 Mio. RE vor. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 168.

14 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt: „wenn möglich". Vgl. Anm. 3.

15 In einer nichtgezeichneten Aufzeichnung vom 18. Oktober 1985 wurde ausgeführt: „Die Bundesregierung hatte bereits 1981 ein Konzept für die Verhandlungen zwischen der EG und der Türkei für die Gesamtregelung der Freizügigkeitsfrage über 1986 hinaus entwickelt. Davon ausgehend, daß angesichts der Zielvorstellung des Assoziierungsvertrages eine gewisse Zuzugskomponente gegenüber der Türkei offengehalten werden müsse, wurden der EG-Kommission mit Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen vom 1.6.1981 und vom 4.4.1985 die deutschen Vorstellungen für die zu vereinbarende Regelung wie folgt mitgeteilt: Ausschluß des weiteren Zuzugs von Arbeitnehmern aus der Türkei; Besserstellung der hier befindlichen Türken in den Arbeits- und Lebensbedingungen; zweite Priorität, d. h. Zugang zu Arbeitsplätzen, die nicht mit Arbeitnehmern aus der Gemeinschaft besetzt werden können […]; Aufrechterhaltung eines begrenzten Familiennachzugs im Rahmen nationaler Regelung." Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

der Assoziation) hinweisen und damit einen solchen Wunsch unter den derzeitigen Umständen als unrealistisch charakterisieren. Für die EG kommt es darauf an, einen Beitrittsantrag bereits im Vorfeld zu entmutigen. Die Drohung mit einem Beitrittsantrag ist jedoch keineswegs eine „Wunderwaffe" der Türkei, da sie sich augenblicklich ein klares Nein der Gemeinschaft einhandeln würde. Dies wäre dem Prestige der türkischen Regierung abträglich. Vor einer Verknüpfung von Freizügigkeitsproblematik und Beitrittsantrag müssen wir die Türken warnen.

Durch unsere Absicht, der Türkei auf einer Ministertagung des Assoziationsrates bei einigen Themen entgegenzukommen, um die Wiederbelebung der Assoziation zu fördern, gleichzeitig aber ihre überzogenen Erwartungen zu dämpfen, sollte es uns gelingen, innerhalb der EG selbst die bisher zurückhaltenden MS (F, DK, GR) von der Nützlichkeit einer Ministertagung zu überzeugen.

6) Es wird deshalb vorgeschlagen, daß wir im Rahmen der EG den türkischen Antrag auf baldigen Zusammentritt des Assoziationsrates auf Ministerebene befürworten. Wir sollten in enger Absprache mit der niederländischen Präsidentschaft und GB darauf hinwirken, daß die Meinungsbildung bei der informellen Aussprache des Rates am 27. Januar in die gleiche Richtung läuft. Wegen der noch vorhandenen Widerstände ist dazu eingehende Vorbereitung erforderlich. Es werden folgende operative Schritte vorgeschlagen:

– gegenüber der EGK: ein Anruf von Ihnen bei dem zuständigen EG-Kommissar Cheysson;
– gegenüber F: ein Brief von Ihnen an AM Dumas[16] sowie rechtzeitige Anmeldung des Themas für die deutsch-französischen Direktorenkonsultationen am 24.1. (D 2[17]/D 4[18]/D 6[19])[20];
– gegenüber I: ein Brief von Ihnen an AM Andreotti[21];
– Einbringung im AStV vom 22./23. Januar (informeller Teil) durch unsere StV Brüssel[22] mit dem Petitum einer positiven Antwort an die Türkei zur

16 Mit Schreiben vom 21. Januar 1986 an den französischen Außenminister Dumas befürwortete Bundesminister Genscher unter Hinweis darauf, daß die Türkei „in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Redemokratisierung gemacht" habe, eine Einberufung des Assoziationsrates EG–Türkei auf Ministerebene: „Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich in der Lage sähen, diesen Standpunkt bei den bevorstehenden Erörterungen zu unterstützen." Für das mit Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 24. Januar 1986 an die Botschaft in Paris übermittelte Schreiben vgl. Referat 413, Bd. 144907.

17 Gerold Edler von Braunmühl.

18 Alois Jelonek.

19 Barthold Witte.

20 Die Frage der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei war Gegenstand des Gesprächs des Ministerialdirektors Jelonek mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Vidal, am 24. Januar 1986 in Paris. Gesandter Rouget, Paris, teilte dazu am selben Tag mit: „Auch F anerkennt, daß die Position der Türkei in den internationalen und europäischen Gremien ‚angehoben' werden sollte. Der EG-Assoziierungsvertrag müsse belebt werden. EG-Mittel für die Türkei sollten deblockiert werden. Das gleiche gilt für die OECD. Im Europarat sei die Lage schwieriger." Vgl. den Drahtbericht Nr. 184; Referat 202, Bd. 151093.

21 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier könnte ich mit StS Ruggiero telefonieren."
Der Vermerk von Ruhfus wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. Anm. 3.

22 Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 23. Januar 1986 die Ständige Vertretung

Vorbereitung der Behandlung durch die AM am 27.1.[23] Tenor der Antwort sollte im AStV abgestimmt werden, Formulierung den MS überlassen bleiben.

Die Koordination mit GB und NL wird auf Arbeitsebene fortgesetzt. Gegenüber DK, dessen Zustimmung wichtig ist, muß zunächst die gegenwärtige Regierungskrise im Zusammenhang mit der EG-Reform[24] abgewartet werden.

7) Das deutsche Interesse an der Normalisierung der Beziehungen EG–Türkei ist u.a. wegen unserer besonderen Betroffenheit in der Freizügigkeitsfrage ausgeprägt. Wir haben stets eine Gesamtsicht der Problematik befürwortet, um eine einseitige Fixierung auf die Freizügigkeitsproblematik zu vermeiden. Wenn eine Ministertagung mithelfen kann, durch Deblockierung der Finanzhilfe und Anpassung des Assoziationsvertrages an den Beitritt eine „Vorfeld-Bereinigung" zu erwirken, dann könnte dies mithelfen, unseren bilateralen Leistungsdruck in der Freizügigkeitsfrage abzumildern. Eine deutsche Unterstützung des türkischen Antrags ist aus Gründen der außenpolitischen Kontinuität geboten. Wir haben der Türkei zuletzt bei den deutsch-türkischen StS-Gesprächen im Dezember[25] unser Interesse für engere Beziehungen bekundet; die zweite Runde der StS-Gespräche im späten Frühjahr[26] sowie der geplante Besuch des Bundespräsidenten Ende Mai[27] sind Ausdruck unserer engen Kontakte.

Selbst wenn unsere Bemühungen um das Zustandekommen der Ministertagung nicht erfolgreich sein sollten, könnten wir gegenüber der Türkei doch auf unseren guten Willen verweisen.[28]

Trumpf

Referat 413, Bd. 144907

Fortsetzung Fußnote von Seite 60

bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel über die Haltung der Bundesregierung zum Wunsch nach einer Einberufung des Assoziationsrats EG–Türkei auf Ministerebene und bat, „zur Vorbereitung der Diskussion beim AM-Mittagessen am 27.1.86 die Frage der Beantwortung des Briefs von AM Halefoglu an die EG-AM und die EGK aufzugreifen". Allerdings sollte die Freizügigkeitsfrage „von uns nicht als zentrales Problem herausgestellt werden". Vgl. den Schrifterlaß; Referat 410, Bd. 130277.

23 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 27. Januar 1986, daß die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei auf der EG-Ministerratstagung am selben Tag außerhalb der Tagesordnung besprochen worden seien: „Ratspräs[ident] AM van den Broek und BM Genscher unterstützten nachdrücklich türk[ischen] Wunsch. Griech[ischer] Staatssekretär Pangalos bestätigte bisherige ablehnende Haltung, wobei er besonders beanstandete, daß türk. Außenminister sein Schreiben nicht auch an Griechenland gerichtet hat. DK erhob dagegen keinen Widerspruch zu türk. Wunsch. Ratspräs. stellte abschließend fest, daß breite Zustimmung zur Wiederaufnahme des Dialogs mit Türkei gegeben sei und Tagung des Assoziationsrates in Aussicht genommen werden sollte. Die noch bestehenden Schwierigkeiten wird Präsidentschaft in bilateralen Kontakten mit GR und Türkei erörtern, bevor Angelegenheit erneut bei Tagung des EG-Rates (Allg[emeine] Angelegenheiten) im Februar 1986 aufgegriffen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 251; Referat 413, Bd. 144907.

24 Zur Haltung Dänemarks bezüglich der Einheitlichen Europäischen Akte vgl. Dok. 2, Anm. 28.

25 Zu den deutsch-türkischen Staatssekretärsgesprächen am 5./6. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 338.

26 Die zweiten deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche fanden am 6./7. Oktober 1986 in Ankara statt. Vgl. dazu Dok. 274.

27 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte die Türkei vom 26. bis 30. Mai 1986. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Özal vgl. Dok. 154.

28 In einem Schreiben vom 4. Februar 1986 informierte Bundesminister Genscher den türkischen Außenminister Halefoglu darüber, daß der EG-Ministerrat auf seiner Tagung am 27. Januar 1986 in Brüssel dem Ziel der Einberufung des Assoziationsrats EG–Türkei „ein gutes Stück näher gekom-

12

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead

204-530-30/86 geheim **20. Januar 1986**[1]

Teilnehmer D: StS M-L[2], D 2[3], D 3[4], Dg 5[5], RL: 010[6], 013[7], 204[8];

Teilnehmer USA: Botschafter Burt, Botschafter Oakley, Erster Sekretär Farrar, Erster Sekretär Burns.

BM begrüßte einleitend Besuch von Whitehead in Europa.[9] Die wichtigen Fragen des Terrorismus, die die Gefühle der Völker in hohem Maße beträfen, müßten eingehend erörtert werden, damit Verständnis für die beiderseitigen Ansichten gewonnen werden könnte. Er bat StS Meyer-Landrut um kurzen Bericht über das zuvor stattgefundene Gespräch.

StS resümierte, es sei unberechtigterweise falsches Bild über deutsches Verhalten gegenüber Libyen in der amerikanischen Öffentlichkeit erzeugt worden.[10] Whitehead habe amerikanischen Wunsch ausgedrückt, Europäer möch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 61
men" sei: „Ich teile Ihre Auffassung, daß die erste Tagung des Assoziationsrates auf Ministerebene Gelegenheit zu einer umfassenden Bestandsaufnahme mit offener Tagesordnung bieten sollte." Vgl. Referat 413, Bd. 144907.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 21. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Klaiber am 24. Januar 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Helmut Redies.

6 Michael Jansen.

7 Jürgen Chrobog.

8 Ernst-Jörg von Studnitz.

9 Am 9. Januar 1986 kündigte Gesandter Wallau, Washington, an, daß der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead „folgende Hauptstädte besuchen werde […]: Ottawa, London, Paris (auch OECD), Brüssel (auch EG und NATO), Den Haag, Bonn, Rom, Athen und Ankara". Hauptgegenstand des Gesprächs mit der Bundesregierung solle sein: „Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in einem breiteren Kontext, insbesondere eines gemeinsamen koordinierten Vorgehens gegen den Terrorismus; eingehende Erörterung der amerikanischen Boykottmaßnahmen gegen Libyen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; Referat 204, Bd. 135352.
Whitehead hielt sich am 20./21. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

10 Staatssekretär Meyer-Landrut führte gegenüber dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead am 20. Januar 1986 aus, die Bundesrepublik habe „niemals Waffen nach Libyen exportiert. Jetzt, wo Italien seinen Waffenexport einstelle, werde es dafür gelobt, während wir Kritik erführen, obwohl wir immer eine positive Haltung eingenommen hätten. Es sei nicht berücksichtigt worden, daß unser wirtschaftlicher Austausch mit Libyen seit 1975 rückläufig sei und um ca. 30 % abgenommen habe. Wir hätten unserer Wirtschaft deutliche Signale gegeben, den Handel mit Libyen zu reduzieren." Auch sei der Umfang der Hermes-Bürgschaften reduziert worden: „Was die Ölkäufe anbetreffe, gebe es keine staatlichen Verträge, sondern lediglich solche der Privatwirtschaft über internationale Firmen. Wir hätten für das Erdöl keine staatlichen Handelsorganisationen wie etwa Italien oder die Türkei. Vergleiche man unsere Aktivitäten mit denjenigen ande-

ten sich nicht auf Defensivaktionen gegenüber Gaddafi beschränken, sondern aktive Maßnahmen ergreifen, um Gaddafis Möglichkeiten zur Finanzierung des Terrorismus zu reduzieren.

Whitehead führte sodann zusammenhängend aus:

Er sei gekommen, um die Entschlossenheit des Präsidenten und des amerikanischen Volkes zum Ausdruck zu bringen, daß der Terrorismus als eine sehr ernste Bedrohung für die ganze Welt angesehen werde. Jedes Land habe schon jetzt seine einzelnen Erfahrungen damit gemacht. Jetzt aber werde der Terrorismus auf internationaler Ebene immer gefährlicher. Für die amerikanische Öffentlichkeit wie für den Präsidenten rangiere der Terrorismus sehr hoch auf der Agenda der außenpolitischen Probleme. Der Präsident sei überzeugt, daß Maßnahmen der Terrorismusabwehr, der Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen, der strengeren Kontrolle der grenzüberschreitenden Bewegungen noch nicht genug seien. Damit werde der Kern des Problems noch nicht angefaßt. Man müsse die Quelle des Terrorismus aufsuchen und dort Lösungen suchen.

Nach Auffassung des Präsidenten sei die Quelle eindeutig in Libyen und bei Gaddafi auszumachen. Gewiß sei dies nicht die einzige Quelle, es gebe auch andere Länder, insbesondere Syrien und den Iran. Darüber hinaus gebe es auch Terrorismusprobleme in anderen Regionen der Welt, nicht zuletzt auch in Nord- und Südamerika. Dennoch bleibe die wichtigste Quelle Gaddafi und Libyen. Eine große Menge nachrichtendienstlicher Erkenntnisse führe zu diesem Schluß. Er beziehe sich hier insbesondere auf einen geheimen Bericht, den er dem BM übergab, aus dem sich diese Schlußfolgerung ergebe.[11] Er bitte uns, die Erkenntnisse dieses Berichtes wirksam zu nutzen, aber auch die Quellen zu schützen. Er bat auch die Tatsache der Übergabe eines solchen Berichtes geheimzuhalten, da nicht alle Länder, die er auf seiner Reise besucht habe, diesen Bericht erhalten hätten. BM sagte dies zu. Wer diesen Bericht studiere, werde sehen, daß die von den USA vorgebrachten Argumente überzeugend seien. Vielleicht gehe er nicht so ins Detail, wie dies vielleicht erwünscht wäre, das sei aber aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich. Darüber hinaus sei es auch nicht erforderlich, da der Bericht nicht zeigen wolle, wer welche Akte begangen habe, sondern nur beweisen solle, daß diese Akte begangen worden seien und es nun darum gehe, Wiederholungen zu vermeiden. Zur Illustration möchte er darauf hinweisen, daß es in den USA mehr als 100 Fälle verhinderter Terroranschläge gegeben habe, worauf in der Öffentlichkeit nicht hingewiesen worden sei. Wichtig sei, daß nicht bekannt werde, wie die USA von diesen geplanten Anschlägen Kenntnis erlangt hätten. Jedenfalls ergebe sich aus dem Bericht, daß Gaddafi Terrorakte finanziert habe.

Man habe sogar Schecks gesehen, die von ihm unterzeichnet worden seien, durch die Terroristen bezahlt wurden. Die USA wüßten auch, daß er Waffen gestellt habe, deren Spuren ganz eindeutig auf Libyen zeigten. Terroristen würden in zwölf Lagern in Libyen ausgebildet. Die USA wüßten, wo sie seien, wer dort ausgebildet werde, welches die Ausbildungsziele im besonderen seien und

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

rer Länder, so sei das Bild durchaus unterschiedlich und rückläufig." Vgl. VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Für den vom stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead am 20. Januar 1986 übergebenen Bericht „Libyan Support for the Abu Nidal Group" vgl. VS-Bd. 12444 (515).

woher die Ausgebildeten und Ausbilder kämen. Bei der Ausbildung handele es sich keineswegs um eine normale militärische Ausbildung, sondern eindeutig um Terrorismustraining. Die Erkenntnisse beruhten sowohl auf Satellitenüberwachung wie auch auf Angaben von einzelnen, sowohl innerhalb wie außerhalb Libyens. Der dadurch gegebene Beweis sei überwältigend. Es sei nicht danach zu fragen, ob Gaddafi an dieser oder jener Aktion teilgenommen habe. Er habe sich selbst terroristischer Erfolge gerühmt[12], so daß AM Shultz mit Recht behauptet habe, Gaddafi selbst sei die qualmende Pistole.[13]

Der amerikanische Präsident sei fest davon überzeugt, daß die freie Welt etwas gegen einen Staat tun müsse, dessen erklärte Politik es sei, willkürlich unschuldige Menschen in Wien und Rom[14] zum Opfer von Terroranschlägen zu machen. Für die USA sei es eine moralische Frage, daß sie dem nicht tatenlos zusehen könnten. Man könne die Beziehungen zu Libyen nicht einfach weitergehen lassen, als sei nichts geschehen. In dieser Frage müßten die USA die Führung übernehmen. Gaddafis Verhalten müsse geändert werden. Er müsse einsehen, daß die Nachteile aus einem solchen Verhalten größer seien als mögliche Vorteile. Dies sei der Grund für die von Präsident Reagan am 7. Januar verkündeten Maßnahmen.[15] Er habe auch militärische Aktionen erwogen, sich aber vorbehalten, hierauf möglicherweise später zurückzukommen. Die amerikanische Regierung hoffe allerdings, daß dieses aufgrund wirksamer anderer Maßnahmen nicht nötig sein werde. Der Präsident habe zunächst drei Maßnahmen ergriffen:

– Alle geschäftlichen Transaktionen sollten beendet werden, es solle weder Ausfuhren noch Einfuhren nach Libyen geben, keinerlei Geschäfte sollten mit Libyen mehr getätigt werden.
– Alle amerikanischen Bürger würden aufgefordert, das Land zu verlassen. Die amerikanischen Gesetze geben hierzu die Möglichkeiten. Die USA rechnen nicht damit, daß diese Aufforderung zu 100 % erfüllt werde, da einige Inhaber amerikanischer Pässe sich eher als Libyer denn als[16] Amerikaner fühlen könnten, insbesondere dann, wenn sie mit Libyern verheiratet seien. Der Präsident habe eine Frist für die Ausreise bis zum 1. Februar gesetzt.
– Alle libyschen Guthaben in den USA, wie z. B. Bankguthaben, würden eingefroren, dadurch sollten Vergeltungsakte gegen amerikanisches Eigentum oder gegen amerikanische Bürger in Libyen verhindert werden. Diese Guthaben seien ausdrücklich nur eingefroren, nicht aber beschlagnahmt, d. h., sie verblieben ihren Eigentümern. Diese könnten allerdings zur Zeit nicht darüber verfügen, aber Zinsen würden weiter gutgeschrieben[17] werden.

Insgesamt handle es sich um sehr harte, ernstgemeinte Maßnahmen. Der Aufruf der US-Regierung richte sich an die Verbündeten, mitzuarbeiten. Man ver-

12 Korrigiert aus: „berühmt“.
13 Vgl. dazu den Artikel „U.S. says Qaddafi's Remarks Prove His Role in Terrorism“; THE WASHINGTON POST vom 17. Januar 1986, S. A15.
14 Zu den Anschlägen vom 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.
15 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.
16 Korrigiert aus: „Libyer als“.
17 Korrigiert aus: „gutgebracht“.

stehe die amerikanische Aufforderung falsch, wenn gemeint werde, die Europäer sollten die gleichen Maßnahmen ergreifen. Gewiß bestehe in Europa eine andere Situation, so daß die US-Regierung dieses nicht fordere. Nun aber bitte sie die Verbündeten zu überlegen, wie die Europäer helfen könnten, die gleichen Ziele zu erreichen, die sich die USA gesetzt hätten. Er werde dieses nicht öffentlich sagen, aber die Verbündeten sollten doch wissen, daß Präsident Reagan außerordentlich enttäuscht gewesen sei, daß PM Thatcher[18] und der Bundeskanzler[19], die er beide als seine nächsten politischen Freunde betrachte, in aller Öffentlichkeit und in deutlichen Worten gesagt hätten, und zwar ohne dies vorher zu konsultieren[20], daß die von den USA verkündeten Maßnahmen nicht wirken könnten. Diese Äußerung alleine hätten die Amerikaner als deutliche Schwächung der amerikanischen Bemühungen aufgefaßt. Er sage dies nicht drohend und auch nicht in irgendeiner Weise herausfordernd, wünsche aber, daß wir wüßten, wie diese Äußerungen in Amerika aufgefaßt worden seien. Vielleicht hätten die Europäer recht, daß Sanktionen unwirksam seien. Gleichwohl sei diese Erklärung nicht hilfreich gewesen.

Er bat, es nicht falsch zu verstehen, sondern als Zeichen des offenen Dialogs unter Verbündeten zu werten, wenn er frage, welche Maßnahmen Deutschland ergreifen könne, um die amerikanischen Absichten zu unterstützen. Die Amerikaner möchten in diesem Zusammenhang einige Maßnahmen zu erwägen geben. An erster Stelle stehe der Bezug von Öl aus Libyen. Mit dem Einkauf von Öl im Werte von 2,1 Milliarden Dollar aus Libyen sei die Bundesrepublik nach Italien, das 1985 für 2,8 Milliarden Dollar Erdöl aus Libyen bezogen habe, der zweitgrößte Importeur, was wertmäßig etwa 25 % der gesamten libyschen Verkäufe ausmache. Der nächstgroße westliche Importeur folge erst mit erheblichem Abstand hinter der Bundesrepublik. Die amerikanische Sicht der Dinge sei, daß diejenigen, die libysches Öl kauften, damit die libysche Regierung unterstützen, deren Außenpolitik eindeutig durch den Terrorismus geprägt sei. Gewiß sei es nicht die Absicht der Bundesregierung, solche Ziele zu unterstützen, sie müsse aber sehen, daß die Einnahmen Gaddafis der Finanzierung von

18 Premierministerin Thatcher führte am 10. Januar 1986 vor amerikanischen Journalisten in London zur Frage von Sanktionen gegen Libyen aus: „I do not, alas, think that sanctions against Libya would work. The materials would be supplied by other countries. In theory, sanctions work but they only work if they are adopted 100 %; and, alas, I do not know any case in which they have been adopted 100 %“. Vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/106300.

19 Am 3. Januar 1986 äußerte Ministerialdirektor Schäfer, Presse- und Informationsamt, zur Frage von Sanktionen gegen Libyen: „Die Bundesregierung ist der Meinung, daß Wirtschaftssanktionen […] kein geeignetes Instrument sind, sicher auch nicht in diesem Fall.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 204 vom 20. Februar 1986; Referat 204, Bd. 135355.
Bundeskanzler Kohl kündigte am 9. Januar 1986 vor der Presse an, daß er Präsident Reagan die Gründe der Bundesregierung dafür mitteilen werde, sich den Maßnahmen der USA gegen Libyen nicht anzuschließen: „Als deutscher Bundeskanzler muß ich daran denken, daß 1500 Deutsche in Libyen leben.“ Er könne die amerikanische Reaktion verstehen, „aber ich habe nach meinem Amtseid deutsche Interessen zu vertreten“. Vgl. den Artikel „Kohl will gegenüber Gaddafi vorrangig deutsche Interessen vertreten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10.1.1986, S. 1.
Einen Tag später bestätigte Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt: „Nach wie vor ist die Bundesregierung der Ansicht, daß Wirtschaftssanktionen erfahrungsgemäß nicht die gewünschte Wirkung erzielen.“ Vgl. den Artikel „Bonn lehnt weiterhin Sanktionen gegen Libyen ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11.1.1986, S. 3.

20 Der Passus „und zwar … zu konsultieren“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Terrorakten dienten. Er wolle uns nicht zu nahe treten, zugleich aber auch darstellen, wie die Dinge in Amerika gesehen würden. Ein deutlicher Abfall der Deviseneinnahmen aus Ölverkäufen würde die Situation für Libyen drastisch verändern, das sich keineswegs in einer guten wirtschaftlichen Situation befinde. Derzeit stütze sich Libyen ausschließlich auf die Nettoeinnahmen aus Ölverkäufen. Wenn die Bundesrepublik für 600 Millionen Dollar nach Libyen exportiere, sei es auch nicht auf Bezüge im Werte von 2,1 Milliarden Dollar angewiesen. Die Athener Regierung, die er zuvor besucht habe[21], habe z. B. geltend gemacht, daß im Falle Griechenlands einem Wert von 300 Millionen Dollar Einkäufen an Öl Exporte im gleichen Wert gegenüberstünden.[22]

BM betonte, er habe die offene Sprache nicht als kränkend empfunden. Dies sei vielmehr Ausdruck der sehr engen, freundschaftlichen Beziehungen. Was hätte alle Arbeit vergangener Jahrzehnte genutzt, wenn man nicht unter Freunden offen miteinander sprechen könnte? Gerade hierin zeige sich die enge Verbindung der Menschen und Völker unserer beiden Länder.

Zur Sache wolle er ihn vor allem auf die Pressekonferenz des Bundeskanzlers verweisen, der in einer außerordentlich eindrucksvollen Stellungnahme sehr viel Verständnis für die Gefühle der Amerikaner und ihre Maßnahmen bewiesen habe. Natürlich sei der Bundeskanzler genötigt gewesen, unsere Haltung gegenüber unserer Öffentlichkeit darzutun. Er müsse sagen, daß wir uns von der amerikanischen Entscheidung überrascht gefühlt hätten. Wir seien nicht konsultiert worden.[23] Jetzt gelte es, gemeinsam zu überlegen, welches sei das Problem, vor dem wir stünden, und welches sei das Ziel, was wir gemeinsam erreichen wollten. Der internationale Terrorismus sei die gefährlichste Herausforderung, vor der die demokratischen Gesellschaften im Augenblick stünden. Er selbst sage dies als Außenminister und ehemaliger Innenminister, der sich seit 16 Jahren mit diesen furchtbaren Problemen persönlich habe auseinandersetzen müssen. Die Terroristen wollten uns zwingen, gerade das zu verletzen, was zu den höchsten Werten unserer Gesellschaften gehörte. Deshalb finde das grundsätzliche Anliegen der amerikanischen Regierung unsere volle Unterstützung.

21 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead führte am 19./20. Januar 1986 Gespräche mit der griechischen Regierung in Athen.

22 Im Gespräch mit Bundesminister Schäuble am 21. Januar 1986 führte der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead aus, daß die USA der Bundesregierung neben der Einschränkung der Ölkäufe aus Libyen folgende weitere Maßnahmen vorschlügen: „Einschränkung des deutsch-libyschen Flugverkehrs: Lufthansa und die libysche Luftverkehrsgesellschaft hätten gegenwärtig pro Woche drei Flüge zwischen Frankfurt und Tripolis auf ihrem Flugplan. Nach amerikanischen Erkenntnissen würden dabei vielfach Ausrüstungen in das Bundesgebiet gebracht, die terroristischen Zwecken dienten. Passagiere aus Libyen würden in der BR Deutschland nicht schärfer überwacht als Passagiere aus New York. Die Bundesregierung möge den Flugverkehr mit Libyen entweder ganz unterbinden oder Passagiere und Fracht schärfer überwachen. Einschränkung der Exporte von Gütern der Hochtechnologie nach Libyen: Nach zugegebenermaßen nicht ganz präzisen amerikanischen Erkenntnissen seien aus der Bundesrepublik Deutschland sowohl Fernmeldesysteme für die libysche Regierung wie komplizierte Computersysteme geliefert worden. Güter dieser Art könnten ‚zu unerwünschten Zwecken' verwendet werden. Überwachung des libyschen Volksbüros: Libysche Volksbüros hätten in anderen Ländern vielfach Terroristen als Unterschlupf gedient und sie mit Waffen versorgt. Eine besonders scharfe Überwachung sei daher unabweisbar." Vgl. VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

23 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Er müsse die Frage stellen, ob es reiche, sich auf eine gemeinsame Abwehr gegen Terroranschläge zu einigen, und zugleich feststellen, daß dies nicht der Fall sei. Die Tatsache, daß erst heute die soeben überreichte Dokumentation zur Verfügung stehe, zeige, daß noch sehr viel mehr getan werden müsse bei der gegenseitigen Information zur[24] gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus. Besonders wichtig sei es, daß er, Whitehead, auch mit dem Innenminister[25] sprechen werde. Wir hätten immer sehr auf einen solchen Informationsaustausch[26] der Sicherheitsbehörden gedrängt. Heute sei es so, daß sich die Terroristen modernster Techniken bedienten, das erfordere, daß wir auch unsererseits alle technologischen Möglichkeiten ausnutzten zu ihrer Bekämpfung. Hier könne noch sehr viel mehr Gemeinsames getan werden.

Darüber hinaus müsse aber auch nach den Ursachen des Terrorismus gefragt werden. Die eine Frage sei die, weshalb sich Terroristen immer wieder rekrutieren könnten. Hiermit stelle sich das unerhört schwierige, ungelöste Nahostproblem. Die andere Frage sei die, wie wir verhindern könnten, daß Terroristen immer wieder Unterstützung erhielten. Für den Terrorismus sei erste Vorbedingung, daß er immer wieder einen sicheren Platz finde, an den sich Terroristen zurückziehen könnten. Wo aber seien diese Plätze, natürlich in Libyen, auch in Syrien und im Iran, aber selbst dieses reiche noch nicht aus. Hier müsse gefragt werden, wie die Zahl solcher Zufluchtsorte reduziert werden könne. Nach der Islamischen Konferenz[27] hätten zwei Außenminister hier in Bonn vorgesprochen und größtes Unbehagen darüber zum Ausdruck gebracht, daß sie genötigt worden seien, sich mit Gaddafi solidarisch zu erklären.[28] Die Saudis seien keineswegs glücklich, daß sie Gaddafi Geld zahlen sollten, falls es einen Ölboykott gebe. Die Außenminister der EG wollten am 27. Januar wirksame Maßnahmen beraten, wie terroristische Unterstützung durch geeignete Länder verhindert werden könne.[29] Er wisse, daß zahlreiche Freunde in der arabischen Welt genauso dächten.

Was unsere Beziehungen zu Libyen angehe, so hätten wir eigentlich doppeltes Lob verdient, wenn der Präsident Italien gelobt habe, weil es künftig keine Waffen mehr nach Libyen liefern wolle, weil wir nämlich niemals Waffen dorthin geliefert hätten. Auch unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Libyen seien rückläufig. Das hätten wir zwar nicht öffentlich gesagt, es sei aber eine Tatsache. Früher hätten wir mehr Öl aus dem Iran bezogen, langsam habe sich aber die Bezugsquelle wegen der kürzeren und damit billigeren Transportwege, aber auch wegen der höheren Qualität nach Libyen verlagert. Der Bundeskanzler habe in sei-

24 Die Wörter „gegenseitigen Information zur“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

25 Friedrich Zimmermann.

26 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Austausch“.

27 Vom 6. bis 11. Januar 1986 fand in Fes die 16. Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz statt.

28 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury am 10. Januar 1986; Dok. 5.
Am 14. Januar 1986 empfing Genscher den malaysischen Außenminister Rithauddeen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 010, Bd. 178901.

29 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25.

ner Pressekonferenz gesagt, daß wir zu Wirtschaftssanktionen eine prinzipielle Haltung einnähmen. Wir hätten überhaupt Zweifel, ob solche Sanktionen durchführbar seien, wir fragten nicht nur, ob die gewünschte Wirkung eintrete. Er wolle hier in der gleichen Offenheit, mit der Whitehead gesprochen habe, fragen, ob es z. B. richtig sei, daß die USA über die Bahamas immer noch Ölderivate im Werte von 1,6 Milliarden Dollar kauften. In gleicher Weise wolle er fragen, ob es richtig sei, daß die in Libyen tätigen US-Firmen ihre Anteile an ausländische Töchter verkauften.

Die Amerikaner sollten auch wissen, daß wir direkt mit den Libyern über Terrorismus gesprochen hätten. Vor zwei Jahren habe es ein Attentat auf Gaddafi gegeben[30], wobei nicht zu bestreiten gewesen sei, daß daran Libyer beteiligt gewesen seien, die zuvor in Deutschland gelebt hätten und im Zusammenhang mit dem Attentat Telefongespräche von einer in Libyen ansässigen deutschen Firma aus geführt hätten. In diesem Zusammenhang habe er den von Gaddafi Beauftragten gesagt, daß eine äußerste Reaktion zu erwarten sei, falls hier in der Bundesrepublik als Reaktion auf das Attentat etwas passieren würde, wobei er sich natürlich gehütet habe, zu spezifizieren, was eine solche äußerste Reaktion sein werde.[31]

Gemeinsam müßten wir im Westen überlegen, wie die westlichen Demokratien mit den arabischen Freunden in ein Gespräch kommen könnten. Im Augenblick fürchte er, daß jede Maßnahme von der arabischen Solidarität unterlaufen werde. Nichts sei unangenehmer, als wenn wir moderate Araber fester an Gaddafi herantrieben. Er bitte auch die amerikanische Regierung, dies in Rechnung zu stellen.

Wir hätten jetzt schon entschieden, daß keinesfalls amerikanische Maßnahmen von deutschen Firmen unterlaufen werden sollten. Er bitte um Informationen, wenn die Amerikaner von solchen Akten, die den amerikanischen Maßnahmen zuwiderliefen, erführen. Das uns überreichte geheime Dokument würden wir sehr genau studieren. Jede einzelne Aussage würden wir sehr ernst nehmen und in der Bundesregierung darüber beraten, was er, Whitehead, uns gesagt habe. Dies werde in einer Weise geschehen, wie es unter Freunden und Verbündeten angemessen sei. Er bitte ihn, auch unsere Sorgen sehr ernst zu nehmen. Die Bundesregierung gehe vor niemandem in die Knie. Wir handelten nicht aus Rücksicht auf Gaddafi, auch nicht aus Rücksicht auf unsere geschäftlichen Interessen, sondern in Erwägung dessen, was nach unserer Überzeugung der beste Weg sei, mit der Terroristendrohung fertig zu werden. Wenn er sage, wir gingen vor niemandem in die Knie, so sage er das aufgrund der Erfahrung, die er am eigenen Leibe gemacht habe, als er sich 1972 bei dem Überfall der Palä-

30 In Tripolis kam es am 8. Mai 1984 zu Schießereien, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Zum Hintergrund berichtete Botschafter Enders, Tripolis, am 16. Mai 1984, daß die Ereignisse im Zusammenhang mit der gegen die libysche Regierung gerichteten Tätigkeit Oppositioneller stünden. Ziel sei es gewesen, „Gaddafi selbst zu treffen". Die libysche Führung habe die Ereignisse auf die Tätigkeit libyscher Oppositioneller im Ausland zurückgeführt und in diesem Zusammenhang die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik, den Sudan und Tunesien genannt. Sie gehe „hart und unerbittlich" bei der „Eliminierung von Regimegegnern" vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 311, Bd. 137792.

31 Am 13. Juni 1984 führte Bundesminister Genscher ein Gespräch mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem, über die Vorfälle in Tripolis am 8. Mai 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 172.

stinenser auf die israelische Olympiadelegation den Terroristen im Austausch für ihre Geiseln angeboten habe.[32] Die hier von den Demokratien geforderte Festigkeit werde über das Schicksal der Demokratien im Westen entscheiden. Er habe Botschafter Burt bei dessen Antrittsbesuch bereits gesagt und wiederhole dies heute, daß Terrorismus gegen uns alle ziele, und derjenige, der sich auf die amerikanischen Truppen bei uns richte, ziele auf die Allianz.[33] Wenn er von Festigkeit spreche, bedeute dies, daß wir nicht zurückgehen, nicht aufgeben, aber wir müßten diejenigen Maßnahmen ergreifen, die wirklich Wirkung brächten. So hätten wir etwa auch im Falle Südafrikas anders entschieden als die amerikanische Regierung. Er wolle vor allem deutlich machen, daß wir uns jedes Argument sorgfältig anhören und großes Verständnis entgegenbringen, zugleich aber auch unsere Erfahrungen und unsere Grundsätze in diesem Meinungsaustausch unter Verbündeten einbringen müßten. Nach Prüfung des amerikanischen Dokuments würden wir bei der Außenministersitzung in der nächsten Woche im Kreise der EG beraten, was wir gemeinsam als Europäer tun könnten und welche Antwort den Amerikanern gegeben werden könne.

Whitehead bezweifelte, ob die moderaten Araber wirklich auf Gaddafis Seite gedrängt würden. Alle islamischen Länder hätten nach der Konferenz den Amerikanern erklärt, sie seien sehr besorgt gewesen und hätten es nicht so gemeint, wie sie sich dort geäußert hätten. Sie hätten vielmehr Genugtuung darüber bekundet, daß die amerikanische Regierung so stark reagiert habe. Sie fürchteten und haßten Gaddafi. Er sei aber so stark, daß keiner es gewagt habe, ihm die Stirn zu bieten. Die USA glaubten auch nicht an Wirtschaftshilfe der Araber an Gaddafi. Viele der Gemäßigten hätten gar nicht die Möglichkeit, zu helfen, und andere, die dies könnten, hätten ausdrücklich erklärt, daß sie dies niemals tun würden, das gelte auch für die Saudis. Diese seien sogar von Gaddafi schon gebeten worden, hätten aber Hilfe abgelehnt. Zwei der unmittelbaren Nachbarn von Gaddafi hätten sich enttäuscht gezeigt, daß die USA von militärischen Maßnahmen abgesehen und sich auf wirtschaftliche beschränkt hätten. Das könne man zwar nicht zum Nennwert nehmen, aber es sei doch ein gewichtiges Indiz. Jedenfalls sei festzustellen, daß trotz aller amerikanischen Handlungen Gaddafi keine Hilfe erhalten habe.

BM äußerte Zweifel, die *Whitehead* nicht ganz widerlegen wollte. Jedenfalls, so fuhr er fort, dürfe man Gaddafi nicht erlauben, so fortzufahren, wie er sich bisher aufgeführt habe. Niemand dürfe dabei still sitzen bleiben. Zur Frage, ob es indirekte Importe über die Bahamas gebe, könne er derzeit nichts sagen. Sie würden diese Frage prüfen und dann darauf zurückkommen. Das gleiche gelte für die Frage, ob eventuell amerikanische Interessen in Libyen an ausländische

32 Während der XX. Olympischen Sommerspiele in München drangen acht Mitglieder des „Schwarzen September“ am 5. September 1972 in das Olympische Dorf ein, erschossen zwei Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft und nahmen weitere neun als Geiseln. Im Rahmen von Gesprächen über die Verlängerung eines Ultimatums stellte sich Bundesminister Genscher im Austausch gegen die gefangengehaltenen israelischen Sportler als Geisel zur Verfügung. Der Vorschlag wurde von den Geiselnehmern abgelehnt. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 155 f. Zum Attentat vgl. auch AAPD 1972, II, Dok. 256.

33 Bundesminister Genscher empfing den amerikanischen Botschafter Burt am 12. September 1985 zu dessen Antrittsbesuch. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6929/6930 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom selben Tag an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12975 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

Töchter verkauft worden seien. Allerdings möchte er dies bezweifeln, da der Präsident ausdrücklich erklärt habe, Umgehungen würden nicht akzeptiert werden.

In diesem Zusammenhang fragte er, ob die Information richtig sei, daß Lufthansa den Hauptservice für die libyschen Transportflugzeuge, sei es militärischer oder ziviler Art, in Europa leiste. Die amerikanische Information gehe dahin, daß die Libyer alle Flugzeuge sowohl zivil wie militärisch nutzten und zur Wartung nach Frankfurt flögen. Sie würden dort dann von der Lufthansa gewartet und, da es sich meistens um Boeing-Maschinen handele, auch mit amerikanischen Ersatzteilen ausgerüstet. *BM* erklärte sich mit Nichtwissen, sagte aber zu, man werde diese Frage prüfen.

Whitehead fragte nach den Hermes-Garantien. Er habe gehört, da gebe es Außenstände im Werte von drei Milliarden Dollar. Er bat um Überprüfung dieser Kreditfinanzierungspolitik, da dies letztlich eine Finanzierung Gaddafis und Libyens sei. Dadurch würden deutsche Exporteure ermutigt, weiter mit Libyen Handel zu treiben.

BM antwortete, nach seiner Auffassung bestehe eine sehr viel engere Form der Zusammenarbeit mit Libyen, wenn amerikanische Firmen Eigentum in Libyen hätten, als wenn Exporte garantiert würden.

Whitehead entgegnete, diese Zusammenarbeit finde nun ein Ende, weil die Amerikaner das Land verließen.

BM fragte, was mit dem 49%igen amerikanischen Eigentumsanteil an libyschen Firmen geschehen werde.

Whitehead sagte, dies sei zur Zeit unklar. Hierzu habe es noch keine Anordnungen gegeben. Die US-Regierung beabsichtige nicht, die Eigentümer zu schädigen. Es sei auch nicht die Absicht, diese Rechte an Gaddafi zu übertragen. Jedenfalls sollten die amerikanischen Firmen nicht gezwungen werden, die Rechte zu verkaufen. Das Hauptziel sei, Gaddafis Politik zu ändern, nicht aber, amerikanische Interessen zu schädigen.

BM sagte zu, daß er den Bundeskanzler über das Gespräch mit Whitehead unterrichten werde. Ebenfalls hätten wir die Problematik, so wie sie von den Amerikanern gesehen werde, sehr wohl verstanden.[34]

Whitehead resümierte seinen Eindruck dahingehend, daß die Ziele die gleichen seien, daß es wohl aber Auffassungsunterschiede hinsichtlich des Weges gebe und der einzuschlagenden Taktik.

Der *Bundesminister* stimmte zu. Er bat, noch ein anderes Thema anschneiden zu dürfen, das uns sehr bewege, nämlich dasjenige der jüngsten sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge.[35] Die ersten deutschen Reaktionen darauf entsprächen durchaus denjenigen, die auch Präsident Reagan[36] und AM Shultz geäu-

34 Die Bundesregierung nahm am 30. Januar 1986 Stellung zu den Vorschlägen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead hinsichtlich einer Unterstützung der Maßnahmen gegen Libyen. Vgl. dazu Dok. 28.

35 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

36 In einer Stellungnahme vom 15. Januar 1986 begrüßte Präsident Reagan die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, über Abrüstung und Rüstungskontrolle und kündigte deren sorgfältige Prüfung gemeinsam mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten an. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 58.

ßert hätten. Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn jetzt eine gemeinsame gründliche Prüfung im Bündnis unternommen würde. Dabei müßte deutlich berücksichtigt werden, daß die sowjetischen Vorschläge in zwei Richtungen zielten, einmal auf die Genfer Verhandlungen[37], zum anderen aber auf die öffentliche Meinung im Westen. Nichts würde unangenehmer sein, als wenn der Westen darauf kontrovers antworten würde. Uns wäre sehr daran gelegen, wenn die Antwort übereinstimmte, jedenfalls zwischen den wichtigsten Staaten des westlichen Bündnisses. Daher seien wir so sehr daran interessiert, hierüber möglichst bald im Bündnis, aber auch bilateral zu beraten. Die jüngsten sowjetischen Vorschläge stellten ohne Zweifel die nächste Runde des Kampfes um die Herzen und Hirne der Europäer dar. Hier sei es besonders wichtig, daß dieser Kampf gemeinsam bestanden werde.

Whitehead stimmte dem Bundesminister voll zu. Er werde diese Botschaft mit nach Washington nehmen. Auch er halte enge Konsultationen unter den Verbündeten für außerordentlich wichtig. Es handle sich bei Gorbatschows Vorschlägen um dramatische, kühne Vorschläge, die vielleicht aussichtsreichere Elemente enthielten als frühere Initiativen.[38]

Dieser Vermerk ist von BM noch nicht gebilligt.

VS-Bd. 12994 (204)

13

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević

214-321.11 JUG **20. Januar 1986**[1]

Vorbehaltlich Genehmigung durch BM

Besuch des jugoslawischen AM Dizdarević in der Bundesrepublik Deutschland (20./21.1.1986)[2];
hier: Delegationsgespräch/bilateraler Teil[3]

BM begrüßt AM Dizdarević (D.) und betont unseren Willen, den dichten Dialog mit Jugoslawien gerade auch in dem sehr wichtigen und entscheidungsträchti-

37 Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden am 12. März 1985 wiederaufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 8 und Dok. 106.
Zur vierten Verhandlungsrunde vom 16. Januar 1986 bis 4. März 1986 vgl. Dok. 56.

38 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 21. Januar 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 24. Januar 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des jugoslawischen Außenministers Dizdarević vgl. auch Dok. 14.

3 Ferner erörterten Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Dizdarević im Kreis der Delegationen die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie den KSZE-Prozeß. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 214, Bd. 139592.

gen Jahr 1986 fortzusetzen. Wie D. wisse, sei für uns die Meinung seines Landes in allen wichtigen Fragen von großer Bedeutung.

BM teilt sodann mit, daß zusätzlich zum ausgedruckten Programm der BK D. am 21.1.1986, 16.00 Uhr, empfangen wird.[4]

Dizdarević bedankt sich für die Einladung und das bereits bei der Firma Bayer/Leverkusen absolvierte Programm. Er würdigt die Bedeutung des Treffens am Anfang des neuen Jahres, das – hierin sei er mit BM völlig einer Meinung – möglicherweise ein Jahr vieler bedeutender Entscheidungen sein werde.

BM und *Dizdarević* einigen sich, am heutigen Tage die bilaterale Thematik zu behandeln und mit der Erörterung der internationalen Lage zu beginnen – Fortsetzung dazu am zweiten Besuchstag.

Dizdarević würdigt die bilateralen Beziehungen als uneingeschränkt positiv, dies habe insbesondere auch das vergangene Jahr bestätigt: 1985 habe Fortschritte in den Beziehungen gebracht. Jugoslawien schätze insbesondere die Begegnungen und Kontakte zwischen Staatsmännern, Politikern und anderen Persönlichkeiten beider Länder hoch ein. Diese schon traditionellen Kontakte seien ein wichtiger Faktor für die weitere Förderung der Beziehungen, hin zu noch mehr Verständnis und noch mehr Vertrauen. Der Besuch von BK Kohl in Jugoslawien[5] sei von außerordentlicher Bedeutung gewesen, weil er den Beziehungen positive Impulse gegeben habe. Auch der in Vorbereitung auf diesen Besuch durchgeführte BM-Besuch in Belgrad[6] sei sehr nützlich gewesen, desgleichen die Begegnungen, die er – D. – mit BM anläßlich internationaler Treffen gehabt habe.

Sehr nützlich sei ferner auch der Besuch von BMWi Bangemann in Belgrad gewesen.[7] D. würdigt sodann kurz die Besuche von BK a. D. Willy Brandt in Belgrad[8] sowie die Besuche von ZK-Mitglied Ribičić[9], Außenhandelsminister Bojanić[10] und einer jugoslawischen Parlamentsdelegation in Bonn.

1986 werde durch weitere Fachministerbegegnungen geprägt: Ende Februar träfen BMI Zimmermann und Innenminister Čulafić zusammen.[11] Noch in diesem Monat werde der jugoslawische Verkehrsminister in die Bundesrepublik

4 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70; B 150, Aktenkopien 1986.

5 Bundeskanzler Kohl besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. Juni 1985. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 145 und Dok. 147.

6 Bundesminister Genscher hielt sich am 31. Januar und 1. Februar 1985 in Jugoslawien auf und sprach u. a. mit Ministerpräsidentin Planinc. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 26 und Dok. 27.

7 Bundesminister Bangemann hielt sich am 15./16. Oktober 1985 in Jugoslawien auf.

8 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 24. Juni bis 26. Juni 1975 sowie vom 6. bis 8. September 1978 und vom 12. bis 14. Oktober 1985 in Jugoslawien auf.
In seiner Eigenschaft als Präsident der Sozialistischen Internationale hielt er sich vom 10. bis 13. Juli 1979 in Jugoslawien auf.

9 Das Mitglied des ZK des BdKJ, Ribičić, hielt sich am 13. März 1985 in Bonn auf.

10 Der jugoslawische Außenhandelsminister Bojanić besuchte die Bundesrepublik vom 15. bis 18. April 1985 anläßlich der Hannover-Messe.

11 Der jugoslawische Innenminister Čulafić führte am 24./25. Februar 1986 Gespräche in der Bundesrepublik.

Deutschland kommen[12], und Jugoslawien erwarte Anfang März den Besuch von Herrn Wolff von Amerongen, DIHT[13].

D. fährt fort, die Bundesrepublik Deutschland sei der erste Wirtschaftspartner Jugoslawiens in Westeuropa. Er wolle nicht alles wiederholen, was dazu mit BK Kohl und BMWi Bangemann in Belgrad besprochen worden sei, sondern sich auf die wichtigsten Fragen konzentrieren.

1) Handelsfragen

Nach jugoslawischer Auffassung sei es notwendig, neue Wege für das Wachstum des Warenaustausches zu suchen und dabei das jugoslawische Defizit zu beseitigen. Jugoslawien wolle dies nicht durch Drosselung der Importe erreichen, folglich müßten Mittel und Wege gefunden werden, die jugoslawischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland zu steigern. Jugoslawien wünsche den Abschluß langfristiger Kooperationsabkommen. Die Ende des vergangenen Jahres durchgebrachten neuen Wirtschaftsgesetze[14] seien dafür eine gute Grundlage. Man stehe nicht erst am Anfang – vielmehr habe Jugoslawien mit der Bundesrepublik Deutschland die größte Anzahl von Abkommen über höhere Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit – insbesondere industrielle Kooperation – abgeschlossen. 1985 habe man auch drei Investitionen deutscher Firmen in Jugoslawien verzeichnet. In der Fortsetzung dieser Entwicklung sehe Jugoslawien die Möglichkeit für weitere Steigerung des Umfangs der Zusammenarbeit und für die Verkleinerung des Ungleichgewichts zu Lasten Jugoslawiens.

Auch die Zusammenarbeit im Tourismus solle und könne ausgeweitet werden: Dabei denke er nicht nur an den Verkauf von mehr Hotelplätzen, sondern auch an Investitionen.

2) Jugoslawien–EG

Jugoslawien sei sich sehr bewußt, daß der bilaterale Warenaustausch auch von den Beziehungen Jugoslawien–EG abhänge. Man stehe gerade vor Verhandlungen mit der EG über

– die Verlängerung des Handelsabkommens um weitere fünf Jahre und
– das zweite Finanzprotokoll.[15]

12 Der jugoslawische Verkehrsminister Pljakić hielt sich vom 23. bis 28. Februar 1986 in der Bundesrepublik auf.

13 Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, hielt sich vom 6. bis 8. März 1986 in Jugoslawien auf.

14 Referat 422 hielt am 8. Januar 1986 fest: „Ende 1985 hat das jugoslawische Parlament ein neues Investitionsgesetz verabschiedet. Kernstück […] sind u. a. Neuregelungen im Bereich des Technologietransfers und der erlaubten Maximalbeteiligungen für ausländische Investoren bei Joint ventures, die sich auf ausländische Investitionen positiv auswirken könnten." Vgl. Referat 422, Bd. 149187.

15 Am 2. April 1980 unterzeichneten die EG-Kommission und Jugoslawien ein Kooperationsabkommen. Dazu notierte Referat 411 am 9. Januar 1986, das Abkommen sei „einseitig präferentiell und sieht u. a. die Zollbefreiung eines großen Teils jugoslawischer Industriegüterexporte in die EG sowie spezifische Zugeständnisse im Agrarbereich vor. Durch ein Finanzprotokoll zum Abkommen wurden Jugoslawien für den Zeitraum bis 30.6.1985 EIB-Darlehen in Höhe von 200 Mio. ECU gewährt. Im Sozialteil des Abkommens werden jugoslawischen A[rbeit]N[ehmern] gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen wie den Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten zugesichert. […] Beide Seiten sind übereingekommen, über die Verlängerung des handelspolitischen Teils des Abkommens und den Abschluß eines 2. Finanzprotokolls im Zusammenhang mit der Anpassung des Kooperationsabkommens an die Erweiterung der Gemeinschaft zu verhandeln." Vgl. Referat 411, Bd. 131150. Die Verhandlungen wurden am 11. Februar 1986 in Brüssel aufgenommen.

Für beide Verhandlungen gebe es Mandate – und er müsse BM sagen, daß Jugoslawien mit diesen Mandaten nicht zufrieden sei. Hauptgrund sei, daß Jugoslawien mit dem Handelsabkommen eine bedeutsame Steigerung der jugoslawischen Exporte erstrebe – bekanntlich rühre 50% des jugoslawischen Außenhandelsdefizits aus dem Austausch mit den EG-Ländern. BM kenne die wirtschaftliche Situation Jugoslawiens und wisse um die Anstrengung, die sein Land unternommen habe, um die Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft einzugliedern und die Beziehungen zur EG enger zu gestalten. Deshalb der jugoslawische Wunsch nach einer günstigeren Regelung für seinen Handel mit der EG, d.h. mehr Exporte, keine Importdrosselung.

Jugoslawien werde im Februar die Verhandlungen mit der EG beginnen, obwohl das Mandat nicht befriedige. Deshalb würden wahrscheinlich einige der Fragen wiederum in den verschiedenen EG-Gremien, insbesondere im Ministerrat, auf den Tisch kommen: Dort bitte er – wie bereits gegenüber BK Kohl und BMWi Bangemann ausgedrückt – um die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Ferner stünden Verhandlungen über das zweite Finanzprotokoll an: Über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten habe man in Luxemburg ausführlich gesprochen.[16] Er – D. – habe damals die Enttäuschung über die von der EG gebotenen Bedingungen zum Ausdruck gebracht. Während der bevorstehenden Verhandlungen werde dies wieder geschehen, sowohl was die Höhe der Mittel als auch den Verwendungszweck angehe. Insbesondere bleibe Jugoslawien bei seiner Forderung nach Einsatz von EG-Haushaltsmitteln, die Jugoslawien als einzigem Mittelmeerland verweigert werden solle.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betreffe die Verwendung: BM wisse, daß Jugoslawien erhebliche Mittel zum Ausbau seiner Infrastruktur – insbesondere der Nord-Süd-Autobahn – brauche. Diese Verkehrseinrichtung diene auch dem Verkehr zwischen EG-Staaten sowie deutschen Exporten in den Nahen Osten und darüber hinaus. Aus diesem Grunde erhoffe man auch in der Frage der Mittelverwendung Verständnis der EG und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland.

3) Umschuldung

Hinsichtlich der finanziellen Zusammenarbeit wisse BM, daß Jugoslawien eine mehrjährige Umschuldung anstrebe.[17] Dies habe sich 1985 nicht verwirklichen

16 In Luxemburg fand am 18./19. Juni 1985 die dritte Sitzung des Kooperationsrats EWG–Jugoslawien statt.

17 Referat 422 notierte am 8. Januar 1986, daß die gesamte Auslandsverschuldung Jugoslawiens derzeit etwa 20,5 Mrd. Dollar betrage. Für das Jahr 1984 hätten die Gläubigerstaaten in einem Protokoll vom 22. Mai 1984 einer Umschuldung von 100% der Tilgungsfälligkeiten bis Ende 1988 zugestimmt. Seither bemühe sich die jugoslawische Regierung um eine mehrjährige Umschuldung der Kreditfälligkeiten der Jahre 1985 bis 1988. Demgegenüber sei am 24. Mai 1985 erneut eine Vereinbarung über eine Umschuldung der Tilgungsfälligkeiten vom 1. Januar 1985 bis 15. Mai 1986 unterzeichnet worden. Die Gläubigerstaaten hätten jedoch zugleich die Bereitschaft für Anschlußumschuldungen für die Jahre 1986 bis 1988 erklärt: „In welcher Weise diese weitere Umschuldungsregelung erfolgen kann, wird u.a. von der Qualität der Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und dem IWF nach Auslaufen des derzeit in Kraft befindlichen Bereitschaftskreditabkommens mit dem IWF (15.5.1986) abhängen. Die Bundesregierung ist nunmehr bereit, sich entsprechend den Ergebnissen der Wirtschaftsgipfel von London und Bonn im Pariser Club für eine mehrjährige Umschuldungsregelung zugunsten Jugoslawiens einzusetzen (eine mehrjährige Um-

lassen, nunmehr erstrebe sein Land es für den Zeitraum 1986–1988. Er – D. – wisse, daß der Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage positiv sei – und er rechne auch weiterhin mit dieser Haltung. Auch der IWF sei grundsätzlich positiv eingestellt.

4) FZ-Kredite

Was die bilateralen Finanzbeziehungen angehe, so bitte er – D. – die Bundesregierung, ihre Aufmerksamkeit den jugoslawischen Vorschlägen hinsichtlich der Kapitalhilfe aus den 1970er Jahren zu widmen.[18] Hier spielten politische und humanitäre Aspekte eine Rolle – schließlich seien diese Mittel anstelle von Wiedergutmachung gewährt worden. Jugoslawien habe zwar mit der Rückzahlung der Kredite begonnen, würde es aber gern sehen, wenn wir mit der vorgeschlagenen Re-Investition von Zinsen und Tilgungen einverstanden wären.[19]

5) Jugoslawische Gastarbeiter

D. führt aus, er brauche die Bedeutung der Tatsache, daß viele hunderttausend Jugoslawen in der Bundesrepublik Deutschland lebten und arbeiten, nicht erneut zu würdigen. Beide Länder arbeiteten auf diesem Gebiet eng zusammen, Jugoslawien messe der Frage der Arbeits- und Aufenthaltssicherheit höchste Bedeutung bei. Deshalb verfolge man auch alle Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland, die ausländische Arbeitnehmer und ihren Aufenthalt beträfen. Man habe verschiedene Meinungen bemerkt, verschiedene Forderungen gehört – und einige davon gefielen Jugoslawien überhaupt nicht.

BM wirft ein: D. möge sich an die Bundesregierung halten.

Dizdarević erwidert, Jugoslawien setze Vertrauen in die Bundesregierung und den BM persönlich, deshalb wolle er nicht versäumen, BM auf verschiedene Forderungen aufmerksam zu machen, deren Verwirklichung für die bilateralen Beziehungen schwere Schäden bedeuten würde. Er hoffe sehr, daß derartige Forderungen nicht Überhand gewinnen.

Es sei auch an der Zeit, nunmehr die Verhandlungen über die Reintegration wiederaufzunehmen.[20] Eine nicht unbeträchtliche Zahl jugoslawischer Gastar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

schuldung haben die staatlichen Gläubiger erstmals Ende April 1985 mit Ecuador vereinbart)." Vgl. Referat 422, Bd. 148944.

18 Jugoslawien erhielt von der Bundesrepublik im Dezember 1972 Kapitalhilfe in Höhe von 300 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 5.
Am 10. Dezember 1974 unterzeichneten die Bundesrepublik und Jugoslawien ein Abkommen über die Gewährung von Kapitalhilfe in Höhe von 700 Mio. DM. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 363.

19 Ministerialdirektor Jelonek hielt am 18. November 1985 fest, daß die jugoslawische Regierung seit längerem darauf dränge, „die 1972 bis 1974 gegebenen Kredite über insgesamt 1 Mrd. DM, die zwar in einem gewissen Wiedergutmachungs-Kontext, aber als rückzahlbare Kapitalhilfe-Kredite gegeben wurden, nicht regulär zurückzuzahlen, sondern die Tilgungsraten in einem Fonds zu sammeln, aus dem jug[oslawische] Infrastrukturprojekte unter Beteiligung der deutschen Industrie finanziert werden sollen. […] Wir sollten diesem Wunsch nicht entsprechen. Die Kredite sind vertraglich als rückzahlbar vereinbart worden. Die 1973 zwischen BK Brandt und Präsident Tito vereinbarte sog[enannte] ‚Brioni-Formel' bestätigt, daß es sich um rückzahlbare Darlehen handelte. Die Re-Investition der Tilgungsbeträge in einen Projektfonds würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen." Vgl. Referat 411, Bd. 131150.

20 Zur Frage eines Abkommens zur Förderung der Reintegration jugoslawischer Arbeitnehmer notierten die Referate 401 und 513 am 14. Juni 1984, daß hierzu im Frühjahr 1984 unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit Vorverhandlungen stattgefunden hätten: „Im Abschlußprotokoll wurde als Reintegrationsmaßnahme für rückkehrwillige Gastarbei-

beiter sei bereits zurückgekehrt – mehrere Einhunderttausend –, denen man Arbeitsplätze und soziale Dienste bieten müsse. BM könne die Größe des Problems ermessen. Er – D. – hoffe deshalb, daß in der Frage des Reintegrationsabkommens die mit BMWi Bangemann in Belgrad skizzierte Lösung nun zu realisieren sei.

6) Exiljugoslawische Aktivitäten

Wenn es in den bilateralen Beziehungen eine ständig negative Frage gebe, so sei dies die Tätigkeit der feindlichen jugoslawischen Emigration in der Bundesrepublik Deutschland. Zu diesem Thema, das er bereits vor einem Jahr mit BM ausführlich erörtert habe, wolle er nur feststellen, daß es in letzter Zeit kleine Verbesserungen, aber auch gewisse Elemente der Verschlechterung gegeben habe. Das Problem verdiene ständige Aufmerksamkeit und dürfe nicht zu einer Störung für die Entwicklung der Zusammenarbeit werden. Seinen Ausführungen von vor einem Jahr in Belgrad wolle er nur hinzufügen: Eine große Zahl der damals angesprochenen Fragen sei noch aktuell. Deshalb begrüße Jugoslawien das bevorstehende Treffen zwischen BMI Zimmermann und Innenminister Čulafić, die diese Fragen sehr konkret erörtern sollten.

7) Presse- und Informationswesen

D. spricht sich für Förderung der Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet des Presse- und Informationswesens aus. Weder die deutsche noch die jugoslawische Regierung könne ihrer Presse Weisungen geben. Jedoch sollte man Möglichkeiten für Einfluß suchen und finden, um das Gesamtbild der Presse konstruktiver zu gestalten. Mit konstruktiv meine er sicher nicht unkritisch, wende sich aber gegen eine Tendenz zu sensationeller Negativberichterstattung über die inneren Verhältnisse seines Landes in der deutschen Presse. Nicht alles sei „schwarz“ – es gebe verschiedene Fortschritte, und Treffen wie das heutige könnten beitragen, daß in der Presse die Situation des Partnerlandes so widergespiegelt werde, wie sie tatsächlich sei.

8) Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit

Die Bundesrepublik Deutschland sei der erste westliche Partner Jugoslawiens auf diesem Gebiet, und er – D. – zweifle nicht daran, daß sie in Zukunft alles unternehmen werde, um diese Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Jugoslawien beabsichtige, den Kulturabkommen des Europarats[21] beizutreten – dies werde ein weiterer Impuls auch für die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

ter aus der Bundesrepublik Deutschland die Schaffung eines von beiden Ländern hälftig zu finanzierenden Fonds in Erwägung gezogen“. Allerdings hätten die Gespräche „ein Vorstadium noch nicht verlassen“. Vgl. Referat 421, Bd. 140282.

21 Der Europarat verabschiedete am 19. Dezember 1954 das Europäische Kulturabkommen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 1128–1132.
Für den Wortlaut des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts vom 6. Mai 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1286–1291.
Am 23. Juni 1985 billigte der Europarat das Europäische Übereinkommen über Straftaten im Zusammenhang mit Kulturgut (Delphi-Konvention). Für den Wortlaut vgl. http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/ Html/119.htm.
Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 3. Oktober 1985 zum Schutz des architektonischen Erbes Europas (Granada-Konvention) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 624–633.

9) Rechts- und Konsularfragen

D. wertet die Zusammenarbeit als gut. Natürlich gebe es gerade auf diesem Gebiet eine Vielzahl von täglich zu lösenden Fragen – wenn dabei Probleme aufträten, so könnten sie nicht den Stand der Zusammenarbeit, der schon erreicht sei, mindern.

Er wolle hier nur kurz den konkreten Fall des Kindes Živojin Drljić ansprechen und bitte, die humanitäre Seite der Frage im Auge zu behalten: Das Weitere sollten die Mitarbeiter besprechen.

BM dankt für die Übersicht über die bilateralen Beziehungen. Auch wir hielten diese Beziehungen für sehr wichtig, wollten sie ausbauen und weiterentwikkeln.

1) Wirtschaftsbeziehungen

Unsere Wirtschaftsbeziehungen – so BM – seien durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet: Wir hätten gegenüber Jugoslawien einen Außenhandelsüberschuß, Jugoslawien uns gegenüber einen Zahlungsbilanzüberschuß, bewirkt durch Ausgaben unserer Touristen und durch Überweisungen jugoslawischer Gastarbeiter. Die jugoslawischen Exporte hätten sich zudem in die Bundesrepublik Deutschland überaus günstig entwickelt: In den ersten elf Monaten 1985 Steigerung um 14%.

Erfreulich sei auch, daß die jugoslawischen Anstrengungen um wirtschaftliche Stabilität Erfolge zeitigten. Er – BM – habe gut in Erinnerung, was ihm vor einem Jahr Frau Ministerpräsident Planinc dazu gesagt habe: Ihre Ankündigungen seien Wirklichkeit geworden. Wenn Jugoslawien auf diesem Wege fortfahre, werde es auch bei den Exporten in die Bundesrepublik Deutschland weitere Zuwächse geben.

Gemeinsame Frage müsse nun sein, welche Bereiche eine weitere signifikante Erweiterung der Handelsbeziehungen erlaubten. Er – BM – sehe die besten Möglichkeiten im Ausbau der Kooperationen und in der Verstärkung der Investitionen. Zu letzterem sei wichtig, nach nunmehr mehr als zehnjährigen Bemühungen den entsprechenden Vertrag endlich zustande zu bringen.[22]

Dizdarević wirft ein, Jugoslawien sei zu Verhandlungen bereit. In den bereits erwähnten neuen Wirtschaftsgesetzen sei eine Reihe von Fragen geregelt, die bisher Hindernisse für den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens gewesen seien.

BM hofft, daß dies auch für die Frage des Kapitalretransfers gelte.

2) EG–Jugoslawien

BM bestätigt unser Eintreten für weitere Liberalisierung. Dies falle uns nicht immer leicht, weil auch eigene Interessen berührt würden (Stichwort Sauerkir-

22 Die Bundesrepublik und Jugoslawien verhandelten seit 1974 über den Abschluß eines Investitionsfördervertrags. Zum Stand notierte Referat 422 am 8. Januar 1986: „Bei letzter Verhandlungsrunde im Juni 1981 hatte es im wesentlichen noch zwei offene Fragen gegeben: Die Berlin-Klausel und das Prinzip des freien Transfers. Während das Berlin-Problem inzwischen zufriedenstellend gelöst werden konnte, ist nach wie vor offen, ob die jugoslawische Seite bereit sein wird, in der für uns entscheidenden Frage des freien Transfers Zugeständnisse zu machen. Die Bundesregierung wäre äußerstenfalls beim Gewinntransfer zu einem gewissen Entgegenkommen bereit, muß aber beim Re-Transfer des Kapitals im Falle von Liquidation oder Veräußerung auf uneingeschränkter Transferfreiheit bestehen." Vgl. Referat 422, Bd. 149187.

schen[23]), dies ändere aber nichts an tatkräftiger Förderung der Liberalisierung durch die Bundesregierung.

3) Mehrjährige Umschuldung

BM bestätigt auch zu diesem Punkt unsere weitere Unterstützung und erinnert daran, daß die Durchführbarkeit dieser Idee von der Gestaltung des Verhältnisses Jugoslawien zum IWF abhängt.[24]

4) FZ

Hinsichtlich der Rückzahlungen aus den in den 1970er Jahren gewährten Krediten müsse er – BM – daran erinnern, daß wir bereits aufgrund des Londoner Schuldenabkommens[25] gehindert seien, dabei Umwandlungen vorzunehmen. Die Brioni-Formel[26] habe unmißverständlich klargestellt, daß bei Vergabe der Mittel Darlehen gemeint waren. Die Bundesrepublik Deutschland sehe sich schon jetzt Forderungen anderer – darunter eines unmittelbaren Nachbarn Jugoslawiens – ausgesetzt, die in die damaligen Vereinbarungen mehr hineinlegen wollten, als gemeint war.

5) Zusammenarbeit in Presse und Information

BM bestätigt, D. habe das Verhältnis der Bundesregierung zur Presse richtig dargestellt: Sie habe keinen Einfluß und wolle keinen Einfluß nehmen, weil dies nicht unserem Staats- und Freiheitsverständnis entspreche. Im übrigen möge D. unbesorgt sein: Hunderttausende unserer Landsleute reisten jedes Jahr nach Jugoslawien, hunderttausend Jugoslawen lebten bei uns und sähen die Wirklichkeit des Partnerlandes aus eigener Anschauung. Wenn es manchmal unangenehme Artikel gebe, könne dies die gute Grundstimmung nicht ändern.

23 Referat 411 vermerkte am 18. November 1985, daß aufgrund von „Billigeinfuhren“ aus Jugoslawien 1984 und 1985 „der deutsche Markt zusammengebrochen“ sei: „Die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe ist bedroht.“ Aus diesem Grund müsse eine von der EG-Kommission mit Jugoslawien auszuhandelnde Lösung eine Begrenzung der Kirscheinfuhren auf der Basis der Durchschnittsmengen der Jahre 1981 bis 1983 anstreben, ferner Mindestpreise als Schutz gegen Preisverfall sowie weitere Schutzmaßnahmen bei Erreichen der Einfuhrgrenze enthalten. Vgl. Referat 411, Bd. 131150.

24 Ministerialdirigent Trumpf hielt am 25. April 1986 fest, daß am 17. April 1986 von den Gläubigerstaaten und Jugoslawien „ein multilaterales Umschuldungsprotokoll (Pariser Protokoll) über die Rahmenbedingungen für die Umstrukturierung der Zahlungsfälligkeiten zwischen dem 16.5.1986 und dem 31.3.1988“ habe paraphiert werden können. Die Verhandlungen hätten sich als äußerst schwierig erwiesen, da Jugoslawien nicht bereit gewesen sei, ein weiteres Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF abzuschließen, was „ein Abgehen von einem ehernen Prinzip des ‚Pariser Clubs‘“ bedeutet habe. Das endgültige Protokoll sehe nunmehr zwei Stufen mit unterschiedlichen Modalitäten vor, deren Inkrafttreten jeweils von Gesprächen mit dem IWF und der Erfüllung bestimmter Zielvorgaben abhänge („enhanced monitoring“). Vgl. Referat 214, Bd. 139600.

25 Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1951, Dok. 210, AAPD 1952, Dok. 1, und AAPD 1953, I, Dok. 42.

26 Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 19. April 1973 in Jugoslawien auf und führte am 18./19. Juni 1973 Gespräche mit Präsident Tito in Brioni. Im Kommuniqué wurde festgestellt: „Beide Seiten stimmen darin überein, daß auf Grund des erreichten Standes der Beziehungen und des Vertrauens, das durch die entwickelte und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen ihnen geschaffen worden ist, auch die noch offenen Fragen aus der Vergangenheit auf eine Weise zu lösen sind, die den Interessen des einen wie des anderen Landes entsprechen würde. Sie sind übereingekommen, daß dies durch eine langfristige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten erreicht werden soll, über deren Formen baldmöglichst weitere Gespräche geführt werden sollen.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 428. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, I, Dok. 110 und Dok. 111.

6) Humanitäre Fälle

BM ist einverstanden, daß über den Fall Drljić unter den Mitarbeitern weitergesprochen wird. Er selbst setzt sich ein für

– Professor Čižek – Hinweise auf schlechten Gesundheitszustand, Bitte um Haftentlassung aus humanitären Gründen[27];
– Ivan Zugcić, Spieler beim VfL Bochum, der vorzeitig aus jugoslawischem Militärdienst entlassen werden will (Grundwehrdienst abgeleistet), um wieder in seiner Mannschaft mitspielen zu können[28], sowie
– Jovo Ilić (Häftling in Tuzla)[29].

Zum ersten und letzten Fall übergibt BM Papiere. Er unterstreicht, die jugoslawische Seite habe es in der Hand, durch humanitäre Lösung dieser Fälle das Klima, das wir zur Entwicklung der Beziehung brauchten, nachhaltig zu verbessern.

Dizdarević bemerkt zum Fall Čižek, er werde nicht das erste Mal angesprochen. Die jugoslawische Bewertung sei jedoch unverändert: Es handele sich um einen Mann, der in einer terroristischen Organisation aktiv tätig gewesen und deshalb rechtskräftig verurteilt sei. Er habe sich selbst vergewissert und könne BM bestätigen, daß Čižek bei guter Gesundheit sei. Er erinnere daran, daß es notwendig sei, den Terrorismus auf allen Seiten, nicht nur in Einzelfällen, zu bekämpfen.

Hinsichtlich des den VfL Bochum betreffenden Falles wolle er sich nach Möglichkeit für eine positive Lösung einsetzen; den dritten Fall kenne er nicht, man werde prüfen, was getan werden könne.

Referat 010, Bd. 178901

27 Referat 214 vermerkte am 17. Dezember 1985, daß der jugoslawische Staatsangehörige Vjenceslaw Čižek 1978 vom Bezirksgericht in Sarajevo „wegen Staatsschutzdelikten“ zu 15 Jahren Haft verurteilt worden sei: „Professor Čižek lebte von 1972 bis 1977 in der Bundesrepublik Deutschland und war hier als Asylberechtigter anerkannt. Er betätigte sich aktiv in verschiedenen exilkroatischen Organisationen und schrieb gegen die jugoslawische Regierung gerichtete Artikel in Emigrantenzeitschriften. Von einer Reise nach Italien im November 1977 ist er nicht mehr zurückgekehrt. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe äußerte […] den Verdacht, daß Professor C. über Italien nach Jugoslawien entführt worden ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139608.

28 Mit Privatdienstschreiben vom 6. Januar 1986 teilte Staatsminister Möllemann Botschafterin Rheker, Belgrad, mit: „Herr Zugcić wurde bei einer Reise nach Jugoslawien zum Wehrdienst bei den dortigen Streitkräften eingezogen und steht damit seinem Verein bis auf weiteres nicht zur Verfügung. Da Herr Zugcić für den VfL Bochum eine wertvolle Verstärkung darstellt, wurde ich gebeten, mich für eine vorzeitige Entlassung des Herrn Zugcić aus dem Wehrdienst zu verwenden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139607.
Legationsrat I. Klasse Hausmann notierte am 19. September 1986, daß nach Auskunft der jugoslawischen Botschaft „der Wehrdienst von Zugcić in Jugoslawien um 45 Tage abgekürzt worden sei und er seine Tätigkeit in Bochum wiederaufnehmen könne“. Vgl. Referat 214, Bd. 139607.

29 In einem dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević am 20. Januar 1986 übergebenen Papier hieß es: „Der 38jährige Jovo Ilić aus Bosnien, der in der Bundesrepublik Deutschland gearbeitet hatte, wurde im Juli 1979 verhaftet, als er auf Urlaub in seinem Heimatdorf war. Im Dezember wurde er vom Bezirksgericht Tuzla zu neuneinhalb Jahren Gefängnis aufgrund der Paragraphen 131 (‚Teilnahme an feindlichen Aktivitäten‘), 133 (‚feindliche Propaganda‘) und 157 (‚Schädigung des Ansehens der SFRJ‘) verurteilt.“ Die Anklage erhebe den Vorwurf, Ilić habe über Kontakte zu „führenden Mitgliedern einer Emigrantenorganisation der Tschetniks“ in der Bundesrepublik verfügt: „Die Gerichtsakten deuteten jedoch darauf hin, daß die einzigen ihm nachgewiesenen Kontakte zufälliger Natur und mit Arbeitskollegen waren, von denen einige mehr als 30 Jahre zuvor mit den Chetniks gekämpft hatten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139592.

14

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević

21. Januar 1986[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Frühstück BM mit jugoslawischem AM Dizdarević[2]

Teilnehmer: AM Dizdarević, Botschafter Dragović, Unterstaatssekretär Strbać;

auf deutscher Seite: Botschafterin Frau Dr. Rheker, D 2[3], RL 010 i. V[4].

BM nahm eingangs zum Stand der West-Ost-Beziehungen Stellung und zu den Möglichkeiten, die sich zu Beginn des Jahres 1986 für Europa ergäben. Eine Reihe interessanter Entwicklungen seien festzuhalten:

– Mit den Luxemburger Beschlüssen[5] sei die EG insgesamt gestärkt hervorgegangen. Es habe sich gezeigt, daß insbesondere auch GB sehr konstruktiv mitgewirkt habe. Dies sei auf einen Umdenkungsprozeß in GB zurückzuführen, der auch in der französisch-britischen Verständigung über den Kanalbau[6] wie in der Auseinandersetzung MP Thatcher/Heseltine[7] zum Ausdruck kommt. Die pro-europäischen Kräfte in GB würden immer stärker.
– EUREKA[8] sei ein wichtiges politisches Signal, ebenso wie das europäische Weltraumprogramm.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 21. Januar 1986 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 21. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 22. Januar 1986 vorgelegen.

2 Der jugoslawische Außenminister Dizdarević hielt sich am 20./21. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 13.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Klaus-Peter Klaiber.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 27.

6 Bei einem Treffen in Lille am 20. Januar 1986 verabredeten Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher den Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal, dessen Fertigstellung für 1993 vorgesehen war. Der Auftrag mit einem Volumen von 2,23 Mrd. Pfund ging an das britisch-französische Konsortium „Channel Tunnel Group/France-Manche". Vgl. dazu den Artikel „Thatcher and Mitterrand agree on rail tunnel"; THE TIMES vom 21. Januar 1986, S. 1.

7 Nach Kontroversen wegen der Sanierung des britischen Luftfahrtunternehmens Westland trat der britische Verteidigungsminister Heseltine am 9. Januar 1986 zurück. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 11. Januar 1986: „PM Thatcher hat Heseltines Rücktritt nicht gewollt. Das Ansehen der Regierung […] ist durch den Kabinettsstreit über Westland nun wieder angeschlagen. Nachhaltig negativ dürfte sich für die PM Heseltines in der Pressekonferenz dargelegte Kritik an ihrem autoritären, präsidentiellen Führungsstil auswirken. Wohl haben schon in der Vergangenheit Vertreter ihrer Fraktion daran herumgemäkelt, noch nie ist aber ein Regierungsmitglied so offen und hart mit ihr ins Gericht gegangen. Die Westland-Affäre hat bei der PM Wunden geschlagen, in die künftig ihre Gegner in und außerhalb der Partei immer wieder Salz streuen werden. PM Thatcher hat wahrscheinlich ihren Zenit überschritten. Das bedeutet freilich nicht, daß ihre Führungsrolle bereits gefährdet wäre, die Nachfolgefrage stellt sich z. Z. nicht. Aber die ‚Iron Lady' erscheint erstmals in einem blasseren Licht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 44; Referat 201, Bd. 143343.

8 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 2, Anm. 31–33.

– Das Kulturforum in Budapest[9] signalisiere zunehmend europäisches Bewußtsein.

Das europäisch-amerikanische Verhältnis lasse sich langfristig nur stabilisieren, wenn das europäische Eigengewicht stark sei.

In bezug auf die SU sei noch unklar, was mit der Äußerung gemeint sei, die EG sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Realität.[10] Bedeute dies, daß SU Europa das Recht auf gleiche Sicherheit zugesteht? Es könne keine große Sicherheit für Große, kleine Sicherheit für Kleine geben.

Bei erster Prüfung der sowjetischen Vorschläge[11] sei beachtenswert, daß die Notwendigkeit der Verifikation grundsätzlich anerkannt werde. Erfreulich sei auch die enge gedankliche Verbindung zwischen den Genfer Verhandlungen und den Foren MBFR und KVAE.

BM fuhr fort, es komme nun darauf an, den Blick zu richten auf die Zeit nach den Atomwaffen. Sowohl USA wie UdSSR zielten – auf unterschiedlichen Wegen – in die gleiche Richtung. Man müsse sich fragen, wie das Gleichgewicht des Schreckens ersetzt werden könne. Ziel der Europäer müsse es sein, anstelle eines Nichtkrieges durch Abschreckung einen Frieden durch Vertrauen zu schaffen. Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Aspekt sei die konventionelle Überlegenheit der SU. Hieraus folge, daß wir beispielsweise den Strategien

9 Das Kulturforum der KSZE in Budapest fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 4. Dezember 1985, rund 800 Delegierte, vor allem „führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kultur", hätten in vier Arbeitsgruppen getagt. Die Debatten hätten „neben Vielfalt und Ideenreichtum der teilnehmenden Kulturpersönlichkeiten auch die (tiefen) ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West im Bereich der Kultur sichtbar werden lassen. Während Westen die Rolle des schöpferischen Individuums beim kulturellen Schaffen und bei kultureller Zusammenarbeit und die kulturellen Freiheiten hervorhob, wurden von den WP-Staaten Themen wie ‚Verantwortung des Künstlers für den Frieden und für die Gesellschaft', Kampf gegen die ‚Auswüchse' der Kulturindustrie in Vordergrund gestellt. Vor diesem Hintergrund war es nicht möglich, innerhalb des gesetzten beschränkten Zeitrahmens Konsens über ein substantielles Schlußdokument zu erzielen". Die Verhandlungen über ein Schlußdokument seien von sowjetischer Seite am 25. November 1985 abgebrochen worden, und „eine kurzgefaßte, von Ungarn entworfene Schlußerklärung, mit der Teilnehmerstaaten empfohlen wurde, alle in Budapest gemachten Vorschläge dem Wiener KSZE-Folgetreffen (Beginn Nov[ember] 1986) zu unterbreiten, scheiterte schließlich am Widerstand Rumäniens." Die Bundesrepublik habe den Großteil ihrer Ziele erreicht: „Forum gab zahlreichen führenden Persönlichkeiten aus Ost und West reichlich Gelegenheit zu Begegnung und systemübergreifendem Meinungsaustausch. Auf diese Weise und durch unsere offiziellen Beiträge konnten wir die auf Verwirklichung der kulturellen Rechte und Freiheiten, auf mehr Kontakte, mehr bilaterale und vor allem auf mehr gemeinsame Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten ausgerichtete Politik der Bundesregierung deutlich machen." Der vom Schriftsteller Günter Grass angeregte Schaffung einer gesamteuropäischen Kulturstiftung sei zusammen mit Frankreich als offizieller Vorschlag eingebracht worden und solle nun „außerhalb der KSZE weiterverfolgt" werden. Vgl. den Runderlaß Nr. 104/105 Ortex; Referat 213, Bd. 139354.

10 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 31. Mai 1985, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gegenüber Ministerpräsident Craxi am 29. Mai 1985 in Moskau die Bereitschaft betont habe, „dort, wo die EG-Staaten als eine ‚politische Einheit' auftreten, auch in bezug auf konkrete internationale Probleme nach Verständigungsmöglichkeiten mit ihnen zu suchen". Braunmühl zog den Schluß: „Die SU scheint hiermit eine grundsätzliche Wende in ihrer bisher negativen Einschätzung der EG als politischer Gemeinschaft zu vollziehen, vielleicht sogar einen neuen Schritt in ihrer Westeuropapolitik einleiten zu wollen. Während sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft […] inzwischen zumindest faktisch anerkennt, hat sie eine Anerkennung der Zehnergemeinschaft als politischen Zusammenschluß bisher vermieden." Vgl. Referat 213, Bd. 139359.

11 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

den offensiven Charakter nehmen und durch defensiven Charakter ersetzen müßten. Ferner müsse daran gearbeitet werden, das Konfrontationsdenken zu eliminieren.

Schließlich sei zu prüfen, ob die SU in einer technologischen Zusammenarbeit mit Europa Eigenvorteile erkenne.

Die Bundesrepublik Deutschland verfolge eine Politik der Kontakte und Gespräche mit der SU und all ihren Verbündeten. Wie immer geartete Isolierungskonzepte seien Rezepte von gestern. Es dränge sich der Eindruck auf, daß SU hier Fehler in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland mache.

AM *Dizdarević* erwiderte: Der neue sowjetisch-amerikanische Dialog habe auch das Klima für Europa verbessert. Europa habe auch in Zeiten der Konfrontation richtigerweise bilaterale Beziehungen über die Blockgrenzen aufrechterhalten. Die Bundesrepublik Deutschland spiele eine wichtige Rolle; vernünftige Politik könne nicht um Deutschland herum gemacht werden. Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihr Engagement für den KSZE-Prozeß seien Beweis genug für die besonders wichtige deutsche Rolle. Die derzeitige Zurückhaltung der SU könne er nur mit dem Stichwort SDI erklären. Dies stünde augenblicklich im Vordergrund sowjetischen Interesses.

Die neuen Gorbatschow-Vorschläge im Bereich der Mittelstreckenwaffen enthielten interessante Ansätze für Europa. In der Tat stelle sich dabei auch das Problem der konventionellen Rüstung in verstärktem Maße.

Auf Bitte von AM Dizdarević erläuterte *BM* die neuen westlichen MBFR-Vorschläge.[12] Zu SDI bemerkte BM, daß wir die von SU und USA formulierten Verhandlungsziele vom 8. Januar 1985[13] unterstützten. Die Frage der „sogenannten deutschen Beteiligung" sei einfach zu beantworten: Den Firmen aus wichtigen westlichen Ländern sei eine Teilnahme freigestellt. Die Bundesregierung selbst werde sich nicht beteiligen und stelle auch keine Mittel zur Verfügung.[14] Die Gespräche von BM Bangemann in Washington[15] hätten der Frage gegolten, die Bedingungen für den Technologieaustausch zwischen deutschen Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu verbessern.

AM *Dizdarević* sprach EUREKA an und erklärte sich mit den Zielsetzungen dieses Projekts voll einverstanden. Jugoslawien werde nicht abseits stehen; allerdings mache man sich keine Illusionen über das mit EUREKA bereits Erreichte noch über das Machbare. *BM* nahm jugoslawisches Interesse befriedigt zur Kenntnis und wies darauf hin, daß Zusammenarbeit in der Technologie auch eine vertrauensbildende Maßnahme sei.

AM *Dizdarević* ging sodann auf die europäischen Foren ein.

12 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

13 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA); DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

14 Vgl. dazu den Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung; Dok. 1, besonders Anm. 4.

15 Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

– Zum Kulturforum teile er Auffassung des BM. Mit den Diskussionen könne man sehr zufrieden sein. Es sei zu hoffen, daß sich einige Vorschläge in praktische Politik umsetzen lassen.
– Für den KSZE-Prozeß seien drei Dinge von Bedeutung:
  – Zum einen sei ein Verhandlungserfolg in Stockholm[16] bis zum Dezember 1986 notwendig, damit in Wien[17] über eine zweite Phase entschieden werden könne.
  – In Bern[18] müssten eine Konfrontation vermieden und im konstruktiven Geist Fortschritte erarbeitet werden. Diese seien insbesondere im Bereich der Familienzusammenführung möglich. Im Rahmen der N+N-Staaten setze sich Jugoslawien für die Erarbeitung von Vorschlägen schon vor Konferenzbeginn ein.
  – Für das Folgetreffen in Wien planten N+N-Staaten ein vorbereitendes Treffen auf Ministerebene.[19]

    Jugoslawischerseits bestehe besonderes Interesse an einer besseren Implementierung des Korbes II[20].

BM erläuterte auf Bitten von AM Dizdarević kurz die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Wiederbelebung der WEU. In der WEU werde über europäische Sicherheitsinteressen gesprochen, wie z. B. die Bedeutung von SDI für die europäische Sicherheit. Das Ergebnis der Diskussion werde anschließend in das Bündnis eingebracht. Auf Frage von AM *Dizdarević*, welche Auffassung die Bundesregierung zu der Idee eines Treffens WP–NATO[21] einnehme, meinte *BM*, diese Idee sei noch nicht ausgereift. Im übrigen seien in den besprochenen multilateralen Gremien alle Mitglieder von NATO und WP vertreten. Dort könne über wichtige Fragen gesprochen werden.

AM *Dizdarević* kam schließlich auf den Nahost-Konflikt zu sprechen. Anfang Februar werde er mit dem Ministerpräsidenten nach Ägypten fahren.[22] Sein Eindruck sei, daß sich arabische Länder in ihrer Mehrheit für eine Lösung in Richtung des Fes-Planes[23] einsetzten, ebenso wie für eine multilaterale Konfe-

16 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 8.
17 In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.
18 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.
19 Die Außenminister der neutralen und nichtgebundenen Staaten kamen am 23./24. Oktober 1986 in Brioni zusammen. Vhl. dazu Dok. 226, Anm. 11.
20 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.
21 Auf seiner Tagung am 22./23. Oktober 1985 in Sofia schlug der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts „direkte Verhandlungen“ mit der NATO über ein Abkommen zum Gewaltverzicht, über eine Verpflichtung zur Nichterhöhung bzw. Reduzierung der Rüstungsausgaben und über ein Verbot chemischer Waffen in Europa vor. Für den Wortlaut der Erklärung „Für die Beseitigung der nuklearen Gefahr, für eine Wende zum Besseren in Europa und der Welt“ vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 304–312.
22 Der jugoslawische Außenminister Dizdarević hielt sich in Begleitung des Präsidenten Vlajković vom 3. bis 6. Februar 1986 in Ägypten auf.
23 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

renz. Bezüglich der PLO führe jede Spaltung zu Extremismus; deshalb müsse man den gemäßigten Arafat unterstützen.

BM erwiderte, eine Beurteilung der PLO und Arafats sei nicht einfach. Es gebe hierzu die widersprüchlichsten Auffassungen. Die Bundesregierung habe ein besonderes Verhältnis zur PLO einerseits und zu Israel – aufgrund unserer historischen Verantwortung – andererseits. Den Weg zur PLO müsse Israel selbst finden, hier könne die Bundesregierung nicht helfen.

Im übrigen weise er darauf hin, daß die Bundesregierung sich 1974[24] vor den VN als erstes westliches Land für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingesetzt habe.[25] Auch die bedeutende EG-Erklärung zum Nahost-Konflikt von Venedig 1980[26] enthalte diese Forderung. Aus deutscher Sicht sei die Initiative König Husseins[27] sehr interessant. In wenigen Tagen werde er, BM, Gelegenheit haben, hier in Bonn mit MP Peres[28] und Präsident Mubarak[29] Gespräche zu führen. Außerdem werde er in Kürze Marokko und Tunesien besuchen.[30]

In bezug auf den Terrorismus sei die Erkenntnis wichtig, daß nur durch Fortschritte im Friedensprozeß der Sumpf des Terrorismus trockengelegt werden könne.

Referat 010, Bd. 178901

24 Korrigiert aus: „1975".

25 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

26 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

27 Zu den Bemühungen des Königs Hussein um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

28 Ministerpräsident Peres hielt sich vom 26. bis 29. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

29 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak am 31. Januar 1986 vgl. Dok. 29.

30 Bundesminister Genscher hielt sich am 13./14. Februar 1986 in Marokko und am 14./15. Februar 1986 in Tunesien auf. Vgl. dazu Dok. 44 und Dok. 48.

15

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.26-71/86 VS-vertraulich **21. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziffer III

Betr.: Strategische und rüstungskontrollpolitische Implikationen von SDI; hier: Behandlung in der NATO

Bezug: DB Nr. 46 vom 14.1.1986 – I 1-362.05/1-102/86 VS-v[4]

Es wird um Zustimmung zu dem unter Ziff. III vorgeschlagenen Verfahren gebeten. Botschafter Hansen wird für die im Februar stattfindende Erörterung im NATO-Rat die Weisung erhalten, an der vereinbarten breiten Erörterung festzuhalten, je nach Gang der Diskussion aber im Verfahren flexibel vorzugehen.[5]

I. Ausgangslage

Die NATO-AM haben – auf Vorschlag BM – anläßlich ihrer Brüsseler Herbsttagung am 12./13.12.1985 im engsten Kreis[6] beschlossen, auf Fragen der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI auf der Frühjahrstagung in Halifax[7] zurückzukommen. Sie vereinbarten, daß die Ständigen Vertreter im Februar im engsten Kreis prüfen sollen, wie diese Untersuchung am besten vorangetrieben werden könne:

„Ministers invited Permanent Representatives to meet in Restricted Session in February 1986 to consider further how best to carry forward examination of the implications of moving towards a strategic balance more dependent on defensive systems; agreed to return to this subject at the spring 1986 meeting; and noted that the United States would continue to keep the Allies briefed on developments in the Geneva negotiations relating to defence and space issues."

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Januar 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 26. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Strategie[diskussion] ist – durch die USA ausgelöst – in vollem Gange. Sie hat durch die sog[enannten] Vorschläge für vollständige atomare Abrüstung einen neuen Impuls bekommen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 27. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre sowie Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 27. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Ploetz am 28. Januar 1986 vorgelegen, der zusätzlich die Weiterleitung an den Arbeitsstab 20 verfügte und diesen sowie Referat 201 um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr am 29. Januar 1986 vorgelegen.

4 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), übermittelte eine auf französischen Wunsch erstellte Neufassung des vom NATO-Ministerrat am 13. Dezember 1985 in Brüssel verabschiedeten Mandats an die Ständigen Vertreter, über die strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI zu beraten. Vgl. VS-Bd. 12127 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Für die Weisung an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 54.

6 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 345.

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

Gegenüber dem ursprünglichen Mandat sind in der Zwischenzeit zwei wesentliche Veränderungen eingetreten:

– Mit Schreiben an den NATO-Generalsekretär vom 19.12.1985[8] hatte F mitgeteilt, die Entscheidung der Minister anders verstanden zu haben. Die Formulierung des Mandats in der vorliegenden Fassung könne den Eindruck erwecken, daß eine Änderung der Abschreckungsstrategie der Allianz erwogen werde und sich die Minister bereits über das Gleichgewicht zwischen Offensiv- und Defensivkräften geäußert hätten.

  Auf die Anregung Frankreichs zu einer entsprechenden Änderung des Mandats (Fortfall mißverständlicher Passage) wurde in der Sitzung des Ständigen Rats im engsten Kreise vom 14.1.1986 Einigung über folgende Neufassung erzielt:

  „Ministers invited Permanent Representatives to meet in Restricted Session in February 1986 to consider further how best to carry forward examination of the possible implications of SDI; (weiter wie ursprünglicher Text)".

  Die französische Sorge gewinnt dadurch an Gewicht, daß sich nunmehr auch die SU offiziell zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt bekannt hat[9], allerdings wie die USA ohne Angabe darüber, wie in Zukunft gewährleistet sein wird, daß ein Krieg in Europa undurchführbar bleibt.

– Die Amerikaner haben – unterstützt von GB und dem NATO-Generalsekretär – die Befürchtung geäußert, eine hypothetische Diskussion über die Implikationen von SDI, wie sie zur Zeit nur möglich sei, könnte die NATO spalten und die Glaubwürdigkeit der bestehenden Strategie gefährden. Die Briten wollen aus diesem Grunde auch in der WEU eine solche Diskussion verhindern oder – falls unvermeidbar – deren Tempo drosseln.

II. Unsere Haltung

Wir teilen diese Bedenken nur bedingt. Die Strategiediskussion findet längst statt und wird andauern, unabhängig davon, wann die Forschungsergebnisse des SDI-Programmes vorliegen. Wie immer sind die Ansatzpunkte dieser Diskussion diesseits und jenseits des Atlantiks unterschiedlich. Finanzielle Zwänge im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms werden zu einer Prioritätensetzung führen. So weisen z. B. amerikanische Stimmen von Gewicht darauf hin, daß in der strategischen Relation zwischen den Großmächten Abwehrwaffen auch dann stabilisierend wirken, wenn sie keinen dichten Schutzschirm schaffen:

„Eine Abwehr, die weit weniger als lückenlos ist, kann die Anforderungen an offensive Streitkräfte so in die Höhe schrauben, daß Angriffe auf eine beschränkte Reihe von entscheidenden Zielen zu teuer und zu gefährlich erscheinen, während umfassende Angriffe auf militärische Ziele nicht in der Lage sein werden, den Wirkungsgrad des Angriffs und die Zuversicht über die Ergebnisse zu erzielen, wie sie vor dem Aufbau einer Abwehr bestanden haben." (Fred

8 Zum Schreiben an NATO-Generalsekretär Carrington vgl. den Drahtbericht Nr. 2053 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 23. Dezember 1985; VS-Bd. 12045 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

9 Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

S. Hoffman, Direktor von Pan Heuristics, Marina del Rey (Kalifornien), am 1.3. 1985 vor dem Unterausschuß für Strategische und Mittelstreckenkernwaffen des Senatsausschusses für die Streitkräfte, Europa-Archiv 21/85, S. 647.)

Damit könnte in den USA die Furcht vor einem „Fenster der Verwundbarkeit" beseitigt und die Glaubwürdigkeit der extended deterrence gefördert werden.

Strategische und sicherheitspolitische Argumente werden in der Frage der Prioritätensetzung wichtige Kriterien sein. Es liegt in unserem Interesse, unsere Meinung hierzu zur Geltung zu bringen. Dies ist auch für unsere Öffentlichkeitsarbeit wichtig als Nachweis dafür, daß wir in den zuständigen Organen der NATO diese wichtige Debatte – wie angekündigt – führen und in ihr europäische Gesichtspunkte zum Tragen bringen. Es wäre allerdings falsch, die Debatte eng anzulegen und auf mögliche strategische Auswirkungen einer stufenweisen oder auch nur teilweisen Verwirklichung des SDI-Programmes zu beschränken. Die Diskussion muß im Gegenteil breit geführt werden und erlauben, ausgehend vom derzeit für die Europäer besonders ungünstigen Trend in der Entwicklung des Bedrohungspotentials, zu prüfen, wie neben der von den USA und der SU bipolar gesehenen strategischen Stabilität die Stabilität in Europa und damit die Nichtführbarkeit eines Krieges hier zu gewährleisten sind.

So könnten zum Beispiel in einer Erörterung der Bedrohungslage Europas Reaktionen auf die folgenden Entwicklungen erarbeitet werden:

– Es ist absehbar, daß ballistische und nichtballistische Flugkörper, die bisher praktisch ausschließlich für nukleare Einsätze vorgesehen sind, künftig zusätzlich konventionelle Rollen erhalten könnten; die klassische Flugabwehr muß als Antwort dieser veränderten Bedrohung angepaßt werden.[10]
– Wir müssen außerdem davon ausgehen, daß die SU seit Jahren Anstrengungen unternimmt, ihrerseits Abwehrmöglichkeiten gegen Raketen und Marschflugkörper zu entwickeln. Wie deutlich der Gesamtzusammenhang dort gesehen wird, ergibt sich daraus, daß bereits Mitte der sechziger Jahre die nationale Luftabwehr in die drei Kommandos, nämlich Luftabwehr, Raketenabwehr und Satellitenabwehr untergliedert wurde. Die Entwicklung sowjetischer Abwehrsysteme würde die zur Bündnis-Strategie gehörende Option selektiver nuklearer Einsätze[11], die ein Gegengewicht gegen die konventionelle Überlegenheit der SU darstellt, einschränken.
– Auch diese Fragen können entweder militärisch – durch neue, in diesem Falle defensive Waffensysteme – oder rüstungskontrollpolitisch – d.h. durch Verbote und Einschränkungen bzgl. vorhandener und[12] neuer Waffensysteme –

10 Zu ersten Überlegungen für eine erweiterte Luftverteidigung für Europa vgl. AAPD 1985, II, Dok. 351.

11 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response" bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

12 Die Wörter „vorhandener und" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

gelöst werden. Wir geben auch hier der rüstungskontrollpolitischen Lösung den Vorzug.

III. Weiteres Vorgehen

Die Diskussion über diese Fragen muß – teilweise parallel – auf mehreren Ebenen geführt werden:

– Bildung der deutschen Position in engster Abstimmung AA–BMVg (hierzu kann besonders die wiederaufgenommene Gesprächsrunde auf der Ebene D 2/Leiter des Planungsstabes und der Stabsabteilung III des BMVg dienen).
– Deutsch-französischer sicherheitspolitischer Dialog: Frankreich hat sich unserem Vorschlag angeschlossen, ein gemeinsames Papier in die SDI-AG der WEU einzubringen.[13] Seine Erarbeitung gibt Gelegenheit zu einer ersten Strukturierung und Abstimmung der von beiden Seiten gesehenen Fragen.
– WEU: Auf der Grundlage des deutsch-französischen Papiers soll in der WEU ein organisierter Meinungsaustausch stattfinden. Unser Ziel wird es sein, von den Außen- und Verteidigungsministern bei ihrer April-Tagung[14] ein konkreteres Mandat zu erhalten und damit die bisherige britische Zurückhaltung auf politischer Ebene zu überwinden.
– NATO: Wenn die Erörterung im Ständigen Rat unüberbrückbare Gegensätze ergibt, sollten wir die Diskussion dort nicht forcieren, sondern die wenigen Monate bis zum Ministertreffen in Halifax abwarten, um das Mandat zu erneuern.
– Unabhängig hiervon sollten wir die begonnene Diskussion über diese Fragen im Viererkreis intensivieren, weil wir hier das entscheidende Forum sehen, offen und zur Sache in der gebotenen Vertraulichkeit zu sprechen. Der Gang der Erörterung hier dürfte für die Bereitschaft von USA und GB wichtig sein, an einer Erörterung im NATO-Rahmen teilzunehmen. Diese könnte im Viererrahmen vorstrukturiert werden, um die von den USA und GB befürchteten Auswirkungen möglichst zu verhindern.
– Unverzichtbar sind auch bilaterale Gespräche mit den USA. Wir bemühen uns darum, eine vom Pentagon vorgeschlagene High Level Defense Group auf die Außenministerien zu erweitern und damit für diesen Zweck zu instrumentalisieren.[15]

Braunmühl

VS-Bd. 12127 (201)

13 Zum geplanten Beitrag der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe für die SDI-Arbeitsgruppe der WEU vgl. Dok. 51.

14 Zur WEU-Ministerratstagung am 29./30. April 1986 in Venedig vgl. Dok. 130.

15 Staatssekretär Ruhfus wies in einem Schreiben an Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, am 21. Februar 1986 darauf hin, daß an der ersten Sitzung der deutsch-amerikanischen High Level Defense Group am 19. März 1986 in Würzburg auch Vertreter des amerikanischen Außenministeriums teilnehmen würden: „Das Auswärtige Amt sollte deshalb ebenfalls an den Sitzungen der Gruppe teilnehmen. Es entspricht der Bedeutung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den USA, die mit der Verteidigungspolitik verknüpften Aufgabenbereiche der Außenministerien in den regelmäßigen Dialog in der HLDG einzubeziehen." Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 264 vom selben Tag übermittelte Schreiben; VS-Bd. 12094 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
In einem Gespräch mit Ruhfus am 7. März 1986 erklärte Rühl, „er habe noch am 6. März mit Perle über dieses Problem gesprochen. Perle habe eine Teilnahme sowohl von State Department als auch

16

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij

220-370.70 SOW VS-NfD **22. Januar 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: D 2 A[2], D 2[3], RL 220[4], VLR I Dr. Klaiber, VLR Scheel.

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Semjonow, BR Jelisarjew, Botschaftssekretär Beljakow.

Nachdem zu Beginn Botschafter *Semjonow* dem Bundesminister einen schriftlichen Gruß von Außenminister Schewardnadse überbracht hatte, erläuterte Botschafter *Kwizinskij* die jüngsten sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge[5] wie folgt:

Dem Bundesminister seien die jüngsten sowjetischen Vorschläge bekannt. Der Bundesregierung sei eine Botschaft des Generalsekretärs überbracht worden.[6]

Fortsetzung Fußnote von Seite 88

AA schroff zurückgewiesen. Er will dies jedenfalls für die nächste Sitzung nicht. Pentagon bestreite ähnliche bilaterale Gespräche mit anderen Ländern auch nur allein und wolle keinen Präzedenzfall schaffen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 262 des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 6. März 1986 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12094 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Die erste Sitzung der High Level Defense Group fand am 18. März 1986 in Würzburg statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte am 14. April 1986, nach Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung sei dabei das „Einverständnis erzielt worden, „daß fortan je ein Vertreter der Außenministerien (und zwar ein für Verteidigungsfragen zuständiger Beamter) teilnehmen solle. Die Sitzungen sollten etwa zweimal jährlich stattfinden; die nächste Sitzung also im Herbst 1986." Vgl. VS-Bd. 12094 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 22. Januar 1986 an Staatssekretär Meyer-Landrut und Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 23. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 3. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Februar 1986 vorgelegen.

2 Friedrich Ruth.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Rolf Hofstetter.

5 Am 15. Januar 1986 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere im Bereich der Nuklearwaffen, für ein Verbot chemischer Waffen, für einen umfassenden Teststopp einschließlich der Frage der Verifikation sowie für MBFR und die KVAE. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner Dok. 19.

6 Der sowjetische Botschafter Semjonow überbrachte am 16. Januar 1986 Bundesminister Schäuble eine mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Vorschlägen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dazu erklärte er, „er sei besonders beauftragt, auf das sowjetische Interesse an einer Befreiung Europas von Mittelstreckenwaffen hinzuweisen. Die Sowjetunion bemühe sich ernsthaft um einen ersten Schritt in Richtung auf eine spätere umfassende Vereinbarung. Endziel sei die Liquidierung aller nuklearen Waffen. Er sei ausdrücklich angewiesen, darauf hinzuweisen, daß Verhandlungen über Reduzierungen bei INF nicht gleichzeitig mit

Der Bundesminister habe in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, daß das Programm einer genauen Prüfung bedürfe und es Fragen gebe, die noch geklärt werden müßten.[7] Sein, Kwizinskijs, Auftrag sei es, diese offenen Fragen zu beantworten. Auf sowjetischer Seite habe man mit Genugtuung festgestellt, daß die Bundesregierung auf die konstruktiven Elemente des jüngsten sowjetischen Vorschlags hingewiesen und sich bereit erklärt habe, diesen Vorschlag zu prüfen. Die Sowjetunion sei an einer Reaktion der Bundesregierung sehr interessiert.

Ein wesentlicher Teil der Vorschläge richte sich direkt an Europa. Es werde darin ausdrücklich festgestellt, daß bei der Herbeiführung einer Wende zu einem sichereren Frieden und zur Entspannung den europäischen Staaten eine besondere Rolle zufalle. Dies gelte in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland. Im deutsch-sowjetischen Verhältnis sei eine gewisse Abkühlung eingetreten. Auf die Frage, wessen Verschulden dies sei, wolle er nicht eingehen. Der jetzige Zustand brauche jedoch für die Zukunft nicht maßgebend zu sein. Das sowjetische Abrüstungsprogramm könne zu einer neuen Situation für Europa und die ganze Welt führen. Gerade einem Staat wie der Bundesrepublik Deutschland, der in der Vergangenheit so wesentlich zur Festigung des Friedens in Europa beigetragen habe, komme eine besondere Rolle zu. Das sowjetische Abrüstungsprogramm, das ein langfristiges sei, entspreche der objektiven Interessenlage beider Seiten. Alle Staaten seien aufgerufen, zur konsequenten Verminderung von Spannungen und zur Liquidierung der nuklearen Konfrontation beizutragen. In diesem Zusammenhang sei auch die Verminderung konventioneller Rüstungen und Streitkräfte von Bedeutung.

Das sowjetische Programm verlange ein neues Herangehen und mutige Entscheidungen. Die Sowjetunion habe mutige Entscheidungen getroffen und ein Angebot an andere Staaten gemacht. Die Einstellung zu diesem Programm sei ein Prüfstein für die Politik des jeweiligen Staates.

Die Genfer Verhandlungen seien zwar eine primäre Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Dies könne aber nicht bedeuten, daß diese Thematik nicht Gegenstand des Gedankenaustausches mit anderen Staaten sein könne. Im Gegenteil, die Sowjetunion halte einen solchen Meinungsaustausch für wünschenswert. Deshalb sei er hier. Die Bundesrepublik Deutschland habe auch in diesen Fragen aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 89

Verhandlungen über ‚taktische' Systeme stattfinden sollten. Die Sowjetunion sei der Auffassung, daß eine INF-Zwischenvereinbarung verzögert würde, wenn man gleichzeitig über ‚taktische' Waffen spreche. Dieses Problem müsse nach einer solchen Vereinbarung angegangen werden." Die UdSSR sei im übrigen bereit, in diesem Zusammenhang vertrauliche Kontakte zwischen den Regierungen zu halten und den sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij nach dem 20. Januar 1986 zu Gesprächen nach Bonn zu entsenden. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139307.
Für die Botschaft von Gorbatschow vgl. Referat 213, Bd. 139371.

7 In einer Stellungnahme des Bundesministers Genscher vom 16. Januar 1986 hieß es, daß die Bundesregierung die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom Vortag begrüße und gemeinsam mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten „sorgfältig prüfen" werde. Weiter wurde ausgeführt: „Die heute beginnende neue Runde der bilateralen Verhandlungen bietet die Möglichkeit, die Vorschläge im Bereich der nuklearen Waffen unverzüglich zu erörtern und auszuloten. […] Bei der Bewertung der sowjetischen Erklärungen und Vorschläge wird auch die Frage von Bedeutung sein, ob die Sowjetunion bereit ist, allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einzuräumen." Für die Stellungnahme vgl. Referat 213, Bd. 139369.

tung und wegen der Rolle, die sie im westlichen Bündnis spiele, ein besonderes Gewicht.

Es gehe um vitale Fragen der Sicherheit, ja um das Überleben der Menschheit. Unsere historischen Schicksale seien eng miteinander verbunden.

Er wolle jetzt auf die Einzelheiten des sowjetischen Vorschlags eingehen und die Aufmerksamkeit des Bundesministers vor allem auf den Kontext der ersten Etappe lenken, insbesondere auf den Vorschlag für die Liquidierung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa. Es sei nicht einfach gewesen, diesen Vorschlag zu machen. Aber man habe sich auch im Hinblick auf die Beziehungen zu den Europäern dazu entschlossen. Man hoffe, daß dieser Vorschlag gebührend eingeschätzt werde, nicht nur verbal, sondern auch hinsichtlich der praktischen Schlußfolgerungen. Sein, Kwizinskijs, Eindruck sei es gewesen, daß wir uns so etwas gewünscht hätten. Jetzt könne es Wirklichkeit werden. Ziel des gesamten Programms sei es, die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen. Die Sowjetunion habe dies bereits 1946 vorgeschlagen, damals sei es jedoch nicht akzeptiert worden.[8] Die Folge sei 40 Jahre Wettrüsten gewesen, durch das niemandes Sicherheit gestärkt worden sei. Enorme Summen seien verschleudert worden, die für bessere Zwecke – Umwelt, Entwicklungshilfe, zivile Forschung – hätten ausgegeben werden können. Wenn jede Seite die andere 67 Mal auslöschen könne, sei es völliger Unsinn, danach zu streben, ein 68. Mal zu erreichen. Alle Pläne, Überlegenheit zu erzielen, hätten sich als Illusion herausgestellt. Die Sowjetunion sei immer in der Lage gewesen, amerikanischen Entwicklungen eine sowjetische Entwicklung entgegenzustellen. Eine Politik des Ersteinsatzes sei selbstmörderisch. Das Streben nach Eskalationsdominanz auf jeder Stufe sei Unsinn. Jeder Rüstungsschritt auf nuklearem Gebiet verschärfe die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme. SDI sei keine Hilfe für diese Probleme. Die Existenz der Nuklearwaffen werde dadurch nur verlängert. Mit der Kombination von offensiven und kosmischen Schlagwaffen werde Überlegenheit angestrebt. GS Gorbatschow habe Präsident Reagan gesagt, daß diese Rechnung nie aufgehen werde.[9] Die Sowjetunion werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und ggf. auch selbst kosmische Waffen bauen. Die Idee „to prevail in a nuclear war" werde wie eine Tontaube zerschellen.

Reagan habe gesagt, daß es das Ziel sei, Nuklearwaffen obsolet zu machen.[10] Damit erkenne er an, daß ein nuklearer Wettbewerb zwecklos sei. Ein solcher

8 Am 14. Juni 1946 schlug der amerikanische Delegierte bei der „United Nations Atomic Energy Commission", Baruch, die Schaffung einer internationalen Behörde vor, die sämtliche Phasen der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie sowie ein Verbot von Atomwaffen überwachen sollte. Für den Wortlaut seiner Erklärung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 7–16. Vgl. dazu ferner die erläuternden Memoranden der amerikanischen Regierung vom 2., 5. und 12. Juli 1946; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 25–42.
Am 19. Juni 1946 schlug der sowjetische Delegierte Gromyko einen Vertrag zum Verbot der Herstellung und Anwendung von nuklearen Massenvernichtungswaffen sowie die Zerstörung der vorhandenen Bestände vor und unterbreitete Überlegungen zur internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 17–24.

9 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

10 Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

Wettbewerb verursache nur schärferen Protest und den Haß der Menschen. Wenn die USA bereit seien, den Weg der Liquidierung der Nuklearwaffen zu gehen, dann gebe es dazu eine Möglichkeit. Der sowjetische Abrüstungsplan zeige sie auf. Er weise ausdrücklich darauf hin, daß es sich dabei nicht um Propaganda handele, wie Teile der deutschen Presse meinten. An diesem Plan sei lange gearbeitet worden. Wenn es noch offene Fragen gebe, sei man bereit, diese zu klären. Die Verwirklichung dieses Plans mache die Bahn frei für die Verwirklichung wichtiger Aufgaben der Menschheit. Hierzu zählten die „Explosion der Beziehungen zur Dritten Welt", die Nutzbarmachung neuer Energiequellen, die friedliche Nutzung des Weltraums. Diese Probleme ließen sich auch unter der Bedingung der Existenz verschiedener Gesellschaftsordnungen lösen, allerdings nur miteinander, nicht gegeneinander. Es komme jetzt darauf an, sich über die nationalen Egoismen zu stellen. Dies seien die Motive, die hinter der Erklärung Gorbatschows vor dem Obersten Sowjet[11] und hinter der jüngsten Abrüstungsinitiative stünden. Eine Wende zum Besseren liege in unser aller Interesse.

Bundesminister wies darauf hin, daß wir in ersten Stellungnahmen darauf hingewiesen haben, daß es in dem sowjetischen Vorschlag positive Elemente, neue Positionen und bekannte Überlegungen gebe. Botschafter Kwizinskij habe darauf hingewiesen, daß es lange gedauert habe, bis dieser Vorschlag ausgearbeitet worden sei. Es brauche auch Zeit, diesen Vorschlag zu prüfen, national und im Bündnis. Die Bündniskonsultationen gäben uns die Möglichkeit, auch zu den Themen Stellung zu nehmen, für die wir nicht unmittelbar verantwortlich seien. Wir hätten Botschafter Semjonow bereits im Juli 1984 gesagt, daß es an der Zeit sei, in einen breiten Dialog über Fragen der Zusammenarbeit und der zukünftigen Sicherheitsstruktur einzutreten.[12]

Interessant am sowjetischen Vorschlag finde er die positiven Ausführungen zur Verifikation, die wir in der Vergangenheit oft vermißt hätten. Die sei auch für die Verhandlungen in Stockholm wichtig, wo im Herbst ein Ergebnis vorliegen sollte. Er selbst werde mit dem französischen Außenminister am 28.1.86 nach Stockholm reisen und vor der KVAE unsere Vorstellungen darlegen.[13] Je mehr

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 27. November 1985 vor dem Obersten Sowjet in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 98–122.

12 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. Juli 1984; AAPD 1984, II, Dok. 185.

13 Botschafter Ruth vermerkte am 3. Februar 1986: „Zur Eröffnung der 9. Verhandlungsrunde der KVAE sind Außenminister Dumas und der Bundesminister am 28.1.86 zusammen in Stockholm aufgetreten. Die Gemeinsamkeit wurde unterstrichen durch die gleichzeitige Ankunft, gemeinsame Fahrt zur Konferenz, abgestimmte Plenarerklärungen, gemeinsame Pressekonferenz und – protokollarische Neuheit – gemeinsamer Empfang für KVAE-Delegationen, Sekretariat und Presse, wobei die Minister zusammen mit den einzelnen Delegationsleitern Gespräche führten. Ziele dieses gemeinsamen Auftritts waren: Herausstellen der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit, gerade auch im sicherheitspolitischen Bereich; Betonung der deutsch-französischen Rolle als Motor für die Außenpolitik der Zwölf; Hervorhebung der Verantwortung der Zwölf für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie ihres Anspruchs auf gleiches Recht auf Sicherheit; angesichts der Gorbatschow-Vorschläge über nukleare Abrüstung Betonung der Notwendigkeit, die Gefahren, die vom konventionellen Ungleichgewicht in Europa ausgehen, auch durch Rüstungskontrollvereinbarungen in den Griff zu bekommen; Drängen auf ein substantielles Ergebnis bei der KVAE bis zum Herbst 1986, noch vor dem 3. KSZE-Folgetreffen in Wien." Vgl. Referat 221, Bd. 130092. Für den Wortlaut der Rede von Genscher vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70. Für den Wortlaut der Rede von Dumas vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Januar/Februar), S. 51–54.

und je schneller wir substantielle Fortschritte erreichten, desto eher werde die Mauer des Mißtrauens abgebaut.

Von besonderer Bedeutung sei, was Generalsekretär Gorbatschow in seinem Vorschlag zu den sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenwaffen ausgeführt habe. Hinsichtlich der französischen und britischen Systeme werde es die Aufgabe der Sowjetunion sein, mit den beiden Ländern zu sprechen.

Hinsichtlich eines INF-Zwischenabkommens fragten wir uns, ob ein solches Zwischenergebnis für sich möglich sei oder im Zusammenhang mit anderen Fragen stehe.

Kwizinskij antwortete, daß der sowjetische Stufenplan von der vollständigen Liquidierung der Mittelstreckenraketen spreche, ein Interimabkommen aber nicht erwähne. Die Sowjetunion verwerfe den Gedanken eines Interimabkommens jedoch nicht. Was vereinbart sei, sei vereinbart. Ein solches Abkommen könne eine Vorstufe zur Liquidierung der Mittelstreckenraketen sein. Wenn es US-Raketen in Europa gebe, dann gebe es allerdings keine 50%-Reduzierung.

Bundesminister erwiderte, daß der sowjetischen Seite bekannt sei, daß wir nicht darauf erpicht seien, daß sowjetische Raketen auf uns gerichtet und amerikanische Raketen hier stationiert seien.

Kwizinskij bemerkte, daß er zur Kenntnis nehme, daß wir den Fragen der Verifikation besondere Aufmerksamkeit schenkten. Nach sowjetischer Auffassung müßten sich Umfang und Effizienz der Kontrollen nach den vereinbarten Reduzierungen richten. Da die Sowjetunion die völlige Beseitigung der Nuklearwaffen vorschlage, wolle sie, daß kein „cheating" möglich sei.

Kwizinskij ging dann zu Fragen eines Teststopps über und führte aus, daß die Position der Bundesregierung, wie sie der Bundeskanzler kürzlich zum Ausdruck gebracht habe[14], nahezu deckungsgleich mit sowjetischen Vorstellungen sei. Auch nach sowjetischer Auffassung müßte ein Teststopp im Kontext von Reduzierungen gesehen werden. Wenn er die Haltung der Bundesregierung zutreffend wiedergegeben habe, sei es die Aufgabe der Bundesregierung, sich für einen Teststopp einzusetzen. Dies sei sehr wichtig. Ein Teststopp sei ein Schritt zur praktischen Abrüstung. Die Sowjetunion habe einseitig ihre Tests eingestellt.[15] Dieses einseitige Moratorium könne jedoch nicht ewig dauern.

Bundesminister warf die Frage nach den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite auf. *Kwizinskij* bemerkte hierzu, daß diese Waffensysteme in einem Zug vernichtet würden. Dies sei wichtig, weil es sich bei diesen Systemen um den „Detonator" eines nuklearen Konflikts handeln könne.

14 Am 9. Januar 1986 führte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz aus: „Nach meiner Auffassung gibt es jetzt eine Chance für durchaus aussichtsreiche Verhandlungen über eine Begrenzung und zukünftige Einstellung von Nukleartests und deren Verifikation. Ich will dabei aber ausdrücklich feststellen, daß ein Teststopp kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale sein kann." Vgl. BULLETIN 1986, S. 26.

15 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gab in einer am 30. Juli 1985 veröffentlichten Erklärung bekannt, daß die UdSSR ab dem 6. August 1985, dem 40. Jahrestag des Abwurfs einer Atombombe auf Hiroshima, keine Kernwaffentests durchführen werde. „Unser Moratorium gilt bis 1. Januar 1986. Es wird jedoch auch darüber hinaus in Kraft bleiben, wenn die USA ihrerseits auf Kernexplosionen verzichten werden." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 369f.
In seiner Erklärung am 15. Januar 1986 kündigte Gorbatschow an, daß das Moratorium um drei Monate bis zum 31. März 1986 verlängert werde. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 150.

Auf die Frage des *Bundesministers*, ob diese Waffensysteme Gegenstand der Verhandlungen in Genf seien, erwiderte *Kwizinskij*, sie könnten es werden. In diesem Sinne habe sich auch kürzlich der Bundeskanzler geäußert.[16]

Bundesminister betonte, daß neue Grauzonen vermieden werden müßten. Hierzu führte *Kwizinskij* aus, daß frühere Rüstungskontrollvorschläge sich nur mit einzelnen Waffensystemen beschäftigt hätten, der sowjetische Vorschlag fasse jedoch alle nuklearen Systeme unter einem Programm zusammen.

Bundesminister führte aus, daß niemand über die Nuklearrüstung glücklich sein könne. Wir teilten die Auffassung, daß die Beseitigung der Nuklearwaffen anzustreben sei. Man dürfe andererseits nicht vergessen, daß die schreckliche Entwicklung, die zur Anhäufung der Nuklearwaffen geführt habe, auch ihr Positives gehabt habe. Sie habe einen Krieg in Europa unführbar gemacht. Es stelle sich die sehr wichtige Frage, wie diese Errungenschaft aufrechterhalten werden könne. Wie können wir nach Abschaffung der Nuklearwaffen eine Sicherheitsstruktur schaffen, die Krieg ausschließt? Dazu reiche ein Gleichgewicht nicht aus. Die Frage sei, wie eine Kriegsverhütungsstrategie aufrechterhalten werden könne. Auch im Hinblick darauf sei Stockholm so wichtig, wo es um Elemente für eine dauerhafte Sicherheitsstruktur gehe. Wichtige Fragen stellten sich in diesem Zusammenhang. Wie sind die Strategien zu ändern, wie sind die konventionellen Disparitäten abzubauen? Stockholm und Wien[17] seien hierfür wichtige Ansatzpunkte, um zu erreichen, daß ein Krieg in Europa dauerhaft unführbar gemacht werde.

Kwizinskij erwiderte hierauf, daß der sowjetische Plan die größere Gefahr bei den Nuklearwaffen sehe. Die Reduzierungen jeder Etappe müßten so erfolgen, daß zu keinem Zeitpunkt ein Anreiz für einen Erstschlag bestehe.

Die im sowjetischen Programm vorgesehenen Reduzierungen stünden unter der Bedingung des Verbots kosmischer Angriffswaffen. Es sei klar, daß es ein 100% wirksames Abwehrsystem nicht geben könne. Ein System, das weniger als 100% wirksam sei, setze eine Prämie für den aus, der als erster zuschlage. Das sowjetische Programm sehe ferner das Verbot anderer Massenvernichtungswaffen, insbesondere der chemischen Waffen, vor. Die Sowjetunion sehe den Zusammenhang zwischen nuklearer Abrüstung und den konventionellen Waffen. Parallel zu den Nuklearverhandlungen müsse auch der Abbau der konventionellen Kräfte stattfinden, an dem sich alle Staaten, die konventionell stark seien, beteiligen müßten.

Bundesminister wiederholte, daß wir für die Abschaffung der Nuklearwaffen seien, gleichzeitig aber die Frage beantwortet werden müsse, wie dauerhafte Kriegsverhinderung erreicht werden könne.

Kwizinskij kam dann auf die Bedrohung zu sprechen, die von chemischen Waffen ausgehe. Auf diesem Gebiet, ebenso wie bei der Ausarbeitung eines CTB, habe die Genfer Abrüstungskonferenz eine große Aufgabe.

16 Bundeskanzler Kohl erklärte am 9. Januar 1986 vor der Bundespressekonferenz: „Bei den Mittelstreckenraketen wäre eine Zwischenlösung im Rahmen beiderseitiger und ausgewogener Reduzierungen ein wichtiger Schritt, von dem sich die Bundesregierung auch einen Anstoß für die Frage der Reduzierung der sogenannten Kurzstreckensysteme, die für uns besonders wichtig sind, verspricht." Vgl. BULLETIN 1986, S. 25.

17 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 59.

Bundesminister führte aus, daß er erneut hervorheben wolle, daß der sowjetische Vorschlag konstruktive Elemente enthalte, die genutzt werden sollten. Wir würden im Bündnis zur gemeinsamen Bewertung beitragen und dort, wo wir an den Verhandlungen selbst teilnähmen, konstruktiv mitarbeiten. So wichtig Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollverhandlungen seien, so wichtig sei auch, die politischen Beziehungen zu verbessern. Es komme auf politische Vertrauensbildung an. Dazu gehöre, daß man sich Gedanken über künftige Entwicklungen mache, darüber, wie eine auf Vertrauen gegründete europäische Friedensordnung geschaffen werden könne, eine Friedensordnung, wo Systeme verschiedener Gesellschaftsstrukturen friedlich nebeneinander existieren könnten und wo die Führbarkeit eines Krieges ausgeschlossen sei. Er wolle noch einmal unterstreichen, wie wichtig der konventionelle Bereich sei. Weil wir selbst technologisch stark seien, wüßten wir, daß ein konventioneller Krieg zu unvorstellbaren Verwüstungen führen würde. Das A und O sei Kriegsverhinderung in jedem Fall. Darum gehe es und nicht um ein statisches Gleichgewicht. In allen Verhandlungen sollte der Versuch gemacht werden, zu konkreten Fortschritten zu kommen. Botschafter Kwizinskij habe die Genfer Abrüstungskonferenz erwähnt, gleichermaßen wichtig seien Stockholm und Wien. Natürlich hofften wir auch, daß es bei den bilateralen Verhandlungen in Genf zu konkreten Fortschritten komme. Wir säßen im selben Boot, die einen weiter innen, die anderen weiter außen; wenn das Boot kentere, seien jedoch alle davon betroffen.

Der Bundesminister bat Botschafter Kwizinskij, seinen Dank für die Grüße an Außenminister Schewardnadse weiterzuleiten, und versicherte seinen sowjetischen Gesprächspartnern, daß wir entschlossen seien, unseren Beitrag zu leisten, damit es zu Ergebnissen komme. Er fügte hinzu, daß die jüngste deutsch-sowjetische Zusammenarbeit im humanitären Bereich in Aden[18] ein gutes Beispiel für kooperative Friedenssicherung sei.

Referat 220, Bd. 130078

18 Am 13. Januar 1986 begannen in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) gewaltsame Auseinandersetzungen rivalisierender Gruppen innerhalb der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP). In der Folgezeit kam es zu einem kurzzeitigen Bürgerkrieg, dem mehrere tausend Personen zum Opfer fielen. Am 24. Januar 1986 enthob das ZK der JSP den bisherigen Staats- und Parteichef Ali Nasser Mohammed sämtlicher Funktionen. Vgl. den Artikel „Neuer Präsident im Südjemen proklamiert“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25./26. Januar 1986, S. 2.
Referat 311 notierte am 21. Januar 1986: „In Zusammenarbeit mit unseren britischen und französischen Freunden und mit Unterstützung der SU, die durch Erzwingung eines Waffenstillstandes überhaupt erst eine Evakuierung möglich machte, und der DDR ist es uns gelungen, 12 von insgesamt 17 Deutschen nach Dschibuti zu evakuieren. Dabei wurden Frauen und Kinder von einem sowjetischen Schiff, die anderen Deutschen von der ‚Britannia‘ aufgenommen. Sie sind mittlerweile alle per Flugzeug in Deutschland eingetroffen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137893.

17

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe

22. Januar 1986[1]

Von BM noch nicht genehmigt!

Gespräch BM/japanischer AM am 22.1.1986, 15.45 bis 18.00 Uhr[2]

BM begrüßt den japanischen AM mit Freude. Der japanisch-deutsche Meinungsaustausch sei in letzter Zeit immer dichter geworden, da auch die Fragen von gemeinsamem Interesse immer zahlreicher würden. Wir stünden am Beginn eines als wichtig anzusehenden Jahres: die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, die großen Aufgaben der Weltwirtschaft, vor uns liege der wichtige Gipfel in Tokio[3], auf uns liege die internationale Verschuldungsproblematik – in allen großen Fragen: West–Ost, Abrüstung, Weltwirtschaft, Verschuldung seien die Interessen der Deutschen und Japaner ähnlich. Deswegen halte er Begegnungen mit dem japanischen AM für außerordentlich wertvoll und heiße ihn daher besonders herzlich willkommen.

AM erinnert an Besuch BMs im letzten Jahr in Tokio und nützlichen Meinungsaustausch[4] und dankt dafür, daß sich BM für 13. regelmäßige AM-Konsultationen so viel Zeit genommen hat. Im politischen und wirtschaftlichen Bereich stünden wichtige Entwicklungen bevor. Der WWG[5] in Tokio solle sich sowohl internationalen Wirtschafts- wie politischen Fragen widmen. Zwar sei die Zeit begrenzt, doch hoffe er, einen weiten Fächer von Fragen erörtern zu können.

Der erste Schwerpunkt liege auf den Ost-West-Beziehungen; er wolle gern den Besuch des sowjetischen AM in Japan[6] ausführlich erläutern. Der zweite Schwerpunkt seien Wirtschaftsfragen, besonders im Blick auf den WWG, dessen Gastgeber Japan sei, besonders die internationale Wirtschaftslage (Hinweis auf Ergebnisse der G5[7]), das Problem der Verlangsamung des Wirtschaftswachs-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blau am 24. Januar 1986 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 29. Januar 1986 an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen".
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 29. Januar 1986 vorgelegen, der am selben Tag den Rücklauf an Referat 341 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte unter Genehmigungsvorbehalt verteilen". Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 142633.

2 Der japanische Außenminister Abe hielt sich am 22./23. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

4 Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Juli 1985 in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 184.

5 Weltwirtschaftsgipfel.

6 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan auf.

7 Über das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 18./19. Januar 1986 in London vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 21. Januar 1986, daß es sich um ein „Routinetreffen" gehandelt habe: „Hauptthemen waren die Wechselkursentwicklung; die Wirtschaftslage in den fünf Teilnehmerländern; die künftige Entwicklung des internationalen Zinsniveaus; die internationale Verschuldungssituation, einschl[ießlich] Baker-Initiative." Die Teilnehmer hätten die auf ihrem letzten Treffen am 22. September 1985 in New York beschlossenen „koordinierte[n] Interventionen zur Senkung des

tums, der Verschuldung und der Reibungen im Welthandel. Der WWG in Tokio solle einen optimistischen Blick in die Zukunft richten, Anstöße geben – man solle sich gemeinsam bemühen, ihn zum Erfolg zu machen. Der dritte Schwerpunkt sei SDI: D habe bereits eine Entscheidung getroffen.[8] Er wäre dankbar für eine Darlegung unserer Haltung, da Japan noch nicht so weit sei.

BM bittet um Unterrichtung über Schewardnadse-Besuch in Tokio.

AM: Seit zehn Jahren habe kein sowjetischer AM Japan besucht; dies widerspiegele die Kälte der Beziehungen, die z. B. durch Abschuß der KAL-Maschine[9] sich weiter abgekühlt hätten. Aber seit Gorbatschows Amtsantritt[10] sei die Atmosphäre „in Bewegung geraten", es hätten sich Möglichkeiten zur Wiedereröffnung des japanisch-sowjetischen Dialogs ergeben. Bei Treffen mit AM Schewardnadse im September 1985 bei VN-GV habe er Einladung ausgesprochen, die angenommen wurde. Er habe in vier Sitzungen insgesamt elf Stunden mit AM Schewardnadse internationale (Lage in Asien, Nah-/Mittelost, Ost-West-Beziehungen) und bilaterale Fragen erörtert, habe auch ausführliche Erläuterungen der neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge[11] erhalten. Bei Fragen der internationalen Lage und der regionalen Konflikte seien die Meinungsverschiedenheiten unverändert. An den Grundsätzen der SU habe sich nichts geändert. Bei bilateralen Fragen sei das Territorialproblem das größte Problem gewesen, d. h. die japanische Forderung nach Rückgabe der vier Inseln (auf denen die SU jetzt sogar Militärbasen errichtet habe).[12] Japan habe als größte Aufgabe angesehen, die SU an einen Verhandlungstisch über einen Friedensvertrag zu bringen, bei dem Territorialfrage nicht ausgeklammert werden könne. Bis Mitte der 70er Jahre habe SU zugestanden, daß „offene Fragen" bestünden, aber seitdem behaupte sie, daß das territoriale Problem gelöst und nichts mehr offen sei.[13] Diese „sehr ungerechte" Haltung der SU habe die Beziehun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 96

Außenwertes des Dollars" bestätigt, aber keine weiteren Wechselkurskorrekturen beschlossen. Auch ein Beschluß zur „Senkung des internationalen Zinsniveaus" sei nicht zustande gekommen, mit dem vor allem Japan die Folgen einer in New York vorgenommenen Aufwertung des Yen habe abmildern wollen. Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

8 Vgl. dazu den Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung; Dok. 1, besonders Anm. 4.

9 Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

10 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretärs des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

11 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

12 Seit 1946 beanspruchte die UdSSR die von ihr zuvor besetzten, vor der japanischen Nordküste gelegenen und zu den Kurilen gehörenden Inseln Kunashiri, Etorofu, Shikotan sowie die Habomai-Gruppe. Gesandter Jung, Tokio, teilte am 7. Januar 1986 mit: „Militärisch hat die SU seit 1978 ihre Truppenstärke auf den Inseln Kunashiri und Etorofu erheblich verstärkt und 1979 erstmals Truppen auf Shikotan dislozierte. Sie unterhält auf Etorofu einen Luftwaffenstützpunkt, und die Stärke ihrer Heerestruppen wird auf Divisionsstärke geschätzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 341, Bd. 142642.

13 Zur Frage eines japanisch-sowjetischen Friedensvertrags informierte Botschafter Jung, Tokio, am 7. Januar 1986: „Ausgangslage ist die, daß bisherige Friedensvertragsverhandlungen mit SU (1955/56 und 1972/73 bis 1978) letztlich an Problem ‚Nordterritorien' scheiterten. Chruschtschow hatte 1955/56 Rückgabe der beiden südlichen Inseln angeboten; bei Gesprächen Tanaka/Breschnew 1973 war

gen abgekühlt. Er (Abe) habe sehr lange und sehr hitzig über die Territorialfrage diskutiert. Größtes Problem sei gewesen, daß es nach seiner Ansicht keine gemeinsame Erklärung (Abschlußkommuniqué) hätte geben können, wenn die SU nicht bereit gewesen wäre, dieses Problem zu erwähnen und Konzessionen zu machen.[14] Die sowjetische Haltung sei in der Substanz unverändert, aber sie sei – bisher habe sie jede Diskussion abgelehnt – bereit gewesen, das Problem „am Tisch" zu diskutieren und diese Diskussion fortzusetzen. D.h., die sowjetische Haltung habe sich doch geändert.

BM fragt, warum sich wohl die sowjetische Haltung geändert habe.

AM: Sowjetische Seite lege heute größeren Wert auf Japan, im Unterschied zur Gromyko-Zeit, der Japan ignoriert habe (er habe dazu eigene Erfahrungen). Seit Gorbatschows Amtsantritt sei SU auf dem Wege, ihre Politik gegenüber Japan zu ändern.

Zu anderen bilateralen Fragen: Vereinbarung regelmäßiger AM-Konsultationen, Einrichtung eines bilateralen Wissenschaftskomitees (ausgesetzt nach Polen[15] und Afghanistan[16]) und Dialog auf höchster Ebene. Im Verhältnis zur SU habe sich die Atmosphäre geändert, in der Substanz zeige sich keine Änderung, diese werde erst in zukünftigen Gesprächen angesprochen werden müssen. Er (Abe) habe in vier Tagen den Eindruck eines im Vergleich zu Gromyko völlig anderen Stils der sowjetischen Diplomatie („softer") gewonnen. Schewardnadse zeige verbindliches Auftreten, diskutiere sehr gern und ausführlich, zeige immer ein Lächeln, besonders in der Öffentlichkeit und vor den Medien. Herr und Frau Schewardnadse hätten bei Industriebesichtigungen, Kabuki-Besuch etc. stets gelächelt – in Japan bestehe eine starke Aversion gegen die SU, aber Schewardnadse habe einen guten Eindruck hinterlassen.

Sicher sei die Haltung der SU grundsätzlich dieselbe geblieben, aber Schewardnadse selbst sei sicherer, selbstbewußter geworden. Er habe seine guten Beziehungen zu Gorbatschow unterstrichen. Er (Abe) habe ihn beim Essen gefragt, ob er (Schewardnadse) Außenminister werden wollte, und habe als Antwort erhalten: Er habe auf einen wichtigen Posten gehofft, aber nicht unbedingt Außenminister. Schewardnadse sei freier, selbstsicherer, habe an Selbstvertrauen gewonnen. AM Shultz habe ihm bestätigt: Schewardnadse sei sehr verbindlich, ein angenehmer Gesprächspartner, spreche eher indirekt, aber wenn man später im Protokoll nachlese, habe er nichts anderes als Gromyko gesagt. So: Der

Fortsetzung Fußnote von Seite 97

Territorialproblem noch als offene Frage betrachtet worden; erst 1978 verkündete Moskau, daß für SU kein Territorialproblem mit Japan existiere, was de facto Ende der Friedensvertragsverhandlungen bedeutete." Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 341, Bd. 142642.

14 Im Kommuniqué über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan hieß es: „Die beiden Außenminister haben auf der Grundlage der in der gemeinsamen Erklärung vom 10. Oktober 1973 festgestellten Übereinstimmung Verhandlungen über den Schluß eines Friedensvertrags, einschließlich der Probleme, die möglicherweise Bestandteil dieses Vertrages sein könnten, geführt. Beide Seiten sind übereingekommen, daß bei den nächsten Konsultationen in Moskau diese Verhandlungen fortgesetzt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 93/94 des Gesandter Jung, Tokio, vom 20. Januar 1986; Referat 213, Bd. 139337.

15 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.
Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

16 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

Stil sei anders, aber keine grundsätzliche Änderung. Bei Diskussion über Aufnahme der territorialen Frage in das Kommuniqué habe Stv. AM Kapiza Abbruch der Verhandlungen und Abreise vorgeschlagen, aber AM Schewarndadse habe gesagt, er spreche nicht als AM, sondern als Politiker – und daher Verhandlung in 4. Runde fortgesetzt. Er sei ein taktischer und sehr harter („tough") AM. Wie gesagt, die Grundlinie bleibe dieselbe, nur der Anschein sei anders. Daher müsse der Westen sehr vorsichtig sein und miteinander über diesen Anschein sprechen und sich nicht täuschen lassen.

BM: Schewardnadse habe ein enges Verhältnis zu Gorbatschow, bereits seit vielen Jahren, seit den Komsomolzen.[17] Dies sei ein großer Vorteil für jeden Gesprächspartner: Er kenne nicht nur die Meinung Gorbatschows, sondern sei auch voll in die Meinungsbildung einbezogen. Der jetzigen größeren Aufmerksamkeit der SU für Japan entspreche Ähnliches gegenüber Europa. Gromyko sei eindeutiger Bilateralist gewesen, fixiert auf die SU-USA-Beziehungen. Selbst auf dem Höhepunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen (nach Vertragsabschluß[18]) habe Breschnew weit mehr Interesse an uns gezeigt als Gromyko. An einem Beispiel erläutert: Bei Besuch im Frühsommer 1980[19] in Moskau (vor Nachrüstungsbeschluß, aber schon Hauptthema) habe Breschnew ein 30minütiges Statement mit sehr harten Formulierungen verlesen, dann gesagt, dieses sei sehr scharfe Erklärung gewesen, sie habe auch sein AM entworfen, jetzt wolle er eine eigene, in der Nacht überlegte, am Morgen diktierte Erklärung abgeben, die sehr viel verbindlicher war.[20] Die neue sowjetische Führung habe Japan wiederentdeckt und möchte auch Europa wiederentdecken. Dazu gehöre auch Gorbatschows Erklärung, die Europäische Gemeinschaft habe nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Bedeutung.[21] In den jüngsten Vorschlägen Gorbatschows zur Abrüstung seien einige, die sich speziell auf Europa beziehen. Jetzt gelte es, nüchtern die Entwicklungen anzuschauen, ob sich substantielle Veränderungen abzeichnen oder ob es sich nur um taktische Züge handelt, den einen gegen den anderen, d. h. Europa und Japan gegen die USA, auszuspielen.

Für uns entscheidend zur Beurteilung der möglichen Öffnung der SU sei, ob diese bereit ist, Europa das gleiche Recht auf Sicherheit zuzugestehen, das sie für sich selbst in Anspruch nimmt. Wichtiges Kriterium der Bewertung sei, wie sich in Zukunft tatsächlich die Bedrohung Westeuropas und Japans durch die SS-20 entwickelt. Zusätzlich spiele für Westeuropa die konventionelle sowjetische Überlegenheit eine entscheidende Rolle. Die SU habe ein erhebliches Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit Japan und Europa; sie sehe darin eine Chance für die eigene Entwicklung.

17 Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse war von 1957 bis 1961 Erster Sekretär des Komsomol der Georgischen SSR, Michail Sergejewitsch Gorbatschow von 1955 bis 1962 Erster Sekretär zunächst des Stadtkomitees, dann des Regionalkomitees des Komsomol in Stawropol. Beide lernten sich bei einer Tagung des ZK des Komsomol in Moskau kennen und blieben seitdem in Kontakt. Vgl. dazu Eduard SCHEWARDNADSE, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek 1991, S. 63 f.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

19 Korrigiert aus: „1979".

20 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

21 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 14, Anm. 10.

Wenn wir die Lage in Moskau nüchtern betrachten: Gorbatschow habe ein sehr schweres Erbe übernommen. Seit den letzten Jahren der Breschnew-Ära befinde sich die SU in einer innen- und außenpolitischen Stagnation. Dies komme auch in demokratischen Staaten vor, aber in der SU werde die Wirtschaft vom Staat gemacht, d. h., staatliche bedeute auch wirtschaftliche Stagnation. Die neue sowjetische Führung sei weiterhin in die Fesseln der Mißwirtschaft, Korruption und Bürokratie verstrickt. Demgegenüber sehe sie das große Dreieck Japan–Europa–USA mit seiner technologischen, zukunftsorientierten Entwicklung. Das allein gebe Anlaß zur Beunruhigung.

Hinzu komme: Die VR China wage ein großes wirtschaftliches Experiment, das Erfolge haben und den Abstand zwischen der SU und China verkleinern könne. Er (BM) sei sicher, daß dies die SU noch mehr beunruhige als die Entwicklung im Westen. Er glaube, daß die Last der inneren Entwicklung mit maßgeblich sei für die Bemühungen der SU, die Beziehungen zu Japan und zu Westeuropa zu entwickeln.

Auf jeden Fall liege ein Vorteil darin, daß wir es jetzt mit einer Führung zu tun haben, die für längere Zeit die Geschicke der SU gestalten werde. Wichtig sei vor allem, daß keine Illusionen (bei der SU) erweckt werden, die westlichen Staaten auseinanderdividieren, gegeneinander ausspielen zu können. Wenn hier jeder Zweifel ausgeschlossen sei, sei der Weg für viele neue Entwicklungen offen. Im Interesse der westlichen Einheit sei daher wieder bei WWG eine gemeinsame politische Meinungsäußerung wünschenswert.

AM stimmt BMs Meinung voll zu. AM Schewardnadse habe ihm ausführlich dargelegt, daß wichtigste Aufgaben der SU seien, die Wirtschaft wiederzubeleben, die wissenschaftlich-technologische Entwicklung zu fördern und den Lebensstandard des Volkes zu heben. Dafür sei der Weltfrieden erforderlich, daher wolle man auch die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit Japan.

Es sei jedoch nicht die Politik Japans, zugunsten atmosphärischer Verbesserungen seine Grundsatzpositionen aufzugeben. Die Territorialfrage bleibe die wichtigste. Es bestehe keine Absicht, Handel und Zusammenarbeit mit der SU zu verbessern vor der Verbesserung der politischen Beziehungen – dies gelte auch für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Japan lege Wert darauf, Teil der westlichen Welt zu sein; die Einheit des Westens sei für Japan wichtiger als wirtschaftliche Vorteile im Verhältnis zur SU. Eher würde sich Japan gegenüber der SU negativ verhalten. Der Dialog mit der SU sei wichtig, nicht zuletzt deswegen, um ihr ganz klarzumachen, daß es nutzloses Unterfangen sei zu versuchen, den Westen auseinanderzudividieren.

Für den WWG sei es daher wichtig, neben einer Erklärung zu den Wirtschaftsfragen eine Erklärung zu verabschieden, die die Einheit der westlichen Staaten ganz klarmache. Japan, als Gastgeber des WWG, möchte versuchen, hierzu einen Konsensus herzustellen.

BM begrüßt und unterstützt diese Absicht. Um die SU zu verstehen, sei es jedoch nötig, tiefer zu bohren. Die SU habe die dritte Stufe der Gestaltung ihrer Beziehungen zum Ausland erreicht. Bis zum Zweiten Weltkrieg sei die SU wirtschaftlich und politisch autonom gewesen. Mit dem Zweiten Weltkrieg sei sie in die internationale Politik, später auch in die internationale Wirtschaft ein-

getreten (vom Nord-Süd- und Ost-West-Verhältnis sei auch COMECON nicht unberührt geblieben). Jetzt stünden wir an der Schwelle des Informationszeitalters, in dem Informationen zum Hauptproduktionsfaktor geworden seien. Für jeden Staat, jede Gesellschaft, jede Volkswirtschaft stelle sich die unausweichliche Alternative, sich international absolut einzuschließen oder sich abzukapseln und damit hoffnungslos zurückzufallen. Für die offenen Gesellschaften des Westens bringe dies keine Probleme, für ein starres kommunistisches System bedeute es jedoch eine große Herausforderung. Wir brauchten nicht besorgt, sondern könnten zuversichtlich sein. Wir riskierten nichts in der Zusammenarbeit mit der SU, sondern könnten Kräfte der Veränderung in sie hineintragen.

AM fragt nach Bewertung der neuen SU-Abrüstungsvorschläge.

BM: Heute früh habe ihm der sowjetische Verhandlungsführer in Genf (Kwizinskij) diese ausführlich erläutert und dabei besonders den europäischen Ansatz der Vorschläge herausgestellt. Zweifellos seien darin neue substantielle Elemente enthalten. Wichtig für Europa sei vor allem die Änderung der sowjetischen Haltung zur Frage der Maßnahmen einer effektiven Verifikation. Diese sei in Vergangenheit immer die Hemmschwelle jedes Schritts zur Abrüstung gewesen. Nach 1984 habe Gromyko gesagt, mit dieser Forderung wollten wir nur ein Loch in den Vorhang bohren, um hineinsehen und alles erfahren zu können. Er (BM) habe darauf gesagt, es handele sich nur um ein Loch, während bei uns alles einsehbar sei, da wir keinen Zaun errichtet hätten.

Weiterhin neu in den Vorschlägen sei, daß in erster Stufe der Reduzierung der Mittelstreckenraketen die GB- und F-Systeme nicht berücksichtigt werden sollen. Zudem sei die neue Haltung zum weltweiten Bann der chemischen Waffen interessant. Aber es gebe ein Bündel offener Fragen bei den Themen, die für Europa von existentieller Bedeutung sind: So werde z. B. die große konventionelle Überlegenheit der SU in Europa nicht angesprochen. Die SU habe offensichtlich einen Mangel in der US-Verhandlungsposition für Genf ausgenutzt. Am 8.1.1985 habe man sich auf drei Verhandlungsthemen verständigt[22]: Weltraumrüstung, internationale strategische Waffen, Mittelstreckenraketen, aber nichts gesagt über das Kräfteverhältnis unterhalb der Mittelstreckenwaffen. Er (BM) habe heute dem sowjetischen Gesprächspartner gesagt, alle seien für Beseitigung der A-Waffen, die Welt sei ohne sie besser als mit ihnen. Aber er müsse auch feststellen: Die Existenz von A-Waffen habe seit Jahrzehnten einen Krieg unführbar gemacht; Krieg sei nicht mehr führbar. Die Frage sei: Wie können wir die Nichtführbarkeit eines Kriegs sichern ohne die Existenz von A-Waffen? Die Vernichtungskraft der angesammelten konventionellen Waffen und Kräfte sei so groß, daß wir auch einen konventionell geführten Krieg nicht überleben würden.

Von der Sache abgesehen, sei die Gorbatschow-Initiative ein propagandistisch geschickter Vorschlag; er zeige eine ideenreiche Führung in Moskau. Er lehre uns: Wir brauchten im Westen nicht nur Waffen, sondern auch Gehirne und Herzen unserer Völker. Die Vorschläge müßten substantiell genau geprüft werden –

22 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA); DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

er (BM) sei froh, daß erste Reaktionen, auch aus den USA, konstruktive Wertungen enthielten.

AM stimmt zu. Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000, totales Verbot von Atomtests, Ächtung der C-Waffen etc. seien reizvolle Vorschläge. Auch die neuen Vorschläge zur Verifikation und zur Nichteinbeziehung der GB- und F-Mittelstreckenraketen zeigten eine Änderung der sowjetischen Haltung. Für Japan als asiatischen Staat lege der Vorschlag zu großen Wert auf Europa, besonders bei den Mittelstreckenraketen. Der asiatische Raum werde überhaupt nicht erwähnt. Die SS-20 seien sehr mobil, daher rühre japanische Besorgnis, daß Asien ausgespart wurde. Für Japan sei es unabdingbar, daß das Mittelstrekkenproblem global, nicht auf Europa beschränkt, gesehen und gelöst werde. Die Definition strategischer Waffen, d.h. nur solche, die die USA oder die SU direkt erreichen, sei für Japan nicht akzeptabel.

BM: Wir hätten vor einigen Jahren den Grundsatz eines globalen Verhandlungsansatzes in die Verhandlungen eingebracht. Der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Ruth, habe heute das Gespräch mit Kwizinskij fortgesetzt, besonders mit der Absicht, zu klären, was mit den sowjetischen SS-20 im asiatischen Raum der SU geschehen solle (gegenüber früheren Zusicherungen, daß ihre Zahl nicht erhöht werden solle, also keine Verschiebung vom Westen der SU in den Osten vorgesehen sei).[23] Er (BM) habe Kwizinskij gesagt, daß die Definition der strategischen Waffen nicht akzeptabel sei, daß Sicherheit nur zwischen den Großmächten hergestellt werden solle. Dies bedeute: große Sicherheit für die Großen, kleine Sicherheit für die Kleinen. Dies vertrage sich nicht mit unseren Sicherheitsvorstellungen.

AM: Sowjetischer Vorschlag enthalte konstruktive und problematische Elemente. Man solle sich bemühen, positiv zu reagieren und akzeptable Elemente aufzugreifen im Interesse der Fortführung der Verhandlungen. Der Westen müsse gemeinsam beraten, wie er SU/USA-Verhandlungen positiv beeinflussen könne.

BM: Europa, auch Japan, habe großes Interesse daran, Einfluß auf die West-Ost-Verhandlungen auszuüben. An drei der vier Verhandlungstischen sei die BR Deutschland anwesend: bei MBFR in Wien, bei der KVAE in Stockholm, im CD in Genf (chemische Waffen und Atomteststopp).

AM: Der sowjetische Vorschlag sei mit vollem Bewußtsein gegen die US-Pläne zu SDI gemacht worden – das Ziel sei dasselbe: Überflüssigmachen der A-Waffen. Japanische Haltung zu SDI sei: a) Verständnis für Forschungsbemühungen, b) keine Entscheidung bisher über Beteiligung, daher Bitte um Darlegung deutscher Haltung.

BM: Im März 1985 habe Bundesregierung erklärt, daß Forschung gerechtfertigt sei.[24] Dann habe es eine lautstarke Diskussion gegeben, wobei nicht alle den

[23] Im Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation am 22. Januar 1986 fragte Botschafter Ruth auch nach der Einbeziehung der nuklearen Mittelstreckensysteme der UdSSR im asiatischen Raum. Kwizinskij antwortete, „diese sollten zunächst auf ihrem gegenwärtigen Stand eingefroren werden. Ihre spätere Beseitigung sei in dem Programm vom 15.1.1986 eingeschlossen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

[24] Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung zu SDI vom 27. März 1985; BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 87.

Komplex voll übersehen zu haben scheinen. Im Dezember 1985 habe die Bundesregierung eine klare Entscheidung getroffen:

a) keine staatliche Beteiligung der Bundesregierung an SDI;

b) keine finanzielle Beteiligung der Bundesregierung an SDI;

c) aber: Deutsche Unternehmen und Institute könnten sich frei beteiligen, dafür bedürfe es jedoch einer Regelung der Bedingungen der Zusammenarbeit, d.h., die Bedingungen für die technologische Zusammenarbeit und den Technologietransfer müßten verbessert werden, nicht nur auf SDI begrenzt, sondern generell.

Im Vordergrund z.Zt. stünden die wirtschaftlichen Aspekte und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die private Industrie. Daher habe er (BM) auch vorgeschlagen, daß die Verhandlungen mit den USA vom Wirtschaftsminister geführt werden[25], um deutlich zu machen, daß die industriellen und wirtschaftlich-technischen Fragen im Vordergrund stehen.

Man habe festgestellt, daß man nicht einer, sondern vielen Meinungen in den USA gegenüberstehe. Während Weinberger nur über SDI verhandeln wolle, verstünden andere, daß die technologische Zusammenarbeit und der Technologietransfer insgesamt verbessert und auf eine neue Grundlage gestellt werden müßten.

Er (BM) habe Verständnis für Weinberger; er stünde in einem schweren Abwehrkampf – es sei allgemein übereinstimmende Meinung, daß das Haushaltsdefizit abgebaut werden müsse. D.h., im Wahljahr 1986[26] seien einschneidende Einzelsparentscheidungen nötig. Aber wo? Sicher nicht bei sozialen Aufwendungen, eher im Verteidigungsetat. Daher möchte sich Weinberger der Unterstützung der Freunde und Verbündeten versichern, den vorgesehenen SDI-Haushalt durchzuziehen. Man müsse nun den Verhandlungsgang abwarten, der hoffentlich möglichst schnell abgeschlossen werden könne. Insgesamt sei dies nur ein minimaler Aspekt der gewaltigen Probleme, die mit SDI als strategischem Komplex verbunden seien.

AM dankt und geht über zu WWG-Tokio. Die IL seien konfrontiert mit Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, sinkenden Rohstoffpreisen, der Verschuldungsproblematik. Zwar habe die G5 Erfolge erzielt, zu denen Japan beigetragen habe, doch blieben Probleme der Reibungen im Welthandel (Unausgewogenheit von Handelsüberschüssen und -defiziten). Vor diesem Hintergrund müsse der WWG in Tokio zum Erfolg geführt werden und einen „rosigen" (so der japanische Dolmetscher) Blick in die Zukunft werfen. Es dürfe kein Pessimismus aufkommen. Japan bitte um Zusammenarbeit aller Teilnehmer und um Unterstützung, dieses Ziel zu erreichen.

Als politische Frage stehe beim Gipfel das Ost-West-Verhältnis im Vordergrund. Japan wolle eine allgemeine politische Erklärung, nach dem Vorbild der vor-

25 Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

26 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

hergehenden Gipfel in Bonn[27] und London[28]. Frage liege z. Zt. bei den Sherpas.[29] Japan werde sich weiter um den erforderlichen Konsensus bemühen und bitte um unsere Mitwirkung, dem Tokio-WWG zum Erfolg zu verhelfen. Zusätzlich stellten sich sicher Probleme bei Terrorismusbekämpfung, Drogen u. a., aber in der Grundlinie eines „politischen Gipfels" müsse man sich einig sein.

BM: Wir seien genauso an einem Erfolg des WWG interessiert. Wichtig sei, daß in Tokio ein deutliches Signal gegen den wachsenden Protektionismus gesetzt und die Frage des Verschuldungsproblems behandelt wird. Wir möchten Auskunft haben, wie die einzelnen Länder die Entwicklung der Weltwirtschaft in den nächsten Jahren sehen und welche Rolle sie übernehmen.

D sei ein Land, das von der Überbewertung des Dollars profitiert habe; es gebe zwar Kritik am überhöhten Dollarkurs, aber die deutschen Exporteure seien sehr froh über ihre dicken Auftragsbücher. Das werde sich ändern; wenn die Dollarbewertung realistischer werde, verändere dies auch die Wettbewerbsbedingungen. Es werde komplizierter, wenn rückläufige Entwicklung in den USA die Weltwirtschaft beeinflußt, d. h. Rückführung des jetzt kritisierten Haushaltsdefizits der USA – führt sie zu weicher Landung oder zu hartem Aufprall der Weltwirtschaft? Es könnte dazu führen, daß Japan und Deutschland wieder in einem Boot sitzen und erwartungsvolle Blicke auf Tokio und Bonn gerichtet werden, etwas zur Ankurbelung der Wirtschaft zu tun. Auf dem vorletzten Bonner WWG, 1978[30], war uns die Aufgabe der „Lokomotive" zugewiesen worden – ich war dagegen, doch der stärkere Koalitionspartner setzte, mit diesem Anstoß, auf Expansion der staatlichen Ausgaben zur Konjunkturankurbelung. Er (BM) sei sich mit Finanzminister[31] einig, daß man sich nicht wieder auf eine „Lokomotive Bundesrepublik" einlassen dürfe. Er sehe jedoch gern die BR Deutschland (und Japan) an der Spitze als „Lokomotive der Stabilität", die zur Gesundung, nicht zur Aufblähung der Weltwirtschaft beitragen. Wir seien für freien Welthandel, doch stelle sich die Frage von wirtschaftlichen Sanktionen mit dem Ergebnis, daß wir gegenüber vielen Staaten den Handel unterbinden.

27 Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

28 Für den Wortlaut der Erklärungen des Weltwirtschaftsgipfels vom 8. bzw. 9. Juni 1984 über die demokratischen Werte sowie zu Ost-West-Beziehungen und Rüstungskontrolle, zum internationalen Terrorismus und zum irakisch-iranischen Krieg vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375 und D 379 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I, Dok. 170.

29 Eine erste Sitzung der Beauftragten der Teilnehmerstaaten am Weltwirtschaftsgipfel („Sherpas") fand am 21./22. November 1985 in Kyoto statt. Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, vermerkte dazu am 25. November 1985, daß die japanische Regierung u. a. eine politische Erklärung wünsche, die sich „vor allem mit den Perspektiven für die Zukunft (Ausblick auf das 21. Jahrhundert) befassen soll. PM Nakasone möchte offensichtlich insbesondere positive Perspektiven für die wirtschaftliche, kulturelle und zivilisatorische Entwicklung sowie die dafür erforderlichen Anstrengungen aufzeigen. Die Voraussetzungen dafür sieht er insbesondere in einer stärkeren Kooperation der verschiedenen Teile der Welt (Fernost, Amerika und Europa) sowie in der Bereitschaft zu den erforderlichen Veränderungen und Anpassungen. Volle Klarheit über den möglichen Inhalt einer solchen Erklärung scheint die japanische Seite aber noch nicht zu haben." Vgl. Referat 412, Bd. 130563.
Die zweite Sitzung fand vom 30. Januar bis 3. Februar 1986 in Honolulu statt: „Zentrales Thema war die internationale Wirtschaftslage und die weltwirtschaftlichen Aussichten." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 6. Februar 1986; Referat 412, Bd. 130563.

30 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225.

31 Gerhard Stoltenberg.

Japan sei besser dran, da es Öl aus dem Iran beziehe, wir dagegen von Libyen (wenn auch nicht so viel wie die Amerikaner).

Wir möchten, daß auf dem Tokio-Gipfel auch die Nord-Süd-Fragen ausführlich erörtert werden, und wären dankbar, wenn Sie darauf großen Wert legen würden, daß diese Frage nicht vernachlässigt wird.

AM: Auch er hoffe, daß der Protektionismus des amerikanischen Kongresses nicht auf die ganze Welt Pressionen ausübe, daher sei es wichtig, den freien Welthandel aufrechtzuerhalten und eine neue GATT-Runde[32] einzuleiten.

BM: Ja.

AM: Seine Meinung zur Lokomotivtheorie sei: Japan habe seinerzeit seine Rolle als Lokomotive übernommen und seinen Beitrag zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur geleistet. Jetzt leide Japan an hohem Haushaltsdefizit, das staatliche Anreize zur Importförderung erschwere. Trotzdem bemühe sich Japan,

– die Inlandsnachfrage zu erhöhen,

– die Importneigung des Japaners zu fördern und

– die Marktöffnungsmaßnahmen weiter effektiv zu betreiben.

Er (Abe) selbst habe sich diesem Kurs verschrieben. Wichtig für den WWG sei, daß jeder seine eigene Verantwortung übernehme und diese mit den anderen koordiniere. Japan habe das große Problem des Handelsbilanzüberschusses. Es werde alles tun, diesen abzubauen, aber es sei nicht Schuld Japans allein (s. z. B. die Überbewertung des Dollars etc.). Japan wolle nicht die Verantwortung abwälzen, aber es habe seinen Beitrag, z. B. in der G5 (Aufwertung des Yen[33]), geleistet. Von einer Änderung der Währungsprobleme erhoffe man sich langsame Wirkungen. Es sei eine Studie in Auftrag gegeben, die die langfristige strukturelle Entwicklung der japanischen Wirtschaft erfassen soll; sie solle im

32 Vom 25. bis 28. November 1985 fand in Genf die Jahrestagung der Vertragsparteien des GATT statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte dazu am 3. Dezember 1985, daß dabei „das Verfahren für die offizielle Einleitung einer neuen GATT-Runde in Gang" gesetzt worden sei: „Die Genfer Beschlüsse haben Kompromiß-Charakter. Die Befürworter einer neuen GATT-Runde (insbes[ondere] USA, Japan, EG, rest[liche] OECD-Staaten, unterstützt von ASEAN und AKP, aber auch die Staatshandelsländer des europäischen Ostblocks) haben drei Punkte durchgesetzt: Einsetzung des Vorbereitungsausschusses (VA; Preparatory Committee), Zeitplan und Ministerkonferenz. […] Auch die Gegner einer neuen GATT-Runde, die um Brasilien, Indien, Jugoslawien, Argentinien und Ägypten gescharten ‚Hardliner' unter den EL, können mit den Genfer Beschlüssen zufrieden sein. Sie lehnen die neue Runde nicht prinzipiell ab, sondern wollen nur sicherstellen, daß die bisher unerledigten Punkte des Arbeitsprogramms der GATT-Ministertagung von 1982, die besonders die EL interessieren (wie z. B. Schutzklausel, Textilien, tropische Produkte), mit Priorität behandelt werden. Außerdem hegen sie Mißtrauen gegen die Behandlung der Dienstleistungen, da sie die übermächtige Konkurrenz der westlichen IL auf ihren eigenen Dienstleistungsmärkten befürchten." Diese Interessen blieben durch die Genfer Beschlüsse gewahrt. Vgl. den Runderlaß Nr. 106; Referat 411, Bd. 131325.

33 Bei ihrem Treffen am 22. September 1985 in New York bekundeten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA ihre Bereitschaft, durch ein koordiniertes Vorgehen auf den Devisenmärkten eine weitere Verteuerung des Dollar zu verhindern. Dadurch sollte eine Aufwertung der DM und des Yen bewirkt werden mit dem Ziel, das Handelsdefizit der USA zu verringern und Forderungen des amerikanischen Kongresses nach protektionistischen Maßnahmen zu begegnen. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 26. September 1985; Referat 412, Bd. 130568.

März erscheinen.[34] Man erhoffe sich von ihr Aufschlüsse, was Japan noch tun solle. Japan sei ohne freien Welthandel nicht lebensfähig und müsse versuchen, in gegenseitiger Abstimmung zu konkurrieren und zu koordinieren.

BM: Wir gehen und denken in die gleiche Richtung. Wir beide haben vom freien Welthandel den größten Gebrauch gemacht.

Beide Minister verabreden sich zum Abendessen am selben Abend[35] und zum Frühstück am nächsten Morgen[36] zur Fortsetzung des Gesprächs.

Referat 341, Bd. 142633

18

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman

220-370.70 USA-83/86 VS-vertraulich **24. Januar 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt.

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Kampelman am 24. Januar 1986[2]

Auf deutscher Seite nahmen teil: D 2 A[3], Dg 20[4], LMB[5], RL 220[6], VLR I Weber.

Auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, BR Grobel.

34 Die Beratergruppe unter Leitung des ehemaligen Gouverneurs der japanischen Notenbank, Maekawa, legte ihren Bericht zur strukturellen Anpassung der japanischen Wirtschaft („Report on Economic Structural Adjustment for International Harmony") am 7. April 1986 vor. Für den Bericht vgl. Referat 341, Bd. 142645.

35 In seinem Haus in Wachtberg erörterte Bundesminister Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe die Erforschung des Weltraums, die Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China, den Stand der Ausreisen aus der DDR sowie Fragen der Währungs- und Energiepolitik. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 142633.

36 Bundesminister Genscher und der japanische Außenminister Abe befaßten sich am 23. Januar 1986 mit den militärisch-strategischen Auswirkungen von SDI und einer möglichen Beteiligung an der SDI-Forschung, ferner mit der Entwicklung in Korea. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 142633.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 24. Januar 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 27. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 3. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 5. Februar 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman hielt sich am 23./24. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Friedrich Ruth.

4 Hans-Friedrich von Ploetz.

5 Michael Jansen.

6 Rolf Hofstetter.

Auf die einleitende Frage des *Bundesministers*, wie die Welt zu Beginn des neuen Jahres aussehe, antwortete Botschafter *Kampelman*, daß der Ausblick etwas hoffnungsvoller sei. In Genf habe man von März bis Oktober auf sowjetische Vorschläge gewartet. Erst dann habe sich Bewegung gezeigt, die mit dem Gorbatschow-Vorschlag vom 15.1.1986[7] einen gewissen Höhepunkt erreicht habe. Er selbst habe mit dem sowjetischen Verhandlungsführer am 15.1. ein längeres Gespräch geführt, in dem dieser die neue Initiative mit keinem Wort erwähnt habe. Das Gespräch sei um 15 Uhr zu Ende gegangen, und um 17 Uhr habe die amerikanische Delegation erfahren, daß Radio Moskau den Gorbatschow-Vorschlag bekanntgegeben habe. Als er Karpow später darauf angesprochen habe, habe dieser geantwortet, daß er keine Weisung gehabt habe, die amerikanische Delegation zu unterrichten. Der Bemerkung Kampelmans, daß er, Karpow, falls er Weisung gehabt hätte, wahrscheinlich nicht gewußt hätte, was er hätte sagen sollen, habe der sowjetische Verhandlungsleiter nicht widersprochen.[8]

Ähnlich sei es bei den sowjetischen Vorschlägen vom 30. September/1. Oktober 1985[9] gewesen, wo es 14 Tage gedauert habe, bis die sowjetische Delegation in Genf in der Lage gewesen sei, amerikanische Fragen zu beantworten. Dasselbe habe für die Äußerungen Gorbatschows in Paris[10] gegolten. Botschafter Ruth habe ihn davon unterrichtet, daß Kwizinskij in Bonn dezidiert die Auffassung vertreten habe, eine Null-Lösung für INF hänge von einem SDI-Verbot ab.[11] In

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

8 Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 17. Januar 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach die sowjetische Delegation in der ersten Plenarsitzung der vierten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle am Vortag in Genf die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vorgetragen habe: „Auf amerikanische Frage hätten Sowjets erklärt, daß alle Elemente des neuen Vorschlags miteinander verbunden seien. Falls es nicht möglich sei, auf der Grundlage des neuen sowjetischen Vorschlags Fortschritte zu erzielen, könne auf die bisherigen sowjetischen Vorschläge zurückgegriffen werden. […] In informellem Gespräch ließ Karpow Kampelman wissen, daß auch die sowjetische Delegation von dem neuen sowjetischen Vorschlag erst am Nachmittag des 15.1. erfahren habe. Karpow sei in gewisser Verlegenheit gewesen, weil er bei Mittagessen mit Kampelman am 15.1. den neuen Vorschlag noch nicht erwähnt habe. Insgesamt habe sowjetische Delegation den Eindruck von Ratlosigkeit gemacht, noch ausgeprägter als nach den Vorschlägen Gorbatschows vom Oktober 1985. US-Delegation stelle sich darauf ein, daß es noch Wochen dauern könne, bevor sowjetische Delegation über volle Instruktionen zu dem neuen Vorschlag verfügen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 244; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Zu den sowjetischen Vorschlägen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 270.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Am 3. Oktober 1985 erklärte er in einem Treffen mit französischen Parlamentariern die Bereitschaft der UdSSR, ein gesondertes Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme zu schließen, „ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Problem der Weltraum- und strategischen Rüstungen“. Darüber hinaus wiederholte er den Vorschlag, mit den USA eine Vereinbarung über das Verbot von Weltraumangriffswaffen zu schließen und die Nuklearwaffen, die das Territorium des jeweils anderen erreichen könnten, um 50 % zu reduzieren. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 510 f.

11 Botschafter Ruth führte am 22. Januar 1986 gegenüber dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij aus, daß „das künftige Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen entscheidend auch vom Umfang der Offensivsysteme bestimmt würde und von den beiden Großmächten einvernehmlich gestaltet werden müßte. Gegenwärtig komme es auf die Grenzziehung zwischen Forschung und Entwicklung an, er frage deshalb, wo die SU diese Grenze sehe. Kwizinskij antwortete zunächst, eine perfekte Raketenabwehr sei unmöglich. Deshalb bedeute jede Erweiterung von Defensivsystemen ein Plus zum Offensivpotential einer Seite. Der Sinn neuer Defensivsysteme könne daher nur darin liegen, eine Erstschlagskapazität zu erlangen. […] Die Aufforderung zum Bau neuer Waffen in der Hoffnung, auf diese Weise die Nuklearwaffen zu beseitigen, sei ein ‚grotesker Unsinn‘. Wenn es gemäß dem sowjetischen Programm keine Kernwaffen mehr gäbe, so bestünde

dem Gespräch, das Botschafter Glitman gestern nachmittag mit seinem Counterpart Obuchow geführt habe, habe dieser ein solches Junktim nicht erwähnt. Obuchow habe allerdings auch nicht gesagt, daß es ein solches Junktim nicht gebe. Auch in der Frage der sowjetischen SS-20 in Asien habe Obuchow nicht viel zu sagen gehabt. Er habe sich auf den Hinweis beschränkt, daß im Falle eines Abkommens diese Frage nur von temporärer Bedeutung sei, da in einer späteren Phase auch die asiatischen Systeme beseitigt würden. Er, Kampelman, sei nicht sicher, was hinter diesen Äußerungen stecke. Möglicherweise versuchten die Sowjets, die europäischen Verbündeten dafür zu gewinnen, in Sachen SDI Druck auf die USA auszuüben.

Bundesminister fragte, wie die geänderte sowjetische Haltung zu den französischen und britischen Systemen zu erklären sei. *Kampelman* wies darauf hin, daß am Ende der letzten Runde im November[12] Kwizinskij ihm gegenüber betont habe, daß man dieses Problem nicht unterschätzen dürfe. Ein Interimsabkommen ohne Anrechnung dieser Systeme gebe es nicht. Abweichend davon habe sich Obuchow zu dieser Frage eher zurückhaltend geäußert.

D2A wies darauf hin, daß die Äußerungen Kwizinskijs in Bonn in dieser Frage ganz eindeutig gewesen seien.[13] Es komme jetzt darauf an, aus den sowjetischen Vorschlägen (dem früheren Interimsvorschlag und den jüngsten Gorbatschow-Vorschlägen) das herauszunehmen, was für uns akzeptabel sei. Wenn es gelinge, die Diskussion hierauf zu konzentrieren, seien Fortschritte möglich.

Kampelman stimmte dieser Auffassung zu.

Auf die Bemerkung von Botschafter *Burt*, die Behandlung von SDI sei schwierig, sagte *Kampelman*, daß die Russen nur widerstrebend über SDI reden würden. Sie seien nicht bereit, darüber zu sprechen, was erlaubt und was verboten sei. Kwizinskij, der eigentlich für diese Weltraumfragen zuständig sei, schalte sich auch bei INF ein, so daß manches Mal unklar sei, wer eigentlich für INF

Fortsetzung Fußnote von Seite 107

auch keine Notwendigkeit mehr für Defensivsysteme. Auch die FOFA-Pläne, die ebenfalls der Vorbereitung eines Erstschlags dienten, würden dann überflüssig." Was SDI betreffe, so sei die UdSSR bereit, „über die Grenzen der erlaubten Forschung" zu sprechen; sie sei jedoch gegen „zielgerichtete Forschung". Er, Kwizinskij, könne keinen Sinn darin erkennen, „etwas zu entwickeln, was anschließend sofort gemäß Art[ikel] 8 ABM-Vertrag zu zerstören wäre". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

12 Die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf fand vom 19. September bis 7. November 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 304.

13 Im Gespräch des Botschafters Ruth mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986 stellte Ministerialdirigent von Ploetz die Frage, „wie sich der sowjetische Vorschlag einer europäischen Null-Lösung zur Zwischenlösung verhalte, ob insbesondere die sowjetische Forderung auf Anrechnung der Drittstaatensysteme zurückgestellt sei: „Kwizinskij antwortete auf letzteres mit einem klaren Nein. Im Falle einer europäischen Null-Lösung entstünde qualitativ eine andere Situation, in der die Nichtausweitung der britischen und französischen Potentiale genügte. Eine Zwischenlösung, die den Verbleib amerikanischer, britischer und französischer Systeme in Westeuropa bedeutet, sei ohne Anreiz für SU." Eine Zwischenlösung „unterscheide sich für die SU grundsätzlich von der einer europäischen Null-Lösung, weil bei einer Zwischenlösung zu den britischen und französischen Systemen amerikanische Erstschlagswaffen hinzuträten. Im übrigen verzichtete SU im Falle der europäischen Null-Lösung nicht auf die Anrechnung der britischen und französischen Systeme, sondern nähme eine andere Anrechnung vor. Der Vorschlag einer europäischen Null-Lösung sei im Kontext der gesamten ersten Etappe des sowjetischen Programms zu sehen, d. h. auch im Kontext mit dem Verbot kosmischer Angriffswaffen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

das Sagen habe, Kwizinskij oder Obuchow. Zwischen beiden gebe es offensichtlich Schwierigkeiten. Von den beiden sei Kwizinskij mit Sicherheit der härtere.

Bundesminister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Kwizinskij von Anfang an an der sowjetischen Reaktion auf die NATO-Nachrüstung maßgeblich beteiligt gewesen sei. Er wolle jetzt nachweisen, daß er recht gehabt habe. Die anderen Verhandler seien weniger mit Vorurteilen belastet. Kwizinskij sei sozusagen der letzte Überlebende des alten Konzepts, das er weiterhin verteidige.

In den Gesprächen mit Kwizinskij[14] sei es uns darauf angekommen, folgende Punkte ganz klar zu machen:

1) Die sowjetischen Vorschläge betreffen gesamte Allianz, d. h., es kann nur um die Reaktion des gesamten Bündnisses gehen und nicht um eine bilaterale deutsche Reaktion. Natürlich sind Konsultationen möglich, aber die Festlegung der Position ist eine Allianzangelegenheit. Mit dieser Feststellung hätten wir von vornherein sowjetischen Bestrebungen entgegenwirken wollen, in dieser Sache mit uns bilateral etwas bewegen zu können.

2) Er, Bundesminister, habe Kwizinskij nach der Philosophie gefragt, die hinter den sowjetischen Vorschlägen stehe. Kwizinskij habe daraufhin den europäischen Ansatz des Programms betont. Ohne das Bild Gorbatschows vom europäischen Haus zu benutzen, habe er an diese Vorstellung angeknüpft. Er, Bundesminister, habe deutlich gemacht, daß der Prüfstein für uns sei, ob diese Vorschläge uns das gleiche Recht auf Sicherheit einräumten oder nicht. Man dürfe nicht vergessen, daß der philosophische Grundansatz für die Aufstellung der SS-20 der Gedanke der sowjetischen Dominanz über Europa gewesen sei. Deshalb müsse die westeuropäische Antwort – und dies sagten wir auch öffentlich – sein: gleiches Recht auf Sicherheit wie für die Sowjetunion. Der Definition des Begriffs „strategische Waffen“ komme daher ganz besondere Bedeutung zu.

3) Er habe ferner Kwizinskij eindeutig darauf hingewiesen, daß, wie immer die Entwicklung ausgehe, ob alle Atomwaffen beseitigt würden oder nicht, für uns die Frage maßgebend sei, wie die Kriegsverhinderung auch in Zukunft garantiert werden könne. Wie könne gewährleistet werden, daß auch in Zukunft ein Krieg unführbar sei? Zum einen gehe es um den Abbau konventioneller Disparitäten. Aber auch ein konventionelles Gleichgewicht schließe kriegerische Konflikte, wie man im Falle des Ersten Weltkriegs gesehen habe, nicht aus. Man müsse sich deshalb Gedanken machen, wie die Zukunft Europas aussehen werde. Eine erste Stufe sei die KVAE in Stockholm. Dort müßten Fortschritte erzielt werden. In demselben Sinne habe sich auch der amerikanische Präsident geäußert. Stockholm sei der erste Test für die veränderte Lage.

Es komme jetzt darauf an, in der Allianz eine Position zu formulieren, damit der Westen die Führungsposition auch in bezug auf die öffentliche Meinung sichtbar übernehme. Es müsse eine Entwicklung vermieden werden, wo sich verschiedene Gruppierungen, Regierungen, Parteien und andere Gruppen in

14 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986; Dok. 16.

unterschiedlicher Weise äußerten. Die Allianz dürfe nicht zu spät kommen. Es gehe um eine Gesamtreaktion der Allianz. Die ersten Reaktionen, unsere eigene, die der USA und anderer Staaten, seien nahezu identisch gewesen. Wie er gestern abend von einem Abgeordneten der CSU erfahren habe, betrieben Ostblockdiplomaten in Bonn, aber wahrscheinlich auch anderswo, eine Art Volksbefragung der politisch Maßgeblichen, um sich über die Einschätzung und die Trends zu unterrichten. Dies zeige, wie wichtig es sei, daß die Allianz eine Leitfunktion übernehme.

Für uns besonders wichtig sei, daß zu INF eine Position formuliert werde. Die Aufgabe beschränke sich aber nicht auf INF, sondern müsse auch alle anderen Fragen, z. B. die Verhandlungen in Stockholm, Wien[15] und Genf, umfassen, genauso wie die Implikationen für den konventionellen Bereich. Wenn die Sowjetunion von einem europäischen Ansatz spreche, werde die propagandistische Stoßrichtung klar. Er wolle noch einmal hervorheben, daß es das Allerwichtigste sei, daß wir gemeinsame Positionen entwickelten.

Auf eine entsprechende Frage von Botschafter Burt führte der Bundesminister aus, daß die SCG das geeignete Gremium für diese Aufgabe wäre, wenn Frankreich, das von den sowjetischen Vorschlägen unmittelbar betroffen sei, daran teilnähme. Er rege an, daß möglichst rasch Experten der Vier zusammenträten und danach der NATO-Rat unter Hinzuziehung von Experten aus den Hauptstädten sich mit dieser Angelegenheit befasse.

Auf die Bemerkung von Botschafter *Burt*, die USA hätten versucht, Frankreich für die Mitarbeit in der SCG zu gewinnen, wiederholte der *Bundesminister*, daß es das beste wäre, wenn Frankreich sich an der SCG beteilige. Vielleicht sei dies unter den veränderten Umständen möglich. Er selbst treffe Außenminister Dumas am Montag.[16]

Botschafter *Kampelman* bemerkte, daß die amerikanischen Verhandlungsleiter am 3. Februar mit dem NATO-Rat in Brüssel zusammenträfen.[17] *D2A* bemerkte, daß wir in Washington um eine Vorverlegung der SCG gebeten hät-

15 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 59.

16 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas trafen anläßlich der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel zusammen.

17 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 3. Februar 1986, daß im Mittelpunkt der Aussprache über die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch die amerikanischen Sonderbotschafter Glitman, Kampelman und Tower die Bewertung der Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gestanden habe: „F erklärte, die Vorschläge enthielten keine wirklich neuen Elemente. Die sowjetische Seite stelle höhere Forderungen auf als vorher. Bei SDI gebe es kein Zugeständnis für erlaubte Forschung, bei den strategischen Waffen werde die bekannte sowjetische Position wiederholt, die INF-Vorschläge enthielten unakzeptable zusätzliche Bedingungen und seien wegen der Forderungen an die Drittstaaten nach einem Einfrieren und Verbot der Modernisierung darauf gezielt, Uneinigkeit in der Allianz herbeizuführen. […] Eine ähnliche negative Bewertung wurde von GB vorgetragen. Die SU werde am Ende der drei Phasen konventionell erdrückend überlegen sein. Gorbatschow habe die bedeutende Frage konventioneller Waffen nicht ausreichend behandelt. Der Hauptzweck der Vorschläge sei propagandistischer Natur. Andere (NL, B) zeigten eine in Nuancen positivere Einschätzung der Vorschläge. Übereinstimmung bestand jedoch darin, daß es notwendig sei, die vielen Aspekte und Elemente der Vorschläge so intensiv wie möglich zu untersuchen und positive Ansatzpunkte zu nutzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

ten.[18] Außerdem hielten wir es für erforderlich, daß sich an die Sitzung des NATO-Rats am 3. Februar eine Expertensitzung anschließe.

Kampelman führte aus, daß in Washington zur Zeit eine eingehende Analyse vorbereitet werde. Er habe Einblick in die bisherigen Ergebnisse genommen und könne sagen, daß den Bündniskonsultationen ein ganz hoher Stellenwert eingeräumt werde.

Auf die Frage Kampelmans, welchen Rat der Bundesminister ihm nach Genf mitgebe, führte der *Bundesminister* folgendes aus: Es gehe darum, umfassend zu antworten, das heiße, man müsse die Elemente, die weiterführten, aufführen und auch als solche herausstellen und dort, wo die sowjetische Position unakzeptabel sei, unsere Position klar entgegensetzen, auch wenn dies früher bereits geschehen sei. Vermieden werden müsse eine Detailkritik. Unser eigenes Konzept müsse sichtbar werden. Wenn man nur einzelne Punkte kritisiere, bleibe immer noch das sowjetische Gesamtprogramm. Seiner Meinung nach sei das sowjetische Programm sozusagen die erste Stufe einer Rakete. Auf dem Parteitag[19] solle die zweite Stufe gezündet werden. Die Sowjetunion wolle sichtbar machen, daß sie zu politischer und militärischer Stabilität bereit und ihre Politik für die nächsten 15 Jahre kalkulierbar sei. Der Westen müsse dem sein eigenes Konzept gegenüberstellen. Die von ihm bereits erwähnten „Umfragen" der Ostblockdiplomaten dienten dazu, herauszufinden, welche Teile des Programms hier ankämen und was noch geändert werden müsse. Auch dies müsse man im Zusammenhang des Parteitags sehen, mit dem eine neue Ära eingeläutet werden solle. Botschafter *Kampelman* fügte hinzu, daß es in diesem Zusammenhang interessant sei, daß die Sowjetunion als Ende der vierten Runde den 4. März 1986 vorgeschlagen hätte.[20]

Kampelman fuhr fort mit der Bemerkung, daß es beim KSZE-Folgetreffen für die USA immer günstig gewesen sei, die neutralen und ungebundenen Staaten zu benutzen. Die Sowjetunion habe ihre Positionen nicht der Amerikaner wegen ändern müssen. Bei den bilateralen Verhandlungen in Genf sei die Lage anders. Deshalb komme auch seiner Meinung nach einer gemeinsamen Allianzposition eine besondere Bedeutung zu.

D2A führte aus, daß die Geschlossenheit des Bündnisses angesichts der langfristigen Perspektive des sowjetischen Vorschlags von fundamentaler Bedeutung sei.

Botschafter *Burt* fragte nach der Rolle, die ein CTB in der deutschen öffentlichen Diskussion spiele.

Bundesminister antwortete, daß die Teststoppfrage von größter Bedeutung in der Öffentlichkeit sei. Die westliche Argumentation sei der schwächste Punkt in der Allianzposition.

D2A bemerkte, daß die Teststoppfrage als Vehikel benutzt werde, um die Glaubwürdigkeit der westlichen Position anzugreifen.

18 Die für Ende Februar vorgesehene Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO fand am 12. Februar 1986 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 38.

19 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

20 Zur vierten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 16. Januar bis 4. März 1986 in Genf vgl. Dok. 56.

Kampelman antwortete, daß er die Schwierigkeiten sehe. Auch in Washington sei dies eine schwierige Frage. Wie weit solle man den ernstgemeinten Rat militärischer Experten akzeptieren? In Genf hätten die Russen den Teststopp nie zu einem Hauptthema gemacht. ASAT habe eine viel größere Rolle gespielt. Auch für die Russen stelle sich das Problem, daß die Militärs einen Teststopp nicht für wünschenswert hielten.

Bundesminister führte aus, daß die Opposition die Teststoppfrage zur Speerspitze ihres Angriffs machte. Das sei gestern im Bundestag ganz deutlich geworden.[21]

D2A wies auf die Erklärung von Staatsminister Möllemann in der gestrigen Debatte hin. Botschafter *Burt* sagte auf persönlicher Basis, daß er dieses Problem durchaus sehe, aber den Eindruck habe, daß man in Washington sich über die Tragweite nicht im klaren sei. Auf dem Gebiet der Verifikation hätten wir noch die stärksten Argumente. In diesem Zusammenhang wolle er auf die von Präsident Reagan ausgesprochene Einladung zur Entsendung von Experten hinweisen.[22]

Bundesminister führte aus, daß er es für das Zweckmäßigste halte, wenn die Angelegenheit zunächst unter den Verbündeten besprochen werde und dann eine hochrangige amerikanische Stellungnahme zu dieser Thematik abgegeben werde, auf die wir uns dann als nicht unmittelbar Betroffene berufen könnten. Bisher hätten wir bei unserer Argumentation den Nachdruck auf die Verifikation gelegt, wenn in Washington nun auch das Argument benutzt werde, daß man Tests aus anderen Gründen brauche, lasse sich diese Argumentationslinie nicht mehr halten, zumal die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Lösung der Verifikationsfrage betone. Botschafter *Kampelman* bemerkte an dieser Stelle, daß eine Antwort Gorbatschows auf den Brief Reagans noch nicht vorliege. Botschafter *Burt* fügte hinzu, daß man bereits vor einem Jahr den Sowjets signalisiert habe, daß eine sowjetische Geste auf dem Gebiet der Verifikation manches in Bewegung bringe. Darauf sei bisher keine Antwort erfolgt.

D2A vertrat die Auffassung, daß wir jetzt eine ernsthafte Perspektive brauchten. Der Eindruck, daß ein CTB niemals Realität werde, dürfe nicht entstehen.

VS-Bd. 11305 (220)

21 Auf Antrag der SPD-Fraktion fand am 23. Januar 1986 eine aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu einem nuklearen Teststopp statt. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 190. Sitzung, S. 14377–14383, bzw. 191. Sitzung, S. 14385–14392.

22 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 19. Dezember 1985 über einen Bericht der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" vom Vortag zur Frage eines nuklearen Teststopps. Darin sei ausgeführt worden, die UdSSR sei für den Fall, daß die USA einem wechselseitigen Moratorium zustimme, bereit, sich „über einige Kontrollmaßnahmen vor Ort zur Beseitigung möglicher Zweifel hinsichtlich der Einhaltung eines solchen Moratoriums" zu verständigen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3939; Referat 222, Bd. 130111. Vgl. ferner den Artikel „Jadernye vzryvy – pod zapret"; PRAVDA vom 19. Dezember 1985, S. 5.
In einer am 19. Dezember 1985 veröffentlichten Mitteilung lehnte das amerikanische Präsidialamt ein Moratorium für Nukleartests ab, erklärte jedoch, daß die USA eine Bereitschaft der UdSSR begrüßen würden, gegenseitig Beobachter zu nuklearen Testanlagen zu entsenden. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 60.

19

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.70 SOW VS-NfD **24. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Sowjetischer Stufenplan zur Beseitigung der Kernwaffen vom 15.1.1986[3];
hier: Grundsätzliche Bewertung des Konzepts der vollständigen nuklearen Abrüstung

Bezug: Ihre Weisung in der Hausbesprechung vom 20.1.1986

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung (insbesondere zusammenfassende Folgerungen unter III., S. 9 ff.[4])

I. 1) Das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen ist nicht neu. Es findet sich (als Element der allgemeinen und vollständigen Abrüstung) in Rüstungskontrollverträgen, in früheren amerikanischen und sowjetischen Erklärungen sowie auch in der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.1985.[5] Eine tiefergehende argumentative Auseinandersetzung mit diesem Ziel hat sich bisher schon deshalb erübrigt, weil es allgemein als ein Fernziel begriffen wurde, dessen Verwirklichung eher unwahrscheinlich ist und das keinen konkreten Bezug zu aktuellen Rüstungskontrollverhandlungen hat.

2) Das Besondere an dem sowjetischen Vorschlag vom 15.1.1986 ist, daß er die Verwirklichung des Fernziels bis zum Jahr 2000 in Aussicht stellt und in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den gegenwärtigen Verhandlungen stellt. Den aktuellen sowjetischen Vorschlägen für die drei Verhandlungsbereiche in Genf soll dadurch eine besondere Attraktivität und Legitimation verliehen werden. Sie sollen als notwendiger und vernünftiger Schritt auf dem Wege zur Verheißung einer von Nuklearwaffen freien Welt erscheinen.

3) Die USA haben mit SDI Entsprechendes versucht, doch der sowjetische An-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] beigefügte Bemerkung." Vgl. Anm. 14.
Hat Meyer-Landrut am 12. Juni 1986 erneut vorgelegen, der die Wörter „über Herrn Bundesminister" strich.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 12. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. Juni 1986 erneut vorgelegen.

3 Am 15. Januar 1986 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner Dok. 16.

4 Vgl. Anm. 13.

5 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

satz ist wesentlich einfacher und – jedenfalls vordergründig – realitätsnäher angelegt:

– Die Vorstellung, mit SDI einen Prozeß der Abschaffung der Nuklearwaffen einzuleiten, war von vornherein mit dem Makel der visionären Spekulation behaftet. Die amerikanische Regierung hat auch nie verhehlt, daß SDI an den Notwendigkeiten der nuklearen Abschreckung und der Modernisierung der strategischen Offensivsysteme auf absehbare Zeit nichts ändern werde.
– Die SU dagegen schlägt den direkten Weg ins nach-nukleare Zeitalter vor – ohne den Vorbehalt technologischer Ungewißheit, ohne die Gefahr eines neuen Wettrüstens und ohne Kosten.

Das sowjetische „Programm zur vollständigen Beseitigung der Kernwaffen in der ganzen Welt" vom 15.1.1986 bedeutet deshalb eine unmittelbare konzeptionelle Herausforderung für unsere Sicherheitspolitik.

II. 4) Die sowjetischen Vorschläge müssen daran gemessen werden, ob sie dem obersten Ziel unserer Sicherheitspolitik, der Kriegsverhütung, dienen. Bei der Bewertung sind zu unterscheiden:

– Das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen als solches.
– Der sowjetische Stufenplan, mittels dessen dieses Ziel erreicht werden soll.

a) Das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen

5) Militärstrategisches Fundament der Kriegsverhütungspolitik des westlichen Bündnisses ist die nukleare Abschreckung. Ihr Beitrag zu 40 Jahren Frieden in Europa ist unbestritten. Die hohe konventionelle Überlegenheit des WP erfordert, daß sich das Bündnis für den Verteidigungsfall den nuklearen Ersteinsatz vorbehält. Ohne grundlegende Änderung des konventionellen Kräfteverhältnisses läge die vollständige Beseitigung der Kernwaffen nicht in unserem Interesse.

6) Die militärstrategische Situation Europas wird bestimmt durch die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Teilung in Ost und West, durch das konventionelle Übergewicht der im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Staaten Osteuropas sowie durch die strategische Tiefe des WP, die ihm die SU mit ihren asiatischen Territorien verleiht. In dieser Lage hätten die dem westlichen Bündnis angehörenden Staaten Europas bei einem rein konventionell geführten Krieg das größere Schadensrisiko zu tragen. Der Warschauer Pakt könnte die Option einer konventionellen Kriegführung auch dafür einsetzen, durch politische Druckausübung Vorherrschaft in Europa zu erreichen. Das macht die zielstrebig entwickelte Option konventioneller Angriffsfähigkeit für die SU attraktiv. Für die europäischen Bündnisstaaten ist es hingegen entscheidend, daß es nicht zu einer Situation wie vor 1945 kommt, daß ein konventioneller Krieg nicht wieder führbar und gewinnbar erscheint. Daher ist die Verhinderung jeder Art von Krieg, von politischer Druckausübung oder Erpressung Ziel der Bündnisstrategie.

7) Der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts, der in ihr liegenden Angriffsfähigkeit und dem auf der kommunistischen Weltanschauung aufbauenden Vormachtstreben ist der Westen bisher mit der Option der nuklearen Eskalation geschlossen und erfolgreich entgegengetreten. Wenn wir angesichts der geographischen und geopolitischen Asymmetrie in Europa in Frieden und Freiheit leben, so deswegen, weil

– die NATO-Doktrin der Abschreckung mit der flexiblen Reaktion[6], die selektive nukleare Optionen einschließt und so ein Kontinuum der Abschreckung herstellt bis hin zum nuklearstrategischen Potential der USA, und
– die Nutzung der technologischen Möglichkeiten des Westens zur Stärkung der konventionellen Verteidigung bisher verhindern konnten, daß sich diese sowjetische Überlegenheit zu aktueller Instabilität konkretisiert.

8) Selbst bei konventionellem Gleichgewicht wäre der Wegfall der nuklearen Abschreckung nicht ohne Risiken. Militärisches Gleichgewicht per se kann nicht mit strategischer Stabilität gleichgesetzt werden. Es gibt keinen geschichtlichen Erfahrungssatz, wonach ein Gleichgewicht konventioneller Rüstungen kriegsverhütend wirkt. Erst unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters konnte das Gleichgewicht diese Funktion erfüllen: Weil ein Nuklearkrieg nicht mehr führbar ist, besteht eine wirksame Abschreckung von jedem Krieg, der das Risiko der nuklearen Eskalation in sich trägt. Die Geschichte seit 1945 hat dies eindrucksvoll bestätigt: Kriege gab es nur gegen Staaten, die sich nicht unter dem Schirm nuklearer Abschreckung befanden. Eine nuklearwaffenfreie Welt als Idealziel wird auch von den Europäern nicht abgelehnt. Jedoch kann sie für uns sinnvollerweise erst dann in Betracht kommen, wenn gleichzeitig die militärischen und politischen Voraussetzungen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen sind.

9) Unter den gegenwärtigen politischen und militärstrategischen Rahmenbedingungen läge die vollständige Beseitigung der Kernwaffen nur dann in unserem Interesse, wenn wir der Verhinderung eines Nuklearkriegs absolute Priorität einräumten, wohingegen wir die erhöhte Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges in Kauf nähmen. Die SU ist offensichtlich erneut bemüht, unsere Meinungsbildung in diese Richtung zu lenken. In der Gorbatschow-Erklärung vorn 15.1. findet sich die implizierte Gleichsetzung von „Frieden“ und „Verhinderung eines Nuklearkriegs“:

„Wenn es um die Erhaltung des Friedens, um die Bewahrung der Menschheit vor der Gefahr eines Kernwaffenkrieges geht …“

In der vorbereiteten Erklärung Samjatins für die Pressekonferenz vom 17.1.1986 wird der Zweck des neuen Stufenplans einleitend wie folgt umrissen:

„… Beseitigung der ... sehr ernsthaften Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges ...“

Im Schlußsatz heißt es wiederum:

„… Lösung des größten und dringendsten Problems unserer Zeit, das da lautet: Beseitigung der Gefahr eines atomaren Krieges ...“

Dagegen ist von dem im Gipfelkommuniqué vom 21.11.1985[7] einvernehmlich bekundeten Willen, jeden Krieg zu verhindern, nicht mehr die Rede.

10) Für uns hat die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, jeden Krieg zu verhüten, aus guten Gründen Priorität vor der zweifelhaften Gewißheit, (nur) einen Nu-

6 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

7 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

klearkrieg zu verhindern. Am Ende der Flucht aus dem nuklearen Dilemma stünde immer das Wissen um die Herstellung von Kernwaffen. Sie können nicht „wegerfunden" werden. Selbst unter der hypothetischen Annahme eines weltweit akzeptierten, streng kontrollierten Vertrages über die Beseitigung aller Kernwaffen müßte erhebliches Mißtrauen verbleiben, da eine lückenlose Kontrolle spaltbaren Materials kaum vorstellbar ist.

b) Der sowjetische Stufenplan als Mittel zur Beseitigung der Kernwaffen

11) Selbst wenn man zu dem Ergebnis käme, daß eine Politik der Verhütung jeden Krieges auch ohne nukleare Abschreckung möglich wäre, so bliebe das nicht ohne Grund seit vierzig Jahren ungelöste Problem, den geeigneten Weg zum Ziel der Beseitigung aller Kernwaffen zu finden. Dieser Weg müßte so beschaffen sein, daß zu keinem Zeitpunkt des nuklearen Abrüstungsprozesses neue Stabilitätsrisiken entstünden. Der sowjetische Stufenplan erfüllt diese Voraussetzung nicht.

12) Die Stabilität der nuklearen Abschreckung in der Übergangszeit bis zum Jahr 2000 litte darunter, daß die Unausgewogenheit der bisherigen sowjetischen Vorschläge für die Genfer Verhandlungen größtenteils in den Abrüstungsfahrplan inkorporiert wäre:

– Auf der strategischen Ebene zwischen den USA und der SU wäre es vor allem die sowjetische Definition strategischer Systeme, die den USA destabilisierende Vorleistungen abverlangte.
– Im Mittelstreckenbereich wäre es dieselbe Definition, die das gleiche Recht der westeuropäischen Staaten auf Sicherheit in Frage stellte, auch wenn diese Unausgewogenheit durch das bemerkenswerte neue Element einer „europäischen Null-Lösung" abgemildert würde. Es bliebe die Kategorisierung der „forward based systems" als strategisch, was eine einseitige Anrechnung der amerikanischen flugzeuggestützten Mittelstreckensysteme bei den strategischen Offensivwaffen bedeutete. Es blieben ferner die potentielle Bedrohung NATO-Europas infolge der Mobilität der asiatischen SS-20 und (in der ersten Etappe des sowjetischen Plans) die unveränderte Bedrohung durch die sowjetischen SRINF.

13) Die schwerwiegendsten Nachteile für unsere Sicherheit ergäben sich aus der äußerst kursorischen Natur der sowjetischen Vorschläge für die flankierende Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses. Wie oben bereits ausgeführt, wäre ein Verzicht auf Nuklearwaffen für uns allenfalls dann akzeptabel, wenn ein grundlegender Wandel im konventionellen Kräfteverhältnis einträte und wenn dieser Wandel von stabilisierenden, d.h. verläßlich verifizierbaren und völkerrechtlich verbindlichen Rüstungskontrollvereinbarungen im nichtnuklearen Bereich begleitet wäre. Die SU hat bei früheren Gelegenheiten den Zusammenhang zwischen konventioneller und nuklearer Abrüstung anerkannt. So heißt es in der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.1985:

„Beide Seiten sind der Überzeugung, daß die anstehenden Verhandlungen letztlich, wie auch die Bemühungen allgemeiner Art zur Begrenzung und Verringerung von Waffen, zu der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen allerorts führen sollten."

Auch in Art. VI des NVV[8] sowie in der Präambel des ABM-Vertrages[9] kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß nukleare und allgemeine Abrüstung nicht voneinander zu trennen sind.

14) Der sowjetische Stufenplan geht jedoch nur hinsichtlich der nuklearen (und chemischen) Abrüstung ins Detail. Der Hinweis, daß der Stufenplan „sich zweifellos günstig" auf die multilateralen Verhandlungen auswirken werde, reicht nicht. Gorbatschows Ausführungen zu MBFR und KVAE haben nicht den gleichen Grad der Konkretheit und sehen nicht ebenso drastische Schritte vor wie der Stufenplan zur nuklearen Abrüstung und sind mit ihm nur allgemein verknüpft.[10] Andererseits zielt Gorbatschow mit seinem Vorschlag, die „Entwicklung nicht-nuklearer Rüstungen ..., die auf neuen physikalischen Prinzipien basieren und mit ihrer Vernichtungskraft den nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen nahe kommen", zu verbieten, insbesondere auf die für die konventionelle Verteidigung des Westens notwendige Nutzung der technologischen Basis ab. Kwizinskij bestätigte diese Zielsetzung am 22.1.1986 mir gegenüber mit der Erklärung, bei Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge müßte die NATO auch die „Erstschlagszwecken dienenden" FOFA-Pläne[11] fallenlassen.[12] Ein Verzicht auf die militärische Verwendung von Zukunftstechnologien ist für den Westen nur im Rahmen eines Systems annehmbar, das über alle Bereiche bis hin zu dem der konventionellen Rüstung Stabilität schafft.

15) Für die Bewertung des sowjetischen Stufenplans als eines Mittels ist ferner von Bedeutung, daß er geeignet ist, Interessenunterschiede unter den Bündnispartnern zu akzentuieren. Das Besondere ist dabei, daß diese Gefahr in verschiedenen Richtungen besteht und wechselnde Fronten nicht nur transatlantischer Natur entstehen lassen könnte.

16) Insoweit der Stufenplan zu einer nuklearwaffenfreien Welt aufruft, befindet er sich im Einklang mit Reagans SDI-Vision. Diese Übereinstimmung ist geeignet, bipolare Tendenzen zu fördern, da SU und USA beide ein Interesse daran haben, von der gegenseitigen nuklearen Bedrohung freizukommen. Dieser Ak-

8 Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

9 Für den Wortlaut der Präambel des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14 bzw. 18. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392.

10 Am 15. Januar 1986 führte der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, aus, daß sich bei den MBFR-Verhandlungen in Wien „gewissermaßen die Konturen eines möglichen Beschlusses über die Reduzierung der sowjetischen und amerikanischen Truppen und über das nachfolgende Einfrieren der Truppenstärken der einander gegenüberstehenden Gruppierungen in Mitteleuropa" abzeichneten: „Wir gehen davon aus, daß eine mögliche Vereinbarung über die Truppenreduzierung natürlich einer vernünftigen Kontrolle bedarf. Dazu sind wir bereit. Was die Einhaltung der Verpflichtung über das Einfrieren der Truppenstärken anbelangt, so könnte man, ergänzend zu den nationalen technischen Mitteln, ständige Kontrollpunkte einrichten, die die Verlegung jeglicher Truppenkontingente in die Reduzierungszone überwachen." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 154 f.

11 Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts („Follow-on Forces Attack" – FOFA). Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

12 Zu den Äußerungen des sowjetischen Sonderbotschafters Kwizinskij vgl. Dok. 18, Anm. 11.

zent des sowjetischen Plans ist tendenziell auf eine Distanzierung der USA von NATO-Europa gerichtet.

17) Andererseits wird den Nuklearängsten Europas die Verheißung der Beseitigung der Kernwaffen im Gegenzug gegen die Aufgabe der SDI durch die USA angeboten (besonders deutlich im Hinblick auf die europäische INF-Null-Lösung). Dies soll die Distanzierung Westeuropas von den USA weiter fördern.

18) Daneben könnte gerade der INF-Vorschlag jedoch auch innereuropäische Fronten aufbrechen lassen: Die sowjetische Bedingung der Nicht-Erweiterung der Drittstaatensysteme könnte uns beispielsweise in einen Gegensatz zu Frankreich bringen, das seine ehrgeizigen Pläne zur Modernisierung der Force de frappe nicht so ohne weiteres aufgeben wird. Ferner stellt sich die Frage, was die von F und GB in der zweiten Etappe zu übernehmende Verpflichtung, ihre Kernwaffen nicht „auf den Territorien anderer Länder zu haben", für die europäische verteidigungspolitische Integration bedeuten würde.

[13]19) Insgesamt drängt sich hier der Schluß auf, daß die SU das mit der SS-20-Rüstung nicht erreichte Ziel einer Spaltung des Bündnisses mit anderen Mitteln, insbesondere durch die Aushebelung der Bündnisstrategie, aber auch durch eine Taktik differenzierter Köder, zu erreichen sucht.

20) Für diesen Schluß spricht auch eine nüchterne Einschätzung des sowjetischen Interesses an umfassender Abrüstung. Die SU hat zwar aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen ein starkes Interesse daran, einen Rüstungswettbewerb im Bereich Defensivsysteme zu vermeiden und will deshalb SDI verhindern. Die Abrüstung ihres bestehenden Militärpotentials ist jedoch eine gänzlich andere Frage. Was die Beseitigung der Kernwaffen betrifft, so ist beispielsweise schwer vorstellbar, daß sich die SU für ihre Sicherheit gegenüber China allein auf konventionelle Streitkräfte verlassen wird. Selbst wenn aber die SU zur Beseitigung ihrer Kernwaffen wirklich bereit wäre, dann gewönnen ihre konventionellen Streitkräfte eine solche Bedeutung, daß ihr Abbau in dem Maße, wie wir es in einer nuklearwaffenfreien Welt fordern müßten, kaum in Frage käme. Solange der Weltmachtstatus der SU rein militärisch begründet ist – und eine alternative Machtbasis ist einstweilen nicht erkennbar –, müßte die SU gerade in einer von Kernwaffen freien Welt ihre konventionelle Überrüstung beibehalten.

III. Folgerungen für unsere Haltung[14]

21) Unsere Antwort auf die sowjetischen Vorschläge vom 15.1.86 sollte sich an folgenden Leitgedanken orientieren:

– Für die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa bedarf es neben der rüstungskontrollpolitischen Stabilisierung des gesamten militärischen Kräfteverhältnisses des Abbaus der politischen Spannungsursachen.

13 Beginn der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 4.

14 Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte am 27. Januar 1986 handschriftlich: „Zu den Abschnitten 21 ff. möchte ich doch anmerken, daß mir die Sachaussage durchaus schlüssig und richtig erscheint, das emotionale Element in der Beurteilung des Vorgangs ‚Abschaffung von Kernwaffen' dürfen auch wir nicht übersehen. Deshalb sollten wir bei aller Betonung der für uns als Europäer bedeutenden Elemente der Rüstungskontrolle eine negative Beurteilung des Gedankens der Abschaffung von Kernwaffen in der Öffentlichkeit möglichst vermeiden." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 220, Bd. 130078.

– Die positiven Elemente des Gorbatschow-Plans bedürfen der entsprechenden Resonanz auf westlicher Seite, um das Momentum des Rüstungskontrolldialogs aufrechtzuerhalten.
– Gleichzeitig sollten wir mit aller Deutlichkeit auch öffentlich darlegen, in welchem Maße wir es hier mit Lösungsvorschlägen zu tun haben, die unserer Sicherheit nicht dienen. Täten wir dies nicht, gerieten wir in Zugzwang gegenüber unserer öffentlichen Meinung, liefen die Gefahr ernster Spannungen mit unseren Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks und trügen dazu bei, uns und unsere Partner am Verhandlungstisch in die Defensive drängen zu lassen.
– Unsere rüstungskontrollpolitische Antwort sollte es sein, der ihrer Scheinattraktivität entkleideten Zukunftsverheißung ein pragmatisches Konzept gegenwartsbezogener Einzelschritte entgegenzusetzen, diese aber gleichzeitig mit einer stabilitätsorientierten, langfristigen Perspektive zu verbinden.

Diese Leitgedanken könnten inhaltlich wie folgt ausgefüllt werden:

a) Darlegung der Voraussetzungen einer dauerhaften Friedenssicherung in Europa

22) Erster Ausgangspunkt einer auch an die Öffentlichkeit gerichteten Darstellung unserer sicherheitspolitischen Grundsatzposition ist unser existentielles Interesse an der Verhütung jeden Krieges in Europa. Zweiter Ausgangspunkt ist die Einsicht, daß nicht Waffen, sondern unvereinbare politische Gegensätze Kriege auslösen. Hierauf sollte eine entdämonisierende Klarstellung der Funktion der nuklearen Abschreckung folgen. Daraus ließe sich dann folgender Schluß ableiten: Die vollständige Beseitigung der Kernwaffen ist nur scheinbar die wichtigste Aufgabe der Rüstungskontrollpolitik. Worauf es wirklich ankommt, ist die Stabilisierung des gesamten Kräfteverhältnisses mittels pragmatischer Einzelschritte auf allen Gebieten der Rüstungskontrolle. Diese militärische Stabilisierung muß im Sinne des Harmel-Konzepts[15] durch politische Schritte begleitet werden, die zur Überwindung der politischen Ursachen des Ost-West-Konfliktes beitragen. Ohne gleichzeitige Stabilisierung sowohl des konventionellen Kräfteverhältnisses wie auch der politischen Rahmenbedingungen brächte uns die Beseitigung der Kernwaffen nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Sicherheit.

b) Kritik der strukturellen Mängel des sowjetischen Stufenplans

23) Während Einzelelemente des sowjetischen Plans sehr positive Ansatzpunkte pragmatischer Rüstungskontrolle bieten, ist das Grundkonzept wenig geeignet, zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa beizutragen:

– Der Akzent liegt zu einseitig auf der Beseitigung der Kernwaffen.
– Der Gesichtspunkt der Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses kommt zu kurz. Darüber hinaus enthält der Plan Elemente, die offenbar dar-

15 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

auf ausgerichtet sind, dem Ausgleich dieses Kräfteverhältnisses dienende verteidigungspolitische Maßnahmen des Westens zu unterbinden.

– Die ebenfalls notwendige Bereitschaft zum politischen Ausgleich scheint noch zu fehlen. Die aggressiv-polemischen Ausführungen zum Thema Abrüstung und Entwicklung sind insofern wenig hilfreich. („Mehr als 250 Milliarden Dollar, die jährlich aus den Entwicklungsländern herausgepreßt werden, sind eine Summe, die mit dem Ausmaß des gigantischen Rüstungsbudgets der USA praktisch übereinstimmt. Und ihrem Wesen nach ist diese Übereinstimmung durchaus kein Zufall.“)

c) Unser rüstungskontrollpolitisches Alternativkonzept

24) Nach der Vision des amerikanischen Präsidenten, mittels SDI das Nuklearzeitalter zu überwinden[16], und nach dem Gorbatschow-Plan bedarf es keiner dritten visionären, wohl aber einer realistischen Perspektive. Unser Interesse muß es sein, den Rüstungskontrolldialog wieder auf eine realistische und pragmatische Ebene zurückzuholen. Es gilt nicht nur, dem gefährlichen Verführungsaspekt des Gorbatschow-Plans entgegenzusteuern. Die Argumente, die das Bündnis jetzt gegen den Gorbatschow-Plan formuliert, werden auch ihre Wirkung in der SDI-Diskussion haben. Sie könnten dazu beitragen, die illusionären Gedanken mancher SDI-Begründung in Richtung auf das konkret Machbare und Wünschbare umzulenken.

25) Wir sollten die SU mit ihrem erklärten Willen, Durchbrüche bei der Rüstungskontrolle zu erzielen, in Stockholm und Wien beim Wort nehmen. In Stockholm und Wien böte sich der SU die Gelegenheit, etwa ihren Positionswandel in der Verifikationsfrage unter Beweis zu stellen. Die erste Phase der KVAE muß bis zum Herbst abgeschlossen sein, in MBFR liegt ein realistischer Reduzierungsvorschlag auf dem Tisch[17]. In Stockholm und Wien liegt Erreichbares näher als in Genf. Stellt Moskau bei KVAE und MBFR seinen guten Willen unter Beweis, wird dies auch den Genfer Verhandlungen helfen.

26) Eine weitere konkrete Möglichkeit eines Verhandlungserfolgs bieten die Bemühungen der CD in Genf um ein CW-Verbot.[18] Insoweit kann uneingeschränkt positiv die entsprechende Passage des Gorbatschow-Plans aufgegriffen werden.

16 Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

17 Am 14. Februar 1985 führten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten in Wien Elemente für ein Interimsabkommen ein. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 45.
In der Plenarsitzung vom 5. Dezember 1985 legten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten „Ergänzungen und Änderungen“ zu dem Vorschlag vor. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

18 Referat 222 vermerkte am 21. Januar 1986 zum Stand der Arbeiten der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) an einem Abkommen über das Verbot chemischer Waffen: „Ein großer Teil der vorgesehenen Präambel und der 16 Vertragsartikel ist weitgehend ausgearbeitet.“ Noch divergierende Positionen beträfen erstens „die Überwachung der zivilen Produktion, durch die verhütet werden soll, daß chemische Produkte für CW-Herstellung zweckentfremdet werden (Art[ikel] VI). Mit dieser Frage in Zusammenhang steht die Frage, ob bestehende C-Waffen-Fabriken in Anlagen für die zivile Produktion umgewandelt werden können (Art. V) und wie die Produktion supertoxischer Stoffe organisiert wird. Hier verlangt der Osten Produktion in einer einzigen Fabrik pro Land, was mit der westlichen Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren ist“. Zweitens gebe es noch keine Einigung in „Fragen der Verdachtskontrolle (Art. IX)“. Vgl. Referat 222, Bd. 130108.

27) Hinsichtlich der bilateralen Genfer Verhandlungen gilt es, die Aufmerksamkeit wieder auf die Gipfelvereinbarungen zu lenken, deren Implementierung am ehesten Ergebnisse erwarten läßt. Zum einen bedeutet dies eine Intensivierung der Verhandlungen über die strategischen Offensivsysteme mit dem Ziel der 50%igen Reduzierung, wobei als erster Schritt eine Rückkehr der SU zur SALT-Definition „strategischer" Systeme[19] erwartet werden muß.

28) Zum zweiten, und hier liegt unser Hauptinteresse, muß der auf dem Gipfel gemeinsam bekundete Wille zu einem INF-Zwischenabkommen in die Tat umgesetzt werden. Die INF-Passage des Plans bietet insoweit einen positiven Ansatz, den es konsequent zu sondieren und weiterzuentwickeln gilt. Der sowjetische Vorschlag auf Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckensysteme in Europa hat für uns vor allem drei negative Punkte, die modifiziert werden müßten:

– Junktim mit Aufgabe der SDI. Hier muß zunächst geklärt werden, inwieweit dieses Junktim besteht. (Kwizinskij hatte es uns gegenüber deutlich formuliert, Kampelman teilte uns dagegen mit, Obuchow habe in Genf den gegenteiligen Eindruck vermittelt[20].) Argumentativ wäre diesem Junktim die eigene sowjetische Argumentation zu SDI entgegenzuhalten: SU erklärt, SDI sei deshalb so bedrohlich, weil unter dem Schutz eines BMD-Schildes das Schwert der weiterhin existierenden Offensivsysteme für einen Erstschlag gebraucht werden sollte. Wenn es aber in Europa keine amerikanischen PII und CMs mehr gäbe, so gäbe es insofern auch kein Schwert mehr, dessen Existenz die Aufgabe der SDI verlangte.
– Beibehaltung der asiatischen SS-20. Hier könnte versucht werden, das entsprechende Element des amerikanischen Interims-Vorschlags einzuführen: Reduzierung dieser SS-20 auf ca. 100, Recht der USA zur Kompensation, das aber nicht ausgeschöpft würde.
– Keine Berücksichtigung der SRINF. Wir können auf die Einbeziehung dieser Systeme in ein INF-Abkommen nicht verzichten. Eine vorläufige Verhandlungslösung bestünde darin, die sowjetischen Systeme auf dem Stand von 1982 einzufrieren und gleichzeitig ein Recht der USA auf Ausgleich zu statuieren.

29) Im Verhandlungsbereich Defensiv- und Weltraumwaffen schließlich sollten wir darauf hinwirken, daß Washington ein konkretes rüstungskontrollpolitisches Konzept entwickelt, das für die nächsten 15 bis 20 Jahre einen berechenbaren politischen Handlungsrahmen bietet. (Eine gesonderte Aufzeichnung hierzu ist in Vorbereitung.) Die Ungewißheit für die Zeit nach Abschluß der SDI-Forschung muß überwunden werden, um der sowjetischen SDI-Polemik den Boden zu entziehen.

30) Zusammenfassend ist zur Grundlinie unserer rüstungskontrollpolitischen Antwort auf den Gorbatschow-Plan festzustellen:

19 Artikel II des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) legte die Waffensysteme fest, für welche die getroffenen Absprachen gelten sollten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 24–28. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–374.

20 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman am 24. Januar 1986; Dok. 18.

– Es gilt, die positiven Elemente des Plans auf der ganzen Breite des Rüstungskontrolldialogs fruchtbar zu machen.
– Die geschichtliche Erfahrung seit 1945 zeigt jedoch, daß „große“ Lösungen zur Beseitigung der Nuklearwaffen wenig erfolgversprechend sind. Sie verleiten zu hypothetischen Zukunftsdiskussionen und verstellen den Blick auf die konkret anstehenden Rüstungskontrollfragen.
– Fortschritte verspricht am ehesten ein pragmatischer Ansatz: Schritt-für-Schritt-Lösung der anstehenden Probleme auf den dafür jeweils vorgesehenen Foren. Festhalten an der Perspektive umfassender Abrüstung, aber kein Schnüren überladener Paketlösungen, die die Gefahr der gegenseitigen Blokkierung verschiedener Verhandlungsbereiche und -foren in sich bergen.

Referate 201 und 213 haben mitgewirkt.

Ruth

Referat 220, Bd. 130078

20

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

214-322.00 RUM/USA-28[I]/86 VS-vertraulich **24. Januar 1986**[1]

Lieber George,

im Dezember letzten Jahres hatten wir uns am Vorabend Ihrer Reise in einige Hauptstädte des Warschauer Paktes[2] auch über Rumänien unterhalten.[3] Vom erfolgreichen Verlauf Ihrer Besuche und dem wesentlichen Ergebnis Ihrer Gespräche in Bukarest sind wir inzwischen unterrichtet worden, wofür ich Ihnen danke.[4]

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß mit Begleitschreiben vom 24. Januar 1986 an die Botschaft in Washington mit der Bitte übermittelt, „das BM-Schreiben nebst Höflichkeitsübersetzung weiterzuleiten“. Vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember in Rumänien, vom 15. bis 17. Dezember in Ungarn und am 17./18. Dezember 1985 in Jugoslawien auf.

3 Für das Gespräch vom 14. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 346.

4 Der amerikanische Botschafter in Bukarest, Kirk, unterrichtete die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten am 17. Dezember 1985 über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz am 15. Dezember 1985. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete am selben Tag über das Gespräch mit Präsident Ceauşescu: „Shultz habe ohne Umschweifen die Situation in den USA, was die Beziehungen zwischen beiden Ländern, bes. die Menschenrechtsfragen, angehe, als besonders schwierig geschildert. Das gelte für den Kongreß, aber auch in zunehmendem Maß für die öffentliche Meinung. […] Selbst wenn Reagan im Juni 1986 die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel für Rum[änien] empfehle, sei die notwendige Billigung durch beide Häuser des Kongresses keineswegs sicher. Auch wenn es sich um innerrumänische Angelegenheiten handle, seien Konse-

Es ist dabei von Ihren Mitarbeitern die Frage aufgeworfen worden, ob sich die von den Vereinigten Staaten bisher eingeräumte Meistbegünstigung nach unserer Einschätzung noch als Hebel zur Durchsetzung humanitärer Anliegen einsetzen lasse.[5]

Nach meiner Auffassung dürfte weiterhin die Meistbegünstigung zwar ein wichtiges Kriterium für die Konzessionsbereitschaft der rumänischen Regierung bei der Lösung von Einzelschicksalen sein. Ich glaube aber nicht, daß sich die allgemeine Haltung der rumänischen Führung in Menschenrechtsfragen, insbesondere was ganze Gruppen von Menschen anbelangt, dadurch nachhaltig beeinflussen ließe.

Bei meiner Einschätzung berücksichtige ich einerseits den Wert der rumänischen Exporte in die USA, die Meistbegünstigung genießen: nach unserer Kenntnis etwa 150 Mio. $ pro Jahr.

Diese Summe erscheint angesichts der rumänischen Gesamtexporte in Hartwährungsländer – etwa 3,5 Mrd. US$ – nicht allzu gewichtig. Auch weiß Ceauşescu, daß die Verwirklichung der Menschenrechte in Rumänien auch bei gelegentlichem Entgegenkommen ein von der Weltöffentlichkeit behandeltes Thema bleiben wird.

Andererseits beeindruckt die Konsequenz, mit der Rumänien in den letzten Jahren seine Westverschuldung abgetragen hat. Da Ceauçescu nach jüngsten Äußerungen entschlossen scheint, diese Politik fortzusetzen, wird Rumänien auch in Zukunft jeden US-Dollar und jede Deutsche Mark benötigen, die es aus Exporten in unsere Länder erlösen kann. Schon aus diesem Grund dürfte Ceauşescu – trotz mancher Unberechenbarkeit seiner Reaktionen – jedenfalls nicht von sich aus auf die Meistbegünstigung verzichten und einen Entzug schmerzlich spüren.

Hinsichtlich des Umfangs möglicher Konzessionen ist es allerdings meine Einschätzung, daß Ceauşescu sich bei Weitergewährung der Meistbegünstigung zwar bereit finden dürfte, einige humanitäre Einzelfälle, die mit besonderem Nachdruck vertreten werden, zu lösen. Wesentlich schwieriger dürfte es dage-

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

quenzen für das bilaterale Verhältnis nicht auszuschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 965; Referat 204, Bd. 135308.

5 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 20. Dezember 1985 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach Außenminister Shultz am 15. Dezember 1985 in Bukarest „überaus deutlich" auf die „akute Gefährdung der Meistbegünstigung über Juni 1986 hinaus" hingewiesen habe: „Allerdings frage man sich intern auf amerikanischer Seite, ob der Hebel der Meistbegünstigung noch funktioniere. Vielleicht sei dies nicht mehr der Fall, a) sei es, weil die Rumänen in triumphaler nationalistischer Geste auf Meistbegünstigung von sich aus verzichteten, um sich im selben Atemzug Kritik an ihrer Menschenrechtspraxis zu verbitten; b) oder sei es, weil Ceauşescu für Milderungen in der religiösen Verfolgung (um die es in erster Linie gehe) Kritik vor allem aus Moskau zu gewärtigen habe und sich hier keine unnötige offene Flanke schaffen wolle." Dem amerikanischen Außenministerium stellten sich deshalb drei Fragen: „1) Hat Bonn eine Antwort oder eine plausible Vermutung auf die oben formulierte Frage, ob Gefahr besteht, daß Ceauşescu aus verletzter Souveränität oder aus Blockerwägungen auf Meistbegünstigung von sich aus verzichten könnte? 2) Hält Bonn es für sinnvoll und erfolgversprechend, gemeinsam mit USA bei den Rumänen mehr Verständnis dafür zu wecken, daß Einlenken bei humanitären Gravamina ein Schritt im rumänischen Interesse und nicht ein Gefallen an die Adresse der USA ist? 3) Kann Bonn sich gegenüber Bukarest dafür verwenden, daß Bereitschaft zum Eingehen auf amerikanische Menschenrechtsbedenken zunimmt?" Vgl. den Drahtbericht Nr. 5827; VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

gen sein, Zugeständnisse hinsichtlich ganzer Gruppen, die in Rumänien leben und bleiben wollen – etwa Religionsgemeinschaften, aber auch Minderheiten – zu erreichen, weil derartige „Privilegierungen" dem totalitären Charakter des Regimes zuwiderliefen.

Die Frage der Menschenrechte in Rumänien ist auch in unseren Gesprächen mit der rumänischen Führung ein zentrales Thema. Dabei sind wir in besonderer Sorge um die in Rumänien lebenden Deutschen, beziehen aber auch andere humanitäre Anliegen – wie z. B. vor einem Jahr die Forderung nach Ausreise des Priesters (Father) Calciu[6] – mit ein.

Wir beabsichtigen, in diesem Jahr den hochrangigen politischen Meinungsaustausch mit Rumänien fortzusetzen.[7] Wir sind gern bereit, dabei auch Sie interessierende Einzelschicksale anzusprechen. Wenn Sie dies wünschen, werde ich Sie gerne unterrichten, sobald Termine feststehen.

gez. Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 13463 (214)

21

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-344/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Januar 1986, 20.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 101 **Ankunft: 24. Januar 1986, 20.32 Uhr**

Betr.: KVAE;
hier: Allianz-Konsultationen mit Stockholmer Delegationsleitern am 24.1.1986

Bezug: 1) DE Nr. 520 vom 22.1.1986 – 221-373.16 VS-NfD
2) DB Moskau Nr. 177 vom 22.1.1986 – Pol 372.00/1[2]
3) Büronote vom 22.1.1986 – I-341.44-171/86 VS-v

Zur Unterrichtung

6 Bundesminister Genscher setzte sich im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. Februar 1985 für die Freilassung des rumänischen Staatsangehörigen Gheorghe Calciu-Dumitreasa ein. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139537.

7 Vgl. dazu den Besuch des rumänischen Außenministers Văduva vom 16. bis 19. April 1986 vgl. Dok. 110–112.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 2. Februar 1986 vorgelegen.

2 Gesandter Arnot, Moskau, übermittelte Ausführungen des Mitglieds der sowjetischen KVAE-Delegation, Rachmaninow, zur Haltung der UdSSR in den Bereichen Gewaltverzicht, Notifizierung, beschränkende Maßnahmen, Verifikation, Jahreskalender und Konsultationen. Rachmaninow habe die sowjetische Bereitschaft bekräftigt, „auf KVAE bis September 1986 zu ‚ersten Vereinbarungen' zu kommen. […] Den Sowjets schwebe in Stockholm in diesem Jahr eine ‚Interims-Lösung' vor. R. erklärte diesen Gedanken am Beispiel der Notifizierung von Seeaktivitäten. Wenn Gorbatschow jetzt konzediere, diese Frage auszuklammern, sei sie damit nicht gelöst, sondern nur auf die nächste Phase verschoben." Vgl. Referat 221, Bd. 144792.

I. Zusammenfassung

1) In der Sitzung mit KVAE-Delegationsleitern am 24.1.1986 hörte der NATO-Rat eine Zusammenfassung der Sitzung der Delegationsleiter am 23.1.1986 in Brüssel durch den dänischen KVAE-Botschafter[3] (Text folgt mit Kurier). Es schloß sich ein Gedankenaustausch zu Stand und Fortgang der KVAE an, in dem insbesondere folgende Punkte behandelt wurden: Einigung auf sofortigen Beginn der Textarbeiten in Stockholm, Inhalt eines für den Westen akzeptablen Ergebnisses (Verhältnis KVAE/KSZE), Gewaltverzicht und Beschränkungsmaßnahmen, insbesondere mit Bezug auf die Position der NNA[4] im Vorschlag SC.7[5], Bedeutung der KVAE-Passage in der Erklärung Gorbatschows vom 15.1.1986[6] und Zusammenwirken zwischen den Alliierten-Delegationen in Stockholm und dem NATO-Hauptquartier.

2) F und ich wiesen auf die große Bedeutung der KVAE hin, die durch den beabsichtigten gemeinsamen Besuch der AM Genscher und Dumas[7] unterstrichen werde. Der Rat nahm das Allianz-Papier zu den Beschränkungsmaßnahmen billigend zur Kenntnis, das mit Bezug zu 3) übermittelt worden war. Anstatt der Bezeichnung ISD/361 (3rd revised) vom 20.1.1986 trägt es jetzt die Bezeichnung CM (86) 4 vom 22.1.1986.[8]

II. Im einzelnen

1) Ich sprach auf der Grundlage des Bezugs-DE und wies aufgrund des Bezugs zu 2) auf die Relativierung der KVAE-Passage zum Thema Seeaktivitäten in der Erklärung Gorbatschows vom 15.1.1986 durch die Erläuterung Rachmaninows gegenüber der Botschaft Moskau hin. Die Klarstellung Rachmaninows, Gorbatschows Äußerung hinsichtlich der Seeaktivitäten beziehe sich nur auf die Notifizierung, nicht aber auf den Kalender, fand ebenso Interesse wie die Präzisierung, die Verifikation sei bei KVAE bewußt nicht erwähnt worden, da bei VSBMs nur „adäquate“ Verifikation „entsprechend dem Inhalt der Maßnahmen“ in Frage komme – im Gegensatz zur sowjetischen Bereitschaft zu weitgehenden Schritten bei der Verifizierung von Abrüstungsmaßnahmen. Diese Erläuterungen wurden von einigen Sprechern (NWG, KAN, GB) mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der genauen Prüfung der sowjetischen Absichten aufgegriffen.

3 Skjøld G. Mellbin.

4 Neutral and Non-alligned Countries.

5 Zum Vorschlag CSCE/SC.7 der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. November 1985 vgl. Dok. 8, Anm. 11.

6 In seiner Erklärung nahm der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auch Stellung zu den noch offenen Fragen der KVAE in Stockholm: „Der kritische Punkt ist dort bekanntlich die Frage der Vorankündigung großer Übungen der Land-, See- und Luftstreitkräfte. Das sind natürlich ernste Probleme, und sie müssen grundlegend, im Interesse einer Vertiefung des Vertrauens in Europa, gelöst werden. Wenn es jedoch einstweilen nicht gelingen sollte, sie im Komplex zu lösen, warum sollte man dann nicht nach Teillösungen suchten? Sagen wir einmal, jetzt über die Ankündigung von großen Manövern der Land- und Luftstreitkräfte übereinzukommen, aber die Frage militärischer Aktivitäten auf See auf die nächste Etappe der Konferenz zu verschieben.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 155.

7 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

8 Für das Papier „Constraint Measures at the CDE“ der CSBM-Arbeitsgruppe vgl. VS-Bd. 13435 (212).

2) Die in der Eingangserklärung des dänischen KVAE-Delegationsleiters angesprochenen Themen wurden im einzelnen wie folgt erörtert:

a) Beginn der Textarbeiten

Es wurde Einigkeit festgestellt, daß nunmehr die Zeit für den Beginn der Textarbeiten in Stockholm gekommen sei (DK, I, F, NWG, NL, KAN, wir). Außer uns hoben auch DK und I hervor, daß bei den Textarbeiten in der Form des „flexiblen und dosierten Parallelismus" vorgegangen werden solle. Es komme nicht darauf an, in allen Bereichen gleichzeitig zu beginnen, jedoch müsse der Westen überall zum Beginn bereit sein (DK). Die Fortschritte in den fünf Sachgebieten („cluster") müßten zeitlich unter Kontrolle gehalten und abgestimmt werden.

b) Mögliches Ergebnis der KVAE

Während alle Sprecher das Interesse ihrer Regierungen am Erreichen eines substantiellen Ergebnisses in Stockholm betonten, wurden doch unterschiedliche Akzente[9] gesetzt: Die USA sagten, das Ergebnis müsse militärisch bedeutsam und verifizierbar (Ortsinspektionen!) sein und deutlich über die VSBM der Schlußakte von Helsinki[10] hinausgehen. – Der portugiesische Ständige Vertreter[11] fügte hinzu, die Anwendbarkeit in ganz Europa müsse garantiert sein. – F hob hervor, ein Erfolg in Stockholm müsse unter strikter Respektierung des Mandats[12] angestrebt werden. Dies bedeute Priorität für konkrete VSBM und Einsatz des Gewaltverzichts nur zur Erreichung dieses Ziels. Der Anwendungsbereich der KVAE müsse unbedingt respektiert werden. Hier liege der größte Erfolg des Westens bei Verabschiedung des Mandats von Madrid. Hiergegen richteten sich zugleich die beständigen Aufweichungsversuche des WP. – Spanien forderte Maßnahmen zur Information, Notifizierung und Beobachtung sowie eine Jahresvorausschau und angemessene („appropriate") Verifikation. – Der niederländische Ständige Vertreter[13] hob hervor, der Westen solle nicht um jeden Preis ein Ergebnis anstreben. NL wolle lieber kein Resultat als eines ohne erhebliche qualitative Verbesserung gegenüber der Schlußakte („saut qualitatif").

Die Möglichkeiten der Erreichung eines substantiellen Ergebnisses wurden überwiegend mit vorsichtigem Optimismus beurteilt. Der norwegische KVAE-Delegationsleiter[14] sagte, die Einigung auf das Vertagungsdatum 19.9.1986[15] mache die KVAE zum „Kandidaten für einen Erfolg in absehbarer Zeit".

9 Die Wörter „unterschiedliche Akzente" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde unterschlängelt.

10 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

11 António Vaz Pereira.

12 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

13 Jaap de Hoop Scheffer.

14 Leif Mevik.

15 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.

c) Verhältnis KVAE/KSZE

Wie wir unterstrich auch I die Bedeutung eines guten Resultats in Stockholm für Fortschritte in anderen Bereichen des KSZE-Prozesses. Von vielen Sprechern wurde die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts[16] im Rahmen der KSZE hervorgehoben (DK, F, I, USA, PTG, NL). Einige wiesen darauf hin, daß mit der Festlegung eines Vertagungsdatums der KVAE vor Beginn des Wiener KSZE-Folgetreffens[17] ein wichtiger Schritt für die gleichgewichtige Einordnung der KVAE im KSZE-Rahmen getan sei (DK, F). Es sei Sache des Wiener KSZE-Folgetreffens, den Ausgleich innerhalb der KSZE sicherzustellen (NL, PTG, wir). Rücksichtnahmen auf diesen Gesichtspunkt sollten die Anstrengungen für ein positives Ergebnis in Stockholm nicht mindern (NL).

d) Position zum NNA-Vorschlag SC.7

Es bestand Einigkeit, daß möglichst bald eine Allianz-Position gefunden werden muß. Zur Behandlung des Gewaltverzichts in SC.7 wurde ausgeführt, der Ansatz sei der westlichen Position näher als der des WP (DK, KAN, E, PTG). Auf Grundlage des NNA-Textes könnten möglicherweise für den Westen akzeptable Formulierungen gefunden werden (E). Der französische Ständige Vertreter[18] sagte, F habe die Idee einer Bekräftigung des Gewaltverzichts akzeptiert. Der Westen müsse aber die Gefahr vermeiden, eines der zehn Prinzipien der Schlußakte[19] zu privilegieren.[20] Im Vordergrund müßten die CSBMs stehen. Das Thema Gewaltverzicht erfülle nur eine Hilfsfunktion. NWG führte aus, das Thema Gewaltverzicht sei bei den Verhandlungen eine wichtige Karte des Westens, die der WP als Konzessionen einzustecken versuche. Die Allianz müsse diese Karte weiterhin aktiv spielen. Der portugiesische Ständige Vertreter unterstrich, auf diesem Gebiet sei der Westen nicht Demandeur. Es dürfe in diesem Bereich daher keine Konzessionen ohne substantielle Fortschritte bei den vertrauensbildenden Maßnahmen geben.

Zur Frage der Beschränkungsmaßnahmen sagte PTG, sie gehörten in eine spätere Phase der KVAE und sollten jetzt nicht behandelt werden.

NWG wies demgegenüber darauf hin, daß das Thema der Beschränkungsmaßnahmen auch bei Ablehnung der Vorschläge des Warschauer Pakts für die Beziehungen des Westens zu den NNA seine Bedeutung behalte.

Der dänische KVAE-Delegationsleiter sagte, daß in derselben Arbeitsgruppe wie Beschränkungsmaßnahmen auch die Jahresvorschau (Kalender) behandelt werde, zu der es ebenfalls Formulierungsvorschläge gebe.

16 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ausgewogenheit!"

17 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

18 Gilles Curien.

19 Für den Wortlaut der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–921. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

20 Der Passus „habe die Idee … zu privilegieren" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

e) Rolle der KVAE in den Ost-West-Beziehungen

Erklärung Gorbatschows vom 15.1.1986: Wie wir wiesen auch eine Reihe von Bündnispartnern (USA, F, E, NWG und PTG) auf das für einen Erfolg in Stockholm günstige Klima hin, das durch die Begegnung Reagans mit Gorbatschow und die anschließenden Erklärungen[21] beider Seiten geschaffen worden sei. Unser Hinweis auf die Bedeutung der konventionellen Abrüstung fand Unterstützung durch USA und F. Der Westen habe auf der Grundlage der in intensiven Konsultationen gefestigten Solidarität in allen Verhandlungsforen mit neuen Vorschlägen im Jahre 1985 die Initiative ergriffen. Nach den prozeduralen Erfolgen im Jahr 1985 müßten 1986 Erfolge in der Substanz erreicht werden (USA).

Erst danach sei die Erklärung Gorbatschows vom 15.1.1986 gekommen. USA verwies auf die Äußerungen Reagans nach seinem Treffen mit Barry.[22] Er betonte die Notwendigkeit, die KVAE in den Gesamtzusammenhang der KSZE zu stellen.

Der kanadische Ständige Vertreter[23] hob hervor, daß die Vertagung der Debatte über die Einbeziehung der unabhängigen Seeaktivitäten durch die Sowjetunion wohl kaum einen Abschied vom sowjetischen Ziel bedeute, die westlichen „Forward Based Systems" im Rahmen eines KVAE-Ergebnisses zu erfassen. Die SU werde daher voraussichtlich versuchen, dies über eine Ausdehnung des funktionalen Ansatzes (Notifizierung von mit Landaktivitäten in der Zone verbundenen Luft- und Seeaktivitäten im angrenzenden See- und Luftraum) zu erreichen. Daher komme es darauf an, daß die Allianz zur Notifizierung von Luft- und Seeaktivitäten im Rahmen des funktionalen Ansatzes bald eine Position entwickle.

f) Zusammenwirken zwischen den Alliierten

Delegationen in Stockholm und dem NATO-Hauptquartier:

Es bestand Konsens, daß der Fortgang der Arbeiten in Stockholm weiterhin durch die politischen und militärischen Instanzen der Allianz begleitet werden müsse, auf deren authentische Unterrichtung es daher ankomme (GB, PTG). Der britische Ständige Vertreter[24] fügte hinzu, es müsse dem Rat freistehen, auf Grundlage von Berichten aus Stockholm jederzeit Fragen aufzugreifen, die für das Bündnis von Bedeutung sind.

Zu den im NATO-Hauptquartier zu leistenden Arbeiten wurden folgende Vorschläge gemacht:

21 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd.86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

22 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan im Anschluß an ein Treffen mit dem Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation, Barry, am 21. Januar 1986 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 68.

23 Gordon Scott Smith.

24 John Graham.

– Lösung der offenen Fragen des „Lückenpapiers“[25] zum westlichen VSBM-Paket (GB, E).
– Erarbeitung einer Allianz-Position zu SC.7.

  Generelle Prüfung, welche Elemente aus SC.7 für die weiteren Verhandlungen nutzbar gemacht werden können (NL). Überprüfung der in SC.7 enthaltenen VSBM daraufhin, inwieweit sie zum Rahmen des westlichen Vorschlags akzeptabel wären (PTG).

  Untersuchung (DK: Simulierung) der Auswirkungen der NNA-Vorschläge auf die militärischen Aktivitäten der Allianz (F). Erörterung der Beschränkungsmaßnahmen in SC.7 (I, E, GB, PTG).

  Untersuchung des Gewaltverzichtsvorschlags in SC.7 (GB, PTG).[26]
– Beginn mit den Vorbereitungen für eine weitere Phase der KVAE (PTG).

Der Rat wird sich mit der weiteren Präzisierung dieser Aufträge befassen.[27]

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11518 (221)

25 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), wies am 15. März 1985 darauf hin, daß der bisherige Verlauf der KVAE ergeben habe, „daß das westl[iche] Verhandlungspaket nicht in allen seinen Elementen logisch und überzeugend ist“. Er stellte dann „einige dieser Lücken bzw. Widersprüche zusammen in der Absicht, damit einen internen Denkprozeß einzuleiten, der zu gegebener Zeit dazu führen könnte, daß wir in einige wichtigen Fragen neue Beratungen im Bündnis zur Verbesserung unserer Verhandlungsposition anregen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; VS-Bd. 11521 (221); B 150, Aktenkopien 1985.
Am 9. Juli 1985 übermittelte Citron eine erweiterte Fassung des „Lückenpapiers“ und erläuterte, es enthalte „eine Aufstellung verschiedener Inkonsistenzen, offener Fragen und Widersprüchlichkeiten im westlichen Verhandlungsvorschlag […]. Die Einzelpunkte wurden teilweise im Laufe der Verhandlungen von östlicher und N+N-Seite angesprochen, teilweise ergeben sie sich aus der innerwestlichen Diskussion.“ Das Papier stelle „einen Kompromiß zwischen divergierenden Interessen“ der NATO-Mitgliedstaaten dar. Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

26 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde durch Fragezeichen hervorgehoben.

27 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

22

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.07/1 **26. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Möglichkeiten deutscher Politik angesichts der Verschuldungskrise

Anlg.: 1[4]

Zweck der Vorlage: Genehmigung der zur Behandlung der einzelnen Aspekte des Problems gemachten Vorschläge

I. Kurzfassung

1) Die Gefährdung der Weltwirtschaft durch die Verschuldungskrise hat in ihrer wirtschaftlichen und politischen Brisanz nichts verloren. Es wächst bei den Schuldnerländern die Tendenz, rechtliche Verpflichtungen zu ignorieren und etablierte Verfahren (Abschluß von IWF-Bereitschaftskreditabkommen) abzulehnen (Peru, Brasilien, Nigeria).

Durch die amerikanischen, insbesondere von AM Shultz und dem National Security Council geförderten Vorschläge („Baker-Initiative“[5]), die neben das reine

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Massion konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 31. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe beigefügte Bemerkungen.“
Mit Begleitvermerk vom selben Tag für Bundesminister Genscher bemerkte Ruhfus: „1) Eine inhaltsreiche und durchdachte Vorlage. 2) Die Vorschläge für deutsche Maßnahmen umfassen allerdings ein Maximalpaket, das für das BMF – zumal im Wahljahr – so nicht akzeptabel sein wird. StS Tietmeyer hat kürzlich in einigen Punkten etwas Flexibilität angedeutet. AA wird daher bei dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket Prioritäten setzen und versuchen müssen, in einigen Punkten Fortschritte zu erreichen. 3) Ich stimme D 3 zu, daß der gesamte Themenkomplex bei der Erstellung einer Punktation des AA für die kommenden Koalitionsverhandlungen im Auge gehalten werden soll.“ Vgl. Anm. 34.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 3. Februar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „(Habe Zweifel zu Ziff[er] 3).“ Vgl. Referat 422, Bd. 148934.

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Februar 1986 vorgelegen, der auf dem Begleitvermerk des Staatssekretärs Ruhfus vom 31. Januar 1986 handschriftlich vermerkte: „Ich stimme der sehr positiven Beurteilung der Vorlage zu. Ich bitte einen Brief an BK und zuständige Minister zu entwerfen (oder an federführende Minister und BK zur Kenntnis).“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 12. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über Ruhfus, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Massion an Referat 422 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Siehe Vermerk BM auf Anlage.“
Hat Ruhfus am 13. Februar 1986 erneut vorgelegen, der für Jelonek handschriftlich vermerkte: „Z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]. Ich bin gerne nach Vorbereitung zu Hausbesprechung bereit.“
Hat Jelonek am 14. Februar 1986 vorgelegen.
Hat in Vertretung von Massion Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dingens am 17. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Massion am 24. Februar 1986 vorgelegen.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Am 8. Oktober 1985 stellte der amerikanische Finanzminister Baker auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Seoul ein Programm zur Stärkung der Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer und zur Förderung ihrer Zusammenarbeit mit IWF, Weltbank und Geschäftsbanken vor. In einer nicht gezeichneten Aufzeichnung vom 28. November 1985 wurde dazu ausgeführt, daß der Vorschlag folgende drei Punkte enthalte: „Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen in den Schuldnerländern mit Unterstützung der inter-

Krisenmanagement spezifizierte Forderungen zur Gewährleistung neuen Wachstums bei den Hauptschuldnerländern stellten, ist jedoch ein wichtiges operatives und damit positives Element in die krisenhafte Situation eingeführt worden.

2) Die „Baker-Initiative“

– ist in nahezu allen Kreisen der Industrieländer bereitwillig aufgenommen worden,
– war für den Präsidenten der Weltbank und den Geschäftsführenden Direktor des IWF Anlaß zu einer (ungewöhnlichen) gemeinsamen Erklärung[6] mit der Forderung zu baldigen konkreten Aktionen,
– ist seit der Tagung der Außen- und Finanzminister der Cartagena-Gruppe am 16./17.12.1985 auch auf der Schuldnerseite akzeptierte Diskussionsgrundlage.[7]

Die deutsche Reaktion war bisher zurückhaltend:

– BMF beschränkte sich nach positivem Kommentar auf Wunsch, daß „die Initiative nicht versanden möge“.
– Bundesbankpräsident[8] äußerte sich nur in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gruppe der Zentralbankchefs der Zehn.
– Die deutschen Banken sahen sich – im Gegensatz zu ihren schon Mitte Dezember reagierenden amerikanischen, japanischen, britischen und französischen Partnern – erst am 21.1.1986 zu einer formellen Solidarisierung imstande.[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 130

nationalen Finanzinstitutionen zur Förderung von Wachstum, zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts und zur Verringerung der Inflationsraten; Unterstützung einer marktorientierten Wachstumspolitik der Schuldnerländer durch den IWF in Verbindung mit verstärkten Ausleihungen der multilateralen Entwicklungsbanken; Selbstverpflichtung der privaten Banken, das Ausleihvolumen zur Unterstützung von umfassenden Anpassungsprogrammen in den Schuldnerländern zu erhöhen“. Weiter hieß es: „Baker sprach von einer Erhöhung der Ausleihungen der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken an die Hauptschuldnerländer um rd. 50 % auf 27 Mrd. US-$ und von Neukrediten durch die Geschäftsbanken in Höhe von rund 20 Mrd. Dollar über die nächsten drei Jahre. Ein Abgehen von der bisherigen, auf den Einzelfall abgestellten Schuldenstrategie hat Baker ausdrücklich abgelehnt. Er hat deutlich gemacht, daß nur Länder mit erfolgreicher Anpassungspolitik in den Genuß dieser Finanzmittel kommen können. Zur Förderung von Strukturprogrammen in den ärmsten EL sollen die Rückflußmittel des Trust Funds des IWF in Höhe von 2,7 Mrd. SZR (so von IWF in Seoul beschlossen) zuzüglich evtl. anderer öffentlicher Finanzmittel verwendet werden.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140104. Für den Wortlaut der Rede von Baker vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 15–20 (Auszug).

6 In einer Erklärung vom 2. Dezember 1985 sagten der Präsident der Weltbank, Clausen, und der IWF-Generaldirektor de Larosière ihre Unterstützung des Baker-Plans zu, insbesondere die Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken bei dessen Durchführung. Vgl. dazu die Presseerklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 15. Dezember 1985; Referat 412, Bd. 130555.

7 Botschafter Marré, Montevideo, teilte am 18. Dezember 1985 mit, daß die in der „Cartagena-Gruppe“ zusammengeschlossenen Staaten Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, die Dominikanische Republik, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela in Montevideo eine Erklärung verabschiedet hätten, in der sie auf die „gravierende derzeitige Verschuldung der Region und daraus resultierende wirtschaftlich-soziale Folgen“ aufmerksam machten: „In diesem Zusammenhang behandelt Erklärung als Punkt 2) Baker-Plan, der vom Volumen verfügbarer Mittel her als unzureichend angesehen, wegen des darin ausgesprochenen Prinzips politischer Mitverantwortung der Gläubigerländer jedoch als Schritt in die richtige Richtung gewertet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; Referat 422, Bd. 140213.

8 Karl Otto Pöhl.

9 Am 21. Januar 1986 erörterten auf Initiative der Deutschen Bank AG Vertreter von 40 Banken aus der Bundesrepublik in Frankfurt am Main ihre Haltung zum „Baker-Plan“. In einer Stellung-

Nach unseren Kontakten im Ressortkreis zu urteilen, sind Zweifel berechtigt, ob die federführenden Bundesministerien (BMF, BMZ) rechtzeitig (in bezug auf die krisenhafte Situation und vor internationalen Terminen wie dem OECD-Ministerrat[10] oder dem Wirtschaftsgipfel[11]) einen angemessenen deutschen Beitrag ohne einen ggfs. politischen Anstoß seitens des AA ermöglichen werden.

[12]3) Diese Vorlage läßt die ganze in diesem Zusammenhang relevante Breite unserer Politiken Revue passieren und analysiert, welche Möglichkeiten für deutsche Maßnahmen – als ausdrücklicher Beitrag zu einer Baker-Aktion oder unabhängig davon – bestehen.

Als Ergebnis wird vorgeschlagen, daß das Auswärtige Amt sich bei den federführenden Ressorts um die Durchsetzung eines Maßnahmenpakets mit folgenden Elementen bemüht:

– Verbesserung der Umschuldungskonditionen insbesondere im Falle von FZ-Umschuldungen,
– im Falle von fünf LLDC Erlaß derjenigen rückständigen FZ-Schulden, die nicht in allgemeinen Schuldenerlaß einbezogen wurden (ca. DM 90 Mio.),
– volle Anwendung des Kabinettbeschlusses vom 2.2.83, der eine flexible Handhabung des Instrumentariums der Ausfuhrbürgschaften bei erhöhtem Risiko zuläßt,
– flexiblere Reaktion der FZ-Zusagepolitik auch bei Zahlungsverzug der jeweiligen EL,
– Ausgleich für die Verringerung des Nettotransfers unserer FZ, die sich daraus ergibt, daß EL mehr FZ zurückzahlen, als sie neu erhalten,
– rasche Auszahlung der fälligen zweiten Rate (900 Mio.) für die Weltbanktochter IDA,
– Einführung der seit langem vorliegenden deutschen Vorschläge zur Stabilisierung der Rohstoff-Exporterlöse in die Diskussion zum Baker-Plan.

Dieses Paket sollte durch ein Schreiben auf StS-Ebene an die zuständigen Ressorts vorgeschlagen werden und spätestens zum Gipfel in Tokio (evtl. auch OECD-Rat am 17./18.4.86) als deutscher Beitrag zu den Bemühungen um eine Trendwende präsentiert werden.[13]

Fortsetzung Fußnote von Seite 131

nahme erklärten sie ihre „grundsätzliche Bereitschaft, von Fall zu Fall die Übernahme finanzieller Beiträge positiv zu prüfen". Vgl. den Artikel „Die deutschen Banken zum Baker-Plan"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 23. Januar 1986, S. 13 f.

10 Über die OECD-Ministerratstagung am 17./18. April 1986 in Paris berichtete Botschafter Meyer, Paris (OECD): „Diskussion der Nord-Süd-Fragen ergab breite Übereinstimmung bei Analyse derzeitiger Lage und Maßnahmen für die Zukunft: Günstige Wirtschaftsentwicklung im OECD-Raum, gefallene Ölpreise und Zinsen und niedrigerer Dollar verschafften den nicht-ölexportierenden EL mehr Luft. Neue Lage müßte von EL zu verstärkten Anstrengungen in Richtung wachstumsorientierte Reform- und Anpassungspolitiken genützt werden, wobei Baker-Plan Richtung vorzeichne. Gewarnt wurde jedoch gleichzeitig vor zu optimistischer Lagebeurteilung und daraus resultierendem Nachlassen der internationalen Anstrengungen zur Lösung der Probleme. Das gelte besonders für die Verschuldungsfragen, dem nach wie vor brennendsten Problem der EL." Vgl. den Drahtbericht Nr. 131 vom 18. April 1986; Referat 412, Bd. 130612.

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 137.

12 Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 34.

13 Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 34.

Ferner wird das Auswärtige Amt

– bei der Festlegung der Modalitäten für den Einsatz der an den IWF zurückfließenden (ursprünglich aus Verkauf von IWF-Gold stammenden) Mittel des Trust-Funds darauf achten, daß bei der angestrebten engeren Zusammenarbeit von IWF und Weltbank keine für die EL unzumutbare Konditionierung eingeführt wird,
– beim Wiederaufleben der Diskussion um die Zuteilung von SZR vor der Tagung des Interims-Ausschusses (9. bis 11.4.86) für eine Berücksichtigung der legitimen Interessen der EL eintreten.

4) In dem Maße, in dem ein glaubhaftes und in den zuständigen Institutionen verlaufendes Krisenmanagement der finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte der Verschuldung zustande gebracht werden kann, stellt sich auch die bisher abgelehnte Forderung der Cartagena-Gruppe nach einem sog. Politischen Dialog[14] in einem neuen Licht dar: Flankierend würde ein diesen Namen verdienender Politischer Dialog möglich, der sich mit den Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Verschuldungskrise befassen und damit auch zusätzliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die dauerhafte Durchführung vertrauensbildender Anpassungspolitiken in den Schuldnerländern schaffen könnte.

II. Langfassung

1) Das wirtschaftlich lähmende und in einer Reihe von Ländern den Demokratisierungsprozeß schwer belastende Verschuldungsproblem hat dadurch zusätzliche Dimension erhalten, daß zunehmend die bisherige zentrale Rolle des IWF in Frage gestellt wird:

– Im Sommer letzten Jahres Aufruf Fidel Castros an die EL, den Schuldendienst gegenüber den IL einzustellen (allerdings ohne Resonanz).
– Ankündigung des peruanischen Staatspräsidenten García in einer Antrittsrede am 28.7.1985, den Schuldendienst seines Landes auf 10% der Exporterlöse zu beschränken. Gleichzeitig Ablehnung weiterer Verhandlungen bzw. Vereinbarungen mit dem IWF.
– Ende letzten Jahres Erklärung des brasilianischen Präsidenten Sarney, daß Brasilien den Abschluß eines formellen Bereitschaftskreditabkommens mit dem IWF ablehne und ohne eine solche Vereinbarung die notwendigen Umschuldungsregelungen mit seinen Gläubigern anstrebe.
– Am 12.12.1985 Abbruch der Verhandlungen mit dem IWF durch den nigerianischen Staatspräsidenten Babangida. In seiner Haushaltsrede zu Beginn

14 Referat 422 vermerkte am 2. Dezember 1985, daß sich die Staaten der „Cartagena-Gruppe" „in mehreren Konferenzen (zuletzt 2/85 in Santo Domingo) mit den wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und politischen Aspekten der Verschuldungskrise und ihren Folgen befaßt" hätten: „Dabei kam nicht zuletzt ihr Wunsch nach einem ‚politischen Dialog' über Lösungsansätze für die Verschuldungskrise zwischen Schuldner- und Gläubigerregierungen zum Ausdruck. Haltung der wichtigsten westlichen Gläubigerländer zu Forderung nach ‚politischem Dialog' läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß dieser zwar nicht grundsätzlich abgelehnt wird, er nach ihrer Vorstellung aber weiterhin im bewährten Rahmen von IWF und Weltbank sowie im ‚Pariser Club' geführt werden sollte. Eine von den Cartagena-Ländern und anderen Staaten der Dritten Welt ins Gespräch gebrachte internationale Schuldenkonferenz hält Bundesregierung allerdings ebenso wie andere Gläubigerländer nicht für sachdienlich, da globaler Ansatz dem bisher erfolgreichen Konzept auf den Einzelfall bezogener Lösungen zuwiderlaufen würde." Vgl. Referat 422, Bd. 140104.

dieses Jahres kündigte er darüber hinaus an, daß Nigeria nicht mehr als 30% seiner Devisenerlöse für die Tilgung seiner Schulden ausgeben werde.

Auch der Ruf – vor allem der Länder Lateinamerikas – nach einem „Politischen Dialog" stellt einen Versuch dar, die bisherigen Verfahren zur Bewältigung von wirtschaftlichen Krisenlagen einzelner Länder aus den Angeln zu heben.

2) Die sog. „Baker-Initiative" ist der Versuch, sowohl die ökonomischen Trends zum Positiven zu wenden als auch das vorhandene Instrumentarium voll zur Anwendung zu bringen. Die Initiative sieht unterschiedliche Aktionen einerseits für LLDC und andererseits für die 15 größten Schuldnerländer (Anlage) vor, die im Gegensatz zu den LLDC über „ein mittleres Pro-Kopf-Einkommen" (Baker denkt hier nicht an einen unterschiedslos für alle Länder geltenden Indikator) sowie über eine gewisse Leistungsfähigkeit verfügen. Hinsichtlich der letzteren, für die Weltwirtschaft wichtigeren Gruppe ruft das von Baker in Seoul am 8.10.85 skizzierte und von Shultz am 2.12.85 in Cartagena[15] weiter verdeutlichte Vorgehen vier Partner zu aktiver und synchronisierter Mitarbeit auf:

– die Schuldnerländer (Strukturreformen),
– die internationalen öffentlichen Finanzinstitutionen (Erhöhung des Ausleihevolumens von 1986–88 um 9 Mrd. $),
– die Privatbanken (Erhöhung des Ausleihevolumens um 20 Mrd. $); entspricht einer Zuwachsrate von 2,5% jährlich,
– die Industrie-Länder (Baker: Erhöhung der für die ärmsten Entwicklungsländer seit Seoul reservierten, zum IWF zurückströmenden $ 2,7 Mrd. Trust-Fund-Mittel u.a. durch nationale Beiträge auf insgesamt 5 Mrd. $; Shultz: Erhöhung des Kapitals der Weltbank für Aktionen zugunsten der übrigen Entwicklungsländer).

  Die Rolle der Industrie-Länder war von Baker lediglich für den Angang an das Problem der ärmsten Länder umschrieben worden (Bereitstellung nationaler Beiträge zu einem im wesentlichen – $ 2,7 Mrd. – aus Trust-Fund-Mitteln des IWF gespeisten Fonds). Hinsichtlich der an die Industrie-Länder zu richtenden Forderungen für die Behandlung des Problems der 15 größten Schuldnerländer war es Shultz, der den – zumindest für die USA schwierigen – Schritt der Inaussichtstellung einer Erhöhung des Kapitals der Weltbank tat.

3) Für die Bundesregierung stellt sich die Frage nach Opportunität und Notwendigkeit

– eines eigenen Beitrags zur Verwirklichung der Baker-Initiative,
– einer eigenen Position bei der Fortentwicklung der Schuldenstrategie.

In der bisher noch informellen internationalen Diskussion um die Ausfüllung der Baker-Initiative hat die Bundesregierung bis dato – abgesehen von der grundsätzlichen Zustimmung bei der IWF-Weltbank-Jahrestagung in Seoul[16] und

15 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Cartagena vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 32–36.

16 Bundesminister Stoltenberg erklärte auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank am 9. Oktober 1985 in Seoul, daß er die vom amerikanischen Außenminister Baker am Vortag dargelegte Notwendigkeit einer angemessen finanzierten marktorientierten Poli-

am 14.1. beiläufig vor der Bonner Presse, jeweils durch BM Stoltenberg[17] – nach außen keine öffentliche Stellungnahme abgegeben. Einer amerikanischen Delegation, die sich für einen deutschen Beitrag bei der Aktion für die ärmsten EL (Aufstockung der Trust-Fund-Mittel) einsetzte, wurde im BMF klargemacht, daß Mittel nicht zur Verfügung stünden. Zu dem Teil der Baker-Initiative, der die 15 größten Schuldner betrifft, beschränkt sich das BMF auf die Äußerung, daß „die Initiative nicht versanden dürfe".

4) MP Lubbers hat in einer Vorausschau auf die niederländische EG-Präsidentschaft die Verschuldungsproblematik als Beispiel für ein Thema einer gemeinsamen europäischen Politik genannt.

Bei einer Reihe internationaler Termine werden weiterführende oder zumindest konstruktive Äußerungen zur Schuldenproblematik erwartet:

9. bis 7.3.86[18]	Ihr Besuch in Zentralamerika
9. bis 11.4.86	Frühjahrstagung des IWF-Interimsausschusses und des Weltbank-Entwicklungsausschusses[19]
21. bis 25.4.86	Sondertagung des 2. Ausschusses der GV zur Weiterbehandlung der im Dezember 1985 vertagten Diskussion der „interrelated issues" der Schuldenfrage, Forderung einer internationalen Schuldenkonferenz, Rohstoff-Fragen[20]
17./18.4.86	OECD-Ministerrat
28.4. bis Ende Mai	Frühjahrs-ECOSOC[21]

Fortsetzung Fußnote von Seite 134

tik zur Lösung des Verschuldungsproblems teile: „Die internationale Gemeinschaft sollte bereit sein, Ländern mit überzeugender Wirtschaftspolitik den notwendigen Beistand zu gewähren." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 22.

17 Bundesminister Stoltenberg stellte am 14. Januar 1986 vor der Presse die Abschlußzahlen für den Bundeshaushalt 1985 vor und äußerte sich in diesem Zusammenhang auch über die staatliche Risikoabdeckung aus Gewährleistungen. Dazu hieß es in der Presse: „Stoltenberg sagte, daß er nicht die Absicht habe, Banken, die im Rahmen des Baker-Planes den verschuldeten Ländern neue Kredite einräumten, mit Bürgschaften zu helfen. Die Bundesregierung sei aber bereit, die anderen Elemente des Baker-Planes zu unterstützen. Der Minister stellte in Aussicht, daß sich die Bundesrepublik an der Erhöhung der Mittel für die Weltbank und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) beteiligen werde." Vgl. den Artikel „Der Bund bleibt weiter auf Konsolidierungskurs"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Januar 1986, S. 13.

18 So in der Vorlage.

19 Der Interimsausschuß des Gouverneursrats des IWF tagte am 9./10. April 1986, der gemeinsame Ministerausschuß der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer von realen Ressourcen (Entwicklungsausschuß) am 10./11. April 1986 in Washington. Vgl. dazu Dok. 61, Anm. 15.

20 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 20. Dezember 1985 über den Verlauf der Arbeiten im Zweiten Ausschuß der VN-Generalversammlung in New York: „Kontrovers erörtert wurden drei Resolutionsentwürfe der G 77 im Bereich Währung, Finanzen und Verschuldung. Ein Resolutionsentwurf, der VN-GS zu Konsultationen mit dem Ziel der baldigen Einberufung einer internationalen Konferenz über Währung und Finanzen aufforderte, stieß bei westlichen IL auf Ablehnung (Sonderrolle Frankreichs). […] Ein unter maßgeblichem Einfluß Perus scharf formulierter Resolutionsentwurf zum Verschuldungsproblem, der in einseitiger Weise lediglich EL-Standpunkte berücksichtigte, wurde von allen westlichen IL als nicht konsensfähig empfunden. […] Beide Entwürfe sind unerledigt geblieben. Sie werden – zusammen mit dem Entwurf über eine Währungskonferenz und einem gleichfalls unerledigten Resolutionsentwurf zur Rohstoffpolitik […] – auf einer wiederaufgenommenen einwöchigen Sitzung des Zweiten Ausschusses Ende April 1986 wieder zur Debatte stehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3136; Referat 402, Bd. 133875.

21 Die Tagung des VN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) fand vom 29. April bis 23. Mai 1986 in New York statt.

4. bis 6.5.86	Wirtschaftsgipfel
27. bis 30.5.86	Afrika-Sonder-GV[22]
2. bis 25.7.86	Sommer-ECOSOC[23].

5) Diese Vorlage, die die monetären Aspekte in ihrer ganzen Breite, die handelspolitischen Fragen in einer gewissen Konzentration auf die für die E-Länder wichtigsten Rohstoff-Exporte behandelt,

– listet die denkbaren Handlungsmöglichkeiten auf,

– arbeitet die kurzfristig oder langfristig anzustrebenden Aktionen heraus und

– wägt auch im Hinblick auf die internationalen Termine die politische Zweckmäßigkeit, Aktionen in Angriff zu nehmen.

6) Mögliche Aktionsfelder

6.1) Verbesserung der Umschuldungskonditionen

a) Sachstand

– Laufzeit der Umschuldungsregelungen

Die im Pariser Club zusammengeschlossenen staatlichen Gläubiger sind Forderungen der Schuldnerländer entgegengekommen und haben die Konditionen der Umschuldungsregelungen verbessert. So wurde z. B. die Laufzeit der Umschuldungsregelungen (Freijahre zuzüglich Tilgungsjahre) von ursprünglich durchschnittlich 6 bis 8 auf 8 bis 12 Jahre, in Ausnahmefällen (z. B. Sudan) auf bis zu 15 Jahre verlängert. In dieser Hinsicht besteht für die Gläubigerländer weiterhin ein gewisser Spielraum für noch großzügigere, d. h. in erster Linie langfristigere Umschuldungsregelungen, die auch – wie im Fall Ecuador im April 1985 bereits praktiziert[24] – die Zahlungsfälligkeiten mehrerer Jahre umfassen können (bisher nur 12 bis maximal 18 Monate).

– Kosten der Umschuldung staatlich verbürgter Handelsforderungen (Hermes)

Die Bundesregierung verlangt – wie international üblich – für die Umschuldung regelmäßig Zinsen, die den Refinanzierungskosten des Bundes entsprechen. Ein Abgehen von diesem Prinzip, d. h. eine politische Festlegung der Konsolidierungszinsen mit dem Ergebnis einer Absenkung des Zinssatzes unter die Refinanzierungskosten des Bundes, käme einer Subventionierung der Umschuldung aus Haushaltsmitteln gleich und wird deshalb vom BMF wie auch den übrigen Ressorts abgelehnt.

– Kosten der Umschuldung von Zahlungsfälligkeiten aus der FZ

22 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Afrika vom 27. Mai bis 1. Juni 1986 in New York vgl. Dok. 163.

23 Die Tagung des VN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) fand vom 2. bis 23. Juli 1986 in New York statt.

24 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen hielt am 29. April 1985 fest: „Am 23./24. April 1985 verhandelte eine ecuadorianische Delegation unter Leitung von Finanzminister Swett mit Vertretern von 13 Gläubigerländern im Pariser Club über die Umschuldung von Zahlungsfälligkeiten aus staatlichen und staatlich versicherten Krediten für Lieferungen und Leistungen an Ecuador. Die Verhandlungen führten zur Unterzeichnung eines multilateralen Umschuldungsprotokolls (Pariser Protokoll), das die Rahmenbedingungen für die Umstrukturierung von Zahlungsfälligkeiten zwischen dem 1.7.1984 und dem 31.12.1987 beinhaltet. Damit wurde im Rahmen des Pariser Clubs erstmals eine – längerfristig in die Zukunft reichende – mehrjährige Umschuldungsregelung getroffen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140120.

Hier wird als Konsolidierungszinssatz der ursprüngliche – konzessionäre – Vergabezinssatz zuzüglich einer Marge von 0,5 % gefordert. Jüngste Äußerungen deuten daraufhin, daß der BMZ[25] bereit ist, auf diese Marge künftig zu verzichten und auch umgeschuldete Beträge weiter mit dem ursprünglichen Vergabezinssatz zu verzinsen. Der BMF hat sich dazu bislang nicht geäußert.

b) Ziel

Verbesserung der Umschuldungskonditionen

c) Vorschlag

Als Teile des deutschen Beitrags zum Zustandekommen der von Baker angestoßenen konzertierten und auf Wiederherstellung des Wachstums angelegten Aktion werden vom AA gegenüber dem BMF die folgenden Verbesserungen betrieben:

– längere Laufzeit der Abkommen

  Folgen: mehr Freijahre, Streckung der Tilgungszahlungen, kleinere Raten, aber auch längere Verzinsungspflicht;

– mehrjährige Umschuldungsabkommen (Regelung der Fälligkeiten mehrerer Jahre in einem Abkommen)

  Folgen: Erleichterung der Finanzplanung der Schuldnerländer, u. U. aber auch verminderter Anpassungsdruck;

– Senkung der FZ-Konsolidierungszinsen

  Folgen: Entlastung der Schuldnerländer, erhöhte Subventionierung der Umschuldung von FZ aus dem Bundeshaushalt.

6.2) Im Falle von fünf LLDC Erlaß der rückständigen FZ-Schulden, die bisher nicht in allgemeinen Schuldenerlaß einbezogen wurden.

a) Sachstand

In die Umschuldungsregelungen mit vier (demnächst – Guinea –möglicherweise fünf) afrikanischen LLDC-Ländern werden weiterhin FZ-Forderungen einbezogen, obwohl diesen Ländern, zum Teil schon vor längerer Zeit, ihre FZ-Schulden erlassen wurden. Bei den Beträgen handelt es sich um FZ-Zahlungsrückstände, die zum Zeitpunkt des Antrags auf Schuldenerlaß bestanden. Diese Rückstände, die verglichen mit der erlassenen Schuldsumme z. T. einen minimalen Prozentsatz darstellen, werden bei jeder neuen Umschuldung weitergeschleppt.

Folgende Länder sind betroffen:

Guinea	mit	43,8	Mio. DM
Togo	mit	18,9	Mio. DM
Sierra Leone	mit	16,1	Mio. DM
Sudan	mit	9,9	Mio. DM
ZAR	mit	0,6	Mio. DM
Gesamt		89,3	Mio. DM

[25] Jürgen Warnke.

b) Ziel

Ausdehnung des gewährten Schuldenerlasses auch auf die in Umschuldungsregelungen einbezogenen bzw. (im Falle Guineas) einzubeziehenden FZ-Forderungen.

c) Vorschlag

Durchsetzung entweder als Teil unserer Bemühungen im Rahmen des Baker-Plans oder einer der auf Afrika bezogenen Sonderaktionen.

6.3) Flexible Handhabung des Instrumentariums der Ausfuhrbürgschaften

a) Sachstand

Nach den geltenden Haushaltsbestimmungen dürfen Gewährleistungen für Ausfuhrgeschäfte nicht übernommen werden, „wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Inanspruchnahme des Bundes gerechnet werden muß". Ungeregelte Zahlungsrückstände sowie – in Relation zur Wirtschaftskraft – hohe Auslandsschulden, welche die Zahlungsfähigkeit eines Landes zweifelhaft erscheinen lassen, schließen deshalb i.d.R. die Gewährung neuer Bundesbürgschaften aus. Auch nach Abschluß eines Umschuldungsabkommens erfolgt die Aufhebung einer Deckungssperre nicht automatisch, sondern ist davon abhängig, ob künftig mit korrektem Zahlungsverhalten des Landes gerechnet werden kann.

Das Bundeskabinett hat am 2.2.1983 beschlossen:

„Im Interesse der Risikominderung und der Erhaltung von Märkten ist die Bundesregierung auch bereit, im Rahmen multilateral abgestimmter Stabilisierungskonzepte unter Einbeziehung des IWF und der privaten Banken für einzelne Länder Möglichkeiten für Ausfuhrbürgschaften zu eröffnen oder aufrechtzuerhalten, um auf diese Weise zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit dieser Länder beizutragen."

Während AA und BMWi aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen eine flexible Handhabung befürworten, neigt BMF wegen möglicher Belastungen des Bundeshaushalts durch Schadenszahlungen zu einer restriktiven Interpretation des Kabinettsbeschlusses. Daher sind nur in Einzelfällen Entscheidungen getroffen worden, bei denen Risiko-Bedenken aus übergeordneten Gesichtspunkten zurückgestellt wurden.

b) Ziel

Stärkere Instrumentalisierung des Kabinettbeschlusses vom 2.2.1983 in geeigneten Einzelfällen

c) Vorschlag

AA setzt sich für Verwirklichung ein.

6.4) Flexiblere Reaktion der FZ-Zusagepolitik auch bei Zahlungsverzug der EL

a) Sachstand

Beim FZ-Zahlungsverzug von Schuldnerländern haben sich die Ressorts auf ein Mahnverfahren geeinigt, das bis zum Auszahlungsstopp – für Neuzusagen und laufende Projekte – führen kann. Auch bei Rückständen aus staatlich versicherten Handelsforderungen, die juristisch den Forderungen des Bundes aus FZ gleichen, wurde ein Zusammenhang zwischen FZ-Zusagen und grundsätzlicher Regelung von Zahlungsrückständen hergestellt. (Diese EL sind häufig auch beim IWF in Zahlungsverzug geraten, haben die Möglichkeit verloren, weitere

SZR-Fazilitäten oder Bereitschaftskredite des IWF in Anspruch zu nehmen und erfüllen somit auch nicht eine entscheidende Vorbedingung für Umschuldungsverhandlungen.)

Von seiten des BMF wird immer wieder versucht, ein automatisches Junktim zwischen Zahlungsverzug und Auszahlungsstopp unserer FZ zu postulieren. Bisher ist es uns aber gelungen, die „Sanktionen" dem jeweiligen Einzelfall anzupassen und eine flexible Behandlung durchzusetzen.

b) Ziel

Grundsätzliche Anerkennung seitens des BMF, daß „bei ernsthaften Anstrengungen zur Wirtschaftssanierung" eine Deblockierung von FZ-Mitteln trotz Rückständen im Einzelfall möglich bleibt.

c) Vorschlag

Das AA setzt sich verstärkt für die Berücksichtigung dieses Ziels ein.

6.5) Ausgleich für die Verringerung des Nettotransfers unserer FZ, die sich daraus ergibt, daß EL mehr zurückzahlen, als sie neu erhalten.

a) Sachstand

Da die Freijahre der in den vergangenen Jahren im Rahmen der FZ zur Auszahlung gekommenen Kredite zunehmend ablaufen, geht im Bereich KfW der Nettotransfer (Auszahlungen abzüglich der Summe aus Tilgungen und Zinsen) kontinuierlich zurück (1982 = DM 1786 Mio.; 1984 = DM 1442 Mio.). Für einzelne Länder ist in Kürze mit negativen Transfers zu rechnen. Nach den Berechnungen der KfW müßte zur Beibehaltung des Nettotransfers in Höhe seines Ausgangsbetrags die ursprüngliche Kreditsumme jedes Jahr um die Tilgungs- und Zinseingänge erhöht werden; unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde dies eine jährliche Steigerung des ausgezahlten Kreditvolumens der KfW von rd. 3 % erforderlich machen.

Das BMF steht solchen Überlegungen ablehnend gegenüber. Im Bundestag ist jedoch bereits die Forderung nach Bildung eines Fonds zur Aufnahme der Rückflüsse und zur Neueinspeisung in die Entwicklungshilfe erhoben worden[26]; andere Lösungen wären Moratorien, Umschuldungen, Schuldenerlasse. Dieser Komplex wird in Kürze Gegenstand eines Hearings im Bundestag sein.[27]

b) Ziel

Aufrechterhaltung des bisherigen Nettotransfers von öffentlicher Hilfe (ODA)

26 Referat 400 vermerkte am 20. Januar 1986, daß wegen steigender Zins- und Tilgungszahlungen der Entwicklungsländer auch in der Bundesrepublik „in letzter Zeit verstärkt der Gedanke einer Fondsgründung aus Rückflüssen diskutiert" worden sei: „Auch im Bundestag haben sich quer durch die Parteien Abgeordnete für die Gründung eines solchen Fonds ausgesprochen und der Bu[ndes]Reg[ierung] aufgegeben, bis zum Frühjahr Lösungsvorschläge zu unterbreiten. […] Gegen die Einrichtung von Sonderfonds jeder Art sind aus haushaltsrechtlichen Gründen Einwände des BMF zu erwarten. Dabei kann sich das BMF vor allem auf die Paragraphen 8 und 15 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) stützen. § 8 besagt, daß Einnahmen grundsätzlich nicht zweckgebunden sein dürfen. […] § 15 BHO, der sinngemäß besagt, daß Ausgaben und Einnahmen in voller Höhe und getrennt voneinander veranschlagt werden müssen (Bruttoprinzip), stünde einer etwaigen Aufrechnung von Rückzahlungen gegen Beteiligung an nationalen Fonds im Wege." Vgl. Referat 422, Bd. 148933.

27 Vgl. dazu ENTWICKLUNGSPOLITIK – BILANZ UND PERSPEKTIVEN. Öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 17. März 1986. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Presse- und Informationszentrum, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1986.

und einer deutschen ODA-BSP-Relation von etwa 0,46% durch Wiedereinsatz der Rückzahlungen als Neuzusagen.

c) Vorschlag

Energischer Einsatz des AA für eine rasche Lösung des Problems der Neuverwendung der FZ-Rückzahlungen. Möglichst Lösung als Teil des Fächers der deutschen Beiträge zur Baker-Aktion.

6.6) Rasche Auszahlung der fälligen zweiten Rate (DM 900 Mio.) für die Weltbank-Tochter IDA

a) Sachstand

An dem vereinbarten Volumen von IDA VII (Mitte 84/85 bis Mitte 87/88) ist D mit 11,5% beteiligt; dies macht einen Betrag von SZR 933 Mio. = etwa DM 2729 Mio. aus. Von letzterem Betrag haben wir bisher die erste Rate in der Höhe eines Drittels gezahlt.

Das BMF weigert sich, die zweite Rate (rd. DM 900 Mio.) freizugeben, und verweist hierbei auf den Zahlungsverzug der USA und die in Absatz 4 der Erläuterungen zu Titel 83602-023 des EPl 23 des Haushalts 1986 enthaltene Klausel, daß die Bundesregierung die Inanspruchnahme der von ihr zugesagten Leistungen zu sperren hat, falls andere Geberländer ihre IDA VII-Verpflichtungen nicht oder nicht termingerecht erfüllen. Sofern andere Geberländer nur Teile ihrer Raten zahlen, wird das BMF auch nur entsprechende Teile unserer Entwicklungshilfe freigeben.

Nach Auskunft des Weltbank-Stabs ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land, das wegen des amerikanischen Rückstands die eigene zweite Tranche sperrt.

Dieses Burden-sharing-Prinzip hat bei den Ressorts und Teilen des Bundestags einen hohen Stellenwert, weil es erlaubt, einen moralischen Druck auf die Regierungen und Parlamente anderer zahlungskräftiger Geberländer auszuüben. Unter gewissen Umständen bewirkt dieses Verfahren jedoch einen Domino-Effekt bei den Geberländern, die dieses System praktizieren, durch das den E-Ländern (Afrika, Indien, China) die ihnen im Prinzip zugedachte Entwicklungshilfe vorenthalten bleibt. Die Vorteile einer solchen Situation für das BMF liegen auf der Hand.

b) Ziel

Durchbrechung der Selbstblockade unter Abstützung auf die o. a. Erläuterungen zum Haushalt 1986, wo es heißt: „Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen".

c) Vorschlag

AA betreibt im Hinblick auf die Lage der EL und zur Förderung des Zustandekommens der von Baker vorgeschlagenen konzertierten Aktion sowie unter Bezugnahme auf die Erklärungen des Bonner Weltwirtschaftsgipfels die Aufhebung der Sperre im Fall der Ratenzahlung für IDA VII.

6.7) Förderung des Einsatzes der an den IWF zurückfließenden Trust-Fund-Mittel in Höhe von $ 2,7 Mrd.

a) Sachstand

Das IWF-Exekutivdirektorium wird Ende Januar über die Modalitäten der Wie-

dervergabe der jetzt zurückfließenden Trust-Fund-Mittel beraten. Der Rahmen für die von Finanzminister Baker und Außenminister Shultz (in Schreiben an Sie vom 7.10.1985) geforderte Entscheidung (Unterstützung von Strukturanpassungsprogrammen in den ärmsten EL durch Kredite zu weichen Bedingungen) wurde vom IWF-Interimsausschuß bereits in Seoul im Oktober 1985 vorgegeben.

Offen sind

– Konzentration der Mittel auf die ärmsten EL ohne Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten (Indien und China haben bereits auf eine Inanspruchnahme der Trust-Fund-Mittel verzichtet);
– wirksame, dabei allerdings den Gegebenheiten in den Empfängerländern angepaßte Konditionalität (Förderung von Wachstum und Leistungsfähigkeit);
– die Bereitstellung von $ 750 Mio. aus Weltbankmitteln für gemeinsame Aktionen mit dem IWF-Trust-Fund;
– Intensität der Zusammenarbeit von Weltbank und IWF;
– die Bereitstellung nationaler Beiträge.

Die letztgenannte Forderung wird von der Bundesregierung abgelehnt.

b) Ziel

Optimale Ausgestaltung des Einsatzes der Trust-Fund-Mittel, Verzicht auf Dogmatismus bei der Frage der Art des Zusammenwirkens von Weltbank und IWF und Vermeidung einer unzumutbaren Konditionierung.

c) Vorschlag

Zustimmung zur Zielsetzung.[28]

6.8) Verbesserung des internationalen Währungssystems

a) Sachstand

Die Verbesserung des internationalen Währungssystems ist eine wichtige Forderung der Schuldnerländer, die damit die Hoffnung bzw. die Forderung nach erleichtertem Zugang zu internationalen Finanzressourcen verbinden. Die Mehrzahl der IL lehnt derart weitreichende Forderungen ab. Dabei besteht aber angesichts teilweise erratischer Wechselkursschwankungen ein ausdrücklicher Konsens, daß eine Verbesserung der Funktionsweise des gegenwärtigen Währungssystems wünschenswert und notwendig ist.

Kontroverse Themen der währungspolitischen Diskussion sind:

– die Erhöhung der internationalen Liquidität durch Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR)

  Hier stehen sich die Verfechter einer restriktiven Liquiditätspolitik, vor allem USA, aber auch D, GB und JAN, und die EL, unterstützt insbesondere von F, mit gegensätzlichen Forderungen gegenüber. Nachdem in den 70er Jahren in mehrjährigen Programmen Einvernehmen über Neuzuteilungen erzielt werden konnte, hat seit 1981 keine zusätzliche Zuteilung von SZR stattgefunden. Zur Zeit widersetzen sich nur noch die USA vehement allen Plänen des IWF, erneut eine mehrjährige Zuteilung von SZR vorzusehen. Der BMF

[28] Zur Einrichtung einer „Structural Adjustment Facility“ vgl. Dok. 137, Anm. 19.

folgt der amerikanischen Argumentation, dürfte jedoch bei einer Änderung der amerikanischen Haltung zu gegebener Zeit einer Neuzuteilung von SZR zustimmen.

Wir könnten uns in dieser Frage schon jetzt der weniger restriktiven Haltung der Mehrzahl der Länder und des IWF-Stabes anschließen, ohne eigene Interessen aufzugeben.

(Eine für die EL interessante Variante in der Diskussion der SZR-Problematik ist von Minister Bérégovoy erneut nach einer 1972 bei UNCTAD III in Santiago[29] vom damaligen BM Prof. Schiller gemachten entsprechenden Äußerung in die Diskussion eingeführt worden: Die über genügend Liquidität verfügenden IL stellen die ihnen zugeteilten Tranchen den EL zur Verfügung.)

– die Absprache von Zielzonen

Als Alternative zum derzeitigen System frei floatender Wechselkurse verlangen die EL die Festsetzung von Zielzonen, die durch Interventionen der Zentralbanken verteidigt werden sollen.

Diese Forderung hat durch die erfolgreichen koordinierten Devisenmarktinterventionen im Anschluß an das New Yorker G-5-Treffen am 22. September 1985[30] vielleicht an Aktualität verloren.

– Veränderungen der Stimmengewichtung

Forderungen der EL nach mehr Mitspracherechten durch Änderung der Stimmrechtsverhältnisse im IWF sind für die IL inakzeptabel. Sie würden das bestehende Währungssystem in Frage stellen. Hierüber dürfte bei den EL auch keinerlei Illusion bestehen.

Die Rolle des AA in der Formulierung der deutschen Politik in den o. a. Fragen des Währungssystems, die z. T. seit Jahren im Nord-Süd-Verhältnis – allerdings in schwankender Intensität – eine große politische Rolle spielen, ist gering.

Hinsichtlich der Einführung von Zielzonen und der Änderung der Stimmrechtsverteilung bestehen keine Divergenzen zwischen AA und BMF. Hinsichtlich einer Neuzuteilung von SZR, die keine Auswirkung auf den Bundeshaushalt haben würde, erscheint die Haltung des BMF weniger gut begründet und steht im Gegensatz u. a. zu der im IWF vertretenen Analyse.

b) Ziel

Vermeidung eines radikal ablehnenden Standpunkts in der Frage der Neuzuteilung.

c) Vorschlag

Z. Z. keine Schritte.

6.9) Maßnahmen zugunsten der Rohstoffe exportierenden Länder

a) Sachstand

Da über die Hälfte der Exporterlöse aller EL aus Rohstoffexporten herrühren (63 % mit, 40 % ohne Erdöl), sind die Rohstoffpreise ein bestimmender Faktor

29 Die Dritte Konferenz für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) fand vom 13. April bis 22. Mai 1972 statt. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 141.

30 Zum Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA vgl. Dok. 17, Anm. 33.

für ihre Fähigkeit zum Schuldendienst. 72 von 130 EL sind Exporteure von Rohstoffen, die nicht zur Energie-Kategorie gehören.

1985 sanken die Rohstoffpreise im Durchschnitt real in allen Währungen auf ihr Nachkriegstief (ohne Erdöl). Die Preisprognosen für 1986 sind zurückhaltend, so daß von seiten der Rohstoffexporterlöse eher eine weitere Belastung der Verschuldungssituation ausgehen dürfte.

Das Stabex/Sysmin-System der EG (Ausgleichszahlungen bei erheblichen Rückgängen der Erlöse aus dem Export einzelner wichtiger Agrar- bzw. Bergbauprodukte) findet nur auf AKP-Staaten Anwendung. Die Bundesregierung hat sich aktiv für eine Ausdehnung des Stabex-Systems (Agrarprodukte) auf solche ärmste EL (LLDC) eingesetzt, die nicht zu den AKP-Staaten gehören. Die EG hat ihre prinzipielle Bereitschaft hierzu im Oktober 1985 angekündigt.[31]

Die Bundesregierung hat ferner in der UNCTAD einen eigenen Vorschlag zur Rohstoffexporterlösstabilisierung für EL eingebracht.[32] Hiernach soll extrem rohstoffabhängigen EL durch Darlehen ein Ausgleich für Schwankungen ihrer gesamten Erlöse aus Rohstoffexporten gewährt werden. Die Bundesregierung zieht diesen Ansatz dem Abschluß von preisstabilisierenden Einzelrohstoffabkommen vor, da eine Erlösstabilisierung (Zahlungsbilanzhilfe) nicht in das Marktgeschehen eingreift. Dieses Modell stößt jedoch auf wenig Gegenliebe bei unseren Partnern, die dessen hohe Kosten fürchten.

b) Ziel

Fortschritte bei der Erlösstabilisierung, möglichst als Teil einer auf der Baker-Initiative aufbauenden Aktion der IL.

c) Vorschlag

Aktive Weiterverfolgung sowohl der Ausdehnung des Stabex/Sysmin-Systems auf nicht-assoziierte LLDC als auch unseres Vorschlags in UNCTAD und Einführung dieser Vorschläge in die Diskussion zum Baker-Plan.

Ferner trotz genereller Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber markteingreifenden Abkommen zu Einzelrohstoffen und trotz der schlechten Erfah-

31 Referat 402 hielt am 30. August 1985 fest, daß die EG-Kommission am 30. Juli 1985 dem Ministerrat vorgeschlagen habe, „ein dem Stabex entsprechendes System auch für diejenigen am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) einzurichten, die dem EG-AKP-Abkommen nicht angehören. […] Die Bundesregierung ist grundsätzlich mit einer Ausweitung einverstanden, wenn die Kosten aus dem bestehenden EG-Haushalt […] bestritten werden. […] Die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung zur Ausweitung des Stabex-Systems geht auf einen Kabinettsbeschluß zurück, der im Juni 1983 während der Belgrader UNCTAD-Konferenz gefaßt wurde." Vgl. Referat 402, Bd. 133976.
Auf einer Konferenz der Staatengruppe zur Überprüfung des Aktionsprogramms der UNCTAD für die am wenigsten entwickelten Länder vom 30. September bis 11. Oktober 1985 in Genf kündigten die Europäischen Gemeinschaften ihre Absicht an, „für eine Großzahl landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse aus den nicht dem Abkommen von Lomé angehörenden LLCD ein neues Stabex-ähnliches System zum Ausgleich der Ausfuhrverluste einzurichten". Vgl. BULLETIN DER EG 10/1985, S. 75.

32 Die Bundesrepublik legte auf der V. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila einen Vorschlag zur Erlösstabilisierung für die Rohstoffexporte der Entwicklungsländer vor. Er sah einen „Ausgleich für Exporterlösschwankungen des gesamten Rohstoffsektors (also aggregiert im Gegensatz zu dem auf die einzelnen Rohstoffe abstellenden Stabex) durch Darlehen aus einem revolvierenden Fonds" vor. Vgl. den Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Reichenbaum vom 26. Juni 1985; Referat 402, Bd. 133975.

rungen mit dem Zinnabkommen[33] weiterhin konstruktive Mitarbeit. Bei Verhandlungen drängen, daß die Erfahrungen aus dem Zinnabkommen bei Aushandlung künftiger Abkommen angemessen berücksichtigt werden.

7) Forderung nach einem „Politischen Dialog"

a) Sachstand

Die in der Cartagena-Gruppe zusammengeschlossenen elf größten lateinamerikanischen Schuldnerländer haben wiederholt einen „Politischen Dialog" mit den Gläubigerländern zur Bewältigung ihrer Verschuldungsprobleme gefordert (dem haben sich die afrikanischen Länder angeschlossen, die eine internationale Verschuldungskonferenz fordern). Die Vorstellungen dazu konzentrieren sich in erster Linie auf die finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte der Verschuldung wie die Verbesserung der Umschuldungskonditionen und insbesondere die Verringerung der Zinssätze, die Sicherung des Zuflusses neuer Finanzmittel, Öffnung der Märkte der IL sowie die Beschränkung der Schuldendienstleistungen der EL auf einen bestimmten Prozentsatz ihrer Exporterlöse.

Die Haltung der Bundesregierung zum „Politischen Dialog" folgt der restriktiven Linie des BMF, das den Dialog zwischen Schuldnern und Gläubigern in den einschlägigen Gremien von IWF und Weltbank gewährleistet sieht und einen darüber hinausgehenden „Politischen Dialog" als überflüssig und schädlich strikt ablehnt. Auch aus Sicht der Abteilung 4 erscheint es unabdingbar, den Dialog über die finanziellen Aspekte der Verschuldungskrise im Rahmen von IWF und Weltbank sowie des Pariser Clubs und die Behandlung der Handelsdimension im GATT zu halten.

Sofern es zu einer (unwahrscheinlichen) kollektiven Abkehr der Hauptschuldnerländer von den Verfahren in den vorgenannten Institutionen kommen sollte, müßte unsere Haltung gegenüber einem vorgeblich „politischen", tatsächlich jedoch finanziell-wirtschaftlichen Dialog neu durchdacht werden. In dem Maße, in dem jedoch ein glaubhaftes und in den zuständigen Institutionen (IWF, Weltbank, Pariser Club) verlaufendes Krisenmanagement der finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte der Verschuldung zustande gebracht werden kann, stellt sich die Forderung nach einem sog. Politischen Dialog in einem neuen Licht dar: Flankierend würde ein diesen Namen verdienender Politischer Dialog im engeren Sinn möglich, der sich mit den Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Verschuldungskrise befassen und damit zusätzliche Einwirkungs-

33 Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 5. Dezember 1985: „Das Internationale Zinnübereinkommen (IZÜ) ist das älteste internationale Abkommen über Industrierohstoffe (seit 1956). Die Laufzeit beträgt jeweils fünf Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit um höchstens zwei Jahre." Das gegenwärtige 6. IZÜ sei am 1. Juli 1982 nur vorläufig in Kraft getreten, da auf Verbraucherseite die USA und die UdSSR noch nicht beigetreten seien: „Das 6. IZÜ gehört zum Typ der Ausgleichslager-Übereinkommen. Dies bedeutet, daß mit Hilfe von An- und Verkäufen über ein Ausgleichslager versucht wird, die Preisentwicklung am Markt innerhalb eines vorher vom Internationalen Zinnrat festgelegten Preisbereiches zu halten." Am 25. Oktober 1985 seien von der Leitung des Ausgleichslagers die Marktinterventionen „aus Mangel an Finanzmitteln eingestellt" worden. Die Londoner Metallbörse habe daraufhin den Handel mit Zinn ausgesetzt. Vgl. Referat 402, Bd. 133899.
Referat 402 vermerkte am 20. Januar 1986, daß von den beteiligten Banken und Händlern der Vorschlag unterbreitet worden sei, „wonach Auffanggesellschaft Verpflichtungen des IZÜ übernehmen sowie für Abwicklung Termingeschäfte und zeitlich gestreckten Abbau des Ausgleichslager (1/3 des Weltverbrauchs!) sorgen soll." Eine Einigung hierüber habe unter den IZÜ-Mitgliedstaaten wegen der anfallenden Kosten jedoch noch nicht erzielt werden können. Vgl. Referat 402, Bd. 133899.

möglichkeiten im Hinblick auf die dauerhafte Durchführung vertrauensbildender struktureller Anpassungspolitik in den Schuldnerländern schaffen könnte.

b) Ziel

Herbeiführung einer Situation, in der der Forderung nach einem mit Währungs- und Wirtschaftsfragen überfrachteten „Politischen Dialog" der Boden durch angemessene Aktionen im Rahmen der bisher grosso modo bewährten Institutionen entzogen wird. Sodann Bereitschaft zu einem Politischen Dialog im engeren Sinn. Glaubhaftmachung einer solchen deutschen Position durch aktives Mitwirken sowohl am „Baker-Plan" als auch an einem Gedankenaustausch in der EPZ, der einem künftigen Politischen Dialog im engeren Sinn förderlich wäre.

c) Vorschlag

– Drängen des Auswärtigen Amts (auch unabhängig von den an anderer Stelle dieser Vorlage gemachten Vorschlägen),
  – die Maßnahmen und Politiken in den Sektoren: Kreditbeziehungen, Entwicklungspolitik, Währungspolitik und Handelspolitik an der Gefährlichkeit der Verschuldungskrise auszurichten und zu konzertieren;
  – den Anschein einer Verweigerung oder der Vernachlässigung zu vermeiden.
– Einwirken des AA auf die anderen Ressorts (BMF, BMWi, BMZ), die Forderung der Schuldner-Länder nach einem Politischen Dialog im engeren Sinn nicht mehr zu blockieren, sobald die oben aufgezeigten Voraussetzungen dafür vorliegen.

D 3 hat mit beiliegendem handschriftlichem Vermerk[34] mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 422, Bd. 148934

34 Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 30. Januar 1986 für Staatssekretär Ruhfus: „1) Eine gründliche und umfassende Analyse mit in der Sache zutreffenden Vorschlägen. Ich befürchte nur, daß das sachlich gerechtfertigte Maßnahmenpaket (S. 3) politisch nicht realisierbar ist, jedenfalls nicht in diesem Jahr. Die Erfahrungen zeigen, daß der BMF jeden Ansatz, der ausgabenrelevant zu werden verspricht oder Mindereinnahmen zur Folge haben könnte, konsequent abblockt. Die jüngsten Meinungsumfragen (siehe ‚Spiegel' diese Woche!) werden den BMF in der Beibehaltung seiner bisherigen Linie eher noch bestärken. Ob man aber in einen Kampf hineingehen sollte, dessen Ergebnis kaum zufriedenstellend sein dürfte, muß man sich doch wohl sehr überlegen. Ich rate deshalb davon ab, den operativen Vorschlag (S. 3) eines Schreibens auf StS-Ebene aufzugreifen. Das Paket – so richtig es ist – ist zu dick! Wir sollten uns statt dessen überlegen, ob der eine oder andere Punkt oder Teile davon unterhalb der Schwelle aktueller Ausgabenrelevanz weiterverfolgt werden können, damit wir nicht ganz mit leeren Händen dastehen. 2) Nicht weniger problematisch ist das Thema ‚Politischer Dialog', der in der Vorstellung seiner Protagonisten ja doch im Kern auch die Verschuldungsfrage behandeln soll. Beim ‚Politischen Dialog' haben wir es nicht nur mit einer regierungsinternen Zurückhaltung zu tun, sondern noch zusätzlich mit dem ausgesprochenen Mißvergnügen anderer Gläubigerländer. Um den Druck auf uns Industrie- und Gläubigerländer – wenigstens vorläufig – abzufangen, sollten die bestehenden Kanäle und Foren des inter-regionalen Gesprächs stärker genützt werden. Auf längere Sicht wäre das Thema ‚Politischer Dialog' auch etwa[s] für die deutsch-französische Zusammenarbeit. 3) Es ist daran zu denken, den Themenkomplex der Vorlage der Abt. 4 bei der Erstellung einer Punktation des Auswärtigen Amts für kommende Koalitionsverhandlungen einzubeziehen." Vgl. Referat 422, Bd. 148934. Vgl. Anm. 12 und 13.

23

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.52-112/86 VS-vertraulich **29. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Binäre Chemische Waffen;
hier: Schritte der US-Regierung zur Ausführung des Kongreß-Beschlusses im Rahmen der Mittelbewilligung für die Produktion binärer chemischer Waffen (CW)

Anlg.: 1[4]

Vorschlag: Keine Einwendungen gegen Weisung des BMVg an den deutschen Vertreter im NATO-Militärausschuß[5] für die erste Behandlung eines Streitkräftevorschlags zu binären CW am 30.1.1986[6]
Behandlung des Gesamtkomplexes binäre CW im BSR

I. Sachverhalt

1) Am 19.12.1985 bewilligte der amerikanische Kongreß die von der Administration beantragten Mittel zur Produktion binärer chemischer Waffen. Die US-Regierung hatte im Jahre 1969 die Produktion von chemischen Kampfstoffen eingestellt.[7] Sie hält die Wiederaufnahme jedoch für erforderlich angesichts einer anhaltenden CW-Produktion der SU, die deshalb heute über weit überlegene CW-Bestände verfügt, sowie angesichts einer nur noch bedingten Einsatzbereitschaft großer Teile der amerikanischen CW.

Der Kongreß knüpft die Mittelfreigabe u. a. an folgende, nur durch Mitwirkung der Verbündeten oder des Bündnisses zu erfüllende Auflagen:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 29. Januar 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 1. Februar 1986 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 3. Februar 1986 um 15.30 Uhr um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Ich habe schwerwiegende Bedenken."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. Februar 1986 vorgelegen, der zum Termin der Rücksprache handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt] am 3.2." Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie mit BM besprochen. Zustimmung AA in dieser Form nicht möglich."
Hat Vortragendem Legationsrat Frick sowie Braunmühl und Ploetz am 3. Februar 1986 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 22.

5 Hans-Peter Tandecki.

6 Der Passus „Keine Einwendungen … 30.1.1986" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Billigung des Votums (Ziff[er] 3)."

7 Nach einer Überprüfung der amerikanischen Politik auf dem Gebiet der biologischen und chemischen Waffen durch den Nationalen Sicherheitsrat bat Präsident Nixon am 25. November 1969 den amerikanischen Senat um Ratifizierung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Krieg. Ferner erklärte er, auf die Anwendung biologischer sowie auf den Ersteinsatz von chemischen Waffen zu verzichten. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 969 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 134 f.

– Die NATO muß ein Streitkräfteziel förmlich billigen, mit dem die Modernisierungsnotwendigkeit des amerikanischen Anteils an der NATO-CW-Abschreckung[8] festgestellt wird.
– Die USA haben zusammen mit dem NATO-Oberbefehlshaber[9] einen Plan für die Stationierung binärer CW auf der Grundlage geeigneter Eventualplanungen (appropriate contingency plans) zur Abschreckung von CW-Angriffen[10] gegen die USA und ihre Verbündeten zu entwickeln, und
– über diesen Stationierungsplan müssen mit den Alliierten Konsultationen stattgefunden haben.

Außerdem muß die Administration bis zum 15.3.1986 einen Plan zur Vernichtung der alten CW-Bestände bei gleichzeitiger Ersetzung durch neue binäre CW vorlegen. Die Vernichtungsaktion soll bis 30.9.1994 abgeschlossen sein, kann jedoch bei Verzögerung in der Neuproduktion für einen Gesamtbestand von bis zu 10 % der alten Bestände auch über dieses Datum hinausgehen.

Wenn alle Auflagen des Kongresses fristgerecht erfüllt werden, kann mit dem Beginn der Produktion von binären CW begonnen werden. Mit der Endfertigung (final assembly) vollständiger binärer CW darf laut dem Kongreßbeschluß aber nicht vor dem 1. Oktober 1987 begonnen werden.

2) Die US-Regierung beabsichtigt, diese Auflagen wie folgt zu erfüllen:

a) Am 30.1. wird ein informelles Vorbereitungstreffen, allerdings auf Weisungsbasis, im Militärkomitee (MC) stattfinden, auf dem eventuelle inhaltliche und prozedurale Änderungsvorschläge der Verbündeten zu dem weiteren Vorgehen der amerikanischen Regierung erörtert werden sollen, um sie für die abschließende Sitzung im MC am 13.2. noch berücksichtigen zu können.

b) Der weitere Zeitplan für die Behandlung der CW-Streitkräfteziele sieht dann wie folgt aus:

– 3. Februar Behandlung im Militärausschuß;
– 6. Februar Expertentreffen/falls erforderlich;
– 13. Februar Verabschiedung der entsprechenden Streitkräfteziele im Militärausschuß;
– Februar/März Behandlung im DRC (Verteidigungserhebungsausschuß);
– April/Mai Behandlung im Verteidigungsplanungsausschuß (DPC) einschließlich Beschluß auf Ebene der Ständigen Vertreter;
– 22. Mai Kenntnisnahme durch die DPC-Ministerkonferenz[11].

II. Haltung der Bundesregierung

1) Die Bundesregierung hat sich mit diesen aus dem Beschluß des US-Kongresses für die Produktion binärer CW ergebenden Folgerungen bisher nicht be-

8 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.
9 Bernard W. Rogers.
10 Die Wörter „Abschreckung von CW-Angriffen“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.
11 Zur Behandlung der Streitkräfteziele für chemische Waffen auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 in Brüssel vgl. Dok. 150.

faßt. Das Auswärtige Amt hat, da diese Entwicklung[12] abzusehen war, bereits im September 1985 im BMVg (Dg 20[13]/StS Rühl) die Auffassung vertreten, daß wir für die Formulierung unserer Politik zu diesem Thema die Befassung des Bundessicherheitsrates (BSR) für erforderlich halten und daß der BMVg federführend zuständig ist. StS Rühl hatte dem zugestimmt. Das BMVg wurde aber trotz wiederholter Erinnerung nicht tätig.

Wir haben insbesondere unsere Sorge unterstrichen, daß die amerikanische Seite das Verfahren im Bündnis erfahrungsgemäß unter großem Zeitdruck durchführt, und daher darauf gedrungen, daß die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung auf der Grundlage einer vom BMVg zu formulierenden Stellungnahme aus verteidigungspolitischer[14] Sicht so früh wie möglich erfolgen solle.

2) Wir haben es daher auf Weisung StS abgelehnt, uns den von dem amerikanischen Zeitplan ausgehenden „Sachzwängen" zu beugen und schon am 3.2. dem Streitkräfteziel zuzustimmen, ohne vorher den Bundessicherheitsrat befaßt zu haben. Das BMVg teilt die[15] Auffassung, daß eine solche Zustimmung unsere Haltung in den späteren Phasen des Prozesses politisch präjudiziert. Andererseits ist dem BMVg zuzustimmen, daß der BSR nur einmal mit der Angelegenheit befaßt werden sollte. Das kann erst dann geschehen, wenn Klarheit auch über den Inhalt der Krisenplanung, insbesondere die dort vorgesehenen Verbringungsländer (unser Ziel: keine erneute Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland) sowie die Einbeziehung der im Bundesgebiet eingelagerten CW-Altbestände in die Vernichtung zum frühesten militärisch vertretbaren Zeitpunkt besteht.[16]

Dem BMVg ist andererseits auch zuzustimmen, daß wir nicht ohne Not aus dem einer jahrelangen Praxis entsprechenden zeitlichen und sachlichen Ablauf des Streitkräfteplanungsverfahrens ausscheren und durch ein spezielles Nachverfahren für CW diesem ohnehin sensiblen Bereich zusätzliche politische Prominenz geben sollten.

3) Auswärtiges Amt und BMVg sind sich grundsätzlich über die Kriterien einig, an denen die Bundesregierung ihre Stellungnahme ausrichten sollte:

– Abschluß eines umfassenden Verbotsabkommens für chemische Waffen als vorrangiges Ziel.

12 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sachlage".

13 Hans-Friedrich von Ploetz.

14 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sicherheitspolitischer".

15 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diese".

16 In einer Besprechung mit dem Auswärtigen Amt am 21. Januar 1986 informierte das Bundesministerium der Verteidigung zur Eventualfallplanung: „Die bisherigen amerikanischen Mitteilungen deuteten darauf hin, daß der in Arbeit befindliche Plan noch keine Festlegung darüber trifft, wo eine Dislozierung in einer Krise vorgesehen werde. Damit könnte die amerikanische Administration zu vermeiden suchen, daß der Militärausschuß oder einzelne Mitgliedstaaten in diesem Zeitpunkt bereits über eine Eventualfallstationierung in bestimmten Ländern entscheiden müßten. Eine vollständige Bewertung der Eventualfallplanung sei erst möglich, wenn die USA ihr Vorhaben dargelegt hätten. Wenn dies im Militärausschuß geschehe, solle sich unser Vertreter zunächst rezeptiv verhalten." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 201 vom 22. Januar 1986; VS-Bd. 12156 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

– Bis dahin Aufrechterhaltung eines begrenzten CW-Materials zur Abschreckung gegen den Einsatz von CW durch den Osten und, falls nötig, als Repressalienkapazität[17].
– Produktionsentscheidung bleibt nationale Angelegenheit der USA; keine Beteiligung der Bundesregierung an dieser Entscheidung.
– Abzug der alten in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen zu einem militärisch vertretbaren, möglichst frühen Zeitpunkt[18].
– Keine Friedensstationierung binärer CW in der Bundesrepublik Deutschland.
– Im Zusammenhang der Krisenfallplanung[19] keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland.

Dies entspricht auch den Schlußfolgerungen von MdB Bahr im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle am 13.12.1985, die dieser nach Vortrag von Dg 20 und dem Vertreter des BMVg als mögliche gemeinsame Haltung von Bundesregierung und den Fraktionen des Bundestages formuliert hat.

Das Auswärtige Amt hat geltend gemacht, daß außerdem die politische Wirkung der Mitwirkung der Bundesregierung (und der übrigen Bündnispartner) an dem Verfahren berücksichtigt werden muß. Die CW-Gegner im US-Kongreß haben die unter I.1) genannten Auflagen durchgesetzt in der Hoffnung, daß die Europäer ihre Erfüllung und damit die Wiederaufnahme der CW-Produktion verhindern werden. Spätestens bei Vorlage des Berichts der US-Regierung an den Kongreß über die Implementierung der Auflagen werden sie – wie von ihnen bereits angekündigt – ihre „kritische Aufmerksamkeit" auf den Vorgang richten. Wir müssen außerdem davon ausgehen, daß schon die Beratungen im Bündnis nicht vertraulich bleiben werden, so daß von vornherein eine politisch vertretbare gemeinsame Linie formuliert werden muß. Dabei ist, auch hierauf haben wir das BMVg hingewiesen, auch die Frage zu prüfen, ob die Finalisierung der in rein nationaler amerikanischer Verantwortung zu treffenden CW-Produktionsentscheidung

– im Hinblick auf die beim Genfer Gipfel[20] beschlossene Intensivierung der Verhandlungen über ein umfassendes CW-Verbot und
– angesichts der im Gorbatschow-Vorschlag[21] erkennbaren Elemente für ernsthaftes sowjetisches Mitwirken

die Aussichten auf einen zügigen Abschluß dieser Verhandlungen gefährden könnte, indem die Ernsthaftigkeit des Westens in Zweifel gezogen werden könnte und darüber hinaus ein insgesamt negatives Signal abgegeben würde.

17 Der Passus „und, falls nötig, als Repressalienkapazität" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
18 Die Wörter „zu einem militärisch … Zeitpunkt" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
19 Die Wörter „Friedensstationierung" und „Krisenfallplanung" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was gilt nun?"
20 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
21 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

4) Das BMVg verneint nicht, daß diese Überlegungen bei der politischen Gesamtbewertung zu berücksichtigen sind. Es rät aber davon ab, sie in Einzelheiten in militärischen NATO-Gremien zu erörtern. Sein Vorschlag zum weiteren Verfahren, der im beiliegenden Weisungsentwurf (Fü S III 1 vom 28.1.1986[22]) zusammengefaßt ist, zielt darauf ab,

– der Bundesregierung unter Hinweis darauf, daß die politische Meinungsbildung der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen sei, die politische Entscheidung vorzubehalten,
– den von den Amerikanern vorgeschlagenen Prozeß (Ziff. I.2) aber ablaufen zu lassen,
– unter dem Vorbehalt der politischen Meinungsbildung in der Bundesregierung die Elemente in diesen Prozeß einzuführen, die für uns wesentlich sind.[23]

III. Votum

1) Wir hätten eine rechtzeitige, umfassende Erörterung des BSR vorgezogen.

2) Angesichts unserer durch breiten Konsens im Bundestag abgesicherten Auffassung, daß wir

– die Altbestände an CW loswerden und eine künftige Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland ausschließen wollen, was nach Lage der Dinge nur bei Neuproduktion von binären CW zu erreichen ist,
– andererseits aber den Vorrang eines umfassenden CW-Verbots vertreten wollen,

müssen wir sicherstellen, daß beiden Zielen Rechnung getragen wird. Dies geschieht dadurch, daß wir

– das Verfahren in den Gremien der NATO zwar laufen lassen, aber unsere Stellungnahme bis zum Abschluß der politischen Meinungsbildung von vornherein vorbehalten,
– unsere Interessen aber deutlich formulieren und von Anfang an vertreten,
– auf einer gemeinsamen, zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt vom NATO-Generalsekretär[24] initiativ zu vertretenden Stellungnahme bestehen, die neben den militärischen Gesichtspunkten vor allem deutlich macht,
  – daß die CW-Produktion nicht vor dem 1. Oktober 1987 beginnen kann und daß
  – das Bündnis unverändert einem umfassenden CW-Verbotsabkommen Priorität einräumt und daß – wie es auch in dem Kongreßbeschluß heißt – die USA bis zu diesem Zeitpunkt keinem gegenseitig verifizierbaren internationalen CW-Verbotsabkommen beigetreten sind.

22 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12156 (201).

23 Referat 201 erläuterte am 22. Januar 1986: „Nach Vorstellung des BMVg soll dem deutschen Vertreter im Militärausschuß Weisung zur Mitwirkung an der Beratung vom 3. Februar […] erteilt werden. Hierzu soll das Auswärtige Amt zustimmen; eine vorherige Befassung des Bundessicherheitsrats ist nach Auffassung Arbeitsebene BMVg nicht erforderlich. Der BSR solle vielmehr in einem späteren Stadium, etwa vor der Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses auf Ministerebene, befaßt werden." Vgl. VS-Bd. 12156 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

24 Lord Carrington.

Es wird daher vorgeschlagen,

– gegen den diesen Überlegungen Rechnung tragenden Weisungsentwurf des BMVg, der von BM Wörner gebilligt ist, keine Einwendungen entgegenzusetzen,

– zuzustimmen, daß wir das BMVg erneut daran erinnern, eine baldige BSR-Sitzung vorzubereiten, damit die Bundesregierung, worauf Sie in Ihrem Schreiben vom 28.1.1986 an BM Wörner[25] hingewiesen hatten, sich bald eine Meinung zum Gesamtkomplex binäre CW bilden und darüber entscheiden kann.

D 2 A i. V.[26] hat telefonisch zugestimmt.[27]

Braunmühl

VS-Bd. 12156 (201)

25 In dem am 13. Januar konzipierten und am 28. Januar 1986 abgesandten Schreiben übermittelte Bundesminister Genscher seine Einschätzung, daß er die baldige Einleitung der internen Meinungsbildung der Bundesregierung für vordringlich halte, „damit wir unsere gemeinsame Auffassung […] in den militärischen und zivilen Gremien der NATO von Anfang an vertreten und durchsetzen können. Zu der Meinungsbildung in der Bundesregierung sollte bald die Initiative von Ihrem Haus ergriffen werden." Vgl. VS-Bd. 12156 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

26 Rüdiger Hartmann.

27 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte am 5. Februar 1986, daß er das Bundesministerium der Verteidigung am Vortag davon unterrichtet habe, „daß nach einer Besprechung des Bundesministers mit StS und D 2 vom 3.2. nachmittags wir nicht die erbetene Zustimmung zum – uns im Text vorliegenden – Entwurf einer Weisung des BMVg an den Vertreter im Militärausschuß (MC) der NATO geben können. Der Bundesminister habe in der Vorlage 201 die Punkte ‚CW-Abschreckung' (es gehe hier um die eindeutige Übereinstimmung mit der NATO-Strategie) [und] ‚Krisenfall-Planung' (eindeutige Festlegung des Eventualfalls) als klärungsbedürftig bezeichnet. Im übrigen werde im Auswärtigen Amt Gewicht auf die Frage gelegt, ob nicht eine Sicherung unserer Interessen bei Eventualfallplanung (Nicht-Singularisierung) und Abzug hier lagernder CW erreicht werden müsse, ehe wir einem CW-Streitkräfteziel zustimmen können." Vgl. VS-Bd. 12156 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Vortragender Legationsrat Bertram hielt am 6. Februar 1986 fest, das Bundesministerium der Verteidigung habe am Vorabend mitgeteilt, „daß in einer Besprechung zwischen Bundesminister Wörner und Staatssekretär Rühl vom gleichen Tage nachmittags entschieden worden sei, daß das BMVg die Weisung an den militärischen Vertreter für die Beratung des […] Streitkräfteziels am 6.2. im MC (restricted session) ohne unsere Zustimmung geben werde. […] Der militärische Vertreter werde auch diesmal einleitend wieder hervorheben, daß die politische Meinungsbildung der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen sei." Vgl. VS-Bd. 12156 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

24

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein

431(413)-493.20 **29. Januar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Unfall der Space Shuttle Mission 51-L[4];
hier: Erste Bewertung der Konsequenzen

Zweck der Vorlage: Zur Information

Der – möglicherweise durch die Explosion des Zusatztreibstofftanks ausgelöste – Absturz der US-Raumfähre „Challenger" dürfte erhebliche Konsequenzen für das amerikanische Raumfahrtprogramm haben und nicht ohne Auswirkungen auf die europäischen Weltraumvorhaben bleiben.

Die Fortsetzung des Startprogramms der NASA, das für 1986 noch 13 Starts vorsah, ist verschoben worden, bis der aufgetretene Fehler analysiert und die verbliebenen drei Raumfähren entsprechend modifiziert worden sind. Die bestehende Unklarheit über künftige Starttermine sowie der Verlust von 25% der amerikanischen Shuttle-Kapazität stellt einen gravierenden Rückschlag für die NASA auch auf dem hart umworbenen Markt für kommerzielle Satellitenstarts dar, an dem die europäische Ariane-Familie bereits 40 bis 50% Anteil erobern konnte.

Die – trotz technologischen Rückstands zu den USA – vorhandene Wettbewerbsfähigkeit der Europäer auf diesem Markt erklärt sich nicht zuletzt dadurch, daß der US-Shuttle als bemanntes System sehr viel höhere Sicherheitsanforderungen erfüllen muß als ein unbemannter Träger. Dies bedeutet den Einbau redundanter Systeme mit verringerter Nutzlast und höheren Kosten. Die Überlegenheit des europäischen Konzepts, auch in einer künftigen Phase der bemannten Raumfahrt Satelliten mit unbemannten Trägern der Ariane-Familie zu starten, wird durch den tragischen Unfall von Challenger unterstrichen.[5] Zudem hat

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 30. Januar 1986 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 29. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe Seite 2." Vgl. Anm. 8.

3 Hat Bundesminister Genscher am 3. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Jelonek und Referat 431 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Februar 1986 vorgelegen.
Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Pabsch am 3. Februar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel verfügte.
Hat Stülpnagel vorgelegen.

4 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 28. Januar 1986: „Die 25. Space-Shuttle-Mission 51-L mit der Raumfähre ‚Challenger' endete 1,5 Minuten nach einem normalen Start am 28.1.1986 um 11.38 OZ mit einer gigantischen Explosion. Tausende von Einzelteilen sind dabei ca. 25 km östlich des Kennedy Space Center in den Atlantik gestürzt." Präsident Reagan habe am selben Tag die „Trauer der Nation über den Verlust der sieben Astronauten ausgedrückt. Reagan hat dabei aber auch deutlich gemacht, daß die USA in der Erforschung des Weltraums fortfahren würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 416; Referat 431, Bd. 142051.

5 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Versch[iedene] Konzepte, versch. Ausgangslage!!"

sich das Aussetzen von Nachrichtensatelliten durch den Shuttle als umständlich und fehlerträchtig erwiesen, da dieser den geostationären Orbit nicht selbst erreichen kann.

Unfälle wie der von Challenger werden sich nie völlig ausschließen lassen. Gemessen am technologischen Risiko war die bemannte Raumfahrt bislang auf beeindruckende Weise unfallfrei. Dies gilt um so mehr, wenn man den Vergleich mit den Pionierzeiten der Luftfahrt heranzieht. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß in Teilen der Öffentlichkeit, in denen Hochtechnologie mitunter als menschenfeindlich empfunden wird, der Preis für die bemannte Raumfahrt nach dem Challenger-Unfall als zu hoch angesehen wird. Dies wird die Diskussion um die deutsche Beteiligung an einer europäischen Raumfähre[6] nicht erleichtern.

Insbesondere nach der Erklärung Präsident Reagans im Anschluß an den Unfall[7] steht fest, daß die USA an ihrem Weltraumprogramm festhalten werden. Dafür spricht allein schon die erhebliche wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Weltraumtechnologie. Neben der technischen Frage, wie schnell die Analyse und Beseitigung des bei Challenger aufgetretenen Fehlers möglich sein wird, bleibt offen, ob wegen dieses Unglücks das Budget der NASA verstärkt Einsparungszwängen unterworfen werden wird oder nicht.[8] Haushaltskürzungen und der in Frage gestellte Zeitplan für künftige Starts des Shuttles dürften Auswirkungen auch auf das Projekt einer internationalen Raumstation mit europäischer Beteiligung[9] und die Einhaltung des Termins der für 1988 geplanten D 2-Mission[10] haben.

Blankenstein

Referat 431, Bd. 142051

6 Zum Projekt des rückkehrfähigen Weltraumtransporters „Hermes“ vgl. Dok. 10, Anm. 21.

7 Für den Wortlaut der Ansprache des Präsidenten Reagan vom 28. Januar 1986 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 94 f.

8 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nach meiner Einschätzung werden die Amerikaner ihre Anstrengungen jetzt eher verstärken.“ Dieser Vermerk von Ruhfus wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

9 Die USA und die ESA-Mitgliedstaaten arbeiteten am Projekt einer bemannten Weltraumstation. Hierzu stellten die Bundesrepublik und Italien der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) Ende Januar 1984 das Konzept für ein Forschungsmodul („Columbus“) vor, das sowohl an der Weltraumstation ankoppelbar als auch im freien Flug unabhängig zu betreiben sein sollte. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 31.
Ministerialdirektor Jelonek notierte am 16. Januar 1986 zum Stand der Verhandlungen: „Die USA verlangen von den Europäern insbesondere, sich auf eine nicht mehr auflösbare Integration des europäischen Beitrags (des von Italien zu bauenden Druckmoduls) in die Raumstation festzulegen. Eine Verwendung des europäischen Moduls für eine künftige autonome Raumstation wäre damit ausgeschlossen. Eine europäische Raumstation würde daher den Bau eines zweiten Moduls voraussetzen. Die Verhandlungen über das an Bord der Raumstation geltende Rechtsregime, das nach amerikanischen und europäischen Vorstellungen die Möglichkeit des Zugangs aller Partner zu allen Teilen der Station festlegen soll, machen ein Nachdenken der Europäer über die Frage erforderlich, ob der europäische Teil der Station den USA auch für militärische Zwecke offenstehen soll.“ Schließlich stelle sich angesichts der beabsichtigten wirtschaftlich-technologischen Nutzung der Raumstation die Frage, „welches rechtliche Regime in welchem Teil der Station zur Anwendung kommen soll“, etwa hinsichtlich der Patentrechte. Vgl. Referat 431, Bd. 154483.

10 Am 7. Februar 1986 wurde in der Presse berichtet, daß sich nach dem Absturz der amerikanischen Raumfähre „Challenger“ weitere Shuttle-Flüge verschieben würden. Auf europäischer Seite seien

25

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem amerikanischen Botschafter Burt

Geheim **30. Januar 1986**[1]

Vermerk über die Vorsprache des amerikanischen Botschafters Richard Burt bei Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble am 30. Januar 1986 von 19.00 bis 19.40 Uhr im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Dolmetscher VLR I Weber; Botschaftsrat Olaf Grobel, Leiter der politischen Abteilung der amerikanischen Botschaft; MDg Dr. von Richthofen.

Botschafter *Burt* suchte Bundesminister Dr. Schäuble am 30. Januar 1986 im Auftrage von Außenminister Shultz erneut in der Austauschangelegenheit[2] auf. Er habe Außenminister Shultz über das letzte Gespräch am 15. Januar 1986[3] unterrichtet. Er wolle darauf unter Beachtung dieses Gespräches und

Fortsetzung Fußnote von Seite 153

mehrere Projekte betroffen: „Mit merklichen Verschiebungen muß man auch für den Start von Eureca, einer orbitalen Plattform der Europäer, und für die deutsche D 2-Mission rechnen, mit der die D 1-Experimente vom vergangenen Jahr fortgesetzt werden sollen. Beide Projekte waren für 1988 eingeplant." Vgl. den Artikel „Raumfahrt Amerikas im ungewissen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Februar 1986, S. 7.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, am 31. Januar 1986 gefertigt.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Oesterhelt „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Oesterhelt am 5. Februar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte und um Wiedervorlage bat.
Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 8. Februar 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Oesterhelt vermerkte: „Ich sehe diesen Vorgang heute zum ersten Mal."
Hat Heyken am 14. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Oesterhelt am 17. Februar 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Stuedemann vermerkte: „Hätte ich lieber schon früher zurückerhalten." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13441 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zu den Bemühungen um einen Austausch von in der Bundesrepublik, den USA, der DDR und der UdSSR inhaftierten Personen vgl. Dok. 3.
Am 21. Januar 1986 informierte Ministerialdirigent Oesterhelt die Botschaft in Moskau darüber, daß er den sowjetischen Gesandten Terechow über den bevorstehenden Abschluß einer Austauschvereinbarung informiert und die Erwartung ausgesprochen habe, daß „inhaltlich unabhängig von dieser Vereinbarung, aber in zeitlichem Zusammenhang, eine Regelung betreffend die Ausreise unserer drei Kaufleute" getroffen werde. Er wolle „also klarstellen, daß dieser Austausch nur dann vollzogen werden könne, wenn vorher die deutschen Kaufleute ausgereist seien". Vgl. den Drahterlaß Nr. 55; VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 28. Januar 1986 vermerkte Oesterhelt: „StS Rehlinger teilte soeben mit, daß der Austausch nunmehr perfekt sei. RA Vogel sei aus den USA zurückgekehrt. Das Ehepaar Köcher könne einbezogen werden." Rehlinger habe weiter mitgeteilt, daß die DDR aus den Verhandlungen von den Bemühungen der Bundesregierung um eine Freilassung der drei in der UdSSR inhaftierten Geschäftsleute aus der Bundesrepublik wisse: „Er glaube aber trotzdem, daß man von seiten der DDR nunmehr sehr hochrangig versuchen würde, den Austausch auch ohne den ‚Beipack' flottzumachen (dies möglicherweise auch in der Absicht, damit der SU einen Gefallen zu erweisen)." Eine Antwort von Terechow stehe weiterhin aus. Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

3 In dem Gespräch bat der amerikanische Botschafter Burt Bundesminister Schäuble „nochmals um eine Erläuterung zu den drei deutschen Kaufleuten in Moskau, um sicherzustellen, daß seine Seite diesen Punkt richtig verstehe. BM Dr. Schäuble erläuterte unsere Position. Wir wollten die drei

sehr sorgfältiger Berücksichtigung unserer und der amerikanischen Interessen antworten. Bei dem Austausch handele es sich um ein deutsch-amerikanisches Unternehmen. Es wäre falsch, der anderen Seite den Eindruck zu vermitteln, daß es hierüber zwischen beiden Differenzen gebe.

Außenminister Shultz habe ihn beauftragt, unserer Seite die große Wertschätzung unserer Bemühungen auszudrücken. Nunmehr habe Rechtsanwalt Dr. Vogel in der Frage der drei deutschen Kaufleute eine Haltung eingenommen, die Schwierigkeiten aufwerfe. Die amerikanische Seite anerkenne unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit vom Grundsatz her, daß es den Sowjets nicht gestattet werden dürfe, Personen zu verhaften, um später ihre Freilassung als Gegenleistung in Austauschverhandlungen einbringen zu können. Er verstehe, daß einer der drei Kaufleute aus Rheinland-Pfalz stamme und daß sich Angehörige an den Bundeskanzler als früheren Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes gewandt hätten.

Die Amerikaner wollten uns deshalb unterstützen, die Freilassung dieser drei Kaufleute als Beiwerk zu dem Austausch zu erreichen. Zu diesem Zwecke sei sein ständiger Vertreter, Gesandter Dobbins, angewiesen worden, in Begleitung von Botschaftsrat Grobel ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Terechow zu führen, was am Mittag geschehen sei.

Außenminister Shultz habe ihn gebeten mitzuteilen, daß über die sowjetische Haltung in dieser Angelegenheit bislang keine klare Kenntnis gewonnen werden konnte. Es sei jedoch nicht zu bestreiten, daß die Sowjets in dieser Frage die besseren Karten hielten.[4] Außenminister Shultz sei der Auffassung, daß die amerikanische und die deutsche Seite wegen der drei Kaufleute ein Platzen des Austausches nicht riskieren sollten. Er frage sich, wie man herausfinden könnte, ob Rechtsanwalt Dr. Vogel in dieser Angelegenheit bluffe oder nicht.[5]

Botschafter Burt fuhr fort, Außenminister Shultz und Präsident Reagan beobachteten den Fortgang der Angelegenheit persönlich. Wenn es hilfreich wäre, würde Präsident Reagan mit dem Bundeskanzler persönlich über die Angelegenheit sprechen. Aus amerikanischer Sicht dürfe der Austausch nicht scheitern. Nicht nur wegen der Freilassung von Schtscharanskij, sondern auch, weil der Austausch den West-Ost-Beziehungen einen weiteren positiven Impuls ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 154

Kaufleute nicht in den Austausch als solchen einbezogen wissen, da es sich bei ihnen nicht um nachrichtendienstliche Fälle, sondern um eine Art Geiselnahme durch die Sowjets im Zusammenhang mit der Verhaftung und Verurteilung des sowjetischen Spions Semljakow handele. Würde man die drei Kaufleute zum Gegenstand des Austausches machen, würden die Sowjets dies als Ermunterung verstehen, in künftigen Fällen genauso zu verfahren, um auf diese Weise ihre Verhandlungsmasse in Austauschangelegenheiten zu vergrößern. Es komme daher darauf an, den Sowjets klarzumachen, daß wir bei einer Freilassung von Semljakow im Rahmen des Austausches darauf bestehen müssen, daß die Geiseln von den Sowjets bei Gelegenheit des Austausches freigegeben werden, ohne Teil des Austausches selbst zu werden. Die Sowjets hätten keinerlei Grund, die drei deutschen Kaufleute länger festzuhalten. […] Botschafter Burt erklärte nach dieser Erläuterung nochmals ausdrücklich seine Zustimmung zu der Zusammensetzung des Austauschpaketes und dem von BM Dr. Schäuble erläuterten Beipack." Vgl. VS-Bd. 13758 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Der Passus „daß die Sowjets … hielten" wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

5 Der Passus „daß die Sowjets … oder nicht" wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

ben würde. Dieses würde den Deutschen und Amerikanern gemeinsam gutgeschrieben werden.[6]

BM *Dr. Schäuble* dankte für die Unterrichtung und für die Tatsache, daß in den ganzen Gesprächen mit Rechtsanwalt Dr. Vogel und der Sowjetunion gemeinsam der Eindruck vermittelt werden konnte, daß Deutsche und Amerikaner Seite an Seite gehandelt haben. Dies sei wichtig für künftige vergleichbare Lagen und für das westliche Bündnis insgesamt. Im besonderen wollten wir uns dafür bedanken, daß die Amerikaner uns in der Frage der drei deutschen Kaufleute unterstützt hätten. Auch wir könnten nicht eindeutig beurteilen, ob Rechtsanwalt Dr. Vogel bluffe oder nicht. Was die regionale Herkunft der drei Kaufleute angehe, so habe er persönlich nicht gewußt, daß einer aus Rheinland-Pfalz komme. Er habe den Bundeskanzler über den Fortgang der Angelegenheit im Groben unterrichtet. Er könne versichern, daß kein persönliches Interesse des Bundeskanzlers berührt sei.[7] Natürlich hätten wir ein sehr starkes Interesse an der Freilassung aller drei Kaufleute. Dies bestehe abgesehen von unserer Pflicht, sich für inhaftierte deutsche Staatsangehörige einzusetzen, auch deshalb, weil die zuständigen Justizbehörden in der Bundesrepublik Deutschland nur unter großen Schwierigkeiten veranlaßt werden konnten, den Austausch zustande zu bringen.

BM Dr. Schäuble erläuterte hierzu die Rechtslage. Er fuhr fort, der Bundeskanzler freue sich natürlich über die Gelegenheit, mit Präsident Reagan ein Telefongespräch zu führen, aber dies sei nicht das Problem.

Botschafter *Burt* warf ein, dies sei nur ein Vorschlag von Außenminister Shultz gewesen.

BM *Dr. Schäuble* stellte zur Diskussion, den Druck auf die Sowjets und die DDR weiter wirken zu lassen und ohne erneutes Tätigwerden gegenüber Rechtsanwalt Dr. Vogel bis zum 31.1.1986, 14.00 Uhr, abzuwarten. Er teilte in diesem Zusammenhang mit, daß Staatssekretär Rehlinger Vorsorge getroffen habe, daß das Papier von Gerlos[8] mit seiner Unterschrift am 31.1. um 14.00 Uhr nach entsprechender Entscheidung bei RA Dr. Vogel sein könne. Er hege die Hoffnung, daß sich die Sowjets bei den drei deutschen Kaufleuten bewegen würden.

Botschafter *Burt* stimmte dem Vorschlag von BM Dr. Schäuble auf persönlicher Grundlage zu. Er bekräftigte noch einmal seine Unterstützung für unsere Position in der Frage der drei deutschen Kaufleute und sagte zu, sich in Washington dafür einzusetzen, bis zum 31.1., 14.00 Uhr, mit der amerikanischen Unterschrift unter das Papier von Gerlos zu warten.

Botschaftsrat *Grobel* teilte mit, Rechtsanwalt Dr. Vogel genüge womöglich die telefonische Bestätigung der Unterzeichnung des Papiers.

6 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt angeschlängelt.

7 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

8 Staatssekretär Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, und Rechtsanwalt Vogel sowie Vertreter der amerikanischen Regierung trafen sich am 23. Januar 1986 in einem Hotel in Gerlos (Österreich). Dazu wurde in der Presse berichtet, Zweck des Treffens sei es gewesen, „den von Rehlinger mit der Hand geschriebenen Entwurf einer Vereinbarung zu prüfen und zu genehmigen". Vgl. den Artikel „Eine erfolgreiche, komplizierte Operation"; DER SPIEGEL, Nr. 8 vom 17. Februar 1986, S. 119.

BM *Dr. Schäuble* behielt sich vor, zunächst mit dem Bundesaußen-, dem Bundesjustizminister[9] und dem Bundeskanzler zu sprechen. Er wies darauf hin, daß wir im Bemühen um eine menschliche Lösung nur eine Chance haben, wenn Deutsche und Amerikaner zusammenarbeiten. Deshalb möchte er eine Situation vermeiden, in der im Westen oder im Osten (in Moskau oder Ostberlin) der Eindruck entstehe, es sei an Deutschland etwas gescheitert, was ein bedeutender Schritt in den Ost-West-Beziehungen gewesen wäre.

Botschafter *Burt* stimmte dem zu.

BM *Dr. Schäuble* wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die es uns bereiten würde, wenn das Papier von Gerlos ohne gleichzeitige Lösung der Angelegenheit der drei deutschen Kaufleute unterzeichnet werden würde. Er fügte hinzu, es werde für diesen Fall unsere Entscheidung leichter machen, wenn wir hoffen könnten, daß uns die USA weiter gegenüber der Sowjetunion unterstützen[10], daß die drei deutschen Kaufleute freigelassen werden.

Botschafter *Burt* stimmte dem zu.

BM *Dr. Schäuble* schlug vor, falls dieser Fall eintreten sollte, gemeinsam bei der Unterzeichnung zu erklären, daß der Zeitraum bis zum tatsächlichen Vollzug des Austausches voll ausgenutzt werden müßte, um die Freilassung der drei deutschen Kaufleute durch die Sowjets zu erreichen.[11]

Botschafter *Burt* sagte zu, sich dafür in Washington einzusetzen.

Botschafter Burt erklärte, er wolle am 31.1. früh Staatssekretär Meyer-Landrut anrufen, um mit ihm über die Angelegenheit zu sprechen.

BM *Dr. Schäuble* erklärte, er werde StS Dr. Meyer-Landrut über das jetzige Gespräch unterrichten.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, er wolle gern noch ein Wort zu Südafrika sagen. Er unterrichtete Botschafter Burt sodann über die Mitteilung des südafrikanischen Botschafters[12] zu der beabsichtigten Rede von Präsident Botha am 31.1. um 10.00 MEZ, in der Botha die Bereitschaft der südafrikanischen Regierung zur Freilassung von Mandela im Austausch gegen die Freilassung eines in Angola inhaftierten südafrikanischen Hauptmanns sowie der Regimekritiker Sacharow und Schtscharanskij in der Sowjetunion im Wege deutscher Vermittlung verkünden wolle.[13] Staatssekretär Meyer-Landrut habe sich im Auftrage des Bundeskanzlers beim südafrikanischen Botschafter bemüht, daß Präsident Botha eine solche Erklärung nicht abgebe. Der Botschafter habe jedoch nur erreichen können, daß Präsident Botha die deutsche Vermittlung unerwähnt lasse und die Mitteilung in eine Frageform kleide, in der Weise, daß die südafrikanische Regierung bereit wäre, Mandela aus humanitären Gründen freizulassen, wenn unter Berücksichtigung der Interessen eigener und ausländischer Bürger in darüber geführten Gesprächen in Gefängnissen anderer Staaten inhaftierte Per-

9 Hans A. Engelhard.

10 Die Wörter „weiter gegenüber der Sowjetunion unterstützen“ wurden von Ministerialdirigent Oesterhelt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

11 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

12 Willem Rudolph Retief.

13 Zu Überlegungen hinsichtlich einer Freilassung des sowjetischen Atomphysikers Sacharow im Gegenzug zur Freilassung von Nelson Mandela vgl. Dok. 4.

sonen freigelassen würden. Der Botschafter habe keine Zusage machen können, daß Botha auf die Nennung der Namen Sacharow und Schtscharanskij verzichte.[14] Wir könnten nicht sicher sein, daß der Name Schtscharanskij nicht erwähnt werde. Es bleibe abzuwarten, was geschehe.

Botschafter *Burt* erklärte, daß die amerikanische Administration ihrerseits auf Präsident Botha zugegangen sei, um ihn von der öffentlichen Erwähnung dieser Austauschmöglichkeit abzuhalten.[15]

BM *Dr. Schäuble* unterrichtete Botschafter Burt sodann über die Ankündigung von Herrn Moldt, daß DDR-Volkskammerpräsident Sindermann auf Einladung der SPD-Fraktion vom 19. bis 21.2.1986 Bonn besuchen werde und bei dieser Gelegenheit um ein Gespräch mit dem Bundeskanzler, dem Bundestagspräsidenten und dem Bundespräsidenten sowie den Fraktionsvorsitzenden[16] gebeten habe.[17] Nach seinem Eindruck habe Honecker ein großes Interesse, Bewegung in die innerdeutschen Beziehungen zu bringen.

BM Dr. Schäuble wies in diesem Zusammenhang auf die freundliche Tonlage des Interviews von GS Honecker in „Die Zeit" hin.[18]

Botschafter *Burt* fragte, wie die Bundesregierung die Wünsche von Herrn Moldt beantworten werde.

BM *Dr. Schäuble* erwiderte, er werde den Bundeskanzler im Anschluß an das Gespräch unterrichten und empfehlen, Herrn Sindermann zum Gespräch zu empfangen. Dies entspreche unserer grundsätzlichen Haltung, den Dialog mit den Verantwortlichen der DDR, wenn sie nach Bonn kommen, zu führen.

BM Dr. Schäuble erwähnte in diesem Zusammenhang auch den von Herrn Moldt angekündigten Besuch von Herrn Axen in Bonn zur Fortsetzung der Verhandlungen SED/SPD über kernwaffenfreie Zonen.[19] Was den Wunsch nach einem

14 Staatssekretär Meyer-Landrut sprach am 30. Januar 1986 mit dem südafrikanischen Botschafter Retief über die Absicht des Präsidenten Botha, am folgenden Tag im südafrikanischen Parlament u. a. zur Frage einer Freilassung von Nelson Mandela Stellung zu nehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma vom 26. Februar 1986; VS-Bd. 13443 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Präsident Botha schilderte im Rahmen einer Regierungserklärung am 31. Januar 1986 im südafrikanischen Parlament in Pretoria die Fälle von Nelson Mandela, der sowjetischen Dissidenten Sacharow und Schtscharanskij sowie eines in Angola inhaftierten südafrikanischen Offiziers. Abschließend stellte er „die folgende, sehr wichtige" Frage: „Wenn ich Mr. Nelson Mandela aus humanitären Gründen freilassen sollte, könnten dann nicht auch Hauptmann Wynand du Toit, Andrej Sacharow und Anatolij Schtscharanskij aus humanitären Gründen freigelassen werden? Eine positive Antwort auf diese Frage könnte sicherlich zur Grundlage für Verhandlungen zwischen interessierten Regierungen werden". Vgl. Referat 320, Bd. 155985.
Referat 320 kam am 2. Februar 1986 zu dem Schluß, daß die Nennung der Namen die Aussichten für eine Freilassung von Mandela verringert hätten: „Die prompten Reaktionen des ANC-Generalsekretärs Nzo, und auch von Bischof Tutu, daß Mandela bedingungslos in Freiheit gesetzt werden müsse, können niemanden, am allerwenigsten die südafrikanische Regierung, überrascht haben. Im Ergebnis muß man folglich wohl davon ausgehen, daß Pretoria nicht erwartet, daß sein Tauschangebot akzeptiert wird, und sich darauf einstellt, Mandela – mit allen innen- und außenpolitischen Folgen – weiter in Haft zu behalten." Vgl. Referat 320, Bd. 155985.

16 Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD).

17 Zum Besuch des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, vgl. Dok. 49, Anm. 15.

18 Vgl. dazu den Artikel „‚Miteinander leben, gut miteinander auskommen'"; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 31. Januar 1986, S. 3–7.

19 Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen, hielt sich am 28. Februar und 1. März 1985 zu Gesprächen mit der SPD über Abrüstungsfragen in der Bundesrepublik auf. Am 19. Juni 1985 stell-

Gespräch von Herrn Sindermann mit Bundestagspräsident Dr. Jenninger angehe, so würden wir, wenn der Bundestagspräsident den Gesprächswunsch annehme, klarmachen, daß, wo immer der Bundestagspräsident mit Herrn Sindermann spreche, dieses nicht die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR bedeute.

Botschafter *Burt* fragte, ob Herr Sindermann dies so akzeptieren werde.

BM *Dr. Schäuble* erwiderte, Bundestagspräsident Dr. Jenninger werde dafür eine Form finden, die Herrn Sindermann nicht verletze. Er sei überzeugt, daß Herr Sindermann den Besuch nicht platzen lassen wolle. Er glaube, daß die DDR eine vernünftige Lösung für die Gespräche akzeptieren werde.

Botschafter *Burt* kam nochmals auf den Austausch zurück und teilte mit, Außenminister Shultz wolle versuchen, den Austausch in Berlin so ruhig wie möglich über die Bühne gehen zu lassen. Der Außenminister wünsche, daß sich der Austausch ohne Medien vollziehe, damit Schtscharanskij nicht wie ein Spion erscheine.[20] Die vorläufige Planung sehe daher vor, Schtscharanskij unverzüglich nach dem Übertritt in die Westsektoren Berlins von den anderen zu trennen und in die Bundesrepublik Deutschland zu fliegen. Die Amerikaner wünschten, Schtscharanskij so schnell wie möglich den Israelis zu übergeben. Danach sei Außenminister Shultz wegen der Medien weniger besorgt.

Botschafter Burt fuhr fort, die Amerikaner wünschten, uns soviel Gewicht in der Sache zu geben, wie wir wollten. Darüber könne in der kommenden Woche in Ruhe gesprochen werden.

BM *Dr. Schäuble* begrüßte dies. Auf persönlicher Grundlage sprach er sich dafür aus, den Austausch selbst in Berlin ohne öffentliche Zeugen zu arrangieren. Er fände auch nicht, daß Schtscharanskij der Medien wegen nach Bonn kommen müsse. Er halte es vielmehr für richtig, die Tatsache seiner Freilassung erst sichtbar werden zu lassen, nachdem er in Israel eingetroffen sei. Uns komme es jedoch darauf an, in einer gemeinsamen Presseerklärung mitzuteilen und sichtbar zu machen, daß wir Hand in Hand arbeiten.

Botschafter *Burt* stimmte dem auf persönlicher Grundlage zu.

BM *Dr. Schäuble* machte den Vorbehalt, hierüber noch nicht mit dem Bundeskanzler gesprochen zu haben. Für den Bundeskanzler werde aber sicher im Vordergrund stehen, daß es zur Freilassung Schtscharanskijs komme. Er glaube, daß die Wirkung auf die Menschen auf mittlere Sicht größer sei, wenn man kein Medienspektakel veranstalte, zumal solche Ereignisse wie Austausche sehr viel Bedrückendes an sich hätten, es traurig sei, daß man solche Art von Geschäften machen müsse.

Fortsetzung Fußnote von Seite 158

ten beide Arbeitsgruppen einen Rahmen für Regierungsverhandlungen über ein Abkommen zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa vor. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 181–185. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 207. Am 14./15. Februar 1986 nahmen die Arbeitsgruppen in Bonn Gespräche über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa auf. Vgl. dazu den Artikel „Union: ‚Naive Vertrauensseligkeit' der SPD"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Februar 1986, S. 5.

20 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Botschafter *Burt* sprach sich dafür aus, in der Öffentlichkeit die exemplarisch enge Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen und zwischen Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl deutlich zu machen.[21]

BM *Dr. Schäuble* erwiderte, es sei auch für ihn das Wichtigste, sichtbar zu machen, daß beide Seiten geschlossen zusammenarbeiten.

Botschafter *Burt* wies zum Abschluß noch auf den Nutzen dieser Zusammenarbeit für die Zusammenarbeit im West-Ost-Rahmen im Bereich der Menschenrechte hin.

VS-Bd. 13441 (213)

26

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-260.00-109^I/86 geheim **30. Januar 1986**

Dg 21[1]

Betr.: Fall Semljakow und andere[2]

Bezug: StS-Vorlage vom 30.1.1986 – Dg 21/213-260.00-109/86 geheim[3]

21 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

1 Hat Ministerialdirigent Oesterhelt am 30. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen verfügte.
Hat Schubert am 30. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 30. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 31. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Amerikaner haben (Burt) bei BM Schäuble heute erheblichen Druck ausgeübt. Ich habe gebeten, daß StS Rehlinger nochmals mit Vogel spricht, um dessen ultimativ vorgebrachten Termin (Fr[eitag] mittags) aufzuweichen."
Hat Genscher am 31. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 31. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an Oesterhelt verfügte.
Hat Braunmühl am 31. Januar 1986 erneut vorgelegen.

2 Zu den Bemühungen um einen Austausch von in der Bundesrepublik, den USA, der DDR und der UdSSR inhaftierten Personen vgl. Dok. 25.

3 Ministerialdirigent Oesterhelt notierte, daß der amerikanische Botschaftsrat Grobel ihm „strictly off the record" folgendes mitgeteilt habe: „Wir wüßten wahrscheinlich, daß es in Washington Kreise gebe, die das Austauschvorhaben ohne Rücksicht auf unsere deutschen Wünsche betreffend die drei Kaufleute nun zum Abschluß bringen wollten (Woessner u. a.). Burt, Dobbins und er hätten sich stark zum Anwalt unserer Interessen gemacht. Sie hätten bisher verhindern können, daß Botschafter Meehan Weisung zur Zeichnung der Vereinbarung bekommen habe. Sie hätten argumentiert, daß eine amerikanische Unterschrift ohne die deutsche Unterschrift nicht sinnvoll sei, da der Austausch ohne unsere Mitwirkung nicht vollzogen werden könne." Er, Grobel, müsse aber erneut fragen, „ob unsere Haltung wirklich in diesem Punkt ganz fest sei. Die US-Botschaft müsse sich, wenn das Pokerspiel weitergespielt werden solle, auf hochrangige Quellen stützen. Sei der ‚Schäuble-Kreis' weiter entschlossen, die deutsche Unterschrift zu verweigern, es sei denn, die drei Kaufleute

Anlg.: 1[4]

Ich bitte, den anliegenden Vorgang dem Ministerbüro zuzuleiten, damit auch BM unterrichtet werden kann.

Die Entwicklung nimmt eine bedenkliche Wendung. Durch die Verbindung unserer Austausch-Sache mit dem amerikanischen Fall Schtscharanskij haben wir uns von vornherein dem Risiko ausgesetzt, deutsche humanitäre Anliegen amerikanischen Prestige-Erwägungen unterzuordnen. Nach Kategorien humanitärer Härtebedingungen und nach Persönlichkeits-Kategorien (letzteres im Unterschied zu Sacharow) ist Schtscharanskijs weit hinter anderen Fällen einzuordnen.[5] Schtscharanskij ist ein speziell amerikanischer Publicity-Fall. Ohne diese Verbindung könnten wir für Semljakow wahrscheinlich mehr bekommen, im Sinne deutscher humanitärer Anliegen. Wir haben also bereits ein Opfer für die Amerikaner gebracht. Ich finde es unvertretbar, wenn wir durch weitere „Freundschaftsgesten" an die amerikanische Ungeduld weitere deutsche humanitäre Interessen opfern. Das Auswärtige Amt muß notfalls auf politischer Ebene festbleiben.[6]

Ich würde es für richtig halten, den drängenden Amerikanern zu sagen: Wir würden nicht auf dem Zusammenhalt des Paketes bestehen, wenn sie es aufbinden wollten. (Dabei muß klar sein, daß Semljakow in deutscher, nicht in amerikanischer Verfügung steht und bleibt.) Ich bin sicher, daß die Sowjets schließlich einlenken werden, aber vorher versuchen, uns zu testen, wieweit wir uns den amerikanischen Wünschen unterzuordnen bereit sind.[7]

Braunmühl

VS-Bd. 13441 (213)

Fortsetzung Fußnote von Seite 160

kämen frei?" Oesterhelt fuhr fort: „Ich habe Grobel gesagt, daß ich keinen Anlaß hätte, daran zu zweifeln, daß für uns die Herausgabe von Semljakow nur in Frage komme, wenn wir am Rande der Austauschvereinbarung auch unsere drei Kaufleute zurückbekämen." Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Der Passus „ist Schtscharanskij … einzuordnen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

6 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

7 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
Am 4. Februar 1986 informierte Ministerialdirigent Oesterhelt die Botschaft in Moskau, daß der sowjetische Gesandte Terechow folgendes mitgeteilt habe: „Die sowj[etische] Seite habe unsere Bitte um Freilassung der Inhaftierten Schanzenbach, Arsene und Luetke positiv entschieden. Die drei Genannten könnten Vertretern der Bundesrepublik Deutschland am Sonnabend, den 8.2.1986, übergeben werden, und zwar […] ‚vor Realisierung des Austauschpakets am 11.2.'. Er fuhr fort, dieser Schritt bezüglich der genannten deutschen Staatsbürger, die die sowj. Gesetze grob verletzt hätten, werde ausschließlich aus humanitären Erwägungen vorgenommen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 91; VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 11. Februar 1986 wurde der Austausch des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij sowie der wegen Spionage verurteilten Frohn, Javorsky und Niestroj gegen die Agenten Kaczmarek, Scharfenorth, Semljakow und das Ehepaar Köcher auf der Glienicker Brücke in Berlin vollzogen. Vgl. dazu den Artikel „Agenten-Austausch auf der Brücke in 40 Minuten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Februar 1986, S. 1.

27

Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

Geheim **30. Januar 1986**[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihr Schreiben, das ich am 29. Oktober 1985 erhalten habe, danke ich Ihnen.[2] Ich begrüße es, daß wir uns über die Bedeutung eines aktiven politischen Dialogs zwischen unseren Ländern einig sind. Ich bin gerne bereit, auch von meiner Seite die Bemühungen fortzusetzen, durch einen offenen und konstruktiven Meinungsaustausch nach Berührungspunkten in uns betreffenden wichtigen Fragen der internationalen und beiderseitigen Beziehungen zu suchen.

In der Zwischenzeit haben sich in der Folge Ihrer Begegnung mit Präsident Reagan in Genf[3] die Aussichten auf einen Neubeginn in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und im West-Ost-Verhältnis insgesamt verbessert. Ich bin zuversichtlich, daß – wie von Ihnen und Präsident Reagan im gemeinsamen Kommuniqué von Genf angekündigt[4] – die UdSSR und die USA über die in Ihrem Schreiben angeschnittenen Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung nunmehr beschleunigt weiterverhandeln und bei allen noch zu bewältigenden Problemen die Chance für eine konstruktive Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses allgemein nutzen werden.

Ferner danke ich Ihnen für die Unterrichtung über Ihre Bewertung des Genfer Gipfels, die mir durch Botschafter Semjonow übermittelt worden ist.[5] Ich freue mich, daß Sie Ihre Gespräche mit Präsident Reagan insgesamt positiv bewerten, wie Sie dies auch schon in Ihren Ausführungen auf der Pressekonferenz in Genf[6] und vor dem Obersten Sowjet[7] zum Ausdruck gebracht hatten.

Die Bundesregierung hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß Sie mit Präsident Reagan in der Notwendigkeit übereinstimmen, die beiderseitigen Beziehungen und die internationale Lage im ganzen zu verbessern. Es erscheint mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig, daß beide Seiten die

1 Ablichtung.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. Februar 1986 vorgelegen.

2 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 27. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. AAPD 1985, II, Dok. 300.

3 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

4 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN,BD. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 26. November 1985; AAPD 1985, II, Dok. 321.

6 Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1985 vor der Presse in Genf vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 71–92.

7 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 27. November 1985 vor dem Obersten Sowjet in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 98–122.

Bedeutung eines fortgesetzten Dialogs bekräftigt und durch prinzipielle Festlegung zweier weiterer Gipfelbegegnungen konkretisiert haben. Bei diesen Treffen werden nach meiner Auffassung zunehmend konkrete Entscheidungen zu treffen sein.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß bei Ihrem Zusammentreffen mit Präsident Reagan die Verhandlungsziele bekräftigt wurden, auf die sich die Außenminister der USA und der UdSSR am 8. Januar 1985 in Genf[8] geeinigt hatten, nämlich einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern, ihn auf der Erde zu beenden und die Nuklearwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken. Die Bundesregierung nimmt mit Befriedigung das amerikanisch-sowjetische Einvernehmen über das Prinzip einer 50%igen Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Nuklearwaffen zur Kenntnis, das – wie es in der gemeinsamen Erklärung vom 21. November 1985 heißt – angemessen angewendet werden muß. Unter angemessener Anwendung versteht die Bundesregierung, daß in der praktischen Durchführung den Westeuropäern und mit ihnen der Bundesrepublik Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit eingeräumt wird wie den beiden Weltmächten und daß die Westeuropa bedrohenden sowjetischen Mittelstreckenraketen in den Verhandlungen ebenso zu berücksichtigen sind wie die amerikanischen Mittelstreckenwaffen, die die Sowjetunion erreichen können. Dabei müssen Regelungen gefunden werden, durch die Vereinbarungen im Mittelstreckenbereich nicht durch Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und durch Kurzstreckensysteme umgangen werden. Außerdem hat die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer geographischen Lage ein besonderes Interesse daran, daß mit einem separaten INF-Abkommen auch ein Prozeß eingeleitet wird, mit dem Ungleichgewichte im Bereich der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite abgebaut werden.

Es liegt im besonderen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, daß in der gemeinsamen Erklärung von Genf der Gedanke einer INF-Interimslösung als Element der Übereinstimmung hervorgehoben wird. Darauf aufbauend könnten, wenn im weiteren Verlauf der Verhandlungen die berechtigten Sicherheitsinteressen beider Seiten gewahrt werden, in einem Teilbereich der Verhandlungen Fortschritte möglich werden und die Verhandlungen insgesamt einen Impuls erfahren. Die Bundesregierung ist daran interessiert, daß eine Lösung gefunden wird, die zu drastischen Reduzierungen und ausgewogenen Begrenzungen sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenflugkörper führt. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß die jüngsten Vorschläge der Vereinigten Staaten, die auch sowjetische Überlegungen aufgegriffen haben, eine solche Lösung im Bereich der Mittelstreckenwaffen ermöglichen könnten.

Die Bundesregierung sieht sich durch den Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Begegnung in ihrer eigenen Politik bestätigt. Sie hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, den Dialog zwischen den USA und der UdSSR auf höchster Ebene fortzusetzen und zu intensivieren. Sie hat ferner in den Konsultationen im Nordatlantischen Bündnis sowie mit der Regierung der Vereinigten Staaten zielstrebig darauf hingearbeitet. Wir werden uns, wie schon bisher, für einen

8 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA); DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

Erfolg der weiteren Gipfelbegegnungen und der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf einsetzen.

Zur Abrüstung und Rüstungskontrolle haben Sie in Ihrer Fernseherklärung vom 15. 1. 1986[9] eine Entscheidung des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und der sowjetischen Regierung über neue sowjetische Vorschläge bekanntgegeben und diese Vorschläge anschließend auch in die Genfer Verhandlungen eingeführt.[10]

Für die mir am 16. 1. 1986[11] von Ihnen zugesandte Botschaft[12], in der Sie diese neuen sowjetischen Vorschläge erläutern, bin ich Ihnen dankbar. Sie werden verstehen, daß für uns jetzt der Zeitpunkt für eine abschließende Bewertung der sowjetischen Vorschläge noch nicht gekommen ist. Diese Vorschläge, die neue Elemente und konstruktive Ansätze in einzelnen Abrüstungsbereichen enthalten, erfordern eine sorgfältige Prüfung durch die Bundesregierung und im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses sowie weitere Konkretisierungen durch die sowjetische Seite. Allerdings ist auch festzustellen, daß die Vorschläge an Bedingungen geknüpft sind, die schon bisher Verhandlungsfortschritte verhindert haben.

Die Bundesregierung erwartet, daß die UdSSR und die USA nunmehr in der in Genf beginnenden neuen Verhandlungsrunde[13] auf der Grundlage aller auf dem Tisch liegenden Vorschläge in eine aktive Verhandlungsphase eintreten.

Hinsichtlich der weltweiten Ächtung und Abschaffung chemischer Waffen sehen wir auf der Grundlage der gemeinsamen Genfer Erklärung vom 21. November 1985 gute Möglichkeiten, Fortschritte auch in der streitigen Frage der Überprüfung eines solchen Verbots zu erzielen.

Die Bundesregierung bekräftigt ferner ihr wiederholt bekundetes Interesse an einem Nukleartestst opp als Teil eines umfassenden Bündels von Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen. Eine Lösung dieser Frage setzt voraus, daß die Sicherheit der Beteiligten einschließlich ihrer Verbündeten voll gewahrt bleibt. Neue technologische Entwicklungen und erklärte Bereitschaft zu politischem Entgegenkommen in der Frage der Verifikation könnten das Problem einer Lösung näherbringen. Angesichts der zentralen Rolle der Nuklearwaffen bei der Gewährleistung der strategischen Stabilität kann das Ziel eines umfassenden Atomwaffenteststopps jedoch nur schrittweise, beginnend mit Begrenzungen der Nukleartests, erreicht werden.

In den Wiener MBFR-Gesprächen erwartet die Bundesregierung, daß nach den auf den östlichen Verhandlungsansatz eingehenden westlichen Vorschlägen[14] der Weg für eine aktive und konstruktive Verhandlungsphase frei geworden ist.

9 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

10 Zur Einführung der Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle am folgenden Tag in Genf vgl. Dok. 18, Anm. 8.

11 Korrigiert aus: „1985".

12 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow; Dok. 16, Anm. 6.

13 Die vierte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 16. Januar bis 4. März 1986 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 56.

14 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa bis zum KSZE-Folgetreffen in Wien im Herbst 1986 eine substantielle Vereinbarung erreicht werden kann. Es wird darauf ankommen, daß die Teilnehmerstaaten nunmehr beschleunigt und ohne Vorbedingungen in die Redaktionsphase eintreten. Es wird ihre Aufgabe sein, unter strikter Beachtung des Mandats von Madrid[15] sich auf konkrete vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu einigen und gleichzeitig das bereits bestehende Gewaltverbot politisch zu bekräftigen.

Herr Generalsekretär, in Ihrem Schreiben haben Sie sich eingehend zu Fragen des SDI-Konzepts der amerikanischen Regierung geäußert.

Anlaß und Ausgangspunkt für die amerikanischen Forschungsprogramme über Defensivsysteme sind vor allem die bestehende Überrüstung bei den nuklearen Angriffswaffen und seit langem bereits existierende Forschungstätigkeit der Sowjetunion in diesem Bereich.

Die USA haben darauf mit einem eigenen Forschungsprogramm geantwortet, das sich auf Weisung von Präsident Reagan stützt und an die im ABM-Vertrag[16] vorgegebenen Begrenzungen hält. Die Bundesregierung hat im Rahmen des westlichen Bündnisses maßgeblich daran mitgewirkt, daß dabei eine enge Auslegung dieses Vertrages angewandt wird. Im Rahmen dieser Interpretation werden sich auch deutsche Firmen und die Industrien anderer NATO-Verbündeter an den Forschungsarbeiten beteiligen. Bei den derzeitigen Gesprächen der Bundesrepublik Deutschland mit der amerikanischen Regierung geht es darum, die Rahmenbedingungen dieser Zusammenarbeit festzulegen.[17]

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die amerikanische Regierung vor einer Entscheidung über die Entwicklung, Erprobung und Stationierung strategischer Defensivsysteme in Verhandlungen mit Ihrer Regierung eintreten wird. Die Bundesrepublik Deutschland hat ein fundamentales Interesse daran, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion über die dem ABM-Vertrag zugrundeliegende Materie zu einvernehmlichen Auffassungen gelangen, um damit im Wege kooperativer Lösungen zu einer Stärkung der strategischen Stabilität zu gelangen.

Die sowjetische Regierung erhebt im Hinblick auf die SDI-Forschung und die Forschungskooperation deutscher und westeuropäischer Firmen schwere Vorwürfe gegenüber den USA und ihren Verbündeten, darunter insbesondere gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Sie spricht bei diesen Vorhaltungen zumeist von weltraumgestützten Waffen, denen sie offensive Fähigkeiten unter-

15 Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

16 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.
Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

17 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vom 13. bis 15. Januar bzw. vom 27. bis 29. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11, und Dok. 30, Anm. 13.

stellt. Weder in Ihrem Schreiben noch in der Unterrichtung der Bundesregierung durch Botschafter Semjonow wird indes von sowjetischer Seite behauptet, daß die Forschung im SDI-Bereich unzulässig sei, weil sie gegen den ABM-Vertrag verstoße. Die Sowjetunion nützt voll die Möglichkeiten, die ihr der ABM-Vertrag für eine Dislozierung bodengestützter Abwehrsysteme gibt. Sie betreibt seit Jahren selbst intensive Forschungen im Bereich der strategischen Verteidigung. Es würde hier interessieren, wie die sowjetische Führung erlaubte von nicht erlaubten Forschungen auf diesem Gebiet abgrenzt. Es erhebt sich ferner die Frage, ob die Sowjetunion gegebenenfalls nur Forschung im Hinblick auf weltraumgestützte oder auch im Hinblick auf bodengestützte Abwehrsysteme als verboten betrachtet, bei deren Erforschung und Aufstellung sie bereits weit fortgeschritten ist.

Herr Generalsekretär, Sie haben sich in Ihrem an mich gerichteten Schreiben in der Hauptsache auf sicherheitspolitische Probleme konzentriert. Ich gehe mit Ihnen einig, daß es sich bei den Fragen des Friedens und der Rüstungskontrolle und Abrüstung um sehr zentrale Themen unseres Zusammenlebens handelt. Ich bin aber ebenso überzeugt, daß die Fortschritte in diesen genannten Bereichen auf die Dauer nur möglich sein werden, wenn gleichzeitig die West-Ost-Beziehungen insgesamt verbessert werden können. Nur im Wege der politischen Vertrauensbildung wird es langfristig möglich sein, dauerhafte Absprachen im Bereich der Sicherheit zu treffen. Der Prozeß der politischen Vertrauensbildung erfordert gebührende Rücksichtnahme auf die Belange und Interessen des anderen und geziemende Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen. Zu diesem Prozeß gehört zwangsläufig eine gewissenhafte Beachtung der Menschenrechte, der Sie Ihrerseits in Ihrer Rede vor französischen Parlamentariern am 3. Oktober 1985 in Paris[18] große Bedeutung beigemessen haben. Ernsthafte Schritte der Sowjetunion in Richtung auf eine politische Lösung in Afghanistan im Einklang mit den Wünschen und Interessen des afghanischen Volkes dürften erheblich zur Verbesserung der West-Ost-Beziehungen beitragen und würden in der ganzen Welt lebhaft begrüßt werden.

Ich stimme Ihnen zu, daß es im zwischenstaatlichen Verhältnis vor allem auf Taten ankommt. Ferner teile ich Ihre Meinung, daß die Rolle Europas in den West-Ost-Beziehungen gestärkt werden sollte, und greife auch gern das von Ihnen zuweilen verwendete Bild vom gemeinsamen Haus Europa auf. Um diesen Vorstellungen gerecht zu werden, müssen aber ohne Ausnahme alle Staaten in West und Ost in den Prozeß des intensivierten Dialogs und der Verbesserung der Beziehungen einbezogen werden. Das Leben im gemeinsamen Haus Europa kann nach meiner Überzeugung nur dann spannungsfreier gestaltet werden, wenn auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten als stabilisierendes Element im Rahmen der Gesamtentwicklung zwischen West und Ost nachhaltig gefördert werden.

Für das Jahr 1986 halte ich nach Genf und aufgrund des auch von Ihrer Seite immer wieder zitierten Geistes von Genf weitere Fortschritte in den Beziehungen zwischen allen Staaten in West und Ost auf breitester Grundlage und auf allen Gebieten für erforderlich und möglich. Dies kann insbesondere dann ge-

18 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei einem Treffen mit französischen Parlamentariern vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 507–518.

schehen, wenn die Gestaltung der Beziehungen mit dem Ziel der Verständigung und nicht einseitig zur Untermauerung eigener Ansprüche oder selektiv gehandhabt wird.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist dabei das Verhältnis zur Sowjetunion von ganz besonderer Bedeutung. Beide Staaten haben im Moskauer Vertrag[19] den Wunsch zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit einschließlich der wirtschaftlichen sowie der wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Verbindungen zum Ausdruck gebracht. Sie haben ferner ihr Bestreben bekundet, die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern. Ich stimme der von Ihrer Regierung wiederholt vertretenen Auffassung zu, daß der politische Austausch zwischen unseren beiden Staaten dicht und intensiv ist. Trotzdem bin ich der Meinung, daß die politischen Aspekte in den deutsch-sowjetischen Beziehungen im Interesse beider Länder weiterentwickelt werden könnten. Dies gilt im übrigen auch für die allgemein zur Zufriedenheit beider Seiten verlaufenden Wirtschaftsbeziehungen.

Die Startbedingungen für einen solchen Ausbau der gegenseitigen Beziehungen erscheinen mir günstig. Die Sowjetunion steht an der Schwelle des nächsten Fünf-Jahres-Planes[20] vor großen wirtschaftlichen und technologischen Aufgaben zur weiteren Entwicklung des Landes. Aufgrund der Erfahrungen schon bisher enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit präsentiert sich die Bundesrepublik Deutschland in dieser Lage als kompetenter Wirtschaftspartner. Die von der Bundesregierung erzielten Schritte in der Haushaltssanierung und finanziellen Gesundung sowie die günstige konjunkturelle Entwicklung haben die Bedingungen für unsere hochleistungsfähige Wirtschaft verbessert und unsere Position als eine führende Industrienation weiter ausgebaut. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land mit großer wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Auch bei dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit ist eine Trendumkehr eingetreten und kann aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung mittelfristig eine wesentliche Verbesserung erreicht werden. Von besonderer Bedeutung sind unsere Verständigung und unsere politische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Frankreich, denen eine bedeutsame Pilotfunktion bei der weiteren europäischen Einigung und Integration zukommt.

Die Bundesrepublik Deutschland wird diese günstige politische und wirtschaftliche Ausgangslage voll nutzen, um sie auch im Interesse einer Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses und im Sinne der in Genf erreichten Verständigung zur Geltung zu bringen.

Unser besonderes Interesse gilt im KSZE-Zusammenhang dem im April beginnenden Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern[21], bei dem insbesondere auch die menschlichen Dimensionen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie der zahlenmäßige Rückgang in der Familienzu-

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

20 Am 15. Oktober 1985 billigte das Plenum des ZK der KPdSU in Moskau den Entwurf für den zwölften Fünf-Jahres-Plan 1986 bis 1990, der auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU am 5. März 1986 verabschiedet wurde.

21 Zum KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

sammenführung und Ausreisemöglichkeiten von Bürgern der UdSSR deutscher Nationalität wichtige Themen bilden sollten.

Unser besonderes Augenmerk gilt darüber hinaus der KSZE-Folgekonferenz, die im November in Wien beginnen wird. Es spricht viel dafür, die Eröffnungsphase dieses für den Fortgang des KSZE-Prozesses wichtigen Nachfolgetreffens möglichst auf hoher politischer Ebene beginnen zu lassen.

Die Chancen und Möglichkeiten der KSZE-Schlußakte[22] sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Dies gilt unter anderem für den Korb II dieses Dokumentes, der auch wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit umfaßt. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang auf meinen Vorschlag in meinem Schreiben vom 30. August 1985[23] zurückzukommen, in dem ich angeregt habe, eine internationale Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost auf Ministerebene im Rahmen der KSZE einzuberufen. Auf der Suche nach neuen Wegen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost einschließlich der wissenschaftlich-technologischen Beziehungen sehe ich mich grundsätzlich bestärkt durch Ihre Ausführungen vor den französischen Parlamentariern in Paris am 3. Oktober 1985. Sie haben sich dort für eine effektive Nutzung der internationalen Arbeitsteilung auf wirtschaftlichem Gebiet und für neue Formen der Kooperation und Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitigen Vorteils, der Gleichberechtigung und solider Geschäftsführung ausgesprochen.

Die Bundesrepublik Deutschland – dies gilt für alle politischen Kräfte – wünscht eine Vertiefung und einen Ausbau der Beziehungen zur Sowjetunion. Wenn ein solcher Wunsch auch auf sowjetischer Seite vorhanden ist, sollte uns nichts daran hindern, gemeinsam den Weg zu einem intensiveren politischen Dialog und zu einer verstärkten Zusammenarbeit einzuschlagen.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Kohl

VS-Bd. 13758 (014)

22 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

23 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. AAPD 1985, II, Dok. 235.

28

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Botschaft in Washington

204-530.36-57/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. Januar 1986, 19.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 138
Citissime nachts

Betr.: Amerikanische Libyen-Sanktionen[2];
hier: Antwort auf vom stellvertretenden AM Whitehead in Bonn am 20. und 21. Januar gestellte Fragen[3]

Botschafter[4] wird gebeten, noch vor dem 1. Februar Termin bei AM Shultz oder seinem Stellvertreter Whitehead zu erbitten und die diesem in Bonn zugesagten Antworten auf seine Fragen zu erteilen.

1) Folgende Maßnahmen ergreifen wir oder halten wir aufrecht in Anbetracht des von Libyen ausgehenden oder von ihm unterstützten Terrorismus:

– Wir liefern keine Waffen. Auch im Jahre 1985 sind nicht etwa für 8 Millionen Dollar Waffen geliefert worden. Wir haben eine entsprechende Behauptung Whiteheads mit negativem Ergebnis überprüft.
– Wir liefern auch keine militärische Ausrüstung.
– Lieferungen COCOM-kontrollierter hochtechnologischer Erzeugnisse werden sorgfältig unter Anlegung eines sehr strengen Maßstabs geprüft. Den Hinweis Whiteheads, 1985 seien hochtechnologische Erzeugnisse im Wert von 173 Millionen Dollar nach Libyen geliefert worden, die für militärische Nuklearzwecke verwendet würden, haben wir mit negativem Ergebnis überprüft.
– Wir unterlaufen keine US-Sanktionsmaßnahmen. In diesem Sinne hat die Bundesregierung intensiv und hochrangig Gespräche mit den Zentralorganisationen der deutschen Wirtschaft geführt. Bei Anträgen auf Erteilung von Hermes-Exportgarantien werden wir Erklärung des Exporteurs verlangen, daß er nicht in ein US-Geschäft eintritt. Darüber hinaus werden US-Zulieferungen von Deckung ausgenommen werden.
– Unser Handel mit Libyen ist weiterhin rückläufig. Wir tun nichts, um diese Tendenz umzukehren.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz konzipiert.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit am 30. Januar 1986 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat laut handschriftlichem Vermerk den Ministerialdirektoren Jelonek und Bertele zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

3 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 20./21. Januar 1986 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 12.

4 Günther van Well.

– Das Volumen für mögliche Hermes-Garantien ist auf ca. 7,5 Millionen US-Dollar je Einzelauftrag reduziert worden.
– Gegenüber libyschen Staatsangehörigen praktizieren wir das strengste Visaerteilungsverfahren, das wir überhaupt anwenden.
– Libysche Flugzeuge, welcher Art auch immer, werden in der Bundesrepublik nicht gewartet. (Nur zur internen Unterrichtung: Das gilt nicht für die sog. Umkehrwartung, die jedes Flugzeug nach jeder Landung erhält, bevor es zu einem neuen Start anrollt. Whiteheads Behauptung bezog sich aber offensichtlich auch nur auf die in regelmäßigen Intervallen durchzuführenden Wartungen.)

2) Wir bitten[5] darüber hinaus darauf hinzuweisen, daß wir durch die gemeinsame Erklärung der EG-Außenminister vom 27. Januar[6], die der amerikanischen Seite vorliegt, öffentlich insbesondere folgende Maßnahmen verkündet haben:
– starke Verurteilung aller Formen des internationalen Terrorismus einschließlich der ihn unterstützenden Staaten;
– Verurteilung unterstützender Erklärungen, welcher Herkunft auch immer, es gibt keine Rechtfertigung für Terrorakte;
– große Sorge über entstandene Spannungen im Mittelmeerraum;
– Zusammenarbeit mit Staaten der Region, um Unterstützung für Terroristen zu beseitigen;
– keinerlei Nachsicht für den Terrorismus unterstützende Staaten, sie können keine normalen Beziehungen zu den zwölf EG-Staaten erwarten;
– Aufforderung an Staaten, die Terrorismus unterstützt haben, davon abzulassen;
– Bekenntnis zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Verstärkung notwendiger Abwehrmaßnahmen;
– Ankündigung folgender gemeinsamer Aktionen:
  – in bezug auf die Sicherheit auf Flughäfen, in Häfen und auf Bahnhöfen,
  – bei der Einreisekontrolle,
  – bei der Visaerteilung,
  – im Hinblick auf Mißbrauch diplomatischer Immunität,
  – Einrichtung eines ständigen Arbeitsorgans der Zwölf zur Überprüfung vorgenannter gemeinsamer Maßnahmen;
– keine Waffenexporte der EG oder Export militärischer Ausrüstung;
– Absage an Gewinn wirtschaftlicher Vorteile aus anti-terroristischen Maßnahmen anderer Staaten.

3) Falls die von Whitehead in Bonn angeregten besonderen zusätzlichen Maßnahmen angesprochen werden, ist wie folgt zu antworten:

5 Die Wörter „Wir bitten“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Der Gesprächspartner ist“.
6 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25.

– Wir haben Einschränkung unserer Ölbezüge aus Libyen geprüft. Unsere Möglichkeiten sind beschränkt, hier Einfluß zu nehmen. Bei uns gibt es keinen staatlichen Ölhandel. Dieser ist in den Händen der internationalen Gesellschaften. Ölboykott ist daher eine Waffe, die wir nicht wirksam einsetzen können.
– Die Aufrechterhaltung des Flugverkehrs ist mit Rücksicht auf die deutschen Staatsbürger in Libyen erforderlich. Wir sind überzeugt, daß die mit dem bestehenden Flugverkehr verbundenen Sicherheitsaspekte unter Kontrolle sind. Insbesondere verhindert das strenge Visaregime die Einreise von Terroristen.
– Die Frage der Beschränkung von Privilegien von Botschaften haben wir in anderen Zusammenhängen wiederholt geprüft. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß solche Maßnahmen letztlich auf uns stärker zurückschlagen, als sie etwa Libyen beeinträchtigten.
– Für einen Rückruf deutscher Staatsbürger aus Libyen verfügen wir nicht über eine entsprechende rechtliche Handhabe.

4) Soweit von amerikanischer Seite Fragen zu Nr. 3 gestellt werden, sollte unsererseits folgendes gefragt werden:

– Wie steht es mit den angeblichen Umgehungsgeschäften, die amerikanische Firmen über die Bahamas und die Virgin Islands führen, um weiterhin Ölprodukte aus Libyen zu importieren? Whitehead hatte hierzu Überprüfung und spätere Äußerung bei seinen Gesprächen in Bonn zugesagt.
– Welche Erkenntnisse gibt es über die Übertragung von US-Anteilen an Ölgesellschaften in Libyen auf ausländische Töchter?

5) Die Unterrichtung soll insbesondere auch dazu benutzt werden, um Amerikaner nach ihrer Einschätzung der derzeitigen Situation zu befragen und insbesondere zu erkunden, was der Fristablauf am 1. Februar bedeutet, den der Präsident[7] für die Ausreise der amerikanischen Bürger aus Libyen und für die Einstellung aller Libyen-Geschäfte amerikanischer Firmen gesetzt hat.

– Darüber hinaus bitten wir um Unterrichtung, wie die amerikanische Seite die militärischen Aktivitäten in der Großen Syrte bewertet und wie sie sich die weiteren Entwicklungen vorstellt.[8]
– Wie bewerten Amerikaner das Zeichen möglichen Einlenkens, das Gaddafi über Italien an die amerikanische Adresse gerichtet hat?[9]

7 Ronald W. Reagan.

8 Am 30. Januar 1986 setzte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz die Botschaft in Washington darüber in Kenntnis, daß das amerikanische Außenministerium zu den Manövern amerikanischer Streitkräfte im Bereich der Großen Syrte habe mitteilen lassen: „Our operations are normal ones. We are operating in international waters and international air space. Operations are not intended to antagonize Libya. Operations are designed to demonstrate US reserve to operate in international waters and air space throughout the Mediterranean." Vgl. den Drahterlaß Nr. 133; Referat 204, Bd. 135355.

9 Ministerpräsident Craxi berichtete am 28. Januar 1986 in Rom vor der Presse, daß ihm Ministerpräsident Bonnici eine Botschaft von Oberst Gaddafi habe zukommen lassen: „Darin sei von einem vertraglichen Handel die Rede: Libyen solle sich verpflichten, keine Terroranschläge der Palästinenser in Europa zu unterstützen; dafür will das südliche Nachbarland Italiens die Garantie, daß es von den Vereinigten Staaten nicht angegriffen werde." Vgl. den Artikel „Craxi: Gaddafi will Anschläge der Palästinenser nicht mehr unterstützen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Januar 1986, S. 2.

6) Aus dem Gespräch von Whitehead mit BM Schäuble wird zur dortigen Unterrichtung und zu geeigneter Verwendung[10] folgende Passage mitgeteilt:

„Whitehead unterstrich seinerseits den sehr positiven Eindruck, den er von seinen Gesprächen in Bonn in die USA mitnehmen werde. Er habe ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Zielen wie auch in der zu verfolgenden Taktik bei Bekämpfung des Terrorismus feststellen können. Auch dort, wo man sich über die Wege nicht einig sei, sei die Haltung bei uns kooperativ und zukunftsweisend. Seinen Eindruck von der Haltung der Bundesregierung sei völlig anders als das Bild, das die amerikanischen Medien von der Haltung des Bundeskanzlers nach Verhängung der Maßnahmen vermittelt hätten."[11]

7) Umgehender Drahtbericht erbeten.[12]

Braunmühl[13]

VS-Bd. 12976 (204)

10 Die Wörter „und zu geeigneter Verwendung" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

11 Für das Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead am 21. Januar 1986 vgl. VS-Bd. 12994(204); B 150, Aktenkopien 1986.

12 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 31. Januar 1986 mit, daß sich der Beauftragte für Terrorismusbekämpfung im amerikanischen Außenministerium, Oakley, befriedigt gezeigt habe „über die Bestätigung nicht erfolgter Waffenlieferungen 1985, über den strengen Prüfungsmaßstab für High-tech-Produkte […] und die Zurückhaltung bei den Hermes-Bürgschaften". Die Haltung der Bundesregierung entspreche voll dem, „was sich die Amerikaner als Reaktion gewünscht hätten. […] Es gehe ihnen nicht um ein plötzliches spektakuläres Herumwerfen des Steuers, sondern um eine unauffällige, aber für Libyen spürbare Zurückhaltung im Wirtschaftsverkehr." Hinsichtlich der amerikanischen Staatsbürger in Libyen habe Oakley ausgeführt, daß sie sich ab dem 1. Februar 1986 illegal dort aufhalten würden. Das Datum sei jedoch ein „willkürlich gegriffenes" und „nicht ausreichend weit gewählt worden". Deshalb müßten „die Uhren kurz vor Mitternacht angehalten werden". Im übrigen seien die USA weiter davon überzeugt, „daß sich im Wege der Einwirkung eine Beeinflussung der privaten Ölwirtschaft gerade bei der gegenwärtigen Ölflut ermöglichen lasse", und würden diesen Punkt erneut ansprechen. Was die Signale eines möglichen libyschen Einlenkens beträfen, so nehme die amerikanische Regierung sie nicht ernst, sondern „als Anzeichen dafür, daß die amerikanischen Maßnahmen nicht ohne Wirkung blieben". Vgl. den Drahtbericht Nr. 480; VS-Bd. 12994 (204); Aktenkopien 1986.

13 Paraphe.

29

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak

310-321.10 AGY **31. Januar 1986**[1]

Gespräch des Bundesministers mit Staatspräsident Mubarak am 31.1.1986, 8.15 bis 9.15 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: MD Sudhoff, Botschafter Müller, Dg31[3];

auf ägyptischer Seite: Außenminister Meguid, Botschafter El Shaffie Abdel-Hamid, persönlicher Referent des AM.

Der *Bundesminister* erkundigte sich nach den Zielen der amerikanischen Nahostpolitik.

Präsident *Mubarak* (M.) berichtete von einem Anruf König Husseins heute nacht: Die USA seien bereit, die PLO Arafats in einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation an einer internationalen Konferenz[4] teilnehmen zu lassen, wenn Arafat 242[5] anerkenne, dem Terrorismus abschwöre und zu Verhandlungen im Rahmen einer internationalen Konferenz bereit sei. Arafat zögere, und der König sei nicht sehr optimistisch. Er habe Arafat aufgefordert, sich noch vor seiner Abreise zu entscheiden. Die Schwierigkeiten lägen in der Umgebung Arafats. Hier säßen harte Männer, die ihrerseits auf die Mehrheitsverhältnisse in der PLO reagierten. Syrien wolle keine Fortschritte im Friedensprozeß, da dieser die eigene Situation schwächen würde. Er, Mubarak, habe die USA schon seit längerem aufgefordert, sich mehr um die PLO zu kümmern, damit diese sich nicht nur auf die Sowjetunion abstützen müsse.

Zur Frage von Sanktionen[6] erklärte Mubarak, diese seien der größte Fehler, vor allem dann, wenn nicht vorher eine enge Koordination mit den Europäern stattgefunden habe. Die amerikanischen Maßnahmen hätten Gaddafi genutzt, weil sie ihm zu einer Heldenrolle verhülfen, in der er gegen die größte Macht der Welt standhalte. *BM* warf ein, auch bei einer guten amerikanisch-europäischen Koordination blieben Sanktionen wirkungslos. Aussichten bestünden nur, wenn alle Staaten der Welt mitmachten. Dies würde aber nie geschehen.

BM fragte, was der Präsident von Europa und von Deutschland erwarte. *Mubarak* antwortete, Europa solle eine Gruppe bilden, um den Friedensprozeß wirkungsvoller zu unterstützen. Europa sei stark genug, um ein gleiches politi-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 31. Januar 1986 gefertigt und „mit der Bitte um Genehmigung" an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 4. Februar 1986 vorgelegen.

2 Präsident Mubarak hielt sich im Anschluß an seinen Besuch am 28./29 Januar 1986 in Frankreich am 30./31. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Zu den Bemühungen um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

5 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

6 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

sches Gewicht in die Waagschale zu werfen wie die Großmächte. Die Gruppe solle mit allen Konfliktparteien – Palästinensern, Jordanien, Ägypten, Syrien und Israel – sprechen und sich mit den Vereinigten Staaten koordinieren. Die Arabische Liga sei nicht zweckdienlich. Sie sei eine begrabene Leiche.

Irak sei voll mit dem Krieg beschäftigt und beobachte mit Interesse die jordanisch-syrische Annäherung. Hintergrund sei saudisches Geld – 600 Mio. US$ an Syrien, zur Empörung Jordaniens nur 160 Mio. US$ an Jordanien. Die Saudis hofften dadurch das syrisch-irakische Verhältnis zu entspannen. Irak habe von Saudi-Arabien monatlich 2 Mrd. US$ erhalten, in den ersten 18 Kriegsmonaten 36 Mrd. US$, in den ersten zwei Jahren 60 Mrd. US$. Die Saudis finanzierten jeden, auch Ägypten; auch Syrien, weil Syrien es verstünde, die Saudis zu erpressen. Dies sei auch der Grund, warum Syrien keine Lösung des Nahost-Konflikts wolle. Denn dann würde es seine jährliche Zuwendung in Höhe von 2 bis 3 Mrd. US$ verlieren. Die Saudis unterstützten auch Iran; ebenso wie die Vereinigten Arabischen Emirate, die ebenfalls an beide Seiten, Iran und Irak, Geld gäben.

BM erklärte, viele Staaten seien daran interessiert, daß der Krieg nicht zu Ende gehe und ihn keiner gewinnt.

Zum Libanon erklärte *Mubarak*, als Arafat auf eine konstruktive Lösung des Libanonkriegs hinsteuerte, hätte Syrien die Spaltung der PLO betrieben. Nun würde die PLO im Libanon von besonders radikalen Kräften geführt.

Solange die Palästinafrage nicht gelöst sei, würde der Terror weitergehen, ja zunehmen. Die Terroristen erhielten von vielen Seiten Geld. Abu Nidal bekomme 150 Mio. US$ von Gaddafi, die prosyrischen Palästinenser hätten durch eine neue Allianz ein gutes Geschäft gemacht. Auch gegenüber Ägypten würden immer wieder Versuche gemacht, durch Geld terroristische Beteiligung zu erwirken. Die Angesprochenen hätten das Geld aber abgeliefert. Damit seien Dienstwagen für die Ministerien gekauft worden.

Die Mehrheitsfraktion der PLO verfüge über 17 bis 20 Mrd. $. Auch damit könne man viel Terror treiben, und dies müsse erwartet werden, wenn der Konflikt weiter stagniere. Die wesentliche Planungsstelle des Terrors sei Syrien. Dort würden Terroristen auch ausgebildet. Gaddafi übernehme die Ausführung, auch weil er wegen seiner Minderwertigkeitskomplexe gern im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehe.

BM erkundigte sich nach Rolle und Stabilität Saudi-Arabiens. Der *Präsident* erwiderte, die Saudis seien Bankiers, sonst nichts. Mit der Stabilität sei es nicht weit her. Es gebe immer wieder Proteste, auch beim Offizierskorps. Es handele sich nur um innere Gefahren, äußere ließen sich lokalisieren und abwenden, z. B. mit Hilfe der AWACS-Flugzeuge.[7] Das viele Geld verleite die Saudis, die

[7] Am 21. April 1981 gab das amerikanische Präsidialamt bekannt, daß nach Zustimmung durch den amerikanischen Kongreß fünf mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem (AWACS) ausgerüstete Flugzeuge an Saudi-Arabien geliefert werden sollten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1233.
Der amerikanische Senat billigte die Lieferung am 29. Oktober 1981 mit 52 gegen 48 Stimmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4326 des Botschafters Hermes, Washington, vom selben Tag; Referat 311, Bd. 137698.

Realität zu ignorieren und ihren Illusionen nachzuhängen. Sie lebten in einer Scheinwelt.

BM kam auf die europäische Rolle zurück. Wir würden uns gern bemühen, eine europäische Unterstützung für den Friedensprozeß herbeizuführen und darüber mit den Franzosen wie auch im Kreis aller Europäer zu sprechen. Es wäre falsch, wenn die Europäische Gemeinschaft wiederum mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit trete. Venedig stehe und habe sich als richtig erwiesen.[8] Jetzt müßte Europa dazu beitragen, die Zögernden zu einer aktiveren Rolle zu drängen. Er hoffe, die Bemühungen des jordanischen Königs, die PLO zu überzeugen, haben Erfolg.

Der *Präsident* bestätigte, daß es sich um eine unbedingt notwendige Aufgabe handele. Neue Erklärungen nutzten nichts. Man müsse durch operationale Maßnahmen versuchen, divergierende Standpunkte einander anzunähern. Besonders schwierig sei es leider, die Vereinigten Staaten zu überzeugen. Dadurch sei viel Zeit verloren worden. Wäre[9] man seinem Rat gefolgt, so hätte man sich bereits 1984 mit der PLO beschäftigt. Nun würden die Amerikaner dies unter dem Druck des Terrors tun.

BM sagte, er habe am 27.1.1986[10] gegenüber den europäischen Außenministern gesagt, es genüge nicht, über den Terror zu sprechen, sondern man müsse auch die Ursprünge erkennen. Hilfe beim Friedensprozeß würde dem Terror die Grundlage entziehen.

Der Nahe Osten sei unsere Nachbarschaft. Was wir täten, täten wir im eigenen Interesse. Der Frieden im Nahen Osten sei unser Frieden, die Gefahren seien unsere Gefahren.

Referat 010, Bd. 178900

8 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

9 Korrigiert aus: „Hätte“.

10 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25. Vgl. dazu auch Dok. 28.

30

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

VS-Vertraulich **3. Februar 1986**[1]

Lieber Ron,

Ihre Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow in Genf[2] war ein großer Erfolg für Sie persönlich, für Ihr Land und für das gesamte westliche Bündnis.

Bei Ihrer Unterrichtung der NATO-Partner in Brüssel konnten Sie feststellen, daß alle Bündnispartner Sie in Ihrer Absicht unterstützen, zu langfristig stabileren und konstruktiveren Beziehungen mit der Sowjetunion zu gelangen.

Die Konsultationen innerhalb des Bündnisses zur Vorbereitung des Gipfels in Genf[3] waren intensiv und vertrauensvoll. Insbesondere das gemeinsame Treffen der Regierungschefs mit Ihnen in New York[4] hat neue Maßstäbe für die Zusammenarbeit im Bündnis gesetzt. Diese Konsultationen haben Ihre Position in Genf, aber auch das Bündnis insgesamt gestärkt. Ich möchte Ihnen für die vertrauensvollen Kontakte vor dem Gipfel[5] danken und gleichzeitig erneut von Ihrer Aufforderung Gebrauch machen, Ihnen meine persönliche Sicht zu aktuellen Fragen von gemeinsamem Interesse zu übermitteln.

Angesichts der neuesten sowjetischen Vorschläge[6], der Verhandlungen in Genf sowie der Vorbereitung des zweiten Gipfeltreffens zwischen Ihnen und Generalsekretär Gorbatschow ist es meines Erachtens von besonderer Bedeutung, die Geschlossenheit der Allianz zu gewährleisten, so daß Sie und Ihre Regierung auch in Zukunft auf der Basis einer gemeinsamen Haltung des gesamten Bündnisses werden sprechen können. Dazu ist die Fortführung der Konsultationen notwendig. Für die Entwicklung einer gemeinsam getragenen, kohären-

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 4. Februar 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt „mit der Bitte, dieses über unsere Botschaft in Washington an den Empfänger weiterzuleiten". Ferner vermerkte Roßbach: „Wegen der im vorliegenden Fall gegebenen Eilbedürftigkeit ist die englische Übersetzung des Schreibens vom Bundeskanzleramt bereits im voraus direkt an das Weiße Haus übermittelt worden." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13764 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

3 Am 15. Oktober 1985 unterrichtete der amerikanische Außenminister Shultz die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten über die Vorbereitung auf das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 283.

4 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan, Premierministerin Thatcher sowie den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone am 24. Oktober 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 290.

5 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 16. Oktober 1985 an Präsident Reagan; AAPD 1985, II, Dok. 284.
Vgl. dazu ferner das Gespräch zwischen Kohl und Reagan am 25. Oktober 1985 in New York; AAPD 1985, II, Dok. 291.

6 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

ten Politik der Allianz gegenüber dem Osten waren die Beratungen der NATO-Außenminister in Brüssel am 12. und 13. Dezember 1985[7] ein wichtiger Schritt.

Wir müssen die Sowjets davon überzeugen, daß Fortschritte in der Rüstungskontrolle nur eingebettet in eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen insgesamt denkbar sind. Das bedeutet, daß der Dialog nicht auf Fragen der Sicherheit verengt werden darf. Gleichzeitig müssen auch die anderen Staaten des Warschauer Pakts einbezogen werden. Weder im Osten noch im Westen dürfen einzelne Staaten aus dem West-Ost-Dialog ausgeklammert werden. Wenn Generalsekretär Gorbatschow immer wieder den „Geist von Genf" in Anspruch nimmt, dann muß dieser für alle gelten. Die sowjetische Führung darf dann nicht ihren eigenen Verbündeten die Entwicklung der Beziehungen mit den westeuropäischen Nachbarn verwehren. In diesem Sinne begrüße ich auch die Unterrichtung der kleinen WP-Staaten über die amerikanische Einschätzung der Genfer Gipfelergebnisse durch Ihre Regierung.[8]

Im Hinblick auf diesen breit angelegten Dialog aller mit allen und die Zusammenarbeit auf allen Gebieten muß der Sowjetunion auch klargemacht werden, daß wir Zurückhaltung und konstruktives Verhalten von ihr im weltweiten Maßstab erwarten. Ich denke hierbei an die verschiedenen Krisenherde und insbesondere an eine Lösung des Afghanistan-Problems.

Von zentraler Bedeutung für die Allianz und für unsere gemeinsame Sicherheit ist, daß wir auch weiterhin konsequent jedes Konzept ungleicher Sicherheit zwischen West und Ost in Europa wie zwischen den amerikanischen und europäischen Bündnispartnern ablehnen. Die sowjetische Definition strategischer Waffen, die den neuen sowjetischen Vorschlägen zugrunde liegt und die auf „große" Sicherheit für die Sowjetunion und „kleine" Sicherheit für Westeuropa hinausliefe, müssen wir entschieden zurückweisen.

Generalsekretär Gorbatschow hat wiederholt das sowjetische Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit unterstrichen. Sein vorrangiges Ziel dabei ist die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft. Der Westen hat seine grundsätzliche Bereitschaft zu breiter Zusammenarbeit – auch auf wirtschaftlichem Gebiet – in letzter Zeit erneut bekräftigt. Unsere Politik sollte jedoch darauf abzielen, der sowjetischen Führung vor Augen zu führen, daß eine Fortsetzung ihrer bisherigen Hochrüstungspolitik und die Entwicklung einer leistungsfähigen, modernen Industriegesellschaft sich gegenseitig im Wege stehen.

In rüstungskontrollpolitischer Hinsicht wird es großer Anstrengungen bedürfen, die in Genf gegebenen Anstöße für die Entwicklung eines stabileren und konstruktiveren Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion zu nutzen, sie durch konkrete, vertrauensbildende Maßnahmen zu stärken und Störungen, die neues Mißtrauen erzeugen könnten, zu vermeiden. Es wird darauf ankommen, neben konkreten Reduzierungsvereinbarungen und deren Verifizierbarkeit auf eine kooperative Lösung für das künftige Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen hinzuarbeiten. Ich begrüße in diesem Zusammenhang

7 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. AAPD 1985, II, Dok. 345.

8 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember in Rumänien, vom 15. bis 17. Dezember in Ungarn und am 17./18. Dezember 1985 in Jugoslawien auf.

ausdrücklich, daß Sie trotz sowjetischer Verletzungen bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen für Ihre Regierung die Weiterbeachtung von SALT II[9] und die Respektierung des ABM-Vertrages im Sinne der bisherigen Auslegung bekräftigt haben. Diese Haltung unterstreicht unzweideutig den guten Willen Ihrer Regierung im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen und schafft einen festen Verhandlungsrahmen, aufgrund dessen auf weitergehende Abkommen hingearbeitet werden kann.

Mit besonderer Befriedigung haben wir ebenso wie die anderen europäischen Bündnispartner, die der Bedrohung durch die SS-20 ausgesetzt sind, den Gedanken eines INF-Interimsabkommens aufgenommen, der in der Gemeinsamen Erklärung von Genf[10] als ein Element der Gemeinsamkeit herausgestellt wird. Wenn es gelingen sollte, ein separates INF-Abkommen zu erreichen, so würde damit nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Stabilität, insbesondere in Europa, geleistet; es würde auch klargestellt werden, daß es kein Junktim zwischen einer Einigung im Bereich der strategischen Verteidigung und der Reduzierung von Nuklearwaffen gibt.

Die Einbeziehung der sogenannten Drittstaatensysteme sowie Probleme der Verifikation werden weiterhin das Haupthindernis für eine Einigung sein. In diesem Zusammenhang müssen Regelungen gefunden werden, die sicherstellen, daß Vereinbarungen im Mittelstreckenbereich nicht durch Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und durch Kurzstreckensysteme umgangen werden. Außerdem hat die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer geographischen Lage ein besonderes Interesse daran, daß mit einem separaten INF-Abkommen auch ein Prozeß eingeleitet wird, mit dem Ungleichgewichte im Bereich der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite abgebaut werden. Ich werde veranlassen, daß unsere Experten im Rahmen der SCG unsere Überlegungen und ggf. Vorschläge zu diesen schwierigen Aspekten einbringen.[11]

Ihre Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow in Genf haben deutlich gemacht, daß das Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Waffen weiterhin ein Hauptproblem bei den Rüstungskontrollverhandlungen bleibt. Die neuesten sowjetischen Vorschläge haben die zentrale Bedeutung dieses Problems

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.
In einem Schreiben an den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, bat Präsident Carter am 3. Januar 1980 darum, die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des Vertrags angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 auszusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 59.
Präsident Reagan erklärte am 31. Mai 1982 in einer Rede in Arlington/Virginia, die USA würden die Bestimmungen des bis Ende 1985 abgeschlossenen Vertrags einhalten, solange die UdSSR dies ebenfalls tue. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 709.
Reagan wiederholte diese Zusage am 10. Juni 1985. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 156.

10 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, BD. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

11 Vgl. dazu die Ausführungen des Botschafters Ruth in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 12. Februar 1986 in Brüssel; Dok. 38.

noch unterstrichen. Wir sehen weiterhin keine realistische Alternative zu einer kooperativen Lösung dieser Frage. Es sollte im Interesse des von beiden Seiten vereinbarten Verhandlungsziels – ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und auf der Erde zu beenden – geprüft werden, ob die im ABM-Vertrag vorgesehenen Verfahren und Beratungsgremien die Diskussion über das Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Systemen voranbringen können. In diesem Zusammenhang müßte die sowjetische Seite veranlaßt werden, ihre Position genauer darzulegen. Die sowjetische Propaganda war bisher in der Lage, SDI pauschal und unqualifiziert als „Krieg der Sterne" zu diffamieren. Vielleicht haben wir es dieser sowjetischen Propaganda bislang zu leicht gemacht. Wir sollten die Sowjets fragen, wie ihre Haltung generell zu Defensivsystemen ist, ob sie nur weltraumgestützte oder auch bodengestützte Defensivsysteme ablehnen und auf welche Bereiche sich die sowjetischen Forschungen im Bereich von Defensivsystemen erstrecken. Vielleicht kann die Diskussion durch eine Präzisierung der sowjetischen Position vorangebracht werden.

Ihr Angebot des „offenen Laboratoriums"[12] halte ich weiterhin für eine überzeugende Maßnahme der Vertrauensbildung.

Im übrigen hoffe ich, daß die nun begonnenen Verhandlungen zwischen unseren Regierungen über Fragen einer Beteiligung deutscher Firmen an SDI und über allgemeine Fragen des Technologietransfers[13] in absehbarer Zeit abgeschlossen werden können. Wir werden uns bemühen, ein konkretes Verhandlungsergebnis für den Bereich der SDI-Forschung bis spätestens März/April 1986 zu erreichen.

Den zwischen Ihnen und Generalsekretär Gorbatschow aufgenommenen Dialog über eine Begrenzung militärischer Nukleartests und über einen späteren Teststopp begrüße ich ausdrücklich. Die Bundesregierung hat ein starkes Interesse an einem Verbot aller Nuklearwaffentests. Die von Ihnen angeregten Expertengespräche über dieses Thema halte ich für nützlich und für eine geeignete Ergänzung der laufenden Rüstungskontrollverhandlungen. Ich stimme Ihnen zu, daß Testbegrenzungen keinen Ersatz für Rüstungskontrollvereinba-

12 Am 1. November 1985 schlugen die USA bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf vor, sich gegenseitig über Forschungsprogramme zur strategischen Rüstung zu informieren und Besuche zuzulassen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 301.

13 Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.
Vom 27. bis 29. Januar 1986 fanden in Washington Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den USA über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel vermerkte dazu am 31. Januar 1986, Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, habe erklärt, beim Technologietransfer strebe die Bundesregierung „eine schriftliche Absprache mit allgemeinen Prinzipien sowie die Einrichtung eines Mechanismus zur Lösung von konkreten Problemen an. Die Amerikaner, vor allem Perle, erläuterten ihre im wesentlichen auf Sicherheitserwägungen beruhenden strengen Maßstäbe bei der Exportkontrolle. […] Beide Seiten waren sich darin einig, daß die Verbesserung des TT ein fortlaufender Prozeß ist, dessen Konkretisierung über die ins Auge gefaßte erste allgemeine Absprache hinaus sich über einen längeren Zeitraum hinziehen wird." Stülpnagel vermerkte, bei der Erörterung der SDI-Forschung hätten die Positionen „sehr weit" auseinander gelegen. Die USA planten ein Ressortabkommen zwischen den beiden Verteidigungsministerien. Dieses ziele „auf eine Beteiligung der Bundesregierung an SDI-Forschungsprojekten" und sehe „auch deren finanzielle Beteiligung vor. Projekt-Kontrakte (auch privatwirtschaftliche) werden als Ausführungsarrangements der Vereinbarung gesehen." Vgl. VS-Bd. 13711 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

rungen bilden können. Des weiteren bin ich Ihrer Auffassung, daß ein Teststopp nur schrittweise im Wege der Begrenzung von Nukleartests und im Zusammenhang mit Fortschritten bei den Reduzierungsvereinbarungen in Frage kommen kann.

Innerhalb des NATO-Rats werden demnächst Konsultationen beginnen über die strategischen Implikationen von SDI im Hinblick auf das Abschreckungskonzept und die Auswirkungen einer Entwicklung in Richtung auf ein strategisches Gleichgewicht, das stärker von defensiven Systemen abhängt.[14] Die damit zusammenhängenden Fragen betreffen einen Kernbereich des Bündnisses und der gemeinsamen Bündnisstrategie und bedürfen einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung. Dabei muß unter dem Aspekt der Kriegsverhütung sichergestellt werden, daß alle nuklearen Abrüstungsschritte so gestaltet werden, daß dadurch die strategische Stabilität gewahrt bleibt und nicht das Risiko einer konventionellen Auseinandersetzung erhöht wird. Diese Forderung und Erwartung müssen wir offensiv auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit vertreten. Auch wenn heute noch nicht alle Fragen in diesem Zusammenhang beantwortet werden können, so sollten wir versuchen, gemeinsam und frühzeitig die politischen und militärischen Implikationen technologischer Entwicklungen zu erkennen und in der Bündnisstrategie zu berücksichtigen.

In Europa ist mit Befriedigung registriert worden, daß es Ihnen gelungen ist, auch im Bereich der multilateralen Rüstungskontrollverhandlungen die Berücksichtigung gemeinsamer westlicher Interessen, die den Europäern besonders am Herzen liegen, in der Gemeinsamen Erklärung durchzusetzen.

Bei MBFR erwarten wir nunmehr einen substantiellen Verhandlungsfortschritt durch ein sowjetisches Eingehen auf unseren gemeinsamen letzten Vorschlag.[15]

Bei der KVAE werden wir demnächst mit der Redaktion des Schlußdokumentes beginnen. Hier sollten wir es einstweilen unseren Experten überlassen, Vereinbarungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen parallel zu einer Bekräftigung des Gewaltverzichts zu vereinbaren, wie Sie es bereits in Ihrer Rede in Dublin[16] angedeutet haben. In jedem Fall sollte für die Redaktion dieses wichtigen Schlußdokuments genügend Zeit bis zum September dieses Jahres verbleiben. Ein KVAE-Schlußdokument ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Verlauf der KSZE-Folgekonferenz, die im November in Wien beginnen wird. Auch hier sehen wir gute Möglichkeiten, der sowjetischen Seite offensiv gegenüberzutreten und eine verbesserte Implementierung der Schlußakte von Helsinki[17] auf vielen Gebieten einzufordern.

Bei den Genfer CW-Verhandlungen gilt es für den Westen, das Haupthindernis für eine Einigung über die weltweite Ächtung der chemischen Waffen, die Verifikationsfrage, mit mehr Flexibilität anzugehen. Hier sollte ein Durchbruch

14 Zur Erörterung von SDI in der NATO vgl. Dok. 54.

15 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

16 Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 4. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 167.

17 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

in den Verhandlungen durchaus möglich sein. Möglicherweise deutet das Entgegenkommen von Generalsekretär Gorbatschow hinsichtlich von Verdachtsprüfungen im Falle einer Teststopp-Vereinbarung auch auf erhöhte sowjetische Flexibilität beim Problem der Verdachtskontrollen bei der Produktion chemischer Waffen hin. Die CW-Verhandlungen werden von der deutschen Öffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Bundesregierung, die den Vorschlag der ČSSR und der DDR zu Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa zurückgewiesen hat[18], steht deshalb unter der besonderen Verpflichtung, sich entschieden für Fortschritte hinsichtlich eines weltweiten Verbots chemischer Waffen einzusetzen.

Ihr Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow bietet die Aussicht auf einen Neubeginn in den amerikanisch-sowjetischen und in den West-Ost-Beziehungen. Das Bündnis ist sich darin einig, die sich bietende Chance für stabilere und konstruktivere West-Ost-Beziehungen zu nutzen. Es ist wichtig, daß der Westen jetzt in allen Bereichen, die unsere Interessen berühren, beharrlich auf Fortschritte drängt. Wir müssen in einem Prozeß des Gebens und Nehmens, wie Sie es genannt haben, Ergebnisse erzielen.

Voraussetzung dafür ist, daß wir die nächsten Schritte in engster Abstimmung miteinander unternehmen. Die intensiven Kontakte unserer Experten im Bündnis sollten dafür genutzt werden. Dies gilt insbesondere für die Abstimmung einer gemeinsamen westlichen Position zu den neuesten sowjetischen Abrüstungsvorschlägen.

Die Hauptzielrichtung der sowjetischen Vorschläge ist nach unserer Einschätzung die Verhinderung des SDI-Forschungsprogramms und das Unterlaufen der Bündnisstrategie der flexiblen Antwort[19] mit der Absicht, über die westeuropäische Öffentlichkeit Druck auf die Regierungen der NATO-Staaten auszuüben. Ich halte es für unabdingbar, daß das Bündnis so rasch als möglich eine gemeinsame Antwort auf die sowjetischen Vorschläge erarbeitet. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung geht es darum, die in den Vorschlägen enthaltenen positiven Elemente zu Fortschritten in den laufenden Verhandlungen, insbesondere zugunsten eines separaten INF-Abkommens, zu nutzen. Nur am Verhandlungstisch kann sich die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorschlagpakets erweisen.

Mit nochmaligen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohl im Jahre 1986

18 Am 12. September 1985 schlug der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Kohl vor, gemeinsam mit der ČSSR „in Verhandlungen über die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone, die zunächst die Territorien dieser drei Staaten umfassen sollte, einzutreten". Für das Schreiben vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 237 f.
Für das Schreiben des Ministerpräsidenten Štrougal an Kohl vgl. den Drahtbericht Nr. 863 des Botschafters Schattmann, Prag, vom 12. September 1985; Referat 222, Bd. 130103.
Kohl unterbreitete am 27. September 1985 Honecker den Vorschlag, „daß unsere Delegationen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz Gespräche aufnehmen, die noch offene Fragen eines weltweiten CW-Verbotsabkommens zum Gegenstand haben". Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 264 f.
Für das Schreiben Kohls an Štrougal vom selben Tag vgl. Referat 222, Bd. 130156.
Zur Vorbereitung der Gespräche mit der ČSSR und der DDR im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. AAPD 1985, II, Dok. 348.

19 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 15, Anm. 11.

verbinde ich die Hoffnung, daß es uns gelingen möge, in diesem Jahr einen Schritt vorwärts zur Sicherung des Friedens zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl

VS-Bd. 13764 (014)

31

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-370.70 USA-183/86 VS-vertraulich **7. Februar 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Nitze am 7.2.1986[2]

Auf deutscher Seite nahmen teil: D2A[3], D2[4], D2A i.V.[5], LMB[6], RL 220[7], VLR I Weber.

Auf amerikanischer Seite: Botschafter Ron Lehman, Mr. Charles Thomas, Mr. Clyne, Gesandter Dobbins, Mr. Chapman.

Bundesminister führte einleitend aus, daß im vergangenen Jahr Bündniskonsultationen von einer Intensität stattgefunden hätten, wie er sie bis dahin nicht erlebt habe. Dieser Konsultationsprozeß habe wesentlich dazu beigetragen, die Geschlossenheit der Allianz zu stärken. Er nehme den Besuch Botschafter Nitzes als Beweis dafür, daß in dem noch entscheidenderen Jahr 1986 diese Konsultationspraxis fortgesetzt werde.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 11. Februar 1986 über Staatssekretär Ruhfus an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte er: „Anliegend werden ein Gesprächsvermerk über Ihr Gespräch mit Botschafter Nitze am 7.2.1986 sowie Vermerke über die Gespräche, die ich am 7. und 8.2.1986 mit ihm führte, vorgelegt. Der Gesprächszettel von Botschafter Nitze ist ebenfalls beigefügt."
Hat Ruhfus am 11. Februar 1986 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Klaiber und Jansen am 11. bzw. 12. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 25. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 26. März 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 7./8. Februar 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 33.

3 Friedrich Ruth.

4 Gerold Edler von Braunmühl.

5 Rüdiger Hartmann.

6 Michael Jansen.

7 Rolf Hofstetter.

Botschafter *Nitze* begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Präsident Reagan, nachdem Gorbatschow ihn am 14.1.1986 über sein Programm unterrichtet habe[8] und dieses von den Sowjets kurz danach der Öffentlichkeit präsentiert worden sei[9], sofort eine öffentliche Erklärung, die einen positiven Ton gehabt habe, in der aber auch Vorbehalte hinsichtlich einzelner Aspekte zum Ausdruck gekommen seien, abgegeben habe.[10] Zwischenzeitlich habe man in Washington das Gorbatschow-Programm eingehend analysiert, und der Präsident habe gewisse Entscheidungen getroffen. Man sei überzeugt, daß es eine der Absichten der Sowjetunion sei, Differenzen zwischen den Verbündeten zu schaffen und auszunützen. Daher sei eine enge Koordination der Reaktion auf den Gorbatschow-Vorschlag nach amerikanischer Auffassung von entscheidender Bedeutung. Sein heutiger Besuch sei Teil dieser von den Amerikanern angestrebten engen Koordination. Während er in Europa sei, konsultieren Botschafter Rowny und Mr. Linhard mit den Japanern, Chinesen, Koreanern und Australiern.

Die Ergebnisse der amerikanischen Analyse seien wahrscheinlich nicht anders als die der Deutschen. Die Frage stelle sich, ob der Vorschlag in erster Linie Propaganda sei oder ob er Möglichkeiten echten Fortschritts eröffne. In Washington sei man der Auffassung, daß der Vorschlag zu einem großen Teil propagandistischen Zwecken dienen solle. Das zeige bereits die Art und Weise, wie er der Öffentlichkeit präsentiert worden sei. In der Sache stelle der Vorschlag einen Fahrplan für eine phasenweise Eliminierung der Nuklearwaffen dar. Die Sowjets hätten das Programm des amerikanischen Präsidenten zu ihren Gunsten umgedreht. Sie hätten in die erste Phase alles das gepackt, was für die Sowjetunion nützlich sei. Dies erinnere ihn an die sowjetische Antwort auf den Baruch-Plan.[11]

Was den Vorschlag im einzelnen betreffe, so habe man zunächst den Eindruck gewonnen, als enthalte er eine gewisse Bewegung in Sachen Weltraumwaffen. Im Text sei nur von Entwicklung, nicht aber von Forschung die Rede. Die Sowjets hätten aber klargemacht, daß das sowjetische Wort für „Entwicklung" „sosdanije" heiße und im englischen mit „creation" zu übersetzen sei. Unter Schaffung falle aber auch zweckgerichtete Forschung. Daraus ergebe sich, daß sich die sowjetische Position in Sachen Weltraum nicht geändert habe. Dasselbe gelte für die sowjetische Position in START. Die einzige wesentliche Änderung liege im Bereich INF. Hier hätte die Sowjetunion ihr Insistieren auf voller Kompensation für britische und französische Systeme aufgegeben. Stattdessen würden für ein INF-Abkommen eine Reihe anderer Vorbedingungen gestellt: Nicht-Weitergabeverpflichtung der USA, deren Einhaltung es den Briten unmöglich machen würde, ihr Trident-Programm durchzuführen, Nicht-Erhöhungsverpflichtung Frankreichs und Großbritanniens. Man müsse sich darüber im

8 Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an Präsident Reagan; http://www.thereaganfiles.com/19860114.pdf.

9 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

10 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 15. Januar 1986 sowie der Erklärung des amtierenden Pressesprechers des amerikanischen Präsidialamts, Speakes, vom 16. Januar 1986 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 58–60.

11 Zum Baruch-Plan und zur sowjetischen Antwort vgl. Dok. 16, Anm. 8.

klaren sein, daß eine Nicht-Erhöhungsverpflichtung das Ende des britischen und französischen Modernisierungsprogramms bedeuten würde. Im Endergebnis würde eine solche Verpflichtung zur Beseitigung der nuklearen Abschreckung dieser Länder führen. Die Sowjets hätten alles zu einem Paket zusammengeschnürt, zu dem auch ein Teststopp gehöre. Dies seien die Hauptpunkte der amerikanischen Analyse; die Frage stelle sich jetzt, wie solle auf das sowjetische Programm reagiert werden? Die amerikanischen Gedanken hierzu seien in dem Brief des Präsidenten an Bundeskanzler Kohl[12] enthalten. Nach amerikanischer Auffassung sollte man sich im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle auf die ersten Schritte in den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen konzentrieren, also auf die Verhandlungen, die beide Großmächte miteinander führten und für die beide Verpflichtungen eingehen könnten. Ferner sei es wichtig, die Vorbedingungen aufzuführen, die erfüllt sein müßten, damit die Nuklearwaffen abgeschafft werden könnten. Dazu gehöre ein konventionelles Gleichgewicht. Es müßten ferner die Ursachen beseitigt werden, die es notwendig machten, daß wir uns auf Nuklearwaffen abstützen. Wichtig sei außerdem die Beseitigung der chemischen Waffen, Vertrauensbildung, Beseitigung der Spannungsherde wie Angola und Afghanistan.

Was die amerikanische Reaktion auf die sowjetischen Vorschläge im Bereich der Genfer Verhandlungen betreffe, so sehe man keinen Grund, die Position in Sachen Weltraumwaffen zu ändern, da sich auch die sowjetische Position nicht geändert habe. Dasselbe gelte für START, wo die Sowjets an der unakzeptablen Definition des Begriffs „strategisch" festhielten.

Demgegenüber halte man es für erforderlich, bei INF einen modifizierten Vorschlag zu machen, nachdem die Sowjetunion ihre Forderung auf volle Kompensation für französische und britische Systeme aufgegeben habe. Die Übernahme einer Nicht-Weitergabeverpflichtung lehnten die USA allerdings ab, auch sei es ausgeschlossen, daß die USA auf Frankreich und Großbritannien einwirkten, eine Nicht-Erhöhungsverpflichtung zu übernehmen. Dies sei keine Angelegenheit für bilaterale amerikanisch-sowjetische Verhandlungen. Schließlich müsse die INF-Frage völlig von einem CTB getrennt werden.

Die USA beabsichtigten vorzuschlagen, daß beide Seiten ihre Mittelstreckenflugkörper in Europa auf Null reduzierten und die sowjetischen Systeme im asiatischen Teil der Sowjetunion auf die Hälfte reduziert würden. Ergebnis dieser Lösung müsse eine für beide Seiten geltende globale Obergrenze sein. Dies bedeute, daß den USA das Recht auf dieselbe Zahl von Sprengköpfen eingeräumt werde, wie sie der Sowjetunion in Asien verblieben. Auch sei es unerläßlich, daß ein LRINF-Abkommen Beschränkungen für SRINF enthalte und den USA die Möglichkeit gebe, Pershing II durch Pershing Ib zu ersetzen.

Der Präsident sei sehr daran interessiert, die Auffassung der Bundesregierung zu diesem Vorschlag zu hören.

Bundesminister bemerkte, daß er den Brief Präsident Reagans mit großem Interesse gelesen habe. Er finde die Art des Eingehens auf den Gorbatschow-Vorschlag in der Substanz richtig. Bei der Frage, wie die westliche Antwort prä-

12 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 6. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13764 (014).

sentiert werden solle, müsse man im Auge behalten, daß das Gorbatschow-Programm auf dem bevorstehenden Parteitag[13] zu einem politisch-strategischen Dokument mit Gültigkeit für das Ende des Jahrhunderts überhöht werde. Die Sowjetunion wolle sich als langfristig denkender Staat darstellen. Es spreche daher viel dafür, die westliche Antwort in eine westliche Konzeption für eine bessere Zukunft einzubetten. Dieser Gedanke klinge bereits im Brief Präsident Reagans an, z. B. dort, wo auf das sowjetische Verhalten in anderen Teilen der Welt hingewiesen werde. Dieser Gedanke sollte noch verdichtet werden. Ausgangspunkt könnten die sich aus der Schlußakte von Helsinki[14] ergebende Perspektive und die sich aus diesem Dokument ergebenden Verpflichtungen sein. Alle für uns wichtigen Themen seien dort erwähnt. Dies gelte für Menschenrechte, Gewaltverzicht, Zusammenarbeit und die Notwendigkeit der Rüstungskontrolle. Bei der Unterzeichnung der Schlußakte sei es für uns wichtig gewesen, daß die USA und Kanada beteiligt gewesen seien. Die Schlußakte sollte zum Berufungsdokument gemacht werden. Darin sei Entscheidendes gesagt über unsere Vorstellungen für eine bessere, friedlichere Welt.

Er, Bundesminister, halte es für wichtig, daß der Brief Präsident Reagans an Gorbatschow sich einer offensiven Sprache bediene und nicht nur reaktiv sei. So könne man der Sowjetunion anbieten, auch darüber zu sprechen, wie die sowjetische Überlegenheit im konventionellen Bereich beseitigt werden solle. Auch sei es wichtig hervorzuheben, daß unterhalb der Ebene der in Genf erfaßten Nuklearwaffen keine neuen Grauzonen entstehen dürften. Der Westen solle seine Bereitschaft zum Ausdruck bringen, über die ganze Breite der Bedrohung zu sprechen. Die MBFR-Verhandlungen seien sehr wichtig, aber sie lösten das Problem der konventionellen Überlegenheit nicht. Von Bedeutung sei auch die Frage der Militärdoktrinen. Wir hätten eine defensive. Wie stehe es mit der Sowjetunion? Die Bereitschaft zu 50%igen Reduzierungen lasse sich sehr gut präsentieren. Für uns sei es sehr wichtig, daß der Präsident auch die speziellen Sicherheitsinteressen der Europäer anspreche. In Karlsbad[15] habe er dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek gesagt, daß wir gehört hätten, daß Generalsekretär Gorbatschow die Europäische Gemeinschaft als Realität betrachte.[16] Diese Feststellung erhalte erst dadurch ihr Gewicht, wenn die Sowjetunion sich gleichermaßen bereit erklärte, das gleiche Recht der Europäer auf Sicherheit anzuerkennen. Die Reaktion des amerikanischen Präsidenten werde auch für unsere Meinungsbildung wichtig sein; es müsse klarwerden, daß der Präsident auch unsere Sicherheitsinteressen mitvertrete.

Die Darstellung im Brief Präsident Reagans an Bundeskanzler Kohl zum Verhältnis Offensiv-/Defensivwaffen halte er für sehr geschickt. Dasselbe gelte für den amerikanischen Vorschlag zu INF. Was die französischen und britischen Systeme angehe, wolle er daran erinnern, daß wir in der Nachrüstungsdebatte hier einen komplizierten Punkt gehabt hätten, wo es der Opposition gelegent-

13 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

14 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

15 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 4. bis 6. Februar 1986 in der ČSSR vgl. Dok. 32.

16 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gegenüber Ministerpräsident Craxi am 29. Mai 1985 in Moskau; Dok. 14, Anm. 10.

lich gelungen sei, Unterstützung für ihre Position zu erhalten. Wir hätten die Ablehnung der sowjetischen Kompensationsforderung nicht nur formal begründet, sondern auch darauf hingewiesen, daß diese Systeme in unserem Interesse als Europäer lägen. Er sage dies jetzt unter den veränderten Bedingungen des Gorbatschow-Vorschlages auch. Wir hätten Verständnis für das Anliegen Großbritanniens und Frankreichs. Das Schlechteste, was uns passieren könnte, wäre, daß es der Sowjetunion gelänge, Keile in die Allianz zu treiben.

Unser Ziel sollte es sein, ein Konzept vorzulegen, das von allen Verantwortlichen der Allianz getragen werde. Die Positionen zu einzelnen Sachbereichen sollten in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, das durch das bestimmt werde, wozu sich alle Teilnehmerstaaten in Helsinki verpflichtet hätten. Das mache es leichter, über Einzelbereiche, z.B. Menschenrechte, zu sprechen. Es werde der Eindruck vermieden, daß wir einen Link herstellten, vielmehr würden wir die Implementierung eingegangener Verpflichtungen verlangen.

Es gebe im Gorbatschow-Vorschlag Gesichtspunkte, die für alle Rüstungskontrollbereiche maßgebend seien. Dies gelte vor allem für die Verifikation, wo die Sowjetunion angekündigt habe, ihre Position zu ändern. Dies müsse sich jetzt am Verhandlungstisch erweisen. Wir seien in der glücklichen Lage, daß wir sofort an zwei Verhandlungstischen, nämlich in Wien bei den MBFR-Verhandlungen und in der Genfer Abrüstungskonferenz in den Verhandlungen über chemische Waffen, die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Bereitschaft testen könnten.

Eine Frage von großer Bedeutung für Europa sei auch der nukleare Teststopp, wo wir eine Perspektive eröffnen sollten. Der Teststopp beginne, für uns eine schwierige Frage der öffentlichen Diskussion zu werden. Dies sei der Grund, weshalb wir es für erforderlich hielten, eine Perspektive zu entwickeln.

Zum Brief Präsident Reagans an Bundeskanzler Kohl wolle er noch einmal wiederholen, daß dieser Brief von der Substanz her einen guten Kern für eine westliche Antwort enthalte. Notwendig sei die Einbettung in ein größeres Konzept. Was die Einzelbereiche angehe, sollten auch diejenigen Fragen, wie z.B. die Grauzonenproblematik im Mittelstreckenbereich, die Gorbatschow nicht erwähnt habe, angesprochen werden.

Botschafter *Nitze* antwortete hierauf, daß der breitere konzeptionelle Rahmen im Brief des Präsidenten bereits skizziert werde. Er sei auch der Auffassung, daß aufgezeigt werden müsse, wie eine friedliche Welt auszusehen habe, in der man auf Nuklearwaffen verzichten könne. Auch die USA seien der Auffassung, daß die französischen und britischen Nuklearsysteme eine Rolle spielten, die über ihre nationale Verteidigungsfunktion hinausgehe. Die Sowjetunion könnte nicht beanspruchen, stärker zu sein als alle anderen Staaten zusammen. Auf amerikanischer Seite halte man es ferner für erforderlich, sich auf diejenigen Dinge zu konzentrieren, die jetzt zur Verhandlung anstünden. Die laufenden multilateralen Verhandlungen habe er nicht angesprochen. Er sei aber davon überzeugt, daß der Präsident dies in seiner Antwort tun werde. Die Frage, ob man die Helsinki-Schlußakte als Aufhänger benutzen solle, werde man in Washington prüfen.

Bundesminister bemerkte hierzu, daß man nicht über andere Gebiete sprechen

könne, ohne den Kern des Ost-West-Verhältnisses, nämlich Europa, zu erwähnen.

Botschafter *Nitze* kam dann auf die Verifikation eines weltweiten Verbots chemischer Waffen zu sprechen. Gorbatschow habe ein Hindernis aus dem Weg geräumt. In den Verhandlungen müsse sich zeigen, wie weit die sowjetische Bereitschaft gehe. Auch für MBFR gelte, daß sich Verifikationsbereitschaft in concreto erweisen müsse. Auf amerikanischer Seite bestehe ein ernsthaftes Interesse an einem Verbot chemischer Waffen. Man sei entschlossen, alles zu tun, damit es zu einem weltweiten Verbot komme.

An dieser Stelle bemerkte Botschafter *Lehman*, daß er befriedigt darüber sei, daß sich in dem Gespräch ein hohes Maß an Übereinstimmung ergeben habe. Er sei überzeugt, daß der Präsident in seiner Antwort eine klare Sprache sprechen werde.

Bundesminister führte aus, daß die Sowjetunion das Gorbatschow-Programm als „grand design" herausstellen werde, als ein Konzept für einen besseren Frieden. Wir sollten die positiven Elemente im Gorbatschow-Vorschlag anerkennen, aber gleichzeitig auch dort, wo dieser Vorschlag unakzeptabel ist, sagen, wie unserer Meinung nach eine Lösung aussehen sollte. Er, Bundesminister, fühle sich ermutigt durch das, was in dem Brief Präsident Reagans an Bundeskanzler Kohl stehe.

Botschafter *Lehman* knüpfte an seine vorherige Aussage an und führte aus, daß Präsident Reagan nicht der Mann sei, der es zulassen werde, daß die Sowjetunion moralisch die Vorderhand gewinne. Da das sowjetische Programm gewisse Risiken für den Westen enthalte, komme es auf die richtige Antwort an. Dabei sei es klar, daß die Sicherheitsinteressen der Verbündeten mitberücksichtigt werden müßten. In bezug auf Einzelbereiche der Genfer Verhandlungen, z. B. START, brauche man nicht sowjetische Immobilität mit amerikanischen neuen Schritten zu beantworten. Es liege auf der Hand, daß die USA an substantiellen Fortschritten interessiert seien.

Zu den vom Bundesminister angeschnittenen Fragen eines nuklearen Teststopps bemerkte Botschafter *Nitze*, daß auch die Briten hier ein Problem sähen. Es sei die Auffassung des amerikanischen Präsidenten, daß Nukleartests solange erforderlich seien, wie unsere Sicherheit auf nuklearer Abschreckung beruhe. Solange dies der Fall sei, müsse die Verläßlichkeit unserer Waffen überprüft werden. Auf amerikanischer Seite sei man der Auffassung, daß der Prozeß nuklearer Rüstungskontrolle nicht mit einem CTB beginnen könne, sondern damit, daß Inspektoren entsandt würden.[17] Danach könne man sich über eine Schwelle von Nukleartests unterhalten. Er sehe ein, daß es sich hier um eine schwierige Frage handele, die enge Zusammenarbeit unter den Verbündeten erforderlich mache.

D2A bemerkte, daß Gorbatschow in dreierlei Hinsicht versuche, Unterstützung durch die westliche Öffentlichkeit zu erhalten. Er schlage vor, die Kernwaffen zu eliminieren, die Nukleartests einzustellen und SDI zu verbieten. Alle

17 Vgl. dazu den amerikanischen Vorschlag vom 19. Dezember 1985 zum Austausch von Beobachtern für nukleare Testanlagen; Dok. 18, Anm. 22.

drei Elemente seien im sowjetischen Vorschlag verbunden. Man müsse diesem sowjetischen Bestreben mit einer überzeugenden Argumentation begegnen. Man müsse aufzeigen, daß unser Weg zur Reduzierung und schließlichen Beseitigung der Nuklearwaffen der bessere sei. Außerdem müsse für die Teststoppfrage eine eigene Perspektive entwickelt werden, die auch für unsere Öffentlichkeit einleuchtend sei.

Auf die Frage des *Bundesministers*, wie die Zeitvorstellungen der Amerikaner seien, antwortete Botschafter *Nitze*, daß er selbst in einer Woche wieder in Washington sein werde. Auf amerikanischer Seite sei man an einer prompten Antwort interessiert.

Bundesminister bemerkte, daß es von äußerster Wichtigkeit sei, daß die Antwort noch vor dem Parteikongreß erfolge.[18]

D2 fragte nach der sowjetischen Haltung in Sachen Weltraum.

Botschafter *Nitze* bemerkte, daß es hier keine Bewegung gebe. Forschung sei im ABM-Vertrag nicht erwähnt, daher sei es falsch, sich in den Verhandlungen in eine Diskussion über Forschung einzulassen.

Auf die Bemerkung von *D2A*, daß wir es für zweckmäßig hielten, in den Verhandlungen eine Klärung darüber herbeizuführen, was nach dem ABM-Vertrag verboten sei, meinte Botschafter *Nitze*, daß dies Teil der Verhandlungen sei.

Bundesminister fragte, ob man auf amerikanischer Seite mit weiterer sowjetischer Flexibilität vor dem Parteikongreß rechne.

Botschafter *Nitze* bemerkte hierzu, daß es hierfür keine Anzeichen gebe.

Gesandter *Dobbins* ergänzte, daß von sowjetischer Seite einem italienischen Geschäftsmann gegenüber angedeutet worden sei, man werde einen INF-Vorschlag machen, der in keiner Weise mit SDI verknüpft sei.

D2A wies auf die Äußerungen Gorbatschows gegenüber Natta[19] und Kennedy[20] hin.

18 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

19 In einer Tischrede während eines Essens für den Generalsekretär der KPI, Natta, der sich am 27./28. Januar 1986 in der UdSSR aufhielt, erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Januar 1986 in Moskau: „Wenn es, ohne zu zögern, ohne die Sache mit anderen Problemen zu belasten, gelingen sollte, die sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen auf unserem Kontinent zu beseitigen, wäre wohl einer der fest geschürzten Knoten der gegenwärtigen Weltpolitik gelöst und der Weg zu einer radikalen Reduzierung der Kernwaffen und danach zu deren vollständiger Beseitigung in bedeutendem Maße frei gemacht." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 165.

20 Botschafter van Well, Washington, teilte am 10. Februar 1986 mit: „Mitarbeiter von Senator Kennedy äußerte sich uns gegenüber heute zu rüstungskontrollpolitischen Ergebnissen des Gesprächs von Senator Kennedy mit Gorbatschow vergangene Woche in Moskau wie folgt: Gorbatschow habe eindeutig erklärt, daß amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen möglich sei, auch wenn es keinen Fortschritt in den beiden anderen Genfer Verhandlungsgebieten gebe. […] Junktim zwischen rüstungskontrollpolitischem Fortschritt und Abhaltung eines zweiten Gipfeltreffens habe Gorbatschow in der Sache, wenn auch nicht eindeutig formal hergestellt: Ein Gipfeltreffen sei nur sinnvoll, wenn es Fortschritte auf rüstungskontrollpolitischem Gebiet gebe. Hierfür böte sich entweder INF-Abkommen oder Vereinbarung eines nuklearen Teststopps an, da diese beiden Vereinbarungen aus dem Gesamtkomplex der Verhandlungsmaterie herausgelöst werden könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 614; Referat 213, Bd. 139349.

Botschafter *Lehman* fügte hinzu, daß in Genf Obuchow und Kwizinskij sich in dieser Frage unterschiedlich geäußert hätten.

Abschließend bemerkte Botschafter Lehman, daß die SS-20 in Asien ein sensitiver Punkt für die asiatischen Verbündeten der USA seien. Darauf müsse man auch in öffentlichen Erklärungen Rücksicht nehmen.

VS-Bd. 11305 (220)

32

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012 VS-NfD **7. Februar 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 10 Ortex **Aufgabe: 14. Februar 1986, 09.59 Uhr**

Zum Besuch BM Genscher in der ČSSR, Karlsbad 4. bis 6.2.1986

1) (Zugleich Sprachregelung)

BM traf 4. bis 6.2.1986 zum zwölften Mal mit seinem tsl. Amtskollegen Chňoupek zusammen. Ort Karlsbad (Gegeneinladung zu letztjährigem Treffen Celle[2]) und Gesamtgesprächszeit von elf Stunden (unter vier Augen, Delegation, bei Tisch) ermöglichten in betont guter Atmosphäre Tour d'horizon bilateraler Beziehungen und vertieften Meinungsaustausch über aktuelle West-Ost-Situation.

Wir verdeutlichten mit Treffen unsere Entschlossenheit, Politik von Dialog und Zusammenarbeit mit östlichen und südöstlichen Nachbarn nicht nur kontinuierlich fortzusetzen, sondern gegenwärtig günstige Entwicklung der internationalen Lage durch konkrete eigene Beiträge zu verstetigen. Zeitpunkt des Treffens – vor Parteitagen KPdSU[3] und KPČ[4] – gab überdies Gelegenheit, unsere Perspektiven für ein aktives Jahr in West-Ost-Beziehungen, geprägt durch Schlußphase KVAE sowie KSZE-Treffen Bern[5] und Wien[6], zu erläutern und

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 14. Februar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 14. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 17. Februar 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek trafen am 22./23. August 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 228–231.

3 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

4 Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der ČSSR fand vom 24. bis 28. März 1986 in Prag statt.

5 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

6 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

unsere Einschätzung zu jüngsten Gorbatschow-Vorschlägen[7] – auch zur Weitergabe an WP-Verbündete – zu verdeutlichen.

2) BM und AM Chňoupek begrüßten Dichte des hochrangigen politischen Dialogs, den demnächst Bundestagspräsident Jenninger[8] und BMWi Bangemann[9] fortsetzen werden. Bestätigt wurden Abrüstungskonsultationen Anfang April[10], neu vereinbart KSZE-Konsultationen vor Wien[11].

Beide Seiten würdigten das 1985 erreichte Handelsvolumen von ca. 5 Mrd. DM und plädierten für Erweiterung industrieller Kooperation, wofür sowohl interstaatliche Schritte wie auch Normalisierung EG/RGW bzw. EG-/RGW-MS günstige Voraussetzungen schaffen könnten.

BM bekräftigte unser Interesse, Abkommen über Umweltschutz[12] und Binnenschiffahrt[13] nunmehr durch neue Anstrengungen (personenbezogene Berlin-

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

8 Ein Besuch des Bundestagspräsidenten Jenninger in der ČSSR war vom 7. bis 10. April 1986 vorgesehen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner notierte dazu am 7. April 1986, am 5. April 1986 habe der tschechoslowakische Botschafter Spáčil telefonisch mitgeteilt, daß der Besuch wegen einer Erkrankung des Präsidenten der tschechoslowakischen Föderalversammlung, Indra, nicht stattfinden könne. Spáčil habe hinzugefügt, „er sei ausdrücklich beauftragt zu erklären, daß die jetzige Absage des Besuchs des Bundestagspräsidenten ausschließlich mit der Erkrankung des Gastgebers zu tun habe und daß es ‚in keinem Fall um etwas anderes gehe'". Vgl. Referat 214, Bd. 139615.

9 Bundesminister Bangemann hielt sich vom 15. bis 18. August 1986 in der ČSSR auf. Botschafter Schattmann, Prag, berichtete dazu am 18. August 1986: „Gespräche mit GS Husák, MP Štrougal und A[ußen]H[andels]M[inister] Urban zeigten deutlich, daß die ČSSR-Regierung an verstärkter Zusammenarbeit sowohl zwischen Unternehmen beider Staaten als auch zwischen den Regierungen interessiert ist. Dabei steht Interesse an möglichst konkreter Zusammenarbeit zwischen Unternehmen im Hinblick auf erklärte Modernisierungspolitik tsl. Regierung im Vordergrund. (Gründung Joint ventures, Rahmenabkommen mit Großunternehmen.) Bislang in Gesprächen mit deutscher Seite ständig vorgetragene Gravamina, wie z. B. COCOM, wurden nicht angesprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 943; Referat 214, Bd. 139646.

10 Die ersten rüstungskontrollpolitischen Gespräche mit der ČSSR fanden am 7. April 1986 in Prag statt. Botschafter Ruth vermerkte dazu am 10. April 1986: „Schwerpunkte der Gespräche waren die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf, die Gorbatschow-Vorschläge vom 15.1. 1986 und die Verhandlungen über chemische Waffen. […] Von tschechoslowakischer Seite wurde der Informationswert der Gespräche nachdrücklich unterstrichen und die Ernsthaftigkeit unseres Bemühens um einen sachlichen Dialog herausgestellt. [...] Unsererseits dürfte es gelungen sein, auf tschechoslowakischer Seite offenkundig bestehende Fehlinformationen und Fehleinschätzungen über Positionen der Bundesregierung und des Westens richtigzustellen." Es sei das „besondere Interesse Prags" deutlich geworden, „aus einer systembedingten Informationsisolierung herauszukommen". Vgl. Referat 214, Bd. 139659.

11 Vortragender Legationsrat Beuth vermerkte am 24. Juni 1986 zu den KSZE-Konsultationen mit der ČSSR am 20. Juni 1986: „Die als KSZE-Konsultationen vereinbarten bilateralen Gespräche gestalteten sich aufgrund des Beharrens der ČSSR-Seite auf Erörterung von rüstungskontrollpolitischen und Abrüstungsthemen einseitig und behandelten im wesentlichen Themen aus dem Bereich des Korbes I. Die ČSSR-Seite war offensichtlich weder vorbereitet noch willens, Themen aus dem Bereich des Korbes III zu erörtern. […] Konsultationen mit ČSSR verliefen bis auf wenige Akzentsetzungen unergiebig." Vgl. Referat 212, Bd. 133554.

12 Referat 210 notierte am 26. Februar 1986, die letzte Verhandlungsrunde über ein Umweltschutzabkommen mit der ČSSR habe am 19./20. Dezember 1985 in Prag stattgefunden: „Die Einigung in den Sachfragen ist weit fortgeschritten. Dies gilt auch für die Struktur des Vereinbarungspaketes. Das Regierungsabkommen zum Umweltschutz wird von Arbeitsplänen zu bestimmten Bereichen (Luftreinhaltung, Gewässerschutz etc.) ausgefüllt, die ihrerseits durch Arbeitsprogramme konkretisiert werden. Die deutsche Seite ließ keinen Zweifel, daß Arbeitspläne und -programme für den ersten Zweijahreszeitraum gleichzeitig mit dem Abkommen unterzeichnet werden müßten. Dabei werde die – auch mit der DDR in Aussicht genommene – ‚personenbezogene Lösung' zur prakti-

Regelung) zu finalisieren, und befürwortete Neuverhandlungen WTZ-Abkommen[14]. Zu Berlin-Thematik weitere Expertenkontakte Anfang März vereinbart.

BM meldete – gestützt auf Kulturforum Budapest[15] – unsere Wünsche nach Intensivierung bisher unausgewogenen Kulturaustauschs an (Zusammentritt Gemischter Kommission, schrittweise Errichtung von Kulturinstituten). Deutsche Kulturwoche Prag 1987[16] soll in diesem Sinn optimal genützt werden.

Angesichts steigender Touristenzahlen (1985 rd. 500000 Deutsche in die ČSSR, rd. 150000 Tschechen zu uns) wurde Maßnahmen, Straffälligkeit (insb. Schmuggel und Verkehrsdelikte) zu verhüten, Priorität eingeräumt.

Tsl. Seite hatte durch lang überfälliges Entgegenkommen bei Journalistenakkreditierung zum günstigen Besuchsklima beigetragen. BM plädierte für Ausweitung Informationsfluß i. S. KSZE-Schlußakte[17] und sprach humanitäre Fälle an.

Im Gegensatz zu letztem BM-Besuch in der ČSSR (Dezember 1984[18]) spielte Thema „Revanchismus" keine Rolle.

3) Erörterung West-Ost-Gesamtlage ergab Übereinstimmung, daß Gipfel Genf[19] Atmosphäre verbessert und Voraussetzungen für weitere Fortschritte geschaffen hat. BM verdeutlichte hierfür Schlüsselrolle KSZE-Prozeß und forderte –

Fortsetzung Fußnote von Seite 190

schen Einbeziehung des Berliner (West) Expertenpotentials zum Zuge kommen." Eine weitere Expertenrunde sei für Mai 1986 geplant. Vgl. Referat 214, Bd. 139655.

13 Referat 210 teilte am 28. Februar 1986 mit: „Seit dem BM-Besuch in Prag im Dezember 1984 ist in bezug auf das Binnenschiffahrtsabkommen nur noch die Regelung der Berlin-Problematik offen. Die Regelungsmaterie Binnenwasserstraßen bietet im Hinblick auf den Sonderstatus der Berliner Wasserstraßen besondere Schwierigkeiten. Die ČSSR vertritt den SU/DDR-Standpunkt, wonach die Souveränität über die Wasserstraßen in Berlin (West) der DDR zustehe. Die Aufnahme der Frank-Falin-Klausel in das Abkommen (Art. 17) ist unstreitig. Die tschechische Seite möchte hierzu in einer ergänzenden Protokollerklärung auf ihren Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Statusfrage hinweisen. Wir sehen uns hierdurch veranlaßt, von der tschechischen Seite eine Bestätigung zu verlangen, daß das vorgesehene Abkommen praktisch Anwendung findet, wenn tschechische Schiffe die Wasserstraßen und Häfen in Berlin (West) benutzen. […] Die ČSSR, die nach wie vor sehr am Abschluß dieses Abkommens interessiert ist, hat wissen lassen, daß sie die Haltung der SU in der Binnenschiffahrtsfrage abwarten müsse." Vgl. Referat 214, Bd. 139655.

14 Am 26. Februar 1986 legte Referat 210 dar: „Mit Auslauf des Regierungsabkommens über Warenverkehr und Kooperation auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet von 1970 am 31.12.1974 entfiel die vertragliche Grundlage für eine W[issenschaftlich-]T[echnische]Z[usammenarbeit] mit der ČSSR. Das bereits 1975 in Aussicht genommene Projekt eines WTZ-Abkommens wurde bislang wegen der Berlin-Problematik nicht konkret weiterverfolgt. 1974 legte die ČSSR einen Abkommensentwurf ohne Berlineinbeziehung vor. Die offizielle Übergabe unseres Entwurfes wurde seinerzeit bis zur Klärung der Berlin-Frage in der WTZ mit der SU zurückgestellt. Im Oktober 1985 äußerte der für WTZ zuständige Stellvertretende MP Obzina den Wunsch nach einem Gespräch über WTZ mit BM Riesenhuber. Dieser Besuch soll nach Absprache zwischen BMFT und AA erst stattfinden, wenn die Gespräche über ein WTZ-Abkommen mit Aussichten auf eine praktische Einbeziehung von Berlin (West) wiederaufgenommen worden sind." Vgl. Referat 214, Bd. 139655.

15 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

16 Die Kulturwoche der Bundesrepublik in der ČSSR fand vom 12. bis 18. Oktober 1987 statt.

17 Für den Wortlaut von Ziffer 2 des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 950–953.

18 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

19 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

als Ergänzung des Verhandlungsprogramms der Großmächte (Erklärung vom 8.1.1985[20]) – konzeptionell neue Sicherheitsstrukturen: VSBM, Überprüfung konventioneller Rüstungen, Entwicklung defensiver Militärdoktrinen.

Tsl. Seite würdigte hierzu jüngste BM-Reden Stockholm[21] und Hamburg[22] (vgl. Bulletin), argumentierte im übrigen aber vollinhaltlich auf SU/WP-Linie. SDI wurde als kardinales Hindernis weiterer Abrüstungsschritte hingestellt (mögliche Ausnahme INF-Interimsabkommen), jüngste Gorbatschow-Vorschläge als richtungsweisend angepriesen. Westen – so tsl. Seite – verzögere Antwort. Von Reaktion der Bundesrepublik Deutschland werde künftige Ausrichtung der WP-Politik ihr gegenüber abhängen (implizit Bestätigung einer diesbezüglichen Debatte auf WP-Gipfel Sofia[23]). BM sah in Gorbatschow-Vorschlägen neue Elemente, die am Verhandlungstisch zu prüfen seien und sich dort – insbesondere hinsichtlich Vereinbarkeit mit Verhandlungsprogramm vom 8.1.1985 – bewähren müßten. SU-Initiative sei andererseits mehr als Propaganda, nämlich langfristige Richtungsbestimmung sowjetischer Politik, die bevorstehender Parteitag KPdSU voraussichtlich bestätigen werde (tsl. Seite bejahte dies). Für uns – so BM – besonders interessant mögliche Öffnung Gorbatschows in Fragen INF und Verifikation.

BM erläuterte unsere Haltung zum Thema strategische Verteidigung, plädierte für Definitionen Forschung/Entwicklung, unterstrich, daß bodengestützte Systeme – die ABM-Vertrag zulasse und die auch SU bereits habe – von weltraumgestützten unterschieden werden müßten (ungeachtet undifferenzierter Propaganda), und verwies auf amerikanische Erklärungen, ABM-Vertrag in strikter Auslegung einzuhalten.[24] SU möge ihren Worten über Verifikation Taten folgen lassen und Zweifel an Vertragseinhaltung aufklären (Krasnojarsk).

4) BM plädierte – aufgrund deutsch-britischer Initiative[25] – für Fortschritte bei MBFR/Wien, die in Perspektive strategischer Abrüstung noch vordringlicher würden. Tsl. Seite beharrte auf Vorschlag regional begrenzten CW-Abkommens[26], wir bekräftigten Bereitschaft zu Dreiergesprächen (mit DDR) am Rande Genf, Schwerpunkt Verifikationsfragen, aber mit Ziel weltweiten Abkommens.[27]

20 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

21 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genschers vom 28. Januar 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70.

22 Für die Rede des Bundesministers Genscher in der Führungsakademie der Bundeswehr vom 3. Februar 1986 vgl. Referat 013, Bd. 179061.

23 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23. Oktober 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 21.

24 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

25 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein, der auf eine deutsch-britische Initiative zurückging. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

26 Zum Vorschlag der DDR bzw. der ČSSR für Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 30, Anm. 18.

27 Eine erste Runde von Gesprächen über ein Verbot chemischer Waffen mit den Delegationen der DDR und der ČSSR bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) fand am 11. Februar 1986 statt. Bot-

5) Tsl. Seite forderte, nächsten Gipfel SU–USA klimatisch vorzubereiten durch Lösung – nicht Verschärfung – von DW-Konflikten, insb. NO (Plädoyer für umfassende Konferenz), ZA (keine US-Einmischung) und südliches Afrika (Befürchtung eines blutigen Rassenkrieges). BM kritisierte ungenügendes Engagement sozialistischer Staaten in Entwicklungshilfe und forderte von neuer SU-Führung Bereitschaft, Afghanistan-Krieg zu beenden und international garantierte Lösung zu ermöglichen: unabhängiges, blockfreies Afghanistan.

6) Tsl. Seite plädierte – auch hier Moskauer Sprachregelung folgend – für Verschiebung nächsten Genfer Gipfels auf September. BM hielt entgegen, Termin liege zu nahe an US-Wahlkampf[28], der erfahrungsgemäß außenpolitischen Spielraum demokratischer Regierungen einenge. Auch SU müsse – gerade im Hinblick auf angestrebte konkrete Abrüstungsvereinbarung – an einem auch parlamentarisch handlungsfähigen Präsidenten gelegen sein.

7) Breite Erörterung EG/RGW verdeutlichte tsl. Interesse, auch in Zukunft „bilateral“ mit EG zusammenzuarbeiten, ließ jedoch keine Aufschlüsse über RGW-Antwort auf kürzliches Schreiben EG-Kommission[29] erkennen.

Pleuger[30]

Referat 010, Bd. 178898

Fortsetzung Fußnote von Seite 192

schafter Wegener, Genf (CD), berichtete dazu am selben Tag: „Gesprächsatmosphäre war ungewöhnlich gelöst und konstruktiv. Das – auf Deutsch geführte – Gespräch ergab, daß DDR und ČSSR in korrekter Weise zu ihrer Bereitschaft stehen, mit uns – auch über längere Zeiträume hinweg – am Rande der Abrüstungskonferenz über alle noch offenstehenden Fragen des angestrebten globalen CW-Abkommens zu sprechen und ihr eigenes Projekt einer chemiewaffenfreien Zone in Europa in diesen Zusammenhang einzuordnen.“ Eine weitere Gesprächsrunde sei für Anfang März 1986 geplant. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 222, Bd. 130156.

28 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

29 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 2, Anm. 17. Referat 411 und das Bundesministerium für Wirtschaft notierten am 17. Februar 1986: „Die Gemeinschaft hat sich durch Übergabe von Antwortschreiben an RGW und RGW-MS Ende Januar/Anfang Februar zu einem zweispurigen Vorgehen entschlossen: Schreiben an die einzelnen europäischen RGW-Länder. Inhalt: Angebot zur Aufnahme offizieller Beziehungen und Erklärung der Bereitschaft, die Handelsbeziehungen mit diesen Ländern vertraglich zu regeln. Schreiben an den RGW: Inhalt: Grundsätzliche Bereitschaft, den Dialog fortzusetzen. Angebot zur Aufnahme von Expertengesprächen zur Prüfung der Aufnahme offizieller Beziehungen EG–RGW nach Reaktion der einzelnen RGW-MS auf Kommissionsangebot zur Aufnahme bilateraler offizieller Beziehungen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131207.

30 Paraphe.

33

Gespräch des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-370.70 USA-183/86 VS-vertraulich **8. Februar 1986**[1]

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Botschafter Nitze, Botschafter Lehman, Charles Thomas, Mr. Clyne, Mr. Chapman.[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: D2A, General Hüttel (BMVg), D2A i.V.[3], Dg20[4], RL 220[5], Oberst Oldigs (BMVg), VLR I Dr. Roßbach (Bundeskanzleramt), Oberstleutnant Röhrs (BMVg), LR I Schäfers (Bundeskanzleramt), LR I Mülmenstädt.

1) Botschafter *Nitze* erklärte eingangs, Zweck seiner Mission sei es, mit den europäischen Verbündeten der USA bilateral und in der Allianz Konsultationen darüber zu führen, welche Antwort der SU auf die Gorbatschow-Initiative[6] gegeben werden solle. Es sei der feste Wille des Präsidenten, die europäischen Vorstellungen und Überlegungen hierzu in der Antwort voll zu berücksichtigen. Amerikanischen Vorstellungen zufolge solle die SU noch vor dem 27. Parteitag[7] von der amerikanischen Antwort in Kenntnis gesetzt werden.[8] Es sei wichtig, der SU eine prompte Antwort zu geben, noch wichtiger sei es jedoch, die richtige Antwort zu finden. Es sei unerläßlich, daß das Bündnis voll hinter dieser Antwort stehe.

Botschafter *Ruth* erwiderte, es sei außerordentlich günstig, daß die Sitzung des NATO-Rates und der SCG zusammenfielen.[9] Dies sei sehr hilfreich dafür, eine

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 11. Februar 1986 an Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 1.

2 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 7./8. Februar 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Rüdiger Hartmann.

4 Hans-Friedrich von Ploetz.

5 Rolf Hofstetter.

6 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

7 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

8 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

9 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 12. Februar 1986 in Brüssel vgl. Dok. 38.
Am selben Tag fand in Brüssel eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und dem stellvertretenden Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Sicherheitsfragen, Lehman, statt. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete dazu am selben Tag, Hauptthema sei die Antwort des Präsidenten Reagan auf die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 gewesen: „NOR, NL, CDN, UK und B hoben hervor, daß Antwort auch auf westliche öffentliche Meinung zugeschnitten sein müsse. Sie müsse in der Öffentlichkeit verstanden werden (NOR). Sie müsse in einer positiven und konstruktiven Weise erfolgen, damit die Initiative beim Westen bleibe (NL).“ Frankreich habe darauf verwiesen, „daß INF-Sektor als Gebiet für mögliche Fortschritte zwar aussichtsreich sei, aber auch Gefahren im politischen und sicherheitspolitischen Gebiet berge. Eine europäische Null-Lösung ohne Einbeziehung der in Asien stationierten SS-20 biete keine Sicherheit, da SS-20 ein mobiles System sei.“ Hansen teilte weiter mit, bei START habe Einvernehmen bestanden, „daß der Gorbatschow-Vorschlag keine neuen Elemente enthalte. Insbesondere sei die unannehmbare

im Bündnis abgestimmte Antwort zu finden, die von allen Allianzpartnern mitgetragen werde. Wie immer die Antwort ausfalle, sie müsse eine deutliche Demonstration der Solidarität, der Einigkeit und der Stärke des Bündnisses sein.

2) Botschafter *Nitze* erläuterte dann anhand eines Sprechzettels, der als Anlage beigefügt ist[10], den Brief des Präsidenten an Bundeskanzler Kohl[11].

Auf Frage von D2A erklärte Botschafter Nitze, daß die in Genf vorliegenden amerikanischen START-Vorschläge weiterhin in Kraft blieben; man wolle der SU deutlich machen, daß es sich bei der Antwort der USA auf die Gorbatschow-Initiative nicht um neue Vorschläge handele, sondern um Modifizierungen der im November in den Verhandlungen unterbreiteten Vorschläge[12], die in ihrem Gehalt weiter gelten.

Botschafter *Lehman* ergänzte, daß die SU in den Verhandlungen auf die amerikanischen START-Vorschläge noch nicht reagiert habe. Er unterstrich, daß die USA hinsichtlich der ALCM, des Wurfgewichts, eine bedeutende Bewegung in ihrer Position vorgenommen hätten. Dies habe auch der stellvertretende Verhandlungsführer der SU für den strategischen Bereich, Starodubow, anerkannt.

D2A fragte dann, ob es Anzeichen gebe, daß die SU ihre Forderung, die amerikanischen Mittelstreckensysteme in die Kategorie der strategischen Waffen einzubeziehen, aufgeben könnte, insbesondere da der sowjetische Vorschlag ihre Eliminierung im Rahmen eines INF-Abkommens vorsehe. Botschafter *Nitze* antwortete hierauf, dies hoffe er, die USA erwarteten, daß die SU ihr altes FBS-Konzept fallenlassen und zu der Definition des Begriffs „strategisch" zurückkehre, der sie in den SALT- und START-Verhandlungen zugestimmt habe. Noch sei es aber so, daß die vorne stationierten Systeme ein Gebiet darstellten, in dem die amerikanischen und sowjetischen Auffassungen stark voneinander abwichen.

Keine Bewegung auf sowjetischer Seite habe es im Verhandlungsbereich Defensiv-/Weltraumwaffen gegeben. Die sowjetische Delegation habe deutlich gemacht, daß auch der Gorbatschow-Vorschlag vom 15.1.1986 daran festhalte, daß die Reduzierung strategischer Nuklearwaffen abhängig gemacht werde von der vorherigen Einstellung von SDI, einschließlich „zweckgerichteter Forschung".

3) Botschafter *Ruth* legte dar, wir sähen in dem INF-Bereich des Gorbatschow-Vorschlags ein wichtiges positives Element, nämlich die Gegenüberstellung nur noch amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckensysteme; für uns un-

Fortsetzung Fußnote von Seite 194

sowjetische Definition strategischer Waffen beibehalten. Der US-Auffassung wurde zugestimmt, daß kein neuer Vorschlag erforderlich sei. Festhalten am amerikanischen Reduzierungsvorschlag sei geboten." Ferner habe Übereinstimmung bestanden, „daß ein CTB als Vorbedingung für Reduzierung von Nuklearwaffen nicht akzeptabel sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 181; VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für den Sprechzettel vgl. VS-Bd. 11305 (220).

11 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 6. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13764 (014).

12 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

akzeptabel bleibe jegliche Verbindung dieser Potentiale mit den Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens.

Nach unserer Auffassung gebe es grundsätzlich zwei Möglichkeiten für Verhandlungsfortschritte:

– entweder könne man, ggf. mit Modifizierungen, an dem westlichen Interimsvorschlag vom November 1985 festhalten, oder
– den westlichen globalen Null-Vorschlag modifizieren in einer Weise, daß er die positiven Elemente des sowjetischen Vorschlags aufgreife und für Bewegung in den Verhandlungen genutzt wird.

Die USA hätten sich offensichtlich für die zweite Möglichkeit entschieden. Uns würde interessieren, zu erfahren, aus welchen Motiven sie sich hierfür entschlossen hätten.

Botschafter *Nitze* entgegnete hierauf, dem Vorschlag vom November 1985 habe das Prinzip proportionaler Reduzierungen zugrunde gelegen. Die in Europa und Asien stationierten SS-20 hätten in dem gleichen Verhältnis reduziert werden sollen (50%). Wenn man dieses Prinzip dahingehend verändern würde und statt 50%iger 100%ige Reduzierungen verlangen würde, bedeute dies die Rückkehr zur beiderseitigen Null-Lösung; dieses Vorgehen sei für die SU zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu radikal.

Deshalb hätten sich die USA für eine Modifizierung der globalen Null-Lösung entschieden.

D2A bezeichnete diese Entscheidung als vernünftig und günstig für Verhandlungsfortschritte, da sie auf sowjetischen Vorschlag positiv eingehe und Möglichkeiten aufgreife, die die SU mit ihrem Vorschlag vom 15.1.1986 eröffnet habe.

Botschafter *Lehman* erklärte, man dürfe nicht vergessen, daß ein etwaiger Verbleib von SS-20 im asiatischen Landesteil der SU Auswirkungen auf die strategische Situation nicht nur der asiatischen Verbündeten der USA, sondern auch für das Bündnis in Europa habe. Die in Nowosibirsk und Barnaul dislozierten SS-20 können Europa treffen, es seien mobile Systeme, die schnell westlich verlegt werden könnten. Deshalb zielten die USA auf ein Abkommen, das gleiche globale Obergrenzen festlege. Wegen der Mobilität der SS-20 und der strategischen Auswirkungen auf Europa seien effektive und strikte Verifikationsmaßnahmen, die auf die östlich des 80. Längengrads einschließlich in Barnaul und Nowosibirsk dislozierten Systeme angewandt werden müssen, unerläßlich.

D2A erklärte, auch wir sähen die Notwendigkeit globaler Obergrenzen. Hinsichtlich der Einschätzung der strategischen Bedeutung der SS-20 in Asien stimmten unsere Ansichten mit den amerikanischen überein. Wir verstünden eine modifizierte Null-Lösung als radikalen Zwischenschritt hin zur völligen Beseitigung der Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite. Bezüglich des geographischen Anwendungsbereichs müsse man an der im Bündnis festgelegten Allianzposition festhalten; es müsse sichergestellt werden, daß alle SS-20 westlich von Nowosibirsk und Barnaul zu den Systemen gezählt werden, die in Reichweite Europas liegen. Auch strikte Verifikationsmaßnahmen müßten unerläßlicher Bestandteil eines jeden INF-Abkommens sein. Die Verifikationspro-

blematik sei vor kurzem in der SCG erörtert worden.[13] Uns würde interessieren, ob es inzwischen amerikanische Überlegungen gebe, die über diesen Stand hinausgingen.

Botschafter *Nitze* erwiderte hierauf, die Erörterungen innerhalb der Administration über die Ausgestaltung der Verifikationsmaßnahmen seien intensiviert worden, aber noch nicht zu Ende gebracht. Man sei sich jedoch im klaren darüber, daß man verläßlich überprüfen können müsse, daß die SU keine weiteren SS-20 produziere; alle SS-20, die über die Zahl der in Asien dislozierten Systeme hinausgingen, müßten vernichtet werden. Dies müsse man sicher überprüfen können.

Im folgenden wandte sich die Diskussion der SRINF-Problematik zu.

Unter Bezugnahme auf die schriftlichen Ausführungen Botschafter Nitzes (siehe beigefügten Sprechzettel, Seite 4) stellte *D2A* die Frage, was mit den amerikanischen PII geschehen solle, die die USA im Rahmen eines INF-Abkommens zu reduzieren hätten. Dächten die USA daran, sie zu verlegen oder sie zu zerstören?

Unserer Auffassung nach sei die Frage, was mit den zu reduzierenden PII zu geschehen habe, getrennt von der SRINF-Problematik zu sehen. Für den Westen unverzichtbar sei es, das Anrecht auf Ausgleich sowjetischer SRINF-Potentiale aufrechtzuerhalten. Dies müsse auch den Sowjets gegenüber deutlich gemacht werden. D2A gab zu bedenken, daß es jedoch eine Lösung erschweren würde, wenn den Sowjets in den Verhandlungen erklärt würde, daß man die PII in eine PIb umwandeln wolle.

Botschafter *Nitze* warf an dieser Stelle ein, man könne den Sowjets nicht die westlichen Absichten verheimlichen. Die USA schlössen daher nicht die Möglichkeit aus, zu erkennen zu geben, daß von den PII nur die zweite Stufe vernichtet würde.

General *Hüttel* erklärte, er rate dringend davon ab, den Begriff „conversion" zu benutzen. Es wäre fatal, wenn man der SU erklärte, mit Hilfe eines „Schraubenziehers" könne man im Handumdrehen die PII in eine PIb abändern. Dies schlösse einen Verhandlungserfolg quasi von vornherein aus.

D2A führte aus, jedermann sei sich bewußt, daß die SRINF-Systeme ein gewichtiges politisches Problem darstellten. Um so notwendiger sei es, sich jetzt darüber klarzuwerden, wie man vorgehen wolle.

Mit dem Doppelbeschluß[14] sei entschieden worden, die PIa im Verhältnis 1:1 durch die PII zu ersetzen, es sei denn, ein Rüstungskontrollergebnis führe zur

[13] Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte am 14. Januar 1986 zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag mit, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, habe ausgeführt, „daß die Studien über die Verifikation in Washington noch nicht abgeschlossen seien. Es sei klar, daß sich hier schwierige Fragen stellten. Eine befriedigende Lösung sei in Washington noch nicht gefunden worden, so daß das Thema Verifikation in Genf zunächst eher allgemein angesprochen werden sollte." Ruth berichtete weiter: „Welche Bedeutung das Problem der Verifikation, insbesondere der Nachprüfung vor Ort, hat, wurde deutlich an der Erörterung des Verbleibs von Raketen auf Abschußgestellen, für die von der amerikanischen Aufklärung ein Abbau der dazu gehörenden Garagen festgestellt worden ist (es handelt sich bei den 270 im Westen erkannten Systemen um einen Abbau von 27 Garagen)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

[14] Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMU-

völligen Eliminierung landgestützter Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite. Es sei damals keine Umwandlung von P-II-Systemen in Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite vorgesehen worden für den Fall, daß die Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite reduziert werden sollten. Eine Umwandlung von PII in PIb sei durch den Doppelbeschluß nicht abgedeckt. Wenn die USA jetzt daran dächten, so würde das bei uns zu einer neuen Debatte führen.

Wir seien dringend interessiert zu erfahren, welche Vorstellungen die USA haben für den Fall, daß die SU bereit ist, alle SS-20 in Europa zu zerstören. Er wolle daher die Frage wiederholen: Was geschehe in diesem Fall mit den Cruise Missiles und mit den Pershing II?

Botschafter *Lehman* erwiderte hierauf, daß von den Systemen, die eine globale Obergrenze überschritten, eine bestimmte Anzahl zerstört würde. Was im Falle einer INF-Null-Lösung für Europa geschehen müsse, um das sowjetische SRINF-Potential auszugleichen, erfordere intensive analytische Überlegungen. Er gab zu bedenken, daß gegenwärtig der Westen über kein amerikanisches Waffensystem in diesem Reichweitenbereich verfüge.

D 2 A ergänzte, dies sei zweifellos richtig, nachdem die PIa durch die PII ersetzt worden sei. Er wolle aber nochmals auf eine mögliche Ausgangslage zurückkommen: Sei es möglich, LRINF[15]-Waffensysteme, deren Beseitigung der Westen immer vorgeschlagen habe – auch in den Verhandlungen selbst und in einer konkreten Verhandlungsposition –, in ein anderes Waffensystem, wenn auch mit kürzerer Reichweite, umzuwandeln? Sei es nicht überzeugender, am Ziel der Null-Lösung festzuhalten und gleichzeitig deutlich zu machen, daß die Ungleichgewichte im SRINF-Bereich abgebaut oder ausgeglichen werden müßten?

Botschafter *Nitze* gab zu bedenken, daß noch eine zweite Lösung möglich sei, nämlich die Vernichtung aller Waffensysteme mit einer Reichweite von über 500 km. Dies würde eine Null-Lösung sowohl für die LRINF als auch für die SRINF bedeuten. Dadurch müßten alle SS-12/22, 23 und 20 auf sowjetischer Seite, alle PI und PII auf amerikanischer Seite vernichtet werden. In diesem Fall gebe es das Problem der Umwandlung der PII in eine PIb nicht. Dies sei eine denkbare Lösungsmöglichkeit. Gegenwärtig hielten die USA aber an den Vorschlägen fest, über die bei der letzten SCG konsultiert worden sei:

– Einfrieren der SRINF auf dem Stand vom 1.1.1982 oder
– Einfrieren der SRINF auf dem gegenwärtigen Niveau bei Einräumung eines „right to match".[16]

Fortsetzung Fußnote von Seite 197

NIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

15 Korrigiert aus: „IRINF".

16 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte am 14. Januar 1986 zur Erörterung der SRINF in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag mit: „Im Anschluß an meine Einlassungen in früheren SCG-Sitzungen betonte ich, daß über die Frage der Behandlung von SRINF im Zusammenhang mit einem Zwischenergebnis hinaus sich die SCG konkret auch mit längerfristigen Fragen befassen müsse. SRINF seien unausweichlich ein Thema künftiger weiterführender Verhandlungen. Ich habe deshalb vorgeschlagen, daß die SCG-Mitglieder versuchen, Fragen zu identifizieren, die für den Verhandlungskomplex SRINF als Teil eines Zwischenergebnisses und darüber hinaus relevant sind. Dieser Vorschlag wurde von den amerikanischen und mehreren

D2A erklärte, wir hätten beiden Lösungen unsere Zustimmung gegeben. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß es 1982 auf westlicher Seite noch die 108 amerikanischen PIa gegeben habe, die dann durch die PII ersetzt worden seien. Somit habe man jetzt eine völlig andere Situation. Hier sei es zweckmäßig, gleiche globale und regionale Obergrenzen für Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite festzulegen und auf westlicher Seite mit einer De-jure-Option auf den Ausgleich sowjetischer Systeme zu verknüpfen. Diese Möglichkeit führe eher zu einem Abkommen, als wenn man erklärte, daß man ein Waffensystem, das reduziert werden solle, in ein anderes umwandele.

Es sei überflüssig, daß die USA erklärten, sie wollten eine „conversion"; wofür wir plädierten, sei nicht ein unterschiedliches Verhandlungsergebnis, sondern eine unterschiedliche Präsentation. Gerade uns Deutsche betreffe die SRINF-Problematik besonders; eine Lösung dieses Problems liege uns am Herzen. Deshalb wollten wir eine Verhandlungsposition, die eine an westlichen Kriterien orientierte Lösung ermögliche.

Er wolle betonen, daß er dringend davon abrate, daß die USA in den Verhandlungen den Terminus „conversion" benutzen. Dies würde für die Verhandlungen und in der Öffentlichkeit schwerwiegende Fragen aufwerfen.

Botschafter *Lehman* warf an dieser Stelle ein, die USA wüßten unsere Haltung zu schätzen und seien sensibilisiert. Sie wollten aber ihre Verbündeten nicht über ihre Absichten im unklaren lassen.

D2A wiederholte, er rate dringend dazu, in den Verhandlungen nicht von „conversion" zu sprechen, sondern davon, für die SRINF globale und regionale Obergrenzen festzulegen, verbunden mit einer De-jure-Option für den Westen, sowjetische Potentiale auszugleichen.

General *Hüttel* gab zu bedenken, daß wir bisher unseren Bundestagsabgeordneten immer erklärt hätten, die PII durch einfache technische Handgriffe umzuwandeln in ein anderes Waffensystem, sei nicht möglich. Wenn nun die USA erklärten, daß es technisch nicht schwierig sei, eine Umwandlung vorzunehmen, so stehe die Bundesregierung für viele Parlamentarier als Lügner dar.

Auf Frage von VLR I *Dr. Roßbach*, wie die Umwandlung technisch vor sich gehe, erklärte Botschafter *Nitze*, daß es sich bei der PIb nicht um ein völlig neues System handele, sondern im Prinzip um die PII ohne deren zweite Stufe.

VLR I *Dr. Roßbach* betonte daraufhin mit Nachdruck, wenn dem so sei, so würden dadurch beträchtliche Probleme entstehen. In weiten Teilen der Öffentlichkeit würde es sich dann nicht um Reduzierungen handeln, sondern im Gegenteil um neue Dislozierungen. Dies könne zu einer neuen Stationierungsdebatte in der Bundesrepublik Deutschland führen.

D2A stimmte dem zu.

General *Hüttel* ergänzte, auch wir wollten nicht die Möglichkeit eines westlichen SRINF-Potentials ausschließen, ausgeschlossen werden müsse jedoch die Option, ein SRINF-Potential durch die Umwandlung von PII in PIb aufzubauen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die 72 deutschen PIa hin. Ferner

Fortsetzung Fußnote von Seite 198

anderen Mitgliedern der SCG unterstützt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

gab er zu bedenken, daß, wenn man sich vorbehalte, die PII in eine PIb umzuwandeln, dies den Anschein erwecken könne, man beabsichtige, einen Vertrag zu umgehen.

D2A erklärte, es sei eine Sache, eine militärisch vernünftige Lösung anzuvisieren (Ausgleich der sowjetischen SRINF-Fähigkeiten durch eigene westliche Kapazitäten), und eine andere, zu sagen, in dem Moment, in dem die LRINF eliminiert werden, würden diese LRINF als SRINF dislozierd. Dies wäre verhängnisvoll, es sei gleichbedeutend mit dem Anspruch, einen Vertrag zu umgehen.

D2A i.V. wies darauf hin, daß der SRINF-Problematik gerade in der Perspektive der Eliminierung von LRINF große Bedeutung zukomme. Deshalb seien raschest mögliche Konsultationen im Bündnis erforderlich. Er gab zu bedenken, daß eine Debatte über diese Problematik in der Öffentlichkeit desto umfangreicher werde, je höher das Niveau verbleibender SRINF sei, das durch die festzulegenden Obergrenzen für diese Waffensysteme bestimmt werde.

An dieser Stelle warf Botschafter *Nitze* ein, daß es 1982 ca. 110 SS-12/22 auf sowjetischer [Seite] und 108 amerikanische PIa gegeben habe. Lege man etwaigen Obergrenzen den gegenwärtigen Dislozierungsstand zugrunde, so müßten heute die SS-23 hinzugezählt werden, auf westlicher Seite gebe es keine amerikanischen SRINF mehr.

RL 220 wies auf folgende Aspekte hin: Eine modifizierte INF-Null-Lösung für Europa würde sicherlich von unserer Öffentlichkeit begrüßt und als Schritt auf dem Weg zur völligen Eliminierung der LRINF betrachtet. Die öffentlichen Erwartungen richteten sich daher auf den Abzug von Waffen, nicht aber auf Dislozierung neuer Systeme. Für die Öffentlichkeit sei es von zweitrangiger Bedeutung, daß es sich dabei um Waffensysteme geringerer Reichweite handele.

Botschafter *Nitze* gab zu bedenken, daß sich die gegenwärtig bestehenden Asymmetrien im SRINF-Bereich zugunsten der SU auswirken. Die SU verfüge bereits über ein beträchtliches Potential, sie sei deshalb nicht zu einem Aufbau gezwungen. Der Westen hingegen müsse, falls die SU, wie zu erwarten, nicht zur Reduzierung von SRINF bereit sei, neue Systeme dislozieren.

VLR I *Dr. Roßbach* erklärte, daß zwei negative Faktoren zusammenkämen:

– Die SU würde versuchen, eine geplante Umwandlung von PII in PIb als schmutzigen Trick hinzustellen mit dem Ziel, eine neue Dislozierungsdebatte im Westen zu entfachen.
– Wenn die PII in eine PIb abgeändert würde, wären wir singularisiert, wir wären das einzige Land im westlichen Bündnis, in dem diese Systeme stationiert würden. Es sei aber seit jeher unser Anliegen gewesen, dies zu vermeiden. Bereits in den Bündniskonsultationen, die dem NATO-Doppelbeschluß zuvorgegangen seien, hätten wir darauf gedrängt, daß es westliche Mittelstreckensysteme nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland geben könne. Auch andere Verbündete müßten ihren Anteil an der Stationierung tragen.

Botschafter *Ruth* faßte die Erörterung zur SRINF-Problematik wie folgt zusammen: Durch die mögliche Eliminierung von LRINF wachse die SRINF-Problematik (neue Grauzone, Übergewicht der SU). Da vor allem wir Deutsche

durch die sowjetischen SS-12, SS-22 und SS-23 bedroht würden, hätten wir den von den USA vorgeschlagenen zwei Lösungsvarianten zugestimmt. Unser Ziel sei es, zu verhindern, daß ein etwaiges Abkommen im LRINF-Bereich durch eine Verlagerung der Bedrohung auf andere Waffensysteme (SRINF) umgangen werden könne. Etwas anderes sei es jedoch, die Lösung in der Umwandlung von P II in P I b zu sehen.

General *Hüttel* fügte hinzu, er wolle klarmachen, daß auch wir der amerikanischen Auffassung völlig zustimmen, daß der Westen sich das Recht bewahren müsse, ein sowjetisches SRINF-Potential auszugleichen.

Die amerikanische Delegation gab zu erkennen, daß sie sich der von uns geschilderten Problematik bewußt ist.

D2A legte dar, daß GS Honecker in einem Interview erklärt habe, daß bei einer europäischen Null-Lösung die in der DDR stationierten SS-12/22 in die SU zurückverlegt würden. Dies könne, so habe Honecker erklärt, dem Gorbatschow-Vorschlag hinzugerechnet werden.[17] Dies bedeute für uns, daß der Westen für den Abzug der SS-12/22 aus der DDR und ČSSR keinen Preis zu bezahlen habe.

Botschafter *Nitze* wies darauf hin, daß auch diese Systeme mobil seien und rasch zurückverlegt werden könnten.

D2A i.V. entgegnete hierauf, dies sei schon immer ein Problem gewesen, es sei besonders für uns Deutsche ein Problem gewesen.

4) Botschafter *Ruth* kam dann auf die Rolle Frankreichs und Großbritanniens im nuklearen Abrüstungsprozeß zu sprechen. Er wies darauf hin, daß Botschafter Nitze am Vortag von der Multilateralisierung der nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen gesprochen habe. Uns würde es interessieren, ob es hierzu konkrete amerikanische Vorstellungen gebe und ob diese Frage in Nitzes Konsultationen mit den Franzosen und Briten angeschnitten worden sei.

Botschafter *Nitze* erwiderte hierauf, daß auch nach sowjetischer Auffassung Verhandlungen über die Reduzierung von Nuklearwaffen weiterhin bilateral geführt werden müßten. Die USA würden den Sowjets gegenüber sehr deutlich machen, daß Abkommen, die am Ende bilateraler Verhandlungen ständen, bindend nur für die Verhandlungspartner sein könnten. Die auf die bilateralen Verhandlungen folgenden Schritte würden u. U. die Beteiligung der anderen Nuklearmächte erforderlich machen.

Es gebe also keinen Anlaß, die bisherige Position aufzugeben, wonach die britischen und französischen Nuklearsysteme kein Gegenstand sowjetisch-amerikanischer Verhandlungen sein können. Die USA würden niemals einer Vereinbarung zustimmen, die britische und französische Potentiale berühre. Sie dächten auch nicht daran, Druck auf die beiden Verbündeten auszuüben. Wenn die SU über französische und britische Potentiale verhandeln wolle, so sei es ihre Sache, dieses Anliegen gegenüber diesen beiden Staaten zu vertreten.

D 2 A wies darauf hin, daß die jüngsten sowjetischen Erklärungen (Rede Gor-

17 Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 24. Januar 1986 vgl. den Artikel „‚Miteinander leben, gut miteinander auskommen'"; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 31. Januar 1986, S. 6.

batschows am 28.1.1986[18], ein ungezeichneter Prawda-Artikel[19], eine TASS-Erklärung) darauf hindeuteten, daß abgesehen von der Verpflichtung für die USA, ihre Systeme nicht an Drittstaaten weiterzugeben, und für die Franzosen und Briten, ihre Systeme nicht zu erhöhen, die SU nicht darauf beharre, britische und französische Potentiale im Rahmen einer europäischen Null-Lösung für INF-Systeme anzurechnen und die INF-Problematik mit der SDI-Frage zu verknüpfen.

Falls die SU jedoch in der INF-Frage auf ein Junktim zu SDI beharren sollte, so könnte dem mit der eigenen sowjetischen Argumentation entgegnet werden. Die SU habe erklärt, SDI sei deshalb so bedrohlich, weil unter dem Schutz eines BMD-Schilds das Schwert der weiterhin existierenden Offensivsysteme für einen Erstschlag gebraucht werden sollte. Wenn es aber in Europa keine amerikanischen PII und Cruise Missiles mehr gebe, dann gebe es auch kein Schwert mehr, dessen Existenz die Aufgabe der SDI verlange. Wie jüngste Gorbatschow-Äußerungen zeigten, sei sich der Generalsekretär der Unlogik einer Argumentation bewußt, die den INF-Bereich mit SDI verknüpfe.

5) Nachdem D2A bereits zu Beginn des Gesprächs auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, im SDI-Forschungsprogramm eine konkrete rüstungskontrollpolitische Perspektive zu geben, erklärte er, er wolle abschließend und auf ausdrücklichen Wunsch des Bundesministers nochmals die Bedeutung kooperativer Lösungen im Verhandlungsbereich Defensiv-/Weltraumwaffen unterstreichen. Gerade Botschafter Nitze habe großen Anteil an amerikanischen Überlegungen, wie ein etwaiger Übergang zu einer Form der Abschreckung, die sich stärker als bisher auf defensive Elemente stützt, stabil gestaltet werden könnte. Jetzt müsse es darum gehen, aus diesen Überlegungen eine konkrete Verhandlungsposition zu entwickeln. Die Bundesregierung habe in mehrfachen Erklärungen nachdrücklich unterstrichen, daß die drastische Reduzierung nuklearer Offensivwaffen zwangsläufig Einfluß habe auf Umfang und Notwendigkeit erforderlicher Defensivsysteme. Dieser Standpunkt gelte weiter.

Nach unserer Auffassung müsse der bestehende rüstungskontrollpolitische Acquis zum Ausgangspunkt genommen werden für Regelungen, die das Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen festlegten. In dieser Hinsicht komme dem ABM-Vertrag und den SALT-Vereinbarungen[20] große Bedeutung zu.

18 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau vgl. Dok. 31, Anm. 19.

19 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 4. Februar 1986: „Ungezeichneter, damit als offizielle Stellungnahme gekennzeichneter Prawda-Artikel in Ausgabe vom 4.2.1986 unter der programmatischen Überschrift ‚Der europäische Aspekt' kommentiert ausführlich Vorschläge zum INF-Komplex in Gorbatschows Abrüstungsprogramm." Bemerkenswert sei: „Der Artikel stellt keinen Zusammenhang zwischen dem sowjetischen Vorschlag einer Null-Lösung in der ‚europäischen Zone' und dem sowjetischen Verlangen nach einem SDI-Verbot her. Artikel erweckt vielmehr – im Gegensatz zu Kwizinskijs Äußerungen in Bonn – den Eindruck, daß jüngstes sowjetisches INF-Angebot nicht unmittelbar mit Lösung der Weltraumwaffen-Frage verkoppelt sei." Arnot führte aus: „Der Artikel verrät im ganzen Duktus ein großes Drängen. Er hält dem Westen insgesamt vor, daß eine substantielle Antwort auf Gorbatschows Vorschläge bisher aussteht. Dabei – so wird suggeriert – enthalten diese doch viel Attraktives, gerade was den ‚europäischen Aspekt' angeht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; Referat 213, Bd. 139349.

20 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN,

Botschafter *Nitze* entgegnete, für die Administration bestehe zwischen dem ABM-Vertrag und SALT II eine negative Relation. Der SALT II-Vertrag sei nicht die richtige Antwort auf den ABM-Vertrag gewesen. Während der ABM-Vertrag die BMD-Problematik umfassend regele und die zulässige Zahl von BMD-Systemen auf ein System begrenzt habe, sehe SALT II keine echten Reduzierungen vor. Zudem seien die falschen Zählkriterien angewandt worden: Man habe nicht die Gefechtsköpfe, sondern die Abschußrampen begrenzt. Kurz gesagt, der SALT II-Vertrag habe nicht zu drastischen Reduzierungen von Offensivsystemen geführt. Bereits bei Abschluß des ABM-Vertrags habe der amerikanische Unterhändler erklärt: „Wenn binnen fünf Jahren kein Abkommen erzielt würde, das umfassendere Begrenzungen der strategischen Angriffswaffen vorsieht, könnten höchste Interessen der Vereinigten Staaten gefährdet werden. Sollte das eintreten, so würde es eine Grundlage für den Rücktritt vom ABM-Vertrag bilden."[21]

Botschafter *Lehman* fügte ergänzend hinzu, daß die USA den SALT II-Vertrag nicht ratifiziert hätten und nicht alle seine Bestimmungen einhielten. Woran sie gegenwärtig festhielten, seien die Obergrenzen für strategische Systeme. Hinzu komme, daß die USA den ABM-Vertrag strikt einhielten, während man dies von der SU nicht sagen könne.

Botschafter *Nitze* erklärte, die Geschichte der SALT-Verhandlungen zeige ganz deutlich, wie wichtig es sei, daß bereits erste rüstungskontrollpolitische Maßnahmen stabilisierend sein müßten, da man nicht ausschließen könnte, daß es darüber hinaus nicht zu weiteren Schritten komme.

D2A erklärte, auch uns seien die Schwächen der SALT-Vereinbarungen bewußt. Man müsse aber gleichzeitig sehen: Der ABM-Vertrag sei die Grundlage dafür, daß die USA jetzt die Erfüllung seiner Bestimmungen fordern könnten. Auch strebten die USA ein Abkommen über die Reduzierung von Nuklearwaffen an, das besser sei, nicht schlechter als der SALT II-Vertrag. Solange man aber noch keine bessere Lösung gefunden habe, sei es vernünftig, an einer bestehenden, wenn auch unbefriedigenden Regelung festzuhalten.

6) Abschließend erklärte Botschafter *Lehman*, er halte es für möglich, daß einige europäische Verbündete der USA, insbesondere die Niederländer, der Auffassung sein könnten, daß nach einer INF-Null-Lösung für Europa alle anderen Probleme irrelevant geworden seien. Dies sei jedoch nicht der Fall. Auch die in Asien stationierten SS-20 haben ihre Relevanz für die Sicherheit Europas, daher seien globale Obergrenzen unerläßlich für jedes INF-Abkommen. Er wolle die Deutschen darum bitten, diesen Standpunkt unseren europäischen Verbündeten verständlich zu machen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 202

Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404. Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

21 Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der amerikanischen SALT-Delegation, Smith, vom 9. Mai 1972 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 402.

Botschafter *Ruth* erklärte hierauf, dies sei selbstverständlich. Uns sei bewußt, daß mit einem LRINF-Abkommen nicht über Nacht die Bedrohung für unsere Sicherheit aus der Welt geschafft sei. Gerade weil wir klar sähen, daß auch nach einem LRINF-Abkommen die Bedrohung für unsere Sicherheit weiter bestehe, sei uns daran gelegen, daß in die Antwort des amerikanischen Präsidenten an Generalsekretär Gorbatschow auch die SRINF-Problematik aufgenommen werde.

D2A wies darauf hin, daß er davon ausgehe, daß dieser Punkt auch von dem Antwortbrief des Bundeskanzlers an Präsident Reagan[22] aufgegriffen werde.

VLR I *Dr. Roßbach* fügte hinzu, für uns sei es gleichgültig, ob wir durch SS-20 oder SS-12/22 bedroht würden. Eine Nicht-Umgehungsklausel in einem INF-Abkommen sei für uns unverzichtbar. Die USA müßten das westliche Interesse daran unterstreichen, daß ein Prozeß eingeleitet werde, der zum Abbau der Ungleichgewichte im SRINF-Bereich führe.

VS-Bd. 11305 (220)

22 Mit Schreiben vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan legte Bundeskanzler Kohl dar: „As the discussions with Ambassador Nitze have shown, we are agreed that an LRINF interim solution should also embrace the question of SRINF in order to ensure that an LRINF agreement cannot be circumvented and to prevent the emergence of a new nuclear grey area. This concerns our security, for a zero solution for LRINF in Europe would give a new dimension to the threat inherent in the glaring imbalance with respect to SRINF. This threat would apply particularly to the Federal Republic of Germany. It will be the task of the Special Consultative Group to elaborate the details of a western position on this subject very soon. Permit me to refer in this context to US deliberations which have been articulated on previous occasions within the Alliance and repeated by Ambassador Nitze. They concern the intention, in connection with the reduction or removal of Pershing II systems, to demand the right to ‚convert' the reduced Pershing II into Pershing I b. Such a demand would not be understood by the German public and might cast doubt on our motives for having at the time supported the NATO two-track decision. It might also prompt the Soviet Union to claim a similar right for itself. In my view it would be far more in keeping with the logic of western arms control policy for the West to claim in respect of SRINF the right to compensate for Soviet superiority in a suitable manner if this cannot be achieved by reductions." Vgl. VS-Bd. 13764 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

34

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Bhagat

9. Februar 1986[1]

BM heißt Gast willkommen und dankt, daß dieser Durchreise zu Abstecher und Gespräch in Bonn genutzt habe.[2]

AM dankt seinerseits für Einladung zu Meinungsaustausch. Er erinnere sich gern des Besuchs von BM in Delhi im Juli 1985.[3] Er sei dort Gast bei Dinner im Ashokahotel gewesen, zu dem Botschafter Schödel ihn und andere ehemalige Minister eingeladen habe. Dies habe er als rücksichtsvolle Geste des Botschafters registriert.

BM: Wir betrachteten mit großem Interesse Entwicklung in Indien, die beispielhaft sei. Wie dieses Land mit kontinentalen Ausmaßen seine Ernährungsprobleme gelöst und das Funktionieren des demokratischen Systems sichergestellt habe, sei beeindruckend. Indien spiele eine wichtige Rolle in der Blockfreienbewegung, in Asien und insbesondere in Südasien, wo sich Regionalorganisation SAARC gebildet habe.[4] Es habe in der SU und der VR China einflußreiche Nachbarn.

Wir seien an engem politischem Dialog mit Indien interessiert – im persönlichen Austausch und über die Botschafter. Er habe mit Botschafter Schödel einen Diplomaten nach Delhi geschickt, der sich mit Umsicht dieser Aufgabe widme. Enge politische Konsultationen seien auch erforderlich, weil wir möglicherweise am Anfang eines entscheidenden Jahres stünden.

AM stimmt diesen Überlegungen zu. Da er gerade aus Washington komme, wolle er sich zuerst zu indisch-amerikanischen Beziehungen äußern. Diese nähmen Aufschwung. Zusammenarbeit intensiviere sich, nicht nur auf dem Gebiet der Hochtechnologie. Es gebe jedoch noch unbeantwortete Fragen, was man aber nicht überbewerten solle (Pakistan, Afghanistan, Indischer Ozean).

Hinsichtlich Afghanistans habe Indien gewisse Rolle gespielt („we did play some role"). So habe Präsident Reagan während seines Treffens mit PM Gandhi am Rande der VN-GV[5] um Übermittlung amerikanischer Kooperationsbereitschaft gebeten. GS Gorbatschow habe sich zu Rückzug sowjetischer Truppen bereit erklärt, sofern Einmischung Dritter in Afghanistan aufhöre. Präsident Reagan

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elias am 10. Februar 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 18. Februar 1986 vorgelegen.

2 Der indische Außenminister Bhagat befand sich auf der Rückreise aus den USA, wo er sich vom 5. bis 8. Februar 1986 aufgehalten hatte.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1985 in Indien auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 191.

4 Zur Gründung der South Asia Association for Regional Cooperation (SAARC) vgl. Dok. 5, Anm. 12.

5 Präsident Reagan und Ministerpräsident Gandhi trafen am 23. Oktober 1985 in New York zusammen.

habe dazu ihm, Bhagat, gegenüber geäußert: „Gorbachev wants us to help him out." Man werde sich weiterhin um Lösung bemühen.

In Südasien hielten Bemühungen um Ausgleich an. Dies insbesondere im Verhältnis zu Pakistan, mit dem Dialog auf allen Ebenen Fortschritte mache. Zur Zeit gebe es in beiderseitigen Beziehungen keine Spannungen. Es bewege sich etwas, jedoch langsam. Und es gebe Widersprüche. Im Gegensatz zu dem, was im Abkommen von Simla[6] vereinbart worden sei und was Präsident Zia gesagt habe, stünde z. B. die Resolution der Muslimliga von PM Junejo, die VN-Vermittlung für Kashmir gefordert habe. Präsident Zia, dazu befragt, habe Indern gesagt, er (Zia) stehe zu seinen Zusagen.

Hinsichtlich SAARC habe man sich von EG inspirieren lassen. Organisation befinde sich in Konsolidierungsprozeß. (Auf Frage BM zu Kooperation SAARC–EG, die kürzlich von bangladeschischem AM angeschnitten worden war[7]:) Erst müsse SAARC eigene Position konsolidiert haben.

BM: Dies sei auch unser Ratschlag. Wir blieben in dieser Frage offen.

AM kommt auf Pakistan und amerikanische Waffenlieferungen zurück. Indische Einwände erklärten sich aus historischer Erfahrung. Überdies sei Großteil pakistanischer Armee an Grenzen zu Indien konzentriert. Pakistanische Marine werde modernisiert, wobei diese Zugriffsmöglichkeiten auf Erdölinstallationen in Bombay erhalte. Er habe deshalb mit Erstaunen Kritik im deutschen Parlament und in deutscher Presse an Waffenkäufen indischer Armee zur Kenntnis genommen.

BM: Nicht Indien, sondern die Bundesregierung sei kritisiert worden. Diese vertrete Standpunkt, daß Indien von hochgerüsteten Staaten umgeben sei und man deshalb für seine Waffenwünsche Verständnis zeigen müsse.

AM: Jeder Staat habe eine ihm eigene Sicht der Dinge. Auf Grund der Erfahrung dreier Kriege mit Pakistan könne es sich keine indische Regierung gegenüber ihrer Öffentlichkeit erlauben, die indischen Sicherheitsinteressen zu vernachlässigen. Dies habe er auch amerikanischen Gesprächspartnern verdeutlicht.

BM fragt nach Möglichkeit, indisch-pakistanische Grenze zu entmilitarisieren.

AM: Man sei dabei, vertrauensbildende Maßnahmen zu vereinbaren. Als erstes seien beide Seiten übereingekommen, keinen Erstschlag gegen ihre Nuklearanlagen zu führen. Darüber dürfe militärische Wachsamkeit jedoch nicht nachlassen. Bitte um Lieferung der Feldhaubitze 70[8] sei indische Antwort auf Modernisierung pakistanischer Armee.

6 Am 2. Juli 1972 unterzeichneten Indien und Pakistan in Simla ein Abkommen über die Abkommen über die bilateralen Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 858, S. 72 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 358–360.

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury am 10. Januar 1986; Dok. 5.

8 Vortragender Legationsrat Lutz teilte Ministerialdirigent Loeck, z. Z. Neu Delhi, am 8. Juli 1985 mit: „1) Fa. Merex hat mit Schreiben vom 3.7.85 um Auskunft zu Genehmigungsaussichten einer unmittelbar deutschen Lieferung von FH-70 Feldhaubitzen nach Indien gebeten, und zwar: 400 gezogenen FH-70, 200 auf leicht gepanzerten Kettenfahrzeugen montiert. Fa. Merex behauptet, Indien sei mit britischem Angebot unzufrieden und wünsche deutsche Regierungs- oder Firmenofferte. […] 2) Die FH-70 wird gemäß interner Absprache der Kooperationspartner ITA-GB-D von GB in

BM erkundigt sich nach möglichen indischen Garantien für Afghanistan.

AM: Diese Rolle könnten nun die USA übernehmen. Für SU sei hinsichtlich Afghanistans letztlich nur Status vergleichbar dem Finnlands akzeptabel.

BM: Lösung der Afghanistanfrage sei für ganze Region wichtig. Für Afghanistan käme nur wirklich blockfreier Status in Frage. Wir verstünden und respektierten Sicherheitsinteressen der SU. Eine Lösung des Afghanistankonflikts würde sich auch positiv auf indisch-pakistanisches Verhältnis auswirken. Bundesregierung begrüße Bemühungen von PM Gandhi um vertrauensbildende Maßnahmen zu Pakistan. Dies sei der richtige Weg.

Entsprechendes gelte auch für Europa. Mißtrauen, Mißverständnisse müßten abgebaut werden. Entscheidend sei zumeist nicht die eigene Haltung, sondern wie diese interpretiert werde. Vertrauensbildende Maßnahmen wirkten Mißverständnissen entgegen.

Frage nach Indiens Verhältnis zur VR China und Sowjetunion.

AM: Mit den Chinesen befinde man sich im Dialog, in den vergangenen zweieinhalb Jahren habe es fünf Gesprächsrunden gegeben. China habe sich 1962 indischen Territoriums bemächtigt[9], Normalisierung sei erst nach Lösung der Grenzfrage möglich. Chinesischer PM Zhao Ziyang habe PM Gandhi nach Peking eingeladen (anläßlich VN-GV), er – Bhagat – habe gleichfalls Einladung. Besuche könnten aber nur realisiert werden, wenn Chinesen in der Grenzfrage mehr Flexibilität zeigten. („The Chinese talk softly, but act hard.")

Beziehungen zu SU seien solide und gut. Während des letzten Besuchs von PM Gandhi in Moskau[10] seien zwei Memoranden unterzeichnet worden. Der Handel soll in den nächsten fünf Jahren verdoppelt, der wissenschaftlich-technologische Austausch intensiviert werden. (Auf Frage:) Indische Regierung erwarte keine Änderung der sowjetischen Haltung unter neuer Führung gegenüber Indien bzw. der Region. Indisch-sowjetisches Verhältnis sei durch Parallelität nationaler Interessen bestimmt. Persönliches Verhältnis zwischen PM Gandhi und GS Gorbatschow sei gut.

BM: 1986 sei ein wichtiges Jahr, sowohl für Gesamtheit der West-Ost-Beziehungen als auch für Europa. Es spiele sich bemerkenswerter Prozeß europäi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 206

Indien angeboten. Wir hatten gegen GB-Exportwünsche keine Bedenken erhoben. 3) Ob Übernahme der Verhandlungsführung in Indien durch deutsche Seite nach den Kooperationsabreden überhaupt möglich und politisch vertretbar, erscheint zweifelhaft und bedarf ggf. noch eingehender Prüfung (Beteiligung BMVg, auch BMWi)." Vgl. den Drahterlaß Nr. 70; Referat 424, Bd. 137457. Referat 424 notierte am 20. März 1986: „Indische Entscheidung zum Ankauf einer Feldhaubitze scheint sich in aktuellem Stadium zu befinden. Neben der trilateralen Feldhaubitze 70 (GB, ITA, D) haben Frankreich und Schweden aussichtsreiche Angebote abgegeben. Es geht um die Lieferung von 400 Feldhaubitzen (deutscher Lieferanteil 67 %) sowie um Lieferung von 400 Zugfahrzeugen (Fa. MAN). Einschl[ießlich] Lizenzvergabe für indischen Nachbau sowie Munitionslieferung soll das Gesamtvorhaben einen Wert von ca. 2,9 Mrd. DM erreichen." Vgl. Referat 424, Bd. 137458.

9 Seit 1954 verhandelten Indien und die Volksrepublik China über den Grenzverlauf im Himalaja. Nachdem 1958 bekanntgeworden war, daß chinesische Truppen unbemerkt beanspruchte Gebiete besetzt hatten, kam es wiederholt zu Grenzzwischenfällen. Am 20. Oktober 1962 unternahm die chinesische Armee einen Angriff auf Gebiete im Norden Indiens. Nach einer Reihe von militärischen Erfolgen gab die chinesische Regierung am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 422, Dok. 438 und Dok. 462.

10 Ministerpräsident Gandhi besuchte die UdSSR vom 21. bis 26. Mai 1985. Ein weiterer Besuch fand am 26. Oktober 1985 statt.

scher Selbstbesinnung ab. Europäische Einigung mache Fortschritte, dem entspreche technologische Selbstbehauptung (EUREKA[11]). Bemerkenswert sei auch Formulierung der europäischen Sicherheitsinteressen. Dominierende Zweierbeziehung USA–SU müsse durch andere Zentren ergänzt werden: Indien, Blockfreie, VR China, EG.

Europa umfasse aber nicht nur EG. Es werde immer deutlicher, daß gesamtes Europa sich seiner geschichtlichen und kulturellen Identität bewußt werde. Das führe dazu, daß auch kleinere Länder des Warschauer Paktes stärkere Rolle spielen wollten. Dabei seien ihnen natürlich Grenzen gesetzt, hinsichtlich ihrer ideologischen Position z. B. Diese Beziehungen seien jedoch zusätzliches Element europäischer Identität.

Unsere Beziehungen zur DDR würden intensiver. Früher hätte deutsch-deutsches Verhältnis internationale Beziehungen häufig belastet, heute seien sie Motor der West-Ost-Beziehungen.

Der KSZE-Prozeß biete großen und kleinen europäischen Staaten Möglichkeit, Rolle zu spielen. Dabei bemühe man sich im Rahmen der KVAE um vertrauensbildende Maßnahmen. Es sei wichtig, die verschiedenen Abrüstungsgremien zu nutzen, um neuen Rüstungswettlauf zu verhindern. Treffen Reagan–Gorbatschow[12] sei in diesem Zusammenhang wichtig gewesen. Es sei zu Klimaverbesserung gekommen. Nächstes Mal müßte man substantielle Ergebnisse erzielen.

Bezüglich innereuropäischer Beziehungen wolle er ergänzend darauf hinweisen, daß der Warenaustausch mit den Staaten des Warschauer Paktes nicht nur geschäftliche, sondern auch Maßnahme der Vertrauensbildung sei. Westeuropa und die SU hätten sich viel zu geben. Zwar könne dieses Verhältnis die Beziehungen SU/USA nicht ersetzen, doch deren Rahmen erweitern.

Wichtige Rolle bei Vertrauensbildung und Stabilisierung messen wir Regionalgruppierungen zu. In diesem Zusammenhang wolle er auf Zusammenarbeit EG/ASEAN und Kooperationsabkommen der Europäer mit den zentralamerikanischen Staaten von 1985[13] hinweisen. Dadurch werde Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung geleistet.

Regionale Fragen müßten auf regionaler Basis gelöst werden, sie dürften nicht zu einer Funktion des West-Ost-Gegensatzes werden. Blockfreie, unter denen Indien von uns hochgeschätzte Rolle spiele, hätten hier wichtige Aufgabe – wie auch die EG.

AM: Er erkenne ausgleichende Rolle der EG in dieser Hinsicht an. Die Bundesrepublik Deutschland habe mit ihrer Ostpolitik einen ersten Schritt zur Entspannung getan. Er stimme BM zu, daß 1986 wichtiges Jahr sei, an dessen Ende der Frieden greifbarer geworden sein müsse. Indien habe immer auf dieses Ziel hingearbeitet. Folgerichtig sei 1983, als sein Land Vorsitz der Blockfreien

11 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 2, Anm. 31–33.

12 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

13 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

übernommen habe, in der Deklaration von New Delhi[14] als erstes die Forderung nach Frieden und (nuklearer) Abrüstung erhoben worden.

Im Januar 1985 habe in indischer Hauptstadt Gipfelkonferenz der sechs Staats- und Regierungschefs von Indien, Mexiko, Argentinien, Tansania, Schweden und Griechenland stattgefunden. Diese hätten Supermächte aufgefordert, auf

– Moratorium sowie

– umfassendes Versuchsverbot für Atomwaffen

hinzuwirken.[15] Griechischer PM[16] und PM Gandhi seien sich vor zwei Wochen in Delhi darin einig gewesen, daß Kreis der Sechs erweitert und die Supermächte zu inhaltlichen Fortschritten in der Nuklearfrage gebracht werden müßten.

BM: Wir seien dabei, westliche Stellungnahme zu Gorbatschow-Vorschlägen[17] zu erarbeiten; GS spreche von „Programm". Dieses solle auf kommendem (KPdSU-)Parteitag[18] bis Ende des Jahrtausends festgeschrieben werden. Dort, wo wir mit Vorschlägen nicht einverstanden seien, wollten wir konstruktive Gegenvorschläge unterbreiten.

Zusammenfassend ließe sich zum West-Ost-Dialog sagen: Die Gorbatschow-Vorschläge enthielten hinsichtlich der Verifikation substantielle Änderung. 1986 könnte in Stockholm akzeptables Ergebnis erzielt werden. Bei MBFR-Verhandlungen in Wien stelle westlicher Vorschlag vom Dezember 1985[19] Durchbruch dar. Sowjetische Antwort sei recht positiv. Weltweites, verifizierbares Verbot chemischer Waffen sollte möglich sein. Entsprechendes gelte für Mittelstreckenwaffen. Möglichkeiten, insgesamt zu Übereinkunft für offensive und mögliche defensive Waffen zu gelangen, müßten weiterverfolgt werden. Dabei dürften wir keine Chance ungenutzt lassen.

Er, BM, wolle jetzt die Verschuldungsproblematik ansprechen. Hier seien die IL gefordert. Sie müßten ihre Märkte nicht nur Rohstoffen, sondern auch Industrieerzeugnissen aus EL öffnen. Es stelle sich auch die Frage nach Cancún.[20] Er erinnere sich noch gut der bedeutsamen Rolle, die Frau Gandhi dort gespielt habe. Wir hätten als erste die Initiative von Mexiko und Österreich unterstützt. Cancún I und seine Ergebnisse seien positiv zu bewerten. Ein Fehler sei es jedoch gewesen, keine Folgetreffen mit Erfolgskontrolle vereinbart zu

14 Für den Wortlaut der „Botschaft von Neu Delhi" der siebten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 344–346.

15 Für den Wortlaut der Erklärung der Präsidenten Alfonsín (Argentinien), de la Madrid (Mexiko) und Nyerere (Tansania) sowie der Ministerpräsidenten Gandhi (Indien), Palme (Schweden) und Papandreou (Griechenland) nach einem Treffen am 28. Januar 1985 in Neu Delhi vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 229–231.

16 Andreas Papandreou.

17 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

18 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

19 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

20 Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

haben. So sei kein greifbares Resultat verblieben. Wie steht indische Regierung zu Folgetreffen?

AM äußert sich pessimistisch. Es gebe keine Fortschritte im Nord-Süd-Dialog. Lehren von Cancún seien vergessen. Verschuldungssituation sei gravierend. Dabei sei die zentrale Frage, wie Schuldnerländer zu Geld kommen könnten, um ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. In der Regel könnten sie nicht genug exportieren. Indien erfahre dies zur Zeit am eigenen Leibe. Nachdem es seinen Handel liberalisiert habe, seien die Importe überproportional gestiegen. Sie hätten bereits jetzt das für 1990 erwartete Niveau erreicht. Das jährliche Handelsdefizit mit uns betrage rd. zwei Mrd. DM.

BM: Er sehe die Schwierigkeiten. Nach Beginn einer Phase der Liberalisierung normalisiere sich die Lage erst wieder langsam. Was den deutsch-indischen Warenaustausch angehe, so sei deutscher Exportüberhang auch eine Folge bisheriger Überbewertung des Dollar. Hier werde sich im Laufe des Jahres einiges ändern. Wir seien nicht glücklich über indisches Handelsdefizit. BMWi Bangemann habe das Problem in Delhi aufgenommen.[21]

AM: Indien befinde sich in einer schwierigen Lage. Die Importe nähmen überproportional zu. Gleichzeitig nähmen die EZ-Leistungen, der IDA z. B., ab. In dieser Situation sehe sich indische Regierung internem Druck ausgesetzt, liberale Wirtschaftspolitik zurückzudrehen. Regierung werde den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, brauche aber das Verständnis ihrer Partner.

1983 hätten Blockfreie vergeblich nach internationaler Finanzkonferenz verlangt.[22] Das bringe ihn wieder auf Cancún. Der österreichische Bundeskanzler[23] habe PM Gandhi unlängst neues Cancún vorgeschlagen. Er, Bhagat, habe seinem Premier gesagt, daß zuvor substantielle Anstrengungen der IL vonnöten seien.

BM lädt AM Bhagat für dieses Jahr zu offiziellem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland ein.

AM nimmt dankend an. Zuerst wolle man Besuch des Bundeskanzlers in Indien[24] vorbereiten, danach komme er gerne. Er kenne die Bundesrepublik

21 Bundesminister Bangemann hielt sich vom 6. bis 11. Februar 1986 in Indien auf. Botschafter Schödel, Neu Delhi, teilte dazu am 13. Februar 1986 mit, die Gespräche hätten folgende Schwerpunkte gehabt: „Appell an INI zu konstruktivem Mitwirken an neuer GATT-Runde, verknüpft mit Warnung, GATT-System dürfe nicht durch bi- oder trilaterale Handelsabsprachen abgelöst werden. […] Verständnis für indische Sorge über wachsendes A[ußen]H[andels]-Defizit. Zugleich Bereitschaft, auch deutscherseits im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Überwindung dieses Ungleichgewichts beizutragen, vor allem durch Intensivierung wirtschaftlicher Kooperation kleiner und mittlerer Unternehmen, aber auch bessere Nutzung des Marketing-Instrumentariums (Workshops), […] Bereitschaft zur Prüfung, ob Produktionszweige, die in Deutschland aus Kostengründen nicht mehr wettbewerbsfähig arbeiten, nach INI verlagert werden können. Bekenntnis zur Notwendigkeit internationaler Arbeitsteilung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 255; Referat 340, Bd. 156086.

22 In der Schlußdeklaration der siebten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi wurde die Einberufung einer internationalen Konferenz über Währungs- und Finanzfragen der Entwicklungspolitik vorgeschlagen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1983, D 365 f.

23 Fred Sinowatz.

24 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 27. bis 30. April 1986 in Indien vgl. Dok. 125 und Dok. 129.

Deutschland seit den 60er Jahren. Die Beziehungen seines Landes zur Bundesrepublik Deutschland seien von besonderer Bedeutung („crucial and vital"). Er persönlich wolle alles tun, um sie zu vertiefen.

(AM spricht nach Hinweis von Botschafter Kamtekar abschließend Sikh-Extremismus[25] an:)

Wir seien über Phänomen des Sikh-Extremismus im Punjab informiert. Dieser habe Frau Gandhi das Leben gekostet.[26] Jede Normalisierung werde Zeit benötigen. Der Sikh-Extremismus habe eine internationale Dimension, vor allem gebe es Verbindungen in die USA, nach Kanada und Großbritannien. Er schätze unser bisher gezeigtes Verständnis in dieser Frage und bitte um anhaltende Hilfestellung.

BM: Wir schöpften alle unsere rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Terrorismus der Sikhs aus. Er könne ihm versichern, daß wir in unseren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachlassen würden.

Referat 010, Bd. 178901

25 Referat 510 erläuterte am 16. Januar 1986: „Seit mehreren Monaten beklagt sich die indische Seite über zunehmende Aktivitäten radikaler Sikhs in der Bundesrepublik Deutschland. Die indische Botschaft hat bei verschiedenen Stellen, u. a. AA, Justizministerium Nordrhein-Westfalen, umfangreiches Material übergeben, welches Anhaltspunkte für strafrechtlich relevantes Verhalten von Sikhs in Deutschland enthalten soll. Das von der indischen Botschaft übergebene Material ist den zuständigen Staatsanwaltschaften zur Prüfung weitergeleitet worden. Verschiedene Verdachtsmomente haben zu einzelnen Ermittlungsverfahren wegen unberechtigter Titelführung (‚Generalkonsul von Khalistan') sowie unberechtigter Emission von Geldnoten und Briefmarken der ‚Republik Khalistan' geführt. […] Die indische Botschaft hat durchblicken lassen, sie wünsche eine weitergehende strafrechtliche Verfolgung der Sikhs. Es ist ihr wiederholt dargelegt worden, daß alleiniger Maßstab für die Beurteilung der Strafbarkeit das deutsche StGB sei. […] Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamts konnten extremistische und terroristische Gewalttaten durch Sikh-Angehörige bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht festgestellt werden." Vgl. Referat 340, Bd. 156086.

26 Ministerpräsidentin Gandhi wurde am 31. Oktober 1984 in Neu Delhi ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

35

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-699/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 22
Citissime

Aufgabe: 10. Februar 1986, 15.45 Uhr[1]
Ankunft: 10. Februar 1986, 15.55 Uhr

Betr.: KVAE;
hier: Gewaltverzichts (GV)-Text

Bezug: DB Nr. 13 vom 3.2.1986 – 341.00 GV-63/86 VS-v[2]

1) Treffen im kleinen Kreis am 8.2.1986 war vorgesehen, um Einigung über GV-Text zu erreichen, der danach von einem der Partner im 16er Kreis eingeführt werden sollte, um Westen endlich bei GV handlungsfähig zu machen. Neue Weisung von F erschwert diesen Prozeß, da Paris an seinem am 2.2.1986 hier vorgelegten Text[3] weitgehend festhält, ohne auf das gemeinsam erarbeitete Papier vom 2.2.1986[4] Rücksicht zu nehmen. Dahinter steht derzeitige französische Überlegung, ggf. sogar im Alleingang französischen GV-Text in die Konferenz einzuführen, der deutlich ein eigenes westliches GV-Konzept markieren und in toto auf den Konferenztisch gelegt werden soll (d. h., es soll sich nicht mehr um Bausteine für westliche Verhandlungsführung handeln).

2) Vor allem US und UK nahmen z. T. sehr hart gegen Äußerungen von d'Aboville gegenüber US- und UK-Vertretern in Paris Stellung (contemptuous attitude) und gaben zu verstehen, daß sie sich ihr Vorgehen nicht von Paris diktieren lassen. Sie seien ggf. auch bereit, ohne F zusammen mit D Text zu erarbeiten. Es wäre bedauerlich, wenn die mögliche Steuerungsfunktion des kleinen Kreises verlorenginge. US-DL[5] betonte, daß es für Washington schwierig sei, Zustimmung der Administration zu GV-Elementen durchzusetzen, wenn diese

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 11. Februar 1986 vorgelegen.

2 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete, „der kleine Kreis von Allianzpartnern" habe am Vortag Textelemente zum Gewaltverzicht erarbeitet: „Text betont zu Beginn den konzeptionellen Zusammenhang zwischen VSBM und GV durch eine Reihe von ‚Brückenelementen'. Sachfremde Materien konnten weitgehend vermieden werden. Insbesondere haben US vorerst nicht auf Behandlung des internationalen Terrorismus [be]standen. Enthalten sind lediglich Passagen zu Menschenrechten und friedlicher Streitbeilegung. […] Papier ist nicht zur Einführung als geschlossenes Dokument des Westens gedacht, sondern soll lediglich Bausteine zur Verwendung im Redaktionsprozeß liefern. Nach Billigung durch Hauptstädte der beteiligten Partner soll Text in den größeren Kreis eingeführt werden. F besteht bisher noch auf vorheriger Befassung der Zwölf vor Behandlung durch NATO-Caucus." Vgl. VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 7. Februar 1986: „Französische Delegation verteilte heute nur im kleinen Kreis neuen GV-Text […], welcher F-Beitrag zur am 8.2.1986 vorgesehenen Diskussion im kleinen Kreis darstellt. Paris scheint wenig Rücksicht auf mühsam erreichten Kompromiß vom 2.2.1986 zu nehmen und gefährdet damit h[iesigen] E[rachtens] die rechtzeitige westliche Abstimmung (vielleicht bewußt). […] In der Substanz stellt ‚neuer' Text im wesentlichen eine Wiederholung der Elemente dar, die F bereits am 2.2.1986 in den kleinen Kreis eingeführt […] hat. Der am 2.2.1986 erarbeitete Kompromißtext wird nur gelegentlich berücksichtigt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 20; VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Für das Papier vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 13 vom 3. Februar 1986; VS-Bd. 11425 (221).

5 Robert L. Barry.

danach noch einem langwierigen Redaktionsprozeß der Zwölf unterworfen würden. Wir erinnerten daran, daß das gemeinsame Papier vom 2.2.1986 fast alle F-Elemente aufgenommen habe; vor allem der von F gewünschte Link-Teil sei durch unsere Beiträge noch umfangreicher geworden. Wir legten weiterhin Wert auf einen gemeinsamen Text, der entweder von F oder UK oder uns nahezu gleichzeitig in den 12er und in den 16er Kreis eingeführt würde und damit die Chance biete, bald eine westliche Position zu erarbeiten.

Es sei taktisch falsch, einen westlichen Minimal-Text auf einmal auf den Konferenztisch zu legen und dadurch den WP zu zwingen, das westliche Papier als zu gering abzulehnen und eigenen östlichen Text vorzulegen. (Westlicher Text sollte unseren Verhandlungsführern als Steinbruch dienen, um Bausteine Schritt für Schritt einzuführen bzw. N+N-Texte[6] zu ergänzen.)

UK und US stimmten unseren Argumenten zu: Der Westen stehe nach Einführung eines von F als fast unveränderbar konzipierten Papiers mit dem Rücken zur Wand und verliere jede Verhandlungsfähigkeit. F-Vertreter schienen von Darlegungen der Partner beeindruckt und versprachen, neue Weisung bis Mitte der Woche einzuholen.

3) Es besteht Hoffnung, daß Paris doch noch einlenkt und sich an Verbesserung des Textes vom 2.2.1986 beteiligt.

Wir sollten in diesem Sinne auf Paris einwirken (ggf. auf Politischen Direktor[7]). Dabei sollte dem h. E. vorgeschobenen französischen Argument, die EPZ müsse eine größere Rolle spielen, mit Vorsicht begegnet werden. Der Westen kann sich in Stockholm keine Bremserrolle leisten, vor allem, wenn F die Konturen eines Abkommens schon im Mai sehen will. Es erscheint wenig sinnvoll, zunächst in wochenlangen Debatten in der EPZ einen Text zu erarbeiten, der danach noch im 16er Kreis mit US überarbeitet werden muß. Schon jetzt sind westliche Vertreter in AG „Gewaltverzicht“ in der Defensive.

4) Hinter dem neuen französischen Entwurf stehen im einzelnen noch folgende Überlegungen:

– F hat Gedanken an zwei separate Dokumente fallengelassen und ist jetzt einverstanden, daß GV-Text Teil eines einzigen Dokuments wird (positiv zu bewerten).
– F ist jedoch gegen Präambel-Ansatz und möchte GV-Text innerhalb eines einzigen Dokuments einen eigenständigen Platz einräumen (dies entspricht der Präferenz der Delegation).
– F möchte eine wörtliche und ausdrückliche GV-Bekräftigung vermeiden (US, wir und die meisten westlichen Partner sind aber – auch öffentlich – auf „Bekräftigung“ festgelegt, selbst AM Dumas sprach in Stockholm von Bekräftigung[8]).

6 Zum Vorschlag CSCE/SC.7 der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. November 1985 vgl. Dok. 8, Anm. 11.
7 Pierre Morel.
8 Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Dumas am 28. Januar 1986 in Stockholm vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Januar/Februar), S. 51–54.

– F versteht dementsprechend einen GV-Text eher als „exposé des motifs“ für die konkreten VSBM (für US, GB und uns ist dies zwar ein wichtiger Teil eines GV-Textes, aber eben nur ein Teil).
– F möchte dem Recht zur Selbstverteidigung (Art. 51 VN-Charta[9]) keine eigene Ziffer widmen, sondern es enger an Art. 2, 4 VN-Charta[10] anbinden. Dies ließe sich machen. US, GB und wir monierten allerdings, daß in Ziffer 9 des neuen französischen Entwurfs die Verbindung von Art. 51 zu VSBM unglücklich und falsch plaziert sei.
– F wünscht, den Bezug auf friedliche Streitschlichtung kurz zu halten (Angst vor eventuellen östlichen Konsultations-Forderungen). F-Text ist daher nicht dem fünften Prinzip der Schlußakte (friedliche Streitschlichtung) entnommen, sondern dem zweiten Prinzip (Gewaltverzicht – letzter Absatz).[11] Dies wird sich gegenüber den N+N (Schweiz), aber auch gegenüber westlichen Partnern (z. B. Kanada), nicht durchsetzen lassen.

5) Während GB zu dem „composite paper“ vom 2.2.1986 noch ohne Weisung war, laufen US-Kommentare darauf hinaus, die Worte „obligation“ und „undertaking“ durch „pledge“ zu ersetzen und insgesamt stärker auf die VN-Charta abzustellen.

In Ziffer 3 des „composite paper“ möchte US die Worte „and other matters pertaining to mutual security which could give rise to apprehension“ streichen.

In Ziffer 4 soll es statt „in accordance with the UN-Charter and the Helsinki Final Act“ heißen: „set forth in the UN-Charter and reaffirmed in the Helsinki Final Act“.

In Ziffer 8 möchten US letzten Satz etwas abschwächen.[12]

[gez.] Citron

VS-Bd. 11425 (221)

9 Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

10 Artikel 2, Ziffer 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 enthielt ein Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 436 f.

11 Für den Wortlaut von Punkt II bzw. Punkt V der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915 f.

12 Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Den Haag, berichtete am 13. Februar 1986, er habe die Frage des Gewaltverzichts am Rande der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 12./13. Februar 1986 mit der Unterabteilungsleiterin im französischen Außenministerium, Renouard, aufgenommen und erklärt, die Bundesregierung sei „äußerst besorgt über neueste französische Überlegungen in Stockholm, die sogar den Gedanken eines separaten französischen Papiers als eine mögliche Option einbezögen. Dieses Verfahren erscheine uns völlig unakzeptabel zu sein und in Widerspruch zu den zwischen den Ministern abgestimmten Positionen zu stehen. Wir hofften, daß F seine Position überprüfe und dazu beitrage, daß in kleinem Kreis in Stockholm auf der Grundlage des Papiers vom 2. Februar ein Text so schnell wie möglich finalisiert werde. […] Mme Renouard distanzierte sich mit Nachdruck von einem französischen Alleingang. Dies sei keine konkrete Option, sondern allenfalls ein letzter Ausweg. Vertiefte Analyse in Paris habe allerdings die Besorgnis verstärkt, daß bisheriger Text den Zusammenhang zwischen konkreten VBM […] und dem GV nicht in einer Weise deutlich mache, die gewährleiste, daß der Osten den konzeptionellen Zusammenhang nicht oder nicht so leicht auflösen könne.“ Renouard habe eine Prüfung des Sachverhaltes zugesagt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

36

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

209-360.90 SOW-484/86 geheim **12. Februar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Militärische Bedeutung der GSTD „Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland“ und der NVA „Nationale Volksarmee“

Bezug: Aufzeichnung des BND vom 13. Januar 1986 – Kennz. MIL A 0014/86 – 02-9-147/86 geh.

I. Der BND hat in einer Aufzeichnung vom Anfang des Jahres das Militärpotential des WP in der DDR und die Rolle der in der DDR stationierten Streitkräfte in den operativ-strategischen Planungen des WP dargestellt. Die wesentlichen Ergebnisse der Aufzeichnung werden nachstehend zusammengefaßt.

1) Die „Gruppe der Sowjetischen Truppen in Deutschland“ (GSTD) bildet mit insgesamt über 430 000 Mann die quantitativ und qualitativ stärkste „Gruppe der Truppen“ der sowjetischen Streitkräfte überhaupt.

(„Gruppe der Truppen“ sind in der sowjetischen Gliederung außerhalb der SU dislozierte Truppen auf der Ebene der Heeresgruppen. Sie umfassen sowohl Land- wie Luftstreitkräfte. Solche „Gruppen“ gibt es in Polen („Nördliche Gruppe der Truppen“, NGT), in der Tschechoslowakei („Zentrale Gruppe der Truppen“, ZGT) und in Ungarn („Südliche Gruppe der Truppen“, SGT). Die in diesen WP-Staaten dislozierten „Gruppen“ sind aber erheblich schwächer (bis zu fünf Divisionen) als die GSTD (19 Divisionen).

In der DDR sind etwa 20 % der sowjetischen Land- und über 10 % der taktischen Luftstreitkräfte stationiert; sie befinden sich ständig auf einem sehr hohen Bereitschaftstand (Einsatzbereitschaft sämtlicher Großverbände binnen 24 Stunden).

[1] Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim und Legationsrat I. Klasse Röhr konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 26. Februar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Bertram, Hanel und Freiherr von Stackelberg sowie an die Legationsräte I. Klasse Adamek und Geyer verfügte.
Hat Bertram am 26. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Adamek am 27. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Stackelberg und Hanel am 3. März 1986 vorgelegen.
Hat Geyer am 5. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Mulack am 7. März 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Berg verfügte.
Hat Berg am 7. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 13. März 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.
Hat Heyken am 14. März 1986 vorgelegen.

[2] Andreas Meyer-Landrut.

a) Zu den Landstreitkräften (19 Divisionen in fünf Armeen untergliedert) gehören

– nahezu 7000 – meist moderne – Kampfpanzer,
– über 6500 Schützenpanzer,
– über 3300 Geschütze und Raketenwerfer,
– 350 Kampfhubschrauber,
– 200 Kurzstreckenraketen vorwiegend für atomare und chemische Gefechtsköpfe.

b) Zu den Luftstreitkräften gehören 1800 Luftfahrzeuge, davon

– 900 Kampfflugzeuge (wirksame Eindringtiefe durchweg bis zum Rhein),
– 380 Kampfhubschrauber,
– 316 Feuereinheiten unterschiedlicher Flugabwehrraketen-Systeme.

c) Die sogenannten Streitkräfte besonderer Bestimmung (spetsnaz) umfassen ca. 90 Gruppen von zwischen vier und zwölf Soldaten für Sabotage (z. T. bereits vor Ausbruch von Kriegshandlungen).

d) Die GSTD verfügen nicht über Streitkräfte „strategischer Bestimmung". (Dies sind nach der sowjetischen Definition dieses Begriffs im militärpolitischen Sinne nur Teile der Marine und zusätzlich der Luft-[3]Streitkräfte[4], die die kontinentalen USA erreichen können; im organisatorischen Sinne sind dies die Einsatzmittel der Strategischen Raketentruppen und der Marine.)

In der DDR sind keine schauplatz-gebundenen strategischen Raketentruppen (SS-20) stationiert. Auch die im Zuge der „Gegenmaßnahmen" angekündigte Vorverlegung von SS-12/22[5] ist bis heute nicht als vollzogen und abgeschlossen nachweisbar. Festgestellt ist bisher nur die Vorbereitung von dafür erforderlicher Infrastruktur. Honeckers Rücknahme-Zusage[6] ist auch vor diesem Hintergrund zu bewerten.

2) Die Nationale Volksarmee (NVA) bleibt mit einer Friedensstärke von 185 000 Mann quantitativ deutlich hinter den Streitkräften Polens, der ČSSR, Rumäniens und Bulgariens zurück, steht jedoch qualitativ an der Spitze der osteuropäischen Streitkräfte. Im Unterschied zu den Streitkräften der anderen osteuropäischen Staaten ist die NVA nahezu in ihrer Gesamtheit dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte des WP unterstellt.

3 Der Passus „Teile der … der Luft-" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

4 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen: „oder Einsatzmittel".

5 Am 22. Mai 1984 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, die UdSSR habe am 14. Mai 1984 verkündet, „daß sie eine zusätzliche Anzahl neuer nuklearer Raketen in der DDR stationieren werde". Eine Nachfrage im amerikanischen Verteidigungsministerium habe ergeben, „daß nach neuesten Erkenntnissen neben den bekannten SS-12/22-Standorten in der DDR (Neustrelitz, Königsbrück, Fürstenberg, Templin) und in der ČSSR (Hranice) offensichtlich ein sechster in Bischofswerder (DDR) eingerichtet wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2301; VS-Bd. 11358 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 24. Januar 1986 vgl. den Artikel „‚Miteinander leben, gut miteinander auskommen'"; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 31. Januar 1986, S. 6.

a) Die Landstreitkräfte umfassen ca. 124 000 Mann. Bei Mobilmachung kann über 280 000 Reservisten, deren aktive Dienstzeit nicht weiter als fünf Jahre zurückliegt, verfügt werden. Alle Kampfverbände können binnen 48 Stunden einsatzbereit gemacht werden.

b) Die Luftstreitkräfte verfügen über ca. 780 Luftfahrzeuge, davon

– ca. 380 Kampfflugzeuge,

– ca. 100 Kampfhubschrauber,

– 100 Feuereinheiten unterschiedlicher Flugabwehrraketen-Systeme.

c) Die Marine ist die kleinste der drei WP-Marinen in der Ostsee, kann jedoch ihren Auftrag – zeitlich und räumlich begrenzt – erfüllen.

Die DDR verfügt neben der NVA über

– Grenztruppen (ca. 49 000 Mann),

– kasernierte Einheiten des Ministeriums des Innern (ca. 15 000 Mann),

– kasernierte Formationen des Ministeriums für Staatssicherheit (ca. 9000 Mann),

– Kampfgruppen der Arbeiterklasse (ca. 400 000 Mann).

Die ca. 13 000 Mann starken Verbände der Grenztruppen um Berlin (West) sind aufgrund ihrer Ausbildung und Bewaffnung zu selbständigen Gefechtshandlungen befähigt. Für die 36 000 an der innerdeutschen Grenze eingesetzten Mann gilt dies durchweg – noch – nicht.

Die kasernierten Einheiten und die Kampfgruppen sind mit leichten bis schweren Infanteriewaffen und mit einer Flugabwehrkomponente ausgerüstet.

3) Die Lagerung nuklearer Gefechtsköpfe für die GSTD in der DDR kann als gesichert angenommen werden; acht Lager können als typisches Sondermunitionslager eingestuft werden.

Ca. 350 Kampfflugzeuge der GSTD und ca. 310 Kampfflugzeuge der NVA sind uneingeschränkt für eine nukleare Einsatzrolle tauglich; bei letzteren ist ein entsprechender Einsatz jedoch wenig wahrscheinlich.

4) Die Produktion von C-Kampfstoffen ist in der DDR sichergestellt. In Kapen bei Dessau werden – vermutlich unter sowjetischer Kontrolle – chemische Kampfstoffe hergestellt. In 13 Lagern dürften die erforderlichen Voraussetzungen für die Lagerung von C-Kampfstoffen vorliegen. Gesicherte Erkenntnisse über die tatsächliche Lagerung und ihren Umfang fehlen jedoch.

Die Fähigkeit von GSTD und NVA zur chemischen Kriegsführung ist hoch.[7] Chemische Munition gibt es grundsätzlich für alle Rohrwaffen ab 100·mm, Mehrfachraketenwerfer und Raketen der Typen FROG/SS-21, Scud und SS-12/22.

5) Zum Teil neuere nachrichtendienstliche Erkenntnisse machen es wahrscheinlich, daß im Kriegsfall raumgreifende Operationen zur Erreichung strategischer Ziele ausschließlich durch sowjetische Kräfte geführt werden, während sich die NVA auf unterstützende Operationen begrenzter Tiefe – vermutlich

7 Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „BMVg bestreitet dies: Nur SU verfügt über aktive CW-Kampffähigkeit."

zum Schutz der nördlichen und südlichen Flanken – beschränken würde. Für eine Mischung von Kräften der GSTD und der NVA gibt es keine Anhaltspunkte.

Es ist jedoch davon auszugehen, daß es – z. B. für den Fall, daß die NVA sich als nicht einsetzbar erweisen sollte – alternativ auch die Option eines nur mit sowjetischen Kräften geführten Angriffs gibt.

6) Trotz der ungelösten Abgrenzungsprobleme gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und der insgesamt geringen Wehrmotivation junger Soldaten gibt es derzeit keinen begründeten Anlaß, an Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit der NVA zu zweifeln.

Aufgrund der Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge wird die DDR von 1988 bis 1996 nicht in der Lage sein, ihren auf jährlich ca. 95 000 Mann geschätzten Bedarf an Wehrpflichtigen allein aus den zum Grundwehrdienst Heranstehenden zu decken. In diesen Jahren entsteht ein Fehl von insgesamt über 100 000 Mann.

Es dürfte jedoch durch kompensierende Maßnahmen gelingen, die personelle Kampfkraft ohne schwerwiegende Einbußen zu erhalten.

II. Insgesamt zeigt diese Kräfteverteilung eine sehr starke Betonung der Angriffsfähigkeit der 1. Staffel der Westfront. (Die 2. Staffel würde nach den vorliegenden Erkenntnissen aus den westlichen Militärbezirken der SU, Baltikum und Weißrußland herangeführt.) Unter Ausnutzung des weit nach Westen vorragenden Territoriums der DDR (von Thüringen bis an den Rhein bei Mainz sind es nur ca. 150 km) soll diese Massierung von Angriffsverbänden fähig sein, in zwei operativen Richtungen mit Schwerpunkt in der norddeutschen Tiefebene den Rhein und damit das nach unseren Erkenntnissen erste strategische Ziel des WP zu erreichen. Erst für einen Stoß über den Rhein hinaus an den Atlantik – also nachdem die vorwärts des Rheins dislozierten Hauptkräfte der NATO bereits vernichtet sind – sollen dann die nachfolgenden Kräfte der 2. Staffel eingesetzt werden.

Diese Massierung zum raumgreifenden Angriff fähiger Streitkräfte in der DDR ist allein mit Defensivaufgaben oder gar nur der Kontrolle der DDR im Frieden nicht erklärbar. Sie ist vielmehr ein eindrucksvoller Beleg dafür, daß die SU einen Krieg, wenn er tatsächlich ausbrechen sollte, auf NATO-Territorium führen will.

02-9 hat mitgezeichnet.[8]

gez. Ploetz

VS-Bd. 13450 (213)

[8] Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

37

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma

310-310.10 NO **12. Februar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Nahost-Friedenskonferenz – Zusammenfassung

In seiner Straßburger Rede (28.1.1986)[4] und bei seinen Besuchen in Paris[5] und Bonn[6] forderte Mubarak die Europäer zu praktischen Beiträgen zur Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz auf. Wir haben grundsätzlich zugesagt, uns in Abstimmung mit unseren EPZ-Partnern für operative Schritte der Europäer einzusetzen. Vorschläge hierzu werden in einer gesonderten Aufzeichnung vorgelegt.[7]

Während radikale Kräfte in der arabischen Welt (Libyen, Teile der Palästinenserbewegung) an der Möglichkeit von Verhandlungslösungen mit Israel grundsätzlich zweifeln und an der „militärischen Option" festhalten und der Likud-Block in Israel allenfalls separate Direktverhandlungen für akzeptabel hält, ist

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter und Legationsrat I. Klasse Much konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 12. Februar 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 17. Februar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr wichtige und richtige Vorlage."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 19. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit an Referat 310 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 20. Februar 1986 vorgelegen.
Hat in Vertretung von Sudhoff Ministerialdirigent Sulimma am 20. Februar 1986 erneut vorgelegen.
Hat Schlagintweit vorgelegen.
Hat Sudhoff vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 25. Februar 1986 erneut vorgelegen.

4 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Mubarak vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vgl. COUNCIL OF EUROPE, Parliamentary Assembly, Thirty-Seventh Ordinary Session (Third Part), 27–31 January 1986, Official Report of Debates, Volume III, Sittings 21 to 28, Strasbourg 1986, S. 722–728.

5 Präsident Mubarak besuchte Frankreich am 28./29. Januar 1986.

6 Präsident Mubarak hielt sich am 30./31. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 31. Januar 1986 vgl. Dok. 29.

7 Ministerialdirektor Sudhoff notierte am 6. Februar 1986 Optionen der EG-Mitgliedstaaten: 1) Mandat für die EG-Ratspräsidentschaft, „auf politischer Ebene (Minister?) Gespräche mit Jordanien, Syrien, Ägypten und Israel zu führen", und Erörterung der Frage, „ob und ggf. wie die Zwölf zu einer Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte betreffend internationale Konferenz und palästinensische Beteiligung an Verhandlungen beitragen können"; 2) Gespräche mit der Arabischen Liga „über die Einbeziehung der Terrorismusbekämpfung in den Euro-Arabischen Dialog"; 3) bilaterale Gespräche der Bundesregierung mit der amerikanischen Regierung, bei denen u. a. „Schritte in Richtung auf Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes durch die USA angeregt werden sollten. […] Nur wenn die USA in Aussicht stellen, daß auch sie das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes im Gegenzug zur Akzeptierung des Existenzrechts Israels durch die PLO anerkennen werden, verspricht eine Kontaktaufnahme mit der PLO-Führung Aussicht auf Erfolg. Ein Kontakt der Präsidentschaft mit Arafat, der nur zu einer Aufwertung der PLO ohne Gegenleistung und zu einer Verstimmung zwischen Israel und den Zwölf führt, ist zu vermeiden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141109.

durch die Hussein/Arafat-Initiative vom 11. Februar 1985[8] und den Sieben-Punkte-Plan von MP Peres vom 21.10.1985[9] das Konzept einer internationalen Nahostkonferenz in das Zentrum der Friedensbemühungen gerückt.

Eine internationale Konferenz bildet zur Zeit den gemeinsamen Nenner, den sowohl die wichtigsten arabischen Beteiligten wie auch die USA akzeptieren können.

Die USA haben am 18.12.1985 zum ersten Mal den Ausdruck Internationale Konferenz benutzt; Israel spricht bisher nur von einem internationalen Forum, ohne eine Konferenz auszuschließen.

Strittig sind allerdings so entscheidende Fragen wie die der Funktion (JOR: Konferenz-Plenum als Schiedsrichter von Verhandlungen in bilateralen Kommissionen und Garant der Ergebnisse; ISR/USA: nur internationale „Initialzündung" für Direktverhandlungen; SU: Plenarkonferenz mit Vetorecht) und die Frage der Teilnehmer (Israel: PLO nein; SU nur bei Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen[10] und Ausreise für sowjetische Juden; USA: Teilnahme der SU nur, wenn sich diese „konstruktiv" verhält; JOR und Arafat: gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation, deren palästinensische Teilnehmer von der PLO gebilligt werden).

Die Zwölf haben sich zu einer NO-Konferenz bisher nicht ausdrücklich geäußert (wenn auch mittelbar durch Unterstützung der Hussein/Arafat-Initiative[11]).

Wir haben auf die internationale Akzeptanz des Verhandlungsrahmens abgestellt. Angesichts der drohenden Verhärtung der palästinensischen, aber auch der jordanischen Haltung – und damit des drohenden Scheiterns der Hussein/Arafat-Initiative – sollten die Zwölf in ihren Kontakten mit allen Konfliktparteien, also auch mit Israel, sowie mit den USA klar für eine internationale Konferenz eintreten. Dazu bedarf es keiner neuen Zwölfer-Erklärung.

8 Am 11. Februar 1985 einigten sich die jordanische Regierung und die Führung der PLO auf fünf Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1587. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 516. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 48.

9 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), teilte am 22. Oktober 1985 zur Rede des Ministerpräsidenten Peres vor der VN-Generalversammlung am Vortag mit: „Kernstück der bemerkenswerten Rede von Peres war der Vorschlag für eine ‚neue diplomatische Initiative', die auf folgender Grundlage erfolgen solle: ‚1) The objective of these negotiations is to reach peace treaties between Israel and the Arab states, as well as to resolve the Palestinian issue, 2) neither party may impose pre-conditions, 3) negotiations are to be based on United Nations security council resolutions 242 and 338 and on willingness to entertain suggestions proposed by other participants, 4) negotiations are to be conducted directly, between states, 5) if deemed necessary, these negotiations may be initiated with the support of an international forum, as agreed upon by the negotiating states, 6) this gathering can take place before the end of this year, in Jordan, Israel or any location, as mutually agreed upon. We will be pleased to attend an opening meeting in Amman, 7) negotiations between Israel and Jordan are to be conducted between an Israeli delegation on the one hand and a Jordanian – or a Jordanian-Palestinian – delegation on the other, both comprising delegates that represent peace, not terror. […] The permanent members of the security council may be invited to support the initiation of these negotiations. It is our position that those who confined their diplomatic relations to one side of the conflict, exclude themselves from such a role'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2132; Referat 230, Bd. 142182.
Für den Wortlaut der Rede vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/40/PV.42.

10 Die UdSSR brach am 10. Juni 1967 die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.

11 Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 29. April 1985; EUROPA-ARCHIV 1985, D 437.

Was die zentrale Frage der PLO-Teilnahme anbelangt, so gilt nach wie vor die Aussage der Venedig-Erklärung[12], daß die PLO am Friedensprozeß beteiligt werden muß.

Sulimma

[Anlage]

5. Februar 1986

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Nahost-Friedenskonferenz

1) Die jahrzehntelange Geschichte des israelisch-arabischen Konflikts kennt eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen, die sich fast durchweg auf den Inhalt einer Friedensregelung beziehen und dabei zumeist unvereinbare Grundsätze postulieren.

Zum Prozedere gibt es weitaus weniger Vorschläge. Die Einsicht, daß eine dauerhafte Regelung nur über Verhandlungen zu erreichen ist, wurde im Nahen Osten erst nach Jahrzehnten überwiegend akzeptiert.

Die gemäßigten arabischen Staaten und die Mehrheit der Palästinenser erkannten erst allmählich, daß Israel dank der amerikanischen Unterstützung militärisch unbesiegbar ist. Das Wissen um Israels Nuklearkapazität tat ein übriges.

Trotzdem lehnen die Radikalen (Libyen, Teile der Palästinenserbewegung) Verhandlungen mit Israel als aussichtslos ab oder sehen in ihnen nur eine taktische Etappe auf dem Weg zur Auslöschung des „zionistischen Gebildes".

Syrien hält Verhandlungen erst dann für aussichtsreich, wenn zwischen Arabern und Israel eine Kräfteparität erreicht sein wird.

Auch in Israel hält die extreme Rechte Verhandlungen, ohne dies offen zu sagen, für utopisch. Die Besetzung von „Judäa und Samaria"[13] und dem Golan[14] betrachtet sie als irreversibel; ein weiterer Exodus von Palästinensern aus Israel und den besetzten Gebieten dürfte zu ihren unausgesprochenen Fernzielen gehören.

Das Palästinenserproblem sei dadurch gelöst, daß in Transjordanien bereits der „palästinensische Staat" geschaffen wurde. Ähnlich wie die radikalen Palä-

12 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

13 Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppen auf der Sinai-Halbinsel an und nahmen einen Tag später den Gaza-Streifen und den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Die Kampfhandlungen fanden am 10. Juni 1967 mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gebietes westlich des Jordans durch Israel ein vorläufiges Ende. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

14 Referat 310 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung zum israelischen Gesetz vom 14. Dezember 1981 über die „Unterstellung der besetzten Golan-Höhen unter Recht, Rechtsprechung und Verwaltung Israels", es sei „buchstäblich aus heiterem Himmel und ohne erkennbaren Anlaß" in nur einem Tag im Kabinett und im Parlament „durchgepeitscht" worden: „Begriff der ‚Annexion' wurde vermieden, obwohl Schritt ihr in Bedeutung nahekommt." Vgl. Referat 310, Bd. 137544.

stinenser sieht die extreme Rechte Verhandlungen allenfalls als taktisches Mittel zur Camouflage der eigenen Maximalpositionen.

2) Bei den Befürwortern erfolgsorientierter Verhandlungen markieren zwei Denkschulen – die israelische und die sowjetische – die Bandbreite der Verhandlungsmodelle:

– rein bilaterale Direktverhandlungen Israels mit seinen Nachbarn,

– eine internationale Konferenz mit aktivem Verhandlungsauftrag

(zum vermittelnden jordanischen Konzept s. Ziffer 3).

Israel als die militärisch und technologisch eindeutig überlegene Partei tritt grundsätzlich für direkte, möglichst separate Verhandlungen mit den einzelnen Nachbarn ein.

Die arabischen Staaten erhoffen sich hingegen von der Internationalisierung der Verhandlungen ein Gegengewicht zur israelisch-amerikanischen „strategischen Allianz“ und ein ausgewogenes, international garantiertes Ergebnis.

Die eigene Interessenlage bestimmt auch die Haltung der beiden Supermächte zur Art der Verhandlungen.

Mit dem Breschnew-Plan (15.9.1982[15], modifiziert 29.7.1984[16]), der eine sowjetisch-amerikanische Konferenz-Präsidentschaft und ansonsten die Teilnahme der PLO, Israels und seiner Nachbarn sowie „einiger anderer Staaten“ vorsieht, erhebt die SU aus doppeltem Grund Anspruch auf Beteiligung an einer NO-Lösung als angeblicher Regionalstaat und als ebenbürtiger Partner der USA. Mit ihrem Eintreten für eine Konferenz will die SU sich zudem der arabischen Welt als Partner empfehlen.

Die USA haben im Laufe der Geschichte eine eher schwankende Haltung zu dieser Frage eingenommen, aber letztendlich immer gegen eine mit Verhandlungs- oder Entscheidungsmandat ausgestattete Konferenz Stellung bezogen. Einmal ist dafür Rücksichtnahme auf Israel maßgeblich, zum anderen das weltpolitische Interesse, der SU kein wirkliches Mitspracherecht im Nahen Osten einzuräumen. Bei dem letztgenannten Grund gab es allerdings unterschiedliche Phasen der Intensität, die den jeweiligen Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen widerspiegelten: Die Ko-Präsidentschaft in Genf 1973[17] und die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung vom 1.10.1977[18]

15 Korrigiert aus: „19.9.1982“.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, präsentierte am 15. September 1982 beim Besuch des südjemenitischen Staats- und Parteichefs Nasser Mohammed in Moskau einen Sechs-Punkte-Plan für den Nahen Osten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1982, D 568–570 (Auszug).

16 Ministerialdirigent Peckert vermerkte am 3. August 1984, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS habe am 29. Juli 1984 „erneut den bekannten sowjetischen Vorschlag einer internationalen Friedenskonferenz über Nahost“ aufgegriffen: „Dieser Vorschlag entspricht im wesentlichen dem Breschnew-Plan vom 15.9.1982, übernimmt aber zusätzlich einige Elemente aus dem Fes-Plan vom 5.9.1982. […] Der neue sowjetische Vorschlag besteht aus zwei Hauptteilen: Zum einen werden sechs Prinzipien einer umfassenden Nahost-Regelung aufgelistet, zum anderen Wege beschrieben, die zu einer Lösung führen sollen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137547.

17 Die Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen, wurde am 21. Dezember 1973 in Genf auf Außenministerebene eröffnet.

18 Für den Wortlaut der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 77 (1977), S. 639 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 97 f.

zeigten die ansatzhafte Bereitschaft der USA, den Sowjets eine Rolle im Nahen Osten zuzubilligen. Gegenwärtig verhalten sich die USA eher ablehnend.

3) Die beiden extremen Denkschulen (hier separate Direktverhandlungen; dort internationale Konferenz unter Leitung beider Supermächte als eigentliches Verhandlungsorgan) sind praktisch nur noch beim Likud sowie bei der SU und ihren Verbündeten (Syrien; Gegner Arafats in der PLO) relevant. Beide stehen unter Druck, ihre Positionen aufzuweichen:

– Likud muß an MP Peres Zugeständnisse machen, um im Oktober 1986 das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen zu können[19];
– die SU weiß, daß sie gegen die USA und Israel keine internationale Konferenz durchsetzen kann;
– die vermittelnde und bislang konkreteste Initiative, nämlich die Hussein/Arafat-Initiative vom 11.2.1985 (ergänzt durch Husseins Vier-Stufen-Plan vom Juni 1985[20]), ist gegenwärtig die eigentliche Bezugsgröße der NO-Diplomatie. Die AL (Gipfel von Casablanca 7. bis 9.8.85[21]) nahm sie als „Aktionsrahmen zur Verwirklichung des Fes-Plans“[22] zur Kenntnis.

Die Einzelheiten des in der Hussein/Arafat-Initiative definierten Verfahrens zur Einberufung einer internationalen Konferenz werden als bekannt vorausgesetzt. Entscheidend ist, daß unter einem Konferenz-„Schutzschirm“, bestehend aus den Ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates, alle Konfliktparteien (die PLO im Rahmen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation) in bilateralen Kommissionen direkt verhandeln sollen.

Die Konferenzidee gewann durch dieses Modell an Auftrieb: Auch Israel hat durch MP Peres vor der VN-GV (21.10.1985) einen Sieben-Punkte-Plan vorgestellt, der zwar weiterhin Direktverhandlungen fordert, nötigenfalls aber auch die Einleitung der Verhandlungen durch ein „internationales Forum“ mit Zu-

19 Am 31. August 1984 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler, der Vorsitzende der israelischen Arbeitspartei, Peres, und der bisherige Ministerpräsident Shamir hätten sich am Vortag auf die Bildung einer Koalition geeinigt: „In der ersten Hälfte dieser 50-monatigen Amtszeit soll Peres das Amt des Premierministers bekleiden, während Shamir das Amt des Außenministers übernimmt und in Abwesenheit von Peres interimistisch die Regierungsgeschäfte führt. In der zweiten Hälfte tauschen beide Politiker dann die Posten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135748.

20 Referat 310 vermerkte im Juli 1985, König Hussein habe am 15. Juni 1985 in Schreiben an Bundeskanzler Kohl bzw. an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten seinen Friedensplan für den Nahen Osten erläutert: „Zum prozessualen Verlauf schlägt Hussein drei Stufen vor: Stufe 1: Vorgespräche zwischen den USA und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation, ohne Mitglieder der PLO. Stufe 2: Treffen zwischen den USA und der gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation (einschließlich PLO-Mitgliedern), nachdem die PLO ausdrücklich Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 anerkannt hat. Stufe 3: Einberufung einer internationalen Konferenz durch den GS der VN, an der die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, Jordanien und die PLO, Syrien, Ägypten und Israel teilnehmen. Im Rahmen der internationalen Konferenz sollen Gespräche in drei Ausschüssen stattfinden: a) Ausschuß über die Westbank und den Gaza-Streifen. Teilnehmer: Israel, Jordanien und die Palästinenser einschließlich der PLO. b) Ausschuß über die Golan-Höhen: Teilnehmer: Syrien und Israel. c) Ausschuß über die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel, insbesondere über die Taba-Frage.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141108.

21 Vgl. dazu das Kommuniqué der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1594–1596 (Auszug).

22 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

stimmung der betroffenen Parteien vorsieht. Ständige SR-Mitglieder ohne diplomatische Beziehungen zu Israel (SU, China) schlössen sich allerdings als Teilnehmer selbst aus.

Auch Israel hat damit einen Schritt in Richtung auf eine Konferenz getan.

4) Ungeachtet dieser auf den ersten Blick beachtlichen Flexibilität Jordaniens und der Mehrheits-PLO einerseits sowie Israels andererseits gibt es jedoch weiterhin prinzipielle Meinungsunterschiede über Teilnehmerkreis und vor allem Funktion einer internationalen Nahostkonferenz.

4.1) Teilnehmer

Israel will nur solche Palästinenser akzeptieren, die „Frieden und nicht Terror" vertreten (Peres-Rede vor VN-GV). Dabei ist offen, ob es weniger prominente PLO-Vertreter ad personam hinnehmen würde (in Israel kontrovers). Die strikt ablehnende Haltung Israels gegenüber der „Terrororganisation" PLO scheint fast unüberwindlich. Die Diskussion darüber, ob die PLO sich durch Anerkennung der SR 242[23] und 338[24] zur Verhandlungsteilnahme qualifizieren kann, ist zwar für die USA, nicht aber für Israel erheblich. Es würde aller Voraussicht nach auch bei einer positiven Stellungnahme der PLO eine mit dem Plazet der PLO versehene gemischte Delegation ablehnen. Ohne dieses Plazet gibt es aber keine gemischte jordanisch-palästinensische Delegation und ohne diese keine internationale Konferenz.

Israelische Flexibilität in dieser Frage könnte sich allenfalls daraus ergeben, daß die USA durch Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes ein Zeichen setzen. Es gibt Hinweise darauf, daß im State Department eine eingeschränkte Anerkennung der „legitimate rights" (mit der Maßgabe, daß das Recht auf palästinensische Eigenstaatlichkeit nicht mitanerkannt wird) erwogen wird. Der innenpolitische Widerstand dürfte jedoch sehr stark sein.

Die Teilnahme der SU wurde bereits behandelt. Die Haltung der USA hierzu erscheint härter als diejenige Israels: Die USA verlangen außer der Zustimmung durch Israel noch „konstruktives Verhalten" der SU, während Israel die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und eine massive Ausreisegenehmigung für sowjetische Juden nach Israel verlangt (MP Peres am 30.1.86 in Tel Aviv[25]).

23 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

24 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

25 Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, berichtete am 31. Januar 1986: „Peres und Shamir haben sich vor ‚Jüdischem Weltkongreß' in letzten Tagen in bisher ungewohnter Breite öffentlich über Beziehungen zwischen Israel und Sowjetunion geäußert: […] Peres sagte, SU müsse konstruktive Rolle wählen, wolle sie an einer internationalen Friedenskonferenz Nahost teilnehmen. Bisher habe sich SU einseitig mit militantesten arabischen Kräften verbündet. Israel habe SU Teilnahme an nahöstlichen Friedensinitiativen angeboten, falls Moskau zu Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und freier Ausreise für sowjetische Juden bereit sei. Haltung Moskaus zur Emigration sowjetischer Juden sei für Israel ‚ein Rätsel'. Falls Israel wählen müsse zwischen sowjetischen Diplomaten (gemeint ist: Aufnahme diplomatischer Beziehungen) und sowjetischen Juden, dann hätten diese Vorrang." Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; Referat 310, Bd. 149595.

4.2) Funktion

Israel will einem „Forum“ nur die Funktion zubilligen, Verhandlungen einzuleiten, d. h. mit einem Appell gewissermaßen das Startzeichen zu geben.

Alles weitere soll Direktverhandlungen vorbehalten bleiben. Das „Forum“ darf keinerlei Steuerungs- oder Vetorecht besitzen.

Die USA stehen den israelischen Vorstellungen sehr nahe. Zwar sprach Murphy am 18.12.1985 erstmals von einer Konferenz (vorher Shultz: „supportive context“[26]), die jedoch nur als Rahmen für ausschließlich direkte Verhandlungen ohne jegliches Vetorecht fungieren soll.

Die SU verlangt, daß die Verhandlungen unter ihrer Ko-Präsidentschaft im Plenum der Konferenz geführt werden mit dem Ziel, eine „Gesamtregelung“ hervorzubringen. Arbeitsgruppen dürfte es nur für technische Fragen geben, also nicht etwa für bilaterale Verhandlungen.

Syrien äußert sich zu Konferenz-Modalitäten nur beiläufig und dann im Sinne der sowjetischen Vorstellungen.

Jordanien nimmt eine vermittelnde Rolle ein.

Nach uns gegebenen Erläuterungen vom Dezember 1985[27] soll das Konferenzplenum Direktverhandlungen in bilateral besetzten Kommissionen einleiten. Es soll zwar kein Entscheidungs- oder Vetorecht haben, jedoch eine Schiedsrichterrolle bei Verhandlungsengpässen, und es soll den Kommissionen neue Anstöße geben. Schließlich, und das erscheint wesentlich, sollen die Teilnehmer auch die Verhandlungsergebnisse garantieren.

Das wieder schwieriger gewordene Verhältnis Jordaniens zur PLO und zu den USA läßt in jordanischen Regierungskreisen Stimmen laut werden, die das sowjetische Konferenzmodell (Konferenz mit Entscheidungsbefugnis) befürworten.

Die PLO und die übrigen Araber haben sich zur Funktion der Konferenz nicht verbindlich geäußert. Es erscheint derzeit fraglich, ob sich die PLO unter dem Druck der SU, um deren Unterstützung die PLO in jüngster Zeit angestrengt wirbt, mit den jordanischen Vorstellungen identifiziert.

5) Unsere Haltung

Der Bundeskanzler hat im Juli 1985 in einem Schreiben an König Hussein fol-

26 Der amerikanische Außenminister Shultz führte am 19. Juni 1985 im Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats aus: „We understand King Hussein's desire for a supportive international context, and we know this is a key question. It remains our firm conviction that, with imagination, an answer can be found that will enhance rather than retard the process. We are prepared to do what we can to bring the parties together.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2101, S. 26.

27 Ministerialdirigent Schlagintweit notierte am 20. Dezember 1985 Eindrücke aus Gesprächen des Staatsministers Möllemann am 17. Dezember 1985 in Amman: „König Hussein verfolgt mit fast verzweifelter Hartnäckigkeit (‚die Dinge können gar nicht mehr schlimmer werden‘) sein Ziel, aufgrund des mit dem PLO-Chef Arafat am 11.2.1985 vereinbarten Rahmens eine internationale Konferenz als Grundlage für Verhandlungen mit Israel herbeizuführen. […] Hussein betrachtet eine internationale Konferenz als die Schiedsinstanz, die angerufen werden kann, wenn die direkten Verhandlungen steckenbleiben. Die USA und Israel sehen sie dagegen nur als Initialzündung, während alle Arbeit und alle Entscheidungen bei den bilateralen Kommissionen bleiben. Die Frage, ob es sich im Prinzip um eine echte internationale Konferenz oder im wesentlichen um bilaterale Verhandlungen handelt, ist also noch strittig.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141108.

gendes ausgeführt: „Eine Verbindung zwischen einem internationalen Rahmen und direkten Verhandlungen unter den Konfliktparteien könnte eine Grundlage bilden, auf der sich Fortschritte erreichen lassen.“[28]

In der Venedig-Erklärung wird die Bereitschaft bekundet, sich an einem System konkreter und bindender Garantien zu beteiligen.

Die europäische Unterstützung für die Hussein/Arafat-Initiative schließt letztlich auch den darin enthaltenen Konferenzvorschlag ein.

Angesichts der israelischen und amerikanischen Vorbehalte gegen eine Konferenz mit Verhandlungsvollmacht haben wir uns bisher öffentlich nur dahingehend geäußert, daß der Verhandlungsrahmen eine breite internationale Akzeptanz finden muß.

Um eine für uns alle verhängnisvolle weitere Radikalisierung vor allem der Palästinenser zu verhindern, sollte der Versuch einer internationalen Konferenz gewagt werden.

Unter dem Eindruck einer als unausgewogen, teilweise als brüskierend empfundenen amerikanischen NO-Politik (Ablehnung von Waffenlieferungen an JOR, Veto im VN-SR gegen al-Aksa-Resolution[29]) drohen sich die PLO, aber auch JOR, von ihrer Friedensinitiative abzuwenden. Zur Rettung der Hussein/Arafat-Initiative, des bisher einzigen konkreten Plans für die Einleitung von Verhandlungen, sollten die Zwölf nach Vorbereitung im Rahmen der EPZ in ihren Kontakten mit allen Konfliktparteien, also auch mit Israel, sowie mit den USA klar für eine internationale Konferenz eintreten. Israelischer Kritik könnte entgegnet werden, daß auch Murphy von einer Konferenz gesprochen hat und daß es unrealistisch ist, von König Hussein Direktverhandlungen ohne internationale Absicherung zu erwarten.[30]

Sulimma

Unterabteilung 31, Bd. 141109

28 Für das Schreiben vom 25. Juli 1985 vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141108.

29 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 15. Januar 1986: „PLO hat auf Weisung Arafats SR-Sitzung über die Lage in den heiligen muslimischen Stätten in Jerusalem (Al-Haram al-Sharif) gefordert, die am 8., 9. und 14.1. demonstrativ von Mitgliedern der Knesset und Sharon aufgesucht wurden, was offenbar zu großer Unruhe in der muslimischen Bevölkerung Jerusalems geführt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; Referat 310, Bd. 149645.
Auf Antrag verschiedener arabischer Staaten, die Israel eine Verletzung islamischer Heiliger Stätten vorwarfen, befaßte sich der VN-Sicherheitsrat zwischen dem 21. und 30. Januar 1986 mit der Frage. Am 30. Januar 1986 legten die USA ihr Veto gegen einen Resolutionsentwurf ein, der Israel wegen der Verletzung Heiliger Stätten, Obstruktion des Friedens im Nahen Osten sowie der Siedlungspolitik und des Versuchs der Änderung des Status von Jerusalem verurteilen sollte. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1986, S. 274 f.

30 Ministerialdirigent Schlagintweit notierte am 10. März 1986: „König Hussein von Jordanien hat am 19.2.1986 in einer dreieinhalbstündigen Fernsehrede die Zusammenarbeit mit der PLO, die der gemeinsamen Initiative vom 11.2.1985 zugrunde lag, beendet. […] König Hussein erklärte, er sehe sich außerstande, mit der PLO zusammenzuarbeiten, solange deren Wort nicht vertraut werden könne. In Amman bezeichnet man den Bruch als ‚endgültig‘. Der König entschloß sich zu diesem Schritt, als ihm klar wurde, daß Arafat nicht bereit war, die SR-Resolutionen 242 und 338 und damit das Existenzrecht Israels anzuerkennen.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141109.

38

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-791/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 179
Citissime

Aufgabe: 12. Februar 1986, 20.25 Uhr[1]
Ankunft: 12. Februar 1986, 20.49 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG am 12.2.1986

Zur Unterrichtung

1) Die dem SCG-Plenum vorausgehende Sitzung der Quint (fünf Stationierungsländer plus USA) unter Vorsitz von Assistant Secretary Holmes und Teilnahme des amerikanischen INF-Delegationsleiters Maynard Glitman stand völlig im Zeichen der Frage, wie das Bündnis auf den INF-Teil der Gorbatschow-Vorschläge vom 15.1.86[2] gemeinsam und überzeugend reagieren könne.

Ich legte dar, warum nach unserer Auffassung der vom amerikanischen Präsidenten vorgesehene Ansatz einer modifizierten Null-Lösung vernünftig sei. Dies entspreche der seit 1981 vom Bündnis verfolgten völligen Eliminierung aller landgestützten LRINF. Damit werden aber auch mit einem konstruktiven Gegenzug positive Elemente im sowjetischen Vorschlag aufgegriffen bei gleichzeitiger Korrektur unakzeptabler Bestandteile. Für eine Konkretisierung der westlichen modifizierten Null-Lösung sei es wichtig,

– die Beseitigung der LRINF in Reichweite oder in Europa mit einer globalen Obergrenze zu verbinden,
– LRINF kürzerer Reichweite so einzubeziehen, daß ein LRINF-Abkommen nicht umgangen oder unterlaufen werden kann,
– daß wegen der Transportierbarkeit der SS-20 in Asien der Notwendigkeit angemessener Verifikation besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse,
– daß britische und französische Systeme nicht Teil eines LRINF-Abkommens sein können.

Vom belgischen und italienischen Vertreter wurden die amerikanischen Überlegungen unterstützt. Der britische Vertreter erinnerte an prinzipielle britische Bedenken gegen jede Null-Lösung, die verstärkt für einen modifizierten Vorschlag gelten. Er erwähnte dabei die von ihm befürchteten militärischen Auswirkungen. Insgesamt gab er jedoch zu erkennen, daß GB sich einem amerikanischen Vorgehen im Sinne eines modifizierten Null-Vorschlags nicht widersetzen werde.

Der NL-Vertreter stellte die Bedenken seiner Regierung gegen das geplante amerikanische Vorgehen heraus und plädierte dafür, am westlichen Vorschlag für ein separates Interimsabkommen vom November 85[3] festzuhalten. In diesem Zusammenhang wies er auf die unveränderte Entschlossenheit seiner Re-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. Februar 1986 vorgelegen.
2 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
3 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

gierung hin, sich mit einem entsprechenden NL-Anteil an der Stationierung westlicher LRINF auf der Grundlage eines konkreten Verhandlungsergebnisses zu beteiligen. Es ist davon auszugehen, daß der NL-Regierungschef[4] in seiner Antwort auf das Schreiben Präsident Reagans die Bedenken darlegen wird.

Ich wies abschließend darauf hin, daß es wichtig sei, daß im Westen Einigung darüber bestehe, daß

– der Vorschlag für ein separates Interimabkommen auf dem Tisch bleibe,
– die Stationierung wie geplant fortgesetzt werde, es sei denn, ein konkretes Abkommen erlaube es, die Stationierung anzuhalten und umzukehren,
– auch die modifizierte Null-Lösung nur ein Interimsschritt in Richtung auf das vom Westen seit 1981 verfolgte Ziel der globalen Eliminierung landgestützter LRINF sei.

Es ist davon auszugehen, daß die Niederlande und GB in ihrem Antwortschreiben auf den Brief des amerikanischen Präsidenten ihre Besorgnisse hinsichtlich einer modifizierten Null-Lösung vorbringen werden.

II. Im einzelnen

A. Implikationen einer modifizierten Null-Lösung für Japan.

Holmes führte aus, die Japaner hätten gegenüber Botschafter Rowny ihre Besorgnis hinsichtlich der modifizierten Null-Lösung vorgebracht. Sie seien besorgt darüber, daß sie den Verbleib von ca. 85 SS-20 in Asien vorsehe. Holmes erklärte, die japanische Kritik übersehe, daß auch eine modifizierte Null-Lösung durch die Reduzierung der in Asien stationierten SS-20 diese Systeme um die Hälfte die Bedrohung für Japan verringere.[5]

Ich erklärte, das japanische Argument der Diskriminierung leuchte nicht ein, da nicht nur Japan, sondern auch die Europäer weiterhin – auch nach einem INF-Abkommen auf der Grundlage der modifizierten Null-Lösung – nuklear bedroht blieben (SS-12/22 und -23 und die in Nowosibirsk/Barnaul dislozierten SS-20).

B. Westliche Optionen für eine Antwort auf den INF-Teil der Gorbatschow-Vorschläge

1) Ich legte dar, daß die Absicht der USA, auf die Gorbatschow-Vorschläge mit einer modifizierten Null-Lösung zu reagieren, politisch und verhandlungstaktisch vernünftig sei. Uns seien die militärischen Probleme durchaus bewußt, die damit verbunden seien. Doch sei es unter politischen Gesichtspunkten unmöglich, von unserem Ziel einer globalen Null-Lösung abzuweichen. Dabei müsse deutlich gemacht werden, daß auch eine modifizierte Null-Lösung nur ein Zwischenschritt zu einer umfassenden weltweiten Null-Lösung sein könne. In dieser Hinsicht sei die Formulierung Präsident Reagans in seinem Schreiben an die Verbündeten günstig gewählt.

Für uns besonders wichtig sei, und dies müsse auch der Sowjetunion gesagt werden, daß gleichzeitig mit einem LRINF-Abkommen eine Regelung für die SRINF gefunden werde, die die Möglichkeit ausschließe, ein Abkommen im LRINF-Bereich zu umgehen. Jedes Abkommen müsse wirksame Verifikations-

[4] Ruud Lubbers.
[5] So in der Vorlage.

bestimmungen enthalten, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß in Asien SS-20 stationiert blieben, die schnell nach Westen verlegt werden könnten. Dies müsse verläßlich durch Verifikationsbestimmungen ausgeschlossen werden.

2) Auf der Linie der Ausführungen des Ständigen Vertreters GB[6] im heutigen NATO-Rat (siehe Bericht der Vertretung[7]) machte der GB-Vertreter in der SCG nochmals die britischen Bedenken gegen eine modifizierte Null-Lösung geltend, wobei er insbesondere auf die militärischen Implikationen hinwies:

– Durch das Verschwinden amerikanischer LRINF bestehe die Gefahr, daß Europa von den USA abgekoppelt werde.
– Nach dem Abbau der PII und GLCM würden die Sowjetunion erreichende militärische Mittel im Spektrum der nuklearen Optionen des Bündnisses fehlen.

Zudem sehe GB das politische Problem, daß nach Vorliegen eines westlichen Vorschlags, der den Abbau sowjetischer und amerikanischer LRINF-Systeme in Europa vorsehe, es schwieriger werden könne, mit der Stationierung von GLCM fortzufahren.

3) Holmes erwiderte hierauf, daß es unbestritten sei, daß bestimmte militärische Mittel zur Implementierung der nuklearen Abschreckungsstrategie fehlen würden, doch dürfe nicht vergessen werden, daß auch nach Abbau der PII und GLCM eine Reihe von Waffensystemen weiterhin in Europa seien: nukleare Gefechtsfeldwaffen, seegestützte ballistische Raketen auf amerikanischen Unterseebooten, die SACEUR zugeordnet sind, nuklearfähige Flugzeuge.

Glitman fügte hinsichtlich der Abkopplungsproblematik[8] hinzu, das Bündnis habe durch die Stationierung amerikanischer LRINF in Westeuropa gegen stärksten Druck seitens der SU und gegen erhebliche Kritik in der westlichen Öffentlichkeit bewiesen, daß Europa nicht von den USA abgekoppelt werden könne. Der Beweis dieser Festigkeit des Bündnisses, sicherheitspolitisch unverzichtbare Entscheidungen zu implementieren, sei es gewesen, der die SU an den Verhandlungstisch zurückgebracht habe.

4) Ich betonte, daß das Bündnis angesichts einer sowjetischen Bedrohung seine Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln unterstrichen habe. Man darf nicht übersehen, daß die Hauptrechtfertigung für die Dislozierung amerikanischer LRINF in Europa die sowjetische SS-20-Vorrüstung gewesen sei. Wir hätten während der Debatte über den Doppelbeschluß[9] keinen Zweifel daran gelassen, daß mit dem Wegfall der Bedrohung durch die SS-20 auch der Grund für die Dislozierung amerikanischer Systeme in Europa entfalle. Es sei jedoch not-

6 John Graham.

7 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Februar 1986: „UK wies auf die Gefahren einer Null-Lösung – selbst bei Einbeziehung der SU asiatischen Systeme – hin und erinnerte an die dem Doppelbeschluß zugrunde liegenden Erwägungen. Er stellte klar, daß Forderung eines Freeze bzw. Nichtmodernisierung seines Nuklearpotentials unakzeptabel sei. London werde seine Haltung erst nach einer substantiellen Reduzierung der US/SU-Kräfte – ohne daß man Zahlen nennen könne oder wolle – überprüfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 181; VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Korrigiert aus: „Ankopplungsproblematik".

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

wendig, zugleich mit dem Vorschlag einer modifizierten Null-Lösung klarzumachen, daß nur ein konkretes Verhandlungsergebnis die Modifizierung des westlichen Beschlusses möglich macht. Solange es kein Abkommen gebe, sei es notwendig, die Stationierung wie geplant fortzusetzen.

5) Der niederländische Vertreter erklärte, es sei gefährlich, sich in einen Wettlauf mit der SU zu begeben, wer die bessere Null-Lösung besitze. Der Westen müsse an dem Interimsvorschlag vom November 1985 als der aktuellen Verhandlungsposition festhalten und keine neue einführen. Die sowjetischen Vorschläge vom 15.1.86 enthielten nur scheinbare Konzessionen. Auch sei es für den Westen einfacher, im Rahmen einer Zwischenlösung auf der Grundlage des November-Vorschlags den Ausschluß der Drittstaatenproblematik zu erreichen.

In seiner Erwiderung wies Glitman darauf hin, daß dies nicht einsichtig sei. Der Ausschluß der Drittstaatenproblematik aus einem jeden INF-Abkommen sei notwendige Voraussetzung für den Abschluß. Sowohl bei einer modifizierten Null-Lösung als bei einem Zwischenergebnis mit Stationierung amerikanischer Systeme in Europa werde es schwierig sein, der SU eine Ausklammerung der Drittstaatenproblematik abzuringen.

6) Unter Betonung der skeptischen britischen Haltung gegen jede Null-Lösung erklärte der Vertreter GBs, daß der Abzug von PII und GLCM die Fähigkeit des Bündnisses verringere, Ziele in der SU nuklear abzudecken. Es gelte auch zu bedenken, daß bei einer Null-Lösung die Bundesrepublik Deutschland insofern singularisiert sei, als es wieder das einzige Land im Bündnis werde, in dem amerikanische landgestützte INF-Systeme stationiert seien. Falls es zum amerikanischen Vorschlag einer modifizierten Null-Lösung komme, müßten die Forderung einer globalen Obergrenze und der Ausschluß der britischen und französischen Systeme unverzichtbare Bestandteile sein.

III. In einem abschließenden Beitrag stellte ich fest, die SU verfolge auch mit den jüngsten Vorschlägen das Ziel, der INF-Problematik eine rein europäische Dimension zu verleihen. Dies werde daran deutlich, daß sie die in Asien stationierten SS-20 aus ihrer Null-Lösung ausklammere, auf Regelungen bestehe, die F und GB betreffen, und gleichzeitig den Abzug aller amerikanischen LRINF aus Europa verlange. Wenn wir dieser Herausforderung allein durch Festhalten am westlichen Interims-Vorschlag vom November 85 begegneten, könnten wir nicht verhindern, daß diese von der SU anvisierte eurozentrische Null-Lösung des INF-Problems für weite Teile unserer Öffentlichkeit als attraktivere Lösung erscheine. Auf die sowjetische Herausforderung werde daher zweckmäßigerweise mit einer modifizierten globalen Null-Lösung reagiert, die die für uns negativen Elemente im sowjetischen Vorschlag korrigiere.

Wir müßten dabei freilich deutlich machen, daß es sich bei dem westlichen Vorschlag um eine globale Lösung handele, nicht um ein Abkommen mit nur regionalem Anwendungsbereich. Britische und französische Systeme, die strategische Nuklearwaffen seien, könnten, in welcher Form auch immer, nicht Eingang in ein bilaterales LRINF-Abkommen finden.

Es müsse ferner eine Regelung für SRINF gefunden werden, die sicherstelle, daß ein Abkommen im LRINF-Bereich nicht unterlaufen[10] werden könne. Bei-

[10] Korrigiert aus: „LRINF-Bereich unterlaufen“.

de von den USA vorgeschlagenen Lösungsansätze für SRINF erreichten dies. Angesichts der Tatsache, daß SS-20 in Asien verblieben, seien Verifikationsmaßnahmen notwendig, die eine westliche Verlegung der mobilen SS-20 ausschlössen. Entscheidend sei, daß, wie immer die westliche Antwort ausfalle, sie solidarisch vom Bündnis mitgetragen werde.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11370 (220)

39

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431(413)-491.09 IRN VS-NfD **13. Februar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Iranisches KKW-Vorhaben Bushehr[3]

Bezug: Vorlage der Abteilung 4 vom 29.11.1985[4]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Legationsrat I. Klasse Achenbach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe hierzu die im sachlichen Zusammenhang stehende Aufzeichnung (abgereichertes Uran für Iran) vom 17. Februar." Vgl. Dok. 46.

3 Die Kraftwerk Union AG (KWU) und die Atomic Energy Organization of Iran (AEOI) schlossen am 1. Juli 1976 einen Vertrag über die Errichtung von zwei Kernkraftwerken in Bushehr mit einem Auftragswert von ca. 7,8 Mrd. DM. Nach der Ausrufung der Islamischen Republik Iran am 1. April 1979 kam es zu Zahlungsverzögerungen, so daß die KWU den Vertrag mit Wirkung vom 1. Juni 1979 kündigte. Am 2. Mai 1980 teilte der Vorstandsvorsitzende der KWU, Barthelt, Staatssekretär Lautenschlager mit, daß Versuche, „Verhandlungen über die sich aus der Kündigung des Vertrages ergebenden Fragen aufzunehmen, am Verhalten der persischen Seite gescheitert" seien. Die Firma habe sich daher auch wegen der drohenden Verjährung ihrer Ansprüche genötigt gesehen, „das im Vertrag vorgesehene Schiedsgericht bei der Internationalen Handelskammer Paris anzurufen". Vgl. Referat 431, Bd. 129492.
Am 5. August 1982 legte Ministerialdirektor Fischer dar, ein zwischen KWU und AEOI am 23. März 1982 erzielter Vergleich sei am 18. Juni 1982 vom Schiedsgericht bestätigt worden. Er beinhalte die „Lieferung von Materialien und Komponenten an den Iran, soweit sie sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden. Der Antrag der KWU auf Erteilung einer Exportgenehmigung bezieht sich auf diesen Teil des Vergleichs […]; gegenseitige Freistellung der Parteien von allen erhobenen Ansprüchen auf Zahlung; Regelung für das in der Bundesrepublik Deutschland verbleibende angereicherte Uran". Vgl. Referat 431, Bd. 129492.

4 Ministerialdirektor Jelonek führte aus: „Im Interesse unserer Nuklearindustrie und zur Wahrung unserer langfristigen wirtschaftlichen Interessen in Iran wollen wir die Möglichkeit eines Weiterbaus des KKW nach der Beendigung des Golfkrieges offenhalten. Wir haben auch ein politisches Interesse daran, unsere Beziehung zu Iran nicht zu gefährden. Wir sind gegenwärtig das westliche Land mit dem größten Vertrauenskapital in Iran. Uns kommt daher eine besondere Rolle bei der Gestaltung der iranischen Beziehungen zum Westen zu. […] Iran ist Mitglied des NV-Vertrages, und es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Iran seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht einhielte." Die Bundesregierung müsse bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen jedoch „mit massivem Druck der USA, mit Kritik anderer befreundeter Regierungen und mit Vorwürfen in der deutschen Öffentlichkeit rechnen. Unter Abwägung dieser Nachteile erscheint eine Ausfuhrgenehmigung für die Komponenten zum jetzigen Zeitpunkt nicht vertretbar. Ob KWU den Weiterbau

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zum weiteren Vorgehen (Ziffer III)

I. Aktuelle Entwicklung

1) Gemäß der Bezugsvorlage war folgendes, schrittweises Vorgehen vorgesehen:

a) Einwirken auf KWU mit dem Ziel, einen Entscheidungszwang über die Ausfuhrgenehmigungen für sensible Güter (KKW-Komponenten, angereichertes Uran) vermeiden zu können.

b) Falls dies nicht zum Erfolg führte: ggf. direktes Einwirken auf iranische Regierung, um diese von der Erzwingung einer Entscheidung abzuhalten.

c) Endgültige Entscheidung über die Ausfuhranträge erst nach Versuchen a) und b).

2) Zu a) In dem Gespräch von StS Ruhfus mit dem Vorstandsvorsitzenden der KWU, Dr. Barthelt, vom 18.12.1985 wurde deutlich, daß KWU keine Möglichkeit mehr sieht, der Entscheidung über die inzwischen von KWU gestellten Ausfuhrgenehmigungsanträge auszuweichen. Allerdings drängt KWU nicht auf eine positive Entscheidung. Sie möchte aber so oder so eine Entscheidung der Bundesregierung, um sich gegenüber den Iranern zu entlasten. KWU glaubt, sich nicht länger mit dem Argument der gefährdeten Sicherheit ihres Personals einem Weiterbau des KKW während des Krieges entziehen zu können. Nach dem von der KWU selbst vorgeschlagenen „Fernlenkungsmodell" (KWU tritt nur als Architekt/Ingenieur auf; Bauarbeiten erfolgen durch andere Firmen) wäre nach Angaben der KWU erst in einigen Jahren eine geringe Präsenz (40 bis 60 Mann) von KWU-Fachleuten auf der Baustelle erforderlich. Nach den Ausführungen von Dr. Barthelt stünden genug Freiwillige hierfür zur Verfügung.

Zu b) Botschaft Teheran beurteilt die Aussichten, die iranische Regierung in direkten Gesprächen zum Abwarten im Hinblick auf KKW-Weiterbau zu bewegen, als gering. Ein solcher Versuch unsererseits könne eher kontraproduzent wirken. Die Botschaft neigt zu der Auffassung, daß eine zum jetzigen Zeitpunkt ggf. erforderliche Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung die bilateralen Beziehungen nicht ungebührlich auf Dauer belasten würde. Die Botschaft regt daher an, durch KWU den Iranern mitteilen zu lassen, daß die Ausfuhrgenehmigung für die sensiblen Güter aller Voraussicht nach jetzt nicht erteilt würde. Auf Grund dieser Stellungnahme der Botschaft ist bisher davon abgesehen worden, das Gespräch mit der iranischen Regierung zu suchen.

3) Am 3.2.1986 fand in Erlangen ein Gespräch zwischen Dr. Barthelt und dem Präsidenten der Iranischen Atomenergiebehörde (AEOI) und stellvertretenden iranischen MP Amrollahi statt. Amrollahi drängte dabei nachdrücklich auf eine Entscheidung innerhalb von vier Wochen über

– die definitive Bereitschaft der KWU, das KKW fertigzustellen,
– die Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen durch die Bundesregierung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 231

des KKW durch Dritte vornehmen ließe oder mit eigenen Leuten weiterbauen würde, ist für die politische Optik letztlich irrelevant. Die Lieferung der Komponenten selbst stellt das Politikum dar." Vgl. Referat 431, Bd. 145557.

Erst dann könne Amrollahi über das Projekt endgültig entscheiden. Amrollahi drohte andernfalls auch mit negativen Auswirkungen für KWU, Siemens und andere deutsche Firmen. Er berief sich wahrheitswidrig auf angebliche positive Äußerungen von Ihnen, von BM Bangemann und von StS Haunschild. Ähnliche Behauptungen sind von AEOI schon früher mehrfach aufgestellt und hinsichtlich Ihrer Äußerungen anläßlich Ihres Besuchs in Teheran 1984[5] bereits damals von Botschaft Teheran richtiggestellt worden. BM Bangemann hatte am 12.2.1985 gegenüber dem stellvertretenden iranischen Wirtschafts- und Finanzminister Sherafat ausgeführt, „soweit es sich um sensitive Komponenten handele, werde für die Dauer des Krieges eine Erteilung der Genehmigung wohl nicht möglich sein".[6]

Nach diesem Gespräch drängt KWU verstärkt auf eine Entscheidung der Bundesregierung, um nicht allein dem Druck der Iraner ausgesetzt zu sein.

II. Handlungsmöglichkeiten

Eine Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen für die sensiblen Güter erscheint aus den in der Bezugsvorlage dargestellten Gründen außen- wie innenpolitisch nicht vertretbar.[7] Nach den bisherigen Ressortabstimmungen wird diese Haltung von den beteiligten Ressorts und vom Bundeskanzleramt mitgetragen.

Eine Verweigerung der Ausfuhrgenehmigungen ist neben der Belastung der bilateralen Beziehungen zu Iran allerdings auch mit einem finanziellen Risiko verbunden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß ein Streit entstehen könnte über den als Folge des Vergleichs von 1982 von KWU an Hermes zurückgezahlten Betrag von 230 Mio. DM und nicht ausgezahlte Bürgschaftsforderungen der KWU in Höhe von 49,2 Mio. DM. Die Größe dieses Risikos läßt sich derzeit kaum abschätzen. Nach Stellungnahme des BMWi ist eine Genehmigung der Ausfuhranträge aus diesem Gesichtspunkt jedenfalls nicht zwingend geboten.

Bei einer Ablehnung der Ausfuhrgenehmigungsanträge kann sich die Bundesregierung jedoch gemäß § 7 AWG[8] nur auf Gründe der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik stützen. Der andere entscheidende Aspekt, die Sicherheit des Personals, ist Verantwortung der KWU. Der KWU-Vorstand kann sich nicht durch den Hinweis, es stünden genug Freiwillige bereit, dieser Verantwortung für sein Personal entziehen. Nach Stellungnahme der Botschaft Teheran ist die

5 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

6 Im Gespräch mit Bundesminister Bangemann am 12. Februar 1985 erläuterte der stellvertretende iranische Wirtschafts- und Finanzminister Sherafat das „große Interesse der iranischen Regierung an dem Weiterbau des Kernkraftwerks in Bushehr. Iran verfüge nicht über hinreichende Stromerzeugungskapazitäten; häufig würde in verschiedenen Landesteilen der Strom ausfallen. Es sei daher für Iran energiewirtschaftlich und ökonomisch sinnvoll, das mit hohem Finanzaufwand bereits teilweise erstellte Kernkraftwerk in Bushehr auch zu Ende bauen zu lassen. […] BM Bangemann verweist auf unsere restriktive Exportpolitik gegenüber kriegführenden Ländern. Diese Grundsätze seien in der Bevölkerung und in allen Parteien des Parlaments fest verankert. Hierauf müsse eine demokratische Regierung Rücksicht nehmen. Es gebe daher einige Dinge, die genehmigungspflichtig seien. Soweit es sich um sensitive Komponenten handele, werde für die Dauer des Krieges eine Erteilung der Genehmigung wohl nicht möglich sein." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 431, Bd. 145557.

7 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben.

8 Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

Sicherheit in Bushehr nach wie vor gefährdet. Irakische Angriffe auf Bushehr seien jederzeit möglich.

KWU ist durch den Schiedsvergleich zur Fertigstellung des KKW nur auf Grundlage eines auszuhandelnden Vertrags mit vernünftigen und fairen Bedingungen verpflichtet (pactum de contrahendo). Im Rahmen einer erneuten Anrufung des Schiedsgerichts durch Iran könnte die gefährdete Sicherheit des Personals durchaus als wesentliches Vertragshindernis angesehen werden. KWU könnte sich auf die wiederholten iranischen Anklagen gegen Irak wegen angeblicher Bombenangriffe auf Bushehr berufen. Das Sicherheitsargument sollte daher, auch im Interesse der KWU, nicht aus der Hand gegeben werden. Dies gilt um so mehr, als KWU durch ihr letztes Angebot bereits über ihre Verpflichtungen aus dem Schiedsurteil hinausgegangen ist: Danach ist KWU, falls ein Vertrag nicht zustande kommt, nur verpflichtet, bereits vorhandene Unterlagen einem anderen Auftragnehmer auszuhändigen.

Die Bundesregierung sollte daher – unabhängig von der Behandlung der Ausfuhranträge – auf die KWU einwirken, ihre durch ihren letzten Vorschlag bereits ausgedrückte grundsätzliche Bereitschaft, bei der Fertigstellung des KKW mitzuwirken, mit einem möglichst klaren Vorbehalt hinsichtlich der Sicherheit ihres Personals zu verbinden.

Unter der Prämisse, daß eine Ausfuhrgenehmigung nicht in Frage kommt, werden drei Varianten für das weitere Vorgehen gesehen:

1) Weiterhin wird über die sensiblen Anträge vorerst nicht entschieden.

Dafür sprächen gute Gründe. Die der KWU gestellte Vier-Wochen-Frist ist für uns nicht maßgeblich. Mehrere für die Entscheidung wesentliche Fragen sind noch offen. Die AEOI hat sich zum letzten KWU-Vorschlag („Fernsteuerungsmodell“) noch gar nicht definitiv geäußert. An der praktischen Durchführbarkeit und der Finanzierbarkeit dieses Modells sind erhebliche Zweifel angebracht.

Dieses Verhalten hätte aber nur aufschiebende Wirkung. KWU wäre starkem iranischem Druck ausgesetzt, die Entscheidung der Bundesregierung, notfalls mit rechtlichen Schritten, zu erzwingen. Ohne die erwünschte Rückendeckung durch die Bundesregierung würde KWU voraussichtlich noch mehr als bisher iranischem Druck nachgeben. Der Wunsch von KWU nach einer Entscheidung der Bundesregierung ist legitim. Durch die neue iranische Offensive gegen Irak[9] ist zudem ein günstiger Zeitpunkt für eine negative Äußerung der Bundesregierung entstanden, da Iran nicht mehr behaupten kann, es gäbe keine Kriegsgefahr für Bushehr.

2) Die Bundesregierung lehnt gegenüber KWU schriftlich die Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen für die Dauer des Krieges ab. KWU verwendet diese Erklärung gegenüber den Iranern.

Damit würde allerdings die Bundesregierung praktisch die volle Verantwortung für das Scheitern des Projektes übernehmen, noch bevor Klarheit besteht, ob die iranische Regierung zu seiner Durchführung fest entschlossen oder überhaupt in der Lage ist. Möglicherweise geht die Taktik der AEOI auch gerade darauf aus, der Bundesregierung oder der KWU diese Verantwortung zuzu-

9 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 43, Anm. 5.

schieben, entweder aus inneriranischen Gründen oder zur Erringung einer möglichst günstigen Ausgangsposition für erneute Verhandlungen vor dem Schiedsgericht.

Diese Variante entspräche zwar am ehesten dem ausdrücklichen Wunsch der KWU nach einer definitiven Entscheidung der Bundesregierung und dadurch Entlastung gegenüber den Iranern, wäre aber auch für KWU nicht unbedingt die beste Lösung. Voraussichtlich würde Iran umgehend das Schiedsgericht anrufen. KWU könnte sich zwar auf höhere Gewalt berufen; dadurch wäre aber noch nicht ausgeschlossen, daß AEOI vor dem Schiedsgericht erfolgreich Entschädigungsforderungen geltend macht.

3) Als mittlere Variante könnte die Bundesregierung, ohne schon eine bindende negative Entscheidung zu treffen, den Iranern über KWU ein deutlich negatives Signal übermitteln, indem sie der KWU mündlich empfiehlt, der AEOI mitzuteilen, daß KWU trotz aller ihrer Bemühungen während des Krieges keine Aussicht auf eine positive Entscheidung über die für den Weiterbau erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen sehe.[10]

Damit wäre noch eine Möglichkeit gegeben, die Reaktionen der Iraner zu testen. Möglicherweise werden die Iraner dann unmittelbar die Bundesregierung ansprechen, was den ohnehin von uns schon ins Auge gefaßten direkten Regierungsgesprächen entspräche, aber den Vorteil hätte, daß Iran als Demandeur auftreten würde. Nach dem bisherigen Verhalten der Iraner erscheint es allerdings nicht ausgeschlossen, daß sie diesen Weg bewußt vermeiden und vorziehen, indirekt über KWU Druck auszuüben. Dann stünde uns immer noch die Möglichkeit offen, von uns aus gegenüber der iranischen Regierung initiativ zu werden oder die Ablehnung der Ausfuhranträge gemäß Variante 2 zu formalisieren.

III. Vorschlag

Aus den dargelegten Gründen erscheint es jetzt erforderlich, auch mit Rücksicht auf KWU, den Iranern zwar keine förmliche Entscheidung der Bundesregierung mitzuteilen, aber ein deutliches Signal zu geben, daß sie mit einer positiven Entscheidung über die für die Fertigstellung des KKW erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen während des Krieges nicht werden rechnen können. Im Hinblick auf die undurchsichtige Taktik der Iraner und auf mögliche neue Schiedsverhandlungen unter nicht vorhersehbaren Umständen empfiehlt sich jedoch weiterhin ein vorsichtiges, die iranischen Reaktionen testendes Vorgehen.

Es wird daher vorgeschlagen, zunächst gemäß Variante 3 zu verfahren. Das vorgeschlagene Vorgehen setzt allerdings bereits jetzt eine klare Entscheidung der Bundesregierung voraus, die Ausfuhrgenehmigungen für sensibles Material erforderlichenfalls zu verweigern, da wir einen solchen, auf Anraten der Bundesregierung durch KWU unternommenen Schritt nicht nachträglich desavouieren könnten. Dies gilt nicht für das abgereicherte Uran, das nicht in Zusammenhang mit dem KKW-Weiterbau steht. Hierzu ist eine gesonderte Vorlage in Vorbereitung.[11]

10 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben.

11 Dieser Absatz sowie die Wörter „zunächst gemäß Variante 3 zu“ wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben.

Die erforderlichen Gespräche mit KWU sollten vom BMWi als für Ausfuhrgenehmigungen federführendes Ressort geführt werden. Der Tenor dieser Vorlage ist mit BMWi und BMFT unter Beteiligung von ChBK[12] abgestimmt. Sollte es in den beteiligten Ressorts zu unterschiedlichen Leitungsentscheidungen über das weitere Vorgehen kommen, wäre eine erneute Ressortabstimmung auf StS-Ebene erforderlich.[13]

D 3[14] hat mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153263

40

Vortragender Legationsrat Weiß an die Botschaft in Warschau

214-321.00 POL-206/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. Februar 1986, 09.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 130

Betr.: Revisionismus-/Revanchismuskampagne

Dem Auswärtigen Amt ist folgendes bekannt geworden:

„Jaruzelski hat Innenminister Kiszczak kritisiert, schädliche Auswüchse in der Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik nicht unterbunden zu haben. Gleichzeitig beschwerte sich Jaruzelski über Indiskretionen im Regierungsapparat mit ungünstiger Wirkung nach außen und die Unfähigkeit der Verwaltungsorgane, über den nach Westen abgehenden Postverkehr geeignete Kontrolle auszuüben.

Einem Hinweis aus dem polnischen Regierungsapparat zufolge soll Jaruzelski auf einer Sitzung des ZK-Sekretariats unmittelbar vor dem 23. ZK-Plenum

12 Wolfgang Schäuble.

13 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 7. April 1986: „StS v. Würzen unterrichtete am 7.4.1986 den Vorstandsvorsitzenden der KWU, Dr. Barthelt, […] von der Entscheidung der Leitungen der zuständigen Bundesministerien, daß die Bundesregierung während der Dauer des Krieges für die genehmigungspflichtigen KKW-Komponenten und für angereichertes Uran keine Ausfuhrgenehmigung erteilen kann. KWU wird dies Iran mitteilen. Auf den Hinweis von KWU, daß später noch eine schriftliche Entscheidung der Bundesregierung erforderlich werden könnte, erklärte StS v. Würzen, dann werde auch eine formelle Entscheidung erteilt. KWU erklärte weiter, daß sie entsprechend ihren Verpflichtungen aus dem Vergleichsabschluß nicht genehmigungspflichtige Komponenten an den Iran liefern werde. Außerdem werde KWU durch das den Ressorts vorliegende Memorandum vom 6. März 1986 Iran gegenüber ihre Bereitschaft erklären, eine begrenzte Anzahl von Beratern auf die Baustelle zu entsenden. […] StS v. Würzen erklärte, da die Entsendung von Personal nicht genehmigungspflichtig sei, könne die Bundesregierung KWU rechtlich nicht daran hindern, gebe hierfür allerdings auch keine moralische Unterstützung.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153263.

14 Jürgen Sudhoff.

1 Durchschlag als Konzept.

(22.12.1985) Innenminister Kiszczak wegen eines gewissen Fehlverhaltens seines Ministeriums kritisiert haben:

1) Jaruzelski habe Kiszczak an die bisher nicht erfüllte Aufgabe erinnert, Auswüchse in der Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland, wie sie in letzter Zeit zutage getreten seien, zu unterbinden. Diese Auswüchse stünden im Gegensatz zu seinen Bemühungen, wieder mit Bonn in Kontakt zu kommen.

Die in den polnischen Medien kontinuierlich fortgeführten Hetzkampagnen gegen die Bundesrepublik trügen nicht dazu bei, bei diesem wichtigen westlichen Staat Verständnis für die polnischen Probleme zu erwecken. Die derzeitigen Interessen Polens hätten über allen anderen Dingen zu stehen.

2) Die Kritik Jaruzelskis habe sich darüber hinaus auch gegen die Unfähigkeit der Verwaltungsorgane, eine zuverlässige Kontrolle über in den Westen abgehende Postsendungen auszuüben, gerichtet. In diesem Zusammenhang seien infolge von Indiskretionen des Regierungsapparates über den Postverkehr Berichte zu Befragungsmethoden der Miliz (MO[2]) und Untersuchungsberichte über Mitglieder der ‚Solidarität' in das westliche Ausland gelangt, wo sie veröffentlicht werden sollen. (Jaruzelski habe sich dabei auf den Fall Czesław Bielecki[3] bezogen.)

Stellungnahme:

1) Der Vorgang zeigt deutlich die Bemühungen Jaruzelskis, neue Akzente in seiner außenpolitischen Konzeption gegenüber dem Westen, die immer mehr seine eigene Handschrift trägt, zu setzen. Hierzu gehört u. a. der Versuch, Polen aus der Kritik des Westens hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen herauszubringen, d. h. die bisherigen Informationsflüsse zu internen Entwicklungen in Polen zu filtern und nach eigener Interessenlage zu beeinflussen. Es ist daher zu erwarten, daß zukünftig die Sicherheitsorgane verstärkt versuchen werden, die Informationskanäle der Untergrundopposition in den Westen durch weitere Isolierungsmaßnahmen auszutrocknen. Dies geschähe in der Erkenntnis, daß gerade der recht ungünstige Eindruck im Westen über die Handhabung der Menschenrechte in Polen den außenpolitischen Normalisierungsprozeß noch stark behindert, was den derzeitigen außenpolitischen Intentionen Jaruzelskis entgegensteht.

2) Die Anweisung Jaruzelskis, die Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik zu reduzieren, dürfte ebenfalls an der gegenwärtigen Interessenlage orientiert sein. Aus mehreren nachrichtendienstlichen Hinweisen geht hervor, daß die polnische Führung der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle im Aufbrechen der Westisolierung Polens zuschreibt, nachdem die USA offensichtlich nicht bereit sind, hierbei eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Vor allem das zögerliche Verhalten kleiner westeuropäischer Staaten (u. a. Dänemarks) bestärkt Polen in der Auffassung und Annahme, daß es bezüglich des Verhaltens West-

2 Milicja Obywatelska.

3 Am 1. März 1986 wurde in der Presse berichtet, der im April 1985 verhaftete polnische Architekt Bielecki, der eine Untergrundpublikation veröffentlicht habe und wegen Hochverrats angeklagt sei, befinde sich seit Oktober 1985 im Hungerstreik und werde zwangsernährt. Vgl. dazu den Artikel „Five in Poland Reported Ailing in Hunger Strikes"; THE NEW YORK TIMES, 1. März 1986, S. 5.

europas (EG, NATO) gegenüber Polen eine interne Absprache gibt, die die Bundesrepublik ggf. entscheidend beeinflussen kann."

Weiß[4]

VS-Bd. 13461 (214)

41

Ministerialdirektor Jelonek an Bundesminister Genscher, z. Z. Tunis

431(413)-371.80 SDI-118/86 VS-vertraulich Aufgabe: 14. Februar 1986, 20.08 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 27
Citissime

Nur für Bundesminister[2]

Betr.: Deutsch-amerikanische Verhandlungen über die Verbesserung des allgemeinen wechselseitigen Technologietransfers (TT) und über die Rahmenbedingungen privatwirtschaftlicher Beteiligung an der SDI-Forschung[3];
hier: Sachstand und Meinungsbildung über die beiden den USA zu übermittelnden Texte nach der Hausbesprechung beim Herrn StS am 13.2.1986 sowie Abstimmung mit MD Schomerus

Bezug: Vorlagen der Abt. 4 vom 6.[4] und 12.2.1986[5] – gleiches AZ

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung

I. Sachstand

1) Bei den Gesprächen der deutschen Delegation unter Leitung von MD Scho-

4 Paraphe.

1 Durchdruck.
Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Legationsrat I. Klasse Grolig am 14. Februar 1986 vorgelegen.
Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Dem Herrn StS vor Abgang vorzulegen."

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Februar 1986 in Tunesien auf. Vgl. dazu Dok. 43 und Dok. 48.

3 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung am 27. bis 29. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 30, Anm. 13.

4 Zur Vorbereitung von Ressortbesprechungen legte Ministerialdirektor Jelonek den Stand der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vor und unterbreitete Vorschläge zum weiteren Vorgehen. Vgl. dazu VS-Bd. 13711 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Ministerialdirigent Pabsch faßte eine Ressortbesprechung vom Vortag zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung zusammen und legte Entwürfe für entsprechende Vereinbarungen vor. Vgl. dazu VS-Bd. 13712 (413); B 150, Aktenkopien 1986.

merus Ende Januar hatte die amerikanische Delegation ihre Bereitschaft erklärt, über den allgemeinen wechselseitigen TT und über die Rahmenbedingungen einer privatwirtschaftlichen Beteiligung an der SDI-Forschung sofort zu konkreten Verhandlungen zu kommen. Sie war bereit, über die deutsche „Punktation" zum TT ebenso zu sprechen, wie sie von uns eine Behandlung ihres Vereinbarungsentwurfs für die SDI-Forschungszusammenarbeit erwartete. In dem Bemühen, eine Erörterung von förmlichen Texten zu beiden Themen in dieser ersten Phase zu vermeiden, trat die deutsche Delegation dafür ein, jede Seite sollte ihre Vorschläge lediglich mündlich erläutern. Dementsprechend wurde das amerikanische SDI-Papier eingehend durchgesprochen; aus der „Punktation" wurden nur einige Kernpunkte diskutiert. Allerdings sagte Assistant Secretary Perle (DoD) mit Zustimmung von Under Secretary Schneider (State Department) zu, beim nächsten Treffen Ende Februar auch über die „Punktation" intensiv verhandeln zu wollen. Für den allgemeinen TT wurde von den Ressorts inzwischen ein ausformulierter Text vorbereitet (mit Vorlage vom 12.2. 1986 vorgelegt), so daß wir Ende Februar mit den Amerikanern in Washington sowohl über TT als auch SDI-Forschung in konkrete, gleichzeitige Verhandlungen eintreten können.

2) i) Die inhaltliche Grenze für ihre Bereitschaft zu einer Vereinbarung über TT dürfte für die Amerikaner da liegen, wo sie befürchten, wir wollten eine Zustimmung für die SDI-Forschungszusammenarbeit als Hebel für Verbesserungen beim allgemeinen TT benutzen, GB könne seine SDI-Vereinbarung[6] im Lichte deutscher Sonderergebnisse nachbessern wollen oder andere künftige SDI-Forschungspartner könnten ebensolche oder noch weitergehende Forderungen für den jeweiligen bilateralen TT stellen. Die US-Administration wird sich daher wohl nur mit allgemeinen Grundsätzen für eine Verbesserung des transatlantischen TT – einschließlich eines Konsultationsmechanismus für den Fall konkreter Schwierigkeiten – einverstanden erklären, die von den geltenden Regelungen nicht wesentlich abweichen.

ii) Das Pentagon hat in seinem Entwurf für eine SDI-Forschungsvereinbarung deutliche Abstriche an den Zusagen gemacht, die der Teltschik-Delegation im September 1985[7] in Aussicht gestellt worden waren. Die Gründe dürften darin liegen, daß – wie Perle sagte – der „Kuchen für die Ausländer wegen der vielen in den letzten Monaten den US-Firmen gegebenen Aufträge kleiner geworden" sei und die Amerikaner das noch vor dem Genfer Gipfel[8] abgeschlossene Ergebnis der amerikanisch-britischen Verhandlungen nicht durch ein besseres, mit den Deutschen ausgehandeltes Abkommen aus dem Gleichgewicht gebracht sehen möchten: Dieses US/UK-Abkommen scheint den USA die Ideallösung zu sein, wie mehrfach betont wurde. Aber auch unser Ansatz scheint ihnen letztlich wohl akzeptabel. Eine deutsche politische Unterstützung für die SDI-Forschung scheint den USA immer noch eine besondere Anstrengung wert zu sein.

6 Zur amerikanisch-britischen Vereinbarung vom 6. Dezember 1985 vgl. Dok. 1, Anm. 7.

7 Vom 4. bis 13. September 1985 hielt sich eine Delegation unter Leitung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, in den USA auf. Für eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu dem am 27. September 1985 vorgelegten Erfahrungsbericht vgl. AAPD 1985, II, Dok. 309.

8 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Für uns ist Abschluß der Vereinbarung keine Frage der politischen Unterstützung von SDI. Washington bleibt – trotz Bekundung großer Gelassenheit – an einem raschen Abschluß mit uns interessiert. Wir haben den Amerikanern zugesagt, bis zum 17.2. einen Entwurf zum TT und unseren Gegenentwurf zur SDI-Forschung zu übersenden.[9]

II. Die beteiligten Ressorts haben sich vorbehaltlich der Zustimmung der Leitungen wie folgt geeinigt (die Texte werden am 17.2. vorliegen):

1) Der deutsche Vereinbarungsentwurf zum TT – zur Untermauerung unseres doppelten Ansatzes gleichzeitig mit dem SDI-Text zu übersenden – ist als völkerrechtlich verbindliches Ressortabkommen in der Form eines Briefwechsels konzipiert (die endgültige Form wird z. Z. im AA hergestellt). Er enthält im wesentlichen eine Reihe von Grundsätzen für den TT, sein Inhalt ist unter den Ressorts nicht strittig. Wir haben vorgeschlagen, in den Text noch eine möglichst vollständige Aufzählung früherer Abkommen aufzunehmen, wie sie im Entwurf zur SDI-Forschungszusammenarbeit enthalten ist, sowie eine Berlin-Klausel. Das AA ist der Auffassung, daß in beiden Texten Aufnahme Berlin-Klausel unerläßlich ist.

Darüber hinaus haben wir gefordert, daß am Ende des Textes auf die (am gleichen Tag zu zeichnende) SDI-Forschungszusammenarbeits-Vereinbarung verwiesen wird, und zwar in einer Weise, die den SDI-Text als konkreten Anwendungsfall der allgemeinen TT-Vereinbarung darstellt. Ob die Amerikaner dies hinnehmen werden, bleibt abzuwarten. Das DoD hat bisher keinen Zweifel daran gelassen, daß es der SDI-Forschungsvereinbarung einen höheren Rang zumißt.

2) Der vom BMWi, BMFT, BMJ, BMVg und AA erarbeitete Gegenentwurf zum US-SDI-Forschungstext, der dort vorliegt, enthält:

a) Absichtserklärungen für eine wohlwollende und kooperative Ausübung des administrativen Ermessens für:

– Erteilung möglichst zusammenhängender Aufgaben (integrierte Teilsysteme),
– Bereitschaft zur Überlassung von Nutzungsrechten an SDI-Forschungsergebnissen auch für zivile Zwecke (Spin-off),
– Schonung kommerzieller Interessen bei Klassifizierung; Konsultation über Entschädigung bei nachträglicher Höherstufung,
– Erteilung von Exportgenehmigungen für SDI-Forschungsergebnisse.

b) Konkrete Regelungen für:

– Inländerbehandlung bei öffentlichen Aufträgen und hinsichtlich der Nutzungs- und Verwertungsrechte,
– Verbleib von Neurechten beim Auftragnehmer,
– Schutz von Altrechten,
– Preis- und Qualitätsprüfung nach dem Recht des Auftragnehmerlandes,
– Überlassung von Informationen und Technologien, die für die Bewerbung um Aufträge notwendig sind,

9 Für die am 20. Februar 1986 den USA übermittelten Entwürfe der Bundesregierung vgl. VS-Bd. 13712 (431).

– Nichtberücksichtigung der Inländerpräferenz (buy american) für US-Firmen bei der Bewertung von Angeboten.

(Nach einer Meldung der Zeitschrift Aviation Week sind die letzten vier Punkte in einem MoU zwischen dem amerikanischen[10] und dem britischen Verteidigungsminister[11] in befriedigender Weise geregelt worden. Wir werden zu erreichen suchen, was den Briten zugestanden wurde.)

Sofern wir uns mit den Amerikanern über obige Punkte einigen können, ist der Text insoweit aus der Sicht des Auswärtigen Amtes akzeptabel.

Das BMVg hat sich dafür ausgesprochen, daß seine Vorstellungen (bisher Nr. 11 und 12 des Entwurfs, unter dem Strich) über amerikanische Zusagen zur Information über die SDI-Gesamtentwicklung und -architektur sowie zur Nutzung von technischen Erkenntnissen, die bei der SDI-Forschung anfallen, für die konventionelle Verteidigung in Europa in den Vereinbarungsentwurf aufgenommen werden sollte. Wir hatten hiergegen Bedenken angemeldet. In einer internen Besprechung bei StS kam das Haus zum Ergebnis, daß die Aufnahme in den Vertrag weniger Nachteile bringt als ein gesonderter Briefwechsel. Zwar würde durch eine Aufnahme in den Vertrag der kommerzielle Charakter tangiert. Aber bei der von den Ressorts und ChBK[12] erwogenen Alternative, diese Petita in einen begleitenden Briefwechsel zwischen BMVg und DoD zu regeln, dessen Inhalt schwer kontrollierbar wäre, würden die militärischen Elemente noch stärker betont.

Die in Nr. 8 des Entwurfs vorgesehene Kontaktstelle wünschen wir klarer definiert. Sie soll in die Botschaft integriert werden. Nach unserer Vorstellung soll die Kontaktstelle vor allem der Anbahnung von Kontakten deutscher interessierter Unternehmen mit dem DoD (SDIO) dienen. Wir haben uns aber – ebenfalls aus Gründen der Förderung der Interessen deutscher Firmen – nicht dagegen ausgesprochen, daß diese Stelle auch die Übermittlung von Geheiminformationen von SDI (und ggf. der amerikanischen Industrie) an deutsche Auftragnehmer übernimmt, damit amtliche Funktionen wahrnimmt und entsprechendes Personal erhält. Die Einrichtung der Stelle in der Botschaft Washington wird von uns gefordert, um ihr keine politisch unerwünschte Bedeutung zu geben und ihre organisatorische Einbindung in die Wahrnehmung der Interessen aller beteiligten Bundesressorts (BMWi, BMFT, BMVg) sicherzustellen.

Bisher nicht entschieden ist, ob es – wie von den USA gewünscht – über die Kontaktstelle in Washington hinaus eine weitere „Implementierungsstelle" für die Bundesregierung in Bonn geben sollte. Unstreitig ist, daß eine Arbeitseinheit im BMWi für die Weitergabe von Geheiminformationen an die Wirtschaft zuständig ist. Ob darüber hinaus der BMVg eine SDI-Forschungs-Arbeitseinheit einrichten sollte, läge in seiner Organisationsgewalt. Diese sollte aber nicht in der Vereinbarung verankert werden.

Die in dem amerikanischen Entwurf enthaltene Option für gemeinsame Forschungsprojekte im Regierungsbereich ist [13]im deutschen Gegenentwurf nicht

10 Caspar W. Weinberger.
11 Michael Heseltine.
12 Wolfgang Schäuble.
13 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 28 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

aufgegriffen worden, obwohl BMVg und BK im Gegensatz zum Auswärtigen Amt diesem Gedanken Sympathie entgegenbringen. Hierzu besteht Entscheidungsbedarf erst, wenn amerikanische Seite darauf zurückkommt.

Es bleibt nach eingehender Erörterung in der Hausbesprechung am 13.2. dabei, daß unser Gegenentwurf keine Erwähnung des ABM-Vertrages enthalten wird. Der Hinweis auf „internationale Verpflichtungen" in Ziffer 2.1. des SDI-Entwurfs reicht aus.

3) Um die Verbindung der beiden Vereinbarungen zu TT und SDI-Forschung sicherzustellen, sollten wir anstreben, daß in dem Briefwechsel im TT auf die SDI-Vereinbarung verwiesen wird und bei der Unterzeichnung eine gemeinsame Erklärung abgegeben wird, in der beide Seiten u. a. folgende Prinzipien bekräftigen:

– die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern zu festigen,
– den wissenschaftlichen Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand in beiden Ländern zu fördern,
– daß die Wahrung von Freiheit, Frieden und Wohlstand in der Welt von morgen von den wissenschaftlichen und technischen Anstrengungen in der Gegenwart abhängt,
– daß die politische Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Anstrengungen und die Knappheit der Ressourcen eine enge Kooperation der durch gemeinsame Ziele und Wertvorstellungen verbundenen Regierungen erfordert,
– daß die gleichgerichtete politische Zusammenarbeit durch Zusammenarbeit, Wettbewerb und gegenseitige Befruchtung der an der wissenschaftlich-technischen Entwicklung unmittelbar Beteiligten ergänzt und mit Leben erfüllt werden muß.

Die Erklärung würde mit der Feststellung enden, daß beide Seiten zur Verwirklichung dieser Ziele Prinzipien, Grundregeln und Verfahren für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und deren Implementierung, einschließlich der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit bei der SDI-Forschung, vereinbart hätten, die der Weiterentwicklung offenstünden. Von diesen Verklammerungselementen ist die Verweisung in der TT-Vereinbarung im Sinne des Kabinettsbeschlusses vom 18.12.1985[14] die wichtigere. Wir sollten sie gegenüber den USA als einen essentiellen Punkt behandeln.

III. 1) MD Schomerus wurde von unseren in der Hausbesprechung beim Herrn Staatssekretär entwickelten Wünschen unterrichtet und sagte Übermittlung an die Häuser zu. Er selbst akzeptierte sie. Wir gehen nach Gesprächen auf der Arbeitsebene davon aus, daß der BMVg unseren Überlegungen zustimmen kann. Damit entfiele eine weitere Ressortabstimmung.

2) Den Amerikanern ist vom BMWi die Annahme des Terminvorschlags für die nächste Verhandlungsrunde (26. bis 28.2.1986) mitgeteilt worden. Es wird vor-

14 Zum Kabinettsbeschluß über eine mögliche technologische Beteiligung der Bundesrepublik an SDI vgl. Dok. 1, Anm. 4.

geschlagen, daß das Auswärtige Amt, da D 4 Urlaub geplant hat, von Dg 43[15], RL 431[16] und LR I Grolig vertreten wird.[17]

Abteilung 2 und 5 haben mitgezeichnet. StS Ruhfus hat gegenüber BM Schäuble Ihre Billigung des Textes vorbehalten. Dieser Bericht hat Herrn Staatssekretär Ruhfus vorgelegen.

[gez.] Jelonek

VS-Bd. 13712 (431)

42

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312.74 VS-NfD **14. Februar 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 13 Ortex

Zu den Ergebnissen der Internationalen Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) vom 5. bis 7.2.86 in Paris

1) Zusammenfassung

Auf Einladung von Präsident Mitterrand fand vom 5. bis 7.2.86 in Paris eine internationale Waldschutzkonferenz statt, die sich zum Ziel gesetzt hatte, auf

15 Wiegand Pabsch.

16 Paul-Joachim von Stülpnagel.

17 Die zweite Runde der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung fand vom 26. bis 28. Februar 1986 in Washington statt. Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Washington, teilte dazu am 28. Februar 1986 mit: „Zum MoU über SDI-Forschung konnte in einer Reihe substantieller Fragen Einigung über einvernehmliche Formulierungen (ad referendum) erzielt werden. Gleichwohl wird es bei einigen Kernfragen noch schwieriger Verhandlungen und einer Konzessionsbereitschaft auf beiden Seiten bedürfen. Die US-Seite insistiert besonders darauf, daß in dem Memorandum of Understanding eine deutliche politische Unterstützung der SDI-Forschung durch die Bundesregierung zum Ausdruck kommt. […] Da zum ersten Mal über konkrete Texte gesprochen wurde, gestalteten sich die Verhandlungen erwartungsgemäß schwierig. Von US-Seite wurde sie durchgängig hart und gelegentlich schroff im Ton geführt. Es wurde mehrfach betont, daß sich die US-Seite in dieser Sache nicht als Demandeur betrachtet.“ Die amerikanische Seite habe die Auffassung vertreten, „daß im MoU keine Berlin-Klausel enthalten sein sollte, da es sich um eine Vereinbarung aus dem Verteidigungsbereich handele“. Insgesamt sei der Eindruck entstanden, „daß die US-Seite die Verhandlungen mit der Bundesregierung zügig abschließen möchte, um bessere Voraussetzungen für ihre bevorstehenden Verhandlungen mit Japan und Italien zu schaffen. Ihre Konzessionsbereitschaft wird allerdings auch deshalb begrenzt sein, weil sie keinesfalls die Verhandlungen mit anderen Partnern zu ihren Ungunsten präjudizieren oder gar mit GB nachverhandeln möchte. Es hat sich bestätigt, daß die USA wegen des aus ihrer Sicht rein militärischen Charakters des SDI-Forschungsprogramms und wegen der ausschließlichen Finanzierung aus US-Haushaltsmitteln innenpolitisch wenig Raum geben, Partnern im SDI-Forschungsprogramm Zugeständnisse zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 918; Referat 431, Bd. 145621.

1 Ablichtung.
Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Dobbelstein konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Stoecker am 14. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Stoecker am 17. Februar 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Dobbelstein verfügte.

hoher politischer Ebene Waldschäden in Europa und Wüstenausbreitung in Trockengebieten Afrikas zu behandeln. Insgesamt waren alle westlichen IL, die EG sowie DDR, Polen und Ungarn (übrige östliche Staaten als Beobachter), 32 afrikanische Staaten und 23 internationale Organisationen vertreten.

Präsenz von fünf europäischen Staats- und Regierungschefs (B[2], D[3], F[4], IRL[5], NL[6]) und weiteren fünf aus Afrika (Burkina Faso[7], Dschibuti[8], Niger[9], Senegal[10], Somalia[11]) am Eröffnungstage, die im übrigen vorwiegend auf Ministerebene vertretenen Staaten sowie die ebenfalls hochrangige Wahrnehmung durch EG (Delors) und internationale Organisationen sicherten der Konferenz einen bisher einmaligen politischen Demonstrationseffekt: Bekämpfung der Waldschäden in Europa und der Wüstenausbreitung in Afrika ist als eine der zentralen politischen Aufgaben zur Sicherung der Lebensgrundlagen stärker ins Bewußtsein gerückt worden.

Mit der einvernehmlichen Verabschiedung eines feierlichen Aufrufs zum weltweiten Schutz von Baum und Wald („Pariser Appell“[12]) und 19 konkreten Empfehlungen[13] hat Konferenz richtungsweisende Beschlüsse gefaßt. Mehrere westliche Länder (darunter D) haben außerdem in schriftlich niedergelegten Absichtserklärungen konkrete Maßnahmen zum Schutz der europäischen Wälder und zur verstärkten Hilfe für von der Wüstenausbreitung bedrohte Länder Afrikas angekündigt.

Unsere Konferenzziele wurden erreicht:

– stärkere Sensibilisierung unserer europäischen Partner für Gefahren der Waldschäden,
– wachsende Einsicht, daß weitere gemeinsame Maßnahmen (insbesondere im Rahmen der EG und der ECE) bei Luftreinhaltung, Schadenserfassung und -forschung notwendig sind,
– Bekundung unseres Willens, den von Wüstenausbreitung betroffenen afrikanischen Staaten verstärkt zu helfen.

Maßstäbe setzender Redebeitrag des BK zu Beginn der Konferenz[14], Wahrnehmung der Beratung der europäischen Waldprobleme durch BM Kiechle[15]

2 Wilfried Martens.
3 Helmut Kohl.
4 François Mitterrand.
5 Garret FitzGerald.
6 Ruud Lubbers.
7 Thomas Sankara.
8 Hassan Gouled Aptidon.
9 Hamid Algabid.
10 Abdou Diouf.
11 Mohamed Siad Barre.
12 Für den „Pariser Appell“ vgl. Referat 433, Bd. 132351.
13 Für die Empfehlungen vgl. Referat 433, Bd. 132351.
14 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 5. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 101 f.
15 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Kiechle am 6. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 102–104.

und Stellungnahme von StS Lengl (BMZ)[16] zu den afrikanischen Anliegen belegten in jeder Phase unser hohes politisches Engagement.

Bemerkenswert waren ausgesprochene Sachbezogenheit der Beratungen, Fehlen politischer Kontroversen und deutliches Hervortreten euro-afrikanischer Verbundenheit.

2) Im einzelnen ist zu ergänzen:

a) Neben Aufruf zum weltweiten Schutz von Baum und Wald hat sich Konferenz auf sieben allgemeine Empfehlungen geeinigt, die insbesondere auf Verbesserung der Forstpolitik, Waldbrandbekämpfung, intensivierte Forschungsanstrengungen, verstärkte Hilfe für die afrikanischen Länder und Einberufung weiterer Konferenzen (z. B. über Tropenwälder) gerichtet sind.

b) Die auf die europäischen Waldprobleme zugeschnittenen fünf Resolutionen sehen vor:

– Intensivierung der Identifikation und Erfassen von Waldschäden,
– Verringerung der Luftverschmutzung,
– Verstärkung der Forschung – insbesondere durch Schaffung eines europäischen Forschungsnetzes zur Physiologie des Baumes („Eurosilva"),
– Sicherung der Zukunft der Forstökonomie,
– verstärkter Schutz vor Waldbränden – insbesondere durch Verbesserung der Zusammenarbeit der Mittelmeerländer (bilaterale Abkommen und „Mittelmeercharta").

Unserer Interessenlage kommt insbesondere die unter schwierigen Umständen ausgehandelte Empfehlung zur Luftreinhaltung entgegen. Es gelang, deutlichen Beitrittsappell an die Nichtteilnehmer des Helsinki-Protokolls[17] zur Reduzierung der Schwefeldioxyd-Emissionen und Notwendigkeit internationaler Maßnahmen zur Verringerung der für Waldschäden ebenso ursächlichen Stickoxyd-Emissionen zu verankern.

Hervorzuheben ist ferner, daß sich Konferenz den auch vom BK ausdrücklich unterstützten französischen Vorschlag eines europäischen Forschungsverbundes zur Baum-Physiologie zu eigen gemacht hat. F wird in den nächsten Wochen zu Gesprächen einladen, bei denen Struktur des Verbundes weiter abzusprechen sein wird.[18]

16 Für die Rede des Staatssekretärs Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in Paris vgl. Referat 433, Bd. 132351.

17 Für den Wortlaut des Protokolls vom 8. Juli 1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1117–1122.

18 Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 23. April 1986 mit, das französische Landwirtschaftsministerium, habe zur Erforschung der Physiologie des Baumes zunächst die Bildung eines deutsch-französischen Forschungsnetzes vorgeschlagen, dem später andere EG-Mitgliedstaaten beitreten könnten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 926; Referat 433, Bd. 132351.
Eine erste deutsch-französische Besprechung fand am 27. Juni 1986 in Paris statt. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie vermerkte dazu am 30. Juni 1986, es sei „Übereinstimmung hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung von Eurosilva, der organisatorischen Struktur und der weiteren Vorgehensweise" erzielt worden: „Eine verstärkte Zusammenarbeit europäischer Grup-

c) Bei dem intensiven Meinungsaustausch zwischen afrikanischen Staaten, Geberländern und internationalen Organisationen über Ursachen und Auswirkungen der fortschreitenden Waldzerstörung und Wüstenausbreitung in Afrika ergab sich einvernehmlicher Befund: Brennholz-Raubbau, Überweidung und Ausweitung des Ackerbaus auf immer schlechtere Böden, die mit der Zunahme der Bevölkerung und wachsender wirtschaftlicher Verarmung immer mehr um sich greifen. Die unmittelbaren Handlungsnotwendigkeiten wurden in sieben spezifischen Resolutionen festgelegt. Sie betreffen im wesentlichen

– Notwendigkeit einer erheblichen Verstärkung der nationalen Anstrengungen und der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich,
– bessere Koordinierung der Maßnahmen und Programme im Rahmen des „Tropenwald-Aktionsplanes“ der FAO und bestehender afrikanischer Regionalinstitutionen,
– Festlegung von Prioritäten zur Durchführung von Maßnahmen für besondere Problembereiche wie z. B. die Wiederaufforstung, Waldbrandbekämpfung, verbesserte agroforstliche Bodennutzung und Forschung.

Bundesregierung hat ihre Bereitschaft zu einer weiter verstärkten Unterstützung von Programmen der Wüstenbekämpfung zum Ausdruck gebracht und allein für Forstmaßnahmen den Einsatz von mindestens 150 Mio. DM für die kommenden fünf Jahre angekündigt.

Sie will insbesondere ihre Zusammenarbeit mit Ländern des Sahelraumes und dem von ihnen getragenen „Zwischenstaatlichen Ausschuß zur Bekämpfung der Trockenheit“ (CILSS[19]) weiter ausbauen. Dabei steht Förderung regional abgestimmter Programme und Projekte der Wüstenbekämpfung und verstärkte Hilfe für Projekt-Vorbereitung und -Planung sowie Aus- und Fortbildung von Fachpersonal im Vordergrund.

Pleuger[20]

Referat 433, Bd. 132351

Fortsetzung Fußnote von Seite 245
pen auf dem Gebiet der Pflanzenphysiologie ist unbedingt wünschenswert und erforderlich.“ Ein weiteres Treffen sei im September 1986 geplant. Vgl. Referat 433, Bd. 132351.

19 Comité permanent Inter-États de Lutte contre la Sécheresse dans le Sahel.

20 Paraphe.

43

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, in Tunis

310-323.10 **15. Februar 1986**[1]

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung

Der Bundesminister führte am 15.2.1986 ein etwa 45minütiges Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga in seinem Büro in Tunis.[2]

Teilnehmer: Botschafter Bente, Dg 31[3], RL 013[4], VLR Ischinger, 010, sowie ein Beamter der Arabischen Liga.

1) *Klibi* berichtete von seinem unmittelbar vorangegangenen Besuch in Bagdad als Mitglied des Ausschusses der Arabischen Liga für den Golfkrieg. Er erläuterte, daß die neue iranische Aggression eine bedrohliche Situation geschaffen habe, einmal durch das Vordringen der Truppen auf arabisches Gebiet, zum anderen durch die Bedrohung Kuwaits, die durch iranische Erklärungen verstärkt worden sei.[5]

Der Ausschuß habe deshalb in Bagdad beschlossen, den VN-Sicherheitsrat anzurufen. Man wolle eine Resolution folgenden Inhalts erreichen:

– Einstellung der Feindseligkeiten bis zu einem bestimmten Termin,
– neues Zusammentreten des VN-Sicherheitsrats nach diesem Termin,
– falls eine Partei dem Aufruf nicht folgt, Verhängung von Sanktionen (keine Waffenlieferungen, Wirtschaftsboykott).[6]

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 17. Februar 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 18. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Schlagintweit verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Bitte vorbehaltl[ich] Zustimmung BMs verteilen."
Hat Schlagintweit erneut vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Februar 1986 in Tunesien auf. Vgl. dazu auch Dok. 48.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Jürgen Chrobog.

5 Referat 311 vermerkte am 17. Februar 1986: „Iran hat am 9.2.1986 eine seit längerem erwartete Offensive gegen Irak begonnen. Iranische Truppen haben südlich von Basra den Shatt-el-Arab überschritten und die irakische Hafenstadt Fao besetzt. […] Auf beiden Seiten hat es bereits Tausende von Toten und Verwundeten gegeben. Iran behauptet, Irak habe wieder Giftgas gegen die iranischen Truppen eingesetzt. Irak erhebt denselben Vorwurf gegen Iran. […] Die iranischen Truppen haben sich der kuwaitischen Grenze bis auf wenige Kilometer genähert. Es besteht daher Gefahr, daß die Kampfhandlungen durch die eine oder die andere Seite auf das benachbarte Kuwait übergreifen und eine neue, gefährliche Situation schaffen." Vgl. Referat 311, Bd. 137874.

6 Am 24. Februar 1986 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat die Resolution Nr. 582. Darin wurde die Eskalation des irakisch-iranischen Krieges bedauert, insbesondere die Angriffe auf zivile Ziele und neutrale Schiffe sowie die Verletzung internationaler Konventionen, vor allem des Genfer Protokolls von 1925 zum Verbot chemischer und biologischer Waffen. Irak und Iran wurden zu einem Waffenstillstand und einem Rückzug ihrer Truppen hinter die international anerkannten Grenzen sowie zu einer friedlichen Lösung ihrer Konflikte unter Vermittlung des VN-Generalsekretärs aufgefordert. Ferner sollte ein Gefangenenaustausch vollzogen werden. Alle übrigen Staaten wurden zur Zurückhaltung aufgefordert, um eine weitere Eskalation des Kriegs zu vermeiden. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1986, S. 11 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 435 f.

Auf die Frage des Bundesministers nach dem Kräfteverhältnis sagte Klibi, demographisch und ideologisch sei Iran stärker („le Khomeinisme est une arme insupérable"). Technisch sei Irak besser ausgerüstet und bei der Verteidigung seines eigenen Landes „höher motiviert".

Auf die Frage des Bundesministers nach den Auswirkungen der iranischen Offensive auf die Golfregion antwortete Klibi, er habe den saudischen Außenminister[7] noch nie so beunruhigt erlebt wie jetzt. Ein iranischer Sieg würde dem Fundamentalismus auf der Halbinsel, vor allem aber auch in Ägypten, eine neue Kraft geben, die die Stabilität von innen bedrohen könne. Dies gelte vor allem für Ägypten, könne aber auch Auswirkungen auf Marokko und Tunesien haben. Was Saudi-Arabien anbelange, so würde etwa das Entstehen einer islamischen Republik Basra im Zuge eines iranischen Sieges zu schiitisch-fundamentalistischen Aufständen in der ganzen Golfregion führen. Auf die Frage, wer Iran wirklich unterstütze, sagte Klibi: Jeder, der Öl aus Iran kaufe, stärke Iran militärisch. Waffenlieferanten seien z. B. Argentinien, Spanien und die Schweiz.

Der *Bundesminister* gab keine eigene Wertung der Situation oder der Frage einer Sicherheitsratssitzung.

2) *Klibi* sprach dann die Frage des internationalen Terrorismus und seiner Wurzeln im Nahost-Konflikt an und dankte für das Verständnis des Bundesministers bei seinem kürzlichen Besuch[8] sowie für den positiven Einfluß der Bundesrepublik Deutschland auf die europäische Erklärung vom 27.1.1986[9]. Es sei richtig, daß nunmehr Europäer und Araber über die beiden Fragen reden müßten. Hierfür böten sich der Europäisch-Arabische Dialog (EAD) und die Form eines Troika-Gesprächs an.

Er, Klibi, warte nun darauf, daß die Präsidentschaft[10] einen offiziellen Antrag stelle. Er hoffe, daß dies rechtzeitig vor der nächsten arabischen AM-Konferenz (24.3.1986)[11] geschehe.

7 Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

8 Am 22. Januar 1986 fand ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter notierte dazu am 23. Januar 1986: „Das Gespräch ließ weitgehende Übereinstimmung erkennen, daß das ungelöste Palästinenserproblem eine Hauptursache des vom Nahen Osten ausgehenden internationalen Terrorismus ist. Beide Themenkreise sollten daher zwischen den Zwölf und der Arabischen Liga besprochen werden. GS Klibi bekräftigte die Ablehnung des Terrorismus durch die AL, von dem jedoch der legitime Widerstand gegen die widerrechtliche israelische Besetzung zu unterscheiden ist. Israel manipuliere das Terrorismusthema, um vom Palästinenserproblem abzulenken. Letzteres müsse auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes gelöst werden. Ohne dessen Anerkennung durch Israel könne es keine Verhandlungen und keine Lösung geben. […] Klibi bezeichnete den EAD auf entsprechenden Vorschlag von BM als geeigneten Rahmen für alle anstehenden Probleme. Vorstellbar sei ein EAD-Ministertreffen mit folgender Tagesordnung: Lösung des Nahost-Konfliktes unter europäischer Beteiligung; wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit; Abwehr gemeinsamer Gefahren (dabei auch Terrorismusbekämpfung). BM verwies auf Bedeutung schnellen Handelns. Ministerkonferenz bedürfe langer Vorbereitung. Vorzuziehen sei Troika-Treffen beider Seiten auf Ministerebene." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141122.

9 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25.

10 Die Niederlande hatten vom 1. Januar bis 30. Juni 1986 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

11 Vom 24. bis 27. März 1986 fand in Tunis eine Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt.

Der *Bundesminister* erwiderte, die europäischen Außenminister würden sich bei ihrem nächsten Treffen mit dieser Frage befassen.[12]

Klibi ergänzte, was die Einzelheiten anbelange, so könne die arabische Seite dann hinsichtlich der Themen eines Troika-Gesprächs wirtschaftliche, kulturelle und politische Aspekte vorschlagen, die europäische Seite zusätzlich das Thema Terrorismus und seine Wurzeln einführen.

Klibi stimmte zu, daß auch die Allgemeine Kommission belebt werden müsse. Er werde darüber mit dem stellvertretenden Generalsekretär Omran sprechen.

3) Zum Friedensprozeß sagte der *Bundesminister*, er würde wünschen, daß die PLO sich voll hinter die Pläne König Husseins[13] stelle. *Klibi* stimmte zu und kam dann vor allem auf die Schwierigkeit zu sprechen, die in der Idee einer jordanisch-palästinensischen Konföderation liege. Eine solche Konföderation könne erst gebildet werden, wenn ein palästinensischer Staat da sei. Klibi meinte, der Fes-Plan[14] wäre hierfür eine gute Grundlage.

Der *Bundesminister* erwiderte, wir unterstützten den Fes-Plan, da er ein realistisches Konzept darstelle, das mit dem Reagan-Plan[15] verheiratet werden müsse.

4) *Klibi* erkundigte sich nach den Überlegungen des Bundesministers, einen Dialog zwischen Europäischer Gemeinschaft und Golf-Kooperationsrat herzustellen. Die Arabische Liga unterstütze die Bestrebungen der Golfstaaten, ihre petrochemische Produktion nach Europa zu verkaufen. Dächten die Europäer an mehr? Die Arabische Liga könne hier hilfreich sein, eventuell aber auch stören.

Der *Bundesminister* antwortete, der Europäisch-Arabische Dialog habe eine Qualität eigener Art. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zusammenschlüssen

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte am 26. Februar 1986 zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortag in Den Haag mit, die Erörterung des Themas Nahost habe sich auf die Frage konzentriert, „welche Schritte die Zwölf nach der jüngsten Rede von König Hussein unternehmen können. […] Die AM kamen überein, daß Präs[identschaft] auf geeignete Weise in ‚quiet diplomacy' bei den Hauptbeteiligten sondiert, wie die Möglichkeiten der Zwölf beurteilt werden, auf den Friedensprozeß positiven Einfluß zu nehmen. […] BM setzte sich unter Bezugnahme auf das Interesse von GS Klibi für Kontakte zur Arabischen Liga ein. Partner griffen dies auf. GB wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Verwendung der Troika-Formel auf arabischer Seite zu Problemen führen könnte: falls Libyen oder die PLO als Gesprächspartner benannt werden sollten. Auch scheine die Behandlung des Themas Terrorismus verfrüht; zunächst sollten Ergebnisse der Arbeit der neu gegründeten AG vorliegen. Die Minister kamen überein, daß die politischen Aspekte (Präs. nannte als Themen Nahost-Konflikt, Iran–Irak, Terrorismus) auf europäischer Seite nach Troika-Formel behandelt werden sollten. Die Verabschiedung eines Kommuniqués werde nicht vorgesehen. Präs. wird der AL Bereitschaft der Zwölf zu Dialog übermitteln. Über die Zusammensetzung der jeweiligen Delegationen werde noch zu sprechen sein. Zugleich wird Zusammentreten der Allgemeinen Kommission des EAD angestrebt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 9/10; Referat 200, Bd. 134815.

13 Zu den Plänen des Königs Hussein für eine Nahostkonferenz vgl. Dok. 37, besonders Anm. 20 und 27.

14 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

15 Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 239.

wie ASEAN beruhe auf einem Minimum von Kohäsion allgemeiner Art. Diese Kohäsion sei auch beim Golf-Kooperationsrat gegeben. Daher wäre es vernünftig, auch zu einer Kooperation zu kommen. Dies gelte auch für den Maghreb, wenn dieser sich einmal zusammenschlösse.

Klibi sagte, beide Dialoge, der EAD und ein Dialog EG–Golf-Kooperationsrat, müßten sich ergänzen und stützen. Sie dürften nicht zu Alternativen werden. Daher müsse man von vornherein die jeweiligen Bereiche genau umschreiben und voneinander abgrenzen. Auch hierüber könne man bei einem Troika-Treffen sprechen.

5) Es folgte ein kurzer Meinungsaustausch über den Tschad, bei dem keine neuen Gesichtspunkte auftauchten.

Unterabteilung 31, Bd. 141122

44

Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 84
Citissime

Aufgabe: 15. Februar 1986, 15.00 Uhr[1]
Ankunft: 16. Februar 1986, 10.26 Uhr

Sonderverteiler BM

im AA: Beteiligung Dg 31[2] und Dg 41[3] erbeten

Betr.: Besuch BM Genscher in Marokko am 13. und 14.2.86;
hier: Gespräch mit König Hassan II.

Der König empfing am 14.2. in Marrakesch den Bundesminister zu einem knapp eineinhalbstündigen Gespräch.

Teilnehmer waren auf marokkanischer Seite: AM Filali; der außenpolitische Berater des Königs, Réda Guédira; und Botschafter Benslimane. Auf deutscher Seite BM a. D. Ertl, Dg 31 und Botschafter Montfort.

1) Der König war mit der Anregung des BM einverstanden, mit wirtschaftspolitischen Themen zu beginnen. BM erläuterte einleitend, MRO solle die große Chance sehen, die sich aus seinem privilegierten Verhältnis zur EG[4] ergebe. Er spreche von Marokkos wachsender Bedeutung als Exporteur von Halbfertig- und Fertigprodukten. Man müsse untersuchen, warum nicht mehr deutsche

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
2 Reinhard Schlagintweit.
3 Jürgen Trumpf.
4 Die EWG schloß am 27. April 1976 ein Kooperationsabkommen mit Marokko. Ferner wurde am selben Tag ein Kooperationsabkommen zwischen der EGKS und Marokko geschlossen. Für den Wortlaut beider Abkommen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 690–779.

privatwirtschaftliche Unternehmer Investitionen in MRO vornähmen. In verstärkter Investitionstätigkeit kleiner und mittlerer deutscher Betriebe in MRO sehe er einen Weg zu Strukturverbesserung der marokkanischen Wirtschaft. Kleine und mittlere deutsche Unternehmen hätten aber gewisse Schwierigkeiten, die Bedingungen zu erkennen, unter denen sie sich in MRO betätigen könnten. Hier könnte eine zentrale marokkanische Anlaufstelle für ausländische Unternehmer äußerst nützlich sein, die ständiger Ansprechpartner der Betriebe bleiben müsse. Die deutschen Unternehmer seien nicht genug über ihre Chancen in MRO unterrichtet, sie sähen nicht in ausreichendem Maße die günstigen Vorbedingungen einer liberalen Wirtschaftsverfassung, einer aufgeschlossenen Haltung gegenüber Europa und von politischer Stabilität. Er schlage daher vor, baldmöglichst den deutsch-marokkanischen Wirtschaftsausschuß einzuberufen.

Der König widersprach, man solle das Problem doch umgekehrt aufzäumen. Entscheidend sei zunächst der politische Wille, sich in MRO zu engagieren. Wenn sich die Bundesregierung entscheide, politisch in MRO zu investieren, würden die größeren, mittleren und kleineren Unternehmen ganz von selbst kommen.

Der BM warf ein, seine Ausführungen brächten ein klares politisches Interesse zum Ausdruck. Natürlich wollten wir ein stabiles MRO. Für uns sei nicht gleichgültig, was am Südrand des Mittelmeers geschehe. Durch unsere Zugehörigkeit zur EG seien wir Mittelmeer-Anrainer geworden, durch den Beitritt Spaniens[5] Nachbarn Marokkos. Das Mittelmeer trenne nicht, es verbinde.

Der König stimmte zu, eben deswegen habe er den Beitrittsantrag in die EG gestellt.[6] Die EG habe ein strategisches Hinterland nötig. Das meine er nicht in militärischer Hinsicht. Er denke vielmehr an ein Potential von Arbeitskräften, Rohstoffen und die geographische Nachbarschaft. All das könne nur Nordafrika bieten. Das Land, das Europa hier am nächsten stehe, sei Marokko.

Der BM verwies darauf, die Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft sei nicht einfach durchzusetzen gewesen. Während andere die Meinung vertreten hätten, hier schaffe man sich selber Probleme, hätten wir immer entgegengehalten, wir brauchten Zusammenarbeit mit der südlichen Nachbarregion.

Nun stelle sich aber die Frage, ob beide Seiten die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft hätten. Generell möchte er das mit Nein beantworten. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kooperationsverträge seien nicht voll genutzt. Im übrigen träten wir jetzt in eine Phase ein, in der man überlegen müsse, ob man die Assoziationsverträge mit den Mittelmeerstaaten nicht individueller gestalten könne. Während es zunächst sinnvoll war, die verschiedenen Mittelmeeranrainer parallel zu behandeln und die Verträge nach dem gleichen Sche-

5 Spanien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

6 Die Botschaft in Rabat erläuterte am 24. Oktober 1985, König Hassan II. habe in einem Schreiben vom Juni 1984 an den amtierenden EG-Ratspräsidenten Mitterrand die Vollmitgliedschaft Marokkos in den Europäischen Gemeinschaften beantragt: „Diese Frage ist von der EG nie ausdiskutiert oder offiziell beschieden worden. Eine Anfrage im Europäischen Parlament im Frühjahr 1985, ob der Beitritt Marokkos mit den Statuten der Gemeinschaft zu vereinbaren sei, wurde jedoch kurz und bündig dahingehend beschieden, dies sei nicht der Fall.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 835 vom 6. November 1985; Referat 413, Bd. 144888.

ma zu gestalten, stelle sich heute die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine gewisse Differenzierung einzuführen und klar festzustellen, daß gewisse Länder uns ihrer wirtschaftlichen Struktur und ihrem außenpolitischen Verhalten nach näherständen als andere.

Der König bekräftigte, dies sei in der Tat ein wichtiger Punkt. Bei den assoziierten Anrainerstaaten des Mittelmeers falle auf, daß die meisten, von Jugoslawien über Syrien, Libyen und Algerien, mehr oder weniger sozialistisch ausgerichtet seien. Abgesehen von Israel und vielleicht Ägypten, hätte keiner dieser Staaten ein parlamentarisches Regime. MRO dagegen sei liberal ausgerichtet und könne Ansätze zur parlamentarischen Demokratie vorweisen. Im Parlament gebe es eine Mehrheit, die die wirtschaftliche Liberalisierung zum Leitmotiv erhoben habe. Freilich könne man nicht liberal sein ohne ein Minimum an finanziellen Mitteln. Hier liege die Schwierigkeit Marokkos. Die Energiekrise habe das Land hart getroffen, die brüderlichen Beziehungen zur arabischen Welt könnten nicht darüber hinwegtäuschen. Die geringen Erlöse der Phosphatproduktion täten ein übriges, genau wie das hohe Zinsniveau und die Jahre extremer Trockenheit, die zu erhöhten landwirtschaftlichen Einfuhren gezwungen hätten. In erster Linie komme es jetzt darauf an, den Fehlbedarf an moderner Technologie zu befriedigen. Positive Elemente seien Tourismus, die regelmäßigen Überweisungen marokkanischer Gastarbeiter, eine durchaus funktionierende Landwirtschaft und die Produktivität seiner Arbeitskräfte. Er sehne den Tag herbei, an dem er die Devisenbewirtschaftung aufgeben könne.

BM verwies auf die Notwendigkeit einer immer stärkeren Arbeitsteilung. Die Industriestaaten müßten sich auf Hochtechnologie konzentrieren. Die Entwicklungsstaaten hätten demgegenüber den Vorteil preiswerter und reichlich zur Verfügung stehender Arbeitskräfte. Die Beispiele Korea und Singapur zeigten, wie man unter Ausnützung dieses Potentials große Marktanteile erwerben könne. Unternehmer aus den Industriestaaten müßten es aber attraktiv finden, in MRO zu investieren. Dann ergebe sich auch für MRO eine Perspektive für eine stufenweise Annäherung an die EG.

Der König meinte, man könne einen solchen Prozeß wohl kaum mit allen Mitgliedstaaten der EG gleichzeitig einleiten. Er sei eigentlich erstaunt, wenn der BM feststelle, die deutschen Unternehmen wüßten nicht genug über MRO. Daraus ergäbe sich doch die Schlußfolgerung, MRO habe selber nicht genügend getan, und die deutschen Unternehmer seien nicht sensibilisiert, was ihnen MRO biete. Selbst wenn diese Feststellung das einzige Ergebnis seines Gesprächs mit dem BM bleibe, zusammen mit dem Beschluß, über ein gemeinsames Gremium, eine Wirtschaftskommission, Abhilfe zu schaffen, hätte sich dieses Gespräch gelohnt.

BM sicherte zu, er werde nach seiner Rückkehr mit den deutschen Wirtschaftsvereinigungen sprechen, die gemeinsame Wirtschaftskommission müsse schnellstens in MRO zusammentreten.[7] Ihr einziges Ziel: untersuchen, was möglich

[7] Botschafter Montfort, Rabat, teilte am 1. August 1986 zum Besuch einer Delegation des BDI vom 23. bis 26. Juli 1986 in Marokko mit, die Delegation habe Gespräche in Rabat und Casablanca mit Regierungsvertretern, Banken sowie dem marokkanischen Industrieverband geführt: „Es ging um die Intensivierung des deutsch-mar[okkanischen] Wirtschaftsaustauschs, insbesondere um verstärkte deutsche Privatinvestitionen. Der Besuch der sechsköpfigen Delegation der deutschen Privatwirt-

ist, wo die Probleme liegen, wo sich administrative Schranken ergeben. Im übrigen dürfe er nochmals auf die Wichtigkeit einer einzigen Anlaufstelle für ausländische Betriebe hinweisen. Kleinere und mittlere Betriebe hätten im Gegensatz zu Großunternehmen nicht die praktische Möglichkeit, sich mit vertretbarem Aufwand zu informieren.

[8]Der König bekräftigte, auch Marokkos Interesse richte sich auf kleine und mittlere Unternehmen. Aus den Fehlern, die der Schah[9] im Iran begangen habe, könne man lernen. Man dürfe das Wirtschaftpotential eines Landes nicht vertikal ordnen, sondern müsse es horizontal verteilen. Im übrigen sollte man die Intensivierung der deutsch-marokkanischen Wirtschaftstätigkeit auf verschiedenen Schienen einleiten. Er bäte den BM, Vertreter der Wirtschafts- und Landwirtschaftspresse auf MRO hinzuweisen. Er werde entsprechende Einladungen in die Wege leiten. Marokkanische Parlamentarier sollten gleichfalls eingeschaltet werden. Es käme darauf an, klar zu sehen, wo legislative Schranken fallen müßten. Schließlich weise er die deutsche Seite auf die Crux der marokkanischen Landwirtschaft hin, den Mangel an Niederschlägen. In den Industriestaaten habe man inzwischen gelernt, kostbares Wasser durch ständiges Wiederaufbereiten mehrfach zu verwenden. Er spiele auf die Verwendung des Rheinwassers zu Trinkwasserzwecken an. MRO sei noch viel mehr als die Staaten Europas genötigt, Wasser vernünftig und sparsam einzusetzen. Der BM würde ihm einen großen Gefallen tun, wenn er ihm Spezialisten für Wasseraufbereitung schicken könne.

Der BM sagte dies zu und verwies im übrigen auf die Wichtigkeit guter landwirtschaftlich-handwerklicher Ausbildung, ein Gebiet, auf dem die Bundesrepublik führend sei.

Der König stimmte zu, es wäre von großer Wichtigkeit, das Interesse des deutschen Handwerks auf Verbesserung der Ausbildungsstruktur in MRO zu lenken.

2) Zu aktuellen Fragen der Weltpolitik übergehend, bat der König den BM um eine deutsche Einschätzung der Lage im Nahen Osten. BM bezeichnete die seinerzeitigen Beschlüsse der Gipfelkonferenz von Fes[10] als kombinierungsfähig mit den Vorstellungen von Präsident Reagan.[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 252

schaft […] erfolgte in direktem Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen BM Genscher und König Hassan am 14.2.1986." Die Delegation des BDI habe die Bildung eines kleinen Gremiums mit wenigen ständigen Vertretern vorgeschlagen, „die sich schnell und unbürokratisch mit konkreten Schwierigkeiten befaßten. Diese Aufgabe könne durch die Privatwirtschaft viel besser als durch staatliche Instanzen angegangen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 311, Bd. 137914.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 85 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

9 Mohammed Reza Pahlevi.

10 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

11 Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 239.

Die Initiative König Husseins von Jordanien[12] hätte stärkere Aufmerksamkeit verdient. Auch die kürzliche Rede des israelischen Ministerpräsidenten Peres[13] sei ein Fortschritt gewesen. Leider sei er anschließend vom Koalitionspartner wieder an die Kandare genommen worden.[14] Nach unserer Meinung sei es wichtig, jetzt keine Chancen zu Lösungsansätzen zu verpassen. Wir versuchten immer wieder, auf die direkt Betroffenen einzuwirken. Wir hielten es bei der gegenwärtigen Lage für vernünftig, den Europäisch-Arabischen Dialog zu aktivieren. Allerdings dächten wir nicht an eine Mammutkonferenz von 34 AM. In Frage käme vielmehr ein Treffen auf Troika-Basis. Den Israelis sagten wir immer wieder, sie müßten die Zeit nutzen, die sonst gegen sie arbeite. Entscheidend sei, die Verhandlungsbereiten auf beiden Seiten zu ermutigen. Die Politik gemäßigter arabischer Staaten wie Marokko, Algerien und Jordanien habe stimulierende Wirkung auf einsichtige Israelis. Radikale Stimmen aus dem arabischen Lager seien nur eine Hilfe für Radikale in Israel. Eine gemäßigte Politik, so wie der König sie verfolge, sei die beste Politik, die die Araber betreiben könnten.

König Hassan beklagte die Uneinigkeit im arabischen Lager. Die Europäer könnten sich relativ leicht durch drei Staaten in der Troika vertreten lassen. Politisch und wirtschaftlich seien die MS der EG viel homogener als die MS der Arabischen Liga. Unter den Arabern traue niemand dem anderen über den Weg. Wie solle man wohl drei Staaten finden, die das breite Spektrum politischer Regime repräsentieren? Vielleicht ein Totalitärer, ein Petroleum-Produzent und ein anderer? Da wäre wohl kaum einer bereit, sich als totalitär zu präsentieren. Den Europäern bliebe wohl nichts anderes übrig, als selektiv vorzugehen.

Eins solle man doch klar sehen: Im Nahen Osten gebe es Regime, für die der Frieden eine Gefahr darstellt. Präsident Assad in Syrien beispielsweise habe abgewirtschaftet, wenn es zum Frieden komme. Er brauche den Druck von Kriegsgesetzen, um sein Regime über Wasser zu halten. Auch für die Israelis, jedenfalls die Radikalen, wäre eine friedliche Entwicklung eher ärgerlich und gefährlich.

BM verwies demgegenüber darauf, daß auch in Israel die Zahl der Verständigungsbereiten steige. Leider würden aber immer wieder neue Ereignisse die Aufmerksamkeit von der zentralen Frage, der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, ablenken. In diesen Zusammenhang gehöre der gerade wieder aufflammende irakisch-iranische Krieg[15] und die blutige Bahn des arabischen Terrorismus in Europa, ein Thema, über das er bereits

12 Zu den Plänen des Königs Hussein für eine Nahostkonferenz vgl. Dok. 37, besonders Anm. 20 und 27.

13 Zur Rede des Ministerpräsidenten Peres am 21. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 37, Anm. 9.

14 Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, legte am 30. Dezember 1985 dar: „Wegen seiner VN-Rede war Peres nach seiner Rückkehr von USA-Reise mit Koalitionspartner Likud in Auseinandersetzung geraten, die erst nach Vertrauensabstimmung in Knesset, die Peres gewann, halbwegs beigelegt wurde. Vorwurf lautete, Peres habe mit Zustimmung zu ‚internationalem Forum' (als solches wurde Peres-Angebot zur Einladung Ständiger Mitglieder VN-Sicherheitsrates zur ‚unparteiischen Unterstützung der Aufnahme von Direktverhandlungen' interpretiert) Ausverkauf israelischer Interessen eingeleitet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1616; Unterabteilung 31, Bd. 141108.

15 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 43, Anm. 5.

ausführlich mit PM[16] und AM[17] gesprochen habe. Er könne der Feststellung des Königs nur zustimmen, daß sich die Zusammenarbeit zwischen EG und Arabern auf die Staaten der arabischen Halbinsel erstrecken solle. Die Bundesregierung mache sich stark dafür, eine praktische Kooperation mit den Staaten des Golfrates in die Wege zu leiten. Wir dächten an eine ähnliche Kooperation wie mit den ASEAN-Staaten, aber stärker politisch ausgerichtet. Leider fänden diese Bemühungen nur ein zögerndes Echo. Die arabische Seite verhake sich bei kleinen Hindernissen. Es fehle der politische Impuls. Die Kooperation zwischen EG und Golfstaaten sei aber ein wichtiges Ziel.

Das Gespräch zwischen König und BM fand in sehr freundlicher und ausgeglichener Atmosphäre statt.

[gez.] Montfort

Unterabteilung 31, Bd. 141116

16 Botschafter Montfort, Rabat, berichtete am 17. Februar 1986 zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Lamrani, dem marokkanischen Finanzminister Jouahri und dem Minister für Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften, Guessous, erörtert worden seien die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, Fragen der Umschuldung Marokkos sowie die Folgen der EG-Süderweiterung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 86; Unterabteilung 31, Bd. 141116.

17 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. Februar 1986 in Rabat erklärte der marokkanische Außenminister Filali zum Nahost-Konflikt: „Alle Erfahrungen haben gezeigt, daß wirkliche Lösungen nur Verhandlungslösungen sein können. Das Kernproblem bleibe die Palästinenserfrage, und hierin sei MRO nicht einverstanden mit der US-Politik. Ohne Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk werde es keine Lösung geben. In dessen Verweigerung liege auch die Hauptursache für den Terrorismus. Europa müsse daher auf die USA, Israel und auch einige arabische Staaten Einfluß nehmen, um sie von der Notwendigkeit einer baldigen friedlichen Lösung zu überzeugen. Das würde den recht verstandenen Interessen aller dienen und dem Terrorismus den Nährboden entziehen. Europa müsse den Israelis verständlich machen, daß in den meisten arabischen Staaten ein Umdenkungsprozeß im Gange sei und daß sich auch Israel von überalterten Vorstellungen befreien müsse.“ Genscher führte u. a. aus: „Wir unterstützen die Initiativen König Husseins und sind besorgt, weil die Resonanz in Israel und in USA nicht positiver ist. Wir sind auch der Meinung, daß ein internationaler Rahmen eine Verhandlungslösung erleichtern würde, und wenn der jordanische König bereit ist, Verantwortung zu tragen, dann sollte das auch von Israel honoriert werden. Wir würden es sehr bedauern, wenn der jordan[ische] König, der sich sehr exponiert hat, mit seinen Bemühungen scheitert, denn das könnte böse Auswirkungen haben. […] Terrorismus entsteht daraus, daß schwerwiegende politische Probleme ungelöst bleiben. Maßnahmen allein zur Bekämpfung des Terrorismus reichen daher nicht aus, um ihn zu beseitigen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Unterabteilung 31, Bd. 141116.

45

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt

Geheim **17. Februar 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch von Ministerialdirektor Horst Teltschik mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Präsidenten der Nationalen Wirtschaftskommission, József Marjai, am 11. Februar 1986, 14.30 Uhr bis 16.00 Uhr, im Gebäude des ungarischen Parlaments in Budapest[2]

Das Gespräch fand ausschließlich unter vier Augen und in deutscher Sprache statt.

Vizepremier Marjai erläuterte ausführlich die Lage Ungarns innerhalb des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Man müsse wissen, daß die Generallinie der ungarischen Führung eine für Ungarn gefährliche Politik darstelle. Ungarn könne deshalb keinen Schritt tun, wenn er nicht einen konkreten Inhalt habe und zu konkreten Ergebnissen führe. Er müsse feststellen, daß sich viele innerhalb der ungarischen Führung immer noch Illusionen darüber machen würden, was gegenüber Westeuropa und der Europäischen Gemeinschaft möglich sein könne.

Die ungarischen Vorschläge für ein Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft[3] hätten sich seit 1982 nicht verändert. Die Vorschläge enthalten für Ungarn ein Minimalprogramm. Marjai erläuterte sehr ausführlich die Wirtschafts- und Agrarstruktur Ungarns. Er verwies darauf, daß Ungarn über eine natürliche Agrarstruktur verfüge, die frei von Subventionen sei. Dies gelte insbesondere für den Anbau von Getreide und für den Verkauf. Diese Agrarstruktur Ungarns werde sich aufgrund der natürlichen Gegebenheiten nicht wesentlich verändern, und dies werde auch zukünftig die gesamte Wirtschaftsstruktur Ungarns maßgeblich bestimmen.

1 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 18. Februar 1986 an Bundesminister Genscher „zur Ihrer persönlichen Unterrichtung". Beigefügt waren ferner Vermerke über die Gespräche mit dem Sekretär des ZK der USAP, Szürös, sowie dem Mitglied des Politbüros des ZK der USAP, Havasi, am 10. Februar 1986 in Budapest.
Hat Genscher vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „Die Aufzeichnungen leiden unter dem Mangel, daß sie den Eindruck erwecken, der deutsche Gesprächsteilnehmer habe sich aufs Zuhören beschränkt, was als Zustimmung zu allen Ausführungen verstanden werden müßte. Das wäre sehr bedauerlich."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. März 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „z[ur] Vorlage b[ei] H[errn] StS M[eyer-]L[andrut]" verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 11. März 1986 vorgelegen, der die Wiedervorlage am 14. April 1986 verfügte.
Hat Frick am 17. April 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an das Ministerbüro „z[um] Verbleib" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. April 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, hielt sich am 10./11. Februar 1986 in Ungarn auf.

3 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 2, Anm. 19.

Marjai erklärte, daß die Frage der Aufhebung der Kontingente wie die Agrarexporte für Ungarn unverzichtbare Forderungen seien. Wir sollten jedoch wissen, daß Ungarn bereit sei, Selbstbeschränkungen auf sich zu nehmen. Ungarn sei auch fähig, solche Selbstbeschränkungen einzuhalten.

Vizepremier Marjai wies mit großem Nachdruck darauf hin, daß ein erfolgloses Bemühen Ungarns, zu einem bilateralen Abkommen mit der EG zu kommen, nicht ohne wirtschaftliche und politische Folgen bleiben werde. Manchmal spreche er schon nicht mehr von dem gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft, sondern von dem gemeinen Markt.

Immer wieder bekäme Ungarn zu hören, daß die Sowjetunion darauf dränge und Druck ausübe, daß Ungarn seine besten Produkte in die Sowjetunion liefern solle. Er könne immer nur wieder darauf hinweisen, daß dies eine lächerliche Behauptung sei, weil viele Produkte Ungarns in Westeuropa und auf anderen Märkten außerhalb des Warschauer Paktes nicht abgenommen würden. Eines der besten Produkte Ungarns über Jahrhunderte seien die Rinder gewesen. Früher sei der Export ausschließlich nach Westeuropa, vor allem nach Italien, gegangen. Heute könnten sie keine Rinder mehr in die Europäische Gemeinschaft verkaufen. Sie seien geradezu gezwungen, sie in die Sowjetunion zu exportieren.

Mit großem Sarkasmus äußerte sich Vizepremier Marjai über die Forderung der Europäischen Kommission, Ungarn in gleicher Weise zu behandeln wie die Staatshandelsländer. Einerseits werde im Westen immer wieder auf den spezifischen Weg Ungarns verwiesen, andererseits, wenn es darauf ankäme, spräche man von der Gleichbehandlung Ungarns mit den Staatshandelsländern. Nur wenn es politisch nützlich sei, dann gelten die Ungarn als zivilisiert, sonst seien es Horden, die aus Asien gekommen seien.

Immer mehr ungarische Fachleute würden in den Westen reisen und dabei vielfache Informationen einholen. Dies führe dazu, daß bei diesen Experten die Enttäuschungen zunähmen.

Auf meine Frage, ob die Gespräche zwischen dem RGW und der EG[4] das Interesse Ungarns an einem bilateralen Abkommen mit der EG berühren würden, erwiderte Marjai, daß zwischen dem RGW und der EG nicht mehr als nur eine allgemeine Erklärung zustande kommen könne, die völlig inhaltlos wäre und nur allgemeine Worthülsen enthalten könne. Die Interessenunterschiede der einzelnen Mitgliedstaaten des RGW seien so groß, daß eine Vereinbarung zwischen dem RGW und der EG keinen konkreten Inhalt haben könne. Wenn er dies nur höre, daß der RGW jetzt die EG anerkenne! Was sich hier abspiele, sei doch nur eine Deformation der Politik. Man solle im Westen überhaupt über manches weniger sprechen. Er erinnere sich immer noch sehr gut an die Jahre nach 1956, als es ihnen darum gegangen sei, die Lage zu konsolidieren. Immer wenn sie einen Schritt in diese Richtung machen wollten, hätten die westlichen Regierungen Forderungen wie z. B. nach Amnestie veröffentlicht, und sie seien jedesmal gezwungen gewesen, diese positiven Schritte wieder aufzuschieben. So sollte man auch jetzt öffentlich nicht immer darüber reden, daß Regelungen zwischen dem RGW und der EG nicht dazu führen dürften, daß bilaterale Ab-

[4] Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 2, Anm. 17.

kommen zwischen den einzelnen RGW-Staaten mit der Kommission beeinträchtigt oder verhindert werden. Gerade solche öffentlichen Erklärungen, wie sie auch in dem Brief von Kommissar de Clercq[5] enthalten seien, hätten genau die gegenteilige Wirkung. Viele in der Sowjetunion, aber selbst in Ungarn, würden aufgrund dieser Erklärungen erst aufmerksam bzw. mißtrauisch, was denn der Westen eigentlich anstrebe. Marjai berichtete von einem Gespräch mit dem EG-Präsidenten Thorn. Dieser sei über das Gespräch mit ihm beleidigt gewesen. Dabei hätte er ihm nichts anderes gesagt, er wisse es, daß die Ungarn erst jetzt aus ihren Höhlen herausgekommen seien und er dankbar sein müsse, daß die EG-Kommission mit ihnen spreche.

VS-Bd. 14153 (010)

46

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431(413)-491.09 IRN VS-NfD **17. Februar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Iran;
hier: Antrag der KWU auf Ausfuhrgenehmigung für abgereichertes Uran nach Iran

Bezug: Vorlage der Abteilung 4 vom 29.11.1985[3]

Zweck der Vorlage: Entscheidung über den Ausfuhrantrag

Vorschlag: Grundsätzliche Bereitschaft zur Genehmigung der Ausfuhr unter der Voraussetzung ausreichender NV-politischer Zusicherungen Irans

5 Zu den Schreiben des Mitglieds der EG-Kommission, de Clercq, von Ende Januar/Anfang Februar 1986 an die RGW-Mitgliedstaaten bzw. an den Sekretär des RGW, Sytschow, vgl. Dok. 32, Anm. 29.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel und Legationsrat I. Klasse Achenbach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Februar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe beigefügte Bemerkungen." Vgl. die Kurzfassung der Aufzeichnung; Referat 431, Bd. 153263.
Auf einem Begleitvermerk vom 20. Februar 1986 vermerkte Ruhfus für Bundesminister Genscher: „Die beiden Vorlagen ‚Iranisches KKW-Vorhaben Bushehr' vom 13.2. und ‚Antrag der KWU auf Ausfuhrgenehmigung für abgereichertes Uran nach Iran' stehen in sachlichem Zusammenhang. Ich stimme den Vorschlägen zu. Wenn wir das Projekt Bushehr für KWU erhalten wollen, können wir nicht umhin, Iran bei der Ausfuhr für das abgereicherte Uran entgegenzukommen. Die Entscheidung über beide Vorlagen: keine Erteilung der Ausfuhrgenehmigungen für die sensiblen Teile des Kernkraftwerks während der Dauer des Krieges, aber Genehmigung der Ausfuhr für das abgereicherte Uran müßte in der Bundesregierung hoch und breit abgesichert werden (Zustimmung von BM Bangemann, BM Riesenhuber und Chef BK)."
Hat Genscher am 7. März 1986 vorgelegen, der im letzten Satz des Vermerks von Ruhfus das Wort „Chef" strich. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 431, Bd. 153263.

3 Zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vgl. Dok. 39, Anm. 4.

I. Ausgangslage

Die KWU hat die Ausfuhrgenehmigung für 390 t abgereicherten Urans nach Iran beantragt. Das Material südafrikanischen Ursprungs ist bei der in der SU erfolgten Anreicherung des Brennstoffs für das KKW Bushehr als Abfallprodukt angefallen und lagert seitdem bei der KWU. Es wurde durch den internationalen Schiedsvergleich zur Abwicklung des KKW-Vorhabens von 1982[4] Iran zugesprochen.

Die Iranische Atomenergiebehörde (AEOI) begründete gegenüber der KWU ihren Wunsch nach Auslieferung des Materials mit der Absicht, die hohen Kosten der Lagerung bei der KWU einzusparen. Das Material ist zum Betrieb eines Reaktors nicht geeignet und daher nicht von Bedeutung für den Weiterbau des KKW Bushehr. Die Entscheidung über den Ausfuhrantrag muß jedoch im Lichte dieser Problematik getroffen werden.

Die EURATOM-Versorgungsagentur hat ein Mitwirkungsrecht bei allen Auslandsgeschäften mit Kernmaterial. Ein noch abzuschließender Übergabevertrag KWU/AEOI wäre daher von der Versorgungsagentur gegenzuzeichnen. Dabei muß die Agentur sicherstellen, daß die NV-politischen Auflagen in den von ihr mitunterzeichneten ursprünglichen Liefer- und Anreicherungsverträgen in einen solchen Vertrag übernommen werden. Diese Auflagen beinhalten nach Mitteilung der Agentur insbesondere die ausschließlich friedliche Nutzung des Materials.

II. Verwendungsmöglichkeiten des abgereicherten Materials

1) Nukleare Verwendbarkeit

Von NV-politischer Bedeutung ist in erster Linie die denkbare Verwendung abgereicherten Urans zum Erbrüten von Plutonium. Dies setzt jedoch die Verfügbarkeit eines hinreichend großen Reaktors und einer Wiederaufarbeitungsanlage voraus. Beide Voraussetzungen sind in Iran nicht gegeben. Iran verfügt derzeit allenfalls über einen kleinen Forschungsreaktor, der mangels Brennstoff nur eingeschränkt oder überhaupt nicht in Betrieb ist. Die Erzeugung einer waffenfähigen Menge von Plutonium würde einen jahrelangen Einsatz des Reaktors verlangen. Da der Reaktor unter IAEO-Kontrollen steht, wäre dies nur unter offenem Bruch internationaler Verpflichtungen möglich. Über eine Wiederaufarbeitungsanlage verfügt Iran nicht.

Ferner verfügt Iran vermutlich bereits über Vorräte an (höherwertigem) Natururan oder könnte sich solche leicht anderweitig verschaffen.

2) Militärische Verwendbarkeit

Abgereichertes Uran findet auch Anwendung zur Herstellung gehärteter Munition. Eine solche militärische Verwendung verstieße nicht gegen den NV-Vertrag[5], der nur die Herstellung von Kernsprengkörpern verbietet. Die Kontrollabkommen der IAEO sehen daher ausdrücklich die Möglichkeit nicht-explosiver militärischer Nutzung von Kernmaterial vor. In einem solchen Fall unter-

4 Zum Schiedsgerichtsverfahren zwischen der Kraftwerk Union AG (KWU) und der Atomic Energy Organization of Iran (AEOI) vgl. Dok. 39, besonders Anm. 3.

5 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

läge das Material keinen IAEO-Kontrollen mehr. Diese Bestimmungen sind bisher allerdings noch von keinem Staat angewandt worden.

Wir haben keine Anzeichen dafür, daß Iran eine militärische Verwendung plant oder überhaupt über die notwendigen technischen Voraussetzungen dafür verfügt. In einem von der KWU und EURATOM abzuschließenden Liefervertrag müßte Iran wegen der entsprechenden Auflage in den ursprünglichen Liefer- und Anreicherungsverträgen ohnehin die Verpflichtung zur ausschließlich friedlichen Nutzung des Materials eingehen. Diese Verpflichtung ist zudem noch in dem Schiedsvergleich von 1982 enthalten.

Unter rüstungsexportpolitischen Gesichtspunkten bestehen daher keine erheblichen Bedenken gegen die Ausfuhr.

III. NV-politische Voraussetzungen

Abgereichertes Uran unterliegt trotz seiner eher marginalen NV-politischen Bedeutung den Bestimmungen des NV-Vertrags und der Londoner Richtlinien[6]. Iran ist Mitglied des NV-Vertrags und hat demnach alle seine Nuklearaktivitäten den IAEO-Kontrollen unterworfen. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Iran diese Verpflichtungen nicht einhielte.

Die nach den Londoner Richtlinien erforderlichen weitergehenden iranischen Verpflichtungen sind der Substanz nach in dem Abkommen zwischen BMFT und AEOI über nukleare Zusammenarbeit vom 4. Juli 1976[7] enthalten, allerdings nicht in der nach heutigen Maßstäben wünschenswerten Klarheit und Vollständigkeit. In begleitenden Briefwechseln waren gleichzeitig die Lieferverträge der KWU für das KKW Bushehr als Sondervereinbarungen im Sinne des Nuklearabkommens anerkannt und zusätzliche Regelungen zu Wiederaufarbeitung und Retransfer vereinbart worden. Durch die Kündigung der KWU-Lieferverträge erscheint die Weitergeltung dieser Briefwechsel fraglich.

Um eine eventuelle Lieferung nach außen möglichst wirkungsvoll vertreten zu können und um keine Streitfragen entstehen zu lassen, erscheint es zweckmäßig, die NV-politischen Bedingungen für eine Lieferung durch einen besonderen Notenwechsel mit Iran zu bekräftigen und möglichst zu präzisieren. Über das nach den Londoner Richtlinien Erforderliche hinaus sollten darin noch folgende Zusicherungen angestrebt werden:

– keine militärische Nutzung (mit Rücksicht auf Irak),
– keine Weitergabe an Drittstaaten ohne unsere Zustimmung (um eine Weitergabe an sensitive Länder wie Libyen oder Pakistan ausschließen zu können).

6 Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.
Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group" ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.
Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedenen Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

7 Für den Wortlaut des Abkommens vom 4. Juli 1976 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 285–287. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 196.

IV. Verhältnis zu Dritten

Angesichts der NV-politisch geringen Sensibilität des abgereicherten Urans rechnen wir nicht mit schwerwiegenden Einwänden anderer Regierungen.

Die USA lehnen zwar Nuklearlieferungen an Iran grundsätzlich ab, andererseits sind die USA über die Angelegenheit unterrichtet und haben nicht versucht, unsere Entscheidung zu beeinflussen. RL 431[8] hat den Sonderbeauftragten des Präsidenten für NV-Fragen, Botschafter Kennedy, im September 1985 und erneut im Januar 1986[9] von dem vorliegenden Ausfuhrantrag unterrichtet. Botschafter Kennedy hat dies – vor Zeugen – kommentarlos zur Kenntnis genommen.

Großbritannien ist in einer ähnlichen Lage wie wir. Dort lagert iranisches Natururan, dessen Auslieferung von Iran verlangt wird. GB will, um die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung zu umgehen, dieses Material gegen südafrikanisches Uran austauschen, das unmittelbar an Iran geliefert werden soll. GB stellt Iran daher, wenn auch indirekt, ein höherwertiges Produkt zur Verfügung. Ein vergleichbarer Umweg bietet sich für uns beim abgereicherten Uran jedoch nicht.

Auch in Frankreich lagert nach unserer Kenntnis iranisches Uran. Dies steht jedoch in Zusammenhang mit dem bisher ungelösten Problem der iranischen Beteiligung an der französischen Urananreicherungsgesellschaft Eurodif[10]. Diese Problematik veranlaßte den damaligen AM Cheysson, Ihnen in einem Brief vom 14. April 1984 seine Besorgnis über einen möglichen Weiterbau des KKW Bushehr mitzuteilen.[11] Das abgereicherte Uran steht jedoch damit ebensowenig in Zusammenhang wie mit dem Eurodif-Problem. Ein Grund für französische Bedenken ist daher nicht erkennbar.

Die SU hat seinerzeit die Anreicherung ausdrücklich für den Einsatz in Iran durchgeführt. Die im Anreicherungsvertrag enthaltenen NV-politischen Aufla-

8 Paul-Joachim von Stülpnagel.

9 Botschafter van Well, Washington, teilte am 17. Januar 1986 zu einem Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stülpnagel mit dem Sonderbotschafter für Fragen der nuklearen Nichtverbreitung im amerikanischen Außenministerium, Kennedy, am 14. Januar 1986 mit: „RL 431 erwähnte, daß Iran von der KWU die Auslieferung des ihm zustehenden abgereicherten Urans verlangt habe und daß die KWU nach gegebener Rechtslage diesem Verlangen entsprechen müsse. Kennedy vermittelte in seiner Reaktion den Eindruck, daß er Verständnis für die vorhandenen rechtlichen Zwänge habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; Referat 431, Bd. 153263.

10 European Gaseous Diffusion Uranium Enrichment Consortium.
Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 30. Oktober 1986 mit, Frankreich und der Iran hätten am Vortag ein Abkommen paraphiert: „In der Sache geht es um die Rückzahlung eines vom Schah 1975 gewährten Kredits über 1 Mrd. Dollar, mit dem er sich im Rahmen seines atomaren Engagements an der Finanzierung der frz. Urananreicherungsanlage ‚Eurodif' beteiligt hatte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2397; Referat 431, Bd. 153257.

11 In dem Schreiben wies der französische Außenminister Cheysson auf die Besorgnisse verschiedener Staaten des Nahen und Mittleren Osten, vor allem Saudi-Arabiens, hin, die Berichte über eine Wiederaufnahme der seit 1979 unterbrochenen Arbeiten an dem geplanten Kernkraftwerk in Bushehr ausgelöst hätten: „Pendant le même temps, les Iraniens négocient un contrat d'achat d'uranium naturel avec le Niger, qui nous en a informés. Et nous risquons d'être introduits dans le processus d'enrichissement, puisque l'Iran détient 40 % d'une société franco-iranienne, elle-même détentrice du 1/4 du capital d'Eurodif. Une telle demande iranienne ajouterait au contentieux que nous avons avec Téhéran en raison des remboursements non effectués entre les parties française et iranienne. Enfin, se pose, bien entendu, le problème général de la non-prolifération, problème singulièrement délicat dans le cas de l'Iran révolutionnaire actuel." Vgl. Referat 431, Bd. 145556.

gen müssen im Übergabevertrag KWU/AEOI berücksichtigt werden. Dies muß die EURATOM-Versorgungsagentur sicherstellen. Unter dieser Voraussetzung besteht keine Grundlage für sowjetische Einsprüche.

Die Interessen Iraks dürften durch den Ausschluß einer militärischen Verwendung des Materials ausreichend berücksichtigt sein. Irak schätzt die technologischen Möglichkeiten Irans realistisch ein und hat daher periodisch wiederkehrende Spekulationen über iranische Atombombenpläne bisher nicht ernst genommen.

Die EURATOM-Versorgungsagentur hat die Frage des abgereicherten Urans bisher sehr zögerlich behandelt. Sie wird eine Entscheidung nicht treffen wollen, bevor sie nicht unsere Haltung kennt. Dem Vernehmen nach gibt es innerhalb der EG-Kommission Kräfte, die politische Bedenken geltend machen könnten. Um einen Konflikt zu vermeiden, sollten wir uns vor eventueller Genehmigungserteilung der Haltung der Kommission vergewissern. Eine unterschiedliche Haltung von Kommission und Bundesregierung muß vermieden werden.

Bei Bekanntwerden einer solchen Lieferung in der Öffentlichkeit muß allerdings international mit negativen Medienreaktionen gerechnet werden. Ein Wiederaufleben von Behauptungen über iranische Atombombenpläne und deutsche Unterstützung dafür, wie zuletzt 1984[12], ist zu erwarten. Obwohl wir über gute Gegenargumente verfügen, würden wir eine solche Medienkampagne nicht gänzlich vermeiden können.

V. Rechtliche Würdigung

In der Entscheidung über den Ausfuhrantrag sind wir gegenüber Iran rechtlich nicht gebunden. Nach Art. 7 des Abkommens BMFT/AEOI unterliegt die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen dem Vorbehalt der im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien geltenden Gesetze und Vorschriften.

Auch aus dem Vergleich zwischen KWU und der Bundesregierung, der[13] zur Rückzahlung von 230 Mio. DM durch KWU an den Bund führte, ergibt sich nach Stellungnahme des BMWi keine Verpflichtung der Bundesregierung zur Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen. Finanzielle Auswirkungen einer Genehmigungsverweigerung sind jedoch nicht völlig auszuschließen, da bei einem Ungültigwerden der beiden Vergleiche ein Streit über die von KWU an den Bund zurückgezahlte Vergleichssumme von 230 Mio. DM entstehen könnte. Nach Stellungnahme des BMWi ist die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung aus diesem Gesichtspunkt aber „nicht zwingend geboten".

Nach § 7 AWG[14] käme die Verweigerung der Ausfuhrgenehmigung nur in Frage, um

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel teilte am 26. April 1984 mit: „Verschiedene internationale Medien berichten aufgrund einer Meldung der britischen Zeitschrift ‚Jane's Defence Weekly' über angebliche iranische Pläne zum Bau einer Atombombe […]. Dies wird in Zusammenhang gebracht mit der falschen Behauptung, daß die deutsche Firma KWU den Bau eines Kernkraftwerks (KKW) in Bushehr, Iran, wiederaufgenommen habe." Stülpnagel führte dazu aus: „Bauarbeiten in Bushehr finden z. Z. nicht statt. Eine Vereinbarung zwischen KWU und der iranischen Seite über den Weiterbau der Anlage besteht nicht." Vgl. den Runderlaß; Referat 431, Bd. 145556.

13 Korrigiert aus: „die".

14 Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

1) die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten,

2) eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten oder

3) zu verhüten, daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden.

Unter der Voraussetzung, daß wir die gewünschten Zusicherungen von Iran erhalten, erscheint aus den dargelegten Gründen keiner dieser Versagungsgründe hinsichtlich des abgereicherten Urans stichhaltig.

VI. Bewertung und weiteres Vorgehen

Auch bei weiter Auslegung des Ermessensspielraums der Bundesregierung bietet sich kaum eine tragfähige Begründung für die Ablehnung des Ausfuhrantrags. Die Nachteile einer Ausfuhrgenehmigung lägen hauptsächlich in möglichen negativen Medienreaktionen. Dies dürfte aber die mit einer Ablehnung verbundene Belastung unserer Beziehungen zu Iran nicht rechtfertigen.

Es wird daher vorgeschlagen, der Ausfuhrgenehmigung für das abgereicherte Uran zuzustimmen, sofern wir die gewünschten iranischen Zusicherungen erhalten. Zu diesem Zweck sollte Botschaft Teheran demnächst an die iranische Regierung herantreten. Wir würden damit auch ein Zeichen guten Willens geben und gleichzeitig die iranische Reaktion im Hinblick auf später ggf. erforderliche Gespräche über die sensiblen Ausfuhranträge testen.

Dieses mit den Ressorts auf Arbeitsebene bereits erörterte Vorgehen bedürfte jedoch noch der endgültigen Ressortabstimmung. Insbesondere wären die Einzelheiten des vorgesehenen Notenwechsels mit dem BMFT, das 1976 das Nuklearabkommen mit AEOI abgeschlossen hatte, abzustimmen.[15]

D 2[16] und D 3[17] haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153263

15 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 24. Juni 1986, derzeit deute nichts „auf ein starkes iranisches Interesse an dem abgereicherten Uran hin". Vielmehr sei deutlich geworden, „daß das iranische Hauptinteresse sich auf die Komponenten bezieht. Ob und wann die Iraner auf das abgereicherte Uran zu sprechen kommen, ist ungewiß. Selbst dann wäre bei der begrenzten iranischen Transportkapazität (ca. 12 000 t nicht-sensible Komponenten sind immer noch nicht abtransportiert) noch völlig offen, wann eine Ausfuhr stattfinden könnte." Vgl. Referat 431, Bd. 153263.

16 Gerold Edler von Braunmühl.

17 Jürgen Sudhoff.

47

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schlagintweit

310-321.15 PAL **17. Februar 1986**

Betr.: Gespräch mit dem Referatsleiter im „Außenministerium" der PLO in Tunis, Al Fahoum, am 15.2.1986

Am 15.2.1986 führte ich (am Rande des Bundesminister-Besuchs in Tunis[1]) ein 1 1/4stündiges Gespräch mit dem Referatsleiter West-Europa im „Außenministerium" der PLO. Fahoum, der gehört hatte, daß ich den Bundesminister nach Tunesien begleiten würde, hatte die Botschaft Tunis darum gebeten. Das Gespräch wurde in der Residenz geführt. Ich bezeichnete es als inoffiziell, aber nicht als geheim.

1) Ich erläuterte eingangs unsere Haltung zur PLO: keine offizielle Anerkennung, keine offiziellen Treffen, solange die PLO nicht das Existenzrecht Israels anerkennt. Wir seien jedoch überzeugt, daß – wie auch in der Venedig-Erklärung[2] zum Ausdruck kommt – die PLO eine wichtige Rolle beim Friedensprozeß zu spielen habe. Wir würden daher informellen Kontakten nicht aus dem Weg gehen und seien an unmittelbarer Information interessiert.

2) F. sagte, er wisse, und respektiere diesen Standpunkt. Die PLO hoffe aber, die Bundesregierung würde auf kulturellem und humanitärem Gebiet mehr für die palästinensische Bevölkerung tun und damit ihre Anteilnahme an diesem Volk und an seinem Schicksal deutlicher zum Ausdruck bringen. Er denke an Stipendien und ähnliche Bildungsprogramme, an Spenden für Krankenhäuser und sonstige humanitäre Maßnahmen, auch für Flüchtlinge außerhalb der Westbank.

Ich erklärte, wir betrachteten völkerrechtlich die Westbank nach wie vor als Teil Jordaniens. Entwicklungshilfe für dieses Gebiet müsse daher von Jordanien bei den jährlichen EH-Verhandlungen beantragt werden.

Die Zuständigkeit für das Westbank-Gebiet liege bei unserer Botschaft Amman. Daher sollten kulturelle und andere Projekte mit dieser erörtert werden – nicht in Bonn oder Tunis, wie Fahoum vorgeschlagen hatte. Was schließlich Hilfe für palästinensische Flüchtlinge betreffe, so gehörten wir schon zu den größten Finanzierern der internationalen Hilfsprogramme. Ich zweifle, ob uns ein Mehr möglich sein würde.

3) Fahoum erläuterte die Haltung der PLO zum Friedensprozeß. Was er sagte, deckte sich mit uns aus anderen Quellen Bekanntem. Fahoum betonte die große Flexibilität der PLO. Arafat hätte einer Erklärung zugestimmt, die sich mit den Erklärungen König Husseins in Washington (Mai 1985[3]) deckte: Anerken-

1 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 14./15. Februar 1986 in Tunesien vgl. Dok. 48.

2 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

3 König Hussein hielt sich vom 28. bis 31. Mai 1985 in den USA auf.

nung aller VN-Resolutionen einschließlich 242[4] und 338[5] bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Die Amerikaner hätten ihre Zustimmung zu einer derartigen Paketlösung verweigert. Die PLO sollte gezwungen werden, 242 ohne jede Gegenleistung anzuerkennen. Dies wäre aber ihr Todesurteil gewesen. Als Hintergrund sei wichtig, daß König Hussein nicht in der Lage gewesen sei, die Frage Arafats zu beantworten, ob Hussein denn sicher wäre, wenigstens einen Teil der Westbank zurückzuerhalten.

In der Frage einer Internationalen Konferenz[6] stehe die jordanische Forderung, die Konferenz müsse die Rolle des Schiedsrichters (arbitration) spielen, der amerikanischen Auffassung unversöhnt gegenüber, die nur mediation, reconciliation und good offices als Rolle der Konferenz zugestehen wollten.

4) Fahoum bat dringend um eine aktivere europäische Rolle im Friedensprozeß. Gerade angesichts der gegenwärtigen Stagnation müßte sich Europa um Formeln bemühen, die weiterführen. Arafat hätte Hussein versprochen, weiter für Friedensbemühungen zur Verfügung zu stehen. Beide Persönlichkeiten hätten sich versichert, sie betrachteten das Abkommen vom 11.2.1985[7] als „geheiligten Text". Nunmehr müßte mit verstärkter europäischer Beteiligung versucht werden, aus der Sackgasse herauszukommen. Fahoum betonte die Ablehnung des Terrorismus durch die PLO.[8] Man müsse sich aber auch darüber klar sein, daß eine Stagnation im Friedensprozeß bald zu einer erheblichen Verstärkung terroristischer Tätigkeit führen werde, die sich nicht kontrollieren lasse.

Ich erwiderte, daß die Zwölf sich für eine verstärkte Aktivität ausgesprochen hätten, um den Friedensprozeß zu unterstützen. Darüber würde am 25.2.1986 erneut gesprochen.[9] Allerdings sei zu bezweifeln, ob die Fortsetzung des Formelspiels, noch dazu mit weiteren Partnern, das wichtigste sei. Gerade ihr Formalismus habe der PLO geschadet, so zum Beispiel beim Scheitern des Treffens mit dem britischen AM.[10] Wahrscheinlich werde man in einigen Jahren

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

5 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

6 Zur Frage einer internationalen Nahostkonferenz vgl. Dok. 37.

7 Am 11. Februar 1985 einigten sich die jordanische Regierung und die Führung der PLO auf fünf Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1587. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 516. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 48.

8 Vgl. dazu die Erklärung des PLO-Vorsitzenden Arafat vom 7. November 1985; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1840 f.

9 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Den Haag vgl. Dok. 43, Anm. 12.

10 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 14. Oktober 1985 mit, ein für den selben Tag vorgesehenes Treffen des britischen Außenministers Howe mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation sei abgesagt worden: „Zu den Hintergründen war aus FCO folgendes zu erfahren: Es sei vereinbart gewesen, daß jordanisch-palästinensische Delegation nach Treffen mit AM Howe Erklärung abgeben sollte, die folgende drei Elemente ausdrücklich enthalten sollte: 1) Anerkennung der VN-SR-Resolutionen 242 und 338; 2) Verzicht auf Terrorismus und Gewaltanwendung; 3) Existenzrecht Israels. Jordanische Delegation sei zu derartiger Erklärung bereit gewesen, nicht jedoch die beiden palästinensischen Delegierten. Diese hätten lediglich Erklärung abgeben wollen,

bereuen, die 1985/86 vorhandenen Chancen nicht genutzt zu haben. Eine Aussage der PLO zu 242 sei vordringlich.

5) Ich sagte, wir bedauerten es, daß der Europäisch-Arabische Dialog (EAD) wegen unfruchtbarer Textkonflikte steckengeblieben sei.[11] Der Dialog könne dazu benutzt werden, sich über die Haltung der anderen Seite zu informieren und neue Möglichkeiten zu prüfen. Statt dessen habe man über zwei Jahre wegen eines Kommuniqués verschwendet, das selbst im Falle eines Gelingens niemand nutzen würde.

Fahoum stimmte zu. Er sagte, er sei nun der Vertreter der PLO auch im Europäisch-Arabischen Dialog und werde sich dafür einsetzen, daß die fruchtlose Diskussion über das Kommuniqué beendet würde.

Ich sagte Fahoum abschließend, ich würde das Gespräch gern bei gegebener Gelegenheit fortsetzen.

Schlagintweit

Referat 310, Bd. 149613

48

Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 19. Februar 1986, 11.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 114 **Ankunft: 19. Februar 1986, 16.25 Uhr**

Betr.: Besuch des BM in Tunesien am 14. und 15. Februar 1986[2];
hier: Gespräch mit dem tunesischen AM Caid Essebsi

Bezug: DB 112 vom 18.2.1986 – Pol 321.11 VS-NfD[3]

In der Anlage wird ein Gesprächsvermerk über das o. g. Gespräch vorgelegt. An

Fortsetzung Fußnote von Seite 265
in der die drei genannten Elemente nur implizit zum Ausdruck gekommen wären. Dies sei von britischer Seite nicht akzeptiert worden. Treffen mit AM Howe sei daraufhin auf unbestimmte Zeit vertagt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1835; Unterabteilung 31, Bd. 141108.

11 Referat 310-9 vermerkte im August 1985 zum Stand des Europäisch-Arabischen Dialogs, die Allgemeine Kommission sei zuletzt am 19. Dezember 1983 in Athen zusammengetreten: „Da die arabische Seite zu keinem Kompromiß hinsichtlich ihrer polit[ischen] Maximalpositionen bereit war, konnte keine Einigung über den politischen Teil des Abschlußkommuniqués erzielt werden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137571.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Legationsrätin Hinrichsen am 20. Februar 1986 vorgelegen, die die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Görgens „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Görgens am 21. Februar 1986 vorgelegen.

2 Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 15. Februar 1986 in Tunis; Dok. 43.

3 Botschafter Bente, Tunis, berichtete über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 15. Februar 1986 in Tunis. Vgl. dazu Unterabteilung 31, Bd. 141116.

diesem Gespräch haben auf tunesischer Seite der AM, die beiden Staatssekretäre und eine Reihe von Abteilungsleitern, auf deutscher Seite Dg 31[4], Dg 41[5], RL 311[6], RL 013[7], VLR Ischinger, Frau Bouverat und Botschafter teilgenommen.

Es handelt sich um kein Wortprotokoll, sondern um eine Zusammenfassung des Gespräches und hat nicht die Billigung des BM gefunden.[8] Weiterer Bericht bleibt vorbehalten.

[gez.] Bente

Folgt Anlage

1) Nach Einigung über die TO trug der BM auf Bitten der Botschaft den Wunsch vor, tunesische Regierung möge im Interesse des deutschen Tourismus nach TUN darauf verzichten, (aus Devisenmangel) den Import deutscher Presse-Erzeugnisse zu beschränken oder gar einzustellen. Der tunesische AM nahm nicht Stellung. Die Reaktion der Mitglieder seiner Delegation ließ aber erkennen, daß diese volles Verständnis für die Bitte hatten.

2) Der tunesische AM eröffnete das Delegationsgespräch mit einer Einführung in die Grundlagen der tunesischen Außenpolitik, die folgenden Elementen Rechnung tragen müsse: Zugehörigkeit zur arabischen Welt, zum Islam und vor allem zum Mittelmeerraum (MMR). Als Mitglied des Maghreb habe die tunesische Regierung vor allem ein Ziel vor Augen: Der Zusammenschluß des großen Maghreb, „il faut le réaliser". Seit den Verträgen von Rom[9] befinde sich TUN an einem Kreuzweg. Viele im Lande hätten die Hinwendung TUNs zu Europa gefordert, das TUNs erster Kunde und Lieferant sei. Seit Beginn der Wirtschaftskrise aber werde Europa als ein Ensemble von Protektionisten angesehen. TUN bestehe daher mehr als je zuvor auf dem Zusammenschluß des Maghreb der Sechs – in erster Linie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Zwei Faktoren verhinderten seine Verwirklichung:

– der Sahara-Konflikt,

– die Politik Libyens.

Für die Realisierung des Zusammenschlusses im Maghreb sei das Minimum einer gemeinsamen Basis erforderlich. Hierzu gehörten die

– Sicherheit aller Länder der Region,

– die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten,

– der Respekt und die Anerkennung der Grenzen.

Libyen halte sich nicht an diese Grundsätze. Es glaube vielmehr, sich mittels Gewalt und Subversion einmischen zu können, und möchte die Grenzen beseitigen. Trotz gegenwärtiger Ruhe sei die Lage im Grunde unverändert. TUN

4 Reinhard Schlagintweit.
5 Jürgen Trumpf.
6 Gert Strenziok.
7 Jürgen Chrobog.
8 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrätin Hinrichsen handschriftlich: „Soso!"
9 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

müsse mit Gaddafi leben wie er, der AM, mit dem Rheumatismus. Die Frage des BM, ob Rheumatismus heilbar sei, wurde (unter allgemeinem Gelächter) verneint.

3) Der Westsahara-Konflikt[10] trenne MRO und ALG, und man finde sich daher leider nicht auf dem Wege zu einer Lösung. Beide Seiten hätten Angst, das Gesicht zu verlieren. Zwar habe man das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung des Westsahara-Gebietes anerkannt, niemand aber sei an seiner Verwirklichung wirklich interessiert. Ein eventuelles Ergebnis würde entweder von MRO oder von ALG nicht anerkannt. Es komme deswegen nur eine Lösung Schritt für Schritt in Frage. MRO habe schon sehr viel in den besetzten Gebieten investiert, zuletzt in militärische Verteidigungsanlagen, die im Grunde alle Lösungsbemühungen auf der anderen Seite illusorisch machten. Hinzu komme, daß die militärischen Sicherheitsvorkehrungen MROs sich nur wenige Kilometer von der algerischen Grenze befänden. MRO habe daher bei militärischen Abwehrmaßnahmen häufig den algerischen Luftraum verletzt. Es bestünde immer die Gefahr eines militärischen Zwischenfalles zwischen beiden Ländern. Der Westsahara-Konflikt gleiche einem „abcès de fixation", der die Spannungen und die Probleme zwischen beiden Ländern in einem Punkte fixiere. ALG verlange vor allen weiteren Schritten auf dem Wege zum Zusammenschluß des Maghreb eine Lösung dieses Konfliktes.

4) Der BM dankte für die Ausführungen und kam auf das EG-Konzept der MMR-Politik[11] zu sprechen, an dem er selbst intensiv mitgearbeitet habe. Es

10 Zum Westsahara-Konflikt führte Referat 311 am 27. Juli 1983 aus: „Unter dem Druck Marokkos, Mauretaniens, Algeriens, der Polisario-Front und der Vereinten Nationen leitete die Kolonialmacht Spanien im August 1974 den Rückzug aus der Westsahara ein und kündigte eine Volksabstimmung an. Der Internationale Gerichtshof stellte in einem Gutachten vom 16.10.1975 zwar historische Bindungen der Westsahara zu Marokko und Mauretanien fest, plädierte aber für die Selbstbestimmung der dortigen Bevölkerung […]. In einem Geheimvertrag einigten sich Marokko und Mauretanien über die Aufteilung des Gebietes. […] Am 5.8.1979 schied Mauretanien nach einem Regimewechsel aus dem Konflikt aus, schloß einen Separatfrieden mit der Polisario-Front und verzichtete auf seinen Anteil an der Westsahara". Ziel der Polisario sei die Anerkennung der Unabhängigkeit der 1976 ausgerufenen „Demokratischen Arabischen Republik Sahara". Vgl. Referat 311, Bd. 137839.
Botschafter Montfort, Rabat, berichtete am 21. Januar 1986, daß Marokko seine militärische Position durch die Errichtung von Schutzwällen, die fast zwei Drittel des Territoriums der Westsahara einschlössen, erheblich verbessert habe: „Der Verlauf des Schutzwalls entlang der algerischen bzw. mauretanischen Grenze schränkt die Operationsmöglichkeiten der Polisario-Front weiter ein. Innerhalb des vom Schutzwall umgebenen und von Marokko beherrschten Gebiets wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Die Bevölkerung dürfte weitgehend marokkanisiert sein." Marokko lehne direkte Verhandlungen mit der Polisario-Front ab und beteilige sich auch nicht mehr an Debatten in den Vereinten Nationen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 62; Unterabteilung 31, Bd. 141116.

11 Mit Blick auf den EG-Beitritt Portugals und Spaniens verabschiedete der EG-Ministerrat am 30. März 1985 eine Erklärung zur Mittelmeerpolitik. Darin wurde der Wunsch nach einer Vertiefung der Beziehungen zu den Mittelmeerländern, die nicht den Europäischen Gemeinschaften angehören, bekräftigt: „Im Hinblick darauf hat der Rat daher das Gesamtkonzept der gemeinschaftlichen Mittelmeerpolitik bestätigt, das zum Ziel hat, zur wirtschaftlichen Entwicklung der Drittländer des Mittelmeerraums beizutragen". So sollten u. a. wirtschaftliche Folgen der Süderweiterung für die Ausfuhren der Mittelmeerländer gemildert werden. Ferner wurde die Diversifizierung ihrer Agrarprodukte angestrebt: „Die Gemeinschaft wird sich aus einem langfristig angelegten Gesamtansatz heraus bemühen, die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Mittelmeerpartnern fortzusetzen, um zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder einen angemessenen Beitrag zu leisten." Vgl. BULLETIN DER EG 3/1985, S. 70.
Am 25. November 1985 verabschiedete der EG-Ministerrat ein Verhandlungsmandat für die EG-Kommission zur Anpassung der Kooperationsabkommen mit den Mittelmeerländern. Das Mandat

sei ein kühnes Konzept gewesen, das drinnen und draußen viel Überzeugungskraft notwendig gemacht habe. Im Vordergrund habe dabei der politische Aspekt gestanden. Die EG wünsche ein privilegiertes Verhältnis zum MMR, insbesondere aber zum Maghreb.

AM: Der Maghreb befinde sich in der Phase des Zusammenschlusses, die bereits am Anfang dieses Jahrhunderts begonnen habe. Alle Länder der Region erlebten eine explosive demographische Entwicklung, die Zuwachsraten von 2,3 Prozent in TUN, 3,2 Prozent in ALG und 3,0 Prozent in MRO. 60 Prozent der Bevölkerung in den drei Ländern seien unter zwanzig Jahre alt. Das in TUN sehr gut entwickelte Unterrichtswesen habe eine anspruchsvolle Bevölkerung geschaffen, um sie befriedigen zu können, müsse TUN daher Entspannung suchen und schaffen. Die Zeit arbeite nicht für die bestehenden drei Regime. Bipolarität sei eine schlechte Sache in der Welt und in der Region. Europas Zusammenschluß werde daher sehr positiv bewertet. Es bringe ein besseres Gleichgewicht und größere Sicherheit in die internationalen Beziehungen. TUN pflege besondere Beziehungen mit Europa, die ähnlich eng wie jene sein sollten, die einmal mit gewissen anderen Ländern Europas bestanden hätten. Allerdings sollten sie eine andere Qualität haben. TUN brauche den Technologie-Transfer aus Europa, aber die Bitten um Hilfe dürften nicht nur unter kommerziellen Gesichtspunkten gesehen werden.

BM: Die MMR-Politik der EG habe das Ziel, die Staaten dieses Raumes zu unterstützen und ihre Stabilität zu erhalten, denn damit diene Europa seinen ureigensten politischen Interessen. Das Mittelmeer trenne nicht, sondern verbinde, und die Anrainer auf seinen beiden Ufern haben einen gemeinsamen Frieden.

AM: TUN liege im Herzen des MMR. Es sei der nördlichste Teil Afrikas und liege Europa am nächsten. Seit römischen Zeiten und noch viel früher sei es immer „partie prenante“ der Entwicklungen im Mittelmeer gewesen. TUN wünsche, daß das Mittelmeer ein Meer des Friedens werde. Leider hätten seit Jalta[12] und Potsdam[13] die USA und UdSSR in diesem Raum interveniert und stets versucht, ihre Präsenz ihren eigenen Interessen nützlich zu machen. Die Flotten der beiden Supermächte seien ein „fait accompli“. Noch bis vor zwei Jahren sei es gelungen, die Region aus dem Ost-West-Gegensatz weitgehend herauszuhalten, heute gebe es einen Konflikt über die Syrte[14], in Libyen seien

Fortsetzung Fußnote von Seite 268

sah verschiedene Konzessionen für Agrarprodukte vor und legte die Prioritäten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Finanzhilfe, fest. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 411 vom 3. Februar 1986; Referat 413, Bd. 144939.

12 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

13 Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

14 Zum Status der Gewässer in der Großen Syrte vgl. Dok. 83, besonders Anm. 2.

SAM-5-Raketen stationiert[15], die die Vereinigten Staaten beunruhigen, und TUN befürchte, daß die Region weiter abgleite und sich nicht mehr, wie bisher, im Auge des Taifun befinde.

BM: Die Bundesregierung vertrete die Auffassung, daß die Übertragung des Ost-West-Gegensatzes in die Dritte Welt ein politischer Fehler sei. Aber eine Politik, die dies verhindern wolle, könne nicht allein von der BR Deutschland gemacht werden, andere müßten mithelfen. Auf jeden Fall sei es ein Fehler, wenn jedes Land der Dritten Welt entscheiden müsse, in welchem Lager es stehen wolle. Echte Blockfreiheit sei ein Faktor der Stabilität. Dies gelte auch für die unmittelbare Nachbarregion der EG.

[16]5) Terrorismus und Nahost-Konflikt

AM: TUN sei selbstverständlich gegen den Terrorismus, auch wo es um den NO-Konflikt gehe. Seit mehr als zwanzig Jahren unterscheide sich die Politik TUNs in nahöstlichen Fragen von der Mehrheit der arabischen Staaten. ISR sei eine Realität, auch wenn seine Existenz auf einer Ungerechtigkeit beruhe. TUN sei nicht gegen die Existenz dieses Landes, sondern gegen seine Politik. Es habe im NO den Dialog mit den Amerikanern favorisiert. Leider gebe es heute keine amerikanische Politik, die sich von der israelischen unterscheide. Deswegen könnten die USA heute keine Vermittlungspolitik in diesem Raum führen.

ISR wolle keine Friedenspolitik, sondern eine Politik der „faits accomplis“. Dies werde von den Palästinensern nicht hingenommen. Deswegen befinde sich der Friedensprozeß in einer Sackgasse. Ohne Zustimmung der PLO könne es keine Lösungen im NO geben. Weil diese Tatsache mißachtet werde, gebe es Gewaltanwendung. TUN versuche, die Palästinenser zu beraten, indem es ihnen nahelege, die eigenen Freunde durch Gewaltakte, wie die in Rom und Wien[17], nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Italien und Österreich seien für die palästinensischen Forderungen stets aufgeschlossen gewesen. TUNs Ratschlag an die Palästinenser: Vermeidet das Feuer in Europa und kämpft in den besetzten Gebieten. Unter dem Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen, sollten aber auch keine neuen Probleme geschaffen werden. Die Entführung des ägyptischen Flugzeuges nach Sizilien durch US-Flugzeuge[18] sei Piraterie einer

15 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 23. Dezember 1985 mit: „Der Sprecher des State Department hat am 20.12. erstmals die Stationierung sowjetischer SA-5-Raketen in Libyen offiziell bestätigt. In einer amtlichen Erklärung bezeichnete er die Stationierung als ‚bedeutsame und gefährliche Eskalation‘. […] Die Raketenstellungen werden – wie man uns heute im State Department bestätigte – im Raum von Bengasi, Tripolis und vermutlich – dies sei aber noch nicht mit Sicherheit festgestellt – im Südosten des Landes (Kufra) errichtet und werden von Sowjets bemannt. Obgleich die SA-5-Raketen als eher veraltet und als langsam gelten, stellen sie nach Auffassung unserer amerikanischen Gesprächspartner doch eine erhebliche Gefährdung am[erikanischer] Aufklärungsflüge im ägyptischen Luftraum (AWACS) und im Raum des Golfs von Syrte dar, den die Amerikaner bekanntlich als internationales Gewässer betrachten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5867; Referat 311, Bd. 137904.

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 115 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Zu den Anschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien am 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkte am 14. Oktober 1985, am 7. Oktober 1985 sei das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ „von vier Arabern bislang unbekannter Staatsangehörigkeit“ gekapert worden. Am 8. Oktober 1985 hätten die Entführer die Tötung einer Geisel mitgeteilt: „Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist der amerikanische Staatsbürger Leon Klinghoffer zu diesem Zeitpunkt ermordet worden.“ Am Nachmittag des 9. Oktober 1985 habe die ägyptische

Großmacht gewesen. Einer Großmacht, die eigentlich die Aufgabe habe, das internationale Recht zu garantieren. Darüber hinaus habe sich dieser Piratenakt gegen einen Freund in der Region gerichtet und sei von einem NATO-Mitglied begangen worden. Eine Organisation, die von TUN geachtet werde, es könne aber leicht geschehen, daß sie in den Augen anderer zu einem Instrument der Repression werde.

Ein weiterer Fall sei die Entführung des libyschen Verkehrsflugzeuges durch ISR[19] gewesen. Zwar hätten die Araber von diesem Staat nichts anderes erwartet, daß dieser Akt aber für richtig gehalten und gerechtfertigt werde, müsse unter politischen Aspekten, aber auch in bezug auf die Sicherheit der internationalen Verkehrswege, sehr ernst bewertet werden. Das US-Veto in SR[20] habe TUN erstaunt. Die Stimmenthaltung anderer könnte den Schluß nahelegen, daß dieses Vorgehen von ihnen gebilligt werde. All diese Ereignisse aber führten dazu, daß die Sicherheit mehr und mehr in Frage gestellt werde.

BM legte an dieser Stelle die deutsche NO-Politik dar, die seit 1974 zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser durch die BR Deutschland[21] als erstem Land der EG geführt habe. Wenn man die Hypothek sehe, die die Beziehungen Deutschlands und ISR belasteten, könne man vielleicht die Größe und Bedeutung dieser Anerkennung ermessen. Er, der BM, habe aber die Auffassung vertreten, daß es darauf ankomme, diese Rechte der Palästinenser auch gegenüber ISR zu vertreten. Die Anerkennung habe sich

Fortsetzung Fußnote von Seite 270

Regierung mitgeteilt, die Entführer hätten sich ergeben und Ägypten verlassen: „In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober fingen vier amerikanische F-14-Jagdflugzeuge ein ägyptisches Flugzeug mit den vier Entführern und zwei weiteren Palästinensern an Bord über dem Mittelmeer ab und zwangen es zur Landung auf dem amerikanischen Militärstützpunkt Sigonella auf Sizilien. Präsident Reagan hatte MP Craxi zuvor telefonisch um Landeerlaubnis gebeten. Unter den Palästinensern befand sich auch der Führer der Palestine Liberation Front (PLF), Abu Abbas. Die italienische Regierung verhaftete zunächst alle Palästinenser und billigte das amerikanische Vorgehen […]. Am 13.10. wurde Abu Abbas von der italienischen Regierung freigelassen und begab sich nach Jugoslawien. […] Die USA verlangen die Auslieferung der Täter sowie die von Abu Abbas, den sie für die Tat verantwortlich machen." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 137580.

19 Am 4. Februar 1986 fingen israelische Kampfflugzeuge ein libysches Flugzeug ab, das sich auf dem Weg von Tripolis nach Damaskus befand, und zwangen es zur Landung auf einem Militärflugplatz im Norden Israels. In der Presse wurde dazu berichtet, Ziel der Operation sei die Ergreifung verschiedener hochrangiger palästinensischer Terroristen gewesen, die an Bord vermutet worden seien. Nachdem sich nach einer mehrstündigen Durchsuchung des Flugzeugs herausgestellt habe, daß lediglich einige syrische Politiker und zwei Angehörige einer pro-syrischen libanesischen Miliz an Bord gewesen seien, habe die Maschine ihre Reise fortsetzen dürfen. Vgl. dazu den Artikel „Israelis Intercept A Libyan Civil Jet And Then Let It Go"; THE NEW YORK TIMES vom 5. Februar 1986, S. 1 und S. 8.

20 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), teilte am 6. Februar 1986 mit, die USA hätten gegen einen von Syrien erstellten und durch die blockfreien Mitglieder des VN-Sicherheitsrats eingebrachten Resolutionsentwurf wegen des israelischen Abfangens eines libyschen Flugzeugs am 4. Februar 1986 ihr Veto eingelegt: „Das US-Veto dürfte den syrischen Interessen dienlicher sein, als es eine US-Enthaltung zu einem deutlich veränderten Text gewesen wäre. Das dritte US-Veto in ebensoviel Wochen hat nämlich das amerikanische-arabische Verhältnis schwer belastet. […] Die USA haben sich zwar in diesem Fall in der Sache nicht hinter Israel gestellt und hätten ein Veto möglicherweise gerne vermieden. Die USA sind jedoch unseres Wissens in keiner Weise aktiv geworden, um ein Veto zu vermeiden. Weder haben sie die westlichen Änderungsvorschläge mitgetragen, noch haben sie selbst mit Syrien verhandelt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; Referat 311, Bd. 137905.

21 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

durchgesetzt und in der Erklärung der EG von Venedig[22] ihren Niederschlag gefunden. Auch gegenüber ISR vertrete die BR die Auffassung, daß es im NO ohne Durchsetzung des Rechtes auf Selbstbestimmung für die Palästinenser weder Ruhe noch Frieden geben könne.

Der tunesische AM hat diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit zugehört und ihnen insgesamt nachdrücklich zugestimmt.

BM: Es müsse über zwei Dinge geredet werden:

– die Beseitigung der Ursachen des Terrorismus und

– den Terrorismus selbst.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn EG und AL gemeinsam beide Themen behandeln würden, nicht in einer großen „Volksversammlung", sondern im Rahmen der Troikas beider Organisationen.

Auch diesem Vorschlag stimmte der tunesische AM deutlich zu.

BM: Die PLO wäre gut beraten, wenn sie an ihrer Haltung bezüglich der Existenz ISRs keine Zweifel aufkommen ließe. ISR sei eine Realität, wenn die PLO sie anerkenne, gebe sie nichts auf, sondern könne dadurch nur gewinnen. Denn die Anerkennung werde die staatliche Organisation der Palästinenser fördern. Er, der BM, habe den Israelis gesagt, daß es ein Irrtum sei, zu glauben, daß sie ohne Zustimmung der Palästinenser irgend etwas regeln könnten. In der internationalen Politik komme es auf die Richtung an. Sie stimme bei Hussein, nicht bei ISR. Dies habe er, der BM, den Israelis deutlich gesagt. Aber auch unter den Israelis gebe es mehr und mehr Menschen, die diese Argumentation verstünden. Es habe ein Denkprozeß eingesetzt, von dem noch nicht zu erkennen sei, wann er zur Politik werde. Bedauerlich sei es, daß immer wieder Zwischenfälle vom Eigentlichen, vom Friedensprozeß, ablenkten. Monatelang habe man darauf gewartet, ob Friedensinitiativen im NO die Unterstützung aller Beteiligten finden. Sei man sich schließlich einig, werde man durch andere Ereignisse abgelenkt und sei gezwungen, sich Gedanken darüber zu machen, ob man Boykottmaßnahmen ergreife oder nicht. Man beschäftige sich zuviel mit Randproblemen.

AM bestätigte noch einmal, daß TUN dafür sei, die Probleme, wie vorgeschlagen, im Rahmen der Troika zu besprechen, daß die Existenz ISRs für TUN kein Problem sei, sondern allein seine Politik abgelehnt werde und, wie der Fes-Plan[23] zeige, auch die Palästinenser auf die Anerkennung eingestellt seien. Voraussetzung hierfür aber sei die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser durch ISR.

6) Zum Abschluß erkundigte sich tunesischer AM noch nach Einschätzung der Lage in Südafrika durch BM. Dieser betonte, daß er sehr pessimistisch sei. Die weiße Minderheit erkenne nicht die Zeichen der Zeit, und er befürchte eine Eskalation der Gewalt. Insbesondere sehe er keine weißen Oppositionspolitiker,

22 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

23 Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan"). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

die in Südafrika die Dinge in die Hand nehmen könnten. Dies alles sei um so ernster, als gerade in Südafrika eine gute Chance der Kohabitation der Rassen bestanden habe, denn es habe dort keine kolonialen Probleme gegeben. Die Lage in Namibia sei sicher einfacher. Hier versuche die BR Deutschland, im Rahmen der Kontaktgruppe mitzuhelfen, Lösungen zu finden, aber die Regierung Südafrikas erfinde immer neue Probleme. Er, der BM, sei zwar ein bißchen hoffnungsvoller, aber nicht sehr viel.

AM: TUN teile den Pessimismus. Wenn die Kontaktgruppe keinen Erfolg habe, dann sei in absehbarer Zukunft keine Lösung zu erwarten.

Unterabteilung 31, Bd. 141116

49

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi

VS-vertraulich **20. Februar 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi am 20. Februar 1986[2]

Dauer des Gespräches: von 10.25 Uhr bis ca. 12.12 Uhr.

Anwesend auf italienischer Seite: Herr Badini, Diplomatischer Berater des Ministerpräsidenten; Frau Nadia Carotti als Dolmetscherin.

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit, Frau Bouverat als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit dem Bemerken, auf der Pressekonferenz[3] würden mit Sicherheit die Journalisten nach einem Punkt fragen, nämlich der Beteiligung Italiens an der währungspolitischen Zusammenarbeit der Fünf.[4] In dieser Frage sei einiges schiefgelaufen, habe er den Eindruck. Es

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 24. Februar 1986 gefertigt und am 10. März 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu vermerkte Stabreit: „Sehr geehrter Herr von Schubert, als Anlage übermittle ich Ihnen den vom Bundeskanzler genehmigten Vermerk über sein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi am 20. Februar 1986. Der Vermerk umfaßt auch den Teil des Gesprächs, an dem der Herr Bundesminister und Minister Andreotti teilnahmen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 11. März 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Ministerpräsident Craxi hielt sich anläßlich der deutsch-italienischen Konsultationen in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 50.

3 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl und des Ministerpräsidenten Craxi in einer Pressekonferenz am 20. Februar 1986 vgl. den Artikel „Kohl: Bonn unterstützt Null-Lösung"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. Februar 1986, S. 2.

4 Zur Frage einer Teilnahme Italiens an den Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA vgl. Dok. 10, Anm. 10 und 12.

hätten wohl einige Partner der Bundesrepublik Deutschland den „Schwarzen Peter“ zugeschoben. (Einwurf Craxi: fast alle!) Dies sei ganz zu Unrecht geschehen. Wenn man auf der Ebene des Weltwirtschaftsgipfels sich zu siebent treffe, so könne man das auch hier tun. Ein Treffen in Sechserformation könne er sich nicht vorstellen. Es werde ein Problem mit den USA geben, wenn die Kanadier nicht dabei seien.

Ministerpräsident *Craxi* wirft ein, er wolle gern dem Bundeskanzler Kopien der Briefe zukommen lassen, die er von den Partnern bekommen habe. Die USA seien einverstanden, wenn die Kommission nicht auch dabei sei. Wenn Deutschland ja sage, sei das Problem gelöst.

Bundeskanzler äußert, man könne auf der Pressekonferenz sagen, daß man gemeinsam der Auffassung sei, die zukünftige währungspolitische Zusammenarbeit solle sich, sei es im Zehnerclub, sei es im Format des Weltwirtschaftsgipfels, vollziehen. Bundeskanzler wiederholt, ein Sechserclub komme nicht in Betracht wegen des Problems Kanada. Ministerpräsident *Craxi* weist erneut darauf hin, die USA fürchteten einen Achterclub.

Bundeskanzler erläutert, dies sei der Fall, weil zum ersten Mal in Tokio[5] das Land, das die Präsidentschaft in der EG innehabe, nicht auch automatisch Mitglied des Siebenerclubs sei, wie das bei Italien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Deutschland bisher stets der Fall gewesen sei. Jetzt wolle auch Ministerpräsident Lubbers nach Tokio. Japan und die USA seien strikt gegen die Entsendung zweier Delegationen.

Was die währungspolitische Abstimmung anbetreffe, so wollten die Finanzminister keine Teilnahme der Kommission. Dieses Mißverständnis über die deutsche Haltung hätte man sich sparen können. Das nächste Mal sollten Ministerpräsident Craxi und er vielleicht besser frühzeitig miteinander telefonieren.

Ministerpräsident *Craxi* äußert seine Besorgnis über die britische Entscheidung im Falle Westland.[6] Allerdings habe auch die italienische Industrie nicht das getan, was die Regierung gewollt habe.[7]

5 In Tokio fand vom 4. bis 6. Mai 1986 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu Dok. 137.

6 Vortragender Legationsrat von Arnim erläuterte am 14. Januar 1986 zur Krise des britischen Hubschrauberherstellers Westland: „Nach wie vor stehen zwei Angebote zur Stützung der Firma in Konkurrenz: das eines europäischen Konsortiums aus MBB (D), Aérospatiale (F), Agusta (I) und British Aerospace/General Electric (GB), vom zurückgetretenen VM Heseltine und, mehr oder weniger nachdrücklich, den VM dieser Länder unterstützt (BM Wörner hatte an Heseltine geschrieben); das des amerikanischen Hubschrauberherstellers Sikorsky, an dem Fiat (I) über United Technologies beteiligt ist. Dieses Angebot wird vom Westland-Vorstand vorgezogen. PM Thatcher und das übrige britische Kabinett argumentierten ordnungspolitisch, die Regierung müsse solche Entscheidungen den Unternehmen überlassen, und unterstützten damit praktisch die amerikanische Lösung. Dahinter dürfte die Sorge stehen, daß eine Unterstützung des europäischen Angebots durch die Regierung einerseits finanzielle Verpflichtungen, andererseits Ärger der USA nach sich ziehen könnte.“ Vgl. Referat 209, Bd. 143343.
Am 12. Februar 1986 entschieden sich die Aktionäre von Westland für eine Beteiligung von Sikorsky/Fiat. Vgl. dazu den Artikel „Westland-Aktionäre stimmen Sikorsky-Beteiligung zu“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1986, S. 1.

7 Referat 209 legte am 14. Februar 1986 dar: „Italien hat sich wiederholt bemüht, uns zu einer Zusammenarbeit beim Bau eines Panzerabwehrhubschraubers zu gewinnen. Nach italienischer Vorstellung würde sich als Grundlage der von der Fa. Agusta entwickelte Typ A-129 anbieten, an dem auch GB (Westland), NL (Fokker) und SP (CASA) interessiert sind.“ Da der von der Bundesregierung bislang favorisierte, gemeinsam mit Frankreich geplante Panzerabwehrhubschrauber PAH-II inzwischen jedoch erheblich teurer zu werden drohe, könnten bei einer Beteiligung weiterer Partner

Bundeskanzler geht hier auf das Airbus-Programm[8] ein. Er erläutert Genesis der Airbus-Zusammenarbeit. Sein Vorgänger[9] sei sehr skeptisch gewesen. Hier habe Franz Josef Strauß große Verdienste. Er habe die richtige Vision gehabt. Er selbst sei zu dem Schluß gekommen, daß mit einem Rückzug Deutschlands das Airbus-Programm scheitern werde. Dann werde es in zehn Jahren nur noch eine einzige Firma geben, die in Amerika Zivilflugzeuge herstelle, ohne jede Konkurrenz und mit der Möglichkeit, hohe Preise zu fordern. Die USA wollten diesen Weg gehen. Sie böten der Lufthansa heute Maschinen praktisch zum halben Preis an, d. h., sie betrieben das reine Preis-Dumping. Die Bundesrepublik Deutschland werde weitermachen, Frankreich auch. Premierminister Thatcher halte sich jedoch bedeckt. Von dem jetzt laufenden Mittelstreckenmodell seien 250 notiert. Man habe jedoch vor einigen Jahren den Markt falsch eingeschätzt. Potentielle Käufer sagten jetzt, wenn sie zum Airbus wechselten, wollten sie auch ein Langstreckenmodell wählen können. Man habe dieses Modell ursprünglich für 1993/94/95 terminiert. Es müsse jedoch vorgezogen werden. Die Planung müsse umgestellt werden. Er sei nicht sicher, ob Margaret Thatcher weitermachen wolle. Vielleicht gebe es in Italien ein Interesse, wenn Anteile frei würden. Die Sache würde auf jeden Fall gemacht. Er würde jedoch gern Italien dabeihaben. Vielleicht sei es nützlich, wenn Ministerpräsident Strauß einmal die Angelegenheit in Italien direkt erörtere. Er verstehe sehr viel davon. Margaret Thatcher benötige möglicherweise eine lange Bedenkzeit. Das könnten wir jedoch nicht mitmachen. Auch in der Hubschraubersache sei er voller Skepsis. Er vermute hier amerikanischen Druck.

Premierminister *Craxi* antwortet, Italien werde diese Frage prüfen. (Einwurf Bundeskanzler: Es hätte viele gute Perspektiven!) Die amerikanische Luftfahrtlobby habe einen großen Einfluß auf Alitalia.[10]

Bundeskanzler berichtet sodann über die Lage der Bundesrepublik Deutschland: Sie entwickele sich günstig. 1986 werde das beste Jahr seit zwei Jahrzehnten sein. Inflation unter 1%, Wachstum des Bruttosozialproduktes an die

Fortsetzung Fußnote von Seite 274

die Kosten reduziert werden: „Da eine Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Hubschrauberherstellern angesichts der erheblichen Überkapazitäten in Europa in unserem Interesse liegt, sollten wir das durch die Westland-Affäre entstandene Momentum möglichst nutzen. Daher sollte insbesondere mit Italien unter Einbeziehung Frankreichs, der Niederlande, ggf. auch Spaniens, eine Zusammenführung der beiden europäischen Panzerabwehrhubschrauber-Programme kurzfristig und offensiv auf Arbeitsebene geprüft werden. […] Italien hat uns bereits unterrichtet, daß es auch nach der Übernahme von Westland durch Sikorsky/Fiat an dem Transport- und Marinehubschrauber (NATO-Hubschrauber NH 90) mit einem europäischen Bedarf von mehr als 700 mit uns zusammenarbeiten will. (Weiterhin beteiligt sind F und NL.)“ Vgl. Referat 209, Bd. 148675.

8 Zum „Airbus“-Projekt vgl. Dok. 10, Anm. 5.

9 Helmut Schmidt.

10 Botschafter Lahn, Rom, berichtete am 25. November 1985, in Italien habe das Interesse an Airbus zugenommen: „Italien möchte, wie sich dies zur Zeit abzeichnet, am Bau der gut angelaufenen Programme A-300 und A-310 beteiligt werden, prüft aber auch eine aktive Teilnahme am Bau des Modells A-320. Genaue Einzelheiten sind nicht bekanntgeworden, doch scheinen die italienischen Wünsche auf divergierende Ansichten des Verwaltungsrates der Airbus Industrie zu stoßen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2144; Referat 411, Bd. 160437.
Am 6. Februar 1986 informierte Lahn über Presseberichte vom Vortag, wonach ein gemischter Ausschuß der italienischen Firma Aeritalia und Airbus gebildet worden sei, um „die Möglichkeiten einer Partnerschaft der Aeritalia im Airbus-Konzern“ zu prüfen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 143; Referat 411, Bd. 160437.

4% (er rede allerdings nur von 3%). Man werde 400000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dies werde ihm erlauben, im Wahlkampf[11] sagen zu können, daß diese Regierung 900000 neue Arbeitsplätze geschaffen habe. Die Arbeitslosigkeit sei noch zu hoch, nehme aber nicht mehr zu. Ein Drittel davon sei ohnehin nicht arbeitslos, die Schwarzarbeit habe ungeheuer zugenommen.

Ministerpräsident *Craxi* beglückwünscht Bundeskanzler: Er werde das Glück haben, die Wahlen am Ende eines Boom-Jahres zu haben.

Bundeskanzler fährt fort, was ihn in seiner Analyse bestärke, sei das Vorgehen gegen ihn. Vor acht Tagen habe er aus der Presse erfahren, daß gegen ihn ermittelt werde.[12] Weder er noch der Bundestagspräsident[13] hätten bis zur Stunde eine offizielle Mitteilung erhalten. Es gehe alles nach dem Motto: Wenn man nur genug Jauche ausschüttet, bleibe etwas Geruch hängen. All dies hänge mit der unsinnigen Parteispendengeschichte[14] zusammen. Bei der SPD schütte man jetzt alles über den verstorbenen früheren Schatzmeister Nau aus, der ein phantastischer Mann gewesen sei. Man bringe ihn, den Bundeskanzler, politisch nicht zu Fall. Also versuche man es jetzt mit anderen Mitteln. Ministerpräsident *Craxi* bemerkt hier, er könne leicht ein Buch über all die juristischen Attacken und Winkelzüge veröffentlichen, mit denen man versucht habe, ihn zu Fall zu bringen. *Bundeskanzler* verweist darauf, daß bei uns alles noch schlimmer gemacht werde durch die Desinformationskampagnen der DDR, für die der Osten gewaltige DM-Beträge aufwende.

Bundeskanzler berichtet über Sindermann-Besuch.[15] Auf seinen Wunsch wird kein Protokoll erstellt.

11 Am 25. Januar 1987 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

12 Am 3. Februar 1986 wurde in der Presse berichtet: „Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Otto Schily, hat gegen Bundeskanzler Helmut Kohl Strafanzeige wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage erstattet, berichtet das Nachrichtenmagazin Der Spiegel. Nach Meinung Schilys hat Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestags und vor dem Mainzer Parteispenden-Ausschuß ‚vorsätzlich die Unwahrheit gesagt'." Vgl. den Artikel „Schily zeigt Kohl an"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. Februar 1986, S. 1.
Am 17. Februar 1986 gab die Staatsanwaltschaft Koblenz bekannt, daß ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl eingeleitet werde. Dazu hieß es in der Presse: „Bevor das Ermittlungsverfahren der Koblenzer Staatsanwaltschaft formell anlaufen kann, muß der Bundestagspräsident schriftlich informiert werden. In Bonn wird mit einem Eingang des Schreibens am Mittwoch gerechnet. Wenn der zuständige Ausschuß des Bundestages dann innerhalb von 48 Stunden nicht widerspricht, kann die Staatsanwaltschaft offiziell tätig werden." Vgl. den Artikel „Staatsanwaltschaft will gegen Kohl Ermittlungsverfahren einleiten"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. Februar 1986, S. 1.
Am 12. März 1986 wurde berichtet, daß auch die Staatsanwaltschaft Bonn ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl einleiten werde. Vgl. dazu den Artikel „Staatsanwaltschaft in Bonn ermittelt gegen Kohl"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. März 1986, S. 1.

13 Philipp Jenninger.

14 Am 19. Mai 1983 setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuß ein, der klären sollte, ob und wie der Flick-Konzern durch verdeckte Zahlungen und Spenden an Politiker und Parteien Einfluß auf politische Entscheidungen zu seinen Gunsten genommen habe. Anlaß war der 1975 erfolgte Verkauf einer 29%-igen Beteiligung an der Daimler-Benz AG und dessen steuerliche Begünstigung. In diesem Zusammenhang wurde gegen verschiedene Politiker von CDU, CSU, FDP und SPD der Vorwurf der Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung erhoben. Im Zuge der „Flick-Affäre" kam es am 27. Juni 1984 zum Rücktritt des Bundesministers Graf Lambsdorff sowie am 25. Oktober 1984 des Bundestagspräsidenten Barzel. Für eine Darlegung der Abläufe und Hintergründe vgl. den am 21. Februar 1986 veröffentlichten Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses; BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/5079.

15 Der Präsident der Volkskammer der DDR, Sindermann, hielt sich vom 19. bis 22. Februar 1986 in

Sein Mitarbeiter Teltschik sei jetzt in Ungarn gewesen[16] und habe Eindrücke mitgebracht, die wir jetzt bei Sindermann bestätigt gefunden hätten. Gorbatschow wolle sich bewegen, werde dies aber nicht vor dem Parteitag[17] tun, auf dem er personell viele Veränderungen vornehmen werde. Insgesamt bahne sich eine positive Entwicklung an, die man ohne Illusion sehen müsse. Es würde viele kleine Schritte geben, aber in die richtige Richtung.

Auf die Frage *Craxis*, ob der Bundeskanzler Präsident Reagan auf seinen Brief bereits eine formelle Antwort gegeben habe, antwortet *Bundeskanzler*, wir seien gerade dabei, unsere Position zu definieren. Es seien viele Haken dabei. General Rowny sei in China und Japan auf außerordentlich harte Reaktionen gestoßen. In Asien sei man der Auffassung, daß es indiskutabel sei, wenn SS-20 östlich des Urals verblieben. Das sei richtig. Eine zweite Frage sei diese: Wenn alles kontrolliert abgeschafft würde, sei dies ideal. Auf dem Wege dorthin störten ihn jedoch die Pershings erst ganz am Ende. Wir dürften nicht in die Lage kommen, daß hier nichts mehr stehe und sich damit ein weißer Fleck auf der Landkarte bilde. Zur Zeit werde der „Schwarze Peter" hin und her geschoben. Für uns sei der zentrale Punkt, daß die Sicherheit Europas nicht von der der USA abgekoppelt werden dürfe.

Bundeskanzler geht auf das Problem der französischen und britischen Kernwaffenpotentiale ein. Präsident Mitterrand habe es abgelehnt, die nukleare Garantie für Europa zu übernehmen. Er selbst sei ganz zufrieden, daß wir in der Nachbarschaft eigenständige Atompotentiale hätten. Bundeskanzler verweist auf die amerikanische Verfassung[18] und die Auswahl der Präsidentschaftskandidaten. Er kenne vielleicht den Kandidaten für 1988, aber wer 1992 oder gar 1996 gewählt werde, wisse er nicht. Er sage amerikanischen Besuchern stets, die USA hätten vielleicht Probleme mit Europa. Aber auch die Europäer hätten mit den USA Probleme. Der Erste Weltkrieg sei mit Wilsons 14 Punkten[19] beendet worden. Dann hätten die USA alles hingeworfen und seien nach Hause gegangen. Das sei der teuerste Isolationismus der Welt geworden.

Wir wollten keine Atomwaffen für uns selbst. In gewisser Hinsicht sei die Lage für ihn ideal. Wir müßten jetzt die Wehrpflicht verlängern.[20] Das geschehe oh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 276

der Bundesrepublik auf und traf am 19. Februar 1986 mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach teilte dazu am 21. Februar 1986 mit, nach Auskunft des Bundeskanzleramts habe das Gespräch in einer „offenen, entspannten Atmosphäre" stattgefunden und sei insgesamt „sehr zufriedenstellend" verlaufen: „Es bestand Einvernehmen, daß sich die Gespräche des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Honecker in Moskau auf die Beziehungen positiv ausgewirkt haben. Davon sei eine Bewegung in den Beziehungen ausgegangen, die anhalte. Die Beziehungen entwickelten sich derzeit auf vielen Feldern positiv. Der Bundeskanzler und Herr Sindermann sprachen sich dafür aus, diese Entwicklung fortzusetzen und zu verstärken. Sie gingen davon aus, daß eine weitere Verbesserung der Beziehungen nach dem Parteitag der KPdSU eintreten werde." Vgl. den Runderlaß Nr. 1404; Referat 210, Bd. 139191.

16 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, hielt sich am 10./11. Februar 1986 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 45.

17 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

18 Für den Wortlaut der amerikanischen Verfassung vom 17. September 1787 in der Fassung vom 10. Februar 1967 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, IV, S. 1195–1214.

19 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Wilson am 8. Januar 1918 vor dem amerikanischen Kongreß, in: Arthur S. LINK (Hrsg.), The Papers of Woodrow Wilson, Volume 45 (November 11, 1917–January 15, 1918), Princeton, New Jersey, 1984, S. 534–539.

20 Am 2. Oktober 1985 verabschiedete das Kabinett den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Ver-

ne Aufruhr in der Bevölkerung, die begreife, daß, wenn wir die Kernwaffengarantie haben wollten, wir im Konventionellen unsere Pflicht erfüllen müßten. Deshalb dürfe auch in Europa die Statik nicht verändert werden. Wenn alles reduziert werde, na gut, dann werde auch Frankreich reduzieren. Es dürfe aber nicht einfach eine Stufe herausgebrochen werden. Die ungeheure Militärmacht der Sowjetunion bleibe bestehen. Genf[21] habe Vorrang vor Wien[22]. Vielleicht könne man in Wien zu einem Ergebnis kommen. Aber wie auch immer, die Sowjets blieben ungeheuer stark. Ministerpräsident *Craxi* antwortet, es müsse eine Linie wie die der Bundesrepublik Deutschland eingehalten werden, indem man gegenüber Gorbatschows neuer Linie eine offene Haltung einnehme. Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, wenn es denn eine neue Linie sei! Wir seien aufs äußerste entschlossen, jeden notwendigen Beitrag zur Erhaltung der Freiheit zu leisten. Die Sowjets müßten einsehen, daß wir in dieser Frage zusammenstehen, ohne jede Aufregung. Von dieser Position aus müßten wir mit dem Osten reden. Dann werde es Schritt für Schritt vorangehen, so wohl auch bei SDI. Er erinnere sich sehr gut an die Stationierungszeit. Damals habe man uns zugerufen, wenn wir stationierten, dann sei alles aus, es werde eine neue Eiszeit geben. Gestern sei Herr Sindermann hier gewesen und habe gesagt, es habe sich „um schwierige Jahre gehandelt". Er habe Sindermann gesagt, so werde es auch im Hinblick auf SDI gehen.

Was SDI anbetreffe, so wisse man im übrigen gar nicht, ob die Terminpläne überhaupt eingehalten werden könnten. Sein Sohn, der jetzt am MIT[23] in Cambridge studiere, wo ein hoher Prozentsatz der SDI-Forschung erfolge, habe ihm berichtet, wie groß die Skepsis unter den Forschern dort sei. (Premierminister *Craxi* wirft ein, auch er habe aus MIT diesen Eindruck mitgebracht.)

Bundeskanzler fragt nach Beschlußsituation in Italien. Premierminister *Craxi* antwortet, bis Ende Februar/Anfang März werde ein Beschluß über ein Regierungsabkommen gefaßt, dann werde das Parlament gefragt. Man wolle dem deutschen Beispiel[24] folgen! Soweit ihm bekannt, hätten die Vereinigten Staaten mit einigen Industrien Kontakt aufgenommen und Verträge unterschrieben. Diese seien aber quantitativ gesehen insgesamt nicht sehr interessant. Es sei auch nicht klar, wie hoch der Grad der Beteiligung an der Forschung und den Erkenntnissen sein werde. Der *Bundeskanzler* erwidert, wichtigster Punkt sei, daß wir im Hinblick auf die zivilen Anwendungsmöglichkeiten nicht draußen blieben. Die Amerikaner könnten auch heucheln. Sie würfen den Europäern vor, daß sie ihre Industrien subventionierten. Das Apollo-Programm und jetzt SDI seien aber riesige Investitionsprogramme. Premierminister *Craxi* fährt fort, es sei die größte überhaupt denkbare Subvention von Spitzenindustrien. Es sei noch nicht klar, ob die Amerikaner bereit seien, eine echte Beteiligung an Erkenntnissen zuzugestehen. Politisch gesehen sei das Problem in Italien

Fortsetzung Fußnote von Seite 277

besserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juli 1989 von 15 auf 18 Monate. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 949–956.

21 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 56.

22 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 59.

23 Massachusetts Institute of Technology.

24 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 41.

gelöst. Die Entscheidung über eine Beteiligung sei in der Regierung im Prinzip gefallen. Problem sei das Parlament, aber das Parlament werde zustimmen.

Der *Bundeskanzler* äußert, die USA würden sich schlecht verweigern können. Die deutschen Firmen seien keine Wasserträger, sondern in einzelnen Bereichen selbst Champions. In Bereichen wie dem der Optik, der Chemie oder der Laser-Forschung seien deutsche Firmen mindestens so gut, wenn nicht besser als die Amerikaner. Bundeskanzler äußert Zuversicht, daß Bundesrepublik Deutschland Anschluß in Technologie halten könne. Nach Jahren, in denen wir etwas zu gut gegessen und zu viel geschlafen hätten, in denen wir auf einigen Gebieten zurückgefallen seien, habe sich jetzt bei uns manches geändert. Die Ausgaben für die Forschung habe er ganz nach oben gefahren. Mit seinem Ehrgeiz werde er Erfolg haben. Anfang der 90er Jahre würden wir in der Technologie wieder auf dem Siegerpodest stehen. Und es sei dabei nicht einmal so wichtig, ob wir die Gold-, Silber- oder Bronzemedaille bekämen. Italien, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Deutschland müßten hier zusammenarbeiten. Tödlich sei der Kulturpessimismus. Wir besäßen die Ressourcen, um uns zu behaupten. Was ihn kolossal motiviere, das sei der Stimmungsumschwung in der jungen Generation. Premierminister *Craxi* stimmt zu: Auch in Italien herrsche unter der Jugend eine positivere Stimmung. Man interessiere sich wieder für das Studium, für Konkretes.

Auf eine Frage von Premierminister Craxi antwortet der *Bundeskanzler*, er sei der Auffassung, daß Ministerpräsident Schlüter das Referendum[25] gewinnen werde. Mehr Sorge bereite ihm die Lage in Madrid[26]. Seine eigenen Freunde seien dort gänzlich verrückt geworden. Er habe intensiv auf sie eingewirkt, ohne Erfolg. Auf die Bemerkung des *italienischen Ministerpräsidenten*, daß ihm Ministerpräsident González vor einem Monat noch recht optimistisch begegnet sei[27], antwortet der *Bundeskanzler*, dies sei nicht mehr der Fall.

An dieser Stelle treten die Außenminister zu dem Gespräch hinzu. Der Bundeskanzler berichtet zunächst über sein bisheriges Gespräch mit Premierminister Craxi.

Bundeskanzler spricht Gemeinschaftsthemen an. Schlüter, der mit großem Mut und Geschick vorgehe, werde das Referendum gewinnen. Wie stehe es in Italien? Außenminister *Andreotti* antwortet, es bestehe kein Zweifel, daß Ita-

25 Zur Haltung Dänemarks bezüglich der Einheitlichen Europäischen Akte vgl. Dok. 2, Anm. 28. Bei einem Referendum am 27. Februar 1986 in Dänemark stimmten 56,2% für eine Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte, 43,8% dagegen bei einer Wahlbeteiligung von 74,8%. Vortragender Legationsrat von Lukowitz vermerkte dazu am 28. Februar 1986, das Ergebnis dürfe nicht zu der Annahme verleiten, „eine Mehrheit der Stimmberechtigten hätte für eine institutionelle Weiterentwicklung der EG gestimmt". Die Befürworter hätten „nicht mit pro-europäischen Argumenten geworben, sondern auf die wirtschaftlichen Folgen eines ‚Neins' (das in der Diskussion mit einem quasi-automatischen Rückzug Dänemarks aus der EG verbunden wurde) abgestellt und darauf verwiesen, daß das EG-Reformpaket keine wesentlichen, die dänische Souveränität und die nordische Bindung beeinträchtigenden Änderungen des Status quo mit sich bringe. […] Außenpolitisch dürfte das Abstimmungsergebnis MP Schlüter in der nächsten Zeit etwas mehr Spielraum für das Verhältnis Dänemark–EG geben. Eine langfristige Bejahung dänischer Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration aus politischer Überzeugung hat der dänische Wähler jedoch nicht abgegeben." Vgl. Referat 410, Bd. 130396.

26 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

27 Ministerpräsident González hielt sich am 20./21. Januar 1986 in Italien auf.

lien das Luxemburger Dokument unterzeichnen werde.[28] Die Entscheidung Italiens sei ein Kompromiß, der die unterschiedliche Zusammensetzung beider Kammern zum Hintergrund habe. Italien werde unterzeichnen, wenn die Akte wirksam werde, d. h., auch die Dänen müßten unterzeichnen. Damit werde man insbesondere auf Dänemark Druck ausüben. Bundesminister *Genscher* wirft ein, das sei auch seine Einschätzung. Wir seien Italien dankbar dafür.

Was sich wirklich abgespielt habe, sei ein Aufstand gegen Jørgensen gewesen. Dieser habe dem Premierminister gesagt, die Sozialisten würden zustimmen. Dann habe er eine Vortragsreise nach Uruguay angetreten. In seiner Abwesenheit habe die Basis den Aufstand geprobt. Die Sozialisten könnten nun aber auch nicht mit ganzer Kraft ihre Kampagne führen.

Premierminister *Craxi* äußert an dieser Stelle, am Ende werde noch ein gutes Geschäft für Schlüter dabei hinausschauen. Außenminister *Andreotti* fügt hinzu, Schlüter habe sich direkt an die Dänen gewandt und ihnen gesagt, sie würden im Falle einer Ablehnung ihren Wohlstand verlieren. Natürlich müsse man in der Gemeinschaft sehen, wie man die Dinge weiter verbessern könne. In Luxemburg habe man vieles nicht verwirklicht, was in Mailand[29] beschlossen worden sei.

Premierminister *Craxi* äußert Besorgnis über den Ausgang des spanischen Referendums. Bundesminister *Genscher* bezeichnet Verhalten der Opposition in Spanien als unverantwortlich. Sie handelte aus kleinlichen, taktischen innenpolitischen Motiven, um dem Premierminister González Schwierigkeiten zu bereiten. Wir hätten alles getan, was möglich gewesen sei. *Bundeskanzler* äußert Erbitterung über seine spanischen politischen Freunde, denen man gesagt habe, was sie täten und trieben, sei eine Katastrophe. Gerade ihnen habe er mehr als irgend jemandem geholfen. Er habe sie auf die Erfahrungen der ÖVP mit der Kernenergie-Frage in Österreich (Zwentendorf[30]) verwiesen, die damals auch geglaubt hätte, damit den Bundeskanzler Kreisky stürzen zu können. Außenminister *Andreotti* verweist darauf, daß das Referendum das Verbleiben Spaniens unter drei Bedingungen vorsehe, die ohnehin das Minimum dessen darstellten, was überhaupt möglich sei. Es sei ein geschickter Schachzug von

28 Botschafter Ungerer, z. Z. Luxemburg, berichtete am 18. Februar 1986: „Einheitliche Europäische Akte wurde am 17.2.86 im Rahmen einer bewußt schlicht gehaltenen Zeremonie auf dem Luxemburger ‚Kirchberg' von AM bzw. deren Stellvertretern (GB, LUX) der neun zur Zeichnung bereiten MS unterzeichnet. DK, I und GRI saßen zwar auch in der Reihe der AM, begaben sich aber nicht zum Unterzeichnungstisch. Auch GRI, das sich in der Unterzeichnungsfrage bis zum Schluß nicht festgelegt hatte, war schließlich dem Beispiel Italiens gefolgt, um DK, das aus bekannten innenpolitischen Gründen an Zeichnung gehindert ist, nicht zu isolieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 410, Bd. 130396.
Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte, die am 28. Februar 1986 nachträglich von Dänemark, Griechenland und Italien in Den Haag unterzeichnet wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 163–182.

29 Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

30 Am 5. November 1978 wurde bei einer Volksabstimmung in Österreich mit 50,47 % der Stimmen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf abgelehnt. Botschafter Grabert, Wien, teilte dazu am 6. November 1978 mit: „Das Ergebnis kann als weitere Prestige-Einbuße Kreiskys gewertet werden, der in den letzten Wochen die Abstimmung mit seiner Äußerung, es gehe gleichzeitig um ein Bekenntnis zur Politik der SPÖ, und der Andeutung eines möglichen Rücktritts im Falle eines Nein-Votums zusätzlich politisiert hatte." Allerdings scheine die ÖVP nicht daran interessiert zu sein, „politische Konsequenzen aus dem Ergebnis zu ziehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 908; Referat 202, Bd. 115673.

González gewesen, Herrn Ordóñez zum Außenminister zu machen, der seinerzeit den Eintritt Spaniens in die NATO[31] bewerkstelligt habe. Bundesminister *Genscher* berichtet dann weiter über sein Gespräch mit Außenminister Andreotti zu EG-Fragen. Was das EPZ-Sekretariat anbetreffe, so seien wir der Meinung, daß angesichts der neuen Qualität der Zusammenarbeit ein kleines Ständiges Sekretariat in Brüssel, das sich des Apparates des Generalsekretärs des Rates bediene, eingerichtet werden solle. Damit werde kein neuer Apparat geschaffen. Es handele sich um eine ständige Einrichtung, die nach den Weisungen der Präsidentschaft handeln solle, nicht, was einige gewollt hätten, die an einen Generalsekretär à la NATO oder UNO dachten. Es sei eine Exekutivstelle. Es habe allerdings auch einige gegeben, die das weitere Umherreisen hätten machen wollen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie er die Lage in Libyen einschätze, antwortet Premierminister *Craxi*, er sehe in dieser Lage hohe Risiken. Gesetzt den Fall, es komme zu einem terroristischen Attentat, das zu Recht oder zu Unrecht Libyen in die Schuhe geschoben werde, könnten die USA automatisch reagieren. Libyen befürchte sogar, daß jemand so ein Attentat provozieren könnte. Allerdings trieben die Libyer in der Tat eine unglaubliche Politik. In einem Moment hoher Spannung, während die 6. Flotte vor der libyschen Küste kreuze[32], eröffneten sie im Tschad[33] eine neue Front. Italien sei natürlich gegen eine militärische Konfrontation und dränge das libysche Regime, sich von terroristischen Organisationen zu distanzieren. Die Libyer behaupteten, dies bereits getan zu haben. Die USA müsse man von einer abenteuerlichen Politik abhalten. Gaddafi habe ihm auf Umwegen sagen lassen, er würde gern mit ihm

31 Die NATO-Mitgliedstaaten und Spanien unterzeichneten am 10. Dezember 1981 in Brüssel ein Protokoll zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens, der am 30. Mai 1982 erfolgte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

32 Oberst i. G. Busch, Washington, teilte am 4. Februar 1986 zu Pressemeldungen über erneute Manöver der amerikanischen Marine vor Libyen mit: „Mit der Wiederaufnahme der maritimen Übung im zentralen Mittelmeer will die Administration offenbar den Druck auf Gaddafi aufrechterhalten. Interessant ist jedoch jetzt die Betonung des Offenhaltens der internationalen Gewässer; die als erstes genannte Begründung der Manöver vom 24. bis 30.1.86, Gaddafi zur Aufgabe seiner Rolle im internationalen Terrorismus zu zwingen, findet keine Erwähnung mehr.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 520; Referat 201, Bd. 143373.

33 Zur Entwicklung im Tschad legte das Bundesministerium der Verteidigung am 19. Februar 1986 dar: „Nach rund 15monatiger relativer Ruhe im TSD kam die Wiederaufnahme der Kämpfe Anfang Feb[ruar] nicht überraschend. Hinweise auf Angriffsvorbereitungen bei den G[ouvernement d']U[nion] N[ationale de]T[ransition]-Kräften (mit nachhaltiger Unterstützung ihrer LIY-Verbündeten) gab es bereits Ende 1985. Mit dem erfolgten Angriffsbeginn der bewaffneten GUNT-Kräfte (ohne Zweifel mit erheblicher libyscher logistischer Unterstützung) und verbunden mit dem von libyscher Seite erhofften Erfolg Weddeyes hält Gaddafi weiter an seinen Zielen hinsichtlich einer ‚Libysierung' des Tschads fest: Konsolidierung der eigenen (libyschen) Position im Nord-Tschad; Verringerung der innerfraktionellen Differenzen innerhalb der GUNT und gegenüber der libyschen Vormachtstellung sowie dauerhafte Festschreibung der libyschen Dominanz nicht nur im Aouzou-Streifen, sondern auch in den südlich angrenzenden Provinzen. Da eigene libysche militärische Kräfte offiziell bisher nicht zum Einsatz gelangten, soll vermutlich der Eindruck eines reinen inner-tschadischen Konfliktes entstehen, der grundsätzlich durch die sich bekämpfenden tschadischen Führer allein gelöst werden soll. Aus französischer Sicht hat sich die militärische Lage im Tschad nach dem französischen Luftangriff auf Wadi Doum und der libyschen Antwort mit dem Bombenangriff auf den Flughafen von N'Djamena so weit zugespitzt, daß erstmals seit November 1984 wieder eine nennenswerte frz. Streitmacht im Tschad stationiert ist“. Damit solle Libyen signalisiert werden, daß Frankreich nicht bereit sei, „libysche Aktionen im Tschad hinzunehmen, die über den 16. Breitengrad hinausgehen“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 4337; Referat 311, Bd. 137901.

zusammentreffen. Er habe aber jeden Gedanken daran fallengelassen. Die Lage sei zu gespannt.

Bundesminister *Genscher* berichtet über seine Gespräche in Marokko, Tunesien[34] sowie mit Generalsekretär Klibi[35]. Alle drei hätten geraten, Gaddafi nicht aufzuwerten, indem man sich jeden Tag mit ihm auseinandersetze. Der marokkanische Außenminister[36] sei bei Gaddafi gewesen, als die Manöver der 6. Flotte zu Ende gingen. Gaddafi habe sein Bedauern darüber geäußert, daß er jetzt nicht mehr so massiv ins Fernsehen komme. Gegenüber Algerien habe Gaddafi Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen geäußert. Algerier hätten ihm bedeutet, er möge zunächst seine Beziehungen zu Tunesien in Ordnung bringen. Die Antwort Gaddafis sei gewesen, er habe jetzt keine Zeit dafür, er müsse Krieg gegen die USA führen.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß die hochgerüsteten Weltmächte nicht in der Lage seien, auf Provokationen kleinerer Dimension zu reagieren. Der Zwerg reize den Goliath, dem in dieser Auseinandersetzung seine Atomwaffe nichts nützt. Auch die Amerikaner seien aber nur Menschen. Dem einfachen Amerikaner stelle sich die Lage so dar, daß bei jedem Trouble in der Welt die USA gerufen und in die Verantwortung genommen würden, gleichzeitig aber beschimpft würden. Präsident Reagan habe die Wahl[37] gewonnen, weil Carter nicht mit der Geiselkrise in Teheran[38] fertig geworden sei. Außenminister *Andreotti* fügt hier hinzu, deshalb spreche die US-Regierung heute auch bei den im Nahen Osten entführten Amerikanern nicht von „Geiseln". Premierminister *Craxi* äußert, manchmal habe er den Eindruck, die USA suchten geradezu Gelegenheit für begrenzte militärische Zusammenstöße. Italien habe die USA darauf hingewiesen, daß es im Mittelmeer liege, die USA aber nicht.

Bundeskanzler berichtet, die Amerikaner seien verärgert gewesen, weil er den Boykott gegen Libyen nicht mitgemacht habe.[39] Aber wir hätten 1500 Deutsche in Libyen. Was solle er notfalls zum Schutz dieser Deutschen tun? Wir hätten keine Flotte im Mittelmeer! Im übrigen könne man nicht hier boykottieren und an anderer Stelle dann nicht. Gerade sei Chief Buthelezi bei ihm gewe-

34 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 13./14. Februar 1986 in Marokko bzw. am 14./15. Februar 1986 in Tunesien vgl. Dok. 44 bzw. Dok. 48.

35 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga am 15. Februar 1986 in Tunis vgl. Dok. 43.

36 Abdellatif Filali.

37 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 4. November 1980 statt.

38 Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza Pahlevi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten dies ab. Nach dem Scheitern eines militärischen Befreiungsversuchs am 24./25. April 1980 bemühten sich u. a. die Bundesrepublik und Algerien um eine Vermittlung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348 und Dok. 357. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306.
Am 19. Januar 1981 wurden in Algier durch amerikanische und iranische Vertreter verschiedene Vereinbarungen unterzeichnet. Dies führte zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 1–5 bzw. S. 9.

39 Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage von Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 12, besonders Anm. 19.

sen[40] und habe ihn beschworen, keine Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Außenminister *Andreotti* berichtet, in den letzten Tagen hätten die USA weniger Druck auf die amerikanischen Firmen ausgeübt, Libyen zu verlassen. Sie seien sich im klaren darüber, daß sie zahlen müßten. Der *Bundeskanzler* äußert, dies erinnere ihn etwas an die Haltung im COCOM.

VS-Bd. 14151 (010)

50

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti

20. Februar 1986[1]

Von BM noch nicht genehmigt

1) *BM* bat einleitend AM Andreotti[2] um Beurteilung der West-Ost-Politik und Bewertung der Haltung der WP-Staaten aus italienischer Sicht.

AM *Andreotti* hob hervor, die italienische Regierung begrüße – wie die übrigen westlichen Partner – grundsätzlich die Vorschläge Gorbatschows.[3] Sie enthielten eine Reihe guter Gedanken, die nunmehr sorgfältig geprüft werden müßten. Auch bei dem kürzlichen Besuch von Nitze in Rom habe sich gezeigt, daß die USA ebenfalls ein gewisses Interesse an den Gorbatschow-Vorschlägen hätten. Die weitere Entwicklung werde auch von dem Fortgang der Genfer Verhandlungen abhängen.

In den bilateralen Beziehungen Italiens zur SU hätten sich in jüngster Zeit gewisse Störungen ergeben. Vier sowjetische Diplomaten seien wegen Spionage aus

40 Im Gespräch am 18. Februar 1986 erörterten Bundeskanzler Kohl und Chief Buthelezi die Lage in Südafrika. Buthelezi führte aus: „Trotz aller Widersprüchlichkeit in den Aussagen von Staatspräsident P. W. Botha sei es wichtig, dessen grundsätzlichen Reformwillen zu würdigen. […] Es sei wünschenswert, wenn die internationale Gemeinschaft gleichzeitig ihren moralischen und diplomatischen Druck in Richtung einer Weiterführung des Reformprozesses fortsetze, um dadurch der Gefahr einer langfristigen Zerstörung Südafrikas vorzubeugen. Er, Buthelezi, sei besonders dankbar für die feste Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wirtschaftssanktionen. Die Forderung des ANC nach Sanktionen hänge mit ihrer grundsätzlich negativen Haltung zu Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum zusammen. Sie verstehe dabei nicht, daß der Wohlstand eines Landes auf der Arbeit seiner Bevölkerung beruhe. Ein einmal unregierbar gemachtes Land werde sich so schnell nicht wieder erholen." Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70; B 150, Aktenkopien 1986.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 21. Februar 1986 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Billigung des Herrn BM herbeizuführen". Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 140527.

2 Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich anläßlich der deutsch-italienischen Konsultationen in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 49.

3 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

Italien ausgewiesen worden. Die Sowjets hätten daraufhin zwei italienische Geschäftsleute ebenfalls des Landes verwiesen. Diese Entwicklung beurteile er, Andreotti, jedoch eher als Aktivismus der Geheimdienste. Sie hätten nichts an der Substanz der Beziehungen zur SU geändert.

Zu den Beziehungen Italiens zu den übrigen WP-Ländern wolle er folgendes bemerken: Im kommenden Monat werde er nach Ungarn reisen. Dort und in einer Reihe weiterer WP-Länder gebe es einen gewissen Druck auf I, den polnischen Staatschef Jaruzelski nach Rom einzuladen. Dabei scheine weniger der Besuch Jaruzelskis beim Heiligen Vater[4] als vielmehr bei der italienischen Regierung im Vordergrund zu stehen. Für Polen sei es wichtig, daß dieser Besuch noch vor dem geplanten Gorbatschow-Besuch stattfinde. Ein Datum sei allerdings noch nicht festgesetzt.[5] Er selbst habe kürzlich gegenüber dem polnischen Botschafter[6] auf Fortschritte bei dem kirchlichen Landwirtschaftsprojekt[7] für Polen gedrängt. Er habe jedoch den Eindruck, daß sich hier nichts bewege.

Gegenüber Bulgarien befinde sich I wegen des noch laufenden Prozesses gegen den Papst-Attentäter Antonow[8] in einer besonderen Situation. Das Verfahren werde aber in Kürze abgeschlossen.[9] Man habe offenbar Beweise einer bulgarischen Beteiligung nicht erbringen können. Insgesamt seien die Beziehungen mit Bulgarien zur Zeit daher weniger bedeutsam.

Bei seinen wiederholten Gesprächen mit Vertretern der WP-Länder sei ihm das wachsende Interesse an den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit RGW–EG aufgefallen.

2) *BM* erläuterte sodann unsere Beziehungen zu den WP-Staaten: Zur Zeit befinde sich Volkskammer-Präsident Sindermann auf Einladung der SPD-Fraktion in Bonn. Gestern habe Sindermann zwei Stunden mit dem BK gesprochen.[10] Wir hätten den Eindruck, daß in Moskau nunmehr eine grundsätzliche Entscheidung für eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland insgesamt getroffen worden sei. Als Folge hiervon könne man auch dem-

4 Johannes Paul II.

5 Korrigiert aus: „noch festgesetzt".

6 Józef Wiejacz.

7 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 2, Anm. 21.

8 Am 13. Mai 1981 wurde Papst Johannes Paul II. während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom von Mehmet Ali Ağca durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Am 22. Juli 1981 wurde Ağca in Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 142.
Am 26. Oktober 1984 erhob die Staatsanwaltschaft in Rom förmlich Anklage gegen mehrere bulgarische und türkische Staatsbürger wegen möglicher Verwicklung in das Attentat. In der Presse wurde dazu berichtet, einer der Angeklagten sei der bulgarischen Staatsangehörige Sergej Iwanow Antonow, der am 25. November 1982 in Rom verhaftet worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Zwei Attentäter sollen 1981 auf den Papst geschossen haben"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Oktober 1984, S. 3.

9 Am 1. April 1986 wurde in der Presse berichtet: „Die angebliche Verschwörung des bulgarischen Geheimdienstes mit rechtsextremistischen türkischen ‚Grauen Wölfen' zur Ermordung von Papst Johannes Paul II. ist bei einem neunmonatigen Prozeß in Rom unbewiesen geblieben. Ein Schwurgericht in der italienischen Hauptstadt sprach die drei bulgarischen Angeklagten und zwei von vier Türken jetzt aus Mangel an Beweisen frei." Vgl. den Artikel „Antonow ‚mangels Beweisen' freigesprochen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. April 1986, S. 2.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am 19. Februar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 15.

nächst mit einem Besuch von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland rechnen. Dies werde auch Auswirkungen auf die sowjetische Politik haben.

Als besonderes Zeichen der verbesserten Beziehungen habe die SU kürzlich Sonderbotschafter Kwizinskij nach Bonn entsandt, um der Bundesregierung über den Fortgang der Verhandlungen zwischen der SU und den USA zu berichten.[11] Die sowjetische Seite habe sich sichtbar bemüht, uns über verschiedene Kanäle deutlich zu machen, daß dies ein besonderes Zeichen der Annäherung sei. Dies bestätige unsere Auffassung, daß die Zeit in Europa gegen die SU arbeite, da diese Fortschritte im West-Ost-Verhältnis nicht um die Bundesrepublik Deutschland herum erzielen könne.

Zum Verhältnis mit Polen: Er habe im vergangenen Jahr mit Jaruzelski in Warschau gesprochen[12] und ihn auch anschließend in New York[13] gesehen. Eigentlich sei auch in diesem Jahr ein Besuch in Warschau fällig gewesen, aber es sei noch eine Reihe von Fragen zu klären. Er habe der polnischen Seite gesagt, der neue Außenminister sei in der Bundesrepublik Deutschland willkommen. Dieser habe seinen Besuch für Anfang April angesagt.[14]

Mit der ČSSR bestünden normale Beziehungen. Bei seinem kürzlichen Besuch in Karlsbad habe er ausführlich mit AM Chňoupek gesprochen.[15] Diese Gespräche seien aufschlußreich gewesen. Chňoupek habe offensichtlich einen kurzen Draht nach Moskau, den er auch gebrauche. Chňoupek habe ihn wissen lassen, daß er in dieser Zeit zweimal mit dem sowjetischen AM Schewardnadse direkt telefoniert habe.

Gegenüber der katholischen Kirche verfolge die ČSSR eine unverändert starre Linie. Er selbst suche aus diesem Grunde jedesmal den Kardinal[16] auf, um dessen Stellung demonstrativ zu stärken. Leider habe es bei seinem Besuch in Karlsbad hierzu keine Gelegenheit gegeben.

Mit Ungarn unterhielten wir gute Beziehungen. Ende April/Anfang Mai erwarte er den Besuch des bulgarischen Außenministers[17], ebenso denjenigen des rumänischen Außenministers[18]. Insgesamt habe er den Eindruck, daß namentlich die kleineren WP-Staaten an einer Klimaverbesserung als Folge der Gespräche zwischen Gorbatschow und Reagan[19] interessiert seien. Ihnen gehe es vor allem um weniger Rüstungslasten.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986; Dok. 16.

12 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 6. März 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 56.

13 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 26. September 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 257.

14 Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. April 1986. Vgl. dazu Dok. 91 und Dok. 93.

15 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 4. bis 6. Februar 1986 in der ČSSR vgl. Dok. 32.

16 František Tomášek.

17 Zum Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow vom 19. bis 21. Mai 1986 vgl. Dok. 147.

18 Der rumänische Außenminister Văduva hielt sich vom 16. bis 19. April 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 110–112.

19 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

3) Zum Stand der Sicherheitsfragen im Rahmen des West-Ost-Verhältnisses wolle er folgendes bemerken: Bei den MBFR-Verhandlungen in Wien hätten wir im Dezember einen weitgehenden Vorschlag vorgelegt. Auf diesen müßten die östlichen Partner nunmehr reagieren.[20] Angeblich sei noch heute mit einer ersten Antwort zu rechnen, die allerdings in der Substanz nichts Neues enthalten solle. Hierüber wolle er jedoch nicht spekulieren.

Der Westen müsse sich nunmehr auf die Verhandlungen in Stockholm[21] konzentrieren: Vor allem müsse man Gorbatschow auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen und bei der Verifikation beim Wort nehmen. Dasselbe gelte für die Chemiewaffen-Verhandlungen in Genf, wo auch die Verifikation wichtig sei.

Wir hätten den USA geraten, auf die Gorbatschow-Vorschläge umfassend zu antworten. Dies müsse auch die Vorschläge zum Abbau der Mittelstreckenraketen einschließen. Für die Europäer sei es besonders wichtig, sich den Fragen zuzuwenden, die nach einem eventuellen Abbau der Mittelstreckenraketen die Sicherheit unterhalb deren Reichweite beträfen. In diesem Zusammenhang sei eine Bemerkung von Honecker in dem Zeit-Interview[22] vor 14 Tagen bemerkenswert: Wenn die Mittelstreckenraketen in Europa beseitigt wären, dann müsse man auch die Raketen mit kürzerer Reichweite in der DDR entfernen. Honecker habe damit eine Grauzone angesprochen, die von den Verhandlungen in Genf nicht erfaßt werde.

Man müsse sich die Frage stellen, was geschehe, wenn es die Abschreckung (durch Mittelstreckenraketen) nicht mehr gäbe. Diese werde in zwei Richtungen in Frage gestellt:

– Durch die Gorbatschow-Vorschläge, die in einem Dreistufenplan die vollständige Abschaffung der Nuklearwaffen vorsehen. Dies sei nach einer Äußerung von US-AM Shultz das gemeinsame Ziel von SU und USA.
– Durch die Verwirklichung des SDI-Programms der Amerikaner.

Beide Möglichkeiten hätten den gleichen Effekt, weil dadurch die konventionelle Überlegenheit der SU zu einem noch akuteren Problem werde. Unser Ziel sei die Kriegsverhinderung. Ein Krieg dürfe in Europa nicht wieder führbar werden. Zwar garantiere das konventionelle Gleichgewicht allein nicht den Frieden. Auch 1914 habe es ein konventionelles Gleichgewicht zwischen den Mittelmächten und den Alliierten gegeben. Der Kriegsausgang sei damals durch den Eintritt der USA entschieden worden. Der Unterschied zu heute bestehe darin, daß heute wegen der hohen Vernichtungskraft auch konventioneller Waffen niemand mehr einen Krieg überleben könne. Deshalb müsse man die Verhandlungen in Stockholm für vertrauensbildende Maßnahmen nutzen.

20 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

21 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 71.

22 Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 24. Januar 1986 vgl. den Artikel „‚Miteinander leben, gut miteinander auskommen‘“; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 31. Januar 1986, S. 6.

Unser Ziel müsse es sein, daß moderne Streitkräfte nicht mehr für raumgreifende Offensiv-Strategie geeignet seien. Damit stünden wir am Beginn einer neuen strategischen Entwicklung. Schon heute habe die NATO einen rein defensiven Charakter. Sie könne keine Tiefenoperation gegen die SU führen. Ihre Strategie sei die Vorneverteidigung an der Grenze.

Zum Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen gehöre es aber auch, Gedanken über die Zusammenarbeit mit dem Osten in allen Bereichen, d.h. Politik, Wirtschaft und Kultur, zu entwickeln. Im KSZE-Bereich wollten wir diese Politik in Wien[23] fortsetzen. Bei der ersten Konferenz in Belgrad[24] seien alle Beteiligten noch unerfahren gewesen. Das zweite KSZE-Treffen in Madrid[25] habe jedoch bereits zwei wichtige Funktionen gehabt: Es sei gelungen, trotz großer Spannungen zwischen West und Ost das komplizierte multilaterale Geflecht internationaler Verbindungen zusammenzuhalten. Es habe ferner den Boden bereitet für die europäische Abrüstungskonferenz. Es komme nunmehr darauf an, in der EPZ das Wiener Treffen sorgfältig vorzubereiten. Man müsse sich fragen, was man tun könne, um durch Fortschritte im KSZE-Bereich die Abrüstungsverhandlungen zu fördern. Hierzu brauchten wir eine eigene gründlich vorbereitete Strategie, da auch auf der anderen Seite gute Strategen vorhanden seien, die überdies über ein öffentlichkeitswirksames Instrumentarium verfügten.

Für 1986 sollten wir uns vornehmen, die Verhandlungen in Wien gründlich vorzubereiten und als Europäer die Abrüstungsverhandlungen intensiv zu begleiten. Soweit wir teilnähmen, sollten wir positiven Einfluß nehmen. Namentlich bei KSZE könne sich eine stärkere Europäisierung auch positiv für die kleineren WP-Staaten niederschlagen.

4) Auf Frage von AM Andreotti nach der Haltung von Gorbatschow gegenüber dem britischen und französischen Nuklear-Potential erläuterte BM, er glaube, daß der Vorschlag von Gorbatschow zum Abbau der Mittelstreckenraketen positiv zu bewerten sei. Hierbei stellten sich zwei Fragen: Über das britische und französische Nuklear-Potential könnten wir als Deutsche ebensowenig sprechen wie die USA. Dieser Punkt habe wohl auch für Gorbatschow keine zentrale Bedeutung. Er sei vielmehr daran interessiert, mit dem Westen ins Gespräch zu kommen. Er kenne im übrigen aus seinen Gesprächen in Paris[26] die dezidierte Haltung von Präsident Mitterrand. Dieser habe deutlich gemacht, daß F erst dann seine nuklearen Systeme abbauen werde, wenn auch die Großmächte ihre Systeme abbauten. F vertrete darin eine prinzipiellere Linie als GB, das auf die Vorschläge Gorbatschows flexibler reagiert habe.

Eine zweite wichtige Frage betreffe die atomaren Systeme in Asien. Wir hätten bereits bei der Formulierung der Verhandlungsposition für INF die Auffassung vertreten, man müsse einen globalen Ansatz finden, d.h. über alle Raketen re-

23 Korrigiert aus: „Helsinki".

24 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

25 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

26 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 10.

den. Die USA seien offenbar bereit, in dieser Frage flexibel zu reagieren. Japan habe allerdings gegen die Überlegung, in einer ersten Phase die Hälfte aller Raketensysteme in der Region abzubauen, nachhaltig protestiert. Zugleich habe die SU verkündet, diese Systeme seien eigentlich ohnehin gegen China gerichtet. Letztlich führe alles zu dem alten Mitterrand-Vorschlag zurück, die Großmächte sollten zunächst ihren vielfachen „overkill" abbauen, dann könne man eine Konferenz der fünf Atommächte[27] abhalten. Dies sei allerdings Zukunftsmusik.

Zur Zeit werde im Bündnis darüber gesprochen, man dürfe eine beiderseitige Null-Lösung nicht akzeptieren, um die Abschreckungskraft nicht zu verlieren. Er selbst könne vor dieser Argumentation nur warnen. Der NATO-Doppelbeschluß sei damit begründet worden, daß die Stationierung von Cruise Missiles eine Antwort auf die Stationierung von SS-20 sei. Damals hätten wir selbst die Null-Lösung vorgeschlagen. Wenn nunmehr die SU hierauf eingehe, könne man jetzt nicht das Gegenteil sagen.

5) AM *Andreotti* regte an, ob man nicht bei dem nächsten WEU-Treffen[28] eine Strategie-Diskussion hierüber führen sollte. *BM* bekräftigte, er halte das für notwendig und wünschenswert, um alle Konsequenzen zu durchdenken. Es komme darauf an, uns nicht in Widerspruch zu den Argumenten in der Nachrüstungsdebatte zu setzen.

AM *Andreotti* stimmte dieser Auffassung zu. Es müsse einen politischen Impuls geben, der auch die öffentliche Meinung nachhaltig beeinflussen könne.

6) Zur Lage im Iran/Irak führte *BM* aus, alle hätten die Kraft der arabischen Revolution unterschätzt. Er rate dringend, sich über die Entwicklung in den Golfstaaten Gedanken zu machen. Hier bekämen unsere Verhandlungen über die Golf-Kooperation[29] zusätzliche Bedeutung. Namentlich die kleineren Staaten am Golf sähen das. Leider habe Saudi-Arabien die Bedeutung noch nicht erkannt, sondern streite sich über den Ölpreis. Wirtschaftsminister Bangemann werde in Kürze nach Saudi-Arabien reisen.[30] Er, BM, habe ihm gegen-

27 Präsident Mitterrand äußerte am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York den Gedanken einer Konferenz Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR, der USA und der Volksrepublik China über „eine dauerhafte Begrenzung ihrer strategischen Systeme". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 643. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 327.

28 Zur WEU-Ministerratstagung am 29./30. April 1986 in Venedig vgl. Dok. 130.

29 Zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten vgl. Dok. 5, Anm. 15.

30 Bundesminister Bangemann hielt sich vom 28. bis 31. März 1986 in Saudi-Arabien auf. Botschafter Nowak, Riad, teilte dazu am 30. März 1986 mit: „BM Bangemann hatte Gespräche mit sechs saudischen Kabinettsmitgliedern, unter ihnen besonders Wirtschafts- und Finanzminister Al-khail und Außenminister Prinz Saud, mit dem stellvertretenden Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates (GCC), al-Kuwaiz, sowie – für den abwesenden König – mit Kronprinz Abdullah. Fragen der künftigen Zusammenarbeit des GCC und der EG nahmen breiten Raum ein. Sie waren das Hauptthema. Der Bereich der Rüstungskooperation wurde bei Prinz Saud erörtert, jedoch in den Rahmen einer allgemeinen, auch die Sicherheitspolitik umfassenden Zusammenarbeit von EG und GCC gestellt. Unser Anliegen einer auch den politischen Bereich einschließenden Erweiterung der EG-GCC-Kontakte ist auf saudischer Seite verstanden und mit Interesse aufgenommen worden. Auf diesem Gebiet können wir künftig mit positiven Reaktionen rechnen. […] Der Besuch verlief wesentlich glatter, als die anstehenden Fragen dies in Aussicht gestellt hatten. Die mit den Fachministern erörterten sonstigen Themen wirtschaftlicher Art (Ölpolitik, saudische Finanz- und Wirtschaftslage, Probleme der deutsch-saudischen gemischten Gesellschaften, Zollfragen, insbesondere

über betont, wie wichtig es sei, die Entwicklung in der Region nicht nur unter kommerziellen Gesichtspunkten zu sehen.

AM *Andreotti* ergänzte, er habe aus einem Abendessen beim saudi-arabischen Botschafter[31], bei dem er auch den Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate gesprochen habe, Besorgnis wegen der derzeitigen iranischen Offensive[32] verspürt. Diese gebe unter militärischen Gesichtspunkten neue Impulse für die Fundamentalisten. Im übrigen erhalte der Iran weiterhin viele militärische Lieferungen aus den verschiedensten Ländern. US-AM Shultz habe ihm kürzlich eine Liste mit Lieferanten des Iran gezeigt, an deren erster Stelle GB und Israel gestanden hätten.

BM hierzu: Israel sei stark auf Saddam Hussein fixiert. Insofern treffe man sich mit Khomeini.

Zu Libyen bemerkte AM *Andreotti*, es gebe keine neueren Entwicklungen. Die USA hätten allerdings offenbar ihren Druck auf ihre Firmen gelockert, wohl aus Furcht vor Schadensersatzansprüchen und um die wertvollen Anlagen nicht Gaddafi als Geschenke zu überlassen. Gegenüber Libyen gebe es offenbar zwei militärpolitische Auffassungen in den USA:

– die harte Linie des State Departments,

– eine konziliantere des Nationalen Sicherheitsrats und des Präsidenten.

US-AM Shultz sei sonst eine Taube, gegenüber Libyen aber ein Falke.[33]

Referat 206 (203), Bd. 140527

Fortsetzung Fußnote von Seite 288

im Petrochemiebereich) waren sachbezogen und blieben bestimmt durch den gemeinsamen Willen zur Behebung bestehender Schwierigkeiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 184; Referat 311, Bd. 137939.

31 Khaled el Nasser el Turki.

32 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 43, Anm. 5.

33 Im weiteren Verlauf des Gesprächs erörterten Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Andreotti die Einheitliche Europäische Akte, einen möglichen Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU, das bevorstehende Referendum in Spanien zur NATO-Mitgliedschaft, die Errichtung italienischer Emigrationskomitees in der Bundesrepublik, die technologische Beteiligung an SDI, den Nahost-Konflikt, die Lage auf den Philippinen sowie die Frage eines EPZ-Sekretariats. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Unterabteilung 31, Bd. 141128.

51

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.26/05 **20. Februar 1986**[1]

Unter Verschluß

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung (zu Ziffer 5)

Betr.: Deutsch-französische Überlegungen zur SDI, insbesondere zur Vorbereitung der Erörterung in der WEU

Anlg.: 2[3]

1) Der deutsch-französische Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 7.11. 1985[4] hat den Auftrag erteilt, die gemeinsame Arbeit einer weiteren Prüfung der SDI-Problematik zu intensivieren. Im Sinne dieses Auftrages führt die seit 1984 bestehende bilaterale SDI-Expertengruppe ihre gemeinsamen Arbeiten – nach Vorlage eines (ersten) Berichts über eine vorläufige Bewertung der SDI[5], den die vier Minister am 28.2.1985[6] billigend zur Kenntnis genommen haben – an einem (zweiten) Bericht über den Stand und die möglichen künftigen Entwicklungen im Bereich strategischer Offensiv- und Defensivsysteme der USA und der SU fort. Die Expertengruppe soll diese Arbeit bis etwa Mitte März abschließen[7] und sich gemäß einem Auftrag des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung weiteren Folgeuntersuchungen zuwenden.

2) In der SDI-Expertengruppe wie auch in den Sitzungen der bilateralen politisch-strategischen Arbeitsgruppe und im Ausschuß sind zwei gegensätzliche

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 2 wie besprochen. 1) BM kann dieser Sachverhalt nicht am Telefon vorgetragen werden. 2) Da der Prüfungsauftrag nationale Entscheidungen nicht präjudiziert, sehe ich keine Bedenken."
Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 21. Februar 1986 erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 24. Februar 1986 vorgelegen.

3 Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 16 und 19.

4 Am 7. November 1985 fand ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Quilès statt. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; AAPD 1985, II, Dok. 305.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 8. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 307.

5 Referat 201 notierte am 20. Februar 1985, daß die SDI-Expertengruppe der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 12. Februar 1985 eine „Vorläufige Bewertung der SDI" vorgelegt habe: „Die Bewertung befaßt sich insbesondere mit technologischen, strategisch-operativen, bündnispolitischen und rüstungskontrollpolitischen Aspekten sowie Aspekten der Darstellung der SDI in der Öffentlichkeit. Die Kernaussagen der Bewertung sind in einer ‚Politischen Synthese' zusammengefaßt." Der Bericht könne allerdings nur als der „kleinste gemeinsame Nenner" betrachtet werden. Er sei von der politischen-strategischen Arbeitsgruppe am 12. bzw. vom Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung am 15. Februar 1985 „billigend zur Kenntnis genommen" worden. Vgl. VS-Bd. 11992 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

6 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Hernu am 27. Februar 1985 in Paris vgl. AAPD 1985, I, Dok. 53.

7 Zur weiteren Tätigkeit der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe vgl. Dok. 287.

Grundtendenzen deutlich geworden. Die französische Seite ist bemüht, uns so nahe wie möglich an ihre unverändert und grundsätzlich negative Einstellung zum SDI-Konzept heranzuführen, bei der die Sorge um Erhaltung der nuklearen Abschreckung deutlich ist.

Das BMVg tendiert hingegen dahin, das Auswärtige Amt und die Franzosen auf eine grundsätzlich positive Aussage zum SDI-Konzept festzulegen.

Das Auswärtige Amt wirkt in Übereinstimmung mit der Feststellung des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung vom 18.4.1985[8], daß heute noch niemand mit Sicherheit beurteilen kann, ob sich die SDI des amerikanischen Präsidenten[9] als Weg zur drastischen Verringerung und letztendlichen Verbannung der Nuklearwaffen erweisen wird, darauf hin, die politischen, strategischen und rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen einer[10] Realisierung des SDI-Konzepts[11] nach objektiven Kriterien zu analysieren. Eine Verständigung auf diese Methode ist mit dem BMVg – wie schon in der Teltschik-Gruppe[12] im vergangenen Sommer – bisher nicht möglich gewesen (obwohl StS Rühl persönlich uns hier zustimmt)[13], da das BMVg auf einer grundsätzlich positiven Tendenz des Ergebnisses von vornherein besteht. In der laufenden Arbeit der Expertengruppe ist es aufgrund der Aufgabenstellung einer objektiven Darstellung möglicher technologischer Entwicklungen bis jetzt[14] gelungen, gemeinsame Aussagen zu machen.

3) Aber unser Versuch, gemäß einer Absprache mit Frankreich als Grundlage für eine entsprechend dem Auftrag des WEU-Ministerrates[15] strukturierte Dis-

8 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9715–9720.

9 Ronald W. Reagan.

10 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „eventuellen, künftigen".

11 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „oder von Teilen davon".

12 Am 21. Januar 1985 fand unter Vorsitz des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, die konstituierende Sitzung einer Arbeitsgruppe zu SDI statt, an der außer dem Bundeskanzleramt das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie das Bundesministerium der Verteidigung beteiligt waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom selben Tag; VS-Bd. 11374 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

13 Der Passus „(obwohl StS … hier zustimmt)" wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

14 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „noch".

15 Referat 209 notierte am 8. November 1985: „Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU vereinbarten am 22.4. in Bonn, ‚ihre gemeinsamen Beratungen (über Fragen der strategischen Verteidigung) fortzusetzen, um soweit wie möglich eine koordinierte Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung der Vereinigten Staaten zu erreichen, an dem Forschungsprogramm teilzunehmen'. Daraufhin setzte der Ständige Rat der WEU eine Arbeitsgruppe ein und gab ihr das folgende Mandat: ‚Fragen der strategischen Verteidigung mit dem Ziel zu prüfen, soweit wie mögliche eine koordinierte Reaktion auf die Einladung der Vereinigten Staaten auszuarbeiten. Sie wird zu diesem Zweck die mit der Einladung der Vereinigten Staaten verbundenen strategischen und technologischen Aspekte untersuchen.'" Vgl. Referat 209, Bd. 130060. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 98.
Am 14. November 1985 fand in Rom eine WEU-Ministerratstagung statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling notierte dazu am 18. November 1985, der Zwischenbericht der SDI-Arbeitsgruppe sei vorgelegt worden: „Es wurde übereinstimmend festgehalten: a) Firmen sind frei, teilzunehmen. b) Die Rechtsgrundlagen sind in den einzelnen Ländern verschieden; dementsprechend könnten die Formen des Regierungsverhaltens unterschiedlich sein. c) Dies beeinträchtigt nicht die gemeinsame Haltung zu politischen und strategischen Fragen und die Entschlossenheit, die Abstimmung darüber fortzusetzen." Vgl. Referat 209, Bd. 130060.

kussion ein gemeinsames deutsch-französisches Papier einzubringen, ist gescheitert (vgl. beigefügten Vermerk D 2 vom 19.2.1986[16]).

Eine Diskussion in der WEU und NATO vor Festlegung nationaler Positionen ist unseres Erachtens möglich, da

- bis auf Frankreich[17] auch die anderen Mitgliedstaaten in ihrer Haltung noch offen sind,
- die Prüfung der durch strategische Defensivsysteme hervorgerufenen Problematik ein lang andauernder Prozeß sein wird
- und wir uns eine gegenseitige Befruchtung der Meinungsbildung in den Hauptstädten insbesondere auch im Hinblick auf die Diskussion in der NATO erhoffen.

4) Für die Sitzung der WEU-SDI-AG am 21.2.1986 in London ist nunmehr als Ergebnis einer am 19.2.1986 mit den Franzosen in Paris durchgeführten Besprechung vorgesehen, daß jede Seite ein eigenes Papier einbringen wird (vgl. auch o. a. Vermerk D 2). Dies soll mit der Rückendeckung der jeweiligen anderen Seite erfolgen. Beide Papiere sollen die Diskussion vom 19.2.1986 berücksichtigen. Wir sind bemüht, den französischen Text möglichst frühzeitig zu erhalten. Die endgültige Fassung des französischen Papiers dürfte uns jedoch wahrscheinlich erst kurz vor der Sitzung am 21.2.1986 vorliegen. Eine gegenseitige Durchsicht der Texte vor der Sitzung ist verabredet, um letztlich die Rückendeckung für die jeweils andere Seite zu ermöglichen.

5) Das deutsche Papier, das im Kern ein Raster für die Prüfung der militärstrategischen Auswirkungen strategischer Defensivsysteme enthält, hat sich entwickelt aus einem ersten Entwurf des Auswärtigen Amts (AS 20), hierauf aufbauenden Gegenentwürfen des BMVg sowie aus einem von StS Rühl am 18.2.1986 skizzierten Fall-Raster[18].

16 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte, das Bundesministerium der Verteidigung habe kurz vor der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 18. Februar 1986 in Paris mitgeteilt, daß einem gemeinsamen Entwurf für ein in der WEU einzubringendes Papier nicht zugestimmt werden könne: „BM Wörner habe dem selbst nachdrücklich widersprochen. Versuche des BMVg, den Entwurf in letzter Minute im Sinne einer SDI-befürwortenden Konzeption umzuschreiben, haben wir abgelehnt. […] Das BMVg hat gestern am späten Abend den früheren gemeinsamen Entwurf vom 12. Februar völlig umgearbeitet und außerdem den von StS Rühl verfaßten und erläuterten Raster-Entwurf wesentlich umgeschrieben. Die französische Seite hat sich daraufhin heute aus Verfahrens-Gründen und aus sachlichen Gründen außerstande erklärt, auf dieser Grundlage noch vor dem 21. Februar einen gemeinsamen Beitrag auszuarbeiten.“ In einem Anruf habe Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, „mit deutlichen Anzeichen der Bestürzung“ inzwischen mitgeteilt, Bundesminister Wörner habe „kategorisch abgelehnt, ein gemeinsames Papier in irgendeiner Weise zu unterstützen, das nicht klar die politische Unterstützung von SDI durch die Bundesregierung zum Ausdruck bringe. Ich habe StS Rühl darauf hingewiesen, daß wir unter diesen Umständen die Arbeit in Paris abbrechen und den Bundesaußenminister und das Bundeskanzleramt über das Scheitern eines wesentlichen Projektes der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit unterrichten müßten. […] Wir haben schließlich verabredet, daß die Delegation in Paris zunächst ihre Arbeit abschließt und die besprochenen Texte in beiden Häusern geprüft werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143469.

17 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Eine Änderung nach dem 16.3. ist nicht auszuschließen.“

18 Für das Papier des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, über „Möglichkeiten strategischer Verteidigung der USA und SU und ihre Auswirkungen auf Europa“ vgl. Referat 209, Bd. 148674.

Das deutsche Papier wird Ihnen in der Anlage vorgelegt.[19] Es berücksichtigt die von französischer Seite zu den Vorentwürfen vorgetragenen Anmerkungen und trägt den Vorstellungen des Auswärtigen Amts Rechnung.

Es wird um Zustimmung gebeten, diesen Text in die WEU-SDI-AG am 21.2. 1986 einzubringen. Er sollte noch, wie handschriftlich eingetragen, um einen Hinweis auf die Unterscheidung zwischen boden- und weltraumgestützten Systemen ergänzt werden. Diese Ergänzung werden wir bei Einführung mündlich nachtragen.[20]

Braunmühl

Referat 201, Bd. 143469

52

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.70 USA-272/86 geheim **23. Februar 1986**

Herrn Bundesminister[1] der Eilbedürftigkeit unmittelbar vorgelegt[2] (Staatssekretär[3] erhält Durchdruck)

Betr.: Antwort Präsident Reagans an Generalsekretär Gorbatschow[4];
hier: Vorläufige Analyse

I. 1) Der Bundeskanzler wurde in der vergangenen Nacht (22.2.1986) von Präsident Reagan über den Inhalt der amerikanischen Antwort auf die Vorschläge Gorbatschows[5] unterrichtet.[6]

19 Dem Vorgang nicht beigefügt.

20 Der Passus „Er sollte noch … mündlich nachtragen“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 22. Februar 1986 zur Sitzung der SDI-Arbeitsgruppe der WEU am Vortag mit: „Der in letzter Sitzung (17.1.) angekündigte deutsch-französische Beitrag wurde von den beiden Delegationen arbeitsteilig präsentiert: Ein französisches Papier skizziert den allgemeinen Rahmen der Untersuchung, ein deutsches Papier offeriert den methodischen Ansatz eines Rasters für eine gemeinsame Analyse der militärisch-strategischen Implikationen von Defensivsystemen. Der französische Vertreter machte wie wir deutlich, daß beide Papiere die Grundlage bilden sollen für eine längerfristige Analyse dieser Problematik im Rahmen der WEU. […] Der deutsch-französische Beitrag in Form von zwei nationalen Papieren wurde von den Delegationen als inhaltlich-komplementär gesehen und als konstruktiver, in der Sache weiterführender Impuls gewürdigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 380; Referat 209, Bd. 148681.

1 Hat Bundesminister Genscher am 24. Februar 1986 vorgelegen.

2 So in der Vorlage.

3 Andreas Meyer-Landrut.

4 Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 76–81.

5 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

6 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11305 (220).

Inzwischen hat die „New York Times“ gemeldet, daß der Brief an Gorbatschow bereits übermittelt wurde.[7]

2) Heute (23.2.) hat bei Herrn Teltschik eine Besprechung stattgefunden, an der außer mir und Dr. Hartmann auch General Hüttel und weitere Mitarbeiter aus dem Kanzleramt und dem BMVg teilgenommen haben. Ziel dieser Besprechung war, eine übereinstimmende Beurteilung der Vorschläge Reagans und den Entwurf einer ersten Reaktion des Regierungssprechers[8] zu bearbeiten. Die folgende Analyse beruht auf der Grundlage der Erörterungen bei Herrn Teltschik. Der Entwurf einer Presseerklärung ist als Anlage beigefügt.[9]

II. 1) Die jüngste Unterrichtung Reagans macht deutlich, daß seine Antwort an Gorbatschow in den größeren politischen Rahmen gestellt wird, wie schon bei seinem Brief vom 6. Februar 1986[10] erkennbar war.

Insbesondere erinnert Reagan auch an die Notwendigkeit, bei den multilateralen Verhandlungen KVAE, MBFR und CW Fortschritte zu machen. Zu MBFR weist Reagan darauf hin, daß der jüngste sowjetische Vorschlag[11] unbefriedigend ist. Dies stimmt mit unserer Beurteilung überein. Zu START und Weltraumfragen teilt Präsident Reagan mit, daß er keine neuen Vorschläge machen werde.

2) Im Mittelpunkt des Briefes Reagans an den Bundeskanzler und an Gorbatschow steht das Thema LRINF. Die Ausführungen Reagans zu LRINF ergeben einen bis Ende 1989 terminierten Stufenplan für die völlige Eliminierung aller landgestützter Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite. Im einzelnen sieht die Antwort vor:

a) Kriterien für den amerikanischen Vorschlag:

– globaler Charakter der Rechte und Begrenzungen,

– keine Regelung für britische und französische Seite,

– Beschränkungen für SRINF,

– effektive Verifikation.

Diese Kriterien entsprechen den im Brief des Bundeskanzlers vom 14. Februar[12] mitgeteilten Überlegungen.

b) Stufenplan zur vollständigen Beseitigung von amerikanischen und sowjetischen LRINF:

– Bis Ende 1987 Reduzierung auf 140 Abschuß-Stellen Reichweite und in Europa sowie entsprechende (d.h. 50%ige) Reduzierungen in Asien bis Ende

7 Vgl. dazu den Artikel „Reagan Offers Moscow a Plan To Cut Missiles“; THE NEW YORK TIMES vom 23. Februar 1986, S. 1 bzw. S. 17.

8 Friedhelm Ost.

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 6. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13764 (014).

11 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

12 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 33, Anm. 22.

1987.[13] Dieser Schritt ist identisch mit dem westlichen Vorschlag vom 1.11. 1985.[14]

– Bis Ende 1988 weitere 50%ige Reduzierungen in Europa und Asien.

– Ende 1989 Beseitigung der ganzen Waffenkategorie.

c) Durchgängig werden die Obergrenzen für Europa begleitet von einer globalen Obergrenze, die sich aus der Summe der verbleibenden Systeme in Asien und Europa ergibt. Die Vereinigten Staaten haben das Recht, den Unterschied zwischen europäischer und globaler Obergrenze in Amerika verfügbar zu halten. Die über die globale Obergrenze hinausgehenden Systeme werden zerstört.

d) Unter der Voraussetzung der Zustimmung zur vollständigen Eliminierung der LRINF sind die Vereinigten Staaten bereit, Vorschläge in Erwägung zu ziehen, nach denen LRINF-Flugkörper in Europa und im Fernen Osten eliminiert werden, ehe es zu deren globaler Eliminierung kommt.

Dies ist der übriggebliebene Ansatz für einen Zwischenschritt, der eine Null-Lösung in Reichweite Europas und in Europa bei Halbierung der sowjetischen Systeme in Asien vorgesehen hätte. Das Eingehen auf den Gorbatschow-Vorschlag für eine Null-Lösung in Europa wurde beschränkt auf diesen möglichen Zwischenschritt und ist an die Zustimmung zur beiderseitigen Null-Lösung und Zeitplan gebunden. Konkret würde der Schritt bedeuten, daß Vereinigte Staaten und Sowjetunion in Europa ihre LRINF beseitigen, die SU würde ihre Raketen im Fernen Osten eliminieren und den Rest ihrer SS-20 in den zentralrussischen Stellungen Nowosibirsk und Barnaul konzentrieren. Die Amerikaner hätten das Recht, den entsprechenden Umfang in den USA aufrechtzuerhalten.

e) Reduzierungen und Begrenzungen beziehen sich nur auf amerikanische und sowjetische Systeme.

f) Reduzierungen wären begleitet von Begrenzungen auf SRINF-Raketen, und zwar entweder

– durch Einfrieren auf dem Stand 1. Januar 1982 oder

– Begrenzungen, die auf beiden Seiten dem heutigen sowjetischen Dislozierungsstand entsprechen.

g) Vereinbarung effektiver Verifikationsmaßnahmen.

3) Wir hatten in unseren Konsultationen mit den Vereinigten Staaten Wert darauf gelegt, daß die Amerikaner darauf verzichten, das Recht auf Konversion der PII in die PIb zu beanspruchen. Sie setzen dieses Recht jetzt in Verbindung zu den in die Vereinigten Staaten zu verlegenden Pershing II.

Die entsprechende Bemerkung ist in dem Brief Präsident Reagans in Klammer gesetzt, so daß wir annehmen können, daß sie in dem Brief an Gorbatschow fehlt. Diese Sachfrage bedarf eingehender Erörterung mit der amerikanischen Regierung.

4) Vorläufige Bewertung

a) Die Amerikaner haben offenkundig versucht, spezifische Interessen der Bünd-

13 So in der Vorlage.

14 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

nispartner in Europa und Asien in ihre Vorschläge aufzunehmen. Kritische Stellungnahmen der Japaner, der Briten und Niederländer wurden offenbar vom Pentagon genutzt, um den ursprünglichen Vorschlag Präsident Reagans zu verändern. Das Ergebnis ist ein Kompromiß, der nicht über die gleiche Eindeutigkeit und politische Zugkraft verfügt, wie dies bei dem ursprünglichen Vorschlag der Fall gewesen wäre. Es ist aber ein Kompromiß, mit dem wir m. E. leben können und der im Einklang steht mit unseren schriftlichen und öffentlichen Äußerungen.

b) Wichtig ist, daß in dem Vorschlag Reagans die beiderseitige Null-Lösung eindeutig bekräftigt und konkretisiert wird. Damit werden solche Stellungnahmen entkräftet, die eine Dislozierung von amerikanischen LRINF in Europa für notwendig halten, unabhängig vom Dislozierungsstand bei diesen Systemen auf sowjetischer Seite.

c) In Reagans Vorschlägen wird die beiderseitige Null-Lösung durch die Entwicklung eines zeitlich terminierten Stufenplans konkretisiert. Dieser Stufenplan ist auch deshalb positiv zu bewerten, weil damit der in Gorbatschows Programm enthaltene Prozeßgedanke aufgegriffen wird.

Ruth

VS-Bd. 11305 (220)

53

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez

24. Februar 1986[1]

Von BM gebilligt

Staatsbesuch des spanischen Königspaars[2] in der Bundesrepublik Deutschland vom 24. bis 28.2.1986;
hier: Gespräch BM mit AM Ordóñez am 24.2.1986 von 11.50 Uhr bis 13.00 Uhr

1) *BM* drückt eingangs seine Freude über den gegenwärtigen Staatsbesuch des spanischen Königspaars in der Bundesrepublik Deutschland aus. Hierdurch werde der besonders freundschaftliche Stand der bilateralen Beziehungen unterstrichen. Er bitte vor allem um eine Unterrichtung über den Stand des NATO-Referendums in Spanien[3]. Er stelle sich die Frage, was wir tun könnten, um der spanischen Regierung in dieser Situation zu helfen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 25. Februar 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 27. Februar 1986 vorgelegen.

2 Juan Carlos und Sofía.

3 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

AM *Ordóñez* berichtete, nach neuesten Meinungsumfragen habe sich die Reaktion der spanischen Öffentlichkeit gegenüber der NATO in jüngster Zeit etwas verbessert. 1981 hätten z. B. 51% der Bevölkerung gegen die NATO-Mitgliedschaft gestimmt, nur 14% hätten sich dafür ausgesprochen. Bei der letzten Umfrage am 23.2.1986 hätten sich nur noch 31% gegen den Verbleib Spaniens in der NATO ausgesprochen, 24% seien dafür, 30% unentschieden.

Das Problem sei, daß sich Liberale und Konservative für aktive Enthaltung einsetzten. Der Grund hierfür sei verständlich, aber nicht zu rechtfertigen. Die liberalen und konservativen Oppositionspolitiker fürchteten, daß ein positiver Ausgang des Referendums der Regierung bei den allgemeinen Wahlen im Herbst des Jahres[4] zu sehr den Rücken stärken könne. Die spanische Regierung erhoffe sich von dem Staatsbesuch im gegenwärtigen Zeitpunkt, die Bundesregierung werde in der spanischen Öffentlichkeit und Presse ihre Sorge und den Wunsch nahebringen, daß Spanien in der Allianz bleibe. Er persönlich habe den Eindruck, daß das Volk klüger sein werde als die Politiker. Er halte es daher auch für gut, wenn BM in einem kurzen Interview gegenüber der spanischen Radio- und Fernsehstation hierzu Stellung nehmen könnte. Dabei müsse allerdings klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bundesregierung die Entscheidung des spanischen Volkes respektieren wird. *BM* erklärte sich zu einem solchen Interview im Anschluß an das Gespräch bereit. Er werde sagen, wir verfolgten die Entwicklung in Spanien aufmerksam. Selbstverständlich sei ein Beschluß über den Verbleib Spaniens in der NATO die souveräne Entscheidung des spanischen Volkes. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn das mit uns befreundete Spanien in der Allianz verbleiben würde. Hierdurch würde das Gewicht Europas insgesamt in der Allianz erhöht.

AM *Ordóñez* hielt namentlich diesen letzten Zusatz für geeignet, um die europäischen Aspekte des NATO-Verbleibs Spaniens gegenüber der eigenen Öffentlichkeit zu betonen. Leider seien zur Zeit die anti-amerikanischen Gefühle in Spanien so stark, daß er den amerikanischen Botschafter[5] vorsichtshalber habe bitten müssen, sich vorläufig aller Äußerungen zum NATO-Referendum zu enthalten und möglichst zur Zeit des Referendums nicht in Erscheinung zu treten.

2) *BM* ging sodann auf die Lage auf den Philippinen[6] ein. Er habe bereits mit AM Ordóñez während der Fahrt hierher festgestellt, daß beide Regierungen

4 Die Wahlen zum spanischen Parlament fanden am 22. Juni 1986 statt.

5 Thomas O. Enders.

6 Referat 340 erläuterte am 17. Februar 1986, das „unerwartet starke Abschneiden" seiner Gegenkandidatin Aquino bei den Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 1986 auf den Philippinen habe Präsident Marcos „zu massiven Wahleingriffen unter den Augen der internationalen Öffentlichkeit" gezwungen: „Im Kampf um das politische Überleben mußte Marcos alle Rücksichten fallenlassen. Nach verschleppten und zum Schluß unterbrochenen Zählungen ließ er sich in einer eiligen offiziellen Nachzählung des Parlaments mit 1,4 Mio. Stimmen Vorsprung zum Sieger erklären." Vgl. Referat 342, Bd. 137237.
Am 24. Februar 1986 berichtete Botschaftsrat Duckwitz, Manila: „Nach dem spektakulären Rücktritt von Verteidigungsminister Enrile und stellvertretendem Stabschef Ramos am 22. Februar hatte sich die Lage in Manila zunehmend verschärft. Enrile und Ramos hatten sich in dem Hauptquartier der phi[lippinischen] Streitkräfte (Camp Aguinaldo) sowie dem Hauptquartier der Philippine Constabulary (Camp Crame), umgeben von mehr als Tausend ihnen ergebenen Offizieren und Soldaten, eingeigelt." Hunderttausende Menschen hätten die Hauptquartiere blockiert, „um zu verhindern, daß zusätzliche Marcos-treue Truppen zu den Camps vordringen können. Enrile und Ramos

hinsichtlich des Verbleibs ihrer Botschafter vor Ort[7] die gleiche Entscheidung getroffen hätten. Botschafter Zeller reise heute nach Manila zurück. Hierfür seien im wesentlichen drei Gründe anzuführen:

– Seine Rückkehr könnte nicht als Unterstützung der Regierung Marcos angesehen werden.
– In einer schwierigen Lage gehöre der Botschafter zu seinen Mitarbeitern.
– Er dürfe auch in dieser Situation seine Familie nicht allein lassen.

Allerdings sei noch unklar, wie der Botschafter nach Manila zurückkehren könne. Er werde zunächst nach Bangkok fliegen und sich dann um einen Weiterflug mit einer amerikanischen Maschine der dortigen Luftwaffenbasis nach Manila bemühen. Die Entwicklung auf den Philippinen stelle besonders hohe Ansprüche an das Fingerspitzengefühl der Amerikaner. Die letzten Äußerungen aus Washington hätten jedoch besser geklungen als frühere Stellungnahmen. Die Rolle der Armee gewinne zunehmend an Bedeutung. Die Unterstützung für Marcos scheine abzubröckeln.[8] Nachdem der Verteidigungsminister[9] nunmehr das staatliche Fernsehen und die Radiostation besetzt habe, habe er mit den öffentlichen Medien einen großen Vorteil gegenüber der Regierung Marcos erringen können.

AM regte an, in der nächsten EG-Sitzung eine Erklärung zur Lage auf den Philippinen abzugeben[10], um die Haltung der Europäer klarzustellen. Dies könne hilfreich für die weitere Entwicklung sein und den Abgang von Marcos erleichtern.

BM machte darauf aufmerksam, die USA hätten bereits in Haiti den Fehler gemacht, Duvalier nicht in die USA einreisen zu lassen.[11] Dieses Verhalten habe möglicherweise abschreckend auf Präsident Marcos gewirkt.[12]

Fortsetzung Fußnote von Seite 297

erklärten mehrfach, sie seien notfalls auch gewillt, ihr Leben zu opfern für das Ziel, Marcos endgültig zum Rücktritt zu bewegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 64; Referat 342, Bd. 137237.

7 Ministerialdirigent Sulimma legte am 19. Februar 1986 dar, die Bundesrepublik habe als Reaktion auf den Verlauf der Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 1986 auf den Philippinen Botschafter Zeller aus Manila zur Berichterstattung zurückberufen. Von den EG-Mitgliedstaaten habe ansonsten nur Spanien so reagiert und Botschafter Ortiz-Armengol zurückberufen. Vgl. Referat 342, Bd. 137237.

8 Referat 340 notierte am 24. Februar 1986, die Lage auf den Philippinen sei „noch nicht eindeutig überschaubar", verschiedene Indizien deuteten jedoch darauf hin, „daß die Rebellion gegen Marcos Erfolg haben könnte: Die Rebellen kontrollieren das staatl[iche] Medienzentrum (Fernsehen, phil[ippinische] Nachrichtenagentur). […] Die USA (Sprecher Speakes) haben erstmals öffentlich zum Rücktritt von Marcos aufgefordert. […] Die philippinischen Truppen haben trotz Schießerlaubnis bisher nicht auf Demonstranten geschossen. In der Stimmung der Bevölkerung ist nach Bericht unserer Botschaft Marcos offensichtlich abgeschrieben. Seine Äußerungen über die Medien lassen ‚Wolfschanzenmentalität' erkennen." Vgl. Referat 342, Bd. 137237.

9 Juan Ponce Enrile.

10 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Anschluß an ihre Konferenz im Rahmen der EPZ am 25. Februar 1986 in Den Haag vgl. BULLETIN DER EG 2/1986, S. 97.

11 Referat 331 faßte am 21. Februar 1986 die Entwicklung auf Haiti zusammen: „Haiti war unter der Herrschaft von Vater und Sohn Duvalier das ärmste Land der westliche Hemisphäre. Hunger, Unterdrückung und Willkürherrschaft haben zunehmend zu Unruhen geführt. Zaghafte Reformen wurden vom Regime in der Regel nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen. Seit Anfang 1986 haben sich die Unruhen so verschärft, daß das Duvalier-Regime schließlich die Kontrolle über das Land verlor. Am 7.2.1986 verließ Duvalier Haiti in einem von den USA zur Verfügung gestellten Flugzeug. Insbesondere ist dies der Regierung von Jamaika zu verdanken, die mit Rückendeckung der USA Duvalier davon überzeugen konnte, das Land zu verlassen, bevor sich die Unruhen zu einem allgemeinen Bürgerkrieg ausweiteten." Vgl. Referat 331, Bd. 136404.
Am 17. Februar 1986 wurde berichtet: „Die USA haben dem vor neun Tagen nach Frankreich ge-

AM bestätigte hieraufhin, Spanien würde notfalls nicht zögern, Präsident Marcos Exil in Marbella anzubieten. Dasselbe Angebot gelte im übrigen auch für den chilenischen Staatspräsidenten Pinochet, obwohl dieser von der spanischen Regierung keineswegs unterstützt werde.

3) Zum Thema Chile berichtete AM Ordóñez weiter, die USA hätten der spanischen Regierung vorgeschlagen, bei der Junta zu sondieren, ob und welche Möglichkeiten für einen Übergang der Regierungsgewalt auf die demokratischen Parteien bestehe. Die USA hätten den Eindruck, daß Pinochet nicht von der gesamten Junta unterstützt werde. Die übrige Junta könnte sodann mit der demokratischen Opposition verhandeln. Ein weiteres Zögern in dieser Angelegenheit würde nur für die kommunistische Opposition von Vorteil sein.

Allerdings könne er zur Zeit noch nicht sagen, welche Mitglieder der Junta ansprechbar seien. Man wolle diese Kontakte über die Botschaft in Santiago anknüpfen. Er habe den Eindruck, daß die USA nunmehr rasch etwas gegen den wachsenden Linksradikalismus in Chile unternehmen wollten, zumal die christlichen Demokraten und die Sozialdemokraten immer mehr an Boden verlören.

Beide Minister waren sich einig, daß der Besuch eines Ministers aus der EG im derzeitigen Zeitpunkt in Chile nutzlos und irrelevant wäre.

4) Nutzung des spanischen Botschaftsgebäudes in Berlin[13]

BM verwies auf sein Gespräch mit dem japanischen Außenminister Nakasone über die Nutzung der japanischen Botschaft in Berlin.[14] Dort solle ein deutsch-japanisches Kulturzentrum eingerichtet werden.[15] Eine derartige oder ähnliche Lösung halte er auch für das spanische Botschaftsgebäude in Berlin für denkbar.

Fortsetzung Fußnote von Seite 298

flohenen haitianischen Ex-Diktator Jean-Claude Duvalier die Einreise verweigert. Seine in Paris für Sonntag angekündigte Abreise nach New York mit einer Linienmaschine der französischen Fluggesellschaft Air France wurde in letzter Minute abgesagt, weil die Vereinigten Staaten ihm kein Visum erteilt hatten. […] Damit sind erneut Bemühungen der französischen Regierung gescheitert, sich des ungeliebten Gastes aus Haiti zu entledigen." Vgl. den Artikel „USA verweigern Duvalier die Einreise"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. Februar 1986, S. 9.

12 Am 26. Februar 1986 berichtete Botschafter Zeller, Manila, die am Vortag vereidigte neue Präsidentin Aquino habe die Zusammensetzung ihrer Regierung bekanntgegeben. Der bisherige Präsident Marcos und seine Anhänger seien mit amerikanischen Hubschraubern zuerst zum amerikanischen Luftwaffenstützpunkt „Clark Air Base" gebracht worden. Von dort aus seien sie nach Guam gereist. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 69/70/71; Referat 342, Bd. 137237.
Am 26. Februar 1986 traf Marcos mit seiner Familie und mehreren Begleitern mit einer Maschine der amerikanischen Luftwaffe auf dem Stützpunkt „Hickam Air Force Base" auf Hawaii ein. Vgl. dazu den Artikel „Hawaii Greets the Marcoses With Flowers and Sun"; THE NEW YORK TIMES vom 27. Februar 1986, S. A 15.

13 Referat 610 erläuterte am 16. Januar 1986: „Nach Errichtung des deutsch-japanischen Zentrums in dem Gebäude der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin ist auf deutscher und spanischer Seite die Idee aufgetaucht, auch das Gebäude der spanischen Botschaft in Berlin auf irgendeine Weise in den Dienst des Austausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien zu stellen, etwa durch Errichtung eines Begegnungszentrums für die Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Offiziell akzeptierte Konzepte der Nutzung des Botschaftsgebäudes gibt es indessen bisher weder bei uns noch auf spanischer Seite." Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 548.

14 So in der Vorlage.
Die Frage einer Nutzung des Gebäudes der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin wurde in einem Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. November 1983 in Tokio erörtert. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 323.

15 Zur künftigen Nutzung der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (West) vgl. Dok. 134, Anm. 13.

AM sagte zu, diesen Vorschlag weiterzuverfolgen. Er werde den spanischen König während des Berlin-Besuchs zu einer Besichtigung des alten spanischen Botschaftsgebäudes begleiten.[16]

5) Weiter regte spanischer AM Konsultationen von Fachministern über Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Wissenschaft und Technologie an. D sei zweitgrößter Handelspartner Spaniens. Die auf diesem Gebiet ohnehin engen Beziehungen zwischen beiden Ländern könnten durch zusätzliche Konsultationen auf anderen Gebieten weiter vertieft werden. BM stimmte dem zu und regte an, eine Liste derjenigen Gebiete zu erstellen, in denen zusätzliche Konsultationen sinnvoll wären.

6) AM kündigte an, die spanische Regierung müsse nach dem NATO-Referendum über einen Besuch des Außenministers in der DDR nachdenken. Hierfür bitte er um eine Stellungnahme der Bundesregierung.

BM erläuterte daraufhin unsere Beziehungen zur DDR: Bis zum Abschluß des Grundlagenvertrages[17] Anfang der 70er Jahre sei die Lage schwierig gewesen. Seitdem habe sich ein geordnetes Verhältnis entwickelt, das aber von den Beziehungen anderer Länder zur DDR in bestimmten Punkten abweicht. So sei die DDR für die Bundesrepublik Deutschland zwar ein selbständiger Staat, sei jedoch nicht Ausland. Sie unterhalte in Bonn nicht eine Botschaft, sondern eine Ständige Vertretung. Die Wahrnehmung unserer Interessen erfolge ebenfalls durch einen Ständigen Vertreter im Rang eines Staatssekretärs. Schließlich sei für die Beziehungen zur DDR das Bundeskanzleramt zuständig, nicht das Auswärtige Amt, während in der DDR das Außenministerium für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zuständig sei.

Die Beziehungen zur DDR hätten sich in jüngster Zeit ordentlich entwickelt. Dies zeige sich daran, daß allein im letzten Jahr 25 000 Personen aus der DDR die Ausreiseerlaubnis in die Bundesrepublik Deutschland erhalten hätten.

Volkskammerpräsident Sindermann sei nicht Gast des Bundestagspräsidenten[18] gewesen, sondern der SPD. Er sei vom Bundeskanzler empfangen worden[19], ebenso vom Bundestagspräsidenten in dessen Amtshaus. Sindermann habe vertraulich mitgeteilt, daß der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker noch im ersten Halbjahr 1986 die Bundesrepublik Deutschland besuchen wolle. Die Bundesregierung werde sich bei dem Honecker-Besuch von folgenden Erwägungen leiten lassen:

16 Am 16. April 1986 vermerkte Referat 610: „Planungen des Berliner Senats konnten nicht entwikkelt werden, solange keine Klarheit über die spanischen Absichten in bezug auf das Botschaftsgebäude bestand. Gegenüber einem Vorschlag des Berliner Senats, den bisher ungenutzten Gebäudeteil dem Land Berlin in Erbpacht zu übertragen, verhielt sich die spanische Seite zunächst zurückhaltend. Inzwischen mehren sich Anzeichen, daß der Besuch des spanischen Königs in Berlin (im Rahmen des Staatsbesuchs, Februar 1986) auf spanischer Seite etwas Bewegung in die Sache gebracht hat und die spanische Seite dem Berliner Angebot nicht mehr so ablehnend wie vorher gegenübersteht. Eine endgültige spanische Entscheidung scheint aber noch nicht getroffen worden zu sein.“ Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 548.

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

18 Philipp Jenninger.

19 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am 19. Februar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 15.

– Wir sind an einer Verbesserung der Beziehungen mit der DDR interessiert.
– Dazu gehört auch ein Besuchsaustausch führender Politiker.
– Der Bewegungsspielraum der DDR wird durch die SU eingeschränkt. Sie möchte kein engeres Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik Deutschland als zu anderen Staaten.
– Da wir an engeren Beziehungen zur DDR interessiert sind, wollen wir auch deshalb das Verhältnis zu den übrigen Ostblockländern verbessern.
– Die DDR gewinnt mehr Spielraum uns gegenüber, wenn sie nachweisen kann, daß sie auch bessere Beziehungen zu weiteren westlichen Staaten hat.
– Honecker war im vergangenen Jahr bereits in Japan[20] und in Italien[21]. Er, BM, habe immer gesagt, Honecker dürfe nicht zuerst in die Bundesrepublik Deutschland kommen.

Die Bundesregierung habe auch kein Problem mit dem Besuch des spanischen Außenministers in der DDR. Allerdings wolle er gleich auf einen empfindlichen Punkt hinweisen, nämlich den Abschluß von Konsularabkommen. Hierbei gehe es um die DDR-Staatsangehörigkeit. Wir selbst gehen davon aus, daß die Deutschen in der DDR weiterhin die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Jeder Deutsche hat jederzeit Anspruch auf einen deutschen Reisepaß. Die DDR versucht, dies durch Verhandlungen über Konsularabkommen möglichst auszuschließen. Dies ist ihr bisher nicht gelungen. Er wolle dieses Problem hier nur erwähnen, nicht etwa eine zusätzliche Hürde für einen spanischen Besuch in der DDR aufbauen.[22]

Botschafter *Brunner* regte an, der spanische Außenminister solle bei seinem DDR-Besuch eine Unterrichtung der EG-Botschafter als besondere Geste einplanen. *BM* fügt erläuternd hinzu, vor Abschluß des Grundlagenvertrags seien die deutsch-deutschen Beziehungen wohl die schlechtesten im West-Ost-Verhältnis überhaupt gewesen. Sie hätten eine Belastung für das West-Ost-Verhältnis bedeutet. Damals habe man sich von einer Normalisierung der Beziehungen eine größere Flexibilität auf seiten der DDR versprochen. Diese Erwartung habe sich inzwischen als richtig erwiesen. Die DDR sei heute im Warschauer Pakt am stärksten um positive Impulse im West-Ost-Verhältnis bemüht. Sie arbeitet dabei eng mit Ungarn zusammen. Auch mit der ČSSR. Schwieriger sei das Verhältnis mit Polen. Hier gebe es eine gewisse DDR-Rivalität mit uns. Wir hofften, durch eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Polen auch positiv auf das Verhältnis der DDR zu Polen einwirken zu können. Unser Reiseaustausch mit der DDR habe sich merklich verbessert. Millionen von Bundesbürgern reisten jährlich in die DDR. Diese bemühe sich um mehr Großzügigkeit bei Familienreisen.

Referat 010, Bd. 178902

20 Am 11./12. Juni 1985 hielt sich der japanische Außenminister Abe in der DDR auf.

21 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich am 23./24. April 1985 in Italien auf.

22 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, übermittelte am 11. April 1986 Informationen der spanischen Botschaft in Ost-Berlin zum Besuch des spanischen Außenministers Fernández Ordóñez vom 6. bis 8. April 1986 in der DDR: „Zur Frage eines Konsularabkommens, an dessen Abschluß die DDR großes Interesse gezeigt habe, habe der spanische Außenminister bemerkt, die vorliegenden Vorschläge müßten in Madrid noch weiter geprüft werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 474; Referat 210, Bd. 139199.

54

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

201-363.26-155/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Februar 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 1450 Plurez
Citissime

Betr.: Strategische und rüstungskontrollpolitische Implikationen von SDI; hier: Behandlung in der NATO

Bezug: DB Nr. 81 vom 22.1.1986 – G-362.05/1-193/86 VS-v[2]

Enthält Weisung

1) Wir haben Verständnis für den Hinweis des Generalsekretärs[3], daß der Stand des amerikanischen Forschungsprogrammes es als schwierig erscheinen läßt, den von den Ministern beschlossenen Meinungsaustausch über die strategischen und politischen Implikationen eines Überganges zu einer stärkeren Nutzung von Defensiv-Systemen[4] im jetzigen Zeitpunkt schon in sehr detaillierter Form zu führen. Wir stimmen voll mit Frankreich überein, daß die Diskussion nicht so geführt werden darf, als ob der Übergang zu einer neuen Strategie schon beschlossene Sache sei.

2) Es geht nicht darum, eine Diskussion im Bündnis ohne Anlaß vom Zaune zu brechen oder unsichere künftige Entwicklungen vorwegzunehmen. Es geht darum, ob in den für den vertraulichen Meinungsaustausch über unsere gegenwärtige und künftige gemeinsame Sicherheit geschaffenen Gremien geschwie-

1 Durchdruck.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen vor Abgang zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 25. Februar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Arbeitsstab 20 sowie an Vortragenden Legationsrat Bertram und die Legationsräte I. Klasse Adamek und Geyer verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr am 25. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Bertram vorgelegen.
Hat Geyer am 25. Februar 1986 vorgelegen.
Hat Adamek am 27. Februar 1986 vorgelegen.

2 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete über ein Gespräch mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington, der erklärt habe: „Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Verbündeten gegenwärtig den Zeitpunkt für noch zu früh hielten, um in eine detaillierte Erörterung der Frage möglicher Auswirkungen von SDI einzutreten. Zum einen gebe es noch zu wenig gesicherte Erkenntnisse über die technischen Möglichkeiten eines SDI-Systems, und zum anderen seien die verbündeten Regierungen intern noch nicht zu abschließenden Bewertungen dieser komplexen Frage gelangt. […] Er, der GS, beabsichtige daher, in Ausführung des Ministermandats die Ständigen Vertreter im Verlauf des Februar zu einem ersten Meinungsaustausch über diese Frage zu sich zu bitten. Er gehe davon aus, daß diese Erörterung im Allgemeinen bleiben und noch nicht in Details eintreten werde. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft werde er dann den Ministern in Halifax vortragen.“ Er, Rantzau, habe zu bedenken gegeben, das Bündnis dürfe „auf die Dauer nicht den Eindruck erwecken, als beschäftige es sich mit dieser zentralen Frage nicht“. Vgl. VS-Bd. 12127 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Lord Carrington.

4 Zum Beschluß der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 15.

gen werden soll, während die Diskussion anderenorts in vollem Gange ist und die technische Entwicklung fortschreitet.

3) Die Diskussion in der Öffentlichkeit über eine neue Strategie hat begonnen, seit das Programm über die Erforschung der Machbarkeit der technologischen Mittel für eine solche Strategie in die Öffentlichkeit getragen worden ist. Unseres Erachtens ist die Frage nicht die, ob der Meinungsaustausch im Bündnis später beginnen kann, sondern ob er nicht viel früher hätte beginnen sollen.

(a) Die Befürworter einer neuen Strategie – manche sprechen von einer Revolution der Strategie –, ihre Machbarkeit vorausgesetzt, sind seit langem sehr aktiv bei der öffentlichen Werbung für ihre Thesen in den USA und in Europa. Die Gegner des Projektes der strategischen Verteidigung auf der östlichen Seite, die zugleich die Gegner unserer Sicherheitspolitik sind, sind noch aktiver.

Die Initiative Gorbatschows vom 15. Januar[5] hat der Diskussion eine neue Dimension gegeben.

(b) Die Meinungsbildung über die Einführung einer neuen strategischen Dimension wird und darf nicht allein von technologischen und finanziellen Kriterien bestimmt werden. Die Ergebnisse des Forschungsprogrammes können sehr leicht weitgehend vollendete Tatsachen schaffen. Wir haben keinen Zweifel daran, daß in den Vereinigten Staaten die Meinungsbildung, ob und inwieweit die verschiedenen denkbaren Formen strategischer Defensiv-Systeme die Sicherheit der Vereinigten Staaten stärken, nicht erst nach Beendigung des Forschungsprogrammes beginnt. Vorausschauende Politik verlangt, daß sich die Verantwortlichen frühzeitig Gedanken auch über mögliche Entwicklungen in der Zukunft machen. Die Entwicklungen, die mit der Frage der Einführung einer strategischen Verteidigung, ihre Machbarkeit vorausgesetzt, zusammenhängen, betreffen auch die Europäer vital.

4) Vor diesem Hintergrund sehen wir im wesentlichen zwei Gründe für den von den Ministern beschlossenen Meinungsaustausch:

(a) Der vertrauliche Meinungsaustausch im Bündnis darf nicht hinter der öffentlichen Diskussion hinterherhinken. Wir würden gegenüber unseren Bürgern, die sich einer aktiven Kampagne der SU gegen den „Krieg der Sterne" ausgesetzt sehen, in ein schiefes Licht geraten, wenn wir nicht darauf hinweisen könnten, daß die Forschungen bei unserem größten Bündnispartner über Defensiv-Systeme von einem dichten Meinungsaustausch zwischen den europäischen und amerikanischen Bündnispartnern über die möglichen Implikationen für die Sicherheit auch in Europa begleitet sind.

(b) Der vertrauliche Meinungsaustausch im Bündnis über die strategischen und politischen Implikationen der möglichen Einführung strategischer Defensiv-Systeme – ihre Machbarkeit vorausgesetzt – darf nicht hinter der technischen Entwicklung und der politischen und strategischen Meinungsbildung in den USA hinterherhinken. Das gemeinsame Sicherheitsinteresse und der partnerschaftliche Charakter des Bündnisses verlangen es, daß die Gesichtspunkte der besonderen Bedrohungslage in Europa und die Auswirkungen der verschiedenen denk-

[5] Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

baren Modalitäten von strategischen Defensiv-Systemen auf die Sicherheitslage in Europa laufend in die Meinungsbildung eingebracht werden.

5) Dieser Meinungsaustausch muß breit angelegt werden; er muß zur Vermeidung spalterischer Tendenzen in den Gremien geführt werden, in denen Frankreich mitwirkt. Er sollte nicht auf ein schnelles Ergebnis abzielen, sondern sich, von einer breiten und zunächst notwendigerweise generellen Grundlage ausgehend, fortschreitend verdichten. Er sollte die rüstungskontrollpolitischen Optionen und Implikationen und die Auswirkungen der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen einbeziehen. Dabei sollte auch die Frage behandelt werden, ob und wie die sowjetischen Anstrengungen beeinflußt werden können, Abwehrmöglichkeiten gegen Raketen und Marschflugkörper zu entwickeln, die die zur Bündnisstrategie gehörende Option selektiver nuklearer Einsätze, die ein Gegengewicht gegen die konventionelle Überlegenheit der SU in Europa darstellt, einschränken würden. Orientierungslinie für den Meinungsaustausch sollte das oberste Ziel des Bündnisses sein, jeden Krieg – einen nuklearen wie einen konventionellen, einen lokalen wie einen generellen – zu verhindern. Die Geschlossenheit des Bündnisses, die Präsident Reagan in Genf[6] den Rücken stärkte, ist auch für kommende Entwicklung eine Voraussetzung für den gemeinsamen Erfolg.

6) Die Sitzung am 25.2. sollte zu einem Einstieg in eine breite Erörterung genutzt werden.[7] Je nach Gang der Diskussion kann das weitere Verfahren flexibel gestaltet werden. Wir gehen davon aus, daß der GS entsprechend seiner Ankündigung vom 22.1.1986 (vgl. Bezugsbericht) das Ergebnis der Erörterungen der Ständigen Vertreter, das vorbereitenden Charakter haben wird, den Ministern in Halifax[8] vortragen wird.

Braunmühl[9]

VS-Bd. 12127 (201)

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 25. Februar 1986 zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag mit: „In der Aussprache wurden Nuancen in Frage Behandlung Themas in Allianz deutlich. Einige Delegationen sprachen sich gegen jede systematische und strukturierte Erörterung aus (US, NWG, DK, GR, B). Andere hielten die Beratung bestimmter Problemfelder für nützlich und erforderlich (besonders NL, E, I). Wir wurden in unserer Auffassung, die ich gemäß Bezugs-DE vortrug, in der Tendenz von KAN und F unterstützt. GB machte – von E unterstützt – Vorschlag, daß nächster Schritt erneute Unterrichtung durch Abrahamson sein solle und auf dieser Grundlage Ratsdiskussion stattfinden könne. […] Besonders negativ US: Die Entwicklung des vielgefächerten Forschungsprogramms sei noch völlig offen und stehe am Anfang, über zu ziehende strategische Folgerungen bestünden noch keine Vorstellungen. Gegenwärtige Strategie werde noch lange bestehen bleiben. Beratungen über SDI-Implikationen zum jetzigen Zeitpunkt würden nutzlos, voreilig, spekulativ und nicht hilfreich sein und mehr Fragen aufwerfen als lösen. Es bestünde die Gefahr, daß Spaltungstendenzen in Allianz hineingetragen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 255; VS-Bd. 11376 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

9 Paraphe.

55

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

204-320.15 USA **25. Februar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Beziehungen zu jüdischen Organisationen in den USA;
hier: Intensivierung des jüdischen Interesses an Beziehungen zu uns nach dem Bitburg-Besuch von Präsident Reagan im Mai 1985[4]

Die heftigen Reaktionen der vor allem jüdischen Öffentlichkeit in Amerika auf den Besuch von Präsident Reagan in Bitburg ließen ursprünglich befürchten, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis, in Sonderheit unsere Beziehungen zu jüdischen Organisationen in Amerika, durch dies Ereignis nachhaltig beeinträchtigt werden würden. Das Gegenteil ist eingetreten. In ziemlich deutlich erkennbarem Zusammenhang mit dem Besuch in Bitburg haben maßgebliche jüdische Organisationen Amerikas ihre bisher beobachtete Reserve gegenüber Deutschland aufgegeben und Schritte zur Herstellung förmlicher Kontakte zu Deutschland unternommen. In diesem Zusammenhang sind zu nennen: B'nai B'rith, die Anti-Defamation League von B'nai B'rith, der American Jewish Congress und der Holocaust Memorial Council von Elie Wiesel.

B'nai B'rith International ergriff unmittelbar nach Bitburg am 21. Mai 1985 die Initiative zur Einladung von Botschafter van Well, an dem Jahrestreffen des Board of Governors teilzunehmen und zum Thema „Germans and Jews – after Bitburg" zu sprechen.[5] Der Botschafter folgte der Einladung und übermittelte Präsident Kraft und Vizepräsident Thursz eine Einladung zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik. Dieser erste offizielle Besuch einer Delegation von B'nai B'rith International in der Bundesrepublik fand vom 14. bis 21. Oktober 1985 statt.[6]

Ebenfalls in engem zeitlichem Zusammenhang mit der Bitburg-Diskussion in Amerika konkretisierte sich der Plan einer Einladung führender Repräsentanten der Anti-Defamation League (ADL) von B'nai B'rith, die im November 1985

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. März 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 6. März 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich stimme mit Analyse und Vorschlag überein. Ich bitte um operative Vorschläge." Vgl. Anm. 14.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über Staatssekretär Meyer-Landrut, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 204 verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Braunmühl am 7. März 1986 erneut vorgelegen.
Hat Ploetz am 7. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 10. März 1986 vorgelegen.

4 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan besuchten am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 123.

5 Für die Rede des Botschafters van Well, Washington, am 21. Mai 1985 vgl. Referat 204, Bd. 135296.

6 Bundeskanzler Kohl traf am 15. Oktober 1985 mit Vertretern von B'nai B'rith International zusammen. Vgl. AAPD 1985, II, Dok. 282.

verwirklicht wurde.[7] Bei diesem Besuch kamen zwei der höchsten Vertreter von ADL, die niemals zuvor in der Bundesrepublik gewesen waren, nach Deutschland, um sich mit den Verhältnissen in unserem Lande 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus aus eigener Anschauung vertraut zu machen.

Der American Jewish Congress zog für sich aus der Bitburg-Diskussion die Folgerung, daß statt der Kranzniederlegung in Bitburg an einem Ehrenmal von Opfern des Nationalsozialismus eine Gedenkveranstaltung durchgeführt werden müßte, und wählte zu diesem Zweck das Grab der Angehörigen der Weißen Rose in München aus. Hieraus entstand der Gedanke, eine „Stiftung Weiße Rose" zu gründen, die Deutsche und Amerikaner in den Bemühungen vereinen soll, an die positiven Traditionen aus der Zeit des[8] Nationalsozialismus anzuknüpfen.

Die Bitburg-Diskussion, an der Professor Elie Wiesel persönlich einen starken Anteil genommen hat, als er Präsident Reagan vor laufenden Fernsehkameras beschwor, er möge von dem Bitburg-Besuch Abstand nehmen[9], hat auch den Bemühungen von MdB Petersen, gemeinsam mit Professor Wiesel ein Gespräch zwischen Deutschen und amerikanischen Juden über die Gestaltung des künftigen Holocaust-Museums in Washington zu führen, starken Auftrieb gegeben. Auch Elie Wiesel hat sich erst im Jahre 1985 zu einem solchen ständigen Gesprächskontakt bereit gefunden, den er zuvor abgelehnt hatte.

Lediglich das American Jewish Committee, das sich bewußt von der Vereinigung der amerikanischen jüdischen Organisationen, der sog. Conference of Presidents[10] of Major Jewish Organizations, ferngehalten hat, hat schon seit 1980 konsequent auf den Ausbau eines Gesprächskontaktes zu Deutschland gesetzt. Ein herausragendes Ereignis in diesen Bemühungen des American Jewish Committee ist das Auftreten seines Präsidenten Friedman am 20. Juli 1984 in Berlin gewesen, als er aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Attentats auf Hitler eine in jüdischen Kreisen Amerikas viel beachtete Rede hielt.[11] Es ist nicht auszuschließen, daß das Vorangehen des American Jewish Committee bei der Aufnahme eines regelmäßigen Gesprächskontaktes zu Deutschland zusätzlich zur Bitburg-Diskussion, die das ungeklärte Verhältnis zu Deutschland allen jüdischen Organisationen in Amerika noch schärfer bewußt machte, als Antrieb für die Änderung der Haltung gewirkt hat.

7 Der Besuch der „Anti-Defamation League of B'nai B'rith" fand vom 10. bis 22. November 1985 statt. In einem Gespräch mit Staatsminister Stavenhagen am 13. November 1985 wurden zukünftige Kontaktmöglichkeiten sowie die Thematisierung des Holocaust im Schulunterricht in der Bundesrepublik erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 135305.

8 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „Widerstands gegen den".

9 Für den Wortlaut der Äußerungen des Publizisten und Professors an der Universität Boston, Wiesel, am 19. April 1985 anläßlich einer Preisverleihung in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 460–462.

10 Korrigiert aus: „Presidence".

11 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten des „American Jewish Committee", Friedman, am 20. Juli 1984 in Berlin vgl. Rüdiger von VOSS, Günther NESKE (Hrsg.), Versöhnung mit der Geschichte. Reden am 20. Juli 1984 in Berlin. Albert H. Friedlander, Eberhard Diepgen, Klaus von Dohnanyi, Helmut Kohl, Richard von Weizsäcker, Howard I. Friedman, Pfullingen 1985, S. 59–63.

Der durch die Bitburg-Diskussion forcierten Aktualität des Themas der Beziehungen amerikanischer Juden zu Deutschland liegen aber auch noch tiefere Motive zugrunde. In der Bitburg-Diskussion wurde den jüdischen Organisationen bewußt, daß trotz nicht unbeträchtlicher Irritationen, die die Frage des Besuchs in Bitburg ausgelöst hatte, das deutsch-amerikanische Verhältnis in 40 Jahren so solide fundiert worden ist, daß die Kontroverse im wesentlichen auf Bevölkerungszentren mit hohem jüdischen Anteil beschränkt blieb. Weite Teile des durch die jüdische Schicksalsgemeinschaft nicht betroffenen Amerikas zeigten an dieser Diskussion ein geringes oder gar kein Interesse. Für sie war die Aussöhnung zwischen Deutschen und Amerikanern 40 Jahre nach dem Kriege eine Realität geworden. Die Vertreter des Judentums hatten diese Entwicklung augenscheinlich nicht voll realisiert. Sie stellten mit Bestürzung fest, daß eine für ihr historisches Selbstverständnis entscheidende Fragestellung in der breiteren amerikanischen Öffentlichkeit nicht die gewünschte Resonanz und das von ihnen geforderte Verständnis fand. Hierdurch entstand die Gefahr, daß das Judentum in Amerika in einer für es ganz entscheidenden Frage sich nicht im Einklang mit den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des Landes befand. Dieser Umstand war um so bedenklicher, als der israelische Einfall im Libanon im Jahre 1982[12] bereits schon einmal zu einem deutlichen Riß in der bis dahin bedingungslosen Unterstützung Amerikas für israelische und damit auch für jüdische Anliegen geführt hatte. Auf dem Hintergrund der Erfahrung von 1982 stellte sich nach den Erfahrungen der Bitburg-Diskussion 1985 für die Vertreter jüdischer Organisationen in Amerika die Aufgabe, möglichst schnell wieder Anschluß an die allgemeine Haltung Amerikas gegenüber dem wichtigsten Verbündeten in Europa zu finden. Hierin liegen wesentliche Motive für das so überraschend bekundete jüdische Interesse an der Aufnahme eines Dialogs mit der Bundesrepublik nach den Ereignissen des Jahres 1985.

Für die Bundesrepublik Deutschland liegt hierin eine bedeutende Chance. Wir sollten das vielfältig zum Ausdruck kommende Interesse an der Verstetigung eines Gesprächs mit uns aufnehmen. Wir sollten allerdings zunehmende Wünsche nach Gesprächen, Austauschvorhaben und gemeinsamen Veranstaltungen nicht losgelöst von den allgemeinen Programmen der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit betreiben. Das Gespräch zu den jüdischen Organisationen in Amerika sollte vielmehr ein besonderer Aspekt des allgemeinen, sehr breit angelegten deutsch-amerikanischen Austausches sein. Gerade dadurch würde der wichtigste Beitrag zur „Normalisierung" des Verhältnisses auch zu den Juden in Amerika geleistet werden. Das würde dann auch bedeuten, daß amtliche Stellen, in erster Linie das Auswärtige Amt, nur für die Anfangsphase die notwendige Vermittlerrolle zu den jüdischen Organisationen übernehmen, daß die eigentliche Zusammenarbeit dann aber von den verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen unseres Landes getragen wird. Nur auf diese Weise käme es dann zu der notwendigen breiten Wirkung, indem nämlich die Bürger beider Länder zum Träger dieses Normalisierungsprozesses gemacht werden.

12 Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

Die ersten Tendenzen einer wachsenden Bereitschaft zur Anknüpfung von Kontakten zu Deutschland dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das deutsche Verhalten gegenüber Juden und der Judenvernichtung weiterhin mit sehr kritischem Maßstab gemessen wird. Jede Äußerung, die an Denkweisen des Nationalsozialismus erinnert, wird von der stets wachsamen jüdischen Öffentlichkeit in Amerika registriert und mit entsprechender Schärfe kritisiert. Die Dialogwilligen in Amerika müssen mit erheblichen, in dieser Sensibilität begründeten Vorbehalten rechnen. Um so mehr sollten wir interessiert sein, auf Bereitschaft zum Gespräch mit uns positiv zu reagieren, um die Position der Dialogwilligen in Amerika zu stärken. Ein behutsames, ohne große Verlautbarungen sich vollziehendes Gespräch schafft[13] dafür die besten Voraussetzungen.[14]

Braunmühl

Referat 204, Bd. 135342

13 Der Passus „Um so mehr … vollziehendes Gespräch schafft“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

14 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 23. Juni 1986 operative Vorschläge für die Weiterentwicklung der Kontakte zu jüdischen Organisationen in den USA vor: Die „Notwendigkeit zu aktivem Eingreifen seitens des Auswärtigen Amtes oder anderer Regierungsstellen“ sei „eher rückläufig, weil unser Bemühen, Privatleute und gesellschaftliche Gruppen als Träger der eigentlichen Zusammenarbeit zu gewinnen, erfolgreich ist. Diese positive Entwicklung können wir weiter fördern, indem wir auch auf höchster politischer Ebene uns gesprächsbereit zeigen, im Inland wie bei Besuchen in den USA; wichtige Veranstaltungen jüdischer Organisationen in den USA wahrnehmen, auch durch Vertreter aus der Bundesrepublik Deutschland; Bundestagsabgeordnete auf den erhöhten Kontaktbedarf mit dem amerikanischen Judentum hinweisen; die Entwicklung der Austauschkontakte mit jüdischen Jugendlichen in den USA und deren Einbindung in allgemeine Programme des Austausches dem Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit nahegelegt wird.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135342.

56

Gespräch des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Tower

220-370.70 USA-323/86 VS-vertraulich **27. Februar 1986**[1]

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Botschafter Tower, Oberst O'Gradey, Geoffrey Chapman.

Teilnehmer auf deutscher Seite: D2A[2], D2A i.V.[3], Dg20[4], RL 220[5], OTL Röhrs, LR I Mülmenstädt.

Botschafter *Tower* erklärte auf Frage von D2A, die 4. Runde[6] sei im Bereich strategische Waffen sowie Defensiv- und Weltraumwaffen nicht produktiv gewesen, die sowjetische Seite habe keine Bewegung gezeigt. Große Aktivitäten habe es im Bereich Mittelstreckenwaffen gegeben, die kulminiert hätten im Vorschlag des Präsidenten[7]. Die erste, recht negative Antwort, mit der die SU öffentlich (in Parteitagsrede von GS Gorbatschow[8]) auf die Reagan-Vorschläge reagiert habe, sei von den USA erwartet worden. Dies sei das übliche Spiel der Sowjets: Sie wollten die USA „aussitzen" und die Geduld der amerikanischen Unterhändler prüfen. Durch ihre öffentliche Diplomatie erhofften sie sich Druck auf die USA und Konzessionen. Fortschritte auch im START-Bereich halte er gleichwohl für möglich; die Demonstration der Bündnissolidarität sei für den Fortgang der Verhandlungen äußerst hilfreich, sie werde die SU davon überzeugen, daß ihre öffentliche Diplomatie nicht erfolgreich sein werde und es ihr nicht gelingen könne, Keile zwischen die USA und ihre europäischen Verbündeten zu treiben oder die europäischen Verbündeten gegeneinander auszuspielen.

Die amerikanische Delegation habe im START-Bereich klar herausgestellt, welche der Elemente in den sowjetischen Vorschlägen vom Oktober 1985[9] und in der Gorbatschow-Initiative[10] für die USA nicht akzeptabel seien, aber die Vorschläge insgesamt nicht zurückgewiesen. Die USA hätten zu den Einzelheiten der Vorschläge viele Fragen gestellt, die SU habe darauf mit dem Vorwurf

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 28. Februar 1986 an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 4. März 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11292 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Friedrich Ruth.

3 Rüdiger Hartmann.

4 Hans-Friedrich von Ploetz.

5 Rolf Hofstetter.

6 Die vierte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 16. Januar bis 4. März 1986 in Genf statt.

7 Zu den Vorschlägen des Präsidenten Reagan in seinem Schreiben vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 278 f.

9 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 30. September/1. Oktober 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 270.

10 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

reagiert, durch die zahlreichen Fragen versuche die amerikanische Delegation, einen Verhandlungsfortschritt zu blockieren. Ein sowjetisches Delegationsmitglied habe erklärt: „Ein Narr kann Fragen stellen, die tausend Weise nicht beantworten können." Die sowjetische Seite sei nicht bereit gewesen, über das hinauszugehen, was sie in der Plenarsitzung, in der am 16.1.1986 die Gorbatschow-Vorschläge präsentiert worden seien, erklärt habe.

Die amerikanische Delegation suche nach wie vor „common ground" in den beiderseitigen Vorschlägen, sie sei bereit, die amerikanischen Vorschläge zu modifizieren. Auf Frage von *D2A*, worin er die Gemeinsamkeiten sehe, erklärte Botschafter *Tower*, in der Übereinkunft, die Nuklearwaffen im strategischen Bereich um 50% in angemessener Weise zu reduzieren. Auch hinsichtlich der Obergrenzen für strategische Systeme und Gefechtsköpfe auf den Trägersystemen gebe es Annäherung: Beide Seiten wollten die Trägersysteme auf 1250 begrenzen, die Gefechtsköpfe auf insgesamt 6000 reduzieren; auch in der Frage der Höchstgrenze für Wiedereintrittskörper in einem Element der strategischen Triade (ICBM) beständen keine großen Unterschiede: Der sowjetische Vorschlag sehe 3600 vor, der amerikanische 3000.

Auf Fragen von *D2A*, ob die SU größere Verhandlungsbereitschaft in der Verifikationsthematik gezeigt habe, erwiderte Botschafter *Tower*, er habe die Frage der Verschlüsselung von Telemetriedaten angesprochen. Hierauf habe die SU erklärt, dieses Problem sei in SALT II gelöst. Auch auf seine Frage, wie die Höchstgrenzen für Wiedereintrittskörper verläßlich verifiziert werden könnten, habe die SU nicht reagiert.

Auf Frage von *D2A*, in welchem Punkt es eine konkrete Reaktion der SU gegeben habe, entgegnete Botschafter *Tower*, auf sein Insistieren hin habe die sowjetische Delegation sich bereit erklärt, den sowjetischen Vorschlag, als „praktische Maßnahme" 200 bis 300 ICBM zu reduzieren, zu erläutern. Das Gespräch habe ergeben, daß die SU bereit sei, in die Reduzierung von Trägersystemen auch Gefechtsköpfe einzubeziehen.

Auf die Feststellung von *D2A i.V.*, die USA hätten auf den sowjetischen Vorschlag, ICBM in einer Höhe von 200 bis 300 zu reduzieren, negativ reagiert, erklärte Botschafter *Tower*, diese Reduzierungen seien bedeutungslos, wenn davon nur SS-11 und SS-13, veraltete Systeme, berührt würden. Abschließend fügte er hinzu, daß die SU in Runde 4 nicht mehr bereit gewesen sei, wie in Runde 3[11] über diese Frage der Anfangsreduzierungen von Interkontinentalraketen zu sprechen.

Auf Frage von *D2A*, ob die SU ihre Position bezüglich der Forderung, amerikanische FBS zu den strategischen Systemen zu rechnen, modifiziert habe, erklärte Botschafter *Tower*, hier habe es keinerlei Änderung in der sowjetischen Position gegeben. Den USA komme es weniger darauf an, sich mit der SU über den Begriff „strategisch" zu einigen als vielmehr über die Zusammensetzung der Systeme, die im Verhandlungsbereich strategische Waffen zu reduzieren seien. In diesem Verhandlungsbereich könne es sich nur um die zentralen strategischen Systeme handeln, die das strategische Verhältnis zwischen den USA

11 Die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 19. September bis 7. November 1985 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 304.

und der SU bestimmten: ICBM, SLBM, schwere Bomber. Er fügte hinzu, bis zum 30. September habe auch die SU erklärt, daß diese Trägersysteme im Bereich strategische Waffen behandelt werden müßten. Die Einbeziehung von FBS habe sie bis zu diesem Zeitpunkt nicht gefordert.

D2A erklärte, im Gorbatschow-Vorschlag vom 15.1.1986 und im sowjetischen Interimsvorschlag vom Oktober 1985 habe die SU die PII und GLCM zu den LRINF gezählt. Gebe es Anzeichen auf sowjetischer Seite, daß die SU im Licht ihrer eigenen Vorschläge bereit sei, auf die Anrechnung der PII und GLCM im strategischen Bereich zu verzichten?

Hierauf führte Botschafter *Tower* aus, die USA hätten auf das Problem der Doppelanrechnung hingewiesen. Darauf habe Karpow erwidert, wenn PII und GLCM eliminiert würden, wie es der Gorbatschow-Vorschlag vorsehe, stelle sich diese Frage nicht mehr.

Auf Frage von *D2A*, ob die SU in den Verhandlungen erklärt habe, zum Ausgleich welcher Systeme die SU SS-20 in Asien benötige, erwiderte Botschafter *Tower*: Er glaube nicht, daß die SU annehme, die USA würden in Korea oder Japan Mittelstreckensysteme dislozieren. Karpow habe ihm gesagt, die SU müsse an die „Massen von Chinesen, die die Sowjetunion überfluten könnten," denken.

D2A führte aus, in Rüstungskontrollkonsultationen mit der DDR[12] sei ihm von DDR-Seite erklärt worden, die SU bräuchten die SS-20 auch als Ausgleich gegen 13000 amerikanische SLCM. Jedem sei klar, daß dieses Argument nicht stichhaltig sei, die SS-20 sei nicht geeignet zum Einsatz gegen Schiffe. Was uns aber interessiere, sei, ob in den Verhandlungen über die SLCM gesprochen worden sei. Botschafter *Tower* legte dar, daß die SU keine Eliminierung von SLCM verlange, sondern eine Reichweitenbegrenzung auf 600 km. Die SU könne mit SLCM in dieser Reichweite von See aus zwei Drittel der Bevölkerung der USA und der Industrie der Vereinigten Staaten vernichten. Er habe gegenüber Karpow auf die enormen Verifikationsschwierigkeiten einer solchen Lösung hingewiesen. Er habe auch erklärt, daß die amerikanischen SLCM nicht für den nuklearen Angriff auf das sowjetische Festland vorgesehen seien. Sie dienten der Verteidigung der amerikanischen Flotten. Auch habe er auf ein anderes Problem aufmerksam gemacht: Die amerikanischen SLCM seien weitgehend konventionell und nuklear einsetzbar. Es sei praktisch unmöglich zu verifizieren, welche Systeme nuklear und welche konventionell seien. Die USA wollten sich aber die Option konventioneller SLCM offenhalten.

D2A erklärte, er habe aus seinen Gesprächen mit Kwizinskij den Eindruck gewonnen, daß Kwizinskij der Unterschied zwischen Erstschlag und Ersteinsatz nicht bekannt sei. Uns würde interessieren, ob die Frage der Erstschlagsfähigkeit in Genf behandelt worden sei.

Botschafter *Tower* erklärte hierzu, Kwizinskij sei kein Dummkopf, er kenne die Unterschiede zwischen Erstschlag und Ersteinsatz sehr genau. Andererseits

12 Botschafter Ruth und der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, trafen am 25. Februar 1986 zusammen. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf, die Verhandlungen in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen sowie die KVAE und die MBFR-Verhandlungen. Für die Gesprächsaufzeichnungen vgl. Referat 210, Bd. 139228.

halte dieser in den Verhandlungen daran fest, in unzulässiger Weise Bomben, die auf einem trägergestützten Flugzeug angebracht sind, mit Wiedereintrittskörpern auf SS-18 gleichzusetzen. Gleichzeitig behaupte sie, die PII sei wegen ihrer kurzen Flugzeit eine besonders bedrohliche Waffe. Als er darauf hingewiesen habe, für die USA seien auch die sowjetischen ICBM besonders gefährlich wegen ihrer hohen Eindringfähigkeit, Zielgenauigkeit und geringen Flugzeit und man sie daher nicht mit den B-52-Bombern vergleichen könne, habe Kwizinskij nur erwidert, dies sei Sophistik.

D2A erklärte, er habe Kwizinskij darauf hingewiesen, daß mit der PII niemals ein Erstschlag geführt werden könne.

Botschafter *Tower* fügte hinzu, auch er habe dies gegenüber Karpow erläutert: Wegen der unterschiedlichen Flugzeit der für einen Erstschlag in Frage kommenden amerikanischen Systeme sei es für die USA, anders als für die SU, unmöglich, ein Zeitarrangement für einen überraschenden Erstschlag zu treffen. Entsprechende amerikanische Vorbereitungen, u. a. die Alarmbereitschaft für die B-52-Bomber, würden den Sowjets nicht verborgen bleiben.

D2A sprach dann die Frage des Verbots mobiler landgestützter Interkontinentalraketen an, das die USA in ihrem Vorschlag vom November 1985[13] gefordert hätten.

Botschafter *Tower* erwiderte hierauf, unter gewissen Bedingungen habe eine mobile Interkontinentalrakete mit einem Gefechtskopf stabilisierende Wirkung: Sie sei überlebensfähig, stelle wegen des einen Gefechtskopfes nur ein Ziel von geringem Wert dar. Die USA hätten aber immer darauf hingewiesen, daß es möglich sein müsse, diese Systeme adäquat zu verifizieren. Er halte es durchaus für möglich, daß die SU ihre SS-25, die bisher nur mit einem Gefechtskopf bestückt seien, mit mehreren Gefechtsköpfen ausstatte.[14] Besondere Besorgnis hätten die USA hinsichtlich der SS-X-24 mit 10 Gefechtsköpfen. Sie sei ein schienenbewegliches System, verfüge über eine hohe Zielgenauigkeit. Ihre Dislozierung werde das Leben für die Amerikaner sehr schwierig machen.

D2A stellte die Frage, wie die SU auf das amerikanische Angebot reagiert habe, die ALCM auf 1500 zu begrenzen. Botschafter *Tower* erwiderte hierauf, bei allem Bemühen der sowjetischen Delegation, Desinteresse vorzutäuschen, seien die Sowjets, und vor allem Starodubow, sehr interessiert gewesen. Sie wüßten, daß die USA durch das Angebot, ALCM auf 1500 zu begrenzen, eine gewichtige Konzession gemacht hätten.

RL 220 erklärte, wir hätten in unseren öffentlichen Verlautbarungen immer darauf abgestellt, daß die SU zu der Definition des Begriffs „strategisch" zurückkehren müsse, wie sie der Vereinbarung vom 8.1.1985[15] zugrunde liege. Uns interessiere, weshalb Botschafter Tower hierauf nicht so großes Gewicht lege und eine Einigung mit der SU in der Frage anstrebe, wie die zu reduzierenden Systeme zusammengesetzt sein sollten.

13 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

14 Korrigiert aus: „auszustatten".

15 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

Hierauf erklärte Botschafter *Tower*, es sei wichtig, die Systeme zu definieren, die das strategische Verhältnis zwischen den USA und der SU bestimmten. In dieser Hinsicht seien periphere Systeme wie die SS-20, die Alaska treffen könnten, von geringerer Bedeutung.

Auf Frage von OTL *Röhrs*, ob die USA den Backfire-Bomber nach wie vor als strategisches System qualifizieren würden, erklärte Botschafter *Tower*: Der Backfire-Bomber könne in einer one-way-mission die USA erreichen. Er fügte hinzu, die Möglichkeit, den Backfire-Bomber so umzuändern, daß er in der Luft aufgetankt werden könne und deshalb wieder in die SU zurückkehren könne, sei nicht auszuschließen. Die USA seien bereit, die Forderung, den Backfire-Bomber als strategisches System zu zählen, fallenzulassen, wenn auch die SU nicht mehr auf die Einbeziehung von FBS in die strategischen Systeme bestehe.

D2A wies darauf hin, daß es in der sowjetischen Position bezüglich des Junktims Weltraumwaffen–strategische Waffen zumindest in der Öffentlichkeit eine Veränderung gegeben habe. Habe die SU bis zur Einbringung ihrer Vorschläge im Oktober 1985 erklärt, Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen seien solange nicht möglich, wie die SDI-Forschung nicht eingestellt sei, erkläre sie jetzt, Verhandlungen, nicht aber Reduzierungen strategischer Waffen seien möglich.

Botschafter *Tower* entgegnete hierauf, in Genf seien die Sowjets bislang im START-Bereich nicht zu echten Verhandlungen bereit gewesen. Er habe die Sowjets mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die amerikanische SDI-Forschung eine Reaktion auf den enormen Aufwuchs des sowjetischen strategischen Potentials sei. Wenn die SU auf SDI einwirken wolle, so müsse sie zunächst bereit sein, die strategischen Waffen drastisch zu reduzieren.

Auf Frage von *D2A*, ob Botschafter Tower angesichts dieser Verhandlungstaktik der SU mit der Möglichkeit eines Abbruchs der Verhandlungen rechne, erwiderte Botschafter *Tower*, er glaube nicht, daß die SU ihren Fehler aus den früheren Verhandlungen wiederholen werde und ein zweites Mal Verhandlungen abbrechen würde.[16]

Auf Frage von D2A nach dem Stand der amerikanischen Überlegungen hinsichtlich eines Vertragstextes erwiderte Botschafter Tower, daran werde intensiv gearbeitet. Man denke aber nicht daran, im Verhandlungsbereich strategische Waffen in der nächsten Runde einen Text auf den Verhandlungstisch zu legen. Im INF-Bereich werde dies wahrscheinlich der Fall sein.

D2A wies darauf hin, GS Gorbatschow habe in seiner Parteitagsrede die Terminfestsetzung des zweiten Gipfels von substantiellen Vereinbarungen abhängig gemacht. Uns würde interessieren, ob die sowjetische Delegation in Genf hierauf zu sprechen gekommen sei.

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.
Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.

Botschafter *Tower* entgegnete, er habe Karpow auf diese Frage angesprochen. Dieser habe erwidert, es sei gefährlich, Worte der Führung zu interpretieren. Er habe sich aber immerhin bereit gefunden zu der Erklärung, die SU wolle keine bloße Wiederholung des ersten Gipfels[17]. Das nächste Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow müsse Ergebnisse produzieren, die Sowjetunion könne nicht wieder mit leeren Händen vom Gipfel zurückkommen.

Wie Botschafter Tower erklärte, habe die amerikanische Delegation in einer Plenarsitzung am 24.2.1986 den INF-Vorschlag Präsident Reagans eingeführt. In Sitzungen der INF-Verhandlungsgruppe am 26. und 27.2.1986 seien den Sowjets weitere Erläuterungen zum neuesten amerikanischen Vorschlag gegeben worden. Die vierte Verhandlungsrunde werde vereinbarungsgemäß am 4.3.86 enden, am 8.5.1986 werde die 5. Runde[18] beginnen.

VS-Bd. 11292 (220)

57

Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Quilès in Paris

202-321.00 FRA-150/86 geheim **27. Februar 1986**[1]

Vorbehaltlich Genehmigung durch BM Genscher und BM Wörner

Deutsch-französisches Gespräch der Außen- und Verteidigungsminister in Paris am 27. Februar 1986 – 17.00 bis 19.00 Uhr

Die Minister waren begleitet: BM Genscher von D2[2], BM Wörner von StS Rühl, AM Dumas von M. Morel (Politischer Direktor), VM Quilès von M. Sibiude (außenpolitischer Berater).

Folgende Themen wurden behandelt:

1) West-Ost-Fragen

2) SDI

17 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

18 Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 8. Mai bis 26. Juni 1986 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 175 und Dok. 187.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 3. März 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 5. März 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen verfügte.
Hat Jansen am 26. März 1986 vorgelegen.

2 Gerold Edler von Braunmühl.

3) WEU

4) Militärische Zusammenarbeit

5) Rüstungszusammenarbeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung bedauerte AM *Dumas*, daß die Gespräche, die beide Generalstabschefs im Auftrag des Präsidenten der Republik und des Bundeskanzlers (u. a. über Konsultationen über den Einsatz der französischen prästrategischen Waffen) geführt hätten[3], nicht in die Kommission für Sicherheit und Verteidigung eingeführt worden seien, wie dies der Regel entsprochen hätte.

BM *Wörner* wies darauf hin, daß die Generäle den Auftrag des Präsidenten der Republik und des Bundeskanzlers umgesetzt und ihren Auftraggebern darüber direkt berichtet hätten.

VM *Quilès* ergänzte, daß in diesem Falle wegen der besonderen Geheimhaltung die Berichterstattung nur an die Ebene der Staats-/Regierungschefs erfolgt sei.

1) West–Ost

BM: Man könne bisher nur vorläufige Schlußfolgerungen aus dem Ablauf des Parteitags der KPdSU[4] für das West-Ost-Verhältnis ziehen. Der Generalsekretär habe den Akzent auf die Innenpolitik gelegt und die Notwendigkeit von Veränderungen in der SU im Sinne größerer Effektivität des Staats- und Wirtschaftsapparates unterstrichen.[5] Die Rede habe nicht eine kühne Form gehabt wie die Rede Chruschtschows vor dreißig Jahren.[6] Die Nutzanwendung für uns sei folgende: Die SU werde nicht in der Lage sein, das ehrgeizige Modernisierungsprogramm Gorbatschows unter Abgrenzung vom Westen und unter den Belastungen eines neuen Rüstungswettlaufes durchzuführen. Vielmehr werde die SU wegen der internen Entwicklungsziele ein Interesse an Kooperation mit dem Westen, jedenfalls in bestimmten Grenzen, haben. Darin lägen die Ursachen der von Gorbatschow gezeigten Bereitschaft zur Bewegung in Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die Kritik in der Rede Gorbatschows an die amerikanische Adresse sei mehr mit dem Bedarf für einen Parteitag zu erklären. In den Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung könnten wir in der Gorbatschow-Rede bisher nichts Neues erkennen. Es bleibe bei den sowjetischen Positionen vom 15. Januar[7]. Die Meinungsbildung über die weitere Entwicklung in diesem Bereiche sei in Moskau offenbar noch nicht abgeschlossen. Die

3 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand vereinbarten am 17. Dezember 1985 in Paris Gespräche zwischen Generalinspekteur Altenburg und dem französischen Generalstabschef Saulnier über Strategie- und Nuklearfragen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 347.
Zu den Gesprächen vgl. auch Dok. 190 und Dok. 201.

4 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

5 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314.

6 In einer geheimen Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU äußerte sich der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 in Moskau über die Herrschaft seines Amtsvorgängers Stalin. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. OST-PROBLEME 1956, S. 867–897.

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

Reaktion auf unseren MBFR-Vorschlag[8] sei unzureichend; dies werde auch auf östlicher Seite so empfunden. – Es sei eine Art „Schiebe-Verfügung". Zeichen der Unsicherheit sehe man auch bezüglich der künftigen Behandlung des Verhältnisses offensiver und defensiver Waffen. Mit der Entkoppelung zwischen INF und SDI habe sich die SU Bewegungsraum im INF-Bereiche verschaffen wollen. Die Wiederholung stereotyper Positionen bezüglich der strategischen Verteidigung könne noch nicht die letzte Antwort auf die amerikanische Haltung sein. Vielleicht hänge dies auch damit zusammen, daß sich die sowjetische Führung bisher überwiegend auf die Innen- und Wirtschaftspolitik konzentriert habe.

Wir hätten den Eindruck, daß die SU bezüglich der Beziehungen zum Westen nach dem Parteitag etwas flexibler werden könne. Dies gelte auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wenn auch vielleicht nicht so deutlich wie im Verhältnis zu anderen westlichen Staaten. Wir zögen diese Schlußfolgerung aus Anzeichen, die wir von kleineren WP-Staaten erhielten. Sindermann[9] habe zu verstehen gegeben, daß Honecker noch in der ersten Jahreshälfte 1986 zu uns kommen werde. Der Bundespräsident habe eine Einladung zu einem Staatsbesuch in Ungarn erhalten.[10] Dies sei so präsentiert worden, daß wir annehmen müßten, daß andere Einladungen folgen würden. Wir nähmen an, daß die SU die Entwicklung bei der Abrüstung abfedern wollte durch Auflockerung der Besuchsdiplomatie und des Klimas im Ost-West-Verhältnis.

Wir könnten diese Bemühungen ebensowenig wie die sowjetischen Abrüstungsvorschläge nicht als bloße Propaganda abtun. Wie er bereits Kwizinskij[11] gesagt habe, werde bei einem Prozeß nuklearer Abrüstung – gleich ob nach den amerikanischen (über SDI) oder den sowjetischen (direkt) Vorstellungen – das konventionelle Kräfteverhältnis stärker in den Vordergrund rücken. Wir würden im Bündnis und in der Öffentlichkeit die Diskussion auf diesen Faktor lenken. Wir müßten dazu eine Philosophie entwickeln. Die SU müßte einen Beitrag zum Abbau der konventionellen Überlegenheit leisten. Aber auch ein konventionelles Gleichgewicht sei, wie wir aus den Erfahrungen mit dem Ersten Weltkrieg wüßten, noch keine Garantie für die Verhinderung des Krieges. Kwizinskij sei von diesen Hinweisen nicht überrascht gewesen. Er habe auch sein

8 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

9 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am 19. Februar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 15.

10 Mit Schreiben vom 30. Januar 1986, das vom ungarischen Botschafter Horváth am 24. Februar 1986 an Staatssekretär Blech, Bundespräsidialamt, übergeben wurde, lud Präsident Losonczi Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker zu einem Staatsbesuch nach Ungarn „noch in diesem Jahr" ein. Vgl. Referat 214, Bd. 139527.
Weizsäcker hielt sich vom 13. bis 16. Oktober 1986 in Ungarn auf.
Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi anläßlich des Besuchs am 13. Oktober 1986 in Budapest vgl. Dok. 283.

11 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986 vgl. Dok. 16.

kürzliches Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister[12] benutzt, um auf diese Umstände hinzuweisen.

Wir müßten jetzt über die ganze Skala der im sicherheitspolitischen Bereiche entscheidenden Fragen und ebenfalls über die Strategie für die politische Entwicklung der West-Ost-Beziehungen im deutsch-französischen Verhältnis, in der WEU und im Bündnis sprechen und uns verständigen. Vor allem müsse man das KSZE-Folgetreffen in Wien offensiv vorbereiten, damit es ein ähnlicher Erfolg für den Westen werde wie Madrid[13]. Deutschland und Frankreich sollten ein gemeinsames Konzept entwickeln und dann mit ihren Partnern verhandeln.

Dumas: Er habe aus der Rede Gorbatschows folgenden ersten Eindruck gewonnen:

– Die Rede habe einen offensiven Charakter gehabt, und die ideologischen Ausführungen hätten einen großen Raum eingenommen.
– Die Kritik an dem Immobilismus der Breschnew-Zeit sei deutlich gewesen.
– Die These Gorbatschows, daß radikale „Reformen" der Wirtschaft notwendig seien, entspreche unseren Erwartungen.
– In der Außenpolitik sei Gorbatschow für Dialog und Verhandlungen eingetreten. Andererseits habe er kein Anzeichen der Konzessionsbereitschaft gegeben. Seine Philosophie für ein internationales Sicherheitssystem bedürfe noch der Prüfung.
– Interessant sei seine kritische Aussage zum Terrorismus. Hier spürten die Sowjets möglicherweise die Nachteile solcher Praktiken für sich selbst.
– Starken Nachdruck habe Gorbatschow auf Test-Stopp und INF gelegt. In seiner Kritik an dem Brief Reagans mit den amerikanischen Gegenvorschlägen (auf die sowjetische Initiative vom 15. Januar) habe Gorbatschow der Blokkierung jedes Fortschrittes durch Ausklammerung der französischen und britischen Systeme zentrale Bedeutung eingeräumt. Diese Akzentsetzung sei neu, obwohl sie sich schon bei Gorbatschows Besuch in Paris[14] angedeutet habe. Diese Frage werde künftig die Verhandlungen und die Diskussion stark beschäftigen. – BM Genscher warf ein, daß die Sowjets schon in der Nachrüstungsdebatte uns gegenüber den Hauptdruck in bezug auf die Drittstaaten-Systeme ausgeübt hätten. – Es könne eine Versuchung für die SU und die USA werden, zu einer Verständigung zu kommen, indem man die Hauptprobleme umgehe und eine Einigung über die Drittstaaten-Systeme suche. Dies könne noch zu einem Problem für Frankreich werden. Vorläufig bleibe aber noch SDI das Hauptproblem. Gorbatschow stelle dies in den Vordergrund, und Reagan bleibe umgekehrt unbeweglich. Aber irgendwann werde die Frage aufkommen, ob die Großmächte eine Verständigung über die Köpfe der Europäer hinweg suchten. Noch sei die SU wohl nicht bereit dazu.

12 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek vom 4. bis 6. Februar 1986 in Karlsbad vgl. Dok. 32.

13 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

14 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 10.

In Sofia (von wo Dumas gerade zurückgekehrt war[15]) habe er Bemühungen um eine gewisse bulgarische Unabhängigkeit gespürt. Gerade deshalb seien die Bemerkungen Schiwkows über die Entwicklung in der SU interessant gewesen. Dieser habe unterstrichen, daß SDI neben den militärischen Zielen den Zweck verfolge, die SU wirtschaftlich zu schwächen. Er habe auch betont, daß Gorbatschow keinerlei einseitige Konzessionen im Sicherheitsbereich machen werde. Er sei bereit zu Verhandlungslösungen, aber nicht zu Konzessionen auf Kosten der eigenen Sicherheit.

Er stimme BM Genscher zu, daß wir im deutsch-französischen Verhältnis einen eigenen europäischen Ansatz für das KSZE-Folgetreffen in Wien entwikkeln sollten. Wir sollten versuchen, Vorschläge und Aktionen für ein Vorantreiben (relance) der KSZE im Rahmen des allgemeinen West-Ost-Prozesses zu entwickeln.

BM *Wörner* fragte nach der französischen Beurteilung der Vorschläge Reagans.

Dumas: In der amerikanischen Antwort sehe man einmal den Versuch, den Alliierten entgegenzukommen (den Japanern in bezug auf die SS-20-Systeme in Fernost, den Franzosen und Briten in bezug auf die „Drittstaaten-Systeme", den Europäern insgesamt in bezug auf das konventionelle Kräfteverhältnis und die chemischen Waffen). Man sehe darin ein echtes Bemühen, die Alliierten um sich zu sammeln, zum anderen das Bemühen um eine konstruktive Antwort im Hinblick auf die Erwartungen der amerikanischen Öffentlichkeit. Die Antwort Reagans sei nicht ungeschickt. Sie enthalte aber keinen Ansatz für die Lösung des Hauptproblems, nämlich des SDI-Forschungsprogrammes.

BM *Wörner* präzisierte, daß er die Null-Lösung für INF meine.

BM *Genscher* warf ein: Wir hätten der SU immer gesagt, daß die Nicht-Anrechnung der Drittstaaten-Systeme für uns nicht nur ein Akt der Solidarität mit F und GB sei, sondern unserem eigenen Interesse entspreche. Im Hinblick auf die mehrfache Overkill-Kapazität der SU sei es auch für uns gut, daß es französische und britische Nuklearwaffen gebe.

Morel sah zwei Bedenken gegen die Null-Lösung:

– Sie könne das sowjetische Konzept des euro-strategischen Gleichgewichtes fördern und abkoppelnde Wirkung haben.
– In der Übergangsphase erhalte die SU einen erheblichen einseitigen Vorteil bei den Sprengköpfen.

AM *Dumas* stellte klar: Frankreich sei gegen eine Null-Lösung, bei der die Bedrohung Europas durch die SU wachse. Wenn aber USA und SU vereinbarten, ihre eigenen Mittelstreckenraketen zurückzuziehen, ohne daß die französischen Systeme davon berührt seien, dann könne sich Frankreich einer solchen Lösung schlecht entgegenstellen. Aus politischen Gründen könne man bei einer solchen Entwicklung nicht intervenieren.

BM *Wörner*: Für uns sei die Glaubwürdigkeit in dieser Sache von großer Bedeutung. Wir Deutschen hätten die Null-Lösung geboren. In der gesamten Nachrüstungsdiskussion hätten wir die Null-Lösung vertreten. Deshalb könnten wir

[15] Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 23. bis 25. Februar 1986 in Bulgarien auf.

heute nicht gegen eine globale Null-Lösung auftreten. Auch aus verteidigungspolitischem Interesse könne und müsse man die Null-Lösung akzeptieren, wenn sie unter den Bedingungen stattfinde, die Präsident Reagan auf unser Drängen in seinen Vorschlag aufgenommen habe: globaler Ansatz, Begrenzung auch der SS-22 und SS-23, strikte Verifikation. Dies sei unverzichtbar. In militärischer Hinsicht würde eine solche Lösung, wenn Gorbatschow das Angebot Reagans so akzeptiere, zu einer einschneidenden Veränderung der Bedrohungslage führen. Noch wichtiger sei jedoch der politische Gesichtspunkt: Wenn Gorbatschow das ganze Paket Reagans so akzeptiere, müsse sich politisch in der SU etwas Wesentliches geändert haben. Dies würde die gesamte Lage politisch und militärisch verbessern.

BM *Genscher*: Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek habe ihm in Karlsbad gesagt: Das Hinbewegen Gorbatschows zur doppelten Null-Lösung sei eine sensationelle Änderung der sowjetischen Auffassung. Wenn er dies der Roten Armee klargemacht habe, sei dies eine bedeutende Sache. Die sowjetische Bewegung bei den Mittelstreckenraketen und bei der Verifikation sei eine wesentliche Umkehr von traditionellen Standpunkten. Bezüglich der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite seien die Äußerungen Honeckers in dem Interview mit der „Zeit“[16] interessant. Er habe dort erklärt, daß mit der Beseitigung der Mittelstreckenraketen größerer Reichweite auch die in der DDR stationierten Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite beseitigt würden. Er sei damit ein Kronzeuge aus dem Warschauer Pakt für die Richtigkeit der Einschätzung, die BM Wörner gegeben habe.

Die britischen und französischen Systeme hätten große Bedeutung für die sowjetische Politik. Ein besonderes Anliegen Moskaus sei es, die Europäer anzusprechen, auch im Sinne des Versuches, Europa und Amerika zu trennen. Dann müßten die Sowjets aber auch überlegen, welche vitale Bedeutung die Drittstaaten-Systeme für GB und F hätten. Gerade in diesem Zusammenhange sei es wichtig, diese Frage als europäische Angelegenheit zu betrachten und nicht nur als nationale britische und französische Interessen.

VM *Quilès* fragte BM Wörner, ob er glaube, daß Gorbatschow den Reagan-Vorschlag mit allen Bedingungen akzeptieren werde.

BM *Wörner* verneinte dies.

VM *Quilès*: Wenn man die Bedingungen wegnehme, sehe die Sache aber ganz anders aus.

BM *Wörner*: Wir müßten aus eigenen Sicherheitsinteressen an den Bedingungen festhalten.

AM *Dumas*: Diese Bedingungen hätten dann vielleicht einen ähnlichen Charakter wie die Bedingungen, die Frankreich für eine Mitwirkung am nuklearen Abrüstungsprozeß nenne.

BM *Genscher*: Die Lage im Mittelstrecken-Bereich sei doch eine andere: Die SU habe mit der SS-20-Rüstung einen großen Fehler gemacht. Seit dem Rückzug

16 Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 24. Januar 1986 vgl. den Artikel „‚Miteinander leben, gut miteinander auskommen‘“; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 31. Januar 1986, S. 6.

der amerikanischen Raketen aus Großbritannien und der Türkei nach der Kuba-Krise[17] habe es in Europa keine amerikanischen Mittelstreckenraketen gegeben, die sowjetisches Territorium hätten erreichen können, wohl aber sowjetische Raketen, die West-Europa bedroht hätten. Mit den Pershings und Marschflugkörpern sei nicht nur ein Gegengewicht gegenüber der SS-20-Rüstung aufgestellt worden, sondern die Lage habe sich für die SU gegenüber dem vorherigen Zustand im Mittelstrecken-Bereich (vor der SS-20-Rüstung) verschlechtert. Deshalb habe die SU ein großes Interesse, die vorherige Lage wiederherzustellen. Wir hätten ein Interesse, daß sich dabei keine neuen Grauzonen bildeten. Deshalb müßten wir dem Kurzstrecken-Bereich besondere Aufmerksamkeit zuwenden und hielten daher zwei Dinge für besonders wichtig: an dem globalen Ansatz festzuhalten und den Kurzstrecken-Bereich einzubeziehen. Die globale Lösung sei im übrigen eine deutsche Erfindung gewesen. Zur Zeit des Doppelbeschlusses[18] sei die USA bezüglich Asiens flexibel gewesen.

2) SDI

(a) AM *Dumas* erkundigte sich nach dem Stand der deutschen Verhandlungen mit den USA über SDI-Forschungsbeteiligung.

BM *Wörner*: Nach einer ersten Runde des Bundeswirtschaftsministers[19] sei man jetzt in der zweiten Verhandlungsrunde, in der beide Seiten Vertragsentwürfe übergeben hätten.[20] Unsere Entwürfe hätten zwei Teile: einen für die weitere technologische Zusammenarbeit, einen für SDI. Nach seiner persönlichen Bewertung werde es wahrscheinlich gelingen, noch vor Ostern[21] mindestens ein Abkommen über den SDI-Bereich zu schließen, möglicherweise auch für den SDI überwölbenden Teil.

VM *Quilès* fragte, ob wir uns davon einen wesentlichen Anteil am Forschungsprogramm versprächen.

VM *Wörner*: Die USA werden sich den Löwenanteil sicher selbst reservieren. Es liege aber im amerikanischen Interesse, soviel zu geben, daß die Europäer genügend interessiert blieben. Er sei gegen eine Überschätzung dessen, was wir erwarten könnten. Der technologische Aspekt sei für ihn jedoch wichtiger als der finanzielle Aspekt. Die Briten seien wohl enttäuscht über das, was sie bekommen hätten.

17 Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei stationierte Raketen vom Typ „Jupiter" abzuziehen. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412 und Dok. 417–420. Vgl. ferner FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283, S. 285 f. und S. 564.

18 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

19 Zum Besuch des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in den USA vgl. Dok. 1, Anm. 12.

20 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vom 26. bis 28. Februar 1986 in Washington vgl. Dok. 41, besonders Anm. 17.

21 30./31. März 1986.

VM *Quilès* fragte, ob die Bundesregierung durch die Verhandlungen und Abschlüsse an der politischen Meinungsbildung in den USA beteiligt werde oder ob sich die Beteiligung auf die Ebene der Industrie beschränke.

BM *Wörner*: Man müsse zwei Dinge voneinander trennen:

– Den technologisch-finanziellen Aspekt und die Anwendbarkeit neuer Technologien auf diese und jene Waffen-Systeme. Wir hofften, daß wir hier auch als Regierung profitieren könnten.
– Den wichtigeren strategisch-politischen Aspekt. Dieser gehöre nicht auf die Firmen-Ebene. Hierüber müßten wir im bilateralen deutsch-amerikanischen Verhältnis und im Bündnis sprechen. Hierüber könne auch in den europäischen Organen gesprochen werden. Es müsse einen „Dauer-Dialog" geben über die politisch-strategischen Fragen, unabhängig davon, ob wir uns mit unseren Firmen am Forschungsprogramm beteiligten.

BM *Genscher*: Wir stünden noch am Anfang einer Entwicklung. Wenn man das Forschungsprogramm verstehen wolle, müsse man sehen, wie dies in den USA betrachtet werde. Der amerikanische Steuerzahler stelle Geld zur Verfügung. Also bestehe das Parlament auf Mitwirkung. Der Leiter des Projektes erhalte den Auftrag, dieses in einer bestimmten Zeit durchzuführen. Man versuche, Zeit zu gewinnen. Wenn man etwas finde, das in Europa weiter entwickelt oder billiger sei, werde man es kaufen. Daraus ergebe sich eine marginale Beteiligung. Die Erwartungen an die Beteiligung seien weit überschätzt worden. Die USA seien nicht bereit, ihre Erkenntnisse weiterzugeben. Die Frage, um die es gehe, sei die, was wir aus einer sektoralen Entwicklung bekommen könnten. Um so wichtiger sei der Aspekt für das Bündnis und die bilateralen Beziehungen: Wir müßten fortschreitend eine Diskussion über die Auswirkungen auf das Bündnis und die europäische Sicherheit führen. Das könne sich täglich ändern, mit neuen Wendungen im Forschungsprogramm. Deshalb müsse man die sich daraus ergebenden Auswirkungen ständig prüfen.

Man dürfe die amerikanische Kooperationsbereitschaft nicht unterschätzen. Die USA hätten sich große Mühe gegeben, uns an der Entwicklung ihrer Verhandlungen mit der SU teilnehmen zu lassen. Sie seien bereit gewesen, F, GB und auch uns entgegenzukommen und unsere Anliegen ernst zu nehmen, um die Verbündeten um sich zu sammeln. Deshalb sei die politische Kohäsion des Bündnisses im Frühjahr 1986 stärker als je zuvor. Nichts beeindrucke die SU mehr als die Geschlossenheit im westlichen Bündnis. Das gelte auch für das deutsch-französische Verhältnis, dessen enge Entwicklung man in Moskau einerseits begrüße, andererseits unheimlich finde.

(b) AM *Dumas* fragte, ob eine deutsch-amerikanische Vereinbarung über SDI-Forschungsbeteiligung eine Assoziierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem strategischen Projekt der USA bedeute.

BM *Wörner* und BM *Genscher* verneinten diese Frage nachdrücklich.

BM *Wörner* unterstrich, daß es in unserem, aber auch im amerikanischen Interesse liege, beide Dinge getrennt zu halten. Die USA würden sonst Bindungen eingehen, die sie gar nicht wünschten.

AM *Dumas* stellte fest, daß die französische und die deutsche Position gar nicht so weit auseinander lägen. Beide Regierungen hätten nichts dagegen, daß

ihre Firmen am SDI-Forschungsprogramm mitarbeiteten. Das sei eine gute Grundlage dafür, daß unsere Experten die gemeinsamen Studien[22] weiter fortsetzen könnten.

3) WEU

(a) AM Dumas fragte, ob wir eine Möglichkeit sähen, in der WEU – in der F und D gemeinsame Beiträge eingebracht hätten – zu einer übereinstimmenden europäischen Position hinsichtlich der strategischen und politischen Implikationen des SDI-Programmes zu kommen, trotz gewisser britischer Bedenken.

BM *Genscher* bejahte die Frage.

BM *Wörner*: Er sei nicht dagegen, daß in der WEU über diese Fragen gesprochen werde, man müsse sich allerdings im klaren darüber sein, daß sie beim jetzigen Stande des Forschungsprogrammes noch einen etwas spekulativen[23] und theoretischen Charakter hätten.

AM *Dumas* stellte fest, daß es die ursprüngliche Absicht der WEU-Abstimmung gewesen sei, eine einheitliche Antwort auf die amerikanische Einladung zur Teilnahme am SDI-Forschungsprogramm[24] zu geben. Dies sei inzwischen überholt. Trotzdem lege man auf französischer Seite Wert darauf, daß wir uns im deutsch-französischen Verhältnis weiterhin hinsichtlich der Antwort auf die amerikanische Einladung abstimmten.

VM *Quilès*: Er habe bei seinen Gesprächen in den USA[25] den Eindruck erhalten, daß die Äußerung von Zweifeln an einer neuen Strategie die Zusammenarbeit der Firmen erschwere. Die französischen Firmen seien in Kontakt mit den Amerikanern, die Verhandlungen gestalteten sich aber sehr schwierig.

(b) WEU-Beitritt Spaniens und Portugals

BM *Genscher* hielt es für richtig, diese Frage zurückzustellen, bis der Ausgang des spanischen Referendums[26] bekannt sei. Wir wollten nicht, daß in Spanien eine Stimmung gefördert werde, die besage, daß man der WEU beitreten könne, um dann die NATO verlassen zu können.

AM *Dumas* wies darauf hin, daß zwischen dem spanischen Referendum und dem WEU-Ministertreffen[27] allerdings noch eine längere Zeitspanne liege.

BM *Wörner* bezeichnete die Situation in Spanien als mißlich: Die Spanier seien inzwischen in der Europäischen Gemeinschaft drin[28], aber ihr Verbleiben in der NATO, das man im Zusammenhange damit sehen müsse, sei wieder fraglich.

AM *Dumas* beurteilte die Chancen des Referendums 50 zu 50.

22 Zur Arbeit der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe vgl. Dok. 51.

23 Korrigiert aus: „spektakulären".

24 In einem am 29. März 1985 veröffentlichten Schreiben an die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten bat der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger um Rückmeldung, ob Interesse an einer Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm bestehe. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 560 f.

25 Der französische Verteidigungsminister Quilès hielt sich am 9./10. Dezember 1985 in den USA auf.

26 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

27 Zur WEU-Ministerratstagung am 29./30. April 1986 in Venedig vgl. Dok. 130.

28 Spanien trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

BM *Wörner* wies darauf hin, daß der spanische VM Serra relativ optimistisch gewesen sei.

BM *Genscher* berichtete, daß der spanische König[29], aber auch Außenminister Ordóñez[30] skeptisch gewesen seien.

Die Minister waren sich einig, daß González den Kampf zu spät begonnen habe.

4) Militärische Zusammenarbeit

(a) Erweiterte Luftverteidigung[31]

AM *Dumas* berichtete über das Einvernehmen in der Kommission für Sicherheit und Verteidigung, daß eine neue Arbeitsgruppe zur Behandlung der Fragen einer erweiterten Luftverteidigung im Rahmen der Kommission zusammentreten solle, die in einer ersten Phase zur Behandlung der militärischen Fragen unter Federführung der Verteidigungsministerien, in einer zweiten Phase zur Behandlung der politisch-strategischen Implikationen unter Federführung der Außenministerien (d. h. Anbindung an die politisch-strategische Arbeitsgruppe) stehen solle.

VM *Quilès* betonte, daß diese Frage höchst vertraulich behandelt werden müsse. Man dürfe nicht zu hohe Erwartungen wecken, weil dies zu Enttäuschungen führen könne. Man dürfe sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten machen.

BM *Wörner*: Es gebe technische und finanzielle Probleme, aber keine politischen. Die Ratio der Bekämpfung bleibe die gleiche, ob es um bemannte Flugzeuge oder unbemannte Flugkörper gehe. Die Amerikaner arbeiteten bereits an einer Verbesserung des Patriot zur Selbstverteidigung in einer ersten Stufe. Dies sei keine Sache für morgen, aber auch nicht für eine ganz ferne Zukunft; etwa um die Jahrhundertwende werde es frühestens um konkrete Systeme gehen. Man könne sich der Entwicklung nicht entziehen. Eines Tages werde man auch über die Nachfolge der Hawk entscheiden müssen. Das MFS[32] sei eine franzö-

29 Juan Carlos.

30 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez am 24. Februar 1986 vgl. Dok. 53.

31 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 28. Februar 1986 dar, die Luftverteidigung des europäischen NATO-Gebiets sei „bereits im Frieden ein voll integriertes Verbundsystem, das sich vom Nordkap bis zur Türkei erstreckt". Es bestehe aus den Elementen Radarführungsdienst, Raketensysteme zur Abwehr von Flugzielen in niedrigen bis mittleren Höhen („Hawk") bzw. in mittleren bis großen Flughöhen („Patriot") sowie Jagdflugzeugen. Angesichts der Weiterentwicklung sowjetischer Raketentechnologie gebe es hinsichtlich möglicher Gegenmaßnahmen „einschlägige Überlegungen in verschiedenen Gremien des Bündnisses, vor allem aber deutsche Überlegungen. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie das Problem als solches identifizieren, das sich für die Sicherheit NATO-Europas unabhängig von SDI stellt." Sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in Expertengesprächen werde die Frage der europäischen Luftverteidigung „immer wieder konzeptionell mit SDI in einen Zusammenhang gestellt, als eine Ergänzung und Vervollkommnung des amerikanischen SDI-Programms auf die europäischen Bedürfnisse. Überlegungen in diese Richtung werden hauptsächlich von amerikanischer Seite vertreten, die unter zwei Ansätzen Interesse zeigt: Erweiterung des SDI-Programms unter dem Stichwort ‚Europäische Architektur'; Weiterentwicklung des ‚Patriot'-Waffensystems zu ATBM-Fähigkeit. […] Diesem Konzept hat besonders BM Wörner engagiert widersprochen. Er vertritt das Konzept einer umfassenden, erweiterten NATO-integrierten Luftabwehr, die gerichtet ist gegen Flugzeuge, Marschflugkörper, Stand-Off-Waffen und Kurzstreckenraketen." Vgl. Referat 201, Bd. 143478. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 351.

32 Mittleres Flugabwehr-Raketen System.
Am 13. Februar 1986 notierte Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz Informationen aus dem Bundesministerium der Verteidigung zur Frage einer Nachfolge des Luftabwehrsystems Hawk: „Im

sische Überlegung gewesen. Es bestehe kein Grund, die Frage der ATM-ATBM-Fähigkeit hier nicht einzubeziehen. Wir sollten in der Kommission in aller Stille arbeiten. Andererseits müsse er in Deutschland schon darüber reden und schreiben, weil er der Idee Bahn brechen wolle. Die Strategie sei im Fluß. Die SU sei auf dem Gebiet aktiv. Wenn wir Europäer abseits blieben, würden wir von der sowjetischen Bedrohung überrannt werden. Wenn Frankreich es wünsche, werde er auf die französische Empfindlichkeit Rücksicht nehmen: Er habe aber auch bisher nicht über deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Bereiche gesprochen.

AM *Dumas*: Frankreich sei nicht gegen die Idee; man müßte die Sache aber in größter Vertraulichkeit besprechen.

VM *Quilès*: Er sei einig mit dem Konzept. Der Grundgedanke sei klar. Man müsse aber überlegen, wohin man gehe. Gehe es um einen Schutz des Plateau d'Albion? Wolle man Kommando-Stationen schützen? Die Frage müsse in die Global-Strategie einbezogen werden. Was sei das Verhältnis zu SDI? Man denke an bodengestützte Systeme, aber vielleicht brauche man Satelliten zur Beobachtung und Zielverfolgung. Würde es ein deutsch-französischer Satellit sein? Oder ein amerikanischer? Oder ein europäischer? Wenn man die Sache nicht gründlich durchdenke, sei man bei einer neuen strategischen Debatte.

BM *Wörner*: Über all dies müsse man nachdenken. Er habe keine Patentrezepte. Es mache einen Unterschied für die Strategie, ob man Punktziele oder Städte schütze. Aber eines Tages müsse man darüber nachdenken. Als französischer Verteidigungsminister würde er ein doppeltes Interesse daran haben. Wenn die SU so weitermache, werde sie in der Lage sein, mit konventionell bestückten Raketen mit einem Schlag die französischen Raketen-Stellungen zu zerschlagen. Er würde sich fragen, ob man sich nicht gegen eine solche Bedrohung schützen müsse. Die SU habe die SA-10 und entwickle die SAX-12, letztere habe mit Sicherheit ATM- und ATBM-Fähigkeiten. Er würde seine Kommando-Zentralen, Flughäfen, Luftverteidigungszentren schützen. Im Augenblick gehe es nur darum, nachzudenken, weil die Entwicklung sicher auf uns zukommt. – Es sei denn, man stelle sich eine Landschaft ohne jede Raketen vor. Dazu werde es sicher nicht kommen.

VM *Quilès*: Man denke auf französischer Seite über diese Dinge nach. Man müsse aber unterscheiden, worum es gehe. Die U-Boote seien z. B. weniger verletzbar. Im übrigen denke man darüber nach, wie sich die Situation bis zum Jahre 2010 entwickeln werde, wie man die landgestützten Raketen schützen

Fortsetzung Fußnote von Seite 323

Verband mit den Systemen Patriot (bis 70 km) einerseits, Roland (bis 6 km) andererseits stellt das Hawk-System (bis 35 km) ein wichtiges Element der Luftverteidigung dar. Dieser bereits modifizierte Typ (Hawk) ist nach Auffassung BMVg für den künftigen Bedarf zu personalaufwendig." Das von der amerikanischen Herstellerfirma Raytheon geplante Nachfolge-Modell scheide aus Kostengründen aus: „Enge Abstimmung zwischen D (MBB, Siemens, AEG) und F (Thomson-CSF, SNIAS, Matra) führten bereits bis 1983 zu weitgehend angeglichenen militärischen Forderungen und technischer Harmonisierung eines Mittleren Flugabwehrraketensystems (MFS). Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wurde von deutscher Seite 1983 abgebrochen; als Grund wurde anderweitiger Finanzbedarf (Jäger 90) angegeben. Von deutscher Seite wurden für die MFS-Arbeiten bisher über 150 Mio. DM ausgegeben. Weitere 40 Mio. DM sind in der Vorphase erforderlich. Um eine Indienststellung im Jahr 2000 erreichen zu können, muß die Entwicklung mit F 1987 aufgenommen werden." Vgl. Referat 209, Bd. 148697.

könne. Aber man wisse noch nicht, wohin das Ganze führe. Deshalb sei Geheimhaltung absolut wichtig.

BM *Genscher*: Wir müßten darüber nachdenken, selbst wenn es SDI niemals gegeben hätte. Wir wollten den falschen Eindruck vermeiden, es gehe um ein europäisches SDI. Deshalb solle man in der Tat die Sache sehr diskret behandeln.

Es wurde vereinbart, daß diese Frage nicht bei der Plenarsitzung[33], sondern bei dem Gespräch des Präsidenten der Republik und des Bundeskanzlers mit den Außenministern behandelt werden sollte. Dort sollte die Einsetzung der neuen Untergruppe abgesegnet werden.

(b) Konsultationen über den Einsatz prästrategischer Waffen

Es wurde festgestellt, daß die Angelegenheit zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten der Republik soweit vorbereitet sei, daß man sie öffentlich ankündigen könne, wenn der Bundeskanzler und der Präsident dies für opportun hielten.[34]

(c) Gemeinsame Ausbildung der Offiziere

BM *Wörner*: Wir seien mit den Vorarbeiten in den Gesprächen der Generäle Altenburg und Saulnier zufrieden, in allen drei Bereichen. Wir hätten uns gewünscht, noch schneller voranzugehen, aber es gebe praktische Schwierigkeiten, vor allem das Sprachenproblem.

Wir hofften, daß wir auch in den Fragen der französischen Teilnahme an der Vorneverteidigung weiterkämen. Darüber sprächen die Generalstabschefs intensiv, ebenso wie über die Konsultationen hinsichtlich der Nuklearfragen. Dies müsse auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs weiterbehandelt werden.

Im übrigen sei es wichtig, daß die Manöver-Planung weitergehe, die zur Zeit ohne Probleme laufe.

33 Zur Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 28. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 61.

34 Zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris wurden zwei Erklärungen veröffentlicht. In der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik" wurde eine erweiterte operative Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften beschlossen. Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand autorisierten „die Fortsetzung der Studien über einen besseren Einsatz der französischen Streitkräfte in Deutschland, insbesondere der Schnellen Eingreiftruppe (FAR)". Ferner stimmten beide den Vorschlägen für eine gemeinsame Offiziersausbildung zu. Mitterrand erklärte sich bereit, „den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland über den eventuellen Einsatz der prästrategischen französischen Waffen auf deutschem Gebiet zu konsultieren, und zwar in den Grenzen der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der solche Entscheidungen zu treffen sind. Er ruft in Erinnerung, daß in dieser Sache Entscheidungen nicht teilbar sind. Der Präsident der Französischen Republik weist darauf hin, daß er mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, die technischen Voraussetzungen für eine sofortige und sichere Konsultation in Krisenzeiten zu schaffen." Vgl. BULLETIN 1986, S. 180.
In einer „Erklärung über die weitere Verstärkung der außenpolitischen Zusammenarbeit" beschlossen Kohl und Mitterrand eine enge Konsultation der Außenminister „in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik" sowie Treffen alle drei Monate, ferner monatliche Gespräche der Politischen Direktoren sowie der für Wirtschaft bzw. Kultur zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien, die engere Zusammenarbeit der jeweiligen Auslandsvertretungen sowie den Austausch von Personal zwischen den Außenministerien. Vgl. dazu BULLETIN 1986, S. 180 f.

VM *Quilès*: Die französische Seite sei aufgeschlossen für Vorschläge für die Manöver-Beteiligung. Was die Ausbildung angehe, so habe der Bundeskanzler von einem gemeinsamen Institut gesprochen. Insofern sei man von dem etwas bescheideneren Ergebnis der Gespräche der Generalstabschefs etwas enttäuscht.

BM *Wörner* stellte fest, daß sich aber auf beiden Seiten praktische Probleme ergeben hätten.

5) Rüstungszusammenarbeit

AM *Dumas* erinnerte an die Arnaud-Mission bezüglich des Vorschlages des französischen Präsidenten über eine Zusammenarbeit bezüglich der Planung im Bereiche der militärischen Luftfahrt bis zum Jahre 2000. Präsident Mitterrand habe diesen Vorschlag gemacht, nachdem man die Gründe für das Scheitern des Projektes des gemeinsamen Flugzeuges analysiert habe.[35] Der Bundeskanzler habe positiv darauf reagiert. Man gehe davon aus, daß sich verschiedene Gruppen von Ländern im Rahmen des Programmes für verschiedene Modelle interessieren könnten. Dies sollte in der IEPG geprüft werden

BM *Wörner*: Man müsse drei Punkte sehen:

– Die Initiative des Präsidenten sei gut und richtig. Der Bundeskanzler, aber auch er hätten sie als sinnvoll bezeichnet. Sie entspreche unseren Bedürfnissen. Die Europäer könnten sich ein erneutes Scheitern nicht leisten. Was es noch an Bedarf an Flugzeugen bis zum Jahre 2000 gebe, müsse man zusammen sehen und zusammen bauen.
– Mission Arnaud: Wir hätten wie die Briten und Spanier Bedenken gegen eine neue Organisation. Wir hätten in den letzten zwei Jahren versucht, die IEPG zu einem wirksamen Instrument aufzubauen. Es zeigten sich erste Teilerfolge. Er halte, wie die Briten, Spanier und Italiener, die französische Initiative für einen typischen Fall für die IEPG. Damit könne man das Projekt fördern und gleichzeitig die IEPG aufwerten. Frankreich habe in seiner jüngsten Demarche[36] vorgeschlagen, die Sache in die IEPG zu bringen. Damit sei er einverstanden.

35 Zum Scheitern einer französischen Beteiligung am Bau des Kampfflugzeugs „Jäger 90“ sowie zum Besuch des französischen Sonderbotschafters Arnaud am 25. November 1985 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 2, Anm. 37 und 38.

36 Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz vermerkte am 19. Februar 1986, der französische Gesandte de la Fortelle habe am Vortag bei Ministerialdirigent von Ploetz den Entwurf einer Erklärung übergeben, die nach französischer Auffassung auf dem IEPG-Ministertreffen am 28. April 1986 in Madrid eingebracht werden solle: „Er erläuterte, daß diese Erklärung den politischen Willen der europäischen Regierungen manifestieren solle, besondere Anstrengungen mit langfristigem und umfassendem Ansatz auf dem Gebiet des militärischen Flugzeugbaus zu unternehmen. […] Die IEPG solle hierfür den Rahmen abgeben. Die von F vorgeschlagene ‚Studien- und Planungsgruppe auf dem Gebiet der militärischen Luftfahrt‘ GEPAM (groupe d'étude et de programmation en matière d'aéronautique militaire) solle in diesem Rahmen nur die besondere Identifikation der Regierungen mit der o. g. Zielsetzung unterstreichen, ohne die IEPG-Strukturen zu ‚stören‘. Nach einer Initialbehandlung auf Ministerebene sollten die Rüstungsdirektoren die Arbeit fortsetzen und die Abstimmung zwischen militärischen Stäben und Industrien weiterführen. […] Frankreich wisse, daß die Rüstungskooperation normalerweise Aufgabe der Verteidigungsminister sei. Es glaube sich aber im Einvernehmen mit vielen Partnern, wenn es dieser Initiative eine besondere politische Dimension beimesse, die die (zunächst einmalige, bei Bedarf aber wiederholbare) Beteiligung der Außenminister nahelege.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143332.

– Frankreich wolle bei der IEPG-Sitzung in Madrid dazu eine politisch hervorgehobene Erklärung verabschieden.[37] Auch damit sei er einverstanden. Man solle aber etwas Substantielles aussagen. Die Experten seien dabei, den französischen Entwurf zu prüfen. Dann habe es noch eine französische Initiative bezüglich der Beteiligung der Außenminister gegeben. Die IEPG sei aber eine Sache der Verteidigungsminister. Der französische Botschafter habe gesagt, mit dieser Erweiterung solle die politische Bedeutung der Sache unterstrichen werden.[38] Dies habe ihn eher mißtrauisch gemacht.

AM *Dumas*: Man sei also einverstanden über die Prozedur. Man sollte jetzt die gemeinsame Erklärung ausarbeiten. Es zeichneten sich positive Möglichkeiten ab.

BM *Wörner* stimmte zu und nannte: Transportflugzeug, maritimes Aufklärungsflugzeug, Helikopter für die 90er Jahre (hier allerdings Probleme mit Sikorsky/Westland[39]).

VS-Bd. 14150 (010)

37 Vgl. dazu das Kommuniqué der Ministersitzung der IEPG am 28. April 1986 in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1986, D 366–368.

38 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 14. Februar 1986 Informationen des Ministerialdirektors Schnell, Bundesministerium der Verteidigung, über ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem französischen Botschafter am selben Tag. Morizet habe dargelegt, Frankreich sei überzeugt, daß die IEPG das richtige Gremium für die Abstimmung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Luftfahrt sei: „Man würde es in Paris begrüßen, wenn auf der IEPG-Ministersitzung am 28. April in Madrid zu diesem Thema eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden könnte. BM Wörner habe geantwortet, daß man die Behandlung des Themas in der IEPG unterstütze und auch dem Gedanken einer Deklaration zustimmen könne. Der Botschafter sei dann mit dem alten französischen Anliegen gekommen: Die Sache sei so bedeutsam, daß man die Anwesenheit der Außenminister bei der IEPG-Sitzung für erforderlich halte. Darauf habe BM Wörner sehr deutlich reagiert (Schnell: Damit habe ihn der Botschafter ‚auf dem falschen Fuß erwischt'.): Er handele im Auftrage des BK. So wie bei wichtigen außenpolitischen Angelegenheiten der Verteidigungsminister nicht erforderlich sei, so sei auch hier die Anwesenheit der Außenminister nicht erforderlich. Der Botschafter habe trotzdem weiter gedrängt. Es solle sich um einen einmaligen Fall handeln, es sei nicht an eine regelmäßige Übung gedacht. Die Anwesenheit der Außenminister für eine Stunde würde genügen. BM Wörner habe dies alles klar abgelehnt." Vgl. Referat 209, Bd. 148675.

39 Zur Krise des britischen Hubschrauberherstellers Westland vgl. Dok. 49, Anm. 6.

58

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.31-307/86 geheim **28. Februar 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Auswirkungen einer INF-Null-Lösung auf die mit dem Doppelbeschluß[4] und mit Montebello[5] verfolgten Ziele und Maßnahmen aus verteidigungspolitischer Sicht

Bezug: DB Nr. 194 vom 18.2.1986 aus Brüssel NATO – 201-252/86 VS-v (liegt bei)[6]

I. 1) Im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer westlichen Antwort auf die Abrüstungsvorschläge Generalsekretär Gorbatschows[7] sind auch in der Öffentlichkeit verschiedene Überlegungen zu den militär-strategischen Auswirkungen einer Null-Lösung im Bereich landgestützter Mittelstreckensysteme größerer Reichweite (LR-INF) diskutiert worden. Im Rahmen der Bündnisberatun-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. März 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 10. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte „f[ür] Rückspr[ache] StS M[eyer]-L[andrut] mit D 2 bei BM“.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Meyer-Landrut am 18. Juni 1986 erneut vorgelegen, der zum Rücksprachewunsch handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]“.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 19. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Braunmühl, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Rücksprache zurückgestellt.“
Hat Braunmühl am 19. Juni 1986 erneut vorgelegen.
Hat Adamek am 20. Juni 1986 erneut vorgelegen.

4 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

5 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12130 (201).
Botschafter Hansen, NATO (Brüssel), berichtete über ein Gespräch des Ständigen NATO-Rats mit dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, in Mons. In Ziffer III.2 führte er aus: „SACEUR sprach sich sehr kritisch hinsichtlich Null-Lösung mit Beibehalt von SS-20 in Asien aus. […] Jetzt weit größeres Bedrohungspotential als 1981, Betonung SS-21, 22 und 23 und Schwierigkeiten, unsererseits insoweit nachzuziehen, ‚back to Schmidt‘, keine ‚escalatory options‘ mehr. Er bejahte auf Frage belgischen Botschafters Auswirkungen auf Montebello. Niederländischer Botschafter wandte sich dagegen, P II durch P I b zu ersetzen. Rogers meinte, hier hätten die Deutschen ja Probleme. – Ich präzisierte, daß wir automatische Ersetzung ablehnten, daß es jedoch gelte, sich hinsichtlich Kurz- und Mittelstrecken-INF-Bedrohung die Optionen offenzuhalten, und wies auf bestehende P I a hin. Dieser Bereich müsse in Rüstungskontrolle einbezogen werden. Im übrigen sei es im Hinblick auf die öffentliche Meinung kaum möglich, jetzt Nulloptionen ganz abzulehnen, die mit einem Abbau der SS-20 in Europa verbunden seien.“ Vgl. VS-Bd. 12095 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

gen hat sich ferner SACEUR, General Rogers, hinsichtlich einer Null-Lösung bei LR-INF (unter Beibehaltung von SS-20 in Asien) kritisch geäußert (vgl. anliegenden DB, Ziffer III. 2.). SACEUR hat insbesondere auf eine gewachsene Bedrohung bei den SR-INF/SNF hingewiesen sowie die Möglichkeit von Auswirkungen einer Null-Lösung auf die Verwirklichung des Montebello-Beschlusses bestätigt, ohne diese jedoch näher zu spezifizieren. Es soll daher in Erinnerung gerufen werden, welche abgestimmten Äußerungen es in diesem Zusammenhang im Bündnis gegeben hat.

2) Mit dem Doppelbeschluß vom 12.12.79 hatte sich das Bündnis für die Stationierung von 572 landgestützten LR-INF-Systemen in Europa im Austausch gegen hier vorhandene Nuklearsysteme bzw. -gefechtsköpfe entschieden. Im Rational zu dieser Entscheidung (Ziffer 2 bis 13 des Integrated Decision Document/IDD vom 12.12.79[8] – PO/79/138 geheim) wurde als militär-strategische Begründung u. a. ausgeführt, daß der Warschauer Pakt auf dem Hintergrund des Erreichens strategischer Parität der SU mit den USA durch die Entwicklung großer und wachsender nuklearer Fähigkeiten (insbesondere der mobilen, zielgenauen SS-20 und des Backfire-Bombers) bei gleichzeitiger Modernisierung und Vermehrung kürzer reichender Nuklearsysteme die Bedrohung Westeuropas bedeutend erhöht hat. Dies könnte die SU zu der Auffassung verleiten, Westeuropa von einem Sanktuarium aus nuklear bedrohen zu können. Die Allianz hätte dem nur zunehmend alternde und verwundbarer werdende luftgestützte, ferner seegestützte, aber keine landgestützten LR-INF entgegenzustellen. Sie wäre daher mit einer wachsenden Lücke im Abschreckungsspektrum konfrontiert und mithin nicht mehr in der Lage, mit glaubhaften und angemessenen Mitteln auf die Bedrohung zu reagieren. Der im Doppelbeschluß enthaltene Rüstungskontrollansatz wurde dabei zwar als integraler Bestandteil der der Stabilität dienenden Sicherheitspolitik gewertet (Ziffer 10 IDD), der jedoch komplementär zur LR-INF-Modernisierung hinzutrete (Ziffer 23(1) IDD). Ein Null-Lösungsergebnis war als „highly unlikely" (Ziffer 11 IDD) angesehen worden. Die Bereitschaft, Rüstung zu begrenzen und die strategische Rolle der Nuklearwaffen nicht zu erhöhen, wurde durch die im Doppelbeschluß als zusätzliches Element aufgenommene Ankündigung unterstrichen, 1000 nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abzuziehen.

3) Auf ihrer Ministertagung vom Oktober 1983 in Montebello/CDN hatte ferner die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der NATO beschlossen, das beim Doppelbeschluß bereits 1980 um 1000 nukleare Gefechtsköpfe verminderte Nuklearpotential der Allianz in Europa um weitere 1400 Gefechtsköpfe in den nächsten 5 bis 6 Jahren zu verringern. Das Rational des Montebello-Beschlusses (Kap. II. des Abschlußberichts der High Level Group an die NPG-Minister vom 5.10.83[9]) unterstreicht die Bedeutung von nuklearen Kurz- und Mittelstreckensystemen (SR-INF/SNF) für die sicherheitspolitischen Ziele des Bündnisses. Der Mindestbestand an Nuklearwaffen müsse die defensive Ausrichtung der NATO berück-

8 Korrigiert aus: „17.12.79".
Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

9 Für den „Final High Level Group Report to the NPG Ministers" vom 5. Oktober 1983 vgl. VS-Bd. 12037 (201). Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 280.

sichtigen sowie die Notwendigkeit für eine weite Streuung von SR-INF/SNF und für breite nationale Beteiligung. Er müsse die Entschlossenheit des Bündnisses, erforderlichenfalls zu eskalieren, („and the 1979 LRINF modernization decision is of course a most powerful expression of it", Kap. II. C.) und die größere Flexibilität relativ weiter reichender Systeme widerspiegeln. In diesem Sinne soll die beschlossene Reduzierung des Nuklearpotentials der Allianz in Europa auf den zur Aufrechterhaltung wirksamer Abschreckung notwendigen Minimalumfang führen (Kap. V. A.), wobei Systeme mit kurzer Reichweite bei den Reduzierungen besonders zu berücksichtigen seien (Kap. VI. B. 2.). Gleichzeitig sollen die verbleibenden Nuklearwaffen in bezug auf ihre Überlebensfähigkeit, Reaktionsfähigkeit und Wirksamkeit verbessert werden, um den bestmöglichen Beitrag zur Abschreckung zu leisten (Kap. IV. A.).

II. Nachstehend sollen Konsequenzen aufgezeigt werden, die sich aus einer Null-Lösung nach Vollzug des von Präsident Reagan in dessen Antwort an Generalsekretär Gorbatschow[10] unterbreiteten Dreistufenplans im Hinblick auf die mit dem Doppelbeschluß und mit dem Montebello-Beschluß verfolgten Ziele und beabsichtigten Maßnahmen ergeben. (Dieser Dreistufenplan wird noch durch das BMVg militär-strategisch zu bewerten sein. BM Wörner hat allerdings laut FAZ vom 26.2. bereits „als deutscher Verteidigungsminister" erklärt, die Sicherheit werde bei einer Verwirklichung dessen, was die Reagan-Antwort fordere, „besser", vgl. Anlage[11]).[12]

1) Durch eine Null-Lösung würde dem Bündnis eine wesentliche Option für den selektiven Nukleareinsatz größerer Reichweite genommen. Die gerade durch die LR-INF-Modernisierung im Rahmen des Doppelbeschlusses gesicherte Eskalationsfähigkeit der NATO würde eingeschränkt. Die derzeit wirksamsten Mittel, um im Konfliktfall auch sowjetisches Territorium von Europa aus ggf. haftbar machen und damit die SU in überzeugendster Weise von militärischen Abenteuern in Europa abhalten zu können, würden entfallen. Diese Aufgabe würde sich auf die anderen weiter reichenden Nuklearsysteme der NATO konzentrieren, die sie nur begrenzt erfüllen können: von einer Anzahl SACEUR unterstellter seegestützter amerikanischer Nuklearraketen (SLBM) sowie von LR-INF-Flugzeugen (amerikanische F-111 in GB), die sich jedoch einer zunehmend verbesserten Luftverteidigung des Warschauer Pakts gegenübersehen. Darüber hinaus erscheint zweifelhaft, ob die britischen und französischen strategischen Systeme selbst bei voller Realisierung der beabsichtigten Modernisierungsprogramme dem Westen die für eine ausreichende Eskalationsfähigkeit erforderliche Einsatzflexibilität bringen werden. Sie ersetzen jedenfalls nicht die koppelnde Wirkung amerikanischer LR-INF in Europa – und deren Abschreckungswirkung auch nur begrenzt. Für die SU würde ein Verzicht auf landgestützte LR-INF (auch bei Einbeziehung von SS-20 in Asien) hingegen die Einsatzflexibilität gegenüber NATO-Europa nur geringfügig einschränken. Die

10 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

11 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12130 (201).
Für den Artikel „Hat Bonn eine Nachbesserung durchgesetzt?" vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Februar 1986, S. 4.

12 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

SU behielte ein breites und überlegenes[13] Spektrum von den konventionellen bis zu den nuklearstrategischen Optionen gegenüber Westeuropa.

2) Ein weiteres Problem ergäbe sich aus der Tatsache, daß die LR-INF-Stationierung im Wege des Austauschs gegen in Europa vorhandene Nuklearsysteme bzw. -gefechtsköpfe durchgeführt wird. Dies hat den Fortfall amerikanischer SR-INF in D bewirkt (Pershing Ia (PIa) für PII). Schon jetzt sind militärische Forderungen aus den USA erkennbar, im Falle einer Null-Lösung einen durch Rüstungskontrollvereinbarung einzuräumenden Spielraum bei SR-INF (infolge gleicher Obergrenzen)[14] mit eigenen Systemen auszufüllen. Eine Wiedereinführung bereits abgezogener, ggf. auch modernisierter Systeme (Problematik PIb) dürfte Schwierigkeiten, insbesondere mit der europäischen Öffentlichkeit, bereiten und könnte unser Land stärker singularisieren. Die anstehende Modernisierung der PIa bei deutschen Streitkräften würde ohnehin – da bei einer LR-INF-Null-Lösung als weitestreichendes Raketensystem in D besondere Aufmerksamkeit genießend – schon mit zusätzlichen Problemen konfrontiert.

3) Auswirkungen auf Montebello, und damit incidenter Überlegungen, diesen Beschluß zu überprüfen, sind bereits von SACEUR angedeutet worden. Nach unserer Einschätzung könnte SACEUR folgende Möglichkeiten erwägen:

– Überprüfung des Reduzierungsumfangs mit der Folge geringeren Abbaus von Nukleargefechtsköpfen als vorgesehen und ggf. Rückführung abgezogener Gefechtsköpfe – es ist nicht zu erwarten, daß das Nuklearpotential der NATO im Falle einer Null-Lösung um weitere, zumal modernste (bis zu 572) Nuklearsysteme ohne jeden Ausgleich verringert würde;
– Drängen mit größerem Nachdruck als bisher auf eine Verbesserung des verbleibenden Nuklearpotentials – u.a. Modernisierung der Lance, Artillerie, PIa;
– Forderung nach Erhöhung des Nuklearpotentials in Europa – allerdings kann die fehlende Option eines selektiven Nukleareinsatzes über größere Reichweite (LR-INF) nicht durch ein Mehr an (SR-INF/SNF-) Nuklearwaffen ersetzt werden;
– Abstandnahme vom Gedanken weiterer Reduzierungen bis 1994, die SACEUR auf der 37. NPG-Tagung in Luxemburg 1985[15] angedeutet hatte.

Ferner könnte eine ausgewogenere, vor allem in unserem Interesse liegende Verteilung der Nuklearwaffen innerhalb des europäischen Bündnisgebiets zusätzlich erschwert werden. Entsprechende Pläne SACEURS begegnen bereits jetzt Vorbehalten jener Bündnispartner, die nach einer Umverteilung einen größeren Anteil an Nuklearwaffen als bisher in ihrem Land übernehmen müßten.

Nicht zuletzt widerspräche ein vollständiger Verzicht der NATO auf landgestützte LR-INF dem mit dem Montebello-Beschluß verfolgten Ziel, den Schwer-

13 Die Wörter „und überlegenes“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

14 Die Wörter „(infolge gleicher Obergrenzen)“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

15 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 82.

punkt von den kurz- zu den weiter reichenden Nuklearwaffen des Bündnisses zu verlagern.

4) Ein weiteres Problem ist im Hinblick auf die NL-Entscheidung von Ende 1985[16] zu sehen, der zufolge die NL zwei nukleare Rollen (davon eine im INF-Bereich) zugunsten der CM-Dislozierung bei[17] Beibehaltung der nuklearen Lance und Artillerie aufgeben wollen. Die NL-Regierung hat zwar ihren Bündnispartnern eine Überprüfung dieser Entscheidung bei Erzielen einer konkreten INF-Rüstungskontrollvereinbarung zugesagt. Der Reduzierungsbeschluß dürfte dennoch schwer umzukehren sein. Die zu erwartenden Widerstände in der NL-Öffentlichkeit dürften kaum geringer sein als diejenigen gegenüber der INF-Stationierung.

Insgesamt verringert sich die Abschreckung (Wiederherstellung relativer Unverwundbarkeit sowjetischen Territoriums), vermindert sich die Chance zur Hebung der Nuklearschwelle (Montebello) und wächst die Gefahr eines lokalen Nuklearkonflikts in Mitteleuropa (die SU kann sich leisten zu testen, ob wir auf einen konventionellen Angriff mit nuklearen Kurzstreckenwaffen antworten).[18]

III.[19] Sowohl im Doppelbeschluß als auch im Montebello-Beschluß (Kap. I.E.) wird die Möglichkeit einer LR-INF-Null-Lösung zwar grundsätzlich gesehen, jedoch als wenig wahrscheinlich eingeschätzt. Der konkrete Reduzierungsvorschlag von Montebello geht letztlich von LR-INF-Stationierungen aus (Kap. V.A.).

Dennoch muß die Realisierung der Null-Lösung, die in ihrem politischen Zusammenhang zu sehen ist, nicht ausgeschlossen werden. Hierbei wird es wichtig sein, darauf zu achten, daß sich die sicherheitspolitische Lage in Europa nicht zu unserem Nachteil entwickelt. Mehr Sicherheit könnte eine Null-Lösung dann bieten, wenn gleichzeitig oder in einem verbundenen Prozeß[20] Ungleichgewichte auf Ebenen unterhalb der LR-INF abgebaut und die Stabilität in Europa insgesamt gestärkt würden.

Braunmühl

VS-Bd. 12130 (201)

16 Am 1. bzw. 29. November 1985 beschloß die niederländische Regierung, bis Ende 1988 48 amerikanische Marschflugkörper auf dem Luftwaffenstützpunkt Woensdrecht zu stationieren, dafür jedoch den Jagdbomber vom Typ F-16 sowie das Jagdflugzeug Orion aus ihrer Rolle als nukleare Trägersysteme herauszunehmen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 320 und Dok. 329.

17 Die Wörter „CM-Dislozierung bei“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

18 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

19 Diese Ziffer wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

20 Die Wörter „oder in einem verbundenen Prozeß“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

59

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-1250/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 28. Februar 1986, 15.11 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 192 **Ankunft: 28. Februar 1986, 16.27 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 30/86

Betr.: MBFR;
hier: Östlicher Entwurf vom 20. Februar 1986 für ein „Abkommen über erste Verminderungen von Truppen und Rüstungen der Landstreitkräfte der Sowjetunion und der USA und über die nachfolgenden Nichterhöhungen der Streitkräfte und Rüstungen der Seiten und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa“[2]

Zur Information

Als Anlage wird eine Bewertung des jüngsten östlichen Verhandlungsschritts vom 20. Februar 1986 aus der Sicht der Delegation übermittelt, die anschließende östliche Erläuterungen sowie bisherige Erörterungen im westlichen Kreise berücksichtigt. Ein zweiter Teil mit Analyse der neuen Elemente sowie Schlußfolgerungen für die westliche Verhandlungsführung folgt mit engerem Verteiler.[3]

Ich beabsichtige, mich bei der für die nächste Woche in der AHG angesetzten Diskussion zur Einschätzung der Verhandlungslage auf dieser Linie zu äußern.

[gez.] Holik

1 Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 3. März 1986 vorgelegen.

2 Botschafter Ruth notierte am 18. Februar 1986, in der informellen Sitzung am selben Tag hätten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten die Vorlage eines Vertragsentwurfs in der Plenarsitzung vom 20. Februar 1986 angekündigt: „Nach der knappen Vorabunterrichtung geht es um: ständige Kontrollpunkte (wie in Gorbatschow-Erklärung vom 15.1.) anstelle nur während der Reduzierungen besetzter; Inspektionen, wenn sie ‚wohlbegründet‘ sind (ähnlich Vorschlag vom 8.2.1983: Inspektion auf Antrag, mit Ablehnungsrecht des betroffenen Staates); Eingehen auf westliche Größenordnung für sowjetische Anfangsreduzierungen (11 500 Mann), bei Gegenvorschlag für US-Reduzierungen (6500 Mann, statt vom Westen vorgeschlagene 5000 Mann), wie bereits im Plenum am 6.2. in Aussicht gestellt.“ Vgl. VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
Für den von der DDR eingebrachten Abkommensentwurf vgl. Referat 221, Bd. 130144.

3 Am 3. März 1986 berichtete Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), ergänzend: „Ein Eingehen auf den Vorschlag des Ostens, auf der Basis seines Abkommensentwurfs in die Erarbeitung eines Abkommenstexts einzutreten, wird von der AHG geschlossen abgelehnt. Der Westen würde damit seinen Wert aufwerten und den Osten aus dem Druck auf Bewegung in den offenen Substanzfragen entlassen. […] Bei der notwendigen Annäherung gegensätzlicher Positionen ist indes der Osten am Zuge. Weitere westliche Konzessionen anzubieten, ist – kaum drei Monate nach der Dezember-Initiative – weder angebracht noch im Bündnis durchzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; VS-Bd. 11468 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Folgt Anlage

1) Der vom Osten am 20. Februar 1986 vorgelegte Entwurf für ein Phase-I-Abkommen formalisiert die am 14. Februar des Vorjahres[4] eingeführten „Grundbestimmungen" für ein solches Abkommen, ergänzt durch Elemente aus früheren östlichen Vorschlägen, durch Umsetzung in Vertragsform und Vertragssprache. In der Substanz bringt es keine nennenswerten Veränderungen der östlichen Verhandlungsposition. Insbesondere sind die Ergänzungsvorschläge, die der Westen in seiner Initiative vom 5.12.85[5] mit der grundsätzlichen Annahme des östlichen Konzepts als Verhandlungsrahmen und insbesondere mit seiner Konzession in der Datenfrage verbunden hat, im wesentlichen unberücksichtigt geblieben.

– Der Osten bleibt bei der Einbeziehung von Waffen sowohl in Anfangsreduzierungen wie auch in die Nichterhöhungsverpflichtung.
– Die Nichterhöhungsverpflichtung soll weiterhin auf nationaler und kollektiver Basis gelten.
– Reduzierungen sollen in Einheiten der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen durchgeführt werden.
– Der Osten sieht zwar erstmals mit Informationsaustausch und Ortsinspektionen Maßnahmen zu Verifizierung der NEV[6] vor, die in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung jedoch weit hinter objektiven Erfordernissen zurückfallen.

2) Wesentlicher Bestandteil des östlichen Verhandlungsschritts ist der Vorschlag, auf der Basis des östlichen Abkommensentwurfs in die gemeinsame Erarbeitung eines Abkommenstexts einzutreten. Der Osten versucht damit, die vom Westen bekundete Bereitschaft, das östliche Konzept als Verhandlungsrahmen zu akzeptieren, offensiv umzufunktionieren. Nach der für den Osten überraschend erfolgreichen und öffentlich wirksamen Präsentation der westlichen Dezember-Initiative soll suggeriert werden, daß der Osten sowohl an der Verhandlungssubstanz wie auch prozedural die Initiative zurückgewonnen hat. Diese taktische Überlegung könnte auch den Zeitpunkt der Einführung des Abkommensentwurfs – unmittelbar vor Beginn des Parteikongresses der KPdSU[7] – mitbestimmt haben.

3) Von solchen taktischen Erwägungen abgesehen, wirft die offensichtliche Diskrepanz zwischen markanten Erklärungen insbesondere der sowjetischen Führung und dem dürftigen Inhalt des neuen östlichen Vorschlags schwerwiegende Fragen im Hinblick auf die östlichen Absichten bei MBFR auf. Der jetzige Verhandlungsschritt kann kaum mit einer politischen Entscheidung in Moskau in Zusammenhang gebracht werden, einen Durchbruch in den Verhandlungen zu suchen. Daraus folgt nicht unbedingt, obgleich die hiesige sowjetische Delegation diesen Eindruck zu vermitteln versucht, daß der Osten bereits endgültig gegen die vom Westen geforderten Konzessionen auf dem Gebiet der Verifika-

4 Am 12. bzw. 14. Februar 1985 führten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten in Wien Elemente für ein Interimsabkommen ein. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 45.
5 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1985, II, Dok. 339.
6 Nichterhöhungsverpflichtung.
7 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

tion entschieden hat. Denkbar ist auch, daß Moskau in der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation schwierige Entscheidungen bei MBFR aussparen will und zunächst darauf setzt, den westlichen Datenverzicht zu kassieren und den eigenen Preis für ein Phase-I-Abkommen weiter herunterzuhandeln. Hierfür spricht die Argumentationslinie des DDR-Delegationsleiters in Wien[8], der den Verhandlungsschritt vom 20. Februar nicht als Antwort auf die westliche Dezember-Initiative, sondern als „Elaboration" des östlichen Vorschlags vom Februar 1985 darstellt und der signalisiert, daß der Osten in der Verifikationsfrage – einschließlich des Rechts auf Inspektionen – noch nicht das letzte Wort gesprochen hat.

4) Wie auch immer der Motivationshintergrund zu bewerten ist – als Fazit ist festzuhalten, daß der Osten zu einer Zeit, wo Gorbatschow für die Abrüstung und insbesondere für die Verifikation einen entschiedenen Bruch mit bisherigen Verhaltensmustern verkündet, der Osten jedenfalls in Wien keinerlei Bereitschaft demonstriert, die Verhandlungen aus dem alten Gleis herauszuführen.

5) In dieser Situation muß für den Westen oberste Maxime bleiben, die Verhandlungen als Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit der proklamierten östlichen Absichten zu benutzen. Gegenüber der Gegenseite wie auch der Öffentlichkeit muß klargestellt werden, daß ein Durchbruch in Wien von einer „angemessenen östlichen Reaktion auf die neuen und weiterführenden westlichen Dezember-Vorschläge" (MdB Bahr in Wien) abhängt und daß der jüngste östliche Verhandlungsschritt noch keine solche Antwort ist. Auf dieser Linie wird der Tenor der westlichen Erklärungen in den verbleibenden Wochen dieser Verhandlungsrunde[9] wie auch der informellen Gespräche mit östlichen Verhandlungsteilnehmern bleiben. Begleitende Demarchen unserer Botschaften in Osteuropa (nach amerikanischem und britischem Vorbild) könnten hilfreich sein, um die Festigkeit und Geschlossenheit des Westens in dieser Frage zu unterstreichen.[10]

VS-Bd. 11518 (221)

8 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 19. Februar 1986, in der informellen Sitzung am Vortag habe der Leiter der MBFR-Delegation der DDR, Wieland, auf die Frage des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Blackwill, „ob jetziger östlicher Schritt eine endgültige Antwort auf westliche Dezember-Initiative sei oder ob der Osten während dieser Runde noch mehr bringe", ausgeführt, „daß der östliche keine Antwort und kein Gegenvorschlag, sondern vielmehr eine Elaborierung des Konzepts vom 14. Februar 1985 sei, die westliche Vorstellungen berücksichtige. Ob der Westen in dieser Runde noch mehr höre, hänge – so SU-DL – von der westlichen Haltung und Antwort ab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 148; VS-Bd. 11473 (221); B 150, Aktenkopien 1986. Für die Äußerungen von Wieland vom 20. Februar 1986 vgl. Referat 221, Bd. 130144.

9 Zur 38. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 30. Januar bis 20. März 1986 in Wien vgl. Dok. 81 und Dok. 82.

10 Vortragender Legationsrat Neubert teilte der MBFR-Delegation in Wien am 3. März 1986 mit: „Der sowj[etische] Abkommensentwurf hat uns vom Zeitpunkt her überrascht, sein Inhalt nicht. Es ist ein taktischer Zug, der den Druck der westl[ichen] Initiative mindern und dem Osten Image- und Prozedurvorteile bringen soll. […] Es war richtig vom Westen, den Entwurf öffentlich negativ einzustufen, um dem Osten die erhofften taktischen Vorzüge zu verwehren. Wir wollen jedoch nicht kurzfristige Taktik und die notwendige Analyse ‚über den Tag hinaus' vermischen. Wir haben jetzt keine entscheidende Konzession des Ostens erwartet, die ein baldiges, substantielles Ergebnis in Reichweite rücken würde: a) Solange die Entwicklung USA/SU und West/Ost längerfristig, strategisch und rüstungskontrollpolitisch für den Osten nicht deutlicher einschätzbar ist, wird er keine

60

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-411.10 ARG-181/86 geheim **3. März 1986**[1]

Betr.: Gespräch BM mit dem britischen Botschafter[2] am 4.3.1986;
hier: Britische Bedenken gegen Lieferung von Torpedos SUT-264 nach Argentinien[3]

Bezug: Telefongespräch VLR Dr. von Lukowitz/LR I Horsten vom 3.3.1986

Anlg.: 1 (nur bei erstem Exemplar)[4]

I. Sach- und Entscheidungslage wird für das Gespräch mit dem britischen Botschafter wie folgt zusammengefaßt:

1) Nach BSR-Entscheid vom 4.3.1985 wurde Fa. AEG die Herstellung von 12 Torpedos SUT-264 genehmigt, die von der argentinischen Marine in Auftrag gegeben worden sind. Der Torpedo SUT-264 ist auch zur Bekämpfung von Unterwasserzielen (U-Boote) geeignet. Die Herstellungsgenehmigung wurde mit der Einschränkung versehen, daß hieraus für die nach Fertigstellung der Torpedos in ca. 2 1/2 Jahren gesondert zu beantragende Genehmigung der Ausfuhr nach Argentinien keine Ansprüche hergeleitet werden können. Hierzu bedarf

Fortsetzung Fußnote von Seite 335

Substanzkonzessionen in Aussicht stellen. b) Dies um so mehr in Wien, wo der Osten kein eigenes Interesse am Abschluß hat und abwarten kann: Warum sollte er dazu beitragen, 300 000 eigene Streitkräfte zu reduzieren, solange nicht zwingende politische Gründe oder ein günstiges ‚Quidproquo' es nahelegen?" Vgl. den Drahterlaß Nr. 1689; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 5. März 1986 berichtete Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation): „Die Diskussion in der AHG am 4. März über Einschätzung der gegenwärtigen Verhandlungslage und Konsequenzen für die weitere westliche Verhandlungsführung ergab bei teilweise unterschiedlicher Bewertung der mit dem jüngsten östlichen Verhandlungsschritt verbundenen Absichten und Motive volle Unterstützung aller Delegationen für eine aktive Verhandlungsführung, um die im Dezember gewonnene Initiative für den Westen aufrechtzuerhalten und den Druck auf den Osten vor allem in der Verifikationsfrage zu verstärken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 211/212; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 12. März 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schneppen verfügte.

2 Julian Bullard.

3 Ministerialdirigent Loeck vermerkte am 12. Dezember 1984, daß das Bundesministerium der Verteidigung Bedenken gegen die Herstellung und Ausfuhr von Torpedos nach Argentinien aufgegeben habe. Bundesminister Schäuble habe am 10. Dezember 1984 die Auffassung vertreten, daß einem entsprechenden Produktionsantrag der Firma AEG-Telefunken stattgegeben, über eine Exportgenehmigung allerdings erst später entschieden werden könne: „Die besondere Problematik dieses Falles liegt in dem britischen Bemühen […], eine Lieferung des Torpedos SUT-264 nach Argentinien zu verhindern, da angesichts der von argentinischer Seite formell nicht beendeten Feindseligkeiten um die Falkland-Inseln der Torpedo SUT-264 eine große Bedrohung für die im Südatlantik operierenden britischen U-Boote darstellen würde." Vgl. Referat 424, Bd. 135779.
Am 25. März 1985 schrieb Bundeskanzler Kohl Premierministerin Thatcher: „Ich versichere Ihnen, daß die Bundesregierung die Ausfuhr dieser Waffen nicht genehmigt hat und nicht genehmigen wird, solange sich die Verhältnisse im Südatlantik nicht konsolidiert haben." Vgl. VS-Bd. 13727 (422); Aktenkopien 1985.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 10.

es aufgrund der dann herrschenden politischen Verhältnisse einer gesonderten Entscheidung der Bundesregierung.

2) Der britische Botschafter war in einem Gespräch mit BM Genscher am 10.1. 1985[5] über dieses Vorhaben unterrichtet worden.[6] Dabei wurde insbesondere verdeutlicht, daß es zur Genehmigung der Ausfuhr nach Fertigstellung der Torpedos einer durch die Herstellungsgenehmigung nicht präjudizierten besonderen Entscheidung der Bundesregierung bedarf.

3) Vertreter der britischen Botschaft – Gesandter[7] und Wehrtechnischer Attaché[8] – sind nunmehr bei Vorsprachen im Auswärtigen Amt erneut auf das Thema zu sprechen gekommen. Britische Besorgnisse bestünden wegen formell weiterhin nicht beendeter Feindseligkeiten mit Argentinien[9] fort. Schwierigkeiten bereite auch Absicht italienischer Firmen, mit Argentinien wegen Lieferungen eines vergleichbaren Torpedos ins Geschäft zu kommen. Deutsche Haltung sei auch im Hinblick auf Haltung italienischer Regierungsstellen zu diesen Plänen bedeutsam.

Britische Botschaft überließ außerdem Kopie eines Schreibens von PM Thatcher an BK Kohl (Anlage[10]), das auf gesprächsweise geäußertes Verständnis des Kanzlers für britische Besorgnisse abhebt.

Botschaftsvertreter wurden auf seit o. a. Gespräch unveränderte Sach- und Entscheidungslage verwiesen. Gegenwärtig bestehe kein Entscheidungsbedarf, da mit Fertigstellung der Torpedos erst in ca. 1 1/2 Jahren zu rechnen sei.

Die Entscheidung müsse sodann von der Bundesregierung insgesamt getroffen werden, so daß Absprachen zwischen PM Thatcher und BK Kohl in dieser Frage, deren Interpretation nicht Sache des Auswärtigen Amtes sein könne, selbstverständlich Berücksichtigung fänden.

5 Korrigiert aus: „11.1.1985".

6 In dem Gespräch am 10. Januar 1985 legte Bundesminister Genscher dem britischen Botschafter Bullard dar, daß zunächst nur eine Genehmigung für die Herstellung der Torpedos vom Typ „SUT-264" erteilt werde: „Sie werde mit dem Vorbehalt versehen werden, daß damit kein Anspruch auf Ausfuhrgenehmigung erzeugt werden sollte. Über den Export sei erst in etwa 2 1/2 Jahren zu entscheiden, wenn die Lieferung erfolgen sollte. BM fragte B[ullard], ob er eine Aussage über die Lage zwischen GB und Argentinien in etwa 2 1/2 Jahren machen könne. B. entgegnete, wenn sie so aussähe wie heute, sei GB gegen diesen Export." Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holubek vom 14. Januar 1985; Referat 010, Bd. 178900.

7 Nigel C. R. Williams.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel sprach am 27. Februar 1986 mit dem britischen Botschaftsrat Chambers. Vortragender Legationsrat Daum vermerkte dazu am selben Tag, daß Chambers auf dem Unterschied zwischen der „in jeder Hinsicht offenen Haltung des Auswärtigen Amtes" und der von Bundeskanzler Kohl gegenüber der britischen Premierministerin zum Ausdruck gebrachten „deutlich negativen Stellungnahme" bestehe. Diese habe Thatcher dahingehend verstanden, „daß einer solchen Lieferung nicht zugestimmt werde". Vgl. VS-Bd. 13732 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

9 In der Nacht vom 1. auf den 2. April 1982 besetzten argentinische Streitkräfte die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108 und Dok. 110.
Am 21. Mai 1982 landeten britische Truppen auf den Falkland-Inseln. Am 15. Juni 1982 kapitulierten die dortigen argentinischen Truppen; zeitgleich trat ein Waffenstillstand in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben der Premierministerin Thatcher vom 1. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12995 (205).

II. Britischem Botschafter könnte somit auf Anfrage erwidert werden:
– Entscheidungslage bezüglich der von Argentinien gewünschten Torpedos SUT-264 ist seit Gespräch vom Januar 1985 unverändert: Herstellungsgenehmigung für 12 Torpedos SUT-264 wurde bekanntlich erteilt, jedoch mit der Einschränkung, daß für die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung nach Fertigstellung der Torpedos in nunmehr ca. 1 1/2 Jahren eine gesonderte politische Entscheidung der Bundesregierung erforderlich ist. Die Ausfuhrgenehmigung wird durch die Erteilung der Herstellungsgenehmigung nicht präjudiziert.
– Diese Entscheidung ist durch die Bundesregierung insgesamt zu treffen. Sollten britische Bedenken fortbestehen, werden sie selbstverständlich zu berücksichtigen sein, wie dies auch in dem Schreiben PM Thatchers an BK Kohl zum Ausdruck kommt. Interpretation des dort in Bezug genommenen Gesprächsinhalts kann jedoch nur durch den Kanzler selbst erfolgen.[11]

Nagel

VS-Bd. 12995 (205)

61

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 496 **Aufgabe: 3. März 1986, 10.25 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 3. März 1986, 13.26 Uhr**

Betr.: 47. deutsch-französische Konsultationen der Staats- bzw. Regierungschefs in Paris am 27. und 28.2.1986;
hier: Protokollnotizen von der Plenarsitzung

Entsprechend der Bitte des Bundeskanzleramts werden nachstehend Protokollnotizen von der Plenarsitzung vom 28.2.1986 übersandt. Sie stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch Bundeskanzler und beteiligte Minister.

Um Mitteilung evtl. Korrekturen wird gebeten.

[gez.] Schoeller

11 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 11. März 1986 bat der britische Botschafter Bullard, die in Deutschland produzierten Torpedos nicht an Argentinien zu liefern: „Solange Argentinien nicht der Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik Absage erteilt hätte, habe GB große Befürchtungen." Genscher erwiderte, „daß die Entscheidungslage seit dem Gespräch mit dem Botschafter vom vergangenen Jahr unverändert sei. Eine Produktionsgenehmigung sei erteilt; eine Ausfuhrgenehmigung gebe es nicht. Eine Entscheidung hierüber sei erst in 1 1/2 Jahren fällig. Die Produktionsgenehmigung präjudiziere, wie bekannt, nicht die Ausfuhrgenehmigung. Deshalb rate er, es zunächst hierbei zu belassen. Bundesregierung werde abwarten, wie die Dinge sich entwikkelten. In 1 1/2 Jahren sehe die Welt vielleicht ganz anders aus. Dann würde sorgfältig entschieden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178900.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 35.

Folgt Anlage

1) Präsident Mitterrand sprach seinen Dank für die aktive Teilnahme[2] der deutschen Delegation aus. Die Gespräche hätten in gutem Klima stattgefunden und seien der Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, auch für Europa, gerecht geworden.

2) Bundeskanzler Kohl dankte für die Gastfreundschaft. Man habe weitere Fortschritte bei der Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gemacht. Dies sei eine Entwicklung, der er mittel- und langfristig ganz besondere Bedeutung beimesse. Von dieser Zusammenarbeit gehe ein Signal des Willens zum Frieden zwischen beiden Völkern aus, aber auch des Willens, die Freiheit zu verteidigen.

3) Außenminister Dumas berichtete über das Ergebnis der vier Besprechungen, die er mit BM Genscher sowie anderen deutschen Ministerkollegen geführt habe.

Das gemeinsame Treffen der Außen- und Verteidigungsminister[3] habe zu einem Tour d'horizon der Ost-West-Fragen geführt, einschließlich der SDI-Problematik. Die deutsche Seite habe über die von BM Bangemann kürzlich in USA geführten Gespräche[4] berichtet. Weiterhin hätten Fragen der militärischen Kooperation im Vordergrund gestanden. Angeschlossen habe sich eine Analyse der jüngsten Gesprächskontakte USA/UdSSR, insbesondere der Antwort von Präsident Reagan auf die Abrüstungsofferte Gorbatschows.[5]

Bei dem sog. Kulturfrühstück habe man sich über den Plan eines deutsch-französischen Gipfels mit kulturellem Schwerpunkt unterhalten, der im Herbst 1986 in der Bundesrepublik stattfinden solle.[6] Diesem Gipfel solle ein Kulturforum in Frankreich vorausgehen, und zwar im Juni in Paris und im Juli in Avignon[7], im Rahmen des dann stattfindenden Festivals[8]. Auf diesem Forum sollten bedeutende Persönlichkeiten des Kultur- und Geisteslebens vertreten sein.

Man habe die Einsetzung einer Studiengruppe unter Leitung der beiden Kulturdirektoren der Außenministerien vereinbart. Diese Studiengruppe solle sich vor allem Fernsehfragen widmen, namentlich der Einführung neuer Technologien sowie der Einrichtung eines Europäischen Kultur-Fernsehkanals.

2 Korrigiert aus: „Folgt Anlage die aktive Teilnahme".
Korrigiert aufgrund der dem Bundeskanzleramt übermittelten Fassung des Drahtberichts. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70; B 150, Aktenkopien 1986.

3 Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und dem französischen Verteidigungsminister Quilès am 27. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 57.

4 Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

5 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an Gorbatschow vgl. Dok. 52.

6 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

7 Das deutsch-französische Kulturforum fand in zwei Teilen am 24./25. Juni 1986 zu den Bereichen Bildung und Wissenschaft bzw. am 22./23. September 1986 zu den Bereichen Künste, Buch und Film in Paris statt.

8 Das Festival d'Avignon fand vom 11. Juli bis 6. August 1986 statt.

Die dritte Besprechung sei der Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gewidmet gewesen. Man habe hier an die Gespräche angeknüpft, die er, Dumas, mit BM Genscher Anfang Januar in Paris geführt habe.[9] Man habe dabei drei Entscheidungen getroffen: die erste betreffe den Austausch von Beamten zwischen den beiden Außenministerien, die zweite beziehe sich auf einen Vertrag über den Austausch von Wissenschaftlern zwischen beiden Ländern, drittens habe man sich über eine Verstärkung der deutsch-französischen interministeriellen Kommissionen verständigt. Sie müßten wieder mehr als bisher die Ausführung der im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages[10] getroffenen Entscheidungen überwachen. Um den Kommissionen großen Einfluß zu geben, sei beabsichtigt, an ihre Spitze Koordinatoren mit politischem Gewicht zu stellen.

Die vierte Gesprächsrunde habe sich mit Europafragen befaßt. Zum einen sei es um die Verwirklichung des Binnenmarktes im Anschluß an das Luxemburger Reformpaket[11] gegangen. Hier sei die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vereinbart worden, in der vorab die deutsche und französische Haltung miteinander abgestimmt und harmonisiert werden solle. Weiter habe man über die gemeinsame Agrarpolitik gesprochen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Problem der Überschußproduktion sowie den daraus resultierenden Haushaltsschwierigkeiten.

4) BM Genscher fügte ergänzend hinzu, daß er und AM Dumas die Bekanntgabe von zwei Erklärungen empfehlen: die eine zur Verstärkung der politischen Zusammenarbeit[12], die andere zum Kulturgipfel.[13]

5) Bundeskanzler Kohl erklärte, er messe dem Kulturgipfel ganz besondere Bedeutung bei. Die deutsche Seite werde den Gipfel sehr sorgfältig vorbereiten. Die Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet sei insbesondere im Sprachbereich vordringlich. Hier erhoffe er sich von

9 Für das Gespräch am 7. Januar 1986 vgl. Dok. 2.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

11 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg; Dok. 2, Anm. 27.

12 Zur deutsch-französischen „Erklärung über die weitere Verstärkung der außenpolitischen Zusammenarbeit“ vom 28. Februar 1986 vgl. Dok. 57, Anm. 34.
Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris wurde ebenfalls der Text einer gemeinsamen Weisung an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen beider Staaten sowie an die Vertretungen bei den Internationalen Organisationen verabschiedet. Darin hieß es u. a., daß die Vertretungen einen „laufenden Meinungsaustausch über politische Probleme von gemeinsamem Interesse“ vornehmen, ihre „Auffassungen über die Entwicklung des Gastlandes“ auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet austauschen und sich gegenseitig bei der Erfüllung der konsularischen Aufgaben, insbesondere im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und bei der Betreuung der deutschen bzw. französischen Staatsangehörigen in den Gastländern, unterstützen sollten. Schließlich war die Zusammenarbeit bei der Kulturarbeit sowie im Gesundheitswesen und beim Übersetzungsdienst zu intensivieren. Zu diesem Zweck wurden das zuständige diplomatische Personal sowie die Militärattachéstäbe angewiesen, sich regelmäßig zu treffen, um Informationen auszutauschen und ihr Vorgehen abzustimmen. Für den Schrifterlaß des Staatssekretärs Meyer-Landrut vom 28. Februar 1986 vgl. Referat 202, Bd. 140625.

13 Für den Wortlaut der Erklärung vom 28. Februar 1986 über die 48. deutsch-französischen Gipfelkonsultationen mit kulturellem Schwerpunkt vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 237.

dem Kulturgipfel eine Signalwirkung. Der Ort des nächsten Gipfels sei zwar noch nicht endgültig festgelegt, ihm schwebe jedoch Frankfurt vor.

a) Finanzminister Bérégovoy berichtete über sein Gespräch mit BM Stoltenberg. Im monetären Bereich habe man über die Auswirkungen des Kursverfalls beim Dollar und die dazu abgegebenen widersprüchlichen Erklärungen, auch aus den USA, gesprochen. Angesichts der gegenwärtigen unkontrollierten Abwärtsentwicklung des Dollars sei es wichtig, den Devisenmärkten ein Signal zu geben. Diesbezüglich bestünden bereits enge Kontakte zwischen den europäischen Notenbankpräsidenten. Man habe auch die von amerikanischer Seite aufgebrachte Idee einer internationalen Währungskonferenz besprochen. Hier sei eine sorgfältige Prüfung erforderlich. Der Vorschlag dürfe nicht zum Propagandathema ausarten. Auch die deutsche Seite sei skeptisch eingestellt.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer habe durch den Ölpreisverfall eine neue Dimension bekommen. Man müsse über die Einrichtung einer neuen Fazilität zur Unterstützung der erdölexportierenden Entwicklungsländer nachdenken. Dies solle zunächst im EG-Rahmen besprochen werden. Die Pläne zur Stärkung der Rolle von IWF und Weltbank sowie der in Seoul von den USA aufgebrachte Baker-Plan[14] enthielten zwar wichtige Lösungsansätze. All dies gehe jedoch nicht schnell genug voran. Man müsse jetzt zu Entscheidungen kommen. Dabei sei sich die deutsche mit der französischen Seite einig, daß die Behandlung der Verschuldungsproblematik im Rahmen der bewährten Institutionen, insbesondere von IWF und Weltbank, gehalten werden müsse.

Bei einer Bewertung der weiteren Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und Frankreich hätten sich positive Ausblicke ergeben. Mit einem Zuwachs der Kaufkraft in Deutschland von nominal 5 Prozent würden sich die Aussichten für eine Erhöhung französischer Exporte verbessern. Die Wachstumsperspektiven (Deutschland bis zu 4 Prozent, Frankreich 3 Prozent) seien ebenfalls positiv, auch der Rückgang der Inflation (Frankreich jetzt 2 bis 2,5 Prozent). Durch den Rückgang der Erdölpreise sei eine Entlastung der französischen Handelsbilanz um 40 bis 50 Mrd. FF in diesem Jahr zu erwarten.

6) BM Stoltenberg wies ergänzend darauf hin, daß die Auswirkungen des Preisverfalls bei Erdöl auf die Verschuldung der Dritten Welt unterschiedlich seien. Erdölimportierende Entwicklungsländer würden in ihrer Handelsbilanz deutlich entlastet, erdölexportierende Länder, die außerdem eine hohe Verschuldung aufwiesen, gerieten demgegenüber in eine besonders kritische Lage. Hierzu sei eine intensive Erörterung angebracht, insbesondere auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank[15], aber auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel[16]. Die deut-

14 Zum Vorschlag des amerikanischen Finanzministers Baker vom 8. Oktober 1985 zur Überwindung der Schuldenkrise in den Entwicklungsländern vgl. Dok. 22, besonders Anm. 5.

15 Der Interimsausschuß des Gouverneursrats des IWF tagte am 9./10. April 1986, der gemeinsame Ministerausschuß der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer von realen Ressourcen (Entwicklungsausschuß) am 10./11. April 1986 in Washington. Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 15. April 1986, der Interimsausschuß sei zu folgenden Ergebnissen gelangt: „Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Bemühungen um die Förderung eines dauerhaften und preisstabilen Wachstums in den Industrie- und Enwicklungsländern fortzusetzen. Die gegenwärtige Schuldenstrategie soll auf der Basis der Baker-Initiative verstärkt fortgesetzt werden. Die zentrale Rolle des IWF, die wachsende Bedeutung der Weltbank bei der Sicherung zusätzlicher Kapitalströme und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank werden herausgestellt. Im Währungsbereich soll das Verfahren zur Überwachung der wirtschaftlichen Ent-

sche Skepsis gegenüber einer internationalen Währungskonferenz beruhe auch darauf, daß die verantwortlichen Regierungen und Notenbankpräsidenten jetzt alle ihre Kräfte auf die Beherrschbarkeit der Schuldenkrise konzentrieren müßten. Die Vorbereitung auf eine Weltwährungskonferenz würde diese Kräfte verzetteln. In diesem Zusammenhang müsse er ebenfalls feststellen, daß die in Seoul ins Auge gefaßten Maßnahmen[17], insbesondere betreffend Ausweitung der Rolle der Weltbank und der Regionalbanken, verbesserte Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank, Aktionen im Rahmen des Baker-Plans, noch nicht so schnell vorangekommen seien, wie dies zu hoffen gewesen wäre.

7) BM Bangemann gab einen Überblick über die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik. [18]Das reale Wachstum im laufenden Jahr könne bei vorsichtiger Schätzung auf 3 Prozent veranschlagt werden, andere Schätzungen, einschließlich derjenigen der Bundesbank, gingen bis zu 4 Prozent. Dieses Wachstum bewirke erstmalig auch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Man strebe an, den Handelsbilanzüberschuß nicht noch größer werden zu lassen. Man sehe sehr wohl die Probleme, die dadurch für die Handelspartner entstehen. Der deutsche Markt solle daher noch mehr geöffnet werden. Dies werde insbesondere Frankreich Chancen zur Erhöhung seiner Exporte einräumen.

Er rechne mit einer Ausweitung der Kaufkraft in der Bundesrepublik im laufenden Jahr um rd. 60 Mrd. DM (11 Mrd. durch Steuerreform, 6 Mrd. durch zusätzliche Sozialtransfers, 20 Mrd. als Folge des Ölpreisrückgangs, weitere 20 Mrd. aufgrund höherer Löhne). Insgesamt werde damit die Kaufkraft nominell um 5 Prozent zunehmen. Er sei im übrigen froh, in Frankreich eine parallele Entwicklung beobachten zu können. Man solle sich bemühen, diese parallele Entwicklung auch weiterhin im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftszusammenarbeit anzustreben.

Zum Thema „Airbus“ verwies BM Bangemann auf die vorliegende abgestimmte Presseerklärung.[19] Man habe sich insbesondere mit dem Zeitplan sowie der Abschätzung der Marktchancen für die geplanten neuen Modelle[20] befaßt. Beide Seiten seien sich einig, daß man die Entwicklung vorantreiben wolle. Dazu gehöre aber auch ein stärkeres Engagement der Industrie, unbeschadet der weiterhin bestehenden Notwendigkeit, öffentliche Gelder einzusetzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 341

wicklung in den Mitgliedstaaten verbessert und intensiviert werden.“ Zu den Ergebnissen des Entwicklungsausschusses stellte Jelonek fest: „Zur Stützung der mit substantieller Politikreform verbundenen Wachstumsstrategie für die Länder der Dritten Welt wird die Weltbank ihr Ausleiheprogramm ausweiten. […] Bis auf die USA sprachen sich alle Vertreter für eine IDA-Kapitalauffüllung von 12 Mrd. Dollar aus.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130569.

16 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 137.

17 Zur Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds unnd der Weltbank vom 8. bis 11. Oktober 1985 vgl. Dok. 5, Anm. 37.

18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 497 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

19 In der Erklärung vom 28. Februar 1986 hieß es: „Les deux gouvernements sont favorables à un renouvellement et à un élargement de la gamme Airbus; compte tenu de l'importance stratégique et financière de ce choix, ils sont convenus de demander à leurs industriels d'affondir, en liaison avec leurs autres partenaires, les études concernent le choix de l'appareil à développer, le calendrier de recherche – développement et production, le montage industriel et financier. Au vu des propositions de leurs industriels, les ministres responsables se rencontreront rapidement.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160435.

20 Zur Weiterentwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 10, Anm. 5.

Auch beim TGV seien gute Fortschritte gemacht worden.[21] Mitte des Jahres werde eine Studie vorliegen, die Entscheidungen möglich mache. Die eingerichtete Arbeitsgruppe solle sich im übrigen auch mit der Frage befassen, wie die beschlossene Untertunnelung des Ärmelkanals[22] in die Planung einbezogen werden könne.

Weitere Themen seien französische Elektrizitätslieferungen in die Bundesrepublik sowie Fortschritte in der Normenfrage gewesen. Bei der Normenfrage sei die Entwicklung sehr zufriedenstellend. Wegen der Auswirkungen auf eine Öffnung des Binnenmarktes sei dies ein wichtiges Thema für bilaterale Absprachen, vor allem im Hinblick auf Initiativwirkungen im europäischen Rahmen.

8) Verteidigungsminister Quilès berichtete über die Unterrichtung durch die deutsche Seite zu SDI, insbesondere zu den mit den USA geführten Verhandlungen.[23] Nach deutscher Einschätzung könne bis Ostern ein Kooperationsabkommen mit den USA ausgearbeitet werden. Allerdings werde eine starke Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Forschungsaufträgen nicht erwartet.

VM Quilès unterrichtete über den gegenwärtigen Stand der Planungen zur gemeinsamen Ausbildung von deutschen und französischen Offizieren.[24] Hierzu seien u. a. gemeinsame, mehrmonatige Lehrgänge vorgesehen. Weitere Einzelheiten würden demnächst in den für die Ausbildung zuständigen deutschen und französischen Gremien erörtert.

Weiter seien die gemeinsamen, für 1987 geplanten Manöver besprochen worden.[25] Diese fänden erstmals unter Beteiligung der Schnellen Eingreiftruppe (FAR[26]) statt. Auch hier würden zwischen den Generalstäben in den nächsten Monaten weitere Einzelheiten erörtert.

Frankreich habe die deutsche Seite über das Ergebnis der Sondierungen von Botschafter Arnaud in den verschiedenen europäischen Ländern[27] unterrichtet. Man habe jetzt eine Phase erreicht, in der konkret gemeinsame Strukturen für eine Zusammenarbeit im Bereich der Avionautik vereinbart werden können, im Rahmen der IEPG.

Weitere Gespräche seien zum Projekt des deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers[28] geführt worden. Hier habe es in der Entwicklung Ver-

21 Zur geplanten Einrichtung einer Schnellbahnverbindung zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Belgien vgl. Dok. 2, Anm. 39–41.

22 Zum britisch-französischen Projekt eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal vgl. Dok. 14, Anm. 6.

23 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 41, besonders Anm. 17.

24 Vgl. dazu die „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ vom 28. Februar 1986; Dok. 57, Anm. 36.

25 Die deutsch-französische Heeresübung „Kecker Spatz“ fand vom 17. bis 24. September 1987 in Baden-Württemberg und Bayern statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2219/2220 des Brigadegenerals Fraidel, Paris, vom 2. Oktober 1987; AAPD 1987.

26 Force d’action rapide.

27 Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Sonderbotschafters Arnaud am 25. November 1985 in der Bundesrepublik; Dok. 2, Anm. 38.

28 Bundesminister Wörner und der französische Verteidigungsminister Hernu unterzeichneten am 25. November 1983 eine Absichtserklärung zum Bau eines Panzerabwehrhubschraubers (PAH-II).

spätungen gegeben. In der Sitzung der Arbeitsgruppe für Rüstungszusammenarbeit vom 24.2.86 habe man verschiedene Maßnahmen besprochen, wie der reibungslose Fortgang des Projekts sichergestellt werden kann. Insbesondere gehe es darum, weitere Einsparungen zu erzielen, die Spezifikationen zu vereinfachen, ohne die Wirksamkeit des Panzerabwehrhubschraubers zu beeinträchtigen, sowie die beteiligten Industrien genauestens zu kontrollieren. Eine Evaluierung des Projektes sollte im April möglich sein. Insgesamt bestehe Anlaß, zufrieden über die jüngste Entwicklung in diesem für beide Seiten nicht unproblematischen Projekt zu sein.

9) Staatssekretär Rühl vermerkte, er sei mit diesem Bericht einverstanden.

10) Wissenschaftsminister Curien berichtete, er habe mit Forschungsminister Riesenhuber zunächst die gesamte Palette weltraumbezogener Projekte erörtert. Dabei sei auch das Projekt Hermes[29] zur Sprache gekommen. Im Bereich des Schnellen Brüters[30] hätten seit dem letzten Gipfel[31] verschiedene Sitzungen

Fortsetzung Fußnote von Seite 343

Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 122 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 28. November 1983; Referat 012, Bd. 124453.
Ihr folgte am 29. Mai 1984 eine Kooperationsvereinbarung über die Entwicklungsphase. Diese sah für die Bundeswehr ab 1993 212 Hubschrauber vor, die für das Panzerabwehrsystem vom Typ „Hot" und künftige Panzerabwehrflugkörper ausgelegt sein sollten. Für das französische Heer waren ab 1992 75 Hubschrauber in einer Schutz- bzw. Unterstützungsversion sowie ab 1996 140 Hubschrauber mit den Panzerabwehrflugkörpern der dritten Generation vorgesehen. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 564.
Referat 209 vermerkte am 20. Februar 1986, daß das Projekt „seit dem vergangenen Jahr zu einem Problemfall der Rüstungskooperation mit F" geworden sei. So wolle Frankreich ein europäisches Nachtsicht- bzw. Zielsuchgerät entwickeln und sei bereit, hierfür ggf. auch höhere Kosten in Kauf zu nehmen, wenn dadurch eine Beschaffung in den USA vermieden werden könne. Zwar ziehe auch die Bundesrepublik eine europäische Visionik vor, sei aber nicht bereit, „dafür evtl. Leistungseinbußen auf Kosten der militärischen Forderungen an das Gerät, höhere Kosten oder eine Verzögerung des Gesamtprogramms zu akzeptieren", und wolle sich die Option „eines Kaufs ‚off the shelf' in den USA" offen halten. Schließlich seien seitens der beteiligten Industrieunternehmen Kostensteigerungen in Höhe von ca. 30 % angekündigt worden. Aus diesem Grund verfolge die Bundesrepublik den Plan, „eine Kooperation der PAH-II-Partner mit den Herstellern eines ähnlichen Hubschraubers, des A-129 (Italien, in Kooperation mit NL, SP und möglicherweise Westland) zu prüfen, aus der sich Kostenminderung für den PAH-II ergeben könnte." Frankreich habe allerdings „kürzlich wieder Zweifel an den Vorteilen einer solchen Kooperation" angemeldet. Vgl. Referat 209, Bd. 148675.

29 Zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes" vgl. Dok. 10, Anm. 21.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel bemerkte am 20. März 1986, daß Frankreich „bei der Sitzung des ESA-Rats am 5. und 6. März 1986 offiziell die Europäisierung des Projekts Hermes vorgeschlagen" habe und für die nächste Ratstagung vom 25. bis 27. Juni 1986 in Paris die Verabschiedung einer entsprechenden „Ermächtigungserschließung" anstrebe: „Zum Abschluß des Treffens des Bundeskanzlers mit dem franz[ösischen] Staatspräsidenten am 28.2.1986 wurde eine gemeinsame Mitteilung herausgegeben, wonach die Bundesregierung eine ‚endgültige Entscheidung … nach weiteren bilateralen Konsultationen im Herbst 1986' treffen wird". Stülpnagel kam zu dem Schluß, daß eine Entscheidung der Bundesregierung über eine Beteiligung an „Hermes" „unverzüglich vorbereitet und rechtzeitig herbeigeführt" werden müßte sowie noch offene wichtige Fragen mit Frankreich geklärt werden müßten. Andernfalls sei eine „Verschiebung der Behandlung der Ermächtigungserschließung auf den Herbst 1986 anzustreben". Vgl. Referat 431, Bd. 142062.

30 Referat 431 vermerkte am 21. Januar 1986, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie gehe zurück „auf Regierungsvereinbarungen aus dem Jahre 1967 zwischen Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland über Planung, Bau und Betrieb eines Prototyp-Schnellbrüters (SNR 300 Kalkar) sowie Studien zu einem großen Demonstrationskraftwerk (SNR 2). 1976 wurde Frankreich mit der ‚Gemeinsamen Erklärung' von Nizza und den ‚Leitlinien der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Reaktorsysteme' in diese Forschungsarbeit einbezogen. Bereits 1973 hatten drei große europäische Elektrizitätsunternehmen, die staatliche italienische ENEL, die staatliche französische Electricité de France (EdF) und die deutsch-belgisch-niederländische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft

der zuständigen Fachausschüsse stattgefunden. Hier seien inzwischen gute Fortschritte zu verzeichnen.

Zum Programm EUREKA[32] haben[33] beide Seiten erneut ihre Präferenz für ein Sekretariat in Straßburg hervorgehoben. Für den Erfolg von EUREKA sei das Engagement der jeweiligen Industrien von ausschlaggebender Bedeutung. Die deutsche Industrie zeige vergleichsweise weniger Interesse als die französische Industrie. BM Riesenhuber habe das Interesse der deutschen Seite an den Projekten EUROTRAC (bereits in Hannover beschlossen) und EUROMAR (Überwachung der Meeresverschmutzung) betont.

Schließlich habe man die deutsch-französische Initiative im Bereich des Kulturgüterschutzes besprochen. Hierzu sollen bis zum nächsten Gipfel weitere Spezialistentreffen stattfinden, die entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Zu prüfen wäre auch, inwieweit eine Ausweitung des Programms im Rahmen von EUREKA möglich ist.

11) Staatssekretär für Energiefragen, Malvy, berichtete über seine Gespräche mit BM Bangemann, vor allem zur Frage des Exports von Elektrizität in die Bundesrepublik. Dies sei für Frankreich ein wichtiges wirtschaftspolitisches Anliegen. Bisher stehe der sog. „Jahrhundertvertrag" (Kohleabnahmevertrag[34]) einer Ausweitung des Bezugs von Elektrizität aus Frankreich entgegen. Es sei verabredet worden, daß sich die Energieversorgungsunternehmen beider Seiten verstärkt um eine Lösung bemühen sollen.

12) Postminister Mexandeau unterrichtete über die wesentlichen Punkte seines Gespräches mit BM Schwarz-Schilling. Man habe beschlossen, eine Glasfaserverbindung von Nancy nach Karlsruhe einzurichten und damit später den Anschluß des Pariser Netzes an das deutsche Netz. Weiter habe man, im Interesse einer Öffnung des europäischen Binnenmarkts im Fernmeldebereich, die

Fortsetzung Fußnote von Seite 344

(SBK, RWE-Anteil 70 %) den gemeinsamen Bau und Betrieb zweier großer Brüterkernkraftwerke (Super-Phénix in Frankreich und SNR 2 in Deutschland) beschlossen […]. Super-Phénix hat jetzt seinen Betrieb aufgenommen und soll in diesen Tagen seine Leistung in das französische Netz einspeisen. […] Jetzt stehen wesentliche Entscheidungen für die Errichtung des seit 1973 vorgesehenen SNR 2 an, der seinen Standort in der Bundesrepublik haben soll. Nach dem vereinbarten Schlüssel (umgekehrt proportional zu Super-Phénix) müßten SBK 51 %, ENEL 33 % und EdF 16 % der Kosten aufbringen." Auf französischer Seite sei jedoch eine endgültige Kostenzusage entsprechend den Vereinbarungen von 1973 hinausgezögert worden. Sie seien „von einer Beteiligung der Partner an den Kosten der EdF-Vorbereitungsarbeiten für einen zweiten, nicht in den Vereinbarungen vorgesehenen französischen Brutreaktor Super-Phénix 2 (SPX 2) sowie einer abgeschlossenen Standortbestimmung für SNR 2 in der Bundesrepublik Deutschland abhängig" gemacht worden: „Es bedurfte mehrfacher Anstrengungen auf hoher und höchster politischer Ebene (u. a. zweimaliger Briefwechsel BK Kohl – Präsident Mitterrand) im Laufe des Jahres 1985, um einen vertragsgemäßen Fortgang der Zusammenarbeit zu sichern." Vgl. Referat 202, Bd. 151093.

31 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 7./8. November 1985 statt.

32 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 2, Anm. 31–33.

33 Korrigiert aus: „wollten".

34 Im Jahr 1977 schlossen die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke und der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus ein Abkommen, das letzterem eine Abnahmegarantie gewährte. Der Vertrag war auf 10 Jahre geschlossen, wurde jedoch 1980 durch eine Zusatzvereinbarung erneuert, die bis 1995 galt und eine schrittweise Erhöhung der Garantiemenge vorsah. Als Ausgleich für den Preisunterschied zur billigeren Importkohle diente die seit dem Gesetz vom 13. Dezember 1974 über die weitere Sicherung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft (Drittes Verstromungsgesetz) auf den Strompreis erhobene Verbraucherabgabe („Kohlepfennig").

Durchführung von bilateralen Konsultationen bis zum Jahresende zur Vereinheitlichung öffentlicher Ausschreibungen verabredet. Man sei auch übereingekommen, die technischen Bedingungen für die Benutzung eines Kartentelefonsystems zu harmonisieren. Eine Arbeitsgruppe solle die Beteiligung anderer europäischer Länder an diesem System prüfen. Bei der Standardisierung des Autotelefons seien gute Fortschritte erzielt worden. Im Bereich Videotext sowie bei der Nutzung von TDF 1/TV SAT hoffe man, bald zu Entscheidungen zu kommen. Die dazu eingesetzten zwei Arbeitsgruppen würden sich in Kürze wieder treffen.

13) Verkehrsminister Auroux berichtete über die Gespräche zur Erweiterung des Typenprogramms bei Airbus. Dies werfe eine Reihe von Fragen auf, insbesondere zur Technologie, zum Zeitplan, zur Organisation der Endmontage sowie zur Finanzierung. Erforderlich sei, daß sich neben der öffentlichen Hand auch die Banken stärker finanziell engagieren. Eine weitere Begegnung auf Ministerebene sei geplant, wenn die eingesetzte Studiengruppe Fortschrittsberichte vorlege. Damit sei demnächst zu rechnen.

14) Der Staatssekretär für das Transportwesen, Josselin, berichtete, die Entscheidung zur Untertunnelung des Ärmelkanals habe dem Projekt des TGV-Nord weiteren Auftrieb gegeben. Über eine Anbindung des Tunnels an den TGV-Nord solle nach Einschätzung beider Delegationen noch im Laufe d. J. entschieden werden. Es biete sich an, die Gelegenheit einer Zusammenkunft der beteiligten [35]europäischen Transportminister im EG-Rahmen in Brüssel zu benutzen, sich hierüber zu verständigen. Was das Projekt des sog. TGV-Ost anbelange, einschließlich einer Anbindung an die geplante Schnellverbindung Mannheim–Stuttgart, so könne hierfür bereits eine gemeinsame Studiengruppe eingesetzt werden.

15) Bundeskanzler Kohl bemerkte, bei der Erweiterung des Airbusprogrammes komme es entscheidend darauf an, jetzt eine solide finanzielle Planung vorzulegen. Frankreich und Deutschland müßten in diesem Sinne auf Airbus Industrie einwirken. Die deutsche Seite sei grundsätzlich dafür, das Typenprogramm auszuweiten. Dies habe jedoch einschneidende finanzielle Konsequenzen, über die man sich zuvor im klaren sein müsse. Airbus müsse daher Zahlen vorlegen, die einer kritischen Überprüfung standhielten. Es genüge nicht, sich nur auf den Symbolwert einer gemeinsamen europäischen Flugzeugindustrie zu berufen.

16) Staatspräsident Mitterrand bemerkte, Frankreich sei damit einverstanden.

17) Landwirtschaftsminister Nallet führte aus, man habe über die Verhandlungen im EG-Rat über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik[36] und über die Preisvorschläge der Kommission[37] gesprochen.[38] Beide Seiten hätten die Prin-

35 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 498 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

36 Zu Überlegungungen für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vgl. Dok. 2, Anm. 24.

37 Am 12. Februar 1986 unterbreitete die EG-Kommission dem EG-Ministerrat Vorschläge zur Festsetzung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1986/87. Auf der Grundlage zweier Memoranden vom 15. November bzw. 18. Dezember 1985 sprach sie sich ferner für flankierende Maßnahmen zur Anpassung der Marktordnung u. a. für Getreide und Rindfleisch aus. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1986, S. 16 f. und S. 58–61.

38 Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister beriet am 24./25. Februar 1986 in Brüssel über die Preisvorschläge der EG-Kommission. Vortragender Legationsrat van Edig notierte dazu am 26. Februar 1986, daß Einigkeit „lediglich in der Analyse der gegenwärtigen Situation […] und

zipien der Gemeinsamen Agrarpolitik als Bezugsgrundlage jeder Reform bekräftigt. Eine Neuausrichtung der Agrarpolitik bedinge eine enge und regelmäßige Konzertation der Landwirtschaftsminister.

Beim Getreide[39] habe man eine Konvergenz bei der Bewertung der meisten anhängigen Fragen feststellen können. Dies gelte insbesondere für die Einführung von Qualitätskriterien bei der Intervention und für die Verwendung des Aufkommens aus einer möglicherweise einzuführenden Erzeugermitverantwortungsabgabe. Über das künftige Preisniveau habe man sich nur allgemein unterhalten. Hier seien unterschiedliche Ausgangspositionen auf der deutschen und französischen Seite feststellbar. Die deutsche Seite stehe den Preisvorschlägen ablehnend gegenüber.

Beim Rindfleisch[40] werde die Notwendigkeit einer Reform der Marktordnung von beiden Seiten bejaht, ungeachtet teilweise unterschiedlicher Problemlagen in Deutschland und Frankreich. Nur so sei ein Abbau der strukturellen Überschüsse möglich, und nur so könne ein dauerhaftes Marktgleichgewicht hergestellt und das Erzeugereinkommen gesichert werden.

Bei Milch lehnten beide Seiten die von der Kommission neuerdings ergriffenen Maßnahmen der Marktverwaltung[41] ab. Die vielschichtige Frage des Quotenaufkaufs müsse sorgfältig geprüft werden. Im übrigen müsse eine derartige Maßnahme im Fall ihrer Einführung in allen Mitgliedstaaten einheitlich angewandt werden.

18) Bundeskanzler Kohl erläuterte, daß es sich bei der Reform der Agrarpolitik um ein für die Bundesrepublik wichtiges, aber auch bedrückendes Thema handele. Die deutsche Landwirtschaft sei in einer kritischen Phase. Die Zeit des Übergangs bei der jetzt angestrebten Reduzierung von Überschußproduktionen werfe für die deutschen Bauern große Probleme auf. Hier sei eine enge und

Fortsetzung Fußnote von Seite 346

in der Kritik an den EGK-Vorschlägen" bestanden habe: „Nach diesem ersten Agrarrat wird die Kommission als unfähig (oder unwillens) bezeichnet, vernünftige und der Situation adäquate Vorschläge vorzulegen. Die Kommission gerät zugleich in die Rolle des Hauptschuldigen an der Misere der GAP, ganz im Sinne der MS, die damit ihre (nicht zu bestreitende) Verantwortlichkeit öffentlichkeitswirksam abwälzen wollen." Als Ergebnis des Treffens hielt van Edig fest: „D anerkennt ‚diskussionswürdige' Ansätze; F bezeichnet EGK-Vorschläge als entmutigend und perspektivlos; südliche MS stellen Diskriminierung fest; mehrere MS rügen das mangelnde Gleichgewicht der Vorschläge, da Vorschläge zum sozio-strukturellen Bereich fehlen und damit Abfederung der Folgen der Preispolitik nicht beurteilt werden kann. Gleichwohl werden die Preisvorschläge abgelehnt." Vgl. Referat 416, Bd. 130903.

39 Hinsichtlich der Neuregelung der Marktorganisation für Getreide schlug die EG-Kommission am 12. Februar 1986 Maßnahmen vor mit dem Ziel, die Überproduktion zu verringern und den EG-Haushalt zu entlasten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1986, S. 17 f.

40 Die EG-Kommission empfahl dem EG-Ministerrat am 12. Februar 1986 ferner, im Marktbereich Rindfleisch das Instrument der Intervention ab 1. Dezember 1987 auf „ernste Marktstörungen" zu beschränken und eine „Einheitsprämie" einzuführen, bestehend aus einem „Grundbetrag" und einem „Mutterkuh-Betrag". Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1986, S. 18.

41 Bereits im Oktober 1985 beschloss die EG-Kommission, dem EG-Ministerrat einen Verordnungsvorschlag für den Marktbereich Milch zu unterbreiten, da trotz Einführung von Produktionsquoten die gemeinschaftliche Überproduktion anhielt. Der Vorschlag sah die Vergütung von Landwirten vor, „die sich verpflichten, jegliche Milcherzeugung einzustellen. Mit dieser Maßnahme sollen die Quoten für eine Gesamtmenge von 3 Millionen t Milch oder Milchäquivalent gegen eine sieben Jahre lang zu zahlende Vergütung in Höhe von 6 ECU pro Jahr und pro 100 kg Milch zurückgekauft werden." Vgl. BULLETIN DER EG 10/1985, S. 50.

vertrauensvolle Abstimmung zwischen dem deutschen[42] und französischen Landwirtschaftsminister besonders wichtig. Für beide Länder stelle sich im übrigen gleichermaßen das Problem der regionalen Differenzierung. Sowohl in Frankreich als in Deutschland würden bäuerliche Betriebe unter sehr unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen arbeiten.

19) Bundeskanzler Kohl bemerkte zum Abschluß, die deutsche Delegation habe sich in Paris sehr wohl gefühlt. Gipfelkonsultationen dieser Art seien zwar gelegentlich mühsam, würden aber jedes Mal wieder einen Schritt nach vorne führen.

[gez.] Schoeller

B 97 (Referat 610), Bd. 522

62

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

204-321.00 SO-153/86 geheim **6. März 1986, 20.26 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1854 Plurez

Für Missionschefs[2] zur Unterrichtung[3]

Betr.: Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren in London am 3.3.1986;
hier: zusammengefaßtes Ergebnis

Folgende Punkte wurden behandelt:

1) Berner KSZE-Treffen über menschliche Kontakte

2) Wiener KSZE-Folgetreffen

3) Frühjahrskonferenz der NATO in Halifax 1986

4) Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

5) Griechenland, Türkei, Zypern

6) Spanisches NATO-Referendum

42 Ignaz Kiechle.

1 Durchdruck.
Drahterlaß an die Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington.
Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23 und 47.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz am 6. März 1986 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Hans Jörg Kastl (Moskau), Franz Joachim Schoeller (Paris), Rüdiger Freiherr von Wechmar (London) und Günther van Well (Washington).

3 Die Wörter „Für Missionschefs zur Unterrichtung“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

7) Westliche Haltung zu den Gorbatschow-Vorschlägen

8) Politische Aspekte von SDI

9) Internationaler Terrorismus

1) Berner KSZE-Treffen[4]

D 2[5] fand Verständnis für unser Anliegen, daß wir von allen KSZE-Mitgliedern das größte Interesse an einem erfolgreichen Verlauf des Berner Treffens hätten, weil davon 17 Mio. Deutsche in der DDR und 2 Mio. in der SU, in Polen, Rumänien usw. betroffen seien. Wie viele Ausreisewillige es in der DDR gäbe, wüßten wir nicht. In den anderen Ländern hätten wir etwa 280 000 registriert. Es bestand grundsätzliches Einverständnis, daß Ausreisewünsche am besten im Wege der stillen Diplomatie gefördert werden. USA wollen hieran, insbesondere nach entsprechenden Zusagen von Präsident Reagan in Genf[6], festhalten. USA bewertete sowjetische Erfüllung der durch den Genfer Gipfel geschaffenen Erwartungen im Bereich der humanitären Fragen bisher als befriedigend, meinte jedoch, daß diese Ergebnisse für Berner Treffen noch nicht ausreichten. Der innenpolitische Druck in den USA sei stark, in der Grundsatzfrage der jüdischen Ausreisen voranzukommen. Wenn hierfür stille Diplomatie nicht ausreiche, werde das Berner Treffen hart verlaufen. D 2 warnte, Berner Treffen zu einer bilateralen Angelegenheit USA–SU zu machen. Der KSZE-Standard der WP-Verbündeten sei oftmals besser als der der SU. Durch Konfrontation würden die SU-Verbündeten auf die SU-Linie gezwungen. Daran könne der Westen nicht interessiert sein. Regierungen sollten sich nicht zu Linie drängen lassen, die Interessen von Menschen in Osteuropa beeinträchtige.[7] D 2 warnte weiter vor Abstellen auf[8] Systemkritik beim Berner Treffen. Hierdurch würden die Fronten nur verhärtet. Erfolgversprechender sei es, wenn über konkrete Verfahrenshindernisse in den jeweiligen Ländern gesprochen und nach Wegen gesucht würde, diese zu überwinden.

USA zeigten Reserve gegenüber einem Schlußdokument, das keine Fortschritte gegenüber bisher Erreichtem böte. Wir, unterstützt von F und in geringerem Maße von GB, bekundeten Interesse an Schlußdokument, wenn es dafür genügend Substanz gäbe. Es bestand Einigkeit, daß es Balance repräsentieren müßte zwischen westlichen Interessenschwerpunkten (u. a. Familienzusammenführung) und östlichen (Sport, Kultur). Zur Struktur des Berner Treffens bestand Einigkeit, daß sowohl Arbeitsgruppen wie eine öffentliche Implementierungsdiskussion von uns angestrebt werden sollten, ohne daß der Westen sich das eine zugunsten des anderen abhandeln lassen sollte. An eine Teilnahme von Außenministern in Bern wird nicht gedacht.

4 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

5 Gerold Edler von Braunmühl.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Der Passus „nicht auf Linie … beeinträchtige“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „nicht drängen lassen, den innenpolitischen Lobbyisten Konzessionen zu machen und dadurch die Interessen von Menschen in Osteuropa zu beinträchtigen“.

8 Die Wörter „Abstellen auf“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einer“.

2) Wiener KSZE-Folgetreffen

Diskussion zeigte unterschiedliche Auffassungen über Fortführung der KSZE. Wir und F plädierten dafür, Korb I-Thematik nicht den Sowjets zu überlassen. Auch Westen habe an Sicherheitsfragen großes Interesse. Die konventionelle Überlegenheit der SU in Europa, die offensive Struktur ihrer Streitkräfte müsse angesprochen werden. Hierfür gebe es bisher kein Forum. USA zeigten Vorbehalte gegen zu schnelle Fortführung von KVAE. Mögliche Ergebnisse in Stockholm sollten nicht sofort in Wien zu Übergang in Phase 1b oder gar Phase 2 veranlassen. Es solle nach Wien ein Expertentreffen zur Überprüfung der Erfüllung der möglichen Stockholmer Vereinbarungen vorgesehen werden, so daß weitere KVAE-Phasen erst von dem Folgetreffen nach Wien beschlossen würden. D2 äußerte erhebliche Vorbehalte gegenüber diesem Ansatz. Europäer hätten sich nachhaltig für Beteiligung von USA und Kanada am KSZE-Prozeß eingesetzt. Sowjetunion dürfe nicht die Möglichkeit erhalten, USA als an KSZE nicht interessiert in der europäischen Öffentlichkeit darzustellen. In der Frage (von GB gestellt), wann mögliche CSBM in Kraft treten sollten, d.h. sofort oder erst in Wien, bestand Einigkeit, daß dies sofort der Fall sein müßte, andernfalls würden westliche Leistungen im Bereich Gewaltverzicht sofort wirksam, während die östlichen in der Schwebe blieben.

Weitere gedankliche Vorbereitung des Wiener Treffens soll im Vierer-Kreis im Juni unter Hinzuziehung von Experten stattfinden. Über folgende Vorstellungen bestand grundsätzliche Einigung: Westen muß auch Möglichkeiten von Korb II besser nutzen, z.B. bessere Markttransparenz im Osten, besserer Zugang für Geschäftsleute u.a. Auch der Umweltbereich (evtl. Folgetreffen nach Wien) kann ausgebaut werden. Zu Korb III bestand Übereinstimmung, daß die gegenwärtige Struktur (Folge- und Expertentreffen) beibehalten werden sollte, obwohl sie nicht ganz befriedige. Inhaltlich wird an Folgetreffen über Information und Erziehung gedacht. USA zeigten Interesse an möglicher Fixierung eines Abschlußdatums für Wiener Folgekonferenz. Wir gaben zu bedenken, eine solche Entscheidung sehr sorgfältig zu überlegen. Das gute Ergebnis von Madrid wäre bei Zwang eines Abschlußdatums vermutlich nicht erreicht worden. Verbündete denken an Teilnahme der AM an der Eröffnungssitzung in Wien, was allerdings wegen des Wahldatums[9] bei den USA auf Probleme für Shultz[10] stoßen kann.

3) NATO-Frühjahrskonferenz in Halifax[11]

Direktoren unterstützen Bemühungen von Lord Carrington zur Konzentrierung dieses Treffens.[12] Trotz Vorbehalten erklärten wir Einverständnis mit

9 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

10 Die Wörter „für Shultz“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

11 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

12 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 21. Februar 1986: „Der GS hat in seine Überlegungen um eine organisatorische Neugestaltung der Frühjahrsministertagungen auch die Form der Kommuniqués einbezogen und auf der Herbsttagung in Brüssel (12./13. Dezember 1985) die grundsätzliche Zustimmung der Minister für seinen Vorschlag gefunden, anstelle eines Standard-Kommuniqués eine ‚Short Note‘ über die Hauptdiskussionspunkte der Minister in der Sitzung im engsten Kreise zu veröffentlichen. BM hatte vorher in seinem Schreiben vom 16.9.85 an

britischem und amerikanischem Vorschlag[13], daß Berlin-Passus des NATO-Kommuniqués im Interesse einer substanzreichen, konzentrierten politischen Erklärung für das Frühjahrstreffen entfallen kann, um damit auch die übrigen NATO-Sonderthemen auf das Herbst-Kommuniqué zu verweisen.[14] Diese Entscheidung dürfe aber kein Präjudiz sein. Wenn es sachlich geboten sei, müßten auch im Frühjahrskommuniqué in Zukunft Aussagen über Berlin möglich sein. Verbündete stimmten dem zu. Unabhängig davon soll es beim Vierertreffen der Außenminister zu Berlin[15] und damit zusammenhängend auch dem Treffen der Experten[16]-Vierergruppe in Halifax bleiben. Minister benötigen die halbjährige Gelegenheit zum Gedankenaustausch über Entwicklung der Lage in und um Berlin. Das NATO-Treffen wird davon nicht beeinträchtigt.

4) Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

USA führten aus, daß es noch keinen Termin für den nächsten Gipfel gebe. Nach ihrer Einschätzung würden Sowjets aber letztlich Termin nicht von Fortschritten bei Genfer Verhandlungen abhängig machen. Termine für Regionalkonsultationen über Lateinamerika sind für den 20. Mai und über Ostasien für den 10. Juni vereinbart. Für Afghanistan und Nahost gibt es noch keine Termine. Andere Genfer Absprachen[17] würden verwirklicht: Aufnahme des Flugverkehrs im April, Vorkommandos für die Konsulate im September, über Kernfusionszusammenarbeit wird weiter gesprochen. Zur Bewertung der Gorbatschow-Rede auf dem Parteitag[18] stellte D 2 fest, hier sei nicht nur ein neuer Stil, son-

Fortsetzung Fußnote von Seite 350

GS präzisiert: ‚Ich stimme Ihnen zu, daß die Formulierung eines Kommuniqués einmal im Jahr auf der Ratstagung im Herbst ausreicht. Es müßte aber sichergestellt sein, daß die Frühjahrstagungen durch eine ‚Gemeinsame Erklärung' an die Öffentlichkeit treten können. Hierüber müßte im Bündnis Übereinstimmung hergestellt werden, bevor wir bei den Frühjahrstagungen auf das im Großen und Ganzen bewährte Instrument des Kommuniqués verzichten. Der Erklärungsbedarf würde bei der von Ihnen angestrebten Intensivierung der Ministerberatung jedenfalls eher steigen als abnehmen.'" Hansen fuhr fort: „Die mit dem Vorschlag des GS verbundene Problematik wird damit deutlich: […] Bei Verwirklichung der Vorstellung des GS würden wesentliche Funktionen der bisherigen Kommuniqués nicht mehr erfüllt werden können. Wir würden nicht zuletzt dadurch belastet, daß sich ein Druck ergäbe, auf die Berlin- und Deutschland-Passage zu verzichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; VS-Bd. 12095 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

13 Die Wörter „mit britischen und amerikanischem Vorschlag" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 26. Februar 1986, daß sich in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am Vortag folgendes Meinungsbild abgezeichnet habe: „Aufnahme Berlins in eine NATO-Erklärung zum Frühjahrstreffen 86 hängt weitgehend vom Inhalt dieser Erklärung ab. In einem, auch verkürzten, Kommuniqué sollte Berlin angesprochen werden. Falls es dagegen in Abweichung zu einer thematisch orientierten politischen Erklärung kommt, müsse über Aufnahme einer Berlin-Passage danach entschieden werden, ob diese im Kontext der Erklärung sinnvoll und mit gewünschter Signalwirkung an den Osten untergebracht werden kann. Bei allem muß es darauf ankommen, negative Präzedenzwirkung zum Ausschluß einer Berlin-Erklärung in künftigen NATO-Kommuniqués zu vermeiden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 29; VS-Bd. 13423 (210); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Zum Treffen der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 28. Mai 1986 in Halifax vgl. Dok. 159, Anm. 17.

16 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

17 Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, BD. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

18 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314. Vgl. dazu ferner Dok. 68.

dern auch neue Substanz erkennbar. F hielt die mehrfachen Bezüge Gorbatschows auf den Kampf gegen Nuklearwaffen für ein Thema, das G. mit Nachdruck in allen Foren verfolgen werde, auch beim KSZE-Treffen in Wien. Die propagandistischen Elemente darin, die auf Wiederbelebung der Friedenskampagne im Westen zielten, seien nicht zu übersehen. D 2 verwies auf einen möglicherweise ebenso starken innenpolitischen Aspekt: Die Sowjetunion wolle den wirtschaftlichen Rückstand überwinden, was Änderungen im Lande notwendig mache. Dies sei u. U. auch ein Signal an die Militärs, daß nicht jede Forderung erfüllt werden könnte.

5) Griechenland, Türkei, Zypern

Es bestand Einigkeit, daß sich die Türkei nicht im Stich gelassen fühlen dürfe. Pflege der Beziehungen zu Europa und zur Allianz sei wichtig. Dem dienen hochrangige Besuche, Belebung des Assoziationsabkommens EG–Türkei[19] und Beseitigung der Hindernisse an türkischer Mitarbeit im Europarat. GB berichtete über positiven Verlauf des Özal-Besuchs in GB.[20] Özal habe starkes türkisches Interesse an Vollmitgliedschaft in der EG betont. PM Thatcher habe entgegengehalten, die Zeit hierfür sei noch nicht reif. Ein Antrag dürfe nur gestellt werden, wenn positiver Bescheid darauf gewiß sei. Türkei habe Verständnis für aus dem Zustrom von Gastarbeitern resultierende Probleme gehabt, aber auch erkennen lassen, daß die Lösung dieser Frage im Zusammenhang mit Vollmitgliedschaft stehe. Wir verwiesen auf bevorstehenden Besuch des Bundespräsidenten in der Türkei[21] wie auch auf Überlegungen für eine Rüstungssonderhilfe an die Türkei zum Erwerb von Leopard I-Panzern.[22] F verwies auf französischen Willen, Beziehungen zur Türkei zu verbessern.

[23]Erstes Entgegenkommen habe man beim Menschenrechtsausschuß des Europarates gezeigt.[24] Für F sei innenpolitisch eine Entspannung in der Armenier-Frage wichtig, die sie von der Einsetzung einer unabhängigen Historiker-Kommission[25] erhofften.

19 Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.
Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

20 Ministerpräsident Özal hielt sich vom 17. bis 20. Februar 1986 in Großbritannien auf.

21 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte vom 26. bis 30. Mai 1986 die Türkei. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Özal vgl. Dok. 154.

22 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 19. März 1986, daß der Türkei bei den Staatssekretärsgesprächen am 5./6. Dezember 1985 erstmals wieder die Bereitschaft der Bundesregierung mitgeteilt worden sei, über eine neue Rüstungssonderhilfe (RSH) zu verhandeln. Die Türkei stehe „vor der schwierigen Aufgabe, nicht nur die widerstreitenden Interessen der Teilstreitkräfte miteinander in Einklang zu bringen, sondern vor allem auch ihre Vorstellungen auf die von uns angedeutete Höhe der RSH und den von uns vor allem gewünschten Gegenstand (Leopard I) einzustellen. […] Die Türkei scheint nach wie vor davon auszugehen, daß sie die Kampfpanzer Leopard I gleichsam ohne Anrechnung auf die RSH ‚umsonst' bekommt. Sie geht – nicht ganz zu Unrecht – von einem fortbestehenden Interesse der Bundeswehr aus, diese Panzer möglichst bald gegen Leopard II zu tauschen." Vgl. Referat 209, Bd. 148699.

23 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 1855 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

24 Zur Beilegung der Beschwerde gegen die Türkei bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte vgl. Dok. 11, Anm. 10.

25 Referat 203 hielt am 20. März 1986 fest, daß in Frankreich mit ca. 200 000 Mitgliedern die nach den USA größte Gruppe an Armeniern lebe. Regierungsmitglieder hätten sich wiederholt für die armenischen Anliegen in Frankreich eingesetzt. Am 6. Januar 1984 habe Staatspräsident Mitter-

Die NATO-Beziehungen Griechenlands wurden allseits als leicht verbessert gewertet, und USA bewerteten positiv, daß Papandreou trotz gegenteiliger Reden Griechenland weder aus der NATO geführt noch den USA die Basen aufgekündigt habe. Der Verkauf von F-16-Flugzeugen an Griechenland sei auf gutem Wege.[26]

Zu Zypern bestand Einigkeit, daß Druck auf die Parteien in Unterstützung der Bemühungen des VN-GS[27] nötig sei[28]. GB maß Özal auf Ereignisse in Zypern derzeit nur wenig Einfluß zu.[29] Dem sowjetischen Zypern-Papier[30] wurde über-

Fortsetzung Fußnote von Seite 352

rand bei einem Besuch der armenischen Gemeinde in Vienne „als erster französischer Staatschef die Vorgänge von 1915 in der Türkei als Völkermord" bezeichnet, „für den indessen die gegenwärtige türkische Regierung nicht verantwortlich gemacht werden könne". Im Mai 1985 habe Mitterrand vorgeschlagen, „eine neutrale und internationale Historiker-Kommission zu schaffen, die mit Zustimmung aller interessierten Seiten eine Studie über die Ereignisse von 1915 und 1916 ausarbeiten solle". Eine Erörterung des Vorschlags auf der EG-Ministerratstagung am 17. Dezember 1985 in Brüssel habe indes zu keiner Entscheidung geführt. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151022.

26 Referat 201 vermerkte am 27. Februar 1986, daß die im Dezember 1984 verkündete neue griechische Verteidigungsdoktrin, wonach Griechenland nicht vom Warschauer Pakt, sondern von der Türkei bedroht werde, das Verhältnis Griechenlands zur Türkei weiter verschlechtert und seine Rolle in der NATO beeinträchtigt habe. In der Folgezeit habe die Türkei das Länderkapitel Griechenland im Rahmen der NATO-Verteidigungsplanung und im Anschluß daran die griechische Regierung das Länderkapitel Türkei blockiert: „Mit Schreiben vom 25. Februar 1986 teilte Griechenland der Allianz seine Weigerung mit, in Zukunft an NATO-Manövern teilzunehmen, da das Bündnis die Türkei in der Ägäis favorisiere und dabei internationales Recht verletze." In letzter Zeit scheine sich Ministerpräsident Papandreou aber um eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA zu bemühen: „In Gesprächen hochrangiger Beamter des amerikanischen Außenministeriums in Athen „spielten die Fragen der Verlängerung des amerikanisch-griechischen Stützpunktabkommens und Griechenlands Verhalten in der NATO eine Rolle. In der Frage der US-Stützpunkte wurden keine Fortschritte erzielt. […] Die Sicherheitsprobleme, die anläßlich des Verkaufs von 40 F-16-Flugzeugen an die griechische Luftwaffe entstanden waren, sind inzwischen weitgehend gelöst. In der Frage der US-Stützpunkte ist nicht auszuschließen, daß MP Papandreou von seiner Entscheidung, das Abkommen über 1988 hinaus nicht zu verlängern, abrücken möchte. Er ist aber in dieser Frage zum Gefangenen seiner eigenen Rhetorik geworden." Vgl. Referat 201, Bd. 143339.

27 Zum Stand der Zypernfrage notierte Referat 203 am 21. Februar 1986: „VN-Generalsekretär de Cuéllar hat Anfang März [1985] der griechisch-zyprischen Seite eine konsolidierte Fassung seiner ‚Dokumentation' (draft agreement, presentation, understandings) mit der Bitte um Zustimmung übergeben. Anfang April stimmte griechisch-zyprische Seite schließlich der substantiell nicht wesentlich geänderten und erweiterten konsolidierten ‚Dokumentation' des VN-GS intern zu." Der Kurs von Ministerpräsident Kyprianou werde jedoch von einer Mehrheit des zyprischen Parlaments abgelehnt. Am 8. August 1985 habe schließlich der Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, seine Stellungnahme abgegeben: „Praktisch verwarf er das neue Papier des GS, da es in wesentlichen Punkten zugunsten der griechisch-zyprischen Seite abgeändert worden sei": „Der GS bemüht sich, gestützt auf einen Appell des VN-SR vom 20.9.1985, seine Initiative am Leben zu erhalten. […] Er versucht, Gespräche auf niedrigerer Ebene mit beiden Seiten zu führen. Dies ist ihm gelungen: Am 18./19.11. fanden in London Gespräche mit der türkisch-zyprischen Seite und am 3./4.12. in Genf mit der griechisch-zyprischen Seite statt." Weitere technische Gespräche seien für den 27. Februar bzw. 3. März 1986 vorgesehen: „Das VN-Sekretariat gibt sich optimistisch und versucht weiter, ein neues, drittes Dokument vorzubereiten." Vgl. Referat 203, Bd. 150977.

28 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gestrichen: „da beide Volksgruppen an Fortschritten nicht interessiert seien".

29 So in der Vorlage.

30 Referat 203 vermerkte am 21. Februar 1986: „Am 20. Januar hat die SU einen Vorschlag zur Lösung des Zypernkonflikts lanciert. Er bezweckt die Demilitarisierung der Insel (Abzug aller fremder Streitkräfte) und ein neues Garantiesystem auf einer Internationalen Konferenz. Die Regelung des Zusammenlebens beider Volksgruppen wird als deren Angelegenheit ausgeklammert. Wir geben dieser Initiative keine Chance." Vgl. Referat 203, Bd. 150977.

einstimmend nur die Bedeutung zugemessen, daß Sowjets ihre Haltung hätten zu Protokoll geben wollen.

6) Spanisches NATO-Referendum[31]

Die Direktoren waren sich einig, daß ein positiver Ausgang des Referendums für die NATO keineswegs gewiß sei. Es sei notwendig, im Falle eines negativen Ausgangs in den öffentlichen Stellungnahmen Zurückhaltung zu üben, aber gleichzeitig[32] der spanischen Regierung von übereilten Schlußfolgerungen abzuraten. Briten sahen die Möglichkeit, daß im Falle eines negativen Ausgangs die eigentliche Entscheidung über den Verbleib Spaniens in der NATO erst bei den spanischen Parlamentswahlen im Sommer[33] fallen werde. Der[34] Haltung der Opposition unter Fraga wurde allseits Gewicht beigemessen. GB, USA und wir haben Schritte unternommen, um auf ihn in einer für die NATO positiven Weise einzuwirken. Man war sich nicht sicher, ob er sich dadurch von einer innenpolitisch begründeten Empfehlung, Nein zu stimmen, zu einer Enthaltungsempfehlung bewegen lassen werde. Die Bemühungen sollen fortgesetzt werden.[35]

7) Westliche Haltung zu den Gorbatschow-Vorschlägen

Allseits wurden die intensiven guten Konsultationen gelobt, die der Beantwortung des Gorbatschow-Briefes durch Präsident Reagan[36] vorausgegangen seien. USA lobte, daß Botschafter Nitze überall auf höchster politischer Ebene empfangen worden sei, was ihm ermöglicht habe, europäische Ansichten mit Nachdruck in den amerikanischen Entscheidungsprozeß einzuführen.[37] GB und F äußerten Sorge wegen sowjetischer Haltung gegenüber Drittstaatensystemen. In eigenen Antworten an Gorbatschow hätten sie dies zum Ausdruck gebracht. F habe in seiner Antwort insbesondere auch darauf abgestellt, daß Nuklearwaffen nicht alleine behandelt werden könnten, sondern die auf chemische und konventionelle Waffen gestützte Überlegenheit der Sowjets destabilisierend sei.[38] D2 äußerte die Hoffnung, daß enge Konsultationen unter den Verbünde-

31 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

32 Die Wörter „aber gleichzeitig“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „insbesondere“.

33 Die Wahlen zum spanischen Parlament fanden am 22. Juni 1986 statt.

34 Korrigiert aus: „Die“.

35 Zuletzt führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 5./6. März 1986 in Madrid und Barcelona Gespräche u. a. mit dem Vorsitzenden des Partido Demócrata Popular (PDP), Alzaga, und dem Vorsitzenden der Alianza Popular (AP), Fraga. Im Anschluß berichtete Hartmann: „Fraga, dem hinsichtlich der Haltung der Opposition eine Schlüsselstellung zukommt, hat mir gegenüber deutlich erklärt, er sähe keine Möglichkeit mehr, seine Haltung zu ändern.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 201, Bd. 143362.

36 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Januar 1986 an Präsident Reagan vgl. http://www.thereaganfiles.com/19860114.pdf.
Zum Schreiben von Reagan vom 22. Februar 1986 an Gorbatschow vgl. Dok. 52.

37 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher und des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 7./8. Februar 1986; Dok. 31 und Dok. 33.

38 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 5. März 1986, daß die Antwort des Staatspräsidenten Mitterrand auf das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 am 3. März 1986 übergeben worden sei. Nach Auskunft des französischen Botschafters Raimond sei das Schreiben kurz: „Frankreich trete wie die SU für Frieden und Stabilität ein. Grundlage dafür müsse ein Gleichgewicht der Kräfte sein. F stimme mit der SU auch in der Auffassung überein, daß die Stabilität auf einem niedrigeren Streitkräfte-Niveau als heute garantiert werden könne. Die Nuklearwaffen seien Teil der Sicherheit. Nur sie seien in der Lage, konventio-

ten auch zur Vorbereitung des nächsten Gipfels fortgeführt würden. INF dürfe nicht als ein isoliertes Problem gesehen werden. Der Westen benötige ein Konzept für die konventionelle Stabilität in Europa. Die Überlegungen für den militärischen Sicherheitsbereich müßten in einen politischen Gesamtansatz eingebunden werden. Wir hätten es begrüßt, wenn Präsident Reagan, gemäß der Anregung des Bundeskanzlers, in seiner Antwort an Gorbatschow auf die KSZE im Sinne eines solchen Gesamtansatzes Bezug genommen hätte. Die USA hielten aus der Gorbatschow-Rede vor dem Parteitag den Schluß für möglich, daß die Frage des SDI-Junktims bei den Genfer Verhandlungen nicht mit Nachdruck verfolgt werde. Zwar hätten die Sowjets kühl, aber nicht abweisend auf die amerikanischen INF-Vorstellungen reagiert. Ein voller Gedankenaustausch hierüber stehe noch bevor.

8) Politische Aspekte von SDI

Zur Frage kooperativer Lösungen bei SDI führte GB mit Unterstützung von D 2 aus, daß Sowjets sich nicht darauf berufen dürften, USA wolle sich in den Verhandlungen nicht bewegen. Offensiv- und Defensivsysteme müßten gemeinsam behandelt werden. D 2 verwies auf mögliche Verifikationsmöglichkeiten bei SDI im Bereich zwischen Forschung und Entwicklung. Ebenso müsse mit den Sowjets über die Wirkung der Reduzierung offensiver Systeme auf Notwendigkeit bzw. Umfang[39] von Defensivsystemen gesprochen werden. GB sah auch Kooperationsmöglichkeiten bei der Abgrenzung von SDI-Komponenten und Subkomponenten wie auch bei der Interpretation von Artikel 9 des ABM-Vertrages.[40] Festhalten am ABM-Vertrag sei von entscheidender Bedeutung. GB wertete es positiv, daß, jetzt auch nach Ansicht des Pentagon, die restriktive Auslegung des ABM-Vertrages wenigstens bis in die frühen 90er Jahre ausreiche. USA zeigten sich skeptisch: Solange Sowjets eigene SDI-Forschung als zulässig, die der USA aber als kriminell ansähen, sei kein Fortschritt zu erwarten.

GB, F und wir forderten nachdrücklich, daß die strategischen und politischen Implikationen von SDI in der Allianz behandelt werden müßten. USA zeigten sich sehr zurückhaltend. D 2 hielt es für unmöglich, daß überall über strategische und politische Auswirkungen von SDI diskutiert werde, nur nicht in der Allianz. USA zeigten große Vorbehalte gegen strukturierte SDI-Diskussion im Bündnis. Sie wollten über das Format der Diskussion im Kreis der Ständigen

Fortsetzung Fußnote von Seite 354

nelle Ungleichgewichte auszugleichen. Der Grundsatz einer Beseitigung von Nuklearwaffen sei zwar wichtig. Er dürfe jedoch nicht losgerissen vom Zusammenhang mit anderen Realitäten und auf Europa begrenzt gesehen werden. Die Vorschläge des GS zu CW, KVAE und MBFR nehme Mitterrand zur Kenntnis. Zu Gorbatschows Vorschlag, im Kontext einer europäischen Null-Lösung bei INF solle F seine Nuklearwaffen nicht weiter aufstocken und modernisieren, verweise Mitterrand auf die von ihm vor den VN im September 1983 formulierten Bedingungen, die erfüllt sein müßten, bevor sich Frankreich an nuklearer Rüstungskontrolle beteilige. Mitterrand schließe mit Feststellung, Frankreich sehe bis heute keinen Grund, Modernisierung seiner nuklearen Systeme zu verlangsamen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 604; VS-Bd. 11302 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

39 Die Wörter „Notwendigkeit bzw. Umfang" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Forschung und mögliche Entwicklung".

40 Artikel IX des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) verbot die Weitergabe von ABM-Systemen oder von Bestandteilen an andere Staaten und deren Stationierung außerhalb ihres Staatsgebiets. Vgl. UNTS, Bd. 944, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 394.

Vertreter des NATO-Rats am 25. Februar in Brüssel[41] nicht hinausgehen. Gegen eine detailliertere Diskussion im Viererkreis hätten sie jedoch nichts einzuwenden. D2 befürchtete, daß das Ausbleiben einer SDI-Diskussion unter allen Verbündeten spalterischer wirke als die Diskussion selbst. Wir hätten Verständnis dafür, daß die USA nicht etwa mit dem Ergebnis einer NATO-Studie konfrontiert werden wollten, die feststelle, daß SDI für Europa schädlich sei. Aber auf der Ebene der Ständigen Vertreter müsse ein Gedankenaustausch stattfinden. D2 hielt es für gut, wenn die USA selbst die Europäer aufforderten, Beiträge zur Strategiediskussion zu leisten. Je früher die USA dies täten, desto weniger werde es spalterisch auf die Allianz wirken. Zum Verhältnis von SDI zu Abwehrmöglichkeiten gegen europapezifische Bedrohungen bestand Einigkeit zwischen GB, F und uns, daß nicht von einer Erstreckung von SDI auf Europa und auch nicht von einer Europäischen Verteidigungsinitiative[42] gesprochen werden sollte. Besser sei es, den Begriff einer erweiterten Luftverteidigung[43] zu benutzen. D2 betonte, die Europäer müßten sich der europaspezifischen Bedrohung annehmen und mögliche diesbezügliche Entscheidungen mit den USA aufs engste abstimmen. Dies seien gemeinsame Verteidigungsaufgaben. GB stimmte dem zu, befürchtete jedoch, daß die zu vermutenden Kosten einer erweiterten Luftabwehr ganz erhebliche Probleme aufwerfen würden. D2 warnte davor, wie es z. B. jüngst Iklé in München[44] bei der Wehrkundetagung getan habe, von neuen Strategien zu sprechen. Solange es keine überzeugende, bessere Strategie gebe, müsse an der bisherigen festgehalten werden. Wer eine neue Strategie wolle, müsse nachweisen, daß er eine bessere liefern könne. Eine solche Strategie müsse von der ganzen Allianz gemeinsam beschlossen werden. Er könne es sich nicht vorstellen, daß die USA erhebliche Investitionen in SDI tätigten, ohne sich nicht Vorstellungen über den militärischen und strategischen Zugewinn einer solchen Strategie zu machen. Über solche Fragen sei in der Allianz bisher nicht gesprochen worden. Da sie alle beträfe, sei eine Allianzdiskussion erforderlich. USA entgegneten, eine solche Diskussion habe es in den USA nicht gegeben. SDI-Entwicklungen verschiedener Art gebe es schon seit langem, sie seien durch Präsident Reagan nur zu einem Programm zusammengefaßt worden. Im übrigen bezeichnete er die Ausführungen Iklés als nicht repräsentativ für die US-Regierung. D2 hielt dem entgegen, daß seine Darlegungen von den Europäern, wie übrigens auch von den Sowjets, durchaus ernstgenommen würden. Darauf müsse man sich einstellen.

9) Internationaler Terrorismus

Es wurde festgestellt, daß französischerseits weiterhin Bedenken gegen eine Intensivierung der Zusammenarbeit über Terrorismus im Kreise der sieben Weltwirtschaftsgipfelländer bestehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Beauftragten der Staats- und Regierungschefs bei ihrem nächsten Treffen am 7. März in England doch noch gemeinsame Empfehlungen für weitere Tätigkeit in diesem

41 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 54, Anm. 7.

42 Zu Überlegungen hinsichtlich einer Europäischen Verteidigungsinitiative vgl. AAPD 1985, II, Dok. 217 und Dok. 351.

43 Zur Frage einer erweiterten Luftverteidigung im europäischen NATO-Bereich vgl. Dok. 57, Anm. 31.

44 Die 24. Münchner Wehrkundetagung fand vom 28. Februar bis 2. März 1986 statt.

Bereich verabschieden werden.[45] GB, F und wir verwiesen auf die sich intensivierende Zusammenarbeit im Kreis der Zwölf über Terrorismusfragen. Die EG-Arbeitsgruppe über Terrorismus habe durchaus die Möglichkeit, die von ihr entwickelten Vorstellungen in einer erweiterten Zusammenarbeit mit den USA einzubringen. USA zeigten sich über diesen Ansatz sehr irritiert, sie hielten es für unglücklich, wenn erst europäische Positionen entwickelt würden, die dann den USA vorgelegt würden. D 2 betonte, daß wir zu verstärkter Zusammenarbeit in jedem Gremium bereit seien.[46]

[47]US kritisierte Abstimmung der Zwölf in Stockholm über GV. F und[48] D 2 verwiesen demgegenüber darauf, daß die sich intensivierende Zusammenarbeit der Zwölf eine eigene Realität sei, die von Präsident Reagan in seiner Straßburger Rede[49] auch anerkannt worden sei. Eine größere Abstimmung unter den Europäern solle nicht unterschiedliche Auffassungen markieren, sondern den Europäern dazu verhelfen, die Rolle eines starken und zuverlässigen Partners zu spielen, der, wie die USA ihrerseits, seine Auffassungen zum Ausdruck bringen könne.

Studnitz[50]

VS-Bd. 12979 (204)

45 Die Sitzung der Beauftragten der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels („Sherpas") fand vom 7. bis 9. März 1986 in Brocket Hall statt. Referat 412 hielt dazu am 10. März 1986 fest, daß der japanische Entwurf für eine Wirtschaftserklärung im Mittelpunkt gestanden habe: „Neben Wirtschafts- und politischer Erklärung wird es voraussichtlich eine Terrorismuserklärung geben, die kurz und weniger operativ sein wird und keinen neuen Auftrag an die Gruppe enthalten soll. Wie das Thema ‚Drogenbekämpfung' weiterbehandelt werden soll, blieb weiter unklar." Vgl. Referat 412, Bd. 130563.

46 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

47 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 1856 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

48 Der Passus „US kritisierte … F und" wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

49 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588.

50 Paraphe.

63

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

500-503.30/1-142/86 VS-vertraulich **7. März 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Genfer Zusatzprotokolle von 1977 zu den Rotkreuz-Konventionen von 1949[3];
hier: US-Haltung zur Ratifizierung[4]

Bezug: DB Washington Nr. 882 vom 27.2.1986 VS-v mit Ihrer handschriftlich vermerkten Frage – als Anlage beigefügt[5]

Anlg.: 1 (nur Original)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu III.

I. 1) In den USA zeichnet sich derzeit folgende Haltung zu den beiden Genfer Zusatzprotokollen von 1977 ab:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Duisberg und Legationsrat I. Klasse Krekeler konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 7. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schweppe am 7. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Bertele verfügte.
Hat Bertele am 10. März 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Duisberg verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Krekeler vorgelegen.

3 Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.
Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.
Die Bundesrepublik zeichnete die Zusatzprotokolle am 23. Dezember 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 344 und Dok. 361.
Zur Ratifizierungsdebatte vgl. AAPD 1984, II, Dok. 234.

4 Brigadegeneral Steinkopff, Washington, übermittelte am 25. Februar 1986 Informationen des amerikanischen Verteidigungsministeriums über den Stand der Beratungen in der Frage, ob die USA die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 ratifizieren sollten: „Die Joint Chiefs of Staff wären [...] nach eingehender Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, daß das Zusatzprotokoll I militärisch nicht akzeptabel und daß das Zusatzprotokoll II nur auf der Basis bestimmter Vorbehalte und Vereinbarungen annehmbar sei.“ Die Folgerungen dieser militärischen Analyse seien „von der Administration noch nicht formell bestätigt worden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 832; VS-Bd. 12402 (500); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Dem Vorgang beigefügt. Gesandter Wallau, Washington, berichtete, daß nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums derzeit ein Vorschlag für den Nationalen Sicherheitsrat hinsichtlich einer Ratifizierung der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 ausgearbeitet werde: „Es könne kaum Zweifel daran bestehen, daß darin, dem Votum der JCS folgend, vorgeschlagen werde, Zusatzprotokoll I nicht zu ratifizieren; Zusatzprotokoll II unter bestimmten Bedingungen zu ratifizieren.“ Auf dem Drahtbericht vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „Was ergibt sich hieraus für uns?“ Vgl. VS-Bd. 12402 (500); B 150, Aktenkopien 1986.

– Keine Ratifizierung von ZP I (Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte),
– Ratifizierung von ZP II (Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte) mit einer Reihe von Vorbehalten und Interpretationserklärungen.

Damit ist die US-Administration im Begriff, sich das Votum der Befehlshaber der Streitkräfte (Joint Chiefs of Staff) zu eigen zu machen. Dieses führt als ausschlaggebenden Grund für die Ablehnung des ZP I nicht die – bisher auch in den Bündniskonsultationen im Mittelpunkt stehende – Nuklearfrage[6] an, sondern macht geltend, daß das ZP I namentlich durch die Berücksichtigung „sogenannter Befreiungsbewegungen" auf eine unerträgliche „Politisierung" des humanitären Kriegsvölkerrechts hinauslaufe und dessen Schutz unter Umständen sogar „Terroristen" zugute kommen lasse. Außerdem erschwerten einzelne im ZP I enthaltene Bestimmungen über den Schutz von Zivilpersonen und ziviler Objekte in nicht hinnehmbarem Ausmaß die (konventionelle) Kampfführung. Im übrigen müsse befürchtet werden, daß westlichen Erklärungen zum Verständnis einzelner Aspekte (z. B. der Nuklearfrage) von anderen Staaten widersprochen werde.

2) Unbeschadet einer in Zusammenarbeit mit dem BMVg auf Arbeitsebene erfolgenden Detailanalyse des umfangreichen Gutachtens der Joint Chiefs of Staff ist festzustellen, daß die nunmehr von den USA gegen das ZP I ins Feld geführten Argumente uns keinen Anlaß geben, die von der deutschen Delegation bei der Genfer Konferenz 1974 bis 1977 eingenommene und seither von allen Bundesregierungen öffentlich bekräftigte Haltung aufzugeben, daß die Bundesrepublik Deutschland die Ratifizierung beider Zusatzprotokolle begrüßt, weil sie sie für einen bedeutenden Fortschritt im Bereich des humanitären Kriegsvölkerrechts hält. Auch wir haben, nicht nur im Rahmen der Bündniskonsultationen, Bedenken gegen einzelne Aspekte – die z. T. auch die von den Joint Chiefs of Staff hervorgehobenen Punkte betreffen – artikuliert, dabei aber stets die Auffassung vertreten, daß diesen Bedenken durch Abgabe entsprechender Erklärungen bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Rechnung getragen werden kann. (Nach derzeitigem Stand erwägen wir zehn derartige Erklärungen, von denen bisher namentlich die „Nuklearerklärung" im Vordergrund gestanden hat.)

II. 1) Im Hinblick auf das Bündnis ergibt sich folgende Situation:

– Frankreich hat es wegen der Nuklearproblematik abgelehnt, das ZP I zu ratifizieren, und ist im Jahre 1984 lediglich dem ZP II beigetreten.[7]

6 Referat 500 vermerkte am 1. Februar 1985: „Die Frage, ob die Bündnispartner eine klarstellende Erklärung abgeben sollen, ist in den Jahren 1977 bis 1984 Gegenstand eingehender Konsultationen innerhalb des Bündnisses gewesen und im Ergebnis bejaht worden. Die Bundesregierung hat sich im Jahre 1980 und erneut im Jahre 1984 klar zugunsten der Abgabe einer ‚Nuklearerklärung' ausgesprochen und diese Haltung auch im Bündnis vertreten. […] Als Ergebnis einer langen Reihe von NATO-Konsultationen sind Textelemente erarbeitet worden, die klarstellen sollen, daß die neuen Kampfführungsbestimmungen auf Nuklearwaffen keine Anwendung finden und daß insoweit die bisherige Rechtslage des Völkergewohnheitsrechts erhalten bleibt." Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1297.

7 Frankreich trat am 24. Februar 1984 dem Zusatzprotokoll II vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 bei.

– Beide Zusatzprotokolle wurden ratifiziert durch Dänemark und Norwegen (1982) mit Klarstellungen hinsichtlich der Nuklearfragen in den Denkschriften[8] sowie Italien (1986)[9] unter Abgabe einer Interpretationserklärung zur Nichtanwendbarkeit der neu eingeführten Bestimmungen des ZP I auf den Einsatz von Nuklearwaffen, also mit dem im Bündnis abgestimmten Inhalt.
– In Belgien und den Niederlanden ist das Ratifikationsverfahren in bezug auf beide Protokolle kurz vor dem Abschluß.[10]
– In Großbritannien werden z. Z. in den zuständigen Ministerien die Grundlagen für einen Regierungsbeschluß über die Ratifizierung erarbeitet. Allerdings ist von dort bereits zu hören, daß GB im Hinblick auf die „Interoperabilität" der Bündnisstreitkräfte auf die amerikanische Position Rücksicht nehmen müsse.

2) Die Bundesregierung hat mehrfach öffentlich (zuletzt durch StM Möllemann am 30. Januar 1986 im Deutschen Bundestag[11]) erklärt, daß sie unverändert an dem Ziel einer baldigen Ratifizierung der Zusatzprotokolle durch die Bundesrepublik Deutschland festhält, daß die Bundesregierung jedoch den Fortgang der internationalen Entwicklung abwarten will und, da in den in diesem Zusammenhang auftretenden sensiblen Nuklearfragen dem Verhalten der Nuklearmächte besondere Bedeutung zukommt, das Zustimmungsverfahren erst nach der Ratifizierung der Zusatzprotokolle durch eine Nuklearmacht des Bündnisses einleiten möchte.

Dementsprechend muß dies auch die Position unserer Regierungsdelegation bei der im Oktober 1986 in Genf stattfindenden Internationalen Rotkreuz-Konferenz[12] sein, die nach den Intentionen des IKRK – aber auch des DRK, das mit einer eigenen Delegation anwesend sein wird – zu verstärktem Druck auf alle Staaten genutzt werden soll, welche die Zusatzprotokolle noch nicht ratifiziert haben. Zwar gehören zu diesen auch alle Staaten des Warschauer Pakts; die westlichen Regierungen gerieten aber in eine besonders ungünstige Lage, wenn im Vorfeld der Konferenz die USA – und in ihrem Gefolge womöglich auch GB – mit ablehnenden Erklärungen an die Öffentlichkeit träten, die zudem noch den Vorwurf einer Argumentationsauswechselung (statt „Nuklearfrage" nunmehr „Terrorismus-Problem") auf sich ziehen könnten.

III. Wir sollten daher:

– das amerikanische Angebot zu Konsultationen bilateral und im Bündnis aufgreifen,
– dabei aber deutlich machen, daß das umfangreiche Gutachten der Joint Chiefs of Staff hier zunächst einer eingehenden Analyse unterzogen werden muß,

8 Norwegen ratifizierte am 14. Dezember 1981 die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949. Dänemark folgte am 17. Juni 1982.
9 Italien ratifizierte am 27. Februar 1986 die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949.
10 Belgien ratifizierte am 20. Mai 1986 die Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949. Die Niederlande folgten am 26. Juni 1987.
11 Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatsministers Möllemann vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 194. Sitzung, S. 14584 f.
12 Die XXV. Internationale Rotkreuz-Konferenz fand vom 23. bis 31. Oktober 1986 statt.

– für unsere Intention einer Ratifizierung beider Zusatzprotokolle unter Abgabe von westlichen Positionen wahrenden Erklärungen werben und
– darauf hinwirken, daß auch US und GB das nationale und internationale Umfeld der Diskussion um Ratifizierung der Zusatzprotokolle berücksichtigen.[13]

Bertele

VS-Bd. 12402 (500)

64

Bundeskanzler Kohl an Ministerpräsident Zhao Ziyang

7. März 1986[1]

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und unseren Regierungen hat sich in den beiden letzten Jahren bemerkenswert verdichtet und besonders positiv fortentwickelt. Zu dem Klima der Freundschaft und des besonderen Vertrauens, das zwischen uns besteht, haben die Gespräche, die wir bei meinem

13 Am 16. Juni 1986 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Duisberg die Botschaften in London und Washington sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, für folgende Position der Bundesrepublik zu werben: „Wir nehmen das amerikanische Angebot an, neue Vorstellungen der US-Administration über weitere Behandlung der Zusatzprotokolle im Bündnis zu konsultieren. […] Neue amerikanische Bedenken bedürfen weiterer Spezifizierung, sorgfältiger Prüfung und eingehender Erörterung in den zuständigen Allianz-Gremien. Bis zum Abschluß dieser Konsultationen sollte kein Partner einseitig Entscheidungen im Sinne einer Nicht-Ratifizierung der Zusatzprotokolle treffen und auch keine dahingehenden offiziellen Absichtserklärungen abgeben. Durch derartige Erklärungen hervorgerufene Debatten über Nicht-Ratifizierung durch wichtigste NATO-Staaten, insbesondere Nuklearmächte, müßten westliche Positionen vor und bei der im Oktober 1986 in Genf stattfindenden, das Thema ausführlich behandelnden XXV. Internationalen Rotkreuz-Konferenz entscheidend schwächen, zumal da, wie seitens des IKRK verlautet, zum gegenwärtigen Zeitpunkt erstmals WP-Staaten (Bulgarien, Ungarn, Polen) Ratifizierungs-Bereitschaft erkennen lassen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4651; VS-Bd. 12402 (500); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 7. März 1986 an Staatssekretär Meyer-Landrut mit der Bitte übermittelt, es „über unsere Botschaft Peking an seinen Empfänger" weiterzuleiten. Er fügte hinzu: „Der Herr Bundeskanzler hat mich auch gebeten, Sie über den folgenden Hintergrund seiner Initiative zu unterrichten: Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1972 haben sich unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur VR China überproportional verdichtet. Dabei haben sich auch eine Reihe mehr oder weniger institutionalisierter politischer und wirtschaftlicher Konsultationsmechanismen auf verschiedenen Ebenen herausgebildet. So gibt es häufige gegenseitige Besuche und sonstige Zusammentreffen der beiden Außenminister, Begegnungen des Bundeswirtschaftsministers mit dem chinesischen Außenwirtschaftsminister im ein- bis zweijährigen Rhythmus im Rahmen der Gemischten Wirtschaftskommission sowie verschiedene Konsultationen auf hoher Beamtenebene der beiden Außenministerien. Konsultationen im engeren Sinne auf der Ebene der Regierungschefs, wie wir sie mit anderen befreundeten Nationen unterhalten, hat es im Verhältnis zur VR China bisher nicht gegeben. Ebenso sind in die bereits bestehenden Konsultationsmechanismen mit der VR China die Themen ‚Abrüstungs- und Rüstungskontrolle' und ‚Weltwirtschaftsfragen' bisher nicht einbezogen. Im Rahmen der drei Begegnungen des Herrn Bundeskanzlers mit MP Zhao Ziyang innerhalb der letzten eineinhalb

Aufenthalt in China im Oktober 1984[2], bei Ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland im Juni 1985[3] und bei unserem Zusammentreffen in New York am Rande der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen[4] führen konnten, ganz wesentlich beigetragen.

In praktisch allen von uns angesprochenen Fragen konnten wir ein außergewöhnlich hohes Maß von Übereinstimmung feststellen. Ich glaube, daß dieses gute Einvernehmen auch über die große Entfernung zwischen unseren Ländern hinweg geeignet ist, einen Beitrag zur Verbesserung des politischen Klimas und damit zur Stabilität in der Welt zu leisten. Vor diesem Hintergrund freue ich mich besonders über das Interesse, das auch führende Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei Chinas wie der Generalsekretär, Herr Hu Yaobang, und der Ständige Sekretär des Zentralkomitees, Herr Hu Qili, dem Gespräch mit der Bundesregierung entgegenbringen.

Angesichts der so positiven Ergebnisse unseres bisherigen Meinungsaustausches möchte ich Ihnen vorschlagen, den Dialog zwischen unseren Regierungen im gemeinsamen Interesse und zu gegenseitigem Nutzen auf eine noch breitere Grundlage zu stellen.

Mit ihrer Politik der Öffnung zum Ausland und der Einbindung in die Weltwirtschaft hat die Volksrepublik China im Verlaufe der letzten sieben Jahre ihren wirtschaftlichen und politischen Spielraum in der Welt systematisch ausgebaut und an politischem Gewicht noch entsprechend gewonnen. Sie haben Ihr Land durch eine weitsichtige und ausgewogene Politik zu einem ganz wesentlichen Element wirtschaftlicher und politischer Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum entwickelt. Für mein Land, die Bundesrepublik Deutschland, ist die Volksrepublik China ein sehr bedeutender außenpolitischer und wirtschaftlicher Partner; Ihre weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bewertungen sind daher für meine Regierung und mich von größtem Interesse.

Vor diesem Hintergrund bieten sich für eine Erweiterung unseres Dialogs insbesondere zwei Themenbereiche an:

Jahre hat sich ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Beurteilung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Fragen und der Komplementarität der Interessen herausgestellt. Ebenso hat sich dabei ein besonderes persönliches Vertrauensverhältnis zwischen dem Herrn Bundeskanzler und MP Zhao Ziyang gebildet. Mit Chinas wachsendem weltpolitischen Gewicht und seiner zunehmenden Einbeziehung in die Weltwirtschaft wächst sein Interesse, seinen Nachholbedarf in der Kenntnis essentieller weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Fragen zu überwinden. Der Herr Bundeskanzler geht daher davon aus, daß MP Zhao Ziyang ein Angebot von seiner Seite zu einem konsultativen Dialog über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und über weltwirtschaftliche Themen begrüßen wird. Gerade weil wir angesichts des chinesischen Informationsdefizits in diesen Bereichen auf absehbare Zeit die ‚Gebenden' bleiben werden, geht er davon aus, daß eine solche Initiative langfristig zur weiteren Vertiefung der Beziehungen beitragen wird." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 133628.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen, der die Übermittlung einer Ablichtung an das Ministerbüro sowie die Weiterleitung an Referat 341 „m[it]d[er]B[itte] um w[eitere] Veranlassung" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 10. März 1986 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

3 Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

4 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 in New York auf und führte am 23. Oktober 1985 ein Gespräch mit Ministerpräsident Zhao Ziyang.

– Aktuelle Weltwirtschaftsfragen, einschließlich der internationalen Währungspolitik, wie auch – angesichts weltweit wachsender Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften – Fragen der nationalen Wirtschaftspolitik.
– Weltpolitische Fragen mit den Schwerpunkten Ost-West-Beziehungen und Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Wir könnten uns künftig über unsere persönlichen Begegnungen hinaus brieflich über unsere Bewertungen solcher Entwicklungen in beiden Bereichen unterrichten, die für unsere beiden Regierungen gleichermaßen von Interesse sind. Darüber hinaus könnten die dabei übermittelten Informationen durch regelmäßige Konsultationen auf der Ebene hoher Beamter ergänzt werden. Meinem heutigen Schreiben sind bereits zwei Positionspapiere meiner Regierung zu aktuellen Fragen der West-Ost-Beziehungen und der Abrüstung und Rüstungskontrolle beigefügt.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, meinen Vorschlägen zustimmen könnten. Wir hätten damit eine Möglichkeit, das schon dichte Netz der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und unseren Regierungen noch enger zu knüpfen.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen

[Kohl]

[Anlage 1]

Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die seit einem Jahr wieder angelaufenen Rüstungskontrollgespräche der beiden Großmächte in Genf[5] sind für die internationale Sicherheit und Stabilität und für die West-Ost-Beziehungen insgesamt von großer Bedeutung.

Die Gespräche sind noch immer von starkem gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Nach den vom Genfer Gipfeltreffen[6] ausgehenden Impulsen und den in letzter Zeit von beiden Seiten eingebrachten Verhandlungsvorschlägen[7] hat die Bundesregierung jedoch die Hoffnung, daß Fortschritte in einigen Bereichen, insbesondere bei den nuklearen Mittelstreckenflugkörpern größerer Reichweiten, in absehbarer Zeit erzielbar sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund ihrer geopolitischen Lage und infolge der mit der Bedrohung durch sowjetische SS-20 eingetretenen Situation ein besonderes Interesse an der drastischen Reduzierung bzw. Eliminierung dieser Raketensysteme mit Reichweiten zwischen 1000 und 5500 km. Ihre 1983 in Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses gegebene Zustimmung zur Statio-

5 Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden am 12. März 1985 wiederaufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 8 und Dok. 106.
Zur vierten Verhandlungsrunde vom 16. Januar 1986 bis 4. März 1986 vgl. Dok. 56.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986, die am folgenden Tag bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf eingebracht wurden, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Präsident Reagan antwortete darauf mit Schreiben vom 22. Februar 1986 an Gorbatschow, dessen Inhalt am 24. Februar 1986 in Genf vorgetragen wurde. Vgl. dazu Dok. 52.

nierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland war von der Sorge bestimmt, die Sowjetunion könnte aufgrund des in diesem Bereich zu ihren Gunsten bestehenden Ungleichgewichts in die Lage versetzt werden, politischen Druck gegenüber Westeuropa auszuüben und die militärische Bedrohung zu verstärken.

Die Bundesregierung hat seit Jahren gegenüber West und Ost, insbesondere bilateral gegenüber den Vereinigten Staaten und multilateral im Atlantischen Bündnis, ihr Interesse an einer rüstungskontrollpolitischen Lösung dieser Fragen geltend gemacht. Was die Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweiten anbelangt, befinden sich die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China nach Auffassung der Bundesregierung gewisser Weise in einer vergleichbaren Situation.

Das von Generalsekretär Gorbatschow am 15. Januar 1986 vorgelegte Programm zur Abschaffung aller Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 enthält zwar neue Elemente, vor allem im Bereich der Mittelstreckenwaffen und der Verifikation, berücksichtigt aber entscheidende Sicherheitsaspekte der Europäer ebensowenig wie die legitimen Sicherheitsinteressen ostasiatischer Staaten, wie z. B. Chinas und Japans.

Die nunmehr von Präsident Reagan eingebrachten neuen Vorschläge nehmen in pragmatischer Weise die positiven Ansatzpunkte der sowjetischen Position auf. Sie zielen unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Seiten bereits zum Ende des Jahres 1989 ebenfalls auf die vollständige Beseitigung landgestützter nuklearer Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite in Europa und Asien. Diese Vorschläge sind das Ergebnis intensiver Konsultationen der Vereinigten Staaten im Atlantischen Bündnis und bilateral mit Regierungen sowohl in Europa als auch in Asien. Die Bundesregierung ist im Rahmen dieser Konsultationen dezidiert dafür eingetreten, daß eine Null-Lösung die Mittelstreckensysteme größerer Reichweite sowohl in Europa als auch im asiatischen Teil der Sowjetunion umfassen müßte. Die Gründe für unsere Haltung liegen nicht nur in der Mobilität der SS-20, sondern gerade auch darin, daß wir eine sicherheitspolitische Entscheidung von dieser Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt unserer guten und freundschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China und zu Japan betrachten wollen. Wir haben daher den Vereinigten Staaten geraten, in ihren Vorschlägen jede Akzentuierung der Bedrohung Chinas und Japans zu vermeiden.

Das zentrale Element der Vorschläge Präsident Reagans im Bereich der Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite ist die Forderung nach weltweiter Beseitigung sowjetischer und amerikanischer Systeme dieser Kategorie. Die Vorschläge orientieren sich an den nachfolgenden grundlegenden Kriterien:

– Notwendigkeit gleicher Rechte und globaler Begrenzungen auf dem Wege zu weltweiter Beseitigung landgestützter amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweiten.
– Keine Einbeziehung von Systemen dritter Staaten in die Regelungen zwischen den USA und der Sowjetunion.
– Erfordernis gleichzeitiger ausgewogener Beschränkungen für Mittelstrekkenflugkörper kürzerer Reichweiten auf beiden Seiten.
– Die Notwendigkeit umfassender Verifikation.

Oberste Richtschnur der Bundesregierung für die Bewertung von Rüstungskontrollvorschlägen ist ihre Vereinbarkeit mit dem Ziel der Friedenssicherung und der Verhütung nuklearer ebenso wie konventioneller Kriege. Ein Hauptanliegen der Bundesregierung bei der Beurteilung der Vorschläge von Generalsekretär Gorbatschow ist es daher, Vorsorge zu treffen, daß Kriege im Wege der Entnuklearisierung nicht wieder führbar werden. Sie hat in diesem Zusammenhang, wie auch andere Bündnispartner, betont, daß mit der Beseitigung nuklearer Waffen eine grundlegende Änderung des zugunsten des Warschauer Pakts bestehenden konventionellen Übergewichts einhergehen müßte.

Die Bundesregierung sieht für das laufende Jahr Anlaß zu vorsichtigem Optimismus, auch bei den multilateralen Rüstungskontrollverhandlungen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein besonderes Interesse an einem baldigen weltweit geltenden Verbot der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen. Die Bundesregierung unterstützt in diesem Zusammenhang jede Verhandlungsinitiative, die Fortschritte auf dem Wege zu einer überprüfbaren und weltweiten Lösung dieser Frage verspricht.

Im Rahmen der Stockholmer Verhandlungen[8] über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa bestehen gute Aussichten, daß noch in diesem Jahr ein Dokument zustande kommt, das konkrete vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich mit einer generellen, von allen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki[9] wiederholten Bekräftigung des Gewaltsverbots verbindet.

Die Bundesregierung hofft auch auf baldige Fortschritte bei den Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) in Wien.

Nach Auffassung der Bundesregierung werden sich Bemühungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle auf die Dauer nur dann als erfolgreich erweisen, wenn gleichzeitig versucht wird, die politischen Beziehungen zu verbessern und einen Prozeß zum Abbau von Mißtrauen und zu vermehrter Vertrauensbildung einzuleiten.

[Anlage 2]

West-Ost-Beziehungen

Die Interessenlage und Haltung der Bundesregierung zu den West-Ost-Beziehungen werden entscheidend bestimmt durch die Tatsache, daß Deutschland gegen seinen Willen geteilt ist. Die Bundesrepublik Deutschland liegt an der Nahtstelle zwischen beiden großen Militärbündnissen. Die Teilung Deutschlands ist gleichzeitig auch die Teilung Europas.

Aufgrund dieser Situation ist die Bundesrepublik Deutschland an einem konstruktiven Dialog mit dem Ziel einer allmählichen Überwindung der Gegensätze zwischen West und Ost interessiert. Dabei sollte jedoch das West-Ost-Verhältnis nach Ansicht der Bundesregierung nicht auf sicherheitspolitische Fragen verengt werden.

8 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 71.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion kommt in diesem Zusammenhang eine weit über das bilaterale Verhältnis hinausragende Bedeutung zu. In diesem Sinne begrüßt die Bundesregierung den wieder in Gang gekommenen Dialog der Großmächte, insbesondere die in Genf beim Zusammentreffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow am 21. November 1985 eingeleitete Folge von weiteren Gipfeltreffen. Die Bundesregierung erwartet, daß von diesen Begegnungen Impulse für den West-Ost-Dialog insgesamt ausgehen. Sie tritt dafür ein, daß dieser Dialog auf eine möglichst breite Grundlage gestellt und das Gespräch aller mit allen in West und Ost intensiviert wird.

In diesem Zusammenhang stellt der KSZE-Prozeß ein wichtiges Instrument auf dem Wege zu engeren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Teilnehmerstaaten, zur Durchsetzung der Menschenrechte und wichtiger Grundfreiheiten sowie zu menschlichen Erleichterungen dar. Die Bundesregierung widmet daher der Anfang November in Wien beginnenden KSZE-Folgekonferenz und dem KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte im April/Mai dieses Jahres in Bern[10] ihre besondere Aufmerksamkeit.

Die Bundesregierung hofft, daß langfristig im europäischen Rahmen auch die deutsche Frage im Einverständnis mit unseren Nachbarn und mit allen europäischen Staaten friedlich gelöst werden kann.[11]

Referat 341, Bd. 133628

10 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

11 Botschafter Fischer, Peking, teilte am 26. März 1986 mit, daß das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. März 1986 an Ministerpräsident Zhao Ziyang im chinesischen Außenministerium am 24. März 1986 übergeben worden sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 526; Referat 341, Bd. 133628. Ministerpräsident Zhao Ziyang antwortete Kohl am 7. April 1986, er freue sich, „mit Ihnen solche Kontakte aufzunehmen, um Meinungen über die Fragen der internationalen wie bilateralen Beziehungen, die uns gleichermaßen interessieren, auszutauschen. Dies liegt nicht nur im grundlegenden Interesse unserer beiden Länder, es dient auch der Erhaltung des Weltfriedens.“ Zhao sprach Kohl ferner seinen Dank für die Übermittlung der Stellungnahmen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie zu den Ost-West-Beziehungen aus: „Überdies nahm ich den gerechten Standpunkt, den Sie, Herr Bundeskanzler, in den unsere gemeinsamen Sicherheitsinteressen berührenden Fragen einnehmen, zur Kenntnis und bringe meine Würdigung zum Ausdruck.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133628.

65

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim **10. März 1986**[1]

Lieber Ron,

soeben habe ich mir einen Bericht über den Stand der Verhandlungen unserer beiden Delegationen zur Erarbeitung einer SDI-Rahmenvereinbarung und einer Vereinbarung über allgemeine Fragen der technologischen Zusammenarbeit[2] geben lassen. Erfreulicherweise gibt es in den meisten Punkten Übereinstimmung. Ich begrüße die bisher erzielten Fortschritte. Einige wichtige Fragen, die von besonderer Bedeutung sind, sind noch offengeblieben. Sie veranlassen mich, daß ich mich heute direkt an Sie wende.[3]

Es geht erstens um die Frage einer politischen Bekräftigung des SDI-Forschungsprogramms. Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung das SDI-Forschungsprogramm wiederholt öffentlich und unmißverständlich unterstützt. In diesem Zusammenhang erinnere ich an den Beschluß meiner Regierung vom 27. März 1985[4], an meine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag vom 18. April 1985[5]. Beide Erklärungen sind von meiner Regierung am 18. Dezember 1985 öffentlich noch einmal ausdrücklich bekräftigt worden.[6]

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. März 1986 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.
Hat Genscher am 10. März 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 41, besonders Anm. 17.

3 Bei einer Besprechung mit den Bundesministern Genscher und Bangemann am 10. März 1986 äußerte Bundeskanzler Kohl den Wunsch, „daß er noch in dieser Woche mit den Amerikanern verhandeln will. Ausgangspunkte: SDI-Text soll nicht veröffentlicht werden; T[echnologie]T[ransfer]-Vereinbarung möglichst zeitgleich zu unterschreiben, aber keine Bedingung für den Abschluß des SDI-Abkommens. […] Verhandlungen in der Karwoche zu spät, deutsche Delegation soll am 12.3. nach Washington reisen und ihn am 17.3. von Ergebnis unterrichten. Er wird an Präsident Reagan schreiben. Bittet BM, im gleichen Sinn mit Shultz zu sprechen.“ Hinsichtlich der Vertragsform sprach sich Kohl für ein Regierungsabkommen aus, das seitens der Bundesregierung von Bangemann zu unterzeichnen sei. Ferner könne dem amerikanischen Wunsch, die Erklärungen der Bundesregierung vom 27. März, 18. April und 18. Dezember 1985 aufzunehmen, durch einen entsprechenden Hinweis auf die Äußerungen in einem Abkommen über die SDI-Forschung Rechnung getragen werden. Schließlich dürfe „Berlin nicht ausgeklammert“ werden. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stülpnagel vom selben Tag; VS-Bd. 13714 (431); B 150, Aktenkopien 1986.
Bundesminister Genscher bat den amerikanischen Außenminister Shultz am 11. März 1986, die im Schreiben von Kohl vom 10. März 1986 an Reagan „dargelegten Überlegungen zum weiteren Gang der Verhandlungen zu unterstützen und Aufmerksamkeit insbesondere dem deutschen Wunsch nach einer Berlin-Klausel und nach dem zeitgleichen Abschluß der beiden angestrebten Abkommen zu widmen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 12. März 1986; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zu SDI vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 87.

5 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9715–9720.

6 Zum Beschluß der Bundesregierung über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 1, besonders Anm. 4.

Lieber Ron, Sie wissen, daß meine Regierung und ich deshalb erheblicher Kritik und heftigen Anfeindungen der Sowjetunion ausgesetzt sind. Von der amerikanischen Verhandlungsdelegation ist jetzt der Wunsch ausgesprochen worden, in einer Art Präambel für die Regierungsvereinbarung – die vertraulich gehalten werden soll – erneut eine politische Bekräftigung des SDI-Forschungsprogramms zum Ausdruck zu bringen.

Ich will gerne akzeptieren, daß in dieser Präambel die genannten Erklärungen der Bundesregierung noch einmal Erwähnung finden. Ich halte es aber des Guten zuviel, wenn ein darüber hinausführendes politisches Bekenntnis der Bundesregierung in den Abkommenstext aufgenommen werden sollte. Ich glaube nicht, daß der Wert klarer politischer Stellungnahmen durch mehrfache Wiederholung gesteigert wird.

Zweitens hat meine Delegation vorgeschlagen, in beide Vereinbarungen eine Berlin-Klausel aufzunehmen. Sie kennen die Gründe, aus denen ich Wert darauf legen muß, daß die Einbeziehung Berlins in internationale Absprachen in jedem einzelnen Fall unmißverständlich geregelt wird. Ihre Mitarbeiter haben demgegenüber die Auffassung vertreten, daß die Erwähnung Berlins in einem verteidigungsrelevanten Abkommen weder rechtlich nötig noch politisch opportun ist. Ich möchte Sie herzlich bitten, Ihren Mitarbeitern zu empfehlen, diese Position noch einmal zu überdenken. Ich sähe mich nicht in der Lage, einem Abkommen zuzustimmen, das den Berlin-Bezug nicht enthält.

Ich will den technischen Lösungsmöglichkeiten, die die Verhandlungsdelegationen für dieses Problem finden, nicht vorgreifen. Ich selber könnte mir allerdings vorstellen, daß wir die Schwierigkeiten dadurch lösen, daß wir in das Abkommen über allgemeine Fragen der technologischen Zusammenarbeit eine Berlin-Klausel aufnehmen und in der Vereinbarung zu SDI ausdrücklich auf diese Klausel verweisen.[7]

Ich bin drittens überzeugt, daß der Abschluß der beabsichtigten Abkommen unsere Zusammenarbeit auch in gemeinsam interessierenden Fragen der Verteidigung weiter fördern wird. Deswegen würde ich es begrüßen, wenn das Abkommen über die Zusammenarbeit in der SDI-Forschung auch Grundlage für einen möglichst breit angelegten Informationsaustausch zwischen unseren Verteidigungsministerien werden könnte.[8]

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf einen allgemeinen Aspekt hinweisen, der in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland besondere Be-

[7] Zu den amerikanischen Vorbehalten vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 7. März 1986, daß die Bundesrepublik eine Einbeziehung von Berlin (West) auch in jene internationalen Abkommen anstrebe, deren Inhalt teilweise in den Vorbehaltsbereich der Drei Mächte falle, z. B. im Verteidigungsbereich. Eine Einbeziehung erfolge in diesem Fall durch die Übernahme des erstreckungsfähigen Teils eines Abkommens („gespaltene Berlin-Klausel"). Braunmühl fuhr fort: „Die operativen Bestimmungen des vorgesehenen Abkommens regeln keine verteidigungspolitischen Fragen, sondern befassen sich mit Fragen der privatwirtschaftlichen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm. Auch der verteidigungspolitische Charakter der SDI-Forschung wird lediglich in der Präambel angeschnitten und taucht stellenweise vorwiegend im amerikanischen Textentwurf auf, ohne inhaltlich relevant zu sein. […] Der bisherige Verhandlungsstand spricht für die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Einbeziehung Berlins, und zwar mit einer gespaltenen Berlin-Klausel, wie von deutscher Seite bereits […] vorgeschlagen." Vgl. VS-Bd. 13429 (210); B 150, Aktenkopien 1986.

[8] Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

deutung hat. Meine Delegation hat in den Verhandlungen eine Reihe von Regelungen vorgeschlagen, die für die politische Präsentation eines Abkommensabschlusses zwischen unseren beiden Regierungen von sehr großer Bedeutung sind. Ich weiß, daß diese innenpolitische Notwendigkeit, die ich berücksichtigen muß, für die Mitglieder der Verhandlungsdelegation der Vereinigten Staaten nicht in jeder Einzelheit einsichtig war. Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, den Mitgliedern Ihrer Verhandlungsdelegation besonders zu empfehlen, für die erwähnten präsentationsbedingten Formulierungen Verständnis und Entgegenkommen zu zeigen.

Vor diesem Hintergrund wäre es für meine Regierung sehr hilfreich, wenn wir das Abkommen über die Zusammenarbeit an der SDI-Forschung zum gleichen Zeitpunkt wie ein Abkommen über allgemeine Fragen der technologischen Zusammenarbeit abschließen könnten. Der Stand der Verhandlungen bestätigt meines Erachtens, daß dies möglich ist.

Ich habe die deutsche Delegation, die unter Leitung des Bundeswirtschaftsministeriums steht, gebeten, noch in dieser Woche für die Fortsetzung der Verhandlungen in Washington zur Verfügung zu stehen, damit der Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Bangemann, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die erwähnten Abkommen im Namen der Bundesregierung unterzeichnen kann.[9]

Ich habe meine Delegation gebeten, mir am 17. März über den Fortgang der Gespräche zu berichten, und würde es für sehr nützlich halten, wenn bis dahin auch für sonstige offengebliebene Einzelfragen einvernehmliche Lösungen gefunden werden könnten.

Aus meiner Sicht läge es in unserem gemeinsamen Interesse, wenn wir uns noch in diesem Monat über beide Vereinbarungen einigten, damit sie dann ohne weiteren Verzug unterschrieben werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Helmut Kohl

VS-Bd. 14161 (010)

9 Zur dritten Runde der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vom 13. bis 15. März 1986 in Washington vgl. Dok. 72.

66

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda

VS-vertraulich **11. März 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda am 11.3.1986 von 17.30 bis 19.00 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: Botschafter Pfeffer, MDg Stabreit (als Notetaker).

Anwesend auf polnischer Seite: Botschafter Olechowski.

Ferner auf beiden Seiten Dolmetscher.

Bundeskanzler eröffnet das Gespräch, indem er Herrn Szałajda herzlich willkommen heißt. Er gehe davon aus, daß die Dinge im wirtschaftlichen Bereich ausreichend mit dem Kollegen Bangemann besprochen worden seien.[3] Wenn Herr Szałajda noch Fragen habe, so wolle er die gern beantworten. Ansonsten wolle er aber ein prinzipielles Gespräch über die deutsch-polnischen Beziehungen mit ihm führen.

Herr *Szałajda* antwortet, er sei außerordentlich zufrieden, daß er mit dem Bundeskanzler zusammentreffen dürfe. Er habe persönliche Grüße von General Jaruzelski sowie von Premierminister Messner zu übermitteln. Er wolle eingangs ein paar Worte zur allgemeinen Lage sagen. Die Zeit seit der letzten Begegnung des Bundeskanzlers mit Präsident Jaruzelski[4] sei von wichtigen

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 12. März 1986 gefertigt und am 17. März 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 17. März 1986 vorgelegen, der die Übermittlung von Ablichtungen der Gesprächsaufzeichnung an das Büro Staatssekretäre sowie an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und an Referat 214 sowie die Vorlage bei Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14152 (019); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szałajda hielt sich anläßlich der Sitzung der deutsch-polnischen Gemischten Regierungskommission zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit am 10./11. März 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Bundesminister Bangemann und der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szałajda führten am 10. März 1986 Gespräche im Rahmen der am 10./11. März 1986 tagenden deutsch-polnischen Gemischten Regierungskommission. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt notierte am 12. März 1986, daß wichtigstes Ergebnis die Gewährung eines neuen Bürgschaftsrahmens in Höhe von 100 Mio. DM gewesen sei. Nach längeren Erörterungen sei folgende Einigung erzielt worden: „Beide Seiten erkennen den Zusammenhang zwischen der Gewährung neuer Deckungen und der Regelung offener Rückstände an. Beide Seiten sprechen die Erwartung aus, daß die Gewährung des 100 Mio. DM-Deckungsrahmens zur Regelung der noch offenen Rückstände aus dem 1 Mrd. DM-Kredit ‚auf der Basis gegenseitigen Entgegenkommens‘ führen wird (nächste Verhandlungsrunde: 19./20. März in Bonn). […] Trotz der beschränkten Höhe des 100 Mio. DM-Rahmens würdigten beide Seiten seine Bedeutung als Signal sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Haltung von Regierungen, Banken und Firmen in Gläubigerländern.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140334.

4 Bundeskanzlers Kohl traf sich im Rahmen seines Aufenthalts vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau anläßlich des Begräbnisses des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit Ministerpräsident Jaruzelski. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 15. März 1985; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Ereignissen, insbesondere dem Gipfeltreffen von Genf[5], gekennzeichnet gewesen. Es bestehe jetzt auch für unsere beiden Staaten die Möglichkeit, sich von ungünstigen Tendenzen abzuwenden und zu einem guten Ergebnis in unseren Beziehungen zu kommen. Von polnischer Seite seien die Äußerungen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers zu den deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere zum Warschauer Vertrag[6], als Grundlage für die Entwicklung dieser Beziehungen, positiv vermerkt worden. Unsere Nationen hätte in Europa ein wichtiges Wort mitzureden. Die Wirtschaft spiele hierbei eine wichtige Rolle. Die polnische Wirtschaft gewinne heute wieder ihr Gleichgewicht zurück. In der zurückliegenden schwierigen Periode habe man die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gestärkt. Damit habe Polen die Grundlage für den Wiederaufschwung gewonnen. Man wolle aber auch die Zusammenarbeit mit den anderen Nachbarländern pflegen. Die Bundesrepublik Deutschland sei der erste Handelspartner, aber auch der erste Gläubiger Volkspolens. Polen wolle den Wirtschaftsaustausch steigern. Polen wolle die Wirtschaft modernisieren, um immer glaubwürdiger auftreten zu können, bei der Abzahlung, aber auch um das notwendige Wachstum sicherzustellen.

Was die Firmenkooperation anbetreffe, so seien hier sehr ermutigende Ergebnisse zu verzeichnen. Erste Verträge seien schon geschlossen.[7] Im Wege stünden hier die begrenzten Kreditmöglichkeiten, im Klartext, es gehe um Hermes-Garantien. Man habe die im vergangenen Jahr gestellten deutschen Bedingungen erfüllt.[8] Mit Genugtuung wolle er feststellen, daß der 100 Mio.-Kredit-Bürgschaftsrahmen ein erstes Signal und ein guter Anfang sei. Auf polnischer Seite glaube man jedoch, es könne sich nur um einen Anfang handeln. Das

5 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

7 Am 4. März 1985 vermerkte Ministerialdirektor Ungerer: „Polen ist stark an der wirtschaftlichen Kooperation mit deutschen Unternehmen interessiert, um die Exportfähigkeit seiner Industrie zu erhöhen. Es hat deshalb im Oktober 1984 Projektlisten für die Fertigstellung begonnener Investitionsvorhaben und die Modernisierung von Unternehmen in Zusammenarbeit mit deutschen Firmen übergeben, für deren Realisierung die Gewährung von Kreditbürgschaften in Höhe von 300 Mio. US-$ erbeten wurde. Nach Angaben von BMWi und Ostausschuß verhalten sich die hierbei angesprochenen deutschen Firmen jedoch wegen der Kumulierung der polnischen Forderungen nach voller Kompensation und voller deutscher Finanzierung bis zur Abwicklung der Rückkaufsverträge abwartend." Vgl. Referat 421, Bd. 140334.
In der Sitzung der deutsch-polnischen Gemischten Kommission übergab die polnische Delegation eine aktualisierte Projektliste, „über die mit deutschen Firmen z. Z. verhandelt wird". Vgl. das Protokoll der Sitzung; Referat 421, Bd. 140334.

8 Ministerialdirektor Ungerer vermerkte am 25. März 1985, daß Polen bei der ersten Tagung der deutsch-polnischen Gemischten Regierungskommission nach sechsjähriger Pause am 21./22. März 1985 in Warschau den Wunsch nach neuen Kreditbürgschaften geäußert habe, da es „nur in der Perspektive einer Wiederbelebung seiner Wirtschaft mit Hilfe neuer Kredite in der Lage sei, endgültig neue Verpflichtungen im Rahmen der Umschuldung zu übernehmen". Diesem Anliegen sei Bundesminister Bangemann von Beginn an entgegengetreten und habe die Eröffnung eines Deckungsrahmens für Handelsgeschäfte von drei Bedingungen abhängig gemacht: „1) Regelung der Rückstände aus der Umschuldung 1981; 2) Unterzeichnung und Erfüllung (multi- und bilateral) der Umschuldungsvereinbarung 1982 bis 1984; 3) Unterzeichnung (multi- und bilateral) der Umschuldungsvereinbarung 1985." Vgl. Referat 421, Bd. 140334.

Ausmaß der wirtschaftlichen Kontakte rechtfertige es, die Sache noch breiter anzufassen. So werde er auch mit Vertretern der deutschen Industrie sprechen, morgen z. B. mit Herrn Beitz und Herrn Wolff von Amerongen sowie Vertretern fünf weiterer Konzerne. Die Perspektive günstiger Kreditmöglichkeiten sollte uns ermutigen, auf diesem Weg weiter fortzuschreiten. Ein gutes Zeichen könne der Besuch des polnischen Außenministers in Bonn[9] sein. Man hoffe polnischerseits, daß man eine bessere, dauerhafte Form der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland entwickeln könne.

Der *Bundeskanzler* dankt Herrn Szałajda für seine Ausführungen. Er bittet ihn, Präsident Jaruzelski seinerseits Grüße auszurichten. Er erinnere sich genau an das Gespräch, das er mit ihm gehabt habe. Was den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen anbetreffe, so sei er mit ihnen nicht zufrieden. Er habe mit Interesse den Brief des polnischen Ministerpräsidenten an ihn[10] gelesen. Ihm wäre es lieber, man brauche solche Briefe nicht. Wie sei die Lage? Beide Seiten müßten mit der Geschichte ihrer Völker leben. Die deutsch-polnische Geschichte sei eine lange Geschichte mit langen positiven Perioden. Beide Länder seien Durchgangsländer. So habe es auch kürzere Perioden gegeben, die schrecklich waren. Schreckliches sei in deutschem Namen an Polen geschehen, aber auch Schreckliches in polnischem Namen an Deutschen. Die Deutschen hätten heute den Tribut zu zahlen für den von Hitler angefangenen Krieg. Dieser Krieg habe die Karte Europas, auch die Karte Polens, verändert. Für uns sei Krieg kein Mittel der Politik mehr. Wer mit dem Kriegsgedanken spiele, spiele mit dem Inferno. Es gebe aber auch andere Tatsachen: Polen sei ein Teil des sozialistischen Lagers. Dies sei eine Realität, und es habe wenig Sinn, darüber zu philosophieren. Die Polen müßten selbst über ihren Weg bestimmen. Gleiches gelte für die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland. Man könne lange darüber streiten, welche Philosophie hier besser sei. Als Herr Sindermann hier gewesen sei[11], habe er ihm das Gleiche gesagt wie schon vorher Ho-

9 Zum Besuch des polnischen Außenministers Orzechowski vom 6. bis 9. April 1986 vgl. Dok. 91 und Dok. 93.

10 In einem Schreiben vom 28. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl äußerte Ministerpräsident Messner den Wunsch „nach einer dauerhaften Wende in den Beziehungen zwischen den Polen und Deutschen in beiden deutschen Staaten". Die konstruktiven Äußerungen der Bundesregierung über Polen, welche die „Treue zu den Grundsätzen des 1970 mit Polen abgeschlossenen Vertrages, die uneingeschränkte Achtung der Unantastbarkeit der Grenzen, der territorialen Integrität und der Souveränität aller europäischen Staaten in ihren bestehenden Grenzen" zum Ausdruck brächten, sollten „die dominierende und dauerhafte Tendenz in der Politik der Bundesrepublik gegenüber Polen bestimmen". Messner versicherte, daß die polnische Kritik an manchen Tendenzen in der Bundesrepublik ausschließlich Ausdruck der Sorge sei, diese richteten sich „gegen die lebenswichtigen Interessen unseres Volkes und Staates". Polen sei zu einer Intensivierung des bilateralen Dialogs bereit, „vor allem im Bereich der breit verstandenen Problematik der gesamteuropäischen Sicherheit und Zusammenarbeit". Darüber hinaus bilde die Wirtschaftskooperation die „grundlegende Sphäre" der bilateralen Beziehungen: „Wir sind entschlossen, unsere finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern zu regeln. Dies bezieht sich ebenfalls auf unseren […] größten Partner der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – die Bundesrepublik Deutschland. Die Rückkehr zu den normalen Finanz- und Kreditbeziehungen, ein Entgegenkommen in den eigenartigen polnisch-westdeutschen Wirtschafts- und Finanzproblemen, wäre ein wesentlicher Faktor zur Stimulierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten." Vgl. Referat 214, Bd. 139706.

11 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am 19. Februar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 15.

necker[12]. Er, Sindermann, werde keine Chance haben, in das Präsidium der CDU gewählt zu werden, ebensowenig wie er, Helmut Kohl, in das Politbüro in Ost-Berlin. Es sei sinnlos, sich über die beiderseitigen Systeme zu unterhalten. Wir respektierten die Regime, ob wir sie nun mögen oder nicht. Wir versuchten in dieser Lage, die Beziehungen im Interesse der Menschen so gut zu gestalten wie möglich.

Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen seien durch den Warschauer und den Moskauer Vertrag[13] geordnet. Diese Verträge gälten. Dies sei nicht eine Frage, wie man damals zu dem Vertrag gestanden habe, ob man nun hätte besser verhandeln können oder nicht. All dies sei Schnee von gestern. Wir seien ein vertragstreues Land. Eine der Lehren, die wir aus dem Dritten Reich gezogen hätten, sei die, daß wir vertragstreu sein wollten. Aber der Vertrag gelte so, wie er geschlossen worden sei, und keine Seite dürfe versuchen, ihn nachzubessern. Vor uns läge eine Durststrecke der Geschichte. Damit müßten wir fertigwerden.

Die Deutschen seien heute gegenüber Polen sehr freundlich eingestellt. Dies sei die volle Wahrheit. Er sei jetzt 56 Jahre alt und seit seinem 16. Lebensjahr politisch tätig. Deshalb könne er für sich beanspruchen, ein Gefühl für das zu haben, was seine Landsleute dächten. Z. B.: Als es in Polen sehr schlecht gegangen sei, nachdem General Jaruzelski das Kriegsrecht verhängt habe[14], hätten Bundeskanzler Schmidt und er sich an eben diesem Tisch gegenüber gesessen. Man habe besprochen, daß Pakete nach Polen von den Postgebühren befreit werden sollten. Ein Jahr später sei er selbst Kanzler gewesen und habe diese Maßnahme wiederholt.[15] Deutsche hätten in den Jahren nach Ausrufung des Kriegsrechtes Spenden im Wert von mehr als 300 Mio. DM aufgebracht, darunter sehr viele junge Leute und Vertriebene. Bundeskanzler berichtet, daß er vor einem Jahr in Süddeutschland auf einer Wallfahrt gewesen sei. Dort hätten sich 20 000 Menschen, und zwar Vertriebene, zusammengefunden. Der Bischof habe die Messe gehalten. Hinterher habe er mit den Leuten zusammengesessen. Dort seien zum Teil drei Generationen zusammen gewesen, darunter Menschen, die 1945 ganz jung waren, deren Kinder und sogar Enkel. Zum Teil hätten die Menschen ein furchtbares persönliches Schicksal erlitten.

12 Bundeskanzler Kohl und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, kamen am 13. Februar 1984 am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 43.
Ein weiteres Gespräch führten Kohl und Honecker am 12. März 1985 in Moskau am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 75.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

14 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

15 Am 4. Februar 1982 beschloß der Bundestag auf Empfehlung des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen vom Vortag, Geschenkpakete privater Versender nach Polen vom 8. Februar bis 30. Juni 1982 gebührenfrei zu befördern. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 83. Sitzung, S. 4887 f.
Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen gab Ende Oktober 1982 bekannt, daß vom 1. November 1982 an alle Postämter im Bundesgebiet und in Berlin (West) Geschenkpakete nach Polen gebührenfrei annehmen werden. Die Gebührenbefreiung sei bis zum 31. Dezember 1982 befristet. Vgl. dazu BULLETIN 1982, S. 919.

Hier habe es sich nicht um solche gehandelt, die in Auschwitz tätig gewesen seien oder anderenorts Polen drangsaliert hätten, sondern einfach Geiseln der Geschichte. Er habe keine Spur von Revanchismus entdecken können. Alle Menschen habe eine Sehnsucht beseelt, die nach Frieden und dem ungestörten Genuß der Freiheit hier. Hier wollten sie ihr Leben friedlich beschließen. Konrad Adenauer habe im Herbst 1949 gesagt, daß wir Aussöhnung und wenn möglich gute Nachbarschaft mit unseren früheren Gegnern wollten. Dabei habe er Israel, Frankreich und Polen besonders genannt.[16] Mit Israel und Frankreich sei wieder Aussöhnung gelungen, mit Polen noch nicht. Er, der Bundeskanzler, wolle in seiner Zeit dazu beitragen. Dies gehe jedoch nur, wenn man ehrlich miteinander rede. Er sei Vorsitzender der CDU und wolle darauf hinweisen, daß diese eine deutsch-polnische Tradition habe. Bei ihrer Gründung habe sie die Tradition mehrerer deutscher Parteien übernommen, darunter der des Zentrums. In allen Reichstagen vor dem Ersten Weltkrieg hätten die polnischen Reichstagsabgeordneten beim Zentrum hospitiert, nicht bei der Sozialdemokratie. Er wolle dies hier in Erinnerung rufen, weil er Traditionen zu vertreten habe.

Aus seiner Sicht gebe es keinen Grund, unruhig zu sein. Bundeskanzler berichtet über eine deutsche Fernsehsendung und demoskopische Untersuchungen, wonach die Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze unter Vertriebenen und ihren Nachkommen höher sei als unter Einheimischen. Die Frage sei in Wahrheit kein Problem: Der Vertrag sei eindeutig. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich gebunden. Die Bundesrepublik Deutschland könne nicht Gesamtdeutschland binden. Es gebe keinen Friedensvertrag. Aber auch die politische Realität sei eindeutig. Die polnischen Stellen hätten genau seine Rede vor den Schlesiern gelesen.[17] Er sei nicht gerade verwöhnt mit Lob von polnischer Seite und erwarte das auch nicht. Die polnischen offiziellen Stellen hätten jedoch die Rede als korrekt und klug bezeichnet. Wir sollten vernünftig und ohne Polemik miteinander leben. Jeder müsse den anderen mit seinen Eigenheiten respektieren. Daß in Warschau eine gewisse Propagandatrommel gerührt werde, störe ihn, den Bundeskanzler, nicht. Dies gehöre zu den unterschiedlichen Systemen. Daß Polen auf seine Nachbarn besonders scharf achtgebe, sei auch verständlich. Daß die polnische Lage eine andere sei als die der Ungarn, sehe er auch. Er sei im übrigen nicht pingelig. Aber es gebe hier eine gewisse Schwelle. Es sei nicht klug gewesen, zum Jahreswechsel unterschiedliche Briefe an führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland zu schicken.[18] Die

16 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

17 Am 16. Juni 1985 fand in Hannover das Bundestreffen der „Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien“ statt. Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vgl. BULLETIN 1985, S. 577–583.

18 In einem am 6. Dezember 1985 anläßlich des 15. Jahrestags des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 übermittelten Schreiben des Ministerpräsidenten Messner hieß es, dieser sei „eine logische Folge und Bestätigung der auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam getroffenen Entscheidungen der Alliierten über eine dauerhafte territoriale Ordnung in Europa, die den Völkern unseres Kontinents die Sicherheit und den Frieden garantieren sollte. Die darin enthaltene Anerkennung des endgültigen Charakters der polnischen Westgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße war ein bedeutsamer Beitrag zur Stabilisierung der Lage auf unserem Kontinent, eröffnete die historische Chance, die friedliche Infrastruktur der gesamteuropäischen Zusammenarbeit aufzubauen und ermöglichte unseren Staaten und Völkern die Bewältigung der tragischen Vergangenheit und die

Verfassungssituation sei klar: In unserer Verfassung sei der Bundeskanzler die ausschlaggebende politische Figur. Er wolle Herrn Szałajda darauf hinweisen, daß er einen ausgesprochen[19] polenfreundlichen Bundeskanzler vor sich habe. Er komme von der deutsch-französischen Grenze und kenne das leidvolle Grenzlandschicksal. Er habe selbst einen Beitrag dazu leisten können, daß wir so gute Beziehungen zu Paris hätten wie nie zuvor. Es liege ihm sehr daran, auch zu Polen gute Beziehungen zu schaffen.

Vor Weihnachten habe er den Besuch 25 polnischer Journalisten gehabt.[20] Diese hätten dann berichtet, sie seien der Auffassung gewesen, daß Warschau ihn, den Bundeskanzler, falsch behandele. Er wünsche im deutsch-polnischen Verhältnis Fortschritte, aber nicht auf irgend so eine diplomatisch verwaschene Art. Er wolle, daß wir über die Geschichte offen sprächen, aber nun vor allem die Zukunft gestalteten und zukünftige Tragödien vermieden. Er habe den polnischen Journalisten gesagt, daß es für ihn nicht erträglich sei, wenn in Warschau eine Gedenkstätte eröffnet und gesagt werde, dies seien die Deutschen gewesen. Er beziehe sich hier auf Katyn.[21] Selbst in Nürnberg sei von der Sowjetunion diese Behauptung zurückgezogen worden.[22] Er müsse als Deutscher mit genug Mahnmalen des Schreckens leben, z. B. Auschwitz und Treblinka. Wir müßten aber bei der Wahrheit bleiben.

Wie werde die Welt weitergehen? Es sei nur ein Akt der Klugheit, daß wir gut miteinander auskämen. Die Sowjetunion habe jetzt eine neue Führung[23] und die Verhältnisse seien klarer. Mit einiger Mühe sei beim nächsten Gipfel ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 374

Verwandlung des Konflikts in ein zukunftsträchtiges Zusammenwirken, gestützt auf die Prinzipien der guten Nachbarschaft, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit." Vgl. Referat 214, Bd. 133042.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 6. Dezember 1985, daß weitere „Grußbotschaften" des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski an Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und des polnischen Außenministers Orzechowski an Bundesminister Genscher übergeben worden seien. Auch in diesen werde „z. T. in einem belehrenden und schulmeisterlichen Ton […] die bekannte polnische Rechtsauslegung des Warschauer Vertrages und seiner Bestimmungen zur Grenzfrage in für uns nicht akzeptabler Weise dargelegt". Vgl. Referat 214, Bd. 133042.

19 Korrigiert aus: „ausgesprochenen".

20 Anläßlich des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 hielt sich auf Einladung der Bundesregierung am 28. November 1985 eine Delegation polnischer Journalisten in der Bundesrepublik auf.

21 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 25. April 1985: „Auf dem Warschauer Militär- und Prominentenfriedhof Powazki ist in den ersten Apriltagen d. J. das Gedenkmonument für die Opfer des Massenmordes von Katyn mit folgender Inschrift versehen worden: ‚Den polnischen Soldaten, die Opfer des Hitler-Faschismus wurden und in der Erde von Katyn ruhen.' […] Das Wort ‚Katyn' ruft in der polnischen Bevölkerung, die von der sowjetischen Verantwortung für die Morde überzeugt ist, tiefe Emotionen hervor. […] Die sich in den 70er Jahren entwickelnde innerpolnische Opposition verlangte immer nachdrücklicher die Errichtung eines Gedenkmonuments. Die Forderung fand Eingang in die Danziger Vereinbarungen vom August 1980. Im August 1981 gaben die polnischen Behörden diesem Drängen nach; im Februar d. J. wurde das Mahnmal fertiggestellt. Die offenkundige Geschichtsfälschung in dem vermutlich auf sowjetischen Druck zurückzuführenden Text der Denkmalsinschrift stieß in der polnischen Bevölkerung auf Unverständnis und Empörung." Vgl. Referat 214, Bd. 139777.

22 Im Rahmen der Nürnberger Prozesse wurde 1946 auch der Anklagepunkt der Ermordung von über 4000 polnischen Offizieren im Jahr 1940 bei Katyn verhandelt, welche die sowjetische Anklage Angehörigen der Wehrmacht zur Last legte. Wegen der unzureichenden Beweislage wurde der Punkt jedoch ohne Widerspruch der sowjetischen Ankläger nicht weiterverfolgt.

23 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

gutes Ergebnis zu erzielen. Es gehe langsam voran, aber doch in die richtige Richtung. Wir würden ein Stück Abrüstung und Entspannung bekommen. Drei Jahre hindurch habe er, der Bundeskanzler, vertreten, daß so ein Gipfel stattfinden müsse. Die Bundesrepublik Deutschland sei der wichtigste Partner der USA in Europa. Die Daten seien nun einmal so. Wirtschaftlich seien wir aus dem Gröbsten heraus. Die Bundesrepublik Deutschland werde in den kommenden Jahren einen gewaltigen Sprung nach vorn machen. Die Sowjetunion werde dies auch erkennen. Schon Lenin habe gesagt, der Weg nach Europa gehe über Berlin, und damit habe er Deutschland gemeint. Wir seien ein wesentlicher Faktor in der Europäischen Gemeinschaft. Europa wiederum werde von der Kernzelle Deutschland und Frankreich bewegt. Wir seien existent, und wir wünschten, mit Polen gute Beziehungen zu haben. Er schreie keineswegs schmerzgepeinigt auf, wenn ihn Propaganda auch von polnischer Seite treffe. Wir sollten aber konsequent auf dem Wege der Verbesserung fortfahren. Warum sollten die deutsch-polnischen Beziehungen hinter den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Ungarn, Bulgarien und anderen Ländern des Ostblocks zurückbleiben? Ein letzter Punkt betreffe die DDR. Was erwarte Polen eigentlich von den Deutschen? Sollten wir etwa sagen, es sei eine gute Sache, daß Berlin geteilt sei? Bundeskanzler berichtet an dieser Stelle über sein Gespräch mit Andropow in Moskau.[24] Er habe den sowjetischen Generalsekretär gefragt, was der wohl sagen würde, wenn Moskau durch eine Mauer mit Stacheldraht geteilt wäre? Was könne man eigentlich mehr von uns erwarten, als daß wir sagten, daß es nur friedliche Mittel zur Behebung dieser Situation gebe und daß es sehr lange dauern werde? Als Polen aber könnten sie doch nicht erwarten, daß wir sagten, wir würden uns damit abfinden. Er selbst habe im Bundestag gesagt, es sei eine Wiedervereinigung nur mit Zustimmung aller Nachbarn denkbar[25], und dies heiße doch wohl auch, mit Zustimmung Polens, und sie werde Generationen benötigen. Es müsse doch aber auch im polnischen Interesse liegen, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sich verbesserten. Es sei keineswegs unser Interesse, die DDR zu destabilisieren. Es lägen dort viele hunderttausend Anträge auf Ausreise vor. Die Zahl liege nach unserer Kenntnis bei 800 000. Dies sei gar nicht in unserem Interesse. Nicht, daß uns eine solche Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland Probleme schaffen würde. Dies sei keineswegs der Fall. Doch jede Veränderung der Statik in Europa hätte schlimme Folgen. Sein Interesse sei, daß die Menschen zusammenkommen könnten, daß eine junge Frau aus Leipzig einen jungen Mann aus Bonn heiraten könne, daß Familien- und Verwandtenbesuche möglich seien. Ziel sei es nicht, daß die Menschen dann hierblieben. Er wiederhole, er wünsche keine Destabilisierung. Aber es sei in der DDR eine ausgesprochen depressive Situation in dieser Frage. Eine Einigung in prinzipiellen Fragen werde es nicht geben. Er wünsche jedoch, die Beziehungen zur DDR in allen Bereichen, Verkehr, Kultur, Umweltschutz etc., immer mehr auszubauen. Wir müßten miteinander leben. Anders gehe es gar nicht. Diese Politik richte sich nicht gegen Polen. Polen solle nicht das Gefühl auf-

24 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200.

25 Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl am 15. März 1984 vor dem Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 59. Sitzung, S. 4163.

kommen lassen (das bereits da sei), daß es gegen diese Entwicklung sei. Ob dieses Gefühl berechtigt sei, wolle er hier nicht entscheiden. Aber auch Polen habe bekanntlich gute und schlechte Traditionen. Manchmal höre er aus dem heutigen Polen Töne, die ihn an Beck erinnerten.

Er bitte Herrn Szałajda, Herrn Jaruzelski zu sagen, daß wir zusammenarbeiten wollten. Er wolle nicht, daß mit den Staaten des Warschauer Paktes sehr unterschiedliche Beziehungen entstünden. Er wolle Polen nicht ausgrenzen. Die Wirtschaft werde hier ein gutes Beispiel geben. Mit Ungarn gebe es jetzt 400 Kooperationsverhältnisse. Dies habe viele Vorteile. Die Menschen kämen zueinander. Auch kleine Unternehmer seien involviert. Ingenieure und Monteure reisten hin und her. Im übrigen verweise er auf die kulturellen Beziehungen. Er finde es gar nicht gut, daß wir nur noch über die Wirtschaft redeten. Es gebe sehr alte enge Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Der Bundeskanzler erwähnt hier die Musik und die Philosophie. Die Themen lägen auf der Straße, man müsse sie nur auflesen. Er wolle ihm dies noch einmal gesagt haben. Er hoffe, daß Herr Szałajda gemerkt habe, daß hier nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch Helmut Kohl so mit ihm gesprochen habe.

Herr *Szałajda* antwortet, der Bundeskanzler habe ihn zu einem offenen Gespräch ermuntert. Das Bild werde nicht vollständig sein, wenn er sich nicht auch offen äußere. Er werde in Kürze 52 Jahre alt. Er stecke tief drin in der polnischen Bevölkerung, weil er stets unter polnischen Menschen tätig gewesen sei. Er wolle ganz ehrlich sein: Die polnische Bevölkerung denke anders als der Bundeskanzler. Man dürfe sich darüber auch nicht wundern. Es gebe in der tausendjährigen polnischen Geschichte keine Situation, wo Polen die Grenze in Richtung der Deutschen überschritten hätten. Nach wie vor existiere die Furcht der Bevölkerung vor den aus Deutschland drohenden Gefahren, die im Jahre 1939 zu einer konkreten existentiellen Gefährdung geworden sei. Sie sei sehr spezifisch für Polen. Alles was hier geschehe, werde durch die polnischen Bürger anders aufgenommen. Wenn wir von Rüstungen in der Welt sprächen, so werfe Polen sein Augenmerk ganz besonders auf die Rüstung der Deutschen. So sei nun einmal die polnische Psyche geprägt. Was die Rede des Bundeskanzlers vor den Schlesiern in Hannover anbetreffe, so könne man keine grundsätzlichen Einwände haben. Was allerdings beim durchschnittlichen polnischen Bürger schlecht aufgenommen worden sei, sei, daß bei seiner Anwesenheit Sachen gesagt worden seien, die man normalerweise nicht sage. Es gebe in Polen die Angst, daß sich dies noch ausweiten und außer Kontrolle geraten könne. Es handele sich hier um ein Spezifikum der polnischen Einstellung. In Polen sei man sich heute sehr bewußt, daß es ohne ein stabiles Polen schwierig sei, stabile Verhältnisse in Europa zu schaffen. Die polnische Geschichte sage dies aus, und man könne diesen Faktor nicht übergehen. Mit Blick auf die Vergangenheit sei Polen fest entschlossen, in Zukunft nicht als destabiles Element aufzutreten.

Es werde sehr schwerhalten, im Hinblick auf die Vergangenheit zu einer gemeinsamen Sicht zu kommen. Sie spiegele sich in den Seelen der Völker verschieden wider. Deshalb müsse man jetzt in die Zukunft sehen. Man müsse positive Fakten schaffen. Er sei Wirtschaftler, von den Politikern höre er immer wieder Worte, daß die Politik sich schwertue, daß die Wirtschaft die Vorreiterrolle spielen müsse. Auch in der Wirtschaft spielten natürlich Menschen eine

Rolle. Auch hier gehe es um das Vertrauen in den anderen Staat. Eben dies habe er hier in der Bundesrepublik beobachten können, und das bekräftige ihn in seiner Auffassung.

Der *Bundeskanzler* antwortet, es werde keine wirklich guten wirtschaftlichen Beziehungen geben, wenn das Gesamtklima schlecht sei. Daran müsse man noch sehr viel arbeiten. Er könne ganz sicher sein, es gebe in diesem Land keinen wirklichen Revanchismus. In der Halle in Hannover hätten sich 15 000 Menschen befunden, von denen allenfalls 400 Neonazis gewesen seien, die absichtlich ihren Parteitag zum gleichen Zeitpunkt nach Hannover gelegt hätten. Die Neonazis hätten bei den Wahlen 0,3 %. Er frage Herrn Szałajda, ob es ein Land in Europa gebe, wo die Quote so klein sei. Bundeskanzler verweist hier auf neofaschistische Partei in Italien und Le Pen in Frankreich. Der Nationalsozialismus sei tot, und der Neofaschismus habe bei uns keine Chance. Seine Politik sei gerade deshalb so gut, weil sie von der äußersten Rechten und der äußersten Linken angegriffen werde. Dies sei für seinen inneren Kompaß sehr wichtig.

Er wolle nun noch auf einen Punkt zurückgehen. Die Geschichte könne man natürlich nicht vergessen, aber Herr Szałajda habe über Waffen gesprochen. Als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sitze er nicht in einem Universitätsseminar über Abrüstung. Er sei der Bundeskanzler und im Kriegsfall Oberkommandierender der deutschen Streitkräfte. Wenn er über Waffen rede, dann denke er an seine persönliche Existenz. Er sei in dieser Beziehung ein ganz gewöhnlicher Deutscher mit seinem deutschen Schicksal. Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf das Schicksal seiner Familie. Der Bruder seiner Mutter sei im Ersten Weltkrieg gefallen, sein Bruder, der den gleichen Namen getragen habe, im Zweiten Weltkrieg. Sein ältester Sohn habe nun wieder den gleichen Namen. Der sei jetzt Student, nachdem er vorher zwei Jahre als Soldat gedient habe. Der zweite Sohn sei jetzt Soldat. Wenn er über Abrüstung rede und Akten betrachte, so sehe er seine Kinder vor sich. Seine Frau sei 10 Jahre alt gewesen, als sie geflohen sei. Dies sei ein ganz normales deutsches Familienschicksal. Er, der Bundeskanzler, wisse, worüber er rede, wenn er von Frieden und von Krieg spreche. In seiner Heimatstadt Ludwigshafen habe er hundert schwere Luftangriffe über sich ergehen lassen müssen. Das könne man nicht vergessen. Aber, was wir tun könnten, sei, die Zukunft gestalten. Deshalb wolle er auch, daß die Jugend zusammenkomme. Wenn er heute mit Herrn Szałajda ausmachen könne, daß von beiden Seiten jeweils 10 000 junge Menschen das andere Land besuchen sollten, und wenn er sich in diesem Zusammenhang im Fernsehen um Plätze in deutschen Familien bemühen würde, so würde er bis Sonntag viele tausend Angebote haben. Diese jungen Polen würden keinen einzigen Revanchisten treffen. Bekanntlich gebe es in der Bevölkerung eines jeden Industriestaates einen gewissen kleinen Prozentsatz, der in eine Anstalt gehöre. Aber er fordere dazu auf, doch einmal den Versuch zu machen, ganz ohne Propaganda, ganz im Stillen, so wie der polnische Premierminister dies an ihn geschrieben habe, Fortschritte zu machen. Und dann wolle er Herrn Szałajda den Rat geben: Die Polen sollten es mit allen Deutschen machen, mit allen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Er verstehe gern, daß er im polnischen Politbüro nicht die erste Wahl sei, aber auch hier seien Realitäten zu sehen. Er verweise auf das Beispiel der Vierten Republik, die die Bezie-

hungen zu Algerien nicht habe lösen können. De Gaulle habe es gekonnt. Willy Brandt habe Herrn Honecker keinen Kredit geben können, er, der Bundeskanzler, habe es gekonnt, und zwar mit Unterstützung von Ministerpräsident Strauß.[26] Darüber sollte man polnischerseits einmal nachdenken. Man könne ja dann immer noch spezielle Kontakte mit einzelnen Gruppierungen in Deutschland unterhalten. Er habe auch die Besuche seiner Kollegen in Polen unterstützt. Er hoffe, daß er bald mit Präsident Jaruzelski einige Stunden diskutieren könne. Herr Szałajda könne ja Herrn Jaruzelski von dem Gespräch mit ihm erzählen. Er wolle ganz ehrlich sein: Nach dem Gespräch in Moskau habe er gehofft, daß man einige Schritte machen könne. Vielleicht habe er aber die Verhältnisse falsch eingeschätzt. Die allgemeinen Umstände seien noch nicht so günstig gewesen, vielleicht seien sie jetzt günstiger. Der Wille dazu sei auf unserer Seite vorhanden. Dabei könne man dann auch noch gute Geschäfte machen.

Herr *Szałajda* antwortet, das Gespräch mit dem Bundeskanzler sei sehr interessant gewesen. Von Natur aus sei er ein ehrlicher Mensch. Deshalb müsse er hier noch einmal wiederholen, daß die Erinnerung an die Geschichte von uns unterschiedlich gesehen werde. Herr Szałajda berichtet, er selbst sei bei Kriegsende ein kleiner Junge gewesen. Sein Bruder sei jedoch umgekommen, und zwar nicht als Soldat. In Polen habe jede Familie Verluste getragen. Man müsse daran denken, aber man müsse auch an die Zukunft und konstruktiv denken. Er wolle hier noch einmal bestätigen, daß der Brief des Ministerpräsidenten an den Bundeskanzler das Zeichen eines konstruktiven Herangehens an die beiderseitigen Beziehungen sei. Der Besuch des polnischen Außenministers werde Gelegenheit geben, diesen Gedankenaustausch fortzusetzen und weiter zu diskutieren. Wenn der Bundeskanzler gestatte, werde er auch die Wünsche des Bundeskanzlers an Präsident Jaruzelski übermitteln.

Bundeskanzler bittet darum.

VS-Bd. 14152 (010)

26 Am 5. Juni 1983 endeten vertrauliche Gespräche des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, über die Vergabe eines Bankenkredits in Höhe von 1 Mrd. DM, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. In einem Schreiben an Strauß erklärte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Gegenzug zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.
Am 25. Juli 1984 entschied das Kabinett, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen. Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, teilte dazu mit, die DDR werde den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

67

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

400-440.00/0 **11. März 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Bezug: 1) Vorlage vom 4.3.1986 – 400-440.00/0[3]
2) StS-Vorlage vom 7.3.1986 – 400-440.00/0[4]

Anlg.: 1[5]

Zweck der Vorlage: Billigung der Grundlinien, die in der Kabinettssitzung vom 19.3.1986 verabschiedet werden sollen

I. Vorbereitung der neuen Grundlinien

BMZ, BMF, BMWi, BML[6] und AA haben sich auf einen Entwurf für neue Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung geeinigt, welche die bisherigen Grundlinien von 1980[7] ablösen sollen. Das AA hat weitgehende Umfor-

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Borchard und von Rottenburg konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 12. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 19. März 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM hat Vorlage gebilligt." Ferner verfügte Klaiber den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 400.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 19. März 1986 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. März 1986 vorgelegen.

3 Ministerialdirigent Pabsch notierte, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit den Entwurf neuer „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung" erarbeitet habe, „der in einer Ressortrunde am 17. und 18.2.1986 überarbeitet wurde". Bundesminister Warnke sei vor allem mit drei Stellen dieses auf Arbeitsebene abgestimmten Entwurfs nicht einverstanden, „die sich mit der Entwicklungspolitik als Teil der Gesamtpolitik (Ziff[er] 34) und der Entwicklungspolitik als Friedenspolitik (Ziff. 35) befassen". Die Änderungswünsche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit seien für das Auswärtige Amt nicht akzeptabel. Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

4 Ministerialdirigent Trumpf hielt fest, daß nur noch die Formulierung von Ziffer 35 Absatz 2 im Entwurf der „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung" strittig sei. Der Vorschlag des Auswärtigen Amts laute: „Die Bundesregierung sieht in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt ein Instrument, das auch der Förderung einer Politik echter Blockfreiheit dient. Indem wir die wirtschaftliche Selbständigkeit der Staaten der Dritten Welt fördern, helfen wir ihnen, ihr politisches, soziales und wirtschaftliches System frei wählen zu können. Die Bundesregierung wendet sich damit gegen Versuche, den Ost-West-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen." Der Vorschlag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit laute: „Die Bundesregierung sieht in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt auch ein Instrument, das der Förderung einer Politik echter Blockfreiheit dient und mit der Erweiterung des politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraums dieser Staaten dem Herrschaftsanspruch fremder totalitärer Ideologien entgegentritt. Die Bundesregierung wendet sich damit gegen den Versuch, den Ost-West-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen." Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

5 Dem Vorgang beigefügt war der Entwurf der Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 6. März 1986. Vgl. Referat 400, Bd. 182190.

6 Korrigiert aus: „BMZ".

7 Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT (Hrsg.), Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der „Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen", Bonn 1980.

mulierungen des BMZ-Entwurfs durchsetzen können – insbesondere bei der Darstellung der Nord-Süd-Beziehungen, der Neudefinierung der Ziele und Grundsätze, der Verbesserung der Wirksamkeit sowie in der Einordnung der Entwicklungspolitik in die Gesamtpolitik und vor allem auch in die Friedenspolitik.

Über zwischen BMZ und AA auf Arbeitsebene zunächst streitig gebliebene Punkte im Abschnitt „Entwicklungspolitik als Teil der Gesamtpolitik" (insbesondere „zur Begegnung totalitärer Ideologien") konnte zwischen den Staatssekretären beider Häuser am Abend des 10.3. abschließend Einigung erzielt werden (Ziff. 35, S. 14).[8]

II. Neuerungen in den neuen gegenüber den bisherigen Grundlinien

a) Im Gegensatz zu den bisherigen Grundlinien enthält deren jetzige Neufassung als Einleitung ein recht ausführliches analytisches Kapitel über die Lage der EL sowie insbesondere über

– Erfolge und Mißerfolge der Entwicklungspolitik,
– die unterschiedliche Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt (DW) und deren politische Stabilität,
– den Stand der Nord-Süd-Beziehungen,
– die Verschuldungsprobleme der DW sowie die Entwicklung ihres Handels und ihrer finanziellen Perspektiven.

b) In dem zentralen zweiten Kapitel über die Ziele und Grundsätze der Entwicklungspolitik wird gegenüber den bisherigen Grundsätzen keine völlig neue Konzeption entwickelt. Es werden jedoch andere Akzente gesetzt und inzwischen gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse berücksichtigt.

So wird insbesondere der Verbesserung der Wirksamkeit der EH breiterer Raum gegeben. Hierbei spielen einerseits die Betonung der Verantwortung der EL für die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung und andererseits der Politikdialog hierüber und die Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit eine zentrale Rolle. Der Politikdialog hat in den letzten Jahren für alle Geberländer und -organisationen immer mehr an Bedeutung gewonnen. Einige EL haben gegen den Begriff gewisse Bedenken, weil sie eine mögliche unzulässige Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten befürchten. Er soll aber lediglich ein Mittel sein, die oft sehr erheblichen Schwierigkeiten in der Entwicklungspolitik durch ausführliche und umfassende Gespräche zwischen Gebern und Nehmern der EH zu überwinden.

Den fachlichen Schwerpunkten ist vor allem die Förderung bevölkerungspolitischer Maßnahmen hinzugefügt worden, die in den bisherigen Grundlinien nicht

8 Am 10. März 1986 einigten sich die Staatssekretäre Meyer-Landrut und Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, darauf, Ziffer 35 Absatz 1 wie folgt zu formulieren: „Entwicklungspolitik ist Teil der weltweiten, auf Frieden und Stabilität gerichteten Politik der Bundesregierung. Als solche fördert sie die Kräfte des Ausgleichs und widersetzt sich solchen, die gewaltsame Lösungen und den Herrschaftsanspruch totalitäter Ideologien anstreben." Absatz 2 entsprach dem in der Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf vom 5. März 1986 enthaltenen Vorschlag des Auswärtigen Amts. Vgl. den undatierten und nicht unterzeichneten Vermerk; Referat 400, Bd. 182190.

als eigener Schwerpunkt behandelt wurden. Ferner ist für alle Sektoren der EH die stärkere Einbeziehung der Frauen vorgesehen.

c) In dem dritten Kapitel werden die verschiedenen Aktionsfelder der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wie die bilaterale und die multilaterale sowie die EH der EG, die Einbeziehung der Privatwirtschaft und nichtstaatlicher EH-Organisationen in die deutsche EH sowie die EZ der Länder und Gemeinden mit Ländern der DW behandelt. Ferner werden kurz die Beziehungen zwischen EH und humanitärer Hilfe sowie auswärtiger Kulturpolitik erwähnt.

In einem letzten Kapitel wird auf die Kritik an der Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit eingegangen und zu einer nüchterneren Betrachtungsweise aufgefordert, da der EH als bloße Hilfe zur Selbsthilfe der EL Grenzen bei der Lösung der Probleme der DW gesetzt sind.

III. Bewertung und Vorschlag zur Zustimmung

Die neuen Grundlinien stellen einen brauchbaren Kompromiß zwischen den beteiligten Ressorts dar. Die vom AA durchgesetzten Änderungen berücksichtigen die außenpolitischen Belange. Die zentralen Kriterien für die regionale Aufteilung und die fachlichen Schwerpunkte, die sich bewährt haben, sind beibehalten worden. Die notwendigen Ergänzungen und neuen Akzente sind zu befürworten.

Es wird vorgeschlagen, den neuen Grundlinien zuzustimmen. Ggfs. wird für deren Behandlung im Kabinett[9] ein Gesprächszettel gesondert vorgelegt.

Die Abt. 3 und 6 haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 400, Bd. 182190

9 Das Kabinett stimmte auf seiner Sitzung am 19. März 1986 den „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ zu. Zuvor hatte Bundesminister Warnke ausgeführt: „Der vorgelegte Entwurf gebe die gegenüber 16 Jahren sozialdemokratischer Entwicklungspolitik geänderten Ansätze der jetzigen Bundesregierung wieder. Die schöpferischen Kräfte des einzelnen und der betroffenen Völker als Motor einer Hilfe zur Selbsthilfe würden anerkannt.“ Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll; Referat 400, Bd. 182190.
Vgl. dazu ferner BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT (Hrsg.), Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1986.

68

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-320.03 **13. März 1986**[1]

Über Herrn Dg 21[2], Herrn D 2[3], Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: 27. Parteitag der KPdSU[6];
hier: Bedeutung für die sowjetische Innen- und Außenpolitik (abschließende Bewertung)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Allgemeine Bedeutung für die Entwicklung der UdSSR

Mit dem 27. Parteitag der KPdSU hat die neue sowjetische Führung unter Gorbatschow ihre eigene Antwort auf die inneren und äußeren Herausforderungen geben wollen, mit denen sie sich als Erbe der Breschnew-Ära konfrontiert sieht: auf die innere Herausforderung durch eine weitgehend selbstverschuldete wirtschaftliche Schwäche, auf die äußere Herausforderung durch eine militärisch und technologisch gestärkte, politisch und ideologisch offensivere USA.

Diese Antwort – so wie sie auf dem 27. Parteitag gegeben worden ist – ist in erster Linie wirtschaftlich, in zweiter Linie sozial- und innenpolitisch und erst im weiteren auch außenpolitisch. Ihr Herzstück ist die Strategie der „Beschleunigung des sozial-ökonomischen Fortschritts" als umfassende Konzeption einer Erneuerung, Modernisierung und Verbesserung des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der UdSSR. Nicht zuletzt soll diese Strategie der Sowjetunion auch die Kraft zur außenpolitischen Selbstbehauptung gegenüber dem Westen und zu einem erfolgreichen Wettbewerb des Sozialismus sowjetischer Prägung mit dem Kapitalismus (zurück)geben.

Diese Strategie verlangt insbesondere von der Partei, aber auch von der Bevölkerung, eine in den letzten Jahrzehnten in der SU nicht mehr gekannte Beweglichkeit, Leistungsbereitschaft und Dynamik. Doch sind einer solchen Dynamik – zumindest aus westlicher Sicht – sehr enge Grenzen gezogen: Die Grundelemente der unter Stalin geschaffenen Ordnung – die Zentralverwaltungswirtschaft, die alle Lebensbereiche prägende und kontrollierende Parteiherrschaft, die geistige Abgrenzung gegen den Westen – sollen erhalten blei-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

2 Hat Ministerialdirigent Oesterhelt am 14. März 1986 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 14. März 1986 vorgelegen.

4 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. März 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir können den Verteiler reduzieren, dafür ‚Blauer Dienst'."

5 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 7. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 8. April 1986 erneut vorgelegen.

6 Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

ben. Das hat auch dieser Parteitag wieder bestätigt. Und daraus ergeben sich auch die Widersprüche, die diesen Parteitag gekennzeichnet haben:

– zwischen dem Fortschleppen schablonenhafter ideologischer Formeln und Leerformeln einerseits, den Ansätzen zu einer offeneren, von Kritik und Selbstkritik bestimmten Diskussion andererseits, die in einigen Fällen sogar heikle Fragen wie diejenige der Privilegien der Parteielite berührte;
– zwischen der zumindest rhetorischen Bereitschaft zu „radikaler Reform" und „revolutionären Veränderungen" einerseits, der fortdauernden Begrenztheit, Allgemeinheit und Unverbindlichkeit der angekündigten Maßnahmen andererseits;
– zwischen dem Festhalten an einem ideologisch verzerrten, stellenweise von einer fast feindselig zu nennenden Abneigung gekennzeichneten Bild des Westens einerseits, der nachdrücklichen Betonung des objektiven Zwangs zu einem friedlichen und „zivilisierten" Zusammenleben und zu einer intensiveren internationalen Kooperation andererseits.

Die zentrale Frage für die Zukunft der UdSSR lautet, ob es überhaupt möglich sein wird, die gewünschte innergesellschaftliche Dynamik und Effizienz zu erreichen und das Verhältnis zur Umwelt zu normalisieren, ohne diese Widersprüche im Sinne einer grundsätzlichen Neuorientierung im Inneren sowie nach außen zu überwinden. Die Ergebnisse des Parteitages erlauben in dieser Hinsicht keine eindeutige Voraussage.

2) Bedeutung für Volk und Führung in der Sowjetunion

Wie zu erwarten, hat der Parteitag die gegenwärtige Führung bestätigt und gestärkt. Dies gilt auch für die Stellung Gorbatschows. Die Erneuerung des Zentralkomitees[7] war relativ umfangreich, hat aber keine revolutionären Ausmaße angenommen. Ein Bruch in der Kontinuität ist wohl ganz bewußt vermieden worden. Immerhin wird sich der Parteiapparat künftig auf höhere Anforderungen an seine Effizienz, an seine Fähigkeit, Kritik zu akzeptieren und Selbstkritik zu üben, und an seine Bereitschaft zu regionaler und sektoraler Mobilität einzustellen haben.

Aus der Perspektive der Bevölkerung haben die Ergebnisse des Parteitages ambivalenten Charakter. Einerseits winken Verbesserungen in der Konsum- und Sozialpolitik. Es könnten sich auch Chancen für eine größere Partizipation der Bürger an den Entscheidungen, die den unmittelbaren Lebensbereich des einzelnen betreffen, ergeben. Doch sind diese Verbesserungen an eine Bedin-

[7] Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 10. März 1986, daß das Zentralkomitee und die Zentrale Revisionskommission (ZRK) der KPdSU auf dem XXVII. Parteitag „zu einem erheblichen Prozentsatz" erneuert worden seien: „124 Mitglieder des jetzt 307 Köpfe umfassenden Zentralkomitees sind neu hineingewählt worden (davon 31 aus dem Kandidatenstand bzw. ZRK aufgestiegen), das sind 40,39 % […]. Damit liegt die Erneuerung beträchtlich über den Zahlen von 1981: Damals waren 88 Personen ins Zentralkomitee gekommen, davon waren 8 zwischen 1976 und 1981 kooptiert worden (d. h., die Neuernennungen machten 27,5 % bzw. 25 % aus). Auch die ZK-Kandidaten wurden zu einem höheren Prozentsatz ausgewechselt: 116 von 170 Kandidaten sind neu, d. h. 68 % (1981: 55 %). Interessant – aber nicht erstaunlich – ist, daß der Austausch sich vor allem beim Personal der zentralen und regionalen Parteiführung vollzog: Fast 50 % der neu ernannten Mitglieder kommen aus dem Parteibereich […]. Die Staats- und Wirtschaftsführung wurde dagegen in minderem Maße tangiert: 24,2 % der Veränderungen fanden in diesem Bereich statt, obwohl er über 27 % der ZK-Mitglieder stellt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 791; Referat 213, Bd. 139285.

gung geknüpft: an die Bereitschaft, erst einmal die eigenen Leistungen erheblich zu steigern und in einem bisher nicht üblichen Maße Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu entwickeln. Damit hat die Führung letztlich den stillen Gesellschaftsvertrag der Breschnew-Ära – kein Erreichen westlichen Konsumniveaus, aber auch Verzicht darauf, dem einzelnen ein westliches Maß an Leistung und Initiative abzuverlangen – gekündigt. Wie die große Masse der Bevölkerung auf diese potentiell ziemlich einschneidende Veränderung ihrer bisherigen Lebensumstände reagieren wird, läßt sich noch nicht absehen. Eine neue soziale Differenzierung in jene, die die neuen Möglichkeiten nach Kräften nutzen, und andere, die in der bisherigen, ja nicht ganz unbequemen Trägheit verharren wollen, ist nicht auszuschließen. Auf Dauer könnte jedoch eine solche Differenzierung die Kollektivitäts- und Gleichheitspostulate des Systems einer Belastungsprobe unterwerfen.

3) Bedeutung für die sozialistische Staatengemeinschaft

Auch hier dürften die Folgen nicht ganz eindeutig sein. Einerseits hat Gorbatschow die formelle Bereitschaft der neuen sowjetischen Führung zu erkennen gegeben, die Existenz unterschiedlicher Interessen im sozialistischen Lager anzuerkennen und sich um gegenseitige Information und Abstimmung zu bemühen. Aber dies betrifft vor allem Fragen der prozeduralen, protokollarischen und atmosphärischen Behandlung der Verbündeten. In der Substanz der Politik kommen neue, erhöhte Anforderungen auf die sozialistischen Bruderstaaten zu, und zwar in der Form einer stärkeren Einbindung in das Programm wirtschaftlicher, vor allem technologischer Modernisierung der Sowjetunion und des gesamten sozialistischen Lagers. Mehr Leistung und mehr Engagement sind also auch hier gefragt. Sollte dies zunächst einmal zu Lasten der betroffenen Völker ohne gleichzeitigen neuen Anstieg des Lebensstandards gehen, könnten sich als Folge davon einzelne Regime mit einer Zunahme innerer Spannungen konfrontiert sehen. Ohnehin könnten einige von ihnen gewisse Schwierigkeiten haben, die Gorbatschowsche Dynamik ihrem eigenen System einzupflanzen und beispielsweise ihre eigenen Kader einer an Alter und Effizienz ausgerichteten Erneuerungskur zu unterziehen.

4) Bedeutung für die kommunistische Weltbewegung

Der Parteitag hat die sich bereits beim Besuch des Führers der KPI, Natta[8], abzeichnende neue Linie bestätigt: Die traditionellen, primär ideologisch begründeten Ansprüche auf den Primat der KPdSU innerhalb des Weltkommunismus treten in den Hintergrund, damit das Wesentliche – eine möglichst uneingeschränkte Solidarität der einzelnen Parteien mit der sowjetischen Außenpolitik und mit dem sowjetischen Sozialismus als System – um so nachdrücklicher eingefordert werden kann. Die (vermutlich primär aus Altersgründen erfolgte) Ablösung Ponomarjows erhält damit auch eine fast symbolische Bedeutung: Die den Traditionen der Komintern und des Kominform verpflichtete Generation von Spezialisten des „weltrevolutionären Prozesses“ tritt ab. Das alte Ziel einer möglichst weitgehenden Geschlossenheit des internationalen Kommunismus, und zwar unter sowjetischem Einfluß, soll nunmehr offenbar mit neu-

8 Zum Besuch des Generalsekretärs der KPI, Natta, am 27./28. Januar 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 31, Anm. 19.

en Methoden erreicht werden, die im übrigen gewissen innen- und blockpolitischen Ansätzen Gorbatschows entsprechen: mehr Verständnis für die Interessen und Auffassungen der jeweils Betroffenen, mehr Dialog und gegenseitige Abstimmung zwischen prinzipiell gleichberechtigten Partnern. Wie erfolgreich diese Ansätze in der Praxis der Parteibeziehungen verwirklicht werden und wie die einzelnen kommunistischen Parteien, vor allem die traditionell autonomistisch und „eurokommunistisch" eingestellten, darauf reagieren werden, läßt sich noch nicht absehen.

5) Bedeutung für den Westen

Der Westen ist auf diesem Parteitag mit einer bemerkenswerten Mischung negativer und positiver Äußerungen konfrontiert worden. Die scharfe, ideologiedurchtränkte Polemik kam unerwartet, war aber schon im Parteiprogramm[9] vorweggenommen worden. Der Westen sollte ihre Bedeutung nicht überbewerten, sie bei seinem Urteil aber auch nicht gänzlich außer Betracht lassen. Diese Polemik zeigt, wie sehr noch immer Identitätsgefühl und Selbstbewußtsein der sowjetischen Elite von ihrer selbsterwählten Rolle als Vorkämpfer einer historisch neuen Gesellschaftsordnung geprägt sind. Auch die Erkenntnis der eigenen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Schwächen kann dieses Gefühl offenbar nicht beeinträchtigen, sondern mag es sogar noch in kompensatorischer Wirkung stimulieren. Hinzu kommt, daß das sowjetische Selbstbewußtsein zunehmend von einem starken unterschwelligen Nationalismus gefärbt wird. All dies verbietet offenbar auch nur die geringste Andeutung, die als Eingeständnis einer Niederlage im Wettbewerb der Systeme oder als Zugeständnis an westliche Vorstellungen von einem notwendigen Wandel in der SU gedeutet werden könnte.

Als Kontrapunkt hierzu haben sich die geradezu insistierenden Feststellungen über die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens der Systeme und ihrer Zusammenarbeit bei der Lösung der internationalen Probleme erwiesen. Für die dialektisch denkenden sowjetischen Politiker liegt darin auch wohl kein Widerspruch. Was diese Äußerungen im Konkreten bedeuten, kann nur der West-Ost-Dialog an den einzelnen Verhandlungstischen zeigen. Es scheint, als ob Gorbatschow die Zukunft der Ost-West-Beziehungen ganz bewußt in ein Licht skeptisch getönter Ungewißheit getaucht hat: Er hat sich damit weitgehend freie Hand für die Gestaltung seiner Außenpolitik gesichert. Der Parteitag hat somit, was das Verhältnis zum Westen betrifft, keine neuen Perspektiven eröffnet. Er hat aber auch keine Möglichkeiten verschüttet.

Heyken

Referat 213, Bd. 139285

9 Für den Wortlaut des Parteiprogramms der KPdSU vom 1. März 1986 vgl. SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie, S. 127–199.

69

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

210-321.00 VS-NfD **14. März 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Beziehungen zur DDR

Anlagen[4]

Als Anlage lege ich weisungsgemäß die Unterlage über das im Betreff genannte Thema erneut vor. Der letzte Absatz ist geändert. Der Vorgang ist wieder beigefügt.

Erläuternd ist zum letzten Absatz[5] folgendes zu sagen: Es ist richtig, daß es keine prinzipiellen Gründe gibt, die einer Begegnung der Außenminister, sei es hüben oder drüben, entgegenstehen, sofern sich die Gesprächsthemen nicht auf das deutsch-deutsche Verhältnis beziehen. Wenn jedoch Außenminister-Kontakte mit der DDR in gleicher Weise stattfänden wie Kontakte einiger Ressort-Minister, dann würde der besondere Charakter der deutsch-deutschen Beziehungen in der Praxis so gut wie nicht mehr erkennbar sein. (Die eingeschränkte Thematik der Außenminister-Gespräche ist optisch kein unterscheidungskräftiges Kriterium.) Damit würde unser Konzept an Glaubwürdigkeit verlieren. Die Notwendigkeit, die Kontakte auf Regierungsebene mit der DDR in der Praxis so zu gestalten, daß sie sich in irgendeiner Form von den Kontakten mit ausländischen Staaten unterscheiden, gilt an sich für alle Ressorts. Solange die Unterscheidbarkeit auf der politischen Gipfel-Ebene und bei dem besonders politischen Ressort des Auswärtigen erhalten bleibt, wird der besondere Charakter der innerdeutschen Beziehungen durch „normale“ Kontakte der übrigen Ressorts nicht aufgehoben. Deshalb sollten sich Begegnungen des Bundesaußenministers mit dem Außenminister der DDR, wenn sie auf deutschem Boden stattfinden, in irgendeiner Weise von den üblichen Begegnungen mit den Außenministern ausländischer Staaten unterscheiden, vor allem bei Beginn solcher Kontakte, z. B. durch Vermeidung der Hauptstädte, aber möglichst auch durch andere Formen, die im einzelnen zu prüfen wären. Das gleiche gilt natürlich auch für die Ebene des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers.[6]

Braunmühl

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. März 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 25. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 4. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Z[um] V[er]b[leib]. (Operativ ist nichts zu veranlassen.)“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 7. April 1986 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt waren vier Fassungen der Aufzeichnungen „Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung für Gespräche und Verhandlungen mit der DDR“ vom 24. Februar, 27. Februar, 28. Februar und 14. März 1986. Vgl. VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Vgl. Anm. 9.

6 Der Passus „Gipfel-Ebene und … des Bundeskanzlers“ wurde von Bundesminister Genscher hervor-

[Anlage]

Betr.: Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung für Gespräche und Verhandlungen mit der DDR

Zuständig für die bilateralen Beziehungen mit allen Staaten der Welt, mit Ausnahme der DDR, ist das Auswärtige Amt. Diese Zuständigkeit des Auswärtigen Amts hebt nicht die Sachzuständigkeiten der anderen Ressorts auf, so daß Fragen etwa des Wohnungsbaus, der Landwirtschaft, des Umweltschutzes oder anderer Sachgebiete auch von den zuständigen Ministern mit ihren jeweiligen Kollegen in anderen Staaten der Welt behandelt werden, und zwar sowohl in Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft, bei Verbündeten, mit Staaten der Dritten Welt und mit Staaten des Warschauer Pakts, einschließlich der DDR. Die Beteiligung des Auswärtigen Amts an diesen Gesprächen ist in der Geschäftsordnung der Bundesregierung geregelt.[7]

Für das Verhältnis zur DDR gilt aus den bekannten Gründen die besondere Regelung mit den Zuständigkeiten des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Auch durch diese Zuständigkeit für die bilateralen Beziehungen mit der DDR wird die Sachzuständigkeit der anderen Ressorts nicht aufgehoben. Diese wird in zahlreichen Ressort-Kontakten und -Verhandlungen praktiziert.

Das gleiche gilt auch für die Sachzuständigkeiten des Auswärtigen Amts, soweit sie nicht Fragen des bilateralen Verhältnisses zur DDR betreffen. Zu solchen Sachzuständigkeiten gehören: internationale Fragen, Fragen der Vereinten Nationen, Abrüstungsfragen und andere.

Entsprechend dieser Zuständigkeit ist in der Vergangenheit auch verfahren worden, und zwar sowohl in der sachlichen Zusammenarbeit der Ständigen Vertretung der DDR mit dem Auswärtigen Amt, in der Weisungsgebung durch das Auswärtige Amt an die Ständige Vertretung in Berlin (Ost), in den Kontakten der Abrüstungsbeauftragten in Bonn und Berlin (Ost)[8] und weiteren Kontakten in den Bereichen KSZE und Seerecht als auch bei den Begegnungen der Außenminister an verschiedenen Orten im Auslande.

Es gibt deshalb keine prinzipiellen Gründe, die einer Begegnung der Außenminister, sei es hüben oder drüben, entgegenstehen, sofern sich die Gesprächsthemen nicht auf das deutsch-deutsche Verhältnis beziehen[9].

Fortsetzung Fußnote von Seite 387
gehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig].“ Ferner hob er den letzten Satz hervor und vermerkte dazu handschriftlich: „In der Tat!“

7 Vgl. dazu Paragraph 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. Mai 1951: „Verhandlungen mit dem Ausland oder im Ausland dürfen nur mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, auf sein Verlangen auch nur unter seiner Mitwirkung geführt werden.“ Vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1951, S. 138.

8 Botschafter Ruth und der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, führten am 3. Juli 1981 in Ost-Berlin und am 28. Oktober 1983 in Bonn Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 196, bzw. AAPD 1983, II, Dok. 324.
Ruth und Krabatsch trafen sich ferner am 24. Mai 1985 in Ost-Berlin.
Zum Gespräch am 25. Februar 1986 vgl. Dok. 56, Anm. 12.

9 Dieser Absatz war in der zweiten Fassung vom 27. Februar bzw. der dritten Fassung vom 28. Februar 1986 der letzte Absatz des Textes. Vgl. VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1986.

In der Praxis sollte allerdings im Hinblick auf den besonderen politischen Charakter des für die auswärtigen Beziehungen zuständigen Ressorts, ebenso wie bei der politischen Gipfelebene, darauf geachtet werden, daß sich solche Kontakte mit der DDR in der Form der Durchführung von entsprechenden Kontakten mit ausländischen Staaten optisch erkennbar unterscheiden.

VS-Bd. 13419 (210)

70

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen

205-322.00 SCN **14. März 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Tod des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme[3];
hier: Auswirkungen auf schwedische Außenpolitik

Anlg.: 1

1) Der Tod des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme wird erhebliche Auswirkungen auf das künftige Profil der schwedischen Außenpolitik haben. Diese Auswirkungen werden sehr bald dort sichtbar, wo die Außenpolitik in starkem Maße auf seine Persönlichkeit bezogen war. Die maßgebliche Rolle Palmes in der von ihm, Papandreou, Gandhi, Nyerere, Alfonsín und de la Madrid getragenen Fünf-Kontinente-Initiative zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen[4], deren letzten Appell Palme wenige Stunden vor seinem Tod unter-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen und Vortragendem Legationsrat von Lukowitz konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 17. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 205 verfügte.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. März 1986 vorgelegen.

3 In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März 1986 wurde in Stockholm Ministerpräsident Palme von Unbekannten ermordet. Dazu hieß es in der Presse: „Nach den bisherigen Erkenntnissen der Polizei trat der Mörder von hinten an Palme heran und gab aus geringer Entfernung einen Schuß ab, der sofort tödlich war. […] Das Ehepaar Palme hatte eine Kinovorstellung besucht und war – ohne Begleitung von Sicherheitsbeamten – zu Fuß auf dem Weg in die Stockholmer Altstadt, wo der Ministerpräsident eine Eigentumswohnung besitzt. Palme wurde wenige Minuten nach dem Attentat, das gegen 23.20 Uhr stattfand, in ein Krankenhaus gebracht, war aber schon verstorben. Versuche, ihn wiederzubeleben, blieben ohne Erfolg. Um 0.06 Uhr am 1. März wurde er für tot erklärt. Olof Palme wurde 59 Jahre alt.“ Vgl. den Artikel „Schweden trauert um Olof Palme. Beileidsbekundungen aus Ost und West“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. März 1986, S. 1.

4 Am 22. Mai 1984 veröffentlichten die Präsidenten de la Madrid (Mexiko) und Nyerere (Tansania) sowie Ministerpräsidentin Gandhi (Indien) und die Ministerpräsidenten Palme (Schweden) und Papandreou (Griechenland) eine Erklärung, der sich Präsident Alfonsín (Argentinien) anschloß. Darin forderten sie die fünf Nuklearmächte auf, auf die Durchführung von Atomversuchen sowie auf die Dislozierung von Atomwaffen bzw. von Abschußvorrichtungen zu verzichten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 421 f.
In einem weiteren Appell nach einem Treffen am 28. Januar 1985 in Neu Delhi forderten die Sechs

zeichnete (s. Anl.[5]), und in der nach ihm benannten Palme-Kommission, die dem VN-GS[6] im Sommer 1982 ihren Bericht mit Vorschlägen zur Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik übergab[7], gründete sich auf seine vielfältigen parteipolitischen Querverbindungen und auf persönliche Beziehungen zu bekannten Politikern in Ost und West (Arbatow, Vance, O. Owen, W. Brandt, E. Bahr). Der auf Mitteleuropa abzielende sog. Korridor-Vorschlag zur Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone von 300 km Breite ging auf einen Vorschlag eines Mitglieds der Palme-Kommission zurück, fand auch in dem Bericht Niederschlag und wurde dann von Olof Palme nach dessen Regierungsantritt im Herbst 1982 durch das schwedische Außenministerium trotz gewisser dort vorhandener Bedenken den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts und der NATO offiziell präsentiert.[8]

Diese Komponente der schwedischen Außenpolitik wird in Zukunft nicht mehr so deutlich hervortreten. Es wäre allerdings ein Irrtum zu glauben, daß die sozialdemokratische Regierung diese Initiativen nicht weiterverfolgen wird. Sie wird jedoch dabei klarer unterscheiden zwischen offizieller Außenpolitik und parteipolitischen Initiativen und auch bei der Durchführung auf eine strengere Abgrenzung zwischen Außenministerium und Parteiapparat achten.

2) Olof Palmes starkes Engagement für Unabhängigkeitsbewegungen in aller Welt (Südostasien, Zentralamerika, im südlichen Afrika) wird von den Nachfolgern Palmes ebenfalls nicht mehr so öffentlichkeitswirksam fortgeführt werden können, da sie einerseits nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit rechnen können und andererseits auch Palmes Pathos und Rhetorik ihnen vom Temperament her fremd ist. Das wird nichts daran ändern, daß die Nachfolger sich jedoch weiterhin auch zu diesem Gebiet sehr dezidiert äußern werden.

3) An dem starken entwicklungspolitischen Engagement Schwedens (1% BSP-Anteil), das ebenfalls auf Palmes energischen Einsatz in den 60er und 70er Jahren zurückgeht, wird es keine Abstriche geben. In dieser Frage besteht überdies inzwischen ein überparteilicher Konsens. Differenzen gibt es lediglich in bezug auf die Höhe der Leistungen an die Empfängerländer (Indien, Tansania, afrikanische Frontstaaten, Vietnam und Nicaragua).

Fortsetzung Fußnote von Seite 389

die USA und die UdSSR zu einem Testmoratorium sowie zum Abschluß eines umfassenden Teststoppvertrags auf. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 229–231.

5 Dem Vorgang beigefügt. In einem am 28. Februar unterzeichneten und am 6. März 1986 in Washington und Moskau übergebenen gemeinsamen Schreiben an Präsident Reagan und den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, drückten die Präsidenten Alfonsín und de la Madrid, die Ministerpräsidenten Gandhi, Palme und Papandreou sowie der ehemalige Präsident Nyerere ihren Wunsch nach konkreten amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen zum Abbau der Nuklearwaffen aus. Ferner riefen sie dazu auf, bis zu dem beabsichtigten nächsten Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow keine weiteren Atomversuche durchzuführen. Sie erneuerten ihre Forderung nach Abschluß eines umfassenden Teststoppvertrags und boten ihre Unterstützung bei dessen Verifizierung an. Für das Schreiben vgl. Referat 205, Bd. 135387. Vgl. dazu ferner EUROPA-ARCHIV 1986, D 288.

6 Javier Pérez de Cuéllar.

7 Für den Wortlaut vgl. DER PALME-BERICHT. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit „Common Security", Berlin 1982. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 170.

8 Die schwedische Regierung schlug am 8./9. Dezember 1982 den NATO-Mitgliedstaaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den europäischen neutralen Staaten und Jugoslawien vor, in Mitteleuropa eine 300 km breite Zone ohne nukleare Gefechtsfeldwaffen zu errichten, die sich vom Mittelmeer bis nach Skandinavien erstrecken sollte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 356.

4) Die starke Verankerung der schwedischen Außenpolitik in multilateralen und internationalen Organisationen, vor allem im VN-Bereich, ist von Palme eher intensiviert worden. Für Palme als Vermittler im Auftrag des VN-GS im iranisch-irakischen Krieg[9] wird ein Nachfolger gefunden werden müssen. Das ebenfalls von ihm geprägte und durch viele Initiativen gekennzeichnete Interesse am KSZE-Prozeß wird ebenfalls unverändert bleiben. Auch in diesem Punkt gibt es einen überparteilichen Konsens.

5) Olof Palme ist immer wieder kritisiert worden, gegenüber der UdSSR eine einseitig „weiche Haltung" eingenommen zu haben. Während der U-Boot-Zwischenfälle in den Jahren 1981 bis 1983[10], als es um die Achtung der schwedischen Souveränität und Integrität ging, hat Palme eine eindeutige Sprache gesprochen und die – begrenzten – Ressourcen der schwedischen Marine vorbehaltlos eingesetzt. Sollte es bei dem vorgesehenen Termin des Moskau-Besuchs des schwedischen Ministerpräsidenten bleiben[11], steht den Sowjets allerdings ein außenpolitisch weit weniger erfahrener Politiker als Palme gegenüber.

6) Die schwedische Außenpolitik wird nach dem Tod Palmes somit sicher an Profil verlieren und wieder „normaler" werden. Dieser Normalisierungsprozeß ist dadurch bedingt, daß die besonderen Voraussetzungen der Nachkriegszeit, in der Schweden eine weit über das Land hinausreichende Verantwortung empfand und wahrnahm und die mit Namen wie dem VN-Nahost-Vermittler Folke Bernadotte und vor allem dem VN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld verknüpft ist, nicht mehr vorhanden sind. Insofern dürfte der Abgang Palmes in gewisser Weise eine Zäsur im Selbstverständnis der schwedischen Außenpolitik darstellen, deren Ambitionen erheblich über den Rahmen eines kleineren europäischen Staates hinausgingen.

Schneppen

Referat 205, Bd. 135387

9 Ministerpräsident Palme führte 1981 und 1982 als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim Gespräche zur Erkundung von Möglichkeiten für eine politische Lösung des irakisch-iranischen Kriegs.

10 Aufgrund wiederholter Verletzungen schwedischer Hoheitsgewässer durch ausländische U-Boote seit 1981 setzte die schwedische Regierung im Oktober 1982 einen Untersuchungsausschuß ein. Dieser kam am 26. April 1983 zu dem Ergebnis, „daß die Verletzungen im Harsfjaerden ebenso wie andere Verletzungen 1982 und zumindest in den allermeisten Fällen während der 80er Jahre von sowjetischen U-Booten ausgegangen sind". Vgl. den Drahtbericht Nr. 104 des Botschafters von Puttkamer, Stockholm; Referat 204, Bd. 135248.
Die schwedische Regierung legte mit Note vom 26. April 1983 Protest bei der sowjetischen Regierung gegen diese wiederholten Vorstöße in schwedische Hoheitsgewässer ein, den der sowjetische Botschafter in Stockholm, Pankin, am 5. Mai 1983 zurückwies. Vgl. den Drahtbericht Nr. 118 von Puttkamer vom 10. Mai 1983; Referat 204, Bd. 135247.

11 Ministerpräsident Carlsson hielt sich vom 14. bis 17. April 1986 in der UdSSR auf.

71

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 14. März 1986, 19.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 89 **Ankunft: 14. März 1986, 18.54 Uhr**
Citissime

Betr.: KVAE;
hier: Neunte Konferenzrunde (28.1. bis 14.3.1986)

Zur Unterrichtung

I. 1) Bewertung und Perspektiven

Die Konferenz ist in der neunten Runde in die konkrete Redaktionsarbeit eingetreten. Die Koordinatoren[2] konnten in allen fünf Arbeitsgruppen erste Konsenstexte notieren. So erfreulich dies ist, darf nicht übersehen werden, daß es sich dabei überwiegend um „leichte" Texte handelt und daß ihre Aushandlung langwierig und mühsam war. Die Redaktionsarbeit muß erheblich beschleunigt und intensiviert werden, wenn bis zum Herbst dieses Jahres ein substantielles Ergebnis erreicht werden soll; eine solche Entwicklung setzt zunehmende Kompromißbereitschaft auf allen Seiten voraus.

a) Bewertung

– Mit dem gemeinsamen Besuch von BM Genscher und AM Dumas bei der KVAE am 28.1.1986[3], dem Eröffnungstag der neunten Runde, wurde von westlicher Seite ein deutliches Zeichen des fortbestehenden Interesses und Engagements für die Erreichung eines substantiellen Ergebnisses der Konferenz gesetzt. In abgestimmten Plenarerklärungen betonten beide Minister die Rolle der Europäer beim Aufbau von Vertrauen und Sicherheit in Europa, beim Abbau von Ungleichgewichten im konventionellen Bereich, bei der Vereinbarung angemessener Verifikation, der Erzielung von mehr Offenheit im militärischen Bereich und beim Ausbau des KSZE-Prozesses. (Der niederländische und der polnische AM[4] beabsichtigen, am 15.4.1986 zur Eröffnung der 10. Runde der KVAE[5] nach Stockholm zu kommen.)
– So begann die neunte Runde – auch dank positiver amerikanischer und sowjetischer Äußerungen – in einer konstruktiven Atmosphäre. West, Ost und N+N zeigten sich zur Redaktionsarbeit bereit. Alle drei Gruppierungen führten zunächst kurze Texte ein und bemühten sich, das „drafting" an einfachen Texten zu „üben". (Erfahrungen aus früheren multilateralen Verhandlungen erwiesen sich dabei nur sehr bedingt als verwertbar.) Im Laufe der Runde

1 Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9, 14 und 24.
Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 17. März 1986 vorgelegen.
2 Zur Einsetzung von Koordinatoren bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 2, Anm. 12.
3 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.
4 Hans van den Broek bzw. Marian Orzechowski.
5 Zur zehnten Runde der KVAE vom 15. April bis 23. Mai 1986 in Stockholm vgl. Dok. 151.

brachten alle drei Gruppierungen ihre bekannten Konferenz- und Arbeitsdokumente nochmals in die Redaktionsarbeit ein, doch ging der Westen allmählich dazu über, auch Texte anderer Gruppierungen in das „drafting" einzubeziehen, soweit sie seinen Interessen entsprachen.

– Die nach langwierigen Vorarbeiten in allen fünf Arbeitsgruppen schließlich vereinbarten ersten Konsenstexte enthalten nur z. T. Substanz, manche haben eher symbolisch-psychologische Bedeutung. Sie sind Ausdruck des gemeinsamen Willens der TNS, auf ein Ergebnis hinzuarbeiten. Bei Gewaltverzicht und Verifikation wird mehr oder weniger Mandatssprache wiederholt, bei Notifizierung eigentlich Selbstverständliches festgelegt, lediglich beim „Jahreskalender" (Etablierung des Prinzips) und bei der Beobachtereinladung kann von substantiellen Elementen gesprochen werden. Selbst diese bescheidenen Texte sind weitgehend durch das Engagement unserer Delegation im westlichen Kreis, gegenüber den N+N und dem Osten und den Koordinatoren zustande gekommen. Unsere Befürchtung, während des Redaktionsprozesses würde sich eine Fülle von nicht einfach zu lösenden Detailproblemen ergeben, und unser daraus abgeleitetes Drängen auf frühen Redaktionsbeginn erweisen sich nachträglich als gerechtfertigt.
– Nicht nur[6] der Westen tat sich mit jedem zur Notierung vorgeschlagenen Wort schwer, auch die N+N hatten große Schwierigkeiten, sich von ihrem Dokument SC.7[7] allmählich zu lösen. Auf östlicher Seite ist besonders bei der SU die Tendenz deutlich, so wenig wie möglich zu geben, für jedes kleine Zugeständnis eine Kompensation zu fordern bzw. eine erfolgte Bewegung anschließend wieder einzuschränken.

So hätte die SU es in der Hand, mit der Gorbatschow-Erklärung vom 15.1.1986 ein von ihr selbst errichtetes Hindernis (Forderung nach Einbeziehung unabhängiger Seeaktivitäten) aus dem Wege zu räumen[8], doch wurde selbst diese Geste durch bürokratische Minimalisten in Moskau wieder reduziert und mit unerfüllbaren Bedingungen verknüpft. Die sowjetische Verhandlungs- und Redaktionstaktik (in vier AG durch General Tatarnikow) wirkt unsicher und unbestimmt – im Gegensatz zu dem Eigenlob, das der Osten sich für seine konstruktiven Schritte ständig erteilt und das er mit angeblichem westlichem Immobilismus kontrastiert.

b) Perspektiven

– Allen TNS ist bewußt, daß praktisch noch kein Substanzproblem gelöst ist und daß die Konferenz unter Zeitdruck gerät. Dennoch ist die Neigung weit verbreitet, vorsichtig und eher taktisch zu agieren, am Wortlaut eigener Dokumente festzuhalten und auf eine Paketlösung im „end game" zu hoffen.

6 Korrigiert aus: „Nur".

7 Zum Vorschlag CSCE/SC.7 der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. November 1985 vgl. Dok. 8, Anm. 11.

8 In seiner Erklärung vom 15. Januar 1986 widmete sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auch der „Frage der Vorankündigung großer Übungen der Land-, See- und Luftstreitkräfte" und führte aus: „Wenn es jedoch einstweilen nicht gelingen sollte, sie im Komplex zu lösen, warum sollte man dann nicht nach Teillösungen suchen? Sagen wir einmal, jetzt über die Ankündigung von großen Manövern der Land- und Luftstreitkräfte übereinzukommen, aber die Frage militärischer Aktivitäten auf See auf die nächste Etappe der Konferenz zu verschieben." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 155.

Der Bestand an relativ einfach zu regelnden Fragen wird jedoch bald erschöpft sein.

– Die Frage, welche Arten von Aktivitäten zu notifizieren sind, ist ein vom Osten hochgespieltes Problem, das aber der Klärung bedarf, weil davon Fortschritte auch beim Jahreskalender, der Beobachtereinladung und der Verifikation abhängen. Die Gorbatschow-Erklärung hat hier keine Entlastung bewirkt, denn der Osten insistiert nun um so mehr auf der Erfassung von Luftaktivitäten über der Zone – die nach westlicher Auffassung kaum verifizierbar sind – und verbindet die von ihm angebotene, zeitweilige Ausklammerung von Seeaktivitäten mit vom Westen nicht zu erfüllenden Forderungen:
  – Verständigung schon in Stockholm darüber, daß Seeaktivitäten in einer weiteren KVAE-Phase behandelt werden (hierüber kann nur das Wiener KSZE-Folgetreffen befinden). Es bleibt abzuwarten, welche Folgerungen die SU schließlich aus der deutlich ablehnenden westlichen Haltung ziehen wird.

  Der Westen versucht, der SU gegenüber deutlich zu machen, daß er allenfalls bereit ist, die kombinierten Land-Luft-Aktivitäten über Europa zu berücksichtigen. Vorausgesetzt, die SU ist an einem Ergebnis interessiert, ließe sich auf dieser Basis eine auch für Moskau gesichtswahrende Formel erarbeiten.

  Malta spielt seine Sonderrolle zu See- und Luftaktivitäten unbeirrt weiter.
– Bei der Beobachtereinladung sind weitere Fortschritte in den eher technischen Randfragen durchaus möglich. Bewegung in den zentralen Punkten ist jedoch auch sachlich erst dann möglich, wenn im Bereich der Notifizierung Klarheit entsteht, welche Aktivitäten überhaupt erfaßt und somit beobachtbar werden. Es wird dann vor allem um die Dauer, den Umfang der Beobachtung und um das Maß an Freiheit in der Programmgestaltung gehen. Da die N+N sehr großzügige Beobachtungsmodalitäten fordern und der Osten möglichst viele Regelungen dem Gaststaat überlassen möchte, liegt das westliche Konzept in etwa in der Mitte. Dies bietet die Chance einer Einigung auf westliche Hauptpunkte. Es ist fraglich, ob die westliche Grundforderung, die Beobachtung aller notifizierungspflichtigen Aktivitäten, beim WP durchsetzbar ist.
– [9]In die starren Fronten bei Information und Verifikation ist noch keine Bewegung geraten. Der Osten lehnt „statische“ Information nach wie vor ab, hat aber zu „dynamischer“ Information, z. B. zu Notifizierungsinhalt, eigene – freilich bescheidene – Vorschläge eingebracht – allerdings in der Arbeitsgruppe „Information“ und nicht bei „Notifizierung“.

  Für die Verifikation preist der Osten nationale technische Mittel und ein kompliziertes Konsultationssystem als ausreichend an, doch gibt es Hinweise auf ein denkbares späteres Einlenken des Ostens auf das N+N-Konzept einer „Beobachtung auf Verlangen“ (mit Ablehnungsrecht).
– Bei Beschränkungsmaßnahmen wird die kontroverse und repetitive Debatte vom Osten weitergeführt werden. Angesichts der negativen westlichen Hal-

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 90 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

tung beginnen die N+N, über den Einbau beschränkender Elemente in den Jahreskalender notifizierungspflichtiger Aktivitäten nachzudenken.

Irland hat bereits Anregungen hierzu unterbreitet.[10] Es könnte im westlichen Interesse liegen, sich hier eine neue Position zu erarbeiten, die allerdings westliche Sicherheitsinteressen voll wahren muß.

– Beim Gewaltverzicht hat sich die Situation mit der Vorlage westlicher „link"-Elemente (Beziehung Gewaltverzicht–konkrete Maßnahmen)[11] entspannt. Der Westen arbeitet zwar noch an der endgültigen Formulierung seines Textes, doch schließt dies die weitere Einführung einzelner Elemente nicht aus. Der damit mögliche „dosierte bzw. flexible Parallelismus" erlaubt eine taktische Kontrolle des Redaktionsprozesses.
– Die nächste, 10. Runde (15.4. bis 23.5.1986, d.h. sechs Wochen) kann für die Weichenstellung in Richtung auf Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz bereits entscheidend sein. Wenn es dann nicht gelingt, wichtige Sachfragen zu lösen und ganze Textabschnitte niederzuschreiben (mindestens 30 bis 50 Prozent), wird ein Durchbruch in den dann verbleibenden 11 Wochen zweifelhaft. Vor allem, weil die letzten fünf Wochen für die abschließende Feinarbeit (Toilettage und die Übersetzung) benötigt werden.

2) Zu den drei Gruppierungen

a) Die interne Abstimmung im Bündnis war intensiv, aber zeitaufwendig und z.T. nicht ohne sachliche und persönliche Auseinandersetzungen. Letztlich konnten aber für die meisten Probleme Lösungen gefunden werden. Lösungsansätze in wichtigen Sachfragen wurden zunehmend in bilateralen Kontakten bzw. in Treffen kleinerer Kreise gesucht.

10 Irland legte in der Sitzung der informellen Arbeitsgruppe „Jahresübersichten/Beschränkende Maßnahmen" am 27. Februar 1986 einen Text zum Inhalt der Jahresübersichten über militärische Aktivitäten vor. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), übermittelte dazu am 7. März 1986 folgende Einschätzung: „Die in dem Papier enthaltenen Zahlenwerte und Formulierungen sind h[iesigen]E[rachtens] nach so nicht akzeptabel. Dennoch hat das Papier einen gewissen verhandlungstaktischen Wert. Da der Westen mit Sicherheit nicht in der Lage ist, eine besondere Constraints-Maßnahme anzunehmen, ist es erwägenswert, den Jahreskalender mit gewissen ‚constraining elements' anzureichern. Hierfür wäre in einem ‚endgame' – je nach Ausgestaltung eines Jahreskalenders – mit Verständnis aus dem N+N-Lager zu rechnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; Referat 221, Bd. 130147.

11 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 11. März 1986, daß die kanadische Delegation in der informellen Arbeitsgruppe „Gewaltverzicht" am selben Tag „sechs Textelemente zur Verbindung zwischen GV und VSBM (sogenannter ‚link')" eingeführt habe, die auf den Entwurf der EG-Mitgliedstaaten vom 26. Februar 1986 zurückgingen. Mit Bezug auf das Mandat für eine KVAE im Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz von Madrid hieß es, daß die vereinbarten Maßnahmen militärisch bedeutsam, politisch verpflichtend und verifizierbar für den in Madrid festgelegten Geltungsbereich seien. Ihre Durchführung werde dazu beitragen, die Gefahr eines bewaffneten Konflikts zu vermindern sowie Fehleinschätzungen militärischer Bewegungen zu vermeiden. Ziel der Maßnahmen sei ferner die Stärkung des Vertrauens, um die Stabilität und Sicherheit in Europa zu erhöhen sowie die Ursachen für Spannungen untereinander zu beseitigen. Schließlich werde festgestellt, daß die Maßnahmen bedeutsam für das Konferenzziel seien, „which is to undertake, in stages, new, effective and concrete actions designed to make progress in strengthening confidence and security and achieving disarmament in Europe". Abschließend heiße es, ihre Implementierung „will […] serve the process of strengthening confidence and security in Europe so as to give effect and expression to their duty to refrain from the threat or use of force". Vgl. den Drahtbericht Nr. 81; Referat 221, Bd. 130159.

Nach anfänglichen Startproblemen gelang es, die Koordinierung und das Auftreten des Bündnisses durch die Bildung von Verhandlungsteams zu verbessern und damit die Kontakte zu den Koordinatoren und zu den anderen Gruppierungen wirksamer zu gestalten. (Wir sind bei Notifizierung, Beobachtung und Gewaltverzicht vertreten, beeinflussen aber auch die Arbeit in AG „Information/Verifikation“ und „Jahreskalender/Constraints“.)

Die Einführung eines Gewaltverzichtstextes der Zwölf in das Bündnis[12] als Beitrag zur Erarbeitung einer gemeinsamen Position löste bei den übrigen Partnern gewisse Irritationen aus. Die Nicht-Zwölf argumentierten, daß es in Stockholm um Sicherheitsfragen gehe, die in die Zuständigkeit der Allianz fallen.

Die Zusammenarbeit in der EPZ war problemlos und wurde durch die Finalisierung eines GV-Textes bereichert.

b) Der Warschauer Pakt hatte seine Teams gleich zu Beginn der Runde zusammengestellt. Die SU ist in allen vertreten, und die sowjetischen Militärs entscheiden in militärischen Fragen fast allein. Bei der Beobachtereinladung spielt jedoch Polen eine Vordenkerrolle, beim Gewaltverzicht ist Ungarn der Hauptsprecher. Einzelne Mitglieder von WP-Delegationen argumentieren sachkundig und offen, machen aber klar, daß jede östliche Bewegung sowjetischer Entscheidung bedarf. Auch in dieser Runde lautete die WP-„Message“: Der Osten habe in Teilbereichen Flexibilität und Entgegenkommen gezeigt, während der Westen selbst jene Teile seines Dokuments SC.1[13] nochmals unverändert eingeführt habe, die seit langem auf östliche Kritik bzw. Ablehnung gestoßen seien. Die Sonderrolle Rumäniens war in dieser Runde weniger ausgeprägt als bisher. Es zeigt sich, daß im Redaktionsprozeß kaum Spielraum für eigene rumänische Überlegungen bleibt.

c) Die Neutralen und Ungebundenen befanden sich wieder in einem gewissen Dilemma: Die von ihnen gestellten fünf Koordinatoren mußten ihrer Glaubwürdigkeit wegen z. T. unabhängig von der Gruppe agieren.

West und Ost tendierten gelegentlich dazu, Einigungen untereinander ohne Rücksicht auf die N+N anzustreben. So sind die N+N hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, Konferenzfortschritten nicht im Wege zu stehen, andererseits aber noch nicht von ihrem mühsam intern ausgehandelten Positionsdokument SC.7 abgehen zu wollen. Insbesondere das komplizierte Gebilde aus Vorankündigung, Ankündigung, Notifizierungsschwelle und Beschränkungsmaßnahmen erweist sich als Hemmschuh. An den Positionsunterschieden der vier Neutralen und der drei Ungebundenen hat sich nichts geändert.

12 Am 26. Februar 1986 einigten sich die KVAE-Delegationsleiter der EG-Mitgliedstaaten in Stockholm auf einen Text zum Thema Gewaltverzicht. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), bemerkte dazu am selben Tag: „Präsidentschaft hat Text bereits heute in den größeren Kreis eingeführt. […] Die überwiegende Mehrheit der Partner plädiert dafür, daß sich die Allianz nicht nur mit der Struktur eines für den Westen annehmbaren GV-Textes befaßt, sondern möglichst bald – auf der Grundlage des 12er-Papiers – eigene Textelemente zur Verwendung in der Konferenz erarbeitet. Allein F widersetzt sich diesem parallelen Vorgehen und verlangt vorherige westliche Einigung auf einen Gesamttext, der dann möglichst in toto in Konferenz eingeführt werden soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 221, Bd. 130159.

13 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 bzw. 8. März 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1) vgl. Dok. 8, Anm. 17.

[14]II. Zum Redaktionsstand in den Arbeitsgruppen

a) Beim Gewaltverzicht (GV) erzielte die AG Einigung auf einen Text im „Notizbuch" des Koordinators, der praktisch dem Mandatswortlaut über das Ziel der Konferenz[15] entspricht, aber am Ende um die Aussage zur Geltung „wie auch in ihren internationalen Beziehungen im allgemeinen" ergänzt wurde.[16] Zuvor hatte der Westen eine abgestimmte Erklärung über sein Konzept einer GV-Bekräftigung (Elemente zur Verbindung GV–VSBM, Bekräftigung des Prinzips selbst, ergänzende Bestimmungen) abgegeben[17] und seine ersten sechs „link"-Elemente eingeführt, was ihm eine aktivere und engagiertere Behandlung des Themas erlauben wird. Damit liegen jetzt zum GV ausgewählte Textelemente aller drei Gruppierungen auf dem Tisch, über deren Formulierung und Einordnung lange gerungen werden wird. Die Form eines GV-Gesamttextes bleibt weiter offen. (Vereinbarung? Feierliche Erklärung? Präambel?) Auch die konzeptionellen Ansätze von West (konkrete VSBM als Rechtfertigung einer GV-Bekräftigung, keine Weiterentwicklung des Prinzips) und Ost (GV-Vereinbarung als politische Motivation für VSBM bei Fortentwicklung des Prinzips) sind weiterhin sehr unterschiedlich.

Im übrigen haben die N+N während der Runde alle GV-Elemente ihres Dokuments SC.7 vorgelegt, während der WP einzelne, z. T. außerhalb von SC.6[18] liegende Elemente präsentiert hat.[19] (Rumänien brachte einen eigenen Ent-

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 91 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

15 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

16 Die informelle Arbeitsgruppe „Gewaltverzicht" billigte am 11. März 1986 folgendes Textelement für eine Erklärung über den Gewaltverzicht: „The aim of the conference is, as a substantial and integral part of the multilateral process initiated by the Conference on Security and Co-operation in Europe, to undertake, in stages, new, effective and concrete actions designed to make progress in strengthening confidence and security and in achieving disarmament, so as to give effect and expression to the duty of states to refrain from the threat or use of force in their mutual relations as well as in their international relations in general." Vgl. den Drahtbericht Nr. 81 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom selben Tag; Referat 221, Bd. 130159.

17 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 11. März 1986 über die Sitzung der informellen Arbeitsgruppe „Gewaltverzicht" vom selben Tag: „F (als Wochenvorsitzender in der zuständigen Arbeitsgruppe der 16) trug die sorgfältig abgestimmte Erklärung zum westlichen Gesamtkonzept (sogenanntes ‚Conceptual Statement') vor: Danach müsse das operative Kernstück eines Abschlußdokuments in der Annahme konkreter Maßnahmen bestehen. Diese würden Gewaltanwendung oder -androhung erschweren und eine Bekräftigung unserer Verpflichtung auf das Gewaltverbot rechtfertigen. Eine Bekräftigung sollte aus folgenden drei Elementen bestehen: der Verbindung zwischen VSBM und GV als Grundlage der Bekräftigung; der GV-Bekräftigung (im engeren Sinne); ergänzende Prinzipien und politische Erwägungen, die mit dem GV verbunden sind. In den dritten Abschnitt gehörten u. a. ein Bekenntnis zu den Menschenrechten und eine Bestätigung der Absicht, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. (Vor allem US, aber auch TUR hatten – gegen italienischen Widerstand – auf Erwähnung der Menschenrechte und des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus bestanden.)" Vgl. den Drahtbericht Nr. 81; Referat 221, Bd. 130159.

18 Für den Wortlaut des Dokuments „Basic Provisions for a Treaty on the Mutual Non-Use of Military Force and the Maintenance of Peaceful Relations" vom 29. Januar 1985 (CSCE/SC.6) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 21f.

19 In der Sitzung der informellen Arbeitsgruppe „Gewaltverzicht" am 11. Februar 1986 stellten Ungarn, die ČSSR und Bulgarien drei Textelemente für einen Passus zum Gewaltverzicht vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 27 des Botschaftsrats I. Klasse Dreher, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 12. Februar 1986; Referat 221, Bd. 130159.

wurf einer GV-Deklaration ein.[20]) Von seiten des Westens, der N+N und teilweise des WP wurden die eingeführten Elemente sachlich kommentiert.

b) Bei den miteinander verbundenen Themenbereichen – Informationsaustausch, Verifikation und Kommunikation – zeigten sich (ungeachtet der im wesentlichen unveränderten Ausgangspositionen) unterschiedliche Möglichkeiten einer Annäherung:

Zu Verifikation konnte zumindest ein erstes gemeinsames Textelement notiert werden, das in der Grundaussage des Mandats besteht, wonach VSBM von adäquaten Formen der Verifikation begleitet sein müssen.[21] Während der Westen auf Inspektionen vor Ort (Maßnahme 5 von SC.1) als einem zentralen Anliegen besteht, hält der Osten die Überwachung eines VSBM-Regimes durch NTM (nationale technische Mittel) und ein System von Konsultationen für angemessen und ausreichend. Einzelne Sprecher des WP haben aber angedeutet, daß sie sich als denkbaren Kompromiß eine „Beobachtung auf Verlangen" in Anlehnung an den N+N-Vorschlag vorstellen könnten.

Der Austausch struktureller Informationen (Maßnahme 1 von SC.1) wird hingegen weiterhin vom Osten a limine abgelehnt, der unter relevanten Informationen ausschließlich den Inhalt von Einzelnotifizierungen verstehen will. Für die hierfür vorhandenen prozeduralen wie substantiellen Meinungsunterschiede sind Möglichkeiten einer Annäherung noch nicht in Sicht.

Die Vorschläge zu Kommunikation und Konsultation genießen in den Verhandlungen noch keine Priorität, obgleich einzelne neutrale Staaten (wie die Schweiz) und auch Rumänien hierin eine wichtige Ergänzung der klassischen VSBM (wie Notifizierung und Beobachtung) sehen.

c) Im Bereich der beschränkenden Maßnahmen und des Jahreskalenders gelang es beim Jahreskalender, einen Satz niederzuschreiben, der das Prinzip eines jährlichen Austauschs von notifizierungspflichtigen militärischen Aktivitäten festlegt.[22]

Bei constraints steht der Westen in der Defensive.

Der Osten hat durch seine Annahme des N+N-Vorschlags zur Begrenzung von Manövern auf das Fünffache der Notifizierungsschwelle einen Schritt in die

20 Rumänien präsentierte am 4. März 1986 in der Arbeitsgruppe A („Gewaltverzicht") den Entwurf für einen Abschnitt zum Gewaltverzicht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 70 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom selben Tag; Referat 221, Bd. 130159.

21 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 27. Februar 1986 über die Sitzung der Arbeitsgruppe A („Information, Verifikation, Kommunikation") am selben Tag: „Koordinator schrieb mit allgemeiner Zustimmung einen ersten Satz in sein ‚Notebook' und eröffnete damit die eigentliche Redaktion." Der Text habe folgenden Wortlaut: „The Confidence and Security-Building Measures to be agreed upon will be provided with adequate forms of verification which correspond to their content …" Vgl. den Drahtbericht Nr. 56; Referat 221, Bd. 130148.

22 In der Sitzung der informellen Arbeitsgruppe „Jahresübersichten, Beschränkende Maßnahmen" am 6. März 1986 wurde folgender Text vereinbart: „Each participating state will exchange, with all other participating states, an annual calendar of its notifiable military activities (1), within the zone of application for CSBMs, forecasted for the subsequent calendar year. It will be transmitted every year, in writing, through diplomatic channels, not later than … for the following year. (1) Fußnote: to be defined." Vgl. den Drahtbericht Nr. 76 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 7. März 1986; Referat 221, Bd. 130147.

Richtung der N+N-Staaten getan.[23] Irische bzw. jugoslawische Vorschläge, den Kalender mit „constraining elements“ anzureichern, könnten hier für die Zukunft Ausweichmöglichkeiten bieten, obgleich WP und N+N bereits erhebliche Vorbehalte gegen irische Überlegungen angemeldet haben. Für den Westen besteht das Problem, Parameter zu finden, die weder die Herstellung der westlichen Verteidigungsbereitschaft noch die notwendige Ausbildungstätigkeit des Westens beeinträchtigen.

Die weiteren Verhandlungen in dieser Arbeitsgruppe werden sehr schwer sein. Der Westen wird weiterhin versuchen, die Zustimmung des WP zu einem Jahreskalender auszunutzen und unter Einbeziehung auch des N+N-Textes den „drafting-Prozeß“ fortzusetzen. Es ist dabei davon auszugehen, daß der WP keine große Eile mit einem solchen Prozedere haben wird, da er genau weiß, daß die NATO auf dem Gebiet der beschränkenden Maßnahmen nichts Substantielles anzubieten hat.

Erste, noch sehr unvollständige Überlegungen bei den N+N zielen darauf ab, aus diesem Dilemma ebenfalls durch Anreicherung des Kalenders mit „constraining elements“ herauszukommen. Verhandlungstaktisch dürfte es auch in der nächsten Runde zu früh sein, auf solche Überlegungen einzugehen. Abgesehen davon, daß der Westen hierzu noch keine Überlegungen angestellt hat. Sollte eine Anreicherung des Kalenders mit „constraining elements“ in Betracht gezogen werden, so müßte die Substanz dazu während der nächsten Runde erarbeitet werden, damit diese Elemente zeitgerecht im Rahmen eines „deals“ mit der Forderung nach Kompensation eingebracht werden können.

[24]d) Notifizierung

Es konnte ein erster Text über „period and method of notification“ vereinbart werden, der im wesentlichen festhält, wer jeweils eine militärische Aktivität zu notifizieren hat, an wen die Notifizierung zu richten, auf welchem Wege sie zu übermitteln und wann sie abzugeben ist (die genaue Frist ist allerdings noch offengelassen), und daß die Notifizierung in einer „agreed form of content“ abzufassen ist.[25]

Gleichzeitig mit der Vereinbarung dieses Textes wurde auf Drängen des Ostens die Definition der „Zone“ vereinbart, die eine Wiederholung des Mandatstextes von Madrid beinhaltet.[26] In den Kernfragen der Notifizierung hat

[23] Am 7. Februar 1986 berichtete Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation): „Im heutigen Plenum führte bulgarischer DL Todorow überraschend einen neuen östlichen Text zu ‚Beschränkenden Maßnahmen‘ ein, der sich eng an den N+N-Vorschlag SC.7 anlehnt und als Manöverobergrenze die fünffache Notifizierungsschwelle vorsieht. Die zeitliche Dauer der Manöver soll auf 15 Tage begrenzt werden (N+N: 17 Tage).“ Vgl. Referat 221, Bd. 130159.
Der Vorschlag wurde am 13. Februar 1986 in der informellen Arbeitsgruppe „Jahresübersichten, Beschränkende Maßnahmen“ eingeführt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 31 des Botschaftsrats I. Klasse Dreher, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 14. Februar 1986; Referat 221, Bd. 130148.

[24] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 92 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[25] Die informelle Arbeitsgruppe „Notifizierung“ einigte sich am 4. März 1986 auf einen Passus im Text zur Vorankündigung militärischer Aktivitäten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 67 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 4. März 1986; Referat 221, Bd. 130147.

[26] Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 11. März 1986, daß sich die informelle Arbeitsgruppe „Notifizierung“ am selben Tag über den geographischen Anwendungsbereich für VSBM geeinigt habe: „Under the terms of the Madrid mandate, the zone of application for CSBMs is as follows: (Text Mandat Abs. 7, 8 und 9 mit Fußnote). Hereinafter the above mentioned

der Osten noch nicht eingelenkt und besteht weiterhin darauf, zunächst die Art notifizierungspflichtiger Aktivitäten, d.h. Land, Luft und See, festzulegen, bevor weitere Elemente der Notifizierungsmaßnahme verhandelt werden können. Zwar hat der Osten auch in der AG seine Bereitschaft erklärt, die Behandlung aller Seeaktivitäten (d.h. unabhängiger, mandatswidriger und solcher, die Teil von notifizierungspflichtigen Landaktivitäten sind) auf eine spätere Phase zu verschieben („Gorbatschow-Angebot"), stellte dies aber unter die Bedingung einer diesbezüglichen Verständigung und der vollen Einbeziehung aller großen Luftaktivitäten sowie der Bewegungen/Verlegungen von Truppen in Europa und im angrenzenden See- und Luftraum in die jetzigen Verhandlungen. Osten weigerte sich ferner, den Notifizierungsinhalt in der dafür zuständigen AG (Notifizierung) zu behandeln, er brachte statt dessen Vorschläge zum Notifizierungsinhalt in der AG „A" zum Thema „Information" ein. Er versucht damit, der westlichen Forderung nach statischer Information auszuweichen.

Die N+N vertraten mit Nachdruck das Konzept ihrer Notifizierungsmaßnahme in SC.7 und sind bisher nur in Einzelfragen zu Zugeständnissen bereit. N+N haben sich andererseits auf intensive Diskussion mit dem Westen über den Notifizierungsinhalt eingelassen und damit dazu beigetragen, den Osten in dieser Frage zu isolieren. Der Westen hat während der neunten Runde seine gesamte Maßnahme noch einmal eingebracht und damit begonnen, Kompromißpapiere vorzulegen, die Elemente aus Arbeitsdokumenten und Textvorschlägen aller Gruppierungen enthalten. Der Westen wird dieses Verfahren auch in der nächsten Runde fortsetzen und vor allem Ausnahmeregelungen für die Vorankündigung (Alarmaktivitäten), Strukturparameter und Notifizierungsinhalt behandeln.

e) Beobachtereinladung

Im Laufe der neunten Runde gelang es, mehrere Bestimmungen (insgesamt sechs Sätze) eines künftigen Beobachtungsregimes vorläufig zu vereinbaren. Wichtigstes Element: Festschreibung der Einladung aller TNS im Falle zu beobachtender Aktivitäten[27] (erster substantieller Fortschritt gegenüber der Schlußaktenregelung[28]). Daneben wurde Einigung erreicht über die Zahl der Beobachter (bis zu zwei), ihre Gleichbehandlung sowie über Verfahrensfragen

Fortsetzung Fußnote von Seite 399

will be referred to as ‚the zone of application for CSBMs'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; Referat 221, Bd. 130147.

Für die zu übernehmenden Absätze der Ziffer 4) des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 542.

27 Am 27. Februar 1986 informierte Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), daß in der informellen Arbeitsgruppe „Beobachtereinladung" ein Text zum Einladungsverfahren verabschiedet worden sei: „A participating state will invite observers from all other participating states to … The host state will extend the invitations in writing through diplomatic channels to all other participating states at the time of notification. Each participating state may send up to two observers to the military activity to be observed. Replies to the invitation will be given in writing not later than … days after the issue of the invitation. If the invitation is not accepted in time it will be assumed that no observers will be sent." Vgl. den Drahtbericht Nr. 59; Referat 221, Bd. 130147.

28 In der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 hieß es, daß die Teilnehmerstaaten „freiwillig und auf bilateraler Grundlage […] andere Teilnehmerstaaten einladen" würden. Ferner sollte es Angelegenheit des einladenden Staates sein, „in jedem Fall die Anzahl der Beobachter, die Verfahren und Bedingungen ihrer Teilnahme" zu bestimmen. Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 923.

(u. a. Delegation von Verantwortlichkeiten vom Gaststaat an beteiligte TNS)[29]. Über den Zweck der Beobachtung besteht prinzipielles Einvernehmen (Feststellung der Nichtbedrohlichkeit einer Übung und der Übereinstimmung mit dem Notifizierungsinhalt). Westen hat einem Text hierüber jedoch noch nicht zugestimmt (u. a. Vermeidung von Präambelsprache). Die Zustimmung zur Einladung aller TNS stellt aus östlicher Sicht eine echte Konzession dar, aus Sicht des Westens ist sie eine Selbstverständlichkeit. Dieser positive Schritt des Ostens wurde am Ende der Runde allerdings stark relativiert: Als Ausgleich für die wachsende Belastung infolge der Einladung aller TNS und im Interesse der Ausgewogenheit (US-Territorium ist nicht betroffen) erwartet der Osten nunmehr eine Begrenzung der obligatorischen Beobachtereinladungen auf maximal 5 pro Jahr pro TNS.[30] N+N nahmen nur zögernd Abstriche an ihrem ausgefeilten und detaillierten Vorschlag hin.

Weitere Texte zu Einzelfragen minderer Bedeutung sind beinahe annahmereif (Stellung von Transportmitteln und Unterkunft, Beobachterpersonal). Osten verzögerte jedoch weitere Fortschritte in dieser Runde, um ein zu schnelles Vorpreschen der Beobachtungsgruppe zu vermeiden (Parallelismus-Gedanke). Geeignetes Instrument zu dieser Verzögerungstaktik ist nach wie vor das Aufbringen der – vorläufig zurückgestellten – Hauptstreitfragen: die Arten der zu beobachtenden Aktivitäten (Luft, Bewegungen und Verlegungen) sowie Umfang und Dauer der Beobachtung. Hier bestehen die bekannten Differenzen fort. Außerdem nahm der Osten gegen Ende der Runde auch in Nebenfragen (z. B. Beobachtungsmittel) eine sehr restriktive Ausgangsposition ein, um Raum für zeitraubendes Ringen mit anschließender „großer" Konzession zu schaffen. Ein umfassender östlicher Vorschlag zur Beobachtereinladung fehlt weiterhin.

Westen hat mit Ausnahme des Abschnitts über Immunitäten seinen gesamten Vorschlag eingebracht. Da N+N und der Osten zu Immunitäten Texte vorlegt haben[31], erscheint eine einheitliche Allianzposition spätestens bis zum Beginn der neuen Runde dringend erforderlich. Westen wird auch eine gemeinsame

29 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), meldete am 13. März 1986, daß die Arbeitsgruppe „Beobachtereinladung" sich auf zwei Texte geeinigt habe: „Text 1) erlaubt die Übertragung von Pflichten des Gaststaates an einen anderen Übungsbeteiligten (Beispiel: Einladender Staat Bundesrepublik Deutschland – Verantwortung für Durchführung des Beobachtungsprogramms bei beteiligten US-Truppen). […] Text 2) nimmt auf die bereits vereinbarte Regelung Bezug, nach der Einladungen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beantwortet werden sollen. Zugleich mit dieser Antwort sollen nun gemäß Text 2) Name und Rang der Beobachter gemeldet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 85; Referat 221, Bd. 130147.

30 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 6. März 1986 über die Sitzung der informellen Arbeitsgruppe „Beobachtereinladung": „PL machte auf ‚persönlicher' Basis den Vorschlag, ähnlich wie bei Constraints und Inspektionen eine Obergrenze der jährlich zu beobachtenden Übungen pro TNS einzuführen (z. B. fünf). Zu darüber hinaus durchgeführten Übungen könnte freiwillig eingeladen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 74; Referat 221, Bd. 130147.
Der Vorschlag wurde in der Sitzung der Arbeitsgruppe „Beobachtereinladung" am 13. März 1986 von den teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten und von der Gruppe der Neutralen und Nichtgebundenen abgelehnt. Dazu berichtete Citron am selben Tag: „Tatarnikow stellte nachdrücklich den Zusammenhang mit der Einladung aller TNS heraus: Multiplizierung der Beobachterzahl müsse durch Quote teilweise kompensiert werden. Sowjetische Erläuterung zeigt erneut starke Fixierung auf das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit gegenüber US. Gleichzeitig ist unverkennbar, daß SU als Großmacht nicht bereit zu sein scheint, sich von europäischen Kleinstaaten nach deren Belieben beobachten zu lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 85; Referat 221, Bd. 130147.

31 Die neutralen und nichtgebundenen Staaten führten am 20. Februar 1986 in der informellen Arbeitsgruppe B „Beobachtereinladung" u. a. die Ziffer 7) des Abschnitts zur Beobachtereinladung

Haltung in der Frage der Wahlmöglichkeiten bei Programm und der Übersetzung finden müssen. Beide Themen sind in SC.1 nicht behandelt.

Die Allianz wird in der nächsten Runde schwerpunktmäßig den Umfang der Beobachtung behandeln, wo N+N und Irland hilfreiche Texte eingebracht haben, die z. T. westliche Interessen besser berücksichtigen als SC.1.

[gez.] Citron

Referat 221, Bd. 130159

72

Drahtbericht des Ministerialdirektors Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Washington

114-1607/86 geheim **Aufgabe: 15. März 1986, 16.15 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1168 **Ankunft: 15. März 1986, 22.25 Uhr**
Citissime

AA für Bundesminister persönlich – BMWi für Bundesminister[1] persönlich – BMVg für Bundesminister[2] persönlich – BMFT für Bundesminister[3] persönlich – BUKA für Chef BK[4] persönlich – BMJ für Bundesminister[5] persönlich – BMF für Bundesminister[6] persönlich

Betr.: Deutsch-amerikanische Verhandlungen über technologische Zusammenarbeit;
hier: Verhandlungen vom 13. bis 15. März 1986

I. Deutsche Delegation (Leitung MD Schomerus) traf mehrfach mit amerikanischer Seite (unter Leitung von Deputy Assistant Secretary Gaffney bzw. Assistant Secretary Perle) zusammen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 401
ihres Vorschlags vom 15. November 1985 (CSCE/SC.7) ein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 41 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom selben Tag; Referat 221, Bd. 130147.
In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 27. Februar 1986 legte Polen einen Text zur Frage der Immunität von Beobachtern vor. Citron erläuterte dazu am selben Tag, der Vorschlag sehe „diplomatische Privilegien und Immunitäten für die Beobachter gemäß Wiener Konventionen ‚im Rahmen ihres Auftrags' vor. Diese Einschränkung läßt vermuten, daß Osten dabei nur an Amtsimmunität denkt. Westen hat angesichts der fortbestehenden internen Divergenzen in dieser Frage die relevante Ziff[er] 6 seines Vorschlags noch nicht eingeführt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 59; Referat 221, Bd. 130147.

1 Martin Bangemann.
2 Manfred Wörner.
3 Heinz Riesenhuber.
4 Wolfgang Schäuble.
5 Hans A. Engelhard.
6 Gerhard Stoltenberg.

Die Gespräche verliefen in konstruktiver Form und freundschaftlicher Atmosphäre. Offenbar hatten der Brief des Bundeskanzlers[7] und die bilateralen Kontakte der betroffenen Bundesminister die Kompromißbereitschaft auf amerikanischer Seite gefördert.

Über den Text des SDI-MOU[8] wurde bis auf zwei Punkte (Berlin-Klausel und Implementing Agent) ad referendum Einvernehmen erzielt.

Zu einem Abkommen über die allgemeine technologische Zusammenarbeit wurden die beiderseitigen Positionen ausführlich dargelegt und erhebliche textliche Annäherungen erzielt.

II. Im einzelnen

1) Zu SDI

Nach zweitägigen Verhandlungen haben wir uns mit der amerikanischen Delegation ad referendum auf einen Text für ein MOU geeinigt, ausgenommen die Berlin-Klausel und die Bestimmung des Implementing Agent auf deutscher Seite.

a) Vor allem in folgenden Punkten wurde Einvernehmen erzielt:

– Der ON.[9]

– Der von US-Seite gewünschten politischen Unterstützung für SDI konnte durch Verweisung auf die Regierungserklärungen vom 27.3.[10] und 18.4.1985[11] sowie den Kabinettsbeschluß vom 15.12.1985[12] Rechnung getragen werden.

– Hinsichtlich der Nutzungsrechte für SDIO bei den ausschließlich von der amerikanischen Regierung finanzierten Forschungsaufträgen haben wir eine Formulierung erreicht, die der amerikanischen Auftragspraxis entspricht, den deutschen Auftragnehmern aber die gleiche Rechtsposition wie amerikanischen Auftragnehmern sichert und ihnen die Möglichkeit offenläßt, günstigere Bedingungen im Einzelfall auszuhandeln.[13]

7 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 10. März 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 65.

8 Für den Text des Memorandum of Understanding über Rahmenbedingungen einer privatwirtschaftlichen Beteiligung an der SDI-Forschung und den Entwurf eines Abkommens über die Verbesserung des wechselseitigen Technologietransfers vgl. die Drahtberichte Nr. 1169 bis Nr. 1172 des Botschafters van Well, Washington, vom 15. März 1986 an das Auswärtige Amt; VS-Bd. 14161 (010).

9 So in der Vorlage.

10 Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zu SDI vom 27. März 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 87.

11 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 132. Sitzung, S. 9715–9720.

12 Korrigiert aus: „18.12.1985".
Zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 1, besonders Anm. 4.

13 Zu diesem Passus in einer deutsch-amerikanischen Vereinbarung über Rahmenbedingungen einer privatwirtschaftlichen Beteiligung an der SDI-Forschung erläuterte Ministerialdirektor Jelonek am 17. März 1986: „Die aus SDI-Forschungsprojekten anfallenden Nutzungsrechte fallen im Grundsatz beim deutschen Auftragnehmer an; allerdings stehen sie im Falle vollständiger Projektfinanzierung durch US dem Auftraggeber (Pentagon) zu, wie dies auch bei Aufträgen an amerikanische Auftragnehmer ständige Praxis ist; die Auftragnehmer können aber im Einzelfall für bei ihnen anfallendes Know-how günstigere Regelungen vereinbaren; nicht geheimhaltungsbedürftiges Know-how kann der Auftragnehmer unter gewissen Bedingungen kommerziell nutzen […]. BMWi hat diese

– Zu den deutschen Interessen an Informationen über die Entwicklung der SDI-Forschung sowie an Know-how-Erwerb für Zwecke der konventionellen Verteidigung konnte eine Formulierung durchgesetzt werden, die unseren Interessen Rechnung trägt.

b) Nicht gelöst werden konnten folgende Punkte:

– Zur Implementierung des MOU verlangte die amerikanische Delegation die Einrichtung einer Coordinating Agency im BMVg.

– Die US-Delegation beharrte darauf, keine Berlin-Klausel in das MOU über SDI-Forschung aufzunehmen. Auch unser Vorschlag, eine klare Verweisung auf eine Berlin-Klausel im allgemeinen Abkommen vorzusehen, wurde abgelehnt.

Im Kern geht es darum, daß die amerikanische Seite daran festhält, daß das SDI-Forschungsprogramm militärisch sei und sich deshalb eine Berlin-Klausel in dem MOU verbiete. Aus dem gleichen Grunde muß nach US-Auffassung die Implementierung auch auf deutscher Seite in der Verantwortung des BMVg liegen.[14]

2) Zu Technologie-Transfer

US-Seite übermittelte auf informellem Weg ein Papier zum allgemeinen Bereich der technologischen Zusammenarbeit.

In Vorabgespräch von MD Schomerus (zusammen mit MD Jelonek) mit Under Secretary Schneider, das dieser erbeten hatte, konzedierte Schneider – auf starken Druck unsererseits –, daß das Papier keinen offiziellen Status habe, sondern lediglich eine kurzfristig zusammengestellte Auflistung amerikanischer Besorgnisse in einigen sicherheitsrelevanten Bereichen der technologischen Zusammenarbeit darstelle.[15] Er unterstrich das Interesse der US-Regierung an einvernehmlicher Ausrichtung der Vereinbarungen im Sinne des Schreibens von Bundeskanzler Kohl.

Fortsetzung Fußnote von Seite 403

Klausel mit deutschen Wirtschaftsverbänden konsultiert und Zustimmung gefunden". Vgl. den VS-Bd. 13714 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

14 Ministerialdirektor Jelonek, z. Z. Washington, teilte am 14. März 1986 mit, daß die USA am zweiten Verhandlungstag „einen neuen konsolidierten Entwurf zur SDI-Forschungszusammenarbeit" vorgelegt hätten: „Zur Berlin-Frage erklärte Gaffney erneut, daß nach wohlüberlegter Ansicht der US-Regierung eine Berlin-Klausel in einem auf ein militärisches Projekt zielenden Forschungsabkommen keinen Platz haben könne, zumal daraus Schwierigkeiten nicht nur mit den westlichen Alliierten, sondern auch mit der SU erwachsen könnten. […] Zur Implementierungsstelle legte Gaffney einen Text vor, der eindeutig das BMVg als ‚coordinating agent' benennt. Die von uns vorgeschlagene Formulierung ist diesem Vorschlag in Klammern gegenübergestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Am 13. März 1986 teilte Ministerialdirektor Jelonek, z. Z. Washington, mit, daß die USA „einen offenbar recht hastig ausgearbeiteten Text" vorgelegt hätten, „der vor allem von den maximalistischen Wünschen der COCOM-Falken nach Verschärfung von Technologietransferkontrollen geprägt war […]. Auch wenn er einige unserem Entwurf entlehnte Elemente über die Förderung der Zusammenarbeit enthielt, war er für uns in dieser Form als Verhandlungsgrundlage nicht annehmbar. In einem Gespräch in kleinem Kreis (MD Dr. Schomerus, MD Dr. Jelonek auf deutscher und U[nder]S[ecretary] William Schneider – State – sowie Dep[uty] A[ssistant] S[ecretary] Frank Gaffney – Pentagon – auf amerikanischer Seite) gelang es, die amerikanischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, diesen Entwurf nicht zur Verhandlungsgrundlage zu machen, sondern allenfalls Elemente daraus zu verwenden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1132; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

Bei den anschließenden Verhandlungen über den allgemeinen Technologiebereich am 14.3. diente der deutsche Wortlaut als Grundlage.

Aufgrund der Diskussion der beiderseits vorgelegten Texte hat die US-Seite am 15.3.86 einen neuen Vorschlag vorgelegt, der sich unseren Vorstellungen über weite Strecken angenähert hat. Andererseits hebt dieser Entwurf nach wie vor das amerikanische Interesse an einer Zusammenarbeit im Bereich sicherheitsrelevanter Exportkontrollen überproportional hervor.

Demgegenüber haben wir deutlich gemacht, daß Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen nur eine unter zahlreichen gleichgewichtigen Aspekten der technologischen Zusammenarbeit ist. Wir haben dementsprechende Formulierungsvorschläge gemacht, die darauf abzielen, die sicherheitspolitischen Aussagen in einem klar abgegrenzten Abschnitt des Textes unterzubringen. Es entstand der Eindruck, daß die US-Seite insoweit noch Bewegungsspielraum sieht.

Zur Berlin-Klausel legte die US-Seite eine neue Formulierung vor, die dem aus ihrer Sicht besonderen informellen Charakter des allgemeinen Technologieabkommens (kein Vertrag) Rechnung tragen soll. Die US-Seite wiederholte auch bei dieser Gelegenheit trotz mehrfacher ausführlicher Erläuterung unserer Position, daß sie nicht bereit sei, einen Berlin-Hinweis in das SDI-MOU aufzunehmen, weder in Form einer Verweisung im SDI-MOU auf das allgemeine Abkommen noch durch Verweisung aus dem allgemeinen Abkommen auf das SDI-MOU. SDI-Forschung sei militärische Forschung; die Aufnahme einer Berlin-Klausel sei deshalb mit der Rechtslage Berlins unvereinbar. Der deutschen Seite stehe es natürlich frei, die SDI-Forschung anders zu werten.

Die US-Delegation erläuterte, daß nach ihrer Auffassung dem deutschen Berlin-Anliegen durch die Aufnahme einer Berlin-Klausel in das allgemeine Abkommen und durch die Gleichzeitigkeit des Abschlusses beider Abkommen voll Rechnung getragen sei. Ein weiteres Entgegenkommen schließt die US-Delegation aus. Auch das allgemeine Abkommen sollte als VS-Sache eingestuft werden. Wir haben uns für eine offene Behandlung ausgesprochen.

III. Wertung

Die Verhandlungen waren in dieser Runde von Beginn an dadurch charakterisiert, daß die US-Seite unser Ziel der Gleichzeitigkeit und Parallelität beider Abkommen – im Gegensatz zu früher – förderte. In zahlreichen Sachfragen ist es gelungen, Formulierungen zu finden, die die offenen Streitfragen auf die in diesem Bericht hervorgehobenen Punkte reduzierte.

Die US-Seite hat mehrfach deutlich gemacht, daß sie jeder formellen Verknüpfung beider Texte nicht zustimmen könne. Es wurde deutlich, daß die US-Seite ebenso wie wir an einem zügigen Abschluß interessiert ist und dementsprechend kompromißbereiter wurde.[16]

16 Am 18. März 1986 fand ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Bangemann, Genscher, Schäuble und Wörner sowie den Ministerialdirektoren Jelonek, Schomerus (Bundesministerium für Wirtschaft) und Teltschik (Bundeskanzleramt) statt. Zur Einrichtung einer SDI-Koordinierungsstelle vermerkte Jelonek am selben Tag: „Nach ca. 45-minütiger Diskussion, in der sich BM Wörner hartnäckig für die Benennung des BMVg und die Bundesminister Genscher und Bangemann mit BK-Unterstützung für die Benennung des BMWi als Durchführungsstelle aus-

IV. Weiteres Vorgehen

Die US-Seite hat ein Treffen zwischen Assistant Secretary of Defense Perle und dem deutschen Delegationsleiter am Nachmittag des 18.3. in Bonn angeregt, um bei dieser Gelegenheit eine weitere Annäherung der noch divergierenden Positionen zu versuchen.[17]

[gez.] Schomerus

VS-Bd. 14161 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 405

sprachen, entschied der Bundeskanzler wie folgt: In Kap[itel] 10 P[un]kt 2 soll es heißen: ‚The Government of the Federal Republic of Germany will establish a coordinating agency, involving all competent German authorities for implementation of this Memorandum of Understanding.' Den Amerikanern kann dabei mündlich erläutert werden, daß diese Durchführungsstelle im oder beim BMWi eingerichtet wird." Hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) vermerkte Jelonek: „BK, BM Bangemann und BM Wörner waren der Meinung, daß sich eine volle Berlin-Klausel im SDI-Text nicht durchsetzen lassen werde. BM Genscher forderte dagegen volle Berlin-Klauseln für beide Vereinbarungen oder ggfs. im SDI-Text einen klaren Verweis auf die volle Berlin-Klausel im T[echnologie]T[ransfer]-Text. BK faßte wie folgt zusammen: Für TT-Vereinbarung ist volle Berlin-Klausel unabweisbar; für SDI-Text ist ebenfalls eine Berlin-Formel zu fordern, notfalls wie von den USA für den TT-Text angeboten. Rückfallposition wäre Briefaustausch oder deutsches Schreiben mit gleichem Inhalt." Vgl. VS-Bd. 13714 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

17 Bei seinem Treffen mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am 18. März 1986 auf dem Flughafen in Köln trug Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, die Entscheidungen des Bundeskanzlers Kohl vor. Ministerialdirektor Jelonek notierte dazu am selben Tag: „Perle zeigte sich tief enttäuscht und wies die deutschen Forderungen als unannehmbar zurück. Ihm sei unverständlich, wie Bonn erwarten könne, sich mit solchen Maximalpositionen durchzusetzen. […] Er frage sich, ob es sich – wenn dies das letzte deutsche Wort sei – nicht empfehle, die Verhandlungen abzubrechen, auf ein SDI-Abkommen zu verzichten und es den deutschen Firmen zu überlassen, sich am SDI-Projekt ohne Rahmenvereinbarung zu beteiligen. Nach dieser etwas melodramatischen Ouvertüre" habe sich Perle jedoch bereiterklärt, die Vorschläge „von seinen Juristen prüfen zu lassen. […] Zur Durchführungsstelle erklärte Perle, daß sein Minister entschieden der Meinung sei, daß der deutsche Counterpart für das DoD nur das BMVg sein könne. Die Formel ‚coordinating agency involving all competent German authorities' sei völlig unbefriedigend. Aufschlußreich war Perles wohl etwas unbedacht gemachte Bemerkung: ‚Cap Weinberger will not let Manfred Wörner down!'" Vgl. VS-Bd. 13714 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

73

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

230-322.40/1 USA **17. März 1986**[1]
230-382.05

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Finanzkrise der Vereinten Nationen;
hier: Amerikanische VN-Politik und langfristige Strukturprobleme der Vereinten Nationen

Anlagen[4]

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Zustimmung zu den Schlußfolgerungen unter Ziffer 5 und 6

I. Kurzfassung

Die VN stehen vor einer schweren Finanzkrise. Zu kurzfristigen Liquiditätsengpässen (70 Mio. Dollar verspätete Zahlungen, 40 Mio. Dollar Wechselkursschwankungen) treten langfristig wirkende Beitragszurückhaltungen (bisher 100 Mio. Dollar, davon knapp die Hälfte SU). Verschärfung des Problems durch neue US-Gesetzgebung (Beitragskürzungen im Zuge der Haushaltskonsolidierung und im Zusammenhang mit der Forderung nach Einführung einer Stimmgewichtung – zusätzliche Ausfälle 1985/86: 80 bis 100 Mio. Dollar).

Handlungsbedarf: Politische Entscheidungen über Sparmaßnahmen, Liquiditätshilfen, Strukturreformen, Einwirkung auf USA, Kürzungen, wenn nicht rückgängig zu machen, dann möglichst gering zu halten.

Hintergrund des harten Umgangs mit den VN ist lang angestauter Unmut, vor allem, weil politischer Einfluß der USA in den VN weit geringer ist als der 25%ige Beitragsanteil.

Wir können die Form des amerikanischen Vorgehens (einseitige rechtswidrige Maßnahmen ohne jede Vorankündigung) nicht billigen.

Die Botschaften der Troika bitten seit einiger Zeit um einen Termin bei AM Shultz, um ihm die erheblichen Vorbehalte der Zwölf und deren Sorgen über die Auswirkungen auf das internationale System insgesamt darzulegen.

Wir teilen in der Sache nicht die generelle amerikanische Kritik an den VN, als großer westlicher Beitragszahler haben wir aber auch gemeinsame Interessen mit den USA. Wir mißbilligen zwar die Form des amerikanischen Vorgehens. Aber wir unterstützen die US-Forderungen nach Einsparungen, Rationalisie-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers und Vortragendem Legationsrat Fulda konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. März 1986 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 25. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 230 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 25. März 1986 vorgelegen.
4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5 und 8.

rung, Ausgabenkontrolle, Abbau politischen Mißbrauchs, langfristiger Strukturreform, u. a. das Verlangen nach stärkerer Berücksichtigung der großen Beitragszahler bei Haushaltsentscheidungen (allerdings unter Beibehaltung des Prinzips „ein Land eine Stimme“) und nach mehr Haushaltsverantwortlichkeit seitens der Mitgliedsländer, die den Minimalbetrag von 0,01 Prozent leisten.

Es wird vorgeschlagen, unsere Reaktion auf die Finanzkrise der VN mit den EG-Partnern und den USA auf der Basis dieser Grundsätze abzustimmen und dann in den zuständigen VN-Gremien entsprechend Stellung zu nehmen.

II. 1) Die Finanzlage der VN

Die VN stehen vor einer schwerwiegenden Finanzkrise. Die bestehenden Überbrückungsfonds für Liquiditätsengpässe (wegen verspäteter Zahlungen und Wechselkursschwankungen) sind aufgebraucht, nicht zuletzt durch die seit Jahren akkumulierten Beitragszurückhaltungen und verspäteten Zahlungen. In dem Schreiben vom 21.2.1986 an Sie[5] spricht der VN-GS von Zurückhaltungen in Höhe von 100 Mio. $ und verspäteten Zahlungen von 70 Mio. $, für die 18 Mitgliedsstaaten (u. a. die SU) verantwortlich sind.

Auf diesem Hintergrund haben die umfassenden und zum Teil rückwirkenden Beitragszurückhaltungen der USA zur akuten Finanzkrise der VN geführt. Aufgrund nationaler US-Gesetzgebung (Kassebaum-Amendment[6] und Gramm-Rudman-Act[7]) wird die Administration trotz unbezweifelbarer völkerrechtlicher Verpflichtungen für die Jahre 1985 und 1986 etwa 80 bis 100 Mio. Dollar zurückhalten.

Dies wird sich in den kommenden Jahren wiederholen, denn es handelt sich kumulativ einerseits um

– Maßnahmen der mehrjährigen Haushaltskonsolidierungspolitik des Kongresses (Gramm-Rudman-Act),

andererseits um

– eine einseitig verfügte Kürzung des US-Beitragsanteils zum VN-Haushalt

5 Das Schreiben des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 21. Februar 1986 an die Außenminister der VN-Mitgliedstaaten war als Anlage 1 beigefügt. Vgl. Referat 230, Bd. 142208.

6 Im August 1985 führte die amerikanische Senatorin Kassebaum einen Gesetzesantrag ein, der den Beitrag der USA zum VN-Haushalt mit Beginn des Haushaltsjahrs 1987 am 1. Oktober 1986 auf maximal 20 % begrenzte, solange das Stimmengewicht nicht entsprechend der Beitragshöhe der Mitgliedstaaten gewichtet werde. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 10. Februar 1986: „Administration hat sich in Kongreß – teils zur Schonung der VN, teils angesichts rechtlicher Verpflichtungen – gegen Kassebaum-Amendment gewandt, aber sein Inkrafttreten nicht verhindern können. Administration stimmt aber der Ratio des Amendment zu, daß gleiche Stimmen bei stark disparaten Beiträgen einen unhaltbaren Zustand darstellen, der undisziplinierter Budgetpolitik und politisch motiviertem Wildwuchs Vorschub leistet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 613; Referat 230, Bd. 142208.

7 Am 12. Dezember 1985 unterzeichnete Präsident Reagan den „Balanced Budget and Emergency Deficit Control Act“, der Maßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts 1991 vorsah. Botschafter van Well, Washington, informierte dazu am 11. Februar 1986, das Gesetz bewirke „bereits im laufenden Haushaltsjahr 1986 (das am 1.10.85 begonnen hat) eine pauschale Kürzung fast aller Haushaltsansätze um 4,3 Prozent. Das gilt auch für den VN-Beitrag der USA. Eine Prognose für 1987 ist noch nicht möglich. Ein erstinstanzliches Urteil hat soeben die Verfassungswidrigkeit des vorgesehenen Kürzungsverfahrens festgestellt, das Gesetz aber bis zur höchstrichterlichen Entscheidung im Sommer in Kraft gelassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 613; Referat 230, Bd. 142208.

von bisher 25 auf 20 Prozent, solange nicht in den VN in Budgetfragen eine Stimmgewichtung nach Haushaltsanteilen eingeführt werde (Kassebaum-Amendment).

Da diese Forderung nur mit Hilfe einer Charta-Änderung durchgesetzt werden kann, hat die amerikanische Administration sie in den VN selbst gar nicht verfolgt und auch keine anderen konkreten Vorschläge zur Abwendung dieser Beitragsreduzierung gemacht.

Aus beiden Gesetzgebungsmaßnahmen muß mit längerfristigen Ausfällen für die VN, wenn nicht sogar noch mit weitergehenden Reduzierungen gerechnet werden.

2) Erste Reaktion

a) Angesichts der bevorstehenden Einnahmeausfälle sucht der VN-Generalsekretär sowohl zu sparen als auch zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Im Bereich des Sekretariats und der VN-Unterorganisationen bemüht er sich um Einsparungen in Höhe von 10 Prozent vor allem durch Personalabbau und Verzögerung von Projekten.

Letzteres wird weitgehend auf Streichungen hinauslaufen und heftige Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsländern über die politischen Prioritäten auslösen. Von den mittelgroßen Beitragszahlern hat der VN mit Schreiben an die Außenminister (Anlage 1) – bei uns auch an BK (Anlage 2[8]) – um freiwillige, zusätzliche Beiträge gebeten.

b) Die EG-Länder haben sich im PK bereits darauf geeinigt, daß sie nicht bereit sein werden, Beitragszurückhaltungen anderer Staaten durch eigene zusätzliche Zahlungen zu kompensieren. Zugleich haben sie eine Troika-Demarche bei Außenminister Shultz vereinbart, in der

– auf die rechtlichen Verpflichtungen der USA,

– auf den politischen Schaden für den Westen in den VN,

– aber auch auf die Bereitschaft der Zwölf

hingewiesen wird, mit den USA gemeinsam auf Einsparungen und Reformen im VN-System hinzuwirken.[9]

AM Shultz hat den Troika-Botschaftern bisher einen Termin noch nicht zugestanden. Die Demarche wird daher vorerst schriftlich übermittelt werden.[10]

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 27. Februar 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 230, Bd. 142208.

9 Auf der Basis eines Entwurfs der VN-Botschafter der EG-Mitgliedstaaten verabschiedete die Arbeitsgruppe Vereinte Nationen der EPZ am 19./20. Februar 1986 in Brüssel den Text eines Memorandums für den amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 260 COREU aus Den Haag; Referat 230, Bd. 142208.
Botschafter Lautenschlager, New York (VN), teilte am 12. März 1986 mit, „daß Troika-Botschafter in Washington bisher keinen festen Termin für Demarche bei Secretary Shultz erhalten haben". Um dennoch eine rasche Befassung der amerikanischen Regierung mit der Position der EG-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, werde vorgeschlagen, „das abgestimmte Memorandum in Washington AM Shultz mit einem von den Troika-Botschaftern zu zeichnenden Begleitbrief" zuzustellen mit dem Bedauern, „daß in naher Zukunft kein Termin für Gespräch mit AM Shultz angeboten worden ist". Vgl. den Drahtbericht Nr. 515; Referat 230, Bd. 142208.

10 Am 19. März 1986 erläuterte der niederländische VN-Botschafter van der Stoel dem amerikanischen VN-Botschafter Walters den Inhalt des Memorandums der EG-Mitgliedstaaten und drückte

Wir sollten aber die Terminverweigerung, die dem Stand des europäisch-amerikanischen Verhältnisses nicht entspricht, nicht einfach hinnehmen, sondern auf einem Gespräch zur Erläuterung bestehen.[11]

3) Amerikanische VN-Kritik

Der rüde Umgang der US mit den VN muß auf dem Hintergrund eines lang angestauten amerikanischen Unmuts über die VN gesehen werden. Dieser beruht nicht nur auf wachsenden Empfindlichkeiten gegenüber den Angriffen gegen die US-Politik im Nahen Osten, in Südafrika und Zentralamerika. Vielmehr beklagen die USA grundsätzlich,

– daß sie in den VN mit anderen Maßstäben gemessen würden als die SU (doppelte Standards),
– daß die mangelnde Effizienz der VN den hohen Beitrag der USA nicht mehr rechtfertige,
– daß die USA mit ihrem 25%igen Anteil am VN-Budget jeweils ein Viertel auch der vielen VN-Aktivitäten zu finanzieren haben, die sich direkt gegen amerikanische Politik und Interessen richten (Palästina-Konferenzen, östlich dominierte Abrüstungskampagnen, SWAPO, transnationale Unternehmen etc.),
– daß der von 78 ärmeren Staaten geleistete Minimalbeitrag von 0,01 Prozent (1985 = 65 000 US-Dollar jährlich) kein Kostenbewußtsein und keine Budgetverantwortlichkeit der VN-Mehrheit entstehen lasse.

Als wichtigste amerikanische Klage kann die Unzufriedenheit mit der Tatsache bezeichnet werden, daß die USA (die die VN einst nach ihren Idealen ins Leben gerufen haben) heute in den VN weder eine als anti-amerikanisch empfundene Politik verhindern, geschweige denn ihrem Beitragsanteil entsprechend politischen Einfluß ausüben können.

Hinzu kommt die außerordentlich schwierige Haushaltssituation in den USA. Präsident Reagan ist fest entschlossen, dieses Problem nicht über höhere Steuern, sondern durch Einsparungen zu lösen. In Administration und Kongreß herrscht die Meinung vor, daß die VN von diesen Einsparungen nicht ausgenommen werden können. Völkerrechtliche Bedenken treten demgegenüber in den Hintergrund. Die amerikanische Bereitschaft, die Kürzungen zurückzunehmen, muß deshalb als gering veranschlagt werden.

4) Unsere Haltung zur amerikanischen VN-Kritik

Obwohl wir auf den amerikanischen Verpflichtungen bestehen, erkennen wir an, daß die Finanzkrise der VN nicht von den USA geschaffen, aber entscheidend von ihnen verschärft worden ist. Es ist wichtig, auf die hohen Beitragsrückstände der Sowjetunion hinzuweisen. Wir sollten von den VN verlangen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 409

sein Bedauern über dessen Bekanntwerden in der Presse aus. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 420 COREU; Referat 230, Bd. 142208.

Botschafter Lautenschlager, New York (VN), informierte am 20. März 1986, daß die niederländische EG-Ratspräsidentschaft in Washington einen angebotenen Gesprächstermin mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenministerium Whitehead abgelehnt habe: „Niederländer hätten – entsprechend Beschlüssen des Politischen Komitees – auf Wunsch nach Gespräch mit Außenminister Shultz bestanden." Seitens der amerikanischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen sei daraufhin die Hoffnung ausgedrückt worden, „die Gemeinschaft werde nicht auf Gespräch mit Außenminister Shultz bestehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 593; Referat 230, Bd. 142208.

11 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

keine Ausgaben vorzunehmen, denen nicht realistischerweise zu erwartende Beitragseinnahmen gegenüberstehen. Wir und viele andere Mitglieder sind uns einig, daß die VN einen dringenden Bedarf an Rationalisierung und Effizienzsteigerung haben. Als viertgrößter Beitragszahler (8,26) sind wir wie die USA oft mit dem Ausgabengebaren und vielen ausgabeintensiven Aktivitäten der VN nicht einverstanden. Wir haben deshalb das gleiche Sachinteresse wie die USA, bei der Willensbildung in Budgetfragen stärker beteiligt zu werden. Wir bedauern wie die USA, daß die lediglich den Minimalbetrag zahlende Mehrheit von 78 Ländern Ausgabenerhöhungen nicht wirklich spürt und deshalb nur schwer zu wirklicher Budgetverantwortlichkeit anzuhalten ist.

Andererseits können wir die Form des amerikanischen Vorgehens (rechtswidrige, einseitige Zahlungsreduzierung ohne jede Vorwarnung und ohne konkrete Reformvorschläge) nicht billigen. Dies ist nicht die richtige Form, sich politischer Kritik in den VN zu stellen.[12] Wir teilen nicht die kaufmännische Betrachtungsweise, die einer internationalen Organisation Beitragsinvestitionen und politischen Ertrag in Dollar und Cent aufrechnet.

5) Schlußfolgerungen

In den VN sehen wir uns konfrontiert mit Beitragsausfällen, Prioritätenstreit über Ausgabenkürzungen, Kompensationserwartungen und der Notwendigkeit, über ihre grundsätzliche Strukturreform nachzudenken. Für unsere Reaktion auf die Finanzkrise der VN ergeben sich auf dem Hintergrund der amerikanischen VN-Politik folgende Schlußfolgerungen:

a) Gegenüber den USA sollten wir nachdrücklich auf die Einhaltung der amerikanischen Verpflichtungen hinweisen. Im VN-Rahmen dagegen müssen wir darauf bestehen, daß für die Krise alle säumigen Zahler verantwortlich sind.

b) Wir sind nicht bereit, politisch begründete Beitragszurückhaltungen anderer Staaten durch eigene zusätzliche Beiträge zu kompensieren.

c) Der durch die Krise entstehende Druck muß zu sinnvollen Rationalisierungen, Abbau von politischem Mißbrauch und langfristiger Strukturreform genutzt werden.

d) Bei der Erörterung notwendiger Strukturreformen muß auch das Problem aufgegriffen werden, daß seit etwa zehn Jahren der VN-Haushalt ohne die Zustimmung (= Ablehnung oder Enthaltung) der wichtigsten Beitragszahler verabschiedet wurde, die zusammen etwa 80 % zum VN-Budget beitragen.

e) Deshalb müssen geeignete Verfahren entwickelt werden, die

– eine breitere Zustimmung auch der großen Beitragszahler zu zentralen Budgetfragen gewährleisten (ohne damit ein neues Vetorecht einzuführen),
– neue Ausgaben auch für die Minimalzahler fühlbarer werden lassen (ohne das Prinzip „ein Land eine Stimme“ anzutasten).

Indem die USA im Hinblick auf solche Strukturreformansätze nachdrücklich unterstützt werden, sollte der Versuch gemacht werden, anstelle der unrealistischen Forderung nach förmlicher Stimmgewichtung einen tatsächlich stär-

12 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Die USA sollten sich politischer Kritik in den VN offensiv stellen, ohne deshalb mit Beitragskürzungen zu reagieren.“

keren Einfluß der größeren Beitragszahler zu sichern, indem man ihnen z. B. eine besondere Stellung einräumt, um damit die Kürzung des amerikanischen Beitragsanteils auf 20 % nach dem Kassebaum-Amendment zu verhindern. Präsident Reagan hatte ursprünglich angekündigt, erforderlichenfalls vom Kongreß eine Rücknahme des Kassebaum-Amendment zu verlangen – diese zur Zeit in den Hintergrund getretene Absicht sollte nachdrücklich in Erinnerung gebracht werden.

6) Verfahrensfragen

a) Es wird um Zustimmung gebeten,

aa) auf der Linie der Schlußfolgerungen unter Ziffer 5 eine möglichst breite Übereinstimmung zunächst innerhalb der Zwölf zu suchen, um danach Konsultationen zur Identifizierung gemeinsamer Interessen aufzunehmen,

bb) unsere Position auf der ab 28.4.1986 wieder aufzunehmenden 40. VN-GV mit dem Gewicht unseres großen Beitragsanteils deutlich zu machen.

b) Es gibt zur Zeit zwei hochrangige Expertengremien, die sich mit Strukturfragen der VN und den Möglichkeiten einer Effizienzverbesserung befassen:

aa) Nach einer japanischen Initiative auf der 40. VN-GV[13] diskutiert eine aus 18 hochrangigen Regierungsvertretern bestehende Gruppe Rationalisierungsfragen im Haushalts- und Verwaltungsbereich der VN. Unsere Kandidatur für dieses Gremium hatte keinen Erfolg; wir sollten aber den europäischen Vertretern in dieser Gruppe (F, GB, Norwegen) unsere Überlegungen nahebringen.

bb) Die „US-Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ (Nichtregierungsorganisation, unserer DGVN[14] vergleichbar) hat mit Hilfe der Ford Foundation eine sehr hochrangig besetzte Studiengruppe über VN-Strukturprobleme geschaffen (25 Personen, davon acht außerhalb der USA). Auf persönliche Einladung durch die Gesellschaft hat sich Altbundeskanzler Helmut Schmidt zur Teilnahme bereit erklärt.[15] Es wird um Zustimmung gebeten, ihn über die wesentlichen Gesichtspunkte dieser Aufzeichnung zu informieren und ihm für seine Mitarbeit in diesem Gremium die Argumentationshilfe des Auswärtigen Amtes anzubieten.

Braunmühl

Referat 230, Bd. 142208

13 Die 40. VN-Generalversammlung fand vom 17. September bis 18. Dezember 1985 in New York statt.

14 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

15 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 13. Februar 1986 von der Einsetzung eines Expertengremiums durch die United Nations Association of the United States of America (UNA-USA), „die sich mit den administrativen, finanziellen und politischen Problemen der VN beschäftigen soll. Die von der Ford Foundation mit 390 000 US-Dollar finanzierte Studie soll Mitte 1987 beendet sein und der 41. GV (Herbst 1986) einen Zwischenbericht vorlegen“. Die Gruppe „umfaßt insgesamt 21 Mitglieder (9 aus den USA, 5 aus der OECD und 7 aus EL)“: „Für die amerikanischen Mitglieder ist bezeichnend, daß sich unter dem Vorzeichen ‚konstruktiver Kritik‘ nicht nur Namen wie Cyrus Vance und McNamara, sondern auch Jeanne Kirkpatrick und Senator Nancy L. Kassebaum finden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 313; Referat 230, Bd. 142141.

74

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Diouf

VS-NfD **18. März 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Senegal, Herrn Abdou Diouf, am 18. März 1986[2]

Anwesend auf deutscher Seite: Staatssekretär Dr. Meyer-Landrut, MDg Dr. Stabreit (als Note-taker), Frau Bouverat als Dolmetscherin.

Anwesend auf senegalesischer Seite: Außenminister Fall.

Staatspräsident *Diouf* dankt eingangs für die Einladung zu einem Arbeitsbesuch beim Bundeskanzler. Er berichtet, er habe tags zuvor mit Bundespräsident von Weizsäcker zu Mittag gegessen. Im Anschluß sei er nach Schloß Gymnich gefahren und habe dort die afrikanischen Botschafter empfangen. Er habe auch zwei Senegalesen empfangen, die vom deutschen UNICEF-Komitee eingeladen worden seien. Ihm sei im übrigen am gestrigen Tage vom Botschafter des Tschad[3] eine Botschaft des Regierungschefs des Tschad, Hissan Habré, übermittelt worden. Er danke für diese außerordentlich freundschaftliche Aufnahme in Deutschland.

Bundeskanzler antwortet, er freue sich, Herrn Diouf hier wiedersehen zu können nach seiner kurzen Begegnung mit ihm auf der Pariser Silva-Konferenz.[4] Er sei froh, daß er jetzt Gelegenheit habe, mit dem Präsidenten sehr offen zu sprechen. Bilateral sehe er keine Probleme. Präsident *Diouf* äußert, er wolle von sich aus das Problem des deutschen Sprachunterrichts im Senegal ansprechen. Er könne den Kanzler hier beruhigen. Er selbst wünsche, daß so viele Senegalesen wie möglich Deutsch lernten. Wenn Entscheidungen getroffen worden seien, die den Anschein erweckten, als gebe es hier einen Rückschritt, so sei er bereit, sich persönlich darum zu kümmern. Er beabsichtige, einen Plan aufzustellen, damit es hier keinen Rückschritt gebe. Er habe beschlossen, einen Sonderberater zu benennen, der evtl. zusammen mit dem deutschen Botschafter im Senegal[5] das Problem prüfen solle. Er werde alles tun, um die

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 19. März 1986 gefertigt und mit Begleitschreiben vom 8. April 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu teilte er mit, die Aufzeichnung sei von Bundeskanzler Kohl genehmigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 9. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 321 „m[it] d[er] B[itte] um Kenntnisnahme“ sowie von Ablichtungen an Ministerialdirektor Sudhoff, Ministerialdirigent Sulimma, das Ministerbüro und Referat 320 verfügte.
Hat Legationsrat Seidt am 10. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gerz, Vortragenden Legationsrat Hiller und Legationsrat I. Klasse Gühlcke verfügte.
Hat Gerz und Gühlcke am 10. April 1986 vorgelegen.
Hat Hiller am 11. April 1986 vorgelegen. Vgl. Referat 320, Bd. 156009.

2 Präsident Diouf hielt sich 17. bis 21. März 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Issa Hassan Khayar.

4 Zur Internationalen Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) vom 5. bis 7. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 42.

5 Norbert Lang.

Kenntnis des Deutschen zu fördern. Wenn man im Senegal nicht genug eigene Lehrer habe, werde er sich an den Bundeskanzler wenden. Was die in einem deutschen Zeitungsartikel gegebene Interpretation anbetreffe, wo gesagt worden sei, der Senegal verwandele sich in eine arabische Republik und das Deutsche werde deshalb gegenüber dem Arabischen verdrängt, so sei dies unsinnig.[6] Arabisch sei im Senegal immer gelehrt worden; das Deutsche stehe in Konkurrenz nur mit dem Englischen. Senegal sei ein laizistischer Staat und werde es bleiben. Der *Bundeskanzler* antwortet, man solle direkten Kontakt über das Auswärtige Amt und den Botschafter halten. Wenn er in der Lehrerfrage Probleme habe, so solle er ihm auch ruhig direkt schreiben. Aus seiner Sicht handele es sich hier um ein wichtiges Thema. Wir wollten unseren französischen Freunden keine Konkurrenz machen. Das Ökonomische sei außerordentlich wichtig, insbesondere bei Menschen, die in Hunger und Elend lebten. Nur im Leben der Völker gründeten sich die langfristigen Bindungen im Kulturellen. Wir hätten das als Deutsche in diesem Jahrhundert erlebt. In den Höhen und Tiefen unserer Geschichte habe sich die Freundschaft mit anderen dort am besten bewährt, wo sie nicht im Materiellen begründet gewesen sei. Die Sprache spiele hier eine außerordentlich wichtige Rolle.

Ihn interessiere es heute, ein Gespräch mit dem Präsidenten der OAU zu führen, zuvor aber wolle er noch die Frage nach dem Staudamm Manantali[7] stellen. Habe Präsident Diouf bereits mit Minister Warnke gesprochen? Präsident *Diouf* bejaht dies. Der zuständige Minister Senegals[8] sei bereits vorher nach Deutschland gekommen. Jetzt würden die drei Staatschefs der beteiligten drei Länder[9] eine Runde durch die arabischen Staaten machen, um eine zusätzliche Finanzierung zu erreichen. Der Staudamm Diama sei fertiggestellt worden. Jetzt müsse ein Kraftwerk zur Erzeugung elektrischen Stroms errichtet werden, auch müsse der Fluß schiffbar gemacht werden. Die Priorität liege in der regionalen Zusammenarbeit. Die drei Staatschefs beabsichtigten, auch in die westlichen Länder zu reisen, und zwar nach Deutschland, Frankreich, Italien, zur EG-Kommission und nach Kanada. Man sei der Auffassung, daß, so wie die Bundesrepublik Deutschland Lokomotive für den Manantali-Damm und Frankreich für den Diama-Damm gespielt hätten, Kanada nun die Lokomotive für die Schiffbarmachung des Flusses spielen solle. *Bundeskanzler* verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß es sich hierbei auch um ein Problem der öffentlichen Diskussion handele. Wenn der Staudamm, der jetzt zu 70% fertig-

6 Vgl. den Artikel von Joachim Seyppel, „Schon ist das Erbe des Löwenkühnen verspielt"; DIE WELT vom 22. Februar 1986, S. I.

7 1972 gründeten Mali, Mauretanien und Senegal in Nouakchott die „Organisation pour la mise en valeur du fleuve Sénégal" (OMVS) mit dem Ziel, den Senegal-Fluß zur Elektrizitätsgewinnung und Bewässerung zu nutzen. Die Grundsteinlegung für den Bau des in Mali gelegenen Manantali-Staudamms, der den Bafing, einen Quellfluß des Senegal, aufstaute, erfolgte am 11. Mai 1982. Am 25. Mai 1982 schloß die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit der OMVS einen Dahrlehensvertrag über 166 Mio. DM. Der Bau wurde von einem europäischen Konsortium unter Leitung von Unternehmen aus der Bundesrepublik durchgeführt. Zu dem Projekt gehörte ferner der Bau eines Stauwehrs (Diama-Damm) im Mündungsgebiet des Senegal-Flusses bei Saint-Louis, mit dem das Eindringen von Meerwasser flussaufwärts verhindert werden sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Raasch vom 22. Mai 1985; Referat 321, Bd. 141031. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 163.

8 Cheikh Hamidou Kane.

9 Abdou Diouf (Senegal), Moussa Traoré (Mali) und Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya (Mauretanien).

gestellt sei, steckenbleibe, würde dies eine verheerende Wirkung in der Öffentlichkeit haben. Es sei im übrigen ein außerordentlich nützliches Projekt. Er höre mit großem Vergnügen, daß Präsident Diouf selbst bei der Delegation, die in die arabischen Länder reisen werde, sein werde. Es gebe ihm dies die Hoffnung, daß König Fahd es sich noch einmal überlegen werde. Präsident *Diouf* entgegnet, man sei sich im Senegal der Tatsache bewußt, daß man gerade mit den arabischen Finanzquellen die größten Schwierigkeiten gehabt habe. Bei der Konferenz in Nouakchott habe Deutschland die Situation gerettet. Mali sei mit den Zahlungen an die arabischen Staaten im Rückstand gewesen. Bundesrepublik Deutschland habe darauf Mali 20 Millionen DM Warenhilfe zur Überbrükkung gewährt, worauf das Problem zunächst einmal gelöst werden konnte. Jetzt hätten alle drei beteiligten Staaten Rückstände gegenüber den Arabern, auch Senegal. Es handele sich um Länder der Sahel-Zone, die alle Budget-Probleme hätten. Man unternehme jetzt große Anstrengungen, um die arabischen Freunde davon zu überzeugen, daß sie weiter zahlen sollten, auch wenn Rückstände bestünden. Er sei sehr glücklich über das, was der Bundeskanzler über die Kultur gesagt habe. So denke man darüber auch im Senegal. Die Kultur sei die Grundlage von allem. Die Maxime in Senegal sei: Verwurzelung und gleichzeitig Aufgeschlossenheit nach außen. Der Primat gehöre dem Kulturellen. Er denke wie der Bundeskanzler. Die kulturellen Beziehungen sollten wir ausbauen. Der *Bundeskanzler* äußert, er sei, wie Präsident Diouf, dieser Auffassung. Es gebe hier zwar Leute, die das für altmodisch hielten. Aus seiner Sicht hänge jedoch die Identität einer Nation nicht vom Bruttosozialprodukt ab. Das Bruttosozialprodukt sei wichtig. Wir hätten hier schon bittere Zeiten erlebt und kennten die Realität des Wortes des Dichters Brecht: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral.“[10] Dies gelte aber nur, wenn man am Rande des Existenzminimums lebe. Wenn der Präsident noch Ideen habe, wie wir die Zusammenarbeit bei Wissenschaft und Schulen verstärken könnten, solle er ihm dies sagen. Er würde dies gut finden. Dies würde er im übrigen nicht jedem afrikanischen Besucher sagen. Wir hätten jedoch allen Grund, gerade mit dem Senegal die Beziehungen besonders eng zu gestalten: Dies gelte dem Präsidenten als Person, aber auch seinem Land. Wenn er zurückgekehrt sei und an ein Schulprojekt oder etwas Ähnliches denke, so solle er es ihn wissen lassen. Er, der Bundeskanzler, stamme von der deutsch-französischen Grenze und habe von den Franzosen gelernt: Frankreich habe mit Kultur immer auch Politik gemacht. 1972[11] sei er, damals noch als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, auf den Philippinen gewesen. Dort habe eine Überschwemmungskatastrophe große Schäden angerichtet, und er habe einen Scheck über 50 Mio. DM mitgebracht. Dies sei in den Zeitungen als kleine Meldung gebracht worden. Tags darauf habe der Leiter der Kulturabteilung des Quai d’Orsay eine zweit- oder drittklassige Impressionisten-Ausstellung eröffnet. Diesem Ereignis habe die Zeitung eine ganze Seite gewidmet. Dies sei eine Botschaft, die den Deutschen schwer beizubringen sei.[12]

10 Vgl. Bertolt BRECHT, Die Dreigroschenoper, II. Akt, Zweites Dreigroschen-Finale („Denn wovon lebt der Mensch?“).

11 Korrigiert aus: „1976“.

12 Der Passus „1972 sei er … beizubringen sei“ wurde von Vortragendem Legationsrat Hiller hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Mon Dieu!“

Der Bundeskanzler fragt Präsident Diouf, wie seine Einschätzung der Lage in Afrika sei. Ein Punkt, über den wir offen sprechen müßten, sei Südafrika, dies im Blick auf die Sanktionen.

Wir hätten dort einen gewissen Einfluß. Er, der Bundeskanzler, sei entschieden der Meinung, daß der Weg der Evolution gegangen werden müsse. Gewaltanwendung würde zur Katastrophe führen. Mit Präsident Botha habe er Kontakt gehabt.[13] Er, der Bundeskanzler, wisse nicht, ob Botha es begreife, ob er es selbst wolle oder, wenn er es wolle, ob er es könne? Es sei drei Minuten vor zwölf. Ihm, dem Bundeskanzler, sei es außerordentlich wichtig, die Meinung von Herrn Diouf zu hören. Präsident *Diouf* entgegnet hierauf, er glaube, daß historisch die Apartheid dem Untergang geweiht sei. Wir alle, die ganze Welt, betrachteten sie mit gleichen Augen als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als eine tiefe Ungerechtigkeit, die durch die Geschichte bereits verurteilt sei. Die einzige Frage, die sich stelle, sei, wie lange es dauern werde, bis diese hassenswerte Politik endlich beendet werde? Afrika wisse auch, was es wolle. Die Freiheitsbewegungen wüßten, was sie wollten. Die Frontstaaten[14] wüßten, was sie wollten. Nach Eliminierung der Apartheid wolle man eine demokratische, multirassische Gesellschaft. Südafrika gehöre allen, den Weißen, Schwarzen, Mischlingen und Indern. Es sei nicht nur ein Land der Schwarzen. Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit sollten in Südafrika herrschen. Man wolle, daß die Chancen wahrgenommen würden, um eine mehrrassige Gesellschaft aufzubauen. Die Zeit sei jedoch sehr kurz. Auf die südafrikanische Regierung müsse Druck ausgeübt werden, damit sie die notwendigen Maßnahmen treffe und damit nicht durch Gewalt, Bürgerkrieg und Blutvergießen die Chancen für eine mehrrassige Gesellschaft verschüttet würden und der Haß alles verbaue.

Was könne man tun? Wir wollten keine Gewalt. Wir könnten auch Südafrika nicht mit Krieg überziehen. Dazu habe Afrika nicht die Mittel. Man wolle auch nicht, daß andere Südafrika mit Krieg überzögen. Man habe lange Zeit hindurch freundschaftlichen Druck ausgeübt. Dies habe jedoch zu nichts geführt. Was also bleibe übrig: Es müsse jetzt über Sanktionen Druck ausgeübt werden. Man wisse in Afrika, daß alle leiden würden und nicht zuletzt die Bevölkerung in Südafrika selbst und die Frontlinienstaaten. Die Bevölkerung sei jedoch bereit, diese Leiden zu tragen. Wenn keine Sanktionen ausgeübt würden, dann werde die Apartheid bleiben und das Leiden des Volkes sei noch größer. Die Sanktionen seien das geringere Übel. Alle Beteiligten, auch die Frontlinienstaaten, betrachteten die Sanktionen als die am wenigsten schlechte Möglichkeit. Er wolle hier ganz offen sprechen: Botha verstehe dies seiner Auffassung nach. Er glaube auch, daß Botha Änderungen wolle, sie aber nicht herbeiführen könne. Er sei von Falken umgeben. Mehrmals habe er Reden vorbereitet, die in die Richtung weiterer Reformen gingen. Dann mußte er sie wieder zurückziehen. Dies sei außerordentlich enttäuschend, denn er sei offensichtlich

13 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Botha führten am 5. Juni 1984 ein Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 162.
Mit Schreiben vom 4. Oktober 1985 an Kohl schilderte Botha die innenpolitische Lage in Südafrika und erläuterte ein geplantes Reformprogramm. Kohl legte in seiner Antwort vom 28. November 1985 die Grundsätze der Südafrika-Politik der Bundesregierung dar. Für die Schreiben vgl. Referat 320, Bd. 156009.

14 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

nicht der Chef. Ein Chef müsse in historischen Augenblicken das tun, was das Schicksal des Volkes verlange. Botha sei offensichtlich dazu nicht in der Lage. Wenn Botha morgen Mandela entlasse, die Freiheitsbewegung anerkenne und mit den schwarzen Führern verhandele, würde ihn ganz Afrika unterstützen.

Der *Bundeskanzler* äußert, daß es in der Zielsetzung keinerlei Dissens gebe. Es gebe auch keinen Dissens in der Einschätzung von Botha. Es gebe aber einen Dissens in der Einschätzung der Wirkung von Sanktionen. Es gebe kein geschichtliches Beispiel, wo Sanktionen funktioniert hätten. Wenn er die burische Mentalität sehe, denke er auch an die deutsche Mentalität.[15] Die größte Dummheit der Alliierten sei die Casablanca-Konferenz[16] mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation gewesen. Sie habe einem Teil der Deutschen den Weg aus dem Krieg versperrt. Er sei ein Kind gewesen und habe in Ludwigshafen gelebt und dort über 100 schwere Bombenangriffe erlebt. Die Kriegsproduktion habe jedoch in Deutschland erst im Sommer 1944 ihren Höhepunkt erreicht. In Hamburg habe es eine Werft gegeben, die jede Woche ein U-Boot baute. Als die Engländer bereits am Stadtrand standen im April 1945, sei in der Stadt noch ein U-Boot vom Stapel gelaufen. Er selbst verstehe wenig von Südafrika, kenne aber Leute, die dort wohnten und die ihm sagten, daß die Sanktionen nicht diejenigen treffen würden, die mit ihrer Unvernunft heute eine Lösung verhinderten. Die Sanktionen würden die schwarze Bevölkerung treffen, und diese würde katastrophal leiden. Wir seien jedoch bereit, das Notwendige zu tun. Die Dinge seien in Gang gekommen, ob genug, das wisse er nicht. Ein entscheidender Punkt sei, wie man sich die Zukunft des Landes vorstelle. Wer aber vor allem solle das garantieren? Präsident *Diouf* erwidert hierauf, es gebe ja das Beispiel Rhodesien. Dort habe es freie Wahlen gegeben.[17] Smith sei noch immer im Lande und habe 15 Abgeordnete im rhodesischen Parlament. Mugabe sei kein Kommunist, sondern ein sehr realistischer Politiker. Die Verfassung funktioniere, und sie enthalte Garantien für die weiße Minderheit. Die USA hatten aus dem Munde von Herrn Crocker über Südafrika eine wichtige Erklärung abgegeben, in der[18] sie eine schwarze Regierung mit Verfassungsgarantien für die weiße Minderheit ins Auge faßten. Der *Bundeskanzler* äußert, auch der Präsident Diouf sehe doch aber, daß es Bewegung gebe. In der EG habe es eine intensive Diskussion in der Sanktionsfrage gegeben. Es habe dort auch Vorkämpfer für Sanktionen gegeben, die gesagt hätten, wir dürften keine Waffen mehr nach Südafrika liefern und keine Kernkraftwerke. Wir Deutsche hätten das jedoch auch vorher schon nicht getan, und wir wür-

15 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Hiller hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht schlecht!“

16 In Casablanca trafen sich vom 14. bis 24. Januar 1943 Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill, um das weitere militärische Vorgehen abzusprechen und wichtige Kriegsziele zu formulieren. Für den Wortlaut der Pressekonferenz am 24. Januar 1943 vgl. FRUS, Washington and Casablanca, S. 726–731.

17 Bei den Parlamentswahlen in Simbabwe gaben zunächst am 27. Juni 1985 die weißen Wahlberechtigten ihre Stimmen ab. Dabei gewann die Conservative Alliance of Zimbabwe (CAZ) des ehemaligen Ministerpräsidenten Smith 15 Sitze und die Independent Group of Zimbabwe (IGZ) 4 Sitze. Die Wahlen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit fanden vom 1. bis 4. Juli 1985 statt, aus denen die Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) des Ministerpräsidenten Mugabe mit 63 Sitzen als Sieger hervorging.

18 Korrigiert aus: „dem“.

den es jetzt nicht tun. Es sei wirklich sehr seltsam, wenn wir angegriffen würden in der Sanktionsfrage, denn all dies sei von unserer Seite nicht geschehen. Wir hätten mit den Vereinigten Staaten die gleiche Diskussion im Hinblick auf Gaddafi. Auch hier habe er sich konsequent gegen Sanktionen ausgesprochen.[19] Italien habe den Amerikanern erklärt, daß es in Zukunft keine Waffen mehr nach Libyen liefern werde. Deutschland habe jedoch nie Waffen geliefert.

Präsident *Diouf* weist darauf hin, daß Senegal konsequent in der UNO gegen jede namentliche Erwähnung der Bundesrepublik in UNO-Resolutionen zu Südafrika gestimmt habe. Jetzt habe in der OAU der Generalsekretär eine namentliche Verurteilung der Bundesrepublik vorgeschlagen.[20] Der Ministerrat habe dies jedoch abgelehnt.[21] Der *Bundeskanzler* äußert, wir hätten dies mit Interesse und Dankbarkeit gesehen. Er wolle die Frage stellen, wen Präsident Diouf als Persönlichkeiten der Zukunft in Südafrika sehe? Präsident *Diouf* sagt, dies sei sehr schwierig. Es gebe innerhalb und außerhalb Südafrikas viele Freiheitsbewegungen. Mandela sei natürlich sehr wichtig. Er sei schon ein Symbol, auch Tambo und Geistliche wie Tutu und Boesak. Es gebe auch realistische Gewerkschaftsführer. Es gebe im übrigen auch Leute von der UDF, die Rivale des ANC sei. Buthelezi kenne er nicht, aber in einer Atmosphäre der nationalen Versöhnung müßte auch er eine Rolle spielen. Der *Bundeskanzler* äußert, er habe nach Buthelezi gefragt, weil dieser hier gewesen sei und einen exzellenten Eindruck auf ihn gemacht habe, als ein nachdenklicher, kluger und gebildeter Mann.[22] Männer seines Schlages seien einfach notwendig. Er habe Präsident Botha nach dem Gespräch mit Buthelezi sagen lassen, auf welche Leute er noch warten wolle, wenn er nicht mit Leuten wie Buthelezi spreche.[23] Präsident *Diouf* erläutert, es gebe natürlich einen Furchtkomplex unter den beiden: Was werde aus ihnen, wenn es morgen eine Lösung auf der Grundlage von „one man one vote" gebe? Man könne aber für die weiße Minderheit Garantien finden, die ihrer Angst, von den Schwarzen überschwemmt zu werden, gerecht werde. Der *Bundeskanzler* erwidert, ein entscheidender Punkt sei doch, daß in der weißen Gruppe die Tendenz zur Verständigung enorm zugenommen habe. Im Moment habe Botha größte Probleme mit den Weißen, die Geld aus

19 Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage der Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 12, Anm. 19.

20 Vom 25. Februar bis 4. März 1986 fand in Addis Abeba die OAU-Ministerratstagung statt. Botschafter Oldenkott, Addis Abeba, teilte am 28. Februar 1986 mit, daß in dem vertraulichen Bericht des Generalsekretärs Oumarou über die amerikanischen Sanktionen gegen Südafrika mit Bezug auf die ablehnende Haltung der Bundesrepublik und Großbritanniens folgende Maßnahmen vorgeschlagen würden: „Appell an afrikanische Staaten, Arabische Liga und Blockfreie, deutsche und britische Waren von einem noch zu bestimmenden Datum an zu boykottieren; strenger diplomatischer Protest bei beiden Regierungen; Appell an Gewerkschaften, besonders an solche, die mit See-, Land- und Luftverkehr zu tun haben, sich zu weigern, Güter aus UK und der Bundesrepublik Deutschland umzuschlagen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 180; Unterabteilung 32, Bd. 138064.

21 Am 3. März 1986 teilte Botschaftsrat I. Klasse Fett, Addis Abeba, mit, daß eine namentliche Verurteilung in der Erklärung des OAU-Ministerrats zu Südafrika „aller Voraussicht nach abgewendet" werden könne. In der Debatte über den Bericht des OAU-Generalsekretärs seien Großbritannien und die Bundesrepublik „nach Auskunft verschiedener afrikanischer Gesprächspartner nicht erwähnt" worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 184; Unterabteilung 32, Bd. 138064.

22 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Chief Buthelezi am 18. Februar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 40.

23 Der Passus „Männer seines Schlages … Buthelezi spreche" wurde von Vortragendem Legationsrat Hiller durch Fragezeichen hervorgehoben.

dem Lande trügen. Präsident *Diouf* stellt fest, daß man sich in der Frage der Sanktionen nicht einig sei, wohl aber in der Frage der Zielsetzung. Er wolle noch einmal sagen, daß auch er gegen militärische Sanktionen sei. Sanktionen jedoch könnten vielleicht Botha nachdenken lassen und ihm vielleicht sogar helfen. Das Argument, daß Sanktionen Schwarze treffen würden, kenne er. Die schwarze Bevölkerung sei jedoch bereit, Entbehrungen auf sich zu nehmen. Er hoffe, daß der Bundeskanzler einen Vertreter zur Sonderkonferenz der Vereinten Nationen über Sanktionen nach Paris[24] schicke. Dort solle jeder seine Argumente vorbringen. Die Konferenz solle dazu dienen, die Dinge klarzustellen. Wir wollten weiter darüber im Gespräch bleiben.

Er wolle jetzt noch ein Problem mit dem Kanzler aufnehmen: Er rechne mit dem Kanzler, um das Problem der Unabhängigkeit von Namibia einer Lösung zuzuführen. Das Problem sei fast gelöst. Jetzt gebe es Komplikationen wegen der Kubaner in Angola. Die Angolaner würden jedoch nie einem Rückzug der Kubaner zustimmen, solange die UNITA weiter existiere, die von Südafrika und jetzt auch von den USA unterstützt werde.[25] Wenn die kubanischen Truppen das Land verließen, würde die UNITA es destabilisieren können. Man sollte in Namibia jetzt eine Entscheidung über die Unabhängigkeit treffen und gleichzeitig über den Abzug der Kubaner verhandeln. Er appelliere persönlich an den Bundeskanzler, sich für die baldige Unabhängigkeit Namibias einzusetzen.

Referat 320, Bd. 156009

24 Die „Weltkonferenz über die Annahme von Sanktionen gegen das rassistische Südafrika“ fand vom 16. bis 20. Juni 1986 statt.

25 In seiner Mitteilung an den amerikanischen Kongreß vom 6. Februar 1986 („Agenda for the Future“) kündigte Präsident Reagan Maßnahmen zur Unterstützung der UNITA in ihrem „Kampf gegen den sowjetisch-kubanischen Imperialismus“ in Angola an. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 161.
Am 18. Februar 1986 bestätigte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats die Bereitschaft der USA, verdeckte Militärhilfe für die UNITA zu leisten. Auf eine entsprechende Frage antwortete er: „The decision has been made and the process is in motion.“ Vgl. den Artikel „Covert Aid to Savimbi ‚In Motion,‘ U.S. Says“; THE WASHINGTON POST vom 19. Februar 1986, S. A8.

75

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

212-341.81 VS-NfD **18. März 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Elemente eines umfassenden Konzepts für die Fortentwicklung der West-Ost-Beziehungen im Hinblick auf das dritte KSZE-Folgetreffen in Wien

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung des vorgeschlagenen Verfahrens

I. Es wird vorgeschlagen, das dritte KSZE-Folgetreffen in Wien (ab 4. November 1986) auf der Grundlage der folgenden Überlegungen vorzubereiten:

Unser Ziel beim Wiener Treffen ist die kraftvolle, glaubwürdige und umfassende Fortsetzung des KSZE-Prozesses in Richtung auf eine wirkliche europäische Friedensordnung. Dies erfordert:

– den engagierten politischen Willen aller Teilnehmerstaaten, der unter anderem durch die Präsenz der Außenminister bei der Eröffnung der Konferenz demonstriert werden kann;
– ein umfassendes Konzept für Fortschritte in Richtung auf eine kooperative Ordnung der politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen in Europa.

Ein solches Konzept könnte folgende vier Hauptelemente umfassen:

– Weiterentwicklung des zwischenstaatlichen Verhaltenskodex auf der Grundlage des Prinzipienkatalogs der Schlußakte[4] und weiterer für das West-Ost-Verhältnis wichtiger Grundsatzerklärungen;
– Fortsetzung des bisherigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozesses mit dem Ziel, die Notwendigkeit des Abbaus des destabilisierenden konventionellen Übergewichts des WP in den Vordergrund zu stellen und geeignete Verhandlungsstrukturen hierfür zu identifizieren;
– Ausbau der West-Ost-Zusammenarbeit im Bereich des Korbes II der Schlußakte, insbesondere im Bereich Wirtschaft und Umwelt;
– Vorschläge zu Korb III der Schlußakte.

Auf dieser Grundlage wären Detailkonzepte und gegebenenfalls Konferenz- und Verhandlungspositionen für die verschiedenen Teilbereiche sowohl innerhalb

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Altenburg konzipiert und zusammen mit einer Kurzfassung weitergeleitet.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. März 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 21. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 212 verfügte.
Hat Altenburg am 26. März 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Vollmar-Libal am 4. April 1986 vorgelegen. Vgl. die Kurzfassung; Referat 212, Bd. 158439.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen.

4 Für den Wortlaut der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–919.

der Bundesregierung wie im Kreise der westlichen Partner und Verbündeten vorzubereiten und müßten gegenüber Öffentlichkeit und Parlament entsprechend erläutert werden. Zugleich sollten wir im Vorfeld von Wien im Sinne dieses Konzeptes die öffentlichen politischen Erklärungen westlicher Gremien (NATO-Außenministertagung, WEU, EPZ, Europarat) beeinflussen.

II. Leitlinien des Konzepts

Wir sollten eine Gemeinschaft für den dauerhaften Frieden in Europa[5] postulieren, deren Aufgabe es sein müßte, trotz der prinzipiellen und nicht zur Disposition stehenden Unterschiede der Systeme und Ideologien, durch Dialog und Zusammenarbeit einen Zustand herzustellen, in dem die Staaten auch unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ohne Furcht voreinander und gemäß den Vereinbarungen von Helsinki und Madrid[6] leben können. Es versteht sich für uns von selbst, daß damit unsere Auffassungen zum Selbstbestimmungsrecht und dem im gesamteuropäischen Rahmen angestrebten historischen Ziel der deutschen Einheit gewahrt bleiben.

Unser Konzept muß sich am Grundmuster der westlichen Doppelstrategie ausrichten, die einerseits der sowjetischen Führung durch Gleichgewichtspolitik die Aussichtslosigkeit von Vorherrschaftsbestrebungen klarmacht, andererseits durch die Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit die Option eines kooperativen Verhältnisses mit dem Westen anbietet. Dabei muß unzweifelhaft klarbleiben, daß Vorkehrungen zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit nicht durch beschwichtigende Gesten und unkontrollierbare Deklarationen überflüssig gemacht werden können und Abrüstung und Rüstungskontrolle dazu beitragen müssen, daß Sicherheit und Stabilität umfassend erhöht und nicht gemindert werden. Andererseits muß herausgearbeitet werden, daß auch gesicherte Verteidigungsfähigkeit ohne Einbettung in einen aus gemeinsamen Interessen akzeptierten politischen Bezugs- und Dialograhmen Gefahr läuft, das Ziel der Stabilität zu verfehlen.

Gegenüber zunehmenden Äußerungen der Skepsis und Ungeduld bei einigen unserer Hauptverbündeten und Kritik auch bei uns an einem „Prozeß ohne erklärte politische Zielsetzungen“ müssen wir darauf hinweisen, daß

– der KSZE-Prozeß der von der SU akzeptierte Rahmen ist, in dem die kleineren WP-Staaten eigenständige Beiträge leisten und die Probleme behandeln können, die sich aus der Spaltung Europas auch für sie neben den davon hauptbetroffenen Deutschen ergeben;
– wir aus historischer Erfahrung und der europäischen Entwicklung in den letzten 40 Jahren eine den westlichen Interessen förderliche Perspektive nur dann sehen, wenn unverzichtbare Stärke und Festigkeit nicht mit Konfrontation und die erforderliche Kooperation nicht mit Beschwichtigung und Schwäche verwechselt werden;

5 An dieser Stelle handschriftliche Fußnote des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl: „Der Ausdruck ‚Europäische Friedensordnung‘ (der gemeint ist) ist im Osten nicht konsensfähig u. weckt Abwehr. Man könnte auch von ‚Eur[opäischer] Friedensgemeinschaft‘ oder von ‚Dauerhaftem Frieden‘ sprechen.“

6 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

– das Bewußtsein gemeinsamer Werte und die Ablehnung, Unterschiede in diesem Bereich zu verwischen, den Westen nicht zur offensiven Austragung der Differenzen von Ideologien und Systemen zwingen, die eher geeignet erscheint, Chancen für Systemveränderungen in der SU (z. B. durch den Zwang zu größerer Wirtschaftseffizienz, die Einführung neuer Technologien und Kommunikationsmittel) zu schwächen;
– der Westen, um den angestrebten Zielen näherzukommen, sowohl drängen als auch durch positive Anreize überzeugen sollte, anstatt starre „links" zwischen verschiedenen Politikbereichen einzuführen, die im Verhältnis zur SU erfahrungsgemäß eher die westlichen außenpolitischen Optionen verkürzen (z. B. Wirtschaftsembargo, Jackson-Vanik-Amendment[7]).

Gegenüber der Sowjetunion sollten wir – allerdings ohne Illusion über die Grenzen dieser Argumentation – darauf hinweisen, daß wirksame, kooperative Lösungen für Sicherheit in Europa Aussichten eröffnen,

– die auf die Volkswirtschaft drückenden Militärlasten drastisch zu senken und die Ressourcen effizienter und zur allgemeinen, wohlstandsfördernden Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen,
– und die Prüfung zu ermöglichen, wieweit die z. Zt. aus sicherheitspolitischen Gründen und wegen des fehlenden WTZ-Abkommens[8] zwangsläufig engen Grenzen des Technologietransfers erweitert werden könnten.

7 Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974". Er enthielt in Abschnitt 402 ein von Senator Jackson und dem Abgeordneten Vanik eingebrachtes Amendment, wonach Staatshandelsländern keine Behandlung nach dem Prinzip der Meistbegünstigung und keine „Kredite oder Kreditgarantien oder Investitionsgarantien gewährt werden" sollten, wenn „ein derartiges Land 1) seinen Bürgern das Recht oder die Gelegenheit zur Auswanderung verweigert; 2) mehr als eine nominelle Steuer auf Auswanderung oder Visa oder sonstige für die Auswanderung erforderliche Dokumente erhebt, gleichgültig zu welchem Zweck oder aus welchem Grunde; 3) mehr als eine nominelle Steuer, Abgabe, Geldstrafe, Gebühr oder sonstige Zahlung als Folge des Wunsches eines Bürgers erhebt, in das Land seiner Wahl auszuwandern". Auch Handelsabkommen sollten mit solchen Staaten nicht abgeschlossen werden können. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 108 f.

8 Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Ungeklärt war vor allem die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, II, Dok. 371.
Zum Stand notierte Referat 210 am 17. Dezember 1985: „Beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau (Juli 1983) ist zwischen BM Genscher und AM Gromyko vereinbart worden, die Gespräche über das WTZ-Abkommen auf Arbeitsebene wieder aufzunehmen. Im Januar und Mai 1984 haben Gesprächsrunden in Moskau und Bonn stattgefunden. Am Ende der zweiten Verhandlungsrunde waren sich beide Seiten ad referendum über folgendes einig: Es wird ein wissenschaftlich-technisches Rahmenabkommen unterzeichnet. […] Gleichzeitig mit dem Rahmenabkommen werden ein Ressortabkommen oder einige wenige [Abkommen] über die Zusammenarbeit auf ausgewählten Gebieten abgeschlossen. Zeitgleich mit dem Abschluß der Ressortabkommen werden auch konkrete Programmabsprachen hierzu getroffen. Mindestens in einer dieser Programmabsprachen wird als Partner auf deutscher Seite ein bzw. mehrere Angehörige einer wissenschaftlichen Bundesinstitution in Berlin (West) ad personam, d. h. ohne namentliche Erwähnung der Bundesinstitution, festgelegt. […] Zu einer Fortsetzung der Gespräche nach der Sommerpause 1984, wie von beiden Seiten beabsichtigt, ist es bisher nicht gekommen, obwohl wir die SU wiederholt (BM Genscher, BM Bangemann) hierauf angesprochen haben." Vgl. Referat 213, Bd. 139384.
Am 10. April 1986 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt, daß die UdSSR am Rande der Sitzung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 3./4. April 1986 in Moskau dargelegt habe, die „längere Gesprächspause bedeute nicht etwa, daß man sowjetischerseits die Angelegenheit aus politischen Gründen blokkieren wolle oder auf Eis gelegt habe". Im Protokoll der Tagung hätten sich beide Seiten deshalb

III. Weiterentwicklung des zwischenstaatlichen Verhaltenskodex

Der Prinzipienkatalog von Helsinki könnte präzisiert und konkretisiert werden. Dabei müssen Interessen der Westeuropäer (gleiches Recht auf Sicherheit), der kleineren WP-Staaten (Konsolidierung eigener Autonomie gegenüber sowjetischen Disziplinierungsversuchen, Abwehr der Breschnew-Doktrin), der USA und der SU verknüpft werden. Dazu könnten beim KSZE-Folgetreffen Beschlüsse zur Ausfüllung und Auslegung der Prinzipien unter Rückgriff auf Elemente aus wichtigen West-Ost-Erklärungen, wie z. B. der Nixon-Breschnew-Erklärung von 1972[9] und der amerikanisch-sowjetischen Gipfelerklärung vom November 1985[10], gefaßt werden. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei, daß im KSZE-Rahmen der Grundsatz der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen auf der Grundlage der Gleichberechtigung für alle KSZE-Teilnehmerstaaten gelten muß. Auch die Berücksichtigung des Gebots der politischen Zurückhaltung und Mäßigung ist zu erwägen. Aus der Gipfelerklärung vom November 1985 kommt die Verantwortung zur Verhütung jeglichen Krieges, ob nuklear oder konventionell, in Betracht. Auch die Erwähnung des Ziels der Festigung der strategischen Stabilität aus der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar 1985[11] sollte erwogen werden.

In die Überlegungen müssen auch unsere Bemühungen um eine Bekräftigung des Gewaltverbots in Verbindung mit einem ersten Satz von VSBM in Stockholm einbezogen werden, die zu einem integralen Bestandteil des europäischen zwischenstaatlichen Verhaltenskodex werden würden.

Dynamische Helsinki-Prinzipien (Menschenrechte, Selbstbestimmung, „peaceful change"-Klausel) bleiben für uns wichtig; sie stellen klar, daß das Entspannungsziel der Schlußakte nicht mit dem Status quo in Europa identisch ist.

Ein Vorschlag für die Konkretisierung des zwischenstaatlichen Verhaltenskodex könnte an die Erklärungen von Generalsekretär Gorbatschow beim 27. Parteitag anknüpfen, in denen er das Gebot betonte, „sich in der internationalen Arena zurückhaltend und umsichtig zu verhalten, zivilisiert, d. h. auf internationaler Ebene korrekt miteinander umzugehen und zusammenzuarbeiten".[12] Auch seine Forderung nach „echter gleicher Sicherheit" für alle Staaten sollte beim Wort genommen werden. Daneben sollte die möglicherweise keimende sowjetische Bereitschaft ausgelotet werden, Gedanken zu einem umfassenden internationalen Sicherheitssystem zu entwickeln, das sich nicht nur auf

Fortsetzung Fußnote von Seite 422

„für eine baldige Fortsetzung der Verhandlungen zur Frage des Abschlusses eines Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit" ausgesprochen. Vgl. Referat 213, Bd. 139384.

9 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

10 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 21. November 1985 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, BD. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

11 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

12 Für die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 275.

militärische Sicherheit stützt (Gorbatschow skizzierte vier Säulen eines solchen Systems[13]).

Allerdings muß auch öffentlich deutlich und nüchtern gesagt werden, was Konkretisierung des Verhaltenskodex bewirken kann und welche Grenzen gesteckt sind.

Voraussichtlich würde die SU mit weniger Hemmungen derartigen eher deklaratorischen Texten zustimmen als die USA, für die gerade diese Instrumente der Entspannungspolitik als diskreditiert und unbrauchbar gelten. Auch wir dürfen keine Illusionen darüber haben, daß die Regeln voraussichtlich nur eingehalten werden, wenn ein Kräftegleichgewicht besteht, was Erwartungen kleinerer und mittlerer europäischer Staaten eher dämpfen muß. Zudem darf nicht übersehen werden, daß auch Fallgestaltungen denkbar sind, die umgekehrt von der SU, Polen oder der DDR zum Vorwand genommen werden könnten, von uns „Zurückhaltung" und „Mäßigung" in Erfüllung des Verhaltenskodex zu fordern. Generell besteht im Westen angesichts erheblicher östlicher Implementierungsdefizite eine ernstzunehmende Zurückhaltung gegenüber neuen Vereinbarungen ohne realistische Implementierungschance.

IV. Stärkung der Stabilität

Beim Wiener KSZE-Folgetreffen wird militärische Sicherheit insbesondere wegen der KVAE wieder ein Hauptthema sein. Das Ziel der Abschaffung der Kernwaffen, auf das sich beide Weltmächte verständigt haben, macht verstärkte und frühzeitige Überlegungen erforderlich, wie die konventionelle Überlegenheit des Ostens in Europa abgebaut und zuverlässige, stabilisierende Regelungen herbeigeführt werden können.

Gemäß Mandat von Madrid wird es primäre Aufgabe des Folgetreffens sein, die in Stockholm „erreichten Fortschritte (zu) beurteilen". Wir müssen damit rechnen, daß diese „Fortschritte" nicht so befriedigend ausfallen, daß im Konsens der 35 TNS die Erfüllung des Mandatsauftrags von Madrid festgestellt werden kann. Erst ein solches „Ergebnis" (im Gegensatz zu Konferenz-„Fortschritten") der ersten KVAE-Phase würde – nach westlichem Verständnis des Mandats – „ein künftiges KSZE-Folgetreffen" veranlassen, die Frage der „Fortsetzung der Bemühungen" und „der Ergänzung des Madrider Mandats zu prüfen". Verhandlungen über ein Mandat schon in Wien sind daher nicht zu erwarten.

Mangels Gewißheit über das KVAE-Phase-I-Ergebnis sind vor allem unsere wichtigsten Verbündeten (USA, GB, F) von größter Zurückhaltung gegenüber konkreten Planungen für das westliche Vorgehen „nach Wien". Dies um so mehr, als operativ verwertbare Untersuchungen über Fragen wie „constraints", Einbeziehung von Waffen weder national noch im Bündnis vorliegen und deshalb die Formulierung konkreter westlicher Verhandlungsziele und Vorschläge noch nicht möglich ist.

Was in Wien politisch sinnvoll ist, wäre die Einleitung einer auch öffentlich wirksamen Debatte über die künftige Gestaltung der Sicherheit in Europa. Ziel der Debatte wäre, die politische Bereitschaft der TNS herbeizuführen, die not-

13 Am 25. Februar 1986 skizzierte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau die Grundlagen für ein „allumfassendes System der internationalen Sicherheit" auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 286–288.

wendigen konzeptionellen Vorarbeiten für die Ergänzung des KVAE-Mandats in Angriff zu nehmen und auf einen Zeitplan für Fortsetzung KVAE-Phase I (Ib), Mandatsverhandlungen und KVAE-Phase II zu drängen.

Um die Erfolgschancen eines Vorstoßes von deutscher Seite in diese Richtung abzusichern, müßten wir hierüber im Bündnis auf allen Ebenen intensive Vorarbeit leisten.

Die Einbeziehung der Neutralen und Nichtgebundenen in diese Diskussion ist institutionell vorgegeben und politisch sinnvoll. Gerade was die Behandlung von Fragen konventioneller Stabilität angeht, spielen die N+N – wie sich auf der KVAE in Stockholm erweist – eine in unserem Sinne konstruktive Rolle. Die N+N haben ein existentielles Eigeninteresse gerade an der Konsolidierung und Festigung der konventionellen Stabilität in Europa. Trotz der traditionell und prinzipiell begründeten Nichtzugehörigkeit zu den Bündnissen profitieren auch diese Staaten – sei es im Hinblick auf ihr freiheitlich demokratisches System, sei es im Hinblick auf ihre Unabhängigkeit – davon, daß Vorherrschaftsbestrebungen der Sowjetunion durch Festigkeit des Westens abgewehrt werden. Die Diskussion der militärischen Sicherheit beim Wiener KSZE-Folgetreffen und in der Vorbereitung darauf sollten wir auf der Grundlage eines umfassenden Stabilisierungskonzeptes führen.

Dabei müssen wir jedoch berücksichtigen, daß die N+N zwar politisch hilfreich sein können, daß sich aber in den entscheidenden militärischen Fragen die Verhandlungen auf einen Dialog der beiden Bündnissysteme zuspitzen werden. Die N+N werden sorgfältig prüfen müssen, ob sie sich auf eine Zaungastrolle in den Substanzfragen bescheiden wollen. Wir müssen auch in Rechnung stellen, daß im Bündnis – vor allem seitens der USA – erhebliche Zweifel an einem 35er-Rahmen für Abrüstungsverhandlungen bestehen.

Ein westliches Stabilisierungskonzept sollte

– durch eine sorgfältig dosierte Kombination von Festigkeit und Bereitschaft zu Dialog, Ausgleich und breiter Zusammenarbeit die Erweiterung des Spielraums für gemeinsame Interessen im Sinne westlicher politischer Zielvorstellungen, vorzugsweise des von uns präsentierten Konzepts einer europäischen Friedensgemeinschaft prägen und damit die sowjetischen militärischen Anstrengungen im konventionellen Bereich einschließlich der militärischen Kontrolle der eigenen Verbündeten als fragwürdig erscheinen lassen (in diesem Rahmen sind unsere Bemühungen um Gewaltverzicht und VSBM auf der KVAE, der Vorschlag zur Weiterentwicklung des zwischenstaatlichen Verhaltenskodex sowie die Vorstellungen zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu sehen);
– eine eigenständige politische Offensive und nicht nur einen Korrekturversuch an den einseitig auf Entnuklearisierung ausgerichteten sowjetischen Ordnungsvorstellungen beinhalten und damit einen Mobilisierungseffekt erzielen, um die Sicherheitsdiskussion in der Öffentlichkeit und bei den politischen Verantwortlichen aus der Verengung auf die Nuklearwaffen zu lösen;
– bei allen Betroffenen und Interessierten – d.h. auch bei den N+N – die Suche nach Wegen und Methoden anregen, um die bestehenden Foren zur Behandlung der mit dem konventionellen Gleichgewicht in Europa verbundenen Fragen optimal zu nutzen und zu ergänzen und damit zu verdeutlichen,

daß die Behandlung der Probleme konventioneller Stabilität (d.h. numerische Disparität der Kräfte zu Lasten der NATO, Fähigkeit des WP zum Überraschungsangriff, Invasionskonzept an Verteidigungsdoktrin der SU) keine erst später zu besorgende Aufgabe ist;

– selbstverständlich mit der Politik des Bündnisses kompatibel und von unseren Hauptverbündeten mitgetragen sein, auf den laufenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen aufbauen und strengen Kriterien der Glaubwürdigkeit genügen, und zwar sowohl was die Übereinstimmung mit unseren eigenen verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen und Positionen als auch was die Verhandelbarkeit und Seriosität der an die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu stellenden Forderungen angeht.

Die konkrete Ausgestaltung des Konzepts ist in Teilgebieten bereits eingeleitet (vgl. Vorlagen Abteilung 2A vom 28.2.86 – 220-270.00 SB VS-NfD, Vorlage Abteilung 2 vom 12.3.1986 AS20). Diese Überlegungen befassen sich bezüglich

– MBFR: mit der Frage, wann ein befriedigendes erstes MBFR-Ergebnis (Lösung der Verifikationsfrage) möglich ist, und mit der Überlegung, ob und wann MBFR der geeignete oder ein zu enger Rahmen ist, um dort in einer späteren Phase über Waffen und Gerät zu verhandeln.

– KVAE: mit der Behandlung des in Stockholm für die laufende Phase angestrebten Konferenzergebnisses und mit der Zukunft der Konferenz nach dem Wiener KSZE-Folgetreffen: Auf jeden Fall werden in Wien die Resultate von Stockholm zu würdigen sein. Wie es dann weitergeht, hängt davon ab, ob und welches Ergebnis in Stockholm erreicht wird. Falls die jetzige KVAE-Phase mit einem unzureichenden Ergebnis abschließt, wird es erforderlich sein, nach Wien einen erneuten Versuch mit derselben Zielrichtung zu unternehmen. Auch wenn ein erstes KVAE-Ergebnis vor Wien erreicht wird, wird dadurch das Mandat von Madrid voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden. Von jeder Teilnehmergruppe dürften nicht verwirklichte Vorschläge übrigbleiben, nämlich westliche Informations- und Verifikationsanliegen, Wünsche nach „constraints“ von N+N und WP und Forderungen nach Einbeziehung von Luft- und Seeaktivitäten seitens des WP. Dies wären Aufgaben einer Phase 1b, während eine Phase 2 sich nach allgemeiner Auffassung mit „Abrüstung“ zu befassen hätte. Weder der Westen noch der Osten sind bereit oder vorbereitet, noch in der Lage, bereits in Wien – d.h. vor Abschluß und/oder parallel zu einer Phase 1b – an die Abrüstung heranzugehen.

– Wiener Folgetreffen (Korb I): mit der Frage, wie die Diskussion des Themas „Militärische Sicherheit“ in Wien im Sinne des oben dargestellten Anforderungsprofils gestaltet werden kann. Die Bewertung der Ergebnisse der zur Zeit laufenden Phase der KVAE in Stockholm kann als Ausgangspunkt für eine grundsätzliche und ausbaufähige Diskussion zur Behandlung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa genutzt werden. Im Lichte dieser Diskussion und unter Berücksichtigung des Verhandlungsfortschritts und der Ergebnisse bei KVAE und MBFR muß der Westen ein gemeinsames Konzept und konkrete Vorschläge, auch zur Frage des geeignetsten Forums, erarbeiten.

Operativ verwendbare Vorschläge müssen unter Beteiligung der Ressorts und wissenschaftlicher Institute sowie unter Einschaltung des Bündnisses erarbei-

tet werden. Diese Vorschläge müssen auf unser Interesse gerichtet sein, Regelungen zu erreichen, die raumgreifende Operationen unmöglich machen oder erschweren, sowie Regelungen, die zu einer Verlängerung von Vorwarnzeiten führen. Darüber hinaus muß geprüft werden, inwieweit konventionelle Waffen rüstungskontrollpolitisch erfaßbar sind. Und schließlich sollte überlegt werden, wie die sicherheitspolitischen Vorleistungen, die der Westen erbracht hat, durch Transparenz und Offenheit und dadurch durch praktizierte Vertrauensbildung einerseits und durch die defensive Struktur der Streitkräfte der NATO andererseits in der Diskussion, den Verhandlungen und in der Öffentlichkeit genutzt werden kann.

V. Ausbau der West-Ost-Zusammenarbeit im Bereich von Korb II der Schlußakte

Der Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und Umwelt-Zusammenarbeit dient wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen. Er kann dazu beitragen, die allgemeinen politischen Bedingungen zu verbessern, in deren Rahmen sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Probleme verhandelt werden müssen, so daß eine unseren Interessen gemäße Behandlung dadurch gefördert wird. Die wirtschaftliche West-Ost-Zusammenarbeit ist weiter ausbaufähig. Generalsekretär Gorbatschow hat mehr als einmal das Interesse der Sowjetunion an einer Zusammenarbeit mit dem Westen betont. Anläßlich des Besuchs einer amerikanischen Handels- und Wirtschaftsdelegation in Moskau hat Gorbatschow die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausdrücklich als stabilisierenden Faktor der Beziehungen bezeichnet.[14] Zugleich müssen wir jedoch realistisch die Grenzen sehen. In derselben Rede, in der Gorbatschow größere gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Staaten als eine objektive Folge der Entwicklung der heutigen Weltwirtschaft und zugleich als einen wichtigen Faktor der internationalen Stabilität bezeichnete, betonte er, daß es unsinnig sei, zu behaupten, das Verteidigungspotential der SU gründe sich beinahe vollständig auf im Westen gekaufte Technologie. Weitere Äußerungen während des letzten Parteitages machen klar, daß erklärtes Ziel der neuen Wirtschaftspolitik unter anderem die Verminderung der Abhängigkeit vom Westen ist und damit die Reduzierung des Risikos, erpreßbar zu sein.

Offene „links“ zwischen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Wohlverhalten in anderen Bereichen (Menschenrechte, Emigration von Minderheiten, Sicherheits- und Rüstungskontrolle) würden die SU zum Widerstand reizen. Immerhin gibt es aber für die politische Stabilisierung nutzbare Kooperationsansätze, die im Sinne unserer Interessen genutzt werden können, denn der Osten hat im Wirtschaftsbereich seinerseits ein Interesse an vertrauensvoller Zusammenarbeit und insbesondere das Bedürfnis nach langfristig kalkulierbaren und damit planerisch verwendbaren Außenwirtschaftsbeziehungen.

Die Arbeiten zur Vorbereitung unserer Positionen für Wien sind im Kreis der Ressorts aufgenommen worden und auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eingeleitet.

14 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei einem Essen für die Teilnehmer der Jahresversammlung des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrats am 10. Dezember 1985 in Moskau; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 123–129.

– In der bisherigen Diskussion im Ressortkreis wurde als eindeutiger Interessenschwerpunkt, der eine deutsche Initiative nahelegt, die Umweltzusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Luftreinhaltung und Gewässerschutz genannt. Wir bereiten hierzu ein Papier im Rahmen der EG-Vorbereitung vor. Der von Finnland beim 10. Jahrestag der Schlußakte gemachte Vorschlag eines speziellen KSZE-Umwelttreffens[15] muß von Finnland noch konkretisiert werden, bevor wir uns dazu äußern können. Insgesamt sollte das Ziel ein politischer Anstoßeffekt für echte grenzüberschreitende Kooperation in konkreten Sachfragen sein.
– Westliche Interessen im Bereich der Unternehmenskooperation, der Handelsinformation und der Arbeitsbedingungen für Firmen in WP-Ländern werden mit den zuständigen Ressorts und Wirtschaftsverbänden abgeklärt.
– Bei Wissenschaft und Technologie besteht im Westen generelle Zurückhaltung gegenüber eigenen Initiativen sowie gegenüber dem polnischen Vorschlag für ein besonderes KSZE-Treffen zum Thema Wissenschaft und Technologie.[16] Der innerwestliche Meinungsbildungsprozeß, vor allem unter Berücksichtigung der reservierten Haltung der USA, ist im Gange. Es kommt darauf an, diesen Bereich in Wien nutzbar zu machen, ohne daß westliche Sicherheitsinteressen tangiert werden (COCOM-Problematik). Wir sind ferner bestrebt, alles zu vermeiden, was das Interesse der SU und der anderen osteuropäischen Staaten an WTZ-Abkommen mit uns mindern könnte. Um uns dennoch konstruktiv zu zeigen, wird geprüft, ob die Bundesrepublik Deutschland zu einem weiteren Wissenschaftsforum[17] einladen könnte.
– Verkehrspolitisch sollte die bisher zufriedenstellende fachlich-technische Zusammenarbeit in der ECE fortgesetzt werden. Bedarf für darüber hinausgehende multilaterale politische Initiativen besteht derzeit nicht. Vielmehr erscheint zunächst notwendig, den auf unseren offenen Verkehrsmärkten seitens der RGW-Länder ausgeübten Verdrängungswettbewerb durch Abschluß bilateraler Abkommen einzudämmen und dabei auch angemessene Anteile unserer Unternehmen am Ost-West-Verkehr durchzusetzen. Entsprechende Initiativen unsererseits stellen die derzeit mit der SU und einigen osteuropäischen Staaten laufenden Verhandlungen über den Abschluß von Binnenschiffahrtsabkommen[18] dar.

15 Vgl. dazu die Rede des finnischen Außenministers Väyrynen am 1. August 1985 in Helsinki; ULKOPOLIITTISIA LAUSUNTOJA JA ASIAKIRJOJA 1985, Helsinki 1986, S. 94–101. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 221.

16 In einer Rede am 30. Juli 1985 in Helsinki anläßlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte führte der polnische Außenminister Olszowski aus: „The consideration of the comprehensive problem of all-European scientific and technical cooperation, the preparation of relevant political guidelines for its promotion in particular, would be facilitated if an appropriate meeting of experts were convened within the process of the Conference on Security and Cooperation in Europe." Vgl. Referat 421, Bd. 140327.

17 Vom 18. Februar bis 3. März 1980 fand in Hamburg das Wissenschaftliche Forum der KSZE statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 75.

18 Zum Stand der seit 1975 laufenden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über ein Binnenschiffahrtsabkommen vgl. Dok. 32, Anm. 13.
Mit Ungarn führte die Bundesrepublik seit 1981 Gespräche über den Abschluß eines Binnenschiffahrtsabkommens.
Auf Initiative der Bundesrepublik wurden am 24./25. Januar 1980 in Bukarest die 1973 eingeleiteten, aber dann unterbrochenen Gespräche mit Rumänien über ein Binnenschiffahrtsabkommen

– In welcher Weise die wieder in Gang gekommenen Bemühungen um die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen EG und RGW[19] auf dem Wiener Folgetreffen zu behandeln sein werden, wird ebenfalls geprüft.

VI. Vorschläge zu Korb III der Schlußakte

Unsere Bemühungen in diesem Bereich zielen – nicht zuletzt aus Gründen der Glaubwürdigkeit – auf einen Ausbau und die Festigung der „menschlichen Dimension" des KSZE-Prozesses und auf den Ausbau der Zusammenarbeit auch auf den Gebieten Kultur, Bildung, Information etc. Beim Madrider Folgetreffen wurden eine Reihe von Veranstaltungen (KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa (Mai 1985)[20], Kulturforum Budapest (Oktober/November 1985)[21], Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern (April/Mai 1986)[22]) vereinbart, um einen ausgewogenen Fortgang des KSZE-Prozesses sicherzustellen. In Ottawa und Budapest ist es nicht gelungen, gemeinsame Sprache in Abschlußdokumenten niederzulegen. Der Osten verhält sich ungeachtet der Äußerungen Gorbatschows in den letzten Monaten (z. B. Parisreise[23], Genfer Gipfel, Rechenschaftsbericht vor Parteitag) immer noch abschirmend aus Furcht vor Systemgefährdung. Dennoch hatten Ottawa und Budapest ihren eigenen Wert. Ob es in Bern zu einem Abschlußdokument kommen kann, ist offen. Wir machen diese Frage nicht zur alleinigen Bedingung für die Beurteilung des Gelingens des Treffens, bei dem wir den sachlichen Dialog neben nötiger Implementierungskritik und einigen Verbesserungsvorschlägen (Fami-

Fortsetzung Fußnote von Seite 428

wiederaufgenommen. Weitere Verhandlungen fanden jedoch nicht statt. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr vom 18. Oktober 1982 an das Auswärtige Amt; Referat 423, Bd. 159937.

Mit Blick auf die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals bot die Bundesrepublik der UdSSR 1983 eine Neuregelung der bilateralen Binnenschiffahrtsbeziehungen an. Die sechste Runde der Verhandlungen fand vom 23. bis 27. September 1985 in Hamburg statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck vom 1. Oktober 1985; Referat 423, Bd. 159938.

Eine entsprechende Einladung zur Aufnahme von Gesprächen übermittelte Legationsrat I. Klasse Schiff der Botschaft in Sofia mit Schrifterlaß vom 5. März 1986 mit der Bitte, sie an die zuständigen bulgarischen Behörden weiterzuleiten. Vgl. Referat 423, Bd. 159937.

19 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 32, Anm. 29.

20 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa teilte Vortragender Legationsrat Karkow am 26. Juni 1985 mit, das Treffen habe „sich nicht auf ‚Schlußfolgerungen und Empfehlungen' an die Regierungen einigen können. Der Osten stellte den westlichen Forderungen nach Bekräftigung und Erweiterung der Freiheitsrechte des Einzelnen (Religionsfreiheit, Freizügigkeit, Recht von Minderheiten, Recht, sich auf die Schlußakte zu berufen – Monitorgruppen) die Forderung nach ‚gesellschaftlichen' und ‚kollektiven' Rechten (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Recht auf adäquaten Lebensstandard, Recht auf Leben in Frieden) entgegen." Zur Bewertung führte Karkow aus: „Die Erfolgsaussichten für Substanzergebnisse künftiger M[enschen]R[echts]-Expertentreffen müssen nüchtern beurteilt werden. Substanzvereinbarungen ohne Zugeständnisse an die vom Osten offensiv vorgetragenen Themen (z. B. aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialrechte) und ohne ‚Hebel' in Gebieten, die den Osten interessieren (Abrüstung) werden nur schwer zustande kommen." Insgesamt aber werde „das westliche Engagement für die MR als wesentliches Anliegen im KSZE-Prozeß und in den West-Ost-Beziehungen" ernst genommen, und die westlichen und die neutralen und nichtgebundenen Staaten bildeten „aufgrund gemeinsamer Wertvorstellungen eine weitgehend geschlossene Phalanx im Eintreten für die Menschenrechte". Vgl. den Runderlaß Nr. 51; Referat 212, Bd. 133566.

21 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

22 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

23 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 18, Anm. 10.

lienzusammenführung, Verwandtenbesuche, Reisen) vorbereiten. In jedem Fall wird in Wien auf den Ergebnissen der Einzelveranstaltungen aufzubauen sein. Dabei wollen wir die von uns bei den Einzeltreffen gemachten Vorschläge in Wien weiterverfolgen und die unserer westlichen Verbündeten unterstützen.

Der Meinungsbildungsprozeß darüber, ob und ggfs. welche Veranstaltungen aus dem Bereich des Korbes III für eine ausgewogene Fortsetzung des KSZE-Prozesses nach Wien erforderlich erscheinen, sind Teil der Vorbereitungsarbeiten in EPZ und im Bündnis. Der französische Außenminister hatte in Helsinki eine Konferenz über Familienzusammenführung angeregt.[24] Es bleibt abzuwarten, ob dieser Vorschlag von Frankreich weiterverfolgt und präzisiert werden wird. Er würde uns als Hauptbetroffene erneut in eine Demandeurposition bringen. Wir denken an Veranstaltungen aus dem Bereich der Kultur, Bildung und Information.

VII. Zum weiteren operativen Vorgehen

Unser Konzept muß jetzt parallel im Rahmen der Bundesregierung detailliert und in einer für die Folgekonferenz verwertbaren Form ausgearbeitet, zugleich in den westlichen bilateralen und multilateralen Beratungen mit dem Ziel eingeführt werden, dafür Unterstützung zu gewinnen, und gegenüber Parlament und Öffentlichkeit werbend dargestellt werden. Dabei muß beachtet werden, daß angesichts der Normalisierung des Großmächtedialogs und der West-Ost-Beziehungen das Wiener-Folgetreffen als eine „normale Folgekonferenz" geplant wird (keine Wiederholung von Madrid!), d. h. ein halbes Jahr keinesfalls überschreiten sollte.

Im Kreis der westlichen Partner und Verbündeten werden wir die erforderlich gewordenen neuen sicherheitspolitischen Akzentsetzungen intensiver behandeln. Dabei wird es darauf ankommen, unsere Konzeption in die Ausgangspositionen EPZ und der NATO für Wien einzufügen und zugleich die politischen Erklärungen der westlichen Gremien in unserem Sinne zu prägen. In diesem Sinne können wir versuchen, auf die politische Erklärung der NATO-Frühjahrstagung[25] mit dem Petitum Einfluß zu nehmen, die sicherheitspolitische Diskussion im europäischen Interesse in der nächsten Zeit stärker auf die konventionellen Kräfteverhältnisse zu richten.

Im letzten Direktorentreffen der Vier[26] wurden wir um ein deutsches Papier zum Konzept für Wien[27] gebeten. Wir werden es auf der Grundlage dieser Vorlage ausarbeiten.[28]

D 2 A i. V.[29], D 4[30] und D 6 i. V.[31] haben mitgezeichnet.

Braunmühl

Referat 212, Bd. 158439

24 Vgl. dazu die Rede des französischen Außenministers Dumas am 30. Juli 1985 in Helsinki; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (Juli/August), S. 40–42.
25 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 in Halifax vgl. Dok. 158 und Dok. 159.
26 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 3. März 1986 in London vgl. Dok. 62.
27 Zum „Positionspapier zum KSZE-Prozeß und Wiener Folgetreffen" vgl. Dok. 118, Anm. 5.
28 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.
29 Rüdiger Hartmann.
30 Alois Jelonek.
31 Helmut Wegner.

76

Aufzeichnung des Ministerialdirektor Seitz

18. März 1986[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Betr.: „Cancún II“[3] und die inhaltliche Erneuerung des politischen Nord-Süd-Dialogs[4]

Vorgelegt für das von Ihnen beabsichtigte Brainstorming zum Thema „Cancún II“

I. Verpflichtung zum politischen Dialog?

Große Teile der Dritten Welt befinden sich in einer schwierigen Lage. Ungezügeltes Bevölkerungswachstum und kritische Ernährungslage, hohe Verschuldung, anhaltende Deflation im Rohstoffbereich und fortschreitender Raubbau an den natürlichen Ressourcen bedrohen die ökonomische, politische und soziale Lebensfähigkeit, wenn nicht Überlebensfähigkeit zahlreicher Länder der Dritten Welt.

Zur gleichen Zeit ist der Nord-Süd-Dialog zum Krisenmanagement degeneriert, der politische Dialog praktisch zum Stillstand gekommen. Die Bereitschaft der Geberländer zur Wiederbelebung des politischen Dialogs ist wegen der damit möglicherweise verbundenen finanziellen Implikationen äußerst gering. Auch herrscht Unklarheit, auf welcher Basis, worüber und mit wem gesprochen werden soll. Es fehlt eine einheitliche Konzeption der IL, wie den Problemen der Dritten Welt zu begegnen ist.

Ein durch Überschuldung, Übervölkerung oder andere Faktoren bedingter Zusammenbruch der Entwicklung in der Dritten Welt berührt die IL jedoch unmittelbar und könnte in ein kaum vorstellbares Chaos münden. Wir können die Mehrheit der Weltbevölkerung nicht auf Dauer ihrem Schicksal überlassen und uns einreden, unserer politischen und moralischen Verantwortung sei durch punktuelles Krisenmanagement Genüge getan. Die Brisanz der Drittwelt-Problematik rechtfertigt nicht nur die Wiederaufnahme des politischen Dialogs, sie macht ihn sogar unabweisbar. Ein „Cancún II“ als Signal für die Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs und „vertrauensbildende Maßnahme“ erscheint dringend geboten.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Haas konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 9. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Haas am 10. Juni 1986 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. März 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich teile die Bedenken von 02, die Chancen, gegenwärtig einen positiven Anstoß zu geben, erscheinen doch sehr gering zu sein.“

3 In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

4 Zur Frage eines „Politischen Dialogs“ zwischen Geber- und Schuldnerländern vgl. Dok. 22.

Der neue Charakter des Nord-Süd-Dialogs

Ein Nord-Süd-Gipfel darf keinesfalls eine politisch verbrämte Geberkonferenz sein, bei der es allein darum geht, daß die Geberländer Geld verteilen und die Vertreter der Dritten Welt Wünsche artikulieren und Forderungen präsentieren. Ein solcher Gipfel muß vielmehr Kristallisationspunkt einer substantiellen Neuorientierung und inhaltlichen Erneuerung des Nord-Süd-Dialogs sein. Eine derartige Erneuerung setzt allerdings ein Umdenken sowohl bei den Gebern als auch bei den Empfängern von Entwicklungshilfe voraus:

Die Geberländer müssen ihre oft noch aus den 50er Jahren stammenden Vorstellungen von effizienter Entwicklungszusammenarbeit grundlegend revidieren. Es müssen Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen werden, daß die Finanzierung von Industrie- und Infrastrukturprojekten in urbanen Gebieten der DW den Lebensstandard einer Bevölkerungsminderheit erhöhte, einer kleinen Oberschicht sogar zu relativ luxuriösem Leben verhalf, die Masse der Bevölkerung von dieser Entwicklungshilfe aber so gut wie nicht profitierte und weiter verelendete. Als Fehlschlag erwies sich auch die gezielte Förderung von Exportindustrien in EL, deren Produkte nicht konkurrenzfähig oder – was besonders zu verurteilen ist – aufgrund von Handelsbeschränkungen der IL dort nicht absetzbar sind. Eine Vielzahl weiterer Beispiele könnte angeführt werden.

Erforderlich ist die Entwicklung einer einheitlichen Konzeption der Geberländer, die auf Entwicklungsstrategien drängt, bei denen die große Masse der Bevölkerung in den Wachstumsprozeß einbezogen wird: Entwicklung des ländlichen Raumes, eine auf Senkung der Geburtenrate zielende Bevölkerungspolitik und die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die Länder der Dritten Welt müssen sich der Vielschichtigkeit der Probleme, der unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessenlagen unter den Entwicklungs- und Schwellenländern stärker bewußt werden und problemspezifische Entwicklungsstrategien erarbeiten. Die von starker Verschuldung betroffenen DW-Länder haben diese Notwendigkeit bereits erkannt. Erforderlich ist aber auch, daß sich jene EL um die Erarbeitung gemeinsamer Entwicklungsstrategien bemühen, die mit gleichen oder ähnlich strukturierten Problemen konfrontiert werden (z. B. Bevölkerungsdruck, Ernährungsunsicherheit, Ressourcenerschöpfung). Basis derartiger Entwicklungsstrategien müssen nationale Entwicklungspläne sein, was die gezielte Förderung der Planungskapazität in EL erforderlich macht.

Ein derart strukturierter Dialog eröffnet den Geberländern zudem die Möglichkeit, auf die internen Entwicklungsstrategien der DW gezielt Einfluß nehmen zu können. Ein auf der Diskussion von Entwicklungsstrategien beruhender Nord-Süd-Dialog erleichtert es den Geberländern auch, die jeweils angemessene Form der Unterstützung zu finden. Hierbei sind materielle Zugeständnisse der IL ein wesentliches, nicht aber das bedeutendste Element. So sollten zusätzliche finanzielle Zuwendungen primär als Anreiz für verstärkte Bemühungen um die Erarbeitung von Entwicklungsstrategien (z. B. durch Förderung der Planungskapazität eines Landes) oder als Bonus für erkennbare Fortschritte (z. B. bei der Senkung der Geburtenrate oder Steigerung der Agrarproduktion) eingesetzt werden. Auch eine Zusammenarbeit der IL mit einzelnen DW-Ländern oder Ländergruppen bei der Erforschung und Anwendung neuer Technolo-

gien (z. B. der Biotechnologie) ist als Maßnahme der Entwicklungskooperation vorstellbar.

Ein als Instrument der „Stabilisierungskooperation" verstandener, konzeptionell und inhaltlich neugestalteter politischer Nord-Süd-Dialog dürfte die Widerstände bei uns und bei anderen Geberländern gegen ein „Cancún II" verringern und die Bereitschaft zu materiellen Zugeständnissen erhöhen.

Spielraum für materielle Zugeständnisse

Anknüpfend an die im Vorkapitel erwähnte Notwendigkeit zur Bereitschaft auch zu materiellen Zugeständnissen, soll nachfolgend untersucht werden, ob die Bundesrepublik Deutschland über Spielraum für derartige Zugeständnisse verfügt.

Bei der Verschuldungsproblematik ist unser Spielraum äußerst begrenzt. Über die staatlicherseits bereits ergriffenen Maßnahmen (Schuldenerlaß für LLDC, Umschuldungen im Rahmen des Pariser Clubs) hinausgehende Initiativen sind derzeit kaum vorstellbar. Mittelfristig sollte jedoch geprüft werden, ob nicht auch jenen Entwicklungsländern die Schulden – partiell oder in toto – erlassen werden könnten, die zwar nicht als LLDC eingestuft sind, deren ökonomische Lage aber der eines LLDC nahekommt. Von seiten der Geschäftsbanken sind substantielle Zugeständnisse derzeit nicht zu erwarten. Von dieser Seite ist sogar Widerstand gegen einen möglicherweise am Status quo rüttelnden politischen Dialog zu erwarten.

Größer ist unser Spielraum für materielle Zugeständnisse bei den anderen DW-Problembereichen. Die von Jahr zu Jahr steigenden Rückflüsse (Zins- und Tilgungszahlungen) aus Entwicklungs- und Schwellenländern für FZ-Darlehen (1986 etwa 1,2 Mrd. DM!) müssen zumindestens teilweise einer entwicklungspolitisch relevanten Verwendung zugeführt werden, da die Bundesrepublik Deutschland andernfalls eine politisch kaum zu rechtfertigende Umkehr des Nord-Süd-Ressourcentransfers zu verzeichnen hätte.[5] Ohne der haushaltstechnisch möglichen Lösung vorgreifen zu wollen (das BMZ wird dem Bundestag hierzu Ende April Vorschläge unterbreiten), bleibt festzuhalten, daß wir künftig über zusätzliche Mittel verfügen werden, die im Rahmen der Entwicklungshilfe eingesetzt und als neue, zusätzliche materielle Zugeständnisse an die Dritte Welt auch deklariert werden könnten.

Damit könnte auch der Abwärtstrend beim Verhältnis Entwicklungshilfeleistungen/BSP (1985: 0,45%, 1983: 0,49%; das 0,7%-Ziel wurde von uns als Orientierungsgröße anerkannt) gestoppt werden.

Akzeptanz eines „Cancún II" für die Bürger

Überlegungen zu einem „Cancún II" sollten auch die Stimmungslage der deutschen Bevölkerung in Rechnung stellen und den Aspekt der Akzeptanz eines neuen Nord-Süd-Gipfels durch die Bundesbürger berücksichtigen.

Die „entwicklungspolitische Stimmung" der Bevölkerung ist durch ein tiefsitzendes Unbehagen gekennzeichnet. Ursächlich hierfür ist die Erkenntnis, daß die jahrzehntelange, durch Steuergelder finanzierte Entwicklungshilfe eine Verringerung des Elends in zahlreichen Ländern der Dritten Welt nicht bewirkt hat, daß vielfach die Lage sogar von Jahr zu Jahr kritischer wird.

[5] Zur Frage der Verwendung der Rückzahlungen der Schuldnerländer vgl. Dok. 22, besonders Anm. 26.

Die von den Medien verbreiteten Bilder und Nachrichten von Hunger und Elend auf der einen Seite, von Korruption, Kapitalflucht und Luxusleben kleiner Oberschichten auf der anderen Seite nähren den Verdacht vieler Bürger, daß unsere Entwicklungshilfe direkt oder indirekt zum Wohlleben einiger beiträgt, die Interessen der Armen jedoch zu kurz kommen.

Die Verfechter radikaler Reformansätze (Myrdal[6], Elsenhans[7], B. Erler[8]) haben mit ihrer überspitzten Kritik an der Entwicklungshilfe wesentlich zur pessimistischen Stimmungslage der Bevölkerung beigetragen (BM Warnke: „Hilfe-Pessimismus"), andererseits aber eine entwicklungspolitische Reformdiskussion ins Rollen gebracht. Diese wird heute von einer Vielzahl – zumeist pragmatischer – Reformmodelle bestimmt. Erwähnenswert ist, daß der „Marshall-Plan-Ansatz" Willy Brandts[9] in der Diskussion eine eher untergeordnete Rolle spielt. Festzuhalten bleibt, daß der Ruf aus allen Lagern nach einer Reform unserer Entwicklungspolitik, nach einem „Strategiewandel" immer vernehmlicher wird.

Angesichts der hier skizzierten Konstellation ist Zurückhaltung bei Vorschlägen geboten, die sich in den eingefahrenen entwicklungspolitischen Gleisen bewegen. Ein „Cancún II" dürfte nur dann von der Bevölkerung akzeptiert werden und vielleicht sogar populär sein, wenn der Gipfel als Kristallisationspunkt einer Neuorientierung unserer Entwicklungspolitik empfunden und entsprechend „verkauft" wird. Um der Erwartungshaltung der Bürger gerecht zu werden, müßten wohl auch einige „heilige Kühe" geschlachtet werden, z. B. das Konzept einer weitgehend unkonditioniert vergebenen Entwicklungshilfe.

Schlußfolgerungen

Die in der vorliegenden Aufzeichnung skizzierte Neuorientierung des Nord-Süd-Dialogs erfordert ein Umdenken sowohl auf seiten der Geberländer als auch auf seiten der Dritten Welt.

Die Geberländer sind seit Jahrzehnten daran gewöhnt, das schwierige „Geschäft" mit den verschiedenen und verschiedenartigen Drittweltproblemen den zahlreichen Fachgremien und Sonderkonferenzen zu überlassen. Jetzt sollen

6 Der schwedische Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Myrdal beschäftigte sich in zahlreichen Veröffentlichungen mit den Ursachen der Ungleichheit zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten. Vgl. besonders Gunnar MYRDAL, Economic Theory and Underdeveloped Regions, London 1957; DERS., Asian Drama. An Inquiry into the Poverty of Nations, 3 Bände, New York 1968; DERS., The Challenge of World Poverty. A World Anti-Poverty Programme in Outline, Middlesex/New York 1970.

7 Vgl. Hartmut ELSENHANS, Die Überwindung von Unterentwicklung, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt. Band 1: Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung, Hamburg 1974, S. 162–189; DERS., Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion für Massenbedarf – Weiterentwicklung eines Ansatzes, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1: Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren, Hamburg, 2. Auflage 1982, S. 152–182.

8 Vgl. Brigitte ERLER, Tödliche Hilfe: Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg 1985.

9 Der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission, Brandt, erinnerte erstmals in einer Rede vor der United Nations Association am 26. Oktober 1978 in New York an das nach dem amerikanischen Außenminister George C. Marshall auch „Marshall-Plan" genannte „European Recovery Plan" für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft der Jahre 1948 bis 1952. Er forderte die USA auf, in gleicher Weise durch die Förderung regionaler Wirtschaftskooperationen eine Führungsrolle beim Aufbau einer neuen internationalen Ordnung zu übernehmen. Für den Wortlaut vgl. BRANDT, BERLINER AUSGABE, Bd. 8, S. 234–242 (Auszug).

sie plötzlich veranlaßt werden, gemeinsam mit anderen Geberländern eine über den Horizont herkömmlicher Entwicklungszusammenarbeit hinausschauende Konzeption zu erarbeiten.

Die Länder der Dritten Welt werden mit noch gravierenderen Problemen konfrontiert. Ethnisch, kulturell und konfessionell so unterschiedliche Staaten wie Bangladesch, Äthiopien und Honduras sollen sich gemeinsam zu Strategien bekennen, wie die Geburtenrate gesenkt, die Bodendegradation gestoppt und der Agrarsektor optimal gefördert werden kann. Auch die multilateralen Organisationen würden von der Neuorientierung betroffen, denn sie müßten – neben ihren bisherigen Aufgaben – die Zusammenarbeit zwischen DW-Ländern koordinieren helfen, fachlich beraten und den politischen Dialog inhaltlich vorbereiten.

Der hier vorgeschlagene Weg mag kompliziert und dornenreich sein, und dennoch stellt er eine Möglichkeit dar, den Nord-Süd-Dialog wiederzubeleben und ihm Sinn zu verleihen.

Ohne einen Spiritus rector und ohne hartnäckige Überzeugungsarbeit wird es kaum möglich sein, bei uns zu Hause, mit den anderen Geberländern und mit den DW-Staaten zu einem Konsens zu gelangen. Ob wir – ggfs. gemeinsam mit Frankreich – die Spiritus-rector-Rolle übernehmen, ist politisch zu entscheiden. Unsere (wie auch Frankreichs) Stellung als eines der bedeutendsten und in der Dritten Welt angesehensten Geberländer prädestiniert zur Übernahme einer solchen Rolle.

Seitz

Referat 02, Bd. 178519

77

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

212-341.80 **19. März 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: KSZE-Expertentreffen über „Menschliche Kontakte“ in Bern (2. April bis 26. Mai 1986)[4]

Zweck der Vorlage: Billigung unserer Verhandlungslinie

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Altenburg und Beuth konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. März 1986 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 25. März 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 25. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 212 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 25. März 1986 vorgelegen.
4 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vgl. Dok. 156.

1) Das am 2. April mit Vorbereitungskonsultationen und ab 15. April beginnende KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern wird eine realistische Bestandsaufnahme der Entwicklung menschlicher Kontakte seit Zeichnung der Schlußakte[5] vornehmen. Wegen der zahlreichen Beziehungen zu Deutschen in den WP-Ländern und den dort lebenden deutschen Minderheiten ist das Treffen für die Bundesrepublik Deutschland von ganz besonderer Bedeutung. Der Westen befindet sich in Bern insgesamt in einer Demandeur-Position. Speziellen westlichen Interessen im Bereich der Verwandtenbesuche, Familienzusammenführung, Eheschließungen und bei der Lösung sonstiger Härtefälle stehen innerhalb des Berner Mandats[6] nur geringerwertige östliche Interessen im Bereich des Tourismus oder bei Kontakten gesellschaftlicher Gruppen gegenüber, die sich für Kompensationen bei dem Berner Treffen selbst eignen würden. Falls ein für den Westen akzeptables Ergebnis in Bern nicht zustande kommt, muß der notwendige Interessenausgleich bei dem KSZE-Folgetreffen in Wien gesucht werden.

2) Die aus dem Mandat herrührende Demandeur-Position bedeutet nicht, daß wir als „Bittsteller" nach Bern gehen sollten, sondern in der Absicht, die Ansprüche von Tausenden von Individuen in West und Ost auf Einlösung der in den KSZE-Texten gemachten Zusagen anzumahnen. Dabei zielen wir nicht auf Systemkonfrontation ab, sondern streben nach Verbesserung innerhalb der bestehenden Systeme, in denen es, wie die unterschiedliche Erfüllungsbilanz in den WP-Staaten zeigt, durchaus Spielräume für eine menschlichere Politik im Sinne der KSZE-Schlußakte gibt. Wir werden uns auch in Bern gegen die sowjetische These zu wenden haben, daß „menschliche Erleichterungen" nur nach Maßgabe der Entwicklung des Entspannungsprozesses zwischen West und Ost gewährt werden können. Andererseits halten wir eine bei westlichen Partnern festzustellende Neigung für schädlich, die KSZE-Treffen als Plattform öffentlichkeitswirksamer Systemauseinandersetzungen zu benutzen, während zur Lösung konkreter Fälle die diskreteren bilateralen Kanäle genutzt werden.

3) Unsere Implementierungskritik an den WP-Staaten sollte differenziert erfolgen, Mißstände sollten offen angesprochen, einzelne positive Entwicklungen nicht verschwiegen werden. Wir sollten uns nicht scheuen, bei Vorliegen gravierender Verletzungen der KSZE-Bestimmungen einzelne Länder beim Namen zu nennen. Namen von individuellen Personen wollen wir nicht nennen; bei der Behandlung von Einzelfällen kommt es uns auf die Darstellung typischer, verallgemeinerungsfähiger Probleme an. Einen breiten Bestandteil unserer Kritik werden die zahlreichen Diskriminierungen darstellen, denen Antragsteller in WP-Staaten ausgesetzt sind.

– Bei der Sowjetunion sollte angesichts der absolut unzureichenden Ausreisezahlen (460 in 1985 bei – lt. DRK – schätzungsweise 80 000 Ausreisewilligen) und angesichts der unvermindert harten sowjetischen Linie im Bereich der

5 Die KSZE-Schlußakte wurde am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

6 Vgl. dazu die Erklärung des Vorsitzenden über das Berner Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 554.

menschlichen Kontakte die Kritik unmißverständlich ausfallen. Wir sollten aber zu verhindern versuchen, daß andere WP-Staaten in eine Solidarisierung mit der Sowjetunion gezwungen werden, die den Handlungsspielraum dieser Staaten beschneiden könnte.

– In Polen ist das Mißverhältnis zwischen Ausreisewilligen und genehmigten Ausreisen ähnlich kraß. Die liberale Reisepraxis dient zwar als Ventil für Ausreisewünsche, doch entsteht dadurch auch die große Gruppe der sogenannten „Illegalen-Fälle".[7] (Die endgültige Festlegung unserer Linie betr. Polen sollte vom Ergebnis des Besuchs vom AM Orzechowski[8] abhängig gemacht werden.)
– Bei Rumänien werden die bürokratischen Erschwernisse bei der ansonsten vereinbarungsgemäß laufenden Ausreisepraxis[9] wesentlicher Punkt unserer Kritik sein. Bestehende Regelungsmechanismen sollen unsererseits nicht thematisiert werden.
– Im Verhältnis zur DDR tritt das BMB für eine deutliche Ansprache der Probleme ein. Unsere Kritik wird so angelegt sein müssen, daß eine Überleitung in eine zweite, auch atmosphärisch konstruktive Konferenzphase nicht verbaut wird. BMB wird wie üblich in der Delegation vertreten sein.
– Es gilt als sicher, daß die Türkei ihre Gravamina wegen der moslemischen/türkischen Minderheit in Bulgarien[10] vorbringen wird. Wir werden uns dem türkischen Wunsch auf Unterstützung ihrer Anliegen, soweit sie mandats-

7 Ministerialdirektor Bertele teilte der Botschaft in Ottawa am 13. Juni 1985 mit: „‚Illegalen'-Fälle im Aussiedlerbereich sind Fälle, in denen meist nur ein Familienmitglied (deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit) von einer polnischerseits genehmigten Besuchs- oder Touristenreise nicht nach Polen zurückkehrt, jedoch hofft, bald seine Angehörigen, insbesondere seinen Ehegatten (auch nichtdeutscher Volkszugehörigkeit) und seine Kinder nachziehen zu können. Die polnischen Behörden vertreten die Meinung, daß ein nicht genehmigtes, also ‚illegales' Verbleiben im Ausland ab dem 23.3.76 (= Inkrafttreten des ‚Ausreiseprotokolls' vom 9.10.75) nicht vorrangig zum Nachzug von Familienangehörigen führen dürfe. Das polnische Außenministerium lehnt daher die Entgegennahme von Interventionsnotizen unserer Botschaft in Warschau ab." Vgl. den Drahterlaß Nr. 145; B 85 (Referat 513), Bd. 1685.
Zum Stand erläuterte Referat 513 am 14. März 1986, daß das polnische Außenministerium am 4. Dezember 1985 die Bereitschaft erklärt habe, in begründeten Härtefällen Interventionen der Botschaft der Bundesrepublik entgegenzunehmen. Dies sei am 14. Februar 1986 dahingehend präzisiert worden, daß Interventionsnotizen auch künftig grundsätzlich nicht entgegengenommen, Ausnahmen aber gemacht würden, wenn etwa nachgewiesenermaßen „entweder ein lebensbedrohlicher Krankheitszustand oder ein schwerer Pflegefall eines in der Bundesrepublik sich ‚illegal' aufhaltenden nahen Angehörigen vorliege". Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1740.

8 Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. April 1986. Vgl. dazu Dok. 91 und Dok. 93.

9 Zu den Vereinbarungen über die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänen in die Bundesrepublik vgl. Dok. 111.

10 Am 4. April 1986 kündigte die türkische Botschaftsrätin Dalyanoglu anläßlich einer Vorsprache im Auswärtigen Amt an, „TUR wolle die Frage der türkischen Minderheit in BUL in Bern ansprechen. BUL mache sich ihr gegenüber schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig. […] Die türkische Regierung bitte besonders die Bundesregierung, bei ihren Erklärungen namentlich das Los der türkischen Minderheit in BUL und die Verantwortung der bulgarischen Regierung zu erwähnen. Dies sei auch im Hinblick auf die türkische Öffentlichkeit wichtig. Es gelte dem Eindruck vorzubeugen, Europa verfolge keine einheitliche Menschenrechtspolitik und lasse aus opportunistischen Überlegungen die bulgarischen Türken allein." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Spohn vom 7. April 1986; Referat 212, Bd. 133525.

konform vorgetragen werden, wie schon in Ottawa[11] und Budapest[12] nicht entziehen können.

4) Bei der Mehrzahl der westlichen und neutralen Länder besteht Übereinstimmung, daß die in Bern zu erarbeitenden Schlußfolgerungen und Empfehlungen schriftlich in Form eines Schlußdokuments festgehalten werden sollten. Graduell unterschiedliche Auffassungen bestehen darüber, welche inhaltlichen Anforderungen an ein befriedigendes Schlußdokument zu stellen wären. Die Anforderungen der USA und Kanadas an die Substanz eines akzeptablen Schlußergebnisses sind unrealistisch. Bei Konsultationen in Washington[13] und Brüssel-NATO[14] hat Botschafter Eickhoff intensiv auf die US-Seite (State Department, Fascell-Kommission, US-Delegationsleiter Novak) eingewirkt und für ein realistisches, konsensfähiges Schlußdokument geworben und dabei das auch qualitativ gewichtige Argument der besonders großen Zahl deutscher Schutzbefohlener in WP-Staaten in die Waagschale gelegt. Die USA haben uns gebeten, das ähnlich gelagerte Anliegen der Ausreise jüdischer Sowjetbürger zu unterstützen. Wir können diesem Wunsch auch im Rahmen unseres Eintretens für das allgemeine Ausreiserecht entsprechen. Wir werden uns auf jeden Fall für die Einigung auf einen einvernehmlichen Schlußtext mit Nachdruck einsetzen, halten andererseits das Nichtzustandekommen eines Abschlußdokuments jedoch nicht für ausschließliches Bewertungskriterium für das Berner Treffen. Aus unseren Konsultationen mit WP-Staaten wissen wir, daß einige unter ihnen die Verabschiedung eines Schlußdokuments durchaus in Erwägung ziehen, während die Sowjetunion dies bisher kategorisch ablehnt. Aus unserer Sicht sollte unser Bemühen um konstruktive West-Ost-Beziehungen und unser Eintreten für ein substantielles Resultat bei der KVAE in Stockholm auch für die Erzielung eines konkreten vorzeigbaren Ergebnisses in Bern nutzbar gemacht werden.

5) Die Sowjetunion hat zu verstehen gegeben, daß sie sich einer „Implementierungsdebatte“ strikt widersetzen werde und nur bereit sei, „zukunftsorientierte“ Vorschläge zu debattieren. Bei den vorbereitenden Konsultationen sollten wir das Zustandekommen einer Tagesordnung nicht an dem Beharren auf einem von der SU als provokativ empfundenen Begriff scheitern lassen, sondern diesen gegebenenfalls durch einen neutraleren Begriff wie „general discussion“

11 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

12 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

13 Botschafter z. b. V. Eickhoff führte vom 21. bis 24. Januar 1986 in Washington Gespräche „mit Kongreß (Abgeordneter Hoyer, KSZE-Kommission), State Department (Ridgway, Schifter, Thomas, Arbeitsebene), interessierten nichtstaatlichen Organisationen (vor allem jüdische und osteuropäische Lobby) und Wissenschaftlern (Vortrag und Aussprache im Wilson Center)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 368/369 vom 24. Januar 1986; Referat 212, Bd. 133556.

14 Nach einer ersten Aussprache am 30. Januar 1986 widmete sich der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene der NATO in Brüssel am 27. Februar 1986 erneut dem KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte. Botschafter z. b. V. Eickhoff, z. Z. Brüssel, berichtete dazu am selben Tag, die Erörterung habe „weitgehenden Konsens der 16 dahingehend erkennen“ lassen, das „Berner Treffen in sachlicher, erfolgsorientierter und unpolemischer Weise abzuwickeln. […] Man wolle ernsthaften Versuch unternehmen, ein Schlußdokument mit greifbaren Verbesserungen und Präzisierungen auszuhandeln […]. Allerdings ließen US und Kan[ada] erkennen, daß sie an den Inhalt eines Schlußdokuments sehr hohe Anforderungen stellen und sich wohl schon auf einen Ausgang ohne vereinbartes Ergebnis eingestellt haben.“ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 278; Referat 212, Bd. 133556.

ersetzen, wobei dadurch im Charakter unserer Sachbeiträge keine Änderung erfolgt.

In der Frage des Zugangs der Öffentlichkeit zur Konferenz halten wir uns an die EPZ-Position (Öffentlichkeit von Eingangs- und Schlußsitzungen), können aber auch hier taktisch flexibel sein, da – wie schon in Ottawa – die Öffentlichkeit durch gezielte Pressegespräche des Delegationsleiters unterrichtet werden kann. Wir müssen damit rechnen, daß eine Bundestagsdelegation am 21./22.4. im Plenum der Konferenz zuhören möchte. Wir haben in Ottawa davon abgesehen, diesem Wunsche stattzugeben, da Abgeordneten des Deutschen Bundestages nicht zugemutet werden könne, sich in die an Weisungen der Regierung gebundene Delegation von Regierungsexperten einzuordnen.

6) Wir haben eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet und in die EPZ-Abstimmung eingeführt.[15] Wir sind bereit, aussichtsreiche Vorschläge von den N+N einbringen zu lassen, um so eine höhere Konsensuschance zu erzielen. Insbesondere CH und A haben sich zu einem solchen Verfahren angeboten.

7) Zur Vorbereitung des Berner KSZE-Expertentreffens hat Botschafter Eickhoff bilaterale Konsultationen mit F[16], NL (Präsidentschaft)[17], CH (Gastgeber)[18], USA, GB[19], A[20] geführt. Mit der östlichen Seite wurden Gespräche durch

15 Ministerialdirigent Oesterhelt unterbreitete Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. März 1986 fünf Vorschläge, die in die Arbeitsgruppe KSZE der EPZ eingeführt werden sollten: „Sie streben an: bei Verwandtenbesuchen eine graduell verstärkte Verpflichtung zur Genehmigung von familiären Besuchsreisen sowie in dringenden Familienangelegenheiten eine Erweiterung der Anlässe, bei denen Verwandtenbesuche beantragt werden können, sowie generell eine Ausdehnung des Kreises der Berechtigten von nahen Familienangehörigen auf entferntere Verwandte; bei Familienzusammenführung eine Vereinfachung und Verbesserung des Antragsverfahrens; bei Reisen privater, beruflicher oder touristischer Art eine Reihe von unterschiedlichen Maßnahmen (Visa- und Paßbestimmungen, Devisenzuteilung, Mindestumtausch, Bewegungsfreiheit); bei Jugendbegegnungen eine tatsächlich meßbare Erweiterung des Jugendaustauschs nach Zahl, Dauer und Vielfalt; sowie einen Textvorschlag mit einer Bekräftigung des Verbots der Diskriminierung von Antragstellern bei Anträgen auf Reisen, Familienzusammenführung oder Eheschließungen, wie im Madrider Dokument bereits enthalten." Vgl. Referat 212, Bd. 133524.

16 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 19. Dezember 1985 in Paris über das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vermerkte Botschafter z. b. V. Eickhoff am 27. Dezember 1985: „Unsere Erwartungen hinsichtlich Bern decken sich mit den französischen. Das Thema ‚Menschliche Kontakte' ist weniger grundsätzlich als praxisbezogen. […] Unser Problem mit dem Vorschlag von AM Dumas in Helsinki 1985, nach Wien ein Expertentreffen über Familienzusammenführung anzustreben, war schon erkannt. Plaisant teilt unsere schon in Madrid vertretene Auffassung, daß ein isoliertes KSZE-Treffen zu diesem Thema der Sache nicht dienlich sein kann. Dieser Vorschlag sei ohne den Rat der Fachleute zustandekommen, die mit der Madrider Vorgeschichte vertraut sind. Man werde in Bern die Stoßrichtung des Vorschlags – freie Ausreise – aufnehmen." Vgl. Referat 212, Bd. 133525.

17 Im Mittelpunkt der Gespräche des Botschafters z. b. V. Eickhoff am 13. März 1986 in Den Haag standen die vermutete sowjetische Haltung zum Thema Menschenrechte bei der KSZE-Expertentreffen in Bern sowie die Frage eines Schlußdokuments und Fragen der Verhandlungsführung. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Eickhoff vom 17. März 1986; Referat 212, Bd. 133524.

18 Über die KSZE-Konsultationen mit der Schweiz am 11. März 1986 berichtete Botschafter z. b. V. Eickhoff, z. Z. Bern: „Schweizer verfolgen bei dem Treffen drei Ziele: Erzeugung von Druck auf bessere Erfüllung durch Implementierungsdebatte; Konkretisierung dieses Drucks durch Verlangen administrativer Verbesserungen; Lösung von Einzelfällen in bilateralen Kontakten. […] Schlußdokument sei in Schweizer Sicht nicht notwendig, ausführliche Implementierungsdebatte sei in Berner Auffassung von hohem Eigenwert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 100 vom 12. März 1986; Referat 212, Bd. 133525.

19 Die Konsultationen mit Großbritannien zum Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern fanden am 20. Februar 1986 statt. Themen waren die Behandlung von humanitären Einzelfällen

die Botschaften geführt oder sind noch im Gange. Gleichzeitig hat er unsere Konferenzziele und unser Interesse an einem erfolgreichen Verlauf des Berner Treffens in persönlicher Vorsprache bei einer Reihe von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und in der AG Menschenrechte der SPD-Fraktion erläutert. Der Auswärtige Ausschuß erhielt eine schriftliche Ausarbeitung über den Stand der Erfüllung der KSZE-Bestimmungen im Bereich der menschlichen Kontakte. Botschafter Eickhoff führte weitere Gespräche mit BM Windelen[21], PStS Hennig und StS Rehlinger zur Abstimmung der Behandlung deutsch-deutscher Fragen auf dem Berner Treffen. Des weiteren gab es Kontakte mit Kirchenvertretern sowie der IGFM[22].

Bo. 2Z1[23] hat zugestimmt.

Braunmühl

Referat 212, Bd. 133524

Fortsetzung Fußnote von Seite 439

sowie weiterführende Vorschläge: „GB denkt selbst an Vorschlag im Bereich des Tourismus (unterschiedliche Hotelraten für westliche und östliche Ausländer).“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Elfenkämper vom 21. Februar 1986; Referat 212, Bd. 133525.

20 Botschafter z. b. V. Eickhoff führte am 17. März 1986 in Wien KSZE-Konsultationen. Dazu notierte er am 19. März 1986: „Ebenso wie wir hält A die Vereinbarung eines Schlußdokuments sowohl für die Menschlichen Kontakte an sich als auch im Hinblick auf das Wiener Folgetreffen für höchst wünschenswert. In Wiener Sicht werde ein Hinweis auf die Implementierungsdebatte auch ohne jedes weiterführende Ergebnis für ein Schlußdokument genügen. […] A sieht sein Hauptziel bei möglichen Verbesserungen auf dem Gebiet der Besuchsreisen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133525.

21 Botschafter z. b. V. Eickhoff trug Bundesminister Windelen am 16. Januar 1986 die beabsichtigte Verhandlungslinie der Bundesregierung für das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern vor. Windelen legte dar, „daß von einer klaren Nennung der Mißstände und Verletzung geltender Verpflichtungen durch die DDR etwa ausgehende Schäden für die Abwicklung menschlicher Kontakte in Kauf genommen werden müßten“. Vgl. die Aufzeichnung von Eickhoff vom 17. Januar 1986; Referat 212, Bd. 133524.

22 Vortragender Legationsrat Beuth notierte am 14. Januar 1986, daß der Vertreter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Lamm, Botschafter z. b. V. Eickhoff am 10. Januar 1986 einen Forderungskatalog zum KSZE-Expertentreffen übergeben und angekündigt habe, sie werde „ihr bekannte und verwertbare Einzelfälle sammeln, um sie in Bern an die entsprechenden Adressaten zu übergeben“. Ferner habe er eine mögliche „Arbeitsteilung“ mit der Delegation der Bundesrepublik angeregt: „Für eine Nicht-Regierungsorganisation sei es leichter, ‚härter auf den Putz zu hauen‘.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133524.

23 Eckehart Eickhoff.

78

Ministerialdirigent von Ploetz, z.Z. Wien, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 19. März 1986, 08.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2 **Ankunft: 19. März 1986, 12.21 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit österreichischem AM Gratz am 18. März 1986

Von BM noch nicht genehmigt

Im Mittelpunkt des 1 1/2stündigen Gesprächs, das anläßlich des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten[1] stattfand und das beim anschließenden Mittagessen fortgesetzt wurde, standen der KSZE-Prozeß, insbesondere das Menschenrechtsexpertentreffen in Bern[2] und das KSZE-Folgetreffen in Wien, sowie EG- und bilaterale Fragen.

Im einzelnen

1) KSZE-Folgetreffen in Wien

BM unterstrich einleitend die Bedeutung der Folgetreffen für den KSZE-Prozeß. Das Folgetreffen in Belgrad[3] habe den Prozeß noch nicht voranbringen können, weil weder die westliche Seite noch die N+N-Gruppe oder der Osten eine Konzeption gehabt hätten. Madrid[4] hingegen habe sich gelohnt, auch wenn es größter Anstrengungen bedurft habe, ein Scheitern zu verhindern. Die KVAE in Stockholm, das Budapester Kulturforum[5] und die Menschenrechtstreffen in Ottawa[6] und Bern stellten sichtbare Ergebnisse dar.

Jetzt komme es darauf an, aus Wien etwas zu machen. BM erläuterte, daß er bereits gegenüber der tschechischen Seite bei der kürzlichen AM-Gesprächsrunde[7] und gegenüber der DDR (Fischer am Rande der Palme-Trauerfeier in Stockholm[8]) auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, daß auch bilateral über die Zielsetzungen für das Wiener Folgetreffen gesprochen werden solle. Nach Ostern[9] wolle er, BM, dieses Thema auch gegenüber dem polnischen AM[10] ansprechen. Es sei wichtig, daß man sich für Mitteleuropa etwas einfallen lasse.

1 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Österreich vom 18. bis 21. März 1986.
2 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.
3 Die erste KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.
4 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.
5 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.
6 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.
7 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek vom 4. bis 6. Februar 1986 in Karlsbad vgl. Dok. 32.
8 Zur Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Palme vgl. Dok. 70.
Die Trauerfeier fand am 15. März 1986 in Stockholm statt.
9 30./31. März 1986.
10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesminister Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am 8. April 1986; Dok. 91.

Wenn das KVAE-Ergebnis – sofern es ein solches gebe – vorliege, müsse auch überlegt werden, wie in diesem Zusammenhang in Wien weiter prozediert werden solle. Wir hätten uns seinerzeit für eine zweite Phase ausgesprochen, andere seien dagegen gewesen. Die Frage werde jetzt akut vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Gorbatschow-Vorschläge vom 15.1.[11] ebenso wie der SDI-Plan von Reagan[12] im Falle der Verwirklichung darauf hinauslaufen würden, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung ganz oder teilweise außer Kraft trete und sich daher die Frage stelle, wie Kriegsverhütung zukünftig gewährleistet werden solle. Ein konventionelles Gleichgewicht allein garantiere dies nicht. Sorgen mache uns in Europa vor allem die Angriffs- und Überraschungsfähigkeit des Ostens. Vertrauensbildende Maßnahmen könnten eine Rolle spielen, um das Überraschungsmoment zu reduzieren, nicht aber die Angriffsfähigkeit als solche. Man müsse also fragen, ob die Militärdoktrinen noch haltbar seien. Die westliche sei defensiv, die NATO sei von der Struktur und der Ausrüstung her nicht für Angriffe ausgelegt. Anders sei es im Osten: Man müsse sich Doktrinen, Bewaffnung und sonstige Ausrüstung sowie Stationierungsorte ansehen mit dem Ziel, eine Nichtangriffsfähigkeit zu erreichen. BM verwies in diesem Zusammenhang auf seine Salamanca-Rede.[13]

Wir fragten uns allerdings nach der jüngsten östlichen Reaktion auf unseren MBFR-Vorschlag[14], ob sich ein Gespräch über diese Fragen lohne. Im Augenblick könne man die östliche Reaktion damit erklären, daß durch Beschäftigung mit dem KPdSU-Parteitag in Moskau keine vertiefte Behandlung habe stattfinden können. Es müsse aber etwas nachkommen, die bisherige Reaktion dürfte nicht das letzte Wort sein.

Überhaupt müsse man feststellen, daß sich die Gorbatschow-Äußerungen zur Verifikation erst am Verhandlungstisch bewähren müßten. Dies gelte auch für die CW-Verhandlungen[15] und Stockholm.

Das Folgetreffen in Wien könne auch weiterführende Veranstaltungen in anderen Bereichen bringen, z. B. im Anschluß an das Kulturforum in Budapest. Letzteres sei auch ohne Schlußdokument ermutigend verlaufen. Ungarn habe sich vernünftig verhalten, die Kulturschaffenden auch bei uns seien an Weiterführung interessiert. Nach einem WP-Land könne nunmehr über andere Orte nachgedacht werden. Es liege in unserem Interesse, das verbindende der europäischen Kultur stärker ins Bewußtsein zu bringen, es werde zunehmend stärker verstanden als Möglichkeit einer europäischen Identifikation.

Bei einem Folgetreffen könne neben den aktuellen Implementierungsfragen

11 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

12 Präsident Reagan kündigte in einer Fernseh- und Rundfunkansprache am 23. März 1983 eine strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems im Weltraum an. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

13 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 17. März 1986 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Salamanca vgl. BULLETIN 1986, S. 217–223.

14 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

15 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) für ein Abkommen über das Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 19, Anm. 18.

auch über das Verhältnis Europas zu Problemen der Dritten Welt gesprochen werden.

Insgesamt sei festzustellen, daß die Grundphilosophie des KSZE-Prozesses am besten in Mitteleuropa verstanden werde. Er habe den Bewegungsraum der kleineren WP-Staaten erheblich erweitert. Nicht ohne Grund hätten wir immer wieder gesagt, es solle der Ehrgeiz der beiden deutschen Staaten sein, bei der Realisierung der Schlußakte[16] den höchsten Standard zu verwirklichen.

Es sei günstig, daß das nächste Folgetreffen in Wien stattfinde. Wir wollten mit Österreich engstens zusammenarbeiten. Es sei aber richtig, in einzelnen Fragen auch die kleineren WP-Staaten anzusprechen und zu versuchen, von vornherein die Konfrontation zu reduzieren.

AM Gratz bezeichnete es als wichtig, auch die weniger direkt betroffenen westlichen Staaten stärker zu interessieren. Spanien sei im Augenblick sehr stark auf das NATO-Referendum[17] fixiert gewesen, habe beim Folgetreffen in Madrid aber eine großartige Rolle gespielt.

Die österreichische Seite stimme den Ausführungen BMs im August in Helsinki[18] voll zu:

– KSZE sei kein durch die Unterzeichnung der Schlußakte abgeschlossener Vorgang, sondern ein Prozeß.
– Zum ersten Male verfüge Europa in der Schlußakte über einen Code of conduct[19]. Auf dieser Grundlage müsse der Prozeß weiterentwickelt werden.

Bei Gesprächen in allen Ostblockstaaten außer Polen im Herbst 1985[20] habe er, Gratz, überall betont, daß die Konferenz von Ottawa noch von der ideologischen Kernfrage belastet gewesen sei und daher kein Ergebnis habe bringen können. Wenn aber in Bern, wo die Diskussion ohne die ideologische Belastung stattfinde, kein Endergebnis erzielt werde, würden denjenigen die Argumente genommen, die für eine Erweiterung der Zusammenarbeit eintreten. Er habe im Vier-Augen-Gespräch mit DDR-AM Fischer[21] erklärt, ohne Ergebnisse in Bern werde der ganze KSZE-Prozeß gefährdet. Fischer habe dies mit Ernst aufgenommen.

Ohne Ergebnis in Bern werde auch das Folgetreffen in Wien einer schweren Belastungsprobe unterworfen und zu einer Implementierungsdebatte zu Korb III werden. Österreich entfalte daher vor Bern eine aktive Politik.

BM verwies darauf, daß die katastrophale Entwicklung der Ausreisezahlen aus der SU besonderen Anlaß zur Sorge gebe. Unter Bezugnahme auf das Gespräch Bundespräsident Carstens–Andropow bei der Breschnew-Beerdigung[22] stellte

16 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

17 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

18 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 anläßlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

19 Korrigiert aus: „contact".

20 Der österreichische Außenminister Gratz hielt sich vom 17. bis 20. Oktober in Bulgarien, am 28./29. Oktober in Ungarn und vom 1. bis 3. Dezember 1985 in Rumänien auf.

21 Der österreichische Außenminister Gratz hielt sich vom 3. bis 5. November 1985 in der DDR auf.

22 Bundespräsident Carstens hielt sich am 14./15. November 1982 anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Für das Gespräch mit

BM fest, für die damalige SU-Führung habe es sich eindeutig um eine Prinzipien-Frage gehandelt. Wie sich die neue Führung einstelle, sei noch nicht erkennbar. Die bisherige Haltung richte sich jedenfalls nicht spezifisch gegen Deutsche, Juden seien in gleicher Weise betroffen.

AM unterstrich Prestige-Denken der SU. Österreich versuche zu suggerieren, wie günstig sich eine Geste bei menschlichen Kontakten auswirken würde. Die Moskauer Erläuterungen, z. B. von Bondarenko, erstaunten allerdings, daß – auch bei gutem Willen der politischen Führung – die Durchsetzung von Entscheidungen in diesem Bereich schwierig sei und lange Zeit beanspruche. BK Sinowatz werde im April zur Eröffnung der österreichischen Industrieausstellung in die SU fahren und mit MP Ryschkow zusammentreffen. Eine Begegnung mit Gorbatschow sei nicht sicher. Dem BK werde geraten, vor allem Bern und menschliche Kontakte anzusprechen.[23]

Zu Korb II der Schlußakte meinte Gratz, es gehe um Bewegungsraum für die kleineren östlichen Länder. Er äußerte Zweifel, ob eine Konkretisierung sinnvoll sei. Von östlicher Seite würden Angriffe auf die COCOM-Liste kommen, denen sich manche westliche Länder anschließen würden. Besser sei es daher, möglichst viele Prinzipien festzulegen für die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen, auf die die kleineren Länder sich dann berufen könnten, wenn sie sich Kritik aus Moskau ausgesetzt sehen. In diesem Sinne habe man mit den Ungarn gesprochen.

Zum Kulturforum bemerkte AM, man solle es vielleicht in einem europäischen Randstaat stattfinden lassen. Botschafter Bauer hielt es für sinnvoll, aus den rund 120 in Budapest registrierten Vorschlägen einzelne für Wien herauszugreifen und dort zum Thema zu machen.

BM stimmte zu: Wir würden sicher unseren Vorschlag für Kulturinstitute wiederholen.[24] Wir hätten im Augenblick mit der Einrichtung eines Kulturinstituts in Budapest Probleme.[25]

AM verwies auf österreichische Probleme in Prag. Man habe der dortigen Re-

Fortsetzung Fußnote von Seite 443

dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 302.

23 Bundeskanzler Sinowatz hielt sich vom 1. bis 5. April anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „Moderne österreichische Industrietechnik" in der UdSSR auf und traf am 2. April 1986 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 893 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 5. April 1986; Referat 213, Bd. 139341.

24 Botschafter a. D. von Hase, z. Z. Budapest, kündigte am 30. Oktober 1985 an, daß die Delegation am 1. November 1985 einen Vorschlag einbringen werde, dem zufolge es jedem KSZE-Teilnehmerstaat auf der Basis bilateraler Abmachungen erlaubt sein solle, in jedem anderen Teilnehmerstaat ein Kulturinstitut zu eröffnen, und ein freier Zugang für alle Bürger gewährleistet sein müsse. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1160; Referat 212, Bd. 133517.

25 Ministerialdirektor Witte vermerkte am 30. Januar 1986: „Wir sind mit Ungarn seit längerem im Gespräch über die Errichtung eines Kulturinstituts in Budapest. […] Die ungarische Seite gab immer wieder zu verstehen, daß sie bisher der Errichtung eines Kulturinstituts in Budapest nicht zustimmen konnte aus Rücksichtnahme auf die Partnerländer des WP und da sie keine ‚Vorreiterrolle' übernehmen könne. Darüber hinaus wurde das Argument vorgebracht, daß wegen mangelnder Finanzmittel (Devisen) Ungarn auf die Errichtung eines Kulturinstituts bei uns bis auf weiteres verzichten müsse und somit der Austausch eine ‚einseitige Sache bleiben' würde. In mehreren Gesprächen während und im Anschluß an das Kulturforum […] wurde deutlich, daß die ungarische Seite nunmehr bereit ist, auf Gegenseitigkeit bei der Errichtung von Kulturinstituten zu verzichten, wenn wir unsererseits ungarischen Anliegen außerhalb des kulturellen Bereichs entgegenkämen." Vgl. Referat 214, Bd. 139525.

gierung wiederholt gesagt, daß man die Präsentation der deutschen Kultur nicht allein der DDR überlassen wolle.

BM will dieses Thema auch bei den bevorstehenden Gesprächen mit dem bulgarischen AM aufnehmen.[26]

BM erinnerte auch an den Vorschlag der griechischen Kultusministerin Mercouri, jährlich eine Hauptstadt Europas zur Kulturhauptstadt zu erklären.[27] Da es keine EG-Kultur gebe, solle man überlegen, ob man dieses Projekt zunächst auf den Europarat ausdehne, es könne aber auch ein Thema für das Folgetreffen sein. Darüber müsse nachgedacht werden. Die europäische Identifikationsfindung werde große politische Dynamik auslösen. Dies werde vielleicht in der Zukunft auch in der europäischen SU deutlicher werden, wenn der mohammedanische Fundamentalismus in der SU spürbarer werde.

AM stimmte zu und äußerte Bereitschaft, initiativ zu werden. Die kleineren WP-Staaten träten vorbehaltlos dafür ein, die Kultur einzubeziehen.

Zu Korb II erinnerte BM daran, daß der östlichen Seite verdeutlicht werden müsse, daß eine Erweiterung der Zusammenarbeit auch im Technologiebereich dann möglich sei, wenn Sicherheitsbedenken nicht mehr so stark durchschlügen.

AM stimmte zu und verwies auf die Notwendigkeit, auch den Informationsbereich einzubeziehen. Neue technologische Mittel wie Satellitenfernsehen brächten die neue sowjetische Führung anscheinend ohnehin zur Einsicht, daß die Informationsverbreitung nicht mehr zu behindern sei. Aus Äußerungen von ungarischer oder bulgarischer Seite – AM erinnerte sich nicht mehr genau an die Quelle – sei deutlich geworden, daß man sich vermutlich in das Unvermeidbare schicken werde und vielleicht sogar Zugeständnisse mache. Es bedürfe weiterer Überlegung, wie man hier initiativ werden könne. Es gebe einen Gedanken, auf einem von den Neutralen gestarteten Fernsehsatelliten allen Teilnehmerstaaten Programmzeit zur Verfügung zu stellen.

Zu Stockholm bemerkte AM: Sofern es nur ein bescheidenes Ergebnis gebe, solle man auf eine Folgekonferenz hinarbeiten. Wenn präsente Truppenstärken reduziert werden sollten, müsse die SU praktisch ihren Wehrdienst verkürzen, was dann aber ein Arbeitsmarktproblem mit sich bringe. Bei Verifikationsmaßnahmen müsse man jedenfalls insistieren, da sie im Madrider Mandat[28] enthalten seien.

2) EG-Fragen

AM begrüßte Süderweiterung[29] wie auch die auf Herstellung eines freien EG-Binnenmarktes abzielenden Luxemburger Beschlüsse[30]. Je freier der Binnen-

26 Zum Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow vom 19. bis 21. Mai 1986 vgl. Dok. 147.

27 Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 8. Februar 1984: „Auf dem Ministertreffen über kulturelle Angelegenheiten der EG-MS am 28.11.1983 regte die griechische Delegation an, daß die jeweilige EG-Ratspräsidentschaft eine Stadt ihrer Wahl als ‚Hauptstadt der europäischen Kultur' designiert. Der griechische Vorschlag, Athen 1984 diese Rolle als erster Stadt zuzuerkennen, wurde allgemein akzeptiert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 167; Referat 602, Bd. 155554.

28 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

29 Portugal und Spanien traten zum 1. Januar 1986 den Europäischen Gemeinschaften bei.

30 Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 2, Anm. 27.

markt werde, desto besser auch für dritte Länder. Diese Auffassung setze sich bei den EFTA-Ländern durch.

Die in Österreich wiederholt diskutierte Frage, warum kein EG-Beitritt angestrebt werde, bezeichnete AM als eine Frage nicht des theoretischen Neutralitätsrechts, sondern der politischen Lage in Europa. Der jetzige Status Österreichs sei Teil des europäischen Gleichgewichts. Zwar werde die SU bei einem EG-Beitritt nicht einmarschieren, der Vorhang werde aber wieder heruntergehen. Für Österreich gehe es daher darum, so nahe wie möglich dabeizusein, ohne formell beizutreten. Konkret heiße dies, daß Österreich die Maßnahmen der EG so weit wie möglich nachvollziehen müsse. Es sei daher interessiert, seinen Standpunkt so früh wie möglich in die EG-Meinungsbildung einzubringen, um den autonomen Nachvollzug zu erleichtern. Dies beziehe sich besonders auf die Maßnahmen zur Herstellung des Binnenmarktes. Ein wichtiger Bereich sei der des öffentlichen Ausschreibungswesens. Man sei entschlossen, auch auf österreichischer Seite positive Schritte zu tun. Der kürzlich an eine deutsche Firma vergebene Auftrag der Donau-Dampfschiffahrts-AG sei ein erster Schritt in diese Richtung: Auch gegen den Widerstand des Finanzministers[31] habe man sich strikt an das günstigste Angebot gehalten.

BM erläuterte, daß die Bundesrepublik Deutschland das Land in der EG sei, das dort am stärksten die Interessen der anderen marktwirtschaftlichen Länder Europas wahrnehme. Im Juli würden wir eine Botschafterkonferenz mit den Botschaftern aus den nordischen Ländern abhalten, um die Auswirkungen der bevorstehenden EG-Entscheidungen auf diese Länder zu erörtern. Ähnliches sei in bezug auf Österreich nicht notwendig. Wenn man in Österreich den EG-Maßnahmen autonom folgen wolle, würde es sicher ein gutes Signal darstellen, wenn man die österreichischen Vergabevorschriften, nach denen bisher österreichische Firmen bevorzugt würden, entsprechend ändere. Desgleichen wäre wichtig, daß Bauhandwerker aus der Bundesrepublik Deutschland freien Zugang nach Österreich hätten, so wie die österreichischen Handwerker bei uns.

AM kündigte an, daß die EFTA-Außenminister am Rande des OECD-Treffens in Paris[32] ohne formelle Tagesordnung erörtern wollten, in welche Richtung man weitergehe.

BM begrüßte dies und verwies auf das deutsche Eintreten für eine Erstreckung von EUREKA[33] auch auf Nicht-EG-Staaten.

AM schloß diesen TOP ab mit der Bemerkung, daß die kleineren RGW-Staaten sich positiv über die EG-Reaktion geäußert hätten, wonach zunächst die Beziehungen zu den Einzelstaaten entwickelt werden sollten. Dies entspreche ganz ihrer Interessenlage.

3) Bilaterale Fragen

BM sprach Verhandlungen Österreichs mit der DDR über ein Rechtshilfeabkommen in Strafsachen an.[34] Wir hofften, daß Österreich unseren Interessen

31 Franz Vranitzky.
32 Die OECD-Ministerratstagung fand am 17./18. April 1986 statt.
33 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 2, Anm. 31–33.
34 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte am 7. November 1985, daß die DDR nach Aus-

Rechnung tragen werde, die gegenüber dem Außenministerium bekundet worden seien.[35]

Botschafter Bauer äußerte Zweifel, ob dies im vollen Umfang möglich sei.

Dg 20[36] verwies auf die bei Abschluß des Konsularabkommens[37] gefundene Regelung. BM schloß hieran die Bitte an, diesen Präzedenzfall zu beachten.

4) Ausreise von Rumäniendeutschen

BM erläuterte Haltung der Bundesregierung.

[gez.] Ploetz

Referat 203 (202), Bd. 140566

Fortsetzung Fußnote von Seite 446

kunft der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin beim Besuch des Außenministers Gratz vom 3. bis 5. November 1985 „deutliches Interesse am Abschluß eines Rechtshilfeabkommens in Strafsachen gezeigt" habe: „Bereits vor Jahren habe die DDR einen entsprechenden Entwurf vorgelegt, der damals allerdings noch mit einem Abkommen über Rechtshilfe in Zivilsachen verknüpft war. Im Wiener Justizministerium […] werde gegenwärtig ein Gegenentwurf für ein Rechtshilfeabkommen in Strafsachen erarbeitet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1792; Referat 210, Bd. 139198.

35 Gesandter Heibach, Wien, berichtete am 5. Februar 1986, daß er dem Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium, Magrutsch, die Haltung der Bundesrepublik hinsichtlich eines Rechtshilfeabkommens in Strafsachen mit der DDR vorgetragen habe. Dieser habe entgegnet, daß das Abkommen wahrscheinlich nur Fälle betreffen werde, „in denen die Staatsangehörigkeitsfrage in der Praxis keine Rolle spiele". Vielmehr werde es „zahlreiche Ausnahmen zur grundsätzlich zu gewährenden Rechtshilfe" vorsehen, insbesondere die Nichtanwendbarkeit bei politischen Delikten: „Republikflucht im Sinne der DDR-Gesetzgebung sei z. B. für Österreich, wenn überhaupt, dann ein politisches Delikt. Eine vertragliche Auslieferungsregelung sei definitiv nicht vorgesehen. Er sehe keine Schwierigkeit, wie beim Konsularvertrag 1975 zu verfahren und uns eine Note zu schicken, welche die bisherige österreichische Praxis bestätige. Zu der von uns gewünschten entsprechenden Unterrichtung der DDR konnte er sich noch nicht äußern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 112; Referat 220, Bd. 174732.

36 Hans-Friedrich von Ploetz.

37 Am 26. März 1975 unterzeichneten Österreich und die DDR einen Konsularvertrag. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1975, S. 2190–2200.
Zum Schriftwechsel zwischen der Bundesrepublik und Österreich hinsichtlich der im Vertrag enthaltenen Staatsbürgerschafts-Klausel vgl. AAPD 1975, I, Dok. 152.

79

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-321.00 VS-NfD **20. März 1986**[1]

Unter Vorbehalt der Billigung durch BM

Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow am 20.3.1986, 15.30 Uhr

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

Nach der Begrüßung in Anwesenheit der Presse führte Botschafter *Semjonow* aus: Er wolle mitteilen, daß er als Botschafter seinen Rücktritt eingereicht habe, aber seine Arbeit als Persönlicher Berater des sowjetischen Außenministers[2] fortsetzen werde. Er sei beauftragt, um das Agrément für Botschafter Kwizinskij als außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland nachzusuchen. Entsprechend der Übung wolle er den Lebenslauf dieses jungen Mannes übergeben. Der Herr Bundesminister kenne ihn gut, er sei ein fröhlicher und gebildeter Mann. Es gäbe hier eine gewisse Kontinuität. Er – Botschafter Semjonow – sei seinerzeit aus Genf gekommen[3], auch Kwizinskij komme aus Genf, allerdings direkt aus dem Weltraum. (*Bundesminister* wirft ein: Er habe angenommen, dort seien nur die Amerikaner.)

Der *Botschafter* fährt fort, er würde gerne auf die bilateralen Beziehungen eingehen. Er wolle einige Schlüsselthemen ansprechen, die Generalsekretär Gorbatschow vorgetragen habe und die auch die Bundesrepublik Deutschland beträfen. Gorbatschow habe betont, daß es keine Alternative zur Kooperation und zum Zusammenwirken gäbe. Die friedliche Koexistenz sei der politische Kurs, an den die Sowjetunion sich auch in Zukunft halten wolle.[4] Darin zeige sich die programmatische Haltung der Sowjetunion zum Westen und auch zur Bundesrepublik Deutschland. Er gehe sicher nicht fehl in der Annahme, daß diese Äußerungen im Einklang mit einigen Erklärungen des Herrn Bundesministers stünden. Generalsekretär Gorbatschow habe unterstrichen, daß die Sowjetunion nicht die Absicht habe, ihre Außenbeziehungen auf ein, wenn auch noch so wichtiges, Land zu begrenzen. Europa spiele in der sowjetischen Außenpolitik eine bedeutsame Rolle. Die Zukunft Europas liege in der friedlichen Zusammenarbeit und in den Bemühungen um eine „reife“ Entspannung auf der Grund-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 20. März 1986 gefertigt und am folgenden Tag mit der Bitte an das Ministerbüro geleitet, „die Genehmigung des Herrn Ministers herbeizuführen“.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 21. März 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verteilung unter Vorbehalt Billigung durch BM.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 213, Bd. 139307.

2 Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse.

3 Wladimir Semjonowitsch Semjonow war von 1969 bis 1978 Leiter der sowjetischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) und seit 21. November 1978 sowjetischer Botschafter in Bonn.

4 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1986 in Moskau; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 276.

lage des KSZE-Prozesses und der Abrüstung. Hier sei auch die Bundesrepublik Deutschland angesprochen. In den 70er Jahren hätten die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland am Anfang der Entspannung gestanden, und es sei nicht wenig geschehen, daß die Entspannung zu einem wesentlichen Faktor der internationalen Beziehungen geworden sei. Sollten nicht die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion, gemeinsam oder getrennt, Anstrengungen unternehmen, um die Entspannung weiter voranzubringen? Konkrete Maßnahmen dazu wären Schritte im Abrüstungsbereich. Die Bundesrepublik Deutschland könne hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Dies sei auch Thema bei den rüstungskontrollpolitischen Konsultationen gewesen, zu denen Botschafter Ruth vor kurzem nach Moskau gereist sei.[5] Deshalb wolle er darauf nicht weiter eingehen.

Er habe heute den Wortlaut eines Appells des Obersten Sowjets an den amerikanischen Kongreß erhalten. Der Appell sei der Frage der Einstellung der Atomtests gewidmet. Es werde darauf verwiesen, daß die Sowjetunion bereits seit acht Monaten keine Nuklearexplosionen vorgenommen habe. Sie wolle sie auch nach dem 31.3. nicht wieder aufnehmen, solange die USA keine Atomtests vornehme.[6] Der deutschen Seite sei sicher auch die sowjetische Haltung zur Verifikation bekannt. Die Bundesrepublik Deutschland habe mehrmals Interesse an einem baldigen Abkommen zum Verbot von Atomtests bekundet. Leider müsse man feststellen, daß die Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz in Genf keine konstruktive Haltung einnehme. Der Delegationsleiter Wegener mache nicht selten offen tendenziöse, antisowjetische Äußerungen. Gelegentlich werde behauptet, daß ein Verbot von Atomtests eine erhebliche Reduzierung von Atomwaffen nicht ersetzen könne. Die Sowjetunion wolle keinen Ersatz, sondern habe ein Programm für einen vollständigen Abbau von Atomwaffen vorgelegt.[7] Sie gehe davon aus, daß die Frage der Einstellung von Nukleartests und die Abschaffung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa besonderen Vorrang hätten. Es nähere sich die Stunde der Wahrheit. Europäische Politiker müßten die Frage beantworten, ob sie Atomwaffen überhaupt abschaffen wollten.

5 Botschafter Ruth führte am 11./12. März 1986 in Moskau Konsultationen über Abrüstung und Rüstungskontrolle, in deren Mittelpunkt die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf, die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 sowie die multilateralen Rüstungskontrollforen KVAE, MBFR und der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) standen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 647/648 von Ruth, z. Z. Moskau, vom 11. März 1986; Referat 220, Bd. 130078.

6 Zum einseitigen sowjetischen Testmoratorium vgl. Dok. 16, Anm. 15.
In seiner Antwort vom 13. März 1986 auf das Schreiben der Präsidenten Alfonsín und de la Madrid, der Ministerpräsidenten Gandhi, Palme und Papandreu sowie des ehemaligen Präsidenten Nyerere vom 28. Februar 1986 kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an: „Die Sowjetunion wird auch nach dem 31. März keine Kernexplosionen durchführen – bis zur ersten Kernexplosion in den USA." Ferner erklärte er die Bereitschaft, sofort Verhandlungen über einen umfassenden Teststopp aufzunehmen. Hinsichtlich der Verifikationsfrage sei die UdSSR einverstanden, Beobachtern auf der Grundlage der Gegenseitigkeit den Besuch von Orten zu gestatten, „an denen unklare Erscheinungen festgestellt wurden". Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 324.
Für den Wortlaut des Appells des Präsidiums des Obersten Sowjets vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 20. März 1986, S. 1.

7 Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

An dieser Stelle bittet der *Bundesminister* um Unterbrechung, da er in den Bundestag gerufen wird[8], und schlägt die Fortsetzung des Gesprächs im Verlauf des Nachmittags vor.

Bei Fortsetzung der Unterredung um 17.30 Uhr betonte *Semjonow*, er wolle nicht zu ausführlich werden dem Bundesminister gegenüber, der alles sofort verstehe und inzwischen der dienstälteste Außenminister der Welt sei. Der *Bundesminister* replizierte, wenn der Botschafter dies noch einmal wiederhole, werde er Schwierigkeiten im Warschauer Pakt bekommen.

Botschafter *Semjonow* fuhr fort, er wolle das SDI-Problem ansprechen. Offenbar forciere die BR Deutschland die Beteiligung an diesem Projekt.[9] In Moskau frage man sich, was diese Eile bedeute, da das zweite Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow bevorstehe, welches früher erörterte Fragen weiterbringen könne. Die Behutsamkeit sei die Schwester der Weisheit. Das amerikanische Drängen spräche dafür, daß selbst in den USA keine volle Unterstützung für SDI existiere. Die Mehrheit der amerikanischen Wissenschaftler habe sich gegen das Projekt ausgesprochen. Wenn eine politische Vereinbarung ein Druckmittel darstellen solle, dann werde in der negativen Einstellung der Sowjetunion keine Änderung eintreten. Aber in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland könnten weitere Beeinträchtigungen die Folge sein. Dies sollte vermieden werden. Gorbatschow habe in seinem politischen Bericht ein klares Konzept zur Schaffung eines umfassenden, internationalen Sicherheitssystems vorgelegt und die wichtigsten Prinzipien formuliert. Dieses Konzept erlaube es, die friedliche Koexistenz zum höchsten Prinzip der internationalen Beziehungen zu machen. Auf dem Parteitag sei ein Dialog zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates vorgeschlagen worden.[10] Ein solcher Dialog habe nichts mit Privilegien der ständigen Sicherheitsratsmitglieder zu tun, sondern würde nur die besondere Verantwortung dieser Mitglieder widerspiegeln. Vor zwei bis drei Jahren habe sich der Bundesminister für eine Konferenz der fünf Nuklearmächte eingesetzt. Er hoffe, daß diese Haltung es der Bundesregierung erlaube, einen analogen Vorschlag der Sowjetunion zu unterstützen, um die Zustimmung der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu gewinnen. Es gebe auch einen gewissen Einklang zwischen dem sowjetischen Vorschlag für einen Kongreß für wirtschaftliche Sicherheit[11] und dem deutschen Gedanken einer Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit[12]. Das Feld für gemeinsame Ar-

8 Am 20. März 1986 debattierte der Bundestag im Anschluß an eine Regierungserklärung des Bundesministers Genscher über die Lage in Afghanistan. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 207. Sitzung, S. 15894–15905.

9 Zu den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 72.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, unterbreitete am 25. Februar 1986 auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau den Vorschlag, daß Frankreich, Großbritannien, die UdSSR, die USA und die Volksrepublik China „am runden Tisch zusammenkommen und erörtern, was für die Festigung des Friedens unternommen werden kann und muß". Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 288.

11 Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU regte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau an, einen „Weltkongreß über Probleme der wirtschaftlichen Sicherheit" einzuberufen. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 288.

12 Bundeskanzler Kohl regte im Schreiben vom 30. August 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, die „Einberufung einer internationalen Konferenz auf Ministerebene im Rahmen der KSZE-Mitglieder" an. Vgl. AAPD 1985, II, Dok. 235.

beiten sei also breit. Bewegung in dieser Richtung könne Fortschritte in anderen Gebieten erleichtern.

Außerhalb des Protokolls wolle er folgendes anmerken: In Moskau habe sich die Führung verjüngt[13], aber nicht alle Mitglieder der Führung seien im gleichen Umfang mit internationalen Fragen vertraut. Deshalb komme es vor, daß manche Erklärungen nicht richtig verstanden würden und sogar Emotionen auslösten. Als er jetzt auf dem Parteitag in Moskau gewesen sei, sei er selbst Zeuge einer emotionalen Reaktion gewesen. Es sei wichtig, behutsam zu sein.

Botschafter Semjonow wies auf die bevorstehende Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission hin.[14] Er sagte, er habe ein Gespräch mit Antonow gehabt, der Ko-Vorsitzender bleibe. Es habe sich gezeigt, daß sich die Beschlüsse des Parteitages zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit unmittelbar auf die Tagung auswirken könnten. Er, der Botschafter, habe einen großen Teil seiner Arbeit in Bonn den Kontakten zur Geschäftswelt gewidmet. Er habe großes Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vorgefunden. Auch Wolff von Amerongen habe sich in diesem Sinne geäußert und trete für Zusammenarbeit ein. An dieser Stelle wolle er dem Bundesminister für die Aufmerksamkeit danken, die er dieser Thematik gewidmet habe, vor allem im Fall VW-Werk.[15] Das Konzept der beschleunigten Entwicklung, das auf dem Parteitag verabschiedet sei, eröffne günstige Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit. Die Sowjetunion wolle Aufrechterhaltung und Ausweitung des Warenaustausches. Zur Zeit gebe es gewisse Begrenzungen wegen des sowjetischen Valutafonds. Man solle prüfen, wie dieses Problem ausgeglichen werden könne, z. B. durch Ausweitung von Kompensationsgeschäften.

Über die kulturelle Zusammenarbeit wolle er sich nicht äußern. Er sei durch seine eigenen Aktivitäten genügend aufgefallen.

Der *Bundesminister* dankte für die Gesamtdarstellung der Beziehungen im bilateralen und internationalen Bereich. Er dankte für die Mitteilung über die Rückberufung des Botschafters. Er betonte, daß wir die Arbeit des Botschafters stets sehr hoch eingeschätzt hätten. Wir hätten es als einen Vorzug empfunden, in dem Botschafter einen profunden, langjährigen Kenner der bilateralen Beziehungen und der Rüstungskontrolle zu haben. Er wolle die Arbeit des Botschafters vor einem größeren Kreis zu einem späteren Zeitpunkt würdigen, wenn er ihm ein Abschiedsessen geben werde. Herr Kwizinskij sei hier als Botschafter willkommen. Auch wenn er noch jung sei, habe er sich doch lange Zeit

Fortsetzung Fußnote von Seite 450

Der Bundeskanzler wiederholte diesen Vorschlag im Schreiben vom 30. Januar 1986 an Gorbatschow. Vgl. dazu Dok. 27.

Kohl unterbreitete schließlich am 26. Mai 1986 vor der VI. Interparlamentarischen Konferenz über europäische Zusammenarbeit und Sicherheit öffentlich den Vorschlag einer „KSZE-Konferenz auf hoher Ebene" über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. BULLETIN 1986, S. 501.

13 Zu den personellen Änderungen in den Leitungsgremien der KPdSU vgl. Dok. 68, Anm. 7.

14 Zur Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 3./4. April 1986 in Moskau vgl. Dok. 118, Anm. 32.

15 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 11. Juni 1985 informierte Botschafter Semjonow darüber, daß die UdSSR „mit dem Volkswagenwerk über die Erneuerung des Moskwitsch-Werkes verhandele". Ein Problem „seien die Fristen für die Abwicklung und Realisierung. Das Volkswagenwerk denke an die 90er Jahre, während die sowjetische Seite das Projekt bereits 1986/87 realisieren wolle. Er bitte deshalb den Bundesminister, sich für diese Frage zu interessieren." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 140476.

in Moskau und hier mit der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Wir betrachteten seine Ernennung auch als Ausdruck der Wertschätzung der sowjetischen Regierung uns gegenüber.

Der Minister betonte: Er habe die Erklärung von Gorbatschow vom 15.1.1986 öffentlich positiv bewertet[16] und auch in Gesprächen mit den Verbündeten zum Ausdruck gebracht, daß wir die Erklärung nicht als Akt der Propaganda betrachteten. Natürlich hätten wir den Verlauf des Parteitages beobachtet und analysiert. Wir verstünden gut, daß er sich vor allem mit den inneren Problemen des Landes beschäftigt habe, insbesondere mit den Fragen der Modernisierung. Auch die außenpolitischen Passagen seien wichtig. Wir nehmen es ernst, was über Westeuropa gesagt werde und über das Gewicht, das die Sowjetunion Westeuropa beimesse. Was Botschafter Semjonow heute dazu gesagt habe, sei eine realistische Sicht. Wie für uns unsere Beziehungen zur Sowjetunion wichtig seien, so seien gewiß auch für die Sowjetunion ihre Beziehungen zu uns als solche, aber auch im Hinblick auf die übrigen Länder der EG und des Atlantischen Bündnisses bedeutsam. Man müsse sich fragen, wie die Architektur für Verbesserungen im West-Ost-Verhältnis auszusehen habe. Die politischen Fragen der Zusammenarbeit hätten keinen geringeren Rang als Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, sondern seien nur eine Seite der gleichen Medaille. Der Botschafter habe auf die INF-Thematik hingewiesen. Wir würden es begrüßen, wenn es zu einer gänzlichen Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen käme. Wir werteten aber auch einen Schritt in dieser Richtung bereits als Erfolg. Wir hielten nichts von einer Politik des Alles oder Nichts. Es komme darauf an, Entwicklungen in die richtige Richtung zu lenken, die richtige Richtung sei hier vorgezeichnet. Der Bundeskanzler habe in seiner ersten Pressekonferenz d. J. klar auf unser Interesse an einem umfassenden Teststopp hingewiesen[17], an dieser Haltung habe sich nichts geändert. Herr Wegener sei ehrlich und nach Kräften bemüht, gerade in dieser Frage voranzukommen. Wir seien gerne bereit, auf der Linie dessen, was der Bundeskanzler erklärt habe, unsere Bemühungen fortzusetzen. Nachdem oberirdische Atomversuche untersagt worden seien[18], mache es Sinn, sich einem Verbot für unterirdische Atomversuche zu nähern.

Natürlich fragten wir uns, wie wir die politische und militärische Strategie ohne nukleare Abschreckung fortsetzen könnten. Wir seien bereit, mit allen darüber zu sprechen, was geschehen müsse, um konventionelles Gleichgewicht herzustellen, natürlich auf niedrigerem Niveau als heute. Wir wollten mit allen die Frage prüfen, was geschehen müsse, um die Fähigkeit zum Angriff zu mindern und zu beseitigen. Wie müsse die Sicherheitsstrategie aussehen, die uns allen das vernichtende Abenteuer eines konventionellen Krieges erspare? Unvergessen sei, daß zu Beginn des Ersten Weltkrieges ein ungefähres Gleichgewicht bestanden habe. Trotzdem sei der Krieg ausgebrochen, nur mit dem Unterschied, daß es damals nicht so viele Waffen wie heute gegeben habe.

16 Zur Stellungnahme des Bundesministers Genscher vom 16. Januar 1986 vgl. Dok. 16, Anm. 7.

17 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl vom 9. Januar 1986 vgl. Dok. 16, Anm. 14.

18 Vgl. dazu den Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Teststopp-Abkommen); vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 907–910.

Auf zwei Konferenzen würden Teilbereiche dieser Materie erörtert. Die eine seien die MBFR-Verhandlungen in Wien. Hier erwarteten wir nach der ersten enttäuschenden Antwort der Sowjetunion eine konstruktivere Reaktion. Der im Dezember vorgelegte Entwurf, der maßgeblich auf uns zurückzuführen sei, bedeute einen erheblichen Fortschritt.[19] In Stockholm sei die Frage der vertrauensbildenden Maßnahmen wichtig. Wir hofften, daß die Erklärung, die Gorbatschow hierzu allgemein abgegeben habe, erlaube, in der Substanz voranzukommen.

Der Bundesminister fuhr fort: Er habe gerade im Bundestag erklärt, daß es wichtig sei, daß das politische Signal, das hinsichtlich Afghanistan vom Genfer Gipfel ausgegangen sei, zu konkreten Ergebnissen führe. Wir hätten mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß auf dem Parteitag ebenfalls von einer politischen Lösung für Afghanistan gesprochen worden sei.

Für uns sei der Begriff des Gewaltverzichts eine wichtige Regel für das Zusammenleben zwischen den Völkern. Bewegung in der Verifikationsfrage verbessere die Chancen für ein weltweites Verbot von Chemiewaffen. Der Hinweis des Botschafters auf eine Fünfer-Konferenz der Atommächte sei insoweit richtig, als er unsere Unterstützung für Konferenzidee von Präsident Mitterrand[20] im Auge gehabt habe. An dieser Haltung habe sich nichts geändert. Als Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages[21] glaubten wir übrigens, einen Anspruch darauf zu haben, daß die Atommächte Fortschritte in der nuklearen Abrüstung erzielten.

Was SDI anbelange, so bewege sich die Bundesregierung in einem normalen Verhandlungsablauf. Er könne nur wiederholen, was wir im Kabinettsbeschluß vom 18.12.85[22] gesagt hätten, daran ändere sich nichts. Geforscht werde auf beiden Seiten. Es gehe um Teilnahme an Forschung, die im übrigen ziemlich geringfügig sein werde. Dafür solle Rahmen geschaffen werden. Es sei keine Rede von einer Beteiligung, auch nicht finanzieller Art, des Staates. Wir unterstützten weiterhin die Zielsetzungen der Grundsatzvereinbarung vom 8.1.85[23], nämlich die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Einstellung auf der Erde. Besonders wichtig sei, daß sich alle im Rahmen des ABM-Vertrages hielten, und zwar in der restriktiven Auslegung.[24]

19 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

20 Präsident Mitterrand äußerte am 28. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York den Gedanken einer Konferenz Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR, der USA und der Volksrepublik China über „eine dauerhafte Begrenzung ihrer strategischen Systeme". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 643. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 327.
Der Vorschlag wurde auch von Kanada aufgegriffen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 352.

21 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

22 Zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 1, besonders Anm. 4.

23 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

24 Vgl. dazu die amerikanische Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972; AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

Er schätze die Sachkunde von Herrn von Amerongen hoch ein und unterstütze voll das Ziel, das auf eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit angelegt sei. Es komme darauf an, Vertrauen durch Zusammenarbeit zu gewinnen. Wir wollten keinen Handelskrieg und keine technologische Spaltung in Europa. Wir treten für den Ausbau der Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen ein, sowohl bilateral als auch im Verhältnis EG–RGW. Wir seien nicht schadenfroh, wenn die Sowjetunion Wirtschaftsprobleme habe. Wir betrachteten es als Gewinn auch für uns, wenn durch Zusammenarbeit sich die wirtschaftliche Situation auch für die Sowjetunion verbessere. Wir müßten uns alle fragen, wo neue, kühne Ideen am Wirken seien und wie die Zusammenarbeit verbessert werden könne, auch im Bereich von Korb III, eine Zusammenarbeit, die man nicht kritisieren solle, weil sie voll in Übereinstimmung mit der KSZE-Schlußakte[25] stehe.

Der Minister wies darauf hin, daß am 4.11. die nächste Folgekonferenz der KSZE in Wien beginne und nicht mehr viel Zeit verbleibe. Der KSZE-Prozeß müsse neuen Schwung bekommen. Die Konferenz dürfe nicht in den Schatten der zweifellos äußerst wichtigen bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA geraten. Wir hätten den Wunsch, auch mit der sowjetischen Regierung darüber zu sprechen, was möglich sei. Mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes wollten wir ebenfalls darüber ins Gespräch eintreten.

Botschafter Semjonow habe über die wichtigen Impulse gesprochen, die die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion in den 70er Jahren der Entspannung gegeben hätten. Dies könne auch in der 80er Jahren geschehen,·die Bundesregierung sei dazu bereit. Vieles, was er und andere sagten, ziele in diese Richtung. Er widme diesen Entwicklungen einen wesentlichen Teil seiner Kraft. In diesem Sinne fasse er die Rolle der Bundesrepublik Deutschland und Europas überhaupt in der internationalen Politik auf. Das Bewußtwerden der europäischen Identität sei eine wichtige Errungenschaft der letzten Jahre, die gepflegt werden müsse. Es liege an der Sowjetunion, auch das ihre zu tun. Die Bundesrepublik Deutschland habe stets eine realistische Sicht für die Möglichkeiten eingenommen. Sie habe nie der Illusion angehangen, man könne eine Politik um die Sowjetunion herummachen. Wir seien nicht die Sowjetunion des Westens, aber unser Gewicht in Europa hätten wir schon. Wir sollten die Zeit nicht verstreichen lassen, das Jahr 1986 zähle sozusagen doppelt. Es gehe darum, den Mantel des Schicksals zu ergreifen, wovon Bismarck gesprochen habe. Bismarck sei ein großer Mann gewesen, nur wenige, die nach ihm gekommen seien, hätten an ihn herangereicht. Er habe auf seine Weise die Bedeutung des Verhältnisses unserer Völker zueinander gekannt, wenn auch zu den Bedingungen seiner Zeit. Stresemann (BM deutete auf das Portrait an der Wand) habe von der Bedeutung der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gewußt. Beide Männer hätten ihre Lehrzeit durchgemacht, wer müsse dies nicht tun?

Botschafter *Semjonow* erwiderte: Er habe den Ausführungen aufmerksam zugehört und werde über das Gespräch berichten. Er wolle nicht auf die Punkte

25 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

eingehen, in denen man verschiedener Meinung sei. Damit müßten sich Kwizinskij und die Delegationen in Stockholm und Wien beschäftigen. Die Sowjetunion trete für die Abschaffung aller Atomwaffen ein. Sie suche keine Überlegenheit, werde allerdings auch nicht die Überlegenheit anderer zulassen. Ein Atomkrieg würde zur Zerstörung der Erde führen (der Bundesminister: er fürchte, schon ein konventioneller Krieg könne Europa zerstören). Richtig, Gorbatschow habe sich dafür ausgesprochen, daß in Europa überhaupt kein Krieg stattfinde.

SDI bringe Gefahren mit sich. Die USA machten keinen Hehl daraus, daß es sich um ein militärisches Programm handele. Dies würde auch von militärischen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland nicht bestritten. Der Botschafter betonte noch einmal, daß das Programm vom 15.1.86 und das außenpolitische Programm des Parteitages fundamentalen Charakter hätten. Er würdige es, daß der Bundesminister diese Erklärungen positiv erwähnt habe. Man solle nicht alles auf einmal versuchen. Die Bemerkung des Ministers vom schrittweisen Vorgehen entspreche dem, was unter erfahrenen Diplomaten üblich sei. Auf die übrigen vom Minister angesprochenen Fragen wolle er nicht eingehen, da er sich nicht hinreichend zuständig fühle. Der *Bundesminister* bemerkte, er erwarte auch nicht jetzt eine Antwort. Zu Korb III – so *Semjonow* – habe er keine detaillierten Vorstellungen. Der *Minister* warf dezidiert ein: Sie müssen die Fragen der Ausreise ernst nehmen, er sage dies außerhalb des Protokolls.

Botschafter *Semjonow* fuhr fort: Was Afghanistan anbelange, so werde die Entwicklung der befreiten Länder stattfinden, ob wir es wollten oder nicht. Die Entwicklung würde in Form eines Kampfes erfolgen, wie dies früher in Europa und den USA so gewesen sei. Die Sowjetunion sei für eine politische Regelung des Afghanistan-Problems. Er habe aber den Eindruck, daß die Lage um Afghanistan von außen her angeheizt werde, vor allem von den USA und einigen anderen Ländern. Dies erkläre die Vorsicht, Verzicht zu leisten auf Einmischung und auf Ausbildung von kontrarevolutionären Banden. Gorbatschow habe erklärt, daß die Sowjetunion die Truppen in allernächster Zukunft auf entsprechende Bitte der afghanischen Regierung in die Heimat zurückbringen werde. Mit Afghanistan sei der Termin für etappenweisen Abzug abgesprochen, sobald eine politische Lösung und Nichteinmischung von außen garantiert werde.[26] Dies seien keine leeren Worte.

Der *Bundesminister* unterstrich, daß die Bundesregierung die Bemühungen der Blockfreien auch im Rahmen der Vereinten Nationen unterstütze. Der Truppenabzug wäre ein großes Hoffnungszeichen.

Auf Frage teilte Botschafter *Semjonow* mit, daß er am 19. April Bonn verlassen wolle. Der *Bundesminister* meinte, man müsse dann schnell einen Termin für ein Abschiedsessen finden, und sprach die Hoffnung aus, daß auch Frau Semjonowa anwesend sein könne.

Abschließend wies Botschafter *Semjonow* darauf hin, daß der erste Bauabschnitt des sowjetischen Botschaftsbaus von der sowjetischen Seite abgenommen wor-

26 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 280.

den sei und alle Vorbereitungen für den Einzug getroffen seien.[27] Andererseits würden alle Maßnahmen in Moskau unternommen, um den Botschaftsbau in Moskau zu beschleunigen.[28] Der *Bundesminister* erwiderte, daß er mit dem letzten Sachstand der Angelegenheit nicht vertraut sei und deshalb zu dieser Frage nicht Stellung nehmen könne.

Referat 213, Bd. 139307

80

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim

209-360.90 SOW **20. März 1986**

Über Herrn Dg 20[1] Herrn D 2[2]

nachrichtlich: Dg 21[3]/213, 201/AS 20, 220/221

Betr.: Bedeutung nuklearer Waffen für die SU

Die Gorbatschow-Vorschläge vom 15.1.1986[4] haben ihre besondere öffentliche

27 Am 3. März 1986 wurde der erste Bauabschnitt des Neubaus der sowjetischen Botschaft in Bad Godesberg durch eine sowjetische Regierungskommission abgenommen. Vgl. dazu den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Weindel vom 6. März 1986; Referat 213, Bd. 139321.

28 Durch Notenwechsel vom 25. Februar 1983 vereinbarten die Bundesrepublik und die UdSSR den gleichzeitigen Beginn des Neubaus ihrer Botschaftsgebäude in Moskau bzw. Bonn-Bad Godesberg. Am 5. März 1985 vermerkte Referat 111, daß aufgrund einer Weisung des Bundesministers Genscher „der Grundsatz der Gleichzeitigkeit auch für die Baudurchführung gelten" solle: „Die Gleichzeitigkeit des Baufortschritts der beiden Botschaftsneubauten wird durch die sowjetische Seite in Moskau nicht eingehalten. Schon nach elfmonatiger Bauzeit beträgt der Rückstand bei unserem Neubau in Moskau sechs Monate." Vgl. Referat 213, Bd. 139320.
Am 27. Dezember 1985 notierte Referat 111, daß sich weitere Verzögerungen ergeben hätten, da die sowjetische Seite der geplanten Installation von elektronischen Anlagen zur Überwachung der Baustelle in Moskau nicht zustimme: „Nach Lage der Dinge zeichnet sich nach einjähriger Verschleppungstaktik ab, daß die sowjetische Seite alles versuchen wird, uns nur die Überwachung der Bauzäune zu ermöglichen. Unsere weitergehende Forderung nach Abstimmung für die geplanten acht Kameras im Bereich des Kanzleineubaus ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht innerhalb einer vernünftigen Frist durchsetzbar, zumal uns außer dem schon ausgesprochenen Verbot, den ersten fertiggestellten Bauabschnitt in Bonn zu beziehen, kein effektives, kurzfristig einzusetzendes Druckmittel zur Verfügung steht." Vgl. Referat 421, Bd. 139320.

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 20. März 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten Bo[tschaft] Moskau, BMVg und BND um Stellungnahme zu diesen Thesen bitten, denen ich im Ergebnis zustimme."

2 Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 20. März 1986 vorgelegen, der den Vermerk des Ministerialdirigenten von Ploetz hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Einv[erstanden]." Ferner hob er das Wort „zustimme" hervor und vermerkte dazu handschriftlich: „Ich auch."
Hat Ploetz am 20. März 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „209 z[ur] w[eiteren] V[eranlassung], in Abstimmung mit 213."
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 21. März 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Dr. Röhr, m[it] d[er] B[itte] u[m] w[eitere] V[eranlassung] (213 VLR Weiß ist mit dem Inhalt einverstanden). Bitte in Zukunft VS-v."

3 Jürgen Oesterhelt.

4 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

Wirkung auch aus dem Eingehen auf das Ziel Reagans einer nuklearwaffenfreien Welt[5] bezogen. Hier zeigt sich die sowjetische Erkenntnis, daß einer solchen Forderung öffentlichkeitswirksam nur schwer widersprochen werden kann.

Einer weiteren Analyse bedarf aber m.E. die Frage, ob wir davon ausgehen können, daß hinter dieser Zielbeschreibung ein entsprechender politischer und strategischer Wille der SU steht. Hier gibt es gewichtige Gründe zu zweifeln. Es ist zwar richtig, daß die SU in Europa zusammen mit den WP-MS über ein bedeutendes konventionelles Übergewicht verfügt, das nach Struktur dieser Streitkräfte, ihrer Dislozierung und der geostrategischen Lage für die SU die Option eines Krieges schafft, in dem die SU im Fall des Ausbleibens rechtzeitiger, massiver amerikanischer Verstärkungen bis zum Rhein vorstoßen könnte, ohne mit dem Risiko massiver Zerstörungen auf eigenem Boden rechnen zu müssen, wenn der Krieg – mangels nuklearer Waffen – konventionell geführt würde. Ob die SU aber in der Lage wäre, in einem solchen Krieg einen entscheidenden Sieg zu erringen, also ihn unter Bewahrung ihrer Eroberungen beenden könnte, bevor die eintreffenden amerikanischen Verstärkungen einen Brükkenkopf in Westeuropa bilden, von dem aus die Rückeroberung Westeuropas und dann die konventionelle Zurückdrängung der SU aus ihrem jetzigen Vorfeld begonnen würde, ist jedenfalls aus sowjetischer Sicht wohl fraglich. Jedenfalls ist für die SU auch ein konventioneller Krieg mit der NATO dann keine günstige Option, wenn sie befürchten müßte, daß er lange genug dauert, um das volle westliche Potential und den vollen westlichen Willen zum Tragen zu bringen. Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem es Deutschland gelang, große Teile der SU zu erobern, jahrelang zu besetzen und z.T. völlig zu zerstören, zeigt, daß ein langdauernder konventioneller Krieg auch für die SU gefährlich ist.

Die SU betrachtet eine solche konventionelle Eventualität aber aus ihrem Blickwinkel, aus dem sie nicht deshalb günstig erscheint, weil uns ein solcher Kriegsverlauf ob kurz oder lang in jedem Falle existentiell betreffen würde.

Schon aus der Analyse der europäischen NATO-Gegebenheiten ist also eine nuklearwaffenfreie Welt für die SU nicht unproblematisch. Erst recht zeigt sich dies aber bei Berücksichtigung der aus sowjetischer Sicht notwendigerweise globalen strategischen Analyse.

Gegenüber China fehlt es der SU an dem gegenüber Westeuropa – ohne die USA – so bedeutenden Vorteil der überlegenen Masse der eigenen konventionellen Kräfte. Der Modernitätsvorsprung der Roten Armee dürfte mit der Zeit schwinden. Die SU fühlt sich aber bereits derzeit offenbar so von China bedroht, daß sie im Militärbezirk Fernost beinahe 50 Divisionen dislozíert hat. Mit Bau der Baikal-Amur-Magistrale ist zwar dort der Zwang zu „Vorneverteidigung“ geringer geworden. Die Perspektive einer nuklearwaffenfreien Auseinandersetzung mit China hat aber für die SU nichts Verlockendes.

Negativ im Vergleich zur gegenwärtigen Lage fällt wohl auch die Bilanz aus, wenn die SU Vor- und Nachteile einer nuklearwaffenfreien Welt bezogen auf ihre Positionen jenseits der eurasischen Landmasse analysiert.

5 Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

Zwar hat die SU in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Marine aufgebaut. Trotz aller Beschwörungen der davon ausgehenden Gefahr gehen die Planungen der US-Marine immer noch davon aus, daß es ihr nicht nur gelingen würde, die Rote Flotte in den Randmeeren der SU, insbesondere Norwegensee, Ostsee, Schwarzes Meer und Ochotskisches Meer, einzuschließen, sondern sogar in diese „Bastionen" einzudringen und Murmansk bzw. Petropawlowsk erfolgreich von See her anzugreifen. Hier wird deutlich, welche noch viel größere Anstrengung der SU erforderlich würde, wenn sie nicht nur aus diesen Randmeeren ausbrechen, sondern den strategischen Hauptgegner, die USA, in dessen dann durch Fernraketen praktisch nicht mehr verwundbarem Heimatland ernsthaft bedrohen will, während dieser Gegner dies durch vorwärts dislozierte Verbände und Verbündete umgekehrt sehr wohl kann.

Ebenso würden die militärischen Interventionsmöglichkeiten in der Dritten Welt, etwa Afrika, schwinden, die die Politik der SU in diesen Weltteilen tragen. Ohne den Rückhalt nuklearer Waffen wäre Kuba 1962[6] nicht haltbar gewesen. Heute wäre es wohl nicht wesentlich anders.

Aus alledem folgt, daß die „nuklearwaffenfreie Welt" für die SU militärisch[7] keine attraktive Option ist, wenn man einmal von der – sehr unwahrscheinlichen – Hypothese ausginge, alle Nuklearmächte könnten sich auf sie einigen und wären überzeugt, die Nichtproduktion trotz der verbreiteten Kenntnis der Herstellung auch zuverlässig überwachen zu können.

Daraus folgt m. E. nicht, daß der Wunsch der SU zu nuklearer Abrüstung von vornherein nur geheuchelt ist. Eine Erleichterung der Rüstungslast und die Vermeidung der bei ungebremstem Wettrüsten zu erwartenden Instabilitäten sind genuine sowjetische Interessen. Aber „reife" Abrüstung, wie sie Gorbatschow vorschlägt, ist in ihrem propagierten Endziel der Beseitigung aller Nuklearwaffen wohl nicht glaubwürdiger als „völlige", „totale", „allgemeine Abrüstung", wie die SU sie seit Jahrzehnten mehr oder weniger intensiv in den VN und der Öffentlichkeit gefordert hat.

Denn die ungeheure Zerstörungskraft nuklearer Waffen hat für die SU Vorteile geschaffen, auf die sie nicht verzichten kann, ohne wieder in den Rang einer geographisch isolierten, überwiegenden Landmacht zurückzufallen.[8]

Arnim

VS-Bd. 11864 (202)

6 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 57, Anm. 17.

7 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „und politisch".

8 Botschafter Kastl, Moskau, nahm am 20. Mai 1986 Stellung zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim. Hinsichtlich der strategischen Lage in Europa meinte er, daß bei einem Wegfall der Nuklearwaffen ein konventioneller Angriff der UdSSR zwar nur sinnvoll sei, „wenn sie darauf bauen könnte, in einer raschen Operation ganz NATO-Europa unter ihre Kontrolle bringen zu können. Die Chancen für eine solche Operation mögen, wie Referat 209 feststellt, zweifelhaft erscheinen; auf jeden Fall ständen die Chancen für die Sowjetunion besser, wenn sie dabei den Einsatz amerikanischer, britischer und französischer Nuklearwaffen nicht als Möglichkeit in Rechnung stellen müßte." Was das Verhältnis zur USA angehe, so „könnte die Sowjetunion den USA auf deren eigenem Territorium keinen empfindlichen Schaden mehr zufügen. […] Im Vergleich zu der Sowjetunion genössen also die USA den Vorzug eines weniger verwundbaren Sanktuariums." Auch im Verhältnis zur Volksrepublik China habe „eine nuklearwaffenfreie Auseinandersetzung […] nichts Verlockendes". Zwar behalte die UdSSR auf lange Sicht ihre Überlegenheit im konventionellen Be-

81

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-1739/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. März 1986, 12.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 263 **Ankunft: 21, März, 1986, 13.41 Uhr**
Cito

Delegationsbericht Nr. 49/86

Betr.: MBFR;
hier: Schlußbericht der 38. Verhandlungsrunde (30.1. bis 20.3.1986)

Zur Unterrichtung

I. Wertung und Ausblick

1) Die 38. Verhandlungsrunde hat das „Licht am Ende des Tunnels", das manche zu Beginn des Jahres bereits zu sehen glaubten, nicht nähergerückt. Mit seiner Initiative vom 5. Dezember 1985[2] hatte der Westen am Ende der vorausgehenden Verhandlungsrunde erstmals seit vielen Jahren Bewegung in die Verhandlungen gebracht und eine Situation geschaffen, in der „die Konturen eines Abkommens sichtbar wurden" (Gorbatschow)[3]. Eine angemessene Reaktion des Ostens in Wien ist bisher jedoch ausgeblieben. Der Osten begnügte sich vielmehr damit, durch Einbringung eines Abkommensentwurfs am 20. Februar 1986[4] seine bisherige Position unter Aufnahme von Elementen aus früheren östlichen Vorschlägen in Vertragssprache zu formalisieren. In der Verifikation – nach Ausklammerung der Datenfrage die wichtigste Schlüsselfrage der Verhandlungen – hat sich die östliche Position im Verlauf der Runde sogar versteift. Insgesamt fiel der Osten in frühere Verhandlungsmuster zurück, auch wenn er dies mit dem Vorschlag, in die gemeinsame Erarbeitung eines Abkommenstextes einzutreten, verschleiern wollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 458
reich: „Bei Weiterentwicklung seiner Nuklearkräfte, vor allem von seegestützten, überlebensfähigen Zweitschlagswaffen, könnte China andererseits darauf hoffen, daß sich der ‚pouvoir égalisateur de l'atome' zu seinem Vorteil auswirkt." Kastl zog das Fazit: „Eine allseitige Denuklearisierung brächte der Sowjetunion im Vergleich zur derzeitigen strategischen Lage mehr Vorteile in Europa, eher Nachteile im Verhältnis zu den USA, China und auf den Weltmeeren und bliebe unerheblich im Hinblick auf die sowjetische Interventionsfähigkeit in Übersee. […] Wenn es also höchst zweifelhaft ist, ob eine völlige weltweite ‚Denuklearisierung' gemäß dem Gorbatschow-Vorschlag vom 15.1.1986 die strategische Lage der Sowjetunion (außer in Europa) verbessern würde, ist es auch unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion das von ihr propagierte Ziel wirklich anstrebt. Alles spricht doch eher für Heuchelei." Vgl. den Schriftbericht Nr. 243; VS-Bd. 11864 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 24. März 1986 vorgelegen, der die Übermittlung von Ablichtungen an Ministerialdirigent von Ploetz, den Arbeitsstab 20 sowie die Referate 210 und 213 verfügte.

2 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

3 Vgl. die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 154 f.

4 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 59.

2) Mit dem Eingehen des Westens auf das Konzept eines begrenzten Phase-I-Abkommens ohne vorherige Dateneinigung sind die MBFR-Verhandlungen jedoch nach mehr als 12jähriger Laufzeit[5] am Scheideweg angelangt. Der Weg in Richtung auf ein Übereinkommen setzt die prinzipielle Bereitschaft des Ostens voraus, auf das vom Westen vorgeschlagene Verifikationskonzept einzugehen. Für den Westen ist eine Abkehr von diesem Konzept nicht denkbar,

a) weil er auch zeitlich begrenzte Reduzierungs- und Begrenzungsverpflichtungen nach seinem grundsätzlichen Rüstungskontrollverständnis nur eingehen kann, wenn sie meßbar und überprüfbar sind, und

b) weil ein effektives Verifikationssystem – entsprechend dem von uns entwikkelten Daten-/Verifikationsansatz – die Lösung des aus dem ersten Abkommen ausgeklammerten Datenproblems ermöglichen soll.

(Aus taktischen Gründen sollte in der Argumentation gegenüber dem Osten der Akzent auf a) gelegt werden, um dem Vorwurf zu begegnen, der Westen stelle erhöhte Anforderungen an die Verifikation eines Phase-I-Abkommens, weil er an seiner Datenphilosophie unverändert festhalte. In Wirklichkeit stellt der Daten-/Verifikationsansatz keine zusätzlichen Anforderungen: Die Überprüfung der Einhaltung einer numerisch spezifizierten Nichterhöhungsvereinbarung würde bei korrekter Implementierung der hierfür erforderlichen Maßnahmen letztlich zur einvernehmlichen Lösung der Datenfrage führen.)

3) Der Osten hat in der abgelaufenen Runde deutlich gemacht, daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit ist, das westliche Verifikationskonzept überhaupt in Erwägung zu ziehen.[6] Daß ein Eingehen auf westliche Verifikationsvorstellungen für Moskau – viel mehr als für seine WP-Partner, wie sich aus Gesprächen in Wien ablesen läßt – eine äußerst schwierige politische Entscheidung wäre, steht außer Frage. Solange die weitere Entwicklung zwischen den Großmächten im politischen, rüstungskontrollpolitischen und strategischen Bereich für Moskau nicht kalkulierbar ist, wäre es auch nach Auffassung der Delegation unrealistisch, zu erwarten, daß die SU gerade bei MBFR in der für sie heiklen Verifikationsfrage über ihren eigenen Schatten springt.

4) Dessen ungeachtet ist vorstellbar, daß der Osten mit taktischen Zielsetzungen marginale Zugeständnisse macht, die er als prinzipielle Konzession ausgeben könnte. Wenn es nach der DDR-Delegation ginge, könnte sich der Osten sogar auf ein formales Recht auf Inspektionen einlassen – allerdings wohl mit

5 Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

6 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Verhandlungen), berichtete am 12. März 1986, daß der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, in der Plenumssitzung am Vortag „den westlichen Verifikationsansatz […] als völlig unrealistisch und als in der Praxis undurchführbar" kritisiert habe: „Dieses Konzept habe nichts mit dem Ziel der Verifizierung einer N[icht]E[rhöhungs]V[erpflichtung] zu tun. Unter dem östlichen Konzept sei vorgesehen, daß, wenn eine Seite den Verdacht einer Verletzung der NEV hätte, sie das Recht hätte, eine Inspektion zu beantragen. In der Regel würde der Osten einem solchen Antrag entsprechen. Das vom Westen vorgesehene automatische Inspektionssystem würde der anderen Seite nicht einmal offenbaren, weshalb eine Inspektion durchgeführt werde. Das östliche Konzept sei vernünftig, Kriterien für diese Inspektion könnten vereinbart werden. SU-DL äußerte Eindruck, daß der Westen sein Regime so zugeschnitten hätte, daß es für den Osten unakzeptabel wäre. Wenn dieses Regime nicht verändert würde, sähe er persönlich keine Chance für ein Abkommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 239; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Kautelen, die die Effektivität dieser Maßnahme für den Zweck der Überprüfung einer Nichterhöhungsverpflichtung unterlaufen (z.B. Bindung an die Voraussetzung, daß ein konkreter Verdacht auf Vertragsverletzung zuvor in der Konsultativkommission zu beraten und zu klären wäre). Falls sich der Osten dazu durchringen sollte, könnte er einen in seiner Wirkung auf die westliche Öffentlichkeit nicht zu unterschätzenden Erfolg verbuchen. Um so wichtiger ist es, in unserer Argumentation schon jetzt nicht ausschließlich auf grundsätzliche Fragen wie das Recht auf Inspektionen als solches abzustellen, sondern auch auf die erforderlichen Modalitäten und Parameter, die den Verifikationszweck praktisch erreichbar machen.

5) Falls sich allerdings auf mittlere Sicht, d.h. bis Ende des Jahres, keinerlei Bewegung in der östlichen Haltung zur Verifikation abzeichnen sollte, könnte die Frage nach der Zukunft der MBFR-Verhandlungen akut werden. Daß wir uns auf die Diskussion dieser Frage einstellen müßten, ist beim Gespräch mit den Abgeordneten des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags, der am 20. Februar Wien besuchte, deutlich geworden. Aus dem in Wien zusammentretenden KSZE-Folgetreffen, das über die Weiterführung der KVAE (vielleicht sogar in Wien) zu entscheiden hat, könnten sich zusätzliche Belastungen für MBFR ergeben.

6) Solche Perspektiven sollten jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß sich der Westen gegenwärtig dank der von uns maßgeblich mitgestalteten Initiative vom vergangenen Dezember in einer guten Verhandlungsposition befindet. Es ist ihm gelungen, die seit Jahren festgefahrenen Verhandlungen in ein intensives und entscheidendes Stadium zu führen und sie zu einer Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit erklärter Absichten zu machen. Der Osten ist sich seiner taktischen Schwäche bewußt und nimmt einstweilen Zuflucht zu halbherzigen Ablenkungsmanövern. In dieser Situation wird es vorrangige Aufgabe der AHG in der nächsten Runde[7] sein, den Druck auf eine substantielle Antwort des Ostens auf die Dezember-Initiative aufrechtzuerhalten und noch zu verstärken. Er darf nicht in Zweifel gelassen werden, daß es ohne Verständigung über wirksame Verifikation kein Abkommen in Wien geben wird. Diese Message sollte auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf politischer Ebene übermittelt werden. Zusätzliche Aufgabe der westlichen Unterhändler in Wien muß es sein, den Osten in Informals und über andere Gesprächskanäle in einen konkreten Dialog über Maßnahmen zu ziehen, die zur Erreichung des von beiden Seiten grundsätzlich akzeptierten Verifikationsziels erforderlich sind.

Teil II (Verhandlungsablauf) folgt mit weiterem DB, nach Wiederherstellung der Telex-Verbindung mit der Fernmelde-Zentrale.[8]

[gez.] Holik

VS-Bd. 11473 (221)

7 Zur 39. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 15. Mai bis 3. Juli 1986 in Wien vgl. Dok. 184.
8 Vgl. Dok. 82.

82

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-1805/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 272
Cito

Aufgabe: 24. März 1986, 17.52 Uhr[1]
Ankunft: 24. März 1986, 19.59 Uhr

Delegationsbericht Nr. 50/86

Betr.: MBFR;
hier: Schlußbericht der 38. Verhandlungsrunde (30.1. bis 20.3.86)

Bezug: DB 263 vom 21.3.86 – 372.20/32-115/86 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

Folgt Fortsetzung des Bezugsberichts

II. Verhandlungsablauf

1) Mit seiner Verhandlungsinitiative vom 5. Dezember[3], deren weitere Ausformung durch Vorlage eines zweiteiligen Dokuments „Framework relating to a First Phase Agreement" und „Table of Associated Measures" am 30. Januar 86[4] folgte, hat der Westen vor allem zwei Zugeständnisse an den Osten gemacht: In der Substanz hat er seine über Jahre verfochtene Forderung einer vorherigen Einigung über die Ausgangsdaten der im Raum der Reduzierungen befindlichen Streitkräfte beiseite gerückt. In der Frage des Verhandlungsansatzes hat er den vom Osten im Februar 1985 vorgeschlagenen Rahmen für ein sachlich und zeitlich begrenztes Phase-I-Abkommen[5] akzeptiert. Gleichzeitig hat er den Osten aufgefordert, nunmehr gemeinsam in eine lösungsorientierte Erörterung der offenen Substanzfragen, insbesondere eines wirksamen Verifikationsregimes, einzutreten. Als Bereiche, die einer solchen sachlichen Erörterung und Lösung vorrangig bedürfen, hat der Westen folgende vier Fragen themati-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Neubert vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 81.

3 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

4 Am 29. Januar 1986 informierte Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), nach mehreren Sitzungen der Ad-hoc-Gruppe sei beschlossen worden, daß Belgien in der Eröffnungssitzung der 38. Verhandlungsrunde am folgenden Tag ein aus zwei Teilen bestehendes Dokument präsentieren werde: „Teil 1 – ‚Framework Relating to a First-Phase Agreement' – umschreibt in zehn Gliederungsabschnitten stichwortartig die Elemente für ein erstes Abkommen, wobei die Sequenz dieser Elemente der der östlichen Grundbestimmungen entspricht. Auf diese Weise wurde vermieden, östliche Sprache aus den ‚Grundbestimmungen' zu übernehmen, aber ebenso auch, einen ausformulierten westlichen Text entgegenzustellen und damit doch einen förmlichen Gegenvorschlag zu machen. Dies hätte der Erklärung des Westens vom 5. Dezember widersprochen, in der er sich bereit erklärt hatte, vom bisherigen Verhandlungsmuster ‚Vorschlag – Gegenvorschlag' abzugehen und als Verhandlungsgrundlage den Rahmen des östlichen Februar-Vorschlags zu akzeptieren. […] Teil 2 des Dokuments bringt das Paket Begleitender Maßnahmen, übernommen aus der NATO-Weisung und verändert lediglich in zwei Textstellen, um den im Bündnis vorgetragenen französischen Bedenken Rechnung zu tragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; VS-Bd. 11485 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Am 14. Februar 1985 führten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten in Wien Elemente für ein Interimsabkommen ein. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 45.

siert, in denen er Änderungen bzw. Ergänzungen des östlichen Vorschlags vorschlug:

– Reduzierungsquoten von 5000 Mann US- und 11500 Mann sowjetischer Truppen,
– kollektive Basis einer Nichterhöhungsverpflichtung und nationale Nichterhöhungsverpflichtungen nur für USA und SU,
– Aufschlüsselung des Informationsaustauschs bis zur Bataillonsebene als Grundlage für Ortsinspektionen, die als Rechtsanspruch ausgestaltet werden müssen,
– Ausklammerung der Waffenfrage aus einem ersten Abkommen.

Der Westen hat deutlich gemacht, daß er als Antwort auf seine weitreichende Initiative in diesen Feldern Entgegenkommen des Ostens erwartet.

2) Nachdem um die Jahreswende positive Signale aus Moskau zu hören waren und noch zu Beginn der Runde östliche Erklärungen – wenn auch in allgemeiner Form – von einer verbesserten Verhandlungslage sprachen, setzte der Osten in Wien den daran geknüpften Erwartungen ein unerwartet schnelles Ende. Bereits am 20. Februar legte er den Entwurf eines „Abkommens über erste Verminderungen von Truppen und Rüstungen der Landstreitkräfte der Sowjetunion und der USA und über die nachfolgende Nichterhöhung der Streitkräfte und Rüstungen der Seiten und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa" vor.[6] Dieser Entwurf stellt eine Formalisierung der vom Osten im Februar 1985 vorgelegten „Grundbestimmungen" für ein erstes Abkommen unter Hinzunahme einer Reihe von Elementen aus früheren östlichen Vorschlägen dar. In der Substanz enthält er kein Entgegenkommen in den Bereichen, in denen der Westen vom Osten Flexibilität fordert:

– Entsprechend einem bereits am 6.2. vorgetragenen Vorschlag akzeptiert der Osten zwar die vom Westen vorgesehene Reduzierungsquote von 11500 Mann für die SU, wofür er als Kompromiß jedoch eine höhere Quote für die amerikanischen Reduzierungen, nämlich 6500 Mann fordert.
– Der Osten behält seine Forderung nach einer kollektiven und nationalen Nichterhöhungsverpflichtung bei, wie bereits zuvor bietet er in den Erläuterungen des Entwurfs als Alternative seine Bereitschaft an, auch eine rein kollektive Nichterhöhungsverpflichtung zu akzeptieren.
– Der Entwurf übernimmt aus früheren östlichen Vorschlägen die Regelung für einen nur in groben Zügen aufgefächerten Informationsaustausch. Damit wird zwar die numerische Spezifizierung der Nichterhöhungsverpflichtung ermöglicht, eine Aufschlüsselung, die als Basis für Ortsinspektionen taugen könnte, aber abgelehnt. Ebenso bietet der Osten sein früheres Konzept von Ortsinspektionen auf Anforderung an, deren Gewährung der Entscheidung der zu inspizierenden Seite überlassen bleibt.
– Der Osten behält auch seine bisherige generelle Forderung nach Einbeziehung von Waffen in ein erstes Abkommen bei.

6 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 59.

In einem wesentlichen Punkt geht der Entwurf sogar hinter die bisherige östliche Position weit zurück. So werden zwar – in Aufnahme einer Zusage Generalsekretär Gorbatschows – permanente Durchlaufpunkte (PEEPs[7]) zugestanden, doch werden sie in ihrer Funktion als Verifikationsmaßnahme weitgehend entwertet. Der Entwurf nimmt nämlich alle sowjetischen Truppen in Rotation und alle einberufenen Reservisten von der Verpflichtung aus, diese Durchlaufpunkte passieren zu müssen – was pro Jahr bis zu einer halben Million Soldaten ausmachen kann.

3) Hauptanliegen des Ostens in der zweiten Hälfte der Verhandlungsrunde war es, seinen Abkommensentwurf vom 20. Februar als Kompromißvorschlag und als geeignete Grundlage für den Übergang zur gemeinsamen Erarbeitung eines Abkommenstexts herauszustellen. Nachdem der Westen den vom Osten im Februar 1985 vorgeschlagenen Verhandlungsrahmen akzeptiert hätte, müsse er auch bereit sein, auf der Basis des neuen Vorschlags in ein „drafting" einzutreten. Denn dieser entwickle das vom Westen akzeptierte Konzept fort und verbreitere die Felder der Übereinstimmung. (Wie brüchig diese Argumentation ist, wird am Beispiel der Reduzierungsform deutlich: Der Osten macht geltend, er habe den westlichen Wunsch akzeptiert, Reduzierungen in militärischen Einheiten – und nicht in Kampf- und Kampfunterstützungstruppen – durchzuführen, im Definitionsteil des Abkommensentwurfs wird gleichzeitig festgelegt, daß unter militärischen Einheiten solche der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen zu verstehen sind.)

An der westlichen Dezember-Initiative ließ der Osten als positiven Aspekt lediglich die grundsätzliche Annahme des östlichen Verhandlungsrahmens gelten. Im übrigen habe der Westen mit seinem neuen Ansatz die Verhandlungssituation nur kompliziert. Der Verzicht auf vorherige Dateneinigung sei ein taktischer Trick, um die Datenfrage auf dem Wege über die Verifikation in nicht weniger unpraktikabler Form erneut zum Hindernis für Fortschritte zu machen. Der Westen versuche, ein Abkommen über die Senkung der militärischen Konfrontation durch ein Verifikationsabkommen zu ersetzen.

4) Der Westen hat seiner Enttäuschung über den östlichen Verhandlungsschritt vom 20. Februar deutlich Ausdruck verliehen. Bereits im unmittelbaren Anschluß an die offizielle Unterbreitung des Abkommensentwurfs in der Plenarsitzung am 20. Februar stellte er klar, daß er darin keine angemessene Antwort auf seine Dezember-Initiative sehen könne. Er machte geltend, daß die Verhandlungsposition, wie sie der Osten in Wien vertritt, im Kontrast zu den politischen Erklärungen der sowjetischen Führung steht. Den Vorschlag, in die gemeinsame Erarbeitung eines Abkommenstexts einzutreten, lehnte der Westen als verfrüht ab, solange die Divergenzen in wesentlichen[8] Substanzfragen nicht überbrückt seien. In der AHG bestand Übereinstimmung, daß ein Eingehen auf diesen Vorschlag den östlichen Abkommensentwurf vom 20. Februar aufwerten und den Osten aus dem Druck auf Bewegung in den offenen Substanzfragen entlassen würde. Ein Verfahren, das über die Klammerung strittiger Fragen zwangsläufig zur Ausklammerung der Verifikation führen würde,

7 Permanent Entry and Exit Points.
8 Korrigiert aus: „westlichen".

ist mit Sinn und Zweck des neuen datenlosen Ansatzes der Dezember-Initiative unvereinbar.

5) In den Plenarsitzungen wie in den Informals dieser Runde war die Verifikation Hauptstreitfrage. Der Westen legte sein eigenes Verifikationsregime eingehend dar und setzte sich mit den vom Osten vorgeschlagenen Maßnahmen kritisch auseinander. Vor allem wurde argumentativ herausgestellt, daß das Zusammenwirken von Informationsaustausch und Ortsinspektionen nach östlichem Muster weder in sich schlüssig sei noch technisch funktionieren könne. Unmißverständlich machte der Westen deutlich, daß er ohne ein zuverlässiges Verifikationsregime kein Verhandlungsergebnis in Wien sehen könne.

Der Osten beschränkte sich auf pauschale Zurückweisung der vom Westen vorgeschlagenen Maßnahmen, die er als unrealistisch, willkürlich und dem Inhalt des vorgesehenen Abkommens völlig unangemessen kritisierte, verbunden mit nicht weniger pauschaler Verteidigung seiner eigenen Maßnahmen. Die Erläuterung von Details auch der östlichen Verifikationsvorstellungen mache erst Sinn, wenn der Westen seine unflexible Haltung aufgebe und das östliche Verifikationskonzept grundsätzlich akzeptiere. Ähnlich wie der Westen, aber in umgekehrtem Sinne, machte der Osten geltend, daß es kein Abkommen geben werde, wenn der Westen auf seinen Verifikationsvorstellungen beharre.[9]

6) Die Zusammenarbeit in der AHG war, von gelegentlichen Differenzen in taktischen Fragen abgesehen, zufriedenstellend. Von Resignation konnte keine Rede sein. Die AHG hat in ungewöhnlich zahlreichen und professionell oft eindrucksvollen Verhandlungsbeiträgen (bis zu drei westliche Erklärungen pro Plenarsitzung) die Dezember-Initiative offensiv vertreten und, auch gegenüber der Öffentlichkeit, Druck auf eine substantielle Antwort des Ostens aufrechterhalten. Die schnelle und negative Reaktion auf den östlichen Verhandlungsschritt vom 20. Februar hat ihre Wirkung nicht verfehlt. In Gesprächen am Rande der Verhandlungen haben östliche Teilnehmer, ähnlich wie die DDR bei den Konsultationen in Bonn[10], Flexibilität auch in der Schlüsselfrage der Verifikation angedeutet. Solche Signale standen freilich in auffallendem Kontrast zur östlichen Verhandlungsführung, zumal sich der Osten auch in den Informals einer Diskussion von Einzelfragen der Verifikation zunehmend verwei-

9 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 19. März 1986 über die letzte informelle Sitzung der 38. Verhandlungsrunde: „Sowjetischer DL Michajlow forderte den Westen auf, die Rundenpause zur Änderung seiner Position zu nutzen. Er setzte sich kritisch mit der Haltung des Westens während dieser Runde auseinander und kritisierte dabei insbesondere das Festhalten an ‚willkürlich aufgeblähten' und unakzeptablen Verifikationsmaßnahmen, die die Verhandlungen objektiv in eine neue Sackgasse führten. Michajlow qualifizierte die Aufgabe der Forderung nach Dateneinigung nicht als Konzession, sondern als kunstreiches Manöver, das Datenproblem in ein nicht weniger unpraktikables Problem des ‚head countings' im Wege der Verifikation umzuwandeln." Holik fuhr fort, daß die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten wiederum „auf entscheidende Mängel des östlichen Vertragsentwurfs vom 20.2." hingewiesen und bemerkt hätten, „daß dieser Entwurf keine Grundlage für Forschritte biete. Dieser Standpunkt wurde in der anschließenden Diskussion deutlich unterstrichen und klargemacht, daß ohne ernsthafte und substantielle Bewegung auf östlicher Seite die Verhandlungen wieder zum toten Punkt zurückkehren müßten. SU-DL unterstellte, daß der Westen seinen absichtlich inakzeptablen Vorschlag dem Osten aufzwingen wollte. Der Westen müsse dann die Verantwortung für eine ‚disruption in the talks' übernehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 257; VS-Bd. 11484 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Botschafter Ruth führte am 25. Februar 1986 mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, Konsultationen über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139228.

gerte. Diese östliche Haltung hat der AHG bisher die Erörterung der Frage erspart, wie weit sich der Westen seinerseits auf einen konkreten Dialog über Verifikationsthemen einlassen soll – eine Erörterung, die angesichts des äußerst engen Verhandlungsspielraums schwierig werden könnte.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11473 (221)

83

Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem libyschen Gesandten Bukhreis

311-322.00 LIY **25. März 1986**[1]

Der libysche Geschäftsträger Bukhreis (B.) sprach am 25.3.1986 bei Dg 31 vor.

Bukhreis: Anlaß der Demarche sei die durch die US-Manöver in libyschen Hoheitsgewässern und die amerikanischen Angriffe gegen Ziele auf libyschem Territorium ausgelöste äußerst gefährliche Entwicklung, die die gesamte Region in Mitleidenschaft zu ziehen drohe.[2] Die USA versuchten seit geraumer Zeit, Libyen zu provozieren. Seine Regierung habe mehrfach an die Staatengemeinschaft appelliert, Libyen gegen derartige Provokationen in Schutz zu nehmen, aber leider ohne Erfolg. Ebenso erfolglos seien libysche Versuche geblieben, mit den USA ins Gespräch über eine Verbesserung der Beziehungen zu kommen. Die US-Administration sei offenbar entschlossen, die libysche Regierung zu stürzen. Obwohl seine Regierung die USA immer wieder vor Provokationen gewarnt habe, hätten Flugzeuge und Schiffe der amerikanischen Streitkräfte am 24.3. libysches Hoheitsgebiet südlich des 32°30' Breitengrads verletzt. Libyen habe sich verteidigen müssen und US-Flugzeuge bei Syrte abge-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok gefertigt.

2 Referat 311 zeichnete am 4. April 1986 folgenden Sachstand: „Libyen erhebt seit 1973 Anspruch auf die Gewässer der Großen Syrte südlich des 32°30' Breitengrades als libysches Hoheitsgebiet (‚historische Bucht'). Die überwiegende Mehrzahl der Staaten, einschließlich der USA, der UdSSR, der Zwölf und der übrigen Mittelmeeranrainer betrachtet die Große Syrte außerhalb der 12-sm-Zone als internationales Gewässer. Auch die Bundesrepublik ist dem einseitigen libyschen Anspruch von Anfang an entgegengetreten." Bereits 1973, 1980 und 1981 sei es zu Zwischenfällen gekommen, in die Flugzeuge der amerikanischen Luftwaffe und libysche Kampfflugzeuge verwickelt gewesen seien. Seit den Anschlägen auf die Flughäfen von Rom und Wien am 27. Dezember 1985 hätten sich die amerikanisch-libyschen Spannungen verschärft: „Die US-Streitkräfte begannen am 23.3.1986 mit drei Flugzeugträgern, vier Kreuzern, vier Zerstörern und zwölf Fregatten zum vierten Mal seit Jahresbeginn 1986 militärische Manöver vor der libyschen Küste, die sich diesmal auch auf das einseitig von Libyen beanspruchte Seegebiet erstreckten. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums erfolgten am 24. und 25.3. sechs Raketenangriffe der US-Streitkräfte, nachdem zuvor dreimal libysche SA-5-Raketen gegen US-Flugzeuge abgeschossen worden seien (ohne Treffer). Zwei libysche Schiffe seien versenkt und zwei beschädigt worden; die Radarstellung Syrte sei außer Betrieb gesetzt worden. Am 27.3. wurden die US-Manöver beendet. Mit Wiederholungen ist zu rechnen." Vgl. Referat 311, Bd. 137905.

schossen. Hierbei habe sich Libyen auf Art. 51 VN-Charta[3] berufen können. Nicht Libyen, sondern die USA hätten angegriffen. Das libysche Volk sei bereit, jede Aggression abzuwehren. Für eine mögliche Gefährdung der gesamten Mittelmeerregion seien dann alle jene verantwortlich, die trotz libyscher Appelle nichts gegen die US-Aggression unternommen hätten. Libyen bitte um eine Stellungnahme der Bundesregierung. Die Lage sei sehr gefährlich, zumal die USA beabsichtigten, ihre Manöver in der Syrte bis Ende April fortzusetzen.

Dg 31 unterrichtete B. über den Inhalt unserer Erklärung[4] und führte dazu aus: Die Bundesregierung verfolge Vorgänge in der Syrte mit großer Aufmerksamkeit und Besorgnis. Zur Beurteilung dieser Vorgänge sei die genaue Kenntnis der völkerrechtlichen Lage erforderlich. Die große Mehrheit der Völkergemeinschaft, auch die osteuropäischen Staaten, erkenne eine einseitige Ausdehnung der Territorialgewässer über die 12-sm-Zone hinaus nicht an. Völkerrechtlich handele es sich bei den von B. angesprochenen Ereignissen um Vorgänge, die sich auf Hoher See und in internationalen Gewässern abspielten. Über diesen Gewässern hätte Libyen Raketen auf US-Flugzeuge abgeschossen. Wir hätten keine Erkenntnisse, daß sich US-Schiffe oder -Flugzeuge innerhalb der 12-sm-Zone befunden hätten. Aufgrund der US-Manöver sei eine sehr ernste internationale Lage entstanden. Die Bundesrepublik Deutschland hoffe und erwarte, daß eine weitere Eskalation vermieden werde.

Wir appellierten an Libyen, äußerste Zurückhaltung zu üben und die Regeln des internationalen Rechts zu beachten. Ebenso appellierten wir an die USA, die Spannung nicht weiter zu verschärfen. Nach Auskunft unserer Botschaft Tripolis sei die Lage in Libyen ruhig.[5] Die Bundesregierung habe daher erklärt, sie habe keine Informationen, daß das Leben von Ausländern in Libyen gefährdet sei. Wir hoffen, daß die Sicherheit der in Libyen tätigen Deutschen tatsächlich gewährleistet bleibe.

Bukhreis: Die Ausdehnung des libyschen Territoriums auf die Gewässer der Großen Syrte hätte Präzedenzfälle in der Geschichte. Die USA habe ihr Territorium an einzelnen Stellen bis zu 200 sm ausgedehnt. Auch lateinamerikanische Staaten hätten entsprechende Gewässer in ihr Territorium einbezogen. Die libysche Ausdehnung der Territorialgewässer sei übrigens schon 1973 vollzogen worden. Alle Staaten und die VN seien damals von Libyen unterrichtet

3 Für den Wortlaut von Artikel 51 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

4 In der Pressemitteilung des Auswärtigen Amts vom 25. März 1986 hieß es: „Wir sind mit der überwiegenden Mehrzahl der Staaten – übrigens einschließlich der Sowjetunion – der Meinung, daß die einseitige Ausdehnung der libyschen Hoheitsgewässer in der Großen Syrte nicht dem Völkerrecht entspricht. Die militärischen Aktionen sind demnach Vorgänge auf Hoher See. Die Bundesregierung hofft, daß die Situation nicht eskaliert. Anzeichen für eine Gefährdung von Ausländern in Libyen selbst, seien es Amerikaner, Deutsche oder andere Ausländer, gibt es im Moment nicht. Nach Berichten unserer Botschaft ist die Situation zur Zeit normal." Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schumacher; Referat 311, Bd. 137905.

5 Botschafter Enders, Tripolis, berichtete am 24. März 1986, das Leben in Tripolis nehme „seinen normalen Gang. Von US-Manövern nichts wahrzunehmen. LIY Reaktion auf amerikanische Ankündigung bisher relativ zurückhaltend. Medien berichteten zwar mit entsprechendem Propagandaaufwand über Tatsache der Manöver. Im Fernsehen wurden als Gegenmaßnahme LIY Schießübungen mit scharfer Munition gezeigt, doch wurde Möglichkeit amerikanischen Eindringens in Große Syrte mit keinem Wort erwähnt – insbesondere tauchte auch Gaddafis ‚Todeslinie' (32,5 Grad nördliche Breite) nicht auf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 311, Bd. 137905.

worden, ohne daß irgendein Staat protestiert habe. Der USA gehe es nicht um die Syrte, sondern um Machtdemonstration und die Unterdrückung des libyschen Volkes. Über die rechtlichen Aspekte könne man auch ohne Gewaltanwendung reden, zumal die USA Mitglied des VN-SR seien. Libyen bleibe dabei: Bis zum 32°30' Breitengrad reiche libysches Hoheitsgebiet. Außerdem hätten die USA schon Ziele auf dem Festland angegriffen.

Zur Sicherheit der Ausländer in Libyen sagte B. wörtlich: „Die Ausländer in Libyen stehen unter dem Schutz des libyschen Volkes. Sie dienen dem libyschen Volk, deshalb schützen wir sie. Bevor wir uns selbst schützen, schützen wir unsere Gäste, gleich welcher Nationalität. Auch die Amerikaner, die noch in Libyen sind, stehen unter unserem Schutz. Sie sind gegen die Weisung ihres Präsidenten[6] bei uns, um uns zu helfen."

Dg 31 dankte für diese Erklärung zur Sicherheit der Ausländer in Libyen.

Die libysche Ausdehnung der Hoheitsgewässer sei von uns und anderen Staaten von Anfang an nicht akzeptiert worden; wir hätten dies auch bekanntgegeben. Nachdem schon mehrmals US-Manöver in der Syrte stattgefunden hätten, sei der normale Weg zur völkerrechtlichen Klärung die Anrufung des IGH gewesen (wie dies auch im Fall des libysch-tunesischen Seekonflikts geschehen sei[7]). Völkerrechtlich seien die US-Manöver kein Angriff auf libysches Territorium.

Wir appellierten an Libyen, besonnen, unemotional und verantwortlich zu handeln, auch wenn wir Verständnis dafür hätten, daß es sich subjektiv provoziert fühle.

Referat 311, Bd. 137905

6 Zu den von Präsident Reagan am 7. Januar 1986 gegen Libyen verordneten Maßnahmen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

7 Mit Schreiben vom 10. Juni 1977 bzw. 14. Februar 1979 riefen Tunesien bzw. Libyen den Internationalen Gerichtshof in Den Haag an mit der Bitte um Entscheidung darüber, nach welchen Prinzipien und Regeln des Völkerrechts die Abgrenzung des Festlandsockels zwischen beiden Staaten vorgenommen werden müsse. Das Urteil erging am 24. Februar 1982: „Dabei stellt der IGH fest, es gebe nur einen Kontinentalsockel, der nach gerechten Prinzipien unter Berücksichtigung aller Umstände aufzuteilen sei, wobei die Verlängerung der Landesgrenzen als solche nicht ausreiche." Vgl. den Schriftbericht Nr. 206 des Botschafters Kahle, Tunis, vom 2. März 1982; Referat 500, Bd. 194159. Für den Wortlaut des Urteils vgl. I.C.J. REPORTS 1982, S. 18–323 (http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=3&k=c4&case=63&code=tl&p3=4).
Am 10. Dezember 1985 erging nach einem Einspruch der tunesischen Regierung ein weiteres Urteil in dem Fall. Für den Wortlaut vgl. I.C.J. REPORTS 1985, S. 192–252 (http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=3&k=05&case=71&code=tltl&p3=4).

84

Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-1843/86 geheim
Fernschreiben Nr. 1323
Citissime

Aufgabe: 25. März 1986, 21.35 Uhr[1]
Ankunft: 26. März 1986, 03.46 Uhr

Betr.: SDI, Draft Memorandum of Understanding[2];
hier: Berlin-Klausel im TT-Abkommen[3]

Bitte um Weisung

Erste Diskussion zwischen Minister Dr. Bangemann und Minister Weinberger erbrachte in wesentlichen Sachfragen Einvernehmen.

Überraschend betonten DoD und State Department erneut juristische Probleme im Zusammenhang mit der Berlin-Klausel in dem allgemeinen TT-Abkommen.

Minister Weinberger betonte, daß die TT-Vereinbarung zwar politische Verpflichtungen enthalte, nicht aber „einklagbare" rechtliche Ansprüche. Andernfalls müsse es dem Kongreß vorgelegt werden. Dies sei nicht beabsichtigt. Er fürchte, daß der Kongreß aus der Aufnahme der Berlin-Klausel (gespalten) schließen könne, daß es sich bei der TT-Vereinbarung um mehr als eine politische Verpflichtung handele. Hieraus könne der politische Vorwurf abgeleitet werden, er habe „ultra vires" gehandelt.

Unter diesen Umständen sei er zwar bereit, an der Berlin-Klausel festzuhalten. Er müsse jedoch in einem Begleitschreiben ausdrücklich feststellen, daß die US-Regierung wegen des politischen Charakters der TT-Vereinbarung von einer Be-

1 Hat Bundesminister Genscher am 26. März 1986 vorgelegen.

2 Am 20. März 1986 trafen Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, und der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, am Rande der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Würzburg zu weiteren Gesprächen zusammen. Über die Ergebnisse notierte Ministerialdirektor Jelonek am selben Tag: „1) Technologie-Text. Überschrift: Gemeinsame Vereinbarung (Joint Understanding) anstelle von ‚Joint Statement'; Einbeziehung Berlins: Nach langwierigen Verhandlungen gelang es schließlich, die volle Berlin-Klausel durchzusetzen (Art. 5); Verbindung von Technologie-Zusammenarbeit und Export-Kontrolle: Für die Berlin-Klausel konzedierte deutsche Seite im Gegenzug die von amerikanischer Seite nachdrücklich geforderte, in etwa gleichgewichtige Behandlung von Technologie-Kooperation und Fragen der Exportkontrolle (Art. 2); Veröffentlichung: Offen blieb, ob Technologie-Text veröffentlicht werden oder Verschlußsache bleiben soll wie SDI-Forschungsvereinbarung. US neigen zur Veröffentlichung, da sie ohnehin befürchten, daß Text bekannt wird. 2) SDI-Forschungsvereinbarung. Einbeziehung Berlins: Das entsprechende Kapitel (11) wurde aus dem Vereinbarungstext herausgenommen. Berlin wird in einem Begleitschreiben (side letter) behandelt. […] Durchführungsmechanismus (implementing agent): Vereinbart wurde, auch dieses Kapitel (10) aus dem Text herauszunehmen. Stattdessen teilt jede Seite der anderen ihre jeweilige Position zum Durchführungsmechanismus mit. […] Kapitel 5.2.: Zur Frage der Interpretation von ‚contractual arrrangements' wurde von US-Seite aussdrücklich zu Protokoll bestätigt, daß hierbei an Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder andere Stellen gedacht sei." Vgl. VS-Bd. 13714 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Technologietransfer-Abkommen.

fassung des Kongresses absieht. Er möchte auch vermeiden, daß die TT-Vereinbarung der Alliierten Kommandantur in Berlin vorgelegt wird.

Letzteres haben wir unter nochmaliger ausführlicher Erläuterung unserer Position in der Berlin-Frage abgelehnt.

Die US-Seite prüft nunmehr folgenden Ausweg:

1) Die Berlin-Klausel bleibt erhalten.

2) Die US-Seite erklärt: As the joint understanding of principles constitutes a political rather than a legal document it needs not to be transmitted to the Congress under the Case Act[4].

3) Die US-Seite sieht zwar keine Notwendigkeit, eine politische Vereinbarung in Berliner Recht umzusetzen, scheint aber bereit, eine Vorlage bei der Kommandantur zu akzeptieren.

4) Die US-Seite behält sich vor, auch im Kreis der Berliner Alliierten nicht zu verschweigen, daß sie in der TT-Vereinbarung nur eine politische Vereinbarung sieht. Um eine eventuelle Ablehnung der Vereinbarung durch F und GB sowie eine erneute öffentliche Diskussion über den Rechtscharakter der TT-Vereinbarung zu vermeiden, möchte US-Seite sicherstellen, daß wir gemeinsam in der Vierergruppe vor Vorlage des Abkommens die mögliche Zustimmung von F und GB sondieren.

US-Seite scheint bereit zu sein, auf dieser Grundlage sofort beide Abkommen zu unterzeichnen.

Es wird bis 26. März, 8 Uhr OZ Washington um Reaktion gebeten, ob – auch im Hinblick auf möglicherweise existierende Präzedenzfälle – auf die geschilderte Lösungsmöglichkeit eingegangen werden kann.[5]

Es wird auch um Mitteilung gebeten, ob es Präzedenzfälle für sogenannte asymmetrische Abkommen gibt (für einen Partner Regierungsabkommen, für den anderen Partner politische Absichtserklärung), in denen die Berlin-Klausel enthalten ist.

Nächster Termin für die Fortsetzung der Gespräche mit der US-Seite ist für den 26.3., 10.30 Uhr OZ Washington vorgesehen.[6]

4 Am 22. August 1972 billigte der amerikanische Kongreß den Case Act, der die Regierung dazu verpflichtete, dem Kongreß internationale Abkommen innerhalb von 60 Tagen anzuzeigen. Für den Wortlaut des Public Law 92–403 vgl. STATUTES AT LARGE, Bd. 86 (1972), S. 619.

5 Staatssekretär Meyer-Landrut erteilte der Botschaft in Washington am 26. März 1986 folgende Weisung: „1) Die Berlinklausel bleibt wie vorgeschlagen erhalten. Sie ist für die Bundesregierung nicht verhandelbar (Ziff[er] 1). 2) Die von der US-Seite beabsichtigte Erklärung (Ziff. 2) ist für uns so nicht annehmbar, weil sie den völkerrechtlichen Charakter der Absprache leugnet. Wir müßten dazu erklären, daß wir im Dokument eine völkerrechtlich bindende Absprache sehen, die die im Text enthaltenen Absichtserklärungen umfaßt. Es sollte vermieden werden, daß ein Dissens über den völkerrechtlichen Charakter offengelegt wird. Eventuell böte sich an, in der US-Erklärung zu formulieren: ‚constitutes a political commitment under international law rather than a legal document'. 3) Zu Ziff. 3 bestehen keine Bedenken. 4) Die vorgesehene Erklärung gegenüber den Alliierten müßte dem unter Ziff. 2 ausgeführten Gedankengang entsprechen. Einer gemeinsamen Sondierung in der Vierergruppe steht nichts im Wege." Vgl. den Drahterlaß Nr. 353; VS-Bd. 13715 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z.Z. Washington, informierte am 26. März 1986, daß die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden seien: „Beide Texte und die Begleitschreiben (zu SDI und Berlin, zu den Durchführungsstellen und zu technischen Fragen der Zusammenarbeit) sind unterschriftsreif. Die Unterzeichnung beider Vereinbarungen ist für mor-

Dieser Drahtbericht hat vor Abgang Minister Dr. Bangemann vorgelegen.

[gez.] Schomerus

VS-Bd. 14161 (010)

85

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 812 **Aufgabe: 26. März 1986, 19.12 Uhr**[1]
Ankunft: 27. März 1986, 06.15 Uhr

Betr.: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen

Zur Unterrichtung

In dem andauernden sowjetisch-amerikanischen Poker um Termin und Substanz des nächsten Gipfeltreffens haben jüngste amerikanische Äußerungen und Aktivitäten neue Akzente gesetzt.

I. Amerikanisches Verhalten in sowjetischer Sicht

1) Wurde die amerikanische Antwort vom 24.2. auf Gorbatschows „Master Plan" vom 15.1.[2] von den Sowjets auch enttäuschend qualifiziert – die SU konnte

Fortsetzung Fußnote von Seite 470

gen, 27.3., 10.30 Uhr OZ Washington, im Pentagon vorgesehen." Zu den Vereinbarungen erläuterte Schomerus: „Das TT-Abkommen enthält die Berlin-Klausel. Die US-Seite wird in ihrem Brief zu technischen Fragen der Zusammenarbeit (Assistant Secretary Perle an MD Dr. Schomerus) folgendes mitteilen: ‚Insofar as international law is concerned, the US government considers the joint understanding to be a political commitment rather than a legal document.'" Im Antwortschreiben von Schomerus werde es heißen: „With regard to the last paragraph of your letter I recall that we discussed the consultations to take place with other allies. The Federal Government will then handle the document along established procedures". Im Abkommen über Rahmenbedingungen einer privatwirtschaftlichen Beteiligung an der SDI-Forschung sei „durch den Zusatz ‚if so desired by the German participant' klargestellt, daß es deutschen Firmen und Forschungseinrichtungen unbenommen bleibt, für ihre Kontrakte bessere Bedingungen auszuhandeln". Schließlich habe die amerikanische Seite „zustimmend davon Kenntnis genommen, daß wir in unserem Schreiben zur Durchführung des Abkommens ausdrücklich auf die Einrichtung der Koordinierungsstelle beim Bundesminister für Wirtschaft hinweisen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1986.
Für die Gemeinsame Grundsatzvereinbarung vom 27. März 1986 zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung sowie die Vereinbarung des Bundesministeriums für Wirtschaft und des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom selben Tag über die Beteiligung deutscher Unternehmen, Forschungseinrichtungen und anderer Stellen an der Forschung im Zusammenhang mit SDI, die Begleitschreiben, das Memorandum of Understanding und das Joint Understanding of Principles vgl. VS-Bd. 14161 (010).

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 27. März 1986 vorgelegen.

2 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986, die am folgenden Tag bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf eingebracht wurden, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Präsident Reagan antwortete darauf mit Schreiben vom 22. Februar 1986 an Gorbatschow, dessen Inhalt am 24. Februar 1986 in Genf vorgetragen wurde. Vgl. dazu Dok. 52.

nicht wirklich erwarten, daß sich der „Gegenspieler“ einfach auf die höchst einseitig definierten Maßnahmen bis zum Ende des Jahrhunderts einlassen würde. Daß ihrer Position eine andere entgegengesetzt wurde, mußte die sowjetische Seite als normale Taktik im internationalen Kräftemessen akzeptieren, auch wenn sie dies nach außen nicht zugeben wollte und sich vielleicht doch einen günstigeren Verlauf beim Ringen um die beste Ausgangsposition für künftige rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen erhofft hatte, auch die Abstriche an der eigenen Position bei INF nicht gebührend honoriert fand (so z. B. in jüngster Zeit noch einmal Sagladin gegenüber dem amerikanischen Sowjetologen Garthoff). Die Übermittlung kurz vor dem Parteitag[3] war für Gorbatschow sicherlich unangenehm. Aber schließlich hatte er mit seinen Vorschlägen vom 15.1. einen „Coup“ gelandet, ohne die Amerikaner am Verhandlungstisch vorzubereiten, und die in seinem Abrüstungsplan bis zum Jahr 2000 enthaltenen Sprengsätze für die atlantische und europäische Einheit waren nicht unschuldig gelegt worden. So kam es, daß G. auf dem Parteikongreß zwar ärgerlich reagierte, aber ausdrücklich in seinem Schlußwort am 6.3. betonte, die „Türen nicht zuschlagen“ zu wollen.[4]

Der vorgezogene amerikanische Nukleartest am 22.3.[5] war demgegenüber für die SU gravierender, schon in der Zeitwahl: Wollten die Amerikaner die Sowjets austricksen, indem sie den Test noch vor den 31.3. legten, bis zu dem das einseitige sowjetische Moratorium noch unbedingt gilt, während es erst nachher an das amerikanische Verhalten gebunden ist? Aber vor allem in der Sache: Nachdem G. auf dem Parteikongreß neben INF noch einmal den Teststopp als Substanz des nächsten Gipfels ausdrücklich gefordert hatte, mußte der vorgezogene amerikanische Atomtest fast wie ein Schlag ins Gesicht wirken.

Andere amerikanische Äußerungen und Maßnahmen zur Sicherheits- wie auch zur Regionalpolitik sind während der letzten Woche hinzugekommen: Iklés markige Worte auf der Wehrkundetagung[6] („Überlegenheit“), Weinbergers a-limine-Abweisung von SDI als bargaining chip bei der NPG in Würzburg[7], Abrahamsons dortselbst betonte, unerwartet rasche Fortschritte beim SDI-Pro-

3 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 6. März 1986 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 315–320.

5 Die USA führten am 22. März 1986 auf dem Testgelände von Los Alamos in Nevada einen unterirdischen Atomversuch durch. In der Presse hieß es dazu, daß ein amerikanischer Test „ursprünglich für die dritte Aprilwoche“ angekündigt gewesen, dann aber vorgezogen worden sei: „Ein Sprecher des Energieministeriums bezeichnete den Versuch als ‚routinemäßige Fortführung‘ des nuklearen Testprogramms der amerikanischen Regierung.“ Vgl. den Artikel „Scharfe Reaktion Moskaus auf amerikanischen Atomversuch“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. März 1986, S. 1 f.

6 Die 24. Münchner Wehrkundetagung fand vom 28. Februar bis 2. März 1986 statt.

7 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 20./21. März statt. Ministerialdirigent von Ploetz notierte dazu am 24. März 1986, daß der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger ausgeführt habe, „die US-Regierung gebe der SDI-Forschung höchste Priorität. Sie sei kein Verhandlungsobjekt, man werde nicht zulassen, daß sie beschränkt werde, ehe sie richtig begonnen habe, sie vielmehr einsetzen, um drastische Abrüstung zu erreichen.“ Ploetz fuhr fort: „Weinbergers strikte Zurückweisung jeglicher Nutzung von SDI als rüstungskontrollpolitischem Verhandlungsobjekt wurde in Würzburg wohl deswegen nicht diskutiert, weil die Verteidigungsminister hierin nicht ihre Aufgabe sahen; es gab aber auch keine Unterstützung für diesen Standpunkt der USA in einer Frage, die in der NATO noch Gegenstand von Diskussionen werden dürfte.“ Vgl. VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

gramm[8], amerikanisches Drängen auf Kürzungen beim sowjetischen VN-Personal, die „innocent passage" der US-Kriegsmarine vor der Krim[9], die Forcierung der Reagan-Doktrin[10] gegenüber Angola (Savimbi)[11] und Nicaragua (Contras)[12], die jüngsten amerikanischen Aktionen gegenüber Libyen[13].

2) Ist sich die sowjetische Seite bewußt, daß hinter dieser Massierung ihren Interessen zuwiderlaufender, sie potentiell demütigender Aktionen nicht notwendigerweise ein gezieltes sorgfältig orchestriertes Testen der Sowjets vor dem Gipfel steht – wie es der Westen verstehen müßte, wenn die Sowjets derartige Verhaltensweisen an den Tag legten? Die amerikanische Forderung nach Kürzungen beim sowjetischen VN-Personal[14] war, auch für die Sowjets

8 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 24. März 1986, daß der Leiter des SDI-Programms auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. März 1986 in Würzburg über die Fortschritte des SDI-Forschungsprogramms berichtet habe: „Abrahamson konzentrierte sich […] auf die konventionellen Techniken, die sich auch zur Abwehr von Raketen mittlerer und kurzer Reichweiten eignen, und ließ Muster zirkulieren: Miniaturisierung und Kostensenkung bei Komponenten wie Trägheitssteuerungen, Endstufen von Abfangraketen, Gefechtsköpfen und Steuerraketen zum Ausrichten von Hyper-Geschwindigkeitskanonen auf mehrere Ziele nacheinander in schneller Folge. Die Forschungen betreffend Sensoren – er stellte den luftgestützten optischen Sensor dar – und elektronische Komponenten zur Gefechtssteuerung und Koppelung würden ebenfalls wichtige Erkenntnisse für die Abwehr von Raketen kürzerer Reichweite und darüber hinaus die konventionelle Verteidigung abwerfen." Vgl. VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Am 19. März 1986 wurde in der Presse berichtet: „Two United States warships heavily equipped with electronic sensors entered Soviet territorial waters in the Black Sea last week to test Soviet defenses, Pentagon officials said. The officials said that the exercise had been ordered by the Joint Chiefs of Staff in the name of Defense Secretary Caspar W. Weinberger and that a similar exercise was planned in the Gulf of Sidra off Libya next week. The purpose of the exercises, the officials said, is to gather intelligence, to assert the right to innocent passage and, in the case of Libya, to assert the right to sail in international waters." Vgl. den Artikel „2 U.S. Ships Enter Soviet Waters Off Crimea to Gather Intelligence"; THE NEW YORK TIMES vom 19. März 1986, S. A1.
Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 20. März 1986: „US-Geschäftsträger sagte in Viererrunde, Entscheidung zur ‚innocent passage' amerik[anischer] Schiffe durch sowjet[ische] Hoheitsgewässer vor der Krim sei von Marine forciert, durch Poindexter gefördert und vom Weißen Haus beschlossen worden." Der amerikanischen Botschaft in Moskau sei eine „Protestnote wegen Verletzung der Hoheitsgewässer überreicht" worden: „Aktion sei demonstrative Provokation." Vgl. den Drahtbericht Nr. 731; Referat 204, Bd. 135354.

10 Am 6. Februar 1985 erklärte Präsident Reagan vor beiden Häusern des Kongresses in Washington: „We must stand by all our democratic allies. And we must not break faith with those who are risking their lives – on every continent, from Afghanistan to Nicaragua – to defy Soviet-supported aggression and secure rights which have been ours from birth." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 135.

11 Zur amerikanischen Unterstützung der UNITA vgl. Dok. 74, Anm. 25.

12 Vortragender Legationsrat Schönfelder vermerkte am 4. April 1986: „Die letzten Wochen sind geprägt von den Bemühungen der Administration, die Zustimmung des Kongresses zu einem neuen Finanzhilfepaket von 100 Mio. US-Dollar an die antisandinistischen ‚Contras' in Nicaragua zu gewinnen. Während die Kritik der Administration am Regime in Nicaragua grundsätzlich breite Zustimmung in Kongreß und Öffentlichkeit findet, ist ihr Konzept, Diplomatie einerseits mit Militärhilfe andererseits zu verbinden, innenpolitisch umstritten." So sei ein entsprechender Antrag am 19. März 1986 im Repräsentantenhaus mit 222 gegen 210 Stimmen abgelehnt worden. Möglicherweise durch das militärische Eingreifen nicaraguanischer Truppen in Honduras beeinflußt, habe aber der Senat am 26. März 1986 den Antrag mit 53 gegen 47 Stimmen gebilligt. Dadurch werde eine erneute Abstimmung des Repräsentantenhauses notwendig. Vgl. Referat 204, Bd. 135356.

13 Zum Konflikt zwischen den USA und Libyen in der „Großen Syrte" vgl. Dok. 83.

14 Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 13. März 1986 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium, wonach die „Grundsatzentscheidung zur Reduzierung sowjetischer Spionagemöglichkeiten in USA, ausgelöst durch Spionagefall Walker, August 1985 gefallen" sei: „September 1985 habe man konkrete Entscheidung getroffen, die am 4.3.86 den Sowjets mitgeteilt und am 7.3. hier bekanntgegeben wurde: Reduzierung des Personals der sowjetischen, ukrainischen und weißrussischen VN-Mission von derzeit 275 auf 170 in vier Stufen bis zum 1.4.1988." In

erkennbar, auf den FBI zurückzuführen und kam zur Unzeit hoch – sie wurde dementsprechend von amerikanischer Seite diplomatisch etwas abgefedert (vgl. DB 603 vom 5.3.86 – VS-NfD[15]). Die Aktion auf der Krim war ein Anliegen der US Navy, die mit Poindexter nun einen der ihren in der Position des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten hat.

Der zur Zeit amtierende Chef des Planungsstabes gab mir kürzlich gesprächsweise zu, daß die amerikanische Außenpolitik pluralistisch angelegt ist. Aber er meinte doch, in letzter Zeit seien solche Akteure wie Weinberger stärker hervorgetreten als solche wie Shultz. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß G. seine Gipfeldiplomatie mit den USA auf eine harte Probe gestellt sieht, auch wenn ihm sein neuer außenpolitischer ZK-Sekretär Dobrynin[16] ein differenziertes Bild der amerikanischen Außenpolitik vermitteln sollte.

Eine – beruhigende – Deutung steht sowjetischen Ideologen allerdings immer zur Verfügung und wird in den sowjetischen Medien z.Z. auch ausgiebig verwendet: Daß der Gegner, durch die überlegene geschichtliche Kraft des Kommunismus und die konsequente sowjetische Friedenspolitik (G.s Initiative vom 15.1.) in die Enge getrieben, keinen anderen Ausweg weiß als das Spielenlassen seiner Muskeln durch Demonstrationen der Stärke.

II. Sowjetische Reaktion

Bisherige Reaktion der SU ist bemerkenswert zurückhaltend. Besonders auffällig war dies bezüglich des vorgezogenen Nukleartests. Selbst im Falle der jüngsten Eskalation vor der libyschen Küste beschränkt sich die SU weiter auf verbale Solidaritätsbekundungen mit Libyen und Verurteilungen des amerikanischen Vorgehens. Bisheriges sowjetisches Verhalten spiegelt insgesamt zwar eine gewisse Ratlosigkeit wider, verrät aber doch eine durchaus an sowjetischen Interessen orientierte Linie:

– sich nicht zu risikoreichen Gegenmaßnahmen herausfordern lassen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 473

der Folgezeit habe die amerikanische Regierung aus „atmosphärischen Gründen" darauf verzichtet, die UdSSR hierüber zu unterrichten. Nach Abschluß des XXVII. Parteitags der KPdSU sei nun „der mit Rücksicht auf bilaterale Beziehungen frühestmögliche und insgesamt ‚von allen schlechten noch der am wenigsten schlechte'" Zeitpunkt gekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1116; Referat 213, Bd. 139349.

15 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete über ein Gespräch des amerikanischen Botschafters in Moskau, Hartman, mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornijenko am 4. März 1986: „Hintergrund des Gesprächs sei bevorstehende starke Reduzierung sowj[etischen] VN-Personals gewesen, zu der bekanntlich State Department vom Kongreß gedrängt worden sei und deretwegen Amerikaner sowj. Gegenmaßnahmen gegen hiesige US-Botschaft befürchten. Deshalb – also um die Pille zu versüßen – habe Hartman mehrere Vorschläge und Initiativen übermittelt: Bildung einer ständigen Kommission über bilaterale und konsularische Fragen; Zusammenarbeit der Küstenwachen; Reaktivierung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Transportwesen." Vgl. Referat 213, Bd. 139349.

16 Am 17. April 1986 meldete Botschafter van Well, Washington: „Ablösung von Botschafter Dobrynin durch seine Ernennung zum ZK-Sekretär kam auch für State Department überraschend. Dobrynin, der 13.2. zur Teilnahme am Parteitag nach Moskau abgereist ist, wird (nach inoffiziellen sowjetischen Mitteilungen an State Department) nicht vor Ende März zur Abwicklung seiner Dienstgeschäfte in Washington zurück erwartet. […] Über Dobrynins Nachfolge in Washington ist dem State Department noch nichts Zuverlässiges bekannt. Namen sind von sowjetischer Seite bisher – auch inoffiziell – noch nicht genannt worden. Man tippt auf entweder Komplektow oder Woronzow, mit leichter Präferenz für Woronzow wegen dessen höheren Parteirangs (ZK-Mitglied – Komplektow nur Mitglied der Revisionskommission)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1133; Referat 204, Bd. 135354.

– den „Falken“ in Washington keine zusätzliche Munition liefern, statt dessen langfristig auf die „Tauben“ setzen,
– von den kontraproduktiven Aspekten des Vorgehens der anderen Seite profitieren: z. B. im Falle Libyens: die SU als Sachwalter der arabischen Einheit; im Falle des Teststopps: als Sprecher der empörten Weltmeinung; im Falle der Regionalkonflikte: die USA als „Neoglobalisten“, die SU dagegen in der Rolle des Protagonisten einer multipolaren, sich wandelnden Welt,
– insgesamt: die SU der Weltmeinung als den friedfertigeren, moderneren Staat vorstellen.

G. hat in seinem Gespräch mit dem scheidenden französischen Botschafter und neuen Außenminister, Raimond, am 24.3. die langfristige Anlage seiner Außenpolitik noch einmal sehr nachdrücklich dargelegt. Die Beziehungen zu den USA seien schwierig, aber die SU lasse sich nicht entmutigen. Er werde die Suche nach akzeptablen Kompromissen mit der US-Administration fortsetzen.

In seinem Gespräch mit der italienischen Abgeordnetenkammer-Präsidentin[17] hat er laut TASS in sehr allgemeiner Form – ohne die USA zu nennen – die Komplizierung der internationalen Lage während der letzten Wochen angesprochen und darauf hingewiesen, daß eine „moderne“, von einem „neuen Denken“ getragene Außenpolitik die Unzulässigkeit von Handlungen erheischt, die eine gefährliche Situation noch anheizen. Laut TASS also kein Wort über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Lt. Unterrichtung durch italienische Botschaft äußerte sich G. kritisch, aber nicht übermäßig scharf zu den jüngsten Aktivitäten der USA. SAM-Sprecher Lomejko antwortete am 25.3. zurückhaltend auf Frage nach Zusammenhang zwischen den amerikanischen Aktionen gegenüber Libyen und der sowjetisch-amerikanischen Gipfeldiplomatie: US-Verhalten werfe einen Schatten auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, SU trete weiter dafür ein, daß nächstes Gipfeltreffen konkrete Fortschritte bringen müsse. Noch am klarsten kam das, was den Interessenpolitiker Gorbatschow z. Zt. sicherlich bewegt, in einer Fernsehsendung mit ZK-Mitarbeiter Schischlin am 23.3. zum Ausdruck: Anscheinend glaubten gewisse Kreise in den USA, vielleicht solche, die sogar „noch rechter stünden“ als Präsident Reagan selbst, daß die SU stärker an einem Treffen interessiert sei als die USA. Dies sei eine schlimme Fehlvorstellung. Die USA machten wieder einmal den gefährlichen Fehler, zu glauben, Moskau mit „athletischen Gebärden“ imponieren zu können.

Dennoch erhebt sich die Frage, wieweit es G. möglich ist, eine – aus sowjetischer Sicht – weitere und womöglich noch zunehmende Strapazierung des Geistes von Genf[18] hinzunehmen. Wenn sich bei den Sowjets der Eindruck verdichtet, daß die USA die kooperativen Ansätze der Genfer Gipfelerklärungen durch ihr tatsächliches Verhalten wieder aufgibt und zu einem unilateralen Verhalten des „go it alone“ übergeht, dann gerät in sowjetischen Augen G. in Gefahr, mit seinem Engagement für die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen von

17 Die Präsidentin der italienischen Abgeordnetenkammer, Iotti besuchte die UdSSR vom 24. bis 27. März 1986.

18 In Genf trafen Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

der anderen Seite zum Nachteil der besonders prestige-empfindlichen SU ausgenutzt zu werden.

Zwar scheint er von seiten der Militärs zur Zeit keine Querschüsse befürchten zu müssen. (Generaloberst[19] Tscherwow zeigte sich gegenüber Garthoff in Vier-Augen-Gespräch darüber zufrieden, daß der „Schwarzmeer-Zwischenfall" dank der Kontrolle der politischen Führung über die Streitkräfte noch einmal glimpflich abgelaufen sei.) Und die Vorteile einer offenen Außenpolitik gegenüber dem Westen liegen nach der für die SU schmerzvollen Erfahrung mit ihrer Verweigerungshaltung nach dem Verlassen der Genfer Verhandlungstische im Dezember 1983[20] weiterhin auf der Hand und dies, obwohl Gorbatschow dies z. Zt. noch von sich weist. Auf seine Qualitäten als „Kommunikator" kann G. vertrauen. Aber angesichts der tiefsitzenden Minderheitskomplexe der „zweiten Weltmacht" können weitere, als Demütigung der SU empfundene Erklärungen und Schritte der US eine Kurskorrektur doch schließlich erforderlich machen.

Der GS würde jedenfalls innenpolitisch an Gewicht nicht verlieren, sondern eher gewinnen, wenn er es künftig – jedenfalls bis zum Ende der Amtszeit Reagans – unterließe, die Gipfeldiplomatie mit den USA weiter aktiv zu fördern. Ich schließe nicht aus, daß er sich genötigt sehen könnte, zu gegebener Zeit in der einen oder anderen Form auch ein Zeichen sowjetischer Stärke zu setzen, um – insgesamt, aber auch schon im Hinblick auf den großen chinesischen Nachbarn – nicht in die Gefahr zu geraten, als Papiertiger zu erscheinen.

[gez.] Kastl

Referat 213, Bd. 139349

[19] Korrigiert aus: „Generalleutnant".

[20] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.
Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.

86

Ministerialdirigent Schlagintweit an die Botschaft in Riad

311-322.00 IRK/SB **Aufgabe: 27. März 1986, 17.53 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2539 Plurez
Citissime

Betr.: Irakisch-iranischer Konflikt;
hier: unsere Haltung

Bezug: DB aus Riad 160 vom 19.3.1986[2]

In Gesprächen mit saudischer Seite sollte unsere Haltung wie folgt dargelegt werden:

1) Wir verhalten uns in dem Konflikt zwischen zwei Staaten, zu denen wir traditionell freundschaftliche, vielfältige Beziehungen haben, strikt neutral. Diese Neutralität darf nicht als Gleichgültigkeit gewertet werden. Wir nehmen Anteil an den Leiden und Opfern beider Völker und teilen die Sorge der arabischen Golfstaaten vor einer möglichen Eskalation des Krieges mit unübersehbaren Folgen für die gesamte Region. Unser unmittelbares Interesse an der Stabilität der Region haben wir oft und ausdrücklich betont.

Deshalb suchen wir nach Wegen und Möglichkeiten, zu einer baldigen friedlichen, einvernehmlichen und gerechten Lösung des Konflikts beizutragen. Zu diesem Zweck pflegen wir bewußt unsere guten Beziehungen zu beiden Ländern, denn nur ein vertrauensvoller Dialog mit den beiden Regierungen bietet uns die Möglichkeit, unsere Auffassung von der Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit einer Fortsetzung der Kampfhandlungen zur Geltung zu bringen und in wirksamer Weise in diesem Sinne auf sie einzuwirken. Diese Bemühungen haben sich zunehmend auf Iran konzentriert.

BM Genscher hat das bei seinem Besuch in Teheran im Juli 1984[3] mit aller Deutlichkeit getan. Seither haben wir zahlreiche andere Kontakte auf den ver-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok konzipiert.

2 Korrigiert aus: „29.3.1986“.
Botschafter Nowak, Riad, berichtete, daß der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud ihn am 13. März 1986 gefragt habe, ob die Bundesregierung „geeignete Schritte zur Abwendung der sich aus der Entwicklung des Golfkrieges ergebenden Gefahren“ unternommen habe: „Ich legte dar, daß wir vor nicht langer Zeit beim Besuch von BM Genscher in Teheran unsere Betroffenheit über das Andauern der kriegerischen Verwicklungen am Golf und unseren Wunsch auf Wiederherstellung des Friedens dargelegt hätten. […] Prinz Saud wollte dies nicht als ausreichende Reaktion gelten lassen. Er sagte, daß zu früherer Zeit ergiffene Schritte in der Wirklichkeit der neuen Lage nicht mehr genügten. Wir sollten realistischer, das heißt effizienter vorgehen. […] Er führte dann aus, eine Reihe westlicher Länder verkauften Waffen an Iran. Ob wir dies nicht in geeigneten westlichen Institutionen zur Sprache bringen und darauf hinwirken wollten, daß diese bedrohlichen Lieferungen an Iran eingestellt würden.“ Nowak fuhr fort: „Es ist zu erwarten, daß wir im Außenministerium erneut nach unseren Schritten zur Eindämmung des Golfkrieges gefragt werden. […] Ich wäre für eine Weisung hierzu dankbar, gegebenenfalls auch über andere, gegenüber Prinz Saud zu verwendende Argumente.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137874.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 in Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

schiedensten Ebenen regelmäßig dazu benutzt, in diesem Sinne tätig zu werden, so bei einem Gespräch zwischen Staatsminister Möllemann und Außenminister Velayati im September 1985[4], bei ausführlichen Gesprächen von Dg 31 mit politisch Verantwortlichen in Teheran[5].

Dabei haben wir folgendermaßen argumentiert:

– Der Krieg ist zu einer sinnlosen Vergeudung menschlichen und wirtschaftlichen Potentials geworden. Wir sind fest überzeugt, daß keine Seite militärisch siegen kann.
– Die Forderung nach dem Sturz des irakischen Präsidenten[6] wird auch von Freunden Irans in der Dritten Welt als nicht akzeptabel bezeichnet und, von arabischen Feinden Iraks abgesehen, von niemandem geteilt.
– Da einige Großmächte eine Niederlage Iraks voraussichtlich nicht hinnehmen würden, trägt jede Verlängerung des Krieges das Risiko in sich, Großmächte in die Region zu ziehen – ein Effekt, der weder Iran noch uns recht sein könnte.
– Unsere und die europäische öffentliche Meinung verliert jedes Verständnis für die iranischen Kriegsziele.

2) Es entspricht dieser Politik, daß wir an keine der beiden Parteien Waffen liefern. Gegenteilige Behauptungen können mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden (vgl. auch Plurez 311-411.10 IRN vom 12.3.1986[7]).

3) Zu einer eigentlichen Vermittlerrolle fühlen wir uns nicht berufen. Wohl aber befürworten und unterstützen wir alle Vermittlungsbemühungen von Staaten der Region oder internationalen Organisationen, wie der Islamischen Konferenz oder der Blockfreien, die geeignet erscheinen, zu einer friedlichen

4 Staatsminister Möllemann und der iranische Außenminister Velayati führten am 27. September 1985 in Frankfurt am Main ein Gespräch, in dessen Mittelpunkt der irakisch-iranische Krieg, daneben noch Menschenrechtsfragen, die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und die Tätigkeit iranischer Oppositioneller in der Bundesrepublik standen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137880.

5 Ministerialdirigent Schlagintweit hielt sich vom 6. bis 10. Februar 1986 in Iran auf und führte Gespräche mit hochrangigen Mitarbeitern im iranischen Außen- und Wirtschaftsministerium: „Hauptthemen waren die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, Menschenrechtsfragen […], Tätigkeit iran[ischer] Oppositionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland […], Terrorismus und Regional- und Nahostfragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 211 des Botschafters Freitag, Teheran, vom 13. Februar 1986; Referat 311, Bd. 137880.

6 Saddam Hussein al-Takriti.

7 Ministerialdirigent Schlagintweit informierte die Botschaft in Kuwait, daß der kuwaitische Botschafter Al-Babtin am Vortag einbestellt worden sei, um ihm das „Erstaunen" der Bundesregierung über „Anschuldigungen wegen angeblicher Waffenlieferungen an Iran" zum Ausdruck zu bringen. Er, Schlagintweit, habe ausgeführt: „Der Bundesminister sei solchen Vermutungen bereits 1984 beim Besuch einer Außenministerdelegation der Arabischen Liga im Zusammenhang mit dem irakisch-iranischen Krieg entgegengetreten und habe nach Beweisen gefragt. Auch Irak habe immer wieder von deutschen Waffenlieferungen gesprochen. Die Bundesregierung sei irakischen Hinweisen, die diese Vermutungen begründen sollten, sorgfältig gefolgt, habe aber nichts festellen können. Beim Besuch des Bundesministers in Kuwait habe der Bundesminister unsere strikt neutrale Haltung und unser sorgfältig eingehaltenes Verbot, Waffen in Spannungsgebiete oder gar an Kriegführende zu liefern, erläutert. […] Wir wären daher dankbar, wenn auch die kuwaitische Regierung von unzutreffenen Unterstellungen absehen würde. Sollten konkrete Anhaltspunkte für Waffenlieferungen aus Deutschland vorhanden sein, so bäten wir um Übermittlungen. […] Wenn Beweise aber fehlen, sollten mit uns befreundete Regierungen daraus auch die Konsequenzen ziehen und keine falschen Anschuldigungen erheben." Vgl. Referat 311, Bd. 137882.

Beilegung des Konflikts beizutragen. Dazu gehören auch alle bilateralen und gemeinsamen Initiativen der Staaten des Golf-Kooperationsrats. Die jüngste, auf dem GCC-Gipfel in Maskat beschlossene Initiative haben wir begrüßt.[8] Wir haben unseren Einfluß in Teheran zu ihren Gunsten geltend gemacht und im Sinne eines Empfangs der Delegation durch die iranische Regierung auf diese eingewirkt.

4) Unsere Unterstützung gilt vor allem den Bemühungen des VN-GS[9], sei es über Teilregelungen zur Humanisierung der Kriegführung auf eine umfassende Lösung des Konflikts, sei es auf anderem Wege zu einem Ende des Krieges zu kommen. Wir halten diese Versuche für den aussichtsreichsten Weg, eine Einstellung der Kampfhandlungen zu erreichen, und appellieren daher ständig an beide Regierungen, mit dem VN-GS zusammenzuarbeiten.

Zusammen mit unseren europäischen Partnern haben wir uns für die entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats eingesetzt.

5) Im EG-Kreis setzen wir uns dafür ein, auch das Gewicht Europas gegenüber beiden Parteien zur Geltung zu bringen. In regelmäßigen Abständen, zuletzt beim EPZ-Ministertreffen am 25.2.1986[10], rufen die Zwölf zur Suche nach einer gerechten, für beide Seiten annehmbaren Friedenslösung auf.

6) In den Gesprächen mit der saudischen Regierung sollte vor allem erläutert werden, daß wir in diesem Krieg weder gleichgültig noch gar einseitig sind. Ebenso wie Japan, Italien und andere westliche Staaten glauben wir, daß es weder im westlichen noch im Interesse der Golfstaaten liegt, Iran zu isolieren. Eine politische Quarantäne würde eine außenpolitische Option Irans für die sozialistischen Staaten, insbesondere die SU, attraktiver machen. Sie würde uns der Möglichkeit berauben, den Fundus an Vernunft und Friedensbereitschaft zu verstärken, der nach unserem Urteil und dem der meisten unserer Partner bei der iranischen Führung – allerdings nicht bei Khomeini selbst – vorhanden ist und der wahrscheinlich wächst. Zu unserer Befriedigung teilen nicht nur die USA unsere Auffassung, auch zahlreiche Kontakte Saudi-Arabiens mit Iran auf Regierungsebene scheinen in die gleiche Richtung zu deuten.

Schlagintweit[11]

Referat 311, Bd. 137874

8 Auf ihrer Konferenz vom 3. bis 6. November 1985 in Maskat bekannten sich die Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats zur Freiheit der Schiffahrt im Persischen Golf und forderten Iran auf, diese zu respektieren. Ferner kündigten sie an, ihre Bemühungen um eine Beendigung des irakisch-iranischen Kriegs fortzusetzen.

9 Javier Pérez de Cuéllar.

10 Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Den Haag zum irakisch-iranischen Konflikt; BULLETIN DER EG 2/1986, S. 96.

11 Paraphe.

87

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1937/86 geheim
Fernschreiben Nr. 1371
Cito

Aufgabe: 27. März 1986, 20.18 Uhr[1]
Ankunft: 28. März 1986, 02.28 Uhr

Betr.: Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung;
hier: Amerikanische Sorgen vor Terrorakten nach Syrte-Konflikt[2]

Zur Unterrichtung

1) Botschafter Oakley bat heute Ges. Pol.[3] zu sich, um ihn über amerikanische Sorgen wegen möglicher Terrorakte nach der libyisch-amerikanischen Auseinandersetzung in der Großen Syrte zu informieren. Wie auch dem Auswärtigen Amt bereits mitgeteilt worden sei, lägen amerikanischen Stellen erhärtete Informationen darüber vor, daß 17 amerikanische Missionen im Ausland seit drei Wochen observiert würden.[4] Diese Observation sei in der vergangenen Woche noch erheblich intensiviert worden. Es gebe auch Hinweise darauf, daß Angriffe gegen amerikanische Installationen aktiv vorbereitet würden. Zwar gebe es noch keine konkreten Vorkommnisse, doch ließen Umfang der Vorbereitungen und geographische Ausdehnung derselben die Lage als ernst erscheinen. Amerikaner hätten in der Angelegenheit in Berlin auch Kontakt mit den Sowjets aufgenommen, da es gewisse Hinweise gebe, daß Terroristen über Ost-Berlin nach West-Berlin und von da aus möglicherweise weiter in das übrige Bundesgebiet reisen könnten, um dort Terrorakte zu verüben.

2) Es sei nicht abzusehen, ob es tatsächlich und, falls ja, wann zu Terrorakten kommen werde. Das hänge auch von der Zeit ab, die zur Vorbereitung solcher Akte erforderlich sei. Wichtig sei es, daß die gefährdeten Staaten sich durch

1 Ablichtung.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 1. April 1986 vorgelegen, der die Übermittlung einer Ablichtung an das Ministerbüro verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 1. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 2." Vgl. Anm. 7.
Hat Genscher am 1. April 1986 vorgelegen.
Hat Bitterlich am 2. April 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent Redies und Vortragenden Legationsrat Heldt „m[it] d[er] B[itte] um Beachtung Weisung BM (S. 2)" verfügte.
Hat Redies und Heldt am 2. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Konflikt zwischen den USA und Libyen in der Großen Syrte vgl. Dok. 83.

3 Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft in Washington war Gesandter Wallau.

4 Ministerialdirigent Sulimma vermerkte am 25. März 1986, daß ihn der amerikanische Gesandte Dobbins informiert habe, er habe „heute morgen StS Neusel (BMI), das BKA und den Bundesverfassungsschutz angerufen. Er hätte mitgeteilt, daß die USA Informationen besäßen, wonach es sehr wahrscheinlich sei, daß die Libyer als Vergeltung für die Vorgänge an der Großen Syrte Terrorakte gegenüber Amerikanern in der Bundesrepublik Deutschland begehen würden. Dobbins betonte, daß solche terroristischen Aktionen gegenüber Amerikanern ‚quite likely' seien. Er hätte gebeten, daß die zuständigen Polizeibehörden den Schutz der Amerikaner in der Bundesrepublik, also nicht nur der Angehörigen der Botschaft, verstärken sollten. Ferner habe er gebeten, daß man auch die Überwachung der Libyer, die sich auf deutschem Territorium aufhalten, intensiviert." Vgl. Referat 515, Bd. 195699.

rechtzeitigen Informationsaustausch soweit wie möglich gemeinsam gegen mögliche Terrorakte schützten. Es handele sich nicht nur um den Schutz amerikanischer Installation, sondern letztlich um gemeinsamen Schutz gegen Übergriffe aus dem terroristischen Lager. Auf Frage, wie Amerikaner gegebenenfalls auf Terrorakt reagieren würden, antwortete Oakley, darüber seien noch keine Entscheidungen gefällt worden. Das werde von den Umständen und – was die Frage einer Reaktion gegenüber Libyen angehe – von dem Grad der nachweislichen libyschen Verwicklung abhängen. In jedem Falle werde man dieses Mal sicherlich mit mehr Unterstützung seitens der Europäer rechnen.

3) Oakley bezeichnete das Verhalten der Sowjets in der Syrte-Auseinandersetzung als sehr vorsichtig. Auch die sowjetische Marine habe sich dieses Mal im Gegensatz zu den Ereignissen im Januar[5] sehr zurückgehalten. Ob sowjetische Berater bei den amerikanischen Vergeltungsangriffen auf die Raketenstellung an der libyschen Küste verletzt worden seien, konnte Oakley nicht mit Sicherheit sagen. Immerhin bestehe die Möglichkeit, daß einige sowjetische Berater anwesend gewesen seien.

4) Oakley übergab anläßlich des Gesprächs den Text der Weisung, aufgrund der die amerikanische Botschaft in Bonn kürzlich im Auswärtigen Amt Sorge zum Ausdruck gebracht hat, deutsche Firmen könnten sich an Umgehung amerikanischer Sanktionen gegenüber Libyen beteiligen. Ges. Pol. wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nach unseren Informationen US-Experten anscheinend weitgehend nach Libyen zurückgekehrt seien (vgl. DB Nr. 283 vom 26.3.1986 aus Tripolis – Pol 322.00 USA[6]). Oakley zeigte sich sehr überrascht, daß Zahl der US-Bürger in Libyen inzwischen wieder zwischen 1000 und 1200 liegen soll. Er sei bisher von einer Zahl von etwa 100 ausgegangen. Oakley, der betonte, er wolle uns damit nicht in Schwierigkeiten bringen, zeigte sich sehr interessiert daran, hierzu nähere Hinweise (etwa Firmenzugehörigkeit) von uns zu erhalten.[7]

[gez.] Wallau

VS-Bd. 12439 (515)

5 Zu den amerikanischen Manövern vom 24. bis 30. Januar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 32.

6 Botschafter Enders, Tripolis, berichtete, daß die Rückkehr amerikanischer Experten nach Libyen „weitgehend abgeschlossen" scheine, „schätzungsweise Rückkehr von zwei Drittel bis drei Viertel des Personals. Die Zahl der US-Bürger dürfte dann eher wieder bei 1000 bis 1200 liegen (jedenfalls nicht bei nur 100). […] Rückkehr der US-Erdölfirmen nach LIY ist ebenfalls vollzogen. […] Zurückgekehrte US-Firmenleiter geben sich hinsichtlich Einzelheiten der vertraglichen Ausgestaltung Firmenverbleibs in LIY zurückhaltend. Sie betonen aber alle, mit Genehmigung der US-Regierung zurückgekommen zu sein. […] Eine akute Gefährdung für zurückgekehrte US-Experten und ihre Familienangehörigen besteht bei jetzigem Stand der Auseinandersetzung US–LIY im Golf von Syrte nicht. Gerüchten, Libyer hätten sofort nach Ausbruch der Auseinandersetzungen US-Bürger zu Geiseln erklärt, steht Gaddafis Äußerung vom 25.3. gegenüber: ‚Die amerikanischen Bürger im Land sind unsere Gäste.'" Vgl. Referat 311, Bd. 137905.

7 Der Passus „Ges. Pol. wies … zu erhalten" wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Zusätzlich hob er den letzten Satz durch Ausrufezeichen hervor. Vgl. Anm. 1.
Der Passus: „Oakley zeigte sich … zu erhalten" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir sind keine Denunzianten!"
Vortragender Legationsrat Heldt informierte die Botschaft in Washington am 3. April 1986, daß der vom amerikanischen Sonderbotschafter für Terrorismusbekämpfung, Oakley, geäußerte Wunsch „auf Weisung von Herrn BM nicht weiterverfolgt" werden solle: „Botschafter Oakley gegenüber kann erklärt werden, daß weitere Detaillierung der Schätzungen der Botschaft Tripolis nicht möglich ist." Vgl. den Drahterlaß Nr. 387; Referat 515, Bd. 195693.

88

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann

411-426 USA **2. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Handelsbeziehungen EG–USA auf dem Agrarsektor;
hier: Probleme im Zusammenhang mit der Beitrittsanpassung

Bezug: Ihre Weisung vom 1.4.1986

Anlg.: StS-Aufzeichnung Referat 411 vom 26.2.1986[4]

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Präsident Reagan hat am 31.3. angekündigt, daß die USA als Reaktion auf die Schädigung ihrer Agrarexporte durch die EG-Erweiterung handelsbeschränkende Maßnahmen (Quoten und Zölle) für Importe aus der Gemeinschaft einführen wollen.[5] Die Maßnahmen sollen Anfang Mai bzw. Anfang Juli in Kraft treten, falls die Gemeinschaft bis dahin nicht zur Suspendierung einzelner Maßnahmen bzw. zur Gewährung ausreichender Kompensationen bereit sein sollte. Die Ausfuhrverluste werden von der amerikanischen Regierung auf insgesamt 869 Mio. $ geschätzt, so daß mit Gegenmaßnahmen in entsprechender Höhe zu rechnen ist. Diese wurden vom Präsidenten nicht näher erläutert, sollen aber vor allem Agrarprodukte (Wein, Käse) betreffen. Der Präsident hat den Handelsbeauftragten Yeutter außerdem gebeten, die am 1.1.1987 in Kraft tretende EG-Drittlandsrichtlinie für die Einfuhr von Fleisch auf unangemessene Folgen für die USA zu untersuchen (hier wird ein möglicher Schaden von 125 Mio. US $ genannt). Die Ankündigungen des Präsidenten sind Ausdruck der von ihm vertretenen Politik eines „freien“, aber „fairen“ Handels, mit der die amerikanische Regierung entschieden gegen unfaire Handelspraktiken ih-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann und Legationsrat Wnendt konzipiert.

2 Hat in Vertretung des Staatssekretärs Ruhfus Botschafter Ruth am 2. April 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 411 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 7. April 1986 vorgelegen.
Hat Legationsrat Wnendt am 8. April 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Randermann „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Randermann am 8. April 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Hauswedell verfügte.
Hat Hauswedell vorgelegen.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann wies auf die Gefahr eines Handelskonflikts mit den USA im Zusammenhang mit den Bestimmungen über den EG-Beitritt Portugals bzw. Spaniens hin und legte die Standpunkte der amerikanischen Regierung bzw. der EG-Kommission dar. Ferner erläuterte er die relevanten GATT-Bestimmungen und unterbreitete Vorschläge für das weitere Vorgehen. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 144249.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des amtierenden Sprechers des amerikanischen Präsidialamts, Speakes, vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 417.

rer Handelspartner vorgehen will. Die Ankündigungen des Präsidenten können eine sehr gefährliche Entwicklung einleiten, die zu einer Belastung nicht nur der Handelsbeziehungen EG–USA führen kann. Sie müssen sehr ernst genommen werden. Im Gegensatz zu den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der EG sind die USA jetzt immer weniger gewillt, wirtschaftliche Nachteile zur Förderung der Europäischen Integration hinzunehmen. Es ist nicht sicher, daß diese Auseinandersetzung ebenso glatt beigelegt werden kann wie frühere Streitfälle EG–USA.

2) Die amerikanischen Vorwürfe betreffen folgende Maßnahmen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals[6]:

Portugal (zwei Probleme)

– Ölsaaten: Bisheriges staatliches Handelsmonopol für Ölsaaten und pflanzliche Öle wird abgeschafft; statt dessen werden Importquoten festgelegt (Rechtsgrundlage Art. 292 Beitrittsvertrag[7]). Amerikanische Ölsaatenausfuhren (vor allem Soja) nach P beliefen sich im Durchschnitt der Jahre 1983–85 auf 195 Mio. US $.
– Getreide: Durch Art. 320 Beitrittsvertrag[8] wird praktisch eine Mindestimportverpflichtung von 15% des Getreidebedarfs aus der EG festgelegt (US-Getreideexporte nach P betrugen im Durchschnitt 1983–85 357 Mio. $, 15% davon entsprächen ca. 50 Mio. US $).

Spanien

Spanischer Einfuhrzollsatz für Mais und Sorghum (Futterhirse) von 20% ist von EG im GATT gekündigt worden; ab 1.3. setzt variable Abschöpfung von z. Zt. ca. 75% ein (Rechtsgrundlage Art. 76 des Beitrittsvertrages[9]). Spanische Einfuhren aus USA 1981–83 durchschnittlich 634 Mio. US $.

Bei den Portugal betreffenden EG-Maßnahmen handelt es sich nach Meinung der USA um einen Verstoß gegen Art. Röm. 11 GATT[10]. Sie verlangen deshalb die Rücknahme dieser Maßnahmen, andernfalls wollen sie Anfang Mai ebenfalls Quoten einführen und Zölle erheben. Inoffiziell wird eine vorläufige Suspendierung dieser Maßnahmen von amerikanischer Seite als Zwischenlösung bezeichnet, um Zeit für Gespräche zu gewinnen. Für den 21./22. April ist eine öffentliche Anhörung der amerikanischen Regierung geplant, in der auch EG-Vertreter Stellung nehmen können.[11]

6 Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

7 Für den Wortlaut von Artikel 292 der Akte vom 11. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts Spaniens und Portugals und die Anpassungen der Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1327.

8 Für den Wortlaut von Artikel 320 der Akte vom 11. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts Spaniens und Portugals und die Anpassungen der Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1333.

9 Korrigiert aus „Art. 56“.
Für den Wortlaut von Artikel 76 der Akte vom 11. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts Spaniens und Portugals und die Anpassungen der Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1277.

10 Für den Wortlaut von Artikel XI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_e.pdf, S. 17 f.

11 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 22. April 1986, am 21./22. April 1986 habe vor dem „Trade Policy Staff Committee“ eine Anhörung über mögliche amerikanische Gegenmaßnahmen

Über die Spanien betreffenden Maßnahmen wollen die USA mit der Gemeinschaft nach Art. Röm. 24/6 GATT[12] verhandeln, um einen Ausgleich zu erreichen. Falls dies kurzfristig jedoch nicht zum Erfolg führt, sollen am 1. Juli Zollerhöhungen in Kraft treten.

Generell werfen die USA der EG vor, daß sie das Beitrittspaket erst sehr spät (November 1985) im GATT notifiziert und insbesondere die Kündigung der bisherigen spanischen Zollsätze erst im Februar 1986 vorgenommen habe. Bei allen früheren Erweiterungen der EG[13] und ihrer Zollunion sei das GATT rechtzeitiger informiert worden. Die EG stelle die USA jetzt vor vollendete Tatsachen. Die USA könnten daher ihre Ausgleichforderungen im GATT erst nach langwierigen Verhandlungen durchsetzen. Dies sei im Hinblick auf die Höhe des Schadens aber nicht zumutbar.

3) EG-Kommissar de Clercq hat als erste Reaktion am 1.4. die von der US-Regierung angekündigten Maßnahmen zurückgewiesen.[14] Er betonte, daß die EG-Bestimmungen für Portugal und Spanien mit den internationalen Freihandelsregeln vereinbar seien. Die Maßnahmen der USA stellten ihrerseits aber eine Verletzung der GATT-Bestimmungen dar, die die EG nicht hinnehmen könne. Die EGK ist der Auffassung, daß

– die Durchführung einer so komplexen und umfassenden Änderung des Einfuhrregimes, wie sie beim Beitritt eines neuen Mitglieds zu einer Zollunion notwendig wird, nicht dem vorherigen Abschluß eines entsprechenden GATT-Verfahrens untergeordnet werden könne. Hier sei ein wesentlicher Unterschied zu sehen zum Verfahren nach Art. Röm. 28 GATT[15] im Fall von kleineren produktspezifischen Tarifänderungen. Sowohl 1973 als auch 1981 fand die Erweiterung der EG statt, ohne daß die Verhandlungen im GATT abgeschlossen waren. Damals hätten weder die USA noch eine andere GATT-Vertragspartei die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens bestritten.
– die Erweiterung der Gemeinschaft den USA im gewerblichen Bereich durch die Absenkung der hohen spanischen und portugiesischen Einfuhrzölle auf das niedrigere Gemeinschaftsniveau auch erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringe, die sogar größer sein könnten als die Nachteile im Agrarbereich. (Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 483

stattgefunden, an der etwa 30 Vertreter verschiedener amerikanischer Wirtschaftsverbände teilgenommen hätten: „Ziel der Anhörung war nicht die Frage, ob Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden, sondern 1) welche Produkte für die Vergeltung ausgewählt werden sollen, 2) in welcher Höhe Sonderzölle oder Quoten festgesetzt werden solle, 3) welche Auswirkungen die Maßnahmen auf US-Verbraucher haben." Es herrsche der Eindruck vor, „daß USA – unabhängig vom Verlauf des Hearings – bereits entschieden haben, daß es – wahrscheinlich nach dem Tokioter WWG – zu einer Festsetzung von zusätzlichen Importquoten gegen die P betreffenden Maßnahmen der EG kommt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1762; Referat 411, Bd. 144248.

12 Für den Wortlaut von Artikel XXIV Absatz 6 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_e.pdf, S. 42.

13 1973 traten Dänemark, Großbritannien und Irland den Europäischen Gemeinschaften bei. 1981 folgte der Beitritt Griechenlands.

14 Das Mitglied der EG-Kommission de Clercq äußerte sich am 31. März 1986. Für die Erklärung vgl. Referat 411, Bd. 144248.
Für eine Zusammenfassung seiner Ausführungen vgl. BULLETIN DER EG 3/1986, S. 63.

15 Für den Wortlaut von Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_e.pdf, S. 46–49.

USA halten Kompensationen in anderen Bereichen jedoch nicht für angemessen und verweisen darauf, daß die Erleichterungen im gewerblichen Bereich erst schrittweise bis zum 1.1.1993 erfolgen, während die Agrarabschöpfung bereits am 1.3.1986[16] in Kraft getreten ist.)

Grundsätzlich hat die EG, so in einem Schreiben der Kommissare de Clercq und Andriessen an den amerikanischen Handelsbeauftragten Yeutter vom 4.3. 1986[17], ihre Bereitschaft zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EG und den USA nach Art. Röm. 24/6 GATT in Genf erklärt. Bereits am 12.2.1986 hatte die Gemeinschaft im GATT-Rat der Einrichtung einer GATT-Arbeitsgruppe, die sich mit allen Fragen der Erweiterung der Gemeinschaft befassen soll, zugestimmt.

Die Gemeinschaftsposition wurde auch in bilateralen Gesprächen EGK – USA am 20.2. und 3.3.[18] erläutert. Ein weiteres hochrangiges Treffen (de Clercq und Andriessen mit Yeutter und amerikanischem Landwirtschaftsminister[19]) ist am 17./18.4.1986 am Rande des OECD-Ministerrats in Paris vorgesehen.

Bundesminister Bangemann und Staatssekretär Ruhfus haben in Antwortschreiben auf den Brief von Botschafter Burt vom 21.2.1986[20] ähnlich wie die EGK argumentiert und dabei auch die politische Bedeutung der EG-Erweiterung unterstrichen.[21]

16 Korrigiert aus: „erst am 1.6.1983".

17 In dem Schreiben legten die Mitglieder der EG-Kommission Andriessen und de Clercq dar: „We in Brussels are conscious that some changes, both positive and negative for you, are inevitable as Spain and Portugal adapt to Community membership. But what has to be considered, in the GATT context, is the overall balance of commercial benefits and disadvantages deriving from enlargement, not the effect on any particular product taken separately and in isolation. Given the enormous moves that Spain and Portugal will be making, the overall result for US trade seems certain to be positive. […] The Community does not ask the US to forfeit its GATT rights or to pay the economic costs associated with enlargement, the net commercial consequences of which cannot in our view but be favourable for you if all factors are weighed together in the balance." Vgl. Referat 411, Bd. 144249.

18 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte am 11. März 1986 mit, in der EG-Ministerratstagung am Vortag habe das Mitglied der EG-Kommission de Clercq bezüglich der Handelsbeziehungen zu den USA mitgeteilt: „Er habe US-Trade Representative Yeutter und seinen Stellvertreter Woods, der in der vergangenen Woche Gespräche in Brüssel geführt habe, sehr deutlich seine Überraschung wissen lassen, daß die USA zunächst große polit[ische] Dimension des Beitritts gewürdigt haben, sich jetzt aber in sektoriellen Interessen verlören. Jedoch anerkannte auch de Clercq, daß US-Administration und Kongreß unter starkem Druck mächtiger Agrarverbände stehen". De Clercq habe zugesichert, „den mehr denn je notwendigen Dialog mit den USA zur Lösung der Probleme zu intensivieren". Vgl. den Drahtbericht Nr. 769; Referat 411, Bd. 131198.

19 Richard E. Lyng.

20 In dem Schreiben an Bundesminister Bangemann, das nahezu wortgleich auch an Staatssekretär Ruhfus gerichtet wurde, wies der amerikanische Botschafter Burt auf die Besorgnisse seiner Regierung im Zusammenhang mit den Bestimmungen über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens hin und führte aus: „I would like to emphasize the explosive nature of this situation. The Congress and farm groups in the U.S. have expressed grave concern over these measures. This has the potential for being one of the most serious U.S. – EC agricultural trade confrontations. We must avoid this." Vgl. Referat 411, Bd. 144249.

21 In seinem Schreiben vom 10. März 1986 an den amerikanischen Botschafter Burt zeigte sich Bundesminister Bangemann über die „heftige Reaktion" der amerikanischen Regierung überrascht, da die USA bei verschiedenen Gesprächen zwischen Juli 1985 und Januar 1986 keine Aufforderung zu Konsultationen geäußert habe: „In der Substanz sind die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen – insgesamt betrachtet – für die USA handelspolitisch keineswegs ungünstig, weil zum Teil sehr restriktive spanische und portugiesische Importbestimmungen durch liberalere Regelungen ersetzt werden. Auch das Zollniveau wird in Spanien und Portugal nach Abschluß des Beitritts-

Die EG-Kommission berät heute (2.4.) über die Lage und beabsichtigt die Herausgabe einer Mitteilung.

4) Die Ankündigung Präsident Reagans muß vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation in der amerikanischen Landwirtschaft vor allem als Folge des Rückgangs der US-Agrarausfuhren gesehen werden.

Die amerikanischen Agrarausfuhren erreichten 1985 mit 31,2 Mrd. US $ ihren bisher niedrigsten Stand und lagen um 6,8 Mrd. US $[22] unter den Ausfuhren des Jahres 1984. Für 1986 wird mit einem weiteren Rückgang um ca. 10% auf etwa 28 Mrd. US $ gerechnet. Der traditionelle Überschuß der amerikanischen Handelsbilanz im Agrarsektor hat sich 1985 gegenüber 1984 um 51% auf nur noch 9,1 Mrd. US $ verringert.

Im Handel mit der Gemeinschaft wurde der langjährige amerikanische Überschuß (1980 = 18 Mrd. ECU) inzwischen durch ein erhebliches amerikanisches Defizit (erste 11 Monate 1985 = 15 Mrd. ECU) abgelöst.

Als Hauptursache für diese Entwicklung wird von amerikanischer Seite die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft angesehen, die durch ihre Überschußproduktion dazu geführt hat, daß die EG mit subventionierten Exporten vom Agrareinfuhrland zum bedeutenden Agrarexporteur geworden ist. (Die Gemeinschaft führte noch 1971/72 22 Mio. t Getreide ein, während sie 1985 bereits 26 Mio. t exportierte.)

Die USA erkennen zwar die Bedeutung der Erweiterung der Gemeinschaft für die Stärkung der Demokratien in Spanien und Portugal und die Süd-West-Flanke der NATO an, sind aber nicht bereit, die Kosten für diese Erweiterung zu tragen.

Bezeichnenderweise wurden die amerikanischen Maßnahmen aber erst jetzt nach dem NATO-Referendum in Spanien[23] bekanntgegeben, obwohl die nachteiligen Folgen für die amerikanischen Agrarausfuhren (Abschöpfungen) bereits seit 1.3. in Kraft sind.

5) Wertung

GATT-rechtlich sind die amerikanischen Vorwürfe nicht unbegründet. Zwar läßt Art. Röm. 24 GATT die Schaffung von Zollunionen und Freihandelszonen zu, verlangt aber gleichzeitig, daß diese nicht zum Schaden von Drittstaaten führen dürfen. In der Praxis kommt es bei einer Zollunion jedoch immer zu einer Bevorteilung der Mitglieder der Union und werden dritte Staaten durch die Umlenkung der Handelsströme benachteiligt. Wie diese Nachteile ausgeglichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 485

prozesses im Durchschnitt deutlich niedriger sein als jetzt." Bangemann führte aus: „Ich werde mich in jedem Fall nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Gemeinschaft in den inzwischen begonnenen Konsultationen einen angemessenen Interessenausgleich mit den USA anstrebt. In diesem Zusammenhang möchte ich die besondere politische Dimension des Beitritts Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft nicht unerwähnt lassen." Vgl. Referat 411, Bd. 144249.
In seinem Antwortschreiben vom 11. März 1986 an Burt verwies Staatssekretär Ruhfus auf das Schreiben von Bangemann und versicherte, „daß die Bundesregierung und das Auswärtige Amt alles tun werden, um eine Konfrontation in den Agrarhandelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und den USA zu verhindern". Vgl. den Drahterlaß Nr. 2025 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann vom selben Tag; Referat 411, Bd. 144249.

22 Korrigiert aus: „6,8 Mio. US $".

23 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

werden, ist nicht genau festgelegt, so daß hier eine Grauzone entsteht, in der die Vertragsparteien sich durch Verhandlungen einigen müssen.

Die Gemeinschaft muß, da die Beitrittsverträge nicht zu ändern sind, um einen Ausgleich bemüht sein (obwohl Kompensationen in der entsprechenden Höhe im Agrarsektor kaum möglich sein dürften). Vor dem innenpolitischen amerikanischen Hintergrund (wichtige Senatswahlen im Herbst[24], Bedrohung der Existenz vieler amerikanischer Farmer und des Kreditwesens im ländlichen Bereich) werden die USA hier nicht bereit sein, sich auf langwierige Verhandlungen im GATT mit unbestimmtem Ausgang einzulassen.

Die amerikanischen Vorwürfe sind auch Ausdruck einer weltweit zunehmenden Kritik an der Gemeinsamen Agrarpolitik der Gemeinschaft, die auch von den anderen großen Agrarexporteuren (Australien, Neuseeland, Argentinien, Kanada) in immer schärferem Ton geäußert wird. Der Schaden, den das Ansehen der Gemeinschaft durch diese Politik erleidet, ist erheblich.

Auf keinen Fall kann die Gemeinschaft sich auf einen Handelskrieg mit den USA einlassen. Die EG ist in sehr viel stärkerem Maße als die USA von Exporten abhängig (USA 7,7% des Bruttoinlandsprodukt, EG 12,2%). Die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Konfliktes müßten die Gemeinschaft deshalb sehr viel schwerer treffen und z. B. durch die Belastung von außen die innergemeinschaftliche Diskussion um die GAP weiter erschweren. Notwendig ist daher, daß die von der Kommission bereits begonnenen Gespräche weitergeführt und intensiviert werden. Hierfür sind zunächst die EGK-Vorschläge abzuwarten, die noch vor einer für den 4.4. vorgesehenen Sondersitzung des Ausschusses 113[25] vorgelegt werden sollen.

Ihr bevorstehender Besuch in Washington wird Gelegenheit geben, auch unsererseits den europäischen Standpunkt zu vertreten und für eine weitere Klärung zu sorgen.[26]

Randermann

Referat 411, Bd. 144248

24 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

25 Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 2. April 1986, daß die EG-Kommission zur Vorbereitung einer Sitzung des Ausschusses nach Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 verschiedene Papiere vorgelegt habe. Die EG-Kommission betrachte die „US-Drohungen als flagrante Verletzung von GATT-Rechten und als unannehmbar für die Gem[einschaft]". Vgl. den Drahtbericht Nr. 996; Referat 144248.
Zur Sitzung des Ausschusses nach Artikel 113 teilte Kittel am 4. April 1986 mit, bei der Erörterung möglicher Gegenmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaften sei deutlich geworden, „daß D, DK, GB, NL die US-Maßnahmen gemeinschaftssolidarisch, aber durchaus differenziert beurteilen und für eine – nicht zuletzt auch wegen der in Teilbereichen nicht unangreifbaren GATT-rechtlichen Positionen der Gem. – […] insgesamt moderate, konstruktive Reaktion eintreten. Demgegenüber betonten F und I sowie die Kom[mission] eher den Vorrang einer sehr deutlichen, eher unnachgiebigen Haltung der Gem., sahen keine GATT-rechtlichen Probleme und plädierten für deutlich über das Gewicht der US-Maßnahmen hinausgehende Gegenretorsionen der Gem.". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1005; Referat 411, Bd. 144248.

26 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Regan, am 15. April bzw. mit Präsident Reagan am 16. April 1986; Dok. 101 bzw. Dok. 108.
Am 15. April 1986 traf Genscher in Washington mit dem amerikanischen Handelsbeauftragten Yeutter zusammen. Botschafter van Well, Washington, berichtete dazu am selben Tag, Genscher habe

89

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

412-424.02/6 **4. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die französische Regierung hat am 3. April 1986 beschlossen, die Stützung des französischen Franc innerhalb des Europäischen Währungssystems aufzugeben, und damit das EWS in eine Krise gestürzt. Dem Drängen des BMF, wie in der Vergangenheit nach Schluß der Freitagsbörse[4] während des Wochenendes eine Neufestsetzung der Währungsparitäten im EWS herbeizuführen, ist die französische Regierung nicht gefolgt. Über die Gründe hierfür wird gerätselt. Offensichtlich wollte die französische Regierung mit dieser Maßnahme eine Paritätenänderung zum jetzigen Zeitpunkt erzwingen.

Für den heutigen Abend (4.4.) wurde der EG-Währungsausschuß zur Beratung einberufen. Ziel ist die Vorbereitung einer Entscheidung durch die Finanzminister der EG, die ebenfalls heute zu ihrer geplanten informellen Finanzministertagung zusammenkommen.[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 487

betont, „daß wir nicht an einer Konfrontation oder ‚neuen Front', sondern an einer Lösung interessiert seien. Für die EG sei der Konflikt im übrigen etwas überraschend gekommen. Yeutter reagierte darauf mit dem Hinweis, derartige Behauptungen der EGK seien ‚unfair'. Man habe die EGK nie im Zweifel darüber gelassen, daß ein Überwälzen der Folgen der Erweiterung auf die USA nicht akzeptabel sein würde. Es gäbe genügend intelligente Leute in Brüssel, die mit der jetzigen Reaktion der USA hätten rechnen müssen. […] Abschließend appellierte BM nochmals an Yeutter, bei der Vermeidung eines zugespitzten Konfliktes zu helfen. Yeutter wiederholte, er verstünde nicht, warum die EGK nicht vorab das Portugal-Problem lösen könne. Ein Weg wäre, die beiderseitigen Maßnahmen […] zunächst zu suspendieren und das Problem im GATT der Streitschlichtung zu unterwerfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1641; Referat 204, Bd. 135349.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dohmes konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 4. April 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 6. April 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 7. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 412 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 7. April 1986 vorgelegen, der die Übermittlung einer Ablichtung über das Büro Staatssekretäre an Referat 416 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM bittet um Vorlage zu: Auswirkung EWS-Anpass[un]g auf dt. Landwirtschaft."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 7. April 1986 vorgelegen, der zum Vermerk von Bitterlich handschriftlich vermerkte: „(Vgl. DB 7.4.!)"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dohmes am 8. April 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 416 vermerkte: „Z[ur]K[enntnis]n[ahme]."
Hat Vortragendem Legationsrat van Edig vorgelegen.

4 4. April 1986.

5 Das Bundesministerium der Finanzen legte am 6. April 1986 dar, dem am 4. April 1986 tagenden Währungsausschuß der Europäischen Gemeinschaften sei es nicht gelungen, sich auf einen gemeinsamen Vorschlag zu einigen. Den Finanzministern der EG-Mitgliedstaaten seien bei einem informellen Treffen vom 4. bis 6. April 1986 in Ootmarsum jedoch folgende Prinzipien für einen Beschluß vorgetragen worden: „Währungsstabilität als Ziel. Die Wechselkursanpassung muß von

Die Haltung der Bundesregierung bei den anstehenden Beratungen und Entscheidungen ist durch den Willen bestimmt,

– so schnell wie möglich wieder ein geordnet funktionierendes EWS herbeizuführen,
– Frankreich im EWS zu halten und ein Ausscheren zu vermeiden,
– die Auswirkungen der französischen Entscheidung zu begrenzen.

2) Grund für die Entscheidung der französischen Regierung ist offensichtlich der Wunsch, zu Beginn der neuen Regierungsperiode[6] im Währungsbereich eine Flurbereinigung vorzunehmen.

Eine zwingende Notwendigkeit, zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Maßnahme durchzuführen, wird allgemein nicht gesehen. Allerdings haben sich im Gefolge der Kurskorrektur des Dollars, die[7] den Außenwert des Dollars gegenüber dem Höchstkurs von 1 $=3,45 DM im Frühjahr letzten Jahres zeitweise um ein Drittel verringerte (z.Zt. 1 $=2,36 DM), die Spannungen innerhalb des EWS nicht unerwartet erhöht; schon seit längerem wurde offen über die Notwendigkeit einer Neufestsetzung der Währungsparitäten im EWS gesprochen.

Vor den Parlamentswahlen in Frankreich hatte sich die seinerzeitige französische Regierung mit Erfolg einer Neufestsetzung der Währungsrelationen widersetzt. Unterstützt wurde sie dabei durch deutliche Erfolge bei der Preisstabilisierung. Auch der französische Leistungsbilanzüberschuß ist ein Zeichen der Stärke des Franc.

Mit der zu erwartenden Franc-Abwertung nimmt die französische Regierung die von der Importseite ausgehenden Preissteigerungen in Kauf und erhält gleichzeitig einen größeren wirtschaftspolitischen Spielraum zur Förderung von Investitionen und Wachstum.

3) Die Neufestsetzung der Währungsrelationen innerhalb des EWS ist letztlich das Ergebnis politischer Entscheidungen der beteiligten Finanzminister und Notenbankgouverneure. Voraussagen über das voraussichtliche Ergebnis eines Realignments sind deshalb schwierig. Die heutige Entwicklung auf den Devisenmärkten gab wenig Aufschluß über die künftige Kursgestaltung. Die Kurse der abwertungsträchtigen Währungen fielen zwar gegenüber der DM unter den Interventionspunkt, der Rückgang war jedoch geringer als erwartet und der Marktverlauf ruhig.

Es kann indessen davon ausgegangen werden, daß die DM (bis zu 5%?) und in ihrem Gefolge der niederländische Gulden aufgewertet, französischer Franc, belgischer Franc und die italienische Lira abgewertet werden. Offen ist, inwieweit die französische Regierung durchzusetzen versucht, aus rein optischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 488

entsprechenden Anpassungsmaßnahmen begleitet sein. Eine Wettbewerbsabwertung sollte vermieden werden. Die Glaubwürdigkeit der Wechselkursveränderung hängt auch davon ab, daß die neuen Kurse sich an den ökonomischen Grunddaten ausrichten." Die Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten hätten schließlich folgende Beschlüsse mit Wirkung vom 7. April 1986 gefaßt: Aufwertung der DM und des niederländischen Gulden um 3% sowie des belgischen Franc, des luxemburgischen Franc und der dänischen Krone um 1%. Italienische Lira und irisches Pfund seien unverändert; der französische Franc solle um 3% abgewertet werden. Vgl. Referat 412, Bd. 168785.

6 Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 trat die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Chirac am 20. März 1986 ihr Amt an.

7 Korrigiert aus: „der".

Gründen eine Änderung des Franc-Kurses zu vermeiden und auf eine entsprechend höhere DM-Aufwertung zu drängen. Die Entscheidung, die Stützung des Franc von sich aus auszusetzen und nicht eine einvernehmliche geräuschlose Neufestsetzung der Paritäten abzuwarten, deutet eher die Bereitschaft zu einer klaren marktgerechten Lösung, d. h. zur Abwertung, an.

4) Die Neufestsetzung der Paritäten hat Auswirkungen auf die Struktur der Agrarpreise, da aufgrund des Systems des negativen Währungsausgleichs die gegenüber der stärksten Währung im EWS abwertenden Währungen potentiell (nach entsprechendem qualifiziertem Ratsbeschluß) die Agrarpreise im Wege des in der Regel schrittweisen Abbaus dieses Grenzausgleiches anheben können. Insoweit könnte unsere Position, in den anstehenden Agrarpreisverhandlungen[8] die Preise anzuheben, noch weiter beeinträchtigt werden.[9]

5) Wertung

Es ist zu erwarten, daß die bevorstehenden Verhandlungen zu einer Einigung über die Neufestsetzung der Währungsparitäten im EWS führen werden. Das Ergebnis wird zwar von ökonomischen Argumenten beeinflußt, letztlich aber davon bestimmt, was politisch durchsetzbar ist.[10]

Die Neufestsetzung der Währungsparitäten innerhalb des EWS muß angesichts unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung der Mitgliedsländer als ein normaler Vorgang betrachtet werden, der von Zeit zu Zeit notwendig wird. Die langfristigen Faktoren, durch die die bestehenden Wechselkursrelationen bestimmt werden, signalisieren nach unserer Auffassung zur Zeit einen Anpassungsbedarf. Wir widersetzen uns deshalb entsprechenden Wünschen unseres französischen Partners nicht.

Aus unserer Sicht ist wichtig, daß es nicht lediglich bei einer Anpassung der Leitkurse bleibt, sondern daß von den abwertenden Ländern Maßnahmen ergriffen werden, die Fortschritte bei der wirtschaftspolitischen Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft ermöglichen. Anpassungen allein wirken dagegen eher konvergenzhindernd.

Jelonek

Referat 412, Bd. 168785

8 Vgl. dazu die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 24./25. Februar 1986 in Brüssel; Dok. 61, Anm. 38.
Referat 416 vermerkte am 27. März 1986: „Agrarrat am 24./25.3. hat wie erwartet keine Einigung über Preisvorschläge der Kommission erbracht. In Diskussionen zeichneten sich drei Interessengruppen ab: Mitgliedstaaten, die für Status quo oder leichte Verbesserungen plädieren (D, B, IRL, F); Mitgliedstaaten, die Kommissionsvorschläge und damit zumindest indirekte Preissenkungen befürworten (GB, NL, DK); südliche Mitgliedstaaten, die mangelndes Gleichgewicht des Preisprojekts im Nord-Süd-Verhältnis kritisieren. Präsidentschaft und EGK, unterstützt von GB, sind bemüht, enge finanzielle Marge zum weiteren Kriterium der Entscheidungsfindung zu machen." Die nächste EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister sei für den 21./22. April 1986 in Luxemburg vorgesehen. Vgl. Referat 416, Bd. 130903.

9 Ministerialdirektor Jelonek erläuterte am 7. April 1986: „Für die Preisverhandlungen bedeutet die Paritätsänderung, daß F nicht mehr in gleichem Maße auf EG-Preisanhebungen zur Einkommensstützung angewiesen ist wie D. F, das in weiten Bereichen EG-Preisanhebungen ohnehin im Hinblick auf seine Exportinteressen als weniger nützlich ansieht, könnte die Einkommensbedürfnisse seiner Landwirtschaft durch einen Abbau der negativen W[ährungs]a[usgleichs]b[eträge] (= Änderung der Grünen Paritäten) befriedigen." Vgl. Referat 416, Bd. 130904.

10 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat Bitterlich handschriftlich: „Pöhl am 4.4.: breite Neufestsetzung, keine einseitige Aufwertung DM."

90

Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander

201-363.52-535/86 geheim **4. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister für Hausbesprechung am 8.4.1986

Betr.: Implementierung der Entscheidung des amerikanischen Kongresses zur Produktion binärer chemischer Waffen (CW)[3];
hier: Positionspapier als Sachstand für Hausbesprechung am 8.4.1986

Anlg.: 5[4]

1) Der amerikanische Kongreß hat seine Zustimmung zur Produktion binärer CW mit der Auflage für die Administration verbunden, die Zustimmung des Bündnisses zu einem Streitkräfteziel zur Modernisierung der amerikanischen CW mit neuen binären CW herbeizuführen sowie im Bündnis einen Plan zur Verbringung binärer CW in einem Eventualfall zu konsultieren.

Das Streitkräfteziel wurde im Bündnis bereits in den militärischen Gremien (Militärkomitee MC) beraten und von allen Bündnismitgliedern gebilligt und an den Verteidigungsplanungsausschuß (DPC) zur politischen Entscheidung weitergeleitet. Der deutsche Vertreter hat auf ausdrücklichen Wunsch des Auswärtigen Amts einen politischen Vorbehalt erklärt. Die amerikanischen Vorstellungen zur Eventualfallplanung sind im Bündnis bislang noch nicht konsultiert worden. Auf unser Drängen haben wir durch Botschafter Burt gegenüber Herrn Bundesminister[5] sowie am 26.3. durch die Amerikaner auf der mi-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 7. April 1986 vorgelegen.
Hat Jansen am 9. April 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM hat K[enn]tnis."
Hat Ploetz am 10. April 1986 vorgelegen.
Hat Bertram am 10. April 1986 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 4. April 1986 vorgelegen.

3 Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 19. Dezember 1985 vgl. Dok. 23.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6, 7, 9, 11 und 15.

5 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. März 1986 erklärte der amerikanische Botschafter Burt, die USA führten gegenwärtig in der NATO Gespräche „mit der Zielsetzung eines ‚crisis deployment plan' für CW. Dies bedeute, daß CW nicht in Friedenszeiten, aber in Krisenzeiten an bestimmte Orte verbracht würden, um abschreckend zu wirken bzw. um eine Vergeltungsschlagkraft aufzubauen. Nach diesem Krisenplan sei vorgesehen, daß die Verbringung der CW nach Konsultationen mit den in Frage kommenden Regierungen der NATO durchgeführt würden. Die Behandlung dieser Frage in der NATO käme zur Zeit nicht recht voran, da es deutsche Bedenken gegen bestimmte Formulierungen der Abrede gebe. Aus amerikanischer Sicht sei entscheidend die Zusicherung, daß die Verbringung von CW nur in Krisenzeiten und nur nach Konsultationen mit den betreffenden Regierungen durchgeführt werde. In Washington sei man sich bewußt, daß eine Einigung in der NATO nur mit deutscher Unterstützung möglich sei. Nur wenn D zustimme, seien auch die anderen NATO-MS bereit zuzustimmen. Burt las aus einer Weisung folgenden Formulierungsvorschlag vor: ‚The plan seeks to ensure that in an emergency binaries could be moved to any area of threat'. […] BM wies darauf hin, daß mit dieser Formulierung nur vier MS in Frage kämen, nämlich Norwegen, D, Griechenland und Türkei. Er könne sich vorstellen, daß für uns eine Formulierung akzeptabel sei, in der es heiße ‚in case of an emergency binaries could be moved to all member States'. Im einzelnen müßten diese Formulierungen aber noch überlegt werden. Burt

litärischen Ebene in Brüssel eine inoffizielle Vorabunterrichtung erhalten (vgl. Anlage 1)[6].

2) Unsere Interessen, die wir im Zusammenhang mit den Implementierungsbemühungen der Amerikaner verfolgen, lauten wie folgt:

– Abzug der alten in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen zum frühestmöglichen militärisch vertretbaren Zeitpunkt.
– Keine Friedensstationierung binärer CW in der Bundesrepublik Deutschland.
– Im Zusammenhang mit der Eventualfallplanung keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland.

Wir gehen dabei davon aus, daß vorrangiges Ziel der Bundesregierung

– der Abschluß eines umfassenden Verbotsabkommens für chemische Waffen ist, und daß
– bis dahin die Aufrechterhaltung eines begrenzten CW-Materials zur Abschreckung gegen den Einsatz von CW durch den Osten und, falls nötig, als Repressalienkapazität notwendig ist.

Die Produktionsentscheidung bleibt nationale Angelegenheit der USA. Die Bundesregierung hat an dieser Entscheidung keine Beteiligung.

3) Die Bemühungen, unsere Interessen gegenüber den amerikanischen Plänen durchzusetzen, haben bislang zu folgenden Ergebnissen geführt:

a) Streitkräfteziel

Die ursprüngliche Formulierung des Streitkräfteziels konnte von uns mittlerweile dahingehend geändert werden, daß die vom MC gebilligte Fassung jetzt unseren Interessen Rechnung trägt (u. a. Einbeziehung auch weitreichender Munition). (Text vgl. Anlage 2)[7]

b) Abzug der Altbestände

Zu diesem Thema haben mit den Amerikanern am 11.3.86 Vorgespräche in Stuttgart USEUCOM stattgefunden.[8] Das Ergebnis trägt unseren Vorstellun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 491

meinte, entscheidend sei, daß die alten CW-Bestände weggenommen würden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178902.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das Fernschreiben Nr. 341/342/343 des Bundesministeriums der Verteidigung vom 27. März 1986 vgl. VS-Bd. 12157 (201).

7 Dem Vorgang beigefügt. Für den Text des Streitkräfteziels vgl. VS-Bd. 12157 (201).

8 Vortragender Legationsrat Bertram notierte am 12. März 1986, im Gespräch am Vortag in Stuttgart habe die amerikanische Seite über Vernichtungstechniken und Umweltschutz- sowie Transportüberlegungen informiert. Allerdings seien die Überlegungen zur Vernichtung von Chemiewaffen noch nicht abgeschlossen: „Geprüft wird noch, ob die Altbestände an einem zentralen Ort, in zwei regionalen Vernichtungsanlagen oder aber vor Ort der Lagerung vernichtet werden. Das Prüfungsergebnis wird auch von der Bewertung des Transportrisikos abhängig sein. Zusätzlich wird ein Teil der Bestände in Johnston Island (Pazifik) vernichtet werden. […] Von den gegenwärtig vorhandenen amerikanischen CW-Beständen seien nur ca. 10 % noch einsatzfähig. Hierzu zählten die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW. Ihre Menge stelle insgesamt nur 1 % des gesamten Potentials dar. Bei der CW-Munition in der Bundesrepublik Deutschland handele es sich ausschließlich um Geschosse (155 mm; 8 inch)." Zur Klärung der Transportmodalitäten sei eine weitere Gesprächsrunde im Mai 1986 ins Auge gefaßt worden. Die Delegation der Bundesrepublik habe ferner betont: „Die bei uns gelagerten Bestände dürften in keinem Fall als letzte erst nach Vernichtung aller übrigen CW-Bestände vernichtet werden." Von amerikanischer Seite sei darauf hingewiesen worden: „Die Vernichtung der bei uns gelagerten CW könne frühestens 1990 beginnen, da die Vernichtungsanlage in Johnston Island, gegenwärtig noch im Bau, ihre Arbeit erst En-

gen Rechnung. Die amerikanische Seite ist bereit, die in der Bundesrepublik gelagerten CW-Altbestände von hier abzuziehen, d.h. nicht in der Bundesrepublik Deutschland zu vernichten. Sie hat auch Bereitschaft gezeigt, unseren zeitlichen Vorstellungen nach einem Abzug zum frühestmöglichen militärisch vertretbaren Zeitpunkt Rechnung zu tragen. Einzelheiten hierzu sowie die Abzugsplanung müssen mit den Amerikanern noch besprochen und ausgearbeitet werden. Insbesondere die Abzugsplanung wird technisch kompliziert werden und verlangt die noch nicht erfolgte Beteiligung weiterer Ressorts (u.a. BMI, BMV).

Aus der Sicht des Auswärtigen Amts erscheint es notwendig, daß dem Bundessicherheitsrat bei der Entscheidung über unsere Haltung zum amerikanischen Streitkräfteziel über binäre CW ein mit den USA vereinbarter Terminrahmen für den Abzug der unitären CW vorgelegt werden kann. Das Auswärtige Amt hatte deshalb gegenüber dem BMVg angeregt, der amerikanischen Seite – wie von ihr gewünscht – offiziell unsere Präferenz, i.e. Abzug der amerikanischen CW, zu bestätigen und gleichzeitig konkrete Vorschläge zur Festlegung des noch fehlenden zeitlichen Rahmens für den Abzug zu machen mit der Bitte, ihnen im Hinblick auf den Bundessicherheitsrat möglichst bald zuzustimmen. Am 3.4. 1986 fand im BMVg ein entsprechendes Gespräch auf Arbeitsebene mit einem Vertreter der hiesigen amerikanischen Botschaft statt. Als Gesprächsgrundlage diente ein englischsprachiges Arbeitspapier (vgl. Anlage 3)[9], zu dem die amerikanische Seite – zunächst ebenfalls auf Arbeitsebene – möglichst bald Stellung nehmen wird. Ergebnisse sollen dann später offiziell bestätigt werden.

c) Eventualfallplanung

Die bislang von amerikanischer Seite uns mitgeteilten Vorstellungen entsprechen nicht unserer Interessenlage. Sie schließen nicht eindeutig oder auch nur angenähert eindeutig aus, daß die Bundesrepublik Deutschland in einem Eventualfall nicht singularisiert werden kann.[10]

Wir müssen davon ausgehen, daß im Bündnis bei einigen Partnern wenig Bereitschaft besteht, binäre CW im Eventualfall zu stationieren. Die amerikanische Vorstellung geht deshalb auch dahin, lediglich einen Rahmenplan genereller Natur – der der Kongreßauflage genügen würde – im Bündnis zu konsultieren. Er würde besagen, daß in einem Eventualfall binäre CW in verschiedenen Ländern des Bündnisses abhängig von der Bedrohungslage stationiert werden. Die amerikanische Seite geht dabei davon aus, daß diese konkrete, Bündnisländer nicht festlegende Formulierung im Konsultationsprozeß im Bündnis keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Die amerikanische Seite versichert dabei, daß die Stationierung binärer CW in einem Eventualfall ausschließlich erst nach entsprechender Konsultation der potentiellen Stationierungsländer erfolgen werde. Diese Feststellung ist richtig. Sie entspricht der Konsultationspraxis im Bündnis. Jede Eventualfallplanung bedarf der Aktualisierung im Eventualfall, die bedeutet, daß dann die je-

Fortsetzung Fußnote von Seite 492

de 1988 aufnehmen könne und zunächst die Vernichtung überlagerter Raketen in Johnston Island notwendig sei. Allerdings wurde auf Fragen der deutschen Delegation nicht ausgeschlossen, daß aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogene CW bis zur Vernichtung auch zwischengelagert werden können." Vgl. VS-Bd. 12157 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte Arbeitspapier vgl. VS-Bd. 12157 (201).

10 So in der Vorlage.

weiligen Stationierungsländer der beabsichtigten Maßnahme politisch zustimmen müssen. Die gegenwärtig beabsichtigte Konsultation eines Rahmenplanes enthält deshalb noch keine Stationierungsentscheidung. Die konkrete Entscheidung hierüber steht folglich erst im Eventualfall an, wenn die potentiellen Stationierungsländer über ein entsprechendes Ersuchen zur Stationierung binärer CW zu entscheiden haben. Da die beabsichtigte Konsultation des Rahmenplans im Bündnis noch keinen wie auch immer gearteten Stationierungsentscheid zur Folge hat, wären damit auch denkbare Vorwürfe unrichtig, daß die Bundesregierung bereits jetzt über die Stationierung binärer CW in einem Eventualfall entscheidet bzw. entscheiden müsse. Hierfür besteht kein Handlungsbedarf. Allerdings ist aber auch richtig, daß der politische wie militärische Druck in einem Eventualfall es für uns schwieriger machen wird, eine gegenwärtig nicht auszuschließende Singularisierung dann zu vermeiden, wenn nicht die jetzt zu konsultierende Eventualfallplanung bereits entsprechende Vorsorge trifft.

Das Auswärtige Amt hat deshalb dem BMVg gegenüber von Anfang an darauf bestanden, daß wir vor der Zustimmung zum Streitkräfteziel für binäre chemische Waffen alle für uns wichtigen Fragen, insbesondere die der Eventualfallverbringung, klären müssen. Sobald wir den Hebel, nämlich das Interesse der Amerikaner an der Zustimmung des Bündnisses zu dem Streitkräfteziel, aus der Hand gegeben haben, wird eine solche Klärung nicht oder nur unter größeren Anstrengungen erfolgreich sein.

Von dieser Beurteilung ausgehend, haben wir dem BMVg gegenüber weiter die Position vertreten, daß die Eventualfallplanung zum Gegenstand einer förmlichen Behandlung in den dafür zuständigen Bündnisgremien, i.e. der Militärausschuß (MC), gemacht wird. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß es nicht zuletzt vom Inhalt der Eventualfallplanung abhängen werde – gegenwärtig aber noch nicht entschieden werden könne –, ob wir auf die von amerikanischer Seite erklärte Bereitschaft, abweichend von den sonst üblichen Verfahren bei der Vereinbarung von Eventualfallplanungen, auch die Verteidigungsminister im Verteidigungsplanungsausschuß (DPC) damit zu befassen, eingehen sollen.

Am 3.4.1986 fand zum Thema Eventualfallplanung und -dislozierung im BMVg ein Gespräch auf Arbeitsebene mit einem Vertreter der hiesigen amerikanischen Botschaft statt. Ihm wurde zunächst noch einmal sehr deutlich gemacht, daß wir nur einem Plan zustimmen können, der unsere Singularisierung im Eventualfall unzweideutig ausschließt. Verwiesen wurde auf die Erklärung von Herrn BM am 7.3. gegenüber Botschafter Burt, daß die bisher vorgeschlagene Formel für Eventualfalldislozierung für uns nicht akzeptabel sei. Gleiches gelte auch für die amerikanische Erklärung am 26.3. gegenüber General Tandecki in Brüssel (vgl. Anlage 1). Anhand eines vom BMVg vorbereiteten englischsprachigen Arbeitspapiers (vgl. Anlage 4)[11] wurden dann Möglichkeiten besprochen, ob und wie man die Verbringung binärer CW in einem Eventualfall an objektive Kriterien binden könne, wenn man keine konkreten Länder nennen wolle.

Der US-Vertreter wird sich um eine möglichst schnelle amerikanische Stellungnahme – zunächst ebenfalls auf Arbeitsebene – zu dem ihm übergebenen Ar-

11 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte Arbeitspapier vgl. VS-Bd. 12157 (201).

beitspapier bemühen. Sofern sie unsere Zustimmung findet, soll die amerikanische Seite möglichst noch vor dem Bundessicherheitsrat[12] uns offiziell auf hoher Ebene eine entsprechende Garantie geben, die sicherstellt, daß wir bei einer Eventualfalldislozierung binärer CW nicht singularisiert werden.

4) Das BMVg teilt die Position des Auswärtigen Amts, daß eine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland bei einer Eventualfallplanung und -verbringung unbedingt vermieden werden muß. Es weist jedoch darauf hin, daß die Zustimmung zur Stationierung binärer CW erst im Eventualfall aktuell wird. Es teilt die Besorgnis des Auswärtigen Amts nicht, daß zu diesem Zeitpunkt die Entscheidungssituation uns benachteilige und deshalb möglicherweise zu einer Singularisierung führen könne. Es befürchtet, daß unsere Bemühungen, durch entsprechende amerikanische Formulierungen für die Eventualfallplanung oder Umfragen im Bündnis über die Stationierungsbereitschaft bereits jetzt unsere mögliche Singularisierung in einem Eventualfall auszuschließen, zu negativen Antworten unserer Partner führen würden. Dies würde dann zur Folge haben, daß wir unsere Nichtsingularisierung nicht garantieren könnten und folglich auch dem Streitkräfteziel nicht zustimmen würden. Das DPC würde damit das Streitkräfteziel nicht verabschieden können mit der Folge, daß es nicht zur Produktionsaufnahme binärer CW kommen und im Ergebnis die bei uns gelagerten amerikanischen CW nicht abgezogen würden. Sie würden damit länger bei uns bleiben als vorgesehen. Die USA würden sie in jedem Fall bei uns solange belassen, wie sie sicher seien, mit gegenwärtiger Prognose mindestens 15 Jahre.

Für diesen Fall weist das BMVg auf den innenpolitischen Gesichtspunkt hin, daß der Bundesregierung dann der Vorwurf gemacht werden könne, den Abzug der hier gelagerten amerikanischen CW-Altbestände durch die Verhinderung der Produktionsaufnahme binärer CW unmöglich gemacht und damit die faktisch bestehende Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland zementiert zu haben.

Das BMVg plädiert deshalb dafür, die von den Amerikanern angestrebte Rahmenplanung für eine Eventualfallverbringung zwar in ihren Formulierungen zu beeinflussen, um eine Singularisierung mit objektivierbaren Bezügen schon jetzt soweit wie möglich auszuschließen, die Rahmenplanung im übrigen aber zu akzeptieren, um das Streitkräfteziel verabschieden zu können.

5) Die von amerikanischer Seite vorgesehene Rahmenplanung verlangt weder von uns noch von den Bündnispartnern eine konkrete Stationierungszusage. Erst die von uns erhobene Forderung nach konkreter Stationierungsregelung macht bereits jetzt eine Stationierungsaussage sowohl von uns wie von den Bündnispartnern notwendig.

Auch dieser Punkt muß in der innenpolitischen Auseinandersetzung gesehen werden. Die Konsultation lediglich einer Rahmenplanung erlaubt es uns, Vorwürfe, die eine Stationierungszusage der Bundesrepublik Deutschland für den Eventualfall behaupten, eindeutig zurückzuweisen, denn der Stationierungsentscheid erfolgt erst im Konsultationsverfahren aus konkretem Anlaß im Eventualfall. Die Bundesregierung könnte zwar nicht sagen, daß sie eine sin-

12 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 23. April 1986 vgl. Dok. 123, Anm. 15.

gularisierende Eventualfallplanung für alle Zukunft mit Sicherheit ausgeschlossen hat. Sie kann jedoch mit Sicherheit feststellen, daß sie, sofern sie dem vorliegenden Streitkräfteziel zustimmt und das Konsultationsverfahren zur Eventualfallplanung billigt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt keiner Stationierung binärer CW in der Bundesrepublik Deutschland, weder jetzt noch in Zukunft, zugestimmt hat.

6) Die amerikanische Seite hat uns gegenüber mehrfach darauf hingewiesen, daß die Administration großes Interesse an der baldigen positiven Implementierung der Auflagen des Kongresses hat, um termingerecht mit der Produktion binärer CW beginnen zu können. Dieses Interesse erklärt die große amerikanische Bereitschaft, auf unsere Formulierungswünsche zum Streitkräfteziel sowie auf unsere Vorstellungen für die Eventualfallplanung einzugehen und zu versuchen, unseren Anliegen zu entsprechen.

Die amerikanische Seite hat jedoch in Gesprächen auf Arbeitsebene auch zu erkennen gegeben, daß die Administration angesichts der jahrelangen Bemühungen um die Zustimmung des Kongresses zur Produktion binärer CW kein Verständnis dafür haben würde, wenn die Produktionsaufnahme an dem Widerstand der Bündnispartner scheitern würde. Der Haltung der Bundesregierung kommt für die Meinungsbildung im Bündnis große Bedeutung zu. Sollte durch unsere Haltung zur Eventualfallstationierung die fristgerechte Verabschiedung des Streitkräfteziels unmöglich werden, können politische Rückwirkungen in der amerikanischen Administration nicht ausgeschlossen werden. Dies könnte u. U. auch Auswirkungen für rüstungskontrollpolitische Fragen haben. Das BMVg weist außerdem darauf hin, daß eine deutsche Ablehnung des Streitkräfteziels nicht nur unser Verhältnis zu den USA belasten, sondern im Bündnis insgesamt auf Unverständnis stoßen würde. Es sei absolut unüblich, einem Streitkräfteziel für eine andere Nation zu widersprechen. Dies sei bislang ausschließlich nur im Verhältnis der beiden Länder Türkei und Griechenland vorgekommen, die sich damit gegenseitig blockiert haben.

7) Das Thema der binären chemischen Waffen hat in der öffentlichen Diskussion bisher noch wenig Aufmerksamkeit gefunden. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich dies mit dem näherrückenden Zeitpunkt der abschließenden Behandlung der anstehenden Fragen im Bündnis (DPC 22./23. Mai)[13] sowie durch die nunmehr von der Opposition beabsichtigte Behandlung des Themas im Bundestag[14] ändern wird.

MdB Bahr hat in einer Pressekonferenz am 1.4. (vgl. Anlage 5)[15] die Bundesregierung zu einer eindeutigen Stellungnahme gegen die Stationierung binärer CW in der Bundesrepublik Deutschland aufgefordert. Er kündigte an, daß die

13 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 150.

14 Der Bundestag behandelte im Rahmen einer Fragestunde am 23. April 1986 die Stationierung chemischer Waffen in der Bundesrepublik. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 212. Sitzung, S. 16283 f.
Ferner fand am 15. Mai 1986 eine Debatte zum Thema statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 216. Sitzung, S. 16669–16692.

15 Dem Vorgang beigefügt. Für die Ausführungen des SPD-Abgeordneten Bahr vgl. „Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Tagesdienst", Ausgabe Nr. 643; VS-Bd. 12157 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

SPD eine Abstimmung im Bundestag über diese Frage herbeiführen wolle. Bonn habe für eine neue chemische Rüstungsrunde eine „Schlüsselverantwortung". Wenn Bonn Nein sage, werde nach Auffassung von MdB Bahr kein anderer europäischer Verbündeter Ja sagen. Da die Produktion der neuen C-Waffen die Genfer Verhandlungen über eine weltweite Ächtung dieser Kampfmittel torpedieren würde, entscheide praktisch die Bundesregierung über die Zukunft dieser Abrüstungsgespräche.[16]

i.V. Finke-Osiander

VS-Bd. 12157 (201)

91

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski

214-321.11 POL VS-NfD **7. April 1986**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Besuch des polnischen Außenministers Prof. Marian Orzechowski (Bonn, 6. bis 9.4.1986)[2];
hier: 1. Delegationsgespräch, 7.4.1986, 9.00 bis 10.45 Uhr

BM begrüßt AM Orzechowski (O.) und Delegation und würdigt diesen ersten Besuch eines polnischen AM seit sechs Jahren[3] als wichtig für deutsch-polnische Beziehungen und West-Ost-Verhältnis insgesamt. Beide Seiten seien sich

16 In der Folge einer Hausbesprechung am 8. April 1986 bei Bundesminister Genscher legte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 10. April 1986 eine Stellungnahme zu einem Entwurf des Bundesministeriums der Verteidigung für eine gemeinsame Vorlage an den Bundessicherheitsrat vor. Diesem könne das Auswärtige Amt „sachlich nicht zustimmen; in Duktus und Form bedarf er gleichfalls gründlicher Überarbeitung". So solle erklärt werden: „Alle mit CW zusammenhängenden Fragen werden als Bündnisangelegenheit und nicht als bilaterale amerikanisch-deutsche Angelegenheit behandelt. […] Dies gilt mit einer Ausnahme: In der Frage des Abzuges der jetzt im Bundesgebiet eingelagerten CW-Altbestände verständigen wir uns bilateral mit den USA über Zeitpunkt und Modalitäten des Abzuges. Vor Zustimmung zu dem Streitkräfteziel sollte bilateral ein Datum mit den USA vereinbart werden, zu dem der Abzug abgeschlossen wird. Das AA kann insofern keinen Zeitpunkt vorschlagen; dies obliegt dem BMVg. Wenn es einen Abzug bis zum Ende des Jahres 1989 oder 1990 für militärisch vertretbar und technisch möglich hält, ist das AA sowohl mit dem einen wie mit dem anderen Zeitpunkt einverstanden, hat aber eine Präferenz für das frühere Datum." Vgl. VS-Bd. 12157 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner gefertigt und „m[it] d[er] B[itte], Genehmigung des Herrn BM einzuholen", an das Ministerbüro geleitet.

2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 93.

3 Vom 19. bis 21. Dezember 1979 fand ein Besuch des polnischen Außenministers Wojtaszek in der Bundesrepublik statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 386.
Am 18./19. August 1981 hielt sich der polnische Außenminister Czyrek zu einem informellen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik auf. Zu seinen Gesprächen mit Bundesminister Genscher am 18. August 1981 in Bad Reichenhall vgl. AAPD 1981, II, Dok. 234 und Dok. 236.

des historischen Hintergrundes der bilateralen Beziehungen bewußt, aber auch der Tatsache, daß sie für künftige Entwicklung in Europa eine große Verantwortung trügen. Dies ergebe sich aus dem Gewicht, das Polen im WP, die Bundesrepublik Deutschland in EG und NATO habe, sowie aus der geographischen Lage beider in der Mitte Europas. Von dieser Verantwortung müsse man ausgehen, in dieser Verantwortung handeln.

Beim gestrigen Abendessen habe man vereinbart, heute zunächst über internationale Fragen zu sprechen. Hier gebe es 1986 in der Tat vieles zu erörtern, weil die VR Polen und die Bundesrepublik Deutschland Verhandlungspartner in wichtigen multilateralen Foren seien: MBFR/Wien, KVAE/Stockholm, CD/Genf. Auch müsse man den Blick voraus auf das KSZE-Folgetreffen Wien richten. Ohne die jeweilige Rolle zu überschätzen, könne man sagen, daß es zu einem gewichtigen Teil auch an beiden Staaten liegen werde, ob die 1986 eröffneten Möglichkeiten auch genutzt werden können. Darüber wolle er mit O. sprechen.

Orzechowski pflichtet der Wertung der bilateralen Beziehungen bei. Die polnische Philosophie in internationalen Fragen liege nahe bei der von BM dargestellten: Frieden und Sicherheit seien die wichtigsten Probleme, sie seien unteilbar, sie seien gemeinsame Anliegen aller Staaten und aller Völker. Auf den Großmächten laste besondere Verantwortung für den Frieden. Aber auch die mittleren und kleineren Staaten trügen erhebliche Mitverantwortung: So die VR Polen und die Bundesrepublik Deutschland angesichts ihrer geographischen Lage in Europa.

Europa und die Welt stünden heute am Scheidewege: Werde die Welt sich in Richtung Konfrontation und Rüstungswettlauf weiterentwickeln oder in Richtung Zusammenarbeit? Diese Frage sei noch nicht entschieden. Man lebe im Schatten zweier unterschiedlicher Tendenzen.

Die VR Polen und ihre Verbündeten seien der Meinung, daß die Konfrontationstendenz durch Bemühungen verstärkt werde, den Rüstungswettlauf in den Weltraum zu übertragen und militärische Überlegenheit über die sozialistischen Staaten zu erlangen – um sie damit unter wirtschaftlichen Druck zu setzen und ihre Entwicklung zu verzögern.

Dezidierter Standpunkt der VR Polen sei, daß Militarisierung des Weltraums weder heute noch morgen noch übermorgen zu größerer Sicherheit beitragen werde. Im Gegenteil: Das Risiko eines unkontrollierten Konfliktes werde sich erhöhen. Das militärische Kräfteverhältnis werde aufrechterhalten. Allerdings auf einem höheren, gefährlicheren Niveau.

Deshalb – so O. – halte der WP SDI für einen Schild, hinter dem sich ein Schwert verstecke. Die Erfahrung zeige, daß es niemals einen Schild, niemals ein Schwert gegeben habe, auf die keine Antwort zu finden war.

Politiker, die diese gefährliche Militarisierung des Weltraums eingeleitet hätten, trügen eine große Verantwortung für die Zukunft der Welt. In Polen habe man in diesem Zusammenhang mit großer Sorge zur Kenntnis genommen, daß BM Bangemann in Washington eine Vereinbarung über die Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland an diesem Programm unterzeichnet habe.[4] Man ken-

[4] Zu den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen vom 27. März 1986 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 84, besonders Anm. 6.

ne unsere diesbezüglichen Erklärungen, könne aber die Sorge nicht verschweigen, daß durch SDI auch die bilateralen Beziehungen belastet würden.

O. verweist auf die Abrüstungsvorschläge der SU, die im kürzlichen WP-AM-Kommuniqué[5] bekräftigt seien: Sie enthielten Positionen, die westlichen Forderungen entgegenkämen: Bereitschaft zum Abbau von SS-20, Verifikation an Ort und Stelle. Die Reaktion der USA sei bisher ungenügend gewesen.

Ferner enthalte das WP-AM-Kommuniqué den Vorschlag, das nächste KSZE-Folgetreffen auf AM-Ebene zu eröffnen und ein „Weltforum" über wirtschaftliche Fragen einzuberufen. Schließlich sei der Vorschlag der SU[6] erneuert worden, über das Verbot von Atomtests auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Foren zu verhandeln. Insgesamt zeichne sich das WP-AM-Kommuniqué durch Offenheit, durch Bereitschaft zu Dialog und Vorwärtsbewegung aus. Man habe es deshalb mit einer neuen internationalen Lage zu tun, in der alles getan werden müsse, die Dinge zum Positiven zu beeinflussen. Auch die Bundesrepublik Deutschland könne dazu ihren konstruktiven Beitrag leisten. Er wolle nun auf einige Einzelfragen eingehen:

1) Mittelstreckenraketen: In Polen frage man sich, ob die Haltung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Verminderung der Zahl der Mittelstrekkenraketen immer noch die gleiche sei. Presseberichten habe man entnommen, daß die Forderung Präsident Reagans, die SS-20 auch in Asien abzubauen[7], auf eine Initiative der Bundesrepublik Deutschland zurückgehe.

2) Teststopp: Entscheidend sei, daß das Verbot durchgeführt und verifiziert werde, nicht genüge, daß man lediglich Versuche kontrolliere.

3) Kernwaffenfreie Zone: Polen sei, anknüpfend an Traditionen, Verfechter von KWFZ, wo immer dies möglich erscheine und zur Verminderung der Spannungen beitrage. Dasselbe gelte auch für CWFZ.

4) Chemische Waffen: Polen befürworte das Verbot der chemischen Waffen und die Vernichtung aller Bestände. Er – O. – wolle hier das gute Verhältnis der Delegationen beider Länder in Genf hervorheben – dies sei ein Symbol, daß man in Abrüstungsmaterien gut zusammenarbeiten könne.

5) KSZE: Polen messe dem KSZE-Prozeß große Bedeutung bei, zumal der Normalisierungsprozeß beider Länder den Weg nach Helsinki[8] geöffnet habe. Dieser Prozeß müsse fortgesetzt werden, nur so könne Mißtrauen abgebaut werden. Er – O. – stimme mit BM (Rede Stockholm, 28.1.1986[9]) überein, daß Schlußakte als ganzes betrachtet werden müsse. Dies bedeute konkret, daß man dem zweiten Korb, der bisher vergleichsweise leer geblieben sei, mehr Aufmerksamkeit schenken müsse.

5 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. März 1986 in Warschau vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 260–264.

6 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. März 1986; Dok. 79, Anm. 6.

7 Zu den Vorschlägen des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 vgl. Dok. 52.

8 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in der Eröffnungssitzung der neunten Runde der KVAE vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70.

Auf KSZE-Folgetreffen Wien werde Polen seinen Vorschlag konkretisieren, ein Expertentreffen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit einzuberufen.[10] Die technologische Teilung Europas habe bedauerlicherweise zugenommen.

6) KVAE: Er – O. – sei mit BM der Auffassung, daß die Stockholmer Konferenz bedeutende Ergebnisse bringen könne. Polen sei dafür, die Redaktionsarbeiten zu beschleunigen. Auch hier habe sich eine gute, konstruktive Zusammenarbeit der beiden Delegationen ergeben. Fortschritte bei MBFR/Wien könnten die Dynamik des Helsinki-Prozesses – und damit auch der KVAE – erhöhen.

7) KSZE-Expertentreffen Bern[11]: Polen wolle, daß das Treffen im konstruktiven Geist verlaufe, sei gegen Konfrontation und Propaganda-Attacken, für allseits annehmbare Regelungen von Kontakten zwischen Menschen und Institutionen in Übereinstimmung mit der KSZE-Schlußakte.

Polnische Delegation habe eindeutige Instruktion: Alles zu suchen und auszubauen, was verbinde und nicht teile – dies sei einzig realistischer Weg zur Weiterführung des KSZE-Prozesses.

8) MBFR: Polen für Überwindung des gegenwärtigen Stillstandes: Außerordentlich wichtige Frage mit großer Bedeutung für die künftige Entwicklung in Europa (erste Vereinbarung WP–NATO) und für die Entspannung allgemein.

9) EG/RGW[12]: Polen dafür, daß die bestehenden Arbeitskontakte zu Vereinbarung zwischen beiden Gruppierungen ausgestaltet würden. Voraussetzungen seien dafür geschaffen.

10) DW-Krisenherde: Polen dafür, daß „Brandherde“ in der Dritten Welt gelöscht würden: O. erwähnt Nahost, Krieg Iran/Irak, südliches Afrika, Lateinamerika.

Was NO angehe, so sei Polen bemüht, mit allen Beteiligten gute Beziehungen zu pflegen. Hinsichtlich Israels halte Polen seine prinzipielle Haltung aufrecht, bemühe sich aber um Lösungen in humanitären Fragen und um die Erleichterung der Kontakte zwischen beiden Bevölkerungen.

O. äußert große Sorge über Rolle der USA in DW-Regionen, insbesondere Libyen und Mittelamerika.

11) NWWO[13]: O. verweist auf Idee des 27. Parteitags der KPdSU[14], ein Weltforum über die Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen und Probleme der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit einzuberufen.

BM dankt für Darlegungen und antwortet:

1) Drittes KSZE-Folgetreffen Wien müsse Schritt nach vorn für Entwicklung in Europa bringen. Nach dem ergebnislosen ersten Folgetreffen in Belgrad[15] habe

10 Zum Vorschlag des polnischen Außenministers Olszowski vom 30. Juli 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 16.
11 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.
12 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 32, Anm. 29.
13 Neue Weltwirtschaftsordnung.
14 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.
15 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

das zweite Treffen in Madrid[16] einen großen Erfolg gebracht, weil sich in Zeiten schwerer Belastung zwischen West und Ost der KSZE-Prozeß als stabil erwiesen habe. Wichtigstes Ergebnis: Einsetzung der KVAE/Stockholm. Wir sähen KSZE-Prozeß als große Chance, eine bessere europäische Zukunft zu gestalten. Wir seien deshalb an allen Formen der Zusammenarbeit, auch in technologischer Hinsicht, interessiert.

2) EG–RGW: Anregungen des RGW hätten bei EG positives Echo gefunden. Zusammen mit EG-Partnern glaubten wir allerdings, daß es für das West-Ost-Verhältnis besser sei, wenn wir einerseits zu einem Ergebnis zwischen beiden Wirtschaftsgemeinschaften kämen, andererseits aber das bilateral Gewachsene nicht leiden ließen: Sowohl die Bindungen zwischen EG und einzelnen RGW-Staaten als auch zwischen letzteren und einzelnen EG-Staaten.

3) MBFR–Wien: Als Mitteleuropäer seien wir von Wiener Verhandlungen unmittelbar betroffen. Wir seien deshalb enttäuscht über unbefriedigende Reaktion der östlichen Verhandlungsteilnehmer auf westliche Vorschläge von Dezember 1985[17], die größeren Schritt nach vorn bedeuten als alle früheren, weil sie auf wichtige Erwägungen des WP eingingen. Dessen unbefriedigender erster Reaktion werde hoffentlich noch eine substantiellere folgen.

Vor allem sei völlig unzureichend, was seitens des Ostens zur Frage der Verifikation bisher gesagt wurde. Dabei seien wir uns alle bewußt, daß Mißtrauen ein größerer Feind von Abrüstungsverhandlungen sei als alles andere. Mißtrauen könne nur durch Offenheit abgebaut werden. Dies hieße auch Nachprüfung, Kontrolle.

Die Erklärung GS Gorbatschows (vom 15.1.1986[18]) zur Frage der Verifikation sei von uns positiv bewertet worden – jetzt müßten bei den verschiedenen Verhandlungen Taten folgen. Eine realistische Einstellung der WP-Staaten bei MBFR-Verifikationsfragen könne zu einem Symbol für Offenheit auf beiden Seiten werden.

4) CW/Genf: Bereitschaft zu Verifikation sei auch bei CW/Genf gefordert, wo es um die weltweite Beseitigung dieser Waffenkategorie gehe. Präsident Reagan und GS Gorbatschow hätten sich genau dafür bei ihrem Genfer Gipfel[19] ausgesprochen. Diese realistische Position hätten auch wir seit jeher vertreten. CW seien immerhin seit den 1920er Jahren geächtet[20] – wir könnten deshalb nicht verantworten, CW für Europa zu verbannen und für andere Weltgegenden „aufzuheben".

16 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

17 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

18 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

19 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

20 Vgl. dazu das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege; REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

5) KVAE: Auch hier sei Verifikation zentrale Frage. In Stockholm laufe die Zeit weg! Wir brauchten ein Schlußergebnis, das man in Wien vorlegen könne. Es gehe insbesondere um Bewegung bei vertrauensbildenden Maßnahmen. Er wäre dankbar, wenn VR Polen sich für konstruktive Haltung ihrer Verbündeten einsetzen würde, so wie wir es mit unseren Partnern getan hätten (gemeinsames Auftreten BM/franz. AM[21]).

Wir drängten auf „Tempo" in Stockholm, weil es zu den Aufgaben des Wiener Folgetreffens gehöre, sich Gedanken zu machen, was im Anschluß an Stockholm zu geschehen habe, um Abrüstung in Europa voranzubringen. Auch wenn Stockholm so abschließe, wie wir es uns wünschten, seien die Möglichkeiten der Vertrauensbildung nicht ausgeschöpft.

6) Insbesondere stelle sich die Frage der konventionellen Rüstungen: nicht nur das Gleichgewicht generell (wobei nach Äußerungen aus einer Reihe von WP-Hauptstädten der Osten sich seiner Überlegenheit durchaus bewußt sei), sondern auch kooperativer Sicherheitsstrukturen, die Kriege generell unmöglich machen. Denn Gleichgewicht allein reiche – wie der Ausbruch des Ersten Weltkrieges belege – nicht aus. Im Unterschied zu damals könne kein europäisches Volk heute einen konventionellen Krieg überleben – deshalb sei die Verhinderung eines jeden Krieges heute Überlebensfrage.

7) Mittelstreckenraketen: Für uns sei es eine schwere Enttäuschung und Belastung gewesen, daß SU mit SS-20 eine Waffe geschaffen habe, die in besonderer Weise gegen Westeuropa gerichtet sei, obwohl dort keine landgestützten amerikanischen Mittelstreckenraketen vorhanden waren. Er wolle die lange Geschichte der INF-Verhandlungen nicht aufrollen. Wichtig bleibe, daß USA und SU sich am 8.1.1985 in Genf verständigt hätten, über die INF-Systeme zu verhandeln.[22] Offensichtlich seien Washington und Moskau der Meinung, daß in dieser Frage am ehesten Fortschritt erreichbar sei.

Wir würden dies außerordentlich begrüßen. Idealziel sei und bleibe, daß alle sowjetischen und alle amerikanischen Mittelstreckenwaffen beseitigt würden.

Was die von O. gestellte Frage nach den asiatischen Potentialen angehe, so habe das westliche Bündnis von jeher den globalen Ansatz gehabt, weil die Reichweite dieser Waffen so groß sei, daß sie auch aus asiatischen Teilen der SU Teile Westeuropas – uns, die NL, Nordfrankreich – erreichen könnten. Wir seien in Konsultationen mit dem amerikanischen Präsidenten dennoch einverstanden gewesen, hinsichtlich der sowjetischen Potentiale in Asien eine zeitliche Verschiebung vorzusehen: Kein Aufbau neuer Raketen, Abzug aber in anderem Rhythmus als in Europa. Wir hätten diese Position unterstützt, weil wir an Fortschritten in Europa interessiert seien. Es gebe aber – wie O. sicher wisse – andere Länder, die nicht dem westlichen Bündnis angehörten, die von den USA eine eher restriktive Haltung in dieser Frage erwarteten. Ein INF-Zwischenab-

21 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE vgl. Dok. 16, Anm. 13.

22 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

kommen wäre ein signifikanter Schritt für Europa insgesamt – es wäre deshalb gut, wenn sich bei den Mittelstreckenverhandlungen etwas bewegen würde!

Das Ziel der Abrüstung werde von uns wie von allen Menschen guten Willens unterstützt: Atomare Bedrohung sei Bedrohung der Lebensfähigkeit der Menschheit überhaupt. Es mache keinen Sinn, immer neue und schrecklichere Vernichtungswaffen zu entwickeln.

8) SDI: Bekanntlich erlaube der ABM-Vertrag beiden Supermächten bodengestützte Raketenabwehrsysteme zum Schutz einer bestimmten Zone. Davon habe SU Gebrauch gemacht, USA nicht. Einig seien beide, daß Forschungen über weitergehende Gebiete möglich sind, ferner daß die Entwicklung, Herstellung und Stationierung solcher Systeme eine Änderung des ABM-Vertrages voraussetzen würde.

Für uns sei wichtig, daß der ABM-Vertrag eingehalten werde. Wir hätten im Sommer 1985, als in USA über Änderungen oder veränderte Interpretation dieses Vertrages diskutiert worden sei, nachdrücklich auf restriktiver Interpretation bestanden – und diese von den USA verbindlich bestätigt bekommen.[23]

Schlüssel der Gesamtproblematik sei die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8.1.1985: Rüstungswettlauf im Weltraum verhindern und auf Erden beenden – es gehe um beide Komponenten! Die Bundesregierung habe dies in ihrer Befürwortung von „kooperativen Lösungen“ unterstrichen. Es gehe im Kern darum, daß Sicherheit nicht mehr autonom erreichbar sei, sondern durch Verständigung über Sicherheitsstrukturen, für die der ABM-Vertrag ein Ausgangspunkt sein könnte.

Bundesregierung habe ferner erklärt, daß Umfang der Beseitigung offensiver Potentiale Einfluß habe auf Notwendigkeit zur Schaffung defensiver Systeme. Mit dem Abbau der ersteren stellten sich die Erwägungen über die letzteren neu.

Was die Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland an SDI angehe, so müsse er eingangs klarstellen: In unserer marktwirtschaftlichen Ordnung gebe es weder rechtliche Handhaben noch andere Möglichkeiten, die Beteiligung privater Firmen am amerikanischen Forschungsprogramm zu unterbinden. Dies liege auch nicht in unserer Absicht, ebensowenig wie bei F, GB, IT, NL und JAN. Hingegen gehe es uns um die Frage, für diese Teilhabe deutscher Firmen einen Rahmen zu schaffen, der für ihre wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen vorteilhaft sei.

Die Kritik seitens der WP-Staaten sei ihm – BM – unverständlich. Er habe in der Vorwoche SU-Botschafter Semjonow erläutert, daß wir das einzige Land der Welt seien, das die Teilhabe unserer Firmen am Forschungsprogramm abhängig mache von der Einhaltung des ABM-Vertrages.[24] Kein anderes Land

23 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

24 Am 4. April 1986 übergab der sowjetische Botschafter Semjonow Bundesminister Genscher eine Erklärung zu den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen vom 27. März 1986 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 322 f.
Im Gespräch führte Genscher dazu u. a. aus: „Für die Bundesregierung sei der ABM-Vertrag ein wichtiges rüstungskontrollpolitisches Dokument, auf dessen strikte Einhaltung sie bestehe. […]

habe eine derartige Vereinbarung mit den USA getroffen. Dieser Punkt werde nicht überall gebührend eingeschätzt.

Was die politischen und strategischen Fragen angehe, so könnten diese nicht Gegenstand einer Vereinbarung zwischen uns und den USA sein, sondern müßten im Bündnis erörtert werden.

10) Ausblick: Wichtig jetzt, Blick nach vorn zu richten und im entscheidenden Jahr 1986 alle Anstrengungen für Verbesserungen allgemein und für Fortschritte bei Abrüstungsverhandlungen zu bündeln. Der Besuch AM O. sowie die Bemühungen um die Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses sei ein derartiger Beitrag – er dürfe nicht geringgeschätzt werden!

Insgesamt müsse danach gestrebt werden, die Besorgnisse der Menschen vor Mißbrauch militärischer Macht abzubauen. Dies sei Grundgedanke des Gewaltverzichts: In Stockholm seien wir bestrebt, durch konkrete vertrauensbildende Maßnahmen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Gewaltverzicht neu zu bekräftigen.

In diesem Zusammenhang wäre gut, wenn die SU sich entschließen könnte, Afghanistan seinen Weg gehen zu lassen: als blockfreies Land, das sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann und von militärischer Besetzung frei ist. Überlegungen, wie der blockfreie Status garantiert werden könne, lägen auf dem Tisch. Dabei gehe es insbesondere um Lösungsvorschläge „aus der Region“: Islamische Konferenz.

Wenn man im Blick auf die Jahrhundert- und Jahrtausendwende frage, was Europa wirklich brauche, so sei die Antwort klar: Eine Friedensordnung, in der Staaten unterschiedlichen Gesellschaftssystems miteinander zusammenarbeiten und in Wettbewerb treten können – ohne Angst voreinander haben zu müssen. Dies bedeute Abbauung der Bedrohungselemente, beginnend mit Vertrauensbildung, weiterführend zu Gleichgewicht im konventionellen Bereich (natürlich nicht nach oben, sondern nach unten), Abbau der atomaren und chemischen Waffen. Dies bedeute schließlich Verteidigungsstrukturen und defensive – nicht offensive – Strategien, Doktrinen, Rüstungen. Kriegsverhinderung sei entscheidend.

Länder wie die Bundesrepublik Deutschland und die VR Polen seien herausgefordert, für eine solche Zukunft jetzt Ideen zu entwickeln und sich nicht in Auseinandersetzungen über aktuelle Fragen zu „verheddern“.

Fortschritte in der Sicherheitspolitik seien nur möglich, wenn man sich in die Lage des anderen versetze. Wir verstünden sehr gut, daß die SU aufgrund ihrer Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg mit Millionen Toten heute ein hohes Sicherheitsbedürfnis habe – obwohl wir es in dieser Form nicht für gerechtfertigt hielten. Um so wichtiger sei aber, durch Bereitschaft zur Verifikation Vertrauen zu bilden und ein insgesamt konstruktives Klima in den West-Ost-Beziehungen zu schaffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 503

Dies sei auch maßgeblich für den Rahmen, in dem deutsche Forschungsinstitute und Unternehmen am Forschungsprogramm der USA teilnähmen. […] Die Besonderheit in der deutsch-amerikanischen Rahmenvereinbarung sei die ausdrückliche Feststellung, daß die Beteiligung deutscher Forschungsinstitutionen und Unternehmen nur im Rahmen des ABM-Vertrages erfolgen könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

Orzechowski stellt Übereinstimmung mit BM in einigen Punkten fest: Insbesondere gemeinsame Beunruhigung, ob die Menschheit bis zum Jahr 2000 werde aushalten können. Gemeinsam sei auch die Überzeugung, daß der Blick jetzt in die Zukunft gerichtet werden müsse.

Er könne aber nicht verschweigen, was Sorgen mache, Unruhe stifte und Mißtrauensbarrieren erhöhe: Daß nämlich Entwürfe und Vorschläge seitens des Warschauer Paktes vom Westen stets mit immer neuen Bedingungen verknüpft werden, womit die Lösungen nur komplizierter werden. Bei SS-20 sei es zunächst um Waffen in Europa gegangen, jetzt komme die asiatische Problematik hinzu.

BM wirft ein, über die asiatischen Potentiale sei es – wie von ihm ausgeführt – von Anfang an gegangen. Auch beim sogenannten „Waldspaziergang“[25]. Jetzt habe Reagan frühere Vorschläge im Sinn der SU verändert.

Orzechowski fährt fort: Auch die Frage der konventionellen Waffen komme jetzt als derartiges Moment zum Vorschein: Es gehe jedoch zunächst um Mittelstrekkenraketen, Kernwaffenversuche, Verhinderung des Rüstungswettlaufs im Weltraum. Sobald sich hier eine Lösung abzeichne, könne man die Frage der konventionellen Waffen aufgreifen.

BM wirft ein, wie man gegen konventionelle Abrüstung sein könne?

Orzechowski erwidert, es gehe nicht um die Frage an sich, sondern um die Reihenfolge im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen. Wenn der Osten dafür plädiere, bei den Weltraumwaffen zu beginnen, dann aus der Überlegung, daß ein einmal dorthin erstreckter Rüstungswettlauf nicht wieder zurückgenommen werden könne. Sodann zum SDI-Programm: Warum wolle man die militärisch negativen Folgen für dieses Projekt so klein wie möglich halten? Da dränge sich doch der Verdacht auf, daß noch mehr dahinterstecke, als man bisher zugeben wolle. Und dies gerade in einer Zeit, wo man über die nächste Begegnung Reagan–Gorbatschow spreche und sich auf den Geist von Genf berufe.

Dieser Geist „schmelze dahin“, wenn man an Nicaragua, Libyen, amerikanische Kriegsschiffe in sowjetischen Territorialgewässern[26] und an amerikanische Forderungen nach Reduzierung des Personals der sowjetischen VN-Vertretung[27] denke.

Addiere man diese Faktoren, so könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier jemand bewußt das Klima zwischen USA und SU belasten wolle. Und die Schuld solle der SU zugeschoben werden. Auch die Bundesrepublik Deutschland müsse sich fragen lassen, was es bedeute, daß sie als erste mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missile einverstanden gewesen sei und jetzt das Abkommen über SDI unterzeichnet habe: Wenn dies so „unschuldig“ sei, warum sei es dann geheim?

25 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

26 Zur Durchfahrt amerikanischer Kriegsschiffe durch sowjetische Hoheitsgewässer vor der Krim vgl. Dok. 85, Anm. 9.

27 Zu amerikanischen Forderungen nach Reduzierung des Personals der sowjetischen VN-Vertretung in New York vgl. Dok. 85, Anm. 14.

BM entgegnet, vier Ausschüsse des Deutschen Bundestages würden unterrichtet.[28]

Orzechowski sieht die größten Chancen für einen gemeinsamen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung in Europa im KSZE-Prozeß.

BM schlägt vor, daß beide Länder sich in Vorbereitung des Wiener Folgetreffens eng abstimmen. Er bestätigt unsere Entschlossenheit, das Folgetreffen auf politischer Ebene zu eröffnen.

Orzechowski ist mit Konsultationen auf Expertenebene[29] über die Wiener Materie einverstanden.

Referat 214, Bd. 139713

28 Am 17. April 1986 wurde berichtet, Bundesminister Bangemann habe die Bundestagsausschüsse für Wirtschaft, Verteidigung und Auswärtiges über die deutsch-amerikanischen Vereinbarungen vom 27. März 1986 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung unterrichtet: „Der Bericht Bangemanns ging dem Vernehmen nach nicht über die Informationen hinaus, die in der Öffentlichkeit bereits bekanntgeworden sind. Detailliertere Angaben zu den beiden Abkommen machte Bangemann unter Hinweis auf die mit den USA vereinbarte Geheimhaltung nicht." Vgl. den Artikel „SPD fühlt sich von Bangemann unzureichend über SDI informiert"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. April 1986, S. 1.
Ferner debattierte der Bundestag im Anschluß an eine Regierungserklärung von Bangemann am 17. April 1986 über die Vereinbarungen. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16051–16084.

29 Expertengespräche über die KSZE mit Polen fanden am 21. August 1986 statt. Attaché Haller vermerkte dazu am 25. August 1986: „Polnische Seite schlägt ein Seminar in Krakau vor zum Thema ‚europäische kulturelle Identität'. Polnische Seite erkundigte sich, ob wir gemeinsam mit ihnen eine Initiative in Wien einbringen wollen. Polnische Seite bekundet Interesse an einer ‚Institutionalisierung' der KSZE. Zwischen den KSZE-Haupttreffen möchte sie häufiger und regelmäßig Konsultationen führen. Diese sollten auf hohem Niveau (AM oder StS) stattfinden. […] Auch von polnischer Seite wird Druck ausgeübt werden in Richtung auf eine Verstärkung der technischen Zusammenarbeit (Korb II). Polnische Seite sprach deutliche Verwarnung aus gegen eine zu deutliche und konfrontative Implementierungsdebatte. Bei der KVAE drängte sie auf eine Phase 2." Polnische Vorstellung sei, „daß das Wiener Folgetreffen etwa acht bis neun Monate dauern solle. Der 1. August sei ein vernünftiges Zieldatum." Vgl. Referat 212, Bd. 133551.

92

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok und des Vortragenden Legationsrats Heldt

AS 530.36 Berlin **7. April 1986**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herr Bundesminister[2] zur Unterrichtung für Ihr Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 8.4.1986

Betr.: Terroranschlag in Berlin (Diskothek „La Belle“)[3];
hier: Sachstand zur Frage angeblicher libyscher Beteiligung sowie zu etwaigen Folgerungen hieraus

Anlg.: 2 (davon eine geheim)

I. Frage libyscher Beteiligung

1) Ausgangslage

US-Botschafter Burt hat am 5.4.1986 Herrn StS Dr. Ruhfus den Wunsch seiner Regierung an die Bundesregierung übermittelt, das libysche Volksbüro (LVB) in Bonn zu schließen.[4] Die US-Seite begründete ihren Wunsch mit Hinweisen

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. April 1986 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 8. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 11. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 311 verfügte.

3 Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, zwei Menschen getötet und mindestens 150 verletzt. Verschiedene terroristische Gruppierungen bekannten sich zu dem Anschlag. Vgl. dazu den Artikel „Nach dem blutigen Anschlag in Berlin Fahndung auch nach RAF-Terroristen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. April 1986, S. 1.
Am 8. April 1986 wurde in der Presse weiter berichtet, das Bundesministerium des Innern habe erklärt, es gebe „‚nicht das geringste Anzeichen‘, daß es sich um deutsche Täter handele“. Vielmehr lasse die „Machart“ des Anschlags auf „palästinensisch-arabische Täter“ schließen. Ferner sähen die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik einen „‚auffälligen Zusammenhang‘ des jüngsten Berliner Anschlags mit dem amerikanischen Vorgehen gegen Libyen in der Großen Syrte und dem Bombenanschlag auf ein amerikanisches Passagierflugzeug in der vergangenen Woche.“ Vgl. den Artikel „Die Sicherheitsbehörden halten eine ‚arabische Variante‘ für wahrscheinlich“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. April 1986, S. 2.

4 Am 5. April 1986 berichtete Botschafter van Well, Washington, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe ihn soeben angerufen, „um im Auftrag von AM Shultz und Nationalem Sicherheitsberater Admiral Poindexter auch hier in Washington ganz klar zu machen, welche überragende Bedeutung die amerikanische Regierung der heute in Bonn durch Botschafter Burt an die deutsche Seite herangetragenen Demarche beimißt. Sie, Frau Ridgway, unternehme diesen ungewöhnlichen Schritt, weil sie auch mich bitten wollte, in Bonn die Ernsthaftigkeit des amerikanischen Anliegens aus hiesiger Sicht zu unterstreichen. […] Frau Ridgway, die mit großem Nachdruck sprach und sich immer wieder auf AM Shultz berief, ließ an der Wichtigkeit des amerikanischen Anliegens keine Zweifel. Ihr Anruf betont den Ernst der amerikanischen Einschätzung der Lage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1467; VS-Bd. 12976 (204); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 8. April 1986 berichtete van Well: „Bei Empfang in Botschaft für Boris Becker sprach mich AM Shultz nach Hinweis, er rede bei gesellschaftlichen Veranstaltungen nie über dienstliche Fragen, auf unsere Haltung zu Libyen an und äußerte die deutliche Erwartung, daß die Bundesregierung das libysche Volksbüro in Bonn schließen werde. Die libyschen Volksbüros seien Kommandozentralen des Terrorismus. Die Äußerungen von Shultz, der sich dabei auch auf Präs[ident] Reagan

aus dem BMI, wonach das LVB Berlin (Ost) unter Beteiligung des LVB Bonn in den Anschlag verwickelt sei. Es sei zu vermuten, daß Libyen sich auch an anderen Terroranschlägen der letzten Zeit (Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin[5], TWA-Maschine[6]) beteiligt habe und weitere Aktionen in nächster Zeit plane. Am 7.4.1986 hat Botschafter Burt laut ZDF (19.00) und ARD (20.00) ergänzend erklärt, daß bereits vor dem Anschlag Anhaltspunkte für terroristische Aktivitäten der libyschen Seite feststellbar gewesen seien.[7]

2) Stand der Ermittlungen

Soweit dem Auswärtigen Amt bekannt, stützen sich die bisherigen Erkenntnisse des BMI als der für die Verfolgung der Angelegenheit federführend zuständigen Obersten Bundesbehörde vor allem auf folgende zwei Elemente:

Fortsetzung Fußnote von Seite 507

berief, ließen erkennen, wie stark ihn das Thema beschäftigt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1506; Referat 311, Bd. 137911.

5 Am 29. März 1986 wurde auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West) ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem sieben Menschen verletzt wurden. Dazu wurde berichtet, der Staatsschutz habe mitgeteilt, bei dem Anschlag gegen die 1985 gegründete Gesellschaft, die sich politisch nicht betätige, sondern karitative Aufgaben erfülle, sei „Profi-Sprengstoff" verwendet worden: „Von den Tätern fehlt jede Spur. Der Staatsschutz vermutet einen Racheakt einer radikalen Palästinensergruppe, weil sich die Gesellschaft keiner politischen Gruppierung anschließen wollte." Vgl. den Artikel „War Anschlag in Berlin Racheakt von Arabern?"; DIE WELT vom 1. April 1986, S. 4.

6 Am 2. April 1986 explodierte an Bord einer Maschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA, die sich auf dem Weg von Rom über Athen nach Kairo befand, beim Landeanflug auf Athen eine Bombe. Dabei starben vier Passagiere, mindestens sieben weitere Passagiere wurden verletzt. Den Piloten gelang eine Notlandung. Vgl. dazu den Artikel „Explosion in einer TWA-Maschine über Griechenland"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. April 1986, S. 1.
Am 4. April 1986 wurde berichtet, eine „palästinensische, prolibysche Untergrundorganisation in Beirut" habe sich am Vortag zu dem Anschlag bekannt. Ein anonymer Anrufer habe gegenüber verschiedenen Nachrichtenagenturen in Beirut erklärt, die „Arabischen Revolutionären Zellen – al Kassam Revolutionäre Einheit" hätten den Anschlag als „Vergeltungsakt für die amerikanische ‚Aggression gegen Libyen'" bezeichnet. Vgl. den Artikel „Bekenntnis zu Bombenanschlag"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. April 1986, S. 2.

7 Zu amerikanischen Hinweisen auf terroristische Aktivitäten mit libyscher Beteiligung vgl. Dok. 87.
Am 8. April 1986 informierte Botschafter van Well, Washington, der amerikanische Sonderbotschafter für Terrorismusbekämpfung, Oakley, habe mitgeteilt, „Amerikaner hätten sich am 27.3. an Sowjets und DDR-Behörden mit der Bitte gewandt, das ihre dazu beizutragen, daß vom libyschen Volksbüro in Berlin (Ost) keine terroristischen Aktivitäten ausgehen könnten. Auch danach seien noch Angehörige libyschen Volksbüros im Westen der Stadt gesehen worden. Es habe dann Hinweise dafür gegeben, daß für den 5.4. ein Anschlag in Berlin (West) geplant sei. Erkenntnisse hätten auch den Berliner Sicherheitsbehörden vorgelegen. Leider sei dann die Anstrengung, in Frage kommende West-Berliner Bars und Nachtclubs rechtzeitig zu schließen, nicht erfolgreich gewesen. Man habe Erkenntnisse, daß das Berliner Attentat auf libyscher Seite nachher als erfolgreich gefeiert worden sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1505; VS-Bd. 12444 (515); B 150, Aktenkopien 1986.
Vortragender Legationsrat Heldt vermerkte am 8. April 1986, Vertreter der amerikanischen Botschaft in Bonn hätten den am Vortag gebildeten „Arbeitsstab Terroranschlag Berlin" des Auswärtigen Amts über amerikanische Erkenntnisse unterrichtet, dabei jedoch erklärt, „alle mitgeteilten Erkenntnisse seien vor Gericht nicht verwertbar". Demnach hätten amerikanische Stellen Kenntnis von zwei „offiziellen Kommunikationen" zwischen dem libyschen Volksbüro (LVB) in Ost-Berlin und dem libyschen Geheimdienst: „Am 4.4. (Vorabend des Berliner Terroranschlags) habe das LVB angekündigt, man erwarte etwas am Morgen des 5.4.1986 (‚to look forward to results in the morning of April 5th'). Am 5.4. (nach dem Attentat) habe LVB mitgeteilt, ein erfolgreiches Unternehmen sei am frühen Morgen in Berlin durchgeführt worden (‚a successful operation was carried out in Berlin that morning'). […] Auf ausdrückliches Befragen, welche Erkenntnisse über eine Verwicklung des LVB Bonn in terroristische Aktivitäten vorlägen, bekannten die Amerikaner, über keine Eigeninformationen zu verfügen, und verwiesen auf BKA-Erkenntnisse (Benutzung von Code-Wörtern im Fernsprechverkehr zwischen LVB Bonn und Tripolis)." Vgl. VS-Bd. 12444 (515); B 150, Aktenkopien 1986.

– Einreiseversuch zweier Angehöriger des libyschen Volksbüros Berlin (Ost) nach Berlin (West) am 27.3.1986 (möglicherweise im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft vom 29.3.).[8] Trotz vorliegenden Haftbefehls wurde Chraidi (alias Salam) nicht festgenommen, sondern an der Sektorengrenze[9] zurückgewiesen (Auskunft BKA Mekkenheim).
– Nicht exakt deutbare Telefongespräche der beiden Volksbüros, wobei von „Büchern", „falschen Seiten" und „Druckerei" die Rede war.[10]

Hiernach läßt sich zwar eine arabische Beteiligung an dem Anschlag nicht ausschließen. Ein gesicherter Erkenntnisstand im Sinne konkreter libyscher Beteiligung ist indessen trotz gewisser Indizien nicht gegeben.

Dem hiernach geäußerten Wunsch des Auswärtiges Amts, den Sachverhalt durch Einsichtnahme und Prüfung aller dem BMI vorliegenden Unterlagen zu prüfen, ist vom BMI bisher nicht entsprochen worden. Das BMI stützt seine Weigerung auf die angebliche Rechtslage nach deutschem Recht, wonach sich allerdings aus Sicht des Auswärtiges Amts folgendes ergibt.

3) Rechtslage

Die Weigerung des BMI, dem AA die angefallenen Unterlagen integral zur Verfügung zu stellen, ist rechtlich nicht überzeugend. Im einzelnen:

Im Geschäftsbereich des BMI liegen Erkenntnisse vor, die aufgrund der Ermächtigung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (sog. G 10-Gesetz[11]) angefallen sind. Diese Erkenntnisse können dafür von Bedeutung sein, ob Sanktionen gegen Libyen ergriffen werden sollen. Bei der Weigerung, diese Erkenntnisse dem Auswärtigen Amt zu überlassen, beruft sich der BMI auf § 7 Abs. 3[12] des G 10-Gesetzes, vermag hiermit aber nicht zu überzeugen: Der Anschlag gegen die Diskothek war allem Anschein nach eine Straftat gegen die in Berlin (West) anwesenden Truppen einer der Drei Mächte (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 G 10-Gesetz). Diese Straftat darf erforscht werden. An der Erforschung sind nicht nur die Sicherheitsbehörden interessiert, sondern z. B. auch das Auswärtige Amt im Interesse der Gestaltung der politischen Beziehungen zu Libyen. § 7 Abs. 3 G 10-Gesetz ist daher keine geeignete Grundlage, dem Auswärtigen Amt als dem für die Außenbeziehungen federführenden Ressort die angefallenen Kenntnisse nur teilweise zur Verfügung zu stellen. Diese Ansicht muß eigentlich auch der BMI teilen, da er dem Auswärtigen Amt andernfalls überhaupt keine Informationen über das angefallene Material hätte zukommen lassen dürfen. Das G 10-Gesetz gibt jedenfalls keine Rechtsgrundlage

8 Zu diesem Satz handschriftlicher Vermerk: „Anlage 1".

9 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „wie auch sein Begleiter".

10 Zu diesem Absatz handschriftlicher Vermerk: „Anlage 2".

11 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. August 1968 zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) (G 10) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 949–952.

12 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „§ 7 Abs. 3 G 10-Gesetz: Die durch die Maßnahmen erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen nicht zur Erforschung und Verfolgung anderer als der in § 2 genannten Handlungen benutzt werden, es sei denn, daß sich aus ihnen tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, daß jemand eine andere in § 138 des Strafgesetzbuches genannte Straftat zu begehen vorhat, begeht oder begangen hat."

und schon gar nicht für eine nur selektive Weitergabe angefallener Erkenntnisse. Im übrigen ergibt sich allem Anschein nach aus den derzeitigen Erkenntnissen, daß „jemand eine andere in § 138 StGB[13] (z. B. Mord/Totschlag) genannte Straftat zu begehen vorhat, begeht oder begangen hat". Auch das reicht nach § 7 Abs. 3 G 10-Gesetz für eine Erforschung aus.

Auch die Regeln der Strafprozeßordnung (§§ 100 a, b der StPO[14]) stützen die negative Haltung des BMI nicht. Aus § 100 b Abs. 5 ergibt sich zwar indirekt, daß die durch Überwachung des Fernmeldeverkehrs erlangten Unterlagen nur zur Strafverfolgung benützt werden dürfen. Das ist bei Regelungen der StPO auch konsequent, da dort das Verfahren gegen individuelle Beschuldigte geregelt ist. Das G 10-Gesetz dient dagegen dem Staatsschutz.

4) Politische Aspekte

Nur für den Fall, daß sich nach Prüfung der vorliegenden Erkenntnisse durch alle beteiligten Ressorts gesicherte Schlußfolgerungen i. S. einer libyschen Mitverantwortung an dem Anschlag in Berlin ziehen lassen, verfügt die Bundesregierung über eine ausreichende politische Grundlage, die dann erforderlichen einschneidenden Maßnahmen zu ergreifen. Rein rechtlich ist dagegen ein Nachweis libyschen Fehlverhaltens für eine Schließung des Volksbüros nicht erforderlich.

Andernfalls muß es damit sein Bewenden haben, die eingeleiteten Verfolgungsmaßnahmen[15] fortzuführen (z. B. Beibehaltung verschärfter Überwachung von Verdächtigen sowie des verstärkten Schutzes von US-Einrichtungen). Als flankierender Schritt hierzu ist der von US-Seite an die Vertretung der DDR und der UdSSR in Washington herangetragene Wunsch zu werten, das LVB in Berlin (Ost) strikter Kontrolle zu unterwerfen. Ein vergleichbarer Schritt des Bundeskanzleramts gegenüber dem Leiter der Ständigen DDR-Vertretung in Bonn, Moldt,[16] ist ebenfalls als zweckentsprechendes Vorgehen zu bewerten.

II. 1) Deutsche Präsenz und Wirtschaftsinteressen in Libyen

a) Zum Personal der Botschaft Tripolis und ihren Angehörigen gehören z. Zt. 22 entsandte deutsche Staatsangehörige (11 entsandte Kräfte, 6 Ehepartner, 5 Kinder im Alter zwischen 1 und 5 Jahren).

b) Die Deutsche Schule Tripolis hat 3 entsandte Lehrer und 61 Schüler.

c) In ganz Libyen sind derzeit etwa 1400 deutsche Firmenangehörige einschließ-

13 Für den Wortlaut von § 138 des Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 46.

14 Für den Wortlaut von § 100 a und § 100 b der Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 143 f.

15 Abteilung 3 vermerkte am 6. April 1986, die Bundesregierung habe folgende Maßnahmen eingeleitet: „Verschärfung der Grenz- und Flughafenkontrollen, insbesondere gegenüber arabischen Reisenden; verstärkte Überwachung des Volksbüros in Bonn; Bitte an Landeskriminalämter, Verdächtige zu beobachten; Verstärkung des Schutzes für amerikanische Einrichtungen." Vgl. Referat 311, Bd. 137911.

16 Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 8. April 1986, in einer Sitzung der Bonner Vierergruppe am selben Tag habe der Vertreter der Bundesregierung mitgeteilt, „in Unterstützung der amerikanischen Demarchen" sei die Ständige Vertretung der DDR durch Ministerialdirigent von Richthofen, Bundeskanzleramt, „auf die Aktivitäten des libyschen Volksbüros in Berlin (Ost) angesprochen und dem Sinne nach gebeten worden, ‚ein Auge auf die libysche Vertretung in Berlin (Ost) zu halten'." Vgl. Referat 311, Bd. 137906.

lich deren Familienangehörigen. Sie sind auf folgende regionale und Branchenschwerpunkte verteilt:

Krupp-Stahlwerk Misurata (ca. 200 km östlich Tripolis)	ca. 600
Großraum Tripolis (Straßenbau, Versorgungseinrichtungen; Siemens, Uhde, DVT, Bühler-MIAG)	ca. 400
Bengasi (Straßenbau, Telecommunications; Siemens)	ca. 400

Einige Deutsche sind jedoch auch über das Landesinnere verteilt.

Die Botschaft verfügt über eine Liste aller in Libyen niedergelassenen deutschen Firmen mit mehr als 10 Beschäftigten. Deren Erfassung im Falle einer Evakuierung ist also über die Firmenniederlassungen möglich; daneben besteht aber eine Dunkelziffer selbständig tätiger oder vorübergehend entsandter Bundesbürger, die der Botschaft nicht bekannt ist. Ihre Größenordnung kann nicht beziffert werden.

d) Das Obligo des Bundes aus Gewährleistungen für Libyen-Geschäfte beläuft sich gegenwärtig (inkl. Zinsen) auf 10,63 Mrd. DM; dazu kommen Grundsatzzusagen für noch nicht abgeschlossene Geschäfte in Höhe von 974 Mio. DM. Libyen liegt damit an vierter Stelle der Obligo-Statistik.

e) Die deutschen Importe aus Libyen betrugen 1985 6,27 Mrd. DM (plus 0,8% gegenüber 1984). Die deutschen Exporte nach Libyen betrugen 1985 1,54 Mrd. DM (minus 32,6% gegenüber Vorjahr).

Die Bundesrepublik bezieht 15% ihrer gesamten Öleinfuhren aus Libyen, das unser viertgrößter Öllieferant ist. Für Libyen sind wir nach Italien zweitwichtigster Rohölabnehmer.

f) Ein Luftverkehrsabkommen mit Libyen wurde am 12.5.1981 paraphiert, ist noch nicht unterzeichnet, wird aber praktisch angewandt. Die LH fliegt derzeit dreimal wöchentlich Tripolis an.

2) Zu erwartende Konsequenzen einer Schließung des Bonner Volksbüros

a) Unsere Botschaft Tripolis wird als Retorsionsmaßnahme mit Sicherheit geschlossen werden.

Damit entfiele die diplomatische und konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger in LIY.

Mit der Schließung der Deutschen Schule Tripolis ist ebenfalls zu rechnen.

b) Die Auswirkungen auf die in LIY tätigen deutschen Firmen und Staatsangehörigen sind bei der Unberechenbarkeit libyscher Reaktionen nicht voraussehbar. Die beiden Gesichtspunkte, die für die libysche Schutzerklärung für US-Staatsangehörige[17] maßgeblich waren (Unersetzlichkeit spezialisierter US-Erdölexperten und Anwesenheit trotz Strafandrohung durch US-Regierung), entfallen bei deutschen Staatsangehörigen.

17 Vgl. dazu die Äußerungen von Oberst Gaddafi am 25. März 1986; Dok. 87, Anm. 6. Vgl. dazu ferner Dok. 83.
Am 29. März 1986 berichtete Botschafter Enders (Tripolis), Gaddafi habe am Vortag zur Lage amerikanischer Staatsbürger in Libyen gesagt: „Sie lebten hier in Frieden. Sie würden nicht umgebracht, wie man behauptet. Jeder Amerikaner, der gegen den Willen seines Präsidenten hier bleiben möchte, könne dies tun. Wir schicken niemanden zurück nach USA." Vgl. den Drahtbericht Nr. 290; Referat 311, Bd. 137905.

Eine physische Gefährdung (z. B. Geiselnahme) deutscher Staatsangehöriger ist eine denkbare mögliche Konsequenz.

c) Eine erfolgreiche Abwicklung der Schadensfälle aus Hermes-Bürgschaften (Gesamtobligo des Bundes im Libyen-Geschäft 10,63 Mrd. DM) ist ohne Mitarbeit unserer Botschaft Tripolis undenkbar.

d) Künftige Auftragserteilungen für Bauleistungen deutscher Firmen in Libyen würden ohne Mitwirkung einer deutschen Auslandsvertretung bei der Projektprüfung kaum noch zu Geschäftsabschlüssen führen können.

Bei reinen Liefergeschäften muß in Rechnung gestellt werden, daß Libyen darüber hinaus Boykottmaßnahmen gegen deutsche Firmen ergreifen wird.

3) Mögliche Maßnahmen zum Schutz deutscher Staatsbürger in Libyen

a) Eine Evakuierung deutscher Staatsangehöriger wäre ohne libysche Mitwirkung (oder zumindest Duldung) nicht möglich. Ein Herantreten an libysche Behörden könnte aber eher Maßnahmen zum Zwangsverbleib deutscher Staatsangehöriger auslösen.

b) Schon eine Warnung bzw. prophylaktische Ausreisempfehlung würde der libyschen Seite nicht verborgen bleiben und könnte daher ebenfalls zu einer Sicherheitsgefährdung der 1400 Deutschen führen.

III. Zu alledem kommt hinzu, daß eine Schließung des libyschen Volksbüros in Bonn keineswegs zu einer Verminderung der Gefahr terroristischer Anschläge in der BR Deutschland führen würde. Die Einreise libyscher Terroristen mit falschen Pässen würde sich kaum ganz verhindern lassen. Die Gefährdung hiesiger Exil-Libyer und amerikanischer Einrichtungen könnte eher noch zunehmen, wenn die Möglichkeit zur Einwirkung auf diplomatischem Weg entfällt.[18]

Heldt Strenziok

Referat 311, Bd. 137911

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok informierte am 9. April 1986, am selben Tag sei der libysche Geschäftsträger von Ministerialdirektor Sudhoff einbestellt worden, der mitgeteilt habe: „Das Verhalten von zwei Mitgliedern des LVB sei nicht vereinbar mit den internationalen Regeln normaler diplomatischer Tätigkeit. Die Bundesregierung sehe sich deshalb veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen. Sie fordere die lib[ysche] Seite auf, diese zwei Angehörigen des LVB unverzüglich abzuziehen. Wir gingen davon aus, daß diese beiden Mitglieder des LVB nicht ersetzt würden (dadurch Verringerungen lib. Diplomaten auf 11). D 3 führte weiter aus, wir seien an der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern interessiert. Das zeige sich auch an der Abgewogenheit, mit der die Bundesregierung die gegenwärtige Situation bewerte. Dazu gehöre aber, daß sich lib. Seite aller Aktivitäten enthalte, die nicht mit nationalen und internationalen Normen vereinbar seien. Er richte daher an das LVB und seine Angehörigen die dringende Aufforderung, diese Normen peinlich genau zu beachten. D 3 gab weder eine detaillierte Begründung der Maßnahmen noch stellte er einen Zusammenhang mit dem Attentat in Berlin her." Vgl. den Runderlaß Nr. 2756; Referat 311, Bd. 137911.

93

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski

214-321.11 POL VS-NfD **8. April 1986**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Besuch des polnischen AM Prof. Marian Orzechowski in Bonn (6. bis 9.4.1986);[2] hier: Begegnung der Minister im kleinen Kreis am 8.4.1986 (9.30 bis 11.00 Uhr)

Aus dem Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Außenminister im kleineren Kreis am 8.4.1986 (9.30 bis 11.00 Uhr), an dem die beiden Botschafter[3], MD von Braunmühl und die beiden Dolmetscher teilgenommen haben, ist zum Thema „deutsch-polnische Stiftung" folgendes festzuhalten:

BM: Er habe über den Vorschlag des polnischen Außenministers vom Vortag[4] noch einmal nachgedacht. Der Außenminister habe erklärt, die deutsch-polnische Stiftung solle den Gedanken der deutsch-polnischen Verständigung zum Ziele haben. Der Gedanke sei interessant. Nun müsse man sich zunächst fragen, welche Aufgaben die Stiftung konkret haben solle. Man könne an die Verstärkung des kulturellen Austauschs und an den Jugendaustausch denken. Wenn die polnische Seite weitere Ideen habe, könnte man sie einbeziehen. Das alles müsse in diskreten Beratungen erörtert werden und dürfe nicht dadurch gestört oder sogar zerstört werden, daß die Sache an die Öffentlichkeit gelange. Jetzt gehe es darum, sich über das Verfahren zu verständigen. Er habe deshalb auch Herrn von Braunmühl, den Leiter der Politischen Abteilung 2, zu diesem Gespräch hinzugebeten. Wenn man sich auf solche informellen Gespräche jetzt einigen könnte, so würde D 2 auf deutscher Seite Gesprächspartner sein. Man müsse die Angelegenheit in sehr engem Kreise halten. Sie werde von uns in sachlichem und konstruktivem Geist behandelt werden.

AM *Orzechowski*: Er freue sich, daß der Bundesminister diese Idee als eine gute angenommen habe. Er stimme zu, daß der Gedanke diskret entwickelt wer-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Pfeffer, z. Z. Bonn, gefertigt.

2 Zum Besuch des polnischen Außenministers Orzechowski vgl. auch Dok. 91.

3 Tadeusz Olechowski bzw. Franz Pfeffer.

4 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher während eines Mittagessens am 7. April 1986 führte der polnische Außenminister Orzechowski aus: „Zur Wirtschaft wolle er noch einmal auf den Jumbokredit zu sprechen kommen. Der BM kenne den Verlauf der Finanzverhandlungen vom 19./20.3.1986. Es sei ein Ergebnis ausgehandelt worden, das durch die Regierungen bestätigt werden müsse. Der Kredit habe politischen Charakter gehabt. Er sei zu politischen Konditionen gewährt worden, in einer bestimmten politischen Situation. Nun wolle er einmal laut denken. Es gebe eine Chance, dieser Frage einen politisch-moralischen Akzent zu geben. Wie das im einzelnen geschehen könne, sei das Problem. Der polnischen Seite sei der Gedanke gekommen, eine spezifische deutsch-polnische Stiftung zu errichten, die der Verständigung dienen solle. Man könne auf diese Weise den politischen Charakter des Kredits noch einmal betonen. Polen wolle der Bundesrepublik Deutschland mehr Möglichkeiten zur eigenen kulturellen Präsentation in Polen geben. […] Außerdem kommen in Frage die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, einschließlich der Unterzeichnung eines Abkommens. […] Dann gebe es große Möglichkeiten auf dem Gebiet der Jugendarbeit, des Jugendaustausches und auf dem der Zusammenarbeit der Städte, der Hochschulen, der sog. schöpferischen Organisationen usw." Ferner sprach Orzechowski von der Möglichkeit, „den politischen Dialog auf höchste Ebene anzuheben". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139713.

den müsse. Auch er schlage vor, eine ganz kleine Gruppe mit der Aufgabe zu betrauen. Er denke an die beiden Direktoren – auf polnischer Seite Fekecz. Auch die beiden Botschafter sollten im Spiele bleiben. Das wäre ein Schritt.

BM: Er wolle noch einmal auf eine Bemerkung des Außenministers beim gestrigen Abendessen zurückkommen. Er, der Bundesminister, verstehe den Gedanken des Bundeskanzlers über gewisse Investitionen folgendermaßen: Diejenigen, die in Polen sich als Deutsche fühlten, sollten sich stärker kulturell entfalten können. Dann würden auch die Ausreisewünsche geringer werden. Die polnische Seite möge sich doch einmal ansehen, wie das in anderen sozialistischen Ländern gemacht werde. Mit Ungarn z. B. hätten wir da gar keine Probleme. Aber das Problem bestehe ja auch mit Rumänien und mit der SU. Je mehr kulturelle Entfaltung man diesen Menschen gestatte, desto geringer werde der Drang, auszureisen. Für Menschen, die sich als Deutsche fühlten, spiele gerade auch der Gottesdienst in ihrer eigenen Sprache eine große Rolle. Der Vorgänger des Außenministers habe ihm in Warschau gesagt, der polnische Staat mische sich in solche Angelegenheiten nicht ein.[5] Er habe geradezu wie ein Liberaler gesprochen.

AM *Orzechowski*: In diesem Bereich sei er stockliberal.

BM: Dem Deutschen Roten Kreuz liege eine große Anzahl von Ausreisewünschen vor. Der Außenminister habe darauf hingewiesen, daß die Ausreisewünsche überwiegend ökonomisch motiviert seien und gar nicht Familienzusammenführungen beträfen. Wenn er einmal unterstelle, daß der Außenminister recht habe – er tue das nicht –, dann solle man doch versuchen, diesen kleineren Teil der humanitären Fälle zu lösen. Dann würde aus diesem ganzen Problem die „Luft heraus sein". Die öffentliche Beachtung würde geringer werden, wenn man den kleineren Teil zügig löse, dann würde sich eine ganze Menge von Problemen anders ansehen.

AM *Orzechowski*: Was die Minderheitenfrage angehe, –

BM: er spreche nicht von einer Minderheit –

AM *Orzechowski*: so gebe es Unterschiede in Ungarn, der Sowjetunion, der ČSSR und Rumänien. Dort gebe es nämlich kompakte deutsche Minderheiten. Das treffe auf Polen nicht zu. Die polnische Seite habe die humanitären[6] Fragen immer großzügig behandelt und werde sie vielleicht mit noch größerer Großzügigkeit behandeln. Das hänge vom Klima und dem Stand der deutsch-polnischen Beziehungen ab. Anders stehe es mit Fällen, in denen der Drang nach Ausreise durch ökonomische Gründe motiviert sei.

BM: Er habe in einem Interview heute morgen gesagt, wenn die allgemeinen Beziehungen gut seien, dann ließen sich auch die humanitären Fragen eher lösen.[7]

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski am 6. März 1985; AAPD 1985, I, Dok. 56.

6 Korrigiert aus: „humanen".

7 Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 8. April 1986 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1077/86; Referat 013, Bd. 179061.

AM *Orzechowski*: Er stimme ganz mit der politisch-moralischen Auffassung des BM überein. Man dürfe keinen Menschenhandel ins Auge fassen, wie Czaja das z. B. tue. Es dürfe in diesen Fragen kein Junktim geben.

BM: Weder so herum, noch so herum.

AM *Orzechowski*: Wenn wir das so machten, wie man das jetzt besprochen habe, werde man eine Lösung finden.

Aber zurück zur Stiftung: Wir sollten in dieser Sache volle Klarheit gewinnen. Er verstehe die Idee so, daß sie keinen Ersatz für die normalen wissenschaftlich-technischen Beziehungen darstelle, also für all das, was beim Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda mit BM Bangemann[8] eingeleitet worden sei.

BM: Damit habe die Stiftung nichts zu tun.

AM *Orzechowski*: Aber man könne sie wohl auf anderen Gebieten nutzen.

Botschafter *Olechowski*: Zu den Deutschen in Polen: Was die polnische Seite nicht verstehen könne, sei, daß die Menschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße als deutsche Staatsangehörige in Anspruch genommen würden.

BM: Doch nur dann, wenn sie vorher Deutsche gewesen seien. Aber man wolle jetzt nicht über Rechtsfragen streiten. Er habe sich ja absichtlich sehr vorsichtig ausgedrückt und von Menschen gesprochen, die sich als Deutsche fühlten.

Er knüpfe an das an, was der AM gesagt habe. Es gebe eine Verdienst-Emigration und humanitäre Fälle. Rechtsfragen könne man nur an Einzelfällen erörtern.

AM *Orzechowski*: Es handele sich um einen Teufelskreis. Jeder Aussiedler ziehe einen neuen Familienzusammenführungsfall nach sich. Das sei eine unendliche Kette. Polen habe die Zahl aus den Vereinbarungen[9] erfüllt.

BM: Aber es gebe eine Offenhalte-Klausel –

AM: und Kriterien. Eines der Kriterien sei das der unbestreitbaren deutschen Volkszugehörigkeit.

Botschafter *Olechowski*: Noch einmal zur Stiftung: Der AM habe davon gesprochen, daß die Stiftung kein Ersatz sein dürfe. Von BM Bangemann hätten sie gehört, daß die Vereinbarung über den Jumbokredit[10] Vorbedingung für weitere Hermes-Kreditbürgschaften sei. Falle dann diese Vorbedingung weg?

8 Zum Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda am 10. März 1986 vgl. Dok. 66, Anm. 3.

9 Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5 % über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.
Am selben Tag wurde ein Ausreise-Protokoll unterzeichnet, in dem die polnische Regierung erklärte, „daß etwa 120 000 bis 125 000 Personen im Laufe der nächsten vier Jahre die Genehmigung ihres Antrages zur Ausreise erhalten" würden. Vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296, und AAPD 1976, I, Dok. 60 und Dok. 75.

10 Am 4. April 1986 legte Referat 422 dar: „In der Frage der Umschuldung rückständiger polnischer Verbindlichkeiten aus dem 1 Mrd. DM-Kredit von 1975 (sog. Jumbo-Kredit) konnte nach schwierigen Verhandlungen im Anschluß an die letzte Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission schließlich am 20.3.1986 in Bonn – hinsichtlich des Konsolidierungszinssatzes noch unter Zustimmungsvorbehalt der polnischen Regierung stehende – Einigung erzielt werden, die beiden Sei-

BM: Man sei hier nicht in Wirtschafts- und Finanzverhandlungen. Man spreche über eine deutsch-polnische Stiftung, das sei ein ganz anderes Gebiet. Es habe mit dem Gebiet der Finanzverhandlungen nichts zu tun.

Botschafter *Olechowski*: Es gebe aber doch ein Junktim, daß erst nach der Realisierung der Vereinbarung über den Jumbokredit weitere Hermes-Kreditbürgschaften eröffnet werden könnten.

BM: Das habe nichts miteinander zu tun. Man spreche über ein ganz anderes Projekt.

AM *Orzechowski*: Politiker müßten sich aber doch verständigen.

BM: Man müsse diese beiden Dinge voneinander trennen. Man sollte mit informellen Gesprächen über die Stiftung beginnen. Man wisse nicht, ob das Ganze gehe. Die deutsche Position zu den Gebieten, über die BM Bangemann verhandelt habe, habe sich durch das Gespräch mit dem AM nicht verändert. Es sei eine ganz andere Sache, ob man mit der Errichtung einer deutsch-polnischen Stiftung ein neues Signal für die bilateralen Beziehungen geben wolle. Der Jumbokredit habe mit der Stiftung nichts zu tun.

AM *Orzechowski*: Dann handele es sich um ein Mißverständnis. Der Milliarden-Kredit Gierek/Schmidt sei ein politischer Kredit gewesen.

Botschafter *Olechowski*: Der polnische Vorschlag sei, den Milliardenkredit in eine Stiftung umzuwandeln.

BM: Man führe hier keine Kreditverhandlungen in Verbindung mit dem Stiftungsgedanken. Über den Jumbokredit gebe es Absprachen. Diese Absprachen seien in der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission und in darauffolgenden Finanzverhandlungen getroffen worden. Daran müsse man festhalten.

AM *Orzechowski*: Er wolle noch einmal darstellen, wie er gestern seinen Vorschlag vorgetragen habe und wie er ihn gemeint habe. Erstens: Der Jumbokredit habe politischen Charakter gehabt. Er sei unter besonderen politischen Bedingungen gewährt worden. Zweitens: Daran solle man festhalten. Die Rückzahlung des Kredits werde für Polen keine besonderen Schwierigkeiten machen. Er solle bis zum Jahr 2000 zurückgezahlt sein. Drittens: Es könnten allerdings Übergangsschwierigkeiten auftreten bei der Zahlung der Rückstände. Viertens: Man solle nach Lösungen suchen, die es erlaubten, diese Frage mit dem Prozeß der Verständigung zu verbinden. Daraus sei der Gedanke einer deutsch-polnischen Stiftung mit dem Ziel der Weiterführung der Versöhnung entstanden. Um es offen zu sagen, man wolle diese Mittel ausnutzen für die Zusammenarbeit der Städte, aber auch für den Jugendaustausch, und dazu brauche man Mittel. Man könne also dies zu einer Quelle der Finanzierung der Infrastruktur unserer Gesamtbeziehungen machen. Der Kredit bestehe be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 515

ten Zugeständnisse abforderte: Konsolidierungszinssatz von 5,9 % p. a.; Einbeziehung der Tilgungs- und Zinsrate 1986 in die Umschuldung, so daß sich zusammen mit den Rückständen 1981–85 ein Umschuldungsbetrag von DM 400 Mio. ergibt; Rückzahlung des Umschuldungsbetrages in drei Jahresraten 1987–89; Rückkehr zur vertraglichen Bedienung des Kredits ab 1987. Polnische Delegation hatte am 20.3.1986 für die definitive Entscheidung ihrer Regierung zum Zinssatz einen voraussichtlichen Zeitrahmen von etwa einer Woche genannt. Da bisher eine Zustimmung immer noch aussteht, ist zwar nicht wahrscheinlich, gleichwohl aber nicht auszuschließen, daß polnische Seite die Zinsfrage bei den bevorstehenden Gesprächen mit dem Ziel einer Nachbesserung des Verhandlungsergebnisses erneut aufgreift." Vgl. Referat 421, Bd. 140328.

kanntlich aus zwei Teilen, den Rückständen und dem eigentlichen Milliarden-Kredit. Diese Frage der weiteren Mittel müsse man überlegen. Er glaube wirklich, es handele sich um ein Mißverständnis.

BM: Was den Jumbokredit angehe, so müsse er sich sachkundig machen. Die Bundesregierung werde da keine andere Haltung annehmen. Es gehe hier wirklich um die Ernsthaftigkeit der polnischen Haltung. Die Bundesrepublik Deutschland sei das einzige Land im Westen, das sich für die Regelung der polnischen Schulden tatsächlich eingesetzt habe. Die 100 Mio. Hermes-Bürgschaft habe Signalwirkung für andere Länder.

Die Regelungen im Pariser Club[11] seien auf deutsche Aktivität zurückzuführen. Die Vereinbarungen der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission und der Finanzverhandlungen am 20. März stünden unter dem Zustimmungsvorbehalt der polnischen Regierung. Je schneller dieser Vorbehalt aufgehoben werde, desto besser. Es diene der polnischen Regierung, wenn es dabei bleibe. Daß diese Regelung möglich gewesen sei, die ja Konzessionen des Bundesministers der Finanzen[12] einschließe, gehe auf großen Nachdruck des Auswärtigen Amts zurück. Diese Regelung könne nicht noch einmal Gegenstand eines Kompromisses werden. Wir beschäftigten uns jetzt mit einer neuen Frage, der deutsch-polnischen Stiftung. Wir müßten deren Ziele und Aufgaben definieren, anschließend müßte über die Finanzierung gesprochen werden. Man solle jetzt nicht diese z. Zt. noch ruhende Sache mit der deutsch-polnischen Stiftung vermischen. Die polnische Seite müsse ihren Vorbehalt aufheben, die Vereinbarung müsse durchgeführt werden. Parallel dazu sprächen wir über die Stiftung.

Botschafter *Olechowski*: Die Stiftungsidee nehme er, BM, also positiv auf und sage gleichzeitig, daß sie nichts mit dem Jumbokredit zu tun habe.

BM: Er habe vorgeschlagen, daß man in einen informellen Meinungsaustausch über eine deutsch-polnische Stiftung eintrete. Man beschäftige sich mit dieser Frage erst seit 24 Stunden. Dieser Gedanke sei interessant. Er sage das im Namen der Bundesregierung. Ziel solle es sein, die Menschen zusammenzubringen, den Jugendaustausch zu fördern und auch den Kulturaustausch. Dann komme als zweite Frage die der Finanzierung.

AM *Orzechowski*: Er könne im Grunde zustimmen, daß man zunächst die Ziele definieren und sich dann über die Finanzen unterhalten solle. Polen möchte aber die finanzielle Frage mit dem Jumbokredit verbinden.

11 Referat 422 vermerkte am 26. März 1986 zu den Verhandlungen zwischen Polen und den im „Pariser Club" zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten: „Polnische Zahlung der rückständigen Fälligkeiten aus der Umschuldung Polen I (1981) als Voraussetzung für den Abschluß neuer Umschuldungsvereinbarungen (insgesamt hat Polen 1984/85 an die westlichen Gläubigerländer ca. 1 Mrd. US-Dollar, davon an die Bundesrepublik Deutschland 336,92 Mio. DM zurückgezahlt; an die staatlichen und privaten Gläubiger (Banken) zusammen hat Polen 1985 2,3 Mrd. US-Dollar geleistet). Multilaterale und bilaterale Umschuldung der Fälligkeiten 1982 bis 1984 (Polen II): Volumen rd. 11 Mrd. US-Dollar (Anteil D: rd. 3 Mrd. DM). Multilaterale und bilaterale Umschuldung der Fälligkeiten 1985 (Polen III): Volumen rd. 1,4 Mrd. US-Dollar (Anteil D: rd. 960 Mio. DM). Paraphierung eines multilateralen Pariser Protokolls über die Umschuldung polnischer Zahlungsfälligkeiten des Jahres 1986 am 7.3.1986: Tilgungsfälligkeiten 1986 (Polen IV): Volumen insgesamt rd. 800 Mio. US-Dollar (Anteil D: rd. 550 Mio. DM); Prolongation von Zinsfälligkeiten des Jahres 1985 aus Polen II: Volumen rd. 130 Mio. US-Dollar (Anteil D: rd. 85 Mio. DM); Prolongation von Zinsfälligkeiten des Jahres 1986 aus Polen II: Volumen rd. 1 Mrd. US-Dollar (Anteil D: rd. 225 Mio. DM)." Vgl. Referat 421, Bd. 140328.

12 Gerhard Stoltenberg.

BM: Das würde die Vereinbarung vom 20. März auflösen. Das könne er nicht. Wir könnten diese Vereinbarung nicht ändern. Eine solche Auflösung würde die gute Idee der Stiftung belasten. Die Vereinbarung vom 20. März sei das Ergebnis sehr ernsthafter Bemühungen gewesen, auch von ihm selbst.

AM *Orzechowski*: Sie, die polnische Seite, spräche nicht über eine Veränderung der Vereinbarung.

Botschafter *Olechowski*: „Verstehe ich richtig, Sie möchten, daß die polnische Seite den Vorbehalt zur Vereinbarung vom 20. März über den Jumbokredit aufhebt und wir unabhängig vom Jumbokredit in informelle Gespräche über die Stiftungsidee eintreten?"

BM: Die Vereinbarung vom 20. März habe unter politischen Bedingungen gestanden. Wir besäßen keine finanziellen Mittel darin für eine deutsch-polnische Stiftung. Es gehe darum, daß Polen an deutsche Banken zurückzahle. Die Vereinbarung vom 20. März sei eine für Polen sehr günstige. Sie habe an einem seidenen Faden gehangen. Sie sei nur unter großem Druck innerhalb der Bundesregierung zustande gekommen. Gäbe man noch ein einziges Gramm hinzu, reiße der Faden. Polen sollte schnell seinen Vorbehalt zurückziehen. Man dürfe dieses Geschäft nicht „sauer" werden lassen.

Botschafter *Olechowski*: Das sei eine gewisse Enttäuschung.

BM: Die deutsch-polnische Stiftung könne doch keine Enttäuschung sein. Wenn er höre, was Botschafter Olechowski sage, verlöre er schon fast den Spaß an dieser Stiftungsidee. Jetzt sollten die beiden Direktoren miteinander sprechen.

Botschafter *Olechowski*: Könnten sie, die Direktoren, das schon an der Peripherie dieser Konsultationen tun?

BM: Nein. Er müsse zunächst mit dem Bundeskanzler sprechen. Er glaube, man könne aber in Kürze mit den informellen Gesprächen beginnen, etwa in ein oder zwei Wochen.

AM *Orzechowski*: Das nehme er an. Wir seien in zwei Dingen einig: Erstens, die Stiftungsidee sei gut, zweitens, die Idee brauche eine materielle Ausstattung; es sei offen, woher die Mittel kommen sollten.

BM: Wenn man schon formalisiere, so würde er für das Protokoll folgendes festhalten: Wir seien uns einig, in informelle Gespräche über eine deutsch-polnische Stiftung einzutreten, die zum Ziel habe, die deutsch-polnische Verständigung zu fördern. Die deutsche Seite sehe als erste Beispiele für die konkreten Aufgaben an, den Kulturaustausch und den Jugendaustausch zu fördern, sei aber auch offen für andere Ideen. In den genannten Gesprächen müßten zunächst die Aufgaben der Stiftung definiert werden, dann müsse man über die Finanzierung sprechen. Drittens, die deutsch-polnische Stiftung stehe in keinem Zusammenhang mit Wirtschafts- und Finanzverhandlungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Er glaube, man könne zu einem guten Ergebnis kommen. Das Ergebnis der Finanzverhandlungen sei nur unter politischem Gesichtspunkt möglich gewesen, auf Drängen des Auswärtigen Amts. Dieses Ergebnis könne nicht besser werden. Es gebe sogar viele, die in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland darauf hofften, daß Polen zu diesem Ergebnis Nein sagen werde. Deshalb sein dringender Rat, das Ergebnis zu akzeptieren und den Vorbehalt aufzuheben. Die polnische Seite wisse auch, was Bangemann zu den weiteren Perspektiven gesagt habe.

AM: Wir müßten uns noch einmal vor Augen führen, welche Bedeutung die Stiftung haben könnte. Polen hoffe auf einen Durchbruch für die gegenseitigen Beziehungen. Deshalb sei er nicht so kategorisch, was die Trennung von Kreditfrage und Stiftung angehe. Vielleicht erweise es sich zu einem gewissen Zeitpunkt, daß es Verknüpfungen gebe. Aber wir sollten so verbleiben, daß sich in den nächsten Wochen die Experten träfen.

BM: Er könne nicht in informelle Gespräche eintreten, wenn der AM unsere Abmachungen so relativiere. Es könne keine Mischung mit den Finanzverhandlungen geben. Die Vereinbarung vom 20. März stehe, wie sie sei. Alle schauten darauf, ob dieses Ergebnis auch von Polen akzeptiert werde und ob es umgesetzt werde. Wir müßten die beiden Fragen vollkommen getrennt behandeln. Wir müßten die Aufträge so fassen wie vorgesehen. Die informellen Gespräche würden ja ein gewisses Ergebnis haben. Dann könnten wir den offiziellen Verhandlungsauftrag erteilen. Zunächst handelte es sich nur um einen Gedankenaustausch. Der Gedanke sei erst 24 Stunden alt.

AM *Orzechowski*: Inwiefern sehe er, der BM, Wirkungen auf westliche Staaten aus der Vereinbarung vom 20. März?

BM: Weil die Bundesregierung immer vorangehe. Wenn wir nicht zu Rande kämen, lehnten sich alle übrigen in ihre Sessel zurück. Bei uns seien immer politische Motive mit im Spiel. Wenn Polen seinen Vorbehalt nicht aufhebe, werde es seiner Reputation schaden. Die Bundesrepublik Deutschland habe eine Pilotfunktion. Diese erleichtere den Polen das Leben. Das sei auch eines der wichtigsten Argumente bei unseren Minister-Gesprächen in der Bundesregierung.

Wenn wir unsere Gespräche resümieren wollten, sollten wir die positiven Aspekte hervorheben. Dazu gehöre auch die Besuchsfrage, z. B. daß er, der AM, ihn eingeladen habe und daß er, BM, die Einladung angenommen habe. Der AM habe im übrigen ja darauf hingewiesen, daß die Begegnung der Vorbereitung von Besuchen auf höherer oder höchster Ebene dienen solle.

Botschafter *Olechowski*: Man könne vielleicht sagen, daß die Zeit jetzt noch nicht reif sei für einen Dialog auf höchster Ebene.

BM: Er fände es nicht gut zu sagen, daß die Zeit noch nicht reif sei. Man solle vielmehr darauf abstellen, daß die Voraussetzungen geschaffen werden sollen für eine Begegnung auf höherer und höchster Ebene. Man solle weiter sagen, daß über internationale und bilaterale Fragen gesprochen worden sei, daß beide Seiten die Verbesserung der Beziehungen auf allen Gebieten wünschten, daß man breiteste Zusammenarbeit ins Auge fasse, daß man auch im Rahmen der KSZE zusammenwirken wolle und daß man Betrachtungen darüber angestellt habe, wie man konkrete Schritte zur deutsch-polnischen Verständigung hin fördern könne. (Damit sei dann auch der Stiftungsgedanke eingeschlossen.)

Botschafter *Olechowski*: Solle man nicht auch hervorheben, daß man im Bereich der Finanzbeziehungen und der Kreditgewährung die Zusammenarbeit intensivieren wolle?

BM: Das sollte man so nicht ausdrücken. Wenn wir von der breitesten Zusammenarbeit sprächen, so sei das eingeschlossen. Man könne aber z. B. die Arbeit der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission positiv würdigen und erklären, daß man den Weg, den BM Bangemann und der Stellvertretende MP Szałajda

eingeschlagen hätten, konsequent fortführen wolle. Er werde auch bei seiner Reise in die USA, die am Montag beginne[13], in dieser Richtung wirken.

Botschafter *Olechowski*: Was solle getan werden, wenn die 100 Mio. DM Hermes-Kreditbürgschaft ausgenutzt sei?

BM: BM Bangemann habe nicht mehr sagen können, als er gesagt habe.

Botschafter *Olechowski* fragt, ob er, BM, wiederholen könne, was Bangemann gesagt habe.

BM: Er könne BM Bangemann nicht interpretieren und wolle das auch nicht tun. Das gute Signal, das jetzt gesetzt werden müsse, sei, daß Polen seinen Vorbehalt zurücknimmt.[14]

Referat 214, Bd. 139709

94

Ministerialdirektor Sudhoff an Botschafter Enders, Tripolis

311-321.00 LIY-213I/86 geheim **Aufgabe: 10. April 1986, 19.23 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 80
Citissime nachts

Nur für Botschafter persönlich

Sie werden gebeten, nachstehenden Text der Botschaft Bundesminister an Oberst Gaddafi Dg 31 nach Ankunft[2] persönlich auszuhändigen. Soweit Mitarbeiter involviert, auf Vertraulichkeit hinweisen. Vor Benutzung des Textes noch einmal Rücksprache mit mir erbeten. Textvortrag hat mündlich zu erfolgen ohne Übergabe eines Papiers.

Sudhoff[3]

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

14 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 17. Juli 1986 dar: „Die polnische Regierung hat inzwischen der Umschuldung des Jumbokredits zu marktnahen Bedingungen zugestimmt und damit offensichtlich den ursprünglichen Gedanken einer Verbindung Stiftung–Jumbokredit aufgegeben." Zwischenzeitliche Kontakte hätten ergeben, daß die polnische Seite „bisher keine eigenen konkreten Vorstellungen entwickelt hat und hinsichtlich der von AM Orzechowski hier vorgetragenen Projekte der Errichtung eines wissenschaftlich-technologischen Dokumentationszentrums offensichtlich den Vorrang einräumt (auch im Sinn einer Ersatz- oder Zwischenlösung für ein derzeit nicht realisierbares Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland in Polen)." Insgesamt schlug Braunmühl vor, „die Sache nicht weiterzuverfolgen". Vgl. Referat 214, Bd. 139709.

1 Durchdruck.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok teilte der Botschaft in Tripolis am 10. April 1986 mit, Ministerialdirigent Schlagintweit werde am 11. April 1986 mittags eintreffen, und bat darum, „einen Termin bei Oberst Gaddafi zu erwirken. Dabei sollte darauf hingewiesen werden, daß Bo[tschafter] Schlagintweit eine persönliche mündliche Botschaft des BM zu überbringen habe. Über die Mission ist Vertraulichkeit zu wahren." Vgl. den Drahterlaß Nr. 79; Referat 311, Bd. 137902.

3 Paraphe.

Folgt Text:

„Der Bundesminister des Auswärtigen hat mich beauftragt, Ihnen folgende Botschaft zu übermitteln:

Die Serie von Terroranschlägen erfüllt die Bundesregierung mit großer Sorge. Diese Aktionen haben sich in jüngster Zeit auch auf deutsches Staatsgebiet erstreckt und Tod und Körperverletzungen für viele Menschen zur Folge gehabt. Es werden von verschiedenen Seiten und in der Öffentlichkeit Verdachtsmomente vorgebracht, daß am Anschlag in Berlin[4] auch libysche Staatsangehörige oder Personen beteiligt waren, die mit libyschen Stellen in Verbindung stehen. Ferner mußten wir feststellen, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland Aktivitäten stattfanden, die mit internationalen Regeln und den deutschen Normen nicht vereinbar sind.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat auch auf die deutsch-libyschen Beziehungen Auswirkungen gehabt. Der libyschen Regierung ist bekannt, daß die Bundesregierung ein Interesse an normalen Beziehungen zu Libyen hat und diese Beziehungen auch zu entwickeln bereit ist. Dies zeigt sich in der Politik der Abgewogenheit und des Augenmaßes, mit der die Bundesregierung die bilateralen Beziehungen gestaltet und mit der sie auf die jüngsten Entwicklungen reagiert hat.

Eine solche Politik kann keine Einbahnstraße sein, sie läßt sich mit Erfolg für die bilateralen Beziehungen nur fortsetzen, wenn sich beide Seiten um die Pflege des bilateralen Verhältnisses bemühen. Dazu gehört, daß beide Seiten die internationalen Normen und die nationalen Gesetze des jeweiligen Partners strikt einhalten. Die Bundesrepublik Deutschland für ihren Teil ist dazu bereit und handelt entsprechend. Sie muß aber darauf bestehen, daß auch ihr eigenes Territorium nicht zum Schauplatz von Gewalttaten gemacht wird. Dabei kann keine Rolle spielen, ob die Zielrichtung solcher Aktionen deutsche Staatsangehörige oder Einrichtungen sind oder fremde Staatsangehörige und Einrichtungen betreffen, die andere Staaten auf deutschem Territorium unterhalten.[5] Es gehört zu den Prinzipien deutscher Außenpolitik, Konflikte friedlich und durch Verhandlungen und nicht mit Gewalt zu lösen. Wir erwarten von allen Staaten, die mit uns Beziehungen unterhalten, daß sie diese Grundsätze im bilateralen Verhältnis in gleicher Weise berücksichtigen und respektieren.

Die Bundesregierung sieht sich im Interesse der Pflege der bilateralen Beziehungen verpflichtet, die libysche Regierung zu ersuchen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit es nicht zu gewalttätigen Aktionen von libyschen Staatsbürgern und anderen Personen kommt.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß es auch im Interesse Libyens liegt,

4 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok wies Botschafter Enders, Tripolis, am 11. April 1986 an, an dieser Stelle folgenden Satz einzufügen: „Es gilt also auch für die in letzter Zeit von Terroranschlägen besonders betroffenen amerikanischen Staatsangehörigen und Einrichtungen.“ Ferner vermerkte er für Enders: „Damit entfällt Notwendigkeit tel[efonischer] Rücksprache mit D 3 vor Benutzung des Textes, der hiermit freigegeben ist. BM legt jedoch Wert darauf, Meinung von Dg 31 zu erfahren, falls dieser mit dem übermittelten Text nicht in allen Punkten einverstanden oder zusätzliche Vorschläge hat.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 82; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

wenn normale Beziehungen zwischen unseren Staaten in diesem Geist gestaltet werden können."[6]

Folgt englischer Text: […][7]

VS-Bd. 13620 (311)

95

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in Hannover

VS-NfD **12. April 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt!

Gespräch BM mit AM Howe am 12.4.1986 in Hannover[2]

Aus dem etwa 3-stündigen Gespräch, an dem neben den beiden Ministern jeweils die Persönlichen Referenten[3] und Dolmetscher Weber teilnahmen, sind folgende Punkte festzuhalten:

1) Lage in Südafrika

AM *Howe* vertritt die Auffassung, daß Pik Botha Fortschritte wolle, anders als PM Botha, der in altmodischeren Kategorien denke. Wenn Südafrika jetzt nicht mit Reformvorhaben vorangehe, werde die Gefahr großen Blutvergießens immer größer. Nach britischer Auffassung sei es wichtig, weiterhin dem Druck nach Sanktionen zu widerstehen, andererseits aber intern den Druck auf Botha aufrechtzuerhalten, um ihn zum Vorantreiben von Reformen zu veranlassen. Die britische Seite hoffe sehr, daß diese Linie auch beim WWG in Tokio[4] gehalten werden könne, falls dieses Thema dort angesprochen werde.

Zur Lage in Angola stellte AM Howe fest, GB trete nach wie vor für Sicherheitsratsresolution 435[5] ein; Hilfe für Savimbi komme nicht in Betracht. Briti-

6 Zur Übermittlung der Mitteilung an die libysche Regierung vgl. Dok. 96.

7 Für die englische Übersetzung der Mitteilung vgl. VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger am 16. April 1986 gefertigt.
Am 18. April 1986 verfügte Ischinger die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragenden Legationsrat Bitterlich.
Hat Jansen am 21. und Bitterlich am 22. April 1986 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „Osnabrück".
Bundesminister Genscher und der britische Außenminister Howe trafen am Rande der „Hannover Messe Industrie" zusammen.

3 Leonard Vincent Appleyard und Wolfgang Ischinger.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

5 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

scher Auffassung nach[6] würde ein Sieg der MPLA den Sieg des Marxismus, ein Sieg Savimbis aber den Sieg Südafrikas bedeuten. Insoweit befänden wir uns in einem Dilemma. Welcher Seite solle man helfen?

Hierzu *BM*: Der entscheidende Punkt sei doch die Präsenz der Kubaner. Nach seiner Auffassung würde Hilfe für Savimbi nur neue Gründe für die Präsenz der Kubaner liefern, weil sie die Regierung schwächen würde. Das westliche Interesse müsse doch auf den Weg gerichtet sein, der den kubanischen Abzug ermögliche. Unsere Strategie solle daher darauf zielen, Savimbi nicht zu unterstützen. An Savimbi käme man in Angola letztlich ohnehin nicht vorbei, wenn man einen Prozeß der nationalen Einigung wirklich wolle.

Zur Lage in Südafrika fügt BM hinzu, nach seiner Auffassung liege in der südafrikanischen Politik, die Tambos und Mandelas aus dem politischen Prozeß herauszuhalten, eine Tragik. In der nächsten Generation werde man es mit noch viel radikaleren Leuten zu tun haben. Er befürchte, daß die Entwicklung sich in Richtung auf eine Katastrophe entwickle.

2) Libyen

AM *Howe* berichtet, daß der amerikanische Sonderbotschafter Walters am heutigen 12.4. bei PM Thatcher sei; er habe aber noch keine Informationen über den Verlauf des Gesprächs. Die britische Seite zweifle nicht an einer libyschen Verantwortung für den Terroranschlag in Berlin[7]. Das Volksbüro in Ostberlin sei als Terroristennest bekannt. Es sei die britische Auffassung, daß jeder Schritt in Richtung auf Schließung der libyschen Vertretungen hilfreich sei.

Über die amerikanischen Pläne sei GB sich im unklaren. Es befänden sich nach wie vor etwa 5000 Briten in Libyen.

Beide Minister sind sich einig, daß die amerikanische Politik die Gefahr in sich trage, die Solidarisierung der arabischen Staaten mit Gaddafi noch zu verstärken. *BM* weist auch auf das Problem der Präsenz sowjetischer Berater und sowjetischer Waffen in Libyen hin; was komme auf uns zu, wenn dort Opfer entstünden oder wenn etwa amerikanische Flugzeuge von sowjetischen Raketen abgeschossen würden?

AM *Howe* fügt hinzu, daß wir alles tun müßten, um eine weitere Solidarisierung der arabischen Staaten hinter Gaddafi zu verhindern. *BM* stimmt lebhaft zu. BM weist auf die erfolgte Ausweisung zweier Angehöriger des Bonner libyschen Volksbüros[8] hin, mit der wir ein deutliches Signal an Gaddafi geben wollten, daß wir Terrorismus gegen Ausländer genauso ernst nehmen wie terroristische Aktivitäten gegen Deutsche. Auf Frage von AM Howe erläutert BM, daß die Bundesregierung zwar die DDR auch unmittelbar wegen des Volksbüros in Ostberlin ansprechen würde[9], daß aber Gespräche hierüber mit der SU besser von den unmittelbar zuständigen Vier Mächten geführt werden sollen.

6 Korrigiert aus: „Britische Auffassung".

7 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

8 Zur Ausweisung von zwei Angehörigen des libyschen Volksbüros am 9. April 1986 vgl. Dok. 92, Anm. 18.

9 Vgl. dazu die Mitteilung der Bundesregierung in der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom 8. April 1986; Dok. 92, Anm. 16.

3) EG

AM *Howe* äußert sich besorgt über Aufblähung des Forschungs- und Entwicklungsetats, ebenso wie gegen neue Ausgabenprogramme im Mittelmeer. Beide Minister sind sich einig, daß die 1,4%-Grenze[10] gehalten werden muß. *BM* weist darauf hin, daß bei Konzentrierung des EG-Haushaltes auf die GAP ein gewisser Spielraum übrigbleibe. Diesen Spielraum sollten wir nutzen, um auch im Bereich der EG stärker als bisher zukunftsorientierte Entwicklungen zu fördern. Zukunftstechnologien sollten einen neuen Schwerpunkt bilden. AM *Howe* stimmt zu, hält aber die Höhe der für Forschung und Entwicklung vorgesehenen Ausgaben für unangemessen. Das Grundproblem des EG-Haushalts sei die Frage, wie man das Wachstum der Ausgaben für die Agrarpolitik eindämmen könne.

Zum Landwirtschaftsproblem fügt AM Howe hinzu, er habe diesem Thema kürzlich eine ganze Rede gewidmet.[11] Es sei absurd, daß die Gemeinschaft die Überschußproduktion ermutige. Bereits die Hälfte der Ausgaben werde für den Verkauf und die Lagerung der Überschüsse benützt, jedenfalls bei Getreide, während die Lage bei Milch etwas entspannter sei. Die USA hätten bereits die Hälfte ihrer Ernte auf Lager nehmen müssen. Wir müßten konsequent das Wachstum der Überschußproduktion stoppen. Es sei ihm klar, daß dies angesichts der Haltung, die BM Kiechle einnehmen müsse, schwierig werde. Auf Frage BMs erläutert AM Howe, daß er eine Lösung der Überschußfrage nur über den Preis sieht. *BM* ergänzt, Stillegungen seien eine wichtige Maßnahme, könnten aber nicht alleine zur Lösung führen. AM *Howe* übergibt hierzu ein britisches Papier.[12]

4) EG–USA

Beide Minister sind sich einig, daß wir den USA deutlich machen müssen, welche politischen Beweggründe bei der Entscheidung für den spanischen und portugiesischen Beitritt im Vordergrund standen, die auch den USA und dem gesamten Bündnis von Nutzen sind.[13]

10 Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau die Erhöhung der eigenen Einnahmen der Europäischen Gemeinschaften durch Anhebung des Abführungssatzes der Mehrwertsteuer auf 1,4% spätestens zum 1. Januar 1986 sowie die mögliche Erhöhung auf 1,6% zum 1. Januar 1988. Diese Maßnahme war jedoch mit dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien verknüpft. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.
Auf einer Sondersitzung des EG-Ministerrats am 28./29. März 1985 in Brüssel wurde eine Einigung über die Beitrittsregelung erzielt und die Anhebung der Mehrwertsteuergrenze auf 1,4% zum 1. Januar 1986 beschlossen, allerdings an die Ratifizierung der Beitrittsverträge gebunden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kudlich vom 1. April 1985; Referat 410, Bd. 136101.

11 Botschaftsrat I. Klasse Rudolph, London, berichtete am 10. April 1986: „AM Howe hat am 9.4. in London anläßlich eines Banquetts des Lord Mayors vor Diplomaten eine Rede ausschließlich zur Agrarpolitik gehalten“, in der er auf die Agrarsubventionen in den Europäischen Gemeinschaften, den USA und Japan und die Überschußproblematik hingewiesen habe: „AM Howe beschrieb keine Lösungen für das Weltagrarproblem, sondern appellierte im wesentlichen nur eindringlich an die Politiker, das Subventionsrennen zu beenden. Er sei sich über die Schwierigkeiten klar, die dabei entstünden, indem unterschiedliche Ziele vereinbart werden müßten. Aber Marktkräften müßte mehr Geltung verschafft werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1333; Referat 416, Bd. 130904.

12 Für das vom britischen Außenminister Howe übergebene undatierte Papier „Die Notwendigkeit der Reform der GAP“ vgl. Referat 416, Bd. 130904.

13 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 88.

AM Howe spricht sich gegen einen öffentlichen Schlagabtausch aus, hält es aber für notwendig, das Problem ggfs. auch im Rahmen des WWG in Tokio anzusprechen.

5) West-Ost-Fragen

BM kündigt an, daß er einen Besuch des sowjetischen AM in Bonn bis etwa Mitte Juli erwarte.[14] Er habe in letzter Zeit mit dem polnischen AM[15], dem ČSSR-AM[16] und dem sowjetischen Botschafter[17] gesprochen und werde in Kürze auch mit dem rumänischen[18] und bulgarischen AM[19] zusammentreffen. Zum Thema MBFR habe er darauf hingewiesen, daß die bisherige östliche Reaktion[20] nicht das letzte Wort sein könne. Der Westen müsse den Osten in eine Sachdiskussion über unseren Vorschlag verwickeln. Die östliche Bereitschaft hierzu müsse als Beweis für den östlichen Willen zur Bewegung genommen werden; BM ergänzt, nach seinen Gesprächen habe er den Eindruck, daß auch die kleinen WP-Staaten nicht zufrieden seien mit der bisherigen östlichen Reaktion in Wien. Er habe deshalb auch in den letzten Tagen ein Gespräch mit dem Ständigen Vertreter der DDR in Bonn[21] geführt, um die DDR vor dem Besuch Gorbatschows in Ostberlin[22] auf die dringliche Frage einer Bewegung in Wien aufmerksam zu machen.

Auch bei den C-Waffen-Gesprächen in Genf müsse die SU ihre Bereitschaft zur Verifikation unter Beweis stellen. Unsere Haltung sei es, daß wir die C-Waffen ganz verschwinden lassen wollen. Eine Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland in Friedenszeiten komme nicht in Frage. Bei einer Eventualfallplanung dürfe es keine Singularisierung der Bundesrepublik geben. Nach unserer Auffassung komme eine Stationierung nur nach Zustimmung des Bündnisses und des jeweiligen Gastlandes in Frage.

Wegen all dieser Probleme halten wir Fortschritte bei den Verhandlungen über ein weltweites C-Waffen-Verbot für besonders wichtig.

14 In einem Gespräch mit Staatssekretär Meyer-Landrut am 4. April 1986 in Moskau teilte der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko mit: „Im übrigen habe Schewardnadse vor, noch in diesem Jahr nach Bonn zu kommen. Dies bitte er allerdings vertraulich zu behandeln. Es sei in Aussicht genommen, diesen Besuch ‚vor dem Herbst' abzuwickeln, d. h. in genügend großem Abstand vor den Wahlen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 884 von Meyer-Landrut, z. Z. Moskau, vom selben Tag; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am 7./8. April 1986 vgl. Dok. 91 und Dok. 93.

16 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek vom 4. bis 6. Februar 1986 in Karlsbad vgl. Dok. 32.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 20. März 1986 vgl. Dok. 79.
Zu einem weiteren Gespräch am 4. April 1986 vgl. Dok. 91, Anm. 24.

18 Der rumänische Außenminister Văduva hielt sich vom 16. bis 19. April 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 110–112.

19 Zum Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow vom 19. bis 21. Mai 1986 vgl. Dok. 147.

20 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

21 Ewald Moldt.

22 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 16. bis 22. April 1986 anläßlich des XI. Parteitags der SED in der DDR auf. Zu seiner Rede am 18. April 1986 vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

Zu den KVAE-Verhandlungen in Stockholm weist BM auf die Dringlichkeit hin angesichts des Wiener Folgetreffens im November. Der Westen müsse Wien gründlich vorbereiten, um von sich aus die Themen des Treffens von vornherein bestimmen zu können. Es dürfe nicht dem Osten erlaubt werden, hier initiativ aufzutreten. In Wien sollte auch die Frage des Gleichgewichts bei den konventionellen Kräften in ganz Europa ein Thema sein, da diese Frage bei den MBFR-Gesprächen nur in dem beschränkten geographischen Rahmen besprochen werden könne. Es müßten aber auch politische Themen angesprochen werden. Wir sollten bei der NATO-Tagung in Halifax[23] darüber eine vertiefte Diskussion führen.

BM fügt Anerkennung für die Aufmerksamkeit hinzu, mit der die britische Politik sich in letzter Zeit verstärkt den kleineren WP-Staaten widme.

6) Polen

BM berichtet über Besuch polnischen AMs in Bonn. Der neue AM, mit dem er sehr lange Gespräche geführt habe, sei in den deutsch-polnischen Beziehungen sehr sachkundig; er sei fest in der Partei verankert. Wir hoffen als Ergebnis des Besuchs insbesondere auf wieder wachsende Ausreisezahlen. Er, BM, werde einen Polenbesuch im Frühjahr 1987 ins Auge fassen. Von uns wolle Polen vor allem eine Lockerung der Kreditrestriktionen.

7) INF

Beide Minister sind sich über die Notwendigkeit des Festhaltens an der Globallösung einig. Für die Reduzierung der asiatischen Systeme müsse ein Stufenplan aufgestellt werden. Die INF-Probleme seien im Grunde ausbuchstabiert, ein Ergebnis jederzeit möglich. Es erfordere nur den entsprechenden politischen Willen.

8) SDI

BM erläutert kurz die inzwischen mit den USA geschlossenen Vereinbarungen[24], deren politische Bedeutung nicht überbewertet werden sollte. Er halte jetzt eine vertiefte Debatte im Bündnis über die strategischen Auswirkungen von Defensivsystemen für besonders wichtig. An der Gültigkeit unserer Strategie dürfe es keinen Zweifel geben, sonst komme vieles ins Rutschen.

9) Zur Sowjetunion fügt BM hinzu, wegen des Interesses der sowjetischen Führung an einer umfassenden Modernisierung sehe er gerade jetzt eine gute Chance, mit der SU zu Arrangements zu kommen. Gorbatschow müsse sonst fürchten, daß der technologische Abstand zum Westen sich weiter erhöhe und der technologische Vorsprung gegenüber China sich zunehmend verringere.

10) AM *Howe*: In der Tat sei MBFR ein guter Testfall, um die sowjetische Bewegungsbereitschaft auch in der Verifikationsfrage auf die Probe zu stellen. Wir sollten dies auch immer wieder im Gespräch mit den kleineren WP-Staaten zum Ausdruck bringen.

Zu INF dankt AM Howe für unsere Drittstaatenposition, bei der wir uns mit der britischen Haltung solidarisch gezeigt hätten.

23 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

24 Zu den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen vom 27. März 1986 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 84, besonders Anm. 6.

Bei den C-Waffen sei ebenfalls die Verifikationsfrage die entscheidende.

Zur Frage eines Nukleartestst opps äußert AM Howe Zweifel, ob die SU jemals ernsthaft an ein langfristiges Moratorium[25] gedacht habe; es handele sich in jedem Fall um ein erfolgreiches Propagandamanöver.

Zu SDI bemerkt AM Howe, daß auch die britische Seite nur geringe Erwartungen an Aufträge an britische Firmen habe. Er habe eine gewisse Sorge, daß eine Diskussion der strategischen Auswirkungen in der WEU zu einem Auseinanderklaffen zwischen der europäischen und der amerikanischen Position führen könne. In den USA würden unsere strategischen Sorgen heute stärker als früher anerkannt. Er halte deswegen eine Debatte über diesen Punkt für nicht mehr so vordringlich wie früher.

Zur Verifikationsfrage ergänzt *BM* aus seinem Gespräch mit Chňoupek, daß wir den kleineren WP-Staaten immer wieder die Bedeutung eines Fortschritts bei den Verifikationsfragen vor Augen führen müssen. Sie seien dafür im Grund aufgeschlossen. Zum KSZE-Folgetreffen in Wien fügt BM hinzu, daß er eine Eröffnung auf politischer Ebene am 4.11.1986 für angezeigt halten würde.

Zum Abschluß dieses Gesprächsteils ermutigt AM *Howe* BM, bei seinen Gesprächen in Washington[26] auf die weitere Einhaltung der SALT II-Bestimmungen[27] zu drängen.

25 Zum einseitigen sowjetischen Testmoratorium vgl. Dok. 79, Anm. 6.
Nach einem amerikanischen Kernwaffentest am 10. April 1986 wurde am 12. April 1986 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" eine Erklärung der sowjetischen Regierung veröffentlicht. Darin hieß es u. a.: „Sowjet[ische] Regierung erklärt, daß sie nunmehr frei von den einseitig auf sich genommenen Verpflichtungen sei, von Durchführung atomarer Tests abzusehen. Angesichts der Fortführung der Washingtoner Atomtests kann sowjet. Staat nicht mehr die eigene Sicherheit und die seiner Verbündeten garantieren." Botschafter Kastl, Moskau, teilte dazu mit, die UdSSR erkläre ihre Bereitschaft, „jederzeit auf die Frage eines gemeinsamen Moratoriums zurückzukommen, sofern US-Regierung erkläre, daß sie von Durchführung nuklearer Tests Abstand nehme". Ferner werde der Vorschlag von Verhandlungen über ein volles Verbot von Nuklearwaffentests wiederholt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 952 vom 12. April 1986; Referat 222, Bd. 130162.
Für den englischen Wortlaut der Erklärung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. 190–192.

26 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

27 Zur Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 30, Anm. 9.
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 11. März 1986: „Nachdem die rüstungskontrollpolitische Aktivität der Administration seit Mitte Januar im Zeichen von Analyse und Beantwortung der Vorschläge Gorbatschows gestanden hatte, wendet man sich nun wieder Fragen des Themenkomplexes SALT-Verträge/sowjetische Vertragsverstöße zu, die einer Antwort bedürfen: Längerfristig und konzeptionell muß eine Politik angemessener Gegenmaßnahmen gegen sowjetische Vertragsverstöße entwickelt werden, wie in der SALT-Entscheidung des Präsidenten vom 10.6. 1985 in Aussicht gestellt. Kurzfristig muß entschieden werden, ob die USA sich auch bei der Aufnahme der See-Erprobung des 8. Trident-U-Bootes (voraussichtlich Anfang Juni 1986) SALT-konform verhalten, d. h. zwei Poseidon-U-Boote demontieren werden. Wie man uns sagte, wird sich der NSC (Kabinettsebene) voraussichtlich noch diese Woche und dann erneut Ende des Monats mit diesem Fragenkomplex befassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1062; VS-Bd. 12165 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 27. März 1986 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann van Well, gegenüber dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Poindexter, zu erklären: „Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die USA an ihrer Politik der zeitlich begrenzten Beachtung von SALT II weiterhin festhielten. Die Respektierung von SALT II und die Einhaltung des ABM-Vertrags sind nach wie vor Elemente der Stabilität und von entscheidender Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen und die Genfer Verhandlungen. Die Bundesregierung nimmt die sowjetischen Verstöße gegen Rüstungskontrolvereinbarungen sehr ernst. Sie vertritt jedoch die Auffassung, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorteilhafter wäre, trotz der sowjetischen Verstöße an der eige-

11) Technologiefragen

BM weist AM Howe auf die schwierigen Verhandlungen mit den USA in Sachen Columbus[28] hin. Aus der amerikanischen Weigerung, den Europäern eine adäquate Autonomie bei Columbus zuzugestehen, folge im Grunde, daß wir noch stärkere Anstrengungen als bisher für eine autonome europäische Raumfahrtpolitik machen müssen, insbesondere für eine eigene Raumfähre. Deshalb unterstütze er das Hermes-Projekt[29] auch nachdrücklich. Je mehr Zeit wir damit verlören, desto größer werde die Gefahr, daß die Europäer in diesem Zukunftsbereich abgehängt würden. Wir könnten, wenn wir unsere technologische Position in der Welt halten wollten, nicht ein US-Monopol bei der bemannten Raumfahrt akzeptieren.

Referat 010, Bd. 178900

Fortsetzung Fußnote von Seite 527

nen Einhaltung der SALT II-Obergrenzen festzuhalten. […] Eine Aufkündigung der zeitlich begrenzten Beachtung von SALT II könnte hingegen nachteilige Wirkungen entfalten, indem die Kontinuität der SALT-Prozesse unterbrochen würde, mit schwer einzuschätzenden Folgen für die Genfer Verhandlungen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2542; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

28 Zum Projekt einer Internationalen Raumstation vgl. Dok. 24, Anm. 9.
Ministerialdirektor Jelonek erläuterte am 9. April 1986: „Die Verhandlungen mit den USA über den europäischen Beitrag (Columbus) zur Internationalen Raumstation haben bislang zu keinem Ergebnis geführt. Hierdurch wird das von den Europäern bislang favorisierte technische Konzept für Columbus, für das bereits auf Initiative des BMFT eine industrielle Arbeitsverteilung in Europa vorgenommen wurde, in Frage gestellt. Es zeichnet sich deswegen eine erneute Diskussion unter den ESA-Staaten über die Optionen für das Columbus-Programm ab." Die USA hätten „den Bau eines von dem Gesamtkomplex der Station abkoppelbaren und mit Hilfe einer Versorgungseinheit für den Freiflug geeigneten Druckmoduls als wesentlichem Bestandteil des europäischen Columbus-Beitrags abgelehnt. Vorbehalte bestehen auch gegen die Nutzung des europäischen Druckmoduls für die – wirtschaftlich interessante – Schwerelosigkeitsforschung. Die NASA nahm diesen Dissens zum Anlaß, die Durchführung gemeinsamer Studien mit der ESA zur Phase B zunächst anzuhalten. Mittlerweile konnte eine Fortführung dieser Arbeiten – allerdings nur auf der Basis der von der NASA akzeptierten Elemente des europäischen Vorschlags – erreicht werden." Vgl. Referat 431, Bd. 154484.

29 Zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes" vgl. Dok. 61, Anm. 29.

96

Botschafter Enders, Tripolis, an das Auswärtige Amt

114-2275/86 geheim **Aufgabe: 12. April 1986, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 336 **Ankunft: 12. April 1986, 14.19 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Deutsch-libysche Beziehungen;
hier: Reise Dg 31[2] nach Tripolis

Bezug: DE 80 vom 10.4.86 – 311-321.00 LIY 213[I]/86 geheim[3]

Dg 31 wurde am Vormittag des 12.4. von „Außenminister" Mansour empfangen. Er wies darauf hin, daß er Träger einer Botschaft der Bundesregierung über unsere bilateralen Beziehungen sei und Weisung habe, diese persönlich an höchster Stelle zu übermitteln. Minister erklärte, er sei beauftragt, sie entgegenzunehmen, und wir könnten sicher sein, daß er sie Wort für Wort übermitteln werde. Dg 31 verlas die Botschaft und wiederholte sie im Anschluß an das Gespräch mit dem Minister gegenüber Leiter der Europaabteilung langsam, um die optimale Übermittlung an Gaddafi sicherzustellen.

In seiner Erwiderung begrüßte der Minister das persönliche Gespräch, die persönliche Kontaktaufnahme und Konsultation. Der rasche Termin für Dg 31 beweise dieses Interesse. Heutiges Gespräch hätte seiner Meinung nach schon viel früher stattfinden sollen. Angesichts unserer guten Beziehungen müßten wir öfter miteinander reden und hätten dies vor allem vor jüngsten Maßnahmen tun müssen. Er beklagte sich sehr über die Ausweisung der beiden LIY Diplomaten[4] und die Auswirkung auf die LIY und internationale öffentliche Meinung. LIY befürchte, daß damit gegen das Land gerichtete amerikanische Aktionen ermutigt würden. Es müsse Eindruck entstehen, wir seien an einer anti-LIY Verschwörung beteiligt. Er stellte kategorisch LIY direkte oder indirekte Beteiligung an Gewalttaten in Abrede. Dies wiederholte er im Gespräch mehrfach. LIY Regierung sei überrascht gewesen, daß Ausweisung auf Höhepunkt der jetzigen Krise ohne vorherige Kontaktaufnahme erfolgt sei und von Bundesregierung durch Äußerung von Vermutungen mit dem Berliner Anschlag[5] in Verbindung gebracht worden sei. Auch LIY sei der Meinung, daß Frage des Terrorismus diskutiert werden müsse. Im übrigen seien amerikanische Einrichtungen schon früher, selbst vor Entstehung der Dschamahiriya, Ziele von Angriffen gewesen. Man frage sich: Warum seien Ausweisungen gera-

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 12. April 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL i. V. persönl[ich] unterr[ichtet]."
Hat Vortragendem Legationsrat Heldt am 12. April 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie Nr. 1 (gef[ertigt] 12.4.86) f[ür] Gespr[äch] BM – US-Deleg[ation] 13.4."

2 Reinhard Schlagintweit.

3 Für den Drahterlaß des Ministerialdirektors Sudhoff vgl. Dok. 94.

4 Zur Ausweisung von zwei Angehörigen des libyschen Volksbüros am 9. April 1986 vgl. Dok. 92, Anm. 18.

5 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

de zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt? Warum habe man Angelegenheit in dieser Weise an die Öffentlichkeit gebracht? Wo seien die Beweise?

Der Minister kam im einzelnen auf widersprüchliche Erklärungen auch des Bundeskanzlers[6] zu Berlin-Zwischenfall sowie auf Erklärungen Lord Carringtons[7] und General Rogers' über die Involvierung der NATO zu sprechen, von denen sich Bundesregierung bisher nicht distanziert habe. LIY Öffentlichkeit habe den Eindruck, Bundesregierung habe in Kollusion mit den Amerikanern gehandelt.

Anschließend unterstrich Minister nochmals LIY Interesse an Fortsetzung und Entwicklung unserer guten Beziehungen.

Dg 31 erklärte, wir seien an Gespräch und nicht an Konflikt interessiert. Er verwies auf intensive und häufige Gespräche mit LIY Volksbüro in Bonn, in denen alle bilateralen Probleme sehr ausführlich behandelt worden seien. Bei jetzigen Maßnahmen und auch sonst habe Bundesregierung sich bewußt äußerst differenziert und zurückhaltend ausgedrückt. Was diese Maßnahmen und damit im Zusammenhang stehende Äußerungen anbelange, wiederholte er entsprechende Sätze der Erklärung. Man dürfe aber auch nicht erstaunt sein, wenn sich bei Zwischenfällen der Verdacht auf Libyen richte, da von hoher LIY Seite öffentliche Erklärungen zur Unterstützung auch deutscher Terroristen und zur Bekämpfung der Amerikaner in aller Welt abgegeben worden seien. Wir hätten früher wiederholt LIY auf Bedenklichkeit solcher Äußerungen aufmerksam gemacht. Minister erwiderte, daß solche Erklärungen in einer Atmosphäre der Erregung gemacht worden seien. Man hätte sich über diese Fragen danach in Ruhe unterhalten können.

Dg 31 wies darauf hin, daß wir mit Ausweisung nicht beabsichtigt hätten, amerikanische militärische Aktionen gegen LIY zu ermutigen, und daß aus unserer Sicht NATO nicht involviert sei.

Minister äußerte abschließend nochmals, er begrüße derartige Gespräche und hoffe auf ihre Fortsetzung.

Dg 31 erläuterte den vertraulichen Charakter seiner Mission. Minister sagte Wahrung dieses Charakters auch für LIY Seite zu. Dg 31 sprach auch Fall

6 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl am 11. April 1986 vor der Bundespressekonferenz zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 wurde berichtet: „‚Es gibt eine ganze Menge Hinweise, daß der Anschlag auch' – er betonte dieses Wort – ‚libysche Hintergründe' hatte." Vgl. den Artikel „Kanzler: Wir dulden bei uns keine neuen Chemiewaffen"; DIE WELT vom 12./13. April 1986, S. 1.

7 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), übermittelte am 14. April 1986 folgende Meldung der Nachrichtenagentur „Associated Press" vom 11. April 1986: „Lord Carrington, Secretary General of NATO, said yesterday there would be ‚a very great deal of sympathy' in the Alliance for any retaliation by the United States against terrorism. Carrington, interviewed on the NBC-TV network's ‚Today' programme, said he has no evidence linking Libyan leader Moammar Khadafy to the fatal bombings aboard a TWA jetliner over Greece and in a West Berlin nightclub packed with American servicemen, one of whom died. But he said there would likely be backing among Europeans if the United States came up with evidence of Libyan involvement and took retaliation. […] Carrington predicted the North Atlantic Treaty Organization would take a greater role in combatting terrorism. ‚I think you're going to see an increased awareness and I think you're going to see a very strong will … to do what they can to help the Americans,' he said." Vgl. den Drahtbericht Nr. 475; Referat 311, Bd. 137906.

Kuhler an und bat, Kuhler in die Begnadigung der übrigen in diesem Verfahren Verurteilten einzubeziehen. Und er erwähnte das Problem des Hauses von LR I Vorwerk[8]. Der Minister versprach in Anwesenheit des Europa-Direktors Busrewil, sich beider Fragen persönlich anzunehmen.[9]

Wertung

Gespräch fand in guter Atmosphäre statt. Libyer waren offenbar stark an solchem Kontakt gerade jetzt interessiert und begrüßten ihn. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß man über praktische Ausweisung der beiden Libyer gerade jetzt und die im Zusammenhang damit gefallenen Äußerungen stark verstimmt ist.

[gez.] Enders

VS-Bd. 13620 (311)

8 Botschafter Enders, Tripolis, teilte am 19. März 1986 mit, am Vortag sei Legationsrat I. Klasse Vorwerk im libyschen Außenministerium mitgeteilt worden, daß die libysche Seite die Räumung des von ihm bewohnten Hauses wünsche: „Räumung liege im öffentlichen Interesse. Sie richte sich weder gegen Botschaft noch Bundesrepublik Deutschland. […] Druck der ‚zuständigen Stellen' auf Räumung des Hauses sei aber stark. Man hoffe daher auf freiwilliges Einlenken der Botschaft." Enders legte zum Hintergrund dar, das eigentliche Problem scheine zu sein, daß der Eigentümer des Hauses seit einiger Zeit in Ägypten lebe. Die libyschen Stellen glaubten offenbar, daß dieser sich abgesetzt habe, und wollten nun das Haus abreißen. Oberst Gaddafi habe in einer Rede am 2. März 1986 gefordert, „alles Eigentum von Auslandslibyern im Lande zu zerstören". Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; Referat 311, Bd. 137903.
Am 25. März 1986 teilte Enders mit, das libysche Außenministerium habe nunmehr trotz inzwischen erfolgter Vorsprache per Verbalnote dazu aufgefordert, die Räumung des Hauses zu beschleunigen. Enders führte dazu aus, erstmals werde „von Staats wegen versucht, ausschließlich innenpolitisch motivierte Maßnahmen mit ähnlicher Rigorosität wie gegenüber eigenen Bürgern auch gegenüber einer ausländischen Mission durchzuführen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 278; Referat 311, Bd. 137903.

9 Am 16. Juli 1986 teilte Legationsrat I. Klasse Vorwerk, Tripolis, mit, das libysche Außenministerium scheine nunmehr die Forderung auf Räumung seines Hauses nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die zuständige Behörde habe die Verlängerung des Mietvertrages um ein Jahr angeboten. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 287; Referat 311, Bd. 137903.

97

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters in Wachtberg-Pech

AS 530.36 Berlin VS-NfD **13. April 1986**[1]

US-Politik gegenüber Libyen nach dem Terroranschlag von Berlin[2];
hier: Sondermission des amerikanischen VN-Botschafters Vernon Walters in fünf europäischen Ländern

Von Madrid und London kommend, wurde Botschafter Walters am 13. April 1986 vom Herrn Bundesminister in seinem Haus zu einem rund einstündigen Gespräch empfangen. Walters war begleitet von US-Botschafter Burt und einem stellvertretenden CIA-Direktor.

Walters erläuterte die ihm von Präsident Reagan übertragene Sondermission als Folgemaßnahme zur Whitehead-Demarche vom Januar d.J.[3]: Da Gaddafi auf die seinerzeit gegen ihn eingeleiteten Maßnahmen[4] nicht mit Einstellung, sondern mit Fortsetzung seiner Terroraktivitäten (wie z.B. evidentermaßen in Berlin) reagiert habe, sei eine Verschärfung der Situation auch für die NATO (crucial time for the Atlantic Alliance) zu konstatieren. Es sei daher an der Zeit, daß Gaddafi für seine Politik „zahle".

Walters knüpfte daran die Hoffnung, die Bundesrepublik möge – nach der begrüßenswerten Ausweisung zweier Angehöriger des libyschen Volksbüros (LVB) in Bonn[5] – nunmehr die libysche Vertretung insgesamt schließen.

Walters stützte sich hierbei auf nach seiner Meinung überzeugende CIA-Erkenntnisse (Funkverkehr zwischen Tripolis und LVB Berlin (Ost)) über eine Beteiligung Gaddafis am Anschlag in Berlin. Im übrigen lobte er die Reaktion der britischen Regierung gegenüber dem LVB London auf die Ermordung der britischen Polizistin.[6]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Heldt gefertigt und an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung" geleitet.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 2. Mai 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 515 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 2. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Heldt erneut vorgelegen.

2 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

3 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 20. Januar 1986 vgl. Dok. 12.

4 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

5 Zur Ausweisung von zwei Angehörigen des libyschen Volksbüros am 9. April 1986 vgl. Dok. 92, Anm. 18.

6 Nach Demonstrationen gegen Oberst Gaddafi vor der libyschen Vertretung am 17. April 1984 in London wurde eine britische Polizistin durch Schüsse, die aus dem Gebäude heraus abgegeben wurden, tödlich getroffen. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 23. April 1984 mit: „Am gestrigen Nachmittag (22.4.) hat britische Regierung beschlossen, diplomatische Beziehungen zu Libyen abzubrechen. In einer Frist von sieben Tagen, die am 29.4. um 24 Uhr abläuft, muß gesamter Stab des Volksbüros GB verlassen haben. Freies Geleit wurde zugesagt. Diplomatisches Gepäck darf mitgenommen werden, allerdings soll auf Waffen und Sprengstoff kontrolliert

Darüber hinaus erklärte Walters, daß der Präsident entschieden habe, angemessene und begrenzte (proportionate and limited) militärische (Straf-) Operationen gegenüber libyschen Terrorzentren durchzuführen; auf Zeitpunkt und Art des Einsatzes ging Walters nicht näher ein.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß die Bundesrepublik bereits seit über einem Jahrzehnt über bedauerliche Erfahrungen mit dem Terrorismus (Olympische Spiele 1972[7]; Ermordung Minister Karrys[8]) verfüge und bei dessen polizeilicher Bekämpfung in Europa trotz ihrer ungünstigen Grenzlage führend sei. Die Bundesregierung werde – wie auch Bundeskanzler Kohl kürzlich klargestellt habe[9] – alles in ihren Kräften Stehende zur wirksamen Terrorismusbekämpfung tun, wobei sie zwischen der Gefährdung von Deutschen und Ausländern nicht unterscheide.

Zur weiteren Frage des Bundesministers, welchen Nutzen man sich von militärischen Aktionen angesichts der Gefährdung Unbeteiligter verspreche, äußerte sich *Walters* wie folgt: Man glaube, daß Gaddafi hiernach seine terroristischen Aktivitäten zwar nicht einstellen, zumindest aber nicht weiter eskalieren werde. Im übrigen erhofften sich die USA einen Prestigeverlust Gaddafis, wirtschaftliche Einbußen für Libyen sowie eine Stärkung der Opposition. Eine Gefährdung Unbeteiligter werde durch die Beschränkung auf ausgewählte Ziele weitgehend ausgeschlossen. Wie USA allerdings Gefährdungen ihrer Staatsbürger ausschalten wollten, erläuterte Walters nicht näher.

Auf eine weitere Frage des *Bundesministers*, wie man angesichts der keineswegs nur von Libyen ausgehenden Terrorgefahr (Fall Abu Nidal/Syrien) insgesamt weiterkommen wolle und welche spanischen und britischen Reaktionen sich in dieser Frage z. B. ergeben hätten[10], ging *Walters* nur mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der westlichen Staaten mit den USA ein. Die spanische Haltung sei übrigens positiv (not bad); zur britischen Stellungnahme äußerte sich Walters nicht.

Die in diesem Zusammenhang geäußerten Zweifel des Bundesministers an optimaler Nutzung der Möglichkeiten polizeilicher Kooperation des Westens bestätigte Walters generell, hob aber die ausgezeichneten Erfahrungen mit der deutschen Polizei hervor. Nach seinem (Walters) Eindruck von seinen bisherigen Kontakten mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten[11] erhoffe er

Fortsetzung Fußnote von Seite 532

werden. Nach Fristablauf wird diplomatische Immunität des libyschen Volksbüros erlöschen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 676; Referat 311, Bd. 137797.

7 Zum Anschlag auf die Olympischen Sommerspiele am 5. September 1972 in München vgl. Dok. 12, Anm. 32.

8 Der hessische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Karry wurde am 11. Mai 1981 in seinem Haus in Frankfurt am Main durch mehrere Schüsse im Schlaf getötet. Vgl. dazu den Artikel „Der hessische Wirtschaftsminister Karry ermordet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Mai 1981, S. 1.

9 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz am 11. April 1986 wurde in der Presse berichtet: „Die Amerikaner sollten wissen, versicherte Kohl, daß die Bundesrepublik mit ihren Möglichkeiten zum Kampf gegen den Terrorismus beitrage. ‚Wer immer glauben sollte, auch in Libyen, daß wir es zulassen würden, wenn man auf selektive Weise durch Anschläge auf Amerikaner unsere Verbündeten hinausbombt, wird sich täuschen.'" Vgl. den Artikel „Kohl plädiert für die allmähliche Einstellung aller Atomversuche"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. April 1986, S. 1 f.

10 Korrigiert aus: „ergeben z. B. hätten".

11 Jacques Chirac.

sich eine Verbesserung des Zusammenwirkens mit Frankreich auch im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels.

Auf militärische Aktionen der USA eingehend, unterstrich der *Bundesminister*, den Bundeskanzler zitierend, seine Bedenken sowie seine erheblichen Zweifel am Nutzen derartiger Maßnahmen; im übrigen betonte er auch die Notwendigkeit der Prüfung des militärischen Risikos und einer sorgfältigen Gesamtabwägung auch aller sonstigen Umstände wie z. B. der Reaktion der arabischen Staaten und der Sowjetunion. Hierauf werde auch der Bundeskanzler in seinen Äußerungen zu den amerikanischen Plänen noch eingehen. Gaddafi werde im übrigen seine Aktivitäten nicht einstellen.

Walters entgegnete darauf, daß die militärischen Aspekte geprüft seien. Zur arabischen Reaktion bemerkte er, daß die USA offiziell mit Schelte, gleichzeitig aber mit heimlichem Beifall rechneten. Hinsichtlich der Sowjetunion werde man wie beim letzten Einsatz verfahren, d. h. auf die „Begrenzung" der Aktion hinweisen.

Auf seinen eigenen persönlichen Einsatz bei der Terrorismusbekämpfung (München 1972) sowie auf das wache Bewußtsein der deutschen Seite gegenüber der Gefahr des Terrorismus im allgemeinen eingehend, hob der *Bundesminister* abschließend nochmals die Entschlossenheit der Bundesregierung zur Fortsetzung ihrer bisherigen Antiterrorpolitik unter Einschluß auch der Möglichkeit euroarabischer Kooperation in dieser Frage hervor. Auf alle diese Aspekte werde er auch beim bevorstehenden EPZ-Ministertreffen in Den Haag[12] sowie bei seinem anschließenden Besuch in den USA[13] eingehen.

Walters, der im Anschluß an das Gespräch mit dem Bundesminister zu einem Treffen mit dem Bundeskanzler weiterreiste[14], erklärte, noch am 13. April mit dem französischen Ministerpräsidenten und am 14. April mit der italienischen Seite zusammenkommen zu wollen.

Referat 311, Bd. 137908

12 Am 14. April 1986 trafen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. In einer Erklärung äußerten sie sich besorgt über die Zunahme der Spannungen im Mittelmeerraum und die jüngsten Terroranschläge und vertraten die Auffassung, „daß die Staaten, die sich eindeutig an der Unterstützung des Terrorismus beteiligt haben, veranlaßt werden sollten, auf eine derartige Unterstützung zu verzichten und die Regeln des Völkerrechts einzuhalten. Sie fordern Libyen auf, entsprechend zu handeln." Folgende Maßnahmen gegen Libyen und andere Staaten, „die eindeutig an der Unterstützung des Terrorismus beteiligt sind", wurden beschlossen: „Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Diplomaten und des Konsulatspersonals; Verringerung des Personals der diplomatischen und konsularischen Vertretungen; strengere Anforderungen und Verfahren bei der Erteilung von Einreise- und Ausreisevisas". Ferner wurde das Verbot der Ausfuhr von Waffen und militärischen Ausrüstungen nach Libyen bekräftigt; wirtschaftliche Sanktionen sollten nicht unterlaufen werden. Die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und andere arabische Staaten wurden aufgefordert, „das Problem des internationalen Terrorismus […] gemeinsam und so rasch wie möglich zu analysieren". Schließlich wurden alle Seiten zur Zurückhaltung aufgefordert, „um eine politische Lösung zu ermöglichen und eine weitere Verstärkung der militärischen Spannung in dieser Region mit all den damit verbundenen Gefahren zu verhindern". Vgl. BULLETIN DER EG 4/1986, S. 117 f.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

14 Das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters fand am 13. April 1986 in Ludwigshafen statt.

98

Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

114-2307/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 394
Citissime

Aufgabe: 14. April 1986, 10.45 Uhr[1]
Ankunft: 14. April 1986, 15.00 Uhr

Washington: Bitte auch für BM-Delegation[2]

Betr.: Besuch BM Wörner in Israel vom 6. bis 10.4.86

Erster Besuch eines deutschen Verteidigungsministers in Israel war für Gastgeber wie Gast ein bedeutsames Ereignis.

Über Ablauf und Fachgespräche folgt Einzelbericht des Militärattachés.[3] Über Gespräch mit PM Peres wurde mit DB 379 vom 9.4.[4], über Presseecho mit DB 388 vom 11.4.[5] berichtet.

Dieser Bericht enthält politische Bewertung.

1) Persönliches Bekenntnis BM Wörners zu besonderer deutscher Verantwortung für Sicherheit Israels setzte den Ton. Seine Wahrnehmung durch Gastgeber, Staatspräsident[6], Premierminister, Außenminister[7], Minister ohne Geschäftsbereich Moshe Arens, weitere Politiker und die israelische Generalität hätte nicht zuvorkommender, freundlicher und sachlicher sein können.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 14. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

3 Oberstleutnant i. G. Klenner, Tel Aviv, berichtete über den Ablauf des Besuchs des Bundesministers Wörner vom 6. bis 10. April 1986: „Israelischerseits ist dem Besuch herausragende Bedeutung zugemessen worden, das wurde schon in den Vorbereitungsgesprächen im MOD deutlich. VM Rabin hat ihn als Meilenstein in den deutsch-israelischen Beziehungen im militärischen Bereich bezeichnet. […] Den Besuch kennzeichneten eine sehr freundliche, aufgelockerte Atmosphäre und ausgesprochene Sympathien, die man gegenüber der Persönlichkeit des BM zum Ausdruck brachte. ‚He is a real friend of Israel' ist das überwiegende Urteil aus dem militärischen Bereich." Es hätten Lagevorträge zu den Themen Bedrohung, Terrorismus, Libanon, Forschung und Entwicklung stattgefunden, ferner zum israelischen Panzer „Merkava III", des weiteren eine Gefechtsübung sowie Fabrikbesuche. Damit habe Israel die Leistungsfähigkeit seiner Streitkräfte und sein technologisches Leistungsvermögen demonstriert: „Der Besuch unterstreicht die bisherige Beurteilung, daß ISR an einer engeren Rüstungskooperation auf Firmenbasis gelegen ist, insbesondere aber die Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung intensivieren möchte." Vgl. den Einzelbericht Nr. 23/86; Referat 310, Bd. 149593.

4 Botschafter Haas, Tel Aviv, teilte mit, im Gespräch mit Bundesminister Wörner am 7. April 1986 habe sich Ministerpräsident Peres zu den Aussichten im Nahost-Konflikt geäußert und über seinen Besuch vom 31. März bis 3. April 1986 in den USA berichtet. Weitere Themen seien der irakisch-iranische Krieg sowie die Politik Syriens und Jordaniens gewesen. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 149593.

5 Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete: „Erster Besuch eines deutschen Verteidigungsministers hat in Israel ungewöhnlich starkes und fast ausnahmslos zustimmendes Medienecho ausgelöst, das harmonische Besuchsatmosphäre weithin wiedergibt." Es habe nur sehr wenige Beiträge mit „kritischen Untertönen" gegeben, u. a. in der Tageszeitung „Maariw", die das Abspielen der deutschen Nationalhymne im israelischen Verteidigungsministerium kritisiert habe. Die Frage nach möglichen Rüstungsexporten aus der Bundesrepublik nach Israel habe „praktisch keine Rolle mehr" gespielt. Vgl. Referat 310, Bd. 149593.

6 Chaim Herzog.

7 Yitzhak Shamir.

2) Verteidigungsminister Rabin äußerte sich am 10.4. zu Herrn Hans Koschnick sehr befriedigt über Besuch BM Wörners. Erstmals habe man von Verteidigungsminister zu Verteidigungsminister nicht nur außerhalb Israels sprechen und damit den seit langem für beide Seiten nützlichen Stand der Zusammenarbeit darstellen können.

Rabin nannte damit das vorrangige Interesse Israels am Besuch: Das offene Auftreten des Bundesministers der Verteidigung mit ihm und den israelischen Streitkräften und dessen Anerkennung der israelischen Rüstungsforschung und -industrie.

3) Daß der Besuch des deutschen Verteidigungsministers an israelische Gefühle rührte, kann nicht verwundern. Bemerkenswerter als die Pressekritik am Abspielen des Deutschlandlieds vor dem Verteidigungsministerium war die Übertragung dieser Zeremonie im – staatlich gelenkten – Fernsehen.

4) Rabin hatte vor dem Besuch in dpa-Interview (DB 363 vom 4.4.1986[8]) israelische Wünsche nach Rüstungskooperation überbetont[9], nahm dann aber den Bonner Dämpfer gelassen hin und vergaloppierte sich nicht wieder.

Ihm wie auch BM Wörner war bewußt, daß bei Rüstungszusammenarbeit israelische Ausfuhr nach Deutschland, die es seit langem gibt, und Einfuhr aus Deutschland politisch zwei Dinge sind. Rabin akzeptierte BM Wörners „terms of reference", nicht als Waffenkäufer oder -verkäufer nach Israel gekommen zu sein.

5) Dringendes israelisches Interesse an Dreiecksprojekt[10] unter Einschluß deutscher Werftlieferungen (s. DB 3653 vom 4.4.1986) (nicht 3653, sondern 363)

8 Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete über Äußerungen des israelischen Verteidigungsministers Rabin gegenüber der Nachrichtenagentur dpa zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik im Rüstungsbereich, insbesondere zu beabsichtigten Schiffslieferungen. Vgl. Referat 310, Bd. 149593.

9 Zu den Äußerungen des israelischen Verteidigungsministers wurde in der Presse berichtet: „Rabin hatte betont, Israel sei neben einer Vertiefung der Forschungs- und Entwicklungskooperation und einem verstärkten Austausch von militärischen Daten und Erkenntnissen auch am Export deutscher Waffen gelegen. In Bonn war man, wie zu erkennen war, über die in den öffentlichen Äußerungen des israelischen Ministers gesetzten Akzente nicht sonderlich erfreut. […] Rabin sagte, sein Land werde voraussichtlich ‚beträchtliche Teile' von Kriegsschiffen in der Bundesrepublik bauen lassen. Das Projekt hat seinen Angaben zufolge einen Wert von 100 bis 150 Millionen Dollar und soll im Rahmen der von den USA gewährten Militärhilfe für Israel abgewickelt werden. In Bonn wurde lediglich bestätigt, Israel sei an der Lieferung von U-Boot-Rümpfen interessiert. […] Da aber die Genehmigung aus Washington noch ausstehe, sei das Projekt noch nicht angelaufen, sagte Rabin." Vgl. den Artikel „Rabin wünscht engeren Kontakt mit Bundeswehr"; DIE WELT vom 3. April 1986, S. 6.

10 Vortragender Legationsrat von Arnim faßte am 26. Juni 1986 zusammen: „Israel hat jahrelang versucht, konventionell angetriebene U-Boote für seine Marine in den USA zu beschaffen. Diese Pläne sind trotz einflußreicher Fürsprecher in der Administration, auch im Pentagon, letztlich an der Politik der US-Marine gescheitert, auf amerikanischen Werften nur nuklear angetriebene U-Boote zu bauen. […] Die USA, die von vorneherein bereit waren, das israelische Projekt mit bedeutenden Summen aus ihrem Verteidigungshilfe-Programm zu fördern, haben dann begonnen, nach Möglichkeiten zu suchen, Israel konventionelle U-Boote auf den Werften anderer Staaten bauen zu lassen. Praktisch kommen dafür nur wir (HDW, wohl weniger Thyssen) und Schweden (Kockums) in Betracht, da sie nach der überwiegenden Meinung der Experten in der ganzen Welt wohl die besten konventionellen U-Boote bauen. […] Offenbar geht es um den Bau der Rümpfe von vier konventionellen U-Booten, von denen zwei bei uns und zwei in Israel gebaut werden sollen. Basis ist die modernste bei uns verfügbare Technologie. Die Waffen und Sensoren (Sonar) sowie Führungssysteme sollen offenbar aus USA kommen. Das Projekt scheint Gegenstand von Gesprächen von BM Dr. Wörner, StS Prof. Dr. Timmermann und MD Dr. Schnell mit israelischen Gesprächspart-

war unverkennbar. Genehmigungsantrag sei an uns noch nicht gestellt, weil zuerst amerikanische Finanzierung deutschen Lieferanteils gesichert werden müsse.

Rabin hat auch Koschnick auf dieses Projekt angesprochen und um „non obstat" der SPD gebeten. Koschnick hat wohlwollende Weitergabe dieses Wunsches zugesagt.[11]

6) Israelis haben möglicher Versuchung widerstanden, den BM-Besuch politisch hochzujubeln und damit Zweifel an Ausgewogenheit unserer Nahost-Politik zu schüren.

Zu möglichen deutschen Rüstungsexporten in arabische Staaten gab es – in Abschlußpressekonferenz – nur eine Frage, die BM Wörner eindeutig parierte (s. Anlage).[12]

[gez.] Haas

VS-Bd. 13611 (310)

Fortsetzung Fußnote von Seite 536

nern gewesen zu sein. Offenbar war auch das Bundeskanzleramt auf hoher Ebene eingeschaltet. […] Nach Angaben der Industrie wartet die amerikanische Administration ungeduldig auf eine politische Zusage der Bundesregierung, das Projekt zu befürworten." Vgl. VS-Bd. 11925 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Rau: nein."

12 Dem Vorgang beigefügt. Bundesminister Wörner führte zur Frage nach möglichen Rüstungsexporten aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien aus: „As you know, the Federal Republic of Germany has and will maintain a restrictive arms export policy, and this policy is more restrictive than the policy of any other comparable industrial state. There may be exceptions which are restricted by national interests and the overall context of Western interests. This is decided on a case to case basis and takes into account the security interests of all States in the region, especially the security interests of Israel. By the way, this is not a question of actual concern. There is no decision the Federal Republic has to take at the moment." Vgl. VS-Bd. 13611 (310); B 150, Aktenkopien 1986.

99

Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2321/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. April 1986, 20.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 477 **Ankunft: 14. April 1986, 20.58 Uhr**

Betr.: KVAE;
hier: Sitzung des NATO-Rats mit KVAE-Delegationsleitern am 14.4.1986

Bezug: DE Nr. 2816 Plurez vom 11.4.1986 – 221-373.16 VS-NfD

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Bei Sitzung NATO-Rats mit westlichen KVAE-Delegationsleitern am 14.4. 1986 bestand weitgehende Einigkeit in Einschätzung bisherigen Konferenzverlaufs. Am 15.4. beginnende zehnte Verhandlungsrunde[2] wurde unter Hinweis auf Näherrücken des Termins des 19.9.86[3] als wichtig, wenn nicht entscheidend für mögliches Konferenzergebnis angesehen. Es komme jetzt darauf an, die richtige Balance zwischen Flexibilität und Festigkeit zu finden. Hier wurden unterschiedliche Akzente sichtbar. Einige Delegationen halten Zeitpunkt für gekommen, Verhandlungsprozeß durch Flexibilität in Bereichen, wo dies möglich erscheint, voranzubringen (NWG, NL, I). Andere legen Akzent darauf, daß es wichtig sei, aufzuzeigen, welche Forderungen unverzichtbar sind (US, F, KAN). US deutete an, daß neue Weisung ihr mehr Flexibilität erlaubt, und umriß zugleich unabdingbare Minimalanforderungen wie folgt:

Notifikationsregime, das auch Aktivitäten in der Sowjetunion erfaßt und Beobachtereinladung zwingend vorsieht, funktionierende Verifikation (Ortsinspektion als „Conditio sine qua non“).

2) Rat nahm Studie zu beschränkenden Maßnahmen in SC.7[4] zustimmend zur Kenntnis.

II. Im einzelnen

1) In seiner Zusammenfassung über die Beratungen des Caucus am Vortage[5] stellte isländischer KVAE-DL[6], der einen Überblick über die Entwicklungen

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 15. April 1986 vorgelegen.

2 Zur zehnten Runde der KVAE vom 15. April bis 23. Mai 1986 in Stockholm vgl. Dok. 151.

3 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.

4 Zum Vorschlag CSCE/SC.7 der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. November 1985 vgl. Dok. 8, Anm. 11.
Für das Papier „Assessment of Constraint Elements in the NNA Proposal SC.7“ vom 21. März 1986 vgl. VS-Bd. 11523 (221).

5 Am 13. April 1986 fand eine Sitzung der Leiter der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten statt. Botschafter Citron, z. Z. Brüssel, teilte dazu am 14. April 1986 mit: „Über die sowjetische Haltung, die für Fortschritte in den Verhandlungen ausschlaggebend ist, besteht weiterhin Unklarheit. […] Es besteht weitgehende Übereinstimmung der DL, daß der Westen intern Flexibilität konkret vorbereiten müsse, aber echte Konzessionen erst einräumen sollte, wenn der Osten seinerseits substantielle Bewegung zeigt. Unsere – auf persönlicher Basis – geäußerte Überlegung, in

seit Beginn der 9. Verhandlungsrunde[7] gab, insbesondere Bedeutung Zeitfaktors heraus (Text folgt mit Kurier). Seine Besorgnis über Langsamkeit Fortschritts bei in 9. Runde begonnenen Textarbeiten wurde in den Beratungen geteilt, in denen alle – außer GRI, DK, LUX, PTG und E – sprachen.

Während Schuld für bisherige Verzögerung allgemein SU zugewiesen wurde, wies GB darauf hin, daß übliche Anfangsschwierigkeiten bei Textarbeiten und Konzentration der Hauptstädte auf andere Ereignisse (Gorbatschow-Erklärung vom 15.1.86[8]) auch eine Rolle gespielt haben könnten. Wir regten an, daß, falls sowjetisches Militär Konferenz-Fortschritte weiter blockiere, Bündnispartner dies öffentlich und auf politischer Ebene zum Ausdruck bringen sollten.

Zwar seien im KSZE-Prozeß Resultate häufig in letzter Minute erzielt worden. Die bei der KVAE behandelte Materie sei jedoch so kompliziert, daß nur bei rechtzeitiger gründlicher Vorarbeit ein im Detail ausgearbeitetes Ergebnis erreicht werden könne (I, NL).

2) Hinsichtlich der sowjetischen Haltung bestand wenig Klarheit. Es wurde auf die Absagen der geplanten Konsultationen des sowjetischen Delegationsleiters in Washington, Paris und Bonn[9] verwiesen, deren Grund jedoch unklar ist. Ebenso wurde die eher beiläufige Erwähnung der KVAE beim WP-Gipfel[10] und beim 27. Parteitag der KPdSU[11] erwähnt (NWG). Es sei nicht auszuschließen, daß die SU dem gesamten KSZE-Prozeß jetzt kritischer gegenüberstehe als früher. Bern[12] werde weitere Aufschlüsse geben (D). Jedenfalls sei SU nicht bereit, mehr als einen geringen Preis für Fortsetzung KSZE-Prozesses zu zahlen (GB). US wies auf enttäuschenden Verlauf letzter Runde und jetzt kritischen Zeitfaktor hin. Wenn SU weiter verzögere, befinde man sich in Sackgasse, aus der US keinen Ausweg kenne.

3) Wichtige Rolle der NNA wurde allgemein anerkannt. Wir hoben hervor, daß NNA verstärkt deutlich gemacht werden müsse[13], daß westliche Position ihren

Fortsetzung Fußnote von Seite 538

Moskau Demarchen einzelner Alliierter zu erwägen, falls die SU – im Widerspruch zu Gorbatschows Erklärung vom 15. Januar – Fortschritte auf Dauer blockiert, fand Interesse und soll zu gegebener Zeit in Betracht gezogen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Benedikt Gröndal.

7 Zur neunten Runde der KVAE vom 28. Januar bis 14. März 1986 in Stockholm vgl. Dok. 71.

8 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

9 Botschaftsrat I. Klasse Dreher, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 4. April 1986, im Kreis der NATO-Mitgliedstaaten würden folgende Vermutungen für die Absage der geplanten Reise des Leiters der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, angestellt: „Meinungsunterschiede innerhalb der sowjetischen Führung über das weitere Vorgehen, insbesondere Divergenzen zwischen politischer und militärischer Seite, Fehlen klarer Vorstellungen über östliche Taktik für neue Verhandlungsrunde (US). Moskau könnte ein neues, öffentlichkeitswirksames Angebot vorbereiten. Gespräche beinhalteten die Gefahr vorzeitigen Bekanntwerdens oder müßten im nachhinein als Desavouierung der Gesprächspartner verstanden werden (wir u. a.). Ablösung Grinewskijs als DL? (PORT). Bewußtes politisches Signal (Island, NL u. a.)." Dreher führte aus, es sei nicht auszuschließen, daß „die aus östlicher Sicht unbefriedigende Antwort des Westens" auf die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 „mit zu einer sowjetischen Verhärtung beigetragen hat". Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; Referat 221, Bd. 144792.

10 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23. Oktober 1985 in Sofia vgl. Dok. 14, Anm. 21.

11 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

12 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

13 Korrigiert aus: „gemacht müsse".

Interessen besser dient als östliche. NNA sollten in ihrer Rolle gestärkt (US) und ermutigt werden, sich verstärkt um Brückenschlag zu bemühen (GB).

4) Zum westlichen Vorgehen wurde angeregt, Haltung des WP zu testen (I) und seine Reaktion auf westliche Kompromiß-Formeln zu prüfen, ohne eigene Positionen preiszugeben. KVAE müsse sich ab sofort in aktivem Geben und Nehmen engagieren (NWG). Innerhalb der Allianz müsse Verhandelbarkeit westlicher Positionen überprüft und unterschieden werden, was unverzichtbar ist und wo Kompromißmöglichkeiten liegen (NWG, NL, F). USA deuteten Flexibilität auf einigen Gebieten an, stellten aber klar, daß diese nicht in neuen westlichen Vorschlägen bestehen könne.

NL nannte als mögliche Gebiete für flexible Haltung Notifizierungsparameter und Frage der Sperrgebiete. Im westlichen Interesse sollte es möglichst wenige Ausnahmen von der Inspektion geben. Maßstab für ein Ergebnis müsse seine Mandatskonformität sein (I, B, F). Daher sei der sowjetische Vorschlag zu den unabhängigen Seeaktivitäten[14] unannehmbar (F, I). Dieser Vorschlag solle auch nicht prozedural aufgegriffen werden. Wenn die Einbeziehung dieser Frage westliche Absicht gewesen wäre, dann hätte man dies schon in Madrid[15] vereinbart (F).

Kanada warnte davor, mit einem „Mini-Ergebnis" zur Abrüstungsphase einer KVAE überzuleiten. Wo allerdings die Grenze zwischen einem Minus gegenüber SC.1[16] und einem nicht mehr annehmbaren „Mini-Ergebnis" sei, könne möglicherweise schon im NATO-Ministerrat in Halifax[17] entschieden werden.

Französischer Ständiger Vertreter[18] machte deutlich, daß ein möglicher Text zum Gewaltverzicht nur als Einleitung eines Abkommens über konkrete vertrauensbildende Maßnahmen tragbar sei. Die USA halten es für notwendig, im Rahmen dieser Einleitung auch andere KSZE-Prinzipien zu erwähnen. KVAE sei nur ein Teil des KSZE-Prozesses, dies müsse zum Ausdruck kommen. Der türkische Ständige Vertreter[19] bestand auf der Erwähnung des Problems Terrorismus in einem Stockholmer Ergebnis. Zuvor hatte I davor gewarnt, die Stockholmer Konferenz mit nicht unbedingt zum Thema gehörenden Fragen zu belasten.

Zu den Anforderungen an ein Abkommen sagte ich, es müsse eine praktische Umsetzung der KVAE-Zone „vom Atlantik bis zum Ural" enthalten. Die Inspektion wurde von KAN und B als Prüfstein für sowjetische Haltung bezeichnet. Vereinbarung Inspektion wäre vom Westen angestrebter „saut qualitatif" (KAN). Bisher habe SU sich restriktiv gezeigt und auf Verifikation durch NTM[20] und Erörterungen von Zweifelsfragen in bilateralen Konsultationen verwiesen. Auch ge-

14 Zum sowjetischen Vorschlag der Einbeziehung unabhängiger Seeaktivitäten in die Ankündigung von Manövern vgl. Dok. 71, besonders Anm. 8.

15 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

16 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 bzw. 8. März 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1) vgl. Dok. 8, Anm. 17.

17 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

18 Gilles Curien.

19 Osman Olcay.

20 National technical means.

genüber NNA-Vorschlag einer Beobachtung auf Verlangen solle der Westen sein eigenes Konzept weiter verfolgen.

5) Wie KAN sprachen sich auch NWG und wir für Unterstützung Verhandlungsprozesses in Stockholm durch Behandlung KVAE beim NATO-Ministerrat in Halifax (29./30.5.86) aus. Diese Gelegenheit müsse genutzt werden, die politische Bedeutung KVAE zu unterstreichen und in einem wichtigen Zeitpunkt möglicherweise Entscheidungen über Verhandlungsfortschritte zu treffen.

6) Es bestand Einigkeit, daß KVAE als integraler Bestandteil KSZE-Prozesses zu sehen ist. Es sei Sache Folgetreffens Wien[21], mögliches Stockholmer Ergebnis gegen Fortschritte in anderen Bereichen abzuwägen. Ich hob Bedeutung KVAE in und nach Wien hervor und erwähnte Beginn Vorbereitungen für Wiener KSZE-Folgetreffen in der Allianz. Bei Phase 1b der KVAE müsse es um Erhöhung der Transparenz und Einschränkung östlicher Aggressionsmöglichkeiten ohne gleichzeitige Beeinträchtigung unserer Verteidigungsfähigkeit gehen.

Wie wir erwähnten auch KAN, F und USA wichtige Rolle konventioneller Abrüstung. Durch mögliche Vereinbarung einer INF-Null-Lösung würden bestehende konventionelle Ungleichgewichte in ihren Auswirkungen verstärkt. Dies müsse in Wien herausgestellt werden.

F hob sowjetische Tendenz hervor, bilateral mit USA über Sicherheitsfragen zu verhandeln. Das hinter der KVAE stehende Konzept weise Europa eine aktive Rolle in den Verhandlungen zu.

US-Gesandter[22] kündigte an, Präsident Reagan werde in bevorstehender Erklärung zur KVAE deren wichtige Rolle für europäische Sicherheit in umfassendem Sinne erläutern.[23] Er werde in diesem Zusammenhang auch Möglichkeit und Konsequenzen eines Fehlschlags ansprechen.

Möglicher Mißerfolg Stockholmer Verhandlungen wurde von NWG mit Bemerken erwähnt, in diesem Fall müsse eindeutige Schuldzuweisung an SU möglich sein. Daher solle der Westen sich in publikumswirksamer Weise konstruktiv um Ergebnis bemühen.

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 11523 (221)

21 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

22 Stephen J. Ledogar.

23 Für den Wortlaut der vom amtierenden Sprecher des amerikanischen Präsidialamts, Speakes, vorgetragenen Erklärung vom 16. April 1986 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 476 f.

100

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Cavaco Silva

VS-NfD **15. April 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten, Herrn Prof. Dr. Aníbal Cavaco Silva, am 15. April 1986, von 11.20 Uhr bis 12.10 Uhr[2]

Anwesend auf portugiesischer Seite: Außenminister de Miranda, Botschafter Ennes als Note-taker.

Anwesend auf deutscher Seite: Staatssekretär Meyer-Landrut, MDg Stabreit als Note-taker, Frau LR I Sabine Eichhorn als Dolmetscherin.

Im Anschluß an das ohne Note-taker geführte Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten in der Zeit von 10.45 Uhr bis 11.20 Uhr treten der portugiesische Außenminister, Staatssekretär Meyer-Landrut und die Note-taker hinzu. Der Bundeskanzler und Premierminister Silva erörtern Fragen der Europäischen Gemeinschaft.

Der *Bundeskanzler* weist auf die große Arbeitslosigkeit in ganz Europa hin und die großen Aufgaben, die sich den Europäern im Zusammenhang mit der Schaffung des Binnenmarktes in den nächsten Jahren stellten. Eines der größten Probleme, das wir hätten, sei, daß es keine ausreichende Kohärenz in der Wirtschaftspolitik der einzelnen EG-Länder gebe. Er wisse, was der Ministerpräsident in Portugal für ein Erbe angetreten habe. Die wirtschaftlichen Daten, die wir heute in der Bundesrepublik hätten, seien aber auch bei uns nicht vom Himmel gefallen. Er, der Bundeskanzler, habe einen bitteren Weg zurücklegen müssen und dafür auch Blessuren bekommen. Er habe den Preis bei Landtagswahlen bezahlen müssen. Drei Jahre hindurch habe er nur unpopuläre Maßnahmen treffen müssen. Dies sei ein bitterer Weg gewesen. Jetzt hätten wir allerdings 0,1% Inflation, was es in den Industrieländern kein zweites Mal gebe. Dabei habe natürlich auch Glück eine Rolle gespielt, da die Inflation ohne das Absinken der Ölpreise um 1,2% höher ausgefallen wäre. Aber auch dann hätte sie mit 1,3 oder 1,4% immer noch sehr niedrig gelegen. Wir erwarteten in diesem Jahr 3,5 bis 3,8% Wachstum des Bruttosozialproduktes. Nun ginge auch die Arbeitslosigkeit endlich langsam herunter. Er wolle wiederholen: Dies sei ein bitterer Weg gewesen. Andere hätten vielleicht auch etwas mehr tun

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 16. April 1986 gefertigt und am 22. April 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Kohl genehmigt sei.
Hat Vortragendem Legationsrat Richter am 24. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schilling „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragende Legationsrätin Gnodtke verfügte.
Hat Schilling am 28. April 1986 vorgelegen.
Hat Gnodtke vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 200, Bd. 134815.

[2] Ministerpräsident Cavaco Silva hielt sich vom 14. bis 17. April 1986 in der Bundesrepublik auf.

können. In drei Wochen werde man sich in Tokio sehen.[3] Er werde dabei den USA sagen, daß sie mit ihrer Haushaltspolitik die Dinge bestimmt nicht in Ordnung bringen würden. Letztes Jahr in Bonn[4] habe man hier etwas anderes beschlossen. Auch in der Gemeinschaft gebe es große Unterschiede. In Athen weile ein großes Genie, das Schulden anhäufe und andere dafür verantwortlich mache. Beim EVP-Treffen in Brüssel habe er seinen italienischen Freunden aus der Democrazia Cristiana gesagt, Italien sei ein großes Land, werde aber mit den Haushaltsproblemen, die es habe, sicher nicht in Ordnung kommen. Er, der Bundeskanzler, erwarte von anderen nichts Unmögliches, er sehe auch die Unterschiede in den Ländern. Aber Premierminister Martens, Premierminister Lubbers und Premierminister Schlüter hätten eine stringente Politik mit gutem Erfolg durchgeführt. Er wolle diejenigen unterstützen, die eine wirklich vernünftige Wirtschaftspolitik machten. Mit der alten sozialistischen Politik würden die Leute nur immer noch ärmer.

Premierminister *Silva* antwortet, Portugal habe sich mit dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft[5] dazu entschlossen, nicht den leichten Weg zu gehen. Man habe sehr unpopuläre Maßnahmen getroffen, es seien Betriebe geschlossen worden, das Haushaltsdefizit werde abgebaut etc. Portugal wolle auch keine Hilfe von der Gemeinschaft. Portugal wolle, daß die Gemeinschaft ihm helfe, seine eigene Wirtschaftskraft zu stärken. Es gebe aber echte Absurditäten. So habe sich Portugal bereit erklärt, nun das Importgetreide aus der Gemeinschaft zu beziehen zu höheren Preisen als denen des Weltmarkts. Die USA hätten Repressalien ergriffen[6], die auch Portugal träfen, das nun doppelt bezahlen müsse. Die Gemeinschaft habe Portugal im Zusammenhang mit dem Beitritt 300 Mio. ECU zur Verfügung gestellt. Gezahlt worden seien bisher jedoch nur 35 Mio., obwohl Portugal seine Zahlungen regelmäßig leiste. Kommissionspräsident Delors sei soeben zu Besuch gewesen.[7] Seinem Besuch könnten die Portugiesen aber auch keinen Optimismus entnehmen.

Der *Bundeskanzler* entgegnet, er sei mit der Haushaltspolitik der Kommission nicht zufrieden. Man könne nicht überall sparen, aber die Gemeinschaft müsse mit dem Geld sparsam umgehen.

An dieser Stelle läßt sich der Bundeskanzler den Entwurf einer Erklärung zu Libyen[8] vorlegen. Er äußert gegenüber Premierminister Silva, er werde vorschlagen, daß die Pressekonferenz in zwei Teile geteilt werde. Man solle erst

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

5 Portugal trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

6 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 88.

7 EG-Kommissionspräsident Delors hielt sich vom 10. bis 12. April 1986 in Portugal auf.

8 Referat 311 notierte am 15. April 1986, daß gegen 2.00 Uhr MEZ ein amerikanischer Luftangriff auf Libyen erfolgt sei. Getroffen worden seien nach Berichten der Botschaft Tripolis zivile und militärische Einrichtungen, darunter Kasernen, Flughäfen und die Zentrale des libyschen Geheimdienstes. Oberst Gaddafi solle sich zum Zeitpunkt des Angriffs in einer Kaserne in Tripolis aufgehalten haben. Über Verluste unter der Zivilbevölkerung gebe es noch keine zuverlässigen Angaben; deutsche Staatsangehörige seien nach bisherigen Erkenntnissen nicht zu Schaden gekommen. Die Botschaft der Bundesrepublik in Tripolis sei unbeschädigt und stehe mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung. An den Botschaftsgebäuden anderer Staaten sei jedoch z. T. erheblicher Sachschaden entstanden. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137906.

über den Besuch des Premierministers sprechen.[9] Im Anschluß werde er dann eine Erklärung zu Libyen abgeben.[10] Natürlich werde der Premierminister auch zu Libyen gefragt werden. Premierminister *Silva* schlägt vor, deshalb schnell einen Gedankenaustausch zu Libyen vorzunehmen. Er äußert, der portugiesische Außenminister habe an der Konferenz in Den Haag[11] teilgenommen. Portugal habe die Auffassung geteilt, daß die USA Mäßigung zeigen sollten. Nun sei aber alles schon geschehen. In Lissabon habe man Befremden darüber geäußert, daß Gewalt angewendet worden sei. Der Bundeskanzler äußert, die deutsche Lage sei etwas anders. Wir hätten gerade einen schweren Gewaltakt in Berlin gehabt.[12] Weitere Gewaltakte würden folgen. Es gebe kein Land in der Welt, das so viele Amerikaner bei sich beherberge. Wir hätten natürlich Hinweise darauf, daß hinter alldem Gaddafi stecke. Die Ausführenden müßten dabei nicht immer Libyer sein. Es gebe ein Volksbüro in Bonn und eines in Ost-Berlin. Das Volksbüro in Ost-Berlin sei dem in Bonn jedoch übergeordnet. Wir hätten Einblick in den Funkverkehr. Wir hätten nicht alles entziffert, aber doch genug. Es gebe einen klaren Zusammenhang zwischen dem Volksbüro in Ost-Berlin und dem Anschlag in West-Berlin. Wir hätten seit vielen Jahren auch einen deutschen Terrorismus, der jedoch heute nicht mehr so virulent sei. Das könnte sich morgen wieder ändern. Wir hätten Grund zu der Annahme, daß dieser Terrorismus seit Jahren aus Libyen unterstützt werde. Er habe dennoch den Amerikanern am Sonntag von einem Gewaltschlag abgeraten[13], und zwar aus zwei Gründen: Erstens aus einer Kenntnis der Psyche der Völker in der Region. Diese würden jetzt Märtyrer finden. Viele arabische Führer hätten allerdings auch einfach Angst. Er sei mit Mubarak an der Stelle gewesen, an der Sadat ermordet wurde[14], und habe unter vier Augen mit Kö-

9 Zum bilateralen Teil der Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Cavaco Silva am 15. April 1986 vgl. den Artikel „Milliardenauftrag Portugals an deutsche Werften"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. April 1986, S. 2.

10 In der Erklärung vom 15. April 1986, die er im Rahmen einer Pressekonferenz mit Ministerpräsident Cavaco Silva abgab, führte Bundeskanzler Kohl aus: „Für Libyens führende Rolle bei Ermutigung, Unterstützung und selbständiger Ausführung zahlreicher Akte des internationalen Terrorismus gibt es deutliche Hinweise. Dies gilt insbesondere auch für Libyens Mitwirkung an dem jüngsten Terroranschlag in Berlin. Mit dieser Politik fordern Oberst Gaddafi und die Führung Libyens die internationale Staatengemeinschaft heraus: Dies gilt in besonderem Maße für die Vereinigten Staaten, die in den letzten Jahren erklärtermaßen das besondere Ziel des libyschen Terrors waren. […] Die Bundesregierung hat stets Gewalt abgelehnt. Wer aber wie Oberst Gaddafi selbst ständig Gewalt predigt und praktiziert, muß damit rechnen, daß sich die Betroffenen dagegen wehren." Kohl verwies auf die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 14. April 1986 und legte dar: „Zwei Ziele müssen jetzt im Vordergrund eines gemeinsamen erfolgreichen Handelns stehen: Einmal müssen wir unsere Anstrengungen noch weiter verstärken, um gemeinsam den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Zum anderen müssen jetzt politische Mittel eingesetzt werden, um die Ursachen dieses Terrorismus zu beseitigen. Hierzu ist ein intensiver Dialog mit allen kooperationsbereiten arabischen Staaten dringend erforderlich." Vgl. BULLETIN 1986, S. 285.

11 Zur außerordentlichen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag vgl. Dok. 97, Anm. 12.

12 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

13 Bundeskanzler Kohl traf am 13. April 1986 in Ludwigshafen mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters zusammen.
Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Walters am selben Tag in Wachtberg-Pech; Dok. 97.

14 Präsident Sadat wurde am 6. Oktober 1981 in Kairo ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.
Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 9. Oktober 1983 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 295 und Dok. 312.

nig Fahd geredet[15] und dabei dessen Reaktion gespürt. Diese Liste könne er fortsetzen. Niemand habe für Gaddafi Sympathie, keiner aber wolle sich ihm gegenüber exponieren. Die USA seien demgegenüber in einer furchtbaren Lage. Ihnen füge der Terrorismus dauernd Opfer zu. Man dürfe nicht vergessen, daß am Anfang der Ära Reagan der Fehlschlag, die amerikanischen Geiseln im Iran zu befreien[16], gestanden habe. In ein paar Monaten werde in Amerika gewählt.[17] Amerika sei ein Goliath, der jetzt von einem kleinen Land herausgefordert werde. Premierminister *Silva* entgegnet, er verstehe die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers. Er teile sie auch, obwohl in Portugal der Terrorismus gering geblieben sei. Portugal sei jedoch gegen jede Gewaltanwendung. Portugal meine auch, daß andere arabische Führer nicht zur Solidarisierung mit Gaddafi gezwungen werden sollten. Natürlich seien die Europäer insgesamt moderater als die Amerikaner, und es sei dies nicht notwendigerweise schlecht.

Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, daß die Europäer natürlich auch Heuchler seien. Die USA sollten überall als Gendarm auftreten. In Wirklichkeit aber sei doch unsere Nahostpolitik ein Skandal. Wir seien wirtschaftlich Giganten, politisch träten wir aber als Zwerge auf. Hier in der Bundesrepublik habe dies natürlich auch sehr deutsche Hintergründe. Er, der Premierminister, sei ja dabeigewesen, als er auf dem EVP-Kongreß mit den Griechen gesprochen habe. Es gebe keine Gemeinschaft, wenn die einen für Handel und die anderen für Verteidigung zuständig seien. Am kommenden Donnerstag werde der Deutsche Bundestag die Verlängerung der Wehrpflicht beschließen.[18] In der ganzen Welt mache man es umgekehrt. Wir hätten große Probleme, hätten diese Probleme aber gelöst. Die Bundeswehr sei heute wieder intakt und gehörte zu den besten Armeen der Welt. Man müsse jedoch sehen, daß hier Opfer gebracht würden. Er brauche nur nach Hause zu gehen, um dies zu sehen. Sein ältester Sohn, der jetzt studiere, habe zwei Jahre gedient, der jüngere sei gerade eingerückt und werde auch zwei Jahre dienen. Diese jungen Leute sagten nun, sie würden ja gerne ihre Pflicht erfüllen, doch sollten nicht nur wir das tun, auch andere müßten dies tun. Deshalb sei das Referendum in Spanien[19] so wichtig gewesen. Dies sei übrigens ein wichtiger Punkt, weshalb Portugal hier große Sympathie genieße. Er wolle hier auf die Frage der Fregatten[20] und Beja[21] verweisen. Por-

15 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

16 Am 24./25. April 1980 scheiterte eine militärische Operation zur Befreiung der im Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 138.
Präsident Reagan trat sein Amt am 20. Januar 1981 an.

17 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

18 Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16141–16166.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

19 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

20 Referat 209 erläuterte am 14. April 1986: „Am 10. Dezember 1985 ist in Bonn das Regierungsabkommen zwischen der Bundesregierung und der portugiesischen Regierung über eine Rüstungssonderhilfe (RSH) für das MEKO-Fregattenprojekt paraphiert worden. Nach dem Abkommen unterstützt die Bundesregierung den Bau von drei Fregatten für die portugiesische Marine auf deutschen Werften mit einer RSH von DM 254 Mio., einem aus der laufenden deutschen Verteidigungshilfe (VH) zu zahlenden Betrag von DM 140 Mio. = DM 394 Mio. Hinzu kommt ein – als Teil

tugal erfülle in der Allianz seine Pflicht und sei dabei doch eines der ärmeren Länder.

Premierminister *Silva* antwortet, bei der Diskussion über die Europäische Akte in Luxemburg[22] habe er feststellen können, daß der Bundeskanzler kein Pessimist sei. Einige hätten dort gesagt, daß das Ergebnis unzureichend sei. Der Bundeskanzler habe hingegen geäußert, daß man das Mögliche getan habe. Man habe sich dort auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geeinigt. Auch im Haag vor einigen Tagen[23] sei das Mögliche getan worden. Im Gegensatz zu Spanien habe Portugal keine Probleme mit der NATO.

Der *Bundeskanzler* äußert, er werde vermutlich nachher in der Pressekonferenz zu Libyen etwas schärfer formulieren als der Premierminister. Man solle in jedem Fall aber zunächst über die deutsch-portugiesischen Beziehungen sprechen.

Premierminister *Silva* äußert, er wolle noch ein Wort zu Afrika sagen. Er wolle den Bundeskanzler davon in Kenntnis setzen, daß die portugiesische Regierung, die in der Vergangenheit oft Probleme mit den Regierungen von Angola und Mosambik gehabt habe, jetzt ausgezeichnete Beziehungen zu beiden Ländern unterhalte. Portugal wolle zur Entwicklung beider Länder und zu deren Annäherung an den Westen beitragen. Natürlich müsse die Apartheid in Südafrika abgeschafft werden. Dafür müsse man Südafrika Zeit lassen. Gleiches gelte für die Unabhängigkeit Namibias. Die Kubanerfrage ließe sich nicht schnell lösen. Portugal meine jedoch, daß die Probleme Angolas allein von den Angolanern gelöst werden sollten. Die jetzige amerikanische Politik einer Unterstützung der UNITA werde zu einer Verschärfung des Krieges führen. Sie werde insbesondere dazu führen, daß auch die Unterstützung durch die Russen sich intensiviere. Die Angolaner hätten sich zu einer Zusammenarbeit mit Portugal be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 545

des deutschen Beitrags deklarierter – Preisnachlaß des MEKO-Konsortiums von DM 96 Mio. = DM 490 Mio. Diese Hilfe wird in den Jahren 1986 bis 1992 zur Verfügung gestellt." Vgl. Referat 209, Bd. 148700.

Am 30. April 1986 vermerkte Referat 209, die Verträge zwischen Portugal und dem MEKO-Konsortium seien am 23./25. April 1986 in Düsseldorf bzw. Essen paraphiert worden. Um die portugiesische Eigenleistung zu ermöglichen, habe sich das Konsortium verpflichtet, „Portugal innerhalb von sechs Jahren Waren im Werte von DM 460 Mio. abzunehmen. Dabei handelt es sich nach Angaben des Konsortiums um schwer absetzbare, da nicht dem vom Weltmarkt erwarteten technischen Standard entsprechende Waren wie Schiffe, Energie-, Transport-, Militärmaterial und Elektronik". Vgl. Referat 209, Bd. 148700.

21 Referat 201 erläuterte am 25. März 1986, die in den 60er Jahren mit ca. 180 Mio. DM aus der Bundesrepublik errichtete Luftwaffenbasis Beja bilde „einen der Schwerpunkte der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit" und biete Trainingsmöglichkeiten für taktischen Tiefflug sowie den Luftkampf ohne Waffen. Die geltenden Vereinbarungen über die Benutzung von Beja liefen am 31. Juli 1988 ab: „Die Bundeswehr ist an einer Verlängerung interessiert. Sie möchte Beja in Zukunft noch intensiver als bisher nutzen (z. Z. ca. 5500 Flugstunden jährlich mit Alpha Jet, künftig könnte z. B. auch Hubschrauberausbildung für das Heer dort betrieben werden). Das BMVg hat Portugal bereits im September 1985 gebeten, die Verhandlungen über die Verlängerung der Abkommen aufzunehmen. Eine portugiesische Antwort steht bis heute aus." Vgl. Referat 201, Bd. 143356.

22 Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 27.

23 Vom 11. bis 13. April 1986 fand in Den Haag der sechste Kongreß der Europäischen Volkspartei statt. Dazu wurde in der Presse berichtet, Bundeskanzler Kohl habe eine gemeinsame Sicherheitspolitik der EG-Mitgliedstaaten gefordert. Auch der stellvertretende italienische Ministerpräsident Forlani habe erklärt, Europa müsse „neue Schritte zu einer Einigung in Freiheit unternehmen". Vgl. den Artikel „Kohl fordert gemeinsame Sicherheitspolitik der EG"; DIE WELT vom 14. April 1986, S. 5.

reit gezeigt. Sie stellten heute sogar Portugiesen Land zur Verfügung. Portugal werde versuchen, Angola beim Aufbau zu helfen. Wir dürften jedoch in bezug auf Angola nicht kurzfristig denken. Der angolanische Präsident[24] habe sehr deutlich gemacht, daß er eine Präferenz für den Westen habe.

Referat 200, Bd. 134815

101

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Regan, in Washington

204-321.00 USA-247/86 VS-vertraulich **15. April 1986**[1]

Gespräch BM mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Donald T. Regan, in Washington am 15. April 1986[2]

1) Terrorismus/Libyen

Auf Frage von BM nach der Wirkung des amerikanischen Angriffes auf Ziele in Libyen[3] meinte *Regan*: Man habe weniger erreicht, als die Piloten behaupteten, aber mehr, als die Kritiker wahrhaben wollten. Es sei ein Signal gewesen. Man habe die Wohnbereiche getroffen, wo Gaddafi lebte, wo das Zelt stehe, in dem er Besucher empfange. Man habe ein Flugzeug mit zwei Piloten verloren. *BM* betonte die Notwendigkeit, im Kampf gegen den Terrorismus zusammenzuarbeiten. Wir seien besonders betroffen. Wir hätten Walters zu verstehen gegeben, daß wir nicht für einen militärischen Schlag seien.[4] Jetzt müsse man überlegen, was weiter zu geschehen habe. Der Terrorismus sei schließlich nicht beendet worden. BM nannte folgende Maßnahmen:

– Stärkere Zusammenarbeit der Polizei.

24 José Eduardo dos Santos.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 21. April 1986 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen geleitet. Dazu vermerkte Braunmühl: „Anbei zwei Vermerke über die Gespräche von BM in Washington mit Regan und Poindexter. Ich schlage vor, von einer Verteilung abzusehen, aber StS Meyer-Landrut je ein Doppel von dort aus (beigefügt) zu geben." Ferner verfügte Braunmühl handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz „pers[önlich] z[ur] K[enntnisnahme]".
Hat Ploetz am 22. April 1986 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 22. April 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „D 2-W[ieder]v[orlage] 12 Monate = 21.4.87." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12976 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 14. bis 17. April 1986 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters am 13. April 1986 in Wachtberg-Pech; Dok. 97.

– Die Ost-Europäer, die den Anschlag in Berlin-West[5] verurteilt hätten, sollten angesprochen werden, in dem Sinne, daß die Ablehnung des Terrorismus auch in Taten bewiesen werden sollte.
– Mit den Arabern sollte gesprochen und konsultiert werden. Es gehe darum, sie von der Solidarisierung mit Gaddafi, zu der sie sich unter den gegebenen Umständen genötigt sehen, abzuhalten. Im übrigen müsse man sehen, daß der Terrorismus nicht nur von Libyen unterstützt werde.
– Hinsichtlich des libyschen Volksbüros hätten die Zwölf weitere Maßnahmen besprochen.[6]

Regan erwiderte: Man sei in Amerika verärgert gewesen über den Mangel an Zustimmung zu den amerikanischen Bemühungen. Die Erklärung des Bundeskanzlers[7] sei dagegen gut gemacht. *BM* stellte fest, daß der BK Verständnis nicht für die militärische Aktion, wohl aber für die Gefühle der Amerikaner zum Ausdruck gebracht habe. Niemand könne dafür besseres Verständnis haben als wir. Im übrigen unterschieden wir nicht, ob deutsche oder andere, insbesondere amerikanische Soldaten, die zu unserer Sicherheit in Deutschland seien, von terroristischen Anschlägen betroffen seien.

Regan meinte, dies sei in der Tat ein Gefühl sehr vieler Amerikaner: Die Amerikaner im Auslande seien zur Verteidigung aller da; deshalb müßten auch alle helfen. Man dürfe die Abwehr des Terrorismus nicht einem Lande alleine überlassen.

2) Weltwirtschaftsgipfel[8]

BM setzte sich für eine klare und deutliche Erklärung über die West-Ost-Beziehungen und andere Punkte ein. Außerdem müßten wir unsere Haltung zu den Handelsfragen, zum GATT klarstellen. Schließlich sollten wir uns zu den Weltwährungsfragen äußern. Wir hätten für die kürzliche Änderung in unserem System[9] einen Preis zu zahlen gehabt. Wir hätten die Änderung nicht für notwendig gehalten, seien aber wegen der starken französischen Wünsche darauf eingegangen.

5 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

6 Zu den am 14. April 1986 in Den Haag von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten beschlossenen Maßnahmen vgl. Dok. 97, Anm. 12.
Am 14./15. April 1986 fand in Den Haag eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Terrorismus-Bekämpfung" im Rahmen der EPZ statt. Vortragender Legationsrat Heldt, z. Z. Den Haag, teilte dazu am 15. April 1986 mit: „EPZ-Arbeitsgruppe hat am 15.4.86 in Ausführung Weisung […] der Außenminister-Erklärung vom 14.4.86 auf Grundlage entsprechenden TREVI-Papiers den erbetenen Maßnahmenkatalog verabschiedet. Der Katalog umfaßt im wesentlichen Maßnahmen mit Zielrichtung gegenüber einschlägigen Drittstaaten, und zwar im Bereich des W[iener]Ü[bereinkommens über]D[iplomatische Beziehungen] sowie auf anderen Gebieten (z. B. Sichtvermerkserteilung). […] Entsprechend deutscher Haltung im Ministerrat hat dt. Delegation hinsichtlich aller Maßnahmen mit Wirtschaftssanktions-Charakter Vorbehalt eingelegt." Heldt führte dazu aus: „Mit Verabschiedung Katalogs ist konstruktive Grundlage für außenpolitisch orientiertes Handeln der Zwölf bei der Terrorismus-Bekämpfung geschaffen worden. Katalog stellt zugleich wünschenswerte Harmonisierung mit Überlegungen TREVI-Gruppe und damit gute Basis für künftige Zusammenarbeit zwischen TREVI und EPZ in diesem Bereich dar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; Referat 515, Bd. 195701.

7 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 10.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 137.

9 Zur Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 89.

3) Handelsfragen EG/USA[10]

BM betonte, daß ein Handelskrieg vermieden werden müßte. Er selbst sei nicht einverstanden mit der scharfen Sprache der EG-Kommission. So etwas sei nicht gut. Wir hätten einen hohen Preis für die Erweiterung der EG gezahlt. Der gleiche Preis komme auf die USA zu. Beide hätten aber auch Vorteile, vor allem auch im politischen Bereiche im Zusammenhange mit der Mitgliedschaft Spaniens in der NATO. Er hoffe deshalb auf einen Erfolg der Gespräche. Man dürfe nicht vergessen, daß sich Deutschland und Großbritannien stets gegen eine Fett- und Öl-Steuer der Gemeinschaft ausgesprochen hätten.

Regan erwiderte: Die Gefühle im Kongreß zum Protektionismus, insbesondere im landwirtschaftlichen Bereiche, seien außerordentlich stark. Die Handelsbilanz zeige gewisse Verbesserungen. Immer noch aber hätte die EG einen riesigen Überschuß, auch Kanada und Japan, sogar Brasilien. Die Senatoren, die zur Wiederwahl anstünden[11], seien nervös. Ein Beispiel sei die kürzliche Erfahrung mit Kanada: Ein mit diesem Lande geschlossener Vertrag im vereinfachten Verfahren (fast track) sei am Freitag[12] im Finanzausschuß des Senats 12:6 abgelehnt worden. Dies sei für beide Seiten überraschend gekommen. Die Stimmung im Senat sei, daß andere Länder helfen müßten, das Defizit zu verringern. Andererseits wisse man, daß in der Zeit 1930/1932 die Einführung hoher Handelsschranken als Reaktion auf den Protektionismus anderer Länder zu furchtbaren Konsequenzen geführt habe.

BM drückte die Sorge aus, daß die Auseinandersetzungen über die Fragen des Terrorismus und der Handelsbeziehungen zu einer Spaltung der Allianz im öffentlichen Bewußtsein führen könnten. Wenn es dazu komme, wäre es ein Geschenk sowohl an Gaddafi als auch an Gorbatschow. Wir müßten zeigen, daß wir gemeinsame Ziele hätten. Trotz unterschiedlicher Meinungen über die Militär-Aktion müßten wir politisch zusammenarbeiten. Wir müßten über Luftsicherheit sprechen. Wir müßten auch mit den Piloten reden. Es sei nicht einzusehen, warum nicht bewaffnete Begleiter in den Flugzeugen mitfliegen sollten; die Israelis hätten gute Erfahrungen damit gemacht.

Regan betonte die Bedeutung der Einigkeit auf dem Weltwirtschaftsgipfel. Man müsse das Problem mit Kanada lösen. Sonst würden die Leute sagen: Wenn Reagan nicht einmal Mulroney helfen könne, was kann er dann für uns tun?

Auf Frage von BM erläuterte Regan die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft, die er insgesamt als besser, aber noch nicht den Wünschen der Regierung entsprechend bezeichnete. *BM* wies auf die positiven Zahlen in der deutschen Wirtschaftsentwicklung hin, die *Regan* anerkannte. Zur Arbeitslosigkeit meinte *BM*: Sie sei immer noch hoch, verringere sich aber. Dies werde einen Eindruck auf die Menschen machen. Am 25. Januar 1987 werde die Koalition die Bundestagswahlen gewinnen.[13] Insgesamt werde das Ergebnis etwas

10 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 88.

11 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

12 11. April 1986.

13 Bei den Wahlen zum Bundestag am 25. Januar 1987 erhielten CDU und CSU zusammen 44,3 % der Stimmen, die FDP kam auf 9,1 %. Die SPD erreichte 37 %, die Grünen 8,3 %.

schlechter ausfallen als beim letzten Mal[14] – vielleicht werde die Mehrheit von 57% zurück auf 52% sinken, aber sie werde erhalten bleiben. Die Wahlen in Niedersachsen[15] würden sehr schwierig sein.

Auf Frage von Regan nach den Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler[16] stellte BM fest: Es werde nicht zur Eröffnung eines Strafverfahrens kommen. Er hoffe, daß die Sache im Mai, also rechtzeitig vor den Niedersachsen-Wahlen, eingestellt werde.

VS-Bd. 12976 (204)

102

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

500-503.70-256/86 VS-vertraulich **15. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Erste völkerrechtliche Stellungnahme zu US-Militäraktion gegen Libyen am 15.4.1986[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Nach derzeitigem Informationsstand haben die USA von Basen in Großbritannien und von ihren Flugzeugträgern im Mittelmeer aus militärische Einsätze gegen militärische Ziele in Libyen durchgeführt. In einer ersten völkerrechtlichen Beurteilung ist hierzu folgendes zu sagen:

I. 1) Sollte es sich bei dieser Aktion um eine reine „Vergeltung" oder „Bestrafung" handeln, so ist nicht ersichtlich, auf welchen völkerrechtlichen Rechtfertigungsgrund sich die Amerikaner berufen könnten.

14 Bei den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 erhielten CDU und CSU zusammen 48,8% der Stimmen, die FDP 7%. Die SPD erzielte 38,2% der Stimmen. Die Grünen zogen mit 5,6% erstmals in den Bundestag ein.

15 Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 15. Juni 1986 erreichte die CDU 44,3% der Stimmen, die SPD erzielte 42,1%. Die Grünen kamen auf 7,1%, die FDP auf 6%.

16 Zu den Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften in Koblenz und Bonn gegen Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Die Ermittlungsverfahren gegen Kohl wurden am 20. Mai 1986 in Koblenz bzw. am 30. Mai 1986 in Bonn eingestellt. Vgl. dazu die Artikel „Das Koblenzer Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler eingestellt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Mai 1986, S. 1, bzw. „Nun auch die Bonner Ermittlungen gegen den Bundeskanzler eingestellt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Mai 1986, S. 1.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Löschner konzipiert.
Hat den Vortragenden Legationsräten Bitterlich und Ischinger am 16. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 21. Mai 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 500 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM hat K[enn]tnis."
Hat Löschner am 22. Mai 1986 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. April 1986 vorgelegen.

3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen vgl. Dok. 100, Anm. 8.

2) Sofern sich die USA auf das Recht zur individuellen Selbstverteidigung nach Art. 51 der VN-Charta[4] – und damit auf eine zulässige Ausnahme von dem umfassenden Gewaltverbot des Art. 2 Abs. 4 der VN-Charta[5] – berufen, wäre Voraussetzung dafür ein bewaffneter Angriff Libyens. Hierbei wäre allenfalls an Art. 3 g der Aggressionsdefinition der Vereinten Nationen zu denken (Entschließung der GV 3314/XXIX vom 14.12.74[6]). Danach wäre eine „Aggression" im Sinne des bewaffneten Angriffs des Art. 51 der VN-Charta in der Entsendung von bewaffneten Banden zu sehen, die in einem anderen Staat bewaffnete Gewaltakte verüben, die in ihrer Schwere Angriffshandlungen regulärer Streitkräfte vergleichbar sind. Für das Vorliegen dieser Voraussetzung wären die USA beweispflichtig.

3) Am ehesten käme eine völkerrechtliche Rechtfertigung der US-Maßnahmen unter dem Aspekt der Abwehr einer anhaltenden, unmittelbaren und konkreten terroristischen Gefährdung in Betracht, welche Libyen zuzurechnen ist. Auch für das Vorliegen dieser Zurechenbarkeit wären die Amerikaner beweispflichtig. Im übrigen müßten sich ihre Maßnahmen im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bewegen. Bei den US-Maßnahmen würde es sich gleichsam um eine Gefahren abwehrende Polizeiaktion unterhalb der Schwelle „bewaffneter Angriff/Akt der Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charta" handeln. Die Staatengemeinschaft hat den internationalen Terrorismus einstimmig mit Entschließungen des Sicherheitsrats und der GV der VN verurteilt (Nr. 579 vom 18.12.85[7] bzw. Nr. 40/61 vom 9.12.85[8]).

II. Für den Fall, daß die USA um unsere Unterstützung bei möglichen weiteren Aktionen bitten, ist auf folgendes hinzuweisen:

1) Die USA selbst haben die Zusammenstöße mit Libyen anläßlich der US-Manöver in der „Großen Syrte"[9] (Angriffe regulärer libyscher Streitkräfte auf US-Schiffe und -Flugzeuge im Mittelmeer) als bilateralen Konflikt angesehen und erklärt, das Bündnis nicht in Anspruch nehmen zu wollen. Damit schieden Bündnisverpflichtungen der NATO-Partner von vorneherein aus. Auch bei den folgenden Konsultationen bedienten sich die USA nicht der Allianzgremien, sondern entsandten Botschafter Vernon Walters zu bilateralen Konsultationen in einzelne Hauptstädte.[10] Die europäischen Partner der USA haben sich ebenfalls nicht im NATO-Rahmen, sondern im EPZ-Rahmen auf Außenministerebene konsultiert.[11]

4 Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

5 Für den Wortlaut von Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 436 f.

6 Im Anhang zu Resolution Nr. 3314 der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 wurde eine Definition von Aggression vorgenommen. Für den Wortlaut von Ziffer 3 g vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 393. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 320.

7 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 579 des VN-Sicherheitsrats vom 18. Dezember 1985 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1985, S. 24 f.

8 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 40/61 der VN-Generalversammlung vom 9. Dezember 1985 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXIV, S. 507 f.

9 Zu den amerikanischen Manövern in der „Großen Syrte" vgl. Dok. 83, Anm. 2.

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters am 13. April 1986 in Wachtberg-Pech; Dok. 97.

11 Zur außerordentlichen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag vgl. Dok. 97, Anm. 12.

Eine Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zur „Beistandsleistung“ gemäß NATO-Vertrag[12] ist damit gegenwärtig nicht ersichtlich.

2) Eine etwaige Benutzung der US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland für militärische Maßnahmen gegen Libyen wäre bei dieser Sachlage von unserer Zustimmung abhängig. Mangels Vorliegens des Bündnisfalles ergibt sich weder aus dem Aufenthaltsvertrag[13], dem NATO-Truppenstatut mit Zusatzabkommen[14] noch dem NATO-Vertrag ein Recht zur Benutzung der US-Militärbasen auf deutschem Boden zum Zwecke von Militäraktionen gegen Libyen ohne Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland.

Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, daß bei Entscheidung über eine mögliche Zustimmung zu berücksichtigen wäre, daß sich die Frage der völkerrechtlichen Zurechenbarkeit stellen würde, wenn der Territorialstaat, also wir, die Benutzung von auf seinem Boden befindlichen Militäranlagen und/oder seiner Fazilitäten zu diesem Zweck gestattet.

Diese rechtlichen Überlegungen stehen im Einklang mit der Haltung der Bundesregierung anläßlich der Benutzung des Bremerhavener Hafens durch US-Streitkräfte zum Umschlag von US-Waffen auf israelische Schiffe 1973.[15] Entsprechend bewerteten wir 1980 die Frage der Benutzung amerikanischer Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland für militärische Transporte in den Mittleren Osten anläßlich des irakisch/iranischen Krieges.[16] Hinzuweisen wäre in diesem Zusammenhang auch auf die Beschlußfassung des BSR (Beschluß vom 3.11.82[17]) und die bestehende Praxis der Einholung der Zustimmung der Bundesregierung durch die Amerikaner für die Benutzung von US-Basen in der Bundesrepublik Deutschland zum Transit bei US-Übungen im Nahen und Mittleren Osten.[18]

Bertele

VS-Bd. 12403 (500)

12 Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 253–255.

14 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) sowie des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214 bzw. S. 1218–1312.

15 Während des Jom-Kippur-Kriegs lieferten die USA Rüstungsgüter vom Bundesgebiet aus an Israel. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 322, Dok. 335, Dok. 337, Dok. 342 und Dok. 343.

16 Zur Frage der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Einsätze in Südwestasien vgl. AAPD 1980, II, Dok. 311.

17 Korrigiert aus: „15.11.82“.
Der Bundessicherheitsrat befaßte sich am 3. November 1982 mit der Frage von Out-of-area-Einsätzen. Ministerialdirigent Dröge vermerkte dazu am 26. November 1982: „Wir haben unsere vorläufige Haltung […] festgelegt, indem wir grundsätzlich Solidarität mit den USA bei Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen – besonders in Südwestasien – ausdrücken, jedoch gleichzeitig unsere auf Förderung von Unabhängigkeit und echter Blockfreiheit gerichtete Dritte-Welt-Politik unterstreichen sowie auf Grenzen unseres möglichen Engagements (keine Bundeswehr-Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsbereichs!) hinweisen.“ Vgl. VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

18 Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Flüge in den Nahen Osten vgl. AAPD 1984, II, Dok. 268, und AAPD 1985, I, Dok. 3.

103

Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2335/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 479
Citissime nachts

Aufgabe: 15. April 1986, 12.15 Uhr[1]
Ankunft: 15. April 1986, 12.29 Uhr

Washington: bitte sofort Delegation Bundesminister zuleiten[2]

Betr.: Militärische Aktion der Vereinigten Staaten gegenüber Libyen[3];
hier: Erörterung im Bündnis

1) Bei einem vom Generalsekretär einberufenen informellen Treffen der Ständigen Vertreter heute (15. April) um 9.00 Uhr gab der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten[4] eine Erklärung zur Begründung der amerikanischen militärischen Aktionen gegenüber Libyen ab. Wortlaut dieser Erklärung folgt in der Anlage.[5]

Er wies darauf hin, daß den Vereinigten Staaten bedeutendes umfangreiches Material über libysche Pläne für terroristische Aktionen gegenüber den Vereinigten Staaten vorlägen. Insbesondere gäbe es Beweise dafür, daß die jüngsten Attentate gegen amerikanische Einrichtungen und amerikanische Bürger in Berlin[6] und in Paris[7] von Libyen zu verantworten seien. Beweismaterial liege dafür vor, daß Libyen Terroraktionen gegen amerikanische Bürger in zwölf anderen Ländern in unmittelbarer Zukunft vorbereite (Sudan, Bundesrepublik Deutschland, Türkei, Syrien, Spanien, Zentralafrikanische Republik, Kenia sowie in einigen lateinamerikanischen Staaten). Angesichts der überzeugenden Beweise und der Bedrohung durch Gaddafis zukünftige Absichten habe der Präsident[8] sich gezwungen gesehen (has reluctantly taken the decision), den Befehl zu militärischen Aktionen gegen Einrichtungen in Libyen zu geben, von denen aus libysche Terroraktionen geplant und unterstützt würden. Obwohl die Vereinigten Staaten sich nicht der Illusion hingäben, daß die von Gaddafi ausgehende Terrorismus-Bedrohung mit diesen Maßnahmen ausgemerzt werden könne, seien sie doch davon überzeugt, daß jetzt gezeigt werden müsse,

1 Hat den Vortragenden Legationsräten Bertram und Freiherr von Stackelberg am 15. April 1986 vorgelegen.
2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.
3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
4 David M. Abshire.
5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12081 (201).
6 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.
7 Am 11. April 1986 wurde berichtet, der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, habe in einer Rede am 9. April 1986 in Atlanta ausgeführt, die kürzliche Ausweisung zweier libyscher Diplomaten aus Frankreich habe höchstwahrscheinlich ein Attentat auf den amerikanischen Botschafter in Paris, Rodgers, verhindert. Vgl. dazu den Artikel „Officials Say U.S. Warned Of Bomb, Minutes Too Late“; THE NEW YORK TIMES, 11. April 1986, S. A 1 und A 10.
8 Ronald W. Reagan.

daß Libyen für solche terroristischen Aktivitäten einen hohen Preis zu bezahlen habe. Gegenüber dem von Libyen ausgehenden weltweiten Terrorismus, der die Bürger vieler Länder bedrohe, empfänden die Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung, weil sie in der Lage seien, in entschiedener Weise zu handeln (because we are in a position to act decisively). Der Präsident der Vereinigten Staaten erhoffe die Unterstützung seiner Haltung durch die Verbündeten.

Eine Aussprache über diese Darlegungen fand nicht statt.

2) Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten unterrichtete weiterhin darüber, daß der Deputy Undersecretary Whitehead am Donnerstag (17.4.) oder Freitag (18. April) bereit sei, die Verbündeten in Brüssel über die weitere Entwicklung zu unterrichten, die amerikanischen Erkenntnisse und Beweise für die libyschen terroristischen Pläne darzulegen und ggfs. Reaktionen der Verbündeten zu hören.

Gegen den beabsichtigten Besuch von Whitehead wurden keine Bedenken geltend gemacht. Es herrschte jedoch Übereinstimmung dahin, daß Whitehead mit den Ständigen Vertretern in kleinstem Kreis, 1 plus 1, und nicht in dem üblichen Ratsformat zusammenkommen solle. Von einer Reihe von Ständigen Vertretern wurde darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, daß Whitehead nicht erst am 17. oder 18. April, sondern sobald wie möglich vor diesen Terminen nach Brüssel komme.[9]

3) Die kurze Erörterung, die sich im wesentlichen um Prozedurfragen drehte – informelle Sitzung oder übliche Ratssitzung –, ließ die starke Zurückhaltung erkennen, mit welcher die Verbündeten das amerikanische Vorgehen beurteilen. Es wurde deutlich, daß die Meinung vorherrschte, daß es sich hierbei nicht um eine Bündnisangelegenheit handele, wohl aber das Bündnis dennoch mittelbar betroffen sei. Eine Unterstützung der amerikanischen Haltung wurde von keiner Seite erkennbar.

Der britische Ständige Vertreter[10] wies auf die Wichtigkeit hin, den Verbündeten die der amerikanischen Seite vorliegenden Erkenntnisse in vollem Umfang zugänglich zu machen. Diese Erkenntnisse, die seiner Regierung vorlägen, hätten die Premierministerin[11] zu ihrem Verhalten veranlaßt. Es sei dringend erforderlich, daß die Informationen, die Whitehead nach Brüssel mitbringen werde, gleichzeitig oder vorher auch den Hauptstädten bekanntgemacht würden.

9 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead nahm am 18. April 1986 an einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats teil. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete dazu am selben Tag: „Der Bericht Whiteheads erbrachte hinsichtlich der politischen Beweggründe, des Ablaufs, der tatsächlichen Ergebnisse und der internationalen Reaktionen keine über die bisherige Berichterstattung hinausgehenden Erkenntnisse der Aktion aus amerikanischer Sicht. Bemerkt wird lediglich folgendes: USA könnten über das bereits den Bündnispartnern Gesagte hinaus ihre Erkenntnisse über den libyschen Terrorismus nicht weiter präzisieren, da sonst ihre Quellen aufgedeckt würden und die Fähigkeit der US zum Schutz von bedrohten Personen und Einrichtungen beeinträchtigt würde. Whitehead bat die Bündnispartner, darauf zu vertrauen, daß, wenn der US-Präsident erkläre, er besitze ausreichende Unterlagen und Beweise für eine Beteiligung Libyens an terroristischen Aktionen und Plänen, dies den Tatsachen entspreche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 519; VS-Bd. 12081 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

10 John Graham.

11 Margaret Thatcher.

Der kanadische Ständige Vertreter[12] ersuchte den amerikanischen Ständigen Vertreter darum, die vorliegenden Erkenntnisse über die potentiellen Ziele (target list) libyscher Terroranschläge bekanntzumachen.

4) Der Generalsekretär[13] wird auf Presseanfragen auf die Reaktionen der Hauptstädte sowie darauf verweisen, daß es sich um eine nationale Operation (national operation) handele und daß er dem, was die Hauptstädte gesagt hätten, nichts hinzuzufügen habe. (Wortlaut der Sprachregelung für den Generalsekretär folgt mit gesondertem Bericht.)

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 12081 (201)

104

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1644 **Aufgabe: 15. April 1986, 22.10 Uhr**[1]
Ankunft: 16. April 1986, 05.18 Uhr

Betr.: Besuch von BM Genscher in Washington[2];
hier: Gespräch mit AM Shultz über die Ereignisse in Libyen[3] und Terrorismus allgemein am 15.4.

Zur Unterrichtung

Im Beisein seines Stellvertreters Whitehead und des amtierenden Leiters der Europaabteilung, Woessner, bezog sich AM Shultz zunächst auf die Erklärung des FDP-Vorsitzenden Bangemann.[4] Die ihm vorliegende englische Überset-

12 Gordon Scott Smith.

13 Lord Carrington.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.
Hat Legationsrat I. Klasse Görgens am 18. April 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte 2 Kopien für Gö[rgens] 311."

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. auch Dok. 101, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

4 Zu den Äußerungen des Bundesministers Bangemann wurde in der Presse berichtet, nach Bekanntwerden der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen habe dieser nachts über einen Sprecher der FDP erklären lassen: „Das Bombardement der Reagan-Regierung sei eine Maßnahme, […] ‚für die wohl kaum Verständnis zu finden sein wird' und die auf keinen Fall dazu geeignet sei, den internationalen Terrorismus nachhaltig zu bekämpfen." Vgl. den Artikel „Übung im Eiertanz"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. April 1986, S. 3.
Ferner wurde berichtet, Bangemann habe auf einer Pressekonferenz am 15. April 1986 in Hannover gesagt, „der amerikanische Angriff könne eine Spirale der Gewalt in Gang setzen. Er glaube nicht, daß Gewalt der richtige Weg sei, Gewalt zu bekämpfen. Vielmehr müsse gegen die Ursachen des Terrorismus im arabischen Raum vorgegangen werden." Vgl. den Artikel „Bonn von Militäraktion völlig überrascht"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. April 1986, S. 1.

zung hatte bei ihm Kritik ausgelöst. Die Erklärung des Bundeskanzlers[5] sei hier willkommen geheißen worden.

Sie habe zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland jede Form des Terrorismus zurückweise, aber auch darauf hingewiesen, daß Gaddafi mit einer Reaktion der Selbstverteidigung rechnen müsse. Die amerikanische Zustimmung zur BK-Erklärung werde hier öffentlich geäußert werden.[6] Die amerikanische Regierung sei gerne bereit, gemeinsam zu ergründen, wie man die vom BK genannten beiden Ziele der gemeinsamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des Einsatzes politischer Mittel am besten aufgreife. Der Terrorismus bedrohe die Amerikaner überall auf der Welt, mehr so als auf eigenem Territorium. Er sei ein internationales Problem, an das alle gemeinsam mit Bestimmtheit herangehen müßten. Alle bisherigen amerikanischen Maßnahmen hätten sein Anwachsen nicht verhindern können. Gaddafi habe sich immer stärker des Terrorismus bedient, es seien nicht die Amerikaner, wie Frankreich behaupte, die durch ihr Vorgehen den Terrorismus eskalieren[7]. Gaddafi müsse lernen zu begreifen, daß ihn die Kosten träfen. Es sei gut, daß der Weltwirtschaftsgipfel[8] bevorstehe. Man werde sehen, ob F bereit sei, dieses Thema dort zu behandeln.[9] Sein Vertreter Whitehead reise morgen zur OECD.[10] Er werde auch nach Brüssel fahren, um die NATO zu unterrichten.[11]

BM erwiderte, in keinem anderen Land träfe man auf mehr Verständnis für Empörung über Terrorismus als in Deutschland. Wir hätten eine langjährige leidvolle Erfahrung, und auch er selbst habe sehr persönliche Erfahrungen und Erinnerungen an terroristisches Vorgehen während der Münchener Olympiade[12]. Erst vor kurzem hätte Sonderbotschafter Walters noch bestätigt, daß die Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus zwischen deutschen und amerikanischen Dienststellen bei weitem am besten funktioniert.[13] Die deutschen Gegenmaßnahmen seien die effektivsten, was nicht einfach sei, da Deutschland nicht wie GB eine Insel sei und nicht nur wie die USA zwei Nachbarn hätte. Die Bundesregierung hätte noch in letzter Zeit Schritte gegen Li-

5 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 10.

6 In einem Interview mit verschiedenen Korrespondenten über „Worldnet“ führte der amerikanische Außenminister Shultz am 16. April 1986 aus: „I might say in that regard that Chancellor Kohl's statement yesterday was a very thoughtful and helpful statement. In particular we noted his call to move forward now in more and more effective efforts to counter terrorism on a joint basis.” Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2111, S. 10.

7 In einer Erklärung des französischen Außenministeriums vom 15. April 1986 wurde dargelegt, daß die Militäraktion gegen Libyen vom selben Tag eine amerikanische Entscheidung gewesen sei. Die französische Regierung sei von den USA unterrichtet worden und habe den Überflug ihres Territoriums verweigert: „Elle déplore que l'escalade intolérable du terrorisme ait conduit à une action de représailles qui relance elle-même l'enchaînement de la violence.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (März/April), S. 37.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 137.

9 Am 4. Mai 1986 fand in Tokio ein Gespräch der Außenminister der G-7 u. a. über Terrorismus statt. Vgl. dazu Dok. 132.

10 Am 17./18. April 1986 fand in Paris eine Sitzung des OECD-Ministerrats statt.

11 Zu den Äußerungen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead im Ständigen NATO-Rat am 18. April 1986 in Brüssel vgl. Dok. 103, Anm. 9.

12 Zum Anschlag auf die Olympischen Sommerspiele am 5. September 1972 vgl. Dok. 12, Anm. 32.

13 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters am 13. April 1986 in Wachtberg-Pech; Dok. 97.

byen unternommen.[14] In Deutschland würde nicht unterschieden, wer Opfer eines terroristischen Anschlages sei, [15]klagten jedes Mal das menschliche Opfer, und jeden Terroranschlag werteten wir als Provokation und als Herausforderung gegen uns selbst, gegen unsere Freunde und unsere amerikanischen Alliierten. Zweifelsohne empfinde BM Bangemann ebenso. Wenn er in seiner Äußerung von mangelndem Verständnis gesprochen habe, so habe er dabei in keiner Weise die Gefühle der Amerikaner verletzen wollen. Es gebe auch keinen Anlaß zur Verärgerung, da die Erklärung des Bundeskanzlers vom Koalitionspartner FDP voll mitgetragen werde.

Für die deutsche Seite sei entscheidend, mit welchem Programm der Terrorismus am erfolgreichsten bekämpft werden könnte. Es sei schwierig zu beurteilen, ob ein Mensch wie Gaddafi realisiere, daß er hier den Preis für eigenes Vorgehen bezahle. BM glaube, daß Sicherheitsmaßnahmen im internationalen Luftverkehr noch verschärft werden sollten; auch müsse die Praxis der Visaerteilung an Libyer und andere radikale Araber sorgfältig überprüft werden. Die Erklärung der zwölf europäischen Außenminister von gestern[16] habe sich bewußt nicht nur gegen Libyen, sondern auch andere einschlägige Länder gewandt. Libyen sei nicht die einzige Basis des Terrorismus. Er, BM, habe schon immer sich dafür eingesetzt, die Verbindungen zu den moderaten arabischen Ländern zu vertiefen. Diese seien über den Terrorismus ebenso besorgt wie wir. Sie stünden unter starkem Druck, sich mit Gaddafi solidarisch zu zeigen. Wir könnten ihrer Dankbarkeit sicher sein, wenn wir ihnen zeigten, wie man mit dem Terrorismus fertig werde. Wir müßten uns weiter überlegen, welche Anstöße einer Nahost-Friedenslösung gegeben werden könnten. AM Shultz warf an dieser Stelle ein, das Beispiel Sadat habe gezeigt, daß Gaddafi und ähnliche Kräfte sich gegen diejenigen wendeten, die im Friedensprozeß aktiv würden. BM stellte die Gegenfrage, ob dies für uns Grund zur Zurückhaltung sein sollte. Wir müßten die Länder schützen, die zur Zusammenarbeit bereit seien, hier denke er besonders an Jordanien und Ägypten. Sicherlich bedürfe es auch des Mitwirkens von Syrien. Die Rede des israelischen MP Peres vor den VN[17] habe ihn, BM, sehr beeindruckt.

BM erwähnt die öffentlichen Verurteilungen des Westberliner Bombenanschlags[18] durch die DDR[19] und die SU[20] und fragt auch unter Hinweis auf die gestrige

14 Zur Ausweisung von zwei Angehörigen des libyschen Volksbüros am 9. April 1986 vgl. Dok. 92, Anm. 18.

15 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

16 Zur Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 14. April 1986 vgl. Dok. 97, Anm. 12.

17 Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Peres am 21. Oktober 1985 in New York; Dok. 37, Anm. 9.

18 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

19 Zur Erklärung des Außenministeriums der DDR vom 9. April 1986 vgl. den Artikel „DDR verurteilt Terrorismus“; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. April 1986, S. 2.

20 Botschaftsrat I. Klasse Eggers, Moskau, berichtete am 7. April 1986, die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ habe am selben Tag eine Meldung über den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 abgedruckt, die bereits am Vortag im englischsprachigen Dienst der Nachrichtenagentur TASS sowie im Fernsehen verbreitet worden sei: „Erster Absatz ist objektiver Berichterstattung der Ereignisse gewidmet und weist auf Anwesenheit zahlreicher US-Soldaten in Diskothek hin, während zweiter Absatz, verwoben in eine allgemeine Ablehnung des intern[ationalen] Terrorismus durch die SU, eine Verurteilung des Berliner Anschlags darstellt.“ Wörtlich heiße es: „Kommentatoren, die näher auf die intern. Reaktion auf diesen Terrorakt eingehen, weisen

Einbestellung des sowjetischen Geschäftsträgers nach amerikanisch-sowjetischen Kontakten auf diesem Gebiet.

AM Shultz erwiderte, daß man den scheidenden sowjetischen Botschafter Dobrynin hier über die gegen Libyen bestehenden Erkenntnisse informiert und eine amerikanische Reaktion angekündigt habe. Dem sowjetischen Geschäftsträger habe man gestern erläutert, daß das amerikanische Vorgehen in keiner Weise gegen sowjetische Interessen gerichtet sei. Die sowjetische Reaktion heute sei die Mitteilung gewesen, daß zu dieser Zeit und unter diesen Umständen AM Schewardnadse nicht zu dem für Mai vereinbarten Treffen[21] nach Washington kommen könne.[22] Von amerikanischer Seite werde dies bedauert, eine große Tagesordnung warte auf Erledigung …

Die Amerikaner sähen in der sowjetischen Reaktion auf diesen amerikanischen Akt der Selbstverteidigung mangelnde sowjetische Überzeugung in den Wert der Gipfelbegegnungen. Die Sowjets hofften wohl immer noch, ihre Ziele auch ohne Gipfelbegegnung durch Auseinanderdividieren der westlichen Verbündeten zu erreichen.

BM stimmte ihm zu, daß eine Spaltung der Europäer von den Amerikanern nicht eintreten dürfe, daß die bestehende Geschlossenheit auch bei der Bekämpfung des Terrorismus beibehalten werden müsse. Die SU könne im Kampf gegen den Terrorismus nicht außen vor gelassen werden. Er habe schon gesagt, daß kein anderes Land so sehr unter dem Terrorismus, dem eigenen und dem internationalen, leide wie Deutschland. Wir könnten nicht akzeptieren, daß die Amerikaner aus unserem Land hinausgebombt würden. Dieses Endziel jedoch strebten einige terroristische Gruppen an. Wir dürften nicht zulassen, daß sie Mißtrauen zwischen die westlichen Verbündeten säten.

BM erkundigte sich, ob es eine Bestätigung der Meldung über einen libyschen Angriff gegen amerikanische Installationen auf einer italienischen Insel gebe. AM Shultz antwortete, daß eine nicht näher identifizierte Rakete auf eine Coast-

Fortsetzung Fußnote von Seite 557

auch auf die grundsätzliche Position der SU hin. Die UdSSR, so betonen sie, ist der Auffassung, daß Krisen und Konflikte ein fruchtbarer Boden für den intern. Terrorismus sind, und lehnt entschieden den Terrorismus in allen seinen Formen ab, ob es sich nun um nichterklärte Kriege, um Versuche des Exports von Konterrevolution, politischen Mord, Geiselnahme oder Flugzeugentführungen und Explosionen handelt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 906; Referat 213, Bd. 139303.

21 Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 8. April 1986 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium bzw. der sowjetischen Botschaft in Washington über die Abschiedsbesuche des scheidenden sowjetischen Botschafters Dobrynin bei Außenminister Shultz am 7. bzw. Präsident Reagan am 8. April 1986: „Beide Seiten haben sich auf ein Außenministertreffen in Washington Mitte Mai geeinigt. Ein genaues Datum ist noch nicht festgelegt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1510; Referat 204, Bd. 135354.

22 Botschafter Kastl, Moskau, übermittelte am 16. April 1986 Informationen des amerikanischen Botschafters in Moskau, Hartman: „Neu ernannter Stv. AM Bessmertnych (bisher Leiter der Amerika-Abteilung) habe ihn am Nachmittag des 15.4. einbestellt während der Zusammenkunft sowjet[ischer] Führung, bei der über sowjet. Reaktion beraten und die am Abend bekanntgegebene Regierungserklärung verabschiedet wurde. B. habe aus zwei Papieren vorgetragen. Inhalt erster Erklärung habe weitgehend dem Wortlaut der später veröffentlichten Regierungserklärung entsprochen. Wie diese mündete sie in Absage des verabredeten AM-Treffens für gegenwärtigen Zeitpunkt." Kastl legte dazu dar: „In Viererrunde waren wir uns mit amerikan[ischem] Botschafter einig, daß Sowjets ihre Reaktion bei aller verbalen Schärfe auf Minimum beschränkten. Gewicht der Absage des AM-Treffens wird dadurch relativiert, daß sich an dieses Treffen im Licht der Dobrynin-Gespräche in Washington ohnehin keine allzu großen Erwartungen knüpften." Vgl. den Drahtbericht Nr. 988; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

Guard-Installation abgefeuert worden sei. Der Abschuß sei sehr wahrscheinlich von Land aus erfolgt in der Nähe des Standorts der amerikanischen Flotte.[23]

Auf Erwähnung durch BM, daß deutscherseits das Personal der Bonner libyschen Volksvertretung reduziert worden sei, und die Frage von AM Shultz, warum Bonn das Volksbüro nicht schließe, erwiderte BM, dafür lägen keine ausreichenden Erkenntnisse vor. Als Beispiel erwähnte er eine erfolglos gebliebene Durchsuchung einer[24] libyschen Wohnung in Bonn nach Sprengstoff. BM erkundigte sich nach den amerikanischen Zielen der gestrigen Operation. AM Shultz erwiderte, es seien fünf Ziele angegriffen worden. Zwei militärische Flugplätze in der Nähe von Tripolis und Bengasi. Ferner zwei Kasernen der „Prätorianer". Diese Ziele seien gedacht als Hinweise an das libysche Militär, welches nicht ganz hinter Gaddafi stünde, daß ihre Ausrüstung ihnen genommen werden könnte. Das fünfte Ziel sei ein terroristisches Ausbildungszentrum gewesen.

[25]Schließlich hofften die Amerikaner, eine Nachrichtenzentrale zerstört zu haben. Endgültige Erkenntnisse lägen jedoch noch nicht vor. AM Shultz wies darauf hin, daß der amerikanische Gegenschlag proportional gewesen sei und in Ausübung des amerikanischen Rechts auf Selbstverteidigung gemäß der VN-Charta[26] erfolgt sei. Es sei wichtig, daß hierdurch die USA signalisiert hätten, daß sie zum Einsatz ihrer militärischen Macht gegen den Terrorismus bereit seien. Dies sei bislang bezweifelt worden.

Frankreich und Deutschland hätten durch ihre Unterstützung dieser Botschaft noch mehr Rückhalt verschafft.

Abschließend empfahl AM Shultz, daß BM bei seiner Pressebegegnung nach dem Termin bei Präsident Reagan[27] nach Möglichkeit Ausführungen darüber machen sollte, daß der Terrorismus für Deutschland inakzeptabel sei, daß jedes terroristische Opfer in Deutschland beklagt werde. Es sei für das amerikanische Publikum wichtig, dieses zu hören, damit es nicht das Gefühl habe, von den westlichen Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus allein gelassen geworden zu sein.

[gez.] van Well

Referat 311, Bd. 137906

23 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 16. April 1986, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag habe der italienische NATO-Botschafter Fulci über einen Zwischenfall „in unmittelbarer Nähe der Insel Lampedusa" informiert: „Am 15. April um 17.10 OZ seien zwei Explosionen etwa 300 m vor der Küste beobachtet worden. Sach- oder Personenschäden (es befinden sich 30 US Coast Guards und eine Radarstation auf der Insel) seien nicht entstanden. Ursache der Explosion habe nicht festgestellt werden können, italienische Flugzeuge hätten keine feindlichen Einheiten entdeckt. Libysche Nachrichtenagentur habe jedoch von erfolgreicher Mission gegen Insel berichtet. I hält es für wahrscheinlich, daß vom libyschen Festland aus (Entfernung 150 Meilen) zwei Scud-Raketen abgeschossen wurden. Libyschem Botschafter in Rom sei italienischer Protest übermittelt worden. Italienische Regierung sei entschlossen, auf jeden Angriff wirksam zu antworten. […] Sicherheitsrat italienischer Regierung werde in Kürze zusammentreten. US Ständiger Vertreter wies darauf hin, Sechste US-Flotte stehe zum Schutz der Insel bereit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 500; VS-Bd. 12081 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

24 Korrigiert aus: „seiner".

25 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1645 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

26 Vgl. dazu Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

27 Zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher gegenüber der Presse im Anschluß an sein Gespräch mit Präsident Reagan am 16. April 1986 in Washington vgl. den Artikel „Genscher schlägt Zusammenarbeit mit Arabern vor"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. April 1986, S. 11.

105

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1646 **Aufgabe: 15. April 1986, 22.24 Uhr**[1]
Ankunft: 16. April 1986, 05.28 Uhr

Betr.: Besuch von BM Genscher in Washington[2];
hier: Gespräch mit AM Shultz zum West-Ost-Verhältnis am 15.4.1986

Zur Unterrichtung

BM erkundigte sich nach der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und dem Ausblick auf die Genfer Verhandlungen. AM Shultz erwiderte, die Einschätzung zuletzt sei positiv gewesen. Bei der Abschiedsrunde von Botschafter Dobrynin habe man sich auf ein Datum für das Treffen mit AM Schewardnadse (14. bis 16. Mai in Washington) einigen können.[3] Man sei ferner übereingekommen, die Vorbereitungen für den Gipfel zu intensivieren. Für die bilateralen regionalen und Abrüstungsthemen sei ein Arbeitsprogramm erstellt worden. Die Sowjets hätten großes Gewicht auf einen Test-Stopp gelegt, sie hätten ferner den Eindruck vermittelt, als ob bei INF zumindest eine grundsätzliche Einigung möglich sei. Zu beiden Bereichen hätten die Amerikaner Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreitet.[4] Amerikanischerseits sei ein Test-Stopp oder ein Test-Moratorium solange abgelehnt worden, als beide Seiten über Kernwaffen verfügten und sich auf sie verließen. Im Abrüstungsbereich seien zudem radikalere Reduzierungen notwendig. Es hätte in diesem Jahr mehr Bewegung geben müssen, um 1987 Ergebnisse erzielen zu können. Auch bei der KVAE sei ein Fortschritt in Sicht gewesen, dann aber hätten die Sowjets ohne Begründung den Besuch ihres KVAE-Delegationsleiters in Washington abgesagt.[5] Im Bereich der konventionellen Waffen und bei MBFR sei die sowjetische Einlassung unzureichend. Für regionale Themen bestünde schließlich Aussicht auf konstruktive Gespräche. Nach diesem insgesamt positiven Ansatz sei die jetzige Absage des Treffens mit AM Schewardnadse[6] enttäuschend. Die Amerikaner blieben jedoch zu weiterer konstruktiver Arbeit bereit. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Gipfelbegegnung Ende Juli noch im Bereich des Möglichen gewesen – jetzt sei ein Gipfeltermin wieder ganz offen. Die Sowjets

1 Hat Legationsrat I. Klasse Quelle am 16. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schönfelder und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Studnitz am 21. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. auch Dok. 101, Dok. 104, Dok. 107 und Dok. 108.

3 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 7./8. April 1986 vgl. Dok. 104, Anm. 21.

4 Zu den Vorschlägen des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 vgl. Dok. 52.
Zu den Vorschlägen Reagans für die Verifikation von Nukleartests („CORRTEX“) vgl. Dok. 120, Anm. 2.

5 Zur Absage der geplanten Reise des Leiters der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, vgl. Dok. 99, Anm. 9.

6 Zur sowjetischen Absage des Treffens der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vgl. Dok. 104, Anm. 22.

glaubten wohl ihr Ziel durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den Ländern der Verbündeten auch ohne Gipfel zu erreichen. Daher käme dem Bündniszusammenhalt ausschlaggebende Bedeutung zu.

BM wies auf die Wichtigkeit der Verifikation hin. Gorbatschow habe sich am 15.1.[7] öffentlich zu konkreten Verifikationsmaßnahmen bekannt. Das sei eine Chance. Daher solle man die Verifikation den Sowjets gegenüber nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch öffentlich ansprechen. Die öffentliche Meinung bei uns zeige viel Sinn für vertrauensbildende Maßnahmen. Die Verifikation sei geeignet, Mißtrauen, das größte Hindernis auf dem Weg zur Abrüstung, abzubauen. Die sowjetische Antwort zu MBFR sei unbefriedigend. Wir sollten auf unserer Position beharren. Es sei sein Eindruck, daß die kleinen WP-Länder diese westliche Position verstünden, wir sollten daher auch öffentlich auf die Sowjets einwirken, ihre erste Reaktion auf den westlichen MBFR-Vorschlag[8] zu überdenken. Bei INF hätten wir die Position des amerikanischen Präsidenten[9] unterstützt. Wir seien wegen der großen Reichweite der SS-20 immer schon für eine globale Lösung gewesen. Bewegung hier werde stark davon abhängen, ob die Sowjets bereit seien, die Drittstaatensysteme auf sich beruhen zu lassen. Es sei wichtig, den sowjetischen Ansprüchen hier nicht nachzugeben.

Er, BM, glaube, daß wir bei der KVAE wertvolle Zeit verlören. Wir näherten uns der dritten Überprüfungskonferenz in Wien. Für Wien sei eine klare westliche Strategie von besonderer Bedeutung. Eine solche würde auch wieder in Wien ihren Eindruck auf die N+N nicht verfehlen. Auf der NATO-Außenministerkonferenz in Halifax[10] sollte mit der Ausarbeitung einer klaren westlichen Position begonnen werden. Wir überlegten, der Wiener Konferenz durch Teilnahme der Außenminister an der Eröffnung einen besonderen Anstoß zu geben. Er appelliere an AM Shultz, diese Anregung zu prüfen und in Halifax zu besprechen. Die Weiterbeachtung von SALT II[11] sei ein weiteres, für die Europäer be-

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

8 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

9 Ronald W. Reagan.

10 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

11 Zur Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 95, Anm. 27.
Am 9. April 1986 informierte Botschafter van Well, Washington, Gesprächspartner im amerikanischen Außenministerium hätten „nachdrücklich" darauf hingewiesen, „daß nicht die Grundsatzfrage von Beachtung oder Nichtbeachtung von SALT II zur Debatte stünde, sondern die politische Frage, ob der Präsident im Rahmen einer selbst auferlegten Zurückhaltung (interim restraint policy) sich weiterhin an den numerischen Obergrenzen von SALT II ausrichten werde. Die Bedenken gegen SALT II, mit denen Reagan angetreten sei, seien auch für die Administration gültig." Van Well führte aus: „Angesichts des vorgesehenen Zeitplans für die amerikanische Entscheidung messen Gesprächspartner dem bevorstehenden Besuch von BM Genscher besondere Bedeutung bei, insbesondere seinem Gespräch mit dem Präsidenten. Im State Department erhofft man sich davon Stärkung der Position des State Department in der internen Diskussion. Dabei könne es hilfreich sein, wenn angesichts der bekannten SALT-Skepsis des Präsidenten von unserer Seite weniger von der Alternative Beachtung/Nichtbeachtung von SALT II ausgegangen, sondern vielmehr Fortsetzung der bisherigen amerikanischen Politik der Zurückhaltung unterstützt würde, verbunden mit dem Hinweis darauf, daß es auch in unserem Interesse liege, wenn der Bestand an rüstungskontrollpolitischen Gemeinsamkeiten der beiden großen Nuklearmächte bewahrt würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1532; VS-Bd. 12165 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

sonders wichtiges Thema. Seine Bedeutung sei auf der NATO-Außenministerkonferenz in Lissabon[12] besonders deutlich geworden. Zum Test-Stopp verweise er auf die Ausführungen des Bundeskanzlers in seiner kürzlichen Pressekonferenz.[13] Er bitte, seine Ausführungen gründlich zu prüfen.

Schließlich erwähnte BM sein vorangegangenes Gespräch bei VM Weinberger. Diesem Gespräch habe er mit Befriedigung eine Bestätigung früherer amerikanischer Ausführungen entnommen, daß nämlich die USA nicht beabsichtigten, in Friedenszeiten die neuen binären CW in Deutschland zu stationieren[14], und daß jede Stationierung auch in Krisenzeiten der Konsultation und der Zustimmung des Stationierungslandes bedürfe. Deutschland dürfe hier nicht singularisiert werden. Für die Erörterung in Deutschland wäre es nützlich, wenn ein genauer Zeitplan für den Abbau der alten Bestände aufgestellt werden könnte – Einlassungen wie „sobald möglich" seien nicht hilfreich.[15]

[gez.] van Well

Referat 204, Bd. 135349

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 149 und Dok. 150.

13 Am 11. April 1986 gab Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen sowie zu Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle ab. Bezüglich eines nuklearen Teststopps führte er aus, dieser dürfe „kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale sein". Die USA und die UdSSR sollten „eine schrittweise Annäherung" erreichen, so etwa bei der Verifikation. Als ersten Schritt könne an eine Begrenzung von Tests gedacht werden: „So könnten zum Beispiel die für die Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Nuklearwaffen notwendigen Tests auf vereinbarte, zeitlich eingegrenzte Intervalle begrenzt und im Rahmen vereinbarter Reduzierungen von Nuklearwaffen allmählich ganz eingestellt werden." Vgl. BULLETIN 1986, S. 278.

14 Zur Frage der Verbringung amerikanischer Chemiewaffen in die Bundesrepublik vgl. Dok. 90.

15 In der Fortsetzung des Gesprächs am 15. April 1986 in Washington erörterten Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz die Politik der EG-Mitgliedstaaten gegenüber Libyen, den Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens sowie mögliche Gesprächsthemen für den Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio. Weitere Themen waren der Nord-Süd-Dialog sowie der mögliche Abzug amerikanischer Truppen aus Europa aufgrund von Haushaltskürzungen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1649 des Botschafters van Well vom 16. April 1986; Referat 204, Bd. 135349.

106

Gespräch des Ministerialdirektors Sudhoff mit dem libyschen Gesandten Bukhreis

16. April 1986[1]

Gesprächsvermerk

Beziehungen zu Libyen

Am 16. April 1986 sprach auf eigenen Wunsch der hiesige libysche Geschäftsträger bei D 3 vor.

Geschäftsträger trug vor, seine Regierung weise die Erklärungen des Bundeskanzlers (Presseerklärung vom 15.[2] und Regierungserklärung vom 16.4.1986[3]) mit allem Nachdruck zurück. Insbesondere sei es eine Unterstellung, Libyen sei ein Zentrum des internationalen Terrorismus, den es unterstütze und praktiziere. Libyen sei weder an dem Terroranschlag in Berlin[4] beteiligt gewesen, noch habe es libysche Aggressionen oder Verschwörungen gegen Tschad und Tunesien oder eine Bedrohung Ägyptens und des Sudan gegeben. Derartige Unterstellungen seien eine Einmischung in innerarabische Angelegenheiten. Für die Regelung interarabischer Konflikte sei allein die Arabische Liga zuständig. Die Aussagen des Bundeskanzlers seien eine Ermutigung einiger arabischer Staaten, gegen andere arabische Staaten vorzugehen. Ebenso weise seine Regierung entschieden zurück, daß Oberst Gaddafi und die libysche Führung eine Herausforderung an die Staatengemeinschaft seien oder daß Gaddafi Gewalt predige. Die Erklärungen zeigten, daß die Bundesregierung im voraus über die amerikanischen Angriffsabsichten informiert gewesen sei. Kein Wort finde sich in den Erklärungen dagegen über die Tötung Hunderter libyscher Männer, Frauen und Kinder, nicht einmal ein einziges Wort des Bedauerns. Seine Regierung weise die Erklärungen des Bundeskanzlers und des BMI[5] zurück und bitte um eine Stellungnahme, was denn das Auswärtige Amt zu den Erklärungen des Bundeskanzlers zu sagen habe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 17. April 1986 gefertigt und an Ministerialdirektor Sudhoff „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet.
Hat Sudhoff am 17. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Strenziok am 21 April 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Görgens verfügte.
Hat Görgens am 21. April 1986 vorgelegen.

2 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 10.

3 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 16. April 1986 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 209. Sitzung, S. 16021–16024.

4 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

5 Bundesminister Zimmermann erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ bezüglich einer libyschen Urheberschaft am Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986: „Die Bundesregierung hat Beweise dafür, daß Mitglieder des libyschen Volksbüros sich in der Vergangenheit bei uns nicht so verhalten haben, wie man es von Diplomaten erwartet.“ Bei dem Anschlag seien die „Verdachtsmomente sehr stark, daß Libyen dahintersteht und mindestens davon wußte“. Vgl. den Artikel „‚Wir nehmen Drohung von Khadhafi ernst‘“; DIE WELT vom 16. April 1986, S. 1 und 10.

D3 erwiderte, die Erklärungen vom 15. und 16.4.1986 seien Erklärungen der Bundesregierung. Libyen habe es sich selbst zuzuschreiben, mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht zu werden, denn seit langem hätten die libysche Führung und andere offizielle Stimmen immer wieder gefordert und angekündigt, Ziele und Personen außerhalb Libyens anzugreifen. Immer wieder sei von Tripolis aus zu Aktionen gegen andere Staaten und politische Persönlichkeiten aufgerufen worden. Derartige Äußerungen und Handlungen seien einem gedeihlichen Zusammenleben der Völker in höchstem Maße abträglich.

Zu den Grundlagen unserer Politik gehöre die Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung. Wir hätten daher kein Verständnis dafür, daß Staaten, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, diesen Grundsatz erklärtermaßen nicht anerkennen wollten. Unter Gewaltanwendung hätten stets überwiegend Unschuldige zu leiden. Das gelte leider jetzt auch für die zivilen Opfer in Tripolis. Der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt müsse endlich unterbrochen werden. Für uns sei es selbstverständlich, uns demgemäß zu verhalten. Das Gleiche erwarteten wir aber auch von den Staaten, mit denen wir Beziehungen haben.

Im übrigen gelte, was in der Botschaft des BM an Oberst Gaddafi[6] gesagt worden sei: Wir wünschten normale Beziehungen zu Libyen; aber das erfordere, daß sich beide Seiten, nicht nur wir, im bilateralen wie im internationalen Bereich an die gültigen Normen und Regeln halten. Wir wünschten darüber hinaus gute Beziehungen zu allen arabischen Staaten und setzten uns im EG-Kreis sehr dafür ein, daß sich Europäer und Araber zu gemeinsamer Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zur Friedenssicherung zusammenfinden. D3 verwies in diesem Zusammenhang auf den zweiten Teil der Presseerklärung vom 15.4. Die Bundesregierung setze sich im EG-Rahmen seit langem für einen konstruktiven Dialog zwischen Europäern und Arabern ein. Die AM-Erklärung vom 14.4.1986[7] trage deutlich ihre Handschrift. Es sollten sich daher alle bemühen, die Beziehungen zwischen unseren Ländern, ganz allgemein auch zwischen Europäern und Arabern, in konstruktivem Geist zu gestalten. Dazu gehöre aber auch, daß Libyen alles vermeiden müsse, was es je wieder in Zusammenhang mit Terrorismus bringen könnte. Wir seien schließlich Nachbarn, die das Mittelmeer nicht trenne, sondern verbinde. Die zwölf Außenminister hätten sich am 14.4.1986 dafür ausgesprochen, daß jede weitere Eskalation militärischer Spannungen vermieden werden müsse. Das sei insbesondere auch unsere Auffassung. Wir erwarteten, daß alle Seiten diese Auffassung teilten und entsprechend handelten.

Geschäftsträger wies abermals alle an libysche Adresse gerichteten Vorwürfe zurück. Libyen sei kein Hort des Terrors, sondern bekenne sich zu Frieden und Freiheit. Diejenige Macht, die die Sicherheit im Mittelmeer gefährde und Terror fördere, seien die USA, die dabei von einigen europäischen Staaten unterstützt würden. Letzteres müsse aus der Erklärung des Bundeskanzlers gefolgert werden. Libyen unterstütze keinen Terrorismus, sondern vielmehr den Kampf der Völker um Freiheit gegen Unterdrückung durch diktatorische Regime.

6 Für die Botschaft des Bundesministers Genscher vom 10. April 1986 an Oberst Gaddafi vgl. Dok. 94.
7 Zur Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 14. April 1986 vgl. Dok. 97, Anm. 12.

Wenn die deutsche Seite Wert auf normale Beziehungen lege, so sei die Regierungserklärung dem sicherlich nicht förderlich. Libyen habe nie gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gehandelt, obwohl es selbst Opfer von auf deutschem Boden ausgebildeten Gegnern geworden sei (Einwand D 3!) und libysche Diplomaten in einigen europäischen Hauptstädten unter Mitwirkung von Leuten ermordet worden seien, die in Deutschland ausgebildet worden seien. Die Erklärung des Bundeskanzlers lasse sich nur als Unterstützung des US-Terrors gegen das libysche Volk interpretieren.

Besonders beleidigend in ihr sei die implizierte Gleichstellung von Arabern mit Terroristen. Terroristen seien vielmehr jene, die in Ägypten, Jordanien und Libanon eingefallen seien, das palästinensische Volk unterdrückten, den irakischen Atomreaktor[8] und das libysche Zivilflugzeug angegriffen[9] und die ägyptische Maschine entführt[10] hätten. Die Araber lehnten Terrorismus ab. Die Europäer wären gut beraten, sich über den Begriff „Terrorismus" überhaupt erst einmal klarzuwerden. Es könne der objektiven Sache nicht dienen, unbewiesene Behauptungen gegen andere Staaten und ihre Führer vorzubringen. Persönliche Verunglimpfungen seien kein Mittel, bilaterale Beziehungen zu fördern. Zusammenarbeit erfordere den Dialog, nicht aber Erklärungen wie die des Bundeskanzlers. Die Libyer seien ein kleines Volk, aber auch sie hätten eine Ehre, die ihnen verbiete, Beleidigungen ihres Staates und seiner Führung widerspruchslos hinzunehmen.

D 3 wies die Angriffe gegen die USA zurück. Er erklärte, er wisse aus eigener Erfahrung, daß die Amerikaner ein friedliebendes Volk seien, das schon sehr herausgefordert sein müsse, um eine Vergeltungsaktion zu unternehmen.

Den Vorwurf, libysche Regimegegner seien in der Bundesrepublik ausgebildet worden, weise er mit Nachdruck zurück. Wer bei uns Asyl genieße, habe sich an unsere Gesetze zu halten, die die Vorbereitung von Gewalttaten verböten. Sollte derartiges vorgekommen sein, dann sei es eindeutig gegen unsere Gesetze und gegen den Willen und ohne Kenntnis der Bundesregierung geschehen.

Er appelliere erneut an Libyen, die künftigen Beziehungen einer konstruktiven Betrachtungsweise zu unterziehen.

Geschäftsträger erwiderte, er bäte die Bundesregierung um die gleiche Betrachtungsweise.

Referat 311, Bd. 137902

8 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

9 Zum Abfangen eines libyschen Flugzeugs durch israelische Kampfflugzeuge am 4. Februar 1986 vgl. Dok. 48, Anm. 19.

10 Zum Abfangen eines ägyptischen Flugzeugs durch amerikanische Kampfflugzeuge am 10./11. Oktober 1985 vgl. Dok. 48, Anm. 18.

107

Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2398/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1650

Aufgabe: 16. April 1986, 12.55 Uhr[1]
Ankunft: 16. April 1986, 19.58 Uhr

Kurzbericht Nr. 35/86 (V)

Betr.: Gespräch Bundesaußenminister Genscher/SecDef[2] Weinberger am 15.4.1986[3]

Beim Gespräch zwischen Bundesaußenminister und SecDef Weinberger waren auf US-Seite u. a. anwesend: Taft, Iklé, Bader, Gaffney, Admiral Crowe.

Weinberger vertrat folgende Auffassungen:

1) Zu Libyen

Militärische Aktion[4] sei erfolgt, da alle Warnungen an Gaddafi[5] zu nichts geführt hätten und ein wirkungsvolles Embargo nicht zustande gekommen sei. BM äußerte Sorge vor weiteren Terrorakten als Antwort auf Luftangriff.

Die eigentliche Aufgabe der Verteidigung gegen Terroranschläge werde dadurch nicht gelöst. Wir Deutschen seien Opfer von Terroranschlägen seit 15 Jahren und stellten uns mit Entschlossenheit der Abwehr aller Angriffe. Wir unterschieden nicht zwischen deutschen oder amerikanischen Opfern. Terroristen versuchten, Verbündete durch diese Unterscheidung zu spalten. Wichtige Aufgabe des Kampfes gegen Terror sei neben Abwehr von Anschlägen das Bemühen, Gaddafi zu isolieren. Hierzu bedürfe es der Zusammenarbeit mit den gemäßigten Arabern, die sich durch Terrorismus bedroht fühlten. Weinberger sah in militärischer Aktion auch keine Garantie, daß Terror gestoppt werde. USA hofften jedoch, hohe Verluste würden Gaddafi zur Einsicht bringen.

2) Zu einem möglichen Truppenabzug aus GE aufgrund von Haushaltskürzungen

Wenn Kürzungen aufgrund des Gramm-Rudman-Amendment[6] den Haushalt unter die Vorjahreshöhe drücken würden, wären Kürzungen „quer durch den Haushalt“ unausweichlich. Um Kosten zu sparen, sei dann auch eine Reduzierung von Truppen in Europa notwendig.

Der Kongreß denke einseitig nur an die Beseitigung des Defizits und übersehe die Sicherheitsprobleme.

BM warnte vor negativen Auswirkungen einer solchen Haltung:

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 20. April 1986 vorgelegen.
2 Secretary of Defense.
3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. auch Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105 und Dok. 108.
4 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
5 Korrigiert aus: „Warnungen Gaddafi“.
6 Zum Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz vom 12. Dezember 1985 vgl. Dok. 73, Anm. 7.

– SU werde dies als amerikanische Schwäche werten und bei MBFR keine Konzessionen machen, da gewünschtes Ziel durch einseitige US-Kürzung auch so erreicht werde.
– Verbündete in Europa könnten ihrerseits in ihren Verteidigungsanstrengungen nachlassen.
– Unsere Öffentlichkeit werde belastet durch Vorstellung, wir müßten Ausfälle der Verbündeten übernehmen.

BM hielt gerade jetzt Gespräch mit Sowjets über deren konventionelle Überlegenheit für notwendig. Weinberger entgegnete, Ausgleich konventioneller Überlegenheit solle durch technologischen Vorsprung und Kontrollen gegen Hochtechnologieexporte in den Osten geschehen.

3) Zu SALT II

Weinberger sieht wenig Nutzen, an einem überholten Vertrag festzuhalten.[7]

Der Vertrag sei nie unterzeichnet worden und ohnehin ausgelaufen (expired). Er sei allerdings auch für ein „program of some restraints" unabhängig von SALT II.

4) Zum Teststopp

Solange wir für die Abschreckung auf Nuklearwaffen angewiesen seien, müßten diese getestet werden,

– um festzustellen, ob die vorhandenen Waffen noch funktionstüchtig seien,
– um neue Waffen zu entwickeln.

Er hält jedoch „limits of tests" für durchaus möglich.

5) Zu Genf

Es sei eine Vielzahl von Vorschlägen auf dem Tisch. Eine substantielle Antwort der SU fehle jedoch. Voraussetzung für ein Abkommen sei die Möglichkeit der Verifizierung. In dieser Frage habe es seitens der SU noch keine „serious response" gegeben.

BM forderte, sowjetischer Verhandlungsspielraum bei INF-Systemen in Asien müsse auf die Probe gestellt werden.

6) Zur C-Waffen-Modernisierung[8]

Weinberger forderte deutsche Unterstützung für Festlegung der NATO-Streitkräfteziele für CW, da sonst Kongreß Zustimmung für binäre CW-Produktion nicht geben wolle. Binäre CW seien vorteilhaft für alle, da dadurch Abzug der unitären CW möglich werde. Die Produktion müsse bald anlaufen. Eine Stationierung sei nicht beabsichtigt und auch nicht nötig, da die binäre Munition rasch verlegt werden könne.

[7] Zur Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 105, Anm. 11.
Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 17. April 1986 nach Gesprächen mit dem stellvertretenden Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Sicherheitsfragen, Lehman, dem Leiter der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Adelman, und dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am selben Tag: „Die Fronten innerhalb der Administration verlaufen zumindest numerisch zugunsten der SALT II-Gegner: Für Weiterbeachtung von SALT II sollen sich bei der gestrigen Sitzung nur AM Shultz und Botschafter Nitze ausgesprochen haben, dagegen VM Weinberger, dagegen Adelman, Rowny, CIA-Direktor Casey, General Attorney Meese (so Botschafter Nitze)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1684; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

[8] Zur geplanten Modernisierung amerikanischer Chemiewaffen vgl. Dok. 90.

BM forderte festen Zeitplan für Abzug unitärer CW. Weinberger hielt entgegen, es dürfe nicht zum Abzug kommen, bevor binäre CW verfügbar seien. BM erinnerte, daß BK sich gegen Stationierung im Frieden ausgesprochen habe.[9] Zur Stationierung bedürfe es der Zustimmung der betroffenen Regierung, und wir wollten nicht als einzige für Stationierung in Betracht kommen. BM bezog sich auf Gespräch mit Burt vom 14.4., wo Burt zum Ausdruck gebracht habe, daß USA nicht an Stationierung im Frieden dächten. Weinberger bestätigte dies.

[gez.] Uslar

VS-Bd. 12157 (201)

108

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1651 **Aufgabe: 16. April 1986, 15.05 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 16. April 1986, 22.18 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit Präsident Reagan in Washington am 16.4.1986[2]

I. Zusammenfassung

Das Gespräch, das Ost-West-Beziehungen, Abrüstung, Handelsbeziehungen EG–USA und Terrorismus/Libyen behandelte, verlief in freundschaftlicher und gelöster Form. Reagan vermied jede direkte oder auch nur indirekte Kritik an der Haltung der Europäer. Er empfing BM betont herzlich und geleitete ihn zum Abschied bis zum Auto.

Teilnehmer von amerikanischer Seite: Shultz, Woessner, Regan, Poindexter, Sommer; von deutscher Seite: Botschafter van Well, D2 – Vizepräsident Bush begrüßte BM vor dem Gespräch, an dem er wegen anderweitiger Verpflichtung nicht teilnehmen konnte.

II. Im einzelnen

1) BM wies darauf hin, daß BK heute vor dem Deutschen Bundestag eine Erklärung zu Libyen[3] auf der Linie zu einer ersten Stellungnahme[4] zu der ameri-

9 Bundeskanzler Kohl erklärte am 11. April 1986 vor der Bundespressekonferenz: „Es wird keine Stationierung neuer binärer chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland geben. […] Die Bundesregierung wird alles tun, um sicherzustellen, daß die chemischen Waffen weltweit und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland abgezogen und vernichtet werden." Vgl. BULLETIN 1986, S. 278.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 17. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. auch Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105 und Dok. 107.

3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

4 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 10.

kanischen Intervention abgeben werde.[5] Er betonte die Notwendigkeit einer noch verstärkten internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus. Hierzu machte er zwei konkrete Vorschläge:

a) Eine Gruppe spezieller Vertreter – ähnlich wie die Sherpas der sieben Weltwirtschaftsgipfelländer, aber für einen darüber hinausgehenden Kreis von Staaten – sollte Maßnahmen, einschließlich „unkonventioneller" Möglichkeiten, für die Bekämpfung des Terrorismus prüfen.

b) Wir sollten die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit den dazu bereiten „vernünftigeren" arabischen Staaten prüfen. Wir hätten in der Vergangenheit von einigen arabischen Staaten wichtige Unterstützung bei der Bekämpfung in unserem Land erhalten (z. B. Mogadischu[6]).

Präsident Reagan, der dies, ohne näher darauf einzugehen, positiv aufnahm, kündigte an, daß er den gesamten Komplex beim Weltwirtschaftsgipfel[7] aufnehmen werde. BM betonte, daß man schon vor dem Weltwirtschaftsgipfel aktiv werden sollte. Er wies auf das erneute Treffen der Zwölf in Paris am 17.4.[8] hin. Shultz warf ein, daß Whitehead den Zwölf zur Verfügung stehe, wenn er benötigt werde.

BM bezeichnete es als zweckmäßig, auch die Warschauer-Pakt-Länder in die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung einzuschließen. Er berichtete über die seinerzeitige bulgarische Unterstützung bei der Festnahme von RAF-Terroristen[9], was den Präsidenten sichtlich beeindruckte. BM hielt auch eine

5 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 16. April 1986 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 209. Sitzung, S. 16021–16024.

6 Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut" auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von palästinensischen Terroristen entführt, um in Stuttgart-Stammheim einsitzende RAF-Mitglieder sowie zwei in der Türkei einsitzende Mitglieder der PFLP freizupressen. Nach mehreren Zwischenstationen landete die Maschine am 17. Oktober 1977 in Mogadischu. In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 1977 wurde die Maschine durch Angehörige der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt. Während drei von vier Terroristen bei dem Einsatz getötet wurden, gelang die Befreiung aller Geiseln. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 284, Dok. 288–295 und Dok. 299.

7 Am 4. Mai 1986 fand in Tokio ein Gespräch der Außenminister der G-7 über Terrorismus statt. Vgl. dazu Dok. 132.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

8 Ministerialdirigent Schlagintweit teilte am 17. April 1986 zur außerordentlichen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit, einige Außenminister hätten sich z. T. „herb enttäuscht" geäußert, „daß die Vereinigten Staaten die europäische Erklärung vom 14.4.1986 ignoriert hätten, betonten aber ebenfalls, daß zwischen Europa und den USA auf beiden Seiten keine Verstimmung aufkommen dürfe. […] Der niederländische AM faßte das Ergebnis der zweistündigen Debatte wie folgt zusammen: 1) Keine neue Erklärung, aber eine Presseunterrichtung durch die Präsidentschaft. 2) Die Erklärung vom 14.4.1986 ist unverändert gültig. Bei der nächsten EPZ-Ministerratstagung am 21.4.1986 werden weitere Entscheidungen aufgrund des Berichts der Arbeitsgemeinschaft Terrorismus ins Auge gefaßt werden. 3) Die Zwölf bevorzugen weiterhin eine politische Lösung und wollen die Anwendung von Gewalt verhindern. 4) Baldige Herstellung von Kontakten mit den arabischen Staaten und den Staaten des Warschauer Pakts über Fragen des Terrorismus und andere Fragen. Er deutete hierbei die Bereitschaft der Europäer an, gegenüber den Arabern eine bisher geübte Zurückhaltung hinsichtlich der Erörterung politischer Fragen aufzugeben." Vgl. den Runderlaß Nr. 3017; Referat 311, Bd. 137906.

9 Am 21. Juni 1978 wurden in Bulgarien vier Terroristen verhaftet, denen u. a. Mord und Entführung zur Last gelegt wurden. Dazu wurde in der Presse berichtet, Bulgarien sei zur sofortigen Auslieferung bereit gewesen, obwohl kein entsprechendes Abkommen mit der Bundesrepublik bestehe. Vgl. dazu den Artikel „Bulgarien schiebt deutsche Terroristen ab. Gabriele Rollnick und Till Meyer wieder in Haft"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Juni 1978, S. 1.

Einbeziehung der DDR für erforderlich, besonders wegen der offenen Grenzen mit Berlin.

Der Präsident äußerte sich befriedigt, daß wir nach den Ausführungen von BM offenbar hinsichtlich des Terrorismus-Problems auf der gleichen Linie lägen.

2) BM sprach die Handelsprobleme zwischen EG und USA, besonders im Landwirtschaftsbereich[10], an und setzte sich für eine behutsame Behandlung dieser Fragen ein. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit scharfen Argumenten sei nicht hilfreich. Man sollte vermeiden, zusätzliche Reizungen entstehen zu lassen. Wir müßten die Angelegenheit in ihrer politischen Dimension sehen, und ein Handelskrieg müsse vermieden werden. Jedes Auseinanderdriften Europas und Amerikas wäre ein Gewinn für die SU. Der Präsident nahm diese Ausführungen zur Kenntnis.

3) BM erkundigte sich nach den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Der Präsident äußerte sich enttäuscht über die sowjetische Absage des geplanten Treffens beider Außenminister.[11] Dieser Schritt scheine ihm unvereinbar mit der sowjetischen Versicherung, gegen den Terrorismus zu sein.[12] Er erwähnte ein kürzliches Treffen, das er in seinem Büro mit einem halben Dutzend schwer verwundeter afghanischer Kinder aus einem von der SU bombardierten Dorf gehabt habe. Die Sowjets könnten nicht behaupten, daß dies kein Terrorismus sei. Man habe ihm gesagt, daß es etwa 100000 Afghanen gäbe, die so verletzt wären wie diese Kinder.

BM verwies auf die Afghanistan-Debatte im Deutschen Bundestag[13], in der alle Fraktionen sich gegen das sowjetische Vorgehen in Afghanistan gewandt hätten. Wir sagten Gesprächspartnern aus östlichen Staaten bei jeder Gelegenheit, daß die SU, wenn sie ihr Engagement für den Gewaltverzicht beweisen wolle, dies in Afghanistan tun sollte.

4) Der Präsident äußerte sich positiv zu dem insgesamt erreichten Stand der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Abrüstung. Die Sowjets hätten erstmals weitgehende Reduzierungen der Nuklearwaffen vorgeschlagen[14], nachdem man sich früher nur über hohe Obergrenzen einig geworden sei. Auf die amerikanischen Gegenvorschläge[15] hätten die Sowjets jedoch bisher nicht geantwortet. Man werde weiter darauf drängen. Der Rüstungswettlauf sei eine Bedrohung für die gesamte Welt. Man frage sich, ob Gorbatschow sich einen neuen Rüstungswettlauf wirtschaftlich leisten könne.

10 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 88.

11 Zur sowjetischen Absage des Treffens der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vgl. Dok. 104, Anm. 22.

12 Vgl. dazu die Erklärungen in der sowjetischen Presse im Anschluß an den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986; Dok. 104, Anm. 20.

13 Am 20. März 1986 debattierte der Bundestag im Anschluß an eine Regierungserklärung des Bundesministers Genscher über die Lage in Afghanistan. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 207. Sitzung, S. 15894–15905.

14 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

15 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

BM wies darauf hin, daß die SU sich nicht nur von der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung im Westen, sondern auch von dem wirtschaftlichen Experiment in China herausgefordert fühle. Wenn dieses Experiment gelinge, werde sich der Abstand zwischen SU und China verkleinern. Hier stelle sich auch die Frage des Führungsanspruchs im kommunistischen Lager (wer ist der Papst der kommunistischen Kirche?). Diese Fragen spielten auch eine Rolle für den zentralen Platz, den das Ziel der Modernisierung auf dem jüngsten sowjetischen Partei-Kongreß[16] eingenommen habe. Wir erwarteten mit Interesse die bevorstehende Rede Gorbatschows auf dem SED-Parteitag in Ost-Berlin[17], die zeigen werde, welchen Spielraum die SU den kleineren Warschauer-Pakt-Ländern lasse.

Präsident Reagan äußerte sich zustimmend zu den Äußerungen des BM und betonte, daß er in China die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen, besonders bei der Landwirtschaft, höchst interessant gefunden habe.[18]

BM unterstrich unsere ausdrückliche Unterstützung der Antwort des Präsidenten auf die Gorbatschow-Vorschläge zu den Mittelstreckensystemen. Wir hätten bei dem gegenwärtigen Stand die besseren Karten. Das gleiche gälte für MBFR. Die erste östliche Antwort auf unseren Vorschlag vom Dezember 1985 sei unbefriedigend.[19] Gorbatschow habe beim Genfer Gipfel[20] und in seinen Vorschlägen vom 15.1. den Eindruck erweckt, daß Moskau seine Haltung zur Verifikation geändert habe. Bisher hätten die Sowjets dies an den Verhandlungstischen jedoch nicht nachvollzogen. Die Verifikationsfrage sei in der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit eine Schlüsselfrage. Wir hätten auch hier eine ausgezeichnete Trumpfkarte zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, und wir sollten aktiven Gebrauch davon machen, zumal die Sowjets eine erneute Kampagne um die Köpfe und Herzen der Menschen, besonders im Westen Europas, begonnen hätten. Auch bei den Genfer Verhandlungen über chemische Waffen und auf der KVAE in Stockholm spiele die Verifikation eine wesentliche Rolle, und auch insofern sollten wir unsere Haltung offensiv in der Öffentlichkeit darlegen.

Präsident Reagan stimmte zu und verwies auf die Notwendigkeit, bei den Mittelstreckensystemen wegen der Reichweite und der Mobilität der SS-20 eine globale Lösung anzustreben. BM unterstrich, daß dies stets die deutsche Position gewesen sei. Die jüngsten amerikanischen Vorschläge enthielten ein größeres Maß an Flexibilität; deshalb konnten wir von den Sowjets eine entsprechende Antwort verlangen.

16 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

17 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED am 18. April 1986 in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch Dok. 114 und Dok. 131.

18 Präsident Reagan hielt sich vom 26. April bis 1. Mai 1984 in der Volksrepublik China auf.

19 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

20 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

BM wies auf den jüngsten Vorschlag des Bundeskanzlers zum Teststopp[21] hin und bezeichnete amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über dieses Thema als wünschenswert. Präsident Reagan stellte fest, daß die Sowjets ihre Testserie für die Modernisierung ihrer Nuklearwaffen beendet hätten. Die USA lägen zurück. Deshalb sei es fair, wenn auch die Amerikaner ihre Testserie beenden könnten, um den sowjetischen Vorsprung einzuholen. Danach wäre es fair, über ein Moratorium zu sprechen. Im übrigen könne man über die Verifizierung unterirdischer Tests verhandeln. BM wies darauf hin, daß wir in Genf einen Vorschlag für die Verifikationsmöglichkeiten unterirdischer Tests vorgelegt hätten.[22]

5) BM setzte sich für eine gründliche Vorbereitung des KSZE-Folgetreffens in Wien ein. Der Westen sei in Madrid[23] erfolgreich gewesen. Die Außenminister des Bündnisses sollten in Halifax[24] über die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie sprechen, um in Wien offensiv auftreten zu können. Wir sollten das Wiener Treffen auf Außenministerebene eröffnen, um unsere Erwartungen klarzumachen, daß es jetzt auf Taten, nicht nur auf Worte ankomme. Shultz bemerkte dazu, daß man diesen Vorschlag sorgfältig prüfen werde.

[gez.] Braunmühl

Referat 204, Bd. 135349

21 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl am 11. April 1986 vor der Bundespressekonferenz; Dok. 105, Anm. 13.

22 Die Bundesrepublik legte am 11. Juli 1985 in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) ein Arbeitspapier zum schrittweisen Aufbau eines seismologischen Systems zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vor. Für den Wortlaut des Papiers CD/612 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 775–781. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 181 und Dok. 271.

23 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

24 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

109

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Chirac

202-321.00 FRA **17. April 1986**[1]

Antrittsbesuch des französischen PM Chirac in Bonn am 17.4.1986[2];
hier: Besuch bei BM

Begleitung BM: RL 202[3], VLR Ischinger; Begleitung PM: Botschafter Boidevaix, Bujon d'Estang, diplomatischer Berater des PM.

In dem knapp einstündigen Meinungsaustausch wurden behandelt:

1) Libyen/Terrorismusbekämpfung

BM berichtete auf Wunsch Chiracs über seine Gespräche in Washington.[4] Zu Libyen habe er seinen amerikanischen Gesprächspartnern dargelegt, daß es darum gehen müsse, Gaddafi zu isolieren, und nicht, ihm unfreiwillige Solidarität zuzuführen. Daher müsse man mit den zur Zusammenarbeit bereiten arabischen Staaten und mit den WP-Staaten konsultieren, wie der Terrorismus wirksam bekämpft werden könne.

Die Bundesregierung habe in der Vergangenheit positive Erfahrungen mit Staaten aus beiden Lagern gemacht (Mogadischu, Sofia)[5]. Die EG-AM hätten heute in Paris[6] beschlossen, durch die Präsidentschaft[7] bei den arabischen Staaten und den WP-Mitgliedern zu demarchieren, um festzustellen, wieweit sie zur Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung bereit seien. Sie würden am 21.4. in Luxemburg auf der Basis des Umfrageergebnisses ihre Beratungen fortsetzen.[8]

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff gefertigt und an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte um Herbeiführung der Genehmigung des Herrn BM".
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 18. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragenden Legationsrat Bitterlich verfügte.
Hat Jansen am 19. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Bitterlich am 21. April 1986 vorgelegen.
Hat Klaiber am 27. April 1986 vorgelegen.

2 Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 16. März 1986 erzielte das Wahlbündnis des „Rassemblement pour la République" (RDF) und der „Union pour la Démocratie Française" (UDF) 40,88 % der Stimmen. Die „Parti socialiste" erreichte 31,19 %, die „Parti communiste" kam auf 9,79 % sowie der „Front national" auf 9,72 %. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Fabius trat der neue Ministerpräsident Chirac sein Amt am 20. März 1986 an.

3 Horst Holthoff.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

5 Zur Beendigung der Geiselnahme einer Passagiermaschine der Lufthansa am 18. Oktober 1977 in Mogadischu bzw. zur Verhaftung von Terroristen aus der Bundesrepublik am 21. Juni 1978 in Sofia vgl. Dok. 108, Anm. 6 bzw. 9.

6 Zur außerordentlichen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 108, Anm. 8.

7 Die Niederlande hatten vom 1. Januar bis 30. Juni 1986 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

8 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ am 21. April 1986 in Luxemburg: „a) Die Zahl der diplomatischen und konsularischen Repräsentanten Libyens in den zwölf Ländern auf ein Minimum zu reduzieren. Dieses Minimum ist zu bemessen anhand der Zahl der diplomatischen und konsularischen Vertreter der Zwölf in Libyen.

Als weitere Möglichkeit habe er Präsident Reagan vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe spezieller Vertreter – ähnlich den Sherpas der sieben WWG-Teilnehmer, aber für einen darüber hinausgehenden Staatenkreis – einzusetzen, die Maßnahmen, einschließlich unkonventioneller Möglichkeiten, für die Bekämpfung des Terrorismus prüfen sollen.

Man müsse Wege finden, eine Auseinanderentwicklung der öffentlichen Meinung im westlichen Bündnis, die einen Erfolg für Gaddafi und letztlich auch für Gorbatschow darstellen würde, zu vermeiden. Es sei notwendig, Ergebnisse zu erzielen, die der Öffentlichkeit vorgezeigt werden könnten und die die USA beeindrucken würden.

PM stimmte diesen Ausführungen voll zu. Er habe selbst auf dieser Linie mit General Walters gesprochen.[9] F, so erklärte er, werde, falls es zu Terrorangriffen gegen Mittelmeerländer komme (er nannte Tunesien und Italien), Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, wenn erforderlich auch militärische.

2) Agrarpreise[10]

PM sprach Agrarpreisrunde an, die ein wesentlicher Gegenstand seines Gespräches mit BK[11] gewesen sei.[12] D und F müßten sich bemühen, mit abge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 573

b) Die Bewegungsfreiheit der diplomatischen und konsularischen Repräsentanten Libyens auf den Stadtbereich des Sitzes der Vertretung zu beschränken und Bewegungen außerhalb des Stadtbereiches einer vorhergehenden Genehmigung des Gastlandes zu unterwerfen. c) Strikte Prozeduren bei der Vergabe von Visen an libysche Staatsangehörige durchzuführen. d) Zu prüfen, ob das Personal anderer als diplomatischer oder konsularischer Vertretungen Libyens reduziert werden kann. e) Keine libyschen Staatsbürger einreisen zu lassen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft aus Gründen der Verwicklung in den internationalen Terrorismus ausgewiesen worden sind. f) Die Möglichkeit zu prüfen, den Mißbrauch diplomatischer Immunität und Privilegien zu verhindern und eine striktere Kontrolle der Einhaltung ihrer Regelungen entsprechend dem internationalen Recht sicherzustellen." Vgl. die Tischvorlage des Auswärtigen Amts vom 23. April 1986 für die Kabinettssitzung am selben Tag; Referat 515, Bd. 195701.

9 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 15. April 1986 über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Bianco, am selben Tag. Dieser habe mitgeteilt: „Am 13. April habe General Walters in seinen Pariser Gesprächen erst mit Mitterrand und danach mit Chirac nur in allgemeiner Form eine Militäraktion ohne Angabe des Datums angekündigt und das US-Anliegen der Überfluggenehmigung über Frankreich vorgebracht. Die Argumente und Belege Walters' hätten nicht zu einer entscheidenden Änderung der Haltung Fs ausgereicht, und der Überflug sei konsequenterweise verweigert worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 859; Referat 311, Bd. 137906.

10 Zur Erörterung der Frage der Agrarpreise auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 24./25. März 1986 in Brüssel vgl. Dok. 89, Anm. 8.

11 Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 21. April 1986 Informationen des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac am 17. April 1986: „Agrarminister sind mit – heute stattfindender – Bestandsaufnahme zur Agrarpreisproblematik beauftragt. Sie sollen eine Synopse beiderseitiger Positionen mit dem – laut Teltschik vielleicht nicht ganz realistischen – Ziel erstellen, die beiderseitigen Positionen noch vor der EG-Agrarrunde in Übereinstimmung zu bringen. Chirac habe Verständnis für unsere Lage besonders in diesem Jahr geäußert und das Ziel der gemeinsamen Anstrengungen dementsprechend formuliert." Vgl. Referat 412, Bd. 130585.

12 Vom 21. bis 25. April 1986 fand in Luxemburg eine weitere EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister statt. Ministerialdirektor Jelonek vermerkte dazu am 28. April 1986: „Der von qualifizierter Mehrheit (negativ: D und SP) getragene Kompromiß des Agrarrats wird nach Formalisierung durch Sonderausschuß Landwirtschaft voraussichtlich im Binnenmarktrat am 6.5.1986 als A-Punkt verabschiedet. […] Kompromiß liegt im wesentlichen auf der Linie der ursprünglichen Vorschläge der EG-Kommission: Einfrieren der Preise, z. T. Preissenkungen; Verschärfung der Qualitätskriterien und Lockerung der Interventionsbedingungen für Getreide; Einführung einer Mitverantwortungsabgabe für Getreide." Die EG-Kommission schätze die aus diesem Kompromiß resultierenden Einsparungen auf 320 Mio. ECU für 1986 und 457 Mio. ECU für 1987. Jelonek führte aus: „Für die deutsche Landwirtschaft ist das Ergebnis von Luxemburg nicht katastrophal,

stimmter Position in diese Runde zu gehen, um im Mai[13] zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen. F habe Verständnis dafür, daß Bundesregierung den deutschen Landwirten helfen müsse, und sei bereit, entsprechenden nationalen Maßnahmen zuzustimmen. Allerdings müsse F aus politischen Gründen auf einem schnellen Abbau der Grenzausgleichsbeträge bestehen. Die beiden Fachminister[14] seien gut im Gespräch. Er selbst sei, falls erforderlich, zu einem erneuten Gespräch mit BK bereit.

BM erwiderte, angesichts der allgemein engen politischen Beziehungen zwischen D und F halte er enge bilaterale Abstimmungen bei allen Themen mit Konfliktpotential für notwendig.

Bezüglich der GAP sollte man auch im Auge behalten, daß die Interessen von D und F – angesichts ähnlicher Agrarstrukturen – gar nicht so entgegengesetzt seien, wie manche glauben machten.

3) Technologische Zusammenarbeit

PM erklärte, seine Regierung lege größten Wert auf eine Verbesserung der technologischen Kooperation mit uns. Daher sei sie auch für den Bau einer Airbus-Langstrecken-Version.[15] Auch die Hochgeschwindigkeitsbahn[16] gehöre zu den Kooperationsfeldern. Ferner sei der gemeinsame Panzerabwehrhubschrauber (PAH-II)[17] technologisch, militärisch und politisch wichtig; das Projekt dürfe

Fortsetzung Fußnote von Seite 574

aber unbefriedigend. Die Senkung einiger Nominalpreise im Getreidesektor (für D durchschnittlich 3,5 %) und die Beibehaltung der Preise in anderen Sektoren (= Realpreissenkung in Höhe der Inflationsrate) […] verschärfen die ungünstige Einkommenslage." Insgesamt gelte: „Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist mit Luxemburg nicht ernsthaft in Angriff genommen worden. […] Wichtige Maßnahmen zum Abbau der Überschußproduktion wurden entweder gar nicht erst erörtert […] oder infolge des Widerstandes von MS (insbesondere D) wesentlich eingeschränkt". Vgl. Referat 416, Bd. 130904.

13 Vortragender Legationsrat van Edig vermerkte am 30. Mai 1986, die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 26./27. Mai 1986 in Brüssel sei erfolgreich verlaufen: „Nach außen wichtigster Punkt war die Ausweitung der benachteiligten Gebiete in D (im Paket mit Festlegung der benachteiligten Gebiete in SP und PTG und weiteren Strukturfragen). Da im Rahmen des Agrarpreiskompromisses von Luxemburg (April 1986) durch Erklärung der EG-Kommission und des Rats bereits eine politische Absicherung bestand, war die positive Stellungnahme des Rats außer Zweifel […]. Aus den Äußerungen einzelner MS (u. a. GB, aber auch GR und I) wurde jedoch deutlich, daß der deutsche Antrag ohne die politische Absicherung von Luxemburg deutlich geringere Realisierungschancen gehabt hätte." Vgl. Referat 416, Bd. 130904.

14 François Guillaume bzw. Ignaz Kiechle.

15 Zur Weiterentwicklung des „Airbus" vgl. Dok. 10, Anm. 5, und Dok. 61, Anm. 19.
Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 29. April 1986, bei dem für die Langstrecke vorgesehenen Airbus A-340 sei nun das Problem eingetreten, daß das vorgesehene Triebwerk nicht zur Verfügung stehe, da das Herstellerkonsortium aus wirtschaftlichen Gründen entschieden habe, die Weiterentwicklung nicht durchzuführen. Der bayerische Ministerpräsident Strauß, der Aufsichtsratsvorsitzender von Airbus Industrie sei, habe sich vor einigen Tagen bei Gesprächen mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac in Paris „nachdrücklich für die Weiterführung des Programms ausgesprochen und dafür plädiert, daß F ab 1987 Regierungsgelder einplant. Seine Gesprächspartner haben ihre positive Grundhaltung zu erkennen gegeben und rasche Prüfung bis zum Treffen der Fachminister Anfang Juni zugesagt. […] Als Folge der neuen Situation hat Lufthansa, einer der Hauptinteressenten für die A-340, bereits zu erkennen gegeben, daß sie die A-340 mit den verfügbaren schwächeren Triebwerken (um 1000 km geringere Reichweite) nicht gebrauchen könne. Ähnliches scheint für Swissair zu gelten. Damit fallen zwei wichtige Erstbesteller zunächst weg." Airbus werde daher das Projekt A-340 „in wesentlichen Teilen modifizieren müssen". Vgl. Referat 411, Bd. 160435.

16 Zur geplanten Einrichtung einer Schnellbahnverbindung zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Belgien vgl. Dok. 2, Anm. 39–41.

17 Zum Vorhaben eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers vgl. Dok. 61, Anm. 28.

nicht scheitern. Besondere Priorität räume seine Regierung Hermes[18] ein. Er würde es daher begrüßen, wenn die BuReg diesem Projekt Aufgeschlossenheit entgegenbringen würde. F sei seinerseits bereit, seine Haltung zu Columbus[19] zu überprüfen, wenn D damit im Hinblick auf eine Beteiligung an Hermes geholfen werden könne.

Seine Regierung stehe zu EUREKA[20], allerdings sei man mit seiner Arbeitsweise noch nicht zufrieden. Möglicherweise müsse der Prozeß noch stärker privatisiert werden.

BM erinnerte daran, daß PAH-II anstelle der seinerzeit von F vorgeschlagenen gemeinsamen Entwicklung eines modernen Kampfpanzers[21] getreten sei, für den wir wegen Leopard II keinen Bedarf gehabt hätten. Die Langstreckenversion

18 Zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes" vgl. Dok. 61, Anm. 29.

19 Zum Projekt einer Internationalen Raumstation vgl. Dok. 95, Anm. 28.
Referat 431 erläuterte am 24. April 1986: „Die Europäer haben bei der letzten Runde der Regierungsverhandlungen mit den USA am 15. und 16. April 1986 in Paris erstmals Elemente für einen Vertragstext vorgelegt, in denen die zentralen Vorstellungen der ESA-MS zur Beteiligung an der Internationalen Raumstation zum Ausdruck kommen: Die europäischen Beiträge zur Raumstation sollen im Eigentum der ESA verbleiben und durch diese gemäß der VN-Registrierungskonvention registriert werden. Aus dieser Tatsache soll sich die Jurisdiktion und Kontrolle der Europäer über die von ihnen gebauten Columbus-Elemente ableiten. […] Die USA stellten diesen Vorstellungen keine eindeutige eigene Position gegenüber; es wurde jedoch deutlich, daß – insbesondere auf Grund entsprechender Forderungen aus dem US-Kongreß – die USA eine vollständige Anwendung von amerikanischem Recht in allen Teilen der Raumstation anstreben. Eine Entscheidung hierüber wird insbesondere bei der künftigen industriellen Nutzung von Columbus von großer Bedeutung sein, da sich dann u. a. die Frage des Patentrechts stellen wird." Außerdem habe der Columbus-Programmrat am 17./18. April 1986 ein neues technisches Konzept verabschiedet: „Danach ist nunmehr der Bau von zwei europäischen Druckmodulen vorgesehen, von denen ein u. a. auf Materialwissenschaften spezialisiertes Modul fest in die Raumstation eingebaut werden, während das andere (kleinere) für den Freiflug geeignet sein soll. Damit soll versucht werden, die amerikanischen Vorstellungen mit dem europäischen Interesse, wenigstens einen Teil von Columbus als Baustein für eine künftige autonome Raumstation verwenden zu können, zu vereinbaren." Dieser Vorschlag stelle einen Kompromiß dar, „der allerdings das schwerwiegende Risiko, möglicherweise nicht finanzierbar zu sein, beinhaltet". Vgl. Referat 431, Bd. 142062.

20 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 2, Anm. 31–33.
Am 7./8. Mai 1986 fand in London eine weitere Sitzung der Hohen Repräsentanten der an EUREKA beteiligten Staaten statt. Ministerialdirigent Rembser, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. London, teilte dazu am 9. Mai 1986 mit, zur Notifizierung an die am 30. Juni 1986 in London stattfindende Ministerkonferenz seien „60 bis 80 neue Projekte – allerdings in unterschiedlichem Stadium – in Vorbereitung. Sie umfassen in Größe, Partnerzahl und Ausrichtung (Industrie-, Infrastruktur-, Umwelttechnikprojekte) ein breites Spektrum und spiegeln auch die unterschiedlichen Ansätze (z. B. F: möglichst viele Projekte, z. B. D: Konzentration auf große anspruchsvolle Projekte, z. B. GB: möglichst marktnahe Projekte) wider und decken damit ein breites Spektrum aus vorwettbewerblicher Forschung, industrienaher Entwicklung und dem Einsatz neuer Technologien für grenzüberschreitende Infrastrukturaufgaben (letztere vor allem von uns initiiert) ab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 944/945; Referat 414, Bd. 163007.

21 Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit Anfang 1979 die Frage eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre. Eine Vereinbarung über die Entwicklung und den Bau des Panzers wurde am 5. Februar 1980 in Paris unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.
In der Folgezeit kam es jedoch wegen einer veränderten Bundeswehrplanung sowie aus wirtschaftlichen Gründen zu Einwänden im Verteidigungsausschuß des Bundestags. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 64.
Im Gespräch mit Bundesminister Genscher, dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 21. Oktober 1982 teilte Bundesminister Wörner mit, daß sich für das Projekt keine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik finden lasse. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 284.

des Airbus sei marktstrategisch[22] wichtig, bringe aber keinen technologischen Durchbruch. Dieser sei hingegen von Hermes zu erwarten, der auch in seinen Augen hohe Priorität habe. Er kämpfe für dieses Projekt, da er überzeugt sei, daß die Haltung von D und F die technologische Zukunft Europas wesentlich mitentscheiden werde. Insofern könne man von einer historischen Verantwortung sprechen.

Zu EUREKA bemerkte BM, man brauche weitere Erfahrung, um zu sehen, wie EUREKA verbessert werden könne. EUREKA habe, wie er jüngst auf der Hannover Messe[23] (auf einem französischen Stand) wieder habe feststellen können, gute Projekte.

4) Außenpolitik der neuen französischen Regierung

Auf entsprechende Frage BMs erklärte *PM*, daß keine größeren Änderungen in der französischen Außenpolitik zu erwarten seien. Das gelte für das West-Ost-Verhältnis, für Nahost und für die Europapolitik, die allerdings wohl leichter werden dürfte angesichts der für die französische Wirtschaft beschlossenen Liberalisierungsmaßnahmen und der dadurch zunehmenden Konvergenz der Wirtschaftspolitiken in D und F.

Was den Weltwirtschaftsgipfel Tokio[24] angehe, so habe er Präsident Mitterrand überzeugt, der Behandlung des Themas Terrorismus zuzustimmen.

In Zentralamerika werde man sich künftig zurückhalten und betreffend Südafrika auf Sanktionen verzichten und den Botschafter wieder dorthin entsenden.[25]

Den deutsch-französischen Beziehungen stehe die französische Regierung besonders aufgeschlossen gegenüber und sei bereit, alle Themen mit uns offen und vertrauensvoll zu erörtern – etwa auf dem Gebiet der Verteidigung oder Wirtschaftspolitik. Dies bedeute „keinen Wechsel" der französischen Einstellung zu den deutsch-französischen Beziehungen, sondern ein „Mehr". In jüngster Zeit hätte es Initiativen gegeben, die oft mehr Worte als Taten gewesen seien. Er wolle mehr Taten.

PM merkte an, seine Regierung sei nicht glücklich über das Partnerverhalten im Zusammenhang mit der jüngsten EWS-Kursanpassung[26] gewesen. Sie hätte mit mehr Verständnis seitens des BMF gerechnet, besonders da F Begleitmaßnahmen angekündigt habe[27], die den deutschen Vorstellungen entsprochen hätten.

22 Korrigiert aus: „machtstrategisch".

23 Die „Hannover Messe Industrie" fand vom 9. bis 16. April 1986 statt.

24 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

25 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 5. Mai 1986, die Botschaft habe im französischen Außenministerium erfahren, daß der französische Botschafter Boyer „in sehr naher Zukunft" wieder nach Pretoria entsandt werden solle. Boyer sei im August 1985 als Reaktion auf die „gesteigerte Repression" in Südafrika zurückberufen worden. Schoeller führte dazu aus, der Schritt zeige, „daß die Regierung Chirac von der harten Anklagepolitik und der Drohgebärde mit Sanktionen abrücken möchte und eher zu dem herkömmlichen Nebeneinander von Ablehnung der Apartheid einerseits und voller Nutzung französischer Wirtschaftsinteressen andererseits zurückkehren will." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1014; VS-Bd. 13626 (320); B 150, Aktenkopien 1986.

26 Zur Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 89.

27 Das Bundesministerium der Finanzen erläuterte am 6. April 1986, der französische Wirtschafts- und Finanzminister Balladur habe gegenüber den Finanzministern und Notenbankpräsidenten der EG-Mitgliedstaaten am 4. bzw. 6. April 1986 Informationen über die wirtschaftspolitischen Ab-

Dennoch habe sich D und infolgedessen auch die Benelux wenig aufgeschlossen verhalten. Dies gehe wohl noch auf das Konto der Anfangsschwierigkeiten.

BM entgegnete, auch in diesem Zusammenhang wolle er seinen Vorschlag enger deutsch-französischer Abstimmung wiederholen. Hätte man zunächst bilateral geklärt, welche Konsequenzen die Kursanpassung im EWS etwa für die GAP haben würde, wäre die Operation wahrscheinlich weniger schwierig verlaufen.

5) Empfang anläßlich Grundgesetzverkündung[28] am 21.5./AM-Konsultationen am 22.5. in Paris[29]

BM schilderte die auf letzten Gipfelkonsultationen[30] beschlossenen Maßnahmen zur noch engeren Verzahnung der Außenpolitik beider Länder. Er habe mit seinem französischen Kollegen[31] Konsultationen am 22. Mai 1986 in Paris vereinbart, wobei er von StS und Abteilungsleitern begleitet werde. Am Vorabend (21. Mai) werde er aus Anlaß des Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes in der deutschen Residenz einen Empfang geben, zu dem er auch in Frankreich bekannte Persönlichkeiten aus Deutschland einladen werde. Auf diese Weise wolle er die besondere Qualität der politischen und persönlichen Beziehungen zwischen D und F unterstreichen.

PM sagte spontan seine Teilnahme am Empfang zu, es sei denn, er werde durch unvorhergesehene Ereignisse abgehalten.

Referat 010, Bd. 178900

Fortsetzung Fußnote von Seite 577

sichten der neuen französischen Regierung gegeben, die allerdings „unscharf" geblieben seien: „Ziel sei die Wiederherstellung des Gleichgewichts in den öffentlichen Finanzen und die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Die strikte Lohn-, Haushalts- und Geldpolitik soll fortgesetzt werden." Weitere Maßnahmen beträfen die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, die Straffung der Geldpolitik, eine Lockerung von Preiskontrollen, die Privatisierung von Unternehmen sowie eine Liberalisierung des Kapital- und Zahlungsverkehrs. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 168785.

28 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

29 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond vgl. Dok. 146.
Ferner traf Genscher mit Premierminister Chirac zusammen. Vgl. dazu Dok. 152.

30 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 61.

31 Der französische Außenminister Raimond traf am 3. April 1986 zu einem Antrittsbesuch mit Bundesminister Genscher zusammen. Im kleinen Kreis wurde die Agenda der kommenden Monate erörtert, so etwa der Ablauf des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio, der bevorstehende Besuch von Premierminister Chirac in der Bundesrepublik sowie ein Besuch des Bundesministers Genscher am 21./22. Mai 1986 in Frankreich. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178900.
Im größeren Kreis erörterten Genscher und Raimond die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, die Gemeinsame Agrarpolitik, den Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens, die französische Außen- und Sicherheitspolitik, SDI, INF, MBFR, den KSZE-Prozeß sowie die sowjetische Außenpolitik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178900.

110

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva

214-321.11 RUM VS-NfD **17. April 1986**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Besuch des rumänischen AM Dr. Ilie Văduva (Bonn, 16. bis 19.4.1986)[2]; hier: Delegationsgespräch 17.4.1986, 16.00 bis 18.30 Uhr

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Projekt Temeschwar/Timişoara[3]

AM *Văduva* (V.) umreißt die wirtschaftlichen Perspektiven seines Landes: Die Wirtschaft Rumäniens entwickle sich beständig und gut. Sein Land verfüge über ein beachtliches Produktivpotential. So habe man trotz der Weltwirtschaftskrise und trotz interner Schwierigkeiten das Jahrfünft von 1981 bis 1985 mit guten Ergebnissen abgeschlossen – insbesondere dank der Anstrengung des rumänischen Volkes. Pro Jahr sei die Industrieproduktion um 4% angestiegen, die Landwirtschaftsproduktion um 2%, das Nationaleinkommen um 5%. Die Auslandsverschuldung sei stark abgebaut und eine Reihe bestehender Schwierigkeiten bewältigt worden.

Vor diesem Hintergrund sei nun das Wirtschaftsprogramm für die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts beschlossen worden: Hauptziel Modernisierung der Industrie und anderer Wirtschaftszweige – es gelte, die Wirtschaft qualitativ voranzubringen. Ein Drittel des Nationaleinkommens werde für die Entwicklung des Landes bereitgestellt, das Hauptaugenmerk gelte der Modernisierung der Industrie und der Einbringung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts in die Produktion. Große Anstrengungen erfordere auch die Energiebasis.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 21. April 1986 gefertigt und „m[it] d[er] B[itte], die Genehmigung des BM einzuholen“, an das Ministerbüro geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 24. April 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf 010“.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 25. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 28. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des rumänischen Außenministers Văduva vgl. auch Dok. 111 und Dok. 112.

3 Referat 421 erläuterte am 20. März 1986: „Seit Januar 1978 (Besuch BK Schmidt in Rumänien) wird industrielles Großprojekt Timişoara zwischen beiden Seiten diskutiert. Durch die Ansiedlung von Produktionsbetrieben in diesem Gebiet (nach rumänischen Plänen insbesondere Elektronik und Hydraulik) sollte auch der deutsch-stämmigen Bevölkerung bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen geholfen werden. Zur Erleichterung der Durchführung dieses Vorhabens wurde von der Bundesregierung ein Sonderbürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM bereitgestellt, dessen Laufzeit am 28.6.1983 um fünf Jahre verlängert wurde.“ Ferner seien Bevollmächtigte zur beschleunigten Durchführung des Projekts sowie eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden: „Trotz der Bemühungen der Regierungen blieb die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Projekt bisher zurückhaltend. Die Ursache dafür ist in der angespannten Wirtschaftslage Rumäniens, den verstärkten rumänischen Forderungen auf Kompensationen für deutsche Lieferungen und den zahlreichen administrativen Hindernissen auf rumänischer Seite für derartige Projekte zu suchen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

Bei Modernisierung der rumänischen Industrie werde der Schwerpunkt auf eigene Forschungen gelegt. Erwünscht und notwendig sei aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, insbesondere bei Spitzentechnologien. In dieser Hinsicht sei die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland auch künftig sehr erwünscht. Hier habe bereits das vergangene Jahrzehnt erhebliche Fortschritte, insbesondere im Maschinenbau, gebracht. Rumänien wolle hierbei echter Partner sein. In diesem Sinn habe er gestern auch mit Vertretern deutscher Unternehmen gesprochen.

Wenn man auch mit dem seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1967[4] Erreichten zufrieden sein könne, so seien doch nicht alle Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit ausgeschöpft:

– In den letzten Jahren seien Kooperationsprojekte nicht in der Größenordnung konzipiert worden, die den Möglichkeiten der Industrie beider Seiten entspreche.
– Das jährliche Handelsvolumen habe in den letzten Jahren bei etwa 1 Mrd. US-Dollar gelegen – auch dies sei zu wenig im Vergleich zu den bestehenden Möglichkeiten. Er erinnere an die während des Staatsbesuchs von Präsident Ceauşescu[5] mit dem BK in Aussicht genommene Zielgröße von 1,8 bis 2 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Sie gelte fort. Notwendig seien jetzt neue Anstrengungen, die Suche nach neuen Mitteln und Wegen, um den Handelsaustausch weiter zu entwickeln.

Dies gelte auch für das Projekt Timişoara. Während seiner langen Geschichte habe man auf Gipfelebene und auf vielen anderen Ebenen darüber gesprochen – bisher sei es jedoch nicht zu genügend konkreten, substantiellen Ergebnissen gekommen. Er wolle der Bundesregierung in diesem Zusammenhang für die Eröffnung und Verlängerung eines Hermes-Plafonds danken und BM persönlich für die Idee und Durchführung eines Kooperationskolloquiums[6], für das er die Schirmherrschaft übernommen habe.

Nun habe im März d. J. die bilaterale Arbeitsgruppe über dieses Projekt beraten.[7] Die rumänische Seite habe Vorschläge unterbreitet, diese würden derzeit

4 Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

5 Präsident Ceauşescu hielt sich vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 279–281.

6 Am 21. Mai 1985 fand in Bonn das Symposium „Neue Aspekte der deutsch-rumänischen Unternehmenskooperation" statt. Für den Wortlaut der Eröffnungsrede des Bundesministers Genscher vgl. BULLETIN 1985, S. 499 f.

7 Die Tagung der deutsch-rumänischen Arbeitsgruppe fand vom 10. bis 13. März 1986 in Bukarest und Temeschwar statt. Ministerialdirigent Schüssler, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Bukarest, berichtete dazu am 13. März 1986, die Tagung sei zwar „in freundlicher Atmosphäre" verlaufen, habe jedoch in der Sache „keinen Fortschritt" erbracht. Während die rumänische Seite die Forderung nach finanziellen Sondervergünstigungen in den Vordergrund gestellt habe, habe die Delegation aus der Bundesrepublik auf die „wenig attraktiven Investitionsbedingungen für ausländische Firmen" in Rumänien verwiesen: „Es komme nach unserer Auffassung entscheidend darauf an, daß Rumänien rechtliche und administrative Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen verbessere und allmähliche Erholung rumänischer Wirtschaft aus der Krise […] allgemeine Voraussetzungen für Kooperationsverträge mit ausländischen Firmen schaffe." Schüßler legte dar, daß die rumänische Seite „wiederholt auf politischen Charakter des Projekts" hingewiesen habe und weiterhin bestrebt sein werde, „uns mit Vorwurf mangelnder Projektunterstützung, der Nicht-

deutscherseits analysiert. Im Kern gehe es darum, daß eine Reihe deutscher Firmen Interesse hätte, am Projekt teilzunehmen, daß aber weitere Punkte hinzukommen müßten. Die rumänischen Vorschläge an die deutsche Seite lauteten:

– langfristige Finanzierung durch Vorzugszinsen,
– Möglichkeit einer DEG-Beteiligung bei Finanzierung und Realisierung,
– Zusicherungen von Genehmigungen für Technologietransfer,
– Regelungen hinsichtlich des gemeinsamen Ursprungs der Produktion des Komplexes Timişoara: Gewährung von Vorzugszöllen zur Sicherung des Absatzes dieser Produktion.

All diese Punkte müßten vorher geklärt werden! Er erinnere daran, was während des letzten Gipfeltreffens (gemeint Staatsbesuch 1984) über dieses Projekt beschlossen worden sei, und bitte um prinzipielles Einverständnis der Bundesregierung mit diesen Vorschlägen. Sie sollten sodann während der Gemischten Kommission im Mai dieses Jahres[8] beraten werden.

BM entgegnet, V. habe über dieses Thema bereits gestern mit BMWi Bangemann gesprochen[9] – dem könne er im Ergebnis nichts hinzufügen. Auch wir seien interessiert, daß die Wirtschaftsbeziehungen sich ausweiteten. Wir hätten deshalb mit Befriedigung einen kräftigen Wiederanstieg des deutsch-rumänischen Warenaustausches verzeichnet. Wir hätten alles dafür getan, um im Rahmen der rumänischen Konsolidierungspolitik hohe Ausfuhrüberschüsse zu ermöglichen. Die im Mai stattfindende Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission werde deshalb unter günstigen Voraussetzungen zusammentreffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 580

einhaltung gegebener Zusagen zu beschuldigen und dafür wirtschaftliche Zugeständnisse in breitem Umfange für Rumänien zu erreichen. Wir sollten dieser Taktik durch Wahrung unserer klaren Position begegnen, daß Bundesregierung mit Schaffung Hermes-Sonderplafonds und aktiver Informationsarbeit größtmöglichen Beitrag zur Projektverwirklichung geleistet habe und es nun an rumänischer Seite sei, deutschen Unternehmen attraktivere Investitions- bzw. Kooperationsbedingungen zu bieten. Das Projekt Temeschwar dürfte uns jedenfalls noch auf längere Zeit beschäftigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 421, Bd. 140296.

8 Die für den 20./21. Mai 1986 vorgesehene Sitzung der deutsch-rumänischen Gemischten Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit fand erst am 1./2. Juli 1986 statt. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, teilte dazu am 3. Juli 1986 mit: „Für Verwirklichung Timişoara-Projekts wurden bekannte Forderungen wiederholt (langfristige Kredite zu Vorzugszinsen, Zusicherung ungehinderten Technologietransfers, Zollpräferenzen bei Einfuhr in die EG, Beteiligung der DEG). AM Văduva sei bei kürzlichem Bonn-Besuch von BK, BM Genscher und BM Bangemann ‚unbegrenzte Unterstützung' für Projektdurchführung zugesagt worden." Die Delegation der Bundesrepublik habe erneut auf die Notwendigkeit von attraktiven Rahmenbedingungen verwiesen: „PStS Grüner gab in diesem Zusammenhang Errichtung einer Produktions- und Freihandelszone im Raum Timişoara zu erwägen, die dem Staatspräsidenten unmittelbar unterstellt würde, um reibungslose und unbürokratische Arbeit zu gewährleisten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 488; Referat 421, Bd. 140296.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt notierte am 17. April 1986 zum Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem rumänischen Außenminister Văduva am Vorabend in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Bangemann habe auf die rumänischen Forderungen bezüglich des Projekts „Temeschwar" „in der Form verbindlich, aber in der Sache fest, auf folgendes hingewiesen: Notwendigkeit attraktiver, wettbewerbsfähiger, rechtlicher und administrativer Rahmenbedingungen Rumäniens, die geeignet sein sollten, deutsche Firmen für Investitionen zu motivieren; Unmöglichkeit, Vorzugszinsen oder zusätzliche Präferenzen bei EG-Einfuhr zu gewähren; mögliche technische Hilfeleistung, eventuell Beteiligung DEG in Erwägung zu ziehen; unsere bekannte Haltung zu COCOM." Gerhardt führte aus: „Damit dürfte Temeschwar-Problem für diesen Besuch ‚vom Tisch' sein." Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

Erforderlich sei allerdings Ideenreichtum, nicht nur bei der Suche nach neuen Formen bilateraler Kooperation, sondern auch der Zusammenarbeit auf Drittmärkten. Für RUM werde es sich ferner lohnen, die Kooperation der Bundesrepublik Deutschland mit anderen sozialistischen Ländern zu analysieren.

Was das Projekt Temeschwar angehe, so sei er – BM – traurig über den bisherigen Verlauf. Er habe sich in der Bundesregierung „mit der Brechstange" für die Schaffung eines finanziellen Rahmens eingesetzt. Er habe, wie von V. erwähnt, ein Kooperationssymposium angeregt und eröffnet. Er könne den rumänischen Freunden heute nur raten, durch eine signifikante Verbesserung der Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, daß das Becken entsteht, in das das Wasser – der Kapitalstrom – hineinläuft. Kapital- und Wasserströme hätten nämlich gemeinsam, daß sie sich das günstigste Flußbett aussuchten – sie flössen nicht bergan! Um im Bild zu bleiben: Wir könnten nur das Wasser einleiten, das Strombett müsse RUM selbst bauen!

V. möge ihm glauben, daß er sich bei vielen Unternehmen dafür eingesetzt habe, von dem zur Verfügung stehenden Finanzrahmen auch Gebrauch zu machen. Seine Gesprächspartner in den Unternehmen hätten aber übereinstimmend die Konditionen für nicht ausreichend gefunden. Darüber solle – das rate er dringend – noch einmal bei der Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission gesprochen werden.

Er wolle ein offenes Wort anfügen: Dem Projekt wäre es nützlich, wenn größere Klarheit über die Perspektiven und Schwerpunkte der künftigen rumänischen Wirtschaftspolitik bestünde. Dies könne die Investitionsneigung deutscher Unternehmen nur verbessern!

Văduva pflichtet bei, die Gemischte Wirtschaftskommission im Mai dieses Jahres solle zu effektiven Lösungsmöglichkeiten beitragen. Er erinnere erneut an den Beschluß auf Gipfelebene über dieses Projekt: Dies verdeutliche seine hohe politische Bedeutung. Er bitte die Bundesregierung, weiterhin Verständnis zu zeigen und ihr Augenmerk auf die Lösung dieses Projekts zu wenden. BM danke er nochmals für sein langjähriges Engagement.

Referat 010, Bd. 178901

111

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva

214-321.11 RUM VS-NfD **17. April 1986**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Besuch des rumänischen Außenministers Dr. Ilie Văduva (Bonn, 16. bis 19.4.1986)[2];
hier: Delegationsgespräch 17.4.1986, 16.00 bis 18.30 Uhr

Lage der Rumäniendeutschen – Ausreisefragen

BM führt ein, das Projekt Temeschwar/Timişoara[3] sei auch deshalb konzipiert worden, um die Lebensbedingungen in einem Siedlungsgebiet der deutschen Minderheit in Rumänien attraktiver zu gestalten. Die Lage dieser Minderheit spiele in unserem Land eine große Rolle. Die Ausreisevereinbarungen[4] funktionierten gut und würden von RUM korrekt eingehalten – letzteres allerdings mit der gravierenden Einschränkung, daß es erneut Klagen gebe, daß örtliche Stellen und Einzelfiguren die Ausreisebewerber mit Schmiergeldforderungen erpreßten und unter Druck setzten. Er bitte AM Văduva, diesem schwerwiegenden Problem seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Bei seinem – BM – letzten Gespräch mit Staatspräsident Ceauşescu[5] habe er vorgeschlagen, die Ausreisezahlen signifikant zu erhöhen. Diese Erwartung sei realistisch, weil sie den Wünschen vieler entspreche. Im Gespräch mit dem Staatspräsidenten habe er den Eindruck gehabt, daß man sich über die Konditionen für diese Ausreisen verständigt habe – in späteren Verhandlungen sei dies leider etwas anders gedeutet worden.[6] Er bitte deshalb V., dem Staatspräsidenten

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 21. April 1986 gefertigt und „m[it] d[er] B[itte], die Genehmigung des BM einzuholen“, an das Ministerbüro geleitet.

2 Zum Besuch des rumänischen Außenministers Văduva vgl. auch Dok. 110 und Dok. 112.

3 Zum Projekt „Temeschwar“ vgl. Dok. 110, Anm. 3.

4 Seit 1973 bestanden zwischen der Bundesrepublik und Rumänien Absprachen über die Ausreise von Deutschstämmigen aus Rumänien in die Bundesrepublik, die gegen finanzielle Leistungen der Bundesregierung gewährt wurde. Am 7. Januar 1978 schlossen beide Seiten eine auf fünf Jahre angelegte Vereinbarung, die durch eine weitere Übereinkunft vom 24. März 1981 bis 30. Juni 1983 fortgeschrieben wurde. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 11, und AAPD 1981, I, Dok. 101.
In Gesprächen am 20./21. Mai 1983 kamen beide Seiten in Bukarest u. a. überein, daß Rumänien im Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988 jährlich 11 000 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Ausreise ermöglichen sollte, wobei die Bundesregierung für jede Person 7800 DM zahlen würde. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 182.

5 Bundesminister Genscher und Präsident Ceauşescu trafen am 13. Februar 1985 in Bukarest zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 37.

6 Zur rumänischen Auslegung der Ergebnisse des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu am 13. Februar 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 74.
Das Thema wurde ferner zwischen Genscher und dem rumänischen Außenminister Andrei am 30. Juli 1985 in Helsinki erörtert. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 212.
Ministerialdirigentin Finke-Osiander legte am 26. März 1986 dar, die rumänische Haltung habe sich seit dem Gespräch zwischen Genscher und Andrei am 30. Juli 1985 in Helsinki nicht geändert: „Der Besuch des rum[änischen] AM Văduva sollte deshalb genutzt werden, in dieser Frage

diesen Wunsch noch einmal vorzutragen: signifikante Erhöhung der Ausreisezahlen. Wir hätten in der Vergangenheit durchaus anerkannt, daß diese Frage für RUM ein wirtschaftliches Problem sei, und hätten dies materiell honoriert – dies werde auch in Zukunft so sein. Nur könne das Maß dieser Anerkennung nicht erhöht werden.

Die Frage, warum so viele dieser Leute ausreisen wollten, die Heimat, in der sie seit Jahrhunderten gelebt hätten, verlassen wollten, sei nicht einfach zu beantworten. Sicherlich habe die Bundesregierung niemanden ermutigt, dies zu tun. Er glaube – und damit wolle er sich nicht in innere Angelegenheiten Rumäniens einmischen, sondern sage dies als Beobachter –, daß die rumänische Seite gut beraten wäre, den Deutschen zu ermöglichen, ihre eigene Identität besser zu wahren. Das gelte für die Schulen, für Unterricht und Ausstattung, für die Bildung und Fortbildung der Lehrer, für den Hochschulbereich, die berufliche Bildung usw. Die deutschen Theater in Hermannstadt und Temeschwar rängen um ihre Existenz. Deutsche Schriftsteller könnten nicht publizieren. Dies alles sei sehr kompliziert, jedoch könne man sicher durch Ausbau des kulturellen Lebens die Attraktivität des Verbleibens in der angestammten Heimat erhöhen. Wir hätten deshalb ein ganzes Programm von Vorschlägen entworfen, das D 6 morgen in der Expertenrunde[7] erläutern werde.

Er – BM – wolle, damit er nicht mißverstanden werde, nochmals unterstreichen: Die Bundesregierung tue nichts – absolut gar nichts –, um die Deutschen zu ermutigen, RUM zu verlassen. Wenn aber jemand für sich in Eigenverantwortung diese Entscheidung treffe, dann setze die Bundesregierung sich dafür ein, daß auch für ihn die Schlußakte von Helsinki[8] verwirklicht werde.

Aber die Bundesregierung möchte zugleich mit RUM zusammenarbeiten, um die Attraktivität des Bleibens zu erhöhen. Dies könne die Bundesregierung selbstverständlich nicht allein tun, hier liege große rumänische Verantwortung. Die Tatsache, daß man bisher über die Ausreisefrage gewisse vertragliche Vereinbarungen getroffen habe, sei ein Zeichen, daß die Regierungen, wenn sie um Verständigung bemüht seien, auch etwas Vernünftiges zustande bringen.

Botschafter Râmbu werde V. bestätigen, daß die rumänische Haltung in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt werde (Hinweis auf Pfingsttreffen der Landsmannschaften): Die Deutschen aus RUM, die jetzt bei uns lebten, seien gute Botschafter ihres Landes, es gebe keine feindlichen Gefühle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 583

das richtige Signal zu geben: Bestätigung Ihrer Forderung gegenüber Staatspräsident Ceauşescu nach ‚Flexibilität'." Vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Im Gespräch des Ministerialdirektors Witte mit dem Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Neâgu, am 18. April 1986 übergab die Delegation der Bundesrepublik Vorschläge für ein „kulturelles Überlebensprogramm für die Deutschen in Rumänien". Dazu führte Witte aus, „daß beide Regierungen ein gemeinsames Interesse an einer kulturellen Förderung der in Rumänien bleibenden Deutschen hätten. Er führte anschließend einige der Problempunkte aus: Die deutschen Theater hätten Probleme, wie andere Theater auch, und seien von der Schließung bedroht. Die deutschen Fernsehprogramme seien eingestellt worden, Zeitungen/Zeitschriften leiden unter einer schrumpfenden Leserschaft, die Zahl der Germanistiklehrstühle ist rückläufig, deutsche Lehrer werden außerhalb der deutschsprachigen Gebiete eingesetzt. Wir geben keinem die Schuld, sind aber interessiert und bereit, der rumänischen Regierung bei der Wahrung der kulturellen Infrastruktur für die Deutschen in Rumänien zu helfen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139536.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Er – BM – wolle offen sprechen: Die Geschichte zeige, daß viele Probleme unter den Völkern durch Minderheiten entstanden seien. Wir seien deshalb interessiert, das Problem – soweit lösbar – auch zu lösen, d.h. die Ausreisezahlen zu erhöhen. Er bitte deshalb erneut, diese Frage mit Staatspräsident Ceauşescu noch einmal zu überprüfen. Er bitte, diese Frage von Problemen, die RUM evtl. mit UNG habe, zu trennen – diese Fragen lägen aus geographischen und anderen Gründen, über die man am besten nicht spreche, anders. Er – BM – möchte jedenfalls, daß die Bundesrepublik Deutschland und RUM wirtschaftlich enger zusammenkommen, und wolle deshalb vermeiden, daß es aus diesem humanitären Problem zu Verspannungen komme.

Deshalb sein Vorschlag: Man müsse einen neuen Anfang machen, wofür zwei Signale wichtig seien:

– die Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission im Mai d.J.[9],
– die Verbesserung der kulturellen Bedingungen und die Regelung der humanitären Fragen der Rumäniendeutschen.

Wenn Staatspräsident Ceauşescu es für notwendig halte, sei er – BM – gern zu einem informellen Besuch in Bukarest bereit. Er – BM – strebe eine langfristige Regelung der Dinge an. RUM sei das erste Land des WP (nach der SU[10]) gewesen, das mit uns diplomatische Beziehungen aufgenommen habe[11] – dies sei unvergessen! In diesem Geiste seien wir bestrebt, die offenen Fragen zu regeln.

Văduva sagt zu, Staatspräsident Ceauşescu die Bereitschaft des BM zu einer Reise nach Bukarest zur Erörterung offener Fragen (einbezogen auch Projekt Temeschwar) zu übermitteln.

Was das Problem der deutschen Minderheit in RUM angehe, so kenne BM die rumänische Haltung aus erster Hand, nämlich von Staatspräsident Ceauşescu selbst. RUM habe das Problem der Nationalitäten, aller Nationalitäten gelöst: gleiches Recht auf Erziehung, gleiche kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten, gleiche Chancen im Arbeitssektor für alle. RUM sei kein Auswandererland, deshalb könne es die Auswanderung nicht ermutigen. Alle Staatsangehörigen sollten zum gemeinsamen Fortschritt des Heimatlandes zusammenarbeiten, auch rumänische Staatsangehörige deutschen Ursprungs. Sie hätten zum Teil seit 800 Jahren mit den Rumänen in guten wie in schlechten Zeiten zusammengelebt – sie hätten auch künftig ihren Platz in RUM. Was die Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung und andere kulturelle Fragen angehe, so sei er einverstanden, daß das Thema in der Expertenrunde vertieft werde. Was die Ausreisefrage angehe, so gebe es diesbezügliche Vereinbarungen und Kanäle.

BM dankt V. für die Lösung von humanitären Einzelfällen.

Referat 010, Bd. 178901

9 Zur Sitzung der deutsch-rumänischen Gemischten Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit am 1./2. Juli 1986 in Bukarest vgl. Dok. 110, Anm. 8.

10 Im Rahmen des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR vereinbarten beide Seiten am 13. September 1955, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

11 Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

112

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva

214-321.11 RUM VS-NfD **18. April 1986**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Gespräch des Herrn Bundesminister mit dem rumänischen Außenminister Văduva anläßlich des Frühstücks am 18.4.1986, 8.00 bis 9.00 Uhr[2]

BM unterstrich einleitend, daß er mit Zufriedenheit in den gestrigen Tischreden[3] in einer ganzen Anzahl von Punkten Übereinstimmung festgestellt habe. Rumänischer *Außenminister* stimmte dem zu.

AM Văduva machte sodann folgende Ausführungen:

Rumänien sei sehr besorgt über die gegenwärtige schwierige und komplexe internationale Situation. Hauptprobleme seien: das nukleare Wettrüsten, verschiedene Konfliktherde, die wirtschaftliche Lage der Länder der Dritten Welt, das Versagen der Bemühungen, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu etablieren, Fälle der Androhung und Anwendung von Gewalt, wobei sich leider wieder bestätigt habe, daß es Länder gebe, die Zuflucht zu Gewalt nähmen. Die Atmosphäre beim Genfer Gipfeltreffen[4] sei gut gewesen, aber das Treffen habe insgesamt offensichtlich wenig dazu beigetragen, die anstehenden Probleme wirklich zu lösen. Daher müßten vor allem die europäischen Völker weiter aktiv bleiben und das Ihre dazu beitragen, daß der Dialog fortgesetzt werde. Rumänien habe die Vorschläge von GS Gorbatschow[5] begrüßt. Es habe auch die Vorschläge der USA[6] zur Kenntnis genommen. Notwendig sei es jetzt, konkrete Schritte zu unternehmen, um wirklich zur Abrüstung zu kommen.

Für Europa stelle sich vor allem das Problem der Stationierung von Mittelstreckenwaffen. Ihre Beseitigung würde dazu beitragen, die Kriegsgefahr zu vermindern. Präsident Ceauşescu habe Botschafter Glitman empfangen. Dies sei ein Beweis für seine Anteilnahme an den Abrüstungsproblemen. Die Eliminierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen müsse ohne Vorbedingungen erfolgen. Im übrigen trete Rumänien für die weltweite Beseitigung sämtlicher ato-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt am 18. April 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 22. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragenden Legationsrat Bitterlich verfügte.
Hat Jansen am 23. April und Bitterlich am 24. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des rumänischen Außenministers Văduva vgl. auch Dok. 110 und Dok. 111.

3 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher anläßlich eines Abendessens am 17. April 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 309 f.

4 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

5 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

6 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 52.

maren Waffen ein. Das Programm ihrer Eliminierung bis zum Jahre 2000 begrüße es daher. Rumänien sei auch im Kreise der WP-Staaten in dieser Richtung aktiv gewesen. Totale Abrüstung sei allerdings nur in abgestufter und ausgeglichener Weise möglich. Rumänien sei auch bekannt, welchen Wert wir auf entsprechende Maßnahmen auf konventionellem Gebiet legten.

BM erwiderte, er wolle seinem Gast unsere Vorstellungen und Sorgen in aller Offenheit darlegen. Das A und O der Abrüstungsproblematik sei die Nachprüfbarkeit. Hier seien viele Jahre nutzlos vergangen, weil die SU sich – höflich ausgedrückt – zurückgehalten habe. Eine substantielle Veränderung der sowjetischen Position betreffend Verifikation sei in dem Vorschlag vom 15.1. enthalten. Allerdings müßten den Worten jetzt Taten folgen.

Was Wien anbelange, so habe der Westen im Dezember letzten Jahres einen Vorschlag vorgelegt, der substantielles Entgegenkommen enthalte und auf deutsche Anregung ausgearbeitet worden sei. Leider sei die Antwort des Ostens enttäuschend.[7] Hauptproblem sei dabei wieder die Verifikation. Er, BM, wäre dankbar, wenn sich Präsident Ceausescu und auch rumänischer AM für ein Zwischenergebnis in Wien einsetzen würden. Dies könnte günstige psychologische Wirkungen auch für andere Verhandlungsforen haben.

Ähnliche Probleme beständen, so fuhr BM fort, auch bei den C-Waffen. Auch hier habe übrigens der Vorschlag vom 15.1. Fortschritte möglich gemacht, weil sich die SU bereit erklärt habe, das Problem weltweit anzugehen. Anders gehe es auch nicht. Aber auch hier habe man nun wieder ein Verifikationsproblem, und auch hier sei die Bereitschaft des Ostens zu echten Fortschritten nötig.

Interessant sei, daß sowohl die USA als auch die SU bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen am ehesten einen Verhandlungserfolg für möglich erachteten. Hier müsse man unbedingt versuchen, voranzukommen. Das beste wäre, alle Mittelstreckenwaffen verschwänden; wenn das nicht möglich sei, so sollte man jedenfalls einen ersten Schritt in diese Richtung tun.

In Stockholm[8] gehe es um Vertrauensbildung. Dies sei die andere Seite der Medaille Verifikation. Nötig sei, in Stockholm jetzt ein größeres Tempo vorzulegen. Seine Rede, die er im Januar dort gehalten habe[9], sei allgemein sehr positiv aufgenommen worden. Wir bräuchten Ergebnisse noch in diesem Sommer, um auf der Wiener Folgekonferenz nicht mit leeren Händen dazustehen.

Mit Interesse habe er, BM, den Vorschlag der WP-Außenminister notiert, das Wiener Treffen auf AM-Ebene zu eröffnen.[10] Dies finde unsere Zustimmung. Er habe über diese Frage auch mit dem amerikanischen Präsidenten und dem

7 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

8 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 71 und Dok. 151.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 28. Januar 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70.

10 Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20. März 1986 in Warschau; EUROPA-ARCHIV 1986, D 262.

amerikanischen AM gesprochen.[11] Er werde erneut beim NATO-Treffen in Halifax[12] darüber sprechen. Wichtig sei, daß man dann aber auch ein Paket nach Wien mitbringen und präsentieren könne.

Wien werde große Bedeutung haben. Dies sei nun schon die dritte Folgekonferenz. Belgrad[13], wo noch niemand so recht Erfahrung hatte, sei eine Art Null-Lösung gewesen. Madrid[14] betrachteten wir schon als einen großen Erfolg. Selten habe Europa auf einer internationalen Konferenz eine derartige Rolle gespielt. Wenn man Madrid allein den Großmächten überlassen hätte, hätte vielleicht eine Desintegration einsetzen können. Damals habe sich gezeigt, daß der KSZE-Prozeß den mittleren und kleineren Staaten durchaus Handlungsmöglichkeiten gebe. Der KSZE-Prozeß sei aufrechterhalten worden. Ein Verhandlungsergebnis wurde erzielt.

Wenn zum Beispiel die Stockholmer Konferenz zu einem Erfolg führe, dann könne man Überlegungen über eine nächste Phase anstellen. Hier sei das Thema konventionelle Waffen anzusprechen. Schließlich sei es doch so: Die SU sage, die nuklearen Waffen sollten weg. Die USA wollten sich gegen diese Waffen schützen und sie obsolet machen. Im Endergebnis laufe dies aufs gleiche hinaus, nämlich auf eine Vision einer Welt ohne A-Waffen. Wir müßten uns daher überlegen, wie in einer solchen Welt die Sicherheit gewährleistet werden könne. Was immer geschehe, eines müsse sichergestellt sein: Nie wieder dürfe in Europa ein Krieg führbar werden. Das Fehlen atomarer Waffen garantiere noch nicht den Frieden. Auch Gleichgewicht garantiere ihn nicht. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs beweise dies. Es müsse überlegt werden, wie Sicherheitsstrukturen geschaffen werden könnten, die verhinderten, daß Kriege noch führbar seien; vor allem Sicherheitsstrukturen, die einen Angriff aus dem Stand unmöglich machten. Dies betreffe die Bewaffnung und Dislozierung der Truppen ebenso wie die Militärdoktrin. Er, BM, wolle nicht hoffen, daß es noch Leute gebe, die glaubten, daß ein konventioneller Krieg heute führbar und weniger schlimm als Auseinandersetzungen mit anderen Waffen sei. Der Erste Weltkrieg würde wie ein bloßes Scharmützel erscheinen, wenn es je zu einem dritten „konventionellen" Weltkrieg käme. Er, BM, werde jedenfalls alles in seiner Macht Stehende tun, damit in Europa ein Krieg nicht mehr führbar werde. Einen solchen Krieg würden weder die Rumänen noch die Deutschen oder die Polen überleben.

AM *Văduva* erwiderte, Kriege könnten sicher auch durch Abrüstung und Rüstungskontrollmaßnahmen vermieden werden. Kriege könnten aber auch durch Fehler in der Technik ausbrechen. Rumänien sei jedenfalls bereit, im Rahmen von Abrüstungsschritten Verifikationsmaßnahmen zu akzeptieren und durchzuführen. Man müsse zur Eliminierung atomarer Waffen nicht nur in Euro-

11 Bundesminister Genscher erörterte die Frage einer Eröffnung der dritten KSZE-Folgekonferenz auf Außenministerebene im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 15. bzw. mit Präsident Reagan am 16. April 1986 in Washington. Vgl. dazu Dok. 105 bzw. Dok. 108.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

13 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

14 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

pa, sondern weltweit kommen. (BM: „Das unterstreiche ich!“) Man könne allerdings nicht alles zur gleichen Zeit anpacken. Man müsse daher in Etappen denken. Man müsse auch die Interdependenz zwischen den einzelnen Waffenarten berücksichtigen. Schließlich müßten Abrüstungsschritte verifizierbar sein.

Bulgarien und Rumänien hätten eine C-Waffen-freie Zone auf dem Balkan vorgeschlagen.[15] (BM: „Lieber weltweit!“) Diese Schaffung von Zonen des Friedens könne zwar nicht die Kriegsgefahr beseitigen. Waffen seien transportabel und hätten auch eine große Reichweite. Aber derartige Zonen seien doch Schritte auf dem Wege zur Abrüstung. Sie bildeten Vertrauen. Sie seien ein Anfang. Von ihnen könnten Impulse ausgehen, die schließlich zu weltweiten Lösungen führten, die auch Rumänien befürworte.

Was die Einstellung nuklearer Tests anbelange, so habe Rumänien das einseitige Moratorium der SU[16] sehr begrüßt. Es habe die Aufforderung an die USA gerichtet, sich diesem Moratorium anzuschließen; leider ohne Ergebnis. Die europäischen Staaten sollten nun darauf hinwirken, daß die SU erneut ein Moratorium verkünde und die USA ihr folgten. Die mittleren und kleineren Staaten Europas sollten überhaupt eine wichtigere Rolle im Sicherheitsbereich spielen. Diese Staaten könnten nicht ersetzen, was die Weltmächte miteinander verhandelten. Aber sie könnten vernünftige Lösungen unterstützen und stimulierend wirken. Außerdem könne das internationale Klima nicht gesunden, wenn Konflikte fortbestünden. Deshalb habe Rumänien in den VN einen Appell vorgelegt[17], den Entwicklungsländern zu helfen, auf Gewalt zu verzichten und die Prinzipien der Charta[18] buchstabengetreu durchzuführen, darunter das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und das Verbot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten. Rumänien fühle sich an diese Prinzipien gebunden und setze sie in die Praxis um. Abschließend wolle er, Văduva, noch einmal das Interesse seines Landes an einer engen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland unterstreichen, auch was die Lösung der angesprochenen Sicherheitsfragen anbelange. 1986 sei zum Jahr des

15 Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete am 27. Dezember 1985, anläßlich eines Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vom 20. bis 22. Dezember 1985 in Rumänien hätten Schiwkow und Präsident Ceauşescu vorgeschlagen, „neben der geplanten kernwaffenfreien Zone auch eine von chemischen Waffen freie Zone auf dem Balkan zu schaffen. Die Staats- und Regierungschefs der Balkanländer sollten sich um ein Abkommen über das Verbot der Erprobung, der Herstellung, des Erwerbs und der Lagerung chemischer Waffen bemühen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 989; Referat 210, Bd. 139228.

16 Zum einseitigen sowjetischen Testmoratorium vgl. Dok. 95, Anm. 25.

17 Am 10. April 1986 legte der rumänische VN-Botschafter Marinescu eine Erklärung der Großen Rumänischen Nationalversammlung vom 4. April 1986 zum Internationalen Jahr des Friedens vor. Darin hieß es in Ziffer 1) u. a.: „Everything possible should be done to bring together all the forces so as to put an end forever to the policy of force and interference in the domestic affairs of states, solve the existing conflicts only by peaceful means, by negotiations, liquidate underdevelopment and build the new international economic order, ensure all peoples the right to develop in freedom and independence, the right to decide their own destiny.“ Frieden könne nur bei einer Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer erreicht werden. Für das Dokument A/41/276 vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/41/276.

18 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

Friedens proklamiert worden.[19] In Genf, Stockholm und Wien könne der Friedenswille unter Beweis gestellt werden.

BM erwiderte, Zusammenarbeit sei wirklich wichtig. Er könne dies nur unterstreichen.

Anschließend kam AM *Văduva* noch kurz auf bilaterale Probleme zu sprechen. Darunter eine angebliche „Pressekampagne" gegen Rumänien in den deutschen Medien. Ferner beschwerte er sich darüber, daß rumänische Spezialisten und Sportler von deutscher Seite „abgeworben" würden. Was die wirtschaftlichen Beziehungen anbelange, so bedaure er, daß das Interesse der deutschen Firmen immer noch so gering sei. Es habe früher Schwierigkeiten gegeben. Diese seien jedoch beseitigt. Das Klima für deutsche Firmen sei gut. Rumänien sei ein „ernsthafter und kompetenter Partner" in Wirtschaftsdingen.

Der *BM* erwiderte, was die Presse anbelange, so gehe diese nicht nur mit dem Ausland, sondern auch mit der eigenen Regierung kritisch um. Er empfehle, gerade kritische Journalisten einzuladen und ihnen zu ermöglichen, sich selbst ein Bild zu machen. Wir würben auch niemanden ab oder forderten ihn auf, bei uns zu bleiben. Wir respektierten aber die Entscheidung des Einzelnen, wenn er sich entschlossen habe, dies zu tun. Was Investitionen in Rumänien anbelange, so könne er nur darauf verweisen, was er bereits im gestrigen Delegationsgespräch gesagt habe: Kapital sei wie Wasser, es suche sich das günstigste Bett. Für dieses müsse Rumänien sorgen. Zu den besprochenen Fragen der Abrüstung wolle er abschließend nur bemerken, daß er mit großer Zufriedenheit – trotz mancher Unterschiede – viele Gemeinsamkeiten festgestellt habe. Dies wolle er ausdrücklich festhalten. Er habe nun schon öfter mit Präsident Ceauşescu gesprochen. Dieser wisse, daß manches von dem, was er gesagt habe, in unsere und die westliche Position eingeflossen sei. Er bitte, den Präsidenten zu grüßen.

AM *Văduva* dankte für das Gespräch und insbesondere auch den guten Geist, in dem es geführt worden sei.

Referat 010, Bd. 178901

19 Mit Resolution Nr. 37/16 vom 16. November 1982 beschloß die VN-Generalversammlung, das Jahr 1986 zum Jahr des Friedens zu erklären. Die offizielle Proklamation solle anläßlich des 40. Jahrestags der Gründung der VN am 24. Oktober 1985 erfolgen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXI, S. 243.
Für den Wortlaut der offiziellen Proklamation vgl. den Anhang zur Resolution Nr. 40/3 der VN-Generalversammlung vom 24. Oktober 1985; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXIV, S. 221.

113

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff

311-322.00 LIY/SB VS-NfD **18. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Bemühungen im Zusammenhang mit der Krise im Mittelmeer

Bezug: Gestriges Gespräch bei Ihnen

2 Anlagen[4]

Sie haben Weisung gegeben, unsere Kontakte zu wichtigen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens durch persönliche Begegnungen zu aktivieren. Hierfür kommen in Frage:

1) Algerien

Algerien, ein ursprünglich radikaler arabischer Staat, hat inzwischen zu einer umsichtigen und verantwortungsbewußten Politik gefunden. Es besitzt großen Einfluß in fast allen arabischen Staaten, vor allem auch in Syrien, Libyen und Tunesien. Der algerische AM Taleb Ibrahimi, der Sie im September 1985 besucht hat[5], ist ein intelligenter und erfahrener Politiker. Für einen persönlichen Kontakt kommt daher in erster Linie Algerien in Frage.

Hierfür bietet sich Ihre Reise nach Dakar[6] an. Vorschlag:

Donnerstag	24.4.1986	08.00 Uhr	Abreise Bonn
		10.00 Uhr	Eintreffen Algier (Flugzeit: ca. 3 Stunden, Zeitunterschied 1 Stunde)
		16.00 Uhr	Abreise Algier
		20.00 Uhr	Eintreffen Dakar (Flugzeit: ca. 5 Stunden Zeitunterschied 1 Stunde)

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 18. April 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 18. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 21. April 1986 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9 und 32.

5 Der algerische Außenminister Ibrahimi hielt sich vom 17. bis 20. September 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 248–250.

6 Vom 23. bis 27. April 1986 war in Dakar eine Botschafterkonferenz „Afrika südlich der Sahara" vorgesehen, an der Bundesminister Genscher am 25./26. April 1986 teilnehmen sollte. Mit Runderlaß vom 21. April 1986 teilte Staatssekretär Meyer-Landrut mit: „Amtsleitung hat entschieden, daß aufgrund weltpolitischer Lage StS und leitende Beamte der Abteilung 3 sowie Afrikareferenten hier nicht abkömmlich sind. Botschafterkonferenz muß deswegen verschoben werden. Zur Zeit wird geprüft, ob sie im Herbst dieses Jahres stattfinden kann. […] Botschafter Dakar wird gebeten, in diesem Zusammenhang auch bilateralen Besuch des BM in geeigneter Weise mit Bitte um Verständnis unter Hinweis auf großes Bedauern seitens BM abzusagen." Vgl. Referat 010, Bd. 178914.

Falls der AM[7] am Donnerstag, 24.4.1986, nicht zur Verfügung stehen sollte, könnte als Alternative ins Auge gefaßt werden:

Sonntag	27.4.1986	14.00 Uhr	Abreise Dakar
		20.00 Uhr	Eintreffen Algier
Montag	28.4.1986	11.00 Uhr	Abreise Algier
		15.00 Uhr	Eintreffen Bonn

oder Abflug Samstagmittag[8].

Entwurf einer persönlichen Botschaft an AM Taleb Ibrahimi ist in der Anlage beigefügt.[9]

2) Syrien

Als potentieller, in letzter Zeit aber sichtlich vorsichtig gewordener Helfer radikaler arabischer Gruppierungen sowie wegen seiner Rolle im Libanon ist Syrien ein ebenso wichtiger Ansprechpartner. Theoretisch könnten Sie Damaskus auf dem Weg vom oder nach dem Weltwirtschaftsgipfel[10] besuchen. Da Sie im Herbst 1985 aber in Damaskus waren[11] (kürzlich auch Ministerpräsident Strauß[12]), würde Damaskus wahrscheinlich die Aktivierung einer der Einladungen höher schätzen, die Sie sowohl gegenüber Vizepräsident Khaddam wie gegenüber AM Scharaa[13] ausgesprochen haben.

Vizepräsident Khaddam: Für K. sprechen seine größere politische Bedeutung und seine Aufgabe als Koordinator aller libanesischen Angelegenheiten; gegen ihn seine hohen protokollarischen Ansprüche. Als Vizepräsident rangiert er über dem Ministerpräsidenten[14]. Er wird darauf bestehen, daß sein eigentlicher Gesprächspartner (Abholung vom Flugplatz, Essen) der Bundeskanzler ist. Dies könnte Terminierung und Durchführung des Besuchs erschweren. Bei AM Scharaa würden diese Probleme nicht bestehen. Es wird daher einfacher sein, ihn rasch nach Bonn einzuladen.

7 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „und Präsident".

8 26. April 1986.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf einer Mitteilung des Bundesministers Genscher an den algerischen Außenminister Ibrahimi vgl. Referat 311, Bd. 137906.
Genscher traf am 28. April 1986 in Algier mit Ibrahimi zusammen. Vgl. Dok. 124.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 137.

11 Bundesminister Genscher hielt sich vom 30. August bis 1. September 1985 in Syrien auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 238 bzw. Dok. 239.

12 Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 22. bis 24. März 1986 in Syrien auf. Botschafter Wöckel, Damaskus, teilte dazu am 24. März 1986 mit, Strauß sei von Präsident Assad zu einem Vier-Augen-Gespräch empfangen worden. Ferner hätten Gespräche mit dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam, Ministerpräsident al-Kassem und Verteidigungsminister Tlass stattgefunden sowie mit Wirtschaftsminister Imadi und Wirtschaftsvertretern: „Bei den Gesprächen ging es um Wirtschaftsfragen und allgemeine Fragen des Nahost-Konflikts. […] Nach meinem Eindruck hat sich MP Strauß auch um eine Versöhnung Assads mit dem libanesischen Staatspräsidenten Gemayel bemüht. Ob diese Bemühung Erfolg hat, wird sich in nächster Zeit herausstellen. Skepsis scheint mir angebracht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 170; Referat 310, Bd. 149702.

13 Ministerialdirektor Sudhoff notierte am 10. Januar 1986, Bundesminister Genscher habe während seines Besuchs vom 30. August bis 1. September 1985 den syrischen Vizepräsidenten Khaddam und Außenminister Scharaa zu einem Besuch in der Bundesrepublik eingeladen. Beide hätten die Einladung angenommen. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 149700.

14 Abdul Rauf al-Kassem.

Alle politischen Entscheidungen liegen ohnehin in der Hand des Präsidenten[15]. Nach Abschätzung aller Umstände wird daher der baldigen Einladung des AM der Vorzug gegeben.[16]

3) Ägypten

Neben Tunesien ist Ägypten wahrscheinlich das Land, das die Auswirkungen der politischen Virulenz im Mittelmeerraum auch innenpolitisch am empfindlichsten zu spüren bekommt. Das erklärt auch die offizielle ägyptische Verurteilung des amerikanischen Vorgehens gegen seinen Intimfeind Gaddafi.[17] Ägypten würde daher gerade jetzt ein Zeichen unserer Freundschaft begrüßen. In Frage kommt eine Zwischenlandung auf dem Weg nach[18] oder vom Weltwirtschaftsgipfel.

4) Saudi-Arabien

Für unsere Bemühungen einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Golf-Kooperationsrat[19] ist Saudi-Arabien ein Schlüsselland. Es besteht eine besonders enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung. In diesen Fragen hat Saudi-Arabien auch eine führende Rolle bei den entsprechenden Anstrengungen der besonders gefährdeten Golfstaaten.

Der saudische Innenminister Prinz Naif besucht Bonn am 29.4.1986. Als Vollbruder des Königs[20] übersteigt seine Bedeutung die eines Fachministers. Sein Besuch zeigt, daß Saudi-Arabien trotz der bekannten Verstimmung den Kontakt zu uns nicht abreißen lassen will.

Ein Gespräch mit Ihnen ist für 30.4.1986, nachmittags, vorgesehen. Sie könnten es zu einem intensiven Gedankenaustausch über ein breites Spektrum von Fragen ausnutzen, eventuell sogar ein Essen geben.[21]

15 Hafiz al-Assad.

16 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".
Genscher traf am 30. April 1986 in Belgrad mit Präsident Assad zusammen. Vgl. Dok. 126.

17 Botschafter Müller, Kairo, berichtete am 16. April 1986, die ägyptische Regierung habe folgende Stellungnahme zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 abgegeben: „Sie habe von dem amerikanischen Angriff mit großer Besorgnis und Betroffenheit Kenntnis genommen. Das libysche Brudervolk habe den Tod unschuldiger Menschen zu beklagen. Was geschehen sei, stehe im Widerspruch zu der Verpflichtung der Staaten, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen – wie in der VN-Charta vorgesehen. Militäreinsatz und Gewaltanwendung könnten internationale Probleme nicht lösen oder Spannungen vermindern." Ferner werde ein früherer Vorschlag des Präsidenten Mubarak für eine internationale Konferenz über Terrorismusbekämpfung wieder aufgegriffen. Außerdem rufe die Stellungnahme „zur arabischen Solidarität auf. Die arabischen Bruderstaaten müßten aus dem Geschehen die erforderliche Lehre ziehen. Die Existenz der arabischen Staaten selbst stehe auf dem Spiel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 718; Referat 311, Bd. 137906.

18 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „Tokyo".
Die Wörter „nach Tokyo" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja".

19 Zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten vgl. Dok. 5, Anm. 15.

20 Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

21 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ja".
Im Gespräch mit dem saudi-arabischen Innenminister Prinz Naif am 30. April 1986 erklärte Bundesminister Genscher, daß der Bundesregierung die Stabilität Saudi-Arabiens „als Voraussetzung für die Stabilität der ganzen Region wichtig sei. Das sei auch mit ein Grund für unser Engagement in der Frage einer engen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit EG–GCC. Wir würden

5) Iran

Es besteht die Gefahr, daß die Beziehungen zu Iran, die nach Ihrem Besuch in Teheran (Juli 1984[22]) einen guten Stand hatten, infolge der jüngsten Entwicklung im Mittelmeer und auch wegen unserer Haltung in Menschenrechtsfragen abkühlen. Dies ist auch im Hinblick auf Sicherheitsaspekte nicht wünschenswert.

Der iranische Botschafter[23] hat uns davon unterrichtet, daß AM Velayati Bonn in der zweiten Hälfte Juni 1986 besuchen möchte. Wir sollten ihm möglichst bald einen Termin nennen.

In Frage kämen 16.6.1986, nachmittags, und 17.6.1986.[24] Als Alternative, wenn auch schwieriger, 18.6.1986, abends, und 19.6.1986.[25]

6) Irak

Staatsminister Möllemann sollte gleichzeitig oder schon vorher die seit längerem geplante Reise nach Irak durchführen.[26]

7) Libyen[27]

Im Zusammenhang mit den jüngsten Spannungen wurden – und werden – die deutsch-libyschen Beziehungen erheblichen Belastungen ausgesetzt. Nach der

Fortsetzung Fußnote von Seite 593

es begrüßen, wenn SAR sich im Kreise der GCC-Staaten ebenso nachdrücklich dafür einsetzen würde, wie wir es in der EG täten." Ferner betonte Genscher „die Wichtigkeit gemeinsamer Bemühungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Europäer und Araber müßten hierin zusammenarbeiten und dafür den EAD nutzen. Wir seien für ein baldiges Treffen der Troika-Minister beider Seiten." Naif stellte fest, „daß SAR strikt gegen Terrorismus sei, nicht zulasse, daß von seinem Territorium terroristische Aktionen ausgingen, und nichts mit Staaten zu tun habe, die Terrorismus unterstützten. Er stimmte zu, daß zur Bekämpfung des Terrorismus auch die Beseitigung seiner Ursachen gehöre. […] Gegen den Angriff auf Libyen habe SAR protestiert, da es gegen Gewalt und für diplomatische Lösungen sei und es nicht stillschweigend hinnehmen könne, daß ein arabisches Land militärisch angegriffen wird." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178902.

22 Korrigiert aus: „September 1984".
Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

23 Mohammad Djavad Salari.

24 Die Wörter „16.6.1986, nachmittags, und 17.6.1986" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja".

25 Vortragender Legationsrat Eickhoff notierte am 23. April 1986, in einem Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem iranischen Botschafter Salari am selben Tag sei als Termin für einen Besuch des iranischen Außenministers Velayati in der Bundesrepublik der 19./20. Juni 1986 ins Auge gefaßt worden. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137880.
Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 17. Mai 1986, der iranische Außenminister Velayati, habe ihm am selben Tag mitgeteilt, „daß er sehr daran interessiert sei, den Besuch von BM Genscher offiziell zu erwidern […]. Leider aber ließe sein Terminplan diesen Besuch zu den vorgeschlagenen Daten nicht zu." Velayati hoffe auf ein Treffen mit Bundesminister Genscher im September 1986 in New York. Freitag legte dazu dar, es sei zu vermuten, „daß ein offizieller Besuch auf hoher politischer Ebene in einem wichtigen westlichen, den USA eng verbündeten Land aus Sicht der iranischen Führung derzeit nicht in die politische Landschaft paßt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 626; Referat 311, Bd. 137879.

26 Ein für den 13. bis 15. Juni 1986 vorgesehener Besuch des Staatsministers Möllemann mußte verschoben werden, da Möllemann „unvorhergesehene terminliche Verpflichtungen des BM übernehmen muß, die unabwendbar sind". Vgl. den Drahterlaß Nr. 98 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok vom 2. Juni 1986 an die Botschaft in Bagdad; Referat 311, Bd. 137867.

27 An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Vorläufig zurückstellen".

Ausweisung zweier Angehöriger des Bonner libyschen Volksbüros[28], die in Tripolis als Unterstützung der amerikanischen Angriffe gesehen wurde und Verstimmung ausgelöst hat, könnten wir zu noch weitergehenden Schritten veranlaßt werden. Wir müssen allerdings vermeiden, in einen Automatismus gezogen zu werden, eventuell durch die Beschlüsse der AG Terrorismus[29], die das Verhalten der Staaten, welche den Terrorismus unterstützen, kategorisieren und daran zwingende Folgerungen für die Gestaltung der Beziehungen knüpfen wollen. Dies wird am 21.4.1986 in Luxemburg[30] diskutiert werden.

Abteilung 7 wird Aufzeichnung über die Möglichkeiten, das Personal des libyschen Volksbüros zu beschränken und die Bewegungsfreiheit seiner Mitglieder den Verhältnissen in Tripolis anzupassen, vorlegen.[31]

Im Interesse einer sorgfältigen Steuerung unserer Beziehungen sollten wir nicht nur negative Akzente setzen. Es könnte sich empfehlen, Gaddafi Ihre persönliche Anteilnahme an den Verlusten auszusprechen, die ihn persönlich und das libysche Volk getroffen haben. Ein Entwurf ist in der Anlage beigefügt[32]. Zu überbringen durch den Botschafter[33].

Mittel- und langfristig könnte auch darüber nachgedacht werden, ob sich nicht früher oder später wieder persönliche Kontakte empfehlen. Von RA Riedinger wissen wir, daß der neue AM Mansour, den Sie von einem Besuch in seiner Eigenschaft als Ölminister 1982 kennen, an einer Begegnung interessiert ist.

28 Zur Ausweisung von zwei Angehörigen des libyschen Volksbüros am 9. April 1986 vgl. Dok. 92, Anm. 18.

29 Zu den Beschlüssen der Arbeitsgruppe „Terrorismus-Bekämpfung“ im Rahmen der EPZ vom 15. April 1986 vgl. Dok. 101, Anm. 6.

30 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 109, Anm. 8.

31 Vortragender Legationsrat Kiewitt vermerkte am 18. April 1986, mit Note der libyschen Regierung vom 7. Dezember 1985 seien die diplomatischen Vertretungen in Tripolis darüber unterrichtet worden, „daß ihre Angehörigen das Stadtgebiet nur mit einem vorab beim dortigen ‚Außenministerium‘ zu beantragenden Laissez-passer verlassen könnten. Darüber hinaus müßten bei Reisen die im Lande bestehenden militärischen Sperrgebiete beachtet werden. Für jede Reise wird somit eine ausdrückliche Genehmigung, nicht nur eine Notifizierung verlangt.“ Kiewitt legte dazu dar, dieses Verfahren stelle eine Verletzung von Artikel 26 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen dar, wonach Bewegungs- und Reisefreiheit zu gewähren sei. Damit sei die Bundesregierung nach Artikel 47 des Abkommens berechtigt, „die negative Gegenseitigkeit herzustellen, d. h. ebenfalls ein Genehmigungsverfahren einzuführen. Dies sollte allerdings qua Gemeinschaft bzw. gemeinsam mit möglichst vielen in Tripolis vertretenen EG-Partnern erfolgen“. Die Einführung von Reisebeschränkungen „analog zu den in Tripolis bestehenden bedeutet, daß das libysche Volksbüro mindestens 48 Stunden (Mindestbedarf der Innenbehörden) vor Reiseantritt folgende Angaben schriftlich mitteilt: Reisende, Verkehrsmittel (KfZ-Kennzeichen), Reisedauer, ggf. Übernachtungsorte, Reisestrecke. Nach Abklärung mit den Innenbehörden würde Reisegenehmigung durch AA gegenüber dem Volksbüro erfolgen.“ Vgl. Referat 515, Bd. 195693.

32 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf einer Mitteilung vgl. Referat 311, Bd. 137906.
Auf einem handschriftlichen Begleitvermerk vom 18. April 1986 vermerkte Ministerialdirektor Sudhoff für Bundesminister Genscher: „Die Überlegungen zu einer Botschaft an Libyen entsprechen dem Verlauf der gestrigen Besprechung. Wir sollten es uns aus außen- wie innenpolitischen Gründen jedoch sehr überlegen, ob wir tatsächlich Libyen jetzt bilateral ansprechen.“
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der den zweiten Satz und die Wörter „außen- wie innenpolitischen“ sowie „sehr übergelegen“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“. Vgl. Referat 311, Bd. 137906.

33 Rolf Enders.

Dies kommt allenfalls in einem gewissen zeitlichen Abstand und in Abstimmung mit wichtigen europäischen Partnern in Frage. Eventuell könnte dieses Thema mit Ihrem italienischen, französischen oder spanischen Kollegen[34] einmal aufgenommen werden, wenn Sie vertraulich über Fragen des Krisenmanagements sprechen.

8) Libanon

Libanon wird immer mehr zum eigentlichen Infektionsherd von Gewalt und Terrorismus. Die Pflege des Kontakts zu den wichtigsten libanesischen Gruppierungen ist wichtiger denn je. Dg 31 sollte daher die ursprünglich für Mitte April 1986 vorgesehene Reise möglichst bald durchführen.[35]

9) Arabische Liga, arabische Staaten

Die arabischen Staaten wurden von Dg 31 heute von den Vorstellungen unterrichtet, die Sie am 17.4.1986 vor dem AM-Treffen in Paris[36] entwickelt haben (gleiche Ansprechpartner wie bei Gespräch mit Ihnen am 14.4.1986[37]). Unsere

34 Giulio Andreotti (Italien), Francisco Fernández Ordóñez (Spanien) und Jean-Bernard Raimond (Frankreich).

35 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ja".
Ministerialdirigent Schlagintweit hielt sich vom 28. April bis 1. Mai 1986 im Libanon auf. Am 2. Mai 1986 vermerkte er zu seinen Gesprächen im westlichen und östlichen Teil Beiruts: „In allen Gesprächen mit libanesischen Persönlichkeiten legte ich unsere Auffassungen zur Frage des Terrorismus und seinen Wurzeln und die Notwendigkeit einer engeren europäisch-arabischen Zusammenarbeit aufgrund der Überlegungen des Bundesministers dar. Alle Gesprächspartner drückten ihr Verständnis und ihre Zustimmung aus. Sie erklärten, sie lehnten Terrorismus und Entführungen als Mittel der Politik ab, unterschieden davon aber den Kampf bei der Verteidigung des eigenen Territoriums. Kritisch äußerte sich nur der Staatspräsident, der erklärte, solange wir Regierungen, die den Terrorismus unterstützten (gemeint: Syrien), mit solchen gleich behandelten, die ihre Opfer sind (gemeint: Libanon), könnten wir unsere Bemühungen auch unterlassen." Zur Rolle der Bundesrepublik im Libanon legte Schlagintweit dar: „Offensichtlich sind wir durch unsere vorsichtige und behutsame Politik auch im Libanon in eine Position hineingewachsen, wie sie uns auch in anderen schwierigen Mittelosstaaten zufällt: Nach dem Abzug der Vertretungen der alten Kolonialmächte und der USA bilden wir die wichtigste Brücke zu Europa und zur westlichen Welt. Dies bietet uns gerade in fließenden Entwicklungen und in kritischen Situationen die Möglichkeit, zur Lösung bilateraler Probleme beizutragen, und wir können so am ehesten darauf hinwirken, daß ein Abdriften schwieriger Partner in unerwünschte Richtungen verhindert wird." Vgl. Referat 310, Bd. 149639.

36 Zur außerordentlichen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 108, Anm. 8.

37 Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „O.k."
Ministerialdirektor Schlagintweit teilte am 15. April 1986 mit: „Der Bundesminister bat am 14.4.1986 kurzfristig den Doyen der arabischen Botschafter in Bonn, Botschafter al-Mukhawi (VAE), den Botschafter der gegenwärtigen Präsidialmacht in der Arabischen Liga, Botschafter Mongi Sahli (Tunesien), und den Leiter des hiesigen Büros der Arabischen Liga zu einem Gespräch vor dem Abflug zu der Sondersitzung der europäischen Außenminister wegen Libyen." Genscher habe dargelegt: „Es liege im gemeinsamen Interesse der europäischen und arabischen Staaten, wenn es nicht zu militärischen Auseinandersetzungen im Mittelmeer komme. Daher sollten wir gemeinsamen alle Anstrengungen unternehmen, um den internationalen Terrorismus mit anderen Maßnahmen wirksam zu bekämpfen und eine weitere Eskalation der Entwicklung zu vermeiden. Der Bundesminister erklärte, er werde seinen Kollegen vorschlagen, in einen engen Dialog mit den arabischen Staaten einzutreten, um über die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns im Hinblick auf terroristische Aktivitäten zu sprechen. Er würde es begrüßen, wenn die arabischen Staaten auch auf die libysche Führung mäßigend einwirken würden." Der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, al-Mukhawi, habe erklärt: „Die arabischen Staaten seien bereit, mit der Europäischen Gemeinschaft und anderen regionalen Organisationen in dem genannten Sinn zusammenzuarbeiten, und würden unmittelbar auf den Vorschlag des Bundesministers reagieren." Vgl. den Runderlaß Nr. 2843; Referat 311, Bd. 137906.

Botschaften in der Region wurden bereits durch Plurez verständigt. Den ägyptischen Botschafter[38] habe ich am 17.4.1986 einbestellt und detailliert informiert.

10) Indien

Eine entsprechende Unterrichtung sollte gegenüber den Indern, die zur Zeit den Vorsitz in der Blockfreien-Organisation haben, erfolgen. Da in Neu Delhi die Präsidentschaft demarchiert[39], sollte Gespräch möglichst bald in Bonn durchgeführt werden (D 3 oder Dg 34[40]). Pakistan sollte auch wegen seiner Bedeutung in der islamischen Welt eventuell gleichbehandelt werden.[41]

11) Die Kontakte zu den WP-Staaten wird Abteilung 2 in einer Vorlage behandeln.

12) Wir sollten uns wegen der Dringlichkeit der Sache in unseren bilateralen Kontakten mit den arabischen Staaten nicht durch die vorgesehenen Demarchen der Präsidentschaft gehindert fühlen, unsere eigenen Botschafter in die Außenministerien der Gastländer zu schicken, mit denen es, wie Algerien und Ägypten[42], nicht in allernächster Zeit zu Treffen mit den Außenministern selbst kommen wird. Der Inhalt des jeweiligen bilateralen Vortrags sollte sich sinngemäß an der Botschaft ausrichten, die an Algerien gerichtet wird.

Sudhoff

Referat 311, Bd. 137906

38 Mohamed El Shaffie Abdel-Hamid.

39 Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 24. April 1986: „Niederländischer Botschafter hat noch während des Ministertreffens der Ungebundenen in Delhi (16. bis 19.4.) versucht, im Namen der Zwölf Gespräch mit PM Gandhi über internationalen Terrorismus – Libyen zu führen, um europäische Haltung zu verdeutlichen. Wegen Überlastung des PM sei dies jedoch nicht zustande gekommen. NL wurde über hiesiges Außenministerium jedoch unterrichtet, daß PM Gandhi persönlich die Erklärungen der Zwölf dazu gelesen habe, daß indische Regierung an einer solchen Diskussion sehr interessiert sei und daher vorschlage, dieses Thema auf die Tagesordnung der bevorstehenden Troika-Gespräche mit Indien (am 2.5.86 in New Delhi) zu setzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 671; Referat 200, Bd. 134815.

40 Franz Keil.

41 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ja“.

42 Der Passus „Wir sollten uns … Algerien und Ägypten“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja“.

114

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-372.14 SOW **18. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Heutiger Vorschlag GS Gorbatschows für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa

Bezug: Ihre mündliche Weisung

I. 1) Generalsekretär Gorbatschow versucht mit seinem Vorschlag, eine bedeutende Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural zu vereinbaren, den er auf dem 11. Parteitag der SED[3] am 18.4.1986 in Ostberlin unterbreitet hat[4], westlicher Kritik an seinem Abrüstungsvorschlag vom 15.1.1986[5] zu begegnen. Einer der Schwerpunkte der Kritik an dem Drei-Stufen-Plan zur Beseitigung der Nuklearwaffen war, daß in diesem Plan die Verwirklichung der Eliminierung atomarer Waffen nicht mit der Beseitigung des konventionellen Übergewichts der SU verknüpft wird, sondern im Gegenteil die Implementierung dieses Programms dieses Übergewicht verstärkt zum Tragen brächte.

Wir haben in öffentlichen Äußerungen der Gorbatschow-Initiative das westliche Rüstungskontrollkonzept entgegengesetzt, das sich an dem Ziel eines Zustands dauerhafter Stabilität orientiert, in dem jede Art von Krieg verläßlich verhindert wird und das einen Rüstungskontrollprozeß erfordert, der das gesamte militärische Kräfteverhältnis, das nukleare, konventionelle und chemische, umfaßt.

2) Mit dem jetzigen Abrüstungsvorschlag, bei dem der Nachdruck im Bereich der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen liegt, verfolgt Gorbatschow einen doppelten Zweck:

– In den Augen der Öffentlichkeit soll die SU als das Land erscheinen, das in jedem Bereich des militärischen Kräfteverhältnisses die rüstungskontrollpolitische Initiative ergriffen hat (in diesem Zusammenhang ist auch die Ankündigung Gorbatschows zu sehen, die SU werde in den nächsten Tagen auf der Abrüstungskonferenz in Genf eine Reihe neuer Vorschläge hinsichtlich der Abschaffung der chemischen Waffen unterbreiten).[6]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM dankt. Siehe Rede v. 19.4."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Der XI. Parteitag der SED fand vom 17. bis 21. April 1986 in Ost-Berlin statt.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch Dok. 131.

5 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

6 Botschafter Ruth vermerkte am 24. April 1986 zu den am 22. April 1986 in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) eingebrachten Vorschlägen: „Die neuen sowjetischen Vorschläge sind in sie-

– Dem Westen soll die Ablehnung des Drei-Stufen-Plans für die Beseitigung der Nuklearwaffen mit der Begründung, daß der Abbau der Nuklearwaffen allein keinen Zugewinn an Stabilität bringe, solange konventionelle Ungleichgewichte zugunsten der SU nicht abgebaut sind, erschwert werden.
– Gorbatschows Berliner Vorschlag ist damit ein weiterer geschickter Zug der sowjetischen Öffentlichkeitskampagne im Gebiet der Abrüstungspolitik.
– Gorbatschow versichert in einem „Appell an alle Menschen in Westeuropa", daß die SU „niemals und unter keinen Umständen Kriegshandlungen gegen Westeuropa beginnen" werde, „wenn wir und unsere Bündnispartner nicht zum Objekt eines Überfalls seitens der NATO werden". Bemerkenswert ist, daß Gorbatschow mit dieser Formulierung eine Erklärung des Bündnisses aufgreift, mit der die Allianz 1982 ihre auf die Verhinderung eines jeden Krieges zielende Sicherheitspolitik bekräftigt hatte: „Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen bewaffneten Angriff." (Bonner Erklärung des Bündnisses im Juni 1982)[7]

3) Der Vorschlag enthält im einzelnen folgende Elemente:

– Bedeutende Reduzierung aller Komponenten der Landstreitkräfte und taktischen Fliegerkräfte der europäischen Staaten sowie der in Europa dislozierten entsprechenden Kräfte der USA und Kanadas.

  Dies bedeutet:

  – Der Vorschlag bezieht sich auf „europäische Staaten" und damit nicht die Bündnisse, durch die die Sicherheitsstruktur in Europa entscheidend bestimmt wird. Damit würde das MBFR-Element der Kollektivität entfallen.
  – Inhalt des Vorschlags sind Reduzierungen, nicht erwähnt wird ein Ziel, dem diese Reduzierungen dienen sollen, wie etwa konventionelle Stabilität in ganz Europa oder Parität.

Fortsetzung Fußnote von Seite 598

ben Punkte untergliedert. Sechs von ihnen betreffen ausschließlich die sogenannte Zerstörungsphase für CW und CW-Produktionsanlagen. Sie treffen Aussagen zum Zerstörungszeitraum (6 Monate bis 10 Jahre nach Inkrafttreten des CW-Abkommens), zum Zeitpunkt und Inhalt der Deklaration von Produktionsanlagen, zu den Modalitäten eines Produktionsstopps und zu dessen Überwachung sowie zum Umfang der Zerstörung der Anlagen. Die Vorschläge bestätigen nochmals die bereits von GS Gorbatschow am 15.1.1986 angekündigte Bereitschaft der SU, die Zerstörung von CW und CW-Produktionsanlagen auch durch internationale Inspektoren überwachen zu lassen. Außerdem wird in einem zusätzlichen Punkt an die Pflicht zur künftigen Nichtproduktion von CW in der chemischen Industrie erinnert, ohne daß dabei das Verifikationsproblem überhaupt erwähnt wird." Die sowjetischen Vorschläge berührten jedoch nicht „die eigentlichen kontroversen Vertragsbereiche" in Genf: „Offen sind vor allem noch die Fragen der Überwachung der chemischen Industrieproduktion und der Verifikation im Verdachtsfall. In beiden Bereichen liegen die westliche und die östliche Position noch weit auseinander. GS Gorbatschow hatte am 15.1.1986 eine ‚neue Sicht der CW-Verhandlungen' gefordert. Die Vorschläge der SU vom 22.4.1986 werden dieser Aufforderung nicht gerecht, auch wenn sie durchaus begrüßenswert sind. Sie muten insgesamt eher wie eine Verlegenheitslösung an, mit der die SU den auch von uns immer wiederholten Aufforderungen zur Realisierung der Absichtserklärungen vom 15.1.1986 entsprechen wollte. Nur wenn die SU bereit ist, zur Lösung der zentralen Probleme des CW-Verbotsabkommens beizutragen, wird es bei den Verhandlungen Fortschritte geben. Für eine sowjetische Bereitschaft hierzu gibt es bisher keine Anzeichen." Vgl. Referat 222, Bd. 130104.

7 Vgl. dazu Ziffer 5a der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anläßlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 343. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

  - Wie über Reduzierungen verhandelt werden soll, wird nicht gesagt. Was aus den beiden bestehenden konventionellen Foren MBFR und KVAE werden soll, bleibt unklar.
- Reduzierungsgebiet wäre ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural. Hier ist offensichtlich die KVAE-Zone gemeint.
- Abzubauende Truppenverbände und -einheiten sollen aufgelöst und ihre Rüstungen entweder vernichtet oder auf den nationalen Territorien gelagert werden.

  Dies heißt:
  - Keine Kaderung von Einheiten, wie es dem elementaren Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Aufrechterhaltung der Vorneverteidigung entspricht.
  - Da Begrenzungen von Rüstung erhebliche Verifikationsprobleme aufwerfen, würde der Vorschlag auf die Lagerung auf nationalem Territorium hinauslaufen. Damit wäre die SU aufgrund der geostrategischen Asymmetrien begünstigt. Für reduzierte amerikanische Truppen bestimmte Ausrüstungen könnten in Europa nicht gelagert werden.
- Verifikation soll durch nationale technische Mittel und internationale Überprüfungsformen, darunter Vor-Ort-Inspektionen, erfolgen. Vor-Ort-Inspektionen sind zwar von Gorbatschow am 15.1.1986 für MBFR nicht ausdrücklich erwähnt worden, jedoch in den östlichen MBFR-Vorschlägen enthalten (Inspektion mit Ablehnungsrecht). Gorbatschow geht damit nicht über bisherige östliche Vorschläge hinaus.

4) Positiv ist zu werten:

- Der für Reduzierungen vorgesehene Raum „ganz Europa“ entspricht einem alten Interesse der Bundesrepublik. Die Beschränkung von MBFR auf Mitteleuropa war aus deutscher Sicht eine wesentliche politische Schwäche. Insbesondere auch deshalb haben wir die KVAE mit Anwendungsgebiet „ganz Europa“ betrieben.
- Sollte die Herbeiführung konventioneller Stabilität in ganz Europa das Ziel Gorbatschows sein, würde dies auch unseren langfristigen Vorstellungen entsprechen.

  Negativ ist zu werten:

- Gorbatschow hat dem Vorschlag einen direkten MBFR-Bezug gegeben, wenn er erklärt: „Diese umfassende Fragestellung könnte so ermöglichen, den Knoten zu lösen, der nun schon so viele Jahre bei den Wiener Verhandlungen immer fester wird.“ Gorbatschow stellt damit auf die Frage des Reduzierungsraums ab, die keineswegs die zentrale Frage von MBFR ist. Schlüsselfrage ist vielmehr die Verifikation, durch die entsprechend dem westlichen Vorschlag vom 5.12.1985[8] eine kooperative Lösung für die Klärung der faktischen Grundlagen eines Abkommens gefunden werden soll. Der Vorschlag könnte deshalb ein Versuch sein, ein neues Verhandlungsforum zu schaffen,

8 Korrigiert aus: „15.12.1985“.
Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

mit ihm den Ausstieg aus MBFR zu begründen und sich so der Lösung der zentralen Problematik Daten/Verifikation zu entziehen.

– Unter dem Gesichtspunkt Herbeiführung größerer konventioneller Stabilität wäre es verfehlt, mit ganz Europa zu beginnen, statt sich auf Mitteleuropa als Ort der größten militärischen Konfrontation zwischen Ost und West zunächst zu konzentrieren.

  In Mitteleuropa stehen sich gegenüber:

	WP	NATO
Landstreitkräfte	970 000	800 000
Luftstreitkräfte	230 000	200 000
Land- und Luftstreitkräfte	1 200 000	1 000 000

  Die östliche Überlegenheit ist offenkundig.

  In Gesamteuropa stehen sich gegenüber:

	WP	NATO
Landstreitkräfte	2,2 Mio.	2,1 Mio.
Gesamtstreitkräfte	3,09 Mio.	3,15 Mio.

  Dies bedeutet: Mitzählen peripherer NATO-Kräfte (Spanien, Italien, Türkei) verfälscht das Bild zuungunsten der NATO, weil diese Kräfte nur rechnerisch, aber nicht für unsere Verteidigung zur Verfügung stehen, während wir im Mittelabschnitt mit allen WP-Kräften in Europa rechnen müssen.

  Ähnliches gilt sinngemäß für Vergleiche von Rüstungen.

– Die KVAE wird von Gorbatschow nicht erwähnt. Trotzdem scheint der Vorschlag darauf angelegt, in eine KVAE-Abrüstungsphase überzuleiten, deren Mandat in der Wiener KSZE-Folgekonferenz zu beschließen wäre. Ein Einstieg in eine Abrüstungsphase bei der KVAE vor der Lösung des bei den Wiener Verhandlungen anstehenden zentralen Datenproblems hieße, den zweiten Schritt vor dem ersten tun.

– Der Vorschlag könnte ferner ein Instrument sein, um unabhängig von einem Ergebnis der Stockholmer Verhandlungen oder nur mit einem Mini-Ergebnis abzukommen.[9]

– Insgesamt könnte der Vorschlag ein Instrument sein, mit dem sich die SU den vom Westen im Rahmen der Stockholmer und der Wiener Verhandlungen gemachten Vorschlägen, die einen Einstieg in Bemühungen um konventionelle Stabilisierung in ganz Europa darstellen, entziehen will.

5) In seinem Abrüstungsprogramm vom 15. Januar 1986 hatte Gorbatschow vorgeschlagen, während der zweiten Etappe des Drei-Stufen-Plans zur Eliminierung aller Nuklearwaffen (ab 1990) die taktischen Kernwaffen (Reichweite bis zu 1000 km) zu beseitigen.

Dieser Vorschlag wurde durch Erklärungen GS Honeckers[10] und AM Scheward-

9 So in der Vorlage.

10 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 24. Januar 1986 vgl. den Artikel „‚Miteinander leben, gut miteinander auskommen'"; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 31. Januar 1986, S. 6.

nadses[11] dahingehend ergänzt, daß – im Einklang mit der Erklärung Andropows vom Dezember 1983 – eine Rückverlegung der in der DDR und ČSSR stationierten SS-12/22 für den Fall zugesagt wurde, daß die in Westeuropa stationierten amerikanischen PII und GLCM abgezogen würden.

Vor dem 11. Parteitag der SED hat GS Gorbatschow nunmehr erklärt, „gleichzeitig mit den konventionellen würden auch die nuklearen Rüstungen operativtaktischer Bestimmung reduziert werden". Gegenüber seinem Vorschlag vom 15. Januar 1986 würde dies bedeuten, daß die rüstungskontrollpolitische Erfassung nuklearer Systeme unterhalb einer Reichweite von 1000 km vorgezogen würde, d.h. bereits jetzt und nicht erst ab 1990 erfolgen soll. Hierbei hat er allerdings nicht die völlige Eliminierung dieser Waffensysteme im Auge, sondern deren Reduzierung.

6) CW

Gorbatschow kündigt an, daß die SU in den nächsten Tagen auf der Abrüstungskonferenz eine Reihe neuer Vorschläge unterbreiten werde. Bei diesen dürfte es sich nicht um neue Vorschläge der SU handeln, sondern um die Verwirklichung der sowjetischen Absichtserklärungen vom 15.1.1986. Gorbatschow hatte damals Bewegung in den Bereichen CW-Produktionsstätten und Verifikation angedeutet. Diese Ankündigungen sind bisher in Genf nicht in konkrete Verhandlungsbeiträge umgesetzt worden.

Die Herausstellung des Konzepts einer CW-freien Zone in Mitteleuropa entspricht der bisherigen östlichen Strategie. Die SU hat dieses Konzept auch in der Vergangenheit schon unterstützt, ohne sich jedoch mit ihm besonders nachdrücklich zu identifizieren. Gerade in Berlin (Ost) mußte Gorbatschow auf die Bedeutung einer CW-freien Zone hinweisen.

II. Eine Äußerung könnte auf folgender Linie abgegeben werden:

– Es ist zu begrüßen, daß sich Gorbatschow dem am 15. Januar 1986 offen gebliebenen Thema der konventionellen Streitkräfte zuwendet. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß es unter dem Aspekt der Kriegsverhütung darauf ankommt, einen Zustand dauerhafter Stabilität auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen, der alle Elemente des militärischen Kräfteverhältnisses umfaßt.
– Wir nehmen mit Interesse zur Kenntnis, daß Gorbatschow anerkennt, daß sich konventionelle Reduzierungen auf ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural erstrecken müssen. Für uns ist konventionelle Stabilität in ganz Europa ein wichtiges langfristiges Ziel, auch in der Perspektive der schrittweisen Reduzierung der nuklearen Arsenale.
– Entscheidend ist, daß der konventionelle Rüstungskontrollprozeß schrittweise erfolgt. Daher kommt es jetzt auf Ergebnisse in Stockholm und Wien an. Künftige weiterführende Ansätze im konventionellen Bereich müssen auf diesen ersten Ergebnissen aufbauen. An der Fähigkeit, solche Ergebnisse zu

11 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 2. März 1986 über Äußerungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 28. Februar 1986 auf dem Parteitag der KPdSU: „Erstmalig bezieht Sch[ewardnadse] SRINF in sowjet[ischen] INF-Vorschlag mit ein und bietet für den Fall der Liquidierung amerik[anischer] INF-Raketen in Europa Rückzug sowjet. SRINF aus Stellungen an, wo sie disloziert worden seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; Referat 213, Bd. 139285.

erreichen, wird sich auch erweisen, ob das Ziel der Stabilisierung durch Rüstungskontrolle erreichbar ist.

– Die Schlüsselfragen, die in Stockholm und Wien jetzt gelöst werden müssen, betreffen das Problem der Verifikation. Die Vorschläge der SU werden wir daran messen, ob sie einen tragfähigen Beitrag zur Lösung dieser Problematik darstellen.

Hartmann

Referat 221, Bd. 130151

115

Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-2450/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. April 1986, 14.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 659 **Ankunft: 18. April 1986, 15.03 Uhr**

Nur für Botschafter[2]

Betr.: Mein Gespräch mit Lech Wałęsa in Danzig am 15.4.1986

1) Äußere Umstände, Termineinfädelung, Begegnungsort und Teilnehmer

1.1) Am 15. April 1986 habe ich im Hause des Propstes der Danziger Marienkirche, Prälat Bogdanowicz, ein über 2 1/2stündiges Gespräch mit Herrn Lech Wałęsa geführt (17.40 Uhr bis 20.20 Uhr). Herr Wałęsa war begleitet von einem seiner Berater, Herrn Rechtsanwalt Dr. Kwieciński. Als Dolmetscher fungierte der Organist der Kirche, ein früherer Angestellter im Außenhandelsbereich, Herr Siemieniecki. Auf unserer Seite hat nur meine Frau teilgenommen.

1.2) Die Umstände, unter denen der Gesprächstermin zustande kam, sind wert, festgehalten zu werden: Ich wollte den bisherigen Umweg über einen befreundeten Botschafter und zwei Klöster zu Pfarrer Jankowski und von ihm zu Wałęsa vermeiden. Der Weg ist umständlich und stammt aus der „konspirativen" Phase der Kontakte. Die Hoffnung auf Abschottung durch diesen Fünf-Etappen-Weg hat im übrigen etwas Naives: Auf dem Wege werden nur zahlreiche Mitwisser geschaffen, und am Ende des Wegs wartet doch die Miliz.

1 Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9, 11 und 14.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 21. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Weiß verfügte und auf einem Begleitvermerk handschriftlich vermerkte: „Habe Dg 21 gebeten, Kommuniqué-Frage bei der D[irektoren]b[esprechung] anzusprechen: Votum nein."
Hat Weiß am 21. April 1986 vorgelegen.
Hat Kaestner erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vgl. DE vom 22.4.!" Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Der Drahtbericht war auch für die Botschafter Schoeller (Paris), Freiherr von Wechmar (London) und van Well (Washington) bestimmt.

Da die Vermittlung über Mazowiecki vom Club der Katholischen Intelligenz vor unserer Abfahrt nicht mehr zum Ziel führte, habe ich den Prälaten Bogdanowicz nach meiner Rückkehr aus Bonn/Frankfurt fernmündlich fragen lassen, ob er uns unmittelbar nach unserer Ankunft in Danzig am Sonntag, dem 13. April 1986, empfangen könne. Der Prälat war nur[3] bei unserem ersten Besuch in Danzig zur Einweihung der neuen, von Deutschen finanzierten Orgel am 18. August 1985 wegen seiner liebenswürdigen Gescheitheit besonders aufgefallen. Bogdanowicz ging sofort auf die Bitte ein und empfing uns am 13. April gegen 21.00 Uhr mit großer Herzlichkeit.

1.3) In dem etwa einstündigen Gespräch mit ihm stellte ich nach einiger Zeit die Frage, ob er einen Termin mit Wałęsas vermitteln könne und ob es opportun sei, Pfarrer Jankowski auf diese Weise zu umgehen. Ich hätte Jankowski bei einem Empfang des amerikanischen Geschäftsträgers kennengelernt und könnte mir vorstellen, daß richtig sei, was einige Kollegen behaupteten: Daß nämlich Jankowski, der in der Regel bei solchen Begegnungen die Rolle des Gastgebers und Dolmetschers zugleich spiele, mit seinen Ideen und Interventionen das Gespräch von Zeit zu Zeit zu beherrschen suche und dadurch störe.

Bogdanowicz erklärte sich spontan bereit, den Termin zu vermitteln. Pfarrer Jankowski, so gab er vorsichtig zu verstehen, sei in der Kirche umstritten. Auf die offiziellen Stellen wirke er wie ein rotes Tuch.

Auf meine Frage, welchen Ort Bogdanowicz für die Begegnung vorschlage, stellte der Prälat sein Haus zur Verfügung. Er glaube, es sei geschickt, sich an diesem „neutralen Ort“ (sic) zu treffen. Wir vereinbarten, daß er Herrn Wałęsa Dienstag, den 15. April, 17.30 Uhr, als Termin vorschlagen sollte. Der Termin wurde auf meine telefonische Anfrage bei Bogdanowicz am nächsten Tag durch Stichwort bestätigt.

1.4) Als wir am Nachmittag des 15. April vor dem Hause erschienen, stand ein halbes Dutzend Männer, offenbar vom besonderen Sicherheitsdienst, vor der Tür des Pfarrhauses, die höflich Platz machten. Im Innern stand der bleiche Bogdanowicz.

2) Bewertung

2.1) Die These vom „politischen Naturtalent Wałęsas“ ist nach meinem Eindruck richtig. Die Gegenthese, der „kleine Elektriker Wałęsa“ sei nur eine Marionette in der Hand von Beratern, erledigt sich durch die Art seiner Gesprächsführung. Der Rechtsberater Dr. Kwieciński griff inhaltlich an keiner Stelle ein; er stellte nur zwei Verständnisfragen.

2.2) Wałęsa hat eine schnelle Auffassungsgabe und Sinn für Zusammenhänge. Er spricht ruhig und flüssig. Ich habe keinen fanatischen Zug an ihm gefunden. Fast alles, was er sagt, ist gemäßigt. Dabei zeigt er einen mit Ernst vermischten Schalk, der besonders bei seiner Antwort auf die Frage nach Jaruzelski zum Vorschein kam („vielleicht sind wir alle Patrioten“).

Wałęsa hat auch freimütig die Zwänge erkennen lassen, unter denen er an der Spitze einer „Bewegung“ steht und die seinen Bewegungsspielraum einengen:

[3] Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „mir“.

Er muß die Gefolgschaft mobil halten. Seine Ausführungen zeigen, daß er und Solidarität im Augenblick mit einer neuen Konzeption ringen; daß er für die Veränderung des Systems durch Evolution, vor allem wirtschaftliche, eintritt.

2.3) Es hat sich bewährt, daß Pfarrer Jankowski nicht als Dolmetscher fungierte. Herr Siemieniecki, der auch[4] die Wirtschaftspassagen nach meinem Eindruck sachkundig übersetzte, erklärte mir nach Schluß der Unterhaltung, er habe sich so auf das Dolmetschen konzentrieren müssen, daß er überhaupt nicht mehr wisse, worüber wir gesprochen hätten.

3) Nachspiel: Absage des Termins bei Bejger

Nach Besichtigung des Container-Hafens Gdingen am 16. April erklärte mir unser ständiger Begleiter aus dem Kabinett des Wojewoden, der Erste Parteisekretär der Wojewodschaft, Stanisław Bejger (Politbüro-Kandidat), und der Vorsitzende des Volksrates der Wojewodschaft könnten mich „wegen meiner Besuche außerhalb des offiziellen Programms“ leider nicht empfangen. (Die Besuche waren für den 16. April 12.00 Uhr und 13.00 Uhr terminiert.)

Ich habe erklärt, ich bedauerte die Entscheidung. Vielleicht ließen sich die beiden Termine bei meinem nächsten Besuch in Danzig nachholen, der auf Einladung des Stadtpräsidenten[5] für September geplant sei.

4) Zur Kommuniqué-Frage

Ich schlage vor, daß diese Frage von dort aus der Gesamtlage heraus entschieden wird.

5) EPZ-Unterrichtung

Es ist damit zu rechnen, daß ich beim nächsten EPZ-Treffen der Botschafter am 24. April 1986 auf meine Reise nach Danzig angesprochen werde.[6] Vielleicht bleibt allerdings nach meinem Vortrag über den Besuch des polnischen Außenministers in Bonn[7] keine Zeit dazu. Falls gefragt, werde ich den Danziger Besuch insgesamt darstellen und mitteilen, daß ich mit Wałęsa gesprochen habe und daß Bejger daraufhin den für den nächsten Tag angesetzten Termin eine Viertelstunde vorher abgesagt hat. Ich werde die[8] Kollegen bitten, diese beiden Tatsachen vertraulich zu behandeln.

4 Korrigiert aus: „auf“.

5 Kazimierz Rynkowski.

6 Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 1. Mai 1986: „In der EPZ-Botschafter-Sitzung vom 24. April habe ich die Kollegen über meine Begegnung mit Wałęsa unterrichtet. Die niederländische Präsidentschaft (Vijverberg) begrüßte mit Nachdruck die Tatsache der Begegnung und gratulierte zu deren Verlauf. Der britische Geschäftsträger schloß sich in engagierter Form an und betonte in einem späteren Gespräch noch zweimal seine Genugtuung. Vijverberg hat nach der Sitzung mir unter vier Augen gesagt, er freue sich besonders, daß die Bundesrepublik Deutschland durch diesen Schritt einmal mehr gezeigt habe, daß sie, entgegen gelegentlichen Vermutungen auch innerhalb unserer Gemeinschaft, eine wohl abgewogene Polen-Politik verfolge. Das Gespräch mit Wałęsa strafe alle diejenigen Lügen, die uns eine zu nachgiebige Linie gegenüber Warschau unterstellten, was er persönlich nie getan habe. Der französische Botschafter erklärte mir am Rande des Treffens, er werde sofort nach Paris berichten und hoffe, ‚bald unserem Beispiel zu folgen‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 737; VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Zum Besuch des polnischen Außenministers Orzechowski vom 6. bis 9. April 1986 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 91 und Dok. 93.

8 Korrigiert aus: „den“.

6) Es empfiehlt sich, mit diesem Bericht vorsichtig umzugehen.

7) Für Weisung zu Ziffer 4) wäre ich dankbar.

[gez.] Pfeffer

[9][Anlage]

Aufzeichnung über mein Gespräch mit Herrn Lech Wałęsa vom 15. April 1986

Im oberen Stockwerk des Pfarrhauses trafen wir Herrn Wałęsa und die Herren Kwieziński und Siemieniecki. Bogdanowicz zog sich mit der Begründung, er müsse zum Gottesdienst, zurück.

Nach der Vorstellung erkundigte ich mich zunächst nach dem Befinden Wałęsas und seiner Familie. Es gehe, so Wałęsa, ihm, seiner Frau und den Kindern „für polnische Verhältnisse verhältnismäßig gut". Allerdings habe er rund um die Uhr die Herren des besonderen Sicherheitsdienstes um sich, die wir ja gesehen hätten.

Ich habe in wenigen Strichen skizziert, wie man unser Gespräch anlegen könne, und meine Kernfragen angekündigt:

Welchen Weg sollte Polen nach Ansicht Wałęsas von hier ab gehen? Wie könne der Westen und die Bundesrepublik Deutschland dem polnischen Volk am besten helfen? Welche Rolle sehe Wałęsa für sich und Solidarität in der Zukunft?

Wałęsa erklärte, er würde gern von mir unsere Einschätzung der Perspektiven für Polen hören. Nach seiner Ansicht gehe es darum, „vorsichtig und langsam das System zu verändern". In Ost und West gebe es viele, die „Solidarität" den Vorwurf machten, sie habe zu viel gestreikt und dadurch dazu beigetragen, daß die polnischen Arbeiter nicht mehr richtig arbeiten wollten. Es sei nicht wahr, daß die polnischen Arbeiter nicht arbeiten wollten. Sie wollten nur nicht in einem „Sklaven-System" arbeiten. Wenn Solidarität nicht gekämpft hätte und weiter kämpfen würde, hätte sich nichts geändert und würde sich nichts weiter ändern.

Der Staat versuche jetzt, „die Reform abzubiegen, sie abzublocken". Der Westen verstünde vieles nicht, und er, Wałęsa, müsse immer wiederholen, daß es in Polen, im Unterschied zum Westen, keine politischen Parteien gebe, in denen sich die eigentlichen Wünsche der Bevölkerung artikulieren könnten. Dafür gebe es eben nur Solidarität. Der Staat müsse unter Druck gehalten werden. Solidarität wolle Pluralismus. Wenn es der Wirtschaft schlecht gehe, sei es nicht leicht, Fortschritte auf dem Weg zum Pluralismus, zur Demokratie zu machen. Solidarität sei zur Zeit auf der „Suche nach neuen Formen und Formeln".

Ich habe meine bekannten Überlegungen, meist in Frageform, eingeführt: Ob Wałęsa an die Determiniertheit immer wiederkehrender Ausbrüche des polnischen Vesuvs glaube? Ob es nicht besser sei, den langsamen, sicheren, allerdings weniger heroischen Weg der Evolution zu gehen; in der Wirtschaft voranzukommen; durch die Veränderung der Wirtschaft die Lebensumstände und schließlich auch den „Oberbau" zu verändern; sich die Zwänge der Technologie zunutze zu machen; die Wirtschaftsreform zu ermutigen und mitzutragen; da-

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 660 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

durch die Wirtschaft Polens wieder in Schwung zu bringen und auf diese Weise bessere, vielfältigere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern zu schaffen, also: den „ungarischen Weg“ zu beschreiten, natürlich in einer für Polen adaptierten Form?

Was, so habe ich weiter ausgeführt, den in der Tat des öfteren gehörten Vorwurf angehe, Solidarität habe mit seinen Streiks zu viele wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen, so wüßten die meisten Kritiker sehr wohl, daß Solidarität für die polnische Arbeiterschaft und darüber hinaus für die Nation einen großen Freiraum erkämpft habe, wahrscheinlich den größten im ganzen Gebiet des Warschauer Paktes. Nun frage sich, ob dieser Freiraum in der geostrategischen Lage Polens zur Zeit noch vergrößert werden könne. Müsse man ihn nicht vielmehr absichern, und sei dazu der Weg der wirtschaftlichen Evolution nicht das geeignete Mittel? Und werde diese Evolution nicht am besten durch vielfältige Verbindungen mit dem Westen gefördert, durch Diskussionen über die Wirtschaftstheorie und praktische Zusammenarbeit zwischen den Betrieben, gerade auch den kleineren und mittleren?

Wałęsa nickte: Er wolle die Evolution. Die meisten Revolutionen brächten nur Chaos. Aber das Volk müsse die „richtige Evolution erzwingen“. Er wisse, daß es dagegen in manchen Ländern Hemmungen gebe. Einige sähen im Verhalten von Solidarität sogar eine Gefahr. Polen sei zwar nicht der Nabel der Welt, aber Polen liege mitten in Europa. „Wir haben keine andere Wahl.“ Die westlichen Länder sollten nicht so ängstlich sein und sich durch den Vorwurf der Einmischung nicht abschrecken lassen. Er glaube an die Kraft der wirtschaftlichen Veränderung. Was ich hierzu gesagt hätte, sei vollkommen richtig. Polen brauche „mehr Kontakte zum Westen, mehr Bindungen, mehr Verbundenheit“. Nur dann könne sich Polen weiterentwickeln. Man müsse es ganz anders machen als in den siebziger Jahren. Damals habe die „Kredit-Welle vieles zerschlagen“. Nun sitze Polen auf einem Schuldenberg. Neue Kredite müßten „anders gegeben“ werden, und vor allem: Solidarität brauche Verständnis im Westen. Das heutige sozialistische Wirtschaftssystem habe keinerlei Flexibilität. Vielleicht werde die direkte Zusammenarbeit zwischen polnischen Betrieben mit anderen, die „technisch höher stehen“, also mit westlichen, einiges bewirken.

Ich habe die Frage wiederholt, welche konkrete Politik des Westens Wałęsa aus seiner Sicht empfehle. Zum Hintergrund dieser Frage wollte ich noch hinzufügen, daß es nach Erklärung des Kriegsrechtes[10] in unserem Bündnis zwei Schulen gegeben habe. Die eine Schule habe für Sanktionen, für den Abbruch des politischen Dialogs und ein insgesamt hartes Vorgehen plädiert, um die politische Führung Polens zur Zurücknahme ihrer Maßnahmen zu bewegen oder gar zu zwingen. Die andere Schule sei für die Fortführung des Dialogs, gegen Sanktionen, für die Aufrechterhaltung möglichst vieler Beziehungen eingetreten, und zwar aus folgenden Gründen: Sanktionen ließen sich nie lupenrein durchsetzen, sie würden durch andere Länder leicht unterlaufen; gerade in schwierigen Zeiten sei der politische Dialog notwendig, um der anderen Seite klipp und

10 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

klar zu sagen, was man über ihr Verhalten denke. Außerdem komme man, wenn man der ersten Schule folge, meist in die mißliche Lage, eines Tages den politischen Dialog wiederaufnehmen, die Sanktionen abbrechen zu müssen, ohne daß alle Forderungen, die man gestellt habe, tatsächlich erfüllt seien. Schließlich träfen alle Gegenmaßnahmen nicht nur die politische Führung, sondern auch die polnische Nation, und Polen würde noch näher an die Sowjetunion herangedrängt. Wir hätten den Eindruck, daß Solidarität zunächst die erste Schule ermutigt habe, jetzt aber, aufgrund des Zeitablaufs und der sich ändernden Umstände, die zweite Schule ermutige. Aus meinen Gesprächen mit Vertretern des gesamten gesellschaftlichen Spektrums ergebe sich, daß im Punkt der West-Verbindungen die polnische Nation einig sei wie ein Mann, natürlich mit ziemlichen Nuancen, wenn man z. B. an die politische Führung und Solidarität denke.

Wałęsa antwortete sehr lebhaft, es sei gut, daß zwei Schulen bestanden hätten und noch beständen. Das gebe die richtige Meinung. Er sei für mehr Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und dem Westen, aber sie müßten „kontrolliert" ausgebaut werden. Der Weg müsse sicher sein, auch wenn er länger werde. Er habe die Hoffnung, daß alle Seiten die Lektion der siebziger Jahre bei der weiteren Entwicklung berücksichtigen würden. Er wolle, wie gesagt, eine evolutionäre Änderung des Systems. Was die Empfehlungen von Solidarität zu den Kontakten in den verschiedenen Etappen angehe, so müsse er noch einmal betonen, Solidarität sei keine politische Partei. Er persönlich sei von Anfang an gegen einen westlichen Boykott gewesen. Der Westen sollte aber auch wissen, daß Solidarität sich damals, nach Ausrufung des Kriegsrechtes, gar nicht anders habe verhalten können, als eine scharfe westliche Haltung zu fordern. Die Polen fühlten sich einfach besser, wenn sie aus dem Westen entschlossene Meinungen hörten. Natürlich sei nüchterne Zusammenarbeit das beste. Aber es gebe eben auch große Emotionen in der polnischen Bevölkerung, und in der Bevölkerung liege die eigentliche Kraft. Die Führung der Solidarität kenne die Gefahr überbordender Emotionen, aber nur durch den Druck der Bevölkerung ließen sich Änderungen erzwingen. Dazu müsse die Bevölkerung das Gewollte verstehen. Dazu müsse der notwendige Kampfgeist in der Bevölkerung aufrechterhalten bleiben. Die Menschen dürften nicht träge werden. Sie dürften sich auch nicht alle auf die Ausreise nach dem Westen versteifen. Er wisse sehr gut, wieweit der Westen helfen und wo er nicht helfen könne. Für diese Zusammenhänge brauche Solidarität mehr Verständnis im Westen: für die Mechanismen des Drucks, den es auszuüben gelte, bis hin zu den „oft lächerlichen, aber Eindruck machenden Parolen", die man zur Mobilisierung brauche. Am Anfang sei es darum gegangen, die Nation aus ihrem fast vierzigjährigen Schlaf zu wecken. Dazu habe Solidarität die Technik der Verneinung benutzt. Diese Etappe sei am 13. Dezember 1981 zu Ende gegangen. Nun stehe man in einer zweiten Etappe. Sie sei noch wichtiger, aber auch schwieriger. Es brauche eine lange Zeit, um Demokratie zu lernen. Anstelle der Verneinung müsse Solidarität „neue und mögliche Lösungen" finden. Man müsse Menschen finden, die dabei helfen. Vieles sei „in dieser geographischen Breite nicht möglich". Auch das müsse man der Bevölkerung klarmachen. Man könne daran denken, „in die jetzigen Strukturen hineinzugehen". Das könne aber erst geschehen, wenn Klarheit und Konsens darüber hergestellt seien, „was wir in diesen Strukturen tun wollen". Solche Lösungen zu entwickeln, sei außerordentlich schwierig. „Wir müs-

sen nüchtern und klug sein. Wir dürfen keine Gefahren heraufbeschwören und keine Revolution. Die Zeit wird uns helfen. Wir haben keine andere Wahl."

[11]Ich habe die Frage gestellt, was Wałęsa mit der Bemerkung gemeint habe, Solidarität solle „in die Strukturen hineingehen". Seien damit die neuen Gewerkschaften gemeint? Denke er an den massiven Einzug der Solidaritäts-Mitglieder in diese neuen Gewerkschaften?

Wałęsa wiederholte, es gebe noch keine genauen Programme. Man könne auch „durch Themen und Thesen in die bestehenden Organisationen eingreifen". Man müsse „Wirtschaftsprogramme entwickeln, die demokratisch sind". Das System sei noch nicht reif für die Reform. Man dürfe jetzt keine Lösungen probieren, die gefährlich seien. Man müsse sich auf eine bessere Zeit vorbereiten.

Ich habe dann die Frage aufgeworfen, welche Stärke Solidarität jetzt besitze. Die politische Führung weise immer wieder darauf hin, daß Solidarität einmal 12 Millionen zahlende Mitglieder gezählt habe und daß die Zahl nun verschwindend klein geworden sei. Auch die katholische Kirche rechne nur noch mit einer Ziffer unter 1 Million. Die Kirche habe die Angehörigen von Solidarität und die verfolgten Intellektuellen und Künstler unter ihren großen Mantel genommen.

Die politische Führung, der hohe Klerus und viele andere seien übereinstimmend der Meinung, daß die Organisation von Solidarität stark geschwächt sei, daß der Geist von Solidarität aber lebe. Das sehe die politische Führung als ihr großes Problem an, und die polnischen Bischöfe, so sei zu hören, hätten eine gewisse Sorge, daß sich die radikalen Elemente von Solidarität mit den radikalen jungen Priestern aus dem niederen Klerus verbänden. Kurz: Man unterscheide in allen möglichen Zirkeln zwischen der Weisheit der zweitausendjährigen Kirche, dem staatsmännischen Strategen Wałęsa und den stürmischen Draufgängern.

Wałęsa lachte. Dann äußerte er sich folgendermaßen: „Es wäre nicht gut, wenn wir in dieser Etappe zu viele und zu gut organisiert wären. Bevor wir uns besser organisieren, müssen wir bessere Lösungen parat haben. Jetzt ist nicht die Zeit für die Organisation. Wir würden nur die besten Leute verlieren. Denn je mehr wir organisieren, desto drastischer werden die repressiven Maßnahmen der Regierung ausfallen. Es ist noch nicht unsere Stunde. Wir müssen unsere eigene Stärke und unsere Mittel vorsichtig wählen. Aber seien Sie versichert, auf einen Pfiff sind alle wieder da."

Ich habe erwähnt, daß man im Westen die Meinung höre, es gebe so etwas wie einen untergründigen Respekt Jaruzelskis für Wałęsa und Wałęsas für Jaruzelski. Einige fügten noch den Primas hinzu. Sei es eigentlich richtig, daß er den General Jaruzelski einen Patrioten genannt habe?

Wałęsas Antwort: Polen ist ein merkwürdiges Land. Wir entwickeln uns innerhalb unserer Begrenzungen. Es gibt einen Jaruzelski, einen Glemp, einen Wałęsa. Sind wir nicht auf jede Situation vorbereitet? Keiner sollte sich beleidigt fühlen. Vielleicht sind wir alle große Patrioten? Wir werden das erst später, am Ergebnis, prüfen können.

[11] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 671 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Meine Frage, ob er der Überzeugung sei, daß die Erklärung des Kriegsrechtes die sowjetische Invasion verhindert habe, wie dies von offizieller Seite unter der Hand immer wieder behauptet werde, beantwortete Wałęsa so:

Die ganze polnische Industrie sei in hohem Maße von sowjetischen Rohstoffen abhängig. Sie brauche sowjetisches Öl. Zwei Drittel der Gas- und der Elektrizitätsversorgung kommen aus der Sowjetunion. Wenn diese drei Hähne zugedreht würden und man dann Polen auffordere, seine Probleme selbst zu lösen – (Wałęsa ließ den Satz unvollendet) – „ich werde nicht auf die Knie gehen und die Sowjetunion bitten, die Hähne wieder zu öffnen". In einem Monat wäre alles kaputt. Niemand könnte das durchstehen in einem polnischen Winter. Also: Eine Invasion sei nicht notwendig. Und: Eine Invasion in Mitteleuropa wäre sehr gefährlich; das wisse die Sowjetunion. Aber: Ausschließen könne man nichts.

Ich habe dann das Gespräch auf die konkrete Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern gebracht. (Ich kürze meine dort bekannten Erläuterungen und gebe sie hier wie an anderen Stellen nur soweit wieder, wie sie für das Verständnis der Antworten Wałęsas notwendig sind.) Ich habe das Treffen der Wirtschaftskommission[12] und die Begegnung der Außenminister herangezogen, als exemplarisches Thema den Umweltschutz und die systemübergreifende Zusammenarbeit auf diesem Gebiet genannt.

Hier könne viel geschehen, und zwar unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki[13], welche die Sowjetunion mit unterschrieben habe, auf die Folgedokumente und den ganzen KSZE-Prozeß, an dem Moskau teilnehme. Es gehe um die Abwehr einer tödlichen Bedrohung für uns alle und gleichzeitig darum, immer mehr Vertrauen aus immer mehr konkreter Zusammenarbeit zu schaffen.

Wałęsa griff zu: Er sei mit diesen Ausführungen vollkommen einverstanden. Polen brauche viele wirtschaftliche Verbindungen und das politische Gespräch mit dem Westen. Er bitte nur darum, Solidarität nicht zu vergessen und sie nicht als Opposition zu bezeichnen (was ich einmal getan hatte), sondern als eine Bewegung von Menschen, die einen anderen Standpunkt hätten als die sozialistische Führung des Landes.

Meine Antwort: In den Gesprächen mit der polnischen Führung setzten wir uns für den Ausgleich der gesellschaftlichen Kräfte in Polen ein. Wir erklärten, daß wir die Versöhnung für notwendig hielten, gerade auch für ein Gelingen der Wirtschaftsreform und eine Re-Dynamisierung der polnischen Wirtschaft. Diese Argumentation sei wahrscheinlich wirksamer als die einfache Forderung nach der Freilassung der Gefangenen und der völligen Achtung der Menschenrechte. Man müsse ja Punkte suchen, an denen auch die polnische Führung ein Interesse habe. Dann schlügen die Argumente besser durch.

Wałęsa nahm diese Erklärung mit sichtbarer Genugtuung auf und erklärte, er müsse zugeben, daß die Ungeduld der polnischen Bevölkerung vieles erschwere.

12 Zur Tagung der deutsch-polnischen Gemischten Regierungskommission am 10./11. März 1986 vgl. Dok. 66, Anm. 3.

13 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Zur augenblicklichen Stärke von Solidarität: Wo sollten eigentlich die 11 Millionen geblieben sein? Glaube irgend jemand, sie seien spurlos verschwunden? Natürlich nicht, aber das Gebot der Stunde sei die Vorbereitung von Lösungen. Das Gebot der Stunde seien Vorsicht und Klugheit, nicht Bravour. Man hätte auf den Gedanken kommen können, nach der Erklärung des Kriegszustands und dem Verbot von Solidarität massenhaft in die neuen Gewerkschaften einzutreten. Aber das wäre psychologisch gar nicht zu machen gewesen. Solidarität hätte die neuen Gewerkschaften praktisch übernehmen müssen. (Anmerkung: Wałęsa meinte wohl, daß man in der damaligen explosiven Stimmung nur aufs Ganze hätte gehen können, was auf eine Wiederholung der Krise hinausgelaufen wäre. Es sei andererseits unmöglich gewesen, die Anhänger von Solidarität als „Schläfer" oder ruhige Argumentierer in die neuen Gewerkschaften eintreten zu lassen.)

Was könne nun der Westen tun? Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sei ganz wichtig. Dabei sollte der Westen auch Gesichtspunkte der gesellschaftlichen Kräfte berücksichtigen. Bei Besuchen und bei jedem Treffen mit der offiziellen Seite solle man die Anliegen von Solidarität nicht vergessen und die Möglichkeit eines Treffens mit Angehörigen von Solidarität prüfen. Es sei geschickt, die Dinge „nicht politisch, sondern wirtschaftlich zu stellen. Es muß auch nicht immer ich (Wałęsa) sein. Wir haben Experten, mit denen sich Experten unterhalten könnten. Wir wollen, daß Polen sich entwickelt." Was ich zur Argumentation über die politischen Gefangenen gesagt hätte, sei klug. Wenn die Regierung erkenne, daß ihre Maßnahmen die Wirtschaftsentwicklung erschweren, könne man eher auf ihr Einlenken hoffen.

Zum Umweltschutz: Das sei in der Tat ein sehr interessantes Beispiel, das „durch weitere Maßnahmen" begleitet werden müsse. Wenn die Umwelt sich verbessere, könne man auch auf mehr Tourismus hoffen. Dazu bedürfe es der Infrastruktur. Man brauche Hotels und Motels, und hier sei wiederum die Kooperation mit dem Westen entscheidend. Man brauche auch Kooperation bei der Lebensmittelverarbeitung.

Ich habe danach einen kurzen Abriß meiner Besuche bei den deutschen Großbanken gegeben. Er, Wałęsa, habe ja zu Beginn von den vergeudeten Krediten gesprochen. Unsere Banken seien gebrannte Kinder. Sie würden in das Polengeschäft ohne staatliche Absicherung durch Hermes-Bürgschaften erst wieder einsteigen, wenn sich neues Vertrauen in die Stetigkeit der polnischen Wirtschaftsentwicklung, die mit der politischen zusammenhänge, gebildet habe. Wir hätten die polnische Führung auch nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sie auf neue Milliarden-Kredite nicht rechnen könne. Es sei ausgeschlossen, daß der Bundesfinanzminister das kumulierte Risiko der Banken und Unternehmen auf sich nehme. Der Bund habe in den letzten vier Jahren (von 1981 bis 1985) ungefähr viertausend Millionen DM aus Hermes-Bürgschaften für Polen auf den Tisch blättern müssen. Es sei eine böse und törichte Behauptung, der Westen habe Polen in eine Kreditfalle gelockt. Man könne diese Behauptung schnell entkräften. Welche Bank stelle schon eine Falle auf, in die sie mit ihrem Opfer hineinstürze? Wir müßten in der Tat aus den Fehlern der siebziger Jahre lernen. Diesmal müsse man sich auf realistische, schnell wirkende, exportfördernde, die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft insgesamt verbessernde Projekte konzentrieren. Polen müsse den Weg frei machen für

„Joint ventures“, für die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Betrieben, damit die von der Kooperation abschreckenden Wege über zentrale Planungsbehörden ein Ende hätten.

[14]Wałęsa antwortete sehr engagiert, man brauche direkte Zusammenarbeit der Betriebe. Was ich über die Einstellung der Banken und die Bürgschaften des Bundes gesagt habe, leuchte ihm ein. Geschäfte würden nur getätigt, wenn sie für beide Seiten nüchternen Nutzen brächten.

Ich habe an dieser Stelle eingeworfen, ganz so nüchtern sähen wir die Sache wieder nicht. Ich hätte in Deutschland sehr viel Wohlwollen für Polen gefunden, gerade auch bei denjenigen, die man aus der Natur ihres Geschäftes für die Berechnendsten von allen zu halten geneigt sei, nämlich bei den A-Bankiers. Es tue geradezu wohl, soviel menschliches Verständnis und soviel Hilfsbereitschaft für das Nachbarland Polen bei den führenden Männern unserer Wirtschaft zu spüren.

Ich habe gefragt, wie es denn weiter mit „seiner“ Werft gehe? Wir hätten heute vom Direktor der Danziger Lenin-Werft gehört, die Auftragsbestände reichten bis in das Jahr 1988. Wałęsa antwortete fast belustigt, das freue ihn zu hören. Man habe Arbeit, das sei wahr. Der große Freund nehme vieles ab. Wie es mit den Kalkulationen stehe, darüber wisse er nichts.

Vom Stadtpräsidenten und vom Wojewoden, so habe ich fortgefahren, hatten wir gehört, der Wohnungsmangel sei noch immer das dramatischste Problem überhaupt mit großen moralischen, sozialen und politischen Implikationen. Die Wartezeiten betrügen zur Zeit über 15 Jahre. Wie er das beurteile?

Wałęsas Antwort: „Wir haben Mangel an allem. Das System funktioniert eben nicht, der Osten müßte eigentlich alles aufkaufen, was es überhaupt gibt, aber da mangelt es wiederum an Geld. Es gibt kein Problem, daß nach Zusammenarbeit mit dem Westen nicht geradezu schreit. Wir müssen insgesamt zu einer effektiven und verbundenen Zusammenarbeit kommen. Vor allen Dingen müssen Sie uns helfen zu produzieren und, wo immer es geht, auch helfen, unsere Waren abzunehmen. Wir brauchen Fortschritt auf Gebieten, die schnelle Gewinne abwerfen.“

Wałęsa, zum Ende kommend, bemerkte, ein Gespräch wie dieses sei sehr nützlich, ja notwendig. Er wisse die Begegnung sehr zu schätzen. Er stünde immer zur Verfügung. Er sei kein Fachmann in Wirtschaftsfragen. Wenn es gewünscht werde, könne er Experten benennen. Das Wirtschaftssystem in Polen müsse flexibler werden, sonst werde die technologische Lücke immer größer. Das polnische Volk arbeite ohne Engagement, und solange das so sei, könne man das Land nicht aus der Krise herausführen. Ein Konstrukteur, neben dem ein Panzer stehe, erfinde nichts Ordentliches. Die polnische Krise sei eine psychische. Es gebe keine Rückkehr zu alten Vorbildern. Er rechne auf das Verständnis des Westens. Man müsse das Zeitgerechte tun und dürfe das Ziel in der Ferne nicht aus den Augen verlieren.

Wałęsa fragte zum Schluß, ob er ein kurzes Kommuniqué über diese Begegnung herausgeben könne. Über den Inhalt unseres Gesprächs brauche nichts

[14] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 672 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

gesagt zu werden, er wolle nur die Tatsache publizieren, daß ein Treffen mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden habe.

Meine Antwort: Ich dankte dafür, daß er frage und nicht einfach publiziere, wie das nach Gesprächen leider allzuoft einseitig geschehe.

Ich dankte für die Fairneß und möchte über die Sache einen Augenblick zusammen mit ihm nachdenken. Ich hätte diesen Besuch so diskret wie möglich gehalten. Der polnische Außenminister sei gerade, nach sechsjährigem Intervall, in Bonn gewesen. Die deutsch-polnische offizielle Atmosphäre habe sich verbessert. Wir hofften auf konkrete Fortschritte in der Zukunft, zum Wohle ganz Polens. Wir wollten ein stabiles Polen, das den Platz in Europa einnehme, der ihm gebühre.

Man müsse sich daher die Frage stellen, ob die beabsichtigte Veröffentlichung auf die deutsch-polnischen Beziehungen und auch auf Begegnungen dieser Art produzent oder kontraproduzent wirke. Ich hätte dazu keine ganz feste Meinung.

Wałęsa meinte, man könne durch eine solche Veröffentlichung gerade der weitgehend negativen Beurteilung des Orzechowski-Besuches in Bonn durch seine polnischen Landsleute entgegenwirken.

Ich habe die Frage gestellt, ob dieser Besuch tatsächlich negativ bewertet werde. Wenn ja, so sei das nicht gerechtfertigt. Vielleicht wisse die Bevölkerung nicht, wie ein solcher Besuch ablaufe: Daß über humanitäre Fragen intensiv gesprochen worden sei, daß der Bundesminister des Auswärtigen eine Liste von Härtefällen übergeben habe; daß diese Gespräche also von uns zum Wohl der polnischen Nation geführt würden. Je mehr ich darüber nachdächte, desto lieber würde ich zunächst meinen Bericht an den Bundesminister des Auswärtigen absetzen.

Wałęsa argumentierte, die Miliz wisse ohnehin Bescheid und damit auch die Führung. Ich habe erwidert, das sei richtig, aber es könne durchaus sein, daß es Warschau angenehmer wäre, wenn es bei der Tatsache bliebe und sie nicht publik gemacht würde. Meine Frage, ob er nach seinem Gespräch mit dem niederländischen Botschafter[15] (der vor kurzem als derzeitiger Vorsitzender der EPZ-Botschafter mit Wałęsa zusammengetroffen ist) ein Kommuniqué dieser Art veröffentlicht habe, bejahte Wałęsa. Er machte dann den Vorschlag, ich möchte mit meinem Bericht die Frage verbinden, ob dem Herrn Minister nach einem gewissen zeitlichen Abstand zum Besuch des polnischen Außenministers eine solche Veröffentlichung recht sei. Wenn die Entscheidung so, d. h. für ihn positiv, ausfalle, brauchte ich nur bei ihm anzurufen oder besser noch, weil seine Telefone hundertprozentig abgehört würden, bei dem Prälaten Bogdanowicz oder bei Pfarrer Jankowski.

So sind wir verblieben.[16]

15 Hendricus Adrianus Leonardus Vijverberg.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner teilte Botschafter Pfeffer, Warschau, am 22. April 1986 mit: „Wegen des soeben abgelaufenen Besuchs AM Orzechowskis und erhoffter Folgewirkungen in einer Reihe bilateraler Fragen würden wir vorziehen, daß über o. a. Gespräch derzeit keine Medienveröffentlichungen zustande kämen, insb[esondere] nicht im westlichen Ausland und/oder über bekannte Sender. Andererseits möchten wir Option offenhalten, Tatsache des Gesprächs später öffentlich zu verwenden. Sie werden deshalb gebeten, Wałęsa zunächst nicht zurückzurufen.

Wałęsa und seine Begleiter verabschiedeten sich auf die freundlichste Weise.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 13461 (214)

116

Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2455/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. April 1986, 16.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 512 **Ankunft: 18. April 1986, 16.53 Uhr**

Betr.: Referendum vom 12.3.1986 über den Verbleib Spaniens in der NATO[2]; Schreiben des spanischen AM an BM vom 14.3.86[3]

Bezug: DE 2951 vom 16.4.1986 – 201-360.90 SPA-601/86 VS-vertraulich[4]

Zur Unterrichtung

Zu dem vorgesehenen Antwortschreiben des BM an den spanischen AM wird aus hiesiger Sicht wie folgt Stellung genommen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 613

Sollte dieser in nächster Zeit seinerseits anrufen, wäre zu antworten, daß die Angelegenheit in Bonn noch geprüft werde, wir aber davon ausgingen, daß die Tatsache des Treffens bereits den führenden Persönlichkeiten der Solidarność durch Wałęsa, der polnischen Kirche durch Gastgeber und der polnischen Regierung durch Sicherheitsdienste (sowie unseren Verbündeten durch EPZ/NATO-Unterrichtung) bekannt ist. Wałęsa möge sich im übrigen noch etwas gedulden – wir wüßten sein Angebot hoch zu schätzen, der breiteren Öffentlichkeit nur einvernehmlich über o. a. Gespräch Kenntnis zu geben. Dieser Weisung liegt Entscheidung StS zugrunde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 338; VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 21. April 1986 vorgelegen.

2 Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 13. März 1986 über das Referendum vom Vortag: „Nach fast völliger Auszählung der Stimmen betrug die Wahlbeteiligung 59,7 Prozent. Davon entfielen auf Ja 52,53 und auf Nein 39,84 Proz[ent]. Stimmenthaltungen: 6,54 Proz. […] Überraschend hoher positiver Ausgang des Referendums hat allseits Zufriedenheit ausgelöst. […] Konservative Opposition weist darauf hin, daß Zahl der Nichtteilnehmer und der Stimmenthaltungen fast 50 Proz. erreicht und höher ist als Zahl der ‚Ja'-Stimmen. Gleichzeitig begrüßt sie positiven Ausgang." Brunner legte dar: „Das Ergebnis der Abstimmung ist ein Erfolg für den Westen und die Allianz. Es zeigt, daß in der Bevölkerung ein Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß Zugehörigkeit zu Europa auch Teilhabe an der Verteidigung erfordert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 213; Referat 201, Bd. 143362.

3 Für das Schreiben des spanischen Außenministers Fernández Ordóñez vgl. Referat 201, Bd. 143362. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl erläuterte am 24. April 1986, das Schreiben informiere über den Verbleib Spaniens in der NATO unter den im königlichen Dekret vom 31. Januar 1986 genannten Bedingungen: „1) Die Beteiligung Spaniens am Atlantischen Bündnis beinhaltet nicht seine Eingliederung in die integrierte Militärstruktur. 2) Die Aufstellung und Lagerung von Kernwaffen in spanischem Hoheitsgebiet oder deren Einfuhr in spanisches Hoheitsgebiet bleibt nach wie vor untersagt. 3) Die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Spanien wird schrittweise abgebaut." Fernández Ordóñez erkläre ferner, „daß seine Regierung den Anspruch Spaniens auf die Hoheitsgewalt über Gibraltar unverändert aufrechterhält". Vgl. Referat 201, Bd. 143362.

4 In dem am 14. April konzipierten und am 16. April 1986 übermittelten Drahterlaß informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

I. Spanien ist aufgrund seiner Geschichte und Tradition Teil Europas. Es hat die sich aus dem Übergang zu demokratischen Verhältnissen – eine Leistung, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann – ergebenden Konsequenzen gezogen, ist dem Gemeinsamen Markt beigetreten und wirkt in der EPZ mit. Eine weitere Konsequenz dieser für den gesamten Westen wichtigen innerspanischen Entwicklung war die Bestätigung des Verbleibs im Atlantischen Bündnis durch die spanische Bevölkerung, für den sie am 12.3.86 unter nicht einfachen Bedingungen mit überzeugender Mehrheit gestimmt hat. Die getroffene Entscheidung zeugt von der Reife und Weitsicht der daran Beteiligten.

Die bisher bestehende Unsicherheit der Zugehörigkeit Spaniens zum Bündnis ist damit beseitigt. Das Bündnis wurde gestärkt.

Schon bisher hat Spanien in den Bündnisgremien einen aktiven und wirksamen Beitrag geleistet. Das Bündnis kann nunmehr auf der Grundlage der gesicherten Mitgliedschaft Spaniens in langfristiger Perspektive mit einem spanischen Beitrag rechnen, der durch diese Tatsache ein noch größeres Gewicht erhält. Spanien selbst und das Bündnis werden davon profitieren.

Dies gilt für alle Bereiche der politischen Konsultationen, wobei wir uns besonders viel von den jahrhundertelangen Erfahrungen Spaniens im arabischen Raum, im Mittelmeerraum und Lateinamerika versprechen. Seine Stimme wird jedoch auch in allen anderen Bereichen der politischen Konsultationen, bei der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses sowie in Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen noch mehr gehört werden. Spanien wird aus den politischen Konsultationen auch selbst größeren Gewinn ziehen, auch aus der Zusammenarbeit in peripheren Gebieten wie auf dem des Umweltschutzes (CCMS[5]), an dem Spanien lebhaftes Interesse zeigt.

E wird die noch ausstehenden fälligen Entscheidungen (z. B. Unterzeichnung des Londoner „Statute of Force Agreement“ von 1951[6] und die Konvention von Ottawa aus dem gleichen Jahre über Privilegien und Immunitäten[7]) möglichst bald ausführen; die Regierung weist allerdings darauf hin, daß die Lage noch immer nicht ganz einfach sei und das Bündnis nicht drängen solle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 614

über das Schreiben des spanischen Außenministers Fernández Ordóñez vom 14. März 1986 an Bundesminister Genscher. Lewalter führte dazu aus: „Bundesregierung ist […] über Ausgang des Referendums befriedigt. Das in die Weitsicht spanischer Wählerschaft gesetzte Vertrauen wurde bestätigt. Die von spa[nischer] Regierung formulierten Einschränkungen der NATO-Mitgliedschaft sind im Hinblick auf den Zusammenhalt des Bündnisses nicht bedenkenfrei. Deswegen muß die Antwort des Bundesministers auf das Schreiben seines spa. Kollegen sorgfältig abgewogen werden. Dies auch im Hinblick darauf, daß im Bündnis unsere Einflußmöglichkeiten auf die spanische Regierung als besonders gut eingeschätzt werden.“ Lewalter bat um Stellungnahme: „Dabei sollten – soweit bekannt – Auffassungen anderer Partner berücksichtigt werden. Es wird angeregt, mit Vertretungen USA und ITA Kontakt aufzunehmen. Es erscheint aber nicht angezeigt, an einen größeren Kreis von Bündnispartnern heranzutreten.“ Vgl. VS-Bd. 12079 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Committee on the Challenges of Modern Society.

6 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen und der dazugehörigen Dokumente (NATO-Truppenstatut) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214.

7 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 20. September 1951 über den Status der Nordatlantikvertrags-Organisation, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals vgl. BUNDESGESETZBLATT 1958, Teil II, S. 118–127.

Hervorzuheben ist die auf der 39. NPG-Ministertagung (20./21.3.1986 in Würzburg[8]) deutlich gewordene Haltung Spaniens, seine unbedingte Zugehörigkeit zum Bündnis dadurch zu unterstreichen, daß es nunmehr Bündnisentscheidungen mitträgt, an dessen Zustandekommen es selbst noch nicht beteiligt war. E äußerte in Würzburg, daß Spanien, obwohl Nichtteilnehmer an der Entscheidung über den Doppelbeschluß von 1979[9], für das Rational dieser Entscheidung Verständnis zeige und auch den Null-Lösungsvorschlag unterstütze. Spanien sei in der Lage, die Bündnisposition ohne Fußnote zu unterschreiben, und bat darum, dies ausdrücklich in das Protokoll aufzunehmen.

Spanische Fußnoten in Ministerkommuniqués werden daher voraussichtlich der Vergangenheit angehören.

II. Ein Schatten fällt auf diese Entwicklung jedoch durch die Tatsache, daß die endgültige Zugehörigkeit Spaniens zur Allianz nicht durch die militärische Integration vervollständigt wird und die Aufstellung und Lagerung von Kernwaffen im spanischen Hoheitsgebiet nach wie vor untersagt bleibt. Dies berührt in negativer Weise Kernfragen der Strategie des Bündnisses und seines Charakters als Risikogemeinschaft.

Zwar wird Spanien in DRC, DPC, MC, aber auch in der Eurogroup und in der IEPG mitwirken. Spanien hat z. B. seit Januar 1986 in der IEPG den Vorsitz für zwei Jahre übernommen. Seit dem Referendum ist ein deutlicher Schub an Aktivitäten zu verzeichnen.

Es dürfte jedoch insgesamt für die anderen DPC-Mitgliedstaaten der unbefriedigende Zustand fortbestehen, daß Spanien über alle verteidigungspolitischen und -planerischen Vorgänge und Zustände in den Partnerländern informiert ist, während umgekehrt die Partnerländer im Ungewissen über entsprechende spanische Entwicklungen sind und auch keinen Einfluß (wie z. B. bei den multilateralen Überprüfungen der Streitkräfteverpflichtungen) ausüben können. Eine koordinierte und kontinuierliche Stärkung des Verteidigungs-/Streitkräftepotentials der NATO ist somit nicht gegeben (im Gegensatz zu Frankreich, das Streitkräfte in Deutschland – wenn auch unter rein nationalem Kommando – stationiert hat und ggf. zur Verfügung stellt). Nichtbeteiligung an militärischer Integration zusammen mit den beiden anderen Bedingungen (Nuklearwaffen, Abbau US-Präsenz) läßt die Frage aufkommen, wie Spanien Vorkehrungen für gemeinsame Sicherheit in einem Verteidigungsfall versteht, wie

8 Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 24. März 1986 zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO: „Die Würzburger Tagung verlief nach außen harmonisch. Die NPG konnte noch vom Erfolg der Mittelstreckenstationierung zehren und Einigkeit demonstrieren; die spanische Vollmitgliedschaft bei der NPG fügte sich in dieses Bild. Die Probleme künftiger Sitzungen zeichnen sich aber bereits ab: Die Umverteilung der Kernwaffen (soweit nicht INF) in den Stationierungsländern in Durchführung des Montebello-Beschlusses stößt auf Widerspruch, die amerikanische Haltung zum CTB überzeugt – bei durchaus beachtlicher Argumentation im einzelnen – insgesamt nicht und die Diskussion zu den Implikationen von SDI setzt erst zögernd ein." Vgl. VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

sich Spanien bei Angriff auf einen Partner verhält, der gemäß Vertragstext[10] als Angriff auf alle zu betrachten ist.

Spanien hat jedoch erklärt, daß man sich der Verantwortung nicht entziehen und keine besonderen Vorrechte beanspruchen wolle. Man wolle sich solidarisch verhalten und loyal zur Verteidigung des Westens beitragen.[11] Es ist daher zu hoffen, daß die hier noch bestehenden offenen Fragen in absehbarer Zeit geklärt werden und daß Spanien auf den bevorstehenden Verteidigungs- und Außenministerkonferenzen bereits erste Vorstellungen über eine aktive Zusammenarbeit auch in diesem Bereich entwickelt.[12]

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 12972 (203)

10 Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

11 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 30. April 1986, der spanische NATO-Botschafter de Ojeda habe ihn am selben Tag aufgesucht und die spanischen Vorstellungen über die zukünftige Mitarbeit in der NATO erläutert. Weitere NATO-Mitgliedstaaten und -Gremien seien ebenfalls unterrichtet worden: „Weitere prozedurale Behandlung stellt sich E so vor, daß nach Beendigung bilateraler Konsultationen und auf Grundlage erhaltener Reaktionen E in etwa 10 Tagen Papier in Bündnis einführt, in dem in groben Zügen allgemeine Prinzipien spanischer Mitarbeit und grundlegende operative Konsequenzen dargelegt werden. Auf dieser Basis sollen dann in Ausschüssen Bündnisses mit Hilfe IS Einzelheiten Mitwirkung E zur Entscheidung durch Rat erarbeitet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 606; VS-Bd. 12079 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

12 In seinem Antwortschreiben vom 15. Mai 1986 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez führte Bundesminister Genscher aus: „Wir teilen die Überzeugung, daß die Europäer ihre Interessen am besten wahren können, wenn sie uneingeschränkt und aktiv in den Bündnisgremien mitarbeiten. Schon bisher hat Spanien hier einen wichtigen Beitrag geleistet. Ich begrüße, daß die Bündnispartner nun in Zukunft in langfristiger Perspektive mit dem spanischen Beitrag rechnen können, der durch diese Tatsache noch größeres Gewicht erhalten wird. […] Auch im Bereich der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit wird es gelten, in der langfristigen Perspektive spanischer Mitgliedschaft im Bündnis die praktischen Möglichkeiten der bereits angelaufenen Mitarbeit auszuschöpfen, um Spanien voll an dem Prozeß des Gebens und Nehmens im Bündnis zu beteiligen, der die Gemeinschaft in Fragen der Sicherheit wie der Lastenteilung charakterisiert." Vgl. Referat 201, Bd. 143362.

117

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.33 **21. April 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Entscheidung gemäß Vorschlag Ziffer 6

Betr.: Abschiedsbesuch von Botschafter Semjonow bei Staatssekretär Ruhfus am 10. April 1986;
hier: Sowjetische Demarche zu „Die Europäische Verteidigungsinitiative" (EVI)[4]

Bezug: Gesprächsvermerk – 213-321.00 SOW – NfD – vom 15.4.1986[5] und Aufzeichnung Abteilung 2 vom 28.2.1986 – 201-363.33[6]

Anlg.: 3 (Bezugsaufzeichnung nur bei Original)[7]

Zweck der Vorlage:

1) Schreiben von StS an StS Rühl mit der Bitte um Unterrichtung des Auswärtigen Amts über die konzeptionellen Vorstellungen zur Erweiterung der Luftverteidigung in Europa und um Herbeiführung einer baldigen Meinungsbildung zu diesem Thema in der Bundesregierung.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. April 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 2. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 2. Mai 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 2. Mai 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Brief am 2.5., 16.50, mit Fahrer abges[andt]."

4 Zu Überlegungen hinsichtlich einer Europäischen Verteidigungsinitiative vgl. AAPD 1985, II, Dok. 217 und Dok. 351.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken informierte am 15. April 1986, der sowjetischen Botschafter Semjonow habe Staatssekretär Ruhfus am 10. April 1986 eine Erklärung zur „Europäischen Verteidigungsinitiative" übergeben. Heyken legte dazu dar: „Aus hiesiger Sicht sollte die sowjetische Demarche unbeantwortet bleiben. Staatssekretär Ruhfus hat in seiner kurzen Antwort Botschafter Semjonow bereits darauf hingewiesen, daß er angesichts des tatsächlichen Standes der Überlegungen zu diesem Thema Zweifel habe, ob es überhaupt angebracht sei, diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Gegenstand einer Diskussion auf der politischen Ebene zu machen." Vgl. Referat 201, Bd. 143478.

5 Im Gespräch am 10. April 1986 erklärte Staatssekretär Ruhfus zu den Ausführungen des sowjetischen Botschafters Semjonow: „Er sei davon ausgegangen, daß Botschafter Semjonow seinen Abschiedsbesuch mache; deshalb überrasche ihn dieses politische Gespräch. Er werde die Darlegungen dennoch weitergeben. Die Botschaft werde zu gegebener Zeit eine Reaktion erhalten. Auf persönlicher Basis müsse er jedoch sagen, daß er die sowjetischen Vorwürfe nicht akzeptieren könne. Was die Beteiligung an SDI betreffe, so verweise er auf das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Semjonow und auf das, was andere Kabinettsmitglieder dazu kürzlich gesagt hätten. EVI gäbe es nicht als ein in sich geschlossenes Instrument. Es würden lediglich – u. a. mit unseren Verbündeten – vorbereitende Überlegungen darüber angestellt, wie die Luftverteidigung verbessert werden könne. Ein Ausbau der Luftverteidigung finde auch im Bereich des Warschauer Paktes statt." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139308.

6 Zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 57, Anm. 31.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5, 6 und 12.

2) Wesentlicher Inhalt der Demarche

Die Erklärung Semjonows kritisiert in teilweise harten Formulierungen

- die Bundesrepublik Deutschland, der vorgeworfen wird,
  - sie versuche EVI als eine Verbesserung des bestehenden Luftabwehrsystems der NATO in Europa darzustellen, um zu verschleiern, daß es in Wirklichkeit um die Schaffung eines Raketenabwehrsystems für Westeuropa gehe;
  - sie wolle den Plan einer europäischen Verteidigungsinitiative vorantreiben, diese an die amerikanische Verteidigungsinitiative (SDI) koppeln und letztere damit komplettieren;
  - sie spiele damit Kräften in die Hand, die die strategische Stabilität untergrüben und die internationale Sicherheit gefährdeten. EVI bedeute eine objektive Mitbeteiligung an den militärischen Aspekten von SDI. Eröffnet werde damit ein neuer gefährlicher und kostspieliger Bereich des Wettrüstens, der die Situation in und außerhalb Europas „rigoros" destabilisiere und die Sicherheit der westeuropäischen Länder ernsthaft gefährde;
  - ständig zu erklären, daß sie nach Frieden, Reduzierung der Rüstungen und Verbesserung der Ost-West-Beziehungen strebe, daß sich diese ihre Erklärungen aber nicht mit dem tatsächlichen Verhalten deckten;
- die NATO, der vorgeworfen wird, daß EVI in politischer Hinsicht ein neues Glied in ihrer globalen Strategie sei, die militärische Überlegenheit gegenüber der SU zu erlangen. Die Systeme, deren Schaffung im Rahmen von EVI vorgesehen seien, paßten voll und ganz in das Schema der „unlängst von der NATO gebilligten neuen aggressiven Konzeption der massierten gestaffelten Schläge in der Tiefe des Raums der Länder des Warschauer Vertrags[8]";
- die USA, die versuchten, die westeuropäischen Länder noch weiter in SDI zu involvieren, eine aktivere Unterstützung im NATO-Rahmen ihres auf die Militarisierung des Weltraums gerichteten Kurses zu erzielen und den ABM-Vertrag von 1972 zu umgehen.

Die Erklärung warnt davor, daß

- bei weiterer Entwicklung der Ereignisse in die genannte Richtung selbstverständlich die Anstrengungen, die zur Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation auf dem Kontinent unternommen werden, ernsthaft gefährdet wären und zusätzliche Schwierigkeiten in allen Gremien entstünden, in denen Fragen der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen zur Verhandlung stehen. Erheblich erschwert würde auch die Aufgabe, Europa und die ganze Welt von nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen zu befreien.
- die SU entsprechende Bemühungen im Rahmen von EVI mit eigenen „Gegensystemen für die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts" in Europa beantworten werde. Befürchtungen in der Bundesrepublik Deutschland,

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.
Der Vertrag wurde mit Protokoll vom 26. April 1985 um 20 Jahre verlängert. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 284 f.

als Folge der amerikanischen SDI und sowjetischer Gegenmaßnahmen könne es in Europa zu einer „Zone verminderter Sicherheit“ kommen, seien unbegründet. Wenn man dennoch Abhilfemöglichkeiten suche, sei der Weg nicht eine Beteiligung an SDI, sondern der der „Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seiner Beendigung auf der Erde“.

3) Zweck der sowjetischen Demarche

Die sowjetische Demarche kann von ihrem Inhalt her nicht überraschen. Bereits seit längerem ist in den sowjetischen Medien im Rahmen der Kritik an sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland neben SDI auch eine Konzentration auf das Thema Luftverteidigung festzustellen. Botschafter Semjonow hat die Argumente deutlich zusammengefaßt. Auch GS Gorbatschow hat das Thema einer „europäischen Sternenkriegs-Variante“ in Berlin am 18.4.[9] kurz und kritisch angesprochen.

Die Besorgnis der Sowjetunion gilt vor allem zwei Hauptanliegen:

– Verhinderung jeder Form eines Raketenabwehrsystems für Westeuropa,
– Verhinderung konventioneller Modernisierungen des Bündnisses, besonders im Rahmen der NATO-Planungsrichtlinie „Angriff auf die nachfolgenden Streitkräfte“ (FOFA).[10]

Das sowjetische Hauptinteresse gilt unzweideutig der Raketenabwehr, die sowohl für SDI verhindert werden soll als auch in einer westeuropäischen Konzeption. Dabei ist davon auszugehen, daß diese Ablehnung auch einer Konzeption gelten wird, die deutlich auf einen Bezug zu SDI verzichtet. Aus Gründen auch der Mobilisierungsfunktion ist zu erwarten, daß das Thema einer westeuropäischen Luftabwehr auch in Zukunft bewußt als integraler Teil oder Ergänzung von SDI dargestellt wird, um dann mit den für SDI bekannten Argumenten kritisiert zu werden.

4) Position des BMVg

Die sowjetischen Vorwürfe gegen SDI-Bezüge und SDI-Absichten, die angeblich mit einer Erweiterung der bestehenden Luftverteidigung verbunden sein sollen, sind für die gegenwärtigen Überlegungen des BMVg unzutreffend. BM Wörner weist darauf hin, daß der SU durch neue Waffensysteme mit gesteigerter Treffgenauigkeit eine zusätzliche konventionelle Option zuwächst, die zum Verlust der operativen Handlungsfreiheit der NATO führen könne. Sie würde ohne Gegenmaßnahmen die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der NATO in Westeuropa frühzeitig und existentiell in Frage stellen.

Die europäischen Bündnispartner in der NATO müßten diesen Entwicklungen Anstrengungen zur Verbesserung der eigenen Abwehrkapazität entgegensetzen. Notwendig sei ein Flug- und Raketenabwehrsystem, das sich organisch aus der Luftverteidigung heraus entwickele. Die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung, selbst in dem Bereich der Raketenabwehr,

9 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED am 18. April 1986 in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch Dok. 114 und Dok. 131.

10 Zur Langzeitplanungsrichtlinie zur Verteidigung gegen konventionelle Streitkräfte des Warschauer Pakts vgl. Dok. 19, Anm. 11.

dürften jedoch nicht mit SDI verwechselt werden und ersetzten nicht die Aufrechterhaltung eines überlebensfähigen, wirksamen und reaktionsfähigen nuklearen Abschreckungspotentials. Es sei deshalb nicht zutreffend, für diesen Ansatz den Ausdruck „Europäische Verteidigungsinitiative“ zu verwenden.

Angestrebt wird ausschließlich eine Erweiterung unserer Luftverteidigung in Westeuropa. Dabei stellt das BMVg die Überlegungen für eine Erweiterung der Luftverteidigung in den Zusammenhang der Stärkung der konventionellen Verteidigung. Die hierzu bereits begonnenen Anstrengungen sollen unvermindert fortgesetzt werden. Zusätzlich soll ein Defensivsystem gegen Mittel- und Kurzstreckenraketen, Marschflugkörper und Flugzeuge mit Abstandswaffen für die westeuropäischen NATO-Staaten entwickelt und aufgebaut werden. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird davon ausgegangen, daß die erweiterte Luftverteidigung boden- und luftgestützt sein wird und keine Stationierung von Waffensystemen im Weltraum erfordern werde.

5) Außenpolitischer Handlungsbedarf

StS Ruhfus hat in einer kurzen Antwort auf Botschafter Semjonow darauf hingewiesen, daß er angesichts des tatsächlichen Standes der Überlegungen zu diesem Thema Zweifel habe, ob es angebracht sei, diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Gegenstand einer Diskussion auf der politischen Ebene zu machen.

Die komplexen Bezüge des Themas Erweiterung der Luftverteidigung, insbesondere die notwendige Abgrenzung zu SDI, machen es jedoch längerfristig unausweichlich, daß die Bundesregierung ihre Haltung zu diesem Thema sowohl gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten als auch im Bündnis selber unzweideutig klarstellt. Die Demarche von Botschafter Semjonow sowie die – voraussichtlich zunehmende – Propaganda in den sowjetischen Medien unterstreichen diese Notwendigkeit.

Die Abteilung 2 hat in der Ihnen vorliegenden Bezugsaufzeichnung auf Gesichtspunkte hingewiesen, die es aus unserer Sicht notwendig erscheinen lassen, daß das BMVg die Bundesregierung bald in die Lage versetzt, sich zum Thema Luftverteidigung eine Meinung bilden zu können:

– die sicherheitspolitische Relevanz des Themas (Bedrohungsanalyse),
– die große rüstungskontrollpolitische Relevanz,
– die außenpolitische Bedeutung (neben ostpolitischen Implikationen wäre ein SDI-Bezug für Frankreich vermutlich weiter ein Hindernis, sich zu beteiligen),
– die technologisch-industriepolitische Bedeutung (eine Anbindung an SDI würde europäische Federführung gefährden),
– die europapolitische Bedeutung des Themas (Behandlung des Themas in der WEU),
– die innenpolitische Bedeutung (SDI-Bezug würde die innenpolitische Akzeptanz der Luftverteidigung eher einschränken).

BM Wörner erweckt mit seinen zahlreichen mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen den Eindruck, als habe die Bundesregierung zum Thema der Luftverteidigung bereits eine Position und sei bereit, in dieser Frage im Bündnis eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Trotz ständigen Drängens des Auswärtigen Amts hat das BMVg es bislang unterlassen, das Auswärtige Amt über den aktuellen Stand seiner Überlegungen zu diesem Thema zu unterrichten. Soweit bekannt, beabsichtigt BM Wörner, auf der Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO am 22.5.86[11], sich in grundsätzlicher Form zur Notwendigkeit und den Möglichkeiten einer Erweiterung der Luftverteidigung zu äußern. Überlegungen im BMVg, den BSR über die Position zuvor zu unterrichten und somit eine Meinungsbildung in der Bundesregierung herbeizuführen, werden – soweit uns jetzt bekannt wurde – offenbar nicht weiterverfolgt. Wir halten dies angesichts der außenpolitischen Bedeutung dieses Themas jedoch für unbedingt erforderlich.

6) Vorschlag

Die Demarche Botschafter Semjonows sollte angesichts des noch frühen und nicht abgeschlossenen Standes der Meinungsbildung in der Bundesregierung und auch, um der Frage nicht zusätzliches Gewicht zu verleihen, nicht ausführlich beantwortet werden. Es sollte bei der ersten Reaktion bleiben, die StS Ruhfus dem Botschafter gab.

Der Herr Staatssekretär sollte in einem Brief an StS Rühl (Entwurf anbei[12]) unter Bezug auf die Demarche von Botschafter Semjonow das BMVg erneut auffordern, die Bundesregierung noch vor der Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) am 22.5.1986 in die Lage zu versetzen, sich über die konzeptionellen Vorstellungen für eine Erweiterung der Luftverteidigung eine Meinung zu bilden. Das Bundeskanzleramt erhält einen Durchdruck des Schreibens.

Braunmühl

Referat 201, Bd. 143478

11 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 in Brüssel vgl. Dok. 149.

12 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf vgl. Referat 201, Bd. 143478.

118

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

204-321.00 SO-246/86 geheim **Aufgabe: 21. April 1986, 17.23 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3100 Plurez

Betr.: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren am 17.4.1986 in Bonn[2]; hier: Zusammengefaßtes Ergebnis

I. Vierertreffen behandelte folgende TO:

1) Perspektiven des KSZE-Prozesses

2) Ost-West-Fragen

3) Sowjetische Außenpolitik nach dem Parteikongreß

4) Genfer Nuklear- und Weltraumverhandlungen

5) Menschenrechtsfragen im Viererrahmen

6) Strategische Aspekte von SDI

7) NATO-Treffen in Halifax

8) Wirtschaftsgipfel Tokio

9) Terrorismus

10) Einbeziehung Berlins in deutsch-amerikanische Abkommen betreffend SDI

Wesentliche Ergebnisse der Aussprache:

KSZE-Vorbereitung[3] soll zügig vorangetrieben werden, ungeachtet paralleler Arbeit im NATO-Rahmen. Die Zielvorstellungen stimmen weitgehend überein, allerdings besteht weiterhin keine Einigkeit über die weitere Behandlung der KVAE nach einem möglichen ersten Abkommen. USA wollen vor einer Phase 1b erst eine Überprüfungsphase einschalten.

Es besteht Einigkeit, einen fortlaufenden Gedankenaustausch über die strategisch-politischen Implikationen von SDI im Viererrahmen zu führen. Über die Struktur dieser Diskussion muß jedoch noch weiter gesprochen werden, da USA sich auf Schwierigkeit beruft, hypothetische Fragen ohne ausreichende Kenntnis technischer Details, die z.T. noch gar nicht bekannt seien, zu behandeln. Gegenüber den Argumenten von europäischer Seite bemühte sich US-Vertreterin jedoch, den Eindruck mangelnder Gesprächsbereitschaft zu vermeiden. Im Bereich des internationalen Terrorismus bestand Einvernehmen über die Not-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel wurde in drei Teilen übermittelt Vgl. Anm. 16 und 47.
Vortragender Legationsrat von Studnitz vermerkte am 21. April 1986 handschriftlich: „D2 hat im Konzept gezeichnet."

2 Korrigiert aus: „Paris".

3 Am 4. November 1986 wurde in Wien die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

wendigkeit, die Gefahr abzuwehren, daß Europa und Amerika wegen unterschiedlicher Reaktionen der Öffentlichkeiten auseinandertreiben.

II. Im einzelnen

1) KSZE

D 2[4] führte KSZE-Papier[5] ein, das im Lichte der Aussprache überarbeitet werden soll. Arbeit soll fortgeführt werden unabhängig von paralleler Arbeit der NATO-POLADs, bei möglicher Berücksichtigung dortiger Gedanken. Es ist später zu entscheiden, ob von den Vier erarbeitetes Papier dann als deutsches Papier in die NATO eingeführt wird (so britischer Vorschlag) oder als Richtschnur der Vier für die Arbeit im NATO-Rahmen dient. Konzeptionelle Klärung künftiger KSZE-Politik wurde als dringlich angesehen. Weiterberatung des Themas beim Vierertreffen in Halifax geplant.

GB (PolDir[6] Thomas) stimmte unserer Bewertung der KSZE in dem Papier zu. Auch GB sähe KSZE-Vorteile für europäische Verbündete der SU, da diese begrenztes Mitwirkungsrecht an Gestaltung der Ost-West-Beziehungen und damit Manövrierfähigkeit erhielten. Westen müsse konsequent auf Einschränkung der Breschnew-Doktrin hinarbeiten. Sowjetisches Interesse vor allem an Festschreibung der Grenzen und Entwicklung von Korb II bei Ablehnung von Korb III. Westen müsse auf Balance zwischen den Körben achten. Weitere Überprüfungstreffen seien nützlich für allmähliche Entwicklung eines Verhaltenskodex. Neue Initiativen in Korb II sehe GB weniger beim Umweltschutz, wo die nützliche Arbeit der ECE nicht verdoppelt werden sollte. Bei Korb II solle man vor allem an praktische Verbesserungen für Firmenvertreter bei Reisen, Zugang zu Wirtschaftsdaten und bei Kompensationsgeschäften denken.

USA (PolDir Ridgway) sehen für Wien Schwerpunkt bei Überprüfung der Durchführung bestehender Texte, nicht bei neuen Initiativen, USA sehe sich KSZE in allen Aspekten verpflichtet. Balance zwischen den Körben müsse sorgsam beachtet werden. Im Sicherheitsbereich müsse Transparenz im Vordergrund stehen, sie teilten britische Sorge vor Verdoppelung der Foren für Behandlung des Umweltschutzes nicht. Meinungsunterschiede zur KVAE würden fürs erste bestehen bleiben. Ende man bei einer permanenten KVAE, bestehe ein ernsthaftes Risiko für die weitere öffentliche Unterstützung in den USA. Eventuelles Ergebnis in Stockholm sollte zunächst in einer Zwischenphase getestet werden.

Für Korb II plädierte USA für kühnes Vorgehen. Als Thema biete sich die Kontrolle von Immissionen fossiler Brennstoffe an. Dies sei ein Thema, für das sich die Öffentlichkeit in Osteuropa intensiv interessiere und wo sie die Regierungen ungestraft unter Druck setzen könne. Diese Bewertung wurde von allen geteilt.

Zu den Chancen bei Korb III war USA skeptisch, sprach sich aber für weitere Überprüfungs- und Expertentreffen (über Rechte von Journalisten, Familienzusammenführung, Tarifrechte) aus.

4 Gerold Edler von Braunmühl.

5 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl übermittelte den Botschaften in London, Paris und Washington am 11. April 1986 ein „Positionspapier zum KSZE-Prozeß und Wiener Folgetreffen". Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2855/2854/2856; VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Politischer Direktor.

USA sind für weiteres Folgetreffen nach Wien, vorzugsweise in einem neutralen Land. Auch solle es weiterhin Expertentreffen, etwa über Sicherheits- und Umweltfragen sowie zu Korb III geben.

F (PolDir Morel) plädierte für dynamische Nutzung des KSZE-Prozesses. KSZE dürfe nicht Experten überlassen werden. Man müsse nutzen, daß die Schlußakte[7] nicht nur Staaten, sondern auch Gruppen und Individuen anspreche. Korb III erfordere mehr Einfallsreichtum, etwa entsprechend den britischen Anregungen. Dort müsse man mit sowjetischen Initiativen, an westliche Technologie zu gelangen (Pan-EUREKA[8]), rechnen, dies könnte z. B. durch eine vorsichtige ungarische Initiative geschehen. Hierauf müsse sich der Westen einstellen. F habe Interesse an der Familien-Zusammenführung. Dort, wie bei kultureller Einheit und gemeinsamer europäischer Zivilisation, liege ein Ansatz für eine europäische Bürgerschaft. Dies müsse man sorgfältig entwickeln. Auch der gemeinsame Rechtsbereich (Bewegungsfreiheit, Ausreiserecht) bedürfe der Fortentwicklung. Hierher gehöre Tatsache, daß in diesen Tagen, sieben Monate nach Gorbatschow-Besuch in Paris[9], endlich die in Aussicht genommenen Konsulargespräche über humanitäre Fragen begännen.

Als Ziel für weitere KSZE-Treffen forderte F Transparenz überall (bei Sicherheit, Handel, Menschenrechten). Die konventionelle Bedrohung Europas müsse aufgenommen werden. Eine Überprüfungsphase nach der KVAE genüge nicht. Bei KVAE gelte es, die Chance zu nutzen, über die Schlußakte hinauszugehen. Dies müsse letztlich auch Vertragsform annehmen.

Zu denken sei an ein Inspektionsrecht unter östlicher Beteiligung. Die SU müsse dazu kommen, die gleichen Verpflichtungen wie alle anderen Staaten zu übernehmen. Heute habe man schon mehr erreicht als die 1975 zugestandene Inspektionszone von 250 km. Hier müsse weiter gedrängt werden. Mit Expertentreffen allein sei dies nicht zu schaffen. Phase 2 der KVAE sei noch in weiter Ferne, wohl aber könne Phase 1b angesteuert werden.

GB hält Entscheidung in Wien über KVAE für nötig. Man müsse überlegen, ob der Westen Abrüstungsfragen im KSZE-Bereich behandeln wolle. Es könnte sich eine Konkurrenz zu MBFR ergeben.

Für die Folgen nach Wien sei zu fragen, ob Folgekonferenzen die einzige Möglichkeit seien, oder böten häufigere, aber kürzere Treffen bessere Chancen? Für ein Wiener Schlußdokument gebe es wenig Aussicht für neue Ideen. Man könne daher auch an ein kurzes Dokument wie in Belgrad[10] denken. Abschlußdatum solle nicht von vornherein verworfen werden.

F zeigte sich reserviert zur Einbeziehung von internationalem Terrorismus und Drogenbekämpfung in die KSZE. Foren dürften nicht multipliziert werden. Das verhindere Sacharbeit.

7 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

8 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 109, Anm. 20.

9 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 18, Anm. 10.

10 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

USA warnte vor Selbstzwang eines Schlußdatums. Man sollte ähnlich wie in Madrid[11] vorgehen und beim Vorbereitungstreffen[12] mehr verlangen, als man erwarten könne. USA wünschten mehr öffentliche Sitzungen, z. B. zu Beginn und Ende einer jeden Runde. Die Probleme der Einbeziehung von Terrorismus und Drogen in die TO seien nicht zu verkennen.

D 2 sagte Revision unseres Papiers im Lichte der Diskussion zu und bezeichnete schriftliche Kommentare als willkommen.[13] Wo es verschiedene Meinungen gebe, sollten Optionen aufgezeigt werden. In der Öffentlichkeit dürfe auf keinen Fall ein Unterschied zwischen Europäern und Amerika ausgetragen werden. Als wichtig bezeichnete D 2 Frage nach statischem oder dynamischem Charakter von KSZE, wobei Europäer, weil Westen davon profitiere, für Dynamik einträten. Wichtigste offene Frage sei die Behandlung der KVAE. Wir hätten großes Interesse, Stabilität im Sicherheitsbereich weiterzukommen.[14] Die konventionelle Stabilität müsse parallel zu den Genfer Nuklearverhandlungen aufgegriffen werden. Präsident Reagan habe hierauf zu Recht in seinem Brief an Gorbatschow[15] hingewiesen. Man müsse entscheiden, ob hierfür KVAE oder MBFR II oder ein anderer Rahmen am geeignetsten sei.

[16]USA hielt KSZE-Rahmen für diese Diskussion zu weit (Finnland, Malta). F sah Schwierigkeit bei Nutzung des MBFR-Rahmens. Es könne aber nützlich sein, den Druck von 32 europäischen Staaten auf die SU zu nutzen.

Einigkeit bestehe, daß es für KVAE-Phase 2 zu früh sei, weil das Mandat von Madrid[17] noch nicht ausgeschöpft wurde. Ein Zieldatum für Wien sei nützlich, es dürfe uns aber nicht in Zwang setzen. Die AM-Ebene für die Eröffnung in Wien scheine weitgehend akzeptabel. Bei Terrorismus und Drogen sei es nützlich, den Osten auf die Probe zu stellen, wieweit er willens zur Zusammenarbeit sei.

2) Ost-West-Fragen

USA sah Reise Ridgway nach Prag (15.4.) und Shultz-Reise im Dezember[18] nicht als Ausdruck von „differentiation", sondern „diversity". Gegenüber ČSSR

11 Die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 11. November 1980 bis 6. Oktober 1983 statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

12 Das Vorbereitungstreffen für die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 23. September bis 3. November 1986 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 275.

13 Eine überarbeitete Fassung des „Positionspapers zum KSZE-Prozeß und Wiener Folgetreffen" wurde am 21. Mai 1986 an die Botschaften in London, Paris und Washington übermittelt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3973/3974/3975/3976 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl; VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1986.
Braunmühl, z. Z. Halifax, teilte am 29. Mai 1986 zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortag in Halifax mit: „Die Diskussion des deutschen KSZE-Papiers wurde fortgesetzt. Einzelanregungen werden in eine dritte Fassung eingearbeitet, die bald in EPZ und NATO als deutsches Papier eingebracht wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; VS-Bd. 11294 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

14 So in der Vorlage.

15 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

16 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 3101 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

18 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1985 in Rumänien, vom 15. bis 17. Dezember in Ungarn und am 17./18. Dezember 1985 in Jugoslawien auf.

gebe es keine neue Initiative. Man habe sich bietende Gelegenheit zum Abschluß eines Kulturabkommens[19] genutzt. Tschechen wünschten Meistbegünstigung. Das sei ausgeschlossen. Für Rumänien müsse bis zum 15.8. über Fortgewährung der Meistbegünstigung[20] entschieden werden. Die Frage sei offen. Die gewünschten Fortschritte gebe es in Rumänien nicht. Die geringe Bewegung, die USA gegenüber der DDR unternommen hätten (Kulturabkommen), sei wegen der unklaren Haltung zum libyschen Volksbüro derzeit angehalten. Ein Besuch des Stellvertreters von Frau Ridgway werde nächste Woche aber durchgeführt.[21] In Polen habe Stoessel gute Gespräche auf hoher Ebene geführt.[22] Polnische Schritte zur Verbesserung der Beziehungen blieben aus. Kardinal Glemp, der Papst[23] und die Solidarność setzten sich für die Aufhebung der US-Sanktionen[24] ein.

Aus dem Gespräch mit Dobrynin[25] bleibe wichtig, daß beide Seiten für einen Gipfel ohne Vorbedingungen seien. Die Absage des AM-Treffens im Mai sei als derzeit nicht möglich erfolgt. Sowjets hätten ohnehin späten Termin vorgezogen und nur einen Vorwand benutzt. USA sähen Libyen nur als kleines Problem in den Beziehungen zur SU. Auf britische Frage nach Vorausunterrich-

19 Für den Wortlaut des Abkommens vom 15. April 1986 zwischen der ČSSR und den USA über Zusammenarbeit in Kultur, Erziehung, Wissenschaft, Technologie und anderen Gebieten vgl. UNTS, Bd. 1486, S. 306–317.

20 Zur Frage der weiteren Gewährung der Meistbegünstigung an Rumänien durch die USA vgl. Dok. 20.

21 Im Gespräch mit Staatssekretär Meyer-Landrut am 26. Mai 1986 informierte der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Woessner, über seinen Besuch in der DDR: „Es sei ein jährlicher Routinebesuch gewesen, den die USA auf seiner Ebene mit der DDR-Regierung unterhielten. Sein Treffen [mit] Krolikowski sei sehr befriedigend verlaufen. Man habe die Streitfragen, wie z. B. über jüdische Ansprüche usw., zur Seite gelegt und sich eine Stunde lang sehr intensiv und in konstruktivem Geiste über die von der libyschen Vertretung in Ost-Berlin ausgehende terroristische Bedrohung unterhalten. Krolikowski habe deutlich gemacht, daß die DDR über derartige Aktivitäten der Libyer keineswegs erbaut sei. Die USA hätten befriedigende Zusicherungen erhalten, daß sich die DDR dieser Frage annehmen wolle. Über Syrien sei in diesem Zusammenhang nicht gesprochen worden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 143375.

22 Der ehemalige amerikanische Botschafter in Polen, Stoessel, hielt sich am 19./20. März 1986 in Polen auf. Botschafter van Well, Washington, informierte dazu am 25. März 1986, es habe sich um eine Sondierungsmission gehandelt, „die geheimgehalten und als Privatreise deklariert wurde, um zum einen polnische Bewegung ohne Prestigeerwägungen zu ermöglichen und zum anderen die USA nicht als Demandeur erscheinen zu lassen". Stoessel sei mit Staatsratsvorsitzendem Jaruzelski und dem polnischen Außenminister Orzechowski zusammen getroffen: „Jaruzelski ist nach Stoessels Eindruck weiterhin verbittert über in seinen Augen mangelndes US-Verständnis für Ereignisse von 1981. Im Gespräch mit Stoessel äußerte er, Washington möge verstehen, daß er als polnischer Patriot nur so und nicht anders habe handeln können und daß dies die einzige Möglichkeit zur Abwendung einer sowjetischen Invasion gewesen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1321; VS-Bd. 13462 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

23 Johannes Paul II.

24 Präsident Reagan verkündete am 23. Dezember 1981 Sanktionen gegen Polen. Darunter waren ein Lieferstop für Landwirtschafts- und Milchprodukte sowie die Aufhebung der zivilen Flugrechte in den USA und polnischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).
Einige Fischerei- und Luftverkehrssanktionen wurden im Januar 1984 aufgehoben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 247 des Gesandten Wallau, Washington, vom 19. Januar 1984; VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1984.
Die Aufhebung weiterer Maßnahmen erfolgte am 3. August 1984. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1121 f.

25 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 7./8. April 1986 vgl. Dok. 104, Anm. 21.

tung der SU über die Libyen-Aktion[26]: Dobrynin sei nicht direkt unterrichtet worden, doch hätten die Sowjets genügend Hinweise erhalten.

Es bestand Einigkeit, daß die DDR zwar Länder und Organisationen unterstütze, die in Terrorismus engagiert seien, nicht aber von Ostberlin aus gegen den Westen operieren lasse. Auch die SU gestatte das nicht.

GB berichtete über Howe-Besuch in Belgrad.[27] Künftiger MP Mikulić sei beeindruckend. Jugoslawien habe Interesse an Zusammenarbeit mit europäischen Organisationen gezeigt (EUREKA). Aus der SU komme der Genfer Unterhändler Karpow am 18.4. nach London. Dies sei Vorbereitung für noch nicht terminierten Schewardnadse-Besuch.[28] Sowjets wünschten sichtbare Resultate: Absprache über Unfälle auf See und Kommuniqué. Letzteres lehnten Briten ab.

F berichtete über Besuch von Kardinal Glemp in Paris[29], der ein düsteres Bild der Lage in Polen gezeichnet habe. D2 unterrichtete über Besuche polnischen[30] und rumänischen AM[31] und erklärte Lage der Deutschen in Rumänien. Die gemeinsame Wirtschaftskommission habe Anfang April in Moskau getagt.[32] MP Ryschkow habe eine deutliche Trennlinie zwischen Wirtschaft und Politik gezogen und sich sehr kritisch zum SDI-Abkommen geäußert.[33] Das DDR-Interesse an guten Beziehungen zu uns habe der Mittag-Besuch am 9.4.[34] bestä-

26 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

27 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 23./24. März 1986 in Jugoslawien auf.

28 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Großbritannien vom 14. bis 16. Juli 1986.

29 Der Primas von Polen, Kardinal Glemp, hielt sich vom 11. bis 20. April 1986 in Frankreich auf.

30 Der polnische Außenminister Orzechowski besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 9. April 1986. Vgl. dazu Dok. 91 und Dok. 93.

31 Der rumänische Außenminister Văduva hielt sich vom 16. bis 19. April 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 110–112.

32 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 8. April 1986 zur Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 3./4. April 1986: „Schwerpunktthemen der Tagung waren die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen des Maschinenbaus unter besonderer Betonung der Konsumgüterproduktion sowie in der Eisenhütten- und Stahlindustrie. Diesen Bereichen kommt im Rahmen des vom 27. Parteitag der KPdSU im Februar/März d. J. verabschiedeten Modernisierungsprogramms der sowjetischen Wirtschaft besondere Bedeutung zu. Daneben wurden insbesondere die Bereiche Chemie, Agrarproduktion und Umweltschutz als wichtige und ausbaufähige Gebiete der Zusammenarbeit genannt. […] Die sowjetische Seite betonte die Notwendigkeit ‚neuer Formen der Zusammenarbeit', unter denen sie insbesondere die Produktionskooperation (einschließlich ‚gegenseitigem' Transfer von Entwicklungs- und Produktions-Know-how), Kompensationsgeschäfte, gemeinsame Unternehmungen in Drittländern herausstellte, sowie die Förderung des Absatzes sowjetischer Waren zur Verbesserung der sowjetischen Außenhandelsstruktur. Sie bekundete ihr Interesse an verstärkter Nutzung von Finanzierungsmöglichkeiten, nicht ohne die übliche Kritik an den Kosten der Kreditversicherung." Vgl. Referat 421, Bd. 140414.

33 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 8. April 1986, Bundesminister Bangemann sei am selben Tag vom sowjetischen Ministerpräsidenten empfangen worden. Bezüglich SDI habe Ryschkow erklärt: „Europäische, aber vor allem unsere Haltung, habe, ‚milde gesagt', ‚erstaunt'. Niemand verheimliche militärischen Charakter der Forschung. Dabei lebten wir im gemeinsamen Haus Europa: ‚Es ist meine Pflicht, darüber zu sprechen.' Wir hätten Entscheidung überhastet." Kastl legte dar: „Gespräch machte sowj[etisches] Dilemma deutlich, trotz der sie irritierenden Unterzeichnung des SDI-Rahmenabkommens durch BM B[angemann] die für sie offensichtlich wichtige und nützliche wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit uns fortsetzen und vertiefen zu wollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 918; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

34 Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, hielt sich am 9./10. April 1986 in der Bundesrepublik auf und traf am 9. April 1986 mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach notierte am selben Tag telefonische Informationen des Ministerialdirigenten Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, zum Gespräch: „Allg[emeiner] Meinungsaus-

tigt. Über weitere Linie – evtl. auch Honecker-Besuch – könne Gorbatschow-Besuch und Rede beim SED-Parteitag in Ostberlin[35] möglicherweise Aufschluß geben.

F plädierte unwidersprochen dafür, daß die Vier sich demnächst mit der Lage der Türken in Bulgarien befassen sollten.

GB berichtete aus Gespräch mit einem tschechischen Überläufer, wie subtil und diskret die sowjetische Kontrolle über die Außenpolitik der Verbündeten erfolge. Anpassung erfolge weniger durch Weisungen als durch vorausschauenden Gehorsam. Dadurch hätten die Osteuropäer mehr Spielraum, als sie oftmals ausnutzten. Hierauf solle der Westen bauen.

3) Sowjetische Außenpolitik nach dem Parteitag[36]

D 2 hielt Modernisierungsbemühungen Gorbatschows im Rahmen unangetasteter Systemgrenzen für wahrscheinlich nicht ausreichend zur Lösung der Wirtschaftsprobleme. In der Außenpolitik seien wenig Änderungen in der Substanz sichtbar. Es gelte, die westliche Bereitschaft zu fairen Kompromissen zu unterstreichen und die Sowjets hinsichtlich der Ernsthaftigkeit der Angebote Gorbatschows auf die Probe zu stellen.

F sah wesentlich größeres propagandistisches Geschick bisher als einzige Neuigkeit. GB stimmte zu unter Hinweis auf die Schnelligkeit öffentlicher Reaktionen und überraschender Initiativen. Hierauf müsse sich der Westen einstellen.

USA erkannte an, daß sie von neuem Stil in der Rüstungskontrollpolitik unvorbereitet getroffen worden seien. Ein neuer Botschafter sei noch nicht angekündigt.[37] Für London wurde Agrément für Samjatin eingeholt.

USA erwarten von Dobrynin als Außenminister der Partei, ohne die Funktionen von Ponomarjow zu übernehmen, wie er gesagt habe, keinen mäßigenden Einfluß auf die sowjetische USA-Politik, da er zu voreingenommen sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 628

tausch. Hinsichtlich Honecker-Besuch bisheriger Stand, d. h. Entscheidung erst nach Parteitag zu erwarten. Einig über Weiterentwicklung Beziehungen unter Hinweis auf Fortschritte in verschiedenen Gebieten (Kulturabkommen, Umweltverhandlungen, Erweiterung Reiseverkehr, Jugendaustausch etc.). BK sprach zwei Einzelfragen an: Asylantenproblem: Mittag bot Vermittlung vertraulichen Gesprächs für BM Schäuble an (Moldt intervenierte erfolglos gegenüber Mittag, daß Gespräche von Senat zu führen seien). Terroranschlag Berlin: Mittag wiederholte ADN-Erklärung (Verurteilung, keine DDR-Erkenntnisse). V. Richthofen sagte, StS Bräutigam werde daher nicht zusätzlich demarchieren." Vgl. Referat 210; Bd. 139191.

35 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 16. bis 22. April 1986 anläßlich des XI. Parteitags der SED in der DDR auf. Zu seiner Rede am 18. April 1986 vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

36 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

37 Zur Abberufung des sowjetischen Botschafters in Washington, Dobrynin, vgl. Dok. 85, Anm. 16. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 21. Mai 1986: „US-Geschäftsträger teilte am 20.5. in Viererrunde mit, Sowjets hätten Dubinin – seit zwei Monaten sowjet[ischer] VN-Botschafter – zum neuen Botschafter in Washington ernannt. USA hätten inzwischen Agrément erteilt." Kastl führte dazu aus, die Ernennung komme „völlig überraschend". Dubinin habe „vor erst zwei Monaten Trojanowskijs Nachfolge bei den VN angetreten. Widerruf dieser Ernennung läßt auf einen hohen Grad der Planlosigkeit und Desorganisation in Führung sowjet. Außenministeriums und in Auslandskaderpolitik schließen." Dubinin als „Verlegenheitslösung" bringe „wenig Voraussetzungen mit, um in Washington zu reüssieren. Von ihm ist nicht zu erwarten, daß er sowjet. Positionen in den USA mit dem Geschick seines Vorgängers zu vertreten vermag oder wie dieser einen bevorzugten Gesprächskanal zwischen amerikan[ischer] und sowjet. Führung aufzubauen verstehen wird." Vgl. Referat 213, Bd. 139349.

4) Genfer Verhandlungen

D2 unterstrich unser Interesse an Aufrechterhaltung der SALT II-„interim restraints“[38]. GB erinnerte an Schreiben PM Thatcher an Präsident Reagan in der Sache. USA erläuterte: Reise Nitze nach Europa solle Entscheidung des Präsidenten über Weiterbeachtung von SALT II bis 20. Mai vorbereiten.[39] Nur State Department sei für Weiterbeachtung. Es gebe Bestrebungen, Entscheidung noch vor dem Tokio-Gipfel[40] zu treffen. Für nächste Verhandlungsrunde bei START[41] habe Lehman Bewegungsfreiheit, um Trade-offs zu ergründen. Auf Frage D2, ob Sowjets Bewegung bei START suchen, weil INF blockiert ist: Sowjets hätten INF durch Drittsysteme selbst blockiert und hätten reichlich Möglichkeit, es zu deblockieren.

GB fragte rhetorisch, ob Alliierte ihre Empfehlungen zu einer kooperativen amerikanischen Politik zu SDI in Genf deutlich genug gemacht hätten oder weitere Anstöße hilfreich sein könnten. US meinte: Im Augenblick bestehe dafür kein zusätzlicher Bedarf.

F äußerte Sorge, daß INF zum Schlüssel für Erfolg des nächsten Gipfels werden könnte. Andererseits sei US-Antwort auf Teststoppvorschlag[42] ermutigend, daß Notwendigkeit von Tests betont worden sei. D2 verwies auf Erläuterung der BK-Vorschläge zum Teststopp[43] durch BM in Washington[44].

5) Menschenrechte im Viererkreis

Es bestand Einigkeit, daß MR im Viererkreis der Direktoren diskutiert werden können, daß aber der Vorschlag Schifters[45] für Vierergespräche auf anderer Ebe-

38 Zur Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 107, Anm. 7.

39 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 22./23. April 1986 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 23. April 1986 vgl. Dok. 123.

40 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

41 Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 8. Mai bis 26. Juni 1986 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 175 und Dok. 187.

42 Zu den Vorschlägen des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 vgl. Dok. 52.
Zu den Vorschlägen Reagans für die Verifikation von Nukleartests („CORRTEX“) vgl. Dok. 120, Anm. 2.

43 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl am 11. April 1986 vor der Presse; Dok. 105, Anm. 13.

44 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 17. April 1986 in den USA vgl. Dok. 101, Dok. 104, Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

45 Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesder informierte die Botschaft in Washington am 21. Februar 1986, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Schifter, habe „sowohl bei bilateralen deutsch-amerik[anischen] MR-Konsultationen in Bonn am 16.12.1985 wie am Rande gegenwärtiger Genfer MRK[onferenz]-Tagung Gedanken häufigerer MR-Konsultationen in engerem Kreis ventiliert“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 200, Bd. 134840.
Am 21. März 1986 berichtete Botschafter van Well, Washington: „Zum Teilnehmerkreis bei den Konsultationen ist Schifter offen. Er denkt an EG-Länder, erweitert durch Kanada, Norwegen und u. U. Schweden, kann aber auch andere Lösungen akzeptieren. Die Konsultationen sollten etwa viermal jährlich stattfinden. Schifter hält weiter ein Gespräch im Viererkreis für sinnvoll, bei dem die Vorstellungen über Art und Verfahren der Konsultationen geklärt werden könnten. Wahrscheinlich reiche ein Gespräch in diesem Kreis vor Einleitung von Konsultationen in größerem Kreis aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1275; Referat 231, Bd. 148107.
Vortragender Legationsrat Dröge teilte der Botschaft in Washington am 25. März 1986 mit: „Eine Vorabstimmung in einem Kreis mit wenigen ausgewählten Staaten birgt u. E. die Gefahr, daß andere westliche Partner sich übergangen fühlen. Wir halten daher bilaterale Konsultationen und einen möglichst frühzeitigen Vorschlag der USA für allgemeine westliche Konsultationen für den geeigneten Weg.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 231, Bd. 148107.

ne nicht aufgenommen werden solle und[46] die Einrichtung weiterer Vierergruppen überhaupt zu vermeiden sei.

6) Strategische Aspekte von SDI

D 2 betonte Notwendigkeit, daß Vorbereitung der Meinungsbildung über politisch-strategische Aspekte von SDI, die für künftige Sicherheit aller Verbündeten vital seien, weder technischer Entwicklung noch der von beiden Seiten gespeisten öffentlichen Diskussion über SDI überlassen bleiben dürfe, sondern im Viererkreis vorbesprochen und schließlich im Bündnis behandelt werden müsse. Für eine strukturierte Diskussion könne es nützlich sein, zunächst die größeren Optionen zu definieren nach

– bodengestützter Abwehr für einzelne Rampen,
– bodengestützter Abwehr für zahlreiche Schutzobjekte,
– raumgestützter, landesweiter Abwehr,

die auf ihren Einfluß auf die Sicherheitsinteressen der USA und Europas untersucht werden könnten, zunächst nach den Hauptkategorien:

– Konsequenzen für Gefahr eines Erstschlags gegen USA oder Europa,
– Einfluß verschiedener SDI-Systeme auf Strategie der selektiven Optionen,
– Einfluß von SDI auf Drittstaatensysteme (F, GB).

Spätere Fragen beträfen Verhältnis Rüstungsentwicklung und politischer Entscheidung, Zusammenhalt der Allianz, öffentliche Akzeptanz von SDI.

Diskussion solle so konkret wie möglich sein. Es sei nicht an eine gemeinsame Studie gedacht, vielmehr an einen fortlaufenden Prozeß der Analyse von Optionen. USA bekannte sich zu Nützlichkeit informeller Diskussion im Viererkreis, wollte jedoch keine hypothetische Diskussion. Optionen dürften nicht präjudiziert werden. SDI könne aber nicht losgelöst von anderen strategischen Entwicklungen gesehen werden: sowjetisches landesweites ABM-System, wachsende sowjetische Erstschlagfähigkeit gegen US-ICBM, längerfristig Bedrohung der US-Vergeltungsmacht, wachsende sowjetische CW und TNF-Fähigkeit. Die Antworten hierauf seien vielfältig: strategische Reduzierung, INF, SDI.

[47]GB und F betonten Notwendigkeit der Diskussion. D 2 bezeichnete jede Sicherheitsdiskussion als notwendigerweise hypothetisch. Dies gelte für sämtliche Planungen und Übungen im Bündnis. Europäer seien gezwungen, über Auswirkungen möglicher strategischer Entwicklungen für ihre Sicherheit in der Zukunft sorgfältig nachzudenken und Konsequenzen zu prüfen. Diese Überlegungen seien im Gange. Wir wünschten, daß zu gegebener Zeit bei Entscheidungen über SDI-Optionen nicht nur finanzielle und technische Gesichtspunkte, sondern auch solche, die europäische Sicherheit beträfen und auch ihre Vorbereitungszeit brauchten, mit berücksichtigt würden. USA sollten die Chance sehen, durch Behandlung im Viererkreis und Bündnis sich über Denken in Europa zu informieren und dieses zu beeinflussen. USA versicherte, US-Regierung wisse auch nicht mehr als Europäer, weil Forschungsergebnisse noch ausstünden.

46 Korrigiert aus: „aufgenommen werden und“.
47 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 3102 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

US-Experte hielt Unterscheidung von boden- und weltraumgestützter Verteidigung für nicht sachgerecht, da an ein mehrschichtiges Abwehrsystem gedacht sei, wobei die Abfangteile sich auf traditionelle Technologien stützten und die Sensoren aufwendige neue Technologien forderten. Gelenkte Energien seien zeitlich sehr viel spätere Optionen. Auch für die Endphasenabwehr denke man nicht nur an bodengestützte Systeme.

D 2 wollte keine präjudizierende Präferenz für das eine oder andere System sehen, hielt jedoch Abwarten, bis alle technischen Fragen gelöst sind, für falsch, da dann die politische Entscheidung von der technischen überrollt werde. In ein Szenario müßte auch die Rüstungskontrolle einbezogen werden, da sie entscheidenden Einfluß auf Verteidigungsstrukturen haben könne. (Falls Beschränkung auf bodengestützte Endphasenverteidigung mit drastischer Reduzierung von Offensivsystemen verbunden werde, könne nicht die – von US-Seite erwähnte – Gefahr einer Sättigung der Defensivsysteme durch Massierung von Offensivsystemen eintreten.) USA bezeichneten Diskussion über die vorgelegten Fragen als sehr schwierig, da die technischen Details nicht überschaubar seien. Eine Vorbereitung politischer Entscheidungen sähen sie derzeit nur im Rahmen der Nitze-Kriterien[48] als möglich.

Im Gegensatz zur Zurückhaltung bzgl. SDI-Diskussion stand von USA nachdrücklich vorgetragenes Interesse an eingehender gemeinsamer Erörterung der Möglichkeiten für europäische Verteidigungsinitiative. GB warnte vor Verselbständigung des europäischen Bedrohungsaspekts durch EDI[49] und Loslösung von SDI. SDI müsse alle sowjetischen Bedrohungen erfassen.

D 2 sah erweiterte Luftverteidigung als ein Sonderproblem neben SDI, auch wenn einige Technologien für beides verwendbar seien. Aber auch die erweiterte Luftverteidigung könne von Europa nicht allein geschaffen werden. Europäer müßten die Sache in die Hand nehmen, dann aber sei verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit USA von großer Bedeutung.

USA faßte folgende politische Grundsätze für SDI zusammen: Es gebe keine Stationierung, solange nicht feststehe, daß die Stabilität nicht gefährdet werde, die strategische Einheit werde nicht bedroht, Europa werde nicht von Amerika abgekoppelt, die Verhandlungspflicht mit den Sowjets unter dem ABM-Vertrag werde beachtet, die Sowjets erhielten kein Vetorecht, man hoffe auf eine vereinbarte Übergangsregelung. Der Zeitplan sei ungewiß. Eine mögliche Stationierung werde sich über mehrere Jahre erstrecken.

48 In einem Gespräch mit Bundesminister Genscher am 10. Januar 1985 legte der amerikanische Sonderbotschafter Nitze dar, Weltraumsysteme müßten nach amerikanischer Auffassung kosteneffektiv sein und dürften keine Instabilität verursachen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 8.
In einer Rede am 30. Mai 1985 in Washington führte Nitze aus: „Should SDI prove new defense technologies feasible – that is, survivable and cost-effective – we believe the interests of both the United States and the Soviet Union would be served by moving to a more defense-reliant balance. Survivable und cost-effective strategic defenses could so complicate a potential attacker's planning for a possible first strike that such an attack could not be seriously contemplated." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2101, S. 38.
Diese Kriterien fanden auch Eingang in die „National Security Decision Directive" Nr. 172 („Presenting the Strategic Defense Initiative") vom 30. Mai 1985. Für die Direktive vgl. http://fas.org/irp/offdocs/vnsdd/index.html.

49 European Defense Initiative.
Zu Überlegungen hinsichtlich einer Europäischen Verteidigungsinitiative vgl. Dok. 117.

GB regte an, technische Informationen wie bisher durch die SDI-Quint auf Sicherheitsexpertenebene zu vermitteln, den Viererkreis aber weiter für die politische Beratung zu nutzen. Für die Unterstützung in der Öffentlichkeit sei es von Bedeutung, daß der ABM-Vertrag erhalten bleibe. USA betonte, die Arbeit vollziehe sich innerhalb dieses Vertrages, obwohl Überlegungen zu einer Befreiung von diesen Beschränkungen erneut aufgenommen worden seien. Es wurde verabredet, über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Diskussion nachzudenken und beim nächsten Treffen erneut darüber zu sprechen.

7) Vorbereitung NATO-Konferenz Halifax[50]

Es bestand Einigkeit, daß die Ministerdiskussion in sehr informeller Weise stattfinden soll. Eine Erklärung soll die Diskussion widerspiegeln und nicht vorher festgelegt sein. F wäre auch mit Verzicht auf jede Erklärung zufrieden. USA stimmte zu. D2 erklärte Präferenz für kurze, politisch substantielle und aktuelle Erklärung als Antwort der NATO auf Gorbatschow-Vorschläge. US, F und GB fanden: Über Texte solle erst in Halifax gesprochen werden.

8) Wirtschaftsgipfel Tokio

US und wir kritisierten Mängel der West-Ost-Passage der politischen Erklärung. US legte neuen Entwurf für West-Ost-Passus vor.[51] D2 erläuterte unsere Änderungsvorschläge, die der Erklärung Charakter eines Signals geben sollten. F lehnte gemeinsame Sicherheitsaussagen ab, da Gipfel keine Allianz sei. US erhoffen sich klare Aussage des Gipfels zur Zusammenarbeit beim Terrorismus, anderenfalls müßten USA hierfür andere Wege suchen. D2 erklärte Bereitschaft, jedes unseren Partnern akzeptable Gremium für Terrorismusbekämpfung zu nutzen. Vielleicht könnte man im Zusammenwirken mit anderen geeigneten Regierungen besondere Beauftragte benennen (Vorschlag BM in Washington).

9) Terrorismus

D2 verwies auf Einvernehmen in Bewertung der Dimension des Terrorismus und Notwendigkeit seiner Bekämpfung. Wir sähen allerdings unterschiedliche Methoden zu diesem Ziel. Psychologische Situation der USA müsse nach traumatischen Erfahrungen der Geiselnahme in Teheran[52] und im Hinblick auf die Sorge um die Glaubwürdigkeit der Wahrung eigener Sicherheitsinteressen notfalls durch militärische Machtmittel verstanden werden. Dennoch frage sich, wie es weitergehe, wie der Luftangriff Gaddafis Stellung, die Haltung der gemäßigten Araber, die Position der US beeinflussen und welche Wirkung die Bilder der Opfer auslösten. Die Verantwortlichen müßten Emotionalisierung entgegentreten. Öffentliche Meinung in Europa und Amerika dürfe nicht auseinandertreiben. Hier liege Aufgabe für Regierungen. Große Aufgaben lägen bei der praktischen Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, aber auch dem Versuch gemeinsamer Anstrengungen mit gemäßigten Arabern und kommunistischen Regierungen. Wir hätten bei beiden gute Erfahrungen gesammelt (Mogadischu, Sofia)[53].

50 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 in Halifax vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

51 Für den amerikanischen Entwurf vom 14. April 1986 vgl. Referat 204, Bd. 135413.

52 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 49, Anm. 38.

53 Zur Beendigung der Geiselnahme einer Passagiermaschine der Lufthansa am 18. Oktober 1977 in

GB sah Schließung des libyschen Volksbüros in London[54] als wirksame Maßnahme. Würden diese Stellen überall geschlossen, verlören Libyer Kommando- und Waffennachschubposten.

F bekannte sich zu diskreter Zusammenarbeit, aber gegen öffentliche Erklärungen. Es verneinte erneut die Eignung als des Siebenerrahmens.[55] F kritisierte deutlich inspirierte Pressemeldungen über angebliche Stillhalteabsprachen zwischen Frankreich und Libyen. Öffentliche Kritik schade guter Zusammenarbeit. Es gäbe eine Welle des Anti-Europäismus in Amerika. Frankreich erkenne sich nicht in diesen Karikaturen.

US äußerte Hoffnung, daß Emotionen bis zum Tokio-Treffen unter Kontrolle gebracht würden. Es wäre nützlich, die Zusammenarbeit zwischen Europa und USA im Bereich Terrorismus zu erweitern. Zu diesem Zweck wolle Justizminister Meese an einem TREVI-Treffen und Botschafter Oakley an der EG-Arbeitsgruppe Terrorismus[56] teilnehmen. Hiergegen äußerten F und GB deutliche Vorbehalte. Die Zwölf wollten ihre Meinung allein bilden. Die EPZ handele nach außen durch die Troika.

USA zeigten sich nicht befriedigt, weil dadurch Teilnahme an Entscheidungsprozeß unmöglich sei, bat aber um Hinweis, mit wem sie sprechen könnten.

USA bot für nächstes Vierertreffen CIA-Unterrichtung über nahöstliche Terroristenausbildungslager an. GB wollte dies möglichst umgehend für Sicherheitsexperten der Botschaften getan sehen. Man könne jetzt nicht bis Anfang Juli[57] warten. Dem wurde allseits zugestimmt.

10) Berlin im SDI-Abkommen[58]

D 2 verwies auf Berlinklausel im Abkommen über technologische Zusammenarbeit und erläuterte informelle Prozedur, in der Senat die Sache der Kommandatura vorlege, die keine Einwände erheben werde. Details solle die Vierergruppe ausarbeiten. USA verwies auf politischen Charakter der Vereinbarung, erklärte aber Bereitschaft zur Ausarbeitung einer Formel.

GB und F stimmten zu.

11) Nächstes Treffen

Am Rande des NATO-Treffens in Halifax und Anfang Juli in Washington.

Studnitz[59]

VS-Bd. 12979 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 633

Mogadischu bzw. zur Verhaftung von Terroristen aus der Bundesrepublik am 21. Juni 1978 in Sofia vgl. Dok. 108, Anm. 6 bzw. 9.

54 Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Libyen am 22. April 1986 vgl. Dok. 97, Anm. 6.

55 So in der Vorlage.

56 Zur Arbeitsgruppe „Terrorismus-Bekämpfung" im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 101, Anm. 6.

57 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 9. Juli 1986 in Washington vgl. Dok. 191 und Dok. 193.

58 Zu den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen vom 27. März 1986 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 84, besonders Anm. 6.

59 Paraphe.

119

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Cossiga

22. April 1986[1]

Staatsbesuch des Präsidenten der Italienischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. bis 25.4.1986;
hier: Frühstück BM mit StPr[2] Cossiga am 22.4.1986

1) *Staatspräsident* erläutert eingangs umfassend seine Auffassung zum Problem des Terrorismus. Eine seiner Hauptsorgen sei die Lage im Mittelmeer. Lange Zeit habe man in Italien geglaubt, für die italienische Außenpolitik sei Mitteleuropa die empfindlichste Zone. Inzwischen hätten sich jedoch im Mittelmeerbereich die Entwicklungen zugespitzt. Zwar sei der Gegensatz Israel/PLO zeitweilig zurückgetreten. Gleichwohl sei die arabische Welt immer unruhig geblieben. Besonders in den letzten Jahren seien in der Region neue beunruhigende Entwicklungen eingetreten. Im Libanon haben das Nebeneinander der verschiedenen Religionen, der verstärkte Einfluß Syriens und die israelische Politik der Stärke die Spannungen erhöht. Katholische Geistliche mit Libanon-Erfahrung hätten ihm, Cossiga, unlängst versichert, der Libanon könne nur als Protektorat Syriens Frieden finden. Israel werde in diesem Falle für sich einen südlichen Gebietsstreifen sichern.

Auch der „absurde" Konflikt zwischen Iran/Irak komme manchen Kräften in und außerhalb der Region gelegen. Er würde sich nicht wundern, wenn Israel Waffen an den Iran lieferte, ebenso Libyen. Der palästinensische Widerstand sei in sich zerstritten. Insofern sei die Lage unübersichtlicher als bei Befreiungsbewegungen, bei denen man nur mit einem Partner zu tun habe. Syrien, Israel und eine Reihe von libanesischen Gruppierungen hätten Einfluß auf PLO-Absplitterungen. Man wisse jedoch nicht, wer eigentlich die Fäden in der Hand halte. Die Beteiligung des PLF-Führers Abu Abbas[3] an der Entführung des italienischen Passagierschiffs „Achille Lauro"[4] habe deutlich gemacht, wie leicht sowohl Ägypten als auch Arafat und Italien durch unkontrollierte PLO-Aktivitäten in Schwierigkeiten gebracht werden könnten. Zum Teil finde der Terrorismus seine Wurzeln in der ungelösten Palästinenser-Frage, namentlich auf Grund der blind-idealistischen Einstellung vieler PLO-Anhänger. Manche Wurzeln dafür seien aber auch in der allgemeinen Situation im Mittelmeer zu suchen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 23. April 1986 „vorbehaltlich BM-Genehmigung" gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, Billigung des Herrn BM herbeizuführen".
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 24. April 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Kuhna verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte unter Vorbehalt der Genehmigung verteilen."
Hat Kuhna am 25. April 1986 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206 (203), Bd. 140539.

2 Staatspräsident.

3 Korrigiert aus: „des PLO-Führers Aba Abas".

4 Zur Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffs „Achille Lauro" am 7. Oktober 1985 vgl. Dok. 48, Anm. 18.

Er könne nur wünschen, daß die USA mit ihrer Auffassung recht hätten, Libyen sei die wichtigste und einzige Quelle des Terrorismus. Leider sei jedoch diese Lösung zu einfach. Der Terrorismus habe mehrere Ursprünge, neben Libyen wohl Syrien und den Iran, dort vielleicht weniger augenfällig, aber von „Profis" verursacht. Man könne der SU eine Komplizenschaft hieran nicht vorwerfen. Sie warte jedoch auf die Gelegenheit, die USA und den Westen auf einen Hilferuf der betroffenen Länder hin als Hilfspolizist der Region abzulösen. Die SU wünsche vor allem, an den Verhandlungen mit Israel teilzunehmen, um ein Mitspracherecht im Nahen Osten zu erhalten. Sie gehe im übrigen vorsichtig vor, lehne eigene Verantwortung ab, obwohl sie Schiffe einsetze und Waffen liefere.

Vor diesem Hintergrund könne man vielleicht die Besorgnisse der US-Administration besser verstehen. Ihnen lägen die traumatischen Erfahrungen von Vietnam, der Teheraner Geiselnahme-Aktion[5], des Scheiterns der Intervention auf Kuba[6] sowie der Entführungsfall Achille Lauro zugrunde. Erschwerend komme hinzu, daß die USA keine eigenen Erfahrungen mit Terrorismus hätten – etwa wie D oder I. Die militärische Präsenz der USA im Mittelmeer ziele auf eine Verteidigung nach allen Seiten hin. Der Einfluß des Fundamentalismus werde von den USA unterschätzt. Es sei ein Fehler der USA gewesen, durch den Angriff auf Libyen[7] die arabische Welt zu solidarisieren. Zwar sei es moralisch verwerflich, aber sachlich vernünftig gewesen, den Tod Gaddafis durch die US-Bombardierung anzustreben.

Entscheidend sei jetzt, daß Gaddafi am Leben geblieben sei und auch ein eventueller Staatsstreich[8] mißlungen sei. I sei das erste Ziel Libyens für einen Racheakt. Bei einer weiteren Eskalation gerate die NATO selbst in die Gefahr einer Zweifronten-Auseinandersetzung im Süden und im Osten. Hierbei halte er die südliche Front gegenüber arabischer Welt für komplizierter.

Dies alles habe nichts mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun. Man habe keine Wahl zwischen den USA und dem Libyen Gaddafis. Jedenfalls dürfe der Kampf gegen Terrorismus nicht mit ungeeigneten Maßnahmen geführt werden. Leider seien die USA da anderer Auffassung.

Das Problem bei der Terrorismus-Bekämpfung sei, daß Gaddafi nur etwa zu 10% für Terrorismusakte verantwortlich sei.

5 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 49, Anm. 38.

6 Am 20. April 1961 scheiterte ein von den USA gefördertes, am 17. April 1961 begonnenes Landungsunternehmen einer aus im Exil lebenden Kubanern bestehenden Invasionstruppe in der „Bay of Pigs" auf Kuba. Zu den Planungen, zur Diskussion des Vorgehens in der amerikanischen Regierung und zur Reaktion auf das Scheitern vgl. FRUS 1961–1963, X, S. 10–306.

7 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

8 Referat 311 notierte am 16. April 1986: „In der Nacht vom 15. auf den 16.4. und erneut am frühen Nachmittag des 16.4. haben in Tripolis militärische Auseinandersetzungen stattgefunden. Hauptziel ist nach Berichten der Botschaft Tripolis die Bab-el-Asisija-Kaserne. Vermutungen weisen auf innenpolitische Auseinandersetzungen. Eine schlüssige Analyse liegt noch nicht vor." Vgl. Referat 311, Bd. 137906.
Am 21. April 1986 berichtete Botschafter Enders, Tripolis: „Die internen Probleme, die sich im Gefolge US-Angriffs ergeben haben, sind noch nicht ausgestanden. Aus libyschen Geheimdienstquellen sickert Information, daß sich im Lande Fraktionen gebildet haben. Im Raum Tripolis sucht Militär jetzt – so recht zuverlässige Quelle – nach ca. 1500 Oppositionellen. Straßensperren werden errichtet, Fahndungslisten aufgelegt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 375; Referat 311, Bd. 137907.

Nunmehr komme es darauf an, wieder mehr Einverständnis mit den USA zu erreichen, um einen neuen amerikanischen Isolationismus zu verhindern. Dies sei eine wichtige gemeinsame Aufgabe für D und I mit ihren jeweils großen Erfahrungen im Kampf gegen Terrorismus. Er wisse zwar, daß interner Terrorismus leichter zu bekämpfen sei als internationaler Terrorismus. Hierfür bedürfe es einer politischen Operation. Man müsse der US-Administration jetzt etwas anbieten, was sie nicht zur Fortsetzung ihrer jetzigen Aktionen zwinge.

2) *BM* erwiderte, er habe noch heute morgen in einem Rundfunk-Interview vor einer Verharmlosung des Terrorismus gewarnt.[9] Dieser sei nicht mit einer Strafaktion gegen Gaddafi erledigt. D und I hätten in der Tat die größten Erfahrungen bei der Terrorismus-Bekämpfung. In Washington habe er in der vergangenen Woche Präsident Reagan seine eigenen Erfahrungen geschildert.[10] Er habe sich 1972 in München als Innenminister bei dem Anschlag auf die israelische Olympia-Mannschaft als Geisel zur Verfügung gestellt und selbst mit den Geiselnehmern verhandelt.[11] Im Lichte dieser Erfahrungen habe er dann die GSG-9 aufgebaut. D und I hätten sich dem Terror nicht gebeugt. Andere Länder müßten dies erst noch nachmachen. Die Geiselbefreiung von Mogadischu[12] sei damals nur in Zusammenarbeit mit der dortigen Regierung möglich geworden. Auch eine Reihe von WP-Staaten hätten Terroristen an uns ausgeliefert. Auf jeden Fall sei es ein Fehler gewesen, die PLO zu zerschlagen. Man habe damals zwar einen kurzfristigen Erfolg erzielt, dafür befinde sich aber die PLO auch nicht mehr unter der alleinigen Kontrolle von Arafat.

In der Terrorismus-Frage habe es nie Meinungsverschiedenheiten zwischen D und I gegeben. Er, BM, sei neben AM Andreotti wohl der einzige westliche AM, der mit Gaddafi gesprochen habe.[13] Dadurch habe man manchen Terroranschlag verhindern können.

Wir seien gegen Terrorismus und Gewalt, aber für politische Aktionen. Vor allem seien wir gegen hysterische Reaktionen, die nur schädlich seien. Er habe vor wenigen Tagen im deutschen Fernsehen erlebt, wie der sowjetische Parteichef Gorbatschow in Potsdam erklärt habe, er wolle den Friedenskurs der SU fortführen. Die SU trete für den Frieden ein.[14] Hier zeige sich die Gefahr, daß die Weltöffentlichkeit sich der SU als „zuverlässigerem Weltpolizisten" zuwenden könnte. Unsere Sorge und Verantwortung sei es, die Kluft SU/USA nicht zu vertiefen. Dabei gehe es nicht darum, sich als Musterschüler der Terrorismusbekämpfung aufzuführen. Er habe z. B. gestern nachmittag den AM der

9 Für die Äußerungen des Bundesministers Genscher in einem Interview mit der „Europawelle Saar" am 22. April 1986 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1097/86; Referat 013, Bd. 179061.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 16. April 1986 in Washington vgl. Dok. 108.

11 Zum Anschlag auf die Olympischen Sommerspiele in München am 5. September 1972 vgl. Dok. 12, Anm. 32.

12 Zur Beendigung der Geiselnahme einer Passagiermaschine der Lufthansa am 18. Oktober 1977 vgl. Dok. 108, Anm. 6.

13 Bundesminister Genscher traf am 19. Juni 1979 in Tripolis mit Oberst Gaddafi zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 180.

14 Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im Anschluß an einen Besuch am 20. April 1986 in Schloß Cecilienhof in Potsdam vgl. den Artikel „Der Frieden ist um so fester, je stärker der Sozialismus ist"; NEUES DEUTSCHLAND vom 21. April 1986, S. 1.

Zwölf in Luxemburg[15] die Frage gestellt, welche Regierung für die Schließung des libyschen Volksbüros eintrete. Niemand habe sich dafür ausgesprochen. Gleichwohl habe man in den Abendnachrichten hören können, GB habe sich leider mit seinem Antrag auf Schließung der Volksbüros nicht durchsetzen können. Dieses Verhalten habe er gemeint, wenn er vor einem Wettlauf der Musterschüler gewarnt habe. Wir alle bildeten eine kontinentale Gemeinschaft. Auch D sei durch die EG zu einem Mittelmeer-Anrainer geworden. I habe die größere Erfahrung mit den Mittelmeer-Anwohnern, wir dagegen in der Beurteilung der slawischen Völker. Wir müßten unsere Erfahrungen teilen, um eine wichtige friedensbewahrende Rolle in der Welt auszufüllen. Im übrigen warne er ebenso davor, im Libanon die Kraft der Islamisierungstendenzen zu unterschätzen, wie vor einer Fehlbeurteilung der Lage im Iran.

3) AM *Andreotti* wies abschließend darauf hin, daß eine Abordnung von acht AM der Ungebundenen kürzlich in Tripolis die Schäden des US-Angriffs begutachtet und Gaddafi eine Botschaft von 116 ungebundenen Regierungen übergeben hätten, in der u. a. der Terrorismus ebenso wie der US-Angriff auf Libyen verurteilt worden seien. Gaddafi habe nach Schilderung des indischen AM[16] einen ruhigen und gefaßten Eindruck eines Mannes gemacht, der sich der nunmehr wieder breiten Zustimmung der arabischen Welt bewußt gewesen sei. G. habe im übrigen die Verantwortung für den Terroranschlag in Berlin-West[17] abgelehnt und verlangt, die USA sollten ihre angeblichen Beweise für libyschen Terrorismus den Vereinten Nationen vorlegen.

Der indische AM habe im übrigen seinen persönlichen Eindruck bekräftigt, die USA hätten in Tripolis in erster Linie den Tod Gaddafis angestrebt. Hierfür spreche die Serie von 15 Bomben allein auf sein Hauptquartier. Im übrigen habe er, Andreotti, den Eindruck, die SU unterstütze Gaddafi zwar moralisch, wünsche aber nicht neue Terrorakte. Es komme darauf an, eine weitere Eskalation im Mittelmeer zu verhindern.

Referat 206 (203), Bd. 140539

15 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 109, Anm. 8.

16 Bali Ram Bhagat.

17 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

120

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

22. April 1986[1]

Lieber Ron,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 17. März 1986 zur Teststoppfrage.[2]

Die von Ihnen im Bereich der Verifikation von Kernwaffentests unternommene neue Initiative zur Messung des Detonationswertes von unterirdischen Kernsprengungen halte ich für sehr wichtig. Sie ist geeignet, um den intensiven, insbesondere auf die Öffentlichkeit abzielenden Bemühungen entgegenzuwirken, mit denen die Sowjetunion den Westen in der Frage der Kernwaffentests unter Druck zu setzen versucht. Die Sowjetunion sieht hier offensichtlich auch für die Zukunft einen westlichen Schwachpunkt, der ihr geeignet erscheint, den Westen in die Defensive zu drängen. Auf dem Hintergrund der stagnierenden Rüstungskontrollverhandlungen, bei denen die neuen Vorschläge Generalsekretär Gorbatschows[3] in der sowjetischen Verhandlungsposition bisher keinen Niederschlag gefunden haben, nutzt die Sowjetunion das Thema des nuklearen Teststopps, um dem Westen einen ihr genehmen und für sie selbst öffentlichkeitswirksamen Einstieg in die Rüstungskontrolle aufzuzwingen.

Es ist mir bewußt, daß bei allen Bemühungen um einen umfassenden Teststopp zu berücksichtigen ist, daß Nuklearwaffen bis auf weiteres eine Grundlage westlicher Abschreckungsfähigkeit und Verteidigungsstrategie bilden. Insoweit unterstütze ich voll Ihre diesbezügliche Aussage in Ihrem Brief vom 17. März 1986.

Der nukleare Teststopp ist ein Ziel, zu dessen Verwirklichung sich eine Reihe von Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses, davon auch die Bundesrepublik Deutschland, kontinuierlich bekennt. Ich selbst habe zur Teststoppfrage wiederholt öffentlich, unter anderem am 9. Januar 1986[4] und zuletzt am

1 Ablichtung.

2 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 11564 (222).
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 21. März 1986: „Mit einem am 17.3.1986 eingegangenen Schreiben unterrichtet Präsident Reagan den Bundeskanzler über die jüngste amerikanische Initiative zur Teststopp-Frage. Reagan führt aus, er habe GS Gorbatschow am 15.3.1986 eine neue Methode (‚CORRTEX') vorgeschlagen, die unter Wahrung der beiderseitigen Sicherheitsbelange eine ‚vernünftige und effektive' Überprüfung von Nuklearversuchen erlaube. Gleichzeitig habe er sowjetische Experten eingeladen, das System vor Ort (US-Testgebiet in Nevada) anläßlich eines in der 3. April-Woche geplanten Kernwaffenversuchs zu prüfen; damit sollen eine sowjetisch-amerikanische Diskussion über die Verifikationsfrage eingeleitet und der Weg zur Ratifizierung des Vertrags über die Begrenzung von unterirdischen Kernwaffenversuchen (TTBT) und des Vertrags über friedliche Kernsprengungen (PNET) (‚Schwellenverträge') durch die USA eröffnet werden. […] Das Schreiben Präsident Reagans enthält im übrigen bekannte Elemente der amerikanischen Haltung zur Atomtestbegrenzungsthematik, insbesondere Notwendigkeit der Fortsetzung von Nuklearversuchen zur Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckungsfähigkeit; ein umfassender Teststopp (CTB) sei langfristiges Ziel; die SU habe gegen die ‚Schwellenverträge' verstoßen; Ratifizierungen von TTBT und PNET hänge ab von Verbesserung der Verifikation." Vgl. VS-Bd. 11564 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

4 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 16, Anm. 14.

11. April 1986[5], Stellung genommen. Dabei habe ich die Bedeutung unterstrichen, die die Bundesregierung dem Ziel eines umfassenden Teststopps unverändert beimißt. Ich habe meiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß beide Seiten einen Weg finden werden, um in der Frage des Teststopps eine schrittweise Annäherung der Standpunkte zu erreichen. Als eine denkbare Übergangslösung habe ich empfohlen, die für die Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Nuklearwaffen notwendigen Tests auf einvernehmlich festgelegte zeitliche Intervalle zu begrenzen und im Rahmen zu vereinbarender Reduzierungen – bei angemessener Verifikation – allmählich ganz einzustellen.

Ich habe in diesem Zusammenhang aber auch darauf hingewiesen, daß ein Abbau der Kernwaffenarsenale durch Vereinbarungen über ihre Reduzierung schneller und direkter als durch einen Teststopp erreichbar ist. Ich habe deshalb dazu aufgefordert, entsprechend der in Genf zwischen beiden Weltmächten getroffenen Vereinbarung[6] den Weg zu Reduzierungen freizumachen.

Nach meiner Auffassung sollten die USA jetzt versuchen, die Sowjetunion, die auch nach Beendigung ihres einseitigen Moratoriums[7] erklärt, daß sie für Lösungsvorschläge offen bleibe, in einen Prozeß schrittweisen Vorgehens im Teststoppbereich hineinzuziehen. Ich möchte deshalb anregen, zu prüfen, ob die USA der Sowjetunion vorschlagen könnten, in Gespräche über eine Begrenzung und zukünftige Einstellung von Nukleartests und deren Verifikation einzutreten. Dabei müßte der Stand der Reduzierungsverhandlungen in Genf stets im Auge behalten werden. Ein solcher Vorschlag, mit dem das sowjetische Interesse an Fortschritten im Bereich des Teststopps genutzt werden könnte, würde nach meiner Auffassung dazu beitragen, daß der Westen auf dem Gebiet des Teststopps die Initiative wieder zurückgewinnt.

In diesem Zusammenhang begrüße ich es sehr, daß Sie Ihre Bereitschaft erklärt haben, bei Entgegenkommen der Sowjetunion in der Suche nach Verbesserung der Verifikationsmöglichkeiten die Ratifikation der beiden den Teststopp betreffenden Verträge von 1974 und 1976[8] einleiten zu wollen.

Im übrigen möchte ich vorschlagen, daß Sachverständige unserer beiden Länder – möglichst im Rahmen des Bündnisses und jedenfalls unter Beteiligung der an dieser Frage besonders interessierten Verbündeten – gemeinsam überlegen, wie den sowjetischen Bestrebungen im Teststoppbereich wirkungsvoll und für die Öffentlichkeit überzeugend begegnet werden kann. Zu diesem Zweck

5 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 105, Anm. 13.

6 Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, BD. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Zum einseitigen sowjetischen Testmoratorium vgl. Dok. 95, Anm. 25.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

werden die in der Bundesregierung zuständigen Stellen binnen Kürze mit den zuständigen amerikanischen Behörden Verbindung aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut Kohl

Referat 222, Bd. 130162

121

Runderlaß des Ministerialdirektors Sudhoff

311-322.00 LIY/SB **Aufgabe: 22. April 1986, 16.32 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3139 Plurez
Cito

Betr.: Krise im Mittelmeer

Sie werden gebeten, an möglichst hoher Stelle im dortigen Außenministerium ein Gespräch zu suchen und dort folgendes zu unserer Haltung in der Krise im Mittelmeer auszuführen:

1) Die Europäische Gemeinschaft hat sich im Rahmen ihrer politischen Zusammenarbeit innerhalb einer Woche dreimal auf Ministerebene getroffen[2], um sich mit der Krise im Mittelmeer zu befassen. In ihren Beratungen und in den dabei gefaßten Beschlüssen ließen die Minister sich vor allem von folgenden Zielen leiten:

– ein weiteres Ansteigen des internationalen Terrorismus zu vermeiden,
– es nicht zu weiteren militärischen Entladungen der Spannungen kommen zu lassen,
– eine Entfremdung zwischen Europa und der arabischen Welt und den Blockfreien zu verhindern.

2) Der Bundesminister des Auswärtigen hat sich dabei besonders initiativ und nachdrücklich dafür eingesetzt, daß das deutsch-arabische Gespräch nunmehr beschleunigt intensiviert wird. Er vertrat den Standpunkt, daß jetzt die Stunde der Europäer und Araber gekommen sei. Gemeinsam müßten Wege gesucht und

1 Durchdruck.
Runderlaß an die Botschaften in den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga mit Ausnahme von Bahrain, Dschibuti und Somalia; ferner an die Botschaften in Ägypten, Indien, dem Iran sowie Pakistan.
Der Runderlaß wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Keil vor Abgang am 22. April 1986 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Zur außerordentlichen Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag vgl. Dok. 97, Anm. 12.
Zu einer weiteren außerordentlichen Sitzung am 17. April 1986 in Paris vgl. Dok. 108, Anm. 8.
Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21. April 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 109, Anm. 8.

Anstrengungen unternommen werden, um die guten Beziehungen zwischen Europäern und Arabern dazu zu nutzen, die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung im Mittelmeer-Raum, ihre Grundlagen und möglichen Konsequenzen in den Griff zu bekommen. Dabei gehe es nicht nur um entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit und verwandter Gebiete, sondern auch um neue Überlegungen über die Ursachen des internationalen Terrorismus, nämlich die ungelösten politischen Probleme im Nahen Osten.

3) Die Interventionen des Bundesministers im Kreise der Zwölf knüpften u. a. an die Anregungen an, die er bereits im Januar[3] und Februar 1986[4] in diesem Kreis gemacht hätte, nämlich den Europäisch-Arabischen Dialog (EAD) als Rahmen für solche Kontakte zu benutzen. Der Bedeutung der genannten Themen entsprechend, sollten Kontakte auf Ministerebene hergestellt werden. Als Form bietet sich hierfür das Troikamodell an. Als Themen kommen der internationale Terrorismus und seine politischen Ursachen in Frage. Die Präsidentschaft steht mit der Arabischen Liga in Verbindung, um Einzelheiten zu vereinbaren.[5]

Auf deutscher Seite ist dabei immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die politischen Probleme des Nahen Ostens, vor allem der eigentliche Nahost-Konflikt, gleichwertig neben Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus stehen müßten. Die Behandlung dieser politischen Fragen durch eine Minister-Troika soll nach unserer Auffassung die politische Thematik aus den künftigen Treffen der Allgemeinen Kommission nicht ausschließen. Es wäre allerdings zu begrüßen, wenn es möglich wäre, eine einmalige Routinesitzung der allgemeinen Kommission zu erreichen, bei der politische Themen ausgeschlossen oder nur kurz behandelt werden, um die Projektarbeit des EAD zu fördern. Außerdem sollte ein Weg gefunden werden, die unfruchtbare, seit Jahren dauernde Diskussion um ein Kommuniqué der Allgemeinen Kommission[6] zu beenden.

4) Die Bundesregierung ist darüber hinaus daran interessiert, auch bilateral das Gespräch mit den arabischen Staaten zu vertiefen. Gemeinsame Analyse und gemeinsame glaubhafte Schritte sind nach unserer Auffassung dringend erforderlich, um weitere internationale Spannungen im Mittelmeer, einem Meer, das Europäer und Araber nicht trennt, sondern verbindet, zu vermeiden. Dazu

3 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25.

4 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25. Februar 1986 in Den Haag vgl. Dok. 43, Anm. 12.

5 Botschafter Bente, Tunis, berichtete am 19. April 1986: „NL-Botschafter hat GS Klibi am 18.4. abends über Ergebnisse Sondertreffen unterrichtet und Vorschlag einer baldigen Begegnung zwischen EG und AL auf Ministerebene wiederholt. Bei diesem Treffen sollten u. a. Nahost-Konflikt und Terrorismus zur Sprache kommen." Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, habe den Vorschlag begrüßt, aber „dringend darum gebeten, das Thema Terrorismus nicht als einziges Thema vorzuschlagen, sondern Bereitschaft zur Diskussion aller Themen des EAD zu signalisieren und Terrorismus allenfalls unter TOP Verschiedenes zu nennen." Werde das Thema Terrorismus in den Vordergrund gerückt, so Klibi, „sei zu befürchten, daß die arabischen Staaten wie Angeklagte erscheinen, obwohl es sich doch lediglich um ein ‚problème conjoncturel' handele". Vgl. den Drahtbericht Nr. 183; Referat 311, Bd. 137907.

6 Zum Scheitern der Bemühungen um ein gemeinsames Kommuniqué der Allgemeinen Kommission im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 47, Anm. 11.

können in besonderer Weise vermehrt bilaterale Kontakte und Gespräche mit arabischen Führern auf hoher politischer Ebene dienlich sein.

5) Dem Bundesminister liegt daran, auch der Blockfreienbewegung und wichtigen Regionalstaaten wie Pakistan[7] und Iran unseren Wunsch nach einer gewaltfreien, politischen Bewältigung der gegenwärtigen Krise und zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Europäern und Ungebundenen auch in diesen Fragen darzulegen. Daher sollen Gespräche im indischen AM[8] vor allem auch im Hinblick auf die indische Rolle bei den Blockfreien sowie im pakistanischen und iranischen AM geführt und die entsprechenden Überlegungen – ohne die spezifisch europäisch-arabischen Aspekte – erläutert werden.

Sudhoff[9]

Referat 311, Bd. 137907

7 Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 27. April 1986, er habe am 24. April 1986 gegenüber dem Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium, Naik, das Interesse der Bundesregierung an einer engeren Zusammenarbeit mit den blockfreien Staaten dargelegt: „Naik nahm die Ausführungen mit großem Interesse entgegen. Er erklärte die Bereitschaft seiner Regierung, an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus mitzuwirken. […] Naik schilderte sodann die Behandlung der amerikanischen Aktionen gegen Libyen durch die Konferenz der Blockfreienbewegung (BFB) in Delhi, an der er teilgenommen hat. Nach seinen Worten habe die Konferenz nach Bekanntwerden der amerikanischen Aktion Gaddafi ‚keine Träne nachgeweint'. Die Mehrzahl der Teilnehmer habe die Ansicht vertreten, daß er das erhalten habe, was er verdient habe. Unmut sei lediglich darüber entstanden, daß die Amerikaner mit ihren Maßnahmen keine Rücksicht auf die BFB-Konferenz genommen und nicht noch ein paar Tage gewartet hätten." Berendonck führte aus, im Gespräch mit Naik sei aufgefallen, „daß er auf den der Demarche zugrundeliegenden Wunsch nach einem politischen Dialog kaum einging, sondern sich gleich in einer bei ihm ungewohnten Weise der praktischen Zusammenarbeit in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zuwandte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 432; Referat 311, Bd. 137907.

8 Botschafter Schödel, Neu Delhi, legte am 24. April 1986 dar: „Da die Bekämpfung des internationalen Terrorismus [und der] Ereignisse in und um Libyen wichtiges Thema für Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit PM Gandhi am 28. und 29.4. sein wird, erscheint mir drei Tage vor Beginn des BK-Besuches eine Demarche meinerseits nicht angebracht. Auch sollte dieses Thema angesichts der gleichzeitig stattfindenden deutsch-indischen Staatssekretärskonsultationen am 28.4. – ich würde ja auf derselben Ebene demarchieren – nicht von mir vorweggenommen werden. Falls daher keine gegenteilige Weisung ergeht, werde ich um kein Gespräch im Außenministerium nachsuchen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 671; Referat 200, Bd. 134815.

9 Paraphe.

122

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

202-321.00-FRA/SO-270/86 VS-vertraulich **25. April 1986**[1]

Betr.: Deutsch-französische Direktoren-Konsultationen in Paris am 25. April 1986;
hier: Terrorismus

Pierre Morel beklagte sich bitter über das amerikanische Verhalten. Es werde weiter erheblicher Druck auf Paris ausgeübt, das libysche Volksbüro zu schließen. Man versuche, die französische Regierung mit der Ankündigung zu „erpressen", daß man ihr die Schuld zuweisen werde, wenn in Frankreich etwas gegen US-Bürger unternommen werde. Auch das Auftreten von Meese und Oakley gegenüber der Präsidentschaft und der TREVI-Gruppe sei nach Ton und Inhalt inakzeptabel gewesen. Die beiden hätten sich aufgeführt, wie wenn der Oberlehrer in einer Schulklasse für Disziplin sorgen müsse. Die Amerikaner verlangten Konsultationen am besten vor, nach und während der Abstimmung unter den Zwölf. Die Presse-Politik der Administration, vor allem das Gebaren Oakleys gegenüber Frankreich, sei unerträglich. Von den Briten habe man erfahren, daß die Amerikaner Frau Thatcher weder über den Zeitpunkt des Einsatzes[2] noch über die Ziele unterrichtet hätten. (Letzteres bestätigte mir Derek Thomas, der betonte, daß man ausdrücklich verlangt habe, von zivilen Zielen abzusehen.) Auf meine Frage, was an den Berichten sei, Mitterrand habe Walters erklärt, an einer Aktion zur Beseitigung von Gaddafi werde sich Frankreich beteiligen, nicht aber an Nadelstichen, meinte Morel: Er sei über das Gespräch nicht unterrichtet und könne es nicht kommentieren. Die Art, wie die Amerikaner diese Punkte in der Öffentlichkeit behandelten, sei aber in jedem Falle unglaublich.

Morel betonte, daß unter diesen Umständen auch die neue Regierung[3] keine generelle Zusammenarbeit im Siebener-Kreise zur Terrorismus-Bekämpfung (d. h. über die Luftfahrt hinaus) wünsche, da sich diese Zusammenarbeit nur als Gängelung der Europäer durch die Amerikaner mit den dazugehörigen Indiskretionen und öffentlichkeitspolitischen Pressionen gestalten könne. Dieses wünsche man nicht.

Ich habe darauf hingewiesen, daß wir die französische Haltung zur Zusammenarbeit im Siebener-Kreise respektieren. Allerdings wäre es schwer zu verstehen, wenn wir in Tokio[4] eine Zusammenarbeit gegen einen Terrorismus, wie er sich z. B. in dem Anschlag gegen die Diskothek in Berlin-West[5] gezeigt habe, verweigerten. Wir hätten viele Amerikaner auf unserem Boden, die Zielscheibe terroristischer Anschläge sein könnten. Eine Zusammenarbeit mit den USA

1 Ablichtung.
2 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
3 Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 trat die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Chirac am 20. März 1986 ihr Amt an.
4 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.
5 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle" in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

schiene uns deshalb unverzichtbar. Ich drückte Verständnis für die französischen Gefühle aus; mir scheine es aber ein besserer Weg, die Zusammenarbeit zu akzeptieren, dabei jedoch auf Wahrung der Formen zu bestehen und Gängelungsversuche zurückzuweisen. Wir seien mit Whitehead[6] in Bonn ganz gut fertig geworden. Ich verwies dann auf den Vorschlag, den BM gegenüber Präsident Reagan gemacht habe (Zusammenarbeit Persönlicher Beauftragter einer über den Siebener-Kreis hinausgehenden Gruppe von Staaten)[7], und fragte, ob Frankreich damit Schwierigkeiten haben würde. Morel wollte sich nicht festlegen, betonte aber, daß die gegenwärtigen Erfahrungen mit den Amerikanern, die „brutale Methoden" anwendeten und alle Grenzen überschritten, ihm dagegen zu sprechen schienen.

Braunmühl

VS-Bd. 12966 (202)

123

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.70 USA-656/86 VS-vertraulich **25. April 1986**[1]

Betr.: Besuch Botschafter Nitzes in Bonn am 22./23.4.1986[2];
hier: Gespräch mit dem Bundeskanzler

Der Bundeskanzler empfing Botschafter Nitze am 23. April zu einem fast einstündigen Gespräch über die Haltung des amerikanischen Präsidenten[3] zur Frage der Einhaltung der SALT-Bestimmungen.[4] Nitze war von Botschafter Lehman (START-Delegationsleiter) und Botschafter Burt begleitet. Auf deutscher Seite nahmen MD Teltschik und ich teil.

Aus dem Gespräch halte ich folgendes fest:

1) Botschafter Nitze nahm auf der Grundlage des Schreibens des amerikani-

6 Zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 20. Januar 1986 vgl. Dok. 12.

7 Zum Gespräch am 16. April 1986 in Washington vgl. Dok. 108.

1 Datum des Begleitvermerks.
Botschafter Ruth leitete die Aufzeichnung am 25. April 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er: „In der Anlage lege ich einen Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Nitze am 23. April von 13 bis 14 Uhr vor."
Hat Meyer-Landrut am 25. April 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Genscher strich.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Jansen und Klaiber am 28. April 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 12. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. Juni 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Korrigiert aus: „22.4.1986".

3 Ronald W. Reagan.

4 Zur Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 107, Anm. 7.

schen Präsidenten an den Bundeskanzler vom 22.4.[5] zu der vorläufig beschlossenen Haltung des amerikanischen Präsidenten zur Frage Einhaltung der SALT-Begrenzungen Stellung. Er unterstrich, daß der Präsident hinsichtlich des Beginns der See-Erprobung des achten Trident-U-Bootes drei Entscheidungsoptionen habe. Er konnte bei Beginn der See-Erprobung des Trident-U-Bootes beschließen, daß zwei Poseidon-U-Boote entweder

– verschrottet werden,

– deaktiviert werden und ins Trockendock kommen oder

– neu ausgerüstet werden.

(Nur die erste Option ist streng SALT II-konform.) Die Entscheidung für die erste Option sei für den Präsidenten nicht leicht gewesen. Am Ende des Jahres werde sie noch schwieriger sein. In diesem Zeitpunkt werde mit der Umrüstung des 131. schweren Bombers auf ALCM die SALT-Obergrenze von 1320 überschritten. Bis Ende 1986 stehe kein Poseidon-U-Boot zur Verschrottung zur Verfügung. Eine Entscheidung über die SALT-Konformität müsse sich dann auf andere militärische Inhalte beziehen. Diese Frage werde natürlich im Lichte des sowjetischen Verhaltens bis dahin beantwortet werden müssen. Dem Präsidenten komme es vor allen Dingen darauf an, das Modernisierungsprogramm bei den strategischen Waffen[6] unangetastet zu lassen. Es sei wichtig, sich daran zu erinnern, daß der Präsident bei seiner Entscheidung 1985[7] die Bereitschaft, SALT nicht zu unterlaufen, mit der Erwartung angemessener Antworten durch die Sowjetunion verbunden habe. Solche Antworten seien nicht erfolgt.

2) Der Bundeskanzler stellte fest:

a) Das Schreiben des Präsidenten sei sehr wichtig. Er werde es noch in dieser Woche schriftlich beantworten.[8] Von großer Bedeutung seien die stattfinden-

5 Für eine deutsche Übersetzung des Schreibens vgl. VS-Bd. 11318 (220).

6 Präsident Reagan kündigte am 2. Oktober 1981 auf einer Pressekonferenz in Washington ein Programm zur Modernisierung der amerikanischen strategischen Waffen an. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 285.

7 Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 zur weiteren Einhaltung der SALT-Bestimmungen vgl. AAPD 1985, I, Dok. 156.

8 In dem Schreiben vom 25. April 1986 an Präsident Reagan führte Bundeskanzler Kohl aus: „Ihre Entscheidung, bei Beginn der See-Erprobung des 8. Trident-U-Bootes an Ihrer bisherigen Politik festzuhalten und die Einhaltung der SALT II-Obergrenzen durch die Abwrackung zweier Poseidon-U-Boote zu gewährleisten, findet meine ungeteilte Zustimmung. […] Ich bin grundsätzlich der Auffassung, daß die Begrenzungen des SALT II-Vertrages eingehalten werden sollten, soweit und solange es unter dem Aspekt der Sicherheit vertretbar erscheint. In diesem Zusammenhang dürfte der Einhaltung der Obergrenzen besondere politische Bedeutung zukommen. Die Fortsetzung dieser von Ihnen vertretenen Politik, SALT II nicht zu unterlaufen, bildet die Grundlage für weitergehende Reduzierungsvereinbarungen. Sie bekräftigt die Glaubwürdigkeit, die Berechenbarkeit und den Ernst amerikanischer Rüstungskontrollpolitik. Der damit gesetzte Maßstab grenzt die Politik des Westens eindrucksvoll von den sowjetischen Verstößen ab und gewährleistet für die Sicherheitspolitik des Bündnisses eine breite Unterstützung durch die Bevölkerungen in den verbündeten Ländern. Die Beendigung der Respektierung von SALT II würde hingegen eine bestehende Beschränkung der sowjetischen Seite aufheben und ein zusätzliches, unter Umständen ungehemmteres Wachstum der sowjetischen strategischen Potentiale, insbesondere der landgestützten ballistischen Raketen ermöglichen. Dies könnte eine Entwicklung einleiten, die nicht ohne Auswirkung auf die Verwundbarkeit landgestützter Interkontinental-Raketen der USA bliebe.“ Vgl. VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

den engen Konsultationen. Er hoffe, darüber auch am Rande von Tokio[9] mit dem Präsidenten oder Außenminister Shultz sprechen zu können.

b) Es werde von großem Nutzen sein, wenn er, der Bundeskanzler, noch vor der Sommerpause Gelegenheit haben könne, mit Botschafter Nitze, etwa bei einem Abendessen, alle mit seinem Aufgabenbereich zusammenhängenden Fragen zu diskutieren. Das vor uns liegende Jahr werde schwierig sein. Ein enges Konsultationsverhältnis sei unerläßlich.

c) Im Blick auf die Vorschläge Gorbatschows[10] müsse man zwischen dem, was reale Vorschläge sind, und Propaganda unterscheiden. Dies sei auch bei seinem Auftreten in Ost-Berlin deutlich geworden. Erst habe Gorbatschow seine bekannten Vorschläge in sachlicher Weise gemacht. Am letzten Tage habe er uns dann angegriffen.[11]

Aus allen Kontakten mit hochrangigen Vertretern des Warschauer Pakts sei zu erkennen, daß Gorbatschow große Hoffnungen auf ein Treffen mit Reagan setze.

d) Bei der Auseinandersetzung mit den Vorschlägen Gorbatschows dürfe die psychologische Komponente der Offensive nicht unterschätzt werden. Wir müßten dies sowohl bei den Verhandlungen als auch in der öffentlichen Präsentation berücksichtigen. Dabei sei wichtig, daß die Öffentlichkeit erkenne, daß die westlichen Regierungen das Richtige tun.

e) Für uns sei es von größtem Interesse, daß SALT II und der ABM-Vertrag eingehalten werden. Dies habe auch mit der psychologischen Komponente zu tun, von der er gesprochen habe. Die Einhaltung von SALT II und ABM weise uns als berechenbare Partner aus. Zu einzelnen Punkten wolle er feststellen:

– Die Entscheidung des Präsidenten, mit der Verschrottung der U-Boote in der SALT-Obergrenze zu bleiben, stärke den Westen.
– Gleichzeitig müsse die Sowjetunion wissen, daß die amerikanische Regierung und ihre Bündnispartner die Verstöße gegen die Verträge sehr ernst nehmen.
– Die Sowjetunion müsse auch gewarnt werden, daß man entschlossen sei, bei Fortdauer der Vertragsverletzungen angemessen zu reagieren.
– Die Vereinigten Staaten täten gut daran, eine Position einzunehmen, die erlaube, flexibel zu reagieren, wenn die Sowjetunion auf den Vorwurf der Vertragsverletzungen positiv antworte. Die sowjetische Seite dürfe nicht in eine

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

10 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Vgl. dazu ferner die Vorschläge vom 18. April 1986; Dok. 114 und Dok. 131.

11 In einem Kommuniqué vom 22. April 1986 im Anschluß an ein Treffen der Generalsekretäre Gorbatschow und Honecker in Ost-Berlin hieß es: „Die Teilnehmer des Treffens sind zutiefst davon überzeugt, daß die Lage auf dem europäischen Kontinent wesentlich zum Besseren verändert werden könnte, wenn ein solch großer Staat wie die BRD wirklich den Weg der Entspannung und der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen einschlagen würde. Die Politik der gegenwärtigen Regierung der BRD verläuft leider in entgegengesetzter Richtung, wovon ihre Unterstützung der amerikanischen Pläne zur Militarisierung des Weltraums, die Umwandlung des westdeutschen Territoriums in eine Startrampe für ‚Pershings' und Marschflugkörper sowie die Begünstigung gefährlicher revanchistischer Kräfte zeugen." Vgl. den Artikel „Treffen der Führung der SED mit der Delegation der KPdSU"; NEUES DEUTSCHLAND vom 23. April 1986, S. 1.

Lage kommen, wo sie als der Befürworter der Einhaltung der Verträge auftreten kann.

f) Für das Bündnis sei die Entscheidung des Präsidenten zur Verschrottung der beiden U-Boote eine gute Entscheidung. Sie werde sich eindrucksvoll darstellen lassen.

Bei der Frage der Erläuterung des Vorwurfs der Vertragsverletzung gegenüber der Sowjetunion sei die Argumentation schwierig, weil oft die notwendigen Detailinformationen fehlten. Z. B. müßten wir mehr und Konkreteres über die sowjetischen Entwicklungen bei der SS-25 wissen. Hier liege eine wichtige Aufgabe der Aufklärung.

g) Zum Abschluß der Unterrichtung erwähnte der Bundeskanzler als Beispiel für ungenügende politisch-psychologische Steuerung die Entscheidung, die nächste DPC-Tagung mit ihrer C-Waffen-Agenda[12] auf einen Termin zwei Tage vor der Wahl in den Niederlanden[13] zu legen. Dieser Termin hätte genausogut acht Tage später liegen können. Dem niederländischen Ministerpräsidenten[14] wären dann große Schwierigkeiten erspart geblieben. In diesem Zusammenhang erwähnte der Bundeskanzler, daß über diese Frage auch im BSR am gleichen Tage gesprochen worden sei.[15]

VS-Bd. 11318 (220)

12 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 in Brüssel vgl. Dok. 150.

13 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 21. Mai 1986 statt.

14 Rudolphus Franciscus Marie Lubbers.

15 Botschafter Ruth vermerkte am 24. April 1986 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am Vortag: „Der Bundeskanzler faßte das Ergebnis der Beratung wie folgt zusammen: Es muß mit den Vereinigten Staaten erneut verhandelt werden mit dem Ziel, Formulierungen zu erreichen, die klarstellen: In Friedenszeiten wird es keine Stationierung neuer C-Waffen geben. Im Falle einer Krise muß Zustimmung des Verbringungslandes gewährleistet sein. Im Falle des Problems Länder/Regionen muß klargestellt werden, daß eine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen ist. […] Die Entscheidung des BSR kann erst in Kenntnis der Verhandlungsergebnisse erfolgen. Eine weitere Sitzung des BSR wird für 13. Mai, 8 Uhr, vorgesehen.“ Vgl. VS-Bd. 11290 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

124

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahimi in Algier

105-3.A/86 **28. April 1986**[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem algerischen Außenminister Dr. Taleb Ibrahimi in Algier am 28.4.1986[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

BM erwähnte einleitend, daß drei Lastwagen der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, die Arbeitsgerät und -material für eine in diesen Tagen anreisende Gruppe deutscher Jugendlicher transportieren, beim algerischen Zoll seit zwei Tagen festgehalten werden. Er wäre dankbar, wenn algerischer AM sich dieser Angelegenheit, von der ChefProt der algerischen Regierung bereits in Kenntnis gesetzt sei, annehmen wolle.

AM *Ibrahimi* lächelte und deutete ein Kopfnicken an.

BM fuhr fort: Die Bundesregierung hege große Sorge vor einer Eskalation der Ereignisse, der Gewalt und der Emotionen. In dieser Zeit trügen Araber und Europäer eine gemeinsame Verantwortung; im übrigen hätten sie auch gemeinsame Interessen. Bereits im Januar habe er seine EG-Kollegen dazu aufgerufen, den Dialog mit den Arabern zu intensivieren[3], sei es in bilateralen Runden, sei es im Euro-Arabischen Dialog. Ziel sei, zum einen miteinander den Terrorismus zu bekämpfen und zum anderen in engerer Zusammenarbeit dem Terrorismus den Boden zu entziehen, also eine Lösung des Nahost-Problems herbeizuführen. Ferner gehe es um die Frage, wie man dem Phänomen, das sich mit dem Wort Libyen bezeichnen lasse und von dessen Gefahren und Auswirkungen AM Ibrahimi am Vorabend[4] selbst gesprochen habe, begegnen könne.

Zugleich wolle er nicht verschweigen, wie dringlich wir den US von einer militärischen Aktion abgeraten hätten.[5]

AM *Ibrahimi* erwiderte, BM habe das Problem präzise umrissen. Algerien sei der Auffassung, der Terrorismus – im Unterschied zum Banditentum – sei ein

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 29. April 1986 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat Bitterlich geleitet.
Hat Bitterlich am 11. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „ALG haben bisher von Absicht (S. 5/6) nicht Gebrauch gemacht." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178900. Vgl. Anm. 13 und 17.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 27./28. April 1986 in Algerien auf.

3 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25.

4 Botschafter Dröge, Algier, berichtete am 29. April 1986: „Bei einem Abendessen, das AM Taleb Ibrahimi am 27.4. zu Ehren des BM gab, war in zwangloser Form über die soeben in Algier zu Ende gegangene Konferenz der algerischen, marokkanischen und tunesischen Parteien und die bevorstehenden Gipfel in Fes und Tokio sowie über die beiderseitigen ersten Eindrücke von der neuen sowjetischen Führung gesprochen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 191; Referat 311, Bd. 137859.

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters am 13. April 1986 in Wachtberg-Pech; Dok. 97.
Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

politisches Problem und müsse folglich in politischer Diskussion erörtert werden. Er begrüße die Initiative des BM zum Dialog. Dieser könne zwischen D und ALG beginnen und dann ggf. auf andere Staaten ausgedehnt werden. Zu zweit werde man keine Lösung herbeiführen können; aber man müsse fortgesetzt an einer Lösung arbeiten.

BM stimmte zu. Niemand hege Illusionen darüber, wieviel Zeit eine Lösung, schon Fortschritt in Richtung einer Lösung, brauche. Derzeit aber müsse der Teufelskreis abgewendet werden, der bedeute: Während man die politische Frage Fortschritten zuzuführen trachte, könne das Gesamtklima durch Terrorakte und Gegenschläge so verdorben werden, daß eine Lösung nur immer schwieriger erreichbar sei. Dringendste Aufgabe sei heute Befriedung. D hege die Hoffnung, ALG werde mäßigend auf Gaddafi einwirken, so daß dieser den Teufelskreis nicht durch weitere Reaktionen in Bewegung setze. Europa seinerseits werde den USA zur Mäßigung raten. Bei jüngstem Washington-Besuch habe er Präsident Reagan aufgrund seiner Erfahrung als AM wie als Innenminister dargelegt, Aktionen der Art, wie sie in US weiterhin diskutiert würden, erreichten das Gegenteil des erwünschten Zieles.[6] Terrorismus, gleichgültig ob gerechtfertigt oder nicht, habe stets politische Motive.

AM *Ibrahimi*: In den Personen Gaddafi und Reagan habe man es ja nun mit zwei besonders schwierigen Gesprächspartnern zu tun. Er teile Auffassung des BM: Die Methoden von Reagan seien weit davon entfernt, dem Terrorismus ein Ende zu setzen; vielmehr werde er nur um so bitterer und härter. Ein junger Libyer z. B., möglicherweise durchaus ein Gegner des Regimes, dessen Familie in einer Nacht ausgelöscht werde, müsse geradezu zwangsläufig zum Terroristen werden. Die Freunde der Araber in Europa müßten verstehen, daß die demokratischen Werte, auf die die westlichen Staaten ihre innere Ordnung aufbauen, auch für die Beziehungen zwischen den Staaten gelten. Tote in Europa und Tote in arabischen Staaten hätten denselben Stellenwert, dasselbe spezifische Gewicht. Unschuldige Opfer in Rom und Wien[7] seien zu betrauern, aber unschuldige Opfer der Bombardierung Libyens seien gleichermaßen zu betrauern und erforderten auch dieselbe Reaktion seitens der Europäer. ALG bemühe sich bereits, im Gespräch auf Gaddafi einzuwirken. Gaddafi aber streite schlicht alles ab. Die US beschuldigten ihn. Sofern sie Beweise hätten, sollten sie sie weitergeben. Die Argumentation der ALG Seite werde dadurch gestärkt werden. Gaddafi erkläre ferner, er sei bereit, mit den Europäern über die Bekämpfung des Terrorismus in den Dialog einzutreten. Freilich könne man bei Gaddafi keine Garantie über seine nächsten Schritte abgeben. ALG jedenfalls, und dies habe er bereits bei seinem Besuch in Bonn[8] dargelegt, werde fortfahren, der Störkapazität Gaddafis, die er in allen benachbarten Ländern bewiesen habe, entgegenzuwirken. Die öffentliche Meinung in der arabischen Welt, einschließlich Libyens, sehe durchaus die Unterschiede zwischen der Haltung Europas und derjenigen der USA. Dennoch: Wenn er (AM Ibrahimi) am Fernse-

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 16. April 1986 in Washington vgl. Dok. 108.

7 Zu den Anschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien am 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.

8 Der algerische Außenminister Ibrahimi hielt sich vom 17. bis 20. September 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 248–250.

hen einen Bericht über die Ausweisung libyscher Studenten aus GB ansehe, so rufe das selbst in ihm ganz bestimmte Gefühle hervor. Man gewinne den Eindruck, ein neuer Kreuzzug bahne sich an. Dazu dürfe es ebensowenig kommen wie zu jedwedem anderen Exzeß. Auch in diesem Sinne sei der Dialog wichtig.

BM entgegnete, die Sicht ändere sich oft mit dem eigenen Standort. In Washington habe er jüngst mit Abgeordneten beider Parteien gesprochen, die Europas Haltung stark kritisierten. Schließlich habe er sie gefragt, ob sie sich bewußt seien, daß bei dem Berliner Anschlag[9] 150 Deutsche verletzt wurden?[10] Es gehe um diese Region, in der Europäer und Araber lebten. Es gehe um unseren gemeinsamen Frieden, folglich um unsere gemeinsame Verantwortung. Dies sei das Thema seines Besuchs, seiner Gespräche mit AM Ibrahimi und mit Präsident Chadli.

AM *Ibrahimi* ergänzte, der Zeitpunkt sei um so besser gewählt, als am 3./4. Mai in Fes eine arabische Gipfelkonferenz stattfinde, bei der dieser Problemkomplex gewiß ein Hauptthema sein werde.[11] ALG werde dort seine bereits bekannte Haltung bekräftigen: Verurteilung des Terrorismus in allen seinen Formen. Wenn BM sage, die Sicht der Dinge wandle sich je nach Standort des Betrachters, so sei dazu anzumerken, man müsse sich auch in die Haut des jeweils anderen versetzen können. In US sei die Meinung zum Glück wohl nicht ganz homogen. So habe ein Amerikaner gesagt: Wenn man ein wildes Tier jagen wolle, brauche man deswegen noch nicht selbst zum wilden Tier zu werden. Präsident Reagan allerdings sei offensichtlich blind. Einige Stimmen warn-

9 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

10 Bundesminister Genscher traf am 15. April 1986 in Washington mit dem Minderheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, und weiteren Senatoren der Demokratischen Partei zusammen. Botschafter van Well, Washington, berichtete dazu am 16. April 1986: „Gespräch war fast ausschließlich Libyen-Angriff gewidmet. Byrd äußerte Stolz über gute militärische Leistung, er hoffte, Europäer würden sich bald wieder USA anschließen.“ Van Well berichtete weiter über Gespräche mit Mitgliedern der Demokratischen Partei im amerikanischen Repräsentantenhaus am selben Tag: „BM wiederholte Darstellung deutscher Leistungen in Abwehr des Terrorismus und Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten auch bei den Arabern, um Gaddafi zu isolieren. […] BM bezeichnete Spaltung Europas und Amerikas in Libyen-Frage als Erfolg für Gorbatschow und Gaddafi.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1648; Referat 204, Bd. 135349.
Am 15. April 1986 fand außerdem ein Gespräch mit Senatoren beider Parteien statt. Dazu berichtete van Well am 16. April 1986, Genscher habe ausgeführt: „Europa sei besorgt über die Konsequenzen. Hier gebe es seit langem Terrorismus. Besonders bei uns habe es viele Opfer gegeben. Auch bei dem Anschlag in Berlin (West) seien 150 Deutsche verletzt worden. […] Wir säßen mit den USA in einem Boot. Bei uns gebe es die meisten Amerikaner in Europa. Wir machten keinen Unterschied bei terroristischen Angriffen zwischen Deutschen und Amerikanern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1665; Referat 204, Bd. 135349.

11 Botschafter Montfort, Rabat, informierte am 2. Mai 1986: „Die Gipfelkonferenz der arabischen Staaten ist bis auf weiteres vertagt. Bei einer 2-tägigen Tagung in Fes konnten sich die arabischen Außenminister […] nicht über die Tagesordnung des für Samstag, 3. Mai 1986, vorgesehenen Treffens ihrer Staatschefs einigen.“ Montfort legte dazu dar: „Ganz offensichtlich erwies sich die Zerstrittenheit der arabischen Welt als unüberwindlich. Libyen und Irak waren Gegner heftiger Auseinandersetzungen über die Frage, ob allein der amerikanische Luftangriff auf Tripolis Thema des Gipfeltreffens sein soll. Irak verwies auf die Notwendigkeit, nach Besetzung von Fao den Krieg mit Iran zu behandeln. Die PLO war für eine Gipfelkonferenz ohne Diskussion des Nahost-Konflikts nicht zu haben. Wesentlich für das Scheitern der Außenministerkonferenz war auch der in letzter Minute nachgeschobene Wunsch Gaddafis, das Gipfeltreffen nicht in Marokko, sondern in Libyen abzuhalten. Hier bekam Libyen nur Unterstützung durch Syrien. Alle anderen waren dagegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 152; Unterabteilung 31, Bd. 141122.

ten vor dem Teufelskreis der Gewalt; Reagan aber habe diesen mit seinen Bombardierungen ein weiteres Mal in Bewegung gesetzt.

BM erklärte, eben dies und die mögliche weitere Eskalation bereite Sorge. Daher habe D beschlossen, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, Europäer und Araber zur Einsicht ihrer gemeinsamen Verantwortung aufzurufen. Zur wirksamen Bekämpfung des Terrorismus und um politische Bemühungen nicht durch eine Eskalation a priori zunichte machen zu lassen, würde die Bundesregierung es sehr begrüßen, wenn die Sicherheitskräfte unserer beiden Länder enger zusammenarbeiten könnten.

AM *Ibrahimi* erklärte, auch ALG begrüße engere Zusammenarbeit mit D im Bereich der Sicherheit. Nach Besuch des BM könne dies versucht werden.

BM fragte, welche Personen ihn nach Auffassung Ibrahimis zum Gespräch mit dem Präsidenten, mit dem er gern sehr offen sprechen wolle, begleiten sollten.

Auf die Antwort *Ibrahimis*, das stehe BM völlig frei, zwei Begleiter seien wohl angebracht, erklärte *BM*, er werde sich von D Pol begleiten lassen.[12]

[13]AM *Ibrahimi* erklärte, er wolle noch einmal auf das eigentliche Problem zurückkommen: Kampf gegen den Terrorismus und Kampf gegen dessen Ursachen. Präsident Chadli habe Präsident Reagan bei seinem vorjährigen Besuch[14] bereits erklärt, wenn das Problem der Palästinenser nicht gelöst werde, komme es zu einer Explosion. Dies habe sich nun bewahrheitet. Das Drama unserer Zeit sei, daß sich das Schicksal der Juden der Vorkriegs- und Kriegsjahre heute an den Palästinensern wiederhole: Leben in der Diaspora, Volk ohne Land. Hier sei eine Wiedergutmachung erforderlich. Wie er vorhin gesagt habe, zu zweit werde man das Problem nicht lösen. Wenn man aber den Mut habe, dies Problem laut anzusprechen, werde es vielleicht doch einer Lösung entgegenreifen. Eben dies könnten die Europäer tun: mit Mut eine klare Sprache über das Palästinenserproblem führen.

BM fragte erneut an, wie man es mit der Organisation engerer Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste halten könne. Ob Ibrahimi wünsche, daß ein Abgesandter des Bundesinnenministeriums nach Algerien komme.

AM *Ibrahimi* entgegnete, ALG wolle engere Zusammenarbeit. Dabei gehe es zunächst darum, das Konzept zu entwickeln. Daher bedürfe es eines Gesprächs nicht unter ausführenden Organen, vielmehr von wirklich Verantwortlichen. Es könne alsbald in D zu einer ersten Begegnung kommen, später könne eine weitere in Algerien folgen. Jetzt und hier könne darüber entschieden werden. Noch diese Woche könne er einen zuständigen Direktor zu BM entsenden. Dieser solle am besten sofort Kontakt mit dem Büro des BM aufnehmen, z. B. dem

12 Am 28. April 1986 fand ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Bendjedid statt, bei dem Genscher von Ministerialdirektor Sudhoff und Botschafter Dröge, Algier, begleitet wurde. Dröge berichtete dazu am selben Tag, Bendjedid habe ausgeführt: „Man dürfe nicht ein einzelnes Land für eine Strafaktion ins Visier nehmen. Es gelte, das Problem im politischen Rahmen anzugehen. […] Man müsse sich mit dem eigentlichen Hintergrund des Terrorismus befassen. Europäer und Araber seien dazu verurteilt, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen. Algerien sei dazu bereit." Genscher habe erklärt: „In gemeinsamer Anstrengung müßten Europäer und Araber dem Terrorismus den Nährboden trockenlegen, der aus dem ungelösten Problem des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser erwachse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 190; Referat 311, Bd. 137859.

13 Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

14 Präsident Chadli besuchte die USA vom 16. bis 22. April 1985.

Leiter Ministerbüro[15]. Er (Ibrahimi) ziehe es vor, wenn vor einer Begegnung im BMI der Kontakt und das Gespräch mit dem Büro BM aufgenommen werde.

BM erklärte, er benenne hierfür Herrn Bitterlich, der ALG zudem aus seiner Zeit an der Deutschen Botschaft[16] gut kenne.

Das Gespräch wurde sodann im erweiterten Kreis fortgesetzt.[17]

Referat 010, Bd. 178900

125

Generalkonsul Sönksen, Kalkutta, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 28 **Aufgabe: 30. April 1986, 11.05 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 30. April 1986, 08.40 Uhr**

Betr.: Bundeskanzlerreise nach Indien[2];
hier: Begegnung mit Mutter Teresa am 29.4.86

Bezug: Plurez Nr. 3157 vom 23.4.1986

Zur Unterrichtung

1) Von dem langen Tag erschöpft, aber zufrieden mit seinem Verlauf und glücklich über die Begegnung mit dem Bundeskanzler und Frau Kohl, kehrten Mutter Teresa und Schwester Andrea gestern abend aus New Delhi zurück.

Sie habe einige Präsidenten und Könige getroffen, aber noch keiner habe daran gedacht, ihr einen goldenen Meßkelch zu schenken, sagte sie. Das habe sie sehr bewegt. Sie wollte ihn heute bei der Frühmesse einweihen und für das deutsche Volk beten. Meßbecher und Bild des Bundeskanzlers haben ihr wohl fast mehr Freude gemacht als die Medikamentenspende. Sie hob übrigens hervor, wie angenehm sie es empfand, daß der Kanzler ihr die Geschenke privatissime

15 Michael Jansen.

16 Joachim Bitterlich war von 1978 bis 1981 an der Botschaft der Bundesrepublik in Algier tätig.

17 Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.
Botschafter Dröge, Algier, teilte am 29. April 1986 mit, im Mittelpunkt des Delegationsgesprächs am 28. April 1986 hätten „die mit internationalem Terrorismus zusammenhängenden Fragen" gestanden. Der algerische Außenminister Ibrahimi habe dargelegt: „Zur Bewältigung dieses Problems gebe es zwei Möglichkeiten, entweder man betrachte den Terrorismus, wie die USA, als isoliertes Phänomen, ohne dessen Umfeld zu berücksichtigen, oder man sehe den Terrorismus als Folge einer bestimmten politischen Situation, die zunächst verändert werden müsse, um den Terrorismus ausrotten zu können. […] Er stimme zu, daß das Palästinenserproblem nicht die einzige Ursache für den Terrorismus sei. Doch wenn dieses nicht gelöst werde, gebe es auch weiter Nährboden für Terrorakte." Ibrahimi habe ferner unterstrichen, „daß sich auch nach seiner Ansicht der EAD mit dem Terrorismus und seinen Ursachen befassen müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 191; Referat 010, Bd. 178900.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Elias am 30. April 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 27. bis 30. April 1986 in Indien vgl. auch Dok. 129.

übergab. Sie erwähnte, daß ihr Haus in Mannheim[3] und der Bundeskanzler (Ludwigshafen) ja Nachbarn seien. Sie hoffe, er werde es bald einmal besuchen. Sie erkundigte sich nach der Arbeit der Zivildienstler in der BR Deutschland. Gern hätte sie dem Kanzler gestern eines ihrer Häuser in New Delhi gezeigt, diese lägen aber in keiner feinen und sicheren Gegend.

Sie bittet um den Text der Ansprache des Kanzlers.[4]

2) Schon sprach M.T. von ihren Häusern in Ostberlin, Essen und Singapur und der nächsten Reise nach Rom und New York. Die Energie, die in dieser zierlichen, von einem Leben schwerer Arbeit gebeugten Gestalt brennt, ist ungeheuer. Dazu kommt ihr starker Glaube und ihr praktischer Sinn, der sie wohl auch die PR-Wirkung der Begegnung für den Bundeskanzler und sich selbst einschätzen und einsetzen läßt. Ohne diese Eigenschaften hätte das 18jährige Mädchen aus Skopje, das 1929 in Kalkutta von Bord ging, nicht soviel Trägheit bewegen, hunderttausendfach menschliches Elend lindern und schließlich eine weltumspannende (330 Einrichtungen in 75 Ländern) Organisation – Missionaries of Charity – aufbauen können.

Die zwei schweren Bündel, die sie mitbrachte, enthielten: Weintrauben für die Novizinnen, weil billiger in New Delhi, und Saris der ermordeten Indira Gandhi[5], die sie von deren Schwiegertochter zur Verteilung an mittellose Bräute erhalten hat, und die „ice cream leftovers“ des vollbesetzten Airbusses.

3) Telegraph (Seite 1 mit Bild und Seite 4), The Statesman (Seite 1 mit Bild), The Economic Times (Seite 1) und Amrita Bazar Patrika (Seite 1) berichten über das o. a. Zusammentreffen, über die Pressekonferenz des Kanzlers[6] und das 8-Punkte-Memorandum. Hervorgehoben werden vor allem („neues Kapitel“) die Aufstockung unserer Entwicklungshilfe für Indien um 10 Prozent und der Wunsch nach stärkerer wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit.

Die bengalischen Zeitungen, die sich stets stärker innenpolitischen Themen widmen, bringen heute noch nichts über den Abschluß des Kanzlerbesuchs in New Delhi.

[gez.] Sönksen

Referat 340, Bd. 136837

3 Der Orden der Missionarinnen der Nächstenliebe eröffnete 1985 eine Niederlassung in Mannheim.

4 Bundeskanzler Kohl hielt am 28. April 1986 in Neu Delhi eine Rede anläßlich eines von Ministerpräsident Gandhi gegebenen Abendessens. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1986, S. 433–435.

5 Ministerpräsidentin Gandhi wurde am 31. Oktober 1984 in Neu Delhi ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

6 Für den Wortlaut der Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl am 29. April 1986 vor der Presse in Neu Delhi vgl. BULLETIN 1986, S. 435 f.

126

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Belgrad

VS-NfD **30. April 1986**[1]

1) Das Gespräch, das auf unseren Wunsch zustande gekommen war, fand am Rande des syrischen Staatsbesuchs in Jugoslawien[2] statt. Präsident Assad hatte, wie er BM gegenüber zum Ausdruck brachte, eigens ein Essen mit der jugoslawischen Führung abgesagt, um dieses Gespräch führen zu können.

2) An dem gut einstündigen Gespräch nahmen auf syrischer Seite der Außenminister[3] und ein Note-taker teil.

3) *BM* eröffnete das Gespräch, indem er die tiefe Besorgnis der Bundesregierung über die Entwicklung im Mittelmeerraum zum Ausdruck brachte. Ebenso besorgt seien wir über die Entwicklung des internationalen Terrorismus. Das tragische Ereignis in Berlin[4] veranlasse ihn, darauf hinzuweisen, daß es an der Entschlossenheit der Bundesregierung, unser Land gegen jeden Terrorismus zu verteidigen, keinen Zweifel geben könne. Es könne dabei keinen Unterschied machen, ob es sich bei den Zielen terroristischer Anschläge um deutsche oder nichtdeutsche Objekte oder um deutsche, amerikanische oder andere Bürger handele, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die Bundesregierung wolle angesichts dieser Entwicklung mit allen verantwortlichen Regierungen eng zusammenarbeiten, um den Terrorismus zu bekämpfen. Auf der anderen Seite erachteten wir, wie dies auch bereits die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht hätten[5], eine engere Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Arabischen Liga für wichtig. Es gäbe viele verschiedene Gründe für den internationalen Terrorismus; einer von ihnen liege in der ungelösten Frage des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes. Er selbst habe angesichts der schwierigen Entwicklung im Mittelmeerraum bereits im Januar den Vorschlag gemacht, den Europäisch-Arabischen Dialog zu revitalisieren.[6] Anfang des Jahres habe es dagegen noch Bedenken gegeben; nach den Ereignissen der letzten Wochen seien jetzt aber alle seine Kollegen mit dem Vorschlag einverstanden, so rasch wie möglich ein Troika-Treffen durchzuführen. Ein solcher Dialog könne

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger mit Runderlaß Nr. 3450/3451 vom 1. Mai 1986 übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 5. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 6. Mai 1986 vorgelegen.

2 Präsident Assad hielt sich vom 28. bis 30. April 1986 in Jugoslawien auf.

3 Faruk al-Scharaa.

4 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

5 Vgl. dazu die Ergebnisse der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25. Februar 1986 in Den Haag; 43, Anm. 12.
Zur Übergabe eines Gesprächsangebots der Europäischen Gemeinschaften an die Arabische Liga vgl. Dok. 121, Anm. 5.

6 Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel; Dok. 10, Anm. 25.

uns bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten voranbringen und auch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis in der Frage der Terrorismusbekämpfung führen. Wir sollten dabei unsere gemeinsamen Interessen im Mittelmeer im Auge haben, das die Europäer und Araber nicht trenne, sondern verbinde.

BM erkundigte sich sodann nach den Aussichten für ein arabisches Gipfeltreffen in Fes.[7]

Präsident *Assad* erwiderte, alle arabischen Staaten wollten einen Gipfel; es sei jedoch über den Zeitplan noch nicht entschieden. Im arabischen Lager könne es immer Überraschungen geben. Die Lage heute, am 30.4., sei jedenfalls so, daß es noch keine Einigung über einen Termin gäbe. Innerhalb des arabischen Lagers gäbe es eine Mehrheit, die den Gipfel jetzt anstrebe[8]; andere bestünden auf einer sorgfältigen Vorbereitung. Auf wiederholte Frage BMs stellte Assad ergänzend fest, Syrien sei für beides: ein rasches Stattfinden des Gipfels einschließlich guter Vorbereitung; es gäbe keinen Grund zur Hast, andererseits solle man ein Gipfeltreffen auch nicht verzögern.

4) Assad fragte dann nach der Thematik des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio.[9]

BM erläuterte, drei Hauptthemen würden im Vordergrund stehen:

– An erster Stelle die wirtschaftlichen Fragen einschließlich der Verantwortlichkeiten der sieben Gipfelstaaten für die weltwirtschaftliche Entwicklung.
– An zweiter Stelle die Ost-West-Lage; gerade wir Europäer seien besonders an einer Verbesserung der West-Ost-Beziehungen, insbesondere an einem Verhandlungserfolg der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf interessiert. An den verschiedenen Verhandlungstischen lägen zahlreiche konstruktive Vorschläge von beiden Seiten vor: hinsichtlich der Weltraumrüstung, hinsichtlich der strategischen Waffen, hinsichtlich der Mittelstreckenwaffen, hinsichtlich chemischer Waffen und hinsichtlich konventioneller Rüstungskontrolle in Zentraleuropa; hinzu komme noch die KVAE, bei der über vertrauensbildende Maßnahmen gesprochen werde. Wir seien der Auffassung, daß die Vorschläge Generalsekretär Gorbatschows[10] ernst zu nehmen seien. Wir hielten es deshalb für wichtig, bei den verschiedenen Verhandlungen im Abrüstungs- und Rüstungskontrollbereich jetzt auf Fortschritte zu dringen.
– Als drittes Thema werde die Frage des internationalen Terrorismus zu behandeln sein, die von den USA auf die Tagesordnung gesetzt werde, aber an der wir Europäer ein besonderes Interesse hätten, weil wir in Europa das potentielle Schlachtfeld terroristischer Auseinandersetzungen böten.

Es sei sein Ziel, deshalb im Vorfeld der Konferenz von Tokio auf alle verantwortlichen Regierungen im Sinne einer Mäßigung einzuwirken, weil wir an einer Eskalation nicht interessiert sein könnten. Es müsse die gemeinsame Auf-

7 Zur geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga vgl. Dok. 124, Anm. 12.

8 Korrigiert aus: „anstrebten".

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

10 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Vgl. dazu ferner die Vorschläge vom 18. April 1986; Dok. 114 und Dok. 131.

gabe aller verantwortlichen Regierungen sein, bei der Terrorismusbekämpfung zusammenzuarbeiten. Er wolle deshalb die Bitte an Staatspräsident Assad richten, in diesem Sinne mit uns zu einer effektiven Zusammenarbeit bereit zu sein.

5) Staatspräsident *Assad* entgegnete, mit dem Gedanken des Ministers, den EAD zu beleben, sei Syrien einverstanden. Bei früheren Sitzungen sei allerdings die Beteiligung auf beiden Seiten eine breitere gewesen.

Syrien habe jedoch keine Einwände gegen den Vorschlag, daß diese Gespräche auf europäischer Seite durch die Troika geführt würden (dazu Einwurf *BMs*: jedenfalls zu Beginn eines intensivierten Dialogs sollten wir die Troikaebene wählen).

Zur Terrorismusfrage führte *Assad* weiter aus: Syrien sei eines der ersten Länder gewesen, das unter dem Terrorismus gelitten habe. Auch heute leide Syrien unter terroristischen Aktivitäten. Erst vor wenigen Tagen habe sich ein Anschlag ereignet, bei dem die Verluste an Menschen erheblich höher gewesen seien als bei dem Ereignis in Berlin.[11] Er wolle gerne zugeben: Im Prinzip sei dies alles Terrorismus, und deshalb seien alle solche Aktionen zu verurteilen. Aber er wolle auf die unterschiedlichen Ausmaße hinweisen: Bei dem Anschlag in Syrien habe es über hundert Tote und über hundert Verletzte gegeben. Syrien müsse also gegen den Terrorismus sein. Syrien sei auch bereit, den Terrorismus überall zu bekämpfen. Er müsse allerdings hinzufügen, daß man hierbei den Kampf gegen den Kolonialismus und insbesondere gegen den israelischen Kolonialismus ausnehmen müsse. Man dürfe diese Dinge nicht in einen Topf werfen: den Terrorismus und den Kampf gegen den israelischen Kolonialismus. Alle kolonisierten Völker kämpften gegen ihre Unterdrücker mit den Mitteln, die sie in der Hand haben. Er wolle aber unterstreichen, daß Syrien keine Aktionen in Europa – und auch nicht in den USA – unterstütze. Syrien sei der Auffassung, daß der Kampf gegen Israel dort stattfinden müsse, wo Israel der Unterdrücker sei, nämlich in den besetzten Gebieten.

Die syrische Haltung sei also klar: Syrien sei bereit, mit allen Staaten beim Kampf gegen den Terrorismus zusammenzuarbeiten.

Assad ging dann über zu dem amerikanischen Vorgehen gegen Libyen.[12] Er sei der Auffassung, die USA hätten mit dieser Aktion ein Feuer entfacht, das schwer zu löschen und schwer zu begrenzen sein werde. Er betrachte die Lage als sehr ernst. Es sei für ihn unvorstellbar, daß eine Supermacht wie die USA Städte und Zivilisten bombardiere. Wie sollten wir denn nach einzelnen Terroristen suchen, während eine Supermacht Bomben über Städte abwerfe? „Ist das Zivilisation, sind das Menschenrechte?“

11 Am 16. April 1986 kam es in Syrien zu mehreren Anschlägen auf öffentliche Transportfahrzeuge: Dazu hieß es in der Presse: „Nach Meldungen von Radiosendern der Christen in Libanon sollen bei Bombenanschlägen in den syrischen Ortschaften Latakia, Tartus und Mashtal Helu mindestens 27 Personen ums Leben gekommen und rund hundert verletzt worden sein.“ Während die syrische Regierung Israel für die Anschläge verantwortlich gemacht habe, habe sich am 18. April 1986 in Paris eine „Bewegung 17. Oktober für die Befreiung des syrischen Volkes“ zu der Attentatsserie bekannt. Vgl. den Artikel „Serie von Bombenanschlägen in Syrien“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 22. April 1986, S. 3.

12 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

Syrien sei auch mit der europäischen Reaktion nicht zufrieden. Die Europäer hätten mit ihrem Vorgehen gegen Libyen[13] einen internationalen Block der Unterstützung der amerikanischen Haltung gebildet. Die NATO sei doch geschaffen worden, um den Westen gegen die Sowjetunion zu verteidigen, und nicht, um im Mittelmeer eingesetzt zu werden. Hierzu *BM*: Er müsse klar feststellen, daß das militärische Vorgehen mit der NATO überhaupt nichts zu tun habe, die NATO sei hieran in keiner Weise beteiligt gewesen. Dazu Staatspräsident *Assad*: Aber man müsse sich fragen, warum die Europäer Maßnahmen gegen Libyen ergriffen hätten. Aus den USA kämen täglich neue Drohungen, die sich auch auf Syrien bezögen. Er verwies dabei auf die wiedergegebenen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten.[14] Auch mit früheren amerikanischen Präsidenten habe es Meinungsverschiedenheiten gegeben, über die man dann gesprochen habe. Für ihn sei dies das erste Mal, daß er in seinem Leben so etwas erlebt habe. Offenbar glaube der amerikanische Präsident, er könne Syrien auf diese Weise einschüchtern. Inzwischen habe der amerikanische Botschafter in Damaskus[15] gesagt, Reagan habe diese Äußerungen nicht so gemeint. Er sei der Auffassung, wenn derartige Versehen passierten, dann passierten in einer Regierung auch wirkliche Fehler. Und genau das sei bei den USA der Fall. Er wolle BM versichern, er selbst lasse sich von solchen Drohungen nicht einschüchtern, selbst wenn Frau Thatcher dabei mitwirkt.

Hierauf entgegnete *BM*: Auch der amerikanische Außenminister habe inzwischen öffentlich erklärt, daß man Syrien nicht bedrohen wolle.[16] Zur Lage im Nahen Osten sei unsere Haltung klar: Wir träten für das Existenzrecht Israels ebenso ein wie für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht. Vor allen anderen europäischen Staaten hätten wir diesen Standpunkt schon 1974 eingenommen.[17] Nach unserer Auffassung müsse Syrien eine wichtige Rolle in der Frage einer Nahostlösung und bei der Stabilisierung der Region spielen. Für uns sei daher die Rolle Syriens von besonderer Bedeutung. Zur Frage unserer Haltung zu Libyen wolle er auf die klaren und freimütigen Äußerungen des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag[18] verweisen. Er, BM, habe sich in diesem Sinne auch gegenüber dem amerikanischen Präsidenten geäußert.[19] Jetzt sei es wichtig, daß Europäer und Araber gemeinsam alle Anstrengungen

13 Vgl. dazu die Beschlüsse der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 14. bzw. 21. April 1986; Dok. 97, Anm. 12, bzw. Dok. 109, Anm. 8.

14 Präsident Reagan erklärte am 24. April 1986 vor der Presse in Washington, daß er auch einen Vergeltungsschlag gegen Syrien und Iran nicht ausschließe, sollten „unwiderlegbare Beweise" für deren Mitwirkung an Anschlägen vorliegen. Vgl. den Artikel „Reagan droht auch Syrien und Iran mit Vergeltungsschlägen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. April 1986, S. 1.

15 William Lester Eagleton Jr.

16 Am 25. April 1986 erklärte der amerikanische Außenminister Shultz in Washington, daß die USA keine Militärschläge gegen Syrien und Iran wegen deren mutmaßlicher Unterstützung des Terrorismus planten. Vgl. den Artikel: „Keine Angriffspläne gegen Syrien und Iran"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. April 1986, S. 2.

17 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

18 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 16. April 1986 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 209. Sitzung, S. 16021–16024.

19 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 16. April 1986 in Washington; Dok. 108.

unternehmen, um Spannungen in unserer gemeinsamen Region zu verringern. Was unsere Maßnahmen gegen Libyen betreffe, so hätten wir wirtschaftliche Sanktionen gegen Libyen von Anfang an abgelehnt. Es hätten aber eindeutige Beweise dafür vorgelegen, daß das libysche Volksbüro in Bonn in unerlaubte Aktivitäten verwickelt gewesen sei. Wegen dieser Verstöße hätten wir die libysche Vertretung in Bonn genau denselben Beschränkungen unterworfen, wie sie für unsere Botschaft in Tripolis bestünden. Dies betreffe Reisemöglichkeiten der libyschen Diplomaten, und es betreffe ihre Anzahl, die wir auf die Zahl unserer Diplomaten in Libyen reduziert hätten.[20]

Auf Frage Assads bestätigte BM, daß es in Tripolis seit langem für unsere Diplomaten Reisebeschränkungen gegeben habe, daß libysche Diplomaten in Bonn jedoch sich frei bewegen konnten. Wir wollten mit dieser Maßnahme keine Bestrafung vornehmen, sondern lediglich ein Warnsignal geben.

Der syrische Präsident habe sich zur Terrorismusfrage klar geäußert. Dafür seien wir dankbar. Es sei unsere Sorge, daß kleine terroristische Gruppen die guten Beziehungen zwischen Europäern und Arabern stören würden. Deshalb habe er auch um dieses Gespräch mit dem Staatspräsidenten gebeten. Seine Botschaft sei die folgende: Die Bundesrepublik Deutschland werde den Terrorismus nicht dulden, genausowenig wie Syrien. Bei dem Kampf gegen den Terrorismus bitten wir um die Zusammenarbeit Syriens mit uns. Des weiteren bitte er den Präsidenten, seinen Einfluß auf Libyen in dieser Frage geltend zu machen: Was jetzt auch im Vorfeld der Konferenz von Fes nötig sei, sei Mäßigung auf allen Seiten. Die Bundesrepublik Deutschland kenne die Bedeutung Syriens. Jetzt sei die Zeit für Kooperation zwischen vernünftigen und verantwortungsbewußten Regierungen, um die Entwicklung unter Kontrolle zu halten. Vielleicht könne man auch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen unseren inneren Behörden anstreben.

6) Zum Abschluß des Gesprächs bekräftigte BM die Einladung an den syrischen Außenminister zu einem Besuch in Bonn und sicherte dem Staatspräsidenten die Weiterleitung seiner Ausführungen an die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio zu.

Staatspräsident *Assad* beendete das Gespräch mit der Bekräftigung der syrischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung. Diese Bereitschaft werde auch nicht etwa beeinträchtigt durch das, was er zu dem amerikanischen Vorgehen gegen Libyen gesagt habe. Er wolle aber unterstreichen, daß man das amerikanische Vorgehen gegen Libyen sehr ernst nehmen müsse. Er wolle BM danken dafür, daß er nach Belgrad gekommen sei, um dieses Gespräch mit ihm zu führen.

Referat 010, Bd. 178902

[20] Vortragender Legationsrat Kiewitt unterrichtete am 24. April 1986 den libyschen Gesandten Bukhreis über folgende Entscheidung der Bundesregierung: „Wir beabsichtigten, die Zahl unserer entsandten Kräfte in Tripolis um drei zu reduzieren. Dies bedeute, daß unsere Botschaft in Tripolis in Zukunft mit den Ortskräften insgesamt 19 Personen umfassen werde. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bäten wir deshalb darum, den Personalbestand des LVB ebenfalls auf 19 zu reduzieren. Nach unseren Unterlagen bedeute dies bei derzeit 41 hier gemeldeten Angehörigen eine Verringerung um 22. […] Als Frist für die Durchführung dieser Maßnahme gingen wir von zwei Wochen aus.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137911.

127

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mann

431-491.09 SOW **30. April 1986**[1]

Stand: 30.4.1986, 17.00 Uhr

Betr.: Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl

1) Nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 28.4.1986 hat sich in einem der vier Reaktoren des Kernkraftwerks Tschernobyl ca. 100 km nördlich von Kiew ein Unfall ereignet, bei dem mehrere Menschen zu Schaden gekommen sein sollen. Den Betroffenen – so die Meldung – werde Hilfe geleistet; eine Regierungskommission werde den Vorfall untersuchen. Diese Meldung ergänzte TASS am 29.4.86 mit der Information, daß um das KKW Tschernobyl eine Sicherheitszone von 30 km gezogen und vier Ortschaften evakuiert worden seien. TASS bestätigte den Tod von zwei Personen im Verlauf des Reaktorunfalls. In einer von TASS und dem sowjetischen Fernsehen verbreiteten Erklärung des Ministerrates wurde ergänzend mitgeteilt, daß sich der Unfall im vierten Energieblock des Kernkraftwerkes ereignet hat und „zu einer Zerstörung eines Teils der Konstruktionselemente und einem gewissen Austritt radioaktiver Substanzen geführt hat". Darüber hinausgehende offizielle sowjetische Informationen über Art und Umfang des Unfalls liegen nicht vor.

2) Nach den vorhandenen Unterlagen befinden sich am Standort Tschernobyl vier Reaktorblöcke mit einer Leistung von je 1000 MWe, die in den Jahren 1977 bis 1983 in Betrieb genommen wurden. Bei den Reaktoren handelt es sich um mit Graphit moderierte und mit Leichtwasser gekühlte Reaktoren (andere Listen sprechen von zwei Reaktoren dieses Typus und zwei Druckwasserreaktoren). Der Unfall hat sich jedoch nach bisher offiziell nicht bestätigten Erkenntnissen in einem mit Graphit moderierten Reaktorblock ereignet. Bedingt durch den Ausfall des Notkühlsystems ist offensichtlich der Graphitmantel der Brennelemente in Brand geraten. Nach sowjetischen Quellen soll der Brand nunmehr angeblich gelöscht sein.

3) Der TASS-Meldung vom 29.4.86 vorausgegangen waren Meldungen der skandinavischen Staaten, wonach eine 5–10fache Erhöhung der natürlichen Radioaktivität registriert worden war. Nach einer Angabe aus Schweden sollen die Meßwerte „einige hundert Millirem (mrem)", bezogen auf ein Jahr, betragen haben. Zur Einschätzung dieser Angabe kann der deutsche Grenzwert für radioaktive Strahlung im Nahbereich von Kernanlagen von 30 mrem/a herangezogen werden. Internationale Grenzwerte liegen im Bereich zwischen 100 und 500 mrem/a. Bei der gegebenen relativ kurzen Verweildauer im Bereich der gemessenen Werte kann von einer Gefährdung der Bevölkerung in den skandinavischen Staaten jedoch nicht gesprochen werden. Die gemessene Intensität, die nach neueren Angaben wieder im Abklingen sein soll, läßt jedoch Rückschlüsse

[1] Ablichtung.

darauf zu, daß die radioaktiven Emissionen am Unfallort selbst erheblich höher liegen und ein Gesundheitsrisiko dortselbst besteht. Die radioaktiven Emissionen, die bis zu den Meßstellen in Skandinavien einen Weg von ca. 1500 km zurückgelegt haben, sind durch Vermischung mit anderen Luftschichten wesentlich abgeschwächt worden.

Erhöhte Meßwerte wurden nun auch offiziell aus der VR Polen bestätigt, wobei der Regierungssprecher[2] jedoch gleichzeitig darauf hinwies, daß keine Gesundheitsgefährdung bestehe. Für die DDR meldete ADN lediglich, daß keine Strahlung gemessen wurde, die eine Gesundheitsgefährdung hervorrufen könne.

Ein Meßergebnis aus der Bundesrepublik Deutschland ist bisher nur vom Hahn-Meitner-Institut, Berlin/West, bekannt. Dieses ergab jedoch nur eine geringfügige Erhöhung der Meßwerte.

4) Erste internationale Reaktionen auf den Unfall waren in den skandinavischen Staaten zu verzeichnen, die auch als erste durch die erhöhte Radioaktivität betroffen wurden. Nach Agenturmeldungen hat Schweden die SU aufgefordert, ihr gesamtes ziviles Nuklearprogramm internationalen Kontrollen (der Internationalen Atomenergie-Organisation, IAEO) zu unterstellen. In Moskau hat der schwedische Botschafter[3] demarchiert und um eine offizielle und vollständige Unterrichtung über den Reaktorunfall ersucht.

In der Öffentlichkeit wurde der Vorwurf erhoben, daß die betroffenen Nachbarstaaten erst durch eine TASS-Meldung von dem Unfall erfahren haben, die ihrerseits erst nach der Veröffentlichung der Meßergebnisse der skandinavischen Länder erfolgte.

Der dänische Botschafter[4] hat auf Weisung am 29.4. um 24.00 Uhr im sowjetischen Außenministerium demarchiert und um eine umfassende Unterrichtung über alle für die Einschätzung der Unfallfolgen relevanten Einzelheiten gebeten.

Die polnische Regierung hat die Bevölkerung vor dem Genuß von Frischmilch gewarnt und dazu aufgefordert, Gemüse unbedingt zu waschen.

5) Wie die Ständige Vertretung Wien berichtet hat, wurde der IAEO-GD[5] erst am späten Abend am 28.4. von dem Unfall unterrichtet, wobei die Unterrichtung nicht über den Inhalt der TASS-Meldung hinausging. Bei dieser Gelegenheit habe die IAEO der SU die Dienste des Operation Safety Review Teams und des Sicherheitsdienstes Strahlenschutz angeboten. Eine Anforderung dieser Dienste erfolgte jedoch nicht. Darüber hinaus verweist die IAEO inoffiziell darauf,

– daß der sowjetische Reaktorunfall die erste erhebliche Emission radioaktiver Strahlung aus einem Kernkraftwerk darstellt,
– daß die Kernenergieprogramme unter völliger nationaler Verantwortung ablaufen,
– daß der IAEO kein Recht zur Sicherheitsüberwachung von Kernreaktoren zusteht und

2 Jerzy Urban.
3 Torsten Örn.
4 Rudolph Thorning-Petersen.
5 Hans Martin Blix.

– daß das Incident Reporting System der IAEO, dem die SU angehört, lediglich für eine Ex-post-Analyse von Störfällen und Unfällen gedacht ist und keine aktuelle Berichtserfordernis beinhaltet. (Die Bundesrepublik Deutschland berichtet ihre Störfälle nicht unmittelbar an die IAEO, sondern ist dem Meldesystem der Nuclear Energy Agency (NEA) der OECD angeschlossen, die einen beschränkten Informationsaustausch mit der IAEO pflegt.)

Über Abkommen der SU mit Nachbarstaaten über Informationsaustausch bei Unfällen ist nichts bekannt.

6) Die in dem Zusammenhang mit dem Reaktorunfall erhobene Forderung nach einer Unterstellung aller sowjetischen Kernanlagen unter Sicherungsmaßnahmen der IAEO geht fehl in der Annahme, daß durch eine solche Maßnahme der Sicherheitsstandard der sowjetischen Kernreaktoren erhöht werden könne. Die SU hat 1985 ein sog. Voluntary-offer-Abkommen mit der IAEO abgeschlossen und einen geringen und technisch wenig interessanten Teil ihrer friedlichen Kernenergieaktivitäten (u. a. das KKW Tschernobyl) für Sicherungsmaßnahmen der IAEO angeboten. Diese Maßnahme dient jedoch allein dem Ziel, darüber zu wachen, daß spaltbares Material nicht aus dem Rahmen der friedlichen Kernenergieaktivitäten abgezweigt und für explosive Zwecke verwendet wird.

7) In der Bundesrepublik Deutschland zuständig für Fragen der Reaktorsicherheit ist das BMI, das sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) stützt. Daneben steht dem BMI noch die Strahlenschutzkommission als Experte für alle mit dem Strahlenschutz verbundenen Fragen zur Verfügung. Die sowjetische Botschaft ist informell an das Deutsche Atomforum mit der Frage herangetreten, ob man in der Lage und bereit sei, Hilfe zu leisten. Mit dieser Anfrage wurde bestätigt, daß das Moderator-Medium Graphit in der Anlage brannte.

BMI und BMFT haben auf Anfragen der Presse zu dem sowjetischen Unfall Stellung genommen und dabei folgende Elemente vorgetragen:

– Die deutschen KKW sind sicher,
– ein ähnlicher Unfall könnte sich in deutschen KKW nicht ereignen,
– die radioaktiven Emissionen stellen für uns keine Gefahr dar,
– deutsche Experten stehen für eine Hilfeleistung bereit, sofern ein sowjetisches Hilfeersuchen erfolgt.

8) Auf das Hilfsangebot von StS Ruhfus, das dieser am 29.4. vormittags im Auftrag des BM an den sowjetischen Botschafter Kwizinskij richtete, antwortete dieser, daß er für das Angebot danke; sofern eine Notwendigkeit bestehe, werde die SU prüfen, ob sie bereit sei, das Angebot anzunehmen.[6]

6 Ministerialdirektor Jelonek teilte am 29. April 1986 zum Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij anläßlich dessen Antrittsbesuchs am selben Tag mit: „Auf K[wizinskij]s Frage, welche Hilfe wir leisten könnten, antwortete StS R[uhfus], es stünden für derartige Fälle Roboter zur Verfügung, die es ermöglichten, den Unfall ohne unmittelbaren Einsatz von Menschen zu bekämpfen. Bei der KfA Jülich und beim KKW Obrichtheim stünden zudem ausgebildete Einsatzeinheiten bereit.“ Kwizinskij habe sich für das Angebot bedankt und erklärt: „Vielleicht sei alles halb so schlimm und man sei in der Lage, den Unfall mit eigenen Mitteln zu bekämpfen. Auf zusätzliche Frage bestätigte K., es gebe kein Hilfeersuchen der sowjetischen Regierung an die Bundesregierung.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3375; Referat 431, Bd. 153279.

Am 29.4.1986 informierte der sowjetische Botschafter Kwizinskij gegen 22.00 Uhr offiziell BM Zimmermann über den Reaktorunfall.[7] Bei dieser Unterrichtung ging Kwizinskij ebenfalls nicht über den Inhalt der Erklärungen hinaus, die zuvor von TASS verbreitet wurden.

Der sowjetische Gesandte wurde am späten Nachmittag des 29.4.[8] und am Vormittag des 30.4. erneut in das Auswärtige Amt einbestellt. Bei diesen Gelegenheiten wurde von D 4[9] das Auskunftsersuchen der Bundesregierung zu Art und Umfang des Reaktorunfalls bestärkt und präzisiert. Der sowjetische Gesandte wurde insbesondere um Aufklärung gebeten,

– ob und wie die Sowjetunion die internationale Staatengemeinschaft über den sowjetischen Reaktorunfall zu unterrichten gedenke,
– ob dies auf bilateraler oder multilateraler Ebene erfolgen werde,
– ob die Sowjetunion daran denke, Kernkraftwerke gleichen Typs bis zur Aufklärung der Unfallursachen stillzulegen,
– ob Expertenteams der IAEO oder staatliche Expertenteams Zugang zum Unfallort erhalten würden.

Die von D 4 gestellten Fragen nahm der sowjetische Gesandte unkommentiert entgegen. Hinsichtlich der bereits früher erbetenen Informationen verwies er auf die offizielle Unterrichtung von BM Zimmermann vom Vorabend.

9) Am 29.4.1986 beschäftigte sich die Kleine Lage unter der Leitung von BM Schäuble mit der entstandenen Situation. Über die Ergebnisse dieser Sitzung liegt ein gesonderter Vermerk vor.[10]

7 In dem Gespräch legte der sowjetische Botschafter Kwizinskij dar: „Von den vier Blocks sei einer durch einen Unfall gestört gewesen, wobei Radioaktivität freigesetzt worden sei. Gleichzeitig wäre ein Teil des Gebäudes zerstört worden. Die anderen drei Blöcke seien intakt, aber außer Betrieb gestellt. Die Lage sei jetzt stabilisiert und unter Kontrolle (die Formulierung unter Kontrolle betonte Kwizinskij ausdrücklich). Es habe eine radioaktive Verschmutzung westlich, nördlich und südlich von Tschernobyl gegeben. Ein Teil der Bevölkerung in unmittelbarer Nähe des Reaktors sei evakuiert worden. In größerem Umkreis übertreffen die Messungen an Radioaktivität zwar die festgelegte Norm, aber nicht beträchtlich. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung seien daher nicht notwendig. Bundesminister Dr. Zimmermann dankte für die Unterrichtung und bot der sowjetischen Regierung Rat und Hilfe der Bundesregierung an, ebenso eine Vermittlung zu deutschen Firmen, die Erfahrungen auf diesem Sektor haben. Minister Dr. Zimmermann teilte Botschafter Kwizinskij mit, daß die Bundesregierung davon ausgehe, unterrichtet zu werden, falls eine neue Entwicklung eintrete. […] Auf die konkrete Frage von Minister Dr. Zimmermann, ob es im Reaktor noch brenne, ob beispielsweise die Graphit-Beschichtung brenne, gab Kwizinskij keine klare Auskunft. Er wiederholte ausdrücklich die offizielle Mitteilung, daß man die Lage unter Kontrolle habe." Vgl. die mit Schreiben des Bundesministers Zimmermann vom 30. April 1986 an Bundesminister Genscher übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 431, Bd. 153279.

8 Über sein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Terechow am 29. April 1986 informierte Ministerialdirektor Jelonek am selben Tag, daß er um Unterrichtung über folgende Einzelheiten gebeten habe: „Art und Umfang des Unfalls? Art und Umfang der Emissionen? Welche Maßnahmen werden zur Bekämpfung des Unfalls am Kraftwerk getroffen und welche zur Bekämpfung der Strahlung? In welchem Umfang ist die einheimische Bevölkerung gefährdet? Sind ausländische Touristen oder Firmenexperten betroffen oder gefährdet?" Jelonek fuhr fort: „Sowjetischer Gesandter verwies auf die Antwort Kwizinskijs gegenüber StS, wonach geprüft werden würde, ob es nötig sei, unser Hilfsangebot anzunehmen. Im übrigen habe er keine Informationen, die es erlauben würden, auf die Fragen von D 4 einzugehen. Er werde darüber berichten und werde uns informieren, wenn er dazu in der Lage sei. Er sehe keinen Grund zu Katastrophenmeldungen." Vgl. den Runderlaß; Referat 431, Bd. 153279.

9 Alois Jelonek.

10 Vortragender Legationsrat Mann notierte am 29. April 1986 zur Lagebesprechung am selben Tag um 15 Uhr, es sei festgestellt worden, daß eine Gefährdung der Bevölkerung in der Bundesrepublik

10) Zur Lage der Deutschen in der Sowjetunion ergibt sich folgendes Bild:

– Gesandter Terechow hat Herrn D 4 heute erklärt, es bestehe für die Deutschen im Raum Kiew keine Gefahr. Da die Sowjets mit ihren Informationen sehr zurückhaltend sind, können wir uns mit dieser Auskunft nicht zufriedengeben. Wir können aber die von der Unfallstelle ausgehende Gefahr auch nicht selbst bewerten. Die Nachrichtenlage ist nach wie vor unzureichend.

  Nach Auskunft der Botschaft stellt sich das Bild in Kiew wie folgt dar: Die Stadt ist für Diplomaten und Journalisten gesperrt, nach Agenturmeldungen jetzt auch für Touristen. Ein für den Maifeiertag geplantes internationales Radrennen solle wie vorgesehen stattfinden.

– Es befinden sich Mitarbeiter von zwei deutschen Firmen (BISON-Werke und Uhde), teilweise mit Familienangehörigen, im Raum Kiew: insgesamt ca. 300 Personen. Die Botschaft hat mit ihnen Kontakt. Nach letzten Informationen des BMI sind 40 Angehörige der Firma Uhde auf dem Weg nach Wien und werden anschließend auf Kontamination untersucht werden. Die Botschaft zieht ferner Erkundigungen ein, ob sich noch andere deutsche Firmenvertreter in dem Raum aufhalten.

  Studenten und Wissenschaftler befinden sich nach Auskunft u. a. nicht in Kiew[11], nach einer anderen Auskunft hält sich dort möglicherweise eine deutsche Studentin auf.

  Die Zahl der Touristen ist bisher nicht bekannt.

– Die französische Botschaft hat ohne Weisung die wenigen Landsleute, die sie in der Ukraine und Weißrußland[12], nach Moskau gebeten. Die übrigen Botschaften haben keine derartigen Maßnahmen ergriffen und sehen sie zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht vor.

  Die USA weisen auf Anfrage darauf hin, die Fahrt in den Raum Kiew könne gefährlich sein, ebenso verfährt Kanada.

  Die meisten EPZ-Botschaften empfehlen, das Gebiet Kiew zu meiden.

  Heute nachmittag findet in Moskau eine weitere Sitzung von Vertretern der EPZ-Botschaften statt.[13]

Fortsetzung Fußnote von Seite 663

nicht bestehe und aufgrund der Entfernung auch nicht zu erwarten sei. Da die UdSSR den betroffenen Reaktortyp nicht exportiert habe, gehe „keine Gefährdung von Reaktoren des gleichen Typs mit einem zur Bundesrepublik näher gelegenen Standort aus". Dennoch unterstreiche der Unfall „die Notwendigkeit eines Informationsaustauschs mit der DDR und anderen östlichen Nachbarstaaten. Mit der DDR wurden erste Kontakte auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit geknüpft, die bei Gesprächen im Mai d. J. in Bonn fortgeführt werden." Das Auswärtige Amt werde sich in Gesprächen mit der UdSSR sowie ausländischen Regierungen um weitere Informationen bemühen. Ferner sei das weitere Vorgehen im Hinblick auf öffentliche Äußerungen und Fernsehauftritte besprochen worden. Vgl. Referat 431, Bd. 153279.

11 So in der Vorlage.

12 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

13 Gesandter Arnot, Moskau, teilte am 30. April 1986 mit: „Bei Treffen Botschafter der Zwölf am Abend des 30.4. gab niederländische Präsidentschaft bekannt, sie habe in Demarche beim Protokoll des SAM am späten Nachmittag Erwartung der Regierungen der Gemeinschaft ausgedrückt, daß zuständige sowjetische Stellen Bürgern ihrer Staaten alle nötige Hilfe im Zusammenhang mit der Tschernobyl-Katastrophe gewähren. […] Keine der Botschaften, deren Regierung sowjetische Regierung um Mitteilung über Einzelheiten des Unglücks gebeten hatte, war von sowjetischer Seite unterrichtet worden. […] Präsidentschaft teilte mit, sowjetische Botschaft im Haag habe am Nachmittag des 30.4. erklärt, Strahlungsniveau sei inzwischen stabilisiert worden. Das Niveau

Eine Personalversammlung in der Botschaft Moskau hat allgemeine Nervosität registriert. (Geigerzähler und Jod-Tabletten werden mit Sonderkurier übermittelt.)

– Der Sprecher des AA[14] hat heute erklärt, daß die Botschaft in Moskau soweit als möglich mit den Deutschen in dem Gebiet in Kontakt steht und auch mit den übrigen befreundeten Botschaften in Moskau ständige Verbindung habe. In Übereinstimmung mit der Mehrheit der EG-Vertretungen rät das AA davon ab, in das betroffene Gebiet zu reisen. Was Deutsche im Raum Kiew anbelangt, hat der Sprecher des AA die Entscheidung der Fa. Uhde, daß die Familienangehörigen den Raum Kiew verlassen sollen, als angemessene Reaktion bezeichnet. Zur gleichen Zeit könnten wir nicht empfehlen, daß Deutsche Reisen in den Raum Kiew unternehmen.

  Ebenso wie einige andere westliche Botschaften wird die Botschaft Moskau ihren Angehörigen und Wirtschaftsvertretern raten, keine Milch zu trinken sowie Obst und Gemüse zu waschen, da deren Herkunft unbekannt ist.

Mann

Referat 213, Bd. 139385

128

Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem sowjetischen Gesandten Terechow

30. April 1986[1]

Gespräch von StS Ruhfus mit dem sowjetischen Geschäftsträger Terechow am 30.4.1986 gegen 19.45 Uhr

Der Gesandte Terechow wurde wegen des Reaktorunglücks Tschernobyl[2] am 30.4. abends erneut in das Auswärtige Amt einbestellt (Botschafter Kwizinskij befand sich in Stuttgart).

StS *Ruhfus* führte aus, er wolle im Namen der Bundesregierung noch einmal sehr nachdrücklich um Unterrichtung bitten. Es liefen Meldungen um, wonach möglicherweise ein zweiter Reaktorkern in Mitleidenschaft gezogen sei. Die Frage stelle sich, ob wir damit rechnen könnten, daß der Brand unter Kontrolle oder eingestellt sei oder aber daß die Strahlung fortgesetzt werde. Es gingen

Fortsetzung Fußnote von Seite 664

der Verseuchung überschreite nur leicht die akzeptierte Norm. Sowjetische Seite halte keine besondere Behandlung der Bevölkerung für erforderlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1153; Referat 213, Bd. 139385.

14 Jürgen Chrobog.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 1. Mai 1986 gefertigt.

2 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127.

viele Anfragen aus der Bevölkerung und von Reiseunternehmen ein. Es sei für uns sehr wichtig, daß wir zuverlässige Informationen über das Ausmaß der Gefahr erhielten. Wir hätten jetzt den ersten Fall eines Mannes, der in hundert Kilometer Entfernung von der Unglücksstelle durchgereist sei. Anschließend seien in Jülich die Strahlenwerte gemessen worden. Seine Kleidung und er selbst seien in einem Maße kontaminiert worden, daß man sich Sorgen machen müsse. Der Wert habe 4 rem betragen, was noch nicht gesundheitsgefährdend sei, aber weit über dem normalen Maß liege.

Solange die sowjetische Regierung uns nicht unterrichte, hätten wir keine andere Möglichkeit, als wie folgt zu verfahren:

1) Abzuraten, gegenwärtig in das betroffene Gebiet zu reisen.

2) Auf Anfrage anzuraten, aus dem Gebiet abzureisen.

3) Die sowjetische Seite nachdrücklich zu bitten, denjenigen, die abreisen wollten, dies zu ermöglichen.

Der Gesandte *Terechow* teilte mit, daß er gerade eine Verlautbarung des Ministerrats der UdSSR erhalten habe, und trug daraus wie folgt vor: Die Arbeiten zur Behebung des Schadens an dem Atomkraftwerk würden fortgesetzt, die radioaktive Strahlung vermindere sich, der Grad der Strahlung in dem Gebiet und der Siedlung um das Kraftwerk gehe zurück. Die mit Hilfe von Kontrollgeräten durchgeführten Messungen hätten ergeben, daß eine Kettenreaktion der Teilung vom Kernbrennstoff nicht stattfinde, der Reaktor befinde sich im Zustand der Ruhe. Die Arbeiten zur Reinigung der verschmutzten Teile in der Umgebung würden mit Spezialeinheiten fortgesetzt. Verschiedene westliche Agenturen hätten Gerüchte verbreitet, wonach bei dem Unglück angeblich Tausende von Menschen ums Leben gekommen seien. Wie bereits mitgeteilt, seien in Wirklichkeit zwei Personen ums Leben gekommen. 197 Personen seien ins Krankenhaus eingeliefert worden, 49 davon seien nach Behandlung wieder entlassen worden. Die Arbeit in den Fabriken, Kolchosen, Sowchosen und Behörden verlaufe normal. Der Ministerrat der Ukraine habe mitgeteilt, daß nach den Angaben der Regierungskommission die Situation bezüglich der Strahlung in dem Kraftwerk Tschernobyl und der Umgebung sich verbessere. Der Zustand der Luft in dem übrigen Bereich des Gebiets von Kiew und in Kiew sei kein Grund zur Sorge. Die Qualität des Trinkwassers und auch des Wassers in den Flüssen entspreche den Normen. Die Umweltbeschaffenheit werde laufend kontrolliert.

Anschließend trug Terechow eine Mitteilung des sowjetischen Außenministeriums vor, die bezüglich der Lage am Kraftwerk auf der Mitteilung des sowjetischen Ministerrats beruht: Der Ausstoß von radioaktiven Stoffen sei zurückgegangen, das Ausmaß der radioaktiven Strahlung habe sich vermindert, eine Kettenreaktion finde nicht statt, der Reaktor befinde sich im Ruhezustand, die Arbeiten zur Reinigung der verschmutzten Gebiete würden fortgesetzt.

Die Sowjetunion verfüge über genügend Spezialwissen und wissenschaftliche Möglichkeiten, um selbst mit dem Unfall fertig zu werden. Es bestünde daher keine Notwendigkeit, die Hilfe von anderen Stellen in Anspruch zu nehmen. Es seien keine Bitten von Ausländern um Hilfestellung im Zusammenhang mit dem Reaktorunglück vorgebracht worden.

Terechow fuhr fort: Seine Regierung habe mit Dank die Hilfsangebote der

Bundesregierung, des Bundeskanzlers[3] und anderer Regierungsmitglieder zur Kenntnis genommen und sei dankbar für diese Bereitschaft.

Der *Staatssekretär* dankte für die Mitteilung. Zugleich wies er darauf hin, daß dennoch Angaben über die Strahlungswerte notwendig seien, wie hoch sie zu Anfang gewesen seien und wie hoch jetzt. Es wäre auch hilfreich, wenn internationale Experten Einblick bekämen. Unser Hilfsangebot sei auch dazu bestimmt gewesen, um zur Reduzierung der radioaktiven Bestrahlung auch auf unsere Bürger beizutragen. Es müßten alle zusammenarbeiten, um die Standards im Sicherheitsbereich zu erhöhen.

Terechow wies darauf hin, daß dies eine Frage für Experten sei. Aus den von ihm vorgetragenen Mitteilungen ergebe sich nur eine mögliche Schlußfolgerung, nämlich, daß sich die Lage stabilisiere. Alle anderen Blöcke seien getrennt und seien stillgelegt. Das Ausmaß der Gefährdung für die Personen in unmittelbarer Nähe sei gering. Deshalb sei kaum anzunehmen, daß jemand von den Deutschen ernsthaft bedroht sei. Es sei notwendig, an diesen Vorgang mit Ruhe heranzugehen und Emotionen zu vermeiden. Er sehe eigentlich keine Gründe für die Maßnahmen, die von unserer Seite erwähnt worden seien, aber das sei natürlich unsere Angelegenheit. Er sei gern bereit, weitere Informationen zur Verfügung zu stellen.

Der *Staatssekretär* antwortete, daß ein Großteil der gesundheitlichen Schäden sich erst nach einiger Zeit herausstelle. Was die weiteren Informationen anbelange, so könnten sie auch während der bevorstehenden Festtage übermittelt werden. Im Auswärtigen Amt liege die Anforderung einer Firma vor, die ihre 130 Mitarbeiter mit Familienangehörigen aus dem betroffenen Gebiet in die Bundesrepublik Deutschland ausfliegen lassen wolle. Es handle sich um die Firma Uhde. Das Auswärtige Amt wäre für die Hilfe der sowjetischen Regierung sehr dankbar.

Terechow wies darauf hin, es wäre am besten, wenn sich die Botschaft Moskau ans sowjetische Außenministerium wende. Bezüglich der Frage der Entsendung einer Bundeswehrmaschine nach Kiew verhielt Terechow sich zurückhaltend und meinte im übrigen, daß man ein Charterflugzeug von Aeroflot in Anspruch nehmen könne, dies sei problemlos.[4]

Der *Staatssekretär* hob hervor, daß die Bundesregierung beruhigend auf die Öffentlichkeit eingewirkt habe, daß die sowjetische Regierung es aber in der Hand habe, durch rechtzeitige und umfassende Information Sorgen in der Bevölkerung zu zerstreuen. Was zusätzliche fachliche Informationen anbelange, sei das Auswärtige Amt gern bereit, Fachleute für den Meinungsaustausch zu benennen. *Terechow* nahm dies dankend zur Kenntnis.

Referat 213, Bd. 139385

3 Bundeskanzler Kohl erklärte am 29. April 1986 in Neu Delhi: „Wenn wir als Bundesrepublik hilfreich sein können, stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.“ Vgl. BPA/Ostinformationen/ 30.4.1986, S. 18; Referat 213, Bd. 139385.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner notierte am 2. Mai 1986: „Ausreise deutscher Experten (Uhde) aus dem gefährdeten Gebiet in der SU durch Charter Austrian Airlines, die VOEST-Mitarbeiter am 1.5. ausfliegt, gelöst. 100 Uhde-Mitarbeiter reisen aus, 30 bleiben dort. Die 14 verbliebenen BISON-Mitarbeiter bleiben ebenfalls auf ihrem Arbeitsplatz. Falls Uhde […] weitere Hilfe braucht, wird die Firma sich melden.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153279.

129

Botschafter Schödel, Neu-Delhi, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 705 **Aufgabe: 2. Mai 1986, 12.30 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 2. Mai 1986, 10.24 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Indien (27. bis 30.4.1986);
hier: Verlauf und Ergebnisse

I. Nach einem ganztägigen Aufenthalt in und um Agra, der alten Hauptstadt des indischen Mogulreiches, der durch die Fülle von kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten beeindruckte, begann am Morgen des 28. April in Neu Delhi der offizielle Teil des Besuches von Bundeskanzler Dr. Kohl und Frau Kohl in Indien.

Die deutschen Gäste wurden vom indischen Premierminister und Frau Gandhi in Gegenwart von Regierungsmitgliedern und diplomatischem Corps mit militärischen Ehren empfangen. Mit der Niederlegung eines Kranzes an der Verbrennungsstätte des Vaters der Nation, Mahatma Gandhi, und einem Besuch der in der vormaligen Residenz von Frau Indira Gandhi eingerichteten Gedächtnisstätte für die im Garten dieses Grundstücks ermordete Ministerpräsidentin[2] erwies Bundeskanzler Kohl diesen herausragenden Persönlichkeiten in der Geschichte des modernen Indiens seine Reverenz; er besuchte anschließend Staatspräsident Giani Zail Singh und Vizepräsident R. Venkataraman.

Kernstück des Kanzlerbesuches war ein zweistündiges Gespräch unter vier Augen mit Premierminister Gandhi und anschließend die Teilnahme beider Regierungschefs am deutsch-indischen Delegationsgespräch unter Leitung von BM Warnke und Außenminister Bhagat (vgl. Bericht über Delegationsgespräch[3]).

Weitere Gelegenheiten zum Zusammentreffen der Regierungschefs und zur Vertiefung der Gespräche boten das vom Premierminister gegebene Abendessen am ersten Besuchstage und das vom indischen Vizepräsidenten gegebene Mittagessen am folgenden Tage.

Ein mit einem indischen Sonderflugzeug durchgeführter Kurzbesuch im 420 km entfernten Kanpur bot Gelegenheit, im dortigen Flugzeugwerk von Hindustan Aeronautics Ltd. die Fertigungsstätte des in deutsch-indischer Kollaboration produzierten Dornier-Flugzeuges DO-228 zu sehen und die Atmosphäre und Leistungskraft eines modernen indischen Werkes kennenzulernen. Am Nachmittag des 29. April empfing BK Kohl den indischen Außenminister B. R. Bhagat zu eigenem Gedankenaustausch über außenpolitische Fragen (vgl. DB[4]),

1 Hat Vortragendem Legationsrat Elias am 3. Mai 1986 vorgelegen.

2 Ministerpräsidentin Gandhi wurde am 31. Oktober 1984 ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

3 Zum deutsch-indischen Regierungsgespräch am 28. April 1986 vgl. den Drahtbericht Nr. 3/4 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, z. Z. Neu Delhi, vom selben Tag; Referat 340, Bd. 136837.

4 Bundeskanzler Kohl erörterte am 29. April 1986 in Neu Delhi mit dem indischen Außenminister Bhagat auch wirtschaftspolitische Themen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 713 des Botschafters Schödel, Neu Delhi, vom 3. Mai 1986; Referat 340, Bd. 136838.

während BM Warnke, StS Dr. Meyer-Landrut und StS Dr. von Würzen ihrerseits hochrangige Gespräche mit indischen Regierungsmitgliedern führten.

Für Vertreter der indischen Wirtschaft wie auch für die den Kanzler begleitenden führenden 14 Persönlichkeiten aus der deutschen Wirtschaft waren von besonderem Interesse ein auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers ins Programm eingefügtes Round-Table-Gespräch über Wirtschaftsfragen und der sich anschließende große Empfang im Delegationshotel zu Ehren des Bundeskanzlers und seiner Frau.

Eine Begegnung mit der Nobelpreisträgerin Mutter Teresa[5], ein Besuch im deutschen Kulturinstitut Max Müller Bhavan und Besuche von Frau Kohl in der deutschen Schule und einem indischen Heim für spastische Kinder waren den großen Problemen Indiens auf dem Gebiet Sozialfürsorge und der Erziehung sowie den kulturellen Kontakten gewidmet.

Die am Nachmittag des letzten Besuchstages eingefügte gutbesuchte Pressekonferenz nutzte Bundeskanzler Kohl, um Ziele und Verlauf seines Besuches zu erläutern, die Ergebnisse zu beleuchten und seine Überzeugung darzutun, daß mit diesem Besuch und den dabei geknüpften engen Banden zwischen den beiden Regierungschefs ein neues Kapitel in den traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland beginnen werde.

II. Der von indischer wie von deutscher Seite seit langem gewünschte und angestrebte Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Indien hat eine Fülle konkreter Ergebnisse gebracht. Auf zahlreichen Gebieten wurden Vereinbarungen getroffen, Einigungen erzielt, Absichten ausgesprochen und Grundlagen für weitere Verhandlungen geschaffen:

– Bekanntgabe einer Ausweitung des Volumens der deutschen finanziellen Zusammenarbeit mit Indien ab 1986 um 10 Prozent.
– Unterzeichnung zweier MoU über bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen der Kohleförderung[6] und der Meerestechnologie[7].
– Erklärung unserer Bereitschaft zu weiterer Förderung des Indian Institute of Technology in Madras[8], zur Ausweitung der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit und zur Förderung des indischen Exports[9].

5 Zur Begegnung des Bundeskanzlers Kohl mit Mutter Theresa am 29. April 1986 in Neu Delhi vgl. Dok. 125.

6 In dem am 29. April 1986 in Neu Delhi unterzeichneten Memorandum of Understanding kamen die Bundesrepublik und Indien überein, der Zusammenarbeit im Kohlebergbau und bei der Kohlenutzung „besondere Priorität“ zu geben und die Leitung der Arbeitsgruppe Kohle der deutsch-indischen Kommission für industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene anzuheben und auf indischer Seite dem Kohleministerium, auf Seiten der Bundesrepublik dem Bundesministerium für Wirtschaft zu übertragen. Für das Memorandum of Understanding vgl. Referat 340, Bd. 136838.

7 Am 29. April 1986 unterzeichneten Staatssekretär Meyer-Landrut und der Staatssekretär im indischen Außenministerium, Qasim, ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Bereich der Meerestechnologie. Es sah u. a. den Verkauf von Technologie aus der Bundesrepublik an Indien für den Tiefseebergbau sowie die Durchführung gemeinsamer Meeresprojekte vor. Für das Memorandum of Understanding vgl. Referat 340, Bd. 136838.

8 In einem während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 27. bis 30. April 1986 in Indien übergebenen Memorandum erklärte sich die Bundesregierung bereit, den Ausbau des Indian Institute of Technology in Madras im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch „die Erweiterung

– Übermittlung einer Einladung für den indischen Staatspräsidenten zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland 1987[10] und Erneuerung der Einladung für Premierminister Gandhi zu einem baldigen offiziellen Besuch[11].
– Vereinbarung, die Sitzungen der deutsch-indischen Gemischten Wirtschaftskommission künftig auf Ministerebene abzuhalten.
– Erklärung unserer Absichten, eine deutsche technische Ausstellung in Neu Delhi im Frühjahr 1988 durchzuführen[12] und die Veranstaltung eines Indian Festivals in Deutschland 1988 oder 1989[13] im Rahmen unserer kulturellen Zusammenarbeit zu unterstützen.
– Bekanntgabe unserer Bereitschaft zur beschleunigten Fortsetzung der Verhandlungen über ein baldiges Auslieferungs- und Rechtshilfeabkommen[14] und unseres Wunsches nach baldiger Aufnahme von Regierungsverhandlungen zur Regelung von Fragen der Seeschiffahrt[15].

Fortsetzung Fußnote von Seite 669

und Modernisierung des Department of Metallurgical Engineering sowie über die Lieferung einer modernen Rechenanlage" zu unterstützen. Ferner werde die Bundesrepublik neue Vorhaben „zum Ausbau der Forschungs- und Ausbildungskapazität der Hochschule wohlwollend prüfen". Vgl. das Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. April 1986; Referat 340, Bd. 136838.

9 In einem weiteren während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 27. bis 30. April 1986 in Indien übergebenen Memorandum erklärte sich die Bundesregierung bereit, „künftig Instrumente der Technischen Zusammenarbeit noch stärker als bisher auf die Unterstützung der indischen Industrie bei ihren Bemühungen um Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und um Steigerung ihrer Exporte, auch in die Bundesrepublik Deutschland, und der mit dem Export befaßten indischen Organisationen auszurichten". Vgl. das Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. April 1986; Referat 340, Bd. 136838.

10 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker lud Präsident Zail Singh mit Schreiben vom 17. März 1986 zu einem Besuch in der Bundesrepublik ein. Für das Schreiben vgl. Referat 340, Bd. 144669.

11 Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 6. bis 8. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf.

12 Vom 14. bis 20. März 1988 fand in Neu Delhi die „Technogerma India 1988" statt.

13 Die Indischen Festspiele in der Bundesrepublik fanden 1991/92 statt.

14 Die erste Runde der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Indien über ein Auslieferungs- und ein Rechtshilfeabkommen fand vom 25. November bis 5. Dezember 1986 in Neu Delhi statt. Zur Vorgeschichte vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch am 11. Dezember 1986: „Wir hatten bereits 1959 Indien den Abschluß eines Auslieferungsvertrages vorgeschlagen aus dem Bestreben heraus, mit möglichst vielen wichtigen Staaten zu entsprechenden Regelungen zu kommen. Im Laufe der Jahre waren Entwürfe von beiden Seiten ausgetauscht worden, ohne daß es zu ernsthaften Verhandlungen gekommen wäre, da es letztlich vor allem auf der indischen Seite an einem echten Interesse fehlte." Auch seitens der Bundesrepublik sei das Interesse wegen der geringen Zahl an Auslieferungsfällen beschränkt gewesen. Erst 1984 sei das indische Interesse wegen der steigenden Zahl an Straftaten „extremistischer Sikhs" in Indien gestiegen: „Demgegenüber haben wir ein stärkeres Interesse am Abschluß eines Rechtshilfevertrages, da die Inder in zahlreichen Fällen unsere Rechtshilfeersuchen nicht erledigt und gelegentlich erklärt hatten, aufgrund der indischen Gesetzeslage sei der Abschluß eines solchen Vertrages nicht möglich." Vgl. Referat 340, Bd. 144664.

15 Legationsrat I. Klasse Schiff teilte der Botschaft in Neu Delhi am 15. April 1986 mit: „Der Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien wird von der ‚Continent-India-Pakistan-Conference' bedient. Konferenzmitglieder sind neben drei indischen Reedereien die im sog. ‚COBRA'-Konsortium fahrenden Reedereien der Bundesrepublik Deutschland (Hapag-Lloyd), der Niederlande, Frankreichs, Großbritanniens und aus einigen Comecon-Staaten. […] Aufgrund von ladungslenkenden Maßnahmen der indischen Seite ist der von Hapag-Lloyd geförderte Ladungsanteil in den letzten Jahren zurückgegangen. Hapag-Lloyd verfügt über freie Transportkapazität für dieses Fahrtgebiet und erwartet eine erhebliche Ausdehnung des indischen Importmarktes. Daher wird eine bessere Aufteilung der Ladung angestrebt." Vgl. den Schrifterlaß; Referat 340, Bd. 144662.
Die Verhandlungen wurden am 12. Januar 1987 in Neu Delhi aufgenommen.

– Gedankenaustausch des Bundeskanzlers mit Mutter Teresa und Ankündigung einer finanziellen Unterstützung der Bundesregierung für deren Sozialarbeit in Kalkutta.
– Eröffnung des Direktwahlfernsprechverkehrs von Indien nach Deutschland.

Darüber hinaus haben sich Bundeskanzler, BM Warnke und die Staatssekretäre Meyer-Landrut und von Würzen für baldige zufriedenstellende Regelung einer Reihe offener Fragen und Anliegen eingesetzt, die der Bundesregierung im Interesse deutscher Firmen, Bürger und Institutionen dringend erscheint.

III. Wertung

Die vom Bundeskanzler mehrfach ausgedrückte Absicht, ein neues Kapitel in den deutsch-indischen Beziehungen zu beginnen, kann vom Ablauf und Erfolg dieses Besuches her nur bestätigt werden. Beide Seiten hatten im Vorfeld große Anstrengungen unternommen, um auch bei den Inhalten des Besuches Fortschritte zu erzielen.

Dieses atmosphärisch gute Zusammenspiel hat sich während des dreitägigen Aufenthalts fortgesetzt. Der Bundeskanzler traf auf einen aufgeschlossenen und konstruktiven Premierminister, den er schon von vier früheren Zusammenkünften her kannte. Beide Staatsmänner verstanden sich und regten sich gegenseitig an. Bei durchaus unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen internationalen Themen war man sich doch in der Grundauffassung zu den ernsten Problemen unserer Zeit einig.

Obwohl in allen Gesprächen Probleme unserer bilateralen Beziehungen von beiden Seiten offen angesprochen wurden, gab es keine vorwurfsvollen Argumentationen. Man spürte die Bemühungen, durch Entgegenkommen wo irgend möglich ein positives Ergebnis des Besuches herbeizuführen und damit die Basis für die künftige intensivierte Zusammenarbeit zu sichern. Die besonderen indischen Anliegen des Außenhandelsdefizits und der Sikh-Extremisten in Deutschland[16] wurden zwar angesprochen, spielten aber im Gesamtkontext keine belastende Rolle.

Zu dem atmosphärisch spürbaren Erfolg trugen nicht nur die deutschen Zusagen und Absichtserklärungen bei, sondern ganz wesentlich die Art des Kanzlers, seine Gesprächspartner zu überzeugen, daß er ernsthaft entschlossen ist, Indien die ihm gebührende Rolle in unseren Beziehungen einzuräumen und eine langjährige alte Freundschaft wieder voll zu beleben.

[gez.] Schödel

Referat 340, Bd. 136838

16 Zu den Aktivitäten von Angehörigen der Religionsgemeinschaft der Sikhs in der Bundesrepublik vgl. Dok. 34, Anm. 25.

130

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten

VS-NfD **Aufgabe: 2. Mai 1986, 17.46 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 20

Betr.: WEU-Ministerrat am 29./30.4.1986 in Venedig

Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

1) Unter Vorsitz von AM Andreotti fand am 29./30.4.1986 in Venedig WEU-Ministerrat statt. Es nahmen teil die Außen- und Verteidigungsminister der sieben WEU-MS, F[2], GB[3], I[4], Benelux[5] und D[6], die Ständigen Vertreter im Rat[7] sowie der WEU-GS[8]. Nur luxemburgischer AM und britischer VM ließen sich durch StS[9] bzw. StM[10] vertreten.

2) Im Mittelpunkt der Beratungen stand Thema West-Ost-Beziehungen, das Ministern Gelegenheit bot, zu wichtigem Zeitpunkt – laufende West-Ost-Beziehungen in Genf, Wien und Stockholm über verschiedene Fragen der Rüstungskontrolle sowie im KSZE-Rahmen anstehende Treffen – Ansichten zu diesem Fragenkomplex abzustimmen und so auch zur Vorbereitung des NATO-Treffens in Halifax[11] beizutragen.

Es bestand Einigkeit, Fortführung der verschiedenen laufenden Abrüstungsverhandlungen politisch zu ermutigen mit dem Ziel, am Verhandlungstisch zu Ergebnissen zu gelangen, die Interessen Europas an stabiler Friedensordnung voll berücksichtigen. Ost-Berliner Gorbatschow-Vorschläge, konventionelle Rüstungen in ganz Europa in Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen[12], fand grundsätzlich positive Beurteilung mit der Maßgabe, daß Moskau seine öffentlich angekündigte Bereitschaft zu Fortschritten insbesondere bei Verifikation

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.
Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Brecht konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 2. Mai 1986 vorgelegen.

2 Jean-Bernard Raimond und André Giraud.

3 Geoffrey Howe und George Younger.

4 Giulio Andreotti und Giovanni Spadolini.

5 Leo Tindemans und François-Xavier de Donnea (Belgien); Jacques Poos und Marc Fischbach (Luxemburg); Hans van den Broek und Jacob de Ruiter (Niederlande).

6 Hans-Dietrich Genscher und Manfred Wörner.

7 Jean-Paul van Bellinghen (Belgien), Bruno Bottai (Italien), David Ratford (Großbritannien), Jacques Viot (Frankreich), Jean Wagner (Luxemburg)und Rüdiger Freiherr von Wechmar (Bundesrepublik). Die Niederlande waren auf der Ebene von Botschaftsräten vertreten.

8 Alfred Cahen.

9 Robert Goebbels.

10 John Stanley.

11 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

12 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April 1986 vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

jetzt in Stockholm (KVAE) und Wien (MBFR) praktisch beweisen müsse. Die Minister waren sich einig, daß Unterschiede zwischen öffentlichen Erklärungen der SU-Führung und ihrem Verhalten am Verhandlungstisch deutlich herausgestellt werden sollten.

Zu SDI beschlossen die Minister, daß SDI-AG[13] beauftragt werden sollte, ihre Untersuchungen zum SDI-Forschungsprogramm und zu den politisch-strategischen Implikationen möglicher Entwicklungen strategischer Verteidigungssysteme für Europa fortzusetzen.

Bei Thema Sicherheit im Mittelmeer behandelten die Minister Probleme des internationalen Terrorismus. Sie unterstützten die Beschlüsse der EG-AM zur Bekämpfung des Terrorismus[14] und befürworteten ihre rasche und wirksame Umsetzung neben einer Verstärkung des Dialogs mit arabischen Staaten.

Zur Frage einer möglichen WEU-Erweiterung durch Spanien und Portugal stimmten die Minister überein, zunächst die Reorganisation der WEU abzuschließen (Ende 1987). Der italienische Vorsitz wird jedoch informelle sondierende Kontakte mit SP und PTG aufnehmen, um deren derzeitige Position zu Zeitpunkt und Bedingungen eines evtl. Beitritts zu klären.

Aus aktuellem Anlaß brachten die Minister ihr Mitgefühl mit den Opfern des sowjetischen Reaktorunfalls bei Kiew[15] zum Ausdruck und boten technische und medizinische Hilfe an. Sie forderten die SU auf, voll über die Ursachen und Auswirkungen des Unfalls zu informieren.

II. Im einzelnen

1) West-Ost-Beziehungen

Vorsitzender AM Andreotti erinnerte in Eingangserklärungen an Absage des Treffens Shultz–Schewardnadse aufgrund Libyen-Ereignisse.[16] Perspektiven für Fortsetzung des Dialogs der Großmächte seien dennoch da, verstärkte Anstrengungen der Europäer hierbei hilfreich. Bei Gorbatschow-Vorschlägen seien taktische Elemente zu beachten. Darstellung der SU als friedliche Macht vor allem in öffentlicher Meinung solle Isolierung der USA herbeiführen.

BM, der als erster intervenierte, verwies in seinem Beitrag darauf, daß es in unserem Interesse sei, wenn vor Jahresende ein gut vorbereiteter Gipfel stattfinde, der nicht durch amerikanischen Wahlkampf[17] beeinträchtigt sei. Die von sowjetischer Führung angestrebte Modernisierung des Landes sei wesentliches Motiv für ihr Interesse an Abrüstung, doch dürfe nicht darauf spekuliert werden, Position sowjetischer Schwäche ausnutzen zu können. Wichtig sei für unser Verhalten gegenüber SU und gegenüber Öffentlichkeit, die SU beim Wort zu nehmen. Ihre Verständigungsbereitschaft in Abrüstungsfragen müsse sich

13 Zur Einsetzung einer SDI-Arbeitsgruppe der WEU vgl. Dok. 51, Anm. 15.

14 Vgl. dazu die Beschlüsse der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 14. bzw. 21. April 1986; Dok. 97, Anm. 12, bzw. Dok. 109, Anm. 8.

15 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

16 Zur sowjetischen Absage des Treffens der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 15. April 1986 vgl. Dok. 104, Anm. 22.

17 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

am Verhandlungstisch beweisen. BM unterstrich Europas Recht auf gleiches Maß an Sicherheit. Amerikanische Vorschläge in Genf, die europäischen Interessen Rechnung tragen, verdienten volle Unterstützung. Bei Mittelstreckenwaffen sei jetziger globaler Ansatz der USA flexibler als frühere Positionen des Bündnisses. Es dürften keine Grauzonen bei taktischen Nuklearwaffen und Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite entstehen. Hinsichtlich des konventionellen Kräfteverhältnisses habe Gorbatschow in Ost-Berlin westliche Vorstellungen aufgenommen. Europäer müßten deren Umsetzung jetzt einfordern, um aus reaktiver Position herauszukommen. BM unterstrich, daß Vertrauensbildung durch Informationsaustausch und Transparenz (KVAE) eine ebenso wichtige Voraussetzung für Fortschritte bei konventioneller Rüstungskontrolle sei wie der Versuch in Wien[18], Methode zur Klärung der Datenprobleme durch kooperative Maßnahmen zu entwickeln. Über weitere Behandlung dieses Themas könne dann Wiener KSZE-Folgekonferenz entscheiden, die gründlicher Vorbereitung bedürfe.

BM-Beitrag fand breite Zustimmung. Alle folgenden Sprecher bezogen sich darauf. NL-AM warf Frage auf, in welchen Gremien Gorbatschow-Vorschläge vom 18.4. behandelt werden sollten: MBFR ist auf Mitteleuropa beschränkt, F nimmt nicht teil. KVAE schließt Neutrale und Blockfreie mit ein.

F-AM charakterisierte Gorbatschow als Mann der Verhandlungen, der zwar keine ideologischen Sprachmuster benutze, aber konkret auch noch keine Kompromißbereitschaft unter Beweis gestellt habe.

Anknüpfend an britischen AM unterstrich VM Wörner, daß SU Politik auf zwei Ebenen führe: am Verhandlungstisch und in Öffentlichkeit. Westen beginne, Initiative in öffentlicher Meinung zu verlieren, nicht am Verhandlungstisch. Es komme darauf an, Unterschiede zwischen öffentlichen Erklärungen der SU-Führung und ihrem tatsächlichen Verhalten Öffentlichkeit deutlicher zu machen. Auch WEU könne hier stärker genutzt werden.

2) Sicherheit im Mittelmeer

VM Spadolini verwies in Einführung auf jüngste Vorgänge in Großer Syrte[19] und libyschen Raketenangriff auf italienische Insel[20]. Ausgehend von lokalen Krisen im Mittelmeerraum (Konflikte zwischen oder mit arabischen Staaten) könne es leicht zu globaler Konfrontation kommen. Gemeinsame politische Strategie der Europäer sei notwendig.

Minister waren sich einig, daß hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die Beschlüsse der EG-AM unterstützt und deren rasche und wirksame Umsetzung befürwortet werden sollten. Die Einsetzung einer neuen WEU-Gruppe zur Terrorismusbekämpfung – so Memorandum des Versammlungspräsidenten Caro vom 17.4.[21] – sei weder erforderlich noch nützlich, Präsident Caro habe für seinen Vorschlag im übrigen kein Mandat der Parlamentarier gehabt.

18 In Wien fanden die MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu zuletzt Dok. 81 und Dok. 82.
19 Zum Konflikt zwischen den USA und Libyen in der „Großen Syrte“ vgl. Dok. 83.
20 Zum Zwischenfall vor der Insel Lampedusa am 15. April 1986 vgl. Dok. 104, Anm. 23.
21 Für das Memorandum des Präsidenten der WEU-Versammlung, Caro, vgl. Referat 209, Bd. 148715.

BM verwies in Beitrag auf Bedeutung des Europäisch-Arabischen Dialogs, sein Besuch in Algerien am Vortag[22] habe positive Resonanz hinsichtlich Zusammenarbeit bei Terrorismusbekämpfung gezeitigt. Europa müsse zur [23]Stabilisierung der inneren Situation arabischer Mittelmeer-Anrainerstaaten beitragen. Dies sei ein klassischer Fall von Arbeitsteilung im Bündnis. Die politische Aufgabe europäischer Staaten könne hier nicht von den USA übernommen werden.

3) Ressourcenmanagement[24] und Entwicklung von Verteidigungskosten, Europäische Rüstungskooperation[25]

Die Minister erinnerten an die immer komplexer werdenden Probleme, die durch steigende Kosten bei Forschung, Entwicklung und Produktion von Waffensystemen entstehen. Unter Bezugnahme auf das am 28.4. in Madrid stattgefundene IEPG-Treffen der Verteidigungsminister[26] wurden die von der IEPG gemachten Fortschritte bei der Harmonisierung militärischer Bedarfsplanung im Flugzeugbau und bei der Planung gemeinsamer Forschungsprojekte begrüßt. Die Minister erteilten den Auftrag, daß Studien zum Ressourcenmanagement und zur Implikation steigender Verteidigungskosten vorgelegt werden sollten.

4) Unter institutionelle Fragen berichtete GS Cahen kurz über Stand der WEU-Reorganisation. Bei Bedarf solle Praxis fortgesetzt werden, Sitzungen des Ständigen Rats um Politische Direktoren der WEU-MS zu erweitern.

Zur Frage einer möglichen WEU-Erweiterung ergab längere Diskussion der Minister Einigkeit über die gegenwärtige Inopportunität definitiver Entscheidung. Juristische und politische Fragen sollten weiter geprüft werden, die Reorganisation zunächst bis Ende 1987 abgeschlossen werden (hierzu folgt gesonderter Erlaß[27]). BM äußerte deutsche Aufgeschlossenheit für Kandidaturen SP, PTG, später ggfs. auch Norwegen.

22 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 27./28. April 1986 in Algerien vgl. Dok. 124.

23 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 19 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

24 Am 24. April 1986 notierte Referat 209: „Das Thema geht zurück auf einen Studienauftrag an die Agentur II der WEU (Sicherheits- und Verteidigungsfragen). Dieser Auftrag hat bislang zu einem Berichtsentwurf geführt, der aber […] nicht den Ministern vorgelegt werden soll." Vgl. Referat 209, Bd. 148715.

25 In einer undatierten Aufzeichnung hielt Referat 209 fest: „In den Beschlüssen von Rom im Oktober 1984 wurde der wiederbelebten WEU zur Aufgabe gemacht, einen ‚aktiven Beitrag zur Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich' zu leisten; die WEU solle den bestehenden Gremien, insbesondere der IEPG (Independent European Programme Group) und der CNAD (Conference of National Armaments Directors) ‚politische Impulse' geben. Zu diesem Ziel wurde die Pariser Agentur III geschaffen […]. Auf ihrem Treffen in Rom im November 1985 billigten die Minister, daß die Agentur III sich, als erste neue Aufgabe, mit der Frage ‚Technologie-Transfer unter den europäischen Verbündeten' befassen solle. In vorläufiger Form liegt der Bericht den Ministern vor." Vgl. Referat 209, Bd. 148715.

26 Vgl. dazu das Kommuniqué über die Ministertagung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG); EUROPA-ARCHIV 1986, D 366–369.

27 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling bat die Botschaften in Lissabon, Madrid und Oslo „bei sich bietender Gelegenheit in geeigneter Weise auf folgendes hinzuweisen: Bundesminister unterstrich bei WEU-Ministerrat den delikaten Charakter des Themas WEU-Erweiterung. Kein Land sollte in die Situation gebracht werden, eine Absage zu erhalten. Wichtig sei deshalb eine diskrete Behandlung. Für Botschaften Lissabon und Madrid: Bitte in diesem Zusammenhang darlegen, daß BM sich erneut für Aufnahme Portugals und – falls Regierung Antrag stellen sollte – Spaniens in die WEU ausgesprochen hat. Für Botschaft Oslo: Bitte darlegen, daß BM in Fortführung unserer Linie, Bemühungen Norwegens um Stärkung seiner Europa-Kontakte zu unterstüt-

5) Zum Reaktorunfall bei Kiew brachte BM Mitgefühl mit Opfern zum Ausdruck und regte an, daß NL-EPZ-Vorsitz Fürsorge für EG-Staatsbürger in SU koordinieren sollte. Unabhängig von technischem und medizinischem Hilfsangebot und Bemühen um eigene Staatsbürger unterstrich BM Recht auf umfassende Information gegenüber SU angesichts grenzüberschreitender Gefahren. VM Wörner bekräftigte, daß Auftreten von Schäden in anderen Ländern nicht abgewartet werden dürfe, ehe SU über Schadensfall aufkläre.

6) Die Minister verabschiedeten Kommuniqué[28], das als Schwerpunkt West-Ost-Beziehungen behandelt.

III. 1) Im Anschluß an Ministerrat unterrichtete AM Andreotti Versammlungsausschüsse über Ergebnis der Sitzung. Versammlungspräsident Caro (UDF) machte in teilweise polemischer Form als Kritik geltend, daß es Rat nicht gelungen sei, politisch in folgenden Punkten erfolgreich tätig zu werden:

– Harmonisierung der Antwort der Europäer auf amerikanische Einladung, am SDI-Forschungsprogramm teilzunehmen[29],
– politische Impulse für Rüstungskooperation,
– gemeinsame Antwort zu Gorbatschow-Vorschlägen,
– gemeinsame Terrorismusinitiative,
– definitive Antwort auf Erweiterungsfrage.

Er habe Zweifel an Fähigkeit der WEU, gemeinsamen politischen Willen zu dokumentieren.

Themen wurden von anwesenden Parlamentariern teilweise weiterverfolgt. MdB Gansel (SPD) fragte, warum im Kommuniqué unter „Terrorismus“ Libyen nicht namentlich erwähnt worden sei. Er wurde darauf verwiesen, daß die Beschlüsse der EPZ ohne Einschränkungen bekräftigt worden sind.

Vorsitzender AM Andreotti wies Vorwürfe Caros zurück mit grundlegendem Hinweis darauf, daß weder Versammlung noch Rat nach dem WEU-Vertrag[30] operative Befugnisse oder Entscheidungskompetenzen übertragen bekommen hätten. Ministerrat sei Koordinierungs- und Abstimmungsgremium, dessen Überlegungen in Sicherheits- und Verteidigungsfragen sich als nützlich und fruchtbar erwiesen hätten. WEU sei keine supranationale Organisation, sondern beziehe ihre Kompetenzen aus dem, was nationale Parlamente ihr zubilligten.

[gez.] Braunmühl

Referat 209, Bd. 148715

Fortsetzung Fußnote von Seite 675

zen, die Frage eines möglichen WEU-Beitritts Norwegen in behutsamer Form angesprochen hat. Auch hier sollte Absage erteilt werden, falls Norwegen sich zu einem späteren geeigneten Zeitpunkt zur Antragstellung entschließen sollte (BM versteht diese Feststellung nicht als Ermutigung, einen Beitrittsantrag zu stellen). Mit dieser Haltung berücksichtigten wir, daß Norwegen […] von Anbeginn positive Einstellung zu WEU-Belebung und zu ihrem Beitrag zur Allianz eingenommen hat.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3691 vom 12. Mai 1986; Referat 209, Bd. 148715.

28 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die WEU-Ministerratstagung am 29/.30. April 1986 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 369 f.

29 Zur Einladung der USA zur Teilnahme am SDI-Forschungsprogramm vgl. Dok. 57, Anm. 24.

30 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

131

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-2824/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 2. Mai 1986, 18.33 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 369 **Ankunft: 2. Mai 1986, 22.17 Uhr**

Betr.: „Vorschläge" Gorbatschows zur konventionellen Abrüstung in ganz Europa[2]

Da ich möglicherweise an den Besprechungen, die nächste Woche in Bonn zur Vorbereitung der kommenden Verhandlungsrunde[3] stattfinden werden, wegen eines Unfalls nicht teilnehmen kann, möchte ich fernschriftlich einige Anregungen zur Einordnung der jüngsten Vorschläge Gorbatschows aus hiesiger Sicht geben. Dabei werden Gespräche verwertet, die ich mit den Delegationsleitern der USA[4], UK[5], Niederlande[6] und Kanadas[7] führte. Gespräche, die mit Vertretern der wenigen zur Zeit in Wien anwesenden WP-Delegationen vorgesehen waren, konnte ich nicht mehr führen.

1) Gorbatschows Ost-Berliner Erklärungen zur konventionellen Rüstungskontrolle in ganz Europa können, selbst im Vergleich zu früheren rüstungskontrollpolitischen Erklärungen und Programmen Gorbatschows, nur mit Vorbehalt als „Vorschläge" im Sinne konkreter Rüstungskontrolle aufgefaßt werden. Eher handelt es sich um einen Versuchsballon, um eine kühne Idee, die vorwiegend in der Erwartung auf westliches Echo lanciert wurde. Vage Formulierungen wie auch widersprüchliche Deutungen sowjetischer Sprecher könnten es der SU erleichtern, politische und Verhandlungsvorteile im Hinblick auf möglichst viele der laufenden Ost-West-Runden zu erzielen:

Auch nach meiner Ansicht steht dabei die Absicht im Vordergrund, den Einwand der nuklearen Schlagseite im Abrüstungsprogramm Gorbatschows vom 15. Januar 1986[8] zu entkräften.

– Die Andeutung, Gorbatschow habe als Forum für seinen Vorschlag die nächste Etappe der KVAE im Auge gehabt (vgl. Drahtberichte der Botschaft Moskau Nr. 1096 vom 25.4.[9] und 1104 vom 26.4.[10]), zielt offensichtlich auf die

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
2 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April 1986 vgl. auch Dok. 114.
3 Zur 39. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vom 15. Mai bis 3. Juli 1986 vgl. Dok. 184.
4 Robert D. Blackwill.
5 Michael Alexander.
6 Jan H. L. van de Mortel.
7 Michael Shenstone.
8 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
9 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete über Gespräche mit dem Mitglied der sowjetischen MBFR-Delegation, Schelepin. Dieser habe eindeutig zu verstehen gegeben, „daß der neue sowjet[ische] Vorschlag über MBFR hinausweist. Sch. leitete dies aus zwei Elementen ab: der geographischen Reduzierungszone (‚ganz Europa – vom Atlantik bis zum Ural'); dem Teilnehmerkreis (‚alle europ[äischen] Staaten plus USA und Kanada'). […] Aus Äußerung ergab sich, auch wenn er dies nicht explizit aussprach, der Eindruck, daß die SU in Wien allenfalls noch ein erstes MBFR-Abkommen

Beeinflussung der Diskussion um das KVAE-Mandat beim bevorstehenden KSZE-Folgetreffen in Wien ab. Der Gedanke könnte auf einige westliche Partner ebenso attraktiv wie für andere abschreckend wirken und damit eine Spaltung des Westens fördern.

– Die Darstellung als MBFR-relevanter Vorschlag (außer Dobrynin gegenüber Bahr[11] u. a. der Kommentar I. Charikow in einer Diskussion, von Radio Moskau (Inlandsdienst) am 20. April übertragen: „What M. S. Gorbatschow proposed here is essentially a continuation, a development, of the initiatives that the Soviet Union, on behalf of the socialist countries, has more than once put forward at various times in the Vienna talks") könnte es dem Osten und insbesondere der SU erleichtern, sich dem Druck zu entziehen, unter den sie durch die westliche Dezemberinitiative[12] geraten ist.
– Als Vorschlag für ein völlig neues Forum der Diskussion europäischer Sicherheitsfragen böte er der SU ein Alibi für die Verweigerung von Verhandlungsanstrengungen in den angeblich verfahrenen Foren MBFR und KVAE. Die SU würde damit ihre alte Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz wieder aufnehmen und sich damit der Handicaps zu entledigen suchen, die ihr durch die mit dem Westen vereinbarten Rahmenbedingungen im KSZE-KVAE-Zusammenhang sowie bei MBFR aufgezwungen worden sind.

2) In jedem Falle stellt die Initiative Gorbatschows den Westen vor schwierige Entscheidungen:

– Die Erarbeitung einer gemeinsamen westlichen Position zur konventionellen Rüstungskontrolle in ganz Europa ist ohne schwierige und möglicherweise kontroverse Diskussionen im Bündnis kaum vorstellbar.
– Sollte sich das Bündnis zu einer solchen Position nicht durchringen können und statt dessen die SU lediglich zur Konkretisierung drängen, gewänne der

Fortsetzung Fußnote von Seite 677

mit begrenzten sowjet[isch]-amerik[anischen] Anfangsreduzierungen und einer Nicht-Erhöhungsverpflichtung, den jüngsten Vorschlägen entsprechend, anstrebe. Als Forum für die weitere Verfolgung des Gorbatschow-Vorschlags haben die Sowjets, daran ließ Sch. keinen Zweifel, die nächste Etappe der KVAE im Auge." Vgl. Referat 221, Bd. 130151.

10 Botschafter Kastl, Moskau, teilte mit: „AM Schewardnadse präzisierte in Tischrede aus Anlaß des Besuchs tschechoslowakischen AMs Chňoupek Gorbatschows Berliner Vorschlag über bedeutende Verringerung konventioneller Waffen und Streitkräfte in Europa ‚vom Atlantik bis zu Ural'. Er bestätigte dabei Ausführungen vom sowjet[ischen] Delegationsmitglied Schelepin". Vgl. Referat 221, Bd. 130151.

11 Der SPD-Abgeordnete Bahr hielt sich am 21./22. April 1986 im Rahmen der 4. Runde der Gespräche zwischen SPD und KPdSU über Abrüstung und Entwicklungshilfe in Moskau auf. Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 22. April 1986 mit: „Auf Frage nach dem Verhältnis zwischen Gorbatschows Vorschlägen und den Verhandlungen in Wien habe Dobrynin geantwortet, die SU wolle MBFR fortsetzen und abschließen. Vorläufig sei es zu früh, festzulegen, ob man den Verhandlungsauftrag von MBFR ausweiten oder eine neue Konferenz einberufen solle. […] Aus Dobrynins Ausführungen zog Bahr den Schluß, daß die SU mit ihrem neuen Vorschlag nicht auf die zweite Phase der KVAE abzuzielen scheint. Gorbatschows Vorschläge gelten vielmehr – Dobrynin zufolge – Verhandlungen zwischen den beiden Militärbündnissen über eine konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, die den bisherigen geographischen Ansatz von MBFR korrigieren würde. Völlig unklar blieb jedoch bei Dobrynin, welche Gegenrechnung die SU aufmachen würde dafür, daß sie das im europäischen Landesteil der [UdSSR] stationierte konventionelle Potential in Verhandlungen mit der NATO einzubringen bereit zu sein scheint." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1053; Referat 221, Bd. 130151.

12 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

WP Zeit, die gegenwärtig offensichtlich noch fehlenden konzeptionellen Vorstellungen unter Nutzung erkennbarer westlicher Schwächen zu entwickeln und konkrete Vorschläge vorzulegen, auf die der Westen erst recht defensiv reagieren müßte.

– Durch eine Ablehnung würde der Westen sein sicherheitspolitisch zentrales Argument der konventionellen Überlegenheit des WP in Europa weitgehend entwerten – mit unabsehbaren rüstungskontrollpolitischen, strategischen, aber auch bündnispolitischen Auswirkungen.

3) Für den Westen kommt es deshalb gegenwärtig nicht so sehr darauf an, die Vorstellungen zu klären, die die Sowjets selbst mit Gorbatschows Vorschlägen verbinden. Vorrangige Aufgabe sollte vielmehr sein:

– Überlegungen darüber anzustellen, wie die erklärte Bereitschaft Gorbatschows zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle im gesamteuropäischen Maßstab für unsere eigenen rüstungskontrollpolitischen Interessen genutzt werden könnte;

– da mit divergierenden Interessen innerhalb des Bündnisses zu rechnen ist, mit unseren Partnern eine gemeinsame Haltung im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners zu suchen, die politischem Schaden entgegenwirkt und gleichzeitig längerfristige konzeptionelle Entwicklungen offenhält.

4) Was die Formulierung unserer eigenen Interessen betrifft, kann von folgenden Überlegungen ausgegangen werden:

– Die Ausweitung der konventionellen Rüstungskontrolle über den engen MBFR-Raum[13] hinaus auf ganz Europa entspricht einer Forderung, die wir stets konsequent vertreten haben. Es wäre unverantwortlich, den Versuch zu unterlassen, Gorbatschow beim Wort zu nehmen.

– Diese Ausweitung sollte in einem stufenweisen, auf Stabilisierung ausgerichteten Prozeß erfolgen, wobei jede Stufe auf den Ergebnissen der Vorangegangenen aufbauen könnte.

– Verhandlungen über Reduzierung und Begrenzung konventioneller Streitkräfte sind eine Aufgabe, bei deren Erfüllung das westliche Bündnis die ihm aufgrund der realen Sicherheitslage in Europa zukommende Rolle auch am Verhandlungstisch spielen muß.

  Dies spricht für eine Behandlung im MBFR-Rahmen – entweder durch Erweiterung des Mandats und des Teilnehmerkreises oder durch Weiterentwicklung zu einem neuen Forum, an dem die Mitgliedstaaten der beiden Bündnisse (auf westlicher Seite eventuell nur diejenigen, die der militärischen Integration angehören) teilnehmen. Der KSZE-KVAE-Rahmen würde die Verfolgung von Verhandlungszielen, die sich am Gleichgewicht West-Ost orientieren, kaum erlauben.

– Verhandlungen über Reduzierungen und Begrenzungen von Streitkräften in ganz Europa könnten im Sinne des bereits erwähnten stufenweisen Prozesses Aufgabe einer dritten MBFR-Phase sein. Dies setzt voraus, daß die bei-

13 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

den ersten Phasen, als deren Ergebnis nach bisher übereinstimmender West-Ost-Auffassung gleiche Obergrenzen beim Personal der Land- und Luftstreitkräfte angestrebt werden, erfolgreich abgeschlossen werden.

Parität beim Militärpersonal macht nur im bisherigen geographischen MBFR-Maßstab rüstungskontrollpolitisch Sinn. Im gesamteuropäischen Maßstabe läge sie angesichts des gegebenen Kräfteverhältnisses im Personalbereich, selbst wenn sie realisierbar wäre, kaum im westlichen Interesse.

– Die Ausdehnung des Reduzierungsraums auf ganz Europa in einer späteren Phase würde jedoch die Einbeziehung von Waffen in MBFR erlauben. Der Haupteinwand gegen die Einbeziehung europäischer Waffen in den gegenwärtigen Verhandlungskontext, nämlich, daß die SU aus dem Raum der Reduzierung abgezogene Waffen unbeschränkt am Rande dieses Raums auf eigenem Territorium bereithalten könnte, würde entfallen. Zwar wäre die SU auch im gesamteuropäischen Maßstab vor allem gegenüber den USA durch geographische Asymmetrie begünstigt, doch dürfte sich bei Vereinbarungen über die Form von Reduzierungen und Begrenzungen ein Ausgleich finden lassen.
– Regelungen, die die Strukturen beider Seiten festschreiben, sind auch im gesamteuropäischen Maßstab kaum vorstellbar. Gorbatschow sprach in Ost-Berlin zwar von der Auflösung von Verbänden. Nach bisheriger Erfahrung in Wien ist kaum zu erwarten, daß sowjetische Militärs daraus den Schluß ziehen würden, der verbleibende Bestand an Verbänden dürfe nicht verändert werden. Ohne Einschränkungen für die verbleibenden Reststrukturen würde jedoch die Auflösung von Verbänden keinen militärischen bzw. rüstungskontrollpolitischen Sinn machen. Auf diesem Gebiet könnte jedoch über eine Kombination mit vertrauensbildenden Maßnahmen nachgedacht werden (z. B. grundsätzliche Flexibilität im Hinblick auf die Veränderung von Strukturen, aber nach vorheriger Notifizierung).
– Absprachen über militärische Doktrinen wären, soweit rüstungskontrollpolitisch überhaupt erfaßbar, eher in KVAE-Bereich, z. B. in Verbindung mit der Konkretisierung des Gewaltverzichts, anzustreben. In jedem Falle würden sich MBFR und KVAE auch in Zukunft sinnvoll[14] ergänzen bei der Verwirklichung des rüstungskontrollpolitischen Ziels, Offensivfähigkeit abzubauen und defensive Verteidigungsstrukturen zu fördern.

[15]5) Es ist damit zu rechnen, daß ein Teil unserer westlichen Partner – z. B. Benelux, Dänemark, Norwegen, Kanada – in längerfristigen Überlegungen, wie unter Ziffer 4) angestellt, mit uns übereinstimmen. Unsere wichtigsten Partner jedoch, insbesondere die USA, UK und Frankreich, dürften der Perspektive einer effektiven Einbindung konventioneller Potentiale in ganz Europa aus leicht erklärbaren Gründen skeptisch gegenüberstehen. Etwaige Bemühungen, schon jetzt in eine konzeptionelle Diskussion über langfristige Entwicklungen zu ziehen, könnten kontraproduktiv ausfallen. Gegenüber diesen Partnern sollten wir vielmehr in erster Linie auf die eingangs dargestellte politische Notwendig-

14 Korrigiert aus: „sinn".
15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 370 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

keit verweisen, eine gemeinsame westliche Haltung zu Gorbatschows Initiative zu entwickeln. Dabei könnten wir versuchen, nach Möglichkeit schon für das bevorstehende NATO-Ministertreffen in Halifax[16] Zustimmung zu folgenden Elementen zu gewinnen:

– Die Bereitschaft Gorbatschows zu Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural wird mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die Ausweitung der konventionellen Rüstungskontrolle über den engen MBFR-Raum hinaus entspricht einer Forderung, die das Bündnis seit langem konsequent vertreten und im Mandat für die KVAE auf einem Teilgebiet erstmals durchgesetzt hat.[17]
– Die Bündnispartner erwarten, daß die bisher recht vagen und widersprüchlich erläuterten Erklärungen Gorbatschows am Verhandlungstisch konkretisiert werden.
– Die Ausweitung der konventionellen Rüstungskontrolle auf ganz Europa ist nur in einem stufenweisen Prozeß vorstellbar, in dem schrittweise von einfacheren zu komplizierteren Absprachen übergegangen und jeweils auf Ergebnissen der vorhergehenden Phasen aufgebaut wird. Vorrangiges Ziel muß es deshalb gegenwärtig sein, die Anstrengungen aller Beteiligter auf die Verhandlungen in Wien, Stockholm und Genf zu konzentrieren, um dort möglichst bald Ergebnisse oder wenigstens Zwischenergebnisse zu erreichen.
– Die Bündnispartner appellieren an die SU und an ihre Partner im WP, ihre noch ausstehenden Beiträge zu leisten, um diese Verhandlungen vorwärts zu bringen. Die Initiative Gorbatschows darf nicht als Vorwand genutzt werden, um sich den existierenden Verhandlungen zu entziehen.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11536 (221)

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

17 Vgl. dazu Ziffer 4 der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 542.

132

Gespräch der Außenminister der G7 in Tokio

105-4.A/86 **4. Mai 1986**[1]

Abendessen der am Wirtschaftsgipfel[2] teilnehmenden Außenminister in Tokio am 4.5.1986;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

AM *Abe* schlug als Besprechungsthema „regionale Fragen" unter besonderer Berücksichtigung Asiens vor.

BM warf ein, Präsident Mubarak habe ihm gegenüber Wunsch geäußert, bei der bevorstehenden GV-VN[3] solle Thema Terrorismus behandelt werden.[4] Dies setze Behandlung hier durch die Sieben voraus, welche anzuregen er Mubarak zugesagt habe.

AM NL[5] ergänzte, für arabische Staaten umfasse dies Thema zugleich die Ursachen des Terrorismus, also das Thema Nahost.

AM GB[6] plus *KAN*[7] meinten, im großen Forum der VN werde es schwer sein, zu Einigung auf allgemein annehmbaren Text oder auch nur gemeinsame Kernpunkte der Diskussion zu gelangen.

AM I[8]: Es sei möglicherweise schon ein Schritt voran, wenn man die Verstrikkung von Staaten in Terrorismus in VN behandeln könne.

Dabei solle Initiative zu dieser Debatte nicht Ägypten überlassen bleiben. Man könne Ägypten antworten, die Sieben seien bereit, das Thema in Generaldebatte zu behandeln. Debatte müsse sodann gut vorbereitet werden, auch mit Nichtgebundenen.

BM: Der ägyptische Vorschlag sei in Themenstellung und -abgrenzung wenig präzise. Vielleicht erkläre man sinnvollerweise Einverständnis mit einer Behandlung des Terrorismus in Generaldebatte, ohne a priori auf staatlich unterstützten Terrorismus zu begrenzen.

AM *Abe*: Der Gipfel werde ja ohnehin ein Papier über Terrorismus verabschieden, und zwar bereits morgen (Montag, 5.5.).[9] In diesem Moment aber sei dies das Thema bei Essen der „Chefs".

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 16. Mai 1986 gefertigt.
2 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 4. bis 6. Mai 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 137.
3 Die 41. VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 19. Dezember 1986 in New York statt.
4 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak am 31. Januar 1986 vgl. Dok. 29.
5 Hans van den Broek nahm in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident teil.
6 Geoffrey Howe.
7 Joe Clark.
8 Giulio Andreotti.
9 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 zum Internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f.

BM: Es lägen zwei Papiere vor – eines der Sherpas[10], eines seitens GB. D könne beiden zustimmen, auch Kombination sei möglich. Es fehle jedoch noch eine (in EG-Text[11] bereits enthaltene) Passage über Mißbrauch diplomatischer Vorrechte.

GB: Anliegen des eigenen Textes sei: Tokio-Erklärung dürfe jedenfalls nicht schwächer werden als frühere. Im Sherpa-Text fehle ebenfalls Passage über Highjacking und air borne terrorism, welche in 78er Erklärung[12] bereits enthalten.

AM I: Eine bloße Bezugnahme auf frühere Texte erwecke Eindruck, inzwischen habe es an Anwendung gemangelt. Ferner müsse Text nur solche Aussagen enthalten, an die alle Beteiligten sich in der Folge auch halten.

US[13]: Da sei das Beispiel Beirut. Flugzeuge flögen es doch nur in der Gewißheit an, dort Hilfe zu erhalten (gemeint ist offensichtlich: für die Terroristen an Bord). Beirut müsse „off limits" erklärt werden.

AM *Abe*: Sicherlich gelte es, Maßnahmen zu beschließen. Aber man müsse vorab sicher sein, sie einhalten zu können und zu wollen. I sei Flugzeugterroristen nie mit Verhandlungen oder Unterstützung entgegengekommen. Man müsse dies aber auch auf andere Staaten ausweiten.

US: Er begrüße diese Äußerung. Immerhin: Es bleibe das Beispiel Beirut.

AM I: Diesbezüglicher Text setze Abänderung der ICAO-Bestimmungen voraus. Sie könne vorgenommen werden. Allerdings müsse man sicher gehen, hier zu treffende Entscheidungen auch durchführen zu können.

AM US: Der GB-Erklärungsentwurf sei besser als der Sherpa-Text. Frage sei, wie sich die Dinge organisatorisch einordnen ließen.

BM: Anregung, persönliche Beauftragte der sieben „Chefs" (ähnlich den Sherpas) zu benennen.

AM NL: Als Ratspräsident möchte er an dieser Stelle vorsorglich darauf aufmerksam machen, er könne zwar namens der Zwölf sprechen, sie durch hier getroffene Entscheidungen indes nicht binden. Dies gelte z. B. für GB-Text, der

10 Am 19. April 1986 billigten die Beauftragten der Staats- und Regierungschefs der G 7 in Rambouillet den Entwurf einer Erklärung zum Internationalen Terrorismus, der weitgehend den ersten drei Absätzen der am 5. Mai 1986 von den Staats- und Regierungschefs der G 7 angenommenen Fassung entsprach. Zu dem Entwurf vermerkte Referat 515 am 24. April 1986, daß die vor allem von den USA unternommenen Bemühungen zur Vertiefung der antiterroristischen Zusammenarbeit der Sieben auf Ablehnung durch Frankreich gestoßen seien: „An dieser Grundsituation ändert auch der nunmehr vorliegende Entwurf einer Tokioter Gipfelerklärung zum Terrorismus […] kaum etwas: Zwar soll die Zusammenarbeit künftig nicht auf Flugzeugentführungen beschränkt bleiben, sondern alle die Zivilluftfahrt bedrohenden Formen des Terrorismus umfassen. Auch wird eine Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen sowie den Internationalen Organisationen für Zivilluftfahrt und Seeschiffahrt ausdrücklich erwähnt und von einer Vertiefung des gegenseitigen Informationsaustauschs gesprochen. Ein Durchbruch im Sinne einer grundsätzlichen sachlichen Ausweitung des Mandats der Expertengruppe auf die Bekämpfung aller Formen des Terrorismus ist jedoch leider unterblieben; auch soll sich die praktische Arbeit nur auf die Förderung geigneter Gremien und Organisationen beschränken." Vgl. Referat 515, Bd. 195717.

11 Vgl. dazu die Beschlüsse der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 14. bzw. 21. April 1986; Dok. 97, Anm. 12, bzw. Dok. 109, Anm. 8.

12 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 17. Juli 1978 über Flugzeugentführungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 468.

13 George P. Shultz.

den Zwölf unbekannt sei, ebenso gelte es für eventuell zu beschließende Zusammenarbeit. Ein Text ähnlich dem der Londoner Erklärung[14] dagegen bereite insofern keine Schwierigkeiten.

US: Ob man etwa in die Position geraten sei, hier keine Entscheidungen treffen zu können, die nicht zuvor EG getroffen habe? Hier sei nicht EG. Bereits Giscard habe in vergleichbarem Zusammenhang das Wort „ridiculous" benutzt.

Im Anschluß legten I, NL, GB, D dar, daß EG-Präsidentschaft – bei Sieben stets in Beobachterrolle – diesmal durch NL wahrgenommen werde und wie rechtliche Verflechtung aussehe.

AM KAN fragte in diesem Zusammenhang an, ob ICAO-Angelegenheiten unter Handelsfragen, also EG-Kompetenz, fallen.

GB meinte, er glaube nicht.

Das Gespräch wandte sich der Frage der Auslieferungsbestimmungen zu.

US: Man strebe an, Auslieferungsbestimmungen im Verhältnis zu GB zu erweitern.

BM wies auf das Problem der Fluchtfälle aus Ostblockstaaten per Flugzeugentführung hin. Der Text dürfe daher Auslieferung an Heimatstaat nicht bindend machen, müsse vielmehr Alternative des Gerichtsverfahrens im eigenen Land offenhalten.

I: Der Text bezüglich Auslieferungen sei verbesserungsbedürftig. Man gerate hier in das Dilemma der Definitionen für „politische Motive", „politische Verbrechen".

GB pflichtete bei: Ein Text sei erforderlich, um auf veränderte heutige Weltlage zu reagieren; jedoch müsse man bei der Legalität bleiben.

BM: Er wolle an dieser Stelle ausführlicher darlegen: Bereits vor zehn Jahren habe er arabische Politiker auf Zusammenarbeit mit dem Westen bei Terrorismusbekämpfung (Sicherheitsdienste und politischer Bereich) angesprochen. Alle hätten daran sowie an einer Isolierung Gaddafis Interesse bekundet. Heute seien alle arabischen Gesprächspartner besorgt, Gaddafi werde zum Held der Straße hochstilisiert.

Europa stehe schon stärker im Dialog mit arabischen Staaten. Auch für US, KAN, Japan seien arabische Kontakte, insbesondere zu Syrien und Algerien, auf politischer Ebene geboten, um dortige Zusammenarbeitsbereitschaft zu nutzen.

US: Wo? Mit wem?

BM: An erster Stelle mit Algerien, dessen Präsident[15] größtmöglichen Einfluß auf Gaddafi ausübe. Aber auch syrischer Präsident Assad habe erklärt, Terrorismus müsse Einhalt geboten werden, und sich verpflichtet, mit Gaddafi zu sprechen.[16]

14 Für die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der am Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 teilnehmenden Staaten über den internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 379 f.

15 Chadli Bendjedid.

16 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad am 30. April 1986 in Belgrad; Dok. 126.

Saudi-Arabien[17], Kuwait[18], Nord-Jemen[19] hätten in jüngsten Kontakten gleiches Interesse bekundet.

NL bestätigte diesen Standpunkt Assads, wobei dieser (Assad) zugleich die Ursachen ins Feld führe und dringende Lösungsbedürftigkeit der Palästinenser-Frage betone.

Zusammenarbeit mit Westen falle Drittländern, Nichtgebundenen, schwer, wenn Beweise für Verstrickung in Terroranschläge nicht vorgelegt werden und Gaddafi leugne.

US und *GB*: Beweisvorlage dann delikat, wenn deren Geheimhaltung nicht gewährleistet. Im Falle Libyen sei man ohnehin gewiß, Terrorismus werde staatlicherseits gepriesen (proclaimed); Syrien dagegen äußere sich öffentlich gegen Terrorismus und habe GB in Geiselfrage geholfen, fördere ihn aber insgeheim wohl doch über „sub-agents".

I erinnerte: Die Frage der Auslieferung sei nicht abschließend behandelt. Ebenso sei Passage über Waffenlieferungen stärker zu formulieren, z. B. im Sinne einer Verpflichtung, keine Waffenlieferung an/in Terrorismus verstrickte Staaten zu liefern, wobei der Verdacht solcher Verstrickung ausreiche, die Anwendung auszulösen.

Auf die Frage von *F*, wie Gewißheit erlangt werden könne, erwiderte *I*, es könne in VN ein Gremium beauftragt werden, Fall um Fall Prüfungen durchzuführen; wobei aber ab Verdachtsmomenten, angesichts vorliegender verbaler Drohungen, Anwendung des Waffenboykotts praktiziert zu werden habe.

Bislang sei Anwendung unseriös. So könne er beispielsweise ausführliche Liste, sämtliche Transportdaten, Frachtdokumente etc. über israelische Waffenlieferungen an Iran beibringen, die entgegen allen offiziellen israelischen Beteuerungen durchgeführt wurden.

US bat AM Andreotti um solche Liste.

AM *Abe*: Da die „Chefs" derzeit ebenfalls Thema Terrorismus erörterten und zweifellos Weisungen zu Papieren erteilen werden, wolle man sich nun dem Thema Regionalfragen zuwenden.

US verteilte Text zur Information über US-Auffassung.

17 Vgl. dazu die Initiative der Bundesregierung in den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga; Dok. 121. Botschafter Nowak, Riad, teilte am 6. Mai 1986 mit, ihm sei im saudi-arabischen Außenministerium erklärt worden: „[Saudi-]Arabien liege in Auffassungen auf unserer Linie und begrüße die EG-Initiative und unseren Beitrag hierzu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 311, Bd. 137907.

18 Botschafter Wersdörfer, Kuwait, informierte am 28. April 1986, daß der Staatssekretär im kuwaitischen Außenministerium, Shaheen, erklärt habe, sein Land „trete für wirksame Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung ein. Er stimme auch Auffassung zu, daß diese mit Suche nach Lösungsmöglichkeiten für zugrundeliegende Konflikte verbunden werden müsse. Zur Haltung seines Landes zu Libyen sei anzumerken, daß Kuwait schon vor Monaten, ohne Aufhebens davon zu machen, diplomatische Beziehungen zu Libyen auf Ebene Geschäftsträger zurückgeführt habe, nachdem ‚in der Region' Waffen in libyschem Diplomatengepäck entdeckt worden seien. […] Er ging dann auf Vorschlag ‚Troika'-Kontakte im Rahmen europäisch-arabischen Dialogs ein und meinte, dies müsse geprüft werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 66; Referat 311, Bd. 137907.

19 Botschafter Metzger, Sanaa, berichtete am 11. Mai 1986: „Nach Ansicht der Botschaft kann derzeit die AR Jemen nicht als Staat eingestuft werden, der den Terrorismus fördert; im Gegenteil: Das Gastland lehnt Terrorismus entschieden ab, hält allerdings Aktionen zur Befreiung der von Israel besetzten Gebiete nicht für Terrorismus. […] Die Terrorismusbekämpfung im eigenen Land hat derzeit hohe Priorität". Vgl. den Drahtbericht Nr. 186; Referat 311, Bd. 137886.

AM *Abe*: Lage in Ostasien sei seit Vorjahr weitgehend unverändert. Sorge bereite zunehmender militärischer Aufbau der SU. Nord- und Südkorea hätten Dialog aufgenommen.[20] Er eröffne vermutlich nicht die Option der Wiedervereinigung, sei aber grundsätzlich zu begrüßen. Republik Korea mache Anstrengungen in Richtung Demokratisierung, daher nur sei Dialog möglich; daher auch sei Ausrichtung Olympischer Spiele zuerkannt worden.[21] Der Gipfel von Tokio solle ein Signal der Unterstützung an Seoul senden.

China befinde sich politisch und wirtschaftlich in einer Stabilitätsphase, betreibe Modernisierung, brauche daher friedvolle Umgebung und suche verbesserte Westkontakte.

Sino-sowjetische Beziehungen besserten sich auf Arbeitsebene, seien grundsätzlich jedoch unverändert; chinesische Kritik an Gorbatschow nehme zu.

In Kambodscha sei vietnamesischer Einfluß angestiegen. Um so wichtiger sei, daß Westen ASEAN unterstütze.

Auch an Philippinen[22] könne positives Signal ausgesandt werden i.S. der Unterstützung des Wunsches auf politische und wirtschaftliche Stabilisierung. Frau Aquino genieße breite Zustimmung, jedoch seien Unruhen in Armee nicht beigelegt und wirtschaftliche Probleme sehr schwierig. Japan unterstütze Aquino voll. Probleme dürften mindestens noch ein Jahr anhalten.

US: Präsident Reagan habe Aquino[23] und Laurel gesprochen[24], dabei das „Spinnweb des Zweifels" über US-Unterstützung ausgeräumt.[25] Insbesondere

20 Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 13. Januar 1986: „Im abgelaufenen Jahr 1985 hat in den Beziehungen zwischen Südkorea und Nordkorea seit langen Jahren wieder einmal der Dialog die Konfrontation überwogen. Zwischen beiden Ländern wurden Gespräche auf vier Kanälen geführt: Die Rot-Kreuz-Gesellschaften verhandelten über menschliche Erleichterungen; in den Wirtschaftsgesprächen ging es um das Ingangsetzen eines Handelsaustausches; bei dem Treffen der Parlamentarier standen politische Fragen (Nichtangriffspakt, gesamtkoreanische Verfassung) zur Diskussion; in den Sportverhandlungen, die unter der Leitung des IOC in Lausanne zwischen Vertretern der Nationalen Olympischen Komitees beider Seiten geführt wurden, wurde erörtert, ob und wie Nordkorea in die Olympischen Spiele 1988, die von Seoul ausgerichtet werden, einbezogen werden könne. Bisher einziges Ergebnis des innerkoreanischen Dialogs war der Austausch von Besuchergruppen Ende September 1985." Vgl. den Schriftbericht Nr. 13; Referat 341, Bd. 142713.

21 Das IOC wählte am 30. September 1981 in Baden-Baden Seoul zum Austragungsort der XXIV. Olympischen Sommerspiele. Vgl. dazu den Artikel „Olympische Spiele 1988 in Seoul und Calgary"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Oktober 1981, S. 1.
Die Spiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 statt.

22 Zum Machtwechsel auf den Philippinen vgl. Dok. 53, Anm. 6, 8 und 12.

23 Präsident Reagan telefonierte am 24. April 1986 mit Präsidentin Aquino und bot amerikanische Hilfsleistungen an. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 857.

24 Präsident Reagan hielt sich vom 29. April bis 2. Mai 1986 auf Bali auf und traf am 29. April 1986 mit den Außenministern der ASEAN-Mitgliedstaaten sowie am 1. Mai 1986 mit dem philippinischen Vizepräsidenten Laurel zusammen.

25 Am 23. April 1986 gab Präsident Reagan die Einzelheiten eines wirtschaftlichen und militärischen Hilfsprogramms für die Philippinen bekannt. Es sah eine Unterstützung in Höhe von 500 Mio. Dollar an Wirtschafts-, Entwicklungs- und Nahrungsmittelhilfe sowie insgesamt 124 Mio. Dollar an zusätzlicher bzw. umgewidmeter Militärhilfe vor. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 514–516.
Vizepräsident Laurel äußerte am 30. April 1986 in Bali den Wunsch nach weiterer finanzieller Unterstützung durch die USA. Zugleich drückte er die Erwartung aus, Reagan werde hinsichtlich seiner persönlichen Bereitschaft zur Unterstützung der neuen philippinischen Regierung die „Spinnweben des Zweifels" („cobwebs of doubt") wegräumen. Vgl. den Artikel „Reagan Meets Aquino's Deputy; Discord Is Reported in Discussions"; THE NEW YORK TIMES vom 2. Mai 1986, S. A1.

Laurel habe Bedarf an massiver US-Hilfe angesichts Wirtschaftslage dargelegt. Dies habe Präsident Reagan indes nun keineswegs beeindruckt. Schließlich müßten Philippinen eigenen Lösungsplan vorlegen, Schritte einleiten und Hilfe dann „along the way" erbitten. Man habe Philippinen dies auch – in milderen Worten – zu verstehen gegeben und hoffe, dahin verstanden worden zu sein, daß niemand außer Philippinen selbst deren Probleme lösen könne.

Grundsätzlich habe US gutes Gefühl angesichts Ernsthaftigkeit und ruhiger Entschlossenheit Aquinos. Es stehe zu hoffen, sie gewinne Generalstabschef[26], Entscheidungen durchzuführen. US-Hilfe (einschl. vorjähriger Erhöhung) betrage 1/2 Milliarde Dollar; Hilfe Japans: 100 Mill./J; auch IWF und Weltbank würden helfen.

Laurel habe positiv zu bewertenden Zeitplan für Verfassungsreform[27] dargelegt.

Man müsse davon ausgehen, daß Unruhen in Armee nicht in sich zusammenfallen, sondern aktiv bekämpft werden müßten.

So hätten denn Philippinen die Marcos-Herrschaft beendet. Ein wenig sei das zugleich schade, schließlich sei Marcos „a hell of a guy" gewesen. Am Ende habe ihm freilich die legitime Basis gefehlt. In Hawaii halte Marcos nun so recht Hof. Kein Land wolle ihn auf Dauer aufnehmen, falls neue Regierung dies als „feindseligen Akt" betrachte. Immerhin kämen Paraguay oder andere LA-Staaten in Betracht.

Afghanistan

GB: Er könne nur aus Augenschein von Besuch pakistanisch-afghanischer Grenze[28] berichten. Ein Wort im Erklärungstext über fortgesetzte Besetzung als bleibendes Hindernis in Entwicklung Ost-West-Beziehungen sei angebracht.

Elend der Flüchtlinge sei bewegend anzusehen. Pakistan verdiene Bewunderung für Aufnahme von drei Millionen Menschen. Rotes Kreuz, Schweiz und andere leisteten Großartiges. Folgen der Greuel sowjetischer Besetzung (120 000 Mann) eines freien Landes seien erschütternd.

VN-Bemühungen seien weiterhin zu unterstützen.

In Beantwortung der Frage von AM Abe, ob Informationen über SU-Abzugsüberlegungen[29] zuträfen: Gorbatschow sei hinreichend intelligent, diesen Weg zu überlegen. Jedoch bleibe es vorerst bei orthodoxer Verteidigungsrede für Besetzung in Reaktion auf Hilferuf einer kommunistischen Bruderpartei. Die So-

26 Fidel Ramos.

27 Referat 340 vermerkte am 18. April 1986: „Nach längerem Schwanken zwischen Legalitätsprinzip (das Parlament, das bereits Marcos proklamiert hatte, schien bereit, unter der Marcos-Verfassung von 1973 nunmehr Frau Aquino zur Präsidentin auszurufen) und Bedürfnis nach Bruch mit dem von Marcos geschaffenen Herrschaftssystem emtschied Frau Aquino sich für eine ‚Revolutionsregierung': Das Gesetzgebungsrecht ging vom Parlament auf die Präsidentin über, die die Benennung einer Verfassungskommission innerhalb von zwei Monaten und die Ausarbeitung einer Verfassung innerhalb weiterer drei Monate in Aussicht stellte. Nach Annahme der Verfassung durch Volksentscheid sollen Kommunalwahlen und Parlamentswahlen folgen." Vgl. Referat 341, Bd. 137237.

28 Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 3. bis 6. April 1986 in Pakistan auf.

29 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 280.

lidarität kommunistischer Parteien werde SU jede Änderung der Lage schwermachen.

F pflichtete bei, Gorbatschow werde – vielleicht zu seinem Bedauern – kaum eine Rückzugsentscheidung treffen können, es sei denn, das afghanische Regime sei stabil und fest im Sattel.

Auf Frage *NL* nach Aussichten US-SU-Gipfel erklärte *US*: SU habe lediglich geäußert, angesichts der libyschen Situation könne jetzt keine Reise nach SU erfolgen.[30] Dobrynin habe ihm (Shultz) in einem Gespräch erklärt, es sei beschlossen, daß Außenminister miteinander Gipfel vorbereiten.[31] Es sei daher wahrscheinlich, daß Ende 86 ein Gipfel stattfinde. Ferner werde wohl in absehbarer Zeit ein Besuch Schewardnadses angesagt werden. Der Reaktorunfall[32] mache dies noch wahrscheinlicher, denn SU brauche jetzt Vorweisbares. US habe auf Ergebnissen bei Rüstungskontrolle und Reduzierungen bei strategischen Waffen bestanden. SU habe sich diesen Zielen verpflichtet, werde jedoch bislang nicht konkret. Vorhersagen bezüglich Gorbatschows seien ohnehin schwierig.

F ergänzte, auch er glaube, Begegnung werde verzögert, nicht abgesagt. Im Grunde sei SU, insbesondere Gorbatschow selbst, sehr an Verhandlungen interessiert.

I fügte an, der niedrige Öl- und Gaspreis zwinge SU zu Kürzungen in Militärausgaben; immerhin beziehe SU 80% seiner Einnahmen aus Erdöl und -gas.

AM *Abe* erklärte, protokollarischer Zeitplan sehe jetzt Aufbruch vor.

Referat 010, Bd. 178935

30 Vgl. dazu die sowjetische Absage des Treffens der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA); Dok. 104, Anm. 22.

31 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, vgl. Dok. 104, Anm. 21.

32 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

133

Gespräch der Außenminister der G7 in Tokio

5. Mai 1986[1]

Weltwirtschaftsgipfel[2];
hier: Gespräch der Außenminister am Montag, 5. Mai 1986, vormittags

Behandelt wurden die Themen:

– Süd-Afrika,
– Horn von Afrika,
– Sonder-Generalversammlung der VN über Afrika,
– Zentral- und Südamerika,
– West-Ost.

1) Süd-Afrika

Clark (CDN) stellte in seiner Einführung fest, daß der Botha-Brief an die Gipfelteilnehmer[3] zeige, daß die Grundfragen nicht gelöst seien. Die Sieben sollten sich vor allem weiter für einen echten Dialog einsetzen.

BM führte aus: Botha gehe für die Schwarzen nicht weit genug und für manche Weiße zu weit. Die Beseitigung der Apartheid sei auf ein System der Freiheit gerichtet; es sei falsch, zu sagen, daß diese Bewegung den Kommunismus fördere. Je mehr sich die Entwicklung radikalisiere, desto stärker würden allerdings Tendenzen gefördert, die sich dem Kommunismus verbunden fühlten. Ein Rassenkrieg sei nicht im westlichen Interesse, aus moralischen und strategischen Gründen. Nur bei einem Rassenkrieg habe die Sowjetunion eine Chance. Was könne der Westen tun? Man müsse die südafrikanische Regierung drängen, ein Zeichen der Entspannung zu geben. Sie sollte einige Führer der schwarzen Mehrheit, besonders Mandela, freilassen. Heute noch könne Mandela als Symbolfigur wirken; für viele Junge sei er aber bereits zu wenig radikal. Die

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Zt. Tokio, gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 9. Mai 1986 vorgelegen.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

3 Mit inhaltsgleichen Schreiben an die am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs verlieh Präsident Botha seiner Sorge Ausdruck, es könne im Falle einer Freilassung von Nelson Mandela zu einer Eskalation der Gewalt kommen, und forderte dazu auf, öffentlich gegen Gewalt Stellung zu beziehen. Ferner bat er um Unterstützung für eine Verfassung auf der Grundlage folgender Prinzipien: „democratic principles including an independent judicial system and the equality of all under the law; private property rights; private initiative and effective competition; fundamental human rights and civil liberties; the protection of minority rights in a manner which would ensure that there will be no political domination by any one community of any other; freedom of the press and of expression in general; freedom of religion and worship." Schließlich sollten die G7 bekräftigen, „that they welcome the South African Government's readiness to negotiate a new constitutional order based on the sharing of power up to the highest level of government and recognise that the structures giving effect to this objective must be jointly agreed upon by South Africans alone". Für das Schreiben vom 29. April 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 320, Bd. 156009.

Kirchen hätten Gespräche mit dem ANC aufgenommen.[4] Die Wirtschaftsvertreter Südafrikas nähmen an Treffen mit dem ANC in Lusaka teil.[5] Wir seien dafür, mit allen Kräften Südafrikas zu sprechen. Deshalb habe man Buthelezi[6], AM Botha[7] und Oliver Tambo[8] empfangen. Er habe mit allen gesprochen. Der ANC solle nicht den Eindruck erhalten, daß der Westen ihn nicht als Gesprächspartner betrachte, sonst treibe man ihn in andere Arme. Im ANC gebe es Kräfte für marxistische Konzeptionen, aber auch andere, darunter Tambo selbst. Die Zeit laufe davon. Die Chancen für friedliche Lösungen würden kleiner. Er habe Botha gedrängt, Mandela freizulassen und den Bann gegen ANC aufzuheben. Dies bedeute keine Garantie, aber eine Chance für Fortschritte. Botha habe diese Gedanken positiv aufgenommen.

Howe (GB) legte dar: Trotz aller Probleme solle man nicht glauben, daß Südafrika ein Zusammenbruch des Regimes bevorstehe. Die Gefahr sei eine Eskalation der Gewalt, Repression und wirtschaftliches Chaos. Man müsse anerken-

4 Am 15./16. April 1986 hielt sich eine Delegation der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz (SACBC) zu Gesprächen mit Vertretern des ANC in Lusaka auf. Botschaftsrat Boldt, Lusaka, informierte am 18. April 1986, beide Seiten hätten darin übereingestimmt, daß „Friede in der Region nur durch vollständige Abschaffung des Systems der weißen Minderheitsherrschaft erzielt werden könne". Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; Referat 320, Bd. 156004.

5 Referat 320 vermerkte am 14. April 1986: „Eine Delegation führender südafrikanischer Wirtschaftsvertreter traf sich am 13.9.1985 in Lusaka mit dem in Südafrika verbotenen ANC zu Gesprächen. St[aats]P[räsident] Botha hat dieses Treffen heftig kritisiert und erneut darauf hingewiesen, daß für ihn Verhandlungen mit dem ANC nicht in Frage kämen." Vgl. Referat 320, Bd. 155985.

6 Der Vorsitzende der südafrikanischen Inkatha Freedom Party, Buthelezi, hielt sich vom 17. bis 22. Februar 1986 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 18. Februar 1986 vgl. Dok. 49, Anm. 40.
Am 18. Februar 1986 fand ebenfalls ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Buthelezi statt. Themen waren die Reformankündigungen des Präsidenten Botha, die Frage von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika, das Verhältnis von Inkatha zum ANC und zur UDF sowie die Aussichten auf eine Freilassung von Nelson Mandela. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 14 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 20. Februar 1986; Referat 320, Bd. 156002.

7 Bundesminister Genscher traf am 22. April 1986 mit dem südafrikanischen Außenminister zusammen. Ministerialdirigent Sulimma informierte dazu am 23. April 1986, daß Botha auf „wichtige und substantielle Entscheidungen zur Abschaffung der Apartheid" verwiesen und Genscher gebeten habe, „auf die anderen europäischen Regierungen einzuwirken, damit diese aufhörten, Erklärungen abzugeben oder Maßnahmen zu treffen, die die Gewalt in SA fördern oder bestärken würden. Die Bundesregierung nahm er von seiner Kritik ausdrücklich aus. […] BM Genscher wies darauf hin, daß es innerhalb der EPZ schon jetzt Tendenzen gebe, zusätzliche Maßnahmen gegen SA zu verhängen. Die Bundesregierung habe dafür dabei vor allem zur Frage von Wirtschaftssanktionen eine klare Position. Allerdings könnte er sich nicht verpflichten, SA wegen seiner Politik in Zukunft nicht zu kritisieren. BM führte aus, daß die Zeit gegen die Politik der SA-Regierung arbeite. […] Angesichts der inneren Lage SA seien jetzt Signale nötig, aus denen klar hervorgeht, daß es die Regierung mit der Abschaffung der Apartheid ehrlich meine. Solche Signale wären die bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und die Aufhebung der Bannung des ANC." Vgl. den Runderlaß Nr. 3205; Referat 320, Bd. 155999.

8 Der Vorsitzende des ANC, Tambo, hielt sich vom 7. bis 9. April 1986 auf Einladung der SPD in der Bundesrepublik auf und führte am 9. April 1986 ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte dazu am 11. April 1986, Tambo habe hervorgehoben, „daß der ANC sich weigere, die Südafrikaner nach Rassen und Hautfarbe aufzuteilen. Die Sorge der Weißen, von einer Übermacht der Schwarzen überwältigt zu werden, stelle eine falsche Sicht dar." Allerdings müßten „die Schwarzen einen höheren Anteil am Wohlstand Südafrikas erhalten […]. Er forderte erneut eine Agrarreform und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie. […] Tambo unterstrich, daß der ANC die Überwindung der Apartheid in kürzest möglicher Zeit erreichen wolle. Hierzu wolle man alle gesellschaftlichen Gruppen aufrufen. Man sei auch zu weiterem bewaffneten Kampf bereit. Man erwarte, daß man noch mehr Menschen opfern müsse." Vgl. den Runderlaß Nr. 24; Referat 320, Bd. 156004.

nen, daß es in Südafrika erstaunliche Veränderungen gegeben habe. Diese hätten allerdings nicht mit der Entwicklung Schritt gehalten. Was könne man tun? Man müsse sich für eine friedliche Lösung einsetzen. Der Westen müsse sowohl der Regierung wie der schwarzen Gemeinschaft die Notwendigkeit eines Dialoges deutlich machen. Die Bemühungen der Gruppe hervorragender Persönlichkeiten des Commonwealth haben Fortschritte erzielt.[9] Ihre Bemühungen verdienten Unterstützung. Sie könnten mehr tun als die Sieben, um die Kluft in Südafrika zu überbrücken. Sie fühlten sich durch das Echo der Regierung und der Schwarzen ermutigt. Sie würden bald wieder nach Südafrika reisen. Die Sieben sollten etwas zu diesen Bemühungen sagen, nicht nur als Reaktion auf Botha. Der ANC enthalte die verschiedensten Gruppen von den Marxisten bis zu den Methodisten. Es gebe Kontakte zum ANC auf offizieller Ebene. Der Vorsitz (des Weltwirtschaftsgipfels) könne sich in seiner Zusammenfassung der Diskussion an den folgenden drei Punkten orientieren:

– Die Sieben hätten den durch die Gruppe der hervorragenden Persönlichkeiten des Commonwealth erreichten Fortschritt zur Kenntnis genommen und begrüßt.
– Sie setzten sich ein für einen breiten Dialog über die Schranken der Rassen und Bekenntnisse hinweg, der eine Alternative zur Gewalt sei.
– Sie träten für die Abschaffung der Apartheid und für ein nichtrassistisches Regierungssystem unter Schutz der Minderheitenrechte ein.

Andreotti (I) unterstrich unter Bezugnahme auf den Botha-Brief, daß die Änderung der Haltung der südafrikanischen Regierung, die früher eine Beschäftigung anderer mit Südafrika nicht gewünscht habe, bemerkenswert sei. Dies sei sicher auf den Druck, besonders der USA, zurückzuführen. Was solle man jetzt tun? Der Westen solle die südafrikanische Regierung drängen, mit Mandela zu sprechen. Die Vorbedingung der Regierung, daß Mandela auf Gewalt verzichten müsse, führe zu einem Teufelskreis, da die Aufrechterhaltung der Haft Mandelas zu immer mehr Gewaltanwendung führe. Zwei Punkte seien wichtig:

– Botha solle Mandela freilassen, um aus dem Teufelskreis auszubrechen (andere, wohl auch Tutu, wollten einen Dialog nicht);
– man müsse die Problematik Südafrikas im Zusammenhang mit der weiteren Problematik des südlichen Afrikas sehen. Dazu gehöre z. B. Mosambik, das man nicht in sowjetische Abhängigkeit geraten lassen sollte.

Raimond (F) betonte, daß der Westen aus moralischen und politischen Gründen sowohl Dialog führen als auch Druck ausüben müsse. Die Haltung der Zwölf

[9] Auf ihrer Konferenz vom 16. bis 22. Oktober 1985 in Nassau kamen die Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten überein, eine Commonwealth Group of Eminent Persons (EPG) mit dem Ziel ins Leben zu rufen, „auf jede mögliche Weise Hilfe zu leisten bei der Entfaltung des notwendigen politischen Dialogprozesses". Vgl. das Commonwealth-Übereinkommen über das südliche Afrika; EUROPA-ARCHIV 1986, D 55.
Zu den Gesprächen der EPG vermerkte Referat 320 am 5. Juni 1986: „Die EPG hat sich bislang zweimal in Südafrika zu umfassenden Gesprächen mit Vertretern aller politisch und gesellschaftlich relevanten Kräfte aufgehalten. Zum Zeitpunkt der südafrikanischen Angriffe auf Sambia, Botsuana und Simbabwe (19.5.86) hielt sich die EPG in Südafrika auf. Die Erfolgsaussichten der EPG sind durch diese Militäraktionen erheblich geschmälert." Vgl. Referat 320, Bd. 156009.
Zu dem am 12. Juni 1986 veröffentlichten Abschlußbericht vgl. Dok. 167, Anm. 24.

enthalte ein entsprechendes Gleichgewicht. Er stimme den drei Punkten Howes zu, meine jedoch, daß man beim ersten Punkt nicht nur die Commonwealth-Gruppe nennen sollte, sondern auch andere Versuche, z. B. durch die Troika der Zwölf, hinzufügen sollte.

Van den Broek (niederländische Präsidentschaft) setzte sich für vertrauensbildende Maßnahmen, vor allem durch die Befreiung der politischen Gefangenen ein.

Shultz (USA) meinte: Der Westen solle sich geduldig um eine konstruktive Entwicklung bemühen. Nicht alle unsere Anstrengungen würden Erfolg haben, einige Bemühungen würden aber nützen. Wir sollten uns nicht mit der einfachen Haltung begnügen: die Apartheid anzuklagen und es damit bewenden zu lassen. Man müsse anerkennen, daß es gewisse Fortschritte gegeben habe. Die Ungeduld mit dem Regime sei verständlich. Trotzdem bleibe die einzige Chance, die Apartheid ohne Gewaltanwendung abzuschaffen. Die Commonwealth-Gruppe habe gute Arbeit geleistet, vielleicht könne man in der Erklärung des Vorsitzes auf den Brief Bothas Bezug nehmen. Was Mandela angehe, so wolle ihn die südafrikanische Regierung wahrscheinlich aus dem Gefängnis loswerden. Aber das sei gar nicht einfach.

Abe (Vorsitz) stellte fest, er werde in seiner Zusammenfassung folgende Punkte erwähnen: Die gute Arbeit der Commonwealth-Gruppe. Die notwendige Ermutigung der Reformbemühungen. Die Aufforderung an den ANC, der Gewalt abzuschwören und an den Verhandlungstisch zu kommen. Die Aufforderung an die Regierung zum Dialog.

Clark warnte davor, die Möglichkeiten der Commonwealth-Gruppe nicht durch eine zu deutliche Einvernahme zu schmälern. Außerdem solle man sich hüten, die Anstrengungen Bothas übermäßig zu loben.

Howe und *Andreotti* unterstützten dies ausdrücklich. *Raimond* riet, die Zusammenfassung der Präsidentschaft zu überlassen. Auch *BM* unterstützte die Anregungen Clarks und Howes: Es wäre unweise, besonders auf Botha einzugehen. Sonst müßten wir auch auf die Ausführungen anderer eingehen, um nicht den Eindruck der Einseitigkeit zu machen.

2) Horn von Afrika

Andreotti stellte in seiner Einführung fest, daß sich die Sieben für den Dialog in der Region einsetzen sollten. Die wirtschaftliche Lage in der Region sei sehr schwierig, obwohl die dortigen Länder dieses Jahr nicht unter der Trockenheit wie im letzten Jahr zu leiden gehabt hätten. Der Westen habe viel Hilfe geleistet und besitze daher ein gutes Standing. Er sollte sich bemühen, dies zur Einflußnahme zu nutzen. Die Maßnahmen gegenüber dem Sudan sollten mit Ägypten besprochen werden.[10]

Eine Diskussion über das Thema fand nicht statt.

10 Am 6. April 1985 setzte das sudanesische Militär Präsident Numeiri ab. Ein Militärrat und eine zivile Übergangsregierung übernahmen die Regierungsgeschäfte mit dem Ziel, binnen eines Jahres demokratische Grundlagen zu schaffen, den Bürgerkrieg im südlichen Sudan zu beenden und die Wirtschaft zu konsolidieren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schlagintweit vom 10. April 1986; Referat 310, Bd. 149661.
Vom 1. bis 12. April 1986 fanden im Sudan Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung statt, aus denen der Vorsitzende der Umma-Partei, el-Mahdi, als Sieger hervorging. Zum Stand der Ent-

3) Sonder-Generalversammlung der VN zu Afrika[11]

Raimond hob in seiner Einführung folgende Punkte hervor:

– Wir sollten die entwicklungspolitischen Anstrengungen, die afrikanische Länder selbst unternähmen, unterstützen.
– Wir sollten die Bereitschaft betonen, eine künftige gemeinsame Entwicklungsstrategie festzulegen.
– Wir sollten uns für die Zusammenarbeit und ein gegenseitiges Engagement zwischen Afrika und der internationalen Gemeinschaft einsetzen.
– Die Haltung der EG zu der Frage habe die volle Unterstützung Frankreichs.
– Afrika solle erste Priorität in unserer Entwicklungshilfepolitik erhalten.
– Die Maßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds für strukturelle Hilfe für Afrika seien zu begrüßen. Alle Geberländer sollten sich an den Empfehlungen für Entwicklungshilfeplafonds ausrichten.

Andreotti äußerte Bedenken, die Konferenz mit der Festlegung auf Ziffern zu beginnen. Ein besserer Ausgangspunkt sei der Hinweis auf das von uns bereits Geleistete.

Shultz setzte sich dafür ein, den Afrikanern die unbequeme Wahrheit zu sagen, daß viele ihrer Probleme von ihnen selbst verursacht seien. Keinerlei Hilfe könne die Lage der Afrikaner verbessern, wenn die betreffenden Länder sich nicht selbst zu helfen imstande seien. Dies beginne man in Afrika zu realisieren. Man könne einen frischen Luftzug feststellen. Allerdings teilten die westlichen Länder die Verantwortung für die Probleme in Afrika. Die unsinnige Landwirtschaftspolitik führe dazu, die afrikanischen Länder aus den Weltmärkten auszuschließen. Diese Kritik richte er durchaus auch an die USA selbst. Die Gewährung von Nahrungsmitteln an Afrika zu Preisen unter den dortigen Produktionskosten führte zu einer Senkung der Nahrungsmittelproduktion in Afrika. Ohne Zweifel brauche Afrika weiter Hilfe, aber vor allem müsse es lernen, sich selbst zu helfen.

Van den Broek erklärte sich mit dieser Feststellung einverstanden. Man müsse die Nothilfe in Hilfe für strukturelle Reformen umwandeln. Unsere Politik müsse sich den afrikanischen Entwicklungsbedingungen anpassen. Die Afrikaner akzeptierten diesen Gedanken mehr und mehr. Es wäre ein Fortschritt, wenn dies als Ergebnis der SGV herauskäme. Trotzdem müsse die Hilfe aufrechterhalten und ausgebaut werden. Sie müsse aber zu einem Entwicklungsprozeß in Afrika selbst führen. Die SGV dürfe nicht als Pledging Conference angesehen werden. Sie müsse die Probleme und die Hilfsmittel identifizieren.

Howe erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden. Auch er sprach sich gegen spezielle Verpflichtungen und fixierte finanzielle Ziele aus. Es sei ein Paradoxon, daß der Export unserer Überproduktion nach Afrika in den dorti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 692

wicklung stellte Botschafter Zimmermann, Khartum, am 23. Juni 1986 fest: „Wer von der neuen Regierung stärkere Aktivitäten erwartet hatte, wird enttäuscht. Innen- u. außenpolitisch tut sich wenig. […] Bürgerkrieg im Süden geht unvermindert weiter. […] Auf wirtschaftlichem Gebiet sind keine Fortschritte zu erkennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 427; Referat 310, Bd. 149661.

11 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Afrika vom 27. Mai bis 1. Juni 1986 in New York vgl. Dok. 163.

gen Ländern die grundlegende Motivation zu landwirtschaftlichem Wachstum untergrabe. Die Erfolge Chinas und Indiens beruhten auf Fortschritten in diesem Bereich. Darüber sollte man, unabhängig von den aktuellen Streitfragen, einmal ruhig gemeinsam nachdenken. Wir sollten Fortschritte in Afrika anerkennen, wo sie sich zeigten. Die Managerfähigkeiten und technischen Qualitäten in Afrika müßten verbessert werden. Das werde inzwischen in Afrika anerkannt.

BM führte aus: Man sei sich einig, daß eine Strategie erforderlich sei, die den Afrikanern ermögliche, sich selbst zu versorgen. Dies bedeute auch, daß im dörflichen Bereich die handwerklichen Strukturen – Maschinenpflege und Bauten – ausgebaut würden. Nach unserer Erfahrung in Europa wachse aus den handwerklichen Betrieben die Industrie. Diese Phase sei nicht zu überspringen. Dazu sei Ausbildung notwendig. Diese Entwicklung führe zu einer gesunden Struktur. Auch auf die Sicherung der natürlichen Ressourcen müsse geachtet werden. In der Sahel-Zone werde Raubbau mit den Wäldern getrieben. Auch die innere Stabilität der Länder werde von einer gesunden landwirtschaftlichen und kleinwirtschaftlichen Struktur positiv beeinflußt. Dies sei auch für die Immunität gegenüber marxistischen Strömungen wichtig. Am besten sollte man viele selbständige Existenzen haben.

Clark schloß sich der Kritik an den Auswirkungen der Landwirtschaftpolitik der Industrieländer auf Afrika an. Dies müsse besprochen werden.

Abe stellte als Vorsitzender fest: Er werde in seiner Zusammenfassung sagen: Man habe die afrikanischen Probleme sehr ernsthaft auf dem Gipfel besprochen.

4) Zentral- und Südamerika

Shultz erklärte in seiner Einführung: Man müsse in dieser Region sowohl die günstigen Möglichkeiten für Fortschritt wie auch die Probleme sehen. Zu den günstigen Möglichkeiten gehöre die Stärkung der demokratischen Entwicklung in den meisten lateinamerikanischen Staaten. Zu den Problemen bei der wirtschaftlichen Entwicklung gehöre die Verschuldung, die eine schwere Hürde für die Entwicklung sei. Die USA gingen dieses Problem an, indem sie auf strukturelle Reformen drängten. Man bemerke auch in Zentral- und Lateinamerika eine wachsende Aufgeschlossenheit dafür, und dies sei gesund. Die Situation habe sich in Argentinien, auch in Brasilien verbessert. Venezuela leide unter dem Sinken der Ölpreise, werde seine Probleme aber wohl lösen können. Zur Kapitalflucht müsse man den betroffenen Ländern sagen: Wenn sie herausfänden, wie sie das Geld zurückbekommen könnten, dann würden sie auch erkennen, wie sie ihre Probleme lösen könnten. Es gehe um die Schaffung des richtigen Klimas. Im Unterschied zu Afrika sei Kapital in diesen Ländern gebildet worden, das wegen ungünstiger Bedingungen ins Ausland abgewandert sei. In Mexiko habe man die bekannten besonderen Probleme wegen der offenen Grenze zu den USA. Die Kapitalbewegungen verhielten sich wie eine Drehtür. Das erste Problem, die Verschuldung, müsse man also mit strukturellen Reformen, mit Verbesserungen des Klimas für das Kapital angehen. Hier seien auch die GATT-Runde und die Handelsfragen wichtig. Ein zweiter Problemkreis liege in Übergangsproblemen, z. B. in Chile. Hier frage sich, wie man die Regierung zur Demokratisierung bringen könne. Es gebe Gewalt in Chile, die von den Kommunisten unterstützt werde, das sei keine Alternative. Aber Pinochet sei auch

keine Alternative. Allerdings genüge auch nicht öffentliche Kritik an Pinochet. Dies helfe nicht viel weiter. Man müsse die hinter ihm stehenden Kräfte dazu bringen, ihn zum Wandel zu bewegen. Haiti sei ein weiteres sehr schwieriges Problem.[12] Man hoffe, das Land durch finanzielle Hilfen über dieses Jahr zu bringen. Der Erfolg der Demokratisierung sei jedoch nicht garantiert. Es könne Rückschläge geben. Was Nicaragua betreffe, so zeige die dortige Entwicklung, daß man den Ländern helfen müsse, die sich um Demokratie bemühten, Guatemala, El Salvador, Costa Rica. Im übrigen müsse man Nicaragua dazu bringen, ebenfalls demokratische Regierungsformen einzuführen, bevor sich die Kommunisten dort konsolidiert hätten. In den USA gebe es eine starke innenpolitische Auseinandersetzung über die Hilfe an die Contras. Der Präsident werde sich aber wahrscheinlich durchsetzen.[13] In der Region gebe es auch eine besondere Art von Terrorismus, kombiniert mit Drogenhandel. Die USA unterstützen den Contadora-Prozeß.[14] Um erfolgreich sein zu können, brauche dieser Prozeß eine Regierung in Nicaragua, die bereit sei, etwaige Vereinbarungen im Contadora-Rahmen auszuführen. Die jetzige Regierung sei unwillig, sich zu engagieren. Sie reagiere nur auf Druck, und z. Zt. fühle sie keinen besonderen Druck. Habib gebe sich alle Mühe, einen Ausweg zu finden.[15] Die Zentralamerikaner fingen inzwischen an, nachzudenken, ob sie nicht selbst eine Lösung finden sollten, statt auf Vorschläge der Contadora-Staaten zu war-

12 Zum Sturz der Regierung in Haiti vgl. Dok. 53, Anm. 11.

13 Zur Auseinandersetzung in den USA um die Unterstützung nicaraguanischer Oppositionsgruppen („Contras“) vgl. Dok. 85, Anm. 12.

14 Referat 331 vermerkte am 9. Mai 1986: „Vier Staaten der Region, die nach ihrem ersten Tagungsort in Panama benannte ‚Contadora-Gruppe‘ (KOL, MEX, PAN, VEN), bemühen sich seit 1983, den anhaltenden Spannungszustand in Zentralamerika (ZA) durch eine umfassende Verhandlungslösung zu beseitigen. Ziel ist die Einigung aller fünf ZA-Staaten auf eine ‚Akte von Contadora über Frieden und Zusammenarbeit in ZA‘. Diese Verhandlungen kamen Ende 1985 zum Erliegen. Um den Contadora-Prozeß wieder ingangzusetzen, haben die Contadora-Staaten, inzwischen unterstützt von ARG, BRA, PER, URU, am 12.1.1986 in Caraballeda vorgeschlagen: zunächst die wichtigsten Grundsätze festschreiben und als Maßnahmen zur schrittweisen Annäherung Nichtangriffserklärung der ZA-Staaten; Einwirkung zugunsten Dialog USA–Nicaragua; nationaler Dialog in Konfliktländern; Einstellung Unterstützung Aufständischer; Einfrieren Rüstungskäufe; keine internationalen Manöver in der Region. Die Erklärung von Caraballeda hat am 14.1.1986 in Guatemala die Zustimmung der Außenminister der ZA-Staaten (einschließlich Nicaragua) gefunden. […] Die Außenminister der vier Contadora-Staaten und der vier Unterstützerstaaten haben auf Treffen in Punta del Este am 27./28.2.1986 Bemühungen um politische Lösung der ZA-Krise fortgesetzt. 5. bis 7. April 1986 in Panama: Treffen der Acht (Contadora und Unterstützer) mit den Fünf (ZA) auf Außenministerebene ging ohne Ergebnisse zu Ende, da eine Einigung unter den ZA-Staaten, die Contadora-Akte bis zum 6.6.1986 zu Ende zu verhandeln und zu unterzeichnen, am Widerstand Nicaraguas scheiterte. […] Die vier zentralamerikanischen Länder Costa Rica, Honduras, El Salvador und Guatemala haben am 17.4.86 die Erklärung abgegeben, die Contadora-Akte am 6.6.86 zu zeichnen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136699.

15 Der amerikanische Sonderbotschafter Habib besuchte in der zweiten Hälfte des Aprils 1986 die Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela), ferner die vier Unterstützerstaaten (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay) sowie vier weitere Staaten Zentralamerikas. Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 6. Mai 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach Habib von seiner Reise „in Abwandlung des gebräuchlichen diplomatischen Ausdrucks ‚vorsichtiger Optimismus‘ mit ‚vorsichtigem Pessimismus‘“ zurückgekehrt sei. In allen Hauptstädten habe er die Bereitschaft der USA erklärt, „sich an einen Contadora-Vertrag zu halten, der die umfassende, verifizierbare und gleichzeitige Implementierung aller Elemente“ des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister der Contadora-Gruppe und mittelamerikanischer Staaten vom 7. bis 9. September 1983 in Panama-Stadt vorsehe. Die USA hätten „nicht so außerordentlich hohe politische und finanzielle Ressourcen in ZA investiert, um einen ‚halbgaren‘ Vertrag zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1973; Unterabteilung 33, Bd. 146555.

ten. Aber Nicaragua wolle nicht mitarbeiten. Sobald der Präsident nach Washington zurückkehre[16], werde er den Kampf um die Hilfe an die Contras mit Nachdruck wieder aufnehmen.[17]

BM wies auf die Kooperation EG–Zentralamerika hin, mit der wir ein Zeichen geben wollten, daß es sich lohne, mit dem Westen zusammenzuarbeiten. Ein Musterexemplar sei Costa Rica. Dies sei eine Demokratie, die frühzeitig soziale Reformen durchgeführt habe und deshalb zu politischer Stabilität gekommen sei. Andere Staaten fingen an, sich danach auszurichten. Es seien große Anstrengungen notwendig, um in Zentralamerika feste und stabile politische Strukturen zu finden. Dies werde automatisch radikalen Bewegungen wie denen Kubas und Nicaraguas das Wasser abgraben. Solche Bewegungen hätten nur dort eine Chance, wo die sozialen Probleme nicht gelöst würden.

5) West-Ost-Fragen

BM führte ein: Man könne drei Phasen in der kürzlichen sowjetischen Politik unterscheiden:

– Die Gorbatschow-Vorschläge vom 15. Januar.[18]
– Seitdem eine Konzentration auf die innenpolitischen Probleme, besonders durch den Parteitag.[19] Hier habe die Modernisierung der Sowjetunion, die man nicht mit Liberalisierung verwechseln dürfe, im Zentrum gestanden. Die Sowjetunion fühle sich durch Fortschritte im Westen und Aufholen Chinas doppelt herausgefordert. In diese Entwicklung sei bezüglich Chinas auch die Frage der Führung im kommunistischen Weltsystem einbezogen.
– Die Gorbatschow-Rede in Ost-Berlin[20]: Gorbatschow habe die Gelegenheit nutzen wollen, um an dem exponiertesten Platz des Warschauer Paktes die Grenzen der Bewegungsfreiheit der kleineren WP-Staaten zu markieren. Er habe außerdem zum konventionellen Kräfteverhältnis in ganz Europa Stellung genommen, das bisher nicht Verhandlungsgegenstand sei, ebenso wie zu den taktischen Atomwaffen, über die bisher ebenfalls nicht verhandelt werde. Jetzt seien damit alle wesentlichen Bereiche des Kräfteverhältnisses abgedeckt: die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf, MBFR in Wien, KVAE in Stockholm und chemische Waffen in Genf. Gorbatschow habe damit auf die Forderung von seiten der NATO reagiert, die auf die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion verwiesen habe[21]. Hierbei gehe es nicht nur um Zahlen, so wichtig die zahlenmäßige Parität sei, sondern

16 Präsident Reagan hielt sich vom 29 April bis 7. Mai 1986 anläßlich der Sondertagung des ASEAN-Ministerrats bzw. des Weltwirtschaftsgipfels in Bali und Japan auf.

17 Vortragender Legationsrat Schönfelder hielt am 27. Juni 1986 fest, daß das Repräsentantenhaus am 25. Juni 1986 mit 221 gegen 209 Stimmen „den Bewilligungsantrag der Reagan-Administration auf 30 Mio. Dollar humanitärer Hilfe und 70 Mio. Dollar militärisch einsetzbarer Hilfe an die Contras“ gebilligt habe: „Die Annahme des Antrags beendet den dreijährigen Widerstand des Abgeordnetenhauses gegen Militärhilfe für die Contras. Es ist das erste Mal, daß das mehrheitlich demokratische Haus offene Militärhilfe an die anti-sandinistischen Rebellen bewilligt hat.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135356.

18 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

19 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

20 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 18. April 1986 vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

21 Korrigiert aus: „hätten“.

nach den westlichen Sicherheitsinteressen seien auch Faktoren wie die geographischen Disparitäten, die Militärdoktrin (Vorne- im Gegensatz zur Vorwärts-Verteidigung), Ausrüstung, Bewaffnung (defensiv oder offensiv) und Stationierungsräume von Bedeutung. Wir müßten im Bündnis über diese Fragen vertieft diskutieren, damit wir nicht durch vereinfachte Behandlung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Argumentationsschwierigkeiten gebracht würden. Wir müßten prüfen, wo über diese Fragen gesprochen werden sollte, etwa in der zweiten Runde der KVAE, wie dies ursprünglich vorgesehen gewesen sei. Es sei wichtig, Gorbatschow jetzt beim Wort zu nehmen. Seine erklärte Bereitschaft zur größeren Aufgeschlossenheit bei der Verifikation, einschließlich Ortsinspektion, müsse an den Verhandlungstischen getestet werden. Dies gelte für die Wiener Verhandlungen, wo die erste sowjetische Antwort auf unseren weitgehenden Vorschlag von Dezember 1985 höchst unbefriedigend sei.[22] Besonders die Frage der Verdachtskontrolle spielt hier eine Rolle, aber auch bei den chemischen Waffen. Im Gegensatz zu der beim amerikanisch-sowjetischen Gipfel[23] erklärten sowjetischen Bereitschaft fehlten Anzeichen, diese am Verhandlungstisch in die Tat umzusetzen. Das gelte auch für Stockholm, bei den vertrauensbildenden Maßnahmen. Es sei müßig, über die Gründe des sowjetischen Verhaltens zu spekulieren (nur Propaganda? Weisungen noch nicht nach unten durchgedrungen?). Auf jeden Fall müßten wir auf Taten am Verhandlungstisch insistieren. Entsprechend müßten wir auch in der Öffentlichkeit auftreten. Im übrigem gebe es Verbindungslinien zwischen Tschernobyl[24] und der Abrüstung: Die mangelnde Bereitschaft zur Transparenz und zur Verifikation seien systemimmanente Probleme. Unsere Forderungen in den vom Weltwirtschaftsgipfel verabschiedeten Erklärungen zu den nuklearen Reaktoren[25] gäben eine Gesamtsicht wieder. Die neuen Technologien erforderten Transparenz und neue Formen der Zusammenarbeit. Wenn die Sowjetunion Fortschritte in die Informationsgesellschaft hineinmachen wollte, müsse sie sich auf den Austausch von und die Arbeit mit weltweit bekannten Daten einstellen. Wer hier nicht mitmache, falle zurück. Die Notwendigkeit zu kooperativem Verhalten wachse. Kooperative Lösungen seien nicht nur bei der Rüstungskontrolle, sondern in allen Bereichen immer stärker erforderlich. Ein Beispiel für solche kooperativen Lösungen stelle auch die Definition der Verhandlungsziele vom 8.1. 1985[26] dar. Aber auch im zivilen Bereich, beim Korb II

22 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.
Zur Reaktion der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

23 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, BD. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

24 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

25 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 über die Auswirkungen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 310 f.

26 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

der KSZE-Schlußakte[27] stehe Kooperation im Mittelpunkt. Der Westen tue gut daran, seine Bereitschaft zu breiter Kooperation in allen Bereichen, nicht nur dem militärischen, zum Ausdruck zu bringen. Wir hätten in allen Bereichen die besseren Karten, nicht nur in der Technologie, sondern auch aufgrund unserer freien Gesellschaften. Der Gorbatschow-Vorschlag zu den konventionellen Waffen werde in der europäischen Öffentlichkeit noch eine große Rolle spielen. Deshalb hätten wir uns in der gemeinsamen Erklärung von Tokio für den Satz eingesetzt, daß jeder Krieg, ein nuklearer wie ein konventioneller vermieden werden müsse. So stehe es in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom November 1985, und es wäre gut, diesen Satz auch auf das Ost-West-Verhältnis insgesamt zu beziehen. Er habe die dagegen vorgebrachten Bedenken nicht verstanden. Angesichts der Diskussion über nukleare Systeme und Defensiv-Systeme gebe es einen Trend, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß konventionelle Kriege leichter zu ertragen wären als nukleare. In Europa würde auch ein konventioneller Krieg die Zivilisation vernichten.

Wir bemühten uns, die Beziehungen nicht nur zur Sowjetunion, sondern auch zu den kleineren Staaten des Warschauer Paktes zu entwickeln. Dafür müsse auch das KSZE-Folgetreffen in Wien sorgfältig vorbereitet werden. Wir müßten mit einer klaren, festen westlichen politischen Strategie in dieses Treffen gehen. Für den Westen sei es wie in Madrid[28] wichtig, die Vorhand zu behalten und auch die N+N-Staaten zu gewinnen. Dies werde ein wichtiges Thema in Halifax[29] sein. Die West-Ost-Lage sei heute für den Westen günstig. Tschernobyl sei ein schwerer Fehler der Sowjetunion gewesen. Trotzdem sei es unser Interesse, aus den sowjetischen Vorschlägen herauszuholen, was an Substanz darin liege und für uns nützlich sei. Neben dem propagandistischen Gehalt müsse man auch substantielle Elemente sehen, die mit dem Modernisierungsinteresse der Sowjetunion zusammenhingen. Deshalb sei es auch begrüßenswert, daß die USA nach dem NATO-Treffen vom 15. Oktober 1985[30] die restriktive Interpretation des ABM-Vertrages bestätigt habe[31] und daß der amerikanische Präsident jetzt an der Obergrenze von SALT II festgehalten habe[32]. Dies sei eine gute Ausgangsbasis für weitere Vereinbarungen. Man müsse jetzt alle Möglichkeiten nutzen.

Andreotti faßte seine Einschätzung der Lage in folgenden Punkten zusammen:

– Es sei sehr wichtig zu unterstreichen, daß die vielen guten Worte Gorbatschows bisher nicht an den Verhandlungstischen umgesetzt würden.

27 Für den Wortlaut des Dokuments „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

28 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

29 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

30 Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 283.

31 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 11. Oktober 1985 über die Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 312.

32 Zur Frage der Weiterbeachtung von SALT II durch die USA vgl. Dok. 123.

– Fortschritte erschienen bei der Verifikation möglich. Die technologischen Mittel erleichterten es, Geheimniskrämerei zu verhindern.
– Als Schewardnadse in Washington gewesen sei[33], habe der CIA-Direktor[34] erklärt: Die Sowjetunion stehe hinter dem Terrorismus in der Welt. Diese Erklärung habe Italien überrascht. In der von amerikanischer Seite am Vortag in Tokio zirkulierten Erklärung werde darauf hingewiesen, daß der Terrorismus von heute weitgehend auf die Sowjetunion und ihre Klienten zurückzuführen sei. Wir alle hofften auf Dialog. Man müsse sich aber fragen, ob wir in diesem Punkte eine gemeinsame Basis hätten.

Raimond erklärte sich einverstanden mit den Ausführungen von BM. Die Modernisierung der Sowjetunion sei ein tiefsitzender Wunsch der Sowjets. Dabei handele es sich in der Tat nicht um Liberalisierung. Im Gegenteil könne es zu stärkerer Disziplin, auch im sowjetischen Lager, führen. Man müsse die sowjetischen Vorschläge sorgfältig prüfen, gleichzeitig aber wachsam sein. An den Verhandlungstischen müsse man von der Sowjetunion konkrete Vorschläge verlangen, um die öffentlichen Erklärungen testen zu können.

Howe erklärte sich ebenfalls nachdrücklich einverstanden mit der Analyse von BM. Er stellte fest, daß die Reaktionen bei uns häufig Spiegelbilder der Reaktionen auf östlicher Seite seien. Jede Seite sei abgeneigt, der anderen Seite den „benefit of the doubt" zuzugestehen. Auch wir müßten sehen, die öffentliche Debatte für uns zu gewinnen, gleichzeitig aber Fortschritte in der Sache anzustreben. Die Sowjetunion nehme die Modernisierung sicher ernst. Sie wolle sicher Fortschritte in den Verhandlungen machen.

Aber sie wolle dafür auch die öffentliche Meinung einsetzen. Sie habe es mit Geschick fertiggebracht, den Westen in der Öffentlichkeit in die Defensive zu bringen, z. B. in der Frage der Nukleartests, die notwendig, aber unpopulär seien. Ein anderes Beispiel sei Südafrika. Wir müßten besser präsentieren, was auf dem Tisch liege. Wir müßten sowohl den Propagandagehalt der sowjetischen Politik wie auch die positiven Elemente in der Substanz der sowjetischen Vorschläge erkennen. Wir müßten aktiver werden, sowohl in der Propaganda-Auseinandersetzung als auch in dem Bemühen um Substanz.

Shultz stellte fest: Eine Grundfrage, die beantwortet werden müsse, sei die, ob Verhandlungen mit der Sowjetunion ein lohnendes Ergebnis erwarten ließen. Man müsse auf die sowjetische Propaganda achten. Die Hauptfrage sei jedoch, ob es eine wirkliche sowjetische Bereitschaft zu Lösungen gebe. Den Schlüssel dürfe man nicht in der Propaganda sehen, sondern darin, ob gleichzeitig Bereitschaft zur stillen Diplomatie bestehe. Man habe in Washington nach der Vereinbarung über ein Treffen der beiden Außenminister im Mai[35] an einen solchen Willen Moskaus zur stillen Diplomatie geglaubt. Aber bisher sehe man keine wirkliche Bereitschaft dazu. An den Verhandlungstischen sehe es nicht sehr gut aus, weder bei MBFR noch bei der KVAE, wo die Sowjets einen verab-

33 Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 27. September 1985 in Washington vgl. AAPD 1985, II, Dok. 264.
34 William J. Casey.
35 Zur Vereinbarung eines Treffens der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) sowie zur Absage des Treffens durch die UdSSR vgl. Dok. 104, Anm. 21 und 22.

redeten Besuch ihres Verhandlungsführers rückgängig gemacht hätten.[36] Die Sowjets schienen weiter dabei, die Lage zu bewerten.

Referat 010, Bd. 178935

134

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Tokio

7. Mai 1986[1]

Deutsch-japanische politische Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs;
hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Nakasone am 7. Mai 1986[2]

Der *Bundeskanzler* führte zunächst mit PM Nakasone ein ca. 20minütiges Vier-Augen-Gespräch. Anschließend wurde das Gespräch im kleinen Kreis fortgesetzt.

Aus dem zweiten Teil des Gesprächs ist folgendes festzuhalten:

Der Bundeskanzler wies bei seiner Beurteilung der Position von GS Gorbatschow auf erhebliche Prestigeeinbußen hin, die dieser in letzter Zeit erlitten habe:

- Bei der jüngsten militärischen Aktion der Amerikaner gegen Libyen[3] habe die SU keinerlei Flagge gezeigt. Diese Enthaltsamkeit habe ihrem Ansehen im Nahen Osten und unter den Blockfreien allgemein erheblich geschadet.
- Der Reaktorunfall[4] habe ihre technische Verwundbarkeit offenbart und damit zu Vergleichen Anlaß gegeben.

Für die Vereinigten Staaten lasse sich daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß sie mit einer klaren, entschiedenen, ruhigen und bestimmten, aber flexiblen Politik im Verhältnis zur SU etwas bewegen könnten.

36 Zur Absage des Besuchs des Leiters der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, in die Bundesrepublik, Frankreich und die USA vgl. Dok. 99, Anm. 9.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 9. Mai 1986 gefertigt und am 14. Mai 1986 von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 15. Mai 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Sudhoff, Ministerialdirigent Keil und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel „m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme“ verfügte.
Hat Keil vorgelegen.
Hat Scheel am 20. Mai 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 142632.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Mai anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Japan auf.

3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

4 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß auch in die Strukturen des Warschauer Paktes offensichtlich Bewegung gekommen sei. Bereits unter GS Breschnew seien dort die Zügel gelockert worden. GS Gorbatschow sei gegenüber den Führern der Staaten des Warschauer Pakts zumeist um ca. 15 Jahre jünger; psychologisch behandele er sie auch nicht immer geschickt. Dies habe dazu geführt, daß sich die[5] Führer der Ostblockstaaten auch gegenüber dem „Großen Bruder" wesentlich selbstbewußter als früher verhielten. So habe Staatsratsvorsitzender Honecker auf dem jüngsten SED-Parteitag in Berlin in seiner Rede[6] sehr deutlich die großen Erfolge der DDR im Wirtschaftsbereich herausgestrichen, ohne die UdSSR dabei lobend zu erwähnen.

PM *Nakasone* berichtete seinerseits dem Bundeskanzler vom Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse im Januar d.J. in Tokio.[7] Dieser habe ein Gespräch mit PM Nakasone und AM Abe geführt. Japan habe dabei hartnäckig auf umfassende Diskussion der Territorialfrage[8] bestanden. Dieses Thema sei schließlich auch erörtert worden; die SU habe aber darauf bestanden, diese Erörterung nicht im gemeinsamen Kommuniqué[9] zu erwähnen. Auf sowjetischen Wunsch sei in das Kommuniqué jedoch ein Hinweis auf eine bevorstehende Begegnung zwischen GS Gorbatschow und PM Nakasone aufgenommen worden. Die SU habe diese Begegnung ursprünglich vor dem Wirtschaftsgipfel durchführen wollen. Dazu sei es jedoch nicht gekommen. Auf japanischer Seite ziehe man aus dem sowjetischen Verhalten den Schluß, daß GS Gorbatschow gegenwärtig keinen politischen Spielraum in Europa sehe und sich daher Asien zuwende.

Der *Bundeskanzler* erklärte dazu, nach seiner Auffassung bemühe sich GS Gorbatschow um politische Erfolge sowohl in Asien wie auch in Europa. Er habe bereits Paris[10] und London[11] besucht. Nach der Einschätzung des Bundeskanzlers werde er in naher Zukunft Rom besuchen und auch versuchen, den Papst[12] zu sprechen. Ein weiteres Ziel Gorbatschows werde das Europäische Parlament in Straßburg sein. Möglicherweise werde auch ein kleineres Land wie Österreich von ihm aufgesucht werden.

Auffällig sei dabei, daß Gorbatschow ständig um die Bundesrepublik Deutschland herumreise, ohne sie selbst aufzusuchen. Mit dieser Politik versuche die SU, vor allem die Bundesregierung innenpolitischem Druck auszusetzen. Er, der Bundeskanzler, sei jedoch nicht bereit, sich dadurch beeinflussen zu lassen. Nach einem alten Lenin-Wort führe der Weg nach Europa über Berlin. Gorba-

5 Korrigiert aus: „daß die".

6 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 17. April 1986 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 11, S. 328–399.

7 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan auf.

8 Zur Frage der territorialen Zugehörigkeit der Inselgruppe der Südkurilen vgl. Dok. 17, Anm. 12 und 13.

9 Zum Kommuniqué über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan vgl. Dok. 17, Anm. 14.

10 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 18, Anm. 10.

11 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

12 Johannes Paul II.

tschow werde daher nicht darum herumkommen, über kurz oder lang auf die Bundesregierung zuzugehen.

Im wirtschaftlichen Bereich sei die SU vor allem an einer Zusammenarbeit mit den USA, mit Japan und mit Europa, d.h. mit der Bundesrepublik Deutschland, interessiert. Hinter dem Propagandanebel sei dies ziemlich klar zu erkennen.

PM *Nakasone* nannte seinerseits zwei Gründe für das wirtschaftliche Interesse der SU an Japan:

– Durch Kooperation mit Japan erhalte die SU auch wirtschaftlichen Zugang zu Südostasien, für das Japan die Rolle eines „Doorman" spiele.
– Ferner habe die SU vorrangiges Interesse am Transfer japanischer Hochtechnologie.

Japanische Regierung sei jedoch nicht bereit, ohne substantielle Fortschritte in der Kurilen-Frage der SU wesentlich entgegenzukommen. Japan selbst habe kein vorrangiges Eigeninteresse am Handelsausbau mit der SU. Auf diplomatischer Ebene habe die SU soeben ihren Botschafter in Japan ausgewechselt. Neuer Botschafter sei, aus der bisherigen zweiten Fernost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Solowjow. Er spreche gut japanisch und habe ein sehr flexibles Auftreten.

Interessant war auch, daß die SU den bisherigen Vize-AM Archipow – ihren früheren Fernost-Experten und Unterhändler mit China –, offensichtlich einen Mann Gromykos, pensioniert habe.

Der *Bundeskanzler* äußerte, man solle künftig den Ost-West-Fragen besondere Priorität bei den bilateralen Konsultationen geben.

Er sprach dann von sich aus bilaterale Fragen an.

1) Zum kulturellen Personenaustausch schlug BK vor, Ergebnisse des Expertentreffens vom 7. April 1986 möglichst rasch in die Praxis umzusetzen. Er schlug ferner vor, beide AM sollten bis Oktober d.J. einen gemeinsamen Bericht für die Realisierung der Vorschläge der Experten erstellen.

PM *Nakasone* stimmte diesem Vorschlag grundsätzlich zu: Über die Einzelheiten zur Konkretisierung der Vorschläge der Experten müsse man noch sprechen.

2) Zum „Japanisch-Deutschen Zentrum" in Berlin[13] meinte *BK,* daß dieses bis Ende 1987 fertiggestellt werden sollte. Sein Vorschlag sei, noch vorhandene Probleme über Direktkontakte von Mitarbeitern zu lösen. PM *Nakasone* meinte

13 In ihrem Gespräch am 1. November 1983 in Tokio bestätigten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone ihre Absicht, das Grundstück der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (West) zur Errichtung einer deutsch-japanischen Begegnungsstätte zu nutzen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 323.
Zum Stand der Vorbereitungen notierte Vortragender Legationsrat Blau am 18. Februar 1986, daß bei Konsultationen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem japanischen Außenministerium Einvernehmen über den Wirtschaftsplan 1986 habe erzielt werden können, die Finanzierung für 1987 jedoch offengeblieben sei: „Nach Vorliegen der Abriß- und Baugenehmigung wird mit den Bauarbeiten theoretisch am 17.2.1986, praktisch ca. Mitte März begonnen. […] Der Neubau soll zum 8. November 1987, dem Einweihungsdatum im Rahmen der 750-Jahrfeier Berlins, äußerlich fertiggestellt sein; der Bezug ist für den 1. April 1988 vorgesehen." Vgl. Referat 341, Bd. 142636.

zustimmend, er hoffe, daß die Arbeiten bis Herbst 1987 abgeschlossen werden könnten.

3) Zum „Deutschen Wissenschaftlichen Japan-Forschungsinstitut in Tokio“[14] schlug *BK* vor, seine Errichtung durch Kontakte zwischen der deutschen Botschaft und Mitarbeitern von PM *Nakasone* voranzutreiben. Dieser bezeichnete die Gründung als gut und richtig und stimmte dem Vorschlag zu.

4) Zum Bau eines neuen Schulgebäudes für die Deutsche Schule Tokios[15] meinte *BK*, daß der Vorschlag, deutsche wie auch die französische Schule auf einem größeren Grundstück unterzubringen.[16] Er sei bereit, hierüber mit Präsident Mitterrand und PM Chirac zu reden. Er benötige jedoch zur Grundstücksbeschaffung die Hilfe der japanischen Regierung. BK erwähnte dabei auch die Rechtsform des Erbbaurechtes für die Bebauung und wies darauf hin, daß von deutscher offizieller Seite den Japanern in drei deutschen Städten bei der Schulgrundstückbeschaffung geholfen worden sei.

PM *Nakasone* bezeichnete die Grundstücksfrage als schwierig. Frankreich suche bereits seit über einem Jahr erfolglos nach einem Grundstück. Die Bebauung in der Rechtsform des Erbbaurechtes nannte er eine gute Idee. Er schlug vor, diese Frage zwischen der Deutschen Botschaft in Tokio und dem Außenministerium aufzunehmen.

5) *BK* wiederholte gegenüber PM Nakasone die Einladung des japanischen Kronprinzenpaares[17] zu einem Deutschlandbesuch; bei dieser Gelegenheit könne auch das „Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin“ in Anwesenheit des Kronprinzenpaares eingeweiht werden.[18]

14 Ministerialdirektor Witte vermerkte am 15. Januar 1986, daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1983 die Gründung eines geistes- und sozialwissenschaftlichen Instituts in Japan prüfe mit dem Ziel, „den unbefriedigenden Zustand der gegenwartsbezogenen Japanforschung in Deutschland zu verbessern und die bilateralen Wissenschaftsbeziehungen zu fördern. […] Der Wissenschaftsrat (WR) hat zu dem Vorhaben ein positives Gutachten abgegeben, die Zwecksetzung als bedeutsam und die Bedingungen für die Verwirklichung als günstig bezeichnet. […] BMWi und DFG begrüßen den Ansatz des WRs, während die Botschaft in Abstimmung mit der DIHK Tokio einen noch weitergehenden Praxis- und Wirtschaftsbezug fordert. Dem ist nur insoweit zuzustimmen, als der wissenschaftliche Charakter nicht hinter der Servicefunktion für die deutsche Wirtschaft zurücktreten darf. Abt. 2 und 6 stimmen dem Gutachten des WRs einschließlich seiner politischen Wertungen zu und befürworten eine baldige Errichtung des Instituts.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142551.

15 Am 14. Mai 1986 informierte die Botschaft in Tokio: „Das Gebäude für die Deutsche Schule, 1968 für 230 Schüler gebaut, beherbergt z. Z. 550 Schüler. Da im Zuge der Marktöffnung mit weiterem Zuzug deutscher Familien gerechnet wird und die Schulbauten auf dem jetzigen Gelände nicht erweitert werden können, plant der Vorstand der Stiftung einen Neubau. Die für das neue Gebäude benötigten Mittel können aus dem Verkauf des bisherigen Grundstücks bestritten werden. Auch für die französische Schule wird aus dem gleichen Grund ein größeres Grundstück gesucht. Der französische Botschafter hat vorgeschlagen, beide Schulen auf einem ausreichend großen Grundstück zu errichten. Es wäre dies der erste Fall einer engen Kooperation auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik. Wegen der hohen Grundstückspreise kommt ein Kauf für uns nicht in Betracht. Die Botschaft hat daher die japanische Seite (Erziehungsminister und Finanzministerium) gebeten, zu prüfen, ob uns ein Grundstück aus dem Besitz der öffentlichen Hand angeboten werden könnte, auf dem uns ein Erbbaurecht eingeräumt würde. Dem stehen z. Z. noch grundsätzliche Bedenken des japanischen Finanzministeriums entgegen (keine Vergünstigungen für ausländische Schulträger).“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 760; B 93 (Referat 612), Bd. 1385.

16 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

17 Akihito und Michiko.

18 An der Eröffnung des Japanisch-Deutschen Zentrums am 8. November 1987 nahm Prinz Naruhito im Rahmen seines Aufenthalts vom 7. bis 12. November 1987 in der Bundesrepublik teil.

PM *Nakasone* dankte und versprach, die Einladung dem Kronprinzenpaar zu übermitteln. Die Frage könne auf diplomatischem Wege weiterverfolgt werden.

6) *BK* schlug der japanischen Regierung vor, als Nachfolgemodell für die gegenwärtig im Einsatz befindlichen Jagdflugzeuge das europäische Modell „Tornado" zu übernehmen. Die Bundesregierung habe mit diesem Flugzeug sehr gute Erfahrungen gemacht.

PM *Nakasone* sagte hierzu, daß das japanische Selbstverteidigungsamt gegenwärtig vier Optionen prüfe:

– Den Eigenbau eines eigenen Modells.

– Die Umwandlung des bestehenden Flugzeugmaterials.

– Den Kauf neuer Maschinen in den USA.

– Den Kauf neuer Maschinen in Europa.

Die Frage, für welche Option man sich entscheiden werde, sei noch offen. Unter den europäischen Flugzeugen stehe „Tornado" jedenfalls im Mittelpunkt des Interesses.

7) *BK* sprach sodann den europäischen Airbus als interessante Alternative für die japanischen Fluggesellschaften an.

Er wies darauf hin, daß er bei Regierungsübernahme zusammen mit F beschlossen habe, das Airbus-System weiter auszubauen.[19] Zunächst sei an den Bau einer Langstreckenversion gedacht.

Ob dabei GB an diesem multinationalen Projekt weiter mitarbeiten werde, sei ihm noch nicht bekannt. Er werde PM Thatcher hierauf ansprechen.

Die Bundesregierung sei jedoch bereit, mit Frankreich ggfls. alleine an diesem System weiterzuarbeiten. Für Europa sei es wichtig, ein solches Projekt der Hochtechnologie aus eigener Kraft zu betreiben. Außerdem wäre es schlecht, wenn Europa von den 90er Jahren ab von der US-Firma Boeing abhängig würde, die dann als alleiniger Produzent von Verkehrsflugzeugsystemen ein Weltmonopol erlangen würde. Bereits jetzt arbeitet die Firma Boeing mit allen Kräften auf ein solches Weltmonopol hin. Sie habe Lufthansa bereits Maschinen zu Preisen angeboten, die nicht mehr kostendeckend sein könnten, um dadurch den Airbus geschäftlich auszuschalten.

Auf ein solches Monopol könne und wolle die Bundesregierung sich jedoch nicht einlassen.

PM *Nakasone* zeigte sich von der Technik des Airbus-Systems beeindruckt, bemängelte jedoch den hohen Preis und die lange Lieferzeit. Er meinte, daß Airbus für die japanische Luftverkehrsgesellschaft wenig USENEKU[20] (funetisch[21]) in Betracht käme, dies bedürfe jedoch noch eingehender Prüfung. Air-

19 Zur Weiterentwicklung des „Airbus" vgl. Dok. 109, Anm. 15.

20 Die Wörter „wenig USENEKU" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zen-Ni-Ku (ANA). So etwas kommt vor, wenn kein Kundiger bei dem Gespräch anwesend ist."

21 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „phonetisch".

bus-Industrie sollte inzwischen ihre Bemühungen um den japanischen Markt noch weiter verstärken.

Referat 341, Bd. 142632

135

Gespräche des Bundesministers Genscher in Manila

340-321.11 PHI **8. Mai 1986**[1]

Besuch des Herrn Bundesministers in den Philippinen vom 7. bis 8. Mai 1986 hier: Gesprächsvermerke – vom Bundesminister noch nicht gebilligt[2]

1) Gespräch in Manila am 8.5.1986 mit den Ministern Ongpin, Frau Monsod und Concepcion sowie dem Notenbankpräsidenten Fernández

Minister *Ongpin* äußerte seine Besorgnis über den Schrumpfungsprozeß der philippinischen Wirtschaft. Allerdings gebe es auch positive Signale. Die Inflationsrate ist auf einstellige Zahlen zurückgegangen. Die Leitzinsen sind auf 20% gefallen. Es gäbe einen Devisenzufluß von ca. 450 Mio. US-Dollar, die Zentralbankreserven seien auf 1,5 Mrd. US-Dollar angewachsen. Man versuche, die Fluchtkapitalien, die auf 10 Mrd. US-Dollar geschätzt würden, zurückzuholen. Dies könne nur geschehen, wenn Vertrauen zurückkehre.

Ein guter Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten gehe darauf zurück, daß einem kleinen Personenkreis vom Marcos-Regime einseitig Vorteile eingeräumt worden seien. Für diese Personen hätten die üblichen Regeln nicht gegolten.

Um sie zu veranlassen, ihre Kapitalien zu retransferieren, überlege man, dem chilenischen Beispiel folgend, in New York auf Dollar lautende Schatzwechsel mit Rabatt zu verkaufen, die mit ihrem vollen Pesogegenwert im Inland eingesetzt werden könnten. Man wolle aber die Gefahr vermeiden, parallele Märkte oder zuviel neue Liquidität im Inland zu schaffen, und werde durch monatliche Höchstgrenzen behutsam vorgehen. Dies setze voraus, daß man die Währungspolitik fest im Griff habe. Daher habe man sich zu diesen Maßnahmen noch nicht endgültig entschließen können und befinde sich noch in einer Studienphase.

BM fragte nach den Erwartungen für die nächste Zukunft.

Antwort: Anstieg des Haushaltsdefizits auf 13 Mrd. US-Dollar. Das seien 3 1/2% des GNP. Das Problem sei die Finanzierung dieses Fehlbetrages. Geplant sei, die Auslandshilfe so nutzbar zu machen, daß sie schnell zufließe (quick disbursing

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 9. Mai 1986 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen geleitet.
Hat Jansen am 14. Mai 1986 vorgelegen.

[2] Die Wörter „vom Bundesminister noch nicht gebilligt“ wurden handschriftlich eingefügt.

funds) und im Haushalt eingesetzt werden könne. Die USA wollten rasch counterpart funds zur Verfügung stellen. Japan beabsichtige, von Projekt- auf Warenhilfe überzugehen. Für die Regierung stelle sich zunehmend die Frage der Finanzierung der lokalen Kosten. Der ODA-Zufluß habe sich in einen negativen Saldo verkehrt. Es gebe zahlreiche genehmigte Projekte, die wegen des Mangels an Mitteln für die counterpart-Komponente nicht durchgeführt werden könnte. Man müsse im Rahmen der IWF-Regelung ausreichende Mittel mobilisieren und aus dem Teufelskreis herauskommen, daß die schrumpfende Wirtschaft schrumpfende Zuflüsse nach sich ziehe und umgekehrt. Im Oktober[3] 1985 habe der IWF seine strengen Auflagen etwas gelockert[4], doch da sei es bereits zu spät gewesen, und man sei von den politischen Entwicklungen überrollt worden. Die Haushaltsentwicklung sei in erster Linie auf die Stützung defizitärer regierungseigener Betriebe aus der Marcos-Hinterlassenschaft zurückzuführen. Der Export habe enttäuscht und nur 4,7 Mrd. US-Dollar betragen: Das bedeute, daß nur 40% für die Bedienung der Auslandsschulden habe aufgewendet werden können. Ziel müsse es sein, diese Bürde zu verringern.

Die Struktur der Exporte habe sich von den traditionellen Produkten Kupfer und Kokosprodukte sowie Zucker auf Halbleiter und Textilien verlagert. Allerdings sei bei letzteren Waren der Mehrwert gering. Eine Hoffnung bestehe in der Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie z. B. Kakao und tropische Früchte. Dafür müßte aber erst Investitionskapital gefunden werden. Ein weiterer Zukunftsmarkt sei Fischzucht und Aquakultur.

Zur Wirtschaftsplanung unterschied Frau *Monsod* zwischen unmittelbar wirksam werdenden und strukturellen Elementen. Im Vordergrund stünden Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung. Es gebe 3 Mio. Beschäftigungslose, und jedes Jahr kämen 750000 Personen neu auf den Arbeitsmarkt. Ausländische Hilfe wolle man vorwiegend für beschäftigungsintensive Vorhaben einsetzen und lohnintensive Produkte herstellen. Dabei werde man sich auf die ländlichen Gebiete konzentrieren und auf diese Weise Nachfrage für die Leichtindustrie schaffen.

Im industriellen Bereich hätten zahlreiche Investoren aufgegeben. Es gelte, diese ungenutzten Kapazitäten wieder produktiver Beschäftigung zuzuführen. Ein Lichtblick sei der Tourismus, für den eine gute Infrastruktur zur Verfügung stehe. 1985 gab es knapp 800000 Touristen, darin waren allerdings Besuche von Auslandsphilippinos eingeschlossen. Der Fremdenverkehr, auch von der Bundesrepublik Deutschland, sei ausbaufähig. Seine relative Unterentwicklung verdanke man Mängeln in Werbung und Promotion.

BM verweist auf Möglichkeiten, die der deutsche Touristikmarkt bietet. Erhebliches Potential sei vorhanden.

Ministerin erwähnte, philippinische Regierung würde es „begrüßen", wenn Bundesregierung Hilfe an Radio Veritas geben könnte. Ein schriftlicher Regierungsantrag könne zwar Kritik hervorrufen, der Wunsch bestehe jedoch.

Minister *Concepcion* erbat Marktzugang für philippinische Textilien und erhebliche Quotenerhöhung. Er wurde von Botschafter *Zeller* darauf hingewie-

3 Korrigiert aus: „November".

4 Zur Jahresversammllung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 8. bis 11. Oktober 1985 in Seoul vgl. Dok. 5, Anm. 37.

sen, daß in allen Textilgruppen Philippinen seine bisherigen Quoten nur zu maximal 52% ausgenützt hat. Es bestehe insofern noch erheblicher Spielraum.

BM führte abschließend folgendes aus:

– Wir wollten, daß die neue Regierung der Philippinen[5] erfolgreich sei.
– Aus eigener Erfahrung wüßten wir, daß sie den wirtschaftlichen Erfolg benötige, damit sich dann der politische Erfolg einstellen könne.
– Wir wollten daher unsere Ressourcen für diesen Zweck mobilisieren.
– Er erinnere an den Abschluß des EG-ASEAN-Kooperationsvertrages[6]. Seit zehn Jahren arbeite man zusammen.[7]
– Hiervon hätten von allen Partnern die Philippinen am wenigsten Gebrauch gemacht.
– Unsere Wirtschafts- und Finanzexperten seien vorsichtig und zurückhaltend. Er schlage daher vor, eine angesehene und unabhängige deutsche Persönlichkeit mit der Ausarbeitung einer Studie zu beauftragen. Sie könne darauf abstellen, die Problembereiche zu identifizieren und Vorschläge zu machen. Fragestellung müsse lauten: Was kann getan werden? Sie könne um den Bereich der Landwirtschaft erweitert werden. Sie sollte innerhalb von drei Monaten vorliegen. Im Herbst könnte man dann ein Symposium mit deutschen und philippinischen Vertretern der privaten Wirtschaft, der Finanzen und des Bankwesens sowie der Regierung abhalten, dem die Ergebnisse dieser Studie zugrunde lägen.

Er mache diesen Vorschlag unverbindlich.

Minister *Ongpin* stimmte zu. Er begrüße die Anregung, die private Wirtschaft einzubeziehen.

Frau *Monsod* beklagte die ihrer Ansicht nach unzureichenden deutschen Investitionen in den Philippinen.

BM konkretisierte seinen Vorschlag, indem er vorschlug, eine deutsche Persönlichkeit aus Bank- und Wirtschaftskreisen namhaft zu machen. (Es fiel der Name Otmar Emmingers, der in den Philippinen wohlbekannt ist.) Dieser solle bald nach Manila kommen und hier mit den Verantwortlichen Kontakt aufnehmen. Sein Expertenbericht solle bis September fertiggestellt werden. Im Oktober sei er, der BM, bereit, mit deutschen Wirtschaftlern nach Manila zu kommen und darüber mit Regierung und Privatsektor auf der Grundlage dieser Expertise Gespräche zu führen. Für den Landwirtschaftsbereich könne ein Spezialist benannt werden.

Es könne sich hier um ein positives Signal der Vertrauensbildung handeln.

Die *philippinische Seite* erklärte sich hiermit ausdrücklich einverstanden.[8]

5 Zum Machtwechsel auf den Philippinen vgl. Dok. 53, Anm. 6, 8 und 12.

6 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vom 7. März 1980 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

7 Die erste Konferenz der Europäischen Gemeinschaften mit der ASEAN über industrielle Kooperation fand vom 4. bis 6. April 1977 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1381 des Gesandten Graf von Brühl, Brüssel (EG), vom 18. April 1977; B 201 (Referat 411), Bd. 423.

8 Mit Schreiben vom 3. Juni 1986 setzte Bundesminister Genscher Bundeskanzler Kohl sowie die Bundesminister Bangemann, Stoltenberg und Warnke über seine Initiative in Kenntnis, Sachver-

Weiter behandelte Einzelthemen:

– Minister *Concepcion* sprach den Bereich der Exportförderung an. Ihm ging es um Marktforschung für spezifische Produktgruppen. Deutsche Hilfe wäre hochwillkommen.

– Gewerkschaften in den Philippinen

  Minister Concepcion berichtete über Feststellungen, wonach 95% der Einzelgewerkschaften in einem stark linksgerichteten Dachverband organisiert seien. Allerdings sind nur 10% der Arbeiterschaft Gewerkschaftsmitglieder. Dennoch ist der Einfluß in Schlüsselsektoren der Wirtschaft nicht unerheblich.

2) Gespräch mit der Präsidentin, Frau Cory Aquino, am 8. Mai 1986

BM betonte eingangs unsere Sympathie und Hochschätzung für die Wiederherstellung der Demokratie in den Philippinen. Wir seien gerne bereit, einen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Stabilität des Landes zu leisten.

Frau *Aquino* dankte für die bisher von der Bundesregierung geleistete Hilfe und erwähnte ausdrücklich von Botschafter Zeller gezeigte Bereitschaft zu helfen. Sie habe darum gebeten, der Veranstaltung aus Anlaß der Ablegung des Amtseides von Ex-Präsident Marcos nicht beizuwohnen. Sie sei mit dieser Bitte nicht fehlgegangen.[9]

BM berichtete sodann über seit langem bestehende Zusammenarbeit, auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Wir wollten Wirtschaftsbeziehungen verstärken. Er habe sich mit Kabinettsmitgliedern getroffen und Vorschlag für Symposium (s. o.) mit seiner Anwesenheit gemacht. Dieser Vorschlag entspringe unserer historischen Erfahrung. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit müßten Hand in Hand gehen.

Präsidentin bezeichnete unseren Vorschlag als hilfreich. Sie schilderte anschaulich die Schwierigkeiten der Verschuldungslage des Landes. Man hoffe auf eine liberalere Haltung der Kreditoren.[10] Eine wirtschaftliche Erholung des Landes

Fortsetzung Fußnote von Seite 707

ständige für Wirtschaft und Landwirtschaft zur Vorbereitung eines deutsch-philippinischen Symposiums nach Manila zu entsenden. Für die Schreiben vgl. Referat 342, Bd. 137230.
Auf einer Ressortbesprechung am 16. Juli 1986 wurde zu den Aufgaben der Sachverständigenreise vereinbart: „Erstellung einer Analyse zur Lage und den Aussichten der philippinischen Wirtschaft. Ziel ist es, zur Intensivierung deutscher Privatinvestitionen und zur Ausschöpfung des Handelspotentials zu ermutigen. Überdies werden die Gutachter in Gespräch und vorgelegter Analyse zur Beratung der philippinischen Regierung beitragen. Die Gutachter werden bei ihren Untersuchungen auch die Erkenntnisse des IWF verwerten. Der von den Gutachtern erarbeitete Überblick wird als Grundlage für das Symposium in Manila im Oktober 1986 dienen." Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Zimmermann vom 21. Juli 1986; Referat 342, Bd. 137230.

9 Am 21. Februar 1986 informierte Legationsrat I. Klasse Zimmermann: „1) BM hat entschieden, daß Botschaft Manila an Amtseinführung Präsident Marcos nicht teilnehmen wird. 2) Die Bundesregierung wird zur Amtseinführung keine Glückwünsche an Marcos übermitteln." Vgl. den Runderlaß Nr. 1385; Referat 342, Bd. 137237.

10 Botschafter Zeller, Manila, zog am 14. April 1986 folgende Bilanz der philippinischen Finanzlage: „Nach mit IWF abgestimmter Projektion Zentralbank sollen Schulden Ende 1986 um weitere 3 Prozent auf 27,1 Mrd. US-D[ollar] steigen. Schuldendienst 1986 etwa 2,2 Mrd. US-D Zinszahlung sowie 1,2 Mrd. US-D an Tilgung. Für 1987 Zinszahlungen von 2,2 Mrd. US-D und Tilgung von 2,3 Mrd. US-D erwartet. Überschüsse bei Dienst- und Transferleistungen ermöglichten zwar zeitweise Finanzierung. Philippinen werden jedoch ohne neue Kreditmittel und ohne erneute Umschuldung nicht auskommen (ab 1.7.86 Anschlußumschuldung Pariser Klub und ab 1.1.87 Anschlußumschuldung Kredite Handelsbanken). […] Mit IWF wird Regierung sobald wie möglich neuen Beistands-

sei vordringlich. Das Insurgentenproblem sei nicht unüberwindlich. Viele kämen zurück. Aber leider könne man bisher nicht alle wirtschaftlich wiedereingliedern. Es gäbe drei Kategorien:

– Die ersten kehrten gegen freies Geleit zurück.
– Die zweiten wünschten sich Land und Geräte zur Wiederansiedlung und Seßhaftmachung.
– Eine dritte Kategorie werde man nicht wiedergewinnen können.

Man dürfe nichts unversucht lassen, die ersten beiden Kategorien wiederzugewinnen. Viele seien nur durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Marcos ins Maquis getrieben worden. Manche seien nur vor Marcos geflohen.

Hier gebe es Hoffnung auf Aussöhnung durch eine zivile Regierung. Auch die katholische Kirche helfe mit. Hierfür benötige man Hilfe, um diesen Personenkreis mit dem Nötigsten und Gebäuden zu versehen, auch um sie aus bedrohten Gebieten umzusiedeln. Ein Anfangskapital sei nötig, um ihnen die Landbebauung zu ermöglichen.

BM unterstrich unser Interesse, den philippinischen Staat gesund und einig prosperieren zu sehen. Zu diesem Zweck seien wir gerne bereit, zu prüfen, wie wir helfen könnten. Wir verfolgten keine politischen Ziele oder Einflußnahme. Wir wünschten dem Volk der Philippinen, daß es seine Identität und Unabhängigkeit erhalten könne.

Frau *Aquino* sagte, in der Vergangenheit sei man in der Tat von anderen abhängig gewesen. Nach dem Mord an ihrem Mann[11] sei jedoch ein erneuertes Land entstanden. Man sei Marcos losgeworden. Man werde daher auch erfolgreich sein, brauche aber noch stets Unterstützung. Auch sei es entscheidend, in der jetzigen Situation die richtigen Optionen zu suchen und friedliche Lösungen zu finden.

BM fragte nach den Prioritäten.

Frau *Aquino* nannte ohne Zögern die Ankurbelung der Wirtschaft. Die Leute fragten sich, wann endlich für sie ein besseres Leben anbrechen werde. Freiheit sei wünschenswert, Brot ist nötiger. Bemerkenswert sei andererseits, daß ihr Volk sich jetzt angeregt und inspiriert fühle, etwas für ihr Land zu tun und ein Beispiel für andere zu geben.

BM erklärte Bereitschaft, ein Signal für die Wirtschaft zu geben und Interesse in deutscher Unternehmerschaft zu wecken.

Frau *Aquino* legte dar, die Stoßrichtung der Bemühungen ihrer Regierung ginge in Richtung auf die Landwirtschaft und die Belebung des Geschäftslebens in den ländlichen Gebieten. Daneben gelte es, das Wohnungsproblem zu lösen, die Landflucht zu stoppen und die Leute dazu zu bringen, wieder auf das Land zurückzukehren.

Im verbleibenden Teil des Gesprächs wurde von Frau Aquino der Oktobertermin für das geplante Symposium als passend und günstig bezeichnet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 708
kredit mit weniger strengen Auflagen vereinbaren, um Finanzierung Wirtschaftsaufschwung zu ermöglichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 412, Bd. 130574.

11 Der Vorsitzende der philippinischen Liberalen Partei, Aquino, wurde bei seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA am 21. August 1983 auf dem Flughafen in Manila erschossen.

BM sagte zu, die Veranstaltung von seiner Seite mit Ernst vorzubereiten.[12]

Er lud Frau Aquino im Namen des Bundespräsidenten zu einem Besuch Deutschlands ein. Er schilderte Entstehung und Funktionieren des EG/ASEAN-Kooperationsabkommens als Zusammenarbeit zweier komplementärer Gruppen und wies auf kommendes AM-Treffen hin.[13]

Auf Intervention des BM gewährte Frau *Aquino* den deutschen Journalisten im Anschluß ein Sondergespräch. Sie beeindruckte durch ihr gänzlich unprätentiöses, zurückhaltend-bescheidenes und doch würdevolles Auftreten, ihre einfache aber überlegte, wohlformulierte Gesprächsführung und die ehrlich wirkende Anteilnahme am Geschick der einfachen Bevölkerung ihres Landes.

Referat 010, Bd. 178898

136

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 129
Citissime

Aufgabe: 9. Mai 1986, 19.49 Uhr[1]
Ankunft: 9. Mai 1986, 19.19 Uhr

Betr.: KKW-Unfall in Tschernobyl[2]

Zur Unterrichtung

Noch ist es unmöglich festzustellen, welcher „fall out" – im wörtlichen und im übertragenen Sinne – von dem Unfall nachwirken wird. Als Zwischenbilanz des Verhaltens sowjetischer Stellen und möglicher politischer und wirtschaftlicher Konsequenzen des Unfalls für die Sowjetunion halte ich fest:

12 Am 25. Juli 1986 reisten der ehemalige Bundesbankpräsident Emminger und der FDP-Abgeordnete Ertl auf die Philippinen. Am 3. August 1986 verstarb Emminger auf der Insel Cebu. Vgl. dazu den Artikel „Früherer Bundesbankpräsident Otmar Emminger gestorben"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. August 1986, S. 1.
Das deutsch-philippinische Wirtschaftssymposium fand am 23./24. Oktober 1986 unter der Schirmherrschaft des Staatsministers Stavenhagen, der Bundesminister Genscher vertrat, und des philippinischen Außenministers Laurel sowie von Vertretern von 42 Wirtschaftsunternehmen aus der Bundesrepublik in Manila statt. Für das Kommuniqué vgl. Referat 342, Bd. 137231.

13 Zum Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 21./22. Oktober 1986 in Djakarta vgl. Dok. 311.

1 Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 10. Mai 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 213 vermerkte: „Sollten wir daraus nicht ein zusammenfassendes Papier für NATO und EPZ machen? Ich fände das lohnend. Es müßte dann aber sehr schnell gehen. W[ieder]v[orlage] mit PK-Mappe."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 12. Mai 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir werden bis morgen, 13.5., eine Analyse, die der Bewertung der Botschaft Moskau weitgehend folgt, vorlegen."
Hat Braunmühl am 12. Mai 1986 erneut vorgelegen, der den Vermerk von Heyken hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Dies bitte beifügen."

2 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

1) Krisenverhalten der Führung: GS Gorbatschow hat bislang zu dem weltweit größten Reaktorunfall, einer Katastrophe internationalen Ausmaßes, noch kein Wort gesagt. Zu dem Unfallort entsandte er Regierungschef Ryschkow und den zweiten Mann der Partei, Ligatschow. Die[3] sowjetischen Gesprächspartner erklären dies mit Bemühen, Panik zu vermeiden. Dennoch ist mit jedem Tage mehr die Frage gerechtfertigt, ob der sonst so öffentlichkeitswirksame Gorbatschow größere Schwierigkeiten hat, sich einer Katastrophe oder einer Krise des vorliegenden Ausmaßes – in der keiner auswärtigen Macht die Schuld zugeschoben werden kann – zu stellen. Offenbar weigert sich G. aufzutreten, solange die Gefahr nicht endgültig beseitigt ist, eventuell um dann wieder mit einem „Erfolg" aufzutrumpfen.

2) Verhalten amtlicher sowjetischer Stellen gegenüber westlichen Botschaften ist – wie in der Vergangenheit – geprägt von laschem Umgang mit den Tatsachen. Krasse Lügen über die Lage lassen sich eindeutig nachweisen. Schwedischem Botschafter[4] wurde am Montag, 28.4., auf besorgte Nachfrage mitgeteilt, Nuklearunfall habe nicht stattgefunden, und dies, obwohl Regierungskommission schon seit 1 1/2 Tagen vor Ort war. Vorsitzender des Staatskomitees für Nutzung der Atomenergie, Petrossjanz, sagte westlichen Botschaftern am 30.4., der Brand sei gelöscht[5], er dauert aber noch an. Sowjets behaupteten, von sich aus Blix unterrichtet zu haben. Dieser sagte in Pressekonferenz am 9.5., er habe nach Bekanntwerden erhöhter Radioaktivität in Skandinavien am 28.4. bei SU-Vertreter der IAEO telefonisch angefragt.[6] Während TASS meldete, 16, d. h. nach Kenntnis der Botschaft alle in Betrieb befindlichen Reaktoren des Typs Tschernobyl, seien abgeschaltet, sagte Blix in derselben Pressekonferenz, dies sei nicht der Fall.

3) Informationspolitik seit dem Unfall machte einen Großteil des Terraingewinns zunichte, den die SU unter dem Eindruck von Gorbatschows neuem Stil, Modernisierungsprogramm und Abrüstungsinitiativen in der westlichen Öffentlichkeit gewonnen hatte. Die Behandlung von Tschernobyl widersprach allen Versprechungen von „Glasnost" und bekräftigte den nach wie vor geschlossenen Charakter der sowjetischen Gesellschaft unter G.

3 Korrigiert aus: „Von".

4 Torsten Örn.

5 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 1. Mai 1986, daß der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kowaljow und der Vorsitzende des Staatskomitees für Atomenergie, Petrossjanz, am Vorabend Vertreter der Botschaften Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande und Österreichs zu Gesprächen gebeten hätten: „P[etrossjanz] bestätigte, es sei zu einem ‚Schmelzen' des Reaktorkerns in einem der vier Reaktoren in Tschernobyl gekommen. Die Sowjets seien des dadurch entstandenen Brands mit eigenen technischen Mitteln Herr geworden. Sie seien dankbar für Hilfsangebote, seien jedoch fähig, die Lage ohne Hilfe zu meistern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1155; Referat 213, Bd. 139385.
Am selben Tag ergänzte Arnot, daß Petrosjanz in einem weiteren Gespräch mit Botschaftsvertretern aus drei EG-Mitgliedstaaten noch „deutlicher" als am Vortag festgestellt habe, „daß das Feuer im Unfallreaktor gelöscht worden sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1157; Referat 213, Bd. 139385.

6 Der IAEO-Generaldirektor hielt sich vom 5. bis 9. Mai 1986 in der UdSSR auf. Über die Pressekonferenz am 9. Mai 1986 in Moskau berichtete Botschafter Kastl, Moskau, am selben Tag: „Auf Fragen, ob er von SU informiert worden sei, antwortete Blix: Er habe nach Bekanntwerden erhöhter Radioaktivität in Skandinavien am Montag nachmittag (28.4.) bei SU-Vertreter der IAEO telefonisch angefragt. Dieser habe ihn dann über Unfall informiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1235; Referat 213, Bd. 139386.

So wurde Lage vor dem 1. Mai noch bewußt verharmlost, um den Festtag zu retten und den Eindruck einer völlig normalen, entspannten Lage zu schaffen. Eine Absage der Jubelveranstaltung wurde offenbar nicht in Betracht gezogen.

Obwohl der Umfang der Zeitungsberichte über Tschernobyl in letzten Tagen enorm zugenommen hat (was das Bemühen, den eigenen Zielsetzungen gerecht zu werden, ausdrückt), fehlen weiterhin wesentliche Fakten und wichtige Informationen über die wirkliche Lage vor Ort und in Kiew. Nach ausschließlich auf Beruhigung zielenden, die Realitäten verharmlosenden Darstellungen in den Medien ist in letzter Zeit eine gewisse Differenzierung zu beobachten. Durch unterschiedliche Behandlung in den Zeitungen scheinen jetzt unterschiedliche Akzente hauptsächlicher Zielsetzung (Panikvermeidung oder Schutz der Bevölkerung) durch.

4) Presseverhalten gegenüber dem Westen: Obwohl sowjetische Gesprächspartner (Arbatow, Primakow) ohne Versuche der Beschönigung das Ausmaß der Katastrophe anerkennen, reagieren die Medien gegenüber dem Westen nach dem bekannten Schema des Gegenangriffs, der das sowjetische Verhalten schon nach dem KAL-Unfall[7] geprägt hatte. Vorwurf einer „Panikmache“ und „Propagandaschau“, indem z. T. auch Vorsorgemaßnahmen in der Bundesrepublik ironisiert werden[8], ist zynisch. Anstelle zu schweigen oder „Kritik und Selbstkritik“ zu üben, verfielen Medien, sobald sie gezwungen waren, Unfall zuzugeben, in eingefahrene Muster aggressiver Vorwärtsstrategie.

Dem Vernehmen nach hat Gorbatschow sich jetzt für volle Offenlegung entschieden. Er ist der Auffassung, daß die der SU abträgliche Pressebehandlung im Westen letztlich „auf diesen zurückfällt“ (so Arbatows Darstellung gegenüber westlichem Gesprächspartner einer Rücksprache, die er beim GS am 7.5. hatte[9]). (Bitte dies nicht gegenüber der Presse verwenden.) Zur Medienbehandlung wird ergänzender DB vorbehalten.[10]

7 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 17, Anm. 9.

8 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 9. Mai 1986, daß, nachdem die sowjetische Presse bislang vorrangig die USA und Großbritannien ins Visier genommen habe, nun der sowjetische Journalist Wladimir Lapskij in der Tageszeitung „Izvestija“ einen ausschließlich der Bundesrepublik gewidmeten Artikel veröffentlicht habe: „Er mokiert sich über Aufrufe unserer staatlichen Stellen, Obst und Gemüse zu waschen, Fenster geschlossen zu halten etc. Schauergeschichten über ‚tausende unbeerdigter Leichen‘ in der nördlichen Ukraine würden verbreitet. Hiermit verknüpft sei der Versuch, sowj[etische] Abrüstungsinitiativen zu diskreditieren. Westdeutsche Presse versuche, sowj. Nukleartechnologie als unzuverlässig hinzustellen, gegen Importe aus sozialistischen Staaten [würden] diskriminierende Maßnahmen verhängt. All dies erinnere an das Verhalten nach dem ‚Vorfall‘ mit dem südkorean[ischen] Flugzeug 1983 (sic). So wie man damals durch antisowj. Lärm von wichtigen Fragen der Weltpolitik habe ablenken wollen, so gehe es auch jetzt ‚am Rhein‘ den Verantwortlichen weniger um die Gesundheit der Bevölkerung als um Ablenkung von polit[ischen] Problemen wie Libyen und SDI-Beteiligung. Man sehe eine günstige Gelegenheit, sich um eine Antwort auf die sowj. Friedensinitiativen weiter herumzudrücken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1240; Referat 213, Bd. 139386.

9 Am 12. Mai 1986 meldete Botschafter Kastl, Moskau: „Wie ZK-Mitglied und USA-Institut-Direktor Arbatow westlichem Gesprächspartner über seine Rücksprache am 7.5. beim GS mitteilte, hat sich Gorbatschow für eine offene Informationspolitik zum Reaktorunglück entschieden und die Auffassung geäußert, daß die ‚Propaganda‘ des Westens auf diesen zurückfallen werde.“ Damit sei sicherlich gemeint, „daß die durch Tschernobyl aktuell verstärkte Atomenergie-Kritik in der westlichen Öffentlichkeit auf die militärische Nutzung gelenkt werden soll“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1254; Referat 213, Bd. 139386.

10 Botschafter Kastl, Moskau, analysierte am 9. Mai 1986 die Behandlung des Unfalls im sowjeti-

5) Beziehungen zu den Staaten Osteuropas werden von dem Unfall in erheblichem Maß belastet: Osteuropäische Staaten und Bevölkerungen gehören zu den am härtesten getroffenen Gebieten außerhalb der SU. Nicht nur der Zorn über mangelhafte sowjetische Informationen und die Sorgen der örtlichen Bevölkerung, sondern auch die für einige osteuropäische Staaten harten wirtschaftlichen Maßnahmen der EG-Staaten[11] werden die SU treffen. SU versucht auch hier, den westlichen Staaten den Schwarzen Peter zuzuschieben, indem per TASS-Erklärung EG-Maßnahmen als unvereinbar mit internationalen Vereinbarungen und allgemeiner Praxis zur Lösung internationaler Handelsfragen bezeichnet wird. Bei der osteuropäischen Bevölkerung werden diese amtlichen Erklärungen wenig Wirkung zeigen, solange Sorgen über Kontamination von Lebensmitteln dort lebendig sind.

6) Abrüstungsverhandlungen: Tschernobyl bedeutet einen schweren Rückschlag für die Glaubwürdigkeit der SU in Abrüstungsverhandlungen. Öffentlicher Druck, den SU gegenüber USA und anderen westlichen Staaten aufgebaut hat, verlor wegen später und zuerst völlig unaufrichtiger Behandlung des KKW-Unfalls an Gewicht. Sowjetische Doppelstrategie (Verteufelung der Atomwaffen bei gleichzeitigem Festhalten am ehrgeizigen Atomenergie-Programm) auch nach dem Atomunglück wird Vorbehalte gegenüber sowjetischer Abrüstungskampagne bei ökologisch-orientierter Friedensbewegung verstärken. Tatsache, daß SU Unglück für über 60 Stunden (erste kurze offizielle Erklärung 68 Stunden nach dem Unfall) verheimlichen konnte, hat der westlichen Forderung nach umfassenden Verifikationsmöglichkeiten vor Ort erneut Gewicht verliehen.

7) Innenpolitische Stellung Gorbatschows ist durch den Unfall nicht gefährdet. Vorwürfe, die der Westen an sowjetische Führung heranträgt, werden von sowjetischer Bevölkerung sicherlich zum Teil mit aufgegriffen werden (Briefe ans ZK). Obwohl die Unruhe in der Bevölkerung wächst, ist es jedoch unwahrscheinlich, daß sich dies gegen den GS persönlich oder die Oberste Führung kehrt. Auf lokaler Ebene werden zu gegebener Zeit sicherlich Sündenböcke für Fehler und Versagen gesucht und gefunden werden. Wer für die initiale Informationslücke zur Verantwortung gezogen werden wird, ist noch nicht ausgemacht.

8) Folgen für die Wirtschaft: Erhöhung des Kernenergieanteils an Gesamtstromerzeugung ist wichtigstes Element in Strategie sowjetischer Führung zur for-

Fortsetzung Fußnote von Seite 712

schen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 durch die sowjetischen Medien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1241; Referat 213, Bd. 139386.

11 Nach dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 beschränkten mehrere westeuropäische Staaten die Einfuhr von Lebensmitteln und lebenden Tieren aus den Warschauer-Pakt-Staaten. Am 2. Mai 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner: „Die Bundesregierung hat Einfuhrbeschränkungen für frische Nahrungsmittel, z. B. Gemüse, Obst, Fleisch und Geflügel aus Ländern mit hohen Aktivitätskonzentrationen erlassen. Die Einfuhr wird nur gestattet, wenn keine meßbare Kontamination vorliegt." Vgl. den Runderlaß; Referat 431, Bd. 153285.
Nachdem die EG-Kommission bereits am 11. Mai 1986 die Einfuhr von Rindern, Schweinen und Frischfleisch suspendiert hatte, erließ der EG-Ministerrat einen Tag später eine Verordnung, „mit der die Einfuhr bestimmter Tiere (Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel, Schafe und Ziegen, Hausgeflügel, Hauskaninchen), von Fleisch, Froschschenkeln, Süßwasserfischen und Fischeiern, Schalentieren und Schnecken, Milch und Milcherzeugnissen, frischem Gemüse (einschl. Kartoffeln) und frischem Obst mit Wirkung vom 12.5. befristet bis zum 31. Mai 1986 ausgesetzt wird". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch vom 13. Mai 1986; Referat 431, Bd. 153285.

cierten Modernisierung der sowjetischen Volkswirtschaft. Derzeit beträgt Kernenergieanteil an Gesamtstromerzeugung der SU ca. 10 Prozent und am Gesamtenergieverbrauch ca. 3 Prozent. Anteil soll bis 1990 verdoppelt werden, um vor allem

– Erdöl, für das relativ bescheidene Produktions-Steigerungsraten angesetzt sind, in erhöhtem Maße für industrielle Verwendung bereitstellen zu können;
– größere Mengen Erdöl und Erdgas für Export gegen Devisen, womit die dringend benötigten Industriewaren-Importe bezahlt werden sollen, freizustellen.

Zwar lassen sich Folgen von Tschernobyl bisher weder für innen- noch außenwirtschaftliche Entwicklung quantifizieren. Offenbar einsetzende Überprüfung der vorhandenen und geplanten Kraftwerke auf Konstruktion und Sicherheitserfordernisse wird jedoch unausweichlich zu Verzögerungen in Umsetzung Energieprogramms führen. Wenn auch wenig wahrscheinlich ist, daß SU sich von Vorhaben Ausbaus der Kernenergiewirtschaft auf Dauer abwenden wird, erscheint doch der bis 2000 anvisierte „große Sprung“ sowjetischer Industrie, womit Führungsspitze Gutteil ihres Prestiges verbindet, mindestens teilweise ernstlich gefährdet.

Darüber hinaus ist Ausmaß landwirtschaftlicher Produktionssteigerung noch nicht zu übersehen:

Produktionssteigerung gerade in diesem Sektor als eines der Kernstücke wirtschaftlicher Reform sollte SU unabhängig von Agrarimporten machen und Devisenbestand für Industriewaren-Importe erhöhen helfen. Wieweit dieses Vorhaben durch Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Ukraine jedenfalls in diesem Jahr berührt sein könnte, muß im gegenwärtigen Zeitpunkt offenbleiben. Zwar soll es sich bei Radioaktivität um Stoffe mit geringer Zerfallzeit handeln, so daß mit langfristiger Verseuchung der Böden nicht gerechnet wird. Unklar ist aber jedenfalls die Auswirkung der Bewässerung mit kontaminiertem Wasser.

GS Gorbatschow und seiner Führungsmannschaft wird Gesamtproblematik bewußt sein. Es ist jedoch noch nicht erkennbar, ob an „Hilfsstrategien“ zur Sicherung des Gesamtziels: Hebung sowjetischer Wirtschaft auf Weltniveau gearbeitet wird.

[gez.] Kastl

Referat 213, Bd. 139386

137

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **10. Mai 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 37 Ortex

Ergebnisse des Wirtschaftsgipfels in Tokio (4. bis 6. Mai 1986)

1) Gesamtergebnis

Vom 4. bis 6. Mai 1986 fand in Tokio der zwölfte Wirtschaftsgipfel der Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer sowie der Vertreter der EG (NL-Ratspräsident Lubbers und Kommissionspräsident Delors) statt, der von allen Beteiligen als eines der nützlichsten und erfolgreichsten Gipfeltreffen bezeichnet wurde. Die Gespräche waren gekennzeichnet von einem hohen Maß an Übereinstimmung und dem erfolgreichen Willen der Teilnehmer, für das Handeln in wichtigen internationalen Fragen eine gemeinsame Linie abzustimmen.

Als Ergebnis ihres ausführlichen, offenen und konstruktiven Meinungsaustausches verabschiedeten die Gipfelteilnehmer

- eine politische Erklärung, in der sie die Perspektiven der politischen Zusammenarbeit über das jetzige Jahrhundert hinaus darlegten[2],
- eine aus aktuellem Anlaß des Kernreaktor-Unglücks in Tschernobyl[3] kurzfristig erarbeitete Erklärung über die Verbesserung des Informationsverfahrens bei Kernreaktor-Unfällen und die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Sicherung von Kernreaktoren[4],
- eine Erklärung über die wirksamere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung, die sich weitgehend auf die EG-Beschlüsse von Ende April[5] stützten[6], sowie
- zum Abschluß die Wirtschaftserklärung von Tokio, die die erfolgreiche Zusammenarbeit zur Herbeiführung von Wachstum und Preisstabilität in den Gipfelländern darstellt und die Verpflichtung zu weiteren kooperativen Bemühungen in der Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik sowie in der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt enthält[7].

1 Ablichtung.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.
Hat Vortragendem Legationsrat Greineder am 16. Mai 1986 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 in Tokio („Einer besseren Zukunft entgegen") vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 309 f.

3 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

4 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 über die Auswirkungen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 310 f.

5 Vgl. dazu die Beschlüsse der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 21. April 1986 in Luxemburg; Dok. 109, Anm. 8.

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 zum Internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f.

7 Für den Wortlaut der Wirtschaftserklärung von Tokio vom 6. Mai 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 312–315.

Die deutsche Delegation unter Leitung des BK, der die Bundesminister Genscher, Stoltenberg und Bangemann angehörten, hat aktiv und initiativ am Zustandekommen der Ergebnisse der Konferenz mitgewirkt. Sie konnte dabei ihre Vorstellungen in allen wesentlichen Punkten, besonders bei den Wirtschaftsthemen sowie bei der Abfassung der Tschernobyl-Erklärung, durchsetzen. Die Schlußfolgerungen und Darlegungen der Abschlußerklärung zur Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik sind allgemein als eine Bestätigung der deutschen wirtschaftspolitischen Linie bewertet worden.

2) Außenpolitische Themen

Drei Teile charakterisieren die allgemein politischen Aussagen des Wirtschaftsgipfels:

– die politische Erklärung von Tokio „Einer besseren Zukunft entgegen“,
– die Erklärung zum internationalen Terrorismus und
– die Beratungen über politische Fragen.

2.1) Die politische Erklärung führt die in Williamsburg[8] begonnene Linie der Einbeziehung Japans in die Zusammenarbeit der westlich geprägten Demokratien auch in Sicherheitsfragen fort, indem sie sich dazu bekennt, daß die enge Partnerschaft aller Gipfelstaaten einen bedeutsamen Beitrag bei der Suche nach einer sichereren, freien und friedvollen Welt leistet. Dem entspricht das gemeinsame Bekenntnis zur Wahrung und Stärkung des Friedens und zum Aufbau eines stabileren und konstruktiven Verhältnisses zwischen Ost und West. Die hier verwendete Form („Jeder von uns ...“) berücksichtigt, daß die Sieben keine Allianz sind. Hervorzuheben ist der gemeinsame Aufruf an die Sowjetunion, die Genfer Abrüstungsverhandlungen positiv zu führen.

2.2) Die Aktualität des Terrorismus-Themas veranlaßte den Gipfel zu ausführlicher Diskussion und substantiellen Aussagen hierüber. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf die ausdrückliche Nennung Libyens und die Aufnahme eines Maßnahmenkatalogs, der im Wesentlichen den Luxemburger Beschlüssen der EG entspricht. Frankreich blieb bei seiner Auffassung, daß der Siebener-Rahmen kein Handlungsorgan ist und keine eigenen Strukturen entwickeln soll. Die Frage von Wirtschaftssanktionen wurde nicht erörtert.

2.3) Der Schwerpunkt der allgemein politischen Diskussion lag bei Ost-West-Fragen und Regionalthemen. Der Vorsitzende MP Nakasone resümierte die Gespräche folgendermaßen:

– Hoffnung auf ständigen Fortschritt beim Ost-West-Dialog auf höchster Ebene, insbesondere auch bezüglich eines zweiten US-SU-Gipfels[9]. Ausgewogene, substantielle und überprüfbare Rüstungskontrollvereinbarungen werden angestrebt.
– Der Gipfel in Asien unterstützt den Nord-Süd-Dialog in Korea sowie erfolgreiche Olympische Spiele in Seoul[10] und hält den VN-Beitritt von Nord- und Südkorea für wünschenswert.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.
9 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
10 Zur Vergabe der Olympischen Sommerspiele 1988 an Seoul und zur Wiederaufnahme der Gesprä-

– Die ASEAN-Bemühungen für eine Lösung des Kambodscha-Problems[11] werden unterstützt.
– Die neue, auf breite Unterstützung zählende philippinische Regierung[12] wird begrüßt, politische und wirtschaftliche Reformen werden erhofft.
– Die SU soll bei dem Afghanistan-Gespräch der VN[13] einen konkreten Zeitplan für den Abzug all ihrer Truppen vorlegen, hierin liegt ein Test für ihre Glaubwürdigkeit (Antwort der Sieben zum Appell des VN-GS[14], hierüber eine Aussage zu treffen).[15]
– Der Iran-Irak-Krieg und die Konflikte in Mittel- und Südamerika wurden erörtert.
– Die Bedeutung einer friedlichen Lösung der südafrikanischen Apartheid-Politik wird betont.
– Die Maßnahmen gegen Drogenmißbrauch sollen fortgesetzt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 716

che zwischen der Republik Korea (Südkorea) und der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) vgl. Dok. 132, Anm. 20 und 21.

11 Zu den Bemühungen der ASEAN um Beilegung des Kambodscha-Konflikts vermerkte Referat 340: „Die ASEAN-AM riefen auf der 18. AM-Konferenz (8./9. Juli 1985 in Kuala Lumpur) Vietnam zu Verhandlungen mit der Sihanouk-Koalition des Demokratischen Kamputschea auf. Diese könnten auch in der Form sog. indirekter Gespräche (unter Vermittlung einer neutralen Partei) und unter Teilnahme des von Vietnam in Kambodscha eingesetzten Heng-Samrin-Regimes – allerdings nur als Teil der vietnamesischen Delegation – stattfinden (malaysische, durch Thailand modifizierte Initiative). Trotz Anzeichen für eine zunehmende Sonderrolle Indonesiens gegenüber Vietnam hat ASEAN damit wiederum eine einheitliche Haltung zu Kambodscha unter Beweis gestellt. Allerdings wird der ASEAN-Vorschlag von Vietnam abgelehnt." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 18. April 1986; Referat 342, Bd. 137118.

12 Zum Machtwechsel auf den Philippinen vgl. Dok. 53, Anm. 6, 8 und 12.

13 Am 19. Dezember 1985 wurde in Genf nach viertägiger Dauer die 6. Runde der Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan unter Vermittlung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez vertagt. Nach Gesprächen zwischen Cordovez in Kabul und Islamabad im März 1986 wurde eine Fortsetzung vereinbart, jedoch nur in Form „indirekter Gespräche in Genf". Botschafter Berendonck, Islamabad, informierte dazu weiter: „Pakistan ist nach wie vor nur bereit, direkte Gespräche nach Einigung über die vier Elemente des Pakets – Nichteinmischung, Garantien, Rückkehr der Flüchtlinge, Abzug der sowjetischen Truppen – ins Auge zu fassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 280 vom 20. März 1986; Referat 340, Bd. 136786.

14 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), informierte am 28. April 1986, daß ihn der stellvertretende VN-Generalsekretär Cordovez auf seine bevorstehenden Gespräche mit Afghanistan und Pakistan aufmerksam gemacht habe: „Der Beginn dieser Verhandlungen falle mit dem Wirtschaftsgipfel der Sieben in Tokio zusammen, auf dem möglicherweise auch regionale politische Themen zur Sprache kommen würden. Es würde seine Verhandlungsführung in Genf erleichtern, wenn der Gipfel der Sieben in irgendeiner Form zum Ausdruck bringen könnte, daß der Westen an einer baldigen Verhandlungslösung des Afghanistan-Problems und dem damit verbundenen Rückzug sowjetischer Truppen unverändert interessiert sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 910; Referat 340, Bd. 136786.

15 Die Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan wurden vom 5. bis 23. Mai 1986 in Genf fortgesetzt. Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), übermittelte am 26. Mai 1986 Informationen des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Cordovez vor der Presse: „Offen ist nach wie vor der Zeitplan für den Rückzug der sowjetischen Truppen. Hier sei, so Cordovez, der Graben zwischen beiden Seiten noch tief. Zum zweiten offenen Punkt ‚Implementation' habe er, Cordovez, beiden Seiten einen Kompromißvorschlag unterbreitet. Das Problem besteht hier darin, die Parallelität im Ablauf der vier Elemente des Lösungsentwurfs zu sichern. Beide Seiten legen insoweit erkennbaren Wert darauf, bei der Ausarbeitung der Texte sehr sorgfältig vorzugehen, um bei der Implementierung keine Überraschungen zu erleben." Die Verhandlungen seien auf den 30. Juli 1986 vertagt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 844; Referat 340, Bd. 136786.

3) Wirtschaftspolitische Diskussion

3.1) Bei der Diskussion über die weltwirtschaftliche Lage standen die Erfolgsbilanz seit dem Bonner Gipfel[16] (Wachstum, Preisstabilität, Zinssenkung), die Darstellung der nach wie vor bestehenden Risiken für die Dauerhaftigkeit des Wachstums sowie die Notwendigkeit, die bisherige, mittelfristig orientierte Politik fortzuführen, im Mittelpunkt. Die weltwirtschaftliche Interdependenz, das Erfordernis struktureller Anpassungen in allen Ländern der Welt, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Bedeutung einer soliden Budgetpolitik wurden dabei besonders herausgestellt.

3.2) Die Tokioter Gespräche haben die Entschlossenheit der Gipfelländer bestätigt, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik noch enger zu gestalten. In diesem Zusammenhang wurden die Aufgaben der Fünfer- und der Zehnergruppe bestätigt und die Schaffung einer neuen Siebener-Gruppe der Finanzminister vereinbart, die zwischen den jährlichen Gipfeltreffen enger und häufiger zusammenarbeiten und die nationalen wirtschaftlichen Zielsetzungen und Prognosen gemeinsam überprüfen soll. Während die Aufgaben der Fünfer-Gruppe (Abstimmung über währungspolitische Vorgänge in Zusammenarbeit mit dem IWF) im wesentlichen unberührt bleiben, wurden die Finanzminister der Fünf gleichzeitig gebeten, bei bestimmten währungspolitischen Fragen (dies unter Anspielung auf das New Yorker Plaza-Treffen der G5 vom September letzten Jahres[17]) Italien und Kanada einzubeziehen.

Die Sieben haben ferner in Fortführung der Diskussion über die verstärkte multilaterale Überwachungstätigkeit im Rahmen des IWF konkrete Kriterien genannt, die im Rahmen der Surveillance berücksichtigt werden sollen.

Eine neue internationale Währungskonferenz wurde von keiner Seite gefordert. Auch wurde auf die deutsche Seite von seiten der anderen Gipfelteilnehmer zu keinem Zeitpunkt Druck ausgeübt, zusätzliche konjunkturpolitische Maßnahmen zur Stützung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu ergreifen.

3.3) Ausführlich äußerten sich die Gipfelteilnehmer zu den Problemen der Dritten Welt und der Notwendigkeit, gemeinsam zur Überwindung der Probleme der EL beizutragen. Als wesentliche Elemente wurden dabei die Integration der EL in die Weltwirtschaft, die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den EL (auch im Hinblick auf die Rückführung von Fluchtkapital), die Aufrechterhaltung der öffentlichen und privaten Finanzströme sowie die Fortführung der Schuldenstrategie behandelt. Auch der Rohstoffpreisverfall (Unterstützung der Bemühungen um verstärkte Verarbeitung der einheimischen Erzeugnisse und wirtschaftliche Diversifizierungen) sowie die nach wie vor kritische Lage in Afrika (zügige Verwirklichung der in dem Afrika-Bericht der Sieben genannten Maßnahmen, Sonderfazilität für Subsahara-Afrika[18],

16 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

17 Zum Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22. September 1985 vgl. Dok. 17, Anm. 33.

18 Legationssekretärin Müller-Holtkemper erläuterte am 9. Juni 1986, der Gouverneursrat des „International Fund for Agricultural Development" (IFAD) habe auf seiner Sitzung vom 21. bis 24. Januar 1986 in Rom ein „Sonderprogramm 1986–88 für Subsahara-Afrika" mit einem Beitragsziel von 300 Mio. US-Dollar beschlossen: „Mit dem Wiederaufbauprogramm sollen Kleinbauern und arme Pächter in ihrem traditionellen Getreideanbau unterstützt werden (Ernährungssicherung aus eigener Kraft), wobei Bewässerungsmaßnahmen, Schutz der natürlichen Ressourcen (Bekämp-

Strukturanpassungsfazilität des IWF[19], Nutzung von IDA) wurden besonders angesprochen. Die Gipfelländer kündigten ihre aktive Teilnahme an der bevorstehenden Afrika-SGV der VN vom 27. bis 31.5. in New York[20] an.

3.4) Die Gipfelteilnehmer bekräftigten ihr Bekenntnis zum offenen multilateralen Welthandelssystem. Bedeutsam ist die politische Unterstützung der neuen GATT-Runde[21], auch wenn sich die Gipfelteilnehmer nicht zu einem festen Datum für die Einleitung der GATT-Verhandlungen äußerten. Bedeutsam ist auch die deutliche Erklärung der Gipfelteilnehmer, daß die strukturell bedingte Überschuß-Situation auf dem Agrarmarkt der Wirtschaft einzelner Entwicklungsländer schadet und den protektionistischen Druck verschärft, daß deshalb Anpassungsmaßnahmen notwendig sind und daß entsprechende Arbeiten in der OECD unterstützt werden.

Bezüglich der Entwicklung der Ölmärkte stellten die Gipfelteilnehmer die insgesamt positive Auswirkung auf die Weltwirtschaft ebenso heraus wie die Notwendigkeit, weiter eine auf langfristige Stabilität des Energiemarkts und gesicherte Energieversorgung ausgerichtete Politik zu verfolgen.

[22]3.5) Wie vorgesehen hat der Weltwirtschaftsgipfel den Schlußbericht der Arbeitsgruppe Technologie, Wachstum und Beschäftigung[23] sowie die Ergebnisse des Bonner Symposiums über Neurowissenschaften und Ethik von Ende

Fortsetzung Fußnote von Seite 718

fung der Wüstenbildung) und Unterstützung der Empfängerregierungen bei ihren entsprechenden innenpolitischen Maßnahmen besonders betont werden. Dies in enger Koordinierung und damit Vermeidung von Doppelarbeit u. a. mit Weltbank und UNDP." Vgl. Referat 402, Bd. 133882.

19 Ministerialrat Saupe, Bundesministerium der Finanzen, erläuterte am 4. April 1986 zu der vom IWF am 26. März 1986 geschaffenen „Structural Adjustment Facility" (SAF), die Rückflüsse des bisherigen Trust Fund des IWF würden in den SAF eingebracht: „Der Gesamtbetrag der bis 1991 fälligen Rückflüsse beläuft sich auf 2,7 Mrd. SZR; dies sind 64 % der Quoten der für Ziehungen in Betracht kommenden Länder. Bis Ende 1986 sind 800 Mio. SZR fällig. […] Die SAF-Mittel werden zur Verfügung gestellt für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen und anhaltenden tiefgreifenden (protracted) Zahlungsbilanzproblemen, sofern diese Länder auch Zugang zu IDA-Mitteln haben. […] Grundlage der Mittelvergabe ist ein auf drei Jahre angelegtes strukturpolitisches und makroökonomisches Rahmenprogramm, das die großen Linien absteckt. Dieses Programm wird gemeinsam von IWF und Weltbank zusammen mit dem jeweiligen Land aufgestellt und in einem ‚joint policy framework paper' festgehalten." Vgl. Referat 412, Bd. 130569.

20 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Afrika vom 27. Mai bis 1. Juni 1986 vgl. Dok. 163.

21 Referat 411 notierte am 21. Mai 1986 zum Stand der Vorbereitung einer neuen GATT-Runde: „Eine GATT-Ministertagung (ab 15.9.1986 in Punta del Este/Uruguay) soll über die Eröffnung der neuen GATT-Runde entscheiden. Die eigentlichen Verhandlungen werden am GATT-Sitz in Genf stattfinden. Wenn die GATT-Ministertagung den angestrebten Konsens über die Eröffnung erreicht, ist wegen der notwendigen technischen Vorbereitungen mit dem tatsächlichen Verhandlungsbeginn Anfang 1987 zu rechnen. Die zweite Phase der Vorbereitungsarbeiten für neue GATT-Runde (Diskussion über Einzelthemen neuer Runde) wurde mit Sitzung des Vorbereitungsausschusses (PrepCom) am 5. bis 7. d. M. abgeschlossen. Mit der nächsten PrepCom-Sitzung vom 9. bis 12.6.1986 beginnt offiziell das Aushandeln von Texten über Verhandlungsziele, -gegenstände, -modalitäten der neuen Runde und für die auf der GATT-Ministertagung im September zu verabschiedende Erklärung." Vgl. Referat 411, Bd. 131327.

22 Beginn des zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes vermerkte am 21. Februar 1986, daß sich die Arbeitsgruppe Technologie, Wachstum und Beschäftigung der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels auch mit Umweltthemen beschäftigt habe: „Am 8. Oktober 1985 ist in München ein abschließender Bericht erstellt worden; der Gipfel soll von diesem Bericht Kenntnis nehmen. Damit ist das Thema im Rahmen der Arbeitsgruppe T[echnology]G[rowth]E[mployment] abgeschlossen." Vgl. Referat 412, Bd. 130564.

April[24] zur Kenntnis genommen. Er hat die Bedeutung des partnerschaftlichen Informations-, Erfahrungs- und Technologieaustausches in der amerikanischen und europäischen Weltraumarbeit unterstrichen. Abschließend wurde die Fortführung der Zusammenarbeit im Umweltbereich bekräftigt.

4) Tschernobyl-Erklärung

In der Erklärung über die Auswirkungen des Kernreaktor-Unfalls von Tschernobyl stellen die Gipfelteilnehmer fest, daß jedes Land für die Sicherheit nuklearer Anlagen sowie für die prompte Bereitstellung vollständiger Informationen über nukleare Notsituationen und Unfälle verantwortlich ist. Die Gipfelländer selber erklärten sich bereit, diese internationale Verantwortung zu akzeptieren, und forderten die Sowjetunion zur unverzüglichen vollständigen Unterrichtung über den Tschernobyl-Unfall auf.

Gleichzeitig wurde die IAEO aufgerufen, die internationale Zusammenarbeit bezüglich der Sicherheit der Kernanlagen und der Organisation von Hilfsmaßnahmen im Fall von Nuklearunfällen zu verbessern. Die Gipfelländer setzen sich nachdrücklich für die baldige Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die gegenseitige Information bei Unglücksfällen ein.

5) Der nächste Wirtschaftsgipfel wird 1987 in Italien stattfinden.[25]

[gez.] Pleuger

Referat 433, Bd. 132252

24 Im Anschluß an die Wissenschaftskonferenzen der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels, die 1984 in Hakone und 1985 in Rambouillet stattfanden, veranstaltete die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften vom 20. bis 25. April 1986 im Klostergut Jakobsberg die Internationale Konferenz über ethische Probleme der Neurowissenschaften, der Neuromedizin und der Psychiatrie. Vgl. dazu Benno HESS/Detlev PLOOG (Hrsg.), Neurowissenschaften und Ethik, Berlin/Heidelberg 1988.

25 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 34/35 des Vortragenden Legationsrats Stoecker vom 16. Juni 1987; AAPD 1987.

138

Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

13. Mai 1986[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

nach der Rückkehr von meiner Asienreise[2] möchte ich Ihnen und allen Betroffenen auch auf diesem Weg mein Mitgefühl sowie die aufrichtige Anteilnahme der deutschen Bevölkerung für das Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl[3] zum Ausdruck bringen.

Diese Katastrophe ruft uns die Tatsache ins Bewußtsein, daß technischer Fortschritt Gefahren mit sich bringen kann, die uns alle berühren.

Gerade weil diese Gefahren nicht an den Staatsgrenzen Halt machen, ist die gegenseitige Bereitstellung von Informationen außerordentlich wichtig. Europa ist zu klein geworden, als daß ein Land in einer solchen Situation auf sich allein gestellt handeln könnte. Wie Ihnen bekannt ist, hat das Unglück von Tschernobyl auch in der Bundesrepublik Deutschland zu radioaktiven Belastungen geführt, die die Bundesregierung veranlaßten, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen.[4] Deshalb und im Interesse zahlreicher Deutscher, die in der Sowjetunion tätig sind oder als Touristen in die Sowjetunion reisen, wende ich mich an Sie persönlich mit der dringenden Bitte, daß Ihre Regierung uns die notwendigen detaillierten Informationen zur Verfügung stellt und angesichts der Besorgnisse in der Bevölkerung in stärkerem Maße als bisher auf unsere objektiven Informationsbedürfnisse eingeht. Die Bundesregierung ist insbesondere an den genauen Ursachen des Unglücks, einer vollständigen Darstellung des Unfallherganges, an Daten über Art und Menge der freigesetzten radioaktiven Substanzen des verunglückten Reaktors interessiert sowie an Meßergebnissen über die weitere Entwicklung der Strahlenbelastung in der Sowjetunion.

Es geht mir darum, auf der Grundlage eines Höchstmaßes von Informationen sachlich angemessene und gebotene Entscheidungen für den Schutz unserer Bevölkerung treffen und allgemeine Schlußfolgerungen für die Reaktorsicherheit ziehen zu können.

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 14. Mai 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert mit der Bitte übermittelt, „daß der Brief über die Botschaft Moskau an den Adressaten zugestellt wird". Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 139386.
Zu dem Schreiben vgl. auch BULLETIN 1986, S. 462.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 27. bis 30. April in Indien, vom 30. April bis 3. Mai in Thailand und vom 4. bis 7. Mai 1986 in Japan auf. Vgl. dazu Dok. 125, Dok. 129, Dok. 134 und Dok. 137.

3 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

4 Vgl. dazu den Beschluß vom 2. Mai 1986 zur Suspendierung der Einfuhr von Lebensmitteln und Fleisch; Dok. 136, Anm. 11.

Ich bin davon überzeugt, daß eine umfassende Information von Ihrer Seite wesentlich dazu beitragen wird, nachteilige Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und allen anderen betroffenen Ländern ebenso wie in unseren bilateralen Beziehungen zu vermeiden. Daher habe ich es auch begrüßt, daß die Sowjetunion dem Generalsekretär der Internationalen Atomenergie-Organisation, Herrn Blix, die Möglichkeit gegeben hat, sich in der Sowjetunion zu unterrichten.[5]

Ich würde es auch für zweckmäßig halten, wenn Ihre Regierung die Internationale Atomenergie-Organisation in Wien weiterhin laufend und detailliert über die weitere Entwicklung im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl unterrichten würde.

Darüber hinaus erscheint es mir erforderlich, in der Internationalen Atomenergie-Organisation unverzüglich in Beratungen über die aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl für die Staatengemeinschaft zu ziehenden Folgerungen einzutreten. Meine Regierung hat den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation gebeten, bereits in dieser Woche eine Sitzung des Gouverneursrats anzuberaumen, in der die notwendigen Schritte erörtert werden können.[6] Ich würde mich freuen, wenn Ihre Regierung diese Gelegenheit ergreifen würde, durch umfassende Unterrichtung und durch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu einer Beruhigung der internationalen Atmosphäre beizutragen. Dies läge auch im Sinne einer weiteren Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken unter sicheren Bedingungen.

Die Bundesregierung ist ferner bereit, alle Staaten, die an der Kernenergienutzung beteiligt sind und Kernanlagen betreiben, im Zusammenwirken mit der IAEO zu einer Sonderkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland einzuladen, auf der Fragen zur Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen für Kernanlagen beraten werden sollen. Sie wird zunächst hierüber mit den hauptinteressierten Staaten und der IAEO in Verbindung treten, um über die Modalitäten einer solchen Konferenz zu sprechen.[7]

5 Zum Besuch des IAEO-Generaldirektors Blix vom 5. bis 9. Mai 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 136, Anm. 6.

6 Mit Schreiben vom 9. Mai 1986 an IAEO-Generaldirektor Blix beantragte Bundesminister Riesenhuber eine Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats. Die Bundesregierung sei der Auffassung, „daß für die Zukunft auf multilateraler Ebene ein verbindliches System zur frühzeitigen und vollständigen Information über Unfälle in kerntechnischen Anlagen mit möglichen Auswirkungen auf andere Staaten geschaffen werden muß. Die Bundesregierung setzt sich darüber hinaus für international einheitliche Sicherheitsstandards auf hohem Niveau ein." Vgl. Referat 431, Bd. 153286.
Die Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats fand am 21. Mai 1986 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 165.

7 Am 14. Mai 1986 regte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag an, eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit einzuberufen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 215. Sitzung, S. 16526.
Am 15. Mai 1986 richtete Kohl gleichlautende Schreiben an die 34 Staats- und Regierungschefs der Staaten, in denen Atomkraftwerke betrieben wurden oder im Bau waren. Darin verwies er auf die weltweite Verbreitung der Kerntechnik, zu der die internationale wissenschaftliche, technische und sicherheitstechnische Zusammenarbeit beigetragen habe: „Diese Zusammenarbeit so zu gestalten, daß die bestmögliche Vorsorge für die Menschen gewährleistet wird, ist ein gleichgerichtetes Interesse der gesamten Völkergemeinschaft. Hierbei sind nach meiner Meinung Verbesserungen möglich und notwendig, um alle Kernkraftwerke auf einem hohen Stand der Sicherheit zu betreiben und Vorsorge gegen unwillentlich freigesetzte radioaktive Stoffe sicherzustellen. Ich möch-

Schließlich wiederhole ich mein Angebot, daß die Bundesregierung auch zu jeder bilateralen Hilfe und Zusammenarbeit bereit ist, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegen.[8]

Mit vorzüglicher Hochachtung
H. Kohl

Referat 213, Bd. 139386

Fortsetzung Fußnote von Seite 722

te deshalb anregen, daß hochrangige Regierungsmitglieder – unter Einbeziehung internationaler Gremien – in einer gemeinsamen Konferenz beraten, wie der Schutz der Völkergemeinschaft weiter verbessert werden kann. Der Themenkreis einer solchen Konferenz könnte in einer Vorkonferenz auf geeigneter Ebene näher definiert werden. Wenn es gewünscht wird, ist die Bundesrepublik Deutschland bereit, Gastgeber einer solchen Konferenz zu sein." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3832/3833 des Staatssekretärs Ruhfus; Referat 431, Bd. 153279.
Zur Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz vom 24. bis 26. September 1986 in Wien vgl. Dok. 266.

8 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 15. Mai 1986 mit, daß er das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl am selben Tag dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kowaljow übergeben habe. Dieser habe sich „nachdrücklich" für die seitens der Bundesregierung angebotene Hilfe bedankt, dann aber die gegen die Bundesrepublik gerichteten Vorwürfe verteidigt: „Es sei in Anbetracht der Hilfe nicht leichtgefallen, den Vorwurf auszusprechen. Nach sorgfältiger Abwägung habe man ihn vor dem Hintergrund dessen, ‚was in der Welt vorgehe', ausgesprochen. Von den USA und von uns seien übertriebene Angaben über die vom Unfall ausgelösten Schäden verbreitet worden." In anderem Zusammenhang habe Kowaljow erklärt, „die Sowjetregierung habe mit ‚Elementen der Panik und Spekulation' zu tun gehabt. K[owaljow] erhob den Vorwurf, daß wir mit dem Drängen auf eine a[ußer]o[rdentliche] Sitzung des IAEO-Gouverneursrats ab 20.5. gegen die SU gerichtete politische Ziele verfolgten. […] Die SU lehne die Sitzung nicht ab, fordere allerdings, sie dürfe keinen ‚spekulativen Charakter' haben. […] SU habe nichts zu verheimlichen. Sie werde weiter Informationen mitteilen, aber nur ‚verantwortungsvolle', von den Wisenschaftlern auf ihre Verläßlichkeit überprüfte Informationen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1295; Referat 213, Bd. 139386.

139

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim **13. Mai 1986**[1]

Lieber Ron,

für die guten Gespräche in Tokio[2], die uns ebenso wie Ihr Schreiben vom 28. April[3] und vom 11. Mai geholfen haben, in einer für unsere beiden Länder und das Bündnis wichtigen Frage zu einem positiven Ergebnis zu kommen, danke ich Ihnen.

George Shultz hat dieses Ergebnis, so wie wir es in Tokio formuliert hatten, in einem Schreiben an Hans-Dietrich Genscher vom 6. Mai 1986[4] festgehalten, dem zwei Texte – einer über Vernichtung/Abzug der vorhandenen unitären CW-Bestände und der andere über die Eventualfallverbringung von binären CW – beigefügt waren, die folgenden Wortlaut haben:

Vernichtung/Abzug

Auf der Grundlage der Diskussion zwischen Angehörigen der amerikanischen

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 14. Mai 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu teilte er mit: „Für Weiterleitung über die Botschaft Washington wäre ich dankbar. Der englische Text dieses Schreibens ist vom Bundeskanzleramt bereits vorab an das Weiße Haus übermittelt worden."
Hat Schubert am 14. Mai 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „m[it] d[er] B[itte] um Übernahme u[nd] w[eitere] V[eranlassung]" und die Übermittlung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, Botschafter Ruth sowie das Ministerbüro und das Büro Staatssekretäre verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14158 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Bundeskanzler Kohl traf am 4. Mai 1986 mit Präsident Reagan am Rande des Weltwirtschaftsgipfels zusammen.

3 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vgl. VS-Bd. 14158 (010).
Bundesminister Schäuble informierte Bundeskanzler Kohl, z. Z. Bangkok, am 30. April 1986, daß Reagan um Unterstützung bei der Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich der chemischen Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO bitte. Zu den von der Bundesrepublik gewünschten Zusicherungen hinsichtlich einer Modernisierung der amerikanischen Chemiewaffen führte Schäuble aus: „a) Keine Stationierung binärer chemischer Waffen im Frieden in der Bundesrepublik Deutschland: Eine bloße Absichtserklärung, wie sie zuvor von den USA angeboten war, genügt nicht. Dagegen entspricht die Formulierung, die der Präsident in seinem Brief wählt (‚Es wird in Friedenszeiten keine Dislozierung binärer chemischer Waffen in NATO-Ländern geben, es sei denn, eine solche Dislozierung wird vom Empfängerland eigens gewünscht und gebilligt'), der Forderung des BSR. b) Die Eventualfallplanung darf nicht zu einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland führen: Die Formulierung des Präsidenten (‚Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß weder die Bundesrepublik Deutschland noch irgendein anderer Mitgliedstaat der NATO als einziges Land für die Dislozierung binärer Munition in einem Notfall ausgewählt wird') kommt der Forderung des BSR sehr nahe. c) Eine Stationierung im Eventualfall bedarf der Zustimmung der Bundesregierung: Der Brief des Präsidenten geht nicht unmittelbar auf diese Forderung ein. Er spricht lediglich von ‚umfassenden politischen Konsultationen', ‚wie dies bei allen anderen wichtigen Bündnisentscheidungen in Sicherheitsfragen der Fall ist'. Hier bedarf es zusätzlicher Klarstellung. d) Abzug der Altbestände zum frühesten militärisch zu rechtfertigendem Zeitpunkt: Voraussetzung hierfür kann für uns nur ein hinreichender Umfang binärer Munition, nicht aber die Verfügbarkeit von Lagerkapazitäten und Vernichtungsanlagen sein. Der Präsident geht in seinem Brief hierauf nicht ein. Es bedarf daher weiterer Verhandlungen." Vgl. das Fernschreiben Nr. 649; VS-Bd. 12158 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12158 (201).

Botschaft und Vertretern der deutschen Regierung Anfang März 1986[5] und der ersten Konsultation zwischen amerikanischen und deutschen Vertretern am 11. März 1986 im Hauptquartier USEUCOM in Stuttgart[6] unterrichtet die amerikanische Regierung die deutsche Regierung wie folgt:

– Die unitären CW-Bestände in der Bundesrepublik Deutschland werden entsprechend der mitgeteilten Präferenz der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Vernichtung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgezogen.
– Verfahren und Modalitäten des Transports werden in weiteren Konsultationen gemeinsam festgelegt; Sicherheit und Umweltschutz werden vorrangige Gesichtspunkte sein.
– Der Abzug wird ausgeführt so früh wie militärisch gerechtfertigt in Übereinstimmung mit der Anforderung der MC 14/3[7], die Fähigkeit aufrechtzuerhalten, tödliche CW-Wirkstoffe effektiv zur Vergeltung im beschränkten Umfange einzusetzen. Die zeitliche Abzugsplanung wird deshalb von der Verfügbarkeit eines angemessenen binären CW-Lagerbestandes in den Vereinigten Staaten abhängen.
– Der genaue Zeitpunkt für den Abzug wird in weiteren Konsultationen gemeinsam festgelegt. Unter der Voraussetzung, daß die Endfertigung der vollständigen Binär-Munition am 1. Dezember 1987 beginnt, wird der Abzug der unitären Bestände in der Bundesrepublik Deutschland nicht später als 1992 abgeschlossen sein.

Eventualfall-Verbringung

– Der Beschluß über die Produktion binärer chemischer Waffen, der den Abzug der derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten unitären chemischen Waffen möglich machen würde, ist eine nationale US-Entscheidung.
– Es wird in NATO-Europa keine Verbringung binärer chemischer Waffen in Friedenszeiten geben, es sei denn, eine solche Verbringung wird vom Aufnahmeland eigens gewünscht und gebilligt.

  Das gilt auch für eine Verbringung in Friedenszeiten gemäß Eventualfallplanung.
– In einem Eventualfall können binäre chemische Waffen in alle NATO-Länder verbracht werden, in denen US-Land-, Luft-, See- oder Marineinfanterieeinheiten stationiert sind oder im Einklang mit der NATO-Verstärkungsplanung zur Verbringung vorgesehen sind, die befähigt sind, chemische Waffen zum Einsatz zu bringen. Somit wird der Plan eine breit angelegte Beteiligung vorsehen, so daß weder die Bundesrepublik Deutschland noch irgendein anderes NATO-Mitglied als einziges Aufnahmeland für binäre chemische Waffen in einem Eventualfall singularisiert wird.

Diese beiden Texte werden ergänzt durch die Zusicherungen, die in Ihrem Schreiben vom 28. April 1986 enthalten sind. Besonders hervorheben möchte ich hier folgende Feststellungen:

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 7. März 1986; Dok. 90, Anm. 5.
6 Zu den deutsch-amerikanischen Gesprächen in Stuttgart vgl. Dok. 90, Anm. 8.
7 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

„Ich kann Ihnen ferner versichern, daß, wie dies bei allen anderen wichtigen Bündnisentscheidungen in Sicherheitsfragen der Fall ist, umfassende politische Konsultationen im Rahmen der NATO durchgeführt werden, bevor die Vereinigten Staaten der Dislozierung binärer Waffen in einem Eventualfall zustimmen."

Die Bundesregierung ist befriedigt darüber, daß das mit der amerikanischen Seite erreichte Einvernehmen gewährleistet, daß sie im Rahmen der Eventualfallplanung die Interessen der Bundesrepublik Deutschland für alle Eventualfälle auf der Grundlage ihrer ungeschmälerten Souveränität wird vertreten können.

Ich gehe davon aus, daß der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten im Verteidigungsplanungsausschuß der NATO den vereinbarten Text über Eventualfall-Verbringung vollinhaltlich in seine Erklärung vor dem DPC aufnimmt, wobei ich bitten würde, nur in diesem Zusammenhang auf eine gesonderte Erwähnung der Bundesrepublik Deutschland zu verzichten. Ich würde begrüßen, wenn Botschafter Abshire bei dieser Gelegenheit noch einmal auf die „umfassenden politischen Konsultationen im Rahmen der NATO" hinweisen würde, so wie Sie sie mir in Ihrem Brief vom 28. April 1986 zugesagt haben.[8]

Ich messe der Tatsache große Bedeutung bei, daß die Allianz in diesem Zusammenhang bekräftigt, daß sie an folgenden Grundsätzen festhält:

– Die Rolle chemischer Waffen im Bündnis bleibt auch in Zukunft so, wie in der gültigen Strategie (MC 14/3) gemeinsam beschlossen: Die NATO sollte sich grundsätzlich auf ihre konventionellen und nuklearen Streitkräfte zur Abschreckung abstützen, aber gleichzeitig die Fähigkeit besitzen, wirksam zur Vergeltung in begrenztem Umfang letale chemische Kampfstoffe einzusetzen, um einen Aggressor von einem CW-Ersteinsatz abzuschrecken.
– Der Abschluß eines Abkommens über ein umfassendes, effektives und verifizierbares Verbot chemischer Waffen, durch das alle vorhandenen Waffen beseitigt würden und das die Produktion neuer chemischer Waffen überflüssig werden ließe, hat höchste Priorität.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Helmut Kohl

VS-Bd. 14158 (010)

8 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 15. Mai 1986, daß der amerikanische NATO-Botschafter Abshire in der Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am selben Tag eine Erklärung „in dem vereinbarten Wortlaut" mit geringen Änderungen abgegeben habe. Ferner teilte er mit, daß der Ausschuß die Streitkräfteziele mit folgendem Beschluß gebilligt habe: „The DPC adopted the new NATO Force Goals for 1987–1992 … taking into account … the statement and reservations made in the discussion on the U.S. Force Goal EZ 645/I." Großbritannien, Kanada, Portugal und die Türkei hätten sich „ohne Vorbehalte" für die Ziele ausgesprochen; Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Island und Luxemburg hätten vorgebracht, daß sie eine Stationierung chemischer Waffen auf ihrem Territorium ablehnten, während Griechenland auf seine Forderung nach einer chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan verwiesen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 698; VS-Bd. 14158 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

140

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Eickhoff

311-530.36-220I/86 geheim **16. Mai 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung

Betr.: Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 14.5.1986;
hier: Bericht der Bundesregierung zum Libyen-Konflikt

Bezug: Zuschrift 011-300.18 vom 14.5.1986[3]

Anlg.: 1) Sprechzettel 311-333.00 LIY vom 13.5.1986[4]
2) Vermerk 311 vom 18.4.1986 VS-geh.[5]
3) BND-FS 142 vom 8.4.86
4) BND-FS 311 vom 14.4.86
5) BND-FS 186 vom 17.4.86[6]

StM Möllemann berichtete über die außenpolitischen Aspekte gemäß Sprechzettel (Anlage 1[7]).

StS Neusel (BMI) berichtete über den Ermittlungsstand nach den Berliner Terroranschlägen vom 29.3. (Deutsch-Arabische Gesellschaft)[8] und 5.4. (Diskothek

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff und Legationsrat I. Klasse Görgens konzipiert.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Vortragender Legationsrat Staks faßte die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 14. Mai 1986 zusammen und notierte zum Tagesordnungspunkt 4 („Bericht der Bundesregierung zum Libyen-Konflikt"): „StM Möllemann, StS Dr. Neusel vom BMI und BND-Präsident Dr. Wieck berichteten unter VS-v. Ref. 311 wird gebeten, im Wege einer VS-v-StS-Vorlage die Amtsleitung über die Behandlung dieses TOP zu unterrichten (Durchdruck an Ref. 011 und andere interessierte Arbeitseinheiten)." Vgl. VS-Bd. 13624 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Görgens vgl. VS-Bd. 13624 (311).

6 Die Anlagen 3 bis 5 waren dem Vorgang beigefügt. Für die Fernschreiben vgl. VS-Bd. 13624 (311).

7 Dem Vorgang beigefügt. In dem Sprechzettel hieß es, daß sich die innere Lage in Libyen seit der letzten Erörterung im Auswärtigen Ausschuß am 23. April 1986 nicht erkennbar verändert habe. Als Vorsichtsmaßnahme sei den dortigen Firmen aus der Bundesrepublik empfohlen worden, „ihr Personal auch weiterhin auf die unbedingt erforderliche Präsenz zu beschränken und Familienangehörige ausreisen bzw. nicht nach Libyen zurückkehren zu lassen. Aufgrund inzwischen erfolgter Abreisen ist die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen in Libyen seit dem 15. April von ca. 1400 auf weniger als 1000 gesunken." Das Personal der Botschaft in Tripolis werde von elf auf acht reduziert: „Von den Libyern haben wir verlangt, von den 41 Mitgliedern des LVB Bonn 22 abzuziehen, darunter drei Diplomaten, so daß die Besetzung nun der unserer Botschaft in Tripolis entspricht (jeweils 19). Die Bewegungsfreiheit der Libyer ist auf das Stadtgebiet Bonn und die Fahrt zum Flughafen Köln/Bonn begrenzt worden. Unsere ohnehin restriktive Visapraxis wird auf etwa noch verbleibende Einschränkungsmöglichkeiten hin überprüft." Libyen habe daraufhin am 12. Mai 1986 36 Botschaftsangehörige aus EG-Mitgliedstaaten zur Ausreise aufgefordert, darunter vier Mitarbeiter der Botschaft der Bundesrepublik: „Das AA denkt nicht daran, die Botschaft, die bis auf weiteres nur noch die Aufrechterhaltung eines Notbetriebs gewährleisten kann, zu schließen, sondern in Anbetracht der deutschen Interessen in Libyen, insbesondere der Sicherheit der verbliebenen deutschen Staatsangehörigen, die vier vakanten Stellen bald neu zu besetzen." Vgl. VS-Bd. 13624 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Zum Anschlag auf das Büro der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft" in Berlin (West) vgl. Dok. 92, Anm. 5.

„La Belle“)[9]; er rief die jüngsten Hinweise gegen libysche Volksbüros nach Verhaftungen in Rom, Ankara und Madrid sowie die Ermordung von libyschen Regimegegnern in der Bundesrepublik Deutschland 1980[10], 1984 und 1985[11] in Erinnerung.

BND-Präsident Wieck trug über die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse vor (entsprechend den BND-FS 142 vom 8.4., 311 vom 14.4. und 186 vom 17.4. – Anlagen 3 bis 5).

Aus den Berichten und der zweistündigen lebhaften Aussprache ist vor allem folgendes festzuhalten:

1) Zum Terroranschlag vom 29.3.:

StS Neusel führte aus, die Deutsch-Arabische Gesellschaft (DAG) in Berlin stehe in Opposition zu Arafat und der PLO-Führung; nach Aussage zweier Tatverdächtiger stamme der Sprengsatz aus der syrischen Botschaft in Berlin (Ost). StM Möllemann stellte hierzu richtig, daß die DAG Berlin keineswegs in Opposition zu Arafat stehe, sondern im Gegenteil erfolgreich einen Unterwanderungsversuch der PLO-Opposition abgewehrt habe; der Vorsitzende der Berliner DAG, Abdulrahman Murtada, sei im übrigen auch Mitglied der von ihm, StM Möllemann, präsidierten Aachener DAG. Abgeordneter Gansel (SPD) bemerkte, die Unklarheit der Innenbehörden über die politische Ausrichtung der DAG und die Motive des Anschlages vom 29.3. offenbarten „ein ungeheures Maß von Dilettantismus“.

2) Bezüglich der Bewertung der von US-Diensten aufgefangenen libyschen Funkgespräche vom 4. und 5. waren semantische Nuancen bemerkenswert:

StS Neusel erklärte, das vorliegende Material belege „die Involvierung libyscher Stellen“. Auf Nachfrage von MdB Ertl erläuterte er, bewiesen sei, daß libysche Stellen Kenntnis vom Anschlag hatten und eine Erfolgsmeldung durchgaben.

Präsident Wieck führte aus, es lägen „beweiskräftige, nachrichtendienstliche Erkenntnisse bezüglich der politischen Verantwortung“ Libyens vor.

StM Möllemann, dem MdB Gansel unterstellte, am 16.4. entweder ohne Kenntnis der BND-Erkenntnisse gewesen zu sein oder den Auswärtigen Ausschuß belogen zu haben, bekräftigte seine Bewertung vom 16.4., wonach die BND-Erkenntnisse „deutliche Hinweise“ auf Libyen enthielten. Die politische Bewertung der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse sei ausschließlich Sache der Bundesregierung.

3) Vorwarnung in „La Belle“:

Die Abgeordneten Soell (SPD) und Schäfer (FDP) verwiesen auf ein Gerücht, demzufolge US-Staatsangehörige kurz vor dem Terroranschlag vom 5.4. zum Verlassen der Diskothek „La Belle“ aufgefordert worden seien.

9 Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) am 5. April 1986 vgl. Dok. 92.

10 Korrigiert aus: „1981“.
Am 10. Mai 1980 wurde in Bonn der bis 1978 an der dortigen libyschen Botschaft tätige ehemalige Diplomat Mehdawi von einem libyschen Landsmann erschossen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 161. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 69.

11 Der libysche Regimekritiker Gebril el-Denali wurde am 6. April 1985 von einem Landsmann in Bonn erschossen. Am 13. April 1985 erschoß ein 21 Jahre alter Libyer in Aachen einen marokkanischen Staatsbürger. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 100.

StS Neusel führte hierzu aus: Aufgrund des o.g. Funkspruchs vom 4.4. hatten US-Dienststellen in Deutschland am 4.4. um 18.00 Uhr eine nicht konkretisierte Warnmeldung erhalten. Lediglich in Berlin (West) führte die Weitergabe dieser Warnmeldung in Verbindung mit einer dort bereits vorliegenden konkreten Warnung vor einem Anschlag gegen eine andere Diskothek (nicht „La Belle“) zu einer Reaktion: Da die andere Diskothek bereits geschlossen hatte, ihre Besucher aber auch „La Belle“ zu frequentieren pflegten, sei vor dem Terroranschlag auch gegenüber Gästen von „La Belle“ ein Hinweis erfolgt. In der gleichen Nacht habe das BKA, wie StS Neusel ferner ausführte, um 23.00 Uhr (4.4.) eine nach Ort und Zeit nicht präzisierte Gefahrenmeldung erhalten, die um 1.30 Uhr (5.4.) an alle LKA weitergegeben worden sei. Um 1.45 Uhr sei die Explosion in „La Belle“ erfolgt, bevor Maßnahmen ergriffen werden konnten. Hierauf habe sich US-General Rogers bezogen, als er erklärte, man sei wenige Minuten zu spät gekommen.[12]

4) Syrische Komponente:

Auf die Frage von MdB Bahr, ob er den Aussagen Glaubwürdigkeit beimesse, denen zufolge der Sprengsatz zum Anschlag vom 29.3.[13] aus der syrischen Botschaft in Berlin (Ost) stamme, antwortete StS Neusel: Er messe den Aussagen „deutlichen Beweiswert“ zu.

Auf Frage von MdB Ertl bestätigte Präsident Wieck deutliche Hinweise auf Informationskontakte der Nachrichtendienste Libyens und Syriens.

MdB Wischnewski wies die Innenbehörden unter Hinweis auf den Anschlag vom 29.3.[14] auf die starke Gefährdung des Bonner PLO-Vertreters Frangie hin.

Eickhoff[15]

VS-Bd. 13624 (311)

12 Am 11. April 1986 wurde in der Presse berichtet, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, habe am 9. April 1986 in Atlanta ausgeführt, „that United States officials had learned of the possibility of a terrorist attack in West Berlin last weekend, and were in the process of warning off-duty servicemen in bars and discos. ‚We were about 15 minutes too late,‘ said General Rogers. […] General Rogers, who responded to questions at the private Brandon Hall School, also said there was ‚indisputable evidence‘ that the bombing was linked to a ‚worldwide network‘ of terrorists set up by Colonel Quaddafi. ‚I can't tell you how we get it, but the evidence is there,‘ said General Rogers“. Vgl. den Artikel „Officials Say U.S. Warned Of Bomb, Minutes Too Late“; THE NEW YORK TIMES vom 11. April 1986, S. A10.

13 Korrigiert aus: „29.4.“

14 Korrigiert aus: „29.4.“

15 Paraphe.

141

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20-890/86 geheim **17. Mai 1986**

Herrn Staatssekretär[1] zur Unterrichtung

Betr.: High Level Group (HLG)-Tagung vom 15. bis 16. Mai 1986 in Charleston/USA

Anlg.: 1 (offen)[2]

Zusammenfassung

Die HLG beschloß auf deutsch-britischen Vorschlag, sich eingehend mit den Auswirkungen von Rüstungskontrollvorschlägen im SRINF-Bereich auf die Struktur und den Umfang der NATO-Nuklearstreitkräfte zu befassen. Außerdem wurde beschlossen, das Verhältnis Offensiv-/Defensiv-Systeme offiziell auf die Tagesordnung zu setzen. In beiden Fragen war eine gewisse amerikanische Zurückhaltung zu erkennen.

Eine US-Unterrichtung über die militärischen Auswirkungen eines umfassenden Teststopps (CTB) wurde vom Pentagon dazu benutzt, mit einer von mehreren Teilnehmern als „overkill" empfundenen Eindringlichkeit die These zu vertreten, daß nukleare Tests so lange erforderlich sein werden, wie die NATO sich zur Abschreckung auf Nuklearwaffen abstützt. Dabei wurden indirekt auch die von BK in seinem Brief vom 22. April 1986 an den Präsidenten[3] vorgebrachten Argumente zurückgewiesen. Auch zu anderen Fragen der Rüstungskontrolle und des West-Ost-Verhältnisses vertrat Perle eine dogmatische Linie.

Zum Reaktorunglück in Tschernobyl[4] wurde unter Hinweis auf die mit Satellitenfotos belegten Maßnahmen vor Ort (Bekämpfung von Feuer und Strahlung, Evakuierung) die These vertreten, daß die sowjetische Führung sehr schnell informiert gewesen sei und daß die sowjetische Informationspolitik die vorhandenen Erkenntnisse nicht oder mit großem zeitlichen Zug berücksichtigt habe.

Im einzelnen

1) Rüstungskontrollverhandlungen/West-Ost-Beziehungen

Perle machte seine Haltung zu Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU bereits bei der einleitenden Präsentation des Programms deutlich, als er die

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 20. Mai 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „(s. S. 4/5)". Vgl. Anm. 14 und 17–20.
Hat Ploetz am 6. Juni 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre verfügte und handschriftlich vermerkte: „s. Anm." Vgl. Anm. 14, 17 und 18.
Hat Frick am 6. Juni 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Meyer-Landrut verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 6. Juni 1986 erneut vorgelegen.
Hat Frick am selben Tag erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 10. Juni 1986 erneut vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 15.

3 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 120.

4 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

Besichtigung des strategischen U-Bootes SSBN-617 Hamilton anbot, das eines Tages abgewrackt werden solle, „largely due to concerns of our Allies to maintain a treaty which the Soviets are violating".

Den jüngsten sowjetischen INF-Vorschlag[5] qualifizierte Perle als „umgepackte" alte Vorschläge. Ziel sei es, den Ball in das westliche Lager zu spielen.

Nach Perles Auffassung dienen die zahlreichen sowjetischen Vorschläge, die nach dem Genfer Gipfel[6] gemacht wurden, dazu, dessen potentiell positive Ergebnisse zu redressieren. Das Gipfelkommuniqué habe den Akzent auf Reduzierungen bei offensiven Systemen, also bei START und INF, gesetzt und Weltraumfragen in den Hintergrund gedrängt. Das Gorbatschow-Konzept einer nuklearwaffenfreien Welt im Jahr 2000[7] solle vom Genfer Ergebnis ablenken, insbesondere von den Zielen einer 50%igen Reduktion bei strategischen Systemen und dem Abschluß eines gesonderten INF-Abkommens.

Perle warnte vor dem Versuch, auf „neue" Vorschläge der SU mit westlichen zu antworten. Der Westen solle die sowjetischen Vorschläge ignorieren und seine eigenen mit Nachdruck vertreten.

Ich habe geltend gemacht, daß der Westen die Initiative bei Gestaltung der West-Ost-Beziehungen einschließlich des Abrüstungsbereichs zurückgewinnen müsse, die er nach dem Genfer Gipfel noch besessen, durch die Gorbatschow-Vorschläge dieses Jahres inzwischen aber in den Augen der Öffentlichkeit verloren habe. Wir sollten diese Vorschläge sorgfältig prüfen und die SU auffordern, ihre Ernsthaftigkeit am Verhandlungstisch in Genf, Wien[8] und Stockholm[9] zu beweisen.

Der Westen verfüge über gute Rüstungskontrollvorschläge und über ein gutes Konzept der Gestaltung der West-Ost-Beziehungen; es müsse offensiv und überzeugend präsentiert werden. Die bevorstehenden NATO-Tagungen, besonders Halifax[10], hätten hierbei eine zentrale Rolle.

5 Am 15. Mai 1986 legte die UdSSR bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf den Entwurf für ein INF-Abkommen vor. Der amerikanische Sonderbotschafter Glitman gab dazu bei der NATO in Brüssel die Einschätzung ab, „erster Blick habe ergeben, daß dieser in Vertragsform gebrachter sowjetischer Vorschlag vom 15.1. sei. Er sei weder, wie Sowjetunion behaupte, wichtiger neuer Schritt noch angemessene Antwort auf amerikanische Vorschläge. Er falle in bestimmten Fragen (Geographie, Freeze in Asien, SRINF, Verifikation) sogar hinter bisherige sowjetische Position zurück." Vgl. den Drahtbericht Nr. 711 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 16. Mai 1986; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 23. Mai 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach trotz der Einschätzung, der Vertragsentwurf stelle nur „eine sehr getreue Wiedergabe der Vorschläge vom 16.1." dar, in der amerikanischen Regierung „derzeit auf hoher Ebene (Gesprächspartner nannte Nitze, Adelman, Holmes, Glitman)" erörtert werde, „ob sowjetischer Entwurf als Arbeitsgrundlage für Genf akzeptiert werden solle. Vorstellung sei, daß von amerikanischer Seite Diskussion des sowjetischen Textes dazu genutzt werden könne, Sowjets zu Erörterung konkreter Verifikationsregelungen zu veranlassen. Von amerikanischer Seite würden natürlich die Inhalte des amerikanischen Vorschlags vom Februar 1986 in die Textdiskussion eingebracht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2212; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

8 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 81 und Dok. 82.

9 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 71 und Dok. 151.

10 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

General Hüttel warnte vor dem Konzept einer nuklearwaffenfreien Welt und verwies auf die vielen Fragen, die sich im Zusammenhang mit Gorbatschows Ostberliner Vorschlag[11] stellten. Im übrigen hielt Hüttel keine Serie neuer westlicher Vorschläge für notwendig.

Der britische Vertreter sah die Argumentation von GB und F durch den Gorbatschow-Vorschlag vom 15. Januar 1986 erleichtert, da er nicht mehr die Grundsatzfrage der Anrechnung stelle, sondern nur noch die Modernisierungsfrage anspreche.

In dem Bericht über den Stand des sowjetischen SRINF-Programms[12] legte die US-Seite den unveränderten Modernisierungstrend dar. Sie rechnet mit Indienststellung der – nach Reichweite, Zielgenauigkeit und Wurfgewicht – verbesserten SS-20, mit der 1985 zwei Tests durchgeführt wurden, in diesem oder dem nächsten Jahr, und zwar durch Austausch.

Eine konventionelle Fähigkeit der neuen SRINF wurde von US-Seite wegen Zielungenauigkeit verneint, eine CW-Kapazität hingegen bejaht.

Es wird damit gerechnet, daß die SU in absehbarer Zeit die SSX-12 disloziert, die zur Erweiterung der Luftverteidigung gegen Flugzeuge dient, aber auch eine Fähigkeit zur Bekämpfung von ballistischen Kurzstreckenraketen haben könnte. (Anmerkung: Hier scheint erkennbar zu werden, daß die SU einen ähnlichen Ansatz wie wir verfolgt: graduelle, kontinuierliche Verbesserung der Luftverteidigungsfähigkeit bis hin zur Bekämpfung von Raketen.)

Perle zog aus dem SRINF-Modernisierungsprogramm der SU die Schlußfolgerung, daß deutlich werde, daß die SU auch hier keine Ergebnisse in Rüstungskontrollverhandlungen erwarte.

Zum Teststopp-Vertrag (CTB) erklärte Perle,

– es gebe eine enorme Informationslücke im Bündnis in bezug auf die Bedeu-

11 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April 1986 vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter notierte am 7. März 1986, daß nach Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung das Programm sowjetischer SRINF (Reichweite 150 bis 1000 km) folgenden Umfang habe: „1) SS-12/22: weltweit 148; Europa 84, davon in DDR 36, in ČSSR 18. 2) SS-23: bisher 12; 3) Scud: weltweit 711; Europa 583, davon NVA 26, ČSSR-Streitkräfte 30, poln[ische] Streitkräfte 32." Hinzu kämen im Bereich der SNF (Reichweite 0 bis 150 km) folgende Systeme: „1) FROG/SS-21: 665; 2) SS-21: 110". Zum Bestand der nuklearen Artillerie seien keine Zahlenangaben gemacht worden. Vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 13. März 1986 vermerkte Ministerialdirektor Seitz, daß sich nach Auskunft des Bundesnachrichtendienstes folgende Bedrohungslage ergebe: „Die in der DDR und ČSSR stationierten 350 Systeme (SS-21, SS-23) bedrohen die Bundesrepublik aus dem Stand. Eine Vorverlegung der SS-22 (Reichweite: 900 bis 1000 km) läßt sich nur für die ČSSR, nicht für die DDR vermuten. Für alle Kurzstreckensysteme sind neben nuklearen auch konventionelle und chemische Gefechtsköpfe vorhanden. Mittelstreckenraketen längerer Reichweite (SS-20) sind für eine nicht-nukleare Einsatzfähigkeit nicht vorgesehen. Die noch immer bestehende unzureichende Zielgenauigkeit der Kurzstreckenraketen schließt derzeit einen Einsatz mit konventioneller Munition gegen Punktziele noch aus; sie lassen sich heute allenfalls gegen Flächenziele einsetzen. Die für die 90er Jahre zu erwartende Verbesserung der Zielgenauigkeit wird diesen Waffensystemen jedoch die Fähigkeit zur nicht-nuklearen Bekämpfung gehärteter Punktziele geben. Damit wird sich die von der UdSSR angestrebte Fähigkeit, einen auf Europa begrenzten Krieg ausschließlich konventionell führen zu können, wesentlich verbessern (‚Entwaffnungsschlag'). Die Bewältigung dieser Bedrohung durch SDI ist derzeit politisch und technisch noch offen." Vgl. VS-Bd. 14048 (02); B 150, Aktenkopien 1986.

tung von Tests für die Aufrechterhaltung der Abschreckung; dies sei die Folge jahrelanger Konzentration auf Schwellenverträge[13] und Teststopp;

– die SU werde weiter auf einen CTB drängen, weil sie sich darauf verlasse, daß er nicht kommen werde[14];
– die USA könnten hier nicht gleichziehen: Der Westen benötige Tests, solange Nuklearwaffen für seine Sicherheit gebraucht würden.

Der Wortlaut der US-Vorträge zu diesem Thema wurde verteilt (Anl.[15]). Es wurde angeboten, entsprechende Unterrichtungen in den Hauptstädten vorzunehmen.

Die Unterrichtung entspricht im wesentlichen der, die der NPG gegeben wurde.[16] Ergänzungen, z. B. zur Frage einer Quotierung von Nukleartests, wurden offensichtlich im Hinblick auf Argumente der Verbündeten (z. B. im BK-Brief vom 22.4.1986) vorgenommen.

Besonders betont wurde, daß im Falle eines CTB die Erosion des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der eigenen Nuklearwaffen in den USA und der SU asymmetrisch – zuungunsten der USA – verlaufen würde: Dies hänge damit zu-

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

14 Der Passus „die SU werde … kommen werde“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut durch Pfeil hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(?)“.
Dazu vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Weil die USA dagegen sind. Dies ist die Behauptung des Pentagon. Die Sowjets auf die Probe zu stellen, indem USA zu früherer Bereitschaft zurückkehren, CTB bei gesicherter Verifikation zuzustimmen, will Perle nicht, wie er mir ausdrücklich sagte: Tests dürfen nicht als etwas per se Schlechtes dargestellt werden, das reduziert pol[itische] Akzeptanz auch der N[uklear]-Waffen. Die Regierungen in London und Paris widersprechen dieser Haltung nicht.“

15 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Military Implications of a Comprehensive Test Ban (CTB)“ vgl. VS-Bd. 12131 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

16 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 24. März 1986, daß die amerikanische Delegation in der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. März 1986 in Würzburg folgende „technischen Gesichtspunkte“ für eine Fortsetzung von Nukleartests vorgetragen habe: „Erhaltung der Zuverlässigkeit der Kernwaffen: Chemische Prozesse bei Lagerung wirkten sich in nicht eindeutig errechenbarer Weise auf Verhalten bei Zündung des Kernsprengsatzes aus. Die während des Moratoriums 1958/62 auf dem Reißbrett entwickelten Gefechtsköpfe (GK), z. B. für ‚Sergeant‘, hätten sich als besonders unzuverlässig erwiesen. Weiterentwicklung der Kernwaffen: Reduzierung der Sprengwirkung (KT-Wert) und der Kollateralschäden, Sicherung des GK wegen unbeabsichtigter Zündung und Manipulation durch Dritte (Terroristen), unempfindlicher Sprengstoff für Initialzündung etc.: Alle diese Entwicklungen machten den Zündvorgang zugleich prekär; nur im Versuch lasse sich durch Messungen feststellen, ‚wie nahe man dem Punkte sei, an dem eine beabsichtigte nukleare Detonation nicht zustandekomme‘. Einwirkung von Nuklearexplosionen auf eigene Systeme: Es gehe sowohl um Härtung der GKe gegen die nuklear bestückte Raketenabwehr der SU als auch allgemein das Studium der Wirkung von Kernexplosionen eines Angreifers auf eigene Systeme, insbesondere der Nachrichtenübermittlung und Steuerung (C3I). Verhinderung technischer Durchbrüche der anderen Seite: Es müsse simuliert werden, was die SU auf den von ihr erkennbar oder vermutlich beschrittenen Wegen nuklearer Waffentechnik entwickelt haben könne. Aus Veröffentlichungen in der SU ergebe sich, daß dort seit geraumer Zeit am Röntgenlaser gearbeitet werde; dessen mögliche Wirkungen müsse man zur Härtung eigener Waffen kennen.“ Vgl. VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

sammen, daß die Nuklearwaffen in beiden Ländern mit unterschiedlichen Zielsetzungen optimiert worden seien.

In einem von vielen Sitzungsteilnehmern als „overkill" empfundenen Fazit stellte Perles Vertreter, Frank Gaffney, fest:

– Die Effektivität der Verifizierung eines CTB sei höchst zweifelhaft, es gebe vielerlei Verschleierungsmöglichkeiten.[17]
– Selbst wenn ein CTB verifizierbar wäre, gebe es profunde Sicherheitsgründe, die gegen einen CTB sprächen.[18] Eine solche Verifikation setze Modalitäten voraus, die für einen souveränen Staat nicht akzeptabel seien, ganz zu schweigen von einem Nuklearstaat.[19] (Anmerkung: Es wurde nicht erläutert, ob die US-Sorgen sich hier auf Wirtschaftsspionage beziehen.)
– Ein CTB bleibe langfristiges Ziel, aber in einem anderen sicherheitspolitischen Kontext, in dem die Abschreckung nicht mehr von Nuklearwaffen abhänge, weil
  – breite, tiefe und verifizierbare Reduzierungen der Offensivsysteme erfolgt seien,
  – substantiell verbesserte Verifikationsfähigkeiten vorhanden seien,
  – erweiterte vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart seien und
  – ein ausgewogeneres konventionelles Kräfteverhältnis hergestellt sei.

In der Diskussion wurde das Unbehagen der europäischen Verbündeten, soweit sie sich äußerten, mit dieser dogmatischen Linie deutlich:

– D: Testban-Frage ist Teil der öffentlichen Debatte. Bisher wurde Verifikationsfrage als Schlüssel dargestellt, heute wird ein allgemeines Nein ausgesprochen. Das ist zu erklären!

17 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut durch Fragezeichen hervorgehoben.
Dazu vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „s. S. 5, Anl."
Auf S. 5 des amerikanischen Papiers „Military Implications of a Comprehensive Test Ban (CTB)" hieß es, daß es eine Grenze gebe, unterhalb derer es unmöglich wäre, sowjetische Nuklearversuche zu erkennen und einzuordnen: „Techniques to avoid or reduce the risks of being detected are many. Tests could be conducted in underground cavities, thereby decoupling the energy of the explosion from the surrounding medium. […] The Soviets also might use earthquakes to mask covert underground nuclear tests. […] Tests of any yield could conceivably be undertaken as well in outer space, in remote ocean areas, or in the atmosphere above remote parts of the world." Vgl. VS-Bd. 12131 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

18 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Welche?"
Dazu vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „s. S. 1 f., Anl."
Auf S. 1 des amerikanischen Papiers „Military Implications of a Comprehensive Test Ban (CTB)" hieß es: „As long as NATO must rely upon nuclear weapons to deter aggression, nuclear testing will be required. It is only through continued nuclear testing that we can assure that our warheads and weapon systems are safe and secure; that they are reliable and effective; that they could, if required, perform their military missions with as little collateral damage as possible; and, perhaps most important for the stability of deterrence, that the weapon systems themselves are survivable. […] The Soviet Union would gain unilateral military advantages under a CTB. We believe the United States depends more than the Soviet Union on high technology in warhead design and, consequently, on continued testing. […] In short, even if verification were not a problem, a CTB, a quota, or a reduced threshold test ban would not be compatible with our security interests for as long as we depend on a credible nuclear deterrent for our security." Vgl. VS-Bd. 12131 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

19 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

– B: Es gibt eine militärische Logik für Tests. Es gibt aber eine politische Logik. Hier darf man nicht insensitiv sein.
– NL: US-Haltung ist widersprüchlich. Sie bejaht Verifizierbarkeit der Schwellenverträge, verneint sie aber bei CTB.[20]

Aus der US-Unterrichtung über das Reaktorunglück in Tschernobyl (mit eindrucksvollen Satellitenfotos) ist festzuhalten:

– Die USA hatten keine Erkenntnisse, bevor die Strahlenmessungen in Skandinavien bekannt wurden.
– Tschernobyl war allein der Energieerzeugung gewidmet. Es gibt 15 Reaktoren des Tschernobyl-Typs in der SU. Neben den vier in Tschernobyl sind sechs weitere abgeschaltet, d. h., 10 000 Megawatt entfallen, ein Teil davon für den Export in das osteuropäische Verbundnetz.
– SU-Führung war früh unterrichtet, wie Ausmaß der Brand- und Strahlungsbekämpfungs- sowie der Evakuierungsmaßnahmen ausweisen.
– Kontrast zwischen diesen Maßnahmen und denen der sowjetischen Öffentlichkeitsarbeit macht deren Mängel deutlich: lange keine Angaben zur lokalen Strahlungslage, zu Nahrungsmittelproblemen, allgemeines Herunterspielen der Probleme.

Das US-Angebot, die Unterrichtung auch bei den bevorstehenden NATO-Ministertagungen vorzunehmen, stieß auf allgemeine Zurückhaltung. Carrington soll unter Hinweis auf den besonderen Charakter der Beratungen in Halifax für die Außenminister bereits abgelehnt haben. Für DPC[21] soll Frage mit Carrington aufgenommen werden.

US-Seite bot Unterrichtung auch in Hauptstädten an.

GB wies auf mögliche Auswirkungen für Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses hin und unterstrich Notwendigkeit,

– ein klares Konzept betreffend die Sicherheit von Nuklearwaffen-Tests zu haben (US-Anmerkung: in USA keine radioaktive Strahlung außerhalb des unmittelbaren Testgebiets seit 13 Jahren; in SU gelten nicht dieselben Standards; ob neue Moratoriumsverlängerung[22] eine Reaktion auf Tschernobyl darstellt, ist Spekulation);
– Sicherheit der Nuklearsenale nachweisen zu können.

D erwarte wie NOR, daß in Europa die Debatte über Energiekonzepte weitergeht. Umfassende Information über alle Erkenntnisse sei wünschenswert.

2) Sonstige Themen

Die Umsetzung des Montebello-Beschlusses[23] geht planmäßig voran.

20 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut durch Ausrufezeichen hervorgehoben.
21 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 in Brüssel vgl. Dok. 149 und Dok. 150.
22 In einer Fernsehansprache am 14. Mai 1986 gab der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, den Beschluß der sowjetischen Regierung bekannt, „ihr einseitiges Moratorium für nukleare Tests bis zum 6. August dieses Jahres zu verlängern, d. h. bis zu jenem Datum, da vor mehr als 40 Jahren auf die japanische Stadt Hiroshima die erste Atombombe abgeworfen wurde, was den Untergang hunderttausender Menschen nach sich zog". Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 442.
23 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

NATO nähert sich dem Zeitpunkt, wo schwierige Modernisierungsentscheidungen anstehen. Wenn sie nicht rechtzeitig getroffen werden, könnte die NATO ab 1995 nur noch über PII, GLCM und die neue Acht-Inch-Munition verfügen. Alle übrigen Systeme müßten entweder wegen Alterung ausgemustert oder unter erheblichem Kostenaufwand in ihrer Lebensdauer verlängert werden.

General Hüttel unterstrich, daß Bundesregierung ihren Anteil an der Implementierung von Montebello geleistet hat und auch in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Modernisierung darlegt. Er verwies auf die US-Verantwortung in diesem Zusammenhang. (Anmerkung: Damit wird auf das Erfordernis von „Hardware"-Entwicklungen/Entscheidungen hingewiesen.)

Zum künftigen Arbeitsprogramm wurde beschlossen, daß die HLG künftig wieder zweimal jährlich jeweils vor der NPG tagen soll.

Auf der Grundlage eines deutsch-britischen Papiers[24] fand eine erste Diskussion über die Auswirkungen von Rüstungskontrollvorschlägen auf Struktur und Umfang der NATO-Nuklearstreitkräfte in Europa statt. Alle Bündnispartner stimmten zu, dieses Thema weiterzubehandeln, um den Regierungen die notwendigen Grundlagen für die Bewertung von Rüstungskontrollvorschlägen vorlegen zu können. Im Kern geht es um die Frage, welche Optionen das Bündnis braucht, um seine Strategie auch künftig implementieren zu können.

Auch Perle erklärte sich grundsätzlich einverstanden, wenn er auch einen eher allgemeinen Ansatz (generic approach) und ein behutsames Arbeitstempo wünschte. Sein Hinweis, daß man auch daran denken müsse, welche Antworten man am Ende haben wolle, könnte ein Hinweis darauf sein, daß die amerikanische Seite Entwicklungen vermeiden will, die potentiell zu Forderungen nach Entwicklung und Bereitstellung weiterer Systeme führen könnten.

D und GB werden unter Berücksichtigung der Diskussion in Charleston und von Fragen, die ihnen andere Partner zuleiten wollen, für die nächste HLG[25] ein weiteres Papier als Diskussionsgrundlage erstellen. SHAPE wird sich daran beteiligen.

Nachdem die US-Seite am Rande der NPG-Sitzung in Würzburg für die HLG eine erste Erörterung des Verhältnisses offensiver Systeme zu defensiven Systemen im strategischen Bereich angekündigt hatte, umging sie diese Erörterung durch geschickte Regie. Sie erklärte sich aber schließlich bereit, das Thema bei der nächsten HLG offiziell auf die Tagesordnung zu setzen und es selber einzuführen.

3) Bewertung

Die Sitzung in Charleston erledigte ihre Tagesordnung mit den erwarteten Ergebnissen.

Die Ausführungen des Pentagon – Vertreter des State Department kamen nicht zu Wort – bestätigten dessen dogmatische Haltung in den West-Ost-Fragen, insbesondere der Rüstungskontrolle. Es verdient festgehalten zu werden, daß

24 Für das deutsch-britische Papier über die Auswirkungen eines amerikanisch-sowjetischen LRINF-Abkommens auf die Abschreckungsfähigkeit der NATO in der von der britischen Botschaft am 21. April 1986 übermittelten Fassung vgl. VS-Bd. 12131 (201).

25 Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 1. Oktober 1986 in Brüssel vgl. Dok. 345, Anm. 6.

die Frage der Auslegung des ABM-Vertrages nicht, auch nicht andeutungsweise, angesprochen wurde.

Die Entscheidung, eingehend das Wechselverhältnis INF/SRINF unter dem Gesichtspunkt der weiteren Implementierbarkeit der NATO-Strategie zu erörtern, ist wichtig auch für die weitere Formulierung von Rüstungskontrollvorschlägen in diesem Bereich.

Desgleichen ist wichtig, daß die Frage des Verhältnisses offensiver und defensiver strategischer Systeme auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dabei ist allen Verbündeten bewußt, daß diese Behandlung nicht die Erörterung im NATO-Rat ersetzt, auf die sich die Außenminister verständigt haben.

Ploetz

VS-Bd. 12131 (201)

142

Aufzeichnung des Referats 201

201-363.30-878I/86 geheim **20. Mai 1986**

Sachstand

Betr.: Nukleare Fragen

1) Die zentralen nuklearpolitischen Themen des Bündnisses in diesem Jahr sind
- die weitere Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses,
- die Verwirklichung des Montebello-Beschlusses[1]
- und die Arbeit an den „Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO“ (GPG).

2) Ende 1983 hatte die NATO in Ermangelung einer konkreten Rüstungskontrollvereinbarung über INF-Systeme mit der Stationierung moderner amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa gemäß dem Doppelbeschluß vom 12.12.1979 begonnen. Die Stationierung von Marschflugkörpern (GLCM) in GB und I sowie von Pershing-II-Raketen (PII) in D war nahezu gleichzeitig angelaufen. Seit März 1985 sind auch die ersten GLCM in B einsatzbereit. Die NL-Regierung hat schließlich am 1. November 1985 beschlossen, bis Ende 1988 den auf NL entfallenden Anteil an GLCM in Woensdrecht zu stationieren.[2] Die beiden Kammern des NL-Parlaments haben inzwischen der von der NL-Regierung vorgelegten Stationierungsvereinbarung mit den USA zugestimmt.[3] Vom

1 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

2 Zum Beschluß der niederländischen Regierung vgl. Dok. 58, Anm. 16.

3 Am 4. November 1985 paraphierten die Niederlande und die USA einen Vertrag über die Stationierung von 48 amerikanischen Marschflugkörpern mit einer Laufzeit bis Herbst 1988. Vgl. dazu

Ausgang der für Mai 1986 angesetzten Parlamentswahlen in NL[4] werden die Aussichten für eine Ausführung dieser Stationierungsvereinbarung abhängen.

3) Die Stationierung der PII in D sowie der GLCM in einem der beiden britischen Stationierungsorte (Greenham Common) ist zum Jahresende 1985 abgeschlossen worden. Somit haben sich zu diesem Zeitpunkt 140 amerikanische INF-Systeme (Werferfahrzeuge) mit 236 Gefechtsköpfen in Europa befunden, darunter 108 PII in D. Weitere Schritte wurden im März 1986 unternommen durch Erreichen der Einsatzbereitschaft der 1. GLCM-Staffel in D, der 2. Staffel in B sowie der 2. und 3. Staffel in I.

4) Auswirkungen auf Fortgang und Umfang der INF-Stationierung durch das Bündnis könnten sich aus den 1985 wiederaufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen[5] ergeben. Die NATO hat ihre Bereitschaft wiederholt erklärt, die INF-Stationierung anzuhalten, teilweise oder ganz rückgängig zu machen, falls und sobald ein ausgewogenes und verläßlich überprüfbares Rüstungskontrollabkommen dies erlaubt. Die USA haben in den Genfer Verhandlungen Ende Februar 1986 einen Drei-Stufen-Plan vorgelegt, der eine völlige Abschaffung landgestützter INF größerer Reichweite bis 1990 vorsieht.[6]

5) Das Bündnis hatte 1983 in Montebello beschlossen, zusätzlich zu dem bereits 1980 im Rahmen des Doppelbeschlusses erfolgten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen aus Europa[7] das Nuklearpotential der NATO in Europa um weitere 1400 Gefechtsköpfe innerhalb von fünf bis sechs Jahren zu verringern. Gleichzeitig soll die Überlebensfähigkeit, Wirksamkeit und Reaktionsfähigkeit des verbleibenden Bestandes verbessert werden. Seine Vorstellungen zur Implementierung des Montebello-Beschlusses hat SACEUR den Ministern in der Nuklearen Planungsgruppe auf der Frühjahrstagung 1985 vorgetragen.[8]

6) Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben bereits zum völligen Abbau der atomaren Sperrmunition (ADM) geführt.[9] Ferner ist 1985 mit dem Austausch („on a less than one for one basis“) der nuklearen Artilleriemunition für die 203-mm-

Fortsetzung Fußnote von Seite 737

den Artikel „Stationierungsabkommen in Den Haag paraphiert“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. November 1985, S. 1. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2120, S. 354-361.

4 Bei den Parlamentswahlen am 21. Mai 1986 in den Niederlanden wurde die Regierungskoalition des Ministerpräsidenten Lubbers bestätigt.

5 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8. Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden am 12. März 1985 wiederaufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 8 und Dok. 106.

6 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dessen Inhalt am 24. Februar 1986 in Genf vorgetragen wurde; Dok. 52.

7 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.

8 Zum Bericht des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa, Rogers, über die künftige Zusammensetzung des Nukleararsenals der NATO in Europa auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. AAPD 1985, I, Dok. 82.

9 Zum Abzug der amerikanischen nuklearen Landminen (ADM) aus Europa vgl. AAPD 1985, II, Dok. 209 und Dok. 299.

Geschütze – zunächst bei den amerikanischen Streitkräften in Europa – gegen neue, in ihrer Überlebensfähigkeit und Reichweite verbesserte Munition begonnen worden.[10]

7) Zu einer konsequenten Umsetzung des Montebello-Beschlusses gehört auch eine bessere Verteilung der verbleibenden Nukleargefechtsköpfe im europäischen Bündnisgebiet. Die Vorschläge SACEURs sehen daher eine besonders starke Reduzierung des in D lagernden Nuklearpotentials vor, während sich für andere Bündnispartner wie B, I und TU eine Zunahme ergeben könnte. Aus diesen Ländern sind jedoch Vorbehalte gegen SACEURs Pläne vorgebracht worden. Der Widerstand gegen eine ausgewogenere Verteilung des Nuklearpotentials der NATO wie auch die von NL 1985 beschlossene Reduzierung nuklearer Rollen dürften sich auf die Durchführung des Montebello-Beschlusses auswirken und Aussichten auf eine zusätzliche Reduzierung nuklearer Gefechtsköpfe über 1988 hinaus, die von SACEUR gegenüber den NPG-Ministern erwogen war, möglicherweise verringern.

8) Seit Oktober 1984 werden in der NPG-Stabsgruppe die „Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO“ (GPG) auf der Grundlage eines Entwurfs von 1982[11] sowie der von der NPG-Herbsttagung 1984[12] festgelegten Rahmenbedingungen weisungsgebunden diskutiert. Die Arbeiten der NPG-Stabsgruppe an den GPG sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Es liegt eine konsolidierte Fassung der GPG vor, die das Ergebnis der bisherigen Diskussion wiedergibt.[13] In der NPG-Stabsgruppe dürften am jetzt vorliegenden Text allenfalls noch geringfügige Änderungen vorgenommen werden, bevor sich die Ständigen Vertreter bei der NATO im Juni oder Juli mit den GPG befassen werden.[14] Es ist vorgesehen, daß die Herbsttagung der NPG-Minister 1986[15] über die Annahme der GPG beschließen wird. Die Erarbeitung der GPG, die in ihrer jetzigen Fassung sowohl alle wichtigen Aussagen der „Vorläufigen Politischen Richtlinien für den defensiven

10 In Anlehnung an die Empfehlungen des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte in Europa, Rogers, auf der Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg begannen die USA im Mai 1985 mit der Modernisierung der nuklearen Artilleriemunition. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 126.
Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 2. Mai 1986: „Der Austausch einer ersten Rate auf einer geringeren als Eins-zu-eins-Basis gegen (ca. 60) neue, in ihrer Sicherheit, Überlebensfähigkeit und insbesondere Reichweite verbesserten Artilleriemunition soll nach Auskunft des BMVg bis September 1985 durchgeführt worden sein. Das BMVg – Fü S III 1 – teilt nunmehr am 2. Mai 1986 auf Arbeitsebene mit, daß es von der US-Seite am 30. April 1986 fernschriftlich über die Absicht der US-Regierung in Kenntnis gesetzt worden sei, ab Montag, den 5. Mai 1986, eine weitere Rate nuklearer Artilleriemunition (ca. 170 neue) zu den gleichen Konditionen wie im Vorjahr (für US-Truppen, auf geringerer als Eins-zu-eins-Basis, kein Neutronengefechtskopf) auszutauschen. Das Austauschverhältnis der beiden Raten in 1985 und 1986 soll folgendes sein: ca. 230 (neue) zu ca. 290 (alt).“ Vgl. VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Für das Arbeitspapier WP (82) 5 der NPG-Stabsgruppe vom 2. August 1982 („General Political Guidelines for the Employment of Nuclear Weapons in Defence of NATO“) vgl. VS-Bd. 12033 (201).

12 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. Oktober 1984 in Stresa vgl. AAPD 1984, II, Dok. 275.

13 Für den Entwurf der „General Political Guidelines“ vom 7. Mai 1986 vgl. VS-Bd. 12119 (201).

14 Zu den Beratungen in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO über die „General Political Guidelines“ (GPG) vgl. Dok. 178.

15 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles vgl. Dok. 302.

taktischen nuklearen Ersteinsatz“ (PPG)[16] von 1969/1970 sowie alle wesentlichen Positionen der Fortentwicklung der Grundsätze für die Nuklearpolitik der NATO enthalten, wie sie in den Studien und Beschlüssen der High Level Group/ NPG zum NATO-Doppelbeschluß und Montebello entwickelt sind, tragen der Bedeutung der politischen Kontrolle über Nuklearwaffen Rechnung.

VS-Bd. 12129 (201)

143

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Martens

VS-NfD **21. Mai 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem belgischen Ministerpräsidenten, Herrn Wilfried Martens, am 21.5.1986, in der Zeit von 11.00 bis 12.30 Uhr

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin.

Anwesend auf belgischer Seite: Herr Theo Lansloth, Diplomatischer Berater des Ministerpräsidenten.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch, in dem er darauf hinweist, daß die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern ebenso problemlos seien wie seine persönlichen Beziehungen zu Ministerpräsident Martens, seinem guten Freund. Er bewundere außerordentlich die Stabilitätspolitik, die Herr Martens führe. Die Möglichkeit, sich für eine begrenzte Zeit Vollmachten vom Parlament erteilen zu lassen, die MP Martens jetzt ausnutze[2], hätten wir nicht. Er

16 Für die „Provisional Political Guidelines for the Possible Initial Tactical Use of Nuclear Weapons by NATO“ vom 20. November 1969 vgl. VS-Bd. 2018 (201).
Die Richtlinien wurden in der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./ 12. November 1969 in Washington beschlossen. Am 3. Dezember 1969 stimmten der Ausschuß für Fragen der nuklearen Verteidigung und der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zu. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 334 und Dok. 359.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, gefertigt und mit Begleitschreiben vom 2. Juni 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 3. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 202 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme“ verfügte.
Hat Braunmühl am 4. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Ploetz am 5. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 5. Juni 1986 vorgelegen. Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140572.

2 Am 3. März 1986 berichtete Botschafter Feit, Brüssel: „Gestützt auf Artikel 29, 66 und 78 der Verfassung hat Abgeordnetenkammer am 28.2. Gesetzesvorschlag zugestimmt, wonach König ohne

schlage vor, daß er zunächst einige Worte zu unserer innenpolitischen Lage sage. Die Wirtschaftslage sei unverändert gut. 1986 werde eines der besten Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland werden. Die Auftragslage sei gut. Beim Export schauten wir allerdings aufmerksam auf den Dollarkurs. Wenn dieser bei 2,20 DM bliebe, so sei dies akzeptabel, falle er darunter, würden wir mit dem Export Probleme bekommen.

Es gebe zwei große Probleme, die auch in Tokio[3] besprochen worden seien, nämlich, wie sich die Nichtbewältigung des amerikanischen Defizits langfristig auswirken werde und ob sich in Amerika diejenigen Leute durchsetzen würden, die das amerikanische Handelsbilanzproblem durch ein Herunterreden des Dollars lösen wollten. Schließlich hätten wir natürlich als drittes das Problem des drohenden Protektionismus. Soeben habe der amerikanische Präsident angekündigt, daß der Maschinenimport gedrosselt werden solle.

Was den deutschen Arbeitsmarkt anbetreffe, so gehe es langsam, aber sicher voran. Wir würden in diesem Jahr erstmals zeitweilig eine Ziffer unter 2 Mio. erreichen, d.h. auf etwa 8% kommen. Bei der Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen stünden wir besser da als das Vereinigte Königreich und Frankreich. Trotzdem gebe es einige Probleme. Wir hätten jetzt den letzten geburtenstarken Jahrgang und müßten diesen verkraften. 1991 würden wir wegen des Abbruchs der demographischen Kurve keine Probleme mehr mit der Arbeitslosigkeit haben. Wir seien auch mitten in einem Umstrukturierungsprozeß, der ganze Industriezweige, z.B. den Bergbau, den Schiffbau, Stahl und andere erfasse.

Es gebe darüber hinaus das große Problem regionaler Unterschiede. Es gebe in der Bundesrepublik ein deutliches Nord-Süd-Gefälle, das in seinen Auswirkungen ganz schlecht sei. Als er, der Bundeskanzler, im Bundesrat gesessen habe, sei Hamburg ein reiches Land gewesen, heute sei es relativ gesehen arm. Rheinland-Pfalz sei dagegen vom 11. auf den 4. Platz aufgerückt. In Stuttgart gebe es 35000 freie Arbeitsplätze, im Norden gebe es Gegenden mit 13% Arbeitslosigkeit. Das Hauptproblem sei natürlich hier die mangelnde Mobilität. Diese wiederum habe auch tiefenpsychologische Hintergründe: Es gebe bei uns mehr als 12 Mio. Vertriebene, die z.T. – der Bundeskanzler verweist hier auf das Schicksal seiner Frau – im Zuge der Nachkriegsentwicklung unendlich oft ihren Wohnsitz hätten wechseln müssen. Wenn eine solche Familie nun irgendwo zur Ruhe gekommen sei und Wurzeln geschlagen habe, so bestehe eine große Unwilligkeit, noch einmal umzuziehen.

Es gebe natürlich auch in nicht unerheblichem Umfang Betrugsfälle. Wir hätten in Wirklichkeit keine 2,2 Mio. Arbeitslose, vielmehr gebe es Hunderttau-

Fortsetzung Fußnote von Seite 740

vorherige Zustimmung Parlaments Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen darf, die folgenden Zielen dienen: Schaffung von Arbeitsplätzen; Sanierung der Staatsfinanzen; Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Wirtschaft; Bewahrung der sozialen Sicherheit. Diese Dekrete bedürfen der nachträglichen Billigung durch das Parlament und verlieren ohne diese ihre Gesetzeskraft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 105; Referat 203 (202), Bd. 140559.

Botschaftsrat I. Klasse Repges, Brüssel, ergänzte am 1. April 1986: „Am 26.3.1986 hat auch Senat mit 101 gegen 74 Stimmen Gesetzesvorschlag zugestimmt, der es Regierung erlaubt, erneut in bestimmten Bereichen unter bestimmten Bedingungen per Dekret zu regieren. Gesetz wurde am 28.3. im Staatsanzeiger veröffentlicht und damit rechtskräftig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 203 (202), Bd. 140559.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

sende, die es vorzögen, ihre Arbeitslosenunterstützung zu beziehen und nebenher schwarz zu arbeiten. Sie kämen dabei auf erheblich höhere Beträge, als sie zu der Zeit gehabt hätten, als sie noch in Arbeit und Brot standen. So habe es sich ergeben, daß Krupp in Essen kürzlich 400 Metallfacharbeiter gesucht und nicht gefunden habe, obgleich im Radius von 30 km um die Kruppfabrik herum Millionen von Menschen lebten. So habe man schließlich Polen eingestellt. Auch dieses Problem müßten wir eines Tages in den Griff bekommen.

Unsere wirklichen Probleme lägen jedoch woanders. Der Konsens zwischen den beiden großen Parteien sei völlig zerbrochen, auch in der Verteidigungspolitik. Die SPD wolle um jeden Preis mit den Grünen wieder an die Macht kommen. Die Grünen hätten sich hier in der politischen Landschaft zunächst etabliert. Darunter seien auch ganz brave Leute, sogar konservative Leute. Die Drahtzieher seien natürlich ultralinks. Die Grünen hätten sich jetzt auf ihrem Kongreß ziemlich enthüllt. (Der Bundeskanzler zählt an dieser Stelle die einzelnen Entschließungen des Hannoveraner Kongresses auf.)[4]

Auch der Ton im Umgang miteinander habe sich wesentlich verschlechtert. So habe der Oppositionsführer Schumacher einmal Konrad Adenauer den Kanzler der Alliierten genannt[5] und sei dafür für 30 Tage von den Debatten des Bundestages ausgeschlossen worden. Heute würden ganz andere Beleidigungen ausgesprochen. Von den beiden Ermittlungsverfahren gegen ihn, den Bundeskanzler, sei heute eins eingestellt worden.[6] Nordrhein-Westfalen werde versuchen, das Verfahren hinzuziehen. Die Staatsanwaltschaft in Bonn hätte von sich aus bereits jetzt das zweite Verfahren gegen ihn eingestellt. So etwas wäre früher in der Bundesrepublik nicht denkbar gewesen.

Was die Dinge weiter kompliziere, sei die Atomkatastrophe von Tschernobyl.[7] Die Deutschen, Niederländer und Österreicher hätten anders als der Rest Europas reagiert. Hier liege gleichsam ein Syndrom vor, manche Menschen reagierten nahezu psychopathisch. Wir hätten beinahe eine Neuauflage der Stationierungsdebatte, z. T. handele es sich auch um die gleichen Demonstranten.

Was die Wahlen in Niedersachsen anbetreffe, so sei die Mehrheit der CDU hier ohnehin sehr knapp gewesen (ca. 50%). Die Grünen hätten in Niedersachsen vor dem Vorfall von Tschernobyl bei 5 bis 6% gelegen. Jetzt hätten sie angeblich 2% mehr. Man werde das sehen.[8] Vielleicht bringe ihr Parteitag die Leute noch einmal zur Vernunft. Die Grünen hätten jedoch eine Wählerschaft, die fast alles akzeptiere. Zum Teil handele es sich um junge Leute aus wohlhabenden Schichten, auch aus dem kirchlichen Bereich, und hier wiederum vor allem

4 Die Außerordentliche Bundesversammlung der Grünen fand vom 16. bis 19. Mai 1986 in Hannover statt.

5 In der Sitzung des Bundestags vom 24./25. November 1949 reagierte der Vorsitzende der SPD, Schumacher, auf die Feststellung des Bundeskanzlers Adenauers, die SPD wolle offenbar „eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen lassen", als einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden, mit dem Zwischenruf: „Der Bundeskanzler der Alliierten!" Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 18. Sitzung, S. 524 f.

6 Zu den Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 101, Anm. 16.

7 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

8 Die Wahlen zum Niedersächsischen Landtag fanden am 15. Juni 1986 statt. Die CDU erreichte 44,34%, (69 Sitze), die SPD 42,09% (66 Sitze), die Grünen 7,06% (11 Sitze) und die FDP 6,01% (9 Sitze) der abgegebenen gültigen Stimmen.

aus der evangelischen Kirche. Tschernobyl sei gleichsam vom Himmel auf uns gefallen. Noch vor vier Wochen habe der Bundestag die Wehrpflicht um drei Monate verlängert[9], was keinerlei Demonstrationen und Aufsehen erregt habe. Es sei in dieser Hinsicht eine völlige Änderung des Klimas bei uns eingetreten. Die Wehrpflichtverweigerung sei z. T. sehr stark zurückgegangen. Heute benutzten die Grünen Tschernobyl zur radikalen Forderung eines sofortigen Ausstiegs aus der Atomenergie. Die SPD wolle den Ausstieg „anstreben". Sie wisse besser über die Möglichkeiten Bescheid. Es sei im übrigen interessant, wie sehr das linke Demonstrationspotential geführt und gelenkt werde, ob nun vom KGB oder Staatssicherheitsdienst, müsse offen bleiben. Es habe im Zusammenhang mit Tschernobyl nicht eine einzige Demonstration gegen die Sowjetunion gegeben. In Wackersdorf habe es am Wochenende schwere Zusammenstöße mit der Polizei gegeben, wobei diesmal die Demonstranten tödliche Waffen dabei gehabt hätten. Es handele sich um eine beachtliche Anzahl von Berufsrowdys, von denen nicht alle Deutsche seien. Es seien z. B. viele Niederländer dabei. Diese reisten von einer sogenannten Demonstration zur anderen, und es komme auch jemand für ihren Lebensunterhalt auf, da sie ja nicht in Arbeit und Brot stünden. Man könne nur erraten, wer dies sei.

Ministerpräsident *Martens* antwortete, er sei glücklich, in Bonn zu sein. Seit vielen Jahren habe er nun mit dem Bundeskanzler positiv und freundschaftlich zusammengearbeitet. Das Beispiel des Bundeskanzlers habe in Belgien inspirierend gewirkt. Man habe in der vorigen Regierung schwierige Momente gehabt, z. B. in der Frage der Nachrüstung. Das Beispiel des Bundeskanzlers habe sie gestärkt. Gleiches gelte für die europäischen Fragen.

Er versuche, die belgische Wirtschaft zu stabilisieren. Einen Monat hindurch habe er jetzt Gespräche über den Finanzhaushalt führen müssen. In der Nacht von Montag auf Dienstag[10] habe er die Diskussionen beenden können. Das Defizit im belgischen Staatshaushalt werde um 200 Mrd. Belgische Francs (10 Mrd. DM) sinken. Jetzt stehe allerdings noch eine Debatte im Parlament bevor.[11] Die Koalition habe im Oktober ein positives Votum bekommen.[12] Sie bestehe aber aus vier Parteien, nämlich zwei christlich-demokratischen Parteien (flämisch und wallonisch) und zwei liberalen Parteien. Die Liberalen aus Flamen

9 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

10 19./20. Mai 1986.

11 Botschafter Feit, Brüssel, informierte am 26. Mai 1986, daß Ministerpräsident Martens am 23. Mai 1986 vor beiden Häusern des belgischen Parlaments die Sparbeschlüsse seiner Regierung erläutert habe: „Sie haben zum Ziel, bis Ende 1987 das Haushaltsdefizit um fast 200 Mrd. BF (10 Mrd. DM) zu mindern und damit auf den immer noch erheblichen Betrag von 413 Mrd. (21 Mrd. DM)" zu senken. Vgl. den Drahtbericht Nr. 244; Referat 203/202, Bd. 140569.
Am 30. Mai 1986 teilte Botschaftsrat I. Klasse Repges, Brüssel, mit: „Mit 112 gegen 92 Stimmen bei zwei Enthaltungen sprach die Kammer am 28.5.1986 der Regierung Martens das Vertrauen aus und billigte damit die Sparbeschlüsse und die Haushaltsvoranschläge für die Jahre 1986 und 1987 […]. Vorausgegangen waren dreitägige erregte Debatten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 250; Referat 203 (202), Bd. 140569.

12 Bei den Wahlen zum belgischen Parlament am 13. Oktober 1985 erhielten die Flämische und die Frankophone Christliche Volkspartei (CVP/PSC) zusammen 29,3 %, die Flämische und die Frankophone Sozialistische Partei (SP/PS) zusammen 28,4 %, die Flämische und die Frankophone Liberale Partei (PVV/PRL) 20,9 %, die Flämische Volksunion (VU) 7,9 % sowie die Flämische und die Frankophone Umweltpartei zusammen 6,2 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Am 28. November stellte Ministerpräsident Martens seine neue Regierung aus Vertretern der CVP, PSC, PVV und PRL vor.

hätten in der letzten Wahl sehr stark verloren und insbesondere das gesamte Führungspersonal ausgewechselt. Er habe jetzt eine junge Führungskraft als Budgetminister in sein Kabinett genommen.[13] Die Partei sei jedoch durch den Wahlverlust traumatisiert. Wenn der Haushalt gesichert sei, habe man jedoch wahrscheinlich eine ganz normale Legislaturperiode vor sich.

Bei Verteidigungsfragen zeige sich, daß auch in Belgien eine tiefe Kluft zwischen den Parteien existiere. Bei den chemischen Waffen habe man das Streitkräfteziel gebilligt[14], aber es werde im Parlament Schwierigkeiten geben.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die deutsche Abmachung mit den USA[15] nicht auch für Belgien nützlich gewesen sei, antwortete MP *Martens*, dies sei in der Tat der Fall. Man habe es so verstanden, daß die Vereinigten Staaten jetzt die hier vorhandenen Waffen zurückführen würden, neue Waffen würden in den USA stationiert und nur im Spannungs- bzw. Kriegsfall nach Europa verbracht.

Der *Bundeskanzler* pflichtet ihm bei und fügt hinzu, letzteres könne nur mit Zustimmung der Bundesregierung geschehen.

MP *Martens* äußert, dies sei auch in Belgien der Fall.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, bei uns sei dies aber auch eine Frage des Besatzungsrechts gewesen.

MP *Martens* verweist darauf, daß es auch in Belgien nach Tschernobyl lebhafte Reaktionen gegeben habe. In Belgien kämen 60% der Elektrizität aus den Kernkraftwerken. Es gebe sieben Kernkraftwerke, ein achtes sei im Bau. Er werde auch daran festhalten. In den Niederlanden allerdings sei die Kernkraft ein Hauptthema: Alle Parteien hätten sich dort gegen eine Weiterführung der Kernkraft ausgesprochen. In Belgien wiege die Entscheidung über die chemischen Waffen viel schwerer.

Der *Bundeskanzler* antwortet, es sei doch sehr seltsam, wie verschieden die Völker hier reagierten. Bei uns sei das Thema chemische Waffen mehr oder weniger erledigt. Die Hysterie entwickele sich jetzt um die Atomkraft.

MP *Martens* verweist noch einmal auf die Lage der Kernenergie in Belgien. Was den achten Reaktor angehe, so habe er nicht erklärt, daß Belgien nicht weitermache. Die flämischen Sozialisten seien gegen das achte Kernkraftwerk, die Wallonen seien dafür.

In diesem Zusammenhang wolle er ein Projekt von gemeinsamem Interesse ansprechen, nämlich den Schnellen Brüter in Kalkar.[16] Er wolle gerne die Meinung des Bundeskanzlers hierzu hören.

13 Minister für Haushalt und Wissenschaft wurde Guy Verhofstadt.

14 Zur Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich chemischer Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 vgl. Dok. 150.

15 Zur Absprache zwischen der Bundesrepublik und den USA in der Frage der Lagerung amerikanischer Chemiewaffen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 139.

16 Die deutsch-belgisch-niederländische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH begann 1973 mit dem Bau des Prototyps eines Brutreaktors (SNR 300) in Kalkar. Das Kraftwerk war 1985 weitgehend fertiggestellt. Eine Genehmigung für die Inbetriebnahme stand jedoch aus und war zwischen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Bundesregierung umstritten. Am 16. Mai 1986 teilte Botschafter Feit, Brüssel, mit, daß der belgische Wirtschaftsminister Maystadt am Vortag im belgischen Parlament erklärt habe, die Regierung werde die Entscheidung über ihre

Der *Bundeskanzler* antwortet auf diese Frage, wir würden weitermachen. Wir würden in Kalkar genau das tun, war wir verabredet hätten. Allerdings wolle die SPD auf alle Fälle aus Kalkar aussteigen.

MP *Martens* fragt, wann denn Kalkar in Betrieb gesetzt werden solle, in zwei Jahren?

Der *Bundeskanzler* antwortet, er glaube nicht, daß die SPD das letztlich tun werde. Sie wolle jetzt die Bundesratsmehrheit mit Hilfe der Grünen erringen. Die Bundestagswahlen[17] werde hingegen diese Bundesregierung gewinnen, dessen sei er ganz sicher.[18]

MP *Martens* spricht[19] die vom Bundeskanzler vorgeschlagene internationale Konferenz[20] an.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet dies als eine entscheidende Sache. Wir wären in unserem Lande nicht in diese Lage gekommen, wenn Gorbatschow sich nicht so unmöglich benommen hätte. Der einzige wirkliche Hilfszug habe in Deutschland gestanden. Er habe sofort diskret Hilfe angeboten. Die Sowjetunion habe 18 Tage gewartet, bis sie Hilfe angenommen habe. Wir müßten nun folgendes zu erreichen versuchen: Erstens, wer ein Kernkraftwerk betreibe, müsse von jedem Unfall sofort informieren. Zweitens, jeder sei verpflichtet, bei einem Kernkraftunfall angebotene Hilfe auch anzunehmen. Wer einen Reaktor baue, könne frei darüber entscheiden, welchen Reaktortyp er wähle. Er müsse aber die Grundsätze der Planung an einer neutralen Stelle, z. B. bei der IAEO in Wien, hinterlegen. Drittens, es müsse eine internationale Kontrolle der zivilen Kernkraft auch im Hinblick auf die Sicherheit der Kernreaktoren stattfinden. Viertens, es müsse festgelegt werden das Verursacherprinzip. Nur wer letztlich für den Schaden zahlen müsse, werde die Sicherheitsstandards auch einhalten. Bei uns belaufe sich der Schaden von Tschernobyl auf rund eine halbe Mrd. DM. Wir sollten sicher nicht überheblich an die Angelegenheit rangehen, aber doch mit der Überzeugung, daß jetzt etwas getan werden müsse.

Fortsetzung Fußnote von Seite 744

Beteiligung zwar nicht revidieren: „Die Regierung setzt sich jedoch nicht für eine schnelle Inbetriebnahme des Brüters ein, sondern wird abwarten, bis die deutsche Regierung alle Sicherheitsmaßnahmen (précautions nécessaire) zur Betriebnahme des Brüters ergriffen hat. Belgien wird aber keinen Franc über die vorgesehenen 510 Mio. DM hinaus bezahlen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 431, Bd. 153249.

17 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

18 Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 12. August 1986, daß das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie der Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH bereits am 18. Januar 1986 mitgeteilt habe, daß „ein endgültiges positives Gesamturteil über den späteren sicheren Betrieb der Anlage derzeit nicht gegeben werden" könne. Auf einer Pressekonferenz am 21. Juli 1986 habe der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Jochimsen dieses „Zwischenergebnis" des Genehmigungsverfahrens bekanntgegeben, zugleich aber hinzugefügt, „daß die Inbetriebnahme dieses Reaktors kaum noch erreichbar sei". Trumpf kam zu dem Schluß: „Ein Scheitern des Kalkar-Projekts hätte jedoch über das Verhältnis zu Belgien und den Niederlanden hinaus schwerwiegende Konsequenzen für die deutsche Glaubwürdigkeit als Partner bei hochtechnologischen Kooperationsvorhaben. Insbesondere wäre das Verhältnis zu Frankreich schwer betroffen, da damit wohl auch die enge deutsch-französische Schnellbrüter-Zusammenarbeit scheitern würde." Vgl. Referat 431, Bd. 153232.

19 Korrigiert aus: „schlägt".

20 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 138, Anm. 7.

An dieser Stelle des Gespräches treten Außenminister Tindemans, Bundesminister Schäuble und Staatssekretär Ruhfus hinzu.

Der Bundeskanzler berichtet zunächst über das bisherige Gespräch mit Ministerpräsident Martens. Er äußert dann, einer unserer Wünsche sei die Inangriffnahme des TGV.[21] Als er das Amt des Bundeskanzlers übernommen habe, habe sich die Bundesbahn in einer katastrophalen Situation befunden. Jetzt sei die negative Entwicklung gestoppt. Die Entwicklung entwickele sich langsam zum Positiven. Die Bundesbahn müsse aber investieren und technisch mit der Zeit Schritt halten.

Es gebe wichtige Gründe dafür: Wir müßten den Binnenflugverkehr reduzieren. Der Bau neuer Flugplätze bereite unüberwindliche ökologische Schwierigkeiten. Was wir in Deutschland benötigten, seien schnelle Züge. Wir müßten auch versuchen, einen Teil des Verkehrs, insbesondere des Schwerlastverkehrs, von den Autobahnen wegzubekommen. Es sei wichtig für uns, die Transversale Hamburg–München zu bauen, dann aber insbesondere Köln–Brüssel–Paris sowie Köln–Frankfurt–München. Es kämen jetzt aus Paris Gerüchte, das Projekt solle im Zusammenhang mit dem Tunnelbau[22] zurückgestellt werden. Wie sei das belgische Interesse?

MP *Martens* antwortet, das belgische Interesse sei groß. Sie hätten lediglich ein Problem mit Lüttich. Die Leute wollten, daß der TGV in Lüttich halte. Wenn die Schnellbahnstrecke jedoch in das Maas-Tal gelegt werde, dann werde es mit der Rentabilität Probleme geben.

Der *Bundeskanzler* antwortet, es sei das deutsche Interesse, die ganze Angelegenheit nicht auf die lange Bank zu schieben. Er habe Premierminister Chirac darauf angesprochen.[23] Chirac habe ihm nicht widersprochen. Es sehe aber so aus, als wolle Frankreich zunächst die Strecke Paris–London bauen. Für uns

21 Zur geplanten Einrichtung einer Schnellbahnverbindung zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Belgien vgl. Dok. 2, Anm. 39–41.
Zum Stand vermerkte Referat 423 am 24. Juli 1986: „Die drei von den Verkehrsministern (D, F, NL und B) eingesetzten Arbeitsgruppen stehen unmittelbar vor Abschluß ihrer Arbeiten." Neben der Frage, ob das Vorhaben realisiert werden solle, müsse dann auch entschieden werden, in welcher Form dies geschehen solle. Vgl. Referat 423, Bd. 159935.
Ministerialdirektor Jelonek stellte am 15. Dezember 1986 fest, daß der Bericht der Arbeitsgruppe abgeschlossen sei: „Es wurden verschiedene Trassenvarianten […] untersucht, ferner mehrere Szenarien für die rechtliche und finanzielle Gestaltung des Schnellbahnprojekts analysiert. Als Techniken für den Schnellbahnbetrieb wurden die Rad-Schiene-Technik (TGV und ICE) und die Magnetbahntechnik berücksichtigt. Das Ergebnis der Studie zeigt auf, daß das Schnellbahnprojekt technisch durchführbar und auch betriebwirtschaftlich sinnvoll ist." Insgesamt sei die betriebwirtschaftliche Rentabilität des Projekts „positiv, wenn auch ‚relativ mäßig'. Sie ist jeweils nach Land und Streckenabschnitt unterschiedlich." Empfohlen würden ferner der Abschluß eines internationalen Abkommens zwischen den beteiligten Staaten, das anderen Staaten offenstehen solle, sowie eine rentabilitätsorientierte „phasenweise Verwirklichung": „Am 22.12.1986 werden die Verkehrsminister von D, F, B und NL, sowie für GB ein StS in Den Haag zusammentreffen und in einer Erklärung positiv zu den Ergebnissen der Studie der Arbeitsgruppe Stellung nehmen. Die Minister werden jedoch noch keine Entscheidung über die Durchführung des Projekts treffen. Vielmehr müssen die jeweiligen Kabinette befaßt werden (Frage der Finanzierung aus staatlichen Mitteln)." Vgl. Referat 423, Bd. 159935.

22 Zum britisch-französischen Projekt eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal vgl. Dok. 14, Anm. 6.

23 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Chirac trafen am 17. April 1986 zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 21. April 1986; Referat 412, Bd. 130585.

mache es Sinn, wenn wir eine Schnellbahnstrecke von Marseille nach Hamburg hätten.

PM *Martens* fragt, welche Eindrücke der Bundeskanzler aus Tokio mitgebracht habe.

Der *Bundeskanzler* antwortet, was dort zu Tschernobyl gesagt worden sei, sei sehr vernünftig. In der Frage des Terrorismus hätten sich die USA sehr moderat gezeigt. Allerdings sei seine Auffassung, daß man in der Terrorismusbekämpfung in Europa noch mehr tun könne. Die Weltwirtschaftslage sei besser als früher, doch seien einige der Grundprobleme nicht gelöst. Im Verhältnis zur Dritten Welt habe es eine leichte Entspannung gegeben. Auch Präsident Reagan habe sich für eine Aufstockung von IDA[24] auf 12 Mrd. Dollar ausgesprochen. Kritisch sei nach wie vor die Frage des amerikanischen Haushalts. Er sei hier sehr skeptisch. Die Lösung der Haushaltsfrage sei jedoch eine entscheidende Voraussetzung für die Gesamtentwicklung. Es gebe in Amerika zwei Meinungen in der Frage des Dollar. Einige wollten den Dollar runterreden auf unter DM 2,20. Wenn der Dollar mehr auf DM 2,-- als auf DM 2,20 gehe, werde es für uns kritisch. Wenn diese sich jedoch durchsetzten und beim Haushalt nichts geschehe, vielmehr der Dollar gedrückt werde, dann werde das in Amerika die Inflation anheizen. Wir würden uns dann aber auch diese Pest auf den Hals ziehen. Im übrigen gebe es noch das große Problem des Protektionismus.

An dieser Stelle schildert der Bundeskanzler seine Eindrücke aus Japan.[25] Die LDP werde alles tun, eine dritte Amtszeit von Premierminister Nakasone nicht zuzulassen. Deshalb werde Nakasone jetzt keine Neuwahlen machen. Seine Idee sei es gewesen, auf dem Weltwirtschaftsgipfel einen Erfolg zu erzielen und dann zu sagen: Ich mache jetzt Neuwahlen und durchbreche die Regel, daß niemand mehr als zwei Amtsperioden Premierminister sein soll. Eine dritte Amtszeit stehe für ihn jedoch zur Zeit nicht in Aussicht. Nakasone sehe im übrigen, daß der japanische Protektionismus so nicht weitergehen könne. Wir hätten jedoch keinen Grund, vor den Japanern Angst zu haben. Der Bundeskanzler erläutert hier Einzelheiten seiner Eindrücke aus Japan.

Referat 203 (202), Bd. 140572

24 Zu den Verhandlungen für die achte Aufstockung der Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA VIII) vgl. Dok. 5, Anm. 36.

25 Bundeskanzler Kohl hielt sich im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel am 7. Mai 1986 noch zu den deutsch-japanischen Regierungsgesprächen in Japan auf. Vgl. dazu Dok. 134.

144

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt

213-492 VS-NfD **21. Mai 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Politische Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl[3];
hier: um die Analyse der Gorbatschow-Rede[4] erweiterte Fassung der Vorlage vom 13.5.1986[5]

Die Art und Weise, wie die SU das Reaktorunglück politisch und publizistisch zu bewältigen sucht, wirft eine Reihe von Fragen auf. Sie betreffen die sowjetische Innenpolitik, die Blockbeziehungen und das Ost-West-Verhältnis sowie Schlußfolgerungen für unsere politische Haltung Moskau gegenüber.

I. Innere Lage

Umfang der Katastrophe und Ausmaß der Gefährdung sind der sowjetischen Bevölkerung erst allmählich bewußt geworden. Die weitgehenden Evakuierungsmaßnahmen[6] sowie eine ausführlicher werdende Berichterstattung dürften bei der Bevölkerung mittlerweile große Furcht und Angst ausgelöst haben, wie Zeichen von Panik und Abreisen aus Kiew zeigen. Inzwischen übte selbst Prawda (18.5.)[7] Kritik an der späten und unzureichenden Unterrichtung, die zur Verunsicherung der sowjetischen Bevölkerung geführt habe. Das Vertrauen in die Führung dürfte in Mitleidenschaft gezogen sein. Wir müssen allerdings davon ausgehen, daß die Führung die innere Lage dennoch unter Kontrolle hat. Kritiker der sowjetischen Ökologie-Politik haben durch den Unfall neuen Auftrieb erhalten. Aber auch sie dürften nur marginalen Einfluß auf die politischen Zielsetzungen der Führung haben.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Stüdemann konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 22. Dezember 1986 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ an Referat 213 verfügte.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. Mai 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 012 vermerkte: „Blauer Dienst“.

3 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

4 Für den Wortlaut der Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Mai 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 435–442.

5 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Referat 213, Bd. 139386.

6 Botschafter Kastl, Moskau, übermittelte am 9. Mai 1986 Informationen der amerikanischen Botschaft in Moskau, wonach bislang etwa 84 000 Menschen evakuiert worden seien: „Am 27.4. habe man die ersten aus einem 10 km-Umkreis herausgeholt, und danach wurden bis 2.5. weitere Menschen aus 30 km-Radius evakuiert.“ Kastl fuhr fort: „Am Kiewer Bahnhof Moskau treffen zahlreiche Sonderzüge mit Frauen, Kindern und älteren Menschen aus Kiew ein. Wenn dies auch keine Evakuierung bedeutet, so zeigt sich doch, daß man offenbar dazu rät, sofern Ausweichmöglichkeiten vorhanden, Kiew vorübergehend zu verlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1231; Referat 213, Bd. 139386.

7 Vgl. den Artikel „Otklik v serdce narodnom“; PRAVDA vom 18. Mai 1986, S. 1.

II. Krisenmanagement der sowjetischen Führung, Gorbatschows Rede am 14.5. 1986

Gorbatschow hat sich über zwei Wochen nach dem Unfall nicht offiziell geäußert und ist erst am 14.5. vor die Öffentlichkeit getreten. Offenbar hielt er angesichts der noch nicht abschließend geklärten Umstände und einer möglicherweise noch nicht entschiedenen Diskussion in der Führung über die zu ziehenden Folgerungen Schweigen für das geringere Übel. Gleichzeitig wuchs der innere und äußere Druck, eine autoritative Positionsbestimmung vorzunehmen, die eine Ursachenanalyse, aber auch eine Perspektive zur Bewältigung der bestehenden Probleme enthielt. Beides entsprach an sich Gorbatschows Stil. Sein langes Schweigen zeigte deutlich, in welchem Maß die Schwerfälligkeit des Apparates, Inkompetenz, Geheimhaltung sowie die Tendenz zu isolierter Binnenbetrachtung und ein daraus resultierender Mangel an politischer Weitsicht auch heute noch die Verhältnisse bestimmen. Zweifel an der Fähigkeit zu Krisenmanagement sind angebracht. Der Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die beharrenden Elemente des sowjetischen Systems, denen Gorbatschow trotz großer Anstrengungen bisher nicht durchgreifend hat begegnen können.

Auch seine Rede zu Tschernobyl am 14.5. vermochte diese Zweifel nicht auszuräumen. Sie blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gorbatschows Vorschläge zur Verbesserung des Informationsaustausches und der gegenseitigen Hilfeleistung bei Reaktorunfällen, die, ohne daß darauf hingewiesen wird, in wesentlichen Teilen die Initiative der Bundesregierung vom 9.5.[8] aufnehmen, stellen das Mindestmaß praktischer Vernunft und politischer Einsicht dar, um den innen- und außenpolitischen Schaden einzudämmen. Die Rede enthielt keine zusätzlichen Angaben über Hergang und Auswirkungen des Unfalls. Dies dürfte ihre auf Beruhigung der Bevölkerung zielende Wirkung nicht unerheblich eingeschränkt haben. Gorbatschow nahm eine Neuauflage des Teststopp-Moratoriums bis zum 40. Jahrestag von Hiroshima vor[9], und er wiederholte sein Angebot zu Teststoppverhandlungen in einer europäischen Hauptstadt oder in Hiroshima. Er versucht damit, aus der Defensive herauszutreten, in die sich die SU mit der publizistischen und politischen Behandlung des Unglücks gebracht hatte.

Dies dürfte sich jedoch als eine grobe Fehlkalkulation insofern erweisen, als der propagandistische Charakter der Konferenzidee deutlicher denn je wurde. Präsident Reagan Hiroshima als Konferenzort anzubieten, mag Gorbatschow in gewissen Kreisen Punkte einbringen, muß aber bei dem eigentlichen Adressaten als unseriöses Manöver aufgefaßt werden. (Japan hat gegen die Benennung Hiroshimas übrigens protestiert.) Gorbatschow bewegte sich hier deutlich unter dem Niveau früherer Versuche, den Westen publizistisch in Schwierigkeiten zu bringen. Seine unqualifizierten Angriffe namentlich an die Adresse der USA und der BR Deutschland lassen Augenmaß und Einsicht in die internatio-

8 Zur Initiative der Bundesregierung für eine Einberufung einer Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats vgl. Dok. 138, Anm. 6.

9 Vgl. dazu die sowjetische Erklärung vom 30. Juli 1985 über ein einseitiges Testmoratorium; Dok. 16, Anm. 15.
Zur Verlängerung vgl. Dok. 141, Anm. 22.

nalen Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl vermissen. Angesichts der vielfachen westlichen Sympathiebekundungen und der mehrfach geäußerten Hilfsbereitschaft zeugen sie zudem von Unaufrichtigkeit.

III. Wirtschaftspolitik

Wir müssen davon ausgehen, daß der Unfall nicht ohne Folgen für die sowjetische Wirtschaft bleiben wird, auch wenn sie sich noch nicht quantifizieren lassen. Bisher beträgt der Kernenergieanteil an der Gesamtstromerzeugung der SU ca. 10%. Er soll jedoch bis 1990 verdoppelt werden, um Erdöl verstärkt für die industrielle Verwendung und für den Export freistellen zu können. Angesichts der Entschlossenheit Gorbatschows zur wirtschaftlichen Erneuerung und mangels Alternativen ist kaum anzunehmen, daß sich die SU durch das Unglück vom weiteren Ausbau der Kernenergie abhalten lassen wird. Das kommt auch in Gorbatschows Rede vom 14.5. klar zum Ausdruck. Die sowjetische Regierung hat bereits erklärt, daß sie an diesem Programm festhalten will. Die nun dringend erforderliche Überprüfung der Kernkraftwerke wird das an sich schon ehrgeizige Kernenergieprogramm jedoch verzögern, jedenfalls dann, wenn die Regierung aus dem Unfall die angemessenen Konsequenzen zieht. Tschernobyl sollte, da es – soweit bekannt – den ersten „regulären" Reaktorunfall darstellt, auch für die SU ein negatives Schlüsselerlebnis darstellen. Allerdings hatte sie bei dem Ausbau ihrer Kernenergie bislang eine größere Risikobereitschaft an den Tag gelegt. Eine Verzögerung in diesem Bereich würde sich aber angesichts der Bedeutung des Energiefaktors wohl auch bremsend auf das gesamte wirtschaftliche Erneuerungsprogramm auswirken.

Welche Auswirkungen das Unglück auf die diesjährige Ernte haben wird, muß einstweilen offenbleiben. Die Ukraine ist eines der wichtigsten sowjetischen Anbaugebiete. Bei Ausfällen größeren Ausmaßes sähe sich Moskau bei einer ohnehin durch den Ölpreisverfall angespannten Devisenlage gezwungen, für die wirtschaftliche Erneuerung dringend benötigte Hartwährung in verstärktem Maße für Getreidekäufe auszugeben.

IV. Informationspolitik

Die westliche Kritik an der sowjetischen Informationspolitik war hart, aber berechtigt, zumal die sowjetische Seite selbst vor krassen Lügen nicht zurückscheute. Es zeigte sich, daß Führung und Apparat in einem weit stärkeren Maß von den Mechanismen des Systems, d.h. insbesondere seiner Schwerfälligkeit und der Tendenz zur Abschottung geprägt sind, als man nach Gorbatschows Kampagnen für mehr Öffentlichkeit sowie seiner Fähigkeit, sich als einen modernen und verantwortungsvollen politischen Führer darzustellen, hätte erwarten müssen.

Andererseits waren und sind manche westlichen Erwartungen an Gorbatschow auch nicht ganz realistisch. Der neue Stil war bisher nicht mehr als die sorgfältig vorbereitete, genau kalkulierte Präsentation sowjetischer Initiativen; die Forderung nach Transparenz stellte nicht mehr als ein Instrument zur Einbindung und Disziplinierung der sowjetischen Bevölkerung dar. Wenn Gorbatschow tatsächlich der verantwortungsvolle und weitsichtige Politiker ist, als der er sich bisher gab, und wenn Transparenz Ausdruck demokratischer Teilhabe sein soll, muß sich das erst noch erweisen. Sowjetische Vorwürfe, der Westen betreibe Panikmache und anti-sowjetische Propaganda, sind nichts als ein Rück-

griff auf ein traditionelles Verhaltensmuster. Sie sind darüber hinaus deutlicher Ausdruck der Schwäche der sowjetischen Position.

Falins Hinweise im Spiegel-Interview vom 12.5. („eine neue Qualität der Transparenz erreicht man nicht über Nacht ... es hat keine vorsorglichen Instruktionen, auch nicht auf dem Informationsgebiet gegeben ... man muß aus alldem ganz große Lehren ziehen“[10]), aber auch die Prawda-Kritik an der Informationspolitik gegenüber der sowjetischen Bevölkerung, deuten darauf hin, daß nach neuen Wegen gesucht wird. Eine echte „Modernisierung“ wird ohne größere Transparenz nicht möglich sein. Dies dürfte Weitblickenden klar sein.

V. Blockinterne Beziehungen

Die mangelnde sowjetische Fähigkeit, in einer so schwerwiegenden Krisensituation zu kooperieren, wird bei den Osteuropäern Vorbehalte und etwaige Ressentiments gegenüber der SU bestätigen sowie zu einer noch realistischeren Einschätzung von Moskaus Forderung beitragen, die Beziehungen auf ein qualitativ neues Niveau und ein ausgewogeneres Verhältnis zu heben. Gorbatschows Prestige dürfte in den Augen der Osteuropäer gelitten haben. Allerdings könnten die wirtschaftlichen Folgen auch schwer wiegen. Das betrifft nicht nur die einschneidenden, aber doch kurzfristigen Importrestriktionen der EG[11], sondern auch die sich aus den zu erwartenden negativen Auswirkungen auf das langfristige sowjetische Energieprogramm ergebenden Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der Osteuropäer.

VI. Ost-West-Verhältnis

Die mangelnde Fähigkeit Moskaus zum Krisenmanagement des Reaktorunfalls hat sie als moderne Weltmacht jedenfalls zeitweise in Frage gestellt und ihren Anspruch, mit der anderen Weltmacht technologisch zu konkurrieren, erneut ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Glaubwürdigkeit der SU als eines Partners, der sich erst unter äußerem Druck und auch dann nur völlig unzureichend zu Erklärungen bequemt hat, ist insbesondere bei denen erheblich beeinträchtigt, die noch den Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine im Herbst 1983[12] in Erinnerung haben.

Deshalb sind Auswirkungen für die Rüstungskontrollpolitik nicht zu übersehen. Die Forderung nach präzisen und umfassenden Regelungen für Verifikationsmaßnahmen erhält noch größeres Gewicht, wenn man bedenkt, daß die erste sowjetische offizielle Stellungnahme in einer Katastrophe dieses Ausmaßes erst 68 Stunden nach dem Unglück erfolgte. Auch hat das Vertrauen, das Gorbatschow gerade in Kreisen der westlichen Friedensbewegung zu sammeln vermochte, nicht unerheblich gelitten. Sowjetische Heuchelei, die darin zum Ausdruck kommt, daß einerseits Nuklearwaffen verteufelt werden, andererseits jedoch ein ambitiöses Atomenergieprogramm forciert wird, hat auch solche, die der sowjetischen Seite wohlgesinnt gegenüberstanden, aufgeschreckt. Gorbatschows Rede vom 14.5. hat dieses Defizit nicht beseitigen können. Seine Be-

10 Vgl. den Artikel „Wir waren innerlich nicht vorbereitet“; DER SPIEGEL, Nr. 20 vom 12. Mai 1986, S. 143.

11 Zu den Beschränkungen der Einfuhren aus den Warschauer-Pakt-Staaten durch die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 136, Anm. 11.

12 Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 17, Anm. 9.

reitschaft zu verstärkter internationaler Kooperation im Bereich ziviler Nuklearnutzung schließt Fragen der Reaktorsicherheit nicht ein. Sie wird im übrigen relativiert durch den deutlich erkennbaren Versuch, die öffentliche Meinung auf eine substanzlose, propagandistische, in der Grundaussage nicht neue rüstungskontrollpolitische Offerte zu lenken.

VII. Folgerungen für uns

Es gilt nun, die SU in ein internationales System des Datenaustausches und eines nuklearen Krisenmanagements einzubinden. Die berechtigte und harte Kritik des Westens ist in Moskau, wie auch die Rede Gorbatschows vom 14.5. zeigt, nicht ohne Wirkung geblieben. Die anhaltende Kritik Moskaus an uns, wie sie in der Auseinandersetzung um die Schadensersatzfrage, insbesondere in deren Verquickung mit revanchistischen Vorwürfen, zum Ausdruck kommt[13], ist Ausdruck der starken Verunsicherung der sowjetischen Führung durch die Katastrophe und ihre Auswirkungen. Wir sollten darin jedoch keinen Faktor von Dauer sehen. Jetzt muß vielmehr verhindert werden, daß beide Seiten in Auseinandersetzungen verharren und neue Irritationen für das Ost-West-Verhältnis eintreten. Wir haben Moskaus ungerechtfertigte Kritik an uns zurückgewiesen[14] und sollten uns nunmehr darauf konzentrieren, daß Neuansätze, wie sie in Gorbatschows Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Bereich ziviler Nuklearnutzung zum Ausdruck kommen, realisiert werden.

Sich abzeichnenden östlichen Tendenzen, den Reaktor-Unfall für die öffentliche Abrüstungsdebatte nutzbar zu machen, ist durch Hinweis auf die westlichen Abrüstungsvorschläge zu begegnen und im übrigen darauf hinzuweisen, daß die strikte Einhaltung des Gewaltverbots den Gebrauch von jeder Art von Waffen ausschließt.

Insgesamt sollten wir Gorbatschow bei seinem Wort nehmen und an die gemeinsame Verantwortung für das europäische Haus und an die Einsicht von der wachsenden internationalen Interdependenz erinnern.

i. V. Oesterhelt

Referat 213, Bd. 139386

13 Bundeskanzler Kohl führte am 18. Mai 1986 auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München u. a. aus, daß sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, noch nicht dazu geäußert habe, „wie die Sowjetunion den materiellen Schaden, der vor allem auch in der Bundesrepublik entstanden ist, wiedergutmachen will“. In der Presse hieß es weiter: „Dazu schrieb TASS: ‚Er (Kohl) stellte diese frechen Forderungen vor hitlerschen Überbleibseln am Vorabend des 45. Jahrestages des Nazi-Angriffs auf die Sowjetunion auf.‘ Weiter schrieb TASS: ‚Die in Bonn haben offenbar ihre nicht wiedergutzumachende Schuld gegenüber dem sowjetischen Volk für Kummer, Mord, Zerstörung und Leiden vergessen, die der deutsche Nazismus der UdSSR und jeder sowjetischen Familie zugefügt hat.‘“ Vgl. den Artikel „Streit um Schadensersatz-Frage“; GENERALANZEIGER vom 20. Mai 1986, S. 2.

14 Am 8. Mai 1986 wies Botschafter Kastl, Moskau, in einem Schreiben an den Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung „Izvestija“, Laptew, die an die Bundesrepublik gerichteten Vorwürfen in der Berichterstattung dieser Zeitung zurück. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1240 von Kastl vom 9. Mai 1986; Referat 213, Bd. 139386.

145

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3236/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. Mai 1986, 16.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 721 **Ankunft: 21. Mai 1986, 16.35 Uhr**
Cito

Betr.: Vernichtung chemischer Munition des Ersten Weltkrieges

Bezug: Anfrage B-Delegation NATO vom 15.5.86

Bitte um Weisung

1) Militärberater B-Delegation NATO, Colonel Bem Moors, übermittelte am 15.5.86 Bitte des B-Verteidigungsministeriums um deutsche Unterstützung bei Vernichtung von Funden deutscher chemischer Munition aus Erstem Weltkrieg. B-Regierung bitte um Prüfung Mitbenutzung unserer Kampfmittelbeseitigungsanlage gegen Kostenbeteiligung.

2) Colonel M. führte im einzelnen aus:

B-Regierung sei seit Jahren mit Problem der Beseitigung von Resten chemischer Munition (sog. Yperit-Munition) aus Weltkrieg I konfrontiert. Jährlich würden ca. 20 Tonnen solcher Munitionsreste gefunden, die man in früheren Jahren einfach im Atlantik versenkt habe. Dieses Verfahren sei aus bekannten Gründen seit mehreren Jahren nicht mehr genutzt worden. Inzwischen hätten sich seit 1980 ca. 100 Tonnen Munitionsreste angesammelt. Erst kürzlich seien vier Personen nach Hantieren mit konventionellen Munitionsresten gestorben, dieses hätte dem Problem neue politische Bedeutung gegeben.

B-Regierung habe von unserer Kampfmittelbeseitigungsanlage bei Munster erfahren und frage an, ob gegen B-Kostenbeteiligung dort Vernichtung hiesiger Munitionsfunde erfolgen könne. Colonel M. bestätigte, daß diese Anfrage seiner Regierung absichtlich und ausschließlich über die deutsche NATO-Vertretung erfolge.

3) Aus hiesiger Sicht können wir uns zunächst darauf beschränken, der B-Regierung auf gleichem Wege die für Prüfung dieser Frage zuständige Stelle der Bundesregierung zu benennen. In nachfolgenden direkten Gesprächen wären

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 21. Mai 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Ruhfus und Meyer-Landrut sowie die Übermittlung einer Ablichtung an das Ministerbüro verfügte.
Hat Ruhfus vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D[irektoren]B[esprechung]“ und die Weiterleitung an Ministerialdirektor Bertele verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Bertele am 23. Mai 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Duisberg an Vortragenden Legationsrat Buerstedde verfügte.
Hat Duisberg am 30. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Buerstedde am 2. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Bertele am 2. Juni 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Buerstedde vermerkte: „Hat Referat 201 sich beteiligt?“
Hat Buerstedde am 10. Juni 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit D 5 besprochen.“

dann Einzelheiten und evtl. Verfahren der Zusammenarbeit zu klären. Wir haben deutlich gemacht, daß Prüfung des B-Ansinnens einige Zeit erfordere.[2]

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12413 (503)

146

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond in Paris

22. Mai 1986[1]

Unter Vorbehalt der Billigung durch BM

Deutsch-französische Außenminister-Konsultationen am 21./22. Mai 1986 in Paris[2];
hier: Gespräch der Außenminister im kleinen Kreise beim Frühstück am 22. Mai 1986

Raimond unterrichtete BM auf dessen Bitte über seine kürzlichen Gespräche in Washington mit Präsident Reagan, Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz[3]: Durch die Gespräche sei die nach der französischen Verweigerung der Überflugerlaubnis im Zusammenhange mit der amerikanischen Aktion gegenüber Libyen[4] entstandene Verstimmung auf der Regierungsebene beigelegt wor-

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff vermerkte am 11. Juni 1986: „Unter Bruch belgischer Neutralität marschierten 1914 deutsche Streitkräfte in Belgien ein. Nach hiesigem Kenntnisstand wurde bei den Kämpfen in Belgien erstmals von deutscher Seite chemische Munition eingesetzt. Die engen deutsch-belgischen Beziehungen, deren hohe Qualität sich bei täglichen Kontakten immer wieder zeigt, sollten nicht durch Erinnerungsposten völkerrechtswidriger deutscher Akte dem Risiko der Beeinträchtigung ausgesetzt werden." Die Bundesregierung sollte sich „daher einem eventuellen belgischen Ersuchen um Kostenbeteiligung bei der Vernichtung von chemischer Munition nicht verschließen, vorausgesetzt, sie stammt aus deutscher Produktion. Dabei sollte klargestellt werden, daß wir der belgischen Bitte im Geiste der Solidarität unter NATO-Verbündeten nachkommen." Vgl. VS-Bd. 12413 (503); B 150, Aktenkopien 1986.
Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 11. Juni 1986, auf Weisung des Bundesministeriums der Verteidigung sei die belgische Delegation am selben Tag unterrichtet worden, „daß Kampfmittelbeseitigungsanlage Munster bis zum Jahr 2000 ausgelastet und Übernahme evtl. B-Vernichtungsauftrags ausgeschlossen sei. Jedoch sei BMVg bereit, fachliche Beratung der B-Regierung für Behandlung, Lagerung und evtl. Vernichtung hier gefundener CW-Reste zu prüfen. Dafür bedürfe es jedoch genauerer Informationen über Art und Zustand dieser CW-Reste und evtl. B-Analyseergebnisse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 814; VS-Bd. 12413 (503); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 22. Mai 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 23. Mai 1986 vorgelegen.

2 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 21./22. Mai 1986 in Paris vgl. auch Dok. 152.

3 Der französische Außenminister Raimond hielt sich am 18./19. Mai 1986 in den USA auf.

4 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
Zur Erklärung der französischen Regierung vom selben Tag vgl. Dok. 104, Anm. 7.

den. Im übrigen habe sich auch die Emotion in der amerikanischen Öffentlichkeit in bezug auf Libyen etwas gelegt. Die amerikanischen Gesprächspartner würdigten die französische Politik betreffend den Tschad.[5] Shultz habe außerdem den französischen Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zum Iran[6] zugestimmt. Die USA wünschten, daß die Europäer aktive Beziehungen zum Iran unterhielten, damit Teheran zu einer festen Haltung in der Afghanistan-Frage ermuntert werde und nicht mit der SU alleingelassen werde. Bei einem Gespräch über Nahost hätten sich die amerikanischen Gesprächspartner nicht aggressiv in bezug auf Libyen geäußert.

Bezüglich der West-Ost-Beziehungen stimme er, Raimond, der Analyse von Shultz zu, daß das Gesamtbild der sowjetischen Politik trotz der Initiativen, die manchmal den Eindruck von Öffnungen erweckten, im Grunde gleichbleibe. Man müsse diese Initiativen in den laufenden Verhandlungen testen. Shultz habe eine pragmatische Sicht von Gorbatschow, der er zustimme: Der Westen sollte seine Antworten auf die Initiativen Gorbatschows gemäß den eigenen Interessen und nach dem westlichen Ansatz geben. Die SU müsse sich bewegen, wenn sie es wünsche. Dies bedeute, wir seien weder offen noch zu, sondern fest und pragmatisch. – Außerdem habe er, Raimond, die amerikanische Handelspolitik gegenüber der EG angesprochen.

BM erwiderte: Wir seien alle interessiert, daß die öffentliche Meinung in den USA und in Europa sich nicht auseinanderentwickelt. Er stimme der von Raimond wiedergegebenen Einschätzung der Ost-West-Beziehungen zu. Wir müßten Halifax[7] nutzen, um zu zeigen, daß der Westen eine Konzeption habe und politisch und abrüstungspolitisch in der Offensive sei. Die SU sei uns an den Verhandlungstischen noch die Antwort schuldig, die Gorbatschow in der Öffentlichkeit gegeben habe. Das gelte für die CW-Verhandlungen in Genf[8] wie

5 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 49, Anm. 33.

6 Vom 3. bis 7. Januar 1986 hielt sich eine Delegation der französischen Regierung zur Erörterung bilateraler Finanzfragen im Iran auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 33 des Botschafters Freitag, Teheran, vom 9. Januar 1986; Referat 311, Bd. 137880.
Der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Ross, führte vom 10. bis 13. April 1986 in Teheran Gespräche. Wie Freitag am 22. April 1986 berichtete, hätten nach iranischer Auskunft drei ungeklärte Fragen im Mittelpunkt gestanden: „Rückzahlung des iran[ischen] Kredits an französische Atomenergiebehörde, die Unterstützung der französischen Regierung für iran. Oppositionelle in Frankreich und die franz[ösischen] Waffenlieferungen an Irak". Vgl. den Drahtbericht Nr. 515; Referat 311, Bd. 137880.
Zu weiteren Gesprächen reiste der stellvertretende iranische Ministerpräsident Moayeri vom 20. bis 23. Mai 1986 nach Paris. Freitag kam zu dem Schluß, der Besuch lasse in der Tat vermuten, „daß Bewegung in die iran.-französischen Beziehungen gekommen ist". Vgl. den Drahtbericht Nr. 663 vom 26. Mai 1986; Referat 311, Bd. 137880.

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

8 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 114, Anm. 6.
Botschafter Ruth vermerkte am 12. Mai 1986: „Die CD-Frühjahrsperiode 1986 ist am 25. April zu Ende gegangen. Bei den CW-Verhandlungen wurde unter britischem Vorsitz an allen ausstehenden Fragen der angestrebten Konvention intensiv, wenn auch teilweise nur akademisch, weitergearbeitet. Die sowjetischen Teilvorschläge vom 22.4.1986 haben das Verhandlungsbild nicht mehr prägen können. Die CD wird ihre Arbeit am 10. Juni 1986 wiederaufnehmen. […] Offene Fragen betreffen vor allem die Kontrolle der Nichtherstellung von CW und CW-Schlüsselprodukten in der zivilen chemischen Industrie sowie die übrige Verifikationsproblematik. Bei dieser müssen nach westlicher Auffassung internationale Ortsinspektionen im Mittelpunkt stehen." Vgl. Referat 222, Bd. 130104.

für Stockholm[9] und Wien (MBFR). Wir sollten auch in der politischen Erklärung von Halifax[10] ein offensives Konzept zum Ausdruck bringen. – Wichtig seien die Fragen der konventionellen Stabilität in ganz Europa, die im Bündnis bisher noch nicht behandelt worden seien. Gorbatschow werde heute in einer Konferenz mit sowjetischen Botschaftern über die weitere Entwicklung beraten.[11] Die Erklärung von Halifax könnte auf die Meinungsbildung in Moskau Einfluß ausüben. Wir sollten im deutsch-französischen Verhältnis abstimmen, wie wir die Frage des konventionellen Kräfteverhältnisses behandeln sollten. Er habe öfters auf die Mängel der geographischen Beschränkungen bei MBFR[12] hingewiesen. Die konventionelle Stabilität sei ein sehr europäisches Problem im Bündnis und wichtig für die Bedrohungsanalyse. Nachdem wir immer wieder die sowjetische Überlegenheit im konventionellen Bereiche betont hätten, könnten wir uns jetzt nicht verschweigen, wenn die SU sich zu Verhandlungen darüber bereit erklärte. Dabei handele es sich nicht nur um eine Frage der Zahlen, sondern auch der Ausrüstung, der defensiven oder offensiven Ausrichtung und der geographischen Disparitäten. – Es sei außerdem wichtig, sich in Halifax über die politische Strategie für das KSZE-Folgetreffen in Wien zu verständigen. Wir seien interessiert an möglichst großer Übereinstimmung im europäischen Rahmen, im Bündnis-Rahmen, aber auch mit den Neutralen und den Nichtgebundenen in Wien. Er, BM, schlage vor, daß Raimond und er zur Eröffnung des Folgetreffens nach Wien reisten und Reden hielten. Außerdem halte er eine gemeinsame Publikation beider Außenminister zum Konzept für Wien für eine gute Sache. – Schließlich schlage er vor, daß das nächste Treffen der beiden Außenminister im Zusammenhange mit dem geplanten Medien-Seminar der Planungsstäbe Anfang Oktober in Bonn stattfinde.[13]

Raimond erklärte sich einverstanden damit, in Halifax die Frage der konventionellen Abrüstung zu behandeln. Die Erklärung Gorbatschows dazu[14] sei noch etwas vage; sie gehe über den Plan vom 15. Januar[15] hinaus, der die Grundlage der sowjetischen Vorschläge bleibe. Auf Frage, wieweit diese Frage zwischen den Politischen Direktoren besprochen worden sei, berichtet *Morel*, daß diese drei Punkte als Elemente einer Prüfung identifiziert hätten:

– das Verhältnis der Problematik bezüglich Zentral-Europas zu der bezüglich ganz Europas;

9 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 71 und Dok. 151.

10 Für den Wortlaut der Erklärung des NATO-Ministerrats vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 9f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 379-381.

11 Zur zweitägigen Konferenz sowjetischer Botschafter und Generalkonsuln in Moskau vgl. den Artikel „Avancen Moskaus an Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Mai 1986, S. 1.

12 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

13 Das Kolloquium der deutschen und französischen Planungsstäbe über die Zusammenarbeit bei den audiovisuellen Medien fand am 3./4. Oktober 1986 statt.
Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond am 17. Oktober 1986 vgl. Dok. 290 und Dok. 291.

14 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 18. April 1986 in Ost-Berlin vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

15 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

– das Verhältnis von Verhandlungen zwischen beiden Bündnissen zu solchen aller 35;
– Fragen des Kalenders und der Zeitabfolge.[16]

Deutschland und Frankreich hätten eine grundsätzlich positive Einstellung zu der Frage. Andere Verbündete seien jedoch unsicher. Deshalb sei ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen nützlich. Dabei gehe es auch darum, eine Lösung in Stockholm zu erreichen. Aus den gerade stattfindenden Konsultationen in Stockholm (d'Aboville/Citron) ergebe sich, daß es vor allem um zwei Fragen geht: Die Notifizierungsschwellen und die Beobachtung.

Raimond regte an, daß die deutsche und die französische Seite „über diese militärischen Fragen" Non-Papers für Halifax machen sollten, die dann verglichen und als gemeinsame Position eingebracht werden könnten.

BM begrüßte dies nachdrücklich und schlug vor, daß die Politischen Direktoren sich noch diese Woche an die Arbeit machen sollten, um die Sache zu Beginn der nächsten Woche vor Halifax fertigzustellen. Er selbst werde zu Wochenbeginn noch nach Ankara reisen[17] und dann nach Halifax kommen. Es müsse in der Sache geprüft werden:

– Was seien die nächsten Stufen nach einem Ergebnis von Stockholm?
– Wo sollten wir uns mit dem konventionellen Kräfteverhältnis befassen: in einer nächsten Runde in Stockholm, im Rahmen von Verhandlungen zwischen beiden Bündnissen oder an einem dritten Verhandlungsort?[18]

Die östliche Seite werde dieser Frage zunehmend Aufmerksamkeit zuwenden, und das im gleichen Augenblick, in dem in den USA über eine Rückverlegung amerikanischer Truppen zum Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe diskutiert werde.[19]

16 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Morel, erörterten am 21. Mai 1986 in Paris u. a. Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Am selben Tag notierte Braunmühl: „Wir hoben zwei Faktoren hervor: Einerseits offensichtliches westliches Interesse, rüstungskontrollpolitische Verhandlungen über konventionelle Stabilität auf ganz Europa bis zum Ural zu erstrecken; andererseits Vorrang von Ergebnissen in Wien und Stockholm. Deshalb: Westliches Konzept entwickeln, Gesprächsbereitschaft zeigen, in Öffentlichkeit Aufgeschlossenheit unterstreichen, gleichzeitig aber in Wien und Stockholm auf Fortschritte drücken. Wir unterstrichen Interesse an engster Zusammenarbeit mit Frankreich und mahnten versprochene Positionspapiere an. F stimmte zu und versprach, französische Positionen bald zu übermitteln. Wir waren uns über drei zu prüfende Fragen einig: Verhältnis zwischen zwei Verhandlungsniveaus (einerseits Zentraleuropa, andererseits ganz Europa); Verhältnis der Allianz/Allianz-Verhandlungen zu Verhandlungen aller 35 (Frage Zusammenlegung Wien und Stockholm); Zeitfolgen, Kalender." Vgl. Referat 202, Bd. 151086.

17 Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. Mai 1986 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 154.

18 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 24. Mai 1986, daß dem französischen Außenministerium am Vortag ein Entwurf für ein gemeinsames Positionspapier über „Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa" übergeben worden sei. Darin werde die politische und militärische Bedeutung der Einbeziehung ganz Europas bis zum Ural herausgestellt und der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April 1986 bewertet. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens werde die Notwendigkeit betont, eine sicherheitspolitische Diskussion für die KSZE-Folgekonferenz in Wien vorzubereiten, ein Konzept für die weitere Behandlung der KVAE in und nach der Folgekonferenz zu erarbeiten und in der NATO ein Konzept für konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa zu erstellen. Das französische Außenministerium habe am 24. Mai 1986 ein eigenes Papier übermittelt. Vgl. Referat 221, Bd. 130151.

19 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 20. Mai 1986, es gebe Anzeichen dafür, „daß die Diskussion über eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa in der hiesigen Öffent-

Zum Thema KSZE erklärte *Raimond* sich mit dem Vorschlag einverstanden, zusammen mit BM Genscher zur Eröffnung des KSZE-Nachfolgetreffens nach Wien zu reisen und dort zu sprechen. Er akzeptierte auch den Vorschlag von BM, dies heute anzukündigen.[20] Er erklärte sich ebenfalls einverstanden mit einer gemeinsamen Publikation zum KSZE-Folgetreffen.[21]

BM brachte kurz, unter Bezugnahme auf das Gespräch zwischen den Direktoren, den Gedanken der Stiftung eines Stresemann-Briand-Preises in diesem Jahre zur Sprache[22] und kündigte an, daß ein Arbeitsauftrag dazu erteilt werde. *Raimond* erklärte sich einverstanden, den Gedanken zu studieren.

BM erkundigte sich nach der französischen Haltung zu einem CW-Verbot, wobei er die deutsche Haltung und die letzte Entwicklung im Zusammenhange der Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele erläuterte.[23] Er unterstrich, daß wir uns mit den USA über den Abzug der auf deutschem Boden lagernden CW bis 1992 geeinigt und klargestellt hätten, daß eine Neustationierung (im Rahmen einer Eventualfall-Planung) nur mit Zustimmung der Stationierungs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 757

lichkeit und vor allem im Kongreß (Senat) wieder auflebt". Vor allem ein Artikel des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger in der Tageszeitung „The Washington Post" vom 13. Mai 1986 habe das Thema in die öffentliche Diskussion gerückt: „Der dem Aufsatz Kissingers zugrunde liegende Gedanke – Verlegung von amerikanischen Truppen aus Europa als strategische Reserven in die USA, damit sie im Krisenfall überall auf der Welt eingesetzt werden könnten, und Ruf nach größerer europäischer Rolle bei der Verteidigung Europas – ist an sich nicht neu." Daß das Thema aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder mehr Aufmerksamkeit erfahre, sei u. a. auf die bevorstehenden Kongreßwahlen sowie auf die Haltung der europäischen NATO-Mitgliedstaaten gegenüber dem amerikanischen Vorgehen gegen Libyen und in der Frage der Modernisierung amerikanischer Chemiewaffen zurückzuführen: „Da die Diskussion hierzu selbst im Kongreß erfahrungsgemäß sehr emotionsgeladen geführt wird, muß eine weitere Ausweitung befürchtet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2144; Referat 201, Bd. 143374.

20 Bundesminister Genscher kündigte am 22. Mai 1986 vor der Presse in Paris an, daß der französische Außenminister Raimond und er gemeinsam zur Eröffnung der dritten KSZE-Folgekonferenz nach Wien reisen würden. Die Konferenz solle „durch gemeinsame Initiativen geprägt und zu einem Erfolg gemacht werden". Vgl. die Meldung Nr. 2256d des Informationsfunks vom 23. Mai 1986; Referat 202, Bd. 151086.

21 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Raimond veröffentlichten am 4. bzw. 5. November 1986 einen gemeinsamen Artikel zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vgl. dazu den Artikel „Sicherheit hat nicht nur eine militärische Dimension"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 4. November 1986, S. 8. Vgl. ferner den Artikel „Rendre la maison européenne habitable"; LE MONDE vom 5. November 1986, S. 6.

22 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 12. Mai 1986: „Am 10. Dezember 1986 wird sich zum 60. Male der Tag der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo an die damaligen Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Stresemann und Briand, jähren." Aus diesem Anlaß solle ein gemeinschaftlicher „Stresemann-Briand-Preis" gestiftet werden: „Dieser Preis sollte jedes Jahr an deutsche und französische Staatsbürger und/oder juristische Personen verliehen werden, die hervorragende Leistungen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Dienste Europas erbracht haben und deren Wirken die Inanspruchnahme der Namen Stresemann und Briand rechtfertigt. […] Der Preis sollte mit einem angemessenen Geldbetrag (Vorschlag: bis zu 50 000 DM) dotiert sein, der zu gleichen Teilen von deutscher und französischer Seite (Vorschlag: aus den Haushalten der Außenministerien) aufzubringen wäre. Der Geldbetrag sollte aufteilbar sein in mehrere Teilbeträge je nach der Bewertung der zu ehrenden Leistung. Der Preis sollte von einer paritätisch besetzten deutsch-französischen Jury verliehen werden. Der Jury sollten Vertreter des öffentlichen Lebens, der gesellschaftlichen Gruppen sowie des wissenschaftlichen und des kulturellen Lebens angehören. Einzelheiten blieben einer bilateralen Vereinbarung vorbehalten." Vgl. Referat 202, Bd. 151086.

23 Zur Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich chemischer Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 vgl. Dok. 150.

länder in Betracht komme.[24] Der US-Kongreß habe nach einem 17jährigen amerikanischem Moratorium eine weitere Frist bis zum 1.12.1987 gesetzt.[25] Wir hätten das größte Interesse daran, diese Frist für ein weltweites Verbot zu nutzen. BM verwies auf die Empfindlichkeit der Bevölkerung und die Aktivitäten der SPD bezüglich einer chemiewaffenfreien Zone.[26]

Raimond erklärte, daß Frankreich hinsichtlich des Zieles eines generellen CW-Verbotes völlig mit uns übereinstimme. Auch Frankreich wolle die Arbeiten in Genf beschleunigen. Hierbei gebe es aber zwei Schwierigkeiten: Die Frage der Kontrollen, über die zwischen USA und SU gesprochen werde, und die Vermeidung von Verzögerungen, wie sie durch Zonenkonzepte eintreten könnten. Frankreich sei überall gegen Zonenkonzepte.

BM stellte fest, daß die Sowjets eine Doppel-Strategie verfolgten. Gorbatschow habe sich gegenüber Reagan in Genf[27] für ein globales CW-Verbot ausgesprochen. Gleichzeitig schickten die Sowjets die DDR und die ČSSR vor für ein regionales Verbot.[28] Man müsse diese Doppel-Strategie unterlaufen und Genf zum Test machen.

Auf Frage von BM nach der französischen Haltung zu Tschernobyl[29] und den Folgen, meinte *Raimond*: Bei dem gestrigen Direktoren-Gespräch in Paris[30]

24 Zur Absprache zwischen der Bundesrepublik und den USA in der Frage der Lagerung amerikanischer Chemiewaffen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 139.

25 Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 19. Dezember 1985 vgl. Dok. 23.

26 Vgl. dazu die Gespräche zwischen SPD und SED über die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa; Dok. 25, Anm. 19.

27 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

28 Zur Initiative der DDR und der ČSSR zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone vgl. Dok. 30, Anm. 18.
Am 21. Mai 1986 übergab der Außenminister der DDR, Fischer, Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, „Prinzipien und Hauptrichtungen künftiger Verhandlungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte dazu am 22. Mai 1986, in dem Papier werde die Bildung einer chemiewaffenfreien Zone „auf Gebiet der beiden deutschen Staaten und der ČSSR (1. Stufe), anschließend auf MBFR-Gebiet (2. Stufe)“ vorgeschlagen. Die Zone solle weiteren Staaten offen stehen. Ferner seien der Abzug aller chemischen Waffen „innerhalb möglichst kurzen Zeitraums nach Abschluß des Abkommens (‚z. B. 18 Monate‘)“, die Verpflichtung, sie „nach CW-Abzug von CW frei zu halten (Produktions-, Erwerbs-, Transit-Verbot)“ sowie die „Errichtung eines nationalen und internationalen Kontrollsystems“ vorgesehen. Hartmann kam zu dem Schluß, daß es sich bei dem Vorschlag „um ein durchsichtiges Propagandamanöver“ handele, das „in voller Kenntnis der Ablehnung des Konzepts CW-freier Zonen durch die Bundesregierung“ erfolge. Vgl. Referat 222, Bd. 130156.

29 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

30 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner notierte am 20. Mai 1986, Frankreich habe sich „von Anfang an konsequent gegen die Idee international bindender Standards für die Reaktorsicherheit gewandt“ und während der Pfingstfeiertage eine Demarche durchgeführt, „die französische Haltung und auch eine gewisse Verärgerung darüber, von deutscher Seite nicht konsultiert worden zu sein, deutlich macht“. Vgl. Referat 431, Bd. 153316.
Ministerialdirektor Jelonek führte am 21. Mai 1986 ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Morel. Botschafter Schoeller, Paris, informierte am folgenden Tag, Jelonek habe darüber folgendes berichtet: „F zeige Verständnis für die bei uns besonders intensive Diskussion um mehr Sicherheit und sei bereit, mit uns in dieser Angelegenheit engen Kontakt zu halten, insbesondere im Rahmen der IAEO in Wien. Zugleich sei jedoch deutlich geworden,

und bei den Gesprächen in der IAEO in Wien hätten sich die deutsche und die französische Position angenähert. In Paris sei man durch die deutschen Initiativen[31] zunächst etwas beunruhigt gewesen, da sie auf die Schaffung internationaler Sicherheitsnormen gerichtet zu sein schienen. Ein System zur Verbesserung der Information, der Warnung und der Hilfe bei einem Unfall sei etwas anderes. Tschernobyl sei schließlich ein Unfall in der SU gewesen, die in ihrem System überall Mängel habe, über die die sowjetische Führung nachdenken müsse. Man sollte diese Mängel nicht jetzt als auch den Westen betreffende Mängel erscheinen lassen. In Frankreich sei die Öffentlichkeit nicht so sensibilisiert wie in Deutschland. Trotzdem habe ein gerade entdeckter kleiner Mangel in der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague gleich große Aufmerksamkeit gefunden.[32]

BM wies auf die Möglichkeit hin, daß Journalisten in der Pressekonferenz nach der französischen Reaktion auf die Einladung des BK zu einer Konferenz fragten.

Raimond stellte fest, daß die Einladung, die ja noch frisch sei, geprüft werde. Frankreich sei einverstanden mit einer Verstärkung der Zusammenarbeit bezüglich der Information, der gegenseitigen Hilfe und eines Warnsystemes. Im übrigen werde in verschiedenen Foren über die Frage diskutiert, z. B. bei EURATOM. Die Angelegenheit sei noch in Bewegung. Man müsse mit Rücksicht auf die Diskussion in westlichen Ländern über die Nuklearenergie behutsam vorgehen.[33]

Auf den Hinweis von *BM*, daß deutsche Journalisten möglicherweise nach Cattenom[34] fragen würden und daß es wichtig sein könnte, hier darauf hinzuweisen, daß man alle Möglichkeiten der Information nutzen werde, meinte *Raimond*: Er könne in der Tat sagen, daß alle Maßnahmen ergriffen würden, damit von

Fortsetzung Fußnote von Seite 759

daß F dem Gedanken gemeinsamer Sicherheitsstandards mit Vorbehalten gegenüberstehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1163; Referat 202, Bd. 151086.

31 Vgl. dazu den Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit; Dok. 138, Anm. 7.

32 Am 22. Mai 1986 wurde in der Presse berichtet, daß bei einem Zwischenfall in der nuklearen Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague fünf Beschäftigte radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen seien. Nach Angaben der Betreiberfirma Cogema sei der Unfall nicht auf einen Funktionsfehler des Werks zurückzuführen: „Die Arbeiter hätten beim Zerschneiden von Rohrmaterial trotz ihrer Meßgeräte nicht sofort den Austritt von Strahlen begriffen. Es liege jedoch ‚keine Verseuchung' vor, da die bestrahlten Personen ihre Schutzmasken getragen hätten." Vgl. den Artikel „Strahlenunfall in nuklearer Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Mai 1986, S. 2.

33 Staatspräsident Mitterrand nahm mit Schreiben vom 17. Juni 1986 an Bundeskanzler Kohl Stellung zum Vorschlag für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit. Vgl. dazu Dok. 176, Anm. 14.

34 Referat 431 notierte am 4. Juni 1986: „Im Dreiländereck Bundesrepublik Deutschland – Frankreich – Luxemburg hat die Electricité de France ca. 13 km von der deutschen Grenze entfernt in Cattenom vier Kernkraftwerksblöcke von 1300 MW, also insgesamt 5200 MW, im Bau. Die Blöcke 1 und 2 sind kurz vor Fertigstellung, die Blöcke 3 und 4 sollen nacheinander bis 1988/90 ans Netz gehen. Es handelt sich um bewährte Druckwasserreaktoren. Frühere Bemühungen der deutschen wie auch der Luxemburger Regierung, Frankreich für ein Überdenken der Standortentscheidung zu gewinnen, hatten keinen Erfolg. Die französische Seite erklärte sich jedoch bereit, mit uns über alle mit dem Bau des KKW zusammenhängenden Fragen zu sprechen. […] Deutsche Energieversorgungsunternehmen haben mit EdF vereinbart, 5 % des in Block 1 und 2 des KKW Cattenom erzeugten Stroms abzunehmen." Vgl. Referat 431, Bd. 153257.

Cattenom keine Gefahr für die in der Umgebung wohnenden Menschen, ob Franzosen, Deutsche oder andere, ausgehe, und daß Informationen zwischen deutschen und französischen Persönlichkeiten ausgetauscht würden.

Referat 202, Bd. 151086

147

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner

214-321.11 BUL **Aufgabe: 22. Mai 1986, 10.36 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 45 Ortex

Betr.: Besuch des bulgarischen AM Petar Mladenow (Bonn, 19.5. bis 21.5.1986)

1) Der bulgarische AM Petar Mladenow besuchte Bonn vom 19. bis 21. Mai 1986 im Rahmen der jährlichen bilateralen Treffen der Außenminister (zuletzt BM in Sofia, 7./8.3.1985[2]). Jetzige Begegnung war 21. Treffen der dienstältesten Außenminister beider Bündnisse.

2) BM führte mit Mladenow zwei insgesamt 4 1/2stündige Gespräche unter vier Augen und zweistündiges Delegationsgespräch. Zusätzlich vertiefte Expertenrunde bilaterale Fragen.

AM Mladenow wurde von BuPräs zu Höflichkeitsbesuch[3] und von BK zu über einstündigem Gespräch[4] empfangen. Er traf mit Fraktionsvorsitzenden (oder Stv. Vorsitzenden bzw. Beauftragten) von CDU/CSU – Rühe, FDP – Mischnick, SPD – Vogel, und der Grünen – Horacek sowie MP/NRW Rau zusammen.

BM gab zu Ehren AM Mladenows Abendessen (Tischrede BM vgl. Info-Funk und Bulletin[5]).

AM Mladenow lud BM zu Gegenbesuch nach Sofia ein. Desweiteren wurden Treffen am Rande VN-GV[6] sowie bei Eröffnung dritten KSZE-Folgekonferenz Wien in Aussicht genommen.

1 Durchdruck.
Hat laut handschriftlichem Vermerk des Legationsrats I. Klasse Blücher Referat 012 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Bulgarien vgl. AAPD 1985, I, Dok. 58.

3 Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 21. Mai 1986 standen die Wirtschaftsentwicklung beider Staaten, die bulgarisch-türkischen Beziehungen und das Ost-West-Verhältnis. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139472.

4 Bundeskanzler Kohl führte am 20. Mai 1986 ein Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow, in dessen Mittelpunkt die innere Lage der UdSSR, der Reaktorunfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl, die Teilnahme der Bundesrepublik an der SDI-Forschung und die Zukunft der Entspannungspolitik standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139472.

5 Für den Wortlaut der Tischrede vom 20. Mai 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 459 f.

6 Bundesminister Genscher und der bulgarische Außenminister Mladenow trafen am 26. September

3) Gespräche BM/AM Mladenow waren geprägt durch gute, informelle Atmosphäre und ein durch lange persönliche Bekanntschaft gewachsenes Vertrauensverhältnis. Dieses erlaubte, auch schwierige Fragen offen anzusprechen und lösungsorientiert zu erörtern.

4) Stand und Perspektiven des West-Ost-Verhältnisses waren Schwerpunkt internationaler Thematik. BM bekräftigte – unter Zustimmung Mladenows – Überzeugung, daß unverändert gelte, durch Gipfeltreffen Reagan/Gorbatschow[7] gewonnene positive Bewegung auszubauen und jenseits aller Unterschiede der politischen und gesellschaftlichen Systeme Wege zu suchen und zu finden, Gefährdungen gemeinsam zu beherrschen (Tischrede). Tschernobyl[8] verdeutliche erneut, daß West und Ost „Überlebensgemeinschaft" bilden.

BK unterstrich zu diesem Hintergrund Bedeutung nächsten Gipfels der Großmächte Ende dieses Jahres und forderte unterstützende Bemühungen der mittleren und kleineren Staaten Europas.

BM plädierte für maximale Nutzung dritter KSZE-Folgekonferenz Wien zur Stabilisierung des West-Ost-Verhältnisses insgesamt. Er bekräftigte unser Interesse, auf Grundlage vorherigen positiven Abschlusses KVAE/Stockholm Fragen der Sicherheit „vom Atlantik bis zum Ural" – gerade auch hinsichtlich konventioneller Waffen – in Wien zu behandeln (u. U. zweite Phase KVAE – aber andere Lösungen ebenfalls denkbar). M. betonte östliches Interesse an unpolemischem, konstruktivem Verlauf des Folgetreffens bei ausgewogenen Fortschritten in allen Bereichen.

Beide Seiten bestätigten Bereitschaft zur Eröffnung auf politischer Ebene. Verabredet wurden vorherige bilaterale Konsultationen über Wien-Materie.

Beide Seiten forderten Fortschritte bei KVAE (s. o.), bei Rüstungskontrollverhandlungen der Großmächte in Genf – entsprechend Erklärung Shultz/Gromyko vom 8.1.1985[9] – sowie über CW und bei MBFR. BM bekräftigte Forderung, daß ABM-Vertrag strikt eingehalten und SALT II weiter beachtet wird. Eher routinemäßige Kritik Mladenows an Sicherheitspolitik der Bundesregierung wies BM zurück.

Zu Thema Nah- und Mittelost bekräftigte Mladenow östliche Forderung umfassender Friedenskonferenz, insbesondere Einschluß der SU in jede Friedensregelung, und zeigte sich – aufgrund kürzlicher Kontakte mit Führung Teheran[10] – besorgt über emotionelle Blockade friedlicher Lösungsversuche. BM verdeutlichte Sorge vor unkontrollierter Ausweitung des Golfkonflikts sowie terroristischer Destabilisierung des Mittelmeerraums.

Fortsetzung Fußnote von Seite 761

1986 in New York zusammen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 7092 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 29. September 1986; Referat 214, Bd. 139472.

7 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

8 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

9 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

10 Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich am 12./13. März 1986 im Iran auf.

Mladenow bekräftigte – von BM aufgefordert – Bereitschaft, wie bereits früher bei Bekämpfung Terrorismus zusammenzuarbeiten, und bot bilaterale Kontakte der Fachminister und -behörden an.

Von BM auf Problematik BUL/TU[11] angesprochen, betonte Mladenow bulgarisches Bestreben nach gutem Verhältnis zur Türkei (für Ankara: BM wird AM Halefoglu während Staatsbesuch[12] unterrichten, vgl. hierzu auch Schlußpassage Tischrede).

5) Beide Seiten bekräftigten Bereitschaft zum Ausbau bilateraler Beziehungen, deren guter Stand sich in ungebrochenem politischem Dialog – seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1973[13] – manifestiert. Neben weiteren Treffen der beiden AM (s. o.) wurden Bonn-Besuch Justizministerin Daskalowa (Anfang Juli) und Kontakte der für Terrorismusbekämpfung zuständigen Fachminister ins Auge gefaßt. Beide Außenministerien werden im Juni über RK- und Abrüstungsfragen[14] und vor Wien über KSZE-Materie konsultieren.

Für uns stand Wunsch nach ständiger kultureller Präsenz in Sofia (Lesesaal/Kulturinstitut)[15] im Mittelpunkt. Bulgarische Seite blieb hierbei zurückhaltend, sagte aber erneute Prüfung zu.

11 Am 2. April 1986 wurde in der Presse berichtet, daß nach einem Bericht der Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“ mehrere hundert Mitglieder der in Bulgarien lebenden türkischen Volksgemeinschaft bei Protesten gegen Maßnahmen zur Zwangsassimilierung von bulgarischen Sicherheitskräften getötet oder festgenommen worden seien: „Von der Kampagne seien etwa 900 000 bulgarische Bürger türkischer Abstammung betroffen, ein Zehntel der bulgarischen Bevölkerung. Die bulgarischen Behörden verlangen insbesondere die Annahme bulgarischer Namen und das Sprechen der bulgarischen statt der türkischen Sprache.“ Vgl. den Artikel „Zahlreiche Türken in Bulgarien getötet“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. April 1986, S. 5.

12 Bundesminister Genscher hielt sich am 26./27. Mai 1986 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 154.
Im Gespräch mit dem türkischen Außenminister Halefoglu am 26. Mai 1986 übermittelte Genscher eine Einladung des bulgarischen Außenministers Mladenow zu einem Besuch in Sofia. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Ankara, teilte weiter mit: „AM dankte, auch für Ausführungen BMs gegenüber Mladenow zu Problem türkischer Minderheit in Bulgarien. Er werde Besuch gerne realisieren, wenn bulgarische Seite zur Erörterung aller Themen bereit sei. Er erläuterte Enttäuschung über zweimal von Schiwkow gegebene Zusage, daß gegenüber türkischer Minderheit keine Assimilierungsmaßnahmen ergriffen würden. Evren habe sogar einen Emissär nach Sofia geschickt, dem gegenüber entsprechende Bestrebungen erneut abgestritten worden seien. […] AM Halefoglu hielt daran fest, daß er angesichts derzeitiger Politik Bulgariens Sofia nicht besuchen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1 vom 27. Mai 1986; Referat 206, Bd. 151040.

13 Die Bundesrepublik und Bulgarien nahmen am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 420.

14 Referat 502 vermerkte am 7. Mai 1986, daß Bulgarien wiederholt den Wunsch geäußert habe, mit der Bundesrepublik einen Konsularvertrag abzuschließen. Bulgarien sei jedoch nicht dem Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen beigetreten. Bei den letzten Rechts- und Konsularkonsultationen am 4./5. Oktober 1982 in Sofia habe die bulgarische Seite den Entwurf eines als „Protokoll“ bezeichneten Papiers über Absprachen im Konsularbereich vorgelegt. Damit beabsichtige Bulgarien, „sich einen Zugang zu seinen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, zu verschaffen, ohne daß es dabei darauf ankommen soll, ob der bulgarische Staatsangehörige von seiner Botschaft betreut werden will oder nicht. Eine solche Regelung würde eindeutig über die Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen hinausgehen; wir haben keinerlei Veranlassung, den Bulgaren ein Zugangsrecht zu bulgarischen Staatsangehörigen, die von Bulgarien nicht betreut werden wollen, einzuräumen.“ Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1101.
Eine weitere Runde der Rechts- und Konsularkonsultationen zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien fand am 18./19. Juni 1986 statt.

15 Am 19. Mai 1986 äußerte Ministerialdirigent Oesterhelt gegenüber dem Abteilungsleiter im bulgarischen Außenministerium, Ptschelinzew, den Wunsch der Bundesrepublik, „in Sofia stärker kulturell präsent zu sein. […] Auch hier könne man jedoch pragmatisch vorgehen: Es gebe das Bei-

Überfällige Einladung bulgarischen Roten Kreuzes an VDK zu Gesprächen über Pflege deutscher Kriegsgräber soll in nächster Zukunft folgen.[16]

Beide Delegationen würdigten bilaterale Wirtschaftsbeziehungen (Warenaustausch 1985, 1,9 Mrd. DM – bei deutschem Überschuß 1,2 Mrd. DM, teilweise aufgewogen durch Dienstleistungen). Bulgarische Seite wünschte – nach kürzlicher Unterzeichnung IFV[17] – nunmehr Finalisierung Doppelbesteuerungsabkommen.[18]

Stark besorgt zeigte sich bulgarische Seite über kürzliche EG-Importrestriktionen nach Tschernobyl[19] und durch Besorgnis unserer Öffentlichkeit gefährdeten Balkan-Tourismus[20]: Wir stellten Ursachen und Wirkungen in Zusammenhang mit Tschernobyl richtig, verwiesen aber auf Befristung der EG-Maßnahmen und ihre Überprüfung noch in dieser Woche.[21]

Fortsetzung Fußnote von Seite 763

spiel eines westlichen Landes, das im Stadtzentrum einen dem Publikum zugänglichen Lesesaal unterhalte. Wir wüßten, daß die DDR mit unserer gemeinsamen deutschen Kultur länger präsent sei als wir. Wir seien deshalb nicht eifersüchtig, sondern schätzten vielmehr alle Beiträge, die Bulgarien deutsche Kultur nahebrächten. Es sei jedoch eine Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten gebe, die die deutsche Kultur unterschiedlich darböten. Auch für die bulgarische Seite sei es die Überlegung wert, ob sie die Informationsmöglichkeit über unseren Teil Deutschlands nicht vergrößern solle." Ptschelinzew erwiderte, daß mit der Zulassung eines Kulturinstituts der Bundesrepublik „neue Probleme" entstünden: „Man wolle keinen Präzedenzfall schaffen und bulgarischerseits auch kein Institut bei uns eröffnen. Dazu kämen andere Faktoren: das Problem, ein Gebäude zu finden." Im übrigen könne die DDR nicht mit der Bundesrepublik „auf die gleiche Stufe" gestellt werden: „Die DDR stehe mit ihrer Sicht Bulgarien zwangsläufig näher. Wegen unseres deutlichen Interesses werde man unser Anliegen gleichwohl nochmals überdenken." Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Blücher vom 23. Mai 1986; Referat 214, Bd. 139472.

16 Im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im bulgarischen Außenministerium, Ptschelinzew, am 19. Mai 1986 führte Ministerialdirigent Oesterhelt aus: „GS Schiwkow habe vor sechs Jahren BK Schmidt zugesagt, daß der VDK-Präsident vom bulgarischen Roten Kreuz eingeladen werde. In der Frage, die uns sehr am Herzen liege, sei seitdem wenig geschehen. Die beiden AM hätten das Thema im März 1985 behandelt. Unsere späteren Anfragen hätten nicht weitergeführt." Ptschelinzew erwiderte: „Die Frage der Kriegsgräberfürsorge liege schon lange auf dem Tisch. Die deutsche Seite kenne die bulgarischen Probleme und solle die Verzögerung nicht als Ausweichen interpretieren. In Bulgarien gebe es keine Institution, die hierfür zuständig sei. Das bulgarische Rote Kreuz befasse sich nicht originär damit, sei aber beauftragt worden, sich der Sache anzunehmen. Die Vorbereitungsarbeiten seien schwierig gewesen, da die erforderlichen Informationen von den Volksräten der einzelnen Regionen hätten zusammengetragen werden müssen. Er, P., könne versichern daß in nächster Zeit eine Einladung des bulgarischen RK an den VDK ergehe und die Gespräche alsbald beginnen könnten." Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Blücher vom 22. Mai 1986; Referat 214, Bd. 139472.

17 Am 12. April 1986 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der bulgarische Stellvertretende Ministerpräsident Dojnow in Hannover den Vertrag über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (Investitionsförderungsvertrag, IFV). Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 743–750.

18 Vom 24. bis 28. Juni 1985 fand die dritte Verhandlungsrunde zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung statt. Vortragender Legationsrat Wentzel vermerkte am 3. Juli 1985, daß es nicht gelungen sei, Einvernehmen über einen zur Paraphierung fähigen Text zu erzielen. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140292.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner vermerkte am 29. September 1986, daß der bulgarische Botschafter Evtimov das Auswärtige Amt um Unterstützung gebeten habe, damit die Verhandlungen über ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung noch in diesem Jahr abgeschlossen werden könnten. Das Bundesministerium der Finanzen habe allerdings „nunmehr mitgeteilt, die nächste Verhandlungsrunde könne erst im Februar nächsten Jahres vorgesehen werden". Vgl. Referat 421, Bd. 140292.

19 Zu den Einfuhrbeschränkungen in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 136, Anm. 11.

20 So in der Vorlage.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 3. Juni 1986: „Die Gemeinschaft

6) Bewertung: Für uns bot AM-Besuch Gelegenheit, Stand guter und relativ problemfreier Beziehungen zu dem WP-Land Bulgarien herauszustellen. Auf Grundlage traditioneller deutsch-bulgarischer Freundschaft und kultureller Verbundenheit und nicht belastet durch politische oder psychologische Hypotheken bieten bilaterale Beziehungen bedeutende Chancen zu Weiterentwicklung unter KSZE-Vorzeichen – mit daraus folgender positiver Wirkung für West-Ost-Verhältnis insgesamt.

Aktuelle Bedeutung gewann Mladenows Besuch darüber hinaus durch bevorstehenden WP-Gipfel Budapest, 11.6.1986[22], an dem Mladenow als Vertreter eines der SU besonders eng verbundenen Landes, nunmehr in Kenntnis unserer Positionen zu West-Ost-Fragen, insbesondere Abrüstung und Rüstungskontrolle, teilnehmen wird. Dazu spiegelbildliches bulgarisches Interesse, im Zuge hochrangiger westlicher Begegnungen (nach Tokio[23], vor Halifax[24]) von uns aus erster Hand Aufschlüsse über künftige Entwicklungslinien westlicher Politik zu gewinnen.

Kaestner[25]

Referat 214, Bd. 139472

Fortsetzung Fußnote von Seite 764

hat sich am 29.5.1986 (AStV) auf eine Anschlußregelung verständigt, die vom Rat im Wege des schriftlichen Verfahrens am 30.5.1986 gebilligt wurde (Ratsverordnung – EWG Nr. 1707/86 vom 31.5.1986; in Kraft getreten am 1.6.1986). Die Anschlußregelung besteht aus folgenden wesentlichen Elementen […]: a) Anwendung erga omnes, d. h. auf alle Drittlandseinfuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Verarbeitungserzeugnissen in das Gebiet der Gemeinschaft. b) Für die Radioisotope Cäsium 134 und 137 Festlegung eines maximalen Grenzwertes von 370 Bq/kg für Milch und zubereitete Lebensmittel für Kleinkinder und 600 Bq/kg für alle übrigen Erzeugnisse. Produkte, die eine Strahlenbelastung von mehr als 350/600 Bq aufweisen, dürfen nicht eingeführt werden. c) Vornahme von Kontrollen durch die Migliedstaaten in geeigneter Form über die Einhaltung der maximalen Grenzwerte. Hierbei können Zertifikate gefordert werden. […] d) Die Anschlußregelung gilt bis einschließlich 30.9.1986". Vgl. Referat 431, Bd. 153285.

22 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8.

23 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

24 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

25 Paraphe.

148

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3265/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Mai 1986, 12.19 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 727 **Ankunft: 22. Mai 1986, 12.38 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Sitzung Eurogroup 21.5.1986;
hier: Eurodinner

Bezug: DB 725 vom 21.5.1986 – II-362.05.2-1525/86 VS-v[2]

I. Es nahmen wie üblich Verteidigungsminister und Ständige Vertreter der 12 Mitgliedstaaten teil. Für Spadolini, de Donnea und de Ruiter waren nur StV[3] anwesend. Erörterung konzentrierte sich auf Rüstungskontrollfragen. Im übrigen wurde über Ausgestaltung künftiger Sitzungen und CW-Streitkräfteziel US gesprochen. Norwegischer VM Holst erläuterte Sicherheitspolitik neuer Regierung in Oslo[4]. Italienischer StV erstattete kurzen Bericht über WEU-Ministerrat Venedig 29./30.4.[5] ohne anschließende Diskussion. Im einzelnen:

II. 1) Diskussion Rüstungskontrolle wurde durch VM Younger eingeleitet. Für Westen habe sich dadurch neue Lage ergeben, daß Gorbatschow (von dem er bereits vor anderthalb Jahren in London[6] sehr beeindruckt gewesen sei) systematisch unsere Öffentlichkeit zu beeinflussen versuche. Auseinandersetzung erfolge nunmehr auf zwei Ebenen: An den verschiedenen (im wesentlichen vier) Verhandlungstischen und zusätzlich im Medienbereich, wo sich Moskau „effective and quite skillful" verhalte. Zwar sei SU wohl auch an sachlichen Fortschritten gelegen, doch spiele Taktik für sie zunehmend überragende Rolle. Verschiedenen Erklärungen Gorbatschows seien in der Substanz keine Taten gefolgt. Gestellte Bedingungen (START: Aufgabe SDI. INF: Abbau britischer

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 27. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 30. Mai 1986 vorgelegen.

2 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete über den geschlossenen Teil der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 21. Mai 1986 in Brüssel: „Im Mittelpunkt der Konferenz standen Sachstandsberichte zu den wesentlichen Aktivitäten der verschiedenen Untergruppen der Eurogroup sowie zu deren Öffentlichkeitsarbeit. […] Hervorzuheben ist, daß der spanische Verteidigungsminister die Bereitschaft seines Landes zur aktiven Mitarbeit an den Aktivitäten der Eurogroup betonte und der türkische Verteidigungsminister das Angebot der Türkei zu dem Großvorhaben von Eurotraining Langfristlösung für die Flugzeugführerausbildung bekräftigte und darum bat, zunächst über die vorliegenden Angebote zu befinden, ehe neue Alternativen in Erwägung gezogen würden. Darüber hinaus hob der italienische Vorsitzende einer der zwei Eurogroup-Informationsreisen in den USA (Panel-Tours) hervor, daß die amerikanische Bevölkerung, insbesondere Politiker und Medien die Haltung der Europäer zu Sicherheitsfragen in der Allianz nach Libyen äußerst kritisch mitverfolgten und Burden-sharing-Aspekte erneut an Gewicht gewönnen." Vgl. VS-Bd. 11330 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Juan Cassiers (Belgien), Francesco Paolo Fulci (Italien) und Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande).

4 Die norwegische Regierung trat am 30. April 1986 zurück. Am 9. Mai 1986 nahm die neue Regierung unter Ministerpräsidentin Brundtland ihre Arbeit auf.

5 Zur WEU-Ministerratstagung vgl. Dok. 130.

6 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

und französischer Systeme) seien unrealistisch. Propaganda-Effekt sei beträchtlich und Allianz in Spaltungsgefahr. Westen befinde sich hinsichtlich Medienkampagne in schwierigerer Ausgangsposition als SU. Wir müßten diese neue Dimension stärker im Auge haben. Es gelte, darüber eingehender zu sprechen und sich in diesem „neuen Spiel" bewußter abzustimmen. Wir könnten nur aus Position Stärke verhandeln.

VM Holst betonte, daß neue sowjetische Führung „sophistizierter" sei als bisherige und, da jünger, sich stärker mittel- und langfristig zu orientieren bemühe. Sie sei sich der sozialen, demographischen, wirtschaftlichen usw. Bedingtheiten deutlicher bewußt und besitze stärker Bewußtsein, daß man nicht alles haben könne und zu wählen habe. Gorbatschow habe indessen Schwierigkeiten, erforderliche Bremsungen vorzunehmen. Für Westen gelte es, neue Parameter stärker zu beachten. Fragestellungen bei Rüstungskontrolle seien zum Teil überholt. Deren Prioritäten müßten mit denjenigen der Verteidigung wieder in Einklang gebracht werden.

BM Wörner pflichtete Vorrednern bei. Eigentliche Verhandlungsinitiativen in Genf, Wien und Stockholm lägen beim Westen, was herausgestellt werden müßte, da öffentliche Meinung sich dessen nicht bewußt sei. Geschlossene Gesellschaft SU besitze insoweit manche Vorteile. Andererseits habe z. B. Tschernobyl[7] ihre Schwächen aufgezeigt. Er sei sich nicht sicher, ob und inwieweit Gorbatschow wirklichen Wandel bedeute.

Westen müsse seine Vorteile bewußt wahrnehmen und seine Interessen klar vertreten. Es gelte, Gorbatschow beim Wort zu nehmen, und zwar so schnell wie möglich. Verifikationsproblematik biete hier beste Chance. Es sei an uns, in Öffentlichkeit zweifelsfrei deutlich zu machen, wo Gorbatschow hinter seinen propagandistischen Erklärungen zurückbleibe. Das erfordere gelegentlich Mut. Unrealistische Hoffnungen dürften jedoch nicht aufrechterhalten werden. Gorbatschow dürfe nicht erlaubt werden, in seinem Sinne unwidersprochen zu manövrieren. Gutes Feld stelle MBFR dar. Beschränkter geographischer Anwendungsbereich[8] sei „Geburtsfehler" gewesen. Wir müßten Gorbatschows am 18.4. bekundete Bereitschaft, NGA[9] bis zum Ural auszudehnen[10], aufgreifen. In welchem Forum? Wien? Zweite Phase Stockholm? Verhandlungen würden gewiß komplizierter, beinhalteten in der Sache jedoch bessere Chancen.

Younger stimmte ebenso wie Serra lebhaft zu. Britischer VM bemerkte, daß SU auch an Propagandafront gelegentlich Fehler mache (z. B. Vorschlag Konferenz Hiroshima[11]). Er bestätigte überragende Bedeutung Verifikation. Nicht verifizierbare Vereinbarungen hätten keinen Sinn, und es gelte, insoweit hart zu bleiben. Serra wies auf sachliche Meinungsunterschiede innerhalb Allianz hin.

7 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

8 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

9 National Geographic Area.

10 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Ost-Berlin; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 414. Vgl. dazu auch Dok. 114 und Dok. 131.

11 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Mai 1986 für eine internationale Konferenz über einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 144.

Holst meinte, Verifikation stelle in der Tat Lackmus-Test dar. Sie sei jedoch Mittel, nicht Ziel in sich selbst. Testbann sei wichtiger Bereich, bei dem sowjetische Verifikationsbereitschaft geprüft werden könne. Wir müßten alles daran setzen, wieder transatlantischen Konsens zu finden. BM Wörner meinte abschließend, in offener Gesellschaft bestünden keine Schwierigkeiten, Verifikationserfordernisse zu betonen. Dies gelte vor allem nach Tschernobyl.

2) Binäre chemische Waffen

BM Wörner appellierte mit großem Ernst an alle Beteiligten, im DPC 22.5. Streitkräfteziel nicht zu gefährden.[12] Er sei besorgt. Wenn man schon glaube, Vorbehalte einlegen zu müssen, sollte dies in einer Form geschehen, die amerikanische Schwierigkeiten nicht vergrößerten. Andere (gemeint waren GR und TUR) sollten sich darum bemühen, daß ihre Probleme Verabschiedung nicht in Gefahr brächten. Es sei ein Tag größter Wichtigkeit. Sollte Verabschiedung scheitern, werde dies schwerwiegende Folgen haben. Wir alle hätten Emotionen, nicht zuletzt auch die Amerikaner. Transatlantisches Verhältnis sei ohnehin bereits schwer belastet. Psychologische Vorbehalte gegenüber Europa in USA seien niemals so ausgeprägt gewesen wie heute. Ein weiterer Tropfen genüge, um Destabilisierung herbeizuführen.

Dänischer[13] und norwegischer Verteidigungsminister, die Einschätzung BM hinsichtlich transatlantischer Probleme grundsätzlich teilten, wiesen darauf hin, daß es demokratischen Ländern erlaubt sein müsse, ihre Meinungen im Allianz-Kreis zu äußern. Angelegenheit sei in Washington falsch gespielt worden. Es gehe nicht an, daß US ihre innenpolitischen Probleme auf Europa abblüden. In Zukunft müßten solche Fragen auch prozedural anders gespielt werden. Man wolle jedoch so zurückhaltend wie möglich sein (Holst: „dignified and non-confrontational").

3) Sicherheitspolitik neuer norwegischer Regierung

VM Holst unterstrich, Regierung Brundlandt (über deren Dauer es verschiedene Meinungen gebe) sei „solidly pro-western". Allianz und Bündnissolidarität blieben Eckstein norwegischer Politik. Oslo wünsche nach wie vor starke Verteidigung, werde allerdings Kosteneffizienz nachdrücklichere Beachtung beimessen (u.U. „mehr Verteidigung für weniger Geld"). Man solle nicht vergessen, daß es sich – auch in personeller Hinsicht – um (weitgehend) gleiche Regierung handle, die Doppelbeschluß[14] und Dreiprozent-Ziel[15] (dem man sich nach wie vor verpflichtet fühle) zugestimmt habe. Rüstungskontrolle werde stärkere Rolle

12 Zur Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich chemischer Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 vgl. Dok. 150.

13 Hans Engell.

14 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

15 In der „Ministerial Guidance 1977", die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle NATO-Mitgliedstaaten angesichts nachteiliger Tendenzen im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

als bisher spielen. Hinsichtlich von NWG geforderter atomwaffenfreier Zone in Nordeuropa[16] wolle er präzisieren, daß eine solche nur als Teil einer „allgemeinen europäischen Lösung" in Frage kommen könne. Auch insoweit gelte – innen- und außenpolitisch – „you need two for tango". Nordeuropa werde für Verteidigungspolitik immer wichtiger, und deshalb sei stärkere Koordinierung mit den anderen Regionen so bedeutungsvoll.

4) Ausgestaltung künftiger Eurogroup-Sitzung

Staff-Group soll neues Schema erarbeiten, über das bei Herbst-Sitzung[17], die wie bisher abgehalten wird, zu entscheiden ist. Dänischer VM als Vorsitzender betonte, es gelte mit Untergruppen Fühlung zu halten („keep contact"). BM Wörner unterstrich Bedeutung Eurodinners als Möglichkeit vertraulicher Aussprache ohne vorbereitete Erklärungen; dies schließe Kontakt zu Untergruppen nicht aus. Zustimmung von Holst und Younger.

III. Eurodinner erwies sich erneut als gute Gelegenheit zu substantiellen, vertrauensvollen und vertraulichen Erörterungen. Diskussion wurde im wesentlichen von BM Wörner und seinen britischen und norwegischen Kollegen bestritten.

Aussprache bewährte sich als wesentlicher Beitrag zur europäischen Meinungsbildung durch Verteidigungsminister – im Gegensatz zur WEU ohne F, aber mit den sechs nicht zur WEU gehörenden Randstaaten.

VM Holst, der noch stark in der Art von akademischen Seminaren argumentiert, bedeutet intellektuelle Bereicherung. Auch er vermied sorgfältig Konfrontationshaltung gegenüber USA.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11330 (220)

16 Botschaftsrat I. Klasse Hübener, Oslo, informierte am 28. November 1986, daß eine vom norwegischen Außenministerium eingesetzte Kommission ihren Bericht über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa vorgelegt habe. Der Bericht stelle fest, „daß ein derartiges Abkommen im Interesse der nordischen Länder ebenso wie der NATO wäre, zählt jedoch eine Reihe von Bedingungen und Voraussetzungen auf, die erfüllt sein müßten, um die mit dem Abkommen beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Ohne diese Bedingungen und Voraussetzungen und als isolierte und einseitige Maßnahme der nordischen Länder würde das Abkommen nach Auffassung der Berichterstatter die Sicherheit Norwegens schwächen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 221, Bd. 130139.

17 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 3. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 348.

149

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3287/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Mai 1986, 22.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 745 **Ankunft: 22. Mai 1986, 23.00 Uhr**

Betr.: DPC-Ministerkonferenz in Brüssel am 22.5.1986;
hier: TOP II – Aussprache im kleinen Kreis

Der Generalsekretär begrüßte die spanischen Schritte nach dem NATO-Referendum[2] und faßte das Ergebnis der Ratssitzung vom 20.5.1986 dahin zusammen, daß die vom StV Spaniens übermittelten Grundlinien für die Beteiligung seines Landes an den Verteidigungsanstrengungen eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die weitere Arbeit darstellen.

Der spanische VM[3] dankte für den kooperativen Geist, in dem die spanischen Ausführungen in der Ratssitzung vom 20.5.1986 behandelt worden seien. Spanien beende damit den Zustand des Provisoriums und gehe daran, seine Stellung in den Organen mit seinem militärischen Beitrag zu bestimmen. Es werde sich um einen längeren Prozeß handeln.

BM Dr. Wörner ergriff das Wort zum Ratsbeschluß über die Beauftragung des NATO-Ausschusses für Luftverteidigung (NADC[4]) mit Studien zur erweiterten Luftverteidigung.[5] Er ging auf die Bedrohungsanalyse ein: Die meisten sowjetischen Raketen der Kurzstrecke und im Bereich der unteren Mittelstrecke seien bi- oder trivalent. Durch Weiterentwicklung dieser Waffen werde die SU die Fähigkeit zu konventionellen Feuerschlägen tief in das westliche Hinterland erhalten. Diese Bedrohung werde sich erst in einigen Jahren entwickeln, doch gelte es, alles zu tun, um ihr entgegenzutreten. Er unterstütze deswegen den Ratsbeschluß vom 30.4.1986 und den Vorschlag des GS[6] (Auftrag an den NADC, die Aktivitäten zu koordinieren, und an die obersten NATO-Militärbehörden für eine Bedrohungsanalyse). Er schlage vor, daß den Ministern bereits bei der Herbsttagung[7] berichtet werden sollte, damit sie von einer klaren Bedrohungsanalyse ausgehen könnten. Man brauche nicht von einem neuen Programm zu sprechen; die erweiterte Luftverteidigung sei Teil der Anstrengungen zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung und eine logische Fortentwicklung der integrierten Luftverteidigung der NATO.

VM Weinberger erläuterte die Entwicklung des US-Verteidigungshaushalts, der in den letzten Jahren Steigerungsraten von real sechs Prozent erreicht ha-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter vorgelegen.
2 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.
3 Narcís Serra y Serra.
4 NATO Air Defense Committee.
5 Zu Überlegungen hinsichtlich einer erweiterten Luftverteidigung vgl. Dok. 117.
6 Lord Carrington.
7 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel statt.

be. Der Kongreß gebe jetzt der Verringerung des Haushaltsdefizits Priorität[8] und tendiere dahin, die Übereinkunft mit dem Präsidenten über die weitere Entwicklung des Verteidigungshaushalts nicht einzuhalten. Die Administration kämpfe weiter und versuche sicherzustellen, daß alle Programme im Rahmen des US-Verteidigungshaushalts zur NATO voll realisiert werden. Man wisse, daß es für die USA keine Zukunft gebe, wenn Europa überrannt würde.

VM Weinberger wies auf die wachsende militärische Stärke der SU hin, die westliche Verteidigungsanstrengungen erforderlich mache (er nannte insbesondere die Verbesserung der Kommandostruktur und der Reaktionsfähigkeit auf einen Angriff nach kurzer Warnzeit). Die CW der USA müßten modernisiert werden. Zugleich gelte es, die Genfer Verhandlungen mit Nachdruck zu betreiben und dort auf wirksamer Verifikation zu bestehen.

Auf die erweiterte Luftverteidigung eingehend, führte VM Weinberger aus, es gebe Verbindungen und gemeinsame technische Aspekte von strategischer Verteidigung und ATM[9]. Bei letzterer müsse Europa eine wichtige Rolle übernehmen; BM Wörner habe sich maßgeblich dafür eingesetzt. Die USA würden bei ATM-Anstrengungen der NATO mitarbeiten und anerkennen, daß diese jedenfalls fürs erste als getrenntes Programm geführt werden sollten.

VM de Ruiter bezog sich auf die Ausführungen von BM Wörner und VM Weinberger und drückte die Hoffnung aus, daß man bei ATM von der Explorationsphase zur Sacharbeit übergehe. Die Minister brauchten eine Bedrohungsanalyse und einen Überblick über die verwundbaren Ziele im Westen. Zur Beziehung zwischen SDI und ATBM wolle er sagen, daß letztere getrennt zu behandeln sei. Es gehe um eine Endphasenverteidigung (terminal defense). Es gehe um die angesichts der Bedrohung zu ergreifenden Maßnahmen der aktiven und passiven Verteidigung, zu denen auch die offensive Luftangriffsfähigkeit (OCA[10]), die Verbesserung der C3[11] und die Auflockerung zählten. Die Maßnahmen müßten kosteneffizient sein.

VM Spadolini begrüßte die spanische Entscheidung über die NATO-Mitgliedschaft als Belebung des Bündnisses und Bestätigung seiner Anziehungskraft. Auf die spanischen Vorstellungen über die Mitarbeit im Bündnis werde Italien flexibel und in der Perspektive eines weiteren Ausbaus der spanischen Beteiligung eingehen.

VM Spadolini zog eine Verbindung zwischen dem internationalen Terrorismus und den durch die Katastrophe von Tschernobyl[12] aufgeworfenen Problemen: Die Bekämpfung des Terrorismus sei eine Aufgabe für die gesamte zivilisierte Welt; Tschernobyl verstärke die Debatte um die zivile Nutzung der Kernenergie und unterstreiche die Notwendigkeit internationaler Verifikation. Beides

8 Vgl. dazu die Verabschiedung des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes vom 12. Dezember 1985; Dok. 73, Anm. 7.

9 Anti-tactical (ballistic) missile.

10 Offensive counter air.

11 Command, Control, and Communications.

12 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

sei eine Herausforderung für den Zusammenhalt des Bündnisses (zu den Äußerungen Spadolinis über CW getrennter Bericht[13]).

Als letzter sprach der neue norwegische VM Holst, der unterstrich, daß Norwegen weiterhin voll zu seinen Bündnispflichten stehe. Die NATO bleibe Eckstein norwegischer Sicherheitspolitik. Seine Regierung wolle eine aktive Rolle im Bündnis spielen.

Holst warf die Frage auf, worin die Krisenstimmung im Bündnis begründet sei. Es gebe das Risiko einer öffentlichen Auseinandersetzung. Es entwickelten sich immer größere Unterschiede zwischen den Auffassungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Bündnispartner müßten Zurückhaltung üben. Europa habe ein Interesse daran, daß die USA für die Sicherheit Europas engagiert blieben, und die USA hätten ein Interesse an ihrer Präsenz in Europa.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12142 (201)

150

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3293/86 geheim **Aufgabe: 22. Mai 1986, 23.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 746 **Ankunft: 22. Mai 1986, 23.20 Uhr**

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 22.5.86;
hier: Plenary Session – Aussprache zu chemischen Waffen (CW) im Rahmen der Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele 1987 bis 1992 (TOP IV a)

1) Nachdem sich in der Restricted Session[2] nur die Minister Weinberger und Spadolini zum Thema CW geäußert hatten, kam es im Verlauf der Diskussion über die Streitkräfteziele zu einer ausführlichen Aussprache, an der sich alle Minister beteiligten. Übereinstimmend wurde dabei die Notwendigkeit hervorgehoben, dem Verbot über den Einsatz von CW gemäß Genfer Protokoll von

13 Zu den Äußerungen des italienischen Verteidigungsministers Spadolini vgl. Dok. 150.

1 Ablichtung.
Der Drahtbericht wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 23. Mai 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Stackelberg und Vortragenden Legationsrat Bertram „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an das Referat 209 und den Arbeitsstab 20 verfügte.
Hat Stackelberg am 26. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 26. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr am 27. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Bertram vorgelegen.

2 Zur Aussprache im kleinen Kreis („Restricted Session“) des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 in Brüssel vgl. Dok. 149.

1925[3] weltweit Geltung zu verschaffen und mit Nachdruck und Priorität auf ein umfassendes, globales und verifizierbares CW-Verbot hinzuwirken. Obwohl einige Länder zum Ausdruck brachten, daß sie der Produktion von binären CW nicht zustimmen können, wurden die Länderkapitel einschließlich des US-Länderkapitels mit dem Streitkräfteziel EZ 645/I angenommen. Der General Report über die Streitkräfteziele wird zum Ausdruck bringen, daß die Auffassungen der Mitgliedstaaten im Summary Record der DPC-Sitzung auf Botschafterebene am 15./16.5.86 dargelegt sind; zahlreiche Minister bezogen sich ausdrücklich auf die nationalen Positionen, die bereits am 15./16.5.1986 zum Ausdruck gebracht worden waren. Auch die heutigen Ministeräußerungen zu CW werden Gegenstand des Sitzungsprotokolls sein.

2) Im einzelnen

– Der belgische VM de Donnea unterstützte das Streitkräfteziel und die für Krisenzeiten vorgesehenen Konsultationsverfahren. Es sei für BE angesichts seiner geschichtlichen Erfahrung unmöglich, im Frieden CW zu stationieren. In einer Krise oder im Kriege, insbesondere „wenn CW gegen uns eingesetzt würden", werde BE souverän über die Stationierung auf belgischem Territorium entscheiden.

– Der NL-VM de Ruiter brachte zum Ausdruck, daß die Zustimmung der NL zum Gesamtpaket der Streitkräfteziele nicht als Unterstützung des CW-Force-Goals (F.G.) und der nationalen Produktionsentscheidung der USA[4] interpretiert werden dürfe. Er wolle keine negative Haltung einnehmen und verschließe auch nicht die Augen vor der sowjetischen Bedrohung; er wolle deshalb auch an die SU appellieren, sich einem CW-Verbot nicht länger zu verschließen. Möglicherweise könnten die USA dann die Produktionsentscheidung noch einmal überdenken.

– Der NO-VM Holst erinnerte an den Einsatz von CW im Golfkrieg[5] und forderte, der Proliferation von CW Einhalt zu gebieten. Der Abzug von CW aus Europa solle als vertrauensbildende Maßnahme genutzt werden. Die sowjetische Haltung sei für ihn besonders angesichts der US-Zurückhaltung seit 1969[6] Anlaß zu großer Sorge. NO könne das CW-F.G. nicht unterstützen, wolle aber andererseits seine Annahme nicht blockieren, nachdem die NATO durch die US-Kongreßresolution in Anspruch genommen worden sei. NO werde keine CW produzieren oder lagern, seine Streitkräfte nicht für einen Einsatz von CW ausbilden, keine CW-Lagereinrichtungen schaffen und kei-

3 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

4 Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 19. Dezember 1985 vgl. Dok. 23.

5 Nach Berichten über den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak reiste eine von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar eingesetzte Expertenkommission vom 13. bis 19. März 1984 in den Iran. In ihrem am 21. März 1984 übergebenen und am 26. März 1984 veröffentlichten Bericht stellten die Experten fest, daß es zu einem Einsatz chemischer Waffen gekommen sei, u. a. von Senfgas und Tabun. In einer Erklärung des VN-Sicherheitsrats vom 30. März 1984 wurden der Einsatz chemischer Waffen verurteilt und die beteiligten Konfliktparteien zur Einhaltung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 aufgefordert. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1984, S. 232 f.
Für den Bericht vom 21. März 1984 (Dokument S/16433) vgl. http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=S/16433.

6 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Nixon vom 25. November 1969; Dok. 23, Anm. 7.

ne Vorkehrungen für einen Transfer von CW zu NO-Truppen oder die Zertifizierung von Einsatzmitteln treffen. NO wolle sich solidarisch verhalten, aber es gelte auch „to reassure our societies". Abschließend kritisierte er das gültige NATO-Verfahren, wonach die Streitkräfteziele insgesamt von den DPC-Botschaftern gebilligt und dann von den VM nur zur Kenntnis genommen werden. Dies solle geändert werden.

– Der LUX-VM Fischbach akzeptierte das CW-F.G. und den General Report. Die Verringerung von CW müsse Gegenstand der Konsultation sein und bedürfe der Zustimmung des Aufnahmelandes.

– Der KAN-VM Nielsen erinnerte daran, daß kanadische Truppen im Ersten Weltkrieg mit als erste das Ziel von CW-Angriffen gewesen seien, KAN habe das Genfer Protokoll von 1925 mit einem Vorbehalt unterzeichnet.[7] KAN sehe auch die Priorität eines umfassenden CW-Verbotes; aber die Verhandlungsfortschritte seien enttäuschend.[8] Der amerikanische Produktionsverzicht seit 1969 sei von der SU nicht honoriert worden, im Gegenteil; die SU habe ihre Ausstattung mit CW, mit CW-Einsatzmitteln und die Fähigkeit ihrer Streitkräfte, unter chemischen Einsatzbedingungen zu kämpfen, stetig verbessert. Die Lücke zwischen NATO und WP sei bedenklich und wachse weiter. Das westliche Bündnis könne es sich nicht leisten, daß seine Truppen in einem möglichen Einsatz unter beschwerlichen Schutzmaßnahmen kämpfen müssen, während der Angreifer mangels einer CW-Vergeltungskapazität der NATO frei von solchen schweren Belastungen sei. Verzichte die NATO auf einen adäquaten Vorrat an CW, dann bleibe ihr für den Fall eines gegnerischen CW-Einsatzes nur der sofortige Rückgriff auf nukleare Waffen. Dies sei in klarem Widerspruch zur Politik des Bündnisses, einen frühzeitigen Einsatz von Nuklearwaffen durch Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit zu vermeiden. Man könne nicht bei CDI[9] und CW in verschiedene Richtungen handeln. Die Feststellungen der Allianz-Strategie MC 14/3 zu CW[10] seien in vollem Umfange gültig, die Aufrechterhaltung einer begrenzten CW-Vergeltungskapazität erforderlich. Die USA hätten diese

7 Kanada machte bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege am 6. Mai 1930 folgende Vorbehalte: „1) The said Protocol is only binding on His Britannic Majesty as regards those States which have both signed and ratified it, or have finally acceded thereto. 2) The said Protocol shall cease to be binding on His Britannic Majesty towards any State at enmity with Him whose armed forces, or whose allies de jure or in fact fail to respect the prohibitions laid down in the Protocol." Vgl. LNTS, Bd. 94, S. 71.

8 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 146, Anm. 8.

9 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zu „Conventional Defence Improvements" zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

10 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Ziffer 30 lautete: „It is not evident to what extent BW or CW capabilities might affect deterrence. However, there is a danger that the Soviet leaders might come to believe that their capabilities in these fields would give them a significant military advantage. NATO should rely principally upon its conventional and nuclear forces for deterrence, but should also possess the capability to employ effectively: a) Lethal CW agents in retaliations, on a limited scale. b) Passive defensive measures against CW. c) Passive defensive measures against BW." Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 366.

Verantwortung für das Bündnis übernommen; ihre Verbündeten könnten sich nicht weigern, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Er unterstütze deshalb das Streitkräfteziel.

– Der DK-VM Engell führte aus, DK könne das CW-Force-Goal und die Produktion neuer CW nicht unterstützen oder akzeptieren. Dies sei auch in der Parlamentsdebatte am 20. Mai 1986 zum Ausdruck gekommen. Auch könne DK eine Stationierung von CW nicht akzeptieren. Die DK-Position werde auch dem amerikanischen Kongreß zur Kenntnis gebracht werden. Es käme darauf an, ein globales Verbot von CW zu erreichen.
– Der GRI-VM Charalambopoulos verurteilte jeden Einsatz von CW und forderte den Abschluß eines Vertrages über ein totales Verbot von CW. GRI sei gegen die Produktion, Modernisierung und Lagerung von CW. Alle Bestände müßten vernichtet werden. Auf dem Wege zu einem totalen Verbot seien CW-freie Zonen vorzusehen, dies müsse den Balkan einschließen.
– BM Dr. Wörner wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß trotz der CW-Diskussion die Verabschiedung der CDI-Force-Goals nicht aus dem Auge verloren werden dürfe. Auch gegenüber der Öffentlichkeit müsse hervorgehoben werden, daß ein wichtiger Schritt zur Verbesserung unserer konventionellen Fähigkeiten getan sei und daß es nunmehr darauf ankomme, die konventionellen Force Goals zu realisieren. Dies sei das wesentliche Ergebnis dieser Sitzung.

  Zu CW bezog sich BM Wörner auf die Erklärung des deutschen NATO-Botschafters vom 15.5.86[11] und stellte fest, daß sich alle Minister zunächst einig seien, ein weltweites Verbot aller CW zu erreichen. Weiter sei man sich über ein zweites Ziel einig, nämlich zu verhindern, daß CW eingesetzt werden, solange sie noch nicht abgeschafft sind. Einseitige Abrüstungsschritte förderten die Verhandlungsbemühungen nicht. Die USA hätten 17 Jahre lang keine CW produziert. Die SU habe weder ihre Produktion gestoppt noch habe sie bisher die Bereitschaft gezeigt, ein Verbotsabkommen abzuschließen. Die Zurückhaltung der USA habe sich nicht ausgezahlt. Das bisherige Scheitern der Verhandlungen sei nicht den USA, der Bundesrepublik Deutschland oder irgendeinem anderen NATO-Partner anzulasten, sondern der SU.

11 Zur Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter vgl. Dok. 139, Anm. 8.
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), führte in der Sitzung aus: „The Federal Government would […] welcome a confirmation in connection with the adoption of the force goals to the effect that the alliance attaches the highest priority to the conclusion of a convention providing for a comprehensive effective and verifiable ban on chemical weapons which would eliminate all existing chemical weapons and render the production of new chemical warfare agents superfluous. The Federal Government agrees with the force goal in the light of the commonly agreed threat analysis of the alliance. […] The Federal Government emphasizes that two points laid down in [the] consensus are of special political importance also in our explanations to the public: The role of chemical weapons in the alliance will continue to be the same as commonly agreed in its valid strategy, i. e. MC 14/3: NATO should rely principally on its conventional and nuclear forces for deterrence but at the same time be able to use chemical agents on a limited scale for retaliation in order to deter an aggressor from a first use of chemical weapons; the conclusion of an agreement on a comprehensive, effective and verifiable ban on chemical weapons which would eliminate all existing weapons and make the production of new chemical weapons superfluous, has highest priority for us.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 698 vom 15. Mai 1986; VS-Bd. 14158 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

BM Dr. Wörner unterstützte ausdrücklich die Feststellungen seines kanadischen Kollegen Nielsen. Es sei nicht akzeptabel, die Streitkräfte des Bündnisses in einem Krieg dem Risiko auszusetzen, daß sie einseitig unter chemischer Bedrohung und den extremen Belastungen der erforderlichen Schutzmaßnahmen kämpfen müßten. Er könne auch nur davor warnen, sich ausschließlich auf eine sofortige nukleare Reaktion auf einen Angriff mit CW zu verlassen. Die Bundesrepublik Deutschland habe als erstes Land schon 1954 auf CW verzichtet[12]; sie habe dahingehenden internationalen Kontrollen zugestimmt und ihre Erfahrungen mit diesen Kontrollmaßnahmen in Verifikationsvorschlägen bei den Genfer Verhandlungen eingebracht.[13]

Das vorgesehene US-Modernisierungsprogramm sei angemessen und maßvoll. Der Gesamtvorrat werde reduziert. Es werde keine Vornedislozierung in Europa im Frieden geben, Westeuropa würde von CW frei sein. Die amerikanischen CW dienten der Abschreckung. Dies läge im Interesse des westlichen Bündnisses. Es sei unakzeptabel, daß die moralische Last allein den USA aufgebürdet würde. Er[14] stimme dem CW-Force-Goal zu. Damit bleibe die Tür für erfolgreiche Verhandlungen offen, dies müßten wir auch in der Öffentlichkeit unterstreichen. Die amerikanische Entscheidung könne den Verhandlungen einen Anreiz geben. Die SU habe es in der Hand, die Produktion von chemischer Munition der USA zu verhindern, wenn sie bis Ende 1987 den Verifikationsmaßnahmen für einen Vertrag zustimmt, den wir für entscheidend halten. Es käme jetzt darauf an, entsprechenden Druck auf die SU auszuüben.

– [15]Der IT-VM Spadolini äußerte sich zu CW bereits in der Restricted Session und abermals unter dem TOP Streitkräfteziele. Es komme darauf an, die nächsten 18 Monate für ein CW-Verhandlungsergebnis mit erhöhter Anstrengung zu nutzen und die Abhängigkeit der US-Produktion von einem Verbotsabkommen herauszustellen. Das Bündnis müsse auch in der CW-Frage den Zusammenhalt wahren. IT habe bereits am 15.5.86 im DPC zum Ausdruck gebracht, daß es nicht dagegen sei, wenn die USA die souveräne Entscheidung zur Produktion träfen. Es sei eine absolute Notwendigkeit, am Verbot des Einsatzes von CW nach dem Genfer Protokoll von 1925 festzuhalten. Nukleare Waffen würden in Europa eher als CW akzeptiert. Nuklearwaffen schreibe man eher eine friedenserhaltende Rolle zu. Die SU habe ihr CW-Potential während des US-Moratoriums weiter ausgebaut. Die US-Entscheidung zur Produktion einer begrenzten Repressalienkapazität müsse als poli-

12 Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

13 Am 8. August 1985 brachte Botschaftsrat Elbe, Genf (CD), bei der Genfer Abrüstungskonferenz das Arbeitspapier „Die Verifizierung der Nichtherstellung von chemischen Kampfstoffen durch Kontrollen in der zivilen chemischen Industrie“ ein. Für das Papier und die Erklärung von Elbe vgl. Referat 222, Bd. 162054. Vgl. dazu auch DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 740–744.

14 Korrigiert aus: „Es“.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 747 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

tische Waffe genutzt werden, um die SU dazu zu bringen, ein Abkommen zu akzeptieren.

– Der britische VM Younger stellte ebenfalls eine enge Verbindung zwischen der Produktion binärer CW durch die USA und den Genfer Verhandlungen her. GB habe auf eine eigene CW-Kapazität verzichtet und seine Vorräte seit langem vernichtet. Das US-Moratorium habe die Verhandlungen nicht gefördert. Wenn er irgendein Zeichen irgendwelcher Art auf seiten des WP gesehen hätte, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen, würde er sich in der CW-Frage schwertun; leider sähe er aber kein Zeichen irgendwelcher Art. Die SU habe ihre CW-Vorräte ständig vergrößert, deren Dislozierung fortgesetzt und die Ausbildung und die Operationsfähigkeit ihrer Truppen stetig verbessert. Der sowjetische Bestand an CW betrage allein bei Nervengas 300 000 Tonnen. Wir müßten die Notwendigkeit der CW-Modernisierung anerkennen und die in Aussicht genommene Entscheidung als Verhandlungshebel nutzen. In diesem Sinne habe er sich auch im Unterhaus geäußert.[16] Er gebe dem CW-Force-Goal für die USA seine klare Unterstützung. Die sei in unserem langfristigen Interesse, wenn wir ein weltweites Verbot von CW erreichen wollen. Es werde gegenwärtig („at the present time") keine Stationierung in Europa geben. Sollten irgendwann Vorschläge für eine Stationierung unterbreitet werden, müsse dies von den Verbündeten völlig neu geprüft werden, bevor man zu einer Verständigung („agreement") kommt.
– Der IS-NATO-Botschafter Tomasson verwies auf seine Erklärung im DPC vom 15.5.1986.
– Der TU-VM Yavuztürk stellte fest, die TUR habe keine Einwände gegen das CW-Force-Goal, und erinnerte an die DPC-Ausführungen des Ständigen Vertreters[17].
– Der PO-VM de Almeida stimmte dem Streitkräfteziel zu. Er unterstützte die Erklärungen anderer Minister, insbesondere des deutschen VM.
– US-VM Weinberger verwies auf die sowjetische Bedrohung und erwähnte die Völkerrechtsverletzungen der SU durch CW-Einsätze in Afghanistan und Kampuchea.[18] Dann bedankte er sich bei BM Dr. Wörner, VM Younger und VM Nielsen und anderen Ministern, die sich unterstützend geäußert hätten, dafür, daß sie dafür gesorgt hätten, die USA auf die gleiche moralische Stufe zu heben, die andere für sich in Anspruch nähmen. Es sei schick („nice"), gegen CW zu sein. Aber er sehe nicht, wie wir jetzt zu einem Vertrag gelangen könnten, der uns der Notwendigkeit entheben würde, eine CW-Kapazität bereitzuhalten. Die gegenwärtigen US-Bestände seien alt und größtenteils unwirksam. Binäre CW seien in jeder Hinsicht sicherer. Er habe die Hoffnung, daß uns die Produktion binärer CW einem verifizierbaren Abkommen näher-

16 Vgl. dazu die Ausführungen des britischen Verteidigungsministers Younger am 13. Mai 1986 im britischen Unterhaus; HANSARD, Commons, 1985/86, Bd. 97, Spalte 551 f.

17 Osman Olcay.

18 Die USA übermittelten den Vereinten Nationen am 22. März 1982 einen Bericht, in dem der UdSSR der Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan vorgeworfen wurde. Ferner wurde dargelegt, die UdSSR habe Laos und Vietnam mit toxischen Kampfmitteln versorgt und deren Einsatz überwacht. Ein weiterer ergänzender Bericht wurde am 29. November 1982 vorgelegt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 103.

bringt und daß die Sowjets ein solches Abkommen dann auch einhalten. Wenn wir auf eine Modernisierung ohne Abkommen verzichten würden, bestünde die Gefahr, daß wir uns eines Tages nicht schützen können.

3) Der GenSek[19] faßte die Diskussion zusammen. Zunächst unterstützte er die Ausführungen von BM Dr. Wörner zum Schwerpunkt der heutigen Sitzungen, nämlich der Verbesserung der konventionellen Verteidigung. Je besser die konventionellen Kräfte der NATO seien, desto eher dienten sie der Abschreckung und Kriegsverhinderung. Man solle nicht der Neigung der Presse folgen, das CW-Thema in den Mittelpunkt zu stellen.

Er sei von den Ausführungen der Minister Dr. Wörner, Nielsen und Younger beeindruckt; nach seiner Auffassung bedürften deren Argumente auch einer Antwort derer, die CW ablehnten. Der GenSek schloß diesen TOP mit der Feststellung ab, alle Länderkapitel und der General Report seien angenommen, alle Erklärungen und Vorbehalte würden zu Protokoll genommen.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12158 (201)

151

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 23. Mai 1986, 16.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 175 **Ankunft: 23. Mai 1986, 18.08 Uhr**
Citissime

Betr.: KVAE;
hier: Zehnte Konferenzrunde (15.4. bis 23.5.1986)

Zur Unterrichtung

I. 1) Bewertung und Perspektiven

In der zehnten Runde wurde die konkrete Redaktionsarbeit an einem Schlußdokument fortgesetzt. Trotz intensiver Verhandlungen innerhalb und außerhalb der Arbeitsgruppen blieb das Ergebnis unbefriedigend. In keiner der zentralen Substanzfragen gelang ein Durchbruch. Zwar konnten in jeder Arbeitsgruppe weitere Sätze „notiert“ werden, doch blieben Qualität und Quantität weit hinter den Erwartungen zurück. Die Notifizierung militärischer Aktivitä-

19 NATO-Generalsekretär war Lord Carrington.

1 Der Drahtbericht wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10, 15 und 24.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 26. Mai 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte und handschriftlich vermerkte: „Interessanter Überblick mit skeptischer Perspektive.“
Hat Heyken am 27. Mai 1986 vorgelegen.

ten bildete das Schlüsselproblem. Die SU blockierte mit ihrer Forderung nach prioritärer Festlegung aller Arten notifizierungspflichtiger militärischer Aktivitäten – Erfassung von „Land", „Luft", Bewegungen/Verlegungen jeweils mit eigenen, eine Notifizierung auslösenden Schwellenwerten – Fortschritte in fast allen anderen Bereichen.

Falls die SU ihre Position nicht in der zweiwöchigen Konferenzpause gründlich überdenkt und zu Beginn der elften Runde[2] Bereitschaft zeigt, zur Lösung der wichtigsten Probleme substantiell beizutragen, erscheint die Aushandlung eines für den Westen annehmbaren Ergebnisses vor dem 19. September 1986[3] zweifelhaft.

Noch sind zahlreiche andere schwierige Probleme zu lösen: Vereinbarung eines Mischparameters für Landstreitkräfte, umfassende Beobachtungsmodalitäten, ein Verfikationsregime (Inspektion). Auch die Allianz dürfte um Abstriche von ihren Idealvorstellungen nicht herumkommen.

(a) Bewertung

– Die zehnte Runde – von vielen TNS als bedeutsam für den Ausgang der Konferenz erachtet – begann ambivalent: Einerseits unterstrichen der niederländische AM[4] (im Namen der Zwölf) sowie der polnische AM[5] die Bedeutung der Konferenz und das große Interesse an einem substantiellen Ergebnis, andererseits war der Beginn überschattet von den Ereignissen um Libyen[6], die der Osten – eher taktisch unter Hinweis auf die Gefährlichkeit von Luft- und Seeaktivitäten – zu harter Kritik an USA nutzte.
– Es zeigte sich bald, daß der Osten weder willens noch in der Lage war, zu der auch von ihm geforderten Intensivierung und Beschleunigung der Redaktionsarbeit in allen Bereichen beizutragen. Die im Verlauf der Runde „notierten" Texte tragen bestenfalls weitere drei Prozent zu einem Endergebnis bei. Zwar wurden Seeaktivitäten immer seltener erwähnt, der sowjetische Wunsch nach einer „Verständigung" der 35 TNS über die weitere Behandlung des Gorbatschow-Angebotes vom 15.1.1986 zur Ausklammerung von Seeaktivitäten[7] „geisterte" dennoch durch die ganze Runde. Der Osten bestand dafür um so beharrlicher auf der vorherigen Festlegung jener militärischen Aktivitäten, die seiner Auffassung nach zu notifizieren sind, nämlich Land, Luft, Bewegungen/Verlegungen, bevor er zu Verhandlungen über andere relevante Themen bereit war. Das zähe Ringen um die Lösung dieser Frage dominierte die zehnte Runde. Der in informellen US-SU-Gesprächen erwogene Lösungsansatz (Nennung von Lufteinsätzen) scheiterte an zusätzlichen sowjetischen Forderungen, die über die vereinbarte Absprache hinausgingen.
– Damit wurde zum wiederholten Male die zögernde und unsichere östliche Verhandlungsführung offenbar, die z. T. auch personell bedingt sein mag, vor

2 Zur elften Runde der KVAE in Stockholm vom 10. Juni bis 18. Juli 1986 vgl. Dok. 203.
3 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.
4 Hans van den Broek.
5 Marian Orzechowski.
6 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
7 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 21, Anm. 6.

allem aber wohl dem Ziel dient, in den Verhandlungen so wenig wie möglich und dies so spät wie möglich zu geben.

Im übrigen besteht der Eindruck, daß sich innerhalb der sowjetischen Delegation die politische und militärische Seite nicht immer völlig einig sind.

– Die Gorbatschow-Überlegungen zur konventionellen Abrüstung in Europa[8] sind vom Osten zwar als großangelegter, konstruktiver Schritt gepriesen, aber nicht weiter präzisiert worden. Sie haben die östliche Verhandlungsführung bisher nicht zu schnellerer Gangart gebracht. Während Polen und DDR diese Überlegungen vorsichtig in Richtung auf eine Phase 2 der KVAE interpretierten, gab die SU zu verstehen, daß hierüber noch nicht entschieden sei. Von westlicher Seite wurde klargestellt, daß die Präsentation von Programmen und Visionen konkrete Fortschritte an den bestehenden Verhandlungstischen nicht ersetzen kann.
– Es ist in dieser Runde noch deutlicher geworden als bisher, daß West und Ost zwar z. T. die gleiche Sprache verwenden, darunter aber gänzlich Unterschiedliches verstehen. Beide wünschen ein „substantielles Ergebnis", das gegenüber der Schlußakte[9] einen „qualitativen Sprung" darstellen soll. Für den Osten bedeutet dies aber vor allem die Erfassung von Luftaktivitäten, von Bewegungen/Verlegungen in einem Notifizierungsregime sowie die Vereinbarung von beschränkenden Maßnahmen.

  Der Osten attackiert damit auch das westliche – fast ausschließlich auf Landaktivitäten konzentrierte – Konferenzkonzept, zweifellos in der Absicht, als Kompensation für westliche Ablehnung von unabhängigen Luftaktivitäten, Transits und constraints selbst möglichst wenig im Landbereich zugestehen zu müssen.

[10](b) Perspektiven

– Die Chancen für ein vorzeigbares Ergebnis der Konferenz sind unsicherer geworden, aber noch nicht verbaut. Den meisten TNS – insbesondere den Osteuropäern, aber auch der SU – ist bewußt, daß ein Fehlschlag der Konferenz Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen, den KSZE-Prozeß und die Zukunft der Rüstungskontrolle hätte. Die kommende elfte Runde müßte daher bei den „schweren" Themen (Notifizierung und evtl. Verifikation) zu einer Einigung im Grundsatz, bei den „leichteren" Themen (Beobachtung, Kalender, Gewaltverzicht) zu einer Einigung im Detail führen. Dabei werden in jedem Bereich zwei bis drei schwierigere Probleme erst in der zwölften Runde[11] und auch da voraussichtlich erst im Rahmen eines späten „end deal" zur Lösung anstehen.
– Der SU muß verdeutlicht werden, daß sie bei weiterem taktierendem Abwarten und bei Zurückhaltung möglicher Zugeständnisse sowohl den Zeitbedarf

8 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED am 18. April 1986 in Ost-Berlin; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch Dok. 114 und Dok. 131.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 176 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Zur 12. Runde der KVAE in Stockholm vom 19. August bis 19. September 1986 vgl. Dok. 253.

für die innerwestliche Abstimmung und das westliche Verlangen nach detaillierten, unzweideutigen Regelungen unterschätzt als auch das westliche Interesse an einem Minimalergebnis mit kosmetischen Verbesserungen gegenüber der Schlußakte überschätzt. Die SU muß einen substantiellen Beitrag zu einem Ergebnis leisten, wenn sie den Prozeß fortführen und zu der von ihr gewünschten Erörterung einer künftigen Abrüstungsphase kommen will.

– Für die westliche Verhandlungsführung empfiehlt sich die Devise, bei Wahrung unabdingbarer Sicherheitsinteressen so flexibel und so konstruktiv wie möglich vorzugehen. Dies bewirkt entweder den Erfolg der Verhandlungen oder es stellt klar, daß die Konferenz nicht an westlicher Intransigenz gescheitert ist. Hierfür müssen allerdings alle Partner überzeugt sein, daß mit der 11. Runde das „end game" beginnt und notwendige Verhandlungsschritte nicht aufgeschoben werden. Eine innerwestliche Abstimmung im Detail ist ohnehin nicht „über Nacht" möglich.
– Über den Inhalt eines Schlußdokumentes wird bis 19.9.1986 hart verhandelt werden. Aus heutiger Sicht und bei optimistischer Betrachtungsweise könnte es enthalten:
  – niedrigere Ankündigungsschwelle bei Landaktivitäten, erweiterten Notifizierungsinhalt (einschließlich Angaben zu Luft und See bei kombinierten Aktivitäten);
  – verbesserte Beobachtungsmodalitäten, wobei allerdings die Beobachtung aller notifizierungspflichtigen Aktivitäten während ihrer gesamten Dauer auch nicht im westlichen Interesse liegt;
  – einen aussagekräftigen Jahreskalender, evtl. angereichert mit ein bis zwei beschränkenden Elementen;
  – eine Bekräftigung des Gewaltverbots.
– Nicht enthalten wird es:
  – constraints und unabhängige Luftaktivitäten (letztere von US abgelehnt);
  – eine selbständige Maßnahme „Information" und Routine-Vorort-Inspektionen westlichen Zuschnitts (vom Osten abgelehnt).
– Zusätzlich könnte es enthalten:
  – ein bescheidenes Element „statischer" Information im Notifizierungsinhalt und im Jahreskalender;
  – den Einstieg in ein Inspektionsregime in Anlehnung an den N+N-Vorschlag „Beobachtung auf Verlangen"[12]. (Angesichts der US-Forderung nach Inspektionen wird dies auch innerwestlich ein „heißes Eisen" werden. Es ist aber nicht zu erwarten, daß Stockholm ein perfektes Inspektionssystem erbringen könnte.)
– Für den Fall, daß bis zum Ende der 11. Runde, d.h. am 18. Juli 1986, keine grundlegende Einigung mit entsprechendem Textvolumen erreicht worden

12 Zum Vorschlag CSCE/SC.7 der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. November 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vgl. Dok. 8, Anm. 11.

ist, werden am Rande der Konferenz hier und da vier „Rettungsmöglichkeiten“ erwähnt:

– ein Kompromißvorschlag der N+N (östliche Wunschidee);
– ein Kompromißvorschlag des Gastlandes;
– Kompromißüberlegungen der fünf Koordinatoren;
– ein umfassender „package deal“ zwischen West und Ost.

Angesichts der Uneinigkeit der N+N untereinander erscheint es unrealistisch, von ihnen die Ausarbeitung eines Kompromißpapieres zu erwarten oder zu erbitten. Für die meisten N+N scheidet diese Möglichkeit ohnehin aus.

Gastland Schweden wäre zu einer „Rettungsaktion“ unter Umständen bereit. Der Gedanke wird zur Zeit nicht aktiv verfolgt, ist aber auch nicht aufgegeben. Aufgrund schwedischer „neutraler Redlichkeit“ wäre freilich nicht auszuschließen, daß Teile eines schwedischen Kompromißvorschlages für den Westen, den Osten und sogar einige N+N unakzeptabel sind. Ein „moralischer“ Appell, vielleicht verbunden mit zwei bis drei Lösungsvorschlägen, bleibt vorstellbar.

Unter der Voraussetzung, daß in fast allen Sachbereichen mindestens 60 Prozent der Materie „notiert“ sind, könnte ein Versuch der fünf Koordinatoren, Kompromißlösungen auf persönlicher Basis aufzuzeigen, gewisse Erfolgsaussichten haben.

Ein förmlicher Versuch eines „package deals“ zwischen West und Ost ist nicht unrealistisch, wäre aber nur nach längerer innerwestlicher Abstimmung und sehr wahrscheinlich erst in der 12. Runde (August/September) möglich.

2) Zu den drei Gruppierungen

(a) In der Allianz war die Zusammenarbeit intensiv, je nach Thema freilich auch mühsam und kontrovers. Sie erfolgte innerhalb der für jede Arbeitsgruppe gebildeten westlichen Verhandlungsteams, zwischen dem Team und den übrigen in den AG vertretenen westlichen Partnern („cluster“), im NATO-Caucus und häufig auch in bilateralen Delegationsgesprächen.

Beim „Gewaltverzicht“ waren sowohl das taktische Vorgehen wie auch die Substanz erneut umstritten. Die Abstimmung nahm viel Zeit in Anspruch, führte aber schließlich am 20.5.1986 zum Konsens über Allianz-Text.[13]

13 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 26. April 1986, daß die NATO-Mitgliedstaaten „nach zehnstündigen Beratungen am 24. und 25. April 1986“ einen Text zum Gewaltverzicht ad referendum angenommen hätten. Einige Elemente seien aber noch ungeklärt, darunter der Abschnitt über die Menschenrechte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 125; Referat 221, Bd. 130159.
Am 30. April 1986 teilte Citron mit, eine Einigung werde dadurch erschwert, „daß ital[ienische] Delegation wegen strikter Weisungen sich nicht in der Lage sieht, der Einführung eines westl[ichen] Textes zu Menschenrechten zuzustimmen, den vor allem US-Delegation als unabdingbar ansieht, zumal sogar die N+N eine solche Passage in ihrem Dokument haben“. Italien sei zwar bereit, „den N+N-Text zu MR zu unterstützen, wehrt sich aber gegen Einführung eines eigenen Allianz-Textes mit Begründung, MR habe mit Stockholmer Thematik nichts zu tun. Einführung eigenen Allianz-Textes mache Westen zum ‚demandeur‘, öffne ‚Büchse der Pandora‘, werde Osten zum Insistieren auf ‚Nichtersteinsatz‘ veranlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 131; Referat 221, Bd. 130159.
Am 20. Mai 1986 meldete Citron: „Nachdem am 6.5.1986 innerhalb der Allianz grundsätzliche Einigung über den Einschluß eines Elementes zu Menschenrechten in den Allianz-Text erzielt worden war, kamen die internen langwierigen Verhandlungen über den Wortlaut dieses Elements erst am 20.5.1986 zum Abschluß. […] Damit verfügt die Allianz jetzt über einen eigenen Textvorschlag,

Im Bereich der konkreten militärischen Maßnahmen verlief die Koordinierung etwas harmonischer, doch gab es Divergenzen zwischen den an einem Ergebnis interessierten Partnern, welche bei Wahrung der westlichen Substanzposition über Anpassungen nachdenken, und anderen, die dem KSZE-Prozeß insgesamt und vor allem künftigen Phasen der KVAE skeptisch gegenüberstehen.

Die Zusammenarbeit in der EPZ war problemlos.

(b) Der Warschauer Pakt gab sich zu Beginn der Runde weniger pessimistisch als der Westen, konnte aber am Ende seine eigene Unsicherheit nicht verbergen. Ausgehend von seinen ohnehin bescheidenen Zielen, tendierte er zu einer Betonung der bereits erreichten Gemeinsamkeiten und zu einem Herunterspielen des Schwierigkeitsgrades der noch zu lösenden Probleme. Das Interesse besonders der Osteuropäer an einem Ergebnis in Stockholm und an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses und von Rüstungskontrollverhandlungen ist offenkundig. Der Informationsfluß innerhalb des WP (zumindest auf der Ebene der Delegationsleiter) in Stockholm hat sich ein wenig verbessert, doch sind die Osteuropäer oftmals ratlos.

Der osteuropäische Einfluß in rein militärischen Fragen blieb gering: Letztlich entscheidet allein die SU-Delegation. Bei Informationsaustausch und Verifikation geben die Osteuropäer zu verstehen, daß sie weiter gehen könnten als die sowjetischen Militärs.

Ohne sich überall mit WP-Positionen zu identifizieren, zeigte Rumänien – wie schon während der neunten Runde[14] – ein niedrigeres Profil als in den Vorjahren.

(c) Bei den Neutralen und Ungebundenen hat die Einigungswirkung ihres Dokuments SC.7 nachgelassen. Bei den meisten N+N ist die Einsicht gewachsen, daß die komplizierter werdende Konferenzsituation Flexibilität und Anpassungsfähigkeit und damit im Interesse eines Konferenzerfolgs ein Abrücken von Teilen ihrer gemeinsamen Position verlangt. Dafür haben freilich die nationalen Egoismen zugenommen. Motto: Wenn die N+N sich allmählich dazu durchringen, einer eventuellen West-Ost-Einigung nicht im Wege zu stehen, sollen die vereinbarten Maßnahmen sie möglichst wenig treffen. So vertritt praktisch jedes N+N-Mitglied sowohl in den Arbeitsgruppen wie in den informellen Verhandlungen seine eigenen Interessen, wobei Jugoslawien und Malta eine wenig hilfreiche Sonderrolle spielen.

Die zahlreichen Ost-West-Gespräche werden verständnisvoll hingenommen.

[15]II. Zum Verhandlungsstand in den Arbeitsgruppen

(a) Beim Gewaltverzicht (GV) konnte ein für den Westen wichtiges Textelement über die Beziehung GV–konkrete VSBM notiert werden.[16] Die Allianz

Fortsetzung Fußnote von Seite 782

dessen verbleibende Elemente zu Beginn der 11. Runde in toto oder in zwei ‚Blöcken' in die AG ‚Gewaltverzicht' eingeführt werden sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; Referat 221, Bd. 130159.

14 Zur neunten Runde der KVAE vom 28. Januar bis 14. März 1986 in Stockholm vgl. Dok. 71.

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 177 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), meldete am 20. Mai 1986, daß am selben Tag in der Arbeitsgruppe A („Gewaltverzicht") ein Text zur Verbindung zwischen Gewaltverzicht und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen habe notiert werden können: „Der Text stellt für die westliche Position einen Erfolg dar. Die Punkte hinter ‚recogniz' deuten an, daß über die Zeitform noch nicht entschieden ist." Der Text lautete: „The participating states recogniz… that

führte einen weiteren „Block“ von Elementen ein: Bestätigung des GV-Prinzips, Recht auf Selbstverteidigung, „Anti-Breschnew-Doktrin“-Elemente. Das Bündnis wird die verbleibenden Elemente seines GV-Papiers zu Beginn der 11. Runde vorlegen. WP und N+N drängten auf Fortsetzung der Redaktionsarbeit, die in den beiden letzten Wochen dieser Runde stattfand.

Die weiteren Textverhandlungen werden nicht einfach sein: West und Ost vertreten unterschiedliche Konzepte, die N+N verhandeln praktisch jeder für sich. Östliches Hauptanliegen bleibt die Erwähnung der Nichtanwendung „militärischer“ Gewalt. Alle drei Gruppierungen stimmen darin überein, daß erst nach Erarbeitung eines Gesamt-GV-Textes über dessen Form (Präambel? Vereinbarung? Deklaration?) und Stellung in einem Gesamtergebnis entschieden werden kann.

(b) Bei der Themengruppe Informationsaustausch, Verifikation und Kommunikation ist es nur im Bereich Verifikation zur Vereinbarung weiterer Texte gekommen.

Zur Verifikation wurde das Recht der Teilnehmerstaaten festgehalten, bei Zweifeln über die Einhaltung von VSBM ein Verifikationsersuchen an andere TNS richten zu können, dem entsprochen werden müsse.[17] Offengeblieben sind allerdings die Mittel der Verifikation und damit die eigentliche Kernfrage. Hier stehen sich weiterhin der Vorschlag des Westens (Inspektionen vor Ort) und des Ostens (nationale technische Mittel und ein Konsultationsmechanismus) als extreme Positionen gegenüber.

Das Konzept der N+N (Beobachtung auf Verlangen), ggfs. mit anderer Bezeichnung, bietet sich u. U. als Kompromiß an. Für den Westen ist es dabei entscheidend, das von den N+N vorgesehene Ablehnungsrecht des Empfangsstaates so zu begrenzen, daß in Stockholm zumindest ein Einstieg in die Verifikation vor Ort vereinbart wird.

Zum Austausch struktureller Informationen (Maßnahme 1 von SC.1[18]) ist die östliche Seite bei ihrem „Nein“ geblieben und hat kaum Bewegung gezeigt. Es ist behutsam die Möglichkeit zu prüfen, ob einzelne Informationselemente (Führungsstruktur und Standorte) in den Inhalt von Notifizierung bzw. Jahreskalender aufgenommen werden können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 783

the adopted set of mutually complementary CSBMs, which are in accordance with the Madrid mandate, by their scope and nature and by their implementation serve to strengthen confidence and security in Europa and thus to give effect and expression to the duty of states to refrain from the threat or use of force.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 131; Referat 221, Bd. 130159.

17 Am 30. April 1986 nahm die informelle Arbeitsgruppe A („Information, Verifikation, Kommunikation“) einen Textvorschlag des schweizerischen Koordinators in das Notizbuch auf: „Any participating state which has doubts as to another participating state's compliance with the agreed CSBMs will be allowed to … The participating state which requests … will state the reasons for such a request. The participating state which has received such a request must respond within the agreed period of time.“ Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte dazu am selben Tag mit: „Das Textelement garantiert in seiner unvollständigen Form noch kein unwiderrufliches Recht auf Verifikation, läßt das Verifikationsmittel offen und verlangt die Nennung von Gründen für die Forderung. Erst die weitere Entwicklung wird zeigen, ob der Text als Grundlage von Fortschritten auf diesem schwierigen Gebiet betrachtet werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 221, Bd. 130148.

18 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 bzw. 8. März 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1) vgl. Dok. 8, Anm. 17.

Die Vorschläge zu Kommunikation und Konsultation spielen weiterhin nur eine untergeordnete Rolle in den Beratungen.

(c) Beschränkende Maßnahmen und Jahreskalender

Der Westen wird vom Osten und den N+N gedrängt, constraints als Bestandteil eines VSBM-Regimes zu akzeptieren. Aus taktischen Gründen hat der Osten dabei den N+N-Vorschlag einer Begrenzung der Manöver auf das Fünffache der Notifizierungsschwelle übernommen. Er hat sich auch den N+N-Vorstellungen zu einer zahlenmäßigen Beschränkung größerer Übungen angeschlossen, die über sechs (N+N: fünf) im Kalenderjahr nicht hinausgehen sollen.[19]

Beide Vorschläge sind für die Allianz nicht annehmbar. Möglichkeiten des Entgegenkommens bietet allenfalls der irische Vorschlag, den Jahreskalender mit beschränkenden Elementen anzureichern. Denkbar ist insbesondere die Verpflichtung, Großmanöver mit einem zwei- bis dreijährigen Vorlauf anzukündigen (sogenannter „time constraint").[20] Dieser Vorschlag stößt allerdings bisher auf den Widerstand der SU, der zum einen taktisch bedingt ist, zum anderen aber darauf beruhen dürfte, daß sich die SU in ihren militärischen Aktivitäten nicht längerfristig festlegen will.

Angesichts der festen westlichen Haltung zu constraints hat der Osten bewußt die Arbeiten am Jahreskalender verzögert. Er führte erst am Ende der Runde ein eigenes Papier zum Inhalt des Kalenders ein.[21] In der letzten Sitzung der AG gelang es schließlich, ein weiteres Kalenderelement zu notieren.[22]

19 Bulgarien brachte am 1. Mai 1986 in der Arbeitsgruppe A („Beschränkungen, Jahreskalender") einen Vorschlag ein, der die „jährliche Zahl größerer Übungen (deren Umfang das zweifache der Notifizierungsschwelle beträgt oder darüber liegt) pro Land auf sechs beschränken soll". Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), bemerkte dazu weiter: „In der Einführung des Papiers verwies BUL auch auf die besonderen Besorgnisse der N+N-Staaten, die in Rechnung gestellt worden seien. Nach östlicher Auffassung komme es allerdings vordringlich darauf an, den Umfang der Großmanöver (mit dem höchsten Drohpotential) zu vermindern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 135 vom 2. Mai 1986; Referat 221, Bd. 130148.

20 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 2. Mai 1986, daß Irland am Vortag in der Arbeitsgruppe A („Beschränkungen, Jahreskalender") zwei Papiere zum Jahreskalender vorgelegt habe: „Während sich das erste Papier […] auf (formale) Fragen des Aufbaus von Jahreskalendern beschränkt, sind in dem zweiten Papier […] Vorschläge für eine doppelte Beschränkung militärischer Aktivitäten enthalten: Zusätzliche (d. h. nicht im Jahreskalender enthaltene) Aktivitäten dürfen einen bestimmten Umfang (nach Truppenzahl oder Divisionen) nicht übersteigen, wobei die genauen Parameter noch offengelassen wurden. Die Zahl dieser zusätzlichen Aktivitäten soll auf einen bestimmten (gleichfalls noch offenen) Prozentsatz der im Kalender angekündigten Aktivitäten begrenzt bleiben. In einer Anlage zum Jahreskalender sollen besonders große Übungen mit einem zweijährigen Vorlauf (Manöver über 75 000 Mann) angekündigt werden. Ohne eine solche mehrjährige Ankündigung sollen sie nicht zulässig sein (sog. ‚time constraint')." Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; Referat 221, Bd. 130148.

21 In der Sitzung der Arbeitsgruppe A („Beschränkungen, Jahreskalender") am 15. Mai 1986 führte Bulgarien einen Vorschlag zum Jahreskalender ein. Er sah vor, daß bei der Angabe notifizierungspflichtiger Manöver u. a. Art und Zweck der Übung anzugeben seien, darüber hinaus Zeitpunkt, Dauer und Ort des Manövers, die teilnehmenden Staaten, die voraussichtliche Stärke der beteiligten Truppen bzw. die Zahl der Flugzeuge sowie die Ausgangs- und Endpunkte der Bewegungen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 159 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 16. Mai 1986; Referat 221, Bd. 130148.

22 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 23. Mai 1986 über die Sitzung der Arbeitsgruppe A („Beschränkungen, Jahreskalender") am Vortag, daß es gelungen sei, beim Jahreskalender den „Chapeau der Maßnahme" fertigzustellen: „Each participating state will list

Insgesamt jedoch besteht bei dieser Maßnahme ein solches Maß an Übereinstimmung, daß ein rascher Verhandlungsfortschritt möglich ist, sobald die TNS das grüne Licht geben.

(d) Notifizierung

Zu Beginn dieser Runde wurde ein Einleitungssatz für die Definition militärischer Aktivitäten vereinbart, jedoch zeigte sich bei dem Versuch, die notifizierungspflichtigen Aktivitäten festzulegen, daß der Osten an seinen Positionen festhält. So forderte er weiterhin nicht nur die Einbeziehung von Aktivitäten der Luftstreitkräfte und von Transfers von Land- und Luftstreitkräften in die Zone hinein und aus ihr heraus, sondern auch eigene Parameter hierfür. Die wochenlangen intensiven Verhandlungen über dieses Thema scheiterten ergebnislos, weil der Osten die westliche Bereitschaft zur Nennung von Lufteinsätzen noch nicht honorieren wollte (konnte).

Aus der Verhandlung ergibt sich eindeutig, daß der Osten versucht, trotz anderslautender bilateraler „Signale" Luftaktivitäten möglichst allgemein in ein Notifizierungsregime einzubeziehen, auch wenn er den Begriff „unabhängig" vermeidet. Die Allianz hat dem Osten unmißverständlich klargemacht, daß eine Notfizierungspflicht für unabhängige Luftaktivitäten für sie nicht in Frage kommt (US-Forderung). Es bleibt abzuwarten, wie der Osten die klare westliche Haltung bei der Fortentwicklung seiner Position in Rechnung stellt.

Die meisten N+N hielten sich in diesen Verhandlungen zurück, zeigten aber z. T. Verständnis für die westliche Position. Jugoslawien stellte kritische Fragen an den Westen, ohne jedoch eine Gegenposition zu beziehen. Malta nutzte die Diskussion zur Vertretung seiner Forderungen und führte ein Papier zur Notifizierung amphibischer und „other naval units" ein.[23]

Die langwierigen Verhandlungen begrenzten die Zeit für andere Themen. Der Westen „erinnerte" an die Notwendigkeit von Ausnahmeregelungen (Alarmübungen) und an die Einbeziehung von amphibischen und Mobilisierungskräften sowie von Truppenrotationen (westlicher „Contrapunkt" zu Transfers). Auch begann das Koordinatorenteam mit bilateralen Sondierungen über den Notifizierungsinhalt (nachdem der Osten seiner Behandlung in der Notifizierungs-AG zugestimmt hatte).

In der nächsten Runde gilt es vorrangig, eine Einigung über die „types of activities" und ihre Parameter zu erzielen, da hiervon nicht nur die weitere Arbeit in dieser, sondern auch in anderen AG abhängt. Eine Einigung ist allerdings nur dann möglich, wenn der Osten während der Pause seine Position überdenkt und zum Einlenken bereit ist. Ohne Lösung des Kernproblems wird es keine echten Fortschritte geben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 785

the above-mentioned activities chronologically and will provide information on each activity in accordance with the following model: …" Vgl. den Drahtbericht Nr. 179 vom 2. Mai 1986; Referat 221, Bd. 130148.

23 Malta legte in der Sitzung der Arbeitsgruppe B („Notifikation") am 21./22. Mai 1986 einen Textvorschlag zur Ankündigung von Übungen unter Beteiligung amphibischer oder anderer Marineeinheiten vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 170 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation) vom 22. Mai 1986; Referat 221, Bd. 130147.

[24](e) Beobachtereinladung

Mit der vorläufigen Vereinbarung von fünf weiteren Texten hat die AG zur Beobachtereinladung ihren quantitativen Vorsprung in den Redaktionsarbeiten weiter ausgebaut. Das Textvolumen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die neuen Konsenstexte überwiegend administrativer Natur sind. Sie regeln die Frage der Reisekosten, die Verantwortung für den Transport der Beobachter zum und im Übungsgebiet sowie die Führung der Beobachter durch den Gaststaat. Ferner wird es den eingeladenen Staaten freigestellt, zivile oder militärische Beobachter, auch aus den Hauptstädten, zu entsenden.[25] Westliche Anliegen konnten insgesamt durchgesetzt werden (insbesondere Führung, Transport im Übungsgebiet).

In substantielleren Fragen gelangen keine Fortschritte: Stellung von Kartenmaterial, Mitführen eigener Ferngläser und rasche Kommunikation der Beobachter auch mit ihren Hauptstädten stießen bisher auf Widerstand des Ostens (bei Ferngläsern auch auf den Jugoslawiens).

Osten brachte während der gesamten Runde stückweise neue Textvorschläge ein, die aber noch kein vollständiges Bild östlicher Vorstellungen geben. Als durchgehende Linie ist zu erkennen, daß der Osten am liebsten dem Gastgeber völlige Handlungsfreiheit belassen würde. In der zentralen Frage der Dauer der Beobachtung zeigte der Osten ein gewisses Maß an Entgegenkommen mit dem Vorschlag, die Beobachtung zuzulassen, sobald die Notifizierungsschwelle überschritten wird (keine ausdrückliche Beschränkung mehr auf beliebig zu definierende Hauptphasen).

In der zweiten zentralen Frage der Beobachtung aller notifizierungspflichtigen Aktivitäten entzog sich der Osten allen Versuchen einer Festlegung dieses Prinzips.

Als flankierende Maßnahme zur Diskussion in der Notifizierungs-AG führte der Osten auch zwei Vorschläge zur Beobachtung unabhängiger und kombinierter Luftaktivitäten sowie zur Beobachtung von Bewegungen/Verlegungen von „troops and aviation“ ein.

In beiden Fällen wird eine Notfizierungspflicht derartiger Aktivitäten vorausgesetzt. Die konkreten Vorschläge zu den praktischen Beobachtungsmodalitäten bleiben vage und gehen kaum über die vom Westen vorgesehene visuelle Beobachtung hinaus. Einzig konkreter Unterschied: Mobile Radarstationen im Rahmen einer Kann-Regelung. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß Luftaktivitäten und Bewegungen ähnlich wie in der Notifizierungsgruppe vom Osten taktisch dazu genutzt werden sollen, die östlichen Leistungen bei der Beobachtung von Bodentruppen zu beschränken.

N+N waren für den Westen überwiegend hilfreich (bei Karten, Ferngläsern, Kommunikation, Unterbringung), bei der Dauer der Beobachtung liegen sie

[24] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 178 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[25] In der informellen Sitzung der Arbeitsgruppe B („Beobachtereinladung“) am 17. April 1986 billigten die KSZE-Teilnehmerstaaten folgenden Text: „The invited state may decide whether to send military and/or civilian observers, including members of its personnel accredited to the host state.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 103 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 17. April 1986; Referat 221, Bd. 130147.

(wegen der Sorge vor Erfassung von Mobilmachungsabschnitten) eher auf der restriktiven östlichen Linie.

In der dritten Kernfrage – der Festlegung von verbindlichen Mindesterfordernissen für das Beobachtungsprogramm – hat der Westen den irischen Ansatz der Vorrunde sowie verwertbare Elemente des N+N-Dokuments aufgegriffen und diese mit seinem Ansatz zu einem eigenen Konzept verschmolzen.

Der finnische Koordinator hat am Ende der Runde als „Denkanstoß" ein Nonpaper zirkuliert, mit dem er die gesamte Beobachtungsmaterie unter Einschluß aller vereinbarten Texte sowie aller offenen Fragen zusammenfaßt.

Insgesamt zeigte sich seit Mitte der Runde, daß angesichts der Blockade in der Notifizierungsgruppe auch im Beobachtungsbereich keine Substanzfortschritte möglich waren. In der Tat sind, nach Ausschöpfung der „leichten" Themen, weitere Fortschritte in der Beobachtung nur dann möglich, wenn die Umrisse der Notfizierungspflicht erkennbar werden.

[gez.] Citron

Referat 213, Bd. 139356

152

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

114-3342/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Mai 1986, 11.33 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1182 **Ankunft: 24. Mai 1986, 13.44 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch BM–Chirac am 22. Mai in Paris[2]

Bezug: Deutsch-französische Konsultationen/Telefongespräch mit D 2[3]

Chirac stellte eingangs fest, seine Gespräche in Bonn am 17. April[4] seien angenehm, interessant und freundschaftlich gewesen. BM erklärte, er habe vor Jahren Gespräch mit Chirac über Perspektiven Europas geführt.[5] Die damaligen Überlegungen seien auch heute noch gültig. Man könne von der gleichen Einschätzung der deutsch-französischen Verantwortung für Europa ausgehen.

Chirac: Wir müssen Europa kräftigen in einem Augenblick, in dem die zentrifugalen Kräfte stärker sind als die zentripetalen Kräfte. Die deutsch-französi-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 27. Mai 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf 010."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 28. Mai 1986 vorgelegen.

2 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 21./22. Mai 1986 in Paris vgl. auch Dok. 146.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Zum Besuch des Ministerpräsidenten Chirac vgl. Dok. 109.

5 Bundesminister Genscher und Ministerpräsident Chirac trafen am 13. Mai 1976 in Paris zusammen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 139.

schen Beziehungen haben jetzt daher eine noch weitergehende Bedeutung. Man müsse einmal den politischen Willen zur Zusammenarbeit bekräftigen und zum anderen die deutsch-französische Konvergenz vertiefen. Dies bedinge einen ständigen, langwierigen und intensiven deutsch-französischen Dialog über

1) Sicherheitsfragen,

2) wirtschaftlich erhebliche Optionen,

3) außenpolitische Probleme (hierbei hätten Fragen des Ost-West-Verhältnisses Priorität).

Über diesen Dialog sei es möglich, die deutsch-französische Solidarität zu festigen und zu konkretisieren. Um diesem Ziele näherzukommen, würde er gerne zu einem Wochenende mit dem BK und den beiden Außenministern zusammenkommen. De Gaulle habe einmal gesagt, es gibt Momente, wo man seine Hintergedanken mit denen seines Partners harmonisieren müsse. Die 48 Stunden eines Wochenendes böten hierzu Gelegenheit. Die Absicht, die Beziehungen zu festigen, verfolge er im Interesse[6]

1) der beiden Staaten,

2) Europas,

3) zur Sicherung der gemeinsamen Grundwerte,

4) zur Auflösung möglicher Mißverständnisse.

BM stellte hierzu fest, man komme nur durch Zusammenarbeit zu Ergebnissen, da man von Prinzipien nicht leben könne.

Von den genannten Themen wolle er auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit eingehen. Deutsche Industrielle habe er befragt, warum sie es vorziehen, mit Amerikanern statt mit Franzosen zu kooperieren – das Sprachproblem allein könne nicht entscheidend sein. Sie hätten hierzu auf die besondere Form der staatlichen Teilnahme bzw. Einwirkung auf das wirtschaftliche Geschehen in Frankreich hingewiesen.

Es wäre nützlich, wenn deutsche und französische Wirtschaftler sich treffen würden, um Möglichkeiten und Probleme einer engeren wirtschaftlichen Verzahnung zu durchdenken. Chirac regte an: die beiden Botschafter[7] sollten sich damit beschäftigen.

BM führte anschließend zur Rüstungszusammenarbeit und Abrüstungsfragen aus, daß die entsprechende französische Industrie nach dem Kriege eine andere Entwicklung durchlaufen hätte als die deutsche. Dies habe zu unterschiedlichen Grundkonzeptionen geführt, die Veranlassung sein sollten, die Verantwortlichen einander näherzubringen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit beim Airbus-System zeige, daß dies durchaus möglich sei.

In der dem Gespräch vorangegangenen Pressekonferenz sei er nach der deutschen Haltung zum Projekt der Raumfähre Hermes[8] gefragt worden. Er habe

6 Der Passus „De Gaulle … im Interesse“ wurden von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wichtiger Vorschlag!“

7 Serge Boidevaix bzw. Franz Joachim Schoeller.

8 Zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes“ vgl. Dok. 61, Anm. 29.
Am 26. Mai 1986 erörterten Bundesminister Riesenhuber und der französische Forschungsmini-

auf seinen Besuch bei der European Space Agency (ESA) hingewiesen, um deutlich zu machen, welche Bedeutung er der europäischen Zusammenarbeit im Weltraum beimesse. Im Augenblick könne er nur für seine Person sprechen, wenn er feststelle, daß die Position Europas in der Welt von der europäischen technologischen Autonomie abhänge. Niemand sei in der Vergangenheit in Europa auf die Idee gekommen, Dampfmaschinen, Lokomotiven, Autos oder Flugzeuge in anderen Teilen der Welt zu kaufen.

Chirac erklärte, daß er nach seinem letzten Treffen mit dem BK[9] Weisung erteilt habe, die beiden aktuellen Airbus-Projekte[10] rascher voranzutreiben. Eine deutsche Beteiligung auch bei Hermes sei dringend erwünscht. Er sei im Gegenzug bereit, auf deutsche Bitten um französische Beteiligung an einer Raumstation einzugehen (Columbus?).

BM hierzu: Die bisherigen amerikanischen Vorschläge zu Columbus[11] seien nicht befriedigend. Dies bestätige, daß man nur als Partner auftreten könne, wenn man auch Substantielles zu bieten habe. Dem Gedanken, den Hintergedanken zu harmonisieren, stimme er im übrigen zu, da sich jede Entscheidung im Außen- und Verteidigungsbereich ableite aus einer einmal entwickelten Grundkonzeption. Man sei sich bereits nähergekommen, dies obwohl im nuklearen Bereich fundamentale Unterschiede gegeben seien. F sei Atommacht, die Bundesrepublik wolle keine Atomwaffen besitzen. Die vorgegebenen Unterschiede hätten die Deutschen nicht gehindert, die französischen Positionen zu unterstützen, wie dies auch umgekehrt der Fall sei. Trotz unterschiedlicher

Fortsetzung Fußnote von Seite 789

ster Devaquet die Frage der Weiterbehandlung des „Hermes"-Projekts: „Herrn Devaquet ging es insbesondere darum, die Bundesregierung für eine baldige Beteiligung an Hermes zu gewinnen. BM Riesenhuber verwies dazu auf die Absprache zwischen Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl, (erst) im Herbst 1986 über die deutsche Beteiligung zu entscheiden. Um gleichwohl Probleme, die einerseits durch das Verfahren nach der ESA-Konvention und andererseits durch den politisch vorgegebenen Zeitplan entstehen können, zu vermeiden, soll mit dem Ziel einer möglichst effizienten Vorbereitung der deutschen Entscheidung über eine Teilnahme am Hermes-Programm ein gemeinsames deutsch-französisches Papier ausgearbeitet werden, dessen Entwurf vom BMFT erstellt wird." Vgl. den Ergebnisvermerk des Bundesministeriums für Fortschung und Technologie vom 25. Juni 1986; Referat 431, Bd. 142062.

9 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac am 17. April 1986 vgl. Dok. 109, Anm. 11.
Über das Gespräch notierte Ministerialdirigent von Ploetz aus einem Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 17. April 1986: „Die beiderseitigen Forschungsminister sind beauftragt, eine Bestandsaufnahme aller technologischen Projekte zu machen, an denen beide Seiten beteiligt sind – von Airbus bis Hermes. Bei Hermes war Haltung von Chirac mit der des Präsidenten identisch." Vgl. Referat 412, Bd. 130585.

10 Zur Weiterentwicklung des „Airbus" vgl. Dok. 109, Anm. 15.

11 Zum Projekt einer Internationalen Raumstation vgl. Dok. 109, Anm. 19.
In einem Gespräch mit Staatssekretär Ruhfus führte Staatssekretär Haunschild, Bundesministerium für Forschung und Technologie, am 5. Juni 1986 aus, „daß in der NASA wegen des Challenger-Unfalls und der unsicheren Aussichten über das künftige Raumfahrtbudget der USA zwar große Unsicherheit herrsche, die sich auch auf die Verhandlungen NASA/ESA über die Raumstation Columbus negativ auswirke. Immerhin sei man sich aber praktisch weitgehend einig, daß es ein fest mit der US-Raumstation verkoppeltes europäisches Modul und zusätzlich ein freifliegendes Modul geben werde. In allen übrigen Fragen, die noch kontrovers seien, stünden die eigentlichen Verhandlungen noch bevor. […] Die Änderung der bisherigen Konfiguration (freifliegendes europäisches Modul, das an der Raumstation andocken könne) in die eines fest verkoppelten und eines zusätzlichen freifliegenden Moduls sei kostenmäßig verkraftbar, wenngleich abzusehen sei, daß die Betriebskosten für zwei Module höher sein würden als für eines." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch vom 6. Juni 1986; Referat 431, Bd. 154484.

Position gelange man derart zu gemeinsamen Ergebnissen. Man brauche in Europa Staaten, die einen militär-nuklearen Status hätten.

Chirac: Wir verstehen die Zwänge, denen die Bundesrepublik Deutschland unterworfen ist. Wir unterliegen anderen Zwängen. Wenn wir beide uns auseinanderbewegen, profitiert davon die Sowjetunion. Man habe eine Doktrin, aber diese Doktrin müsse sich mit der Entwicklung notwendigerweise wandeln. Frankreich sei jedenfalls bereit, die deutschen außenpolitischen Optionen in die eigene Außenpolitik zu integrieren. Dies gelte insbesondere für die deutsche Ostpolitik. Man müsse sich bemühen, sich besser zu verstehen, um sich dann auch besser abstimmen zu können. Durch eine Politik der kleinen Schritte könne man sich voneinander entfernen. Man könne sich aber auch durch kleine Entscheidungen näherkommen. Dies sei der richtige Weg.

BM stimmte zu, daß eindeutige deutsch-französische Positionsbestimmungen unverzichtbar seien. Dies gelte jetzt insbesondere im Bemühen um eine konventionelle Stabilität vom Atlantik zum Ural. Die Sowjetunion sei bereit, hierüber zu verhandeln. In den USA würde die Frage diskutiert, ob amerikanische Streitkräfte aus Europa abgezogen werden sollten.[12] Neben diesen Fragen stelle sich das Problem der Auswirkungen von SDI auf die westliche Allianz und die westliche Abschreckungsstrategie. Man müsse von Anbeginn gemeinsam nachdenken, um nicht später über unterschiedliche Positionen diskutieren zu müssen.

Chirac äußerte sich skeptisch gegenüber sowjetischen Vorschlägen, auch glaube er nicht an einen möglichen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa. Dies schließe nicht aus, daß man alle Möglichkeiten in gemeinsamen Überlegungen zu berücksichtigen habe. BM stellte hierzu fest, daß die USA sich bewußt werden, nicht global allein verantwortlich handeln zu können. Dies sei ein deutsch-französisches Thema. Frankreich habe kürzlich eine eigene Erfahrung gemacht, als man jeden Überflug amerikanischer Flugzeuge nach Libyen über französisches Gebiet abgelehnt habe.[13] Die Amerikaner könnten den Verbleib einer US-Division in der Bundesrepublik Deutschland von der Bedingung abhängig machen, daß diese Division die Möglichkeit haben müsse, von deutschem Boden aus weltweit zum Einsatz zu kommen. Hinsichtlich der Vorschläge von Gorbatschow[14] müsse man behutsam vorgehen, da die Kopfzahl der Streitkräfte nicht weit auseinanderliegen würde. Der Unterschied der Kräfte sei jedoch[15] beträchtlich, wenn man überlege, auf welche Kopfzahlen man im Osten bzw. im Westen innerhalb von 96 Stunden kommen könne. Dann sei der Unterschied zum Westen auch deshalb erheblich, weil zwei Mitglieder der Allianz nicht die allgemeine Wehrpflicht kennen. Darüber hinaus gäbe es Probleme beim Vergleich von Ausrüstung und Bewaffnung, nicht zuletzt wegen der geographischen Unterschiede.

12 Zur Diskussion in den USA über einen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa vgl. Dok. 146, Anm. 19.

13 Vgl. dazu die Erklärung des französischen Außenministeriums vom 15. April 1986; Dok. 104, Anm. 7.

14 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April 1986 vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

15 Korrigiert aus: „Kräfte jedoch“.

Ein deutsch-französisches Auseinanderdriften müsse man auch auf dem Gebiet der Agrarpolitik vermeiden und auch hier gemeinsam Konzeptionen entwickeln und vertreten.

Wir haben beide Landwirtschaftsminister[16] mit Charakter. Sie kennen die Probleme und stehen jeder für sich fest zu einmal getroffenen Entscheidungen. Ihre ersten Gespräche seien gut verlaufen, die jetzt gegebenen persönlichen Beziehungen sollten erweitert und vertieft werden.

Sein Minister habe erklärt, er sehe Möglichkeiten der Übereinstimmung mit seinem deutschen Kollegen. Die beiden Landwirtschaftsminister sollten sich ebenfalls einmal 48 Stunden zusammensetzen.

Im Agrarbereich sei die Situation Europas jedenfalls beunruhigend. Besondere Kontakte unter den führenden Staaten der Gemeinschaft, d. h. zu Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich, sollten verstärkt werden. Italien müsse, abgesehen von dort gegebenen Empfindlichkeiten, berücksichtigt werden, um zu verhindern, daß sich eine Gruppe der Mittelmeerstaaten der Gemeinschaft unter italienischer Führung bildet. Praktisch biete sich an, zunächst das angeregte Treffen des deutschen mit dem französischen Landwirtschaftsminister durchzuführen, die sich anschließend mit ihren italienischen und britischen Kollegen[17] zusammensetzen könnten. Wegen des Schlußteils des Gesprächs verweise ich auf meinen heutigen Bericht an 010.[18]

[gez.] Schoeller

VS-Bd. 14150 (010)

16 François Guillaume bzw. Ignaz Kiechle.

17 Michael Jopling bzw. Filippo Maria Pandolfi.

18 Botschafter Schoeller, Paris, vermerkte, daß Ministerpräsident Chirac Bundesminister Genscher unter Verweis auf die Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag auf folgendes angesprochen habe: „Nach der Verfassung der V. Republik bestimme und führe die Regierung die Politik der Nation (Art. 20) und damit auch die Außenpolitik. Darüber gäbe es keinen Zweifel. Allerdings nähme Präsident Mitterrand für sich in Anspruch, Frankreich nach außen zu vertreten. Er – Chirac – habe nicht die Absicht, das Amt des Präsidenten in dieser Hinsicht in Frage zu stellen noch Mitterrand persönlich zu demütigen. Dies würde in der französischen Öffentlichkeit auf Ablehnung stoßen. Als Freund und Vertrautem wolle er BM seine Überlegungen vortragen und erläutern, um angesichts dieser Ausgangslage eine Lösung für den Ablauf des Europäischen Rats zu finden. […] Im Rat sei jeder Mitgliedstaat durch zwei Persönlichkeiten vertreten; üblicherweise seien dies der Regierungschef und der Außenminister. Für Frankreich würde dies bedeuten, daß außer dem Präsidenten nur er an den Besprechungen teilnehmen könnte. Der französische Außenminister könne nicht teilnehmen, es sei denn, die Zahl der Teilnehmer würde auf drei erhöht werden. Für die übrigen Staaten ergäbe sich die Möglichkeit, den für Europafragen zuständigen Minister bzw. Staatssekretär hinzuziehen. Ein entsprechender Vorschlag müsse von der Präsidentschaft eingebracht werden. Er selbst wolle sich nicht an die Holländer wenden, würde es aber dankbar begrüßen, wenn die deutsche Seite sich für dieses für ihn doch recht bedeutsame Anliegen einsetzen könnte. Sollte man deutscherseits nicht die Möglichkeit sehen, ihm zu helfen, müsse er sich damit abfinden. […] BM erklärte abschließend, er wolle mit BK über Chiracs Anliegen sprechen und ihn alsbald unterrichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168 vom 23. Mai 1986; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

153

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.52-949/86 geheim **27. Mai 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Binäre chemische Waffen;
hier: Schritte der US-Regierung zur Ausführung des Kongreß-Beschlusses im Rahmen der Mittelbewilligung für die Produktion binärer chemischer Waffen (CW)[4]

Anlg.: DB Nr. 762 vom 26.5.1986 aus Brüssel NATO (nur bei Original)[5]

Vorschlag: Behandlung einer Eventualfallplanung für chemische Waffen ist Bündnisangelegenheit und muß im Bündnis konsultiert werden.

I. Sachverhalt

1) Am 19.12.1985 bewilligte der amerikanische Kongreß die von der Administration beantragten Mittel zur Produktion binärer chemischer Waffen.

Der Kongreß knüpfte die Mittelfreigabe u. a. an folgende, nur durch Mitwirkung der Verbündeten oder des Bündnisses zu erfüllende Auflage:

– Die USA haben mit dem NATO-Oberbefehlshaber einen Plan zu entwickeln, nach dem binäre CW auf der Grundlage geeigneter Eventualplanungen (appropriate contingency plans) zur Abschreckung von CW-Angriffen gegen die USA und ihre Verbündeten verbracht werden können, und
– über diesen Stationierungsplan müssen mit Alliierten Konsultationen stattgefunden haben („has consulted with other member nations of the North Atlantic Treaty Organisation (NATO) on that plan").

Die amerikanische Regierung erarbeitet zur Zeit mit SACEUR eine Eventualfallplanung. Eine Konsultation im Bündnis hat noch nicht stattgefunden. Die Planung ist gegenwärtig auch noch nicht in die NATO eingeführt. Unsere Vertretung bei der NATO in Brüssel sieht für das Konsultationsverfahren folgende Möglichkeiten:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Mai 1986 vorgelegen.
3 Hat Bundesminister Genscher am 28. Mai 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 28. Mai 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte.
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.
Hat Braunmühl am 4. Juni 1986 erneut vorgelegen.
Hat Ploetz am 5. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 6. Juni 1986 erneut vorgelegen.
4 Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 19. Dezember 1985 vgl. Dok. 23.
5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12158 (201).

– multilaterale oder bilaterale Konsultationen in der Allianz auf militärischer Ebene (multilateral im Militärausschuß, bilateral zwischen militärischen Vertretern beim MC oder zwischen SACEUR und dortigen Militärvertretern);
– bilaterale politische oder militärische Konsultationen in den Hauptstädten;
– multilaterale Konsultationen im Verteidigungsplanungsausschuß der NATO;
– bilaterale Konsultationen auf Delegationsebene NATO.

Die Pläne der USA sahen zunächst eine Konsultation im Militärausschuß (MC) der NATO vor. In Washington wird nach dem Bericht der Vertretung jedoch gegenwärtig erwogen, bilaterale Konsultationen in den Hauptstädten als Alternative vorzuschlagen. Dies wird nach Information unserer NATO-Vertretung auch von Generalsekretär Lord Carrington nachdrücklich unterstützt, um eine erneute Diskussion über chemische Waffen in der Allianz zu vermeiden.

Die NATO-Vertretung hält multilaterale Konsultationen innerhalb der Allianz zwar grundsätzlich für uns gelegener (Nichtsingularisierung, Allianzfrage), sieht jedoch die Möglichkeit, daß einige Mitgliedsländer erneut zu Protokoll geben werden, daß eine Verbringung von chemischen Waffen auf ihr Territorium nicht in Frage komme. Die NATO-Vertretung befürwortet im Ergebnis bilaterale Konsultationen, die gleichzeitig in sämtlichen Hauptstädten erfolgen müßten. Im übrigen sollten die Konsultationen bald stattfinden.[6]

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Außenminister Shultz Herrn Bundesminister auf diese Problematik während der Tagung des Nordatlantikrats in Halifax[7] ansprechen wird.

II. Die CW-Gegner im US-Kongreß haben die Auflagen für die Administration durchgesetzt in der Hoffnung, daß die Europäer ihre Erfüllung und damit die Wiederaufnahme der CW-Produktion verhindern werden.

Spätestens bei Vorlage des Berichts der US-Regierung an den Kongreß über die Implementierung der Auflagen werden sie – wie von ihnen bereits angekündigt – ihre „kritische Aufmerksamkeit" auf den Vorgang richten. Wir müssen deshalb davon ausgehen, daß schon aus diesem Grunde die Beratungen über eine Eventualfallplanung im Bündnis nicht vertraulich bleiben werden.

Während der Tagung der Nordatlantischen Versammlung in Luxemburg (22. bis 26. Mai 1986) haben Vertreter der SPD (MdB Voigt, Gansel, Jungmann) sowie sozialistische Abgeordnete aus Dänemark und den Niederlanden in den Ausschußberatungen sowie in der Plenardebatte sehr deutlich gemacht, daß für sie die Debatte über die Aufnahme der Produktion neuer chemischer Waffen nach der Verabschiedung des Streitkräftezieles[8] nicht beendet sei. Der Schwerpunkt ihrer Bemühungen konzentriert sich jetzt darauf, dem amerikanischen Kongreß unmittelbar nachzuweisen, daß die vom Kongreß geforderte Zustimmung aller NATO-Partner zum Streitkräfteziel nicht erfolgt ist. Sie haben deutlich

6 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unverständlich. War der Botschafter nicht im BSR?"

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

8 Zur Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich chemischer Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 vgl. Dok. 150.

zu verstehen gegeben, daß sie die noch ausstehende Beratung über die Eventualfallplanung als weitere Möglichkeit intensiv nutzen werden, ihr Ziel, die Verhinderung der CW-Produktion, zu erreichen. Erwartungen, wie sie die NATO-Vertretung Brüssel äußert, daß bilaterale Konsultationen in den Hauptstädten zu einer Minderung eventueller Publizität führen könnten, erscheinen auch vor diesem Hintergrund als nicht realistisch.

Angesichts des deutlich zum Ausdruck gebrachten Interesses der Opposition an der Konsultation der Eventualfallpläne und ihrem schon jetzt geäußerten Verdacht, die Planung diene letztendlich der Stationierungszusage und werde angesichts des Widerstandes der meisten europäischen Partner, CW auf ihrem Gebiet zu stationieren, unausweichlich zur Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland führen, kann die Bundesregierung kein Interesse an bilateralen Konsultationen in den Hauptstädten haben.[9] Wir haben, auch gegenüber dem Parlament, stets die Ansicht vertreten, daß Fragen der Eventualfallplanung eine Bündnisfrage sind. Daraus ergibt sich, daß sie im Bündnis konsultiert werden müssen.[10]

Da keine Gesichtspunkte erkennbar sind, die es für uns notwendig erscheinen lassen könnten, von dieser Haltung abzurücken, sollten wir bei diesem Grundsatz bleiben.

Nur bei einer Konsultation im Bündnis ist die Gewähr dafür gegeben, daß die mit den USA vereinbarte Regelung für eine Verbringung im Eventualfall tatsächlich in einer generell für alle Bündnispartner gültigen Form Eingang in den Eventualplan findet. Es wurde vereinbart:

„In einem Eventualfall können binäre chemische Waffen in alle NATO-Länder verbracht werden, in denen US-Land-, Luft-, See- oder Marineinfanterie-Einheiten stationiert sind oder im Einklang mit der NATO-Verstärkungsplanung zur Verbringung vorgesehen sind, die befähigt sind, chemische Waffen zum Einsatz zu bringen. Somit wird der Plan eine breitangelegte Beteiligung vorsehen, so daß weder die Bundesrepublik Deutschland noch irgendein anderes NATO-Mitglied als einziges Aufnahmeland für binäre chemische Waffen in einem Eventualfall singularisiert wird.“[11]

Nur wenn multilateral in einem militärischen Gremium konsultiert wird, können wir sicher sein, daß alle Partner im Bündnis in einer Form, die späteren Widerspruch ausschließt, den gleichen Erkenntnisstand über den Eventualfallplan haben.

Sollte AM Shultz während der Tagung des Nordatlantikrats in Halifax die weitere Behandlung der Konsultation der Eventualfallplanung ansprechen, sollte ihm deshalb unsere eindeutige Präferenz für Konsultationen im Bündnis und nicht auf bilateraler Ebene in den Hauptstädten mitgeteilt werden.

Eine Abstimmung unseres Vorschlages mit dem BMVg war noch nicht möglich.

9 Der Passus „Partner, CW auf … Hauptstädten haben“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

10 Der Passus „stets die Ansicht … konsultiert werden müssen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

11 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Mai 1986 an Präsident Reagan; Dok. 139.

Das BMVg wartet für seine Stellungnahme die Rückkehr von StS Rühl ab, der voraussichtlich erst am 28.5. zur Verfügung stehen wird.[12]

Braunmühl

VS-Bd. 12158 (201)

154

Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Ankara, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 27. Mai 1986, 01.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2 **Ankunft: 27. Mai 1986, 06.03 Uhr**

Betr.: Gespräch des Bundespräsidenten und BM Genschers mit MP Özal am 26. Mai 1986 aus Anlaß des Staatsbesuchs[2]

Im Mittelpunkt des einstündigen Gesprächs, das in einer sehr offenen und freundschaftlichen Atmosphäre in englischer Sprache geführt wurde, standen die künftigen Beziehungen der Türkei zu Europa und die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei.

1) Auf Bitten des Bundespräsidenten gab MP eine Lageeinschätzung:

– Bilaterale Beziehungen seien immer gut gewesen, verglichen mit früheren Jahren befänden sie sich auf einem Höchststand. Türkei sei dankbar für deutschen Beitrag zur Lösung seiner Wirtschaftsprobleme und das Verständnis früherer und der jetzigen Bundesregierung. Lage in D sei deutlich verbessert, besonders die türkischer Arbeitnehmer dort.

12 Vortagender Legationsrat Bertram informierte Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter, z. Z. Halifax, am 28. Mai 1986, daß das Bundesministerium für Verteidigung das Votum des Auswärtigen Amts teile, wonach die „Eventualfallplanung im Bündnis multilateral auf militärischer Ebene konsultiert werden soll. Absicht von GS Lord Carrington, es dabei nicht nochmals zu größerer Debatte kommen zu lassen, werde von BMVg unterstützt. Daher würde neben Konsultation im kleineren (restricted) Kreise (MC) ggf. auch solche auf Botschafterebene in Betracht gezogen werden können, falls damit unauffällige Behandlung besser erreicht werden kann. Zum Zeitpunkt Konsultationen für Eventualfallplanung vertrete BMVg die Auffassung, daß dies sobald wie möglich – im Juni – erfolgen sollte." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4148; VS-Bd. 12158 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 29. Juli 1986 unterrichtete Präsident Reagan den amerikanischen Kongreß, daß die USA der NATO einen Plan über das Streitkräfteziel im Rahmen der Modernisierung amerikanischer Chemiewaffen unterbreitet habe, der vom Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) angenommen worden sei. Ferner habe sie mit dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) einen Plan zur Verbringung dieser Waffen im Rahmen der Eventualfallplanung ausgearbeitet. Schließlich habe die amerikanische Regierung mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten diesen Plan konsultiert. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1014.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Spohn am 27. Mai 1986 vorgelegen.

2 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 26. bis 30. Mai 1986 in der Türkei auf.

– Wirtschaftslage der Türkei sei gekennzeichnet durch verbesserte Exportlage und Einnahmen aus Dienstleistungen. Allerdings würden noch 1986 und 87 Spitzenjahre im Schuldendienst sein. Austeritätsprogramm der Regierung zeige Wirkung.
– Im Lande herrsche eine freie Atmosphäre, alle politischen Führer könnten sich äußern, auch dies trage zur Verbesserung bei.
– Verbessert seien auch Beziehungen zu Europa, Beispiele seien türkischer OECD-Vorsitz[3] und bevorstehende Präsidentschaft im Minister-Komitee des Europarates[4].
– Beziehungen zur EG seien besser als vor drei Jahren. Türkei wolle Mitglied werden, Zeitpunkt könne man nicht nennen. Auch wenn breite Beziehungen zur islamischen Staatengruppe bestünden, sei dies für die Türkei keine Alternative. Die Regierung wolle die EG-Mitgliedschaft und durch gute Beziehungen zu islamischen Ländern eine natürliche Brücke Europas dorthin bilden.

Freizügigkeit sei vor vielen Jahren mit EG vereinbart worden.[5] Präsident Evren habe gesagt, daß die Türkei als Land und als Freund der Bundesrepublik Deutschland deren Probleme zu diesem Zeitpunkt kenne. Es gelte, gleichzeitig gemeinsam zu versuchen, die beste Lösung für beide Länder zu finden.

MP hob hervor, er müsse als Parteiführer seine Politik erläutern, zumal wenn 1987[6] Wahlen anstünden.[7] Als Beispiel für eine gesunde Argumentation nannte er:

3 Bei der OECD-Ministerratstagung am 17./18. April 1986 in Paris führte Ministerpräsident Özal den Vorsitz.

4 Infolge des Militärputschs am 12. September 1980 nahm die Türkei die turnusmäßige Übernahme der Präsidentschaft des Europarats nicht wahr. Referat 200 vermerkte am 18. April 1986, daß sie jedoch am 10. Mai 1981 einen Beschluß des Ministerkomitees erwirkt habe, wonach ihr „die Nachholung des Vorsitzes nach Wiederherstellung der Demokratie" zugestanden worden sei. Nach ergebnislosen Bemühungen, die Zustimmung der Mitgliedstaaten für die Nachholung zu erreichen, habe die Türkei dann im Herbst 1984 die Mitarbeit im Europarat eingestellt. Ein Konsens habe 1984 und 1985 „im Hinblick auf die schwebenden Menschenrechtsbeschwerden (DK, F, NL, NWG, SCN) gegen die Türkei bei der Europäischen Menschenrechtskommission und Opponieren Griechenlands nicht herbeigeführt werden" können. Nach der gütlichen Beilegung der fünf Menschenrechtsbeschwerden im Dezember 1985 habe die Bundesregierung „erneut zugunsten einer Nachholung des türkischen stellvertretenden Vorsitzes und Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates in Straßburg geworben und in fast allen Hauptstädten der EuR-MS demarchiert" Vgl. Referat 200, Bd. 141793.
Am 24. April 1986 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, z. Z. Straßburg, daß das Ministerkomitee (MK) des Europarats auf seiner Sitzung am selben Tag beschlossen habe, „daß Türkei mit Beendigung der Sitzung vom 24.4.86 den stellvertretenden Vorsitz im MK, mit Beendigung der Sitzung des MK im November 1986 den Vorsitz übernehmen wird. […] Die Entscheidung wurde auf deutsch-britischen Antrag gegen erbitterten griechisch-zyprischen Widerstand in streitiger Abstimmung getroffen. 14 Staaten votierten für, sechs Staaten gegen das türkische Anliegen. Ein Staat enthielt sich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 200, Bd. 141793.

5 Am 23. November 1970 unterzeichneten die EWG und die Türkei ein Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 12. September 1963 über die Gründung einer Assoziation, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

6 Korrigiert aus: „1988".

7 Am 29. Oktober 1987 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt.

Freizügigkeit sollten alle Türken innerhalb der EG genießen, die sich schon dort befinden.

Unter Bezugnahme auf Gespräch mit BK[8]: Die einzige Möglichkeit, türkischen Bürgern das Ausbleiben weiterer Schritte zu erklären, wäre der Beginn von Verhandlungen über den EG-Beitritt.[9] Bei Beginn 1987 würden sie etwa fünf bis sechs Jahre dauern. Für diesen Zeitraum würde die Freizügigkeit als hinausgeschoben dargestellt werden können. Danach werde es vielleicht noch weitere fünf Jahre bis zur Realisierung des Beitritts dauern. Dann würde das neue System gelten. Wie es aussehe, wisse er, MP, nicht. Jedenfalls müsse es den Realitäten beider Seiten Rechnung tragen.

Türkei wolle nicht weitere Anatolier nach Deutschland schicken. Vielleicht werde es um die Jahrhundertwende Arbeitskräftemangel geben, zu hohes Bevölkerungswachstum werde reduziert. Sobald die Ölpreise wieder stiegen, würden Türken erneut in den Ölländern Beschäftigung finden. Bis dahin könnten D und europäische Freunde helfen.

Derzeitige Arbeitslosigkeit in D sei übrigens strukturelles Problem und werde einige Jahre dauern. Der Druck auf deutsche Industrien, die wegen hoher Arbeitsintensität nicht mehr wettbewerbsfähig seien, werde steigen, z. B. Textil-, Stahl- und Gießereiindustrie. Hier könnten Joint-ventures in Türkei helfen wegen hiesiger niedriger Arbeitskosten, z. B. produziere MAN in Ankara Busse zu 20 Prozent niedrigeren Kosten als in Deutschland. Das Rezept müsse also lauten, Arbeit in die Türkei zu verlegen und nicht Arbeiter nach Deutschland. Hier gebe es in den nächsten 10 bis 15 Jahren viel zu tun.

2) Bundespräsident zollte mutiger türkischer Wirtschaftspolitik Respekt, die er langfristig als allein erfolgversprechend bezeichnete. Er äußerte Befriedigung über türkische Feststellung, daß sich Lage der Türken in Deutschland verbessert habe. Das sei auch unsere Meinung. In Berlin habe Ausländerproblem, d. h. Türkenproblem, noch Wahlkampf 1978/79[10] beherrscht. 1981[11] sei es kein Thema mehr gewesen. Trotz gestiegener Arbeitslosigkeit habe Druck in Ausländerfrage nachgelassen. Von Einzelfällen abgesehen, könnten wir Vertrauen in die künftige Entwicklung haben.

Zu OECD und Europarat hob Bundespräsident deutschen Anteil an gefundenen guten Lösungen hervor.

Zu türkischen Ausführungen über EG registrierte er interessante Perspektiven. Es gehe nicht allein um Freizügigkeit, Wanderungsbewegungen oder ein spezifisches deutsches Problem. Die Fragen sollten offen und nüchtern behandelt werden. D werde entsprechend den historischen und freundschaftlichen Bindungen zur Türkei handeln.

8 Ministerpräsident Özal hielt sich am 16. April 1985 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. AAPD 1985, I, Dok. 92.

9 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Spohn durch Pfeil hervorgehoben.

10 In Berlin (West) fanden am 18. März 1979 Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt.

11 Am 10. Mai 1981 fanden in Berlin (West) vorgezogene Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt, aus denen die CDU als stärkste Partei hervorging. Am 11. Juni 1981 wurde Richard von Weizsäcker zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

Unter Bezugnahme auf DGB-Kongreß am Wochenende[12], wo Arbeitsmarktprobleme im Zusammenhang mit Strukturwandel und technologischem Fortschritt erörtert worden seien, bezeichnete Bundespräsident Joint-ventures in Ländern wie der Türkei als möglicherweise wirtschaftlich sehr interessant. Sie würden türkische Exporte steigern, ebenso wie unsere Investitionen. Dies könne sehr fruchtbar sein.

Bundespräsident sprach sich auch für bessere Berufsausbildung der bei uns lebenden jungen Türken aus. Dies sei für beide Länder wichtig.

Im übrigen ermutigte Bundespräsident türkische Seite, weiter Priorität auf gesunde wirtschaftliche Entwicklung zu legen, die die beste Grundlage für sozial stabile Entwicklung darstelle. Die Politik der Bundesregierung ziele in die gleiche Richtung.

Bundespräsident äußerte sich auch positiv zu dem türkischen Gedanken, eine Brücke zu den islamischen Ländern zu bilden. Europäische Idee habe stets beinhaltet, einerseits gemeinsame Interessen zu haben, andererseits aber spezifische Beziehungen einzubringen, die dem Ganzen nutzten. Spanien und Portugal brächten ihre besonderen Beziehungen zum Maghreb und Lateinamerika in die EG ein. Die einzigartige geopolitische Lage der Türkei mache deutlich, welch unersetzliche Rolle die Türkei spielen könne.

3) Nachdem MP erläutert hatte, daß türkisches Pro-Kopf-Einkommen in den üblichen Statistiken unrealistisch niedrig angesetzt sei, weil es nicht auf das – in der Türkei niedrigere – Preisniveau bezogen sei (nach neuen Vergleichsmethoden würde es bei ca. 2000 US-Dollar liegen), versuchte er mit Blick auf angestrebte EG-Mitgliedschaft die Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Industrie zu unterstreichen: Freie Marktwirtschaft nach Erhardschem Modell habe dazu geführt, daß Türkei inzwischen selbst für Luxusgüter ein von Ausländern häufig aufgesuchtes Einkaufsland sei. Kürzliche Studien hätten ergeben, daß 70 bis 75 Prozent der türkischen Industrie in der EG wettbewerbsfähig sein würden, nur bei 20 bis 25 Prozent seien Anpassungen erforderlich. Türkei stehe damit besser da als Griechenland, Spanien oder Portugal.

Freies Marktsystem werde beibehalten, ob EG-Mitgliedschaft verwirklicht werde oder nicht.

Viele Jahre sei Beziehung der Türkei und Griechenlands zur EG parallel gelaufen. Dann habe Griechenland einen Vorteil erreicht. Die aus anderen Gründen schlechten türkisch-griechischen Beziehungen hätten sich verschlechtert, und GRI spiele die EG-Karte, um weiter dazu beizutragen. Vielleicht könne der türkische EG-Beitritt die Lösung im bilateralen Verhältnis zu GRI erleichtern.

MP schloß sein Plädoyer für türkische EG-Mitgliedschaft mit dem Hinweis ab, daß Ablehnung durch zwölf christliche EG-Länder von der muslimischen Türkei als das Nein eines christlichen Clubs verstanden werde.

4) Bundespräsident widersprach deutlich. Europa lebe eher in der Fortsetzung der Aufklärung und als Inkonsequenzen religiöser Überzeugungen.[13] Zwar ge-

12 Vom 25. bis 30. Mai 1986 fand in Hamburg der 13. Ordentliche Bundeskongreß des DGB statt.
13 So in der Vorlage.

be es christliche Parteien, man müsse aber fragen, ob wirkliche religiöse Kräfte hinter ihnen stünden.

Er glaube nicht, daß Probleme von unserer Seite kämen. Wir hätten bilaterale Probleme, andererseits erlaubten unsere Beziehungen aber, damit fertig zu werden. Denn wir wüßten, daß keiner dem anderen Schaden zufügen wolle, andererseits Kompromisse in der Öffentlichkeit zu erklären seien. – Bei anderen MS könne es fundamentalere Probleme geben, aber sie lägen nicht im religiösen Bereich.

Das Gespräch wurde abgeschlossen mit einer Erörterung über schnellen strukturellen Wandel der Türkei (steigende Urbanisierung, neue Ansätze zu ihrer Bewältigung, Familienplanung).

[gez.] Ploetz

Referat 203, Bd. 151076

155

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen, z.Z. Halifax

010-1050/86 VS-vertraulich **28. Mai 1986**[1]

Vierer-Treffen der Außenminister am 28. Mai 1986 in Halifax

1) Nach der üblichen Aussprache über Berlin- und Deutschlandfragen[2] behandelten Minister bei dem anschließenden Abendessen – an dem auf deutscher Seite neben BM D 2[3] und LMB[4] teilnahmen – folgende Fragen:

– SGV der VN über die kritische Wirtschaftslage in Afrika,

– Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Ost-West-Fragen,

– französisches Papier zum Problem der konventionellen Stabilität,

– Beachtung von SALT II.

2) Außenminister, die bis auf französischen AM Raimond an SGV der VN über kritische Wirtschaftslage in Afrika[5] am Vormittag teilgenommen hatten, tauschten ihre Eindrücke aus. Sie waren sich einig, daß die ehrliche Analyse der Lage als Fortschritt zu werten sei. BM berichtete über sein Gespräch mit senegalesischem Präsidenten Diouf, der in der Verschuldensfrage vom Gedanken einer großen Schuldner-Gläubiger-Konferenz abgegangen sei und sich auch mit dem

1 Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 29. Mai 1986 vorgelegen.

2 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) vgl. Dok. 159, Anm. 17.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Michael Jansen.

5 Zur VN-Sondergeneralversammlung über Afrika vom 27. Mai bis 1. Juni 1986 in New York vgl. Dok. 163.

vom Westen propagierten Vorgehen von Fall zu Fall einverstanden erklärt habe. AM Shultz wies auf die amerikanischen Haushaltsschwierigkeiten hin. Auch die Hilfe an die Dritte Welt werde im Haushaltsverfahren unweigerlich beschnitten werden. Das Haushaltsverfahren sei lang und kompliziert. Zu guter Letzt werde eine Beschneidung des Haushaltsdefizits herauskommen. Enttäuschungen seien damit aber vorprogrammiert.

3) AM Shultz führte zum Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle ein. Entscheidend sei, daß der Öffentlichkeit klargemacht werde, daß der Westen ein Konzept habe und zu Ergebnissen kommen wolle. Die Vorschläge des SU-GS vom 15. Januar[6] seien interessant, und es lohne sich, ihnen genau nachzugehen. Andere Vorschläge des Generalsekretärs, z. B. der, sich mit Präsident Reagan in Hiroshima zu treffen[7], werden in den USA nicht ernst genommen – entscheidend komme es eben auf die Inhalte an. Bei dem kürzlichen Besuch des spanischen Außenministers[8] in Washington habe dieser über die Reise von PM González nach Moskau[9] berichtet. Auffällig sei, daß es dort keine Erwähnung von SDI gegeben habe. Die entscheidenden Leute seien darüber hinaus außerordentlich beunruhigt gewesen über die Ereignisse in Tschernobyl[10], die ihre Auswirkungen haben würden. Die Flexibilität des Systems habe jedenfalls nicht beeindruckt. Die Katastrophe zeige, welche gewaltige Aufgabe der Generalsekretär vor sich habe, um die Reformen voranzubringen, die das sowjetische System benötige.

AM Raimond meinte, viele der sowjetischen Vorschläge seien nicht sonderlich beeindruckend, es lohne sich aber, sich mit den wirklich substantiellen Vorschlägen vom 15. Januar und den Überlegungen von Potsdam (konventionelle Abrüstung)[11] auseinanderzusetzen. Diese verdienten sorgfältige Analyse und genaue Prüfung. Der Westen müsse sich seinerseits vorsehen, daß er in seinen Schlußfolgerungen nicht untereinander abweiche.

AM Howe äußerte die Befürchtung, daß der Westen in seinen Anstrengungen, die eigene Öffentlichkeit zu überzeugen, nicht nachlassen dürfe. Er befürchte, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Sowjets doch größeren Einfluß ausübe, als dies gemeinhin angenommen werde. Dies gelte selbst für sowjetische Vorschläge, die ohne Substanz seien. Er stelle immer wieder fest, daß selbst vernünftige Leute sich leicht beeindrucken ließen.

BM drängte darauf, daß das Treffen von Halifax[12] die Gelegenheit nütze, die westliche Konzeption für die West-Ost-Beziehungen, für Abrüstungs- und Rü-

6 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

7 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Mai 1986 für eine internationale Konferenz über einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 144.

8 Francisco Fernández Ordóñez.

9 Ministerpräsident González hielt sich vom 19. bis 22. Mai 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 159.

10 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

11 Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im Anschluß an einen Besuch am 20. April 1986 in Schloß Cecilienhof in Potsdam vgl. den Artikel „Der Frieden ist um so fester, je stärker der Sozialismus ist“; NEUES DEUTSCHLAND vom 21. April 1986, S. 1.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

stungskontrolle klarzumachen. Im Grunde liege ein ganzes Paket westlicher Vorschläge auf dem Tisch, deshalb gelte es zu verdeutlichen, daß der Osten auf unsere Vorschläge reagiere und nicht umgekehrt. Gerade deshalb sei eine klare Aussage in Halifax von großer Bedeutung. Den Menschen müsse unser Konzept deutlich werden. Dies könne am ehesten gelingen, wenn verständlich gemacht werde, daß die Sowjetunion endlich ihren Worten Taten folgen lassen müsse.

Besonders klar lasse sich dies am Beispiel der MBFR- und CW-Verhandlungen in Wien und Genf nachweisen. An beiden Tischen fehle es der Sowjetunion an der Implementierung der Vorschläge ihres Generalsekretärs. Die Erklärung von Halifax[13] solle auch noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, welche Ziele der Westen verfolge. Wichtig sei die Aussage, daß der Westen jede Art von Krieg vermeiden wolle, sei es nuklear oder konventionell, und daß von uns die Abrüstung weltweit gefordert werde. Das von ihm genannte Beispiel C-Waffen sei besonders gut, denn er könne sich keine bessere Haltung vorstellen, als die Abschaffung aller C-Waffen zu fordern. Mit dieser Position könne sich bei uns jedermann ohne weiteres identifizieren.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Frage der konventionellen Abrüstung und der konventionellen Stabilität vom Atlantik bis zum Ural. Auch die Verhandlungen über Systeme mittlerer Reichweite müßten nun energisch vorangebracht werden. Ferner müßte gemeinsam beraten werden, wie am besten die KSZE-Folgekonferenz in Wien vorbereitet werden könne. Die Ziele für diese Konferenz seien möglichst bald festzulegen.

BM trat für eine Eröffnung der Wiener Konferenz am 4. November auf politischer Ebene ein. Bei dieser Gelegenheit könnten die westlichen Ziele und das westliche Konzept gemeinsam präsentiert werden. Alles dies könnte auch Inhalt der Erklärung dieser Frühjahrskonferenz der AM sein, das als Signal von Halifax verstanden werden müßte.

AM Raimond und AM Howe stimmten zu, die westliche Position offensiv und selbstbewußt zu vertreten. Howe empfahl, Überlegungen anzustellen, warum das klare westliche Konzept nicht auch in der westlichen Öffentlichkeit höher geschätzt werde.

AM Howe unterstrich die Äußerungen von BM, eine klare Vision und klare Vorschläge im Bereich von MBFR und CW vorzugeben.

AM Shultz verwies auf den guten Vorschlag des Westens zu MBFR vom Dezember[14], der im Grunde nicht wirklich zur Kenntnis genommen worden sei. Der US-Regierung stelle sich dieses Problem auch in anderen Bereichen. Man habe die gleichen Probleme etwa bei der Darstellung der Ereignisse in Nicaragua. Die Medien seien nicht bereit, die ungeschminkte Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen.

BM wies erneut auf die Chancen von Halifax hin, das gute Möglichkeit biete, all unsere Vorstellungen bekannt zu machen. Hierzu gehöre auch, daß die USA

13 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 in Halifax vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 9f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 379–381.

14 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

im CW-Bereich seit 17 Jahren ein Moratorium eingehalten hätten.[15] Dies sei auch der Öffentlichkeit vermittelbar.

Minister tauschten sich aus über Möglichkeiten, Ziele, Vorstellungen und Vorgehensweise in der Allianz in besserer Form der Öffentlichkeit zu präsentieren. Shultz empfahl, darüber nachzudenken, wie über die Erklärungen der NATO, über Reden der Außenminister und der Staatsoberhäupter eine stärkere positive öffentliche Wirkung erreicht werden könne. AM Howe empfahl, nicht nur an die Form, sondern vor allem an die Substanz von Äußerungen zu denken. Er sehe voraus, daß in der Frage der konventionellen Bewaffnung im Laufe der kommenden Monate ein Bedarf entstehen werde, hierzu klare Aussagen zu machen. Zur Frage der Form meinte er, daß die führenden Politiker vielleicht öfter und auch auf verständlichere Art ihre Sache präsentieren müßten.

AM Shultz wies auf das Beispiel seines Präsidenten hin, der sich bemühe, klar und einfach zu sprechen. Dies führe dazu, daß die veröffentlichte Meinung ihn als schlicht hinstelle. Andererseits gewinne er aber durch die Art seines Auftretens und seine Redeweise großes Vertrauen.

Aufgrund dieser Erfahrung sei er für eine kurze und klare Erklärung über das Treffen von Halifax, die zu den wichtigsten Punkten Aussagen enthalten sollte. Er sei bereit, einen guten Text von GS Carrington fast blind zu übernehmen.

Zu der von BM aufgeworfenen Frage der Anwesenheit auf der Ebene der Außenminister beim Eröffnungstreffen der KSZE-Folgekonferenz in Wien wies Shultz auf die Notwendigkeit hin, bei den amerikanischen Wahlen am 4. November 1986 in San Francisco zu sein. BM bat ihn, nach Abgabe seiner Stimme umgehend nach Wien abzureisen, da Konferenzbeginn sicher zwei Tage in Anspruch nehmen werde.

4) BM regte an, daß AM Raimond das französische Papier über konventionelle Stabilität[16] erläutere. AM Raimond trug das Papier in großen Zügen vor. Hierbei erwähnte er als mögliches Forum die KVAE. Er schlug die Einsetzung einer Expertengruppe vor, die im Herbst dem NATO-Rat berichten könne.

BM unterstützte die französischen Vorstellungen. Besonders im Licht des Treffens der WP-AM am 10. Juni[17] sei es wichtig, daß das Bündnis jetzt handele. Deshalb sei es auch unverzichtbar, daß bis zum Beginn der Folgekonferenz in Wien Resultate bei der KVAE erreicht würden. In Wien müsse dann entschieden werden, welches die nächsten Schritte seien. Vorbedingung für ein Ergebnis in Stockholm sei, daß Ergebnisse bei den Vertrauensbildenden Maßnahmen erreicht würden. Deshalb gelte es jetzt, alle Anstrengungen auf die KVAE zu richten.

AM Raimond wies auf die kurze Zeit hin, die in Stockholm nur noch zur Verfügung stehe.[18] Dies sei nicht sehr ermutigend. Man müsse sich deshalb jetzt auf

15 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Nixon vom 25. November 1969; Dok. 23, Anm. 7.

16 Zum deutsch-französischen Papier über konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 146, besonders Anm. 18.

17 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest vgl. Dok. 179, Anm. 8.

18 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.

die wesentlichen Fragen wie Vertrauensbildende Maßnahmen und Notifizierungen konzentrieren.

AM Shultz meinte, Ergebnisse seien leicht zu erreichen, wenn die sowjetische Führung auf hoher Ebene endlich ein Zeichen gebe.

Minister waren sich einig über die Einsetzung der Expertengruppe im NATO-Rahmen, die das Problem der konventionellen Stabilität prüfen solle. AM Shultz schlug Unterrichtung von Lord Carrington vor, der die Angelegenheit im NATO-Kreis auf den Weg bringen solle.

5) AM Shultz warf die Frage der Bekämpfung des staatlich geförderten Terrorismus auf. USA sei mit der Erklärung von Tokio[19] sehr zufrieden gewesen. Er bemerke, daß sie einen guten Effekt gehabt habe. International werde sie von großer Bedeutung sein. Hieran knüpfte er die Frage nach der Tätigkeit von US-Tochtergesellschaften in Europa, die das Verbot des Tätigwerdens ihrer Mütter in Libyen nicht umgehen dürften.[20] Falls nachgewiesen werde, daß dies doch geschehe, sei er bereit, jedem Fall einzeln nachzugehen.

6) AM Howe fragte nach der Erklärung des Präsidenten zu SALT II vom 27.5.[21]

AM Shultz erläuterte die Überlegungen des Präsidenten. Dieser habe klare und nachweisbare Verletzungen des Vertrages durch die SU der Öffentlichkeit vorgelegt.[22] Die Angelegenheit sei lange auch im Rahmen der NATO diskutiert worden. Die Verletzungen durch die Sowjetunion seien aber evident. Dies gelte im übrigen auch für die Verletzung des ABM-Vertrages durch die Radaranlage von Krasnojarsk. Die Verletzungen der Verträge seien unbestreitbar.

Der Präsident habe ferner immer die Überzeugung gehabt, daß Abkommen schlecht seien, die zu Rüstungsanstieg geradezu herausforderten. Dies sei unverkennbar ein Geburtsfehler des SALT-Abkommens. Darüber hinaus gebe es beim Präsidenten verfassungsrechtliche Bedenken, die ihn zunehmend bedrückten. Hierzu zähle vor allem, daß ein Vertrag angewendet werde, der vom Senat nicht ratifiziert sei.[23] Als Konservativer störe ihn dieser unangenehme Präzedenzfall.

19 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 zum Internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f.

20 Zur Tätigkeit von Tochterfirmen amerikanischer Unternehmen in Libyen vgl. Dok. 172.

21 Korrigiert aus: „26.5."
Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 6. Januar 1986, daß Präsident Reagan dem amerikanischen Kongreß am 23. Dezember 1985 den dritten Bericht über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen zugeleitet habe. Darin würden neun Verstöße aufgelistet, darunter: „Einen Verstoß gegen den ABM-Vertrag durch den Bau einer großen, phasengesteuerten Radaranlage bei Krasnojarsk; einen Verstoß gegen SALT II durch die Dislozierung eines zweiten neuen Typs von ICBM, der SS-25 […]; einen Verstoß gegen SALT II durch Überschreitung der Gesamtobergrenze von 2504 strategischen Trägermitteln; kontinuierliche Verstöße gegen die SALT II-Bestimmungen durch eine umfangreiche Verschlüsselung von Telemetriedaten während Raketentests; einen Verstoß gegen SALT II durch die absichtliche Verdeckung des räumlichen Zusammenhangs zwischen ICBM-Startvorrichtungen und ICBM-Raketen; einen Verstoß gegen die Bestimmungen von SALT I durch die vertragswidrige Benutzung alter SS-7-Stellungen zur Erprobung der SS-25". Vgl. VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986. Für den Wortlaut des offenen Teils sowie des Begleitschreibens vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 65–72.

23 Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 30, Anm. 9.

Die amerikanische Kriegsverhinderungsstrategie ändere sich mit der Ankündigung des Präsidenten zum SALT II-Vertrag nicht. Die USA sei nach wie vor Anhänger der Abschreckungsstrategie. Niemand wolle einen Krieg führen. In Washington sei man zu Zurückhaltung, die auch die andere Seite üben müsse, entschlossen.

An ausgeübter Zurückhaltung lasse sich ablesen, wer es ernst meine mit Abrüstungsanstrengungen.

Zur Erläuterung der SALT-Position des amerikanischen Präsidenten wies AM Shultz darauf hin, daß zugleich zwei U-Boote der Poseidon-Klasse außer Dienst gestellt würden, die nicht mehr tauglich seien. Ende des Jahres würde die Administration dann das sowjetische Verhalten zur Grundlage ihrer endgültigen Entscheidungen machen. Er sei sich bewußt, daß die anwesenden Außenminister mit der Entscheidung des Präsidenten nicht einverstanden seien, obgleich die Frage seit Jahren mit den Verbündeten konsultiert worden sei.

Auf den Hinweis von AM Raimond, daß bei Aufgabe von SALT auch der ABM-Vertrag in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, erläuterte AM Shultz, daß die USA mit dem ABM-Vertrag durchaus ihre Schwierigkeiten hätten. Nach amerikanischer Auffassung sei der Betrieb von Krasnojarsk eine eindeutige Verletzung des ABM-Vertrages, so wie die Erweiterung des sowjetischen Arsenals um die SS-25 eine Verletzung des SALT-Vertrages sei.

BM warf die Frage auf, was passiere, wenn die USA die Beachtung von SALT aufgeben würden. Er nehme an, daß dann die Offensivwaffen weiter zunehmen würden. Deshalb könne der deutsche Rat nur sein, sich auch weiterhin an das SALT-Abkommen zu halten.

AM Howe äußerte gleichfalls die Sorge, daß, falls die USA am Ende des Jahres SALT definitiv aufgeben würden, es als Ergebnis dann zu einem weiteren Anwachsen der Rüstungen kommen werde. Im Grunde gebe man den Sowjets ein wunderbares Alibi an die Hand.

AM Shultz bestand darauf, daß wegen der permanenten sowjetischen Verletzungen des SALT-Abkommens Grund genug bestehe, sich auch amerikanischerseits von SALT zu lösen. AM Shultz unterstrich, daß es keine Absicht auf amerikanischer Seite gebe, sich vom ABM-Vertrag zu lösen. Allerdings müsse man sehen, was Sowjets unternehmen. Ihre Arbeiten an einer strategischen Verteidigung seien unübersehbar, die sogenannte „point defence“ um Moskau werde ausgebaut. Für die USA könne es kein angenehmes Gefühl sein, daß die andere Seite jederzeit aus dem ABM-Vertrag ausbrechen könne. Bei seinem letzten Gespräch mit Gromyko[24] habe er hierüber mit sehr großem Ernst gesprochen. Damals habe er angeregt, SALT I und den ABM-Vertrag so weiterzuentwickeln, daß man zu wirklichen Kürzungen der Arsenale kommen könne. Das gleiche gelte im übrigen für INF und START. Über Kürzungen in diesem Bereich sei mit Moskau gesprochen worden. Washington habe eine entsprechende Vereinbarung vorgeschlagen. Er selbst habe dies in Moskau bei seinem Treffen

24 Zum Treffen der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

mit Schewardnadse[25] angesprochen. Leider habe man seither nichts davon gehört.

Jansen

VS-Bd. 14157 (010)

156

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **28. Mai 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 47 Ortex

Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern (15.4. bis 27.5. 1986, Vorbereitungstreffen ab 2.4.1986)

1) Allgemein

Am 27. Mai 1986 ging das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern ohne Annahme eines einvernehmlichen Schlußdokuments zu Ende. Mit der Durchführung des Expertentreffens wurde ein wichtiges Vorhaben verwirklicht, das beim KSZE-Folgetreffen in Madrid auf Betreiben des Westens und der neutralen und nichtgebundenen Staaten beschlossen worden war.[2] Der Bundesregierung ging es um praktische Erleichterungen und Verbesserungen für Begegnungen zwischen West und Ost, um die Folgen der Teilung Europas für die Menschen erträglicher zu machen.

Wir haben uns auch innerhalb des Westens dafür eingesetzt, ein Schlußdokument mit fühlbaren Verbesserungen für Familienbesuche und Familienzusammenführung zu erreichen. Die Bundesregierung wird in Wien beim dritten KSZE-Folgetreffen die Arbeit wieder aufnehmen und an das anknüpfen, was in Bern erarbeitet worden ist.

2) Vorbereitungstreffen (2. bis 15.4.1986)

Beim Vorbereitungstreffen gelang es weitgehend, unsere Vorstellungen zur Tagesordnung und Konferenzorganisation, wie wir sie vor allem in die EPZ eingebracht hatten, zu realisieren. Der Grad an Öffentlichkeit wurde gegenüber dem Menschenrechtstreffen in Ottawa[3] etwas ausgeweitet (Wegfall der Begrenzung der Redezeit bei den öffentlichen Schlußstatements). Außerdem wurde die

25 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 4./5. November 1985 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 306.

1 Ablichtung.
Der Runderlaß wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

2 Vgl. dazu Anhang II des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 554.

3 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

Hälfte der Zeit für eine Implementierungsdebatte (drei Wochen) vorgesehen und eine Diskussion im Plenum und in Arbeitsgruppen durchgesetzt.

3) Haupttreffen (15.4. bis 27.5.1986)

a) Der Schwerpunkt des Haupttreffens lag in der Implementierungsdebatte, bei der die östlichen Defizite bei den für uns wichtigen Themen Familienzusammenführung und Verwandtenbesuche sachlich und unmißverständlich angesprochen wurden. Die deutsch-deutsche Thematik nahm in unseren Interventionen breiten Raum ein. Mit Nachdruck haben wir eine Verbesserung der Lage der Volksdeutschen in der UdSSR[4] gefordert. In ähnlicher Weise wurden die Probleme von Deutschen in Polen[5] und Rumänien[6] angesprochen. Die Ausreisebeschränkungen für Juden aus der SU wurden von uns wie von anderen mehrfach erwähnt. Die DDR reagierte maßvoll und defensiv auf unsere Argumente. Es wurde deutlich, daß sie keine von Bern ausgehende Störung des innerdeutschen Arbeitsverhältnisses wünscht.

b) Während der Vorschlagsphase wurden 20 westliche, 22 östliche und drei Vorschläge von neutraler Seite eingebracht. Die westlichen und neutralen Vorschläge richteten sich vor allem auf die Erweiterung familiärer Kontaktmöglichkeiten, die WP-Vorschläge beinhalteten überwiegend Forderung nach dem Abschluß bilateraler Abkommen in verschiedenen Bereichen (Visafreiheit, Gruppenreisen etc.). Auch die Einbringung und Begründung der westlichen Vorschläge bot wiederum Gelegenheit für gezielte, sachliche Kritik an der Nichterfüllung zahlreicher KSZE-Bestimmungen in WP-Staaten.

4 Botschafter Eickhoff, z. Z. Bern, meldete am 8. Mai 1986, daß am selben Tag ein Expertentreffen zwischen Vertretern der Delegation der Bundesrepublik und der sowjetischen Delegation über die „Aussiedlung und Familienzusammenführung Rußlanddeutscher" stattgefunden habe. Im Mittelpunkt habe die von beiden Seiten unterschiedlich bewertete Höhe der Ausreisewünsche Deutschstämmiger gestanden: „Die sowjetischen Teilnehmer lehnten die Entgegennahme von Härtefalllisten – weisungsgemäß – mit der Empfehlung ab, sie dem SAM über unsere Botschaft zuzuleiten. Uns wurden Listen mit Mitteilungen über einige genehmigte Ausreisen übergeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Referat 212, Bd. 133525.
Ein zweites Expertengespräch fand am 14. Mai 1986 statt. Eickhoff teilte dazu am selben Tag mit, daß sich „keine neuen Erkenntnisse" ergeben hätten: „Bestätigt wurde, was bisher schon offensichtlich war: Die UdSSR zeigt sich human, wenn es ihr politisch zweckdienlich erscheint." Vgl. den Drahtbericht Nr. 279; Referat 212, Bd. 133525.

5 Am 13. Mai 1986 fand in Bern ein Gespräch zwischen Experten der Delegation der Bundesrepublik und der polnischen Delegation über die „Aussiedlung und Familienzusammenführung Deutscher aus dem Hoheitsbereich der VR Polen" statt. Botschafter Eickhoff, z. Z. Bern, berichtete dazu am 14. Mai 1986, das Gespräch habe die Möglichkeit geboten, von polnischer Seite unbestritten die Rechtslage und den Sachstand darzulegen: „Die polnischen Gesprächspartner teilten mit, auf welchem Wege ‚Spätgeborene' ihre deutsche Volkszugehörigkeit glaubhaft machen können. Sie sagten auch zu, sich für eine baldige Lösung der Ausreiseanliegen von Ehegatten und Kindern ‚Illegaler' einzusetzen. Positiv zu bewerten ist ferner, daß die Mitglieder der polnischen Delegation trotz einer angebl[ich] entgegenstehenden Weisung in Bern ‚bilaterale Fragen' besprochen haben. […] Die vorbereiteten Härtefallisten wurden von polnischer Seite – weisungsgemäß – nicht entgegengenommen. Wir kündigten an, sie auf dem üblichen Weg dem P[olnischen]A[ußen]M[inisterium] vorzulegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 277; Referat 212, Bd. 133525.

6 Am 8. Mai 1986 teilte Botschafter Eickhoff, z. Z. Bern, mit, daß im Rahmen von Expertengesprächen über „Aussiedlung und Familienzusammenführung Deutscher in Rumänien" der rumänischen Delegation am Vortag Härtefallisten übergeben worden seien. Die rumänische Seite habe die Weiterleitung zugesagt und die Überzeugung ausgedrückt, daß sie „bemüht sein werde, die unterbreiteten Anliegen in größtmöglicher Zahl positiv zu lösen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 262; Referat 212, Bd. 133525.

c) In der Schlußphase legten die N+N ein Verhandlungspapier[7] vor, das zahlreiche westliche Positionen enthielt und von einer neunköpfigen Verhandlungsgruppe (je drei westliche, östliche und neutrale Teilnehmerstaaten) in dreitägigen nahezu ununterbrochenen Verhandlungen diskutiert wurde. Ergebnis dieser Verhandlungen war ein Text, der eine Reihe von Regelungen enthält, die gewisse Fortschritte gegenüber der Helsinki-Schlußakte[8] und dem abschließenden Dokument von Madrid darstellten.[9] Dabei lag die Bedeutung zum Teil in der erstmaligen Erwähnung einer von uns angestrebten weitergehenden Regelung. Besonders wichtig erscheinen Aussagen, wenngleich teilweise durch Ausweichklauseln relativiert, zu folgenden Bereichen:

– Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung,
– gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern,
– Berücksichtigung der individuellen Wünsche bei Familienzusammenführungen (d. h. auch örtlicher Art),
– Berücksichtigung wichtiger familiärer Ereignisse als Reisegrund bei Familienbesuchen.

Bedeutsam ist ferner die Bekräftigung des in Madrid festgeschriebenen Diskriminierungsverbots von Antragstellern sowie die Selbstverpflichtung der Teilnehmerstaaten, sämtliche bisher gestellten Anträge für Besuchsreisen oder Familienzusammenführung erneut zu prüfen, wodurch wir uns einen neuen Anstoß für die Lösung einer Vielzahl von Härtefällen erhofften.

Daneben enthielt der N+N-Entwurf weitere für uns berufungsfähige Aussagen zu Problemen wie:

– besondere Beachtung von Reisen mit dringendem humanitärem Charakter (schwerkranke oder sterbende Verwandte, Beerdigungen),
– humanitäre Regelung von Familienzusammenführungsfällen, die minderjährige Kinder betreffen,
– Vereinfachung der Beantragungs-, Bearbeitungs- und Entscheidungsverfahren bei Familienbesuchen,
– Wiederverwertbarkeit von Dokumenten, die bei früheren Anträgen bereits vorgelegt wurden,
– verbesserte Arbeitsbedingungen für religiöse Institutionen: freie Kontakte, Reisen, Publikationen,

7 Botschafter Eickhoff, z. Z. Bern, informierte am 24. Mai 1986: „N+N haben am Abend des 22.5. erwartetes ‚Non-paper' vorgelegt. Entwurf kommt westlichen Vorstellungen weit entgegen und enthält alle von unserer Delegation eingebrachten Vorschläge. […] Westliche Gruppe war sich einig, daß Text gute Verhandlungsgrundlage für Kontaktgruppe bildet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 298; Referat 212, Bd. 133525.
Für das Non-paper der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 22. Mai 1986 vgl. Referat 212, Bd. 133526.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

9 Für den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 26. Mai 1986 („Report on the Meeting of Experts Representing the Participating States of the Conference on Security and Cooperation in Europa, Foreseen by the Concluding Document of the Madrid Meeting of the CSCE, on Human Contacts") vgl. Referat 212, Bd. 133526.
Das Papier wurde unter dem Datum des 23. Mai 1986 als Dokument CSCE/BME.49 registriert. Vgl. Referat 212, Bd. 133528.

– ungehinderter Post- und Telefonverkehr,
– Städtepartnerschaften.

Keine Berücksichtigung (wegen fehlendem östlichen Konsens) haben westliche Vorschläge gefunden, die folgende Angelegenheiten betrafen:

– Recht auf Paß,
– Abschaffung von Ausreisevisa,
– Gruppen- und Gewerkschaftskontakte,
– Nichtdiskriminierung bei den Reisemöglichkeiten von Verwandten „illegal" Ausgereister.

[10]Ähnlich den westlichen Schlußentwürfen in Ottawa und Budapest[11] hat der Westen auch in Bern vorsorglich ein alternatives Positionspapier[12] ausgearbeitet, das die ursprünglichen westlichen Vorschläge integral enthält und nach Scheitern der Bemühungen um ein Schlußdokument beim 3. KSZE-Folgetreffen erneut verwendet werden soll. Dieses westliche Positionspapier faßt die Implementierungsdebatte in klarer Sprache zusammen und spiegelt den geschlossenen innerwestlichen Konsens wider.

4) Die Annahme des N+N-Papiers scheiterte am Nachmittag des 26.5.1986, da sich die US-Delegation aufgrund Weisung aus Washington nicht in der Lage sah, dem Kompromißtext der N+N zuzustimmen. Die Ansprüche der US-Administration waren im Hinblick auf die US-Innenpolitik und Kongreßabgeordnete, die sich in der Schlußphase in Bern aufhielten, wohl höher, als sie der kooperativ und flexibel operierende US-Delegationsleiter[13] in Bern eingeschätzt hatte. Auch aus unserer Sicht enthielt das N+N-Papier als Kompromißergebnis eine Reihe von Unvollkommenheiten. Dennoch hätten wir es akzeptieren können. Wie Botschafter Eickhoff in seiner abschließenden Erklärung in Bern in der Nacht zum 27. Mai betonte, ließ sich die deutsche Delegation dabei – im Bewußtsein der schweren Last tausender menschlicher Schicksale gerade in unserem geteilten Lande – von dem im KSZE-Prozeß bewährten Grundsatz leiten, Fortschritte da zu suchen, wo sie erreichbar sind, und sie festzuschreiben, wenn sie den betroffenen Menschen fühlbare Verbesserungen bringen können.[14] Der Kompromiß wurde für uns akzeptabel, weil er gewisse Fortschritte gegenüber den bisherigen KSZE-Dokumenten von Helsinki und Madrid gebracht hätte und die Möglichkeit offenließ, unsere weitergehenden Vorschläge beim 3. KSZE-Folgetreffen in Wien zur erneuten Erörterung vorzulegen.

10 Beginn des mit Runderlaß Nr. 48 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

12 Für das Positionspapier der an der KSZE teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 23. Mai 1986 (CSCE/BME.47) vgl. Referat 212, Bd. 133528.

13 Michael Novak.

14 Botschafter Eickhoff, z. Z. Bern, berichtete am 27. Mai 1986 über die Schlußveranstaltung des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte: „Wir haben ebenso wie die wichtigsten europäischen Partner (F, GB, NL-Präsidentschaft, I) zu verstehen gegeben, daß wir N+N-Entwurf hätten annehmen können, ohne auf Rolle der US-Delegation einzugehen. Ich habe auf unsere traditionelle KSZE-Politik hingewiesen, Fortschritte dort zu suchen, wo sie erreichbar sind, und gesagt, daß wir das Dokument, das hier entworfen wurde ‚mit allen seinen Unvollkommenheiten gern mit nach Hause genommen' hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 301; Referat 212, Bd. 133525.

5) Öffentlichkeit

Eine Delegation des Bundestages aus Mitgliedern des Auswärtigen und des Innerdeutschen Ausschusses reiste vom 20. bis 22.4.1986, d.h. während der Implementierungsdebatte, nach Bern.[15] Alle Parteien waren sich in der positiven Einschätzung des Auftretens unserer Delegation und im Lob ihrer klaren Behandlung der Probleme einig. Beide Ausschüsse werden sich nach dem Ende des Berner Treffens erneut mit dem Thema beschäftigen.

6) Wertung

Die Bundesregierung betrachtet das Berner Treffen wegen des Nichtzustandekommens eines Schlußdokuments keineswegs als Mißerfolg. Wir haben den Wert dieses Treffens – wie schon bei den vorausgegangenen Treffen in Budapest und Ottawa – nicht allein davon abhängig gemacht, ob ein Schlußdokument verabschiedet werden würde. Die Schlußakte von Helsinki und das Abschließende Dokument von Madrid bleiben nach wie vor in vollem Umfang Berufungsgrundlage für alle in Ost und West betroffenen Menschen. Wir erwarten, daß die klare und ausführliche Implementierungsdebatte, die bereits einen Wert an sich darstellt, sowie die Qualität der westlichen Vorschläge sowie die vielen Gespräche am Rande über humanitäre Einzelfälle sich positiv auf die Menschen in Europa auswirken werden. Die Bundesregierung wird die Arbeit beim KSZE-Folgetreffen in Wien (ab Anfang November 86) wiederaufnehmen und auf dem aufbauen, was in Bern zugrunde gelegt wurde. Sie wird sich dabei von ihrer seit jeher vertretenen Auffassung leiten lassen, daß die den Menschen berührenden Fragen neben den Fragen der Sicherheit und dem weiten Bereich der Zusammenarbeit ein zentraler Teil des KSZE-Prozesses bleiben müssen.

In dieser Zielsetzung ist sich der Westen einig. Das belegen sowohl die in Einmütigkeit und Übereinstimmung gegenüber dem Osten geführte Implementierungsdebatte als auch das gemeinsame westliche Positionspapier. Obwohl die Entwicklung am Schluß der Konferenz die westliche Gruppe vor Probleme sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch gegenüber dem Osten bei künftigen Verhandlungen stellt, bleibt die Geschlossenheit der westlichen Position entscheidend. Daraus ergeben sich Forderungen an alle Bündnispartner.

Trotz der besonderen Betroffenheit der Deutschen bei humanitären Fragen infolge der Teilung Deutschlands und Europas legen wir Wert darauf, diese Fragen und Probleme gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten im KSZE-Rahmen weiterzuverfolgen. Nur bei Geschlossenheit der westlichen Position werden im KSZE-Prozeß allgemein und insbesondere im Bereich der menschlichen Dimension weitere Fortschritte im Sinne der westlichen Forderungen erreicht werden können, deren Adressat die WP-Staaten, vor allem die SU auch schon deswegen bleiben, weil sie nach wir vor große KSZE-Implementierungsdefizite in allen Bereichen haben.

[gez.] Pleuger

Referat 212, Bd. 133528

15 Vom 20. bis 22. April 1986 besuchten die Abgeordneten Fischer (Grüne), Hiller (SPD), Hoffmann (CDU), Graf Huyn (CSU), Sauer (CDU) und Stiegler (SPD) das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern. Sie führten am 21. April 1986 Gespräche mit den Delegationen der DDR, Polens, der UdSSR und Rumäniens. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 204 und 205 des Botschafters Eickhoff, z.Z. Bern, vom 22. April 1986; Referat 212, Bd. 133525.

157

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3426/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2248
Citissime

Aufgabe: 28. Mai 1986, 18.01 Uhr[1]
Ankunft: 29. Mai 1986, 00.24 Uhr

Telko Bonn AA: Bitte unmittelbar an BM-Delegation Halifax[2] weiterleiten

BMVG: Fü S III 5 exklusive

Betr.: Amerikanische SALT-II-Position;
hier: Entscheidung des Präsidenten vom 27.5.1986[3]

Bezug: DB Nr. 2233 vom 27.5.1986 – Pol 371.80 VS-v[4]

Zur Unterrichtung

1) Der Leiter der politisch-militärischen Abteilung im State Department, Allen Holmes, gab heute Briefing für Botschaften der NATO-Partner plus Japan und Australien über SALT-Entscheidung des Präsidenten vom 27.5. In seiner Begründung und Bewertung der Entscheidung hielt sich Holmes strikt an die vom Weißen Haus herausgegebenen Erklärungen. Er schien bemüht, die Ein-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 30. Mai 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung in Halifax auf. Vgl. dazu Dok. 155, Dok. 158 und Dok. 159.

3 Präsident Reagan gab bekannt, daß sich die USA künftig nicht mehr an die Bestimmungen von SALT II gebunden fühlen würden. Er kündigte ferner an, das geplante strategische Modernisierungsprogramm in vollem Umfang durchzuführen, und fuhr fort: „Since the United States will retire and dismantle two Poseidon submarines this summer, we will remain technically in observance of the terms of the SALT II treaty until the United States equips its 131st B-52 heavy bomber for cruise missile carriage near the end of this year. However, given the decision that I have been forced to make, I intend at that time to continue deployment of U.S. B-52 heavy bombers with cruise missiles beyond the 131st aircraft as an appropriate response without dismantling additional U.S. systems as compensation under the terms of the SALT II treaty. Of course, since we will remain in technical compliance with the terms of the expired SALT II treaty for some months, I continue to hope that the Soviet Union will use this time to take the constructive steps necessary to alter the current situation. Should they do so, we will certainly take this into account. […] Assuming no significant change in the threat we face as we implement the strategic modernization program, the United States will not deploy more strategic nuclear delivery vehicles than does the Soviet Union. Furthermore, the United States will not deploy more strategic ballistic missile warheads than does the Soviet Union." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 678–682. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 376–379.
Vgl. dazu ferner die Erklärung des amtierenden Sprechers des amerikanischen Präsidialamts, Speakes, vom selben Tag; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 682.

4 Botschafter van Well, Washington, informierte, daß mit der Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 nach Einschätzung von Mitarbeitern des amerikanischen Außenministeriums „eine grundsätzliche Neuorientierung der amerikanischen Position zu den SALT-Verträgen eingeleitet werde". Wesentlich sei, „daß für künftige relevante Rüstungsentscheidungen nicht mehr die SALT-Verträge mit ihren Obergrenzen als Kriterium gelten würden, sondern die amerikanische Bewertung sowjetischen Verhaltens (Schlüsselfragen: Nuklearrüstung, Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen, Verhalten bei Rüstungskontrollverhandlungen). Gesprächspartner meinten, daß diese Abkehr von SALT II persönliche Entscheidung des Präsidenten, unterstützt wohl von Donald Regan und dem NSC, sei. State Department habe sich mit seinen Vorstellungen, die Positionen der Alliierten berücksichtigten, nicht durchgesetzt." Vgl. VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

deutigkeit der Absage an die SALT-Verträge und das persönliche Engagement des Präsidenten für diese Entscheidung herauszustellen. Aus der Diskussion ist noch folgendes festzuhalten:

– Holmes machte deutlich, daß die gestern getroffene Entscheidung die Ausstattung des 131. B-52-Bombenflugzeugs mit Marschflugkörpern voll abdecke. Es sei keine neue Entscheidung aus diesem Anlaß zu erwarten; dementsprechend auch keine neue Konsultationsrunde mit den Alliierten.
– Die neue amerikanische SALT-Politik lasse zwar die theoretische Möglichkeit zu, daß der Umfang des amerikanischen strategischen Nuklearpotentials sich innerhalb der SALT-Obergrenzen bewege, etwa für den Fall, daß die Außerdienststellung von Poseidon-U-Booten der Indienststellung neuer Trident-U-Boote vorauseile. Eine solche „SALT-Beachtung" wäre dann jedoch zufällig und nicht Ausdruck einer Änderung der Absage an die Beachtung der SALT-Verträge.
– Holmes verwies auf die Zusicherung des Präsidenten, daß das amerikanische Potential an strategischen Waffen-Systemen (strategic nuclear delivery vehicles) sowie an Gefechtsköpfen strategischer Raketen (strategic ballistic missile warheads) unter dem sowjetischen bleiben werde. Er akzeptierte Hinweis Botschaftsvertreters, daß bei dieser Formulierung zwar strategische Bomben-Flugzeuge, nicht aber deren Bewaffnung eingeschlossen seien und daß damit der Umfang der Ausrüstung mit luftgestützten Marschflugkörpern offengehalten werde.
– Auf mehrfache Frage bestätigte Holmes, daß die vorliegende Entscheidung des Präsidenten zur 131. ALCM-B-52 spezifischer ausgefallen sei, als bei der den Konsultationen mit den Alliierten Ende April zugrunde gelegten vorläufigen Entscheidung des Präsidenten.[5] Er vertiefte diesen Punkt jedoch nicht.
– Auf Frage nach der bisherigen sowjetischen Reaktion meinte Holmes lediglich, der sowjetische Gesandte[6] habe bei der Unterrichtung über die Entscheidung zu ihm gesagt: „This is an unfortunate decision for those interested in restraint."

2) Hintergründe der Entscheidung

Die Neuorientierung der amerikanischen SALT-Politik ist eine wichtige und grundsätzliche Entscheidung. Sie ist nach Meinung der Botschaft aus einer Reihe von Faktoren zu erklären, die für die derzeitige Sowjetpolitik der Administration insgesamt von Bedeutung sind:

– Unverändert und nach wie vor unentschieden besteht die Kontroverse zwischen State Department (Shultz, Nitze) und Pentagon (Weinberger, Perle) über die gegenüber der SU zu verfolgende Politik fort: hier Bereitschaft zum Dialog, ggf. zum Ausgleich – dort grundsätzliches Mißtrauen gegenüber der SU. Reagan hat in diesem Dissens nie grundsätzlich entschieden, sondern sich auf Ad-hoc-Entscheidungen in dem einen oder anderen Sinne beschränkt.
– Für die vorliegende Entscheidung ist von Bedeutung, daß ihre Formulierung, wie man uns im State Department sagte, in der letzten, entscheidenden Phase

5 Zur Frage der Weiterbeachtung von SALT II durch die USA vgl. Dok. 123.
6 Oleg Michajlowitsch Sokolow.

ganz in den Händen des Weißen Hauses lag. Dort haben sich die Gewichte verschoben: Chief of Staff Donald Regan steht der konservativen republikanischen Ideologie wohl näher als sein Vorgänger James Baker; National Security Advisor Poindexter dürfte letztlich doch dem Pentagon mehr verbunden sein als dem State Department, während sein Vorgänger McFarlane eine unabhängige, Überlegungen des State Department gegenüber aufgeschlossene Politik verfolgte.

– Reagan selbst dürfte enttäuscht, ja verärgert sein, daß Gorbatschow sich nach dem aus amerikanischer Sicht vielversprechenden Auftakt des November-Gipfels[7] einem konstruktiven Dialog verweigert hat. Nachdem Reagan seine Bereitschaft zur Herstellung eines neuen Verhältnisses zur SU nicht erwidert sah, mag dies zurückgedrängte anti-sowjetische Gefühle wachgerufen haben, wie er sie wohl nie voll aufgegeben hatte und wie sie von seinen konservativen Freunden stets nachdrücklich vertreten wurden. Einige Formulierungen der vorliegenden Entscheidung gemahnen in der Tat an die Sprache der Administration zu Beginn der ersten Amtszeit Reagans (beispielsweise die mehrfache Charakterisierung von SALT II als „flawed" bzw. „fundamentally flawed").

3) Der Präsident hat zwar seine Entscheidung hinsichtlich der 131. ALCM-B-52 gesprochen; diese Entscheidung muß aber noch nicht implementiert werden. Die Diskussion wird daher weitergehen, mit dem Ziel, die verbleibende Zeit zu nutzen. Dabei zeichnen sich folgende Positionen ab:

– Die Administration dürfte durch die Entscheidung des Präsidenten sehr weitgehend gebunden sein. State Department dürfte die neue Politik akzeptieren – die Loyalität von AM Shultz gegenüber dem Präsidenten ist groß –; Initiativen, den Beschluß zu überdenken, wären wohl nur aufgrund anderer außenpolitischer Faktoren (etwa überraschende und substantielle Bewegung im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis) denkbar.

– Der Kongreß hat zunächst konfus reagiert. Nicht zufällig ist die Entscheidung in einer sitzungsfreien Woche verkündet worden, in der Kongreßmitglieder und deren Mitarbeiter zum großen Teil außerhalb Washingtons weilen. (Als Beispiel sei nur genannt, daß der liberale Senator Kennedy die Entscheidung als vernünftig – „sound" – bezeichnete, während der konservative Führer der republikanischen Senatsmehrheit Dole erklärte, die Entscheidung sende dem Kreml das falsche Signal der amerikanischen Weiterbeachtung von SALT II.)

  In den nächsten Tagen und Wochen werden diejenigen Senatoren und Repräsentanten, die eine Weiterbeachtung der SALT-Verträge befürworten (wohl nach wie vor die Mehrheit der Mitglieder beider Häuser), ihre Strategie definieren müssen. Ein möglicher Ansatz wäre, die Entscheidung hinsichtlich der 131. ALCM-B-52 noch nicht als endgültig zu interpretieren und den Präsidenten zu Kompensationsmaßnahmen im Sinne von SALT II aufzufordern (so Mitarbeiter des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Fascell, gegenüber Botschaftsvertreter); erwogen wird auch die

[7] Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Aufnahme eines den Präsidenten verpflichtenden Pro-SALT-II-Amendments in das Gesetz über den Verteidigungshaushalt 1987 (so Mitarbeiter von Senator Bumpers).

– Hinsichtlich der Reaktion der Verbündeten wird sich das Augenmerk in erster Linie auf uns und die Briten richten. Mitarbeiter der britischen Botschaft sagte uns, daß PM Thatcher äußerst verärgert sei. Sie habe bis zuletzt den Präsident beschworen, zumindest jetzt noch keine Entscheidung hinsichtlich der 131. ALCM-B-52 zu treffen.
– Zu beobachten wird schließlich die Haltung der Sowjets sein. Wird die beiderseitige Verbitterung größer werden oder wird es positive Gesten geben?

[gez.] van Well

VS-Bd. 11372 (220)

158

Botschafter Hansen, z. Z. Halifax, an das Auswärtige Amt

114-3454/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 7
Citissime

Aufgabe: 30. Mai 1986, 14.15 Uhr[1]
Ankunft: 30. Mai 1986, 22.06 Uhr

Vorbehaltlich Zustimmung BM

Betr.: NATO-Außenministerrat 29./30.5.86 Halifax;
hier: Sitzung im kleinen Kreis 29.5.

Zur Unterrichtung

I. An 4 1/2 stündigen zwei Sitzungen, die erneut nach Formel 1 plus 2 (Außenminister, Ständige Vertreter und Leiter Politischer Abteilung Außenministerien) abgehalten wurden, nahmen 14 Außenminister und für Italien und Luxemburg Staatsministerin Agnelli und Staatssekretär Goebbels teil. Sie wurden durch Mittagessen (zum ersten Mal ausschließlich Generalsekretär[2] und Minister) unterbrochen. Heute findet weitere „super restricted session" statt, über die D 2 von Bonn gesondert berichten wird.[3] Es wurden – erstmals ohne eigentliche Tagesordnung – „West-West-Beziehungen" und „West-Ost-Verhältnis" in sehr freimütiger Weise erörtert, wobei sich beide Themen erwartungsgemäß überlappten.

II. Aus Erörterungen wird festgehalten:

1) Generalsekretär begrüßte spanischen Außenminister in (nach Referendum[4])

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. Juni 1986 vorgelegen.
2 Lord Carrington.
3 Für den Drahtbericht des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z. Z. Halifax, vgl. Dok. 159.
4 Zum Referendum vom 12. März 1986 über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens vgl. Dok. 116.

„neuem Gewand". Die kürzlich vom Ständigen Rat gebilligten Prinzipien stellten gute Grundlage für künftige Mitwirkung E vor allem im militärischen Bereich dar. AM Fernández Ordóñez dankte für gezeigtes Verständnis.

2) Kanadischer AM Clark leitete Diskussion ein. Offenheit („frank talk") sei heute besonders wichtig. Es gelte mehr denn je, sich gegenseitig besser zu verstehen und die Auffassungen der Partner jeweils in Rechnung zu stellen. Er kam dann auf die wichtigsten – in nuancierter Weise ausgeprägten – Meinungsverschiedenheiten im transatlantischen Verhältnis zu sprechen:

– Problematik Terrorismusbekämpfung mit Hinweis auf EPZ-Außenministertreffen Luxemburg[5] und Gipfel Tokio[6]. Trotz aller Schwierigkeiten habe sich weitgehendes Einvernehmen über Ziele und Maßnahmen erreichen lassen.
– Chemische Waffen: Alle seien sich einig über notwendige weltweite Ächtung. Dies sei wichtiger als alle Differenzen.
– Testbann.
– Weitergeltung von SALT II: Er hoffe, wie er dies bereits in feierlicher Eröffnungssitzung betont habe[7], daß von Präsident insoweit noch nicht letztes Wort gesprochen worden sei.[8] Westen habe – dies gelte auch für ABM – moralischen Vorteil, wenn er Eindruck vorbeuge, daß „Bruch" durch ihn erfolge. US brauche Stärke gegenüber Moskau nicht zu beweisen.
– KVAE: Beide Seiten wollten weitermachen, was es durchzuhalten gelte.

  Westen müsse sowjetische Erklärungen am Verhandlungstisch testen und Gegenvorschläge unterbreiten. Dies treffe für alle Foren ebenso wie für regionale Konflikte zu. Öffentlichkeit gegenüber müsse klargemacht werden, wer nur rede und wer handele. Es stimme nicht, daß Gorbatschow radikale Reformen anstrebe.
– Tschernobyl[9] stelle Chance für uns dar. Es habe gezeigt, wie „geschlossen und geheim" sowjetische Gesellschaft sei, was man vor allem im Verifikationsbereich unserer Öffentlichkeit vermitteln müsse. Kündige Gorbatschows verspätete Einlassung[10] mehr Offenheit an?

Clark stellte abschließend Frage, wie Entwicklung in SU eingeschätzt werden müsse, wie stark Interesse Gorbatschows an Rüstungskontrolle sei und wie wir

5 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21. April 1986 vgl. Dok. 109, Anm. 8.

6 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

7 Über die Eröffnung der NATO-Ministerratstagung berichtete Botschafter Hansen, z. Z. Halifax, am 29. Mai 1986, daß der kanadische Außenminister Clark in seiner Ansprache den USA für die Verhandlungsführung bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR in Genf gedankt und die „Dichte der Allianz-Konsultationen" gelobt habe: „Verständnis zeigte er für US-Überlegungen angesichts sowjetischer Verletzungen von Rüstungskontrollabkommen. Zugleich äußerte er Besorgnis über dadurch eingetretene Entwicklung und äußerte Hoffnung, daß SU zu einer Politik der Beachtung der Verträge zurückfinden werde und daß damit Präsident Reagans Erklärung vom 27. Mai nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 201, Bd. 143414.

8 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

9 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

10 Für den Wortlaut der Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Mai 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 435–442. Vgl. dazu auch Dok. 144.

darauf zu reagieren hätten. Westen vertrete gerechte Sache und dürfe nicht negativ erscheinen. Dies bedeute nicht, daß zu viel Territorium aufgegeben werden müsse. Unsere Möglichkeiten hätten sich verbessert.

Niederländischer AM van den Broek betonte, daß enger Zusammenhalt Voraussetzung von Stärke sei. Trotz unbestreitbarer Erfolge der Allianz gelte es, in die Zukunft zu blicken. Nicht zuletzt „out of area" hätten sich Schwierigkeiten ergeben. Kürzliche, nach Intervention Libyen[11] in NL durchgeführte Meinungsumfragen hätten ergeben, daß öffentliche Meinung sowjetische Rüstungskontrollpolitik als ernsthafter einschätze als amerikanische und daß USA im Vergleich zu SU als „aggressiver" gelten (59 zu 12 Prozent). Er ging dann auf Problematik Terrorismus ein und stellte Frage, unter welchen Umständen militärische Optionen statthaft seien. Bei amerikanischen Out-of-area-Aktivitäten müsse unterschieden werden, ob sie in der Nähe Europas oder etwa in Mittelamerika erfolgten. Italien hätte wegen Beschießung Lampedusas[12] – ebenso wie USA wegen Angriffs auf seine Schiffe in der Syrte[13] – theoretisch Beistandspflicht gem. Artikel 5 NATO-Vertrags[14] geltend machen können. Hier stellten sich komplexe Probleme, die auf Bündniszusammenarbeit einwirkten. Es gebe keine eigentliche Allianzpolitik für NO oder Zentralamerika. Auch die den Konflikten zugrundeliegenden Ursachen seien relevant. Wo lägen die vitalen Interessen des Bündnisses außerhalb seines Geltungsbereichs?

Artikel Kissingers im „Observer"[15] mache ihn schaudern. Warnung mit Truppenrückzug wegen Meinungsverschiedenheiten sei falsches Argument. US-Truppen seien im europäischen und amerikanischen Interesse in Europa. Wir benötigten einen vertrauensvollen Dialog, um derartige Perzeptionen zu verhindern. Sicherheit Allianz sei unteilbar, „common job". Traditionelle Erfahrungen F und GB, etwa in arabischer Welt, gelte es in Rechnung zu stellen. Wenn US uns rieten, sich aus ihrem „Hinterhof" herauszuhalten, könnten wir Europäer dies im Mittelmeerraum ja ebenfalls fordern. (Zwischenruf von Shultz: Washington habe hinsichtlich Mittelamerikas nicht „keep out", sondern lediglich „use common sense" empfohlen.) Auch Problematik CW und CTB wirkten spaltend. Scheitern Verabschiedung Schlußdokument Bern[16] sei bedauerlich, um so mehr, als sich insoweit Mißverständnisse innerhalb Allianz ergeben hätten. Fortsetzung KVAE sehr wichtig. Hinweis auf Wiener KSZE- Folgekonferenz. N+N seien häufig Alliierte oder jedenfalls auf unserer Seite. Bilaterale Kontakte zu WP-Staaten wesentlich.

AM Howe ließ sich ähnlich wie KAN und NL ein und zitierte ebenfalls einschlägige Meinungsumfragen. US hätten es nicht nötig, ihre Stärke weiter herauszustellen, die sie während Administration Reagans ohnehin gesteigert hät-

11 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

12 Zum Zwischenfall vor der Insel Lampedusa am 15. April 1986 vgl. Dok. 104, Anm. 23.

13 Zum Konflikt zwischen den USA und Libyen in der „Großen Syrte" vgl. Dok. 83.

14 Für den Wortlaut des Artikels 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

15 Vgl. Henry KISSINGER, Bring the F-111s Home; THE OBSERVER vom 11. Mai 1986, S. 10.
Zu dem Artikel, der am selben Tag in der „Los Angeles Times" und am 13. Mai 1986 in „The Washington Post" erschien, vgl. Dok. 146, Anm. 19.

16 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

ten, „moral advantage of compliance“. Betonung Probleme mit öffentlicher Meinung. Wir müßten unsere Anliegen besser verkaufen („better go across to the public“, Beispiel: 17 Jahre Stillhalten bei Entwicklung CW[17]). Es gelte, Eindruck entgegenzuwirken, Westeuropäer würden von US vergewaltigt („steamrolled“). Gorbatschow müsse – vor allem auch mit seinen Anregungen vom 18.4.[18] – beim Wort genommen werden.

Bundesminister führte aus, daß derartig freimütige Diskussion dem Bündnis nur guttun könne. Öffentliche Meinung diesseits und jenseits des Atlantiks dürfe sich nicht auseinanderentwickeln. Hier hätten wir eine entscheidende Führungsaufgabe auszuüben. Vertrauen sei wichtig. Die Bereiche, in denen wir übereinstimmen müßten, hätten sich ausgeweitet. Zunächst habe sich Allianz nur dem Bedrohungsaspekt stellen müssen. 1967 sei zur reinen Verteidigung noch Entspannung und Abrüstung hinzugekommen.[19] Wir hätten die damit zusammenhängenden Probleme erstaunlich gut gelöst und – etwa beim KSZE-Prozeß – bisher ein Auseinanderdriften verhindert. In letzter Zeit hätten sich weitere Bereiche (z. B. Terrorismus, Libyen) ergeben, über die schon gesprochen worden sei. Auch hier sei Eindruck von Geschlossenheit und Verfechtung gemeinsamer Interessen gefragt. Hinweis auf Fortschritte der letzten Jahre (z. B. Implementierung Doppelbeschluß und Verdichtung Konsultationen). Es gelte weiterhin, auch nach außen zu verdeutlichen, daß wir geschlossen zusammenstehen. Vorwürfe, der eine tue weniger als andere, seien im allgemeinen nicht berechtigt. Hinweis auf Erhöhung Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate[20] und Stationierung PII bei uns. Deutsche Öffentlichkeit erwarte jedoch, daß Abrüstungspolitik energisch weiterverfolgt werde. Harmel-Konzept spiele heute größere Rolle denn je.

Gorbatschow sei Meister Propaganda. Verwirklichung gemeinsamer westlicher Positionen sei deshalb besonders wichtig, was jedoch manchmal Zeit benötige. Hinweis auf Bedeutung KSZE und Wiener Folgetreffen. Dynamischer Prozeß, Straße ohne Ende. In Bern wäre z. B. Senkung Ausreisealters für uns sehr wesentlich gewesen.

Bei Abrüstung hätten wir die besseren Karten, die es jedoch entschlossen auszuspielen gelte (Genf, MBFR, KVAE). Auch er hoffe, daß hinsichtlich Weitergeltung von SALT II letztes Wort noch nicht gesprochen worden sei, wobei Gipfeltreffen im Herbst bedeutungsvoll sein könne.

Engste Konsultationen nicht nur in militärischen Fragen, sondern für Gesamtpolitik seien unabdingbar. EPZ habe gezeigt, daß Entwicklung neuer gemeinsamer Politiken Zusammenhalt fördere, was auch für Allianz gelte. – Halifax solle drei Ziele verwirklichen:

– Offensive Darstellung unserer Konzeption, vor allem hinsichtlich Abrüstung.

17 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Nixon vom 25. November 1969; Dok. 23, Anm. 7.

18 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

19 Vgl. dazu den „Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

20 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

– Politisches Signal hinsichtlich künftigen West-Ost-Verhältnisses. Dabei spiele KSZE-Prozeß wichtige Rolle, wobei volle Beteiligung US und KAN bedeutsam sei.
– Verdeutlichung Gemeinsamkeit an Adresse Öffentlichkeit.

AM Raimond stimmte zu. Sowjetische Taktik, sich verhandlungsbereit zu geben, sei für uns komplizierter als offene Konfrontation. Wir dürften öffentlicher Meinung nicht nachgeben, sondern müßten sie beeinflussen. Bekenntnis zu weitreichenden Konsultationen auch in Fragen, die über militärische Sicherheit hinausgehen, und auch dann, wenn (wie bei „out of area") keine unmittelbaren Ergebnisse zu erwarten.

3) Bei Tisch äußerten sich SP und N[21] ähnlich wie NL. AM Shultz ging nach Mittagessen zunächst ausführlich auf Problematik Weitergeltung von SALT II ein und erläuterte Entscheidung Präsidenten vom 27.5., über die man seit Ratstagung Lissabon[22] konsultiert habe:

– SALT II werde aus technologischen Gründen angesichts zunehmender Bedeutung von Sprengköpfen mehr und mehr obsolet. Neuverhandlung des ohnehin abgelaufenen Vertrages[23] sei deshalb unbedingt notwendig. Obergrenze 820 gemirvter ICBMs sei durch SU erreicht. Zunehmende Zahl von Sprengköpfen erhöhe Instabilität.
– Verfassungsrechtliche Argumente: Carter selbst habe Vertrag – nach Einmarsch in Afghanistan[24] – aus Ratifizierungsprozeß zurückgezogen.[25] Reagan halte es nach seinem Grundverständnis für problematisch, Vertragsinhalt ohne parlamentarische Beteiligung anzuwenden.
– Vertragsverletzungen: SS-25, Verschlüsselung der Testdaten, Krasnojarsk (Verstoß gegen ABM-Vertrag).[26]

Mit Entscheidung des Präsidenten sei ein „shift of gears" vorgenommen worden. Dieser entspreche aber der NATO-Philosophie, die Aufrechterhaltung der Abschreckungsfähigkeit in Vordergrund stelle.

Ein weiterer Grund für Entscheidung des Präsidenten seien Haushaltsschwierigkeiten im Kongreß. Es erscheine militärisch unsinnig, neben haushaltsbedingten Einschränkungen der Rüstungsprogramme brauchbare Waffen auszumustern. Man müsse Erklärung Präsidenten in ihrer Gesamtheit lesen. Wichtig sei Selbstverpflichtung, weder mehr Systeme noch mehr Sprengköpfe als SU zu besitzen. „Continue exercise of utmost restraint to maintain atmosphere

21 Knut Frydenlund.
22 Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 149 und Dok. 150.
23 Nach Artikel XIX des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) blieben seine Bestimmungen bis zum 31. Dezember 1985 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389.
24 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin getötet. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrats wurde Babrak Karmal. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.
25 Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 30, Anm. 9.
26 Zu den von den USA vorgebrachten sowjetischen Verstößen gegen Rüstungskontrollabkommen vgl. Dok. 155, Anm. 22.

to reduce." Man habe ein obsolet gewordenes System der Zurückhaltung durch ein sinnvolleres – nämlich nach gegenseitigem Beispiel – ersetzt.

Hinweise auf mobile, hochgemirvte ICBMs und etwaiger Systeme SU. Plädoyer für SDI.[27]

KAN, DK[28] und NL räumten ein, daß Darlegungen Shultz sie beeindruckt hätten, unterstrichen jedoch wegen symbolhafter Bedeutung von SALT II negative Perzeption Entscheidung Präsidenten in Öffentlichkeit. NL wies auf Problem wechselnder Begründungen hin. Shultz erwiderte, das schlimmste sei, Entscheidungen im Hinblick auf Öffentlichkeitswirkung zu fällen. Im Gegenteil: „do the job and sell it". – Gorbatschow übe im übrigen auf amerikanische Öffentlichkeit keine Faszination aus („has not captured the imagination of the American people").

Auf Frage distanzierte sich Shultz von Äußerung Weinbergers, ALCMs würden bereits im August in Dienst gestellt. Sie habe ihn erstaunt („startled"), und er sei nicht mit ihr einverstanden.

BM sprach sich – unwidersprochen – mit großem Nachdruck dafür aus, gerade auch wegen Weitergeltungsproblematik SALT II in Erklärung über Ratssitzung[29] Wunsch Allianz nach relevanten Abrüstungsschritten in allen Bereichen und Verhinderung nuklearen und konventionellen Krieges sowie kooperative West-Ost-Strukturen (insbesondere KSZE) deutlich zu machen. Zum Rüstungskontrollbereich meinte Shultz, es sei ein wesentlicher Fortschritt, daß SU Konzept „Reduzierung" zugestimmt habe und auf Forderungen hinsichtlich Anrechnung britischer und französischer Systeme nicht mehr insistiere. Ansonsten bewege sich jedoch zeitweise bei allen Foren nur wenig. Dies gelte auch für Bereich „space defence", wo SU offenbar befürchte, bei Eingehen auf Vorschlag „open laboratory"[30] ihr Gesamtkonzept in Frage zu stellen. Auch er plädierte bzgl. Rüstungskontrolle in ganz Europa dafür, Gorbatschow beim Wort zu nehmen.

Treffen mit Schewardnadse sei zwar nicht abgesagt, jedoch zunächst auf Eis gelegt worden.[31] Schon vor Tschernobyl habe Washington Gefühl gehabt, daß

27 Am 3. Juni 1986 stellte Botschafter van Well, Washington, fest, daß die amerikanische Regierung eine Woche nach der Entscheidung des Präsidenten Reagan in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II „mit einer Stimme spricht, was die Definitivität der Abkehr von den SALT-Verträgen angeht". Während das „triumphierende Auftreten" des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger in den Medien zu erwarten gewesen sei, „mußte das Bekenntnis von AM Shultz zu der Entscheidung des Präsidenten, die nicht in seinem Sinne war, doch etwas überraschen. […] Shultz fühle wohl mehr als andere, daß er gerade in einem so kritischen Moment ein Beispiel an Loyalität geben und sich auch hinter eine ungeliebte Entscheidung des Präsidenten stellen müsse. Das offensive und eindeutige Bekenntis zu der Entscheidung sei in taktischer Hinsicht das einzig mögliche Verhalten in Halifax gewesen. Jede Halbherzigkeit hätte Shultz sowohl der Kritik der Außenminister als auch Angriffen von konservativer republikanischer Seite ausgesetzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2353; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

28 Uffe Ellemann-Jensen.

29 Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 in Halifax vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 9f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 379–381.

30 Am 1. November 1985 schlugen die USA bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf vor, sich gegenseitig über Forschungsprogramme zur strategischen Rüstung zu informieren und Besuche zuzulassen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 301.

31 Zur sowjetischen Absage des Treffens der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vgl. Dok. 104, Anm. 22.

SU sich sperre („drawing back somehow“). Man müsse jedoch verhindern, daß sie sich in ihr Schneckenhaus zurückziehe. Bei Abschiedsbesuch Dobrynins in Washington[32] habe man Arbeitsprogramm für Vorbereitung Gipfels vorgeschlagen. US würden sich trotz Verschiebung AM-Treffens weiterhin bemühen. – Schwellenverträge[33] könnten bei Einigung über Verifikation ratifiziert werden, doch angesichts sowjetischen Vorsprungs (wie er sich etwa bei SS-25 zeige) wäre Moratorium oder CTB jetzt für Westen ungünstig. Auf amerikanische Vorschläge zu Verifikationsmethoden[34] sei SU nicht eingegangen.

4) AM Tindemans sprach, wie vorher bereits BM, Vorschlag Gorbatschow 18.4. und Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich an. Wir müßten darüber nachdenken und unsere Interessen definieren. Wo solle verhandelt werden? Durch wen? Auf welche Weise sei dies festzulegen?

AM Raimond äußerte sich auf Grundlage der in BM-Delegationsbericht Nr. 5 vom 30.5.[35] vorgelegten „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“[36], die er erläuterte. BM erklärte Einverständnis.

GS betonte, die vorgeschlagene Arbeitsgruppe müsse „unter der Ägide“ des NATO-Rats angesiedelt sein. Raimond erwiderte, Gruppe sollte nicht zu eng eingebunden werden, sondern Flexibilität haben. Vorsitzender solle von GS ernannt werden.

Howe brachte ebenfalls Einverständnis zum Ausdruck. Er bemerkte, wir sollten uns unabhängig davon bei MBFR um Fortschritte bemühen. Man könne eine Sondersitzung des Rats auf Ministerebene im Oktober erwägen. – NL: Keine „holding operation“ gegenüber MBFR und KVAE. Hinweis auf kürzliche Äußerung DDR, Gorbatschow werde Vorschlag 18.4. in Bälde präzisieren. Raimond wies auf Möglichkeit Zusammenarbeit mit N+N im Rahmen der 35 hin, wobei Rolle der Bündnisse jedoch berücksichtigt werden solle. – Shultz: Expertengruppe sollte „NATO excercise“ sein. Eventuell Treffen AM am Rande VN-GV. – TU[37]: Von Arbeitsgruppe vorgelegtes Papier müsse NATO-Strategie widerspiegeln.

III. Zum ersten Mal ergab sich bei Ratssitzung in dieser Weise freimütige Diskussion nach dem Muster von Gymnich[38], wie von BM vorgeschlagen. Sie war

32 Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 7./8. April 1986 vgl. Dok. 104, Anm. 21.

33 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

34 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 15. März 1986 für eine Überprüfung von Nuklearversuchen vgl. Dok. 120, Anm. 2.

35 Korrigiert aus: „30.6.“
Für den Delegationsbericht Nr. 5 des Botschafters Hansen, z. Z. Halifax, vgl. Referat 201, Bd. 143414.

36 Für den Wortlaut der Erklärung vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

37 Vahit Melih Halefoglu.

38 Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses

sehr substantiell und rückte nicht zuletzt die Probleme der USA und ihrer derzeitigen Administration mit den anderen Allianzpartnern ins Licht. AM Shultz ging gestern nicht auf alle Aspekte dieser Schwierigkeiten ein. Wille und Bereitschaft, Zusammenhalt Bündnisses trotz allem zu wahren, wurde sehr deutlich. Die vertrauensvolle Erörterung wird Allianz zugute kommen.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11330 (220)

159

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Halifax, an das Auswärtige Amt

114-3456/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. Mai 1986, 16.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 9 **Ankunft: 30. Mai 1986, 22.28 Uhr**

Betr.: NATO-Außenministertreffen in Halifax 29./30.5.86;
hier: Treffen der Minister im engsten Kreis (Minister plus 2) am zweiten Tag, 30.5.[2]

Bezug: DB Nr. 8 BM-Del.

1) Die Minister stimmten der politischen Erklärung und der gesonderten Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa[3] zu. Zu dem zweiten Text schlug BM vor, in das im zweiten Anstrich beschriebene Ziel der konventionellen Rüstungskontrolle in ganz Europa noch die Worte „umfassend und stabil" (comprehensive and stable) aufzunehmen, um klarzustellen, daß es bei der konventionellen Stabilität nicht nur um zahlenmäßiges Gleichgewicht, sondern auch um andere Faktoren (geographische Disparitäten, Struktur)[4]. Die Ergänzung wurde angenommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 820
Treffens und nachfolgender „Gymnich-type"-Treffen sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle interessierenden außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.
Bundesminister Genscher schlug dem amerikanischen Außenminister Haig am 8. März 1982 in Washington informelle Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vor, die zweimal im Jahr stattfinden sollten. Er wiederholte seinen Vorschlag im Gespräch mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) am 16. Mai 1982 in Luxemburg. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 76 und Dok. 152.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.
2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 158.
3 Für den Wortlaut der Erklärungen vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 9–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 379–381.
4 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

2) Meinungsaustausch im NATO-Rat über die politischen und strategischen Implikationen von SDI:

GS Carrington stellte fest, daß es aufgrund der Entscheidung der Minister beim Herbsttreffen des Bündnisses[5] bisher zwei Erörterungen im Ständigen Rat[6] gegeben habe. Im übrigen sei der Stand wie folgt:

– Es gebe kein Einvernehmen über die Anfertigung einer förmlichen Studie.
– Der Rat werde die Frage behandeln, wenn die amerikanischen Verhandlungsführer der Genfer Verhandlungen[7] nach Brüssel kämen.
– Die Ständigen Vertreter könnten die Frage im übrigen in besonderen Sitzungen behandeln, wenn ein Anlaß gegeben sei.

Keiner der Außenminister nahm dazu Stellung.

3) Spanischer AM[8] berichtete über González-Besuch in Moskau[9]: Gorbatschow habe die westliche Haltung kritisiert, die bei allen kritischen Entwicklungen in der Welt eine sowjetische Hand im Spiel sehe. Zu Tschernobyl[10] habe Gorbatschow die westliche Haltung kritisiert. Er habe hervorgehoben, daß eine größere Zusammenarbeit in diesem Bereich erforderlich sei. Nuklearversuche gäben jedoch mehr Anlaß zu Sorgen. Gorbatschow habe darauf hingewiesen, daß die USA offenbar glaube, er werde wegen des Vorrangs, den er der Modernisierung der Sowjetunion einräume, alles akzeptieren, was die USA ihm zumuteten. Dies sei eine Fehleinschätzung. Zu einem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen habe Gorbatschow zwei Voraussetzungen genannt: Die Normalisierung des politischen Klimas zwischen USA und Sowjetunion und generell in den internationalen Beziehungen sowie die Aussicht auf konkrete Ergebnisse. Zu Letzterem habe er einen Teststopp und die Beseitigung der Mittelstreckenraketen genannt. Gorbatschow habe die Verantwortung für mangelnde Fort-

5 Zum Beschluß der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 15.

6 Zur Erörterung der Frage der politischen und strategischen Implikationen von SDI durch den Ständigen NATO-Rat am 25. Februar 1986 vgl. Dok. 54, Anm. 7.
Eine weitere Konsultation fand in der Sitzung am 23. Mai 1986 statt. Dazu berichtete Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), am selben Tag, die Aussprache habe sich erneut auf prozedurale Fragen beschränkt. Niederländische Überlegungen hinsichtlich einer strukturierten Diskussion im Ständigen NATO-Rat („informelle Ratssitzungen, möglicherweise mit vorbereitenden Papieren; Ratsberatungen mit geeigneten Persönlichkeiten, z. B. Nitze“) seien seitens der USA auf Zurückhaltung gestoßen: „StV US zeigte sich jedoch im Verlauf Aussprache nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüber Idee, Ratssitzung mit Nitze (möglicherweise mit Experten aus Hauptstädten) abzuhalten.“ NATO-Generalsekretär Lord Carrington beabsichtige daher, auf der NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 in Halifax auszuführen, „Rat habe zwar keinen Konsens erzielt, Implikationen des amerikanischen SDI-Programmes (im Sinne der niederländischen – von uns unterstützten – Überlegungen) zu erörtern, sei jedoch übereingekommen, Probleme und Möglichkeiten Gestaltung offensiv-defensiven Verhältnisses im Rahmen Beratungen über Genfer Verhandlungen zu erörtern und von Zeit zu Zeit für besondere Beratungen in bisheriger Form zusammenzutreten, wenn dies nützlich erscheine“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 756; VS-Bd. 11377 (229); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Die amerikanischen Sonderbotschafter Glitman, Kampelman und Lehman unterrichteten den Ständigen NATO-Rat am 27. Juni 1986 über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 882 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Francisco Fernández Ordóñez.

9 Ministerpräsident González hielt sich vom 19. bis 22. Mai 1986 in der UdSSR auf.

10 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

schritte in Genf den USA zugeschoben. Er habe die sowjetische Haltung zu den Drittstaaten-Systemen bekräftigt. Auf spanische Frage zu Verifikation habe er wiederholt, daß die Sowjetunion Abrüstung mit Kontrolle, aber nicht Kontrolle ohne Abrüstung wünsche. Gorbatschow habe angekündigt, daß der Warschauer-Pakt-Gipfel neue Vorschläge zur Abrüstung machen werde.[11] Zu seinen längerfristigen Vorschlägen (15. Januar[12]) habe Gorbatschow erklärt, daß man eine langfristige Perspektive brauche, um die kurzfristigen Schwierigkeiten zu überwinden. Zu SALT II habe Gorbatschow auf spanischen Vorhalt erklärt:

In der Regel habe die Sowjetunion den Vertrag eingehalten, es gebe allerdings einige „Ausnahmen". Auf spanischen Hinweis auf Krasnojarsk[13] habe Gorbatschow nicht geantwortet. Das Thema SDI sei von keinem sowjetischen Gesprächspartner bei keiner Gelegenheit angesprochen worden. Beim Thema Libyen habe sich insbesondere Gromyko sehr kritisch über die USA geäußert.

4) Als Termine für das Herbstministertreffen schlug GS den 11./12. Dezember vor.[14]

In einer zusammenfassenden Bewertung des Treffens in Halifax würdigte Carrington, daß sich der offene Dialog im kleinen vertraulichen Kreis sehr gelohnt und für das Bündnis als nützlich erwiesen habe.

Bezüglich des Beschlusses der Einsetzung einer Expertengruppe zur Untersuchung der Fragen der konventionellen Abrüstung in ganz Europa werde er gleich nach Rückkehr nach Brüssel einen Vorsitzenden bestimmen und dafür sorgen, daß die Gruppe möglichst bald zusammentreffe.[15]

5) Shultz führte abschließend das Berlin-Thema ein: Die DDR versuche, neue Verfahren für den innerstädtischen Verkehr einzuführen.[16] Die vier involvierten Minister seien am Mittwochnachmittag übereingekommen, daß der DDR

11 Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest; Dok. 179, Anm. 8.

12 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

13 Zum Bau einer Radaranlage bei Krasnojarsk vgl. Dok. 155, Anm. 22.

14 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

15 Nach deutsch-französischen Konsultationen am 6. Juni 1986 in Paris übermittelte Botschafter Ruth am 10. Juni 1986 den Botschaften in London und Washington den Entwurf für ein Mandat der „High Level Task Force" (HLTF) der NATO für Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa mit der Bitte, den Text „umgehend" im britischen bzw. amerikanischen Außenministerium zu übergeben. Dazu solle folgendes ausgeführt werden: „Wir sind an Aufnahme der Arbeit der Gruppe noch im Juni interessiert; Mandatsentwurf, der in der Substanz weitgehend der entsprechenden Erklärung von Halifax folgt, ist mit Frankreich konsultiert worden (Frankreich ist mit Text einverstanden); bezüglich des Verfahrens ging es uns darum, die Gruppe – unter Berücksichtigung der besonderen Interessen Frankreichs – möglichst nahe an die NATO anzubinden und eine effektive Arbeit zu gewährleisten. Die Rolle des Vorsitzenden als – persönlichen – Beauftragten des NATO-Generalsekretärs ist dabei besonders wichtig. Unser – von Frankreich geteiltes – Verständnis ist, daß der Vorsitzende auch Papiere – im eigenen Namen – in die Arbeitsgruppe einbringen kann. Der Vorsitzende sollte nach unserer Auffassung auch einen weiteren Berater hinzuziehen können […]. Frankreich wird den Generalsekretär bitten, eine Ratssitzung für den 18.6. einzuberufen, um die AG zu konstituieren, am 23.6. sollte die erste Sitzung der AG stattfinden […]. Deutscher Vertreter in der hochrangigen Arbeitsgruppe wird Botschafter Ruth sein". Vgl. den Drahterlaß Nr. 4510; VS-Bd. 11536 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
Zur konstituierenden Sitzung der HLTF am 23. Juni 1986 in Brüssel vgl. Dok. 179, Anm. 4.

16 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte am 23. Mai 1986, daß das Außenministerium der DDR am Vortag mit Note mitgeteilt habe, daß „beim Grenzübertritt von Mitgliedern diplomatischer Missionen in der DDR nach und von Berlin (West) ab 26. Mai 1986 der Paß (mit Visum der DDR) vorzulegen ist". Vgl. den Drahtbericht Nr. 826; Referat 210, Bd. 139253.

nicht erlaubt werden dürfe, einseitige Änderungen durchzuführen.[17] Die DDR habe dafür keine Befugnis. Man sei sich einig gewesen, eine starke und feste Haltung einzunehmen. Man habe eine öffentliche Erklärung, einen Passus für das NATO-Kommuniqué und eine Demarche des vorsitzführenden Botschafters in Bonn, Burt, gegenüber der Sowjetunion[18] beschlossen. Man stelle sich außerdem darauf ein, weitere Schritte gegenüber der Sowjetunion zu unternehmen, falls notwendig. Die Sowjetunion benutze die DDR. Die Sowjets hätten geantwortet, sie würden die Drei Mächte auf der Grundlage des Status quo ante behandeln, die anderen Botschaften aber nicht. Man wolle diese Differenzierung nicht hinnehmen. Die Sache sei sehr ernst zu nehmen. Dies wolle er den Verbündeten nahelegen.

Außerdem würdigte Shultz die Bedeutung der von der IEPG vorgesehenen sieben Projekte im Zusammenhang mit dem Nunn-Amendment.[19]

17 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Halifax, vermerkte am 29. Mai 1986, daß Bundesminister Genscher und die Außenminister Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) sich am Vortag zu ihrem traditionellen Treffen über Deutschland- und Berlin-Fragen getroffen hätten: „Alliierte nehmen DDR-Maßnahmen gegen freien Personenverkehr in Berlin äußerst ernst und erwarten, insbesondere von uns, anhaltende Solidarität. Operative Ergebnisse: Minister beschloßen Berlin-Passage in Politischer Erklärung NATO-AM-Rats […]; Demarche Burt–Kotschemassow 29.5. im Auftrag der drei Außenminister […]; Auftrag an Vierergruppe für Contingency-Planung; Sprachregelung für Presseerklärung". Braunmühl fuhr fort: „Briten begründeten Vorschlag, Berlin-Passage in NATO-Erklärung aufzunehmen, mit Notwendigkeit, Alliierte in erforderliche Solidarität für Berlin einzubinden. […] Wie auch in Presseerklärung zum Ausdruck kommt, sehen Alliierte statusverletzenden Aspekt der DDR-Maßnahmen weniger in diesen selbst als vielmehr in Einseitigkeit des DDR-Vorgehens (V[ier-]M[ächte-]A[bkommen]: keine einseitige Änderung bestehender Lage)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; VS-Bd. 13423 (210); B 150, Aktenkopien 1986.

18 Ministerialdirigent Oesterhelt informierte am 30. Mai 1986 über ein Treffen des amerikanischen Botschafters Burt mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschemassow: „Burt habe K[otschemassow] das in Halifax vereinbarte public statement vorgelesen und im Namen der Drei Mächte die in Halifax vereinbarten talking points vorgetragen. Darüber hinaus habe Burt ausgeführt: Die Situation sei ernst, aber keine Krise; es müse jedoch sichergestellt werden, daß keine wirklich ernsten Probleme entstünden". Er, Burt, „sei von den drei Ministern in Halifax angewiesen, zu erklären, daß die Drei Mächte nie Beschränkungen der Freizügigkeit in Berlin akzeptiert hätten", die im übrigen nicht nur für die Drei Mächte gelte, sondern „ein fundamentales Prinzip, das sich aus dem Status der Stadt ergebe", darstelle. Kotschemassow habe erwidert, daß die Sektorengrenze „eine internationale Staatsgrenze" sei, das Vier-Mächte-Abkommen „nur in Westberlin" gelte und die DDR das Recht habe, diese Maßnahmen zu ergreifen: „K. habe weiter mitgeteilt, daß die Angehörigen der alliierten Missionen in Berlin (West) und der Botschaften in Berlin (Ost) nicht betroffen seien. Hier ende aber die sowjetische Verantwortung. Die Einbeziehung der Angehörigen anderer diplomatischer Missionen in diese Maßnahmen sei aber die Angelegenheit der DDR." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4210; Referat 210, Bd. 139253.

19 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 8. September 1986, daß der amerikanische Senator Nunn 1985 einen Antrag eingebracht habe, der die Bereitstellung von „200 Mio. Dollar für gemeinsame Entwicklungen sowie 50 Mio. Dollar für Tests von nichtamerikanischem Gerät durch die US-Streitkräfte" vorsehe: „Nunn hat berechnet, daß die NATO-MS jährlich etwa 15 Mrd. Dollar durch Doppelentwicklungen verschwenden. Seine Initiative stellt einerseits einen Test für die Bündnispartner dar, das Kooperationsangebot der USA zur Steigerung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit zu nutzen. Sie zielt aber auch auf die US-Teilstreitkräfte ab, die traditionell der Rüstungskooperation mit dem Ausland starke Widerstände entgegensetzen. Die Administration unterstützt dieses Amendment nicht nur aus bündnispolitischen Gründen, sondern auch in der Erwartung einer Kostendämpfung. In der NATO fördert sie nachhaltig den gegenwärtigen Prozeß der Identifizierung von Projekten durch die MS, die für die gemeinsame Entwicklung mit den USA in Frage kommen. Dies führte 1985/86 zu einer Serie intensiver Verhandlungen im Rahmen der CNAD, also der Konferenz der Rüstungsdirektoren der NATO, die im europäischen Rahmen mit wachsender Effizienz in der IEPG vorbereitet wurden. Wir sind dadurch an folgenden bi- oder multilateralen Projekten im Rahmen des Nunn-Amendment beteiligt: 155 mm ‚intelligente' (d. h.

BM unterstützte Shultz in der Berlin-Frage: Es gehe um die grundsätzliche Frage des Status Berlins, die von allergrößter Bedeutung sei. Wir hätten in den NATO-Kommuniqués immer feststellen können, daß die Lage in und um Berlin ruhig sei. Dies könne man jedoch nur sagen, wenn der Status unberührt bleibe. Deshalb sei es so wichtig, daß die Drei Mächte auf der Einhaltung des Status bestünden. NL[20] fragte, ob es praktisch um die Frage gehe, daß die Angehörigen der Botschaften der Verbündeten ihre Pässe nicht vorzeigen sollten. Shultz bestätigte dies indirekt mit der Feststellung, daß man eine Differenzierung der Praxis gegenüber den anderen Alliierten nicht wünsche. Man müsse ganz fest bleiben. GB[21] schloß sich den Ausführungen von Shultz und BM an.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 11425 (221)

160

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lange

VS-NfD **2. Juni 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem neuseeländischen Premierminister, David Lange, am 2. Juni 1986, in der Zeit von 16.00 bis 17.00 Uhr

Anwesend auf seiten Premierminister Langes: Herr Francis, Deputy Secretary of Foreign Affairs; Botschafter Farnon.

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

Fortsetzung Fußnote von Seite 824

zielsuchende) Munition; MIDS (Informationen-Übertragungs-System); ADA (Computersprache); Modular Stand-Off Weapon (Lenkflugkörper-Familie); NATO-Identifizierungssystem NIS." Vgl. Referat 209, Bd. 148727.

20 Hans van den Broek.

21 Geoffrey Howe.

1 Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 4. Juni 1986 gefertigt und am 12. Juni 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Schweppe am 16. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel „m[it] d[er] B[itte] um Übernahme" verfügte. Ferner verfügte er die Übermittlung von Ablichtungen der Gesprächsaufzeichnung an Ministerialdirektor Sudhoff, Ministerialdirigent Keil sowie an die Referate 202, 220 und 411 und an das Ministerbüro sowie das Büro Staatssekretäre.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 19. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 342 verfügte.

Hat Amtsrat Brückner am 19. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Dane verfügte und handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]. Ref[erat] 202 z. B. hat Empf[ang] best[ätigt])." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 342, Bd. 137190.

Der *Bundeskanzler* heißt eingangs Premierminister Lange herzlich willkommen. Es sei ebenso erfreulich wie bemerkenswert, daß es keine wirklichen bilateralen Probleme zwischen unseren beiden Ländern gebe. Er fragt, ob PM Lange noch Verwandte in Deutschland habe. Herr *Lange* antwortet, sein Großvater, der Schneider gewesen sei, sei 1863 zunächst nach Australien und dann nach Neuseeland ausgewandert. Es gebe noch viel Familienverwandtschaft hier. Seine Mutter führe einen Briefwechsel mit einer Anna Lange in Bremen. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er jetzt seine Verwandten besuchen wolle, antwortet Herr *Lange*, er müsse sie erst einmal herausfinden.

Auch er freue sich, daß es keine bilateralen Probleme gebe. Zweck seiner Reise sei es im übrigen auch, die Beziehungen zu Europa in einem weiteren Sinne zu erörtern und nicht nur über Butter und Schaffleisch zu sprechen. Er wolle dem Eindruck entgegenwirken, daß die Position Neuseelands sich im Hinblick auf eine Reihe von Fragen, z. B. der Einstellung zum Westen, zur Demokratie etc. geändert habe.

Neuseeland führe eine sehr orthodoxe Wirtschaftspolitik. Das gesamte Wirtschaftsleben sei im wesentlichen von staatlichen Vorschriften befreit worden. Die Bauern seien die ersten Opfer gewesen. Sämtliche Subsidien an die Bauern, aber auch im Industriesektor, seien gestrichen worden. Quantitative Einfuhrbeschränkungen habe seine Regierung aufgehoben. Es handele sich um eine äußerst orthodoxe Wirtschaftspolitik.

Neuseeland habe eine spezifische Sicht seiner eigenen Sicherheitsbedürfnisse, die es in Konflikt mit seinen Partnern gebracht habe. In Deutschland sei man Opfer eines Krieges gewesen und befände sich nahe an einem Land mit einem massiven Nukleararsenal, das auch auf Deutschland gerichtet sei. Die Lage Neuseelands sei anders, vielleicht sehe Neuseeland sie in den Augen mancher seiner Freunde nicht realistisch. Neuseeland sei völlig einer konventionellen Verteidigung verpflichtet und habe die Mittel für eine solche konventionelle Verteidigung auch erhöht. Es sei im übrigen nicht der Wunsch Neuseelands, anderen Predigten zu halten. Er würde sich freuen, wenn er sich hier mit dem Bundeskanzler über allgemeine Fragen unterhalten könne.

Der *Bundeskanzler* äußert, in dieser Frage hätten wir praktisch völlig entgegengesetzte Ansichten. Er begrüße es jedoch, daß er darüber mit Premierminister Lange sprechen könne. Er könne die Position des Premierministers nicht verstehen. Natürlich sehe er die großen Unterschiede in der Lage beider Länder, die völlig andere Geschichte und die Tatsache, daß die Probleme sich anders stellten. Als Deutscher schleppe er ständig die ganze deutsche Geschichte mit herum. Der Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß sein Elternhaus gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei und daß er selbst bei Kriegsende erst 15 Jahre alt gewesen sei. Trotzdem könne auch er Auschwitz und Treblinka nicht abschütteln. Hitler habe mit Stalin zusammen den Krieg begonnen. Am Ende dieses Krieges habe Deutschland ein Drittel seines Territoriums verloren, viele Millionen Opfer gebracht und 13 Millionen Flüchtlinge unterbringen müssen. Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Geschichte seiner eigenen Familie und der Familie seiner Frau.

Von diesem Hause aus, in dem er jetzt mit dem Premierminister spreche, seien es nur sechs Tank-Stunden bis zur nächsten sowjetischen Panzerdivision mit

Hauptquartier in Weimar. Dieses sei der kleine „gewaltige“ Unterschied zwischen ihm und dem Premierminister. Wir stellten uns die Frage – dies übrigens auch innerhalb Europas, er habe mit Premierminister Papandreou darüber gesprochen –, ob wir die westliche Welt in zwei Teile teilen könnten. Die einen, die für den Handel zuständig seien, die anderen, die sich um die Verteidigung kümmerten. Er habe in der Bundesrepublik soeben die Wehrpflicht verlängern müssen.[2]

Dies sei ihm als demokratischem Politiker nicht leichtgefallen. Aber das Abknicken der Bevölkerungskurve habe diese Maßnahme notwendig gemacht. Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger hätten weder die Wehrpflicht noch auch nur die Registrierung eingeführt. Wir seien das Land mit dem größten Waffenarsenal auf seinem Gebiet, gleichzeitig am dichtesten besiedelt und mit der höchsten militärischen Flugdichte. Wenn wir die Karte betrachteten und dann den Premierminister von Neuseeland ansähen, sagten wir uns: Der hat es gut. Es sei unsere Auffassung, daß man aus der Verteidigung gemeinsamer Interessen nicht aussteigen könne. In den USA gebe es jetzt eine Diskussion, ob man aus Europa herausgehen solle. Er könne dazu nur sagen: Dann würden die USA die zweite Riesentorheit in diesem Jahrhundert begehen. Die Amerikaner hätten 1918 den Krieg entschieden. Wilson sei nach Europa gekommen und habe bei der Ausarbeitung der Friedensverträge mitgewirkt. Dann habe er sich jedoch vom Streit der Europäer abgestoßen nach Amerika zurückgezogen und dort seine Idee der Prohibition verwirklicht. Es wäre sehr viel klüger gewesen, wenn Amerika in Europa geblieben wäre. Auch er, der Bundeskanzler, sei für Abrüstung und Entspannung, aber eine wirkliche und kontrollierbare Abrüstung. Er sei auch dafür, daß wir eine Lösung in der Frage des Teststopps fänden, doch müsse es sich um eine ehrliche Lösung handeln. Zur Zeit sei man in einem Teufelszyklus. Habe die eine Seite ihre Runde von Tests gemacht, so sage sie, daß sie nun bereit zu einem Teststopp sei. In der Zwischenzeit aber stehe gerade die andere Seite wieder vor einer neuen Runde. Es habe jedoch gerade hierzu schon in den 60er Jahren Ideen gegeben, wie man aus diesem Kreis ausbrechen könne. Vielleicht hätten wir eine unterschiedliche Einschätzung der Sowjetunion. Für ihn sei Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik mehr. Ein Krieg in Mitteleuropa würde das Inferno bedeuten. Die Sowjetunion habe hier in Europa eine ungeheure Übermacht, weshalb auch die konventionelle Abrüstung wichtig sei. Das werde jedoch nicht über Nacht gehen. Jede Seite habe ihre Interessen, auch die Sowjets hätten ihre Sicherheitsinteressen, die man in Rechnung stellen müsse. Die Sowjetunion sei ja nicht vom Himmel gefallen, sondern setze das alte zaristische Rußland fort. Seit Peter dem Großen habe Rußland seine Westgrenze sichern wollen. Die Sowjets hätten dies nun mit einem Glacis getan, zu dem unglücklicherweise jetzt 17 Millionen Deutsche gehörten. Es handele sich um eine Diktatur, die sich jetzt auch noch in einer Periode der Schwäche befinde, was sie noch gefährlicher mache.

Die Weltmächte jedoch könnten heutzutage nicht mehr Goliath spielen. Wir seien nicht mehr in der Epoche der Queen Victoria. So müsse die Weltmacht

2 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

USA mühsam Gaddafi ertragen. Tschernobyl[3] habe im übrigen gezeigt, daß das Sowjetsystem unfähig sei, in einer modernen Gesellschaft schnell zu reagieren. Er, der Bundeskanzler, sei nicht dafür, diese Schwächeperiode der Sowjets auszunutzen. Wir sollten jetzt mit den Sowjets sprechen. Jetzt, wo die Vereinigten Staaten einen starken Präsidenten hätten, könnten kleine Schritte in Richtung Abrüstung gemacht werden. Sicherheit zum Nulltarif werde es allerdings nicht geben.

Die Sowjetunion habe zwar die KSZE-Akte[4] unterschrieben. Sie führe jedoch gleichzeitig eine enorme Desinformationskampagne, in deren Verlauf Jahr für Jahr große Geldmengen nach Deutschland flössen. Brave Leute ließen sich oft für politische Zwecke mißbrauchen. Er, der Bundeskanzler, sei sicher, daß jedenfalls zu seinen Lebzeiten das deutsche Volk weder für die Kommunisten noch für Neonazis stimmen werde. Weil das so sei, müsse die Sowjetunion andere Methoden anwenden.

Aus all diesen Gründen hätten wir eine andere Perspektive als Neuseeland. Es sei jedoch nützlich, wenn man seine Ansichten miteinander austausche, und er finde es gut, daß der Premierminister hierher gekommen sei. Er hoffe, daß er gemerkt habe, daß er hier nicht mit dem obersten kalten Krieger in Europa an einem Tisch sitze.

Premierminister *Lange* antwortet, trotz alledem gebe es Ähnlichkeiten zwischen Neuseeland und Europa. Neuseeland habe eine starke Tradition, was die nationale Verteidigung angehe. Es habe von Anfang an am pazifischen Krieg teilgenommen, ebenso wie in Malaysia und in Vietnam. In Europa seien neuseeländische Soldaten zwei Jahre vor amerikanischen Soldaten aufgetaucht. Aber es gebe einen Unterschied im „Background". Der Bundeskanzler habe gesagt, daß Bonn sechs Tank-Stunden vom Sitz einer sowjetischen Tank-Division entfernt sei. Neuseeland stehe nicht einmal in der Nähe von sowjetischen Raketenbatterien. Die historische Lage von Neuseeland sei anders. Man habe sich nie für Nuklearwaffen entschieden. Im Gegenteil, Neuseeland wolle nichtnuklear bleiben. Dies sei leichter, als das Zeug loszuwerden, wenn man es einmal habe. Er habe noch keinen Staats- und Regierungschef eines Nuklearstaates getroffen, der über die Nuklearbewaffnung seines Landes wirklich froh gewesen sei. Meistens hätten sie diese schreckliche Entscheidung nur getroffen, weil unabweisliche Sicherheitsinteressen ihres Landes dies verlangten.

Australien unterscheide sich von Neuseeland. Es lasse nuklearbewaffnete Schiffe in seinen Häfen anlegen. 75% der australischen Bevölkerung billigten diese Haltung. In Neuseeland seien 75% der Bevölkerung dagegen. Was der Bundeskanzler über die östliche Desinformation gesagt habe, verstehe er voll. Er wolle darauf hinweisen, daß Neuseeland als einziges Land einen sowjetischen Botschafter hinausgeworfen habe, weil man ihn dabei erwischt habe, wie er Geld an Neuseeländer weitergab.[5]

3 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

5 Botschaftsrat Friedel, Wellington, teilte am 25. Januar 1980 mit, der aus Neuseeland ausgewiesene sowjetische Botschafter Sofinskij, dem finanzielle Zuwendungen an die „Socialist Union Party"

In Neuseeland habe er ein andauerndes Problem mit der Kampagne für nukleare Abrüstung, die von ihm verlangte, daß er die Vereinigten Staaten und die NATO beschimpfe. Nach seiner Rede in Köln[6] hätten ihm die Ärzte gegen den Atomtod vorgeworfen, daß er die USA nicht kritisiert habe. Was die grundsätzliche neuseeländische Einstellung zur Nuklearenergie angehe, so sei zu berücksichtigen, daß Neuseeland keine Nuklearenergie brauche, weil es viel Hydroenergie und „Geopower" (Erdwärmeenergie) habe. Im Südpazifik würden jedoch viele Atomversuche durchgeführt. Zunächst hätten die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Atomwaffen dort ausprobiert und die Chinesen hätten Raketen in das Gebiet geschossen. Jetzt führe nur noch Frankreich Atomversuche durch. Mit Frankreich gebe es im übrigen das Problem des Rainbow Warrior.[7]

An dieser Stelle stellt der *Bundeskanzler* die Frage, ob PM Lange die Möglichkeit eines Arrangements mit Frankreich sehe. Er sage dies nicht zufällig. Wir hätten ein besonders enges Verhältnis mit Frankreich, und die Franzosen wüßten, daß er, Premierminister Lange, jetzt hier bei ihm in Bonn sei.

PM *Lange* antwortet, er hoffe, daß diese Angelegenheit bald an eine dritte Seite verwiesen werden könne. Frankreich wolle sich entschuldigen und auch Entschädigung leisten. Ferner sei es bereit, die beiden Agenten an einen anderen Haftort verbringen zu lassen.[8]

Fortsetzung Fußnote von Seite 828

zur Last gelegt würden und gegen den außerdem auch schon der Verdacht der Zugehörigkeit zum sowjetischen Geheimdienst KGB bestanden habe, werde vermutlich noch am selben Tag Neuseeland verlassen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 12; Referat 213, Bd. 133220.

6 Ministerpräsident Lange nahm am 29. Mai 1986 an der Eröffnung des 6. Internationalen Ärztekongresses zur Verhütung eines Atomkriegs teil, der bis 1. Juni 1986 in Köln abgehalten wurde. Für den Wortlaut seiner Rede vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. 279–281 (Auszug).

7 Am 10. Juli 1985 wurde auf das Schiff „Rainbow Warrior" der Umweltschutzorganisation „Greenpeace", das im Hafen von Auckland lag und eine Protestaktion gegen französische Nuklearversuche im Pazifik anführen sollte, ein Sprengstoffattentat verübt. Dabei kam ein Mann ums Leben. Vgl. dazu den Artikel „Bombenanschlag auf ‚Greenpeace'-Schiff"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Juli 1985, S. 9.
Botschafter Becker, Wellington, berichtete am 25. November 1985, am 22. November 1985 seien zwei Agenten des französischen Auslandsgeheimdienstes wegen ihrer Beteiligung an dem Anschlag zu zehn Jahren Haft wegen Totschlags und vorsätzlicher Sachbeschädigung verurteilt worden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 635; Referat 341, Bd. 137186.

8 Ministerialdirektor Sudhoff legte am 30. Mai 1986 dar, die französische Regierung verlange die Freilassung der in Neuseeland inhaftierten Agenten: „Während sich unmittelbar nach dem französischen Regierungswechsel zunächst eine rasche Verhandlungslösung abzuzeichnen schien, haben sich die Fronten in letzter Zeit verhärtet. Die in der Schweiz geführten Vorgespräche wurden von Neuseeland Anfang Mai d. J. als Antwort auf Frankreichs Einfuhrverbote für bestimmte Agrarprodukte aus Neuseeland (insbesondere Schafshirn) abgebrochen. Neuseeland weigert sich, die Gefangenen ohne Zusicherung Frankreichs auszuliefern, daß diese in Frankreich ihre ‚gerechte Strafe' verbüßen. Es stellt Schadenersatzforderungen an Frankreich und verlangt Wiederherstellung des freien Zugangs seiner Agrarprodukte zum französischen Markt. Für den Fall, daß eine Freilassung der beiden französischen Offiziere nicht innerhalb der nächsten Wochen erfolgt, droht Frankreich mit weiteren Einfuhrverboten und schließt eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen nicht aus. Bei den anstehenden EG-Abstimmungen würde es einer Fortsetzung des Imports neuseeländischer Butter nicht zustimmen." Der französische Außenminister Raimond habe in einem Schreiben vom 27. Mai 1986 an Bundesminister Genscher ausgeführt, Ministerpräsident Chirac sei zu einer Entschuldigung bereit: „Frankreich sei auch bereit, Neuseeland für den dem Land angerichteten Schaden eine angemessene Entschädigung zu leisten. Der Familie des bei der Schiffsversenkung getöteten Fotografen sei ein Betrag von über 2 Mio. Franc gezahlt worden. Mit ‚Greenpeace' sei man übereingekommen, ein Schiedsgericht über Umfang des Schadenersatzes entscheiden zu lassen. Auch könne Frankreich angemessene Garantien über das Los der beiden gefangenen französischen Offiziere geben, das sie nach deren Abreise aus Neuseeland erwartet." Vgl. Referat 342, Bd. 137190.

Der *Bundeskanzler* antwortet, das erste sei klar. Man müsse jedoch sehen, daß dies schwer für die „Grande Nation" sei. Premierminister Lange wisse ja, was das heiße. Auch die Entschädigungsfrage sei klar. PM *Lange* äußert, diese Punkte würden wohl keine Schwierigkeiten bieten. Der *Bundeskanzler* fährt fort, der dritte Punkt sei am schwierigsten. Was bedeute es: „An einem anderen Ort in Haft halten?" Wie lange und wo? PM *Lange* antwortet, Frankreich habe ja eine Menge von Überseeterritorien. Der *Bundeskanzler* äußert hier, für Frankreich sei es wichtig, daß sie aus Neuseeland wegkämen. PM *Lange* äußert, Neuseeland könne nicht damit einverstanden sein, daß sie einfach nach Hause gingen oder irgendwo in Übersee in einem Club Méditerranée lebten. Der *Bundeskanzler* fragt PM Lange, ob er dies an die französische Seite weitergeben könne. PM *Lange* antwortet, er solle der französischen Seite sagen, Neuseeland sei guten Willens, die Sache zu lösen. Was er hier gesagt habe, sei das Resultat einer Mischung von eigenen Ideen und Anregungen von dritter Seite. Was Neuseeland und Frankreich jetzt brauchten, sei etwas Hilfe. Frankreich und Neuseeland könnten ihre Position öffentlich nicht ändern. Ein Vermittler könnte das tun, und darum bemühe man sich jetzt. Es sei in Frankreich für die neue Regierung[9] leichter, die Lage zu ändern. Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und fragt, ob er es als hilfreich empfinden würde, wenn er versuchte, in dieser Sache hilfreich zu sein. PM *Lange* antwortet, wir brauchten von Europa mehr als Hilfe in dieser Angelegenheit im Verhältnis zu Frankreich. Er brauche auch Hilfe im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Neuseeland, eine verantwortliche Mahnung an die Neuseeländer, sich hilfreich zu zeigen. Wenn Neuseeland in einem Monat vor der Wahl stünde, könne er die Leute nicht einmal auf die Teufelsinsel entlassen. Die nächste Wahl in Neuseeland sei im September 1987[10]; deshalb müsse die Angelegenheit schnell vom Tisch. Der *Bundeskanzler* äußert hierzu, dies sei auch in der innerfranzösischen Lage wichtig. Auch dort müsse man mit Wahlen rechnen, wenn auch nicht mit Parlamentswahlen. Er werde vermutlich morgen in acht Tagen in Paris sein, jedenfalls in sehr kurzer Zeit.[11] Dann werde er die Angelegenheit ansprechen. Es handele sich nicht um eine Sache für das Telefon oder für die Akten.

PM *Lange* sagt, er habe in Zusammenhang mit Frankreich noch einen Punkt aufzubringen. Neuseeland komme langsam in eine Lage innerhalb von Frankreich, wo es als Gegner von allem Französischen gesehen werde. Dies treffe nicht zu. Neuseeland hoffe, daß die Änderungen in Neukaledonien[12] weitergingen.

9 Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 trat die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Chirac am 20. März 1986 ihr Amt an.

10 Die Parlamentswahlen in Neuseeland fanden am 15. August 1987 statt.

11 Bundeskanzler Kohl traf am 17. Juni 1986 in Rambouillet mit Staatspräsident Mitterrand zusammen. Vgl. Dok. 176.

12 Referat 341 erläuterte am 22. Mai 1986, in Neukaledonien sei es nach Parlamentswahlen am 18. November 1984 zu Unruhen gekommen, „nachdem die linksorientierte kanakische Befreiungsfront ‚Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste' (FLNKS) einen Wahlboykott großer Teile der melanesischen Ureinwohner durchgesetzt und anschließend eine ‚Provisorische Regierung' für einen künftigen unabhängigen Kanakenstaat" ausgerufen habe. Der von der französischen Regierung eingesetzte Sonderbeauftragte Pisani und dessen Nachfolger Wibaux schlugen daraufhin u. a. vor, spätestens am 31. Dezember 1987 ein „Referendum über die Unabhängigkeit in Assoziation mit Frankreich" abzuhalten, vier Regionalregierungen zu schaffen und Reformen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zur Förderung der Regionen einzuleiten. Gleichzeitig solle die französische Militärpräsenz in Nouméa verstärkt werden, „um die strategischen Interessen

Neukaledonien drohe im pazifischen Raum zu einem Problem zu werden. PM Fabius habe mit der Volksabstimmung und der Regionalisierung etwas Positives getan. Werde dieser Plan umgestoßen, dann werde es auf Neukaledonien zu Unruhen kommen. Neuseeland wolle nicht in einen Universalchor gegen Frankreich einstimmen müssen.[13]

Im übrigen danke er dem Bundeskanzler für das geduldige Zuhören und auch für die Beständigkeit in der Förderung des neuseeländischen Verhältnisses zur EG. Was den bilateralen Handelsaustausch anbetreffe, so sei er sehr erfreulich, nämlich in fünf Jahren um 80% gestiegen. Die Handelsbilanz sei jedoch stark zugunsten der Bundesrepublik Deutschland gewichtet.

Der *Bundeskanzler* erläutert PM Lange die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Er habe die Wirtschaft in schwieriger Lage vorgefunden. Jetzt seien nahezu alle Indikatoren gut, auch für das nächste Jahr. Es finde jedoch ein großer psychologischer Umstellungsprozeß statt. Die Deutschen hätten zu viel über Freizeit nachgedacht und zu wenig gearbeitet. Er habe nie den Wunsch gehabt, daß die Europäische Gemeinschaft nach außen abschließe: Ein weltoffener Handel sei für uns sogar eine Lebensnotwendigkeit. Wir könnten nur exportieren, wenn wir für andere Märkte offenhielten, damit sie hier Geld verdienten. Nur wenn andere bei uns etwas verkaufen könnten, würden sie bei uns auch kaufen.

Zum Abschluß geht Bundeskanzler auf die Umweltdiskussion in Europa ein, die 1985 mit voller Wucht eingesetzt habe. Er erläutert die deutschen Maßnahmen zur Einführung des Katalysators.[14] Die deutsche Industrie habe seit vielen Jahren bereits mit Katalysator ausgerüstete Autos in die Vereinigten Staaten geliefert, so daß ihr im Gegensatz zur Industrie einiger Nachbarländer die Umstellung relativ leichtgefallen sei. Deshalb lägen wir jetzt auch vorn.

Referat 342, Bd. 137190

Fortsetzung Fußnote von Seite 830

Frankreichs in jenem Teil der Welt dauerhaft abzusichern". Die neue französische Regierung plane jedoch nun, zu einem System der direkten Verwaltung zurückzukehren: „Nach einer Phase der Konsolidierung der inneren Lage und einem Entwicklungsfortschritt (die Regierung stellt 385 Mio. Francs für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Entschädigung der Opfer der Unruhen zur Verfügung) wird ein neues Statut ausgearbeitet werden. Die Bevölkerung solle dann innerhalb höchstens eines Jahres mit einem Referendum über seine Unabhängigkeit oder ein Verbleiben bei Frankreich entscheiden können. Weitere, konkrete Zeitpläne werden von der Regierung nicht vorgegeben." Vgl. Referat 342, Bd. 137047.

13 Vortragender Legationsrat Dane vermerkte am 19. August 1986, die Mitgliedstaaten des „South Pacific Forum" hätten auf ihrer Sitzung vom 8. bis 11. August 1986 in Suva/Fidschi beschlossen, „Neukaledonien auf die Liste der nicht-selbstregierten Gebiete des VN-Entkolonialisierungsausschusses zu setzen und die Vollversammlung der VN zu befassen. Australien und Neuseeland haben ihren jahrzehntelangen Widerstand gegen die Befassung der VN damit aufgegeben, aber immerhin dafür gesorgt, daß es erst 1987 zu Erörterungen in New York kommen dürfte. […] Grund dieser Zuspitzung ist die Änderung der französischen Neukaledonienpolitik unter der Regierung Chirac. Das ursprünglich vorgesehene Fabius-Pisani-Statut mit seinen Sicherungen für die knapp in der Minderheit befindlichen kanakischen Ureinwohner wurde durch ein Gesetz vom 17.7.1986 ersetzt, das nach Meinung der Forumsmitglieder zu rücksichtloser Majorisierung der Kanaken durch die Neusiedler führen wird." Vgl. Referat 232, Bd. 135120.

14 Durch das Gesetz vom 22. Mai 1985 über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens erhielten Halter von Fahrzeugen mit Katalysatoren nach Hubraum gestaffelte Steuerbefreiungen von bis zu sechs Jahren und zehn Monaten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 784–787.

161

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.00-842/64 geheim **3. Juni 1986**[1]

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen in Genf;
hier: Unterrichtung der Außenminister durch Außenminister Shultz in Halifax[2]

1) Außenminister Shultz hat am Schluß der Ministertagung in Halifax am 30. Mai die Außenminister (ohne Begleitung) über einen, wie er sagte, ermutigenden Schritt der Sowjets in Genf unterrichtet. Er hat dabei um äußerste Geheimhaltung gebeten und die Unterrichtung als für die Außenminister sowie die Staats- und Regierungschefs bestimmt bezeichnet.

2) Der neue Vorschlag sei am Donnerstag[3] in einem privaten Gespräch gegenüber Kampelman vorgebracht worden. Die Sowjetunion habe offenkundig auf die amerikanischen Einlassungen reagiert, man solle aus dem öffentlichen Austausch von Vorschlägen herauskommen und zur Vertraulichkeit zurückkehren. Bemerkenswert sei, daß der sowjetische Vorschlag in Kenntnis der amerikanischen SALT II-Entscheidung[4] gemacht worden sei.

3) Zum Inhalt des sowjetischen Vorschlags teilte Shultz mit: Die Sowjetunion schlage eine Vereinbarung vor, den ABM-Vertrag über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren einzuhalten. In diesem Zusammenhang könnten Unklarheiten des ABM-Vertrages geklärt werden. Unter dieser Voraussetzung sei die Sowjetunion bereit, Reduzierungen um 50% zu vereinbaren. Hinsichtlich der Forschung im Bereich der strategischen Verteidigung soll Verifikation des Forschungscharakters durch den Vorschlag offener Laboratorien[5] stattfinden. Dieses Konzept offener Laboratorien müsse sich nach sowjetischer Vorstellung auch auf private Firmen, und zwar sowohl bei den Vereinigten Staaten als auch bei ihren Verbündeten, beziehen.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 3. Juni 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet „mit dem Vorschlag der Weiterleitung an das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Verteidigung".
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Juni 1986 in Original vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher im Original vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juni 1986 im Original vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wie besprochen z[ur] W[ei]t[er]l[eitun]g an BMVg – BK erhält Orig[inal] von hier aus." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

3 29. Mai 1986.

4 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

5 Am 1. November 1985 schlugen die USA bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf vor, sich gegenseitig über Forschungsprogramme zur strategischen Rüstung zu informieren und Besuche zuzulassen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 301.

4) Der sowjetische Vorschlag sei relativ vage geblieben und bedürfe noch der Aufklärung. Man könne jedoch sagen, daß das Ziel des Vorschlags eindeutig darauf gerichtet sei, für die SDI-Forschung constraints zu erzeugen. Der sowjetische Schritt zeige aber auch eine Anerkennung der Bedeutung von SDI und die Bereitschaft, nach einem Weg zu suchen, um zu Reduzierungen zu kommen. Der sowjetische Vorschlag sei in dreifacher Hinsicht beachtlich:

– wegen der Veränderung des Verhandlungsverfahrens (Abkehr vom öffentlichen Vorschlagsaustausch),
– Bereitschaft, in Verhandlungen über das Verhältnis offensiv/defensiv einzutreten,
– wegen der Tatsache, daß der Vorschlag in Kenntnis der SALT II-Entscheidung gemacht wurde.

5) Hinweise auf eine amerikanische Reaktion gab AM Shultz noch nicht.

[Ruth][6]

VS-Bd. 11280 (220)

162

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

4. Juni 1986[1]

Unter Verschluß

Betr.: Gespräch mit Gesandtem Dobbins am 4. Juni 1986

Aus meinem heutigen Gespräch mit Dobbins, das bei einem Mittagessen stattfand, halte ich fest:

1) CW

D. bezeichnete Ergebnis als insgesamt befriedigend, meinte aber, wir hätten es auch durch eine einseitige – vorher mit den USA abgestimmte – deutsche Erklärung im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Streitkräfteziels[2] erreichen können. Diese Erklärung hätte inhaltlich der amerikanischen entsprechen können. Washington würde ihr wohl nicht widersprochen haben, auch wenn im Pentagon gewisse Bedenken bestanden hätten.

In bezug auf die Behandlung der Eventualfallplanung habe die Bundesregie-

6 Verfasser laut Begleitvermerk.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 4. Juni 1986 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Bertram und Schönfelder am 5. Juni 1986 vorgelegen.

2 Zur Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich chemischer Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 vgl. Dok. 150.

rung offenbar ihre frühere Linie geändert, die besonderen Wert darauf gelegt habe, daß

– eine NATO-Eventualfallplanung entwickelt werde,
– diese förmlich im MC behandelt werde und
– einzelne Empfängerländer ausdrücklich nenne.

Ich habe D. erläutert, warum eine amerikanische Erklärung ganz andere politische und rechtliche Wirkungen hat als eine deutsche. Dies schien ihm einzuleuchten. Ich habe ferner – wie schon bei einer früheren Gelegenheit – unterstrichen, daß die Verständigung auf den Inhalt der amerikanischen Erklärung es erlaubt habe,

– im Deutschen Bundestag eine mehrheitliche Zustimmung zur Position der Bundesregierung zu bekommen[3] und
– im Bündnis das Ergebnis zu erzielen, welches er, D., als insgesamt befriedigend bezeichnet habe.

Der Vermutung, daß sich unsere Haltung zur Eventualfallplanung geändert hat, habe ich widersprochen:

Wir hätten größten Wert darauf gelegt, deren politische Eckdaten vor Verabschiedung des Streitkräfteziels verbindlich festzulegen. Dies sei in der amerikanischen Erklärung geschehen, die NATO-Konsultationen vor Implementierung einer Eventualfallplanung, Fixierung der potentiellen Empfängerländer anhand objektiver Kriterien, die Notwendigkeit von deren ausdrücklicher vorheriger Zustimmung zur Verbringung und die Nicht-Singularisierung beinhalte. Wir hätten es vorgezogen, wenn die Umsetzung dieser politischen Rahmenbedingungen in die militärische Sprache der Eventualfallplanung in Ruhe hätte vorgenommen werden können, was aber offensichtlich wegen der vom Kongreß gesetzten Fristen auf Schwierigkeiten stoße. Die enge Zusammenarbeit zwischen CW-Gegnern auf beiden Seiten des Atlantiks, die von Anfang an offensichtlich gewesen sei, dauere an. Insofern sei ich skeptisch, ob das auch von uns geteilte Interesse an einer möglichst vertraulichen Behandlung der Eventualfallplanung in den Gremien des Bündnisses – hierauf legten wir unverändert größten Wert – realisiert werden könne. In jedem Fall sei es wichtig, daß regierungsseitig nicht durch öffentliche Äußerungen die Notwendigkeit erzeugt werde, ebenfalls öffentlich zu reagieren. Je behutsamer vorgegangen werde, desto besser.

Dobbins stimmte dem zu.

2) Bern[4]

Ich habe mich, ähnlich wie D 2 beim Vierer-Direktorentreffen in Halifax[5], anerkennend zu den Bemühungen der Europaabteilung des State Department geäußert, doch noch ein Einlenken Washingtons zu bewirken.

[3] Der Bundestag stimmte am 15. Mai 1986 einem Antrag von CDU, CSU und FDP vom 13. Mai 1986 zu, in dem u. a. die zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio erzielte Regelung hinsichtlich amerikanischer Chemiewaffen in der Bundesrepublik gebilligt wurde. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 216. Sitzung, S. 16669–16692. Für den Wortlaut des Antrags vgl. BT DRUCKSACHEN, 10.WP, Drucksache 10/5464.

[4] Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

D. schien von dieser Bemerkung überrascht, weil er offenbar in der kritischen Phase – wegen des US-Feiertages[6] ohne Erfolg – versucht hatte, die Europaabteilung zu aktivieren. Im übrigen äußerte er Zweifel, ob das State Department dem US-Delegationsleiter in Bern[7] ähnlich strikte Weisungen gegeben hat wie seinerzeit Schifter in Ottawa[8]. Für diesen habe die oberste Regel gelautet: Erhaltung des Allianzkonsenses ist wichtigstes Ziel.

D. knüpfte hieran die allgemeine Vermutung, das State Department habe auch wegen der – nach Libyen[9] – allgemeinen Frustration und Säuernis in bezug auf Europa („Why care for them if they don't help us when we need them?") keine solche Priorität setzen wollen oder können.

D. unterstrich, daß sich in den USA Millionen von Menschen unmittelbar für die Respektierung der Menschenrechte im Ostblock interessierten. Die Anteilnahme seitens des Kongresses verdeutliche dies. Ohne über Einzelheiten unterrichtet zu sein, könne man daher vermuten, daß dieser Druck sich unmittelbar auf die Verhandlungsführung in Bern ausgewirkt habe. In Europa werde unterschätzt, in welchem Ausmaß eine falsche Weisung oder Äußerung in diesem Zusammenhang Karrieren in Washington zerstören könne. D. nannte in diesem Zusammenhang den Namen Sonnenfeldt. Im übrigen vermutete D., daß Shultz in der Administration allein habe entscheiden können, von anderen Ressorts sei kein Druck ausgegangen.

Ich habe auf diese Ausführungen mit allen Anzeichen großer Besorgnis geantwortet: Der Schaden des Vorganges hier in Europa könne noch nicht ermessen werden. Man könne nicht umhin, es als einen Bruch atlantischer Solidarität anzusehen, wenn in einer Frage, die in unserem geteilten Lande Millionen von Menschen direkt und individuell angehe, in einem anderen Land hingegen eine zwar wichtige, aber doch nur innenpolitische Dimension habe, den Interessen des am stärksten Betroffenen zuwider gehandelt werde. Eine Fußnote oder öffentliche Erklärung hätte ausgereicht, die eigene Position zu verdeutlichen. Auch wir hätten uns mehr gewünscht, aber kleine Schritte, deren Implementierung anschließend angemahnt werden könne, seien besser als gar nichts.

Diese Art der Anwendung des Konsens-Prinzips gegenüber Verbündeten hinterlasse große Bitterkeit. Vor dem Hintergrund der Nichtbeachtung einer ein-

Fortsetzung Fußnote von Seite 834

5 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Halifax, berichtete am 29. Mai 1986 über die Erörterung des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 in Bern während des Viererdirektorentreffens am Vortag: „D 2 äußerte Enttäuschung über Ausgang des Treffens und Besorgnis über Folgen. Enttäuschung gründe sich darauf, daß Kompromißvorschlag für Schlußdokument bescheidene, aber praktisch bedeutsame Fortschritte gebracht habe, die nun Millionen von Deutschen und Deutschstämmigen verlorengingen. Besorgnis bereite, daß Sowjets jetzt nichts zu ändern brauchten und dafür noch dem Westen Schuld zuweisen könnten. Wir sollten versuchen, Ergebnisse nun in Wien festzulegen, die in Bern nicht vereinbart werden konnten. […] Er erinnerte, daß wir als durch Teilung bei menschlichen Kontakten besonders betroffenes Land unsere Freunde um Solidarität in Bern gebeten hätten. Er dankte GB und F für Unterstützung in Bern und drückte Anerkennung auch für Leitung der Europa-Abteilung des State Departments für Bemühung aus, Erfolg in letzter Stunde doch noch zu sichern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; VS-Bd. 11294 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

6 In den USA wurde am 26. Mai 1986 der „Memorial Day" begangen.

7 Michael Novak.

8 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

9 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

heitlichen europäischen Stellungnahme zum Libyen-Problem im April[10] trage es zu einer sehr schädlichen und gefährlichen Auseinanderentwicklung der öffentlichen Meinungen diesseits und jenseits des Atlantiks bei. Die jüngste Entscheidung zu SALT II[11] verstärke diese Tendenz, weil die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollpolitik unseres Hauptverbündeten gestellt werde. All dieses mache es den europäischen Regierungen sehr schwer, die Bündnispolitik durchzusetzen.

3) Halifax[12]

An diese Bemerkungen habe ich die Feststellung geknüpft, daß Halifax vor diesem Hintergrund eine gute Konferenz gewesen sei: Man habe offen und vertrauensvoll über die zentralen Fragen des West-Ost-Verhältnisses, insbesondere der Rüstungskontrollpolitik, sowie die Lage der Allianz gesprochen. Dies sei in einem Bündnis souveräner Staaten wichtig. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen vor allem des niederländischen[13], aber auch des britischen AM[14], in denen große Besorgnis deutlich geworden sei, habe ich auf die Bemühungen BMs hingewiesen, auf der Grundlage der unverändert gültigen politischen Strategie gemäß dem Harmel-Konzept[15] auf Einigkeit im Bündnis hinzuwirken. Dies werde auch der Tenor der Ausführungen BMs am 5. Juni 1986 im Deutschen Bundestag[16] sein, wenn er sich zu diesen Fragen im Rahmen einer routinemäßig anstehenden Diskussion des Jahresabrüstungsberichts der Bundesregierung[17] äußern werde.

Auf besorgte Zwischenfrage von D., wie BM sich zu SALT II äußern werde, habe ich auf seine öffentlichen Erklärungen hingewiesen: Die US-Administration habe sich nachdrücklich zu drastischen Reduzierungen der offensiven Potentiale bekannt. Es sei wichtig, dieses Ziel so schnell wie möglich in Verhandlungen zu erreichen, damit sich das Problem der Weiterbeachtung der SALT-Obergrenzen gar nicht erst stelle.[18] D. begrüßte diese Argumentation.

Besonders besorgt habe ich mich über die Feststellung von D. geäußert, daß Washington der Aufrechterhaltung atlantischer Einheit heute nicht mehr die

10 Zur Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auf ihrer außerordentlichen Sitzung am 14. April 1986 in Den Haag vgl. Dok. 97, Anm. 12.

11 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

13 Hans van den Broek.

14 Geoffrey Howe.

15 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

16 Wegen der Entführung von acht Deutschen in Nicaragua konnte Bundesminister Genscher nicht wie vorgesehen an der Bundestagsdebatte am 5. Juni 1986 teilnehmen und wurde von Staatsminister Möllemann vertreten. Für den Wortlaut der Rede Möllemanns vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 219. Sitzung, S. 16898–16902.

17 Für den Wortlaut des Berichts vom 28. Oktober 1985 zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1985 vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/4094.

18 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundesministers Genscher im „Frankfurter Gespräch" des Hessischen Rundfunks am 1. Juni 1986; Pressemitteilung Nr. 1131/86; Referat 013, Bd. 179062.

Priorität einräume wie früher. Wir seien überzeugt davon und interpretierten in diesem Sinne auch das Ergebnis von Halifax, daß westliche Einheit in den zentralen Fragen des West-Ost-Verhältnisses sowohl für unsere Sicherheit als auch für den Erfolg unserer Bemühungen um mehr Zusammenarbeit und Rüstungskontrolle mit dem Osten von zentraler Bedeutung seien. – D. bestritt dies nicht und versuchte, seine auf die augenblickliche Stimmungslage in Washington bezogene Bemerkung zu relativieren: Vielleicht werde sie nur einige Wochen andauern.

4) KVAE

D. bezeichnete den Abschluß von Stockholm als nächste Bewährungsprobe der Allianz. Er habe den Eindruck, die Bundesregierung sei auch hier bereit, sich mit einem nicht verifizierbaren Minimalergebnis bei den Vertrauensbildenden Maßnahmen zufriedenzugeben, weil deren Anwendung auf den Raum zwischen Atlantik und Ural als solche sehr hoch eingeschätzt und im übrigen der „erfolgreiche“ Abschluß von Stockholm als ein Schritt zur sogenannten zweiten Phase der Entspannung verstanden werde. Vermutlich wollten wir auch, ergänzte D. mit etwas spöttischem Unterton, den Abschluß von Stockholm durch die Außenminister vollziehen lassen. Das Pentagon werde einem Abschluß nicht zustimmen, der keine ausreichende Verifikation sicherstelle. Hier gebe es also möglicherweise erneut ein Allianzproblem.

Ich habe nachdrücklich davor gewarnt, das Berner Vorgehen der USA als Modell anzusehen. Ein amerikanisches Auftrumpfen in diesem Sinne, wie es aus Äußerungen eines US-Mitgliedes in Stockholm erkennbar werde (D.: „Dummheit!“), könne nur mit äußerster Sorge registriert werden. Unsere KVAE-Position sei in der von D. charakterisierten Weise nicht korrekt dargestellt. Es erscheine mir sehr wichtig, daß D. hierüber mit den zuständigen Kollegen im AA eingehend spreche.

Was die Teilnahme der Außenminister an Veranstaltungen im KSZE-Rahmen angehe, sei über die Teilnahme „auf politischer Ebene“ an der Eröffnung des Wiener Folgetreffens in Halifax Konsens erzielt worden. Im Vorfeld des KSZE-Jubiläumstreffens in Helsinki[19] hätten BM und AM Shultz schon über die Definition dieses Begriffes diskutiert.[20] Shultz sei es seinerzeit darum gegangen, den Präsidenten[21] nicht zu verpflichten; unsere Meinung sei gewesen, daß dies wenigstens Ebene der Außenminister bedeute. D. hielt fest, daß Shultz sich in bezug auf Wien noch nicht entschieden habe.

5) Europäische Einigung

Anknüpfend an ein früheres Gespräch mit D. stellte ich fest, die Vorgänge der letzten Monate ließen es als imperativ erscheinen, daß die europäischen Staaten energische Schritte auf eine stärkere Integration unternähmen. In diesem

19 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand anläßlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte ein Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 221.

20 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 13. Dezember 1984 in Brüssel; AAPD 1984, II, Dok. 338.

21 Ronald W. Reagan.

Sinne würdigten wir die kürzliche Rede von Burt[22] positiv, und zwar im Interesse beider Seiten. Es sei aber wichtig, die positive Haltung zur europäischen Integration nicht nur in Reden zu vertreten, sondern auch entsprechend zu handeln. Es erscheine uns zwangsläufig, daß ein stärker integriertes Europa auch größere Verantwortung in der Welt übernehmen müsse. Noch aber sei es nicht soweit. Von amerikanischer Seite solle daher nicht Unmögliches angemahnt werden, sondern gemeinsame Politik der Zwölf und gemeinsames Handeln positiv gewürdigt werden, auch wenn es im Einzelfall einmal unbequem sei. Auch das Bündnis werde langfristig davon profitieren, wenn die Europäer stärker mit einer Stimme sprächen.

D. stimmte dem zu und zeigte sich insbesondere befriedigt über die positive Reaktion auf die Burt-Rede.

6) Nicaragua/Möllemann

D. nahm Bezug auf die Vorgeschichte und äußerte sich kritisch zu neuestem Interview des StM im Express, wo in unzutreffender Weise von einem unter amerikanischem Druck bewirkten Dementi des StM die Rede sei. Der jüngste Spiegel[23] habe sich hier korrekter geäußert.

Zur Haltung in Washington erklärte D., das Pentagon sei – getreu seiner auch im Libyen-Zusammenhang bis zum Schluß vertretenen Linie, sich möglichst nicht dort zu engagieren, wo geschossen werde – bisher strikt gegen ein militärisches Engagement in Nicaragua. Es sei auch keine Änderung dieser Haltung zu erwarten. (D. merkte an, im Libyen-Zusammenhang habe sich schließlich Shultz durchsetzen können, der seit langem für eine militärische Aktion gefochten habe.)

Ich habe festgestellt, daß ich dies im Augenblick nur zur Kenntnis nehmen, mich aber mangels Information nicht dazu äußern könne.

7) MBFR

Die Erwähnung des Stichworts „Spiegel“ habe ich zum Anknüpfungspunkt genommen, die Weisung von StS vom 20.5.1986 auszuführen und anhand der Spiegel-Meldung vom 19.5.1986 zur amerikanischen Haltung zu MBFR („Washington gegen Wien“)[24] darzulegen, mit welcher Methode offensichtlich unrechtmäßig erworbenes Material entstellt publiziert wird.

22 Der amerikanische Botschafter Burt äußerte sich auf einem Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30. Mai 1986 in Berlin (West) zu den Ost-West-Beziehungen sowie zu den transatlantischen Beziehungen. Für den Wortlaut seiner Rede sowie seiner Äußerungen in der anschließenden Podiumsdiskussion vgl. Klaus WEIGELT (Hrsg.), Die Tagesordnung der Zukunft. Mit Beiträgen von Richard Burt, Eberhard Diepgen, Eduard Gaugler, Erich E. Geißler, Bruno Heck, Adolf Hörsken, Wolfgang Kluxen, Helmut Kohl, Wilhelm Korff, Hans-Georg Knoche, Hermann Lübbe, Wolfgang Munde, Elisabeth Noelle-Neumann, Hermann Priebe, Anton Rauscher, Erwin K. Scheuch, Michael Stürmer, Bonn 1986, S. 196–211, S. 216 f., S. 219 f. und S. 225 f.

23 In dem Artikel wurde dargelegt, Bundesminister Genscher habe Staatsminister Möllemann nach einer Intervention des amerikanischen Botschafters Burt veranlaßt, Äußerungen über Pläne des amerikanischen Verteidigungsministeriums für eine militärische Aktion gegen Nicaragua zu widerrufen. Vgl. dazu die Rubrik „Personalien“ („Hans-Dietrich Genscher“); DER SPIEGEL, Nr. 23 vom 2. Juni 1986, S. 234.

24 In dem Artikel wurde unter Berufung auf einen Bericht des Botschafters van Well, Washington, behauptet, insbesondere das amerikanische Verteidigungsministerium suche nach Wegen, die MBFR-Verhandlungen zu beenden. Für den Wortlaut des Artikels „Washington gegen Wien“ vgl. DER SPIEGEL, Nr. 21 vom 19. Mai 1986, S. 12.

D. schien der Vorgang nicht geläufig zu sein, er nahm ihn mit Interesse zur Kenntnis.

8) US-Haushalt

D. kam auf die von ihm bedauerte Notwendigkeit zu sprechen, das Konsulat in Bremen zu schließen.[25] Wie bei anderen Verbündeten scheine auch in Bonn nicht klar zu sein, unter welchen Haushaltszwängen das State Department zu operieren habe. Es sei keineswegs auszuschließen, daß im Zuge zu erwartender weiterer Kürzungen schon im nächsten Jahr ein anderes Konsulat geschlossen werden müsse. Auch im Informationsbereich wirkten sich die Kürzungen aus: Die Streichung des amerikanischen Zuschusses zu sechs deutsch-amerikanischen Instituten und Kürzung der Mittel für die Amerikahäuser seien erste Schritte.

Ich habe festgestellt, daß wir zwar die Bemühungen um Ausgleich des US-Haushalts begrüßten, andererseits aber eine Reduzierung der amtlichen amerikanischen Präsenz in Deutschland politisch bedauerten und nicht als das richtige Signal ansähen. Zu den Kosten der deutsch-amerikanischen Institute trage die deutsche Seite ohnehin schon 80% bei. Die Möglichkeiten weiterer Zuschüsse würden geprüft, auch wenn hier Grenzen gesetzt seien: Die hundertprozentige Finanzierung aus deutschen Mitteln sei niemandem zu erklären!

D. stellte fest, ihm seien Überlegungen zur Erhöhung des deutschen Anteils bekannt. Wenn diese substantiell ausfalle, sei durchaus Raum für Gespräche. Es bestehe auch innerhalb des Budgets für Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland durchaus die Möglichkeit, Verlagerungen vorzunehmen. Gegenwärtig würden die Amerikahäuser in Deutschland zu 100 Prozent aus US-Mitteln finanziert.

Ich habe dies zur Kenntnis genommen und bewußt nicht weiter gefragt, ob hier eine Lösung für das augenblickliche Problem der deutsch-amerikanischen Institute angedeutet werden sollte.

D. schloß die Bemerkung an, daß wegen der Haushaltszwänge auch verstärkt über Truppenabzug in Washington gesprochen werde, die Diskussion um den Verteidigungshaushalt werde sehr hart sein.

Ich habe festgestellt, daß kurzfristige Einsparungen im Militärbereich tatsächlich nur bei Truppenstärke, Operationsmitteln und im Forschungs- und Entwicklungshaushalt möglich seien, da sie anteilig den größten Teil des Verteidigungshaushalts beanspruchten. Zwischen den ersten beiden Bereichen bestehe ein Wechselverhältnis. Wir hätten aber starke Zweifel, daß eine Rückverlegung der Truppen in die USA zu Kosteneinsparungen führen werde. D. widersprach dem nicht, meinte aber, daß zurückgezogene Truppen aufgelöst würden, um die erforderlichen Einsparungen zu erzielen.

Im übrigen habe ich festgestellt, es sei eine gefährliche Politik, die Rückzugsdrohung als Druckmittel auf Verbündete einzusetzen. Im US-Kongreß würde

[25] Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz notierte am 6. März 1986: „Botschaftsrat Bowers von der amerikanischen Botschaft teilt mir heute telefonisch mit, daß das State Department wegen der durch das Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz erzwungenen Sparmaßnahmen genötigt sei, dem amerikanischen Kongreß die Schließung des Generalkonsulats in Bremen vorzuschlagen. Nach Vorstellung des State Department soll diese Schließung mit Ablauf des gegenwärtigen Haushaltsjahres, in USA am 30. September 1986, in Kraft treten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135350.

die Administration sicher nicht auf mehrheitlichen Widerstand stoßen, wenn sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Reduzierung der Truppen in Europa ankündige. Bei der augenblicklichen Stimmungslage in Europa – die europäischen Außenminister hätten sie in Halifax deutlich beschrieben – sei ich aber auch nicht sicher, wie die Reaktion der europäischen Öffentlichkeit ausfallen werde. Wir gingen davon aus, daß die Präsenz der US-Truppen für unsere Sicherheit unverzichtbar sei, dies gelte aber auch für die Sicherheit der USA. Man solle daher möglichst eine öffentliche, noch dazu strittige Diskussion dieses Themas vermeiden. Die Beantwortung der Frage, warum die USA in Griechenland und Spanien an ihrer Truppenpräsenz festhielten, obwohl Öffentlichkeit und Regierung sie nicht wünschten, während den Deutschen durch Rückzugsdrohungen politische Zugeständnisse abverlangt würden, dürfte nicht ganz leichtfallen.

D. verwies auf das fehlende Bedrohungsgefühl in GRI und SPA, das in D stark ausgeprägt sei. Aus amerikanischer Sicht sei klar, daß die Truppenpräsenz in SPA und GRI eine starke Komponente „out of area" habe, selbst wenn die spanische Regierung die Optionen hier stark beschränkt habe. Dies gelte grundsätzlich auch, allerdings ebenfalls in Grenzen, für die in D stationierten Truppen, sei aus geographischen Gründen aber weniger relevant. Im übrigen stimmte D. aber meiner Einschätzung zu, daß eine solche Diskussion möglichst vermieden werden solle.

9) Bremerhaven

Ich verwies auf Sorge der Bundesregierung, daß die geplante Umlegung der Abfertigung von Privatfahrzeugen der US-Soldaten von Bremerhaven nach Rotterdam/Mannheim dazu führen könne, daß auch für sonstiges Zivil- und Militärgut Rotterdam die Rolle von Bremerhaven übernehme.[26] Dies werde auch Auswirkungen auf den sonstigen Güterverkehr haben und politisch so interpretiert werden, daß die Nachschublinien nach Westen verlegt würden. Die weiteren Argumente lägen auf der Hand, sie seien negativ. Wir hätten dieses Thema in Washington anhängig gemacht[27], zumal es in der Kombination mit

26 Referat 201 erläuterte am 3. Juni 1985: „Beim Senat der Freien Hansestadt Bremen und bei der Deutschen Bundesbahn besteht seit geraumer Zeit Sorge wegen Plänen innerhalb des US-Verteidigungsministeriums, die Anlandung privater PKW von Angehörigen der US-Streitkräfte von Bremerhaven nach Rotterdam zu verlagern. Bürgermeister Koschnick hat sich in dieser Angelegenheit mit Schreiben vom 7. Mai 1985 an den Herrn BM und BM Wörner gewandt. Bürgermeister Koschnick hat dabei insbesondere auf die negativen psychologischen Auswirkungen hingewiesen, die eine Verlagerung der amerikanischen Nachschubwege hinter den Rhein mit sich bringen könnte." Vgl. Referat 201, Bd. 143507.
Am 14. August 1985 vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, der amerikanische Außenminister Shultz habe in seiner Antwort vom 6. August 1985 auf ein Schreiben von Bundesminister Genscher deutlich gemacht, daß „selbst eine mögliche Verlagerung des Umschlags für Privat-PKW keinen Einfluß auf andere Güter nehmen werde" und „von einer Verlegung der Versorgungslinien hinter den Rhein daher nicht die Rede sein könne". Eine Entscheidung sei frühestens in 18 Monaten zu erwarten. Braunmühl legte dar: „Das Schreiben gibt keine Sicherheit für die Beibehaltung Bremerhavens als ausschließlichem Umschlagsplatz für US-Nachschubgüter." Vgl. Referat 201, Bd. 143507.

27 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 4. Juni 1986 zum Sachstand, nach Einschätzung der Botschaft in Washington „bilden Zeit- und Kostenersparnis nicht das einzige, wahrscheinlich nicht einmal das ausschlaggebende Motiv. Vielmehr gibt es im Pentagon Bestrebungen, die Nachschublinie für die Versorgung der bei uns stationierten US-Streitkräfte schon in Friedenszeiten auf die West-LoC (Line of Communication) mit Rotterdam als Eingangshafen und dem Rhein

der Schließung des Bremer Konsulats und der Schließung von Kulturinstituten Anlaß zu Fehlinterpretationen geben könne, die wir im beiderseitigen Interesse vermeiden müßten.

D. verwies darauf, daß Botschafter Burt in nächster Zeit Bremen besuchen werde. Ich habe empfohlen, daß er die Haltung der Bundesregierung zur Kenntnis nehmen und sich von Washington mit zusätzlichen Informationen und Weisungen versehen lassen möge.

Ploetz

Referat 204, Bd. 135350

163

Aufzeichnung des Botschafters Massion

402-381.23/E 23 SGV **4. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Sondergeneralversammlung der VN zur kritischen Wirtschaftslage in Afrika, 27. bis 31. Mai 1986

Bezug: Vorlage UA 40, 402-381.23/E 23 SGV vom 22.5.1986[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

1) Die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen fand am 1.6. nach schwierigen Verhandlungen und eintägiger Verlängerung mit der Konsensverabschiedung des „United Nations Programme of Action for African Economic Recovery and Development 1986–1990“[5] einen sowohl sachlich wie politisch erfolgreichen Abschluß.

Fortsetzung Fußnote von Seite 840
als Transportweg umzustellen.“ Die Botschaft in Washington sei am 3. Juni 1986 angewiesen worden, „an hoher Stelle im Pentagon und State Department sowie bei geeigneten Mitgliedern des Kongresses unser unvermindertes Interesse am Verbleib Bremerhavens als Hauptumschlagplatz für den US-Nachschub in Erinnerung zu rufen“. Vgl. Referat 201, Bd. 143507.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich konzipiert.

2 Hat Staatsekretär Ruhfus am 9. Juni 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 402 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 16. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich am 21. Juni 1986 erneut vorgelegen.

4 Botschafter Massion gab einen Ausblick auf die VN-Sondergeneralversammlung zur kritischen Wirtschaftslage in Afrika vom 27. bis 31. Mai 1986 in New York. Vgl. dazu Referat 402, Bd. 133905.

5 Für den Wortlaut des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen vom 1. Juni 1986 für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986–1990, das die Anlage zur Resolution Nr. S-13/2

2) Die IL haben die in dem Dokument zum Ausdruck gebrachten afrikanischen Selbstverpflichtungen zu wirtschaftlichen Reformen und strukturellen Anpassungen durch die Bekräftigung ihrer Bereitschaft, Afrika in seinen diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen, honoriert, ohne sich allerdings auf konkrete finanzielle Transferzusagen festlegen zu müssen.

3) Zusammen mit den Akzenten zur Effizienzverbesserung der Afrika-Hilfe und dem Stil, mit dem das Aktionsprogramm bei der SGV ohne einseitige Schuldzuweisungen, sachfremde Politisierung und utopische globale Lösungsansätze auf den Weg gebracht wurde, läßt das Ereignis auf einen „Neubeginn der Kooperation" – so der VN-Generalsekretär[6] – hoffen.

4) Die Beiträge des Ostens, die im wesentlichen auf ideologische Textverschärfungen ausgerichtet waren, wurden schon von den Afrikanern zurückgewiesen.

5) Deutlicher geworden sind während der SGV die Risse innerhalb der G 77. Die Konzentration auf Probleme eines Kontinentes veranlaßte Vertreter anderer Regionen der DW, ihre Interessen stärker zu artikulieren, einer Vorzugsbehandlung Afrikas zu ihren Lasten Grenzen zu setzen bzw. einer Präjudizierung des eigenen Verhältnisses zu den IL vorzubeugen.

6) Neben den afrikanischen Bemühungen um Pragmatismus ist der Erfolg der SGV insbesondere auch einem ziemlich geschlossenen und engagierten westlichen Auftreten, wozu die USA konstruktiv und mit Flexibilität erheblich beigetragen haben, dem Gewicht der Beiträge der für die SGV gut vorbereiteten Europäischen Gemeinschaft und Kanada, dessen Ständiger Vertreter[7] die schwierigen Textverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß führte, zuzuschreiben.

7) Der erfolgreiche Abschluß der SGV ist geeignet, das Selbstbewußtsein der afrikanischen Staaten in der internationalen Staatengemeinschaft zu stärken. Wir können hoffen, daß sich nunmehr in der OAE die Tendenz zu mehr Pragmatismus und zu größerer Konzentration auf Wirtschaftsthemen festigt. Wir müssen andererseits damit rechnen, daß unsere afrikanischen Gesprächspartner in Zukunft deutlicher als bisher die Frage nach den konkreten Folgerungen (Erhöhung der jeweiligen EZ-Ansätze in unserem Haushalt) stellen werden.

II. Im einzelnen:

1) Auf der Basis einer einführenden kurzen Analyse der strukturellen Wirtschaftsprobleme Afrikas proklamiert das Aktionsprogramm das Ziel, von den in den letzten Jahren im Vordergrund stehenden kurzfristigen Notmaßnahmen zu aufeinander abgestimmten Aktionen der Afrikaner und der internationalen Gemeinschaft in Richtung auf mittel- und langfristige Entwicklung des afrikanischen Kontinents zu gelangen.

a) In dem Papier setzen sich auf der einen Seite die Afrikaner, indem sie ausführlich das von ihren Staatsoberhäuptern im Juli 1985[8] verabschiedete „Africa's

Fortsetzung Fußnote von Seite 841

war, vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/S-13/2. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 595–610.

6 Für die Erklärung des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar am 1. Juni 1986 in New York vgl. Referat 402, Bd. 133991.

7 Stephen H. Lewis.

8 Korrigiert aus: „1986".
Vom 18. bis 20. Juli 1985 fand in Addis Abeba eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der

Priority Programme for Economic Recovery 1986–1990“ (APPER) zitieren, folgende sektorale Entwicklungsschwerpunkte:

– Vorbeugungsmaßnahmen in bezug auf Nahrungsmittelnotlagen;
– prioritäre Anstrengungen im Landwirtschaftsbereich einschließlich angemessener Preispolitiken und wirksamerer Unterstützung kleinbäuerlicher Produzenten;
– Rehabilitierung und Entwicklung von Agroindustrien;
– Erhaltung und Verbesserung von Transport- und Kommunikationsinfrastrukturen;
– Bekämpfung der Dürre und Wüstenausdehnung;
– Entwicklung menschlicher Ressourcen.

Afrikaner verpflichten sich außerdem zu Strukturanpassungen und Politikreformen unter anderem in folgenden Bereichen:

– Verbesserung des Managements der afrikanischen Volkswirtschaften einschließlich der stärkeren Mobilisierung von nationalen Ersparnissen, „reduction of foreign exchange leakages“, Förderung der „positiven Rolle des privaten Sektors durch klare und konsistente Politiken“;
– Wechselkursanpassungen;
– Bevölkerungspolitik;
– verstärkte Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen, insbesondere der Frauen am Entwicklungsprozeß;
– Bekämpfung der Ursachen der Flüchtlingsströme in Afrika;
– verstärkte regionale Zusammenarbeit.

b) Zu den Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft hält das Schlußdokument auf der anderen Seite fest:

– ODA: „The African countries estimate that the full implementation of Africa's Programme for Economic Recovery would require total financial resources of $ 128.1 billion of which the African countries intend to provide $ 82 billion through mobilization of domestic resources, leaving the remaining $ 46 billion to be met through external resources. The international community recognizes that the African countries need additional external resources. In this context, it commits itself to making every effort to provide sufficient resources to support and supplement the African development effort; it also appreciates that the realization of Africa's development efforts would be greatly eased if the flows of external resources were predictable and assured.“ (Ziffer 16)
– Verschuldung: „The international community recognizes the magnitude of Africa's debt and the severe and restrictive burden which this has placed on many African countries. It realizes that measures have to be taken to alleviate this burden and to enable those countries to concentrate on the full implementation of priorities. In addressing problems arising from such debt, existing mechanisms should respond flexibly and be improved as appropriate.“ (Ziffer 17, Eingangssätze)

Fortsetzung Fußnote von Seite 842
OAU-Mitgliedstaaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 653–656.

„The international community recognizes that the continued improvement of the external environment and a strong adjustment effort may not be sufficient to allow many African States to service their debt while establishing the basis for sustainable economic growth. In these cases, the international community is determined to assist African countries in their efforts to deal with their financial constraints." (Ziffer 17 (d))

- Effizienzverbesserung der Entwicklungshilfe unter anderem durch bessere Vergabemodalitäten und Geber- und Nehmerkoordinierung
- Verbesserung der externen Rahmenbedingungen der Entwicklung in Afrika
  - Handel: „To evolve and implement policies conducive to sustained, equitable and non-inflationary growth, including the expansion of trade through, inter alia, the elimination of protectionism, particularly non-tariff barriers, in accordance with existing commitments, the adoption of measures which encourage African export and diversification programmes, and improved market access, especially for tropical products, within the framework of the General Agreement on Tariffs and Trade[9]."
  - Rohstoffe: „To deal urgently with commodity issues, taking into account the special interests of the African countries, in the framework of an overall approach, embracing commodity agreements/arrangements, adequate compensatory financing, and also to increase the capacity of African countries to process, market, distribute and transport their exports; and in this context to stress the importance of sufficient ratifications of the agreement of the Common Fund for Commodities[10], for it quickly to become operational."

Außerdem hebt das Schlußdokument hervor, daß multilaterale Entwicklungsinstitutionen in den Stand versetzt werden sollen, ihre Hilfe für Afrika zu weichen Bedingungen zu erhöhen, die IWF-Structural Adjustment Facility[11] rasch implementiert und die IDA-VIII-Wiederauffüllungsverhandlungen[12] beschleu-

9 Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_e.pdf.

10 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 27. Juni 1980 zur Gründung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vgl. UNTS, Bd. 1538, S. 4–334.
Zum Stand der Inkraftsetzung des Gemeinsamen Fonds wurde in der Presse berichtet, die erforderliche Zahl von 90 Staaten habe das Übereinkommen zwar ratifiziert: „Aber die zweite Bedingung für das Inkrafttreten ist noch nicht erfüllt, denn nach wie vor sind die verlangten Finanzmittel von mindestens zwei Dritteln der direkten Einzahlungen von 470 Millionen Dollar nicht voll beisammen. Freilich stehen jetzt nur noch gut acht Prozent der zwei Drittel aus. Sie wären schlagartig dann erreicht, wenn die Vereinigten Staaten das Vertragswerk ratifizieren würden, deren Beitragsanteil immerhin 15,7 Prozent ausmacht. Doch hat die amerikanische Regierung erklärt, sie wolle es nicht ratifizieren lassen. Außerdem fehlt unter anderem noch der gesamte kommunistische Ostblock mit seinem politischen Zentrum Moskau. Ratifiziert haben dagegen alle Industrieländer (außer Amerika). Die Bundesrepublik hat es im März 1985 getan, wenn auch mit großen Bedenken. Sie müßte sich mit 5,6 Prozent am Pflichtkapital beteiligen." Vgl. den Artikel „Rohstoffabkommen sind überflüssig"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. März 1986, S. 13.

11 Zur „Structural Adjustment Facility" des IWF vgl. Dok. 137, Anm. 19.

12 Zu den Verhandlungen für die achte Aufstockung der Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA VIII) vgl. Dok. 5, Anm. 36.
Eine weitere Verhandlungsrunde fand am 15./16. Juli 1986 in Paris statt. Ministerialdirigent Kurth, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, z. Z. Paris, berichtete dazu am 16. Juli 1986: „Dritte Verhandlungsrunde brachte weitgehende Klarheit zur Frage möglichen Auffüllvolumens für IDA VIII. USA-Bereitschaft, Volumen von 11,5 Milliarden US-Dollar bei Aufrechterhal-

nigt werden sollen, Anstrengungen unternommen werden, „to ensure that no individual bilateral donor, during the period 1986–1990 becomes a net recipient of official capital flows from African countries that undertake adjustment programmes", das IFAD-Sonderprogramm für von der Dürre bedrohte afrikanische Staaten[13], wo immer möglich, verstärkt unterstützt wird, UNCTAD-Resolution 165 (S-IX)[14], d. h. ODA-Schuldenerlaß, rasch implementiert werden soll.

2) Für das Follow-up der SGV ist vorgesehen: Bereits bestehende Gremien sollen so weit wie möglich zur Umsetzung des Aktionsprogrammes auf nationaler und regionaler Ebene genutzt werden. Allen Regierungen bleibt es allerdings unbenommen, selbst zu bestimmen, welche Mechanismen der Implementierung des Aktionsprogrammes am besten dienen. Bei der 43. GV im Jahre 1988[15] soll eine Überprüfung des Aktionsprogrammes stattfinden.

3) Für die Bewertung ist festzuhalten:

a) Das verabschiedete Aktionsprogramm stellt ein sachlich formuliertes, auf Vertiefung und pragmatische qualitative Verbesserung der Zusammenarbeit angelegtes Dokument dar. Die IL haben die in ihm zum Ausdruck gebrachten afrikanischen Selbstverpflichtungen zu wirtschaftlichen Reformen und strukturellen Anpassungen durch die Bekräftigung ihrer Bereitschaft, Afrika in seinen diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen, honoriert, ohne sich allerdings auf konkrete finanzielle Transferzusagen festlegen zu müssen. Nur NL, DK und CA haben bei der SGV konkrete Maßnahmen in bezug auf Schuldenmoratorien bzw. Schuldenerlasse angekündigt. Die SGV hat sich nicht zu einer Pledging-Konferenz entwickelt, die von der OAE geforderte Afrika-Schuldenkonferenz spielte kaum eine Rolle.

b) Die Afrikaner haben in Vorbereitung der Konferenz bemerkenswerte gemeinsame prioritäre Zielsetzungen zur Entwicklung ihres Kontinents erarbeitet. Zusammen mit den Akzenten zur Effizienzverbesserung der Afrika-Hilfe und dem Stil, mit dem das Aktionsprogramm bei der SGV ohne einseitige Schuldzuweisungen, sachfremde Politisierung und utopische globale Lösungsansätze auf den Weg gebracht wurde, läßt das Ereignis auf einen „Neubeginn der Kooperation" – so der VN-Generalsekretär – hoffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 844

tung bisherigen Anteils zu unterstützen, wurde von übrigen Delegationen mit einer Mischung aus Erleichterung und Enttäuschung aufgenommen. Gleichwohl wurden die Anstrengungen der US-Administration, dem angestrebten Ziel von 12 Milliarden US-Dollar möglichst nahe zu kommen, von vielen Delegationen (einschließlich D) positiv gewürdigt. An den erreichten vorläufigen Kompromissen zur Frage der Verhärtung der IDA-Konditionen sowie der geographischen und funktionellen (Anteil für Strukturanpassung) Aufteilung der IDA-Mittel hatte D maßgeblichen Anteil." Das IDA-Management versuche nun, zusätzliche freiwillige Beiträge zu mobilisieren, „um doch noch insgesamt 12 Milliarden US-Dollar als Gesamtverfügungsmasse für IDA VIII zu erreichen. Insgesamt wurden gute Fortschritte in allgemein kooperativer Verhandlungsatmosphäre gemacht, so daß erfolgreicher Abschluß wie geplant (Jahresversammlung IWF/Weltbank) immer noch möglich erscheint." Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 402, Bd. 133903.

13 Zum „Sonderprogramm 1986–88 für Subsahara-Afrika" des „International Fund for Agricultural Development" (IFAD) vgl. Dok. 137, Anm. 18.

14 Für die Resolution Nr. 165 (S-IX) vom 11. März 1978, die von der Ministertagung des „Trade and Development Board" der UNCTAD vom 6. bis 11. März 1978 in Genf verabschiedet wurde, vgl. https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N78/161/65/pdf/N7816165.pdf?OpenElement, S. 43–45. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 81.

15 Die 43. VN-Generalversammlung fand vom 20. September bis 22. Dezember 1988 in New York statt.

c) Die SGV hat schließlich auch als Verdienst, die nach der Überwindung der Hungerkrise des letzten Jahres weiter bedrückenden Realitäten des Kontinents erneut in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gerückt zu haben. Ihr Ergebnis dürfte Afrika auch ohne die erwarteten bezifferbaren Transferzusagen das Gefühl vermittelt haben, daß die internationale Gemeinschaft, insbesondere die westlichen Industriestaaten, mit Verständnis auf ihre Nöte einzugehen vermag. Allein dies kann die Fähigkeit Afrikas, seine Eigenanstrengungen zu intensivieren, bestärken. Inwieweit die Annahme des Aktionsprogrammes im Konsens ein erster partnerschaftlicher Schritt der Afrikaner und der internationalen Gemeinschaft in Richtung auf konkrete Fortschritte des Kontinentes ist, muß allerdings die Durchführung des Programms noch erweisen. Vertreter der USA haben gegenüber der Ständigen Vertretung New York hervorgehoben, daß die SGV auch ihren Nutzen für die Diskussion mit dem Kongreß über die zukünftige Afrika-Hilfe der USA haben wird.

d) Neben den afrikanischen Bemühungen um Pragmatismus ist der Erfolg der SGV insbesondere auch einem ziemlich geschlossenen und engagierten westlichen Auftreten, wozu die USA konstruktiv und mit Flexibilität erheblich beigetragen haben, dem Gewicht der Beiträge der für die SGV gut vorbereiteten Europäischen Gemeinschaft und Kanada, dessen Ständiger Vertreter die schwierigen Textverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß führte, zuzuschreiben.

e) Das Ergebnis der SGV bestätigt, daß das VN-System – richtig genutzt – zu konkreten Problemen der EL konstruktive Lösungsbeiträge zu leisten vermag und auch dem Westen Vorteile bringen kann. Hierzu zählen die klaren Aussagen zu Reform und Strukturanpassungen, die im Interesse auch der politischen Zusammenarbeit des Westens mit Afrika, aber auch mit anderen EL liegen.

f) Die Kritik der Ostblockländer, die das Ergebnis als einseitig und von den westlichen EL den Afrikanern auferlegt bezeichneten, kommt dem Eingeständnis einer politischen Niederlage gleich. Die Beiträge des Ostens, die im wesentlichen auf ideologische Textverschärfungen ausgerichtet waren, wurden schon von den Afrikanern zurückgewiesen.

g) Mit der SGV ist im Verhältnis zu den EL Neuland betreten worden. Dem Dialog, den die EL in New York traditionell als „globalen“ Themen gewidmet verstehen, wurde erstmals eine regionale Ausrichtung gegeben.

h) Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als es gleichzeitig mit Unterstützung der Afrikaner gelang, jede Politisierung und Ideologisierung des Schlußdokuments zu verhindern. Dies gilt nicht nur bezüglich der Behandlung des Themas „südliches Afrika“, sondern auch bezüglich des vom Ostblock verlangten zugespitzten Hinweises auf die negative Rolle der kolonialen Vergangenheit des Kontinentes. Das Dokument stellt differenzierend fest, daß einige der gegenwärtigen Probleme auf die koloniale Vergangenheit des Kontinents, andere auf die postkoloniale Ära, wieder andere auf eine Verbindung wirtschaftlicher, politischer und endemischer Faktoren zurückzuführen seien. Diese Sprache dürfte im Nord-Süd-Dialog ein Novum sein.

i) Deutlicher geworden sind während der SGV die Risse innerhalb der G 77. Die Konzentration auf Probleme eines Kontinentes veranlaßte Vertreter anderer Regionen der DW, ihre Interessen stärker zu artikulieren, einer Vorzugs-

behandlung Afrikas zu ihren Lasten Grenzen zu setzen bzw. einer Präjudizierung des eigenen Verhältnisses zu den IL vorzubeugen. Bezeichnend waren in diesem Zusammenhang die Probleme Mexikos, aber auch anderer lateinamerikanischer Länder mit dem Begriff „Partnerschaft", hinter dem man das westliche Konzept einer stärkeren Einflußnahme in Richtung Reform und struktureller Anpassung vermutete. Nur dem Zusammenhalt der afrikanischen Gruppe unter energischer Führung des senegalesischen Außenministers Fall ist es zu verdanken, daß die nichtafrikanischen EL ihr Störpotential bei der SGV nicht voll entfalteten bzw. sich nolens volens den Afrikanern in der positiven Bewertung des erzielten Ergebnisses anschließen mußten.

Abteilung 3 hat mitgezeichnet.

Massion

Referat 402, Bd. 133991

164

Aufzeichnung des Ministerialdirektor Seitz

5. Juni 1986[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Betr.: Deutsch-chinesische Planungsstabsgespräche am 26./27.5.1986

I. 1) Am 26./27. Mai d. J. habe ich zusammen mit meinem Vertreter[3] in Peking erstmals deutsch-chinesische Planungsstabsgespräche geführt. Die Anregung dazu entstand während des Bonn-Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang im Juni 1985[4].

Gesprächspartner waren

– der Leiter des Policy Research Office im Außenministerium, Ding Yuanhong,

– Vizeaußenminister Zhou Nan,

– Abteilungsleiter Westeuropa, Mei Zhaorong.

Ein weiteres Gespräch fand im Institut für Internationale Studien statt, dem außenpolitischen „Think Tank" des Staatsrats.

Schwerpunkte des mit der chinesischen Seite vereinbarten Themenrahmens waren

– Europa (unter Einschluß sicherheitspolitischer Fragen),

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing konzipiert.

2 Andreas Meyer-Landrut bzw. Jürgen Ruhfus.

3 Hans-Peter Bazing.

4 Zum Besuch des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

– sowjetische Politik unter Gorbatschow,

– Lage in Ost- und Südostasien.

Die Gespräche, an denen seitens der Botschaft Gesandter Gescher und BR Schröder teilnahmen, fanden in einer ausgesprochen freundschaftlichen Atmosphäre statt.

2) Der Meinungsaustausch bot eine gute Übersicht über die Einschätzung aktueller Entwicklungen durch die chinesische Seite und Gelegenheit, unsere eigene Politik zu erläutern. Die chinesischen Partner brachten ihre Auffassung klar zum Ausdruck, daß beide Seiten flexibel alle Gelegenheiten nutzen sollten, die Planungsstabsgespräche in Bonn oder Peking fortzusetzen.

Dies deckt sich mit unserem Interesse an einem möglichst breiten Spektrum des politischen Meinungsaustauschs mit Peking. Gerade in den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, die Grundlagen für eine umfassende und langfristige deutsch-chinesische Zusammenarbeit zu legen. Alle Gesprächspartner haben das große chinesische Interesse an enger und weitgespannter Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland bestätigt. Sie betonten immer wieder, daß dies auch eine politische Entscheidung sei; China wolle seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ausgewogen gestalten.

Periodische deutsch-chinesische Planungsstabsgespräche können für beide Seiten ein nützliches Instrument zur weiteren Verbesserung und Intensivierung des politischen Dialogs sein, der die wachsende Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern begleiten muß.

3) Alle unsere Gesprächspartner unterstrichen den irreversiblen Charakter des von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformkurses. Diese Politik – und dies gelte auch für die Außenpolitik – bleibe bis weit ins nächste Jahrhundert hinein gültig. Die Modernisierung Chinas sei eine Aufgabe von vielen Jahrzehnten. Zwar seien Fehlentwicklungen auf diesem Weg unvermeidlich. Aber man werde sie korrigieren, so wie man die Überhitzung der Entwicklung im letzten Jahr (Wachstum der Industrieproduktion 23 %!) in den Griff bekommen habe.

Bis zum Jahr 2000 hoffe man, das Pro-Kopf-Einkommen auf 800 – 1100 $ anheben zu können. Nach weiteren 50 Jahren wolle man zu einer weiteren Vervierfachung dieses Satzes gelangen. Auch damit werde man erst einen mittleren Platz hinsichtlich des Entwicklungsniveaus einnehmen.

4) Ich habe darauf hingewiesen, daß Stärke und Innovationskraft der deutschen Volkswirtschaft ganz wesentlich auf der mittelständischen Industrie beruhen. Es sei für China wichtig, diesen Firmen den Einstieg in die Kooperation mit China zu erleichtern und sie für Joint-ventures zu gewinnen. Die bestehenden Schwierigkeiten führten dazu, daß bisher zumeist nur größere Firmen sich in China engagierten. Es wäre jedoch ein Fehler, wenn das Potential der kleinen und mittleren Firmen ungenutzt bliebe.

Diese Überlegungen wurden von den chinesischen Gesprächspartnern mit Aufmerksamkeit aufgenommen. (Sie liegen auf der Linie entsprechender nachdrücklicher Bemühungen von Botschafter Fischer.) Die chinesische Seite betonte dabei mehrfach, wie positiv die bisherigen Erfahrungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit deutschen Firmen seien. Dies gelte insbesondere für den Technologietransfer, den die deutschen Firmen, im Gegensatz etwa zu den Ja-

panern, aufgeschlossen handhabten. Die deutsche Industrie müsse jedoch noch stärker auf die Preisgestaltung achten. Sie sei oft wesentlich teurer als die Japaner, was eine Entscheidung zu unseren Gunsten trotz des politischen Goodwills, den wir genössen, oft erschwere.

Insgesamt bestätigte dieser Teil der Gespräche die große Bereitschaft der chinesischen Seite zu einem zielbewußten Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Kooperation mit uns.

II. Im einzelnen halte ich fest:

1) Europapolitik: Die chinesische Seite war an unseren Darlegungen zur Lage in Europa, insbesondere den sicherheits- und technologiepolitischen Aspekten, stark interessiert. Ich hatte den Eindruck, daß insbesondere Charakter und Intensität der deutsch-französischen Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für Europa den chinesischen Gesprächspartnern noch nicht ausreichend bewußt waren. Herr Ding Yuanhong bestätigte ausdrücklich das starke chinesische Interesse am Fortgang des europäischen wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozesses.

EUREKA[5] wird von den Chinesen als eine sehr wichtige Initiative gesehen, die über ihre technologischen Wirkungen hinaus auch positive politische Folgen für Europa haben werde. Es sei wichtig, daß Europa eine eigene Rolle in der Welt spiele.

China sei nicht mit amerikanischen Stimmen einverstanden, die, wie z. B. Eagleburger[6], von einer Verlagerung des Schwerpunkts der Entwicklung und des amerikanischen Interesses auf den pazifischen Raum sprächen. Die in solchen Äußerungen liegende Herabsetzung der Rolle Europas sei nicht gerechtfertigt und inakzeptabel. (Die Japaner äußerten sich während der Planungsstabsgespräche in Tokio[7] einige Tage später im gleichen Sinne.)

2) Sowjetunion unter Gorbatschow

Ich äußerte die Meinung, in ihrer Substanz laufe die Wirtschafts- und die Außenpolitik Moskaus bisher im großen Ganzen noch[8] auf eine Fortsetzung der[9] Breschnew-Politik hinaus: in keinem der beiden Bereiche wirkliche Reformen, sondern lediglich geschicktere und flexiblere Handhabung und neue Rhetorik. Man könne jedoch nicht ausschließen, daß Gorbatschow unter dem Druck der wirtschaftlichen Probleme grundsätzlich eine konstruktive Politik und insbesondere auch eine konstruktive Abrüstungspolitik[10] anstrebe. Unsere eigene

5 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 109, Anm. 20.

6 In einer Rede am 31. Januar 1984 in Washington äußerte sich der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, zum transatlantischen Verhältnis und prognostizierte eine Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik in den pazifischen Raum innerhalb von 20 Jahren. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 38.

7 Die deutsch-japanischen Planungsstabsgespräche fanden am 29./30. Mai 1986 in Tokio statt. Ministerialdirektor Seitz vermerkte dazu am 10. Juni 1986: „Schwerpunkte des sehr freundschaftlichen und intensiven Meinungsaustauschs waren Entwicklung der SU unter Gorbatschow und Ost-West-Beziehungen; sicherheitspolitische Fragen im europäischen und ostasiatischen Raum; Verhältnis zu den USA im Dreieck Japan–Europa–USA; regionale Einzelfragen (Korea, Philippinen, Vietnam/Kambodscha).“ Vgl. Referat 02, Bd. 178520.

8 Die Wörter „im großen Ganzen noch“ wurden von Ministerialdirektor Seitz handschriftlich eingefügt.

9 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Seitz gestrichen: „alten“.

10 Die Wörter „eine konstruktive Abrüstungspolitik“ wurden von Ministerialdirektor Seitz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Abrüstungsschritte“.

Politik führe deshalb mit Stetigkeit[11] die beiden Grundlinien des Harmel-Berichts der westlichen Allianz weiter: Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit und zugleich kontinuierliches Angebot an die Sowjetunion zu gleichberechtigter Kooperation. Wir wollten Gorbatschow den Weg zur Kooperation offenhalten.

Ding Yuanhong hob in seiner Erwiderung zustimmend hervor, daß über ein Jahr nach dem Amtsantritt Gorbatschows[12] weder nach innen noch nach außen substantielle Änderungen der sowjetischen Politik sichtbar geworden seien. Hierüber könne auch eine größere taktische Flexibilität nicht hinwegtäuschen.

Gorbatschow sei mit schwierigen Fragen wissenschaftlicher und technologischer Rückständigkeit und mit tendenziell sinkenden Wachstumsraten konfrontiert. Wirkliche Reformen, die zur Lösung der Probleme unabweisbar seien, unternehme er jedoch nicht. Die alten Auffassungen seien in der SU sehr viel fester verwurzelt als in China. Im Ergebnis entstehe in der SU ein wachsender Widerspruch zwischen Innenpolitik und Außenpolitik, zwischen Leistungsfähigkeit des Systems und weltpolitischem Anspruch. Gorbatschow habe bisher, wie der 27. Parteitag der KPdSU[13] zeige, keinen Weg gefunden, um beides wieder stärker in Einklang zu bringen.

China halte die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows[14] überwiegend für Propaganda. Bisher habe die SU keine ernsthafte Absicht gezeigt, das Wettrüsten auch nur zu bremsen.

3) Sowjetisch-chinesische Beziehungen

Unsere Gesprächspartner erklärten übereinstimmend, zwar habe der wirtschaftliche und kulturelle Austausch in den letzten Jahren zugenommen, jedoch gebe es im politischen Bereich keinerlei positive Bewegung. Das habe die jüngste (achte) Runde der sowjetisch-chinesischen Normalisierungsgespräche[15] wieder gezeigt.

China bestehe unverändert auf der Beseitigung der drei Hindernisse (Kambodscha; Afghanistan; Zurückziehung sowjetischer Streitkräfte aus Grenznähe) als Voraussetzung für eine politische Normalisierung. Es seien Hindernisse, deren Beseitigung im Interesse der gesamten weiteren Region, nicht nur Chi-

11 Die Wörter „mit Stetigkeit“ wurden von Ministerialdirektor Seitz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „weiterhin“.

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Seitz gestrichen: „als GS“.
Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

13 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

14 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Vgl. dazu ferner die Vorschläge vom 18. April 1986; Dok. 114 und Dok. 131.

15 Die achte Runde der chinesisch-sowjetischen Gespräche über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen fand vom 7. bis 14. April 1986 in Moskau statt. Botschafter Kastl, Moskau, teilte dazu am 18. April 1986 mit, es habe sich erneut gezeigt, „daß die Sowjets die rasche Ausweitung von Handel, Kulturaustausch etc. für sich sprechen lassen und zugleich werbend auf ‚sozialistische‘ und friedenspolitische Gemeinsamkeiten hinweisen, während die Chinesen wegen weiterhin ungelöster ‚Dreier-Hindernisse‘ die tatsächliche Intensivierung auch des politischen Dialogs gegenüber Dritten in ihrer Bedeutung herunterzuspielen bemüht sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1011; Referat 341, Bd. 133640.

nas, läge. Der Einwand der SU, man solle Drittländer aus den Gesprächen heraushalten, ziehe nicht. Denn die sowjetische Politik in Afghanistan und in Vietnam/Kambodscha schade ja gerade auch dritten Ländern wie China.

4) Lage im pazifisch-ostasiatischen Raum, SU – USA

Ding Yuanhong legte dar, daß die Entwicklung gekennzeichnet sei einesteils durch eine starke wirtschaftliche Dynamik, andererseits durch eine sich verstärkt fortsetzende amerikanisch-sowjetische Rivalität. Namentlich die SU habe ihre militärischen und diplomatischen Anstrengungen erhöht mit dem Ziel, mehr Einfluß in der Region zu gewinnen. Sie habe dabei eine Zeitlang von dem amerikanischen Rückzug aus Asien nach Vietnam profitieren können.

Die Einrichtung sowjetischer Stützpunkte in Cam Ranh Bay und Danang deute auf eine langfristig angelegte Konzeption der SU. In diesen Zusammenhang gehöre auch das von Moskau seit 1985 propagierte Asiatische Forum[16], praktisch eine Neuauflage der KSA Breschnews[17]. In den angesprochenen asiatischen Ländern habe es kaum positive Reaktionen dazu gegeben. Alle hätten erkannt, daß ein Vorschlag, der die entscheidenden sicherheitspolitischen Fragen ausklammere, wertlos sei.

Beide Supermächte[18] stünden – in der Region und weltweit – in einem Verhältnis der Konfrontation und des (notwendigen) Dialogs. Militärisch gebe es ein annäherndes Gleichgewicht, das beiden Großmächten nahelege, eine direkte Konfrontation zu vermeiden. Beide Seiten rüsteten indessen weiter, um das Gleichgewicht zu eigenen Gunsten zu verändern.

Der Genfer Gipfel[19] habe das erneute Ansteigen von Spannungen in den letzten Monaten nicht verhindern können. Nach den amerikanischen Wahlen[20] könnte es trotz aller Schwierigkeiten eine zweite Gipfelbegegnung geben, da beide Seiten sie bräuchten. Als Ergebnis sei allerdings wenig mehr als eine atmosphärische Besserung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington zu erwarten.

16 Ministerialdirektor Seitz erläuterte am 10. Juni 1986: „Anläßlich des Staatsbesuchs von Rajiv Gandhi im Mai 1985, inzwischen durch Regierungserklärung (TASS vom 24.4.1986) bekräftigt, schlug der sowjetische Parteichef vor, ‚ein gesamtasiatisches Forum für einen Meinungsaustausch und für die gemeinsame Suche nach konstruktiven Lösungen zu schaffen'. Dies könne auf dem Weg bilateraler Gespräche oder multilateraler Konsultationen geschehen. An Themen werden alle aktuellen sicherheits- und abrüstungspolitischen Fragen genannt (u. a. Atom- und C-Waffen-Verbot, Verhinderung der Militarisierung des Weltraums). Auf die KSZE als positives Beispiel wird ausdrücklich verwiesen und deshalb auch eine Einbeziehung der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten Asiens vorgeschlagen." Im Gegensatz zur Initiative des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, von 1969 für ein System kollektiver Sicherheit in Asien wolle die UdSSR diesmal „die Chinesen umwerben und in einen entspannungspolitischen Dialog einbinden". Allerdings sei das Echo auf den neuen Vorschlag in Asien bislang „schwach" gewesen. Vgl. Referat 02, Bd. 178520.

17 Am 7. Juni 1969 schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf der Dritten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau erstmals die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Asien vor. Für den Wortlaut der Äußerungen vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juni 1969, S. 6.

18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Seitz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Großmächte".

19 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

20 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

5) Kambodscha/Vietnam

Dieses Thema bildete einen Schwerpunkt der chinesischen Darlegungen. Kernproblem sei die fortdauernde Unterstützung Vietnams durch die SU. Ohne sie würde die vietnamesische Okkupation Kambodschas[21] keinen Tag länger dauern.

Die Lage entwickele sich jedoch nicht im Sinne Vietnams und der SU. Die Widerstandskräfte hätten zwar die meisten Positionen an der Grenze zu Thailand räumen müssen. (Von zwölf vietnamesischen Divisionen in Kambodscha seien inzwischen neun an der Grenze stationiert, dazu kämen Truppen Heng Samrins.) Doch sei der Widerstand nun ins Landesinnere ausgewichen. Die Hauptkampfgebiete lägen jetzt bei Phnom Penh und in der Provinz Battambang. Bei den Truppen Heng Samrins gebe es häufig Meutereien: „Khmer schießen nicht auf Khmer." Die Vietnamesen seien nicht in der Lage, den Widerstand militärisch zu vernichten. Mit einer starken vietnamesischen Einwanderung versuche Hanoi, Kambodscha langsam von innen her zu „vietnamisieren". Inzwischen gebe es bereits rund 700 000 vietnamesische Siedler in Kambodscha. Dies sei eine gefährliche Entwicklung.

Um so wichtiger seien angesichts dieser Lage die politischen Bemühungen um eine Lösung der Kambodschafrage. Die Zusammenarbeit der drei Partner des Widerstands sei besser geworden. Der Acht-Punkte-Vorschlag finde internationale Unterstützung.[22] Der Druck der Staatengemeinschaft auf Vietnam müsse aufrechterhalten und möglichst noch verstärkt werden. Ziel sei das Wiedererstehen eines im Innern freien und nach außen blockfreien Kambodscha.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Vietnams wüchsen, vor allem auch infolge der exorbitanten Kosten der Besetzung und Kriegführung in Kambodscha. Die sowjetische Hilfe von rd. 1 Mrd. $ jährlich könne die Wirtschaftsprobleme nicht lösen, da sie vor allem in militärischen Lieferungen bestehe. Vietnam bemühe sich – vor allem mit Blick auf künftige Hilfe – um Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA.

China halte es für wichtig, daß die westlichen Länder die nach dem Einfall in Kambodscha gestoppte Hilfe für Vietnam auch weiterhin – bis zur Beendigung

21 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen.

22 Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 18. April 1986: „Die Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstands veröffentlichte am 17. März 1986 einen Acht-Punkte-Vorschlag […] zur Lösung des Kambodschakonflikts. Der Vorschlag kommt Vietnam entgegen und ist bemüht, den Interessen aller Beteiligten gerecht zu werden: Verzicht auf vollständigen Truppenabzug vor Verhandlungen; statt dessen Truppenabzug in zwei Phasen und Verhandlungsbeginn über Bildung einer Vier-Parteien-Koalitionsregierung unter Einschluß des von Vietnam eingesetzten Heng Samrins. Wahlen unter VN-Aufsicht. Neutralisierung Kambodschas und Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Vietnam. Der Acht-Punkte-Vorschlag stellt ein beachtliches Entgegenkommen der Widerstandskoalition dar. Er wurde von Vietnam bereits abgelehnt." Vgl. Referat 342, Bd. 137118.
Am 29. April 1986 billigten die ASEAN-Außenminister auf ihrem Treffen in Bali eine Erklärung, in der sie ihrer Unterstützung des Acht-Punkte-Plans Ausdruck verliehen. Sie appellierten an die vietnamesische Regierung, nunmehr in „direkte oder indirekte Gespräche" mit der Koalitionsregierung einzutreten: „The Foreign Ministers […] reaffirm their continued determination to contribute towards finding a comprehensive political solution to the Kampuchean problem." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 593 des Botschafters Rückriegel, Bangkok, vom 12. Mai 1986; Referat 342, Bd. 137118.

der Besetzung Kambodschas – nicht wiederaufnähmen. Hierin liege ein wirksames Druckmittel, das nicht aus der Hand gegeben werden sollte. Vietnam habe in den letzten Jahren eine Wirtschaftsreform versucht, die jedoch zu einem völligen Chaos geführt habe. Sie sei daraufhin wieder zurückgenommen worden.

6) Afghanistan

Ding Yuanhong beschrieb die sowjetische Aggression gegen Afghanistan als Ausdruck des alten imperialistischen Drangs Moskaus, an die warmen Meere vorzustoßen. Die jahrelangen Kämpfe bedeuteten für die SU innenpolitisch und wirtschaftlich eine Bürde. Dennoch werde die SU ihre Truppen nicht aus Afghanistan zurückziehen, ehe das ihr ergebene Regime endgültig gefestigt und etabliert sei.

Die SU strebe deshalb durch diplomatische Manöver Zeitgewinn an. Sie habe aber in Afghanistan sowenig wie in Kambodscha Aussichten, die Widerstandskräfte zu vernichten. Der Nachfolger Karmals, Nadschibullah[23], versuche, seine Zugehörigkeit zum Stamm der Paschtu, dem ein großer Teil der Widerstandskämpfer angehört, zu einer politischen Spaltung des Widerstands zu nutzen. Er gehe taktisch flexibler vor als Karmal und habe inzwischen – anders als dieser – indirekten Gesprächen über einen Truppenabzug zugestimmt.[24]

7) Korea

Durch die Kontakte der letzten Zeit zwischen Nord- und Südkorea[25] hat sich nach chinesischer Auffassung die Lage auf der Halbinsel etwas entspannt. Unsere Gesprächspartner bemühten sich, nachdrücklich für den nordkoreanischen Vorschlag von Dreiergesprächen (Nord- und Südkorea plus USA) und für vermehrte westliche Kontakte mit Nordkorea zu werben. Sie unterstrichen die angebliche Verständigungsbereitschaft Pjöngjangs und seine Sorge vor einem Angriff aus dem Süden, während Nordkorea seinerseits zu einem Vorstoß nach Süden „weder willens noch fähig“ sei.

Unüberhörbar war die chinesische Beunruhigung angesichts einer seit dem Moskau-Besuch Kim Il-sungs 1984[26] verstärkten Hinwendung Nordkoreas zur SU. Die Feststellung, daß sich trotz wachsender sowjetischer Hilfe für Pjöngjang die Kräfteverhältnisse auf der Halbinsel (noch) nicht verändert hätten, klang fast beschwörend.

23 Am 4. Mai 1986 wurde der bisherige Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Karmal, abgelöst und durch den Leiter des afghanischen Geheimdienstes, Nadschibullah, ersetzt. Botschafter Kastl, Moskau, legte dazu am 9. Mai 1986 dar, der Wechsel solle „vor allem die von Moskau gewünschte breitere innenpolitische Absicherung des Regimes markieren. In sowjet[ischer] Sicht hat sich N[adschibullah] als Geheimdienstorganisator einerseits und als einfallsreicher Vermittler zu traditionellen Stammesführern andererseits gerade auf den beiden Gebieten seine Sporen verdient, auf denen sich Moskau Entlastung für eine eigene militärische Rolle erhofft: Eingliederung bisher abseits stehender Bevölkerungsgruppen in das System – und damit allmähliche Austrocknung der Basis des Widerstandes – und gleichzeitig Steigerung von Effektivität und Kampfkraft der afghanischen Sicherheitsorgane aller Art unter fester und ideologisch zuverlässiger Kontrolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1224; Referat 200, Bd. 134825.

24 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 137, Anm. 13–15.

25 Zu den Gesprächen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 132, Anm. 20.

26 Präsident Kim Il-sung führte vom 23. bis 25. Mai 1984 Gespräche in der UdSSR.

Die Haltung Nordkoreas werde durch die amerikanische Politik in Südkorea stark mitbeeinflußt. Die kürzlichen amerikanisch-südkoreanischen Manöver hätten einen Rückschlag in den Nord-Süd-Kontakten bewirkt.[27]

Die chinesische Seite war nicht bereit, trotz ihres Beharrens auf westlichen Schritten gegenüber Pjöngjang in Richtung Anerkennung ihrerseits eine Anerkennung Seouls in Betracht zu ziehen. Ich habe in einem Gespräch unter vier Augen mit meinem alten Bekannten Vizeaußenminister Zhou Nan den Eindruck gewonnen, daß China es nicht wagt, bei Nordkorea die Frage anzusprechen – aus Sorge, Nordkorea noch weiter in Richtung auf die Sowjetunion zu treiben. Ebensowenig Sympathie bestand für einen VN-Beitritt beider koreanischer Staaten. Beides liege nicht im Interesse einer weiteren Annäherung zwischen Nord und Süd. China lasse aber aus humanitären Gründen Besuche von Südkoreanern in China zu. Auch gebe es einen gewissen indirekten Handel und Sportkontakte.

Eine Entscheidung über die Teilnahme an der Olympiade in Seoul sei noch nicht gefallen. Sie werde wesentlich von der weiteren politischen Entwicklung auf der Halbinsel abhängen.[28]

8) Chinesisch-japanische Beziehungen

Ding Yuanhong qualifizierte die chinesisch-japanischen Beziehungen (Freundschaftsvertrag von 1978[29]) als gut; es gebe jedoch Probleme durch die Unausgewogenheit der Handelsbilanz. Japan ist wichtigster Außenhandelspartner der Volksrepublik mit einem Gesamtanteil von rd. 30%. Ein Defizit für 1985 von 12,2 Mrd. $ sei für China jedoch nicht hinnehmbar. Hierüber werde mit den Japanern gesprochen, so zuletzt bei den Außenministergesprächen beider Länder im April d. J.[30] Dazu komme, daß die japanische Haltung in Fragen des Technologietransfers unbefriedigend sei. Dies werde Japan angesichts der Tat-

27 Am 23. Januar 1986 meldete Botschafter Kleiner, Seoul, Nordkorea habe als Reaktion auf die am 18. Januar 1986 erfolgte Ankündigung des amerikanisch-südkoreanischen Manövers „Team Spirit", das vom 10. Februar bis Mitte April 1986 dauern sollte, weitere Gespräche mit Südkorea abgesagt. Vgl. den Schriftbericht Nr. 35; Referat 341, Bd. 142713.

28 Ministerialdirektor Witte erläuterte am 9. Juli 1986, die UdSSR und andere kommunistische Staaten hätten noch nicht über ihre Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul entschieden, da sie keine diplomatischen Beziehungen zur Republik Korea (Südkorea) unterhielten: „Nordkorea hatte mit Unterstützung der anderen kommunistischen Staaten vorgeschlagen, einen Teil der Spiele auf sein Gebiet zu verlegen. Dabei will Nordkorea als Mitveranstalter auftreten. Südkorea hatte dies mit Rücksicht auf die Statuten abgelehnt, die die Vergabe an eine Stadt vorsehen. Das IOC versucht, im Bemühen um ‚boykottfreie' Spiele zu vermitteln. Es hat vorgeschlagen, daß die Sportarten Tischtennis und Bogenschießen sowie einige Qualifikationsspiele im Fußball und ein Fahrradrennen an den Norden abgegeben werden. Südkorea hat diesem Vorschlag mit der Maßgabe zugestimmt, daß Nordkorea auf alle anderen Ansprüche verzichtet und seine Grenzen für alle Mitglieder der olympischen Familie öffnet. Nordkorea hat sich zu der Anregung des IOC noch nicht definitiv geäußert, weil es weitere Disziplinen wünscht." Vgl. B 92 (Referat 641/614), Bd. 660.

29 Korrigiert aus: „1979".
Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1978 zwischen Japan und der Volksrepublik China über Frieden und Freundschaft vgl. UNTS, Bd. 1225, S. 257–272. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 565 f.

30 Der chinesische Außenminister Wu Xueqian hielt sich vom 11. bis 18. April 1986 in Japan auf und führte am 11./12. April 1986 Gespräche mit seinem japanischen Amtskollegen Abe.

sache, daß die Modernisierung Chinas mindestens ein Jahrhundert dauern werde, längerfristig erheblichen Schaden bringen.

Auch die Vergangenheit der 30er und 40er Jahre schaffe Irritationspunkte (z. B. Besuch Nakasones an dem Schrein für die Gefallenen[31]). Man habe die Japaner mit Nachdruck gebeten, die chinesischen Gefühle nicht zu verletzen, da sonst Rückwirkungen auf die Beziehungen unvermeidlich seien.

Starke Zurückhaltung zeigte Ding Yuanhong gegenüber einer Erhöhung der japanischen Verteidigungsausgaben. Japan sei heute eine wirtschaftliche Großmacht mit entsprechender Verantwortung. China verstehe auch, daß Japan eine seinen Erfordernissen entsprechende Verteidigungskraft brauche. Doch für die politische und die militärische Rolle Japans gebe es psychologisch-politische Grenzen in der gesamten Region, die Japan achten sollte. China wolle die Beziehungen mit Japan so gestalten, daß sie der Stabilität der gesamten Region zugute kommen.

Seitz[32]

Referat 02, Bd. 178520

31 Zu dem für den 15. August 1985 angekündigten ersten offiziellen Besuch eines japanischen Regierungsmitglieds am Yasukuni-Schrein in Tokio wurde in der Presse berichtet, der Schrein sei das „Zentrum des Shintoismus in Japan, der bis zur Kapitulation vor 40 Jahren Staatsreligion war. Zugleich war der Yasukuni-Schrein die wichtigste Heldengedenkstätte des japanischen Militär-Imperialismus vor und während dem Zweiten Weltkrieg. […] Weil der Yasukuni-Schrein das shintoistisch-militaristische Japan in den Augen sowohl der japanischen Bevölkerung als auch vieler Ausländer verkörperte, waren offizielle Besuche an dieser Gedenkstätte nach 1945 außerhalb jeglicher Diskussion." Vgl. den Artikel „Wenn Nakasone zum Yasukuni-Schrein geht"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. August 1985, S. 8.
Gesandter Gescher, Peking, berichtete am 15. August 1985, das chinesische Außenministerium habe am Vortag zur Besuchsankündigung erklärt, „Gefühle der Weltbevölkerung würden durch Ehrerweisung PM Nakasones und anderer offizieller japanischer Persönlichkeiten am Yasukuni-Schrein verletzt werden." Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua habe darauf hingewiesen, daß im Schrein ca. 2,5 Mio. japanischer Kriegsgefallener gedacht werde, „darunter seit 1978 auch 14 first grade war criminals". Gescher führte dazu aus: „Offizielle chinesische Reaktion auf geplanten Yasukuni-Besuch ist im Hinblick auf übliche Langsamkeit chinesischer Reaktionen ungewöhnlich schnell erfolgt und deutet damit auf erheblichen Grad chinesischer Betroffenheit hin." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3420; Referat 341, Bd. 133696.

32 Paraphe vom 6. Juni 1986.

165

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-481.09 SOW SB 1 **9. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: BK-Initiative zur Einberufung internationaler Konferenz über Reaktorsicherheit[4];
hier: Reaktionen auf Einladung und Stand der Vorbereitungen

Zweck der Vorlage: mit der Bitte um Zustimmung zu III.

I. Reaktionen auf Einladung

1) Das Einladungsschreiben des Bundeskanzlers vom 15. Mai mit dem Vorschlag einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit war an die Staats- und Regierungschefs von 31 Ländern gerichtet, die Kernkraftwerke betreiben oder bauen (vgl. Anlage 1[5]). EG und IAEO wurden eingeladen, sich an Vorbereitung und Durchführung der Konferenz zu beteiligen. Elf weitere Staaten (vgl. Anlage 2[6]) wurden über die BK-Initiative unterrichtet. Sie sollten ebenfalls zu der beabsichtigten Konferenz eingeladen werden, sofern sie dies wünschten. Ferner wurden OECD und VN informiert.

2) Insgesamt haben bis jetzt 3/4 aller angesprochenen Staaten den Vorschlag einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit positiv aufgegriffen (Stand 6. Juni 1986). Ablehnende Antworten oder Reaktionen gab es nicht. Dies macht die BK-Initiative zu einem Erfolg. Im einzelnen:

– Von den 31 eingeladenen Staaten haben zwölf in offiziellen Antworten den Vorschlag einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit begrüßt (Belgien, DDR, Großbritannien, Italien, Japan, Korea, Rumänien, Schweden, Schweiz, Südafrika, Vereinigte Staaten, Sowjetunion). 13 weitere Staaten –

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein und Legationsrat I. Klasse Grolig konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. Juni 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 16. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Blankenstein am 18. Juni 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Grolig sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Grolig am 18. Juni 1986 erneut vorgelegen.
Hat Wagner am 19. Juni 1986 vorgelegen.

4 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 138, Anm. 7.

5 Dem Vorgang beigefügt war der Entwurf eines Schreibens des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1986 „an die Regierungschefs der Länder, die Kernkraftwerke betreiben oder bauen“. Vgl. Referat 431, Bd. 153316.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Zur Unterrichtung Ägyptens, Australiens, Dänemarks, Griechenlands, Indonesiens, Irlands, Luxemburgs, Norwegens, Österreichs, Portugals und der Türkei vgl. den Runderlaß Nr. 3832/3833 des Staatssekretärs Ruhfus vom 15. Mai 1986; Referat 431, Bd. 153279.

darunter auch Argentinien, Brasilien, China und Frankreich – haben bei Übergabe der Einladung oder bei anderer Gelegenheit erste positive Reaktionen gezeigt, die entsprechende offizielle Antworten erwarten lassen.

– Von der Gruppe der elf Staaten, die zunächst nur über die Absicht, eine Konferenz einzuberufen, unterrichtet wurden, haben bereits Dänemark, Irland, Portugal und Türkei offiziell den Wunsch geäußert, eine förmliche Einladung zu erhalten. Aus weiteren drei Ländern – Luxemburg, Norwegen und Ägypten – liegen positive erste Reaktionen vor.

3) Die bislang vorliegenden Antworten bestätigen in ihrem Tenor die Notwendigkeit, im Rahmen einer internationalen Konferenz über Fragen der Reaktorsicherheit zu sprechen. Konkrete Themen-Vorschläge enthalten sie in aller Regel nicht.

Auffällig ist, daß die DDR und Rumänien in bekannter Diktion darüber hinaus auf die Bedrohung der Menschheit durch Nuklearwaffen eingehen.

(Honecker: Europa und die Welt von Kernwaffen befreien, Militarisierung des Weltraums verhindern, Wettrüsten auf der Erde zu beenden, Nukleartestst opp, Beseitigung aller Mittelstreckenraketen, Schaffung kern- und chemiewaffenfreier Zonen etc.)[7]

(Ceauşescu: Aufstellung von Atomraketen stoppen, Atomteststopp, Massenvernichtungswaffen beseitigen etc.)[8]

(Wortlaut der sowjetischen Antwort[9] liegt zur Zeit hier noch nicht vor.)

Ob es sich dabei nur um den Versuch einer politisch/propagandistischen Garnierung eines heiklen Themas handelt oder SU und Ostblockländer auf eine tendenziell gleichgewichtige Behandlung des Nuklearwaffen- und des Kernenergie-Themas abzielen, bleibt abzuwarten. Gestützt auf die IAEO-Statuten[10] sollte es möglich sein, die internationale Konferenz auf Lehren und Folgen von Tschernobyl[11] zu konzentrieren.

7 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 30. Mai 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 431, Bd. 153282.

8 Für das Schreiben des Präsidenten Ceauşescu vom 31. Mai 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 431, Bd. 153318.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schubert legte am 6. Juni 1986 eine vom sowjetischen Botschafter Kwizinskij Bundeskanzler Kohl übergebene Mitteilung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor. Darin plädierte Gorbatschow für die „Schaffung eines internationalen Regimes sicherer Entwicklung der Kernenergiewirtschaft“ sowie für ein „System operativer Benachrichtigung im Falle der Havarien und der Störungen“. Erforderlich sei „ein gut funktionierender internationaler Mechanismus […], der die operativste gegenseitige Hilfeleistung beim Eintreten gefährlicher Situationen gewährleisten würde“. Gorbatschow regte außerdem internationale Kontrollmaßnahmen, eine Erörterung von Entschädigungsfragen, die Vereinheitlichung von Strahlungswerten sowie Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus an. Insgesamt sollten Rolle und Möglichkeiten der IAEO erhöht werden. Zum Vorschlag von Kohl für eine internationale Konferenz erklärte Gorbatschow: „Am 14. Mai habe ich mich schon dafür ausgesprochen, daß zur Erörterung dieses gesamten Fragenkomplexes eine spezielle repräsentative internationale Konferenz in Wien unter der Ägide der IAEA einberufen würde. Soweit ich verstehe, geht Ihre Idee über die Durchführung einer Sonderkonferenz zu den Fragen der Vervollkommnung der Sicherheitsmaßnahmen bei den Atomanlagen in die gleiche Richtung wie unsere diesbezüglichen Vorstellungen.“ Gorbatschow bekräftigte außerdem die Bereitschaft der Übermittlung aller Daten über den Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl vom 26. April 1986. Vgl. Referat 431, Bd. 153316.

10 Für den Wortlaut der Satzung der IAEO vom 26. Oktober 1956 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1358–1411.

11 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und 128.

Fast alle Staaten haben zum Ausdruck gebracht, daß die geplante Konferenz im Rahmen der IAEO stattfinden sollte.

II. IAEO

l) Auf der von der Bundesregierung beantragten Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats (GR) am 21. Mai wurde IAEO-GD Blix beauftragt, für die nächste ordentliche GR-Sitzung am 10. Juni Vorschläge zur Durchführung folgenden Programms vorzulegen:

a) Einberufung eines Expertentreffens zur ausführlichen Unfallanalyse innerhalb von drei Monaten;

b) Einberufung von Regierungsexperten zur dringlichen Ausarbeitung von internationalen Abkommen

– über frühzeitige und umfassende Unterrichtung über Nuklearunfälle mit möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen,

– über koordinierte Notfall- und Unterstützungsmaßnahmen;

c) Einrichtung einer Expertengruppe zur nuklearen Sicherheit, insbesondere zur weiteren Verfeinerung nuklearer Sicherheitsstandards.

d) Baldige Einberufung einer Regierungskonferenz unter IAEO-Schirmherrschaft über alle Aspekte der nuklearen Sicherheit.

2) In Ausführung dieses Auftrags unterbreitete GD Blix am 4.6.1986 folgende Vorschläge:

a) Die Regierungskonferenz über Reaktorsicherheit findet in zeitlichem Zusammenhang mit der IAEO-Generalkonferenz (GK) vom 24. bis 26. September in der Wiener Hofburg statt.

Formell könnte die Konferenz stattfinden als:

(1) Regierungskonferenz, losgelöst von der GK (Problem der Rules of Procedure, die besonders ausgearbeitet werden müßten).

(2) Sondersitzung-GK, in diesem Fall gelten die Rules of Procedure der GK[12].

(3) Bestandteil der jährlichen GK, deren für 29.9.1986 vorgesehener Beginn dann vorgezogen werden müßte. (Diese Lösung enthält allerdings den formalen Fehler, daß der Beginn der GK von dieser selbst festgelegt werden muß, so daß die Vorziehung um einige Tage von der GK nachträglich gebilligt werden müßte.)

Am geeignetsten erscheint die zweite Möglichkeit, da die Konferenz damit auf einer gesicherten formalen Grundlage stünde und eine Sonder-GK unserem Wunsch nach einer Sonder-Konferenz entspräche.[13]

12 Für den Wortlaut der Geschäftsordnung der IAEO-Generalkonferenz in der Fassung vom 29. September 1989 vgl. https://www.iaea.org/about/policy/gc/rules-of-procedure-general-conference.
Vom 24. bis 26. September 1986 fand in Wien eine Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 266.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner notierte am 25. Juni 1986 die Beschlüsse der Sitzung des IAEO-Gouverneursrats vom 10. bis 13. Juni 1986 in Wien: „a) Einberufung eines Experten-Treffens zur ausführlichen Unfallanalyse auf der Grundlage eines für August erwarteten Berichts der SU; b) Tagung von Regierungsexperten Ende Juli 1986 zur umgehenden Ausarbeitung von internationalen Abkommen über rasche und umfassende Unterrichtung von Nuklearunfällen, koordinierte Notfall- und Unterstützungsmaßnahmen; c) Einrichtung einer Expertengruppe für nukleare Sicherheit, insbesondere zur weiteren Verfeinerung nuklearer Sicherheitsstandards; d) Einberufung einer Sondersitzung der Generalkonferenz der IAEO über alle Aspekte der nuklearen Sicherheit vom 24. bis 26.9.1986 in der Wiener Hofburg.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153316.

b) Aufgabe der Konferenz wird es nach dem Vorschlag von GD Blix sein, die vom GR vorgesehene umfassende Debatte über nukleare Sicherheit zu führen. Hierzu würden der inzwischen zu erstellende Experten-Bericht über die Unfallanalyse von Tschernobyl, das erweiterte IAEO-Sicherheitsprogramm sowie je nach Fortschritt auch die Entwürfe der beiden internationalen Abkommen über „Unterrichtung bei Nuklearunfällen mit möglicherweise grenzüberschreitender Wirkung" und über „koordinierte Notfall- und Unterstützungsmaßnahmen" vorliegen.

Ein Papier zur Frage der Sicherheitsstandards wird nach den Plänen von GD Blix nicht vorliegen, da die betreffenden Expertengruppen erst nach der GK einberufen werden sollen.

III. Haltung der Bundesregierung

1) Wir begrüßen die Absicht der IAEO, die vom BK geforderte internationale Konferenz über Reaktorsicherheit im IAEO-Rahmen in Wien stattfinden zu lassen, auch wenn dies nicht unseren ursprünglichen Vorstellungen entspricht.[14] Da die Konferenz auf eine deutsche Initiative zurückgeht, sollten wir jedoch versuchen, an maßgeblicher Stelle die Konferenz mitzugestalten (evtl. Vorsitz).[15] Die Konferenz sollte als Sonder-Generalkonferenz vom 24. bis 26. September in Wien stattfinden. Inhaltlich wird es darum gehen, die Arbeiten an den internationalen Abkommen über gegenseitige Unterrichtung bei Nuklearunfällen und über koordinierte Notfall- und Unterstützungsmaßnahmen voranzutreiben.

Darüber hinaus wird zu klären sein, wie durch internationale Zusammenarbeit ein Höchstmaß an Reaktorsicherheit weltweit erreicht werden kann. Bei der Arbeit der Konferenz wird auf die umfassenden Vorarbeiten der IAEO in diesem Bereich aufzubauen sein (INFCIRC/310[16] und 321[17], bislang nicht obligatorische nukleare Sicherheitsstandards – NUSS[18]). Dabei sollten diese Regeln im Lichte der Erfahrungen von Tschernobyl fortentwickelt und zusätzlich geprüft werden, inwieweit sie geeignete Grundlage für international verbindliche Mindestsicherheitsstandards sein können.

Inzwischen ist deutlich geworden, daß ein Versuch zur Festlegung bindender internationaler Sicherheitsstandards auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Besonders Frankreich[19], aber auch Großbritannien, Italien, Kanada, stehen dieser Idee deutlich zurückhaltend bis ablehnend gegenüber. Dennoch sollten wir an dem Ziel verbindlicher Reaktorsicherheitsstandards festhalten. Diese Fra-

14 Der Passus „auch wenn … Vorstellungen entspricht" wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

15 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir sollten in der internationalen Öffentlichkeit unsere Initiative stärker herausstellen."

16 Für das Dokument „Guidelines for mutual emergency assistance arrangements in connection with a nuclear accident or radiological emergency" vom Januar 1984 (INFCIRC/310) vgl. https://www.iaea.org/publications/documents/infcircs/guidelines-mutual-emergency-assistance-arrangements-connection-nuclear-accident-or-radiological-emergency.

17 Für das Dokument „Guidelines on reportable events, integrated planning and information exchange in a transboundary release of radioactive materials" vom Januar 1985 (INFCIRC/321) vgl. https://www.iaea.org/publications/documents/infcircs/guidelines-reportable-events-integrated-planning-and-information-exchange-transboundary-release-radioactive-materials.

18 Nuclear Safety Standards.

19 Zur französischen Haltung hinsichtlich der Frage internationaler Sicherheitsstandards bei der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 146, Anm. 30.

ge bedarf besonders sorgfältiger Abstimmung mit unseren Partnern, insbesondere mit Frankreich. Wir haben die Botschaft Paris bereits gebeten, den Dialog über diese Frage mit den französischen Stellen aufzunehmen.[20]

Ähnliches gilt für die Haftungsproblematik. Die NL-Präsidentschaft hat inzwischen zu einer Diskussion darüber, besonders auch über die Frage des politischen Vorgehens, nach Den Haag eingeladen.[21]

Im US-Kongreß (Hearing des Unterausschusses für Energie und Umwelt zu Tschernobyl) wurde angeregt, durch eine umfassende Untersuchung der betroffenen Bevölkerung in der UdSSR die Wissensbasis über die medizinisch-biologischen Strahlenwirkungen substantiell zu verbessern und dafür zusätzliche (US-)Mittel bereitzustellen. Der US-Arzt Dr. Gale und die sowjetische Akademie der Wissenschaften haben inzwischen in einem Memorandum eine Zusammenarbeit bei der Untersuchung möglicher strahlenbedingter Langzeitschäden vereinbart.[22] Die USA können dabei auf ihren Erfahrungen bei frühe-

20 Vortragender Legationsrat Blankenstein bat die Botschaft in Paris am 2. Juni 1986, „der französischen Seite unsere Linie wie folgt darzulegen: Ausgangspunkt für die weiteren Diskussionen sollten die im Rahmen der IAEO erarbeiteten, für die Mitgliedstaaten bisher nicht obligatorischen Regeln des Nuclear-Safety-Standards-Programms (NUSS) sein. […] Wir beabsichtigen nicht, unsere deutschen Standards (Leitlinien, Sicherheitskriterien, K[ern]T[echnische]A[nlagen]-Regeln als Grundlage für eine internationale Vereinbarung vorzuschlagen. Botschaft wird gebeten, um Unterstützung unserer Haltung zu werben und die französischen Vorstellungen hierzu in Erfahrung zu bringen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 153316.
Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 5. Juni 1986, die Botschaft habe beim zuständigen Referatsleiter im französischen Außenministerium, Gotlieb, vorgesprochen. Dieser habe zunächst „bekannte französische Vorbehalte gegenüber verbindlichen internationalen Sicherheitsstandards" wiederholt und dargelegt: „Bei einer realistischen Betrachtung sei schwer vorstellbar, daß eine internationale Instanz wie die IAEO mit ihrem unvermeidlichen politischen Konfliktpotential (Ost-West, Nord-Süd) in der Lage sei, Normen auf diesem Gebiet verbindlich festzulegen und gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten durchzusetzen. Auch die Einhaltung einer wirksamen internationalen Kontrolle sei praktisch nicht vorstellbar. […] Nur die einzelnen Länder könnten jeweils für sich verbindliche Regelwerke wirksam einführen und anwenden. […] F sei andererseits sehr für eine Verstärkung internationaler Zusammenarbeit bei nuklearer Sicherheit und stehe deshalb auch BK-Initiative positiv gegenüber. F könne sich auch vorstellen, daß entsprechende Maßnahmen durch IAEO gesteuert werden, die z. B. mit Nuclear Safety Standards (NUSS) gute Arbeit geleistet habe. Als wirksame und pragmatische Maßnahmen könne man sich aus französischer Sicht z. B. bessere Bekanntmachung der NUSS vorstellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1282; Referat 431, Bd. 153316.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Duisberg vermerkte am 12. Juni 1986, am Vortag habe in Den Haag ein Treffen der EG-Mitgliedstaaten sowie der EG-Kommission zur Erörterung der „rechtlichen Gesichtspunkte von Schadenersatzansprüchen gegenüber der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl" stattgefunden: „Das Treffen hatte informellen Charakter, war auch nicht förmlich der EPZ zugeordnet und diente der Klärung der jeweiligen Position sowie der Prüfung möglicher völkerrechtlicher Grundlagen für Schadenersatzansprüche. Die Frage, ob solche Ansprüche konkret geltend gemacht werden sollten, wurde nicht behandelt; jedoch bestand Einvernehmen darüber, daß ggf. eine entsprechende Entscheidung eines Mitgliedstaates im EG-Kreis konsultiert werden sollte. […] Die Besprechung bestätigte im wesentlichen unsere Überlegungen zur Schadenersatzfrage (bei Annahme grundsätzlich bestehender Haftung Schwierigkeiten der konkreten Geltendmachung)." Vgl. Referat 431, Bd. 153280.

22 Gesandter Arnot, Moskau, teilte am 3. Mai 1986 mit, der amerikanische Mediziner Gale sei auf privater Basis, nicht durch Kontakte zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Regierung, in die UdSSR gebeten worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1162; Referat 431, Bd. 153283.
Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 9. Juni 1986, Gale habe am 6. Juni 1986 in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem sowjetischen Stellvertretenden Gesundheitsminister Worobjow mitgeteilt, daß zwischen ihm und der sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften ein Memorandum beschlossen worden sei: „Genauer Inhalt werde mit Fachleuten ab 20. Juli erörtert, wenn er mit US-Spezialisten wieder nach Moskau komme." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1589; Referat 431, Bd. 153283.

ren Studien (Hiroshima) aufbauen. Wir sollten unser Interesse bekunden, an den Forschungsergebnissen teilzuhaben oder diese jedenfalls einem internationalen Kreis im Rahmen der IAEO oder WHO zugänglich zu machen.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153316

166

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff

202-320.00 OST **9. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Kurt Waldheim, der stigmatisierte Bundespräsident – mögliche Folgen für die österreichische Politik

1) Dr. Kurt Waldheim, unabhängiger – aber von der „Österreichischen Volkspartei" (ÖVP) unterstützter – Präsidentschaftskandidat wurde am 8. Juni 1986 in einer Stichwahl mit 53,9% der Stimmen zum Bundespräsidenten der Republik Österreich gewählt. Er ging als Sieger aus einem Wahlkampf hervor, der an Dauer und Polemik das Maß dessen, was österreichischen Wählern und Bewerbern um das höchste Amt in Österreich bisher zugemutet wurde, weit überschritten hat.

Sein Gegner, der Kandidat der „Sozialistischen Partei Österreichs" (SPÖ), Dr. Kurt Steyrer, erzielte 46,1% der Stimmen. Der neue, auf sechs Jahre gewählte Bundespräsident wird am 8. Juli 1986 vereidigt. Er erklärte, zunächst den Schwerpunkt seiner Aktivität auf die Innenpolitik legen zu wollen.

2) Österreich hat sich damit für einen Bundespräsidenten entschieden, dessen international meist beachtetes Merkmal weder seine Tätigkeit als Außenminister (1968–70) noch als Generalsekretär der Vereinten Nationen (1972–81) ist, sondern seine Dienstzeit, Funktion und Einsätze bei der deutschen Wehrmacht (1941–44). Inwieweit dies

– eine Entscheidung zugunsten der Persönlichkeit Waldheims war oder

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff und Legationsrat I. Klasse Schumacher konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Juni 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 202 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 16. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Holthoff am 18. Juni 1986 erneut vorgelegen.

– die klare Zurückweisung internationaler Einmischung in eine innerösterreichische Angelegenheit oder
– die Reaktion der Wähler auf sechzehn Jahre SPÖ-Regierung,

werden Motivanalysen zu zeigen haben.

Ohne Zweifel haben viele Waldheim-Befürworter mit ihrem Votum für die Rehabilitierung ihrer eigenen Vergangenheit bzw. die ihrer Vätergeneration gestimmt. Zugleich drückten sie den Wunsch aus, über vierzig Jahre nach Ende von aktivem und passivem Widerstand gegen sowie aktiven und passiven Arrangements mit dem Nationalsozialismus die Vergangenheit ruhen zu lassen.

Allerdings ist davon auszugehen, daß gerade die Wahl Waldheims das Gegenteil bewirkt: Mehr als jeder bisherige Bundespräsident wird er Impulsgeber für Untersuchungen und kontroverse Diskussionen über die Haltung der Österreicher während der Anschlußjahre sein. Mit anderen Worten: Von Waldheim wird ein – wenn auch ungewollter – Zwang auf die Österreicher ausgehen, sich mit ihrer jüngeren Geschichte auseinanderzusetzen.

3) Waldheim dürfte sich – zumindest in der Anfangsphase – als außenpolitische Belastung für Österreich erweisen. Dies gilt insbesondere für Israel, die Niederlande und USA sowie für Länder, in denen Waldheim als Offizier der Wehrmacht eingesetzt war wie Griechenland, Jugoslawien und Italien. Unter Umständen trifft dies auch bei Österreichs Beziehungen zu weiteren Ländern zu, die Opfer der NS-Politik wurden (nordische Staaten, Frankreich, Luxemburg). Selbst wenn Regierungen einzelner westlicher Staaten an unverändert guten Beziehungen zu Österreich interessiert sind, werden sie sich der kritischen bis ablehnenden Einstellung ihrer (Teil-)Öffentlichkeit zu einem sich mit Waldheim identifizierenden Österreich im bilateralen Verhältnis nicht immer entziehen können.

Die Haltung der Ostblockstaaten zu Waldheim war bislang von bemerkenswerter Zurückhaltung gekennzeichnet und deutet sich in der ersten TASS-Reaktion nach der Wahl[4] als positiv an. Verhältnismäßig unbelastet dürften Österreichs Beziehungen zur Dritten Welt bleiben. Wegen der heftigen Kritik aus Israel ist positives Echo in einigen arabischen Staaten wahrscheinlich.

Zusammengefaßt: Die österreichische Diplomatie steht vor einer schwierigen Periode angesichts einer skeptisch bis unverhohlen kritischen Haltung im Westen, protektorähnlich positiver Reaktion im Osten und Gleichgültigkeit bis Zustimmung in der Dritten Welt.

4) Innenpolitisch manifestiert sich im schlechten Abschneiden des SPÖ-Kandidaten Verdruß über die vor allem in den letzten achtzehn Monaten deutlich gewordenen Verkrustungen und Fehlleistungen einer in sechzehn Herrschaftsjahren abgenutzten SPÖ. Bundeskanzler Sinowatz hat lediglich reaktive Führungsqualitäten gezeigt, so daß eine Diskussion um seinen eventuellen Rück-

[4] Zu den Reaktionen auf die Wahl Kurt Waldheims wurde in der Presse berichtet, die UdSSR, die sich nicht an den Debatten um dessen mögliche Verstrickung in Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus beteiligt habe, habe Waldheim als „hervorragenden Politiker" gewürdigt: „Die Nachrichtenagentur Tass beschuldigte die amerikanische Regierung und ‚zionistische Kreise', eine ‚Kampagne persönlicher Angriffe' gegen Waldheim in die Wege geleitet zu haben." Vgl. den Artikel „Nach Waldheims hohem Sieg tritt Kanzler Sinowatz zurück"; DIE WELT vom 10. Juni 1986, S. 1.

tritt bereits eingesetzt hat. (Potentielle Nachfolger sind: Finanzminister Vranitzky, Innenminister Blecha, Wissenschaftsminister Fischer.)[5]

Die gespannte Situation innerhalb der FPÖ dürfte nach der Niederlage des SPÖ-Kandidaten die Kritik an der gegenwärtigen „zu SPÖ-freundlichen" (FPÖ-Kritiker) Parteiführung verstärken. (Beim ersten Urnengang für die Präsidentschaftswahlen am 4. Mai d. J. hatten 49% der FPÖ-Wähler für Waldheim, 20% für Steyrer gestimmt.)

Bis zu den nächsten Parlamentswahlen (spätestens April 87[6]) wird die regierende Koalition aus SPÖ und „Freiheitlicher Partei Österreichs" (FPÖ) sich erheblich anstrengen müssen, will sie verlorenes Gelände zurückgewinnen (Stimmenanteil 1983: SPÖ 47,7%; FPÖ 5%).

Der ÖVP gibt Waldheims Sieg Auftrieb. Ihr Ziel muß nun sein, trotz Unzufriedenheit mit ihrem Parteivorsitzenden Alois Mock bei den nächsten Nationalratswahlen die absolute, mindestens jedoch die relative Mehrheit zu gewinnen.

Kurt Waldheim, sechster Bundespräsident der Zweiten Republik und erster der ÖVP nahestehender Mann in dieser Schlüsselposition, könnte sich im Hinblick auf künftige Regierungsbildungen unter Einschluß der ÖVP, etwa einer ÖVP/FPÖ-Koalition, als hilfreiches, wenn nicht sogar notwendiges Agens erweisen.

5) Bewertung

Das Faktum „Bundespräsident Waldheim" könnte Österreich psychologisch für einige Zeit schwächen. Sollte die Wahl Waldheims vor allem eine Trotzreaktion auf ausländische Kritik an ihm und an Österreichs Anschlußzeit gewesen sein, so könnte eine zu deutliche Isolierung durch befreundete Regierungen bei gleichzeitig ostentativ aufgeschlossener Haltung des Ostens in Österreich enttäuschen und die bisher gut gelungene Einbindung Österreichs in das westeuropäische politische System gefährden.

Der Staatsvertrag[7] als Beschreibung österreichischen Handlungsspielraums eröffnet der SU grundsätzliche Einwirkungsmöglichkeiten, die sie bei anderen Neutralen (Schweiz, Schweden) nicht hat. Dank Österreichs Integration in den Westen, d. h. westlicher Solidarität mit Österreich, konnte dieser Mangel bisher ausgeglichen werden. Wir sollten nicht zulassen, daß der Geburtsfehler der Zweiten Republik nun zum Tragen kommt. Diesem Aspekt sollten wir und der Westen insgesamt besondere Aufmerksamkeit schenken.

Holthoff

Referat 203 (202), Bd. 140547

5 Bundeskanzler Sinowatz trat am 9. Juni 1986 zurück. Die neue Regierung unter Bundeskanzler Vranitzky wurde am 16. Juni 1986 vereidigt.

6 Die Parlamentswahlen in Österreich fanden am 23. November 1986 statt.

7 Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 726–810.

167

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Gnodtke

VS-NfD **9. Juni 1986**

Von StS Ruhfus genehmigt

Vermerk über wesentliche Ergebnisse des informellen EPZ-Außenministertreffens am 7./8.6.1986 im Château Marquette bei Heemskerk (NL)

(Alle MS waren, außer Deutschland – Vertretung BM durch StS Ruhfus –, durch AM vertreten, Spanien bis 7.6. abends.)

1) Lateinamerika (LA)

1.1) Zentralamerika (ZA)

NL[1] führte aus, daß der Contadora-Prozeß[2] sehr langsam vorangehe. NIC nutze Unterstützung der Contras[3] als Alibi, um sich nicht zu bewegen. Habib habe gesagt, daß USA bei Unterzeichnung der Contadora-Akte durch NIC möglicherweise Hilfe für Contras überprüfen werden. Gespräch mit AM Shultz bei WWG in Tokio[4] habe gezeigt, daß USA Contadora-Prozeß als nicht mehr so wichtig ansähen. Andere Entwicklungen in ZA (z.B. Initiativen der vier ZA-Staaten) seien wichtiger. Es sei unsicher, ob Contadora-Prozeß überleben werde.

F[5] berichtete von Gespräch mit NIC-Vizepräsident[6] Ramírez. Dieser habe gesagt, daß lediglich zwei Drittel der Contadora-Akte für NIC akzeptabel seien. GB[7] bezeichnete Zukunft des Contadora-Prozesses als ungewiß. Gleichwohl müsse Contadora-Prozeß fortgesetzt werden.

StS R führte auf Linie des Gesprächsführungsvorschlags[8] aus, Contadora-Prozeß stagniere. Lage in NIC habe sich verschlechtert. Entführung der acht Deutschen[9] habe uns Probleme des Konflikts Sandinisten/Contras überdeutlich ge-

1 Hans van den Broek.

2 Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 133, Anm. 14.
Referat 331 legte am 1. Juni 1986 dar: „Das am 6./7. Juni in Panama stattgefundene Treffen der Contadora- und Unterstützerstaaten mit den zentralamerikanischen Ländern auf AM-Ebene endete ohne die von Contadora für diesen Termin vorgesehene Unterzeichnung der Akte. Diese Entwicklung ist angesichts der im Vorfeld der Begegnung ergebnislos verlaufenden Versuche, eine Annäherung in den strittigen Punkten Abrüstung, Militärmanöver und Verifikation/Kontrolle zu erreichen, nicht überraschend. […] Zwischenzeitlich verfestigt sich der Eindruck, daß das Treffen von Panama den Beginn einer neuen kritischen Phase des Contadora-Prozesses markiert, obwohl die Contadora-/Unterstützerstaaten einen neuen (‚letzten') Entwurf der Akte (vierte Version) vorgelegt und mit dem gleichzeitig vorgestellten Zwölf-Punkte-Programm (‚Botschaft in Panama') den weiteren Gang des Verhandlungsprozesses skizziert haben." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146556.

3 Zur amerikanischen Unterstützung nicaraguanischer Oppositionsgruppen („Contras") vgl. Dok. 85, Anm. 12, und Dok. 133, Anm. 17.

4 Für das Gespräch der Außenminister der G7 am 5. Mai 1986 in Tokio vgl. Dok. 133.

5 Jean-Bernard Raimond.

6 Korrigiert aus: „NIC-AM".
Am 6. Juni 1986 hielt sich der nicaraguanische Vizepräsident Ramírez in Frankreich auf.

7 Geoffrey Howe.

8 Für den Gesprächsführungsvorschlag „Lage in Mittelamerika und Stand des Contadora-Prozesses" vom 5. Juni 1986 vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146556.

9 Referat 331 notierte am 10. Juni 1986, daß sich seit dem 17. Mai 1986 „acht deutsche ‚Internationalisten'" in der Hand einer Gruppe der Forza Democrática Nicaragüense (FDN) befänden: „Für

macht. USA seien in ihrer ZA-Politik von innenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt. Europa solle Druck auf NIC ausüben und den USA noch verstärkt die europäische Haltung zu ZA verständlich zu machen suchen. Wir müßten Contadora-Prozeß weiter unterstützen und San José-Prozeß mit baldigem Außenministertreffen nachdrücklich verfolgen.[10]

I[11] regte Analyse der neuen Regierung in Kolumbien[12] und des Beschlusses von Esquipulas zur Bildung eines zentralamerikanischen Parlaments[13] an.

E[14] schlug vor, daß sich Europäischer Rat (ER) mit den Beziehungen EG–LA befassen solle.[15] NL formulierte mit allgemeiner Zustimmung, E möge seine Vorstellungen über wirtschaftliche und politische Aspekte der Beziehungen EG–LA den Partnern übermitteln. Spanische Anregungen könnten über AG und PK den AM vorgelegt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 864

Gespräche mit der nicaraguanischen Regierung, auf deren Territorium sich die Entführten nach wie vor befinden, ist im Auftrag und Interesse der Eltern und Angehörigen der Entführten der frühere Bundesminister Wischnewski nach Managua gefahren. In Tegucigalpa spricht der zum Sonderbotschafter ernannte Leiter des Ministerbüros von Minister Genscher, Dr. Jansen, mit Vertretern der Organisation, die für die Entführung verantwortlich ist. Die FDN stellt für die Freilassung der Deutschen keine Bedingungen, wohl aber für die Modalitäten der Übernahme der Geiseln durch die deutsche Seite. Beide Seiten, Sandinisten wie Contras, haben nicht immer in gutem Glauben verhandelt. Die FDN hat zeitweise die Übergabe der Deutschen, zu der sie jederzeit die Möglichkeit hatte, klar verzögert. Die nicaraguanische Regierung hat ihrerseits Lösungen, die für sie Statusfragen aufwerfen, von vornherein verworfen und verhindert. Die US-Regierung, die von der Bundesregierung auf verschiedenen Ebenen immer wieder um Kooperation gebeten worden war, hat diese in vollem Umfang zugesagt. Der Verlauf der Entführung hat allerdings auf der anderen Seite auch sehr deutlich vor Augen geführt, daß die Contras von den USA beraten werden. MdB Wischnewski hat bereits einen Versuch zur Übernahme der Deutschen unternommen, dieser ist mißlungen." Vgl. Referat 331, Bd. 136699.

Am 12. Juni 1986 wurde in der Presse berichtet, die Entführten seien am Abend des 10. Juni 1986 freigelassen worden: „Die US-Regierung hatte erheblichen Druck auf die von ihr unterstützten anti-sandinistischen Rebellen ausgeübt. Dabei gab vermutlich die bevorstehende Abstimmung im Kongreß über die weitere Hilfe an die Contras den Ausschlag." Vgl. den Artikel „Genscher warnt jetzt vor Einsätzen in Nicaragua"; DIE WELT vom 12. Juni 1986, S. 1.

10 In San José fand am 28./29. September 1984 die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie den Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Eine weitere Ministerkonferenz wurde am 11./12. November 1985 in Luxemburg abgehalten. Die dritte Konferenz fand am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 71 des Staatssekretärs Ruhfus, z. Z. Guatemala-Stadt, vom 10. Februar 1987; AAPD 1987.

11 Giulio Andreotti.

12 Am 25. Mai 1986 wurde im zweiten Wahlgang der Kandidat der Liberalen Partei Kolumbiens, Barco, zum Präsidenten gewählt. Barco trat sein Amt am 7. August 1986 an.

13 Am 24./25. Mai 1986 trafen in Esquipulas (Guatemala) die Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) zusammen. Referat 331 erläuterte dazu am 26. Juni 1986, der auf Cerezo zurückgehende „Vorschlag zur Schaffung eines zentralamerikanischen Parlaments zur Stärkung von Demokratie und Pluralismus in der Region" sei „in einen operativen Beschluß umgesetzt worden. Die Abgeordneten sollen in freien, allgemeinen und direkten Wahlen gewählt werden. Eine Vorbereitungskommission hat den Auftrag, innerhalb von 90 Tagen den Entwurf eines Konstitutivvertrages zur Bildung des ZA-Parlaments vorzulegen. Das Parlament soll seinen Sitz in Esquipulas haben." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146556.
Für den Wortlaut der Erklärung von Esquipulas vom 25. Mai 1986 vgl. http://peacemaker.un.org/centralamerica-esquipulasI86.

14 Francisco Fernández Ordóñez.

15 In einer Erklärung der EG-Ratspräsidentschaft im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag wurde die Entschlossenheit bekräftigt, die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten „sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht zu verstärken und auszubauen". Vgl. BULLETIN DER EG 6/1986, S. 11 f.

NL faßte Diskussion wie folgt zusammen:

– Einigkeit der MS in skeptischer Haltung gegenüber NIC. NIC-Regierung wird nicht von alleine zur Demokratie finden.
– Europa und USA unterscheiden sich in ihrer Politik gegenüber NIC. Dialog mit USA wird schwieriger. USA sind zwar bereit, Europäern zuzuhören, aber Haltung der USA gegenüber NIC hat sich verhärtet.
– Weitere Unterstützung des Contadora-Prozesses durch Europäer.
– AM-Treffen San José III soll Anfang 1987 stattfinden (Januar).
– Auftrag an Politisches Komitee (PK), die von I vorgeschlagenen Analysen vorzunehmen (Kolumbien, zentralamerikanisches Parlament).

1.2) Chile und Paraguay

NL führte aus, Lage in Chile und Paraguay werde sich in den nächsten Jahren ändern. In Chile allerdings nicht vor 1989. Präs[16] habe zwei Gespräche mit chilenischer Regierung geführt, in denen Demokratisierung des Landes befürwortet wurde. Demokratische Parteien fänden nicht zusammen. Europäer sollten in ständigen Kontakten mit der chilenischen Regierung ihre Vorstellungen über eine Demokratisierung vermitteln. Demokratische Kräfte sollten ermutigt werden. USA verfolgten neuerdings härtere Linie gegenüber Chile. Es gab sehr kurzen Gedankenaustausch ohne Schlußfolgerungen.

1.3) IGH-Entscheidung zu NIC[17]

In Diskussion wurde von NL, D, I und GB auf unterschiedliche Auslegung des Völkerrechts durch USA und Europa hingewiesen (Beispiele: Rechtfertigung der Aktion gegenüber Libyen[18], Haltung der USA gegenüber NIC und Contras, Einstellung der USA zu Savimbi).

I erwähnte in diesem Zusammenhang, daß auch Einsparungen der USA in den VN[19] eine andere Haltung gegenüber internationalen Organisationen und ihren Ordnungsfunktionen reflektierten. GB schloß sich dieser Bewertung an, warnte allerdings davor, diese generalisierende Einschätzung in die Öffentlichkeit zu tragen. GB-AM wurde hierin von StS R unterstützt.

Zu IGH-Urteil zu NIC bestand Tendenz, zunächst Urteil abzuwarten. Es gelte, einen ausgewogenen Weg zwischen rechtlicher Würdigung und politischer Rück-

16 Präsidentschaft bzw. Präsident.

17 Der Internationale Gerichtshof in Den Haag fällte am 27. Juni 1986 ein Urteil in der am 9. April 1984 eingereichten Klage Nicaraguas gegen die USA. Für den Wortlaut vgl. I.C.J. REPORTS 1986, S. 14–546 (http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=3&k=66&case=70&code=nus&p3=4). Vortragender Legationsrat I. Klasse Duisberg erläuterte dazu am 11. Juli 1986: „Der IGH ist in seinem 142 (mit Sondervoten über 500) Seiten umfassenden Urteil vom 27.6.1986 dem nic[araguanischen] Klagebegehren mit relativ hohen Mehrheiten in 16 Entscheidungspunkten erwartungsgemäß weitgehend gefolgt. […] Der Gerichtshof hat insbesondere mit zwölf gegen drei Stimmen entschieden, daß die USA sich nicht auf das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung berufen können; durch Training, Bewaffnung, Ausrüstung, Finanzierung und sonstige Unterstützung der Contras das völkergewohnheitsrechtliche Interventionsverbot verletzt hätten; mit bestimmten Gewaltmaßnahmen gegen das nic. Territorium 1983–1984 sowie der Verminung nic. Häfen das völkergewohnheitsrechtliche Gewaltverbot verletzt hätten; verpflichtet seien, die Rechtsverletzungen sofort einzustellen; gegenüber NIC reparationspflichtig seien, worüber im weiteren Verfahren entschieden werde.“ Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1402.

18 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

19 Zur Kürzung der amerikanischen Beiträge für den VN-Haushalt vgl. Dok. 73.

sichtnahme auf wichtigsten Verbündeten zu nehmen. Allgemeine Tendenz: Stellungnahme low key.

2) Nahost

NL berichtete über seine Kontakte auf der Linie der von Präs vorgelegten Papiere und zusätzlich über ein Gespräch mit führenden Vertretern der Ölgesellschaften. Dieses Gespräch habe gezeigt, daß die arabischen Staaten, einschließlich Saudi-Arabien, die dramatischen Auswirkungen der Ölpreisentwicklung auf ihre wirtschaftliche Lage noch nicht annähernd erkannt hätten.

I bemerkte, Israels Haltung sei entscheidend für Stagnation des Friedensprozesses. Israel blockiere derzeit Initiativen. Der Peres-Plan[20] habe keine Chance der Realisierung. Es sollte geprüft werden, wie man die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten besser finanziell unterstützen könne.

NL, I, F stimmten in der Auffassung überein, daß z. Zt. nicht der geeignete Zeitpunkt für europäische Initiativen sei.

GR[21] berichtete über Besuch Assad[22] und hob strategische Bedeutung Syriens für Lösung des Nahostproblems hervor.

StS R trug auf der Linie des Sprechzettels vor. Auch wenn der Friedensprozeß im Nahen Osten stagniere und gegenwärtig keine Chance in Richtung Nahostkonferenz bestünde, sollten wir Dialog mit Washington fortsetzen, ob wir im Wege der Arbeitsteilung Fortschritte erzielen können.

Er unterstützte die Bitte des ägyptischen Außenministers[23] um mehr Hilfe, forderte allerdings gleichzeitig verstärkte Eigenanstrengung ägyptischer Regierung.

GB und NL unterstützten den Gedanken noch engerer Abstimmung mit den USA, warnten allerdings vor zu hohen Erwartungen.

NL erläuterte, Präs habe AM Shultz Troika-Kontakte mit Nahostexperten der USA angeboten. Reaktion von Shultz sei nicht enthusiastisch gewesen.

Schlußfolgerungen der Präsidentschaft

– Z. Zt. keine europäischen Initiativen, aber Fortsetzung der Kontakte mit den betroffenen Parteien,
– Intensivierung des Dialogs mit den USA,

20 Ministerialdirektor Sudhoff informierte am 22. April 1986: „MP Peres wirbt seit Anfang dieses Jahres für die Verwirklichung eines ‚Marshall-Plans für den Nahen Osten', der die Errichtung eines multinationalen Entwicklungsfonds für die Region in Höhe von ca. 30 Mrd. Dollar vorsieht. Aus dem Fonds sollen gemeinsame Projekte zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten finanziert werden. Die Mittel für den Fonds sollen anteilig von den Regierungen der westlichen teilnehmenden Länder (EG, USA, Japan, Kanada) und über den Kapitalmarkt aufgebracht werden. MP Peres schlägt vor, zur Finanzierung die Ersparnisse der Industriestaaten aufgrund des Verfalls der Ölpreise und die zu erwartenden Rückflüsse aus Zinsen- und Schuldendienst durch die Länder der Region zu verwenden. […] Die bisherige Reaktion seitens der europäischen Staaten war zurückhaltend. Die USA haben, trotz eigener Zweifel an der politischen Realisierbarkeit des Plans, die Konzeption von MP Peres offiziell positiv aufgenommen. Wie MP Peres sprechen sie sich dafür aus, daß ein europäisches Land die Führung und Koordination übernimmt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141113.

21 Karolos Papoulias.

22 Präsident Assad hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1986 in Griechenland auf.

23 Asmat Abdel-Meguid.

– Prüfung der Frage, was wir in den besetzten Gebieten tun können (EG-Projekte),
– Prüfung der Frage, wie EGK und die Zwölf bilateral Ägypten unterstützen können,
– Briefentwurf an GS Klibi über Europäisch-Arabischen Dialog wurde Hauptstädten übermittelt.

3) Südafrika und Südliches Afrika

NL gab skeptischen Bericht über jüngste Entwicklung in Südafrika. Ergebnis der Eminent Persons Group (EPG)[24] werde schon bald dazu führen, daß Parlamente der MS ihre Regierungen unter Druck setzen werden, weitere Maßnahmen gegenüber Südafrika zu ergreifen.

DK[25] berichtete, dänische Regierung habe sich erfolglos bemüht, den Beschluß des dänischen Parlaments abzuwehren, daß bis Ende 1986 alle Handelsbeziehungen mit SUA eingestellt werden sollten.

GB und PTG[26] warnten vor vorschnellen Reaktionen und betonten die Notwendigkeit, an der Luxemburger Erklärung vom 10.9.1985[27] festzuhalten.

I und PTG wiesen auf Verschlechterung der Lage in Mosambik hin und empfahlen, etwas für Machel zu tun. PTG sah Ansätze für größere Flexibilität in Angola, da Unterstützung der SU nachlasse.

NL führte abschließend aus, Luxemburger Erklärung vom 10.9.1985 zu Südafrika sei nach wie vor gemeinsame Grundlage. Wenn EPG scheitere, könne innenpolitischer Druck Regierungen der MS zwingen, Position zu überprüfen. Der ER könne als Reaktion Forderung nach Freilassung von Mandela als notwendigen Schritt zur Förderung des Dialogs in SUA wiederholen. Man müsse ferner nachdenken, ob dieser Forderung nicht durch begrenzte Schritte im

24 Zur Einsetzung der „Eminent Persons Group" (EPG) des Commonwealth vgl. Dok. 133, Anm. 9. Für den Wortlaut des am 7. Juni 1986 dem Generalsekretär des Commonwealth, Ramphal, übergebenen und am 12. Juni 1986 veröffentlichten Berichts vgl. THE COMMONWEALTH GROUP OF EMINENT PERSONS (Hrsg.), Mission to South Africa. The Commonwealth Report, Harmondsworth 1986. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 559–566 (Auszug).
Ministerialdirektor Sudhoff legte am 23. Juni 1986 dazu dar: „Die zusammenfassende Analyse des EPG-Berichtes kommt zu dem Ergebnis, die südafrikanische Regierung sei bisher nicht bereit, das Apartheidsystem abzuschaffen und durch eine neue und gerechte Ordnung zu ersetzen. […] Zweite wichtige Aussage des EPG-Berichtes ist die Feststellung, daß ihre Mission – Ingangbringen von Verhandlungen zwischen Schwarz und Weiß – an der Starrheit der S[üd]A[frika]-Regierung gescheitert sei." Die Gruppe komme ferner zu dem Schluß, „daß Südafrika nur noch durch die Verhängung von zusätzlichen Maßnahmen zur Beseitigung des Apartheidsystems gezwungen werden kann. Dies entspricht in dieser weitgehenden und wenig differenzierten Form nicht unserer Auffassung. Nachdem es auch im amerikanischen Kongreß Sanktionsbemühungen gibt und unsere übrigen EPZ-Partner drängen, müssen wir uns nun auch darauf einstellen, daß Großbritannien durch den EPG-Bericht, der auf der Commonwealth-Konferenz im August beraten werden wird, unter erheblichen Druck gerät und sich den Pressionen der übrigen Commonwealth-Mitglieder möglicherweise nicht völlig entziehen kann." Insgesamt sei festzustellen, „daß von dem EPG-Bericht nur wenig neue analytische Erkenntnisse ausgehen. Die kritische Beurteilung der südafrikanischen Politik erhält jedoch eine international anerkannte Autorität. Damit steigt der operative Handlungsdruck, sowohl auf London wie mittelbar auf die Bundesregierung." Vgl. Referat 320, Bd. 156026.

25 Uffe Ellemann-Jensen.

26 Pedro Pires de Miranda.

27 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Ratspräsidentschaft vom 10. September 1985 zu Südafrika, die im Anschluß an die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ abgegeben wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 153–155. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 245.

wirtschaftlichen Bereich (z. B. Maßnahmen gegen Einfuhr von Früchten, Gemüse und Kohlen aus SUA) Nachdruck verliehen werden sollte.

StS R widersprach den Schlußfolgerungen der Präs in bezug auf die über die Beschlüsse vom 10.9.1985 hinausgehenden Vorschläge. Er verwies auf die bekannte Haltung der Bundesregierung gegenüber Sanktionen und schloß sich den Ausführungen, die GB und PTG bereits gemacht hatten, an.

4) Vorbereitung des Europäischen Rates (ER)

Zum Thema ER trugen NL und Präs Delors ihre Vorstellungen vor. In der Debatte wurde allgemein betont, ER sollte sich auf einige wenige Schwerpunktthemen konzentrieren. Beratungen sollten, wenn irgend möglich, durch Papiere der Präs oder EGK vorbereitet werden. Nationale Papiere der MS sollten spätestens bis AM-Rat 16./17.6.1986 Präs übermittelt werden.

4.1) EG-Themen

Folgende Gemeinschaftsthemen wurden vereinbart:

4.1.1) Wirtschaftliche und soziale Situation

EGK wird kurze Papiere zu folgenden Themen vorlegen:

– Standort der kleinen und mittleren Unternehmen,
– Verbesserung des Arbeitsmarktes,
– Zurverfügungstellung von Risikokapital.

NL sah als Schwerpunkte der Diskussion die Themen Fragen der Beschäftigung, Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Behandlung des Papiers der Präs vom 5.6.1986 an den Wirtschafts- und Sozialrat zur Beschäftigungslage.

4.1.2) Binnenmarkt

EGK wird kurzen Fortschrittsbericht über Binnenmarkt vorlegen. Delors betonte, wenn Weißbuch[28] eingehalten werden soll, müßten bis Jahresende 106 Texte verabschiedet werden.

Präs sah besondere Flaschenhälse für Fortschritte in den Bereichen öffentliche Beschaffung, Verkehr und Dienstleistungen.

4.1.3) Europa der Bürger

Delors konstatierte fast völligen Stillstand, Enttäuschung über unbefriedigenden Fortschritt bei ERASMUS[29], COMETT[30] und YES[31].

28 Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes" für die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch bzw. den Anhang „Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes 1992" vgl. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf bzw. http://europa.eu/documents/comm/ white_papers/pdf/com1985_0310_f_de_annexe.pdf.

29 European Action Scheme for the Mobility of University Students.
Vortragender Legationsrat Beemelmans vermerkte am 22. Januar 1986, der Vorschlag für das Studentenaustauschprogramm ERASMUS liege dem EG-Ministerrat vor: „Ziel: Statt jetzt weniger als 1 % sollen ab 1992 wenigstens 10 % der Studenten eine anerkannte Studentenzeit in einem anderen Mitgliedstaat verbringen, dank Universitätsnetz mit 600 Universitäten per 1987 und 1700 per 1989. 178 Mio. ECU, 44 000 Voll- und Teilstipendien, Hochschullehreraustausch usw. für 1987–89. Zusammen 277 Mio. ECU (ohne Schülerprogramm, das noch nicht bekannt ist!) für 3 Jahre = ca. 200 Mio. DM pro Jahr." Vgl. B 92 (Referat 641/614), Bd. 655.

30 Korrigiert aus: „KOMET".
European Community Action Programme für Education and Training for Technology.
Vortragender Legationsrat Beemelmans erläuterte am 22. Januar 1986, das Programm COMETT

4.1.4) Prioritäten und finanzielle Möglichkeiten

Delors und NL betonten, hier könne es keine detaillierte Diskussion über Haushaltsfragen geben, sondern höchstens allgemein gehaltenen, kurzen Tour de table.

I wünsche angesichts bedrohlicher Finanzlage ausführlichere Debatte der Haushaltsentwicklung.

GB, F und D widersprachen nachdrücklich.

4.1.5) Agrarfragen

Delors empfahl, internationale Dimension und Handelsaspekte der Agrarpolitik zu diskutieren. NL und GB befürworteten darüber hinaus Orientierungsdebatte über längerfristige Probleme der Agrarpolitik.

NL sprach sich für Berufung einiger amerikanischer und europäischer Persönlichkeiten, um Problem zu untersuchen (eher Experten als Politiker), aus.

StS R und Präs Delors betonten demgegenüber Konzentration auf internationale Aspekte und Handelsprobleme der Agrarpolitik.

4.1.6) Sicherheit der Kernenergie

EGK wird hierzu endgültiges Papier bis 11.6.1986 abends vorlegen.[32] Delors übergab vorab vorläufiges Papier[33], das insbesondere im Bereich Reaktorsicherheit noch überarbeitet werden soll. StS R unterstützte nachdrücklich Behandlung dieses Themas. I forderte, die existierenden Bestimmungen von EURATOM müßten in die Überlegungen einbezogen werden.

4.1.7) EUREKA[34] – Technologiegemeinschaft

Delors schlug vor, ER solle sich mit dem Verhältnis von EUREKA zu der vorge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 869

beruhe auf einem Beschluß des EG-Ministerrats vom 5. Dezember 1985 und sehe folgendes vor: „Förderung von grenzüberschreitenden Kooperationsvorhaben zwischen Wirtschaft und Hochschulen bei Aus- und Fortbildung, Austausch von Praktikanten und Ausbildern, gemeinsame Fortbildungsvorhaben, 65 Mio. ECU für 10 000 Praktikanten und 700 Ausbilder sowie andere Maßnahmen von 1987 bis 1989." Vgl. B 92 (Referat 641/614), Bd. 655.
In der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Bildung zuständigen Minister am 9. Juni 1986 in Luxemburg wurde beschlossen, für das COMETT-Programm für die Jahre 1986 bis 1989 45 Mio. ECU zur Verfügung zu stellen, diesen Betrag jedoch vor dem 31. Dezember 1988 erneut zu prüfen. Die endgültige Verabschiedung erfolgte am 24. Juli 1986. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1986, S. 53, bzw. BULLETIN DER EG 7-8/1986, S. 55.

31 Youth Exchange Scheme for Europe.
Referat 614 legte am 19. Juni 1986 dar, für das Programm „sollen 1987 3,55 Mio. ECU, 1988 9,3 Mio. ECU und 1989 16,95 Mio. ECU, insgesamt für die 3-jährige Laufzeit also 30 Mio. ECU bereitgestellt werden. Damit sollen gefördert werden: Direkt: Jugendgruppen, Jugendbetreuer, europäische Nichtregierungsorganisationen, Austausch im Rahmen von Berufsbildungsprogrammen. Indirekt: nationale Informations- und Austauschförderstellen, gemeinsame Ausbildungslehrgänge. Ferner Ergänzungsmaßnahmen zur ‚europäischen Vernetzung, technischen Unterstützung und Erfahrungsaustausch'. Die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung zu diesem Programm ist noch nicht abgeschlossen. Während das federführende BMJFFG und AA das Programm begrüßen, lehnt BMF es mit Hinweis auf die Finanzlage und die angeblich fehlende Zuständigkeit der EG ab." Vgl. B 92 (Referat 641/614), Bd. 655.

32 Für das Papier „Communication-cadre de la Commission au Conseil sur les conséquences de l'accident de Tchernobyl" vgl. Referat 431, Bd. 153285. Für eine Zusammenfassung vgl. BULLETIN DER EG 6/1986, S. 91–93.

33 Für das Non-paper „Esquisse du plan d'action qui sera présenté par la Commission au Conseil à la suite de l'accident de Tchernobyl" der EG-Kommission vom 7. Juni 1986 vgl. Referat 200, Bd. 134816.

34 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 109, Anm. 20.

schlagenen Technologiegemeinschaft[35] (Querverbindungen, Vereinbarkeit, etc.) befassen. EGK bot an, Papier für ER vorzubereiten. NL, StS R und GB gaben zu bedenken, daß nächstes Treffen EUREKA erst nach ER stattfinden werde.[36] Es sei zu überlegen, ob Erörterung nach Vorbereitung im zuständigen Rat dem ER Ende des Jahres[37] vorgelegt werden solle. Endgültige Entscheidung wurde nicht getroffen.

4.1.8) Mittelmeerprogramm[38]

NL möchte dieses Thema vom ER fernhalten und daher auf jeden Fall am 16./17.6.1986[39] abschließen. Verabschiedung mit Rücksicht auf spanische Wahlen (21.6.) erst als A-Punkt auf Agrarministerrat (24.6.). Van Eekelen fliegt 9.6. nach Madrid.

4.1.9) Handelsprobleme EG/USA[40]

Haltung der EG zu möglichen Retorsionsmaßnahmen soll bis AM-Rat am 16./17.6.1986[41] festgelegt werden, um Befassung des ER zu vermeiden.

35 In Artikel 24 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bis 28. Februar 1986 wurde festgelegt, dem EWG-Vertrag vom 25. März 1957 ein Kapitel zur Zusammenarbeit bei Forschung und technologischer Entwicklung hinzuzufügen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 172–174.

36 Am 30. Juni 1986 fand in London die dritte EUREKA-Ministerkonferenz statt. Botschaftsrat I. Klasse Hoffmann, London, teilte dazu am 1. Juli 1986 mit, durch den Beitritt Islands seien nun alle EFTA-Mitgliedstaaten an EUREKA beteiligt: „Nach der Notifizierung von 62 weiteren Projekten gibt es jetzt insgesamt 72 EUREKA-Projekte mit einem Projektumfang von etwa 6 Milliarden DM. Diese starke Resonanz zeigt eine Attraktivität der EUREKA-Initiative, die vor einem Jahr vielfach nicht erwartet worden ist." Es sei eine Vereinbarung über ein Sekretariat unterzeichnet worden, das seinen Sitz in Brüssel haben werde. Ferner habe die Konferenz den Verfahrensregeln für EUREKA-Projekte zugestimmt. Hoffmann legte dar: „Nach der Londoner Konferenz erscheint EUREKA gefestigt und auf dem Weg zum Erfolg." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1433; Referat 414, Bd. 163007.
Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 491 f.

37 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 5./6. Dezember 1986 in London statt.

38 Zur Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 48, Anm. 11.
Ministerialdirektor Jelonek legte am 5. Juni 1986 dar: „Im Zuge der Verhandlungen mit den von der Anpassung der Mittelmeerpolitik betroffenen Drittländern […] und bei der EG-intern ausgelösten Diskussion über Nachbesserungsvorschläge der Kommission zu dem vom Rat verabschiedeten Verhandlungsmandat ist es zu einer Reihe von Schwierigkeiten gekommen, die befürchten lassen, daß eine zügige Verabschiedung des Globalkonzepts der Präsidentschaft in kurzer Frist (vorgesehen war Verabschiedung bis Juli 1986) immer unwahrscheinlicher wird. […] Präsidentschaft beabsichtigt, den Kern des Globalkonzepts (Handelsteil) möglichst bald verabschieden zu lassen, eine geographische Aufschnürung zu verhindern sowie entsprechend dem Kommissionsvorschlag die Handelsverhandlungen jetzt zum Abschluß zu bringen, das Finanzvolumen jedoch erst später festzulegen." Vgl. Referat 411, Bd. 144939.

39 Botschafter Ungerer, z. Z. Luxemburg, berichtete am 17. Juni 1986 zur EG-Ministerratstagung am 16./17. Juni 1986, es sei anhand einer niederländischen Vorlage über die Mittelmeerpolitik in folgenden Bereichen diskutiert worden: „1) Handelsanpassung, 2) künftige finanzielle und technische Kooperation, 3) Abschluß von Fischereiabkommen, 4) Beseitigung Diskriminierungen gegenüber Spanien und Kanarischen Inseln. Rat erzielte nach längerer Debatte grundsätzliches Einvernehmen über Leitlinien zu Ziff[er] 1–3; offen blieb vor allem ital[ienische] Forderung nach Festlegung Modalitäten (Finanzvolumen) künftiger Finanzkooperation bis Ende Juni. Im übrigen scheiterten Bemühungen um Einigung über vorgeschlagene Verbesserungen der Einfuhrregelung für Spanien und Kanarische Inseln an unveränderter Haltung Spaniens, aber auch anderer MS, die Vorschläge als unzureichend bzw. zu weitgehend ablehnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; Referat 411, Bd. 144939.

40 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 88.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 21. Mai 1986, Präsident Reagan habe am 15. Mai 1986 erste konkrete Maßnahmen bekanntgegeben. So hätten die USA Importquoten für Schokolade, Süßwaren, Apfel- und Birnensaft, Bier und Wein höherer Qualität festgelegt. Diese seien bis Ende 1986 gültig und so ausgelegt, „daß keine Schädigung für die EG-Ausfuhren

4.1.10) Griechenland/Türkei

Thema Griechenland/Türkei wurde nicht im Plenum angesprochen. StS R hat am Rande der Sitzung Präs Delors, GB und NL deutsche Unterstützung in Athen und Ankara angeboten und sich dafür eingesetzt, daß am 16./17.6.1986 Einberufung Assoziationsrats EG–Türkei beschlossen wird.

4.1.11) Mehrheitsentscheidungen im Rat

Zum Thema Mehrheitsentscheidungen im Rat will Präs von formellem Beschluß absehen, appellierte aber an MS, sich schon jetzt möglichst entgegenkommend zu verhalten und wo irgend möglich Mehrheitsentscheidungen auch vor Ratifizierung der EEA[42] zu ermöglichen.

4.2) EPZ-Themen für ER

4.2.1) Nahost

NL stellte fest, Erklärung des ER zu Nahost sei nach vorhergegangenem Meinungsaustausch über dieses Thema nicht angezeigt.

4.2.2) Südafrika

Über Erklärung zu SUA müsse je nach Verlauf der Arbeit der EPG entschieden werden.

4.2.3) Erklärung des ER zum Thema Menschenrechte[43]

NL setzte sich nachdrücklich für Verabschiedung der Erklärung Menschenrechte durch ER ein. GB und F zögerten. F will sich Erklärung zunächst noch genauer ansehen.[44]

Fortsetzung Fußnote von Seite 871

eintreten soll. Eine Lösung des Problems wird im Rahmen des GATT angestrebt." Ferner hätten die USA die Zollbindung bei bestimmten Produkten gekündigt. Randermann legte dar: „Die Ankündigungen von Präsident Reagan sind moderat und bedeuten für den Augenblick keine Verschärfung des Konflikts. Auch die Gemeinschaftsreaktion, zunächst auf weitere Maßnahmen zu verzichten, würde – wenn sie zustande kommt – eine Verhandlungslösung der Portugal betreffenden Fragen erleichtern. Das eigentliche Problem sind jedoch die EG-Abschöpfungen auf spanische Futtermitteleinfuhren. Wegen der derzeitigen innenpolitischen Konstellation mit wichtigen Kongreßwahlen im Herbst (wobei in vielen Bundesstaaten mit bedeutender Agrarproduktion gewählt wird) und der anhaltenden Krise in der amerikanischen Landwirtschaft kann die Regierung Reagan hier auf einen Ausgleich für ihre Handelsverluste nicht verzichten." Vgl. Referat 411, Bd. 144248.

41 Botschafter Ungerer, z. Z. Luxemburg, berichtete am 17. Juni 1986, die EG-Ministerratstagung am 16./17. Juni 1986 habe die Absicht der EG-Kommission gebilligt, „in Verhandlungen auf politischer Ebene (VP Andriessen, Kom[missar] de Clercq) mit US-Regierung Beilegung des Streites über agrarpolitische Folgen der Erweiterung zu versuchen. […] Um Verhandlungsposition der Gem[einschaft] zu stärken, einigte sich Rat darauf, im Falle von US-Maßnahmen wegen der Folgen des Beitritts von E entsprechende Maßnahmen bei Maiskleber, Reis und Weizen auf Vorschlag der Kom[mission] zu beschließen […]. Als Antwort der Gem. auf US-Maßnahmen wegen P verabschiedete Rat VO zur Einführung einer Überwachung der Einfuhren bestimmter US-Waren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 134; Referat 411, Bd. 144248.

42 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 163–182.

43 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 2. Juni 1986: „Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wird im Politischen Komitee und in einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Zeit das von den NL eingeführte Vorhaben einer Erklärung des Europäischen Rates zum Thema ‚Menschenrechte' diskutiert. Ziel dieser Initiative der niederländischen Präsidentschaft ist es, daß die EG-MS ihre Menschenrechtskonzeption, die z. B. in VN-Dokumenten nur eingeschränkt darstellbar ist, voll darstellen und das politische Gewicht, das sie der Achtung der Menschenrechte in ihren Beziehungen zur übrigen Welt beimessen, bekräftigen." Vgl. Referat 200, Bd. 134809.

44 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling notierte am 30. Juni 1986, der Europäische Rat habe

4.2.4) West-Ost-Beziehungen

StS R befürwortete Aufnahme dieses Themas für ER angesichts bedeutender, für die zweite Jahreshälfte anstehender Entwicklungen (KVAE-Stockholm, KSZE-Wien, West-Ost-Gipfeltreffen). Vorschlag wurde von NL aufgegriffen und fand Zustimmung. NL wird kurzes Papier mit Auflistung der anstehenden wichtigen West-Ost-Ereignisse für ER vorlegen. Die AM waren gegenüber Erklärung des ER zu diesem Thema eher reserviert.

4.2.5) Drogen

NL denkt darüber nach, ob es ER einen Vorschlag für eine Erklärung zum Thema Drogen vorlegen will. Die Erklärung des ER zum Terrorismus[45] habe zur Intensivierung der Behandlung dieses Themas im Kreise der Zwölf beigetragen. GB wies darauf hin, die Bemühungen der Gemeinschaft sollten nicht zur Duplizierung der Erklärung des WWG und der Behandlung dieses Themas im Europarat führen.

5) West-West-Beziehungen

Trotz mehrfacher deutscher Nachfrage konnte Thema erst bei Sitzungsende behandelt werden. StS R trug Einführungserklärung angesichts Zeitnot in der Begründung komprimiert, in den operativen Vorschlägen vollständig vor. B und NL unterstützten Behandlung des Themas, wiesen allerdings auf amerikanische Zurückhaltung gegenüber Troika hin.

I regte an, Gentlemen's Agreement von 1974 über Kontakte EPZ/USA[46] in Überlegungen einzubeziehen. Thema soll dem PK zur weiteren Prüfung zugeleitet werden. AM wollen bei nächstem informellen EPZ-AM-Treffen am 6./7.9.1986[47] ausführlich darüber diskutieren. D wurde gebeten, die operativen Vorschläge dem PK vorzulegen.

6) EPZ-Sekretariat

NL befürwortete nachdrücklich dreijährige Berufung des Leiters des EPZ-Sekretariats. Vorbehalte von DK, F und GR.

Auch deutscher Kompromißvorschlag dreijährige Berufung auf Probe war nicht konsensfähig. NL wird bei Mittagessen anläßlich AM-Rates am 16./17.6.1986 auf endgültige Entscheidung drängen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 872

die Frage einer Menschenrechtserklärung auf seiner Tagung am 26./27. Juni 1986 in Den Haag an die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zurückverwiesen. Vgl. dazu Referat 200, Bd. 134809. Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ am 21. Juli 1986 in Brüssel eine Erklärung über Menschenrechte. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 472.

45 Der Europäische Rat gab erstmals auf seiner Tagung am 12./13. Juli 1976 in Brüssel eine Erklärung zum Terrorismus ab. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 430. Vgl. dazu auch AAPD 1976, II, Dok. 231.

46 Auf Schloß Gymnich berieten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der Präsident der EG-Kommission, Ortoli, am 20./21. April 1974 über die Frage der Konsultationen mit verbündeten oder befreundeten Staaten. Die Beratungen wurden in der Sitzung des Politischen Komitees am 28. Mai 1974 fortgesetzt, über deren Ergebnisse Bundesminister Genscher den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten am 10. Juni 1974 Bericht erstattete. Die Außenminister stimmten dem Bericht zu, der keine automatische Verpflichtung zur Konsultation vorsah, sondern ein „pragmatisches und fallweises Vorgehen". Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 168.

47 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brokket Hall vgl. Dok. 236.

7) AM Poos lud seine Kollegen zur Gedenkveranstaltung für Robert Schuman am 17.6.1986 ein.

Gnodtke

Referat 200, Bd. 134816

168

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1241 **Aufgabe: 12. Juni 1986, 18.10 Uhr**[1]
Ankunft: 12. Juni 1986, 19.36 Uhr

Betr.: Stellenwert GBs für die Bundesrepublik Deutschland und der der Bundesrepublik Deutschland für Großbritannien im Bezugsfeld Washington–London–Paris–Bonn

Bezug: DE Nr. 3054 vom 18.4.1986[2]

1) Der spezifische Charakter des deutsch-britischen Verhältnisses wird durch einen Vergleich mit dem deutsch-französischen Verhältnis deutlich: Das deutsch-französische Verhältnis ist eine Grundvoraussetzung für den europäischen Einigungsprozeß und eines der wichtigsten Elemente der Verankerung der BR Deutschland im Westen. Auch im Tagesgeschäft der politischen Zusammenarbeit der Regierungen schwingt immer noch das Bewußtsein des historischen Ereignisses der Aussöhnung der beiden Völker mit. Enge Abstimmung in der Außenpolitik und mehr noch die öffentliche Darstellung gemeinsamen Handelns sind Werte an sich und finden breite Zustimmung in der Bevölkerung beider Länder.

Die deutsch-britische Zusammenarbeit zeichnet sich dadurch aus, daß sie geschäftsmäßig, solide und zielgerichtet ist, daß der Dialog sehr offen geführt wird und daß er getragen ist von gegenseitigem Vertrauen. Das deutsch-britische Verhältnis macht selten Schlagzeilen. Es entbehrt dramatischer Höhepunkte und kommt mit einem Minimum an Rhetorik und Symbolismus aus. Die er-

1 Das von Gesandtem Bracklo, London, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat von Lukowitz am 13. Juni 1986 vorgelegen.

2 Mit Blick auf den Staatsbesuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 1. bis 4. Juli 1986 in Großbritannien bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen die Botschaften in London, Paris und Washington sowie die Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York, der NATO bzw. den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel sowie bei der OECD in Paris, „zu Rolle, Bedeutung und Einflußmöglichkeiten" Großbritanniens Stellung zu nehmen und „bei der Berichterstattung insbesondere auf aus den britischen Statusmerkmalen (Besitz von Nuklearwaffen, Sitz in VN-SR, Statusmacht, Führungsrolle im Commonwealth, Zugehörigkeit EG/EPZ, W[irtschafts]G[ipfel] und G 5, Besitz von Kolonien) sich ergebende Einflußmöglichkeiten einzugehen". Vgl. Referat 205, Bd. 135373.

reichten Absprachen sind eher das Ergebnis praktischer Notwendigkeiten als des Bemühens, feierliche Verpflichtungserklärungen mit etwas konkreterem Inhalt zu erfüllen.

Aber diese Unterschiede mindern nicht den Wert der Zusammenarbeit mit dem einen oder dem anderen Land. Der Charakter und die Gewohnheiten der Partner prägen zwangsläufig den Stil der Kooperation. Die Osmose zwischen befreundeten Ländern, die im häufigen Umgang miteinander vonstatten geht, und die gegenseitige Anpassung bewirken oft mehr Konvergenz und Übereinstimmung als die aufgesetzten Verhaltensmuster der Konferenz- und Konsultationsmechanismen. Wichtig ist, daß die Grundvoraussetzungen einer guten Partnerschaft, die Übereinstimmung in den Grundanschauungen und in den wesentlichen Interessen, gegeben sind[3].

2) Die Bedeutung des bilateralen Verhältnisses sowohl für D als auch für GB beruht vor allem auf der durch gemeinsame Interessen bestimmten Mitgliedschaft in der NATO und in der EG sowie auf der Schutzmachtfunktion GBs für Berlin, seiner Verantwortung für D als Ganzes und auf der Präsenz britischer Truppen auf deutschem Boden.

Die dynamische Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, hier in erster Linie des Handels, im Zuge der zunehmenden Ausrichtung der britischen Wirtschaft auf die Gemeinschaft, die stetige Ausweitung des Austauschs auf kulturellem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet, Tourismus und Studentenaustausch und schließlich Städtepartnerschaften haben dem bilateralen Verhältnis Tiefe verliehen. (D ist jetzt größter Handelspartner GBs; GB viertgrößter Abnehmer und viertwichtigstes Lieferland in unserem Außenhandel; hoher Stand und steigende Zuwachsraten in den jeweiligen Neuinvestitionen in beiden Ländern; ca. 1,5 Mio. deutsche Touristen besuchen jährlich GB, in umgekehrter Richtung reisen ca. 1,3 Mio.) Infolge der zunehmenden Bedeutung des multilateralen Bereichs ist die inzwischen fest etablierte, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen GB und D ein wichtiges Element der Außenpolitik beider Länder geworden.

Obwohl das deutsch-britische Verhältnis im Vergleich zum deutsch-französischen in der Öffentlichkeit ein niedrigeres Profil zeigt, spiegelt sich das sehr positive Bild der Beziehungen – wie Meinungsumfragen ergeben haben – auch in der Einstellung der Bevölkerung beider Länder zueinander wider. In einer im November 1985 durchgeführten MORI[4]-Umfrage gaben fast 1/4 der befragten Briten an, sie hielten D für den besten Freund GBs auf dem europäischen Festland. Der Anteil derer, die jeweils andere befreundete Länder nannten, war erheblich geringer. Umgekehrt rangiert GB nach den in D durchgeführten Umfragen auch für die Deutschen an der Spitze der befreundeten Länder in Europa, aber nach Frankreich.

3) Was den Rang der amtlichen Beziehungen zu D einerseits und F andererseits betrifft, hat GB der engen Verbindung mit uns seit den 60er Jahren größeres Gewicht beigemessen. Dies dürfte auf die langjährige Weigerung Fs, dem

3 Korrigiert aus: „ist".
4 Market & Opinion Research International.

britischen Beitritt zur EG zuzustimmen[5], und wohl auch auf die historische Rivalität der beiden Länder zurückzuführen sein, während gleichzeitig das Verhältnis GBs zu D zumindest aus britischer Sicht durch weitgehende Identität der Interessen und die „komplementäre Natur unserer nationalen Ursprünge und Charaktere" (so AM Howe am 17.10.1984[6]) gekennzeichnet ist.

4) Der enge Zusammenhang zwischen britischer Europapolitik und einem gesteigerten britischen Interesse an enger Zusammenarbeit mit uns ist im Gefolge der stärker nach Europa orientierten Politik der konservativen Regierung deutlich geworden. Während es zunächst darum ging zu vermeiden, daß GB am Rande von Entwicklungen blieb, die von D und F eingeleitet wurden, strebt GB nunmehr, nach Beseitigung der mit dem Haushalt und dem britischen finanziellen Beitrag verbundenen Probleme[7], eine aktive Rolle in Europa an, und es erhofft sich dabei unsere Unterstützung. Kurz: GB möchte durch enges Zusammengehen mit uns bei der Abstimmung der Europapolitik zwischen den drei wichtigsten Mitgliedern der EG ein ausgewogenes Dreiecksverhältnis herstellen.

Diese Zielsetzung trifft sich insofern mit unseren Vorstellungen, als wir unsererseits ein vorrangiges Interesse daran haben, GB in den Prozeß der europäischen Einigung als aktiv handelndes Mitglied einzubeziehen und dieser Einigung dadurch neue Antriebskraft zuzuführen.

Indirekt ist der Botschaft bei verschiedenen Gelegenheiten unsere Vermutung bestätigt worden, daß das FCO dafür eintritt, daß GB sich mehr um uns bemühen müsse. Zu diesem Werben gehört auch das Eingehen auf unsere wichtigen nationalen Anliegen, die Bestätigung der an sich schon im Deutschlandvertrag festgelegten britischen Haltung in der deutschen Frage[8] und die Rücksichtnahme auf uns im Zusammenhang mit den Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Gleichzeitig erinnert man aber auch an schon lange und auf unbegrenzte Zeit festgelegte Leistungen GBs, die aus britischer Sicht von den Deutschen nicht immer so richtig gewürdigt würden: Rheinarmee und British Air Force in Germany sowie Truppenpräsenz in Berlin. Schwerer fällt es den Briten – mangels entsprechender Mittel –, unseren Wünschen nach mehr Austausch im kul-

5 In einer Pressekonferenz am 14. Januar 1963 sprach sich Staatspräsident de Gaulle gegen den geplanten Beitritt Großbritanniens zur EWG aus. Auf der EWG-Ministerkonferenz am 28./29. Januar 1963 in Brüssel scheiterten erstmals Verhandlungen über einen britischen Beitritt zur Gemeinschaft. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 21, Dok. 60 und Dok. 63.
Nach einem erneuten britischen Beitrittsantrag vom 11. Mai 1967 vertrat Frankreich auf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedstaaten, die die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien befürworteten, die Auffassung, daß Beitrittsverhandlungen erst nach einer wirtschaftlichen und monetären Konsolidierung Großbritanniens eröffnet werden könnten. Vgl. AAPD 1967, III, Dok. 442, und AAPD 1968, I, Dok. 1.

6 Für den Wortlaut der Rede des britischen Außenministers Howe auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Deutsch-Englischen Gesellschaft vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, S. 635–643.

7 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau konnte eine Einigung über den britischen Beitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

8 Vgl. dazu Artikel 7, Absätze 1 und 2 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag); BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

turellen Bereich und Förderung der Begegnungen zwischen jungen Deutschen und Briten nachzukommen.

Es ist das Verdienst AM Howes, der die PM in vielen Fragen maßgeblich beeinflußt und sie schon zu manchem „überredet" hat, ihr seine Europalinie weitgehend verkauft zu haben.

Hiervon hat sich PM Thatcher auch nicht durch die Vorgänge im Vorfeld des Mailänder Gipfels im Juni 1985[9] abbringen lassen. Sie hatte damals gehofft, durch eigene Vorschläge, die sie zunächst mit uns, dann auch mit den anderen Partnern, sorgfältig konsultiert hatte[10], nicht nur die Fortentwicklung der Gemeinschaften in britischem Sinne zu beeinflussen, sondern auch europäisches Profil zu gewinnen. Statt dessen geriet GB durch die deutsch-französischen Vorschläge für einen Vertrag über die Europäische Union[11] – der inhaltlich dem britischen Vorschlag für eine Vereinbarung entsprach – und durch die von Italien herbeigeführte Abstimmung über eine Regierungskonferenz[12] in die Isolierung (ausgerechnet mit DK und GR). Die Art und Weise, wie PM Thatcher und AM Howe den deutsch-französischen Vertragsentwurf in London quasi Minuten vor Abflug nach Mailand zugestellt bekamen, löste Verärgerung und Enttäuschung aus.

Aber wie eine inzwischen hier vorgenommene Bestandsaufnahme unserer Beziehungen ergeben hat, hat dieses [13]„Schlüsselerlebnis" weder die britische Europapolitik noch die deutsch-britische Zusammenarbeit nachhaltig beeinträchtigt.

Die der konservativen Regierung eigene realistische Einschätzung sowohl der britischen Interessen als auch derjenigen der Partner macht es auch in Zukunft unwahrscheinlich, daß GB sich durch Irritationen und Störungen in der laufenden Abstimmung mit seinen Partnern oder durch divergierende Positionen in Teilbereichen in der Verfolgung seiner langfristigen Ziele beirren läßt. Dennoch müssen wir in Rechnung stellen, daß der Einbindung GBs in den europäischen Einigungsprozeß zahlreiche und vielschichtige, z. T. psychologische Hindernisse entgegenstehen. Dies bedeutet, daß die Unterstützung der grundsätzlich europafreundlichen Linie der konservativen Regierung für uns und andere EG-MS besondere Aufmerksamkeit erfahren sollte. Wir sollten uns – vielleicht noch etwas mehr als bisher – bemühen, auf die Briten einzugehen, und

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

10 Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1985 in Chequers übergab Premierministerin Thatcher einen Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit. Vgl. AAPD 1985, I, Dok. 129.
Der Entwurf wurde beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Juni 1985 in Stresa auch den übrigen EG-Mitgliedstaaten und am 28./29. Juni 1985 dem Europäischen Rat in Mailand vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 441–444.

11 Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. AAPD 1985, I, Dok. 173. Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1985, D 449–451.

12 Die italienische Ratspräsidentschaft legte dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 den Entwurf eines Mandats für eine Konferenz der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens sowie der EG-Kommission vor, die einen „Vertrag über die schrittweise Verwirklichung der Europäischen Union" aushandeln und bis zum 30. November 1985 Schlußfolgerungen dazu vorlegen sollte. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 452 f.

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1242 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

eine stetige und besonders vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegen. Nur eine erfolgreiche Mitarbeit GBs in Europa, zu der wir wesentlich beitragen können, kann den Europakritikern das Wasser abgraben.

Die am 1. Juli 1986 beginnende britische Präsidentschaft bietet eine hervorragende Gelegenheit, die britische Regierung in ihrem Streben nach einer führenden Rolle zu unterstützen.

5) Vereinbarkeit einer engen deutsch-britischen Zusammenarbeit mit unserem Verhältnis zu F

Die Rolle eines bevorzugten Partners GBs im europäischen Kontext läßt sich durchaus mit der besonderen Qualität des deutsch-französischen Verhältnisses in Einklang bringen. Die Briten anerkennen grundsätzlich die Besonderheiten des deutsch-französischen Verhältnisses, seine vertragliche Grundlage[14] und seine vor allem symbolische Bedeutung für Europa. Sie sehen allerdings auch die Schwierigkeiten der Harmonisierung deutscher und französischer Interessen sowie die Hindernisse, die sich, zumindest derzeit, der Ausübung der führenden Rolle Ds und Fs in der Gemeinschaft entgegenstellen. In der Praxis wird es darum gehen, den gleichwohl immer wieder aufkommenden britischen Besorgnissen wegen einer Automatik deutsch-französischer Abstimmung und einer damit verbundenen britischen „Isolierung" durch frühzeitige Unterrichtung über unsere Überlegungen oder anstehende Entscheidungen zuvorzukommen. Darüber hinaus dürfte der Gedanke einer „géométrie variable" auch für die den größeren EG-Partnern zukommenden Leitfunktionen anwendbar sein (und ist wohl auch gelegentlich praktiziert worden). Unser enges Verhältnis zu F und die These, daß sich in Europa nichts ohne D und F bewege, daß jedenfalls aber nichts gegen D und F geschieht, sollte uns nicht davon abhalten, auch gelegentlich zunächst zusammen mit GB neue Wege zu erkunden.

6) Deutsch-britisches Verhältnis im Kontext der europäisch-amerikanischen Beziehungen

Die „special relationship" zwischen GB und den USA im herkömmlichen Sinne existiert nicht mehr, aber es bestehen weiterhin enge Verbindungen zwischen GB und USA. GB möchte diese Verbindungen aufrechterhalten und die daraus resultierenden Einflußmöglichkeiten nutzen. Das FCO ist der Meinung, daß dies durchaus vereinbar ist mit dem besonders von AM Howe befürworteten verstärkten Engagement in Europa. Die britischen Interessen erforderten ein „sowohl als auch". Hier spielt auch der Gedanke herein, daß für GB wegen der Mittlerrolle, zu der es geradezu prädestiniert ist, zweierlei abfallen könnte: neue zusätzliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die USA, da es als Sprecher Europas auftreten könnte, gleichzeitig aber auch stärkerer Einfluß auf die europäischen Partner, da GB seinen in USA immer noch beträchtlichen Goodwill in die Waagschale werfen kann.

In dem Maße aber, in dem sich GB mit Europa identifiziert, wird sein national bestimmtes Interesse an der Erhaltung und Nutzung der „American connection" überlagert von dem Interesse, das GB als Teil der Gemeinschaft an einem

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

guten Verhältnis zwischen Europa und USA hat. Schon vor Libyen[15], der Berner KSZE-Konferenz über Menschenrechte[16] und der jüngsten Erklärung Reagans zu SALT II[17] ist, wie wir aus dem FCO erfahren, das Thema der Verbesserung der europäisch-amerikanischen Beziehungen für die britische außenpolitische Planung ein Vorrang-Thema geworden. Man hat erkannt, daß die Lösung der Dissonanzen nicht mehr in Rücksichtnahmen und Anpassung an amerikanische Wünsche bestehen kann. Man sieht immer deutlicher, daß Europa die enge Partnerschaft mit den USA nur dann bewahren kann, wenn es ein gleichberechtigter und selbstbewußter Partner wird. Den Amerikanern müsse die Notwendigkeit eines starken europäischen Pfeilers der Allianz nahegebracht werden. Sie müßten überzeugt werden, daß es nicht nur um das Problem der gerechten Verteilung der Verteidigungslasten geht. Europa müsse nicht nur zur Ost-West-Politik einen angemessenen Beitrag leisten, sondern auch stärker in Fragen der Dritten Welt Mitsprache beanspruchen. Da ein solches Europa nur in Kooperation mit den USA, nicht in Konfrontation entstehen könne, müßten die Amerikaner dafür gewonnen werden, die Entwicklung Europas zu einer eigenständigen Kraft zu unterstützen.

Ein Zusammenwirken GBs mit uns in diesem Zusammenhang liegt nahe. Auch für uns hat das transatlantische Verhältnis einen hohen Stellenwert. Auch wir würden eine stärkere Rolle Europas nur in Kooperation mit den USA suchen.

Die Überlegungen des FCO hierzu und insbesondere zu der Frage, inwieweit GB und D bei der Stärkung Europas und der Verbesserung des transatlantischen Dialogs zusammenwirken können, sind noch keineswegs ausgereift. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Sicherheitspolitik. Es gibt noch keine klaren Vorstellungen über die Rolle der WEU als Instrument europäischer Meinungsbildung in Sicherheitsfragen. Andererseits ist man bereits jetzt von der Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Positionen in Fragen der Dritten Welt überzeugt und möchte man darüber hinaus eine Stärkung der europäischen Out-of-area-Fähigkeiten zur Diskussion stellen. Auch hier erhofft man sich – trotz unserer bekannten Einstellung zu dem Thema – einen deutschen Beitrag.

Mir scheint, daß der Zeitpunkt gekommen ist, mit GB in einen vertieften Meinungsaustausch über die Verbesserung des europäisch-amerikanischen Dialogs einzutreten. Möglicherweise ergeben sich hieraus Ansätze für eine gemeinsame Initiative. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß gemeinsame Aktionen in diesem Bereich eine besondere Bewährungsprobe für die Fähigkeit beider Länder zum Management des Dreierverhältnisses der drei großen Partner in Europa F, GB und D bedeuten würde. Während es bisher im allgemeinen darum ging, den Spätankömmling in der EG, GB, frühzeitig in deutsch-französische Initiativen einzubinden, könnten sich hier einmal deutsch-britische Ausgangspositionen ergeben, mit dem Problem der Zugewinnung von F.

[gez.] Wechmar

Referat 205, Bd. 135373

15 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
16 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.
17 Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 vgl. Dok. 157.

169

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang

342-321.36 CHN **13. Juni 1986**[1]

Frühstück von BM mit Generalsekretär (GS) Hu Yaobang vom 13.6., 8 bis 9 Uhr[2]

Anwesend: GS Hu Yaobang, Vizepremierminister Li Peng, VAM Zhou Nan, AL Mei Zhaorong, Botschafter Guo Fengmin; Botschafter Fischer, D 3[3], MD Seitz, RL 341[4], 010[5].

BM: Der politische Dialog entwickelt sich erfreulich. Wir würden gern die kulturellen Beziehungen ausweiten. Insbesondere wären wir daran interessiert, ein Kulturinstitut[6] einzurichten, in dem wir mit der Pflege der deutschen Sprache beginnen und Erfahrungen sammeln könnten.

GS: Das ist gut, denn wir haben nicht genügend deutschsprachige Dolmetscher und Fachkräfte.

BM: Wir sind auch an technologischer Zusammenarbeit interessiert.

Ich spreche einerseits für die Regierung, andererseits als Teil der EG. Was können wir tun, um gemeinsam der Welt mehr Stabilität zu geben? Die Periode der Bipolarität geht zu Ende, die Struktur der internationalen Beziehungen verän-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 16. Juni 1986 gefertigt und „m[it] d[er] B[itte] um Billigung d[urch] BM“ an das Ministerbüro geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 19. Juni 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf 010“.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Jansen und Klaiber sowie Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 20. Juni 1986 vorgelegen.

2 Der Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, hielt sich vom 8. bis 11. Juni in Großbritannien, vom 12. bis 16. Juni in der Bundesrepublik, vom 16. bis 19. Juni in Frankreich sowie vom 19. bis 23. Juni 1986 in Italien auf.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Hans-Dieter Scheel.

5 Das Wort „010“ wurde vom Ministerbüro handschriftlich eingefügt.

6 Referat 601 erläuterte am 26. Mai 1986: „Der chinesische Außenminister und der Stellvertretende Ministerpräsident hatten Bundesminister Genscher im Oktober 1985 mitgeteilt, die VR China sei bereit, ein deutsches Kulturinstitut (beschränkt auf Spracharbeit) zuzulassen. Die erste Verhandlungsrunde Anfang Mai 1986 in Peking erbrachte gegensätzliche Positionen. Deutscher Vorschlag: Kulturinstitut unter deutscher eigenverantwortlicher Leitung nach dem weltweiten Muster der Zweigstellen des Goethe-Instituts, wie es auch in anderen sozialistischen Staaten akzeptiert wird. […] Chinesischer Vorschlag: Unterbringung des deutschen Kulturinstituts in einer Pekinger Universität. Leitung durch deutschen Direktor und chinesischen Vizedirektor. Diese sollen einer paritätisch besetzten deutsch-chinesischen Kommission unterstehen, die wiederum ihre Programmplanungen der staatlichen chinesischen Erziehungskommission zur Billigung vorlegen muß.“ Referat 601 erklärte dazu: „Das chinesische Modell mit seiner Einbindung in einen Universitätsbetrieb entspricht nicht der Erwartung, die wir mit der chinesischen Ankündigung im letzten Jahr verknüpft hatten. Es räumt uns keine bessere Stellung ein als den USA und Japan, die bereits seit Jahren Dozenten zur Unterstützung des Fremdsprachenunterrichts an Universitäten in Nanking und Peking entsenden und dabei praktisch in die chinesische Universität inkorporiert sind. […] Würden wir den chinesischen Wünschen nachgeben, müßten wir zudem befürchten, daß auch andere Staaten in ihren bereits vorhandenen Tendenzen zur stärkeren Kontrolle unserer Kulturinstitute ermutigt werden.“ Vgl. B 96 (Referat 601), Bd. 927.

dert sich. Neue Kraftzentren werden die Politik bestimmen. Eines davon ist die VR China; wir sind froh, daß sie ihre internationale Verantwortung voll wahrnimmt. Europa kann ein anderes Kraftzentrum werden. Wir machen uns Gedanken darüber, wie die Welt sich bis zum Jahre 2000 entwickeln kann und soll.

Sie werden Paris besuchen. Präsident Mitterrand hat sehr klare und richtige Vorstellungen von der zukünftigen Rolle Europas in der Welt. Deutschland und Frankreich sind Kernstück und Motor der europäischen Einigung.

GS: Es war ungünstig für den Weltfrieden, als die Welt nur von zwei Polen bestimmt wurde. Die Länder West- und Osteuropas können eine sehr gute und bedeutende Rolle in der Welt spielen. In der nächsten Zeit wird die Kraft Chinas noch begrenzt sein. Ich sehe folgende Reihenfolge in der Welt:

1) USA,

2) Europa,

3) Sowjetunion,

4) Japan,

5) China.

BM: Ich muß mit Ihnen über diese Reihenfolge streiten.

GS: Deshalb müssen wir lange Zeit noch an der selbständigen Außenpolitik festhalten, zusammen mit EG, Japan und der Dritten Welt. Die Zusammenarbeit Chinas und Westeuropas ist langfristig angelegt. Ich möchte zwei Aspekte aufgreifen:

1) Politisch sind wir bereit, mit Ihnen und der EG in wichtigen internationalen Fragen unsere Schritte abzustimmen und mit Ihnen zu beraten.

2) Wirtschaftlich sind wir bereit, gleichberechtigt und[7] zum gegenseitigen Nutzen in Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Bildungswesen und Kultur zusammenzuarbeiten.

Was können wir noch weiter tun?

Ich habe vier Erwartungen und Hoffnungen an Europa zu richten:

1) Ich hoffe, daß die zwölf EG-Länder ihren Zusammenschluß verstärken. Es dürfte Schwierigkeiten geben, in allen Fragen völlige Übereinstimmung zu erreichen. Wir hoffen aber, daß die zwölf Länder in wichtigen Fragen ihre Politik koordinieren können.

2) Ich hoffe, daß Sie mehr in Richtung Osteuropa tun werden. Die Kluft zwischen Ost- und Westeuropa darf nicht tiefer werden. Sie müssen Verständnis für die Lage Osteuropas zeigen.

In den letzten zwei bis drei Jahren haben wir unsere Beziehungen zu Osteuropa verbessert. Wir haben den osteuropäischen Ländern Bedenken hinsichtlich der Annäherung an die VR China genommen.

3) Ich hoffe, daß Sie die Länder der Dritten Welt in erster Linie mehr wirtschaftlich, aber auch politisch unterstützen. Wenn das den Europäern gelingt, können sie in der Weltpolitik eine noch größere Rolle spielen, denn sie haben mehr Kräfte als wir.

[7] Korrigiert aus: „uns".

4) Meine letzte Hoffnung gilt den beiden Supermächten. Wenn die zwei Supermächte etwas richtig machen, sollten wir es befürworten; wenn sie etwas falsch machen, sollten wir Widerstand leisten, uns davon distanzieren, Kritik üben. Wir sollten für Gerechtigkeit eintreten.

Diese vier Punkte waren nur Hoffnungen. Wenn sie alle eintreten, könnten bis zum Ende des Jahrhunderts Krisen vermieden werden.

BM: Wer keine Hoffnung hat, gibt sich auf. Ich möchte zu Ihren vier Hoffnungen Stellung nehmen.

1) Europa: Es ist einiger geworden; wir machen ganz gute Fortschritte. Ich unterstreiche, das Kernstück liegt zwischen Bonn und Paris.

GS stimmt zu.

BM: Diese Verantwortung wird in beiden Ländern voll erkannt.

2) Unser Verhältnis zu Osteuropa, d. h. zu den Verbündeten der SU. Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land, das in der EG die intensivsten Beziehungen zu den Verbündeten der SU unterhält.

Sie hat sie auch in den schwierigsten Jahren der West-Ost-Beziehungen sehr gepflegt. Wir kennen die Grenzen, die den Verbündeten gesetzt sind; aber wir tun alles, damit sie diese Grenzen voll ausfüllen können. Wir sind keine Phantasten, wir machen keine Politik um die Sowjetunion herum, aber wir stellen fest, daß das europäische Bewußtsein in den kleineren osteuropäischen Staaten stärker wird. Die kulturelle und geschichtliche Identität wird zu einer immer stärkeren Kraft. Die Schlußakte von Helsinki[8] und der danach eingeleitete Prozeß haben dazu beigetragen, daß das europäische Bewußtsein stärker geworden ist und sich positiv ausgewirkt hat. Es ist interessant, daß auch die SU erkannt hat, daß diesem Bewußtsein Rechnung getragen werden muß. An der Erklärung von Budapest vom 11.6. ist die Feststellung bemerkenswert, daß die Spaltung Europas überwunden werden muß.[9] Wir begrüßen sehr, daß Sie Ihre Beziehungen zu diesen Staaten ebenfalls intensivieren.

Für uns hat das Verhältnis zur DDR eine besondere Bedeutung. Dieses Verhältnis wird kompliziert, aber es gibt bei uns und in der DDR die Einsicht, daß wir eine besondere Verantwortung für das Ost-West-Verhältnis, für Europa tragen. Zwei Vereinbarungen haben diese komplizierte Lage ins Gleichgewicht gebracht:

– der Grundlagenvertrag[10],

– das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin[11].

Dieses Gleichgewicht ist verletzbar, aber es existiert. Jetzt ist es sehr wichtig, daß alle Freunde in der Welt beachten, daß es nicht ins Ungleichgewicht gerät.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

9 Vgl. dazu Ziffer IV des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1986, D 447 f.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

11 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

Diese Lage ist von großem Vorteil für ganz Europa. Für lange Zeit gingen vom deutsch-deutschen Verhältnis Störungen aus, jetzt aber positive Impulse.

Im November beginnt in Wien die dritte KSZE-Folgekonferenz. Sie muß in vielen Fragen eine deutliche Kursbestimmung für viele Jahre bringen. Deshalb sind wir der Meinung, daß sie auf politischer Ebene eröffnet werden soll.

Bis zu einem gewissen Grade hat sich mit dem KSZE-Prozeß das ganze Europa in der Weltpolitik zurückgemeldet. Jetzt müssen wir diese Perspektiven auch mit Politik ausfüllen.

3) Europa muß Partner der Dritten Welt sein. Durch ihren Zusammenschluß haben die Zwölf ihre Unberührtheit zurückgewonnen. Jeder weiß, daß die EG keine Machtgelüste hat, sondern für die Staaten der Dritten Welt ein gleichberechtigter Partner sein will. Europa macht nicht den Fehler, den die Großmächte im Umgang mit den Staaten der Dritten Welt machen.

GS: Die zwölf EG-Länder sind wohlhabend, sie können einen Teil ihres Reichtums mit der Dritten Welt teilen; das sollen keine Almosen sein, sondern eine Unterstützung auch im eigenen Interesse.

BM: Unser Verhältnis zur Dritten Welt hat drei Elemente:

– Politisch sind wir interessiert an wirklicher Unabhängigkeit und Blockfreiheit.
– Wirtschaftlich haben wir ein Interesse an guter Entwicklung in diesen Staaten. Deutschland tut materiell, durch Technologietransfer, viel mehr, als es nach außen erscheint.

GS: In dieser Hinsicht liegt Deutschland an erster Stelle in Europa.

BM: Nicht nur in dieser.

– Der kulturelle Aspekt wird immer unterschätzt. Ich habe vor den VN einen kulturellen Dialog zwischen Nord und Süd gefordert[12], um dazu beizutragen, daß die kulturelle Identität der Länder der Dritten Welt gestärkt wird. Die zivilisatorische Überfremdung kann für viele Staaten der Dritten Welt tödlich sein.

4) Das Verhältnis zu den Großmächten: Mit der einen Großmacht sind wir verbündet, mit der anderen suchen wir eine gute Zusammenarbeit. Selbstverständlich ist die Art der Einflußnahme unterschiedlich, aber wir nehmen Einfluß.

GS: Ein Verbündeter kann dieses oder jenes falsch machen, man muß nicht alles befürworten, was jener macht. Andererseits muß ein Gegner nicht immer alles falsch machen.

BM: Die gefährlichste Form der Freundschaft ist, wenn man Freunde in ihrem Irrtum bestärkt. Die von Ihnen geäußerte erste Hoffnung (hinsichtlich der Einigung Europas) müssen wir selbst erfüllen, wenn wir Ihren väterlichen Rat annehmen. Dieser ist in Paris und Bonn nicht so nötig; ich hoffe, daß Sie ihn in London gegeben haben. Hinsichtlich der zweiten bis vierten Hoffnung stimmen wir überein. Wir sollten einen dichteren Dialog führen (Beziehungen zu Ost-

12 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundesministers Genscher in einer Rede am 21. Oktober 1985 in New York anläßlich der Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen; BULLETIN 1985, S. 1015.

europa, zur Dritten Welt, zur USA, SU). Wir müssen darüber noch intensiver sprechen.
Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Reise nach Europa!

Referat 010, Bd. 178900

170

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow

220-370.00 SB-894/86 VS-vertraulich **13. Juni 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Karpow am 13. Juni 1986[2]

Auf deutscher·Seite nahmen teil: D 2 A[3], Dg 21[4], RL 220[5], VLR I Dr. Klaiber, VLR Weiß als Dolmetscher.

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Karpow, Botschafter Kwizinskij, Botschaftssekretär Beljakow als Dolmetscher.

Nach der einleitenden Begrüßung durch den Bundesminister führte Botschafter *Karpow* aus, er wolle dort anknüpfen, wo das Gespräch mit D 2 A geendet habe.[6]

Karpow legte dar: Die Sowjetunion habe in Genf eine Variante ihres Vorschlags zur Reduzierung strategischer Waffen vorgeschlagen[7], die amerikanischen An-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 14. Juni 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 16. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 30. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 1. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich vom 13. bis 15. Juni 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 Friedrich Ruth.

4 Jürgen Oesterhelt.

5 Rolf Hofstetter.

6 Im Gespräch mit Botschafter Ruth am 13. Juni 1986 gab der sowjetische Sonderbotschafter Karpow „eine rund 100-minütige Eingangserklärung ab, die den gesamten Bereich der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen umfaßte. […] Da das Gespräch wegen des Essens mit dem BM abgebrochen werden mußte, blieb der deutschen Delegation keine Zeit zur Erwiderung auf die Ausführungen Botschafter Karpows. D 2 A richtete zum Abschluß der Gespräche an Botschafter Karpow die Bitte, beim Essen mit dem Bundesminister nochmals seine Ausführungen zum sowjetischen START-Vorschlag vom 11.6.1986 darzulegen, damit der Bundesminister sich persönlich aus erster Hand über den Inhalt der Vorschläge informieren könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13448 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 vgl. auch Dok. 175.

liegen entgegenkomme und mit der versucht werde, den toten Punkt in den Verhandlungen zu überwinden. In der amerikanischen Antwort[8] auf diesen neuen sowjetischen Vorschlag sehe die Sowjetunion eine Bewährungsprobe für die Absichten der Amerikaner.

Leider habe die amerikanische Seite bisher immer nach dem Catch-22-Prinzip gehandelt und positive Ergebnisse verhindert. Dies gelte für alle drei Verhandlungsbereiche. Wenn die USA den neuen sowjetischen Vorschlag genauso „nihilistisch" aufnähmen, wäre dies eine Bestätigung dafür, daß sie an konkreten Ergebnissen nicht interessiert seien und die Verhandlungen in die Länge ziehen wollten.

Am 30.9.1985 hätten die Sowjets in Genf eine 50prozentige Reduzierung strategischer Waffen vorgeschlagen.[9] Dieser Vorschlag habe vorgesehen, daß auch solche Mittelstreckensysteme einbezogen würden, die das Territorium der anderen Seite erreichen könnten. Anders als die USA verfüge die Sowjetunion über keine solchen Systeme. Dementsprechend ergebe sich für die USA eine Ausgangsdatenbasis von 3360 Trägersystemen und die Verpflichtung, diese auf 1680 zu reduzieren. Die Sowjetunion, die über circa 2500 Systeme verfüge, sei nach diesem Vorschlag zu einer Reduzierung auf 1250 Trägersysteme verpflichtet. Was die Sprengladungen angehe, so habe der Vorschlag eine gleiche Obergrenze von 6000 für beide Seiten zum Inhalt gehabt. Damit keine Seite diese Zahl überschreite, sei ein Verbot von Marschflugkörpern mit einer Reichweite von mehr als 600 km vorgeschlagen worden.

Die USA hätten zwei Haupteinwände gehabt, nämlich den Einschluß amerikanischer Mittelstreckensysteme und das Cruise-Missile-Verbot.

Die Sowjetunion habe diesen Vorschlag einer 50prozentigen Reduzierung strategischer Systeme nicht zurückgenommen, aber eine neue Variante vorgeschlagen, der zufolge die Frage nuklearer Mittelstreckensysteme getrennt betrachtet und gelöst werden solle, wie es die USA gewünscht hätten. Auch werde die Forderung nach einem vollständigen Verbot weitreichender Cruise Missile aufgegeben.

Der Vorschlag vom 11.6.1986 sehe in concreto eine beiderseitige Reduzierung der Trägersysteme (ICBM, SLBM, schwere Bomber, U-Boote mit SLCM mit einer Reichweite von mehr als 600 km) auf 1600 vor. Da die amerikanischen Mittelstreckensysteme rund um die UdSSR nicht eingeschlossen würden, liege die vorgeschlagene Zahl der auf beiden Seiten zulässigen Sprengladungen bei 8000, also höher als die im 50%-Vorschlag vorgesehenen 6000. Zu den Sprengladungen zählten auch die nuklearen ALCM- und SLCM-Gefechtsköpfe. Aus Gründen zuverlässiger Kontrolle werde die Stationierung von SLCM mit einer Reichweite von mehr als 600 km strikt auf eine bestimmte Zahl und bestimmte Typen von U-Booten beschränkt. SLCM auf Überwasserschiffen seien verboten. SRAM (Short Range Attack Missiles) mit weniger als 600 km Reichweite würden angerechnet, solche größerer Reichweite würden verboten. (Zu SRAM blieb die Aussage Karpows, der sich zunächst in anderer Weise geäußert hatte und dann verbesserte, unklar.)

8 Zur amerikanischen Reaktion vgl. Dok. 204 und Dok. 205.
9 Zu den Vorschlägen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 270.

Dieser Kompromißvorschlag sei als Zwischenlösung auf dem Wege zu einer Halbierung der strategischen Systeme gedacht.

Nach sowjetischer Auffassung sei das Verbot der Weltraumrüstung eine unabdingbare Voraussetzung für drastische, insbesondere für eine 50%ige Reduzierung strategischer Offensivwaffen. Für die am 11.6.1986 vorgeschlagene 30%ige Reduzierung sei die Sowjetunion bereit, die endgültige Lösung für Weltraumrüstungen nicht abzuwarten. Der jetzt gemachte Vorschlag könne innerhalb der nächsten fünf Jahre verwirklicht werden, sofern für die nächsten 15 bis 20 Jahre auf das Recht, den ABM-Vertrag zu kündigen, verzichtet werde.

Der *Bundesminister* fragte, ob der neue Vorschlag einer 30%igen Reduzierung so zu verstehen sei, daß Mittelstreckensysteme ausgeschlossen würden.

Botschafter *Karpow* erwiderte, daß es bei den INF-Verhandlungen nicht nur um Raketen, sondern auch um Flugzeuge gehe. Die Tatsache, daß man sich vorrangig mit Mittelstreckenflugkörpern befasse, bedeute nicht, daß Flugzeuge nicht Gegenstand der Verhandlungen seien. Der jetzige sowjetische Vorschlag über die Reduzierung strategischer Waffen gehe davon aus, daß der gesamte Komplex der Mittelstreckenwaffen nicht im Kontext der strategischen Rüstungen behandelt werde.

Der *Bundesminister* führte aus, daß dies unseren Erwartungen bezüglich der Definition strategischer Waffen entgegenkomme. Wir würden den sowjetischen Vorschlag genau prüfen und gingen davon aus, daß auch Washington ihn einer sorgfältigen Prüfung unterziehe. Die kürzliche Erklärung Präsident Reagans[10] müsse in diese Richtung verstanden werden.

Botschafter *Karpow*: Die Sowjetunion verfolge eine klare Linie: Sie suche ernsthaft nach gemeinsamen Lösungen, stoße aber immer wieder auf eine Catch-22-Haltung. Dies werde besonders deutlich im Bereich Weltraum. Es sei nicht seine Absicht, die USA anzuschwärzen oder Keile zwischen die NATO-Verbündeten zu treiben. Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß die USA ständig behaupteten, sie wollten das ABM-Vertragssystem festigen. Daher habe die sowjetische Seite trotz des Baus amerikanischer Radaranlagen in Grönland und Schottland vorgeschlagen, zu überlegen, wie dieses Regime gestaltet werden könne. Es gebe in den USA unterschiedliche Auffassungen zur Auslegung des ABM-Vertrags. Sie, die Sowjets, hätten vorgeschlagen, ein gemeinsames Verständnis zu finden und die Grenze zwischen dem nach dem Vertrag Erlaubten und dem nach dem Vertrag Verbotenen festzulegen. Die USA hätten versucht, die sowjetische Position so darzustellen, als wollten die Sowjets Grundlagenforschung verbieten. Nach sowjetischer Auffassung seien Forschungsarbeiten nach dem

10 Präsident Reagan erklärte am 11. Juni 1986 vor der Presse in Washington auf die Frage nach Meldungen über neue sowjetische Vorschläge bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf: „I can't comment on it because of the confidentiality of the situation there in Geneva. But, yes, as of today we have received this proposal. And now we're going to study that and see what they have in it." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 752.
Am 12. Juni 1986 führte Reagan auf die Frage, ob SALT „tot" sei, aus: „[W]e're going to be dealing with the Soviet Union on their most recent proposal to us. The time has come to replace a treaty that was never ratified, that has now gone beyond the length of time for which it was designed, which they have never observed – have been violating since its inception – to replace that with a legitimate arms reduction treaty." Auf die erneute Nachfrage, ob SALT „tot" sei, erklärte Reagan: „We're going to try to replace it with a better deal." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 759 f.

Vertrag erlaubt, bevor das Stadium von Prototypen, „mock-ups", „breadboard models" erreicht sei.[11] Die Sowjetunion sei bereit, ihre Laboratorien zu öffnen, damit eine Kontrolle gewährleistet sei.

Die USA würden nun der Sowjetunion vorwerfen, sie wolle den ABM-Vertrag antasten. In den 70er Jahren hätten die USA vorgeschlagen, den Terminus „tested in an ABM mode" näher zu definieren. Dies sei dann in der SCC geschehen, wo man sich am 1.11.1978 auf ein gemeinsames Verständnis geeinigt habe, das seither gelte und dem ABM-Vertrag sicher keinen Abbruch getan habe.

Der Vorwurf, die Sowjetunion wolle den ABM-Vertrag unterminieren, sei völlig unbegründet. Ihr gehe es um ein gemeinsames Verständnis, zumal in den USA eine enge und eine weite Auslegung vertreten würden.

Wenn es gelinge, den ABM-Vertrag unkündbar zu machen, dann könnten auch Reduzierungen strategischer Offensivwaffen vereinbart werden. Die Sowjetunion wolle mit ihrem Vorschlag den Weg hierfür freimachen. Die Erklärung von Präsident Reagan, er wolle SALT I und II durch einen neuen Vertrag ersetzen, habe man aufmerksam verfolgt. Leider gebe es für diese Auffassung in den Verhandlungen keine Bestätigung. Es sei nicht richtig, wenn die USA behaupteten, die UdSSR habe nicht auf den Vorschlag vom 1.11.1985[12] geantwortet. Die Sowjetunion habe in der vergangenen[13] wie in der jetzigen Verhandlungsrunde mit eigenen Vorschlägen geantwortet, die der Zielsetzung des Gipfels[14] entsprächen.

Der US-Vorschlag zur Reduzierung strategischer Waffen würde zu weit mehr Sprengköpfen führen als die im sowjetischen Vorschlag vorgesehenen 6000, weil er nur mit ALCM bestückte Bomber einschließe, nicht aber 275 der danach erlaubten 350 schweren Bomber, die mit anderen Waffen bestückt werden könnten. Der US-Vorschlag sehe keine Beschränkungen für SLCM vor, von denen die USA 3500 planten. Wenn man alles zusammennehme, könnten die USA nach ihrem eigenen Vorschlag bis zu 15 000 Sprengköpfe oder mehr haben.

D2A führte aus, er wolle die Reaktion der USA nicht vorwegnehmen. Für den Erfolg der Genfer Verhandlungen sei es entscheidend, daß Möglichkeiten zur Kooperation konkret entwickelt und hierbei die Sicherheitsinteressen der anderen Seite berücksichtigt würden. Wir hätten immer die Auffassung vertreten, daß die bisherige sowjetische Definition strategischer Waffen unsere eigene Sicherheit in Frage stelle. Wir hätten in dieser Definition immer eine Schwä-

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter erläuterte am 14. Juni 1986, nach amerikanischer Auskunft sei ein „mock-up" eine „full scale replica", die es erlaube, „‚system integration' festzustellen. Ein Flugzeug-‚mock-up' könne z. B. aus einem halben (Querschnitt) Flugzeug bestehen, weil dies für die notwendige Überprüfung der Funktionsfähigkeit ausreiche. Der Begriff ‚mock-up' werde normalerweise mit der ‚structure' eines Systems in Verbindung gebracht. Demgegenüber beziehe sich ‚breadboard-model' mehr auf die Elektronik. Die Gesamtelektronik eines Systems werde auf einem Brett angebracht und auf die Funktionsfähigkeit getestet. In einer späteren ‚engineering phase' werde dann versucht, diese Elektronik in dem dafür in einem bestimmten System zur Verfügung stehenden Raum unterzubringen." Vgl. Referat 220, Bd. 130127.

12 Zu den von den USA am 1. November 1985 in Genf unterbreiteten Vorschlägen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

13 Die vierte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 16. Januar bis 4. März 1986 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 56.

14 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

che der sowjetischen START-Position gesehen. Daher sei es interessant, daß die Sowjetunion in ihrem neuen Vorschlag auf Einschluß der Systeme mittlerer Reichweite im START-Kontext nicht mehr bestehe. Bedeute dies, daß dieses Problem vollkommen ausgeklammert werde? Er wolle ferner auf die zentrale Bedeutung der am 8.1.1985 vereinbarten Zielsetzung der Stärkung der strategischen Stabilität[15] hinweisen. Dieses Ziel werde nur erreicht, wenn die Offensivsysteme drastisch reduziert, die Defensivkomponente, die sich nicht auf den Weltraum beschränke, definiert und begrenzt werde. Der amerikanische Präsident habe gesagt, die USA würden den sowjetischen Vorschlag prüfen. Er, Reagan, habe in diesem Zusammenhang sein Interesse am Zustandekommen eines Gipfeltreffens betont. Für die Ernsthaftigkeit des Kooperationswillens spiele das Zustandekommen des Gipfels eine große Rolle.

Botschafter *Karpow*: Für die UdSSR seien GLCM und Pershing II Teil des amerikanischen strategischen Potentials. Wenn man Pershing II mit Minuteman II vergleiche, stelle man fest, daß PII sogar Vorzüge hätten: kürzere Flugzeit, höhere Treffgenauigkeit, gleiche Zerstörungskraft. Diese Rakete ziele auf eine Enthauptung der Sowjetunion. Gleichwohl gehe die Sowjetunion darauf ein, daß diese Frage von den zentralen Systemen getrennt behandelt werde. Gelöst werden müsse diese Frage aber auf jeden Fall. Er habe den Eindruck, daß die USA ein größeres Interesse an der Beibehaltung ihrer Systeme haben als an der Beseitigung sowjetischer Raketen. Einige in Europa, auch in der Bundesrepublik Deutschland, schienen dies genauso zu sehen. Als Antwort auf den sowjetischen INF-Vorschlag erlebe die sowjetische Seite Catch-22.

Bundesminister führte aus, daß für uns die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht weniger wichtig sei als die der USA. Wir seien ein kleines Land, daher bräuchten wir mindestens soviel Sicherheit wie die großen.

Botschafter *Kwizinskij* bemerkte, daß Sicherheit nicht von der Größe abhänge. Gewährleistung der Sicherheit sei die wichtigste Aufgabe für jedes Land. Er gehe davon aus, daß der Bundesminister Verständnis für die Sicherheitsbelange der Sowjetunion habe.

Botschafter *Karpow*: Die Sowjetunion habe vorgeschlagen, alle INF-Raketen in Europa zu beseitigen.[16] Bei INF gehe es zwar nicht nur um Raketen, sondern auch um andere Systeme. Die Sowjetunion sei jedoch bereit, sich zunächst auf Raketen zu konzentrieren. Früher habe man einen komplexeren Ansatz gehabt, der aber auf amerikanische Bedenken gestoßen sei. Daher habe man zugestimmt, die Behandlung der Flugzeuge zu vertagen.

D2A führte aus, daß wir bei den INF-Flugkörpern einen globalen Ansatz befürworteten und für die weltweite Eliminierung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite einträten. Der westliche Vorschlag vom 24.2.1986[17] sei dem einer europäischen Lösung überlegen. Un-

15 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

16 Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

17 Zu den Vorschlägen des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 52.

ser Vorschlag stehe im logischen Kontext zum Vorschlag GS Gorbatschows zur vollständigen Eliminierung aller Kernwaffen. Der erste Schritt unseres Vorschlags sei identisch mit dem vom Westen vorgeschlagenen Interimsabkommen.

Botschafter *Karpow* bemerkte, daß er die Bemerkung von D2A so verstehe, daß er für eine Lösung in Etappen eintrete. Warum dann nicht zuerst in Europa?

Bundesminister kam auf ABM-Vertrag zurück und führte aus, daß es natürlich sei, sich bei unterschiedlichen Auffassungen zur Auslegung zu verständigen. Im Bündnis habe es eine Diskussion über die restriktive und die extensive Interpretation gegeben. Die Bundesregierung sei für die restriktive Interpretation eingetreten. Entspreche die sowjetische Interpretation der weiten oder der engen amerikanischen Interpretation, oder handle es sich um eine davon unabhängige dritte Interpretation?

Botschafter *Karpow*: Er habe nicht zufällig „mock-ups" erwähnt. Auf die Bemerkung von *D2A*, daß diese Termini im ABM-Vertrag nicht erwähnt seien, fügte *Karpow* hinzu, daß die Sowjetunion deswegen vorgeschlagen habe, sich hierüber mit den USA zu verständigen. Auf die weitere Frage des *Bundesministers*, ob es hier um eine Verständigung auf die restriktive Interpretation gehe, fügte *Karpow* hinzu: „nicht vom Blickfeld der USA". Der Sowjetunion gehe es um die strikte Einhaltung der Bestimmungen. Sie schlage eine Interpretation vor, die dies gewährleiste. Grundlagenforschung sei auf alle Fälle erlaubt. Auch sei Forschung erlaubt, die keine „mock-ups" von ABM-Systemen und deren Komponenten entstehen lasse.

Wenn der ABM-Vertrag strikt eingehalten werde, gebe es keine territorialen Verteidigungssysteme, und zwar jeglicher Art, einschließlich solcher mit Weltraumelementen. Dies sei eine wichtige Komponente strategischer Gleichheit.

Bundesminister führte aus, daß wir das Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen im Sinne der Erklärung vom 8.1.1985 sähen.

Der sowjetische Interimsvorschlag finde unser Interesse, vor allem hinsichtlich des Begriffs der strategischen Systeme. Wir würden den Vorschlag genau prüfen. Obwohl wir nicht Verhandlungspartner seien, bildeten wir unsere Meinung. Wir sprächen darüber im Bündnis und mit den Amerikanern. Den Meinungsaustausch mit der Sowjetunion hielten wir ebenfalls für bedeutsam und seien an einer Fortsetzung des Dialogs interessiert. Er würde es begrüßen, wenn bis zur ersten Juli-Hälfte deutsch-sowjetische Rüstungskontrollkonsultationen[18] stattfinden könnten, bei denen die ganze Themen-Palette erörtert werden könnte.

D2A wies darauf hin, daß für den 10. oder 18. Juli 1986 Konsultationen mit dem sowjetischen CD-Botschafter Israeljan geplant seien.[19]

18 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich am 7. Juli 1986 erneut in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 186.
Zum Gespräch mit Botschafter Ruth am selben Tag vgl. Dok. 186, Anm. 17, Dok. 187, Anm. 15, und Dok. 193, Anm. 11.

19 Der sowjetische Botschafter bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Israeljan, traf am 10. Juli 1986 mit Bundesminister Genscher zusammen. Erörtert wurden der Stand der Verhandlungen über chemische Waffen, eine Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum sowie ein Teststopp. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Bundesminister bat, Außenminister Schewardnadse Grüße zu bestellen. Er halte deutsch-sowjetische Rüstungskontrollkonsultationen in der ersten Juli-Hälfte in der Tat für nützlich.

Botschafter *Karpow* versprach, diese Anregung weiterzuleiten.

VS-Bd. 11280 (220)

171

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413 GA/IRK-551/86 geheim **13. Juni 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Golfkrieg;
hier: Amerikanische Demarche betreffend Kreditgewährung an Irak und Iran

Anlg.: 3

Zweck der Vorlage: Zustimmung zur Unterrichtung der amerikanischen Botschaft gemäß beiliegendem Sprechzettel

1) Ein Vertreter der US-Botschaft hat am 3.6.1986 bei Dg 42[3] vorgesprochen und die Besorgnisse der amerikanischen Regierung über die für Irak ungünstige Entwicklung des Golfkrieges[4] erläutert. Er bezeichnete es als wünschenswert,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Lutz konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Schweppe vom 13. Juni 1986 vorgelegen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Und gebilligt." Ferner verfügte er den Rücklauf an Ministerialdirektor Jelonek.
Hat Jelonek am 16. Juni 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Kastrup am 18. Juni 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Am 18.6. habe ich BR Butcher unsere Haltung gemäß Sprechzettel dargelegt." Ferner vermerkte er für Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen: „Bitte Botschaft Washington unterrichten."
Hat Wistinghausen am 25. Juni 1986 vorgelegen.

3 Dieter Kastrup.

4 Botschafter Fiedler, Bagdad, teilte am 28. Mai 1986 zur Entwicklung im irakisch-iranischen Krieg mit, das Kampfgeschehen der vergangenen acht Tage habe sich auf den Raum der vom Irak am 17. Mai 1986 eroberten iranischen Stadt Mehran konzentriert: „Die Besetzung Mehrans durch irak[ische] Kräfte am 17.5. hat […] iran[ische] Gegenmaßnahmen hervorgerufen, die im Raum Mehran und im nördlichen Frontabschnitt zu intensivierter Kampftätigkeit führten. Die von Irak jüngst auf die Jahrgänge 1942/43 gesenkte Altersgrenze für die Rekrutierung zu den regulären Streitkräften (Jahrgang 1930 für die Volksarmee) läßt darauf schließen, daß man sich auf weiterhin schwere und verlustreiche Kämpfe einstellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 311, Bd. 137874.
Am 5. Juni 1986 meldete Fiedler, zwar sei das Kampfgeschehen in den letzten Tagen „merklich abgeflaut", doch würden zunehmend „Spekulationen über eine neue größere iran. Offensive nach Ablauf des Fastenmonats Ramadhan nördlich Basras angestellt, auf die sich Irak einzustellen scheint. […] In Botschaftskreisen wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß Iran eine größere Offensive beabsichtige, jedoch sind keine verläßlichen Einzelheiten zum Stand der Vorbereitungen bekannt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 311, Bd. 137874.

dem Irak bei der Bewältigung seiner Finanzierungsprobleme zu helfen, wogegen der Druck auf Iran durch Verweigerung neuer Kredite erhöht werden solle (vgl. das von BR Butcher übergebene Non-paper, Anlg. 1).

Entsprechende Wünsche haben Vertreter der Botschaft auch im BMWi und BMF vorgetragen.

Botschafter Burt brachte das gleiche Anliegen in einem Gespräch mit BM Genscher am 6.6.1986 vor (vgl. Anlg. 2).

2) Die Bundesregierung gewährt selbst keine Kredite an Irak und Iran; deshalb kann sich die amerikanische Demarche nur auf die Übernahme von Bundesbürgschaften für kommerzielle Kredite an diese Länder beziehen. Da Banken und Lieferanten infolge der hohen wirtschaftlichen und politischen Risiken in diesen Ländern bei Einräumung von Krediten große Zurückhaltung üben, kommt der Gewährung von Bundesbürgschaften in der Praxis allerdings erhebliche Bedeutung zu.

3) Gegenwärtige Situation

a) Irak: Obligo aus Ausfuhrbürgschaften des Bundes z. Zt. 8,53 Mrd. DM (Platz 6 der Obligoliste).

Deckungspolitik: Nach Ausschöpfung eines DM 400 Mio.-Plafonds bestehen seit kurzem keine Deckungsmöglichkeiten mehr. Einer Wiedereröffnung stehen haushaltsrechtliche Bedenken entgegen (zu hohes Risiko angesichts offensichtlicher irakischer Zahlungsprobleme und teilweiser Nichthonorierung der von der Außenhandelsbank eröffneten Akkreditive).

Seit 1983 werden Fälligkeiten aus verbürgten Großgeschäften regelmäßig mit Zustimmung des Bundes um zwei Jahre prolongiert: Ende Mai 1986 wurde sogar vereinbart, die 1986 fälligen Raten aus Umfinanzierungen 1983 und 1984 (über 1 Mrd. DM) erneut zu prolongieren (zwei Freijahre + zwei Rückzahlungsjahre).

b) Iran: Obligo aus Ausfuhrgewährleistungen des Bundes z. Zt. 4,3 Mrd. DM (Platz 14 der Obligoliste).

Deckungspolitik: Orientierungsgröße pro Einzelgeschäft DM 20 Mio., nur Kreditlaufzeiten bis zu ein Jahr, volle Akkreditivbesicherung.

4) In Übereinstimmung mit Abteilung 3 wird gegenwärtig eine grundsätzliche Änderung unserer Deckungspolitik gegenüber Irak und Iran aufgrund der von den USA vorgetragenen Gesichtspunkte nicht befürwortet. Allerdings erscheint mit Rücksicht auf die bilateralen Beziehungen zu Irak aus Sicht des Auswärtigen Amts eine vorsichtige Wiedereröffnung von Deckungsmöglichkeiten für Irak-Geschäfte wünschenswert. Das federführende BMWi ist aber zu einer Prüfung dieser Frage erst bereit, wenn eine ordnungsgemäße Bedienung irakischer Akkreditive als unerläßliche Basis geordneter finanzieller Beziehungen sichergestellt ist.

BMWi und BMF widersprechen überdies aus grundsätzlichen Erwägungen einer Zweckentfremdung der Ausfuhrbürgschaften als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele.

Die beteiligten Ressorts sind sich aber darüber einig, daß die bisherige Praxis, die für Irak nicht ungünstig ist, in einer Weise erläutert werden kann, die der

amerikanischen Auffassung entgegenkommt. Dies sollte zweckmäßigerweise mündlich im Auswärtigen Amt geschehen.

5) Es wird um Zustimmung gebeten, daß Dg 42 einem Vertreter der amerikanischen Botschaft unsere Haltung gemäß beiliegendem Sprechzettel (Anlage 3) erläutert, der mit BMWi und BMF abgestimmt worden ist.

D 3[5] hat mitgezeichnet.

Jelonek

Anlage 1

[…][6]

Anlage 2

[…][7]

Anlage 3

1) Wir teilen die Befürchtung, daß ein Sieg einer Seite im Golfkrieg zu einer Destabilisierung der Region und zu schwer abschätzbaren Auswirkungen auch auf die Interessen der Industrieländer führen kann. Wir haben uns immer für die unverzügliche Einstellung der Kampfhandlungen und einen baldigen Friedensschluß ausgesprochen.

2) Unsere Einflußmöglichkeiten sind allerdings beschränkt. Da die Bundesregierung selbst keine Kredite an Länder wie Irak und Iran vergibt, scheidet diese Möglichkeit der Einflußnahme aus. Die Gewährung von Bundesbürgschaften für kommerzielle Kredite unterliegt strengen haushaltsrechtlichen Regeln; obwohl das politische Umfeld bei der Risikobeurteilung nicht außer acht bleiben kann, eignen sich Bundesbürgschaften nicht als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele.[8]

5 Jürgen Sudhoff.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte amerikanische Non-paper vgl. VS-Bd. 13728 (422).

7 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 6. Juni 1986 vgl. VS-Bd. 13728 (422).
Ploetz vermerkte, daß sich der amerikanische Botschafter Burt gegenüber Bundesminister Genscher „auf Weisung besorgt über die Entwicklung des iranisch-irakischen Konflikts“ geäußert habe: „Nach US-Analyse fehle dem Irak das Geld, um das zur Verhinderung eines Sieges des Iran erforderliche Militärmaterial zu kaufen. Ein iranischer Sieg würde die ganze Region destabilisieren. Daher bitte man uns zu verhindern, daß neue Kredite an den Iran gingen. BM stellte fest, die Einschätzung der destabilisierenden Konsequenzen eines Sieges des Iran sei einer der wenigen Punkte, in dem USA und SU einer Meinung seien. Wir hätten das iranische Problem im Golf schon lange im Blick. Dem trügen unsere Bemühungen um ein Kooperationsabkommen mit den Golf-Staaten Rechnung. Wir hätten es immer als Fehler angesehen, den Krieg zu beginnen und Khomeini, der bis dahin nur eine religiöse Identität gehabt habe, auch eine nationale zu verleihen. Zur Kreditfrage äußerte sich BM uninformiert und bezeichnete das AA als unzuständig. Auf Bitte Burts stimmte er zu, den amerikanischen Wunsch an BMF und BMWi weiterzugeben. Er nahm die Feststellung Burts, daß diese Frage darüber hinaus eine politische Bedeutung habe, zur Kenntnis.“ Vgl. VS-Bd. 12976 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Der Passus „obwohl das … politischer Ziele“ wurde von Ministerialdirektor Jelonek hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sollte man so besser nicht sagen, da wir dieses Instrument bereits nutzen, z. B. durch die Festsetzung von Höchstgrenzen für Einzelgeschäfte.“
Zu dieser Bemerkung vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „r[ichtig]“. Ferner strich er den Passus.

Ggf. kann Botschaftsrat Butcher auf die ihm aus früheren Diskussionen (z. B. Sowjetunion, Libyen) bestens bekannten unterschiedlichen Auffassungen zur Frage des Einsatzes wirtschaftlicher Maßnahmen zur Durchsetzung politischer Ziele hingewiesen werden.

3) Unsere in erster Linie auf Risikoerwägungen beruhende Deckungspolitik gegenüber Irak und Iran kommt in der Praxis allerdings den amerikanischen Vorstellungen recht nahe:

a) Während im Irak in der Vergangenheit auch recht umfangreiche Großprojekte verbürgt worden sind, sind die Bürgschaften für Iran seit Jahren auf Geschäfte zu Barzahlungsbedingungen[9] beschränkt, was in der Praxis die Verbürgung umfangreicherer Projekte weitgehend einschränkt.

b) Dies hat dazu geführt, daß heute das Volumen der Bundesbürgschaften für Irak doppelt so groß ist wie für Iran, während es sich vor fünf Jahren noch genau umgekehrt verhalten hat.

c) Wir haben – stärker als andere Gläubiger – durch Mitwirkung an Umfinanzierungsvereinbarungen zu einer erheblichen Entlastung des irakischen Schuldendienstes beigetragen. Erst Ende Mai wurden bereits früher prolongierte Fälligkeiten in Höhe von rd. 1 Mrd. DM erneut um mehrere Jahre aufgeschoben und der irakische Devisenhaushalt entsprechend entlastet.

Mir ist kein anderes Land bekannt, dem wir außerhalb einer regulären Pariser-Club-Umschuldung derartig entgegengekommen wären.

d) Obwohl sich die Rahmenbedingungen im Fall Iran z. Zt. deutlich vom Irak unterscheiden (vorsichtigere Verschuldungspolitik, bisher kein Antrag auf Umfinanzierung), ist nicht vorgesehen, unsere restriktive Deckungspolitik zu ändern. Wir haben auch keine konkreten Hinweise, daß Iran seine bisherige Zurückhaltung aufgeben und eine erhebliche Steigerung der Kreditaufnahme im Ausland anstreben wird.

DB 726 der Botschaft Teheran vom 9.6.1986 betr. Antrittsbesuchs Botschafter Freitag bei Industrieminister Nabavi[10]: Dieser räumt ein, daß iranische Wirtschaftspolitik auf sinkende Deviseneinnahmen reagieren müsse. Ihm schwebt stärkere Beteiligung der deutschen Industrie beim Ausbau iranischer Exportkapazitäten im Nichtölbereich vor. Von erweiterter Kreditaufnahme spricht er

9 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Von Kreditbedingungen wird üblicherweise erst bei Kreditlaufzeiten von mehr als 1 Jahr gesprochen."

10 Botschafter Freitag, Teheran, teilte zu seinem Gespräch mit dem iranischen Minister für Schwerindustrie am 7. Juni 1986 mit: „Nabavi erläuterte Interesse gerade seines Ministeriums an Aufrechterhaltung und Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik, verwies in diesem Zusammenhang jedoch darauf, daß auf Devisenmangel zurück[zu]führende iran[ische] Kaufzurückhaltung besonders sein Ministerium treffe." Für den Iran gebe es derzeit nur zwei Alternativen: „Sämtliche bilaterale Wirtschaftsbeziehungen der derzeitigen Devisensituation anzupassen und die Einfuhren entsprechend zu reduzieren, notfalls ganz einzustellen. Diesen Weg halte er nicht für den richtigen, da jahrelange Aufbaubemühungen zunichte gemacht würden. Beziehungen auf derzeitigem Importniveau aufrechtzuerhalten. Diesen Weg halte er für den besseren. Dabei müsse jedoch geprüft werden, inwieweit deutsche Industrie in der Lage und bereit sei, zur Aufrechterhaltung ihrer Lieferungen nach Iran bei der Vermarktung der mit Hilfe dieser Lieferungen von Vorerzeugnissen in Iran hergestellten Fertigprodukten in dritten Ländern Beistand zu leisten. […] Nabavi wies darauf hin, daß für den Fall einer entsprechenden Bereitschaft der deutschen Wirtschaft deutsche Fachleute Produktion und Qualität der zu exportierenden Produkte in iran. Betrieben überwachen und kontrollieren könnten." Vgl. Referat 311, Bd. 137881.

nicht; sie dürfte nach Auffassung der Botschaft vom iranischen Parlament auch kaum bewilligt werden.

4) (Nur auf ausdrückliche Frage) Nachdem ein Plafond für Irak-Deckungen über 400 Mio. DM kürzlich ausgeschöpft worden ist, bestehen z. Zt. keine Deckungsmöglichkeiten für Irak-Geschäfte. Eine Überprüfung dieser Situation ist erst möglich, wenn Irak die Bedienung von Akkreditiven der Rafidain-Bank als Basis für eine ordnungsgemäße Abwicklung finanzieller Beziehungen sicherstellt. Wir rechnen allerdings vorerst ohnehin nicht mit der Inangriffnahme neuer Großprojekte im Irak.

VS-Bd. 13728 (422)

172

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-410.41 LIY-558/86 VS-vertraulich **13. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: US-Wirtschaftssanktionen gegen Libyen[4];
hier: Ausdehnung auf deutsche (und andere ausländische) Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen

Bezug: 1) StS-Vorlage der Abteilung 4 vom 23.5.1986 – 422-412.00 LIY VS-NfD (liegt bei)[5]
2) StS-Vorlage der Abteilung 4 vom 3.6.1986 – 422-410.41 LIY VS-v 506/86 (liegt bei)[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup und Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 13. Juni 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. Juni 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Einverstanden. 2) Es sollte bei dieser Gelegenheit gefragt werden, welche rechtlichen Schritte gegen die US-Gesellschaften, die in Libyen tätig sind, ergriffen worden sind. Wenn gegen die US-Gesellschaften wirksam gehandelt wird, gibt es das Problem mit den deutschen Töchtern nicht, weil nicht gefördertes Öl nicht exportiert werden kann."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 422 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] V[er]m[erk] BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 17. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Ruhfus laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Schweppe vom 19. Juni 1986 erneut vorgelegen.

4 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13727 (422).
Ministerialdirigent Trumpf vermerkte, daß eine Hausbesprechung der Abteilungen 2, 4 und 5 zu folgender vorläufiger Bewertung geführt habe: „Mit der von Botschafter Burt angekündigten Ausdehnung der US-Wirtschaftsmaßnahmen gegen Libyen auf von amerikanischen Gesellschaften kontrollierte Ölfirmen mit Sitz außerhalb der Vereinigten Staaten versucht die amerikanische Regierung, die Umgehungsmöglichkeiten ihrer Anfang Januar 1986 verhängten Sanktionen in dem für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Libyens ausschlaggebenden Bereich einzuschränken. Die

Anlg.: 2 (nur für Original)

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziffer 3

1) Botschafter Burt hat StS Dr. Ruhfus am 20.5.1986 unterrichtet, US-Regierung bereite weitere wirtschaftliche Schritte gegenüber Libyen vor, und um unsere Stellungnahme gebeten, ob es die Bundesregierung zulassen könne, daß seine Regierung Maßnahmen gegen amerikanische Ölgesellschaften mit dem Ziel ergreift, daß deren Töchter in der Bundesrepublik Deutschland kein libysches Öl importieren (vgl. Bezug zu 1)). Der Bitte nach weiterer Aufklärung, an welche Schritte die US-Regierung denke, ist US-Botschaft am 3.6.1986 gegenüber Dg 42[7] nachgekommen und hat uns wissen lassen, die Administration erwäge nur, auf die Gesellschaften in USA politisch einzuwirken, und werde dies – unsere Zustimmung vorausgesetzt – in stillschweigender Übereinstimmung mit der Bundesregierung tun, ohne dies nach außen zu erkennen zu geben (vgl. Bezug zu 2)).

2) D 4[8] hat mit dem BMWi (MD Schomerus) und ChBK (MD Teltschik) Kontakt aufgenommen. Beide wären einverstanden, der amerikanischen Seite wie vorgeschlagen mitzuteilen, daß die Bundesregierung gegenüber dem Vorgehen der US-Regierung (keine Rechtsakte mit extraterritorialer Wirkung, sondern nur „moral persuasion") keine Einwendungen erhebt, vorausgesetzt

– die US-Muttergesellschaften werden veranlaßt, ihre deutschen Töchter lediglich zu einem Verhalten zu bewegen, das sich im Rahmen des deutschen Rechts hält (z. B. wettbewerbsrechtliche Vorschriften);
– die US-Administration gibt den Gesellschaften nicht zu erkennen, daß sie in stillschweigender Übereinstimmung mit der Bundesregierung handelt.

Diese Position sollte uns um so leichter fallen, als der Anteil libyschen Öls an unserer Gesamteinfuhr seit Beginn dieses Jahres von Monat zu Monat rück-

Fortsetzung Fußnote von Seite 894

Aktivitäten ausländischer Töchter amerikanischer Unternehmen waren bisher von den amerikanischen Maßnahmen nicht erfaßt. […] Die von Botschafter Burt gegebenen wenig spezifizierten Hinweise zu den Absichten der US-Regierung lassen eine präzise Einschätzung der Implikationen des beabsichtigten Vorgehens für die Bundesrepublik Deutschland noch nicht zu." Bei der Bewertung des amerikanischen Anliegens sei „die hohe Priorität zu berücksichtigen, welche die US-Politik dem Vorgehen gegenüber Libyen einräumt mit allen ihren Auswirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Der Grad der Emotionalität der Terrorismusdiskussion in den USA, insbesondere wenn es dabei um Libyen geht, kann kaum überschätzt werden. […] Die aus amerikanischer Sicht enttäuschende Unterstützung der europäischen Verbündeten (außer GB) hat dazu geführt, daß wir – Bundesrepublik Deutschland und Europäer insgesamt – noch nie eine so schlechte Presse in den USA gehabt haben wie in den Wochen nach der Libyenaktion. Die zum Ausdruck kommende Bitterkeit, Frustration und Enttäuschung über die ‚knieweichen, unsolidarischen und unzuverlässigen Europäer' ist nur langsam und wohl auch nur an der Oberfläche abgeklungen." Vgl. Referat 204, Bd. 135355.

6 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Jelonek legte dar, der amerikanische Botschaftsrat Butcher habe gegenüber Ministerialdirigent Kastrup die von den USA geplanten weiteren Maßnahmen in der Frage von Wirtschaftssanktionen gegen Libyen und deren Ausdehnung auf ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Firmen dargelegt. Jelonek führte dazu aus, es sei zu begrüßen, „daß die amerikanische Seite uns nicht nur konsultiert, sondern auch zu Rücksichtnahme auf unsere Haltung der Nichtzulassung extraterritorialer Maßnahmen bereit ist". Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Dieter Kastrup.

8 Alois Jelonek.

läufig ist (Anfang Juni ca. 11%). Dem BMWi liegen, wie uns jetzt bekannt wird, Hinweise vor, die den Schluß zulassen, daß die deutschen Töchter der US-Gesellschaften ihre Importe aus Libyen seit Februar praktisch eingestellt haben.

3) Der französische Wirtschaftsdirektor Vidal, der von D4 angesprochen wurde, hat mitgeteilt, Frankreich sei vor einiger Zeit von US gebeten worden, den französischen Gesellschaften (ELF, Total) die Einfuhr libyschen Öls zu untersagen. F habe geantwortet, dies sei nicht nötig, weil die Gesellschaften nichts oder praktisch nichts mehr aus Libyen importierten, sondern auf andere Nahostländer übergegangen seien. Die Frage eines eventuellen Vorgehens von US-Gesellschaften gegenüber französischen Töchterfirmen sei nicht erörtert worden.

Der britische Kollege von D4, Braithwaite, hat auf Frage erklärt, London sei in gleicher Weise wie wir von den Amerikanern angesprochen worden. Die Briten hätten geantwortet, das beabsichtigte amerikanische Vorgehen werfe schwierige Fragen der Exterritorialität auf. Die britische Haltung dazu sei den US aus früheren Vorgängen bekannt. Im übrigen sei GB nur zu einem sehr geringen Teil betroffen, da es nur 3% seines Öls aus Libyen beziehe.

4) Angesichts des Einverständnisses von BMWi und Bundeskanzleramt und im Hinblick darauf, daß die Reaktionen von F und GB in dieselbe Richtung zeigen, wird vorgeschlagen, daß Dg42 seinem Gesprächspartner in der US-Botschaft mündlich die in Ziffer 2 aufgezeigte Linie darlegt.[9]

Jelonek

VS-Bd. 13727 (422)

9 Der Passus „in dieselbe Richtung … aufgezeigte Linie darlegt“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich bin bereit, Burt selbst die Antwort auf die mir gestellte Frage zu geben.“
Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 2. Juli 1986, er habe dem amerikanischen Gesandten Dobbins am 20. Juni 1986 mitgeteilt, „daß die Bundesregierung keine Einwendungen erheben werde, wenn die amerikanische Regierung politisch-moralischen Druck auf US-Ölgesellschaften mit dem Ziel ausübe, daß diese ihre deutschen Tochtergesellschaften zur Einstellung der Geschäftsbeziehungen zu Libyen veranlassen. […] Der amerikanische Gesandte zeigte sich von dieser Unterrichtung befriedigt.“ Ferner habe er, Jelonek, darauf hingewiesen, „daß sich das Problem mit den deutschen Töchtern eigentlich nicht stellen könne, wenn gegen die US-Gesellschaften wirkungsvoll gehandelt werde, da nicht gefördertes Öl auch nicht exportiert werden könne. Auf die Frage, welche rechtlichen Schritte in dieser Richtung unternommen worden seien, wies der Gesandte darauf hin, daß die US-Firmen jetzt ihre Tätigkeit in Libyen definitiv bis Ende Juni einstellen müßten.“ Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1986.

173

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerz

320-321.00 SUA **13. Juni 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 4631 Plurez **Aufgabe: 14. Juni 1986, 13.30 Uhr**

Betr.: Erneute Verhängung des Ausnahmezustandes in Südafrika[2];
hier: Einbestellung des südafrikanischen Botschafters Retief am 13.6.86

1) Botschafter Retief wurde heute (13.6.) ins AA einbestellt, um unsere Kritik wegen der erneuten Verhängung des Ausnahmezustands entgegenzunehmen. Botschafter R. wurde zunächst zu kurzem Gespräch mit BM gebeten. Sodann führte StS Meyer-Landrut eine längere Unterredung mit dem Botschafter.

2) Aus dem Gespräch BM/Retief halte ich fest: BM bat Retief, seiner Regierung mitzuteilen, daß BRegierung[3] über jüngste Maßnahmen aus doppeltem Grund außerordentlich besorgt sei. Einmal gelte unsere Sorge der Entwicklung der Lage in Südafrika, die sich durch die Verhängung des Ausnahmezustands, die Verhaftungen, die Beschränkung der Pressearbeit weiter verschärfen werde. Zum anderen werde es der BRegierung noch schwerer gemacht, ihre Politik gegenüber Südafrika durchzuhalten. Wir gerieten jetzt noch stärker unter Druck, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. BM wies hierzu auch auf öffentliche Meinung in EG und der BR Deutschland, insbesondere auf die Kirchen hin. BM forderte südafrikanische Regierung auf, die Verhängung des Ausnahmezustands und die Beschränkung der Pressefreiheit rückgängig zu machen und alle in diesem Zusammenhang Verhafteten, darunter auch den deutschen Pfar-

1 Durchdruck.
Drahterlaß an die Botschaft in Pretoria und die Dienststelle Kapstadt.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

2 Referat 320 legte am 19. April 1986 dar, der am 21. Juli 1985 für 36 von 300 südafrikanischen Magistratsbezirken verhängte Ausnahmezustand sei am 7. März 1986 aufgehoben worden: „Die südafrikanische Regierung ist zur Zeit nach eigenen Angaben bemüht, Gesetze zu erarbeiten, die es ihr ermöglichen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, ohne den Ausnahmezustand verhängen zu müssen." Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Townships hielten jedoch an. In den letzten 19 Monaten seien über 1400 Personen ums Leben gekommen. Vgl. Referat 320, Bd. 155985.
Botschafter Lahusen, Pretoria, meldete am 12. Juni 1986, um eine Minute nach Mitternacht sei ein landesweiter Ausnahmezustand verhängt worden, der allerdings erst gegen Mittag öffentlich bekannt gemacht worden sei. Seit der Nacht würden „massive, aber gezielte Verhaftungen" durchgeführt: „Die Zielgruppen der Verhafteten sind – soweit jetzt bekannt – Politiker der außerparlamentarischen Opposition, Bürgerrechtler, Geistliche, Gewerkschafts- und Studentenführer". Lahusen führte aus: „Die sich in den letzten Tagen abzeichnende Wende in der Haltung der s[üd]a[frikanischen] Regierung wird seit heute praktiziert. Im Lichte der durchsickernden Ergebnisse der Eminent Persons Group und der Verzögerung der Sondersicherheitsgesetzgebung in sa. Parlament haben, neben möglichen sonstigen Motiven, sich offensichtlich diejenigen in der sa. ‚Führung' durchgesetzt, die nicht auf internationales Ansehen und nicht auf politische Ansätze in S[üd]a[frika] abstellen. Die bisherige doppelgleisige Politik des Versuchs von positiven Public Relations im Ausland und gleichzeitiger Durchsetzung einer Politik, die auf die Nichtaufgabe weißer Kontrolle hinausläuft, scheint aufgegeben worden zu sein. Die sa. Politik scheint damit in eine neue Phase eingetreten zu sein, die sich durch harte Repression im Innern auszeichnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 281; Referat 320, Bd. 155985.

3 Bundesregierung.

rer Theobald Kneifel[4], auf freien Fuß zu setzen. Unter Hinweis auf seine Gespräche mit AM Botha im April[5] erneuerte er die Forderung nach Freilassung Mandelas und anderer politischer Gefangener und Entbannung ANC als wesentliche Voraussetzung für dringend notwendigen Dialog mit Schwarzen (vgl. im übrigen Info-Funk der BRegierung).

3) Aus dem Gespräch StS Meyer-Landrut mit Botschafter Retief halte ich fest:

StS ergänzte BM durch Ausführungen im einzelnen und mahnte insbesondere südafrikanische Regierung nochmals, ihre Sicherheitsbehörden zu besonderer Zurückhaltung und Mäßigung am 16. Juni[6] anzuhalten. Zugleich wies StS auf die Bedeutung hin, die jetzt nach Scheitern EPG-Mission[7] einer Freilassung Mandelas und der Entbannung ANC und PAC zukomme.

Botschafter Retief erwiderte, er werde seine Regierung unverzüglich über die Besorgnisse der Bundesregierung unterrichten. Seine Regierung sei weiterhin entschlossen, die geplanten Reformen durchzuführen. Retief vertrat im übrigen den bekannten Standpunkt, daß bereits Beachtliches geleistet sei. Lediglich der Group Areas Act[8] und der Population Registration Act seien noch unberührt, auch diese würden nicht als „heilige Kühe" angesehen. All diese Reformen hätten unter außerordentlich schwierigen Umständen in Angriff genommen werden müssen: Wirtschaftsrezession, Sanktionsdrohungen von außen. Innenpolitisch habe man es ja auch nicht nur mit ANC und PAC zu tun, sondern auch mit einer wachsenden rechtsextremen Opposition. Diese frage jetzt, was Südafrika für seine Reformbemühungen bekommen habe. Die südafrikanische Regierung habe im Vorfeld des 16.6. Informationen erhalten, die sie gezwungen hätten, die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Botschafter Retief wies hierzu insbesondere auf Pläne der südafrikanischen kommunistischen Partei hin, das Land unregierbar zu machen und ins Chaos zu stürzen. Gemäßig-

4 Kanzler Mey, Durban, berichtete am 12. Juni 1986, der Missionar Theobald Kneifel vom Orden der Hünfelder Oblaten, der in einem Priesterseminar in Pietermaritzburg arbeite, sei am selben Tag unter dem Vorwurf der Verletzung der Staatssicherheit verhaftet worden. Er habe am 10. Juni 1986 an einer Protestveranstaltung in Durban teilgenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 19; Referat 320, Bd. 156070.
Am 16. Juni 1986 notierte Ministerialdirigent Sulimma, der südafrikanische Botschafter Retief habe ihm soeben mitgeteilt, Kneifel werde mit sofortiger Wirkung freigelassen, jedoch aus Südafrika ausgewiesen. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 156070.

5 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha am 22. April 1986 vgl. Dok. 133, Anm. 7.

6 Am 16. Juni 1976 kam es während einer Demonstration von Schülern in Soweto bei Johannesburg zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in den folgenden Tagen auf Johannesburg und Pretoria übergriffen. Botschafter Eick, Pretoria, berichtete dazu am 15. Juli 1976: „Am 23. Juni waren die Unruhen im wesentlichen abgeklungen. Die Bilanz: 176 Tote, 1129 Verletzte und ein in die Millionen gehender Sachschaden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 568; Referat 320, Bd. 108217.

7 Zum Bericht der „Eminent Persons Group" des Commonwealth vgl. Dok. 167, Anm. 24.

8 Generalkonsul Heide, Johannesburg, erläuterte am 24. Februar 1986, die südafrikanische Regierung habe am 21. Februar 1986 die Bestimmungen des „Group Areas Act" in der Fassung von 1966 verschärft: „Der Group Areas Act teilt – grob gesagt – das gesamte Territorium der Republik Südafrika in nach Rassen getrennte Gebiete für Weiße, Schwarze und Farbige (weder weiß noch schwarz) auf. Nach der bisherigen Rechtslage waren Besitz oder Eigentum an Land oder Gebäuden nur Angehörigen der jeweiligen Rasse in ihrem Gebiet erlaubt. […] Die Neuregelung betrifft jetzt nicht mehr nur den Besitz oder das Eigentum, sondern auch den Aufenthalt in einem getrennten Rassengebiet. Der bloße Aufenthalt gilt künftig als Besitz". Selbst ein kurzer Aufenthalt in einem Café könne zwei Jahre Haft nach sich ziehen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 89; Referat 320, Bd. 155985.

te Kräfte, auch die Kirchen, hätten hier keinen mäßigenden Einfluß mehr. Südafrikanische Regierung sei zum Handeln gezwungen gewesen, wohlwissend, daß ihr dies neue internationale Strafmaßnahmen einbringen könnte.

Retief verwies zur Bekräftigung seiner Ausführungen auf die Rede von Staatspräsident Botha vor der gemeinsamen Sitzung der drei Häuser des südafrikanischen Parlaments am 12. Juni[9] sowie auf die Fernsehansprache des Staatspräsidenten vom gleichen Tage[10], deren Texte er überreichte. Er appellierte an die Bundesregierung, ihre Politik des kritischen Dialogs fortzusetzen und bei der Mobilisierung der gemäßigten Kräfte in Südafrika und in den Nachbarländern mitzuwirken und in EG ihren Einfluß für eine mäßigende Politik geltend zu machen.

StS wies abschließend darauf hin, daß Bundesregierung seit langem in ihrem kritischen Dialog vor der Gefahr gewarnt habe, daß südafrikanische Regierung too little too late tue. Wahrscheinlich sei es so, daß das, was bis jetzt getan sei, zu wenig und zu spät sei. Südafrikanische Regierung müsse ein deutliches Zeichen setzen. StS wies in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, wie sehr es Bundesregierung durch jüngste Maßnahmen der südafrikanischen Regierung erschwert worden sei, ihre bisherige Politik fortzuführen. Eine solche Politik könne nur durchgehalten werden, wenn wir zeigen könnten, daß auch Positives geschehe, wenn also schon Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von law und order nötig seien, gleichzeitig auf Reformfortschritte hingewiesen werden könnte.

Gerz[11]

Referat 320, Bd. 156009

9 Für die Rede des Präsidenten Botha am 12. Juni 1986 vor den drei Kammern des südafrikanischen Parlaments vgl. Referat 320, Bd. 155985.

10 Für die Fernsehansprache des Präsidenten Botha am 12. Juni 1986 vgl. den Drahtbericht Nr. 285 des Botschaftsrats I. Klasse Ziefer, Pretoria, vom 13. Juni 1986; Referat 320, Bd. 155985.

11 Paraphe.

174

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-493.20/3.4 **16. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Vierter Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie (Grüner IV);
hier: Ministerrunde beim Bundeskanzler am 19. Juni 1986[4]

Anlagen

Zweck der Vorlage: 1) Vorschlag, dem Berichtsentwurf[5] zuzustimmen
2) Gesprächsvorbereitung

Am 19. Juni 1986 soll auf Einladung des Herrn Bundeskanzlers der vierte Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie (BMWi-PStS Grüner) besprochen werden. Mit diesem Bericht, der zuletzt im Jahre 1982 erstellt worden ist, schreibt die Bundesregierung ihre industriepolitischen Leitziele in diesem Bereich fort.

Bei der Ressortabstimmung des Berichts auf Staatssekretärsebene am 21. April 1986 hielt der BMF ein Gespräch der Ressortminister unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers für erforderlich. Bei dieser Gelegenheit sollen die Prioritäten der deutschen Luft- und Raumfahrtvorhaben untereinander und auch im Verhältnis zu anderen Politikbereichen erörtert werden.

Bei der Sitzung am 19. Juni 1986 werden folgende Ressorts vertreten sein: AA, BMF, BMWi, BMVg, BMFT. Wie vom Kanzleramt zu erfahren war, wird auch MP Strauß teilnehmen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 16. Juni 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 19. Juni 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung eines Durchdrucks an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl sowie den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM teilte im Anschluß mit, daß Min[ister]-Runde Vorschläge erörtert und sich auf Oktober vertagt habe."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 20. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 20. Juni 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Ammon vermerkte: „S[iehe] S[eite] 9." Vgl. Anm. 31.
Hat Ammon erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirektor Seitz vermerkte am 18. Juni 1986 zur Ausgangslage des Ministergesprächs bei Bundeskanzler Kohl am folgenden Tag: „BM Stoltenberg hat sich in einem vertraulichen Brief an BM Riesenhuber mit größter Schärfe auf den Kabinettsbeschluß vom [16.]1.1985 berufen und jedes weitere haushaltsrelevante Großprojekt abgelehnt. Er fordert, daß die Bundesrepublik am 25.6. bei der ESA gegen die Europäisierung von Hermes votiert. BM Riesenhuber wird für eine deutsche Beteiligung an Hermes plädieren – mit welcher Energie, ist ungewiß. BK Kohl, auch gegen ihn richtete sich der Brief, steht bei Präsident Mitterrand im Wort. MP Strauß wird sich vermutlich für ein schlagkräftiges europäisches Raumfahrtprogramm einsetzen. Insgesamt könnte auf das Auswärtige Amt ein erheblicher Teil der Argumentationslast zukommen." Vgl. Referat 02, Bd. 178520.

5 Für den Entwurf vom 14. Mai 1986 des „Berichts zur Luft- und Raumfahrtindustrie (LRI)" des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt vgl. Referat 431, Bd. 142063.

Es wird vorgeschlagen, dem vorliegenden Berichtsentwurf zuzustimmen.

In der Anlage werden[6] ein Sachstand und ein Gesprächsführungsvorschlag[7] zu den in dem Bericht angesprochenen Themenbereichen

– Weltraum (Columbus, Ariane V, Hermes, HOTOL, Beobachtungssatellit)
– Wehrtechnik
– Airbus

vorgelegt. Abteilung 2 war beteiligt; 02 ist informiert[8].

Jelonek

[Anlage]

13. Juni 1986

Sachstand

Betr.: Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie

1) Weltraumfragen

1.1) Der Bericht wiederholt die Beschlußlage des ESA-Ministerrats vom 31.1.1985 zum langfristigen europäischen Weltraumplan[9] und stellt den aktuellen Stand der laufenden Projekte dar. Anstehende Entscheidungen in diesem Bereich werden in dem Bericht nicht präjudiziert.

Die Bundesregierung hat in dem Kabinettsbeschluß vom 16.1.1985[10] bereits zu der Bedeutung der deutschen Weltraumaktivitäten Stellung genommen. Diese sind „ein wesentliches Element ihrer

– Außen-,
– Wirtschafts-
– und Technologiepolitik,

das von weitreichender wissenschaftlich-technischer und wirtschaftlicher, aber auch politischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland selbst, für die Eigenständigkeit Europas und für die transatlantische Zusammenarbeit ist“.[11]

Die Entwicklung seither hat gezeigt, daß die Weltraumtechnik neue Märkte erschlossen hat (Markt für Trägerraketen, Ausweitung des Telekommunikations-

6 Korrigiert aus: „wird“.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Die Wörter „02 ist informiert“ wurden von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

9 Ministerialdirigent Loeck legte am 6. Februar 1985 dar, Hauptergebnis der ESA-Ratstagung auf Ministerebene am 30./31. Januar 1985 in Rom sei „die Einigung auf ein langfristiges europäisches Weltraumprogramm für die nächsten zehn Jahre mit den programmatischen Schwerpunkten Columbus und Ariane V. Die gefaßten Beschlüsse sehen während des Planungszeitraums von 1985 bis 1995 Gesamtausgaben von ca. 16,5 Mrd. RE, d. h. gegenüber dem jetzigen durchschnittlichen Ausgabenvolumen von 1 Mrd. RE pro Jahr eine Steigerung um r[un]d 60 % vor. Die entscheidende politische Aussage des Langzeitprogramms liegt in dem Ziel, die Eigenständigkeit Europas in der Raumfahrt zu sichern und auszubauen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 142082.

10 Korrigiert aus: „15.1.1985“.

11 Vgl. dazu die Kabinettvorlage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 10. Januar 1985; Referat 209, Bd. 130043.

angebots, Direktfernsehen usw.). Die Bedeutung der technologischen Beziehungen als Teil unserer Außenbeziehungen nimmt zu.

1.2) Zum Stand der wichtigsten Weltraumvorhaben:

1.2.1) Ariane V (Gesamtkosten: 7,4 Mrd. DM, deutscher Anteil: 22%)

Ariane V ist die nächste Generation der europäischen Trägerrakete. Sie soll ab 1995 zur Verfügung stehen und 15 t Nutzlast in eine niedrige Umlaufbahn bringen können. Die Definitionsphase wird im Frühjahr 1987 beendet sein. Über eine Fortsetzung des Programms in die Bauphase wird der ESA-Ministerrat 1987 zu entscheiden haben.

1.2.2) Columbus (Gesamtkosten: 7,7 Mrd. DM, deutscher Anteil 38%)[12]

Columbus ist der europäische Beitrag zur Internationalen Raumstation, die ab 1994/95 in eine Umlaufbahn gebracht werden soll.

ESA und NASA konnten Anfang Juni 1986 Einigung über ein neues technisches Konzept für den europäischen Beitrag zur Raumstation erzielen, das von dem ursprünglichen Konzept eines einzigen freifliegenden, aber an die Raumstation ankoppelbaren Moduls abweicht. Dieses neue Konzept soll nunmehr aus

- einem fest in die Raumstation integrierten Labormodul (von I zu bauen) und
- einem zweiten, von der Raumstation zeitweise abkoppelbaren Labormodul (voraussichtlich ebenfalls von I zu bauen) bestehen, das
- mit Hilfe einer (von D zu bauenden) Versorgungseinheit zeitweise freiflugfähig sein soll.
- Hinzu kommt eine (von GB zu bauende) Beobachtungsplattform.

Die Regierungsverhandlungen mit den USA über

- die Rechtslage an Bord von Columbus und
- die Spezialisierung des europäischen Moduls auf die Materialforschung (unter Ausnutzung der Schwerelosigkeit)

sind noch nicht abgeschlossen.

Wertung

Es ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, ob sich das neue Columbus-Konzept in dem (durch den Kabinettsbeschluß vom 15.1.85) vorgegebenen Rahmen für die Bau- und Betriebskosten wird realisieren lassen und ob die Verhandlungen mit den USA zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt werden können. Erst nach Abschluß der Definitionsphase im Frühjahr 1987 wird man entscheiden können, ob

- das Columbus-Konzept unverändert in die Bauphase überführt werden soll oder ob
- zusätzliche Mittel bereitgestellt werden sollen oder ob
- nur ein Teil der Columbus-Elemente realisiert werden soll.

Für eine derartige Entscheidung fehlt zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Grundlage. Sie bedarf der sorgfältigen Abstimmung mit unseren ESA-Partnern und den USA.

[12] Zum Projekt einer internationalen Raumstation vgl. Dok. 152, Anm. 11.

1.2.3) Hermes (Gesamtkosten nach französischer Schätzung: 4,8 Mrd. DM, nach BMFT-Schätzung bis zu 11 Mrd. DM)[13]

F hat Hermes im März 1986[14] der ESA förmlich zur Europäisierung vorgeschlagen. Der ESA-Rat wird auf seiner Sitzung am 25. Juni 1986 (mit einfacher Mehrheit) über die Annahme der sog. Ermächtigungsentschließung entscheiden müssen.[15] Mit dieser Entschließung würde Hermes den Status eines fakultativen ESA-Programms erhalten. Zugleich wird eine Drei-Monats-Frist in Gang gesetzt, innerhalb der die ESA-MS ihre Teilnahme an diesem Programm ausschließen können. Nach französischen Vorstellungen soll im September/Oktober 1986 dazu die sog. Deklaration verabschiedet werden, mit der die Teilnehmerstaaten ihre finanziellen Beiträge zur Definitionsphase (geschätzte Kosten: ca. 106 Mio. DM) festlegen.

F hat seine Bereitschaft erklärt, ca. 50 % der Projektkosten zu finanzieren. Im BMFT wird eine deutsche Beteiligung bis zu 30 % erwogen. Zu dieser Empfehlung kommt auch eine diesbezügliche Studie der DFVLR.[16]

Der Bundeskanzler hat gegenüber Präsident Mitterrand eine deutsche Entscheidung über Hermes bis zum Herbst 1986 in Aussicht gestellt. Einer Entscheidung für Hermes steht der Kabinettsbeschluß vom 15.1.1985 entgegen. Dieser besagt, daß „mit der Verwirklichung dieser beiden Programme (Ariane V und Columbus) unter den gegebenen Umständen die Möglichkeiten der Bundesregierung, zivile Raumfahrtvorhaben vergleichbarer Größenordnung in Angriff zu nehmen, erschöpft sind".

Wertung

Hermes soll Europa einen von den USA unabhängigen Zugang zur Raumstation ermöglichen. Dem liegt die Erfahrung zugrunde, daß bei einer einseitigen Abhängigkeit Europas von amerikanischen Raumtransportsystemen eine echte Partnerschaft nicht immer verwirklicht werden kann: So konnten die USA, die den Start des von D und F gemeinsam entwickelten ersten europäischen Nachrichtensatelliten „Symphonie"[17] gegen Bezahlung durchführten, aufgrund ih-

13 Zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes" vgl. Dok. 152, Anm. 8.

14 Korrigiert aus: „1985".

15 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 17. Juli 1986: „Der ESA-Rat hat bei seiner Sitzung am 27.6. einstimmig (bei Enthaltung Spaniens) die Europäisierung von Hermes beschlossen. Dabei konnte sich F mit seinem Vorschlag, die Durchführung des Hermes-Projekts weitgehend der französischen Weltraumbehörde CNES zu übertragen (wie dies bereits bei den Ariane-Programmen der Fall ist), nicht durchsetzen. Im Rat wurde die Überzeugung der Mehrheit der MS deutlich, daß das Systemmanagement (sog. Level-A-Management) bei der ESA verbleiben soll. […] Der Rat beschloß, die Hermes-Managementstruktur auf der nächsten Ratstagung am 22. und 23. Oktober 1986 abschließend zu beraten." Vgl. Referat 431, Bd. 142062.

16 Für die Schlußfolgerungen des Memorandums „Europäisches Rückkehrfähiges Raumtransportsystem" der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt vom 15. Dezember 1985 vgl. Referat 202, Bd. 213062.

17 Die Bundesrepublik und Frankreich vereinbarten mit Abkommen vom 6. Juni 1967 eine Zusammenarbeit bei Planung, Bau, Start und Nutzung des experimentellen Fernmeldesatelliten „Symphonie". Der Satellit sollte der Erprobung der Übertragung von Ton- und Fernsehsendungen, Ferngesprächen, Fernschreiben und Daten dienen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigent Lautenschlager vom 27. November 1974; Referat 413, Bd. 114289.
„Symphonie 1" wurde am 18. Dezember 1974 mittels einer amerikanischen Trägerrakete in Cape Canaveral, Florida, gestartet. Der Start von „Symphonie 2" erfolgte am 26. August 1975.

rer Monopolstellung beim Satellitentransport erhebliche Restriktionen bei der kommerziellen Nutzung des Satelliten durchsetzen.

Hermes, Columbus und Ariane V sind Teile eines Gesamtkonzepts, das in sich logisch zusammenhängt: Columbus ist das Ziel im All für Hermes; dieser kann wiederum ohne Ariane V nicht starten.

Von der Hermes-Entscheidung sind erhebliche Ausstrahlungen auf die deutsch-französischen Beziehungen zu erwarten: Eine negative Entscheidung würde in Paris als Zeichen des Desinteresses an einer technologischen Zusammenarbeit verstanden werden.

Wir sollten uns daher für eine Beteiligung an der Definitionsphase von Hermes einsetzen. Dabei sollten wir den von der einschlägigen DFVLR-Studie vorgeschlagenen Anteil von 30% anstreben, um eine deutsche Systemführerschaft auf Subsystemebene erreichen zu können. Die dafür erforderlichen Mittel von ca. 32 Mio. DM können voraussichtlich aus dem BMFT-Haushalt aufgebracht werden.

Folgende Ziele sollten bei den Hermes-Verhandlungen im Auge behalten werden:

– angemessene Beteiligung der deutschen Industrie an technologisch interessanten Komponenten, Systemführerschaft für ein Subsystem;
– Endmontage eines Hermes-Flugkörpers in D;
– keine Sonderstellung für die französische Weltraumbehörde CNES (im Ariane-Programm hat CNES z. B. das Recht erhalten, Aufträge im Namen der ESA zu vergeben).

1.2.4) HOTOL (Kosten nach britischer Schätzung: 10,6 Mrd. DM)[18]

HOTOL ist der britische Vorschlag eines horizontal startenden und landenden Raumtransportsystems, das über einen vollkommen neuartigen Antrieb verfügen soll. Eine Realisierung dieses Konzepts hätte bahnbrechende Konsequenzen auch für die zivile und militärische Luftfahrt (US-Projekt „Orient-Express"). Die USA haben hierzu bereits Studienaufträge über 450 Mio. US $ vergeben.

GB wird bei der Sitzung des ESA-Rats am 25.6.86 vorschlagen, von 1988 bis 1991 Studien über das HOTOL-Konzept als europäisches Programm durchzuführen (Studienkosten: ca. 660 Mio. DM über vier Jahre). Mit der Realisierung von HOTOL kann erst Anfang des nächsten Jahrhunderts gerechnet werden.[19]

18 Referat 431 erläuterte am 26. Mai 1986, in Großbritannien und den USA würden gegenwärtig Forschungen zu neuen Antriebstechniken für Raumtransportsysteme betrieben: „Großbritannien studiert z. Z. das Konzept eines Flugkörpers von der Größe der Concorde, der – zunächst unbemannt – Nutzlasten in eine niedrige Umlaufbahn transportieren soll. HOTOL soll voll wiederverwendungsfähig sein und auf herkömmlichen Flugplätzen starten und landen können (Horizontal Take-off and Landing)." Ein mit HOTOL vergleichbares Raumtransportsystem werde in den USA unter der Bezeichnung Aerospace Plane entwickelt. Eine mögliche Version für Passagierflugzeuge werde als „Orient Express" bezeichnet: „Die neuartige Antriebstechnik des Aerospace Plane soll auch auf Passagierflugzeuge Anwendung finden, die in 30 bis 120 km Höhe mit 12 bis 25facher Schallgeschwindigkeit fliegen können. Damit würde ein Flug von New York nach Tokio in ca. 2 Stunden möglich." Vgl. Referat 431, Bd. 142062.

19 Ministerialrat Patermann, Bundesministerium für Forschung und Technologie, notierte am 16. Juli 1986 zur Tagung des ESA-Rats vom 25. bis 27. Juni 1986 in Paris: „Die britische Delegation betonte bei Vorlage ihres kurzen Sachstandsberichts, daß nach ihrer Auffassung eine Berücksichtigung von HOTOL als mögliches ESA-Projekt auch Gegenstand der aller Voraussicht nach Mitte nächsten Jahres stattfindenden ESA-Ministerratstagung sein werde. Sowohl in den USA als auch in

Wertung

Europa sollte sich die Tür zur HOTOL-Technologie offenhalten, um ggf. auch hier mit den USA Schritt halten zu können. Dies könnte durch eine Beteiligung an der von GB vorgeschlagenen Studie geschehen, die sich auf die Triebwerkstechnologie konzentrieren sollte. Sollte der neue Antrieb sich als realisierbar erweisen, würden seine Anwendungsmöglichkeiten weit über die Raumfahrt hinausgehen. Eine eventuelle Realisierung wäre dann zu gegebener Zeit auch unter Gesichtspunkten der Militärpolitik und der Anwendung im Luftfahrtbereich zu prüfen.

1.2.5) Beobachtungssatellit[20]

Der vorliegende Bericht des Koordinators für die Luft- und Raumfahrt geht auf die verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Aspekte der Raumfahrt nur ganz kursorisch ein. Insbesondere wird die intensive Arbeit der Ressorts zur Prüfung des französischen Vorschlages eines deutsch-französischen militärischen Aufklärungssatelliten mit keinem Wort erwähnt.

Wir müssen uns aber nach dem Antritt der neuen Regierung in F[21] nicht nur darauf einstellen, daß F dieses Projekt weiterverfolgen wird. Insbesondere ist es nicht nur im Interesse der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, sondern vor allem zur Gewinnung von für die heutige Außenpolitik entscheidenden Informationen erforderlich, daß das BMVg seine völlige Ablehnung der Finanzierung militärisch relevanter Raumfahrtprojekte allmählich abbaut. Schon eine deutsche Mitwirkung an einer „erweiterten", also ATM/ATBM[22]-fähigen Luftverteidigung dürfte dies erfordern, da für sie raumgestützte Sensoren wohl kaum verzichtbar sein werden.

2) Wehrtechnik

Die Schilderungen der Lage im Flugzeug-, Hubschrauber- und Flugkörperbereich im Kapitel „Wehrtechnik" gehen über die bestehenden erheblichen Schwierigkeiten bei einigen der gewichtigsten Vorhaben des BMVg hinweg:

a) Zwar ist es kürzlich gelungen, beim „Jäger 90" alle vier beteiligten Nationen

Fortsetzung Fußnote von Seite 904

Japan würden entsprechende Aktivitäten vorbereitet. Europa müsse sich, ob es wolle oder nicht, hierauf vorbereiten. Nach britischen Vorstellungen könnte Phase A 1988 beginnen. Man möchte dieses Projekt von britischer Seite nicht in bilateraler Zusammenarbeit mit den USA vorantreiben, sondern sehe es als eine allgemeine europäische Aufgabe an, diesen revolutionierenden Weg im Überschallraumtransport zu beschreiten. Im Oktober-Rat werde Großbritannien weitere vertiefende Papiere vorlegen." Die Delegation der Bundesrepublik habe ein Papier der Firma MBB über das Zweistufentransportsystem „Sänger" vorgelegt, das in die Überlegungen zu HOTOL mit einbezogen werden solle. Vgl. Referat 431, Bd. 142082.

20 Das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten wurde am 24. November 1983 im Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Amtskollegen Cheysson und Hernu von letzterem vorgebracht und im Gespräch im gleichen Kreis am 29. Oktober 1984 in Bad Kreuznach erneut erörtert. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 356. Vgl. ferner AAPD 1984, II, Dok. 293, AAPD 1985, I, Dok. 35, und AAPD 1985, II, Dok. 196.
Im Gespräch mit Genscher, dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Quilès am 7. November 1985 teilte Wörner mit, daß eine Beteiligung der Bundesrepublik aus finanziellen Gründen nicht möglich sei. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 305.

21 Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 trat die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Chirac am 20. März 1986 ihr Amt an.

22 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Anti-Tactical Missiles (ATM), Anti-Tactical Ballistic Missiles (ATBM)".

an den technischen Eckdaten des Flugzeugs, wie sie 1985 in Turin vereinbart wurden[23], festzuhalten. Unklar ist weiterhin, wie insbesondere

– das Triebwerk und
– die Avionik (Radar)

entwickelt bzw. beschafft werden sollen. Deshalb ist auch weiter unklar, ob und gegebenenfalls wie F und die USA sich an dem Projekt beteiligen werden. Daraus ergeben sich auch bedeutende finanzielle Unsicherheiten.

b) Nach jüngsten Erklärungen des französischen Verteidigungsministers ist nicht mehr auszuschließen, daß F sich aus der Kooperationsvereinbarung über einen Panzerabwehrhubschrauber zurückzieht.[24] Dies hätte nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Stellung der deutschen Hubschrauberindustrie in einem (siehe „Westland-Affäre“[25]) durch Überkapazitäten gekennzeichneten Markt, sondern auch eventuell auf die deutsch-französischen Beziehungen, wenn nicht ganz klar wird, daß F für ein derartiges eventuelles Ende verantwortlich wäre.[26]

23 Zur Sitzung der Rüstungsdirektoren der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens am 1. August 1985 und den Planungen für den „Jäger 90“ vgl. Dok. 2, Anm. 37. Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz notierte am 23. Juni 1986, in der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestags am 19. Juni 1986 habe Staatssekretär Timmermann, Bundesministerium der Verteidigung, ausgeführt: „Die Schwierigkeiten der Industrie, die Anforderungen der dt. Luftwaffe zu erfüllen, sind mit am 12.5.1986 vorgelegtem, 20.5. vom BMVg gebilligtem Entwurf gelöst. Nunmehr wird mit der ‚militärisch-technischen Zielsetzung‘, nach Billigung durch Leitung BMVg, die Basis für die Entwicklungsphase gelegt. Entsperrungsantrag für DM 360 Mio. Entwicklungskosten für 1986/87 ist nach der Sommerpause vorgesehen. München wird Sitz von drei zu gründenden Firmen (Eurofighter, Triebwerk, Amtsseite) der beteiligten Partner sein. […] Von USA und F parallel vorgeschlagene Beteiligung an einzelnen Komponenten wird, derzeit noch ohne Ergebnis, geprüft. Bedingungen für uns: keine Projektverzögerung, keine höheren Kosten, Erfüllung unserer militärischen Forderungen. Auch für andere steht Teilnahme offen. Ca. 25 Mrd. DM Gesamtkosten (deutscher Anteil) für Entwicklung und Beschaffung auf der Grundlage von Dez[ember] 85, davon 19,1 Mrd. für Beschaffung von mindestens 200 Stück (ursprünglich 250 vorgesehen, nach Fs. Ausstieg aufgrund Kostenerhöhung (vier statt fünf Partner) Reduktion auf Bedarfsminimum von 200) und ca. 5 Mrd. Entwicklung (vor Fs. Ausstieg 3,8 Mrd. geplant).“ In der Diskussion sei von den Bundestagsabgeordneten erklärt worden, daß sichergestellt werden müsse, „daß deutscher Anteil mehr als nur ‚Blechschneiderei‘ sei: Avionik, Radar seien zukunftsträchtig.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148676.

24 Zum Vorhaben eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers vgl. Dok. 61, Anm. 28. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 16. Mai 1986 dar: „BM Wörner hat im Anschluß an ein Treffen mit dem fr[an]z[ösischen] VM Giraud am 12. Mai in Bonn der Presse mitgeteilt, daß die ursprünglich für 1986 vorgesehene Einführung des Panzerabwehrhubschraubers PAH-II frühestens 1995 möglich sein werde (FAZ 14.5.). VM Giraud hatte bei diesem Anlaß nach der gleichen Pressemeldung mitgeteilt, wenn das Projekt gemeinsam nicht zustande komme, sei es besser, getrennte Wege zu gehen; eine Entscheidung sei zur Vermeidung weiterer finanzieller Verluste bald nötig. Nach einer Reuters-Meldung von heute hat VM Giraud gestern in Nancy erklärt, das Projekt erfülle keine der Bedingungen, die an eine erfolgreiche Zusammenarbeit gestellt werden müßten. Frankreich sei bereit, gemeinsame europäische Rüstungsprojekte mitzutragen. Voraussetzung sei, daß alle sich über die Ziele einig seien und die Kosten niedrig blieben. Beides könne vom Hubschrauber nicht gesagt werden.“ Braunmühl führte dazu aus, die Äußerungen des französischen Verteidigungsministers Giraud seien „politisch vor allem als Versuch zu bewerten, die Haushaltsprobleme zu lösen, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hat. Es besteht keine Veranlassung zu der Annahme, daß es ihm nur taktisch darum geht, einen höheren Anteil der Kosten für uns durchzusetzen.“ Die Bundesregierung müsse sich auf einen Ausstieg Frankreichs einstellen: „Dies wäre ein weiteres Großprojekt der deutsch-französischen Rüstungskooperation, das letztlich an unüberbrückbaren Unterschieden der militärischen Prioritäten beider Staaten, die vor allem aus ihrer unterschiedlichen geographischen Lage folgen, scheitert.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148675.

25 Zur Krise des britischen Hubschrauberherstellers Westland vgl. Dok. 49, Anm. 6.

26 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat Bitterlich handschriftlich: „Siehe Berichterstattung in den Medien üb[er] Gespräch BK–St[aats]P[räsident]M[itterrand] am 17.6.“

c) Die Darstellung der Flugkörperprogramme (insbesondere AMRAAM[27], Stinger, RAM[28]) läßt die erheblichen Probleme nicht erkennen, die sich hier aus der restriktiven Technologie-Transfer-Politik der USA einerseits, unserem Wunsch nach Koproduktion („second source") andererseits sowie den z. T. jahrelangen Verzögerungen der Entwicklungsarbeiten ergeben.

3) Airbus[29]

Es ist wichtig, daß Airbus Industrie die von ihr angestrebte Langstreckenversion unter Berücksichtigung der von den Regierungen der Airbus-Länder erteilten Auflagen (Nachweis der Wirtschaftlichkeit, insbesondere durch Gewinnung von „launching customers") zustande bringt. Die im Langstreckenbereich bisher bestehende Monopolstellung von Boeing bringt Boeing eine Monopolrente ein, die es Boeing ermöglicht, andere Flugzeugtypen stark verbilligt anzubieten, was sich auf die Absatzlage von Airbus Industries bei den Mittelstreckenversionen abträglich auswirkt und damit auch die Rückzahlung der Fördergelder an die Regierungen der Airbus-Länder verzögert. Generell ist es auf dem Welt-Flugzeugmarkt so, daß die Verkaufschancen der Hersteller von Großflugzeugen desto besser sind, je größer ihre Angebotspalette ist. Daher ist die Erweiterung der Airbus-Familie um eine Langstreckenversion wichtig.

MP Strauß setzt sich in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus Industries stark für die Langstreckenversion ein. Er ist in diesem Sinne insbesondere an Präsident Mitterrand und PM Chirac herangetreten.

Es bestehen allerdings erhebliche Probleme. Die französische Regierung steht dem Programm zwar grundsätzlich positiv gegenüber. Doch hat das zuständige französische Fachministerium erhebliche Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Programms. Diese Zweifel könnten uns im Rahmen der z. Z. laufenden Gespräche mit den USA über Luftfahrtindustrie, in denen die USA den Europäern vorwerfen, das Airbus-Programm in GATT-widriger Weise zu subventionieren,[30]

27 Advanced Medium-Range Air-to-Air Missile.

28 Rolling Airframe Missile.

29 Zur Weiterentwicklung des „Airbus" vgl. Dok. 109, Anm. 15.

30 Referat 420 erläuterte am 11. April 1986: „US-Regierung erhebt seit einiger Zeit wegen Airbus handelspolitische Vorwürfe gegen die Europäer: Die Regierungen der Airbus-Länder verzerrten durch die staatliche Subventionierung von Airbus Industrie in GATT-widriger Weise den Markt und schädigten legitime Interessen der US-Industrie auch dadurch, daß sie durch diplomatische Aktionen und Ausübung politischen Drucks auf Käuferländer den USA Marktanteile wegnähmen. Weiterer Vorwurf: Die Zulieferungen für Airbus würden mehr und mehr ‚europäisiert'." Bei ersten informellen Gesprächen am 20./21. März 1986 in Genf hätten die Europäer argumentiert, daß ihre staatlichen Hilfen „entgegen amerikanischen Behauptungen durchaus transparent seien und daß die USA ihre Flugzeugindustrie wesentlich stärker als die Europäer, freilich durch andere Förderungsinstrumente, subventionierten (z. B. riesige Zuwendungen über die NASA sowie gewaltige staatliche Aufwendungen für den militärischen Flugzeugbereich, die beide auch dem zivilen Flugzeugsektor zugute kommen)". Vgl. Referat 411, Bd. 160430.
Eine weitere Gesprächsrunde fand am 25./26. Juni 1986 in Genf statt. Legationsrat I. Klasse Kössler vermerkte dazu am 3. Juli 1986, die Gesprächspartner hätten sich auf ein informelles Papier verständigt, „mit dem die Administration den protektionistisch eingestellten Kongreß vor den Kongreß-Wahlen am 4.11.1986 beruhigen will. In dem Papier bekräftigen beide Seiten die Verpflichtungen aus dem GATT-Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen und stellen eine freiwillige und gegenseitige Information über einschlägige Förderungsmaßnahmen in Aussicht. Im übrigen blieben die Meinungsunterschiede bestehen […]. Den Airbus-Partnern, die den Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung erneut zurückwiesen, gelang es, weitergehende amerikanische Forderungen nach einer Neuverhandlung (strengthening) des oben genannten GATT-Abkommens und

erhebliche Schwierigkeiten einbringen. Die Einplanung ausreichender französischer Haushaltsmittel für die Langstreckenversion ist noch nicht sichergestellt. Die britische Regierung hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, das Programm der Langstreckenversion aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

Ein weiteres erhebliches Problem besteht darin, daß für Airbus Industries kürzlich überraschend die Schwierigkeit entstanden ist, daß das für die Langstreckenversion vorgesehene Triebwerk nicht zur Verfügung stehen wird. Das mit der Entwicklung des Triebwerks beauftragte Konsortium (dem[31] Rolls-Royce, die deutsche MTU sowie je eine italienische und eine japanische Firma angehören) hat sich auf Initiative des Konsortialführers Pratt and Whitney (USA) außerstande erklärt, das Triebwerk zu entwickeln. Verschiedene Ersatzlösungen werden z. Z. erwogen.

Referat 431, Bd. 142063

175

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-370.00 SB-904/86 VS-vertraulich **16. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen in Genf;
hier: Bewertung des neuen sowjetischen Vorschlags vom 11.6.1986 und der Erklärungen Botschafter Karpows zu INF und ASAT am 13.6.1986[4]

Fortsetzung Fußnote von Seite 907
einer weitgehenden Auskunftspflicht (Transparenz) abzuwehren, was ein Ende der Zuschüsse zu den Entwicklungskosten des Airbus (namentlich des A-330/340) zur Folge hätte." Vgl. Referat 411, Bd. 160430.

31 Der Passus „entstanden ist … Konsortium (dem" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Strauß sagt, daß General Electric einspringen will". Vgl. Anm. 3.
Zu diesem Vermerk von Genscher vermerkte Legationsrat I. Klasse Ammon handschriftlich: „H[errn] Praller (420) am 20/6 informiert."

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. Juni 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 24. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 25. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe erneut vorgelegen.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 13. Juni 1986; Dok. 170.

Bezug: Aufzeichnung vom 14.6.1986 – 220-370.00 SB-894/86 VS-v (als Anlage dem Original beigefügt)
Aufzeichnung vom 15.5.1986 – 220-371.80 SDI-751/86 VS-v (liegt als Anlage dem Original bei)

Anlg.: 2 (nur beim Original)

I. 1) Die Sowjetunion hat am 11.6.1986 bei den Genfer Verhandlungen in vertraulicher Form einen neuen START-Vorschlag (Reduzierungen um 30%) als Zwischenschritt auf dem Weg zur Halbierung der strategischen Systeme, wie sie beim Gipfeltreffen in Genf am 21.11.1985[5] vereinbart wurde, unterbreitet.

Botschafter Karpow, Leiter der sowjetischen Gesamtdelegation in Genf und zuständig für den Verhandlungsbereich „Defensiv- und Weltraumwaffen", hat den Bundesminister und D2A[6] bei seinem Aufenthalt in Bonn am 13.6.1986 über Einzelheiten des neuen Vorschlags unterrichtet und zugleich bezüglich des INF-Bereichs sowie zur ASAT-Problematik interessante Erklärungen abgegeben.

2) Im folgenden werden die neuen Elemente des sowjetischen Vorschlags bzw. die Ausführungen Karpows zu INF und ASAT unter dem Gesichtspunkt bewertet, welche Möglichkeiten sich daraus für Verhandlungsfortschritte ergeben.

II. 1) Strategische Waffen

a) FBS/CM

Der neue sowjetische Vorschlag im START-Bereich (Einzelheiten siehe Bezugs-Aufzeichnung, Kurzfassung des Vermerks über das Delegationsgespräch[7]) modifiziert in zwei wichtigen Fragen die frühere sowjetische Verhandlungsposition:

– Auf die Einbeziehung amerikanischer „Forward Based Systems" (FBS) in die Zahl der zu reduzierenden strategischen nuklearen Trägersysteme wird im Rahmen einer Zwischenlösung verzichtet.
– Ein Verbot weitreichender CM (Reichweite über 600 km) wird nicht mehr gefordert.

Angesichts der Erklärung Karpows, der sowjetische Vorschlag vom 30.9.1985[8] bleibe weiterhin gültig, ist davon auszugehen, daß dies nur für eine Interimsvereinbarung, nicht jedoch für ein Halbierungsabkommen gelten soll.

Der Verzicht auf die Einbeziehung amerikanischer FBS berücksichtigt einerseits westliche Kritik an dem sowjetischen Vorschlag aus der dritten Verhandlungsrunde. Andererseits hat die SU damit nur ein Hindernis aus dem Weg geräumt, das sie selbst aufgebaut hatte. Bis zum 30.9.1985 stimmte sie mit den USA darin überein, daß es sich bei den zu reduzierenden Trägersystemen ausschließlich um ICBM, SLBM, Bomber, ALCM und SLCM handele. Erst mit der

5 Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

6 Friedrich Ruth.

7 Vgl. Anlage 1.

8 Zu den Vorschlägen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 270.

Einführung des Begriffs „strategisch“ (Waffen, die das Territorium der jeweils anderen Seite erreichen können) in den laufenden Verhandlungen hatte sie diese Ausgangsbasis für Reduzierungen einseitig verändert und die Anrechnung amerikanischer Mittelstreckensysteme und FBS innerhalb der Kategorie „strategische Waffen“ gefordert.

Die SU hat nunmehr Mittelstreckensysteme und FBS der Amerikaner aus dem Bereich „strategische Waffen“ herausgenommen und sich mit einer separaten Behandlung dieser Waffen einverstanden erklärt. Damit hat die SU eine wesentliche Schwierigkeit beseitigt, die sie mit dem von ihr eingeführten Begriff „strategisch“ aufgeworfen hatte, auch wenn sie ihn noch nicht aufgegeben hat.

Der Verzicht auf das Verbot weitreichender CM (Reichweite von mehr als 600 km) stellt in der Tat – wie Karpow erklärte – ein Entgegenkommen an die USA dar.

Der Vorschlag, die Dislozierung von SLCM auf bestimmte U-Boot-Typen zu beschränken, ist ein interessanter Gedanke. Es ist jedoch noch zu prüfen, inwieweit er zur Lösung der schwierigen Verifikationsproblematik „Unterscheidung zwischen nuklearen und konventionellen SLCM“ beitragen könnte.

ALCM sollen nach – neuer – sowjetischer Auffassung bei der Obergrenze von 8000 „Sprengladungen“ mitgezählt werden, während der amerikanische Vorschlag vom 1.11.1985[9] eine separate Begrenzung auf 1500 neben einer Grenze von 4500 GK auf ballistischen Raketen vorsieht.

b) Zusammenhang zwischen offensiven strategischen Waffen und Defensiv-/Weltraumwaffen

Wie Botschafter Karpow uns gegenüber erklärt hat, sei die SU zu einer Vereinbarung über die Reduzierung strategischer Waffen um 30 % bereit, ohne daß es zu einem vorherigen, von ihr nach wie vor geforderten Verbot der „Weltraumrüstungen“ kommt. Voraussetzung hierfür sei, daß der ABM-Vertrag für 15 bis 20 Jahre unkündbar gemacht werde.

Dieses neue Junktim – Reduzierungen offensiver strategischer Waffen bei zeitlich befristetem Ausschluß des Rücktrittsrechts vom ABM-Vertrag – stellt eine wichtige Veränderung der sowjetischen Position dar. Die SU hatte bislang eine Reduzierung strategischer Waffen abhängig gemacht von einem vorherigen, umfassenden Verbot – einschließlich „zielgerichteter Forschung“ – von „Weltraumrüstungen“.

Das neue sowjetische Junktim verknüpft zwar erneut die Bereiche Offensiv- und Defensivwaffen, aber nicht in einer ausschließlich taktisch orientierten, sondern sachliche Zusammenhänge berücksichtigenden Weise. Es entspricht besser der Genfer Vereinbarung vom 8.1.1985[10], in der sich beide Seiten darauf festgelegt haben, daß der „Fragenkomplex“ der Weltraum- und Kernwaffen „in

9 Korrigiert aus: „1.11.1981“.
Zu den amerikanischen Vorschlägen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

10 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

bezug auf deren wechselseitiges Verhältnis in Erwägung gezogen und gelöst werden" muß.

Der Gedanke einer Verknüpfung von Reduzierungen im START-Bereich mit einem zeitlich befristeten Verzicht auf das Rücktrittsrecht nach dem ABM-Vertrag entspricht Vorstellungen, die auch von uns entwickelt wurden (vgl. Bezugsaufzeichnung 2, S. 4[11]).

Ferner scheint sich die sowjetische Position der amerikanischen, „restriktiven" Auslegung des ABM-Vertrags[12], insbesondere in der Frage des im Vertrag nicht definierten Begriffs „Forschung", angenähert zu haben.

– Nach amerikanischer Auffassung würde das Verbot der Entwicklung an dem Punkt einsetzen, an dem die Felderprobung eines Prototyps oder Modells begänne, also beim Übergang von der Entwicklung und Erprobung im Labor zur Felderprobung.
– Botschafter Karpow hat hierzu ausgeführt, nach sowjetischer Auffassung seien Forschungsarbeiten nach dem Vertrag erlaubt, bevor das Stadium von Prototypen, „mock-ups", „breadboard models" erreicht sei. (Karpow hat diese Begriffe nicht näher erläutert.[13])

Auch wenn, wovon nach wie vor auszugehen ist, nach sowjetischen Vorstellungen das Verbot der Entwicklung bereits beim Auftauchen von Prototypen, „mock-ups" und „breadboard models" im Labor einsetzt, so scheint dieser Unterschied zur amerikanischen Auffassung nicht prinzipiell unüberbrückbar.

Im übrigen hat Botschafter Karpow uns gegenüber erklärt, die SU sei bereit, die Frage, wo die nach dem ABM-Vertrag erlaubte Forschung ende und wo die verbotene Entwicklung einsetze, einvernehmlich mit den USA zu klären.

Schließlich scheint sich eine wichtige Veränderung der sowjetischen Position in der ASAT-Frage anzubahnen. Karpow hat von einer separaten Lösung dieses Problems gesprochen.

Bisher haben die Sowjets ein umfassendes ASAT-Verbot als „partielle Maßnahme" als „ersten Schritt" auf dem Weg zu einem völligen Verbot von „Weltraumrüstungen" gefordert.

3) INF

Zum INF-Komplex hat Karpow im wesentlichen die Position vom 15.1.1986[14] bekräftigt. Neu sind Äußerungen zu zwei Teilbereichen:

a) SRINF

Die Erklärung Karpows, bei einer Vereinbarung über die Liquidierung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa sei die SU bereit, SRINF einzufrieren, geht über bisherige sowjetische Positionen hinaus. Karpow bekräftigte ferner das sowjetische Angebot, die als „Gegenmaßnahme" in der DDR und ČSSR stationierten SS-12/22 Systeme zurückzuverlegen, wenn

11 Vgl. Anlage 2.
12 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.
13 Für eine Erläuterung der Begriffe „mock-up" und „breadboard model" vgl. Dok. 170, Anm. 11.
14 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

die Voraussetzung für deren Dislozierung (amerikanische INF in Westeuropa) entfallen sei. Während der amerikanische Vorschlag vom 24.2.1986[15] eine Begrenzung für SRINF in der Höhe des beiderseitigen Dislozierungsstandes vom 1.1.1982 (ca. 120) bzw. des sowjetischen Dislozierungsstandes vom 1.1.1986 (ca. 160) vorsah, enthielten die sowjetischen INF-Vorschläge bislang keine Regelung für SRINF.

b)[16] Verifikation

Bei Einbringen ihres Vertragsentwurfs vom 15.5.1986[17] hat die SU vorgeschlagen, eine redaktionelle Arbeitsgruppe einzusetzen, die mit der Ausarbeitung einzelner Vertragsbestimmungen befaßt sein solle. Nach dem sowjetischen Vertragsentwurf sollten Fragen kooperativer Verifikationsmaßnahmen (u. a. Vor-Ort-Inspektionen) in der SCC behandelt werden.

Nunmehr hat Karpow erklärt, die SU sei einverstanden damit, innerhalb der Textarbeitsgruppe eine Verifikationsuntergruppe einzusetzen.

Dieser Schritt sollte nicht überbewertet werden, da die Verifikationsproblematik in substantieller Weise und als eigenständiges Thema behandelt werden muß. Er ist aber ein Anzeichen dafür, daß sich die SU der Schwäche ihrer Position bewußt ist.

III. Die neuen sowjetischen Vorschläge zusammen mit den Erklärungen, die Botschafter Karpow uns gegenüber am 13.6.1986 gegeben hat, sind insgesamt als ernsthafter Versuch zu werten, mit den USA in den Verhandlungen in ein konstruktives Gespräch zu kommen. Der Ball liegt nunmehr im amerikanischen Feld. Dabei wird insbesondere die innerhalb der Administration zwischen Pentagon und State Department umstrittene Frage zu beantworten sein, ob die USA auf die neue Struktur des sowjetischen Vorschlags – Vereinbarung zu Offensiv-/Defensivwaffen in der Form einer Reduzierung strategischer Waffen bei längerfristiger Festlegung des ABM-Vertrags – eingehen können.

Hartmann

Anlage 1 = Auszug aus Aufzeichnung vom 14.6.1986[18]

220-370.00 SB-894/86 VS-v 13. Juni 1986

Betr.: Besuch Botschafter Karpows in Bonn am 13.6.1986;
hier: Expertengespräch mit D 2 A

Kurzfassung des Gesprächsvermerks

Aus der Erklärung Botschafter Karpows ist hervorzuheben:

– Die SU sei im Zusammenhang mit einer Vereinbarung über die Liquidierung

15 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dessen Inhalt am 24. Februar 1986 in Genf vorgetragen wurde; Dok. 52.

16 Korrigiert aus: „c)".

17 Zum sowjetischen Entwurf für ein INF-Abkommen vgl. Dok. 141, Anm. 5.

18 Für die am 14. Juni 1986 gefertigte Aufzeichnung über das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am Vortag vgl. VS-Bd. 13448 (213); B 150, Aktenkopien 1986. Für einen Auszug vgl. Dok. 170, Anm. 6.

sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa bereit, SRINF und die in Asien stationierten SS-20 einzufrieren.

– Die SU sei bereit, im Rahmen einer redaktionellen Arbeitsgruppe, die mit der Formulierung von Bestimmungen einer INF-Vereinbarung befaßt sei, eine Untergruppe zu Fragen der Verifikation einzusetzen.
– Die SU sei zu einer Zwischenlösung betreffend die strategischen Systeme bereit:
  – Die strategischen Trägersysteme könnten um 30 % auf 1600 Einheiten reduziert werden.
  – Bei den Trägersystemen handele es sich um ICBM, SLBM, schwere Bomber, U-Boote, die mit SLCM mit Reichweite von mehr als 600 km bestückt sind.
  – Die Frage der amerikanischen Forward Based Systems und Mittelstrekkenraketen in Europa bleibe zunächst ausgeklammert.
  – SLCM könnten auf bestimmten, strikt begrenzten U-Booten disloziert werden.
  – Dislozierung von SLCM auf Überwasser-Schiffen wäre verboten.
  – Die Zahl der Sprengladungen (Gefechtsköpfe, ALCM, SLCM und Bomben) solle auf 8000 begrenzt werden.
  – Eine solche Vereinbarung einer begrenzten Reduzierung könne, unabhängig vom Verbot von Weltraumrüstungen, erzielt werden, sofern der ABM-Vertrag für 15 bis 20 Jahre unkündbar gemacht würde.

Anlage 2 = Auszug aus Aufzeichnung vom 15.5.1986[19]

Das Problem der Ungewißheit über die künftigen BMD-Entwicklungen wurde durch die Diskussion um die „weite" Auslegung des ABM-Vertrags noch akzentuiert. Dieser zusätzliche Faktor der Ungewißheit wurde durch die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten[20] vom 11.10.1985, die SDI-Forschung im Rahmen der „engen" Auslegung zu halten, zunächst neutralisiert. Gegenwärtig gibt es jedoch im Pentagon erneut Bestrebungen, die auf eine möglichst baldige Abkehr von der engen Auslegung abzielen.

2) Kurzfristige Entschärfung des Problems

Um beiden Seiten für die nächsten Jahre die Gewißheit zu verschaffen, daß plötzliche Änderungen auf dem BMD-Sektor nicht zu erwarten sind, bedarf es zunächst einer Bekräftigung des ABM-Vertrags.

– Dies erfordert zum einen das Festhalten an der restriktiven Interpretation des ABM-Vertrags. Es gilt, die USA an ihrer Zusage vom Oktober vergangenen Jahres, daß sich das SDI-Forschungsprogramm im Rahmen der engen Auslegung halten werde, festzuhalten. Entsprechende Gesprächsunterlagen

19 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. VS-Bd. 11376 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
20 Ronald W. Reagan.

für die Frühjahrskonferenz der NATO-Außenminister am 29./30. Mai 1986 in Halifax[21] sind in Vorbereitung.

– Zum anderen hielten wir es für zweckmäßig, wenn die USA und die SU den ABM-Vertrag mittels eines gemeinsamen, mehrjährigen Verzichts auf das Kündigungsrecht bekräftigten. Dies könnte auch für die USA von Interesse sein, wenn eine solche Bekräftigung an die einvernehmliche Klärung der vertraglichen Grauzonen und der Fälle vermuteter Vertragsverletzungen gekoppelt wäre.

Die Bekräftigung des ABM-Vertrages in seiner restriktiven Interpretation für die Dauer der Forschungsphase kann das unter 1) geschilderte rüstungskontrollpolitische Problem[22] jedoch nur kurzfristig entschärfen: Die entscheidende rüstungskontrollpolitische Schwierigkeit liegt in der Ungewißheit darüber, was nach Abschluß der gegenwärtigen BMD-Forschungsprogramme in den USA und der SU geschehen wird.

VS-Bd. 11281 (220)

21 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

22 In der Aufzeichnung vom 15. Mai 1986 legte Botschafter Ruth in Ziffer 1) dar: „Bei den Genfer Verhandlungen sind Vereinbarungen über durchgreifende Reduzierungen der strategischen Offensivsysteme erst dann zu erwarten, wenn sich eine rüstungskontrollpolitische Perspektive der BMD (ballistic missile defense)-Frage abzeichnet. […] Der gegenwärtige Zustand völliger Ungewißheit über Art und Umfang etwaiger neuer Defensivsysteme muß also überwunden werden. Der Westen lehnt zwar das unhaltbare sowjetische Junktim zwischen Verhandlungsergebnissen im START-Bereich und einer Aufgabe der SDI-Forschung zu Recht ab. Mittelfristig wird jedoch die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verhandlungsposition auch davon abhängen, ob und wie die USA ihre generelle Bereitschaft für eine kooperative Regelung des künftigen Verhältnisses von Offensiv- und Defensivsystemen konkretisieren.“ Vgl. VS-Bd. 11376 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

176

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Rambouillet

VS-NfD **17. Juni 1986**[1]

Nach der Begrüßung berichtete der *Bundeskanzler* über den Besuch von Generalsekretär Hu Yaobang.[2] Er charakterisierte ihn als bemerkenswerten Politiker, der eine sehr offene Sprache führe. Er habe über die Viererbande[3] Dinge berichtet, die er noch nie von chinesischer Seite gehört habe. Auch über die Witwe Maos. Die Auswahl seiner Mitarbeiter spreche sehr für Deng Xiaoping.

Präsident *Mitterrand* bestätigte den Eindruck des Bundeskanzlers und betonte auch seinerseits, daß er von der sehr freien Sprache und Lebhaftigkeit des Generalsekretärs beeindruckt sei. Leider habe ihm nur eine Stunde Zeit für das Gespräch mit Hu zur Verfügung gestanden. Man habe dabei nur über internationale Fragen und nicht über die Situation in China sprechen können.

Der *Bundeskanzler* führte zum Verhältnis der VR China und der Sowjetunion aus, daß sich hier in der Substanz keine Bewegung ergebe. Zwar würden die Wirtschaftsbeziehungen verbessert, die politischen Beziehungen blieben jedoch unverändert. Interessant sei, daß der Bau einer Eisenbahnlinie von Kasach-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 19. Juni 1986 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 8. Juli 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt mit dem Hinweis, daß die Gesprächsaufzeichnung von Bundeskanzler Kohl gebilligt sei.
Hat Legationssekretär Freitag am 9. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holthoff „m[it] d[er] Bitte um Übernahme“ verfügte.
Hat in Vertretung von Braunmühl Ministerialdirigentin Finke-Osiander am 9. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Ploetz am 9. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Braunmühl „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 10. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Freiherr von Stackelberg und Legationsrat I. Klasse Adamek sowie an Braunmühl „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Stackelberg am 10. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Adamek am 11. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 12. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ablichtung (für d[eutsch]-fr[anzösischen] Sich[erheits]-Au[sschuß])“.
Hat Holthoff am 15. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Holderbaum verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 203 (202), Bd. 140632.

[2] Der Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, hielt sich vom 8. bis 11. Juni in Großbritannien, vom 12. bis 16. Juni in der Bundesrepublik, vom 16. bis 19. Juni in Frankreich sowie vom 19. bis 23. Juni 1986 in Italien auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. Juni 1986 vgl. Dok. 169.

[3] Nach dem Tod des Vorsitzenden des ZK und des Politbüros der KPCh, Mao Tse-tung, am 9. September 1976 wurden die Mitglieder im Politbüro der KPCh Chang Chun-chiao, Chiang Ching, Wang Hung-wen und Yao Wen-yuan am 6. Oktober 1976 verhaftet. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 311.
Am 22. Juli 1977 wurde bekanntgegeben, daß auf Beschluß des Dritten Plenums des 10. ZK der KPCh „die als ‚Viererbande‘ bezeichnete radikale Gruppe […] auf ewig aus der Partei ausgeschlossen und aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben werden“ solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 462 des Botschaftsrats I. Klasse Keil, Peking; Referat 303, Bd. 103766.

stan nach China, der in einem Abkommen aus der Stalin-Zeit festgelegt worden sei, jetzt realisiert werden solle.[4]

Präsident *Mitterrand* bemerkte, er habe den Generalsekretär ebenfalls zum Verhältnis China/Sowjetunion befragt und von ihm die Auskunft erhalten, es gebe zwar eine wirtschaftliche, jedoch keine politische Annäherung.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, was die Entwicklung in China angehe, so sei er voller Optimismus. Die Chinesen hätten dazugelernt. Die wirtschaftliche Entwicklung verlaufe gezügelt. Die Opposition innerhalb der KP Chinas habe abgenommen. Hu sei sich seiner Partei sicher. Bald werde ein Parteitag[5] eine Reihe neuer Mitglieder des ZK bestimmen. Dies habe eine weitere Stärkung der Führung zur Folge. Der Kurs der Partei solle fortgesetzt werden. Der Generalsekretär selbst wolle nach drei bis vier Jahren, wenn er 75 Jahre alt sei, sich zurückziehen. Dann solle ein um etwa zehn Jahre jüngerer Generalsekretär das Amt übernehmen. Es scheine, daß auch der Generalsekretär und Ministerpräsident Zhao Ziyang harmonierten. GS Hu habe auch über den früheren Generalsekretär Hua Guofeng gesprochen. Dieser habe in einer kritischen Zeit gute Arbeit geleistet, sei jedoch intellektuell seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen.

Das Gespräch wandte sich Korea zu. Präsident *Mitterrand* berichtete von seinem Besuch in Korea und seinem Zusammentreffen mit Kim Il-sung.[6] Nordkorea habe ideologisch eher eine Präferenz für die Sowjetunion, politisch aber eher für China. Zur Zeit führten Nordkorea und Südkorea miteinander Gespräche.[7] Er sei gebeten worden, hierbei zu vermitteln. Dies wolle er auch tun.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, der Präsident von Südkorea sei auch in Bonn zu Besuch gewesen.[8] Er sei an einer Verständigung mit Nordkorea interessiert.

4 Botschafter Fischer, Peking, teilte am 9. Mai 1985 mit, die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua habe am 1. Mai 1985 bekanntgegeben, „daß die Arbeit an der Eisenbahnlinie Urumqi-Usu (südliches Junggar-Becken)“ aufgenommen worden sei: „Die 286 km lange Strecke werde 1988 vollendet und anschließend bis zum Alataw-Paß an der sino-sowjetischen Grenze verlängert werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 745; Referat 341, Bd. 133640.

5 Der XIII. Parteitag der KPCh fand vom 25. Oktober bis 1. November 1987 in Peking statt.

6 François Mitterrand, der sich mit einer Delegation der französischen Sozialistischen Partei in Nordkorea aufhielt, traf am 15. Februar 1981 in Pjöngjang mit Präsident Kim Il-sung zusammen. Vgl. dazu die Artikel „M. Mitterrand est reçu par le président Kim Il-sung“; LE MONDE vom 15./16. Februar 1981, S. 14, bzw. „Achevant sa visite à Pékin, M. Mitterrand affirme que la France ‚ne doit pas armer la Chine‘“; LE MONDE vom 17. Februar 1981, S. 7.

7 Zu den Gesprächen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 132, Anm. 20.

8 Präsident Chun Doo-hwan besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 12. April 1986. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger teilte dazu am 17. April 1986 mit, während des Besuchs seien Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bzw. über die friedliche Nutzung der Kernenergie unterzeichnet worden. Zur Lage auf der koreanischen Halbinsel habe die südkoreanische Seite dargelegt, die Jahre bis 1988 seien „besonders gefährlich, weil etwa bis zum Ende des Jahrzehnts Nordkorea noch militärisch überlegen sein werde. Danach werde Südkorea infolge der wirtschaftlichen Dynamik Nordkorea auch militärisch eingeholt haben.“ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hätten Chun ermutigt, „die eingeschlagene umfassende Demokratisierungspolitik fortzusetzen. Menschenrechte und Menschenwürde müßten gewährleistet und der Opposition ‚eine faire Chance‘ (Bundespräsident) gegeben werden. Präsident Chun antwortete, er werde, wie es die Verfassung vorschreibe, sein Amt nur bis zum Frühjahr 1988 ausüben und den Demokratisierungsprozeß fortsetzen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 341, Bd. 161986.

Er strebe den Austausch von Handelsmissionen zwischen den beiden Ländern und deren UN-Mitgliedschaft an.

Präsident *Mitterrand* warf ein, Präsident Chun Doo-hwan strebe eine Art Konföderation an und hoffe, die UNO-Mitgliedschaft als Prämie zu bekommen.

Der *Bundeskanzler* berichtete weiter aus einem Gespräch mit Generalsekretär Hu Yaobang, er habe den Eindruck, die Chinesen behandelten Kim Il-sung mit äußerster Vorsicht, weil sie befürchteten, Nordkorea könne sich nach der SU orientieren.

Präsident *Mitterrand* stellte fest, die Koreaner wollten nicht zwischen der Sowjetunion und China wählen.

Das Gespräch wandte sich dann europäischen Fragen zu.

Auf die Frage des Präsidenten nach den Punkten des nächsten Europäischen Rats[9] bemerkte der *Bundeskanzler*, Präsident Delors habe Projekte, mit denen sich zuerst die Fachministerräte befassen sollten. Sie gehörten nicht auf den Gipfel. MP Lubbers sei sich wohl selbst noch nicht ganz schlüssig darüber, was er auf dem ER behandeln wolle. Ein wichtiger Punkt werde Tschernobyl[10] sein. Es sei von besonderer Bedeutung, daß es bei der bevorstehenden Konferenz in Wien[11] eine gemeinsame EG-Position gebe. Interessant seien die Reaktionen auf sein Schreiben mit dem Vorschlag einer Konferenz gewesen. GS Gorbatschow habe sehr vernünftig reagiert.[12] Das Verhalten der Sowjetunion nach dem Unfall sei ihm unbegreiflich. Gorbatschow habe zu lange geschwiegen und keine Hilfe angenommen. Bei rechtzeitiger Annahme des deutschen Hilfsangebots hätte er den Reaktor früher unter Kontrolle bringen können. Die Sowjetunion habe aber 20 Tage gewartet und wertvolle Zeit vergeudet, bis sie den deutschen Roboter-Zug angenommen habe. Jetzt sei er gekauft worden. Er glaube, daß es sich bei dem sowjetischen Verhalten weniger um eine politische Entscheidung als um bürokratische Superfehlleistungen gehandelt habe. Von ungarischer Seite habe er gehört, daß die Partner der Sowjetunion ebenfalls nicht unterrichtet worden seien. Es habe sich inzwischen auch herausgestellt, daß Gorbatschow zwar mächtig sei, jedoch nicht die ganze Macht habe. Seine jetzige Reaktion sei vernünftig. Der Bundeskanzler wolle seinen Brief beantworten[13], um die Dinge

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag vgl. Dok. 181.

10 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

11 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 165.
Vom 24. bis 26. September 1986 fand in Wien eine Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 266.

12 Zur Mitteilung des Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 6. Juni 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 165, Anm. 9.

13 Mit Schreiben vom 7. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, legte Bundeskanzler Kohl dar: „Die Bundesrepublik wird auf der bevorstehenden Regierungskonferenz konstruktiv verhandeln und sich um konkrete Ergebnisse bemühen. Sie wird in diesem Geiste an den vorbereitenden Arbeiten im Rahmen der IAEO mitwirken. Die in Ihrer Botschaft enthaltenen Vorschläge, Herr Generalsekretär, berechtigen zu der Erwartung, daß die sowjetische Delegation sich von gleichen Zielen leiten lassen wird. Hieraus ergeben sich gute Ansatzpunkte für eine deutsch-sowjetische Zusammenarbeit mit dem Ziel, zu internationalen Regelungen zu gelangen, die die Sicherheit von Kernkraftwerken gewährleisten. Ich würde es begrüßen, wenn sich eine solche Zusammenarbeit im Verlauf der Konferenz – aber auch bereits in deren Vorfeld – entwickeln würde.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153279.

festzuschreiben. Es müsse schnell gehandelt werden. Ziel sei ein Übereinkommen über eine schnelle gegenseitige Unterrichtung und Hilfe sowie ein gemeinsamer hoher Sicherheitsstandard. Er hoffe, daß man zügig vorankomme und das Ziel bald erreicht werde. Je schneller dies geschehen könne, desto besser sei es. Aus F habe er noch keine Reaktion erhalten.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, das Schreiben an den Bundeskanzler sei fertiggestellt, und er werde es ihm übergeben.[14]

Der *Bundeskanzler* wies auf die schwierige psychologische Situation in der Bundesrepublik Deutschland und auch bei den Österreichern hin. Es sei dies ein Problem des Nationalcharakters. Der Unfall habe bei uns Hysterie und eine Welle von Emotionen ausgelöst. Er habe auch Auswirkungen auf die Wahlchancen der Regierungskoalition in Niedersachsen[15] gehabt. Vor Tschernobyl sei dies unproblematisch gewesen. Dann habe sich die Lage geändert. Jetzt sei die Welle gebrochen, wirke aber immer noch nach. Die größte Enttäuschung für ihn sei die Reaktion der Gewerkschaften gewesen.

Der *Präsident* bemerkte, die Wahlen in Niedersachsen seien ja für die Regierungskoalition gut ausgegangen, und stellte die Frage, ob der Bundeskanzler glaube, daß Tschernobyl sich stark ausgewirkt habe.

Der *Bundeskanzler* führte aus, Niedersachsen sei ein klassisches SPD-Land. Vor 10 Jahren sei es an die CDU gefallen. Hierfür hätten regionale Gründe und die Person von MP Albrecht eine Rolle gespielt. Das Ergebnis bei den letzten Landtagswahlen sei außergewöhnlich gut gewesen. Die Norm für die CDU sei dort 45–46%. Bei den letzten Wahlen hätten sich viele SPD-Wähler ihrer Partei verweigert. Insofern habe sich die Lage jetzt normalisiert. Wenn man das Ergebnis von Niedersachsen auf die Bundestagswahlen übertrage, so komme man zu einem Ergebnis wie bei den Bundestagswahlen im März 1983.[16] Interessant sei es, daß die Grünen in Niedersachsen nicht zusätzliche Stimmen hätten gewinnen können. Wenn man hochrechne, so ergebe sich im Bund ein Stimmenanteil der Grünen von knapp 5%. Die Liberalen würden den Status

14 In dem Schreiben vom 17. Juni 1986 an Bundeskanzler Kohl erklärte Staatspräsident Mitterrand die grundsätzliche Bereitschaft Frankreichs, an einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit in Wien teilzunehmen. Es müsse jedoch dafür Sorge getragen werden, „daß ein – wenn auch noch so tragischer – Unfall eines bestimmten Reaktortyps nicht dazu führt, daß diese Energiequelle in Frage gestellt wird. […] Wir können somit alle Initiativen nur unterstützen, die darauf abzielen, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu stärken. Daher wäre eine Konferenz, wie Sie sie vorschlagen, zweckmäßig, wenn sie sich bei ihrer Arbeit auf die Ergebnisse der von den Experten zu leistenden Analyse des Unfalls von Tschernobyl stützen könnte. Nur aufgrund einer solchen umfassenden und ernsthaften Analyse läßt sich beurteilen, in welchem Ausmaß dieser Unfall in einem Reaktor, der nach uns bisher nicht ausreichend bekannten Sicherheitsvorschriften gebaut und betrieben wurde, Folgen für Anlagen in unseren Ländern hat, für die bereits sehr strenge Bau- und Betriebsvorschriften gelten.“ Ferner müsse ein klar umrissenes Mandat verhindern, daß erstens „die insbesondere in unseren beiden Ländern bereits geltenden hohen Sicherheitsanforderungen gelockert werden“ und zweitens die Konferenz durch „Parallelen zwischen der Kernenergie zu zivilen Zwecken und der Existenz atomarer Waffen“ zweckentfremdet würde. Vgl. Referat 431, Bd. 153318.

15 Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 15. Juni 1986 erzielte die CDU 44,3% der abgegebenen gültigen Stimmen und verlor damit 6,4% im Vergleich zu den Landtagswahlen am 21. März 1982. Die SPD kam auf 42,1% (plus 5,6%), die Grünen erreichten 7,1% (plus 0,6%), die FDP 6% (plus 0,1%).

16 Bei den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 erzielte die CDU in Niedersachsen 45,6% der Zweitstimmen. Die SPD kam auf 41,3%, die FDP auf 6,9%. Die Grünen erhielten 5,7%.

quo halten. Wenn Brandt gegen die Grünen Position beziehen würde, wären sie praktisch aus dem Bundestag. Dies werde er jedoch nicht tun. Jetzt richteten sich die Proteste gegen die Atomkraft auch gegen Cattenom[17]. Hierüber wolle er, der Bundeskanzler, mit MP Chirac sprechen. Man müsse diese Fragen offensiv angehen. Ebenfalls dürfe keine Belastung der deutsch-französischen Beziehungen eintreten.

Präsident *Mitterrand* kam auf den bevorstehenden ER zurück. Aus Tschernobyl und den daraus zu ziehenden Folgerungen würden sich wohl keine Probleme innerhalb der EG ergeben. Die Atomenergie dürfe jedoch nicht in Frage gestellt werden. Vor allem dürfe die Debatte nicht von dem zivilen Bereich in den militärischen Bereich entgleiten.

Der *Bundeskanzler* warf ein, dies sei eine gewisse Gefahr.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, man wolle es im Haag wohl vermeiden, vom Haushalt zu reden. Aber die Haushaltsfrage habe auch Auswirkungen auf andere Themen. Es wäre bedrückend, wenn die Europapolitik durch die Landwirtschaftspolitik in den kommenden zehn Jahren belastet würde. Die praktische Frage sei die Beseitigung der Überschüsse. Man müsse diese Fragen mit kühlem Kopf behandeln. Er habe der Kontingentierung der Milcherzeugung zugestimmt. Er würde ebenso handeln, wenn es in anderen Bereichen absurde Überschüsse geben würde. Er sei sich nicht sicher, ob dieser Grad bei Getreide schon erreicht sei. Aber das Problem der Überproduktion mit übersteigerten Möglichkeiten müsse besprochen werden. Allerdings dürfe dies nicht dazu führen, daß die Grundlagen der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik in Frage gestellt werden.

Der *Bundeskanzler* stimmte Präsident Mitterrand zu.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, es gebe solche Gefahren. Der Umstand, daß einige Länder die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils auf 1,6 %[18] zurückstellen wollten, bedeute, daß Europa nicht so weiterentwickelt werden könne, wie dies unser Ziel sei. Es würde zu einer Zurückstellung von Programmen führen. Frankreich und Deutschland hätten in der letzten Zeit eine gefährliche Verantwortung übernommen. Die Politik bezüglich der Landwirtschaftspreise habe zwar zu schnellen Erfolgen geführt, woran die französische Regierung interessiert sei.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, für uns hätten sich hieraus keine Vorteile ergeben. Dies zeige Niedersachsen. Jedenfalls dürfe die Europapolitik nicht ein Anhängsel der Landwirtschaftspolitik werden. Auf der anderen Seite müsse aber auch national etwas unternommen werden. Präsident *Mitterrand* bemerkte, man müsse auch den Trend zur Renationalisierung der Landwirtschaftspolitik sehen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, es handele sich nicht um Renationalisierung, sondern um eine Regionalisierung. Regionale Probleme könnten von Brüssel aus nicht zentral gelöst werden. Jedenfalls hoffe er, daß wir bis in fünf Jahren einen entscheidenden Beitrag zur Absenkung des Produktionsniveaus leisten

17 Zum Bau eines Kernkraftwerks in Cattenom vgl. Dok. 146, Anm. 34.
18 Zur Anhebung des Abführungssatzes der Mehrwertsteuer vgl. Dok. 95, Anm. 10.

könnten. Die gegenwärtige Situation in der EG stelle die Dinge auf den Kopf. Es sei zu befürchten, daß ein armes Land wie Portugal zahlen müsse und das reiche Dänemark Geld zurückerhalte. Es müsse ein europäisches Signal gesetzt werden. Die Landwirtschaftspolitik sei kein solches Signal.

Er wolle noch einen anderen Punkt ansprechen, nämlich den deutsch-französischen Hubschrauber.[19] Er möchte, wenn irgend möglich, daß dieses Projekt durchgeführt werde. Er sei bestürzt über die Entwicklung. Nach dem Jäger 90[20] dürfe es nicht noch einmal einen Fehlschlag geben.

Präsident *Mitterrand* wies auf ein Treffen hin, das am vergangenen Freitag stattgefunden habe, und knüpfte daran die Bemerkung, die Situation habe sich gebessert.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, die Fachleute müßten zurechtkommen. Das Verhalten der Industrie in diesem Zusammenhang sei im übrigen auch kein Ruhmesblatt für sie. Wenn dieses Projekt sich nicht realisieren lasse, brauche man über EUREKA[21] nicht mehr zu reden. Er halte die gemeinsame Produktion des Hubschraubers für sehr wichtig. Es sei blamabel, wenn man hier keine Lösung finden könne.[22]

Präsident *Mitterrand* stimmte dem Bundeskanzler zu. Jede Seite müsse eben auf extreme Positionen verzichten. Eine Lösung sei im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen und Europas wichtig.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, bei dem bilateralen Treffen in Den Haag nochmals über die Frage zu sprechen. Er wies auch auf den Fehlschlag einer gemeinsamen Panzerproduktion[23] hin.

Präsident *Mitterrand* stellte die Frage, warum man nicht Hubschrauber und Panzer verbinden könne. Frankreich habe eine gute Hubschraubertechnologie, Deutschland sei bei der Panzerherstellung führend. Warum könne man sich nicht Konzessionen machen?[24]

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Anforderungen, die an den Hubschrauber von französischer und von deutscher Seite gestellt werden, unterschiedlich seien. Auch sei die Zeitplanung verschieden. Er fürchte, die Fachleute könnten keinen Kompromiß finden. Präsident *Mitterrand* äußerte, auch für den Zeitplan müsse eine Lösung gefunden werden. Pläne der Spezifikation hätten übrigens immer dazu gedient, um eine Lösung zu verhindern.

19 Zum Vorhaben eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers vgl. Dok. 174, Anm. 24.

20 Zu den Planungen für das Kampfflugzeug „Jäger 90“ vgl. Dok. 174, Anm. 23.

21 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 167, Anm. 36.

22 Der Passus „Wenn dieses Projekt … Lösung finden könne“ wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek hervorgehoben. Dazu Kreuz.

23 Zum gescheiterten deutsch-französischen Projekt eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre vgl. Dok. 109, Anm. 21.

24 Vortragender Legationsrat von Arnim notierte am 20. Juni 1986: „Das Gespräch zeigt, daß in F bis auf höchster Ebene daran gedacht wird, uns den Kauf von Kampfpanzern in D anzubieten, wenn wir französische Hubschrauber kaufen. Erste Fühlungnahmen mit Arbeitsebene BMVg bestätigen, daß dies ein für uns wohl wenig attraktiver Tausch wäre, da wir kein Interesse daran haben, in den letzten Jahren vollzogene aussichtsreiche Entwicklung von Hubschraubertechnologien zur Disposition zu stellen.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148675.

Der *Bundeskanzler* und Präsident *Mitterrand* stimmten überein, daß eine Lösung für die gemeinsame Produktion des Hubschraubers gefunden werden müsse. Ein vernünftiger Kompromiß müsse erzielt werden. Dies sei eine Frage des politischen Willens.

Der *Bundeskanzler* sprach Präsident Mitterrand auf seine bevorstehenden Reisen an.

Präsident *Mitterrand* berichtete, daß er nach seiner Reise zum Europäischen Rat am 3. Juli 1986 nach New York reisen werde, wo er an den Feierlichkeiten bei der Wiederaufstellung der Freiheitsstatue[25] teilnehme. Er werde bei dieser Gelegenheit auch mit Präsident Reagan zusammentreffen. Am 7. Juli beginne er dann seinen Staatsbesuch in Moskau.[26] Dabei werde er auch einige Stunden Gespräche mit GS Gorbatschow führen. Die Themen seien immer dieselben, nämlich SDI, Abrüstung, Rüstungskontrollfragen. Der Weltraum sei das zentrale Problem der Russen. Er werde sie aber auch auf Afghanistan ansprechen. Vor einem Jahr sei GS Gorbatschow zu diesem Thema nicht absolut verschlossen gewesen.[27] Er habe ihm geraten, sich an GS Pérez de Cuéllar zu wenden. Dem scheine er gefolgt zu sein.[28] Die Sowjetunion würde sich aus Afghanistan zurückziehen, wenn sie das ohne Gesichtsverlust könne. Vielleicht sei es möglich, im Kompromißweg eine Regierung zu bilden, in der die verschiedenen Richtungen vertreten seien. Wenn Afghanistan eine Neutralitätserklärung abgebe und die Neutralität international überwacht werde, könne man gewisse Chancen sehen. GS Hu sei mit diesen Gedankengängen einverstanden gewesen. Die USA stünden auf dem Standpunkt, solange die sowjetischen Truppen in Afghanistan seien, könne sich nichts bewegen. Er, Präsident Mitterrand, meine jedoch, in den kommenden Monaten könne es eine Bewegung geben. Es sei denn, die Supermächte weigerten sich, diese Frage außerhalb eines weltumspannenden Plans zu diskutieren. Den werde es nämlich nicht geben.

Der *Bundeskanzler* empfahl Präsident Mitterrand, die Chance der Gespräche mit Präsident Reagan und GS Gorbatschow wahrzunehmen. Präsident Reagan müsse man empfehlen, jetzt mit GS Gorbatschow zu sprechen und keine Posi-

25 Die Freiheitsstatue in New York wurde am 3./4. Juli 1986 zum 100. Jahrestag ihrer Einweihung am 28. Oktober 1886 nach mehrjähriger Sanierung im Beisein von Staatspräsident Mitterrand und Präsident Reagan wieder eröffnet. Vgl. dazu den Artikel „‚America the beautiful' – das Land hat seine Lady wieder"; DIE WELT vom 5. Juli 1986, S. 3.

26 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR vom 7. bis 10. Juli 1986. Vgl. dazu Dok. 200.

27 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 10.

28 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 137, Anm. 13–15. Referat 230 notierte am 20. Juni 1986, der stellvertretende VN-Generalsekretär Cordovez habe sich zuversichtlich geäußert: „Die Tatsache, daß die Sowjetunion bislang Fortschritte in allen wichtigen Fragen mit Ausnahme der Frage des Truppenabzugs und seiner Überwachung zugelassen habe, indiziert seiner Auffassung nach einen echten Verhandlungswillen der Sowjetunion. Der Erwartungshorizont Moskaus sei im Laufe der Jahre gesunken. Die SU sei möglicherweise jetzt bereit, zum Status quo ante zurückzukehren." Die Bundesregierung sehe jedoch, so Referat 230, „die Aussichten für einen wirklichen Durchbruch eher skeptisch. Auch wenn die SU unter GS Gorbatschow nach Wegen zu suchen scheint, die Afghanistan-Frage mit einem für sie gesichtswahrenden Ergebnis zu lösen, so wird sie jedoch unvermindert versuchen, ihre politischen Zielvorstellungen […] (direkte Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan, Regionalisierung der Afghanistan-Frage, Anerkennung der in Afghanistan geschaffenen Lage) durchzusetzen. […] Die VN-Bemühungen dienen Moskau durchaus als Mittel zum Zweck." Vgl. Referat 230, Bd. 142213.

tionen aufzubauen, die das Gespräch unmöglich machten. Es gebe eine Denkrichtung in Washington, die die Auffassung vertrete, die Sowjetunion sei jetzt geschwächt. Deshalb müsse man die Druckkulisse erhöhen. Diese Einschätzung sei aber in bezug auf eine Diktatur falsch. Gorbatschows Situation sei zwar schwierig. Die Wirtschaftslage sei schlecht. Die Sowjetunion habe weltpolitisch an Gewicht verloren. So habe sie bei dem amerikanischen Schlag gegen Libyen[29] überhaupt keine Rolle gespielt. Hinzu komme jetzt noch der Unfall von Tschernobyl. Er habe Reaktionen aus der Dritten Welt und den Ostblockstaaten gehört, die ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gaben, wie wenig profihaft die Sowjetunion das Problem gemeistert habe. Es sei jedoch ein großer Fehler, wenn die USA glaubten, diese Lage jetzt ausnutzen zu müssen. Dies würde sich kontraproduktiv auswirken. Gorbatschow müsse man den gleichen Rat geben. Es sei ein fataler Denkfehler, wenn er glaube, es sei besser, abzuwarten, bis Präsident Reagan sein Amt aufgegeben habe. Ein starker Präsident habe auch die Fähigkeit zum Entgegenkommen. Die wichtigste Phase für die Entscheidungen betreffend SDI falle[30] in die Jahre 1992 bis 1996. Es sei völlig offen, wer der nächste US-Präsident sei. Es sei noch nicht einmal sicher, wer der nächste republikanische Präsidentschaftskandidat sein werde. Wenn die Sowjetunion auf einen neuen Präsidenten warten wolle, müsse sie – bis dieser aktionsfähig sei – bis 1990 warten. Dies sei für die Sowjetunion nicht vorteilhaft. Sein Rat sei also, beiden zu sagen, sie sollten jetzt reden, und zwar noch in diesem Jahr. Er glaube nicht, daß Präsident Reagan sich zu Lasten der Europäer arrangieren wolle. Es sei eine wichtige Erkenntnis, daß die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte zunehme. Sicher sei es, daß die USA bald einen Teil ihrer Truppen aus Europa abziehen. Dann sei Europa auf seine konventionellen Waffen angewiesen. Hier spielten Deutschland und Frankreich eine entscheidende Rolle. Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auf die Verlängerung der Wehrpflicht[31] und Frühpensionierung von Offizieren der Bundeswehr[32] hin. Wichtig sei die Arbeitsteilung. Die Bundeswehr müsse im konventionellen Bereich, Frankreich und Großbritannien im nuklearen Bereich die europäische Säule der NATO sein.[33] Er wolle nochmals betonen, daß er es für sehr wichtig halte, daß die USA und die Sowjetunion miteinander redeten. Seine Befürchtung sei es, daß die Zeit verstreiche und nichts geschehe. Präsident Mitterrand könne gerne in New York und Moskau sagen, wie er, der Bundeskanzler, darüber denke. Im übrigen sei es interessant zu beobachten, daß die sowjetische Propaganda jetzt mit kleinerem Kaliber gegen Deutschland schieße. Seit Jahren anstehende Verträge hätten jetzt eine Chance, abgeschlossen zu werden, z. B. das wissenschaftlich-technische Abkommen mit der So-

29 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

30 Korrigiert aus: „fielen".

31 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

32 Durch das Gesetz vom 30. Juli 1985 zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften konnten in den Jahren 1986 bis 1991 bis zu 1200 Berufsoffiziere der Jahrgänge 1935 bis 1944 in den Ruhestand versetzt werden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil 1, S. 1621 f.

33 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir anerkennen die nukleare Rolle Fs., wollen aber F. nicht den Beitrag zur direkten V[er]t[ei]d[igun]g erlassen; gleiches gilt für GB."

wjetunion.[34] Die Sowjetunion richte sich darauf ein, daß der Bundeskanzler bleibe.

Der Bundeskanzler berichtete anschließend über den Besuch von MP Lange/Neuseeland.[35] Er habe ihm die Frage gestellt, ob er es für sinnvoll halte, den Zwischenfall mit Frankreich (Rainbow Warrior)[36] auf die Spitze zu treiben. Er habe ihn gewarnt, den Bogen gegenüber Frankreich zu überspannen.

Präsident *Mitterrand* dankte dem Bundeskanzler und bemerkte, GS Pérez de Cuéllar sei um eine Lösung bemüht. Frankreich sei bereit, sich zu entschuldigen und eine Entschädigung zu zahlen. Es könne aber nicht akzeptieren, wenn die beiden Täter zu einer langjährigen Gefängnisstrafe in Neuseeland verurteilt würden. Dies müsse den Bruch der diplomatischen Beziehungen zur Folge haben.[37]

Der *Bundeskanzler* bot dem Präsidenten seine weitere Unterstützung an, wenn der Präsident glaube, er könne helfen.

Der *Präsident* bedankte sich nochmals. Er wisse, daß das Gewicht Deutschlands und das persönliche Gewicht des Bundeskanzlers im entscheidenden Moment eine wichtige Rolle spielen könnten. PM Thatcher, mit der er gute Beziehungen unterhalte, sei als Vermittlerin hier weniger geeignet, da die britische Regierung nach dem Vorfall verlangt habe, Frankreich solle Entschädigung zahlen.

Bei Abschluß des Gesprächs übergab Präsident Mitterrand sein Antwortschreiben auf den Brief des Bundeskanzlers betreffend Einberufung einer Reaktorsicherheitskonferenz.

Das Gespräch endete nach drei Stunden.

Referat 203 (202), Bd. 140632

34 Zum Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 75, Anm. 8.
Zum Abschluß der Verhandlungen vgl. Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

35 Für das Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Ministerpräsident Lange am 2. Juni 1986 vgl. Dok. 160.

36 Zur französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior" am 10. Juli 1985 in Auckland vgl. Dok. 160, Anm. 7 und 8.

37 Am 19. Juni 1986 gaben Frankreich und Neuseeland in einem Kommuniqué bekannt, daß sie VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar um einen Schiedsspruch gebeten hätten und sich diesem unterwerfen würden. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Mai/Juni), S. 92.
Legationsrat I. Klasse Scharioth, New York (VN), berichtete am 7. Juli 1986, Pérez de Cuéllar habe mitteilen lassen, daß er den beiden Regierungen seinen Schiedsspruch übermittelt habe: „Der wesentliche Inhalt lasse sich in vier Punkten zusammenfassen: F entschuldigt sich formell bei Neuseeland; F zahlt 7 Mio. Dollar Schadenersatz an Neuseeland; F wird sich Handelsabmachungen zwischen Neuseeland und der EG über Milchprodukte, Lamm, Hammel und Ziegenfleisch nicht widersetzen; die fr[an]z[ösischen] Agenten werden auf der frz. Südseeinsel Hao 3 Jahre interniert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1441; Referat 342, Bd. 137193. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Juli/August), S. 14 f.

177

Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-3814/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. Juni 1986, 15.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1031 **Ankunft: 19. Juni 1986, 16.43 Uhr**

Betr.: Gespräch mit dem Primas vom 16. Juni 1986

1) Zusammenfassung

1.1) Der Primas von Polen, Kardinal Glemp, hat mich am Montag, dem 16. Juni 1986, in seinem Amtssitz empfangen. Bischof Dąbrowski hat gedolmetscht. Das Gespräch dauerte etwa eine Stunde (von 13.00 bis 14.00 Uhr).

1.2) Wir haben folgende Themen behandelt, und der Kardinal hat sich zu den aufgeworfenen Fragen im Kern wie folgt geäußert:

1.2.1) Die Unterstützung der Handwerkerschule in Auschwitz

Der Primas hat auf meinen Vortrag, durch Dąbrowski vorab unterrichtet, erklärt, die Handwerkerschule der Salesianer in Auschwitz leiste Vorzügliches. Er würde sich „sehr freuen, wenn die Modernisierung mit unserer Hilfe" gelänge.

1.2.2) Landwirtschaftsprojekt und Rockefeller-Stiftung

Zum Landwirtschaftsprojekt äußerte der Kardinal, der Staat wolle das Projekt der sozialistischen Wirtschaft unterordnen. Die Kirche könne das nicht akzeptieren. Daran scheitere die Einigung bisher, nicht an Steuerfragen.

Zur Rockefeller-Stiftung: Die Einzelheiten des Erlasses waren Glemp neu. Seine Stellungnahme: Falls die Rockefeller-Stiftung nur der staatlichen Landwirtschaft helfen will und keine Rücksicht auf das Landwirtschaftsprojekt der Kirche nimmt, wird die Bevölkerung dies den Amerikanern verübeln.

1.2.3) Beziehungen Kirche – Staat – Solidarität

Am Ende des Gesprächs bat der Kardinal um Weiterleitung folgender Bitte:

Der Westen möge seine Unterstützung für den Untergrund (von Solidarität) einstellen. Dessen hoffnungsloser Kampf verursache nur Leiden und störe die eigentliche Auseinandersetzung, nämlich der Kirche mit dem Staat.[2]

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 20. Juni 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Oesterhelt und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kaestner vermerkte: „B[itte] Anruf 1) zum Rockefeller-Projekt, 2) wem kann man die Message o[hne] E[inschränkung] weitergeben?"
Hat Oesterhelt am 24. Juni 1986 vorgelegen.
Hat Kaestner am 25. Juni 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Weiß vermerkte: „Mit D 2 bespr[ochen]: S. 2 ‚speichern', aber z. Z. nichts zu veranlassen (evtl. am Rande EPZ-AG mit F + GB?)." Vgl. Anm. 2.
Hat Weiß am 25. Juni 1986 vorgelegen.

2 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner hervorgehoben. Dazu Pfeil. Vgl. Anm. 1.

1.2.4) Internationale Beziehungen, Entwicklung in der Sowjetunion, westliche Polen-Politik

Glemps Hauptäußerungen:

Die Entwicklung in der Sowjetunion sei für Polen von größter Wichtigkeit, nur lasse sich Gorbatschows Kurs noch nicht klar übersehen. Vielleicht gelinge dort eine Revolution „von oben".

Meine Darstellung unserer Politik nach Tschernobyl[3] als Paradigma für unsere feste, aber maßvolle, konsequente und besonnene Politik gegenüber Moskau fand das Interesse und wohl auch die Zustimmung des Kardinals.

Unsere Politik der möglichst breiten und tiefen Verbindung mit Polen stieß auf Glemps engagierteste Zustimmung: „Genau das will Polen. Polen will in engster Verbindung mit dem Westen bleiben."

Das Tamilen-Problem[4] habe ich dem Kardinal gegenüber nicht noch einmal angesprochen. Dąbrowski hatte im Vorgespräch davon abgeraten: Mein Brief an den Sekretär der polnischen Bischofskonferenz[5] habe diese Sache abgeschlossen. Dąbrowski, dem ich meine Gesprächsziele und -wünsche dargestellt hatte, konnte, wie er mir sagte, den Primas während einer mehrstündigen Autoreise am Vortage genau über meine Petita unterrichten.

3 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

4 Mit Schreiben vom 14. Januar 1986 an Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte der Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dąbrowski, kurz vor Weihnachten 1985 sei eine Gruppe von 23 Tamilen aus Sri Lanka über Moskau und Budapest nach Warschau gekommen. Die Kirche habe sich ihrer angenommen. Da sie nur noch höchstens zehn Tage in Polen bleiben könnten, bitte er, diesen Personen Visa für die Bundesrepublik zu erteilen, wo sie von der Caritas betreut werden könnten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 65 von Pfeffer vom 16. Januar 1986; Referat 514, Bd. 190619.
Am 18. April 1986 teilte Pfeffer mit, der stellvertretende Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Orszulik, habe ihn am Vortag „mit größter Dringlichkeit" erneut auf das Thema angesprochen. Dąbrowski habe von den polnischen Behörden eine „endgültig letzte" Visumsverlängerung bis zum 15. Mai 1986 erreicht: „Wenn diese Tamilen bis zu diesem Datum nicht ausgereist seien, würden sie in ihr Heimatland zurückgeschickt. Dort drohe ihnen ‚der sichere Tod'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 670; Referat 214, Bd. 139700.

5 Botschafter Pfeffer, Warschau, teilte dem Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dąbrowski, am 5. Juni 1986 mit: „Inzwischen sind sämtliche zuständigen Ausländerbehörden in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Tamilen-Problem befaßt worden, auf das Sie mich mit Ihrem Brief vom 14. Januar 1986 aufmerksam gemacht hatten. Unsere Ausländerbehörden haben alle Anträge abgelehnt. In den Ablehnungsbegründungen hat auch eine Rolle gespielt, daß die ‚Antragsteller … in Polen bereits Schutz vor Verfolgung gefunden' haben. Zum Hintergrund möchte ich bemerken, daß die immer weiter ansteigende Flut von Asylbewerbern im Jahre 1986 unsere Möglichkeiten zur Übernahme weiterer Flüchtlinge immer weiter verringert hat. […] Die Botschaft, das Auswärtige Amt und die innerdeutschen Stellen haben sich, wegen Ihrer Bitte und wegen des humanitären Dilemmas der polnischen Kirche in dieser Sache, außerordentliche Mühe gegeben zu helfen. Leider lautet das Ergebnis: ‚Non possumus.' Ich habe, wie Prälat Orszulik Ihnen berichtet haben wird, die Botschafter der zwölf europäischen Länder dreimal mit dem Petitum des polnischen Episkopats in der Tamilen-Frage befaßt. Keines unserer Partnerländer hat sich zu einer Übernahme der Flüchtlinge oder einzelner von ihnen entschließen können. […] Alle fürchten den Präzedenz-Fall, den Dauer-Nachzug über den gleichen, neu eröffneten Weg." Pfeffer zeigte sich erfreut, daß es mittlerweile gelungen sei, den Tamilen ein dreimonatiges Asyl in Indien zu verschaffen. Vgl. die Anlage 2 zum Drahtbericht Nr. 966 von Pfeffer vom 6. Juni 1986; Referat 214, Bd. 139744.

2) Das Gespräch im einzelnen

2.1) Handwerkerschule der Salesianer in Auschwitz

Nach meiner kurzen Einführung antwortete der Kardinal in sehr bestimmter Form: Die Schule verdiene gefördert zu werden. Was die Genehmigungen, z. B. für die Einfuhr von Maschinen, betreffe, so müßten sich die Salesianer gegenüber dem Staat selbst absichern. Sicher gebe es verschiedene Wege, um der Schule zu helfen. Vielleicht wäre es klug, die Modernisierung schrittweise zu vollziehen. (Glemp wollte mit dieser Bemerkung wohl davor warnen, den Staat zu „verschrecken".)

Die Salesianer leisteten seit langem eine vorzügliche Erziehungsarbeit. Die in der Schule ausgebildeten Handwerker hätten sich fast überall bewährt. Wörtlich: „Ich würde mich sehr freuen, wenn diese Institution auf die Weise, die Ihnen vorschwebt, gestützt werden könnte." Der Kardinal wiederholte, daß es ihm eine Freude wäre, wenn die Modernisierung der Schule mit unserer Hilfe gelänge.

Ich habe für diese Auskunft, die wir auch an Mr. Battersby, MdEP, weitergeben würden, gedankt. Ich sei davon überzeugt, daß eine Hilfe bei der Modernisierung dieser Schule einer guten Sache diene, die auf ganz Polen ausstrahle. Die jungen Leute würden ja wohl kaum mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung von Auschwitz in ihre Heimatdörfer zurückkehren.

Der Kardinal lachte über diese Anspielung auf seine Fronleichnamsrede.[6]

Eine Förderung der Handwerksschule, so habe ich noch hinzugefügt, erscheine uns auch deshalb besonders sinnvoll, weil das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche weiterhin stocke.

2.2) Landwirtschaftsprojekt[7] und Rockefeller-Stiftung[8]

Anschließend habe ich den ersten Teil des Drahterlasses Nr. 485 vom 11. Juni 1986[9] vorgetragen (Landwirtschaftsprojekt) und um die Beurteilung des Kardinals gebeten.

6 Botschafter Pfeffer, Warschau, übermittelte am 6. Juni 1986 Auszüge aus der Predigt des Primas von Polen, Kardinal Glemp, anläßlich des Fronleichnamstags am 29. Mai 1986 in Warschau. Glemp habe erklärt, es seien „gerade die Gläubigen, die Kohle förderten und in den Stahlwerken arbeiteten. Glemp wehrt sich dann dagegen, daß der Glaube Privatsache sein solle, während der Atheismus staatliche Funktion habe." Außerdem habe er ausgeführt: „Man sollte endlich aufhören mit dem Mythos von der wissenschaftlichen Weltanschauung. Vielen von uns sind bedeutende Gelehrte bekannt, Physiker, Biologen und Wirtschaftler, die sehr gläubige und praktizierende Menschen sind, aber überhaupt nichts von der sogenannten wissenschaftlichen Weltanschauung halten. Wir kennen allerdings viele primitiv denkende Menschen, die behaupten, ihre Weltanschauung sei wissenschaftlich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 970; Referat 214, Bd. 139773.

7 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 2, Anm. 21.

8 Referat 416 vermerkte am 10. April 1986, die polnische Regierung befasse sich „mit einem Projekt der Rockefeller-Stiftung zur Unterstützung der polnischen Landwirtschaft. Anders als das kirchliche Hilfsprogramm ist das Rockefeller-Projekt auf die kommerzielle Unterstützung (private Devisenkredite!) einiger Projekte in der staatlichen oder privaten Landwirtschaft ausgerichtet. Aus dem erwarteten Gewinn soll dann eine kostenlose Hilfe für die private oder staatliche Landwirtschaft in Form von Beratung, Forschung und Material finanziert werden. Das Rockefeller-Projekt ist für die polnische Regierung zwar ideologisch leichter zu tolerieren, doch bestehen noch erhebliche devisen- und steuerrechtliche Hindernisse. Ob sich Kreditgeber im Westen finden werden, ist noch offen." Vgl. Referat 214, Bd. 139744.

9 Vortragender Legationsrat Weiß teilte der Botschaft in Warschau zur Vorbereitung des Gesprächs des Botschafters Pfeffer mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, am 11. Juni 1986 mit: „Die

Glemp meinte: Es scheine dem einen oder anderen ein Geheimnis, warum die Sache stocke, und man könne lange darüber spekulieren. Der eigentliche Grund sei aber natürlich folgender: „Der Staat will dieses Projekt der sozialistischen Wirtschaft unterordnen. Das kann die Kirche nicht akzeptieren."

Ich habe dann die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, die „West-Fakten" (Bereitstellung von 19 Mio. US-Dollar für die Pilotphase) gegenüber der polnischen Führung und Öffentlichkeit stärker zu vermelden.

Der Kardinal unterschied zwischen Publizität im Westen und im Osten. Die erste sei leicht zu haben; die zweite, wenn überhaupt, sehr schwer.

Er fürchte, in Polen werde man Publizität in dieser Sache „nur als ein politisches Spiel ansehen und nicht so sehr als Hilfsbereitschaft". Die regierende Partei Polens zeige im übrigen „gegenüber dem Projekt kontra-diktorische Züge. Lautes Sprechen wirkt wie ein Dorn – nicht zuletzt in Moskau".

Meine Frage, ob er also für Stille in West und Ost plädiere, bejahte der Primas. Man werde sehen müssen, ob das Klima nach dem Parteitag[10] „etwas gelöster" werde. Auf eine stärkere Hervorhebung der westlichen Hilfsbereitschaft gegenüber der polnischen Führung ging der Kardinal nicht ausdrücklich ein.

Ich habe daraufhin über den zweiten Teil der Weisung[11] (Rockefeller-Stiftung) referiert. Glemp erklärte, die Fakten seien ihm neu. Er habe zunächst geglaubt, Rockefeller wolle dem Landwirtschaftsprojekt der Kirche nicht in die Quere kommen. Die Frage des Erlasses, ob die für die Rockefeller-Stiftung ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 926

Bundesregierung bedauert, daß die Stiftung des polnischen Episkopats ihre Tätigkeit zur Realisierung des Hilfsprogramms noch nicht aufnehmen konnte. Sie hat die Konzipierung des Hilfsprogramms und seine Förderung durch die EG von Anfang an unterstützt. Durch intensive Bemühungen konnte erreicht werden, daß in der EG jetzt 4 Mio. ECU sofort zur Finanzierung der Pilotphase zur Verfügung stehen. Insgesamt sind von den geschätzten Gesamtkosten der Pilotphase von ca. 27 Mio. US Dollar 19 Mio. US Dollar abgesichert. Behauptungen, die Pilotphase müsse an mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten scheitern, sind also unrichtig. Polnische Kirche sollte ermuntert werden, diese Fakten gegenüber Regierung und Öffentlichkeit stärker zu vermelden. Bundesregierung wäre an Urteil des Primas über die Realisierungschancen des Hilfsprogramms interessiert. Auch wenn davon ausgegangen werden muß, daß polnische Regierung einige Fragen bewußt offenhält, um das Anlaufen des Hilfsprogramms zu verzögern oder zu verhindern, würde hier doch interessieren, wo die Schwerpunkte des Dissens' sind und ob Kompromisse in der Sache (Steuern, Abgaben) denkbar sind." Vgl. Referat 214, Bd. 139771.

10 Der X. Parteitag der PVAP fand vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 in Warschau statt.

11 Vortragender Legationsrat Weiß teilte der Botschaft in Warschau zur Vorbereitung des Gesprächs des Botschafters Pfeffer mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, am 11. Juni 1986 mit: „Auswärtiges Amt hat erfahren, daß Vertreter der Rockefeller-Stiftung und der polnischen Regierung sich über die Statuten der Stiftung und gewisse Leitlinien für die steuer-, abgaben- und devisenrechtliche Behandlung der Stiftung geeinigt haben. Vorausgegangen waren erhebliche Konzessionen der Rockefeller-Stiftung gegenüber der polnischen Regierung. So soll die Stiftung gleichermaßen der privaten wie der staatlichen Landwirtschaft dienen. Ihre Projekte bedürfen der Zustimmung des Landwirtschaftsministeriums und müssen sich im Rahmen der staatlichen Entwicklungspläne halten. Die Stiftung darf keine Spenden von Polen im Inland entgegennehmen. (Folge der Schenkung der Nobelpreissumme durch Wałęsa an kirchliche Stiftung.) Die Mitglieder des Aufsichtsrates können nur unter Personen gewählt werden, die die vorherige Zustimmung der polnischen Regierung haben. […] Die polnische Regierung ist keine generelle Bindung zur Befreiung der Stiftung von Steuern, Abgaben und Devisenvorschriften eingegangen, sondern hat sich eine Fall-zu-Fall-Prüfung vorbehalten." Vertreter der Stiftung bemühten sich um Kreditgeber für die vier in Aussicht genommenen kommerziellen Projekte: „Polnische Kirche könnte möglicherweise prüfen, ob die für die Rockefeller-Stiftung gefundene Lösung im Steuer- und Abgabenbereich mit eventuellen Modifikationen auch für die kirchliche Stiftung möglich wäre." Vgl. den Drahterlaß Nr. 485; Referat 214, Bd. 139771.

fundene Lösung im Steuer- und Abgabenbereich mit eventuellen Modifikationen für die kirchliche Stiftung zu verwenden sei, beantwortete der Primas wie folgt: Die Experten der Kirche hätten sich längst über die Frage gebeugt, ob die Zahlung von Steuern unter gewissen Bedingungen in Frage käme. Aber die eigentliche Frage laute anders: „Will Rockefeller der staatlichen oder der privaten Landwirtschaft in Polen helfen? Wenn Rockefeller nur der staatlichen Seite helfen will, wird die Sache geradezu peinlich. Dann werden die Polen sagen, sei seien von den USA betrogen worden."

Ich habe erwidert, nach meiner Ansicht sehe das Rockefeller-Projekt Hilfe für den staatlichen und den privaten Sektor vor (und lasse sich deshalb mehr auf die Kooperation mit dem Staat ein als die Kirche, und für den Staat sei das Projekt insgesamt vorteilhafter). [12]Meinen verschiedentlichen Gesprächen mit dem hiesigen Geschäftsträger der Vereinigten Staaten hätte ich entnommen, daß die Administration Herrn Rockefeller zu überzeugen versuche, er müsse auf das Kirchenprojekt Rücksicht nehmen, am besten sogar sein Projekt von der Verwirklichung des Kirchenprojektes abhängig machen, so daß die politische Führung nur beide Projekte haben könne oder keines. Ob die Administration sich durchsetze, stehe dahin. Nach dem, was ich aus dem Erlaß vorgelesen hätte, sehe es fast so aus, als ob die amerikanische Regierung mit ihrer Bemühung gescheitert sei.

2.3) Kirche–Staat–Solidarität

Nach Abhandlung dieser operativen Themen habe ich den Kardinal gefragt, ob er noch einige Ausführungen zu den Beziehungen Kirche–Staat–Solidarität machen könne. Zur Lage von Solidarität und den Schlußfolgerungen daraus für die Kirche habe uns Bischof Dąbrowski vor kurzem ein Bild gezeichnet (das ich in nuce wiederholte).

Glemp meinte, man dürfe nicht dem Mißverständnis unterliegen, die Schwächung von Solidarität bedeute automatisch eine Stärkung der Kirche. Es handele sich um ganz verschiedene Größen. Die Kirche lebe seit 1000 Jahren in Polen. Sie sei mit Solidarität, einer Bewegung, die 16 Monate eine große Rolle gespielt habe, nicht zu vergleichen. Die reale Kraft der beiden sei unterschiedlich. „Als Solidarität stark war, holte sie ihre Kraft aus der Basis der Kirche. Solidarität wird noch für mehrere Jahre ein Problem sein. Vielen wird jetzt auch bewußter, daß es marxistische Elemente in Solidarität gegeben hat und gibt. Diese Elemente habe manches aufgeregt. Es ist eine geschichtliche Aufgabe, damit fertig zu werden."

Der Kardinal bestätigte meine in Frageform gekleidete Bemerkung, Wałęsa, die Hauptsymbolfigur, verkörpere doch wohl die kirchentreue Mitte von Solidarität.

Ich habe dann die Frage nach dem künftigen Weg Polens aufgeworfen. Muß dieses Land tatsächlich von Aufstand zu Aufstand gehen? Muß es immer wieder an der geostrategischen Mauer liegenbleiben, immer von neuem wirtschaftlich zurückgeworfen und dadurch auch politisch geschwächt? Geht es nicht vielmehr darum, den erkämpften Freiraum zu halten, vielleicht sogar unmerklich

[12] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1032 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

vorzuschieben, und dieses Ziel durch Druck in Richtung auf die Wirtschaftsreform und durch möglichst viele West-Bindungen zu fördern?

Glemp: „Die Antwort ist schwierig. Bei anhaltend günstiger internationaler Lage könnte das möglich sein."

2.4) Internationale Beziehungen. Entwicklung in der Sowjetunion, westliche Polen-Politik

Auf meine Feststellung, die Lage der Sowjetunion werde immer schwieriger: Tschernobyl habe die technologische Rückständigkeit der Nuklearmacht urbi et orbi, d. h. vor dem Westen, dem Osten und der Dritten Welt, an den Tag gebracht. Die Entwicklung hochindustrialisierter, in vieler Hinsicht überlegener dynamischer Räume (Japan, ASEAN, China, West-Europa, die USA) sei nur ein Handicap Moskaus unter einer ganzen Reihe.

Glemp: Die Entwicklung in der Sowjetunion, die für Polen von größter Bedeutung sei, lasse noch keine klaren Schlüsse zu. Es könne sein, daß der revolutionäre Prozeß, der in Polen von unten eingesetzt habe, sich in der Sowjetunion von oben einleiten lasse. Aber eine große Unbekannte sei die „rätselhafte Psyche des sowjetischen Volkes oder besser: der sowjetischen Völker".

Ich habe eingeworfen, hier stelle sich der westlichen Diplomatie eine säkulare Aufgabe. Es gebe Amerikaner, die es als Ziel ansähen, „to manage the decline of the Soviet Union". Nach meiner Ansicht müßten wir vom Westen aus den Versuch machen, durch die richtige Mischung aus Festigkeit und Besonnenheit, durch Zusammenhalt und Selbstbehauptung und durch das Angebot zur Zusammenarbeit der sowjetischen Führung den Anreiz, aber auch die Zeit zu geben, das eigene System zu verwandeln. Dann werde es sich hoffentlich irgendwann friedlich überleben.

Ich habe diese Grundidee an den Bemühungen der Bundesregierung nach dem Unglück von Tschernobyl erläutert. Der Konferenz-Vorschlag des Bundeskanzlers[13] sei inzwischen von einer Reihe von Staaten akzeptiert worden, auch von Gorbatschow[14], der ihn fast wie eine eigene Erfindung in Anspruch nehme.

2.5) Westliche Polen-Politik

Ich bin dann auf „die Kernfrage dieses Gesprächs" zugesteuert: ob der Primas unsere Polen-Politik für richtig halte oder ob er glaube, daß sie adaptiert werden müsse. Wir träten bekanntlich dafür ein, mit Polen auf allen Gebieten so eng wie möglich und so konkret wie möglich zusammenzuarbeiten und dabei die weiten Berührungsflächen unserer beiden Länder zu nutzen; den großen Menschenstrom in beiden Richtungen (über 600 000 im Jahre 1985 mit steigender Tendenz); den niemals unterbrochenen Dialog, der sich innerhalb eines Jahres vervielfacht habe; den Nachkriegsrekord eines Handelsumsatzes von sechs Milliarden DM und alles, was uns durch eine 1000jährige Geschichte als Nachbarn in Mitteleuropa miteinander verbinde.

Der Primas ging engagiert auf diese Erklärung ein: „Genau das wünscht Polen. Polen will in engster Verbindung mit dem Westen bleiben."

13 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 165.

14 Vgl. dazu die Mitteilung des Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 6. Juni 1986 an Bundeskanzler Kohl; Dok. 165, Anm. 9.

2.6) Bitte des Primas, den Untergrund nicht zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang, so fuhr Glemp fort, wolle er ein Problem aufwerfen, das der Kirche quälende Sorgen mache. Viele Angehörige von Solidarität säßen in polnischen Gefängnissen. Es sei zu befürchten, daß noch mehr festgesetzt werden würden. Die Kirche müsse für die Gefangenen eintreten. Der polnische Untergrund erhalte „viele Anregungen und Impulse aus dem Westen, um ihn gegen die derzeitige politische Führung Polens aufzubringen. Das ist unvernünftig. Der polnische Untergrund hat kein Programm, auch kein soziales."

Er bitte mich deshalb, folgende dringliche Bitte weiterzugeben: „Der Westen solle den Untergrund nicht noch mehr aufregen. Dann kommen nur noch mehr Menschen ins Gefängnis. Viele Polen wollen Märtyrer sein, sie wollen gefangen werden, so sehr sind sie vom Kampf fasziniert.[15] Es ist aber sinnlos, daß der polnische Untergrund einen hoffnungslos gewordenen Kampf weiterführt und daß ihm dafür moralische Mäntel umgelegt werden. Der Untergrund und die Förderer des Untergrundes verursachen nur Leiden. Den eigentlichen Kampf gegen den Marxismus führt die Kirche. Sie führt ihn mit ihrer ganzen Kraft. Sie hat dabei Erfolge: in der Jugend, bei den Akademikern und vielen anderen. Diese Auseinandersetzung darf nicht gestört werden."

3) Quellenschutz

Ich bitte um strengen Quellenschutz. Die Tatsache, daß der Primas mich gebeten hat, auf die Teilnahme des Botschaftsdolmetschers zu verzichten, und daß er durch Dąbrowski hat übersetzen lassen, zeigt, daß sich Glemp nur im (quasi) Vier-Augen-Gespräch eröffnen will. Sein Vertrauen, das von der ersten, ziemlich förmlichen Begegnung[16] bis zu diesem dritten Gespräch wachsen mußte, darf auf keinen Fall durch eine Indiskretion enttäuscht werden. Sonst würde hier die autoritative Quelle der Kirche für uns versiegen.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 13462 (214)

15 Der Passus „Dann kommen nur … vom Kampf fasziniert" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Schließe nicht aus, daß G[lemp] – der Abhören befürchten muß – eine implizite Message übermittelt."

16 Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 17. September 1985, er sei am Vortag vom Primas von Polen, Kardinal Glemp, empfangen worden. Erörtert worden seien die amerikanisch-polnischen Beziehungen, insbesondere die Rolle der polnischstämmigen Amerikaner, das Verhältnis von Staat und Kirche in Polen, vor allem das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche, die Rolle der Gewerkschaft Solidarność sowie der 20. Jahrestag des Briefwechsels zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1415; Referat 214, Bd. 133066.

178

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.21 GPG-1073/86 geheim **23. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und Billigung des Vorschlags (VI)

Betr.: Allgemeine Politische Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO (General Political Guidelines – GPG – for the Employment of Nuclear Weapons in Defence of NATO)

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 26.7.1985 – 201-363.21 GPG-1206/85 geh.[3]

Anlg.: 1) Bezugsaufzeichnung (ohne Anlagen)[4]
2) (Draft) General Political Guidelines (GPG) DPP/NPD/86/55 – 201-380/86 geh.[5]
3) Schreiben Botschafter Stoessel vom 16.8.1979 und Geschäftsträger Woessner vom 16.8.1984 (Abschriften)[6]
(Anlagen nur beim Original)

I. Mit den Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO (GPG) soll in einem zentralen Bereich der Verteidigungspolitik des Bündnisses ein Dokument von größter Bedeutung geschaffen werden. Seine Bedeutung liegt darin, daß mit seiner Hilfe das nukleare Streitkräftedispositiv der NATO für die Umsetzung der Strategie der flexiblen Reaktion[7] in ihrer aktuellen Ausgestaltung, d.h. basierend auf der MC

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. Juni 1986 vorgelegen.

3 Ministerialdirigent Schauer legte den Stand der Arbeiten an den „General Political Guidelines" (GPG) dar und führte aus, die Arbeit gehe „mit Sorgfalt und inzwischen zügig" voran. Eine noch offene Frage betreffe die Zusammenfassung der Nuklearstreitkräfte der NATO unter dem Begriff „Theatre Nuclear Forces" (TNF). Gegen die Verwendung dieses Begriffs sei auf Wunsch des Auswärtigen Amts ein Vorbehalt der Bundesrepublik eingelegt worden. Dazu führte Schauer aus, die Zwecke der GPG erforderten, „eine präzise und umfassende Kennzeichnung eines ganzen Spektrums nuklearer Waffen unterschiedlicher Kategorien und Reichweiten zu benutzen. Dieser Aufgabe wird der Begriff ‚TNF' am ehesten gerecht. Wenn er auch nicht voll befriedigen kann, so sind doch alle anderen bisher gefundenen Alternativen für die Zwecke der GPG als weniger geeignet erkannt worden." Schauer sprach sich dafür aus, das Auswärtige Amt solle sich nicht der Tendenz des Bundesministeriums der Verteidigung entgegenstellen, sich „dem Konsens im Bündnis zur Verwendung von ‚TNF' in geheimen Dokumenten anzuschließen". Vgl. VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12119 (201).

5 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf der „General Political Guidelines" vom 7. Mai 1986 vgl. VS-Bd. 12119 (201).

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Schreiben vgl. VS-Bd. 12119 (201).

7 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 15, Anm. 11.

14/3 und konzeptionell fortentwickelt in den auf den Doppelbeschluß[8] und den Montebello-Beschluß[9] hinführenden Schritten, instrumentalisiert werden kann. Der entscheidende Fortschritt, den die GPG in der vorliegenden Fassung bieten, ist, daß sie folgende Akzente in politischen Richtlinien festlegen:

– die Stärkung des Elements der politischen Zielsetzung für selektive nukleare Optionen,
– die Absage an fortgesetzte nukleare Kriegsführung,
– die Einbeziehung des sowjetischen „Sanktuariums" in den „initial use",
– das Abrücken vom Gefechtsfeldeinsatz als Schwerpunkt.

II. 1) Nachdem Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die wesentlichen politischen Grundsatzdokumente für den Einsatz von Nuklearwaffen, darunter die Vorläufigen Politischen Richtlinien für den defensiven taktischen nuklearen Ersteinsatz (PPG)[10], verabschiedet worden waren, ist 1975 mit der Erarbeitung der GPG begonnen worden. Anders als die PPG sollen die GPG politische Richtlinien für das Gesamtspektrum möglicher Nukleareinsätze, also auch für einen Folgeeinsatz („follow-on use" im Gegensatz zum „initial use") sowie die allgemeine nukleare Reaktion (General Nuclear Response – GNR) umfassen. Die in der NPG-Stabsgruppe auf persönlicher Basis geführte Arbeit hat 1980 einen ersten und 1982 einen zweiten überarbeiteten Entwurf[11] hervorgebracht.

2) Seit Oktober 1984 erfolgt auf Beschluß der NPG-Minister[12] nunmehr die weisungsgebundene Erörterung der GPG in der NPG-Stabsgruppe. Abteilung 2 hatte mit der Bezugsaufzeichnung (siehe Anlage 1) über den Stand der Arbeit an den GPG unterrichtet und Ihre Zustimmung dazu eingeholt, daß sich das Auswärtige Amt nicht der Tendenz des BMVg entgegenstellt, dem Konsens im Bündnis zur Verwendung des Begriffs „Theatre Nuclear Forces" in diesem geheimen Dokument sich anzuschließen. Das BMVg hat daraufhin den zunächst von deutscher Seite gegen die Verwendung dieses Begriffs in der NPG-Stabsgruppe eingelegten Vorbehalt aufgehoben.[13]

3) Inzwischen ist die Behandlung in der NPG-Stabsgruppe nahezu abgeschlossen worden. Anfang Mai wurde eine konsolidierte Fassung der GPG (siehe Anlage 2) vorgelegt, die das Ergebnis der bisherigen Diskussion wiedergibt.

8 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

9 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

10 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO billigte am 12. November 1969 in Washington die Vorläufigen Richtlinien für den taktischen Ersteinsatz von Nuklearwaffen („Preliminary Political Guidelines"). Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 334 und Dok. 359.
Die Billigung durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO erfolgte am 3. Dezember 1969. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1607 des Gesandten Gnodtke, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 2018 (201); B 150, Aktenkopien 1969.

11 Für das Arbeitspapier WP (82) 5 der NPG-Stabsgruppe vom 2. August 1982 („General Political Guidelines for the Employment of Nuclear Weapons in Defence of NATO") vgl. VS-Bd. 12033 (201).

12 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO beschloß am 11./12. Oktober 1984 in Stresa die Wiederaufnahme der seit 1983 unterbrochenen Arbeiten an den „General Political Guidelines". Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 277.

13 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich: „Leider."

Die Stabsgruppe neigt mehrheitlich dazu, die GPG nunmehr an die Ständigen Vertreter bei der NATO zur Behandlung weiterzugeben. Nur DK hat sich hierzu noch nicht entschließen können, da sich der Verteidigungsminister[14] derzeit mit den GPG befasse. Es ist in Aussicht genommen worden, die Ständigen Vertreter vor Ende Juli mit den GPG zu befassen. DK und N bevorzugen Termin Anfang September. Im Herbst sollen dann die NPG-Minister auf ihrer Tagung in Gleneagles/GB[15] über die Annahme der GPG beschließen.

III. Die GPG setzen sich zusammen aus einer Präambel, acht Kapiteln und drei Anlagen.

– Die Präambel stellt die politischen Einsatzgrundsätze in den allgemeinen Kontext der auf Kriegsverhütung gerichteten Sicherheitspolitik des Bündnisses. Dem entspricht es, daß der Nukleareinsatz ausdrücklich dem Primat politischer Kontrolle untergeordnet wird.
– Kapitel I (Purpose) erläutert den Zweck des Dokuments: politische Richtlinien für strategiekonformen Nukleareinsatz. Das Verhältnis zu anderen Grundsatzdokumenten ist bewußt offengehalten worden und wird von den NPG-Ministern nach einer Verabschiedung der GPG gerade in bezug auf die PPG noch zu entscheiden sein.
– Kapitel II (The Threat) beschreibt die für eine eventuelle Verteidigung des Bündnisses mit Nuklearwaffen relevante Bedrohungslage.
– In Kapitel III (NATO Strategy, Roles and Characteristics of Nuclear Forces) wird unter Bezugnahme auf MC 14/3 das strategische Konzept des Bündnisses zu Abschreckung und Verteidigung wiedergegeben (insbesondere Ziff. 15 ff.). Außerdem werden die für die Implementierung der Strategie erforderlichen Streitkräfte des Bündnisses, besonders in ihrem untrennbaren Verbund, der sog. NATO-Triade, dargestellt (Ziff. 19 ff.).
– Kapitel IV (Nuclear Consultation), das sich mit den Konsultationen für Nuklearwaffeneinsatz befaßt, ist weitestgehend aus dem GPG-Entwurf von 1982 übernommen worden. In seinen wesentlichen Teilen wiederholt es Formulierungen aus früheren Grundsatzdokumenten des Bündnisses zur Konsultationsfrage, wie u. a. den Athener Richtlinien von 1962[16] (Ziff. 27), der Den Haager Entscheidung von 1968[17] (Ziff. 28) und den Allgemeinen Konsultations-Richtlinien von 1969 (Ziff. 32).
– Das Kernstück der GPG ist Kapitel V (Selective Use of Nuclear Weapons in Defence of NATO), das den selektiven Einsatzoptionen gewidmet ist. Darin wird als Zielsetzung selektiver Einsatzoptionen die Kriegsbeendigung sowie Wiederherstellung der Abschreckung unterstrichen (Ziff. 37). Es folgt die Darstellung von „initial use“ (Ziff. 45 ff.) und „follow-on use“ (Ziff. 49 ff.) sowie der bei einer Anwendung selektiver Nuklearoptionen zu beachtenden Krite-

14 Hans Engell.

15 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 vgl. Dok. 302.

16 Zu den auf der NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 verabschiedeten Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen vgl. AAPD 1962, II, Dok. 203.

17 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO befaßte sich am 18./19. April 1968 mit der Frage der Konsultation bei der Freigabe des Einsatzes von Nuklearwaffen. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 133.

rien wie u. a. Eskalationskontrolle (Ziff. 53 ff.), Beschränkungen („Constraints", Ziff. 57 f.), Zielauswahl (Ziff. 59 ff.), Umfang eines Einsatzes (Ziff. 65 ff.). Ferner sind besondere Überlegungen zur Seezielbekämpfung (Ziff. 77 ff.) angefügt und abschließend Ausführungen zur nuklearen Einsatzplanung (Ziff. 87 f.) kurz angesprochen.

– Kapitel VI (General Nuclear Response) behandelt die Option der allgemeinen nuklearen Reaktion, wobei diese als das stärkste Mittel der Abschreckung (Ziff. 90) herausgestellt wird und im Anwendungsfall ebenso dem Ziel der Kriegsbeendigung (Ziff. 90) dienen soll.
– Kapitel VII (Declaratory Policy) fordert, daß das Bündnis bzw. seine Mitglieder durch sein/ihr Verhalten und seine/ihre Äußerungen die Glaubhaftigkeit eines strategischen Konzepts festigen.
– In Kapitel VIII (Communicating NATO's Intention to use Nuclear Weapons (CNI)) sind Maßnahmen zur Unterrichtung des Gegners vorgesehen, damit der Angreifer bei aller Unkalkulierbarkeit seines konkreten Schadensrisikos über die Entschlossenheit des Bündnisses zum vorbedachten Einsatz von Nuklearwaffen nicht im Unklaren bleibt.
– In die Anhänge I bis III sind die mehr deskriptiven Teile des Vorentwurfs der GPG aufgenommen. Im einzelnen handelt es sich um eine Auflistung der „Theatre Nuclear Forces" (Annex I), der Charakteristika der Nuklearwaffen des Bündnisses (Annex II) sowie der Kategorien für selektiven Einsatz (Annex III).

IV. 1) Unsere Interessen sind bei der Ausarbeitung der GPG weitgehend gewahrt worden: Die Fortentwicklung der Grundsätze für die Nuklearpolitik des Bündnisses, die sich aus der Erarbeitung des Doppelbeschlusses und des Montebello-Beschlusses ergeben hat, hat sich in den GPG niedergeschlagen. Im Wege des Kompromisses ist ein beachtliches Ergebnis erzielt worden, das von dem Bemühen gekennzeichnet ist, unterschiedliche Auffassungen der Bündnispartner auf einen Nenner zu bringen. Im zentralen Teil der GPG, Kapitel V, wird dies besonders deutlich (vgl. auch Anlage 1, Ziff. II. 4., S. 5).

2) Durch das wiederholt betonte Primat der politischen Kontrolle über Nuklearwaffen wird die politische Zielrichtung nuklearer Optionen unterstrichen. Beispiele hierfür finden sich u. a. in

– Ziff. 37, 50: kriegsbeendende Zielsetzung selektiver Optionen
– Ziff. 52: Bedeutung eskalatorischer Schritte hervorgehoben
– Ziff. 56, 64, Annex III, Ziff. 9: politische Wertigkeit von Zielen
– Ziff. 69: Möglichkeit zu politisch gezieltem statt militärisch erzwungenem Militäreinsatz durch rechtzeitige Konsultationen.

3) Der Betonung des politischen Charakters von Nuklearwaffen entspricht auch die Absage an Konzepte fortgesetzter Nuklearkriegführung. So wird in Ziff. 48 (auch Ziff. 17) nukleare Kriegführung zur Erzielung eines klassischen militärischen Sieges abgelehnt. Gemäß Ziff. 50 soll beim „follow-on use" durch qualitative statt quantitative Ausweitung der Eskalationscharakter demonstriert werden. Ziff. 52 bezieht den Gedanken auf das Verhältnis zum gegnerischen Handeln. In dieser Frage sind die beiden Nuklearmächte GB und USA, die hierbei eine zu starke Selbstbindung befürchteten, deutlich zurückhaltender gewesen.

4) Eine weitere wichtige Akzentsetzung in den GPG ist die Einbeziehung sowjetischen Territoriums bereits in die Optionen für den „initial use". Diese Möglichkeit war bis auf den Fall eines von SU-Territorium unmittelbar gegen die Flanken der NATO geführten Angriffs in den PPG nicht enthalten. Die Erstreckung selektiver Einsatzoptionen auf den erweiterten geographischen Raum und damit die Ablehnung eines sowjetischen Sanktuariums (Ziff. 39, 59, 61; siehe auch Annex II, 3. Anstrich und Annex III, Ziff. 6 ff.) trägt der mit dem Doppelbeschluß und dem Montebello-Beschluß verfolgten Politik Rechnung. Dennoch war auch dies nicht unumstritten (GB und USA wiederum zurückhaltender).[18]

5) Diese Entwicklung wird durch ein Abrücken vom Gefechtsfeldeinsatz vervollständigt (Ziff. 52, 60, Annex III, Ziff. 4 f.). Die PPG sind noch von der Schwerpunktsetzung beim Gefechtsfeldeinsatz bestimmt. Die Schwerpunktverlagerung zum Einsatz im erweiterten geographischen Raum kommt gerade unseren Interessen entgegen, da im Konfliktfall deutscher Boden der Gefährdung als[19] Gefechtsfeld ganz besonders ausgesetzt sein dürfte.

6) Positiv hervorzuheben ist ferner die Einbindung strategischer Systeme in den Eskalationsverbund auch bei selektivem Einsatz (Ziff. 22).

7) Bei den Aussagen zu „Constraints" (Ziff. 57/58) haben wir unsere Vorstellungen hingegen nicht voll durchsetzen können. Hier wandten sich die Nuklearmächte (GB und USA) gegen eine deutlichere Darstellung völkerrechtlicher Beschränkungen. Eine Klarstellung, wie wir sie im Schreiben Botschafter Stoessels vom 16.8.1979 an Staatsminister Mertes (vgl. Anlage 3) bilateral erhielten („civilian populations may not be attacked as such ...") haben wir in diesem multilateralen Dokument nicht erreichen können. Mehr als die Formulierung „would be employed in a militarily effective way" haben wir in der vom deutschen Vertreter zum Zweck der weiteren Klarstellung der Einsatzbeschränkungen neu eingebrachten Ziffer 57 nicht erhalten.

Es wird zu erwägen sein, ob wir auf diesen Punkt nochmal zurückkommen sollten, wenn hierdurch der Gesamtkompromiß nicht gefährdet wird. Wir werden diese Frage bei der Vorbereitung der Beratung der GPG durch die Ständigen Vertreter bei der NATO mit dem BMVg aufnehmen. Die Bewahrung des für alle Seiten tragbaren Kompromisses sollte jedoch das Streben nach eventuellen Änderungen des GPG-Textes grundsätzlich bestimmen.[20]

V. 1) Mit der derzeitigen Fassung der GPG ist[21] ein tragfähiger Kompromiß erreicht worden, der den Interessen der nuklearen und nichtnuklearen Bündnispartner Rechnung trägt. Der Entwurf von 1982 ist entschlackt und dadurch lesbarer geworden. Durch Herausnehmen rein beschreibender Passagen in die Annexe wurde ein sauber strukturiertes Konzeptpapier erstellt. Die GPG ge-

18 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich: „Die Formel in Ziff. 39 ‚not be placed primarily on NATO territory', die BM schon in der Bezugsvorlage (S. 5) angestrichen hatte, finde ich für uns noch nicht ganz befriedigend. Vgl. allerdings die Abwägung in Ziff. 55."

19 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „potentielles".

20 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „Da BMVg unsere Bedenken teilt, sollten wir versuchen, eine Formulierung durchzusetzen, die unseren Interessen in vollem Umfang Rechnung trägt."

21 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt: „im übrigen".

ben Rahmen und Leitlinie für die politische Führung hinsichtlich der Nuklearstrategie, nuklearer Optionen sowie deren möglichen politischen und militärischen Implikationen. Der militärischen Führung werden klare politische Vorgaben für die militärische Planung geboten; ihr wird gleichzeitig aber auch die Möglichkeit angemessener Flexibilität hierbei bewahrt.

2) Von besonderem Wert ist, daß die kleineren Bündnisländer aktiv in die Diskussion einbezogen werden konnten. Auf ihrer Seite ist nach Ansicht unserer Ständigen Vertretung ein Lernprozeß feststellbar gewesen. Trilaterale Bemühungen von GB, USA und D sollen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet haben. Der Erfolg der Arbeit an den GPG wird nicht zuletzt davon abhängen, daß die kleineren Partner weiterhin „an Bord bleiben".

3) Wir haben als Hauptträger der nuklearen Stationierungslast und aufgrund unserer geostrategischen Lage ein erhebliches Interesse, daß die in den GPG enthaltene Akzentverschiebung und Stärkung des Elements politischer Zielrichtung für die nukleare Einsatzplanung des Bündnisses verbindlich werden. Eine Verzögerung bei der Verabschiedung der GPG birgt die Gefahr, daß der bisher erzielte Konsens aufgeweicht wird, da es schwierig sein dürfte, die Kompromißbereitschaft der USA sowie die Kooperationsfähigkeit der anderen Bündnispartner langfristig aufrechtzuerhalten.[22]

VI. Für eine deutsche Zustimmung zu den GPG ist angesichts deren eminent politischer Bedeutung das Einverständnis des Bundeskanzleramts und des Auswärtigen Amts notwendig. Hierfür wäre der Bundessicherheitsrat der geeignetste Rahmen. Es wird daher vorgeschlagen, daß das AA das BMVg ersucht

– in eine Überprüfung der Aussagen zu den Constraints einzutreten (oben IV 7),
– jedenfalls vor Behandlung der GPG durch die Ständigen Vertreter den BSR mit einer Beschlußvorlage zu den GPG zu befassen.[23]

Braunmühl

VS-Bd. 12119 (201)

22 Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Wie real diese Gefahr ist, sollte BMVg im BSR darlegen. Qualität sollte nicht dem Zeitdruck zum Opfer fallen (s. Ziffer IV 7). Eine Behandlung erst bei der Frühjahrs-NPG sollte reichen."

23 Der Bundessicherheitsrat befaßte sich am 9. September 1986 mit den „General Political Guidelines". Vgl. dazu Dok. 229.

179

Hausbesprechung

221-372.00/373.00 SB-1017/86 VS-vertraulich **28. Juni 1986**[1]

Vermerk – Von BM noch nicht genehmigt

Herrn D 2 A[2]

Betr.: I. Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa
II. Stand KVAE

Bezug: Besprechung bei BM am 28.6.1986

(Teilnehmer: BM, StS Meyer-Landrut, StS Rühl (BMVg), MD von Braunmühl, Bo Ruth, VLR I Hartmann, MDg von Ploetz, VLR I Jansen, VLR I Daerr, VLR I Chrobog, VLR Neubert.)

I. Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

Bo *Ruth* berichtete über konstituierende Sitzung der HAG[3] in Brüssel am 23.6.[4], Einigung über Mandat und Arbeitsprogramm (s. Anlagen 1[5]+2[6]) und über Sitzung interministerieller AG in Bonn am 25.6.

Wir hätten dabei Entwurf von Kap. I des Arbeitsprogramms (Ziele, Kriterien, Parameter) übernommen, Entwurf einer Gliederung sei in Arbeit.

1 Ablichtung.

2 Hat Botschafter Ruth am 8. Juli 1986 vorgelegen.

3 Hochrangige Arbeitsgruppe.
Zur Einsetzung der „High Level Task Force“ (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 159, besonders Anm. 15.

4 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 23. Juni 1986, in der konstituierenden Sitzung der „High Level Task Force“ (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa habe die Auffassung geherrscht, „daß Arbeit und Bericht nicht als Antwort auf WP-Erklärungen, insbesondere vom 11.6. in Budapest, konzipiert werden sollen, sondern grundsätzliche Bündnisüberlegungen zu Fragen konventioneller Abrüstung in ganz Europa vorgenommen werden sollen. Bei Erörterung Zielsetzung der Gruppe: Erarbeitung Berichts bis Dezember und eines Zwischenberichts bis Oktober ist überwiegende Auffassung, daß Zwischenbericht Stand Beratungen zu diesem Zeitpunkt wiedergeben und zugleich für westliche Position beim KSZE-Folgetreffen nützlich und hilfreich sein soll.“ Er, Ruth, habe ausgeführt, „daß es darauf ankommen wird, eine größere militärische Stabilität durch kooperative Anstrengungen zu erreichen, und gleichzeitig nichts von dem zu verlieren, was in diesem Bereich an rüstungspolitischer Substanz schon besteht. Es müsse schrittweiser Prozeß vorgesehen werden, der in Reduzierungen münde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 858; VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11518 (221).
Das Mandat der HLTF lautete: „This task force will […] draw up a concept and options for negotiations on additional CSBMs and on further steps toward conventional arms control and disarmament as a basis for gradual attainment of the goal of conventional stability in Europe from the Atlantic to the Urals as outlined by NATO foreign ministers in Halifax, taking into account existing proposals on conventional arms control, and analyses of the most threatening elements of Warsaw Pact forces for NATO in Europe, taking into consideration the vital security interests of the Allies, on this basis prepare elements of a Western position on security and arms control questions for the CSCE follow-up meeting in Vienna.“ Vgl. die Anlage 1 zum Drahtbericht Nr. 858 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 23. Juni 1986; VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11518 (221).
Für das Arbeitsprogramm der HLTF vgl. die Anlage 2 zum Drahtbericht Nr. 858 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 23. Juni 1986; VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Trug erste Überlegungen zum Inhalt vor (s. Anlage 3[7]), insbesondere:

– konventionelle Rüstungskontrolle ist westliches Anliegen, Westen hat Konzepte dafür durchgesetzt (MBFR, KVAE);
– Ergebnis bei KVAE und Fortschritte bei MBFR (Stabilisierung in Mitteleuropa) sind notwendige Grundlagen;
– nächstes Ziel: mehr Transparenz;
– schließlich: Abbau der Disparitäten und Herstellung eines ausgewogenen, stabilen Kräfteverhältnisses.

Für Raum „ganz Europa" habe BMVg Kräfteverhältnis in verschiedenen Regionen Europas analysiert: Ergebnis lege nahe, Stabilisierung nicht für Gesamt-Europa, sondern geo-strategischen Eigenarten gerecht in sich entsprechenden Bereichen in Ost- und West-Europa (und dort dislozierten Streitkräften) zu suchen.

Auf Frage BM zu Inhalt Budapester Appells[8] verwies Bo Ruth auf dessen Schwachstellen:

– WP stellt nicht Endergebnis „ausgewogenes, stabiles Kräfteverhältnis" als Ziel von Rüstungskontrolle heraus, sondern nur „Reduzierungen";
– verbunden mit Behauptung bestehender Parität sei WP-Konzept unbefriedigend;
– dementsprechend sehe WP-Konzept auch keine Verifikation des Ziel-Zustandes „stabiles, ausgewogenes Verhältnis" verbleibender Streitkräfte (nach Reduzierungen) vor.[9]

BM verwies auf seine Moskaureise (20. bis 22.7.)[10]; notwendig sei dafür ein „Katalog intelligenter Fragen", um das Konzept des Budapester Appells zu hinterfragen.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 verabschiedeten die Teilnehmer eine Erklärung zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural. Die Reduzierung solle „schrittweise, in abgestimmten Zeiträumen und bei ständiger Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau erfolgen, ohne daß die Sicherheit irgendeiner Seite beeinträchtigt würde". Als ersten Schritt sollten innerhalb von ein bis zwei Jahren beide Militärbündnisse ihre Streitkräfte um 100 000 bis 150 000 Mann reduzieren. Bei entsprechender Bereitschaft der NATO sollten Anfang der 90er Jahre die Landstreitkräfte und taktischen Fliegerkräfte beider Seiten um 25 % des gegenwärtigen Niveaus reduziert werden, somit also über 500 000 Mann pro Seite. Ferner wurden Vorschläge zu begleitenden Maßnahmen und zur Verifikation unterbreitet. Die Vorschläge könnten entweder in einer zweiten Etappe der KVAE, einem neu zu schaffenden Forum von Vertretern der europäischen Staaten, der USA und Kanadas oder in erweiterten MBFR-Verhandlungen erörtert werden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 450–453.

9 Botschafter Ruth legte am 11. Juni 1986 zum „Budapester Appell" vom selben Tag dar, positiv sei, daß sich der Warschauer Pakt zur Vorlage „weiter durchstrukturierter und detaillierterer Vorschläge veranlaßt" sehe: „Dabei geht er zumindest der Form nach auf westliche Aussagen ein, z. B. Parallelität konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle. Diese positiven Elemente sollte der Westen nutzen, um den Osten in eine intensivere Diskussion der Sachprobleme hineinzuziehen und auf Fortschritte in der Sache zu drängen. […] Desungeachtet bringt der Appell über eine werbend formulierte ‚Kompilation' bekannter Elemente nichts entscheidend Neues, zahlreiche Einzelpunkte werfen für die Sicherheit des Westens bekannte und gravierende Probleme auf". Vgl. Referat 221, Bd. 130151.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

MD *von Braunmühl*: Notwendig sei für Erörterung von Rüstungskontrolle in ganz Europa, auch eigene Kriterien in Diskussion einzuführen, z. B. Frage der Streitkräftestrukturen (offensive Ausrichtung WP, Hinweis auf britisches Papier für Halifax-HAG);

BM: Diskussion dürfe nicht auf „Paritäts"-Begriff verengt werden, es müßten auch qualitative Elemente eingeführt werden, er sähe Frage der (offensiven WP-) Doktrin durchaus als vom Westen politisch offensiv zu nutzendes Element in der Rüstungskontrolldiskussion mit dem Osten.

StS *Rühl* hielt dabei aber Vorsicht erforderlich, um nicht in eine bloße (und wenig ergebnisträchtige) Diskussion der Strategien beider Seiten abzugleiten.

Man müsse sich bei der Diskussion über Doktrinen an die greifbaren Tatsachen halten wie z. B.

– Dislozierungen und
– Übungsabläufe.

Zur Frage des Forums wurde betont:

– Wichtig an Halifax-HAG sei Mitarbeit Frankreichs an gemeinsamer Positionsbestimmung der Allianz.
– Damit erkenne F die Rolle der Bündnisse und die Notwendigkeit an, über Rüstungskontrolle „von Bündnis zu Bündnis" zu sprechen.
– Damit sei noch keine Festlegung eines spezifischen „Forums" verbunden, für uns sei dies jedoch wichtig als Anknüpfungspunkt für den „Kollektivitäts"-Grundsatz.
– Dies sei um so wichtiger, als es darum gehe, Folgen von Reduzierungen nicht national, sondern auf das ganze Bündnis bezogen zu sehen.

StS *Rühl* verwies in dem Zusammenhang auf Einschätzung der Lage durch USA für MBFR, wonach die US-Army in Europa nicht mehr als nur 5000 Mann reduzieren könne.

BM: Erörterung neuen Ansatzes für Rüstungskontrolle in ganz Europa dürfe nicht dazu führen, MBFR jetzt auszutrocknen,

Er habe 1978 den Giscard-Vorschlag für CDE[11] sofort unterstützt, weil der Rahmen „ganz Europa" die Chance bot, die Begrenztheit des MBFR-Raums der Reduzierungen[12] zu kompensieren.

11 Conference on Disarmament in Europe.
Die französische Regierung veröffentlichte am 25. Januar 1978 Vorschläge zur Abrüstung. Darin enthalten war u. a. der Vorschlag einer Abrüstungskonferenz, an der alle an der KSZE beteiligten Staaten teilnehmen sollten und deren Gültigkeit sich vom Atlantik bis zum Ural erstrecken sollte. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 27.
In ihrem Memorandum vom 19. Mai 1978 an die übrigen KSZE-Teilnehmerstaaten legte die französische Regierung nochmals ihren Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz dar. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 506–509.
Außerdem unterbreitete Staatspräsident Giscard d'Estaing den Vorschlag in seiner Rede während der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung am 25. Mai 1978 in New York. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1978, II, S. 63–71.

12 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

Jetzt müsse zumindest weiter auf eine „kleine“ Reduzierung i. S. der Vorschläge für eine erste MBFR-Phase hingearbeitet werden.

Auf jeden Fall müßte das MBFR-Konzept (Stabilisierung in Mitteleuropa, Parität der Reststärken) in den größeren Rahmen hinübergerettet werden.

StS *Rühl* stimmte zu, die MBFR-Ansätze müßten in den größeren Rahmen überführt werden, falls MBFR mit einem Phase-I-Ergebnis abgeschlossen würde. Eine stabilisierende Lösung spezifisch für den Raum Mitteleuropa bliebe weiter erforderlich.

MDg *von Ploetz* warf Frage auf, inwieweit Kollektivitätsgrundsatz dem Westen oder nicht mehr dem Osten nütze? Kollektivität erlaube letztlich der SU – die allein in der Lage sei, derartige Möglichkeit praktisch zu nutzen –, ihr Potential auf Kosten der NSWP-Staaten[13] zu stärken.

BM: Es dürfe nicht zu einem Konzept kommen, das der SU erlaubt, hinten zu verdünnen (reduzieren), um vorne stark zu bleiben.

Geographie Europas macht dies der SU möglich, der NATO nicht. Im Westen käme es letztlich auf zwei Armeen an, die Bundeswehr und die US-Army, beide dürften nicht geschwächt werden.

Bo *Ruth* erläuterte, daß „Dateneinigung“ à la MBFR im Rahmen Ganz-Europa nicht erreichbar sei.

Deshalb böte sich das neue MBFR-Konzept des Westens (Vorschlag 5.12.1985[14]), Datenklärung durch Transparenz und Verifikation herbeizuführen, als Lösungsweg an.

Voraussetzung sei allerdings, Transparenzkonzept in ganz Europa Schritt für Schritt zu verwirklichen.

MD von *Braunmühl*: Der größere geographische Rahmen müßte es der SU leichter machen, Rüstungskontrollmaßnahmen zu akzeptieren.

II. KVAE

VLR I *Hartmann* berichtete über Vorarbeit im Kreis enger Verbündeter und Beschluß in NATO-Caucus in Stockholm am 27.6.[15], für Montag, 30.6., ein westliches „Flexibilitätssignal“ zu erarbeiten.

13 Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

14 Korrigiert aus: „5.12.1875“.
Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

15 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte am 27. Juni 1986 zur Sitzung der Leiter der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am selben Tag mit, der Leiter der französischen KVAE-Delegation, Gaschignard, habe betont, „daß es darauf ankomme, die stagnierende Konferenz wieder mit frischen Impulsen zu versehen. Der Westen könne durch ein deutliches Signal von Flexibilität wieder die Initiative ergreifen und den Osten dazu veranlassen, seinerseits nachzugeben. F plädierte dafür, diesen Schritt schon am Montag, den 30.6.1986, zu unternehmen, drei Wochen vor Ende dieser Runde, so daß die begrenzte nachfolgende Zeit konstruktiv genutzt werden könne. Auch könne damit ein eventueller sowjetischer Schritt in gleicher Sitzung ausbalanciert werden.“ Die anderen NATO-Mitgliedstaaten hätten diese Anregung begrüßt, jedoch auch betont, „daß Zeichen westlicher Flexibilität verknüpft werden sollte mit klaren Forderungen an die anderen TNS, ihrerseits Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Am skeptischsten – wie immer – reagierten UK und PORT, die dafür plädierten, nur wenige Elemente auszuwählen und lieber noch zu warten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 215; VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Ost und West hätten bisher zwar „Signale“ ausgetauscht, es sei jedoch keine Substanzbewegung erfolgt. Jetzt blieben nur noch sieben Wochen Verhandlungszeit[16]; der Westen müsse jetzt die Konferenz aus der Stagnation herausbringen.

Wichtig dabei sei, daß der Westen den Rahmen für die Schlußverhandlungen setzt und nicht etwa die N+N einen für uns unbefriedigenden Kompromißmechanismus in Gang setzen.

Wichtigste Substanzfragen zwischen Ost und West seien

– die Notifikationsschwelle, weil davon die tatsächliche Erfassung militärischer Aktivitäten im europäischen Teil der SU (jenseits der 250-km-Zone), d. h. die Einbeziehung von „ganz Europa“ gemäß Mandat[17], abhängt;
– die Verifikation, d. h. für den Westen das Recht auf Inspektion vor Ort.

F habe Initiative für westliche Flexibilität ergriffen (26./27.6.):

– Wir hielten ein solches Signal für gut, wenn es bedeutsam genug ausfällt, um Bewegung in Stockholm zu bewirken.
– GB bremste in Stockholm sehr, London hält unsere Überlegungen für westliche Flexibilität in der Substanz für gut, aber ist besorgt über taktische Gefahren (daß SU Konzessionen „einsteckt“).
– Damit müsse Westen entscheiden, ob er Verhandlungsergebnis „scheibchenweise“ anstreben oder als „Paket-Vorschlag“ durchzusetzen versuchen soll.
– Wir hielten allein „Paket-Ansatz“ für richtig, auch aus Gründen der knappen Verhandlungszeit: ob BM in London (2.7.) AM Howe darauf ansprechen könne[18], wir würden am 2.7. mit GB auf Arbeitsebene darüber konsultieren.[19]
– Wir seien uns mit F im Prinzip einig, daß zum Rundenende[20] ein Paket-Vorschlag des Westens vorliegen muß, wenn der Westen bis 19. September ein Ergebnis haben will. (Mitterrand-Besuch in Moskau[21] spiele in französischen Überlegungen sicher auch eine Rolle.)

StS *Meyer-Landrut* sprach sich für das beabsichtigte Vorgehen aus: „Das Paket muß vorliegen, wenn wir fahren.“

BM stimmte dem zu, damit er Möglichkeit bekomme, in Moskau auf westliche Flexibilität hinzuweisen, sowjetische Reaktion zu sehen und positives Einge-

16 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.

17 Vgl. dazu Ziffer 1 der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Europa-Archiv 1983, D 541.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Klaiber notierte am 7. Juli 1986 handschriftlich für Referat 221: „Es kam in London nicht zu Gespräch mit AM Howe.“ Vgl. die Notiz auf der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 30. Juni 1986; VS-Bd. 11519 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

19 Legationsrat I. Klasse Schon teilte der KVAE-Delegation in Stockholm am 9. Juli 1986 zu den deutsch-britischen KVAE-Gesprächen am 2. Juli 1986 mit, es sei Einvernehmen erzielt worden, ein vereinbartes Papier zunächst Frankreich und den USA vorzulegen, um es dann im NATO-Kreis einzubringen: „Bei dem Besuch Schewardnadse in London (15./16.7.1986) wird AM Howe die erneute westliche Initiative ankündigen. Am 18.7. (Rundenschluß) soll Grinewskij in geeigneter Form informell und mündlich über die neuen Vorschläge in Kenntnis gesetzt werden. Am 20.7. soll BM die Vorschläge bei seinen Gesprächen in Moskau erneut unterstützen.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11519 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

20 Zur elften Runde der KVAE vom 10. Juni bis 18. Juli 1986 in Stockholm vgl. Dok. 203.

21 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR vom 7. bis 10. Juli 1986. Vgl. dazu Dok. 200.

hen der SU auf das westliche Angebot zu fordern, um Konferenzergebnis zu erreichen.

Bo *Ruth* führte zu den anstehenden Substanzelementen aus:

1) Wir brauchen Notifikationsschwelle von 10 000 Mann als Einstieg in Schlußverhandlungen und von maximal 12 000 Mann, da sonst keine Aktivitäten östlich der 250-km-Zone (HSA[22]) an der Westgrenze der SU von den VSBM erfaßt würden.

Genau dies bezwecke SU mit Schwellenvorschlag von 18 000 Mann (HSA: 25 000 Mann); wobei SU behaupte, daß bei Schwelle 18 000 ca. 25 militärische Aktivitäten/Jahr in der SU zu notifizieren wären. Unsere Analysen (BMVg) besagen, daß diese Zahlen erst bei einer Schwelle von 10–12 000 erreicht würden. Wir wollen überlegen, ob eine Formel, die auf etwa 25 Notifizierungen/Jahr für Ost und West hinausläuft, praktikabel wäre.

2) Westen wünscht Vor-Ort-Verifikation; N+N-Formel der „observation upon request" ist so zu schwach, sie müßte verbessert werden, um als Einstieg in kooperative Verifikation (Inspektion) akzeptabel zu sein. Ein Ablehnungsrecht ist nur unter ganz klaren Beschränkungen denkbar.

StS *Rühl*: Westen darf sich in Verifikationsfrage nicht auf Charaden mit der SU einlassen; es muß klar bleiben, daß es bei Verifikation um Einhaltung von Verpflichtungen geht, nicht nur verbale Verschleierung dieser politischen Substanz.

Der US-Gedanke eines Ablehnungsrechts i.S. einer „national supreme interest clause" und damit verbundener Suspendierung der Abmachungen sei prüfenswert.

BM stellte klar, daß es bei Überlegungen, die SU zum Einstieg in ein Inspektionsregime zu bewegen, dem AA nicht darum ginge, das Instrument der Verifikation auszuhöhlen, und fragte nach militärischer Wirksamkeit der von Westen geforderten KVAE-Inspektionsmaßnahme.

StS *Rühl*: Der Wirksamkeit im strikt militärischen Sinne sind – bei der für KVAE vorgeschlagenen Gestaltung der Maßnahme – Grenzen gesetzt. Täuschung könne nicht völlig ausgeschlossen werden.

Aber wichtig sei die grundsätzliche politische Wirkung einer sachlich befriedigenden Inspektionsvereinbarung.

VS-Bd. 11518 (221)

22 Helsinki Schlußakte.
Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

180

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

411-420.30 SO1 TUR **30. Juni 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Verhältnis EG–Türkei

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Der AM-Rat hat am 16. Juni in Luxemburg der Einberufung des Assoziationsrates EG–Türkei für den 16. September 1986 zugestimmt.[3]

Die EG-internen Vorbereitungen für den Assoziationsrat haben begonnen. Hauptinteressenpunkte für uns sind bei den ratsinternen Verhandlungen zur Vorbereitung eines Mandates für den Ass-Rat[4] die Punkte Freizügigkeit, Zollunion, finanzielle Zusammenarbeit. Besonders schwierig werden die Gespräche mit der Türkei über die Verwirklichung der Freizügigkeit[5] werden, die nach

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Stechow konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 1. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 3. August 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 411 verfügte.
Hat Stechow am 5. August 1986 erneut vorgelegen, der Regierungsamtmann Grewe handschriftlich um einen Durchdruck „an 012 für Blauen Dienst“ bat.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 30. Juni 1986 vorgelegen.

3 Zur Erörterung der Frage einer Einberufung des Assoziationsrats EWG–Türkei in der EG-Ministerratstagung am 16./17. Juni 1986 in Luxemburg teilte Botschafter Ungerer, z. Z. Luxemburg, am 16. Juni 1986 mit, der stellvertretende griechische Außenminister Pangalos habe „energisch“ protestiert und erklärt, eine „politische Aufwertung“ der Türkei sei verfrüht. Zwar könne die EG-Präsidentschaft auch ohne griechische Zustimmung die Einberufung des Assoziationsrats beschließen, „dann sei allerdings mit heftigem gr[iechischen] Widerstand bei dessen inhaltlicher Vorbereitung zu rechnen. Für Freizügigkeitsfrage und Finanzprotokoll sei Einstimmigkeit, also GR-Zustimmung, erforderlich.“ Der dänische Vertreter habe erklärt, „daß Zustimmung zu Datum 16. September nicht bedeute, daß damit Carte blanche für Menschenrechtslage in TUR ausgestellt sei. Vielmehr seien MS und Präs[identschaft] gehalten, bei Vorbereitung und anläßlich Ass[oziations]-Rat konkrete Fragen zur Menschenrechtslage in TUR zu stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 132; Referat 412, Bd. 168726.

4 Assoziationsrat.

5 Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer vgl. Dok. 11, Anm. 11.
Referat 411 vermerkte am 24. September 1986, daß die EG-Kommission mit Blick auf ausstehende Verhandlungen des Assoziationsrats EG–Türkei seit Jahresbeginn über einen der Türkei zu unterbreitenden Vorschlag berate: „Die Beratungen finden auf der Grundlage eines Vorschlages der Kommission vom 1. Juni 1986 statt, der als wichtigste Punkte vorsieht, daß nunmehr mit der Türkei eine abschließende Freizügigkeitsregelung zu finden ist, die Freizügigkeit sich im wesentlichen auf diejenigen türkischen Arbeitnehmer erstreckt, die sich bereits in der Gemeinschaft befinden, diese Arbeitnehmer den Arbeitnehmern der Gemeinschaft im wesentlichen gleichgestellt werden (Gleichbehandlung) und ein Recht auf Familiennachzug eingeräumt werden soll. Unter bestimmten Voraussetzungen soll auch ein Neuzuzug von türkischen Arbeitnehmern gemäß dem Kommissionsvorschlag stattfinden können.“ Hierzu habe die Bundesregierung Änderungsvorschläge eingebracht: „Grundzüge unserer Vorschläge sind: Weitgehender Ausschluß des Neuzuzuges, nationales Mitspracherecht muß dabei gewährleistet sein; eine gewisse Flexibilität bei der innergemeinschaftlichen Freizügigkeit (Binnenwanderung) sowie der Konsolidierung und Verbesserung des Status der bereits in der Gemeinschaft lebenden türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen; wir sind bereit, auch in Zukunft im Rahmen nationaler Regelung Familiennachzug zu gewähren.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

dem Ass-Abk. mit der Türkei[6] zum 30.11.1986 hergestellt werden muß. Mit einer Einigung über eine abschließende Regelung dieser Frage bereits zum Zeitpunkt des Ass-Rates ist kaum zu rechnen.

Im Hintergrund der Gespräche mit der Türkei steht auch die Frage eines möglichen Beitritts der Türkei zur EG.

II. Im einzelnen

1) Der AM-Rat hat am 16. Juni dem Vorschlag der Präsidentschaft[7] zur Einberufung des Assoziationsrates EG–Türkei für den 16.9.1986 zugestimmt. Damit nimmt die Gemeinschaft den Dialog mit der Türkei nach ca. vierjähriger Unterbrechung, die durch die Militärdiktatur in der Türkei[8] verursacht worden war, wieder auf.

Dem auf Ministerebene stattfindenden Ass-Rat am 16. September wird eine Tagung des Assoziationsausschusses am 8.9.1986 in Brüssel vorausgehen. Gemäß dem Vorschlag der nächsten EG-Präsidentschaft[9] wird der Ass-Rat aus einem Arbeitsessen der Minister am Rande des AM-Rates am 16.9. und der Erörterung der Gesamtheit der Assoziationsbeziehungen EG–Türkei, zusammengefaßt in einem TOP, wie auch zuletzt bei Malta[10] und Ägypten[11], bestehen.

Dem Ass-Rat wird eine Woche vorher, am 8. September, eine Sitzung des Assoziationsausschusses EG–Türkei vorgeschaltet werden. Dort sollen die eigentlichen Sachverhandlungen zu den verschiedenen Bereichen der Assoziation geführt werden.

2) Die wichtigsten Themen, die mit der Türkei im Rahmen des Gespräches über die Fortführung der Assoziation geführt werden müssen, sind die Ausgestaltung der Freizügigkeit, die Verwirklichung der Zollunion sowie die finanzielle

6 Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.
Für den Wortlaut des Zusatzprotokolls vom 23. November 1970 zum Abkommen vom 12. September 1963 zwischen der EWG und der Türkei zur Gründung einer Assoziation für die Übergangsphase der Assoziation und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

7 Die Niederlande hatten vom 1. Januar bis 30. Juni 1986 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

8 Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

9 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1986 für sechs Monate die EG-Ratspräsidentschaft.

10 Am 13. Mai 1986 fand in Brüssel ein Tagung des Assoziationsrats EWG–Malta statt. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte dazu am 14. Mai 1986 mit, erörtert worden seien die finanzielle Zusammenarbeit, Handelsfragen sowie die industrielle Kooperation. Ministerpräsident Bonnici habe außerdem ein Konzept „besonderer Beziehungen EG–Malta“ erläutert: „Grundlage und Rahmen hierfür seien Neutralität und Blockfreiheit Maltas.“ Schließlich habe Bonnici angeregt, die finanzielle und handelspolitische Kooperation durch eine politische Zusammenarbeit zu ergänzen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1431; Referat 413, Bd. 144892.

11 Botschafter Ungerer, z. Z. Luxemburg, berichtete am 18. Februar 1986, am Vortag sei am Rande der EG-Ministerratstagung in Luxemburg der Kooperationsrat EWG–Ägypten auf Ministerebene zusammengetreten. Der ägyptische Außenminister Abdel-Meguid habe die Entwicklung im Nahen Osten erläutert. Hauptziel der ägyptischen Politik sei die „Schaffung dauerhaften Friedens unter Einschluß der Palästinenser. Ermutigende Zeichen, diesem Ziel näherzukommen, lägen vor. Europa solle sich seiner Verantwortung im Nahen Osten bewußt sein und Wiederbelebung Friedensprozesses unterstützen.“ Ungerer teilte weiter mit, erörtert worden seien ferner Handelsfragen, die technische und finanzielle Zusamenarbeit sowie die von Ägypten gewünschte Erhöhung der Nahrungsmittelhilfe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 37; Referat 411, Bd. 131094.

Zusammenarbeit. Im Assoziationsvertrag zwischen der EWG und der Türkei sind auch noch weitere Themen aufgeführt, deren Diskussion im Rahmen des Ass-Rates jedoch noch nicht begonnen hat, weil die Aussichten auf Realisierung derzeit gering sind. Diese Themen sind Beseitigung der mengenmäßigen Handelsbeschränkungen im Rahmen der Verwirklichung der Zollunion, Verwirklichung des freien Warenverkehrs für Agrarprodukte, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapital- und Zahlungsverkehr, Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, Angleichung der einschlägigen Rechtsvorschriften sowie soziokulturelle Stellung der Arbeitnehmer.

Die materielle Erarbeitung eines Verhandlungsmandates für das Gespräch mit der Türkei für die Sitzung des Assoziationsausschusses am 8. September wird in den nächsten Tagen in Brüssel in der EG-Ratsgruppe Türkei beginnen. Für die wichtigsten Bereiche des Gespräches mit der Türkei im materiellen Teil der Assoziation legt die EGK Vorschläge vor. Sie hat bereits ein Arbeitspapier betreffend den Stand der Anwendung der Bestimmungen am 16.4.1986 vorgelegt. Darin kommt sie zu der Schlußfolgerung, daß sich eine vollständige Bilanz der Assoziation EWG–Türkei derzeit noch nicht ziehen läßt. Die Türkei hat wesentliche Rückstände bei der Ausgestaltung der Zollunion, die auf die Wirtschafts- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Türkei zurückgeführt werden. Sie hat keinerlei Schritte im Hinblick auf eine der Gemeinschaft einzuräumende Präferenzregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse unternommen. Sie hat ein großes Defizit bei der Angleichung an den gemeinsamen Zolltarif. Sie hat sogar in bestimmten Bereichen neue Schutzmaßnahmen eingeführt. Sie hat die mengenmäßigen Beschränkungen nicht in dem vorgesehenen Maße abgebaut.

Eine Fortentwicklung der Assoziation im Geiste des Abkommens von Ankara (1963) wird daher für einen langfristigen Zeitraum vorgesehen werden müssen.

3) Vor allem aus diesen Gründen ist ein Beitritt der Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch. Wirtschaftspolitisch ist er für die Gemeinschaft nach der zweiten Süderweiterung[12] auf absehbare Zeit nicht zu verkraften.

Andererseits hat sich die EG immer gehütet, die im Ass-Abk. mit der Türkei (Art. 28) erwähnte Beitrittsperspektive zuzuschütten. Sie nennt das jetzt absichtlich etwas unverbindlicher die „vocation européenne“, die „europäische Perspektive“ der Türkei. Die Türkei hat uns gegenüber – zuletzt beim Besuch des Bundespräsidenten im Mai 1986[13] – immer wieder ihren Willen zur Orientierung nach Europa (Westorientierung) bekundet. Bündnispolitisch steht sie im westlichen Lager und ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Europa und der krisengefährdeten Nahost-Region. Wir haben die Türkei auch in den schwierigen Jahren der Militärdiktatur stets ermuntert, auf den Pfad der Tugend zurückzukehren und vor allem die Menschenrechte zu achten. Die Türkei hat nicht zuletzt mit Blick auf die Beitrittsperspektive den Demokratisierungsprozeß in ihrem Lande gewagt. Wir haben deshalb in Gesprächen mit der Türkei stets darauf verwiesen, daß es vor einer Prüfung des Beitritts sinnvoller erscheint, das Asso-

12 Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1981 bei. Portugal und Spanien folgten mit Wirkung vom 1. Januar 1986.

13 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 26. bis 30. Mai 1986 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 154.

ziationsverhältnis und die darin liegenden großen Chancen für die Türkei voll auszuschöpfen. Die Türkei hat uns stets geantwortet, daß sie aus politischen Gründen es sich nicht leisten kann, von der Beitrittsperspektive abzurücken. Sie hat einen Beitrittsantrag (ohne Angabe eines Zeitplanes) erneut EG-Kommissar Cheysson bei dessen Besuch in Ankara am 20.6.[14] in Aussicht gestellt. Sie tut dies unseres Erachtens auch deswegen, weil sie sich der Schwierigkeiten der Gemeinschaft bewußt ist, einen solchen Antrag abzulehnen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Türkei das Thema Beitrittsantrag auch zur Durchsetzung materieller und finanzieller Ziele ausnutzt.

4) Einer der Kernpunkte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland bei den anstehenden Verhandlungen wird die Frage der Ausgestaltung der Freizügigkeit sein. Die für die Verwirklichung der Freizügigkeit vorgesehene Frist im Assoziationsvertrag läuft am 30.11. dieses Jahres aus. Angesichts der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland und der Tatsache, daß bereits ca. 1,5 Mio. Türken bei uns leben, ist die Verwirklichung einer Freizügigkeit, wie sie vielleicht den Verfassern des Assoziationsvertrages 1963 vorgeschwebt haben mag, nicht möglich. Wir erwarten die Vorschläge der Kommission für die Ausgestaltung der Freizügigkeit. Bei den Verhandlungen müssen wir zum einen darauf achten, daß unsere wichtigen nationalen Belange in den Bereichen Neuzuzug, Familiennachzug, innergemeinschaftliche Freizügigkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt, Aufenthaltsrecht und die Interessen der Bundesländer bei der Regelung dieser Frage gewahrt bleiben, andererseits aber auch darauf achten, daß wir dem EuGH keine Handhabe geben, im Wege der Rechtsprechung in die Gestaltung einer Freizügigkeitsregelung einzugreifen. Wichtige Partner in der Gemeinschaft haben ähnliche Interessen wie wir. Gespräche mit der NL-Präsidentschaft und Großbritannien haben uns darin bestärkt, daß der Termin für die Verwirklichung der Freizügigkeit, der 30.11.1986, nicht zu einer Automatik für die Einführung einer Freizügigkeit zu diesem Datum führen wird. Wir müssen zwar davon ausgehen, daß der EuGH sich bei entsprechenden Vorlagen von Gerichten für zuständig erklärt (ein Fall liegt derzeit EuGH vor[15]), das Risiko, daß er Recht sprechend in die Ausgestaltung des

14 Das Mitglied der EG-Kommission, Cheysson, hielt sich vom 19. bis 21. Juni 1986 in der Türkei auf. Botschafter Negwer, Ankara, teilte dazu am 20. Juni 1986 mit, im Gespräch mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am selben Tag habe Cheysson berichtet, seine Gespräche mit Ministerpräsident Özal und dem türkischen Außenminister Halefoglu seien „sehr aufschlußreich" gewesen: „Selbstverständlich habe Halefoglu das politische Ziel einer türkischen Vollmitgliedschaft in der EG bekräftigt." Auch Özal sei „hartnäckig für die türkische Vollmitgliedschaft eingetreten. Auf die türkischen Verstöße gegen den Assoziationsvertrag angesprochen (Abgaben- und Zollerhöhungen), habe sich Özal außerstande erklärt, sich jetzt schon einer Zollunion anzunähern. […] In Sachen Freizügigkeit habe die türkische Seite sich über alle Aspekte perfekt informiert gezeigt. An eine Änderung des Assoziationsvertrages sei nicht zu denken, Özal sei vielmehr für eine Lösung des Problems im Rahmen von Beitrittsverhandlungen eingetreten." Cheysson habe „unzweideutig" festgestellt, „daß die Türkei nach seiner Ansicht gegenwärtig nicht reif für eine Vollmitgliedschaft in der EG sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1122; Referat 413, Bd. 144907.

15 Ministerialdirektor Jelonek informierte am 11. April 1986: „Anläßlich der Klage einer türkischen Staatsbürgerin gegen eine Ausweisungsverfügung mit Abschiebungsandrohung der Ausländerbehörde der Stadt Schwäbisch-Gmünd (Baden-Württemberg) hat das angerufene Verwaltungsgericht Stuttgart dem EuGH folgende – für die Sachentscheidung relevanten – Fragen zur Vorabentscheidung gem[äß] Art. 177 EWG-V[ertrag] vorgelegt: a) Beinhalten Art. 12. des Ass[oziations-]Abk[ommens] EWG/Türkei und Art. 36 des Zusatzprotokolls in Verbindung mit Art. 7 des Ass.Abk. bereits jetzt ein gemeinschaftsrechtlich unmittelbar geltendes innerstaatliches Verbot für die Einführung neuer Freizügigkeitsbeschränkungen gegenüber in einem Gemeinschaftsland legal leben-

Freizügigkeitsbegriffes eingreift, ist jedoch nach Meinung unserer Gesprächspartner gering.

Diese Meinung hat auch Generalanwalt Dr. Lenz vom EuGH gegenüber StM Dr. Stavenhagen vertreten.

Angesichts der in Aussicht genommenen Termine des Gesprächs mit der Türkei und der bevorstehenden gemeinschaftsinternen Beratungen über die von der Kommission zu unterbreitenden Vorschläge kann eine Ernsthaftigkeit der Gemeinschaft, mit der Türkei eine Regelung auf diesem Gebiet zu erreichen, nicht bezweifelt werden, selbst wenn diese Regelung unter Umständen nicht bis zum 16. September 1986 ausgearbeitet worden ist. Weniger wahrscheinlich erscheint die Durchsetzbarkeit der Forderung, die Freizügigkeit mit der Türkei nunmehr abschließend zu regeln. Die Türkei würde diese Frage mit dem Beitritt verknüpfen. Eine für sie – ungünstige – Regelung der Freizügigkeit ist für sie nur akzeptabel, wenn sich gleichzeitig die Beitrittsperspektive konkretisiert, die ja langfristig auch die Freizügigkeit bedeuten würde.

5) In der Frage der Verwirklichung der Zollunion hat die Türkei großen Rückstand. Sie hat den vorgesehenen Zeitrahmen für den Abbau der Zölle und Angleichung an einen gemeinsamen Zolltarif (GZT) nicht eingehalten, aber alle Formen respektiert, um in den Genuß der erforderlichen Ausnahmeregelungen zu gelangen. Für gewerbliche Waren, für die die Zölle binnen zwölf Jahren abgebaut werden sollten, erfolgte eine Senkung nur um 20% statt 100%. Für weitere Waren, für die 22 Jahre eingeräumt waren, erfolgte eine Senkung nur um 10% statt 40%. Präferenzregelungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Gemeinschaft stehen bisher nur auf dem Papier. Für einige Waren aus der EG, auch für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, hat die Türkei sogar schutzähnliche Maßnahmen eingeführt. Die Gemeinschaft ihrerseits ist ihren Verpflichtungen nachgekommen.

Im Textilbereich hat die Türkei mit der Gemeinschaft ein Abkommen geschlossen[16], das einem Selbstbeschränkungsabkommen vergleichbar ist. Für Textilien ist die Türkei der erste Lieferant der Gemeinschaft geworden.

6) Bei der Behandlung der finanziellen Zusammenarbeit steht nunmehr die Inkraftsetzung des Vierten Finanzprotokolls[17] in Höhe von 600 Mio. ECU an. Das Protokoll, das bereits fertig ausgehandelt war, wurde 1981 von der Gemeinschaft wegen der politischen Verhältnisse in der Türkei nicht mehr ratifiziert. Die EGK hat in ihrem Haushaltsvorentwurf für 1987 wieder Mittel für die Türkei aus diesem Finanzprotokoll eingestellt. Für die Genehmigung von Aus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 946

den türkischen Arbeitnehmern durch Änderung einer bestehenden Verwaltungspraxis? b) Ist unter dem Begriff der Freizügigkeit im Sinne des Ass.Abk. auch der Familiennachzug von Ehegatten und minderjährigen Kindern zu einem in einem Gemeinschaftsland lebenden türkischen Arbeitnehmer zu verstehen?“ Vgl. Referat 413, Bd. 144918.

16 Zu den Schwierigkeiten zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei auf dem Textilsektor vgl. Dok. 11, Anm. 9.
Am 28. Mai 1986 schlossen die EG-Kommission und eine Delegation türkischer Verbände von Textilexporteuren ein Abkommen über bestimmte Warengruppen, das am 9. Juni 1986 in Kraft trat und bis Ende 1988 gültig war. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1986, S. 74f. Für die Vereinbarung und die dazugehörigen Dokumente vgl. Referat 411, Bd. 144269.

17 Zur Suspendierung des 4. Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 11, Anm. 12.

zahlungen solcher Mittel bedarf es allerdings der Zustimmung des EP. Für die Türkei ist die finanzielle Perspektive der Wiederaufnahme des Dialogs mit der EG naturgemäß von großer Wichtigkeit. Eine befriedigende finanzielle Perspektive aus der Assoziation EG–Türkei vermindert den innenpolitischen Druck in der Türkei, auf einem raschen Beitritt zu bestehen. Diesen Punkt müssen wir im Auge behalten. Für uns wird es auch darauf ankommen, zur Überzeugung des EP beizutragen, daß der Weg für eine finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und der Türkei wieder freigegeben werden sollte, um der Türkei weitere Liberalisierungsmaßnahmen intern zu ermöglichen.

7) Wir sind unserem Ziel, zur Normalisierung des Verhältnisses EG–Türkei beizutragen, erheblich nähergekommen. Die Parameter bei der Fortentwicklung der Zusammenarbeit müssen wir sorgfältig abstecken. Auf der einen Seite gilt es, die Entwicklung in der Gemeinschaft nicht zu überfrachten, sie würde sich an einem so großen Bissen wie der Türkei derzeit[18] verschlucken, und deshalb einen Beitrittsantrag nicht zu ermutigen. Auf der anderen Seite gilt es, die Westorientierung der Türkei nicht zu verhindern, weitere Liberalisierungen, die die Türkei ins Auge faßt, zu ermutigen, was uns im Rahmen der Beziehungen EG–Türkei am besten durch eine konstruktive Entwicklung des Assoziationsverhältnisses machbar erscheint.[19]

Trumpf

Referat 413, Bd. 144921

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

19 Regierungsdirektor von Massow, Bundesministerium für Wirtschaft, Brüssel (EG), berichtete am 8. September 1986 zur Sitzung des Assoziationsausschusses EWG–Türkei am selben Tag, die türkische Seite habe eine Stellungnahme zur Wirtschaftslage und dem Funktionieren der Assoziation abgegeben. Die Vertreter der EG-Mitgliedstaaten hätten sich auf Kenntnisnahme beschränkt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2606; Referat 413, Bd. 144908.
Referat 411 notierte am 19. September 1986: „Am 16. September 1986 hat Assoziationsrat EG–Türkei unter Vorsitz der Türkei auf Ministerebene getagt. Der Assoziationsrat befaßte sich mit dem ‚Stand der Assoziationsbeziehungen'. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wegen eines griechischen Vorbehaltes konnte eine innerhalb der EG vorbereitete Erklärung nur als Auffassung der Präsidentschaft vorgetragen werden. Zwischen Griechenland und der Türkei gab es einen Meinungsaustausch über bilaterale Probleme. Hinsichtlich des weiteren Verfahrens sind Kontakte mit der Türkei durch Kommission und Präsidentschaft vorgesehen. Arbeitsgruppen und der Assoziationsausschuß sollen einzelne Themen (darunter auch Freizügigkeit) weiterbehandeln. Termine stehen noch nicht fest. Die eigentliche Bedeutung des Assoziationsrates bestand in der Tatsache, daß er erstmalig seit fünf Jahren überhaupt und ohne Eklat getagt hat." Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

181

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **30. Juni 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 60 Ortex

Zur Politik der MS der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Südafrika (SA) – 34. Europäischer Rat am 26./27.6.1986 in Den Haag[2]

1) Im Zentrum des 34. Europäischen Rates (ER) stand die Politik der MS gegenüber SA, vor allem die Frage, welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um einen wirkungsvollen Beitrag zur Abschaffung der Apartheid zu leisten. Dem ER ging ein Treffen der zwölf Außenminister voraus, an dem aus terminlichen Gründen jedoch einige AM, so BM Genscher und der französische AM[3], nicht teilnehmen konnten. Die deutsche Delegation mußte sich Aussagen zu ihrer Position deshalb bis zum eigentlichen ER vorbehalten. Die AM verzichteten auf Empfehlungen an den ER, gaben aber wertvolle Hinweise auf die Stellungnahmen der MS beim darauffolgenden ER. Beim 34. ER war die Bundesrepublik Deutschland durch Bundeskanzler Kohl und AM Genscher vertreten.

2) Der 34. ER einigte sich auf eine „Erklärung zu Südafrika" (als Anlage in englischer Sprachfassung beigefügt[4]).

Zum Inhalt der Erklärung ist folgendes zu sagen:

– Der ER zeigte sich ernstlich besorgt über die rasche Verschlechterung der Lage in SA, die von allen MS gleich beurteilt wurde. Eine Diskussion über die Einschätzung der Apartheid oder des fortbestehenden Ausnahmezustandes[5] erschien deshalb nicht erforderlich.

1 Ablichtung.

2 Der Europäische Rat erörterte ferner die wirtschaftliche und soziale Lage in den EG-Mitgliedstaaten. Bundeskanzler Kohl schlug vor, die EG-Kommission solle Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit analysieren. Außerdem rief der Europäische Rat zu raschen Fortschritten bei der Vollendung des Binnenmarkts auf, insbesondere bei Verkehrsfragen, der Steuerharmonisierung und öffentlichen Aufträgen. Ferner befaßte er sich mit der Umsetzung der Vorschläge zum „Europa der Bürger". Weitere Themen waren die Agrarpolitik, die Lage nach dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986, die Drogenpolitik, die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten, die Ost-West-Beziehungen sowie die Menschenrechtspolitik der Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker vom 3. Juli 1986; Referat 200, Bd. 134809.

3 Jean-Bernard Raimond.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 200, Bd. 134809.
Für den deutschen Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu Südafrika vom 26./27. Juni 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 668.

5 Zur Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni 1986 in Südafrika vgl. Dok. 173.
Zur Lage führte Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, am 25. Juni 1986 aus: „Die aufgrund des Ausnahmezustandes in Kraft gesetzten Restriktionen haben S[üd]a[frika] zum Polizeistaat klassischer Prägung werden lassen, in dem lediglich einige privilegierte Gruppen und Personen – sei es wegen ihrer Zugehörigkeit zum Parlament oder auch wegen ihres Eigengewichts – noch die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung haben. Die Presse kann nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung der Behörden Nachrichten über Unruhen im Lande veröffentlichen. Viele wichtige Führer der außerparlamentarischen Opposition sind entweder verhaftet oder halten sich versteckt." Ziefer kam zu dem Schluß: „Die Einführung des Polizeistaates in SA sollte jede Illusion beseitigen, daß die sa. Regierung Veränderung zu anderen als ihren eigenen Bedingungen zulassen wird. Sie wird jedem Widerstand mit massivem Einsatz staatlicher Gewalt solange entgegentreten, bis sie der

– Der ER trat – als positive Maßnahme – für ein sowohl gemeinschaftliche als auch einzelstaatliche Maßnahmen umfassendes konzertiertes europäisches Programm zur Unterstützung der Opfer der Apartheid ein. Die finanziellen und materiellen Leistungen für diese Opfer der Apartheid sollen verstärkt werden.

  Bundeskanzler Kohl hat in der Konferenz wie auch in seinen Pressekonferenzen zu erkennen gegeben, daß auch die Bundesregierung zur Steigerung ihrer Leistungen auf diesem Gebiet bereit ist.

– Der ER fordert ebenso wie früher schon die AM in Luxemburg im September 1985[6] und in Lusaka im Februar 1986[7] die Einleitung eines nationalen Dialogs zwischen der Regierung von SA und den authentischen Führern der Schwarzen. Nur so könne ein wahrhaft demokratisches und nichtrassistisches SA geschaffen werden.

  Da ein solcher Dialog solange unmöglich ist, wie die Führer der schwarzen Gemeinschaft inhaftiert und ihre Organisationen verboten sind, fordert der ER die bedingungslose Freilassung von Nelson Mandela und der anderen politischen Gefangenen sowie die Aufhebung des Verbots des ANC, des PAC und anderer politischer Parteien.

– Für die europäischen Staats- und Regierungschefs war die Frage, ob sie wirtschaftliche Maßnahmen (Sanktionen) beschließen sollten, auf welche Bereiche diese sich erstrecken sollten und unter welchen Bedingungen sie erlassen werden sollten, das Kernproblem der Beratungen. Sie nahmen folglich auch die meiste Zeit in Anspruch.

  Auf Vorschlag von Bundeskanzler Kohl und PM Thatcher wurde nach sehr langen Erörterungen schließlich festgelegt (Ziffer 5 der Erklärung):

  „Inzwischen – und zwar in den nächsten drei Monaten – wird die Gemeinschaft mit den anderen Industrieländern Konsultationen über etwa erforderliche weitere Maßnahmen aufnehmen, die insbesondere das Verbot neuer Investitionen sowie künftige Einfuhren von Kohle, Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südafrika umfassen würden."

  Ferner hat der ER beschlossen, den britischen AM, der ab Juli 1986 den Vorsitz in der EG haben wird, zu bitten, das südliche Afrika zu besuchen und weitere Schritte zu unternehmen, um die Bedingungen festzulegen, unter denen der notwendige Dialog beginnen kann.[8]

3) Anders als eine Reihe unserer europäischen Partner es wünschten, hat der ER in Den Haag keine Wirtschaftssanktionen beschlossen. Der britische AM

Fortsetzung Fußnote von Seite 949

Überzeugung ist, ihre Gegner seien zu der Einsicht gelangt, Widerstand sei sinnlos. Folglich ist eher mit einer langen Dauer des Ausnahmezustands zu rechnen, während dessen die Regierung ihr eigenes Reformprogramm weiterführen will. […] SA-Bereitschaft, auf Mahnung einer als böswillig empfundenen Außenwelt zu reagieren, dürfte sich in sehr engen Grenzen halten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 213; Referat 320, Bd. 155985.

6 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ sowie Spaniens und Portugals am 10. September 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 245.

7 Am 3./4. Februar 1986 fand in Lusaka eine Konferenz der Außenminister der „Frontstaaten" (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania) mit den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1986, D 200–202.

8 Zur Reise des britischen Außenministers Howe durch Länder des südlichen Afrika vgl. Dok. 191.

wird mit seiner Reise in das südliche Afrika noch einen weiteren Versuch machen, den von der EG für unerläßlich gehaltenen Dialog zwischen der SA-Regierung und den authentischen Führern der Schwarzen in Gang zu bringen. Insofern setzt er die Mission der Eminent Persons Group des Commonwealth[9] fort. Erfolg oder Mißerfolg seiner Reise dürfte auch Einfluß auf die britische Verhandlungsposition bei dem am 3. August 1986 in London beginnenden Treffen der Staats- und Regierungschefs des Commonwealth[10] haben.

Die Ergebnisse der Reise des britischen AM werden aber vor allem die Entscheidungen maßgeblich beeinflussen, die die EG nach den Konsultationen mit anderen Industrieländern, vor allem USA, Japan, Kanada, auf den in Ziffer 5 der Erklärung genannten Gebieten zu treffen hat.

Die Erklärung von Den Haag enthält kein Ultimatum an die südafrikanische Regierung. Der Bundeskanzler wie BM Genscher haben dies in ihrer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem ER[11] klar herausgestellt. Die Bundesregierung hat ihre prinzipielle Position zu Fragen von umfassenden Wirtschaftssanktionen ebenfalls nicht aufgegeben. Zugleich hat die Präsidentschaft im ER aber ausdrücklich feststellen können, daß kein MS Maßnahmen der in Ziffer 5 genannten Art ausschließt. Dieser Feststellung hat kein Staats- und Regierungschef widersprochen.

Bundeskanzler Kohl, der in der Pressekonferenz nach dem ER seine kritische Einschätzung der Erfolgsaussichten von umfassenden Wirtschaftssanktionen bestätigte, fuhr mit folgenden Worten fort:

„Allerdings – und das möchte ich ausdrücklich betonen – sollte die südafrikanische Regierung aus der Tatsache, daß wir keine sofortigen wirtschaftlichen Sanktionen beschlossen haben, nicht den falschen Schluß ziehen, daß ihre Politik unsere Billigung findet."

Der Bundeskanzler hat bei dieser Gelegenheit noch einmal eindringlich an die südafrikanische Regierung appelliert, „dieses Signal des ER aufzunehmen und ohne weitere Verzögerung den Prozeß eines gewaltlosen Wandels in Gang zu setzen".

Südafrika sollte diese klare Warnung des Bundeskanzlers und des ER ernst nehmen. Die Regierung dieses Landes sollte erkennen, daß die Erklärung von Den Haag keine Erklärung „l'art pour l'art" (Bundeskanzler Kohl) ist.

Die MS der EG werden nun unter Führung der britischen Präsidentschaft Konsultationen mit ihren westlichen Partnern aufnehmen müssen, um – im Lichte der Ergebnisse der Reise von AM Howe in das südliche Afrika – vermutlich auf einem AM-Treffen der Zwölf klare Entscheidungen treffen zu können. Hierfür ist eine Frist von drei Monaten vorgesehen.

[gez.] Pleuger

Referat 200, Bd. 134809

9 Zum Bericht der „Eminent Persons Group" des Commonwealth vgl. Dok. 167, Anm. 24.

10 Zum Treffen verschiedener Mitgliedstaaten des Commonwealth vom 3. bis 5. August 1986 vgl. Dok. 191, Anm. 11.

11 Für die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher in einer Pressekonferenz am 27. Juni 1986 in Den Haag vgl. das unkorrigierte Manuskript; Referat 200, Bd. 134809.

182

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Kronprinz Hassan in London

3. Juli 1986[1]

Betr.: Gespräch BM mit Kronprinz Hassan beim Frühstück in London am 3. Juli 1986[2]

Anlg.: 2[3]

Der *Kronprinz* berichtete, daß Jordanien über die Ergebnisse der letzten Reise König Husseins in die USA[4] sehr zufrieden sei. Die Amerikaner hätten sich aufgeschlossener gezeigt. Der König habe ihnen erklärt, daß Jordanien weiterhin zu dem Kontext der jordanisch-palästinensischen Vereinbarung[5] stehe. Man sei bereit, die Diskussion fortzuführen, möglicherweise mit einer neuen palästinensischen Führung. Das Wichtigste sei die Festigung der arabischen Identität in den besetzten Gebieten. Der Kronprinz übergab BM ein Papier „Peace and the Political Economy", das die jordanischen Überlegungen darstelle, die politische Entwicklung durch einen Einsatz wirtschaftlicher Mittel zu fördern (Anlage 1[6]). Er verwies auf die Diskussionen beim Weltwirtschaftsgipfel in Tokio[7] und über den Gedanken eines Mittelmeer-Fonds[8]. Neben diesen ökonomischen Erwägungen Jordaniens stehe die Frage, wie man politisch weiterkommen könne. Man müsse die drei Krisengebiete in der Region (er nannte die Konflikte im Golf und die Palästinenser-Frage) und ihre Verbindungen sehen. Man müsse diese auf einer Konferenz zu identifizieren beginnen.

Zum Golf-Krieg: Auf Frage von BM meinte Hassan, Iran habe seine militärischen Gewinne nicht strategisch nutzen können; Irak werde sich weiter halten. Im Herbst sei allerdings mit einem weiteren großen iranischen Vorstoß zu rechnen. Iran sei weiterhin nicht verhandlungsbereit. Es gebe praktisch zwei Führungen (Khomeini und die Regierung). Von außen werde Iran hauptsächlich durch Korea unterstützt. *BM*: Das heißt praktisch: die SU. *Hassan* stimmte zu, wies außerdem auf die fortdauernde Unterstützung durch Israel hin. Jordanien bemühe sich um eine Verständigung zwischen Syrien und Irak, im Hin-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 4. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Jansen und Klaiber sowie an Vortragenden Legationsrat Bitterlich verfügte.
Hat Jansen und Bitterlich am 4. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Klaiber am 7. Juli 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch vom 1. bis 6. Juli 1986 in Großbritannien.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 21.

4 König Hussein hielt sich vom 8. bis 11. Juni 1986 in den USA auf.

5 Zur Initiative Jordaniens und der PLO vgl. Dok. 37, besonders Anm. 8 und 30.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 010, Bd. 178901.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

8 Zu den Überlegungen des Ministerpräsidenten Peres für einen „Marshall-Plan für den Nahen Osten" vgl. Dok. 167, Anm. 20.

blick auf eine Wirkung bei den Golf-Staaten und im Iran. Bahrain sei sehr beunruhigt über die iranischen expansiven Tendenzen.

Auf Frage von BM bestätigte Kronprinz Hassan, daß sich die jordanisch-syrischen Beziehungen wesentlich verbessert hätten. Jordanien sei interessiert, Syrien aus seiner Isolierung herauszubringen. Insgesamt gehe es darum, die Beziehungen zwischen vier Staaten: Ägypten, Jordanien, Syrien und Irak zu verbessern, damit die arabische Einheit sich in allen drei Krisen-Bereichen (hot spots) stabilisierend auswirken könne. Assad spiele allerdings weiterhin mit allen Optionen. Man müsse sich bemühen, die Optionen der Ultranationalen in Syrien auszuschalten und einen Zusammenstoß zwischen diesen Kräften und der israelischen Rechten zu vermeiden. – *BM* unterrichtete den Kronprinzen über seine Gespräche mit Assad in Belgrad.[9]

Auf Frage von BM, ob der arabische Gipfel nachgeholt werde[10], meinte *Hassan*: Nur wenn die Bemühungen um eine Mäßigung der im Golf-Krieg involvierten Kräfte Fortschritte machten.

Jordanien sei das einzige Land in der Region mit einer Perzeption für den ganzen Raum. Die anderen seien hauptsächlich mit internen Konflikten beschäftigt.

Auf Frage von BM nach der Entwicklung in Ägypten meinte Hassan: Ein großes Problem sei für Mubarak, mit den nach Ägypten zurückkehrenden Wanderarbeitern (2 Mio.) fertig zu werden, die zu den Problemen mit den 5 Mio. Arbeitslosen in Ägypten hinzukämen. Diese Massen zu absorbieren, sei außerordentlich schwer. Hassan betonte, daß man Ägypten in den Dialog über den Friedensprozeß zurückbringen müsse.

Zur PLO meinte Hassan auf Frage von BM: Bekenntnisse seien der PLO weiterhin wichtiger als die Sache. Er wies auf die merkwürdige Allianz mit den Maroniten im Libanon hin. Wenn es zu keiner Kooperation komme, würden die Palästinenser in rivalisierende Gruppen zerfallen. Dem rechten Flügel in Israel wäre dies nur recht. Leider gebe es hier Verbindungen zwischen negativ wirkenden Kräften: dem israelischen rechten Flügel, der israelisch-amerikanischen SDI-Zusammenarbeit, der Strategie von Perle, den Vorstellungen Eagleburgers über eine Verschiebung der geopolitischen Entwicklung zum pazifischen Becken[11].

BM wies auf die Interessen der Europäer an einer stabilen Entwicklung in Nahost hin, da die Entwicklungen in diesem Raume sich schnell auf Europa auswirkten, wie man am Beispiel Libyen wieder gesehen habe. Unsere Hauptfrage sei, was Europa tun könne. Er hoffe, daß die USA ihre Haltung zur Palästinenser-Frage bald positiver definieren werden. Er begrüße die Hinweise des Kronprinzen über die Ergebnisse des Besuches des Königs in den USA. Er selber

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad am 30. April 1986 vgl. Dok. 126.

10 Zur geplanten Gipfelkonferenz der arabischen Staaten vgl. Dok. 124, Anm. 11.

11 In einer Rede am 31. Januar 1984 in Washington äußerte sich der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, zum transatlantischen Verhältnis und prognostizierte eine Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik in den pazifischen Raum innerhalb von 20 Jahren. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 38.

werde nach einem Moskau-Besuch am 20./22. Juli 1986[12] möglicherweise Ende Juli die USA besuchen.[13] Wir bemühten uns in der EPZ sehr um die Nahost-Fragen. Wir hofften, daß man während der britischen Präsidentschaft[14] gute Arbeit leisten könne.

Der *Kronprinz* sagte BM zu, uns über den Besuch von Shultz, den man noch diese Woche erwarte, zu unterrichten. Shultz wolle mit dem Besuch die Dinge weiterbringen. Er werde vielleicht auch Ägypten und Israel besuchen. Falls aus dem Besuch jetzt nichts werde, erwarte man Vize-Präsident Bush am 28. Juli 1986.[15] Jordanien bemühe sich, den Golf-Staaten klarzumachen, daß die arabische Identität im Interesse aller liege. In diesem Sinne spreche man auch mit den Syriern. Das Ziel sei, daß die Syrier sich dann an den Iran wendeten, um deutlich zu machen, daß es nicht nur um Saddam Hussein gehe.

Der Kronprinz betonte, daß es wichtig sei, amerikanische Bank-Operationen auf der Westbank durch Jordanien in die Region fließen zu lassen. Dies sei auch für Paris akzeptabel. Darüber spreche er auch in London. Hassan erinnerte an die Abs-Mission von 1981/1982. Er wisse, daß auch Bundesbank-Präsident Pöhl interessiert sei. Jede Initiative sollte jedoch durch eine Studie „weiser Männer" in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern gut vorbereitet werden. Es müsse sich um eine kleine Zahl handverlesener Persönlichkeiten handeln, die sich über die Möglichkeiten „politischer Ökonomie" Gedanken machten. Auf Frage von *BM*, ob dies die Europäer allein oder Europäer und Amerikaner tun sollten, antwortete *Hassan*: Dies sei eine Frage, wie unabhängig Europa sei. Er habe mit Chirac und Craxi gesprochen, die beide ein Interesse an dem Mittelmeer-Fonds gezeigt hätten.

BM sagte zu, daß wir mit unseren Freunden in London, Paris und Rom darüber sprechen und nachdenken würden, wie man eine geeignete Gruppe „weiser Männer" finden könne.

Auf Frage von BM zur Situation auf der Westbank meinte *Hassan*: Man stehe vor einer Übergangsperiode. Wenn man Selbstbestimmung schaffen wolle, müsse man entsprechende Institutionen schaffen. Jordanien werde erstmals einen integrierten Plan für die Westbank im November einer internationalen Konferenz vorlegen.[16]

12 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

13 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 23. Juli 1986 in den USA vgl. Dok. 219.

14 Großbritannien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1986 inne.

15 Der Passus „erwarte man … am 28. Juli 1986" wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Während BM-Besuchs in USA!"
Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 30. Juli bis 2. August 1986 in Jordanien auf.

16 Botschafter Bartels, Amman, übermittelte am 15. Juli 1986 Informationen des jordanischen Planungsministers Kana'an: „Jordan[ische] Regierung beabsichtige, die beiden Fünf-Jahres-Pläne, sowohl jenen für die Eastbank als auch das Entwicklungsprogramm für die Westbank, auf einer internationalen Konferenz in Amman vom 7. bis 11. November 1986 zur Diskussion zu stellen. […] Der Fünf-Jahres-Plan für die Westbank, der weniger ein geschlossener Plan als vielmehr eine Auflistung von Projekten darstelle, soll auf dieser Konferenz ebenfalls erörtert werden, wofür jedoch relativ wenig Zeit zu veranschlagen sei. Bei den ‚weisen Männern' denke der Kronprinz an international bekannte Persönlichkeiten mit Erfahrung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, so z. B. Robert McNamara und Willy Brandt." Bartels erläuterte weiter: „Unter ‚amerikanischen Bank-Operationen auf der Westbank durch Jordanien' ist sicherlich zu verstehen, daß […] künftige amerikan[ische] Wirtschaftshilfe für die besetzten Gebiete über Jordanien geleitet werden soll, damit

Zu den jordanisch-israelischen Beziehungen meinte Hassan: Sie seien ziemlich gut. Man wolle aber den von Israel (wenn auch nicht öffentlich) verbreiteten Eindruck vermeiden, als sei Jordanien unter israelischer Patronage. Die Israelis meinten immer, sie seien die einzigen Experten für die Entwicklung in der Region. Die wichtigsten Parameter der jordanischen Vorstellungen seien „peace for territory" und die VN-Resolutionen[17]. Man müsse ein Konzept für einen mittleren Trend in den besetzten Gebieten entwickeln.

BM unterstrich, daß wir uns die jordanischen Papiere ansehen und unsere Freunde konsultieren würden. Wir seien sehr interessiert an Fortschritten. Jordanien komme eine führende Rolle zu. Man müsse verhindern, daß es Verbindungen zwischen den Krisen-Punkten gebe, dies würde zu offenem Feuer führen.

Auf Frage von BM, ob Hassan Informationen über die innere Entwicklung in Libyen habe, über die wir allerlei Gerüchte hörten, meinte der *Kronprinz*: Jordanien habe keine konkrete Information. Wenn Gaddafi jedoch nicht auf Presse-Konferenzen erscheine, sei möglicherweise etwas an den Gerüchten dran, daß er nicht in bester Verfassung sei. Die US-Aktion[18] sei nicht ernst genug gewesen. Hassan sprach von dem Becket-Syndrom bei Poindexter (wie die Gehilfen König Heinrichs II.[19] auf dessen Ausspruch „Schafft mir den Mann vom Halse" Thomas Becket ermordet hätten, so habe Poindexter wohl auf ähnliche Bemerkungen Reagans über Gaddafi reagiert). Wenn man das Problem auf einem solchen Wege lösen wolle, müsse man auch bis zum Ende gehen. Im State Department gebe es offenbar nicht viel Inspiration in der Frage. Hassan stimmte mit BM überein, daß die Joint Chiefs of Staff vorsichtiger seien.

BM wies darauf hin, daß die amerikanische Libyen-Aktion sich nachteilig auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen ausgewirkt habe, da die öffentliche Meinung in Europa diese Aktion sehr kritisch aufgenommen habe. Wir bemühten uns, ein Auseinanderdriften der öffentlichen Meinung in Europa und den USA zu verhindern. BM verwies auf die sehr eindrucksvolle Rede des Bundespräsidenten vor beiden Häusern des britischen Parlamentes, in der er die Notwendigkeit der Stärkung des europäischen Pfeilers unterstrichen habe.[20]

Kronprinz Hassan überließ BM den als Anlage 2 beigefügten Text einer Rede, die er am 16. Juni 1986 in Amman vor der Konferenz über „Regional Implications of the Gulf War" gehalten hatte.[21]

Referat 010, Bd. 178901

Fortsetzung Fußnote von Seite 955

den politischen Zielvorgaben Jordaniens Rechnung getragen werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 454; Referat 310, Bd. 149622.

Zum jordanischen Investitionsplan für das Westjordanland vgl. weiter Dok. 247, Anm. 12.

17 Vgl. dazu die Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578f. Vgl. dazu ferner die Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

18 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

19 Korrigiert aus: „Heinrich IV."

20 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 1. bis 6. Juli 1986 zu einem Staatsbesuch in Großbritannien auf. Für den Wortlaut der Rede am 2. Juli 1986 vor beiden Häusern des britischen Parlaments in London vgl. BULLETIN 1986, S. 706–709.

21 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 010, Bd. 178901.

183

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

204-321.00 USA VS-NfD **3. Juli 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung zu Punkt 6

Betr.: Globaler Unilateralismus der USA und europäisch-amerikanisches Verhältnis

I. Kurzfassung

1) Das europäisch-amerikanische Verhältnis hat sich nach 1945 mit zunehmender politischer, wirtschaftlicher und militärischer Erstarkung Europas verändert. Das war unvermeidbar, denn es begann mit einem Ausnahmezustand: der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Dabei traten immer wieder einmal Anpassungsschwierigkeiten auf.

2) Einige der derzeit auftretenden Probleme gehen über diese „normalen" Schwierigkeiten hinaus. Sie berühren die „Außenbeziehungen" der Allianz, auch in Bereichen wie den West-Ost-Beziehungen, in denen wir eine gemeinsame Politik und Strategie haben.

Es besteht die Gefahr eines Auseinanderdriftens der öffentlichen Meinungen in Europa und den USA.

3) Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund einer größer werdenden politisch-psychologischen Divergenz zwischen Europa und den USA auf der einen und zunehmendem unilateralen Denken in den USA auf der anderen Seite zu sehen.

Politisch-psychologische Divergenzen ergeben sich aus der Neigung vieler Amerikaner, auch noch so komplizierte gesellschaftliche oder politische Tatbestände auf wenige aktionsbezogene Grundmuster zu reduzieren und bei der Lösung daraus resultierender Probleme nach „einfachen" Antworten zu suchen. Dabei wird auch der Einsatz militärischer Gewalt als reale, sorgfältig abzuwägende Option außenpolitischen Handelns angesehen, während dies in Europa, mit gewissen Einschränkungen betreffend Frankreich und Großbritannien, nur als „ultima ratio" in Betracht gezogen wird.

Auf diesem politisch-psychologischen Boden wächst zunehmend unilaterales Denken in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit, des Kongresses und der Administration. Bündnisse und internationale Institutionen werden in diesen vorwiegend neokonservativen Kreisen eher als Hindernis bei der energischen und entschiedenen Verteidigung nationaler Interessen der USA angesehen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schönfelder konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 7. Juli 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klaiber vom 31. Juli 1986 „zur Vorbereitung seiner Rede in München (28.7.)" vorgelegen. Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 31. Juli 1986 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 4. August 1986 erneut vorgelegen.

Europa wird in der Auseinandersetzung zwischen den zwei Großmächten als ein Partner ohne Bereitschaft zum Gebrauch von Macht, vor allem bei der Wahrung vermeintlich gemeinsamer Interessen in Regionalfragen, gesehen.

4) Ansätze dieses Denkens finden sich in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik der Administration wieder. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit und dem Nutzen von Konsultationen ist im State Department und im NSC fest verankert. Sie dienen allerdings häufiger nur der Unterrichtung und weniger dem Ziel, Kompromisse zu finden. Es ist allerdings nicht vorhersehbar, wie weit sich dieses Denken weiter durchsetzen wird oder ob nicht das Pendel wieder zum Multilateralismus zurückschlägt.

5) Die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen wird in erster Linie bipolar und als Funktion der eigenen Stärke gesehen. Dem militärischen Kräfteverhältnis USA–SU wird deshalb hoher, wenn nicht entscheidender Rang eingeräumt.

Die europäischen Verbündeten sind in der globalen ideologisch-machtpolitischen Auseinandersetzung mit der SU allenfalls ein wichtiger Faktor. Europäischer Widerspruch – selbst wenn Europa (und Kanada) dabei mit einer Stimme sprechen wie bei SALT II – wird bedauert, ist aber kein Hindernis für eine solche Politik.

– Auch SDI ist Ausfluß unilateralen (sicherheitspolitischen) Denkens. Im Vordergrund steht der Schutz des US-Territoriums. Die Meinung der Verbündeten dazu ist nicht entscheidend. CTB, in gewissem Umfang auch CW (Artikel 10[4]) sind weitere Beispiele.
– Traditionell ist die Mitwirkung der Europäer in Krisengebieten der Dritten Welt nicht sehr bedeutend (Mittelamerika, Nahost, südliches Afrika). Die amerikanische Drittweltpolitik ist von der Überzeugung bestimmt, daß die globalen Interessen des Westens zwar gleich, aber nur die USA in der Lage und bereit sind, eine globale Rolle zu spielen.

Auch im Kongreß kann häufig unilaterales Denken festgestellt werden.

6) Europa ist zum Teil selbst verantwortlich für diese Entwicklung, da es bisher nicht in der Lage gewesen ist, sein Gewicht in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen in ausreichendem Maße zur Geltung zu bringen.

Europäisches Lamentieren wird amerikanischen Unilateralismus nicht beseitigen. Eine europäische Anpassungsstrategie an diese Politik würde eine mögliche politische Aushöhlung der Allianz nicht verhindern. Sie würde vor allem nichts daran ändern, daß sich ohne entscheidende europäische Maßnahmen langfristig das Machtgefälle zwischen Europa und den USA (und auch der SU) weiter vergrößert. Eine europäische Anpassungsstrategie würde auch eine mögliche politische Aushöhlung der Allianz („Fußnotenallianz“) nicht verhindern.

Als Alternative bleibt eine auch sicherheitspolitisch gewichtigere Rolle Europas und seine Bereitschaft, weltweit mehr Verantwortung bei der Verteidigung seiner eigenen und der westlichen Interessen in der Welt zu übernehmen, seine

4 Am 18. April 1984 legten die USA bei der Abrüstungskonferenz in Genf den Entwurf für ein Abkommen über das Verbot chemischer Waffen vor. Artikel X sah das Recht eines Signatarstaates vor, im Verdachtsfall Vor-Ort-Inspektionen bei jedem anderen Signatarstaat zu verlangen. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 431 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I, Dok. 106.

Bereitschaft zur Lastentragung nach einem anderen als dem derzeitigen „Verteilerschlüssel".

Derzeit scheint die WEU das einzige verfügbare Instrument zur Konsolidierung europäischer Positionen in den Kernfragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik zu sein. Sie wird diese Funktion aber nur übernehmen können, wenn wir die EPZ-Beratungsverfahren auch für die WEU übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sollte der belgische Vorschlag zu Konsultationen in der WEU über „Out-of-area"-Fragen[5] aufgegriffen werden.

Außerdem sollten wir zunächst bei Großbritannien und Frankreich den Vorschlag sondieren, in der WEU auch Fragen der Rüstungskontrolle strategischer Waffen zu konsultieren.

7) Ein besonderes Problem stellt angesichts geschickter Selbstdarstellung der neuen sowjetischen Führung die deklaratorische Politik dar. Wir müssen gemeinsam mit den USA dafür sorgen, daß die öffentlichen Meinungen beiderseits des Atlantiks nicht noch weiter auseinanderdriften, und die Überzeugung bei unseren Bürgern festigen, daß die derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Probleme nur in einer kooperativen transatlantischen Atmosphäre zu lösen sind.

II. 1) Das europäisch-amerikanische und insbesondere das deutsch-amerikanische Verhältnis haben sich in den vergangenen vier Jahrzehnten verändert. Das war unvermeidbar, denn es begann mit einem Ausnahmezustand: der Beendigung des Zweiten Weltkrieges mit all seinen Folgen für das Kräftegleichgewicht in der Welt.

Der danach folgende Prozeß der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Erstarkung Europas hat im transatlantischen Verhältnis naturgemäß zur Notwendigkeit von Anpassungen geführt. Die derzeitigen europäisch-amerikanischen Handelsprobleme[6] fallen in diese Kategorie.

2) Einige der aktuellen Probleme gehen über diese „normalen" Schwierigkeiten hinaus. Sie betreffen die „Außenbeziehungen" der Allianz:

– Bereiche der Politik, in denen die westlichen Länder über eine gemeinsame Strategie verfügen (wie z. B. in den West-Ost-Beziehungen), und

5 Der belgische Außenminister Tindemans unterbreitete auf der Sitzung der WEU-Versammlung vom 2. bis 5. Juni 1986 in Paris den Vorschlag, daß die WEU-Mitgliedstaaten „alle politisch-militärischen Entwicklungen außerhalb des Bündnisgebietes erörtern sollten, die auf europäische Sicherheitsinteressen einen Einfluß haben könnten". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 12. Juni 1986; Referat 209, Bd. 148710.
Botschafter Feit, Brüssel, übermittelte dazu am 24. Juni 1986 folgende Informationen des belgischen Außenministeriums: „Es gibt Ereignisse ‚out of area', die die Sicherheit der Partner berühren und deren Kenntnis und Bewertung für die Partner Bedeutung hat, für deren Erörterung aber das geeignete Forum fehlt: Die EPZ kommt nicht in Frage, weil der militärische und insoweit der sicherheitspolitische Bereich außerhalb ihrer Zuständigkeit liegen. Die NATO kommt nicht in Frage, weil sie zunächst ein Verteidigungsbündnis gegenüber der Bedrohung aus dem Osten ist und Krisen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs von den transatlantischen und den europäischen Bündnispartnern notwendigerweise verschieden beurteilt werden und auch für beide verschieden wichtig sind. Sie machen darum eine vorherige oder alleinige Klärung und Abstimmung unter den Europäern notwendig. AM Tindemans will also keine neue Arbeitsgruppe, auch keine neuen, unsere Kräfte überfordernden Aufgaben. Er will nur die schon vorhandene WEU als Diskussionsforum nutzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 209, Bd. 148710.

6 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 167, Anm. 40 und 41.

– Bereiche, wo sie koordiniert vorgehen sollten (wie z. B. bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder bei der Bewältigung von Krisen in der Dritten Welt).

Es besteht die Gefahr eines Auseinanderdriftens der öffentlichen Meinungen in Europa und den USA, weil die Differenzen anders als früher nicht nur die politischen Eliten erfassen, sondern auch breite Bevölkerungsschichten. Die fortbestehende sicherheitspolitische Abhängigkeit Europas erleichtert die Lage nicht, sondern erhöht den Grad der Emotionalisierung und der Frustration auf beiden Seiten des Atlantiks.

3) Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund einer größer werdenden politisch-psychologischen Divergenz zwischen Europa und den USA auf der einen und zunehmendem unilateralen Denken in den USA auf der anderen Seite zu sehen.

a) Bei vielen Amerikanern ist die Neigung vorhanden, auch noch so komplizierte gesellschaftliche oder politische Tatbestände auf wenige aktionsbezogene Grundmuster wie Gut/Böse, Frei/Unfrei, Amerika/Kommunismus, Patriotisch/Anti-Amerikanisch zu reduzieren. Bei der Lösung daraus resultierender Probleme wird nach „einfachen", auch militärischen Antworten verlangt, wie etwa dem Vergeltungsschlag gegen Libyen.[7]

In Europa, mit gewissen Einschränkungen betreffend Frankreich und Großbritannien, wird der Einsatz militärischer Gewalt praktisch nur als „ultima ratio" in Betracht gezogen. In den USA dagegen wird er als eine reale Option außenpolitischen Handelns angesehen, die allerdings der sorgfältigen Abwägung bedarf.

Den „knieweichen Europäern" wird vorgehalten, daß sie den Einsatz militärischer Gewalt nur für den äußersten Fall der Verteidigung, zumeist im Kontext eines umfassenden Ost-West-Konflikts, als gerechtfertigt beurteilen.

Diese Vorhaltungen sind aus der Sicht derjenigen Amerikaner logisch und gerechtfertigt, die das NATO-Bündnis nicht nur als ein Bündnis gegen die konkrete Bedrohung durch den Warschauer Pakt und festgelegt auf einen genau definierten geographischen Raum verstehen, sondern als ein Bündnisverhältnis schlechthin – gegen jeglichen gemeinsamen Feind, gleich wo er sich befindet (wobei als gemeinsamer Feind gilt, wer als Gegner der USA betrachtet wird)[8].

b) Auf diesem politisch-psychologischen Boden wächst zunehmend unilaterales Denken in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit, des Kongresses und der Administration. Es wird von der Überzeugung genährt und getragen, daß Europa in der Auseinandersetzung zwischen den zwei Großmächten ein Partner ohne wirksame Macht ist, der bei der Wahrung (vermeintlich gemeinsamer Interessen in Regionalfragen) nichts Entscheidendes einbringen kann und nicht einmal in der Lage ist, angemessene Verantwortung oder auch nur in der NATO ins Gewicht fallende zusätzliche Verpflichtungen als Ausgleich für das weltweite Engagement der USA zu übernehmen. Nach den Vertretern dieser Denk-

7 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

8 Der Passus „(wobei als … betrachtet wird)" wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

richtung, deren Zahl zunimmt, hat die Bündnislösung versagt, um mit dem „Problem Sowjetunion/Kommunismus“ fertig zu werden. Daher muß jetzt einseitig auf amerikanische Stärke gesetzt werden.

In seiner radikalsten Form besagt deshalb der vor allem von neokonservativen Kräften propagierte neue „globale Unilateralismus“ folgerichtig, daß Bündnisse und internationale Institutionen zu einem Hindernis bei der energischen und entschiedenen Verteidigung nationaler Interessen der USA geworden seien. In der Umkehrung unseres Koppelungs-Arguments aus der Nachrüstungsdebatte wird weiter darauf hingewiesen, daß nach Erreichung der nuklearen Parität zwischen den USA und der SU die Sicherheit der USA durch das Bündnis mit Europa nicht größer, sondern kleiner werde. Auch ein konventioneller Konflikt in Europa könne zu einer amerikanischen-sowjetischen nuklearen Auseinandersetzung führen. Immer weniger Amerikaner seien aber bereit, ein solches Risiko auf sich zu nehmen. Weder der jetzige noch künftige amerikanische Präsidenten würden als erste Nuklearwaffen zur Verteidigung Europas einsetzen. Der amerikanische Nuklear-Schirm über Europa sei mehr Mythos als Realität, die NATO in ihrer gegenwärtigen Struktur eine archaische Institution, deren noch vorhandene Substanz vor allem den Europäern nutze. Die USA könnten sich auch alleine verteidigen.

4) Die Reagan-Administration versuchte zeitweilig, einen Mittelweg zu gehen zwischen „globalem Unilateralismus“ und traditionellem Multilateralismus früherer Administrationen.

Der hochangesehene Senator Mathias hat vor einigen Tagen (18.6.) in einer Rede darauf hingewiesen, daß die amerikanische Außenpolitik sich derzeit an einem kritischen Punkt befinde. Es sei ein Kampf im Gange zwischen Unilateralisten und Multilateralisten über die Richtung der globalen Politik der USA.[9]

Nach den Ereignissen der letzten Wochen und Monate (Libyen-Aktion, SALT-II-Entscheidung[10], Berner KSZE-Treffen[11], amerikanische VN-Politik) scheint die unilaterale Tendenz im Vergleich zu früheren Jahren an Boden gewonnen zu haben. Verbündete werden zwar vor wichtigen Entscheidungen konsultiert. Ihre Unterstützung ist willkommen, vor allem bei den „Multilateralisten“ im

9 Der amerikanische Senator Mathias sprach vor dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS). Botschafter van Well, Washington, berichtete dazu am 19. Juni 1986, Mathias habe ausgeführt, daß sich die amerikanische Außenpolitik „an einer kritischen Weggabelung“ befinde. Vor allem in den Bereichen der Sicherheitspolitik und der Diplomatie habe der unilateralistische Ansatz an Boden gewonnen: „Grenada, Libyen und SALT II seien hier die Beispiele. Allein im Fall Libanon habe man mit anderen Ländern zusammengearbeitet.“ Zwar müsse berücksichtigt werden, „daß die USA über die Gemeinsamkeit der Interessen mit den Alliierten hinaus weitere globale Interessen hätten, die der US-Außenpolitik eine zusätzliche Dimension gäben. Dies dürfe jedoch von amerikanischer Seite nicht als Ausrede für das Ignorieren der Auswirkungen von US-Außenpolitik auf andere Staaten benutzt werden. […] Der Fall der INF-Stationierung habe doch gezeigt, welch positive Folgen gemeinsames Handeln für die Erhaltung des Friedens in Europa habe. Er wolle damit nicht so etwas wie einem europäischen Veto in US-außenpolitischen Fragen das Wort reden, sondern einem größeren Maß an Konsensbildung im Bündnis. Besonders schwierig sei diese Konsensbildung bei ‚out of area‘-Problemen. Gleich wie die Interessenlage sei, so müsse es jedoch dabei bleiben, daß der NATO-Auftrag an das NATO-Vertragsgebiet gebunden bleibe.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135353.

10 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

11 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

State Department, ihre Zustimmung ist aber nicht mehr Voraussetzung für amerikanisches Handeln.

Präsident Reagan faßte diesen neuen Ansatz nach der Libyen-Aktion wie folgt zusammen: „I said that we would act with others if possible and alone if necessary."[12]

Auch Außenminister Shultz hat sich mehrfach ähnlich geäußert.

Dies gibt dem Begriff Konsultationen einen neuen Inhalt: Sie dienen häufiger der Unterrichtung und weniger dem Ziel, bei anderen Auffassungen der Verbündeten mit diesen Kompromisse auszuhandeln.

Auch nach Beobachtung der Botschaft Washington ist zwar das Bewußtsein von der Notwendigkeit und dem Nutzen von Konsultationen zumindest im State Department und im NSC fest verankert. Die Europäer haben in einer Reihe von Fragen auch Gehör gefunden. In anderen wichtigen Fragen aber nicht, und dies zuletzt gerade in Bereichen, die uns besonders am Herzen liegen, wie etwa die Ost-West-Beziehungen (Berner KSZE-Konferenz) oder die Rüstungskontrolle (SALT II).

Dies ist nicht verwunderlich: Kissinger z. B. hat schon früh und mehrfach darauf hingewiesen, daß ein Machtungleichgewicht nicht durch Konsultationen korrigiert werden kann.

Wenn ein Land die Allianz in allen wichtigen Fragen dominiert, wenn dieses eine Land über die wichtigsten, die strategischen Waffen der Allianz sowohl im Produktions- als auch Rüstungskontrollbereich alleine entscheidet, wenn dieses eine Land im Positiven wie im Negativen Schrittmacher der Ostpolitik ist, dann ist der Anreiz für dieses Land zu Konsultationen in unserem Sinne nicht sehr groß.

Konsultationen in unserem Sinne funktionieren, wenn jede Seite notfalls die Fähigkeit und die Bereitschaft[13] zu unabhängiger Aktion hat, wenn jede Seite die andere ernst nehmen muß, wenn jede Seite sich um die Zustimmung der anderen bemühen muß.

5) In der Außen- und Sicherheitspolitik der USA finden sich Ansätze unilateralen Denkens in fast allen Bereichen wieder:

a) Für die Reagan-Administration ist Weltpolitik in erster Linie Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen – sei es im positiven Sinne wie beim Zustandekommen des Genfer Gipfels[14] oder im negativen, wie bei der Verhinderung eines Schlußdokuments der Berner KSZE-Konferenz oder der Änderung der amerikanischen SALT-Politik – wird in erster Linie als Funktion der eigenen Stärke und bipolar gesehen. Dem militärischen Kräfteverhältnis USA–SU wird deshalb hoher, wenn nicht entscheidender Rang eingeräumt. Dies schlägt sich nieder in der konsequenten Stärkung des eigenen Potentials.

12 Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 14. April 1986 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 468 f.

13 Die Wörter „und die Bereitschaft" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

14 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Die europäischen Verbündeten sind in der globalen ideologisch-machtpolitischen Auseinandersetzung mit der SU allenfalls ein wichtiger Faktor. Europäischer Widerspruch – selbst wenn Europa (und Kanada) dabei mit einer Stimme sprechen, wie bei SALT II – wird bedauert, ist aber kein Hindernis für eine solche Politik.

Dabei ist nicht klar, ob denjenigen in der Administration, die eine solche Politik propagieren, klar ist, daß sie einen zentralen Teil der Allianzpolitik (Harmel-Konzept[15]) damit treffen. Von ihnen scheint die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen häufig an den eigenen, oft sehr eng und innenpolitisch definierten Interessen gemessen zu werden. Außenpolitik in diesem Sinne ist Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln.

Für die Administration und auch den größten Teil der amerikanischen Bevölkerung ist der Ost-West-Konflikt ein abgeleiteter, auf Entfernung geführter ideologisch-machtpolitischer Konflikt, die Sowjetunion in diesem Kampf um Macht und Ideologie ein globaler Gegner, der, wo immer er auftritt, eine Herausforderung darstellt in einem Kampf, der keine Neutralität duldet.

Für Europa, die Bundesrepublik Deutschland, ist das russische Imperium zwar ein unbequemer und bedrohlicher Nachbar, aber eben ein Nachbar. Mit Nachbarn hat man gemeinsame Probleme und Interessen, auch wenn man sich nicht mag. Mit Nachbarn muß man sich pragmatisch arrangieren, ohne daß wir dabei zu Kompromissen, etwa im Bereich der Sicherheitspolitik oder der Ideologie, bereit wären. Diese differenzierte Betrachtungsweise wird in den USA, auch von Angehörigen der Administration, häufig nicht verstanden.

b) Das SDI-Konzept, so wie es ursprünglich von Präsident Reagan 1983 vorgestellt wurde[16], ist Ausfluß unilateralen sicherheitspolitischen Denkens. Unabhängig davon, daß die Verbündeten vor seiner Propagierung nicht konsultiert wurden (auch nicht in dem oben erwähnten engeren Sinne der Unterrichtung), bestand auch nie eine Chance, daß die Verbündeten SDI in irgendeiner Phase hätten stoppen können. SDI ist die Idee der Ausschaltung der sowjetischen Bedrohung der USA (der einzigen, der sich die USA ausgesetzt sehen). Eventuelle Befürchtungen der europäischen Verbündeten wegen der strategischen und politischen Auswirkungen von SDI waren und sind nicht von entscheidender Bedeutung.

Die amerikanische CTB- und in gewissem Umfang auch CW-Politik (Art. 10) sind weitere Beispiele unilateraler Sicherheitspolitik.

c) Noch weniger als im Ost-West-Bereich wird die Mitwirkung der Europäer in Krisengebieten der Dritten Welt für wichtig erachtet, sei es in Zentralamerika, im Nahen Osten oder im südlichen Afrika. Hier hat es allerdings auch früher keine abgesprochene gemeinsame europäisch-amerikanische Politik gegeben.

15 Vgl. dazu den „Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

16 Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

Man sucht Lösungen in unterschiedlich engem Kontakt mit den unmittelbar Beteiligten. Die Amerikaner kommen dann auf Europa zu, wie kurz vor dem Europäischen Rat am 26./27.6.[17], wenn die Möglichkeit gemeinsamer europäischer Aktionen (z. B. in der Sanktionenfrage) besteht, welche die Administration unter zusätzlichen Druck setzen könnten.[18] Umgekehrt beschließen die USA einseitig auf ihre Interessen maßgeschneiderte Sanktionen (Fall Libyen)[19], ohne sich um die europäischen Bedenken zu kümmern. Die Sowjetunion versucht man möglichst herauszuhalten und – wo immer möglich – ihren Einfluß einzudämmen oder zurückzudrängen. An einem Beitrag Europas besteht nur Interesse, soweit er entlastet und unterstützt, aber keine Mitsprache verlangt wird. Dieser Politik liegen unterschiedliche Interessen zugrunde. Zentralamerika wird als „Hinterhof" gesehen, in dem essentielle amerikanische, aber nicht essentielle europäische Interessen berührt sind.

Im Nahen Osten besteht ein sehr enges Sonderverhältnis zu Israel (man ist fast Gefangener dieses Verhältnisses) mit einer starken innenpolitischen Komponente. Eine ausgewogene europäische Politik im Sinn der Venedig-Erklärung[20] wird geduldet, aber nicht ermutigt oder gar unterstützt. Hier wird verkannt, daß die Nahost-Region für Europa eine Nachbar-Region ist wie Mittelamerika für die USA.

Im südlichen Afrika ist die Arbeit der Namibia-Kontaktgruppe durch die Geheimdiplomatie Crockers ersetzt worden. Hier ist der Unilateralismus stärker durch praktische Erwägungen bestimmt, findet aber seine konzeptionelle Stütze in dem Wunsch, Kuba und auch die Sowjetunion aus Angola und dem südlichen Afrika zu entfernen.

Ähnliche Beispiele unilateralen Denkens und Handelns ließen sich für die amerikanische Politik gegenüber Südamerika, Indochina, den ASEAN-Staaten und Iran/Irak aufführen.

Die amerikanische Dritt-Welt-Politik ist von der Überzeugung bestimmt, daß die globalen Interessen des Westens zwar gleich, aber nur die USA in der Lage und bereit sind, eine globale Rolle zu spielen, daß nur die USA bereit sind, im gesamtwestlichen Interesse auch die „Schmutzarbeit" zu tun, an deren Zweckmäßigkeit die Europäer wiederum häufig zweifeln.

17 Korrigiert aus: „26./27.7."
Zur Tagung des Europäischen Rats in Den Haag vgl. Dok. 181.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz vermerkte am 25. Juni 1986, daß am Vortag der amerikanische Botschaftssekretär Delare im Auswärtigen Amt vorgesprochen habe, um die Haltung des amerikanischen Außenministeriums u. a. zur Lage in Südafrika darzulegen: „Das State Department kommt nach kritischer Beurteilung zur Lage in Südafrika und des Verhaltens der südafrikanischen Regierung zu dem Schluß, daß der Druck auf Südafrika aufrechterhalten werden muß, aber harte Wirtschaftsmaßnahmen […] abzulehnen seien. Wirtschaftssanktionen würden die Wirtschaft Südafrikas schädigen, welche als eine fortschrittliche Anti-Apartheid-Kraft in Südafrika anzusehen sei. Sie würden außerdem die Wirtschaft der Region schädigen und schließlich den amerikanischen, ohnehin begrenzten Einfluß mindern." Vgl. VS-Bd. 13626 (320); B 150, Aktenkopien 1986.

19 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

20 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

Diese Überzeugung hat insbesondere nach Grenada[21] und im Zusammenhang mit der Libyenkrise zu einer Verbitterung über die „knieweichen, unsolidarischen und unzuverlässigen Europäer", die „Sonnenscheinalliierten", auch in weiten Bereichen der amerikanischen Öffentlichkeit geführt, wie sie bisher noch nicht festgestellt werden mußte.

Früher fragten die Europäer immer: „Werden die USA uns immer bis zum letzten verteidigen?" Seit einiger Zeit fragen die USA: „Folgen uns die Verbündeten?"

Letztere Frage bezieht sich aber im Gegensatz zur ersten auf Politikbereiche, wo es (noch) keine gemeinsame Politik gibt. Sie abzustimmen, fehlt auf amerikanischer Seite derzeit häufig die Bereitschaft.

Diese Stimmungslage, die weite Teile der Bevölkerung erfaßt hat und insofern nicht nur ein Problem der politischen Eliten ist, hat auch weite Bereiche der Administration und des Kongresses erfaßt, die nicht unwesentlich zum Entstehen dieses Eindrucks beigetragen haben, indem sie größere amerikanische Erfolge als möglich hinstellten, wenn nur die Europäer sich den USA angeschlossen hätten.

d) Auch im Kongreß kann häufig unilaterales Denken festgestellt werden. Die Zahl der Kongreßmitglieder, die ständigen Kontakt mit Europa haben, ist verhältnismäßig klein. Viele Abgeordnete neigen vor allem in einem Wahljahr dazu, unmittelbar und publikumswirksam auf außenpolitische Ereignisse zu reagieren, ohne ein umfassendes Konzept zu haben. Europa wird dabei als sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer dargestellt, weil es angesichts seiner wirtschaftlichen Leistungskraft zu wenig für die Verteidigung gemeinsamer westlicher Interessen, auch außerhalb des NATO-Gebiets, leistet.

e) Auf einem solchen Nährboden gedeihen Ideen, wie sie auch von Henry Kissinger am 13. Mai 1986 in der Washington Post[22] veröffentlicht wurden (Umstrukturierung der NATO, Zurückverlegung von amerikanischen Einheiten als strategische Reserve in die USA), besonders gut. Auch Senator Mathias wies in seiner erwähnten Rede warnend darauf hin, daß die europäischen Alliierten sich des Risikos bewußt sein müßten, daß die öffentliche Meinung in den USA nicht mehr den gegenwärtigen Umfang der amerikanischen militärischen Verpflichtungen gegenüber Europa tolerieren werde, wenn diese Verpflichtungen die amerikanischen Möglichkeiten beeinträchtigen würden, weltweit auf Bedrohungen und entsprechend den amerikanischen Interessen zu reagieren.

6) Für die Bundesrepublik Deutschland sind die sich auftuenden Unterschiede zwischen Europa und USA besonders riskant.

Ihre politische Identität hat sich, eingebettet in den europäischen Einigungsprozeß, auch weitgehend im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten entwickelt, nicht nur im außen- und sicherheitspolitischen, sondern auch im innenpolitischen Bereich. Wie in kaum einem anderen westlichen Land war und ist das Verhältnis zu den USA auch Gegenstand innenpolitischer Debatten.

21 Nach einem Putsch in Grenada am 19./20. Oktober 1983 landeten am 25. Oktober 1983 amerikanische Truppen sowie Streitkräfte aus Barbados, Jamaika und vier OECS-Mitgliedstaaten auf Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

22 Zu dem Artikel vgl. Dok. 146, Anm. 19.

Wir haben uns immer verstanden als Angehörige eines Bündnisses, das nicht nur eine Militärallianz alten Stils, sondern auch ein Wertebündnis darstellt.

Je enger und zweckrationaler die USA aus der Sicht ihrer Großmachtposition das Bündnis definieren, desto schwerer können wir uns damit abfinden. Es bestände dann die Gefahr, daß die grundsätzliche Ablehnung der Bindung an Amerika im umgekehrten Maße innenpolitisch an Gewicht gewinnen und dann ihrerseits amerikanische Loslösungstendenzen verstärken würde.

Europa ist zum Teil selbst verantwortlich für diese Entwicklung, da es bisher nicht in der Lage gewesen ist, sein Gewicht in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen in ausreichendem Maße zur Geltung zu bringen.

So wie es falsch wäre, die Lage zu dramatisieren, so wäre es falsch, die offenkundig gewordenen unterschiedlichen Beurteilungen zu übertünchen. Europäisches Lamentieren wird amerikanischen Unilateralismus nicht beseitigen.

Eine mögliche europäische Reaktion wäre „Schadensbegrenzung", zumal nicht vorherzusagen ist, wie weit das Pendel ausschlägt, bis der „liberal backlash" kommt.

So lange Europa aber weiterhin außenpolitisch so begrenzt handlungsfähig bleibt, wird ihm nichts anderes übrigbleiben, als mit amerikanischem Unilateralismus zu leben und zu versuchen, ihn so gut es geht zu beeinflussen.

Wenn Europa Einfluß haben will, dann muß es seine Außen- und Sicherheitspolitik bündeln. Ohne entscheidende europäische Maßnahmen wird sich ansonsten langfristig das militärische Machtgefälle zwischen Europa und den USA (und auch der SU) weiter vergrößern mit allen Konsequenzen für das politisch-psychologische Verhältnis zwischen USA–Europa bis hin zu einer Entfremdung.

Die Fundamente des Bündnisses würden durch das größer werdende transatlantische Machtungleichgewicht immer unsicherer werden. Eine europäische Anpassungsstrategie an amerikanischen Unilateralismus würde eine mögliche politische Aushöhlung der Allianz („Fußnotenallianz") nicht verhindern, sondern eher fördern[23].

Als Alternative bleibt eine auch sicherheitspolitisch gewichtigere Rolle Europas und seine Bereitschaft, weltweit mehr Verantwortung bei der Verteidigung seiner eigenen und der westlichen Interessen zu übernehmen, seine Bereitschaft zur Lastentragung nach einem anderen als dem derzeitigen „Verteilerschlüssel". Auch hier ist Kissinger Recht zu geben: Die Erhaltung der Vitalität der Allianz erfordert eine größere europäische Identität, eine größere europäische Übereinstimmung im Verteidigungsbereich.

Dies sind alte Forderungen. Sie werden neuerdings am energischsten von Vertretern der Administration und den amerikanischen Unilateralisten erhoben, nicht von denen, die es am meisten angeht – den Europäern. Sie mögen angesichts der Geschwindigkeit des europäischen Integrationsprozesses in der Tat nicht sehr realistisch sein.

23 Die Wörter „sondern eher fördern" wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Die drohende Alternative eines Europas, das bestenfalls zum Zuschauer und schlimmstenfalls zum Objekt der weltpolitischen Ereignisse wird, sollte uns aber nicht zögern lassen, auch weiterhin mit aller Energie unser Ziel zu verfolgen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß wir mit dem Widerstand verschiedener Partner in der EPZ rechnen müssen, wenn wir uns um gemeinsame europäische Positionen in sicherheitspolitischen Fragen bemühen.

Dies hat dazu geführt, daß wir entsprechende Bemühungen in die WEU verlagert haben. Noch sind ihre Möglichkeiten noch nicht weit genug entwickelt. Dennoch scheint sie derzeit das einzige verfügbare Instrument zu sein, die spezifischen europäischen Sicherheitsinteressen zu definieren. Die WEU wird diese Funktion nur übernehmen können, wenn wir die EPZ-Beratungsverfahren – d. h. vor allem: Einschaltung der Hauptstädte – übernehmen. Der Ständige Rat und das Generalsekretariat scheinen mit der Aufgabe ernsthafter, detaillierter und vertraulicher Konsultationen zu sicherheitspolitischen Fragen überfordert.[24] Nur wenn sie durch die Politischen Direktoren oder durch Experten aus den Hauptstädten verstärkt arbeiten, wären Ergebnisse erzielbar, die über den unverbindlichen Austausch von Meinungen hinausgingen und die MS politisch engagierten.

Vor diesem Hintergrund sollte der belgische Vorschlag zu Konsultationen in der WEU über „out of area"-Fragen aufgegriffen werden.

7) Ein besonderes Problem stellt vor diesem Hintergrund unsere deklaratorische Politik dar. Die Reaktionen der Öffentlichkeiten in den USA und Europa nach der amerikanischen Libyen-Aktion haben gezeigt, wie leicht sich die öffentlichen Meinungen in Europa und den USA auseinanderentwickeln können.

Das Pressebild der Europäer war in den USA noch nie so schlecht wie in den Wochen nach der Libyen-Krise. Umgekehrt wurde bisher keine amerikanische Aktion in den meisten europäischen Ländern von einer so großen Mehrheit verurteilt wie die gegen Libyen.

Wir müssen deshalb dem politisch-psychologischen Bereich viel größere Aufmerksamkeit widmen als bisher. Die Briten gehen in dieser Beziehung in ihrer PÖA[25] gegenüber den USA als Musterbeispiel voran.

Wir sollten außerdem beachten, daß „europäische Rhetorik", der keine Taten folgen, in den USA nur zusätzliche Verärgerung schafft.

Die unterschiedlichen Entwicklungen der öffentlichen Meinungen diesseits und jenseits des Atlantiks sind zu sehen vor dem Hintergrund einer außerordentlich geschickten Selbstdarstellung der neuen sowjetischen Führung, die sich insbesondere mit ständigen neuen Vorschlägen zur Rüstungskontrolle, aber auch durch ihr im Gegensatz zu den USA kompromißbereites Verhalten, z. B. bei der Berner KSZE-Konferenz, gegenüber der westlichen Öffentlichkeit als rational und friedliebend darstellt gegenüber einer Administration in Washington, die

[24] Der Passus „Die WEU wird … Fragen überfordert" wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]."

[25] Politische Öffentlichkeitsarbeit.

militärische Macht als Instrument der Außenpolitik ausdrücklich nicht ausschließt.

Sollte sich in der europäischen Öffentlichkeit der Eindruck festsetzen, die rational handelnden Friedenstauben säßen in Moskau und die emotional gesteuerten Falken in Washington (MdB Voigt zu Assistant Secretary Perle bei der kürzlichen deutsch-amerikanischen Tagung der FES: „Eure Art von Abschreckung schreckt die Verbündeten mehr ab als die SU“[26]), dann müßte dies erhebliche politische Konsequenzen haben.

Die Situation wird dadurch nicht leichter, daß die sowjetische Politik, in der Öffentlichkeit weitergehende Vorschläge als am Verhandlungstisch zu machen, in den USA die Befürworter eines harten Kurses gegenüber der SU stärkt, die die SU am liebsten niederringen, zumindest aber reformieren würden.

Ziel der europäischen und amerikanischen deklaratorischen Politik muß es deshalb sein, solchen Tendenzen gemeinsam entgegenzuwirken. Dies wird aber nur möglich sein, solange der Unterschied zwischen realer und deklaratorischer Politik nicht zu groß wird.

Wir müssen die Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks davon überzeugen, daß die derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Probleme nur in einer kooperativen transatlantischen Atmosphäre zu lösen sind und daß die Grundstruktur der Atlantischen Allianz noch auf lange Zeit erhalten bleiben muß.[27]

Braunmühl

Referat 204, Bd. 135353

26 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, nahm Ende Mai 1986 an der deutsch-amerikanischen Sicherheitskonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn teil. Vgl. dazu den Artikel „Memmen und Cowboys“; DER SPIEGEL, Nr. 23 vom 2. Juni 1986, S. 25 f.

27 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gestrichen: „Ref[erat] 209 hat zu Punkt 6 mitgezeichnet.“

184

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 557
Cito

Aufgabe: 4. Juli 1986, 12.50 Uhr[1]
Ankunft: 4. Juli 1986, 15.15 Uhr

Delegationsbericht Nr. 98/86

Betr.: MBFR;
hier: Schlußbericht der 39. Verhandlungsrunde (15. Mai bis 3. Juli 1986)

Zur Unterrichtung

I. Wertung und Ausblick

1) Die abgelaufene 39. Verhandlungsrunde stand im Zeichen der gegensätzlichen Auffassungen von West und Ost über die Erfordernisse, die an die Verifikation eines Phase-I-Abkommens zu stellen sind. Annäherungen konnten nicht erzielt werden. Die Auseinandersetzungen haben jedoch deutlich gemacht, daß die Verifikation zur Schlüsselfrage, vielleicht sogar zur Schicksalsfrage für die MBFR-Verhandlungen geworden ist.

2) In dieser Diskussion war der Westen aus mehreren Gründen im Vorteil:

– Sein Verzicht auf vorherige Dateneinigung im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen[2] gab der Forderung nach entsprechenden östlichen Konzessionen auf dem Gebiet der Verifikation politisches Gewicht.
– Der Westen konnte die östlichen Unterhändler mit politischen Grundsatzerklärungen konfrontieren, in denen sich führende Vertreter des WP zur Notwendigkeit der verläßlichen Überprüfung von Vertragsverpflichtungen bekannt hatten.
– Schließlich konnte der Westen die besseren Argumente vorweisen, um die Tauglichkeit der von ihm vorgeschlagenen Verifikationsmaßnahmen und die Untauglichkeit der vom Osten bisher konzedierten zu begründen.

3) Der Osten suchte sich dem zunehmenden Druck, unter den er in der Verifikationsfrage geraten ist, mit dem defensiven Argument zu entziehen, Verifkationsmaßnahmen müßten dem Umfang der angestrebten Reduzierungen entsprechen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde die Position des Westens im Hinblick auf Anfangsreduzierungen und Ausschluß von Waffen als „minimalistisch“ und als unvereinbar mit seinen „maximalistischen“ Verifikationsanforderungen kritisiert. Gleichzeitig spielte der Osten die sicherheitspolitische Bedeutung der Nichterhöhungsvereinbarung herunter, da deren verläßliche Überprüfung die beiden für den Osten schwierigsten Verifikationsmaßnahmen er-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
2 Vgl. dazu den Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985; AAPD 1985, II, Dok. 339.

forderlich macht – den aufgefächerten Informationsaustausch und mandatorische Inspektionen vor Ort.

4) Eine neue Entwicklung stellte die in der zweiten Hälfte der Verhandlungsrunde bekundete Bereitschaft des Ostens dar, die Modalitäten der von ihm selbst vorgeschlagenen Verifikationsmaßnahmen detailliert zu erläutern. Ob diese Wendung, die ohne Zustimmung durch hohe militärische Instanzen in Moskau kaum vorstellbar ist, lediglich als Antwort auf westliches Drängen nach einem konkreten Dialog über Verifikationsmaßnahmen zu verstehen ist oder ob andere taktische Erwägungen mitspielten, läßt sich noch nicht übersehen. Vorläufiges – und von der SU möglicherweise gewünschtes – Ergebnis ist jedenfalls, daß die Differenzen zwischen West und Ost vor allem im Hinblick auf die Modalitäten von Inspektionen vor Ort verfestigt worden sind. Andererseits ergeben sich, nachdem nun erstmals beide Seiten ihre Vorstellungen über wichtige Verifikationsmaßnahmen präzisiert haben, Möglichkeiten, in der kommenden Verhandlungsrunde[3] den Osten in eine detaillierte Diskussion zu ziehen und dabei zu demonstrieren, welches Konzept den Erfordernissen der Verifikation eines Phase-I-Abkommens konkret besser Rechnung trägt.

5) Eine Annäherung der beiderseitigen Positionen setzt allerdings voraus, daß sich der Osten zu einem neuen Verhandlungsschritt entschließt, der den weitgehenden Konzessionen der westlichen Initiative vom Dezember 1985 gerecht werden und eine grundsätzliche Wende in der Verifikationsfrage einleiten müßte. In der abgelaufenen Verhandlungsrunde gab es dazu leider keinerlei Anhaltspunkte. Der Osten versuchte im Gegenteil, die Verhandlungslage so darzustellen, als sei der Westen mit einer Antwort auf den vom Osten am 20.2.1986 vorgelegten Abkommensentwurf[4], der sich auf eine Formalisierung bisheriger östlicher Positionen beschränkte, am Zuge. Keine Rede ist mehr von den Signalen, wie sie damals insbesondere von DDR-Seite kamen, wonach dieser Schritt nicht das letzte Wort sei. Ungern lassen sich östliche Unterhändler auch an die positiven Kommentare erinnern, mit denen Gorbatschow um die Jahreswende auf den westlichen Vorschlag vom Dezember 1985 reagiert hatte.[5]

6) Da die Substanz dieses Vorschlags gleich geblieben ist, liegt der Schluß nahe, daß die Ursachen für die Verhärtung der WP-Position eher in einer Veränderung des politischen Umfeldes der Verhandlungen zu suchen sind. Dabei dürfte die Verschlechterung im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis im Gefolge des Genfer Gipfeltreffens[6] eine wichtige Rolle spielen. Solange die weitere Entwicklung zwischen den Großmächten im politischen, rüstungskontrollpolitischen und strategischen Bereich für Moskau nicht kalkulierbar ist, müssen die ohnehin geringen Aussichten auf sowjetische Konzessionen in der Verifikationsfrage noch pessimistischer eingeschätzt werden.

3 Zur 40. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 25. September bis 4. Dezember 1986 in Wien vgl. Dok. 350.

4 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vgl. Dok. 59.

5 Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 19, Anm. 10.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7) Inzwischen ist mit der Diskussion über Vorschläge zur konventionellen Rüstungskontrolle in ganz Europa eine neue Entwicklung eingetreten, die für die Zukunft von MBFR bestimmend sein könnte. Für die SU könnte sich hier ein Weg eröffnen, um die insbesondere wegen der Verifikationsproblematik ihr unbequem gewordenen MBFR-Verhandlungen auszutrocknen.

Gespräche mit östlichen Unterhändlern am Rande der Verhandlungen vermitteln jedoch den Eindruck, daß in dieser Frage WP-interne Divergenzen bestehen. Die osteuropäischen Bündnispartner der SU würden in einem MBFR-Ergebnis einen guten Einstieg zur Erweiterung des Verhandlungsrahmens sehen. Westliche Vorschläge für ein schrittweises Vorgehen dürften bei ihnen auf Sympathie stoßen.

8) Die Delegation hält aus bereits dargelegten Erwägungen (vgl. DB Nr. 505 vom 19.6.86 VS-v[7]) die Einordnung von MBFR in ein Gesamtkonzept der konventionellen Rüstungskontrolle für ganz Europa für eine rüstungskontrollpolitisch sinnvolle Lösung, die unseren Sicherheitsinteressen am besten Rechnung tragen würde. In der Praxis wird dies allerdings nur dann zu erreichen sein, wenn der Westen ein befriedigendes Ergebnis der laufenden Verhandlungen zumindest über ein Phase-I-Abkommen – ebenso wie bei der KVAE – zur Voraussetzung für den Übergang in einen erweiterten Rahmen macht. Nur auf diesem Wege dürfte sich sowjetisches Interesse an einer umfassenden Erörterung der Thematik für einen Abschluß in Wien mobilisieren lassen. Umgekehrt sollte in den allianzinternen Planungen über künftige Rüstungskontrollansätze alles vermieden werden, was den Stellenwert der gegenwärtigen MBFR-Verhandlungen mindern und damit den Verhandlungsdruck auf den Osten lockern könnte.

(Teil II des Schlußberichtes zum Verhandlungsablauf im einzelnen folgt mit eingeschränktem Verteiler[8])

7 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), äußerte sich zur Rolle von MBFR in einem Konzept der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa: „1) Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in ganz Europa würden einen subregionalen Ansatz für Mitteleuropa als dem Gebiet der größten Konzentration gegnerischer Streitkräfte nicht überflüssig, sondern sogar noch wichtiger machen. […] 2) Der bisherige westliche Verhandlungsansatz für MBFR, der auf Herstellung kollektiver Höchststärken mit nationalen Unterstärken für USA und SU beim Militärpersonal abzielt, würde diesem Erfordernis auch im Zusammenhang mit weitergehenden, im gesamteuropäischen Maßstab vereinbarten Reduzierungen Rechnung tragen. […] 3) Der geographisch begrenzte Raum Mitteleuropas ist zugleich der einzig realistische Rahmen für die überprüfbare Einhaltung vereinbarter Resthöchststärken. Hier, kaum aber in einem gesamteuropäischen Anwendungsbereich, ist im konventionellen Streitkräftebereich die Anwendung eines stringenten Pakets einander ergänzender Verifikationsmaßnahmen denkbar, das dem Westen hinreichende Sicherheit gibt, daß die Gegenseite nicht mehr als die offiziell angegebenen Streitkräfteumfänge unterhält." Vgl. VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Der Drahtbericht Nr. 557 ging außer an das Auswärtige Amt an das Bundesministerium der Verteidigung und an den Chef des Bundeskanzleramts, an die Botschaften in den NATO-Mitgliedstaaten und in den Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme der DDR, an die Botschaften in Belgrad, Helsinki und Tokio, an die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel, bei den Internationalen Organisationen in Genf und bei den Vereinten Nationen in New York sowie an die KVAE-Delegation in Stockholm. Der folgende Drahtbericht Nr. 558 war neben dem Auswärtigen Amt lediglich für das Bundesministerium der Verteidigung, die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel und für die KVAE-Delegation in Stockholm bestimmt.

[9]II. Verhandlungsablauf

A. Position des Ostens

1) Der Osten war bemüht, seinen Abkommensentwurf vom 20.2.86 weiterhin als Kompromiß und als geeignete Grundlage für die gemeinsame Arbeit auf ein Abkommen hin auszugeben. Er kritisierte die negative westliche Reaktion auf diesen Verhandlungsschritt als vorschnell und schob dem Westen die Verantwortung für einen erneuten Stillstand der Verhandlungen zu.

2) Gleichzeitig unterzog er die westliche Verhandlungsinitiative vom 5. Dezember 1985 zunehmend schärferer Kritik. Zum einen versuchte er, den westlichen Verzicht auf vorherige Dateneinigung im Rahmen eines zeitlich begrenzten Abkommens als überreifen Akt abzutun und nicht als bedeutendes Zugeständnis zu werten, also ohne Gegenleistung zu kassieren. Zum anderen richteten sich seine Angriffe erneut auf das vom Westen vorgeschlagene Verifikationsregime insgesamt. Dieses wurde als überzogen und unrealistisch – die westlichen Forderungen hätten kaum noch etwas mit dem begrenzten Inhalt des vorgesehenen Abkommens zu tun – und damit als unannehmbar bezeichnet. Speziell richtete sich die Kritik gegen den Austausch aufgeschlüsselter Informationen und gegen die als Rechtsanspruch und Routineangelegenheit ausgestaltete Ortsinspektion. Der Westen wolle aus einem einfachen Phase-I-Abkommen bei kaum nennenswerter militärischer Bedeutung ein kompliziertes Verifikationsabkommen machen.

3) Die Gesamttaktik des Ostens lief darauf hinaus, die Verhandlungssituation so darzustellen, als habe er mit seinem Vertragsentwurf vom 20.2.86 eine Kompromißantwort auf den westlichen Verhandlungsschritt vom 5.12.85 gegeben und als wäre nunmehr der Westen mit dem Angebot eines Kompromisses am Zuge. Wenn die negative Reaktion des Westens auf den Abkommensentwurf vom 20.2. eine definitive Ablehnung sein sollte, dann wäre „eine historische Chance in Europa“ vertan.

4) Offensichtlich wollte es der Osten jedoch nicht lediglich bei Kritik und bei einer vorwiegend defensiven Rolle belassen. Vielmehr begegnete er aktiv der westlichen Kritik, er wäre Antworten auf westliche Fragen schuldig geblieben und nicht einmal bereit, Verfahren und Funktionieren seines eigenen Verifikationsregimes zu erläutern. So beantwortete er in informellen Sitzungen eine Reihe von Fragen, die der Westen bereits zum Ende der 38. Runde zu Rolle und Aufgabe der Durchlaufpunkte auch im Zusammenhang mit der Praxis sowjetischer Gruppenrotationen sowie zum Informationsaustausch und zu Ortsinspektionen gestellt hatte.[10] Dabei präzisierte der Osten erstmals technische Einzelfragen und militärische Begriffe seiner Position zu Durchlaufpunkten und zu „Ortsinspektionen auf wohlbegründeten Antrag“, machte jedoch klar, daß er nicht zu einer entsprechenden Detaildiskussion über die Aufschlüsselung des Informationsaustauschs bereit sein werde. Gerade bei der Darlegung der Modalitäten seiner Verifikationsmaßnahmen im einzelnen wurde jedoch deutlich, daß der Osten auf die zentralen westlichen Forderungen – Aufschlüsse-

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 558 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Zur 38. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 30. Januar bis 20. März 1986 in Wien vgl. Dok. 81 und Dok. 82.

lung des Informationsaustauschs bis auf Bataillonsebene und Rechtsanspruch auf Durchführung von Ortsinspektionen – nicht einzugehen bereit ist. Luftinspektionen lehnte er kategorisch ab.

5) Keine weitere östliche Bewegung zeigte sich auch hinsichtlich anderer westlicher Anliegen – kollektive Grundlage der Nichterhöhungsverpflichtung mit nationalen Verpflichtungen nur für die USA und SU, Quote der Anfangsreduzierungen für USA und SU sowie bei der Waffenfrage. Mit Ausnahme dieser letzten Frage durften diese Punkte allerdings mehr von verhandlungstaktischem als substantiellem Interesse für den Osten sein.

Im Hinblick auf die Rolle der indirekten Teilnehmer[11] stellte der Osten deren Einbeziehung in ein Konsultativabkommen und ihre Mitwirkung bei Inspektionen in Aussicht. Auch akzeptierte er die Möglichkeit eines besonderen Protokolls, das Rechte und Pflichten der indirekten Teilnehmer festlegen soll. Die Resonanz bei den westlichen Teilnehmern mit besonderem Status zeigte, daß dieser taktische Zug geschickt gesetzt war.

B. Position des Westens

1) Der Westen hat wiederum mit einer Fülle von Plenarerklärungen und nachfolgenden Presseerklärungen auch nach außen hin sein Engagement verdeutlicht. Auch ist es ihm[12] gelungen, den Informals durch ein Themenprogramm, das der Osten weitgehend akzeptierte, seinen Stempel aufzudrücken.

2) Hauptziel des Westens war es, das durch seine Dezember-Initiative geschaffene Momentum und den seither gesetzten Druck auf den Osten aufrechtzuerhalten. Der Westen stellte weiterhin die in seiner Initiative enthaltenen Konzessionen heraus und wehrte argumentativ alle östlichen Versuche ab, die politische Bedeutung der Aufgabe der Datenfrage herunterzuspielen. Er forderte weiterhin einen östlichen Gegenvorschlag, der der Bedeutung seiner Dezember-Initiative Rechnung trägt, und stellte gleichzeitig heraus, daß der östliche Abkommensentwurf vom 20.2.86 lediglich eine Formalisierung bisheriger östlicher Positionen und damit keine adäquate Antwort auf diese Initiative darstellt. Hinsichtlich der Funktion der Durchlaufpunkte konnte der Westen sogar einen Rückschritt der östlichen Position nachweisen: Im Gegensatz zu 1983 schließt die jetzige Position die halbjährlichen sowjetischen Truppenrotationen von der Pflicht der Durchführung durch diese Punkte aus.

3) Unter Zitierung zahlreicher einschlägiger Erklärungen der politischen Führung, vor allem in Moskau, wies der Westen auf die Diskrepanz zwischen politischen Bekenntnissen zum Erfordernis einer effektiven Verifikation und dem Verhalten des Ostens am Verhandlungstisch hin. Gleichzeitig suchte er den Osten in eine vertiefte Diskussion der strittigen Fragen im Verifikationsbereich zu drängen. Der Westen wies dem Osten anhand dessen eigener Verifikationsvorstellungen nach, daß sein System nicht funktionieren und eine wirksame Überprüfung der Einhaltung der Nichterhöhungsverpflichtung nicht gewährleisten kann.

11 Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen und die Türkei bzw. Bulgarien, Rumänien und Ungarn.

12 Korrigiert aus: „ihm ist es“.

C. Budapester Appell[13]

Der Osten stellte gleich zu Beginn der Runde die von GS Gorbatschow in Ost-Berlin am 18. April unterbreitete „Initiative“[14] heraus und machte geltend, daß sie auch den Wiener Verhandlungen einen neuen Impuls geben könne. Bereits in der ersten Plenarsitzung nach Beendigung des Budapester Treffens ließ die ungarische Delegation die dort verabschiedeten Dokumente zirkulieren. Der Osten versuchte jedoch nicht, den im Appell von Budapest unterbreiteten Vorschlag in die Verhandlungen selbst einzuführen. Vielmehr beschränkte er sich darauf, dessen rüstungskontrollpolitische Bedeutung herauszustellen und die Flexibilität zu betonen, mit der er die Frage des geeigneten Forums für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung im gesamteuropäischen Rahmen zu behandeln bereit sei.

Interessanterweise bemühte sich vor allem Polen in einer Erklärung darum, anhand der entsprechenden Passagen aus den Budapester Dokumenten den eigenständigen Stellenwert des neuen Vorschlags gegenüber anderen Abrüstungsverhandlungen zu betonen. Ebenso wurde in der polnischen Erklärung die unverändert positive Haltung des Ostens zum Wiener Forum und sein Interesse an einem Verhandlungsergebnis unterstrichen.[15]

2) Der Westen beschränkte sich in seinen Plenarerklärungen darauf zu verdeutlichen, daß er die europäische Sicherheit als ein über Mitteleuropa hinausreichendes Konzept betrachtet und dementsprechend die Anwendung seiner begleitenden Maßnahmen 1 und 2 über den Raum der Reduzierungen hinaus gefordert habe. Nach den neuen Vorschlägen des WP für eine Erweiterung des geographischen Ansatzes der konventionellen Rüstungskontrolle dürfe erwartet werden, daß der Osten seinen Widerstand gegen diese westliche Forderung aufgebe. Zugleich unterstrich der Westen anhand der Erklärung von Halifax[16] sein Interesse an konventioneller Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural.

3) Die AHG erörterte im kleinen Kreise und auf persönlicher Basis den Budapester Appell und dessen mögliche Auswirkungen auf die Wiener Verhandlungen. Dabei zeigte sich, daß die Budapester Initiative überwiegend als Propa-

13 Zur Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell“) vgl. Dok. 179, Anm. 8.

14 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED vgl. Dok. 114 und Dok. 131.

15 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), informierte am 26. Juni 1986, daß der Leiter der polnischen MBFR-Delegation, Przygodski, die Plenarsitzung am selben Tag dazu genutzt habe, „einige Kernelemente“ des „Budapester Appells“ vom 11. Juni 1986 herauszuarbeiten: „Die Budapester Beschlüsse seien eine wesentliche Ergänzung der sowjetischen Vorschläge, die auf Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen bis zur Jahrhundertwende zielen. […] Die Budapester Vorschläge hätten unabhängig von ihrem Zusammenhang mit der Frage der Abschaffung der Massenvernichtungswaffen einen eigenen Stellenwert. Dies bedeute, daß sie verwirklicht werden könnten, ohne daß Ergebnisse in anderen Abrüstungsforen vorlägen. Die hohe Konzentration von Streitkräften in Europa mache diese Aufgabe dringlich. […] Hinsichtlich der oft gestellten Frage, welche Perspektive in den Budapester Beschlüssen für MBFR enthalten sei, bleibe es dabei, daß die sozialistischen Staaten einem positiven Ergebnis in Wien große Bedeutung beimessen. Die Perspektive von MBFR hinge letztlich von der Entschlossenheit und dem politischen Willen aller Teilnehmer ab, den andauernden Stillstand der Verhandlungen zu überwinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 534; Referat 221, Bd. 130144.

16 Für den Wortlaut der „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

gandamanöver angesehen wird. Taktisch könnte der Osten u. a. darauf abzielen, bei MBFR dem Zugzwang zu einer angemessenen Substanz-Antwort, bei der insbesondere Konzessionen in prinzipiellen Fragen der Verifikation gefordert sind, auszuweichen. Gleichwohl kann sich der Westen nach Auffassung der meisten Delegationen dem östlichen Vorstoß nicht entziehen und muß einen eigenen Rüstungskontrollansatz im konventionellen Bereich für ganz Europa entwickeln. Einigkeit bestand darin, daß MBFR weiterhin seine eigenständige Berechtigung hat. Dementsprechend dürfte der Westen in seinem Engagement am Verhandlungstisch nicht nachlassen und den Osten nicht aus dem Verhandlungsdruck entlassen.

[gez.] Holik

Referat 221, Bd. 130144

185

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi

7. Juli 1986[1]

Besuch des ungarischen Außenministers Várkonyi in Bonn vom 6. bis 8. Juli 1986;
hier: Gespräch beim Frühstück bei BM am 7. Juli 1986, 8.00 bis 9.30 Uhr

BM stellte fest, daß der Besuch zu einem guten Zeitpunkt stattfinde. Er erkundigte sich nach dem Ablauf des WP-Gipfels in Budapest.[2]

Várkonyi stimmte hinsichtlich der Bedeutung des Zeitpunktes zu. Die Welt stehe an einem Wendepunkt. Man hoffe, daß diese Erkenntnis zu positiven Entwicklungen führen werde. Die bilateralen Beziehungen zu uns seien gut. Man könne jetzt das Hauptgewicht auf eine qualitative Verbesserung legen. Die ungarische Seite wolle vorangehen, wo immer dies möglich sei. Zum WP-Gipfel erinnerte Várkonyi an die östlichen Vorschläge, wobei er den Test-Stopp, die Bereitschaft zu 50prozentiger Reduzierung der strategischen Waffen und die Vorschläge zu den konventionellen Waffen hervorhob. Der Osten habe auch in der Kontrollfrage, einschließlich Inspektionen vor Ort, Entgegenkommen gezeigt. Dies sei eine mutige Vorschlagsreihe trotz einer schwierigen Situation. Die Stimmung sei belastet durch einige negative amerikanische Äußerungen, die Aktion der USA gegen Libyen[3] und Tschernobyl[4]. Trotzdem habe man sich

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gefertigt.
2 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8.
3 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
4 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

in Budapest nicht von der Stimmung leiten lassen, sondern sei von der Bewertung der Lage ausgegangen. Man habe sich für die Fortführung der KSZE und für einen Erfolg der Stockholmer Konferenz[5] ausgesprochen. Jetzt hoffe man auf entsprechende Antworten. Die ersten Reaktionen gäben Anlaß zur Hoffnung. Man sei zufrieden, daß die USA nicht alle Vorschläge innerhalb von 24 Stunden vom Tisch gewischt haben. Die WP-Vorschläge seien kein endgültiger Text, sondern stellten eine Grundlage für Verhandlungen dar. Nun stelle sich die Frage, ob es zu einem zweiten sowjetisch-amerikanischen Gipfel[6] kommen werde. Auf östlicher Seite wünsche man dies. Dieses Treffen müsse Ergebnisse bringen, ein Händeschütteln reiche nicht. Dies sei aber keine Bedingung. Man müsse nur alles unternehmen, damit diese Begegnung zu einem Erfolg werde. Dazu könne jedes Land beitragen, besonders auch die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht. Wir seien ein bedeutsames Land in Europa. Man sei nahe daran, eine Reihe von Abkommen schließen zu können, z. B. über ein Verbot der chemischen Waffen.[7] Dies habe auch General Tscherwow, der z. Zt. in London sei[8], unterstrichen. Auch bei den Mittelstreckenwaffen könne man zu einem Ergebnis kommen. Dann müsse man in Stockholm ein Schlußdokument erreichen. Die Konferenzen in Ottawa[9], Budapest[10] und Bern[11] seien auch ohne ein Schlußdokument erfolgreich gewesen. Dort seien zahlreiche Vorschläge gemacht worden, mit denen weitere Befassung lohnend sei. Man sollte deshalb nicht sagen, eine Konferenz sei erfolglos, wenn es kein Schlußdokument gebe. Dadurch würden wir uns selbst behindern. In Bern sei ein Schlußdokument bereits fertig gewesen. Leider sei es durch die USA in letzter Minute vereitelt worden. Man dürfe jetzt nicht sagen, der ganze Prozeß sei erfolglos gewesen. Nach ungarischer Auffassung verdiene der KSZE-Prozeß Unterstützung und müsse fortgeführt werden.

BM wertete die Ausführungen Várkonyis als Hinweise, was man auf ungarischer Seite vom Jahr 1986 erwarte. Zwar hätten die ersten sechs Monate noch kein Vertragsergebnis gebracht. Aber es hätten sich interessante Entwicklungen bei der Formulierung der Positionen beider Seiten ergeben. Deshalb bestehe kein Anlaß, die Hoffnung aufzugeben, daß 1986 ein Jahr durchgreifender

5 Zur elften Runde der KVAE vom 10. Juni bis 18. Juli 1986 vgl. Dok. 203.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen erstmals vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 146, Anm. 8.

8 Am 10. Juli 1986 berichtete die Botschaft in London: „Generaloberst Nikolaj Tscherwow, allgemein als Head of the Directorate of the General Staff of the Soviet Armed Forces angekündigt, hielt sich mehrere Tage (ca. 3. bis 8.7.1986) in London auf. […] Tscherwows Botschaft war einfach: Der Rüstungswettlauf bedrohe die Menschheit mit Vernichtung. SDI verschärfe die Gefahr, weil Entscheidungen nicht mehr von Menschen, sondern nur noch von Computern getroffen werden könnten. SU tue ihrerseits alles, um Rüstungswettlauf anzuhalten. In zahlreichen Punkten habe sie amerikanischen Forderungen nachgegeben. Die USA müßten sich endlich zu ernsthaften, ergebnisorientierten Verhandlungen bereit finden. Londons Einflußnahme auf Washington sei hierbei nützlich und vonnöten.“ Im Rahmen einer Pressekonferenz in der sowjetischen Botschaft habe er sich optimistisch hinsichtlich eines Abkommens über das Verbot chemischer Waffen geäußert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1507; Referat 213, Bd. 139334.

9 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

10 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

11 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses werden könne. Die Tatsache, daß heute West und Ost bereit seien, über alle Themen zu verhandeln, erleichtere es, sich in Einzelfragen zu verständigen. Hier liege die eigentliche Bedeutung der Bereitschaft beider Seiten, sich über konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural zu unterhalten. Auch wir hielten eine Gipfel-Begegnung noch 1986 für notwendig. Sie sollte in der Tat sachliche Ergebnisse bringen. Aber man dürfe nicht bis dahin warten. Man könne schon vorher Fortschritte an den verschiedenen Verhandlungstischen erreichen. Enttäuscht seien wir weiterhin über die WP-Reaktion bei MBFR. Der WP sollte sich noch einmal gründlich damit befassen. Die Parameter bei MBFR seien auch tauglich für die Rüstungskontrolle in ganz Europa. Bei den chemischen Waffen habe auch er die Äußerungen von Tscherwow gelesen. Er stimme zu, daß ein CW-Verbotsabkommen abschlußreif sei. In Genf gebe es nicht mehr viel zu verhandeln, sondern es müsse politisch entschieden werden. Tscherwow habe auf die Frage der Kontrollen in der privaten Industrie hingewiesen. Die Bundesregierung sei immer der Meinung gewesen, daß die Unterschiede zwischen den Gesellschaftssystemen und entsprechenden Wirtschaftssystemen nicht dazu führen dürften, daß unterschiedlich starke Kontrollen angewendet würden. Wenn man diesen Grundsatz anwende, müsse es möglich sein, sich auf eine für beide Seiten gleiche Kontrolle zu verständigen. Ein Verbot der chemischen Waffen und ihrer Herstellung wäre ein wirklicher Durchbruch. In Stockholm stehe man unter zeitlichem Druck, dieser müsse wegen des Folgetreffens in Wien[12] auch aufrechterhalten werden. In Stockholm seien die Probleme zur Zeit noch kompliziert, aber lösbar.

Als ein realistisches Programm bis zu einem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen könne er sich folgendes vorstellen:

– Stockholm sollte positiv abgeschlossen werden.
– Bei den chemischen Waffen könnte ein Ergebnis erreicht werden, das die Großen absegnen könnten.
– Außerdem müßte eine Verständigung über symbolische Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa möglich sein.

Beim konventionellen Kräfteverhältnis in ganz Europa hätten wir in der in Halifax beschlossenen Gruppe hoher Beamter im Bündnis[13] die Arbeit begonnen. Bei der Verteilung der Aufgaben hätten wir die zentrale Aufgabe übernommen. Schon die Einsetzung der Gruppe in Halifax habe weitgehend deutschen Vorschlägen entsprochen. Wir hätten, wie der Warschauer Pakt, eine Festlegung vermieden, wer mit wem über das konventionelle Kräfteverhältnis verhandeln solle. Wir wollten die Sache nicht mit Prestige-Fragen belasten. – Auf Frage von *Várkonyi*, ob die in Halifax eingesetzte Gruppe aus Soldaten oder Zivilisten bestehe, wies *BM* darauf hin, daß wir durch Botschafter Ruth vertre-

12 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

13 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa“ vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.
Zur Einsetzung der „High Level Task Force“ (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. auch Dok. 159, besonders Anm. 15.
Zur konstituierenden Sitzung der HLTF vgl. Dok. 179, Anm. 4.

ten seien und auch die Verbündeten durch ihre entsprechenden Abrüstungs-Beauftragten. *Várkonyi* meinte, er habe keine Einwendungen gegen Soldaten, aber über politische Fragen sollte politisch gesprochen werden. – *BM* wies darauf hin, daß heute die Generale bei der Einschätzung der Risiken häufig die vorsichtigeren seien. *Várkonyi* stimmte zu und erwähnte eine Äußerung von GS Kádár gegenüber Shultz[14]: Er habe keine Angst vor echten Soldaten, sondern vor Pseudo-Soldaten. *BM* unterstrich, daß die Generalität bei uns voll auf die Verhinderung des Krieges ausgerichtet sei. (*Várkonyi*: Auch bei uns.)

BM fuhr fort: In den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa müsse man die einschlägigen Elemente herausarbeiten: Man dürfe nicht nur Stahlhelme zählen. Es gebe viele Aspekte, von denen einer die Zahl der Soldaten sei, außerdem aber Aspekte wie Ausrüstung, Bewaffnung, Geographie. Bezüglich der Fragen, die bei einem Gipfel behandelt werden könnten, schälten sich zwei Bereiche heraus:

– Ein Zwischenergebnis bei den Mittelstreckensystemen und
– das Verhältnis defensiver und offensiver Waffen im strategischen Bereiche:
  Hierher gehören auch das Problem der Weiterbeachtung des ABM-Vertrages und eine Verständigung darüber, was Forschung sei und wie weit sie gehe.

Es wäre ein Segen für die Menschheit, wenn die von Moskau und Washington erklärte Bereitschaft zu drastischen Reduzierungen ihrer strategischen Systeme am Verhandlungstisch zu Fortschritten führen würde. Über allem dürfe man nicht die Bedeutung der Wiener KSZE-Folgekonferenz unterschätzen. Es bedürfe eines positiven Großklimas, in dem sie gedeihen könne. Auch für die Weiterführung des KSZE-Prozesses komme dem dritten Folgetreffen eine Schlüssel-Bedeutung zu. Es müsse Perspektiven für die Zukunft entwickeln. Deshalb sei es gut, daß beide Bündnis-Systeme entschieden hätten, Wien auf politischer Ebene zu eröffnen. Die Beratungsergebnisse in Ottawa, Budapest und Bern sollten, auch wenn es keine Schlußdokumente gegeben habe, in ihrer Substanz erhalten werden. Man sollte versuchen, die wichtigsten Ergebnisse dieser drei Konferenzen in Wien wieder auf den Tisch zu legen. Er hätte keine Bedenken dagegen, wenn man die Außenminister der Gastgeber-Länder dieser drei Konferenzen bitten würde, über die Konferenzergebnisse in Wien zu berichten. Dies wäre eine Möglichkeit, ihre Substanz in Wien einzuführen. Wir hätten das im Westen noch nicht besprochen, wären aber interessiert an der ungarischen Reaktion. Man müsse über das Programm für die nächsten Jahre nachdenken. Tschernobyl habe die allgemeine Lehre bewußt gemacht, daß es Gefahren gebe, für die keine Grenzen bestünden, deren Bewältigung deshalb auch über die Grenzen hinübergreifen müßte. Es sei wichtig, daß man sich klarmache, daß die Zusammenarbeit ein Schlüsselbegriff für das künftige Verhältnis zwischen West und Ost in allen Bereichen sei.

Várkonyi stimmte zu, daß man die Lehren aus Tschernobyl ziehen müsse und daß internationale Zusammenarbeit notwendig sei. Deshalb halte man den Vorschlag des BK für eine internationale Konferenz[15] für richtig. Der Gedanke

14 Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 15. bis 17. Dezember 1985 in Ungarn auf.
15 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 165.

von BM, daß die Außenminister der betreffenden Staaten über die KSZE-Treffen in Ottawa, Budapest und Bern berichten sollten, sei äußerst interessant. Er werde in jedem Falle über das Kulturforum in Budapest sprechen und die Außenminister der Schweiz[16] und Kanadas[17] könnten dies bezüglich der beiden anderen Treffen tun. Aber ein förmlicher Auftrag wäre sicher schöner. Man sollte den Gedanken auf beiden Seiten weiterverfolgen. Er bitte um Unterrichtung über die Stellungnahmen unserer westlichen Partner.[18] – Zur Frage der gleichen Sicherheit wies Várkonyi auf den in letzter Zeit von Gorbatschow gebrauchten Terminus „ausreichende Sicherheit" hin. Dies bedeute Verzicht auf „overkill". Aus dem Begriff ergebe sich auch, daß die SU auf eine Verwirklichung von SDI nicht unbedingt mit einem ähnlichen Programm reagieren werde. Várkonyi drückte Besorgnis wegen des Schicksals von SALT und ABM aus. Wenn man sich einigen könnte, die Geltungsdauer des ABM-Vertrages[19] zu verlängern, wäre dies ein guter Schritt. Dann könnte man definieren, was Forschung genau bedeute. Nach den letzten östlichen Stellungnahmen sei man auf WP-Seite nicht gegen Forschung, aber Maquetten seien schon ein Problem. SALT und ABM müßten unbedingt verteidigt werden, sonst sei es unmöglich, Verträge zu schließen.

BM erwiderte: Den Gedanken einer Sicherung der Weiterbeachtung des ABM-Vertrages durch Ausschluß der Kündigungsfrist auf Zeit hätten wir schon früh in die Diskussion gebracht. Es werde jetzt wohl mehr darum gehen, für wie lange die Kündigung ausgeschlossen werden solle. Damit hänge die Definition dessen zusammen, was Forschung sei. Wir hätten eine klare Position: Das Wenige, das man habe, solle man halten. Bei SALT II könne man die Obergrenze obsolet machen, wenn man sich auf Reduzierungen einige. Insofern wäre es gut, den Vertrag zu überholen bzw. zu unterbieten.

Várkonyi erwähnte die ungarische Übermittlung des Budapester WP-Appells an die NATO, die dort einige Verwirrung gestiftet zu haben scheine.[20] Man

16 Pierre Aubert.

17 Joe Clark.

18 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Jankowitsch am 28. August 1986 in Wien; Dok. 226, besonders Anm. 15.
Vgl. dazu ferner das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7. September 1986 in Brocket Hall; Dok. 236.

19 Artikel XV des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 legte fest, daß der Vertrag auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen wurde. Beide Vertragsparteien konnten den Vertrag jedoch unter Berufung auf höchste nationale Interessen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 395.

20 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 18. Juni 1986, NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe den Ständigen NATO-Rat am Vortag darüber in Kenntnis gesetzt, daß sich der ungarische Botschafter Tardos „kürzlich um Termin bei ihm bemüht habe, um ihm Budapester WP-Erklärungen zu übergeben. Er habe Botschafter danken, ihn jedoch wissen lassen, daß er Text bereits besitze, und angeregt, Übermittlung in Hauptstädten vorzunehmen. Falls besondere Kommentierung beabsichtigt sei, empfehle er Fühlungnahme Botschaft mit A[ssistant]S[ecretary]G[eneral] Dannenbring." Vgl. den Drahtbericht Nr. 834; VS-Bd. 13450 (213); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 19. Juni 1986 teilte Hansen mit, daß Tardos dem Beigeordneten NATO-Generalsekretär Dannenbring am Vortag das Kommuniqué über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 und den „Budapester Appell" vom 11. Juni 1986 übergeben und erläutert habe: „Dannenbring hat nicht-offiziellen, formlosen Charakter Gesprächs betont, auf Nichtpublizität bestanden (beides wurde ausdrücklich akzeptiert) und darauf hingewiesen, daß einziger offizieller Weg für Kontaktaufnahme der unmittelbare mit Mitgliedstaaten des Bündnisses sei. Direkter Kontakt zwischen WP und NATO sei schon wegen unterschiedlichen Cha-

wolle auch mit der NATO selbst verhandeln, wenn es möglich sei. Es gebe auf beiden Seiten Ergebnisse, auf denen man aufbauen könne. Man müsse aber darauf achten, daß die Entwicklung nicht durch Unfälle oder Provokationen gefährdet werde. Wenn solche Vorfälle passierten, sollte man sich um ihre schnelle Beilegung bemühen.

Referat 010, Bd. 178902

186

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow

220-370.00 SB-1027/86 VS-vertraulich **7. Juli 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Karpow am 7.7.1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: D 2 A[2], D 2[3], RL 220[4], RL 013[5], VLR I Dr. Klaiber, VLR Weiß (als Dolmetscher).

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Karpow, Botschafter Kwizinskij, Botschaftsrat Jelisarjew, Botschaftssekretär Beljakow (als Dolmetscher).

Bundesminister führte nach einleitender Begrüßung aus, daß auf den Gebieten der Rüstungskontrolle, wo Fortschritte erreichbar seien, sie jetzt auch gemacht werden sollten. Er habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, was ein Mit-

Fortsetzung Fußnote von Seite 979
rakters beider Organisationen nicht gangbar. Ungarischer Botschafter habe nicht widersprochen. In der Sache hat Dannenbring auf Erklärung von Halifax aufmerksam gemacht und im übrigen auf bestehende Verhandlungsforen hingewiesen, wo sich Bündnis Fortschritt erhoffe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 849; VS-Bd. 11334 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 7. Juli 1986 über Staatssekretär Ruhfus an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Ruhfus am 8. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 14. Juli 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ruth an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 14. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Ruth am 15. Juli 1986 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 15. Juli 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Friedrich Ruth.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Rolf Hofstetter.

5 Jürgen Chrobog.

glied der sowjetischen Delegation zum Verbot chemischer Waffen gesagt habe.[6] Wir sähen die Probleme grosso modo genauso.

Wichtig sei, daß in der KVAE verstärkte Anstrengungen gemacht würden, damit Wien[7] auf den Ergebnissen von Stockholm[8] aufbauen könne. Überhaupt sei es erforderlich, daß Wien gut vorbereitet werde.

Er, Bundesminister, habe heute morgen im Gespräch mit dem ungarischen Außenminister[9] als persönliche Anregung, die im westlichen Kreis noch nicht besprochen worden sei, zu erwägen gegeben, die KSZE-Foren in Ottawa[10], Bern[11] und Budapest[12] zu bewahren. Die drei gastgebenden Länder könnten in Wien einen Bericht über diese drei Konferenzen abgeben. Es sei wichtig, daß die wertvolle Arbeit, die auf diesen Konferenzen geleistet worden sei, in praktische Politik umgesetzt werde.

Botschafter *Karpow* bemerkte, daß eine Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht dazu führen dürfe, daß man aus dem Auge verliere, was in der Zukunft getan werden solle. Sicher sei eine Analyse dessen, was zwischen Madrid[13] und Wien geschehen sei, erforderlich, nur dürfe hierdurch nicht der Blick in die Zukunft verstellt werden.

Bundesminister führte aus, daß es entscheidend sei, die Substanzergebnisse, die in Bern, Ottawa und Budapest erzielt worden seien, zu nutzen.

Botschafter *Karpow* erklärte, daß er am Samstag[14] ein etwa vierstündiges Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse geführt habe, in dem es auch um die Bedeutung der Konsultationen in Bonn gegangen sei. Das besondere Augenmerk habe der Frage gegolten, was in den verschiedenen Abrüstungsforen getan werden könne, um die europäische Sicherheit zu festigen. Hauptgedanke sei gewesen, die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR in bezug auf diejenigen Verhandlungsforen zu stärken, an denen beide Seiten beteiligt seien, also die Verhandlungen in Wien und Stockholm, die Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz über ein Ver-

6 Botschafter Ruth notierte am 20. Juni 1986, daß der Leiter der sowjetischen CD-Delegation, Israeljan, im Rahmen von Rüstungskontrollkonsultationen am 17. Juni 1986 in London erklärt habe, „es sei für die SU von prinzipieller Bedeutung, daß ein CW-Verbotsabkommen eine Ausnahmeregelung von Verdachtsinspektionen vor Ort in ‚außergewöhnlichen Umständen' vorsehe. Wenn hierüber Einigung erzielt werden könne, sei die Ausgestaltung der Inspektionen im einzelnen für die SU eine zweitrangige Frage. Insbesondere sei die SU damit einverstanden, daß bei einem Einsatz von CW kein Ablehnungsrecht gegeben sein dürfte." Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

7 In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

8 In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 203.

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 7. Juli 1986 vgl. Dok. 185.

10 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

11 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

12 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

13 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

14 5. Juli 1986.

bot chemischer Waffen[15] und die Fragen der konventionellen Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural. Die Erörterung dieser Themen sei auch im Zusammenhang mit der Moskau-Reise des Bundesministers[16] wichtig. Im Gespräch mit Botschafter Ruth sei der Versuch einer „realen Bestandsaufnahme" gemacht worden. Er wolle nicht alle Einzelheiten dieses Gesprächs wiederholen, sondern nur folgende Punkte herausgreifen:

Es sei sehr wichtig, daß Stockholm mit einem positiven Ergebnis abschließe. Die Sowjetunion sei bereit, ernsthaft nach Kompromißlösungen zu suchen; dies gelte für die Frage der Ankündigungsschwelle bei Manövern, für die Ankündigung für Luftstreitkräfte, die nicht getrennt, sondern im Kontext der Landstreitkräfte erfolgen könne.[17] Ein positives Konferenzergebnis liege im beiderseitigen Interesse. Unsere Vertreter in Stockholm könnten versuchen, Wege für die Lösung offener Einzelfragen zu finden. Auch wäre es zu begrüßen, wenn der Bundesminister bei seinem Besuch in Moskau seine Ideen Außenminister Schewardnadse mitteilen könnte.

Dies gelte auch für MBFR und für die Ächtung chemischer Waffen. Bundesminister sei in Genf gewesen und habe dort seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen dargelegt.[18] Auf sowjetischer Seite sehe man im Bereich chemischer Waffen zwei Hauptprobleme:

– die Inspektion auf Antrag; weitere Arbeiten seien erforderlich, um diejenigen Fälle zu identifizieren, in denen ein Inspektionsersuchen nicht abgelehnt werden dürfe; die Sowjetunion sei bereit, bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten mit uns zusammenzuarbeiten;
– die Kontrolle der Nichtproduktion; auch hier gebe es ernsthafte Probleme; die sowjetische Industrie sei staatlich; für sie sei eine Lösung möglich, die eine Garantie für die Nichtproduktion gebe; von sowjetischer Seite sei vorgeschlagen worden, die Produktion auf einen Betrieb zu konzentrieren; dieser Vorschlag habe leider nicht unsere Unterstützung und die der USA gefunden; die Sowjetunion sei bereit, unsere Überlegungen anzuhören.

15 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 146, Anm. 8.

16 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

17 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow führte am 7. Juli 1986 gegenüber Botschafter Ruth zum Stand der KVAE in Stockholm aus, daß die UdSSR den Vorschlag der Neutralen und Nichtgebundenen, die Höchstgrenze der Manöver auf das Fünffache der Notifizierungsschwelle zu begrenzen, als „vernünftig" erachte: „Auch in der Frage der Notifizierungsschwelle sei ein Kompromiß zwischen den Vorstellungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten einerseits und denen des Westens andererseits möglich. […] Auch was die Notifizierung selbständiger Manöver der Luftstreitkräfte betreffe, so könne diese Frage in einem breiteren Kontext, nämlich der Notifizierung von Landaktivitäten, gelöst werden. Zwar würde die SU, vor allem im Hinblick auf die große Bedeutung, die taktische und andere in Europa stationierte Luftstreitkräfte auf die Stabilität haben, eigenständige Notifizierungen von Manövern der Luftstreitkräfte vorziehen, doch sei sich die SU auch darüber im klaren, daß nicht alle Teilnehmer der KVAE diese Auffassung teilten. Deshalb sei sie bereit, diese Frage im Kontext der Notifizierung von Manövern der Landstreitkräfte zu lösen. Auch in der Frage der Notifizierung unabhängiger Seeaktivitäten sei die sowjetische Seite bereit, nach Lösungen zu suchen, die allen Teilnehmern ‚passen' würden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

18 Bundesminister Genscher sprach am 10. Juni 1986 vor der Abrüstungskonferenz in Genf. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1986, S. 573–576.

Schließlich sei es von großer Wichtigkeit, sich darüber zu verständigen, wie die Reduzierung konventioneller Streitkräfte und Rüstungen in ganz Europa (Vorschlag von Budapest[19]) in Angriff genommen werden solle. Diese entscheidende Frage dürfe nicht zur Geisel der Wiener oder Stockholmer Verhandlungen gemacht werden. Der Beginn konventioneller Abrüstungsverhandlungen dürfe nicht von einem „obligatorischen Abschluß" anderer Verhandlungen abhängig gemacht[20] werden. Es gebe hier verschiedene Möglichkeiten. Die Budapester Erklärung enthalte drei Varianten, u. a. die Transformation der Wiener Verhandlungen. Sonstige Ideen, die gewährleisteten, daß es zu Verhandlungen komme, würden von der SU mit Aufmerksamkeit geprüft werden.

Bundesminister dankte Botschafter Karpow für seine Ausführungen. Er weist auf die Notwendigkeit eines positiven KVAE-Ergebnisses hin. Wenn man in Stockholm zu keinem Ergebnis komme, wisse er nicht, wann man Ergebnisse überhaupt erzielen werde. Der Druck, der von der zu Ende gehenden Konferenz ausgehe, müsse genutzt werden. Ein KVAE-Ergebnis hätte positive Auswirkungen auf den Rüstungskontrollprozeß als ganzes. Ergebnisse in Stockholm und Wien könnten für konventionelle Rüstungskontrollverhandlungen, die Europa vom Atlantik bis zum Ural umfassen, genutzt werden. An den Problemen, die sich aus der Nahtstelle zwischen Ost und West ergeben, ändere sich z. B. durch die Ausdehnung des Gebiets nichts. Es gehe hier nicht um eine Konditionierung, sondern um die Frage des logischen Aufbaus.

Die Gespräche mit Botschafter Karpow würden wir genau analysieren. Wir träten mit Nachdruck für Fortschritte im Jahre 1986 ein. Das wäre ein guter Rückenwind für den Gipfel, der nach unserer Auffassung dieses Jahr stattfinden müsse.

Bundesminister bat Botschafter Karpow, Außenminister Schewardnadse zu grüßen und ihm zu sagen, daß er mit guten Absichten nach Moskau komme.

VS-Bd. 11281 (220)

19 Zur Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell") vgl. Dok. 179, Anm. 8.

20 Korrigiert aus: „Verhandlungen gemacht".

187

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Lehman

220-370.00 SB-1035/86 VS-vertraulich **8. Juli 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Lehman am 8.7.1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: D 2 A[2], RL 220[3], VLR I Dr. Klaiber, VLR I Weber als Dolmetscher, VLR Bettzuege.

Auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, Botschaftsrat Grobel.

Nach einleitenden Bemerkungen des Bundesministers führte Botschafter *Lehman* aus, daß der jüngste sowjetische START-Vorschlag[4] „technisch gesehen" keine große Bewegung darstelle: Die vorgeschlagenen Reduzierungen seien geringer als die auf dem Gipfel[5] vereinbarten 50%; obwohl gewisse Junktims nicht mehr aufrechterhalten würden, sei auch dieser Reduzierungsvorschlag an Bedingungen geknüpft. Gleichwohl sei es denkbar, daß hiermit der Weg zu Reduzierungen geöffnet werde. Das müsse sich jetzt erweisen. Präsident Reagan habe sich für eine positive Reaktion entschieden. Dies entspreche seiner Überzeugung, daß tatkräftiges Verhandeln am ehesten zum Erfolg führe. Auch auf den sowjetischen Vorschlag vom 30.9.1985, der insofern negativ zu bewerten gewesen sei, als er den Einschluß der FBS verlangt habe, habe der Präsident im positiven Sinne reagiert.[6] Dasselbe gelte für die amerikanische Reaktion auf den Gorbatschow-Vorschlag vom 15.1.1986[7], der für die Genfer Verhandlungen selbst wenig Positives enthalten habe.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 9. Juli 1986 über Staatssekretär Ruhfus an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Ruhfus am 9. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 21. Juli 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermerk kann unter Vorbehalt der Genehmigung durch BM verteilt werden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 21. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 22. Juli 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Friedrich Ruth.

3 Rolf Hofstetter.

4 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

5 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

6 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 30. September 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 270.
Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an Gorbatschow vgl. Dok. 52.

Auf die Frage des Bundesministers nach dem Inhalt der amerikanischen Antwort auf den sowjetischen Vorschlag vom 11.6.1986 führte Botschafter Lehman aus, daß diese noch nicht im einzelnen feststehe. Sicher werde darin die Notwendigkeit drastischer Reduzierungen von Offensivwaffen und der Festigung der Stabilität hervorgehoben. Auf amerikanischer Seite sei man bereit, sowjetische Anliegen zu berücksichtigen. Die Antwort werde vor Beginn der nächsten Runde[8] übermittelt werden. Der genaue Zeitpunkt stehe noch nicht fest. Innerhalb der Administration hätten bereits intensive Beratungen über die amerikanische Antwort stattgefunden.[9]

Wenn die Sowjets es wirklich ernst meinten, sei er bezüglich Verhandlungsfortschritten optimistisch. Dies gelte auch im Hinblick auf das Gipfeltreffen. Natürlich könnten nicht alle Einzelfragen der Verhandlungen vor einem Gipfeltreffen gelöst werden.

Bundesminister erwiderte, daß Präsident Mitterrand und Präsident Reagan sich darüber einig gewesen seien, daß der Gipfel so früh wie möglich stattfinden soll.[10] Er schloß die Frage an, was dies konkret bedeute.

Botschafter *Burt* antwortete, daß dies November 1986 bedeuten könne, falls Gorbatschow zustimme.

Auf die Frage des *Bundesministers*, ob es konkrete Verhandlungsvorschläge gäbe, die eine Halbierung der strategischen Arsenale vorsähen, erwiderte Botschafter *Lehman*, daß der amerikanische Vorschlag vom 1.11.1985 auf eine 50%ige Reduzierung hinauslaufe. Der sowjetische Vorschlag vom 11.6.1986

8 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf begann am 18. September 1986. Vgl. dazu Dok. 325.

9 Gesandter Wallau, Washington, informierte am 11. Juli 1986, daß die dem Nationalen Sicherheitsrat vorliegenden Optionen für eine amerikanische Antwort auf den sowjetischen Rüstungskontrollvorschlag vom 11. Juni 1986 „von dem bekannten Interessengegensatz" geprägt seien: „Das Pentagon begegnet dem sowjet[ischen] Vorschlag mit Skepsis und hat insbesondere gegen jede Art einer zusätzlichen Bindung an den ABM-Vertrag Bedenken. […] Das State Department sieht dagegen den sowjet. Vorschlag als Ansatz zu einer gemeinsamen Basis für erfolgversprechende Verhandlungen und möchte auf die Struktur des sowjet. Vorschlags mit einem eigenen umfassenden Vorschlag eingehen. Dabei soll die von den Sowjets vorgegebene Form amerikanischen Sicherheitsinteressen gemäß ausgefüllt werden: wesentlich kürzere Bindung an den ABM-Vertrag; weitergehende Reduzierungen strategischer Offensivwaffen. Im INF-Bereich solle Gedanke eines Interimsabkommens wieder in den Vordergrund gerückt werden." Wallau fuhr fort, daß aus Kreisen des Nationalen Sicherheitsrats verlaute, Präsident Reagan halte bei seiner Entscheidung an den zwei Grundsätzen fest, „das SDI-Programm seinem Nachfolger intakt zu übergeben; keine Vorleistungen für eine Vereinbarung über die Reduzierung offensiver Systeme zu machen. Unter diesen Umständen zeige der Präsident Zurückhaltung, auf die vorliegenden sowjet. Vorschläge zum ABM-Vertrag vorschnell einzugehen, wenngleich er nicht verkenne, daß es sich dabei um einen positiven Ansatz handeln könne. Man trage sich daher mit dem Gedanken, in der Antwort des Präsidenten stark auf die strategischen Offensivwaffen abzustellen, um auf diese Weise herauszufinden, ob die Sowjets es mit ihrer Bereitschaft zu einer Vereinbarung auf diesem für die USA prioritären Gebiet ernst meinen. In der Frage der Bindung an den ABM-Vertrag werde eine vorsichtige Formulierung erwogen, etwa wie folgt: Falls sich eine wirkliche Reduzierung strategischer Offensivwaffen als möglich erweisen sollte, könnten USA bereit sein, über eine Bindung an den ABM-Vertrag nachzudenken. Mit einer solchen Formulierung werde die Tür für die Sowjets offengehalten. Der Präsident werde gleichzeitig der Notwendigkeit enthoben, eine Entscheidung gegen Shultz bzw. Weinberger zu treffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2951; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Präsident Mitterrand hielt sich am 3./4. Juli 1986 anläßlich des amerikanischen Nationalfeiertags und der Feierlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum der Freiheitsstatue in den USA auf und führte am 3. Juli 1986 ein Gespräch mit Präsident Reagan.

führe demgegenüber lediglich zu einer 20%igen Reduzierung. Die Sowjetunion begründe das Abgehen von ihrem eigenen 50%-Vorschlag damit, daß die USA nicht bereit gewesen seien, das SDI-Junktim und die Anrechnung der FBS zu akzeptieren.

Botschafter *Burt* warf ein, daß die entscheidende Frage sei, was um 50% reduziert werden solle und welche Maßstäbe man anlege. Hierüber gebe es keine Einigung.

D2A ergänzte, daß deswegen in die Gipfelvereinbarung der Passus „appropriately applied" aufgenommen worden sei.[11]

Botschafter *Lehman* führte aus, daß im Verhältnis zur Sowjetunion weiterhin das Problem bestehe, daß die Sowjetunion zwar öffentlich gewisse Erklärungen abgebe, diese dann aber am Verhandlungstisch keinen Niederschlag fänden. Dies gelte z. B. für die Gorbatschow-Erklärungen zur Verifikation. Auf die amerikanischen Vorstellungen zur Verifikation eines INF-Abkommens sei die sowjetische Delegation bisher nicht eingegangen. Statt dessen habe sie im Bereich der Verifikation mobiler strategischer Waffen, für die der amerikanische Vorschlag ein vollständiges Verbot vorsehe, eigene Verifikationsvorstellungen unterbreitet. Insgesamt sei die sowjetische Haltung in den Genfer Verhandlungen seit dem Gipfeltreffen sehr enttäuschend gewesen.

Auf eine entsprechende Frage des Bundesministers führten Botschafter *Lehman* und *Burt* aus, daß es unklar sei, wer in Moskau das eigentliche Sagen in Sachen Rüstungskontrolle habe (Schewardnadse? Dobrynin? Karpow?).

D2A berichtete an dieser Stelle über die einschlägige Reorganisation im sowjetischen Außenministerium.[12]

Zum Verhältnis Offensiv-/Defensivsysteme, auf dessen Bedeutung D2A hinwies, führte Botschafter *Lehman* aus, daß die USA dieses Wechselverhältnis durchaus anerkannten. Man dürfe dies allerdings nicht einseitig sehen; vor allem dürften Fortschritte in einem Bereich nicht von Fortschritten in anderen abhängig gemacht werden. Die USA bekräftigten den ABM-Vertrag täglich, in-

11 Vgl. dazu den Abschnitt „Nuclear and Space Talks" der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 21. November 1985; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 688.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 28. Mai 1986 zu den personellen Veränderungen in der KPdSU und im sowjetischen Außenministerium, augenfällig sei „die weitgehende Übernahme der unter Ponomarjow noch von Komintern- und Kominform-Traditionen geprägten internationalen Abteilung des ZK der KPdSU durch professionelle Diplomaten und ‚Amerikanisten'": „Dobrynin hat als Nachfolger Ponomarjows die Internationale Abteilung des ZK übernommen, ist also für die Außenbeziehungen der Partei zuständig, dürfte aber darüber hinaus eine allgemeine beratende Funktion in zentralen außenpolitischen Fragen ausüben." Ferner sei dem Vernehmen nach der bisherige Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko in die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU gewechselt und habe die Funktion eines Ersten Stellvertretenden Leiters übernommen: „Neben den personellen Veränderungen gibt es auch Anzeichen für organisatorische Umgruppierungen im SAM. Es soll eine Abrüstungsabteilung unter der Leitung des sowjetischen Delegationsleiters bei den Genfer Verhandlungen mit den USA, Karpow, geschaffen werden. Über die genauen Kompetenzen dieser neuen Abteilung liegen noch keine Informationen vor. Bisher waren die Amerika-Abteilung für die bilateralen Abrüstungsgespräche mit den USA zuständig, die Abteilung für internationale Organisationen für die multilateralen Abrüstungsforen und die Planungsabteilung für Sicherheitsfragen innerhalb der KSZE. Möglicherweise sollen alle diese Gebiete nunmehr in einer Hand zusammengefaßt werden." Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

dem sie sich an seine Bestimmungen hielten. Etwas ganz anderes sei es, diesen Vertrag formal zu ändern.

Wichtig sei, daß die Sowjetunion dazu gebracht werde, bei der Reduzierung offensiver strategischer Waffen echtes Entgegenkommen zu zeigen. Es gebe sehr wenig, was die USA auf dem Gebiet der Defensivsysteme anzubieten hätten. Dieses wenige dürfe nicht zu früh weggegeben werden.

Bundesminister erkundigte sich danach, wo Möglichkeiten für eine Einigung zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow lägen.

Botschafter *Burt* äußerte die Hoffnung, daß INF, bei denen es sich um einen überschaubaren Bereich handele, nach wie vor der aussichtsreichste Kandidat seien. Er schloß die Frage an, weshalb Karpow seine gestrige Pressekonferenz dazu genutzt habe, die deutsche Haltung zu einem INF-Abkommen zu kritisieren.[13]

Bundesminister bemerkte, daß Karpow wohl den Eindruck habe erwecken wollen, wir seien für den mangelnden Fortschritt in den INF-Verhandlungen verantwortlich. In Wirklichkeit sei diese Thematik in dem Gespräch, das er mit Karpow geführt habe[14], überhaupt nicht besprochen worden. Das Gespräch habe sich auf chemische Waffen und die KVAE beschränkt.

D2A ergänzte, daß in seinen Gesprächen mit Karpow zu INF lediglich Fragen gestellt worden seien.[15]

Botschafter *Lehman* erklärte, daß er in Genf ähnliche Erfahrungen mit den Sowjets gemacht habe. Solche Fälle zeigten, wie wichtig die Kohäsion unter den Bündnispartnern und intensive Bündniskonsultationen seien.

13 Im Anschluß an sein Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Juli 1986 erklärte der sowjetische Sonderbotschafter Karpow, es stelle sich die Frage, „ob die Bundesrepublik Deutschland ein reales Interesse daran hat, daß es in Europa weder die amerikanischen noch die sowjetischen Mittelstreckenraketen gibt". In der Presse wurde dazu gemeldet, Karpow habe weiter ausgeführt, daß aus sowjetischer Sicht nicht zu erkennen sei, „daß die Bundesregierung in der NATO ihren Einfluß geltend mache, damit es am Verhandlungstisch zu Fortschritten kommt. Das Gegenteil sei der Fall. Nachdem Moskau den völligen Abbau aller Mittelstreckenwaffen in Europa vorgeschlagen habe, seien von Bonner Seite ‚zusätzliche Bedingungen im Sinne der Verkomplizierung einer Lösung' gestellt worden. Dies gelte für die Frage der sowjetischen Raketen in Asien wie für die Verknüpfung der Mittelstreckenproblematik mit den Raketen kürzerer Reichweite und der konventionellen Rüstung. ‚Ich kann nicht sagen, daß mich die Gespräche heute in Bonn zufriedengestellt haben', erklärte Karpow." Vgl. den Artikel „Karpow unzufrieden mit Bonn"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 8. Juli 1986, S. 2.

14 Für das Gespräch am 7. Juli 1986 vgl. Dok. 186.

15 Auf Fragen des Botschafters Ruth führte der sowjetische Sonderbotschafter Karpow am 7. Juli 1986 aus: „Der sowjetische INF-Vorschlag sehe eine Lösung vor, die von vornherein den vollständigen Abbau von Mittelstreckenflugkörpern der USA und der SU in Europa bedeuten würde. Die SU lehne es jedoch nicht ab, Varianten zu überprüfen, insbesondere Zwischenschritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Ein entsprechender Vorschlag liege auf dem Tisch, er sei am 5.11.1985 in den Verhandlungen unterbreitet worden. Der sowjetische Vorschlag eines vollständigen Abbaus amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa sehe auch Etappen vor. Im Prozess der Liquidierung dieser Systeme könnten bis Ende 1987 die amerikanischen bzw. sowjetischen INF-Systeme, sowohl was die Träger als auch was die Gefechtsköpfe betrifft, um 50% reduziert werden. Eine vollständige Abschaffung könne im Laufe von fünf bis sechs Jahren erfolgen." Weitere Fragen von Ruth betrafen die sowjetische Definition des Begriffs „operativ-taktische Nuklearwaffen" und des Begriffs „Entwicklung" im ABM-Vertrag vom 26. Mai 1972, ferner den sowjetischen Vorschlag zum Ausschluß des Rücktrittsrechts vom ABM-Vertrag, die sowjetische Haltung zum amerikanischen Vorschlag offener Laboratorien, die Verifikation der Dislozierung von SLCM auf bestimmten U-Booten und den sowjetischen Vorschlag zur Nichterhöhung der Forward Based Systems (FBS). Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Bundesminister wies an dieser Stelle darauf hin, daß unter diesen Aspekten Halifax eine besonders erfolgreiche NATO-Konferenz gewesen sei.[16]

Botschafter *Lehman*: Er rechne damit, daß die vor uns liegende Zeit für die Rüstungskontrolle eine sehr aktive sein werde. Gerade deshalb sei für die USA die Unterstützung durch die Verbündeten besonders wichtig.

Unter Bezugnahme auf den Moskau-Besuch des Bundesministers[17] hielt es *D2A* für hilfreich, wenn wir möglichst detailliert über die amerikanische Antwort auf den sowjetischen Vorschlag einer SCC-Sondersitzung[18] und die geplante amerikanische Reaktion auf den sowjetischen START-Vorschlag unterrichtet werden könnten.[19]

Botschafter *Lehman* bemerkte zum sowjetischen SCC-Vorschlag, daß die Sowjetunion einen früheren amerikanischen Vorschlag für eine Sondersitzung zur Erörterung des Krasnojarsk-Radars[20] abgelehnt habe. Die amerikanische Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag bedürfe sorgfältiger Prüfung. Auf alle Fälle müsse verhindert werden, daß die Sowjetunion die amerikanische Antwort propagandistisch ausnutze.

VS-Bd. 11281 (220)

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

17 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

18 Am 30. Juni 1986 informierte Botschafter van Well, Washington, daß nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums die UdSSR für den 22. Juli 1986 eine Sondersitzung der Ständigen Beratungskommission (SCC) vorgeschlagen habe: „Erste Reaktionen innerhalb der Administration zeugten nicht von großer Begeisterung". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2760; Referat 240 (220), Bd. 163098. Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 15. Juli 1986, daß die amerikanische Regierung den sowjetischen Vorschlag eines Treffens angenommen habe: „Wie man uns sagte, würden Amerikaner auf der Sitzung die praktischen Auswirkungen der Entscheidung vom 27.5. erläutern, ohne über den Inhalt der bisherigen Verlautbarungen der Administration zu dieser Entscheidung hinauszugehen. Dabei würden von amerikanischer Seite auch jene sowjet[ischen] Aktivitäten (Verstöße) zur Sprache gebracht, die im Herbst zur Ausstattung des 151. B-52-Bombers mit ALCM führen könnten. Auf unsere Frage bestätigte man, daß das amerikanische Eingehen auf den sowjet. Vorschlag auch im Zusammenhang mit der im Kongreß lautgewordenen Kritik an der Entscheidung des Präsidenten zu SALT II stehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2982; Referat 240 (220), Bd. 163098.

19 Zur amerikanischen Antwort auf den sowjetischen Rüstungskontrollvorschlag vom 11. Juni 1986 vgl. Dok. 204 und Dok. 205.

20 Zum Bau einer Radaranlage bei Krasnojarsk vgl. Dok. 155, Anm. 22.

188

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar

VS-NfD **9. Juli 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, am 9. Juli 1986 in der Zeit von 15.00 bis 16.00 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: Staatssekretär Ruhfus, Botschafter Lautenschlager, MDg Stabreit als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

Anwesend auf seiten des Generalsekretärs: Herr Dr. Carl-August Fleischhauer, Rechtsberater des Generalsekretärs; Herr Giandomenico Picco, Persönlicher Referent des Generalsekretärs, als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* heißt den Generalsekretär herzlich willkommen und beglückwünscht ihn zur Überreichung der Ehrendoktorwürde der Universität Osnabrück.[3] Nach einem einleitenden Austausch zur historischen Rolle der Stadt Osnabrück, dem Westfälischen Frieden und seinen anhaltenden Spuren äußert der Bundeskanzler, in den Nord-Süd-Beziehungen sehe er eine Bombe ticken. Was die West-Ost-Beziehungen angehe, so sei er heute optimistischer als noch vor einigen Jahren. Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* antwortet, im West-Ost-Dialog habe er das Gefühl, daß zwar viele Briefe und Botschaften ausgetauscht würden, daß man aber oft auf den anderen gar nicht eingehe. Trotzdem sei es möglich, bis zum Ende des Jahres ein Ergebnis zu erwarten.

Der *Bundeskanzler* erläutert, nach seiner Einschätzung sei jetzt eine große Chance gegeben. Auf sowjetischer Seite habe sich das Regime nicht geändert, wohl aber einige Faktoren. Generalsekretär Gorbatschow habe ein schlimmes Erbe angetreten. Die Sowjetunion sei militärisch eine Weltmacht, ein Riese, aber ein gefesselter Riese, wenn man die wirtschaftliche und technologische Basis ansehe. Am Montag sei der ungarische Außenminister hier gewesen.[4] Er, der Bundeskanzler, habe im übrigen einen sehr direkten Kontakt mit Generalsekretär Kádár. Aus vielen Quellen seien ihm Informationen über die Budape-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 10. Juli 1986 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „Ich bitte um Genehmigung der Weiterleitung an das Auswärtige Amt." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70; B 150, Aktenkopien 1986

2 VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde am 10. Juli 1986 die Ehrendoktorwürde der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Osnabrück „als Anerkennung für die friedensstiftende Tätigkeit der Vereinten Nationen und ihres Generalsekretärs" verliehen. Vgl. dazu den Artikel „Der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu Gesprächen in Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Juli 1986, S. 2.

4 Der ungarische Außenminister Várkonyi hielt sich vom 6. bis 8. Juli 1986 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am Montag, den 7. Juli 1986 vgl. Dok. 185.

ster Konferenz[5] zugegangen. Er glaube deshalb, daß man in Moskau wisse, daß man für die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme zwei Wege gehen könne: Entweder versuche man, die Probleme im Alleingang zu lösen, dann werde dies Gorbatschow nicht mehr erleben. Die Alternative sei dazu, eine Art Mittelweg zwischen Ungarn und Peking zu gehen, dann müsse er jedoch das Land etwas nach außen öffnen. Dann sei es vernünftig, mit den USA zu sprechen.

Er sehe hier eine Gefahr: Es gebe in Moskau eine Denkschule, die sage, daß man mit diesem amerikanischen Präsidenten nicht mehr sprechen solle. Dann werde die Wiederaufnahme des Dialogs jedoch bis 1990 dauern, da der 1988 neu gewählte Präsident[6] sich zunächst einmal in seinem Amt einrichten müsse, um handlungsfähig zu sein. Vier wertvolle Jahre würden verlorengehen, wertvoll auch für die Sowjetunion. Dieses Kalkül enthalte noch einen Denkfehler. Nur ein innenpolitisch starker Präsident könne zu einem Ausgleich mit der Sowjetunion kommen. Die Vierte Republik habe die Algerienfrage nicht lösen können. General de Gaulle habe es gekonnt. Präsident Reagan sei aber innenpolitisch sehr stark und könne den Ausgleich mit der Sowjetunion durchsetzen.

Es gebe auch in Washington eine gefährliche Denkschule: Es gebe dort Leute, die glaubten, daß man die Sowjets aushungern könne, weil sie jetzt schwach seien. Auch das werde nicht gehen. Die Europäer versuchten, den Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion „anzuschieben“: Präsident Mitterrand jetzt in Moskau[7], Premierministerin Thatcher, die Italiener, er selbst werde in Washington in diesem Sinne sprechen[8]. Er, der Bundeskanzler, sehe eine gute Chance für ein C-Waffen-Abkommen. Er sehe auch eine Chance für die Festschreibung des ABM-Vertrages. Es gebe im Grunde genommen zu dieser Politik keine vernünftige Alternative.

Ihn interessierten zwei Fragen: Gebe es in der Afghanistan-Frage Bewegung, und wie bewerte der Generalsekretär die Entwicklung auf Zypern?

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* antwortet, er stimme mit der Einschätzung des Bundeskanzlers überein. Nur starke Führer könnten ihren Ländern schwierige Problemlösungen aufzwingen. Die Popularität des amerikanischen Präsidenten sei heute so hoch, daß er jedes Verhandlungsergebnis durchsetzen könne. Er frage sich andererseits, wie stark Generalsekretär Gorbatschow sei und ob er die Armee und die Partei kontrolliere. Als Privatmann wolle er hier ganz offen gestehen, daß er es schrecklich fände, wenn alle Initiativen von der sowjetischen Seite kämen.

Was Afghanistan[9] anbetreffe, so habe er dem Bundeskanzler bei ihrem letzten Zusammentreffen[10] die Entwicklung geschildert. Jetzt, zwei Jahre später, könne er feststellen, daß es etwas Fortschritt gegeben habe. Es befänden sich jetzt

5 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8.

6 Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 8. November 1988 statt.

7 Zum Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 200.

8 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 296–300.

9 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 176, Anm. 28.

10 Bundeskanzler Kohl und VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar trafen zuletzt am 10. Juni 1983 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 176.

vier Dokumente auf dem Tisch, eines, das die Besatzungstruppen betreffe, eines, das die allgemeine Frage der Nichteinmischung in die Angelegenheiten Afghanistans betreffe, eines, das die Flüchtlinge betreffe, und eines, das den inneren Zusammenhang dieser drei Komplexe betreffe. Dieses vierte Papier sei umstritten, man benötige von der Sowjetunion einen Kalender für den Rückzug, und zwar einen akzeptablen Kalender. Immerhin seien die Probleme jetzt eingegrenzt. Die Sowjets seien wohl gegen den Krieg, aber sie müßten uns schließlich sagen, ob sie bereit seien, das Land zu verlassen. Er habe den Sowjets bedeutet, sie sollten die Vereinten Nationen nicht „auf den Arm nehmen". Der Vermittlungsprozeß habe im Jahr 1981 begonnen[11] und noch keine konkreten Resultate abgeworfen. Dies könne nicht ewig so weitergehen. Er wisse andererseits, daß das Problem zwischen den Vereinigten Staaten und den Sowjets diskutiert worden sei. Er müsse sich fragen, ob die Sowjets etwa auf den Gipfel warteten, um die Afghanistanfrage in einen allgemeinen Handel einzubringen. Man wisse ja, daß von den Sowjets ohne Gegenleistung nichts zu bekommen sei. Die UNO werde ihre Bemühungen fortsetzen. Sie tue dies, weil es ihre Pflicht sei, aber auch weil die Pakistanis, die afghanische Regierung selbst und die Amerikaner und Sowjets sie aufforderten, mit diesen Bemühungen fortzufahren. Der einzige Ungeduldige in diesem Spiel sei er selbst, denn er wolle dies nicht ewig so weiter betreiben. Manchmal habe er den Eindruck, daß die UNO ausgenutzt werde. Natürlich helfe die UNO immer, wenn es darum gehe, das Gesicht zu wahren. Dazu sei er auch bereit, wie der Fall Greenpeace[12] beweise. Die Vermittlungsbemühungen im Falle Afghanistan aber dauerten einfach bereits zu lange.

Der *Bundeskanzler* äußert, er könne die Ungeduld des Generalsekretärs verstehen. Was in Afghanistan passiere, sei grauenhaft genug. Was den Fall Greenpeace anbetreffe, so wolle er dem Generalsekretär seinen Respekt für dessen persönliche Leistung ausdrücken. Seine französischen Freunde hätten ihn in dieser Angelegenheit auch eingespannt, als der neuseeländische Ministerpräsident Bonn besuchte.[13] Er, der Bundeskanzler, finde es ausgezeichnet, daß die Frage jetzt so gelöst worden sei. Für Frankreich sei das schwierigste Problem wohl das gewesen, sich entschuldigen zu müssen. Die Grande Nation entschuldige sich nicht gern.

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* antwortet, wichtig an dieser Angelegenheit sei, daß hier in einem Streit zwischen einem kleinen und einem sehr viel größeren und mächtigeren Land das große Land den Fall einer Arbitrage unterbreitet habe.[14] Der *Bundeskanzler* wirft ein, auch Neuseeland werde von dieser Regelung

11 Auf der Basis der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 ernannte VN-Generalsekretär Waldheim am 11. Februar 1981 den stellvertretenden VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zum Sonderbeauftragten für Afghanistan. Pérez de Cuéllar unternahm vom 12. bis 16. April und vom 4. bis 9. August 1981 zwei Vermittlungsmissionen nach Afghanistan und Pakistan. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1981, S. 233. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 607 f.

12 Zur französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior" am 10. Juli 1985 in Auckland vgl. Dok. 160, Anm. 7 und 8.

13 Ministerpräsident Lange hielt sich am 2. Juni 1986 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 160.

14 Vgl. dazu den Schiedsspruch des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar in der französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior"; Dok. 176, Anm. 37.

Gewinn haben. In Wirklichkeit seien beide sehr froh, daß der Fall auf diese Weise gelöst worden sei. In Frankreich habe es eine sehr seltsame Lage gegeben. Präsident Mitterrand habe ihm berichtet, wie sehr er selbst über den Vorfall ärgerlich gewesen sei. Aus der Bevölkerung sei ihm jedoch gratuliert worden, weil Frankreich versucht habe, sich gegenüber den Umweltschützern durchzusetzen.

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* geht noch einmal auf das Afghanistan-Problem ein. Er wisse nicht, was passieren solle, wenn drei Millionen Flüchtlinge zurückgingen, die scharf gegen das pro-sowjetische Regime eingestellt seien. Es sei doch klar, daß die Sowjets nur dann einer Lösung zustimmen könnten, wenn in Kabul ein gegenüber der Sowjetunion freundlich eingestelltes Regime bliebe.[15]

Was die Lage auf Zypern[16] anbetreffe, so sei er selbst in einer schwierigen Situation. Er habe außerordentlich sorgfältig vorbereitete Vorschläge den Parteien unterbreitet.[17] Hier sei er nicht als Schiedsrichter aufgetreten, sondern habe lediglich seine „good offices" angeboten. Die Vorschläge hätten die Verfassungsaspekte, territoriale Aspekte, Garantien usw. umfaßt. Die türkisch-zypriotische Seite habe die Vorschläge in einer etwas seltsamen Weise gebilligt. Sie habe gesagt, wir akzeptieren, aber mit einigen Vorbehalten. Die türkische Seite sei aus Ankara gut beraten worden. Die griechische Seite habe, statt wie die Türken „ja, aber" zu sagen, von vornherein eine Ablehnung mit Gegenvorschlägen verbunden. Sie sei durch Papandreou schlecht beraten gewesen. Man habe ihm insbesondere vorgeschlagen, eine neue Konferenz einzuberufen.[18] Dieser Vorschlag sei mit der

15 Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), informierte am 12. August 1986: „Nach nur einwöchiger Dauer vom 31.7. bis 8.8.1986 ist die jüngste Fortsetzungsrunde der AFG-Gespräche unter Vermittlung von U[nder]S[ecretary-]G[eneral] Cordovez ‚sine die' vertagt worden. Wie USG Cordovez nach Abschluß der Gespräche vor der Presse mitteilte, ist für die beiden in der letzten Runde offengebliebenen Fragen (Zeitplan für den Rückzug der sowjetischen Truppen, Implementierung der vereinbarten Maßnahmen) noch keine Lösung gefunden worden. Ohne auf Einzelheiten der Gespräche einzugehen, äußerte Cordovez, daß die Vorstellungen beider Seiten hinsichtlich des Zeitrahmens für einen sowjetischen Truppenabzug (Kabul: vier Jahre; Islamabad: vier Monate) nicht realistisch seien. Cordovez wies darauf hin, daß das bestehende tiefe Mißtrauen zwischen den Beteiligten weitere Fortschritte erschwere. Er habe aber neue Vorschläge unterbreitet, die er voraussichtlich demnächst in Islamabad und Kabul weiter diskutieren werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1357; Referat 230, Bd. 142213.

16 Zum Stand der Zypernfrage vgl. Dok. 62, Anm. 27.

17 Nach weiteren „technischen Gesprächen" zwischen Vertretern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppen Mitte März 1986 in Genf übermittelte VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 29. März 1986 beiden Seiten den Entwurf eines Rahmenvertrags zur Lösung der Zypernfrage. Für den Entwurf vgl. Referat 230, Bd. 142143.
Den Inhalt faßte Referat 230 am 8. April 1986 folgendermaßen zusammen: „Schaffung einer unabhängigen, föderalen Republik Zypern; türkisch-zyprische Zone soll ‚29 plus'-Prozent des Gesamtterritoriums umfassen; Zeitplan für den Abzug der nicht-zyprischen Truppen sowie Garantiefrage sollen vor Einsetzung einer Übergangsregierung geklärt werden; Bildung eines Zwei-Kammer-Systems mit paritätisch besetztem Oberhaus und einem 70:30-Verhältnis zugunsten der g[riechisch-] z[yprischen] Volksgruppe im Unterhaus; Präsident soll der gz-, Vizepräsident der t[ürkisch-] z[yprischen] Volksgruppe angehören, beide ausgestattet mit Veto-Recht; Regierung soll aus sieben gz-Ministern und drei tz-Ministern (darunter AM) bestehen; Einsetzung von Arbeitsgruppen unter Vorsitz eines VN-Vertreters zur Ausarbeitung detaillierter Übereinkünfte über alle Fragen dieses ‚agreements', die als integriertes Ganzes zu sehen sind; periodische Gipfeltreffen (alle drei bis vier Monate) mit einer vom VN-GS vorbereiteten Tagesordnung zur Erörterung aller noch offenen Fragen dieser Übereinkünfte sowie zur Überprüfung der Arbeit der Arbeitsgruppen und Erteilung von Weisungen an diese." Vgl. Referat 230, Bd. 142143.

18 Am 21. April 1986 informierte Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, daß Ministerpräsident Kyprianou nach Gesprächen am 18./19. April 1986 in Athen VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 20. April 1986 mitgeteilt habe, „daß grie[chische] Zyprioten nicht in der Lage seien, das letzte

sowjetischen Position identisch. Die türkische Seite sei nicht bereit gewesen, diese und andere griechische Gegenvorschläge zu akzeptieren. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, was passiert wäre, wenn die griechische Seite ebenso reagiert hätte wie die türkische, antwortet Generalsekretär *de Cuéllar*, daß man dann sofort ein hochrangiges Treffen einberufen hätte. Man hätte dann sofort alle Artikel des von ihm übermittelten Entwurfes durchgehen können. Unglücklicherweise begegne Ministerpräsident Papandreou seinen Vorschlägen mit großer Feindseligkeit, weil die Vorschläge neutral seien und den Versuch machten, die Interessen beider Parteien in Rechnung zu stellen. Papandreou wolle, daß er Partei ergreife.

Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, daß er Ministerpräsident Papandreou sehr gut kenne. Das Alphabet bewirke, daß er bei EG-Konferenzen neben ihm sitze. Wir hätten bei jeder Sitzung Ärger mit ihm. Er habe einen tiefen antiamerikanischen Komplex (böse Zungen behaupteten, dies sei, weil seine Frau Amerikanerin sei). Er habe auch eine seltsame Vorstellung von Europa, nach der dort die einen für Handel, die anderen für die Verteidigung zuständig seien. Bei der letzten Gipfelkonferenz in Den Haag[19] sei er sehr dramatisch aufgetreten und habe so getan, als stehe ein Krieg mit der Türkei unmittelbar bevor.

Auch die Türken könnten gut verhandeln. Wir hätten hier weit über eine Million türkischer Gastarbeiter. Er habe sich überlegt, ob er Premierminister Özal sagen solle, daß er beruhigend auf die Situation einwirke. Wenn die Türken es übertrieben, würden sie sich selbst von Europa ausschließen. Unabhängig von Papandreou stecke der Neuhellenismus allen Europäern in den Knochen. So gebe es ganz offensichtlich special relations zwischen Paris und Athen.

An dieser Stelle bemerkt Generalsekretär *Pérez de Cuéllar*, dies habe sich wohl mit der Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Chirac[20] geändert. Chirac habe ihm gesagt, er wolle jetzt mit Ankara die Beziehungen verbessern. Der *Bundeskanzler* antwortet, dies sei wohl richtig, aber man müsse sich ansehen, wer die Vertreter großer Modehäuser in Athen seien und wer die Ehemänner dieser Damen in Paris seien. Den größten Einfluß habe Athen ganz sicher in Paris und Rom.

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* weist darauf hin, daß mit dem Özal-Besuch in Nordzypern[21] jetzt eine neue Entwicklung eingetreten sei. Die UNO habe zusam-

Fortsetzung Fußnote von Seite 992

de-Cuéllar-Papier zu diskutieren, bevor nicht ein Übereinkommen über die wesentlichen Forderungen der grie. Seite erreicht sei. Dazu gehörten der vorherige vollständige türk[ische] Truppenabzug, die internationalen Garantien und die sog[enannten] drei Grundfreiheiten." Dazu habe Kyprianou zwei Alternativen vorgeschlagen: „Entweder könnte eine internationale Konferenz den Rückzug der türk. Truppen und Siedler und die internationalen Garantien erörtern oder, wenn de Cuéllar nicht in der Lage sein sollte, eine solche Konferenz zu organisieren, könnte ein hochrangiges Treffen einberufen werden, auf dem diese Fragen erörtert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 334; Referat 230, Bd. 142143.

19 Zum Europäischen Rat am 26./27. Juni 1986 vgl. Dok. 181, besonders Anm. 2.

20 Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 trat die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Chirac am 20. März 1986 ihr Amt an.

21 Ministerpräsident Özal besuchte den Nordteil Zyperns vom 2. bis 4. Juli 1986. Botschafter Rötger, Nikosia, berichtete am 4. Juli 1986, daß der Besuch ohne Zwischenfälle verlaufen sei, aber starke Proteste der zyprischen Regierung und der griechisch-zyprischen Parteien ausgelöst habe: „Nach erstem Eindruck hat MP Özal der türk[isch]-zypr[iotischen] Volksgruppe mit seinem Auftreten in Nordzypern politisch und wirtschaftlich erheblich den Rücken gestärkt. Wie weit der Grad einer politischen Aufwertung des ‚Staats-'gebildes Nordzypern durch den Özal-Besuch geht, wird erst in der Folgezeit zu ermessen sein. Bisher ist nicht klar zu erkennen, inwieweit die wirtschaftlichen

men mit Großbritannien und anderen gesagt, daß sie den Staat Nordzypern rechtlich nicht anerkennen werde. Özal sei sehr impulsiv (wie Premierminister Lange von Neuseeland) und habe auf die Reaktion der Außenwelt mit einem Kraftakt reagiert: Er habe die Grenzen geschlossen.[22] Er, der Generalsekretär, habe diese Frage am gestrigen Tage mit Sir Geoffrey Howe erörtert und wolle diese Frage jetzt auch mit Bundesminister Genscher aufnehmen[23].

Der *Bundeskanzler* versichert, er werde in aller Diskretion die Sache mit Premierminister Özal auch aufnehmen, auch mit dem Präsidenten[24], der natürlich wegen der Armee wichtiger sei. Für den Präsidenten sei das wichtigste, daß die Sowjets nicht in das Spiel kämen. Wenn Papandreou dieses Spiel spielen wolle, dann werde der Vorhang völlig fallen. Er werde hier wie ein Zahnarzt beim Bohren den Nerv treffen.

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* sagt, er bitte die Türken, den Mund zu halten und jetzt die Grenze wieder aufzumachen. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er noch weitere Probleme ansprechen wolle, verweist der *Generalsekretär* auf die Finanzprobleme der UNO.[25] Er sei dankbar dafür, daß viele Länder jetzt ihre Rückstände bezahlt hätten. Einige Länder hätten auch Vorauszahlungen geleistet. Die Vereinigten Staaten allein schuldeten jedoch der UNO 234 Mio. Dollar. Dieses Problem könne durch die Zahlung von Rückständen anderer nicht gelöst werden. Er sei deshalb nicht sicher, ob die Vereinten Nationen das nächste Jahr überleben könnten. Er bitte den Bundeskanzler, seinen Einfluß bei den Vereinigten Staaten geltend zu machen, daß sie ihre Rückstände zahlten. Als er mit Außenminister Shultz und Präsident Reagan gesprochen habe, hätten sie dem Kongreß die Schuld gegeben.[26] Er habe ihnen entgegnet, daß die Administration sich

Fortsetzung Fußnote von Seite 993

Versprechungen, die bislang von Özal nur in vager Form ausgesprochen wurden, realisiert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; Referat 230, Bd. 142143.

22 Botschafter Rötger, Nikosia, teilte am 6. Juli 1986 mit: „Unmittelbar nach Abflug Özals erklärte Denktasch alle Grenzübergangsstellen der Green Line für geschlossen, eine Maßnahme, die Teile der UNFICYP-Verbände in Enklaven der Pufferzone von ihrer südzyprischen Versorgung abschneidet. […] Denktasch hatte seine Grenzsperrung als Gegenmaßnahme gegen die unfreundliche Stellungnahme der VN gegenüber dem Özal-Besuch und als Revanche gegen die griech[isch]-zypr[ische] Demonstrationsblockade der Grenzstellen während des Besuchs bezeichnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 128; Referat 230, Bd. 142143.

23 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 9. Juli 1986 machte VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar „auf die Gefährlichkeit der Lage aufmerksam, die durch die Schließung der Grenze und die Behinderung in der Bewegungsfreiheit für UNFICYP entstanden sei. Er wolle Denktasch die Möglichkeit zum gesichtswahrenden Rückzug geben, um den SR nicht mit der Lage befassen zu müssen, worauf die SU bereits dränge, die das Zypern-Problem zu internationalisieren trachte. Wie Österreich und GB bitte er auch BM, auf die Türken in diesem Sinne einzuwirken. BM versprach seine Unterstützung, erläuterte aber unsere begrenzten Möglichkeiten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 232, Bd. 135104.

24 Kenan Evren.

25 Zur Finanzkrise der Vereinten Nationen vgl. Dok. 73.
Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 23. Mai 1986: „Die 40. VN-GV ist vom 28.4. bis 9.5.1986 wiederaufgenommen worden, um sich ausschließlich der Finanzkrise der Vereinten Nationen zu widmen. Sie hat für 1986 Sparmaßnahmen in Höhe von ca. 28 Mio. Dollar beschlossen […]. Weitere 30 Mio. Dollar hatte der VN-GS schon zuvor für den Bereich des Sekretariats verfügt. Die Liquidität der UNO erscheint damit zunächst bis zu Beginn der 41. GV im September 1986 gesichert. Für das laufende Jahr bleibt eine Finanzierungslücke von ca. 22 Mio. Dollar. Da auch für 1987 erhebliche Mindereinnahmen vorauszusehen sind, erscheint die Krise eher verschoben als gelöst." Vgl. Referat 230, Bd. 142229.

26 Botschafter van Well, Washington, teilte am 14. Mai 1986 mit, daß das amerikanische Repräsentantenhaus am 8. Mai 1986 beschlossen habe, den Beitrag der USA zum VN-Haushalt für das

gegenüber dem Kongreß in dieser Frage nie wirklich angestrengt habe. Die Gruppe der 18[27] werde im September dieses Jahres einen Bericht präsentieren[28], und er hoffe, daß er dann Vorschläge machen könne. Ein Land, das die Charta der Vereinten Nationen[29] unterzeichnet habe, könne nicht seine Beiträge einseitig zurückhalten bzw. an Bedingungen knüpfen. Die Lage werde für die UNO nächstes Jahr nahezu unhaltbar sein.

Hierzu äußert der *Bundeskanzler*, er werde im Oktober einige Tage mit Präsident Reagan zusammensein. Er werde dann mit dem Präsidenten darüber reden. Es sei absurd, wenn die UNO zusammenbreche. Er hoffe, daß die Gruppe der 18 Vorschläge vorlege, die auch eine Reform der UNO einleiteten. Es sei nicht gut, wenn Reformen nur durch Sparen erzwungen würden. Aber der Sparzwang sei einer der Faktoren, die hier eine Rolle spielten. Man müsse sehen, daß man mit den USA einen Handel mache. In diesem Zusammenhang wolle er aber auf ein ganz anderes Problem hinweisen, das bei uns eine Rolle spiele, nämlich die Frage der UNESCO.[30] Dies sei auch für ihn, den Bundeskanzler, ein Problem. Er habe

Fortsetzung Fußnote von Seite 994

Haushaltsjahr 1987 um 15 Prozent zu kürzen. Zur Begründung sei vorgebracht worden: „75 Prozent des VN-Haushalts würden für Personalkosten zur Bezahlung der insgesamt 52 000 weltweit Beschäftigten ausgegeben, die im Mittel um 20 Prozent höher entlohnt würden als Angestellte in vergleichbaren Positionen in den USA. Um Streichung dieses völlig ungerechtfertigten, zudem auch steuerfreien Mehrverdienstes zu erzwingen, für den im wesentlichen der amerikanische Steuerzahler aufkomme, brauche man nur nationalen Haushaltsbeitrag der USA um die beantragten 15 Prozent zu kürzen (nach der Formel: 20 Prozent von 75 Prozent gleich 15 Prozent)." Zur endgültigen Verabschiedung des Antrags bedürfe dieser aber noch der Zustimmung des Senats. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2430; Referat 230, Bd. 142208.

27 Referat 230 notierte am 1. Juli 1986: „Die 40. VN-GV hat im vergangenen Herbst eine aus 18 hochrangigen Persönlichkeiten zusammengesetzte Gruppe gebildet, die bis zum Herbst 1986 Vorschläge zur Verbesserung der Effizienz der VN und zur Neustrukturierung des Entscheidungsverfahrens für den VN-Haushalt vorlegen soll. Uns ist es leider nicht gelungen, einen eigenen Kandidaten in dieser Gruppe durchzusetzen. Die Vorschläge dieser Gruppe werden die 41. GV als eines ihrer wichtigsten Themen beschäftigen. […] Die Gruppe der 18 erörtert vor allem Verbesserungen im Haushaltsentscheidungsverfahren, Veränderungen im Beitragsschlüssel für das Budget und die Möglichkeiten der Reorganisation zur Strukturverbesserung (Vermeidung von Doppelarbeit etc.)." Vgl. Referat 230, Bd. 142229.

28 Nach vier Sitzungen legte die Gruppe der 18 im August 1986 der VN-Generalversammlung ihren Bericht A/41/49 vor. Er enthielt insgesamt 71 Empfehlungen zur Verbesserung und Steigerung der Effizienz der VN-Organe, insbesondere des VN-Sekretariats, des Personalmanagements, der internen Evaluation und des Haushaltswesens. Auf dieser Basis verabschiedete die VN-Generalversammlung am 19. Dezember 1986 die Resolution Nr. 41/213 („Review of the efficiency of the administrative and financial functioning of the United Nations"). Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1986, S. 1021–1027.

29 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

30 Mit Wirkung vom 1. Januar 1985 stellten die USA und zum 1. Januar 1986 Großbritannien ihre Mitarbeit in der UNESCO ein. Am 19. Juni 1986 legte Ministerialdirigent Wegner „Thesen zur Lage und Zukunft der UNESCO" vor. Darin hieß es, daß trotz Fortschritten auf der 23. Generalkonferenz der UNESCO vom 8. Oktober bis 9. November 1985 in Sofia Reformdefizite verblieben: „Ziel bleibt die Wiederherstellung der Universalität der UNESCO, also Rückkehr der ausgetretenen Staaten, mit denen wir engen Kontakt halten. Dies wird nur auf längere Sicht möglich sein. Notwendig dafür ist eine weitgehende Neugestaltung des Arbeitsprogramms durch klare Orientierung auf wenige Schwerpunkte (zur Zeit 14 Hauptprogramme); eine personelle und organisatorische Erneuerung des Sekretariats; Aufrechterhaltung und volle Anwendung des Konsensprinzips als Instrument des Minderheitenschutzes. […] Es kommt nun darauf an, die 24. G[eneral]K[onferenz] (Paris, Herbst 1987) so vorzubereiten, daß dort die Weichen richtig gestellt werden. Drei Schwerpunkte: a) Arbeitsprogramm (und entsprechend Haushalt) 1988/89; b) Grundlagen des dritten mittelfristigen Plans, der 1989 für 1990–95 zu verabschieden ist; c) Neuwahl des Generaldirektors. […] Ein neuer Generaldirektor ist notwendig. Dies gälte auch ohne UNESCO-Krise: Zwei

bisher geschwiegen und warte auf die notwendigen Reformen. Hier stehe er jedoch innenpolitisch unter starkem Druck. Es gebe eine erhebliche Unruhe in seiner Partei. Der Bundeskanzler verweist darauf, daß vor einigen Tagen in der „Neuen Zürcher" erneut ein Artikel mit einer vernichtenden Kritik der UNESCO erschienen sei.[31] Wir würden hier eine große Diskussion in dieser Frage bekommen. Es sei ihm jetzt gelungen, die Sache zu vertagen, indem er seinen Parteifreunden gesagt habe, daß dies jetzt kein Thema für uns sein könnte. Es handele sich nicht um eine Grundsatzfrage unseres Verhältnisses zur UNESCO, sondern um das Problem der jetzt in der UNESCO bestehenden Zustände. Dieses Problem müsse in Deutschland aus dem Wahlkampf[32] gehalten werden. Bei uns sei jedoch leider die Provinzialität im Vormarsch begriffen, und solche Themen ließen sich wundervoll in der Innenpolitik verwerten. Im nächsten Jahr würde er jedoch auch zur UNESCO-Frage ernsthafte Gespräche führen müssen. Er wolle diese Frage hier nicht dramatisieren. Es dürfe aber auch kein Zweifel über den Ernst dieses Problems aufkommen. Er werde sich bei seinen amerikanischen Freunden gerne einsetzen. Könne ihm der Generalsekretär sagen, von welcher Seite der Hauptwiderstand komme?

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* antwortet, der Präsident selbst könne natürlich nicht alle Details eines jeden Vorganges im Kopf haben. Er habe bereits mit ihm über diese Frage gesprochen. Dann habe er das Büro des Präsidenten sehr glücklich, aber mit leeren Händen verlassen.

An dieser Stelle berichtet der *Bundeskanzler* über seine Gespräche mit Präsident Reagan in Tokio[33], in denen das Thema UNO auch zur Sprache gekommen sei. Abschließend fordert der Bundeskanzler den Generalsekretär auf, er solle ein freundliches Auge auf das deutsche Personal in den Vereinten Nationen haben. Der *Generalsekretär* antwortet hierauf, er stehe ja am Ende seiner Amtsperiode. Wenn alle Deutschen so seien wie Herr Fleischhauer, dann könne ihm der Bundeskanzler Tausende schicken. Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er seine Bemerkung gemacht habe in der Annahme, daß unter Umständen der Generalsekretär sein eigener Nachfolger werde.

Generalsekretär *Pérez de Cuéllar* bestätigt, daß die Amerikaner ihn gefragt hätten, ob er nicht eine weitere Wahlperiode das Amt des Generalsekretärs übernehmen wolle. Er habe ihnen jedoch unter Hinweis auf die Finanzlage gesagt, daß er seinen Namen nicht mit der Liquidation der Vereinten Nationen verbinden wolle. Unter den gegenwärtigen Umständen könne er sich nicht bereit erklären, für eine erneute Amtsperiode[34] zu kandidieren.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70

Fortsetzung Fußnote von Seite 995

Amtsperioden sind nach gemeinsamer westlicher Auffassung im gesamten VN-System genug. Es gilt erst recht angesichts der Tatsache, daß der amtierende GD M'Bow die Chance versäumt hat, sich selbst an die Spitze des Reformzuges zu setzen. Erste Überlegungen sind überall im Gange." Vgl. Referat 232, Bd. 161156.

31 Vgl. den Artikel „Die Unesco mehr denn je auf Abwegen"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe Nr. 122 vom 31. Mai 1986, S. 3.

32 Am 25. Januar 1987 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

33 In Tokio fand vom 4. bis 6. Mai 1986 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu Dok. 137.

34 Am 10. Oktober 1986 bestätigte die VN-Generalversammlung Javier Pérez de Cuéllar im Amt des VN-Generalsekretärs.

189

Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling

200-350.10 **10. Juli 1986**[1]

Betr.: Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)

Anlg.: 3[2] (geheftet)

1) Die auf dem Europäischen Rat in Luxemburg im Dezember 1985 verabschiedete Einheitliche Europäische Akte (EEA)[3] gibt der EPZ eine völkerrechtlich bindende Grundlage, verbessert sie in ihrem Inhalt und stärkt sie damit in Arbeitsweise und Wirkung. Die EEA vereint Bestimmungen zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Europäischen Gemeinschaft (Titel II) mit Bestimmungen über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Titel III) in einem einzigen Vertragswerk.

Ein interner Beschluß der Außenminister vom 28.2.1986 enthält ausführende Bestimmungen zu einigen Aspekten von Titel III der Akte (Beziehungen zum Europäischen Parlament, Zusammenarbeit in Drittländern und internationalen Organisationen, Aufgaben und Organisation des Sekretariats, Tagungsorte der EPZ, Sprachenregelung). Beide Texte sind als Anlage beigefügt, die EEA in Auszügen in deutscher und englischer Fassung.

Die EEA ist von allen Mitgliedstaaten zu ratifizieren. Es wird erwartet, daß das Ratifizierungsverfahren bis Ende 1986 in allen Mitgliedstaaten abgeschlossen werden und die Akte damit in Kraft treten kann.

2.1) Im EPZ-Bereich liegt die Bedeutung der EEA in der vertraglichen Sicherung des in über 15 Jahren durch Übung und politisches Einvernehmen gewonnenen Besitzstandes, in der Verpflichtung auf Europäische Union und europäische Außenpolitik, in der Verbesserung des Instrumentariums zur Verwirklichung dieser Ziele. Die Vertragsbestimmungen versperren den Weg zurück, aber sie öffnen und ebnen ihn nach vorn.

Der Ministerbeschluß zu Titel III unterstreicht diesen dynamischen Charakter des Vertragswerks: Fortentwicklung bestehender und bekräftigter Verfahrensregeln durch unbürokratischen politischen Beschluß mit der Möglichkeit der Anpassung an neue Entwicklungen.

2.2) Mit der EEA wurde die Grundsatzentscheidung getroffen, der EPZ einen eigenen Apparat zu geben: „Ein in Brüssel eingerichtetes Sekretariat unterstützt die Präsidentschaft bei der Vorbereitung und Durchführung der Arbeit

1 Ablichtung.

2 Dem Vorgang beigefügt waren der Text der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) vom 17. bzw. 28. Februar 1986 in der Fassung der Drucksache Nr. 150/86 des Bundesrats (Auszug), eine englische Fassung der EEA und der „Beschluß der im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit versammelten Außenminister anläßlich der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte“ vom 28. Februar 1986. Vgl. Referat 410, Bd. 130399.

3 Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 2, Anm. 27.
Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 163–182.

der Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (Art. 30, Ziff. 10 g der EEA). Es besteht Einvernehmen darüber, daß das Sekretariat am 1. Januar 1987 im 13. Stock des Charlemagne-Gebäudes des Ratssekretariats die Arbeit aufnehmen soll. Der Außenministerbeschluß vom 28.2.1986 zu Titel III der EEA hat die Aufgaben des Sekretariats im einzelnen bestimmt und festgelegt, daß es sich aus fünf beamteten Mitgliedern zusammensetzt, die von der amtierenden Präsidentschaft und den beiden vorausgegangenen und nachfolgenden Präsidentschaften jeweils für einen Zeitraum von 2 1/2 Jahren nach Brüssel entsandt werden.

Auch die übrigen Grundfragen der Sekretariatsgestaltung wurden inzwischen geklärt. Insbesondere haben die Außenminister sich am 16.6.1986 für einen zweieinhalbjährigen Probelauf des besonders von uns geforderten Leiterkonzepts entschieden (von den Außenministern für einen längeren Zeitraum zu ernennender Leiter im Range unmittelbar unter dem eines Politischen Direktors).[4]

In Zukunft werden EPZ-Treffen „in der Regel“ am Sekretariatssitz stattfinden, doch können sie auf Ebene der Minister und des Politischen Komitees auch weiterhin in der Hauptstadt der jeweiligen Präsidentschaft abgehalten werden (Abschnitt IV des Ministerbeschlusses zu Titel III der EEA). Aus dieser Regelung ergibt sich, daß Brüssel mit voller Funktionsfähigkeit des Sekretariats jedenfalls Tagungsort der EPZ-Arbeitsgruppensitzungen sein wird.

2.3) Der V. Abschnitt des Ministerbeschlusses zu Titel III der EEA ist der Sprachenregelung in der EPZ gewidmet. Auf deutschen Vorschlag wurde beschlossen, daß für die Sprachenfrage die Regelung der Europäischen Gemeinschaften gilt. Für diese sieht die Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die EWG vom 6.10.1958[5] den Grundsatz der Gleichberechtigung der Gemeinschaftssprachen vor. Jedoch dient für Sitzungen auf Arbeitsebene (insbesondere Politisches Komitee, Arbeitsgruppen) und für den COREU-Verkehr „die bisherige Praxis der EPZ einstweilen als Orientierung“, wie es in dem Ministerbeschluß heißt. Aus zwingenden praktischen Gründen wird die EPZ in diesem Bereich zunächst weiterhin das Englische und Französische verwenden.

3) Die EEA mit ihren Bestimmungen über die Europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik ist eine Etappe, kein Endpunkt. Sie ist ein Instrument, dessen Möglichkeiten wir dynamisch nutzen müssen mit dem Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen einer Europäischen Union.

Schilling

Referat 410, Bd. 130399

4 Zur EG-Ministerratstagung am 16./17. Juni 1986 in Luxemburg, vgl. Dok 167, Anm. 39 und 41, sowie Dok. 180, Anm. 3.
Weitere Themen waren die Frage von Sanktionen gegen Südafrika, das Abstimmungsverfahren des EG-Ministerrats und die Frage eines Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats am Rande der VN-Generalversammlung im September 1986 in New York. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf vom 18. Juni 1986; Referat 410, Bd. 130398.

5 Für den Wortlaut der Verordnung Nr. 1 des EWG-Rats zur Regelung der Sprachenfrage für die EWG vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. 17 vom 6. Oktober 1958, S. 385 f.

190

Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, an das Auswärtige Amt

114-4261/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Juli 1986, 11.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1563 **Ankunft: 10. Juli 1986, 11.58 Uhr**

Kurzbericht Nr. 65

Betr.: Taktisches Nuklearpotential

Bezug: KB 55/86 (V) VS-vertraulich vom 12.6.1986[2]

1) Sachverhalt

Aus einem Gespräch im Führungsstab der französischen Streitkräfte, das auf Wunsch der französischen Seite stattfand, ist folgendes festzuhalten:

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 10. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dieses FS fällt in den Bereich des ‚persönl[ichen] Auftrags' des BK an G[eneral]Insp[ekteur] und wurde versehentlich als ‚Bericht an 201' abgesetzt. Wir müssen das FS sehr restriktiv behandeln. 014 und 010 sind benachrichtigt."
Hat Ploetz am 10. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl verfügte und handschriftlich vermerkte: „Auch F stellt Fragen!"
Hat Braunmühl am 11. Juli 1986 vorgelegen, der Ploetz und Referat 201 um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Müssen wir nicht in Vorlage an BM bewerten? Ist die Beschränkung der Behandlung auf die G[eneral]St[abs]Ch[efs] nicht bedenklich? Müssen wir nicht auch auf AA-Quai-Ebene mit F sprechen? Müssen wir nicht die Haltung des BMVg eruieren?"
Hat Ploetz am 15. Juli 1986 erneut vorgelegen.
Hat Lewalter am 15. Juli 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Bertram und Freiherr von Stackelberg verfügte und handschriftlich vermerkte: „Die Fragen D 2 sind mit ‚Ja' zu beantworten; der letzte Anstrich (AA/Quai) mit Einschränkung. Wir müssen das Thema mit BMVg aufnehmen, m. E. auf Ebene Dg 20/Hüttel. Bitte kurze Punktation für Dg 20 n[ach] R[ückkehr] (Anruf bei Hüttel)."
Hat Bertram am 16. Juli 1986 vorgelegen. Vgl. dazu weiter Dok. 201.
Hat Ploetz am 29. Oktober 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Lewalter vermerkte: „Für INF-Papier."

2 Mit Kurzbericht Nr. 55 berichtete Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, aus den zurückliegenden Atomtests im Südpazifik sowie aus Äußerungen der französischen Regierung könne geschlossen werden, „daß Frankreich sowohl technisch in der Lage" ist, die Neutronenwaffe herzustellen, „als auch politisch über den Bau und die Einführung nachdenkt". Wietersheim fuhr fort: „Aus Gesprächen, die am 10.6. und 11.6. im Verteidigungsministerium durch Angehörige des Stabes unabhängig voneinander geführt wurden und die offensichtlich dem Zweck dienten, auf französischer Seite herauszufinden, wie man diese Planungsabsicht dem deutschen Partner näherbringen (‚verkaufen') könne, ist festzuhalten: Frankreich arbeite mit Hochdruck an der Ausarbeitung des militärischen Programmgesetzes. In diesem Zusammenhang werde über die künftigen Aufgaben der fra[nzösischen] Streitkräfte und deren materielle Ausstattung nachgedacht. […] Im Mittelpunkt der Diskussion stehe die Rolle der taktischen (prästrategischen) Nuklearwaffen. Wenn man das heutige Potential, z. B. die Pluton-Rakete, betrachte, so sei deren Einsatzdoktrin in der Perzeption des potentiellen Gegners wenig glaubhaft. Man könne doch nicht davon ausgehen, daß der potentielle Gegner annehme, daß diese Waffe wirklich zum Einsatz käme. Schließlich würde das die Zerstörung des Territoriums des nächsten und engsten Partners Frankreichs, nämlich der Bundesrepublik, bedeuten. Sinn mache hingegen eine Waffe, die zwar politischen Charakter, aber auch militärisch signifikativen Einsatzwert habe. […] Diese luftgestützte Komponente, die man mit der Neutronenwaffen versehen könnte, wäre für den Einsatz in der Tiefe vorgesehen. Der Charakter der nukleartaktischen Waffen, nämlich zur ‚ultime avertissement (letzte Warnung)', bliebe auch mit der Neutronenwaffe erhalten, die Glaubwürdigkeit zum Einsatz und damit der abschreckende Wert würden erhöht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1341; VS-Bd. 12076 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

– Die derzeitige Planung sehe vor, das Nachfolgesystem für die Pluton-Rakete, die Hades, mit zweierlei nuklearen Gefechtsköpfen auszustatten, und zwar einem mit relativ geringem KT-Wert, aber hoher Strahlenintensität (Neutronenwaffe) und einem anderen mit einem KT-Wert von ca. 80 KT und relativ hoher Strahlenwirkung (keine Neutronenwaffe!). Dabei sei man sich darüber im klaren, daß dieser zweite Gefechtskopf entsprechend höhere Kollateralschäden verursachen könne.
– Aufgrund der geplanten Reichweite der Hades (zwischen 300 und 400 km) sorge man sich über die Reaktion der Bundesrepublik bei Realisierung dieser Planung. Man denke daran – bei Realisierung –, diese Maßnahme als Modernisierung des unabhängigen französischen prästrategischen Nuklearpotentials darzustellen. Es sei auch beabsichtigt, im Sinne der Vereinbarung vom 28. Februar 1986[3] den Gedanken der Konsultation/Konzertation mit der Bundesrepublik über die Einsatzmodalitäten des prästrategischen Potentials stärker in den Vordergrund zu rücken. Schließlich sei auch im Rahmen der Konsultationen ggf. zu überlegen, ob – nach entsprechender französischer grundsätzlicher Entscheidung über die Hilfeleistung – die noch zu schaffende „grande unité" (gemeint: Zusammenfassung aller prästrategischen Waffen zu einem Großverband) oder Teile davon aus Reichweitengründen in die Bundesrepublik verlegt werden könnten/sollten.[4]
– Auf keinen Fall werde man die o. a. Planung vor den nächsten Bundestagswahlen[5] in die Öffentlichkeit bringen. Dieser Gedanke war auch schon bei dem letzten Gespräch (s. Bezugsbericht) herausgestrichen worden.
– Die von VM Giraud und auch von PM Chirac mehrfach vorgenommene Bezeichnung des taktischen Nuklearpotentials als „Gefechtsfeldwaffen" (armes de théatre bzw. champ de bataille) sei irreführend. Man wolle auch künftig an dem Begriff „prästrategische Waffen", vor allem aber an der Einsatzdoktrin der „letzten Warnung – ultime avertissement" festhalten.

2) Beurteilung

Die o. a. Planungsabsicht, den Boden-Boden-FK[6] Hades mit unterschiedlichen nuklearen Gefechtsköpfen auszustatten, ist in der Tat neu. Bisher war in diesem Zusammenhang nur von der Neutronenwaffe gesprochen worden. Bei dem Waffensystem Hades mit den beiden nuklearen Gefechtsköpfen handelt es sich um eine Waffe, die im Rahmen eines einmaligen Schlages mit politischer Wirkung (unmittelbar vor Einsatz des strategischen Nuklearpotentials) militärisch signifikativ gegen Streitkräfte (anti-forces) eingesetzt werden soll.

Es herrscht hier der Eindruck vor, daß man nach Argumenten sucht, um auf politischer und militärischer Ebene die Entscheidung über den Bau und die Einführung dieses Waffensystems vorzubereiten.

3 Vgl. dazu die „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik"; Dok. 57, Anm. 34.
4 Der Passus „der Konsultation/Konzentration … werden könnten/sollten" wurde von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu Kreuz.
5 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.
6 Boden-Boden-Flugkörper.

Es erscheint jedoch angebracht, bei dem Gespräch Stababteilungsleiter FüS III am 17.7. den Inhalt dieses und des Vorgangs-Berichts nicht initiativ anzusprechen.

[gez.] von Wietersheim

VS-Bd. 12076 (201)

191

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-4274/86 geheim **Aufgabe: 10. Juli 1986, 18.31 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2922 **Ankunft: 11. Juli 1986, 01.31 Uhr**

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis in Washington am 8./9.7.1986[2];
hier: Südafrika

Zur Unterrichtung

1) Assistant Secretary Rozanne Ridgway hatte am 8. Juli in Washington die Politischen Direktoren mit Experten zu einem Arbeitsessen zum Thema Südafrika eingeladen. Großbritannien war durch Assistant Under-Secretary David Ratford und durch Director for African Affairs, Tony Reeve, Frankreich durch Sous-Directeur Marcel Tremeau vertreten. Auf amerikanischer Seite nahm Assistant Secretary Chester Crocker teil.

Ziel der Amerikaner war es,

– einen Gedankenaustausch in Anbetracht der Lage zu haben,
– die Möglichkeiten für gemeinsames Vorgehen zu ergründen,
– zu treffende Entscheidungen möglichst zeitlich zu koordinieren und
– eine Abstimmung bei einzelnen Maßnahmen (besonders unterstützender Art für Schwarze oder Verfolgte) anzustreben.

Das zweistündige Gespräch hatte den Charakter eines Gedankenaustausches. Tremeau machte von vornherein klar, daß er darüber nicht hinausgehen und hier nicht ein weiteres Koordinierungsforum eröffnen wolle. Er könne hier nichts akzeptieren, was zu anderen Ergebnissen führe als das, was die Zwölf beschlossen hätten.[3]

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 11. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Sulimma am 11. Juli 1986 vorgelegen.

2 Zum Treffen vgl. auch Dok. 193.

3 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 26./27.6.1986 in Den Haag; Dok. 181.

2) Crocker führte die Diskussion ein. Durch die Maßnahme der SA-Regierung[4] sei eine neue, sehr ernste Situation entstanden. Das Vorgehen gegen die Schwarzen unter Mißachtung der internationalen Meinung sei geradezu eine Einladung zu Sanktionen. Schwierige Zeiten stünden für uns alle bevor. Niemand wisse, wie lange die SA-Regierung die eingeschlagene Richtung fortsetzen werde. Er selber sei nicht optimistisch hinsichtlich einer Rückkehr[5] zu einem Reformkurs, der vor allem auf Dialog und Verhandlungen beruhen müsse. Am Vorabend der Reise des britischen AM Howe als Vertreter der Zwölf in das südliche Afrika[6] erhalte der Fragenkomplex besondere Aktualität. Die Initiative der Eminent Persons Group[7] sei gut gewesen, sie sei aber zu früh zu Ende gegangen und verdiene wiederbelebt zu werden.

Die bilateralen Beziehungen USA–SA seien sehr gespannt. Es liefe zur Zeit nicht viel. Die SA-Regierung sei nicht bereit, auf amerikanische Ansichten zu hören. Diejenigen, die in der SA-Regierung für die Wirtschaftslage zuständig seien, seien am Entscheidungsprozeß leider nicht beteiligt. Alles werde von Sicherheitsaspekten dominiert. Der innenpolitische Druck auf die amerikanische Regierung wachse ständig. Die Vertreter der wichtigsten Länder seien hier versammelt, höchste Priorität sollte gemeinsamen alliierten Aktionen eingeräumt werden.

Die amerikanische Regierung überprüfe z. Z. ihre SA-Politik. AM Shultz werde am 23. Juli vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats hierzu Stellung nehmen.[8] Vorher werde der Präsident eine Erklärung abgeben, die den Rahmen abstecken und Signale aussenden werde, aber versuchen werde, Entscheidungen bis Ende September hinauszuschieben.[9] Es könne notwendig werden, denk-

4 Zur Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni 1986 in Südafrika vgl. Dok. 173.

5 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Sulimma hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

6 Der britische Außenminister Howe führte vom 9. bis 11. Juli 1986 Gespräche in Mosambik, Sambia und Simbabwe. Er reiste vom 23. bis 26. Juli 1986 nach Südafrika, Sambia, Botsuana und Lesotho und vom 27. bis 29. Juli 1986 erneut nach Südafrika.

7 Zum Bericht der „Eminent Persons Group" des Commonwealth vgl. Dok. 167, Anm. 24.

8 Für den Wortlaut der Anhörung des amerikanischen Außenministers Shultz am 23. Juli 1986 vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats vgl. SITUATION IN SOUTH AFRICA. Hearings before the Committee on Foreign Relations. United States Senate. Ninety-ninth Congress. Second Session, July 22, 23, 24 and 25, 1986, Washington 1986, S. 76–129.

9 Präsident Reagan äußerte sich am 22. Juli 1986 vor Vertretern des World Affairs Council und der Foreign Policy Association zur Situation in Südafrika. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 984–988. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 566–572.
Gesandter Wallau, Washington, gab dazu am selben Tag die Bewertung ab, daß die Rede riskiere, „alle mit ihr verbundenen Erwartungen zu enttäuschen". Wallau fuhr fort: „Zwar entsprechen die sechs Punkte, die Präsident Reagan als Elemente einer inneren Befriedung Südafrikas vorschlägt, dem Entwurf des State Department (1) Zeitplan für die Beseitigung der Apartheid; 2) Freilassung aller politischen Gefangenen; 3) Freilassung Nelson Mandelas und Ermöglichung seiner Teilnahme am politischen Prozeß des Landes; 4) Legalisierung aller schwarzen politischen Bewegungen; 5) Beginn des Dialogs zwischen Regierung und Opposition; 6) Erhaltung der wirtschaftlichen Prosperität Südafrikas). […] Schließlich finden sich in der Rede auch die wichtigen, vom State Department entworfenen Passagen, in denen die Apartheid als moralisch falsch und politisch unakzeptabel bezeichnet wird und festgestellt wird, daß die Uhr für die gemäßigten Kräfte aller Rassen in Südafrika ablaufe. Daneben haben, jedoch offenbar auf Drängen von weit rechts liegenden Kräften im Weißen Haus, Passagen Eingang in die Rede gefunden, die in der einen oder anderen Weise für die Schwarzen Südafrikas und der USA, die Befürworter von Sanktionen im Kongreß und schließlich auch für weite Teile des politischen Spektrums in Commonwealth und EG problematisch oder sogar provozierend wirken müssen." Dies treffe u. a. auf die „Abqualifizierung der Forderung nach Sanktionen mit Strafcharakter als ‚emotionelles Geschrei'" zu, aber auch auf die

bare Einzelmaßnahmen anzukündigen. Der Kongreß werde Anfang Oktober seine Sitzungen vor den Wahlen[10] beenden und werde bis dahin mit Sicherheit zu Entscheidungen kommen wollen. Diese Zeitspanne falle zusammen mit der 90-Tage-Frist, die sich die Zwölf gesetzt hätten. Er wisse heute noch nicht, was der Präsident in seiner Erklärung sagen werde, aber er werde sicherlich die Bedeutung gemeinsamen, alliierten Handelns unterstreichen. Die Beschlüsse der Zwölf im Haag seien sehr aufmerksam verfolgt worden. Die Erklärung werde diese berücksichtigen und solle keinen Konflikt damit schaffen sowie nicht Anlaß zu Pressespekulationen geben. Aber nicht zu übersehen sei gegenwärtig, wie weit der Kongreß die amerikanische Regierung treiben werde. Länger als bis Ende September werde die amerikanische Regierung Entscheidungen nicht hinausschieben können.

Die Howe-Mission werde hier als wichtiger Ansatz betrachtet. Die amerikanische Seite habe dies gegenüber SA bereits klargemacht und unterstützend flankierend agiert.

3) Die britischen Vertreter begrüßten den Zeitpunkt dieses Gedankenaustausches vor Howes Reise. Es gehe hier nicht um Entscheidungen, sondern um die notwendige gemeinsame Sicht. Drei gemeinsame Ziele könnten festgestellt werden:

– die Notwendigkeit, einen echten Dialog zustande zu bringen,
– die Notwendigkeit, allgemeine Wirtschaftssanktionen zu vermeiden,
– ein Höchstmaß an Koordinierung zwischen den wichtigsten westlichen Ländern herbeizuführen.

Ehe ein Land Maßnahmen ergreife oder seine Politik definiere, sollten ausführliche Konsultationen stattfinden. Dies sei ein Grundelement der Beschlüsse von Den Haag. Es wäre gut, diese notwendige Koordinierung auch in der Öffentlichkeit zu unterstreichen. Wir sollten auch in der Öffentlichkeit gegen allgemeine Sanktionen und für positive Maßnahmen, die zum Dialog in SA führen, Stellung nehmen. Ein großes Hindernis bei der Koordinierung wären die unterschiedlichen Kalender.

Reeve wies auf einige wichtige Elemente des britischen Kalenders bzw. des Kalenders der Länder der Zwölf hin und gab sich in diesem Zusammenhang besorgt über den Inhalt der sehr baldigen amerikanischen Erklärung von Reagan und Shultz. Er sagte, Howe reise jetzt nach Sambia, Simbabwe und wahrscheinlich Mosambik (noch nicht bestätigt). Vom 23. bis 29.7. werde er SA besuchen (wenigstens fünf Tage) und Botha sowie einen breiten Querschnitt von Personen sehen. Er wolle möglichst Kontakte mit dem ANC haben und auch Mandela (nach Gespräch mit Botha) sehen. Die Schwarzen seien noch nicht im wünschenswerten Umfang gesprächsbereit. Hilfestellungen der anderen Regierungen seien hier willkommen. Vom 3. bis 5.8. fände eine Evaluierungssitzung der EPG statt, deren

Fortsetzung Fußnote von Seite 1002

„Parteinahme für die Feststellung von PM Thatcher, Sanktionen seien ‚immoral and utterly repugnant' (zwei Adjektive, die normalerweise zur Kennzeichnung des Apartheid-Regimes benutzt werden)". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3097; Referat 320, Bd. 156026.

10 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Ausgang schwer vorherzusagen sei.[11] Vieles werde vom Commonwealth-Gipfel Ende August in Harare[12] abhängen, der sehr schwierig zu werden verspreche, da bis dahin wenig erreicht sein werde.[13] Howe werde am 18.7. mit AM Shultz zusammentreffen.[14] MP Thatcher werde MP Mulroney[15] treffen. Außerdem sei die Entsendung von Beauftragten nach Tokio und Canberra vorgesehen.

4) Der französische Vertreter wandte sich wiederholt gegen allgemeine, umfassende Sanktionen. Frankreich wolle sie nicht, weil sie nicht effektiv seien. Außerdem denke es dabei an Israel, zu dessen Ungunsten ein solcher Präzedenzfall sich einst auswirken könne. Der Westen könne jedoch nicht nur positive Maßnahmen zugunsten der Schwarzen und Entrechteten ergreifen, sondern werde wahrscheinlich unter Druck geraten, einzelne Sanktionen zu verhängen. Tremeau lehnte alles ab, was in diesem Kreis mehr als ein Gedankenaustausch sei.

5) Ich wies darauf hin, daß es weiter darum gehen müsse, die Parteien in SA zum Dialog zu bewegen. Hierzu sei Druck notwendig, dessen Stärke von der Zahl, die ihn ausüben, abhinge. Die Zwölf hätten im Haag beschlossen, abgestimmt vorzugehen. Sie seien sich einig gewesen, daß keiner der Zwölf die in der Erklärung des ER aufgeführten Maßnahmen ausschließe, wenn die Mission von AM Howe keine Ergebnisse bringe.[16] Wir seien allerdings im Prinzip unverändert gegen

11 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Sulimma angeschlängelt.
Vom 3. bis 5. August 1986 fand in London eine Konferenz der Ministerpräsidenten Gandhi (Indien), Hawke (Australien), Kaunda (Sambia), Mugabe (Simbabwe), Mulroney (Kanada) und Pindling (Bahamas) sowie der Premierministerin Thatcher statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 574–577.
Ministerialdirigent Sulimma notierte dazu am 5. August 1986: „1) Auf dem kleinen C[ommon]W[ealth]-Gipfel […] wurde die zwischen GB und den anderen CW-Regierungschefs strittige Sanktionsfrage erörtert. […] 2) Eine Einigung wurde auf dem CW-Gipfel nicht erzielt, weil die Commonwealth-Vertreter weitgehende Sanktionen entsprechend dem Nassau-Kommuniqué verlangten, einer Forderung, der sich Großbritannien widersetzte. 3) Allerdings hat sich die britische Regierung in der Sanktionsfrage kompromißbereit gezeigt. Dadurch wurde eine weitere Zuspitzung des Konfliktes im Commonwealth verhindert. 4) Die von London gegenüber den CW-Staaten gemachten Zusagen untergliedern sich in zwei Fallgruppen: Ein freiwilliger Investitionsstopp und freiwillige Beendigung der Tourismuswerbung (Ziff[er] 12.1 und 2 des Kommuniqués) als einseitige britische Maßnahmen, die ohne weitere Abstimmung (etwa im Rahmen der EG) von Großbritannien implementiert werden. Weiterhin hat Großbritannien zugestimmt, daß es jede EG-Entscheidung bezüglich Importverbote für Kohle, Eisen, Stahl und Goldmünzen akzeptieren und implementieren werde (Ziff. 12.3 des Kommuniqués).“ Vgl. Referat 320, Bd. 156073.

12 Die Wörter „Commonwealth-Gipfel“ und „in Harare“ wurden von Ministerialdirigent Sulimma hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

13 In Harare fand vom 1. bis 7. September 1986 die achte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten statt, die der Lage in Südafrika gewidmet war. Vgl. dazu Dok. 257, Anm. 8.

14 Der britische Außenminister Howe führte am 17./18. Juli 1986 in Washington Gespräche mit Präsident Reagan, dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush und dem amerikanischen Außenminister Shultz. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, z. Z. Brüssel, teilte am 21. Juli 1986 mit, daß Howe auf Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21. Juli 1986 in Brüssel dazu folgende Erläuterung gegeben habe: „Die Administration habe der Zielrichtung der SA-Politik der Zwölf zugestimmt. Nach ihrer Auffassung sollten die Gemeinschaft und die USA gemeinsam, wenn auch vielleicht auf unterschiedlichen Wegen, vorgehen. Nach Einschätzung der Präs[identschaft] sei gegenwärtig nicht abzusehen, was die USA gegenüber SA tun würden. Eine Entscheidung werde voraussichtlich im September – nach entsprechenden Kontakten Administration – Kongreß – getroffen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2392; Referat 200, Bd. 134816.

15 Ministerpräsident Mulroney traf am 13. Juli 1986 mit Premierministerin Thatcher zusammen. Für das Gespräch über Südafrika vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/142591.

16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Sulimma durch Kreuz hervorgehoben.

Wirtschaftssanktionen, die sich aus Erfahrung nicht als effektiv erwiesen hätten und die im Falle von SA sich vor allem gegen die Schwarzen auswirken und den Nachbarstaaten Schaden zufügen könnten. Es sollte vermieden werden, die Wirtschaft zu destabilisieren. Es gehe um die Frage, Signale zu senden und Druck auszuüben. Wir könnten in eine schwierige Lage kommen, wenn SA begrenzte, von uns verlangte Maßnahmen treffe (wie z. B. Mandela freizulassen, aber unter strenger Kontrolle halten).

6) Alle Vier brachten ihre Vorbehalte gegen allgemeine Sanktionen zum Ausdruck, hielten jedoch weitere Einzelmaßnahmen wahrscheinlich für schwer vermeidbar. Crocker machte deutlich, daß die US-Maßnahmen wahrscheinlich von denen der Europäer abweichen würden. Man halte nichts von Handelsrestriktionen. Gegenwärtig würden intern geprüft:

– Fortsetzung der Maßnahmen in der Sanktionsverordnung des Präsidenten betreffend Lieferung militärischer Güter, Lieferung von Ausrüstungen für die Nuklearindustrie, Einfuhrverbot von Krügerrand sowie Fortsetzung des Computer-Embargos für die Polizei[17];
– Einführung von Visabestimmungen (gegenwärtig bereisen viele „Geschäftsleute" mit Regierungspässen (technology collectors) die USA und Europa);
– Entzug der Fluglanderechte[18];
– Einrichtung von Rohstoffreserven[19].

Dabei gehe es nicht um Handelssanktionen, sondern um einzelne Maßnahmen, die die Regierung treffen. Reeve sah für GB kein Problem, sich einem Waffenlieferungsembargo anzuschließen. Der Entzug von Landerechten käme in Anbetracht von 1 Mio. britischer Staatsangehöriger, die in SA leben, und der gewinnbringenden Flugverbindungen von British Airways nicht in Betracht. Reeve zeigte sich interessiert an einem fortgesetzten Gedankenaustausch von Experten über positive Maßnahmen (z. B. Unterstützungsmaßnahmen für bessere Ausbildung der Schwarzen, Finanzierung der Verteidigerkosten für Verhaftete). Nach der Aussage von Crocker geben die USA 1,5 Mio. Dollar im menschenrechtlichen Bereich, davon 1/2 für Rechtsbeistand (legal defense) aus. Auch er war deshalb an Expertengesprächen interessiert.

Crocker wies abschließend auf die Konsequenzen von Maßnahmen und evtl. Gegenmaßnahmen für die Frontstaaten[20] hin. Sie wären die ersten Opfer, weshalb auch an Hilfestellungen für sie gedacht werden müßte. Dies wäre sehr teuer und könnte in der Öffentlichkeit als Argument gegen Sanktionen gebraucht werden.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 12980 (204)

17 Für den Wortlaut der Verordnung des Präsidenten Reagan vom 9. September 1985 über die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 2 f.

18 Dieser Anstrich wurde von Ministerialdirigent Sulimma durch Kreuz hervorgehoben.

19 Zur Bedeutung strategischer Rohstoffe aus Südafrika vgl. Dok. 192.

20 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

192

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich

402-411.22 **11. Juli 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Versorgungslage bei strategischen Rohstoffen;
hier: Abhängigkeit von Südafrika

Bezug: Vorlage der Abteilung 4 vom 27. August 1985 zum gleichen Thema[4]
Weisung 01 vom 7.7.86, BM-Unterrichtungsvorlage vorzulegen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Zunehmend kritische innenpolitische Lage in Südafrika, Diskussion in EG und USA über eventuelle Wirtschaftssanktionen gegen SA[5] und die damit nicht mehr auszuschließende Möglichkeit von anschließenden Gegensanktionen Südafrikas gegenüber der EG bei Rohstoffen machen erneute Befassung mit folgenden Fragen erforderlich:

a) Bedeutung der Rohstofflieferungen aus SA für die deutsche Wirtschaft?

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich und Vortragendem Legationsrat Schneller konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Jelonek vermerkte: „1) BM ist mündlich unterrichtet über Problem und zurückhaltende Haltung der Ressorts. 2) Sollten wir unser Papier in bereinigter Version an BMWi (+ BMZ + BDI + BMF) übersenden? Ich wäre bereit."
Hat Jelonek am 17. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Massion verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itte] Anruf."
Hat Massion am 17. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schneller verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vgl. beil[iegenden] Zettel."
Auf einem beigefügten Begleitvermerk notierte Massion: „Bitte Brief StS R[uhfus] an StS von Würzen. (Etwa:) Haben zu fünft am … besprochen; AA erhielt Unterlage aus BMWi, prima, daß sie erstellt wurde; prima Studie; ich bin recht beeindruckt von …; erlaube mir, Kopien dieses Briefes an die anderen Teilnehmer des Fünferkreises zu geben." Vgl. Referat 402, Bd. 133896.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

4 Ministerialdirektor Jelonek beschäftigte sich mit den möglichen Folgen eines Lieferausfalls bei der Versorgung mit strategischen Rohstoffen durch Südafrika: „Wir beziehen strategische Metalle aus Südafrika (SA), bei denen dieser Lieferant kaum zu ersetzen ist. Angesichts der kritischen Lage in SA hat StS Dr. Ruhfus mit StS von Würzen (BMWi) die Frage einer Rohstoffbevorratung erneut besprochen. StS von Würzen, der auf der traditionellen Linie des BMWi zunächst negativ reagierte, meinte schließlich, das Kabinett könne das BMWi beauftragen, die Entwicklung auf dem Rohstoffsektor zu beobachten und vierteljährlich dem Kabinett darüber [zu] berichten. Dieser Vorschlag bleibt hinter dem Mandat des 1973 konstituierten StS-Ausschusses für Rohstoffragen zurück, der u. a. die Versorgungssicherheit analysieren und verbessern sollte. Neu und positiv ist allerdings die vierteljährliche Berichtspflicht. Der StS-Ausschuß hat in den letzten Jahren nicht mehr getagt. […] Angesichts des Ernstes der Situation erscheint es nicht ausreichend, sich von vornherein auf einen Beobachtungsauftrag mit Berichtspflicht zu beschränken. Es sollte daher zunächst versucht werden, in informellen Gesprächen politische Impulse für eine aktive Bevorratungspolitik zu geben. Dabei kann auf das 1980 von der Bundesregierung ausgearbeitete Konzept zurückgegriffen werden. Sollten sich beide Minister ablehnend verhalten, könnte auch der Vorschlag des BMWi weiterverfolgt werden, allerdings mit der Modifizierung, daß nicht das BMWi, sondern der StS-Ausschuß beauftragt wird." Vgl. Referat 402, Bd. 133896.

5 Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 181 und Dok. 191.

b) Sind Lieferstörungen für Rohstoffe aus SA zu befürchten und welches wären die Folgen?

c) Vorsorgemaßnahmen der IL?

Zu 1a): SA gehört mit der SU, den USA, Australien, Kanada und China zu den sechs wichtigsten Bergbauländern der Erde. Bei vielen industriell wichtigen Erzen gehört SA zu den Staaten mit den bedeutendsten bekannten Lagerstätten (z.B. bei Chrom, Mangan, Platinmetallen, Vanadium, Gold, Flußspat, Diamanten, Antimon, Phosphaten, Titan, Uran, Asbest und Zirkon). Große Vorräte auch an Zink, Blei, Silber, Kobalt, Eisen. SA ist außerdem der größte Exporteur von Kraftwerkskohle.

Rohstoffpolitisch bedeutsam ist insbesondere, daß

- SU nach SA bei einigen wichtigen Metallen der zweitwichtigste Erzeuger ist und mit SA über 50% der Welterzeugung produziert,
- Rohstoffimportanteile aus SA für deutsche Schlüsselindustrien sehr hoch sind,
- Einsparungs-, Substitutions- und Wiedergewinnungsmöglichkeiten (Recycling) bei einigen dieser Importe für die deutsche Industrie sehr begrenzt sind,
- alternative Rohstoffquellen für deutsche Industrie für einige wichtige Rohstoffe ebenfalls begrenzt, noch nicht genau exploriert bzw. kurzfristig auch kaum in ausreichendem Maß erschlossen werden können.

Nach einer vom BMWi in Auftrag gegebenen, aber noch nicht zur Veröffentlichung freigegebenen Studie kommen die beteiligten Institutionen (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien) zu dem Schluß, daß vor allem folgende Rohstoffimporte aus SA Risiken für die deutsche Wirtschaft darstellen.

SA-Anteil der direkten und indirekten dt. Bezüge 1984 (Wert in Klammern)	Verwendung	Anteil an Weltförderung (1984) SA/SU	– Höhe des Recycling am Gesamtverbrauch – Substitutionspotential (S)
Andalusit: 87% (7 Mio. DM)	Industrie für Feuerfestmacher und Glasindustrie	SA hat in der geforderten Qualität quasi Monopolstellung	
Mangan: 47% (30 Mio. DM)	Eisen- und Stahlindustrie, Fahrzeug- und Maschinenbau, Bauwirtschaft	13% / 43%	10–30% S: begrenzt
Chrom: 50% (17 Mio. DM)	Fahrzeug- und Maschinenbau, chem. Industrie	32% / 27%	10–30% S: begrenzt
Vanadium: 60% (44 Mio. DM)	Fahrzeug- und Maschinenbau, Bauwirtschaft/Stahlbau	38% / 29%	5–10% S: nennenswert

Platin: 61% (61 Mio. DM)	Elektronik Katalysatoren	62% / 34%	50% S: nennenswert
Palladium: 26% (17 Mio. DM)	Elektro- und Elektronikindustrie	20% / 75%	30–50% S: nennenswert

Zu b): Lieferstörungen für Rohstoffe aus Südafrika sind aus zwei Gründen nicht auszuschließen:

– als Folge einer weiteren Eskalation der innenpolitischen Krise (hohe Abhängigkeit der südafrikanischen Minen von Schwarzen, zum großen Teil Wanderarbeitern aus Nachbarländern; Bergbau als Schlüsselindustrie besonders unruhe-, streik- und sabotagegefährdet; geringe Lagerhaltung in Südafrika und Sicherheit der Lager gefährdet; Transportwege wegen ihrer Länge und relativ dünner Besiedlung SA kaum wirksam zu schützen);
– Gegenmaßnahmen der südafrikanischen Regierung als Antwort auf stärkeren politischen und wirtschaftlichen Druck der EG auf SA.

Die Abhängigkeit SA von Mineralexporten ist zwar sehr hoch (etwa 2/3 der Exporteinnahmen stammen aus Mineralexporten, 80% davon aus Gold- und Kohleexporten). Bei gezielter Beschränkung von Gegensanktionen auf wenige Spezialitäten könnte SA diese aber trotz der gegenwärtigen Verschuldungskrise wirtschaftlich durchaus ertragen und uns folgende empfindliche wirtschaftliche und politische Schäden zufügen[6], wenn eine Blockade plötzlich und über einen längeren Zeitraum (4 bis 6 Monate) verhängt würde:

– erhebliche Preissteigerungen bei den betreffenden Rohstoffen durch verstärkten Konkurrenzkampf um die restlichen Rohstoffquellen;
– Gefahr von Wettbewerbsvorteilen für IL mit Lagerhaltung;
– möglicherweise sogar Produktionslähmung in einzelnen Bereichen, insbesondere Stahlveredelung mit Auswirkungen auf Fahrzeugbau und Maschinenbau sowie Chemie- und Glasfeuerfestindustrie;
– verstärkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der SU.

Zu c): Rohstoffbevorratung

USA verfügen seit langer Zeit aus strategisch-militärischen Gründen über die umfangreichsten staatlichen Rohstofflager der Welt. 91 Rohstoffe im Werte von 10 Mrd. $ sind eingelagert.

Japan hat seit 1974 Maßnahmen zur Rohstoffbevorratung eingeleitet. Nach neueren Planungen sollen bis 1987 für sieben Metalle (Nickel, Chrom, Wolfram, Kobalt, Molybdän, Mangan, Vanadium) nationale Rohstofflager mit staatlicher und privater Beteiligung aufgebaut werden. Nach japanischen Pressemeldungen soll das Programm angesichts der Entwicklung in SA beschleunigt durchgeführt werden.

Großbritannien hatte 1983 während der Falkland-Krise[7] strategische Rohstoff-

6 Der Passus „Bei gezielter Beschränkung … politische Schäden zufügen“ wurde von Staatssekretär Ruhfus durch Fragezeichen hervorgehoben.

7 Am 1./2. April 1982 besetzten argentinische Truppen die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Britische Einheiten gingen am 21. Mai 1982 an mehreren Stellen der Inseln an Land. Am 15. Juni 1982 kapitulierten die argentinischen

reserve aus öffentlichen Mitteln angelegt. Es liegen keine offiziellen Angaben über Zusammensetzung der Reserve vor. Vermutet werden jedoch Chrom, Kobalt, Mangan und Vanadium. 1984 entschied britische Regierung, staatliche Lagerhaltung für strategische Rohstoffe wieder abzubauen. Britische Regierung ist von dieser Entscheidung seit der Eskalation in SA zwar noch nicht formell abgerückt, in der Praxis ist der Lagerabbau inzwischen bei Platin und Chromreserven jedoch gestoppt worden.

Frankreich hat bereits 1975 begonnen, zur Absicherung der französischen Wirtschaft staatliche Lager für besonders sensible Rohstoffe anzulegen. Einzelheiten des Programms unterliegen der Geheimhaltung und sind uns nicht näher bekannt.

Schweden betreibt umfassende Vorratshaltung zur Absicherung gegen Lieferunterbrechungen sowie für kriegerische Verwicklungen. Bei Metallen werden praktisch alle wesentlichen Rohstoffe eingelagert, außerdem Asbest und Kautschuk.

Die Schweizer Rohstoffbevorratung beruht auf einem dezentralen Vertragsmodell (Pflichtlagervertrag mit Privatunternehmen). Während die Lagerbestände primär für den Kriegsfall gedacht sind, gibt es Bestrebungen, ihre Zielsetzung auch auf andere Krisensituationen auszudehnen.

Die BR Deutschland verläßt sich auf privatwirtschaftliche Vorkehrungen der rohstoffverbrauchenden Industrie. Das 1980 ausgearbeitete Modell zur Rohstoffbevorratung, das vorsah

– Bundesbank finanziert Ankauf, indem sie Wechsel einer Bevorratungsstelle bis zu 600 Mio. DM pro Jahr diskontiert,
– Bundeshaushalt trägt Finanzierungskosten (300 Mio. DM auf acht Jahre verteilt),
– Industrie trägt übrige Aufwendungen (Lager, Verwaltung etc.),

wurde 1983, insbesondere aus fiskalischen Erwägungen, ad acta gelegt.

Nach einer Stellungnahme des BDI im sogenannten StS-Fünferkreis (BDI, DIHT, BMWi, BMZ, AA) vom 7.7.86 sieht sich Industrie in der Lage, selbst mit einer absoluten südafrikanischen Liefersperre für einen Zeitraum von sechs Monaten fertig zu werden.[8] Auch BMWi sieht im Vertrauen auf bisher nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1008

Truppen und ein Waffenstillstand trat in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108, Dok. 110, Dok. 137 und Dok. 175.

8 Ministerialdirigent Trumpf notierte über das dritte Treffen des „Fünferkreises“: „Kategorisch äußert sich die Wirtschaft gegen Embargos und Sanktionen. Hier seien sich alle deutschen Verbände, und das nicht nur wegen Südafrika, einig. Auf Frage Ruhfus' bestätigte Mann, daß die Industrie zum Dialog mit den Führern der Schwarzen bereit sei. Absolute Einigkeit zwischen BDI und BMWi, daß Thema staatlich geförderter Rohstoffbevorratung nicht aktuell und auch nicht lösbar ist, da die Finanzierung am BMF scheitern wird. Die Wirtschaft erklärte sich in der Lage, selbst mit einem totalen Lieferausfall von sechs Monaten allein fertig zu werden.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133896.
Am 15. August 1986 vermerkte Trumpf, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Industrie, Mann, habe in einem Schreiben vom 11. August 1986 an Staatssekretär Ruhfus mitgeteilt, „daß die laut Vermerk im Fünferkreis gefallene Äußerung, daß ‚die Wirtschaft in der Lage sei, selbst mit einem totalen Lieferausfall von sechs Monaten fertig zu werden, nicht der Einschätzung des BDI entspricht“. Trumpf fuhr fort: „Diese Klarstellung, die Dr. Mann u. a. auch StS von Würzen mitteilt, ist zu begrüßen, bestätigt sie doch die Analyse des AA, daß ein Lieferausfall bei stra-

näher dargelegte Möglichkeiten der kurzfristigen Nutzbarmachung von noch nicht am Markt befindlichen Ressourcen „keinen Anlaß zu Besorgnis“. Es spricht sich aus ordnungspolitischen und finanziellen Erwägungen gegen eine staatlich geförderte Rohstoffbevorratung aus. Auf Drängen AA ist BMWi allerdings jetzt bereit, Rohstoffversorgungssicherheit der deutschen Industrie wenigstens regelmäßig untersuchen zu lassen.

2) Stellungnahme

a) Haltung des BMWi, d.h. „kein Anlaß zur Besorgnis“, erscheint zu optimistisch. Die in Ziffer 1 auf der Grundlage der o.g. Studie dargestellten Risikofaktoren sind nicht von der Hand zu weisen.

Auch Stopp des Abbaus von Mangan- und Chromreserven durch britische Regierung im Zusammenhang mit der innenpolitischen Entwicklung in SA spricht für eine vorsichtigere Einschätzung der Lage.

b) Stellungnahme der deutschen Wirtschaft über den BDI vom 7.7.86 überrascht insofern, als BDI noch 1981 nach Einstellung der Arbeiten für eine deutsche Bevorratungsstelle in Schreiben an den BMWi mit Durchdruck an Sie ausdrücklich feststellte:

„Die Entscheidung der Bundesregierung, das geplante Programm zur Verbesserung der Bevorratung für die besonders gefährdeten Rohstoffe Chrom, Mangan, Kobalt, Vanadium und Asbest derzeit nicht weiterzuverfolgen, ist in der Wirtschaft mit Überraschung und Besorgnis aufgenommen worden. …. Die Rohstoffwirtschaft weist darauf hin, daß sich entgegen der Annahme Ihres Hauses die Versorgungssicherheit bei den erwähnten Rohstoffen keineswegs verbessert[9] hat. Das unternehmerisch nicht kalkulierbare politische Ausfallrisiko besteht angesichts der hohen geographischen Konzentration der Lagerstätten nach wie vor.“[10]

c) Eine Erklärung für den heutigen (Zweck)-Optimismus könnte sein, daß sowohl BMWi wie auch BDI derzeit vorrangig befürchten, daß eine staatlich geförderte deutsche Rohstoffbevorratung eine auf Lockerung unserer engen wirtschaftlichen Beziehungen mit SA gerichtete Politik einleiten könnte.

d) Dem könnte allerdings entgegengehalten werden, daß ein etwaiger Beschluß der Bundesregierung, angesichts der Entwicklung in SA staatlich geförderte Rohstofflager aufzubauen, zwar einerseits ein notwendiges und deutliches Signal an die südafrikanische Regierung wäre, daß wir eine politische Entwicklung in Richtung auf Sanktionen gegen SA nicht mehr ausschließen, andererseits aber bezüglich der tatsächlichen Verhängung von Sanktionen – unterstellt, das Signal zeigt eine gewisse Wirkung – auch einen weiteren Aufschub verschaffen könnte.[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1009

tegischen Rohstoffen schwerwiegende Folgen für die deutsche Industrie hat und von der Wirtschaft allein nicht aufgefangen werden kann.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133896.

9 Korrigiert aus: „gebessert“.

10 Für das Schreiben des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rodenstock, vom 18. Februar 1981 an Bundesminister Graf Lambsdorff vgl. Referat 402, Bd. 133757.

11 Am 29. Juli 1986 übermittelte Staatssekretär Ruhfus dem Bundeskanzleramt, den Bundesministerien für Wirtschaft, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Finanzen, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelstag sowie der deutschen Bundesbank eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jessen vom 23. Juli 1986 über die

RL 320[12] hat mitgezeichnet.

Oestreich

Referat 402, Bd. 133896

193

Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

204-321.00 SO-423/86 geheim **Aufgabe: 11. Juli 1986, 22.27 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5286 Plurez
Citissime

Betr.: Direktoren-Treffen im kleinen Kreise in Washington am 9. Juli 1986

Folgende Themen wurden behandelt:

1) Beziehungen zur SU

2) Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten

3) Genfer Verhandlungen

4) Konventionelle Rüstungsbegrenzungen in Europa

5) KVAE

6) KSZE-Folgetreffen Wien

7) Terrorismus

8) Berlin

Das Thema Südafrika

Über die Behandlung des Themas „Südafrika“ beim Abendessen am Vortage wurde aus Washington gesondert berichtet (DB 2922 vom 10.7.1986 aus Washington[2]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1010

Sicherstellung der Versorgung mit strategischen Rohstoffen. Darin hieß es: „Es fragt sich, ob angesichts der sich verschärfenden Lage in SA und des sich möglicherweise verstärkenden politischen Drucks in Richtung auf Sanktionen nicht erneut über eine aktive Bevorratungspolitik nachgedacht werden sollte. Die Entscheidung für strategische Lager könnte sein: Ausdruck des Willens der Bundesregierung zu nationaler Vorsorge im Bereich strategischer Rohstoffe; eine Dokumentation unseren Partnern gegenüber, daß wir uns solidarisch mit ihnen auf die gleiche Stufe der verringerten Abhängigkeit vor äußeren Einflüssen begeben wollen. Bei einer solchen Entscheidung könnte auf das 1980 entwickelte Modell zurückgegriffen werden. Angesichts der Anlaufzeit dürfte selbst bei sofortigem Beschluß ein Nachtragshaushalt vermeidbar sein.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133896.

12 Wolfgang Gerz.

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben an die Botschaften in London, Paris und Washington wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 31 und 49.

2 Für den Drahtbericht des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 191.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

1) Beziehungen zur SU

US[3] bestätigte, daß Sowjets weiter Daten-Vereinbarung für Gipfel verweigerten. Es gebe regelmäßige Korrespondenz zwischen Reagan und Gorbatschow, die diesen Punkt jedoch nicht habe klären können. Mit einem Treffen beider AM rechne man jetzt am Rande der UNO-GV.[4] US interpretiere kürzliche sowjetische Vorschläge in Genf[5] als positive Bewegung: Man halte sie für ernsthaft. Dies habe Reagan in Glassboro unterstreichen wollen.[6] Die Vorschläge würden ernsthaft geprüft. Man wolle eine Antwort jedoch nicht überhasten, nachdem die Sowjets für die Beantwortung der letzten amerikanischen Vorschläge[7] etwa sechs Monate gebraucht hätten.

D 2[8] hielt es für wahrscheinlich, daß Gorbatschow an Gipfel interessiert sei, aber nach Erfahrungen des ersten Treffens in Genf[9] ein zu Hause vorzeigbares Ergebnis vorher sicherstellen wolle. Die Verweigerung eines Termines für ein AM-Treffen sei wahrscheinlich Teil der sowjetischen Taktik, die US zur Bewegung in der Sache zu drängen. Vielleicht spiele jedoch auch Stellung Schewardnadses eine Rolle. Gorbatschow wolle baldige Fortschritte und würde deshalb wohl Verständigung mit Reagan bevorzugen, wenn amerikanische Angebote Moskau inhaltlich akzeptabel erschienen. – Várkonyi habe in Bonn betont, daß östlicher Wunsch nach sachlichen Ergebnissen eines zweiten sowjetisch-amerikanischen Gipfels keine Vorbedingung sei.[10] Karpow habe in Bonn signalisiert, daß baldige amerikanische Antwort auf sowjetische Vorschläge Klärung eines Gipfel-Datums beschleunigen könne.[11]

3 Rozanne L. Ridgway.

4 Die 41. VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 19. Dezember 1986 in New York statt.
Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

5 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

6 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 19. Juni 1986 in Glassboro, New Jersey, vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 806–811.

7 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.
Vgl. dazu ferner das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 52.

8 Gerold Edler von Braunmühl.

9 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

10 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 7. Juli 1986 vgl. Dok. 185.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 7. Juli 1986; Dok. 186.
Im Gespräch mit Botschafter Ruth am selben Tag führte Karpow aus: „Er hoffe, daß die USA, wie Reagan erklärt habe, die sowjetischen Vorschläge auf die ihnen inhärenten Möglichkeiten für einen Wandel der Verhandlungen hin überprüfen. Er wolle hinzufügen, daß eine Antwort der USA zum frühestmöglichen Zeitpunkt bedeutsam sei auch im Hinblick auf die Überprüfung der Möglichkeiten, beim nächsten Gipfeltreffen rüstungskontrollpolitische Fragen zu lösen. Er sei sich jedoch nicht sicher, ob die USA bereit wären, auf die sowjetischen Vorschläge zu antworten. Es sei sicherlich bekannt, daß es in der Administration umstritten sei, ob die USA vor Beginn der sechsten Verhandlungsrunde (Beginn 18.9.1986) auf die sowjetischen Vorschläge vom 11.6.1986 reagieren sollten. Er wolle ganz klar sagen: Die Bereitschaft bzw. Nicht-Bereitschaft der USA zu einer baldmöglichen Antwort auf die sowjetischen Vorschläge werde auch Aufschluß über die Bereit-

D 2 unterrichtete über bevorstehenden Besuch BM in Moskau.[12] Uns komme es vor allem auf Kontakt mit Gorbatschow an. Die Sowjets schienen interessiert an Abschluß wissenschaftlich-technologischen Abkommens mit drei Unter-Abkommen (Gesundheit, Agrar, friedliche Nuklear-Forschung).[13]

Wenn laufende Experten-Gespräche in Moskau[14] über praktische Einbeziehung Berlins[15] erfolgreich endeten, wäre dies großer Schritt nach vorn, mit weiteren Möglichkeiten für Beziehungen mit DDR und anderen WP-Staaten. BK werde wahrscheinlich BM Botschaft mitgeben, um Interesse gesamter Bundesregierung an dem Besuch zu unterstreichen.

GB[16] berichtete, daß bei Schewardnadse-Besuch in London (14.–15. Juli) ebenfalls mehrere Vereinbarungen unterschrieben würden: Ergänzungsabkommen zur technologischen Zusammenarbeit, Entschädigungsprobleme, Verhinderung von Unfällen auf See, Botschaftsgrundstück. Es werde kein Kommuniqué ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1012

schaft bzw. Nicht-Bereitschaft der USA geben, tatsächlich ein nächstes Gipfeltreffen stattfinden zu lassen." Vgl. die Gesprächsaufzeichungen VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

12 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

13 Die Ministerialdirektoren Edler von Braunmühl und Jelonek vermerkten am 30. April 1986: „Der Entwurf eines Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ) mit der SU ist seit 1973 fertiggestellt. Die Unterzeichnung scheiterte jedoch an dem Dissens über Auslegung und praktische Tragweite der in dem Abkommen enthaltenen Berlin-Klausel. In dieser Frage der tatsächlichen Einbeziehung Berlins in die WTZ ist im Verlauf zweier Gesprächsrunden auf Arbeitsebene in der ersten Jahreshälfte 1984 folgende Einigung ad referendum erzielt worden: Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des wissenschaftlich-technischen Rahmenabkommens werden ein oder mehrere Ressortabkommen über die Zusammenarbeit auf ausgewählten Gebieten abgeschlossen. Zeitgleich werden auch je zwei oder drei konkrete Progammabsprachen zu diesen Ressortabkommen getroffen. In einer dieser Programmabsprachen werden als Partner auf deutscher Seite ein bzw. mehrere Angehörige einer wissenschaftlichen Bundesinstitution in Berlin (West) ad personam, d. h. ohne namentliche Erwähnung der Bundesinstitution, benannt." Zu weiteren Verhandlungen habe die sowjetische Seite dann aber nicht mehr eingeladen. Vgl. Referat 213, Bd. 139384.
Am 26. Juni 1986 informierte Braunmühl Bundesminister Genscher, daß der sowjetische Botschafter Kwizinskij die Bereitschaft der UdSSR übermittelt habe, „das WTZ-Abkommen nach dem 1983/84 ausgehandelten Drei-Schichten-Modell zur praktischen Einbeziehung Berlins" während des Besuchs von Genscher in der UdSSR zu unterzeichnen. Die Ressortabkommen könnten paraphiert und „dann später von den Ressortchefs selbst unterzeichnet werden". Vgl. Referat 213, Bd. 139384.

14 Korrigiert aus: „Bonn".

15 Ministerialdirigent Oesterhelt hielt sich vom 7. bis 9. Juli 1986 zu einer ersten Verhandlungsrunde über den Abschluß eines wissenschaftlich-technischen Abkommens sowie weiterer Ressortabkommen in der UdSSR auf. Dazu hielt er am 10. Juli 1986 fest: „Nach weitgehender Fertigstellung der Fachabkommen wurden am 9.7. in den Fachgruppen die jeweiligen Programmabsprachen im einzelnen erörtert. Die sowjetische Seite akzeptierte dabei zunächst auf Fachebene im Agrar- und Gesundheitsbereich ad referendum eine Reihe von uns vorgeschlagener Berliner Projekte einschließlich derer, die Angehörige von Bundesinstitutionen in Berlin aufweisen. […] Was die Art der Benennung der Angehörigen der Berliner Bundesinstitutionen in den Programmabsprachen anbelangt, so machte Bondarenko den Vorschlag, daß diese – und nur diese – mit Name, Stadt (‚Berlin (West)') und der Privatanschrift verzeichnet würden." Er, Oesterhelt, habe am 9. Juli 1986 auf Weisung des Auswärtigen Amts erklärt, die Bundesregierung könne nicht akzeptieren, daß ein Ressortabkommen „ohne Programmabsprache unter Einschluß eines Vertreters einer Bundesinstitution in Berlin bleibe". Sie sei allerdings bereit, „in einer Erklärung zum Verhandlungsprotokoll förmlich zum Ausdruck zu bringen", daß sie ebenfalls von der Vermeidung jeden „Automatismus" ausgehe. Vgl. VS-Bd. 14155 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

16 Derek Thomas.

ben.[17] Bezüglich amerikanisch-sowjetischen Gipfels glaube man in London, daß es verfehlt sei, anzunehmen, Gorbatschow stünde unter so starkem wirtschaftlichen Druck, daß er zu Konzessionen gezwungen sei. Ob man mit Reagan Business machen wolle, sei wohl in Moskau noch nicht entschieden.

F[18] berichtete, daß Raimond in Moskau Dobrynin treffen werde.[19] Dobrynin habe sich gegenüber französischem Botschafter sehr interessiert an französischer Interpretation der amerikanischen Haltung gezeigt. Außerdem habe er das Thema „Sicherheit in Europa" betont und die symbolische Bedeutung des Mitterrand-Besuches zwanzig Jahre nach dem de Gaulle-Besuch von 1966[20] unterstrichen. Er habe in deutlicher Anspielung auf den de Gaulleschen Dreisatz „détente, entente, coopération"[21] für heute den Dreisatz „sécurité, coopération, confiance" genannt.[22]

US stimmte GB zu, daß Gorbatschow nicht durch wirtschaftlichen Druck zu Vereinbarungen gezwungen werden könne. Auch Reagan sei nicht durch öffentlichen Druck zu Vereinbarungen um jeden Preis zu zwingen. Offenbar wollen beide Seiten keine Vereinbarung um ihrer selbst willen.

2) Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten

US zeigte sich sehr interessiert an alliierter Einschätzung der Lage in Polen und der Beziehungen zu Warschau. Washington werde bilateralen Kontakten nicht zustimmen, bevor polnische Führung nicht scharfe anti-amerikanische Polemik beende. Außerdem dringe US auf eine sinnvollere und dauerhaftere Amnestie.

Bezüglich Rumäniens berichtete US über die Bestätigung der Meistbegünstigungs-Klausel durch Reagan am 3.6.[23] Trotzdem bleibe man über die Menschenrechtslage in Rumänien sehr beunruhigt.

17 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 14. bis 16. Juli 1986 in Großbritannien auf. Gesandter Freiherr von Stein, London, übermittelte dazu am 17. Juli 1986 Informationen aus dem britischen Außenministerium: „Auf internationalem Gebiet habe SU vor allem hinsichtlich Gipfeltreffen und KVAE Signale erkennen lassen, die man als einigermaßen ermutigend (‚moderately encouraging') beschreiben könne. […]. SU habe wiederholt die Bedeutung unterstrichen, die sie dem mäßigenden Einfluß Londons in Washington beimesse. Nach dem Besuch Schewardnadses sei man in London überzeugt, daß die SU ernsthaft zu verhandeln bereit sei." Zur konventionellen Rüstungskontrolle habe Schewardnadse drei Gedanken entwickelt: „Während man MBFR beende, was sicher noch einige Zeit dauere, könnte man ein besonderes Forum eröffnen, um die sowj[etischen] Vorschläge zu diskutieren. Man könnte aber auch die MBFR-Gespräche erweitern. In sowj. Sicht sei jedoch die beste Lösung, die sowj. Vorschläge auf einer Phase II der KVAE zu erörtern. Für MBFR sah S[chewardnadse] keine Zukunft. Die Verhandlungspartner sollten eine symbolische Entscheidung treffen und MBFR danach auflösen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1557; Referat 213, Bd. 139334.

18 Pierre Morel.

19 Der französische Außenminister Raimond begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch vom 7. bis 10. Juli 1986 in die UdSSR. Zu dem Besuch vgl. Dok. 200.

20 Staatspräsident de Gaulle besuchte die UdSSR vom 20. Juni bis 1. Juli 1966. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 204.

21 Vgl. dazu die Neujahrsansprache des Staatspräsidenten de Gaulle vom 31. Dezember 1966; DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 129.

22 Vgl. dazu die Tischrede des Staatspräsidenten Mitterrand am 7. Juli 1986 in Moskau; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Juli/August), S. 17.

23 Zur amerikanischen Gewährung der Meistbegünstigung für Rumänien vgl. Dok. 20.
In einer Botschaft an den Kongreß vom 3. Juni 1986 verfügte Präsident Reagan, daß die entsprechenden Bestimmungen des Handelsgesetzes vom 3. Januar 1975 („Trade Act of 1974") für weitere

D 2 gab Einschätzung der Lage in Polen nach Parteitag[24] und berichtete über Besuch Várkonyis (unter Hinweis auf großes Interesse Ungarns an Vereinbarung mit EG und Festschreibung wirtschaftlicher Kontakte mit Westen in Erwartung verstärkter sowjetischer Inanspruchnahme der RGW-Partner im Rahmen der Mobilisierung aller sozialistischen Kräfte für technologischen Anschluß[25]).

US äußerte sich leicht besorgt zu Nachrichten über Bereitschaft der EG zur Formalisierung der Beziehungen mit RGW. Die europäischen Direktoren erläuterten Sachstand und betonten, daß wir zwischen beiden Organisationen nur loses Dach (Gesichtswahrung) wünschten und Substanz in bilaterale Beziehungen legen würden.

GB betonte britische Besorgnis über Lage-Verschlechterung in Polen. (Im übrigen schlug GB vor, daß Situation in Jugoslawien bei nächstem Vierer-Treffen[26] ausführlich diskutiert werden sollte.) In kurzer Diskussion über Bewertung polnischer Entwicklung wies D 2 mit Zustimmung von F und GB darauf hin, daß Lage in Polen in vielen Aspekten weiterhin relativ freier sei als in anderen WP-Staaten. D 2 erinnerte an Stimmen der Opposition und der Kirche, die sich für bessere offizielle Beziehungen des Westens zu Polen einsetzten. – US meinte, daß Shultz in diesen beiden Punkten anderer Meinung sei, und regte an, für europäische Sicht dazu nähere Angaben zu machen.

3) Genfer Verhandlungen

US bestätigte, daß entgegen Presse-Meldungen Brief Gorbatschows an Reagan[27] keine neuen Vorschläge zu INF enthalten hätte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1014

zwölf Monate aufgehoben und Rumänien, Ungarn sowie der Volksrepublik China damit die Meistbegünstigung gewährt werde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 714–716.

Das amerikanische Repräsentantenhaus stimmte am 31. Juli 1986 mit 216 gegen 190 Stimmen einer Erneuerung der Meistbegünstigung für Rumänien zu. Vgl. dazu den Artikel „Die rumänische Krise verschärft sich"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. August 1986, S. 4.

24 Der X. Parteitag der PVAP fand vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 in Warschau statt.

25 Zum Interesse Ungarns an einem Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 2, Anm. 19.

Am 18. September 1986 führte Referat 411 zum Sachstand aus: „Im Juli 1986 haben in Brüssel Konsultationen stattgefunden, die aber nicht weitergeführt haben, da die ungarische Seite mit einem Kommissionsvorschlag zu Elementen für ein bilaterales Abkommen nicht zufrieden war. Sie hat am 11. September 1986 ihre Gegenvorstellungen unterbreitet, die jedoch wegen ihres ‚maximalistischen' Charakters von der Kommission als nicht annehmbar angesehen werden. Ungarn möchte einen verbindlichen Zeitplan für den Abbau noch bestehender mengenmäßiger Beschränkungen im gewerblichen Bereich; einen verbesserten EG-Marktzugang für Agrarprodukte; Aufnahme unter die durch Zollpräferenzen bevorzugten (Entwicklungs-)Länder. […] Auf deutsche Vermittlung ist der ungarischen Seite vorgeschlagen worden, zunächst die bilateralen Beziehungen mit der EG zu normalisieren und ein Rahmenabkommen abzuschließen, aus dem die strittigen Fragen ausgeklammert sind. Über sie könnte nach einer Normalisierung in einem dann bestehenden institutionellen Rahmen (Kommission) mit größerer Aussicht auf Erfolg gesprochen werden." Vgl. Referat 411, Bd. 131179.

26 Die vier Politischen Direktoren erörterten das Thema Jugoslawien am 29. Oktober 1986. Vgl. dazu Dok. 306.

27 In einem am 23. Juni 1986 übergebenen Schreiben an Präsident Reagan nahm der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Stellung zu Fragen der nuklearen Offensiv- und Defensivsysteme, der nuklearen Mittelstreckensysteme und eines nuklearen Teststopps sowie zu den Aussichten für ein weiteres Gipfeltreffen. Ferner thematisierte Gorbatschow regionale Fragen, insbesondere Libyen und Nicaragua, sowie bilaterale Themen. Vgl. dazu den Artikel „Gorbachev Still Seek-

D2 würdigte ausführlich amerikanische Unterrichtung nach jeweiliger Verhandlungsrunde. Wir sähen in den jüngsten sowjetischen Vorschlägen – wie USA – positive und negative Punkte. Wichtig erscheine uns Bewegung in Definition des Verhältnisses offensiver/defensiver Waffen (entsprechend Erklärung vom 8.1.1985[28]). Vorhersehbarkeit der Entwicklung bezüglich strategischer Verteidigung sei essentiell für Reduzierung offensiver Waffen. Wir befürworteten Schritte zur Stärkung des ABM-Vertrages und zur Abgrenzung erlaubter Forschung von nicht-erlaubten Entwicklungen.

GB drückte Hoffnung aus, daß US (wie umgekehrt SU) positive Punkte sowjetischer Vorschläge einsteckten und über schwierige Punkte verhandelten. Er fragte, ob Europäer durch entsprechende Anregungen behilflich sein könnten.

F betonte zwei Punkte: SU habe offenbar ernsthaft zu verhandeln begonnen; Reagans SALT-Entscheidung[29] habe die Verhandlungen offenbar nicht beeinträchtigt. (Auf Frage von D2 räumte US jedoch ein, daß solche Beeinträchtigung im Falle tatsächlicher Überschreitung der SALT-Obergrenze durch US erwartet werden müsse.) F sei an amerikanisch-sowjetischer Verständigung über Verhältnis offensiver/defensiver Systeme interessiert. Man frage sich aber, ob nicht doch noch ein Link zu INF hergestellt werden könne.

Zu SALT II:

D2 würdigte Hinweis von Shultz, daß SALT II nicht tot sei, eine Politik der Zurückhaltung fortgesetzt und ein baldiges Reduzierungsabkommen angestrebt werde. Wir seien auch der Auffassung, daß man sowjetische Verletzungen von SALT[30], die wir mit eigenen Mitteln nicht nachprüfen könnten, nicht unberücksichtigt lassen dürfe. Andererseits entstehe ein Problem westlicher Glaubwürdigkeit, wenn wechselnde Argumente für ein Abgehen von SALT vorgetragen würden. Entscheidend werde sein, Obergrenze nicht zu überschreiten. Aufgabe bewährter Praxis und Überschreitung der Obergrenze würde in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit der Entschlossenheit zu neuen Abkommen und zu drastischer Reduzierung beeinträchtigen. Außerdem seien wir beunruhigt über Hinweise, daß Kräfte, die sich für Abgehen von SALT II eingesetzt hätten, sich in weitgehenden Intentionen gegen Rüstungskontrolle, Abgehen auch von ABM-Vertrag und in Anstreben einer Überlegenheit bestärkt fühlen könnten.

[31]Várkonyi habe in Bonn in im Vergleich zu sonst moderaten Äußerungen sehr deutlich gesagt, daß neuer Vertrag nicht möglich sei, wenn SALT II und ABM nicht eingehalten würden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1015

ing Progress on Arms Before Summit Meeting"; THE NEW YORK TIMES vom 25. Juni 1986, S. A1 und A4.

28 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

29 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

30 Vgl. dazu den am 23. Dezember 1985 vorgelegten amerikanischen Bericht über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen; Dok. 155, Anm. 22.

31 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 5287 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

US betonte, daß Reagan jedenfalls den 131. B-52-Bomber mit CM ausrüsten lassen werde, aber die Möglichkeit der Kompensation durch Abwrackung anderer Systeme weiterhin aufrechterhalte. Wenn er Gebrauch davon mache, dann aber nicht wegen SALT, sondern wegen des neuen Standards der Zurückhaltung.

Reagan habe noch nicht entschieden, was die Formel genau bedeute, er werde das sowjetische Verhalten in Betracht ziehen. Über sowjetischen Vorschlag, im Juli eine SCC-Sitzung über SALT zu halten, habe man noch nicht entschieden.[32] 1983 habe die SU eine von amerikanischer Seite vorgeschlagene SCC-Sitzung über SS-25 abgelehnt.

US erklärte zu GB-Frage: Bonn, London und Paris hätten auf höchster Ebene Kontakte zu Washington und wüßten Reagan zu erreichen, wenn sie dies für notwendig hielten. Sie wolle keine Anregungen geben, wann dies geschehen sollte.

Bezüglich ABM bleibe es vorläufig weiter bei der restriktiven Interpretation.[33]

4) Konventionelle Rüstungsbegrenzung in Europa

US würdigte guten Start der hochrangigen Arbeitsgruppe[34], drückte aber Sorge über Versuchung aus, schnell und ohne gründliche sicherheitspolitische Analyse zu rüstungskontrollpolitischen Ergebnissen zu springen. High Level Task Force (HLTF) solle im übrigen nicht Vorschläge machen, sondern Optionen darlegen.

D 2 unterstrich die durch das Budapester WP-Treffen[35] bestätigte Bedeutung der Entscheidung von Halifax[36]. Er stimmte zu, daß die rüstungskontrollpolitischen Empfehlungen auf eine gründliche sicherheitspolitische Analyse aller Elemente der bestehenden konventionellen Instabilität und ihrer Beseitigungsmöglichkeiten gestützt werden müßten; das sei auch die Meinung von BM. Auch GB sprach sich für gründliche Untersuchung aus, aber auch für Einhaltung des Zeitplanes. (D 2 stimmte zu.)

US sprach sich, unterstützt von GB, dafür aus, HLTF-Vorbereitungstreffen in kleinem Kreise am 24. Juli unter Teilnahme von Italien stattfinden zu lassen. US wünsche keine Institutionalisierung der Vierer-Gruppe in anderen Bereichen. Nach amerikanischen Erkundigungen in Rom habe italienischer HLTF-Vertreter gutes Verhältnis zu Guidi. Deshalb sei seine Heranziehung sehr in unserem Interesse. D 2 befürwortete dies. F versprach Prüfung.[37]

32 Zum sowjetischen Vorschlag einer Sondersitzung der Besonderen Beratungskommission (SCC) vgl. Dok. 187, Anm. 18.
Zur Sondersitzung der SCC vom 22. bis 30. Juli 1986 in Genf vgl. Dok. 207, Anm. 20.

33 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

34 Zur konstituierenden Sitzung der „High Level Task Force" (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa am 23. Juni 1986 in Brüssel vgl. Dok. 179, Anm. 4.

35 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8.

36 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

37 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete am 25. Juli 1986 über die zweite Sitzung der „High Level Task Force" vom selben Tag, daß die Gruppe „mit einer konzeptionellen Diskussion der bisher vorliegenden (vier) Papiere" in eine Substanzerörterung eingetreten

5) KVAE

US berichtete Eindruck sowjetischer Flexibilität, die als Ergebnis westlicher Solidarität zu werten sei. US wünsche keine Wiederholung von Bern[38] in Stockholm. Deshalb wünsche man, den Alliierten rechtzeitig klarzumachen, daß für Washington drei Punkte Conditio sine qua non seien:

– Es werde kein Abschluß-Dokument geben ohne Inspektion,
– ohne Informationsmaßnahme,
– als Minipaket.

Außerdem komme die Einbeziehung von unabhängigen Luft-Aktivitäten und Transit-Bewegungen nicht in Frage.

Dies liege im Interesse aller Alliierten: Wenn man sich schon über VBM nicht einigen könnte, wie dann über Rüstungskontrolle?

D 2 bezeichnete diese Folgerung aus Bern als problematisch. Auch wir wollten ein substantielles Ergebnis im Sinne des Mandates von Madrid[39]. Aber die Bündnispartner müßten schließlich zu gemeinsamen Anforderungen kommen; es sei nicht in Ordnung, wenn einer von vornherein unabänderliche Bedingungen stelle. D 2 erinnerte an die Vereinbarung bei der Vorbereitung der KVAE, die Frage des Transits evtl. wieder aufzunehmen, wenn sie letztlich einer Einigung im Wege stünde.

Auch F betonte: Paris habe sehr feste Ansichten zum Thema „Keine Wiederholung von Bern". Über die Frage der Inspektion müsse man noch sprechen. In Moskau habe Schewardnadse Raimond zu Stockholm gesagt:

– Moskau sei bereit, die Arbeiten im August, d. h. während der Konferenz-Pause[40], zu intensivieren.
– Moskau sei schon mit der Manöver-Schwelle von 18 000 dem Westen entgegengekommen, und auch dies sei nicht das letzte Wort. Aber der Westen müsse auch sowjetische Interessen berücksichtigen.
– Für die Luft-Aktivitäten sei Moskau bereit, eine Lösung über Unterschwellen zu finden, wobei unabhängige Luft-Aktivitäten auf die zweite Runde verschoben werden sollten.

GB wies auf Prozedur-Probleme bei Arbeitsfortsetzung im August hin. D 2 schloß sich an.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1017

sei: „I. Ziele, Kriterien und Parameter konventioneller Rüstungskontrolle in Europa (D); II. Sowjetische Zielsetzungen in der Rüstungskontrollpolitik (B); III. Erfahrungen aus MBFR und KVAE; IV. Westliche Optionen für Prozedurdiskussion und Foren (US). Kapitel V zu KSZE-Folgetreffen wird von F nachgeliefert." Die Diskussion habe sich vor allem dem Beitrag der Bundesrepublik zugewendet, „da es nach Meinung aller das konzeptionell wichtigste und schwierigste ist. Es wurde allgemein gelobt, dabei war Zustimmung zum analytischen Teil uneingeschränkt; wurde der konzeptionell stark eine bestimmte Richtung künftiger Rüstungskontrollpolitik vorzeichnende Teil unseres Papiers intensiv hinterfragt, aber ohne grundsätzlichen Widerspruch auszulösen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 981; VS-Bd. 11536 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

38 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

39 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

40 Die KVAE in Stockholm wurde am 18. Juli 1986 vertagt und nahm am 19. August 1986 ihre Arbeit wieder auf. Vgl. dazu Dok. 203 bzw. Dok. 253.

GB kündigte an, in Stockholm neue britische Vorschläge im kleinen Kreise zu zirkulieren. Sie sähen ein technisches Verwaltungsforum für Informationsaustausch und für die Assoziierung von N+N-Ländern mit der Durchführung von Inspektionsmaßnahmen vor. Das würde die Inspektion für die N+N attraktiver und für den WP schwerer ablehnbar machen. Man sähe das Problem einer Institutionalisierung. Hier könnten jedoch Vorteile für den Abrüstungsbereich liegen, der von dem allgemeinen KSZE-Rahmen zu unterscheiden sei.

F äußerte sich kritisch gegenüber jeder Institutionalisierung. D 2 wies auf die oft besprochenen Nachteile hin; man sollte jedoch kein Dogma daraus machen, sondern die britischen Vorschläge prüfen.

D 2 unterstützte die Vorschläge von Botschafter Citron für ein Kompromiß-Paket: Wir sollten dieses nicht weiter verdünnen.[41] Bei einer Suspendierung von Rechten im Falle verweigerter Inspektion sei es schon wichtig, den Verweigerer besonders zu treffen; bei der Ankündigungs-Schwelle sollten wir die Zahl von 10 000 nennen. Diese Fragen wurden[42] nicht weiter vertieft.

6) KSZE-Folgetreffen in Wien

US würdigte das im Vierer-Kreise besprochene deutsche Strategie-Papier für das Folgetreffen.

D 2 erwähnte den im Gespräch BM mit Várkonyi erörterten Gedanken, daß die Außenminister Kanadas[43], Ungarns und der Schweiz[44] aufgefordert werden sollten, über die Expertentreffen in ihren Hauptstädten an das Folgetreffen zu berichten, um dadurch die Substanz des dort Erreichten, aber nicht in Schluß-Dokumenten Fixierten festzuhalten. In einer Diskussion über diesen Gedanken wurde die Frage angeschnitten, ob man die Auswahl der einzuführenden Vorschläge den berichtenden Außenministern überlassen oder den Teilnehmer-Staaten vorbehalten solle. Ungarn habe offenbar schon bestimmte Vorschläge ausgewählt. Ohne abschließende Klärung überwog die Meinung, daß eine Auswahl durch einführende Außenminister größere Chance für vernünftige Aus-

41 Am 3. Juli 1986 übermittelte Botschafter Ruth der KVAE-Delegation in Stockholm den Entwurf eines informellen Paketvorschlags mit der Bitte, ihn zunächst mit den Delegationen Frankreichs, Großbritanniens und der USA zu erörtern und später den übrigen Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten vorzustellen. Dazu teilte er mit: „Wir haben gestern mit Briten weiteres Vorgehen bei KVAE erörtert. Wir haben vorgeschlagen, Grinewskij informellen Paketvorschlag […] zu Rundenende (18.7.) zu übergeben, in dem zusammengefaßt wird, was der Westen für ein KVAE-Ergebnis vom Osten erwartet und zu welchen Leistungen er bereit ist. Der Westen erwarte die östliche Antwort spätestens zu Beginn der letzten Verhandlungsrunde. Briten haben nach Rücksprache mit London diesem Konzept zugestimmt und zugesagt, unsere Überlegungen zu unterstützen." Weiter könne ausgeführt werden: „Paketvorschlag verknüpft westliche Forderungen und westliche Gegenleistungen insgesamt, ohne im einzelnen aufzuführen, welche Forderungen und Gegenleistungen einander gegenübergestellt werden. […] Wesentliches Ziel des Paketvorschlags ist es, die Struktur eines Verhandlungsergebnisses festzulegen. Der Vorschlag geht davon aus, daß im Rahmen der Struktur hinsichtlich einzelner Elemente noch Flexibilität möglich ist." Damit übernehme der Westen die Initiative, bestimme den Rahmen für die weiteren Verhandlungen bis zum Ende der Konferenz und zwinge die Warschauer-Pakt-Staaten zu reagieren. Vgl. den Drahterlaß Nr. 5060; VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

42 Korrigiert aus: „würden".

43 Joe Clark.

44 Pierre Aubert.

wahl biete, als wenn die ganze Konferenz-Diskussion von Ottawa[45], Bern und Budapest[46] in das Folgetreffen verpflanzt würde.

US kündigte Verteilung eines Papieres in der NATO über Menschenrechte an. Washington wünsche außerdem mehr Öffentlichkeit, ein Abschluß-Datum (Ridgway bezweifelte persönlich, ob ein „cut-off"-Datum einem Ziel-Datum wirklich vorzuziehen sei), Implementierungs-Diskussion bis Januar, neue Vorschläge im Winter und Redaktion des Abschluß-Dokumentes im Frühjahr. Shultz werde evtl. etwas nach dem 4. November zur Eröffnung kommen.

F sprach sich für Gleichgewicht zwischen alten und neuen Vorschlägen und für die Übertragung der Verfahrensregeln von Madrid[47] aus, sowie für Balance zwischen Implementierungs-Kritik und Vorschlägen.

D 2 betonte, daß wir Vertrauen in den US-Delegationsleiter Zimmermann hätten, und dankte für Unterstützung des deutschen Papieres im Bündnis.

Unter Hinweis auf US-Ausführungen über Konsequenzen aus den Bern-Erfahrungen für Stockholm wies D 2 nachdrücklich darauf hin, daß wir von Alliierten Unterstützung unserer deutschlandpolitischen Belange im KSZE-Rahmen erwarteten. Er erinnerte daran, daß bei Nachkriegsentscheidung für West-Bindung Erwartung wesentlich gewesen sei, diese werde Weg zur Lösung deutscher Frage nicht versperren, sondern ebnen. Deshalb sei auch Drei-Mächte-Verpflichtung zur Unterstützung in deutscher Frage[48] Grundelement unseres NATO-Beitrittes geworden. Heute sei KSZE-Prozeß ein Haupt-Instrument zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas. Eindruck, daß US unsere Belange in dieser vitalen Frage hinter Gruppen-Interessen in USA zurückstelle, könne für Perzeption amerikanischer Rolle in Europa bei deutscher Bevölkerung schädliche Wirkung haben. (Ridgway riet im Anschluß an Sitzung, diese Überlegungen an Shultz heranzutragen.)

7) Terrorismus

US-Dienste zeigten in Lichtbilder-Vortrag Gebäude-Komplexe und Gelände in Libyen, Libanon, Syrien und Iran, die zur Ausbildung terroristischer Aktivitäten genutzt und geduldet würden. Der vortragende Vertreter räumte in anschließender Diskussion ein, daß Satelliten-Photos über Art der Aktivitäten in diesen Lagern keinen Aufschluß gäben.

[49]Die Information darüber müsse man aus anderen Quellen zusammensetzen. Die gewonnenen Ergebnisse müsse man eher als Annahmen statt als Beweise, die sehr schwer zu erbringen seien, einstufen.

45 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

46 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

47 Für den Wortlaut des Schlußdokuments des Vorbereitungstreffens für die zweite KSZE-Folgekonferenz vom 9. September bis 10. November 1980 vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 54–59.

48 Vgl. dazu Artikel 7 Absatz 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag); BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

49 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 5288 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1

8) Berlin

(a) Alle Vier waren sich einig, daß die erfolgreiche Lösung der „Paß-Krise“[50] ein positives Ergebnis der Festigkeit und Solidarität aller Verbündeten gewesen sei.

(b) 750-Jahrfeier Berlin[51]

Außer BK-Vorschlag in Tokio[52] für Treffen der vier Staats- bzw. Regierungschefs im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel Rom[53] in Berlin (West) hat auch Senat zu einem Besuch der Drei Mächte in Berlin (West) im Rahmen der 750-Jahrfeier eingeladen.[54]

Die Vier waren sich einig, daß die Frage einer Dreier-Reise bzw. eines Vierer-Treffens in Berlin (West) sorgfältig unter allen Aspekten geprüft werden müsse. D2 wies darauf hin, daß ein Dreier-Treffen ohne Beteiligung BK für uns schwer vorstellbar erscheine. Er bat um baldige Unterrichtung über alliierte Vorstellungen, bevor es zu öffentlicher Erörterung komme, damit man dann gleich richtig steuern könne. US wies darauf hin, daß man sich auch Besuche der Drei zu verschiedenen Zeiten während 1987 vorstellen könne.[55]

50 Zur Einführung der Ausweispflicht für in Ost-Berlin akkreditierte Diplomaten vgl. Dok. 159, besonders Anm. 16–18.
Am 7. Juni 1986 berichtete Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin: „Die DDR hat mit Note v. 5. Juni 86, die am 7. Juni 86 eingegangen ist, mitgeteilt, daß ab 15. Juni 86 fälschungsgesicherte Ausweise ausgegeben werden. Diese Ausweise für Diplomaten berechtigen zum Grenzübertritt nach und von Berlin (West) über die in der Note v. 11. April 1974 genannten Grenzübergangsstellen. Wir gehen davon aus, daß damit die in der Note v. 21. Mai 86 eingeführte Paßpflicht aufgehoben wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 943; Referat 210, Bd. 139253.
Bräutigam gab dazu am 2. Juli 1986 die Einschätzung: „Die DDR hat bei ihrer Abwägung des Für und Wider hinsichtlich der Durchsetzung der neuen Kontrollverfahren die Grenze offenbar dort gezogen, wo sie ihre politischen Beziehungen zu den westlichen Ländern tangiert sah. Als die westliche Allianz und andere Länder in ihrer Reaktion Geschlossenheit zeigten und im Einzelfall erste Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zur DDR erkennbar wurden, hat die DDR offenkundig davon Abstand genommen, die Angelegenheit durchzustehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1086; Referat 210, Bd. 139253.

51 Zu den Vorbereitungen für die 750-Jahrfeier von Berlin vgl. Dok. 221.

52 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

53 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 34/35 des Vortragenden Legationsrats Stoecker vom 16. Juni 1987; AAPD 1987.

54 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte zum Stand der Vorbereitungen für die 750-Jahrfeier von Berlin: „Der Senat ist ebenfalls um eine hochrangige Präsenz der Alliierten in Berlin 1987 bemüht. […] Die Allliierten prüfen derzeit den von RBM Diepgen unterstützten und vom Bundeskanzler am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio vorgetragenen Vorschlag einer gemeinsamen Reise der Staats-/Regierungschefs der drei Schutzmächte zusammen mit dem Bundeskanzler nach Berlin vor oder nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Rom 1987. Der gemeinsame Auftritt wäre ohne Präzedenzfall.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139168.

55 Referat 210 notierte am 10. Oktober 1986 zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl, „gemeinsam zu einem Vierergipfel nach Berlin“ zu reisen: „Die Alliierten haben sowohl in der Bonner Vierergruppe wie auch auf Botschafterebene gegenüber Staatssekretär Meyer-Landrut erkennen lassen, daß sie ein solches Vorhaben nicht befürworten. Sie sehen offenbar generell das Problem zu hoher politischer Erwartungen an ein solches präzedenzloses Treffen. Im einzelnen trugen folgende Gesichtspunkte zu dieser Haltung bei: Die Briten befürchten eine Abwertung des für Mai 1987 geplanten Besuchs der Königin, hätten sich allerdings letztlich einem gemeinsamen Auftritt nicht verschlossen. Nach Meinung der USA sei die Empfindlichkeit Italiens zu berücksichtigen, wo man durch einen derartigen Auftritt in Berlin in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang sicherlich eine (zumindest publizistische) Abwertung des Gipfels in Italien befürchten würde. Im übrigen zieht Präsident Reagan offenbar einen alleinigen Besuch dem gemeinsamen Auftritt mit anderen Staats-/Regierungschefs vor. […] Für Frankreich ergebe sich aufgrund der ‚Cohabitation‘ die Fra-

(c) Luft-Verkehr nach Leipzig

F wurde um baldige Stellungnahme zu den Vorschlägen der Bonner Vierergruppe gebeten.[56]

Braunmühl[57]

VS-Bd. 12980 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1021

ge, ob Präsident Mitterrand oder PM Chirac an einem Vierergipfel teilnehmen sollten. Da Präsident Mitterrand erst 1984 in Berlin war, wird 1987 voraussichtlich PM Chirac zur Eröffnung der Tour de France anreisen." Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

56 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 17. Februar 1986: „Den Alliierten wurde Anfang Dezember 1985 in der Bonner Vierergruppe ein Konsultationspapier übergeben, das die Verkehrs-, Berlin- und deutschlandpolitischen Erwartungen und Bedingungen der Bundesregierung an die Adresse der DDR für den von Interflug und Lufthansa gewünschten ‚Bedarfsluftverkehr zu festen Zeiten' für eine Testphase von März bis Oktober 1986 auf der Strecke Düsseldorf/Leipzig (Interflug) und Frankfurt/Leipzig (Lufthansa) formuliert". Parallel hierzu sei eine Vereinbarung zwischen der Air France und Interflug zur Aufnahme einer Flugverbindung Paris/Leipzig „unterschriftsreif". In der Vierergruppe hätten die USA und Großbritannien darauf bestanden, daß bei einer auch nur befristeten Gewährung von Anflugrechten für nicht-alliierte Gesellschaften Forderungen an die DDR in bezug auf die Nutzung des Flughafens Tegel geltend gemacht werden müßten. Vgl. Referat 210, Bd. 139211.
Am 11. März 1986 billigte die Vierergruppe ad referendum ein Positionspapier („Air Relations with the GDR"), das Bedingungen für die Einrichtung der Flugstrecken zwischen Frankfurt am Main, Düsseldorf und Paris nach Leipzig formulierte. Legationssekretär Weil vermerkte am 22. April 1986, daß der französische Vertreter in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 21. April 1986 ausgeführt habe, seine Regierung „prüfe nach wie vor den Entwurf des gemeinsamen Positionspapiers". Frankreich sei nicht überzeugt, „daß die DDR in den gegenwärtigen Ost-West-Beziehungen zu einer Verbesserung der Lage des Flughafens Tegel bereit sei. Zum anderen sehe man in Paris […] keine interessierte Fluglinie, die bereit wäre, in einer Nord-Süd-Verbindung den Flugbetrieb nach Tegel aufzunehmen." Vgl. Referat 210, Bd. 139211.
Am 13. Oktober 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach: „In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 2. Oktober 1986 hat der französische Sprecher die Zustimmung seiner Regierung zu dem Papier der Bonner Vierergruppe zu Luftfahrtbeziehungen mit der DDR […] übermittelt. Er hat erläutert, daß die Diskussion um einen Luftverkehr zwischen Paris und Leipzig z. Zt. aufgegeben sei und keine Absicht bestünde, sie wieder aufzunehmen." Vgl. das Rundschreiben; Referat 210, Bd. 139211.

57 Paraphe.

194

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Junejo

14. Juli 1986[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Premierminister von Pakistan, Herrn Mohammad Khan Junejo, am 14. Juli 1986, in der Zeit von 11.00 bis 12.10 Uhr[2]

Anwesend auf pakistanischer Seite: Außenminister Sahabzada Yaqub Khan, Botschafter Abdul Waheed.

Anwesend auf deutscher Seite: Staatssekretär Ruhfus, MDg Stabreit als Notetaker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* heißt Premierminister Junejo eingangs willkommen. Er schlägt vor, daß bilaterale Themen später im größeren Kreise behandelt werden sollten.[3] Er freue sich, daß der Premierminister nach Deutschland gekommen sei. Er bedauere, daß der Besuch des pakistanischen Präsidenten nicht zustande gekommen sei.[4] Hoffentlich könne der Besuch bald nachgeholt werden. Der Premierminister kenne ja Deutschland sehr gut. Premierminister *Junejo* antwortet, er sei dankbar für die Einladung in das große und schöne Land des Bundeskanzlers. Er sei gestern angekommen und sehr angenehm aufgenommen worden. Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, dies sei nur eine Antwort auf den guten Empfang, der ihm selbst durch den Präsidenten in Pakistan bereitet worden sei.[5] Das Frühstück mit dem Präsidenten bei Sonnenaufgang sei ihm

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 15. Juli 1986 gefertigt und am 23. Juli 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt.
Hat Legationssekretär Freitag am 24. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Sudhoff, Ministerialdirigent Keil und Pfetten-Arnbach „m[it] d[er] B[itte] um Kenntnisnahme“ verfügte. Ferner vermerkte er: „213, 230, 014, 010 haben Ablichtung vorab.“
Hat in Vertretung von Sudhoff Ministerialdirigent Sulimma am 25. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Keil am 25. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Pfetten-Arnbach am 28. Juli 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 340, Bd. 136889.

[2] Ministerpräsident Junejo hielt sich vom 13. bis 15. Juli 1986 in der Bundesrepublik auf.

[3] Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Junejo führten am 14. Juli 1986 ein weiteres Gespräch im größeren Kreis. Im Mittelpunkt standen die Entwicklungszusammenarbeit sowie die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Pakistan. Ferner sprach Junejo eine Einladung an Kohl zum Besuch nach Pakistan aus. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 136889

[4] Ministerialdirigent Sudhoff vermerkte am 24. Februar 1986: „In der Zeit vom 16. bis 19. Oktober 1985 sollte der pakistanische Präsident Zia-ul-Haq auf Einladung des Herrn Bundeskanzlers zu einem Arbeitsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Präsident Zia mußte den Besuch jedoch aus innenpolitischen Gründen kurzfristig absagen. Nach pakistanischen Sondierungen für einen neuen Termin wurde die Zeit vom 13. bis 15. Juli 1986 vorgeschlagen. […] Die Botschaft Islamabad berichtete nunmehr, daß die pakistanische Seite darum bitte, Premierminister Junejo für den pakistanischen Präsidenten zum gleichen Termin (13. bis 15.7.1986) einzuladen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 136889.

[5] Bundeskanzler Kohl hielt sich am 13./14. Oktober 1984 in Pakistan auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 278.

unvergeßlich. PM *Junejo* fährt fort, der Bundeskanzler sei nur einen Tag in Pakistan gewesen. Das nächste Mal müsse er länger bleiben.

Der *Bundeskanzler* erläutert, er freue sich über gute Entwicklungen in Pakistan. Pakistan habe hier viele Freunde, und er selbst zähle sich dazu. Er beobachte mit großer Freude die Entwicklung Pakistans, auch die Entwicklung hin zu einer zivilen Regierung. Er sehe die pakistanischen Probleme an der Grenze zu Afghanistan und das Riesenproblem, das Pakistan mit den afghanischen Flüchtlingen bewältigen müßte. In dieser Frage seien wir Spezialisten. In der Zeit von 1945 bis 1951 hätten wir über 13 Millionen Landsleute aus dem Osten aufnehmen müssen. Ein Fünftel bis ein Sechstel unserer Bevölkerung seien Vertriebene. Wir würden Pakistan weiter unterstützen, sowohl bilateral wie auch international.[6] Wie sei die Beurteilung des Premierministers der Lage in Afghanistan?

PM *Junejo* führt aus, der Kanzler könne sich angesichts des deutschen Schicksals ja dann gut vorstellen, wie es in Pakistan aussehe. Er kenne ja den Hintergrund der Afghanistan-Frage. Es habe alles vor sechs Jahren mit dem Einmarsch der russischen Truppen begonnen.[7] Ein großer Teil der Bevölkerung sei nach Pakistan geflüchtet. Man sei sich in Pakistan nicht darüber im klaren gewesen, wie groß die Zahlen sein würden. Als Mohammedaner hätten sie gegenüber den gleichfalls mohammedanischen Afghanen die Bruderpflicht zur Hilfe empfunden. Inzwischen seien jedoch drei Millionen Flüchtlinge in Pakistan, die sich über zwei Provinzen, die Northern Frontier Province und Belutschistan, verteilten.

Die Bundesrepublik Deutschland sei Pakistan immer und auf allen Wegen sehr hilfreich entgegengekommen. Wie der Kanzler wisse, fänden jetzt unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen[8] indirekte Gespräche in Genf statt. Insgesamt habe es bereits sieben Runden solcher Gespräche gegeben. Pakistan entsende im allgemeinen den Außenminister, der dort die pakistanischen Belange vertrete. Die letzte Runde[9] habe sich um die Frage des Rückzugstermins für die sowjetischen Truppen gedreht, des letzten offenen Hauptpunktes. Dabei wurde geäußert, dieser Rückzug solle binnen vier Jahren

6 Referat 301 hielt am 11. Juni 1986 zur Hilfe für afghanische Flüchtlinge in Pakistan fest: „Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan wird auf 2,5 bis 3 Mio. geschätzt, die sich in etwa 300 Lagern, vorwiegend im Grenzgebiet zu Afghanistan, aufhalten. Die Lager werden von der pakistanischen Regierung verwaltet, wobei sie durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), andere internationale Organisationen und zahlreiche ausländische private Hilfsorganisationen u. a. auch aus der Bundesrepublik Deutschland unterstützt wird. Das IKRK unterhält Krankenhäuser für afghanische Kriegsverletzte.“ In den Jahren 1981 bis 1985 habe die Bundesregierung Leistungen aus den Mitteln der Humanitären Hilfe des Auswärtigen Amts in Höhe von 42,003 Mio. DM erbracht. Hinzu kämen weitere Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit für flüchtlingsbezogene Maßnahmen in Höhe von 123 Mio. DM: „Im laufenden Jahr betragen unsere Leistungen an den UNHCR, das IKRK, das DRK und die Einzelträger bereits über 4,5 Mio. DM.“ Vgl. Referat 301, Bd. 146260.

7 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

8 Javier Pérez de Cuéllar.

9 Zur siebten Runde der Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan vom 5. bis 23. Mai 1986 in Genf vgl. Dok. 137, Anm. 15.
Zu den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 188, besonders Anm. 15.

stattfinden. Pakistan habe die andere Seite wissen lassen, daß man damit nicht einverstanden sein könne.

Als er im vergangenen Jahr das Amt übernommen habe[10], sei er zunächst zu dem Schluß gekommen, daß mit Gorbatschow eine Entspannung der Situation eingetreten sei. Aber nach den Erfahrungen eines weiteren Jahres deutete die Entwicklung darauf hin, daß man sich nicht so ohne weiteres in diese Richtung bewege. Die De-facto-Lage sei jedenfalls anders.[11] Wenn die Russen einmal ein anderes Land besetzten, dann gingen sie bekanntlich nicht so schnell wieder heraus. Es sei das Ganze nicht eine pakistanisch-afghanische Frage, sondern ein Problem der Russen. Da es sich hier um eine Supermacht handele, könne Pakistan nur versuchen, zu reden, zu überzeugen und Freunde für die afghanische Sache zu gewinnen.

Der *Bundeskanzler* antwortet, die Bundesrepublik Deutschland stehe in dieser Sache an der Seite Pakistans. Auch hier hätten wir unsere besonderen Erfahrungen. 17 Millionen unserer deutschen Landsleute seien unter russischer Herrschaft, sechs Tank-Stunden von hier stehe eine sowjetische Panzerarmee. Dies bringe viele Probleme für uns mit sich. Der Premierminister habe ja beim Abschreiten der Ehrenfront die jungen Soldaten gesehen. Wir hätten jetzt die Wehrpflicht erhöhen müssen[12], da anderenfalls die Bundeswehr in den 90er Jahren ihre Sollstärke nicht mehr aufrechterhalten könne. Er habe dies sechs Monate vor der Bundestagswahl[13] tun müssen. Wir handelten, während andere über solche Schritte nur redeten: Die Vereinigten Staaten hätten nicht einmal die Registrierungspflicht eingeführt. Unser Land sei mit Waffen vollgestopft, mehr als irgendein anderes Land in der Welt. Wir müßten das tun und sähen noch kein Ende für diesen Zustand. Deshalb seien wir auch an wirklicher Entspannung interessiert. Wir würden aber nichts tun, was unsere Lage schwäche. Die Freiheit zum Nulltarif gebe es nicht. Er, der Bundeskanzler, glaube, daß es jetzt eine kleine Chance gebe. Das Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow werde zustande kommen. Es gebe von Ost und von West eine Menge Signale. Das Treffen werde nicht weltbewegend sein und keine Riesenschritte bringen, aber auch wenn es nur kleine Schritte seien, sie würden in die richtige Richtung führen.

Wir würden uns jedoch gegenüber der Sowjetunion nicht in eine Lage begeben, in der wir sagten, daß wir nur an den europäischen Dingen interessiert seien. Der

10 Mohammad Khan Junejo wurde am 23. März 1985 von Präsident Zia-ul-Haq zum Ministerpräsidenten ernannt und am folgenden Tag von der pakistanischen Nationalversammlung bestätigt.

11 Die Botschaft in Islamabad gab am 15. Juni 1986 folgende Einschätzung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und Pakistan: „Da aus und über Pakistan mit seinen drei Millionen afghanischen Flüchtlingen der Widerstand der Mudschahedin innerhalb Afghanistans versorgt wird, sieht die Sowjetunion in der Haltung Pakistans zur Afghanistanfrage ein entscheidendes Hindernis zum erfolgreichen Abschluß der sowjetischen Intervention. Die SU versucht, Pakistan zur Änderung seiner Position zu bewegen, und trägt den Konflikt zunehmend nach Pakistan und vor allem in die Nord-West-Grenzprovinz hinein. Die Zahl der Artillerieüberfälle an der afghanisch-pakistanischen Grenze, der Verletzungen der Lufthoheit Pakistans sowie von Sprengstoffanschlägen in und um Peshawar hat erheblich zugenommen. Das Ziel ist, die pakistanische Bevölkerung zu beunruhigen, was in begrenztem Maß auch gelingt, und sie gegen die afghanischen Flüchtlinge aufzubringen." Vgl. Referat 340, Bd. 136889.

12 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

13 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

Friede sei unteilbar. Man könne nicht den Frieden in Europa praktizieren und in Afghanistan Genozid betreiben. Man könne nicht gleichzeitig unser Freund sein und befreundete Länder wie Pakistan destabilisieren. Man könne nicht einen Teil der Weltkarte ausgrenzen.

Wir hätten vielleicht noch kein richtiges Urteil von dem, was die sowjetische Führung wirklich wolle. Premierminister *Junejo* bemerkt hierzu, als die neue Führung in Moskau gekommen sei, habe er den Eindruck gehabt, daß sie eine Lösung der Afghanistan-Frage wünsche, aber jetzt sehe es nicht mehr so aus. Der *Bundeskanzler* berichtet an dieser Stelle, er habe in der letzten Woche mit dem Generalsekretär der UNO, Pérez de Cuéllar, auch über die Afghanistan-Frage gesprochen.[14] Sein eigener Eindruck sei, daß Generalsekretär Gorbatschow ein schreckliches Erbe angetreten habe. Militärisch sei die Sowjetunion eine Weltmacht, aber eine Weltmacht in Fesseln. Sie könne sich in Europa nicht bewegen, ohne einen Weltkrieg auszulösen. Ein solcher Weltkrieg sei jedoch die Apokalypse. Dies würden die sowjetischen Führer nicht tun. Hier verfolgten sie eine andere Taktik. Sie hätten eine ungeheure militärische Macht aufgebaut und wollten Angst verbreiten. Schon Lenin habe dies beschrieben und vorausgesagt, daß die bürgerlichen Schichten Angst haben und „wegtauchen" würden. Für viele „Bourgeois" stimme das. Er selbst sei aber kein „Bourgeois", und bei ihm würde man mit dieser Taktik kein Glück haben. Der französische Präsident François Mitterrand sei Sozialist, denke aber genauso wie er. In Europa hätten die Sowjets zur Zeit keine Chancen. Gorbatschow werde versuchen, die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Dabei habe er im Prinzip zwei Möglichkeiten. Er könne versuchen, dies mit eigenen Mitteln zu tun, werde aber dann die Resultate nicht mehr erleben. Das System sei in sich nicht effizient. Wenn er aber Hilfe von außen annehme, müsse er seine Politik etwas ändern. Dazu gehöre dann auch die Afghanistan-Frage.

Allerdings hätten auch kommunistische Diktaturen Sorge vor einem Gesichtsverlust. Was könne man deshalb für Afghanistan tun? Man könne zunächst einmal in allen West-Ost-Gesprächen Afghanistan auf die Agenda setzen. Die Weltöffentlichkeit müsse weiter mobilisiert bleiben. Wir müßten immer wieder auf Afghanistan hinweisen. Wir könnten natürlich Pakistan helfen, die Last zu tragen, damit das Land nicht zusammenbreche, womit die Sowjetunion offensichtlich rechne. Pakistan habe im übrigen ein Pfund in seiner Hand, mit dem es noch nicht ausreichend gewuchert habe, nämlich das Votum der mohammedanischen Welt. Dieses sei für die Sowjetunion sehr wichtig. Man brauche sich nur das Interesse der Sowjetunion am Nahen Osten anzusehen.

Premierminister *Junejo* antwortet, ihm stelle sich die Frage, warum die Sowjetunion überhaupt einmarschiert sei. Die Amin-Regierung sei im wesentlichen pro-kommunistisch gewesen. Der Eindruck der pakistanischen Regierung sei es, daß sich 1978/79 die Lage mit dem Regierungswechsel im Iran[15] verändert habe. Moskau mag der Meinung gewesen sein, daß diese Veränderung der

14 Für das Gespräch am 9. Juli 1986 vgl. Dok. 188.

15 In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Lage im Raum auch seinen eigenen Einfluß verändern könnte. Jedenfalls habe aus pakistanischer Sicht der Wechsel im Iran den Einmarsch mit hervorgerufen.

Der *Bundeskanzler* äußert, daß er oft über diese Frage diskutiert habe. Dies sei auch bei uns als Argument aufgetaucht. Die Marxisten verstünden jedoch wenig von den religiösen Überzeugungen der Menschen. Sie hätten das Falsche getan, sie hätten mit ihrem Einmarsch den Fundamentalismus nur gestärkt. Die Sowjetunion habe seit 1939 aus ihrer Sicht stets logisch gehandelt und ihre Grenzen systematisch vorgeschoben. Sie hätte hier wie die Zaren gehandelt. Insbesondere nach Westen habe ja auch Rußland keine natürlichen Grenzen. Rußland habe immer ein Glacis gesucht. Natürlich habe auch die Sowjetunion ein Sicherheitsbedürfnis, das aber jetzt eine Dimension angenommen habe, die nicht mehr haltbar sei. Die Sowjets würden auf die Dauer dieses Imperium nicht halten können. Freilich werde dies wohl nicht zu unseren Lebzeiten geschehen. Auf die Zwischenfrage des pakistanischen *Premierministers*, ob der Bundeskanzler glaube, daß die Sowjets in Afghanistan für immer bleiben würden, antwortet der *Bundeskanzler*, sie würden es nicht halten können. Zur Zeit wüßten sie vermutlich selbst nicht, was sie dort wollten. PM *Junejo* fügt hinzu, als die Sowjets einmarschiert seien, hätten sie geglaubt, sie könnten das Land in sechs Monaten fest in den Griff bekommen. Der Widerstand habe sie schokkiert. Der *Bundeskanzler* verweist hier auf den Angriff der Sowjetunion gegen Finnland im Jahre 1939. Nach 1945 habe sich die Sowjetunion freilich dort klug verhalten. Die Finnen seien verteidigungs- und außenpolitisch auf Moskau ausgerichtet. Sie seien jedoch kein kommunistisches Land. Die Finnen seien außerordentlich kluge Leute, die gleichzeitig den guten Kontakt mit dem großen Nachbarn, aber auch eine Distanz behielten. Was Afghanistan anbetreffe, müsse man den Druck auf Moskau aufrechterhalten. Moskau glaube, die Welt werde Afghanistan vergessen. Wenn die Welt Afghanistan nicht vergesse, würden sie neue Überlegungen anstellen.

PM *Junejo* fährt fort, die Flüchtlingsmassen seien entschlossen, in ihr Heimatland zurückzukehren, um sich dann zu rächen. Dies zeige auch die Ernsthaftigkeit, mit der der Widerstand geführt werde. Er stimmte dem Bundeskanzler zu, es sei nicht einfach, mit den Russen in Übereinstimmung zu gelangen. Die Sowjetunion müsse ständig angesprochen werden, und zwar auf allen Ebenen. Wie die Dinge dort nun einmal lägen, könnten sich die Russen in Afghanistan nie recht wohlfühlen. Unter den Freunden Pakistans sollte eine ständige Koordinierung stattfinden, dahingehend, daß man den Sowjets ständig sage, sie sollten sich aus Afghanistan zurückziehen. Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu. PM *Junejo* fährt fort, in den letzten sechs Jahren habe die Bundesrepublik Pakistan im Hinblick auf die Flüchtlinge sehr geholfen. Allgemein gesehen habe jedoch die Hilfsbereitschaft im letzten Jahr nachgelassen. Er versuche nun, alle Geberländer von der Lage ins Bild zu setzen und mit ihnen zu sprechen. Man müsse den Flüchtlingen helfen, damit sie eines Tages zurückgehen könnten. Natürlich habe niemand, auch Pakistan nicht, mit einer Dauer von sechs Jahren gerechnet.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, es sei seine Auffassung, daß das Thema Afghanistan nicht von der Tagesordnung verschwinden dürfe. Wir würden mit unseren Freunden in der Europäischen Gemeinschaft darüber sprechen. Besonders

wichtig sei, daß die islamische Welt das Thema anspreche und weiterbetreibe. Weiter sei wichtig, daß Pakistan sich positiv entwickele, stabil bleibe und seine Stabilität sogar noch erhöhe. Die Rechnung der Russen auf eine Destabilisierung Pakistans dürfe nicht aufgehen.

Hierzu gehöre auch die Beziehung zwischen Pakistan und Indien. Auf dem Weg nach Tokio[16] habe er Rajiv Gandhi[17] besucht. Dieser werde vielleicht im nächsten Jahr zu uns kommen. Rajiv Gandhi habe ihm, dem Bundeskanzler, beinahe leidenschaftlich versichert, daß er den Ausgleich mit Pakistan suche. Auf die Frage nach einer bestimmten Tochter, die in Pakistan herumfahre, habe die Reaktion Rajiv Gandhis keinerlei Unterstützung erkennen lassen.[18]

Premierminister *Junejo* führt hierzu aus, er sei nun 16 Monate Premierminister, er habe versucht, die Beziehungen mit Indien zu verbessern. Zuerst habe man mit diesem Versuch schlechte Erfahrungen gemacht, dies jedoch wegen der Mutter Gandhis. Frau Gandhi habe stets die Hand Pakistans vermutet, wenn irgendwo in Indien etwas passiert sei. Die Spannung zwischen beiden Völkern sei ständig aufrechterhalten worden. Kurz vor der Ermordung von Frau Gandhi[19] habe der normale Bürger in Pakistan geglaubt, es werde jetzt bald einen Grenzkrieg mit Indien geben. Die Situation sei jetzt völlig verändert, nachdem Rajiv Gandhi Premierminister geworden sei. Der Außenminister Pakistans habe Indien besucht. Der indische Finanzminister[20] sei nach Pakistan gekommen. Ende des vergangenen Jahres habe man beschlossen, den Handel im privaten Bereich mit Indien wiederaufzunehmen. Dieser Handel solle ausgeweitet werden. Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, es handele sich um eine Frage von überragender Bedeutung. In dieser Sache hätten nur die Sowjets Nutzen von einem indisch-pakistanischen Streit. PM *Junejo* fährt fort, es sei wichtig, auch innerhalb Pakistans im Hinblick auf Afghanistan die Einigkeit aufrechtzuerhalten. Die Wahlen im Februar hätten ein solches Resultat erbracht.[21] Während der Zeit nach der Wahl habe er versucht, das öffentliche Vertrauen in die Regierung zu stärken und der Region zu verdeutlichen, daß dies nun eine von ihr gewählte Regierung sei, die für das Volk da sei. Natürlich sei jeder im Lande zunächst einmal an seinen eigenen Dingen vorrangig interessiert, z. B. der Entwicklung der eigenen Region, den Bau von Schulen und Straßen usw. Heute bestehe jedoch eine Lage, in der sich alle Parteien frei äußern könnten. Es gebe keinen Ausnahmezustand mehr. Die „rule of law" (Rechts-

16 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1986 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels und der deutsch-japanischen Regierungsgespräche in Japan auf. Vgl. dazu Dok. 134 und Dok. 137.

17 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 27. bis 30. April in Indien auf. Vgl. dazu Dok. 125 und Dok. 129.

18 Am 18. Juni 1986 teilte die Botschaft in Islamabad mit: „Unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus London führte Benazir Bhutto vom 10. April bis 10. Mai 1986 eine landesweite Kampagne durch, in der sie Versammlungen in den größten Städten Pakistans durchführte und außerdem bei der Fahrt durch das Land ihre Popularität testete. Der beträchtliche Zulauf, den Benazir Bhutto erhielt, versetzte selbst ihre Anhänger ins Staunen. Die Regierungsseite bewies während der Kampagne ein erhebliches Maß an Toleranz. Denn Benazir Bhutto ließ an ihrem Ziel, den Sturz Präsident Zias, verbunden mit Neuwahlen, durchzusetzen, keinen Zweifel. Durch das Zusammenwirken der Parteiordnungshüter und der Polizeiordnungskräfte wurde die Kampagne von Benazir Bhutto überhaupt erst möglich." Vgl. Referat 340, Bd. 136889.

19 Ministerpräsidentin Gandhi wurde am 31. Oktober 1984 ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

20 Vishwanath Pratap Singh.

21 Am 25. bzw. 28. Februar 1985 fanden in Pakistan Parlaments- und Regionalwahlen statt.

staat) sei wiederhergestellt.[22] Die Presse habe völlige Freiheit. 20 Jahre hindurch habe es keine vollen Grundfreiheiten gegeben.

Wenn man von politischen Parteien spreche, so habe eine bestimmte junge Dame und ihre Bewegung die Hoffnung gehabt, daß die Bevölkerung ihr folgen werde. Aber der einfache Mann sei heute hinreichend gebildet und habe die Frage gestellt, was denn das Programm dieser Bewegung sei. In Pakistan bestehe das Gefühl, daß sie von außerhalb Pakistans unterstützt werde. Im übrigen hätten diese Leute fünf Jahre lang Pakistan regiert, und es habe zu dieser Zeit keine Grundfreiheiten gegeben. Die Presse sei damals mit einem Maulkorb versehen gewesen. Von all den Versprechen, die diese Bewegung 1970 gemacht habe, sei dann später nichts eingehalten worden. Er werde sein Programm für die nächsten vier Jahre durchführen. Der *Bundeskanzler* äußert Verständnis für diesen Kurs. Auf die Bemerkung des *Premierministers*, daß Deutschland Pakistan immer Hilfe gegeben habe und daß er sich hierfür herzlich bedanken wolle, antwortet der *Bundeskanzler*, dies werde auch so bleiben.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle die Frage einer Kindesentführung ansprechen.[23] Die Sache werde hier vor den Wahlen mit Sicherheit hochgespielt werden. Es gebe eine Gruppe von Menschen, die Pakistan nicht wohl gesonnen sei. Er wolle den Premierminister bitten, sich dieser Sache persönlich anzunehmen. PM *Junejo* antwortet, Pakistan sei ein Rechtsstaat. Die „rule of law" sei dort verwirklicht. Allerdings gebe es traditionell in Pakistan immer zwei Möglichkeiten: Entweder gehe man vor ein Gericht oder man regele die Angelegenheit gütlich außerhalb des Gerichts im Gespräch. Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, es handele sich nicht nur um eine innerstaatliche, sondern auch um eine völkerrechtliche Frage zwischen unseren beiden Ländern. PM *Junejo* äußert, er wolle jetzt erst einmal sehen, wie das Gerichtsverfahren laufe. Er werde aber ggfs., wenn dies nötig sei, den zweiten Weg beschreiten. Er sichere dem Kanzler zu, daß er sich persönlich um diese Angelegenheit kümmern wolle.

22 Die Botschaft in Islamabad informierte am 18. Juni 1986 zur innenpolitischen Lage in Pakistan: „Präsident Zia hat am 20.12.1985 in seiner Eigenschaft als Oberster Kriegsrechtsverwalter das seit Juli 1977 bestehende Kriegsrecht aufgehoben und die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt. Das heißt Geltung der demokratischen Grundrechte wie Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Pressefreiheit, Auflösung der Militärgerichte sowie eine ungehinderte Betätigung von Parteien, deren Beteiligung an Wahlen durch ein besonderes Parteigesetz geregelt wird. […] Es hat beträchtlicher Anstrengungen Junejos bedurft, um die Aufhebung des Kriegsrechts wie angekündigt zustandezubringen." Vgl. Referat 340, Bd. 136889.

23 Nach Auskunft von Referat 512 ereignete sich am 21. Februar 1986 in Kempten ein Fall von Kindesentführung, „der wegen seiner Begleitumstände (Gewaltanwendung) eine heftige Reaktion der deutschen Presse auslöste". Demnach habe ein pakistanischer Staatsangehöriger das Kind aus einer geschiedenen Ehe mit einer deutschen Staatsangehörigen „durch eine deutsche Freundin und zwei maskierte Begleiter aus dem Haus der Großeltern" entführen lassen, „wobei die Großeltern niedergeschlagen wurden". Die Botschaft in Islamabad habe die Angelegenheit umgehend mit den pakistanischen Behörden aufgenommen und sei dabei „wegen der besonderen Umstände des Falles auf eine größere Kooperationsbereitschaft gestoßen als bei Kindesentführungen in islamischen Ländern normalerweise üblich ist. […] Bevor eine Entscheidung fiel, beantragte der Kindesvater Mitte Juni 1986 beim High Court in Lahore eine einstweilige Verfügung mit dem Ziel, den Status quo aufrechtzuerhalten. Seine Erfolgsaussichten sind nicht ungünstig. Nach pakistanischem Recht hat der Vater das alleinige Aufenthaltsbestimmungsrecht über das Kind, das neben der deutschen auch die pakistanische Staatsangehörigkeit besitzt." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 340, Bd. 136889.

An dieser Stelle begeben sich Bundeskanzler und Premierminister Junejo in den 1. Stock, um dort das Gespräch im größeren Kreise (erweiterte Delegation) fortzusetzen.

Referat 340, Bd. 136889

195

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij

VS-NfD **14. Juli 1986**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter Julij Kwizinskij am 14. Juli 1986

Auf die am Sonnabend, dem 12.7.1986, seitens des Botschafters mir gegenüber vorgetragene Bitte, dem Herrn Bundeskanzler baldmöglichst eine persönliche Botschaft des Generalsekretärs Gorbatschow überreichen zu dürfen, hat der Bundeskanzler Herrn Kwizinskij am 14.7.1986 um 17.00 Uhr empfangen.

Der *Botschafter* überreichte bei dieser Gelegenheit die Botschaft Gorbatschows sowie ein längeres Dokument mit Erläuterungen, die vorzutragen ihm wohl aufgegeben war, die er jedoch formlos überreichte. Der *Bundeskanzler* nahm beide Dokumente entgegen und äußerte gegenüber dem Botschafter, wir würden diese Dokumente sehr genau prüfen und würden sie auch beantworten. Als Datum für die Beantwortung würde ein Zeitpunkt nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub in Aussicht genommen. Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob diese Botschaft auch an andere Regierungschefs gegangen sei, äußerte *Kwizinskij*, die gleiche Botschaft sei an alle Regierungschefs der europäischen NATO-Verbündeten gegangen. Sie würde in den dortigen Ländern durch persönliche Emissäre des Generalsekretärs überreicht. In Bonn habe man eine Ausnahme gemacht, da er selbst als Abrüstungsexperte gelte. Auf die weitere Frage des *Bundeskanzlers*, ob es sich hier um ein Dokument handele, mit dessen Veröffentlichung zu rechnen sei oder ob Diskretion gewahrt bliebe, antwortete der *Botschafter*, es handele sich um ein nichtöffentliches Dokument.

Der *Bundeskanzler* erklärte dem Botschafter, er wisse, daß in Washington Interesse an einem Gipfeltreffen vorhanden sei. Dort wie in Moskau gebe es jedoch auch Gegner eines solchen Treffens. In Moskau gebe es Leute, die das Treffen erst mit einem Nachfolger Reagans veranstalten wollten. In Washing-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 15. Juli 1986 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, geleitet. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Z[u] d[en] A[kten] (keine Kopie außer Vorzimmer!).“
Hat Roßbach am 15. Juli 1986 vorgelegen.

ton gebe es Leute, die Gorbatschow in Schwierigkeiten sähen und deshalb ein Treffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wollten. Er halte dies für falsch. Man solle jetzt handeln. Z. B. im Bereich der C-Waffen könne man bereits jetzt etwas unternehmen. Außenminister Shultz und Außenminister Schewardnadse sollten sich jetzt treffen. Es müsse allerdings für die zu treffenden Entscheidungen grünes Licht von oben kommen, weil sonst nichts gehen werde. Botschafter *Kwizinskij* antwortet hierauf, das grüne Licht sei im Grunde genommen da, da doch die sowjetische Seite die amerikanischen Vorschläge weitgehend übernommen habe.[2] Der Botschafter fragte den Bundeskanzler, ob er ihm mitteilen könne, welche Präferenz wir für die Behandlung des Budapester Vorschlags (konventionelle Abrüstung)[3] hätten, insbesondere in welchem Forum wir diesen Vorschlag behandelt sehen wollten. Der *Bundeskanzler* hat hierauf geantwortet, er wolle dies mit seinen europäischen Freunden besprechen. In der Sache hat der Bundeskanzler sich nicht geäußert.

Die Unterhaltung wandte sich dann dem Besuch des Bundesministers in Moskau[4] zu. Der Bundeskanzler hat hier gegenüber dem Botschafter deutlich gemacht, daß es für uns außerordentlich wichtig sei, daß die Frage der Teilnahme von Berlinern aus Bundesinstitutionen jetzt in den Programmabsprachen, und zwar für alle drei Ressortabkommen[5], klargestellt werde. Auf die Bemerkung des *Botschafters*, in Moskau wolle man weder einen positiven noch einen negativen Automatismus, sicherte der *Bundeskanzler* seinerseits zu, daß auch er einen Automatismus gar nicht wolle. Im übrigen könne es schon aus Gründen der Logik bei einer ersten Absprache keinen Automatismus geben, von einem Automatismus könne man erst sprechen, wenn die bei der ersten Absprache gefundene Lösung bei einer zweiten und dritten Absprache gleichermaßen durchgesetzt werde. Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang den Botschafter nachdrücklich darauf hin, daß es für uns außerordentlich wichtig sei, daß hier beim ersten Mal alle drei Felder abgedeckt würden. Dies sei aus politisch-psychologischen Gründen wichtig. Botschafter *Kwizinskij* antwortete, er sei der Auffassung, es werde sehr schwer sein, dies in Moskau durchzusetzen. Er werde berichten. Der Bundeskanzler wisse ja, daß die Sowjetunion auf ihrem Standpunkt beharre, daß die Bundesbehörden in Berlin nicht legal seien. Insoweit habe die sowjetische Seite mit dem jetzigen Angebot schon eine Konzession gemacht. Der *Bundeskanzler* antwortete hierauf, diese Konzessionen lägen „seit Jahren im Park". Es sei die Sowjetunion gewesen, die immobil geblieben sei. Jetzt bewege sich die Sowjetunion, und er wolle hier feststellen, daß das Interesse der Sowjetunion an dem Vertrag mindestens so groß sei wie unser Interesse. Unser Wunsch nach Gestaltung der Programmabsprachen re-

2 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.
Vgl. dazu ferner das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 52.
Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

3 Zur Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell") vgl. Dok. 179, Anm. 8.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

5 Zum wissenschaftlich-technischen Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR und weiteren Ressortabkommen vgl. Dok. 193, Anm. 13.

sultiere daraus, daß wir jetzt hier keine unsinnige Diskussion haben wollten, die wir nicht gebrauchen könnten. So und so werde es eine Parlamentsdiskussion darüber geben, hier und in Berlin. Er wolle jetzt nicht eine konfrontative Debatte haben. Dies sei nicht ein Problem der Bundestagswahl[6], die er, der Bundeskanzler, so oder so gewinnen wolle. Wir hätten jedoch jetzt bis 1990 wichtige Jahre vor uns, und er wolle Reibungsflächen minimieren. Die Stimme des Botschafters sei wichtig. Er könne in Moskau einigen Leuten „ein Licht aufsetzen". Botschafter *Kwizinskij* fragte dann, wenn es aber in Moskau so, wie von uns vorgeschlagen, nicht gehe, so solle man wegen einer solchen winzigen Sache das Abkommen nicht scheitern lassen. Der *Bundeskanzler* antwortete hierauf, daß es sich aus seiner Sicht nicht um eine winzige Sache handele. Botschafter *Kwizinskij* forderte dann den Bundeskanzler auf, doch „großzügig" an die Sache heranzugehen. Der *Bundeskanzler* antwortet hierauf, das sage die sowjetische Seite immer, wenn es um ihren Vorteil ginge. Er wolle hier wiederholen, es handele sich um eine psychologisch sehr wichtige Frage. Er sei damit einverstanden, daß es keinen Automatismus gebe. Später könne sich das einspielen. Auf den Einwurf des *Botschafters*, was der Bundeskanzler von einer Unterzeichnung des Rahmenabkommens halte, der dann später die Aushandlung der Ressortabkommen nachfolgen könne, antwortete der *Bundeskanzler*, davon halte er überhaupt nichts. Er sehe auch gar nicht, was das bringen sollte. Die Sache werde damit nicht besser. Botschafter *Kwizinskij* kam noch einmal auf diesen Gedanken zurück und meinte, das Aushandeln der Ressortabkommen könne doch dann in zwei bis drei Monaten geschehen. Der *Bundeskanzler* antwortete ihm hierauf, der Botschafter glaube das wohl selbst nicht. Das Thema wird auf dem Tisch bleiben und damit nicht besser werden. Auch wir hätten hier unsere Schwierigkeiten. Er könne auf unserer Seite durchaus mit gutem Willen rechnen. Es gebe jetzt eine vernünftige Chance. Es sei jedoch ein Fehler, wenn die sowjetische Seite sich auf diese Frage kapriziere.

Auf die Bemerkung des *Botschafters*, er sei der Auffassung, wenn man sich einmal auf ein Prinzip geeinigt habe, dann komme es nicht mehr darauf an, daß man überall Berlin ausdrücklich erwähne.[7] Es sei doch sehr traurig: Mit Präsident Mitterrand habe man in Moskau über die großen Fragen der Weltpolitik gesprochen[8], hier streite man nur über Details. Darauf antwortete der *Bundeskanzler*, in Moskau habe man mit Präsident Mitterrand eben nicht über Details gesprochen. Wenn man mit Franzosen über Details verhandele, so werde man sehen, wie hart diese in Detailfragen verhandeln könnten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70

6 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.
7 Unvollständiger Satz in der Vorlage.
8 Zum Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 200.

196

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4354/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Juli 1986, 00.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1989 **Ankunft: 16. Juli 1986, 00.47 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Zweite Verhandlungsrunde mit der Sowjetunion über WTZ-Abkommen mit Ressort-Abkommen und Programm-Absprachen in Moskau[2]; hier: Erster Verhandlungstag, 15.7.

I. Zusammenfassung

Heute wurden im wesentlichen die offenen Berlin-Fragen ausführlich behandelt. Ein Einvernehmen konnte noch nicht erreicht werden. Gewisse Klärungen wurden erzielt.

Insgesamt besteht weiter Eindruck, daß Sowjets Verhandlungserfolg wünschen. Sie haben auch angedeutet, daß Abkommensabschluß weitere Möglichkeiten (z.B. Umweltabkommen[3]) öffnen würde[4].

Gerade deshalb wollen sie jedoch offenbar Eindruck vermeiden, daß ihnen Abgehen von ihrer grundsätzlichen Berlin-Position nachgesagt werden könnte. Deshalb beharren sie eisern auf dem offenbar auf hoher Ebene festgelegten Prinzip des Ausschlusses jeglichen Automatismus.

Absprachegemäß wird morgen 16.7. weiterverhandelt: Um 10.00 Uhr Gespräche über Nuklear-Abkommen[5] und Textvergleiche der Dolmetscher. Um 11.00 Uhr Gespräche der Fachgruppen Landwirtschaft und Gesundheit. Um 14.30 Uhr Fortsetzung der Plenarsitzung. Bezüglich möglichen Weisungsbedarfs siehe Ziffer III.

1 Hat Bundesminister Genscher am 16. Juli 1986 vorgelegen.

2 Zum wissenschaftlich-technischen Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sowie weiterer Ressortabkommen vgl. Dok. 193, Anm. 13 und 15.
Zu den Verhandlungen vgl. auch Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

3 Referat 433 vermerkte am 5. August 1986: „1) Die 1973 wegen mangelnder Einigung über Berlin-Einbeziehung abgebrochenen Verhandlungen über ein bilaterales Umweltabkommen sollen im Herbst wiederaufgenommen werden. BMU hat am 29.7.86 ersten Entwurf eines Umweltabkommens, das materiell Elemente des alten Entwurfs von 1973 enthält, an Ressorts zur Prüfung verteilt. Der Entwurf für ein Arbeitsprogramm unter Einschluß Berliner Experten wird von BMU und beteiligten Ressorts derzeit vorbereitet. 2) Das Abkommen soll die Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit erfolgt, sowie die Formen der Zusammenarbeit auflisten. Arbeitsprogramme nach der Vorstellung des BMU mit einer Dauer von jeweils drei Jahren bilden eine Anlage zum Abkommen und regeln Inhalt, Umfang, beteiligte Stellen und Personen sowie die Modalitäten der Zusammenarbeit.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139308.

4 Korrigiert aus: „öffnen machen würde“.

5 Ministerialdirektor Jelonek notierte am 24. Juni 1986: „Das deutsch-sowjetische Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie war 1973 zum letzten Mal Gegenstand deutsch-sowjetischer Verhandlungen. Der jetzige Abkommenstext wurde als Schubladenpapier auf der Grundlage des Entwurfs von 1973 von AA, BMFT, BMI und BMWi konzipiert. Dieser Entwurf, der in seiner jetzigen Form mit der sowjetischen Seite nicht verhandelt wurde, ist nach Auffassung des BMFT für uns so akzeptabel.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153276.

II. Im einzelnen

1) Programmabsprachen nur bei zwei oder bei allen drei Ressortabkommen:

Sowjetische Seite beharrte eisern auf 2:1 Lösung. Sie wiederholte Bereitschaft, Einbeziehung eines Programms mit Ad-personam-Angehörigen Berliner Bundesinstitute in dem Ressortbereich, der zunächst ausgespart würde, zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen. Wir beharrten unter Bezugnahme auf 1984 ausgehandeltes Einvernehmen auf 3:0 Lösung. Wir bezeichneten es als inakzeptabel, ein Ressort-Abkommen abzuschließen, bei dem keine Programm-Abreden mit Ad-personam-Personenkreis vorgesehen würden, weil dies Eindruck negativen Automatismus erwecken könnte.

Sowjets lehnten unsere angebotenen Klarstellungen durch Aufteilung der Programm-Absprachen bei jedem Ressort-Abkommen (in einer Gruppe mit Ad-personam-Personenkreis, in einer anderen ohne diesen Personenkreis) ab.

Sie lehnten auch Möglichkeit ab, daß bei einer 3:0 Lösung deutsche Seite, evtl. auf AM-Ebene, öffentliche Erläuterung gibt, die klarstellt, daß dieses Modell keinen „positiven Automatismus“ bedeuten solle.

Bondarenko machte rhetorisch Gegenvorschlag, daß bei allen drei Ressort-Abkommen keine einzige Programm-Absprache mit Ad-personam-Personenkreis vorgesehen würde und sowjetischer AM öffentlich erklären würde, dies bedeute keinen „negativen Automatismus“ in der Zukunft.

Es wurde Möglichkeit besprochen, die von deutscher Seite als unverzichtbar bezeichnete 3:0 Lösung durch zeitliche Staffelung derart zu realisieren, daß Programmabsprachen mit Ad-personam-Kreis in allen drei Ressort-Abkommen vorgesehen würden, in einem jedoch erst in einer zweiten Phase. Sowjetische Seite äußerte Bedenken, daß Variante den von ihr abgelehnten „positiven Automatismus“ nicht klar genug ausschließen würde. Sie scheint aber darüber nachdenken zu wollen.

Aus sowjetischen Bemerkungen ist zu schließen, daß sie Ausgewogenheit möglicherweise bei diesem Modell nur dann sehen würde, wenn im Gegenzug in einem der beiden anderen Ressort-Abkommen (in denen fragliche Programmabsprachen für die erste Phase vorgesehen wurden) eine zweite Phase hinzugefügt würde, in der der Ad-personam-Kreis entfiele.

Dadurch würde dann Modell selbst den Ausschluß sowohl eines positiven wie eines negativen Automatismus zum Ausdruck bringen bzw. klarstellen, daß Angehörige von Bundesinstituten in Berlin ad personam in allen drei Ressort-Bereichen teilnehmen können, aber nicht automatisch in jeder Phase teilnehmen müssen.

2) Hinweis auf künftige Zusatzabschlüsse

Sowjetische Seite deutete zur Begründung ihrer Position an, daß nach den jetzt abzuschließenden drei Ressort-Abkommen demnächst evtl. Abkommen über Umwelt-Zusammenarbeit abgeschlossen werden könnte. Auf unsere Nachfrage stellten Sowjets fest, daß sie auch hier im Prinzip Einbeziehung von UBA[6]-Angehörigen ad personam akzeptieren würden. Dann wäre dies aber bereits vierter Ressort-Bereich, in dem Ad-personam-Kreis eingeschlossen würde, da-

6 Umweltbundesamt.

durch würde der Eindruck noch verstärkt, daß dieser Personenkreis auch in alle weiteren Abkommen einbezogen werden müsse, was sowjetische Seite als „positiven Automatismus“ ablehnt.

Sowjetische Seite betonte, daß ein Abschluß eines Umweltabkommens mit Ad-personam-Einbeziehung UBA-Angehöriger eher möglich würde, wenn wir jetzt 2:1 Lösung akzeptieren würden. Sowjetische Seite gab zu verstehen: Aufnahme weiteren Abkommens, bei dem die Programmabsprachen eine Einbeziehung von Angehörigen von Bundesinstituten in Berlin (West) ad personam nicht vorzusehen brauchten, könnte ihnen Annahme des Pakets erleichtern. Wir haben daraufhin unverbindlich Gedanken geäußert, ob es die Sache erleichtern würde, wenn in Verbindung mit WTZ-Abschluß vereinbart würde, daß demnächst Verhandlungen über zwei weitere Ressort-Abkommen aufgenommen würden, nämlich über Zusammenarbeit im Umweltbereich (Bundesumweltamt) und eines weiteren Bereichs wie z. B. Weltraum (ohne entsprechende Bundeseinrichtung in Berlin). Sowjetische Seite gab sich zu diesem Gedanken uninteressiert, falls solche Abkommen nicht gleich in das Paket aufgenommen werden könnten. Ob sowjetische Seite doch noch darüber nachdenkt, bleibt abzuwarten.

3) Bezeichnung der Wissenschaftler in den Programm-Absprachen

Sowjetische Seite lehnte kategorisch Angabe der Institutsadressen für die Angehörigen der Bundesinstitute in Berlin ab. Wir bezeichneten die Angabe der Privatadressen als nicht annehmbar. Sowjetische Seite scheint aber Angabe von Postfachadressen akzeptieren zu können, falls diese nicht öffentlich (durch Kopfbogen, Telefonbuch) als Postfachadressen von Bundesämtern bekannt sind. Sowjetische Seite bestand darauf, daß Ad-personam-Benennung als besondere Lösung für Angehörige der Bundesämter in Berlin in den Programmen erkennbar sein müsse. Sie lehnte deshalb unseren Vorschlag einheitlicher Aufführung aller deutschen Wissenschaftler nur mit Namen und Ort ab. Wir bestanden auf Recht unserer Seite, Bezeichnung selbst zu wählen, wobei nur hinsichtlich Ad-personam-Kreises Einvernehmen bestehe. Wir betonten, daß wir uns allenfalls eine Mischlösung vorstellen könnten, in der auch andere Wissenschaftler als die Angehörigen von Bundesinstituten in Berlin (West) nur mit Namen und Ort aufgeführt würden. (Es würden also die Angehörigen der Berliner Bundesämter und einzelne in Nord-, West- und Süddeutschland beschäftigte Wissenschaftler nur ad personam benannt, die Angehörigen von Nicht-Bundesinstituten in Berlin (West) und von einigen Instituten in Nord-, West- und Süddeutschland dagegen mit Angabe der Institute. Bei allen Wissenschaftlern würden die Adressen angegeben, bei den Angehörigen der Bundesämter eine Postfachadresse.)

4) Einzelzusammenarbeit oder Gruppenzusammenarbeit

Sowjetische Seite äußerte Bedenken, als Kooperationspartner sowjetischer Stellen Alleinangehörige von Bundesämtern in Berlin (West) in den Programmen zu benennen. Dies würde zu einseitigem Verkehr führen, da sowjetische Seite ihren Wissenschaftlern aus den bekannten Gründen nicht gestatten könne, offiziell an Veranstaltungen in den Räumen von Bundesinstituten in Berlin (West) teilzunehmen. Sie schlugen deshalb vor, jedem Berliner Wissenschaftler einen Kollegen aus dem Bundesgebiet beizuordnen. Wir lehnten eine solche Lösung ab und empfahlen, die weitere Gestaltung der Zusammenarbeit der Praxis zu überlassen.

5) WTZ-Rahmenabkommen

Über die noch offenen Punkte wurde Einvernehmen erzielt. In Art. 3 wurde in Absatz 2 entsprechend früherer Übereinstimmungen zwischen AA, BMFT und BMWi im Anschluß an „Bildungsforschung" angefügt: „… sowie Einzelprojekte aus den Bereichen Maschinenbau, Metallurgie, Elektronik und Rechnertechnik sowie Chemie." Wir kommentierten diese von der sowjetischen Seite gewünschte und von uns auf Einzelprojekte eingeschränkte Ergänzung mit dem Hinweis, daß diese Bereiche mangels staatlicher Förderung aus Bundesmitteln nur selten für Kooperationsvorhaben und kaum für Ressort-Abkommen in Betracht kämen, allenfalls für besondere Vereinbarungen der übrigen in Art. 3 Abs. 1 genannten Art. Dies nahm sowjetische Seite mit Verständnis zur Kenntnis.

Art. 4 Abs. 3 lautet jetzt wie in Entwurf von 1973: „Die Gemischte Kommission unterrichtet die Kommission der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit über ihre Arbeit." Hierzu haben wir ausgeführt, daß es der „Großen Kommission" – unter Vorsitz des Bundesministers für Wirtschaft – unbenommen bleibe (und es sogar zweckmäßig sei), die WTZ-Kommission über ihre Beratungen und Beschlüsse zu informieren. Sowjetische Seite räumte ein, „Große Kommission" könne in bestimmten Fällen durchaus interessiert sein, WTZ-Kommission zu unterrichten.

Art. 7, um den BMFT den Entwurf von 1973 ergänzt hatte, wurde von sowjetischer Seite nun in gekürzter Form akzeptiert und lautet: „Verpflichtungen der Vertragsparteien aus ihren jeweiligen internationalen Verträgen und Abkommen werden durch dieses Abkommen nicht berührt."

Art. 10 Abs. 1 (Inkrafttreten) entspricht inhaltlich unseren Vorstellungen und soll jetzt folgenden Wortlaut erhalten: „Dieses Abkommen wird durch Unterzeichnung eines zweiseitigen Protokolls in Kraft gesetzt, in dem der Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens bestimmt wird."

Bereits in der letzten hiesigen Verhandlungsrunde war den Sowjets erläutert worden, es sollten die Außenminister[7] das Inkraftsetzungsprotokoll unterzeichnen.

Nuklearabkommen

Die Berücksichtigung der Römischen Verträge[8] in der NV-politischen Klausel wird morgen ab 10.00 Uhr weiterverhandelt.

III. Wir müssen mit Möglichkeit rechnen, daß bei morgiger Fortsetzung der Gespräche folgende Optionen aufgrund sowjetischen Vorbringens eine Rolle spielen könnten:

1) Phasenlösung: In der ersten Phase (etwa 1987) wird fraglicher Personenkreis in Abkommen a) und b), nicht aber in Abkommen c) vorgesehen. Nur für Abkommen c) würde eine zweite Phase (1988) vorgesehen, in der ein Programm

7 Hans-Dietrich Genscher bzw. Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse.

8 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

mit Angehörigen fraglichen Personenkreises aufgeführt würde. Für Abkommen a) und b) würde noch keine zweite Phase festgeschrieben.

2) In erster Phase wie Ziffer 1) (a) u. b) mit Berlin, c) ohne). In zweiter Phase würde Berlin für Abkommen c) vorgesehen, in Abkommen a) oder Abkommen b) aber weggelassen.

3) Phase 1 wie Ziffer 1) und 2). Für spätere Phase würde noch keine Programmabsprache festgelegt. Sowjetische Seite würde aber bereits jetzt konkret zusagen, daß Angehöriger fraglichen Personenkreises in künftiger Phase in Abkommen c) einbezogen wird.

4) Einverständnis mit Vereinbarung der Verhandlungsaufnahme über zwei weitere Abkommen (Umwelt und etwa Weltraum).

Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß Sowjets diese Lösung allein als Kompensation einer reinen (nicht zeitlich gestaffelten) 3:0 Lösung akzeptieren würden.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14155 (010)

197

Botschafter Negwer, Ankara, an das Auswärtige Amt

114-4387/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Juli 1986, 11.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1257 **Ankunft: 17. Juli 1986, 12.21 Uhr**

Betr.: Deutsch-türkische Beziehungen

1) Der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei ist gekennzeichnet von Widersprüchen, die gern mit verbalen Freundschaftsbeteuerungen überdeckt werden. Diese entbehren vor allem auf türkischer Seite in der Realität des Alltags der Grundlage konkludenten Handelns. Es ist nicht übertrieben festzustellen, daß die Beziehungen insoweit zu unserem Nachteil unausgewogen sind.

[1] Hat Ministerialdirigentin Finke-Osiander am 17. Juli 1986 vorgelegen, die die Weiterleitung an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Braunmühl am 24. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Sollte ich das gegenüber tü[rkischem] Bo[tschafter] ansprechen?“
Hat Ploetz am 25. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Einzelfragen (bürokrat[isches] Problem) durchaus; der Gesamttenor des Berichts weicht stark von bish[heriger] Berichterstattung ab und ist sicher auch vor dem Hintergrund persönl[icher] Verärgerung des Botsch[afters] zu sehen, der von türk[ischer] Seite beim Staatsbesuch unakzeptabel zurückgesetzt wurde (er hätte das vermeiden können, wenn er sich vorher um Details gekümmert hätte!).“
Hat Braunmühl am 25. Juli 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] z[um] T[ermin] mit t[ür]k[ischem] Bo. Bitte auch Unterlagen für dieses Gespräch.“

2) Eine der wesentlichen Ursachen für die unausgewogene Entwicklung der Beziehungen liegt in der Anwesenheit von derzeit 1,4 Millionen Türken in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl die Türkei hieraus Vorteile zieht und die große Mehrheit der Gastarbeiter das Leben bei uns einer Rückkehr in die Heimat entschieden vorzieht, beherrscht diese Problematik seit vielen Jahren sowohl die türkischen Medien als auch die Gesprächsthemen im Rahmen des ungewöhnlich intensiven offiziellen Besucherverkehrs. Unerfreuliche und zu verurteilende Randerscheinungen werden dabei hochgespielt und verallgemeinert. Daß auch Deutsche in der Türkei nicht nur angenehme Erfahrungen machen, wird verschwiegen und bleibt unserer öffentlichen Meinung weitgehend unbekannt.

Die Einseitigkeit der Behandlung dieses Themas ist alles andere als ein Zufallsergebnis. Sie ist durchaus Bestandteil einer Politik, die darauf aus ist, zur Erreichung materieller Vorteile moralischen Druck auf uns auszuüben. Wenn man bedenkt, daß einige andere Länder gewichtigere Gründe für solche Praktiken haben, kommt dies einer Pervertierung historischer Fakten gleich.

3) Deutsche, die in der Türkei tätig sind, sehen sich unaufhörlich seitens einer fremdenfeindlichen Bürokratie großen Erschwernissen ausgesetzt. Das beginnt mit monatelangen Verzögerungen bei der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung, geht über Behinderungen bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen und der Einfuhr des Umzugsgutes bis zu engstirniger Auslegung von Statusfragen. Betroffen sind Vertreter der Wirtschaft, Experten, Lektoren, Gastprofessoren, Lehrer, Journalisten, Mitarbeiter von Kulturinstituten und neuerdings auch Angehörige diplomatischer und konsularischer Vertretungen, d.h. also Menschen, die überwiegend im Interesse der Türkei hier ihrem Beruf nachgehen. Daß die schikanöse Behandlung praktisch allen Ausländern widerfährt, macht die Sache nicht besser, da doch unermüdlich von deutsch-türkischer Freundschaft geredet wird.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß zwar Hunderttausende von deutschen Touristen in der Türkei einen schönen Urlaub verleben, es aber auch hier Randerscheinungen gibt, über die meist der Mantel der Diskretion gebreitet wird: brutale Vergewaltigungen mit hoher Dunkelziffer, drakonische Behandlung bei angeblicher oder tatsächlicher Straffälligkeit. Darüber ist in der deutschen Presse wenig zu lesen.

4) Besonders bedenklich und schwer begreiflich ist, daß den fremden Missionen seitens der Protokollabteilung des TAM[2] und der Zollbehörden seit geraumer Zeit systematisch das Leben schwergemacht wird. Wir haben hierüber fortlaufend berichtet. Offenbar hat das TAM erst neuerdings das WÜD[3] entdeckt, dessen Minimum-Standard auf das Restriktivste ausgelegt wird. Ermessensspielräume werden nicht ausgeschöpft, abwegige Reziprozitätsforderungen werden erhoben, der Begriff der internationalen Courtoisie scheint völlig unbekannt. Die Verbitterung über die Absurditäten dieser Verfahrensweise ist im Hinblick auf das türkische Streben nach Vollmitgliedschaft in der EG vor allem bei den hiesigen Botschaften der EG-Mitgliedstaaten stark ausgeprägt.

2 Türkisches Außenministerium.

3 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (WÜD) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

5) Aber auch das Verhalten der türkischen Regierung gibt gelegentlich Anlaß zu Zweifeln. Wohl sind ihre Vertreter bei offiziellen deutschen Besuchen immer bemüht, tadelsfreie Gastgeber zu sein. Die laufende Beobachtung vor Ort zeigt jedoch, daß Unterschiede gemacht werden und man sich um solche stärker bemüht, die man erst für sich zu gewinnen hofft. So erschienen beim französischen Nationalfeiertagsempfang PM Özal, Vizepremier Kaya Erdem und, angeführt von Halefoglu, eine ganze Reihe türkischer Minister, um den ausgebrochenen Liebesfrühling zu bekräftigen. Uns oder den Amerikanern, die wir die Türkei in vielfacher Milliardenhöhe unterstützen, ist eine solche geballte Ehre noch nie zuteil geworden. Während des Besuchs von BM Dr. Warnke machte sein Gastgeber, Staatsminister Yilmaz, sich an den letzten beiden Tagen rar. Statt zu einem Essen bei mir ging er zu einem Essen Özals für den pakistanischen Premierminister[4] und erschien auch zur Verabschiedung am Flugplatz nicht.

Ich möchte aus solchen Äußerlichkeiten keine zu weitgehenden Schlüsse ziehen, doch festigt sich bei mir der Eindruck, daß die Türken sich unserer gar zu sicher zu sein glauben. Immerhin verfügen sie ja mit der Freizügigkeitsfrage und der Gastarbeiterproblematik über Faustpfänder, die sie in Verhandlungen nachdrücklich präsentieren werden.

6) Es ist nicht meine Absicht, das im Kern gesunde Fundament der bilateralen Beziehungen mit den vorstehenden Ausführungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Nach zweijähriger Tätigkeit in Ankara glaube ich aber darauf hinweisen zu müssen, daß das deutsch-türkische Verhältnis zunehmend unter einer gewissen Schlagseite zu leiden droht. Mit schönklingenden und oft gehörten Formeln wie: „Die Türkei gehört zu Europa. Europa braucht die Türkei“ – werden wir dem wünschenswerten Interessenausgleich nicht näherkommen. Es ist sowohl bilateral wie im Verhältnis Türkei–EG mehr Nüchternheit erforderlich. Dazu gehört meines Erachtens auch, die dargestellten negativen Aspekte auf der politischen Ebene nicht länger zu verschweigen, sondern sie vielmehr gezielt in Verhandlungen einzusetzen.

7) Ich bitte, diesen Bericht dem Herrn BM und den Herren StS vorzulegen.

[gez.] Negwer

VS-Bd. 12971 (203)

4 Ministerpräsident Junejo hielt sich vom 10. bis 13. Juli 1986 in der Türkei auf.

198

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4389/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2023
Citissime nachts

Aufgabe: 17. Juli 1986, 17.15 Uhr[1]
Ankunft: 17. Juli 1986, 15.56 Uhr

Betr.: Zweite Verhandlungsrunde über WTZ-Abkommen mit SU[2];
hier: weiteres Verfahren

Bezug: DE 5395 vom 17.7.86 – 213-490.04 VS-vertraulich[3]

In heutiger Vormittags-Runde, über die gesondert berichtet wird[4], zeigte sowjetische Seite Zeichen der Verhärtung. Vor allem wurde der Eindruck erweckt, daß SU über Ablehnung der Zusammenarbeit mit Bundesinstitutionen in Berlin (West) hinaus auch Mitwirkung der Angehörigen dieser Institutionen ad personam aus politischen Gründen, nämlich wegen ihres grundsätzlichen Standpunktes, einschränken wolle. Wir haben uns dagegen nachdrücklich verwahrt und unterstrichen, daß uns eine Einigung nur möglich erscheine auf der Grundlage des Einvernehmens, daß die Auswahl des fraglichen Personenkreises ad personam und nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgen müsse und nicht aus politischen Gründen eingeschränkt werde oder ausgedehnt würde.

Sowjetische Seite gab zu erkennen, daß sie einen Ausweg am ehesten durch Hineinnahme eines vierten Ressort-Abkommens in das Paket sähe, wenn bei diesem vierten Abkommen (etwa Weltraumzusammenarbeit) die Festlegung

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte.

2 Zu den Verhandlungen vgl. auch Dok. 196, Dok. 202 und Dok. 212.

3 Staatssekretär Meyer-Landrut bat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, der sowjetischen Regierung folgendes mitzuteilen: „1) Die Bundesregierung unterstreicht das gemeinsame Verständnis, daß es keinen Automatismus im Hinblick auf die Einbeziehung von Berliner Bundesbehörden in alle Programme geben muß. 2) Die Bundesregierung ist bereit, im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Abkommen drei Ressortabkommen mit den dazugehörigen Programmen abzuschließen. In den Abkommen über nukleare Zusammenarbeit und über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden Berliner Bundesbedienstete ad personam einbezogen. Im ersten Agrarprogramm ist die Bundesregierung bereit, auf die Mitwirkung eines Bundesbediensteten eines Berliner Instituts zu verzichten. (Dies bezieht sich nicht auf andere Wissenschaftler aus Berlin (West).) Sie erwartet jedoch eine verbindliche Erklärung der sowjetischen Seite, daß ein Berliner Bundesbediensteter entsprechend dem Prinzip des sachlichen Interesses in eine weitere Programmabsprache zukünftig einbezogen wird. Die Bundesregierung schlägt der sowjetischen Seite Verhandlungen über ein Ressortabkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vor. Sie geht davon aus, daß auch in diesem Bereich eine personenbezogene Beteiligung von Berliner Wissenschaftlern, die in Bundesinstitutionen tätig sind, erfolgen kann. Sie ist ebenfalls bereit, über Ressortabkommen in anderen Gebieten mit der Sowjetunion in Gespräche einzutreten.“ Meyer-Landrut fuhr fort: „Diese Mitteilung ist vom Bundeskanzler genehmigt und wird in Anwesenheit eines Bediensteten des Bundeskanzleramtes gleichzeitig Botschafter Kwizinskij übermittelt zusammen mit dem Hinweis, daß es sich hierbei um eine äußerste Anstrengung der Bundesregierung handelt, um eine Einigung zustandezubringen.“ Vgl. VS-Bd. 13455 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2024 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, vom 17. Juli 1986; VS-Bd. 14155 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

einer Programm-Absprache mit Angehörigem des Bundesforschungspotentials in Berlin nicht erforderlich erscheine.

Bondarenko nahm mich nach der Sitzung auf die Seite und teilte mit: Mitteilung des BK an Kwizinskij, daß Angehörige Berliner Bundesinstitutionen bei allen drei Ressort-Abkommen unter allen Umständen von Anfang an dabei sein müssen[5], sei an die Mitglieder des PB[6] weitergegeben worden. Sowjetische Seite habe verstanden, daß dies unser Standpunkt sei. Er habe dazu von seinen Vorgesetzen nichts Weiteres gehört. Leider sei er an seinen Minister noch nicht herangekommen, der erst gestern abend aus London zurückgekommen sei[7] und heute im PB gebunden sei.

Daraus ergibt sich, daß harte Äußerungen sowjetischer Gesprächspartner und Mangel jeder Flexibilität nicht Antwort politischer Ebene auf unser bisheriges Vorbringen war, sondern der Positionswahrung mangels Verfügbarkeit politischer Weisungen diente.

Ich hätte es unter diesen Umständen vorgezogen, die von sowjetischer Seite für heute abend oder morgen früh in Aussicht gestellte Reaktion auf unser bisheriges Vorbringen auf der Grundlage sehr klarer Weisungen abzuwarten. Es besteht die Aussicht, daß die Sowjets, die weiter erhebliches Interesse an Abkommensschluß zu haben scheinen, eine gewisse Flexibilität zeigen und in anderen Punkten Entgegenkommen von uns verlangen.

Die Bezugsweisung hat in unserer Delegation Überraschung ausgelöst. Die Ressort-Vertreter wissen noch nicht, ob ihre Minister eingeschaltet waren. In einigen Punkten geht sie über ihren persönlichen Weisungsstand hinaus. Das erschwert die gemeinsame Arbeit, die bisher trotz schwieriger Ausgangslage vorzüglich war.

Noch erheblich weiter erschwert wird unsere Verhandlungsposition jedoch dadurch, daß Kwizinskij die Weisung integral vor der Unterrichtung unserer Delegation erhalten hat. Dadurch ist unserer Verhandlungsführung jede Flexibilität genommen worden. Wir waren der Auffassung, daß die Delegation in der ersten Verhandlungsrunde letzte Woche[8] vor Ausführung einer ihr erteilten Weisung möglicherweise hätte remonstrieren sollen. Ich hätte begrüßt, wenn uns diese Gelegenheit diesmal gegeben worden wäre. Hätten wir nicht in Bonn alle Punkte gleich an Kwizinskij übergeben, dann hätten wir hier je nach sowjetischer Reaktion die Punkte unseres Entgegenkommens einzeln und abgewogen einführen können. Wir hätten den Eindruck eines plötzlichen Positionswechsels vermieden, hätten vielleicht einige Punkte gespart und hätten andere für möglicherweise noch nötig werdende Tauschzwecke hergeben können. Die Verhandlungslast darüber, was eine „verbindliche Erklärung" der sowjetischen Seite bezüglich des Agrarabkommens ist, tragen jetzt allein wir. Wir hätten lieber erst ausgelotet, zu welchem Grad der Verbindlichkeit die sowjetische

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 14. Juli 1986; Dok. 195.

6 Politbüro.

7 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 14. bis 16. Juli 1986 in Großbritannien vgl. Dok. 193, Anm. 17.

8 Zu den Verhandlungen des Ministerialdirigenten Oesterhelt vom 7. bis 9. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 193, Anm. 15.

Seite bereit gewesen wäre. Den Verzicht auf die Beteiligung eines Bundesbediensteten eines Berliner Instituts im ersten Agrarprogramm hätten wir lieber auch erst dann ausgesprochen, wenn die SU uns die Bereitschaft zu Verhandlungen über ein Umweltabkommen unter Einbeziehung der Angehörigen des UBA ad personam fest zugesagt hätte.

In der Bezeichnungsfrage bitte ich um Bestätigung, ob folgende Interpretationen der uns insoweit nicht ganz klar erscheinenden Weisung[9] zutreffend ist:

– Erste Präferenz: Angehörige Berliner Bundesämter werden angegeben mit Namen, Ort (Berlin-West) und Postfach. Alle anderen Wissenschaftler werden angegeben mit Namen, Institut (oder soll Institut wegbleiben?), Ort, Institutsanschrift.
– Zweite Präferenz: Angehörige Berliner Bundesinstitute und aller anderen Wissenschaftler mit Name und Ortsangabe (also bei Berlin: Berlin-West), aber ohne Institute und jegliche Anschriften.[10]

Ich bin nicht sicher, ob es sinnvoll ist, die Verhandlungen hier fortzusetzen, wenn ohne Möglichkeit der Stellungnahme der Delegation unsere Konzessionen jeweils sofort der sowjetischen Botschaft in Bonn übermittelt werden. Wenn diese Frage dort bejaht wird, werden wir das tun. Wir haben sowjetischer Seite unsere Bereitschaft zur Fortsetzung der Gespräche mitgeteilt.[11]

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 14155 (010)

9 Staatssekretär Meyer-Landrut teilte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 17. Juli 1986 mit: „In der Bezeichnungsfrage ist Gleichbehandlung für uns von großer Wichtigkeit, wobei zur Not auf eine Aufführung der Namen abgestellt werden kann, wie dies bei uns intern als Möglichkeit bei einem Umweltabkommen mit der DDR erörtert worden ist. Allerdings wäre die Lösung Postanschriften der Institute im Bundesgebiet und Postfächer für die Berliner bei weitem vorzuziehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5395; VS-Bd. 13455 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Zu dem Passus „Erste Präferenz … jegliche Anschriften“ vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Für alle gleich Privatanschrift.“
Meyer-Landrut informierte die Botschaft in Moskau am 17. Juli 1986: „1) Nach Rücksprache des Bundeskanzleramts mit dem Senat von Berlin ist in der Frage der Anschriften Nichtdiskriminierung der Berliner als Conditio sine qua non entschieden worden, d. h. die aufgeführten Personen aus Berlin und dem Bundesgebiet seien alle mit Privatanschrift aufzuführen. 2) Zur Begründung kann darauf verwiesen werden, daß die von SU geforderte Differenzierung sich aus der Frank-Falin-Klausel im WTZ-Abkommen und in den Ressortabkommen ergibt, wodurch die übergeordnete Rolle des VMA ohnehin deutlich wird. 3) Das Bundeskanzleramt ist der Meinung, daß uns nicht vorgeschrieben werden kann, wie wir die beteiligten Bundesbürger aufführen. Da Sowjets Institutionenbezeichnung bei Berlinern nicht akzeptieren, sollten sie uns freie Hand lassen, wie wir die Bundesbürger in der Liste aufführen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5420; VS-Bd. 13455 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, übermittelte am 18. Juli 1986 seine „große Sorge“, daß die mit den Drahterlassen Nr. 5395 und Nr. 5420 vom Vortag übermittelte Position zur Bezeichnungsfrage die „Verhandlungen im letzten Augenblick in kritische Phase bringen und unser Entgegenkommen in anderen Bereichen um die Wirkung bringen könnte, zumal wenn diese Verhärtung im Gegensatz zu unseren Konzessionen nicht gleichzeitig über Kwizinskij eingeführt worden sein sollte“. Er sei „ausdrücklich ermächtigt worden, bei der Frage der Postanschriften eine gewisse Flexibilität anzudeuten. Darauf habe ich mich in den bisherigen Verhandlungen gestützt.“ Braunmühl sprach sich dafür aus, folgenden Lösungsvorschlag zu unterbreiten: „Die Angehörigen der Bundesämter in Berlin (West) werden mit einem Postfach angegeben (das von den Bundesinstitutionen, ohne daß dies öffentlich erkennbar ist, eingerichtet wird, also keine Privatanschrift ist). Einige Wissenschaftler aus dem Bundesgebiet werden ebenfalls ohne Institutsangabe aufgeführt, mit Adressen der Institute, die aber teilweise auch Postfachadressen sind. Insoweit

199

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak

18. Juli 1986[1]

Arbeitsessen des Bundeskanzlers für den ägyptischen Präsidenten Mohammed Hosni Mubarak am Freitag, dem 18. Juli 1986, von 13.00 bis 14.45 Uhr[2]

Teilnehmer auf ägyptischer Seite: Präsident Mohammed Hosni Mubarak; Außenminister Dr. Ahmed Asmat Abdel-Meguid; Wirtschaftsminister Dr. Sultan Abou Ali; Herr Ali Negm, Vorsitzender des Vorstandes der Zentralbank; Herr Mustafa El Fiki, Politischer Sekretär des Präsidenten; Botschafter Mohamed El Shaffie Abdel-Hamid.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler; BM Dr. Schäuble; BM Genscher; StS von Würzen; VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker; Herr Hajjaj als Dolmetscher.

Aus dem sehr freundschaftlichen Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Mubarak, das auf ägyptische Initiative kurzfristig zustande gekommen war, ist festzuhalten:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1042

sind sie unterscheidbar. Deshalb haben die Sowjets bisher diese Lösung nicht akzeptiert. Die Berliner, die nicht zu Bundesinstitutionen gehören, und alle übrigen Wissenschaftler werden mit Instituten und deren Adressen angegeben." Braunmühl bat, „noch einmal zu prüfen, ob wir nicht doch bei diesem Vorschlag bleiben können, der sich möglicherweise gerade noch bei den Sowjets durchsetzen läßt, obwohl er den Kreis der ad personam benannten Wissenschaftler nicht klar erkennen läßt. […] Wir werden versuchen, diesen Punkt bis zum Eingang neuer Weisung auszuklammern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2030; VS-Bd. 14155 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 21. Juli 1986 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „Hiermit lege ich den Vermerk über das vorbezeichnete Gespräch mit der Bitte um Billigung und um Zustimmung zur Weiterleitung an den Bundesminister des Auswärtigen und – hinsichtlich seines wirtschaftspolitischen Teils – an die Bundesminister der Finanzen, für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. Abteilung 4 wird Ihnen mit gesonderter Vorlage Vorschläge für das Follow-up des Gesprächs im Sinne Ihrer Hinweise gegenüber Präsident Mubarak unterbreiten."
Hat Kohl vorgelegen, der den Passus „um Zustimmung zur Weiterleitung … für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor" hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „Nein." Ferner vermerkte er: „W[ieder]v[orlage] Ende August." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ 21-30 100 (56), Bd. 70.

2 Nach Gesprächen mit der französischen und britischen Regierung vom 16. bis 18. Juli 1986 hielt sich Präsident Mubarak am 18. Juli 1986 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirigent Sulimma vermerkte am 15. Juli 1986: „Ursprünglich wollten nur der Handelsminister und der Notenbankpräsident GB und F besuchen. Am Wochenende scheinen die Befürchtungen der ägyptischen Führung, das Klima in den europäischen Hauptstädten sei den ägyptischen Wünschen nicht aufgeschlossen genug, den Präsidenten dazu bewegt zu haben, selbst zu reisen. […] Der Präsident dürfte im wesentlichen zwei Ziele verfolgen: a) bei den wichtigsten Mitgliedern des IWF dafür zu werben, daß der Fonds sich gegenüber den ägyptischen Wünschen nach einem Stand-by-Kredit (1,5 Mrd. US-$) aufgeschlossen zeigt und seine wirtschaftspolitischen Bedingungen den innenpolitischen Möglichkeiten Ägyptens anpaßt; b) sich dafür einzusetzen, daß die wichtigsten Geberländer in Europa einer bilateralen Umschuldung unter Ausschaltung des Pariser Clubs zustimmen. Die westlichen Geber, auch die USA, halten an einem multilateralen Vorgehen fest." Vgl. Referat 310, Bd. 149558.

1) Zur Wirtschaftslage Ägyptens:

Präsident *Mubarak* erläuterte eingangs den Zweck seiner kurz angesetzten Westeuropa-Reise mit der Notwendigkeit, besonders einflußreiche europäische Freunde Ägyptens (I, F, GB und D) um nachdrückliche internationale Unterstützung bei der Lösung seiner wirtschaftlichen Notlage zu bitten. Besondere Hilfsbereitschaft erhoffe sich Ägypten von der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundeskanzler, der hohes Ansehen in Ägypten genieße.

Ägyptens Wirtschaftsprobleme hätten sich – vor allem aufgrund externer Ursachen – in letzter Zeit in beängstigendem Maße verschärft. Den Kosten für Lebensmittelimporte und unabweisbare Infrastrukturinvestitionen stünden Einnahmen gegenüber, die wegen des Ölpreisverfalls, Schrumpfung des ägyptischen Tourismus und geringerer Benutzung des Suez-Kanals erheblich zurückgegangen seien.

Zur Überwindung seiner akuten Devisenprobleme brauche Ägypten einen Zwischenkredit des IWF und eine Umschuldung seiner bilateralen Verpflichtungen.[3] Zur Vorbereitung entsprechender Verhandlungen habe seine Regierung ein Reformpaket ausgearbeitet und es im Juni 1986 in Washington mit dem IWF und der amerikanischen Regierung erörtert.[4]

Beim IWF sei Ägypten zwar auf Verständnis für seine Probleme, aber auf wenig Flexibilität bei den als Voraussetzungen für einen Zwischenkredit geforderten Konditionen gestoßen.

[3] In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. Juli 1986 hieß es: „Die ägyptische Regierung verhandelt seit längerer Zeit mit dem IWF über den Abschluß eines Bereitschaftskreditabkommens. Eine Einigung über ein als Voraussetzung für eine Kreditzusage notwendiges Anpassungsprogramm konnte bislang zwischen dem IWF-Stab und den ägyptischen Behörden nicht erreicht werden. […] Die Auslandsverschuldung Ägyptens beläuft sich auf ca. 35 Mrd. US-$. Für den Schuldendienst muß Ägypten dieses und nächstes Jahr jeweils 2,7 Mrd. US-$ aufbringen […]. Die Ursachen für die ägyptischen Zahlungsbilanzprobleme liegen einmal in der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation: Allein der Rückgang der Ölpreise bringt für Ägypten in diesem Jahr nach ägypt[ischen] Schätzungen Einnahmeverluste von 1,2 Mrd. $. Weitere Probleme bereiten der Rückgang der Einnahmen aus den Suezkanalgebühren, die rückläufigen Gastarbeiterüberweisungen aus anderen arabischen Staaten sowie die ebenfalls deutlich zurückgegangenen Tourismuseinnahmen. Andererseits sind die Zahlungsbilanz- und Haushaltsprobleme auch direkt der ägyptischen Politik zuzuschreiben, und zwar wegen des multiplen, z. T. stark überbewerteten Wechselkurses, der den Außenwirtschaftsverkehr verzerrt, und einer sehr regen Subventionspolitik. Nach Ansicht des IWF sind Geld- wie Fiskalpolitik korrekturbedürftig.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130570.

[4] Am 1. September 1986 übermittelte Botschafter Müller, Kairo, ein von der ägyptischen Regierung im August 1986 vorgelegtes Programm zur wirtschaftlichen Stabilisierung und strukturellen Reform. Dazu teilte er mit, das Maßnahmenpaket sehe „kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen“ und eine „mehrumfassende strukturelle Anpassung“ vor. Bemerkenswert seien: „Verstärkte Rolle des privaten Sektors bei gleichzeitigem ‚streamlining‘ des öffentlichen Sektors; […] eine Preispolitik, die künftig Verknappungen auf allen Gebieten (Devisen, Kredite, öffentl[iche] Dienstleistungen) deutlicher widerspiegelt; eine Restrukturierung der Wirtschaft mit dem Ziel größerer Diversifizierung und weniger Abhängigkeit von Importen (‚basic imports‘); Einführung größerer Reformen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Ziel, die Abhängigkeit vom staatlichen Sektor hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verringern“. Hinsichtlich einer strukturellen Anpassung der ägyptischen Wirtschaft sehe das Programm u. a. vor: „Noch im Laufe dieses Haushaltsjahres – also bis zum 30.6.1987 – und deutlicher dann während des restlichen Zeitraums der Dekade sollen die landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugerpreise vollständig liberalisiert und sämtliche dazwischen liegenden Subventionen eliminiert werden. […] Energiepreise sollen nach Ablauf von sieben Jahren internationales Niveau erreichen. […] Für den Geldmarkt sei noch in diesem Jahr eine Revision der Zinsstruktur geplant, um auch auf diesem Wege zu einer Verengung der Finanzierungslücke beizutragen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149563.

So verlange der IWF von der ägyptischen Regierung innerhalb eines Jahres die Anhebung des banküblichen Zinssatzes auf 20 % und die Vereinheitlichung und Anpassung des Wechselkurses der ägyptischen Währung gegenüber dem Dollar.

Gegen beide Maßnahmen als solche habe Ägypten nichts einzuwenden; sie seien vernünftig, wenn sie innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren eingeführt würden. Eine Erfüllung dieser Auflagen innerhalb eines Jahres, wie vom IWF gefordert, würde jedoch zu inflationären Preissteigerungen führen, die der breiten Bevölkerung nicht erfüllbare Opfer aufbürdeten. Den islamischen Fundamentalisten, die aus religiösen Gründen jeglichen Zins ablehnten, würde damit eine neue Waffe in die Hand gegeben. Damit seien bei Erfüllung der Auflagen des IWF innenpolitische Erschütterungen vorauszusehen, die er, Mubarak, für die Stabilität der gesamten Region für bedrohlich halte.

Ägypten könne auch die Vorbehalte des IWF und der USA gegenüber Umfang und Tempo der von Ägypten beabsichtigten Reformen nicht akzeptieren: Ägypten könne den Abbau seines Haushaltsdefizits und die Zurückschneidung der bisher gewährten umfangreichen Subventionen auf Grundnahrungsmittel und Rohstoffe nur schrittweise und nicht von heute auf morgen verwirklichen, wenn es nicht ein wirtschaftliches Chaos im Lande provozieren wolle. Diese Reformen müßten organisch durchgeführt werden. Ägypten müsse daher den Zeitraum für die Verwirklichung seiner Reformpläne selbst bestimmen.

Ägypten habe die Erfahrung beobachtet, die andere Länder wie Tunesien, Marokko, Tansania oder Sudan mit überzogenen, wirtschaftlich unvernünftigen Auflagen des IWF für Zwischenkredite gemacht hätten. Sie hätten zu so erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten in diesen Ländern geführt, daß sie zum größten Teil wieder rückgängig gemacht werden mußten.

Er, Mubarak, erhoffe sich in Europa mehr Verständnis für die arabische Mentalität als in den USA. Er könne sich eine Hungerkatastrophe in seinem Lande, die zur politischen Radikalisierung führen müsse und damit die Sicherheit der ganzen Region beeinträchtigen werde, nicht leisten. Es könne auch nicht im Interesse des Westens liegen, ein Land von der Bedeutung Ägyptens, das dem Westen offener gegenüberstehe als alle anderen arabischen Staaten, in einer der unsichersten Regionen der Welt zu destabilisieren.

Präsident Mubarak unterstrich, daß der deutsche und der britische Vertreter im IWF[5] sich als besondere „Hardliner" hinsichtlich einer bedingungslosen Erfüllung der IWF-Auflagen durch Ägypten erwiesen hätten. Diese Haltung sei für Ägypten nicht verständlich. Einem schwerkranken Freund müsse man rechtzeitig helfen, denn wenn er erst gestorben sei, habe man keinen Freund mehr. Konkret appelliere Ägypten an die Bundesrepublik Deutschland, dazu beizutragen, nicht die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens abzubremsen und damit eine Gefahr für die Stabilität der gesamten Region in Kauf zu nehmen.

Der *Bundeskanzler* versicherte Präsident Mubarak, daß der Bundesregierung an einer Destabilisierung Ägyptens ganz gewiß nicht gelegen sein könne. Die Bundesregierung wolle sich angesichts des engen und freundschaftlichen Verhältnisses zu Ägypten hilfreich erweisen, wo immer sie dies könne. Allerdings

5 Günter Grosche bzw. Timothy P. Lankester.

habe er gewisse Vorbehalte gegen die Haltung, die den deutschen Vertretern im IWF unterstellt werde. Diejenigen Gesprächspartner, die uns vor den Ägyptern als Hardliner darstellten, seien vielfach dieselben, die im Gespräch mit uns größere Härte forderten.

Auf Frage des Bundeskanzlers nannte Präsident *Mubarak* als konkretes Petitum, daß der IWF Ägypten die gleichen Konditionen wie Mexiko für die Gewährung des Zwischenkredits einräumen möge.[6] Es sei für seine Regierung nicht einsichtig, warum Ägypten in seiner bekannt kritischen Lage schlechtere Konditionen als Mexiko erhalte.

Ägypten habe in seinen Verhandlungen mit dem IWF durch Kompromißbereitschaft bereits in zahlreichen Punkten Einigung erzielen können. Für die gewünschte Zinsanhebung und die Wechselkursanpassung benötige Ägypten jedoch statt einem Jahr fünf Jahre. Desgleichen würden für eine Umschuldung drei Jahre benötigt.

Der *Bundeskanzler* äußerte Verständnis für das ägyptische Petitum, da sich beide Länder in einer ähnlichen Situation befänden. Er sei gegen jede Lösung, die Ägypten unvernünftige Lasten auferlege. Er werde die Angelegenheit selbst weiterverfolgen und mit seinen engsten Mitarbeitern beraten, wie man Ägypten helfen könne.

Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß Verhandlungspartner Ägyptens in dieser Frage der IWF sei und bleibe. Mit ihm müsse Ägypten letzten Endes einig werden.

Abschließend bot der Bundeskanzler Präsident Mubarak an, ihn über die Ergebnisse seiner Gespräche laufend zu informieren. Präsident *Mubarak* nahm dies mit Dank an.

2) Zur Lage im Nahen Osten

Auf Bitte des *Bundeskanzlers* gab Präsident *Mubarak* ihm seine Einschätzung der Lage in verschiedenen Krisenregionen des Nahen Ostens.

Über Libyen habe man in letzter Zeit wenig neue Informationen erhalten. Staatschef Gaddafi – offenbar unter dem Einfluß von Drogen – lasse sich nicht in der Öffentlichkeit sehen. Vom tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek habe man bei Gesprächen kürzlich erfahren, daß sich Gaddafi in einem psychisch sehr labilen Zustand befinde, der seinen baldigen völligen Zusammenbruch erwarten lasse. Ostblock-Politiker seien über Libyen im allgemeinen sehr gut informiert.

Es gebe Gerüchte darüber, daß enge Mitarbeiter Gaddafis ein Attentat gegen ihn planten.

[6] Am 22. Juli 1986 unterzeichneten der IWF und Mexiko eine Vereinbarung über ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm und über einen Bereitschaftskredit in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar. Legationssekretärin Pöttrich notierte dazu am 23. Juli 1986, daß die Weltbank die mit dem IWF vereinbarten Strukturreformen mit Krediten in Höhe von 1,9 Mrd. Dollar unterstützen werde. Ferner sei die Inanspruchnahme von Fondsressourcen an die zukünftige Ölpreisentwicklung gekoppelt: „Fällt der Ölpreis unter 9 Dollar pro Barrel, so kann Mexiko zusätzliche Mittel in Anspruch nehmen. Steigt er über 14 Dollar, so werden die Mittel gekürzt." Schließlich habe der IWF „die Einbeziehung eines Mindestwachstumsziels von 3% bis 4% ab 1987 akzeptiert […]. Wird dieses Ziel unterschritten, soll ein weiterer automatischer Kompensationsmechanismus in Kraft treten, der weitere Mittel für öffentliche Investitionen freisetzt." Vgl. Referat 412, Bd. 130573.

Aus ägyptischer Sicht sei auffällig, daß Gaddafi – entgegen seiner früheren Praxis – Ägypten in letzter Zeit nur zwei- oder dreimal öffentlich ausfallend beschimpft habe. Auch die früher häufigen Berichte libyscher Medien über angebliche Putschversuche in Ägypten hätten nachgelassen.

Kennzeichnend für Gaddafis Größenwahn sei, daß er nach dem amerikanischen Bombenabwurf[7] alle arabischen Staatschefs brieflich kategorisch aufgefordert habe, sich innerhalb eines Tages in Libyen zu einer Konferenz einzufinden. Verständlicherweise sei keiner gekommen. Ihm, Mubarak, selbst habe Gaddafi fünf Tage nach dem Bombenabwurf einen persönlichen Beauftragten mit der Bitte um Waffenlieferungen und um moralische Unterstützung Libyens gesandt. Er, Mubarak, habe dies mit dem Hinweis abgelehnt, daß Waffenlieferungen dieser Art nur unter befreundeten Staaten üblich seien und daß es für Ägypten keinen Anlaß gebe, einem Land moralische Unterstützung zu gewähren, das immer nur Schadenfreude zeige, wenn Ägypten sich in Schwierigkeiten befinde.

Nach ägyptischer Einschätzung sei es nur mehr eine Frage der Zeit, bis die Ära Gaddafi in Libyen zu Ende gehen werde. Im übrigen habe sich gerade im Fall Libyen gezeigt – und dies hätten die Amerikaner lernen müssen –, daß alle bisherigen ägyptischen Voraussagen sich nachträglich als richtig herausgestellt hätten.

Zum Stand des Konfliktes Iran/Irak äußerte Mubarak, daß eine Lösung nicht in Sicht sei. Beide Parteien seien bei diesem Abnutzungskrieg die Verlierer.

Aus ägyptischer Sicht sei es nicht der irakische Präsident Saddam Hussein, sondern vielmehr die Ajatollahs, die auf die Macht verzichten und dem Kriege ein Ende bereiten müßten.[8] Ob ein Ende Khomeinis etwas an dem Regime im Iran ändern werde, bleibe abzuwarten. Er befinde sich seit einem Jahr in einem Zustand der Agonie und werde nur von europäischen Ärzten am Leben erhalten.

Im israelisch-ägyptischen Verhältnis gebe es zur Zeit keine Probleme, sondern vielmehr einen stillen Konsens. Die Taba-Frage[9] stelle für Ägypten kein echtes Problem dar. Hier gehe es eher um Fragen der israelischen Innenpolitik: Der Likud-Block wolle im Gegensatz zur Arbeiterpartei bestimmte Territorialfragen gegenüber Ägypten offenhalten, um dieser ggf. kurzfristig Schwierigkeiten machen zu können.

Zwischen Jordanien und Israel gebe es mittelbare Kontakte. Israel versuche auf Jordanien einzuwirken, nicht die PLO, sondern Palästinenser aus Gaza und Westbank in Verhandlungen einzubeziehen. Eine Friedenslösung sei ohne Einbeziehung der PLO jedoch für die arabische Welt nicht akzeptabel.

7 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

8 So in der Vorlage.

9 Gemäß Artikel I des Anhangs I zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 räumte Israel das besetzte Sinai-Gebiet bis zum 25. April 1983 mit Ausnahme von Taba am nördlichen Ende des Golfs von Akaba, auf das ein Gebietsanspruch erhoben wurde. Mit Blick auf eine Regelung des Konflikts billigte das israelische Kabinett am 13. Januar 1986 einen 14-Punkte-Plan zur Einleitung eines Schiedsverfahrens. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 40 des Botschafters Haas, Tel Aviv, vom 14. Januar 1986; Referat 310, Bd. 149562.
Zu den ägyptisch-israelischen Verhandlungen zur Regelung des Taba-Konflikts vgl. Dok. 247, Anm. 10.

Ägypten wirke seinerseits auf die PLO ein, die VN-Resolutionen 242[10] und 338[11] anzuerkennen, um auf diese Weise die Voraussetzungen für eine gemeinsame Delegation Jordaniens und der PLO für Friedensgespräche zu fördern.

Zum Dreiecksverhältnis Jordanien–Syrien–Irak meinte Präsident Mubarak, daß Jordanien bestrebt sei, zwischen Syrien und dem Irak eine Mittlerrolle zu spielen. Es habe hier jedoch einen Rückschlag gegeben, seitdem der Iran sich bereit erklärt habe, Syrien Ölverbindlichkeiten in Höhe von 1 Milliarde Dollar zu stunden. Syrien habe seitdem deutlich das Interesse an einer Verbesserung seines Verhältnisses zum Irak verloren.

Jordanien habe es allerdings bisher immer noch nicht begriffen, daß z.Zt. eine Versöhnung zwischen Irak und Syrien nicht möglich sei.

Zu Saudi-Arabien habe Ägypten seine Beziehungen in den letzten Monaten verbessern können. Innenpolitisch bleibe die Lage in Saudi-Arabien angesichts der subversiven Aktivitäten islamischer Fundamentalisten und des ständigen Streits der saudischen Prinzen untereinander labil.

3) Zum Abschluß des Gesprächs faßte der *Bundeskanzler* erneut zusammen, daß in der Frage der IWF-Auflagen nach einer vernünftigen Lösung gesucht werden müsse.

Die ägyptische Regierung solle erneut mit dem IWF in Verbindung treten und ihn auf die Mexiko gewährten und auch von Ägypten gewünschten Bedingungen hinweisen. Er, der Bundeskanzler, wolle sich seinerseits über den Sachstand unterrichten und werde von sich hören lassen.[12] Er habe größtes Interesse daran, die Stabilität Ägyptens und der Regierung Mubarak gesichert zu wissen. Was er hierzu früher gesagt habe, gelte heute noch genauso.

Präsident *Mubarak* dankte dem Bundeskanzler und lud ihn zu einem baldigen Besuch in Ägypten – auch in kleinem Kreis – ein.

Auch BM Genscher möge – so wie früher[13] – öfter einmal nach Ägypten kommen.[14]

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

11 Korrigiert aus: „383".
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

12 Am 29. September 1986 schrieb Bundeskanzler Kohl Präsident Mubarak: „Aus unseren intensiven und freundschaftlichen Gesprächen weiß ich, wie groß und schwierig die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sind, denen Sie begegnen müssen. Die Bundesregierung wird Ihre Reformpolitik auch in Zukunft durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern unterstützen. Sie wird weiterhin mit Nachdruck dafür eintreten, daß Ihre Politik auch auf internationaler Ebene anerkannt und gefördert wird. Sie wird vor allem im IWF ihren Einfluß geltend machen, daß faire und ausgewogene Lösungen gefunden werden, die auf die besonderen Probleme Ägyptens in angemessener Weise Rücksicht nehmen. Ich habe den deutschen Exekutivdirektor im Internationalen Währungsfonds in diesem Sinne instruieren lassen. Herr Bundesminister Dr. Stoltenberg wird schon auf der bevorstehenden Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds mit dem Delegationsleiter Ihres Landes Kontakt aufnehmen." Vgl. Referat 310, Bd. 149564.

13 Bundesminister Genscher hielt sich zuletzt vom 5. bis 8. Februar und am 2. September 1985 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 30, und AAPD 1985, II, Dok. 236.

14 Bundesminister Genscher besuchte Ägypten am 7./8. Dezember 1987. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2166 des Botschafters Elsäßer, Kairo, vom 9. Dezember 1987; AAPD 1987.

Der *Bundeskanzler* nahm die Einladung freundlich an, hielt sich aber einen Zeitpunkt hierfür offen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70

200

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

18. Juli 1986[1]

1) Französischer Staatspräsident *Mitterrand* empfing BM am Freitag, 18.7., zu einem einstündigen Gespräch. Weitere Teilnehmer: Präsidentenberater Védrine und LMB[2].

2) Nach herzlicher Begrüßung durch den Präsidenten bot dieser an, BM über die Eindrücke seines kürzlichen Moskau-Besuches[3] zu unterrichten.

Der Eindruck, den er von GS Gorbatschow gewonnen habe, sei sehr verschieden von dem anderer Sowjets. Nach Aussehen und Art und Weise, wie er sich gebe, sei GS ein anderer Typus. Er wisse, daß die Form, die sich ein Mensch gebe, nicht entscheidend sei, aber Form und Inhalt bildeten eine Einheit, und von der Form sei deshalb auch auf den Menschen zu schließen. Insgesamt gebe GS sich wie ein westlicher Führer. Er sei sehr gut angezogen; sein Stil, sein Aussehen, die Art, wie er sich gebe, sei offen und einnehmend. Bei der Analyse von Problemen gebe er seinem Gesprächspartner das Gefühl, daß er Dinge anders anfasse als seine Vorgänger. Insgesamt habe er sieben Stunden alleine mit GS verbracht; fast drei Tage sei man zusammengewesen. Er scheine zu verstehen, warum die Sowjetunion aus dem Tritt sei und warum sie auch in der Welt keine Popularität genieße. Deshalb versuche er, insbesondere im Verhältnis zu Frankreich, sein Land anziehend zu machen. Hauptziel seiner Bemühungen sei aber ganz unzweifelhaft die USA, die für die SU Hauptpartner sei. Deshalb wolle er die Verständigung mit den USA auf dem Weg über die Europäer verwirklichen. In Europa sei Frankreich das Hauptziel der sowjetischen Politik. Natürlich sei F eine Figur in einem Domino-Spiel, aber eben eine besonders wichtige im europäischen Umfeld. Für die SU werde aufgrund der historischen Beziehungen zu F seit dem 18. Jahrhundert gerade seinem Land eine besondere Rolle eingeräumt. Auch habe er den Eindruck gewonnen, daß man in der SU glaube, aus der deutsch-französischen Dialektik der Vergangenheit heute noch Profit ziehen zu können. Auch wenn sich die Grundkonstellation in den deutsch-französischen Beziehungen vollständig geändert habe, glau-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen gefertigt.
2 Michael Jansen.
3 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR auf.

be man offensichtlich, daß man vermeintliche Gegensätze zwischen diesen beiden Staaten gegen diese ausspielen könne. Hierbei spiele in der sowjetischen Perzeption in erster Linie die Tatsache der nuklearen Verfügungsgewalt von F gegenüber der nuklearen Abstinenz von D[4] eine Rolle.

Im Verhältnis zu D gebe es eine besondere deutsch-sowjetische Dialektik. Einerseits fühle die SU sich von D angezogen, andererseits gebe es hier besondere Probleme, weil die BR Deutschland eng an die USA gebunden sei und weil es die besondere deutsch-deutsche Problematik gebe. Wegen der Anziehungskraft, die D auf die SU ausübe, entstehe so eine Art „Haßliebe".

GS selber scheine in bezug auf D etwas starr zu sein. Er (Mitterrand) habe schon am ersten Tag seines Aufenthalts auf die deutsch-französische Freundschaft hingewiesen und diesen Hinweis auch in seiner Tischrede besonders unterstrichen. Er habe darüber hinaus die Bemühungen um eine europäische Politik und die Ost-West-Beziehungen hervorgehoben.[5]

Der Präsident wiederholte seinen Eindruck, daß SU in Europa offensichtlich auf F setze. Auch in den Beziehungen mit Spanien und Italien gehe SU nicht so weit. Gegenüber GB seien Sowjets höflich, aber auch nicht mehr.

3) Zu den Sachfragen erläuterte Präsident, daß für GS ganz offensichtlich SDI, das heiße „der Sternenkrieg", im Vordergrund stehe. F habe sich in dieser Frage bisher sehr zurückhaltend verhalten; im Grunde sei es das einzige Land in Europa, das diese Haltung einnehme. Dies gebe F auch gegenüber der SU eine zusätzliche Attraktivität. Bei SDI gebe es seiner Beurteilung nach durchaus Kompromißmöglichkeiten. So sei denkbar, daß man zwischen Forschung und Anwendung eine Schwelle errichte. Entscheidend sei aber, daß eine solche Lösung gefunden werde. Wenn dies nicht möglich sei, wenn dieser Punkt nicht gefunden werde, gebe es keinen Gipfel. Dies habe GS mehrfach zum Ausdruck gebracht. Er habe insbesondere unterstrichen, daß er nicht Objekt einer Medienschau sein wolle. Die Art und Weise, wie er in Genf[6] behandelt worden sei, werde er nicht ein zweites Mal mitmachen. Er habe sogar gesagt, eine solche Demütigung akzeptiere er nicht noch einmal.

Der Präsident wiederholte seinen Eindruck, daß, wenn ein Kompromiß auf diesem Gebiet nicht möglich sei, alles zum Scheitern verurteilt sei. USA machten den Fehler zu glauben, daß eine wirtschaftlich angeschlagene SU bereit sein müsse, nachzugeben. Dies sei eine totale Fehleinschätzung. Reagan glaube offensichtlich, daß die SU morgen zusammenbreche. Auch er glaube, daß dies eines Tages geschehen werde; aber dies werde nicht morgen sein. Präsident Reagan sei offensichtlich der Meinung, daß SDI zu einer Aufgabe der SU führen müsse. Er selbst habe beobachtet, daß die Mitarbeiter des Präsidenten dies nicht

4 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 150, Anm. 12.

5 Für die Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand am 7. Juli 1986 in Moskau vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Juli/August), S. 17.

6 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

glaubten, aber sie seien offensichtlich nicht in der Lage, dem Präsidenten Widerspruch entgegenzusetzen.

Insgesamt habe er den Eindruck gewonnen, daß die Problematik von SDI, ABM und SALT II für die SU Testfälle des Verhältnisses zu den USA seien.

Präsident Mitterrand berichtete zusätzlich über eine Diskussion mit GS über die Berücksichtigung der französischen und britischen Raketenpotentiale. Er habe GS gesagt, daß eine solche Rechnung mit ihm nicht zu machen sei. GS habe darauf nicht besonders reagiert. Sein Gegenargument sei gewesen, daß bei einer Verringerung gemäß einem globalen Abkommen die französischen und britischen Systeme nicht erhöht werden dürften. Er habe darauf richtiggestellt, daß eine solche Rechnung aufgehen könne, wenn es auf sowjetischer Seite deutliche Abrüstungsschritte gebe. Deshalb habe er ihn wiederholt aufgefordert, daß SU zuerst einmal kräftig abrüste, dann sei auch mit F über Abrüstungsschritte zu reden. Im übrigen habe er dem GS sehr deutlich gesagt, daß die von der SU immer wieder ins Spiel gebrachte Differenzierung zwischen Mittelstrecken- und strategischen Waffen eine formale Betrachtungsweise erkennen lasse, die er nicht akzeptieren könne. Paris sei durch Mittelstreckenraketen genauso zu erreichen wie durch strategische weitreichende Waffen. Deshalb sei er nicht bereit, diese Unterscheidung anzuerkennen. Solcher Art gewählte Definitionen seien völlig nichtssagend. Die französischen U-Boote seien z. B. strategischer Natur, da sie den Platz, von dem sie aktiv werden könnten, selbst wählten. Deshalb habe er GS aufgefordert, mit Nachdruck abzurüsten. GS habe gegenüber seiner Argumentation nicht sehr insistiert.

Zu den Mittelstreckenwaffen habe er von einer Null-Lösung für die PII und SS-20 für Europa gesprochen. Er habe demgegenüber gesagt, wenn man zu einer Situation, wie sie vor der Raketenstationierung bestanden habe, zurückkehren könne, könnte es ihm nur recht sein.

GS habe ihm gegenüber die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß D über F an die Nuklearentscheidung herankommen könne. Dieser Unterstellung sei er entgegengetreten und habe erwidert, daß D weder einen solchen Antrag gestellt noch gebeten habe, an französischen Nuklearentscheidungen beteiligt zu werden. Er habe darauf hingewiesen, daß D keine Nuklearwaffen besitze, sondern einzig und allein Schutz vor solchen Waffen benötige.

4) Zur inneren Lage habe GS unumwunden erklärt, daß er alles ändern müsse. Ein Austausch der Generationen sei notwendig, und er tue es. Auch Sitte, Mentalität und Denkungsart müßten verändert werden, um die Dinge voranzubringen.

Präsident bezeichnete GS als nicht sehr orthodox. Menschlich sei er sehr aufgeschlossen. Er erzähle manche Dinge aus dem privaten Bereich, wie man sie in Moskau bisher nicht gehört habe. Deshalb glaube er, daß GS zugleich ein leichterer, aber auch ein schwierigerer[7] Partner sei als die bisherigen Führer der SU. Wenn man mit ihm warm geworden sei, könne es zu durchaus sehr vertraulichen Gesprächen kommen.

[7] Korrigiert aus: „schwieriger".

5) In der afghanischen Frage habe er GS zurückhaltender erlebt als noch vor einem Jahr.[8] Vor einem Jahr habe er ihm gesagt, daß sich diese Problematik regele. Diesmal habe er sich in dieser Frage bedeckt gehalten.

Auch zum Nahen Osten habe er eine andere Haltung eingenommen als noch 1985. Er sei jetzt für eine Nahost-Konferenz, an der auch die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats teilnehmen sollten, eingetreten.[9] Deshalb habe er sich auch an ihn als den Vertreter von F gewendet.

6) Auf die Frage von *BM*, ob GS die besondere Natur des deutsch-französischen Verhältnisses verstehe, präzisierte Präsident *Mitterrand*:

Seiner Einschätzung nach verstehe die sowjetische Führung die neue Qualität dieses Verhältnisses noch nicht. Es sei ihr noch nicht bewußt, daß hier wirklich eine neue Etappe eingeschlagen worden sei, da sie dieses Verhältnis immer noch in der Perspektive der historischen Entwicklung der vergangenen Jahrhunderte sehe. Vielleicht sehe man die Änderungen, aber übersehe noch nicht die Auswirkungen des letzten Krieges und der grundlegenden Änderungen, die es in Westeuropa gegeben habe.

BM bemerkte, daß seiner Einschätzung nach SU mit allerhöchstem Argwohn die sicherheitspolitischen Konsultationen zwischen D und F verfolge. Deshalb sei es wichtig, daß Präsident gesagt habe, daß D eine Beteiligung an der französischen Nuklearmacht nicht erbeten habe.

Präsident *Mitterrand* bemerkte hierzu, daß GS fast Mitleid mit D zum Ausdruck brachte, daß F diese Waffenart habe, D aber nicht. Er habe daran sogar die Frage geknüpft, ob dies nicht D belaste. Er habe darauf erwidert, daß er sich darum keine Sorgen machen müsse. Er sehe allerdings, daß in dieser Frage Sowjets möglicherweise glaubten, hier eine Möglichkeit zu finden, D und F auseinanderzudividieren. Interessant sei immerhin die sowjetische Perzeption, die D als Nicht-Nuklear-Macht in enger Bindung zu den USA sehe; da sie auf-

8 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 18, Anm. 10.

9 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 9. Juli 1986, daß nach Auskunft des französischen Außenministers Raimond der sowjetische Außenminister Schewardnadse anläßlich des Besuchs des Staatspräsidenten Mitterrand vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR habe „durchblicken lassen, daß Sowjets an eine neue Initiative bezüglich einer internationalen Konferenz denken". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1922; Referat 213, Bd. 139334.
Am 11. Juli 1986 informierte Arnot: „Im Kreis der Botschafter der Zwölf am 10.7. wußte brit[ischer] Botschafter über nähere Einzelheiten des den Franzosen beim Mitterrand-Besuch unterbreiteten sowj[etischen] NO-Vorschlags zu berichten, die z. Z. hier weilender Owen von Dobrynin erfahren hat. […] Dobrynin: Erster vorbereitender Schritt solle ein Treffen der fünf Mächte (ständige Sicherheitsratsmitglieder) ‚at any time agreeable' sein. Dies bedeute keine Änderung der sowjet. Haltung zu internationaler Konferenz. Die Konferenz solle nach Abschluß des Treffens der Fünf zu einer Zeit und in einer Zusammensetzung stattfinden, wie auf voraufgehendem Fünfer-Treffen vereinbart. Nach der Konferenz könne die Diskussion in verschiedenen Foren fortgeführt werden. Abschluß dann durch ‚final session' des Plenums der Konferenz. Dobrynin fügte hinzu, daß Sowjets mit diesen Vorschlägen noch nicht an die Amerikaner herangetreten seien und sich auch noch nicht überlegt hätten, wie der GS der VN eingeschaltet werden solle." Arnot führte weiter aus: „Tatsache, daß AM Raimond bei EG-Briefing am [9.]7. über Mitterrand-Besuch keine Details genannt hatte, zeigt, wie stark die Franzosen ihre Karten an der Brust halten. Pikant ist, daß wir nur auf dem Umweg über britische Opposition Näheres erfahren". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1946; Unterabteilung 31, Bd. 141109.

grund dieser Tatsache glaube, daß D keine Marge im Verhältnis zu den USA habe.

7) Präsident charakterisierte GS als sehr europäisch eingestellt. Er habe immer wieder Redewendungen benutzt wie „unter uns Europäern müssen wir doch Lösungen finden". Dies unterscheide ihn z. B. von Leuten wie Suslow, die das westliche Europa nicht akzeptieren wollten, weil sie es nur als amerikanisches Glacis verstanden. Andererseits könne er sich des Eindrucks nicht erwehren, daß GS sich mit D schwertue.

BM meinte, daß er sich darin von seinen Vorgängern unterscheide. Lenin, Stalin und Breschnew hätten alle emotionale Bindungen an D gehabt. Lenin habe stündlich die Nachricht von dem Ausbruch der Revolution in Berlin erwartet. Stalin habe durch die Zusammenarbeit mit der Reichswehr in den 20er Jahren eine gefühlsmäßige Bindung an D entwickelt und auch Gefühle des Respekts vor Hitler gehabt. Breschnew sei durch den Zweiten Weltkrieg auf engste Weise mit D in Berührung geraten und habe alles unter diesem Vorzeichen gesehen.

Mitterrand ergänzte mit dem Hinweis, daß Breschnew immer vom Krieg sprach, während jetziger GS dies nie tue.

BM wies darauf hin, daß das deutsch-deutsche Verhältnis für die SU immer wichtig bleibe. Sowjets seien gegenüber Honecker mißtrauisch und auch stets besorgt, daß sich hier Sonderwege entwickeln könnten.

8) Im Zusammenhang mit der Erläuterung seiner Haltung gegenüber GS zu den militärischen Beziehungen zwischen D und F übte *Präsident* scharfe Kritik an Generalinspekteur der Bundeswehr[10]. Dieser tue so, als glaube er, daß F im Ernstfall in das integrierte Oberkommando der NATO eintrete. Dem BK könne dies nicht vorgeworfen werden. Der Generalinspekteur tue aber in seinen Äußerungen immer ein wenig so. Der Präsident wies darauf hin, daß er einmal eine Äußerung getan habe, wonach im Ernstfall die französischen Streitkräfte zur Verteidigung Europas bereitstünden. Dies werde vom Generalinspekteur in einem Sinne dargestellt, der seine Äußerungen verfälsche. Im übrigen wisse er, daß es hier kein Problem zwischen D und F gebe.

BM unterstrich, daß die Bundesregierung zur Frage der Einbeziehung der französischen und britischen Systeme immer eine klare Haltung vertreten habe. Dies werde auch in Zukunft so sein.

Referat 010, Bd. 178900

10 Wolfgang Altenburg.

201

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram

201-363.39 FRA-1212/86 VS-vertraulich **18. Juli 1986**

Herrn Dg 20[1]

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen über Nuklearfragen[2]

Bezug: Randweisung D 2 auf DB Nr. 1563 vom 10.7.1986 aus Paris[3]

Punktation

1) Vorschlag: Telefongespräch Dg 20 mit General Hüttel

2) Die angesichts der Bedeutung der Thematik eigentlich notwendige Unterrichtung von BM kann nicht erfolgen, da das BMVg das AA über den Stand und Inhalt der Nuklear-Konsultation zwischen Generalinspekteur und französischem Generalstabschef bislang nicht unterrichtet hat. Auskünfte hierüber sind auf Arbeitsebene nicht zu erhalten, möglicherweise auf höherer Ebene.

Es wird deshalb vorgeschlagen, daß Sie unter Bezugnahme auf den Bezugsbericht General Hüttel um Unterrichtung bitten.

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 25. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl verfügte und handschriftlich vermerkte: „Stabreit will sich bemühen, daß ich ad personam im BK-Amt Unterrichtung erhalte." Ferner verfügte er die Wiedervorlage für den 1. August 1986.
Hat Braunmühl am 25. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gut, dann Vorlage an BM nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 28. Juli 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Bertram und Freiherr von Stackelberg sowie Legationsrat I. Klasse von Morr verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dg 20 am 1.8. wie verfügt."
Hat Ploetz am 21. August 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „In dieser Sache habe ich im August 2 x bei Stabreit nachgefaßt, einmal tel[efonisch], einmal persönlich im BK-Amt. Er konnte nur erneut zusagen, sich kundig zu machen. Ich habe erklärt, daß ich Weisung zu einer Unterrichtung BMs nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub hätte. Falls sich Stabreit meldet und auf pers[önlicher] Unterrichtung besteht, kann m. E. bis nach meiner Rückkehr gewartet werden." Ferner verfügte er die Weiterleitung an Braunmühl und die Wiedervorlage für den 4. September 1986.
Hat Braunmühl am 1. September 1986 erneut vorgelegen.
Hat Ploetz am 29. Oktober 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kein Erfolg."

2 Vgl. dazu die „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik" vom 28. Februar 1986; Dok. 57, Anm. 34.
Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 4. März 1986, daß ihm Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am Vortag zu den geplanten Konsultationen über den Einsatz französischer Nuklearwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik mitgeteilt habe: „Dies ist der sensitivste Punkt. Das Verfahren für die Konsultationen wird zwischen Generalinspekteur und Generalstabschef ausgehandelt. Es wird dann in Form einer einseitigen Erklärung des französischen Präsidenten an den Bundeskanzler mitgeteilt und unterliege, was den Inhalt angeht, striktester Geheimhaltung. […] Zum Begriff ‚auf deutschem Gebiet' sollten Interpretationen unterbleiben, da alle diesbezüglichen Fragen der Geheimhaltung unterlägen. Wenn Frankreich seinerseits Interpretationen abgebe, sei das französische Angelegenheit." Vgl. VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Für den handschriftlichen Vermerk des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 190, Anm. 1.

3) Wir haben Beschränkung der Nuklear-Konsultationen auf Generalinspekteur/Generalstabschef von Beginn an für zu eng gehalten. In Sprechzettel für BK in Brégançon am 24.8.1985[4] hatten wir Ermächtigung des zuständigen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zur Befassung mit nuklearen Fragen vorgeschlagen. BK und Staatspräsident haben am 17.12.1985 in Paris offenbar (kein Protokollvermerk) persönliche, exklusive Beauftragung der jeweils ranghöchsten Militärs beschlossen.[5] Nach Äußerungen General Altenburgs bei Besprechung am 12.2.1986 im BMVg (sinngemäß: „Durch seine und Saulniers Teilnahme am Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung sei dessen Beteiligung de facto sichergestellt. Zu gegebener Zeit werde Ausschuß von beiden Generälen unterrichtet"), ist derzeit kaum mit Beteiligung AA/Quai zu rechnen.

4) BMVg hat wegen Konsultationen Altenburg/Saulnier am 17. Juli und BM Wörner/Giraud am 25. Juli 1986 ausdrücklich darum gebeten, nukleare Fragen nicht auf TO der Ausschußsitzung am 23. Juli zu setzen.[6]

5) BMVg (Arbeitsebene) befürchtet, daß F uns Einführung der Hades als Neutronenwaffe als deutliche Verstärkung des taktischen Dispositivs „verkaufen" könnte, um so weitere zahlenmäßige Reduzierungen ihrer konventionellen Streitkräfte zu kaschieren. Diesem Aspekt gilt besonderes Augenmerk des Generalinspekteurs.

Bertram

VS-Bd. 12144 (201)

4 Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand besprachen in Brégançon u. a. das Thema der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit. In der Presse wurde dazu berichtet, Mitterrand habe dabei Überlegungen zu einer deutsch-französischen „Verteidigungssolidarität" angestellt: „Darunter ist nach französischen Berichten aber keine automatisch wirksame und geografisch genau definierte Nukleargarantie Frankreichs für die Bundesrepublik zu verstehen. Eine Erweiterung des Verteidigungsschirms der Atommacht Frankreich stünde, wie versichert wurde, nicht im Widerspruch dazu, daß Frankreich sich außerhalb der Militärorganisation der NATO hält. Kohl sagte, die verteidigungspolitische Zusammenarbeit biete zur engeren Bindung der Bundesrepublik an die NATO und die Vereinigten Staaten eine ‚notwendige Ergänzung, die für beide nützlich ist'. Künftig soll eine Telefon-Standleitung eingerichtet werden, die den Bundeskanzler direkt mit dem französischen Präsidenten verbindet." Vgl. den Artikel „Mitterrand spricht von Verteidigungs-Solidarität mit Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. August 1985, S. 1.

5 Für das Gespräch vgl. AAPD 1985, II, Dok. 347.

6 Vortragender Legationsrat Freiherr von Stackelberg faßte am 9. Juli 1986 die Sitzung des aus Vertretern des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Verteidigung und des Chefs des Bundeskanzleramts bestehenden Lenkungsgremiums der Bundesregierung für den deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung am 2. Juli 1986 zusammen. Zum Punkt „Nukleare Konsultationen" notierte er: „Nach Auffassung Chef BK und BMVg kein Thema für die Arbeitsorganisation des deutsch-französischen Ausschusses. Am 17. Juli finden hierzu vertiefte Gespräche auf Ebene Generalinspekteur BW/CEMA (Saulnier) in Paris statt. Ausgang noch völlig offen. Neuer Gesichtspunkt durch mögliche Einführung der Neutronen-Waffe." Vgl. VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Für die Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. Dok. 213.

202

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4425/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. Juli 1986, 16.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2039 **Ankunft: 18. Juli 1986, 16.16 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Zweite Verhandlungsrunde mit der SU über WTZ-Abkommen;
hier: Vierter Verhandlungstag, 18.7.86

Bezug: DB 2024 vom 17.7.86 – Pol 213-321 VS-v[2]

I. Zusammenfassung

Sowjetische Seite übermittelte uns heute Vorschlag sowjetischen AM, in Anbetracht noch offener Fragen und knapper Zeit bei BM-Besuch[3] zunächst nur WTZ-Rahmenabkommen zu unterzeichnen und Fertigstellung der Ressortabkommen und Programme danach fortzuführen.

Weisung erbeten.

II. Im einzelnen

Wir haben heute unsere Vorschläge gemäß DE 5395 vom 17.7.[4] und DE 5420[5] vom 17.7.[6] eingeführt und erläutert, vgl. Zusammenfassung meiner Erklärung in Anlage 1. Sowjetische Seite bat nach Unterbrechung um Vier-Augen-Gespräch, in dem Bondarenko ausführte: Er habe heute vormittag Schewardnadse, der bereits durch Berichterstattung Kwizinskijs über in Bonn geführte Gespräche unterrichtet gewesen sei, ausführlich über Verhandlungsstand informiert. Schewardnadse habe um Übermittlung einer Mitteilung an BM gebeten, die in Anlage 2 folgt.

Hauptpunkt der Mitteilung war der Vorschlag, in Anbetracht noch offener Fragen und knapper Zeit bei BM-Besuch zunächst nur WTZ-Abkommen zu unterzeichnen und Fertigstellung der Ressortabkommen und Programme danach fortzuführen. Ich erwiderte, daß dieser Vorschlag unserer bisherigen Position nicht entspreche, nach der wir das Rahmenabkommen erst nach der nötigen Klarstellung der praktischen Einbeziehung Berlins hätten unterzeichnen wollen. Ich würde aber berichten, und in Bonn werde man den Vorschlag des sowjetischen AMs prüfen.

Auf meine Frage bezeichnete Bondarenko unseren letzten in Bonn übermittelten Vorschlag zur Aufführung der deutschen Wissenschaftler in den Programmen als den schwierigsten verbleibenden Streitpunkt. Sowjetische Seite könne

1 Zu den Verhandlungen vgl. auch Dok. 196, Dok. 198 und Dok. 212.
2 Für den Drahtbericht des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, vgl. VS-Bd. 14155 (010); B 150, Aktenkopien 1986.
3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.
4 Zum Drahterlaß des Staatssekretärs Meyer-Landrut vgl. Dok. 198, Anm. 3.
5 Korrigiert aus: „DE 689“.
6 Zum Drahterlaß des Staatssekretärs Meyer-Landrut vgl. Dok. 198, Anm. 10.

nur eine Lösung akzeptieren, die eindeutig die vereinbarte Ad-personam-Regelung widerspiegele; d. h., der ad personam in die Zusammenarbeit einbezogene Personenkreis müsse aus den Programmen klar erkennbar sein. Außerdem habe Kwizinskij bei den Gesprächen in Bonn eine negative Haltung zur Einbeziehung von UBA-Angehörigen in ein abzuschließendes Umweltabkommen eingenommen, und der Bericht darüber sei an die sowjetische Führung verteilt worden. Bondarenko bestätigte, daß er uns gegenüber in Moskau die Einbeziehung von UBA-Angehörigen in ein Umweltabkommen als möglich bezeichnet habe. Die Frage sei weiterhin offen, bedürfe jetzt aber sorgfältiger Prüfung. Außerdem müßten noch andere sowjetische Gremien, die für Teile des Umweltschutzes zuständig seien, konsultiert werden, bevor man die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen darüber aufnehmen könne. Romanow und Bondarenko versicherten jedoch, daß sowjetische Seite an dieser Perspektive interessiert bleibe.

Bondarenko betonte, daß man möglichen enttäuschten Reaktionen in der Öffentlichkeit über das Ausbleiben einer Unterzeichnung des ganzen Pakets zum jetzigen Zeitpunkt vorbeugen sollte, indem unterstrichen werde, daß beide Seiten wichtige Arbeit geleistet hätten, sich sehr nahe gekommen seien und daß die Gespräche mit dem Ziel des baldigen Abschlusses fortgesetzt werden sollten.

Sowjetische Seite wäre für Reaktion auf ihren Vorschlag dankbar, hält eine Fortsetzung der Sachgespräche vor BM-Besuch jedoch nicht für notwendig.

Ich bitte um Weisung, was ich sowjetischer Seite mitteilen kann und ob Delegation heute nach Bonn zurückreisen kann.[7]

[gez.] Braunmühl

Folgt Anlage 1

Ausführung von D 2 in heutiger Plenarsitzung:

„Wir hätten den Stand der Verhandlungen und das sowjetische Vorbringen geprüft. In Bonn sei untersucht worden, ob es Berührungspunkte gäbe. Dabei hätten folgende Gesichtspunkte, die von der sowjetischen Seite vorgebracht worden seien, eine Rolle gespielt: Die sowjetische Seite lege offenbar Wert darauf, alle drei Ressortabkommen jetzt abzuschließen und nicht nur eines. Die sowjetische Seite betrachte es als sehr wichtig, daß ihrem Gesichtspunkt, daß Programm-Absprachen unter Einschluß des bestimmten Personenkreises nicht in

7 Staatssekretär Meyer-Landrut bat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, am 18. Juli 1986, dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, folgenden Vorschlag zu unterbreiten: „Die Bundesregierung sei bereit, das wissenschaftlich-technische Abkommen sowie drei Ressortabkommen zusammen mit den dazu gehörenden Programmabsprachen abzuschließen. In die Ressortabkommen zur Nuklearforschung und zum Gesundheitswesen würden Berliner Bundesbedienstete ad personam in die Zusammenarbeit einbezogen. In der ersten Programmabsprache zum Agrarabkommen werde ein Berliner Professor teilnehmen. Die sowjetische Seite erkläre sich jedoch bereit, daß – sachliches Interesse vorausgesetzt – ein Berliner Bundesbediensteter in einer weiteren Programmabsprache zukünftig einbezogen werde. Was ein Umweltschutzabkommen anbelange, so sei er, D 2, ermächtigt, auch insoweit die vorgeschlagene Protokollnotiz zu bestätigen. Hinsichtlich der Bezeichnungsfrage schlage die Bundesregierung vor, daß die Berliner Bundesbediensteten mit Postfachadressen, die übrigen Berliner Teilnehmer sowie die Teilnehmer aus dem Bundesgebiet mit Institutsanschriften aufgeführt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5449; VS-Bd. 13455 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

allen drei Bereichen abgeschlossen werden, möglichst schon bei einem der ersten drei Abkommen Rechnung getragen werde. Die sowjetische Seite sei aber bereit, zuzustimmen, daß bei dem einen Ressortabkommen, in dem zunächst auf Programm mit Bundesbediensteten in Berlin verzichtet werde, ein solcher später mitarbeiten könne. Die sowjetische Seite sei daran interessiert, auch mit[8] Verhandlungen über ein Ressortabkommen im Bereich des Umweltschutzes zu beginnen. Sie sei bereit zuzustimmen, daß auch dort Angehörige des bestimmten Personenkreises ad personam teilnehmen. Die Sowjetunion habe uns dazu folgendes gesagt: Wenn die deutsche Seite jetzt bei einem der drei Abkommen auf den Einschluß von Vertretern von Bundesämtern in die Programm-Absprachen verzichte, könne das Umweltabkommen unter Einschluß dieser Personenkreise leichter abgeschlossen werden.

In Anbetracht des Vorstehenden sei die Bundesregierung bereit, folgende Lösung ins Auge zu fassen:

Die Bundesregierung unterstreiche das gemeinsame Verständnis, daß es keinen Automatismus bei der Einbeziehung von Vertretern von Bundesämtern in alle Programme geben müsse. Die Bundesregierung sei bereit, im Zusammenhang mit dem Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit drei Ressortabkommen mit Programm-Absprachen abzuschließen. In dem Abkommen über nukleare Zusammenarbeit und über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens würden Vertreter von Berliner Bundesämtern ad personam in die Programm-Absprachen aufgenommen. In der ersten Programm-Absprache zum Agrarabkommen sei die Bundesregierung bereit, auf die Mitwirkung eines Mitarbeiters eines Berliner Bundesamtes zu verzichten. Diese beziehe sich nicht auf andere Wissenschaftler aus Berlin, die nicht in Bundesämtern arbeiteten. Die Bundesregierung erwarte jedoch eine verbindliche Erklärung der sowjetischen Seite, daß ein Berliner Bundesbediensteter entsprechend dem Prinzip des sachlichen Interesses in eine weitere Programm-Absprache zukünftig einbezogen wird.

Mein Verständnis der Weisung laute so: Wir würden diese Programm-Absprachen jetzt nicht dem Abkommen anheften, sondern nur eine verbindliche Zusage der sowjetischen Seite erhalten. Dies sei sowjetischer Vorschlag, nicht unsere Phasenlösung. Die Bundesregierung schlage außerdem Verhandlungen über ein Umweltabkommen vor. Sie gehe davon aus, daß auch hier eine Teilnahme von Wissenschaftlern aus Bundesämtern ad personam erfolgen könne. Die Bundesregierung sei auch bereit, in Verhandlungen über andere Ressortabkommen einzutreten.

Wir hätten den Entwurf einer Protokollnotiz mitgebracht, in der die beiden Hauptpunkte der vorstehenden Ausführungen

– die Zusicherung einer Einbeziehung von Vertretern von Bundesämtern in eine spätere Programm-Absprache im Agrarbereich und
– die Einigung über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen und die Einbeziehung des bestimmten Personenkreises in die Programm-Absprache

festgehalten würden. D 2 übergab die Notiz.

8 Korrigiert aus: „in“.

Dieses Angebot sei bereits der sowjetischen Botschaft in Bonn übermittelt worden mit dem Hinweis, daß dies eine äußerste Anstrengung der Bundesregierung sei, um eine Einigung herbeizuführen.

Wir gingen davon aus, daß dieses Angebot es der sowjetischen Seite erleichtern werde, Verständnis für unsere Haltung in der Frage der Bezeichnung der Wissenschaftler in den Programmen zu finden. In dieser Frage lege die Bundesregierung auf eine Nichtdiskriminierung großen Wert. Der Vorschlag der Delegation bezüglich einer Mischform bei der Bezeichnung der Wissenschaftler sei von Bonn nicht gebilligt worden. Es gebe dazu eine Weisung, aber wir hätten um zusätzliche Klarstellung gebeten.[9] Wir bäten darum, diesen Punkt zunächst auszuklammern.

Schließlich wollten wir die Erwartung ausdrücken, daß beim Besuch von BM Genscher auch die noch offenen Fragen bezüglich des Kulturabkommens[10] und der Rechtshilfe[11] weiterbehandelt würden. Insbesondere sollte Einigung darüber erzielt werden, daß die gemischte Kulturkommission noch in diesem Herbst zusammentrete."

Folgt Anlage 2

„Mündliche Mitteilung AM Schewardnadse an BM Genscher:

Da wir jetzt die Arbeiten an den drei Ressortabkommen wegen der Differenzen in Einzelheiten, von denen einige prinzipielle Bedeutung haben, wegen der Zeitknappheit bis zum Besuch von BM Genscher noch nicht so vollenden können, daß sie die Positionen beider Seiten gleichzeitig berücksichtigen, wäre es besser, wenn während des Besuchs von BM Genscher zunächst nur das Rahmenabkommen unterzeichnet würde in dem Verständnis, daß die Arbeiten an

9 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2030 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau; Dok. 198, Anm. 11.

10 Ministerialdirektor Witte notierte am 7. Juli 1986: „Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu einem kulturellen Zweijahresprogramm ruhen seit Februar 1976 wegen der Frage der Einbeziehung Berlins in den Austausch von Mitarbeitern wissenschaftlicher und anderer Institutionen, u. a. der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Berliner Deutschen Archäologischen Instituts, sowie in den Austausch kultureller Vorhaben. Unter Wahrung unserer grundsätzlichen Haltung des engen Zusammenhangs zwischen den drei ‚schwebenden Abkommen' und unserer berlinpolitischen Position haben wir in den vergangenen zehn Jahren mehrfach versucht, mit der Sowjetunion pragmatische Regelungen zu finden (Listenaustausch, formlose Aufstellung von Vorhaben, kulturpolitische Konsultationen). Die sowjetische Seite ist bislang auf unsere verschiedenen Überlegungen nicht eingegangen. Sitzungen des Gemischten Ausschusses fanden seit Februar 1976 nicht mehr statt". Vgl. Referat 213, Bd. 139316.

11 Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen über den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen. Am 4. August 1986 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wasserberg: „Der SU hat die Bundesregierung seit 1978 wiederholt vorgeschlagen, das Problem der Einbeziehung Berlins in den RH-Verkehr dadurch zu lösen, daß diese nicht mehr wie bisher auf diplomatischem Wege, sondern im Direktverkehr zwischen den Landesjustizverwaltungen durchgeführt wird […]. Bei den deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen im November 1978 erklärte sich der sowj[etische] Delegationsleiter Bondarenko hierzu grundsätzlich bereit. Botschafter Wieck schlug darauf im Juni 1979 vor, mit der Einführung des Direktverkehrs am 1.9.1979 zu beginnen. Bondarenko äußerte anschließend, dies müsse noch geprüft werden." In der Folgezeit sei das Thema seitens der Bundesregierung mehrfach angesprochen worden, zuletzt im Oktober 1983 durch Botschafter Meyer-Landrut gegenüber dem sowjetischen Außenminister Gromyko: „Für die Einführung des Direktverkehrs im RH-Verkehr in Zivilsachen würde eine formlose Absprache genügen. Allerdings sollte Berlin ausdrücklich einbezogen werden." Vgl. Referat 213, Bd. 139308.

den Ressortabkommen auf Expertenebene fortgesetzt werden. Schewardnadse habe den Wunsch, daß der Besuch in gutem politischen Ton verlaufe. Er habe ein besonderes Interesse an den Gesprächen über wichtige internationale Probleme. Er weise darauf hin, daß kürzlich Präsident Mitterrand in Moskau gewesen sei[12], der von einigen Ministern, darunter AM Raimond, begleitet worden sei, und daß dieser Besuch in sehr guter politischer Atmosphäre verlaufen sei und für beide Seiten von Nutzen gewesen sei. Auch der Besuch Schewardnadses in GB[13] sei interessant und in einer guten Atmosphäre verlaufen.

Man habe Gespräche über wichtige Fragen geführt. Es sei gelungen, drei Abkommen, von denen eines sehr schwierig gewesen sei, zu unterzeichnen. Schewardnadse habe den Wunsch, daß der Besuch von BM Genscher in gleichem konstruktivem Geist verlaufe und daß man in diesem Sinne auch das Rahmenabkommen unterzeichnen könne."

Folgt Anlage 3

„Protokollnotiz

Bei den Verhandlungen über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und drei Ressortabkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, über Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung und über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft nebst der dazugehörigen Programm-Absprachen bestand zwischen beiden Seiten Einvernehmen darüber, daß ein Angehöriger des Personenkreises, der gemäß Übereinkommen beider Seiten ad personam an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit teilnimmt, in die nächste Programm-Absprache im Bereich der Agrarforschung einbezogen wird. Beide Seiten gehen im übrigen davon aus, daß Verhandlungen über ein Ressortabkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes aufgenommen werden. Im Rahmen einer Programm-Absprache zu diesem Abkommen wird der vorstehend genannte Personenkreis ebenfalls Berücksichtigung finden."

VS-Bd. 14155 (010)

12 Zum Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 200.

13 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 14. bis 16. Juli 1986 in Großbritannien vgl. Dok. 193, Anm. 17.

203

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 18. Juli 1986, 21.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 275 **Ankunft: 18. Juli 1986, 21.48 Uhr**
Citissime

Betr.: KVAE;
hier: Elfte Konferenzrunde (10.6. bis 18.7.1986)

Zur Unterrichtung

I. 1) Bewertung und Perspektiven

Die elfte Runde verlief zunächst enttäuschend: Trotz intensiver Verhandlungen Notierung nur weniger Substanztexte (aufgrund sowjetischer Blockierung). Die Konferenz schien dem Scheitern nahe. In dieser Situation setzte die Allianz am 30.6.1986 ein politisches Signal flexibler Verhandlungsbereitschaft (konditionierte Konzessionen in mehreren Bereichen) und brachte damit Bewegung in die erstarrten Fronten. In der letzten Woche der Runde honorierte die Sowjetunion das westliche Signal, indem sie auf die Erfassung unabhängiger Luft-Aktivitäten verzichtete (Verschiebung auf eine spätere Phase, wie bei den See-aktivitäten) und sich mit einer Unterrichtung über Lufteinsätze bei kombinierten Land-/Luftaktivitäten begnügte. In einer weiteren zentralen Frage, der Inspektion, hat die SU Bereitschaft angedeutet, eine Inspektionsmaßnahme „im Prinzip" bereits in Stockholm zu verhandeln, doch soll die Implementierung erst in der Abrüstungsphase der KVAE erfolgen. Obgleich dies zunächst unbefriedigend erscheint: Die SU hat damit ihre bisherige starr ablehnende Haltung aufgegeben, die Allianz kann nachstoßen. Die Erfolgsaussichten der Konferenz sind durch diese sich positiv aufschaukelnden Flexibilitätssignale wieder gestiegen. Die Liste der zu lösenden Probleme ist aber noch erschreckend umfangreich. Sie kann nur durch intensives flexibles Weiterverhandeln, politischen Erfolgswillen und rasche Entscheidungen abgearbeitet werden. Die Delegationen haben sich daher auf „informelle Konsultationen" (open ended) bis 25.7.1986 und ab 11.8.1986 verständigt – was eine Halbierung der ursprünglich vorgesehenen vierwöchigen Konferenzunterbrechung bedeutet.

(a) Bewertung

– Die elfte Runde begann in gedämpfter Stimmung: Besorgnis über das internationale Klima (Stichworte „SALT II"[2] und „Bern"[3]) und über drohende Konferenzstagnation. Es war daher ermutigend, daß hochrangige Besucher während der Runde politische Akzente – freilich unterschiedlichen Inhalts – setzten. Der kanadische Undersecretary Taylor betonte die Notwendigkeit der

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Dreher, Stockholm (KVAE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8, 11 und 19.

2 Vgl. dazu die Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II; Dok. 157.

3 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

Verifikation, der bulgarische VAM Gotzew forderte vom Westen Flexibilität und „realistische" Einschätzung der östlichen Möglichkeiten. StS Dr. Rühl (BMVg) unterstrich unser Interesse an einem Konferenzerfolg, erläuterte unsere „Essentials" und warnte davor, Zugeständnisse erst in „letzter Minute" machen zu wollen.[4] Der StM im Foreign Office, Renton, warb (im Namen der Zwölf) für das westliche Konzept zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung.

– Aufgrund des sowjetischen Beharrens auf Erfassung unabhängiger Luftaktivitäten geriet die Konferenz in der dritten Woche in die Krise. Die Allianz entschloß sich daher kurzfristig, am 30.6.1986 ein deutliches politisches Signal ihres Verhandlungswillens zu geben und Flexibilität zu demonstrieren: Bereitschaft, auf der Grundlage eines N+N-Vorschlages über Parameter zu verhandeln, Aufgabe der 6000-Mann-Notifizierungsschwelle, Verzicht auf die Ankündigung von Mobilmachung-Aktivitäten (gegen östliches und N+N-Entgegenkommen bei Beschränkungsmaßnahmen), Begrenzung der Beobachtungsdauer, Halbierung der jedem TNS jährlich zustehenden Inspektionsquote von zwei auf eine.[5]

– Die SU – die der Allianz seit langem vorgeworfen hatte, unverrückbar an ihrer Ausgangsposition vom Januar 1984[6] festzuhalten – monierte das westliche Angebot zwar als nicht ausreichend, nahm es aber als politisches Signal zur Kenntnis und sah sich unter Zugzwang gesetzt.

Das sowjetische Einlenken bei Luftaktivitäten, das z. Z. spürbare Drängen auf baldige Regelung des Sachbereiches Notifizierung und die gewisse Öffnung beim Thema Inspektion deuten darauf hin, daß die SU an einem Konferenzerfolg interessiert und zu „Opfern" hierzu bereit ist. Dazu mag auch die Erkenntnis beigetragen haben, daß ohne ein Ergebnis in Stockholm (und d. h. ohne eine Vertrauensgrundlage im militärischen Bereich) die sowjetischen Vorschläge zur konventionellen Abrüstung in Europa nur geringe Realisierungschancen haben. Allerdings wehrt sich der Osten vehement gegen

4 Staatssekretär Rühl, Bundesministerium für Verteidigung, hielt sich am 19./20. Juni 1986 bei der KVAE in Stockholm auf. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte dazu am 20. Juni 1986 mit, Rühl habe „vielfältige Gespräche mit Delegationsleitern und Vertretern aller drei Gruppierungen führen, das Interesse der Bundesrepublik an einem Erfolg der Konferenz darlegen, aber auch auf die Grenzen deutscher und westlicher Flexibilität hinweisen" können: „In Plenarerklärung am 20.6. plädierte StS Dr. Rühl unter besonderer Erläuterung der deutschen ‚Essentials' dafür, die in Stockholm noch gegebene Chance für ein Substanzergebnis zu nutzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; Referat 221, Bd. 130159.

5 Botschaftsrat I. Klasse Dreher, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 30. Juni 1986: „Nach intensiven vertraulichen Beratungen im Allianzkreis unternahm der Westen heute einen substantiellen Verhandlungsschritt. Mit einem Bündel von sechs wesentlichen Konzessionen setzte er ein Zeichen seiner Entschlossenheit, die Konferenz aus der Stagnation herauszuführen und bis zum 19. September 1986 ein substantielles Ergebnis zu erreichen. Westliche Zugeständnisse sind als Angebote formuliert, für die Gegenleistungen des Ostens und der N+N angefordert werden. Wichtigste Elemente: Annahme eines österreichischen Kompromißvorschlags zu Parametern als Verhandlungsgrundlage; Anhebung der Notifizierungsschwelle auf einen Wert über 6000 Mann, damit verbunden: Senkung der Gesamtzahl notifizierungspflichtiger Aktivitäten auf einen Zielwert von unter 100 pro Jahr; konditionierter Verzicht auf die Notifizierung von Mobilmachungsaktivitäten; Begrenzung der Dauer der Beobachtung; Halbierung der aktiven Inspektionsquote (1 statt 2)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 220; Referat 221, Bd. 130148.

6 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 bzw. 8. März 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1) vgl. Dok. 8, Anm. 17.

die „Unterstellung“, er sei in bezug auf ein Stockholmer Ergebnis stärker „Demandeur“ als der Westen oder die N+N.

Auch die N+N haben die westliche Initiative begrüßt. Sie haben durchaus verstanden, daß eines der Allianzmotive auch war, den N+N und den Koordinatoren anzudeuten, die Zeit für eine „Rettungsaktion“ sei noch nicht gekommen. (Die Allianz fürchtet, ein verfrühter Kompromißvorschlag könnte unakzeptable Elemente enthalten.)

Der Konferenzschwerpunkt hat sich in der elften Runde noch eindeutiger als bisher auf die militärische „Hardware“, d.h. auf die konkreten Maßnahmen im militärischen Bereich, und damit auf das eigentliche Konferenzthema verlagert. Seit das Bündnis einen eigenen Text zum Gewaltverzicht vorgelegt hat[7] und darüber unbefangen und sachlich verhandelt, ist Gewaltverzicht – zumindest vorübergehend – zur politischen Hintergrundmusik geworden.

– Die im Laufe der elften Runde vereinbarten, in den Büchern der Koordinatoren „notierten“ Konsenstexte sind von unterschiedlichem Substanzgehalt und verteilen sich ungleich auf die einzelnen Themen, mit einem klaren Defizit bei Information und Verifikation.

[8](b) Perspektiven

– In den letzten Tagen der elften Runde haben sich die Aussichten auf ein Ergebnis der Konferenz deutlich verbessert. Dies stellten im Plenum am 18.7. 1986 sowohl die SU als auch der Westen fest – unter Begrüßung der jeweiligen Flexibilitätssignale und verbunden mit der Bereitschaft, sich weiter aufeinander zuzubewegen. Im Augenblick scheint jedenfalls kein TNS die Konferenz bewußt zu blockieren. Ein Bedarf an „Rettungsversuchen“ entweder der fünf Koordinatoren oder des Gastlandes Schweden besteht zur Zeit nicht. Angesichts der Fülle noch zu lösender Sachprobleme besteht freilich auch kein Anlaß zu Euphorie: Lediglich bei den Themen „Gewaltverzicht“, „Jahreskalender“, „Beobachtung“ dürfte es leicht sein, in der verbleibenden Zeit – guter Wille vorausgesetzt – ein vernünftiges Ergebnis zu erreichen. Die weitere Verhandlung der Notifizierungsmaßnahmen (u.a. Transfers/Bewegungen, Schwellenwerte, Notifizierungsinhalt, Ausnahmen) wird dagegen mühsam werden.

– Sie bedarf vor allem ständiger innerwestlicher Abstimmung. Gleiches gilt für die Modalitäten einer Inspektionsmaßnahme, über deren Einzelheiten in der Allianz noch manche Unklarheit besteht. Schließlich haben sich bisher nur wenige Gedanken gemacht über die Struktur eines Schlußdokumentes (z.B. technische und/oder politische Präambel? Erst Gewaltverzicht und dann die konkreten Maßnahmen oder umgekehrt?) – ganz zu schweigen von der poli-

7 Zur Ausarbeitung eines Texts der NATO-Mitgliedstaaten über den Gewaltverzicht vgl. Dok. 151, Anm. 13.
Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 13. Juni 1986 über die Plenarsitzung am 10. Juni 1986: „Bei ‚Gewaltverzicht‘ führte das Bündnis den dritten und letzten Block seiner Elemente ein (u.a. friedliche Streitschlichtung, Menschenrechte, Terrorismus). Das Bündnis hat damit als einzige Gruppe einen logisch strukturierten Gesamttext zu GV vorgelegt, auf dessen Linie sich leichter verhandeln läßt. N+N und WP begrüßten das Papier, das Allianz als Zeichen guten Willens und schon am ersten Tage der elften Runde präsentierte und erläuterte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 193; Referat 221, Bd. 130159.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 276 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

tisch brisanten Frage von Zeitpunkt und Art der Inkraftsetzung eines Stockholmer Ergebnisses.

Fazit: Die Konturen eines möglichen Ergebnisses sind am Ende der elften Runde in etwa sichtbar – aber eben auch nur die Konturen.

– Für zwei Problembereiche werden endgültige Lösungen vermutlich erst in letzter Minute gefunden werden: Beschränkungsmaßnahmen und Inspektion.

Bei Beschränkungsmaßnahmen hat die Allianz das Interesse der N+N und des WP unterschätzt. Während ein Teil der N+N einzusehen beginnt, daß echte Beschränkungsmaßnahmen in dieser Phase der Konferenz nicht zu realisieren sind, hat der WP den N+N-Vorschlägen volle Unterstützung zugesagt. Auch wenn man unterstellt, daß der Osten – zumindest die SU – Beschränkungsmaßnahmen vorwiegend aus taktischen Überlegungen fordert, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Allianz sich bei diesem Thema eindeutig in der Defensive befindet.

Es wäre gut, wenn die Allianz aus taktischen Gründen wenigstens die Aufnahme sogenannter „time constraints" in den Jahreskalender vorschlagen würde. (Je größer die Übung, desto länger die Vorankündigungsfrist im Kalender. Mit Ausnahmeklauseln für Alarm-Aktivitäten.)

Bei Inspektion kann die allmähliche sowjetische Öffnung nicht darüber hinwegtäuschen, daß West und Ost von zwei unterschiedlichen Konzepten ausgehen: Für die SU stellt die Inspektion eine einschneidende Maßnahme – keine Routine – in einer extremen Situation dar. Ein Inspektionsersuchen muß daher aus östlicher Sicht einleuchtend begründet und ablehnbar sein. Die SU fürchtet Inspektionen als Verdächtigungsinstrument des Westens. Es wird intensiver Überzeugungsarbeit bedürfen, diese Befürchtung abzubauen. Dazu gehört das Bemühen der Allianz, die Maßnahme als angemessen und als nicht intrusiv zu erläutern.

Die Alliierten versuchen, der SU durch Reduzierung der Zahl der Inspektionen diese schmackhafter zu machen. Es gilt, zunächst den Einstieg in ein Inspektionsregime zu sichern und nicht auf übertriebenen Forderungen zu bestehen. Für ein solches Vorgehen dürften auch die USA nach und nach bereit sein.

– In der Allianz ist man sich einig, alles zu tun, um in Stockholm eine Situation wie in Bern zu vermeiden. Die westlichen Delegationsleiter stimmen darin überein, daß rechtzeitig – etwa zehn Tage vor Konferenzende – das vorhersehbare Ergebnis von den Hauptstädten bewertet werden muß. Es wird dabei wichtig sein, die Optionen der Zustimmung oder Ablehnung politisch zu bewerten im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen, den KSZE-Prozeß und die dann bevorstehende Gipfelbegegnung zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow.

2) Zu den drei Gruppierungen

(a) In der Allianz waren Zusammenarbeit und Abstimmung wie üblich intensiv und zeitaufwendig, aber weniger kontrovers als früher. Nach der Einführung des letzten Teiles des westlichen Gewaltverzichtstextes war dieses Thema nicht mehr strittig. Das Bewußtsein, auf die Endphase der Konferenz zuzusteuern, ließ taktische Überlegungen etwas in den Hintergrund treten und gab Raum

für Überlegungen zu einer Anpassung der westlichen Verhandlungsposition. So wurde über das westliche Flexibilitätssignal vom 30.6.1986, das auf F und uns zurückgeht, praktisch an einem Wochenende Einigung erzielt. Dies stärkte das Vertrauen in die eigene ergebnisorientierte Verhandlungsfähigkeit. Lediglich die französische Idee „informelle Konsultationen" während der Konferenzunterbrechung führte zu lebhaften Auseinandersetzungen.

In der EPZ verliefen Meinungsaustausch und Zusammenarbeit im Allgemeinen reibungslos.

(b) Der Warschauer Pakt zeigte das gewohnte Bild: Die SU in militärischen Fragen praktisch alleine entscheidend, die Osteuropäer besorgt, zeitweise resigniert, Rumänien sich abseits des Paktes im Hintergrund haltend. Innerhalb der SU-Delegation ein „Hauch" gelegentlicher Divergenz zwischen politischer (SU-DL Grinewskij) und militärischer Seite (General Tatarnikow, der offenbar auch für die Osteuropäer ein schwieriger Gesprächspartner ist).

Als der DDR-DL – in einer Pressekonferenz zu einem möglichen Scheitern der Konferenz befragt – von der dann notwendigen „Schadensbegrenzung" für den KSZE-Prozeß und das Wiener Folgetreffen sprach[9], hat er die Auffassung aller Osteuropäer ausgedrückt.

Die Osteuropäer haben das Flexibilitätssignal der Allianz vom 30.6.1986 – das sie seit langem angemahnt hatten – vorsichtig begrüßt und sorgfältig analysiert. Es ist möglich, daß ihr Drängen es der SU erleichtert hat, ihrerseits eine substantielle Geste (Verzicht auf unabhängige Luftaktivitäten) zu machen.

(c) Die Neutralen und Ungebundenen hatten keinen leichten Stand. Sie demonstrierten einerseits Initiative und Einigkeit sowohl mit der Einbringung eines Textvorschlages zur Notifizierung – der zur Basis eines Konsenstextes wurde – als auch mit einem Vorschlag zur Anreicherung des Jahreskalenders mit beschränkenden Elementen, der der Allianz zu weit geht und dem Osten nicht weit genug. Die Tendenz nimmt zu, sich anbahnende Einigungen zwischen Ost und West nicht aufzuhalten. Jugoslawien und Malta[10] haben ihre Sonderforderungen zwar nicht aufgegeben, vertreten sie aber weniger nachdrücklich. Bei beiden wächst die Einsicht, daß sich ihre Ziele nur in sehr bescheidenem Umfang realisieren lassen.

Die neutralen Koordinatoren hielten sich zurück und wirkten mehr in der Stille – was ihrer Rolle keinen Abbruch tat.

[11]II. Zum Verhandlungsstand in den Arbeitsgruppen

(a) Beim Gewaltverzicht führte die Allianz am ersten Tag der elften Runde den dritten und letzten Block ihres GV-Textes ein. Sie hat als einzige Gruppierung einen strukturierten Gesamttext vorgelegt und damit ihre Verhandlungsposition entscheidend verbessert. In der elften Runde wurden Konsenstexte zur Be-

9 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 27. Juni 1986, daß in Gesprächen am Rande die Befürchtung geäußert werde, daß die Konferenz scheitern könne: „DDR-DL Bühring hat in einer Pressekonferenz für diesen Fall die DDR-Maxime von der ‚Schadensbegrenzung' ausgegeben und dafür plädiert, das bis dahin Erreichte zu bewahren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 217; Referat 221, Bd. 130159.

10 Vgl. dazu den Vorschlag Maltas vom 21./22. Mai 1986; Dok. 151, Anm. 23.

11 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 277 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

stätigung des Prinzips und zu seiner Geltung „erga omnes“ notiert.[12] Die Redaktionsarbeiten an weiteren Textelementen verliefen sachlich, führten aber bisher nur zu Teileinigungen. Über manche Elemente wurde überwiegend zwischen der Allianz und den N+N – auch Irland – verhandelt, während sich der Osten oft flexibel gab. Östliche Hauptforderung bleibt eine Verpflichtung zur Nichtanwendung „militärischer“ Gewalt, zu der der Osten auch einen neuen, als Kompromiß bezeichneten Textvorschlag eingebracht hat. Diese Frage sowie sehr wahrscheinlich die Forderung der N+N und des Westens nach Einschluß eines Menschenrechtstextes werden erst gegen Ende der Konferenz gelöst werden können.

(b) In der Themengruppe Informationsaustausch, Verifikation und Kommunikation gab es wiederum Fortschritte nur auf dem Gebiet der Verifikation.

Nach Vereinbarung weiterer Texte über die prozedurale Behandlung von Verifikationsersuchen[13] zeigte SU erstmals verbal auch Bewegung in der zentralen Frage der Verifikationsmittel: Sie erklärte ihre Bereitschaft, Inspektionen vor Ort als Form der Verifikation anzuerkennen und bereits in ein Dokument von Stockholm aufzunehmen. Dies könne allerdings nur eine Einigung – dem Prinzip nach – sein, da Inspektionen kein „adäquates“ Verifikationsmittel für ein VSBM-Regime seien, sondern in die Phase von Reduzierungen gehörten. Die Implementierung eines Inspektionssystems müsse deshalb vorerst (bis zu Abrüstungsverhandlungen) warten.[14]

12 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 19. Juni 1986, daß in der informellen Sitzung der Arbeitsgruppe A („Gewaltverzicht“) am 17. Juni 1986 Einvernehmen über folgenden Text zur Bestätigung des Gewaltverzichts habe erzielt werden können: „The participating states, recalling their obligation to refrain, in their mutual relations as well as in their international relations in general, from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations, accordingly reaffirm… their commitment to respect and put into practice the principle of refraining from the threat or use of force, as laid down in the Final Act.“ Weiter informierte Citron: „Zu dem Element ‚erga omnes‘ (bzw. innerwestlich ‚Anti-Breschnew‘) haben die N+N nach längerer Erörterung in der Coffee-Group einen Text vorgeschlagen, der sowohl dem Westen wie auch dem Osten annehmbar erscheint: ‚They will abide by this commitment in their relations with any state, regardless of this state's political, social, economic or cultural system and irrespective of whether or not they maintain with this state relations of alliance.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 198; Referat 221, Bd. 130148.

13 Am 11. Juni 1986 einigte sich die Arbeitsgruppe A („Information, Verifikation, Kommunikation“) auf folgendes Textelement zum Ersuchen um Verifikation: „The request will be addressed to the participating state(s) on whose territory in the zone of application for CSBMs compliance with the agreed CSBMs is in doubt.“ Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), führte dazu am selben Tag aus: „Der Osten hat damit dem Territorialprinzip zugestimmt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185; Referat 221, Bd. 130148.
Botschaftsrat I. Klasse Dreher, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 2. Juli 1986 über die informelle Sitzung der Arbeitsgruppe A („Information, Verifikation, Kommunikation“): „Zunächst konnten Redaktionsarbeiten auf der Grundlage eines Textvorschlages des Koordinators fortgesetzt werden. Notiert wurde ein Satzelement, wonach der (die Verifikation verlangende) Teilnehmerstaat das ‚Gebiet‘ bestimmen wird, wobei offen bleibt, ob das Gebiet der Verifikation oder der möglichen Abkommensverletzung gemeint ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 224; Referat 221, Bd. 130148.

14 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 9. Juli 1986 über die informelle Sitzung der Arbeitsgruppe A („Information, Verifikation, Kommunikation) am selben Tag: „In heutiger Sitzung deutete SU (Rosanow mit vorbereiteter Erklärung) erstmals Öffnung in der Frage der Inspektionen vor Ort an, die zwar noch unbefriedigend bleibt, aber zeigt, daß SU sich in der Defensive sieht. Nach ausführlichen Hinweisen auf komplexe Problematik und fehlende Erfahrung mit Verifikation vor Ort wurden Inspektionen zwar erneut als ‚inadäquat‘ für Phase der VSBM be-

Wenn dieser sowjetische Schritt für Westen und N+N auch noch unzureichend ist, so bietet er dennoch einen Ansatz, um weitere östliche Zugeständnisse mit dem Ziel zu fordern, bereits ein erstes VSBM-Regime mit (operativen) Inspektionen als Verifikationsmittel auszustatten.

Keine Seite hat sich hingegen in der Frage des Austausches struktureller Informationen bewegt. Der WP lehnt sowohl eine unabhängige Informationsmaßnahme wie die Aufnahme struktureller Daten (insbesondere von Friedensstandorten) in den Inhalt von Notifizierungen und Jahreskalendern ab. Die westliche Allianz besteht hingegen – unbeirrt von der östlichen Verweigerungshaltung – auf Maßnahme 1 ihres Pakets.

(c) Beschränkende Maßnahmen und Jahreskalender

Der Westen steht auch weiterhin unter dem Druck des Ostens und der N+N, bereits in Stockholm Beschränkungen als Teil eines Abkommens zu akzeptieren. Beide Gruppen haben insoweit – vor allem aus taktischen Gründen – ihre bisherigen Positionen modifiziert, um eigene Flexibilität zu demonstrieren, ohne damit der westlichen Allianz gangbare Lösungsansätze zu bieten.

– Der WP schlug eine Ausnahmeregelung von einer festen Manöverobergrenze (5-fache Notifizierungsschwelle) dahin vor, daß einmal in drei Jahren auch größere Übungen zulässig sein sollen.[15]
– Die N+N belegten nochmals ihr Interesse an constraints durch einen Vorschlag, der die Anreicherung des Jahreskalenders mit beschränkenden Elementen zum Inhalt hat. Nicht in den Kalender aufgenommene Übungen sollen nach Umfang, Zahl und zeitlicher Lage zueinander begrenzt werden – was gegen die Sicherheitsinteressen der Allianz verstößt.[16]

Westliches Entgegenkommen ist allenfalls in der Form möglich, daß größere Aktivitäten mit einem längeren Vorlauf (von zwei oder drei Jahren) in einem

Fortsetzung Fußnote von Seite 1066

zeichnet. Budapester Appell des WP weise jedoch gangbaren Weg aus gegenwärtigen Verhandlungsschwierigkeiten. In Verbindung mit Reduzierungen und zur Überwachung von Reststärken seien Inspektionen sinnvoll und annehmbar. Hierüber könne bereits in Stockholm eine Einigung dem Prinzip nach erfolgen, welche die Inspektionen als Verifikationsmittel erstmals in einem KSZE-Text festhalte. Die prinzipielle Einigung werde nach Art eines ‚Bankguthabens' geführt, auf das man sofort zurückgreifen könne, wenn die Stufe von Abrüstungsverhandlungen erreicht worden sei. Dies bedeute nicht notwendig einen längeren (operativen) Aufschub, sondern könne u. U. unmittelbar im Anschluß an das Wiener Folgetreffen der Fall sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 241; Referat 221, Bd. 130148.

15 Vgl. dazu den bulgarischen Vorschlag vom 7. Februar 1986; Dok. 71, Anm. 23.
Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 20. Juni 1986, daß die Warschauer-Pakt-Staaten in der Sitzung der Arbeitsgruppe A („Jahreskalender, Beschränkungen") ihren Vorschlag vom 7. Februar 1986 um folgenden Zusatz ergänzt hätten: „The participating states may conduct larger military manoeuvres once in three years." Vgl. den Drahtbericht Nr. 200; Referat 221, Bd. 130148.

16 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte am 11. Juli 1986 mit, daß die neutralen und nichtgebundenen Staaten in der informellen Sitzung der Arbeitsgruppe A („Jahreskalender, Beschränkungen") einen neuen Vorschlag vorgelegt hätten: „Er soll durch seinen Chapeausatz die TNS in allgemeiner Form auf constraints verpflichten. In seinem operativen (zweiten) Teil reichert der Vorschlag den Jahreskalender mit beschränkenden Elementen an, indem er Zahl und Umfang nicht im Kalender erfaßter Übungen begrenzen will. Solche (zusätzlichen) Übungen sollen unzulässig sein, wenn ihr Umfang X Divisionen oder gleichwertige Streitkräfte übersteigt; sie eine bestimmte (noch offene) Zahl pro Kalenderjahr überschreiten; mehrere dieser Übungen gleichzeitig durchgeführt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; Referat 221, Bd. 130148.

Anhang zum Kalender angekündigt werden müssen (sogenannte „time constraints“ nach irischem Vorschlag[17]), allerdings mit einer notwendigen Ausnahmeklausel.[18]

Da die feste westliche Haltung jede Einigung auf einen Text zu constraints ausschloß, ließ der Osten nur geringe Fortschritte bei den Jahreskalendern zu. Immerhin konnten die ersten drei inhaltlichen Elemente des Kalenders notiert werden. Bei einem Durchbruch in den zentralen Fragen der Notifizierung dürften die weiteren Textarbeiten hieran rasch vorankommen.

[19](d) Notifizierung

In der ersten Hälfte der Runde war es möglich, einige Textelemente über den Inhalt einer Notifizierung zu notieren. Weitere Fortschritte hierzu scheiterten an dem Einwand des Ostens, daß erst die Arten der notifizierungspflichtigen Aktivitäten und die zugehörigen Schwellenwerte zu bestimmen seien. Die in zahlreichen Arbeits-, Kontakt- und Kaffeegruppen geführte Diskussion über die unterschiedlichen Forderungen erbrachte über fünf Wochen keine Ergebnisse. Auch ein gemeinsamer Vorschlag der N+N zur Notifizierung von Landaktivitäten, der einen Mischparameter aus Struktur-, Personal- und Materialelementen enthielt und der vom Westen als Verhandlungsbasis akzeptiert wurde, hat bis heute lediglich zur Annäherung der Positionen geführt.[20]

In der letzten Woche der Runde waren jedoch Fortschritte zu verzeichnen: Der Osten stellte die Einbeziehung unabhängiger Luftaktivitäten auf eine spätere Phase zurück und zog damit ein wesentliches Blockierungselement aus dem Weg. Er stimmte der Notierung eines Textes zu, der die Notifizierung der Aktivitäten von Landstreitkräften ab einem nach Art und Größe noch unbestimmten Parameter vorsieht, wobei die damit verbundene Luftunterstützung von einem bestimmten Umfang ab mitnotifiziert wird, ohne jedoch die Notifizierung selbst auszulösen.[21] Ferner gelang es, je ein Textelement zur Notifizierung von amphibischen Kampfhandlungen sowie von Kampfhandlungen der Fallschirmtruppe zu notieren.

17 Zum irischen Vorschlag vom 1. Mai 1986 vgl. Dok. 151, Anm. 20.

18 Zur Frage zeitlicher Begrenzungen bei der Vorankündigung militärischer Aktivitäten im Jahreskalender bemerkte Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), am 22. Juli 1986, daß „die Erfordernisse des Krisenmanagements zwingend die Möglichkeit“ bedingten, „größere Aktivitäten auch dann durchführen zu können, wenn sie nicht im Jahreskalender enthalten sind. Die Überlegungen in der Allianz, aber auch bei den N+N gehen deshalb dahin, Alarmaktivitäten gänzlich aus dem System der time constraints auszuklammern. Dies könnte sowohl durch eine Sonderregelung für Alarmmaßnahmen geschehen als auch durch eine entsprechende Definition der militärischen Aktivitäten, die in die Jahreskalender aufzunehmen sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 283; Referat 221, Bd. 130148.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 278 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Die neutralen und nichtgebundenen Staaten legten in der informellen Sitzung der Arbeitsgruppe B („Notifikation“) am 13. Juni 1986 einen Vorschlag zu den Parametern für die Ankündigung militärischer Aktivitäten vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 192 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation) vom selben Tag; Referat 221, Bd. 130147.

21 Zur Frage der Einbeziehung unabhängiger Aktivitäten der Luftstreitkräfte vgl. Dok. 186, Anm. 17. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 14. Juli 1986, daß sich die USA und die UdSSR in bilateralen Gesprächen auf folgende Formel verständigt hätten: „The … of air forces of the participating states will be included in the notification if it is foreseen that in the course of the activity … sorties by aircraft, excluding helicopters, will be flown.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 255; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Als Problembereiche der Notifikation verbleiben für die letzte Runde:

– Parameter nach Art und Größe für Landaktivitäten einschließlich des „Subparameters“ für damit verbundene Luftaktivitäten (sowjetischer Vorschlag zu letzterem vom 18.7.1986: 200 Lufteinsätze);
– Parameter für Kampfhandlungen von amphibischen und Fallschirmtruppen;
– Bewegungen/Verlegungen;
– Alarmaktivitäten („exceptions“);
– Inhalt der Notifikation.

(e) Beobachtereinladung

In elfter Runde gelang der Durchbruch zu einigen wichtigen Verbesserungen für die künftige Arbeit der Beobachter:

Sie werden mit der Einladung ein allgemeines Beobachtungsprogramm erhalten.

Ihnen werden im Rahmen ihres Auftrags Privilegien und Immunitäten gemäß Wiener Konvention[22] zugestanden.

Sie werden an einem für das Beobachtungsprogramm geeigneten Ort untergebracht.

Zu Beginn der Beobachtung ist ihnen eine Karte des Übungsgebiets auszuhändigen (Maßstab soll noch festgelegt werden), und sie sollen über Zweck, Ausgangslage (mit Skizze) und Phasen der Aktivität unterrichtet werden.

Während des Beobachtungsprogramms werden sie täglich Briefings mit Hilfe von Landkarten über die Entwicklung der Aktivität erhalten und über ihre geographische Position im Feld informiert werden.

Die Festlegung derartiger Mindeststandards mag nur wenig über das vom Westen schon bisher Praktizierte hinausgehen, bedeutet aber für den Osten (Beispiel Landkarten) zum Teil erhebliches Entgegenkommen. Die neu vereinbarten Texte gehen teilweise über westliche Forderungen hinaus. Hier hat sich die Zusammenarbeit mit den N+N bewährt. Über 50 Prozent der Beobachtungsmaterie sind „notiert“.

Gegenüber anderen zentralen Anliegen des Westens leistete der Osten weiterhin hartnäckigen Widerstand. Die Forderung nach Beobachtung aller notifizierungspflichtigen Aktivitäten und Verpflichtung zum Besuch aller beteiligten Formationen wurde vom Osten regelmäßig mit der Gegenforderung abgewehrt, Beobachtung von Luftaktivitäten sowie von Bewegungen und Verlegungen sei im gleichen Umfang zu regeln. Auch nach Einigung in Gruppe B 1 über den Ausschluß unabhängiger Luftaktivitäten bieten diese Forderungen dem Osten die Möglichkeit, den westlichen Vorstellungen über die Beobachtung von Aktivitäten der Landstreitkräfte ein neutralisierendes Gegengewicht entgegenzusetzen.

Osten hielt auch seine sehr restriktiven Positionen gegenüber Programmwünschen, Angebot von Programmalternativen, Beobachtungsmitteln (Ferngläser)

22 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.
Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1585–1703.

und zeitiger („timely“) Kommunikation mit diplomatischen Vertretungen aufrecht. Als „Notbremse“ forderte Osten neuerdings auch den Ausschluß aller Sperrgebiete von der Beobachtung. Hier besteht partielle Interessengleichheit mit den N+N, die zwar nicht ganze Gebiete, wohl aber gesperrte Einrichtungen (Festungsanlagen) ausdrücklich ausnehmen wollen.

Westen hat in seiner Initiative vom 30.6.1986 ein Entgegenkommen in Form der Beschränkung der Beobachtungsdauer in Aussicht gestellt. Dieses Angebot kann jedoch erst konkretisiert werden, wenn die Notifizierungspflichten genauer bestimmt sind.

[gez.] Citron

Referat 221, Bd. 130159

204

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-370.70 USA-1140/86 VS-vertraulich **20. Juli 1986**[1]

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Nitze am 20.7.1986

(Von BM noch nicht gebilligt!)

An dem Gespräch nahmen auf deutscher Seite teil: D 2 A[2], LMB[3], RL 220[4], RL 013[5], VLR I Weber als Dolmetscher.

Auf amerikanischer Seite: Gesandter Dobbins, Mr. Norman Clyne, Mr. Chapman.

Bundesminister dankte eingangs für die Möglichkeit, Botschafter Nitze vor seinem Abflug nach Moskau[6] zu sehen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 20. Juli 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 21. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 21. Juli 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann vorbehaltlich Genehmigung BM verteilt werden.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 22. Juli 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Friedrich Ruth.

3 Michael Jansen.

4 Rolf Hofstetter.

5 Jürgen Chrobog.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 207–210 und Dok. 218.

Botschafter *Nitze* führte aus, daß Präsident Reagan eine vorläufige Entscheidung über die amerikanische Antwort auf die sowjetischen Vorschläge vom 11.6.1986[7] getroffen habe. Über den Inhalt dieser Entscheidung werde der Präsident Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben unterrichten.[8] Vor einer endgültigen Entscheidung sei der Präsident an der Auffassung der Verbündeten interessiert. Wie in vergleichbaren früheren Fällen habe der Präsident ihn, Nitze, beauftragt, die Verbündeten zu konsultieren.

Auf die Frage des *Bundesministers*, wann Präsident Reagan beabsichtige, GS Gorbatschow seine endgültige Entscheidung mitzuteilen, antwortete Botschafter *Nitze*, geplant sei eine baldige Antwort in etwa einer Woche, vielleicht bereits am kommenden Freitag[9].

Botschafter Nitze las sodann die Talking Points vor, die als Anlage beigefügt sind.[10]

Bundesminister führte aus, daß er es für wichtig halte, daß man den interessanten sowjetischen Ansatz aufgreife, der eine Reduktion der Offensivpotentiale bei gleichzeitiger Beachtung des ABM-Vertrags vorsehe. Damit seien die Sowjets auch auf die amerikanische Forderung, daß Forschung weitergehen müsse, eingegangen. Er entnehme den Ausführungen von Botschafter Nitze, daß es sich bei den fünf Jahren um eine Mindestzeit handele, also hier eine gewisse Flexibilität bestehe.

Botschafter *Nitze* stimmte dem mit dem Bemerken zu, daß man auf amerikanischer Seite noch gar nicht wisse, wie lange die Forschungsphase noch dauern werde.

Bundesminister erklärte, daß Flexibilität in dieser Frage durchaus sinnvoll erscheine, da von den Sowjets 15 bis 20 Jahre vorgeschlagen worden seien.

Botschafter Nitze habe von Entwicklung und Tests gesprochen. Gehe dies nicht über den ABM-Vertrag hinaus?

Botschafter *Nitze*: Selbst im Rahmen der engeren Auslegung des ABM-Vertrags (die USA hielten weiterhin die weitere Auslegung für die richtige[11]) seien Tests von den im ABM-Vertrag aufgeführten ABM-Komponenten, wie z. B. ABM-Radars in bestimmten Gebieten, zulässig. Harold Brown habe seinerzeit zu Artikel V ABM-Vertrag[12] erklärt, daß Entwicklung dann beginne, wenn eine Sei-

7 Zu den sowjetischen Vorschlägen über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

8 Präsident Reagan informierte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 20. Juli 1986 über seine geplante Antwort auf den sowjetischen Rüstungskontrollvorschlag vom 11. Juni 1986. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 11318 (220).

9 25. Juli 1986.
Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für den Sprechzettel des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze vgl. VS-Bd. 11318 (220). Für eine Bewertung der Vorschläge vgl. auch Dok. 205.

11 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

12 Für den Wortlaut von Artikel V des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 393.

te zum Zweck der Dislozierung mit der Produktion von Prototypen beginne.[13] Verboten sei „engineering development". Tests von Subkomponenten seien auf jeden Fall erlaubt.

Bundesminister: Der Bundeskanzler werde den Brief Präsident Reagans beantworten und ihm unsere abschließende Bewertung mitteilen.[14] Eine zeitlich befristete Lösung für Defensivsysteme erscheine ein geeignetes Mittel, um den toten Punkt zu überwinden. Dadurch werde der Sowjetunion jeder überzeugende Grund genommen, den sie gegen drastische Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffen vorbringen könnte. Vielmehr könne auf diese Weise sogar erheblicher Druck in Richtung auf solche drastischen Reduzierungen ausgeübt werden. Was den ABM-Vertrag betreffe, so sei den USA bekannt, daß wir immer dafür eingetreten seien, bei der restriktiven Auslegung zu bleiben.

Was die Ausführungen Botschafter Nitzes zu den Mittelstreckenwaffen betreffe, so zeugten sie von Flexibilität im Hinblick auf ein Zwischenabkommen.

In bezug auf die französischen und britischen Systeme seien wir immer der Auffassung gewesen, daß diese ihre eigene Bedeutung hätten. Die Sowjets hätten bereits in der Vergangenheit versucht, uns für ihre Auffassung zu gewinnen. Wir hätten das immer eindeutig abgelehnt. An dieser unserer Auffassung werde er, der Bundesminister, auch jetzt festhalten, wenn diese Frage von den Sowjets zur Sprache gebracht werde.

Bundesminister schnitt sodann die Frage der konventionellen Rüstungskontrolle an, wo man sich fragen müsse, ob man nicht über das, was Botschafter Nitze ausgeführt habe, hinausgehen und konkreter werden sollte, z. B. durch einen Hinweis darauf, daß der Osten bisher nicht auf den westlichen MBFR-Vorschlag[15] geantwortet habe. Alles, was in Wien ausgehandelt werde an Parametern und dergleichen, habe auch Bedeutung für Vereinbarungen im größeren Raum vom Atlantik bis zum Ural. Die schwierigen Fragen, die sich für das Gebiet entlang der Trennlinie zwischen West und Ost ergeben, würden nicht dadurch beseitigt, daß man den Raum vergrößere. Die Sowjets möchten von Wien „wegspringen", möglicherweise weil ihnen der westliche Dezember-Vorschlag unangenehm sei. Es stelle sich die Frage, ob man dies zulassen dürfe. Wir wüßten, daß die kleineren Warschauer-Pakt-Staaten in Wien unglücklich über diese Entwicklung seien. Offenbar sei die Haltung in den USA nicht einhellig. Auch im Pentagon solle es Leute geben, die die MBFR-Verhandlungen beenden wollten. Obwohl er selbst MBFR gegenüber wegen des begrenzten Reduzierungsraums[16] immer kritisch gewesen sei, sei er überzeugt, daß wir etwas Wichtiges aufgeben würden. MBFR sei das Forum, wo der Westen am überzeugendsten fordern könne, daß der Osten die erklärte Bereitschaft zur Verifikation unter Beweis stelle.

13 Vgl. dazu die Äußerungen des Mitglieds der amerikanischen SALT-Delegation, Brown, vom 27. August 1971; Matthew BUNN, Foundation for the Future. The ABM Treaty and National Security, Washington 1990, S. 169.

14 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 23. Juli 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 214.

15 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

16 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

Darüber hinaus halte er es für erwägenswert, daß Präsident Reagan im Sinne von Halifax[17] auch auf die konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural eingehe. Was Botschafter Nitze gesagt habe, sei zu allgemein.

An dieser Stelle unterrichtete Bundesminister Botschafter Nitze über das von den Sowjets geänderte Programm seines Moskau-Besuchs, das nunmehr mit der Unterredung mit Gorbatschow beginne.

D2A führte sodann aus, daß die Sowjets falsche Schlüsse ziehen könnten, wenn Präsident Reagan die KVAE unerwähnt lassen würde.

Auf eine entsprechende Frage von D2A führte Botschafter *Nitze* aus, man werde den Sowjets sagen, daß man sich an den ABM-Vertrag halten werde („abide by the treaty"). Man werde in diesem Zusammenhang aber nicht von der einen oder der anderen Auslegung sprechen. Es werde mindestens fünf Jahre dauern, bis die USA darüber zu entscheiden hätten, ob eine Dislozierung neuer strategischer Verteidigungssysteme in Frage komme. Danach werde man zwei Jahre mit der SU über die Methode, wie die Vorteile beiden Seiten zugute kommen könnten, und über die weitere Reduzierung der Offensivsysteme und deren schließliche Eliminierung verhandeln. Daran schließe sich dann noch eine sechsmonatige Kündigungsfrist[18] an, so daß von vorneherein sicher sei, daß ein Ausstieg aus dem ABM-Vertrag nicht vor Ablauf von 7 1/2 Jahren in Frage komme.

Auf die Frage des *Bundesministers*, ob unter den von Botschafter Nitze erwähnten „benefits", über deren Austausch mit der anderen Seite verhandelt werden solle, Technologietransfer zu verstehen sei, erwiderte Botschafter *Nitze*, daß dies nicht unbedingt der Fall sei. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, wie ein solcher Vorteilsausgleich erfolgen könne.

Auf entsprechende Frage von D2A erklärte Botschafter Nitze: Der amerikanische Vorschlag der „open laboratories"[19] gelte weiter. Die von ihm gemachten Ausführungen zu den Drittstaatensystemen seien bisher nicht mit Frankreich und Großbritannien besprochen worden. Man sei sich darüber im klaren, daß beide Länder für eine Beteiligung an Verhandlungen Bedingungen gestellt hätten, die über eine 50%ige Reduzierung der strategischen Waffen hinausgingen. Es sei nicht beabsichtigt, daß Präsident Reagan in seinem Brief an GS Gorbatschow auf die Einzelheiten des sowjetischen 30%-Vorschlags eingehe. Er werde sich auf die Feststellung beschränken, daß die USA eine 50%ige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen befürworteten, aber auch bereit seien, über weniger weitreichende Reduzierungen zu verhandeln. Die Ausführungen des Präsidenten zu Teststoppfragen würden sich auf die Feststellung beschränken, daß die USA bei Ratifizierung der Schwellenverträge[20] bereit seien,

17 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

18 Vgl. dazu Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag); Dok. 185, Anm. 19.

19 Am 1. November 1985 schlugen die USA bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf vor, sich gegenseitig über Forschungsprogramme zur strategischen Rüstung zu informieren und Besuche zuzulassen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 301.

20 Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Vertrags vom 3. Juli 1974 über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE

„a parallel program regarding nuclear testing“ zu diskutieren. Er werde dazu keine spezifischeren Ausführungen machen. Es sei jedoch klar, daß es einen Zusammenhang zwischen Reduzierungen und Nukleartests gebe.

Abschließend bat *Bundesminister* die amerikanischen Gesprächspartner, zu prüfen, ob eine Vorverlegung seines Washington-Besuchs, vorzugsweise auf Mittwoch oder Donnerstag[21], möglich sei. Im Hinblick darauf, daß Präsident Reagan möglicherweise bereits am Freitag seine Antwort GS Gorbatschow übermittle, erscheine ihm diese Vorverlegung angeraten.[22]

VS-Bd. 11318 (220)

205

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann an die Botschaft in Moskau

220-370.70 USA-1142/86 VS-vertraulich **21. Juli 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 2
Citissime

Für BM-Delegation[2]

Betr.: Amerikanische Reaktion auf sowjetische Abrüstungsvorschläge vom 11.6.1986[3];
hier: Unterrichtung durch Botschafter Nitze[4]

Bezug: DB Moskau Nr. 2059 vom 20.7.1986[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1073
BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.
Für den Wortlaut Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

21 23. bzw. 24. Juli 1986.

22 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 23. Juli 1986 in den USA vgl. Dok. 219.

1 Durchdruck.
Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 207–210 und Dok. 218.

3 Zu den sowjetischen Vorschlägen über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze; Dok. 204.

5 Botschafter Kastl, Moskau, teilte mit: „Bundesminister bittet umgehend um Vorlage von Analyse, Bewertung und Stellungnahme der von Nitze vorgetragenen und schriftlich übergebenen Vorschläge des amerikanischen Präsidenten.“ Ferner übermittelte Kastl Eckpunkte des Botschafters Ruth,

I. Weisungsgemäß wird nachstehend eine Bewertung der vorläufigen Entscheidung Präsident Reagans, wie sie uns aus der Unterrichtung durch Botschafter Nitze am 20.7.1986 bekannt ist, übersandt:

1) Die vorläufige Entscheidung Präsident Reagans sieht vor, daß Präsident Reagan seine Antwort in den größeren Zusammenhang der Sicherheit zwischen Ost und West stellt und sich nicht auf die im Gorbatschow-Vorschlag enthaltene Thematik beschränkt. Dieser umfassendere Ansatz ist aus unserer Sicht vorzuziehen, da er die Möglichkeit eröffnet, den Gedanken der Verhütung eines jeden Krieges herauszustellen und auch für die multilateralen Rüstungskontrollforen und ihren Stellenwert für die Sicherheit zwischen West und Ost hervorzuheben.

2) Insgesamt vermittelt die vorläufige Entscheidung den Eindruck eines deutlichen amerikanischen Interesses an einer Intensivierung des Rüstungskontrolldialogs mit der SU. Ohne in der Sache wesentliche eigene Positionen aufzugeben, wird der SU Bereitschaft signalisiert, ihre Anliegen in Rechnung zu stellen und in einen echten Verhandlungsprozeß auf allen dafür zur Verfügung stehenden Ebenen einzutreten. Die baldige Übermittlung der Entscheidung an Gorbatschow soll diese Bereitschaft noch unterstreichen.

3) Im Mittelpunkt der Entscheidung steht der Vorschlag einer Vereinbarung, wonach beide Seiten sich für nicht weniger als fünf Jahre beschränken, ein Programm „of research and development and associated testing, which is permitted by the ABM Treaty“ durchzuführen, an das sich im Falle einer positiven Entscheidung über die Dislozierung moderner strategischer Verteidigungssysteme weitere höchstens zweijährige Verhandlungen über den gegenseitigen Austausch von Vorteilen solcher Systeme sowie über die weitere Reduzierung strategischer Offensivwaffen und die eventuelle Eliminierung ballistischer Raketen anschließen sollen. Zur einseitigen Kündigung des ABM-Vertrags könnte es erst dann kommen, wenn diese Verhandlungen scheitern, und zwar erst nach Ablauf der Kündigungsfrist des ABM-Vertrags von sechs Monaten.[6]

Zu diesem Vorschlag ist folgendes zu bemerken:

– Die USA haben in der Vergangenheit immer wieder erklärt, daß sie einen kooperativen Übergang mit der SU zu einem System anstreben, das sich in stärkerem Maße auf Defensivsysteme abstützt als das bisherige. Sie haben diese Bereitschaft jedoch bisher nicht konkretisiert, und zwar mit der Begründung, daß sich die SDI-Forschungsergebnisse nicht vorhersehen ließen.
– Der jetzige Vorschlag stellt nun eine auch von uns immer befürwortete Konkretisierung dar: Für eine Mindestzeit von siebeneinhalb Jahren würde damit der Beginn einer Dislozierung über die Bestimmungen des ABM-Vertrags hinausgehender Verteidigungssysteme ausgeschlossen. Diese Frist wäre allerdings nur die Hälfte dessen, was die SU in ihrem Vorschlag vom 11.6.1986 vorgeschlagen hat (15 bis 20 Jahre). Nitze hat jedoch zu erkennen gegeben,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1074

z.Z. Moskau, zur Verwendung in einem Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl auf das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 20. Juli 1986. Vgl. VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Vgl. dazu Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag); Dok. 185, Anm. 19.

daß es sich bei den ersten fünf Jahren um eine Mindestfrist handelt, die sich je nach Fortgang der SDI-Forschungsarbeiten verlängern könnte.

– Nicht ganz eindeutig ist, welche Tätigkeiten innerhalb der o. a. Fristen durchgeführt werden dürfen. Nitzes Talking Points erwähnen in diesem Zusammenhang neben Forschung auch „development and associated testing, which is permitted by the ABM Treaty". Wie sich aus Nitzes mündlichen Ausführungen ergab, halten die USA an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß die weitere Auslegung des ABM-Vertrags die rechtlich korrekte ist, daß aber der Präsident die politische Entscheidung getroffen hat, das SDI-Forschungsprogramm im Rahmen der engeren zu halten. Im Schreiben Reagans an Gorbatschow soll lediglich von „abide by the Treaty" die Rede sein, ohne daß auf die eine oder andere Auslegung eingegangen werden solle. Während der sowjetische Vorschlag vom 11.6.1986 darauf angelegt war, das SDI-Forschungsprogramm möglichst einzuschränken und die Entwicklung ganz zu verhindern, schließt der amerikanische Vorschlag eindeutig nur die Dislozierung für den 7 1/2-Jahre-Zeitraum aus, grenzt aber das, was im Vorfeld der Dislozierung erlaubt und verboten ist, nicht scharf ab.

  Problematisch ist insbesondere die Frage der „Entwicklung". Nach der von uns befürworteten restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags ist Entwicklung nur bei festen, bodengestützten Systemen erlaubt, für Systeme oder Komponenten, die „see-, luft- oder weltraumgestützt oder als bewegliches System landgestützt sind", gemäß Artikel V ABM-Vertrag[7] jedoch verboten. In unseren öffentlichen Erklärungen haben wir immer wieder auf die Brandmauer hingewiesen, die zwischen Forschung und Entwicklung besteht und erhalten bleiben muß. Da die USA offensichtlich nicht bereit sind, sich im voraus der SU gegenüber auf eine bestimmte Auslegung festzulegen, ist es für einen möglichen Kompromiß in dieser Frage erforderlich, daß beide Seiten am Verhandlungstisch sich um eine einvernehmliche Klärung vom Abgrenzungsfragen bemühen.

– Der amerikanische Vorschlag greift den sowjetischen Vorschlag einer „Festigung des ABM-Vertrags" und eines „Ausschlusses des Rücktrittsrechts" nicht ausdrücklich auf. Der amerikanische Ansatz, der Berechenbarkeit für einen bestimmten Zeitraum durch Abschluß einer neuen Vereinbarung anstrebt, vermeidet damit u. a. die Schwierigkeit, einen Vertrag zu bekräftigen, gegen den die SU durch Bau der Großradaranlage in Krasnojarsk[8] verstößt.

– Der amerikanische Vorschlag stellt keinen ausdrücklichen Zusammenhang mit Reduzierungen der strategischen Offensivwaffen her. Er beschränkt sich auf die Feststellung, daß die vorgeschlagene Regelung für den Defensivbereich nur in Verbindung mit die Stabilität erhöhenden Reduzierungen der nuklearen Offensivwaffen sinnvoll sei.

4) Was die Einzelheiten für strategische Offensivwaffen angeht, beschränken sich die USA auf das Bekenntnis zum Prinzip 50prozentiger Reduzierungen

7 Für den Wortlaut von Artikel V des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 393.

8 Zum Bau einer Radaranlage bei Krasnojarsk vgl. Dok. 155, Anm. 22.

der strategischen Systeme und die Bereitschaft zu einer Interimsübereinkunft mit weniger weitgehenden Reduzierungen. Die Antwort auf die Einzelheiten des sowjetischen 30-Prozent-Vorschlags werde in der nächsten Runde der Genfer Verhandlungen[9] am Verhandlungstisch erfolgen.

5) Zu INF wird das Ziel der weltweiten Beseitigung der LRINF bekräftigt, zugleich die Bereitschaft zu einem Interimsabkommen zum Ausdruck gebracht, da dies der beste Weg zu baldigen Reduzierungen in diesem Bereich sein könnte.

6) Zum Drittstaatenproblem beabsichtigen die USA, der SU mitzuteilen, daß sie nach einer 50prozentigen Reduzierung der strategischen Systeme und nach Fortschritten bei der Eliminierung der LRINF bereit seien, weiterzuverhandeln bei Beteiligung anderer Nuklearmächte. Es bleibt abzuwarten, wie GB und F sich zu diesem Aspekt des amerikanischen Vorschlags stellen. Die von diesen beiden Ländern genannten Bedingungen für eine Beteiligung an nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen gehen über eine Halbierung amerikanischer und sowjetischer strategischer Waffen erheblich hinaus.

7) Die Ausführungen zu Teststoppfragen zeigen das Bemühen, die bisherige ablehnende Haltung durch eine positive Perspektive zu ersetzen. Dies geschieht durch die erklärte Bereitschaft, nach Ratifizierung der Schwellenverträge[10] parallel zu vereinbarten Reduzierungen der Kernwaffen ein paralleles Programm „regarding nuclear testing" zu diskutieren.

8) Zu chemischen und konventionellen Waffen beschränkt sich der amerikanische Vorschlag auf die Feststellung, daß diese Themen in den dafür zuständigen Foren behandelt werden sollten und daß ergänzend bilaterale Kontakte auf Expertenebene stattfinden sollten. (Offenbar wird hier auf die bilateralen sowjetisch-amerikanischen Kontakte im Rahmen der Genfer CW-Verhandlungen[11] Bezug genommen.) Diese Aussage ist für uns in keiner Weise ausreichend. Sie sollte im Schreiben Präsident Reagans an Gorbatschow durch substantielle Äußerungen zu den CW-Verhandlungen, MBFR, KVAE und die konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural ergänzt werden.

[12]II. 1) Die vorläufige Bewertung unter Ziffer I ist auf Arbeitsebene mit dem BMVg abgestimmt.

2) Aus dem inzwischen hier vorliegenden Brief Präsident Reagans an den Bundeskanzler[13] ergibt sich folgende Ergänzung:

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag einer Vereinbarung über die Durchfüh-

9 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf fand vom 18. September bis 12. November 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 325.

10 Für den Wortlaut Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.
Für den Wortlaut desVertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

11 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 146, Anm. 8.

12 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 3 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 20. Juli 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11318 (220).

rung eines mindestens fünfjährigen Forschungsprogramms erklärt Präsident Reagan, daß er bereit sei, „to sign a treaty now that provided for this future arrangement[14]“. Darin kommt die Bereitschaft zum Ausdruck, bereits jetzt einen Vertrag mit der SU zu schließen, der den ABM-Vertrag formal unangetastet ließe, ihn aber insofern überlagern würde, als für einen bestimmten Zeitraum die Bindung beider Seiten an den ABM-Vertrag sichergestellt wäre.

III. Der Entwurf eines Antwortbriefes des Bundeskanzlers, um dessen Vorlage das Bundeskanzleramt bis spätestens 23.7. gebeten hat, ist in Vorbereitung und wird gesondert übermittelt.[15]

Hartmann[16]

VS-Bd. 11318 (220)

206

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Duisberg

500-503.58-467/86 VS-vertraulich **22. Juli 1986**[1]

Betr.: Rechtliche Aspekte des Minenkrieges

Bezug: Zuschrift vom 4.7.86 – 201-362.51-1137/86 VS-v[2]

Aus völkerrechtlicher Sicht ist zum Legen von Minen folgendes zu sagen:

1) Minen gleich welcher Bauart dürfen nicht im Küstenmeer eines Staates ohne dessen Zustimmung gelegt werden, denn das Küstengebiet gehört zum nationalen Hoheitsgebiet, in dem der Küstenstaat lediglich die friedliche Durchfahrt anderer Schiffe zu dulden hat. Als völkerrechtlich zulässig ist eine Küstenmeerbreite bis zu 12 sm anzusehen. Die meisten Küstenstaaten nehmen heute auch bereits 12 sm in Anspruch.

2) Beim Legen von Minen außerhalb des Küstenmeers (auch bei der Verminung des eigenen Küstenmeers) trifft den verlegenden Staat die Verantwortung für alle daraus entstehenden Schäden. Er ist daher auch verpflichtet, potentielle Benutzer des Gebietes – Schiffahrt und Fischerei – zu warnen. Der Internatio-

14 Korrigiert aus: „agreement“.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann übermittelte der Botschaft in Moskau am 21. Juli 1986 „für BM-Delegation“ den Entwurf eines Schreibens des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan. Vgl. den Drahterlaß Nr. 7; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
Für das Schreiben von Kohl vom 23. Juli 1986 vgl. Dok. 214.

16 Paraphe.

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Messer vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter legte Referat 500 den Drahtbericht Nr. 1418 aus London vom 27. Juni 1986 vor „mit der Bitte um völkerrechtliche Prüfung des Punktes 1 (rechtliche Aspekte des Minenkriegs)“. Vgl. VS-Bd. 12403 (500); Aktenkopien 1986.

nale Gerichtshof hat dies im Korfu-Fall zwischen Großbritannien und Albanien[3] und neuerdings im Urteil zum Nicaragua-Fall[4] ausdrücklich festgestellt.

Wenn die amerikanische Darstellung zutrifft, daß die Minen, bevor sie aktiviert werden, völlig ungefährlich sind, entfiele damit theoretisch auch der Grund für die Warnpflicht. Andere Staaten könnten sich allerdings auf den Standpunkt stellen, daß hier nicht allein die bloße Behauptung des minenlegenden Staates ausschlaggebend sein könne, sondern daß es eines konkreten Nachweises dafür bedürfe, daß wirklich eine Schädigung ausgeschlossen sei.

3) Das gilt in besonderem Maße für den Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, die zwar nicht der Hoheitsgewalt des Küstenstaates unterliegen, wo dieser aber ausschließliche Nutzungsrechte hat. Sie beziehen sich in der Wirtschaftszone auf die lebenden und mineralischen Ressourcen des Meeres, des Meeresbodens und des Meeresuntergrundes, beim Festlandsockel auf die Ressourcen des Meeresbodens und -untergrundes. Wirtschaftszonen können bis zu 200 sm, Rechte an Festlandsockel bis zu 350 sm oder bis 100 sm jenseits der 2500 m Tiefenlinie geltend gemacht werden. Ein Minenfeld in diesem Bereich kann, auch wenn die Minen nicht aktiviert sind, eine tatsächliche Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeiten des Küstenstaates darstellen (z. B. ein Minenfeld in der Nähe von Bohrinseln in einem Gebiet, wo der Küstenstaat Bohrlizenzen vergeben will). Man wird daher nicht davon ausgehen können, daß in diesen Bereichen eine Verminung in jedem Fall ohne Rücksicht auf den Küstenstaat zulässig ist.

Im übrigen werden unterschiedliche Auffassungen darüber vertreten, ob im Bereich der Wirtschaftszone und des Festlandsockels militärische Aktivitäten anderer Staaten überhaupt zulässig sind. Während unbestritten die Freiheit der Schiffahrt und des Überflugs sowie das Recht zur Verlegung von Kabeln und Rohrleitungen gewährleistet ist, werden teilweise Marinemanöver in der Wirtschaftszone abgelehnt (Brasilien) oder die Anbringung von militärisch nutzbaren Installationen auf dem Meeresgrund im Bereich des Festlandsockels (Mexiko) oder auch ausdrücklich die Verlegung von Minen in der Wirtschaftszone (Schweden). Wir haben derartigen extensiven Interpretationen der küstenstaatlichen Rechte zwar immer widersprochen; politisch wird man sie dennoch in Rechnung zu stellen haben.

Zu fragen wäre schließlich auch, ob wir selbst ein Interesse daran haben können, ein unbegrenztes Recht anderer Staaten anzuerkennen, im Bereich von

[3] Im Jahr 1946 kam es zu mehreren Zwischenfällen in der Straße von Korfu, in dessen Verlauf zwei Kreuzer eines britischen Flottenverbands in albanischen Hoheitsgewässern auf Minen aufliefen. Dabei kamen 45 Marinesoldaten ums Leben, weitere 42 wurden verletzt. Im Anschluß führte die britische Marine in albanischen Hoheitsgewässern ohne Erlaubnis Albaniens eine Minenräumaktion durch. Auf der Basis der Resolution Nr. 22 des VN-Sicherheitsrats vom 9. April 1947 brachte Großbritannien den Fall am 22. Mai 1947 vor den Internationalen Gerichtshof (IGH) und forderte Entschädigung von Albanien. Am 9. April 1949 urteilte der IGH, daß Albanien die Verantwortung für die Explosionen trage und zur Leistung von Schadenersatz verpflichtet sei. Er stellte ferner fest, daß die britischen Schiffe auf ihrer Fahrt durch albanische Hoheitsgewässer internationales Recht nicht verletzt hätten, Großbritannien jedoch zur anschließenden Minenräumaktion nicht befugt gewesen sei. In einem Folgeurteil sprach der IGH am 15. Dezember 1949 Großbritannien Schadenersatz in Höhe von 843 947 Pfund zu. Für den Wortlaut der Urteile vgl. I.C.J. REPORTS 1949, S. 4–169, 244–265. (http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=3&k=cd&case=1&code=cc&p3=4).

[4] Zum Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 vgl. Dok. 167, Anm. 17.

Wirtschaftszone und Festlandsockel auch ohne Unterrichtung des Küstenstaates Minen zu legen. Ein solches Recht könnte nämlich eventuell gegen uns selbst in Anspruch genommen werden.

Duisberg[5]

VS-Bd. 12403 (500)

207

Botschafter Ruth, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1
Citissime

Aufgabe: 22. Juli 1986, 02.16 Uhr
Ankunft: 22. Juli 1986, 03.25 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Moskau 20. bis 22.7.86[1];
hier: Erstes Delegationsgespräch – Rüstungskontrollfragen

I. Das Nachmittagsgespräch mit AM Schewardnadse dauerte vier Stunden. Der größte Teil der Zeit war Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle gewidmet. Das Gespräch war außerordentlich intensiv, sachorientiert und konstruktiv. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie beide Seiten parallel oder in Kooperation zu Verhandlungsfortschritten beitragen könnten. AM Schewardnadse stimmte der Einschätzung des Bundesministers zu, daß die rüstungskontrollpolitischen Konsultationen weiter intensiviert werden sollten, und zwar sowohl zwischen den Hauptstädten als auch in den Verhandlungsorten.

Der Bundesminister unterstrich nachdrücklich den Stellenwert unserer Rüstungskontrollpolitik für die ganze Bundesregierung und stellte sie in den Zusammenhang des rüstungskontrollpolitischen Konzepts des Bündnisses. Unter Hinweis auf die Äußerungen Gorbatschows vom Vormittag, daß es der Sowjetunion nicht darum gehe, Keile zwischen die Bündnispartner des Westens zu treiben, unterstrich der BM die enge Konsultationspraxis im Bündnis und die Effizienz und Ernsthaftigkeit der Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Bündnispartnern.

Die aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Bündnisses sei vor allem auch eine Konsequenz unseres Verteidigungsbeitrags und der Eindeutigkeit der Position der Bundesregierung.

BM nannte als Konsultationsbeispiel die gegenwärtige Reise Botschafters Nitze zu den europäischen Verbündeten und die Unterrichtung der Bundesregierung noch vor Beginn der Reise des BM nach Moskau.[2] Zur Konsultationspra-

5 Paraphe.

1 Vgl. dazu auch Dok. 208–210 und Dok. 218.

2 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 20. Juli 1986; Dok. 204.

xis gehöre auch, daß die Bündnispartner über die Gespräche mit der sowjetischen Regierung unterrichtet werden.

S. nahm diese Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis. BM schlug vor, Detailfragen der C-Waffen-Verhandlungen und der konventionellen Rüstungskontrolle, insbesondere der KVAE, am Dienstag, 22.7., zum Gegenstand eines Gesprächs zwischen Petrowskij und Ruth zu machen. Über das Ergebnis dieser Unterredung soll anschließend im Ministergespräch berichtet werden.

II. Im einzelnen

1) Allgemeine Äußerungen

AM Schewardnadse (S.) betonte, daß nunmehr sowjetische Seite einheitliches System von Rüstungskontrollvorschlägen vorgelegt habe mit dem Gedanken der „Suffizienz" als einem zentralen Element. Um die Konzeption zu konkretisieren, brauche es Zeit. Die SU habe jedoch in Genf und in den anderen Verhandlungsforen konkrete Vorschläge vorgelegt. S. wies insbesondere auf sowjetisches Entgegenkommen in der Frage der Verifikation hin.

BM stellte Verbindung zu Äußerungen von S. über Primat innere Entwicklung her. Dies sei wichtig auch für uns, wenn SU Ressourcen für Entwicklung eigenen Landes und weniger für Rüstung einsetzen würde.

2) CW

BM unterstrich Nähe einer Einigung in Genf. Offen seien Kontrolle der Nichtproduktion und bei Verdacht der Vertragsverletzung.[3] Der britische Vorschlag vom 15.7.86[4] komme sowjetischen Befürchtungen hinsichtlich eines Mißbrauchs

[3] Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 146, Anm. 8.
Botschafter Ruth vermerkte am 20. Juni 1986: „Die USA haben 1984 in ihrem Vertragsentwurf für ein CW-Verbotsabkommen für die Frage der Verdachtskontrolle eine Regelung vorgeschlagen (Art. X), in der ein Recht zu umfassenden Inspektionen vor Ort ohne jede Ausnahme verlangt wird (‚strikt mandatorische Verdachtskontrolle'). Diese Regelung ist nicht nur im Osten und bei der Dritten Welt, sondern auch bei einigen Verbündeten (namentlich UK und Frankreich) auf entschiedenen Widerspruch gestoßen. Das zähe Festhalten der USA an Art. X hat inzwischen erheblich dazu beigetragen, daß in den CW-Verhandlungen in den zentralen offenen Verifikationsfragen (Verdachtskontrolle, Überwachung der Industrieproduktion) Fortschritte ausgeblieben sind." Nunmehr habe die britische Regierung der Bundesrepublik, Frankreich und den USA den Textentwurf zur Regelung der Frage der Verdachtskontrolle übergeben. Bei Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien am 19. Juni 1986 in London hätten bestehende Meinungsunterschiede über den Text ausgeräumt werden können: „Auf Arbeitsebene haben die Franzosen eine erste positive Reaktion abgegeben. Eine Äußerung der USA steht noch aus." Großbritannien sei offenbar bereit, nach entsprechender Zustimmung durch die Bundesrepublik und Frankreich den Entwurf „auch ohne ausdrückliche amerikanische Unterstützung" einzubringen. Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 16. Juli 1986 unterrichtete Ruth Bundesminister Genscher: „1) Sie hatten sich mit Ihrer Botschaft an Secretary Shultz vom 27.6.1986 für eine amerikanische Unterstützung des inzwischen am 15.7.1986 in die Genfer Abrüstungskonferenz eingeführten britischen Vorschlags zu den Verdachtskontrollen eingesetzt […]. 2) In seiner Antwort vom 15.7.1986 sagt Secretary Shultz Duldung und ‚freundliche und konstruktive Behandlung' des britischen Vorschlags zu. Dies ist angesichts der bisherigen harten Haltung der USA ein wichtiger Schritt." Dennoch könne nur „ein positives sowjetisches Eingehen auf den britischen Vorschlag […] die USA veranlassen, ihre Haltung zu modifizieren." Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

[4] Für den Wortlaut des britischen Vorschlags „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

von Verdachtskontrollen entgegen. Es komme jetzt viel auf sowjetische Reaktionen an.

S. bezeichnete Verdachtskontrolle als das schwierigste Problem. Die britischen Vorschläge verdienten Aufmerksamkeit und würden genau geprüft. Bei der Nichtproduktion müsse die verläßliche Kontrolle besonders auch von Privatbetrieben sichergestellt werden. S. äußerte die Auffassung, daß es derzeit gute Aussichten für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen Ende 1986 oder im Frühjahr 1987 gebe. Viele technische Probleme seien lösbar oder gelöst. BM sprach sich für einen möglichst schnellen Abschluß aus und erläuterte die amerikanische Position in der Frage der Kontrolle von Privatbetrieben.

S. stellte die Frage, ob es der Bundesregierung nicht unangenehm sei, einerseits auf Fortschritte in Genf hinzuarbeiten, andererseits aber bereit zu sein, eine Stationierung binärer Waffen in Krisenzeiten zuzulassen.[5]

BM wies auf langjährigen Produktionsverzicht der USA[6] hin und auf die Entscheidung des US-Kongresses, die Endproduktion binärer Waffen erst Ende 1987 aufzunehmen[7]. Damit habe die sowjetische Seite selbst es in der Hand, durch einen erfolgreichen Abschluß in Genf eine Produktion binärer Waffen zu verhindern. Wir setzten auf ein weltweites Verbot sämtlicher CW.

S. äußerte sich mißtrauisch gegenüber eventuellen amerikanischen Versuchen, binäre Waffen aus einem Verbot von CW herauszuhalten. Er forderte eine volle Garantie dafür, daß es nach Abschluß einer CW-Konvention keine binären Waffen geben dürfe. Wir wiesen auf die generelle Notwendigkeit hin, bei den CW eine vorausschauende Rüstungskontrolle zu betreiben, die auch künftige, derzeit nicht absehbare Entwicklungen unmöglich macht.

S. sprach sich für die Initiative der DDR und ČSSR bezüglich CW-freier Zonen[8] aus. BM verwies auf seine Ausführungen gegenüber GS Gorbatschow, daß regionale Lösungen die Frage der Verifikation außerordentlich schwieriger machten und daß schon deshalb eine weltweite Lösung erforderlich sei.

3) Konventionelle Rüstungskontrolle

BM unterstrich die Bedeutung des westlichen MBFR-Vorschlags vom 5.12.85[9]. Die Bedeutung des westlichen Vorschlags gehe über die MBFR-Verhandlungen hinaus. Fortschritte in Wien und ein substantielles Ergebnis in Stockholm seien Grundlage für den Versuch, konventionelle Stabilität in Europa, vom Atlantik zum Ural, zu schaffen.

S. äußerte sich pessimistisch zu MBFR. In absehbarer Zukunft gebe es keine weiterführenden Perspektiven. Das Fernbleiben Frankreichs und die Erstreckung von Kontrollmaßnahmen auf sowjetisches Gebiet und ihre Beschränkung auf die Bundesrepublik Deutschland und die Beneluxstaaten zeige die Proble-

5 Zur Absprache zwischen der Bundesrepublik und den USA in der Frage der Lagerung amerikanischer Chemiewaffen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 139.

6 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Nixon vom 25. November 1969; Dok. 23, Anm. 7.

7 Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 19. Dezember 1985 vgl. Dok. 23.

8 Zur Initiative der DDR und der ČSSR zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone vgl. Dok. 30, Anm. 18.

9 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1985, II, Dok. 339.

matik des westlichen Herangehens. Die SU halte es für richtig, MBFR mit einem symbolischen Ergebnis zu beenden und durch den neuen Ansatz Atlantik zum Ural abzulösen. BM betonte die Notwendigkeit, bei der KVAE termingerecht[10] ein substantielles Ergebnis zu erzielen. Um dies zu erreichen, müßten alle Konsultationsmöglichkeiten genutzt werden. Dafür seien die bestehenden Kontakte zwischen den Delegationsleitern in Stockholm wichtig. Sie könnten aber verstärkt werden. S. regte an zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig sei, zwischen NATO und WP eine Kontaktgruppe zu schaffen, die aus militärischen Fachleuten bestehen könnte.

BM stimmte der Notwendigkeit der Verstärkung der Kontakte zwischen Delegationsleitern zu. Die Frage einer militärischen Kontaktgruppe müsse sorgfältig geprüft werden.

BM unterstrich, daß wir in Stockholm auf ein Abschlußdokument nicht verzichten können. Die Lage stelle sich hier insoweit anders als im Zusammenhang mit Bern[11] oder Budapest[12]. S. wies darauf hin, daß die Sowjetunion bereit sei, zu Kompromissen bei den vier bis fünf offenen Fragen in Stockholm beizutragen. Neue Vorschläge würden in diesem Geiste geprüft. Die Flexibilität der Sowjetunion zeige sich an der Lösung des Problems unabhängiger Luftmanöver.[13]

BM unterstrich die Bedeutung Stockholms für die KSZE-Überprüfungskonferenz in Wien. S. bestätigte, daß der WP beschlossen habe, bei der Eröffnung der Wiener Konferenz durch AM vertreten zu sein. BM bekräftigte eine entsprechende Absicht der westlichen Staaten, äußerte in diesem Zusammenhang die Erwartung,

– daß auf der bevorstehenden KSZE-Überprüfungskonferenz mehr Dynamik herrschen werde,
– daß die Atmosphäre der Konferenz schon jetzt vorbereitet werde, daß Ergebnisse nicht wieder jahrelang auf sich warten lassen müßten.

Zur Frage des Forums gab S. erneut zu verstehen, daß die Sowjetunion nicht festgelegt sei und daß in Frage kämen

– Erweiterung des MBFR-Rahmens,
– Nutzung des KVAE-Rahmens,
– Schaffung eines neuen Forums, bei dem beide Bündnisse eine besondere Rolle spielen müßten.

BM stellte fest, daß auch im Westen diese Frage noch offen sei. Sie werde auf der KSZE-Überprüfungskonferenz diskutiert werden müssen. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die in Halifax von der NATO geschaffene hochrangige Arbeitsgruppe[14], deren Aufgabe es sei, für den Westen Optionen zu entwickeln.

10 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.
11 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.
12 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.
13 Zur Frage der Einbeziehung unabhängiger Aktivitäten der Luftstreitkräfte vgl. Dok. 203, Anm. 21.
14 Zur Einsetzung der „High Level Task Force“ (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 159, besonders Anm. 15.
Zur konstituierenden Sitzung der HLTF vgl. Dok. 179, Anm. 4.

4) Nukleare Fragen, bilaterale Verhandlungen

S. erinnerte daran, daß diese Fragen mit GS Gorbatschow erörtert worden seien. Die Sowjetunion nehme die Aufgabe ernst, die westlichen Staaten über den Verlauf der Genfer Verhandlungen aus ihrer Sicht zu informieren. BM wies darauf hin, daß wir das begrüßten, und unterstrich die Bedeutung der kürzlichen Besuche sowjetischer Verhandlungsführer.[15] BM wies darauf hin, daß westliche Konsultationen im nuklearen Bereich eine kontinuierliche Praxis darstellen.

S. sprach alle Bereiche der bilateralen Rüstungskontrolle an:

a) Die Großmächte hätten in der gegenwärtigen Phase eine besondere Verantwortung. Bei den Fragen der Weltraumwaffen betonte er, daß die Sowjetunion beim Thema Forschung ein besonders substantielles Zugeständnis unterbreitet habe, mit dem ein Kompromiß erzielbar sei.[16] Dies habe man im gegenseitigen Interesse an einem akzeptablen Kompromiß getan. In diesem Zusammenhang frage sich die Sowjetunion, ob der amerikanische Vorschlag der open laboratories[17] noch Gültigkeit habe. S. berichtet über den sowjetischen Vorschlag, daß die beiden Delegationsleiter in Genf, Kampelman und Karpow, sich schon vor Beginn der nächsten Runde[18] treffen sollen, um im Defensiv-Offensiv-Bereich Fortschritte vorzubereiten. Dies sei für die Abhaltung des nächsten Gipfeltreffens in diesem Jahr von besonderer Bedeutung.

b) In der gleichen Absicht habe man bei den strategischen Waffen eine Zwischenlösung vorgeschlagen.[19] Entsprechende Reduktionen müßten allerdings an eine Bereitschaft gebunden bleiben, den ABM-Vertrag in dem von der Sowjetunion genannten Rahmen nicht in Frage zu stellen.

c) Bei der Diskussion der Mittelstreckensysteme konzentrierte sich S. auf die seines Erachtens bestehende Sondersituation in Asien. Die sowjetischen Raketen in Asien sollen so stationiert werden, daß sie Europa nicht erreichen können und daß diese Zusage verläßlich verifiziert werden könne. Bei der Diskussion der Drittstaatenproblematik bezeichnete es S. als wesentliches Zugeständnis, daß die Sowjetunion auf ein Modifizierungsverbot verzichte und nur noch quantitative Beschränkungen anstrebe.

d) S. bezeichnete die Sondersitzung der SCC[20] als Ergebnis sowjetischer Initiative. Es sei zu hoffen, daß die Frage der Einhaltung von SALT-II-Bestimmungen konstruktiv erörtert werde.

15 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 13. Juni und 7. Juli 1986; Dok. 170 und Dok. 186.

16 Vgl. dazu den am 29. Mai 1986 übermittelten informellen Vorschlag der UdSSR; Dok. 161.

17 Am 1. November 1985 schlugen die USA bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf vor, sich gegenseitig über Forschungsprogramme zur strategischen Rüstung zu informieren und Besuche zuzulassen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 301.

18 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf fand vom 18. September bis 12. November 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 325.

19 Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen; Dok. 170 und Dok. 175.

20 Zum sowjetischen Vorschlag einer Sondersitzung der Besonderen Beratungskommission (SCC) vgl. Dok. 187, Anm. 18.
Die Sondersitzung fand vom 22. bis 30. Juli 1986 in Genf statt. Dazu übermittelte Gesandter Wallau, Washington, am 23. Juli 1986 Informationen der amerikanischen Rüstungskontroll- und Ab-

e) CTB

Die Erörterung dieses Themas war die einzige Gelegenheit, bei der S. verärgert reagierte. Er nahm diese Diskussion zum Anlaß, die von der Sowjetunion festgestellte wachsende Unterstützung für ihre Abrüstungspolitik in der Welt herauszustellen. Nachdem die SU das Problem der Kontrolle vom Tisch genommen habe, finde die sowjetische Politik immer mehr Befürworter in allen Teilen der Welt. Die SU sei entschlossen, diese Auseinandersetzung um die öffentliche Weltmeinung mit allen Mitteln zu führen.

f) BM betonte, daß er unsere Position zu den nuklearen Verhandlungen schon gegenüber GS Gorbatschow dargestellt habe. Das betreffe insbesondere die Gründe für unsere Entscheidung für den Doppelbeschluß.[21] Er wies auf die laufenden und engen Konsultationen zwischen den Europäern und den Vereinigten Staaten hin, durch die eine klare gemeinschaftliche Unterstützung der amerikanischen Verhandlungspositionen zwischen den Europäern und den Vereinigten Staaten gewährleistet werde. Dies gelte auch für die amerikanische Antwort auf den sowjetischen Vorschlag vom 11.6.[22] Zur CTB-Problematik unterstrich der BM die Bedeutung der vorgesehenen bilateralen Gespräche.[23] Dies entspreche den Vorstellungen, die der Bundeskanzler Anfang des Jahres öffentlich geäußert habe.[24] Im übrigen leisteten wir in der Genfer Abrüstungskonferenz einen substantiellen Beitrag zur Lösung der Kontrollfragen. Zum Verständnis der Bündnisposition in Fragen der Rüstungskontrolle sei es

Fortsetzung Fußnote von Seite 1084

rüstungsbehörde (ACDA): „Bereits zum Auftakt habe es eine Kontroverse gegeben, als Sowjets anstelle der üblichen neutralen Presseerklärung einen Hinweis auf die amerikanische Abkehr von SALT II als Anlaß der Sondersitzung gefordert hätten. Da US-Delegation dies nicht akzeptiert habe, seien schließlich sowohl eine sowjetische als auch eine amerikanische Presseerklärung herausgegeben worden. In der Plenarsitzung seien bekannte Positionen vorgetragen worden. USA hätten Gründe für Entscheidung des Präsidenten erläutert: sowjetische Verstöße gegen SALT; Ausbau des sowjetischen Offensivpotentials; Ausbleiben von Fortschritten bei Genfer Verhandlungen. Sowjets hätten die amerikanische Entscheidung scharf kritisiert." Die amerikanische Delegation habe weiterhin die Weisung, „auf sowjet[ische] Frage zu erklären, daß sich die USA bis auf weiteres SALT-konform verhielten (‚technical compliance') und dementsprechend bei der nächsten regulären SCC-Sitzung auch die üblichen Notifizierungen vorlegen würden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3104; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

21 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

22 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96. Vgl. dazu ferner Dok. 205.

23 Botschafter Ruth vermerkte am 15. Juli 1986, daß am 21. Juli 1986 in Genf amerikanisch-sowjetische Expertengespräche über ein umfassendes Teststoppabkommen beginnen und etwa eine Woche dauern sollten. Dazu habe die amerikanische Botschaft mitgeteilt: „US-Zielsetzung ist es, der sowjetischen Seite die amerikanische Haltung zu Nukleartests im Zusammenhang mit der Erklärung Präsident Reagans vom 14.3.1986 – Angebot an GS Gorbatschow, Wissenschaftler zur Beobachtung der Arbeitsweise des neuen CORRTEX-Systems nach Nevada zu entsenden – zu erläutern. Insbesondere Hinweis auf folgende Punkte: „Einsatz CORRTEX-Methode zur Verifikation des Vertrages über Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) und des Vertrages über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken (PNET); Erneuerung der Einladung an sowjetische Wissenschaftler, den Einsatz des CORRTEX-Systems in Nevada zu untersuchen; In-Aussicht-Stellen einer Ratifizierung der Schwellenverträge, falls Einigung über ein Verifikationssystem erzielt wird; schließlich Erläuterung des langfristigen Ziels eines umfassenden Teststoppvertrages (CTB)." Vgl. VS-Bd. 11564 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

24 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl vom 9. Januar 1986; Dok. 16, Anm. 14.

wichtig, daß die Sowjetunion die beiden Erklärungen von Halifax[25] sorgfältig studiere. Sie reflektierten die Elemente der vom BM vorgetragenen sicherheitspolitischen Konzeption. Halifax habe den zwischen den Bündnispartnern bestehenden Grundkonsens zum Ausdruck gebracht.

BM kündigte an, daß er damit rechne, in den nächsten Tagen in Washington zu sein, um die amerikanische Regierung über den Inhalt der Gespräche mit der sowjetischen Führung zu unterrichten.[26]

S. stellte zum Schluß der Gespräche am Nachmittag des 21.7. fest, daß man die Gespräche nach Form, Geist und Inhalt als gute Gespräche bezeichnen könne. Es sei klar, daß die Bundesrepublik Deutschland große Möglichkeiten für eine aktive Mitgestaltung der internationalen Verhandlungspolitik habe.

[gez.] Ruth

Referat 213, Bd. 139316

208

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 22. Juli 1986, 05.50 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2 **Ankunft: 22. Juli 1986, 05.32 Uhr**
Citissime nachts

Vorbehaltlich Zustimmung BM

Betr.: Besuch des BM in Moskau (20. bis 22.7.86)[1];
hier: 20. und 21.7.86

Zur Unterrichtung

I. BM wurde am 20.7.86 von AM Schewardnadse auf dem Flughafen begrüßt, der mit ihm anschließend ein kurzes Programmgespräch (ca. 10 Min.) führte.

II. Am Vormittag des 21.7. legte BM auf dem deutschen Kriegsgefallenenfriedhof in Ljublino und am Grabmal des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder.

Über das anschließende Gespräch mit GS Gorbatschow ergeht gesonderter Bericht.

25 Für den Wortlaut der Politischen Erklärung und der Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 9–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 379–381.

26 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 23. Juli 1986 in den USA vgl. Dok. 219.

1 Vgl. dazu auch Dok. 207, Dok. 209, Dok. 210 und Dok. 218.

III. An dem Delegationsgespräch der beiden Minister, 4 Std., waren auf sowjetischer Seite noch zugegen: Vizeaußenminister Petrowskij, Botschafter Kwizinskij, Bondarenko, Obuchow (sowjetische Verhandlungsdelegation Genf).

Auf deutscher Seite: Botschafter Kastl, D 2[2], D 2 A[3], Dg 21[4].

Das Gespräch der Minister knüpfte an das voraufgegangene Gespräch des BM mit GS Gorbatschow, mit dem der Ton des Besuchs angeschlagen worden war und das im Gespräch der Minister fortgeführt und vertieft wurde, an. Es wurde deutlich: AM Schewardnadse hatte offenbar den Auftrag, dem BM die Bewertung des Gesprächs mit Gorbatschow durch die sowjetische Führung darzulegen, Schwerpunkte des Gesprächs mit dem GS noch einmal zu akzentuieren und im übrigen den Meinungsaustausch fortzusetzen und zu vertiefen.

1) Sch. bezeichnete einleitend das Gespräch BM–GS als „großes[5] Gespräch über große Politik". Zugleich sei es ein sehr offenes Gespräch gewesen.

Dies sei nicht im Sinne von Schärfe zu verstehen, sondern in einem konstruktiven Sinn, weil neben Elementen der Kritik gleichzeitig solche des Wohlwollens gestanden hätten, für das wiederum Offenheit unentbehrlich sei. Auch BM betonte die Bedeutung und die Art und Weise der Führung des Gesprächs. Er habe den Journalisten gesagt: sehr ernsthaftes und lebhaftes, mit großer Offenheit geführtes Gespräch. Wie der GS habe er den Wert gerade darin gesehen, nicht „diplomatische" Gespräche führen zu wollen.

Er habe den BK über das Gespräch informiert.

2) Sch. akzentuierte die Bewertung des Besuchs des BM in Moskau zu diesem Zeitpunkt in einer Weise, wie dies der GS ebenfalls bereits vorgegeben hatte.

Die sowjetische Führung messe dem Besuch des Ministers große Bedeutung bei. Zwischen Außenministern von zwei Ländern gebe es verschiedene Treffen ordentlichen und außerordentlichen Charakters. Aber der jetzige Besuch des Bundesministers habe eine große, grundsätzliche Bedeutung, was die Verbesserung, den Ausbau und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen anbetreffe. Die sehr positiven und werbenden Ausführungen Schewardnadses gipfelten in dem Satz:

„Wir legen jetzt das Fundament für die künftigen Beziehungen. Wir haben es noch nicht gelegt, aber wir sind dabei."

Im übrigen gehe Bedeutung des Besuchs und vor allem des Gesprächs mit dem GS zweifellos über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinaus.

3) AM Schewardnadse stellte den Besuch in den größeren Zusammenhang des neuen innen- und außenpolitischen Kurses der SU, „eine neue Situation, eine neue Politik", und verknüpfte dabei sowjetische Innen- und Außenpolitik, den GS zitierend: „Sie haben feststellen können, wie leidenschaftlich der GS über die Konzeption unserer Innenpolitik gesprochen hat." Gerade in dieser Konzeption gebe es eine gute Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten. Die Partner der SU könnten feststellen, was sich in den sowje-

2 Gerold Edler von Braunmühl.
3 Friedrich Ruth.
4 Jürgen Oesterhelt.
5 Korrigiert aus: „BM–GS ‚großes".

tischen Angelegenheiten zum Besseren wandle. Die SU habe einen entschiedenen Kurs und ein neues Herangehen bei der Lösung der inneren wie der internationalen Fragen eingeschlagen.

BM nahm diesen Gedanken auf: Wenn sich die sowjetische Politik auf Modernisierung und weitere Entwicklung des Landes konzentriere, sei dies für uns wichtig. Ihm sei eine SU lieber, die ihre Hauptaufmerksamkeit auf Entwicklung des Landes richte, als eine SU, die als Schwerpunkt eine ehrgeizige Rüstung ansehe.

Bei der Charakterisierung des außenpolitischen Kurses der SU blieb AM Schewardnadse bei aller Betonung der neuen Politik dem Gedanken der friedlichen Koexistenz verhaftet, deren Prinzipien die Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ordnung bestimmen müßten.

4) Der generellen, werbenden Linie von AM Schewardnadse bei der Gesprächsführung entsprach es, daß er – obwohl auch er die Offenheit hervorhob – konfrontative Akzente vermied. Wie ein roter Faden zog sich durch das Gespräch der Gedanke, mit uns auf verschiedenen Gebieten gemeinsam oder zumindest parallel handeln zu können. Es war deutlich, daß die SU bestrebt ist, uns bilateral auf den verschiedenen Gebieten in einem intensiven Dialog zu engagieren. Dies galt vor allem auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, aber auch auf solchen Gebieten wie der KSZE und der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

5) Sch. stellte den Besuch in einen Zusammenhang mit seinen jüngsten Gesprächen mit F[6] und GB[7].

Es wurde deutlich, daß er auf die Beeinflussung der amerikanischen Haltung durch die Europäer zielte – wenngleich er betonte, keine „Keile treiben" zu wollen. In diesem Zusammenhang sprach er von einer „friedlichen Offensive" der SU.

6) In der Thematik des Gesprächs stand die Rüstungskontrolle im Vordergrund. Hierzu ergeht gesonderter Drahtbericht. Weitere Themen waren:

a) Allgemeines Ost-West-Verhältnis, KSZE-Prozeß

Sch. zog aus seinen sehr ausführlichen Gesprächen mit F (Mitterrand-Besuch in Moskau) und GB (sein Besuch in London: PM Thatcher, AM Howe, Führer der Opposition) die Schlußfolgerung, es gebe große, unausgeschöpfte Möglichkeiten für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West.

Zum Wiener Folgetreffen äußerte Sch. zwei Wünsche:

Es müsse von vornherein für mehr Dynamik gesorgt werden. Eine Länge von mehr als drei Jahren, wie in Madrid[8], müsse vermieden werden. Ferner komme es, worauf auch Gorbatschow verwiesen habe, auf die Schaffung einer entsprechenden Atmosphäre auf dem Treffen an. Atmosphäre sei multilateral wie bilateral und insbesondere auch im Verhältnis der SU zu den US generell eine sehr wichtige Frage.

6 Zum Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 200.

7 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 14. bis 16. Juli 1986 in Großbritannien vgl. Dok. 193, Anm. 17.

8 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

b) Friedliche Nutzung der Kernenergie

Sch. unterstrich, daß Sowjets und wir praktisch die Initiatoren der IAEA-Konferenz seien, und erinnerte einerseits an Rede des BK[9], andererseits Erklärung des GS[10] nach Tschernobyl[11]. Er regte bilaterale Konsultationen vor der Konferenz[12] „auf einem bestimmten Niveau" an.

Sch. trat ferner nachdrücklich für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion ein (dies sei ein Thema, das er ständig propagiere).

BM schlug vor, daß die zuständigen Minister für Reaktorsicherheit sich treffen könnten, entweder in der SU oder der Bundesrepublik Deutschland. Er erläuterte die Gründung des BMU[13] nicht zuletzt als Reaktion auf Tschernobyl und nannte BM Wallmann als möglichen Gesprächspartner für ein Treffen der zuständigen deutschen und sowjetischen[14] Ressortminister.

BM Genscher wies andererseits darauf hin, daß mit BM Riesenhuber der für die Forschungsseite zuständige Bundesminister heute nach Moskau komme[15] und morgen für Gespräche mit einem sowjetischen Kollegen zur Verfügung stehe. Sch. ging hierauf ein und nannte den Stv. Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Welichow, als herausragenden Fachmann und Organisator.

Zu der zusätzlichen Anregung von BM Genscher, Gespräche mit BM Wallmann über allgemeine Fragen des Umweltschutzes zu führen, erfolgte noch keine sowjetische Reaktion.

7) Einladungen

BM bezeichnete eine Fortsetzung der Gespräche des GS mit BK[16] für wünschenswert. Dies sollte möglichst bald verwirklicht werden. Es wäre gut für die gegenseitigen Beziehungen.

Wir würden es auch begrüßen, wenn AM Schewardnadse der Bundesrepublik Deutschland bald einen Besuch abstatten würde.

[gez.] Braunmühl

Referat 213, Bd. 139316

9 Am 14. Mai 1986 regte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag an, eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit einzuberufen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 215. Sitzung, S. 16526. Vgl. dazu auch Dok. 138, Anm. 7.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, erklärte sich am 14. Mai 1986 zu einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit „unter der Schirmherrschaft der IAEO" bereit. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 441.

11 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

12 Zur Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz vom 24. bis 26. September 1986 in Wien vgl. Dok. 266.

13 Mit Organisationserlaß vom 5. Juni 1986 wurde mit Wirkung vom 6. Juni 1986 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebildet. Vgl. dazu JAHRESBERICHT 1986, S. 470 f.

14 Korrigiert aus: „deutschen sowjetischen".

15 Bundesminister Riesenhuber hielt sich am 21./22. Juli 1986 zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Moskau auf.

16 Bundeskanzler Kohl traf am 14. März 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 68.

209

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 3
Citissime nachts

Aufgabe: 22. Juli 1986, 07.20 Uhr[1]
Ankunft: 22. Juli 1986, 06.58 Uhr

(Vorbehaltlich Zustimmung BM)

Betr.: BM-Besuch Moskau 20.–22.7.86[2];
hier: Gespräch mit Gorbatschow am 21.7.[3]

I. Zusammenfassung

Gespräch, an dem außer Dolmetschern auf sowjetischer Seite Schewardnadse, Kwizinskij und persönlicher Berater des GS, Tschernjajew, auf deutscher Seite Botschafter Kastl und D2[4] teilnahmen, dauerte weit über vorgesehene Zeit hinaus, mehr als drei Stunden. Meinungsaustausch war sehr offen und direkt in Darlegung beiderseitiger Positionen und verlief in lebhaftem Wechselgespräch.

Gegen Ende lockerte Gespräch sich deutlich auf. Beide Seiten betonten Verantwortungsbewußtsein, mit dem deutsch-sowjetische Beziehungen im Bewußtsein ihrer Bedeutung für die internationale Entwicklung in einer für die Zukunft wichtigen Periode gestaltet werden müßten.

BM legte eingehend Grundphilosophie unserer Friedenspolitik dar, als eines fest im Westen verankerten, aber aus geschichtlicher Verantwortung und wegen geographischer Lage um konstruktive West-Ost-Beziehungen und Kooperation bemühten Staates. Gesprächsführung Generalsekretärs entsprach im ersten Teil bekannter sowjetischer Forderungshaltung und Kritik. (Nachrüstung, SDI, Amerikahörigkeit, Widerspruch zwischen Entspannungsbekenntnissen und praktischer Politik). Nach knapp zwei Stunden schien er Gespräch abschließen zu wollen, verbreiterte dann aber den Dialog zu einem Gedankenaustausch über Probleme und Aufgaben der Zukunft. In diesem Teil legte er den Akzent zunehmend auf Notwendigkeit, Beziehungen zu aktivieren und über Vertiefung der Zusammenarbeit nachzudenken. Er schlug schließlich vor, das Vergangene nicht zu vergessen, aber eine neue Seite aufzuschlagen.

Er ging in diesem Teil auf die Probleme und Perspektiven seiner Modernisierungspolitik in der Sowjetunion ein und betonte die Notwendigkeit neuen Denkens in Innen- und Außenpolitik.

Gorbatschow äußerte sich kritisch über US-Politik und beklagte mangelndes Echo auf sowjetische Abrüstungsinitiativen. Er unterstrich Gedanken des europäischen Hauses, betonte aber gleichzeitig, westliches Bündnis nicht spalten

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20 und 27.
2 Vgl. dazu auch Dok. 207, Dok. 208, Dok. 210 und Dok. 218.
3 Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 490–508; KWIZINSKIJ, Sturm, S. 408–412.
4 Gerold Edler von Braunmühl.

zu wollen. BM legte in großer Klarheit westliche Positionen und Ursächlichkeit sowjetischen Verhaltens für Entscheidungen westlicher Sicherheitspolitik dar.

BM übergab und erläuterte BK-Botschaft.[5] Gorbatschow nahm zu einzelnen Punkten Stellung und versprach Antwort. BM bestätigte Einladung BK an GS, für die dieser dankte, ohne weiter darauf einzugehen.

GS würdigte politischen Beitrag BM für Ost-West-Beziehungen, unterließ aber jeden Versuch, zwischen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland zu differenzieren.

II. Im einzelnen

Gorbatschow bezeichnete einleitend BM-Besuch als über den Rahmen herkömmlicher Ereignisse hinausgehend. Es gehe darum, bilaterale Beziehungen zwischen zwei einflußreichen Staaten fortzuentwickeln. Welt sei in Zustand, bei dem politischer Dialog und Zusammenarbeit notwendig seien, damit nicht am Ende alle in einer Falle landeten. Er lud BM zu offenem Meinungsaustausch ein, während er mit Schewardnadse diplomatisch sprechen könne. Wie sehe jetzige Bundesregierung heutige Welt, welche Sorgen und Probleme habe sie? SU finde nicht alles verständlich an unserer Politik. Sie sehe Mißverhältnis zwischen friedfertigen Erklärungen und praktischen Taten, wenn sowjetische Führung uns falsch einschätze, möge BM ihn eines Besseren belehren.

BM erwiderte: Das werde er versuchen, wobei er offen ansprechen wolle, was uns verbindet und welche Gegensätze wir versuchen müßten zu überwinden. Auch wir sehen Besuch als wichtiges Ereignis, was sich auch in Botschaft ausdrücke, die BK ihm mitgegeben habe. BM übergab Botschaft und erläuterte sie, während GS Text durchging.

GS dankte für Botschaft, die alle Probleme aktueller Weltlage berühre, die deutsche und sowjetische Seite und unsere Verbündeten beträfen. Er stellte Antwort in Aussicht. BM unterstrich die auch von GS betonte Notwendigkeit des persönlichen Gesprächs. Ein solches Gespräch zwischen BK und GS sollte bald

[5] Bundesminister Genscher trug eine Botschaft für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor, in der Bundeskanzler Kohl die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Vertiefung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit erklärte. Kohl strich ferner die Bedeutung des KSZE-Prozesses heraus, schlug neue Kooperationsformen zur Modernisierung der Industrie sowie energie- und rohstoffsparender Technologien vor und sprach sich für ein baldiges amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen aus. Hinsichtlich der Rüstungskontrolle äußerte er sich zuversichtlich, „daß die Vielfalt weiterführender Vorschläge beider Seiten bei den Genfer Verhandlungen die Aussichten auf eine drastische Reduzierung strategischer Waffen wesentlich verbessert haben. Der Bundeskanzler hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß der drastischen Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit gilt. Der amerikanische Vorschlag vom 24. Februar 1986, an dessen Erarbeitung wir aktiv mitgewirkt haben, weist einen Weg, wie sowjetische und amerikanische landgestützte Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite schrittweise und ohne Risiko für beide Seiten vollständig abgeschafft werden können. Als Schritt in Richtung auf das Ziel der weltweiten Eliminierung dieser Nuklearwaffen treten wir im Einklang mit der auf dem Gipfel getroffenen Vereinbarung für den baldigen Abschluß eines die Interessen beider Seiten wahrenden Interimsabkommens ein.“ Kohl äußerte ferner den Wunsch nach einem substantiellen Ergebnis bei der KVAE in Stockholm und nach einer Lösung der noch ausstehenden Fragen der Nichtherstellungskontrolle und der Verdachtskontrolle bei den Genfer Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen. Abschließend führte er zu den Menschenrechten aus, er würde es „im Interesse der Menschen in unseren beiden Ländern begrüßen, wenn alle Teilnehmerstaaten der KSZE ihre Praxis an den Absprachen des nicht in Kraft getretenen Berner Schlußdokuments ausrichten würden“. Vgl. Referat 213, Bd. 139316.

geführt werden. BK habe ihn gebeten, Einladung an Gorbatschow zu bekräftigen.[6] GS dankte ohne weitere Stellungnahme.

BM legte sodann deutsche Sicht internationaler Lage dar: Man müsse ausgehen von dem, was uns verbinde. Dazu gehöre geographische Lage oder in Gorbatschows Worten europäisches Haus. Beziehungen zwischen unseren Völkern hätten Lage in diesem Haus stets wesentlich beeinflußt. In jüngster Geschichte hätten wir schlechte und gute Beispiele erlebt. Einerseits Zweiten Weltkrieg, andererseits Moskauer Vertrag[7], der Schlüsseldokument für nachfolgende Entwicklung in Europa sei. Er habe u. a. Weg freigemacht für Helsinki-Schlußakte[8]. KSZE-Prozeß sei nach zehn Jahren im August 1985 von allen Teilnehmerstaaten in Helsinki als richtiger Weg bezeichnet worden.[9] Andererseits sei nicht bestreitbar, daß viele Erwartungen und Hoffnungen der 70er Jahre sich nicht erfüllt hätten. Jetzt müsse man überlegen, wie man positive Zukunftsperspektive schaffen könne. Schlüsselbegriff der Schlußakte sei Begriff der Zusammenarbeit: in Politik, Wirtschaft, Kultur, humanitären und anderen Bereichen. Hier sei noch viel ausbaufähig.

Ein Bereich, wo die erwarteten Fortschritte bisher nicht eingetreten seien, sei Rüstungskontrolle und Abrüstung. Hier müsse man Grundlagen für langfristige Sicherheit schaffen. Anstrengungen dafür müßten flankiert werden durch Zusammenarbeit in allen Bereichen. Wir hätten in Bündnis, dem wir als wichtiger Partner angehörten, Grundsatz zur Annahme gebracht, daß Rüstungskontrolle integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik sei. Alle hätten gelernt, daß für Sicherheit eigene Anstrengungen nicht ausreichten. Man müsse Sicherheitsinteressen anderer Seite anerkennen. Man müsse sich Gedanken machen über Entwicklung kooperativer Strukturen. Es gehe darum, Architektur für „europäisches Haus“ zu schaffen, in dem die Staaten in Sicherheit und die Völker frei von Angst lebten, also eine Struktur für eine Friedensordnung in Europa. So wie sich in den 70er Jahren die Ideen der Zusammenarbeit in der KSZE-Schlußakte niedergeschlagen hätten, so müßten jetzt gute Absichten für Verständigung über Sicherheitsfragen Test am Verhandlungstisch bestehen.

Bundesrepublik Deutschland habe, wie ihre Geschichte zeige, historische Lektion gelernt. Als großes Volk in der Mitte Europas wollten wir ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn in West und Ost. Gestaltung deutsch-französischer Beziehungen sei historisches Ereignis nicht für Deutsche und Franzosen und für Aufbau Europäischer Gemeinschaft, sondern für ganz Europa. Europäische Gemeinschaft gewinne an Struktur. Wir hätten realistische Äußerungen

6 Bundeskanzler Kohl lud den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in ihrem Gespräch am 14. März 1985 in Moskau zu einem Besuch in die Bundesrepublik ein. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 66.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

9 Vom 30. Juli bis 1. August 1985 fand anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte ein Treffen der Außenminister der Teilnehmerstaaten der KSZE statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 221.

begrüßt, mit der GS in Warschau politische Realität der Gemeinschaft anerkannt habe.[10]

Wir wirkten auch im Bündnis und EG für Verbesserung der West-Ost-Beziehungen. Ostverträge, Schlußakte, Bestätigung Unverletzlichkeit der Grenzen seien unser Beitrag, um Verhältnis zu östlichen Nachbarn zu ordnen. Für uns sei Europa nicht nur EG, sondern ganzer Kontinent. Europäer seien sich ihrer Geschichte und ihres gemeinsamen Schicksals über ideologische und Systemgrenzen hinweg immer stärker bewußt. Dazu gehöre kulturelle Identität, deren Bedeutung bei Kulturforum in Budapest[11] deutlich geworden sei. Alle Bewohner europäischen Hauses müssen wissen, daß sie gemeinsames Schicksal teilen und kooperieren müssen, um zu überleben. Darauf baue gesamte Politik der Bundesregierung auf.

GS forderte BM auf, von ihm dargelegte Philosophie, die er selbst voll mitunterschreiben könne, durch praktische Schritte wirksam werden zu lassen. Hier sehe man unseren Beitrag nicht, aber vielleicht schätze man unsere Politik auch falsch ein. Was müsse man beim gemeinsamen Aufbau des europäischen Hauses praktisch tun?

BM erwiderte: Es sei schwer, Politik des anderen zu verstehen, wenn man seine Grundphilosophie nicht verstünde. Sie sollten z. B. unsere Beiträge zur KSZE und zur Fortsetzung und Belebung des KSZE-Prozesses richtig einschätzen. Wir seien in Madrid[12] und bei Vorbereitung Wiener Folgetreffens unter den aktivsten Teilnehmerstaaten. Im Rüstungskontrollbereich leisteten wir erhebliche Beiträge in Konferenzen, an denen wir selbst teilnähmen, z. B. MBFR (deutsche Rolle bei Dezember 85-Vorschlag[13]) und Stockholm (jüngste sowjetischer Seite vertraulich übergebene Vorschläge[14]). Beides zusammen sollte Weg freimachen für Lösung Fragen konventioneller Stabilität; dort hätten Sowjetunion und wir besonderes Interesse. Vertiefter deutsch-sowjetischer Meinungsaustausch könne auch zur Verständigung zwischen beiden Bündnissen beitragen.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 29. Juni bis 1. Juli 1986 anläßlich des X. Parteitags der PVAP in Polen auf.

11 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

12 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

13 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

14 Zum informellen Paketvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 193, Anm. 41.
Am 17. Juli 1986 informierte Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation): „Britischer DL und ich haben heute dem sowjetischen DL den westlichen Paketvorschlag vorgetragen und im einzelnen erläutert. […] Dabei haben wir betont, daß es sich um einen Schritt stiller Diplomatie handele, der bewußt darauf gerichtet sei, es Botschafter Grinewskij zu erleichtern, für weiterführende Schritte in Moskau zu plädieren und in einem ‚give and take' den Rahmen für ein Schlußergebnis abzustecken. Wir haben zunächst die Punkte westlicher Flexibilität erläutert bei: Notifizierungsschwelle; Aufgabe unabhängiger Informationsmaßnahme (bei Wahrung der Substanz); passiver Inspektionsquote; Luftinspektion ggfs. mit neutralen Flugzeugen und Piloten, und haben dann diese Punkte in den Gesamtrahmen des westlichen Paketes mit allen westlichen ‚Essentials' hineingestellt." Ein Papier sei nicht übergeben worden: „Es wurde vereinbart, weder die Öffentlichkeit noch die N+N zu unterrichten. Den N+N wird lediglich zu verstehen gegeben, daß die Bemühungen von West und Ost, für schwierige Fragen Lösungen zu finden (wie zuletzt bei Luftaktivitäten), im Interesse der KVAE fortgesetzt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 267; VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Beide Staaten trügen im konventionellen Bereich besondere Anteile. Für uns bleibe westliches Bündnis unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit, es gebe uns aber auch Möglichkeit, für Lösung der Abrüstungsfragen besonderen Beitrag zu leisten. Wir setzten uns besonders aktiv auch für Erfolg der CW-Verhandlungen in Genf ein, die uns abschlußreif erschienen.[15] Wir wünschten Fortschritte in Verhandlung über Mittelstreckensysteme, die besondere Sorgen bei uns auslösten. Wir hätten uns wiederholt für weitere Beachtung von SALT II und des ABM-Vertrages eingesetzt. Wir unterstützten die Verhandlungsziele, die in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.85[16], bestätigt beim Genfer Gipfel vom November 85[17], zum Ausdruck kämen. Wir leisteten unseren Beitrag:

– in den Konferenzen, an denen wir teilnähmen,
– durch Vorbereitung weiterer Konferenzen, wie die über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural.

Es sei wichtig, daß SU unsere Absichten richtig erkenne. Gorbatschow möge im Sinne der von ihm vorgeschlagenen Offenheit sagen, wo er Zweifel an unseren Positionen habe, und wo die SU Beiträge leiste, die wir nicht ausreichend berücksichtigten.

Gorbatschow erklärte: Sowjetische Seite werde Eindruck nicht los, daß unsere Politik widersprüchlich sei. Was wolle die Bundesregierung? Von BM geäußerte Überlegungen zu geographischer Position, geschichtlicher Verantwortung und Einschätzung heutiger Weltlage sei ihm geläufig. Sie zeuge davon, daß Bundesregierung mit Verantwortung an ihre Rolle – die eines nicht unbedeutenden Staates in Europa und im Weltmaßstab – herangehe. Aber unsere demonstrative Unterstützung des militärischen US-Kurses mache SU Schwierigkeiten. Bundesregierung sei aktivster Verfechter der Raketenstationierung gewesen. Sie habe versucht, der Sowjetunion diktieren[18]; sie habe durch Termine Ultimaten gesetzt. Aber der Prozeß der Verhandlungen und die vorgelegten Vorschläge zeigten, daß Lösungsmöglichkeiten gesucht würden. Er verstehe, daß US Interesse habe, Raketen in Europa zu stationieren. USA habe immer wieder mit Begriffen wie lokalem Krieg und Warnschlag hantiert. Es sei begreiflich, daß US Konflikte auf Europa beschränken, aber selbst nicht betroffen sein wollen. Aber was sei das westdeutsche Interesse daran? Er meine jedoch: Wir sollten dies jetzt der Geschichte überlassen. Wir müßten uns um die Gegenwart kümmern.

15 Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 207, besonders Anm. 3.

16 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

17 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

18 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Die SU habe einen Plan für die Beseitigung der Nuklearwaffen vorgelegt.[19] Dies sollte eigentlich auch die Position der Bundesregierung sein. Aber der Bundeskanzler spreche in seiner Botschaft wieder von einer Zwischenlösung. Dies sei eine US-Variante, und sie bedeute, daß die Raketen in Westdeutschland bleiben müßten.

Man bekomme dauernd Washingtoner Politik in deutscher Übersetzung, nicht nur in dieser Frage. Man sei bereit, mit der Bundesrepublik selbst politischen Dialog zu führen. Es sei besser, aus dem Englischen sofort ins Russische zu übersetzen. BM habe von der Unterstützung der Bundesregierung für die Erhaltung von SALT und ABM gesprochen. Diese seien wichtige Erklärungen, die man begrüßt habe.

[20]Man sei aber erstaunt gewesen, daß die wissenschaftlich-technologisch leistungsfähige Bundesrepublik sich SDI angeschlossen habe.[21] Wie könne man das alles in Übereinstimmung bringen? Was sei in Wahrheit der Kern unserer Außenpolitik? BM habe zu Recht betont, daß jeder Staat bei Gestaltung seiner Politik die Geschichte und ihre Lehren berücksichtigen müsse sowie die politischen Realitäten, unter denen sich die internationale Lage gestalte. Heutige Politik müsse von folgenden Realitäten ausgehen:

Existenz nuklearer Rüstungen im großen Maßstab habe völlig neue Lage geschaffen. Was rasante wissenschaftlich-technologische Entwicklung bringe, wüßten wir nicht. Wenn man jetzt keine Lösungen fände, werde weitere Entwicklung unsicher. In dieser Situation sei Bundesregierung sehr aktiv für SDI eingetreten, für die „verrückten und wahnsinnigen" Pläne eines Verbündeten. Der Prozeß der Militarisierung der USA sei beunruhigend. Es frage sich, auf welche Waagschale die Bundesrepublik in dieser Situation ihre Autorität werfe.

Die Bundesrepublik sei inaktiv bei den Rüstungskontroll-Verhandlungen (der US und SU). Wir sagten immer, wir wünschten US und SU Erfolg. Die US-Administration sei offenbar nur besorgt, daß ihre Obstruktionslinie über den Verhandlungsrahmen hinausgreifen und der Welt zeigen könne, wie sie wirklich aussehe. Jetzt habe SU Kompromiß eingebracht, um Genf über toten Punkt hinwegzubringen.[22] Bisher gebe es noch keine Antwort. Dies müsse nicht negativ sein. Wenn konstruktive Antwort kommen sollte, könnte man die Verzögerung mit gründlicher Vorarbeit rechtfertigen. Aber heutige New York Times habe unter Berufung auf State Department lediglich formelle Antwort angekündigt.[23] In dieser Lage begnüge sich die Bundesrepublik als großer Staat zu erklären, daß sie den Verhandlungen Erfolg wünsche.

19 Vgl. dazu die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Zur deutsch-amerikanischen Vereinbarung vom 27. März 1986 über eine technologische Beteiligung an SDI vgl. Dok. 84.

22 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

23 Die amerikanische Tageszeitung „The New York Times" meldete am 21. Juli 1986: „President Reagan, in a draft of his response to the latest Soviet arms proposals, has decided against including any explicit overall formula to limit defenses against missile attacks in return for deep cuts in offensive nuclear forces, Administration officials said today. […] According to sources, Mr. Reagan does not respond directly to Soviet proposals to ban deployment of space-based defensive weapons

Bei den chemischen Waffen frage man sich, warum man nicht als ersten Schritt diese in Mitteleuropa loswerden sollte. Aber hier sei die Bundesregierung für eine globale Variante, während sie bei den Mittelstreckensystemen für eine Zwischenlösung eintrete. „Wir laufen um die Bundesrepublik herum und fragen uns: Was will die Bundesregierung?"

Er (Gorbatschow) glaube, daß dieses Gespräch wirklich nötig sei. SU wolle mit uns zusammenarbeiten und Dialog führen. Man habe gute Erfahrungen mit diesem Dialog gemacht, wenn man etwas zurückblicke: Wir hätten viel geleistet im Rahmen des Dialogs. Es hätte kaum Helsinki gegeben ohne den Moskauer Vertrag. An dieser Politik habe BM selbst maßgeblich teilgenommen. Es sehe so aus, als würde die Ostpolitik von den Parteien der Regierung und Opposition unterstützt. Allerdings gebe es problematische neue Interpretationen der Ostverträge. BM habe von geschichtlichen Lehren gesprochen. Solche habe auch die SU gezogen. Ihre vielen Menschenopfer im Krieg gaben ihr das Recht, an die Bundesrepublik Fragen zu stellen. Es gebe Leute bei uns, die auf verschiedenen Tribünen laute Erklärungen abgeben. BM sagte: Es habe sich nichts geändert. Aber er möge versuchen, dies dem sowjetischen Volk verständlich zu machen. Bei uns würden problematische Dinge gesagt, und oft mit Zustimmung der Regierung, z. T. mit ihrer Teilnahme.

Man wolle uns nicht von den USA trennen, das wäre keine seriöse Politik. Man wolle nicht, daß die Bundesrepublik sich in einer Lage sähe, in der sie ihre Sicherheit bedroht fühle. Das wäre nicht annehmbar, weder für die Bundesrepublik noch für die SU. In diesem Fall würden wir nach dem Verbündeten suchen, der unsere Sicherheit gewährleiste. Man wünsche, daß volle Klarheit bezüglich der Grundprinzipien des Moskauer Vertrages und der anschließend geschlossenen Verträge herrsche.

Man wünsche auch, daß die Bundesrepublik und ihre Regierung, egal welcher Schattierung, eine verantwortungsvolle Politik bezüglich der Kontrolle nuklearer Rüstungen betreibe.

BM werde mit Schewardnadse über die europäischen Foren und die Möglichkeiten für unser Zusammenwirken dabei sprechen. Wenn alles das, was BM erwähnt habe, in praktische Schritte umgesetzt würde, dann werde SU aktiver Partner sein, der nicht mit leeren Händen dastehe. Man habe Überlegungen, die es ermöglichen würden, nicht nur Stockholm erfolgreich zu erledigen, sondern auch von dort aus eine Brücke nach Wien zu schlagen. Er habe das Gefühl, daß wir in unserem Herangehen an einige Fragen noch zu stark von der Vergangenheit beeinflußt seien. (Gorbatschow erzählte Anekdote, in der Partisanen aus Gewohnheit noch immer Züge sprengten, obwohl Krieg längst vorbei gewesen sei.)

BM replizierte: Wir sprengten keine Züge, sondern bauten neue Gleise. Aber wir müßten einen Bahnhof haben, wo die Züge ankämen. Man könne Wege auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 1095

for 15 to 20 years and to negotiate on restricting research to laboratory testing. […] ‚The good news is that he talks about these issues, about his Strategic Defense Initiative and about the Antiballistic Missile Treaty' of 1972, an Administration official said. ‚The bad news is that he does not answer the Gorbachev ideas explicitly, and that the connections are not complete.'" Vgl. den Artikel „U.S. Reply on Arms Is Said Not to Link Defenses to Cuts"; THE NEW YORK TIMES vom 21. Juli 1986, S. A1.

verschließen durch mangelhaftes Verständnis für andere. Dieses spüre er in den Worten des GS, die ihn insoweit besorgten. Auch deshalb unterstreiche er dreimal, daß die jetzigen Gespräche sehr notwendig seien. Gorbatschows Vorstellungen über die Bundesrepublik Deutschland müßten offenbar zu Fehleinschätzungen führen. Er sehe aber auch Positives in Gorbatschows Ausführungen. Er verstehe ihn so, daß der GS allen Staaten ein gleiches Recht auf Sicherheit zubillige, den großen wie den mittleren und kleinen, wobei wir uns zu den mittleren zählten. Ein zweiter positiver Punkt sei die Aussage, daß SU uns nicht von den US trennen wolle. Dies wäre unrealistisch und würde auch sowjetischen Interessen nicht entsprechen. (GS: Dies würde zum Chaos führen, wenn wir sie und sie uns von jemandem zu trennen versuchten.) GS habe gesagt, er wolle Vergangenheit beiseite lassen, habe aber doch von den Mittelstreckenraketen gesprochen. Der frühere BK und er hatten seinerzeit immer wieder an SU appelliert, nicht weiterzuschreiten mit der SS-20-Rüstung. Für BK Schmidt und ihn sei Nachrüstungsentscheidung schwerste Entscheidung gewesen, die sie je zu treffen gehabt hätten. Man habe keine Ultimaten gestellt, sondern geworben. (Gorbatschow: Es habe schon früher SS-4 und SS-5 gegeben, die hätten modernisiert werden müssen. US dagegen hätten Pershing II produziert, um Produktionskapazitäten zu nutzen, und obwohl inzwischen SALT II geschlossen worden sei.) Vorgänger Gorbatschows[24] habe ihm gesagt: SS-20 bedrohten nicht USA. Er (BM) habe erwidert. Das sei es eben; er wohne in Europa. Die SS-20 seien eine neue Waffenqualität gegenüber den alten Raketen. Diese seien ein Relikt aus einer Zeit, in der USA Überlegenheit gehabt hätten; inzwischen sei aber längst Parität hergestellt worden. Mit SALT sei Gleichgewicht im strategischen Bereich geschaffen worden. Nun müsse man Lösung für Mittelstreckenbereich finden. Was GS über gänzliche Beseitigung nuklearer Waffen gesagt habe, finde unsere Zustimmung. In der Logik dieses Ansatzes liege auch Frage, wie man Mittelstreckensysteme weltweit beseitigen könne. Wir nähmen zur Kenntnis, was SU über Probleme im östlichen Teil ihres Landes sage. Wir hätten gelernt, daß Politik des Alles oder Nichts nicht weiter führe. Deshalb meinten wir: Wenn heute das Problem nicht ganz geregelt werden könnte, sollte man ersten Schritt tun. Deshalb habe BK von Zwischenlösung gesprochen. SU habe auch bei strategischen Waffen Zwischenlösung vorgeschlagen: erst 50 Prozent, dann 30 Prozent. Wir hielten jede Reduzierung für einen Fortschritt, je mehr desto besser.

Gorbatschow habe unsere Ablehnung einer C-Waffen-freien Zone Mitteleuropa kritisiert, aber SU verhandle mit uns über weltweites Verbot. (Gorbatschow: Warum hier keine Zwischenlösung? Warum wollen sie hier alles oder nichts?) Problem bei CW liege in Verifikation, nicht in regionaler Ausdehnung. Bei Verifikation hätten sich inzwischen beide Seiten bewegt; nur noch weniges trenne uns. Deshalb sollten wir hier nicht neues Problem schaffen: Wie könne man verifizieren, ob eine chemische Waffe in Mitteleuropa eingesetzt werden solle? Die Verifikation sei leichter bei einem globalen Verbot.

Die Bemerkungen des GS zu SDI hätten ihn nicht überrascht. (GS: Warum schaffen Sie neues Problem, ohne die alten zu lösen?) SU habe sich dafür eingesetzt, das Verhältnis zwischen Weiterbeachtung des ABM-Vertrages und dra-

[24] Konstantin Ustinowitsch Tschernenko.

stischer Reduzierung offensiver Nuklearwaffen zu sehen. Wir hofften, daß SU auf ihren Vorschlag konstruktive Antwort erhalten würde. Wir hielten ihn für konstruktiven Ansatz. Wir hätten immer gesagt, daß drastische Reduzierung offensiver Potentiale Einfluß auf das haben müsse, was im defensiven Bereich geschehe. SU und US hätten sich verpflichtet, Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden. Beachtung von SALT und ABM-Vertrag löse Probleme nicht, sei aber wichtiger Beitrag. (GS: In dieser Situation, wo SU und US sich für Verhinderung des Rüstungswettlaufs im Weltraum eingesetzt hätten, bemühe sich Bonn, SDI anzuspornen? Sei dies Zufall oder hätten wir eigene Pläne?)

BM: Wir hätten keine eigenen Pläne. Wir hätten Rahmen für Teilnahme deutscher Firmen an einzelnen Projekten geschaffen. Auch Firmen anderer Länder beteiligten sich, ob es Vertrag gebe oder nicht. (GS: Bundesregierung unterstütze Firmen.) BM: Er habe immer Eindruck gehabt, daß einige interessierte Firmen, aber auch sowjetische Beobachter das Maß der Teilnahme überschätzt[25] hätten. Er selbst habe dies immer sehr realistisch gesehen.

GS stimmte BM zu, daß sich aus Lehren der Geschichte ergebe, daß auf europäischem Kontinent – und er meine darüber hinaus – vieles davon abhänge, wie unsere Staaten zusammenarbeiteten. Warum habe Bundesregierung dann aber über SDI-Frage nicht mit SU beraten, deren Rolle in Europa und vor geschichtlichem Hintergrund sie anerkenne. BM verwies auf unsere Erklärungen und die von US und SU vereinbarten Ziele. Das sei eine politische Sache, das andere sei eine ökonomische Sache. GS wies auf die große Gefahr der Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum hin, den „Krieg der Sterne". Hier hätte man sich gewünscht, daß Bundesregierung vor ihrer Entscheidung mit Moskau gesprochen hätte. BM verwies auf wiederholte Erklärung des BK, daß drastische Reduzierungen der Offensivwaffen Einfluß auf Notwendigkeit bzw. Umfang strategischer Defensivwaffen haben müsse. Im übrigen nutzten wir unseren Einfluß dazu, daß SU konstruktive Antwort auf ihren Vorschlag vom 11. Juni erhalte. Wir begrüßten, daß diese Woche amerikanisch-sowjetische Gespräche in Genf über SALT-Einhaltung stattfinden.[26] Wir hätten uns bisher erfolgreich für Festhalten der USA an enger Auslegung ABM-Vertrages eingesetzt. SU sollte unsere Bemühungen nicht bestreiten. Sie möge ihren Erfolg bestreiten und finden, daß es nicht schnell genug gehe. Aber sie sollte sie nicht in Abrede stellen. Wir hätten uns in anderen Verhandlungen konstruktivere Antworten auf unsere Vorschläge erhofft, wie unseren Dezember-Vorschlag in Wien. Wir hätten jedoch Sowjetunion nicht guten Willen abgesprochen, sondern Hoffnung ausgedrückt, daß letztes Wort nicht gesprochen sei. GS habe verschiedentlich zu Verifikation Ausführungen gemacht, die wir sehr begrüßten. Dies sagten wir, obwohl Ausführung an Verhandlungstischen nur schrittweise vorangehe.

Man müsse in den West-Ost-Beziehungen einen neuen Anfang machen. Dabei solle man nicht Scheinwerfer auf das richten, was uns trenne, und anderer Seite guten Willen absprechen. Vielmehr solle man konstruktive Beiträge aner-

25 Korrigiert aus: „unterschätzt".

26 Zur Sondersitzung der Besonderen Beratungskommission (SCC) vom 22. bis 30. Juli 1986 in Genf vgl. Dok. 207, Anm. 20.

kennen und sehen, wie man neue Gleise legen könne. Jede Seite mache in ihrem Land Politik. Wir seien aufeinander angewiesen. Wir seien nicht überempfindlich. Es wäre verwunderlich, wenn sowjetische Seite mit allem einverstanden wäre, was wir tun. Wir hätten verschiedene Bündnisse und Gesellschaftsordnungen. Es wäre aber ungerecht, unseren guten Willen anzuzweifeln. Wenn GS unsere Philosophie unterschreiben könne, sei dies eine gute Grundlage.

Er, BM, habe viele Jahre seines Lebens dieser Arbeit gewidmet und wolle das weiter tun. Er gehöre zu der Generation, die den Krieg erlebt habe. Er habe am eigenen Leib gespürt, wie ein Volk in zwei Staaten leben müsse. Europäer sollten nicht vergessen, daß sie Europäer seien. Damit gebe er die Grundstimmung in unserem Lande wieder. Bundeskanzler stehe hinter dem, was er hier sage. Das betreffe auch den Geist, in dem wir die geschlossenen Verträge ausführen wollten. Moskauer Vertrag und KSZE-Schlußakte seien nicht Vergangenes, sondern Grundlage für Gestaltung künftiger Perspektiven. Bei uns unterstütze auch Regierungspartei, die in der Opposition Ostverträge abgelehnt habe, deren volle Durchführung nach Buchstaben und Geist.

[27]Es würde diese Bundesregierung nicht geben, wenn er nicht sicher gewesen sei, daß dies sich so verhalte. In unserem Parlament gebe es trotz allem, was trenne, wesentliche gemeinsame Grundlagen: deutsch-französische Freundschaft, Bündnis, Europäische Gemeinschaft und Politik gegenüber östlichen Nachbarn auf Grundlage der Verträge.

GS wies auf jüngste amerikanische Äußerungen, auch von Reagan, hin, nach denen trotz Jalta und Potsdam[28], die lange zurücklägen, Europa vereinigt werden müsse.

BM verwies auf unsere Haltung zur Unverletzlichkeit der Grenzen. Er könne sich aber nicht vorstellen, daß GS europäisches Haus als geteiltes Haus betrachten wolle. Er (BM) habe gesagt, europäisches Haus bleibe auch dann gemeinsames Haus, wenn sich darin unterschiedliche und gegensätzliche Gemeinschaften eingerichtet hätten. (GS: Aber jeder müsse seine Wohnung darin haben.) BM: Das schon, aber die Art, wie wir uns in diesem Haus besuchten, müsse sich verbessern, er würde sich wünschen, daß die Art, wie man zwischen Bundesrepublik Deutschland und Österreich die Grenzen überschreite, für ganz Europa vorbildlich werde.

GS berichtete Erlebnis bei Reise im Mai 1975 nach Frankfurt[29], wo Tankwart ihn an Stalins Wort „die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk

27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

28 In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.
Die Beratungen wurden auf der Konferenz in Potsdam vom 17. Juli bis 1. August 1945 von Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee als neuem Premierminister, Präsident Truman und Stalin fortgesetzt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

29 Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nahm vom 6. bis 13. Mai 1975 auf Einladung der DKP an Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Kriegsendes teil.

bleibt“[30] erinnert habe und nach Haltung der Sowjetunion zur Spaltung in zwei Staaten gefragt habe. Er habe ihn erinnert, daß Churchill Deutschland habe teilen wollen und daß Bundesrepublik vor DDR gegründet worden sei. BM erinnerte, daß Stalin gesagt habe, das deutsche Volk und das Deutsche Reich bleiben bestehen (Gorbatschow bestätigte). BM meinte: Wir sollten diese Frage durch die Geschichte beantworten lassen und durch alle Deutschen. Wir sollten dafür arbeiten, daß Grenzen weniger Bedeutung bekämen. Auf Zusammenarbeit komme es an.

BM erwähnte zwei Sorgen, die uns besonders bedrückten:

– Den Rückgang der Ausreisen sowjetischer Bürger deutscher Nationalität, die im Rahmen der Familienzusammenführung zu uns kommen wollten. Er wäre dankbar, wenn SU in Zukunft Bedeutung für unsere Beziehungen sehen würde und wieder großzügigere Behandlung vornähme.
– Immer größerer Strom Asylsuchender käme nach Berlin (West) und weiter ins Bundesgebiet.[31] SU trage Verantwortung für Berlin. Sowjetische Luftlinie sei beteiligt. Wir wären dankbar, wenn nur solche Leute befördert würden, die Visen für unser Land hätten.

Gorbatschow ging nur auf ersten Punkt ein: Er nähme Gesagtes zur Kenntnis. Je weniger Einmischung in innere Angelegenheit stattfinde, desto besser würden Ergebnisse sein. Er meine dies als allgemeines Konzept.

GS bezeichnete es als Ziel der Begegnung, Meinungen über Lage in Welt und bilaterale Beziehungen auszutauschen. Letzten Endes gehe es darum, wie Dialog und Zusammenarbeit weitergeführt werden könnten. Wenn man von Bundesregierung höre, daß SU beabsichtigte, Bundesregierung für artiges oder unartiges Verhalten zu bestrafen, könne man das nicht akzeptieren. Deutsche

30 Im Befehl Nr. 55 des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissars für Verteidigung, Stalin, vom 23. Februar 1942 hieß es: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Vgl. J. STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. 3. Ausgabe, Moskau 1946, S. 49 f.

31 Bundesminister Zimmermann führte am 23. Juli 1986 vor der Bundespressekonferenz aus: „Die unerlaubte Einreise über die DDR hat ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr akzeptabel ist. Von ca. 6000 in den Jahren 1982 und 1983 stieg die Zahl 1984 auf 15 000 an. Sie erreichte mit 44 852 ihren vorläufigen Höchststand im Jahre 1985, der allerdings in diesem Jahr bei Anhalten der gegenwärtigen Tendenz mit Sicherheit noch übertroffen wird. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres trafen 22 789 Ausländer ohne Sichtvermerk auf diesem Wege ein. Im Juni wurde mit 5531 die bisher höchste Einreisezahl überhaupt festgestellt.“ Bislang hätten 15 000 von insgesamt 42 000 Asylsuchenden ihren Asylantrag in Berlin (West) gestellt, überwiegend Personen aus Bangladesch, Ghana, Indien, Iran, Libanon, Pakistan sowie Palästinenser. Sie reisten „fast ausnahmslos auf dem Luftweg über Schönefeld“ ein: „Aus einer stichprobenweisen Auswertung der Anhörungsprotokolle von Asylbewerbern durch die Berliner Behörden sowie aus Schätzungen der Grenzdienststellen ergibt sich, daß zu etwa 60 bis 70 % Flugscheine der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot mitgeführt werden. […] Bisher sind alle Bemühungen, die DDR dazu zu veranlassen, entsprechend den internationalen Gepflogenheiten den Transit nur bei Vorliegen entsprechender Einreiseerlaubnisse für den Zielstaat zu gestatten, in bezug auf Berlin ohne Erfolg geblieben. Auch die Vertreter der drei Schutzmächte wurden im Rahmen der Bonner Vierergruppe in den letzten Monaten wiederholt über das Problem unterrichtet. Sie wurden zuletzt am 11. Juni formell unter Überreichung eines Konsultationspapieres gebeten, an die UdSSR heranzutreten.“ Vgl. Referat 514, Bd. 190552.

seien nicht schlechte Schüler, und SU wolle nicht Rolle des Lehrers in internationalen Angelegenheiten. Bei solchem Herangehen könne man nicht zu normalen Beziehungen kommen. Aber offener Meinungsaustausch sei notwendig gewesen. Die ganze heutige Welt stehe am Wendepunkt. Vieles hänge davon ab, welchen Weg Europa nehme, und besonders ein so wichtiger Staat wie die Bundesrepublik. Es sei Unfug, SU die Absicht zuzuschreiben, durch Zusammenarbeit und Dialog mit uns Europa von US trennen zu wollen. Europa, dem SU angehöre, („wir fühlen uns als Europäer") müsse in schweren Zeiten wichtigen Beitrag leisten, durch seine Politik aufgrund seiner Erfahrungen und durch sein wissenschaftlich-technisches Gewicht. Der Beitrag könne um so wichtiger sein, als ein Teil einem Bündnis angehöre und ein anderer dem anderen. Dies werde den Beitrag Europas um so aktueller machen.

Deshalb habe man Interesse an der Politik der Bundesrepublik: Vom Standpunkt der bilateralen Beziehungen, die man entwickeln wolle, und auch vom Standpunkt einer Erhöhung der Rolle Europas in internationalen Angelegenheiten. Ohne diese Rolle werde man nicht die notwendigen Schritte machen können auf dem Weg zu einer friedlichen Zukunft der Völker.

Gorbatschow betonte: Mit Rücksicht auf den heutigen Meinungsaustausch werde sowjetische Führung überlegen, was man tun könne, um entsprechende Schritte zu machen, damit sich die Beziehungen aktiv, positiv und dynamisch entwickelten. Man rechne auf Gegenschritte der Bundesrepublik. Es müsse ein gegenseitiger Prozeß sein. Man werde all das prüfen. Wenn die Bundesregierung sich entsprechend verhalte, werde sie das Verständnis der SU finden. Wir könnten vieles zusammen und parallel tun bezüglich einer Gesundung des Klimas in Europa und in der Welt.

Auf dem Parteitag[32] seien Linien für die weitere Entwicklung festgelegt worden. Dies werde jetzt durch praktische Schritte ins Leben umgesetzt. In diesem Sinne seien bereits umfangreiche Initiativen unternommen worden. Aus dem Westen höre man, daß die Sowjetunion ihre Ankündigungen nicht in der Praxis realisiert habe. Wenn man im Westen erwarte, daß die SU ihre Positionen opfere und kapituliere, werde dies nicht passieren. Aber wenn von beiden Seiten Schritte zu Kompromissen gemacht würden, werde die SU mitwirken. Sie habe keine adäquaten Antworten auf ihre Initiativen. Man erwarte wohl noch weitere Zugeständnisse von Moskau und denke, die SU werde noch mehr geben, und erst dann würde man antworten. Das sei Zeitvergeudung. Aber in zwei bis drei Jahren werde die wissenschaftlich-technische Entwicklung solche Projekte hervorgebracht haben, daß es dann schwer sein würde, sich noch an den Verhandlungstisch zu setzen.

BM habe sich positiv geäußert zu den sowjetischen Initiativen. Das habe man begrüßt; das sei eine gute Basis. Aber das Klima in Europa müsse in bezug aufeinander geändert werden. In der Prawda hätte kürzlich ein Journalist nach einer Reise in die Bundesrepublik berichtet, daß man dort unter den Studenten die sowjetischen Initiativen nicht kenne, sie würden offenbar verschwiegen. BM bestreitet dies: Es gebe breitesten Raum in unseren Medien für die sowjetischen Initiativen, selbst in den gegenüber Moskau kritischen.

32 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

Gorbatschow erwähnte eine Diskussion in der Deutschen Welle über die sowjetischen Vorschläge, in der man ihn zerlegt habe „wie ein Kaninchen". Man habe versucht, einen Keil zwischen sowjetische Führung und die Werktätigen zu treiben. BM verwies auf Unabhängigkeit unserer Rundfunkstationen. Sowjetunion sende nach Deutschland, was sie wolle. Wir ertrügen das. Im übrigen: Wenn man die besseren Argumente habe, sollte man Kritik auch nicht scheuen. Außerdem ergebe sich aus gegenseitigen Standpunkten oft Neues.

(GS: Wenn sowjetisches Volk vergleiche, was die Führung tue und was im Westen darüber geschrieben werde, werde es letzteres als „Quatsch" erkennen.) BM: Viele Politiker in der Bundesrepublik Deutschland wären froh, wenn sie in der Presse so positiv beurteilt würden wie Gorbatschow. Gorbatschow wies auf Radikalenerlaß[33] hin. BM erwiderte, er habe in sowjetischen Diensten auch noch keinen Liberalen entdeckt. Gorbatschow meinte: Die sowjetische Ordnung sei eigentlich ziemlich liberal. Der Staat gebe dem Menschen Arbeit, Wohnung und Essen sowie medizinische Versorgung. Und viele fänden, sie könnten gut leben, ohne sich sehr anzustrengen. Das sei ein Problem des Sozialismus. – BM betonte: Man solle die Unterschiede nicht verwischen. Gorbatschow sei ein Kommunist und er ein Liberaler, aber man habe gemeinsame Aufgaben.

Gorbatschow verwies auf ein Gespräch mit einem deutschen Professor, über das sowjetischer Korrespondent in dem erwähnten Prawda-Artikel berichtet habe; darin hätten ihn zwei Erklärungen dieses Professors besorgt gestimmt: Dieser habe gesagt, die Deutschen glaubten den Sowjets nicht, und sie hätten Angst vor ihnen. Dies bedeute, daß man an die Atmosphäre denken müsse. In der sowjetischen Gesellschaft gebe es keine bösen Gedanken bezüglich Deutschlands, nicht nur bezüglich der sowjetischen Freunde in der DDR. Man setze Deutsche und Faschisten nicht gleich. Man müsse eine Verbesserung der Beziehungen fördern, den wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlich-technischen Austausch und auch den humanitären Bereich entwickeln. Die Unterzeichnung des wissenschaftlich-technischen Abkommens[34] werde diesen Prozeß fördern.

Im Herbst kämen Schüler aus Hessen nach Moskau und Leningrad. (BM: Auch das sollte ausgeweitet werden.) BM betonte, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland keine feindseligen Gefühle gegenüber der Sowjetunion gebe. Die deutschen Touristen, die gestern auf dem Flugplatz applaudiert hätten, als Schewardnadse und er herauskamen, hätten ausgedrückt, was alle bei uns dächten. Man müsse natürlich Feindbilder abbauen, wo es sie gebe. Unsere Kinder würden in der Schule zur Achtung vor anderen Völkern erzogen.

Gorbatschow: Aus dem Volk kämen oft bessere und einfachere Formulierungen dessen, worauf es ankomme, als von Politikern. In Leningrad sei ihm eine For-

33 Am 28. Januar 1972 vereinbarten die Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Brandt Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen. Darin hieß es u. a.: „Die Einstellung in den Öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Bestehen hieran begründete Zweifel, so rechtfertigen diese in der Regel eine Ablehnung." Vgl. BULLETIN 1972, S. 142.

34 Zum Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

mel vorgeschlagen worden, die jetzt überall wiederholt werde: An den GS habe man nur eine Forderung, nämlich im Lande Ordnung und in der Welt Frieden zu schaffen. Das sei die sowjetische Politik. Man müsse das eigene Potential entfalten. Hier habe man viele Sorgen. Wenn Deutschland an dem Prozeß konstruktiv teilnehmen könne, würde man dies begrüßen. Es gehe um neue Formen der Zusammenarbeit. Die Devisen hätten sich aus bekannten Gründen verringert. Man müsse nach anderen Wegen suchen.

Im Hinblick auf die internen Entwicklungspläne sei man an einer stabilen Welt interessiert. Die Sowjetunion sei ein riesiges Land und ein großes Volk, nach der Zählung vom 1. Juli 280 Mio. Man müsse im wirtschaftlichen und sozialen Bereich viele Impulse geben. Im übrigen schreibe man schon kritischer über sich selbst im eigenen Land, als der Westen dies tue. Die geschlossene Gesellschaft sei plötzlich zu einer offenen geworden. In den USA habe man völlig falsche Vorstellungen über die Sowjetunion.

BM bezeichnete es deshalb als wichtig, daß GS in die USA gehe. Er solle dem Präsidenten sagen, was er heute uns gesagt habe. Was die offene Gesellschaft angehe, so stünden wir heute vor einer Entwicklung, die gar keine andere Alternative lasse, als die einer offenen Gesellschaftsentwicklung.

Das Unglück von Tschernobyl[35] habe über die Grenzen Wirkungen gehabt. (Gorbatschow: Wir sind bereit, mit ihnen bilateral und in der IAEO zusammenzuarbeiten.) Die natürlichen Lebensgrundlagen könnten wir nur gemeinsam erhalten (GS: völlig einverstanden). Das wichtigste Produktionsmittel in der Zukunft werde die Informationstechnologie sein. Wir stünden vor neuer technologischer Revolution, vor dem Informationszeitalter. Dies werde unsere Gesellschaft verändern wie die sowjetische. Wer sich ausklammere, würde sich vom Fortschritt ausschließen. Informationsgesellschaft bedeute weltweite Zusammenarbeit.

GS betonte, daß man sich nicht im nationalen Rahmen abschließen könne. Die Wirtschaften hingen voneinander ab. Man wolle aber die SU isolieren. USA und BR Deutschland operierten mit Verboten nach COCOM-Listen. Die SU habe auch eine interne COCOM-Liste zwischen militärischer und ziviler Industrie gehabt; diese habe man begraben. Die modernste Technologie im militärischen Bereich werde man jetzt auch für zivile Zwecke verwenden. Man werde mit dem eigenen COCOM fertig, müsse aber abwarten, was der Westen tue.

BM replizierte: Wir wüßten, daß die Sowjetunion in ihrer Rüstung weit fortgeschritten sei. Er habe es jedoch oft als Fehler bezeichnet zu glauben, man könne die SU in die Ecke rüsten. Wir wüßten, daß die Stabilität in Europa nicht nur Frage der militärischen Stabilität sei. Wir wollten auch technologisch keine Spaltung Europas, es gäbe schon genügend Spaltungen. Er habe neulich einem Gesprächspartner, der gefragt habe, ob wir wirklich die neueste Technologie an die Sowjetunion liefern wollten, mit der Gegenfrage geantwortet, ob die Lieferung der neuesten Technologie für Reaktorsicherheit nicht in unserem Interesse sei. Wir seien für Zusammenarbeit in allen Bereichen. Unsere komplementären Wirtschaften könnten sich gut ergänzen.

35 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

Gorbatschow erwähnte einen Bericht Kwizinskijs mit dem Vorschlag, neue Formeln der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu finden. Nach anfänglichen Zweifeln habe er Anweisungen erteilt, dies zu untersuchen. Vielleicht könne man gemeinsame Betriebe oder tiefere Formen der Kooperation finden. Vielleicht könne man Kompensationsgeschäfte schließen, bei denen die Sowjetunion mit Produkten bezahle. Man könne auch neue Kreditbeziehungen entwikkeln. Man habe gesehen, was der Westen mit kreditabhängigen Ländern mache. Deshalb zu beschließen, keine Kredite mehr zu nehmen, wäre aber keine Politik für die Sowjetunion. Je mehr wir wirtschaftlich voneinander abhingen, um so zuverlässiger werde die Politik werden. Aber die Gegenseitigkeit sei wichtig. (BM: Dies unterstreiche er drei Mal. Gegenseitige Abhängigkeit und gemeinsame Interessen erkennen.)

GS: Es sei die tiefste Überzeugung der Sowjetunion, daß man zivilisiertere Beziehungen brauche. Er unterstreiche noch einmal: Die Sowjetunion wolle Zusammenarbeit, Frieden und Abrüstung, und zwar in der Praxis und ohne den Wunsch, die Partner zu überlisten.

Er habe erklärt, daß er bereit sei, nicht nur in die USA zu gehen, sondern selbst in die Arktis oder jeden anderen Erdteil, wenn dort positive Entscheidungen möglich würden.

Dies habe er dem Präsidenten geschrieben. Er wolle aber nicht nur eine Pose für das Fernsehen. Bei einem neuen Treffen müsse man etwas erreichen. Wenn man sich auf eine Pose beschränke, würde die Sowjetunion verlieren: In den Augen des eigenen Volkes, ihrer Verbündeten und der Welt. Er habe mit Nixon zwei Stunden über diese Fragen gesprochen[36], dieser werde Reagan berichten. Dies sei der Nixon gewesen, mit dem man ABM und SALT zustande gebracht habe. (BM: und die wichtige Erklärung von 1972[37]; GS stimmt zu.) Nixon habe gezeigt, daß er ein realer Politiker sei. Er habe anerkannt, daß es falsch gewesen sei, im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis nach einem Mythos zu jagen. Nixon kenne die Geschichte, er habe auch bestätigt, daß die Sowjetunion immer aufgeholt habe, aber nie an der Spitze des Rüstens gestanden habe.

Gorbatschow betonte: Man wolle in der Bundesregierung einen seriösen Partner sehen für den politischen Dialog. Man wolle einen seriösen Meinungsaustausch, der auf die Verbesserung der Situation gerichtet sei. Wenn man dem Weg folge, den die USA zeige, könne man sich am Ende am falschen Ort finden. Der Präsident habe Kräfte um sich, die ihm Entscheidungen schwer machten.

Deshalb komme es jetzt sehr darauf an, was wir täten. Der höchste Wert sei die Erhaltung des Friedens. Wir würden in unserem Haus schon zurechtkommen. Man brauche ein neues Denken. Wir sollten in unseren Beziehungen eine neue Seite aufschlagen, nicht um zu vergessen, aber um nach Wegen für eine bessere Zusammenarbeit zu suchen. BM betonte: Vieles von dem, was Gor-

36 Der ehemalige Präsident Nixon hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1986 in der UdSSR auf und führte am 18. Juli 1986 in Moskau eine Unterredung mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu den Artikel „Advice From the Third Man"; TIME, Nr. 22 vom 30. November 1987, S. 16.

37 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

batschow über gemeinsame Interessen und die Förderung von Stabilität und Vertrauen gesagt habe, entspreche unserer Haltung. Er habe vor seiner Abreise mit führenden Vertretern deutscher Wirtschaft gesprochen, die sich auch Gedanken machten, wie man die Struktur wirtschaftlicher Beziehungen verändern könne, um in die Zukunft zu leiten. Noch besser wäre es, gemeinsam nachzudenken. Vielleicht könne sich die gemeinsame Wirtschaftskommission darum kümmern. – Gorbatschow begrüßte diese Überlegungen, bisher habe man allerdings viele Treffen gehabt, und der Berg habe nur eine Maus geboren. Der Handelsrahmen alleine reiche nicht, man brauche neue Formen. Man wolle nicht ein Treffen der Kommission im herkömmlichen Sinne, ohne Früchte. Deshalb müsse dies gründlich vorbereitet werden.

Wenn sowjetische Seite zu einem solchen Treffen der Wirtschaftskommission bereit sei, werde sie uns ein Zeichen geben.[38]

BM unterstrich unser Interesse an einem amerikanisch-sowjetischen Gipfel mit praktischen Ergebnissen. Das gelte auch für den deutsch-sowjetischen Dialog. Unsere Völker erwarteten, daß wir zeigten, daß wir miteinander sprächen, und zwar über wesentliche Dinge. Deshalb sei die Bekräftigung der Einladung des Bundeskanzlers an ihn eine ehrliche Offerte. BK wolle auch nicht lediglich einen Fernsehauftritt mit Gorbatschow. (Gorbatschow gab zu verstehen, daß es ihm ganz ohne Fernsehen auch nicht recht sei.)

BM unterstrich, daß wir ebenfalls der Auffassung seien, wir sollten die Vergangenheit nicht vergessen, aber trotzdem ein neues Blatt aufschlagen. Wir sollten überlegen, wo wir überall durch unsere Zusammenarbeit die Beziehungen verbessern könnten. Dies liege nicht nur im Interesse unseres Landes, sondern auch in dem Europas, man könnte sagen, unseres Europas. BM erinnerte erneut an unsere humanitären Anliegen, die sehr im Interesse unserer Bürger lägen, und bat GS, auch das ernst zu nehmen, was er über die Asylanten und Aeroflot gesagt habe.

[gez.] Braunmühl

Referat 213, Bd. 139316

38 Am 11. September 1986 informierte das Bundesministerium für Wirtschaft: „Botschafter Kwizinskij hat in seinem Gespräch mit BM Dr. Bangemann am 9. September 1986, das er offiziell als Umsetzung der Gespräche BM Genscher/GS Gorbatschow bezeichnete, den Vorschlag für ein Zwischentreffen der Ko-Vorsitzenden der Wirtschaftskommission noch in diesem Jahr unterbreitet. BM Dr. Bangemann hat diesen Vorschlag angenommen und seinerseits als Termin für das Zwischentreffen die erste Dezemberwoche 1986 in Bonn vorgeschlagen.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 409; Referat 421, Bd. 140420.

210

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 22. Juli 1986, 19.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2078 **Ankunft: 22. Juli 1986, 19.00 Uhr**
Citissime

Betr.: Besuch des BM in Moskau, 20. bis 22.7.1986;
hier: 22.7.86

Bezug: Delegationsberichte vom 21./22.7.86[2]

Zur Unterrichtung – von BM nicht genehmigt

I. Die Ministergespräche wurden mit den Delegationen am Vormittag des 22.7. von 10.00 bis 12.30 Uhr fortgesetzt. Anschließend unterzeichneten BM Genscher und BM Riesenhuber auf deutscher Seite mit AM Schewardnadse und dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des SKWT[3], Jefremow, auf sowjetischer Seite das WTZ-Abkommen.[4] (D 2[5] und Bondarenko unterzeichneten dazugehörige Protokollnotiz.[6]) Die Ressort-Abkommen in den Bereichen Landwirtschaft, Kernenergie und Gesundheit wurden von den Vertretern der zuständigen Ressorts paraphiert. Die beiden AM unterzeichneten ferner das Protokoll zur Errichtung von Generalkonsulaten in München und Kiew.[7] Anschlie-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 28.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err]n D 3 m[it] d[er] B[itte], israel[ischen] Bo[tschafter] über das ihn interessierende Thema zu unterrichten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 23. Juli 1986 vorgelegen.

2 Für die Drahtberichte Nr. 1 bis 5 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, bzw. des Botschafters Ruth, z. Z. Moskau, vgl. Dok. 207–209.

3 Staatskomitee für Wissenschaft und Technologie.

4 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu auch Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

5 Gerold Edler von Braunmühl.

6 In der Protokollnotiz bekräftigten die Bundesrepublik und die UdSSR ihr gemeinsames Verständnis, „daß es bei der Beteiligung von Angehörigen des Personenkreises an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die ad personam an diesem Austausch teilnehmen, weder einen positiven noch einen negativen Automatismus geben darf." Weiter hieß es: „Dementsprechend werden bei der Vereinbarung der Fachvereinbarungen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und über Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft und den dazugehörigen Programmen diese Personen an dem Austausch für den Zeitraum 1987/88 beteiligt, und hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich der Agrarforschung wird ihre Teilnahme für diese Periode nicht vorgesehen. In den anschließenden Programmen im Bereich der Agrarforschung wird eine Teilnahme stattfinden können, während in anderen Programmen oder einem Programm sie nicht obligatorisch sein wird. Ein analoger Ansatz wird Anwendung finden auf ein Ressortabkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes bei dem der obengenannte Personenkreis in einem Programm für die erste Periode vorgesehen wird. Verhandlungen über ein solches Abkommen werden in Kürze aufgenommen." Vgl. Referat 213, Bd. 139384.

7 Das Protokoll vom 22. Juli 1986 hatte folgenden Wortlaut: „1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird mit Zustimmung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Generalkonsulat in Kiew errichten. Gleichzeitig wird die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein Ge-

ßend fand das von AM Schewardnadse gegebene offizielle Mittagessen statt. Danach gab BM Genscher internationale Pressekonferenz.

II. Im Delegationsgespräch am 22.7. billigten die Minister Vorschläge, die in ihrem Auftrag von D2A[8] und VAM Petrowskij zur Verstärkung der Konsultationen über rüstungskontrollpolitische Fragen ausgearbeitet worden waren[9]. Anschließend wurden zuerst regionale, dann bilaterale Fragen erörtert.

1) Rüstungskontrollpolitik

D2A trug die Vorschläge an die Minister vor, über die er sich mit VAM Petrowskij geeinigt hatte:

a) Konsultationen auf Abteilungsleiterebene Ende August oder Anfang September d.J. über CW und über das Konzept der Verifikation. Bei CW soll es um vier Fragenbereiche gehen:

– Nichtproduktion unter effektiver Kontrolle,
– Verifikation bei Verdacht,
– Probleme neuer CW einschließlich binärer,
– Problem der Verhinderung der Verbreitung von CW.

An den Konsultationen sollen neben den Abteilungsleitern die Genfer Verhandlungsführer[10] teilnehmen. Ort der Konsultation bleibt zu vereinbaren.[11]

b) Es wurden Möglichkeiten geprüft, die bilateralen vertraulichen Kontakte in Stockholm zu intensivieren und vorgeschlagen[12], daß beide Seiten ihre Delegationsleiter in Stockholm[13] über die Modalitäten dieser Kontakte instruieren werden. Den Delegationsleitern wird darüber hinaus mitgeteilt, daß sie die von Botschafter Citron gemachten Vorschläge diskutieren sollen.[14] Es bestand

Fortsetzung Fußnote von Seite 1106

neralkonsulat in München errichten. 2) Alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen einschließlich des genauen Zeitpunktes der Eröffnung der beiden Generalkonsulate werden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auf diplomatischem Wege durch Notenwechsel geregelt." Vgl. Referat 213, Bd. 143541.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken hielt am 11. August 1986 zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Protokoll fest: „Kurz vorher hatten der BM und Schewardnadse in dem angrenzenden Raum, in dem gerade die zweite Gesprächsrunde zwischen beiden Ministern zu Ende gegangen war, Erklärungen zu Berlin abgegeben. Der BM erklärte: ‚Ich gehe davon aus, daß die Interessen von Berlin (West) in befriedigender Weise wahrgenommen werden können'. AM Schewardnadse gab sodann eine Erklärung ab, die inhaltlich wie folgt lautete: ‚Die sowjetische Seite bestätigt ihre Position in der Frage, die auf dem Viermächteabkommen vom 3.9.1971 beruht'." Vgl. Referat 213, Bd. 143541.

8 Friedrich Ruth.

9 Korrigiert aus: „ausgearbeitet waren".

10 Henning Wegener bzw. Wiktor Lewonowitsch Israeljan.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Nasarkin, am 15. September 1986; Dok. 264, Anm. 13.

12 So in der Vorlage.

13 Klaus Jürgen Citron und Oleg Alexejewitsch Grinewskij.

14 Vgl. dazu den informellen Paketvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 17. Juli 1986; Dok. 209, Anm. 14.
Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), informierte am 24. Juli 1986, daß ihn der Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, über die erste Reaktion der sowjetischen Regierung in Kenntnis gesetzt habe: „Er begrüßte den westlichen Verhandlungsschritt und nahm dann zu den einzelnen Punkten anhand eines langen Papiers Stellung: 1) Notifikationsschwelle: Die von SU genannte Zahl von 18000 sei nicht Moskaus letzte Zahl; Moskau sei jedoch nicht bereit, die von UK und mir genannte Zahl von 9000 Mann oder die von anderen westlichen DL er-

Übereinstimmung, daß beide Seiten ihre Anstrengungen verstärken werden, ein substantielles Ergebnis bis zum 19. Sept. d. J. zu erreichen.

c) Vorschlag, Konsultationen über den Komplex der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural ins Auge zu fassen. Diese Konsultationen können Ende Dezember 1986 oder Anfang Januar 1987 auf Abteilungsleiterebene stattfinden.

d) Vorschlag, auf der Ebene D 2 A/VAM Petrowskij 1987 Konsultationen über gesamten Komplex der Abrüstung und Rüstungskontrolle in Bonn zu einem noch zu vereinbarenden Termin abzuhalten.

2) Bilaterale Fragen

a) D 2 A führte ferner aus, VAM Petrowskij habe Wiederaufnahme von NV-Konsultationen vorgeschlagen. Er, D 2 A, habe wegen Zuständigkeit anderer Abteilungen des AA jetzt nicht zustimmen können.

b) Außerdem habe VAM Petrowskij Zusammentreffen von D 2 A mit stellvertretendem Vorsitzenden der Atomenergiekommission, Semjonow, zu Fragen der Reaktorsicherheit vorgeschlagen. Frage sei zurückgestellt worden, weil weder D 2 A noch ein Mitglied der Botschaft über die erforderliche Sachkompetenz verfügt. Diese Frage soll nach Unterrichtung von BM Wallmann auf diplomatischem Wege beantwortet werden. Als Gesprächspartner für BM Wallmann habe VAM Petrowskij den Vorsitzenden des Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, Petrossjanz, vorgeschlagen.

Die Minister billigten die auch von VAM Petrowskij noch einmal ausdrücklich bestätigten Vorschläge. Frage des BM, ob also heute vereinbart werde, daß BM Wallmann und Petrossjanz Gespräche führen können, auch schon zur Vorbereitung der IAEO-Konferenz über Reaktorsicherheit[15], und daß Zeit und Ort auf diplomatischem Wege festgelegt werden sollen, wurde von sowjetischer Seite bestätigt.[16]

c) Von sowjetischer Seite wurden politische Direktorenkonsultationen vorgeschlagen, d. h. nicht nur Abrüstungskonsultationen, wie die sowjetische Seite

Fortsetzung Fußnote von Seite 1107

wähnte Zahl von 10 000 zu akzeptieren. […] 2) Information: SU sei bereit, in Notifizierungsinhalt Angaben über die Art der beteiligten Divisionen zu geben, z. B. ‚Infanteriedivision', ‚Panzerdivision' oder ‚Motorized Rifle Division', nicht jedoch über die Bezeichnung und den Standort der Division. Letztere Angaben seien für das gegenwärtige Stadium der VSBM nicht notwendig, vielleicht ‚beim nächsten Mal'. […] 3) Transfers: SU-DL äußerte sich befriedigt über den Stand seiner Gespräche mit US-DL. […] 4) Inspektionen: SU sei bereit, schon in dieser Phase begrenzte Zahl von Inspektionen (passive Quote von 1 bis 2) zu gewähren, wenn sowjetische Bedürfnisse (‚concerns') berücksichtigt würden, vor allem beim westlichen O[ut]O[f]G[arrison]-Konzept. […] SU akzeptiere Land- oder Luftinspektionen, bei Luftinspektion müsse jedoch das Gastland das Flugzeug stellen (nicht die N+N). […] 5) Beobachtung: SU sei bereit, mehr Beobachtungen zu bieten, schlage unterschiedliche Parameter für Notifizierung und Beobachtung vor (‚split level'): Beobachtung aller militärischen Aktivitäten erst ab 20 000 Mann. Wir lehnten solche hohen Schwellen ab. 6) Communication: ‚Ja' zu ‚diplomatic channels', aber ‚Nein' (noch nicht) zu militärischer Kommunikation. 7) Constraints: Diese Frage, an der vor allem JUG besonders interessiert sei, bleibe auch für SU ein wichtiges Element dieser Phase. (Dieser Punkt wurde von Botschafter Grinewskij sehr ‚low key' vorgetragen, wohl als taktisches Instrument gedacht.)" Vgl. den Drahtbericht Nr. 288; VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Zur Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz vom 24. bis 26. September 1986 in Wien vgl. Dok. 266.

16 Zu den geplanten Gesprächen des Bundesministers Wallmann mit der sowjetischen Regierung vgl. Dok. 218, Anm. 11.

auf Nachfrage von BM präzisierte. Wir wiesen auf Zuständigkeit von D 2 für Bereiche außerhalb der Abrüstung hin. AM Schewardnadse wies auf Möglichkeiten der Einschaltung der Botschaften hin, um Themenkreise festzulegen.[17]

d) AM Schewardnadse schlug häufigere Treffen der Außenminister vor.

e) Anknüpfend an Besorgnis des GS über SU-Bild in deutscher Öffentlichkeit und unser spiegelbildliches Anliegen mit Bezug auf die SU schlug BM vor, Möglichkeiten für wesentliche Verbesserung des Schüler- und Jugendaustausches zu prüfen. BM schlug außerdem vor, Fernsehdiskussionen der beiden Minister und Ansprachen des Bundeskanzlers und des Generalsekretärs im Fernsehen der jeweils anderen Seite ins Auge zu fassen. Schewardnadse suchte Eindruck zu erwecken, als wenn unterhalb der Regierungsebene u. a. über Städtepartnerschaften bereits ein reger Austausch bestehe, der weiter gefördert werden sollte. Im übrigen beteuerte er, daß die SU für umfangreiche Kontakte sei, und nannte neben dem Jugendaustausch noch Kultur und Wissenschaft, TV-Auftritte auf Ebene Minister und GS/BK hielt er für nicht unrealistisch. Man könne darüber nachdenken, auch an andere Vertreter. Sowjetische Seite sei dafür.

f) BM hielt aus Gespräch mit GS Gorbatschow Ankündigung[18], uns ein Signal zu geben, sobald die Gemischte Wirtschaftskommission zu einer Sondersitzung über neue Strukturen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammentreten kann. Der BK, mit dem er hierüber gesprochen habe, würde dies sehr begrüßen.

Sch. antwortete ausweichend. Gorbatschow habe von neuen Formen der Zusammenarbeit, gemeinsamen Betrieben, Kooperationen und Kompensationen gesprochen. Aber der Prozeß des Ausarbeitens dieser Ideen mit dem Ziel der Umsetzung in die Praxis werde eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Im übrigen habe der GS unterstrichen, daß sich die SU auf eigenen Grundlagen entwikkeln werde und hierzu auch fähig sei. Bei der Zusammenarbeit mit dem Ausland komme es der SU darauf an, wirklich „Fortschrittliches" zu beziehen.

g) BM schlug vor, nach der Unterzeichnung des WTZ sich nun der Frage eines Zweijahresprogramms zum Kulturabkommen zuzuwenden und auch zu versuchen, die Probleme der Rechtshilfe zu lösen.[19] Sch. war einverstanden hinsichtlich des Kulturprogramms.

h) BM sprach unter Bezugnahme auf sein Gespräch mit Gorbatschow noch einmal Ausreise von Deutschen aus der SU im Hinblick auf Korb III der Schlußakte[20] und die bilateralen Beziehungen (Aufmerksamkeit unserer Öffentlich-

17 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Regionalkonsultationen."
Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen am 30./31. Oktober 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 310 und Dok. 313.

18 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

19 Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 202, Anm. 10 und 11.

20 Für den Wortlaut des Dokuments „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

keit gerade für diese Frage) an. Er überreichte eine Härtefall-Liste (durch RL 213 gegenüber Gesandten Ussytschenko vollzogen[21]) und Bitte um großzügige Lösung. (Nicht offiziell hat BM bei Spaziergang nach der Sitzung Fall Rudolf Heß angesprochen.[22] Sch. erwiderte, auch wenn dieser bei Angriff auf SU schon in GB gewesen sei, habe er so prominente Rolle bei Aufbau des Nazismus gespielt, daß seine Begnadigung für SU emotional zu schwierig sei.)

i) Als dringendes Anliegen in den Beziehungen sprach BM Frage des Aeroflot-Transports von asylsuchenden Ausländern an, die über Ostberlin und Berlin (West) in die BR Deutschland ohne Visum gelangten.[23] Sch. bezeichnete dies als mit den Behörden der DDR zu klärende Frage. Aeroflot lasse keine Völkerrechtsverletzungen zu. BM insistierte nachdrücklich, daß es sich um die Frage der Einhaltung von Vereinbarungen zwischen den Fluggesellschaften handele, zitierte einschlägige sowjetische Vorschriften und bat Sch., der bereits mit dem sowjetischen Luftfahrt-Minister[24] Kontakt aufgenommen hatte, sich noch einmal mit der Sache zu beschäftigen.[25]

j) Sch. nahm Frage des Bezugs des sowjetischen Botschaftsgebäudes und insbesondere der sowjetischen Schule in Bonn auf.[26] Ich wies darauf hin, daß bei unserem Botschaftsbau in Moskau keine Verringerung der Verzögerung festzustellen sei. BM sagte Prüfung zu, legte sich aber nicht fest (anschließend konnte er sich bei Besuch der Baustelle vom schleppenden Fortgang des Baus überzeugen).[27]

21 Der Passus „durch RL 213 … vollzogen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich habe insgesamt fünf Härtefall-Listen übergeben.“

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken nahm am 11. August 1986 Stellung zur Äußerung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse. Diese sei „im Ton moderater als frühere Stellungnahmen von sowjetischer Seite (etwa Botschafter Semjonow gegenüber StS Schreckenberger am 3.4.1984: Heß' Freilassung zeige ein ‚falsches Verständnis von Menschlichkeit', als einer der ‚Hauptkriegsverbrecher' habe er sein Verhalten nie bereut). Gleichwohl ist nicht zu erwarten, daß die SU auf den erneuten brieflichen Appell des Herrn Bundeskanzlers vom 21.7.1986 an Präsident Reagan und Mitterrand, PM Thatcher und GS Gorbatschow, Rudolf Heß aus humanitären Gründen zu begnadigen, positiv reagiert. Die Gründe, die aus sowjetischer Sicht die Fortdauer der Haft rechtfertigen (Bestrafung von Heß als Symbolfigur des Nationalsozialismus, das mit der Verwaltung Spandaus verbundene Präsenzrecht im britischen Sektor) bestehen weiter. […] Da aber auch die drei westlichen Gewahrsamsmächte nicht bereit sind, den Vereinbarungen mit der SU zuwiderzuhandeln und Rudolf Heß ohne sowjetische Zustimmung freizulassen, ist nicht damit zu rechnen, daß Rudolf Heß in Freiheit sterben wird.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139399.

23 Zur Einreise von Asylsuchenden über Ost-Berlin nach Berlin (West) vgl. Dok. 209, Anm. 31.

24 Boris Pawlowitsch Bugajew.

25 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken handschriftlich: „Dies sagte Sch[ewardnadse] schließlich zu.“

26 Zum Stand der Botschaftsneubauten der UdSSR und der Bundesrepublik in Bonn-Bad Godesberg bzw. Moskau vgl. Dok. 79, Anm. 27 und 28.
In einer undatierten Aufzeichnung notierte Referat 111, daß das Auswärtige Amt wegen des Baurückstands an der Botschaft der Bundesrepublik von derzeit elf Monaten die Unterzeichnung des vereinbarten „Protokolls über die Inbetriebsetzung der bisher fertiggestellten Gebäude des ersten sowjetischen Bauabschnitts in Bonn (Schule, Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen)“ zurückgestellt habe, „bis die zuständigen sowjetischen Stellen den Baurückstand in Moskau spürbar reduziert haben und zusätzliche Erschwernisse, die zu weiteren Bauverzögerungen führen, wie die Beeinträchtigung der uns vertraglich zustehenden TV-Überwachung unserer Botschaftsbaustelle […], unterlassen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139316.

27 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken handschriftlich: „(Ende des bilateralen Teiles“).
Am 28. Juli 1986 informierte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl die Botschaft in Moskau,

[28]3) Regionale Konfliktherde

1) Iranisch-irakischer Konflikt

BM äußerte unsere Sorge über die Entwicklung. Er erwähnte unsere Bemühungen um Verhinderung einer Ausweitung des Konflikts und um dessen baldige Beendigung. Wir lieferten an keine der Parteien Waffen.

AM Schewardnadse (Sch.) teilte Besorgnis des BM. Er bezeichnete Beziehungen der SU zum Irak als „sehr gut", zu Iran „als gut nachbarlich". Gegenüber beiden habe die SU ihre Verpflichtungen auf vielen Gebieten der Zusammenarbeit. Die SU stehe in ständigen Konsultationen auch mit anderen Staaten in der Region. Alle müßten sich dieses Problems annehmen.

2) Nahost-Konflikt

BM bezeichnete Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes als Schlüsselfrage. Wir stünden im Gespräch mit allen unmittelbar betroffenen Staaten in der Region. Unter Hinweis auf ein kürzliches Gespräch mit dem israelischen Botschafter in Bonn[29] unterstrich BM den Wunsch israelischer Regierung nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der SU.[30]

Sch. plädierte ausführlich für sowjetischen Vorschlag, Einberufung einer internationalen Konferenz vorzubereiten.[31] Schon die Vorbereitung dieser Konferenz sei von entscheidender Bedeutung, denn sie müsse Elemente der künftigen Regelung zum Inhalt haben. Deshalb habe sowjetische Seite den Vorschlag eines internationalen Vorbereitungsausschusses unter der Obhut des Sicherheitsrates unterbreitet. An seinem Rande gebe es Möglichkeiten zu bilateralen und multilateralen Kontakten. Die Interessen des Westens würden bei einem solchen Vorgehen berücksichtigt. Man müsse jetzt handeln und mit der Arbeit beginnen.

In der Substanz legte Sch. die bekannten sowjetischen Positionen dar. Auf Nachfrage des BM äußerte er sich zur Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel. Es gäbe keine Änderung in der sowjetischen Position, sie sei prinzipieller Natur. Sch. ließ erkennen, daß sich die sowjetische Regierung dabei von der Rücksichtnahme auf ihre arabischen Freunde leiten

Fortsetzung Fußnote von Seite 1110

er habe gegenüber dem sowjetischen Gesandten Jelisarjew erklärt, „daß wir nach der Sommerpause so schnell wie möglich die in Moskau ins Auge gefaßten Punkte aufnehmen sollten, um das Momentum des Besuchs zu erhalten. Die Gespräche über die Generalkonsulate könnten wir in Bonn führen, im Kultur-Bereiche seien wir für eine Sitzung der Kommission im Herbst. Auch in der Rechtshilfe sollte man eine Vereinbarung aufgrund des besprochenen Modelles des Direkt-Verkehrs anstreben. […] Auch die Umwelt-Verhandlungen sollten bald aufgenommen werden. Wir hätten unsere Botschaft in Moskau gebeten, im SAM ein Gespräch über die sowjetischen Vorstellungen zum weiteren Verfahren zu führen, auch hinsichtlich der übrigen Punkte (Weiterbehandlung der Abkommen, Schüler- und Jugend-Austausch, Fernseh-Auftritte)." Vgl. den Drahterlaß Nr. 742; Referat 213, Bd. 139316.

28 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2079 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

29 Jitzhak Ben-Ari.

30 Die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der UdSSR wurden am 10. April 1967 abgebrochen.

31 Zur sowjetischen Haltung in der Frage einer Nahost-Friedenskonferenz vgl. Dok. 200, Anm. 9.

läßt. Er verwies darauf, der jetzige Vorschlag der SU werde es auch möglich machen, die Beziehungen zwischen der SU und Israel zu normalisieren.

3) Afghanistan

BM griff dieses Thema auf, indem er an die ermutigenden Äußerungen über die Möglichkeit einer politischen Lösung beim letzten Gipfeltreffen[32] erinnerte. Seitdem sei es darum still geworden. Wie schätze die Sowjetunion dies ein?

Sch. erwiderte, die Sache dürfe nicht einschlafen. Die Sowjetunion habe sich zu den Verhandlungen geäußert. Diese Verhandlungen würden Ergebnisse bringen, wenn die andere Seite ernsthaft an alle Verhandlungskomplexe herangehe. (Auf Nachfrage des BM erläuterte Sch., daß er mit „anderer Seite" letztlich die USA meine, die hinter der Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans stehe.)

BM erinnerte an die Vorschläge der EG für eine politische Lösung.[33] Eine solche Lösung würde gewiß einen positiven Eindruck in unserer Öffentlichkeit hervorrufen. (Hier stellte BM einen Zusammenhang mit der Sorge des GS über das Bild der SU in unserer Öffentlichkeit her.)

Sch. gab betont positive Darstellung der jüngsten Entwicklungen in Afghanistan und wies dabei mit besonderem Nachdruck auf den „volksdemokratischen" Charakter des Selbstverständnisses der afghanischen Revolution hin (offenbar in der Absicht, westliche Thesen vom kommunistischen Charakter des Regimes in Frage zu stellen).

Sch. erwähnte insbesondere die Vorbereitung einer Verfassung und von nationalen Wahlen. Er behauptete, in jüngster Zeit seien 30 000 Flüchtlinge zurückgekehrt. Sch. äußerte sich ferner positiv über die Verhandlungen mit Pakistan[34], erinnerte aber zugleich an den unlösbaren Zusammenhang zwischen einer Einstellung der militärischen Einmischung und einem Abzug der sowjetischen Truppen. Er bestätigte die Aussage von GS Gorbatschow auf dem letzten Parteitag, daß es bereits Termine für einen Abzug der sowjetischen Truppen gebe, aber eben unter der Voraussetzung der Einstellung der Einmischung von außen.[35] Die SU werde ihren Verpflichtungen gegenüber Afghanistan treu bleiben, wolle sich aber möglichst schnell zurückziehen.[36] Den Hinweis des BM auf unsere Hilfe für die Flüchtlinge in Pakistan[37] beantwortete Sch. mit dem Vor-

32 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

33 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan vom 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, II, Dok. 185.
Am 27. Dezember 1983 bekräftigten die EG-Mitgliedstaaten diese Erklärung. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1983, S. 101.

34 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 176, Anm. 28.

35 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 in Moskau; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 280.

36 In einer Rede am 28. Juli 1986 in Wladiwostok kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an, daß die UdSSR bis zum Jahresende sechs Regimenter aus Afghanistan zurückführen werde: „Diese Einheiten werden zu ihren ständigen Standorten in der Sowjetunion so zurückkehren, daß sich alle, die daran interessiert sind, ohne weiteres davon überzeugen können." Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 35.

37 Zur humanitären Hilfe der Bundesrepublik für Pakistan vgl. Dok. 194, Anm. 6.

wurf, wir kontrollierten nicht, wohin unsere Gelder flössen. BM wies diesen Vorwurf zurück.

4) Südafrika

Thema wurde von Sch. angesprochen, der von der Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen sprach. BM äußerte sich pessimistisch über Aussichten für eine friedliche Lösung, weil bei beiden Bevölkerungsgruppen eine Versteifung festzustellen sei.

Sch. forderte wirtschaftliche Sanktionen und deutete unsere Ablehnung solcher Maßnahmen als Ausdruck unserer wirtschaftlichen Interessen in Südafrika. BM stellte richtig, daß dies für uns eine Grundsatzfrage sei: Wir seien niemals für wirtschaftliche Sanktionen eingetreten, unabhängig davon, welche Seite sie beträfen. Südafrika setze sich einem Prozeß der Selbst-Sanktionen aus, als Folge von Kapitalflucht und eines deutlichen Sinkens der Investitionsbereitschaft. Sch. schloß die Diskussion mit der Bemerkung, dies sei eine wirklich komplizierte Frage, und man solle es dabei bewenden lassen, daß beide Seiten sich dazu geäußert hätten.

5) Zum Abschluß der Diskussion über die regionalen Konfliktherde schlug Sch. vor, die bilateralen Konsultationen auf Abteilungsleiter-Ebene auch auf diese Fragen auszudehnen, wie das bei den USA der Fall sei. BM stimmte zu.[38]

[gez.] Kastl

Referat 213, Bd. 139316

38 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Habe in Erinnerung, daß sich BM rezeptiv verhielt. Habe auch mit Dolmetscher Weiß gesprochen."

211

Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 768 **Aufgabe: 22. Juli 1986, 12.45 Uhr**[1]
Ankunft: 23. Juli 1986, 09.23 Uhr

Betr.: Frage von Entschädigungen für „Mengele-Zwillinge“

Bezug: 1) DB 763 vom 21.7.86 – Pol 321.00[2]
2) DB 166/167 vom 8.2.85 – RK 312.20 (an 511)[3]

1) Vera Kriegel und RA Erlich haben als Vertreter der Organisation der Mengele-Zwillinge „CANDLES“ (Children of Auschwitz Nazi Deadly Lab Experiments Survivors) am 14. Juli in populärer Magazin-Sendung israelischen Fernsehens „seh ha-sman“ nach ihrem kürzlichen Besuch in Bonn[4] ausführlich und kritisch über derzeitigen Sachstand bei Frage zusätzlicher deutscher Entschädigungen für die rund 100 von ihnen vertretenen Zwillinge berichtet, die als Kin-

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat Kaul, Tel Aviv, konzipiert.
Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 24. Juli 1986 vorgelegen, die die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Richter verfügte und handschriftlich vermerkte: „Sollen wir uns in Zuschrift über Dg 31 an 503 für ‚politische Geste‘ einsetzen? Wir haben doch Interesse, d[ie]s[e] Diskussion zu beenden.“
Hat Richter am 24. Juli 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“
Hat Kaempffe am 25. Juli 1986 erneut vorgelegen.

2 Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, berichtete über den Besuch der FDP-Abgeordneten Baum und Hirsch vom 16. bis 19. Juli 1986 in Israel: „MdBs Baum und Hirsch führten in Tel Aviv am 17.7.1986 über einstündiges Gespräch mit Vertretern der Organisation der Mengele-Zwillinge. Gespräch fand auf Wunsch der Mengele-Organisation statt. Israelische Seite führte zunächst Klage, sie sei bei Besuch in Bonn Ende Juni von Beamten ‚etwas kühl‘ behandelt worden, zeigte sich jedoch über Verlauf der Bundestagsdebatte befriedigt. Sie bat, MdBs möchten sich für Belange der Mengele-Zwillinge einsetzen. MdB Baum erwiderte, zunächst müsse Bericht der Bundesregierung aufgrund Entschließung deutschen Bundestages vom 26.6.1986 über umfassende Bestandsaufnahme aller Wiedergutmachungsleistungen bis spätestens 1.11.1986 abgewartet werden. Vorher werde es keine gesetzlichen Änderungen geben. MdB Hirsch fragte, ob Mengele-Organisation bereits israelische Regierung um Auskunft ersucht habe, ob Mengele-Zwillinge etwa aus den israelischer Regierung seinerzeit gezahlten Globalabfindungen entschädigt worden seien oder noch entschädigt werden könnten. Abgeordnete sagten zu, sie wollten sich mit Thema weiter befassen und nach Lösungen suchen.“ Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 1979.

3 Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete über das Hearing „J’Accuse“ im Rahmen des ersten „Welttreffens von Zwillingen und anderen Opfern von Experimenten durch Mengele“. Dabei hätten „etwa 30 frühere Auschwitz-Häftlinge in erschütternden Darstellungen im stets überfüllten Auditorium von Yad Vashem unter starker Beteiligung israelischer und internationaler Medien Zeugnis über die von Mengele an ihnen und Mithäftlingen vorgenommenen pseudomedizinischen Versuche abgelegt“. Die Veranstaltung sei mit der Verabschiedung eines Schlußdokuments abgeschlossen worden. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1630.

4 Am 23. Juni 1986 übermittelte Botschaftsrat Kaul, Tel Aviv, den Inhalt eines Artikels der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ vom Vortag. Darin hieß es: „Vera Kriegel und der Rechtsanwalt Avi Erlich, Mitglieder der Vereinigung der Mengele-Zwillinge, werden heute nach Deutschland fliegen. Sie beabsichtigen, sich mit Rolf Mengele, dem Sohn, und mit Mengeles erster Frau zu treffen. Die Reise wird von der ‚Aktion Sühnezeichen‘ finanziert. Vera Kriegel teilte mit, daß sie nach Frankfurt, Bonn und Berlin fahren werden. Außerdem werden sie mit Abgeordneten des Bundestages zusammentreffen, und sie beabsichtigen, für in Israel lebende Opfer Mengeles Entschädigungszahlungen zu erwirken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 668; Referat 310, Bd. 149607.

der im KZ Auschwitz den pseudo-medizinischen Versuchen Mengeles ausgesetzt waren.

Bericht der Vertreter der Mengele-Zwillinge war insgesamt von Enttäuschung und auch Bitterkeit gekennzeichnet. Mengele-Zwillinge hätten bisher als einzige Abfindung meist bei ihrer Einwanderung nach Israel in den fünfziger Jahren jeweils etwa 1000 bis maximal 2000 Dollar erhalten, dies für den Verlust ihrer Familien oder die erlittene Freiheitsberaubung. Dagegen sei für ihre Leiden als „Versuchskaninchen" Mengeles und die bei vielen daraus bis heute folgenden schweren Gesundheitsschädigungen nie etwas gezahlt worden. Die nach dem „Mengele-Hearing" in Februar 1985 in Yad Vashem eingeleiteten intensiven Bemühungen um Entschädigungen hierfür[5] würden wegen der Haltung der deutschen Stellen stagnieren. Zitat Frau Kriegel: „Man ignoriert unser Problem. Wir sind bald tot, wir sind nur hundert – warum löst man unser Problem nicht?" RA Erlich berichtete seinerseits über den Beschluß des Bundestages vom 26. Juni[6], wobei er sich zugleich skeptisch äußerte: Wir behaupten, daß man Zeit gewinnen will, bis auch die letzten Holocaust-Opfer gestorben sind, bevor ihre Probleme ernsthaft durchdiskutiert werden." (Ausschrift der relevanten Teile der Sendung mit nächstem Kurier.[7]) Wirkung der Sendung ist offenbar nachhaltig. Botschaft wird weiter kritisch auf Beitrag angesprochen.

2) Äußerungen der Vertreter der Mengele-Zwillinge waren teilweise unzutreffend, unvollständig oder überzogen. Frau Kriegel und RA Erlich erwähnten nicht, daß „Mengele-Zwillinge" von den Abgeordneten Waltemathe (SPD) und Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP) im BT am 26.6. ausdrücklich als Gruppe genannt wurden, die in dem vom BMF bis zum 1.11. vorzulegenden Bericht berücksichtigt werden sollten.

5 Das von der Organisation CANDLES durchgeführte „Mengele-Hearing" in Yad Vashem fand vom 3. bis 6. Februar 1985 statt. Botschaftsrat Kaul, Tel Aviv, vermerkte dazu am 24. Oktober 1985, daß die Veranstaltung von der Botschaft „u. a. mit DM 40 000 sowie Dokumentationsmaterial über Mengele" gefördert worden sei: „An der Veranstaltung selbst nahmen Botschafter Hansen wie auch andere Botschaftsangehörige während ihrer ganzen Dauer teil." Im weiteren Verlauf habe die Botschaft zugesagt, die Bitte der Organisation um Prüfung zu unterstützen, ob „nicht auch nach Abschluß der Verjährungsfristen für die Opfer der Versuche von Mengele Entschädigungsleistungen gewährt werden könnten, die bisher keine anderen Leistungen erhielten. […] Die Prüfung hatte folgendes Ergebnis: Mit Schreiben des BMF vom 20. Mai 1985 wurde entschieden, daß die Mengele-Zwillinge als Opfer pseudo-medizinischer Menschenversuche auch heute noch Anträge auf Gewährung von Fürsorgeleistungen nach dem Kabinettsbeschluß vom 26. Juli 1951 stellen können." Daraufhin habe die Organisation etwa 75 Anträge auf Entschädigung vorgelegt. Vgl. AV Neues Amt, Bd. 21553.

6 Am 26. Juni 1986 behandelte der Bundestag einen Bericht des Finanzausschusses über mehrere Beschluß- und Gesetzesanträge zur Entschädigung bzw. Versorgung von Opfern nationalsozialistischer Verfolgung zwischen 1933 und 1945. Er stimmte gegen die Stimmen der Grünen der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu, wonach die Bundesregierung aufgefordert wurde, bis zum 1. November 1986 „über alle bisher erbrachten und noch laufenden Wiedergutmachungsleistungen" sowie über die Berücksichtigung von „Sinti, Roma und verwandte Gruppen", einschließlich Zwangsarbeitern, Bericht zu erstatten. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 225. Sitzung, S. 17479–17485. Für die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache 10/5765.

7 Botschaftsrat Kaul, Tel Aviv, übermittelte mit Schriftbericht Nr. 924 vom 5. August 1986 Auszüge einer Mitschrift der Sendung „Das ist die Zeit" des israelischen Fernsehens vom 14. Juli 1986. Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 1979.

Vor allem im Hinblick auf diese parlamentarische Initiative ist Fernsehauftritt (weitere vergleichbare Aktivitäten werden folgen) auch Anlaß, um nochmals allgemein auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen, die künftig von Bedeutung sein könnten:

– Außergewöhnliche Leiden der Mengele-Zwillinge sind nicht nur in Israel, sondern auch international und vor allem in den USA, wo etwa 25 Zwillinge leben, sehr bekannt. Sie sind geeignet, starke Anteilnahme zu wecken. Dazu hat neben der jahrelangen internationalen Jagd nach dem „Teufelsarzt von Auschwitz" (so „Jerusalem Post") vor allem das von den Zwillingen im Februar 1985 in Yad Vashem veranstaltete internationale „Mengele-Hearing" beigetragen. Veranstaltung mit zeitweise 14 Fernseh-Teams fand international große Beachtung (Einzelheiten s. Bezugsbericht Ziffer 2) und hat Leiden der Mengele-Zwillinge weltweit verdeutlicht.
– Forderung der Zwillinge nach angemessener Entschädigung ist daher in besonderem Maße öffentlichkeitswirksam. Für den unbefangenen „Mann auf der Straße" nicht nur in Israel ist Anliegen der Zwillinge durchweg nur „recht und billig".
– Aus dieser Sicht gibt es ein offenbares, mit jedermann einsichtiger materiellen Gerechtigkeit nur schwer zu vereinbarendes Mißverhältnis zwischen dem den Zwillingen als Kindern zugefügten Leiden und den in den 50er Jahren erhaltenen pauschalen Abfindungen zwischen etwa DM 2000 bis DM 5000.
– Im Lichte dieses Mißverhältnisses muß auch öffentliche Vertretbarkeit unserer Position gesehen werden, der zufolge nach derzeitiger Rechtslage 97 von 100 Mengele-Zwillingen keine Entschädigung erhalten können, weil sie die geltenden Voraussetzungen nach dem Kabinettsbeschluß vom 26.7.1951[8] (Subsidiarität, Bedürftigkeit) nicht erfüllen.
– Aus dieser Sicht wenig überzeugend ist daher auch von uns verwandtes Argument, daß von diesen Bewilligungsvoraussetzungen nach nunmehr 35jähriger einheitlicher Verwaltungspraxis schon mit Rücksicht auf Gleichbehandlungsgrundsatz nicht abgewichen werden kann.[9]

3) Im Hinblick auf die weiteren Beratungen im Deutschen Bundestag müssen wir damit rechnen, daß Mengele-Zwillinge obige Aspekte weiterhin intensiv nutzen werden, um ihr Anliegen voranzutreiben, wie sich schon bei Gespräch

8 Zum Kabinettsbeschluß zur „Betreuung überlebender Opfer von Menschenversuchen" vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1951, S. 566.

9 Mit Schreiben vom 27. Mai 1986 an den israelischen Rechtsanwalt Erlich erläuterte das Bundesministerium der Finanzen (BMF) den Rechtsstandpunkt der Bundesregierung: „Die Zuerkennung von Fürsorgeleistungen nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 26.7.1951 setzt insbesondere voraus, daß der Antragsteller keine anderen Leistungen aus deutschen Wiedergutmachungsmitteln erhalten hat und sich außerdem in einer sehr ernsten wirtschaftlichen Notlage befindet. Auf diese Bewilligungsvoraussetzungen, von denen nach nunmehr 35jähriger, einheitlicher Verwaltungspraxis schon mit Rücksicht auf die gebotene Gleichbehandlung aller Antragsteller nicht abgewichen werden kann, sind Sie bei unserem Gespräch im Bundesministerium der Finanzen am 6.11.1985 ausdrücklich hingewiesen worden." Vielmehr könnten Antragsteller, die bereits eine Entschädigung gleich welcher Art erhalten hätten, „derartige Fürsorgeleistungen nicht beanspruchen". Dies treffe auf den größten Teil der Antragsteller zu: „Für eine weitere Gruppe kommt eine Fürsorgeleistung deshalb nicht in Frage, weil es an einer akuten Notlage im Sinne des Kabinettsbeschlusses fehlt." Vor diesem Hintergrund sehe das BMF nur in drei Fällen die Möglichkeit, Vergleiche über die Zahlung von jeweils 5000 DM abzuschließen. Vgl. Referat 310, Bd. 149607.

von RA Erlich und Frau Kriegel mit MdB Baum/Hirsch in Tel Aviv am 17. Juli (s. Bezugsbericht Ziffer 1) zeigte.[10]

(Ergänzung zu 1. Absatz: „seh ha-sman“ = „Das ist die Zeit“)

[gez.] Pieck

Referat 310, Bd. 149607

212

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **22. Juli 1986**[1]

Fernschreiben Nr. 68 Ortex

Zur Einbeziehung Berlins bei den Vereinbarungen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit der SU[2]

Am 22.7.1986 wurden anläßlich des Besuchs von BM Genscher in Moskau[3] ein Rahmenabkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit[4] sowie das Ressortabkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Gleichzeitig wurden die im Rahmen der Paketlösung weiterhin vorgesehenen Ressortabkommen auf den Gebieten Gesundheit/medizinische Wissenschaft sowie Landwirtschaft einschließlich der für die drei Ressortbereiche vorgesehenen Programmabsprachen paraphiert. Das Gesamtpaket soll durch einen späteren Notenwechsel nach Unterzeichnung sämtlicher Abkommen und Vorlage bei den Alliierten in Kraft treten.

Die in Moskau ausgehandelte Lösung für die Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials stellt einen Durchbruch dar, der weitere vertragliche Regelungen mit den WP-Staaten ermöglicht.

10 Am 24. Juni 1987 wurde in der Presse berichtet: „Rund 80 jüdische Zwillinge, Überlebende der Lager-Experimente des KZ-Arztes Joseph Mengele, erhalten nach mehr als 40 Jahren eine Entschädigung aus Bonn. Der Anwalt der heute zumeist in Israel lebenden Opfer, Arye Ben-Tov, sagte in Tel Aviv, die Betroffenen würden zwischen 20 000 und 25 000 Mark als eine Art moralische Wiedergutmachung für die physischen und psychischen Qualen erhalten, die sie während der NS-Zeit unter Mengele im Konzentrationslager erlitten hätten.“ Vgl. die Meldung „Bonn zahlt jüdischen Mengele-Opfern Entschädigung“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 24. Juni 1987, S. 2.

1 Ablichtung.
Hat Legationsrat I. Klasse Moser am 24. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ernst am 25. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 28. Juli 1986 vorgelegen.

2 Zum Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und zu weiteren Ressortabkommen vgl. auch Dok. 196, Dok. 198 und Dok. 202.

3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

4 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

1) Vorgeschichte

Während des Besuchs des Bundeskanzlers in Moskau im Juli 1983[5] ist mit der SU vereinbart worden, die Gespräche über Regelungen im WTZ-Bereich wiederaufzunehmen.

In den vorausgegangenen zehn Jahren hatte es mehrfach Gespräche auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der AM-Ebene gegeben, um das seit 1973 im Text fertiggestellte WTZ-Abkommen durch für die deutsche Seite befriedigende Absprachen hinsichtlich der praktischen Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials zu ergänzen.

Für die Einbeziehung Berlins ist an sich im vertraglichen Normalfall die Berlin-Klausel ausreichend. Dies gilt auch bei der Verwendung der sog. Frank-Falin-Klausel im Verhältnis zu den WP-Staaten:

„Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971[6] wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt."[7]

Die Unterzeichnung des WTZ-Abkommens scheiterte 1973 jedoch am Dissens über Auslegung und praktische Tragweite dieser Klausel. Die SU vertritt die Auffassung, daß die Bundesinstitutionen in Berlin (West) dort illegal ihren Sitz haben und daher nicht von der Berlin-Klausel erfaßt werden.

Zwischen 1979 und 1983 hatten politische Faktoren (Afghanistan[8], Polen[9], Nachrüstungsbeschluß[10]) eine Fortsetzung des Dialogs verhindert. Dessen Verlauf in der zweiten Hälfte der 70er Jahre hatte aber bereits das Interesse beider Seiten gezeigt, hinsichtlich der Berücksichtigung des Forschungspotentials der Berliner Bundesinstitutionen einen praktischen Weg zu suchen, bei dem die unterschiedlichen Rechtsauffassungen beider Seiten zu diesen Bundesinstitutionen ausgeklammert bleiben.

Erstmals waren beim Gromyko-Besuch 1974 Überlegungen angestellt worden, die Einbeziehung dieser Bundesinstitutionen in der praktischen Zusammenarbeit durch eine personenbezogene Lösung sicherzustellen.[11]

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR vgl. AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

6 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

7 Die Formulierung für eine Berlin-Klausel war das Ergebnis von Gesprächen vom 25. bis 27. März 1972 zwischen Staatssekretär Frank und dem sowjetischen Botschafter Falin. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 74 und Dok. 86.

8 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

9 Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

10 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15. September 1974 auf Schloß Gymnich; AAPD 1974, II, Dok. 265.

Im Jahre 1977 zeigte sich die SU bereit, eine Zusicherung in Form einer Protokollnotiz zu geben, die sich auf die Einbeziehung von Personen und Organisationen in Berlin ohne die dortigen Bundesinstitutionen bezog. Hinsichtlich letzterer stellte die SU nur eine fallweise personenbezogene Einbeziehung in Aussicht.[12] Dies erschien unserer Seite nicht ausreichend, um eine nicht diskriminierende, positive Präzedenzwirkung für die Bundesinstitutionen unmittelbar verbindlich durchzusetzen. Über den Text einer solchen Protokollnotiz konnte daher keine Einigung erzielt werden.

In Gesprächen auf Expertenebene im Jahre 1984 zwischen dem AA und der sowjetischen Seite hatten wir erstmals den Vorschlag einer sog. Synchronlösung gemacht, die auch den Rahmen für die aktuellen Verhandlungen in Moskau bildete.[13]

2) Vereinbarte Lösung

Die Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials ist nunmehr wie folgt abgesichert:

- WTZ-Rahmenabkommen mit Frank-Falin-Klausel
- Unter diesem Dach drei Ressortabkommen
  - friedliche Nutzung der Kernenergie (1)
  - Gesundheit und medizinische Wissenschaft (2)
  - Landwirtschaft (3)

Diese drei Abkommen enthalten alle die Frank-Falin-Klausel.

- Zusätzliche Programmabsprachen in allen Ressortbereichen, wobei in den Bereichen (1) und (2) die einschlägigen Bundesinstitutionen bereits in der ersten Programmphase 1987/88 personenbezogen beteiligt sind. Im Bereich (3) wird eine solche personenbezogene Beteiligung für die anschließende Programmphase ermöglicht, während sie in den anschließenden Programmen der beiden anderen Ressortbereiche nicht obligatorisch sein wird.
- Die Angehörigen der Berliner Bundesbehörden werden mit einer Postfach-Adresse aufgeführt. Dies erleichtert die Zusammenarbeit in der Praxis trotz fehlender Institutsanschrift.
- Ferner ist die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Umweltschutzabkommen vereinbart worden, wobei Einigkeit darüber besteht, daß die personenbezogene Beteiligung entsprechend schon für die erste Programmphase vorgesehen wird.

3) Auswirkungen

Die in Moskau ausgehandelte Lösung hat für die faktische Einbeziehung des gesamten Berliner Forschungspotentials Präzedenzwirkung, nicht nur im Ver-

12 Die Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen mit der UdSSR wurde von Ministerialdirektor Blech mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 15. September 1977 in Moskau und mit dem sowjetischen Botschafter Falin am 5. Dezember 1977 erörtert. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248 und Dok. 348.

13 Zur im Jahr 1984 erzielten Einigung in der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen mit der UdSSR vgl. Dok. 193, Anm. 13.

hältnis zur SU, sondern auch zu den übrigen WP-Staaten. Sie wird eine Serie von vertraglichen Vereinbarungen mit diesen Staaten ermöglichen, die bisher blockiert blieben.

Die besonderen Vorteile dieser Lösung bestehen vor allem in folgendem:

– Im Wege der Regierungsabsprache, also unter dem Bundesdach, wurden auch Berliner Landesinstitutionen direkt in die Zusammenarbeit einbezogen. Die Erwähnung dieser Institutionen ist nicht selbstverständlich, da die SU bekanntlich die Drei-Staaten-These vertritt.
– Die Präzedenzwirkung wird sich auch auf andere Bundesinstitutionen wie das „Deutsche Archäologische Institut" und das „Bundesinstitut für Berufsbildung" erstrecken, deren Einbeziehung beispielsweise beim Kulturabkommen mit der DDR[14] nicht geregelt wurde.
– Die getroffene Lösung sichert insbesondere die Einbeziehung von Angehörigen des Umweltbundesamts ab, einer Bundesinstitution, der bisher wegen ihrer Schaffung nach Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens von der SU hartnäckig jegliche Legitimität abgesprochen worden ist. Erinnert sei hier an die Schwierigkeiten, die die SU im Vorfeld ihrer Teilnahme an der Münchener Umweltkonferenz im Sommer 1984[15] gemacht hatte.
– Die getroffene Lösung sichert eine gleichberechtigte Teilnahme aller Personen, die aus dem Bundesgebiet und Berlin (West) am vorgesehenen wissenschaftlich-technischen Austausch teilnehmen werden.

Es konnte auch vermieden werden, daß bestimmte Personenkategorien von vorneherein aus der vereinbarten Regelung diskriminierend ausgeschlossen wurden.

4) Wertung

Diese Regelung war nur möglich, weil beide Seiten einen Konsens darüber erzielen konnten, eine für die jeweilige Seite vorteilhafte Absicherung ihres Rechtsstandpunkts konsequent auszuklammern. Elemente dieses Konsenses sind:

14 Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 259–261.
Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 15. Juli 1986, daß in den Verhandlungen mit der DDR auch Einvernehmen über die nach Inkrafttreten des Kulturabkommens durchzuführenden Projekte hätte erzielt werden sollen. Entsprechend sei es am 23. Oktober bzw. 19. November 1985 zum Austausch zweier Non-paper gekommen, auf die Bräutigam und Nier am Vortag der Unterzeichnung „mündlich, allerdings ohne Hervorhebung der Berlin-Einbeziehung", Bezug genommen hätten: „Entsprechend der unterschiedlichen Rechtsauffassung beider Seiten enthält unser Non-paper […] eine inkorporierte Auflistung der Vorhaben in ‚Berlin (West)' und aus ‚Berlin (West)', während das DDR-Papier die Vorhaben ‚in bezug auf Berlin (West)' zusammengefaßt am Schluß gesondert als ‚beabsichtigt' aufführt. […] Eine personenbezogene Lösung hinsichtlich der Einbeziehung von Berliner Bundesinstitutionen im Kulturbereich blieb aus den Kulturverhandlungen mit der DDR ausgeklammert. In Frage kamen das ‚Deutsche Archäologische Institut' und das ‚Bundesinstitut für Berufsbildung'." Braunmühl fuhr fort, daß eine personenbezogene Lösung in Moskau „nicht nur die Möglichkeiten im Rahmen des Kulturabkommens mit der DDR erweitern, sondern auch die mit der DDR laufenden Umweltverhandlungen sowie die WTZ-Verhandlungen deblockieren" würde. Vgl. Referat 210, Bd. 139267.

15 Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 187.

– Die Offenhaltung des Status der Bundesbehörden;
– die Vermeidung eines positiven ebenso wie negativen Automatismus hinsichtlich der personenbezogenen Lösung;
– die Orientierung beider Seiten am jeweiligen sachlichen Interesse bei der Einbeziehung des fraglichen Personenkreises.

Es wird ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung bleiben, auch bei zukünftigen Programmabsprachen auf eine sachbezogene Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials zu achten. Dafür ist u. a. durch die Einrichtung der im Rahmen der jeweiligen Abkommen vorgesehenen Kommissionen das erforderliche Steuerungselement vorgesorgt.

Die SU hat während der Verhandlungen Wert auf die Zusicherung gelegt, daß sich die Bundesregierung im Rahmen der öffentlichen Darlegung dieses für die zukünftige Zusammenarbeit eingeschlagenen Weges im beiderseitigen Interesse zurückhält. In der öffentlichen Behandlung solle vermieden werden, von der Aufgabe sowjetischer Rechtspositionen zu sprechen. Alles in allem kann davon auch nicht die Rede sein. Abzuwarten bleibt u. a., inwieweit die Moskauer Paketlösung nicht nur die bilaterale Zusammenarbeit erleichtert, sondern auch positive Rückwirkungen auf die multilaterale Zusammenarbeit haben wird. Wir gehen aber davon aus, daß auch dort die Tendenz verstärkt wird, die praktische Zusammenarbeit nicht durch die wahrscheinlich weiter zu erwartenden sowjetischen Proteste nachhaltig zu stören.

Ergänzendes Ortez über Gespräche des BM und Inhalt der o. g. Abkommen folgt.[16]

[gez.] Pleuger

Referat 341, Bd. 133628

16 Für den Runderlaß Nr. 69/70 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 25. Juli 1986 vgl. Referat 213, Bd. 139316.

213

Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung

201-360.92 FRA-1263/86 VS-vertraulich **23. Juli 1986**[1]

12. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 23.7.1986 in Bonn

Die 12. Sitzung des Ausschusses fand von 9.30 bis 13.00 Uhr im Auswärtigen Amt statt; Tagesordnung und Teilnehmerliste in Anlage[2]. Die Delegationen trafen sich zu einem Arbeits-Mittagessen, an dem auch Botschaftsrat Lassus von der französischen Botschaft teilnahm.

TOP I: Politisch-strategische Zusammenarbeit

Herr v. *Braunmühl (D2)* trug nach der Begrüßung die vereinbarte Tagesordnung vor, die einvernehmlich der Sitzung zugrunde gelegt wurde.

D2: Nach unserer Auffassung ist der Zeitpunkt für eine Bestandsaufnahme günstig: Die französische Regierung ist bereits über 100 Tage im Amt[3] und hat begonnen, neue Akzente zu setzen; das neue Programmgesetz ist in Arbeit, wenn auch Entscheidungen noch nicht gefallen sind[4]. Wichtige internationale Entwicklungen, wie etwa die NATO-Ministerkonferenz von Halifax mit ihrem Auftrag zur Erarbeitung von Grundlagen für die konventionelle Stabilität in

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde am 24. Juli 1986 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat Bertram am 4. August 1986 an die Referate 202 und 209 sowie an den Planungsstab und Arbeitsstab 20 geleitet. Dazu teilte er mit: „Es handelt sich um ein vom BMVg noch nicht genehmigtes gemeinsames Papier des AA/BMVg. Um entsprechende restriktive Behandlung wird gebeten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr am 3. April 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1986 trat die neue französische Regierung unter Ministerpräsident Chirac am 20. März 1986 ihr Amt an.

4 Referat 201 vermerkte am 17. Juli 1986, daß Ministerpräsident Chirac in seiner Regierungserklärung vom 9. April 1986 die Überprüfung des von der bisherigen Regierung erlassenen Programmgesetzes 1984 bis 1988 angekündigt und folgende Schwerpunkte genannt habe: „Neubewertung des Verteidigungsdispositivs; Beurteilung der gegenwärtigen und künftigen Bedrohung, um ggf. die militärischen Erfordernisse neu zu definieren. Überprüfung der Kosteneffektivität in den Streitkräften und [der] Rüstungsproduktion. Anpassung der Rüstungsfabrikation an den Bedarf der Streitkräfte, an die Notwendigkeit der europäischen Rüstungszusammenarbeit und die Erfordernisse des Rüstungsexports." Am 27. Juni 1986 habe der französische Verteidigungsminister Giraud gegenüber der Tageszeitung „Le Monde" weitere Ausführungen gemacht, aus denen sich folgendes ergebe: „Ein neues Programmgesetz wird im Oktober 1986 dem Parlament vorgelegt. […] Im Verteidigungshaushalt 1987 werden die Mittel für den Betrieb der Streitkräfte zugunsten der großen Beschaffungsprogramme weiter gekürzt werden. Darüber hinaus sind die Teilstreitkräfte aufgerufen, in allen Bereichen extrem zu sparen. Keine Aussagen zur Finanzierung der geplanten Großprojekte. Rüstungskooperation mit Partnerländern, vor allem in den Bereichen, in denen Frankreich technologisch stark ist oder einen technologischen Vorsprung besitzt. SDI ist keine Alternative zur nuklearen Abschreckungsphilosophie. Frankreich wird sich in ein derartiges System nicht einbinden lassen, um seine Handlungsfreiheit nicht zu verlieren. Auch ein europäisches Raketenabwehrsystem ersetzt die nukleare Abschreckung nicht. Gemeinsame europäische Anstrengungen zur Raketenabwehr im Rahmen einer modernen europäischen Luftverteidigung sind jedoch sinnvoll." Vgl. Referat 201, Bd. 143332.

Europa[5], haben stattgefunden. Wenn man die Arbeit des Ausschusses seit 1982[6] überblickt, kann man zufrieden sein. Es gilt aber nicht nur, diese Arbeit fortzusetzen, sondern sie zu intensivieren: Die Aufträge des Elysée-Vertrags von 1963[7] sind noch nicht sämtlich erfüllt. Der Auftrag der Abstimmung sicherheits- und verteidigungspolitischer Grundlinien ist bisher nicht über die Grundlagen hinaus gediehen, die Abstimmung der Politik im einzelnen steht noch aus. Von der Realisierung des Auftrags der Annäherung der strategischen und taktischen Konzeptionen sind wir noch ein Stück entfernt. Man muß von den Konstanten der Sicherheitspolitik auf beiden Seiten ausgehen, aber in vertrauensvoller Zusammenarbeit über diese hinauszielen, sonst wird die deutsch-französische Kooperation steril bleiben. Es gilt, zu wirklicher Sicherheitspartnerschaft zu gelangen.

Man muß sich fragen, zu welchen Schlußfolgerungen sicherheitspolitische Experten kämen, wenn sie unbeeinflußt von politischen Vorgaben die Landkarte betrachteten, sich den geographischen Raum und die sowjetische Bedrohung vergegenwärtigten – natürlich aus der Optik beider Staaten – mit dem Ziel, einen Maximalbeitrag zur gemeinsamen Sicherheit im Rahmen des Bündnisses zu leisten. Man könnte dann das Erreichte messen an dem, was erreichbar sein sollte; klar aber ist, daß wir nur schrittweise und pragmatisch vorgehen können. Dabei sind drei Gesichtspunkte wichtig:

– Die Bedrohungsanalyse. Für uns sind das sowjetische konventionelle Übergewicht und die geographischen Verhältnisse Kern des europäischen Sicherheitsproblems; der konventionelle Faktor erhöht sich noch, es gibt Waffenentwicklungen im konventionellen Bereich und Verlagerungen der Schwerpunkte im sowjetischen Dispositiv, aber auch die Veränderungen im Denken beider Großmächte im Nuklearbereich. Wie kann man unter diesen Umständen die Kräfte der beiden Länder gegenüber der Bedrohung im Zentralbereich am besten zusammenfassen?
– Rüstungskontrolle. Wir müssen überlegen, wie wir im geographischen Raum vom Atlantik bis zum Ural größere Stabilität schaffen können; wie wird militärisch die Frage beantwortet, wie man dabei den Raum unserer beiden Länder am besten nutzen kann. Wir legen Wert auf die Präsenz vorne, aber auch auf die logistische Abstützung hinten. Wir dürfen die geographischen Asymmetrien nicht außer acht lassen und müssen überlegen, wie wir durch Flexibilität die Wirkung dieser Vorteile der SU eindämmen können.
– Der psychologische Faktor. Der Zeitungsartikel des französischen Botschafters in Washington[8] nach dem amerikanischen Angriff auf Libyen[9] gibt An-

5 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

6 Die konstituierende Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung fand am 7. Dezember 1982 in Paris statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 6900 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 10. Dezember 1982; Referat 201, Bd. 125657.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

8 Für den Namensartikel des französischen Botschafters in Washington, de Margerie, vgl. den Artikel „Why France Said No“; THE NEW YORK TIMES vom 20. Mai 1986, S. A 27.

9 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

laß zum Nachdenken: Er hat darauf hingewiesen, daß Frankreich immer besonderen Wert auf seine Unabhängigkeit gelegt hat und daß in der französischen Öffentlichkeit keine antiamerikanischen Manifestationen zu beobachten sind. Dagegen gebe es bei Nachbarn mit größerer Abhängigkeit anti-amerikanische Demonstrationen. Es ist zu fragen, ob sich ein Partner hier größere Unabhängigkeit leisten könne, weil der andere stärker integriert ist.

Die Sorge, wir würden uns in Richtung auf den Neutralismus bewegen, ist nicht berechtigt; Tendenzen, die es in Teilen des politischen Spektrums gibt, werden aber weniger Zulauf erhalten, wenn die Sicherheit in Partnerschaft mit Frankreich und in einem gleichgewichtig strukturierten Bündnis gewährleistet wird.

Uns interessieren die französischen Zielvorstellungen in dem skizzierten geographischen Rahmen. Was bedeutet es, wenn in Frankreich jetzt betont wird, daß die Verteidigung des Landes an der Elbe beginnt? Welche Bedeutung hat für Frankreich die konventionelle Verteidigung im Verhältnis zum nuklearen Faktor und zu seinen weltweiten Interessen? Uns interessiert eine Darstellung der Zielvorstellungen des neuen französischen Programmgesetzes. Wir müssen überlegen, was wir gemeinsam tun können und wo eine Arbeitsteilung stattfinden muß. Ferner: Was kann Europa tun, wie kann es den europäischen Pfeiler im Bündnis stärken, was können wir in der WEU tun? Wir dürfen nicht denken, daß die USA die Sicherheit Europas garantieren und wir nur das zu tun brauchen, wozu uns die USA auffordern. Das amerikanische Konzept war vielmehr von Anfang an: Europa soll tun, was es kann, die USA sind bereit, die Lücken zu füllen. Außerdem ist „out-of-area“ ein wichtiges Thema, das auch in der WEU besprochen werden kann. Die Europäer müssen einiger werden, sie müssen aber auch ihren amerikanischen Freunden zeigen, daß sie wissen: Mehr Einheit bedeutet mehr Verantwortung. Auch bei diesem Thema müssen wir überlegen, ob es Arbeitsteilung geben kann. Allerdings darf das Engagement in Übersee nicht an die Stelle von Aufgaben in der konventionellen Verteidigung in Europa-Mitte treten.

D 2 bezog sich auf die Äußerung des französischen Premierministers im Gespräch mit dem Bundeskanzler[10], Frankreich sei bereit, in der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit über das Vorhandene hinauszugehen, und stellte fest, die BR Deutschland sei ebenfalls dazu bereit, die Möglichkeiten zu prüfen.

Morel: Ohne alle Aspekte aufzugreifen, stimme ich der deutschen Analyse zu. Die deutsch-französische Zusammenarbeit steht im Zentrum des französischen Interesses. Wir sehen sie als langfristige Aufgabe, gewissermaßen als eine Investition. Jede Seite leistet in dieser gemeinsamen Unternehmung ihren Beitrag, indem sie ihren eigenen Charakter bewahrt und zugleich die europäische Perspektive im Blick behält. Deswegen war die Ergänzung durch die Wiederbe-

10 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Chirac führten am 17. April 1986 ein Gespräch. Dazu hielt Ministerialdirigent von Ploetz am 21. April 1986 Informationen des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, fest: „In der Sicherheitspolitik hat Chirac deutlich gemacht, daß er die Beschlüsse BK–Mitterrand vom Februar akzeptiert, daß er aber weiterzugehen bereit ist als Mitterrand. Dieses wurde nicht erläutert. Teltschik hält nicht für ausgeschlossen, daß dies auch die vier Bereiche bertrifft, in denen die beiderseitigen Verteidigungsminister konkret an Aufträgen arbeiten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130585.

lebung der WEU notwendig, die nicht eine vorübergehende Angelegenheit ist, sondern ebenfalls eine „Investition" darstellt.

In unserer täglichen Arbeit müssen wir die Auffassung des Partners in der deutsch-französischen Zusammenarbeit einbeziehen, denn die Vertrautheit mit seinen Auffassungen ist nötig, wenn wir unser Ziel erreichen wollen: ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Wir haben eine gewisse gemeinsame Vorstellung (entente) von der Sicherheit Europas, ohne sie jetzt schon im einzelnen definieren zu können.

Die europäischen Länder müssen dringend voranschreiten in der Übernahme größerer Verantwortung im internationalen Umfeld. Sicher ist, daß unsere sicherheitspolitische Umwelt komplexer geworden ist und unsere Regierungen vor höhere Verantwortung stellt. Man kann fast von einem Generationswechsel sprechen. Das Gebäude, das in der Nachkriegszeit errichtet wurde, ist beachtlich. Und doch: Wir müssen heute Erläuterungen geben zu Auffassungen, die bisher festzustehen schienen. Die östliche Bedrohung bleibt, aber es gibt andere (Terrorismus), sie hat sich fragmentiert und diversifiziert. Aus unserer Gesellschaft heraus entstehen neue Probleme, wie das der Hyperinformation. Die öffentliche Meinung in unseren Ländern ist anfällig geworden. Die Bedrohung hat im Zeitalter schneller Kommunikation und wirtschaftlicher Abhängigkeit sowie allgemeiner Verwundbarkeit hochtechnisierter Gesellschaften eine neue Dimension angenommen. Europa sollte sich seiner Sicherheitsimperative besser bewußt werden und entsprechend handeln.

Gegenüber dem häufig gebrauchten Bild des europäischen Pfeilers der Atlantischen Gemeinschaft ist ein Vorbehalt geltend zu machen: Es impliziert eine Unterordnung des europäischen Einigungswillens, die nicht angemessen ist. Ohne die Allianztreue Deutschlands in Frage zu stellen, ist festzustellen: Der europäische Gedanke ist ein Wert in sich. Auch die Beziehungen zu den USA sind grundlegend für die französische Sicherheitspolitik; allerdings ist das transatlantische Verhältnis kompliziert wegen der plötzlichen Bewegungen in der amerikanischen Politik. Auch hier gibt es Übereinstimmung in Deutschland und Frankreich darin, daß wir die Rolle Europas als stabilisierenden Faktor sehen, der diese plötzlichen Bewegungen abfangen muß. Zum Zeitungsartikel des Botschafters de Margerie: Frankreich hat sich in einem schwierigen Augenblick gegen den Verdacht wehren müssen, es erfülle seine Verpflichtungen im Bündnis nicht, während Frankreich seine Verantwortlichkeiten wahrgenommen und dabei reichlich Erfahrungen mit Libyen gemacht hat. D und F stimmen darin überein, daß die Beziehungen zu den USA stabiler gestaltet werden sollen. Den folgenden Forderungen müssen wir uns stellen: Wir müssen gemeinsame Konzeptionen entwickeln, auch wenn es nicht möglich ist, das endgültige Ziel jetzt festzulegen. Wir sollten unsere Zusammenarbeit auf das dringlichste konzentrieren. Der Schwerpunkt unserer zukünftigen Zusammenarbeit liegt im politisch-militärischen Bereich. Die konventionelle Stabilität in Europa ist ein Thema, das immer wichtiger wird. Ein weiterer Punkt sind die West-Ost-Beziehungen: In ihnen gibt es die Rolle der Vereinigten Staaten, aber auch eine eigene Rolle Europas, darin stimmen Deutschland und Frankreich überein. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Rüstungszusammenarbeit. Wir müssen uns der technologischen Herausforderung stellen und damit zugleich die Voraussetzungen schaffen für die Erhaltung der europäischen Zivilisation.

Saulnier: Die Bilanz unserer Zusammenarbeit ist überwiegend positiv. Jedoch sind wir von der Zielsetzung, gemeinsame Konzeptionen zu entwickeln, noch entfernt, haben aber konkrete Schritte getan, die besonderen Sorgen des Nachbarn zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt der Anstrengungen steht Europa-Mitte. Dies wird auch bei den Zielsetzungen zum neuen Programmgesetz deutlich werden. Die deutschen Sorgen sind uns bekannt, und wir sind zuversichtlich, daß wir sie bei der Vorbereitung des Programmgesetzes einbringen können. Heute können wir noch nicht klar und endgültig die Fragen nach den Zielsetzungen dieses Gesetzes beantworten. Die Einbeziehung der deutschen Gesichtspunkte ist eine wichtige Entwicklung gegenüber dem vorangegangenen Programmgesetz.

Zur Bedrohungsanalyse: Die deutsche Seite legt Gewicht auf die sich entwikkelnde konventionelle Bedrohung aus dem Osten. Diese Sicht ist aber unvollständig: Die sowjetischen Entwicklungen bei SS-21 bis SS-23 zeigen klar, daß man die nukleare Bedrohung nicht vernachlässigen kann, wenn man zu gemeinsamen Perzeptionen der Bedrohung kommen will. Voll geteilt wird ferner die deutsche Argumentation, daß eine starke Vorneverteidigung notwendig ist, zugleich aber die militärische Ausdünnung des Hinterlandes vermieden werden muß, wenn die Abschreckung funktionieren soll.

Vorneverteidigung ist augenblicklich sicher unzureichend. Wir stimmen darin überein, daß die Sicherheit beider Länder nur in der Allianz geschaffen werden kann; deswegen müssen wir vermeiden, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit von den Vereinigten Staaten mißverstanden wird. Die Frage von General Rogers nach der Zielsetzung der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit macht die Notwendigkeit deutlich, dieses Mißverständnis auszuräumen.

D2: Zur Richtigstellung: Meine Auffassung ist nicht, wir stünden allein einer konventionellen Bedrohung gegenüber. Zutreffend ist aber, daß die Sicherheitsprobleme Westeuropas ihren Ursprung im konventionellen Bereich haben und der Westen versucht hat, durch die Nuklearwaffen ein Gegengewicht zu schaffen. Nun will die Sowjetunion den Eindruck erwecken, durch die nukleare Abrüstung allein könne Sicherheit geschaffen werden; dies ist irreführend.

Generalinspekteur[11]: Wir sind eine Armee in der Allianz, auf unserem Boden stehen Truppen aus sechs Nationen. Das Dispositiv verzahnter Streitkräfte an der Grenze bedeutet einen hohen Abschreckungswert. Jeder Angreifer weiß, daß er sofort mit mehreren Nationen im Kampf steht. Wir nehmen dafür bewußt operative Nachteile in Kauf. Wir können mit Frankreich keine spezielle Interoperabilität entwickeln. Interoperabilität muß für alle Partner in der Allianz gleich sein. Aus meiner Erfahrung hat es bislang wenig Probleme bei der Zusammenarbeit von Truppen gegeben. Wir müssen allerdings Sprachprobleme überwinden, um noch enger zusammenarbeiten zu können. Ich nehme schon „in der dritten Generation" an der deutsch-französischen Arbeit teil und bin der Auffassung, daß wir in unserer Zusammenarbeit weitergekommen sind. Wenn es gelingt, das mit Leben zu erfüllen, was Präsident Mitterrand in seiner

11 Wolfgang Altenburg.

Rede vor dem Deutschen Bundestag[12] ausgeführt hat, haben wir einen Quantensprung in der Zusammenarbeit vollzogen.

Vor dem Bundeskabinett habe ich eine Bedrohungsanalyse, beschränkt auf die nachweisbaren Fakten der Entwicklungen auf beiden Seiten, vorgetragen. Dabei haben auch die Veränderungen in der nuklearen Bewaffnung des Warschauer Pakts eine Rolle gespielt, die nicht in ihrer Quantität, sondern in ihrer Qualität und in ihren neuen Anwendungsmöglichkeiten entscheidend sind. SS-21 und SS-23 können bestimmt konventionelle und chemische Gefechtsköpfe tragen, bei SS-22 ist dies wahrscheinlich. Damit wird eine neue Qualität erreicht, die aus dem Gegensatzpaar Schlag und Gegenschlag auf der Ebene der nuklearen Abschreckung herausfällt. Die Entwicklung der Bedrohung hat die Lage im nuklearen Bereich kompliziert, erfordert daher unsere Antwort auch auf der Ebene der leistungsgesteigerten Luftabwehr.

Wir legen Wert darauf, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit in den Vordergrund zu stellen, nicht weil der nukleare Bereich eine geringere Bedrohung habe, sondern weil die konventionelle Verteidigungsfähigkeit uns hilft, die Strategie so zu implementieren, wie sie gedacht ist: Sie soll der politischen Führung für ihre politischen Entscheidungen Flexibilität geben. Der nukleare Einsatz soll nicht aus den Zwängen des Gefechtsfeldes erwachsen, gewissermaßen eine bessere Artillerie darstellen, sondern politischen Charakter haben. Dazu braucht man politische Handlungsfreiheit, die konventionell erkämpft werden muß. Deswegen ist die konventionelle Verteidigung ein primärer Faktor, was nicht heißt, daß wir die nukleare Rolle vernachlässigen.

Ein langer konventioneller Konflikt auf deutschem Boden würde das Ende der deutschen Nation bedeuten; nur eines wäre schlimmer: der regionalisierte Nuklearkonflikt auf deutschem Boden. Deswegen brauchen wir den Nukleareinsatz als politisches Signal. Wenn wir uns zum Nukleareinsatz entschließen, dann in den erweiterten geographischen Bereich des Warschauer Paktes hinein, um dem Träger des Kampfes, nicht seinen Satelliten, die Gefahr einer nicht tragbaren Eskalation in den allgemeinen nuklearen Schlagabtausch zu signalisieren.

StS *Rühl:* Ziel dieser Bilanz ist es, Perspektive zu gewinnen. Wenn der Ausschuß heute tagt, so nicht, weil wir uns auf einem Tief- oder Höhepunkt befinden, sondern weil wir die Ergebnisse der Bilanz in die künftige Arbeit einführen wollen. Wir haben im Ausschuß seit dem Beginn seiner Arbeit ein graduell sich vertiefendes Verständnis sicherheitspolitischer Fragen erreicht. Als die Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit beschlossen wurde, waren wir ziemlich ratlos, wie dieser Auftrag durchzuführen sein würde. Schon binnen zwei Jahren hat die Ratlosigkeit der Sicherheit Platz gemacht, daß wir eine graduelle, sich ausbreitende Verständigung bewirken für die Kriterien, um Sicherheit herzustellen. Wir beglückwünschen uns zu der Feststellung General Saulniers, daß die deutsche Besorgnis über die Verteidigungsfähigkeit

12 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20. Januar 1983 anläßlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 in der Bundesrepublik auf und hielt am selben Tag eine Rede im Bundestag. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 142. Sitzung, S. 8978–8992. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 19.

Mitteleuropas in den Mittelpunkt der französischen Überlegungen bei der Verteidigungsplanung getreten ist. Dies ist ein wichtiger Erfolg unserer Zusammenarbeit. Europa wird auf deutschem Boden und zum erheblichen Teil mit deutschen Truppen verteidigt. Anders als bei den Niederlanden, Belgien und Italien stellt sich bei der Verteidigung Europas die Frage nach der Existenz des deutschen Bündnispartners und darüber hinaus auch der deutschen Nation. Daraus ergeben sich bestimmte Forderungen der deutschen Seite an ihre Partner:

– Die deutschen Truppen dürfen bei einer Auseinandersetzung nicht durch den Angreifer isoliert werden können.
– Die Alliierten müssen auf deutschem Boden im Rahmen des gemeinsamen Verteidigungsdispositivs operieren und können nicht erst am Rhein Position beziehen.
– Die harte Schale der vorne eingesetzten Kräfte muß durch starke operative Reserven ergänzt werden. Sie müssen so weit eingebunden sein, daß das Mißverständnis ausgeschlossen ist, sie würden abwarten, wie die Schlacht ausgeht.

Deswegen ist es wichtig für uns, daß Frankreich vom Glacis-Denken Abschied genommen hat und die politische Solidarität militärisch untermauert. Im Sommer 1985 hat dies der damalige Verteidigungsminister Hernu besonders herausgestellt.[13] Es ist unser Wunsch, daß die französische Seite dies öffentlich deutlich macht, um den gewünschten Abschreckungseffekt zu erzielen. Wir betrachten die Erste Französische Armee als operative Reserve. Es muß klarwerden, daß die Erste Französische Armee diese Aufgabe erfüllen kann. Nach der politischen Entscheidung ist dies eine militärische Frage, die auch mit den militärischen Organen des Bündnisses zu besprechen ist.

Unsere Verteidigung darf nicht an unserer Grenze haltmachen: Ein Gegner darf nicht sicher sein, daß er den Angriff auf unser Gebiet tragen und dabei den Aufmarsch ungestört im eigenen Lande organisieren kann. Wir müssen in gewissen Grenzen hinter die gegnerische Front wirken können. Dazu brauchen wir die Interoperabilität, sowohl mit Frankreich wie auch mit den Vereinigten Staaten, denn es wird sich im wesentlichen hierbei um Aufgaben der Luftwaffe handeln. Ein weiterer Punkt ist, daß die Sowjetunion nicht zum Sanktuarium werden darf. Um dies zu verhindern, darf man sich allerdings nicht exzessiv auf amerikanische strategische Kräfte verlassen.

Die Ausführungen General Saulniers zu den sowjetischen SRINF sind zu begrüßen. Diese Waffen sind in die Rüstungskontrollverhandlung einzubeziehen, denn sie übernehmen bei einer Beschränkung der LRINF einen Teil von deren Aufgaben. Daneben besteht ihre originäre Aufgabe in der Unterstützung der

[13] Zur Verdeutlichung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik verwies der französische Verteidigungsminister Hernu am 20. Juni 1985 in Münsingen anläßlich der deutsch-französischen Übung „Alliance“ auf die Anwesenheit von 50 000 französischen Soldaten in der Bundesrepublik, die Rüstungskooperation und die Tätigkeit des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung und fügte hinzu: „La création récente de la Force d'Action Rapide vient ajouter à ces liens multiples, une possibilité supplémentaire dans l'engagement français, dès lors que le Gouvernement l'aurait décidé.“ Vgl. den Auszug aus der Rede; Referat 201, Bd. 143386.

Landoperationen. Hier ist eine europäische Definitionsaufgabe zu leisten in Eurogroup und WEU. Es ist deutlich zu machen, daß wir Forderungen an andere Partner, speziell die USA haben, sowohl bei den Rüstungskontrollverhandlungen wie bei der verteidigungspolitischen Ausfüllung.

Es liegt an uns, die von Herrn Morel beschworene gemeinsame Zielsetzung zum Vorschein zu bringen. Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl und die vier Minister haben viel dazu beigetragen, essentielle Kriterien für eine Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Wie kann man das gemeinsame Ziel verdeutlichen? In Außenpolitik, Streitkräfteplanung, strategischen Grundsätzen sowie in der Nuklearkonsultation. Zum letzten Punkt haben die Staats- und Regierungschefs beim deutsch-französischen Gipfel im Februar 1986 eine Entschließung gefaßt.[14] Auf dieser Basis muß weitergearbeitet werden, doch ist das nicht Sache des Ausschusses.

Zu dem Hinweis von D 2 auf den psychologischen Faktor ist zu ergänzen: Für die Bundeswehr ist ein höherer Integrationsgrad im Bündnis notwendig, weil wir Bündnistruppen im Frieden und weitere im Kriege als Trägerland aufnehmen. Diese Rolle hat die BR Deutschland in höherem Maße als Großbritannien und Italien. Der Ausfall Frankreichs als Trägerland hat die Konzentration auf die BR Deutschland verstärkt.

Im Rahmen des umfassenden Dispositivs der USA ergibt sich eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten der strategischen Reserven der USA. Kissinger (wie früher schon Schlesinger) hat gefordert, die Streitkräfte der USA in Europa durch Rückzug ins Mutterland für ihre Verwendung in Übersee freizumachen.[15] Die BR Deutschland hat demgegenüber das Interesse, die Streitkräfte der USA in Mitteleuropa zu binden. Dies kann nicht alleine von der BR Deutschland geleistet werden. Auch darüber sollten wir Überlegungen im Ausschuß anstellen: Wir brauchen die Unterstützung Frankreichs, damit die Verstärkungen der USA im Krisenfall auch wirklich nach Mitteleuropa kommen.

Saulnier bittet die vom Generalinspekteur in der Kabinettssitzung vorgetragene Bedrohungsanalyse zur eigenen Unterrichtung zur Verfügung gestellt zu bekommen. Zur Begründung für diese Bitte schildert er die französische Sorge, daß das Verteidigungsdispositiv Mitteleuropas im Nordbereich Schwächen habe, und die französische Sorge, daß ihre zur Verstärkung entsandten Truppen im Konfliktfall wegen Flüchtlingsbewegungen nicht durchkommen.

Generalinspekteur: Ich mache Ihnen meine Bedrohungsanalyse gerne zugänglich. Ich müßte aber einige Erläuterungen geben: Die Norddeutsche Tiefebene ist keine Panzerrollbahn, sondern die kürzeste Achse nach Rotterdam. Wir sind dort in der Tat schwach. Deswegen sind bereits im Frieden Teile des III. US-Korps (eine Brigade der 2. US-Panzerdivison) in Garlstedt stationiert. Die Arbeitsgruppe Militärische Zusammenarbeit und die Generalstabsbesprechungen

14 Vgl. dazu die „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ vom 28. Februar 1986; Dok. 57, Anm. 34.

15 Vgl. dazu den Artikel des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger in der amerikanischen Tageszeitung „Los Angeles Times“ vom 13. Mai 1986; Dok. 146, Anm. 19.

sollten realistische Einsatzoptionen für die FAR[16] im Raum des Teutoburger Waldes untersuchen, ebenso eine mögliche Zusammenarbeit der FAR mit dem III. US-Korps.

Ich weise darauf hin, daß das II. Deutsche Korps in Süddeutschland die größte Korpsbreite hat. Dies können wir dem II. Korps nur zumuten, weil das II. Französische Korps in Süddeutschland stationiert ist. Diese Reserve darf nicht zugunsten nördlicher Einsatzoptionen beeinträchtigt werden. Das Gelände beiderseits der Donau ist im Gegensatz zur Norddeutschen Tiefebene tatsächlich eine Panzerrollbahn. Wir haben aus diesem Grunde die Übung mit der FAR 1987 für diesen Raum vorgesehen.[17]

Beschluß: Es wurde festgestellt, daß den vier Ministern für ihre nächste Sitzung am 27.10.1986[18] ein perspektivischer Bericht vorzulegen ist. Zu diesem Zweck sollen die drei Arbeitsgruppen dem Ausschuß Zuarbeit leisten. Es bestand Einverständnis, daß es sich dabei nur um einen Sachstand mit Perspektiven handeln soll und keine abgeschlossene Arbeit, sondern Ausgangspunkt von Überlegungen, die auf politischer Ebene fortgesetzt werden sollen. Französische Seite ist mit dem von StS Rühl vorgeschlagenen Grundraster einverstanden:

1) Darstellung des Standes;

2) Darstellung von Fragen, Optionen und Zielen;

3) Vorschläge.[19]

16 Force d'action rapide.

17 Vom 17. bis 24. September 1987 fand in Baden-Württemberg und Bayern die deutsch-französische Heeresübung „Kecker Spatz" statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2219/2220 des Brigadegenerals Fraidel, Paris, vom 2. Oktober 1987; AAPD 1987.

18 Korrigiert aus: „26. Oktober 1986".
Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Frankfurt am Main vgl. Dok. 304.

19 Am 11. September 1986 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter der Botschaft in Paris den von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und von Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, gebilligten Entwurf der Ziffern 1 bis 3 eines „Berichts des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister". Darin hieß es, daß trotz ihres unterschiedlichen Charakters die verteidigungspolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik und Frankreichs komplementär seien und sich zum gegenseitigen Nutzen um so stärker auswirkten, „je mehr es gelingt, die Auffassungen auf dem Gebiet der Strategie und Taktik […] weiter einander anzunähern". Diese umfassende Zielsetzung erfordere es, daß die vorhandenen Institutionen der bilateralen Zusammenarbeit ihre gemeinsamen Arbeiten intensivierten: „Im Bereich der strategischen Konzepte sollen noch vorhandene unterschiedliche Vorstellungen vereinheitlicht und mit den Erfordernissen der Allianz harmonisiert werden. Die operativen Einsatzgrundsätze sollen einander angepaßt und Verfahren operativen Zusammenwirkens entwickelt werden, entsprechend den mit den anderen Alliierten erarbeiteten Verfahren. Unterschiede müssen, soweit sie die gemeinsame Verteidigung und Interoperabilität behindern, abgebaut werden. Den Schwerpunkt der Bemühungen Deutschlands und Frankreichs um gemeinsame militärische Konzeptionen werden die Verteidigungserfordernisse Europas bilden. Diesem Ziel sollen Zahl und Bewaffnung der Streitkräfte ebenso wie operative Planungen Rechnung tragen. Eine engere Verzahnung der Truppen beider Bündnispartner und ihrer Einsatzplanungen werden angestrebt, wobei die Umsetzung solcher Maßnahmen in Absprache mit dem Bündnis erfolgen muß. Es liegt im gemeinsamen Interesse, daß die Kampfkraft des mit Masse in der Bundesrepublik Deutschland stationierten II. (FR) Korps und der für einen Einsatz in Europa-Mitte vorgesehenen französischen konventionellen Kräfte im bisher vorgesehenen Umfang erhalten und in ihrer Kampfkraft gestärkt wird. Entsprechend sind gemeinsame Übungen der französischen Landstreitkräfte (Verbände der 1. (FR) Armee und FAR) mit deutschen Truppen zur Vorbereitung wirksamer französischer Unterstützung der Vorneverteidigung sinnvoll und erstrebens-

Die französische Seite wies auf den Zeitfaktor hin: Wenn eine Ausschußsitzung Mitte Oktober stattfinde, müßten die drei Gruppen sich im September treffen. Dieses sei nicht ausgeschlossen, erfordere aber Anstrengungen.[20]

Von deutscher Seite (StS Rühl) wurde festgehalten, daß·dabei auch die Unterrichtung über das neue französische Programmgesetz erwartet wird.

SDI-Expertengruppe

Dg 20[21]: Bisher wurden der Stand und die mögliche·Entwicklung bei Offensiv- und Defensivwaffen in den USA und der SU behandelt. Die Arbeit ist gut vorangekommen; ein weitgehend konsolidierter Textentwurf bedarf noch endgültiger Abstimmung. Wir warten auf die französische Antwort. Abschluß des Berichts für die nächste Sitzung der politisch-strategischen AG und danach Vorlage an den Ausschuß sind realistisch, dann Vorlage·an die Minister im Oktober. Vorschlag, der Expertengruppe ergänzendes Mandat zur Untersuchung der politisch-strategischen Probleme zu erteilen. Fortschritte in der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu diesem Thema sind wichtig, zumal die WEU diese Fragen behandelt, um diese Beratungen zu stimulieren, aber auch für größeren Rahmen.

Morel: Seit dem letzten Bericht vom Februar 1985[22] haben wir in der D/F-Zusammenarbeit substantielle Fortschritte erzielt. Abschluß der Arbeit für Oktober ist opportun, allerdings liegen die deutschen und französischen Prognosen für den Zeitraum nach dem Jahre 2000 noch auseinander.

Insgesamt wurde zu diesem Punkt Übereinstimmung erzielt mit der Maßgabe, daß das ergänzende Mandat für die Expertengruppe nicht auf ein abschließendes Urteil über die politisch-strategischen Implikationen hinauslaufen könne („Fortschreibeauftrag").

Behandlung von SDI in der WEU[23]

Morel: Die D/F-Arbeit ist nützlich für die Arbeit in der WEU, die anfangs in der Prüfung der politisch-strategischen Implikationen wegen amerikanischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1130

wert." Schließlich würden die Bundesrepublik und Frankreich auch ihre Beiträge zu der in der NATO in Angriff genommenen Arbeit an einem Stabilitätskonzept für den Raum vom Atlantik bis zum Ural weiter harmonisieren. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6614/6615; VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

Am 15. September 1986 übermittelte Lewalter ergänzend Ziffer 4 des Entwurfs. Darin wurden vor allem die gemeinsame Truppenausbildung, die Steigerung der Interoperabilität der Streitkräfte, die Krisenplanung und die Koordinierung nationaler Entscheidungen im Konfliktfall sowie ein „Konzept für eine leistungsgesteigerte Luftverteidigung und Flugkörperabwehr des Bündnisses in Europa" thematisiert. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6679; VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

20 Die deutsch-französische politisch-strategische Arbeitsgruppe erörterte den Entwurf der Bundesregierung für einen „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister" auf ihrer Sitzung am 19. September 1986. Dabei erklärte sich die französische Delegation bereit, den Entwurf zu überarbeiten. Beide Seiten kamen überein, „nach Vorlage des französischen Entwurfs zu entscheiden, ob eine Redaktionsgruppe gebraucht wird". Vgl. VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

21 Hans-Friedrich von Ploetz.

22 Zum Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe vom 12. Februar 1985 vgl. Dok. 51, besonders Anm. 5.

23 Zur Erörterung von SDI im Rahmen der WEU vgl. Dok. 51 und Dok. 130.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Arnim informierte am 25. Juni 1986 über die Sitzung der SDI-AG der WEU am 23. Juni 1986. Grundlage der Erörterungen sei ein vom WEU-Generalsekre-

Drucks und britischer Zurückhaltung Schwierigkeiten hatte. Der deutsch-französischen Kooperation ist es zu verdanken, daß der tote Punkt Anfang 1986 überwunden wurde und jetzt substantielle Beratungen mit interessanten Beiträgen von GB, auch von NL stattfinden. Die D/F-Zusammenarbeit sollte dort fortgesetzt werden.

D 2: Ich teile diese Auffassung. Die WEU ist nicht Hilfsorgan, sondern hat einen eigenen Auftrag, allerdings in der Zielsetzung, Europa zu einem besseren Partner der USA zu machen.

StS *Rühl*: Einverstanden. Wir müssen die WEU nach ihrer Wiederbelebung auch entwickeln und nutzen, wenn sie in der Lage sein soll, eines Tages Zielen zu dienen, die heute noch jenseits des Horizonts liegen.

Die leistungsgesteigerte Luftverteidigung und Flugkörperabwehr in Europa muß im Rahmen der integrierten Luftverteidigung der NATO in Europa wahrgenommen werden.

Wir müssen Wege finden, Frankreich mit seinen besonderen Interessen zu beteiligen. Dabei geht es nicht nur darum, eine europäische Antwort auf die amerikanische Herausforderung zu finden. Vielmehr müssen wir auch die Kompatibilität unserer Anstrengungen mit der integrierten Luftverteidigung der NATO sicherstellen. Unsere Arbeiten in der WEU sollten in diesen Gesamtrahmen passen.

Konventionelle Stabilität

Morel: Wir wollen zur Diskussion in der Allianz beitragen. Der sowjetische Vorschlag vom 15. Januar 1986[24] zielt auf die Entnuklearisierung Europas, auf die Abkopplung von den USA. Damit wurde der wahre Grund für die Instabilität in Europa beiseite gelassen. Die AM Genscher und Dumas haben in Stockholm darauf hingewiesen.[25] Die Sowjetunion ist auf dieses Bedenken eingegangen. Darauf folgte wieder eine D/F-Initiative: der Auftrag von Halifax. Die Vorarbeiten in den Hauptstädten sind intensiv; der deutsche Entwurf wurde in Paris geprüft. Auf ihn eingehend erste Überlegungen: Der deutsche Entwurf scheint aus französischer Sicht als zu stark auf Block-Block-Verhandlungen nach dem Muster von MBFR abzuzielen. Der französische Ansatz wäre eine Weiterführung und Ausweitung der Stockholmer Verhandlungen. Damit entgeht man eher einem zu erwartenden sowjetischen Vorstoß, der die nuklearen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1131

tariat vorgelegtes „Prüfraster" gewesen, das vier Stationierungsszenarien entwerfe (einseitige Dislozierung strategischer Defensivsysteme durch die UdSSR bzw. die USA; zweiseitige Dislozierungen in einem vereinbarten Rahmen bzw. ohne vereinbarten Rahmen) und ihnen jeweils vier mögliche „Defensivarchitekturen" gegenüberstelle (Punktverteidigung bzw. Gebietsverteidigung mit geringer Wirksamkeit; Punktverteidigung bzw. Gebietsverteidigung mit hoher Wirksamkeit). Hierzu hätten die Niederlande und Italien jeweils Papiere eingebracht. Weiteres Thema sei die Frage einer erweiterten Luftverteidigung gewesen: „Insgesamt ist die Gruppe einige weitere Schritte in der Prüfung vorangekommen. Dabei zeigte sich erneut, daß die Analysen aller MS in vielen wesentlichen Fragen konvergieren, jedoch überall Vorbehalte bestehen, dies gegenwärtig in deutlich erkennbarer Form zu manifestieren. Die Ursache liegt offenbar in Überlegungen zum West-Ost-Verhältnis und dem Stand der Konsultationen im Bündnis." Vgl. den Runderlaß Nr. 4833/4834; VS-Bd. 11919 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

24 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

25 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

Kurzstreckenwaffen im Zusammenhang der konventionellen Stabilität behandeln will, um diesen Punkt dann in der Öffentlichkeit ausschlachten zu können.

Gut am deutschen Entwurf ist, daß er nicht alle Elemente des konventionellen Kräfteverhältnisses gleichgewichtet, sondern das Konzept der Angriffsfähigkeit als Kriterium einführt.

Damit verbunden ist aber ein negativer Effekt: daß nämlich zwischen drei Kriegsschauplätzen (Nord–Mitte–Süd) unterschieden wird. Damit riskiert man, daß die SU ihre Vorschläge zur nuklearen Zone Nordeuropa[26] und zum Mittelmeerraum[27] wieder aufwärmt. Frankreich bevorzugt demgegenüber ein einheitliches Konzept für den Gesamtraum. Also: Statt der Übertragung des MBFR-Konzepts auf den größeren geographischen Rahmen besser eine KVAE 1b, denn wir wollen nicht wie die SU direkt auf die zweite Phase der KVAE übergehen. Besser als der geographische Ansatz der BR Deutschland erscheint deswegen die Behandlung nach Sachproblemen, die das konventionelle Ungleichgewicht ausmachen:

– Problem des sowjetischen Materialumfangs, insbesondere Überlegenheit bei den Panzern;
– Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen;
– Bezug zwischen stationierten Streitkräften einerseits und im jeweiligen Land beheimateten Streitkräften andererseits.

Aus französischer Sicht ist eine progressive Annäherung an das Problem, das den von vorneherein festgelegten unflexiblen Rahmen der geographischen Unterteilung vermeidet, vorzuziehen – wenn auch Gesichtspunkte der Geographie bei der Durchführung im einzelnen eine Rolle spielen werden. Die westliche Haltung muß in der Allianz erarbeitet werden. Schnelle deutsch-französische Einigung ist wünschenswert, um gemeinsam in der Allianz operieren zu können. Frankreich legt im übrigen Wert darauf, in einer künftigen Verhandlung mit dem Osten wie in Stockholm die Möglichkeit zu haben, die in der Allianz erarbeitete Position in eigener Verantwortung vorzutragen. Dieses Vorgehen hat in Stockholm nicht dem westlichen Zusammenhalt geschadet, diese Flexibilität war vielmehr ein Vorteil gegenüber dem Osten.[28]

26 Referat 221 hielt am 14. Oktober 1986 zu Überlegungen zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone Nordeuropa (KWFZ) fest: „Den Plänen hierfür liegt der Gedanke zugrunde, die vier Staaten DK, NOR, SWE, FIN vertraglich zur KWFZ zu erklären. De facto sind die Staaten nuklearwaffenfrei. Variationen beschränken die KWFZ auf SWE und FIN bzw. dehnen sie auf ISL und Grönland aus (Kekkonen-Plan von 1963). Aus strategischen Gründen ist die SU nur bereit, angrenzende Gebiete evtl. in das Konzept miteinzubringen, wenn zuvor eine KWFZ-Nord ohne SU-Territorium entstanden ist […]. Eine Denuklearisierung der Wasseroberflächen der Ostsee wurde angeboten (Antwort von GS Tschernenko an Organisation ‚Vertrag sofort', Prawda 17.2.1985), das Recht zur Passage und Transport von Nuklearwaffenträgern aber vorbehalten. Im Gegensatz zu Skandinavien sind die entsprechenden Territorien der SU nicht de facto nuklearwaffenfrei." Vgl. Referat 221, Bd. 163132.

27 Am 20. Mai 1963 richtete die UdSSR an die drei Westmächte und die an das Mittelmeer angrenzenden Staaten Noten mit dem Vorschlag, den Mittelmeerraum zur kernwaffenfreien Zone zu erklären. Für den Wortlaut der Note an die USA vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 187–193. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 326–330.

28 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl unterrichtete Bundesminister Genscher, z. Z. auf dem Flug von Washington nach Nürnberg, am 24. Juli 1986: „In gestrigem deutsch-französischen Aus-

StS *Rühl*: Die französischen Vorstellungen sind interessant, konstruktiv und für unsere weitere konzeptionelle Arbeit von Wert. Das gilt auch für die vorgeschlagene funktionelle Unterteilung. Allerdings wären noch weitere Problemgebiete zu ergänzen. Nicht nur die Überlegenheit bei den Panzern, sondern auch bei der Artillerie und bei den Kampfhubschraubern sind wichtige Aspekte der Bedrohung.

Der deutsche Entwurf wird aber mißverstanden, wenn aus ihm eine deutsche Entscheidung für Block-zu-Block-Verhandlungen herausgelesen wird. Er zielt nicht auf die Frage der Verhandlungsgremien, sondern beschreibt die militärische Ausgangslage. Rationale unseres Vorschlags ist: Der SU soll die Möglichkeit genommen werden, durch Einbeziehung aller westlichen Kräfte zu einer ausgeglichenen bzw. für sie günstigen Bilanz zu kommen und damit die Qualität der Angriffsfähigkeit zu verschleiern, die die Bedrohung ausmacht. Wir wollen keine Regionalisierung. Aber wenn man mehr Stabilität haben will, muß man die vorhandenen Streitkräfte auf ihre möglichen operativen Ziele beziehen.

Außerdem sind militärische Kräfte nach geographischen Gegebenheiten und politischer Zielsetzung disloziert. Auch Morel hat eingeräumt, daß geographische Gesichtspunkte eine Rolle spielen.

Eine Tendenz der Sowjetunion, die SRINF im Zusammenhang der konventionellen Stabilität zu behandeln, ist auf der Basis ihres eigenen Rüstungskontrollvorschlags[29] in der Tat gegeben. Nur muß man sich fragen, ob die SU in dieser Richtung einen starken Druck ausüben wird oder nicht eher unter dem Eindruck stand, daß sie durch diesen Vorschlag eine Lücke in ihrem Verhandlungsangebot schließen mußte. Aus meinem Gespräch mit Karpow schließe ich eher das letztere.

D 2: Die Ausführungen Morels über den Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit sind zu unterstreichen. Sie wird wichtige Dienste leisten, wenn wir in der hochrangigen Arbeitsgruppe in größerem Rahmen zusammenarbeiten.

Unser Vorschlag zielt in der Tat nicht auf Block-zu-Block-Verhandlungen, aber auch F hat festgestellt, daß die Rolle der Bündnisse zu berücksichtigen ist. Die Probleme in Mitteleuropa werden durch die Erweiterung des Raumes nicht eliminiert. Aber wir dürfen der SU kein Sanktuarium lassen. Mitteleuropa ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 1133

schuß für Sicherheit und Verteidigung äußerte sich Morel eingehend zu dem von uns verteilten deutschen Papier für hochrangige Arbeitsgruppe. Er sah darin mehrere Punkte, die F Schwierigkeiten machen, vor allem Abstellen auf Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen und MBFR-Muster." Zugleich „scheinen Amerikaner sich auf Positionen festgelegt zu haben, die für F inakzeptabel sein dürften. Sie wollen Verhandlungen ausschließlich zwischen beiden Bündnis-Systemen; MBFR-Muster auf der Basis von Weisungen des NATO-Rates und nicht KVAE-Muster; keine Rolle für N+N-Staaten, nicht einmal als Beobachter (allerdings möglicherweise Ansiedlung unter Dach des KSZE-Rahmens). Amerikaner scheinen außerdem daran zu denken, bei Wiener Nachfolgetreffen Mandat für Abrüstungs-Phase der KVAE abzukoppeln und MBFR-Verhandlungen einzustellen. […] Mir scheint US-Haltung in der Sache bedenklich und in der Form anfechtbar. Chance engerer Einbindung Frankreichs in Rüstungskontrolle und Bündnis-Strukturen würde gefährdet." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1; VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

29 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April 1986; Dok. 114 und Dok. 131.

und bleibt aber der Raum, in dem sich für uns die entscheidenden sicherheitspolitischen Probleme stellen. Über den Grundsatz der Kollektivität müssen wir nachdenken. Hier ist das Gewicht der SU im Warschauer Pakt das Problem; wenn man getrennte Kriterien auf westlicher und östlicher Seite anwenden könnte, würden wir für den Osten sicherlich nicht das Prinzip der Kollektivität akzeptieren. (StS Rühl verwies an dieser Stelle darauf, daß unser Ansatz bei MBFR dem Rechnung zu tragen suche.)

Weiter wird die Rangfolge der verschiedenen Instabilitätsformen zu prüfen sein; dies wird sich in unseren Verhandlungsansätzen niederschlagen müssen. Das bilaterale Gespräch soll fortgesetzt werden.

Morel: Ich wollte die Risiken akzentuieren, die sich aus dem Aufbau der Analyse im deutschen Entwurf ergeben; zuzugeben ist, daß er den Vorschlag einer Block-zu-Block-Verhandlung nicht enthält. Zuzugeben ist, daß in einer möglichen unterschiedslosen Anrechnung westlicher Mannschaftsstärken ein verhandlungstaktisches Problem für uns liegt. Spezifische Gesichtspunkte kann man am besten durch Schaffung „technischer Verhandlungstische" berücksichtigen.

Unsere Aufgabe ist, drei Risiken entgegenzuwirken, die die sowjetische Verhandlungsposition für uns mit sich bringen wird:

– dem arithmetischen Ansatz, der die Identifizierung des Angriffspotentials verhindern soll durch Einbringung von „Flugsand aus Spanien und der Türkei",
– der Einführung des nuklearen Elementes,
– der Regionalisierung der Sicherheit.

Die KVAE, so wie sie sich entwickelt hat, ist ein gutes Sprungbrett für uns: Wir haben dort einen Vorteil durch die Neutralen, die im Kern westlich sind. Dies können wir ausnutzen, wenn unser Auftreten flexibel bleibt. Es ist klar, daß man die 35 nicht gleich behandeln kann. Man muß sehen, wie man die Bündnisse einbringt in einer späteren Phase.

D2: Diese Fragen werden im deutsch-französischen Dialog zu untersuchen sein, im einzelnen:

– Die Frage der Verhandlungsforen: Die Neutralen spielen in der KVAE eine nützliche Rolle; es ist genau zu untersuchen, welche Bedeutung diesem Faktor zukommt, um die richtige Lösung für die Verhandlungen im Bereich Atlantik/Ural zu finden.
– Zur Frage der geographischen Räume müssen wir unseren vertraulichen Meinungsaustausch fortsetzen auch über die Frage, wie die Räume am besten zu nutzen sind, wie wir die Flexibilität auf westlicher Seite erhöhen können, damit rüstungskontrollpolitische Regelungen nicht für uns zu Nachteilen führen.
– Nukleare Frage: Wir wollen uns nicht vorwerfen lassen, eine neue Grauzone geschaffen zu haben.

StS *Rühl:* Strukturierte Verhandlungen werden uns sehr schnell Aufschluß über die wahre Interessenlage der Neutralen geben. Die Neutralen verhandeln derzeit nicht über ihre Streitkräfte und bilden noch eine geschlossene Gruppe. Wenn ihre Potentiale Gegenstand der Verhandlungen sind, werden sie sich

darauf besinnen, daß sie Teil eines strategischen Umfeldes sind. Deshalb bietet die strukturierte Verhandlung die Möglichkeit, über die Blöcke hinauszugehen. Die Neutralen würden dann eine andere Rolle in unserem Sinne spielen können, wenn es um die Bestimmung des europäischen Sicherheitsproblems geht.

Programmgesetz:

Morel: Es ist zu früh, um konkrete Informationen geben zu können. Im Herbst wird Frankreich soweit sein, die Arbeitsgruppe (militärische Zusammenarbeit) und dann auch den Ausschuß unterrichten zu können. Vorher könne man sich zur Bedrohungsanalyse austauschen.

D2: Frankreich kennt unsere Interessen. Daß Frankreich dieses Interesse würdigt, ist für uns sehr wichtig.

TOP II Militärische Zusammenarbeit

General *Hüttel*: Bisher haben wir nur auf der unteren Führungsebene mit den französischen Streitkräften geübt. Erst jetzt konzipieren wir gemeinsame Übungen mit französischen Großverbänden. Bei den Heeresübungen 1986[30] und 1987 wird erstmals deutlich werden, wie deutsche und französische Verbände auf dem Gefechtsfeld zusammenarbeiten können. Die Bundeswehr hat mit ihren anderen Alliierten Verfahren des operativen Zusammenwirkens entwikkelt. Sie wurden zum Teil förmlich vereinbart. Wir können diese Verfahren sicher nicht einfach auf unseren französischen Bündnispartner übertragen, prinzipiell gilt aber, daß die von uns mit den anderen Alliierten erarbeiteten Verfahren auch mit den französischen Streitkräften praktizierbar sein müssen. Ich schlage daher vor, in einer Arbeitsgruppe zu besprechen, was zu leisten ist, und danach Richtlinien zu formulieren.

Saulnier: Ich stimme zu. Bei den Großverbandsübungen 1986 und 1987 mit Ihnen werden wir sicherlich Defizite feststellen. Ich bin sehr zufrieden damit, daß die Arbeitsgruppe Militärische Zusammenarbeit sich bereits im Ansatz damit beschäftigt. Wir können aber erst nach den Übungen herausfinden, wie umfänglich unsere zukünftigen Arbeiten sein werden. Jetzt ist es noch zu früh, hierzu Aussagen zu machen.

FAR

Saulnier: General Rogers fragte mich, welche Ergebnisse wir mit der deutschen Seite über die Force d'action rapide erzielt hätten. Ich wies ihn darauf hin, daß wir außerhalb der integrierten Struktur mit der deutschen Seite Untersuchungen begonnen haben, daß wir uns aber darüber im klaren sind, daß wir hinsichtlich Planung des Einsatzes der FAR im Kommandobereich Europa-Mitte das Bündnis beteiligen müssen. Ich bin mir z. Z. über die wirklichen Möglichkeiten der FAR noch nicht im klaren. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die FAR in die operativen Planungen des Bündnisses einbinden werden. Die Unterarbeitsgruppe FAR hat sich mit dem Bereich der logistischen Unterstützung, mit Fragen der Verkehrsführung beschäftigt und hat operative Modelle entwickelt. Wir haben bereits jetzt herausgefunden, daß wir die Bundes-

30 Zum Manöver „Fränkischer Schild" vom 23. bis 25. September 1986 vgl. Dok. 248, Anm. 27.

wehr beim Einsatz der FAR in der Zentralregion um eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen bitten müssen. Wir sind uns bereits jetzt darüber im klaren, daß wir eine stärkere Infanteriekomponente in der FAR benötigen, um die Verwundbarkeit der 4. Division Aéromobile herabzusetzen. Wir haben deshalb damit begonnen, die 9. Marineinfanteriedivision zu einer leichten Panzerdivision umzugliedern.

Generalinspekteur: Ich habe General Rogers über die bilateralen Gespräche über die FAR unterrichtet. Ich habe ebenfalls den CINCENT[31] unterrichtet, der sich auf die Ergebnisse unserer bilateralen Arbeitsgruppe freut. Ich habe dafür Verständnis, daß General Rogers aus erster Hand vom französischen Generalstabschef über die Arbeiten informiert werden wollte. Mich interessiert, welche Teile der FAR an der Heeresübung 1987 teilnehmen werden.

Saulnier/Varret: Die FAR wird an der Heeresübung 1987 mit der 4. Division Aéromobile und der 6. leichten Panzerdivision sowie schwachen Regieteilen der 9. Marinedivision teilnehmen.

Erweitere Luftverteidigung[32]

General *Hüttel*: Die Arbeitsgruppe hat sich am 15. Mai in Paris konstituiert; Vorsitzende: auf französischer Seite Brigadegeneral Thierry, auf deutscher Seite Flottillenadmiral Brost. Die erste Sitzung findet in der Woche vom 22. bis 26. September statt. Es werden drei Komplexe besprochen:

– detaillierter Aufgabenkatalog,

– Arbeitsverfahren,

– erster Gedankenaustausch zur Bedrohungsanalyse.

Den Ministern wird im Herbst ein Sachstandsbericht gegeben werden können.

Saulnier: Einverstanden. Eine Nuance zwischen Deutschland und Frankreich: Der französischen Seite ist noch nicht deutlich, ob die Bedrohung von Flugkörpern kurzer und mittlerer Reichweiten mehr von Flugzeugen oder Raketen ausgehen wird.

De la Fortelle: Die Einbindung in die integrierte Luftverteidigung in der Allianz ist notwendig. Europa steht einer besonderen Bedrohung gegenüber und ist aufgefordert, eine Antwort zu geben. Die passive Verteidigung (Radar, etc.) kann auf Vorhandenem aufbauen und ist damit selbstverständlich Teil der Integration, wenn hier auch die europäische Industrie ein Wort mitzureden haben wird. Bei der aktiven Verteidigung (Abwehrraketen) ist noch nicht ausgemacht, daß die zu beschaffenden Systeme notwendigerweise amerikanischen

31 Leopold Chalupa.

32 Am 30. Juni 1986 notierte Referat 201: „Am Rande der 8. Sitzung der politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 11. Oktober 1985 in Bonn fand ein erster deutsch-französischer Meinungsaustausch über die Frage der Erweiterung der Luftverteidigungsfähigkeit in Europa statt. Dabei wurde abschließend allgemein das Interesse an einer Vertiefung des Themas zum Ausdruck gebracht. […] Der deutsch-französische Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung erteilte am 18.2.1986 in Paris der Arbeitsgruppe Militärische Zusammenarbeit das Mandat, eine Arbeitsgruppe ‚Fragen der Luftverteidigung' einzurichten (F[eder]F[ührung] BMVg/frz. V[er]t[eidi]g[ungs] Min[isterium]); die Untersuchung in folgenden Grobabschnitten anzugehen: 1) Tendenzen der künftigen Entwicklung der Bedrohung, 2) mögliche Antworten auf die Bedrohung, 3) Konsequenzen." Vgl. Referat 201, Bd. 143479.

Ursprungs sein werden. Es gibt (wenn auch bescheidene) Kapazitäten in Frankreich. Bei Besuch VM Giraud in USA[33] hat amerikanische Seite (Abrahamson und Gaffney) Auffassungen vertreten, es könne keine europäische Lösung geben und keinen pragmatischen Ansatz, vielmehr sei eine Abwehr in mehreren Schichten nötig. Demgegenüber ist französische Auffassung, daß Europa einen eigenen Beitrag in der Luftverteidigung gegen die sowjetische Bedrohung leistet, autonom oder in der Allianz. Die technologische Herausforderung deutet in Richtung einer europäisch-technologischen Lösung, aufbauend auf deutsch-französischem Ansatz.

D2: Auch wir gehen davon aus, daß die erweiterte Luftverteidigung nicht ein europäischer Ableger von SDI sein wird. Auch wir sehen die Dimension der technischen Herausforderung, aber genauso wichtig ist, daß sich die erweiterte Luftverteidigung in die bestehenden Strukturen einordnen muß.

Morel: Frankreich kennt die laufenden Arbeiten in der Allianz, legt aber auch Wert auf die bilaterale Behandlung des Themas mit der BR Deutschland.

Henault: Frankreich prüft noch das Mandat und möchte sich die Möglichkeit zu Ergänzungen offenhalten; die Arbeitsgruppe für militärische Zusammenarbeit wird das Mandat abschließend festzulegen haben.

StS *Rühl*: Ich stimme Herrn von Braunmühl zu. Es ist daran zu erinnern, daß BM Wörner drei französischen Ministerkollegen gegenüber das Angebot gemacht hat, zwischen D und F ein Konzept für die Flugkörperabwehr in Europa im Rahmen der existierenden NATO-Luftverteidigung auszuarbeiten, und zwar sowohl zur Vorbereitung der Haltung im Bündnis wie auch im Hinblick auf eine technologische Zusammenarbeit.

Die geforderte technisch-operationelle Vereinbarkeit bedeutet, daß zu schaffende Flugkörperabwehrsysteme in die integrierte und standardisierte Luftverteidigung der NATO in Mitteleuropa eingebaut werden können. Es kann nicht zwei unterschiedliche Systeme zur Luftraumüberwachung nebeneinander geben, zumal ein Teil der abzuwehrenden Flugkörper luftgestützt sein würde, d.h. möglicherweise von Flugzeugen gestartet würde. Hernu wie VM Quilès haben die angebotene Zusammenarbeit im Prinzip akzeptiert; dieses Einverständnis ist von VM Giraud wiederholt worden: Dies bedeutet, daß die europäische Option offengehalten werden soll; die Entwicklung wird nicht auf automatische Übernahme von amerikanischen Systemen oder auf einen Anschluß an das strategische Verteidigungssystem der USA hinauslaufen, sondern auf eine gegenseitige Beeinflussung und Ergänzung, vorausgesetzt, die Europäer werden aktiv und haben konstruktive Beiträge zur technologischen Entwicklung und zur Konzeption einer Flugkörperabwehr über kürzere Distanzen.

Rüstungszusammenarbeit

Es bestand Einverständnis, daß im Hinblick auf die Zusammenkunft der beiden Verteidigungsminister am 25. Juli Einzelheiten jetzt nicht zu besprechen sind.

33 Der französische Verteidigungsminister Giraud begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch am 3./4. Juli 1986 in den USA anläßlich der Feierlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum der Freiheitsstatue.

Gemeinsame Ausbildung

Dieses Thema wurde von Generalinspekteur mit General Saulnier getrennt behandelt.

Die Sitzung endete gegen 13.10 Uhr; anschließend Arbeitsmittagessen. (Hier: Bericht D 2 über BM-Gespräche in Moskau[34] und Meinungsaustausch über Reaktion auf Nitze-Vortrag[35].)

VS-Bd. 12085 (201)

34 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

35 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze informierte die Bundesregierung am 20. Juli 1986 über die geplante Antwort des Präsidenten Reagan auf die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 11. Juni 1986 und den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 204. Vgl. dazu ferner Dok. 205.
Über die Unterrichtung der französischen Regierung durch Nitze vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 23. Juli 1986, daß nach Auskunft des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Morel, in der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am selben Tag die französische Seite folgende Punkte deutlich gemacht habe: „Einbeziehung von anderen Nuklearmächten in Reduktionsverhandlungen nach Realisierung fünfzigprozentiger Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen strategischen Potentiale: F befürchte, daß Bezugnahme auf Fünfzig-Prozent-Schwelle für Erweiterung der Verhandlungen bisher nicht verwandtes präzises Kriterium einführt, das für andere Nuklearmächte ein Element des Automatismus bedeuten kann. […] Man habe Nitze daher an die derzeitige Genfer US-Position erinnert, die auf grundsätzliche Bereitschaft anderer Nuklearmächte verweise, sich zum gegebenen Zeitpunkt an den Verhandlungen zu beteiligen, daß diese aber bestimmte Bedingungen für ihre Beteiligung formuliert hätten. […] Globale Null-Lösung bei LRINF: F erkenne zwar an, daß US-Formulierung am Ziel globaler Null-Lösung festhalte. Man habe es gegenüber Nitze aber als wünschenswert bezeichnet, dies deutlicher zu machen. Nukleartests: F habe Sorge, daß durch die angedeutete Parallelität zwischen der Reduzierung von Offensivwaffen und Tests eine Proportionalität eingeführt werden könne, die zu rigide und beschränkend sei. […] Konventionelles Kräfteverhältnis: Nach französischer Auffassung insistiere der jetzige Entwurf der amerikanischen Antwort weniger als der Reagan-Brief vom Februar auf der Bedeutung des konventionellen Ungleichgewichts. In sowjetischen Augen deute dies insofern eine Veränderung der US-Position an. Man habe daher angeregt, deutlich zu machen, daß sich die Februar-Position nicht verändert habe.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5537; VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

214

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

23. Juli 1986[1]

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Ron,

für Ihren Brief vom 20. Juli 1986[2] danke ich Ihnen sehr. In der gegenwärtigen, aktiven Phase des Rüstungskontrolldialogs erscheint es mir wichtig, daß wir unsere bewährte Übung eines intensiven Gedankenaustauschs über rüstungskontrollpolitische Fragen fortsetzen. Ich nehme diese Gelegenheit gern wahr, Ihnen meine Überlegungen zu den aktuellen Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung mitzuteilen und zu Ihrer geplanten Antwort auf die sowjetischen Vorschläge vom 11. Juni 1986[3] Stellung zu nehmen.

Für die Bewertung der gegenwärtigen Situation bei den Genfer Verhandlungen haben Sie in Ihrer Rede in Glassboro[4] eine wichtige Feststellung getroffen: Sie sagten, die von der Sowjetunion am Ende der fünften Verhandlungsrunde eingeführten Vorschläge könnten einen Wendepunkt bei den Bemühungen um eine sichere und friedlichere Welt darstellen. Auch ich habe wie Sie den Eindruck, daß sich hinter diesen Vorschlägen ein ernsthafter Verhandlungswille der Sowjetunion abzeichnen könnte, den es jetzt mit konstruktiven Gegenvorschlägen zu testen gilt.

Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang die Suche nach überzeugenden Lösungsansätzen in der für die Genfer Verhandlungen wohl entscheidenden Frage des künftigen Verhältnisses zwischen Offensiv- und Defensivsystemen.

Bemerkenswert an den jüngsten sowjetischen Vorschlägen ist die Bereitschaft, erste Reduzierungen strategischer Nuklearwaffen nicht länger von einer endgültigen Regelung für den Weltraum abhängig zu machen, sondern eine zeitlich befristete Lösung, die nicht mehr die vollständige Aufgabe der SDI-Forschung und der Perspektive einer Verteidigung gegen ballistische Raketen verlangt, zu akzeptieren.

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 23. Juli 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach zusammen mit einem Fernschreiben an die Botschaft in Washington übermittelt, mit dem Bundesminister Genscher über den Inhalt des Schreibens informiert werden sollte. Dazu teilte er mit: „Ich wäre dankbar, wenn Sie die Weiterleitung des Originalschreibens über die Botschaft Washington an den Adressaten veranlassen und für die Übermittlung des Fernschreibens citissime nachts Sorge tragen könnten. Der Wortlaut des Schreibens ist bereits von hier aus direkt an das Weiße Haus übersandt worden. Die Übersetzung ins Englische werde ich Ihnen mit der Bitte um Übermittlung an die Botschaft Washington umgehend nachreichen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 25. Juli 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11318 (220).

3 Zu den sowjetischen Vorschlägen über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

4 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 19. Juni 1986 in Glassboro, New Jersey, vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 806–811.

Ich glaube, daß es für den Fortschritt der Genfer Verhandlungen von großer Bedeutung ist, daß dieser Ansatz im Prinzip nunmehr für beide Seiten verhandlungsfähig erscheint. Auch ich bin der Auffassung, daß eine zeitlich befristete Vereinbarung für dieses zentrale Problem ein geeignetes Mittel ist, um den toten Punkt in Genf zu überwinden und dem von uns gemeinsam angestrebten Ziel einer drastischen Verringerung der Nuklearwaffen näher zu kommen. Wenn der Sowjetunion im Bereich der strategischen Defensivsysteme für einen bestimmten Zeitraum ein berechenbarer rüstungskontrollpolitischer Rahmen in Aussicht gestellt wird, kann sie keinen überzeugenden Grund mehr dafür anführen, warum mit der Reduzierung nuklearer Offensivwaffen nicht jetzt begonnen werden soll. Ein Angebot der Vereinigten Staaten für eine zeitlich befristete Regelung bei den Weltraum- und Defensivsystemen könnte somit beträchtlichen Druck auf drastische Reduzierungen ausüben.

Ich könnte mir vorstellen, daß sich ein derartiges Angebot so formulieren ließe, daß kein Zielkonflikt entstünde zwischen den befristeten rüstungskontrollpolitischen Bindungen für die Defensivsysteme einerseits und den für diesen Zeitraum gegebenen Forschungserfordernissen andererseits. Auf diese Weise könnte die SDI-Option gewährleistet und ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine kooperative Steuerung des Übergangs zu einem System erhöhter strategischer Stabilität getan werden. Für den Fall drastischer Einschnitte bei den Offensivsystemen würden die Aussichten für eine Einigung über die Begrenzung der Defensivsysteme verbessert werden.

Aufgrund dieser Einschätzung bin ich überzeugt, daß Ihre neuen Überlegungen einen erfolgversprechenden Ansatz für Verhandlungen bieten. Besonders wichtig erachte ich dabei Ihren Vorschlag, für einen bestimmten Zeitraum die Forschungsprogramme über die Möglichkeit strategischer Verteidigung auf das vom ABM-Vertrag Erlaubte zu beschränken. In diesem Zusammenhang haben Sie im Oktober letzten Jahres eine wichtige Vorentscheidung getroffen, indem Sie beschlossen haben, das SDI-Forschungsprogramm der Vereinigten Staaten im Rahmen der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages durchzuführen.[5] Die Bundesregierung hat diese Entscheidung sehr begrüßt. Ich bin überzeugt, daß sich Ihr Festhalten an der restriktiven Auslegung auch im Zusammenhang mit Ihrem bevorstehenden Vorschlag positiv auswirken würde.

Ihren Ausführungen zu Reduzierungen bei den offensiven Nuklearpotentialen pflichte ich bei.

Auch die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Zwischenlösungen auf dem Weg zur angestrebten Reduzierung um 50 % ein gangbarer Weg sein können.

Im Vorfeld von Vereinbarungen über drastische Reduzierungen der Kernwaffen erscheint es mir wichtig, Ihren Vorschlag einer Politik der beiderseitigen Zurückhaltung weiterzuverfolgen. Ich hoffe, daß die zur Zeit stattfindende Sondersitzung der SCC, deren Zustandekommen ich begrüße, dazu beiträgt, sich auf eine solche Politik zu verständigen.[6]

5 Vgl. dazu die National Security Decision Directive Nr. 192 des Präsidenten Reagan vom 11. Oktober 1985; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

6 Zur Sondersitzung der Besonderen Beratungskommission (SCC) vom 22. bis 30. Juli 1986 in Genf vgl. Dok. 207, Anm. 20.

Hinsichtlich des für uns besonders wichtigen INF-Bereichs erscheint auch mir zweckmäßig, eine die Interessen beider Seiten wahrende Interimslösung anzustreben, solange die Sowjetunion nicht bereit ist, an der Verwirklichung unseres Ziels der vollständigen weltweiten Beseitigung der LRINF mitzuwirken. Im übrigen verweise ich zu diesem Thema auf mein Schreiben vom 14. Februar 1986[7], in dem ich auch auf die aus unserer Sicht notwendige Berücksichtigung der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweiten hingewiesen habe.

Was die Thematik der Kernwaffentests angeht, begrüße ich, daß in wenigen Tagen amerikanische und sowjetische Experten Gespräche über Fragen der Verifikation aufnehmen werden[8] und daß Sie nach Fortschritten in diesem Bereich die Ratifikation der beiden Verträge von 1974[9] und 1976[10] einzuleiten beabsichtigen. Ich nehme auch mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Sie für die Zukunft Gespräche über Reduzierungen von Tests ins Auge fassen.

Ich würde begrüßen, wenn Sie in Ihrem Schreiben an Generalsekretär Gorbatschow die Bedeutung hervorheben würden, die die USA und das Bündnis insgesamt der konventionellen Rüstungskontrolle, einem substantiellen Ergebnis bei der KVAE und Fortschritten bei MBFR beimessen. Unser Interesse an einem baldigen Abschluß eines CW-Verbotsabkommens sollte ebenfalls hervorgehoben werden. Damit würde unterstrichen, daß der Westen ein umfassendes sicherheitspolitisches Konzept verfolgt, das die Verhütung eines jeden Krieges zum Ziel hat.

Die Allianz hat in ihrer Erklärung von Halifax die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle festgestellt[11] und eine hochrangige Arbeitsgruppe mit der Entwicklung eines Konzepts für konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa beauftragt[12]. Ich stelle im

7 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 33, Anm. 22.

8 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über ein umfassendes Teststoppabkommen vgl. Dok. 207, Anm. 23.
Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), informierte am 1. August 1986, daß der Leiter der amerikanischen Delegation bei den Expertengesprächen vom 25. bis 31. Juli 1986 in Genf, Barker, am selben Tag den Ständigen NATO-Rat unterrichtet habe: „Am Eröffnungstag, 25.7., habe man sich auf das Verlesen von Erklärungen beschränkt […]. In der darauffolgenden Woche hätten jeweils drei- bis vierstündige Plenarsitzungen und zwei- bis dreistündige informelle Sitzungen stattgefunden. Die Gespräche hätten den gesamten Bereich der mit Nukleartests zusammenhängenden wissenschaftlich-technischen Fragen abgedeckt. Nachdem die US-Seite am Montag, 28.7., zunächst ausführliche technische Erläuterungen zum CORRTEX-System gegeben hätte, habe man an den folgenden Tagen vor allem sowjetische Fragen hierzu beantwortet. Die Fragen hätten sich in erster Linie auf die Genauigkeit der Kontrollverfahren konzentriert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 997; VS-Bd. 11564 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Vertrags vom 3. Juli 1974 über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

11 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

12 Zur Einsetzung der „High Level Task Force" (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 159, besonders Anm. 15.
Zur konstituierenden Sitzung der HLTF vgl. Dok. 179, Anm. 4.

übrigen mit Genugtuung fest, daß die Arbeit dieser Gruppe einen guten Anfang genommen hat.

Nach meiner Überzeugung liegt es im Interesse des ganzen Westens, daß wir bei der KVAE bis zum 19. September 1986 ein substantielles erstes Ergebnis erreichen. Der vertrauliche westliche Paketvorschlag, der dem sowjetischen Delegationsleiter[13] am 17. Juli 1986 übermittelt wurde[14], war eine sachlich und zeitlich gut abgestimmte Initiative. Nunmehr sollte die Sowjetunion gedrängt werden, hierauf konstruktiv zu antworten. Die Sowjetunion sollte auch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es ohne ein substantielles Ergebnis in Stockholm nicht möglich ist, im Prozeß der Vertrauensbildung und konventionellen Rüstungskontrolle in Europa neue Schritte zu versuchen.

Bei MBFR dürfen wir nicht müde werden, der Sowjetunion vorzuhalten, daß das Bündnis noch immer auf seine Initiative vom Dezember 1985[15] ohne Antwort ist. Bei MBFR kann der Westen außerdem besonders überzeugend fordern, daß die Sowjetunion ihrer erklärten Bereitschaft zur Verifikation, einschließlich Inspektionen vor Ort, nunmehr Taten folgen läßt.

Ein besonders wichtiges Thema sind die Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen in der Genfer Abrüstungskonferenz. Die jüngsten Vorschläge Großbritanniens in der schwierigen Frage der Verdachtskontrolle[16], die wir mittragen, werden nach meiner Auffassung eine im westlichen Sinne positive Wirkung haben. Nunmehr sollten die Verhandlungen mit großem Nachdruck geführt werden mit dem Ziel, möglichst bald Einigung über die noch offenen Fragen eines CW-Verbotsabkommens zu erreichen. Dazu wäre auch gut, wenn die vorgesehene lange Verhandlungspause zwischen August 1986 und Januar 1987 verkürzt werden könnte.

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Ron, lassen Sie mich zum Schluß unterstreichen, daß ich Ihre Bemühungen um ein Zustandekommen des nächsten amerikanisch-sowjetischen Gipfels noch in diesem Jahr vorbehaltlos unterstütze. Ich bin überzeugt, daß von einem solchen Treffen wie von Ihrer letzten Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow[17] kräftige Impulse für die Rüstungskontrollverhandlungen ausgehen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Helmut Kohl

VS-Bd. 11318 (220)

13 Oleg Alexejewitsch Grinewskj.

14 Zum informellen Paketvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 210, Anm. 14.

15 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

16 Für den Wortlaut des britischen Vorschlags „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

17 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

215

Vortragender Legationsrat von Arnim an das Bundeskanzleramt

209-366.00-1732/86 geheim **23. Juli 1986**[1]

Betr.: Regelung der Entscheidungsbefugnisse bei Anwendung des Alarmplans;
hier: Alarmmaßnahmen „SNM – Erstverlegung der mobilen nuklearen Mittelstreckensysteme“

Bezug: 1) Alarmplan der Bundeswehr, Fassung B, Fü S III 8 – Az.: 07.03.10 Tgb. Nr. 50/83 str. geh.
2) Schreiben des AA vom 21. März 1986 – 209-366.00/1/str.geh.[2] (mit Schreiben vom 22. April 1986 auf „geheim“ herabgestuft)[3]
3) Schreiben des BMVg vom 27. Juni 1986 – Fü S III 8 – Tgb. Nr. 4059/86 geh.[4]

1) Mit dem Bezugsschreiben 2 hatte das Auswärtige Amt angeregt, die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Erstverlegung der mobilen nuklearen Mittelstreckensysteme, die in der derzeit gültigen Fassung des Alarmplans der Bundeswehr als beim BMVg liegend dargestellt wird (Bezug 1, S. 494), dem Bundeskabinett vorzubehalten.

2) Mit dem bei ChBK vorliegenden Bezugsschreiben 3 hat das BMVg mitgeteilt, daß es keine Änderung der Entscheidungsbefugnis bei dieser Alarmmaßnahme beabsichtigt. Es hat dies damit begründet, daß die Erstverlegung dieser Systeme frühzeitig erfolgen müsse; durch die Verlegung der Entscheidungsbe-

1 Durchschlag als Konzept.
Hat laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats von Arnim Referat 201 im Entwurf zur Mitzeichnung sowie Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

2 Ministerialdirigent von Ploetz bat das Bundesministerium der Verteidigung, die vorliegende Fassung des Alarmplans für die Bundeswehr dahingehend zu ändern, daß das Auswärtige Amt bei der Entscheidung über den Einsatz von nuklearen Kurzstreckensystemen einbezogen werde. Zur Begründung führte er aus: „Die Erstverlegung der mobilen nuklearen Mittelstreckensysteme in ihre Bewegungs- und Einsatzräume ist auf Grund ihrer politischen Signalwirkung und der Visibilität für die andere Seite so bedeutsam, daß die Entscheidung vom Kabinett getroffen werden sollte; das Auswärtige Amt sollte mit Rücksicht auf die politische Bedeutung der Entscheidung beteiligt werden.“ Zum Hintergrund erläuterte Referat 209 dem um Mitzeichnung gebetenen Referat 201: „Die Entscheidungsbefugnis für die Erstverlegung der nuklearen Mittelstreckensysteme ist vom BMVg nach Beginn der Nachrüstung in der gegenwärtig bestehenden Form – Zuständigkeit beim Fachressort BMVg – festgelegt worden. Eine im Jahre 1985 vom AA mündlich angeregte Überprüfung mit dem Ziel, diese Befugnis auf das Kabinett zu übertragen und das AA an der Vorbereitung der Entscheidung zu beteiligen, ist im BMVg zwar durchgeführt worden, hat jedoch zu keiner Änderung der Haltung des BMVg geführt. Mit dem vorliegenden Schreiben wird diese Änderung nunmehr förmlich an das BMVg herangetragen.“ Vgl. VS-Bd. 11908 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Vortragender Legationsrat von Arnim informierte das Bundesministerium der Verteidigung über die Herabstufung des Schreibens des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 21. März 1986. Vgl. VS-Bd. 11908 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 11908 (209).

fugnis in das Bundeskabinett könnten Zeitverzüge auftreten, die die Überlebensfähigkeit der Systeme gefährdeten.

3) Das Auswärtige Amt ist auch nach Prüfung der vom BMVg aufgeführten Gründe weiterhin der Auffassung, daß die Entscheidung über die Erstverlegung von Pershing II und GLCM in die vorgeplanten Bewegungs- und Einsatzräume dem Kabinett vorbehalten bleiben sollte. Hierfür sprechen die nachstehend aufgeführten Gründe:

– Nach dem Alarmplan der Bundeswehr (Bezug 1, S. 104, 106) liegt die Entscheidungsbefugnis grundsätzlich beim Bundeskabinett, das jeweils selbst über die Freigabe der Durchführung von Alarmmaßnahmen mit weitreichender Auswirkung entscheidet. Eine grundsätzliche Entscheidung über die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf Fachressorts ist vom Bundeskabinett 1980 – also vor Einführung der nuklearen Mittelstreckensysteme – getroffen worden.[5]

  Angesichts der qualitativen Andersartigkeit der mobilen nuklearen Mittelstreckensysteme im Verhältnis zu Kurzstreckensystemen, die bei ihrer Einführung gerade auch von der Bundesregierung nachhaltig unterstrichen worden ist, handelt es sich bei der Verlegung dieser Systeme in ihre Einsatzräume in einer Krise um eine Entscheidung, die – nicht zuletzt wegen ihrer Erkennbarkeit auch für die andere Seite – von hochpolitischer Bedeutung ist. Hierfür spricht auch die besondere Qualität, die diesen Systemen von der anderen Seite nicht nur in ihren öffentlichen Stellungnahmen, sondern auch tatsächlich beigemessen werden dürfte. Es ist aus hiesiger Sicht nicht möglich, die Erstverlegung von Pershing II und GLCM in einer Krise als Maßnahme mit nicht „weitreichender Auswirkung“ im Sinne des Alarmplans zu kategorisieren, bei welcher der Bundeskanzler nicht beteiligt zu werden braucht.

– Auch bestehen Zweifel, ob das Argument zutrifft, eine Befassung des Kabinetts habe möglicherweise die Überlebensfähigkeit der Systeme gefährdende Zeitverzögerungen zur Folge. Angesichts des für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Zeitbedarfs von 24 bis 36 Stunden und des Umstandes, daß in einer Krisenphase, in welcher die Auslösung dieser Maßnahme in Betracht kommt, das Kabinett häufig, wenn nicht ständig tagen würde, erscheint eine Verzögerung nicht notwendige Folge der Befassung des Bundeskabinetts.

Das Auswärtige Amt ist der Auffassung, daß insbesondere der Bundeskanzler die Möglichkeit haben sollte, auf eine derartige Maßnahme Einfluß zu nehmen, bevor sie getroffen wird.

Das Auswärtige Amt prüft, ob es in dieser Sache erneut an das BMVg herantritt. Bevor dies geschieht, wäre es für eine Stellungnahme von ChBK zu der Frage dankbar, ob eine Befassung des Bundeskabinetts mit dieser Alarmmaß-

[5] Das Kabinett beschäftigte sich in der 165. Sitzung am 13. Februar 1980 mit der Frage der „Delegierung von Entscheidungsbefugnissen des Bundeskabinetts bei Anwendung des Alarmsystems“. Vgl. dazu http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1980k/kap1_1/kap2_7/para3_6.html.

nahme aus Gründen der politischen Kontrolle militärischer Entscheidungen erforderlich ist oder ob darauf verzichtet werden kann.[6]

Im Auftrag
v. Arnim[7]

VS-Bd. 11908 (209)

6 Am 6. November 1986 teilte Oberst i. G. Scheffer, Bundeskanzleramt, Ministerialdirigent von Ploetz mit, daß das Bundeskanzleramt „eine Befassung des Bundeskabinetts mit dieser Alarmmaßnahme aus den folgenden Gründen nicht für geboten" halte: „a) Zwar ist die Auflockerung nuklearer Mittelstreckenwaffen wie viele andere Alarmmaßnahmen vom Warschauer Pakt zu beobachten und an sich politisch bedeutsam. Allerdings muß diese Alarmmaßnahme im Zusammenhang des gesamten Alarmplans gesehen werden. Nach Auslösen der ersten Maßnahmen der Alarmstufe ‚Simple Alert' wird bereits die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland signalisiert, die Streitkräfte einzusetzen, wenn dies nötig erscheint. Die Auflockerung nuklearer Einsatzmittel ist dann nur noch eine selbstverständliche Folge, um die Überlebensfähigkeit der nuklearen Einsatzmittel zu sichern. b) Das Bundeskabinett hat sich die Weisungsbefugnis für Alarmmaßnahmen zentraler Bedeutung sowie für ganze Alarmstufen vorbehalten. Die Alarmmaßnahme SNM liegt deutlich unter der Qualität dieser Maßnahmen. c) Weisungen an den deutschen NATO-Botschafter gewähren keinen Einfluß auf Bewegungen der amerikanischen Systeme Pershing II und GLCM […]. Vielmehr muß befürchtet werden, daß Verzögerungen im deutschen Entscheidungsprozeß die USA zu selbständigem Handeln zur Sicherstellung der Überlebensfähigkeit ihrer Systeme und damit zu Erhaltung ihrer Handlungsfreiheit veranlassen. Die dadurch mögliche Singularisierung deutscher Systeme in einer Krise liegt nicht im deutschen Interesse. d) Die Einschaltung des Bundeskabinetts wird wahrscheinlich zu Verzögerungen von ca. einer bis acht Stunden führen. Gerade der hohe Zeitbedarf von 24 Stunden für die Durchführung der Auflockerung macht diese Maßnahme zeitkritisch. Vor der Auflockerung sind nukleare Systeme jedoch besonders lohnende und leichte Ziele für Aktionen des verdeckten Kampfes. Bei einem frühen Ausfall wäre die Handlungsfreiheit des Bündnisses erheblich beeinträchtigt." Vgl. VS-Bd. 11908 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Paraphe vom 29. Juli 1986.

216

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem argentinischen Außenminister Caputo

24. Juli 1986[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem argentinischen Außenminister Dante M. Caputo am 24. Juli 1986 in der Zeit von 11.00 bis 12.00 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Lehnhardt als Dolmetscherin.

Anwesend auf argentinischer Seite: S. E. Herr Jorge Mauhourat, Botschafter, Unterstaatssekretär für Außenpolitik im Außenministerium.

Außenminister *Caputo* übermittelt die herzlichen Grüße Präsident Alfonsíns. Er berichtet, daß er mit dem Präsidenten eine spektakuläre Reise unternommen habe, die zunächst nach Süden (Neuseeland, Australien), dann über Japan, Saudi-Arabien nach Europa geführt habe.[3] Er komme jetzt direkt aus Portugal. Der *Bundeskanzler* antwortet, er freue sich außerordentlich, Herrn Caputo hier zu sehen. Mit der größten Sympathie verfolge er die Entwicklung in Argentinien. Was könne ihm der Außenminister über die Entwicklung der Innenpolitik Argentiniens berichten?

Außenminister *Caputo* antwortet, die Innenpolitik konzentriere sich jetzt auf Wirtschaftsfragen. Vor einem Jahr sei ein Wirtschaftsplan in Angriff genommen worden, der tiefgreifende Veränderungen zum Ziele habe. Alle Ziele seien bisher erreicht: Die Inflation, das Haushaltsdefizit und die öffentlichen Ausgaben seien stark gesunken. Gleichzeitig verzeichne Argentinien wieder Wachstumsraten. Die allgemeine politische Situation sei gut. Die Hauptturbulenzen gebe es jetzt mit den Gewerkschaften. Mit dem Wirtschaftsplan habe die Inflationsrate zwar gesenkt werden können, aber die Löhne und Gehälter seien in

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 28. Juli 1986 gefertigt und am 26. August 1986 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt.
Hat im Büro Staatssekretäre vorgelegen, das die Weiterleitung an Ministerialdirektor Sudhoff, sowie die Vortragenden Legationsräte I. Klasse von Schubert und Hallensleben verfügte. Ferner wurde die Anfertigung von Ablichtungen für das Ministerbüro, das Büro Staatssekretäre, den Planungsstab und Referat 330 verfügt.
Hat Hallensleben am 28. August 1986 vorgelegen.
Hat Schubert am 3. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Sudhoff strich.
Hat Hallensleben am 4. September 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Kausch „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Kausch am 9. und erneut am 11. September 1986 vorgelegen, der die Übermittlung einer Kopie an die Botschaft in Buenos Aires verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 330, Bd. 142758.

[2] Der argentinische Außenminister Caputo hielt sich vom 23. bis 26. Juli 1986 in der Bundesrepublik auf.

[3] Der argentinische Außenminister Caputo begleitete Präsident Alfonsín auf dessen Reise vom 10. bis 24. Juli 1986 nach Neuseeland, Australien, den Philippinen, Japan, Saudi-Arabien und Portugal.

einigen Branchen nicht gestiegen. Die einzige Oppositionspartei, die Peronisten, seien nicht strukturiert. Die Gewerkschaften seien es und spielten damit jetzt die Rolle einer politischen Partei. Im November letzten Jahres habe es Teilwahlen gegeben.[4] Präsident Alfonsín habe während des Wahlkampfes gesagt, daß es nach den Wahlen keine Anhebung der Löhne und Gehälter geben werde. Trotzdem habe er die Wahlen gewonnen. Das Wichtigste sei jetzt, die Umstrukturierung der argentinischen Wirtschaft durchzuführen. Auf die Zwischenfrage des Bundeskanzlers nach der Rolle des Militärs antwortete Herr Caputo, das Militär sei total unter Kontrolle. Die Prozesse würden durchgeführt.[5] Eine Reihe von Generälen sei ins Gefängnis gekommen. Die Situation habe sich stabilisiert. Dabei sei außerordentlich wichtig, daß die Regierung klargemacht habe, daß die Phase der Verurteilungen jetzt beendet sei. Vorher habe es in Militärkreisen eine gewisse Unruhe gegeben, da diejenigen hohen Offiziere, die nicht angeklagt worden seien, das Gefühl gehabt hätten, daß sie vielleicht auch noch rankämen. Die jetzt einsitzenden Offiziere hätten in den Streitkräften keinen Anhang. Ein gewisses Problem stelle für die Regierung jetzt die Diskussion des neuen Scheidungsrechtes dar. Derzeit gebe es keine Scheidung in Argentinien, nur die Einrichtung einer legalen Trennung. Ein neuer Gesetzentwurf sehe die Scheidung vor, so daß die Ehepartner dann wieder heiraten könnten. Die Kirche sei sehr dagegen, doch handele es sich mehr um ein Problem zwischen Kirche und Parlament, da der Gesetzentwurf nicht von der Regierung eingebracht worden sei. Nach drei Jahren im Amt habe Präsident Alfonsín seine Popularität noch steigern können. Der Wirtschaftsprozeß, der auf eine größere Stabilität und eine Gesundung der Wirtschaft hinziele, sei eingeleitet worden. Der *Bundeskanzler* äußert erneut seine Sympathie für die Entwicklung Argentiniens. Was dort geschehe, sei wichtig, nicht nur für Argentinien selbst, sondern für ganz Lateinamerika, weil es als Beispiel wirke. Von besonderer Bedeutung sei der Erfolg der Wirtschaftspolitik. Wenn Demokratien mit den wirtschaftlichen Problemen nicht fertig würden, seien sie in Gefahr. Hitler sei nur durch die Wirtschaftsdepression an die Macht gekommen. In einem Land wie Deutschland, wo Arbeit als ein Stück Lebensgestaltung betrachtet werde, sei die Massenarbeitslosigkeit der Jahre 1929 bis 1933 als

4 Am 3. November 1985 fanden in Argentinien Teilwahlen zur Nationalen Abgeordnetenkammer sowie Wahlen zu den Provinzparlamenten statt.

5 Am 9. Dezember 1985 verkündete ein argentinisches Bundesgericht die Urteile gegen neun Mitglieder der drei zwischen 1976 und 1982 regierenden Juntas. Dazu hieß es in der Presse: „Zwei der neun Junta-Mitglieder, der frühere Präsident Jorge Videla und der frühere Marine-Oberbefehlshaber Admiral Emilio Massera wurden zur Höchststrafe, lebenslanger Haft, verurteilt. Drei weitere erhielten begrenzte Freiheitsstrafen, vier wurden freigesprochen. Damit blieb das Gericht zum Teil erheblich unter den Anträgen des Anklagevertreters. Die Urteile lösten umgehend Protestkundgebungen von etwa 3000 Menschenrechtsaktivisten und der ‚Mütter der Plaza de Mayo' aus." Vgl. den Artikel „Empörung in Argentinien über Freisprüche für Junta-Mitglieder"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11. Dezember 1985, S. 1.
Am 21. Februar 1986 berichtete Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, von der Ankündigung Präsident Alfonsíns gegenüber dem amerikanischen Fernsehsender NBC am 12. Februar 1986, „daß es künftig noch mehr Strafverfahren gegen Angehörige der Streitkräfte" wegen begangener Menschenrechtsverletzungen geben werde. Zugleich habe er sich für eine „Beendigung aller Prozesse ‚zu gegebenem Zeitpunkt'" ausgesprochen und „sich damit erneut zum Gedanken eines ‚punto final'" bekannt. Dabei sei es Sache der Justiz den Zeitpunkt für den „punto final" zu bestimmen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 291; Referat 330, Bd. 136729.

unerträglich empfunden worden. Er freue sich über die Entwicklung in Argentinien aus allgemeinen Gründen, aber auch aus Gründen persönlicher Sympathie für Präsident Alfonsín, den er zu grüßen bitte. Wie sehe der Außenminister die Lage in Chile?

Außenminister *Caputo* antwortet, es gebe in Lateinamerika zwei „Streifen" (Franjas), einen Streifen in West und einen in Ost. Die östlichen Länder Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela, Uruguay seien stabil und hätten gute Perspektiven. Im Westen seien Chile, Bolivien, Peru und Ecuador unstabil. Die Beziehungen Argentiniens mit Uruguay und Brasilien seien von außerordentlicher Bedeutung. Präsident Sarney werde nächste Woche nach Buenos Aires kommen.[6] Argentinien werde mit Brasilien eine Wirtschaftsintegrationszone schaffen. Es werde ein gemeinsamer Markt für Kapitalgüter geschaffen, der im ersten Jahr noch limitiert sei, dann aber Jahr für Jahr mehr ausgeweitet werde. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob hier nach dem Vorbild Benelux vorgegangen werde, antwortete Außenminister *Caputo*, man habe sich auch von diesem Beispiel inspirieren lassen. Argentinien werde viel auf der Achse Brasilien-Argentinien arbeiten. Uruguay habe auch wichtige Funktionen. Zu dem Essen Alfonsín/Sarney am Dienstag[7] werde Präsident Sanguinetti aus Uruguay eingeladen. Zwischen Brasilien und Argentinien werde sich ein wichtiger Austausch von Produkten entwickeln. Argentinien werde an Brasilien Weizen liefern und Eisenerz empfangen. Eine Zusammenarbeit werde es auch im Nuklearbereich geben. Es würden Mechanismen regelmäßiger Konsultationen in den Bereichen Informatik, Bio-Technologie und Luftfahrt eingerichtet. Am Dienstag der nächsten Woche würden sieben Abkommen zwischen Brasilien und Argentinien unterzeichnet, ein einmaliger Vorgang, wenn man sich das traditionelle Rivalitätsverhalten zwischen den beiden Ländern vor Augen halte.[8] Die Lage in Chile sei sehr kompliziert. In Argentinien glaube man nicht, daß das Gegenstück zum Faschismus der Kommunismus sei (auch umgekehrt nicht). Zwischen beiden stehe eben in der Mitte die Demokratie. In Chile finde allerdings tatsächlich eine starke Polarisierung statt. Die Kommunisten seien auf den bewaffneten Kampf aus. Die Guerillas auf der Linken brauchten Pinochet, ebenso wie Pinochet umgekehrt die Guerillas benötige. Ein nicht geringer Anteil der Bevölkerung, etwa 20%, unterstütze Pinochet, etwa 15% seien den Kommunisten zuzurechnen. Es gebe keinerlei Anzeichen für eine politische Öffnung. Es sei keine Entwicklung zu beobachten wie bei Argentinien, Uruguay und Brasilien. In Argentinien sei man außerordentlich besorgt wegen der 5000 km gemeinsamer Grenze mit Chile. Argentinien versuche diskret, die demokratischen Kräfte in Chile zu unterstützen. Es bestehe die

6 Präsident Sarney hielt sich vom 28. bis 31. Juli 1986 in Argentinien auf.

7 29. Juli 1986.

8 Am 29. Juli 1986 unterzeichneten die Präsidenten Alfonsín und Sarney in Buenos Aires eine Reihe von Verträgen und Protokollen, „auf deren Grundlage ein gemeinsamer Markt […] angestrebt werden soll. […] Alfonsín und Sarney stimmten darin überein, der noch verhältnismäßig bescheidene bilaterale Handel solle durch eine Zunahme des Austausches von Kapitalgütern, Rohstoffen und Lebensmitteln angekurbelt werden. Allein im Bereich der Kapitalgüter soll das Handelsvolumen sich in den kommenden vier Jahren auf etwa zwei Milliarden Dollar erhöhen." Vgl. den Artikel „Alfonsin und Sarney: Niemals zuvor so nahe"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Juli 1986, S. 2.

Gefahr, daß Präsident Pinochet über 1989 hinaus bleibe.[9] Vorher sei schon gar nicht an sein Gehen zu denken. Die Militärjunta sei allerdings in sich gespalten. Einige Generäle, z. B. General Matthei, stünden einem Übergang zur Demokratie positiver gegenüber.

Der *Bundeskanzler* erläutert an dieser Stelle, daß wir aus der Geschichte besondere Beziehungen zu Chile hätten, weil viele Deutsche dorthin ausgewandert seien. Chile spiele in der deutschen Innenpolitik eine große Rolle. Er selbst sei sehr befreundet mit Eduardo Frei gewesen. Wir hätten Frei viel geholfen. Die Katastrophe Allendes habe in Deutschland zu einer großen Beunruhigung geführt. Das Schlimmste sei jedoch die Polarisierung in Chile. Ein beachtlicher Teil der chilenischen Bevölkerung wolle die Demokratie, fürchte aber, daß sie es nicht schaffen werde, sondern daß es einen direkten Übergang von Pinochet zu den Kommunisten geben werde. Die CDU habe sehr enge Parteibeziehungen nach Chile, und Generalsekretär Geißler sei gerade dort.[10] Wir unterstützten unsere Freunde. Wir fragten uns allerdings, ob die demokratischen Gruppen wirklich fest zueinander stünden. Außenminister *Caputo* antwortet, sie seien leider gespalten. Bei den Christdemokraten gebe es viele Strömungen in der Partei, so aber auch bei den Sozialisten und den Radikalen. An dieser Stelle wirft der *Bundeskanzler* ein, daß er zu 1989 auch optimistischere Stimmen höre. Die Einstellung General Mattheis und die Rolle der Kirche seien in diesem Zusammenhang sehr interessant. In Europa habe Chile unter anderem deshalb besondere Bedeutung, weil Eduardo Frei jedes Jahr ein paar Mal hier gewesen sei und es hier sehr starke christdemokratische Parteien gebe. Außenminister *Caputo* bemerkt, die Weltöffentlichkeit sehe inzwischen in Präsident Pinochet das Paradigma der Diktatur. Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, dazu hätten auch die Kommunisten beigetragen. Die kommunistische Propaganda brauche stets eine negative Symbolfigur. Außenminister *Caputo* fügt an dieser Stelle hinzu, Radio Moskau kritisiere tagtäglich in seinen Sendungen für Chile Präsident Pinochet aufs schärfste. Radio Moskau habe nie ein einziges Wort gegen die argentinische Junta gesagt. Zur Zeit des Generals Videla, der sich als

9 Am 16. September 1980 erläuterte Ministerialdirigent Limmer den Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie: „Mit dem Plebiszit wurde über die neue Verfassung abgestimmt, die die bis zum Umsturz vom 11.9.73 gültige Verfassung aus dem Jahr 1925 ablöste, aber vor 1989 nur in Teilbereichen in Kraft treten soll. Zugleich wurde über eine achtjährige Übergangszeit ab März 1981 entschieden, in der die Militärregierung an der Macht bleibt, der Staatspräsident jedoch nicht mehr der Junta angehört. Während der Übergangszeit wird der Übergang zur Demokratie nur sehr zögernd vorbereitet (allerdings Personenschutzrechte, wirtschaftliche Regelungen). Schließlich wurde mit dem Plebiszit der Präsidentschaft Pinochets für weitere acht Jahre zugestimmt.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125103a.

10 Der Generalsekretär der CDU, Geißler, hielt sich vom 26. bis 28. Juli 1986 in Chile auf. Botschaftsrat I. Klasse Lincke, Santiago de Chile, teilte am 29. Juli 1986 mit, daß „sich das Regime durch eine ungeschickte, klägliche Regie viele Minuspunkte eingehandelt“ habe. So sei eine in Valparaíso unter Teilnahme von Geißler geplante Veranstaltung anläßlich des 30jährigen Bestehens der Christlich-Demokratischen Partei Chiles (PDC) unterbunden worden: „In Santiago wurde Generalsekretär Geißler am Sonntag, dem 27. Juli, daran gehindert, die 13 Mitglieder des Vorstands der ‚Bürgerversammlung‘ (Asamblea de la Civilidad) zu besuchen. Er kam während der offiziellen freien Besuchszeiten, erhielt aber die Auskunft, nur Chilenen dürften das Gefängnis betreten, nicht Ausländer.“ Weitere Gespräche habe er mit Vertretern der katholischen Kirche sowie der PDC geführt: „Insgesamt hat Dr. Geißler den Eindruck mitgenommen, daß der PDC eine größere Bandbreite umfaßt, als sie in der Person des Vorsitzenden Valdés verkörpert ist, und daß eine eindeutige Absage an die Kommunisten erforderlich ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; Referat 330, Bd. 142941.

Christ und westlich orientiert bezeichnet habe, habe Argentinien regelmäßig in der UNO von Verurteilungen der Sowjetunion wegen Menschenrechtsverletzungen abgesehen, ungeachtet Afghanistans, Polens etc. Der *Bundeskanzler* weist hier darauf hin, daß sich die extreme Rechte und die extreme Linke gegenseitig zuarbeiteten. Er erwähnt den Hitler-Stalin-Pakt.[11] Der Bundeskanzler fragt Außenminister Caputo nach dem Stand der Beziehungen Argentiniens zu Washington. Außenminister *Caputo* bezeichnet diese als sehr gut. Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß dies sein Verdienst sei, antwortet Außenminister *Caputo*, das Verdienst komme dem Präsidenten zu. Der *Bundeskanzler* fährt fort, die Bundesrepublik Deutschland habe spezielle Beziehungen zu den USA, und wir sprechen mit den Amerikanern auch über Chile. Wir versuchten klarzumachen, daß die Alternative zu Pinochet nicht die Kommunisten sein dürften. Für den Frieden sei es wichtig, daß das Verhältnis zwischen den USA und den Ländern im Süden der Vereinigten Staaten entspannt sei. Er fragt, ob nach Meinung von Außenminister Caputo der Einfluß von Kuba nachgelassen habe. Außenminister *Caputo* antwortet, dies sei wohl der Fall. Chile bilde jedoch eine Ausnahme. Die Kubaner gingen mehr dazu über, sich an die demokratischen Länder anzulehnen. Castro brauche Lateinamerika. Dies sei ein sehr positives Element, doch müsse man auch vorsichtig sein. Der *Bundeskanzler* äußert hier, ihm sei Präsident de la Madrid in dieser Frage zu optimistisch erschienen. Für uns seien die dortigen Entwicklungen von größtem Interesse, weil die Dinge auch hier in Bewegung gekommen seien. Die Lage in Deutschland sei wie das Wetter. Die Sonne scheine wieder. Wir würden ein gutes Jahr haben, eines der besten Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Lage sei, als er sein Amt übernommen habe, desolat gewesen. Es sei eine Tortur gewesen, die Wirtschaft wieder aufzurichten. Jetzt seien wir jedoch aus dem Gröbsten heraus. Die Wirtschaftsdaten seien dabei nicht einmal das Wichtigste. Die Psychologie sei viel wichtiger. In einer freien Gesellschaft mache sie etwa die Hälfte aus. Weihnachten 1982 hätten die Umfragen ergeben, daß 65 bis 68% der Menschen mit Furcht in die Zukunft gesehen hätten. Der Pessimismus mit allen seinen Konsequenzen sei weit verbreitet gewesen. Jetzt seien die Werte genau umgekehrt. Die Preise seien so stabil wie noch nie: Wir hätten eine Inflationsrate von -0,3%. In diesem Jahr würden 25 Millionen Deutsche ins Ausland in den Urlaub fahren. Dies sei gut, weil auf diese Weise die Leistungsbilanz ausgeglichen werde. Das Wirtschaftswachstum sei gut, und die Arbeitslosigkeit bekämen wir langsam in den Griff. Wir hätten zwar noch 2 Millionen Arbeitslose, aber die Zahl stimme nicht. Wir hätten maximal eine Million echte Arbeitslose, die anderen ließen sich bezahlen und arbeiteten schwarz. Craxi schätze die Zahl der in Italien schwarz Arbeitenden auf 25%. Er habe die Absicht, nach der Wahl[12] etwas dagegen zu unternehmen. Auch da werde es ein großes Geschrei geben, das sei aber immer so. Es sei zum Beispiel auch so gewesen bei der Haushaltskonsolidierung, deren große Wichtigkeit man am Beispiel der USA ersehen könne. Ohne geordnete Finanzen sei keine gesunde Wirtschaft denkbar. Die Sanierung der Finanzen er-

11 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

12 Am 25. Januar 1987 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

laube größere Zukunftsinvestitionen. In diesem Jahr investierten wir aus öffentlichen und privaten Mitteln 52 Mrd. DM für Forschung. Diese Investitionen seien für uns essentiell. Wir exportierten 35% unserer Produktion und müßten stets technisch hochwertige Ware zu akzeptablen Preisen anbieten können.

In der Außen- und Sicherheitspolitik hätten wir die Dinge gut im Griff. Zu Beginn habe es ein großes Problem mit den Mittelstreckenwaffen gegeben. Die Wetten hätten damals 9:1 gegen ihn gestanden, doch habe er sich durchgesetzt. Wir hätten wegen der demographischen Entwicklung auch die Wehrpflicht verlängert[13], weil wir sonst 1989 nicht mehr 500 000 Mann ins Feld stellen könnten. Auch dies sei gelungen. In Moskau habe dies alles gewirkt. Wir hätten jetzt mit der Sowjetunion einen Vertrag unterschrieben, der seit 1973[14] auf dem Tisch liege.[15] Die Sowjets verstünden die Sprache der Fakten. Man müsse ruhig und überlegen mit ihnen Politik treiben. Er glaube, daß wir ein Stück vorankommen würden. Er glaube auch, daß der Gipfel Reagan/Gorbatschow zustande kommen werde. Präsident Reagan werde jetzt an Generalsekretär Gorbatschow schreiben.[16] Er, der Bundeskanzler, habe in den letzten Tagen engen Kontakt mit dem amerikanischen Präsidenten gehalten.[17] Es zeige sich, daß die USA zwar keine großen, aber doch eine Reihe kleinerer Schritte in die richtige Richtung machten. Der Bundeskanzler erwähnt in diesem Zusammenhang den ABM-Vertrag. Für uns sei das sehr wichtig. Bei uns schlage sich dies alles seismographisch wie in einem Erdbebengebiet nieder. Hier in der Bundesrepublik müsse man immer daran denken, daß die nächste sowjetische Panzerdivision nur sechs Stunden von Bonn stehe. Unsere Position müsse deshalb eine solche der vollen Klarheit, aber auch der Entschlossenheit, uns zu verteidigen, und gleichzeitig der Bereitschaft, miteinander zu sprechen, sein. Es sei andererseits ein Paradoxon, da hier vermutlich der sicherste Ort der Welt sei, obwohl wir geradezu auf Waffen säßen. Diese Waffensammlung mache jedoch jedes Risiko gefährlich. Es könne hier keinen Krieg geben. Ein Krieg würde sofort die Apokalypse bedeuten. Generalsekretär Gorbatschow müsse jetzt etwas unternehmen. Wirtschaftlich sei die Sowjetunion schlecht dran. Die Ära Breschnew sei ein Desaster gewesen. In Wirtschaftszahlen sei die Sowjetunion zum Teil hinter Ungarn und Bulgarien zurückgefallen. Tschernobyl[18] werde der Sowjetunion etwa 15 Mrd. DM unmittelbare Kosten verursachen. Allein wegen Tschernobyl rechne man, daß die Sowjetunion 15 Mio. Tonnen Getreide zusätzlich kaufen müsse. Der Ölpreis sei in den Keller gefallen und schmälere die Devisenerlöse der Sowjetunion. Man müsse den Amerikanern sagen, daß sie die Schwäche der Sowjetunion nicht ausnutzen dürften, sondern jetzt mit der Sowjetunion reden müßten. Der Bundeskanzler geht dann auf das deutsch-

13 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

14 Korrigiert aus: „1972“.

15 Zum Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

16 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96. Vgl. dazu ferner Dok. 205.

17 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 23. Juli 1986 an Präsident Reagan; Dok. 214.

18 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

französische Verhältnis ein. Die enge deutsch-französische Freundschaft sei ein Kernstück in der Europäischen Gemeinschaft. 14 Jahre vor Ende dieses Jahrhunderts sei die deutsch-französische Aussöhnung wirklich ein Glücksfall der Geschichte. Soeben habe er eine Umfrage gelesen, in der innerhalb der EG-Staaten gefragt worden sei, welches Land man jeweils als den besten Freund bezeichne. In Frankreich liege Deutschland an erster Stelle. In Deutschland Frankreich.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob es bilaterale Fragen zu erörtern gebe, antwortet Außenminister *Caputo*, unsere Beziehungen seien sehr gut. Er habe ein Thema, das er hier anschneiden wolle: Es wäre sehr wichtig für uns, wenn in den Beziehungen von privat zu privat eine Intensivierung eintrete. Die argentinische Regierung arbeite sehr intensiv mit dem privaten Sektor zusammen. Außenminister Caputo berichtet über die argentinisch-japanische Zusammenarbeit. Er habe über diese Frage bereits mit einigen Mitgliedern der Bundesregierung gesprochen. Im Oktober kämen 20 Vertreter der größten argentinischen Firmen nach Frankreich. Es bestehe die Möglichkeit eines Besuches auch in der Bundesrepublik. Er habe bereits mit Staatssekretär von Würzen gesprochen, der das sehr positiv sehe. Der *Bundeskanzler* äußert, wenn er rechtzeitig davon Kenntnis habe, werde er gern die argentinische Delegation für eine halbe Stunde empfangen. Er unterstütze diese Sache sehr nachdrücklich. Er wolle diese Gelegenheit benutzen, um eine grundsätzliche Bemerkung zu machen in Richtung Lateinamerika. Wir seien Teil der EG. Er selbst sei ein überzeugter Europäer. Aber die EG umfasse viele Länder mit einer eigenen Geschichte. England und Frankreich hätten zum Beispiel eine spezielle Beziehung zu Afrika. Die EG habe mit Afrika deshalb auch besonders direkte Beziehungen.

Er persönlich habe nichts dagegen. Es sei aber unser Interesse, auch die Beziehungen nach Lateinamerika ganz besonders eng zu gestalten. Er wolle keine privilegierte Stellung von einem Kontinent. Wir hätten alte Beziehungen zu Lateinamerika, und er versuche deshalb, der Einseitigkeit etwas gegenzusteuern. Seine Lage habe sich in dieser Frage mit dem Beitritt von Spanien und Portugal[19], die genauso dächten wie er, verbessert. Jetzt, während des letzten Europäischen Rates in Den Haag[20], habe es zum ersten Mal eine offene Diskussion zu diesem Thema gegeben. Portugal und Spanien seien ihm an die Seite getreten. Er sei deshalb stark daran interessiert, daß deutsche Firmen nach Argentinien gingen. Die alten Kontakte sollten verstärkt werden.

Außenminister *Caputo* antwortet, was der Bundeskanzler gesagt habe, sei sehr wichtig, und er werde es dem Präsidenten vortragen. Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, er wolle das nicht proklamieren. Er sei in der EG Teil einer Mannschaft. Es gebe immer gleich Ressentiments, wenn die Deutschen in einer Frage die Führung übernähmen. Es sei jedoch klar, daß das 21. Jahrhundert nicht von Afrika bestimmt werde. Was Argentinien mit Brasilien mache, das sei zukunftsbestimmend. Außenminister *Caputo* weist darauf hin, daß Argentinien mit Japan spezifische Mechanismen gefunden habe, es gebe in Argentinien den „Con-

19 Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.
20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 vgl. Dok. 181.

sejo Argentino/Japones", der in Japan ein Gegenstück habe. In diesem Rat seien Vertreter der jeweiligen privaten und öffentlichen Sektoren vertreten. Man sitze zusammen und spreche sich über die mittel- und langfristige Entwicklung der Beziehungen aus. Wenn es eine solche Einrichtung auch im Verhältnis Deutschland zu Argentinien gebe – z. B. fünf Regierungsvertreter und fünf Vertreter der größten Unternehmen –, würde dies dem mehrfach geäußerten Wunsch des Bundeskanzlers entsprechen, daß der Staat nicht alles lenken solle. Staat und Privatwirtschaft müßten aber zusammenarbeiten. Der *Bundeskanzler* antwortet, es handele sich um einen Gedanken, der sich sicher auch bei uns lohnen würde. Wenn dieser Gedanke in Argentinien weiter herangereift sei, so wolle er weiter darüber sprechen. Der Bundeskanzler äußert sich abschließend zur japanischen Herausforderung und zu den deutsch-chinesischen Beziehungen. Deng Xiaoping habe ihm gesagt, daß China mit Japan zusammenarbeiten wolle, aber nicht ausschließlich.[21] China sei dabei, sich auch auf Europa abzustützen. Im nächsten Jahr würden wir hier 2000 Chinesen an deutschen Universitäten haben, in Japan würden es 1500 sein und in den USA gleichfalls.

Referat 330, Bd. 142758

217

Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher

25. Juli 1986[1]

Sehr geehrter Herr Bundesminister, lieber Herr Genscher,

die Bundesregierung unterstützt seit langem den Plan, auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz eine Gedenkstätte zu errichten.[2] Die bisher völlig unzureichende Repräsentanz der Bundesrepublik Deutsch-

21 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China auf. Zum Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, am 10. Oktober 1984 in Peking vgl. AAPD 1984, II, Dok. 274.

1 Hat Oberamtsrat Kusnezow am 28. Juli 1986 vorgelegen, der die Übermittlung von Ablichtungen über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, Ministerialdirigent Oesterhelt und an Referat 214 sowie die Vorlage des Originals an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 29. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Kusnezow am 30. Juli 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte und handschriftlich vermerkte: „A[ntwort]E[ntwurf] für BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 31. Juli 1986 vorgelegen.

2 Referat 214 notierte am 2. Juni 1986: „Das Auswärtige Amt unterstützt seit Mitte der 70er Jahre grundsätzlich das Projekt der Errichtung einer Gedenkausstellung der Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz. Nach Abstimmung mit dem BPA wurde das Vorhaben 1982 jedoch vorerst zurückgestellt, da die Verwirklichungschancen als äußerst gering eingeschätzt wurden. Ausschlaggebend hierfür war die ausweichende und zögerliche Haltung der polnischen Seite, die – auf dieses Thema angesprochen – auf die nach wie vor bestehenden Empfindlichkeiten in der polnischen Be-

land dort ist immer wieder Anlaß zu berechtigten Klagen von Bürgern, Abgeordneten, Kirchen und Jugendverbänden.

Ich halte die Errichtung einer Gedenkausstellung in Auschwitz für wichtig und dringlich. Die Vergangenheit darf nicht vergessen und verdrängt werden. Das Bewußtsein für die Verbrechen der NS-Zeit, die Erinnerung an die Opfer der Gewaltherrschaft und an den Widerstand müssen wachgehalten werden. Gleichzeitig sollte mit einer solchen Ausstellung auch dokumentiert werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Grundentscheidung für Frieden, Freiheit und Menschenrechte klar und unwiderruflich getroffen worden ist.

Das Vorhaben einer Gedenkausstellung in Auschwitz findet politisch breiteste Zustimmung. Wie Sie wissen, haben alle Fraktionen des Deutschen Bundestages einem Antragsentwurf zugestimmt, der die Bundesregierung u. a. dazu auffordert, die Errichtung einer Gedenkstätte in Auschwitz zu unterstützen.[3]

Die bisher zögerliche Haltung der polnischen Seiten sollte uns nicht davon abhalten, die Einrichtung einer Gedenkausstellung der Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz behutsam, aber auch beharrlich weiterzuverfolgen.

Ich hielte es daher für nützlich, wenn Sie im Kontakt mit Ihrem polnischen Amtskollegen[4] versuchen würden, die verbliebenen Bedenken der polnischen Seite auszuräumen. Dabei erschiene mir ein schrittweises Vorgehen erfolgversprechend: Unter Hinweis auf die bestehende Zusammenarbeit beim Bau der Jugendbegegnungsstätte[5] könnte als weiterer Schritt die Unterstützung des staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau und, in engem Zusammenhang, die abschließende Errichtung einer Gedenkausstellung vorgeschlagen werden. Als

Fortsetzung Fußnote von Seite 1154

völkerung verwies. Bei verschiedenen hochrangigen Besuchskontakten in der letzten Zeit wichen polnische Gesprächspartner diesem Thema aus (Stv. MP Rakowski gegenüber dem Bundesminister des Auswärtigen in Loccum, Sept[ember] 1985) oder ließen erkennen, daß sie die Zeit für eine Verwirklichung einer solchen Ausstellung noch nicht für gekommen hielten (MP Jaruzelski gegenüber SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzendem Vogel in Warschau, November 1984). Die Einrichtung einer Gedenkausstellung sollte als langfristige Zielvorstellung angestrebt und weiterhin gegenüber der polnischen Seite mit Behutsamkeit und Verständnis angesprochen werden." Vgl. Referat 214, Bd. 139776.

3 Im Anschluß an einen Beschlußantrag der Fraktion der Grünen vom 2. Januar 1985 billigte der Auswärtige Ausschuß am 5. Dezember 1985 einstimmig eine Beschlußempfehlung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wurde, darauf hinzuwirken, daß „1) im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz eine Gedächtnisausstellung der Bundesrepublik Deutschland errichtet werden kann. […] 2) die Errichtung einer internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz gefördert wird, 3) auch in Kreisau durch eine Erinnerungsstätte an den Widerstand gegen Hitler erinnert wird". Vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache 10/4468.
Die Empfehlung wurde vom Bundestag am 6. November 1986 einstimmig angenommen. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18849.

4 Marian Orzechowski.

5 Referat 214 vermerkte am 2. Juni 1986, daß die Bundesregierung auch das Projekt der „Aktion Sühnezeichen" unterstütze, in Auschwitz eine internationale Jugendbegegnungsstätte zu errichten: „Der Grundstein wurde im September 1981 gelegt. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage Polens wurde das Projekt jedoch wiederholt zurückgestellt. Zu Jahresanfang 1986 wurde beschlossen, einen Neubau in Fertigbauweise auf dem ursprünglich vorgesehenen Bauplatz zu errichten." Vgl. Referat 214, Bd. 139776.
Die Begegnungsstätte wurde am 7. Dezember 1986 eröffnet. Ministerialdirigent Kastrup vermerkte dazu am 11. Dezember 1986: „Träger der Stätte sind A[ktion]S[ühnezeichen] und der polnische Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (Zbowid). Die in sehr ansprechender Fertigbauweise von AS erstellte Stätte wurde von der Bundesregierung mit 1,6 Mio. DM, den Bundesländern mit DM 800 000 neben privaten Spenden gefördert." Vgl. Referat 214, Bd. 139776.

letzter Schritt sollte auch unser Anliegen, in Kreisau eine Gedenkplakette zur Erinnerung an den Widerstand des Kreisauer Kreises gegen das NS-Regime anzubringen, verwirklicht werden.[6]

Ich bin zuversichtlich, daß durch ein behutsames und beharrliches Vorgehen unsererseits in absehbarer Zukunft eine würdigere Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz geschaffen werden kann.[7]

Mit freundlichen Grüßen
Dein
Helmut Kohl

Referat 214, Bd. 139776

6 Botschafter Pfeffer, Warschau, informierte am 14. Oktober 1985, daß das Vorhaben, in Kreisau eine Tafel zum Gedenken an die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis" anzubringen, seit 1980 im Gespräch sei. Das polnische Außenministerium habe indes „große Zurückhaltung erkennen" lassen. Dies gelte auch für das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, „das Anwesen zu restaurieren und dort eine Begegnungsstätte einzurichten". Ein Schreiben der Stiftung an den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski vom Herbst 1984 sei unbeantwortet geblieben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1576; Referat 214, Bd. 133068.

7 Am 4. September 1986 antwortete Bundesminister Genscher Bundeskanzler Kohl, daß er dessen Bewertung hinsichtlich der unzureichenden Repräsentanz der Bundesrepublik im früheren Konzentrationslager Auschwitz teile und mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am Rande der VN-Generalversammlung in New York sprechen wolle: „Zur Vorbereitung wird unser Botschafter in Warschau eine Zusammenfassung unserer Überlegungen übergeben. Der Entwurf dieses ‚Non-paper' ist vorab dem Bundeskanzleramt zur Kenntnis übermittelt worden. […] Was die Sache selbst angeht, so erscheint es auch mir günstig, daß wir Schritt für Schritt vorangehen. Zunächst sollte der inzwischen begonnene Bau der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz – Projekt der Aktion Sühnezeichen – vorangetrieben und die nötige Absprache über ihre Arbeitsaufnahme getroffen werden. Bereits durch die Konzeption ihrer künftigen Arbeit, ihrer inneren Ausstattung und der Gestaltung ihrer Außenanlagen könnte dem Anliegen unserer Öffentlichkeit zumindest teilweise Rechnung getragen werden. Parallel dazu sollten die Überlegungen privater Initiativen über die Konzeption einer Ausstellung im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz selbst ermutigt werden. Unser Anliegen, auch den Widerstand des Kreisauer Kreises durch eine Gedenktafel im sog. Berghaus – dem häufigsten Ort seines Zusammentretens – zu ehren, dürfte am schwierigsten zu verwirklichen sein. Reaktionen der polnischen Medien in den vergangenen Monaten auf eine entsprechende Überlegung des IV. Forums ‚Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen' haben dies erneut gezeigt. Hier wird hoffentlich ein bereits im Rahmen des Forums vereinbartes wissenschaftliches Kolloquium dazu beitragen, politisch-psychologische Hindernisse auszuräumen." Vgl. Referat 214, Bd. 139776.

218

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-321.11 VS-NfD **25. Juli 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Ihr Besuch in der Sowjetunion vom 20. bis 22. Juli 1986[4];
hier: Gesamtbewertung

I. Die Besuchsbilanz kann sich sehen lassen und ist besser als erwartet. Das wichtigste Anliegen war eine Neubestimmung der bilateralen Beziehungen: die Überwindung der politischen Stagnation, die nach dem Nachrüstungsbeschluß vom November 1983[5] mit einer zeitlichen Verzögerung 1984 einsetzte. Dies ist gelungen. Der Besuch hat wesentliche sachliche und atmosphärische Verbesserungen bewirkt. Ein gutes Stück Normalität ist zurückgewonnen worden. Das Bewußtsein dessen, daß das bilaterale Verhältnis schwierig und die sowjetische Politik auch zukünftig nicht ohne Zwiespältigkeit bleiben wird, bewahrt uns bei diesem Befund vor Euphorie.

II. 1) Das politisch bedeutsamste Besuchsergebnis war das „große Gespräch über große Politik“ (Schewardnadse) zwischen Gorbatschow und dem Bundesminister. Es bot Gelegenheit zum Anschauungsunterricht über unsere politische Philosophie, der um so wichtiger war, als Gorbatschow sich über die Politik der USA, Frankreichs und Großbritanniens bereits ein eigenes Urteil hatte bilden können[6], aber über die Politik der Bundesregierung nicht – sieht man von der kurzen Begegnung Bundeskanzler/Gorbatschow im März 1985[7] ab. Gorbatschow sprach jetzt von der Notwendigkeit „zivilisierterer Beziehungen“ und dem Wunsch nach „seriösem Meinungsaustausch“ mit uns. Von genau diesem Geist war die Begegnung geprägt. Sie zeigte eine deutliche Entwicklungslinie. Sie vermittelte Gorbatschow – aber auch uns – wichtige Einsichten und gipfelte in der Erklärung Gorbatschows: Aufgrund dieses Meinungsaustausches werde die

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

2 Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 25. Juli bzw. 4. August 1986 vorgelegen.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Ruhfus gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat für Folgegespräche zugrunde gelegen.“

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. auch Dok. 207–210.

5 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

6 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.
Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 18, Anm. 10.
Vgl. dazu ferner das Treffen zwischen Gorbatschow und Präsident Reagan vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
Vom 7. bis 10. Juli 1986 hielt sich Staatspräsident Mitterrand in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 200.

7 Bundeskanzler Kohl traf am 14. März 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 68.

sowjetische Führung Schritte zur aktiven, positiven und dynamischen Entwicklung der bilateralen Beziehungen überlegen.

Diese Aussage unterstreicht den Testcharakter der Unterredung, die offenbar bewußt an den Anfang der Gespräche des Bundesministers gestellt wurde. Hier vollzog sich ein bedeutsamer qualitativer Schritt. War die grundsätzliche Entscheidung zur Kurskorrektur uns gegenüber schon im Frühjahr gefallen (vgl. Gespräch StS Meyer-Landrut/Kornijenko Anfang April[8]), so nahm Gorbatschow gleichsam an diesem Gespräch die Weichenstellung vor, die den weiteren Besuchsablauf bestimmen sollte und wohl auch die nun eingeleitete Phase unserer Beziehungen beeinflussen wird.

Durch die Würdigung der Unterredung durch Schewardnadse in der Tischrede[9] („grundsätzliche Bedeutung", „neuer Impuls" für den Dialog bilateral und zwischen West und Ost allgemein!) wurde die neue Richtung auch für die Öffentlichkeit festgelegt.

Die achtstündigen Gespräche mit Schewardnadse und die Unterhaltung mit Dobrynin vor und bei Tisch hatten ebenfalls eine wichtige Dialogfunktion, so daß der Bundesminister die drei führenden außenpolitischen Repräsentanten der neuen Mannschaft in Moskau erreicht hat.

2) Die Vertragspolitik wurde durch die Unterzeichnung des seit 1973 notleidenden wissenschaftlich-technischen Abkommens und der Ressortabkommen (Nuklear, Gesundheit, Agrar)[10] ausgeweitet sowie durch eine Perspektive ergänzt (Verhandlungen über Umweltschutz[11]). Dies wurde nach fast 14tägigen

8 Zum Gespräch vom 4. April 1986 in Moskau vgl. Dok. 95, Anm. 14.

9 Für den Wortlaut der Tischrede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 22. Juli 1986 in Moskau vgl. den Artikel „Sovetsko – zapadnogermanskie peregovory"; PRAVDA vom 23. Juli 1986, S. 4.
Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 23. Juli 1986, daß die Rede „in der sowjetischen Zentralpresse vom 23.7. in vollem Wortlaut wiedergegeben" worden sei. Damit könnten die Bürger im Unterschied zu bisherigen offiziellen Mitteilungen nun „in Schewardnadses akzentuierter Sprache" nachlesen, „daß die sowjetische Führung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland mit einer veränderten Stimme spricht. […] Abgesehen von den eher als Merkposten aufgeführten negativen Zensuren überwogen eindeutig die positiven Aussagen: Sch[ewardnadse] sprach den BM als den Vizekanzler und AM eines ‚großen und maßgebenden Staats' an. Sch. ordnete die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich in die gleiche Kategorie ein wie F und GB als Partner der SU im politischen Dialog mit Westeuropa. Mit dieser Einstufung zog er wohl mit Bedacht einen Schlußstrich unter den zwei Jahre durchgehaltenen Versuch, die Bundesregierung in Europa in die Ecke zu stellen und an ihr Verhalten strengere Maßstäbe als bei anderen Europäern anzulegen. Leitmotiv von Sch. Ausführungen war das ‚gemeinsame Haus Europa'. Der Lenker der sowjetischen Diplomatie empfahl sich als einfühlsamen Architekten beim Bau einer auch unsere Anliegen berücksichtigenden europäischen Sicherheitsstruktur." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2087; Referat 213, Bd. 139316.

10 Zum Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und zu weiteren Ressortabkommen vgl. Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

11 Bundesminister Wallmann hielt sich am 7./8. September 1986 in der UdSSR auf. Botschafter Kastl, Moskau, teilte dazu am 9. September 1986 mit: „Die sowjetische Seite erklärte sich in den Gesprächen bereit, schon im Oktober d. J. die Verhandlungen über ein bilaterales Umweltabkommen aufzunehmen, in der (von BK Kohl initiierten) IAEO-Sonderkonferenz Ende September in Wien eine positive Haltung zur Ausarbeitung von Grenz- bzw. Richtwerten für Reaktorsicherheit und zur freiwilligen Bewertung der Betriebssicherheit von Kernreaktoren durch IAEO-Missionen (OSART) einzunehmen und noch in diesem Jahr das bereits paraphierte Abkommen über Kernforschung zu unterzeichnen. Gleichzeitig stellten sie in Aussicht, daß die vom BM Genscher im Juli vereinbarte politische Lösung zur Einbeziehung des Forschungspotentials von Berlin (West) auch auf ein Umweltabkommen Anwendung finden soll, gleichgültig ob dieses in Form eines Regie-

komplizierten, zähen Verhandlungen durch die Lösung der Berlin-Frage[12] ermöglicht, die per Saldo Verbesserungen auch noch gegenüber 1984 erbrachte (z. B. keine Schlechterstellung der Berliner außerhalb des Ad-personam-Kreises). Die anderen „schwebenden Verträge", nämlich Zwei-Jahres-Kulturprogramm[13] und Rechtshilfe[14], sollen deblockiert werden.

Der Wert des Verhandlungserfolges liegt nicht zuletzt in seiner positiven Präzedenzwirkung für zukünftige Abkommen (u. a. Weltraum).

In der Sache dürften die Abkommen die Zusammenarbeit beleben bei wahrscheinlich größerem unmittelbarem Ertrag für die Sowjetunion, was aber im Hinblick auf die längerfristigen und übergeordneten Wirkungen einer Kooperation beiden Seiten Vorteile bringen dürfte.

3) Beide Seiten haben der Intensivierung des politischen Dialogs durch Konsultationsabsprachen konkrete Formen gegeben. Neben der Erneuerung der Abrede zu regelmäßigen Außenministertreffen sind bedeutsam die in Aussicht genommenen spezifischen Konsultationen im rüstungskontrollpolitischen Bereich, über allgemein politische Fragen sowie das sowjetische Angebot zu Regionalkonsultationen, das wir akzeptieren sollten. (Wir haben in dieser Hinsicht gegenüber F, GB und US einen Nachholbedarf.) Auch die geplante Begegnung der Umweltminister und die grundsätzlich vereinbarte Sondersitzung der Wirtschaftskommission über neue Strukturen der Zusammenarbeit[15] tragen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1158

rungs- oder Ressortabkommens abgeschlossen werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2509; Referat 433, Bd. 132304.

12 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 212.

13 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 202, Anm. 10.
Ministerialdirektor Witte vermerkte am 2. Oktober 1986, daß die UdSSR vom 3. bis 5. November 1986 zu einer Sitzung der Gemischten Kulturkommission nach Artikel 13 des Kulturabkommens eingeladen habe, um ein Zweijahresprogramm zu vereinbaren: „Es besteht ein Nachholbedarf von über zehn Jahren; die letzte Sitzung der Gemischten Kommission fand im Februar 1976 in Bonn statt. Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen mit dem Ziel eines kulturellen Zwei-Jahres-Programms ruhen seitdem wegen der Frage der Einbeziehung Berlins. […] Wir haben deshalb einen Entwurf für ein Zwei-Jahres-Durchführungsprogramm vorbereitet, den wir rechtzeitig vor den Verhandlungen der sowjetischen Seite übergeben wollen. In seiner Struktur richtet er sich nach unserem letzten Entwurf vom März 1976; er wurde hinsichtlich der konkreten Vorhaben aktualisiert und im Lichte der WTZ-Verhandlungen (personenbezogene Lösung für kulturelle Bundesinstitutionen in Berlin) überarbeitet. […] Wir wollen die gesamte Kulturmaterie und bereits vorhandene Einzelabsprachen (Länder, Gemeinden, Mittlerorganisationen) unter das Dach des Kulturabkommens bringen, in das Zwei-Jahres-Programm einbinden und damit auch Übereinstimmung mit Art. 32 GG herstellen." Vgl. Referat 213, Bd. 139401.

14 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen vgl. Dok. 202, Anm. 11.
Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 31. Juli 1986, daß er mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, anläßlich eines Gesprächs über die Umsetzung der vereinbarten Konsultationen auch das Thema der Rechtshilfe erörtert habe: „Zur Rechtshilferegelung antwortete B[ondarenko]: Auch diese Frage müsse man zu Ende führen. Dazu müßte das sowjet[ische] Justizministerium befaßt werden, damit die innersowjetischen rechtlichen Voraussetzungen für etwaige Direktkontakte zwischen unseren Länderjustizministerien und sowjet. Republik-Ministerien geklärt werden. Dazu sei mehr Zeit als für das Kulturprogramm notwendig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2150; Referat 213, Bd. 139308.

15 Zur geplanten Sondersitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vgl. Dok. 209, Anm. 38.

zur Ausweitung des Dialoges bei. Verbesserungen im Informationsaustausch (Fernsehinterviews[16] usw.) sind unterstützende Maßnahmen.

4) Die vereinbarte Einrichtung von Generalkonsulaten in Kiew und München wird die Aktionsmöglichkeiten beider Länder erweitern.

5) In der Verlautbarung des Politbüros vom 25.7.[17] über den Besuch wird als zentrale Aussage die sowjetische Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit uns hervorgehoben. Im übrigen werden bekannte Kritikpunkte erneut genannt und eine Verknüpfung zwischen der Entwicklung bilateraler Beziehungen und der Sicherheitspolitik in allgemeiner Form vorgenommen. Mit diesen Akzenten wird nur noch einmal unterstrichen, daß Moskau keine völlige Kehrtwende vorgenommen hat, was auch niemand erwarten konnte.

III. 1) Die Sowjets haben die BM-Visite in einen europäischen Zusammenhang gestellt. Sie haben durch die Verknüpfung mit dem Mitterrand-Besuch und dem London-Besuch Schewardnadses[18] die bisherige Ungleichbehandlung uns gegenüber aufgegeben bzw. erheblich nivelliert. Sie haben uns ausdrücklich als Europäer angesprochen und umworben. Ähnlich wie gegenüber Mitterrand hat sich Gorbatschow sehr bemüht, den Bundesminister davon zu überzeugen, daß er den Beziehungen zu Westeuropa einen eigenständigen Wert beimißt. Er hat allerdings auch die Erwartungen nicht verschwiegen, die die sowjetische Führung bezüglich der Einwirkung der Westeuropäer auf die USA hegt. Auch hier wird deutlich, daß sich ein Wandel vollzieht. Hatte die Sowjetunion in letzter Zeit eine Politik ohne uns betrieben, so versucht sie jetzt, eine Politik mit uns zu führen. Dies hat auch zu tun mit dem Wechsel der maßgebenden Akteure im Kreml. Die oft spröde Linie Gromykos mitsamt seiner Fixiertheit auf die USA gilt nicht mehr. Gorbatschow und Schewardnadse bevorzugen den werbenden Stil: Frankreich wird als Großmacht apostrophiert, wir als ein „großer und angesehener Staat“ (Schewardnadse). Der Stilwandel kann nicht ohne Einfluß auf die sowjetische Politik selbst bleiben. Die SU wird aber ein harter und schwieriger Gegner bleiben. Wir dürfen bzgl. der Wandlungsfähigkeit der Substanz sowjetischer Innen- und Außenpolitik keine sehr großen Erwartungen hegen.[19]

2) Das Besuchsergebnis wird unsere Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten und der DDR positiv beeinflussen. Dies gilt vielleicht einstwei-

16 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 8. September 1986 für Bundesminister Genscher: „StS Ruhfus sprach Botschafter Kwizinskij am 12.8. u. a. auf Ihren Vorschlag an. Dieser ließ mit der Bemerkung, er habe davon nichts gehört, zwar eine gewisse Zurückhaltung anklingen. Sicherlich wollte er aber nur zum Ausdruck bringen, daß er aus Moskau bisher noch nichts dazu gehört habe, da er bei Ihrem Gespräch mit Schewardnadse anwesend war. Schon vorher hatte sich Bondarenko gegenüber Botschafter Kastl rezeptiv verhalten.“ Einige geplante amerikanisch-sowjetische Diskussionsveranstaltungen, darunter eine inzwischen seitens der USA abgesagte Diskussionsrunde mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, deuteten jedoch auf die grundsätzliche Bereitschaft der UdSSR hin. Deshalb „dürfte es sich lohnen, die Angelegenheit weiterzuverfolgen“. Braunmühl schlug Genscher vor, das Thema beim nächsten Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij erneut aufzunehmen. Vgl. Referat 213, Bd. 139316.

17 Für den Wortlaut der Erklärung des Politbüros des ZK der KPdSU über seine Sitzung vom 24. Juli 1986 vgl. den Artikel „V Politbjuro CK KPSS“; PRAVDA vom 25. Juli 1986, S. 1.

18 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 14. bis 16. Juli 1986 in Großbritannien vgl. Dok. 193, Anm. 17.

19 Der Passus „Die SU wird … Erwartungen hegen“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

len weniger für den politischen Dialog, der auf Außenministerebene gegenüber Osteuropa ohnehin außerordentlich eng ist, aber wohl doch in erheblichem Maße für die Vertragspolitik und den praktischen Austausch. Die Sowjets werden jetzt ihren Bündnispartnern das nicht verwehren können, was sie selbst mit uns jetzt vollziehen wollen.

IV. Viel spricht dafür, daß die Kurskorrektur, die u. a. durch gegenwärtige innenpolitische Entwicklungen vor den Bundestagswahlen[20] motiviert ist, Teil des sowjetischen Gesamtkonzepts im West-Ost-Verhältnis darstellt. Mit einer gewissen Zeitverzögerung (Gorbatschow und Schewardnadse hatten zunächst andere westpolitische Prioritäten: USA, F) suchen die Sowjets jetzt nach Feldern, wo parallele oder gemeinsame Aktionen mit uns möglich sind. Fortschritte in der Rüstungskontrolle, insbesondere im konventionellen Bereich, sind ohne uns nicht zu machen und Vorstellungen eines „Systems der internationalen Sicherheit" (Gorbatschow auf dem Parteitag[21]) können zumindest in Europa auch nicht ohne uns entwickelt werden. Insofern ist die neue Haltung Moskaus logisch, wobei es insofern[22] gleich bleibt, ob man unterstellt, daß die ehrgeizigen Vorschläge Gorbatschows nur Propaganda sind oder – wofür u. a. das Gespräch Gorbatschow/BM spricht – auch Substanz enthalten. Ich würde damit rechnen, daß Moskau weiterhin beide Linien – Propaganda und Verhandlungen – nebeneinander verfolgt und daß die sowjetische Führung zu sachlichem Entgegenkommen nur insoweit bereit sein wird, als ihr die Propaganda nicht kostenlose Erfolge einbringt.[23]

Darüber hinaus wünscht Moskau unser Einwirken auf die USA. Hier findet in erster Linie ein Wandel im Einsatz der Mittel und nicht der Ziele statt. Glaubte die Sowjetunion bislang, uns in sicherheitspolitischen Fragen unter Druck setzen zu können, so hat sie – nicht zuletzt wegen des Scheiterns dieser Politik bei INF und SDI – offenbar erkannt, daß es auch ihren Interessen besser dient, uns freundlich zu behandeln. Auch scheint sie zu erkennen, daß dann, wenn sie uns mit Respekt und kooperativ entgegentritt, dies unsere Einflußmöglichkeiten in Washington vermehrt.

Braunmühl

Referat 213, Bd. 139316

20 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

21 Am 25. Februar 1986 führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau aus: „Heute ist es wichtiger denn je, Wege einer engeren und produktiveren Zusammenarbeit mit Regierungen, Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen zu finden, denen die Geschicke des Weltfriedens wirklich am Herzen liegen, mit allen Völkern, damit ein allumfassendes System der internationalen Sicherheit geschaffen wird." Im folgenden legte er die „prinzipiellen Grundlagen" eines solchen Systems auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet dar. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 286–288.

22 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

23 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

219

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.70 USA-1189/86 VS-vertraulich **25. Juli 1986**[1]

Betr.: Ihre Gespräche in Washington am 23. Juli 1986

Die beiden zentralen Themen der Gespräche des Bundesministers in Washington waren

– Bericht über die Gespräche in Moskau[2],
– Erläuterung der deutschen Position zur amerikanischen Antwort auf den sowjetischen Vorschlag vom 11.6.[3] auf der Grundlage des Briefes des Bundeskanzlers vom 23.7.[4]

Die rüstungskontrollpolitischen Themen wurden auf der dreieinhalb-stündigen Bootsfahrt erörtert. Auf amerikanischer Seite nahmen an diesen Gesprächen neben Außenminister Shultz teil:

Botschafter Kampelman; Matlock, Mitarbeiter des NSC; Tom Simons, stellvertretender Direktor der Europäischen Abteilung im State Department; Jim Timbie, politischer Berater des stellvertretenden Außenministers Whitehead.

Über das Gespräch im Büro von Shultz sowie über die anderen Gesprächsthemen während der Bootsfahrt werden gesonderte Vermerke vorgelegt.[5]

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 25. Juli 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte er: „Ihrer Weisung entsprechend wird der Vermerk erst nach Ihrer Billigung verteilt. Das Ministerbüro erhält einen Durchdruck vorweg."
Hat Ruth am 28. Juli 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 220, 221, 222 und 223 verfügte und um Wiedervorlage „n[ach] R[ückkehr]" bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 28. Juli 1986 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Buerstedde und Metternich am 31. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Barker am 31. Juli 1986 vorgelegen.
Hat Ruth am 1. August 1986 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

3 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.
Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96. Vgl. dazu ferner Dok. 205.

4 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 214.

5 Botschaftsrat I. Klasse von Moltke, Washington, resümierte am 25. Juli 1986 die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz im amerikanischen Außenministerium sowie anschließend „bei einer dreistündigen Bootsfahrt auf dem Potomac". Dabei habe Genscher über den Verlauf seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau berichtet. Vgl. Referat 213, Bd. 139316.
Am 25. Juli 1986 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen einen weiteren Vermerk zum Gespräch über amerikanische Pläne zur Verlegung des Umschlags privater PKW von Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte von Bremerhaven nach Rotterdam vor. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178925.

I. Unterrichtung über die Erörterung der Rüstungskontrollthemen in Moskau

Der Bundesminister führte aus, daß die Themen der Rüstungskontrolle in Moskau besonders beim Gespräch mit AM Schewardnadse breiten Raum eingenommen haben, aber auch von GS Gorbatschow angesprochen worden sind. Den sowjetischen Gesprächspartnern sei klar geworden, daß wir unsere Gespräche vor dem Hintergrund intensiver Konsultationen im Westen führen. Sie hätten nach seiner Einschätzung erkannt, daß die Gespräche mit uns auch wichtig sind, weil sie wüßten, mit einem Freund der Vereinigten Staaten zu sprechen.

Die sowjetische Führung sei erkennbar auf das zweite Treffen mit Präsident Reagan[6] fixiert. Das sei auch beim Tischgespräch mit Dobrynin deutlich geworden. Das Treffen wurde als wichtig anerkannt, doch werde immer hinzugefügt, daß dabei etwas herauskommen müsse. GS Gorbatschow habe nachdrücklich unterstrichen, daß es nicht nur um ein Gespräch am Kamin gehen dürfe. Er wolle etwas mit nach Hause bringen.

Schewardnadse habe bei der Aufzählung sowjetischer Initiativen für bilaterale Gesprächskontakte mit den Vereinigten Staaten auf den sowjetischen Vorschlag hingewiesen, daß sich die Botschafter Kampelman und Karpow vor der nächsten Genfer Runde[7] treffen sollten für den Fall, daß die amerikanische Reaktion auf die sowjetischen Vorschläge vom 11.6. dies rechtfertigte. Ein solches Gespräch sei wichtig für die Vorbereitung der Unterredung Shultz/Schewardnadse und für die Gipfelperspektive.

Schewardnadse habe den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf Rüstungskontrolle gelegt und damit zu erkennen gegeben, daß er das Gespräch mit den Europäern über dieses Thema suche. Der Meinungsaustausch sei sachlich gewesen. Im Zusammenhang mit der Erörterung nuklearer Verhandlungen und insbesondere der CTB-Problematik und bei der Erwähnung sowjetischer Vorschläge sei Schewardnadse jedoch kurz polemisch und offensiv geworden. Er habe darauf hingewiesen, daß nach der sowjetischen Erklärung vom 15. Januar[8] die sowjetische Position in der Weltöffentlichkeit immer mehr Befürwortung gefunden habe. Die Sowjetunion sei entschlossen, sich in diesen Fragen an die Weltöffentlichkeit zu wenden und den Kampf mit allen Mitteln zu führen. In diesem Zusammenhang sei die Entschlossenheit der Sowjetunion angeklungen, ihre Vorschläge propagandistisch auszunutzen.

Kampelman warf ein, daß der Beginn der Diskussionen in der Standing Consultative Commission[9] nicht gut gewesen sei. Der sowjetische Vertreter habe die erste Sitzung aggressiv zu propagandistischen Angriffen genutzt.

Der Bundesminister bat mich dann, über den rüstungskontrollpolitischen Teil der Gespräche in Moskau zu berichten. Ich habe die Unterrichtung anhand der folgenden Gesprächslinie vorgenommen:

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und Präsident Reagan trafen erstmals vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf fand vom 18. September bis 12. November 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 325.

8 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

9 Zur Sondersitzung der Besonderen Beratungskommission (SCC) vom 22. bis 30. Juli 1986 in Genf vgl. Dok. 207, Anm. 20.

1 a) Sowjetisches Abrüstungskonzept
– System internationaler Sicherheit.[10]
– Umfassende sowjetische Vorschläge liegen vor.
– Entschlossenheit SU, Möglichkeit politischer Offensive zu nutzen.

b) Der Westen muß sich darauf vorbereiten, seine eigene Abrüstungsstrategie zu verdeutlichen.

2) Konventionelle Rüstungskontrolle

a) MBFR
– Sowjetunion will MBFR mit möglichst unsubstantiellem Ergebnis beenden.
– Der Westen sollte fortfahren zu unterstreichen
  – Bedeutung von MBFR,
  – Notwendigkeit einer Antwort auf zweite Hälfte westlichen Vorschlags vom 5.12.85[11],
  – Bedeutung des methodischen Ansatzes für die konventionelle Rüstungskontrolle.

b) KVAE
– Sowjetunion erkennt offenbar die Bedeutung eines substantiellen Ergebnisses an und scheint ernsthaft an solchen Ergebnissen interessiert. Ist bereit zu Intensivierung Konsultationen in Stockholm.
– Der Westen sollte
  – grundlegende Bedeutung eines KVAE-Ergebnisses für den Prozeß konventioneller Rüstungskontrolle unterstreichen und jede Chance zu Konsultationen und konstruktivem Verhandeln nutzen.

c) Konventionelle Rüstungskontrolle Atlantik–Ural
– Für Sowjetunion zentrale Bedeutung in Abrüstungsstrategie.
– Westen sollte Halifax[12] stärker herausstellen und Arbeit in der hochrangigen Arbeitsgruppe[13] politisch sichtbarer machen.

3) Chemische Waffen
– Sowjetunion drängt auf Fortschritte und scheint ernsthaft interessiert an Lösung der Hauptprobleme
  – Kontrolle der Nichtproduktion,
  – Kontrolle bei Verdacht.

  Sowjetunion unterstreicht Probleme der Produktion binärer Waffen[14] für C-Waffen-Verhandlungen.

10 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 25. Februar 1986; Dok. 218, Anm. 21.

11 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1985, II, Dok. 339.

12 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

13 Zur „High Level Task Force“ (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 193, Anm. 37.

14 Vgl. dazu die Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele für den Bereich chemischer Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986; Dok. 150.

– Der Westen sollte
  – eigene Bereitschaft durch Kontakte zwischen den Verhandlungsrunden (August bis Januar)[15] unterstreichen,
  – bilaterale Kontakte nutzen,
  – auf britischen Vorschlag[16] aufbauen, der offenbar in Moskau mit Interesse geprüft wird,
  – technische Lösbarkeit des Problems der binären Waffen unterstreichen.

4) Bilaterale Verhandlungen

a) Zentrales Thema

– Amerikanische Antwort auf sowjetische Vorschläge vom 11.6.
– Bedeutung für Gipfelvorbereitung
– Sowjetischer Vorschlag eines Treffens zwischen Kampelman und Karpow vor der nächsten Verhandlungsrunde, falls amerikanische Antwort auf den Vorschlag vom 11.6. dies rechtfertigt. Dies sei für Vorbereitung des AM-Treffens und des Gipfeltreffens von Bedeutung.
– Mit besonderem Nachdruck hat die Sowjetunion darauf hingewiesen, daß die Vorschläge vom 11.6. der Versuch sind, auf amerikanische Interessen einzugehen und im gegenseitigen Interesse einen Kompromiß zu ermöglichen. Man habe besonders das Problem der Forschung im Verhältnis zum ABM-Vertrag mit Rücksicht auf amerikanische Interessen neu bewertet.

USA sollten

– Übergabe Antwortschreibens mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit begleiten,
– auf Treffen Kampelman/Karpow eingehen.[17]

b) LRINF

– Sowjetunion
  – kritisiert Vorschlag Zwischenergebnis,
  – stellt Ablehnung der westlichen Forderung, SS-20 in Asien zu verringern, in den Vordergrund.
– Westen muß
  – auch in der Öffentlichkeit Rationale des Vorschlags vom 24.2.[18] unterstreichen,
  – das Rational für die Einbeziehung von SS-20 in Asien herausarbeiten,
  – die Bedeutung des Zwischenergebnisses als Zwischenschritt herausstellen.

15 Die am 4. Februar 1986 begonnenen Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) endeten am 29. August 1986. Vgl. dazu Dok. 233.
Die neue Runde begann am 3. Februar 1987.

16 Für den Wortlaut des britischen Vorschlags „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element“ (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

17 Am 11./12. August 1986 fanden in Moskau amerikanisch-sowjetische rüstungskontrollpolitische Gespräche statt. Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 33.

18 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dessen Inhalt am 24. Februar 1986 in Genf vorgetragen wurde; Dok. 52.

c) CTB und SALT-Einhaltung
- Sowjetunion unterstreicht Bedeutung der laufenden Gespräche in Genf über SALT-II-Einhaltung und Verifikation im Bereich der Nukleartests. Für ein Gespräch habe SU die Initiative ergriffen.
- Die USA sollten
  - die Politik der echten beiderseitigen Zurückhaltung bei den strategischen Waffen unter Berücksichtigung der SALT-Obergrenzen herausstellen und ABM-Einhaltung glaubhaft machen,
  - für CTB die im Antwortbrief Präsident Reagans enthaltene Perspektive für Probleme CTB herausstellen.

II. Antwort Präsident Reagans auf den sowjetischen Vorschlag vom 11.6.

Der Bundesminister erinnerte an das Gespräch mit Paul Nitze vor seiner Abreise nach Moskau am 20. Juli.[19] Er führte aus, daß er Nitze gegenüber bereits einige erste Bemerkungen gemacht habe. (Kampelman warf ein, daß darüber ein Bericht aus Bonn vorliege.) In der Bundesregierung sei unmittelbar danach eine Stellungnahme zu den Ausführungen Nitzes erarbeitet worden. Auf dieser Grundlage habe das Auswärtige Amt einen Brief entworfen, der mit dem BMVg abgestimmt worden sei und über den er mit dem Bundeskanzler am Morgen des 23.7. gesprochen habe. Dieser Brief des Bundeskanzlers sei am 23. an das Weiße Haus übermittelt worden. Er werde seine Ausführungen zum Thema Antwort des Präsidenten auf der Grundlage dieses Briefes des Bundeskanzlers machen. Da AM Shultz den Text des Briefes des Bundeskanzlers noch nicht kannte, gab der Bundesminister eine Information über die wichtigsten Bestandteile des Briefes.

Ergänzend führte er folgendes aus:

1) Für uns und für die Europäer insgesamt sei es wichtig, daß in der Antwort der Vereinigten Staaten der konventionellen Rüstungskontrolle breiterer Raum eingeräumt werde als ursprünglich vorgesehen. Dies sei um so mehr notwendig, als wir in diesem Bereich über gute Karten verfügten. Das zeige sich in Wien bei den MBFR-Verhandlungen. In unserer öffentlichen Diskussion müsse stärker auf die Bedeutung von MBFR für die Rüstungskontrolle in ganz Europa hingewiesen werden. Die Bedeutung der beiden Erklärungen von Halifax und die Tätigkeit der hochrangigen Arbeitsgruppe müssen stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Eine entsprechende Verstärkung der C-Waffen-Passage werde der Bedeutung dieser Verhandlungen gerecht.

In der Gedankenskizze Paul Nitzes sei auf die Frage der konventionellen Rüstungskontrolle und der chemischen Waffen nicht so spezifisch eingegangen worden wie auf die nukleare Rüstung. Der Bundeskanzler schlüge vor, daß dies in dem endgültigen Text des Präsidenten entsprechend ergänzt werde.

2) Der entscheidende Punkt sei, wie das Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Waffen dargestellt werde und ob es möglich sei, einen Einstieg in Verhandlungen über dieses Thema zu finden. Die Sowjetunion habe dazu einen ernsthaften Vorschlag gemacht.

19 Für das Gespräch vgl. Dok. 204.

Der Bundesminister erinnerte an die NATO-Außenminister-Sitzung vom Oktober des letzten Jahres.[20] Die Entscheidung des Präsidenten, sich an die restriktive Auslegung des ABM-Vertrages zu halten[21], über die AM Shultz damals berichtet habe, sei eine wichtige Entscheidung gewesen. Ein klares Festhalten am ABM-Vertrag in seiner restriktiven Auslegung sei auch für die Verhandlungen über das Verhältnis von offensiven und defensiven Waffen von entscheidender Bedeutung.

Es sei wichtig, daß in Botschafter Nitzes Ausführungen wie im Brief des Präsidenten an den Bundeskanzler[22] deutlich geworden sei, daß der Zeitraum von 5 bis 7 1/2 Jahren für die Begrenzung auf Forschung im Rahmen des ABM-Vertrages keine rigide zeitliche Festlegung sei, sondern daß von „nicht weniger als 5 Jahren" gesprochen worden sei. Er habe in Moskau den Eindruck gehabt, daß auch die Zahl von 15 bis 20 Jahren nicht endgültig sei. Wichtig sei, daß verhandelt werde. Über die Dauer der Forschungsphase und über die dazu relevanten Begriffsbestimmungen müsse man am Verhandlungstisch sprechen.

Der Bundesminister unterstrich, daß wir bisher immer von Forschung gesprochen hätten und den Schritt zur Entwicklung als die entscheidende Brandmauer bezeichnet hätten. Jetzt werde von Forschung, Entwicklung und damit verbundenen Tests gesprochen. Dies werfe eine Fülle von Fragen auf. Sie bedürften auch gegenüber der westlichen Öffentlichkeit der Erläuterung. Die Konformität mit dem ABM-Vertrag sei in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Der Bundesminister begrüßte, daß der Präsident bereit sei, über die von Gorbatschow geäußerten Sorgen über weltraumstationierte Massenvernichtungswaffen zu sprechen. Dabei sei er sich im klaren darüber, daß es sich hier um eine andere Dimension der anstehenden Probleme handele.

Abschließend wolle er darauf hinweisen, daß es sich bei dem Brief des Bundeskanzlers um durchdachte Überlegungen handele, deren Ziel es sei, die Position des Westens insgesamt in dem Brief des Präsidenten zu stärken und eine Antwort zu fördern, die auch die Sowjetunion zu einer realistischen Reaktion zwingt. Der Sowjetunion dürfe nicht erlaubt werden, sich dieser Verantwortung zu entziehen.

3) Von den amerikanischen Reaktionen ist folgendes festzuhalten:

a) AM Shultz folgte den Ausführungen des Ministers und dem Bericht über den Rüstungskontrollteil in Moskau mit großer Aufmerksamkeit.

b) Matlock deutete an, daß unser Vorschlag für die Verstärkung der Passage über konventionelle Rüstungskontrolle aufgegriffen werde.

c) Bei den Begriffen research, development and associated testing werde in erster Linie an Entwicklung und Tests bei den erlaubten festen ABMs gedacht. Der entscheidende Punkt sei jedoch der Hinweis auf die Übereinstimmung mit

20 Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 283.

21 Vgl. dazu die National Security Decision Directive Nr. 192 des Präsidenten Reagan vom 11. Oktober 1985; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/index.html.

22 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 20. Juli 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11318 (220).

dem ABM-Vertrag. Diese Formulierung bedeute, daß derzeit eine Festlegung der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion auf die Auslegung des ABM-Vertrages nicht erforderlich sei.

d) AM Shultz erkannte die Notwendigkeit sorgfältiger Öffentlichkeitsarbeit an. Matlock ergänzte, daß in diesem Bereich seit einigen Tagen intensiv an einer amerikanischen Position gearbeitet werde.

e) Zu der Passage über weltraumgestützte Massenvernichtungswaffen erläuterte AM Shultz: Es komme dem Präsidenten darauf an zu signalisieren, daß die Amerikaner bereit seien, über die sowjetische Besorgnis zu sprechen, ABM-Systeme im Weltraum könnten Objekte auf der Erde zerstören. Sollten sich die Sowjets auf eine Absprache einlassen, daß eine solche Möglichkeit verhindert werden solle, seien die Amerikaner dazu bereit.

f) Zur Frage eines vorgezogenen Gesprächs Kampelman/Karpow sagte Kampelman, daß die Sowjetunion einen solchen Vorschlag noch nicht gemacht habe. Man werde der Mitteilung nachgehen. Er sehe einen Nutzen in einem solchen Gespräch besonders dann, wenn es der Vorbereitung des Außenministergesprächs dienen solle. Die amerikanischen Gesprächspartner, insbesondere AM Shultz, waren an der Unterrichtung über diesen Punkt besonders interessiert.

g) Zur Frage des Zeitpunktes für die Absendung des Briefes des Präsidenten sagte Matlock, daß vorgesehen sei, ihn am Wochenende, möglicherweise schon am Freitag, zu übermitteln.[23]

[Ruth][24]

VS-Bd. 11318 (220)

23 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 29. Juli 1986 mit, daß der amerikanische Botschafter in Moskau, Hartman, das am 25. Juli 1986 in Washington dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Bessmertnych übergebene Schreiben des Präsidenten Reagan an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 26. Juli 1986 ausgehändigt habe. Hartman habe weiter berichtet: „Erwartungsgemäß gefielen gewisse Teile der Antwort Sowjets nicht (z. B. Vorschlag ‚research' durch ‚testing' anzureichern). Schewardnadse habe eher lächelnd gesagt, er hätte es lieber gesehen, wenn früher eingegangene Verpflichtungen (gemeint: SALT, ABM) bestätigt worden seien, habe Antwort aber als wichtiges Ereignis und Schritt nach vorn bezeichnet. […] Vorsichtige Bemerkungen Gorbatschows zu amerikanischer Antwort habe Grundeindruck bestärkt, daß SU Brief positiv aufnehme." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2126; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

24 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

220

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hellbeck

514-516.80 **28. Juli 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Vorschlag: Zustimmung zu den Vorschlägen II. 1), 2), 3), III. 2), IV. 1.2), 2.4), 3.3), 4.3), IV. 3)

Betr.: Asylantenfrage

I. Die Mitarbeit des Auswärtigen Amts konzentriert sich derzeit auf vier Bereiche

– Bekämpfung der illegalen Einreisen (II),
– Maßnahmen hinsichtlich des „Berliner Lochs“ (III),
– Gesetzgeberische Reformüberlegungen einschließlich internationaler und europäischer Harmonisierung (IV),
– Abschiebung abgelehnter Asylbewerber (V).

II. Die Mitarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einreisen erstreckt sich auf

– Verbesserung der Prüfung der Sichtvermerksanträge,
– Diplomatische Absicherung einer gegebenenfalls erforderlich werdenden Ausdehnung der SV-Pflicht,
– Prüfung der Novellierungsvorschläge des BMI zum Ausländergesetz (Sanktionen gegen Lufttransportunternehmer).

1) Sichtvermerksprobleme

In der Staatssekretärsbesprechung am 18.7.1986 ist gesagt worden, der Weg ins Bundesgebiet führe häufig über die „Einreise mit gültigem Touristenvisum. Es wurde beispielsweise festgestellt, daß etwa 40 % der Iraner, die hier den Antrag auf Asyl stellen, zunächst mit einem gültigen Touristenvisum eingereist sind.“

Es bestand Einvernehmen darüber, „daß unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten die Ausgabe von Touristenvisen besonders sorgfältig geprüft werden müsse, damit kein Mißbrauch getrieben werde“. Das Auswärtige Amt hat daraufhin am 21.7. die Botschaft Teheran angewiesen, strenge Maßstäbe anzulegen, insbesondere Mittel nachweisen zu lassen und Kautionen zu verlangen.[3] Die Wirkung einer strengeren Prüfung bleibt abzuwarten. Die Iraner werden mit einigem Erfolg versuchen, uns zu täuschen. Dazu kommt, daß

1 Durchschlag als Konzept.

2 Jürgen Ruhfus.

3 Ministerialdirigent Hellbeck wies zur Begründung für die strengeren Regeln bei der Erteilung von Visa für iranische Staatsangehörige darauf hin, daß etwa 30 % der in den letzten Monaten mit einer „Daueraufenthaltsabsicht eingereisten Iraner dies mit einem von der Botschaft in Teheran ausgestellten Touristenvisum“ getan hätten: „Die Hauptrisikogruppe sind Personen männlichen Geschlechts im Alter von 16 bis etwa 45 Jahren. In jüngster Zeit befinden sich auch weibliche Personen darunter, die den strengen islamischen Vorschriften zu entkommen suchen.“ Diesen Gruppen sei bei der Durchführung der neuen Maßnahmen „besondere Aufmerksamkeit zu widmen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 242; Referat 514, Bd. 190597.

das Auswärtige Amt in Anbetracht der Tatsache, daß zur Zeit 49% der Iraner ihre Anerkennung als Asylberechtigte erlangen, Kritik deswegen zu erwarten hat, daß es echte politische Flüchtlinge von der Einreise ausschlösse.

2) Ausdehnung der Transit-Sichtvermerkspflicht

Die Staatssekretärsbesprechung am 18. Juli hat den Prüfauftrag erteilt, ob nicht noch für weitere Länder eine Transitsichtvermerkspflicht für Flugpassagiere eingeführt werden kann.

Das Auswärtige Amt hat bereits der (im Rahmen der 15. ÄnderungsVO zu DVAuslG[4]) geplanten Ausdehnung der Transitsichtvermerkspflicht für Flugpassagiere auf srilankische und iranische Staatsangehörige zugestimmt. Es hat außerdem die Botschaften New Delhi, Islamabad und Dhaka um Stellungnahme zu einer eventuellen Einbeziehung dieser Länder gebeten.[5] Die Botschaft New Delhi hat bereits negativ votiert.[6]

Aus der Sicht des Auswärtigen Amts ist eine gewisse Skepsis gegen diese Maßnahmen angezeigt.

Gegenüber Afghanistan und Äthiopien wurde die Transit-Sichtvermerkspflicht für Flugreisende 1981 eingeführt. Gleichwohl rangieren beide Nationalitäten inzwischen wieder unter den Hauptgruppen von Asylanten in Frankfurt am Main. Die Prüfungsmöglichkeiten sind sehr begrenzt; die Passagiere weichen zudem auf andere Wege aus. Die Maßnahme hat daher allenfalls zeitweilige psychologisch abschreckende Wirkung.

Das Auswärtige Amt sollte dem Drängen nach Ausdehnung der Transit-Sichtvermerkspflicht daher nur folgen, wenn der Druck unabweisbar ist.

3) Sanktionen gegen Lufttransportunternehmer

Der BMI prüft, ob eine Reduzierung der illegalen Einreisen durch eine Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten gegen Lufttransportunternehmer zu erreichen ist. Dieser Vorschlag zielt dahin, das Absetzen von Personen ohne Papiere oder mit gefälschten Papieren mit einer Geldbuße zu belegen, ohne daß ein Verschulden nachgewiesen werden muß. Es ist damit zu rechnen, daß der Vorschlag zu einem Novellierungsvorschlag zum AusländerG[7] führt.

4 Für den Wortlaut der Verordnung vom 10. September 1965 in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1976 zur Durchführung des Ausländergesetzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil I, S. 1718–1722.
Für den Wortlaut der Fünfzehnten Verordnung vom 1. Dezember 1986 zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2110.

5 Ministerialdirigent Keil informierte die Botschaften in Dhaka, Islamabad und Neu Delhi am 16. Juli 1986 über das Vorhaben der Bundesregierung, die Visa-Bestimmungen zu überprüfen: „Dabei wäre wiederum an Aufhebung Zwischenlandungsprivilegs für Staatsangehörige aus u. a. Indien, Pakistan und Bangladesch zu denken. Aufhebung hätte zur Folge, daß Staatsangehörige dieser Länder auch für einmalige Zwischenlandung auf deutschem Flughafen Durchreisesichtvermerk benötigen, selbst wenn Einreise in Zielstaat sichtvermerksfrei ist. Nach derzeitiger Lage benötigen sie keinen Sichtvermerk." Keil bat um Stellungnahme zu dem Vorhaben. Vgl. den Drahterlaß Nr. 5371; Referat 514, Bd. 190526.

6 Botschafter Schödel, Neu Delhi, wies am 17. Juli 1986 darauf hin, „daß nach Kenntnis der Botschaft ‚unkontrollierte illegale Einreise' von Indern nur in geringem Umfang über visumsfreie Zwischenlandung in Frankfurt ermöglicht wird, hingegen in großer, laufend wachsender Zahl mit Hilfe DDR-Transitvisums über Berlin". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1058; Referat 514, Bd. 190526.

7 Für den Wortlaut des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 353–362.

Vorbehaltlich einer Prüfung des Vorschlags auf seine verfassungsmäßige Realisierbarkeit sollte das Auswärtige Amt den Vorschlag mittragen.

III. Das Berlin-Problem[8]

1) Ausgangslage

1.1) Die verschiedentlich angesprochene Schließung der innerstädtischen Grenzübergänge wird u. a. in Berlin (Amtierende RBM Laurien, Innensenator Kewenig, Rechtsberater der US-Mission) als nicht praktikabel angesehen:

– Rechtlich

gesehen könnten zwar die Alliierten den über Art. 87 III VerfBerlin[9] geltenden Art. 16 GG[10] (evtl. auf unseren Wunsch) außer Kraft setzen. Die Begründung – die Sicherheit Berlins – ist aber schwierig. Auch das Gesetz Nr. 8 vom 28.4.1950[11], das die Ausweisung unerwünschter Personen ermöglicht, wurde schon im April 1986 von den Alliierten nicht zur Begründung der Kontrollmaßnahmen an den Grenzübergängen herangezogen.

– Politisch

wäre eine solche Maßnahme aber kaum durchzuhalten, weil sofort die partielle Außerkraftsetzung eines Grundrechtes eine Kontroverse auslösen würde und zu Gerichtsverfahren führen müßte.

– Praktisch

ist eine solche Maßnahme deswegen schwer durchzuführen, weil vier U-Bahn- und drei S-Bahn-Stationen kontrolliert werden müßten, Zurückgewiesene ständig erneute Einreiseversuche unternehmen und zudem auf die Interzonenzüge nach Helmstedt bzw. Ludwigstadt ausweichen würden. Die Kontrollen fänden auf westlichem Boden statt, wo eine Berufung auf das Asylrecht sofort die bekannten Folgen haben würde.

1.2) Retorsionsmaßnahmen

gegen die DDR im Bereich Interflug würden sich auf die Ablehnung von Überfluggenehmigungen zu beschränken haben und zudem bei den Flügen zur Leipziger Messe auf Lufthansa zurückschlagen. Die DDR könnte versucht sein, den Reise- und Besucherverkehr (der sich in diesem Jahr stark ausgeweitet hat) oder gar den Transitverkehr zu erschweren.

1.3) Zurückhaltung von Leistungen

Größere finanzträchtige Kooperationsprojekte stehen derzeit nicht an. Was sich in Durchführung befindet, ist hinsichtlich Leistung und Gegenleistung ausgewogen.

1.4) DDR-Forderung

nach Direktgespräch mit dem Senat zielt auf die politische Selbständigkeit von

8 Zur Einreise von Asylsuchenden über Ost-Berlin nach Berlin (West) vgl. Dok. 209, Anm. 31.

9 Für den Wortlaut von Artikel 87 Absatz 3 der Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 vgl. VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1950, Teil I, S. 433–440.

10 Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

11 Für den Wortlaut des Gesetzes Nr. 8 vom 28. April 1950 über die Kontrolle von nach Groß-Berlin einreisenden Personen und Ausweisung unerwünschter Personen vgl. OFFICIAL GAZETTE OF THE ALLIED KOMMANDATURA BERLIN 1950, S. 18–20.

Berlin (West) ebenso wie inoffizielle Hinweise, daß der Text unserer SV-Stempel oder die Zuständigkeit des Polizeipräsidenten von Berlin für die Erteilung von SV einer Lösung im Wege ständen.

2) Das Auswärtige Amt ist in die Lösung der Frage durch flankierende diplomatische Anstrengungen gegenüber auswärtigen Staaten eingeschaltet, die darauf zielen, die die DDR anfliegenden Fluglinien zu einer Änderung ihrer Haltung zu veranlassen, Personen mit DDR-Transit-Sichtvermerk ohne Vorliegen eines Zielland-Sichtvermerks zu befördern.

3) Das Auswärtige Amt ist insbesondere bemüht, die Anstrengungen, die DDR zum Einlenken zu bringen, durch Demarchen gegenüber den Hauptherkunfts- und Haupttransitländern illegal Einreisender zu unterstützen.

Es hat mit Erlassen vom 17./22.7. die Botschaften in Iran, Türkei, Libanon, Ghana, Indien und in den Transitländern Türkei, Syrien, Nigeria angewiesen, bei den Regierungen vorstellig zu werden.[12]

Diese sollen auf die Schönefeld anfliegenden Fluglinien einwirken, keine Passagiere ohne Zielland-Sichtvermerk zu befördern. Sie haben das Thema gegenüber dem Transitland Sowjetunion angesprochen.[13] Die westlichen Statusmächte sind gebeten worden, das Thema gegenüber der Sowjetunion anzusprechen.[14] Es ist beabsichtigt, ergänzend zu den Demarchen des Botschafters in Ankara[15] den türkischen Botschafter[16] zum Staatssekretär einzubestellen. Über den Erfolg dieser Schritte ist Skepsis am Platze, da

a) die Transitstaaten interessiert sind, diese Personengruppe loszuwerden,

b) auch andere Fluglinien als Interflug am Geschäft interessiert sind und lediglich Bitten einer Regierung kaum nachgeben werden.

Eine neuere Analyse der Hauptfluchtwege der Wirtschaftsasylanten weist als weitere Transitstaaten

12 Für den Runderlaß Nr. 5510 des Ministerialdirigenten Hellbeck vom 17. Juli 1986 vgl. Referat 514, Bd. 190552.

13 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 21. bzw. 22. Juli 1986 in Moskau; Dok. 209 und Dok. 210.

14 Legationssekretär Weil vermerkte am 16. Juli 1986, daß die Drei Mächte in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am Vortag über die Gespräche des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR über die Frage der Einreise Asylsuchender nach Berlin (West) über Ost-Berlin informiert worden seien: „Die Alliierten erklärten erneut ihre Bereitschaft, das Thema in Gesprächen ihrer Botschafter mit Botschafter Kotschemassow aufzugreifen. Die Mitteilung des britischen Sprechers, die britische Botschaft in Bonn habe in London vorgeschlagen, AM Howe möge das Thema mit AM Schewardnadse diese Woche in London aufgreifen, wurde von den Amerikanern mit Überraschung vermerkt. Der amerikanische Sprecher erklärte hierzu, es sei in der Tat zu überlegen, wie auch von amerikanischer Seite das Problem hochrangig gegenüber der SU angesprochen werden könnte." Vgl. Referat 210, Bd. 139254.
Am 30. Juli 1986 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, der amerikanische Botschafter Burt habe Bundesminister Genscher am selben Tag darüber informiert, „daß entsprechend dem bei seinem Washington-Besuch von BM geäußerten Wunsch Frau Ridgway die Asylproblematik am 29.7. mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Bessmertnych aufgenommen habe. Dieser habe den Eindruck vermittelt, daß er von der Sache selbst nicht sehr viel verstand. Er habe darauf hingewiesen, daß die SU immer ihren Verpflichtungen betr. Berlin nachkommen werde und daß dies schließlich eine Angelegenheit sei, die die Bundesrepublik Deutschland und die DDR angehe." Vgl. Referat 010, Bd. 178938.

15 Georg Negwer.

16 Oktay Işcen.

im westlichen Europa Österreich und Italien,

in Afrika Togo,

im östlichen Europa Ungarn, Bulgarien und ČSSR auf.

Es wird vorgeschlagen, erst das Ergebnis der laufenden Demarchenaktion abzuwarten, bevor wir auch in diesen Staaten demarchieren.

IV. Hinsichtlich gesetzgeberischer Reformüberlegungen sind folgende vier Bereiche zu unterscheiden:

1) Nationale Gesetzgebung (Bundesratsinitiave),

2) Weitergehende neue Vorschläge zur Verfahrensbeschleunigung,

3) Diskussion um eine Verfassungsänderung,

4) Internationale und europäische Rechtsharmonisierung.

1) Bundesratsinitiative

1.1) Zur Zeit steht die Verabschiedung des Teils II des Berichts der sogenannten Schäuble-Kommission[17] an. Das Auswärtige Amt hat in dieser Kommission die Position des BMJ unterstützt.

Die Kommission hat Einvernehmen erzielt zur Neuregelung der sogenannten

– Nachfluchtgründe

  Wer durch politische Aktivitäten nach der Einreise die Gefahr der Verfolgung durch die Behörden des Heimatstaates schafft, soll keine Asylberechtigung (wohl aber Abschiebungsschutz) erhalten.

Und zum

– Schutz vor politischer Verfolgung

  Wer als Flüchtling aus einem europäischen Staat zu uns kommt, der die Genfer Konvention[18] zum Schutze von politischen Flüchtlingen ratifiziert hat, und vorher dort mindestens drei Monate war, muß, um als Asylberechtigter anerkannt zu werden, erst die Vermutung widerlegen, daß er dort Schutz vor Verfolgung gefunden hatte.

Beide Projekte wollen die Koalitionsfraktionen in ihre Gesetzesinitiative aufnehmen, die voraussichtlich im September vorgelegt werden wird.

Im Rahmen der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit insbesondere des zweiten Vorschlags könnte das Auswärtige Amt um Stellungnahme gebeten werden, ob Flüchtlinge in allen demokratischen europäischen Staaten wirklich Schutz vor

17 Die interministerielle Kommission „Asyl“ verabschiedete am 10. Juni 1985 den ersten Teil ihres Berichts. Darin hieß es: „1) Auftrag: Das Bundeskabinett hat am 13. Februar 1985 auf Vorschlag des Bundeskanzlers beschlossen, eine interministerielle Kommission ‚Asyl‘ mit dem Auftrag einzusetzen, die gesamte Problematik aufzulisten und so aufzubereiten, daß eine intensive Diskussion im Kabinett geführt werden kann. 2) Zusammensetzung: Die interministerielle Kommission ‚Asyl‘ hat sich am 7. März 1985 im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz von Bundesminister Dr. Schäuble konstituiert. Folgende Ressorts sind in der Arbeitsgruppe vertreten: Auswärtiges Amt, Bundesminister des Innern, Bundesminister der Justiz, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178938.

18 Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

Verfolgung, d.h. wirksamen Schutz vor direkter oder indirekter Abschiebung in den potentiellen Verfolgerstaat gefunden haben.

1.2) Diesen Maßnahmen kann nur begrenzter Erfolg beschieden sein. Der erste Vorschlag (Nachfluchtgründe) vermehrt nur die Zahl der geduldeten De-facto-Flüchtlinge zu Lasten der Asylberechtigten. In der Gesamtbilanz ergibt sich keine Veränderung. Der zweite Vorschlag kann deshalb keine nennenswerte Reduzierung der Flüchtlingszahlen bringen, da relativ wenige Asylanten (ca. 14%) aus den demokratischen europäischen Staaten über die Grenzen zu uns gelangen.

Beide Maßnahmen sind gleichwohl Verbesserungen.

Das Auswärtige Amt sollte in diesen Fragen weiter die Linie des BMJ unterstützen.

2) Verfahrensbeschleunigung

2.1) Zum Vorschlag, das Verfahren durch Reduzierung des Rechtsweges auf eine Instanz zu beschleunigen, haben sich außer Ihnen (Kabinettsitzung am 23.7.) auch Senator Scholz und Ministerpräsident Strauß positiv geäußert.

Der Vorschlag wirft folgende Frage auf:

Wenn gegen die richterliche Entscheidung das außerordentliche Rechtsmittel der Verfassungsbeschwerde zulässig bleibt, wird durch die Rechtsprechung des BVerfG der Richter erster und letzter Instanz zu einer solch gründlichen Entscheidungsfindung verpflichtet, daß die Wirkung der Verfahrensbeschleunigung ganz oder teilweise wieder aufgehoben werden könnte.

An dieser Hürde droht auch der andere in der Öffentlichkeit gemachte Vorschlag zu scheitern, Richtern an der Grenze in einem summarischen Verfahren die Entscheidung über das Asylbegehren anzuvertrauen.

2.2) Ein bisher nicht gemachter Vorschlag könnte darauf zielen, durch das Bundesamt ein summarisches Schnellverfahren durchführen zu lassen. Angesichts der Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG[19] erscheint es ein im Vergleich zu den anderen europäischen Rechtsordnungen unnötiger Luxus, auch in der Verwaltungsinstanz ein justizähnliches förmliches Verfahren mit weisungsungebundenen Entscheidungen durchzuführen. Der dahinterstehende verfahrensökonomische Gedanke, dem Verwaltungsrichter die Arbeit der Tatsachenerhebung weitgehend abzunehmen, ist aber durch die Rechtsprechung des BVerfG hinfällig, die den Richter nicht von dieser Erhebungsarbeit befreit.

2.3) Es besteht ein breiter Konsens, daß das Asylverfahren beschleunigt werden muß. Die Bundesrepublik Deutschland rangiert – was die Dauer der Verfahren anbelangt – infolge ihres hypertroph entwickelten Rechtswegsystems an der Spitze aller demokratischen Staaten. Hier besteht ein entschiedener Anpassungsbedarf an unsere europäischen Nachbar- und Partnerstaaten, der unterhalb einer Verfassungsänderung realisierbar erscheint.

2.4) Es wird vorgeschlagen, daß das Auswärtige Amt sich in dieser Richtung engagiert, und zwar auch im Hinblick auf den darin liegenden europäischen Harmonisierungseffekt.

19 Für den Wortlaut von Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

3) Verfassungsänderung

3.1) Mit der Frage einer Verfassungsänderung, insbesondere des Art. 16 GG hat sich die Asylkommission ausführlich beschäftigt. Der BMI hat diesen Vorschlag deutlich favorisiert, der BMJ ist ihm ebenso klar entgegengetreten.

Der Vorschlag, eine Expertenkommission mit eingehendem Studium auch dieser Frage zu beauftragen, stieß – im Anschluß an die Stellungnahme der FDP-Fraktions-Mitglieder – auf den Widerspruch des BMJ.

Sie (Kabinettsitzung am 23.7.) haben diesen Weg ebenfalls ausgeschlossen.

Das Auswärtige Amt hat die Position des BMJ in dieser Frage stets unterstützt. Sollte aber die erforderliche europäische Harmonisierung nicht zu unseren Bedingungen realisiert werden können, müßte daran gedacht werden, den Art. 16 zwar vielleicht keinem Gesetzesvorbehalt zu unterwerfen, wohl aber dem Vorbehalt abweichender völkervertraglicher Regelung. Vorher wäre zu klären, ob eine solche Regelung nicht über Art. 24[20] ohne formale Einschränkung der verfassungsmäßigen Grundrechte erreichbar ist.

3.2) Eine Änderung des Art. 19 Abs. 4 (Vorschlag von MP Strauß) mit dem Ziel, den Rechtsweg für Ausländer auszuschließen, begegnet verfassungsrechtlichen Zweifeln ebenso wie der Gedanke, die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde (Art. 93[21]) für Asylfragen aufzuheben.

3.3) Das Auswärtige Amt sollte in diesen Fragen des Verfassungsrechts auf Stellungnahme durch die Verfassungsressorts dringen, dabei aber darauf achten, daß die Möglichkeit einer zukünftigen europäischen Lösung nicht verbaut wird.

4) Internationale und europäische Bemühungen

4.1) Das Auswärtige Amt ist in die Bemühungen einer Asylrechtsharmonisierung auf internationaler und europäischer Ebene eingeschaltet. Es beteiligt sich an den entsprechenden Bemühungen des UNHCR, verfolgt die seit Jahren laufenden Anstrengungen in der CAHAR-Gruppe[22] des Europarats und bemüht sich initiativ um eine Asylrechtsharmonisierung im Rahmen der Vertragsstaaten von Schengen[23]. Auf deutsche Initiative haben die Mitgliedstaaten von Schengen umfangreiche Fragenkataloge beantwortet, die die Grundlage für weitergehende Überlegungen zu einer Harmonisierung sein sollen.

Frankreich bremst zur Zeit aus innenpolitischen Gründen, mag aber nach der Reform des Ausländerrechts[24] zu erneuter Zusammenarbeit bereit sein.

20 Für den Wortlaut von Artikel 24 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4.

21 Für den Wortlaut von Artikel 93 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 12.

22 Comité ad hoc d'experts sur les aspects juridiques de l'asile territorial, des réfugiés et des apatrides.

23 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

24 Referat 514 notierte am 22. Juli 1986, daß die französische Nationalversammlung eine Verschärfung des Ausländerrechts beschlossen habe, die vorsehe: „a) Verschärfung der Einreisebestimmungen: Einreiseverweigerung sofort vollziehbar (mit 24 Stunden Aufschubfrist); Nachweis ausreichender Existenzmittel (nicht nur Rückkehrgarantien). b) Erleichterung von Abschiebung und

4.2) Die Asylrechtsharmonisierung im Zusammenhang mit dem Projekt des Grenzabbaus sucht auch dem sogenannten (westeuropäischen) Asyltourismus beizukommen, der Tatsache, daß in einem Land abgelehnte Asylanten in europäische Nachbarstaaten ausweichen und dort weitere Asylverfahren durchführen. Eine Lösung wird sich wahrscheinlich nur finden lassen, wenn man – abweichend vom bisherigen Rechtszustand in Europa – eine europäische Spruchinstanz schaffen könnte, die in Flüchtlings- und Asylsachen abschließend mit Wirkung für alle Vertragsstaaten entscheidet.

4.3) Es wird vorgeschlagen, daß das Auswärtige Amt diese Anstrengungen einer europäischen Asylrechtsharmonisierung aktiv weiter fördert.

V. Abschiebungsproblem

1) In der Kabinettsitzung am 23. Juli wurde beschlossen, daß die Frage einer wirksameren Abschiebungspraxis gegenüber rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern Gegenstand einer Sonderkonferenz im September 1986[25] sein soll. Dieser Frage kommt ein mindestens quantitativ größeres Gewicht zu als der Asylrechtsfrage selbst, da derzeit 84 % der illegal Einreisenden letztlich kein Asylrecht erhalten, aber großenteils im Lande bleiben. Die Schwierigkeiten, die einer Abschiebung entgegenstehen, sind mannigfaltig.

Keine allgemeinen Abschiebungshindernisse bestehen zur Zeit nur für die drei Länder des asiatischen Subkontinents Indien, Pakistan und Bangladesch sowie für Ghana.

Die Abschiebungshindernisse erwachsen weitgehend aus der Tatsache, daß die abschiebenden Ausländerbehörden gehalten sind, die Menschenwürde des Abzuschiebenden und deren Gefährdung („Existenzminimum"!) mit in die Entscheidung einfließen zu lassen.

Politische Einflußnahmen führen häufig zu einer besonderen Hervorhebung dieses Interesses, so daß in der Praxis die Interessenabwägung häufig zugunsten eines Verbleibs ausfällt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1175

Ausweisung: Erleichterung der Abschiebung (‚reconduite à la frontière') nach Überschreitung eines Visums um drei Monate oder bei vorläufiger Aufenthaltsgenehmigung (wie [bei] Asylbewerbern) um einen Monat; Möglichkeit sofort vollziehbarer Abschiebungsentscheidung durch die Verwaltungsbehörden; Aufhebung der bisherigen Einschaltung der Gerichte schon bei der Erstentscheidung; Erleichterung der Ausweisung (‚expulsion'): Ausweisungsgrund ist schon die Verurteilung zu sechsmonatiger Freiheitsstrafe oder zu einem Jahr mit Bewährung oder die Bedrohung der öffentlichen Ordnung, auch gegenüber langjährig ansässigen Ausländern mit Aufenthaltsberechtigung; Ausweisungsentscheidung durch den Innenminister, Aufhebung des bisherigen Vetorechts einer richterlichen Kommission (1981 eingeführt)." Referat 514 resümierte: „Den Änderungen ist gemeinsam, daß der von der sozialistischen Regierung eingeführte umfassende Gerichtsschutz verkürzt und die Entscheidungsbefugnis der Verwaltung gestärkt wird. […] Zwar bleiben Rechtsmittel gewahrt, jedoch können die Entscheidungen der Verwaltungen sofort vollziehbar werden, d. h. Rechtsmittel gegebenenfalls nur vom Ausland her eingelegt werden." Vgl. Referat 514, Bd. 190552.

25 Am 25. September 1986 fand eine Besprechung des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten der Länder sowie den Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU, FDP und SPD statt. Das Bundesministerium des Innern vermerkte dazu am 26. November 1986, die Teilnehmer seien sich einig gewesen, „daß die Asylfrage nicht auf den Bereich der Bundesrepublik Deutschland beschränkt werden kann, sondern Auswirkungen auch auf andere europäische Staaten hat". Weiter hieß es: „Der Bundeskanzler erklärte, daß die europäische Dimension des Asylrechts auf dem Gipfeltreffen der Regierungschefs der EG-Staaten am 5./6. Dezember 1986 behandelt werden soll." Vgl. Referat 410, Bd. 141587.

2) Es ist zu fragen, ob durch politische Festlegungen seitens der Bundesländer unter Assistenz des Bundes das öffentliche Interesse an der Abschiebung so hervorgehoben werden kann, daß die Länderbehörden leichter entsprechenden Pressionen widerstehen können.

3) Das Auswärtige Amt sollte sich in dieser Frage zurückhalten.

Wenn allerdings – wie in der Vergangenheit – die Länder mit dem Petitum aufwarten sollten, daß das Auswärtige Amt Länderanalysen mit eindeutiger Tendenz oder gar Empfehlung liefern sollten, müßte dem wie bisher entgegengetreten werden.

Das Auswärtige Amt kann nur eine tatsächliche Lageschilderung nach bestem Wissen und Gewissen abgeben. Es tut dies durch Lageberichte über die Hauptherkunftsländer, die alle drei Monate gegeben werden sollen und den Ausländerbehörden, die ausschließlich über Abschiebungen entscheiden, die Arbeit erleichtern.

Hellbeck[26]

Referat 514, Bd. 190552

221

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

210-303.B **29. Juli 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: 750-Jahrfeier Berlins im Jahr 1987;
hier: Politische Fragen der Beteiligung aus dem In- und Ausland an den Feierlichkeiten in beiden Teilen der Stadt

Anlg.: 3[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Zusammenfassung

Bisherige Informationen über die Konzeption der 750-Jahrfeier in Berlin (Ost)

26 Paraphe vom 29. Juli 1986.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Ulrich konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 2. August 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragendes Legationsrats I. Klasse Jansen vom 2. September 1986 vorgelegen. Ferner verfügte Jansen den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirigent Oesterhelt an Referat 210.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 3. September 1986 vorgelegen.
Hat Oesterhelt am 3. September 1986 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7, 19 und 24.

lassen vermuten, daß die vom Senat gewünschte Unterstreichung der innerstädtischen Gemeinsamkeiten nicht stattfinden wird. Die DDR scheint andererseits besondere Belastungen im Hinblick auf die Alliierten und im Interesse der innerdeutschen Beziehungen vermeiden zu wollen.

Der Regierende Bürgermeister hat sich an den Deutschen Städtetag und die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bitte gewandt, auf Solidarität mit dem Land Berlin zu achten.

Die Alliierten werden die Politik des Senats im In- und Ausland voraussichtlich aktiv unterstützen.

Unsere Auslandsvertretungen sollen entsprechend angewiesen werden.

1) Die DDR gestaltet die 750-Jahrfeier als staatliches Ereignis. Sie streicht den Anspruch von Berlin (Ost) als Hauptstadt des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden heraus und ist auf Abgrenzung von den Feiern in dem „unter Besatzungsrecht stehenden West-Berlin" bedacht.

1.1) In den vergangenen Monaten zeichnete sich in Kontakten zwischen den Beauftragten des Senats und der DDR-Regierung für die Vorbereitung der jeweiligen 750-Jahrfeiern zunehmend ab, daß die DDR es mit der Abgrenzung ernst meint und auch im Einzelfall Zurückhaltung zeigt, wenigstens im Jubiläumsjahr Gemeinsamkeiten zwischen beiden Teilen der Stadt zu demonstrieren. In der Berlin-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen[5] Bundestages am 4. Juni 1986 ließ der Berliner Senat erkennen, daß er bislang die im Dezember 1985 veröffentlichten Thesen der DDR zur 750-Jahrfeier Berlins (Neues Deutschland vom 14./15. Dezember 1985[6], Anlg. 1[7]) nicht hinreichend ernsthaft gewürdigt habe.

1.2) Dieses umfangreiche DDR-Papier zeichnet die Geschichte der Stadt unter dem Blickwinkel sozialistischer Geschichtsbetrachtung von den Anfängen im 13. Jahrhundert bis heute nach:

Für die Zeit vom Beginn dieses Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges liegt der Schwerpunkt der Schilderung beim Kampf der Sozialisten/Kommunisten im Bündnis mit anderen Antifaschisten gegen die Reaktion. Mit Kriegsende begann die „Zeitenwende" in Deutschland hin zum sozialistischen Neuaufbau. „Am 8. Mai 1945 wurde in der vielhundertjährigen Geschichte Berlins ein völlig neues Kapitel aufgeschlagen" und „das Deutsche Reich war ... untergegangen; eine Reichshauptstadt existierte nicht mehr."

In dem Thesenpapier wird erneut die DDR-Auffassung verbreitet, wonach „die Teilnahme von Truppen (der West-Mächte) an der Besetzung Berlins ... nicht die Zugehörigkeit ganz Berlins zur Sowjetischen Besatzungszone (berührte)". Einen „Viermächte-Status von ganz Berlin" habe es nie gegeben.

Im Zuge der Schilderung der Ereignisse von 1948/49 wird den „imperialistischen Westmächten und der deutschen Monopol-Bourgeoisie" die Schuld an der

5 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

6 Korrigiert aus: „17. Dezember 1985".

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. den Artikel „750 Jahre Berlin. Thesen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 14./15. Dezember 1985, S. 9–14.

Spaltung Berlins und Deutschlands zugewiesen. Für die Zeit seit dem 7. Oktober 1949 wird die Geschichte Berlins als die der „Hauptstadt der DDR", des „ersten sozialistischen und friedliebenden Staates auf deutschem Boden", herausgestellt. Berlins Hauptstadtfunktion sei historisch tief verwurzelt, während sich die „imperialistischen Spalter 1949 ins linksrheinische Bonn zurückgezogen" hätten.

Für die Folgezeit wird vor allem die erfolgreiche Aufbauarbeit des sozialistischen Staates in Berlin (Ost) und der gesamten DDR gepriesen. Der Mauerbau sei die Antwort auf den Wirtschaftskrieg und die Vorbereitungen eines Blitzkrieges gegen die DDR gewesen und habe die „Roll-back-Strategie" des Westens zunichte gemacht.

Im Gefolge des Abschlusses des Vier-Mächte-Abkommens[8] ist die Rede von der Entwicklung von „Beziehungen friedlicher Koexistenz zwischen der DDR und West-Berlin". Die „Attraktivität der Hauptstadt als geistig kulturelles Zentrum" wird anhand zahlreicher Beispiele veranschaulicht. Die Thesen schließen mit einem Zitat von Honecker: „Möge das Jubiläum der Stadt dazu beitragen, den Sozialismus weiter zu stärken und damit den Frieden."

Diese Konzeption legt nahe, daß die 750-Jahrfeiern in Berlin (Ost) auch im staatlichen Rahmen begangen werden dürften. Inzwischen steht auch fest, daß der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts 1987 auf Führungsebene in Berlin (Ost) tagen wird[9], so daß sich aus diesem Anlaß Anknüpfungsmöglichkeiten ergeben.

1.3) In dem jüngsten Gespräch zwischen DDR-Staatssekretär Löffler und dem Chef der Senatskanzlei Stronk (jeweils in ihrer Eigenschaft als stellv. Vorsitzender der Vorbereitungsgremien zur 750-Jahrfeier) bestätigte die DDR-Seite, Ziel der Feiern sei, ... Lebensqualität im Sozialismus zu zeigen. Löffler gab eine relativ ausführliche Übersicht über die von der DDR geplanten Veranstaltungen in Berlin (Ost). An die Einladung ausländischer Staatsoberhäupter zur 750-Jahrfeier sei nicht gedacht. Um so größeres Gewicht komme dem in Aussicht genommenen Oberbürgermeister-Treffen Anfang Juni 1987 zu.

Hinsichtlich der vom Senat angestrebten Gemeinsamkeit äußerte sich Löffler andererseits nicht mehr völlig ablehnend. Er ließ erkennen, daß eine unmittelbare Teilnahme der DDR an den 750-Jahrfeierlichkeiten im Westteil der Stadt zwar ausscheide, daß es aber durchaus auch 1987 im Rahmen des allgemeinen Kulturaustausches DDR-Beteiligung geben werde. Man solle den Ausbau der bisherigen Beziehungen generell im Auge behalten und sich auf das Machbare konzentrieren.

Die Einlassungen der DDR-Seite lassen zwar nicht auf eine nunmehr kooperative Einstellung hoffen, geben jedoch Grund zu der Annahme, daß die beabsichtigte Abgrenzung gegenüber Berlin (West) im Interesse der Fortentwicklung der innerdeutschen Beziehungen wohl doch nicht mit letzter Konsequenz ver-

8 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

9 Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin statt.

folgt werden soll. Hier wird aber erst die weitere Entwicklung Klarheit bringen. Der Verzicht auf Einladungen an das Ausland auf hoher staatlicher Ebene dürfte die Chancen von Zusagen aus dem westlichen Ausland realistisch sehen und die dann zu erwartende Einflußnahme der Alliierten richtig einschätzen.

2) In Berlin (West) stellt der Senat die Metropole Berlin in den Vordergrund, die eine für Ost und West gemeinsame Geschichte hat und auch heute noch als eine Stadt zu betrachten ist. Der kommunale Charakter der Feierlichkeiten soll überwiegen. Das Ziel innerstädtischer Kontakte aus Anlaß der 750-Jahrfeiern wird weiterhin beharrlich verfolgt. Unter anderem besteht der Gedanke von Ost-West-Kontakten auf der Ebene der Bezirksbürgermeister. Mit Rücksicht auf das Petitum S. 6 oben[10] muß klar sein, daß es sich hier nicht um statusrelevante Programme handelt.[11] Nicht zuletzt aufgrund der akzentuierten politischen Zielsetzung der DDR-Seite werden auch für den Westteil der Stadt Überlegungen zu einer verstärkten politischen Akzentsetzung im Rahmen der Feierlichkeiten angestellt. Gedacht ist vor allem an einige markante Veranstaltungen mit prominenter Bundespräsenz. So wird der Bundespräsident voraussichtlich die zum Abschluß der offiziellen Feierlichkeiten im Oktober 1987 stattfindende politische Konferenz „Perspektiven für das 21. Jahrhundert" eröffnen. (Hierzu liegt Ihnen eine Einladung von RBM Diepgen zur aktiven Teilnahme vor.[12]) Der Bundeskanzler hat zugesagt, am 28.10.1987 die Festrede zur Grundsteinlegung des geplanten Deutschen Historischen Museums[13] zu halten. Erst vor wenigen Tagen hat der Senat beschlossen, auch in Berlin (West) ein Treffen prominenter Oberbürgermeister aus dem Bundesgebiet und dem Ausland (westliche und ausgesuchte DW-Länder) zu veranstalten (Mai 1987).[14]

3) Der Senat ist ebenfalls um eine hochrangige Präsenz der Alliierten in Berlin 1987 bemüht.

Königin Elisabeth hat bereits zugesagt, die Geburtstagsparade der britischen Truppen in Berlin im Mai 1987 persönlich abzunehmen.

10 Vgl. Anm. 21.

11 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

12 Für das Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vom 30. Juni 1986 an Bundesminister Genscher vgl. Referat 210, Bd. 139168.

13 Nach Vorarbeiten zur Gründung eines Deutschen Historischen Museums in Berlin erklärte Bundeskanzler Kohl am 27. Februar 1986 vor dem Bundestag, daß die Feiern zum 750. Geburtstag von Berlin eine besondere Gelegenheit böten, „unser Engagement für diese bedeutende und faszinierende deutsche Metropole neu zu bekräftigen. Als Geburtstagsgeschenk der Bundesrepublik Deutschland wollen wir in Berlin das Deutsche Historische Museum bauen und einrichten. Ein solches Haus gehört nach Berlin, in die alte Hauptstadt. […] Das Projekt selbst ist eine nationale Aufgabe von europäischem Rang. Es geht um die Schaffung einer Stätte der Selbstbesinnung und der Selbsterkenntnis, wo nicht zuletzt junge Bürger unseres Landes etwas davon spüren können – und sei es zunächst auch nur unbewußt –, woher wir kommen, wer wir als Deutsche sind, wo wir stehen und wohin wir gehen werden." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 122. Sitzung, S. 9016 f.

14 Mit Schreiben vom 22. Juli 1986 informierte das Amt des Beauftragten des Landes Berlin beim Bund das Auswärtige Amt über die Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, „zur Eröffnung der Internationalen Bauausstellung (IBA) Mitte Mai 1987 aus Anlaß der 750-Jahrfeier die Staatsoberhäupter wichtiger Metropolen und Großstädte einzuladen. Speziell eingeladen werden sollen neben den schon generell zur 750-Jahrfeier eingeladenen ca. 25 Oberbürgermeistern […] eine Reihe weiterer Metropolen und Großstädte, auch aus der Dritten Welt." Vgl. Referat 210, Bd. 139168.

Die Alliierten prüfen derzeit den von RBM Diepgen unterstützten und vom Bundeskanzler am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio[15] vorgetragenen Vorschlag einer gemeinsamen Reise der Staats-/Regierungschefs der drei Schutzmächte zusammen mit dem Bundeskanzler nach Berlin vor oder nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Rom 1987[16]. Der gemeinsame Auftritt wäre ohne Präzedenzfall. MP Thatcher würde sich einem gemeinsamen Treffen in Berlin nicht verschließen, falls die Regierungschefs der anderen Schutzmächte ebenfalls fahren.

Eine Teilnahme von Präsident Reagan und Präsident Mitterrand ist noch nicht abschließend geklärt.[17]

Die Anregung des Senats, den deutsch-französischen Gipfel 1987 in Berlin stattfinden zu lassen, dürfte angesichts der möglichen Statusimplikationen eines gemeinsamen Auftritts (wer ist Gastgeber? Themen der politischen Beratung und Beschlußfassung, u. a. Verteidigungsfragen) keine Aussicht auf Erfolg haben. In diesem Sinne hat der Bundeskanzler auf ein Schreiben von RBM Diepgen geantwortet[18] und hierzu ein Gespräch der beteiligten Ressorts (BKAmt, AA, BMB, Senat) auf Leitungsebene für September angeregt (evtl. deutsch-französische Konsultationen im Kulturbereich).

4) Für die Beteiligung an den Feierlichkeiten in Berlin (Ost) aus dem Bundesgebiet wie dem westlichen Ausland wird vom Senat eine möglichst enge Abstimmung mit Bundesregierung sowie Ländern und Gemeinden angestrebt.

RBM Diepgen hat sich bereits mit Schreiben an die Ministerpräsidenten der Bundesländer sowie an den Deutschen Städtetag gewandt (Anlage 2[19]), in denen er um Berücksichtigung der Interessen von Berlin bittet. Gegen eine Beteiligung an kulturellen Ereignissen in Berlin (Ost) sei grundsätzlich nichts einzuwenden (auch im Hinblick auf das Kulturabkommen[20]), wenn dies in Abstimmung mit dem Senat geschehe und nicht zu Lasten eines Engagements im Westteil der Stadt gehe. Eine Teilnahme an staatsaktähnlichen Veranstaltungen einschließlich des geplanten OB-Treffens werde dagegen als inopportun

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

16 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 34/35 des Vortragenden Legationsrats Stoecker vom 16. Juni 1987; AAPD 1987.

17 Zum Stand der geplanten Besuche seitens der Drei Mächte hielt Referat 210 am 20. November 1986 fest: „Nachdem der deutsche Vorschlag eines Vierertreffens auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Berlin 1987 auf politische Bedenken stieß, liegen nunmehr Zusagen der drei Staatsoberhäupter für einen Einzelbesuch vor (britische Königin im Mai, Präsident Mitterrand und Präsident Reagan noch ohne Termin). Darüber hinaus hat PM Chirac seinen Besuch zur Eröffnung der Tour de France in Berlin zugesagt." Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

18 Bundeskanzler Kohl schrieb dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, am 17. Juli 1986, daß die Bundesregierung bestrebt sei, „im 750. Jubiläumsjahr der Stadt Berlin möglichst viele hochrangige Besucher, die in die Bundesrepublik Deutschland kommen, auch nach Berlin einzuladen. Im Hinblick auf die bekannte französische Haltung dürfte es allerdings nicht einfach sein, einen der beiden deutsch-französischen Gipfel im Jahre 1987 in Berlin durchzuführen. Dabei ist auch zu bedenken, daß wir uns gleichzeitig um einen gemeinsamen Besuch der Staats- bzw. Regierungschefs der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs nach dem Weltwirtschaftsgipfel 1987, der in Italien stattfindet, in Berlin bemühen." Vgl. Referat 210, Bd. 139168.

19 Dem Vorgang beigefügt. Für die Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, vom 30. Juni 1986 an den Deutschen Städtetag sowie vom 4. Juli 1986 an die Ministerpräsidenten der Länder vgl. Referat 210, Bd. 139168.

20 Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 6. Mai 1986 über kulturelle Zusammenarbeit vgl. Dok. 212, Anm. 14.

angesehen. In diesem Zusammenhang werden die Länder und Gemeinden auf die sensitiven Status-Gesichtspunkte bei Auftritten in Berlin (Ost) hingewiesen (militärisches Zeremoniell, Berlin als Hauptstadt der DDR, Mauerbesichtigung etc.).[21]

5) Auf Wunsch der Alliierten soll in der Bonner Vierergruppe ein Meinungsaustausch über Fragen der Beteiligung an den 750-Jahrfeiern in Berlin stattfinden. Es wird erwartet, daß die Alliierten die Anliegen des Senats in der Tendenz im In- und Ausland aktiv unterstützen werden.[22]

6) Das Auswärtige Amt hat die Auslandsvertretungen schon seit einem Jahr in die Werbung für die Feierlichkeiten in Berlin (West) eingeschaltet. Das Ergebnis der Konsultationen mit den Alliierten in der Bonner Vierergruppe wird zusammen mit den Vorstellungen des Senats, wie sie in seinen Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder und den Deutschen Städtetag zum Ausdruck kommen, in geeigneter Weise in einem Runderlaß an die Auslandsvertretungen zusammengefaßt[23] (vgl. Aufzeichnung vom 26.6.1986, Anlg. 3[24]).

Wir werden unsere Haltung unter Verwendung der auf S. 2/3 wiedergegebenen DDR-Thesen am 2./3. September im PK[25] und anschließend auch im Bündnis erläutern.[26]

Braunmühl

Referat 210, Bd. 139168

21 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl hervorgehoben. Vgl. Anm. 10.

22 Auf der Basis eines britischen Entwurfs billigte die Bonner Vierergruppe am 19. August 1986 ad referendum ein Richtlinienpapier über die Beteiligung aus dem Ausland an den 750-Jahrfeiern in Ost-Berlin. Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte dazu am 20. August 1986: „In der Vierergruppe wurde vereinbart, das Papier in der EG, der NATO und der OECD einzuführen, wodurch alle in Frage kommenden Staaten abgedeckt sind. Zur Rollenverteilung der Präsentation ist vereinbart worden, daß nach einer einführenden Präsentation zur 750-Jahrfeier Berlins durch den deutschen Sprecher jeweils eine der drei Statusmächte (Frankreich im EG-Kreis, USA im NATO-Kreis, UK im Kreis der OECD) auf die einschlägigen Status-Gesichtspunkte hinweisen und das Papier verteilen wird." Vgl. Referat 210, Bd. 139168.
Aufgrund von Änderungswünschen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, billigte die Vierergruppe am 16. September 1986 eine Neufassung der Richtlinien. Für die Endfassung vgl. den Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach vom 19. September 1986 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 210, Bd. 139168.

23 Mit Schrifterlaß vom 29. August 1986 informierte Ministerialdirigent Oesterhelt die Botschaften und Generalkonsulate in den OECD-Mitgliedstaaten über die Planungen zur 750-Jahrfeier von Berlin und über die Statusgesichtspunkte bei Besuchen in Ost-Berlin. Er übermittelte ferner das von der Bonner Vierergruppe am 19. August 1986 ad referendum gebilligte Richtlinienpapier. Vgl. Referat 210, Bd. 139168.

24 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt vgl. Referat 210, Bd. 139168.

25 Mit Runderlaß vom 27. Oktober 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 23./24. Oktober 1986 in London: „Im ‚restreint' wies D 2 auf die geplanten Veranstaltungen in Berlin (West) hin und warb unter Hinweis auf die politische Bedeutung um aktive Beteiligung. Appell fand positive Aufnahme. F verteilte ein von den drei Westmächten und uns erarbeitetes Dokument mit Richtlinien zur Beteiligung an Veranstaltungen in Berlin (Ost)." Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 139169.

26 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

222

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-371.76 INF-1242/86 geheim **4. August 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen;
hier: Berücksichtigung von Systemen mit einer Reichweite von 150 bis 500 km

Bezug: Schreiben von Staatssekretär Dr. Lothar Rühl – BMVg – vom 1.7.1986

Anlg.: 1[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Es bestand seit jeher im Bündnis und innerhalb der Bundesregierung Übereinstimmung, daß eine LRINF-Lösung die Frage der Flugkörper kürzerer Reichweite berücksichtigen muß, um das Unterlaufen eines LRINF-Abkommens auszuschließen und die Entstehung einer neuen nuklearen Grauzone zu verhindern.

Die gegenwärtige, im Bündnis abgestimmte Verhandlungsposition zu SRINF berücksichtigt Systeme in einer Reichweite von 500 bis 925 km (Koppelung an die SS-12/22 und SS-23). Sie berücksichtigt keine Systeme unterhalb der Reichweite von 500 km.

Hinsichtlich des verhandlungstaktischen Vorgehens besteht die Bündnisposition in einem „Step-by-step-Ansatz", dessen erster Schritt auf die Beseitigung der unmittelbarsten Bedrohung (LRINF) gerichtet ist, bei kollateralen Maßnahmen für die Systeme mit einer Reichweite von 500 bis 925 km.

Ziffer 23 (10) des Integrated Decision Document[5] lautet hierzu wie folgt:

„Arms control negotiations involving INF should be a step-by-step process. The first step should focus on the most immediate threat, with the stringency and scope of limitations sought as ambitious as the Alliance can realistically expect

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Vortragendem Legationsrat Elbe konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 5. August 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 8. August 1986 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. August 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itte] Rückspr[ache] StS M[eyer]-L[andrut] bei BM."
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 22. September 1986 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

to achieve and verify. Subsequent steps could provide an opportunity to expand the scope of systems covered and to increase the stringency of limitations sought, including reductions."

2) Das Verteidigungsministerium setzt sich seit einiger Zeit nachdrücklich dafür ein, neben den bisher behandelten Waffensystemen auch SRINF mit einer Reichweite zwischen 150 und 500 km in die INF-Verhandlungen einzubeziehen, insbesondere die über 600 sowjetischen Scud-Raketen mit einer 300-km-Reichweite. Es bestehe die Notwendigkeit, sowohl die SS-20 Angriffskapazität der SU als auch ihre taktisch-operativen Raketen in einem Verhandlungskonzept gleichzeitig zu erfassen, um so rüstungskontrollpolitische Grauzonen mit der Konsequenz von Zonen unterschiedlicher Sicherheit zu vermeiden.

Die aus der Sicht des BMVg optimale Lösung bestünde in gleichen Obergrenzen für SRINF in Höhe von etwa 350 Systemen für beide Seiten. Während die Sowjetunion dementsprechend ihr SRINF-Potential zu halbieren hätte, müßte den USA, die gegenwärtig über keine SRINF verfügen, das Recht eingeräumt werden, SRINF in dieser Höhe zu dislozieren.

Das BMVg fordert ferner einen „integralen Verhandlungsansatz", der sich von dem im Bündnis beschlossenen Antwort des „Step-by-step-Ansatzes"[6] dadurch unterscheiden würde, daß nur eine gleichzeitige Reduzierungslösung für LRINF und SRINF (auch einschließlich solcher mit einer Reichweite von 150 bis 500 km) in Betracht käme. Der gleichzeitige Lösungsansatz soll bereits bei einer Zwischenlösung zur Anwendung kommen mit der Folge, daß eine Zwischenlösung bei LRINF nur bei gleichzeitigen qualitativen und quantitativen Beschränkungen für alle SRINF möglich wäre.

Im einzelnen hat das BMVg für eine rüstungskontrollpolitische Behandlung der SRINF folgende Kriterien aufgestellt:

– gleiche Rechte und gleiche Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau,
– weltweiter Geltungsbereich und Untergrenzen für Europa,
– keine Berücksichtigung von Drittstaatensystemen,
– keine Schwächung der konventionellen Kampfkraft,
– Offenhalten von Modernisierungsmöglichkeiten,
– keine Dislozierungsbeschränkungen,
– Überprüfung des Zählkriteriums „Flugkörper auf Abschußgestellen".

Das Verteidigungsministerium fordert die Befassung der SCG mit diesem Problem zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.

Diese Position wird politisch unterstützt von dem Abgeordneten Todenhöfer, der – vermutlich durch das BMVg vorbereitet – während einer Reise des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Washington vom 17. bis 19.6.1986 die Forderung nach einer Einbeziehung aller SRINF gegenüber den amerikanischen Gesprächspartnern mehrfach im Namen seiner Fraktion erhob und im Anschluß an die Reise dieses Thema auch in der Öffentlichkeit behandelte.[7]

6 Korrigiert aus: „Antwort ‚Step-by-step-Ansatzes'".

7 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 23. Juni 1986 über den Besuch des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle: „Die Frage des Umfangs der Einbeziehung von

Am 1.7.1986 hat Staatssekretär Rühl in seinem Schreiben (vgl. Anlg.[8]) an Staatssekretär Meyer-Landrut angeregt, ein Gespräch über das SRINF-Thema zwischen BMVg, AA und Bundeskanzleramt auf Staatssekretärebene zu führen.

3) State Department und ACDA haben gegenüber der Botschaft Washington ihre Besorgnis hinsichtlich der Einbeziehung der Scud in die INF-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Bereits die Forderung nach Einbeziehung der SS-23 (Reichweite: rd. 500 km) habe an dem Rahmen der INF-Verhandlungen gerüttelt. Wolle man nun das Verhandlungsgebiet noch weiter ausweiten, laufe man Gefahr, daß der INF-Komplex, der sich für Rüstungkontrollvereinbarungen nicht zuletzt wegen seiner Überschaubarkeit eigne, unverhandelbar werde. Die amerikanische Seite scheint ferner ernst besorgt zu sein, daß diese Position nicht von allen Bündnispartnern mitgetragen würde und daß es in dieser Frage zu einer Spaltung der bisherigen Geschlossenheit des Bündnisses kommen könne. Der Bericht der Botschaft Washington über diese Besorgnisse der Administration[9] war der Anstoß für das Schreiben von Staatssekretär Rühl vom 1.7.1986.

4) Dem BMVg geht es praktisch darum, in die bisherige Allianzposition zu SRINF, die sich auf Systeme (SS-12/22 und SS-23) mit einer Reichweite von 500 bis 925 km beschränkte, auch die Scud aufzunehmen. Die SU verfügt insgesamt über 573, die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten über 136 Scud-B. Dieses System ist nicht nur nuklear, sondern auch chemisch und wahrscheinlich auch konventionell bestückbar. Es handelt sich um ein älteres, in den letzten Jahren modernisiertes System, das allmählich durch die SS-23 ersetzt wird.

5) Die Besorgnis des BMVg hinsichtlich der von den Scud-B (und möglichen Nachfolgesystemen) ausgehenden Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland und einiger ihrer Partner haben einen berechtigten Kern. Die Bemühungen, eine neue Grauzonenproblematik unterhalb der Schwelle der LRINF-Systeme zu vermeiden, müssen daher auch Möglichkeiten untersuchen, wie den SRINF-Systemen kürzerer Reichweite Rechnung getragen werden könnte.[10]

6) Hiesigen Erachtens bestehen jedoch Bedenken, im jetzigen Zeitpunkt dem Ansatz des BMVg zu folgen, im Bündnis auf die Veränderung abgestimmter Verhandlungspositionen hinzuwirken und alle SRINF unter Beachtung der vom

Fortsetzung Fußnote von Seite 1184

SRINF in die Genfer INF-Verhandlungen bzw. ein INF-Abkommen wurde mehrfach erörtert. MdB Todenhöfer legte dar, daß deutsche Sicherheitsinteressen die Einbeziehung der modernisierten Scud (Reichweite 300 km) verlangten. Über SRINF müsse daher in den Genfer Verhandlungen auf Grundlage einer Reichweitendefinition 150 bis 925 km und nicht, wie derzeit, 500 bis 925 km gesprochen werden. MdB Bahr verwies auf die Gefahr der Entstehung einer rüstungskontrollpolitisch nicht erfaßten Grauzone bei Nuklearraketen unter 500 km. Vertreter der Administration zeigten Verständnis für diese Forderung, waren jedoch hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit skeptisch. Adelman warnte davor, INF-Verhandlungen mit sachfremden (non-germane) Fragen zu überlasten. Matlock gestand zu, daß es hier gefährliche Entwicklung geben könne; INF-Rahmen lasse jedoch voraussichtlich keine definitive SRINF-Lösung zu. Auch Perle verwies auf Gefahr einer Überlastung der INF-Verhandlungen, bezeichnete aber State Department als Gegner einer Ausweitung des INF-Verhandlungsgebiets […], ohne sich jedoch von dieser Position ausdrücklich zu distanzieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2654; Referat 220, Bd. 130085.

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

9 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2664 des Botschafters van Well, Washington, vom 24. Juni 1986; VS-Bd. 12130 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Korrigiert aus: „getragen werden."

BMVg aufgestellten Kriterien in die gegenwärtigen INF-Verhandlungen einzubeziehen.

– Die bisherigen Reaktionen der Amerikaner lassen eine gewisse Behutsamkeit in der Behandlung angezeigt sein.
– Es gilt auch zu vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als ob die Bundesregierung durch die Einführung neuer und zusätzlicher Verhandlungsforderungen den Abschluß eines INF-Abkommens erschweren oder gar vereiteln wolle. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die verbesserten Aussichten, zu einer Zwischenvereinbarung bei den Mittelstreckensystemen zu gelangen.
– Im übrigen würde der Ansatz des BMVg u. U. zu Ergebnissen führen, die innenpolitisch kaum vertretbar wären. Wenn einerseits die vollständige Eliminierung der LRINF-Systeme das Verhandlungsziel sein soll, andererseits aber gleichzeitig im Bereich der SRINF Obergrenzen festgelegt werden sollen, die vom Westen auszufüllen wären – eine Null-Lösung für SRINF-Systeme verbietet sich aus der Sicht des BMVg aus militärischen Gründen (erstens Notwendigkeit des Ausgleichs der konventionellen Überlegenheit des WP und zweitens Offenhalten der Option, SRINF konventionell bestücken zu können – FOFA) –, würde das Ergebnis der INF-Verhandlungen u. U. darin bestehen, daß in den bisherigen Dislozierungsräumen die Pershing II zwar verschwinden, dafür aber die Pershing I B an deren Stelle treten würde.

7) Bevor überhaupt daran gedacht werden sollte, das Bündnis mit dem Problem der SRINF mit einer Reichweite von 150 bis 500 km zu befassen, bedarf es vielmehr noch eines gründlicheren Meinungsaustausches mit dem BMVg. Dabei wäre insbesondere die Frage zu behandeln, ob gegenwärtig ein deutscher Vorstoß gegenüber dem Bündnis unter Berücksichtigung strategischer, rüstungskontrollpolitischer, verhandlungspolitischer und innenpolitischer Überlegungen zwingend erforderlich und sinnvoll ist.

In diesem Sinne hat eine Vorbesprechung (AA–BMVg–Bundeskanzleramt) am 4.7.1986 unter Leitung von D 2 A[11] stattgefunden.

Dabei bestand Einvernehmen darüber, daß die Scud-Problematik militärisch in dem Maße an Bedeutung gewinnt, in dem die LRINF-Reduzierungen sich der vollständigen Beseitigung nähern. Da sich eine LRINF-Null-Lösung wahrscheinlich nur schrittweise verwirklichen lassen wird, sollte für SRINF, insbesondere für die Scud, eine Lösung angestrebt werden, die gewährleistet, daß mit fortschreitenden LRINF-Reduzierungen auch für die Systeme kürzerer Reichweite zunehmend beschränkende Regelungen vorgesehen werden.

Daraus wird hier der Schluß gezogen, daß für den Fall einer Zwischenlösung, die einerseits zu einer substantiellen Reduzierung sowjetischer SS-20 führt, andererseits aber auf amerikanischer Seite eine militärisch relevante Zahl von LRINF beläßt, die auch gleichzeitig ein Gegengewicht zu den östlichen SRINF sind, die bisherige Allianzposition zu SRINF ausreicht. Eine Scud-Regelung erscheint nach unserer Auffassung für ein solches Zwischenabkommen nicht zwingend erforderlich.

Das BMVg tritt demgegenüber dafür ein, daß bereits für eine erste Reduzierungsphase bei LRINF ein quantitatives Einfrieren der sowjetischen SRINF im

11 Friedrich Ruth.

Reichweitenband 150 bis 500 km sowie Modernisierungsbeschränkungen für alle SRINF vorzusehen sind.

8) Es ist daran gedacht, diesen Meinungsaustausch fortzusetzen. Ein weiteres Gespräch auf der Ebene D2A, General Hüttel und MD Teltschik wird vorbereitet.

9) Parallel hierzu wird der Entwurf für einen Zwischenbescheid des Staatssekretärs an StS Rühl vorgelegt.[12]

Referat 201 hat mitgezeichnet.

Hartmann

VS-Bd. 11359 (220)

223

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-372.00-1323/86 VS-vertraulich **15. August 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung

Betr.: MBFR;
hier: Fragen zur Zukunft der Verhandlungen

I. Vorausschau auf die 40. Verhandlungsrunde (25.9. bis 4.12.1986)

1) Politischer Rahmen

Die 40. Verhandlungsrunde findet im Schatten bedeutender politischer Ereignisse statt:

12 Am 5. August 1986 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann Staatssekretär Ruhfus den Entwurf einer Antwort auf das Schreiben des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, vom 1. Juli 1986 vor. In dem am 15. August 1986 unterzeichneten Schreiben hieß es: „Bei einer Besprechung, die am 4.7.1986 unter Leitung von Botschafter Dr. Ruth mit Vertretern Ihres Hauses und des Bundeskanzleramts stattgefunden hat, bestand Einvernehmen, daß die Scud-Problematik im Falle eines INF-Verhandlungsergebnisses militärisch in dem Maße an Bedeutung gewinnt, in dem sich die für LRINF vereinbarte Lösung Null nähert. Die Besprechungsteilnehmer waren sich ferner einig, daß das vielschichtige Problem eines weiteren gründlichen Meinungsaustausches unter den beteiligten Häusern bedarf. Botschafter Dr. Ruth beabsichtigt, Anfang September die Diskussion durch ein Gespräch mit General Hüttel und Ministerialdirektor Teltschik weiterzuführen. Es scheint daher zweckmäßig, zunächst das Ergebnis dieser Erörterung abzuwarten." Vgl. Referat 220, Bd. 130085.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. August 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 9. September 1986 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. September 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro

– Beendigung der KVAE in Stockholm am 19. September (ggf. nach Anhalten der Uhr), voraussichtlich aber mit einem substantiellen Ergebnis;
– Beginn des KSZE-Folgetreffens ab 4. November in Wien mit voraussichtlicher Außenminister-Teilnahme;
– Treffen der Außenminister der USA und SU am 19. und 20. September[4];
– wahrscheinlich amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen Ende November oder im Dezember;
– Vorlage des Berichts der hochrangigen Arbeitsgruppe für konventionelle Rüstungskontrolle auf der NATO-Ratstagung Anfang Dezember[5].

Diese Ereignisse werden die MBFR-Verhandlungen politisch überlagern, ihre Ergebnisse sie unmittelbar berühren.

2) Verhandlungsperspektiven

a) Möglichkeiten des Westens

Für die Frage, wie der Westen die nächste Runde gestalten soll, wird es ganz wesentlich darauf ankommen, ob die KVAE mit einem substantiellen Verhandlungsergebnis abschließt, das im Verifikationsbereich westlichen Grundsatzforderungen entspricht, d. h. vor allem eine entscheidende Konzession der SU enthalten muß: das grundsätzliche Akzeptieren des Rechts auf Durchführung von Ortsinspektionen, wie sie es in Stockholm im Prinzip in Aussicht gestellt hat.[6] Diese Aufzeichnung geht von einem solchen Ergebnis aus; andernfalls würde sich für den Rüstungskontrollprozeß im konventionellen Bereich eine neue Lage ergeben.

– Kommt es zu einem positiven KVAE-Ergebnis, sollte der Westen diesen Verhandlungserfolg als gutes Beispiel für die MBFR-Verhandlungen politisch und hinsichtlich der Substanz nutzen:

  Politisch bietet die voraussichtliche Anwesenheit der Außenminister bei der Eröffnung des KSZE-Folgetreffens in Wien Anfang November Gelegenheit zu einem Auftritt in einer MBFR-Plenarsitzung. (Ob und welche Außenminister hierzu bereit sind, wäre in den nächsten Wochen mit den Bündnispartnern zu klären, ebenso die Frage, ob versucht werden sollte, auch östliche Außenminister zu einem solchen Schritt zu bewegen; Vorlage hierzu folgt zu gegebener Zeit.) Hierbei könnte die Bedeutung des Wiener Forums und eines Verhandlungsergebnisses auch im Hinblick auf künftige Verhandlungen in

Fortsetzung Fußnote von Seite 1187

Staatssekretäre verfügte und handschriftlich vermerkte: „F[ür] Rückspr[ache] StS M[eyer]-L[andrut] bei BM."
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 18. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung über Botschafter Ruth an Referat 221 verfügte.
Hat Meyer-Landrut am 19. September 1986 erneut vorgelegen, der zum Vermerk von Genscher handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Ruth am 19. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.

4 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

6 Zur sowjetischen Haltung in der Frage der Inspektionen vor Ort vgl. Dok. 203, besonders Anm. 14.

einem europaweiten Rahmen nachdrücklich unterstrichen und eine Substanzantwort des Ostens auf die westliche Initiative vom 5.12.1985[7] angemahnt werden.[8]

Wenn das KVAE-Ergebnis dies durch Einigung auf entsprechende Maßnahmen zuläßt, könnte der Westen gleichzeitig – nach entsprechender Abstimmung im Bündnis – den Verzicht auf die Begleitenden Maßnahmen 1 und 2 (Vorankündigung von Aktivitäten außerhalb der Kasernen und Austausch von Beobachtern hierzu, und zwar auch jenseits des Raums der Reduzierungen)[9] als „Konzession" ankündigen. Dieser Schritt wäre eine politische Geste vor allem gegenüber der SU, die auch auf politischer Ebene immer wieder die westliche Forderung nach Anwendung dieser Maßnahmen über den Raum der Reduzierungen hinaus in der SU heftig kritisiert hat; hier würde ohne weitere Kosten ein Reizpunkt aus dem Weg geräumt werden. Gleichzeitig würde der Westen durch einen solchen politischen Auftritt sein Interesse an MBFR gegenüber den östlichen Verhandlungspartnern sowie vor der Öffentlichkeit eindrücklich unter Beweis stellen.

In der Substanz sollte der Westen ein in Stockholm grundsätzlich zugestandenes Recht auf Durchführung von Ortsinspektionen nutzen, um den Osten erneut in eine Sachdiskussion über das westliche Verifikationskonzept zu drängen.

– Sollte der Osten bei der KVAE kein substantielles Ergebnis ermöglichen und – was wahrscheinlich ist – bei MBFR die westliche Initiative vom 5.12.1985 weiterhin nicht konstruktiv beantworten, muß der Westen in der nächsten Runde mit allem Nachdruck deutlich machen, daß die Verantwortung für ausbleibende Verhandlungsfortschritte beim Osten liegt. Ein Auftreten westlicher Außenminister bei MBFR im zeitlichen Zusammenhang mit der KSZE-Eröffnungssitzung könnte dann in diesem Sinne genutzt werden.

b) Mögliche Haltung des Ostens

Auch die östliche Haltung wird wesentlich davon abhängen, ob die KVAE mit einem positiven Ergebnis abschließt.

7 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

8 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), nahm am 10. Oktober 1986 Stellung zu dem Vorschlag, aus Anlaß der Eröffnung des KSZE-Folgetreffens am 4. November 1986 in Wien eine MBFR-Plenarsitzung in Anwesenheit der Außenminister der MBFR-Teilnehmerstaaten abzuhalten: „Beim gegenwärtigen Stand in Wien und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen sind die MBFR-Verhandlungen auf politischen Auftrieb besonders angewiesen. Sollte keiner der zur Zeit des KSZE-Folgetreffens in Wien anwesenden westlichen Außenminister vor dem Plenum auftreten, könnte das in der Öffentlichkeit als Indiz für mangelndes Interesse des Westens an MBFR gewertet werden. […] BM Genscher wird von allen Bündnispartnern schon mit Rücksicht auf unsere besonders wichtige Rolle bei MBFR als der beste Sprecher für den Westen angesehen. Für uns dürfte sich eine Dokumentation unseres Engagements für MBFR politisch auch dann rentieren, wenn man den Verhandlungen nur noch begrenzte Überlebenschancen einräumen will. […] Ein gemeinsames Auftreten der Außenminister beider deutscher Staaten bei MBFR wäre weder der Sache abträglich, noch würde es, soweit ich das beurteilen kann, dem Sinn unserer Politik gegenüber der DDR zuwiderlaufen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 831; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Vgl. dazu den Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 bzw. 8. März 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1); Dok. 8, Anm. 17.

– Ist dies der Fall, kann sich der Osten der Präzedenzwirkung seines Zugeständnisses – grundsätzliches Recht zur Durchführung von Ortsinspektionen ohne Verweigerungsmöglichkeit – in Wien kaum entziehen. Zwar hat die SU in jüngster Zeit ihr erheblich gesunkenes Interesse an MBFR deutlich gemacht. So hat AM Schewardnadse anläßlich Ihres Besuchs in Moskau erklärt, die SU wolle lediglich ein „symbolisches" Ergebnis für MBFR, anschließend sollten diese Verhandlungen in einem gesamteuropäischen Rahmen aufgehen.[10] Der sowjetische Delegationsleiter Michajlow hat bei kürzlichen Konsultationen mit den USA dieses Minimalergebnis ausbuchstabiert: amerikanische und sowjetische Reduzierungen der bisher diskutierten Größenordnung (5500/6500 amerikanische, 11000 sowjetische Soldaten), vielleicht eine politische Nichterhöhungsverpflichtung, für diese jedoch keinerlei Verifikation. Ein solches verifikationsloses Abkommen kommt für den Westen nicht zuletzt auch wegen der präjudizierenden Wirkung für weitere Verhandlungen nicht in Betracht. Angesichts des durch ein KVAE-Ergebnis verbesserten Klimas könnte der Osten aber möglicherweise zu mehr Entgegenkommen in der Verifikationsfrage gebracht werden.
– Kommt es jedoch nicht zu einem KVAE-Ergebnis, dürfte der Osten eher eine passive, auf Zeit spielende Haltung einnehmen und den Nachweis zu führen versuchen, daß die vom Westen gesetzten Verhandlungshindernisse bzw. dessen „überzogene Verifikationsforderungen" keine Fortschritte mehr ermöglichen, MBFR daher nutzlos und der einzige Ausweg der im Budapester Appell[11] gewiesene sei. Allerdings dürfte der Osten in der dann entstandenen Lage mit einer solchen Argumentation nur wenig Resonanz im Westen finden.

II. Bedeutung von MBFR für künftige Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen Bereich vom Atlantik bis zum Ural

1) Die neue Situation

Die oben dargestellten sowjetischen Äußerungen sollen unterstreichen, daß die SU kein Interesse mehr an den MBFR-Verhandlungen habe und diese möglichst bald mit einem „symbolischen", bescheidenen Resultat zu einem Abschluß bringen wolle. Ob dies das letzte Wort des Ostens ist, bleibt abzuwarten.

Wenn es so wäre, könnte der Westen durch weitere eigene Vorschläge diese Lage nicht entscheidend ändern, da diese Vorschläge – um für den Osten attraktiv zu sein – eine Aufgabe grundsätzlicher westlicher Positionen – vor allem im Verifikationsbereich – beinhalten müßten.

Auf jeden Fall sollten wir die Möglichkeit einer definitiv negativen östlichen Haltung zu MBFR schon jetzt in unsere Überlegungen – insbesondere im Rahmen der HLTF – einbeziehen. Für den Westen müßte es in diesem Falle vor allem darauf ankommen, seine im Laufe der MBFR-Verhandlungen weitgehend durchgesetzten Vorstellungen über Rahmen, Ziel sowie Prinzipien als „acquis

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 207.

11 Zur Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschuß des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell") vgl. Dok. 179, Anm. 8.

von MBFR“ zu erhalten und in einen europaweiten Ansatz konventioneller Rüstungskontrolle zu überführen.

2) Die Vorgabe von Halifax

Die Erklärung von Halifax[12] legt fest, daß die eingesetzte hochrangige Arbeitsgruppe für konventionelle Rüstungskontrolle auf den westlichen Vorschlägen in der KVAE und in den MBFR-Verhandlungen aufbauen wird. Dies bedeutet, daß eine Reihe von Grundvoraussetzungen und Zielsetzungen, von denen sich der Westen bei MBFR leiten läßt, auch im Rahmen erweiterter Verhandlungen unverzichtbar sind.

3) Der „acquis von MBFR“

In diesem Zusammenhang sind für den Westen wichtig:

– Akzentuierung des Raums Mitteleuropa:

  Mitteleuropa – der NATO-Mittelabschnitt und das ihm gegenüberliegende Territorium des WP –, wo sich die Masse der Streitkräfte beider Bündnisse gegenübersteht, wo ein großes konventionelles Ungleichgewicht zugunsten des WP besteht und wo das offensive Konzept des WP auf das NATO-Konzept der grenznah zu führenden Verteidigung stößt, wird auch in einem erweiterten Rahmen besonders berücksichtigt werden müssen. Im Rahmen unseres deutschen Beitrags zur HLTF-Studie haben wir den Gedanken zur Diskussion gestellt, als Teil eines auf konventionelle Stabilisierung für ganz Europa abstellenden Konzepts auch spezifische regionale Regelungen anzustreben. In ein solches Konzept ließen sich auch besondere Regelungen für den MBFR-Raum – möglicherweise im Osten und im Westen erweitert – einordnen.

– Verhandlungsziel:

  Abbau quantitativer Überlegenheit des WP mit dem Ziel der Herstellung von Parität auf niedrigerem Niveau. Bei MBFR verfolgt der Westen dieses Ziel in bezug auf das Streitkräftepersonal. In künftigen Verhandlungen käme es darauf an, Parität insbesondere beim kampfentscheidenden Großgerät herzustellen. Wichtig in diesem Zusammenhang: SU schließt asymmetrische Reduzierungen nicht aus.

– Verhandlungsprinzip der Kollektivität:

  Nur durch Vereinbarung kollektiver Verpflichtungen ist eine Singularisierung einzelner westlicher Teilnehmer auszuschließen. Dies müßte auch in künftigen Verhandlungen gewährleistet werden. Hier werden wir insbesondere Frankreich überzeugen müssen.

– Verhandlungsmethode: Phasenweises Vorgehen.

– Klarheit der Vertragsverpflichtungen, insbesondere überprüfbare Information über Reduzierungen bzw. über zu begrenzende Streitkräfte und Rüstungen.

– Erfordernis verläßlicher Verifikation vertraglicher Verpflichtungen durch kooperative Maßnahmen einschließlich des Rechts auf Durchführung von Ortsinspektionen ohne Verweigerungsmöglichkeit.

12 Für den Wortlaut der „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

– Begleitende Maßnahmen:

  Diese sollten das VSBM-Regime nach einem Ergebnis in Stockholm weiter verbessern und so das Defizit an militärischer Transparenz innerhalb des WP soweit wie möglich abbauen. Ferner wichtig sind beschränkende Regelungen, z. B. nach MBFR-Prinzip der Flankensicherheit.

4) Kann MBFR der Nukleus eines Forums für gesamteuropäische Verhandlungen sein?

Theoretisch bestehen hinsichtlich des künftigen Verhandlungsforums folgende Möglichkeiten:

– Gesamteuropäische Rüstungskontrollverhandlungen werden aus der KVAE entwickelt, insbesondere durch Schaffung einer spezifischen Verhandlungsgruppe zur Behandlung von Fragen, die nur zwischen den beiden Allianzen geregelt werden können. Hierzu muß das Mandat von Madrid[13] ergänzt und erweitert werden.
– MBFR wird durch Erweiterung der Teilnehmer zum gesamteuropäischen Forum ausgebaut.
– Die KSZE-Teilnehmerstaaten vereinbaren in entsprechenden Verhandlungen ein Mandat für ein neues Forum.

Der WP hat sich im Budapester Appell hinsichtlich des Forums nicht festgelegt; es gibt jedoch inzwischen zahlreiche östliche Äußerungen, die eine Präferenz für die erste Option – Verhandlungen im KVAE-Rahmen – zu erkennen geben.

Zwischen den westlichen Verbündeten ist die Frage des Forums bisher noch nicht vertieft erörtert worden, auch nicht in der HLTF.[14]

Wir sollten uns hinsichtlich der zweiten Option – mögliche Rolle von MBFR – von folgenden Erwägungen leiten lassen:

– Bei MBFR handelt es sich um Verhandlungen „reinster Form" zwischen zwei Bündnissen. Im Pentagon scheint man die zweite Option zu favorisieren, u. a. weil sie erlauben würde, die Neutralen aus künftigen gesamteuropäischen Reduzierungsverhandlungen herauszuhalten.[15] Bei einer solchen Lösung

13 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

14 Zur zweiten Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa am 25. Juli 1986 in Brüssel vgl. Dok. 193, Anm. 37.
Die HLTF beschäftigte sich in ihrer dritten Sitzung am 28. August 1986 in Brüssel mit der Frage des Forums für Verhandlungen über eine konventionelle Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 44.

15 Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 23. Juli 1986 über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation: „Laut Blackwill ist die Diskussion unter den beteiligten Stellen in Washington über Verhandlungsfora für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in den letzten beiden Wochen soweit vorangeschritten, daß am Vorabend des Treffens der High Level Task Force am 25. Juli von einem Konsens in folgenden Fragen gesprochen werden könne: Verhandlungen über Reduzierungen und Begrenzungen sollen ausschließlich zwischen beiden Bündnissystemen geführt werden. Die westliche Verhandlungsführung soll entsprechend dem MBFR-Muster (und nicht dem KVAE-Muster) kollektiv auf der Basis von Weisungen des NATO-Rats erfolgen. Neutrale und Nichtgebundene sollen zu diesen Verhandlungen in keiner Rolle, auch nicht als Beobachter, zugelassen werden. Es bestehen jedoch keine Bedenken, die Verhandlungen zwischen beiden Bündnissystemen in einer noch zu prüfenden Form unter dem Dach des KSZE-

würde aber der gesamteuropäische Rüstungskontrollprozeß in zwei deutlich getrennte Teile zerfallen, wobei die Neutralen in dem einen nicht mitwirken könnten.

– Die Teilnahme Frankreichs an gesamteuropäischen Rüstungskontrollverhandlungen darf nicht dadurch in Frage gestellt werden, daß seine Bündnispartner auf einem Verhandlungsforum „erweiterte MBFR" bestehen. Frankreich hat entsprechend seiner traditionellen Ablehnung von MBFR uns gegenüber bereits deutlich zu erkennen gegeben, daß es eine KVAE-Lösung wünscht und die MBFR nicht akzeptieren würde.[16]
– MBFR hat nach 13 ergebnislosen Verhandlungsjahren zu Recht oder Unrecht ein negatives Image. Dies spricht dafür, diese Verhandlungen nicht zum Ausgangspunkt für einen Neuansatz konventioneller Rüstungskontrollbemühungen in Europa zu machen.

Wir sollten daher die MBFR-Option aus unseren weiteren Überlegungen ausscheiden und uns statt dessen auf eine KVAE-Option konzentrieren. Für sie sprechen:

– das Mandat von Madrid, auf dem aufgebaut werden kann,
– das positive Image nach einem Ergebnis von Stockholm,
– die klare Präferenz Frankreichs,
– die Bereitschaft des Ostens.

Es gilt, eine Formel zu finden, die die KSZE-Regel „Die Konferenz findet außerhalb der militärischen Bündnisse statt"[17] im Hinblick auf die Notwendigkeit abändert, daß Kernfragen der Sicherheit und Abrüstung in Europa (z. B. Reduzierungen) praktisch nur zwischen den beiden Bündnissen vereinbart werden können.

5) Weg zur Bewahrung des „MBFR-acquis"

Das für den Westen politisch und rüstungskontrollpolitisch beste Mittel, um den „MBFR-acquis" zu bewahren, wäre der Abschluß eines Zwischenabkommens

Fortsetzung Fußnote von Seite 1192
Rahmens anzusiedeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 597; VS-Bd. 11536 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

16 Vgl. dazu die Ausführungen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Morel, in der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 23. Juli 1986; Dok. 213.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 28. Juli 1986: „Der Zuschnitt eines künftigen Verhandlungsforums für konventionelle Rüstungskontrolle und – vielleicht noch stärker – die Modalitäten der NATO-Abstimmung dafür stellen Frankreich vor die politische Schwierigkeit, seine traditionelle eigenständige Rolle mit einem konzertierten Vorgehen der Allianz in Sicherheitsfragen in Einklang zu bringen. Unser Interesse ist eindeutig, Frankreich eine allseits befriedigende Lösung zu ermöglichen. […] Frankreich hat einerseits KRK-Diskussion gezielt in das Bündnis gebracht (Halifax) und verhandelt in Stockholm auf der Basis von gemeinsamen Bündnispositionen, die auch formell in NATO-Dokumenten im Konsens festgelegt wurden. Andererseits bereiten reine Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen Frankreich Schwierigkeiten, wie d'Aboville bilateral bestätigte; F dürfte demnach nicht bereit sein, eine sachlich so weitgehende und formell so strenge Bündnisfestlegung wie bei MBFR zu akzeptieren. Es wird daher darauf ankommen, mit Frankreich den Spielraum zwischen der lockeren KSZE-Koordinierung einerseits und strikter MBFR-Disziplin andererseits abzutasten und eine Lösung zu finden, die Gemeinsamkeit in der Sache mit einem gesunden Maß politischer Selbständigkeit in der Vertretung der Sachpositionen verbindet." Vgl. VS-Bd. 11536 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

17 Vgl. dazu Ziffer 65.1 der Schlußempfehlungen der multilateralen Vorgespräche der KSZE vom 8. Juni 1973; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 603.

auf der Basis der westlichen Initiative vom 5. Dezember 1985. In einem Abkommen festgeschriebene Leitlinien und Grundprinzipien westlicher Rüstungskontrollpolitik wären die beste Berufungsgrundlage für künftige konventionelle Rüstungskontrollverhandlungen im gesamteuropäischen Rahmen.

Wir müssen eine solche Möglichkeit – wie oben bereits angedeutet – gegenwärtig nicht grundsätzlich ausschließen, insbesondere weil der Osten nach einem Ergebnis in Stockholm und angesichts der Perspektive einer Überleitung von MBFR in einen gesamteuropäischen Rahmen zu mehr Entgegenkommen in der Verifikationsfrage bereit sein könnte. Ein Zwischenabkommen könnte die Überleitung in ein neues Forum vorsehen. Falls der Osten hierzu jedoch nicht bereit sein sollte, stellt sich die Frage, ob der Westen auf einem Verhandlungsergebnis – und damit auf der Fortführung von MBFR – beharren soll bzw. wie lange.

Mit einem solchen Beharren wäre jedoch die rüstungskontrollpolitische Öffnung der SU bis zum Ural, wie sie der Westen und insbesondere wir selbst in der Vergangenheit wiederholt gefordert haben, auf nicht absehbare Zeit verschoben. Die SU könnte zudem die Verantwortung für einen weitgehenden Stillstand in der konventionellen Rüstungskontrolle in diesem Fall dem Westen anlasten.

Es ist deshalb richtig, daß wir in unseren Äußerungen hinsichtlich der Voraussetzung für gesamteuropäische Verhandlungen einen Unterschied zwischen KVAE und MBFR gemacht und ein KVAE-Ergebnis als notwendige Voraussetzung bezeichnet, bei MBFR jedoch nur von notwendigen Fortschritten gesprochen haben.

Falls sich der Osten einem beiderseits annehmbaren ersten MBFR-Ergebnis versagt, sollten wir deshalb auch ohne Ergebnis den Weg für eine Überleitung von MBFR in neue gesamteuropäische Verhandlungen öffnen.

Ob solche Mandatsverhandlungen schon auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien stattfinden (Nachteil: zu starke Dominanz der Sicherheitsaspekte und Probleme der Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Körben) oder ob sie aufgrund eines Auftrags der KSZE-Folgekonferenz danach aufgenommen werden, bliebe noch innerhalb der Allianz zu prüfen. (Hierzu folgt gesonderte Aufzeichnung.) Parallel zu Mandatsverhandlungen könnten die KVAE in einer Phase Ib und – zunächst – MBFR fortgeführt werden. Ein Weg, den „acquis von MBFR“ in einem solchen Falle in die neuen Verhandlungen zu überführen, könnte darin bestehen, daß West und Ost in Wien einen gemeinsamen Bericht über in den MBFR-Verhandlungen erreichte Übereinstimmungen anfertigen. Auf jeden Fall muß der Westen darauf drängen, daß dieser „acquis“ soweit wie möglich in dem zu vereinbarenden Mandat für gesamteuropäische Verhandlungen verankert wird.

Hartmann

VS-Bd. 11439 (221)

224

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20/204-530.36-531/86 geheim **21. August 1986**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Bekämpfung des internationalen Terrorismus;
hier: Amerikanische Bitte vom 1. August 1986 um Zustimmung zur Stationierung eines amerikanischen Experten-Teams in Frankfurt am Main

Anlg.: Vermerk des Bundeskanzleramts vom 8.8.1986 – 612-151 26 – Te 10/13/86 geheim[3]
Vermerk von Dg 20 vom 18.8.1986 – Dg 20-526/86 geheim[4]

1) Sachverhalt

Aus den beigefügten Vermerken über ein Gespräch BM Schäuble – Botschafter Burt am 1.8.1986 und ein Gespräch Dg 20 – MDg Dr. Jung vom Bundeskanzleramt am 15.8.1986 ergibt sich folgendes:

– Die US-Regierung bittet um Zustimmung zur Stationierung eines „emergency support team" auf dem Luftwaffenstützpunkt Rhein-Main in Frankfurt am Main. Es soll zunächst aus etwa sechs, später zwölf bis vierzehn Angehörigen der US-Streitkräfte bzw. -Dienste bestehen, die Spezialisten für technische Bewältigung von Krisensituationen sind, die durch terroristische Aktionen, z. B. Flugzeugentführungen, ausgelöst werden[5]. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören Fernmeldewesen und ND-Tätigkeit, nicht hingegen die Anwendung von Gewalt.

  Das Team soll unter Aufsicht des State Department stehen und dem amerikanischen Botschafter in Bonn nachgeordnet sein. Zur Abdeckung sollen der Leiter dem[6] GK Frankfurt, die übrigen Angehörigen Dienststellen der Streitkräfte zugeteilt werden.

1 Andreas Meyer-Landrut.

2 Hat Bundesminister Genscher am 31. August 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es fehlt die Festlegung, daß das ‚EST' auf deutschem Boden nur mit d[eu]t[scher] Zustimmung tätig werden darf. Zuständigkeit für Zustimmung ist von den inneren Behörden zu klären. (Polizeihoheit liegt bei den Ländern.) 2) Ich halte Einholung dt. Zustimmung für Einsatz außerdem für erforderlich."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 1. September 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 1. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut „im Rücklauf" verfügte.
Hat Meyer-Landrut vorgelegen.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vgl. VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Korrigiert aus: „sind".

6 Korrigiert aus: „im".

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben steht dem Team ein ziviles Charterflugzeug zur Verfügung.

Das Team wird nur mit Zustimmung der Regierung des Landes tätig, in dem der Einsatz vorgesehen ist.

Das Vorhaben soll vertraulich bleiben.

– BM Schäuble, der durch ein vorausgegangenes Gespräch von Dr. Jung mit dem zuständigen amerikanischen Botschaftsmitarbeiter über dieses Petitum informiert war, hat die Frage der Stationierung der Expertengruppe in einem anderen europäischen Land mit der amerikanischen Seite erörtert. Für die amerikanische Seite ist bei der Standortwahl das besondere Interesse an Geheimhaltung ausschlaggebend, dem auf dem Luftwaffenstützpunkt Rhein-Main – der größten derartigen US-Einrichtung in Europa – nach eigener Einschätzung am besten Rechnung getragen werden kann.

BM Schäuble hat Botschafter Burt erklärt, daß die amerikanische Seite von deutscher Zustimmung ausgehen kann, wenn sie bis zum 25. August 1986 nichts anderes hört.

– ChBK hat dem AA den Vermerk vom 8. August 1986 zur Verfügung gestellt und um Stellungnahme gebeten. Für das BMI hat das BK die Zustimmung von StS Neusel fernmündlich eingeholt. Dieser hat StS R[7] am 20. August 1986 dazu erklärt:

Die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung sei so eng, daß wir uns einer derartigen Bitte nicht verschließen könnten. BMI sehe auch kein Problem, dies innenpolitisch zu vertreten. – Nach Kenntnis von Dr. Jung ist eine Befragung der BMI-Experten, ob die amerikanische Planung unter sachlichen Gesichtspunkten sinnvoll ist, im Interesse der Wahrung der Vertraulichkeit nicht erfolgt. – Ob BM Zimmermann persönlich befaßt worden ist, ist nicht bekannt.

– ChBK hat in einem Gespräch mit StS R am 20. August 1986 zugestimmt, den Wartevorbehalt gegenüber der US-Botschaft um eine Woche bis 1. September 1986 zu verlängern, um ausreichende Zeit zur Befassung von BM nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub zu geben.

2) Stellungnahme

– Politisch:

Das amerikanische Interesse, sich auf ihre – in Europa einzigartigen – Fazilitäten in der Bundesrepublik Deutschland abzustützen, ist offensichtlich. Dem steht das deutsche Interesse gegenüber, nicht laufend mit dieser Begründung zusätzlicher Präsenz und Aktivitäten zuzustimmen, sondern für eine angemessene Lastenteilung unter den europäischen Partnern der USA einzutreten.

Im vorliegenden Fall geht es nicht um eine Verstärkung der US-Präsenz auf der Grundlage der die Truppenpräsenz betreffenden vertraglichen Regelungen.[8] Die Zuordnung zu den Streitkräften erfolgt lediglich zur Abdeckung,

7 Jürgen Ruhfus.

8 Der Aufenthalt von Streitkräften der Drei Mächte („Recht zum Aufenthalt“) erfolgte auf der Grundlage der Artikel 2 und 4 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesre-

hat damit allerdings auch zwangsläufig die Folge, daß die Rechte und Privilegien in Anspruch genommen werden, die ein solcher Status gewährt. Vom Auftrag her handelt es sich bei der „Vornestationierung" einer Expertengruppe zur Terrorismusbekämpfung um eine bilateral zu regelnde Frage außerhalb des Bündniszusammenhangs. Bei der Terrorismusbekämpfung arbeiten D und USA nach Angaben des BMI sehr eng zusammen, diese Zusammenarbeit entspricht der Politik der Bundesregierung, die beim letzten Weltwirtschaftsgipfel in Tokio[9] ausdrücklich bekräftigt wurde.

Eine Stationierung der Expertengruppe in einem Bündnisland im Mittelmeerraum würde, was die geographische Nähe zu dem potentiellen Einsatzort betrifft, sicher mehr Sinn machen als eine Stationierung in Ffm[10]. Andererseits kommt der Frage der Vertraulichkeit in der Tat große Bedeutung für den Einsatzerfolg zu. Hierfür sind die Voraussetzungen sicher an keinem anderen Ort in Europa so günstig wie in Ffm.

Nachdem der für die Koordinierung der Dienste zuständige ChBK bereits grundsätzlich positiv reagiert und auch der BMI zugestimmt hat, sprechen mit Rücksicht auf das deutsch-amerikanische Verhältnis überwiegende politische Gründe dafür, dem Antrag unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß anderen außenpolitischen und völkerrechtlichen Belangen Rechnung getragen wird.

– Voraussetzungen für deutsche Zustimmung:

Nachdem die US-Regierung bereits durch ihre Bitte um Zustimmung deutlich gemacht hat, daß die Stationierung nicht auf der Grundlage vorhandener vertraglicher Regelungen für die US-Truppenpräsenz erfolgt, müssen wir sicherstellen, daß die Gruppe bei Ausführung ihres Auftrags so verfährt, daß die deutsche Rechtsordnung einschließlich der die Bundesrepublik Deutschland bindenden völkerrechtlichen Regelungen sowie die Zuständigkeiten deutscher Behörden respektiert wird. Dies bedeutet, daß sie auf unserem Boden keine Hoheitsakte vornehmen darf, selbst wenn Mitglieder der Gruppe zur Abdeckung als Teil der US-Streitkräfte in Deutschland auftreten, denen wir vertraglich die Ausübung gewisser Hoheitsgewalt auf unserem Boden gestattet haben. Das bedeutet insbesondere, daß keine Gewaltanwendung zulässig ist.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1196

publik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 und war im Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 218 f. bzw. S. 253–255.

Die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen („Recht des Aufenthalts") waren im Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) sowie dem Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zum Truppenstatut geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1218–1312.

Nachdem Frankreich am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO ausgeschieden war, mußten das Aufenthaltsrecht und der Status der französischen Truppen in Deutschland neu verhandelt werden. Beides wurde in einem Briefwechsel des Bundesministers Brandt vom 21. Dezember 1966 mit dem französischen Außenminister Couve de Murville neu geregelt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1966, S. 1304 f. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 401.

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

10 Frankfurt am Main.

Da wir Völkerrecht verletzen würden, wenn wir duldeten, daß völkerrechtswidrige Aktionen von unserem Staatsgebiet ihren Ausgang nähmen, bedeutet dies auch, daß die Anwendung bewaffneter Gewalt in Drittländern ausgeschlossen sein muß und daß sich die Gruppe auch nicht mit der Steuerung solcher Aufgaben befaßt, ferner, daß sie sich nicht an subversiven Bestrebungen oder Bürgerkriegen beteiligt. Es muß sichergestellt sein, daß die Gruppe nur im Einverständnis mit den Regierungen der durch Einsätze betroffenen Staaten handelt.

Es liegt in unserem Interesse, daß Umfang und Zusammensetzung der Gruppe von amerikanischer Seite klar angegeben werden. Dies ist auch deswegen notwendig, weil – allerdings schon einige Monate zurückliegende – amerikanische Pressespekulationen bekannt sind, daß die USA eine weit umfangreichere Präsenz ihrer Antiterrorkapazität in Europa als die jetzt vorgesehene Gruppe wünschten. Da bekannt ist, daß die amerikanische Antiterrorkapazität nicht beim FBI oder zivilen Stellen der USA, sondern bei den Streitkräften entwickelt wird, muß von vornherein klar sein, daß eine Erweiterung durch Entsendung von für bewaffnete Aktionen bestimmten Antiterroreinheiten oder die Aufstellung solcher Einheiten vor Ort in Ffm nicht beabsichtigt sind und nicht in Betracht gezogen werden können.

Wir haben 1973 auf der Ebene BK–Präsident geregelt, daß ein Einsatz des im Bundesgebiet befindlichen amerikanischen NATO-Dispositivs außerhalb des Anwendungsbereichs des NATO-Vertrages der vorherigen Zustimmung durch die Bundesregierung bedarf.[11] Da es sich bei der Einsatzgruppe vom Auftrag her nicht um einen Teil des NATO-Dispositivs handelt, findet diese Regelung keine Anwendung. Wir sollten auch nicht auf einer entsprechenden Regelung bestehen, wenn klar ist, daß der Auftrag der Expertengruppe keine Maßnahmen einschließt, die gegen die völkerrechtlichen Verbote der Gewaltanwendung und der Intervention verstoßen, und daß keine Beteiligung an subversiven Bestrebungen oder Bürgerkriegen in Betracht kommen.

– Zur Form:

Die amerikanische Seite hat zunächst MDg Dr. Jung und dann ChBK angesprochen und dadurch deutlich gemacht, daß es aus ihrer Sicht um einen Vorgang im Rahmen der Zusammenarbeit der Dienste geht. Dem sollten wir nicht widersprechen. ChBK sollte daher die erforderlichen amerikanischen Zusicherungen einholen. Es könnte an einen Briefwechsel der Art gedacht werden, wie ihn StS M.-L[12] und Gesandter Woessner im Zusammenhang mit der Frage von Beratungen zwischen SACEUR in seiner Eigenschaft als nationaler US-Oberbefehlshaber und dem israelischen Generalstab geführt haben.[13] Wenn die amerikanische Seite nicht zu einer solchen förmlichen

11 Im Anschluß an die Verschiffung von in der Bundesrepublik gelagertem Kriegsmaterial durch die USA an Israel während des Jom-Kippur-Kriegs 1973 sicherte Präsident Ford mit Schreiben vom 16. Juli 1976 an Bundeskanzler Schmidt zu, daß die amerikanische Regierung die Bundesregierung „auf politischer Ebene“ vor einer Verlegung von Truppen oder Ausrüstung konsultieren werde. Vgl. AAPD 1978, II, Dok. 348 und Dok. 349. Vgl. dazu ferner Dok. 326.

12 Andreas Meyer-Landrut.

13 Für das Schreiben des amerikanischen Gesandten Woessner vom 31. Dezember 1984 an Staatssekretär Meyer-Landrut vgl. VS-Bd. 12030 (201).

Festlegung bereit ist, sollte sie zumindest die von uns gewünschten Zusicherungen bei ChBK mündlich abgeben. Sie sollten ebenso wie die deutsche Antwort in einem Vermerk wörtlich festgehalten werden.[14]

D 5[15] hat mitgezeichnet.

Ploetz

VS-Bd. 12994 (204)

225

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mitterrand in Heidelberg

VS-vertraulich **26. August 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten Mitterrand am 26. August 1986, 13.00 bis 15.30 Uhr, in Heidelberg[2]

Teilnehmer:

Elisabeth Gigoud, Beraterin des Präsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Stoffaës, Dolmetscherin; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

Zusammenfassung der politischen Gespräche:

Der *Bundeskanzler* sprach als erstes Thema den Fall des Spandauer Häftlings Heß an. Er berichtete, daß der Sohn von Heß[3] ihn in einem Brief davon unterrichtet habe, daß die seelsorgerische Betreuung seines Vaters eingestellt worden sei. Diese Maßnahme sei durch nichts zu rechtfertigen. Er habe deshalb die dringende Bitte an Präsident Mitterrand, darauf hinzuwirken, daß diese

Fortsetzung Fußnote von Seite 1198

Für das Schreiben von Meyer-Landrut vom 16. Januar 1985 an Woessner vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

Zur Frage von militärischen Kontakten zwischen dem Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte in Europa (USEUCOM) und den israelischen Streitkräften vgl. AAPD 1985, II, Dok. 254.

14 Vgl. dazu weiter Dok. 237.

15 Jürgen Oesterhelt.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 2. September 1986 gefertigt.

2 Zu dem Treffen wurde in der Presse bekannt: „Kohl und Mitterrand waren am Vormittag mit einem Hubschrauber von Frankfurt nach Heidelberg geflogen. Der Besuch sei vor Monaten bei einer Begegnung in Rambouillet vereinbart worden, das Ziel habe Mitterrand ausgesucht. Kohl erklärte die Geheimhaltung damit, daß seine alte Universitätsstadt solche Sicherheitsprobleme aufwerfe, daß bei einem angekündigten Besuch man von der Stadt nichts mehr hätte sehen können. Der Sozialist Mitterrand legte am Grabe des Sozialdemokraten Friedrich Ebert einen Kranz nieder. Kohl würdigte den ersten deutschen Reichspräsidenten als ein Vorbild auch für die jetzige Generation." Vgl. den Artikel „Kohl und Mitterrand treffen sich in Heidelberg"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. August 1986, S. 1.

3 Wolf Rüdiger Heß.

Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde. Er werde einen Brief an den Präsidenten senden, um ihm den Sachverhalt noch einmal genau zu erläutern.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich bereit, eine neue Demarche zu unternehmen. Er werde die Gründe prüfen, warum dem Seelsorger der Zugang zu den Häftlingen untersagt worden sei.[4]

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er sich weder an die USA noch an Großbritannien wenden werde. Er würde es vielmehr besonders begrüßen, wenn in dieser Angelegenheit Frankreich hilfreich sein könnte. Er wolle sich deshalb schriftlich nur an den Präsidenten wenden. Es hätte eine besondere Bedeutung, wenn die französische Intervention in der deutschen Presse bekannt werden würde.

Präsident *Mitterrand* bedauerte das Schicksal von Heß. Er sei sich jedoch sicher, daß die Sowjetunion der Entlassung von Heß nicht zustimmen werde. Aus seiner Sicht sollte Heß dauerhaft in der Krankenanstalt verbleiben. Dies sollte in jedem Fall versucht werden. Nach seiner Meinung habe Heß eine außerordentliche Tat mit einem großen Risiko vollbracht. Präsident Mitterrand berichtete, daß er Heß in Nürnberg gesehen habe, wo er einige Verhandlungen besucht habe. Es sei für ihn ein sehr eindrucksvoller Augenblick gewesen. Die Stadt sei zerstört gewesen. Die Richter seien im englischen Talar aufgetreten. Die Situation im Gerichtssaal sei dramatisch gewesen. Heß habe bei dieser Verhandlung geistig abwesend gewirkt. In einer Verhandlungspause hätten sich die Gefangenen in einem bestimmten Raum frei bewegen können. Er habe die Gelegenheit gehabt, deren Gespräch mitzuhören. Er sei von diesen Verhandlungen sehr beeindruckt gewesen.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß sich der Sohn von Heß sehr positiv entwikkelt habe. Er habe niemals versucht, politisches Kapital aus dem Schicksal seines Vaters zu schlagen. Rechtsradikale hätten dies mehrfach versucht, jedoch ohne Erfolg.

Als nächstes Thema sprach Präsident *Mitterrand* die bevorstehenden deutsch-französischen Konsultationen[5] an. Er habe den Eindruck, daß sie gut vorbereitet seien. Sein Interesse sei es besonders, Fortschritte bei der Förderung des Sprachunterrichtes zu erreichen. Diese Fortschritte sollten nicht nur für die beiden Länder Frankreich und Bundesrepublik, sondern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft angestrebt werden. Der *Bundeskanzler* stimmte zu. Er verwies auf das Problem in der Bundesrepublik Deutschland, das sich durch die Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik stelle. Ein weiteres Haupt-

4 In der Presse wurde am 12. November 1986 gemeldet: „Der vermutlich aus politischen Gründen entlassene Seelsorger des zu lebenslanger Haft verurteilten ehemaligen Hitler-Stellvertreters, Rudolf Heß, der französische Militärpfarrer Charles Gabel, verläßt Berlin voraussichtlich am heutigen Mittwoch. Gabel sagte, er könne über Dinge, die mit dem Alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Spandau zusammenhängen, nicht sprechen. Er fügte hinzu: ‚Seit Ende Juli habe ich Heß nicht mehr sehen dürfen.' Die Nachricht von seiner Entlassung hatte der 54jährige protestantische Geistliche nach eigenen Angaben im Oktober erhalten. Deutsche Seelsorger dürfen das Gefängnis nicht betreten." Vgl. die Meldung: „Entlassener Militärpfarrer von Rudolf Heß verläßt Berlin"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12. November 1986, S. 5.

5 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

problem seien die Schulreformen in den letzten fünfzehn Jahren gewesen, die dazu geführt hätten, daß ab der 11. Klasse die zweite Fremdsprache abgewählt werden könne. Sein Ziel sei es, dies zu ändern. Dazu brauche er jedoch die Unterstützung der Bundesländer. Wenn es dazu einen europäischen Beschluß gäbe, müßte er doch von den Ländern durchgeführt werden, fragte Präsident *Mitterrand*? Er wolle sich deshalb in dieser Frage gewissermaßen europäisch vergewaltigen lassen, erwiderte der *Bundeskanzler*.

Präsident *Mitterrand* verwies auf die Probleme der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Landwirtschaft und des Haushalts. Es zeige sich, daß man in Europa erneut auf der Stelle trete. Das Datum 1992 für die Verwirklichung des Binnenmarktes[6] werde anscheinend nicht ernst genug genommen. Er werde an diesem Datum festhalten, warf der *Bundeskanzler* ein. Präsident *Mitterrand* erklärte, daß die Bundesrepublik und Frankreich in der Praxis nicht in allen Fragen dieselbe Wellenlänge hätten. Dies gelte vor allem für den Bereich der Währungspolitik und für die private Verwendung der ECU. Er wisse zwar, daß eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt sein müßte. Dies gelte vor allem für Großbritannien und Italien.

In dieser Frage gebe es in Wirklichkeit kein entscheidendes Problem mit der Bundesrepublik Deutschland, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er fordere lediglich, daß gewissermaßen alle Mitgliedstaaten von der gleichen Startlinie aus beginnen müßten. Dann werde auch die Bundesrepublik Deutschland starten. Das Problem in der Europapolitik bestünde in dem Widerspruch zwischen Sonntagsreden und der Wirklichkeit des Alltags. Hinzu komme, daß er mit der Arbeit der Europäischen Kommission nicht besonders zufrieden sei. Sie verhalte sich in vielen Fragen psychologisch sehr ungeschickt. Präsident *Mitterrand* stimmte zu. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, er schätze Präsident Delors, der ja gewissermaßen das gemeinsame Werk von ihm und Präsident Mitterrand sei. Delors neige jedoch gelegentlich zu Jähzorn und erweise sich psychologisch nicht immer als geschickt genug.

Der Bundeskanzler leitete auf das Thema Abrüstung über. Er sprach seine Erwartung aus, daß es zu dem zweiten Gipfel zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow kommen werde. Er glaube dies auch, erwiderte Präsident *Mitterrand*. Aus seiner Sicht seien die letzten Vorschläge von Präsident Reagan[7] zum ersten Mal sehr positiv gewesen. Dies gelte im besonderen für die Bewahrung des ABM-Vertrages und seine Festlegung auf eine Reihe von Jahren. Die Vorschläge von Generalsekretär Gorbatschow[8] nehme er nicht auf die leichte Schulter. Sicherlich sei viel Propaganda dabei, dennoch entsprächen sie auch dem tatsächlichen Interesse von Gorbatschow.

Das vorrangige Ziel von Gorbatschow sei es, die Kaufkraft in der Sowjetunion zu erhöhen. Anderenfalls werde man ihm sein Auftreten nicht verzeihen.

6 Vgl. dazu Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 168.

7 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96. Vgl. dazu ferner Dok. 205.

8 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

Außenminister Genscher habe ihn in Paris vor der Moskau-Reise[9] besucht. Er habe ihn ausführlich über seine Gespräche unterrichtet.[10] Er habe fast sieben Stunden mit Gorbatschow gesprochen, vier Stunden im Rahmen der Delegation und etwa drei Stunden im Auto. Auf einer Fahrt durch das Universitätsviertel habe Gorbatschow ihm gezeigt, wo er gewohnt habe[11] und seine Frau[12] kennengelernt und mit ihr zusammengelebt habe, ohne verheiratet gewesen zu sein. Er habe seine Frau ohne Wissen seiner Familie geheiratet. Er habe ihm erzählt, wie er das wieder mit seiner Familie in Ordnung gebracht habe[13]. Dies zeige etwas von der Mentalität Gorbatschows.

Gorbatschow habe ständig davon gesprochen, daß er noch viele Personen auswechseln müsse, um seine Politik durchsetzen zu können. Er habe ihm sogar mehrere Minister und den Ministerpräsidenten[14] gezeigt, die er bereits ausgewechselt habe.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, wie er die Position von Gromyko einschätze. Gromyko sei gewissermaßen der Patenonkel von Gorbatschow, erwiderte Präsident *Mitterrand*. Gromyko störe die Kreise von Gorbatschow nicht. Er ist der Pate für die Politik von Gorbatschow aus der alten Generation, auf den sich Gorbatschow abstützen könne. Gromyko, den er getroffen habe, sei bester Laune und Generalsekretär Gorbatschow sehr zugeneigt. Gromyko könne sicherlich einem ruhigen Lebensabend entgegensehen.

Dobrynin befinde sich auf einem aufsteigenden Ast.

Präsident *Mitterrand* erinnerte an eine Rede von Generalsekretär Gorbatschow, in der er angekündigt habe, daß er dezentralisieren wolle und daß man ohne Demokratisierung nichts ausrichten könne. Sicherlich habe das Wort Demokratisierung eine andere Bedeutung als im Westen. Auch würde sich nichts an der Ideologie ändern, wohl aber an der Praxis der sowjetischen Politik. Er sei sicher, daß das Treffen zwischen Gorbatschow und Reagan nicht ohne Ergebnis bleiben werde. Der *Bundeskanzler* stimmte zu.

Präsident *Mitterrand* sprach das Thema GATT an. Er erklärte, daß die Europäische Gemeinschaft bisher sicherlich die Solidarität gewahrt habe. Dennoch müsse man feststellen, daß man nicht grundsätzlich von identischen Interessen ausgehen könne und daß deshalb die Verhandlungsrunde[15] schwierig sein werde. Die Bundesrepublik habe die Übereinkunft in der Europäischen Gemeinschaft respektiert, aber sich nicht besonders engagiert.[16] Ein großer Dis-

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

10 Zum Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand vom 7. bis 10. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 200.

11 Korrigiert aus: „hätte“.

12 Raissa Maximowna Gorbatschowa.

13 Korrigiert aus: „hätte“.

14 Nikolaj Iwanowitsch Ryschkow.

15 Zur Vorbereitung der achten GATT-Runde vgl. Dok. 268.

16 Referat 411 vermerkte am 18. Juni 1986: „Rat hat in zweiter Aussprache das von EG-Kom[mission] vorgelegte ‚Gesamtkonzept‘ für eine neue Runde von Handelsverhandlungen am 17.6.1986 (1089. Rat in Luxemburg) begrüßt. Durch einen im AStV am 16.6. erarbeiteten Kompromißentwurf zu bislang unter den MS strittigen Themen Landwirtschaft und Dienstleistungen wurde diese Stellungnahme des Rats ermöglicht: F und IRL nahmen Vorbehalte zurück, da in Landwirtschaftsteil in einem sog. einleitenden Vermerk zum Gesamtkonzept nunmehr ausdrücklich festgehalten wird, daß Agrarteil der Ratserklärung vom 19.3.1985 (keine Preisgabe der GAP)

sens bestünde zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA seien dabei, eine Reihe bilateraler Abkommen zu schließen und auf diese Weise die Probleme für sich zu lösen. Sie hätten dies z. B. mit Japan getan.[17] Daraus ergebe sich jedoch eine zweideutige Lage im GATT. Frankreich weigere sich nicht, an Verhandlungen teilzunehmen. Es lege jedoch Wert darauf, daß alle Fragen und nicht nur die Agrarprobleme behandelt würden. Es sei jedoch bisher nicht gelungen, Japan einzuordnen. Dies sei sehr beunruhigend.[18]

Der *Bundeskanzler* gab seiner Gewißheit Ausdruck, daß in der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Linie erreicht werden könnte. Dies wäre gut, warf Präsident *Mitterrand* ein. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß seine größte Sorge die amerikanische Finanzpolitik sei, und er frage sich, wie diese gutgehen solle.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete die Situation in den Vereinigten Staaten als nicht sehr gut. Japan habe den amerikanischen Markt bereits in weiten Bereichen erobert. Die Amerikaner täten jedoch so, als hätten sie dies nicht bemerkt.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

In den 90er Jahren werden die USA schwächer sein als heute. Die Sowjetunion sei bereits heute wirtschaftlich sehr geschwächt. Gorbatschow könne nur erfolgreich sein, wenn er Hilfe von außen erhielte. Dafür kämen nur die USA, Japan und Europa in Frage. Die Europäer hätten eine gute Chance, mit Erfolg voranzukommen. Die Voraussetzung dafür sei die deutsch-französische Zusammenarbeit. Sicherlich würden auch zukünftig Probleme zwischen beiden Ländern bestehen bleiben. Entscheidend wäre jedoch die Übereinstimmung in den Grundpositionen. Die beiden Länder Frankreich und die Bundesrepublik

Fortsetzung Fußnote von Seite 1202

weiterhin ‚Grundlage des Standpunktes der Gemeinschaft' darstellt. Italienische und griechische Vorbehalte gegenüber dem Dienstleistungskapitel des Gesamtkonzepts (I und GR waren gegen sog. ‚horizontale' Diskussion des Dienstleistungsbereichs – sprich unterschiedslose Einbeziehung aller Dienstleistungsarten in GATT-Verhandlungen) – erledigten sich durch Kompromißformulierung (‚Festlegung eines möglichst breiten Rahmens von Grundsätzen und Vorschriften für den Dienstleistungsverkehr')." Vgl. Referat 411, Bd. 131128.

17 Am 31. Juli 1986 schlossen die USA und Japan ein Abkommen über den Handel mit Halbleitern mit einer Laufzeit bis 31. März 1991. Am selben Tag erläuterte Präsident Reagan: „This agreement successfully addresses a series of trade complaints raised by the U.S. semiconductor industry and this administration charging Japanese chip manufacturers with impeding U.S. access to their market, while dumping semiconductors on world markets and violating U.S. dumping laws. […] By holding to our free market principles, but at the same time insisting on fair trade, we have created a climate in which the U.S. semiconductor industry should substantially increase its sales position in Japan. We have also set an important precedent to help prevent future unfair trade practices on other high technology industries." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1028.

18 Referat 411 stellte am 5. September 1986 fest: „F hat Bedenken gegen den Entwurf einer von den EFTA-Ländern und einer Reihe von gemäßigten EL sowie praktisch allen IL außer EG und Australien unterstützten Ministerklärung in Punta del Este geltend gemacht (Agrarteil, Japan, Verbindung handelspolitischer und monetärer Fragen). Wir und die meisten EG-Länder teilen diese Bedenken nicht. […] AM Raimond und Außenhandelsminister Noir haben Ende August Botschaften an ihre deutschen Amtskollegen gerichtet, die – im Wortlaut leicht verschieden – den gleichen Tenor haben […]. Sie sprechen beide das Problem der Landwirtschaft (d. h. des Agrarhandels, insbesondere der Exportsubventionen) und das Problem des strukturellen Ungleichgewichts in den Handelsbeziehungen der Länder der Gemeinschaft mit Japan (Gleichgewicht der Rechte und Pflichten im GATT) an. […] Wir sind uns in der Sache zum Teil durchaus mit F einig, sehen aber den Entwurf, den die gemäßigten GATT-Länder vorgelegt haben, weniger kritisch und im Einklang mit unseren, zum Teil auch den französischen Sachpositionen." Vgl. Referat 411, Bd. 131330.

Deutschland würden sich im besonderen Maße ergänzen können. Für die Deutschen wäre es gut, etwas von der französischen Lebensart anzunehmen, wie es ebenso für Frankreich vorteilhaft wäre, einige der Tugenden der Deutschen zu übernehmen.

Präsident *Mitterrand* antwortete, daß Frankreich Fortschritte gemacht habe. Frankreich war eigentlich nicht ins industrielle Zeitalter eingetreten. Im internationalen Wettlauf habe Frankreich jedoch heute eine gute Plazierung erreicht, obwohl es kein guter Kaufmann sei. Vor allem tue es sich schwer, Märkte zu erobern. Im Rahmen einer Mannschaft sei Frankreich ein seriöses Mitglied, das zu wichtigen Erfolgen fähig sei. Es besitze jedoch nicht die Fähigkeit, so folgerichtig wie die Bundesrepublik zu handeln. Deshalb habe der Bundeskanzler recht, wenn er sage, daß es vorteilhaft wäre, wenn beide sich verbünden würden. Die Bundesrepublik besitze zur Zeit einen besonders starken Vorteil im Außenhandel. Aber dieses Problem sollte nicht nur unter dem Aspekt der Konkurrenz, sondern vielmehr unter dem der Zusammenarbeit gesehen werden. Ein enges Zusammenwirken beider Länder wäre besonders vorteilhaft.

Präsident *Mitterrand* fragte den Bundeskanzler, was er von Großbritannien halte.

Großbritannien brauche noch Zeit, erwiderte der *Bundeskanzler*. 300 Jahre sei Großbritannien eine Weltmacht gewesen. Jetzt falle es den Briten schwer, sich umzustellen. Wenn sie von Europa sprächen, sprächen sie noch immer von „overseas". Großbritannien müsse deshalb einen längeren Weg als Deutschland und Frankreich gehen. Beide müßten jedoch die Tür für Großbritannien öffnen, sonst würde es nicht kommen.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete Premierministerin Mrs. Thatcher als besonders zäh. In Brüssel habe sie jedoch vor einem Tränenausbruch gestanden. In Fontainebleau wäre es beinahe zu einem Bruch gekommen.[19] Erst als sie gemerkt hätte, daß Frankreich und Deutschland übereinstimmten, hätte sie nachgegeben. In der britischen Öffentlichkeit scheint Maggie Thatcher etwas verbraucht zu sein. Dennoch könne sie es noch einmal schaffen. Er hätte das „Glück" gehabt, während seiner ganzen bisherigen Amtszeit mit Reagan und Thatcher konfrontiert gewesen zu sein. Und mit Helmut Kohl, warf der *Bundeskanzler* ein. Mit Schmidt und Kohl, ergänzte Präsident *Mitterrand*.

Präsident *Mitterrand* unterstrich noch einmal, daß er großen Wert auf den nächsten deutsch-französischen Gipfel und dort insbesondere auf das Thema einer zweiten Fremdsprache lege. Frankreich und die Bundesrepublik müßten eng zusammenarbeiten. Es gelte auch 1987, die Europäische Gemeinschaft auf dem richtigen Kurs zu halten und nicht auf der Stelle zu treten. Präsident Mitterrand schlug vor, noch vor Ende 1986 über die weiteren Perspektiven der Europäischen Gemeinschaft zu reden, um nach der Bundestagswahl[20] gemeinsam Initiative ergreifen zu können und Europa wieder auf Trab zu bringen. Desgleichen gelte es, bei den GATT-Verhandlungen solidarisch zusammenzuarbeiten.

19 Zu den Tagungen des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel bzw. am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, I, Dok. 88 bzw. AAPD 1984, II, Dok. 181.

20 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

Ebenso unterstrich Präsident Mitterrand seinen Wunsch, daß das gemeinsame Projekt des Panzerabwehrhubschraubers[21] zu einem erfolgreichen Abschluß käme. Die militärische Zusammenarbeit funktioniere, sei jedoch nach seiner Ansicht noch sehr „schlapp". Auch in diesem Bereich sollte noch mehr Energie aufgebracht werden.

Das Problem der Landwirtschaft stelle sich vor allem im März nächsten Jahres. Die Haushaltsfragen werde der Bundeskanzler sicherlich mit Premierminister Chirac besprechen.[22] Dabei werde es darum gehen, daß die Europäische Gemeinschaft nicht stranguliert werde.

Der Beitritt von Spanien und Portugal[23] habe keine besonderen Probleme gebracht. Dennoch bleibe noch etwas zu tun. Das größere Problem stelle sich in der Frage der Drittländer wie Tunesien, Israel, Marokko dar. Er habe den Eindruck, daß die Bundesregierung in diesem Punkt noch nicht richtig zupacke.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 71

21 Zum Vorhaben eines deutsch-französischen Panzerabwehrhubschraubers (PAH-II) vgl. Dok. 174, Anm. 24.
Am 29. Juli 1986 wurde in der Presse berichtet: „Die Verteidigungsministerien in Bonn und Paris wollen eine ‚letzte Anstrengung' unternehmen, um das von Verzögerungen und massiven Kostensteigerungen geplante Projekt eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers noch durch einen Kompromiß zu retten. Bei einem Treffen in Paris verständigten sich Minister Manfred Wörner und sein Kollege André Giraud darauf, eine ‚abschließende Untersuchung' in Auftrag zu geben, die auch Möglichkeiten zur Kostendämpfung zeigen soll. Die Studie soll in einigen Wochen vorliegen, da sich die Ressortschefs ‚in Kürze' wieder treffen wollen, um das Gespräch über Rüstungskooperation und engere Zusammenarbeit der Streitkräfte fortzusetzen". Vgl. den Artikel „Bonn und Paris wollen Hubschrauberprojekt retten"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 29. Juli 1986, S. 2.

22 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac am 9. September 1986 vgl. Dok. 268, Anm. 14.

23 Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

226

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Jankowitsch in Wien

202-321.11 OST **28. August 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch BM mit AM Jankowitsch in Wien am 28.8.86[2]

I. Das einstündige Gespräch behandelte folgende Themen:

– Informationsaustausch über grenznahe KKW/WAA Wackersdorf,
– ČSSR.
– Ungarn,
– KSZE-Prozeß,
– Europa-Reise von Botschafter Walters,
– Südafrika.

AM *Jankowitsch* dankte zunächst BM für seine KSZE-Rede vor dem Donau-Europäischen Institut vom Vorabend.[3] Die Wahl Wiens für die Darlegung seiner Vorstellungen sei zu begrüßen, da alles, was in Wien präsentiert werde, der besonderen Aufmerksamkeit des Ostens gewiß sein dürfe. Die Herausstellung Wiens in der Rede sei eine Geste der Freundschaft, die man österreichischerseits außerordentlich geschätzt habe.

II. 1) Informationsaustausch über grenznahe KKW/WAA Wackersdorf[4]

Beide Außenminister begrüßten, daß sich seit ihrem Gespräch in Anif vom 26.7.86 die österreichische Diskussion um Wackersdorf erkennbar versachlicht

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 29. August 1986 gefertigt und „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen", an das Ministerbüro geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 29. August 1986 vorgelegen.
Hat Holthoff am 29. August 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schumacher verfügte.
Hat Schumacher am 29. August 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 27./28. August 1986 in Österreich auf.

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 27. August 1986 in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 807–813.

4 Referat 431 erläuterte am 5. Juni 1986: „Die Bundesregierung hat am 23.1.1985 eine grundsätzliche Entscheidung zur deutschen Entsorgungspolitik und zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente getroffen. Auf der Grundlage dieser Entscheidung hat die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DKW) am 4.2.1985 eine Entscheidung zugunsten des Standortes bei Wackersdorf für die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage getroffen. […] Die 1. Teilerrichtungsgenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen ist am 27.9.1985 erteilt worden. Mit den Rodungsarbeiten wurde am 11.12.1985 begonnen. Nach dem derzeitigen DKW-Zeitplan für die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage soll die Anlage im Jahre 1992/93 zunächst mit einer teilweisen Auslastung ihrer Kapazität ihren Betrieb aufnehmen und bis zum Jahre 1996 ihre volle Auslastung erreichen." Nach dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 hätten sich die Proteste in Österreich gegen den Bau der Anlage verstärkt. Am 13. Mai 1986 habe die österreichische Regierung beschlossen, mit der Bundesregierung „unverzüglich Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, den Bau der WAA Wackersdorf […] neu zu überdenken". Bundesminister Zimmermann habe jedoch bei ei-

habe. Die dort vereinbarte Methode habe die Weichen richtig gestellt, wobei die österreichische Interessenlage bekannt sei.

Das ins Auge gefaßte Abkommen über Informationsaustausch bei grenznahen kerntechnischen Anlagen[5] werde einen nützlichen Rahmen setzen, der eine Ausuferung der Diskussion vermeiden würde. Daher lege er BM den österreichischen Wunsch wärmstens ans Herz, noch in diesem Jahr zum Abschluß des Abkommens zu kommen.

Im übrigen habe Österreich keineswegs die Absicht, Deutschland besonders herauszustellen; die gleichen Probleme entstünden mit allen Nachbarn (außer Liechtenstein). Daraus habe er die Konsequenz gezogen und einen „Sonderbeauftragten für bilaterale Nuklearabkommen" ernannt.

BM betonte, die österreichischen Sorgen würden von der Bundesregierung ernstgenommen. Sie habe dasselbe Problem mit Cattenom.[6] Von ihr werde in bezug auf dieses KKW dasselbe verlangt, was von der österreichischen Regierung bezüglich Wackersdorf gefordert werde. In diesem Kontext sollten wir zwei wesentliche Punkte im Auge behalten:

– Zwei eng befreundeten Ländern müsse es möglich sein, so miteinander umzugehen, daß die hervorragenden Beziehungen nicht beschädigt werden, und
– der Vertrag über Informationsaustausch sollte so bald wie möglich abgeschlossen werden, damit die Interessengegensätze eine sachliche Behandlung erfahren können.

Den Hinweis von Botschafter Graf Brühl auf die bevorstehenden Besuche der BM Wörner und Wallmann[7] in Wien benutzte AM *Jankowitsch* zu der Bitte

Fortsetzung Fußnote von Seite

nem Besuch am 29. Mai 1986 in Österreich „unmißverständlich klargestellt, daß die WAA Wakkersdorf kein Verhandlungsgegenstand zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland sein könne". Vgl. Referat 431, Bd. 153267.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner legte am 13. August 1986 dar: „Die Verhandlungen mit Österreich über ein Abkommen über Informationsaustausch bei grenznahen technischen Anlagen wurden im März 1984 in Wien auf Wunsch Österreichs aufgenommen. Eine zweite Verhandlungsrunde fand im November 1985 in Bonn statt. Der Termin für eine dritte Verhandlungsrunde ist weiterhin offen." Das federführende Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit plane einen Termin im November 1986: „Der sowjetische Reaktorunfall im April d. J. hat den Druck auf die österreichische Regierung verstärkt, auch die WAA Wackersdorf, die nach allen bisherigen Definitionen keine grenznahe Anlage für Österreich darstellt, in den Regelungsbereich dieses Abkommens einzubeziehen. […] Wichtigste noch offene Fragen sind die Frage der Definition des Begriffs ‚grenznah' sowie die Frage, ob eine zwingende Verpflichtung zur Unterrichtung auch über andere als grenznahe Anlagen aufgenommen werden soll. Das Abkommen enthält zudem einen Artikel, der auf die Anwendung des Pariser Nuklearhaftungsabkommens durch die beiden Vertragsparteien hinweist. Dieser Hinweis soll nach unseren Vorstellungen entfallen, da Haftungsfragen zweckmäßigerweise in einem separaten Abkommen geregelt werden." Vgl. Referat 431, Bd. 153268.

6 Zum französischen Kernkraftwerk Cattenom vgl. Dok. 146, Anm. 34.

7 Bundesminister Wallmann hielt sich am 2. September 1986 in Österreich auf. Botschafter Graf von Brühl, Wien, berichtete dazu am 10. September 1986, der österreichische Minister im Bundeskanzleramt, Löschnak, habe „auf die Wandlung der Auffassung in Österreich nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl" hingewiesen: „Er unterstrich, daß seit Tschernobyl alle politischen Parteien in Österreich dem Ausstieg zustimmten. Die Bevölkerung sei über die Folgen des Unglücks sehr nervös. Dieser ‚Bewußtseinslage' müsse die österreichische Regierung Rechnung tragen." Wallmann habe unterstrichen, „daß in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme von Österreich) Kernkraftwerke errichtet würden, auch wenn wir verzichteten". Gegenüber dem österreichischen Gesundheits- und Umweltschutzminister Kreuzer habe Wallmann bekräf-

nach regelmäßigem Austausch von Fachministern. Österreich lege großen Wert – auch aus Gründen der Optik – hierauf. Wien werde vom Osten mit Ministerbesuchen „geradezu überschwemmt"; dies ergebe eine falsche Optik.

2) ČSSR

Von BM nach dem Stand der Beziehung Wiens zu Prag befragt, bewertete AM Jankowitsch diese als auf dem Weg zur Besserung. Mit der ČSSR bestünden im Vergleich mit anderen WP-Staaten allerdings immer noch die größten Schwierigkeiten. Bei dem kürzlichen Besuch Bilaks in Wien habe er mit ihm ein „nicht uninteressantes Gespräch" geführt. Auffällig seien seine Bemühungen gewesen, das Image der ČSSR im Ausland zu verbessern. Er habe ihm geraten, Prag möge v. a. sein Verhältnis zur Kirche verbessern. Es habe sich wieder bestätigt, daß Prag Komplexe gegenüber Wien habe. (BM: In diesen Komplexen liegt eine der Ursachen für das schlechte Verhältnis Prags zur Kirche.) Man müsse der ČSSR immer wieder das Gefühl geben, daß man sie ernst nehme. Kardinal König, obschon nicht mehr Erzbischof von Wien, erster Ostpolitiker der Kirche, habe mit der ČSSR die größten Schwierigkeiten.

BM wiederholte Vorschlag aus KSZE-Rede, für ein Jahr eine „europäische Kulturstadt" zu wählen. Er fände es durchaus überlegenswert, auch europäische Städte außerhalb der EG in die Wahl mit einzubeziehen. Würde Prag für ein Jahr zur europäischen Kulturstadt erklärt, so würde das große Wirkung und auch einige Veränderungen auslösen. Dies würde auch die Stellung von Kardinal Tomášek stärken, den er bei seinen Besuchen in Prag regelmäßig (außerhalb des offiziellen Programms) treffe.

3) Ungarn

AM *Jankowitsch* qualifizierte die Beziehungen zu Ungarn als ausgezeichnet; sie könnten nicht besser sein. *BM* erwiderte, er habe aus gutem Grund Ungarns Haltung gegenüber der deutschen Minderheit in seiner Rede gelobt. Er sei kürzlich mit dem Repräsentanten der deutschen Minderheit in der Botschaft zusammengetroffen, der ihn um Unterstützung, insbesondere bei der Ausbildung im Radiowesen, gebeten habe. AM *Jankowitsch* teilte mit, Österreich bilde für die deutsche Minderheit, deren Betreuung Wien seit langem von Ungarn angetragen worden sei, Kindergärtnerinnen aus. *BM* erwähnte die für den 13. September geplante Eurovisions-Sendung in Budapest zugunsten des SOS-Kinderdorfs. Dies sei die erste Eurovisions-Sendung, die in einem WP-Staat veranstaltet werde. Er beabsichtige, an dieser Sendung teilzunehmen.[8] Auf die Bemerkung von AM *Jankowitsch*, er sei zu dieser Veranstaltung (noch) nicht eingeladen, versprach *BM*, der Sache nachgehen zu wollen.

4) KSZE

AM *Jankowitsch* erklärte, sein Eindruck über den Stand der KVAE in Stockholm sei nicht ungünstig. Beunruhigen würde ihn indessen die Inspektionsdebatte, bei der er eine Verhärtung der Haltung Washingtons zu beobachten glaube. *BM* erwiderte, es sei nicht das Verdienst der US, daß darüber verhandelt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1207

tigt: „Die deutsche Seite müsse an dem Bau von Wackersdorf festhalten." Die österreichische Seite werde jedoch alle geforderten Informationen erhalten. Vgl. den Schriftbericht; Referat 431, Bd. 153267.

8 Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 15. September 1986 in Ungarn auf.

werde. Die Europäer hätten gewollt, daß der Einschluß der SU in vertrauensbildende Maßnahmen im Prinzip anerkannt werde, und zwar unabhängig von der Größe des geographischen Sektors der UdSSR, der davon betroffen sei. Hierin liege der Ursprung der französischen KVAE-Initiative.[9] Die Luftinspektion sei noch strittig, während man sich über die Landinspektion wohl prinzipiell einig sei. Es scheine, daß Moskau an einem baldigen Abschluß der KVAE interessiert sei, um unmittelbar in eine Abrüstungsphase überzugehen. Für das Verhandlungsforum der MBFR habe auf seiten Moskaus die Stunde der Wahrheit geschlagen. Die sowjetischen Zugeständnisse basierten auf dem Wunsch, aus diesem Forum auszusteigen. Auch die USA würden am liebsten die Verhandlungen beenden. Die Europäer müßten jetzt aufpassen, daß dieses Forum zusammenbleibe. Das bisher Erarbeitete sei nützlich und werde gebraucht, wenn über den konventionellen Bereich verhandelt werde. Was die KSZE-Folgekonferenz beträfe, so dürfe sich diese nicht in einer Implementierungsdebatte erschöpfen. Wir wünschten eine Dynamik der Verhandlung, die Fortschritte in allen Feldern begünstige. AM *Jankowitsch* warf ein, BM habe diese Message durch seine Rede klar und überzeugend vermittelt. *BM* fuhr fort mit dem Hinweis, daß der Termin für die KSZE-Folgetreffen günstig liege, nämlich vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel. AM *Jankowitsch* glaubt, Moskau sei wohl an einem raschen Abschluß dieser Konferenz interessiert; gelänge dies nicht vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen[10], müsse man mit einer längeren Periode der Stagnation rechnen. *BM*: Also ein oder drei Jahre. AM *Jankowitsch* teilte mit, man stelle sich in Wien die Frage, ob und wie man einen ungefähren zeitlichen Rahmen für die Konferenz setzen könne. Die Eröffnungsphase werde wohl eine Woche in Anspruch nehmen. Ende Oktober träfen sich die AM der N+N-Staaten in Brioni zur Konferenzvorbereitung.[11] Man werde sich auch Gedanken darüber machen, wie man die Konferenz zeitlich in den Griff bekommen könne. Die Frage AM *Jankowitsch*s, ob die EG-Kommission Vorschläge für die KSZE-Konferenz machen könne, bejahte *BM* mit dem Hinweis, daß auf der Konferenz auch eine Reihe von Materien behandelt würden, für die die Kompetenz von den EG-Staaten auf die Kommission übergegangen

9 Zum französischen Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 179, Anm. 11.

10 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt.

11 Die Außenminister Andersson (Schweden), Aubert (Schweiz), Brunhart (Liechtenstein), Dizdarević (Jugoslawien), Gatti (San Marino), Iacovou (Zypern), Jankowitsch (Österreich), Sceberras Trigona (Malta) und Väyrynen (Finnland) trafen am 23./24. Oktober 1986 zusammen. Legationsrat I. Klasse Salber, Belgrad, teilte dazu am 29. Oktober 1986 mit, daß es nach Auskunft des Mitarbeiters im jugoslawischen Außenministerium, Vuković, zwar keine Vorschläge gegeben habe, Fortschritte in allen Bereichen aber als „möglich und nötig“ empfunden worden seien. Im Bereich des Korbs I der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 habe mit Ausnahme der Schweiz Übereinstimmung geherrscht, daß die KVAE „ohne Verzug“ fortgeführt werden müsse. Ferner müßten Fortschritte im Bereich „friedliche Streitbeilegung“ erzielt werden. Im Bereich vertrauensbildender Maßnahmen fühlten sich die Mittelmeerstaaten vernachlässigt, „da Teilnehmerstaaten zu sehr unter Eindruck Ost-West-Gegensatz stehen“. Korb II sei nach Ansicht aller Teilnehmer ebenfalls vernachlässigt worden: „Für Wien erhofft man Vorschläge zu: Umweltschutz, wissenschaftliche und technische Kooperation, Transportfragen, Kommunikation und industrielle Zusammenarbeit.“ Ferner habe Übereinstimmung bestanden, „daß Dritter Korb wegen angespannter Beziehungen SU – USA leide. Das Potential der Schlußakte sei bei weitem nicht genutzt. Als mögliche Themen für künftige Treffen im KSZE-Rahmen: Informations-Forum, Menschenrechte (Ottawa II), Erziehungs-Forum. Den Ministern sei sehr daran gelegen, daß man in Wien zu einer gemeinsamen Position zum Terrorismusproblem gelange.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; Referat 212, Bd. 133550.

sei. BM erklärte sodann die Anregung, die Konferenzen von Ottawa[12], Budapest[13] und Bern[14], die, obschon Substanz vorhanden war, ohne Schlußdokument geblieben sind, durch die gastgebenden Außenminister schriftlich zusammenfassen zu lassen. Bedauerlicherweise habe die Schweiz formale Bedenken geäußert.[15] Das Ergebnis von Bern würde uns in bezug auf DDR-Besucher, für die das Alter eine wichtige Rolle spiele, sehr helfen können. AM *Jankowitsch* erwiderte, dies sei eine gute Initiative. Man werde sich österreichischerseits darum kümmern.

5) Europabesuch von Botschafter Walters[16]

AM Jankowitsch teilte mit, Botschafter Walters habe sich im Zusammenhang mit seinem bevorstehenden Europabesuch auch in Wien angesagt. Man frage sich, wie dies zu verstehen sei. Seit Kreisky unterhalte Libyen zwar gute Beziehungen zu Österreich, dennoch[17] sei ihm der Besuchsgrund Walters in Wien nicht ersichtlich.

6) Südafrika

Beide Außenminister waren sich einig in der Verurteilung der Rassentrennung und des jüngsten brutalen Vorgehens der südafrikanischen Regierung gegenüber der schwarzen Bevölkerung.[18] AM *Jankowitsch* berichtete über die öster-

12 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

13 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

14 Korrigiert aus: „Genf".
Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

15 Botschaftsrat I. Klasse Wentker, Bern, berichtete am 25. August 1986, im Schweizer Außenministerium sei ausgeführt worden: „1) Es beständen erhebliche formelle Bedenken insofern, als alle KSZE-Texte nach Konsensusprinzip zustande kämen. Ein offizieller Bericht der Außenminister der Gastländer der drei Expertentreffen würde hier einen Präzedenzfall mit schwer zu übersehenden nachteiligen Konsequenzen für spätere Anlässe setzen. 2) Weitere formelle Bedenken seien in dem Umstand begründet, daß für die drei Gastländer der Expertentreffen kein entsprechendes Mandat bestehe. Weder Madrider Schlußdokument noch die Schlußphase der drei Expertentreffen enthielten Hinweise auf einen derartigen Auftrag an die drei betroffenen Außenminister. 3) Schwerer als vorstehende Formalien wögen jedoch die substantiellen Gegengründe. Falls die drei Außenminister Berichte abstatten würden, so müßten diese entweder rein faktisch, d. h. mit Aufzählung der Tagesordnung usw. ausfallen, und damit nur Selbstverständlichkeiten bringen. Oder aber, im Fall des Einschlusses subjektiver, d. h. analytisch-bewertender Elemente, würden die Berichte mit Sicherheit unmittelbare Kontroversen eröffnen (im Berner Fall: zum amerik[anischen] Verhalten in der Schlußphase)." Die Schweiz werde daher „von dem Gedanken eines Berichts über das Berner Expertentreffen Abstand nehmen. Schweizer Seite sei im übrigen zu den in die gleiche Richtung weisenden kanadischen Bedenken unterrichtet". Vgl. den Drahtbericht Nr. 456; Referat 212, Bd. 133537.

16 Der amerikanische VN-Botschafter Walters besuchte am 1. September Spanien, am 2. September Frankreich und Belgien, am 3. September die Bundesrepublik, am 4. September Italien und erneut Frankreich sowie am 5. September 1986 Großbritannien. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 3. September 1986 vgl. Dok. 230.

17 Korrigiert aus: „demnach".

18 Botschaftsrat I. Klasse Ziefer, Pretoria, berichtete am 29. August 1986: „Nach Wochen relativer Ruhe kam es in den vergangenen Tagen in Soweto zum ersten Mal wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen Ordnungskräften und Township-Bewohnern, in deren Verlauf nach offiziellen Angaben 21 Personen getötet und rund 100 verletzt wurden. […] Die Auseinandersetzungen stehen in Zusammenhang mit einer allmählich an Momentum gewinnenden Kampagne schwarzer Gemeindeverwaltungen, ‚Mietboykotte' durch Zwangsräumungen säumiger Mieter zu brechen, um so die Kontrolle über die Townships teilweise zurückzuerlangen. Wegen des hohen politischen Einsatzes für beide Seiten ist eine Lösung derzeit nicht in Sicht, vielmehr muß mit einem Andauern der Konflikte gerechnet werden." Zur Erläuterung legte Ziefer dar, die Mietboykotte hätten das Ziel, „die 1983 von der Regierung eingesetzten schwarzen Gemeindeverwaltungen, deren Haupteinnahme-

reichischen Sanktionen gegenüber Südafrika (Verkaufsverbot für Krügerrand, Investitionsverbot[19] für die verstaatlichte Industrie, Zurückschneidung der kulturellen Kontakte). Nun werde die Regierung gedrängt, eine „zweite Generation von Sanktionen" zu verhängen. Daher sei er interessiert zu erfahren, wie die Sanktionsfrage in Deutschland gesehen und gehandhabt werde. *BM* erwiderte, der Europäische Rat in Den Haag vom 27.6.86 habe mögliche Sanktionen gegen Südafrika genau definiert.[20] Seinerzeit hätten 9 von 12 Mitgliedstaaten Bereitschaft zur Verhängung dieser Sanktionen gezeigt. Indessen habe man einen Kompromiß geschlossen, zunächst das Ergebnis der Mission des britischen Außenministers[21] und die Reaktion der südafrikanischen Regierung auf Forderungen der 12 AM abzuwarten. Dabei wurde eine 3-Monatsfrist gesetzt. Dieser Kompromiß sei nur möglich gewesen, nachdem Portugal, Großbritannien und Deutschland erklärt hatten, daß sie Sanktionen prinzipiell nicht ausschlössen. Die US-Sanktionen liefen Anfang September aus.[22] Der Präsident werde vermutlich die Sanktionen nicht nur verlängern, sondern zusätzliche verhängen und dies voraussichtlich in einer Rede erklären.[23] Japan habe signalisiert, seinerseits die Sanktionen zu verhängen, zu denen sich US und EG entschließen. Großbritannien habe sich auf dem Commonwealth-Minigipfel vom 3./4.8.86[24] verpflichtet, sich möglichen EG-Sanktionen nicht zu widersetzen. Sanktionen würden ein politisches Signal setzen und in Südafrika als einem industrialisierten Staat Wirkung zeigen. Im übrigen beobachtete man in Südafrika eine Art Selbstsanktion. Die EG-Außenminister würden am übernächsten Wochenende zu einem Gymnich-Type-Treffen zusammenkommen.[25] Dabei werde man über das weitere Vorgehen beraten. Am 15. September folge dann die formale EG-Sitzung.[26] Was die Lage in Südafrika betrifft, so gab BM der Befürchtung Ausdruck, daß man inzwischen vor einer nahezu unlösbaren Situation stehe. Die Radikalisierung der schwarzen Bevölkerung habe stark zugenommen. Man müsse bezweifeln, ob Mandela, werde er jetzt freigelassen, noch entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung nehmen könnte.

Referat 203, Bd. 140558

Fortsetzung Fußnote von Seite 1210

quelle die Mieten sind, zum finanziellen Zusammenbruch zu bringen. Sie sind somit, neben Einschüchterung und Ermordung von angeblichen ‚Kollaborateuren', integraler Bestandteil der ANC-Strategie, die Townships für die legalen Strukturen ‚unregierbar' zu machen und anstelle derer dort progressiv die Kontrolle über alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu übernehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 497; Referat 320, Bd. 155997.

19 Korrigiert aus: „Informationsverbot".

20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 vgl. Dok. 181.

21 Der britische Außenminister Howe führte vom 9. bis 11. Juli 1986 Gespräche in Mosambik, Sambia und Simbabwe. Er reiste vom 23. bis 26. Juli 1986 nach Südafrika, Sambia, Botsuana und Lesotho und vom 27. bis 29. Juli 1986 erneut nach Südafrika.

22 Am 9. September 1985 verfügte Präsident Reagan die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Executive Order mit den Sanktionsbestimmungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 2 f.

23 Die von Präsident Reagan am 9. September 1985 verhängten Maßnahmen gegen Südafrika wurden am 4. September 1986 verlängert. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1136 f.

24 Zum Treffen verschiedener Mitgliedstaaten des Commonwealth vom 3. bis 5. August 1986 in London vgl. Dok. 191, Anm. 11.

25 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7. September 1986 in Brocket Hall vgl. Dok. 236.

26 Zur EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 257, Anm. 5.

227

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte

604-650.06-48/86 VS-vertraulich **28. August 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Gespräch BM mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit am 3.9.1986; hier: Innen- und außenpolitische Strategie des DGB und seine Gesprächserwartungen

Bezug: Vermerk des Ministerbüros vom 12.8.1986[4]

I. 1) Der DGB hat sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland um ein loyales Verhältnis zu allen Bundesregierungen bemüht und dieses auch durch Jahrzehnte gefunden. Gewisse „institutionelle" Sympathien für die SPD haben nicht verhindert, daß diese Loyalität auch dann galt, wenn andere Parteien die Bundesregierung führten. Die DGB-Gewerkschaften bejahen die im Grundgesetz[5] festgeschriebene freie demokratische Grundordnung unseres Staates, wobei Tarifhoheit und Mitbestimmung für sie konstituierende Elemente unserer Gesellschaftsordnung sind. Beides ist die Voraussetzung dafür, daß die Gewerkschaften mit der großen Mehrheit ihrer Mitglieder diese Sozialordnung akzeptiert und von den Forderungen nach Sozialisierung der Wirtschaft Abstand genommen haben. Durch fast vier Jahrzehnte war deshalb das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaft in der Bundesrepublik Deutschland so reibungslos wie kaum in einem anderen westlichen Land. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wieso die Änderung des § 116 AFG[6] den DGB an

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlingensiepen konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. September 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 3. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 10. September 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Witte an Referat 604 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 10. September 1986 vorgelegen.
Hat Witte am 11. September 1986 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlingensiepen am 14. September 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Wegner „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Wegner vorgelegen.

4 Vortragender Legationsrat Ischinger vermerkte: „1) Mit Büro Breit ist Termin am 3.9.86, 12.00 h, abgesprochen (hierfür war Vier-Augen-Gespräch im AA ins Auge gefaßt). 2) BM bittet, Breit vorzuschlagen, daß das Gespräch beim DGB in Düsseldorf stattfinden könnte. BM wird von StM Möllemann begleitet werden. DGB soll gefragt werden, ob Breit nicht seine Vorstandskollegen an dem Gespräch beteiligen möchte." Vgl. VS-Bd. 12450 (603/604); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

6 Für den Wortlaut des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil I, S. 582–632.
Durch Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 15. Mai 1986 zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen wurde § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes dahingehend geändert, daß durch die Gewährung von Arbeitslosengeld nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden dürfe. Dies bedeutete, daß Arbeitnehmer, die durch Streiks in anderen Betrieben arbeitslos wurden, dadurch schwerer Arbeitslosengeld beantragen konnten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 740.

seinem empfindlichsten Nerv getroffen hat. Es ist möglich, daß durch diese Politik eingeleitete Machtverschiebungen zwischen den Tarifpartnern langfristig zu einem anderen, kritischeren Staatsverständnis der deutschen Gewerkschaften führt, was sie dazu bringen würde, neue und rücksichtslosere Strategien zur Bewahrung ihres Einflusses anzuwenden. Dieses würde die heute noch tonangebenden gemäßigten Kräfte gegenüber den Freunden einer radikaleren Strategie schwächen.

Franz Steinkühler, den die IG Metall im kommenden Oktober zu ihrem Vorsitzenden wählen wird und der damit der mächtigste Mann im DGB sein wird, hat bereits 1983 erklärt, daß man das Problem der Opportunität politischer Streiks überdenken müßte. („politisch motivierte Streiks" sind „derzeit kein Thema, aber deshalb sollten wir nicht für alle Zeit auf den Generalstreik als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichten". Interview „Die Zeit" vom 14.10.1983[7] – „Jede Streikaktion ist auch eine politische Aktion. Es wäre völlig falsch, wenn die Gewerkschaften sich in die Ecke drängen ließen, nur rein ökonomisch agieren zu dürfen." Interview „SZ" 23./24.8.1986[8])

Sollten der Neufassung des § 116 AFG weitere einschlägige Regierungsmaßnahmen folgen, die die Gewerkschaften als gegen sich gerichtet betrachten, so werden sich mit Sicherheit diejenigen Gewerkschaftsführer durchsetzen, die auf Konfrontation mit der Regierung und Arbeitgeberschaft aus sind. Es sind hochqualifizierte und einflußreiche Leute darunter.

2) In der Außenpolitik hat der DGB seit vielen Jahren die wesentlichen Anliegen und Aktivitäten der Bundesregierungen mitgetragen. Das gilt von der Westpolitik ebenso wie von der Deutschland- und Ostpolitik, auch von der Entwicklungspolitik. Differenzen gab es am ehesten in Sicherheitsfragen. Die derzeitige Animosität des DGB gegen die Bundesregierung gilt deshalb nicht der Außenpolitik oder deren Leiter. Das hohe Prestige des Herrn Bundesministers bei der Gewerkschaftsführung ist durch gewisse Angriffe in der Öffentlichkeit eher noch gewachsen.

In den internationalen Gewerkschaftsverbänden IBFG[9] und EGB[10] ist der DGB tonangebend, was zur Stärkung demokratischer Grundsätze in diesen Verbänden führt. Er hat die Aufnahme kommunistischer Gewerkschaftsbünde auch dann blockiert, wenn diese reformistisch waren (Ausnahme: italienische Gewerkschaft CGIL[11] im EGB). Zu den Gewerkschaften in den Warschauer-Pakt-Staaten unterhält er zwar freundliche Beziehungen, vermeidet aber strikt gemeinsame Erklärungen zu ideologischen oder gewerkschaftspolitischen Fragen. Zu den offiziellen Gewerkschaften in Polen hat er bisher kaum Beziehungen, sondern unterstützt nach wie vor die Solidarność, worüber es Differenzen mit der SPD gegeben hat. Der DGB hofft, durch seine Kontakte reformerisch gesonnenen Kräften in den Ostblock-Gewerkschaften helfen zu können.

7 Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „‚Ich bin für Gegenwehr'"; DIE ZEIT, Nr. 42 vom 14. Oktober 1983, S. 17 und 19.

8 Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Hochpolitische Streiks"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23./24. August 1986, S. 8.

9 Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

10 Europäischer Gewerkschaftsbund.

11 Confederazione Generale Italiana del Lavoro.

Der DGB und die internationalen Gewerkschaftsverbände haben ihre Südafrikastrategie im letzten Jahr unter dem Eindruck der neuen Entwicklungen in diesem Land geändert. Kontakte zum ANC sind nicht mehr tabu, und man befürwortet entschieden eine umfassende Sanktionspolitik. Wenn die IG Metall früher auch deshalb gegen Sanktionen war, weil diese sich auf deutsche Arbeitsplätze ausgewirkt hätten, so ist das jetzt hinter dem menschenrechtlichen Aspekt zurückgetreten.

In der Dritten Welt sieht der DGB nur begrenzte Möglichkeiten für ein erfolgreiches gewerkschaftliches Wirken. Voraussetzung für das Entstehen für Gewerkschaften im Vollsinne sind für ihn entwickelte Industriestaaten mit einer funktionierenden Demokratie. In der Dritten Welt gelte es daher zunächst, den arbeitenden Schichten dabei zu helfen, sich elementare Menschenrechte zu erkämpfen. In der Menschenrechtsfrage sind die DGB-Gewerkschaften sehr aktiv. Es hat mehrfach erfolgreiche gemeinsame Aktionen mit dem Auswärtigen Amt gegeben, die zur Freilassung inhaftierter Gewerkschaftler führten.

II. 1) RL 604[12] hat im Hinblick auf das bevorstehende Gespräch BM–DGB-Vorsitzender Breit den DGB-Vorstand am 27.8.1986 aufgesucht und dort Informationsgespräche geführt. Diese ergaben, daß Herr Breit wohl folgende Themen ansprechen wird:

a) Die künftige Besetzung der Sozialreferentenstellen bei unseren Auslandsvertretungen

Der DGB-Vorsitzende will darauf zu sprechen kommen, daß die Auseinandersetzung zwischen BMA und DGB auch auf die Institution der Sozialreferenten überzugreifen droht, weil das BMA die Sozialreferenten aus dem DGB (z. Zt. 14 von 19) durch eigene Mitarbeiter bei Neubesetzung ersetzen lassen möchte. Dies hätte für das traditionell gute Verhältnis des Auswärtigen Amts, welches das Besetzungsrecht hat, mit dem DGB sehr negative Folgen.

In Düsseldorf sagt man, Bundeskanzler Adenauer habe dieses Institut gemeinsam mit dem ersten DGB-Chef Böckler geschaffen, um die Gewerkschaften auch in die Außenpolitik des neuen Staatswesens einzubinden. Für die Gewerkschaften sei es seither eine wichtige Möglichkeit, ihre Stimme als die einer großen gesellschaftlichen Kraft auch in den Beziehungen im Ausland zu Gehör zu bringen. Um dieses jetzt schon althergebrachte Recht werde man kämpfen. Ein Gesprächspartner meinte: „Was Adenauer uns gewährt hat, kann Blüm uns nicht nehmen." Das BMA habe eigene Sozialreferenten erst gestellt, als es um die Gastarbeiter-Werbung in den Anwerbeländern ging. Herr Breit wird BM vor allem auf die Besetzung der Stellen in Pretoria und bei der EG-Vertretung Brüssel ansprechen, an denen der DGB vorrangig interessiert ist und für die er Kandidaten präsentiert hat.[13]

b) Lage in Südafrika

Die Reise des DGB-Vorsitzenden als Leiter einer IBFG-Delegation nach Südafrika vom[14] 17. bis 19. Juli 1986 hat ergeben, daß anders als früher sich heute

12 Georg-Hermann Schlingensiepen.

13 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Hierzu liegt eine gesonderte Aufzeichnung der Abt. 1 vor (zur Vorbereitung des Gespräches BM–BM Blüm)."

14 Korrigiert aus: „am".

alle schwarzen Gewerkschaften darin einig sind, daß der Westen Sanktionen verhängen müsse. Die bisherigen Ratsbeschlüsse der EG erscheinen dem DGB und den westeuropäischen Gewerkschaftsbünden unzureichend. Herr Breit wird entsprechende Erwartungen vorbringen und darüber hinaus BM auf die Situation der inhaftierten Schwarzen und ihrer Familien ansprechen und sich erkundigen, ob und welche Hilfe die Bundesrepublik Deutschland diesen leisten könne, auch finanziell.

c) Lage in der Türkei

In der Einschätzung der demokratischen Entwicklung in der Türkei gebe es zwischen der Bundesregierung und dem DGB Auffassungsunterschiede. Zwar werde zur Zeit weniger gefoltert, aber die Menschenrechte würden nach wie vor in erheblichem Umfang verletzt. Was die Gerichtsverfahren angehe, sei die Lage sogar schlechter geworden. Während zur Zeit der Militärdiktatoren die Verfahren mit Rücksicht auf die ständigen Proteste aus dem Ausland in der Schwebe gehalten worden wären, würden jetzt im raschen Verfahren harte Urteile gesprochen, darunter auch Todesurteile. Das betraf zur Zeit hauptsächlich Personen aus dem politischen Umfeld. Der DGB befürchte aber, daß entsprechend harte Urteile bald auch auf die zahlreichen angeklagten Gewerkschaftler zukommen würden. Die neue Gerichtspraxis sei auch dadurch zu erklären, daß der Westen sich über die Lage in der Türkei beruhigt habe und nicht mehr mit Nachdruck protestiere. Herr Breit beabsichtigt, BM um Schritte der Bundesregierung zu bitten.

d) Asylrecht[15]

Der DGB habe sich in seiner gemeinsamen Erklärung mit beiden Kirchen gegen jede Aushöhlung des Asylrechts ausgesprochen. Er sei allerdings ebenso, wie andere, gegen die lange Dauer der Asylverfahren.

e) Europäischer Binnenmarkt

Der DGB sei mit der Entwicklung des europäischen Binnenmarktes nicht zufrieden. So habe man bisher zwar vielfältige wirtschafts- und unternehmensrechtliche Regelungen geschaffen, die sozialrechtlichen Aspekte seien bisher so gut wie nicht behandelt worden. So sei nichts zur Harmonisierung der Arbeitnehmerrechte in den Gemeinschaftsländern geschehen. Das könne beispielsweise zur Abwanderung deutscher Unternehmen in Gebiete mit für die Arbeitnehmer schlechteren sozialrechtlichen Bedingungen führen.[16]

15 Zur Reform der Asylpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 220 und Dok. 228.

16 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Siehe ergänzender Vermerk 416 (liegt bei)." Vortragender Legationsrat van Edig vermerkte am 2. September 1986: „Die Kritik des DGB an der mangelnden Berücksichtigung der sozialpolitischen Aspekte bei der Vollendung des Binnenmarktes kann so nicht hingenommen werden. Sie knüpft im Grunde an einen alten Dissens zwischen D und F an, der seit der Gründung der Gemeinschaft besteht. D war stets gegen umfassende Harmonisierung der Sozialvorschriften eingetreten, da diese zu den natürlichen Standortbedingungen gehörten. Unterschiedliche Sozialvorschriften werden häufig durch andere Faktoren ausgeglichen. […] F war demgegenüber der Ansicht, daß die Sozialvorschriften zu künstlichen Kosten führten und deshalb harmonisiert werden müßten." Folgende Gründe sprächen gegen die Kritik des DGB: „Sozialvorschriften gehören zu den natürlichen Standortbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten. Erweiterung und Vollendung des Binnenmarktes schaffen die Voraussetzungen für Abstimmung und Annäherungen der Sozialordnung. Das in D geltende System der Mitbestimmung und der

III. BM wird in Düsseldorf interessierte und freimütige Gesprächspartner antreffen. Herr Breit und seine Mitarbeiter sind nach wie vor aus ihrem demokratischen Selbstverständnis dafür, den Konsens mit der Bundesregierung zu erweitern und wiederherzustellen, wo er beschädigt ist. Herr Breit weiß, daß für den Bestand unseres Staatswesens nicht nur der Minimalkonsens der demokratischen Parteien, sondern auch derjenige der Tarifpartner notwendig ist. Nicht zuletzt deshalb mißt er seinen Kontakten mit BM ganz besonderes Gewicht bei.[17]

Witte

VS-Bd. 12450 (603/604)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1215

Tarifautonomie der Sozialpartner stände zur Disposition des EG-Gesetzgebers." Vgl. VS-Bd. 12450 (603/604); B 150, Aktenkopien 1986.

17 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 3. September 1986 führte der DGB-Vorsitzende Breit aus, „daß bisher nicht erkennbar sei, welches Gewicht die sowjetischen Gewerkschaften bei Gorbatschow hätten. Diese zeigten großes Interesse daran, daß die multilateralen Ost-West-Kontakte zwischen den Gewerkschaften wiederaufgenommen würden." Zum Thema Südafrika legte Genscher dar, „daß das Apartheidregime offensichtlich reformunfähig sei und deshalb abgeschafft werden müsse". Er bezweifelte, daß eine Sanktionspolitik die südafrikanische Regierung umstimmen könne: „Herr Breit bat ‚offiziell' darum, daß die Bundesregierung für westliche Sanktionen eintrete, obwohl er persönlich ebenfalls seine Zweifel habe, ob Sanktionen helfen könnten." Weitere Gesprächsthemen waren die Lage der Gewerkschaften in der Türkei sowie die Besetzung der Stellen der Sozialreferenten in den Auslandsvertretungen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; B 98 (Referat 604), Bd. 396.

228

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hellbeck

514-516.80 **29. August 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Asylfragen;
hier: Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 26.8.1986[4]

Anlg.: 1 (Kabinettvorlage des BMI vom 26.8.1986)[5]

I. Das Auswärtige Amt hat aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom 26.8.1986 folgende Initiativen zu ergreifen:

1) – Weisung an die Auslandsvertretungen betr. Sichtvermerkserteilung und Transitsichtvermerkspflicht,
– Einleitung des automatisierten Sichtvermerksverfahrens.

2) Erläuterung des Kabinettsbeschlusses in den Herkunftsländern der Asylbewerber:
– Unterrichtung der durch die Einführung der Transitsichtvermerkspflicht betroffenen Regierungen von Pakistan, Bangladesch, Syrien, Libanon und Ghana (mit Hinweis auf vorgesehene Regelungen für Inhaber amtlicher Pässe und für berufsbedingte Reisen).
– Nutzung des Kabinettsbeschlusses (012) für PÖA[6] in Hauptherkunftsländern.

3) Harmonisierungsinitiativen im europäischen Rahmen:
– Vertrag von Schengen[7] mit Frankreich und Benelux-Staaten (Referat 514)[8],

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 29. August 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 5. September 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. September 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 514 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 8. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus am 10. September 1986 erneut vorgelegen.

4 Die Bundesregierung beschloß am 26. August 1986 verschiedene Änderungen des Asylrechts sowie die Einschränkung des Transitprivilegs. Ausländer aus bestimmten Staaten benötigten somit auch für eine Zwischenlandung einen Transitsichtvermerk. Ferner sollten Reiseunternehmen für die Beförderung von Personen ohne die erforderlichen Papiere Strafzahlungen leisten. Zudem sollte bei der Sichtvermerkserteilung durch die Auslandsvertretungen restriktiver verfahren und intensiver geprüft werden. Geplant war außerdem die personelle Verstärkung des Grenzschutzes und des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 76/77 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 4. September 1986; Referat 010, Bd. 179938.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Kabinettvorlage vgl. Referat 514, Bd. 190554.

6 Politische Öffentlichkeitsarbeit.

7 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen

– EPZ-Politisches Komitee 2./3.9.1986 (Ref. 200),
– EG-Kommission (Reise StM Stavenhagen/Ref. 410),
– Europarat (CAHAR[9]-Komitee) (Ref. 200/514).

4) Für Abschiebungsverfahren Überarbeitung der Lageberichte des Auswärtigen Amts betr. Problemländer (insbesondere Libanon[10]). Weitere Gespräche insbesondere mit der libanesischen Regierung zur Rückführung von Libanesen/Palästinensern ohne Papiere.[11]

5) Einzelaktionen

– Türkei[12]: Schreiben an Außenminister wegen Schlepperorganisationen und Fälschungen[13]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1217

an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

8 Referat 514 legte am 29. September 1986 dar, Staatsminister Stavenhagen und Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, hätten sich am 11. September 1986 gegenüber dem französischen Europaminister Bosson „für eine baldige Fortführung der Zusammenarbeit und insbesondere für die Einberufung der speziell für Asylfragen geschaffenen Arbeitsgruppe eingesetzt". Ferner werde auf Einladung Luxemburgs am 6. Oktober 1986 ein informelles Treffen der Staatssekretäre der fünf Unterzeichnerstaaten des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985 stattfinden. Vgl. Referat 514, Bd. 190535.

9 Comité ad hoc d'experts sur les aspects juridiques de l'asile territorial, des réfugiés et des apatrides.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus erläuterte am 24. Juli 1986: „Seit 1982 ist es deutlich spürbares Ziel des Libanons, die Zahl der Palästinenser im Lande zu vermindern. Dazu gehört auch das Bestreben, sich der Rückübernahme von Palästinensern zu widersetzen. Dies geschieht u. a. dadurch, daß die libanesischen Behörden die Rückkehr dieser Personen, die ursprünglich mit libanesischen Reisedokumenten […] ausgestattet waren, dadurch [...] vereiteln, daß sie die Gültigkeit dieser Dokumente entweder nicht verlängern oder diese mit dem Zusatz ‚gilt nicht für die Rückkehr in den Libanon' versehen. Die deutschen Ausländerbehörden stehen daher häufig vor dem Problem, daß Palästinenser, deren Anerkennungsverfahren als politisch Verfolgte rechtskräftigt abgelehnt worden ist, oder die aus anderen Gründen das Bundesgebiet verlassen müssen, nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschoben werden können. Diese Problematik führte bereits zu Einbestellungen des libanesischen Botschafters bei Herrn D 5 am 26.11. und 13.12.1982 sowie am 3.2.1986. […] Trotz der bisher erfolgten Einbestellungen zeichnet sich noch keinerlei Entgegenkommen […] in der Frage der Rückübernahme von Palästinensern ab." Vgl. Referat 310, Bd. 149650.

11 Vom 7. bis 10. September 1986 hielt sich der Senator für Inneres von Berlin, Kewenig, im Libanon auf. Botschafter Eitel, Beirut, berichtete dazu am 15. September 1986, Kewenig habe u. a. auch die Paßproblematik angesprochen: „Das Ziel Kewenigs war es, eine bereitwilligere Kooperation der libanesischen Personenstands- und Paßbehörden zu erreichen." Im Gespräch mit Präsident Gemayel habe dieser entsprechende Weisungen an die zuständige Behörde zugesagt: „Bezüglich abzuschiebender Palästinenser machten die Libanesen einen deutlichen Unterschied zwischen den UNRWA-Registrierten und den übrigen. Hinsichtlich letzterer war nur geringe Bereitschaft zur Rücknahme zu erkennen. Es wurde deshalb ins Auge gefaßt, daß im Zuge der Herstellung von Reisedokumenten für Palästinenser Rückfragen bei der UNRWA über den jeweiligen Status des Abzuschiebenden und ggf. Feststellung seiner Registrierungsnummer nötig sei." Eitel führte aus: „Insgesamt war Kewenigs Besuch sichtlich erfolgreich. Bevor andere Bundesländer entsprechende Initiativen ergreifen und verfolgen, sollten jedoch Schritte auf Bundesebene erwogen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 333; Referat 514, Bd. 190603.

12 Vortragender Legationsrat Spohn notierte am 15. September 1986, die türkische Botschaftsrätin Dalyanoglu habe am 12. September 1986 zur Asylproblematik ausgeführt: „Die türkische Grenzpolizei sei angewiesen, bei ausreisenden Personen nicht nur die Gültigkeitsdauer, sondern auch die Echtheit der Reisedokumente/Pässe genau zu kontrollieren. Diese Kontrollen seien auf Bitten des türkischen Außenministeriums kürzlich verstärkt worden; dies gelte insbesondere für Iraner. Die türkischen Behörden gingen auch gegen den Handel von gefälschten und illegalen Dokumenten z. B. in Istanbul vor." Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151033.

13 In dem Schreiben vom 17. September 1986 an den türkischen Außenminister Halefoglu wies Bundesminister Genscher auf die steigende Zahl von Asylbewerbern in der Bundesrepublik hin und

– Gespräche mit dänischer Regierung wegen Rückschiebungen[14]

6) Prüfung, ob wir dem Bundesamt Zirndorf vorübergehend Personal zur Verfügung stellen können.

7) Mitwirkung im anstehenden Gesetzgebungsverfahren betr. § 2 Asylverfahrensgesetz[15] (Schutz vor Verfolgung), Nachfluchtregelung, § 18 Asylverfahrensgesetz[16] (Auslieferung von anerkannten Asylberechtigten) zu gegebener Zeit.

8) Alle Auslandsvertretungen wurden mit Informationsfunk vom 28.8.1986 über wesentliche Teile der Erklärung des Bundeskanzlers vom 27.8.1986[17] unterrichtet. Zusätzlich soll Ortez Hintergrund und Einzelheiten darlegen, wobei auf die Dokumentation zu den Beschlüssen der Bundesregierung zurückgegriffen werden soll.[18]

II. Im einzelnen

Zu 2) Sichtvermerkswesen

a) Mit „Chefsachen"-Erlaß vom 12.8.1986 waren die Leiter der Vertretungen in den Hauptherkunftsländern und Haupttransitländern angewiesen worden, die Sichtvermerkserteilung stärker zu überwachen, erhöhte Sorgfalt bei der Prüfung der Sichtvermerksanträge walten zu lassen und von der Möglichkeit der Kautionserhebung wesentlich stärker Gebrauch zu machen.[19] In vielen Fällen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1218

führte dazu aus: „Die Mehrzahl von ihnen, fast 60 Prozent, reisen ohne Einreisevisen über den Flughafen Schönefeld in der Deutschen Demokratischen Republik und über Berlin (Ost) nach Berlin (West) in das Bundesgebiet ein. In diesem Jahr waren es bisher über 35 000 Personen. Ein großer Teil von ihnen, vor allem Iraner, aber auch türkische Staatsangehörige und Afghanen, kam mit den Fluggesellschaften Interflug und Turkish Airlines aus Istanbul und Ankara. Die Bundesregierung hat Hinweise darauf, daß die Einreise von Asylbewerbern über Schönefeld nach Berlin (West) in Istanbul von zwielichtigen ‚Reisebüros' organisiert wird, die mit falschen Hoffnungen auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland werben und die auch vor Dokumentenfälschungen nicht zurückschrecken." Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die türkische Regierung alles unternähme, „um den Schlepperorganisationen […] das Handwerk zu legen und um die Fluggesellschaften zur Überprüfung der Reisedokumente […] zu veranlassen". Vgl. Referat 010, Bd. 257739.

14 Botschafter Redies, Kopenhagen, berichtete am 4. September 1986, die Botschaft habe im dänischen Außenministerium über das Ersuchen Dänemarks gesprochen, abgelehnte Asylbewerber, die aus der Bundesrepublik eingereist seien, zurückzunehmen: „DK-AM lege Wert darauf, bisherige enge und verständnisvolle Zusammenarbeit in dieser Frage auf Ebene sowohl Außenministerien wie beiderseitiger Grenzbehörden ungetrübt weiterzuführen. […] Das Prinzip ‚Transit nur bei Ziellandvisen' müßte stets gelten – auch bei Flüchtlingen, die in Helmstedt oder West-Berlin erklärten, sie wollten nicht in die Bundesrepublik Deutschland, sondern nach Schweden oder Dänemark." Vgl. den Drahtbericht Nr. 345; Referat 410, Bd. 141586.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Klaiber notierte am 8. September 1986: „Anläßlich informellen EPZ-Ministertreffens in Brocket Hall am 6./7. September 1986 sprach dänischer Außenminister Ellemann-Jensen Bundesminister darauf an, man habe bei dänischen Stellen festgestellt, daß Asylsuchende ohne Endvisum über Ost-Berlin nach Dänemark gelangt seien. Sie hätten ein Revers unterschrieben, nicht nach Deutschland zurückzureisen. BM bedankte sich für Information und sagte zu, er wolle der Angelegenheit nachgehen." Vgl. Referat 010, Bd. 178938.

15 Für den Wortlaut von § 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1982 über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil I, S. 946.

16 Für den Wortlaut von § 18 des Gesetzes vom 16. Juli 1982 über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil I, S. 949.

17 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz vgl. BULLETIN 1986, S. 805 f.

18 Vgl. Anm. 4.

19 Für den am 11. August konzipierten und am 12. August 1986 übermittelten Runderlaß Nr. 5972 des Staatssekretärs Ruhfus vgl. Referat 210, Bd. 139254.

sollten auch die Ausländerbehörden im Inland bei Besuchersichtvermerken zur Überprüfung der Angaben eingeschaltet werden. Mit den Botschaften Frankreichs und der Benelux-Staaten erfolgt eine Abstimmung aufgrund des Vertrages von Schengen von 1985.

Nunmehr ist dieser Erlaß (nach Abstimmung mit BMI) unter Hinweis auf den Kabinettsbeschluß zu bekräftigen[20]. Die Dauer der Touristen-Sichtvermerke ist auf vier bis acht Wochen zu beschränken. (Ausnahmeregelung: Inhaber amtlicher Pässe, Reisende mit begründeten beruflichen Interessen, Volksdeutsche in Polen und enge Familienangehörige hier lebender Ausländer zu Verwandtenbesuchen sollen im Hinblick auf Art. 116 bzw. Art. 6 GG[21] (Familiennachzugssurrogat) nicht unter den Touristenbegriff fallen.)

b) Mit Informationserlaß vom 21.8.1986 waren die Botschaften Islamabad, Dhaka, Beirut, Damaskus und Accra bereits vorab über die mögliche Ausdehnung der Transitsichtvermerkspflicht unterrichtet worden.[22]

Alle Auslandsvertretungen sind mit Inkrafttreten der 15. Änderungsverordnung über die verschärften Anforderungen für das Transitprivileg für alle fremden Staatsangehörigen zu unterrichten (Nachweis der Einreisedokumente für das Zielland). Den Vertretungen im Libanon, in Syrien, Ghana, Pakistan, Bangladesch ist die Neuregelung (die noch der Änderung der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz[23] bedarf) bekanntzugeben (mit Hinweis auf die Möglichkeit einjähriger Sichtvermerke für Inhaber amtlicher Pässe und bei Reisenden mit begründeten beruflichen Interessen).

Unterrichtung der Regierungen: Mit Indien sollen Gespräche über Paßfälschungen und andere Formen der Umgehung der Reisebestimmungen geführt werden.

c) Veranlassung der Einleitung des automatisierten Sichtvermerksverfahrens für zunächst 24 (dann 13) weitere Auslandsvertretungen durch Referat 110.

d) Der Beschluß der Bundesregierung vom 26.8.1986 soll intensiv unter Nutzung der Dokumentation des Regierungssprechers[24] im Rahmen der PÖA verbreitet werden.

Zu 3) Europäische Initiativen

a) Premierminister Chirac soll beim Treffen mit dem Bundeskanzler am 9.9. 1986 in Paris[25] für die baldige Fortführung der Zusammenarbeit im Rahmen

20 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt: „und zu ergänzen".

21 Artikel 6 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 stellte Ehe und Familien unter den besonderen Schutz des Staates; Artikel 116 regelte Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 2 bzw. S. 15 f.

22 Für den Runderlaß des Ministerialdirigenten Hellbeck vgl. Referat 514, Bd. 190553.

23 Für den Wortlaut des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 353–362.
Für den Wortlaut der Verordnung vom 10. September 1965 in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1976 zur Durchführung des Ausländergesetzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil I, S. 1718–1722.
Für den Wortlaut der Fünfzehnten Verordnung vom 1. Dezember 1986 zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2110.

24 Vgl. dazu die Erklärung des Ministerialdirektors Schäfer, Presse- und Informationsamt, vom 15. August 1986; BULLETIN 1986, S. 796 f.

25 Im Anschluß an das Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac wurde eine Erklärung veröffentlicht. Darin hieß es, Kohl habe Chirac über die Beschlüsse der Bundesregie-

des Vertrages von Schengen und für die erneute Einberufung der „Arbeitsgruppe Asyl“ gewonnen werden. Entsprechender Vorstoß für Treffen BM Zimmermann mit französischem Innenminister Pasqua am 17.9.1986.

b) Die EPZ-Präsidentschaft wurde gebeten, das Asylthema („gutnachbarliches Prinzip“, Sanktionen gegenüber Luftverkehrsunternehmen) auf die Tagesordnung des Politischen Komitees vom 2./3.9.1986 zu setzen.[26]
Ministertreffen am 6./7.9.1986.[27]

c) In einem baldigen Gespräch mit der EG-Kommission bzw. Lord Cockfield soll der Stand der Überlegungen gemäß Weißbuch 1985[28] erfahren und auf eine Beschleunigung hingewirkt werden. Das Gespräch könnte durch Staatsminister Dr. Stavenhagen geführt werden, der von Beamten aus AA (410) und BMI begleitet werden sollte.[29]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1220

rung vom 26. August 1986 zu Asylfragen informiert: „Les deux parties sont tombées d'accord sur le fait que les progrès doivent être accomplis tant au niveau national qu'au niveau international, notamment dans le cadre européen en ce qui concerne l'harmonisation des dispositions relatives aux étrangers et au droit d'asile. Aucun pays ne pouvait résoudre seul le problème des réfugiés. La politique d'ouverture des frontières que la France et la République fédérale d'Allemagne, entreprise à travers le traité de Sarrebruck en 1984 et de Schengen en 1985 avec les Etats du Benelux, devrait trouver son prolongement immédiat dans la mise en œuvre d'une politique commune en ce qui concerne les visas et le droit d'asile.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 18. Für die deutsche Fassung vgl. Referat 203 (202), Bd. 140633.

26 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte am 4. September 1986 zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in London mit, die Delegation der Bundesrepublik habe ausgeführt, „daß Zunahme der Flüchtlingsströme aus Asien und Afrika nicht nur nationales, sondern europäisches Problem sei. […] Der Flughafen Schönefeld sei z. Z. Haupteinfallstor illegaler Einreisen über Berlin (West) in das Bundesgebiet und in weitere europäische Staaten. […] Wir erläuterten das ‚gutnachbarliche Prinzip‘, daß Transitvisen nur an Personen ausgestellt werden, die die Einreisebedingungen ihres Ziellandes erfüllen […]. Wir baten um Bekräftigung dieses Prinzips durch die Zwölf.“ Die Sitzung habe ergeben, daß die britische EG-Präsidentschaft prüfen werde, „auf welche Weise die Zwölf ihre Besorgnis gegenüber der SU und der DDR am besten zum Ausdruck bringen können, und wird per COREU einen konkreten Vorschlag übermitteln.“ Ferner sei über Maßnahmen gegen Fluglinien gesprochen worden, die Passagiere ohne die notwendigen Einreisepapiere beförderten: „Partner sahen jedoch kein EPZ-Gremium, das sich mit der Frage befassen könnte“. Vgl. den Runderlaß Nr. 32/33/34/35; Referat 200, Bd. 134825.

27 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brokket Hall vgl. Dok. 236.

28 Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ für die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch bzw. den Anhang „Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes 1992“ vgl. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf bzw. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de_annexe.pdf.
In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 514 wurde erläutert: „Die EG befaßt sich, da eine gemeinschaftsrechtliche Kompetenz für den Bereich des Asylrechts und des Asylverfahrensrechts bislang nicht besteht, erst neuerdings mit Fragen einer Harmonisierung des Asylrechts und des Asylverfahrensrechts. Die Kommission hat in ihrem Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes (Juni 1985) im Zusammenhang mit der Beseitigung von Personenkontrollen an den Grenzen angekündigt, daß sie spätestens 1988 ‚Maßnahmen zum Asylrecht und zur Lage der Flüchtlinge‘ vorschlagen werde, über die der Rat spätestens 1990 zu beschließen hätte. Ergänzt werden sollen sie durch wirksame Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft und durch entsprechende Amtshilfe zwischen den innerstaatlichen Behörden. Die von der Kommission vorzuschlagenden Maßnahmen wären auch ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung eines einheitlichen Rechtsraums innerhalb der EG. Der Schwerpunkt entsprechender Maßnahmen könnte auf der Harmonisierung ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen innerhalb der Gemeinschaft liegen. Hierzu müßte auch eine Harmonisierung der Sichtvermerksbestimmungen der Mitgliedstaaten gehören.“ Vgl. Referat 514, Bd. 190554.

29 Staatsminister Stavenhagen traf am 4. September 1986 in Brüssel mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission zusammen. Lord Cockfield erklärte: „Die Einstellung der MS gerade zu Asylfra-

d) Aufnahme des Angebots des Generalsekretärs des Europarats vom 13.8.1986[30] zu außerordentlichen Konsultationen[31] (AA (514) und BMI).

Zu 6) Personalverstärkung Zirndorf

Von seiten des BMI wird das Auswärtige Amt bedrängt, ebenfalls bei der Personalverstärkung für Zirndorf mitzuwirken. BMWi will zwei bis drei Juristen, BMI zwei Amtmänner und zwei Schreibkräfte zur Verfügung stellen. BMWi und BMI verweisen darauf, daß im Präsidium der FDP argumentiert worden sei, man wolle das Grundgesetz nicht ändern, wohl aber nach unkonventionellen Lösungen suchen, die den Willen der Bundesregierung zur tatkräftigen Bewältigung des Asylproblems dokumentieren.

Hellbeck

Referat 514, Bd. 190554

Fortsetzung Fußnote von Seite 1221

gen weiche sehr stark voreinander ab (wie jetzt die Diskussion in GB über die Einführung des Visumszwangs zeige) – solche Meinungsverschiedenheiten gebe es auch innerhalb der Kommission. Deshalb wolle die KOM die Diskussion mit den MS über Begleitmaßnahmen wie Asylrecht erst dann beginnen, wenn die Kernfragen des Abbaus der Grenzkontrollen entschieden sind. In ein paar Jahren werde die Atmosphäre ganz anders aussehen, weil sich dann weit stärker die Überzeugung durchgesetzt haben werde, daß Grenzen keine gute und notwendige Sache sind. Außerdem müsse die Kommission ihre begrenzten Kapazitäten auf die Themen konzentrieren, die jetzt im Rat diskutiert werden. Deshalb sei es wohl besser, die Asylproblematik zunächst in der EPZ anzusprechen. Wenn dann mehrere MS zur Kommission kämen und sie bäten, etwas zu tun, weil das Asylrecht Gemeinschaftssache sei, werde die KOM einem solchen Wunsche entsprechen – aber nicht anders herum. StM zeigte Verständnis. Die Frage der Zuständigkeit bedürfe in der Tat noch gründlicher Prüfung. Allerdings müsse man auch sehen, daß eine spätere Harmonisierung der Asylvorschriften noch schwieriger werde, wenn die MS bis dahin unterschiedliche Politiken verfolgten." Cockfield führte aus, wenn die Kommission jetzt Vorschläge zum Asylrecht vorlegen würde, „würde sie sich nur eine blutige Nase holen". Die Europäischen Gemeinschaften würden „letzten Endes" handeln müssen: „Der politische Anstoß müsse aber von den Staaten kommen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 410, Bd. 141586.

30 Botschaftsrat I. Klasse Weisel, Straßburg (Europarat), berichtete am 14. August 1986: „Der Politische Direktor des Europarats rief uns gestern, wie er sagte, im Auftrag GS Orejas an, […] um in bezug auf das deutsche Asylantenproblem die Einschaltung des Europarats anzuregen. Er verwies darauf, daß das Ministerkomitee Ende Mai d. J. einen flexiblen Konsultationsmechanismus in bezug auf Flüchtlinge und Asylbewerber beschlossen habe. Der Konsultationsmechanismus biete eine Möglichkeit, die Solidarität der MS des Europarats in Anspruch zu nehmen. Insbesondere könne in diesem Rahmen auch versucht werden, die Türkei, aus der doch zahlreiche Asylbewerber kämen, zu einer Mitwirkung bei der Eindämmung des Asylantenstroms zu bewegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 200, Bd. 141808.

31 Das Bundesministerium des Innern vermerkte am 30. Oktober 1986, die Bundesregierung habe eine außerordentliche Sitzung des Fachausschusses CAHAR beantragt. Diese habe vom 27. bis 29. Oktober 1986 in Straßburg stattgefunden: „Konkrete Beschlüsse oder Empfehlungen hinsichtlich einzelner Maßnahmen wurden nicht gefaßt. […] Die sehr offene und fruchtbare Diskussion machte aber den Interessengegensatz zwischen den vom Asylbewerberzustrom besonders betroffenen Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Frankreich, Schweden und Schweiz deutlich – hier besteht eine durchaus sichtbare und auch artikulierte Interessenkongruenz – und der Staaten, die sich lediglich als Transitstaaten ansehen wie Italien und Türkei sowie einer dritten Gruppe, die vom Asylbewerberzustrom kaum betroffen sind und für die die Diskussion deshalb keinen besonderen Stellenwert hatte. Bei den Staaten, die sich hauptsächlich als Transitland verstehen, beschränkten sich die Äußerungen zur Politik der guten Nachbarschaft, der Solidarität und der Lastenteilung auf die üblichen Lippenbekenntnisse. […] Hervorzuheben ist vor allem, daß sich der Vertreter Italiens den von einem großen Teil der Mitgliedstaaten des Europarates als wünschenswert bezeichneten Gemeinschaftsregelungen hart widersetzte und – zum Teil unterstützt von der Türkei und Griechenland – forderte, daß jedes Land nach seinem Ermessen die ihm erforderlichen Maßnahmen durchsetzen sollte, ohne dem anderen Land dadurch Verpflichtungen ähnlicher Art aufzuerlegen." Vgl. Referat 200, Bd. 141808.

229

Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander

201-363.21 GPG-1426/86 geheim **2. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung zur Vorlage des BMVg für die Sitzung des Bundessicherheitsrats (BSR) vom 9.9.1986[3]

Betr.: Allgemeine Politische Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO (General Political Guidelines – GPG – for the Employment of Nuclear Weapons in Defence of NATO)

Bezug: 1) Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 28.8.1986 (mit Anlagen) – 201-363.21 GPG-1409/86 geh.[4]
2) Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 23.6.1986 (mit Anlagen) – 201-363.21 GPG-1073/86 geh.[5]

Anlg.: 1) Entwurf einer BSR-Beschlußvorlage des BMVg – 201-363.21 GPG-1427/86 geh.[6]
2) Bezugsaufzeichnungen zu 1) und 2) mit Anlagen liegen Ihnen bereits vor.[7]

I. Entscheidungsvorschlag

Zustimmung zu der Beschlußvorlage des BMVg, die mit dem Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene ad referendum abgestimmt worden ist.

II. 1) Der Bundessicherheitsrat wird am 9.9.1986 den Tagesordnungspunkt „Allgemeine Politische Richtlinien für den Einsatz nuklearer Waffen – Billigung einer Verhandlungslinie für die abschließende Beratung im Bündnis“ (Nukleare Planungsgruppe (NPG) am 17.9.[8] (Ständige Vertreter) und 21./22.10.[9] (Ver-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Kopie BStS] für StS R[uhfus] nach Rückkehr entnommen.“

3 Am 3. September 1986 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut: „BM ist mit Zuleitung Vorlage an BSR einverstanden.
Hat Meyer-Landrut am 3. September 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorlage wird von mir gezeichnet.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 3. September 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „Der StS M[eyer-]L[andrut] wurde unterrichtet, daß BSR-Vorlage vom BMVg gezeichnet wird.“

4 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt vgl. VS-Bd. 12120 (201).

5 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 178.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten Entwurf vgl. VS-Bd. 12120 (201).

7 Dem Vorgang teilweise beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt vom 28. August 1986 vgl. VS-Bd. 12120 (201). Vgl. Anm. 4.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vom 23. Juni 1986 vgl. VS-Bd. 12119 (201). Vgl. Anm. 5.

8 Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter vgl. Dok. 246.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Gleneagles vgl. Dok. 302.

teidigungsminister)) behandeln. Das Bundeskanzleramt hat das BMVg um Vorlage einer mit dem Auswärtigen Amt abgestimmten BSR-Vorlage gebeten, die noch diese Woche an die BSR-Mitglieder versandt werden wird, um ihnen – auf in jüngster Zeit wiederholt geäußerte Kritik hin – ausreichend Zeit zur gründlichen Vorbereitung für die Sitzung des BSR zu geben.

Anliegender Entwurf einer BSR-Vorlage wurde auf der Grundlage der Ihnen zur Genehmigung vorliegenden Aufzeichnungen sowie der Weisung von Herrn StS vom 30.8.1986 auf Arbeitsebene mit dem BMVg ad referendum abgestimmt.

2) Wesentlicher Inhalt der BSR-Vorlage des BMVg:

a) Beschlußempfehlung

Zustimmung zur Verabschiedung der GPG auf der 40. NPG mit der Maßgabe, daß

- der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland[10] vor Überweisung der GPG an die Minister zur Klarstellung unserer Rechtsposition zu den Ziffern 57 und 58 GPG (Einsatzbeschränkungen) eine Erklärung zu Protokoll abgibt,
- der BMVg[11] bei der Verabschiedung der GPG unser Verständnis der Ziffer 39 GPG dahingehend betont, daß die Hauptlast selektiver Nukleareinsätze der NATO dem Gebiet des Aggressors aufgebürdet werden muß.

b) Zu Inhalt und Bewertung der GPG wird u. a. festgestellt:

- Die noch gültigen „Vorläufigen Politischen Richtlinien für den defensiven taktischen Ersteinsatz von Nuklearwaffen durch die NATO“ (Provisional Political Guidelines PPG)[12] sind durch die zwischenzeitlich eingetretene politische Fortentwicklung des strategischen Denkens in der Allianz und die stärkere Mitwirkung auch der nicht-nuklearen Mitglieder an der Nuklearpolitik des Bündnisses überholt.
- Mit den GPG wird ein Gesamtkonzept für den nuklearen Einsatz vom Ersteinsatz bis zur allgemeinen nuklearen Reaktion im Rahmen der Strategie der flexiblen Antwort[13] formuliert.
- Die GPG geben Rahmen und Leitlinien für die politische Führung, insbesondere als Grundlage nuklearer Konsultationen im Bündnis, und der militärischen Führung klare politische Vorgaben für die militärische Planung.
- Die entscheidende politische Rolle selektiver Nukleareinsätze im Sinne des Ziels der vorbedachten Eskalation (Wiederherstellung der Abschreckung, Kriegsbeendigung und Schadensbegrenzung) wird durch die neuformulierten GPG gestärkt.

10 Niels Hansen.

11 Manfred Wörner.

12 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO billigte am 12. November 1969 in Washington die Vorläufigen Richtlinien für den taktischen Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 334 und Dok. 359.
Die Billigung durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO erfolgte am 3. Dezember 1969. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1607 des Gesandten Gnodtke, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 2018 (201); B 150, Aktenkopien 1969.

13 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

– Erfolgreiche Durchsetzung und Festschreibung wichtiger deutscher Interessen:
  – Festschreibung der politischen Funktion und politischen Kontrolle des Nukleareinsatzes, der nicht auf ein nukleares Auskämpfen eines Konflikts gerichtet ist.
  – Verlagerung des Schwerpunkts selektiver Optionen weg vom NATO-Territorium und dem engeren Gefechtsfeld in den erweiterten geographischen Bereich unter Einbeziehung sowjetischen Staatsgebietes.
  – Einbeziehung sowjetischen Territoriums auch in Ersteinsatzoptionen.
  – Einbeziehung strategischer Systeme in selektive Optionen (d. h. kein Begrenzen auf nukleare Einsätze aus Europa).
  – Enge Begrenzung des Umfangs eines Gefechtsfeldeinsatzes.

c) Verlagerung des Schwerpunkts selektiver Nukleareinsätze in den erweiterten geographischen Bereich (Ziffer 39 GPG)

In den Bündnisberatungen hat die Berücksichtigung unserer Interessenlage zur Frage der „Hauptlast" selektiver Nukleareinsätze bei der Formulierung der Ziffer 39 besondere Schwierigkeiten bereitet. Während wir zur Verdeutlichung der politischen Zielsetzung des selektiven Nukleareinsatzes und der Schadensbegrenzung im Sinne unserer Interessen eine positiv formulierte Fassung („die Hauptlast dem Gebiet des Gegners aufzubürden") anstrebten, ließ sich nach langwierigen Verhandlungen nur eine negativ formulierte Fassung („Hauptlast nicht dem NATO-Gebiet aufzubürden") durchsetzen. Die Formulierung geht auf Vermittlung von Großbritannien zurück, das bemüht war, unserem Standpunkt entgegenzukommen. Diesem Vorschlag stimmten schließlich alle Bündnispartner zu.

Versuche zu einer Neuverhandlung der Ziffer 39 sind angesichts der seinerzeit eindeutig ablehnenden Haltung der USA und anderer Bündnispartner aussichtslos und würden zudem riskieren, die Verhandlungen auch für andere Bündnispartner wieder zu eröffnen und mit dem Wiederaufleben einer Substanzdebatte die Verabschiedung und damit das Gesamtergebnis der GPG zu gefährden.

d) Einsatzbeschränkungen (constraints)

Das Auswärtige Amt hatte Bedenken gegen die bisherige Formulierung der Ziffern 57 und 58 GPG erhoben. Das BMVg hat sich daraufhin nach Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene am 22.8. zwecks Vorabstimmung mit einem neuen Vorschlag an die USA und Großbritannien gewandt, der den völkerrechtlichen Schutz der Zivilbevölkerung präziser formuliert.

Die amerikanische Regierung hat Neuverhandlungen eine eindeutige Absage erteilt (Ziffer 16 BSR-Vorlage). Erste britische Reaktionen besagen im Ergebnis das gleiche. Beide stellen fest, daß in der Sache mit unserem Rechtsverständnis kein Dissens bestehe, die Formulierungen der Ziffern 57 und 58 GPG der geltenden Rechtslage Rechnung trügen und Änderungsvorschläge im jetzigen Stadium nur dazu führen könnten, die Verabschiedung des Dokuments zu gefährden. Die jetzige Fassung stelle einen Kompromiß dar, der nur habe erreicht werden können, weil mehrere Nationen bei Einzelpositionen Kompromisse eingegangen seien.

e) Zeitpunkt der Verabschiedung der GPG

Das BMVg vertritt, gestützt auf die Einschätzung des Vorsitzenden der NPG-Stabsgruppe in Brüssel und unserer NATO-Vertretung in Brüssel, die Auffassung, daß unsere Bündnispartner bei der Sitzung der Ständigen Vertreter am 17. September in Brüssel der Überweisung der GPG zur Verabschiedung durch die Minister in der Nuklearen Planungsgruppe am 21./22.10.1986 ohne Änderungen in der Substanz zustimmen werden, um den in jahrelangen langwierigen Verhandlungen erreichten Kompromiß nicht zu gefährden.

f) Öffentlichkeitsarbeit

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Behandlung der GPG in der NPG am 21./22. Oktober 86 – sowohl im Falle ihrer Verabschiedung als auch im derzeit nicht wahrscheinlichen Falle ihrer Zurückweisung – in der Öffentlichkeit bekannt werden wird. Für den Fall der Verabschiedung der GPG wird eine restriktive, in jedem Fall aber reaktive Presse- und Informationspolitik im Bündnis empfohlen.

III. Bewertung

Das Auswärtige Amt hat in der Vergangenheit auf der Grundlage Ihrer Weisungen zu Vorlagen, mit denen die Abteilung 2 die Leitung des Hauses über den Fortgang der Verhandlungen der GPG fortlaufend unterrichtet hat, an der Formulierung der vom BMVg in der NPG-Stabsgruppe vertretenen deutschen Position mitgewirkt.

Abteilung 2 hat mit der Ihnen vorliegenden Aufzeichnung vom 23.6.1986 eine Bewertung des Inhalts der GPG nach Abschluß der Verhandlungen in der NPG-Stabsgruppe vorgelegt.

Wir teilen die Beurteilung des BMVg in der BSR-Beschlußvorlage, daß

– die deutschen Interessen bei der Ausarbeitung der GPG weitgehend gewahrt worden sind,
– die GPG gegenüber den bislang noch gültigen PPG unsere nationale Interessenlage wesentlich stärker berücksichtigen.

Wir haben deshalb ein Interesse an der baldigen Verabschiedung der GPG.

Versuche, im Bündnis doch noch eine andere, aus unserer Sicht bessere „positive“ Formulierung der Ziffer 39 GPG zu erreichen, sollten unterbleiben. Wir müssen davon ausgehen, daß

– unser Formulierungswunsch im Bündnis nicht konsensfähig ist und
– mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen würde, daß andere Bündnispartner ebenfalls Änderungswünsche anmelden werden mit der Folge, daß die Verabschiedung der GPG im günstigsten Fall wesentlich verzögert, wenn nicht ad infinitum vertagt wird.

Die jetzige Formulierung der Ziffer 39 GPG stellt gegenüber den bisherigen Regelungen in den PPG einen entscheidenden Fortschritt im Sinne der deutschen Interessen dar. Sie bedeutet im Umkehrschluß, daß die „Hauptlast“ selektiver Nukleareinsätze auf dem Gebiet des Aggressors liegen muß, und eröffnet uns damit die Möglichkeit, auf entsprechende Anwendung unseres Verständnisses in der politischen und strategischen Diskussion, Einsatzplanung und Übungspraxis des Bündnisses und im begonnenen Dialog mit Frankreich hinzuwirken.

Sie umfaßt außerdem alle selektiven Einsätze, auch den Ersteinsatz, wogegen die gültigen „Vorläufigen Politischen Richtlinien“ nur auf „intensivierte“ Folgeeinsätze abheben. Der Bewertung der BSR-Vorlage (vgl. Ziffer 13 f.) sollte aus der Sicht des Auswärtigen Amts zugestimmt werden mit der Maßgabe, daß der BMVg bei der Verabschiedung der GPG unser Verständnis der Formulierung der Ziffer 39 GPG betont.

Aufgrund der negativen Reaktion der USA und Großbritanniens müssen wir auch davon ausgehen, daß eine Neuverhandlung der Ziffern 57 und 58 GPG zu keinem positiven Ergebnis führen kann. Auch hier würden wir riskieren, durch unsere Initiative eine erneute Substanzdebatte zu eröffnen, und damit die Verabschiedung der GPG gefährden. Unser Interesse an einer Neuverhandlung der Ziffern 57 und 58 wiegt ein eventuelles Scheitern der GPG nicht auf. Die Formulierungen der Ziffern 57 und 58 GPG könnten zwar aus unserer Sicht in ihrer Aussage zum Schutz der Zivilbevölkerung noch deutlicher sein. Auch die bisherige Formulierung erlaubt jedoch eine Auslegung, die den völkerrechtlichen Erfordernissen Rechnung trägt. Der Völkerrechtsberater des Auswärtigen Amts[14] weist deshalb darauf hin, daß unserem Interesse Genüge getan wird, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihren Rechtsstandpunkt durch Abgabe einer Erklärung zu Protokoll verdeutlicht. Die Erklärung sollte durch den Ständigen Vertreter bei der Sitzung am 17.9.86 abgegeben werden. Diese Erklärung könnte wie folgt lauten:

„Im Zusammenhang mit ihrer Zustimmung zur Verabschiedung der Allgemeinen Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO möchte die Bundesregierung feststellen, daß nach ihrem Verständnis die völkerrechtlichen Grundsätze für den Einsatz von Kernwaffen, wie sie u. a. in der im Konsens angenommenen Resolution 2444 (XXIII) vom 19.12.1968 der Vereinten Nationen[15] festgehalten sind, im Rahmen dieser Richtlinien uneingeschränkt Geltung haben.“

D 5 i. V.[16] hat mitgezeichnet.

i. V. Finke-Osiander

VS-Bd. 12120 (201)

14 Franz Bertele.

15 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2444 (XXIII) der VN-Generalversammlung vom 19. Dezember 1968 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XII, S. 164 f.

16 Hannspeter Hellbeck.

230

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters

3. September 1986[1]

Gespräch Bundesminister mit Sonderbotschafter Vernon Walters, USA, Bonn, 3.9.1986, 15.00 bis 16.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf US-Seite: Botschafter Walters, Botschafter Burt, Botschafter Oakley, zwei Begleiter.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, D 3[3], D 4[4], 010.

Walters: Präsident habe ihn auf Sondermission nach Europa geschickt, um mit Verbündeten über Sorgen der amerikanischen Regierung wegen möglicher neuer libyscher Terrorakte zu sprechen. Bisher habe er Spanien, Belgien, Frankreich und die Niederlande besucht.

Gaddafi habe sich seit etwa sechs Monaten ruhig verhalten, und zwar dank der Maßnahmen der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Diese Maßnahmen hätten Gaddafi gezeigt, daß er sich auf gefährlichem Kurs befunden habe. Bezeichnend sei, daß Gaddafi in der Nacht des amerikanischen Angriffs auf Tripolis[5] in den Süden geflohen sei. Dies werfe ein bemerkenswertes Bild auf ihn als Führer seines Volkes. Gegenwärtig verfügten, was die Vorbereitung neuer libyscher Terroranschläge betreffe, die USA nicht über harte Beweise (hard, irrefutable), aber Hinweise auf den Beginn neuer Vorbereitungen. Solche Vorbereitungen seien früher durch die libyschen Volksbüros erfolgt. Diese seien jetzt zahlenmäßig stark reduziert. Daher liefen jetzt Vorbereitungen durch die Auslandsbüros der Libyan Airlines und durch wirtschaftliche Institutionen. Die Amerikaner seien dankbar dafür, was die europäischen Verbündeten bisher getan hätten. Dieses seien effektive Maßnahmen gewesen. Sie hätten mit dazu beigetragen, Gaddafi intern verletzbar zu machen. Der Druck müsse aufrechterhalten bleiben. Über die internen Konsequenzen sei die Bevölkerung in Libyen, auch die Geschäftswelt, unglücklich. Auch die Streitkräfte seien unruhig. Gaddafi selbst wandere unruhig durchs Land. Er habe sein Hauptquartier an einen Ort 450 km südlich von Tripolis verlegt. Nach dem amerikanischen Angriff auf

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sudhoff am 4. September 1986 gefertigt. Ferner handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt."
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 15. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf 010".
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 15. und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 17. September 1986 vorgelegen.

2 Der amerikanische VN-Botschafter Walters besuchte am 1. September Spanien, am 2. September Frankreich und Belgien, am 3. September die Niederlande und die Bundesrepublik, am 4. September Italien und erneut Frankreich sowie am 5. September 1986 Großbritannien.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Alois Jelonek.

5 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

Tripolis hätten sich Tunesien, Marokko, Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien still verhalten. Algerien habe wenig gesagt. Die Golfstaaten hätten zwar verurteilende Kommentare abgegeben, diese aber später im bilateralen Gespräch mit den USA zurückgenommen. Nur Syrien und andere Hardliner hätten laut geschrien. Wichtig sei, daß Gaddafi auch in Zukunft klargemacht werde, welche Konsequenzen neue Terrorakte haben würden. Wenn Gaddafi neue Terrorakte gegen die USA unternähme und die USA könnten diese Terrorakte zu ihm zurückverfolgen, würden die USA zuschlagen (we will hit). Beachtlich seien die Senkung der Importe der europäischen Staaten aus Libyen, die Überwachung und die Beschränkung libyscher Einrichtungen und libyscher Staatsbürger. Die libyschen Öleinnahmen seien auf 11 Mrd. $ in 1985, auf 5 Mrd. $ in 1986 gefallen. Die Amerikaner hofften, daß die ergriffenen Maßnahmen fortgesetzt würden. Washington habe auch die Hoffnung, daß die Bundesregierung die Zahl der Mitarbeiter des libyschen Volksbüros in Bonn weiter Richtung Null absenken werde. In Paris habe man ihm gesagt, daß die Franzosen die kürzlich nach Libyen geschafften Airbusse nicht warten würden. Die Franzosen importierten auch kein libysches Öl. Die Amerikaner ihrerseits hatten die amerikanischen Firmen in Libyen angewiesen, alle Aktivitäten in Libyen einzustellen. Eine belgische Raffinerie habe bisher aus Libyen importiertes Rohöl in verarbeiteter Form in die USA exportiert. Diese Raffinerie sei jetzt von Südkorea übernommen worden. Man werde jetzt mit Südkorea sprechen. Dabei stelle sich das Problem der Ursprungszertifikate. USA wollten Expertenteam nach Europa schicken, um die damit zusammenhängenden Probleme zu erörtern und zu sehen, wie Importe verarbeiteten Rohöls in die USA zu verhindern sind. Ein Problem stellten noch die Tochtergesellschaften von US-Firmen in Europa dar.[6] Amerikaner und Europäer müßten hier noch prüfen, wie wir den Amerikanern noch besser helfen könnten. Positiv sei im übrigen, daß europäische Firmen nicht in bisherige US-Aktivitäten eingesprungen seien. Amerikaner hofften ferner, daß die europäischen Ölfirmen den Ankauf von Öl in Libyen letztlich ganz einstellen würden.

Die USA hätten Anzeichen, daß libysche Vorbereitungen für neue Anschläge auf US-Einrichtungen liefen, besonders Anschläge auf den US-Botschafter in Deutschland und anderswo. Auch bei[7] Angriff auf Akrotiri in Zypern seien die Libyer beteiligt gewesen. Die Akteure seien später durch einen außerplanmäßigen Flug der Libyan Airlines von Zypern abgeholt worden.[8] Es wäre gut, wenn

6 Zur Ausdehnung der amerikanischen Sanktionen gegen Libyen auf ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Firmen vgl. Dok. 172.

7 Korrigiert aus: „der".

8 Botschaftsrat Sartorius, Nikosia, meldete am 5. August 1986: „Am 3.8. wurden in britischer Militärbase Akrotiri gelegene Wohnsiedlung und Sportclub mit Granatfeuer belegt. Zwei Engländerinnen und ein Zypriote wurden leicht verletzt. Bisher hier nicht bekannte Gruppe ‚Unified Nasserite Organisation – Cairo' übernahm Verantwortung für den Angriff, der als ‚Vergeltungsschlag gegen die britisch-zionistisch-amerikanische Unterdrückung' bezeichnet wurde. Suche nach den Tätern bisher erfolglos. Presse spekuliert, daß sie über Demarkationslinien nach Nordzypern geflohen sind (was unwahrscheinlich ist), und bringt Reden Gaddafis nach US-Anschlag auf Tripolis in Erinnerung, in denen britische Militärbasen auf Zypern als mögliche Angriffsziele genannt wurden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 223, Bd. 183984.
Am 5. September 1986 teilte Botschafter Rötger, Nikosia, ergänzend mit, von den Tätern fehle jede Spur: „Das Gerücht, wonach angebliche Akteure durch das Auswechseln einer Flugzeugbesatzung ei-

die Europäer mit Österreich, Griechenland und Malta sprächen, um auch diese Staaten zur Reduzierung ihrer Beziehungen zu Libyen zu gewinnen. Es schiene so, daß auch die Sowjets ihre Haltung zu Terrorismus verändert hätten. In seiner Zeit als Präsident des Sicherheitsrates[9] habe sich der Mordanschlag auf den sowjetischen Diplomaten im Libanon[10] ereignet. Er, Walters, habe zu diesem Thema im Sicherheitsrat ein hartes Statement abgegeben[11], zu dem die Sowjets ihre Genehmigung gegeben hätten. Einen Monat später habe er sich bemüht, für eine Erklärung gegen Geiselnahme eine sowjetische Co-Sponsorship zu gewinnen. Die Sowjets hätten ihre grundsätzliche Mitwirkung zugesagt, aber hinzugefügt, so weit, wie er vorgeschlagen habe, könnten sie nicht gehen. Immerhin seien diese Äußerungen jedoch bezeichnend für einen sowjetischen Sinneswandel. Die Amerikaner bäten darum, auch in den Gesprächen mit der Sowjetunion und anderen Staaten des Ostblocks die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus zu unterstreichen. Abu Nidal habe jetzt sein Hauptquartier in Warschau. Die Handgranaten der Anschläge von Wien, Rom[12] etc. seien bulgarischen Ursprungs gewesen, verkauft an Libyen. Auch auf Syrien und den Iran müsse man aufpassen. Der Iran beginne jetzt, mit eigenen Leuten Aktivitäten zu unternehmen. Die USA seien daran interessiert, daß auch in Zukunft die europäischen Verbündeten enge Kontakte und Konsultationen zum Thema Terrorismus mit den USA unterhielten. Gaddafi werde sicherlich in der Zukunft durch einen neuen Mann ersetzt werden. Die Amerikaner hätten ein Interesse daran, daß dieser neue Mann nicht radikaler, irrationaler[13] und pro-sowjetischer sei als Gaddafi. Jalloud werde von ihnen als nicht besonders pro-sowjetisch angesehen. Im übrigen sähe Washington gerne, wenn die Landerechte der Libyen Arab Airlines in Deutschland suspendiert würden. Es sei zu begrüßen, daß die Lufthansa keine Wartung libyscher Maschinen betreibe.[14] Die Amerikaner seien auch dankbar für unsere Hilfe bei

Fortsetzung Fußnote von Seite 1229

ner libyschen Verkehrsmaschine auf dem zyprischen Flugplatz Larnaka außer Landes gebracht worden seien, ist mehrfach dementiert worden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 342; Referat 223, Bd. 183984.

9 Der amerikanische VN-Botschafter Walters hatte im Oktober 1985 die Präsidentschaft im VN-Sicherheitsrat inne.

10 Botschaftsrat Heinemann, Beirut, berichtete am 1. Oktober 1985: „Am 30.9. wurden in zwei getrennten Aktionen jeweils zwei Angehörige der Botschaft der UdSSR, drei Diplomaten sowie der Botschaftsarzt, auf offener Straße in Westbeirut in der Nähe der sowjetischen Botschaft entführt. Es handelt sich, wie mir die sowjetische Botschaft erklärte, weltweit um das erste Mal, daß sowjetische Diplomaten […] gekidnappt wurden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 572; Referat 310, Bd. 149645.
Am 5. Oktober 1985 wurde in der Presse berichtet, einer der Entführten, der Attaché Katkow, sei am 2. Oktober 1985 ermordet aufgefunden worden. Hinter der Tat stehe eine sunnitische Gruppe namens „Islamische Befreiungsorganisation – Chalid ibn al Walid", die die UdSSR dazu bringen wolle, Druck auf Syrien auszuüben, „damit es seine befreundeten Milizen auffordert, die Belagerung sunnitischer Fundamentalisten in Tripolis zu beenden". Vgl. den Artikel „Islamische Extremisten: Amerikanische Geisel ‚hingerichtet'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Oktober 1985, S. 1.

11 Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen VN-Botschafters Walters am 10. Oktober 1985 in New York vgl. UN Security Council, Official Records, 40th year, 2619th meeting, S. 4f. (https://daccess-ods.un.org/TMP/3766074.77664948.html).

12 Zu den Anschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien am 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.

13 Korrigiert aus: „rationaler".

14 Vortragender Legationsrat Neumann erläuterte am 1. September 1986, es sei zutreffend, daß die Deutsche Lufthansa AG (LH) für die „Libyan Arab Airlines" (LAA) keine Wartungsarbeiten durchführe: „Ausnahme: aus Verkehrssicherheitsgründen international übliche und notwendige kurze ‚Umkehrwartung' im regulären Libyenverkehr. Falls LH die Umkehrwartung ablehnen würde,

den Bemühungen, die zwei Airbusse der British Caledonian aus Libyen fernzuhalten.[15] Ferner bäten die Amerikaner darum, keine Ersatzteile für früher aus Deutschland nach Libyen gelieferte Radar- und andere sensitive Anlagen in Zukunft zu liefern. Schließlich wäre es gut, die Lieferung von Dual-use-Geräten einzuschränken und für bereits gelieferte Geräte keine Ersatzteile zu liefern.

Bundesminister legte die von der Bundesregierung im Frühjahr eingeleiteten Maßnahmen gegen Libyen dar (entsprechend Seite 2 und 3 der Vorlage vom 2.9.1986[16]). Bundesminister ging dabei auch auf die nach unten gerichtete Tendenz unserer Wirtschaftsbeziehungen ein. Die ergriffenen Maßnahmen würden aufrechterhalten und fortgesetzt. Das werde zur Folge haben, daß die Wirtschaftsbeziehungen weiter absinken würden. Seit Juni 1986 bestehe auch eine totale Deckungssperre für Lieferungen nach Libyen. Bundesminister trug dann im einzelnen die Wirtschaftszahlen gemäß Seite 4 der Vorlage vor. Bundesminister fragt, wie sich die Amerikaner erklärten, daß die libysche Ölförderung auf dem gleichen Niveau wie vorher geblieben sei.

Oakley: Hier muß es sich um Verkäufe auf dem Spotmarkt handeln.

Bundesminister fragt, ob inzwischen alle US-Staatsbürger aus Libyen abgezogen worden seien.

Walters weist darauf hin, es gebe keine US-Bürger mehr in Libyen, die für US-Firmen dort arbeiteten. Es könne sich nur noch um Staatsbürger handeln, die aufgrund anderer Art Geschäftsbeziehungen in Libyen verblieben seien. Diese machten sich strafbar.

Bundesminister weist darauf hin, daß der sich fester zusammenziehende Griff seine Wirkung nicht verfehlt habe. Die Verkäufe von Öl an Staaten des Ostblocks würden den Libyern kaum die erforderlichen harten Devisen einbringen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1230

könnte bzw. müßte diese von der Frankfurter Flughafen AG vorgenommen werden – solange der Frankfurt-Verkehr der LAA stattfinden soll. […] Im Zusammenhang mit dem Erwerb der beiden ursprünglich an British Caledonian gelieferten Airbusse durch Libyen ist die LH vor einiger Zeit von Libyen um Ausbildung von Piloten gebeten worden. LH hat dies abgelehnt." Vgl. Abteilung 4, Bd. 176389.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok teilte der Botschaft in Tripolis am 25. Juli 1986 mit, die britische Fluggesellschaft „British Caledonian" (BC) habe kürzlich zwei Flugzeuge vom Typ „Airbus A-310" an die in Hongkong ansässige Firma „Service Airlines" verkauft. Diese habe die Maschinen an die in Großbritannien registrierte Firma „Cobra" weiterverkauft: „Cobra hat Flugzeuge trotz entgegenstehender Klausel im Vertrag BC-Service Airlines laut hiesiger britischer Botschaft an Libyen weiterverkauft. Briten versuchen seit Anfang Juli mit Unterstützung amerikanischer, französischer und deutscher Botschaften in Amman und Abu Dhabi, den Weiterflug der zur Zeit auf den Flugplätzen Amman und Dubai stehenden beiden Flugzeuge nach Libyen zu verhindern." Großbritannien habe zudem die Bundesregierung um Unterstützung der Bemühungen von „British Caledonian" um Rückkauf der beiden Maschinen gebeten: „BC befürchtet erhebliche Schwierigkeiten im USA-Geschäft, falls Rückkaufvorhaben mißlingt. Briten haben gebeten, wir mögen Libyer auf Schwierigkeiten beim Betrieb der Flugzeuge hinweisen, die aufgrund von Hindernissen bei Ersatzteilbeschaffung und Wartung entstehen könnten." Vgl. den Drahterlaß; Abteilung 4, Bd. 176389.
Am 11. August 1986 berichtete Legationsrat I. Klasse Vorwerk, Tripolis: „Dem Vernehmen nach befindet sich einer der beiden britischen Airbusse jetzt in Libyen. Die zweite Maschine befindet sich noch in Abu Dhabi." Vgl. den Drahtbericht Nr. 626; Abteilung 4, Bd. 176389.
Botschafter Trömel, Abu Dhabi, informierte am 18. August 1986 über Presseberichte, wonach am 15. August 1986 der zweite Airbus durch algerische Piloten nach Libyen geflogen worden sei. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 347; Abteilung 4, Bd. 176389.

16 Korrigiert aus: „2.9.1976".
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vgl. Abteilung 4, Bd. 176389.

Walters teilt mit, die Sowjetunion habe nach dem Angriff der Amerikaner auf Tripolis neue Luftabwehrraketen und Radaranlagen an der Großen Syrte und bei Bengasi geliefert und installiert.

Bundesminister betont, die Bundesrepublik werde mit ihren Maßnahmen fortfahren und überlegen, was auch noch bei anderen Ländern getan werden könne. Er rege an, gegenwärtig weniger über Gaddafi zu reden. Gaddafi liebe es, im Mittelpunkt des internationalen Interesses zu stehen. Das Thema Libyen solle daher in der Öffentlichkeit besser low key behandelt werden. Wichtig sei auch noch ein weiterer Gesichtspunkt: Wir alle seien an einem Treffen der Israelis mit Präsident Mubarak interessiert. Mubarak aber dürfe es nicht schwerer gemacht werden, sich mit Peres zu treffen.

Walters: Das Treffen Peres mit Hassan II.[17] werde keine kurzfristigen Ergebnisse haben.

Bundesminister: Hier handelt es sich um einen ungewöhnlich mutigen Schritt mit einer Langzeitwirkung im gesamten arabischen Lager.

Er bedeutet Rückendeckung für Hussein und Schutz für Mubarak. Bundesminister fragt nach amerikanischer Einschätzung der Entwicklung der Südafrika-Problematik.

Walters: Amerikaner haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, wie das Embargo auf Waffenlieferungen und auf Polizeiausrüstung. Was man in Zukunft tun wolle, seien Maßnahmen, die zwar die Weißen unter Druck setzten, nicht aber die Schwarzen träfen und ihre Interessen verletzten. Solche Folgen wären bei Embargomaßnahmen gegen Kohle und Stahl zu erwarten. Die Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft würden wichtigen Einfluß auf die USA-Entscheidung haben. Am 9.9. müsse die Executive Order des Präsidenten zu den Maßnahmen gegen Südafrika verlängert werden.[18] Dabei werde man wohl zunächst im Bereiche der bisherigen Maßnahmen bleiben. Es bestehe aber die Möglichkeit, daß man wegen der Lage im Kongreß[19] in Zukunft auch darüber

17 König Hassan II. und Ministerpräsident Peres trafen am 22./23. Juli 1986 in Ifrane zusammen. Referat 310 notierte dazu am 25. Juli 1986, das Treffen verspreche zwar, „Bewegung in die festgefahrenen Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten zu bringen, unmittelbare Auswirkungen auf den Friedensprozeß sind aber, wenigstens kurzfristig, nicht zu erwarten. Das Treffen bricht mit einem strengen arabischen Tabu und ist geeignet, die gemäßigten Kräfte in der arabischen Welt zu stärken, die Radikalen zu schwächen und den Verfall der arabischen Einheit deutlich zu machen." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141110.

18 Am 9. September 1985 verfügte Präsident Reagan die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Executive Order mit den Sanktionsbestimmungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 2 f.
Die Maßnahmen wurden am 4. September 1986 verlängert. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1136 f.

19 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 19. August 1986, der amerikanische Senat habe am 15. August 1986 mit 84 zu 14 Stimmen einer Vorlage des Senators Lugar zu Sanktionen gegen Südafrika zugestimmt, die u. a. Investitionen und Bankkredite verbot sowie ein Importverbot für Kohle, Uran, Textilien und landwirtschaftliche Produkte vorsah. Van Well führte dazu aus: „Theoretisch hat das Abgeordnetenhaus es in der Hand, die Senatsvorlage ohne weiteres Gesetz werden zu lassen, sobald sie ihm nach Rückkehr des Kongresses aus den Sommerferien am 8. September übermittelt wird. Die demokratische Mehrheit des Abgeordnetenhauses braucht sich nur zu entschließen, der Senats-Vorlage ohne Änderungen im Plenum zuzustimmen. In diesem Fall bedürfte es keiner Verhandlungen im Vermittlungsausschuß mehr, und die Vorlage könnte sofort dem Präsidenten vorgelegt werden, der sich innerhalb von zehn Tagen zu entscheiden hätte, ob er sie vetieren will oder nicht. Der Kongreß hätte bis zum Ende der Sitzungsperiode am 3. Oktober noch

hinausgehen müsse. Importstopp von Kohle und Stahl, um dies zu wiederholen, müßten sich aber sehr nachteilig für die schwarze Bevölkerung auswirken. Bei Embargomaßnahmen im Kohlebereich sei mit ca. 36000 arbeitslosen Schwarzen zu rechnen, im Stahlbereich mit 16000. „We hope for a gentle decision of the EEC in this field."

Bundesminister weist darauf hin, daß wir großen Wert auf enge Abstimmung mit anderen Industriestaaten legen, so wie dies in der Erklärung des Europäischen Rates vom 27. Juni 1986[20] festgelegt worden ist. Wir legten daher auch großen Wert auf eine Abstimmung mit den USA, was zu tun sei und was nicht zu tun sei. Die Japaner würden sich dem anschließen. Wie man höre, werde Außenminister Howe Ende der nächsten Woche nach Washington reisen.[21] Er, Genscher, werde bei dem informellen Treffen am 6./7.9.[22] sagen, daß wir es begrüßen, daß Howe diese Mission nach Washington unternehme, um sich mit den USA abzustimmen.

Walters: So wie es gegenwärtig aussehe, wollten weder Spanien noch Belgien die Kohle in die Sanktionen einbeziehen. Die Niederländer seien jedoch an einer Einbeziehung der Kohle interessiert.

Bundesminister wiederholt sein Interesse an einer gemeinsamen Position mit Amerikanern zu diesem gesamten Sachverhalt.

Bundesminister schneidet Frage der Repräsentanz auf der bevorstehenden Beerdigung des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen[23] an. Es dürfe nicht das Bild entstehen, daß nur der Osten hochrangig vertreten sei. Hier dürfe kein optisches Ungleichgewicht entstehen.

Walters versprach, die Frage der amerikanischen Repräsentanz zu klären und die Bundesregierung zu informieren. Er glaube, daß es noch in diesem Jahr zu einem Gipfeltreffen Reagan mit Gorbatschow komme. In Vorbereitung des Gesprächs der beiden Außenminister[24] würden sich Karpow und Nitze in der näch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1232

Zeit, über ein Veto des Präsidenten abzustimmen und es gegebenenfalls mit Zweidrittel-Mehrheit beider Häuser […] zu Fall zu bringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3486; Referat 204, Bd. 135355.
Das amerikanische Repräsentantenhaus übernahm den Senatsbeschluß am 12. September 1986 mit 308 zu 77 Stimmen. Vgl. dazu den Artikel „Repräsentantenhaus beschließt Sanktionen"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 13./14. September 1986, S. 8.

20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag vgl. Dok. 181.

21 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 9./10. September 1986 in den USA auf. Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 11. September 1986 britische Informationen: „Hinsichtlich der gegenüber Südafrika zu verfolgenden Politik habe Übereinstimmung bestanden, den Druck auf SUA aufrechtzuerhalten. Ein europäisches Vorangehen im Beschließen neuer Sanktionen scheine den Amerikanern keine Probleme zu bereiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3808; Referat 213, Bd. 139334.

22 Korrigiert aus: „5./6.9."
Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7. September 1986 in Brocket Hall vgl. Dok. 236.

23 Bundesminister Genscher nahm am 7. September 1986 in Helsinki an den Trauerfeierlichkeiten für den am 31. August 1986 verstorbenen ehemaligen Präsidenten Kekkonen teil. Die USA wurden durch die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium und ehemalige Botschafterin in Finnland, Ridgway, sowie den ehemaligen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, vertreten. Vgl. dazu den Artikel „Finnland nimmt Abschied von Kekkonen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. September 1986, S. 2.

24 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

sten Woche in Washington treffen.[25] Man habe auch mit der Sowjetunion über Libyen und Syrien gesprochen. Die Sowjets hätten zu erkennen gegeben, daß Gaddafi für sie ein unbequemer Partner sei.

Bundesminister fragt nach amerikanischen Vorstellungen zu einem Projekt der Jungen Liberalen, einem deutsch-amerikanischen Jugendwerk. Er würde dieses Projekt gerne unterstützen, wenn er wisse, daß Washington mitmacht.

Burt versprach, sich sachkundig zu machen.

Bundesminister schneidet einen Aspekt des deutsch-amerikanischen Kulturaustausches an. Er habe neulich mit dem bekannten Sammler Ludwig in Köln gesprochen. Dieser habe festgestellt, daß es im Bereich des Austausches von Ausstellungen nicht gut aussehe. Er, Genscher, sei der Meinung, dies sei verbesserungswürdig. Man müsse demonstrieren, daß es sich um[26] einen gemeinsamen Kulturraum handele. Dazu gehöre auch der Austausch von Ausstellungen. Der kulturell-menschliche Bereich müsse in den Beziehungen zwischen den USA und Europa stärker einbezogen werden.

Burt: Zustimmung.

Referat 010, Bd. 178902

231

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Carlsson in Stockholm

4. September 1986[1]

Besuch des Herrn Bundeskanzlers im Königreich Schweden am 4. September 1986;
hier: Plenargespräch am Sitz des Ministerpräsidenten in Stockholm

Beginn: 11.30 Uhr, Ende: 12.30 Uhr.

Teilnehmer

Auf schwedischer Seite: Ministerpräsident Carlsson; Außenhandelsminister Hellström; Staatssekretär Schori, Außenministerium; Staatssekretär Widgren, Arbeitsministerium; Botschafter Eckerberg; Botschafter Dahlgren, Kanzlei des

25 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.
26 Korrigiert aus: „daß es um".

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 22. September 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „zur dortigen Kenntnisnahme" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 24. September 1986 vorgelegen, der die

Ministerpräsidenten; Ministerialdirektor Noreén, Kanzlei des Ministerpräsidenten; Ministerialdirigent Bergquist, Außenministerium; Ministerialrat Rosenberg, Außenministerium.

Auf deutscher Seite: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl; Staatssekretär Friedhelm Ost, BPA; Staatssekretär Dr. Andreas Meyer-Landrut, Auswärtiges Amt; Ministerialdirektor Horst Teltschik, Bundeskanzleramt; VLR I Dr. Walter Neuer, Bundeskanzleramt; VLR I Dr. Peter Hartmann, Bundeskanzleramt; VLR I Dr. Heinz Schneppen, Auswärtiges Amt; Frau Gisela Siebourg als Dolmetscherin.

MP *Carlsson* heißt den Bundeskanzler noch einmal herzlich willkommen in Schweden und berichtet, daß er mit dem Bundeskanzler bereits folgende Fragen unter vier Augen erörtert habe:

– West-Ost-Beziehungen,
– innerdeutsche Lage,
– Lage in Europa.

Da beide Länder keine wirklich bilateralen Probleme hätten, schlage er vor, daß man weiterhin über internationale Fragen spreche. Aus seiner Sicht würde er hierfür die Themen

– Kernkraft,
– Umwelt,
– Südafrika,
– Abrüstungsinitiative der Sechs

vorschlagen.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich sehr herzlich für den Empfang in Stockholm und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß das heutige Gespräch zustande gekommen ist. Schweden und Deutschland seien beide Teil der europäischen Geschichte. Es bahne sich derzeit ein neuer Abschnitt in den West-Ost-Beziehungen an. Hierbei könnten Schweden und Deutschland trotz der unterschiedlichen Ausgangslage vieles miteinander bewegen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden seien ein Kernstück der europäischen Politik der Bundesregierung. Die EG sei nur ein Rumpf-Europa. Selbstverständlich respektiere er die schwedische Haltung, aber die Statik Europas sei nicht in Ordnung, wenn sich die Achse völlig nach Süden verschiebe und Nordeuropa außer Betracht bleibe. Er trete daher entschieden dafür ein, daß auch ein Land wie Schweden in den europäischen Prozeß einbezogen werde. Dabei sei auch die Frage der Sicherheitspolitik sehr wichtig. Ebensowenig dürfe man den kulturellen Aspekt vernachlässigen. Man müsse daher darüber nachdenken, was man tun könne, damit Nordeuropa in der weiteren Entwicklung nicht abgehängt werde. Er freue sich, daß es heute möglich sei, ein neues Blatt in den beiderseitigen Beziehungen zu wenden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1234

Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Lukowitz und Legationsrätin I. Klasse König verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich hatte wegen der Verzög[e]r[ung] eigenes Kurzprotokoll verteilt."

Hat Lukowitz am 24. September 1986 vorgelegen.

Hat König am 25. September 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 205, Bd. 135386.

MP *Carlsson* dankt dem Bundeskanzler für diese freundlichen Worte und erklärt, für Schweden sei die Bundesrepublik Deutschland das wichtigste Land in Europa. Dies gelte nicht zuletzt für Kultur und Wirtschaft.

Er wolle jetzt ein paar Worte zur Problematik der Kernenergie in Schweden sagen. Sein Land decke 45% seiner Energie aus Kernkraft. Nach dem Zwischenfall von Harrisburg[2] habe eine Volksabstimmung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß Schweden nur bis zum Jahre 2010 an der Kernenergie festhalten wolle.[3] Nach Tschernobyl[4] sei eine Kommission beauftragt worden, die Lage erneut zu überprüfen.

Im übrigen sei es aus seiner Sicht wichtig, daß es zu einer besseren internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nutzung der friedlichen Kernenergie komme. Die Initiative des Bundeskanzlers[5] habe daher die volle Unterstützung Schwedens. Zum Beispiel sei es wichtig, daß der Informationsaustausch nach Unfällen verbessert werde.

Was die Umweltproblematik angehe, habe Schweden sich nicht nur mit den Folgen der Kernkraft auseinanderzusetzen, sondern auch mit der hohen Schadstoffemission aus anderen Ländern. Schweden habe 80000 Seen, davon seien bereits 18 biologisch tot. Insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung der Ostsee und der Nordsee sei eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland erwünscht.

Der *Bundeskanzler* erwidert, die grundsätzlichen Positionen beider Seiten in der Frage der Kernenergie lägen ungewöhnlich nahe beieinander. Die früheren Bundeskanzler Brandt und Schmidt hätten langfristige Energiepläne – übrigens mit Unterstützung der Opposition – aufgestellt[6], wonach der Energiever-

2 In den USA ereignete sich am 28. März 1979 in dem nahe der Stadt Harrisburg gelegenen Kernkraftwerk „Three Mile Island" ein Unfall, in dessen Verlauf es im Reaktorblock 2 zu einer partiellen Kernschmelze kam, durch die etwa ein Drittel des Reaktorkerns fragmentiert wurde und schmolz. Vgl. dazu den Artikel „New A-Plant Radiation Burst Spurs Partial-Evacuation Order"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 31. März/1. April 1979, S. 1.

3 Botschafter Thomas, Stockholm, berichtete am 25. Februar 1980, in der für den 23. März 1980 vorgesehenen Volksabstimmung stünden drei „Linien" zur Auswahl: „Linie I tritt für den Ausbau der Kernenergie auf höchstens zwölf Reaktoren ein, mit späterem Abbau in dem Maße, wie andere Energiequellen tatsächlich zur Verfügung stehen." Linie II verfolge im wesentlichen die gleichen Ziele wie Linie I, sehe aber „die Überleitung in staatliche oder kommunale Hand aller Reaktoren" vor: „Die zwölf Reaktoren sollten für die Dauer ihrer technisch sicheren Lebenszeit von 25 Jahren genutzt werden, danach würde der Einsatz anderer Energiequellen erwartet". Linie III fordere: „Kein weiterer Ausbau der Kernenergie, die in Betrieb befindlichen sechs Aggregate sollen binnen zehn Jahren abgebaut werden, keine Uranförderung und Wiederaufarbeitung der Brennelemente, kein Export von Reaktoren und ihrer Technologie." Vgl. den Schriftbericht Nr. 214; Referat 431, Bd. 129506.
Am 24. März 1986 teilte Thomas mit, in der Volksabstimmung am Vortag hätten 18,7% für Linie I gestimmt, 39,3% für Linie II und 38,6% für Linie III. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 65; Referat 431, Bd. 129506.

4 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

5 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 165.

6 Die Bundesregierung verabschiedete am 26. September 1973 ein Energieprogramm. Darin wurden die Zielsetzungen für eine zukünftige Energiepolitik der Bundesrepublik formuliert und Maßnahmen aufgeführt, um eine dauerhafte umwelt- und kostengerechte Sicherung der Energieversorgung sowohl für die Volkswirtschaft als auch für die Einzelverbraucher zu erreichen. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, 7. WP, Drucksache Nr. 7/1057. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 256.

brauch in der Bundesrepublik Deutschland zu je einem Drittel aus Kernkraft, Kohle sowie Gas und Öl gespeist werden solle. Er halte an dieser Perspektive fest. Natürlich gebe es insbesondere nach Tschernobyl neue Fragen. Pflicht der Politik sei es, auf die Angst der Menschen eine Antwort zu geben. Die Bundesregierung sei nicht kernkraftsüchtig, aber es gäbe derzeit keinen wirklichen Ersatz für die Kernkraft. Vielleicht gelinge es uns, einen solchen im nächsten Jahrhundert zu finden. Die Bundesregierung habe daher die Mittel für weiterführende Technologieforschung in diesem Bereich verstärkt. Im Augenblick müsse man mit der Kernkraft leben. Derzeit käme ein Ersatz der Kernkraft nur durch Kohle in Betracht. Damit werde aber das Problem des Waldsterbens weiter verschärft. Im übrigen könne man nicht nur die Situation in einem Land sehen. Zum einen müsse man die Entwicklung in den Nachbarstaaten in Betracht ziehen, zum anderen müsse man auch an die Länder der Dritten Welt denken, die bei einem Ausstieg aus der Kernenergie mehr noch als wir unter den Konsequenzen höherer Energiepreise zu leiden hätten.

Der Bundeskanzler erläutert sodann die Zielvorstellungen für die internationale Konferenz in Wien[7]; es gehe dort

– um eine Verpflichtung zu sofortiger umfassender Information im Falle eines Unfalls,
– um eine Verpflichtung, Hilfe anzunehmen (in diesem Zusammenhang wies der Bundeskanzler auf sein Hilfsangebot an die Sowjetunion nach Tschernobyl hin).
– Es müßten möglichst hohe Sicherheitsstandards festgeschrieben werden (wobei es schwierig sei, diese zu definieren).
– Es müßte möglichst eine internationale Kontrolle der Sicherheitsstandards vereinbart werden. (In diesem Zusammenhang sei die Bundesregierung auch dafür, daß die Betriebe die Pläne von Kernkraftwerken bei der IAEO hinterlegen würden.)
– Es müsse das Verursacherprinzip festgeschrieben werden, d. h., wer Schaden verursache, müsse dafür haften. (Dies sei gleichzeitig ein Mittel, um die Kontrolle wirksam durchzusetzen; in diesem Zusammenhang erwähnt der Bundeskanzler, daß der Bund in der Folge von Tschernobyl Schadenersatz in Höhe von fast 1 Mrd. DM an die Betroffenen leiste.)

Der Bundeskanzler fährt fort, ihm sei klar, daß er in Wien für diese Vorstellungen nur wenige Weggenossen habe. Dies sei im übrigen kein West-Ost-Problem, denn in der Frage der Sicherheit hätten wir auch Schwierigkeiten mit einigen westlichen Nachbarn.

MP *Carlsson* stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die Art und Weise, wie die Sowjetunion nach Tschernobyl verfahren sei, sehr beunruhigend gewesen sei. Es

Fortsetzung Fußnote von Seite 1236

Das Kabinett billigte am 23. Oktober 1974 eine Erste Fortschreibung des Energieprogramms. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, 7. WP, Drucksache Nr. 7/2713.

Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms wurde am 19. Dezember 1977 vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, 8. WP, Drucksache Nr. 8/1357.

Für den Wortlaut der am 5. November 1981 vorgelegten Dritten Fortschreibung des Energieprogramms vgl. BT DRUCKSACHEN, 9. WP, Drucksache Nr. 9/983.

7 Zur Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz vom 24. bis 26. September 1986 vgl. Dok. 266.

gebe auch weiterhin Risiken, beispielsweise bei den entsprechenden Anlagen in Litauen und bei Leningrad. Die schwedische Seite werde in Wien so konstruktiv wie möglich sein, um neue Prinzipien der Zusammenarbeit zu etablieren, vor allem im Bereich der Sicherheit. MP Carlsson erklärt, er sähe einer guten Zusammenarbeit mit der deutschen Seite entgegen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er biete ausdrücklich eine enge Zusammenarbeit an. Hierüber könnten der zuständige Bundesminister Wallmann und sein schwedischer Kollege[8] sich verständigen.

MP *Carlsson* schlägt sodann vor, kurz die Fünf-Kontinente-Initiative[9] zu erörtern. Er wolle sich ausdrücklich für den Brief des Bundeskanzlers[10] bedanken und mitteilen, daß er von seinen Kollegen beauftragt worden sei, dem Bundeskanzler zu sagen, wie sehr sie von dem Inhalt seines Briefes beeindruckt seien. Der Bundeskanzler habe darin sehr interessante Gedanken und Probleme angesprochen.

In Mexiko habe man beispielsweise über die Möglichkeiten der Verifikation beim Teststopp gesprochen.[11] Hierbei sei man an einer Zusammenarbeit mit Experten sowohl der Sowjetunion als auch der USA interessiert. Dies sei ihrer Mei-

8 Birgitta Dahl.

9 Zur Initiative Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und Tansanias für einen nuklearen Teststopp vgl. Dok. 70, Anm. 4 und 5.

10 In einem Schreiben vom 24. Juli 1986 an Ministerpräsident Carlsson legte Bundeskanzler Kohl dar, er teile den Wunsch, „die Kernwaffen drastisch zu vermindern und auf ihre vollständige Beseitigung hinzuarbeiten. […] Im Vorfeld von Reduzierungsvereinbarungen halten wir für wichtig, daß sich beide Großmächte auf eine Politik der Zurückhaltung verständigen, die es gestattet, den kooperativen Rahmen von SALT weiter zu beachten. Gleichermaßen ist es von großer Bedeutung, daß sie den ABM-Vertrag strikt einhalten. Bei den Verhandlungen über strategische Waffen müssen jetzt konkrete Fortschritte in Richtung auf substantielle Reduzierungen erreicht werden, die die strategische Stabilität stärken. Bei den Mittelstreckenwaffen ist die weltweite Abschaffung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite unser Ziel. Sollte es sich nicht unmittelbar verwirklichen lassen, wollen wir jedenfalls den baldigen Abschluß einer Zwischenvereinbarung erreichen, durch die diese Waffen abgebaut und auf niedrigem Niveau begrenzt werden.“ Kohl sprach sich ferner für eine ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums, einen „umfassenden nuklearen Teststopp zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ sowie für eine Stärkung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 aus. Außerdem betonte er die „besondere Bedeutung“ der konventionellen Rüstungskontrolle und die Unterstützung für eine „umfassende Strategie der Kriegsverhütung, die sich zum Ziel setzt, Krieg überhaupt – nuklear wie konventionell – auszuschließen“. Kohl erklärte außerdem: „Höchste Priorität mißt die Bundesregierung den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz über ein weltweites und umfassendes Verbot chemischer Waffen bei.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178933. Für den englischen Wortlaut des Schreibens an die Präsidenten Alfonsín (Argentinien) und de la Madrid (Mexiko), die Ministerpräsidenten Carlsson (Schweden), Gandhi (Indien) und Papandreou (Griechenland) sowie den ehemaligen Präsidenten Nyerere (Tansania) vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. 454–456.

11 Am 6./7. August 1986 fand in Ixtapa ein Treffen der Präsidenten Alfonsín (Argentinien) und de la Madrid (Mexiko), der Ministerpräsidenten Carlsson (Schweden), Gandhi (Indien) und Papandreou (Griechenland) sowie des ehemaligen Präsidenten Nyerere (Tansania) statt. In einer Erklärung vom 7. August 1986 sprachen sie sich für ein „verbindliches internationales Übereinkommen“ aus, „das jeglichen Einsatz von Nuklearwaffen verbietet“. Ferner befürworteten sie eine sofortige Beendigung von Kernwaffenversuchen sowie letztlich die „vollständige Eliminierung der Kernwaffen“ und forderten die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum. In einem „Dokument über Verifizierungsmaßnahmen“ boten die Teilnehmer ihre Unterstützung bei der „Überwachung eines beiderseitigen Moratoriums oder Verbots von Kernwaffenversuchen“ an und legten Vorschläge für konkrete Schritte zur Überwachung von Testgeländen in den USA und der UdSSR sowie für ein internationales Verifizierungssystem vor. Ferner boten sie den USA und der UdSSR Expertengespräche an. Für den Wortlaut der Erklärung und des Dokuments vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 552–556.

nung nach nicht ein technisches, sondern ein politisches Problem. Er wolle dem Bundeskanzler zwei Fragen stellen:

– Wäre es für die Bundesrepublik Deutschland möglich, an diesem Kontrollprozeß teilzunehmen?
– Wie beurteile der Bundeskanzler die amerikanische Haltung in der Teststopp-Frage?

Der *Bundeskanzler* erwidert, zu Frage 1) schlage er vor, daß sich die deutschen und schwedischen Experten zusammensetzten und ihre Meinungen austauschten.

Zur zweiten Frage wolle er zunächst daran erinnern, daß er seinerseits alles getan habe, um die NATO zu stabilisieren – der Bundeskanzler erwähnt die Stationierung, die Verlängerung der Wehrpflicht[12] sowie weitere Maßnahmen. Weil wir diesen Beitrag geleistet hätten, sei er, der Bundeskanzler, ebenso entschieden dafür, die politische Chance wahrzunehmen, um zu weiteren Schritten in der Abrüstung und Entspannung zu kommen. Er werde für dieses Ziel seinen Einfluß in der NATO und gegenüber den USA geltend machen – ohne Illusionen gegenüber der sowjetischen Politik. Im übrigen sei er davon überzeugt, daß wir derzeit eine gute Chance für Abrüstung hätten. Er werde sich im Oktober nach Washington begeben[13] und deutlich machen, daß er neue Abrüstungsschritte befürworte, beispielsweise bei den C-Waffen oder der Festschreibung beim ABM-Vertrag. Ihm liege sehr daran, daß wir jetzt Ergebnisse erzielten. Er sage einerseits den Sowjets, daß sie den amerikanischen Präsidenten Reagan nicht „aussitzen" könnten, andererseits glaube er aber auch, daß die Amerikaner die wirtschaftliche Schwäche in der Sowjetunion nicht ausbeuten könnten. In Wirklichkeit könne der jetzige amerikanische Präsident etwas tun, was andere nicht tun könnten.

MP *Carlsson* weist darauf hin, daß die Verfasser der Fünf-Kontinente-Initiative inzwischen eine Antwort von Generalsekretär Gorbatschow erhalten hätten[14], aber immer noch auf eine Antwort des amerikanischen Präsidenten warteten. Die Antwort sei für sie sehr wichtig. Sie hofften insbesondere auf ein Ergebnis in der Verifikationsfrage.

Der *Bundeskanzler* erwidert, wenn das erwünscht sei, werde er den amerikanischen Freunden bedeuten, wie sehr man auf eine Antwort warte.

Außenhandelsminister *Hellström* ergreift sodann das Wort zu EG-Fragen. Die schwedische Regierung sei sehr dankbar für die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in EG-Fragen, aber auch im GATT. Die Zusammenarbeit zwischen Schweden und der EG funktioniere sehr gut, ja man müsse sagen, besser als erwartet. Auch die Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA sei für Schweden sehr wichtig, das gelte insbesondere im Hinblick auf die weitere

12 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.
13 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.
14 Für den Wortlaut des am 24. August 1986 veröffentlichten Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an die Präsidenten Alfonsín (Argentinien) und de la Madrid (Mexiko), die Ministerpräsidenten Carlsson (Schweden), Gandhi (Indien) und Papandreou (Griechenland) sowie den ehemaligen Präsidenten Nyerere (Tansania) vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 70–73.

Vollendung des Binnenmarktes. Besondere Bedeutung hätten die derzeitigen Arbeiten auf der Grundlage des Weißbuches der Kommission[15]. Für die schwedische Seite sei es sehr wichtig, über diese Arbeiten stets auf dem laufenden zu sein. Man habe daher ein Koordinationskomitee ins Leben gerufen, das die entsprechenden Maßnahmen koordinieren solle. Die schwedische Seite interessiere, wie die Bundesregierung die Prioritäten beim Binnenmarkt sehe, und insbesondere, wie sie zu dem vorgesehenen Zeitplan stehe.

Außenhandelsminister Hellström weist sodann darauf hin, daß Schweden seit Ende Juni den Vorsitz bei EUREKA[16] innehabe. Die schwedische Regierung sei der Auffassung, daß EUREKA in erster Linie eine Angelegenheit der Unternehmen und des privaten Kapitals sei. Ein wichtiges Ziel der schwedischen Präsidentschaft sei, das Sekretariat in Brüssel zu errichten. Im übrigen habe man auf schwedischer Seite ein sehr starkes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und hoffe, daß es möglich sei, viele deutsch-schwedische Projekte im Rahmen von EUREKA zu realisieren.

Der *Bundeskanzler* erinnert an die von ihm eingangs gemachten Bemerkungen zur Problematik EG–Europa. Die schwedische Seite könne davon ausgehen, daß die Luxemburger Beschlüsse zum Binnenmarkt[17] trotz bestehender Schwierigkeiten durchgesetzt würden, wobei es nicht darauf ankomme, ob dies nun bis 1992 oder bis 1994 gelinge. Aber er sei zuversichtlich, daß wir bis Mitte der 90er Jahre einen wirklichen europäischen Binnenmarkt hätten. Dies sei dann der stärkste Wirtschaftsraum der Welt. Daher sei es auch wichtig, daß die Nicht-EG-Staaten bei diesem Vorhaben mitarbeiteten. Die Bundesrepublik sei gerne bereit, weiterhin als Brücke zur EG zu fungieren.

Natürlich werde man weiterhin schwierige Probleme in der EG haben, dies gelte insbesondere für den Bereich der Landwirtschaft. Er hoffe, daß man in den nächsten fünf Jahren zu durchgreifenden Lösungen kommen könne. Außerdem wolle er noch ausdrücklich sagen, daß es in politischer Hinsicht für die Deutschen wichtig sei, die offene deutsche Frage unter ein europäisches Dach einzuordnen.

Bei EUREKA werde Schweden jede Unterstützung haben, die es wünsche. Auch er sei der Meinung, daß Schweden und Deutschland in der Frage der Hochtechnologie gut zusammenarbeiten könnten. National sei für uns die Forschung und Technologie ein außerordentlich wichtiges Thema. In diesem Jahr würden Staat und Industrie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 54 Mrd. DM für Forschung ausgeben. Dies sei für uns eine existentielle Frage. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn schwedische und deutsche Firmen in der Technologie noch enger zusammenarbeiten würden. In diesem Zusammenhang erwähnt der Bundeskanzler auch die Möglichkeit, daß schwedische und deutsche Firmen sich gemeinsam an „Joint ventures“ in der Sowjetunion beteiligen – falls solche in Zukunft zugelassen werden sollten.

15 Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ für die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch bzw. den Anhang „Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes 1992“ vgl. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf bzw. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de_annexe.pdf.

16 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 109, Anm. 20.

17 Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 27.

Außenhandelsminister *Hellström* bedankt sich ausdrücklich für die Worte des Bundeskanzlers und weist darauf hin, daß es für die schwedische Seite wichtig sei, rechtzeitig zu wissen, welche Maßnahmen im Bereich des Binnenmarktes getroffen würden.

Der *Bundeskanzler* greift dies auf und schlägt Außenhandelsminister Hellström vor, eine Kontaktstelle zu benennen, der wir die entsprechenden Informationen bilateral übermitteln könnten.

Referat 205, Bd. 135386

232

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim

209-360.91 ISR-2112/86 geheim **4. September 1986**

Über Herrn Dg 20[1] an Referat 310[2] im Hause

nachrichtlich: 010, 014, Dg 42[3]/424

Betr.: Zusammenarbeit mit Israel auf dem Rüstungssektor

Bezug: Dortige Zuschrift vom 23. Juli 1986

Ein Gespräch in der Rüstungsabteilung des BMVg hat zum Stand der Zusammenarbeit mit Israel im Bereich der Rüstung folgendes ergeben:

1) Es gibt seit etwa 20 Jahren Kontakte zwischen den Rüstungsabteilungen der beiden Verteidigungsministerien. Ihr Hauptgegenstand ist der Austausch von Informationen über militärisch relevante Technologien. Wir sind dabei nicht nur am Erwerb von Waffen und Geräten interessiert, die in der SU oder den anderen WP-Staaten produziert worden sind, sondern haben in den letzten Jahren zunehmend festgestellt, daß die Israelis in einigen Bereichen eigene Technologien entwickelt haben, die amerikanischen oder westeuropäischen überlegen sind.

Soweit es um die Überlassung von Beutematerial mit Ursprung im WP geht, wird dies über den BND abgewickelt. Näheres ist dazu auf der Arbeitsebene im BMVg nicht bekannt.

Regierungs- oder Ressortvereinbarungen über die Kooperation bei einzelnen konkreten Projekten oder über Rüstungskooperation allgemein bestehen nicht.

Das BMVg strebt sie gegenwärtig auch nicht an. Es hat in seinen Kontakten der

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 5. September 1986 vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 8. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schlagintweit und Vortragende Legationsrätin Kaempffe verfügte.
Hat Schlagintweit und Kaempffe am 9. September 1986 vorgelegen.

3 Dieter Kastrup.

letzten Jahre (Besuch des Ministers[4], von StS Dr. Rühl[5] sowie MD Dr. Schnell und MD Dr. Runge aus der Rüstungsabteilung) jedoch ein wachsendes Interesse Israels an einer Kooperation bei konkreten Projekten festgestellt, entsprechende Wünsche jedoch mit dem Hinweis auf unsere Nahost- und Rüstungsexportpolitik abgewehrt. Es hat den Israelis auch keine Projekte für eine konkrete Zusammenarbeit in Aussicht gestellt.

2) Dennoch zeigt der Informationsaustausch auf einigen Gebieten Schwerpunkte.

a) So gibt es seit etwa 15 Jahren Kontakte im Bereich von Drohnen. Sie haben sich zunächst als reine Industriekontakte israelischer Unternehmen mit Dornier entwickelt, als Dornier in den 60er Jahren begann, auf eigene Initiative ohne Auftrag des BMVg Drohnen für Aufklärungszwecke zu entwickeln. Diese Industriekontakte waren offenbar so eng, daß die Israelis in der Lage waren, auf der Basis ihrer erworbenen Kenntnisse auch ohne den – genehmigungspflichtigen – Erwerb deutscher Technologie Aufklärungsdrohnen zu entwikkeln, die sie insbesondere während der Invasion des Libanon 1982[6] erfolgreich eingesetzt haben.

Seit einigen Jahren hat nun das BMVg bei MBB und Dornier eine eigene Drohnenentwicklung in Gang gesetzt. Dabei geht es jedoch nicht um Drohnen, die unmittelbar über dem Gefechtsfeld aufklären sollen, was die Funktion der israelischen Drohnen ist, sondern um Drohnen mit erheblich größeren Reichweiten nicht nur zu Aufklärungszwecken, sondern auch zur direkten Bekämpfung von Zielen tief im Hinterland. Insofern gibt es kein Interesse an einem Erwerb der vorhandenen israelischen Technologie.

b) Seit einigen Jahren haben deutsche (Rheinmetall und wohl auch Diehl) und israelische Unternehmen Lizenzen ausgetauscht, die bei der Produktion von Munition Anwendung finden. Offenbar importieren wir auch auf der Basis dieser Lizenzen hergestellte Munition aus Israel und produzieren bei uns Munition auf der Basis solcher Lizenzen. Soweit deutsche Lizenzen vergeben wurden, ist dies im BSR genehmigt worden. Wir sind offenbar besonders an Informationen über israelische Technologie für endphasengelenkte Munition interessiert.

c) Seit ca. 15 Jahren gibt es einen Austausch von Informationen über Kampfpanzertechnologie. In den letzten Jahren hat sich Israel insbesondere um die Technologie der 120 mm Glattrohrkanone des Leopard II bemüht. Nach Beratungen im BSR ist dieser Wunsch abgelehnt worden. Verschiedene Israelis haben sich darüber auch gegenüber der Spitze des BMVg beklagt. Mit der Liefe-

4 Zum Besuch des Bundesministers Wörner vom 6. bis 10. April 1986 in Israel vgl. Dok. 98.

5 Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, hielt sich vom 8. bis 15. Dezember 1984 in Israel auf. Oberstleutnant i. G. Klenner, Tel Aviv, berichtete dazu am 20. Dezember 1984, dem Besuch sei „israelischerseits besondere Bedeutung beigemessen worden. […] Der Besuch bestätigt das offensichtliche ISR Bemühen, die ISR-GER Beziehungen im militärischen Bereich über einen intensiveren Informations- und Erfahrungsaustausch zu verbessern. Hinter dem Bemühen stehen nicht nur politische Motive. Bezüglich Professionalität wird die deutsche Partnerschaft in besonderem Maße geschätzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1471; VS-Bd. 11973 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

6 Korrigiert aus: „1983".
Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

rung des „Tornado“ an Saudi-Arabien[7] trügen wir, ob wir wollten oder nicht, die Verantwortung für die Lieferung eines hochmodernen Waffensystems an die arabische Seite. Es sei unverständlich, daß wir dennoch diese Panzerkanonentechnologie verweigerten. Nach Hinweisen auf unsere politischen Entscheidungen hätten die Israelis nicht insistiert, jedoch sei der Zugang zu Informationen über israelische Technologie erschwert worden. Israel habe Zusatzpanzerungen für Schützenpanzer entwickelt, die moderner als alles sonst Bekannte seien.

d) Schließlich gebe es ein gewisses Interesse an deutschen U-Booten. Es sei aber nicht klar, ob und wann es sich soweit konkretisieren könnte, daß von der Bundesregierung konkrete Entscheidungen gefordert würden.

3) Auf die Bitte um laufende Unterrichtung über die Tätigkeit und die Absichten der Rüstungsabteilung gegenüber Israel verwies der Gesprächspartner darauf, daß das AA mit der Berichterstattung des Verteidigungsattachés, jedoch insbesondere durch die auf Leitungsebene übermittelten Informationen nach seinem Eindruck oft umfassender unterrichtet sei als die Arbeitsebene des BMVg.

4) Ich habe auf die in der Bezugszuschrift enthaltenen politischen Gesichtspunkte hingewiesen. Sie werden im BMVg verstanden und auch generell beachtet, auch wenn z. T. zu spüren ist, daß man persönlich die Politik der Bundesregierung für zu restriktiv hält. Wir werden bei unserer Politik berücksichtigen müssen, daß Israel sowohl wegen der eigenen hochentwickelten Technologie als auch wegen des Besitzes von Technologie unseres potentiellen militärischen Gegners für das BMVg ein grundsätzlich interessanter Partner ist. Auch nach dem Eindruck des BMVg ist aber der laufende, informelle und sporadische Informationsaustausch auch für Israel interessant genug, so daß wir mit einem stärkeren Drängen auf Vereinbarung konkreter Kooperationsprojekte jedenfalls solange nicht rechnen müssen, wie es zu keinen bedeutenderen Lieferungen an arabische Staaten kommt. Aus hiesiger Sicht wären Entscheidungen, die von uns entwickelte Hauptwaffe des Tornado gegen Bodenziele („MW-1“) an die Tornadokäufer im Nahen Osten zu liefern, deshalb besonders kritisch.

v. Arnim

VS-Bd. 13612 (310)

7 Zum saudi-arabischen Wunsch nach dem Erwerb des Kampfflugzeugs „Tornado“ vgl. AAPD 1981, I, Dok. 53.
Ministerialdirigent Sulimma informierte am 26. September 1985 über eine Mitteilung des britischen Botschafters Bullard vom selben Tag: „Auf britischer Seite rechne man damit, daß heute ein ‚outline contract‘ zwischen dem britischen und dem saudi-arabischen Verteidigungsminister über den Verkauf von Tornados u. a. Flugzeuge unterzeichnet werde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 58; VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1985.
Am 18. Februar 1986 wurde in der Presse berichtet, der Vertrag zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien über die Lieferung von 132 Flugzeugen, darunter 72 vom Typ „Tornado“, sei am Vortag unterzeichnet worden. Er habe einen Umfang von 7 Mrd. US-Dollar und werde vornehmlich durch die Lieferung von Öl bezahlt. Vgl. dazu den Artikel „U. K., Saudis Sign Arms Deal“; THE WASHINGTON POST vom 18. Februar 1986, S. A 12.

233

Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1482 **Aufgabe: 5. September 1986, 08.15 Uhr**[1]
Ankunft: 5. September 1986, 08.48 Uhr

Betr.: Jahrestagung 1986 der Abrüstungskonferenz[2];
hier: Schlußbericht

Bezug: DB 718 vom 1.5.[3], der Schlußbericht der Frühjahrstagung 1986 enthielt

Zur Unterrichtung

I. Die Abrüstungskonferenz hat am 29.8.1986[4] ihre Jahrestagung abgeschlossen und sich satzungsgemäß auf Februar 1987 vertagt. Die Verhandlungsarbeiten zur Ächtung chemischer Waffen gehen jedoch in drei verschiedenen Phasen mit Konsultationen des (britischen) Ausschußvorsitzenden[5] während der Tagungspause weiter.

Wie jede Jahressitzung der Abrüstungskonferenz hinterläßt auch diese – gemessen an ihren Ergebnissen, den eröffneten weiteren Erfolgsaussichten und der politischen Atmosphäre – einen im ganzen unbefriedigenden Eindruck. Die gegenwärtige Vielfalt an Abrüstungsinitiativen hat sich für einen wesentlichen Durchbruch der Verhandlungsarbeiten in der Abrüstungskonferenz nicht nutzbar machen lassen. Neue Verhandlungsgänge konnten nicht eingeleitet werden, zu der Mehrzahl der Themen stagniert die Konferenz auf festgelegten, divergierenden Positionen. Bei der Herausbildung eines organischeren Zusammenhangs von bilateraler und multilateraler Abrüstung, an dem gerade wir

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Hat Vortragendem Legationsrat Reyels am 5. September 1986 vorgelegen.

2 Die Jahrestagung der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) wurde vom 4. Februar bis 25. April sowie vom 10. Juni bis 29. August 1986 abgehalten.

3 Korrigiert aus: „30.4.“.
Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete: „Ungeachtet des gegenwärtigen Reichtums an Abrüstungsinitiativen und der Chancen, die sich damit auch für den multilateralen Abrüstungsprozeß bieten, ist der Ertrag des jetzt abgeschlossenen Tagungsabschnitts kaum positiv zu nennen. Die eigentliche Verhandlungstätigkeit des Gremiums ist weiter zurückgegangen, Abrüstungsverhandlungen finden nur im Bereich chemische Waffen und auch hier nur bei Teilmaterien statt; der umfassende Dialogprozeß, der diese Funktionslücke ausfüllen könnte, ist jedoch wiederum kaum in Gang gekommen. […] Diese magere Erfolgsbilanz und die von ihr ausgelösten Frustrationen prägen jedoch bisher nur zum Teil das Bild der Abrüstungskonferenz. Denn auch weiterhin haben sich das verbesserte Großmächteverhältnis, die angelaufenen bilateralen Verhandlungsprozesse und die Massierung von Abrüstungsvorschlägen insbesondere von sowjetischer Seite als Hoffnungsträger erwiesen, der die Schwächen der multilateralen Abrüstungskomponente weniger hat in Erscheinung treten lassen.“ Auch in der Sommersitzungsphase werde es „nur zu einer Weiterführung und Abrundung der bisherigen Arbeiten, aber kaum zu einem irgendwie gearteten Durchbruch kommen“. Es werde vielmehr darum gehen, „die Dialogfunktion des Gremiums im Sinne einer dichten, vielseitigen und kenntnisreichen Erörterung weltweit bedeutungsvoller Sicherheits- und Abrüstungsthemen zu stärken. Solange der Spielraum für echte multilaterale Abrüstungsverhandlungen derart eingeengt bleibt, liegt hier die Chance unserer sicherheits- und abrüstungspolitischen Überzeugungsarbeit und werbenden Selbstdarstellung.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130161.

4 Korrigiert aus: „29.9.1986“.

5 Ian Cromartie.

besonders interessiert sind, konnte kein Fortschritt erreicht werden. Die Amerikaner betrachten die Konferenz unverändert – oder vielleicht sogar in Funktion der sich weiter steigernden bilateralen Kontakte zur SU zunehmend – mit Desinteresse und Skepsis. Der Sowjetunion scheint mehr daran gelegen, die großangelegten Abrüstungsperspektiven der Gorbatschow-Ära herauszustellen und ihre neu gewonnene Flexibilität zu betonen, als neue detaillierte und weiterführende Verhandlungspositionen einzunehmen. In der CD sind die Sowjets der Staatengemeinschaft die Umsetzung ihrer kundgegebenen neuen Sicherheitsoptik schuldig geblieben. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Verifikation. In der heiklen Frage eines nuklearen Teststopps ist die Sommersitzung der Abrüstungskonferenz von noch stärkerem Drängen der Sowjets, aber auch der Drittweltländer, zugunsten einer baldigen Aushandlung eines derartigen Vertrages gekennzeichnet gewesen. Die Sowjetunion hat dabei keine Möglichkeit versäumt, die Gorbatschowschen Moratoriumsinitiativen[6] und die verbale Fortentwicklung ihrer Haltung zu den Verifikationsfragen voll politisch auszuschöpfen, während die Amerikaner ohne Rücksicht auf ihre zunehmende Isolierung an ihren Auffassungen zum Teststopp-Problem festhielten, ja diese sogar mit trotziger Begründung in den Berichtstext[7] aufgenommen wissen wollten. Dies hat die Einheit des westlichen Lagers in einem zentralen Punkt nuklearer Abrüstung einer starken Prüfung unterworfen.

Trotz dieser negativen Züge des Berichtsabschnitts sind auch positive Entwicklungen zu vermerken. Noch stärker als in der Frühjahrssitzung hat sich gegen Ende der Tagungsperiode die hoffnungsvolle Aussicht auf ein besseres, stabileres Großmächteverhältnis und ein Zustandekommen der nächsten Gipfelphase durchgesetzt und auf die atmosphärischen Bedingungen der Konferenzarbeit eingewirkt. Mit Ausnahme der Erörterung zur Teststopp-Frage haben hiervon alle Materien mindestens in dem Sinne profitiert, daß der Dialog zwischen den drei großen Regionalgruppen in unpolemischer und oft konstruktiver Weise geführt werden konnte. Dies hat der Jahressitzung 1986 bei der Erörterung ihrer breiten Thematik eine Dichte und Konkretheit gegeben, die in früheren Sitzungen fühlbar fehlte und auf der in Zukunft aufgebaut werden kann. Die SU hat dabei einen neuen Grad an verbal kooperativen Positionen und verhandlungspolitischer Geschmeidigkeit bewiesen, der den Debatten insgesamt zugute gekommen ist. Die sowjetische Delegation war sichtlich bemüht, den Ballast früherer Negativhaltungen – insbesondere im Verifikationsbereich – abzuwerfen und, auch wenn sie zu konkreten Verhandlungsbeiträgen in der Regel nicht in der Lage war, dem Fortschritt der Debatten und Verhandlungen nicht im Wege zu stehen. Ein Motiv für die Sowjets dürfte hierbei auch gewesen sein, insbesondere den Amerikanern in der Verifikationsfrage den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das wichtigste positive Ereignis der Jahrestagung sind zweifellos die Fortschritte, die in den Verhandlungen zur weltweiten permanenten Ächtung chemischer Waffen erreicht worden sind. Hier konnte unter einsatzfreudiger, oft auch ein-

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, äußerte sich zuletzt in einer Fernsehansprache am 18. August 1986 zur Frage eines Teststopps. Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 50.

7 Für den Wortlaut des Abschlußberichts der Genfer Abrüstungskonferenz vom 3. September 1986 (CD/732) vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=CD/732.

fallsreich agierender britischer Führung der bisher vorliegende Abkommenstext weiter verdichtet und vereinheitlicht werden. Große, früher strittige Teile des Verhandlungspakets (Bestände- und Anlagenvernichtung und deren internationale Inspektion) konnten nicht zuletzt wegen des sowjetischen Einlenkens bei den Verifikationsfragen dieses Teilaspekts im Prinzip gelöst werden. Die beiden Kardinalprobleme der Konvention, die unverändert im Verifikationsbereich liegen (siehe unten), sind jedoch weiterhin ungelöst; der Schlüssel zum Fortschritt liegt dabei unzweifelhaft bei der Sowjetunion, teilweise auch bei den Amerikanern. In allen Delegationen besteht der erklärte Wille, in der Zwischenverhandlungsperiode bis zum nächsten Frühjahr weitere Fortschritte beim Zustandekommen der Konvention zu erzielen.

Auch wenn es gelungen ist, in dem wiederbegründeten Konferenzausschuß zur Klärung von multilateralen Aspekten eines Rechtsregimes im Weltraum eine fruchtbare und erhellende Diskussion zustande zu bringen, bleibt es bei der Tatsache, daß die eigentliche Verhandlungstätigkeit der Abrüstungskonferenz – ausgenommen der Komplex chemische Waffen – erneut zurückgegangen ist und die Abrüstungskonferenz das Schwergewicht ihrer Tätigkeit weiter von der Verhandlung zum sicherheitspolitischen Dialog verschoben hat; ein Umstand, der aus unserer Sicht nicht nur negativ zu beurteilen ist, der aber zu einer noch entschlosseneren Stärkung der Dialogfunktion der Konferenz zwingt.

Von den Einsparungsmaßnahmen der Vereinten Nationen[8], die indirekt auch die Abrüstungskonferenz betreffen, wurde die Arbeit entgegen anfänglicher Befürchtung nur marginal beeinflußt.

Unsere Delegation hat am Rande der Abrüstungskonferenz – in Form von bilateralen Konsultationen, die auch zu anderen Konferenzgegenständen mit wichtigen Delegationen stattfinden – trilaterale Konsultationen mit der ČSSR und der DDR über chemische Waffen geführt[9], um in diesem, auf die multilaterale Arbeit bezogenen Rahmen das (sich abschwächende) Drängen unserer östlichen Nachbarn auf eine chemiewaffenfreie Zone in Europa abzufangen und zu neutralisieren.

8 Zur Finanzkrise der Vereinten Nationen vgl. Dok. 188, Anm. 25–28.

9 Zu den Gesprächen über chemische Waffen mit den Delegationen der ČSSR und der DDR bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 32, Anm. 27.
Ein zweites Gespräch fand am 20. Juni 1986 statt. Botschafter Wegener, Genf (CD), teilte dazu am selben Tag mit, die Vertreter der DDR und der ČSSR hätten sich erneut für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa ausgesprochen, während er den Vorrang eines globalen Ansatzes betont habe. Die Teilnehmer hätten sich auf folgende Gesprächsthemen verständigt: „Einzelfragen der Verdachtskontrolle […]; Ausgestaltung nationaler Verifikationsmaßnahmen (u. a. auch in der Bundesrepublik Deutschland) und Ineinandergreifen künftiger nationaler und internationaler Verifikationsmechanismen im CW-Vertrag; Beschreibung der z. Z. in der BR Deutschland praktizierten WEU-Kontrollen und Frage nach der Nutzungsmöglichkeit von Einzelelementen des WEU-Systems für die künftige CW-Ächtung". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1029; Referat 222, Bd. 130104.
Ein weiteres Gespräch fand am 5. September 1986 statt. Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete dazu am selben Tag: „Die dritte Runde der trilateralen CW-Gespräche brachte auf den traditionellen Gebieten nichts Neues. Aufmerksamkeit verdient allerdings der von Botschafter Rose ausgeführte Gedanke einer das weltweite CW-Abkommen nach seinem Abschluß ergänzenden CWFZ-E[uropa]. Diese stellte er jedoch auch in den Rahmen einer angeblich weltweit zunehmenden Popularität regionaler Abrüstungsmaßnahmen, was den Schluß nahelegen könnte, daß hier nur ein neuer Versuchsballon für andere – alte – europäische Zonenkonzepte aufgelassen wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1487; Referat 222, Bd. 130156.

II. Der Stand der Arbeiten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der Konferenz läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Nukleare Abrüstung

Auch im Tagungsjahr 1986 haben Nichtgebundene und Ostblock routinemäßig auf die Behandlung des Themas „Cessation of the nuclear arms race and nuclear disarmament" gedrungen. Hierfür wurde – auch mit westlicher Zustimmung – ein informeller Erörterungsgang in periodischen, nichtöffentlichen Plenumssitzungen gewählt. Die Debatten zeigten zum Teil bekannte Positionen, verrieten aber doch, daß selbst bei den radikaleren Nichtgebundenen die früher kultivierten Hoffnungen auf echte multilaterale Verhandlungsfortschritte in diesem Bereich zurückgehen und der ausschließlich antinukleare Affekt dieser Länder heute weniger prononciert ist. Zwar wird der Anspruch auf Teilhabe am nuklearen Abrüstungsgeschehen aufrechterhalten, die Nichtgebundenen erkennen jedoch deutlicher, daß der Beitrag der multilateralen Gremien zu diesem Thema allenfalls marginaler Natur sein kann. Die Tatsache, daß die beiden nuklearen Führungsmächte in nuklearen Abrüstungsverhandlungen begriffen sind, hat sich insoweit heilsam ausgewirkt, und die Erörterungen der Abrüstungskonferenz zu diesem Thema können als ein weiterer Schritt auf dem Wege einer konzeptionellen Überwindung der einseitigen Abrüstungsphilosophie des nichtgebundenen Lagers aus dem vergangenen Jahrzehnt verstanden werden.

2) Verhinderung eines Nuklearkrieges

Die strikte amerikanische Verweigerungshaltung zum Kriegsverhütungsthema hat im Jahresverlauf 1986 die Nichtgebundenen entmutigt, diesen Punkt in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen; die überwältigende Priorität, die in den Debatten dem Teststopp-Problem zuerkannt wurde, hat indirekt auch zu einer Abschwächung des Drucks beim Kriegsverhütungsthema geführt. Dennoch wäre es verfehlt, auf ein nachlassendes Interesse der Nichtgebundenen – und auch des Ostens – an diesem Thema zu setzen. Die Nichtgebundenen haben jedenfalls in den Plenumserklärungen ein solches Interesse weiter bekundet; eine Reihe von Arbeitspapieren wurde eingeführt, bei der Abfassung des Schlußberichts hat sich erwiesen, daß amerikanische Erwartungen, die Behandlung dieses Themas in der Abrüstungskonferenz werde letzten Endes vermeidbar sein, getrogen haben und auch weiterhin trügen werden. Das amerikanische Veto hat eine Reihe unserer westlichen Verbündeten dazu geführt, sich mit der Thematik nach außen hin weniger zu beschäftigen. Die argumentative Förderung des Themenkomplexes lag daher überwiegend bei unserer Delegation. Wir haben verschiedentlich unseren umfassenden Ansatz der Kriegsverhütung und unsere vielfach instrumentierte Kriegsverhütungsstrategie erläutert. Die Ausgangsposition für eine aktivere Thematisierung der Kriegsverhütung bei der 41. VN-GV[10] ist deshalb durchaus vorhanden. Im Abschlußbericht der Abrüstungskonferenz haben bei der Darstellung der westlichen Position [11]vornehmlich unsere Argumente ausführlich Niederschlag gefunden.

10 Die 41. VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 19. Dezember 1986 in New York statt.

11 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1483 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

3) NTB/CTB

Der Punkt „umfassender nuklearer Teststopp“ der ständigen Tagesordnung der Abrüstungskonferenz war auch – und mehr denn je – in der diesjährigen Sitzungsperiode Gegenstand ausführlicher und tiefgreifender Kontroversen; dabei zeigten sich zwei Entwicklungslinien, die zum Teil nur scheinbar in entgegengesetzte Richtung liefen. Während der Ostblock und einige Mitglieder der G 21[12] sich in ihren diesjährigen Stellungnahmen zu diesem Thema verstärkt auf die Diskussion von Einzelfragen einer möglichen Verifikation eines CTBT einließen – die sie[13] für praktisch gesichert und bereits heute ausreichend durchführbar hielten –, haben sie de facto eine Annäherung an die Vorschläge des Westens vollzogen, indem sie dem zukünftigen Arbeitsprogramm der Gruppe Seismologischer Experten (GSE) zustimmten, welches auf eine praktische Verbesserung der Verifikationsmöglichkeiten zielt. Gleichwohl ist der politische Druck auf die westliche Gruppe und die Vereinigten Staaten im besonderen durch die Addition der Bemühungen der G 21 und der im Hinblick auf das bevorstehende Gipfeltreffen Reagan/Gorbatschow stetig an Intensität zunehmenden Moratoriumskampagne der Sowjetunion, getreulich sekundiert von den übrigen WP-Staaten, deutlich gewachsen. Entsprechend langwierig und unerfreulich gestalteten sich die Redaktionsarbeiten an dem diesem Thema gewidmeten Berichtsteil des Jahresabschlußberichts, die bis zuletzt vom Scheitern bedroht waren. Es gelang dem Westen trotzdem, im Bericht die schlimmsten Auswüchse der Schuldzuweisung für das Nichtzustandekommen eines mit klarem Verhandlungsmandat ausgestatteten Ad-hoc-Ausschusses zu tilgen oder abzumildern und darüber hinaus durch beharrliches Insistieren die negative Kommentierung insbesondere der westlichen Position weitgehend zu unterbinden. Dem spezifischen deutschen Engagement in der Sache ist durch die integrale Wiedergabe wichtiger Positionen der Bundesregierung ausreichend Rechnung getragen.

4) Weltraum

Das Prinzip der Konzentration der Kräfte und das Eigeninteresse der SU, sich den Weg für mögliche Kompromisse in den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Weltraum und Defensivwaffen offenzuhalten, mag das etwas widersprüchliche Verhalten der SU im Ad-hoc-Ausschuß zum Thema „Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum“ bestimmt haben; während sie und ihre Verbündeten nämlich die Ausschußsitzungen ausführlich als Argumentationsplattform gegen die amerikanischen SDI-Entwicklungsvorhaben nutzten, zeigte sich bei der Berichtsabfassung eher ein vorsichtiges, flexibles und vergleichsweise wenig propagandistisch ausgerichtetes Vorgehen. Im Bereich der substantiellen Ergebnisse der Ausschußarbeit bleibt festzuhalten, daß durch die ausführliche und vertiefte Diskussion über den Regelungsbedarf das Problembewußtsein insbesondere bei den Delegationen der G 21 erfreulich gewachsen ist, die sich bislang oft aus mangelnder Kenntnis vorschnell sowjetischen Propagandaattacken anzuschließen bereit waren. Wenig hilfreich zur adäquaten Darstellung der westlichen Position, ja in gewissem Sinne sogar

12 Als „G 21“ wurde die Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Mitgliedstaaten der Genfer Abrüstungskonferenz bezeichnet.

13 Korrigiert aus: „sich“.

kontraproduktiv, war die simplifizierende, herablassend-belehrende Darstellung des existierenden völkerrechtlichen Instrumentariums durch amerikanische Experten, deren Ziel es war, jeglichen Regelungsbedarf zu leugnen. Hinhaltendes Taktieren in dieser durchsichtigen Art stärkt all denjenigen Delegationen den Rücken, die ein sofortiges Verhandlungsmandat für einen Ad-hoc-Ausschuß mit der Begründung fordern, daß die Problemsondierung nur der Verzögerung von „ernsthafter" Arbeit dienen solle.

5) Chemische Waffen

Die CW-Verhandlungen sind der einzige Bereich der CD, in dem spürbare Fortschritte erzielt wurden. Dabei kam es zu textlichen Verdichtungen in den Bereichen Bestände- und Anlagenvernichtung und zu einem hohen Maß an Übereinstimmung über eine dreifach strukturierte Matrix der Substanzliste.

Weiterhin offene Fragen, welche der detaillierten Stellungnahme von östlicher Seite am Verhandlungstisch harren (Kontrolle der Zerstörung und Nichtproduktion sowie Verdachtskontrolle; der im britischen Vorschlag CD/715[14] enthaltene neue Ansatz mit Umkehr der Beweislast im Verdachtsfalle, Regel-Ausnahmeverhältnis, Inspektionsrecht mit Duldungspflicht), bedürfen[15] der weiteren Konkretisierung und wurden[16] von uns, F, NL, JAN und sogar – in vorsichtiger Form – POL unterstützt. Nun gilt es, die von Botschafter Lowitz am 26.6.86[17] angedeutete Flexibilität der USA bezüglich ihres Artikels X von CD/500[18] auszuloten, um die sowjetische Seite weiterhin unter Verhandlungsdruck zu halten. Hier wird es auch notwendig sein, die Interdependenz von Regel- und Verdachtskontrolle zu verdeutlichen.

Die bisherigen Teilergebnisse bei den CW-Verhandlungen sind auf die über weite Strecken konstruktive Haltung der sozialistischen Gruppe und der G21 zurückzuführen.

Die Fortsetzung der CW-Konsultationen zwischen den Verhandlungsperioden unterstreicht die Glaubhaftigkeit unserer politischen Priorität für den baldigen (möglichst noch 1987 zu erreichenden) Abschluß eines CW-Abkommens.

[gez.] Stülpnagel

Referat 222, Bd. 130161

14 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

15 Korrigiert aus: „bedarf".

16 Korrigiert aus: „wurde".

17 Korrigiert aus: „26.8.86".
Der Leiter der amerikanischen CD-Delegation, Lowitz, erklärte am 26. Juni 1986: „Article X was not presented as a take-it-or-leave-it proposition. The United States is prepared to consider seriously any alternative proposals that will provide the same level of confidence. But we will not accept an ineffective approach to challenge inspection." Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. 382.

18 Zu Artikel X des amerikanischen Entwurfs vom 18. April 1984 für einen Vertrag zum Verbot chemischer Waffen (CD/500) vgl. Dok. 183, Anm. 4.

234

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-5113/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. September 1986, 16.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 335 **Ankunft: 5. September 1986, 16.42 Uhr**
Citissime

Betr.: KVAE;
hier: Stand der KVAE, Elemente für Bewertung in BSR

Bezug: DB 328 vom 2.9.1986 – 373.14 USA-485/86 VS-v[1]

Nachstehend werden für eine eventuelle Erörterung im BSR im Zusammenhang mit HLTF Elemente übermittelt.

1) Etwa 75 Prozent der für ein Ergebnis notwendigen Texte wurden vereinbart. Die restlichen 25 Prozent könnten in den restlichen 14 Tagen bei Fortbestehen des notwendigen politischen Willens bis zum vorgesehenen Vertagungsdatum[2] vereinbart werden. Es handelt sich allerdings zum Teil um sehr schwierige Schlüsselfragen.

2) Die bisher erreichten Ergebnisse stellen einen erheblichen qualitativen Fortschritt gegenüber der Schlußakte von Helsinki[3] und darüber hinaus im Teilbereich der Inspektion gegenüber allen früheren Ost-West-Rüstungskontrollabkommen dar.

– Besonders nützlich – und neu (!) – ist die Vereinbarung eines Jahreskalenders mit wichtigen Informationselementen.
– Die Einigung über die Details der Notifikation militärischer Aktivitäten ist in wichtigen Teilen abgeschlossen.

  Offen ist jedoch die Festlegung der für uns besonders wichtigen Schwelle und des Mischparameters (Personalausrüstung und -struktur) für Landstreitkräfte sowie Teile des Notifizierungsinhaltes.
– Vereinbart wurden fast alle Modalitäten der Beobachtereinladung. Diese wird in Zukunft obligatorisch sein und viele nützliche Detailregelungen ent-

1 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), teilte mit, Gespräche mit Mitgliedern der amerikanischen KVAE-Delegation hätten erkennen lassen, „daß endgültige Positionen in Washington noch nicht festgelegt sind. US-Delegation rechnet mit Festlegungen gegen Ende dieser oder Anfang nächster Woche. Um so wichtiger erscheint daher rechtzeitige Einflußnahme. […] US-Delegation […] sieht ein, daß für Europäer ein Ergebnis, das Senkung der Notifizierungsschwelle, obligatorische Beobachtung und zum ersten Mal Inspektion ohne Ablehnungsrecht bringt, so interessant ist, daß sie gerne zugreifen wollen. Aus Sicht Washingtons – fern vom Verhandlungstisch – sieht erreichbares Ergebnis jedoch nicht gut genug aus.“ Vertreter des amerikanischen Verteidigungsministeriums wären daher „wohl bereit, Ergebnis auch an der Frage der Nationalität des Flugzeuges scheitern zu lassen (falls SU es ablehnt, neutrales Flugzeug für Inspektion zuzulassen).“ Vgl. VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Zum Zeitplan der KVAE vgl. Dok. 2, Anm. 12.

3 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

halten. Offen sind auch hier noch die Schwelle sowie der Umfang der Beobachtung.

– Einen erheblichen Fortschritt im gesamten Ost-West-Rüstungskontrollbereich stellt die Festlegung obligatorischer Inspektionen vor Ort ohne Ablehnungsrecht dar. (Jeder Staat muß mindestens zwei Inspektionen pro Jahr dulden.) Über die Erhöhung dieser Zahl und die übrigen Modalitäten wird noch verhandelt.

3) Die Allianz hat konsequent, solidarisch und hartnäckig verhandelt. Sie hat der SU eine Reihe beachtlicher Konzessionen abgerungen.

Die sowjetische Bereitschaft, das Transparenzkonzept des Westens zum Teil zu akzeptieren, die eigenen deklaratorischen Vorschläge weitgehend zurückzustellen und Inspektionen zuzustimmen, läßt auf Interesse an einem Ergebnis schließen, das zu besseren Ost-West-Beziehungen insgesamt beitragen kann.

Verhandlungsgeschichte zeigt, daß in der SU weiterhin Kräfte der Abschließung und der Öffnung miteinander ringen. Der Westen sollte dem in Stockholm greifbaren Ergebnis, selbst wenn es nicht die westlichen Wünsche voll erfüllt, zustimmen, um die SU zu testen und zu weiteren Schritten militärischer Offenheit zu führen. Eine Ablehnung jetzt würde nicht nur dem KSZE-Prozeß als Ganzem schaden, sondern auch die für eine Öffnung nach Westen eintretenden Kräfte in Osteuropa, welche stark auf sowjetische Haltung in KVAE eingewirkt haben, entmutigen.

4) Offene Fragen

Über die Notifizierungsschwelle verhandelt die Allianz weiterhin hart mit der SU. (Wir, UK und NO bilden das Verhandlungsteam.) Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß die SU nur einer Schwelle von 12000 (14000?) Mann zustimmen wird. (SU behauptet, daß sie sonst fast jede Divisionsübung notifizieren müßte.)

– Beobachterschwelle

  Allianz ist sich bewußt, daß einheitliche Schwelle für Notifikation und Beobachtung nicht erreichbar ist. Von Osten schließlich akzeptierte Schwelle für Beobachtung dürfte bei 15000–16000 Mann liegen. Getrennte Schwellen für Notifizierung und Beobachtung sind unser letztes Mittel, um Senkung der Notifizierungsschwelle zu erreichen.

– Inspektionen
  – Passive Quote pro Land.

    SU bietet hierfür 2 (h.E. dürften drei pro Land pro Jahr durchsetzbar sein)
  – Restricted Areas (R.A.)

    Problem ist u.a. wegen unterschiedlicher Vorstellungen im Westen sehr schwer zu lösen (siehe DB 326 vom 2.9.86[4]). Ein völliges Verbot von R.A. oder eine Prozentregelung von R.A. ist auch im Bündnis nicht durchzusetzen. H.E. sollten wir uns in dieser Phase der KVAE mit Lösungen zu-

4 Für den Drahtbericht des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vgl. VS-Bd. 11518 (221).

friedengeben, wie sie im Allianzvorschlag (SC 1/A[5]) enthalten sind, auch wenn sie nicht perfekt sind. Wenn westliche und N+N-Staaten R.A. benötigen, können wir sie auch dem WP nicht verweigern. Es muß allerdings sichergestellt werden, daß R.A. nicht zu umfassender Umgehung der Inspektionen genutzt werden können.

– Luftinspektion

Wir sollten Option N+N-Flugzeug[6] versuchen, aber nicht zur Bedingung machen.

Westlicher Vorschlag, Luftinspektionen mit neutralen Flugzeugen durchführen zu lassen, hat positive Reaktion der N+N ausgelöst, allerdings mit dem Vorbehalt, daß alle Teilnehmerstaaten dem Vorschlag zustimmen.

SU lehnt bisher ab. Begründung: Lösung sei unpraktisch.

Außer US sind die meisten Bündnispartner der Auffassung, KVAE dürfte letztlich nicht an dieser Frage scheitern.

[gez.] Citron

VS-Bd. 11518 (221)

5 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 bzw. 8. März 1985 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1) vgl. Dok. 8, Anm. 17.

6 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 29. August 1986, die Delegation der Bundesrepublik habe in der zurückliegenden Verhandlungswoche „gemäß Absprache mit Allianzpartnern“ die Bereitschaft erklärt, „auf die Nutzung der Flugzeuge des inspizierenden Staates zu verzichten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 321; Referat 221, Bd. 130159.
Am 5. September 1986 teilte Citron mit, in der Plenarsitzung am selben Tag hätten Österreich und die Schweiz ihre Bereitschaft erklärt, „Flugzeuge und Besatzungen für Inspektionszwecke im Rahmen der KVAE-Regelungen bereitzustellen, sofern Konsens aller TNS über die Benutzung von Drittstaaten-Maschinen zustande komme.“ Der Leiter der ungarischen KVAE-Delegation, Szigeti, habe die Idee als „nicht realisierbar“ bezeichnet: „Als ideal schilderte er demgegenüber die Benutzung von Flugzeugen des inspizierten Staates: sofortige Verfügbarkeit, ungehinderte Operation, keine Überprüfung der Maschinen usw. Der zu inspizierende Staat hätte selbstverständlich die Pflicht, Inspektionsteams in der kürzest möglichen Zeit in das Inspektionsgebiet zu befördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Natur der fraglichen militärischen Aktivität einzuschätzen. Die Besatzung dieser Maschinen würde den Anweisungen der Inspektoren während des Fluges über dem Inspektionsgebiet folgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 336; Referat 221, Bd. 130159.

235

Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt

114-5126/86 geheim
Fernschreiben Nr. 267
Citissime

Aufgabe: 5. September 1986, 10.10 Uhr[1]
Ankunft: 5. September 1986, 17.31 Uhr

Betr.: Gespräch mit General Matthei[2]

Nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus traf ich am 4. September kurzfristig General Matthei. Matthei bedauert, daß er wegen der im folgenden geschilderten Umstände Chile nicht verlassen kann, obwohl ihm an einem persönlichen Gespräch mit BM sehr gelegen wäre. Wahrscheinlich könne er erst im Februar 1987 wieder auf Reisen gehen. Die im folgenden gemachten Aussagen sind ausschließlich für BM bestimmt. Matthei habe ihm zugesagt, ihn über jede Bewegung in Chile zu informieren. Das geschehe hiermit. Er stehe mir jederzeit zur Fortsetzung des persönlichen Gesprächs zur Verfügung.

M. habe BM vor einem halben Jahre dargelegt, daß er an einen reibungslosen Übergang zu demokratischer Ordnung bis 11. März 1989[3] glaube. Diese Aussage müsse er jetzt relativieren.[4] Bei Pinochet sei seit Mai d. J. Bewußtseinswandel spürbar, der darauf hindeute, daß er sich für allein auserwählt und nicht ersetzbar betrachte. P. versuche heute, an Junta und Kabinett vorbei direkt mit Streitkräften zu operieren. Äußerungen, daß er nicht willens sei, von seinem Platz zu weichen, häuften sich. Hinweise, daß er auf das ergebene Heer zurückgreifen werde, wiederholen sich. Zum 13. Jahrestag seiner Bestellung zum Oberbefehlshaber des Heeres am 25. August habe er landesweite Ergebenheitsveranstaltungen organisieren lassen, sich selbst über das Maß des bisher Üblichen als Protektor des Vaterlandes dargestellt. Der Personenkult könne nur als Einleitung einer Machterhaltungskampagne betrachtet werden. Als Gegengewicht zur Bürgerschaftsbewegung habe er jetzt eine ihm ergebene Bürgerschaftsbewegung ins Leben gerufen, die am 9. September, zwei Tage vor dem Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär[5], in Großdemonstrationen sein Verbleiben im Amt fordern soll. Der Ausgang ist noch ungewiß. Es steht

1 Hat Bundesminister Genscher am 7. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein sehr aufschlußreiches, aber auch Anlaß zu Besorgnis gebendes Telegramm."

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Schubert teilte Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, am 15. August 1986 mit: „BM hat Weisung gegeben, daß Sie so rasch wie möglich Gespräch mit General Matthei suchen und ihn um Einschätzung der Lage und weiteren Entwicklung in Chile bitten […]. BM bittet, General Matthei seine Grüße zu übermitteln und ihm mitzuteilen, daß er vom 21. bis 26.9.1986 aus Anlaß der VN-GV in New York sei und sich freuen würde, Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem General zu haben, wenn dieser zur gleichen Zeit eine Reise in die USA einrichten könne. Auch bei einem nächsten Aufenthalt in Deutschland sei er jederzeit an einer Begegnung mit dem General interessiert." Vgl. den Drahterlaß Nr. 94; VS-Bd. 13630 (330); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Zum Zeitplan für eine Rückkehr Chiles zur Demokratie vgl. Dok. 216, Anm. 9.

4 Die Wörter „11. März 1989" sowie „jetzt relativieren" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

5 Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende durch das chilenische Militär gestürzt.

zu befürchten, daß möglicherweise zwei Bürgerblöcke in Konfrontation zueinander geraten.

Konfrontation mit P. und der Junta habe schon begonnen. Initiative gehe von ihm (Matthei) aus. Stange stehe voll an seiner Seite und sei hilfreicher, als er am Anfang erhofft habe. Admiral Merino liege grundsätzlich auf Demokratisierungslinie. Durch schweres Leiden sei er jedoch so energieschwach und durch Jugendfreundschaft mit P. verbunden, daß von ihm bestenfalls Neutralität erwartet werden kann. Heeresgeneral Canessa sei Gefolgsmann von P.

Innenminister García sei derzeit bester Mann im Kabinett, realistisch und auf Demokratievollzug festgelegt. Außenminister del Valle folge unmittelbar, kämpfe für Chile und seinen Ruf. Er verdiene Achtung und Unterstützung.[6]

In dieser Situation habe es im Kabinett einen Frontalzusammenstoß zwischen M. und P. gegeben. M. habe ihn darauf hingewiesen, daß der Eid auf die Verfassung ihn zum Übergang zur Demokratie im März 1989 verpflichte. Die jetzt von ihm eingenommene Haltung treibe auf Verfassungsbruch zu und komme bei weiterem Anhalten einem Hochverrat gleich. Er, Matthei, versage ihm seine Gefolgschaft bei allen Entscheidungen, die nicht verfassungskonform seien. Hierbei sei er von General Stange voll unterstützt worden.

Seit zwei Monaten sei die Kommunikation zwischen verfassungstreuen Juntamitgliedern und P. unterbrochen. Der interne Kampf zur Demokratisierung laufe bereits auf vollen Touren. M. betrachte sich als Garant dieses Prozesses und werde den Kampf im Hinblick auf das Jahr 1989 führen. Der 11. März 1989 werde sein letzter Tag im Amt sein.

Matthei hat sich in den letzten zwei Tagen mit den Vorständen der Christdemokraten und Nationalen Partei getroffen und versucht, ihnen den Ernst der Lage klarzumachen, damit diese Parteien den z.Zt. zwischen ihnen diskutierten Kompromiß schnellstmöglich finden. M. sieht im Zusammengehen dieser beiden Parteien den erfolgversprechendsten Weg für einen demokratischen Nucleus, mit dem die Regierung verhandeln könne. Er hoffe, daß die Appelle Erfolg hatten. Beide Parteien hätten ihm versichert, daß sie bis Mitte September ein gemeinsames Strategiepapier erarbeiten wollen.

Komme es nicht zu dieser Übereinkunft, so werde der Demokratisierungsprozeß schwer behindert, denn ein anderer gangbarer Parteienzusammenschluß

6 Botschafter Kullack-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 7. September 1986 ergänzend, er habe am 5. September 1986 mit dem chilenischen Außenminister del Valle gesprochen. Dieser habe darauf hingewiesen, „daß Situation in Chile keinesfalls statisch sei. Die letzten zwölf Monate hätten manchen Schritt nach vorne gebracht. Dabei sei besonders der Zusammenhalt der demokratischen Kräfte in Junta und Kabinett hervorzuheben. Wie Matthei, so nannte auch er Matthei, Stange, Merino, Innenminister García und sich als überzeugten demokratischen Kern der obersten Hierarchie. […] Diese Gruppe sei um Glaubwürdigkeit im In- und Ausland bemüht. Im Inneren würde sie ihnen zunehmend entgegengebracht, vom Ausland werde leider nicht genügend differenziert. Anmerkung: Matthei hatte sich übrigens ähnlich ausgedrückt und hinzugefügt, daß er langsam die Problematik der Leute des 20. Juli zu verstehen beginne. AM endete mit Bitte an BM, in dieser schwierigen Lage ihm und den genannten Persönlichkeiten die persönliche Integrität zuzuerkennen und ihren Kampf nach innen nicht durch Aktionen von außen zu unterlaufen. Wie Matthei bezeichnete er Sanktionen als katastrophal, weil sie das Erreichte zerstören würden. Dann werde der Einsatz der demokratischen Gruppe, die ihre Legitimität und Existenz hiermit verbindet, scheitern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

innerhalb des Acuerdo Nacional[7] zeichne sich z. Zt. nicht ab. Es nütze nichts, wenn in Abständen von sechs Monaten mit Mühe ein Minipapier dort entstehe, das für die Parteien unverbindlich bleibe. Daher sein Bemühen um Vermittlung zwischen CD[8] und NP[9].

Auf meine Frage, wie M. sich unsere künftige Haltung zu Chile bilateral und im Rahmen der EG vorstelle, antwortete er, daß er um Beibehaltung der bisherigen Linie bäte. Die Tatsache der internen Auseinandersetzung in der Führungsspitze laufe auf eine Klärung der Verhältnisse zu. Er sei vielleicht zu optimistisch gewesen, wenn er früher geglaubt habe, daß der Übergang reibungslos zu vollziehen sei. Dieser Kampf sei intern auszutragen. Hilfe von außen sei nicht möglich, Einflußnahme von außen könne destruktiv wirken, da sie internen Solidarisierungseffekt auslöse. Auf keinen Fall sollte man an irgendwelche Sanktionen im wirtschafts- und finanzpolitischen Teil denken.[10]

[gez.] Kullak-Ublick

VS-Bd. 14150 (010)

7 Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, erläuterte am 2. September 1986, bei dem „Acuerdo Nacional" handele es sich um einen aus elf Parteien bestehenden Zusammenschluß, der 1985 nach Bemühungen des Erzbischofs von Santiago de Chile, Kardinal Fresno, gegründet worden sei, „der damit eine demokratische Einheitsfront von Links bis Rechts schaffen wollte. Leider ist der Acuerdo trotz guter Ansätze bisher kaum über einen Minimalansatz hinausgekommen. Die breitgefächerte Zusammensetzung, gegenseitiges Mißtrauen und persönliche Rivalitäten – verbunden mit Nichtakzeptanz durch die Regierung – ließ die vorhandenen Risse bald wieder hervortreten. Immerhin hat der Acuerdo zum 1. Jahrestag seines Bestehens, am 25. August 1986, nach langen Verhandlungen in einer Erklärung seine Gründungsprinzipien noch einmal bekräftigt und freie Wahlen für Präsidentschaft und Verfassungsorgane gefordert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; Referat 330, Bd. 142924.

8 Christdemokraten.

9 Nationale Partei.

10 Am 7. September 1986 wurde auf Präsident Pinochet in der Nähe von Santiago de Chile ein Attentat verübt. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete dazu am folgenden Tag, sechs Leibwächter Pinochets seien bei dem Angriff mit schweren Waffen getötet worden; Pinochet selbst sei leicht verletzt. Der chilenische Innenminister García habe den Belagerungszustand ausgerufen. Eine für den 9. September 1986 vorgesehene Loyalitätskundgebung für Pinochet werde trotzdem durchgeführt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 270; Referat 330, Bd. 142929.

236

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klaiber

8. September 1986[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Betr.: Informelles EPZ-Ministertreffen in Brocket Hall am 6./7. September 1986

Über den Verlauf des ersten Tages des EPZ-AM-Treffens teilte BM folgendes mit:

Auf Vorschlag der Präsidentschaft[2] seien die Themen Südafrika, West–West, West–Ost einschließlich KVAE besprochen worden. Für den zweiten Tag habe man sich die europäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen[3], das Verhältnis zwischen Europa und Japan[4], Nahost, UNIFIL[5], Libanon, EG–Türkei[6], Zentralamerika vornehmen wollen. Der italienische Außenminister[7] habe gebeten, auch über Generalsekretär UNESCO[8] zu sprechen, niederländischer AM[9] wollte Finanzkrise bei den VN[10] behandelt wissen.[11]

1 Ablichtung.

2 Großbritannien hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1986 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling notierte am 10. September 1986 für Referat 411: „Von anderer Teilnehmerseite wurde uns folgende Unterrichtung gegeben (wir waren am zweiten Tag des Treffens nicht vertreten): Der Präsident der Kommission berichtete über die Beziehungen EG–USA und die Aussichten für die bevorstehende GATT-Runde. Er stellte die bestehenden Differenzen – EG–USA, EG–Japan, EG–Kanada – über einige Aspekte der bevorstehenden GATT-Verhandlungen heraus. Die Präsidentschaft faßte die Diskussion dahingehend zusammen, daß es wichtig sei, den USA die Gefahren anhaltender Differenzen mit der EG deutlich zu machen, und bemerkte, daß aber auf europäischer Seite Selbstdisziplin geübt werden müsse. Sie meinte, daß die Diskussion über die Aussichten der GATT-Runde innerhalb der EG bei geeigneter Gelegenheit fortgesetzt werden müsse." Vgl. Referat 200, Bd. 134817.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter teilte Botschafter Hallier, Tokio, am 10. September 1986 mit: „Zweiter Tag des Treffens. Bundesminister war nicht anwesend. Nach einer Unterrichtung von britischer Seite bewerteten die Minister die Troika-Konsultationen mit Japan als fruchtbar und als nützliche Ergänzung der schwierigeren Handelsbeziehungen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 474/475; VS-Bd. 12176 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling vermerkte am 10. September 1986 für Referat 310: „F und IRL berichteten über die Schwierigkeiten von UNIFIL. Die Minister stimmten darin überein, daß der Abzug oder der Zusammenbruch von UNIFIL die Lage im Libanon weiter destabilisieren würde. Die Minister stimmten weiterhin darin überein, daß das UNIFIL-Mandat einschließlich der Finanzierungsfrage einer dringenden Überprüfung unterzogen werden müsse mit dem Ziel, Bedingungen zu schaffen, unter denen UNIFIL seiner Funktion gerecht werden kann." Vgl. Referat 200, Bd. 134817.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling informierte Referat 411, zu diesem Gesprächspunkt habe die britische EG-Ratspräsidentschaft die Diskussion dahingehend zusammengefaßt, „es sei wichtig, daß die Partner im Hinblick auf den Assoziationsrat klarmachen sollten, daß sie nicht unempfänglich gegenüber den griechischen Sorgen seien. Wir müßten allerdings sowohl die Beziehungen der Türkei zur EG als auch die türkische Mitgliedschaft in der NATO berücksichtigen. Der Assoziationsrat sei nicht das richtige Forum, um bilaterale griechisch-türkische Angelegenheiten zu erörtern. Der Rat sollte jedoch genutzt werden, um Fortschritte in den Fragen zu machen, die die EG und die Türkei betreffen, einschließlich Fragen der Diskriminierung." Vgl. Referat 200, Bd. 134817.

7 Giulio Andreotti.

8 Zur Besetzung des Amts des UNESCO-Generalsekretärs vgl. Dok. 188, Anm. 30.
In einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Raimond am Rande des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7. September 1986 in Brocket Hall führte Bundesminister Genscher aus: „Wir seien uns nicht darüber im klaren, ob

1) Südafrika

Unter Bezug auf seine Reise in die Region[12] erklärte AM Howe, es müsse über Südafrika gesprochen werden. GB vertrete Auffassung, es müsse möglichst in Brocket Hall Verständigung über das im Juni auf dem ER[13] beschlossene Maßnahmenpaket erzielt werden.

Tischumfrage ergab, daß sich alle AM mit Ausnahme von Portugal für Inkraftsetzung des Maßnahmenpakets aussprachen. Vor allem DK[14], NL, ESP[15] und F[16] vertraten die Auffassung, die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft stehe auf dem Spiel, es könne nicht weiter mit einer Entscheidung zugewartet werden.

Portugiesischer Vertreter (AM[17] war nicht anwesend) erklärte dagegen, seine Regierung müsse Entscheidung noch bis zum 15./16. September[18] offenhalten. (Portugiesischer Vertreter hatte vor der Sitzung mit BM über Frage gesprochen und erklärt, seine Regierung werde am Schluß dem Maßnahmenpaket zustimmen.)

BM trug vor, er bestehe darauf, daß der auf dem ER beschlossene Fahrplan eingehalten werde. Das bedeute, daß Entscheidung bis zum 15./16. September offengehalten werden müsse. Er bat Präsidentschaft, dies auch gegenüber der Presse klar zum Ausdruck zu bringen.

In der Erklärung des ER vom 27. Juni sei auch Aufforderung enthalten, sich mit anderen Industriestaaten abzustimmen. Aus diesem Grunde komme der bevorstehenden Reise von AM Howe in die USA[19] große Bedeutung zu.

Die Bundesregierung habe seinerzeit den in dem Beschluß des ER genannten Maßnahmen nur zustimmen können, weil auf Vorschlag Spaniens erklärt wurde, daß Sanktionen nicht auszuschließen seien. Von dieser Erklärung haben damals GB, Portugal und die Bundesregierung Gebrauch gemacht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1256

Frankreich für eine Wiederwahl M'Bows sei. Die Bundesregierung habe seinerzeit auch wegen der Amtsführung von M'Bow nur mit größten Schwierigkeiten Mitgliedschaft in der UNESCO aufrechterhalten können. AM Raimond antwortete, auch Frankreich sei nicht für eine Wiederwahl von M'Bow, wolle dies aber nicht öffentlich sagen, weil man ansonsten Widerstand frankophoner afrikanischer Staaten herausfordern würde." Vgl. Referat 010, Bd. 178900.

9 Hans van den Broek.

10 Zur Finanzkrise der Vereinten Nationen vgl. Dok. 188, Anm. 25–28.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling informierte Referat 230 am 10. September 1986: „Die Schlußfolgerung dieser Diskussion war, daß die VN eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen spielen und der Zusammenbruch der VN verhindert werden müsse. Zugleich müsse die Finanzkrise der VN in Angriff genommen werden. Es bestand Übereinstimmung über die Notwendigkeit für die Zwölf, noch enger mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit, die Effizienz und das Überleben der VN sicherzustellen, zusammenzuarbeiten." Vgl. Referat 200, Bd. 134817.

12 Der britische Außenminister Howe führte vom 9. bis 11. Juli 1986 Gespräche in Mosambik, Sambia und Simbabwe. Er reiste vom 23. bis 26. Juli 1986 nach Südafrika, Sambia, Botsuana und Lesotho und vom 27. bis 29. Juli 1986 erneut nach Südafrika.

13 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag vgl. Dok. 181.

14 Uffe Ellemann-Jensen.

15 Francisco Fernández Ordóñez.

16 Jean-Bernard Raimond.

17 Pedro Pires de Miranda.

18 Zur EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 257, Anm. 5.

19 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 9./10. September 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 230, Anm. 21.

Schließlich bat BM darum, folgende Fragen an die Partner richten zu dürfen:

(1) Sollen die geplanten Sanktionen nur für Südafrika Gültigkeit haben oder etwa auch für Namibia?
Wenn ja, sei dies für uns inakzeptabel.

(2) Wird es sich bei dem Maßnahmenkatalog um mandatorische Sanktionen handeln oder wollen die Partner freiwillige Selbstbeschränkungen eingehen? Er, BM, erinnere sich an die seinerzeit gegen Iran beschlossenen Sanktionen[20]; die damaligen Hauptbetreiber des Sanktionsbeschlusses hätten später erklärt, kein Instrumentarium zur Durchsetzung der Sanktionen zu besitzen.

Präsidentschaft versuchte, Diskussion über die von BM gestellten Fragen auszuweichen mit dem Argument, es handele sich hier um rein technische Fragen. BM bestand jedoch auf Antwort, worauf DK, NL und I erklärten, sie träten für mandatorische Entscheidungen ein. Belgien sagte, EG-Entscheidungen würden akzeptiert, nationale Maßnahmen kämen nicht in Frage.

Bei Investitionsstopp ergebe sich besondere Problematik, da sich viel belgisches Kapital in Luxemburg bzw. Monaco befinde und schwer kontrollierbar sei.

Kommissionspräsident Delors erläuterte, es gäbe drei Möglichkeiten der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs:
– Einstimmiger Beschluß, ein Gemeinschaftsgesetz zu machen;
– Artikel 113[21];
– EGKS-Vertrag[22].

BM sprach sich dafür aus, die Ständigen Vertreter sollten die Frage der Durchsetzbarkeit des Maßnahmenkatalogs nochmals prüfen. Im übrigen werde er über heutige Diskussion zu Hause berichten; die Bundesregierung sei jedenfalls gegen verbale Beschlüsse ohne anschließende Durchsetzbarkeit. Schließlich sei entscheidend, was die Amerikaner vorhätten.

BM warf schließlich Frage auf, ob nicht eventuell weitere politische Aktionen sinnvoll seien. Er könne sich beispielsweise vorstellen, daß sich die EG-Staaten zusammen mit anderen westlichen Staaten wie USA, Kanada, Australien und Neuseeland zusammensetzen und ihre Zielvorstellungen in bezug auf einen Wandel in Südafrika formulierten (keine blue prints). Im Anschluß daran könn-

20 Am 22. April 1980 traten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu einer Sondersitzung im Rahmen der EPZ in Luxemburg zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann berichtete am 25. April 1980, daß sie Wirtschaftssanktionen beschlossen hätten, über deren Inkraftsetzen auf dem informellem Treffen am 17./18. Mai 1980 in Neapel entschieden werden solle. Vgl. den Runderlaß Nr. 51; Referat 012, Bd. 115729. Für den Wortlaut der Erklärung vom 22. April 1980 vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 26 f.
Zum Treffen am 17./18. Mai 1980 resümierte Ministerialdirigent Dröge am 20. Mai 1980: „In der Sanktionsfrage kam es in Ausführung der Luxemburger Beschlüsse vom 22.4. zu der für die europäisch-amerikanischen Beziehungen wichtigen gemeinsamen Erklärung über unverzügliche Inkraftsetzung von Wirtschaftssanktionen." Vgl. Referat 200, Bd. 119460. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG 4/1980, S. 28.

21 Nach Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 sollte nach Ablauf einer Übergangszeit die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet werden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.

22 Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

ten diese Staaten die Vertreter aller Bevölkerungsgruppen in Südafrika zu einer internationalen Konferenz einladen. Ein solches Vorgehen würde den westlichen Forderungen (Freilassung Mandelas, Aufhebung ANC-Verbots etc.) erheblichen zusätzlichen Nachdruck verleihen. Er, BM, schlage vor, daß Präsidentschaft diese Anregung mit den USA aufnehme.

Die Mehrheit der AM äußerten sich im Grundsatz positiv zu diesem Vorschlag, Großbritannien dagegen eher reserviert. Präsidentschaft schlug vor, daß sich die Politischen Direktoren dieser Frage annehmen.[23]

2) West–West

Im Rahmen des West-West-Themenkomplexes erörterten AM Möglichkeiten einer Intensivierung des Meinungsaustausches zwischen der EPZ und den USA. Der britische Vorschlag, anläßlich des Abendessens der Zwölf anläßlich der VN-GV amerikanische hochrangige Persönlichkeiten aus der Administration zuzuladen, fand von seiten Frankreichs keine Unterstützung.

BM vertrat Auffassung, diese Frage müsse sachbezogen entschieden werden. Z. B. sei verstärkter Parlamentarieraustausch zu unterstützen; ebenso sei enge Abstimmung unverzichtbar in allen Fragen der Weltwirtschaft. Die Probleme Lateinamerikas und Asiens eigneten sich ebenfalls für einen engen Schulterschluß. Anders sehe dies aus bei so wichtigen Fragen wie dem Raum Mittelmeer, hier seien die Probleme auf Europa konzentriert.

Präsidentschaft resümierte, die institutionellen Arrangements zwischen EPZ und USA sollten bestmöglich genutzt werden, vor allem im Bereich der Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme, und zwar sowohl von seiten der Präsidentschaft wie von seiten der Kommission. Im politischen Bereich könnten die bestehenden Kontakte noch besser genutzt werden bzw. ausgebaut werden. Präsidentschaft sollte wenigstens einmal pro Halbjahr mit den USA konsultieren; die PK-Troika ebenfalls. Kein Einverständnis habe Präsidentschaft dagegen feststellen können zur Frage regelmäßigerer Treffen von Sachverständigen.

3) West–Ost

BM bat Partner, KSZE-Folgekonferenz in Wien sehr ernst zu nehmen. Der Westen müsse eine gemeinsame Strategie nicht nur in bezug auf die Implementierung, sondern auch eigene weiterführende Vorschläge in allen Bereichen entwickeln. Dies müsse auch intensiv mit den USA besprochen werden, damit ein zweites „Bern“[24] vermieden werde. BM regte an, die Ergebnisse von Bern,

23 Ministerialdirektor Sudhoff legte am 3. Oktober 1986 für Bundesminister Genscher dar: „Am Rande des New Yorker PK-Treffens ist verabredet worden, unsere Initiative solle auf der Ebene der Afrika-Arbeitsgruppen der Zwölf weiter behandelt werden. Den Weg über die Zwölf können wir nicht vermeiden. Aber er sollte keine Exklusivität besitzen. Ich fürchte, daß das Projekt in der ausschließlichen Behandlung durch die EPZ schließlich steckenbleibt. […] Wir sollten uns die Frage vorlegen, ob wir die politische Initiative nicht in der Form einer quasi ‚Kontaktgruppen-Aktivität‘ fahren sollten. Als Mitglieder kämen in Frage: Briten, Amerikaner, Japaner und wir. Dies sind die Länder mit dem stärksten Einfluß auf und den intensivsten Wirtschaftsverbindungen mit Südafrika. […] Die Notwendigkeit für einen politischen Anstoß zur Lösung der Südafrika-Problematik ist zu dringend, als daß diese Frage als eine Routine-EPZ-Angelegenheit weiterbehandelt werden sollte.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156025.

24 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

Budapest[25] und Ottawa[26] erneut auf den Verhandlungstisch zu legen, indem die Gastgebernationen jeweils einen Ergebnisbericht vortragen. Auf dieser Grundlage könne die Diskussion wiederaufgenommen werden.

Dieser Anregung stimmte die Mehrheit der Partner zu.[27]

Zum KVAE-Verhandlungsstand sagte BM, es dürfe jetzt noch nicht davon gesprochen werden, eventuell am 19. September die Uhr anzuhalten. Damit ginge zuviel Druck auf die Verhandler verloren. Erst wenn man, etwa am 15. September, absehe, wie die Dinge stünden, könnte sich der Westen hierüber verständigen.

Schließlich einigten sich Außenminister auf „guidelines for presidency for communication to press on airliner hijacking“[28] (siehe Anlage).[29]

Klaiber

Referat 200, Bd. 134817

25 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

26 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

27 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling informierte Referat 212 am 10. September 1986, die Erörterung der KSZE sei am zweiten Tag des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7. September 1986 in Brocket Hall in Abwesenheit der Bundesregierung fortgesetzt worden: „Alle Minister stimmten darin überein, daß die Zwölf eine wichtige Rolle im KSZE-Prozeß spielten. GR plädierte für ein Schlußdokument am Ende der Wiener Konferenz. Dieser Vorschlag wurde nicht von allen aufgegriffen. GR stimmte zu, daß eine Ausgewogenheit zwischen den drei Körben bestehenbleiben müsse, sprach sich jedoch dafür aus, daß die Zwölf bei den beiden anderen Körben Phantasie zeigen müßten. GR unterstrich die Notwendigkeit, daß die politische Kontrolle über den Gesamtprozeß erhalten bleiben müsse und daß man nicht in den traditionellen Schwierigkeiten steckenbleiben dürfe.“ Vgl. Referat 200, Bd. 134817.

28 Zum Überfall auf eine Maschine der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm am 5. September 1986 auf dem Flughafen in Karachi vgl. Dok. 256, Anm. 20.

29 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für den Sprechzettel zum Überfall auf eine Maschine der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm am 5. September 1986 auf dem Flughafen in Karachi vgl. den Drahterlaß Nr. 474/475 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lewalter vom 10. September 1986 an Botschafter Hallier, Tokio; VS-Bd. 12176 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

237

Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Schäuble

Dg 20/204-530.36-560I/86 geheim **8. September 1986**[1]

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

das Auswärtige Amt ist über die vom amerikanischen Botschafter Ihnen gegenüber am 1. August 1986 geäußerte Bitte um Zustimmung zur Stationierung eines „Emergency Support Team" bei den amerikanischen Dienststellen im Raume Frankfurt am Main[2] durch den Gesprächsvermerk des Bundeskanzleramtes vom 8. August[3] und ein ergänzendes Gespräch zwischen LASD/BK[4] und Dg 20[5] vom Auswärtigen Amt am 15. August unterrichtet worden.

Ich gehe davon aus, daß das Bundeskanzleramt im Anschluß an Ihr Gespräch mit StS Dr. Ruhfus vom 20. August die amerikanische Seite davon unterrichtet hat, daß die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und die amerikanische Seite daher nicht – wie zunächst am 1. August besprochen – von deutscher Zustimmung ausgehen kann, wenn sie bis zum 25. August nichts anderes gehört hat.

Die amerikanische Regierung hat bereits durch ihre Bitte um Zustimmung deutlich gemacht, daß die Stationierung nicht auf der Grundlage vorhandener vertraglicher Regelungen für die US-Truppenpräsenz[6] erfolgen soll. Die Tatsache, daß sie diese Bitte an den für die Koordinierung der Dienste zuständigen Chef des Bundeskanzleramtes gerichtet hat, macht darüber hinaus deutlich, daß es aus amerikanischer Sicht um einen Vorgang im Rahmen der Zusammenarbeit der Dienste geht.

Das Auswärtige Amt sieht keinen Anlaß, dieser Auffassung zu widersprechen. Es macht aber auf folgende Gesichtspunkte aufmerksam:

1) Das amerikanische Interesse, sich auf ihre – in Europa einzigartigen – Fazilitäten in der Bundesrepublik Deutschland abzustützen, ist offensichtlich. Dem steht das deutsche Interesse gegenüber, nicht laufend mit dieser Begründung zusätzlicher Präsenz und Aktivitäten zuzustimmen, sondern für eine angemessene Lastenteilung unter den europäischen Partnern der USA einzutreten.

Eine Stationierung der Expertengruppe in einem Bündnisland im Mittelmeerraum würde, was die geographische Nähe zu dem potentiellen Einsatzort betrifft, sicher mehr Sinn machen als eine Stationierung in Frankfurt am Main.

Nachdem in dem Gespräch mit Botschafter Burt am 1. August aber bereits eine grundsätzlich positive Reaktion in Aussicht gestellt wurde und auch der Bun-

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 3. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung eines Durchdrucks an Ministerialdirektor Bertele verfügte.

2 Zu der amerikanischen Bitte vgl. Dok. 224.

3 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jung, Bundeskanzleramt, vgl. VS-Bd. 12994 (204).

4 Hermann Jung.

5 Hans-Friedrich von Ploetz.

6 Zu den vertraglichen Grundlagen des Aufenthalts ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 224, Anm. 8.

desminister des Innern[7] inzwischen mit Rücksicht auf die enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine solche Zustimmung befürwortet hat, ist die erst danach eingeholte Stellungnahme des AA gehalten, sich auf die größtmögliche Wahrung deutscher Interessen im Rahmen der schon generell gegebenen Zusage zu beschränken.

2) Um sicherzustellen, daß sonstigen außenpolitischen Belangen und völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen wird, sollten von amerikanischer Seite klare Festlegungen in folgenden Punkten erfolgen:

- Umfang und Zusammensetzung des Teams (laut Botschafter Burt zunächst etwa sechs, später 12 bis 14 Angehörige der US-Streitkräfte bzw. -Dienste, die der Aufsicht des State Department unterstehen und dem amerikanischen Botschafter in Bonn bzw. im jeweiligen Einsatzland nachgeordnet sind)
- Auftrag des Teams (laut Botschafter Burt technische Bewältigung von Krisensituationen infolge terroristischer Aktionen wie Flugzeugentführungen einschließlich Fernmeldewesen und ND-Tätigkeit[8], jedoch keine Gewaltanwendung)
- Tätigwerden des Teams
  - auf deutschem Boden:

    Die deutsche Rechtsordnung einschließlich der die Bundesrepublik Deutschland bindenden völkerrechtlichen Regelungen sowie die Zuständigkeiten der deutschen Behörden müssen von der Gruppe respektiert werden.

    Ihre Mitglieder dürfen unabhängig davon, welchen US-Dienststellen sie zur Abdeckung zugewiesen werden, ohne deutsche Zustimmung nicht tätig werden. Das bedeutet insbesondere, daß ein Einsatz oder Gewaltanwendung auf deutschem Boden ohne deutsche Zustimmung unzulässig ist. (Die Polizeihoheit liegt bei den Ländern; die Zuständigkeit für die Erteilung der Zustimmung ist vom Bundeskanzleramt zu klären.)
  - auf dem Boden eines dritten Staates:

    Einsatz nur mit Zustimmung der Regierung des betreffenden Staates und der Bundesregierung.

    Dem Ausschluß von Anwendung bewaffneter Gewalt in Drittländern durch die Gruppe kommt besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung würde Völkerrecht verletzen, wenn sie duldete, daß völkerrechtswidrige Aktionen von ihrem Staatsgebiet den Ausgang nähmen. Dies bedeutet auch, daß die Anwendung bewaffneter Gewalt in Drittländern ausgeschlossen sein muß, ferner, daß sich die Gruppe nicht mit der Steuerung solcher Aufgaben befaßt oder sich an subversiven Bestrebungen oder Bürgerkriegen beteiligt.

Entsprechende Festlegungen durch die amerikanische Seite liegen im deutschen Interesse nicht zuletzt auch deshalb, weil amerikanische Pressespekulationen bekannt sind, daß die USA eine weit umfangreichere Präsenz ihrer Antiterror-

7 Friedrich Zimmermann.
8 Nachrichtendienst-Tätigkeit.

Kapazität in Europa als die jetzt vorgesehene Gruppe wünschen. Da die amerikanische Antiterrorkapazität nicht beim FBI oder zivilen Stellen der USA, sondern bei den Streitkräften entwickelt wird, muß von vornherein klar sein, daß eine Erweiterung durch Entsendung von für bewaffnete Aktionen bestimmten Antiterroreinheiten oder die Aufstellung solcher Einheiten vor Ort in Frankfurt am Main nicht beabsichtigt sind und nicht in Betracht gezogen werden können.

Das Auswärtige Amt geht davon aus, daß sich das Bundeskanzleramt vorstehende Klarstellungen von der amerikanischen Seite bestätigen läßt, wobei die Form des Briefwechsels ausreichen dürfte.[9]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Andreas Meyer-Landrut

VS-Bd. 12994 (204)

238

Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

204-321.00 SO-561/86 geheim **Aufgabe: 8. September 1986, 17.45 Uhr**[1]

Fernschreiben Nr. 6501 Plurez

Citissime

Tokio: Für Dg 20 citissime[2]

Betr.: Direktoren-Treffen im kleinen Kreis in Bonn am 4.9.1986[3]

Wir waren durch D 2, US durch Rozanne Ridgway, GB durch Derek Thomas und F durch Benoît d'Aboville vertreten.[4]

9 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 6. Oktober 1986: „Der zuständige Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Dr. Jung, erklärte mir heute auf Frage, er habe StS M[eyer]-L[andrut] […] davon unterrichtet, daß ChBK keine schriftlichen Festlegungen mit der amerikanischen Seite anstrebe. Er, Jung, habe mit amerikanischen Vertretern gesprochen und nehme an, daß man sich auf die USA verlassen könne. […] Ich habe erwidert, Wahrung der Vertraulichkeit sei nur ein Gesichtspunkt. Nach unserer Auffassung – siehe Brief von StS M.-L. – komme es auch darauf an, einen klaren und guten Record zu haben." Vgl. VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.
Zu den Absprachen vgl. auch Dok. 321.

1 Durchdruck.
Der von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke konzipierte Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris, Tokio und Washington wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 30 und 43.

2 Ministerialdirigent von Ploetz nahm vom 8. bis 11. September 1986 an der 28. Jahreskonferenz des „International Institute for Strategic Studies" in Kyoto teil. Anschließend führte er am 11./12. September 1986 sicherheitspolitische Konsultationen im japanischen Außenministerium. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1475 des Botschafters Hallier, Tokio, vom 16. September 1986; Referat 209, Bd. 148730.

3 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. auch Dok. 239.

4 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Folgende Themen wurden erörtert:
1) West-Ost-Beziehungen:
a) Beziehungen zur SU,
b) Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten,
c) Wiener KSZE-Folgetreffen.
2) Rüstungskontrolle:
a) Genfer Verhandlungen,
b) KVAE,
c) konventionelle Rüstungsbegrenzung in Europa,
d) MBFR,
e) CW,
f) nuklearer Teststopp.
3) Europäisch-amerikanische Beziehungen
4) Asylantenfrage
5) Berlin
Zusammenfassend ist festzuhalten:
1) West-Ost-Beziehungen
a) Beziehungen zur Sowjetunion

US berichtete über Vorbereitung amerikanisch-sowjetischen Außenminister-Treffens[5]: Amerikanische Seite sei unsicher, ob Gorbatschow Gipfel-Treffen anstrebe. Sowjets beharrten auf substantiellem Ergebnis, setzten sich dabei aber u. a. weiter für Test-Moratorium ein, dem USA, wie SU wissen müsse, nicht zustimmen werde. Man erwarte nicht mehr, daß Schewardnadse Daten für Gipfel-Treffen mitbringe. Bei achtstündigem Gespräch Armacost–Adamischin[6] hätten Sowjets kurz Gedanken einer Prinzipien-Erklärung angeschnitten, dieses jedoch nicht weiterverfolgt, als Amerikaner Desinteresse signalisiert hätten.

GB und D 2 meinten mit Zustimmung von F, daß Gorbatschow Gipfel wünsche. Er wolle jedoch vorher sicherstellen, daß es konkrete Ergebnisse in den zentralen Abrüstungsfragen gebe. Er wolle die sowjetische Demandeur-Rolle nicht zu stark hervortreten lassen.

D 2 bewertete BM-Besuch in Moskau[7] als Wendepunkt deutsch-sowjetischer Beziehungen, die jetzt wieder zur Normalität tendierten. Sowjets hätten spät einen Fehler korrigiert, dessen Korrektur zu erwarten gewesen sei. Zur Vollzie-

5 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

6 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 29. August 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums zu den Gesprächen des Staatssekretärs Armacost mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Adamischin in Washington: „In den insgesamt acht Stunden dauernden Gesprächen seien am 27.8. Fragen des Nahen Ostens sowie Ost- und Südostasiens und am 28.8. Fragen betreffend Südafrika und Mittelamerika behandelt worden. […] Fragen wie Nichtverbreitung von Kernwaffen (Naher und Ferner Osten), chemische Waffen und Terrorismus (Naher Osten) seien nur im Kontext der betreffenden Region angesprochen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3648; Referat 204, Bd. 135354.

7 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

hung Moskau-Besuchsergebnisse würden demnächst mehrere[8] deutsch-sowjetische Minister-Begegnungen stattfinden.[9] Im übrigen seien keine dramatischen Veränderungen zu erwarten. Bisher gebe es keine Termin-Absprachen für Besuche Schewardnadses und Gorbatschows in Bonn, solche Besuche seien aber nach Bundestagswahlen[10] nicht unwahrscheinlich. Kleinere WP-Staaten hätten sich sofort nach Bekanntwerden Moskauer Besuchsergebnisse bei uns gemeldet, um sich Ausbau vertraglicher Zusammenarbeit anzuschließen. Dies sei auch wegen Berlin in unserem Interesse. Sowjets hätten sich bemüht, BM-Besuch in Rahmen der Besuchskontakte mit F und GB zu stellen, und hätten Konzept europäischen Hauses bemüht. Wir hielten es für richtig, dieses Konzept – ohne sowjetische Absichten zu ignorieren – in unserem Sinne des „einen Europas" (Überwindung von Jalta[11]) zu nutzen.

GB erwähnte, daß PM Thatcher Einladung von Gorbatschow angenommen habe und an Besuch früh im nächsten Jahre denke.[12]

F berichtete über Beamten-Gespräche mit SU.

GB sah Anzeichen für Veränderungen sowjetischer Politik in Handhabung nach Tschernobyl[13] und des jüngsten Schiffsunfalles im Schwarzen Meer[14], andererseits sowjetische Härte im Falle Daniloff.[15]

8 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „drei".

9 Bundesminister Wallmann hielt sich am 7./8. September 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 11.
Zu den weiteren geplanten Besuchen vgl. Dok. 339.

10 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

11 In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

12 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR auf.

13 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

14 Am 31. August 1986 kam es im Schwarzen Meer zur Kollision eines Passagierschiffs mit einem Frachtschiff. Dazu wurde in der Presse berichtet, die sowjetischen Behörden hätten am 1. September 1986 im sowjetischen Fernsehen erklärt, es seien Tote zu beklagen. Ausländer seien nicht an Bord gewesen. Vgl. dazu den Artikel „Passagierschiff sinkt im Schwarzen Meer"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. September 1986, S. 1.
Am 5. September 1986 wurde gemeldet, die sowjetischen Behörden gingen von insgesamt 398 Todesopfern aus. Vgl. dazu die Meldung „Kapitäne festgenommen"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. September 1986, S. 1.

15 Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 3. September 1986: „Mit Verhaftung des US-Zeitungskorrespondenten Daniloff unter Spionage-Vorwurf in Moskau am 30.8.1986 hat SU für bilaterale Beziehungen einen Akt gesetzt, der von Gorbatschows konstantem Bemühen um versöhnlich-konstruktives Image in irritierender Weise absticht." Als plausibelste Erklärung für die Verhaftung erscheine, „daß sich Gorbatschow einer von ‚Organen' für angezeigt gehaltenen Strafaktion nicht entgegenstellte, um – nach innen wie nach außen – ein Zeichen zu setzen, daß die von ihm auf dem Sicherheits- und Abrüstungsgebiet bewiesene Geduld auch in einer Vor-Gipfelphase eine demonstrative Herausforderung amerikan[ischen] Prestiges keineswegs ausschließt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2450; Referat 213, Bd. 139349.
Gesandter Wallau, Washington, teilte am selben Tag mit, das amerikanische Außenministerium sehe in der Verhaftung des Journalisten Daniloff „direkte sowjetische Antwort auf Verhaftung sowjetischen UN-Bediensteten Sacharow in den USA. […] Amerikanische Seite sei nicht bereit, eine Verbindung zwischen beiden Fällen, die völlig unterschiedlicher Natur seien, herzustellen, schließe aber in der praktischen Abwicklung eine gewisse Koppelung nicht aus. Sollte Daniloff im Ver-

D 2 sah dies als zwei Seiten konsistenter sowjetischer Politik: Gorbatschow wolle nicht liberalisieren, sondern sowjetische Stärke durch Modernisierung wahren und erhöhen. Deshalb einerseits größere Flexibilität in der Form, andererseits große Härte, wo es um substantielle Interessen gehe. Soweit größere sowjetische Flexibilität (etwa durch Abrücken von traditionalistischer Immobilität) Möglichkeiten des Einvernehmens und der Zusammenarbeit mehre, sollte Westen dies nutzen, andererseits aber eigene Interessen ebenso fest verteidigen. Dem stimmten US, GB und F zu.

b) Beziehungen zu osteuropäischen Staaten

Polen:

D 2 bedauerte Ende des Landwirtschaftsprojektes der Kirche.[16] Direktoren waren sich einig, daß in westlichen Stellungnahmen klar sein sollte, daß nicht Kirche Projekt aufgegeben, sondern polnische Regierung es unmöglich gemacht hat.

GB berichtete, daß AM Howe polnischen AM[17] bei VN treffen werde, um kritischen Dialog fortzusetzen. Man werde deutlich machen, daß die Entwicklung der Beziehungen von Fortschritten beim inneren Bereiche abhänge. Französischer AM[18] wird ebenfalls polnischen Kollegen bei VN treffen. US planen keine Kontakte, solange politische Gefangene nicht frei seien.

Rumänien:

US hielt jederzeit Rücknahme des MFN-Status[19] durch Kongreß für möglich, besonders nachdem letzte Synagoge in R zerstört worden sei.

Bulgarien:

Ridgway plant Reise nach B[20], um Basis für Dialog zu suchen. D 2 begrüßte dies.

Albanien:

F berichtete, daß Minister Deniau bei Privat-Besuch in A albanisches Interesse

Fortsetzung Fußnote von Seite 1265

lauf der kommenden Woche entlassen werden, würde auch sowjetischer Bitte um Überstellung Sacharows entsprochen werden; auf ein ordentliches Verfahren gegen Sacharow könne aber nicht verzichtet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3697; Referat 213, Bd. 139349.

16 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 177, besonders Anm. 9.
In einem am 3. September 1986 veröffentlichten Kommuniqué des Primas von Polen, Kardinal Glemp, wurde erklärt, „daß die Gespräche mit Regierungsvertretern über die Gründung einer Landwirtschaftsstiftung und die Grundlagen für die Tätigkeit einer solchen an einem toten Punkt angelangt waren". Die von der polnischen Regierung aufgestellten Bedingungen hinsichtlich der Tätigkeit und der Satzung einer Stiftung hätten „ein Diktat seitens der staatlichen Verwaltung" bedeutet, „was den Prinzipien der Stiftung, insbesondere deren Autonomie, zuwiderlaufen würde. Angesichts dieser Sachlage wurde Bedauern darüber Ausdruck verliehen, daß die Verwirklichung der Konzeption der Stiftung, die Basis für die Zusammenarbeit und solidarische Hilfe auf internationaler Ebene sowie für die Zusammenarbeit zwischen Menschen verschiedener Ansichten innerhalb Polens sein sollte, trotz vier Jahre andauernder Verhandlungen nicht möglich war." Glemp bedankte sich für die Unterstützung aus dem Ausland und beauftragte das Organisationskomitee der geplanten Landwirtschaftsstiftung „mit der Prüfung von Möglichkeiten zur Verwirklichung anderer Formen der Unterstützung der polnischen Landbevölkerung". Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1482 des Botschafters Pfeffer, Warschau, vom 4. September 1986; Referat 421, Bd. 140342.

17 Marian Orzechowski.

18 Jean-Bernard Raimond.

19 Most Favored Nation-Status.
Zur amerikanischen Gewährung der Meistbegünstigung für Rumänien vgl. Dok. 193, Anm. 23.

20 Die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, hielt sich am 10./11. November 1986 in Bulgarien auf.

an Entwicklung der Beziehungen festgestellt habe. Albanien sei dabei, Verfassungshindernis für Kreditaufnahme zu beseitigen.

GB berichtete, daß AM der ČSSR[21], Bulgariens[22] und evtl. Rumäniens[23] nach London eingeladen werden sollten. Außerdem werde AM Fischer erwartet.[24] AM Howe werde nächstes Jahr Ungarn besuchen.[25]

c) Wiener KSZE-Folgetreffen

D 2 wies auf die in Vierer-Kreis und NATO behandelten Papiere hin, die zum Teil wesentliche Unterschiede zwischen Ansätzen der USA und der Europäer zeigten.[26] Wir hätten besondere Schwierigkeiten mit Versuchen, künstliche Verbindungen zwischen einzelnen Bereichen der Schlußakte[27] (humanitärer und Sicherheitsbereich) herzustellen und neue Vorschläge von Erfüllung aller existierenden Bestimmungen abhängig zu machen. D 2 betonte vitales deutsches Interesse am KSZE-Prozeß, auf den sich Hoffnungen in nationaler Frage richteten, und wies auf Verantwortung der Drei Mächte für Deutschland als Ganzes und Unterstützung unserer nationalen Anliegen durch Alliierte[28] als Grundelement unserer Zugehörigkeit zum Bündnis hin. D 2 betonte für uns vorrangige Ziele:

– Menschenrechte für Millionen, darunter Millionen Deutscher,
– mehr Bewegungsfreiheit für Ost-Europa und die DDR,
– schrittweise friedlicher Wandel im Sinne der Überwindung der Teilung Europas.

Dafür seien methodisch wichtig:

– Kooperativer Ansatz,
– multilateraler Charakter und starkes europäisches Profil (kein Dominieren globaler Rivalität),
– schrittweises Vorgehen (nicht Alternative großer Schritte oder Verzicht auf Bewegung),
– Nutzung von Fortschritten, wo immer möglich (kein Verzicht auf Fortschritte in einem Bereich, weil Fortschritte in anderen noch unbefriedigend).

F machte Vorbehalt gegen Koordinierung der Vorbereitung für Wien durch schwerfälligen NATO-Apparat deutlich. Abstimmung der[29] Zusammenarbeit müsse aufgrund von Weisungen der Hauptstädte in Wien erfolgen. Prinzip der

21 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich am 16./17. Juni 1987 in Großbritannien auf.
22 Ein Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow in Großbritannien fand vom 16. bis 18. September 1987 statt.
23 Ioan Totu.
24 Der Außenminister der DDR, Fischer, besuchte Großbritannien am 18. November 1986.
25 Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 8. bis 10. März 1987 in Ungarn auf.
26 Zur Erörterung der KSZE im NATO-Rahmen vgl. Dok. 244.
27 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.
28 Vgl. dazu Artikel 7 Absatz 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag); BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.
29 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „und".

Balance dürfe nicht mit mathematischem, sondern müsse mit politischem Maßstab verfolgt werden. Sowjetische Demandeur-Rolle im Sicherheitsbereiche müsse genutzt werden. Implementierungsdebatte müsse durch neue Initiativen ergänzt werden. F distanzierte sich von NATO-Papier für Wien, das nur als allgemeines Referenz-Papier dienen könne.

Auch GB setzte sich für vorsichtige, nicht zu rigide Anwendung des Balance-Prinzips ein. Die Blockierung von Fortschritten im Sicherheitsbereiche durch Mängel im Menschenrechtsbereiche sei für viele Länder schwer zu akzeptieren.

[30]US betonte Interesse an KSZE-Prozeß, wies aber auf Interessen-Gruppen in den USA hin, die sich gegen weitere Beteiligung überhaupt wendeten. Manche US-Positionen, die Europäern Probleme machten, seien Konzessionen an diese Gruppen, um amerikanische Beteiligung zu sichern. In Administration prüfe man Vorschlag für aus jeweils drei Staaten bestehende Kontroll-Kommission von „Helsinki observers", die in Mitgliedstaaten Menschenrechtseinhaltung prüfen sollten. Außerdem denke man an Menschenrechtskonferenz. US wolle bei KSZE-Vorbereitungstreffen für mehr Öffentlichkeit, längere Implementierungsdebatte und festes Abschlußdatum eintreten. Dies solle bei POLAD-Treffen am 15./16.9. in Brüssel beraten werden. Ob Shultz nach Wien komme, sei noch offen.[31]

D 2, GB und F plädierten für Flexibilität und sprachen sich bezüglich Konferenz-Ende für Zieldatum (target date statt cut-off date) aus. F betonte, daß bei öffentlichen Teilen nur Delegationsleiter sprechen sollten. US-Initiative für Menschenrechts-Beobachter könne zu unerwünschter Institutionalisierung führen. GB betonte, daß man KSZE nicht als Verhandlung, sondern als Prozeß betrachten müsse. Howe werde nach Wien kommen, wenn seine Kollegen dies täten.

Abschließend stellte D 2 Einvernehmen über folgende Punkte fest:

– Abstimmung der gemeinsamen Linie solle nach Beginn Folgetreffens in Wien erfolgen;
– Balance-Prinzip solle nicht mathematisch, sondern politisch benutzt werden;
– es sollten keine festen Verbindungen[32] (links) hergestellt werden;
– es sollten keine Vorbedingungen (Implementierung aller bestehenden Bestimmungen) für Diskussion neuer Vorschläge aufgestellt werden.

Einigkeit bestand auch darin, daß Erörterung des Terrorismus-Themas sehr sorgfältig vorbereitet werden müsse, damit es nicht vom Osten einseitig zu endlosen Diskussionen benutzt werde.

2) Rüstungskontrolle

a) Genfer Verhandlungen

US berichtete über Gespräche der Nitze-Delegation in Moskau[33], die am 5./6.

30 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 6502 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

31 Der amerikanische Außenminister Shultz nahm vom 4. bis 6. November 1986 an der Eröffnung der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien teil.

32 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bedingungen".

33 Am 11./12. August 1986 fanden amerikanisch-sowjetische rüstungskontrollpolitische Gespräche statt. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 12. August 1986, zum ersten Tag habe das amerikanische Außenministerium mitgeteilt, „daß es in den Gesprächen ‚keine Überraschungen'

September 1986 in Washington fortgesetzt würden.[34] US hätten sich auf drei Themen konzentriert:

– Verhältnis offensiver und defensiver Systeme und Abschaffung ballistischer Angriffswaffen,
– Konzept für ausgewogene Reduzierung strategischer Waffen, zunächst um[35] weniger als 50 Prozent,
– INF-Zwischenabkommen, zusammengesetzt aus Obergrenze für Systeme, die Europa erreichen, und sowjetischem Restbestand in Asien (den US rechtlich ausgleichen könne).

Sowjets hätten sich besonders interessiert für

– Dauer des Prozesses des Rückzugs aus ABM-Vertrag[36],
– Konzept für strategische Reduzierung von weniger als 50 Prozent,
– bei INF für Asien.[37]

Sowjets hätten den INF-Komplex als „relativ lösbar" angesehen (wobei sie jedoch weiterhin bezüglich Drittstaaten-Systemen, aber auch hinsichtlich Kurzstrecken-Bereich und besonders Asien unbeweglich gewesen seien) und sich auf strategische Waffen bzw. deren Verhältnis zu Defensiv-Systemen konzentriert. Außerdem hätten sie auf eine Revision der SALT-Entscheidung Reagans[38] gedrängt und auf gegenseitige Zurückhaltung bei Nukleartests.

Gespräche sollten nicht mit Genfer Verhandlungen konkurrieren. Sie sollten informelle Gesprächsmöglichkeiten geben, um zu sehen, wo man stehe und wo man weiterkommen könne. US-Seite habe bisher keine Vorstellung, wo Kompromißpunkte für Sowjets liegen könnten. Trotzdem habe man die Gespräche für nützlich gehalten und wünsche ihre Fortsetzung.

Auf Anfrage gab US zu erkennen, daß New York Times-Artikel vom 31.8.[39] mit Überlegungen über neue amerikanische Verhandlungsvorschläge für Genf[40] nicht aus der Luft gegriffen sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1268

gegeben habe". Insgesamt werde der Verlauf „nicht sonderlich positiv eingeschätzt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3385; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
Am 13. August 1986 teilte Gesandter Wallau, Washington, aus einer Unterrichtung durch das amerikanische Außenministerium über den zweiten Tag der Gespräche mit: „Gesprächspartner bezeichnete die Gespräche nicht als Durchbruch, schien jedoch den Verlauf der Diskussion am zweiten Tag positiver als die Diskussion am Eröffnungstag zu bewerten. Insbesondere sowjetisches Interesse an dem Verhältnis offensiver zu defensiven Systemen ist von amerikanischer Seite aufmerksam zur Kenntnis genommen worden. Der Gegensatz zwischen sachlicher Erörterung dieses Themas bei den Konsultationen und propagandistischer Behandlung des Themas SDI in der Öffentlichkeit wurde dabei unterstrichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3402; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

34 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.

35 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

36 Das Wort „Vertrag" wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

37 So in der Vorlage.

38 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

39 Vgl. den Artikel „Aides Say Reagan Plans To Relax Arms-Talk Stands"; THE NEW YORK TIMES vom 31. August 1986, S. A 1 und A 18.

40 Botschafter Ruth notierte am 4. September 1986, von seiten des amerikanischen Außenministeriums sei sowohl der Botschaft der Bundesrepublik in Washington als auch ihm bestätigt worden: „Die in der New York Times vom 31.8.1986 beschriebenen neuen amerikanischen START-Vor-

D2 wies darauf hin, daß wir amerikanisch-sowjetische Diskussion über Verhältnis offensiver/defensiver Systeme für richtigen Ansatz hielten, wenn auch beide Seiten noch weit auseinander seien. Bemühungen um einvernehmliche Definition strittiger Bereiche des ABM-Vertrages und Festigung des ABM-Regimes schienen uns wichtig.

GB bezweifelte Aufrechterhaltung sowjetischen Widerstandes gegen Einbeziehung der asiatischen Systeme im Lichte sowjetischer Asien-Politik sowie Aufrechterhaltung der Einbeziehung der Systeme von GB und F.

b) KVAE

D2 betonte, daß wir uns in Stockholm weiter um Verbesserung Verhandlungsergebnisses bemühen sollten: Vor allem um Festlegung niedriger Schwelle für notifizierungspflichtige Aktivitäten, notfalls scheine uns gespaltene Schwelle für Notifizierungen/Beobachtung akzeptabel. Sowjets versuchten, konzeptionelle Zugeständnisse bei Inspektion durch mangelnde Substanz der Modalitäten wieder zu entleeren. Wir sollten zunächst weiter auf neutrales Flugzeug[41] drängen. Ob Konferenz an dieser Frage scheitern sollte, sei später zu entscheidende Frage. Wir sollten Zeitdruck nutzen und nach außen noch nicht zu erkennen geben, daß wir evtl. am 19.9. Uhr anhalten könnten. Aber wir sollten uns hier auch nicht negativ festlegen. Wir hätten gegenüber Schlußakte wesentliche Verbesserungen erreicht und hätten großes Interesse an positivem Abschluß. Scheitern der KVAE am Vorabend amerikanisch-sowjetischen Außenminister-Treffens wäre nicht wünschenswert. Falls es zu amerikanisch-sowjetischem Gipfeltreffen mit Substanz-Ergebnis bilateraler Verhandlungsmaterie komme, würde Scheitern der für Europäer wichtigen multilateralen KVAE ungünstig abfallen.

US riet zur Vorsicht. Es gebe einige offene Fragen, ohne die Abschluß nicht möglich sei. US könne keine Schein-Inspektionen und keine „restricted areas“ akzeptieren, die nicht allgemein Sperrgebiete seien. Eine Fortsetzung über den 19.9. hinaus parallel zum Wiener Vorbereitungstreffen[42] sei ausgeschlossen. US fragte kritisch nach französischem Positionswechsel bezüglich Flugzeugen des inspizierten Staates und bezüglich „restricted areas“.

F beurteilte Verhandlungsstand ebenfalls vorsichtig. Man habe neue Schwierigkeiten entdeckt, die auf ungenügender Vorbereitung beruhten. Man wolle

Fortsetzung Fußnote von Seite 1269

schläge geben in der Tat Überlegungen innerhalb der Administration korrekt wieder.“ Die Überlegungen umfaßten gegenwärtig folgende Elemente: „a) Begrenzungen für die Trägersysteme: Obergrenze von 1600 bis 1800 für ICBM, SLBM und strategische Bomber; innerhalb dieser Obergrenze Zwischengrenze von 350 bis 400 für strategische Bomber; grundsätzliches Einverständnis mit sowjetischem Vorschlag einer Beschränkung von SLCM auf U-Boote; wegen Verifikationsschwierigkeiten sollten diese Systeme außerhalb der Gesamtobergrenzen für strategische Trägersysteme behandelt werden; b) Begrenzungen für Gefechtsköpfe und Schwerkraftbomben: Obergrenze von 7500 für GK auf ballistischen Raketen plus ALCM; innerhalb dieser Obergrenze Zwischengrenzen von 5500 GK auf ballistischen Raketen und 2000 ALCM; spezifische Obergrenze von 3300 für GK auf ICBM; innerhalb dieser spezifischen Grenze Zwischengrenze von 1650 GK auf SS-18, auf beweglichen ICBM oder auf gemirvten ICBM, die mehr als 6 GK tragen können; keine Begrenzungen für Schwerkraftbomben; c) Begrenzungen für das Wurfgewicht: Verringerung des Wurfgewichts sowjetischer Raketen um 50 %.“ Vgl. VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

41 Zum Vorschlag der Nutzung von Flugzeugen und Personal neutraler und nichtgebundener Staaten für Inspektionszwecke vgl. Dok. 234, Anm. 6.

42 Das Vorbereitungstreffen für die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 23. September bis 6. November 1986 statt.

keine sowjetischen Inspektionsflugzeuge über Frankreich. US habe das Problem nicht. Möglichkeit der Beobachtung sowjetischen Gebietes sei wichtiger als Nationalität des Flugzeuges und des Piloten. Bezüglich der Sperrgebiete habe man nicht bedacht, daß SU „restricted areas" so wählen könnte, daß sie ihre Manöver darin abhalte und vor Inspektionen schütze. D 2 bezeichnete es als problematisch, eigene Positionen des Bündnisses in letzter Stunde zu ändern. Vielmehr sollten wir uns bemühen, „restricted areas" einzuschränken.

GB erwähnte, daß sich auch britische Presse inzwischen sehr für KVAE interessiere. Dies übe Druck auf Annäherung britischer Positionen an britische Partner aus. Hauptschwierigkeit seien die Verifikationsmodalitäten. Man wolle keine leere Schachtel. GB lehne Flugzeug des inspizierenden Staates ab. US zeigte sich von französischer Argumentation beeindruckt, verwies aber auf entschiedenen Widerstand von Weinberger gegen Flugzeuge des inspizierten Staates.

Abschließend stellte D 2 Einvernehmen fest, daß

– Westen großes Interesse an erfolgreichem substantiellem Abschluß habe,
– wesentliche Fortschritte erzielt worden seien,
– auch in verbleibenden Fragen unverändert Druck auf SU ausgeübt werden sollte, um Modalitäten zu verbessern.

Schlußbewertung: „Wieviel ist genug?" und Abschlußzeitpunkt so spät wie möglich.

[43]c) Konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa

D 2 fragte, ob die auf persönlicher Basis von unseren Vertretern am Rande letzter HLTF-Sitzung[44] identifizierten vier Punkte (KSZE-Zusammenhang, KVAE-II-Rahmen: zwei Tische zu 35 bzw. zwischen Bündnissen mit N+N als Beobachter, Mandat in Wien zu erteilen, Anpassung an Rhythmus der Folgetreffen) in Hauptstädten akzeptiert würden.

43 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 6503 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

44 Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 28. August 1986 zur dritten Sitzung der „High Level Task Force" (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa am selben Tag: „Der wichtigste Teil der Sitzung war aus unserer Sicht das Treffen am Vorabend im kleinen Kreis (USA, UK, F, IT, wir). 1) Hier wurde hinsichtlich der prozeduralen Behandlung von Sicherheits- und Rüstungskontrollfragen bei der Wiener KSZE-Folgekonferenz und hinsichtlich der Struktur von künftigen KRK-Verhandlungen auf persönlicher Basis Übereinstimmung in wichtigen Fragen hergestellt. Bei der Behandlung der konventionellen Sicherheit und Rüstungskontrolle in Europa soll auch künftig der Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß gewahrt bleiben. Künftige KRK-Verhandlungen sollen im Rahmen der KVAE II stattfinden, und zwar an zwei Tischen: für VSBM im Rahmen der 35, während Fragen, die die Stabilität in ganz Europa betreffen, zwischen den Mitgliedern der beiden Bündnisse verhandelt werden sollen. Die N+N sollen bei den letztgenannten Verhandlungen indirekt, etwa als Beobachter, beteiligt werden. Eine Formel, die die Beteiligung ohne ausdrückliche Bezugnahme auf die Allianzen begrenzt, muß noch gefunden werden. Im Sinne eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den einzelnen KSZE-Körben bei der Wiener Folgekonferenz soll über ein Mandat für eine KRK-Konferenz auf der Folgekonferenz selbst verhandelt werden. Damit wird implicite auch der Gedanke einer KVAE-Phase I B verworfen. Die KVAE II soll Teil des KSZE-Prozesses sein; das bedeutet u. a., daß sich auch die Verhandlungsperioden nach den KSZE-Folgetreffen richten würden. […] Wenn diese Einigung die Billigung der Regierungen findet, könnte ein Durchbruch zu einem substantiellen Abschlußbericht der HLTF erreicht sein. 2) Ferner wurde Übereinstimmung über einen substantiellen Zwischenbericht der HLTF an den NATO-Rat erzielt, der im Oktober vorgelegt werden und eine Empfehlung der HLTF zu den Fragen enthalten soll, die für die Eröffnungserklärungen der Außenminister bei der KSZE-Folgekonferenz wichtig sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1057; VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

US mahnte zur Vorsicht: In Washington sei Frage noch nicht durch den interagency-Prozeß gegangen. F stimmte grundsätzlich zu, meinte aber, daß man möglicherweise mehr als zwei Tische brauche. D 2 sprach sich hiergegen aus. GB warnte vor Gefahr, daß Diskussion über Strukturfragen vom Osten ausgenützt werde und das eigentliche Ziel verdränge. F und D 2 betonten, daß vier Punkte für Ausführung Halifax-Mandats[45] wesentlich seien.[46]

d) MBFR

D 2 fragte nach Meinung der anderen, ob und in welcher Form westliche Außenminister bei Anwesenheit in Wien Geste machen sollten, die Bedeutung von MBFR hervorhebe ((a) West-Ost-Konferenz, (b) Reden einzelner Minister vor MBFR[47], (c) Treffen mit Delegationsleitern). Wir schlössen erste Modalität aus. F sprach sich gegen demonstrative MBFR-Geste (besonders erste beide Modalitäten) aus, da dies trotz gemeinsamen neuen Ansatzes zu konventioneller Rüstungskontrolle Differenzen wieder unterstreichen würde. US und GB äußerten sich nicht zu den Modalitäten. US meinte, daß man Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa möglicherweise auch ohne MBFR-Ergebnis beginnen könne. Man solle dies jetzt aber noch nicht anderer Seite zu erkennen geben.

e) CW

US äußerten, daß sie „kooperative Unterstützung“ für GB-Vorschlag[48] fortsetzten. GB und D 2 begrüßten dies.[49]

f) Nuklearer Teststopp

Auf Kritik von US an Reaktion der Bundesregierung zu sowjetischem Moratoriumsvorschlag[50] (die von GB indirekt unterstützt wurde durch Betonen des

45 Für das Mandat der „High Level Task Force“ (HLTF) vgl. Dok. 179, Anm. 5.

46 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

47 Die Wörter „vor MBFR“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

48 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element“ (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

49 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

50 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gab in einer Fernsehansprache am 18. August 1986 die Verlängerung des sowjetischen Testmoratoriums bis 1. Januar 1987 bekannt. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 68.
Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 20. August 1986, der amerikanische Gesandte Dobbins habe ihn am selben Tag angerufen und dargelegt: „Er habe die Stellungnahmen von BM, StM Stavenhagen, MD Teltschik und MdB Rühe gelesen und sei, soweit sie CTB beträfen, besorgt über die inhaltlichen Unterschiede zwischen den deutschen und den amerikanischen Stellungnahmen. Während die deutsche Seite einen CTB ohne weitere Qualifizierung als im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegend bezeichnet habe, sei von amerikanischer Seite festgestellt worden, ein CTB liege weder im amerikanischen Interesse noch in dem ihrer Verbündeten.“ Dobbins habe sich besorgt gezeigt, „daß der Eindruck eines Dissenses in einer wichtigen Frage entstehe, denn in Washington zeichne sich zu CTB keine Bewegung ab: Wenn es einen Gipfel in diesem Jahr gebe, werde sein Ergebnis mit Sicherheit kein CTB sein.“ Er, Ploetz, habe entgegnet: „Mit der früheren amerikanischen Argumentation, daß die Zustimmung zu einem CTB von einer verläßlichen Verifikation abhängig sei, hätten wir keine Probleme gehabt. Der Wechsel in der amerikanischen Argumentation, wonach selbst bei zuverlässiger Verifikation einem CTB nicht zugestimmt werden könne, weil Sicherheitsinteressen die Fortsetzung von Tests erforderten, macht uns hingegen Schwierigkeiten. Dies sei der Kern des Problems und der Differenz.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162062.

Propaganda-Charakters gerade dieser sowjetischen Initiative und Aufruf zu solidarischem westlichem Entgegentreten) erklärte D2, daß wir uns nie für ein Moratorium ausgesprochen hätten. Für uns gelte unverändert, was BK in Pressekonferenz im Januar[51] und in Schreiben an Präsident Reagan[52] ausgedrückt habe (einvernehmliche schrittweise Verringerung der Tests und Intervalle). Auch wir sähen Teststopp nicht losgelöst von Reduzierungen. Zentrales Problem sei Verifizierung, hierfür hätten wir in Genf Vorschläge gemacht.[53] US erklärte mit Unterstützung von GB und F, daß Tests erforderlich seien, solange man nukleare Abschreckung brauche. SU wisse dies so gut wie die West-Mächte und nutze lediglich Empfindlichkeiten von Teilen westlicher Öffentlichkeit für Propaganda-Zwecke. D2 wies auf Präsentationsschwierigkeit hin, wenn Ziel des CTB langsam von Tagesordnung verschwinde, während Abschaffung der Nuklearwaffen in Vordergrund geschoben werde. Wir hätten CTB auf Tagesordnung gesetzt, als Abschaffung der Nuklearwaffen noch nicht als Ziel erklärt worden sei. GB, F und US erkannten an, daß hier westlicher Schwachpunkt liege.

3) Europäisch-amerikanische Beziehungen

Hierzu folgt gesonderter Erlaß.[54]

4) Asylanten-Frage

D2 unterrichtete US von der von uns[55] im PK[56] angeregten[57] Demarche der Zwölf bei DDR und SU, die Prinzipien guter Nachbarschaft zu respektieren. Die Berlin-Gruppe würde ein entsprechendes Papier diskutieren.[58] Der Berlin-Status sei nach unserer Ansicht nicht berührt, weshalb die Demarche bei der DDR unproblematisch erscheine.[59]

51 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl vom 9. Januar 1986 vgl. Dok. 16, Anm. 14.

52 Für das Schreiben vom 22. April 1986 vgl. Dok. 120.

53 Die Bundesrepublik legte am 11. Juli 1985 in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) ein Arbeitspapier zum schrittweisen Aufbau eines seismologischen Systems zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vor. Für den Wortlaut des Arbeitspapiers (CD/612) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 775–781. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 181 und Dok. 271.

54 Vgl. Dok. 239.

55 Die Wörter „von uns“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

56 Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 2./3. September 1986 in London vgl. Dok. 228, Anm. 26.

57 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beschlossenen“.

58 Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 4. September 1986: „Die Bonner Vierergruppe befaßte sich am 4.9. mit dem Vorhaben einer Demarche der EG-Präsidentschaft im Namen der Zwölf gegenüber SU und DDR sowie mit einem britischen Textentwurf hierzu vom gleichen Tage. Es bestand Übereinstimmung, daß der Text keinen Berlin-Bezug enthält, seine Verwendung gegenüber der DDR somit nicht den Schluß erlaubt, mit ihm würde diese als kompetenter Adressat in Statusfragen Berlins angesprochen. […] Es wurde vereinbart, das endgültige Einverständnis aller Beteiligten telefonisch zu sammeln und ggfs. erneut am 5.9. bzw. 8.9. zu beraten. Der britische Vertreter bat um beschleunigtes Verfahren, da die Präsidentschaft gegenüber den Zwölf sich mit dem am 3.9. versprochenen Vorschlag nicht verzögern wolle.“ Vgl. Referat 514, Bd. 190554.

59 Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 18. September 1986, in der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom 16. September 1986 habe der britische Vertreter über die Demarche gegenüber der DDR am 15. September 1986 informiert: „Der britische Botschafter (Präsidentschaft) sei gemeinsam mit seinem niederländischen und belgischen Kollegen (Troika) vom Stellvertretenden AM Nier empfangen worden. Auf die Demarche habe Nier mit den bereits bekannten Einlassungen

5) Berlin (750-Jahrfeier)[60]

GB brachte Anregung des Senates zu Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland in Berlin im Anschluß an Weltwirtschaftsgipfel in Rom[61] zur Sprache. PM Thatcher habe noch nicht entschieden und sei an Ansichten der anderen Beteiligten interessiert. Man rechne in London mit sowjetischem Protest wegen Teilnahme des BM, den man aber wie andere Proteste zurückweisen könne. Allerdings müsse man besondere Sensitivität von Vierer-Treffen berücksichtigen. US brachte als Ergebnis einer Abwägung des Für und Wider Vorbehalte zum Ausdruck. Mit sowjetischem Protest werde man noch fertig werden. Die italienischen Empfindlichkeiten, insbesondere nach italienischer Gastgeber-Rolle in Rom sprächen aber dagegen. Deshalb denke man gegenwärtig an individuelle Besuche. Man erörtere mit dem NSC, ob Präsident Reagan nach dem Weltwirtschaftsgipfel nach Berlin kommen könne, in Begleitung des BK.

F teilte US-Auffassung. F und US betonten außerdem, daß eine solche Demonstration im Rahmen der getrennten 750-Jahres-Feiern in beiden Stadtteilen die Teilung unterstreichen könnte.

Braunmühl[62]

VS-Bd. 12983 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1273

der DDR geantwortet: Die DDR als wichtiges Transitland sei an die Konvention von Barcelona gebunden. Sie sei bereit, mit jedem interessierten Land eine Abmachung zu schließen, wie sie es bereits mit Dänemark und Schweden getan habe." Vgl. Referat 210, Bd. 139254.

60 Zu den Vorbereitungen für die 750-Jahrfeier von Berlin 1987 vgl. Dok. 221.

61 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 34/35 des Vortragenden Legationsrats Stoecker vom 16. Juni 1987; AAPD 1987.

62 Paraphe.

239

Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

204-321.00 SO-563/86 geheim **8. September 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 6515 Plurez **Aufgabe: 9. September 1986, 13.42 Uhr**

Betr.: Direktoren-Treffen im kleinen Kreis in Bonn am 4. September 1986;
hier: Europäisch-amerikanische Beziehungen

Bezug: Erlaß vom 8. September 1986[2], 204-321.00 SO 561/86 geheim[3]

Die Direktoren erörterten bei Tisch im Anschluß an die in Halifax von den Außenministern geführte Diskussion[4] die Entwicklung der europäisch-amerikanischen Beziehungen. Sie waren sich einig, daß

– die Allianz für alle von vitalem Interesse ist,
– die Allianz sich nicht in einer Krise befindet und Differenzen über einzelne Fragen immer wieder bestanden haben und bestehen werden,
– die unterschiedlichen Auffassungen offen diskutiert werden müssen,
– es dazu keiner neuen Institutionen bedarf,
– der Dialog innerhalb der Allianz und in der Direktorengruppe verstärkt werden muß (Erwägung häufigerer Treffen).

In der Diskussion wurde erneut die Sorge der USA deutlich, in der Allianz in Sicherheitsfragen mit einer abgestimmten europäischen Position konfrontiert zu werden. US vertrat die Auffassung, daß die NATO der Rahmen und die Einrichtung für den Dialog über Sicherheitsfragen sei und daß die Vorstellung, die durch die EG-Erweiterung für die USA ohne vorherige Konsultationen entstandenen Handelsprobleme[5] könnten in vergleichbarer Form bei Sicherheitsfragen in der NATO durch europäische Blockbildung entstehen und von der SU ausgenutzt werden, furchterregend sei. Sicherheit sei ein Bereich, der ein Gegeneinander von Interessen wie bei der EG-Erweiterung nicht zulasse. Hier gehe es darum, sich gegen einen gemeinsamen Gegner zu organisieren. Wenn die Zwölf derartige Anpassungen unternähmen, könnten sich die US ihrerseits zu Verän-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaften in London, Paris und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke konzipiert.

2 Korrigiert aus: „5. September 1986".

3 Für den Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 238.

4 Vgl. dazu die NATO-Ministerratstagung im kleinen Kreis am 29. Mai 1986; Dok. 158.

5 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 167, Anm. 40 und 41.
Referat 411 erläuterte am 12. September 1986: „Hinsichtlich des Streits um die Folgen der EG-Erweiterung konnte zunächst im ‚Portugal-Fall' […] eine Eskalation vermieden werden. Die amerikanischen Maßnahmen sind so ausgelegt, daß sie den EG-Ausfuhren nicht schaden, weshalb die Gemeinschaft auf Gegenmaßnahmen zunächst verzichtet hat. Im ‚Spanien-Fall' […] wurde am 2.7. in Gesprächen der EGK (Andriessen und de Clercq) mit Handelsbeauftragtem Yeutter und Landwirtschaftsminister Lyng ein sechsmonatiges Moratorium für das Inkrafttreten von einseitigen Maßnahmen vereinbart und damit vorerst ebenfalls eine Verschärfung des Konflikts verhindert." Vgl. Referat 411, Bd. 131200.

derungen veranlaßt sehen. Die kürzlichen dramatischen Diskussionen im Kongreß hätten gezeigt, daß dort das Gefühl für eine Neubewertung wachse, erwartet aber würde eher eine Bestätigung der bisherigen Linie. Die US hätten ihre Haltung zur europäischen Einigung nicht geändert. Innerhalb des Verteidigungsbündnisses einer vereinheitlichten europäischen Haltung gegenüberzustehen, rufe jedoch Besorgnis hervor. D2 meinte mit Unterstützung von GB und F, daß die Handelsbeziehungen, in denen wir konkurrierten, mit der Verteidigungszusammenarbeit, in der es um die Behauptung der gemeinsamen Sicherheit gegen eine äußere Bedrohung gehe, nicht vergleichbar seien.

D2 umriß eingangs drei Problemkreise:

1) Meinungsverschiedenheiten in Substanzfragen (Ausgleich durch Dialog und Ausarbeitung gemeinsamer Positionen möglich im Rahmen von Gesprächen Zwölf–US, im Rahmen der Direktorentreffen oder im Rahmen der Allianz).

2) Probleme bei der Gestaltung der Beziehungen (verursacht durch Unterschiede in den öffentlichen Meinungen, mangelnde Konsultationen und unzureichende Kompromißsuche oder aufgrund unilateralistischer Tendenzen auf einer Seite).

3) Haltung der US zum europäischen Einigungsprozeß.

D2 führte aus, es sei Sache der Europäer zu entscheiden, wieviel Europa sie wollten. Der Fortschritt beim Bau Europas hinge von ihnen ab. Klar sei, daß die Zwölf eine Europäische Union anstrebten, die die wirtschaftliche und politische Seite sowie auch die Verteidigungsaspekte umfaßt. So wie wir ein guter Handelspartner geblieben seien, obwohl wir als wirtschaftliche Union ein schwierigerer Verhandlungspartner geworden sein könnten, so würden wir ohne Zweifel auch ein guter politischer Partner und Alliierter bleiben, wenn sich die Europäische Union politisch und sicherheitspolitisch entwickele. Wenn wir Europäer einig und stark wären, wäre dies auch von Vorteil für die Allianz. Größere Einheit bedeute auch mehr Verantwortung. Natürlich würde es in dem Prozeß Verschiebungen geben. Wir würden unseren amerikanischen Freunden durch die Praxis zeigen müssen, daß sie in diesem Prozeß auch gewinnen würden. Die Europäer müßten ihre Haltung auch im Sicherheitsbereich harmonisieren, aber dennoch für die Gespräche mit den US flexibel bleiben, wie wir dies auch von den US erwarteten. In der Bundesrepublik Deutschland sei eine normale Tendenz zu mehr Autonomie zu spüren. Es sei wichtig, daß diese sich in einem europäischen Rahmen entfalte. Der französische Botschafter in den USA habe in einem Leserbrief an die New York Times nach der Libyen-Aktion[6] auf den Zusammenhang zwischen größerer Unabhängigkeit und der[7] Abwesenheit von Animositäten hingewiesen, die sich aus Unterlegenheitsgefühlen ergäben.[8] Eine selbständigere europäische Rolle werde den transatlantischen Dialog nicht belasten. Wenn es fundamentale Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Allianz geben würde, gäbe es keine Allianz mehr. Nichts rechtfertige heute eine pessimistische Perspektive.

6 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

7 Korrigiert aus: „die“.

8 Für den Namensartikel des französischen Botschafters in Washington, de Margerie, vgl. den Artikel „Why France Said No“; THE NEW YORK TIMES vom 20. Mai 1986, S. A27.

GB und F machten ebenfalls deutlich, daß ein Europa ohne gemeinsame Sicherheitspolitik nicht denkbar ist, andererseits aber auch keine Gefahr für die Allianz bedeutet.

GB meinte, daß seit der guten und notwendigen Diskussion in Halifax die Hitze aus dem Thema gewichen und in den nächsten Wochen zu überlegen sei, wie man im Rahmen Zwölf–US aufkommende Probleme in Zukunft am besten anpackt. Es sei falsch anzunehmen, die Allianz könne ohne Anpassungen bestehenbleiben. Es gehe darum, die richtige Art für die Anpassung an Veränderungen zu finden. Die Zwölf arbeiteten an einer gemeinsamen Außenpolitik. Der Integrationsprozeß werde deshalb auch eine Sicherheitsdimension haben. Hieran führe nichts vorbei. Der europäische Pfeiler werde, wie BM Genscher gesagt habe, mehr als nur eine Fahnenstange sein. Dies sollte ein auch in den US willkommener Prozeß sein. Der in Washington gesehene Schaden für die Allianz werde nicht entstehen. Wir stünden weiter derselben Bedrohung gegenüber.

F führte aus, es gäbe keine Vertrauenskrise und kein neues amerikanisches Problem. Es gehe mehr darum, wie man die langfristige Entwicklung und Trends richtig lenke. Dies sei ein Managementproblem. Dazu müsse wieder ein Netzwerk an persönlichen Kontakten aufgebaut werden. Ein wirkliches Problem sei auch, wie wieder ein allgemeiner Konsens hinsichtlich der Allianz und der Einordnung der SU gefunden werden könne. Die Malaise der jüngeren Generation wäre unverkennbar. Sie habe das Gefühl, daß sie nichts zu sagen habe, weil die Definition von außen komme. Der Allianz würde es helfen, wenn sie selbst die Wertvorstellungen der Allianz wiederentdecken würde. Deshalb stelle sich die Frage, wie die Regierungen die Öffentlichkeit in Fragen von Krieg und Frieden unter Verringerung der einseitigen Ausrichtung auf Rüstungskontrolle erziehen und führen können.

US unterstrich auch die Notwendigkeit stärkerer persönlicher Kontakte im Viererkreis (mehr Ministertreffen und offene Diskussionen wie in Brüssel zu Polen[9] und mehr Direktorentreffen). Neuer Einrichtungen bedürfe es nicht. Halifax sei ein guter Ansatz gewesen. Die Meinungsverschiedenheiten seien zwar noch nicht ausgeräumt, aber wir hätten gezeigt, daß wir sie handhaben könnten. Dazu bedürfe es keiner institutionellen Änderungen, sondern mehr Konsultationen. Hierfür gäbe es zwei Ansatzpunkte: der Hinweis auf unilateralistische Tendenzen, unterschiedliche Prioritäten, mangelndes Verständnis oder besser der Hinweis auf Generationenwechsel, die ein neues Verständnis mit sich bringen. Der erste Ansatz könne nur zu einer konfrontativen Auseinandersetzung mit verheerenden Folgen führen. Man sollte sich nicht die Versäumnisse der Vergangenheit vorwerfen, sondern über die Möglichkeiten der Zukunft sprechen. Dem stimmten die anderen drei zu.

Braunmühl[10]

VS-Bd. 12983 (204)

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 13. Dezember 1985; AAPD 1985, II, Dok. 341.

10 Paraphe vom 9. September 1986.

240

Vortragender Legationsrat Hiller an die Botschaft in Pretoria

320-320.15 NAM **8. September 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 6540 Plurez **Aufgabe: 10. September 1986, 8.35 Uhr**

Betr.: Namibia;
hier: Gespräch BM mit SWAPO-GS Toivo ya Toivo

I. BM empfing am 5.9.86 SWAPO-GS Toivo ya Toivo zu ausführlicher Erörterung der Lage und Entwicklung in Namibia. BM bekräftigte unveränderte Positionen der Bundesregierung, das Festhalten am VN-Lösungsplan[2] und Nichtanerkennung der von Pretoria eingesetzten „Interimsregierung“[3].

Gesprächstermin, an dem auch D 3[4] teilnahm, kam auf Bitten von SWAPO-GS zustande, der sich anläßlich des Namibia-Tages in Bonn aufhielt.

II. Im einzelnen

1) BM begann Gespräch mit Hinweis, daß er schon häufig mit SWAPO-Präsident Nujoma zusammengetroffen sei[5] und sich freue, nun auch GS Toivo ya Toivo persönlich kennenzulernen. Anschließend bat BM Gesprächspartner um Einschätzung der Lage und der Entwicklungen in Namibia aus Sicht der SWAPO.

2) T. überbrachte Grüße von SWAPO-Präsident Nujoma. Zur Lage in Namibia führte er aus:

– Es sei politisch unerträglich, daß die rechtswidrige Besetzung durch Südafrika immer noch andauere. Pretoria unterdrücke Namibia und habe dort über 100 000 Soldaten und Sicherheitspersonal stationiert. Die Repressionsmaßnahmen der Südafrikaner würden immer brutaler: Folterungen und Mißhandlungen seien an der Tagesordnung.
– SWAPO sei enttäuscht über Haltung der Bundesregierung, die eine besondere historische und politische Verantwortung für Namibia trage und Schrittmacherdienste für Überführung Namibias in die Unabhängigkeit übernehmen müsse. SWAPO habe kein Verständnis für die Mitwirkung „deutscher Repräsentanten“ an der Ausarbeitung der von SA initiierten Verfassung und

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Sudhoff und Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 8. bzw. 9. September 1986 vor Abgang zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Sitz am 8. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hiller am 10. September 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma „zur Kenntnis“ verfügte.
Hat Sulimma am 11. September 1986 vorgelegen.

2 Vgl. dazu die Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

3 Am 17. Juni 1985 setzte die südafrikanische Regierung eine Interimsregierung in Namibia ein. Zur Teilnahme von Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik an den Feierlichkeiten sowie zum Vorwurf einer Beteiligung an der Ausarbeitung einer Verfassung vgl. AAPD 1985, I, Dok. 159.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Bundesminister Genscher traf zuletzt am 18. Februar 1984 mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Paris zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 49.

die Teilnahme an Feierlichkeiten zur Amtseinführung der „Interimsregierung". Darüber hinaus würden staatliche entwicklungspolitische Aktivitäten der Bundesregierung in Namibia immer deutlicher. SWAPO lehne diese Entwicklungspolitik entschieden ab.

3) BM stellte klar:

– Haltung der Bundesregierung zur Namibia-Frage sei stets eindeutig und unmißverständlich gewesen. Dies habe sich nicht geändert. Für uns sei VN-Lösungsplan gemäß Res. 435, an dessen Zustandekommen wir selbst beteiligt gewesen seien, nach wie vor unverzichtbare Grundlage für Überführung Namibias in die staatliche Unabhängigkeit.
– Weder die Bundesregierung noch sonstige öffentliche Stellen seien am Entwurf der „Namibia-Verfassung" beteiligt. An Amtseinführung „Interimsregierung" habe kein Vertreter der Bundesregierung teilgenommen. Eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf der Ebene Bundesregierung–„Interimsregierung" gebe es nicht.
– Er (BM) sei nicht glücklich darüber, daß sich Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik Deutschland an Ausarbeitung der Verfassung oder Feierlichkeiten der „Interimsregierung" beteiligt hätten. Sie hätten dies aber nicht in offizieller Funktion getan, sondern als Privatpersonen. Es gebe für Bundesregierung keine Möglichkeiten, deutsche Staatsbürger zu hindern, an solchen Vorhaben in privater Eigenschaft mitzuwirken.

3) SWAPO-GS betonte anschließend besondere deutsche Verantwortung, die sich aus Kolonialgeschichte ableite. Hieraus ergebe sich besondere Verpflichtung, aktiv und konstruktiv Unabhängigkeitsprozeß Namibias voranzutreiben. Bundesregierung müsse USA dazu bewegen, das „Cuban linkage" aufzugeben, damit Weg für VN-Namibia-Lösung frei werde.

Es sei allein Sache der angolanischen Regierung, über die Anwesenheit der kubanischen Truppen in ihrem Land zu befinden. Die Verknüpfung der kubanischen Militärpräsenz in Angola mit Namibia sei unzulässig. Auch sonst sei die amerikanische Politik in der Region verhängnisvoll. Die Reagan-Administration versuche, durch Druck auf ihre europäischen Partner Sanktionen gegen SA zu verhindern.

4) BM erwiderte:

– Von amerikanischer Druckausübung in Sanktionsfrage könne überhaupt keine Rede sein. Diese Angelegenheit werde von den europäischen Regierungen gemeinsam beraten und demnächst auch gemeinsam entschieden.[6]
– Für Bundesregierung gelte unverändert der VN-Lösungsplan, der kein „linkage" enthalte. Diese Haltung habe die Bundesregierung stets eingenommen. Hieran habe sich nichts geändert.
– Bundesregierung versuche unverändert, durch den Einsatz diplomatischer und politischer Mittel, SA zu einer Lösung für Namibia gemäß Res. 435 zu bewegen. Zwingen könne sie Pretoria nicht.

6 Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 257, Anm. 5.

5) D3 stellte anschließend Behauptungen von SWAPO-GS (militärische Zusammenarbeit mit SA, deutsche staatliche EH vor Unabhängigkeit, fehlendes deutsches Engagement) richtig:

– Eine militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und SA bestehe nicht. Solche Behauptungen würden auch durch häufiges Wiederholen nicht richtig. Kein westlicher AM habe sich stärker als BM über Jahre hinweg so energisch für die Namibia-Lösung eingesetzt. Dies gelte auch für die Bemühungen des BM für die politischen Rechte der afrikanischen Widerstandsbewegungen. SWAPO sei hierfür ein gutes Beispiel. BM habe als erster westlicher AM ANC-Präsident Tambo empfangen[7] und auch damit ein weiteres Mal sein entschiedenes Eintreten für die Rechte der schwarzen Opposition in SA unter Beweis gestellt.
– Eine staatliche entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Namibia vor der Unabhängigkeit gebe es nicht. Allerdings wolle man sich Initiativen privater Organisationen, die humanitären Zwecken, der Ausbildung oder der Gesundheitsfürsorge gerade auch für die Nichtweißen in Namibia dienten, nicht verschließen.

5) Abschließend faßte BM noch einmal die etablierten Grundpositionen der deutschen Namibia-Politik zusammen.

Er gab zu bedenken, daß man in der Politik mit Kritik allein nicht weiterkomme. Man müsse vielmehr gemeinsam nach Wegen und Lösungen suchen. SWAPO benötige für die Durchsetzung ihres politischen Ziels – Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage von Res. 435 – die Unterstützung wichtiger Länder. Wir seien ein solches Land und bereit, dieses politische Anliegen nach Kräften zu unterstützen. BM bat T., Grüße an SWAPO-Präsident Nujoma zu übermitteln.

Hiller[8]

Referat 320, Bd. 138108

7 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden des ANC, Tambo, am 9. April 1986 vgl. Dok. 133, Anm. 8.

8 Paraphe.

241

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.00 SB-1430/86 geheim **11. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Expertengespräche am 5. und 6.9.1986 in Washington;
hier: INF-Bereich

I. Der Schwerpunkt der amerikanisch-sowjetischen Expertengespräche lag in dem für uns besonders wichtigen INF-Bereich, wobei von beiden Delegationen zum Teil neue Überlegungen für ein INF-Zwischenergebnis präsentiert wurden, die gewichtige Veränderungen der bisherigen Verhandlungsposition darstellen. Die Schwerpunkt-Verlagerung ging von sowjetischer Seite aus – zur Überraschung der Amerikaner, die wesentlich vorsichtigere sowjetische Bewegungen bei INF erwartet hatten (im Mittelpunkt der ersten Runde der Expertengespräche[4] hatten START sowie Fragen des künftigen Verhältnisses zwischen Offensiv- und Defensivwaffen gestanden). Demgegenüber verliefen die Gespräche über START und Defensiv-/Weltraumwaffen dieses Mal eher allgemein und in bekannten Bahnen. Die neuen START-Überlegungen der USA[5] wurden nicht zur Sprache gebracht.

Zum Schluß der Expertengespräche gab Botschafter Nitze sein Verständnis der Konsultationsergebnisse wieder. Botschafter Karpow legte einen generellen Vorbehalt ein. Die Amerikaner verbürgen sich jedoch uns gegenüber für die Richtigkeit der Zusammenfassung, auf der die in Ziffer II.1 folgende Darstellung der sowjetischen Überlegungen beruht.

II. 1) Sowjetische Überlegungen bezüglich eines INF-Zwischenergebnisses

Die sowjetische Delegation (Leiter: Botschafter W. Karpow) legte folgendes dar:

– Zustimmung zu einer globalen Null-Lösung als Endziel (neu, bislang hat SU lediglich eine europäische Null-Lösung befürwortet).
– Reduzierung auf 100 Gefechtsköpfe (GK) in Europa (entspricht in etwa sowjetischer Position vom 14.10.1985[6]).

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 12. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.
Hat Hofstetter am 13. November 1986 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. September 1986 vorgelegen.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen.

4 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 11./12. August 1986 in Moskau vgl. Dok. 238, Anm. 33.

5 Zu neuen amerikanischen Überlegungen zu START vgl. Dok. 238, Anm. 40.
Die USA brachten am 18. September 1986 neue START-Vorschläge ein. Vgl. dazu Dok. 249.

6 Zum sowjetischen Vorschlag vom 14. Oktober 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 304.

– Dislozierung von 25 amerikanischen GLCM-Launchern (ein Launcher kann 4 GLCM mit insgesamt 4 GK abschießen) und 33 sowjetischen SS-20 (eine SS-20 trägt 3 GK) in Europa (Position vom 14.10.1985).
– Dislozierungsverbot für amerikanische PII in Europa (Position vom 14.10. 1985).
– Einfrieren der SS-20 in Asien auf dem gegenwärtigen Stand: 171 mit 513 GK (bekannte sowjetische Position).
– Recht der USA, in Höhe der sowjetischen GK in Asien (= 513 GK) GK auf LRINF-Flugkörpern, d.h. auf GLCM und PII, auf amerikanischem Territorium mit Ausnahme Alaskas zu dislozieren (neu).
– Bereitschaft, für SRINF constraints „zu vereinbaren", doch nicht gleichzeitig mit, sondern erst nach Lösung der LRINF-Frage (bekannte sowjetische Position).

Besonders hervorzuheben ist die Nichterwähnung der Drittstaatenpotentiale von sowjetischer Seite. Ob daraus der Schluß gezogen werden kann, daß die SU – entgegen ihrer bisherigen Position (Gorbatschow am 15.1.1986[7]: Nichterhöhungs- und Nicht-Weitergabeverpflichtung!) – ihre Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Systeme fallengelassen hat, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die Sowjets – wie die Botschaft Washington nach Gesprächen im State Department berichtet[8] – im Verlauf der Diskussion selbst in Momenten, in denen dies nahegelegen hätte, die Frage der Drittstaaten-Systeme nicht aufgegriffen hat.

2) Die amerikanische Antwort auf die sowjetischen Vorstellungen

Die amerikanische Delegation (Leiter: Botschafter Nitze) hat auf die sowjetischen Überlegungen mit eigenen Vorstellungen reagiert, die von Botschafter Nitze „ad referendum" vorgetragen wurden:

– Bereitschaft, im Rahmen eines INF-Abkommens mit weltweitem Geltungsbereich jede Zahl für GK auf LRINF-Flugkörpern zwischen 0 und 572 zu akzeptieren (bisherige Bündnisposition).
– Bereitschaft, auf die Forderung nach proportionalen Reduzierungen in Europa und Asien zu verzichten und für GK in Europa und Asien gleiche Zahlen zu vereinbaren, sofern deren Höhe für die USA akzeptabel ist (neu, noch nicht im Bündnis abgestimmt).
– Globale GK-Obergrenzen von 200, davon 100 in Europa und 100 in Asien für die SU bzw. in Amerika für die USA (neu, noch nicht im Bündnis abgestimmt).
– Bei für die USA akzeptablen GK-Obergrenzen Verpflichtung, die Dislozierung von GK auf LRINF-Flugkörpern in Höhe der sowjetischen GK auf SS-20 in Asien auf amerikanisches Territorium zu beschränken (Bündnisposition); sowjetische Forderung nach Dislozierungsverbot für Alaska sei nicht akzeptabel.[9]

7 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
8 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3769 des Gesandten Wallau, Washington, vom 9. September 1986; VS-Bd. 12163 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
9 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die USA planen allerdings nicht, LRINF in Alaska zu stationieren."

– Bereitschaft, über ein etwaiges Verhältnis von PII und GLCM zu diskutieren, wobei PII jedoch Bestandteil des amerikanischen INF-Potentials in Europa bleiben müsse (Bündnisposition).
– Regelung für SRINF gleichzeitig mit der Festlegung von GK-Obergrenzen für LRINF (Bündnis-Position).

III. 1) Gemeinsamkeiten in den beiderseitigen Vorstellungen
– globale LRINF-Null-Lösung als Endziel;
– im Rahmen eines Zwischenergebnisses globale GK-Obergrenzen;
– „constraints" für SRINF.

2) Unterschiede in den beiderseitigen Vorstellungen
– Zahlenmäßige Konkretisierung globaler GK-Obergrenzen (USA: 200 – SU: ca. 600)
– Zeitpunkt einer SRINF-Regelung (USA: gleichzeitig mit Festlegung von GK-Obergrenzen für LRINF – SU: nach LRINF-Lösung)
– „Alaska"
– Zusammensetzung des amerikanischen LRINF-Potentials in Europa (USA: PII und GLCM – SU: nur GLCM)

Diese Unterschiede dürfen nicht unterschätzt werden, gleichwohl eröffnen sich neue Möglichkeiten für Kompromisse.

Zu berücksichtigen ist hierbei insbesondere die flexible Haltung der USA, jede globale GK-Obergrenze zwischen 0 und 572 zu akzeptieren.

Was die Frage der PII in Europa betrifft, so zielt die SU nach wie vor darauf ab, ihre Dislozierung rückgängig zu machen. Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie sich mit einer Zahl, die deutlich unterhalb der seit Ende 1985 108 dislozierten PII liegt, abfinden könnte.

3) Größtes Hindernis auf dem Weg zu einer Vereinbarung bleibt die „asiatische" Frage. Nach wie vor lehnt die UdSSR[10] eine Reduzierung ihrer SS-20 in Asien ab. Eine Änderung dieser starren Haltung zeichnet sich noch nicht ab.

Die westliche Verhandlungsposition sah bislang gleichzeitige, proportionale Reduzierungen von LRINF in Europa und Asien vor. Die neuen amerikanischen Überlegungen halten zwar nicht mehr an exakt-proportionalen Reduzierungen fest, sehen jedoch ebenfalls drastische Reduzierungen in Asien auf ein Niveau vor, das weit unter dem gegenwärtigen liegt (171 SS-20 mit 513 GK gegenüber 33 SS-20 mit 99 GK).

IV. 1) Die neuen amerikanischen Vorstellungen hinsichtlich der zahlenmäßigen Konkretisierung von GK-Obergrenzen weichen zwar beträchtlich von dem westlichen Vorschlag für ein INF-Zwischenergebnis vom 1.11.1985[11] ab (140 LRINF-Systeme mit ca. 420 GK), stehen jedoch im Einklang mit der bisherigen Bündnisposition. Bereits während der früheren INF-Verhandlungen hatte das Bündnis deutlich gemacht, daß im Rahmen einer Zwischenlösung globale GK-Obergrenzen zwischen 0 und 572 akzeptabel wären. In der fünften damaligen Ver-

10 Korrigiert aus: „USA".
11 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

handlungsrunde[12] wurde dies dahingehend konkretisiert, daß weltweite GK-Obergrenzen sich zwischen 50 und 450 bewegen könnten.

Zu klären wäre allerdings, wie die nach Reduzierungen verbleibenden amerikanischen Systeme militärisch sinnvoll auf die Stationierungsländer verteilt werden können. Wir müssen dabei eine Singularisierung der BR Deutschland vermeiden. Die Stationierungsquoten müssen in etwa für jedes der fünf Länder[13] gleich sein.

2) Die neue Überlegung von für Europa und Asien gleichen Zwischengrenzen für GK auf LRINF ist für uns akzeptabel. Sie dürfte auch für Japan nicht unannehmbar sein, das sich im Februar 1986, anders als wir, gegen eine modifizierte Null-Lösung ausgesprochen hatte, weil in Asien – im Gegensatz zu Europa – ca. 90 SS-20 verblieben wären. Nunmehr bliebe Japan (wie im übrigen auch China) der – zahlenmäßig – selben SS-20-Bedrohung ausgesetzt wie Westeuropa.

V. 1) Schwierigkeiten könnten die von den USA vorgetragenen neuen GK-Obergrenzen im Hinblick auf eine Regelung für die SRINF aufwerfen.

Die bisherige westliche Position sieht vor, daß sowohl bei einer globalen Null-Lösung als auch bei einem Zwischenergebnis auf der Grundlage des westlichen Vorschlages vom 1.11.1985 die SRINF in einer Reichweite von 500 bis 1000 km entweder auf der Höhe

– des beiderseitigen Bestandes vom 1.1.1982 oder
– des sowjetischen Bestandes vom 1.1.1986, verbunden mit dem Recht für die USA, dieses Potential auszugleichen,

eingefroren werden sollen.

Systeme unterhalb 500 km sind nicht berücksichtigt.

Das BMVg setzt sich seit einiger Zeit nachdrücklich dafür ein, neben den bisher behandelten Waffensystemen auch SRINF in einer Reichweite zwischen 150 und 500 km in die INF-Verhandlungen einzubeziehen[14], insbesondere die über 600 sowjetischen Scud-Raketen mit einer 300-km-Reichweite. Es bestehe die Notwendigkeit, sowohl die SS-20-Angriffskapazität der SU als auch ihre taktisch-operativen Raketen in einem Verhandlungskonzept gleichzeitig zu erfassen, um so rüstungskontrollpolitische Grauzonen mit der Konsequenz von Zonen unterschiedlicher Sicherheit zu vermeiden.

Die aus der Sicht des BMVg optimale Lösung bestünde in gleichen Obergrenzen für SRINF in Höhe von etwa 350 Systemen für beide Seiten. Während die SU dementsprechend ihr SRINF-Potential zu halbieren hätte, müßte den USA, die gegenwärtig über keine SRINF verfügen, das Recht eingeräumt werden, SRINF in dieser Höhe zu dislozieren.

Nach Auffassung des BMVg muß eine derartige SRINF-Regelung bereits bei LRINF-Reduzierungen auf eine GK-Obergrenze von ca. 200 in Europa zum integralen Bestandteil eines INF-Abkommens werden.

12 Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 157.

13 Belgien, Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Niederlande.

14 Zur Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung zur Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen vgl. Dok. 222.

Es ist nicht auszuschließen, daß das BMVg seine Position in der SRINF-Frage mit Nachdruck vertreten wird, da die neuen amerikanischen Überlegungen Reduzierungen ins Auge fassen, die über die o. g. Zahlen beträchtlich hinausgehen.

3) Die Besorgnisse des BMVg hinsichtlich der von den Scud ausgehenden Bedrohungen der BR Deutschland und einiger ihrer Partner haben einen berechtigten Kern. Es bestehen jedoch Bedenken, im jetzigen Zeitpunkt dem Ansatz des BMVg zu folgen, im Bündnis auf die Veränderung abgestimmter Verhandlungsposition hinzuwirken und alle SRINF in die gegenwärtigen INF-Verhandlungen einzubeziehen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die nach den Expertengesprächen verbesserten Aussichten, zu einem INF-Zwischenergebnis zu kommen. Es wäre verhängnisvoll, wenn der Eindruck entstünde, als ob die Bundesregierung durch die Einführung neuer und zusätzlicher Verhandlungsforderungen den Abschluß eines INF-Abkommens erschweren oder gar vereiteln wolle.[15]

VI. Es ist davon auszugehen, daß die USA bei der nächsten SCG am 16.9.1986 ihre Überlegungen für ein INF-Zwischenergebnis erläutern werden.[16] Für uns wird von besonderem Interesse die Reaktion GBs sein, das bisher nach außen die Null-Lösung zwar unterstützt hat, intern jedoch – aus ähnlichen Überlegungen wie das BMVg – seine Bedenken gegen eine Null-Lösung bzw. drastische Reduzierungen in der Nähe von Null nicht verhehlt hat.[17]

Ruth

VS-Bd. 11281 (220)

15 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In dieser Frage stehen wir bereits im Gespräch mit dem BMVg und BK; eine gemeinsame Position zeichnet sich ab. Hierüber wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt."

16 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am selben Tag mit: „Auf Frage GBs zur Weiterbehandlung des Ansatzes 100/100 führte Glitman aus, USA würden in nächster Verhandlungsrunde auf sowjetische Bestätigung der sich für ein Abkommen abzeichnenden Strukturen (gleiche Obergrenzen weltweit und in Europa) drängen, Frage konkreter Zahlen für Obergrenzen stelle sich erst, wenn hierüber Klarheit herrsche. […] Es bestand Einvernehmen, daß in Einklang mit bestehender Bündnisposition jede zahlenmäßige Obergrenze zwischen 0 und 572 akzeptabel sei, sofern Umgehungsmöglichkeiten durch asiatische Systeme und SRINF wirksam ausgeschlossen werden können und die Überprüfbarkeit sichergestellt sei. Ein INF-Abkommen, das möglichst niedrige weltweite und europabezogene Begrenzungen vorsehe, wurde übereinstimmend als wünschenswert und im Interesse des Westens liegend bezeichnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1128; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

17 Botschafter Ruth vermerkte am 19. September 1986, in einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Teltschik, am selben Tag habe zur Frage eines INF-Zwischenabkommens Übereinstimmung in folgenden Fragen bestanden: „Ein Vorschlag für ein LRINF-Ergebnis bei 100 Gefechtsköpfen beider Seiten in Europa kann nicht abgelehnt werden. Er liegt auf der Linie der Bündnisposition, daß jedes ausgewogene Ergebnis in Richtung auf Null akzeptabel ist und daß die beiderseitige Null-Lösung das von der Allianz bevorzugte Verhandlungsziel bleibt. In Übereinstimmung mit unserer bisherigen Position, die in mehreren Briefen des Bundeskanzlers bekräftigt wurde, müssen die INF kürzerer Reichweite (SRINF) in die Verhandlungen einbezogen werden. Für die SRINF von 500 bis 1000 km unterstützen wir unverändert den in der NATO ausgearbeiteten Vorschlag der begleitenden Begrenzung auf dem Niveau vom 1.1.1982 bzw. de jure gleiche Obergrenzen auf dem aktuellen Stand der sowjetischen LRINF. Sicherstellung einer künftigen Einbeziehung in die Verhandlungen von bis jetzt nicht erfaßten SRINF von 150 bis 500 km (Scud) durch eine verbindliche Weiterverhandlungsverpflichtung." Vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

242

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-5270/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 362
Citissime

Aufgabe: 14. September 1986, 19.20 Uhr[1]
Ankunft: 14. September 1986, 19.12 Uhr

Betr.: KVAE;
hier: Einflußnahme auf Bündnispartner

Bezug: DB Nr. 360 vom 13.9.1986[2]

I. Nachstehend werden Elemente für Argumentation gegenüber USA vorgelegt:

1) Substantielles KVAE-Ergebnis ist zum Greifen nah. SU hat in den letzten Monaten von vielen Partnern im Westen z. T. nicht erwartete Zugeständnisse gemacht:

– Verschiebung der Behandlung von Marineaktivitäten auf später,
– Verzicht auf die Einbeziehung unabhängiger Luftaktivitäten über Europa,
– „Ja" zu obligatorischer Inspektion vor Ort ohne Ablehnungsrecht
– einschließlich Luftinspektionen,
– Zustimmung zu strukturellen Elementen in der Notifikationsschwelle, welche dem Westen die Verifikation erleichtern,
– u. a. mehr.

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 14. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bo[tschafter] Dr. Ruth fern[mün]dl[ich] vom Eingang unterrichtet. DB soll morgen unbedingt zu Dienstbeginn vorgelegt werden."

2 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete, der amerikanische Delegationsleiter Barry habe dargelegt, die beteiligten amerikanischen Ministerien seien dabei, Präsident Reagan verschiedene Optionen vorzulegen. Nach Darstellung Barrys gebe es „für den Fall, daß die SU die Benutzung eines neutralen Flugzeuges für Luftinspektionen nicht zuläßt, die fünf folgenden Optionen. […] Option A: US-Regierung stellt fest, daß es in Stockholm nicht gelungen sei, ein wirksames und glaubwürdiges Inspektionssystem mit der SU zu vereinbaren. USA verweigern daher Konsens zu einem Ergebnis. Option B: US-Regierung stellt fest, daß es in Stockholm nicht gelungen sei, ein wirksames und glaubwürdiges Inspektionssystem mit der SU zu vereinbaren. USA stimmen dennoch einem Ergebnis zu. Aber das Stockholmer Ergebnis darf keine Inspektionsregelung enthalten. Die Aushandlung eines Inspektionssystems wird auf eine spätere KVAE-Phase verschoben. Option C: US-Regierung akzeptiert in Stockholm ein Inspektionssystem nur für Bodeninspektionen, allerdings mit eigenen Fahrzeugen des inspizierenden Staates, wann immer dies möglich ist (‚if feasible'). Die Vereinbarung von Luftinspektionen wird auf eine spätere KVAE-Phase verschoben (ggf. Vereinbarung über Luft im Prinzip, Modalitäten später). Option D: US-Regierung akzeptiert in Stockholm ein Inspektionssystem für Boden- und Luftinspektionen auf folgender Basis: Das inspizierende Land stellt die Landfahrzeuge, das inspizierte Land Flugzeug und/oder Helikopter (möglichst gleichzeitige Nutzung von Boden- und Luftinspektion und Interkommunikation). Option E: US-Regierung stimmt der Vereinbarung von Boden- und Luftinspektionen in Stockholm zu. Dabei wird für Luftinspektionen das Recht des inspizierenden Staates etabliert, für die Durchführung von Inspektionen zwischen einem neutralen Flugzeug und einem Flugzeug des inspizierten Staates zu wählen. Zugleich wird vereinbart, daß dieses Wahlrecht erst in nächster Phase der KVAE in Kraft tritt. D. h., das Prinzip des Wahlrechtes des inspizierenden Staates wäre etabliert." Citron regte an, „baldmöglichst in geeigneter Form auf hoher Ebene Einfluß auf Washington zu nehmen". Vgl. VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Zu erwartendes Ergebnis entspricht, vor allem wenn noch eine niedrige Notifikationsschwelle durchgesetzt werden kann, weitgehend westlichem Transparenzkonzept und Sicherheitsinteressen.

2) Auch wichtige amerikanische Delegationsmitglieder in Stockholm und wohl auch im State Department halten das erreichbare[3] Ergebnis für befriedigend und plädieren bei Ressorts für eine Annahme. Es gibt aber Gruppierungen in Washington, die Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU grundsätzlich skeptisch beurteilen und daher nach Gründen suchen, um auch ein KVAE-Ergebnis ablehnen zu können – offenbar ohne jede Rücksicht auf die u. U. erheblichen Rückwirkungen auf die transatlantischen Beziehungen, KSZE-Prozeß und West-Ost-Verhältnis.

Sie übersehen bewußt die Vorteile, endlich in der SU Inspektionen auf Land und in der Luft durchführen zu können, und machen ein amerikanisches „Ja" in Stockholm von der Durchsetzung ihrer in der NATO nicht konsensfähigen Forderung abhängig, daß sie auf Land eigene Fahrzeuge und in der Luft neutrale Flugzeuge benutzen dürfen. Die anderen NATO-Partner hätten zwar die Nutzung neutraler Flugzeuge begrüßt, machen daraus aber keine Bedingung.

Vor allem UK und F, wir und NL, NO, CDN haben dies der amerikanischen Delegation sehr deutlich gesagt. (F vor allem lehnt Nutzung eigener Landfahrzeuge des inspizierenden Staates strikt ab und hält auch Flugzeuge des inspizierten Staates für besser. F wird möglicherweise auf extrem lange Fristen für technische Überprüfung des Flugzeuges des neutralen Staates bestehen.)

Einige der im Bezugs-DB vom 13.9.1986 enthaltenen amerikanischen Optionen sind h. E. dazu gedacht, den Präsidenten[4] entweder auf ein klares „Nein" zu einem KVAE-Ergebnis oder auf eine in Stockholm nicht durchsetzbare „Schreibtischlösung" festzulegen. Bedauerlich ist auch, daß die US-Bedingungen nur Inspektionsdetails betreffen und die Interessen der Europäer an sinnvollen Notifikations- und Beobachtungsmodalitäten überhaupt nicht behandeln. Es dürfte ein schier aussichtsloses Unterfangen sein, der Öffentlichkeit in vielen Bündnisländern und N+N-Staaten verständlich zu machen, warum diese Konferenz nach knapp dreijährigen Verhandlungen – und bei erstmaliger sowjetischer Zulassung von Inspektionen ohne Ablehnungsrecht – an einem solchen Detail scheiterte. Westliches Einlenken bei der Frage der Nationalität des Flugzeuges und Landfahrzeuges sollte nach französischer und britischer Auffassung dazu genutzt werden, niedrige Notifikationsschwelle durchzusetzen.

3) Es dürfte nützlich sein, noch einmal die Bedeutung eines KVAE-Ergebnisses für den KSZE-Prozeß als Ganzes und für die Glaubwürdigkeit der westlichen Rüstungskontrollpolitik zu betonen. Gerade angesichts der Kritik der Oppositionsparteien sowohl in UK, NL als auch bei uns an der Sicherheitspolitik der Regierungen dürfte ein KVAE-Ergebnis ein überzeugender Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Politik sein.

[3] Korrigiert aus: „erreichtbare".
[4] Ronald W. Reagan.

II. Vertagungstermin

1) Die KVAE hat sich auf den 19.9.1986 als Vertagungstermin geeinigt. Im Konsens aller 35 TNS kann dieser Termin verschoben werden

– entweder durch „Anhalten der Uhr“ am 19.9.1986 (h. E. höchstens für 1 bis 3 Tage)
– oder durch Festlegung von Terminen für eine weitere Runde, z. B. vom 6. Oktober bis 30. Oktober 1986 (d. h. nach Ende des Wiener Vorbereitungstreffens für die KSZE bis kurz vor Beginn des Wiener Folgetreffens).

Während das Anhalten der Uhr selbst von den US und F, die in dieser Prozedurfrage besonders strikt sind, akzeptiert würde, dürfte vor allem für F die Anberaumung einer weiteren Runde (selbst wenn sie vorrangig nur für „toilettage“ von Texten und Übersetzungen vorgesehen wäre) schwierig sein.

Einzelne Amerikaner deuten vorsichtig an, daß ein Anhalten der Uhr AM Shultz möglicherweise Gelegenheit geben könnte, mit AM Schewardnadse Einigung über letzte Details (zur Inspektion?) zu erzielen.[5] Einzelne europäische DL sehen eine solche „Rettung“ durch die Großen nicht allzugern, geben aber zu, daß eine „Rettung“ besser wäre als ein Scheitern.

2) Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Aushandlung von Detailbestimmungen, u. a. der Inspektionsmodalitäten, am 19.9.1986 noch nicht befriedigend abgeschlossen ist und daher die Notwendigkeit besteht, noch einige Tage weiter zu verhandeln und vor allem die Übereinstimmung der sechs Sprachfassungen des Schlußdokuments sicherzustellen.

Es ist ferner durchaus möglich, daß die SU – auch aus propagandistischen Gründen – am 18./19.9.1986 eine Verlängerung der KVAE bis kurz vor Beginn des Wiener Folgetreffens vorschlägt, z. B. „um eine für alle befriedigende Lösung der schwierigen Konferenzmaterie zu gewährleisten“.

Der westliche Caucus hat diese Frage bisher bewußt nicht erörtert, um jeden Eindruck zu vermeiden, als wollten wir den nützlichen Zeitdruck mindern.

Spätestens bis zum 18./19.9.1986 muß aber hier eine Position erarbeitet werden. UK plädiert in dieser Frage für Flexibilität, da es im westlichen Interesse liege, die Texte des Schlußdokuments – gerade auch im Russischen – sorgfältig zu prüfen.[6]

[gez.] Citron

VS-Bd. 11518 (221)

5 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

6 In einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister Shultz führte Bundesminister Genscher zur Verhandlungsituation bei der KVAE aus: „Even if it did not prove possible to gain acceptance for all Western proposals, in particular with regard to the exchange of information, the Federal Government assesses the balance of the emerging result as favourable. This result not only constitutes a substantial further development of the Helsinki Final Act but also involves qualitative innovation, particularly in the area of verification by on-site inspection. This introduction of inspections would be the first binding agreement to the basic Western demand for on-site verification even in the absence of reductions. […] I am convinced, as are my European counterparts, that it would be irresponsible not to accept such a valuable result and to allow the conference to fail, with all the repercussions that would entail for the CSCE, the situation in Europe and the Alliance.“ Genscher hob

243

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.31-1482/86 geheim **15. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung der Analyse und der Vorschläge (Ziffer 4 bis 6)

Betr.: INF-Stationierung;
hier: Analyse militärischer Überlegungen zum Reduzierungsumfang und zu einem Waffenmix von Pershing II (PII) und Marschflugkörpern (GLCM) im Falle einer Zwischenlösung

Anlg.: Aufzeichnung des Planungsstabs vom 24.6.1983 – Tgb.-Nr. 201-2421/83 geh. (nur bei Original)[3]

Zusammenfassung

Auch bei einer Reduzierung des Mittelstreckenpotentials (LRINF) der USA und der SU in Europa auf je 100 Gefechtsköpfe (GK) kann der Abkopplungstendenz, die der SS-20-Stationierung innewohnt, durch das LRINF-Restpotential des Westens sinnvoll entgegengetreten werden.

Die militärischen Argumente, die den Waffenmix bei der Nachrüstung begründet haben, erscheinen im wesentlichen auch heute zutreffend. Eine Aufgabe des Mixes und ein Abbau der PII in Europa wäre unter der Voraussetzung zu prüfen, daß nur so eine ansonsten vorteilhafte Zwischenlösung erreichbar wäre. Die Reduzierung des westlichen LRINF-Potentials sollte in den einzelnen Stationierungsländern soweit wie möglich proportional zur Gesamtreduzierung erfolgen; dabei sollte die PII-Stationierung ebenfalls im Verhältnis der Gesamtreduzierung verringert werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1288
das Interesse der Bundesregierung an einem konkreten Ergebnis der KVAE hervor: „I also ask you to bear in mind that we are directly affected by all arrangements made and for this reason have examined them with particular care and will continue to do so." Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde vom 16. September 1986; VS-Bd. 11519 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 16. September 1986 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Jansen und Klaiber am 17. September 1986 vorgelegen.
Hat Klaiber am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 4. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Als historisches Material z[ur] K[enn]tn[is]."
Hat Dreher am 4. Februar 1987 vorgelegen.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vgl. Anm. 12 und 13.

Im einzelnen

1) Die SU hat in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen am 5./6. September 1986 in Washington[4] ein neues Modell für ein INF-Zwischenabkommen unterbreitet, das u. a. eine Obergrenze von 100 Gefechtsköpfen (GK) für landgestützte weitreichende Mittelstreckensysteme (LRINF) vorsieht. Diese Obergrenze soll durch 25 Marschflugkörper- (GLCM-)Systeme (1 Werferfahrzeug à 4 GLCM) auf westlicher Seite und durch 33 SS-20-Systeme (1 Werferfahrzeug mit 1 Rakete à 3 GK) ausgefüllt werden. Eine derartige Zwischenlösung würde für das Bündnis den Verzicht auf die Pershing II (P II) und damit auf den Waffenmix von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern bedeuten. Es stellt sich daher die Frage der militär-strategischen Bewertung eines Verzichts auf P II und Waffenmix, zumal die USA den sowjetischen Vorschlag in der nächsten SCG-Sitzung am 16. September 1986[5] zu erörtern beabsichtigen.

2) Nach der ersten vorläufigen militärischen Beurteilung zum Reduzierungsumfang durch das zuständige Referat Fü S III 1 des BMVg unterschreitet die Zahl von 100 LRINF-GK in Westeuropa in gefährlichem Maße das operative Minimum, das auf 450 bis allenfalls 300 GK angesetzt wird. (Das Bündnis hatte sich im Doppelbeschluß vom 12.12.1979[6] für 108 ballistische Raketen (P II mit Reichweite von ca. 1800 km) und 464 Marschflugkörper (GLCM mit Reichweite von ca. 2500 km) mit insgesamt 572 GK entschieden.)

Eine Reduzierung auf 100 GK mache eine operative Nutzung des westlichen LRINF-Potentials unglaubwürdig und stelle eine sinnvolle Dislozierung in allen fünf Stationierungsländern in Frage. Schließlich werde die Unausgewogenheit der SRINF-Stationierung in West und Ost durch die Reduzierung der LRINF auf 100 GK gravierende Bedeutung erlangen. Dies mache eine Begrenzung bzw. Reduzierung der SRINF auf östlicher Seite bis hinunter zu einer Reichweite von 150 km bereits im Rahmen einer LRINF-Zwischenlösung erforderlich, abgesehen von der Notwendigkeit des Aufwuchses westlicher SRINF bis zu einer gemeinsamen SRINF-Obergrenze.

Auf Frage, ob aufgrund dieser Beurteilung etwa nur verantwortet werden könne, in einem Schritt direkt die Null-Lösung zu realisieren, wurde seitens BMVg die Auffassung vertreten, daß auch ein Restbestand von 100 LRINF-GK noch einen politischen Effekt habe, da mit ihm jedenfalls einige Ziele auf sowjetischem Gebiet unter Risiko gehalten werden könnten.

3) Für den Fall einer LRINF-Zwischenlösung, die das westliche LRINF-Potential in Europa auf 100 GK begrenzt, hält das BMVg auf Arbeitsebene die Beibehaltung des Waffenmixes und einen Mindestbestand von 36 P II für erforderlich.

4 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.

5 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 241, Anm. 16.

6 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Als operativer Mindestbedarf für eine PII-Einheit werden 36 Systeme angesehen.[7] Darunter sei – so auch die Sicht SACEURs – ein PII-Verband nicht mehr sinnvoll aufrechtzuerhalten (Übungen, technische Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft). Für GLCM sei der absolute Minimalumfang 2 Staffeln (8 Werferfahrzeuge à 32 GLCM). Dies erlaube im Grunde nur eine Stationierungsbeteiligung von 3 Bündnispartnern (D, GB, I). Für die entfallenden Stationierungsländer B und NL müßte ein Ausgleich im SRINF-Bereich (neben D) gefunden werden, dessen Anwachsen bei einer LRINF-Obergrenze von 100 GK unerläßlich sei.

Zur Begründung der Notwendigkeit eines LRINF-Waffenmixes verweist das BMVg auf die dem Doppelbeschluß zugrundeliegenden Argumente:

– höhere Einsatzflexibilität, indem Vorteile aus den Leistungskriterien beider Systeme genutzt werden
  – Vorteile der PII liegen in höherer Systemzuverlässigkeit und Eindringfähigkeit, Einsetzbarkeit gegen gehärtete und zeitkritische Ziele, Begrenzung von Kollateralschäden wegen geringeren KT-Wertes[8] und in Möglichkeit der Nutzung der PIa-Infrastruktur.
  – Vorteile der GLCM liegen in höherer Überlebensfähigkeit, größerer Reichweite mit der Möglichkeit, mehr Ziele abzudecken und mehr Stationierungsoptionen zu erhalten, sowie im Kostenvorteil.
– Ausweichmöglichkeit im Falle des Versagens eines ganzen Waffentyps,
– Erschwerung der gegnerischen Planung,
– Erschwerung künftiger Abwehrmaßnahmen des Gegners,
– Ermöglichen einer breiten Beteiligung der Bündnispartner.

Das BMVg betont, daß ein Potential mit unterschiedlichen Systemen die Möglichkeit bietet,

– im Fall technischer Fortentwicklungen (z.B. verbesserte Abwehr gegen Marschflugkörper) die Chance der anderen LRINF-Variante zu nutzen,
– auf beiden Feldern – dem der ballistischen LRINF wie dem der Marschflugkörper – noch Verhandlungsmasse zu behalten.

Dem Vernehmen nach hat Staatssekretär Rühl abweichend von dieser Beurteilung der Arbeitsebene BM Wörner vorgetragen, daß eine LRINF-Reduzierung in Westeuropa proportional und gleichgewichtig erfolgen müsse. Eine PII-Stationierung mit einem Rest von etwa 36 GK gebe der Bundesrepublik Deutschland „mehr Profil“ als in der nach dem Doppelbeschluß vorgesehenen Verteilung der LRINF. Dies spreche dafür, die Zahl von 36 P II in der Bundesrepublik Deutschland zu unterschreiten und etwa 24 PII-GK vorzusehen.

Bewertung

4) Wir haben wiederholt erklärt, daß wir auf dem Wege zur Null-Lösung eine Zwischenlösung auf jeder Stufe akzeptieren können.

[7] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In diesem Zusammenhang ist interessant, daß F für sich (Albion) 18 landgestützte Systeme als militärisch sinnvolle Dislozierung ansieht.“

[8] Kilo-Tonnen-Wertes.

Wir gehen davon aus, daß die Dislozierung der SS-20 als einer modernen, beweglichen und zielgenauen Nuklearwaffe mit hoher Einsatzflexibilität in ganz Europa einen Effekt der Abkopplung Westeuropas aus der strategischen Einheit Europa/USA erzeugen sollte und dadurch die Stationierung neuer Nuklearwaffen der USA in Europa erforderlich gemacht hat. Diese stellen die Umsetzung der Strategie der flexiblen Erwiderung[9] im LRINF-Bereich sicher und leisten damit neben den anderen gemeinsamen Anstrengungen im Bündnis einen weiteren wichtigen Beitrag zur Verhinderung der Abkopplung.

Wichtig für die Beurteilung einer LRINF-Zwischenlösung ist die Bewertung, ob sie unter dem Gesichtspunkt der Kopplung Europa/USA im Bündnis vorteilhaft, neutral oder nachteilig ist. Dabei werden Umfang und Zusammensetzung des Kräfteverhältnisses beider Seiten ebenso zu berücksichtigen sein wie die Perspektive der Zwischenlösung als eines Schrittes auf dem Wege zur LRINF-Null-Lösung.

Die Herabsetzung der Zielen in NATO-Europa zugeordneten SS-20 von etwa 270 Systemen mit 810 GK auf 100 GK würde deren Funktion als eines politisch wirksamen Drohpotentials mit abkoppelnder Tendenz nicht aufheben. Die verbleibenden SS-20 würden zusammen mit den sowjetischen SRINF und SNF einen Großteil, wenn nicht alle prioritären Ziele in NATO-Europa, nuklear abdecken können; für sich genommen würde das SS-20-Restpotential diese Funktion aber nicht haben.

Die Reduzierung des westlichen LRINF-Potentials auf 100 GK würde – wie vom BMVg auf Arbeitsebene anerkannt wird (oben Ziffer 2 am Ende) – nicht seine politisch-psychologische Wirkung beseitigen. Das spricht dafür, daß für die Kopplung Europa/USA im Bündnis die Zahl von 300 LRINF-GK nicht die Untergrenze darstellt.

Den militärischen Nachteilen einer so weitgehenden Reduzierung müßte entgegengewirkt werden. Bezüglich der Eindring- und Überlebensfähigkeit könnte dies durch Beibehaltung des PII/GLCM-Mixes und der Verteilung auf die bisher vorgesehenen Stationierungsländer und Standorte geschehen. Ein hoher Klarstand der verbleibenden Systeme könnte durch weitgehende Beibehaltung der bisherigen LRINF-Mannschaftsstärke gefördert werden. Auch auf östlicher Seite wird die Reduzierung der Zahl der Systeme Probleme unter dem Gesichtspunkt militärischer Effizienz aufwerfen. Die SU wird zu entscheiden haben, ob sie diesem Gesichtspunkt Priorität gibt und in ganzen Einheiten reduziert oder ob sie im Interesse der Überlebensfähigkeit die Verteilung auf die bisherigen Standorte beibehält.

Wichtig wäre ferner, sicherzustellen, daß die Dynamik in Richtung auf eine LRINF-Null-Lösung mit SRINF-Regelung nicht gemindert wird. Hier ist daran zu erinnern, daß die „Waldspaziergangs-Formel“[10] dem Westen einen Vorsprung bei den GK gab (300 auf 75 GLCM-Systemen gegenüber 225 auf 75 SS-20). Das Interesse der SU, auch den Rest der westlichen LRINF wegzuverhandeln, könnte

9 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

10 Zum Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“) vgl. AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

u. a. dadurch erhalten werden, daß ein Modernisierungsverbot nicht vorgesehen wird.

Diese Überlegungen, die im einzelnen nicht mit dem BMVg abgestimmt sind, führen zu dem Schluß, daß auch auf der Basis der Reduzierung auf je 100 GK für Europa der abkoppelnden Tendenz der SS-20 sinnvoll entgegengetreten werden kann. Diese Form der Zwischenlösung wäre als neutral unter dem Gesichtspunkt der Kopplung Europa/USA in der NATO zu bewerten. Sie wäre vorteilhaft in dem Maße, wie es gelingt, die Dynamik in Richtung auf die LRINF-Null-Lösung mit angeschlossener Regelung der SRINF-Problematik zu erhalten. Ohne angemessene Regelung der SRINF-Frage würde sich allerdings bei einer 100er Interimsregelung bei INF der Druck verstärken, auf NATO-Seite im SRINF-Bereich zusätzliche Dislozierungen vorzunehmen.[11]

5) Die militärischen Argumente, die 1979 die Entscheidung für den Waffenmix PII/GLCM begründeten, erscheinen im wesentlichen auch heute zutreffend.

Dies gilt insbesondere für die Argumente, daß die Mischung zweier Waffentypen Vorteile bietet hinsichtlich der Kombination ihrer unterschiedlichen Leistungskriterien, hinsichtlich der Chance, gegnerische Abwehrmaßnahmen zu erschweren, und hinsichtlich etwaiger künftig auftauchender technischer Probleme, die einen Waffentyp insgesamt betreffen. Der Vorteil der Differenzierung dürfte auch bei geringerer Systemzahl den Nachteil der schlechteren Ökonomie des Mitteleinsatzes überwiegen. Als Beispiel sei das Risiko sowjetischer Entwicklungen bei den Abwehrwaffen genannt, denen bei Konzentration auf einen Waffentyp innerhalb des Spielraums von 100 GK kaum wirksam begegnet werden kann.

Es geht also um die Differenzierung, nicht um besondere Charakteristika eines Waffentyps, die für den Westen seinen Besitz, für den Osten seine Abschaffung unverzichtbar machen würden. Das gilt auch für die PII, die nach dem sowjetischen Vorschlag ganz abzuziehen wäre und die andererseits nach einer auf Arbeitsebene von amerikanischer Seite geäußerten Überlegung als einzige Waffe den Restbestand von 100 GK in Europa ausfüllen könnte.

Der Planungsstab hatte 1983 die Frage untersucht und verneint, ob für die SU eine Zwischenlösung mit Abzug von PII prioritäres Ziel sein könnte. Ausschlaggebend waren dabei die Überlegungen, daß

- die Gefahr eines entscheidenden Erstschlags mit PII gegen die interkontinentalen Systeme der SU objektiv nicht gegeben ist und subjektiv nicht wirklich auf sowjetischer Seite gesehen wird (auch ein atomarer Schlag gegen die SS-20-Basen ist angesichts begrenzter Zahl und Reichweite der PII erkennbar nicht Rationale der Nachrüstung – keine „Komponenten-Abschreckung“);
- auch hinsichtlich eines Einsatzes gegen zeitkritische Ziele (Flugzeuge am Boden, Befehlszentren etc.) die Charakteristika der PII gegenüber denen der GLCM (Schnelligkeit gegenüber Schutz vor Erkennung und Verfolgung) nicht derartige Vorzüge bieten, daß der Abzug der PII Priorität haben müßte gegenüber anderen Möglichkeiten (Destabilisierung des Westens).

11 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Diese militärischen Überlegungen gelten auch heute unter den ansonsten veränderten Bedingungen – z. B. weitgehend fortgeschrittene INF-Dislozierung – fort (im einzelnen anliegende Vorlage des Planungsstabs vom 24.6.1983, Seite 4[12] und Anlage 3[13]).

Deswegen sollten wir – wie die USA bei ihrer Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag – grundsätzlich vom Fortbestand des Mixes ausgehen.

Zunächst ist im westlichen Bündnis eine angemessene Verteilung des Restpotentials unter den Stationierungsländern anzustreben sowie in den Verhandlungen zwischen den USA und der SU eine Reduzierung der asiatischen Systeme und eine angemessene Lösung für die SRINF auszuhandeln. (Obergrenze, Weiterverhandlungsverpflichtung oder – wie BMVg fordert – Einbeziehung im Sinne einer Reduzierung bereits im Rahmen einer LRINF-Zwischenlösung? – Diese Frage sprengt den Rahmen dieser Aufzeichnung und ist getrennt zu untersuchen.)

Eine Aufgabe des Mixes und ein Abbau der P II in Europa wäre unter der Voraussetzung zu prüfen, daß nur so eine ansonsten vorteilhafte Zwischenlösung

12 Auf Seite 4 der Aufzeichnung vom 24. Juni 1983 befaßte sich Ministerialdirektor Seitz mit der Frage, was die UdSSR für eine „Begrenzung der westlichen Nachrüstung" bezahlen müßte und was sie für diesen Preis bekomme. Zum militärischen Bereich führte er aus: „Eine Verminderung der Nachrüstung von 572 Sprengköpfen auf 300 oder auch nur 200 Sprengköpfe unter Beibehaltung des ‚mix' von P II und GLCM dürfte für die Sowjetunion wenig interessant sein. Wirkung der westlichen Nachrüstung, die die Sowjetunion vermeiden will, ist es, Westeuropa und die USA nuklearstrategisch zu verkoppeln und die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung zu sichern. Dieser Zweck aber läßt sich auch mit weniger als 572 amerikanischen Systemen erreichen. Es bleibt die Frage, ob die Pershing II von der Sowjetunion als so gefährlich angesehen wird, daß sie zu einem Zwischenabkommen bereit ist, das die Pershing II aus der Nachrüstung herausnimmt und Stationierung ausschließlich von Cruise Missiles vorsieht. Die in der sowjetischen Propaganda herausgestellte Gefahr eines Erstschlags mit den 108 Pershing II gegen die sowjetischen Interkontinentalsysteme ist objektiv nicht gegeben und dürfte auch subjektiv von der Sowjetunion nicht wirklich befürchtet werden. Es bleibt der Vorteil für die Sowjetunion, daß das Bündnis mit dem Verzicht auf die P II gewisse militärische Optionen aufgeben würde (insbes[ondere] Interdiktionsschläge gegen ‚Zeit-sensitive' Ziele). Auch diese Vorteile eines Verzichts auf die P II dürften für die Sowjetunion nicht groß genug sein, um ein Zwischenabkommen für sie attraktiv zu machen." Vgl. VS-Bd. 14045 (02); B 150, Aktenkopien 1983.

13 In der Anlage 3 zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz vom 24. Juni 1983 wurde die sowjetische Einschätzung der Pershing II sowie der GLCM untersucht und der Frage nachgegangen, „ob sich die SU durch die beiden westlichen INF-Systeme wirklich in unterschiedlicher Weise bedroht sieht und ihr deshalb der Wegfall der Pershing II besondere Konzessionen wert wäre, oder ob es sich ganz überwiegend nur um Propaganda handelt, die die Bundesrepublik Deutschland singularisieren und den Dislozierungsteil des Doppelbeschlusses aufbrechen soll". Nach einer Untersuchung der Eigenschaften und Fähigkeiten von Pershing II bzw. GLCM wurde ausgeführt: „Die Pershing II ist objektiv keine existentielle Bedrohung der SU. Ihre Dislozierung gibt der NATO keine Erstschlagsfähigkeit, und mit der theoretischen Gefahr eines Überraschungsangriffs gegen politische und militärische Führungszentren müssen beide Seite schon seit längerem leben. […] Entscheidend ist jedoch, daß für die SU eine P II-spezifische Bedrohung nicht wirklich ins Gewicht fällt im Vergleich zu den grundsätzlichen Nachteilen einer Zwischenlösung, nämlich der Wirkung jeder nennenswerten Dislozierung landgestützter amerikanischer INF in Westeuropa: Kopplung des europäischen mit dem interkontinentalen Nuklearpotential der NATO, Glaubwürdigkeit der Eskalationsdrohung der flexiblen Erwiderung. Der bisherige Vorteil der SU, Europa außerhalb der interkontinentalen Balance strategisch bedrohen zu können, würde nicht nur neutralisiert, sondern ins Gegenteil verkehrt: eine neue strategische Bedrohung sowjetischen Territoriums durch den Hauptgegner USA zusätzlich zu dessen interkontinentalem Potential. Unter diesen Umständen kann auch die Aussicht auf Wegverhandeln der P II eine Zwischenlösung für die SU wohl nicht attraktiv machen." Vgl. VS-Bd. 14045 (02); B 150, Aktenkopien 1983.

erreichbar wäre. Es wäre konkret abzuwägen, unter welchen Umständen ein Verzicht auf die Kombination PII/GLCM hingenommen werden könnte. Dabei könnte eine Rolle spielen, ob die Dislozierung neuer SRINF auf westlicher Seite erforderlich ist, um die sich stärker auf den Bereich kürzerer Reichweiten (und damit geographisch stärker auf D) konzentrierende sowjetische Bedrohung auszugleichen. Obwohl auch eine solche Anstrengung auf mehrere Schultern verteilt werden müßte, würde sie sowohl psychologisch wie von den Ressourcen her leichter zu erbringen sein, wenn die PII ganz aus Europa abgezogen werden.

Vorschläge zur Verteilung der Reduzierung auf die Stationierungsländer

6) Die Reduzierung sollte in den einzelnen Ländern soweit wie möglich proportional zur Gesamtreduzierung erfolgen. Dabei sollte die PII-Stationierung ebenfalls im Verhältnis der Gesamtreduzierung verringert werden.

Wir sind mit der PII im Bündnis exponiert und können erwarten, daß die Partner diesem Wunsche Rechnung tragen. Da wir die Zwischenlösung in der Perspektive der Null-Lösung sehen, können wir dem Gesichtspunkt angemessener Verteilung der Reduzierungen Vorrang geben gegenüber dem Gesichtspunkt organisatorischer Effizienz („operatives Minimum"). Um einen hohen Klarstand der Einheiten sicherzustellen, ist deren Personalausstattung soweit wie nötig im bisher vorgesehenen Umfang aufrechtzuerhalten.

Bei einer Reduzierung der NATO-LRINF in Europa von 572 GK auf 100 GK läge die Obergrenze für D nach den dargelegten Grundsätzen bei 36 GK.

Das zufällige Zusammenfallen mit dem „operativen Minimum" von 36 PII sollte nicht dazu verleiten, in diesem Umfang PII in D beizubehalten. Vielmehr sollten wir auch andere Varianten diskutieren.

Bei einer Abstimmung im Bündnis sollten wir zunächst von einer in etwa proportionalen Reduzierung der Stationierung bei uns ausgehen (auf 20 PII und 16 GLCM) und einen anderen Modus erst nach weiterer Prüfung diskutieren; dabei ist zu entscheiden, ob entweder die Beteiligung an der GLCM-Stationierung für D verzichtbar wäre oder das Bündnis auf die PII-Stationierung in Europa unter Aufgabe der Vorteile des Waffenmixes verzichten sollte.

Braunmühl

VS-Bd. 12132 (201)

244

Botschafter Eickhoff, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 16. September 1986, 20.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1129 **Ankunft: 16. September 1986, 21.10 Uhr**

Betr.: NATO-Konsultationen zur KSZE-Wiener-Folgekonferenz;
hier: Sitzung am 15./16.9.1986

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Letzte Beratung im NATO-Kreis vor Beginn des Vorbereitungstreffens am 23.9. 1986, teilweise auf DL-Ebene (USA[2], KAN[3], GB[4], E[5], DK[6], NL[7], wir), ergab eine Reihe von Klärungen zu thematischen und taktischen Fragen des Folgetreffens sowie Gelegenheit zur erneuten Darlegung genereller KSZE-politischer Standpunkte. Es wurde wiederum deutlich, daß US-Regierung, -Kongreß und -Öffentlichkeit zwar lebhaft an Fortsetzung des KSZE-Prozesses, insbesondere seiner menschlichen Dimension, interessiert sind, daß die US-Delegation für Wien aber erhebliche Skepsis in den USA über die mangelnde Beachtung der KSZE-Bestimmungen in Rechnung stellen muß. Die Anforderungen an ein Abschlußdokument sind entsprechend hoch.

Wir betonten, daß Implementierungsdefizite der anderen Seite uns nicht hindern dürften, greifbare Fortschritte anzustreben und zu vereinnahmen, besonders da, wo sie für uns Deutsche von besonderer Bedeutung seien. Nirgendwo sei Besorgnis über unzureichende Erfüllung von KSZE-Verpflichtungen spürbarer als bei uns. Es sei jedoch falsch, eine rein mechanische Balance herstellen zu wollen, die auf mögliche Ergebnisse in Teilbereichen verzichte. F unterstützte uns nachdrücklich mit Argument, daß Gleichgewicht der Körbe zwar aufrechterhalten werden müsse, es jedoch besser sei, die Anstrengungen dort zu verdoppeln, wo Fortschritte ausblieben, anstatt dort zu verlangsamen, wo Bewegung möglich sei.

Die Sorge vor einer ungleichgewichtigen Entwicklung zugunsten von Sicherheitsfragen und zu Lasten der menschlichen Dimension ist bei USA deutlich erkennbar angesichts der Perspektive, daß das Stockholmer[8] Ergebnis sowie Fragen der konventionellen Abrüstung beim KSZE-Folgetreffen weiterbehandelt werden. Im bilateralen Gespräch mit US-Delegationsleiter (hierzu gesonderter

1 Ablichtung.
Der Drahtbericht wurde von Vortragendem Legationsrat Beuth, z. Z. Brüssel, konzipiert.
Hat Legationsrat I. Klasse Daerr am 19. September 1986 vorgelegen.
2 Warren Zimmermann.
3 William Edward Bauer.
4 Laurence O'Keeffe.
5 Javier Villacieros.
6 William Friis-Møller.
7 Hans Meesman.
8 Zur KVAE vgl. Dok. 242.

Bericht[9]) wurde enge Konsultation für Wien verabredet, um transatlantischen Irritationen, wie sie im Gefolge des Berner Expertentreffens über Menschliche Kontakte[10] aufgekommen waren, vorzubeugen und unsere Interessen an Fortschritten auch in Teilbereichen zu wahren.

II. Im einzelnen

1) Revidierte Fassung des IS-Dokuments 383 revised über Ziele der 16 in Wien wurde überwiegend positiv aufgenommen. Offene Punkte wurden weitgehend geklärt. IS wird aufgrund von Kommentaren der Delegationen neue Fassung vorlegen.[11]

2) Aussprache über KSZE-politische Zielsetzung bei Wiener Folgetreffen ergab weitgehend Übereinstimmung im Kreise der 16, daß Wien wichtige Station in KSZE-Prozeß ist, der nach Wien fortgesetzt werden muß. Angesichts guter vorliegender Texte komme es nicht auf weitere Kodifizierung, sondern Erfüllung bestehender Vereinbarungen an. Folgetreffen könne aus relativ günstigem internationalem Umfeld Nutzen ziehen. Erwartungen an SU seien klar auszudrücken, wobei diese nicht in Richtung auf Systemveränderungen überzogen werden könnten. AM Shultz, so US-DL Warren Zimmermann, habe ihm als Weisung für seine bevorstehenden Konsultationen nach Moskau auf den Weg gegeben, er solle der SU klarmachen, daß sie etwas einbringen müsse. KAN-DL Bauer hielt Wiener Folgetreffen für Gelegenheit, um nach Indikatoren zu suchen, ob und welche Anzeichen es gibt, daß die SU und ihre Verbündeten zur Erfüllung der KSZE-Bestimmungen bereit sein könnten. Der SU müsse deutlich gemacht werden, daß es in Wien nicht nur um den kurzfristigen Erfolg eines Folgetreffens, sondern um die Integrität des gesamten Prozesses gehe. Insofern sei Wien von größerer konzeptioneller Bedeutung als vorherige Treffen von Madrid[12] oder Belgrad[13]. Diskussion unter den Verbündeten über Gleichgewicht und gegenseitige Verknüpfungen sei einerseits Zeichen für die Einmütigkeit über unzulängliche Implementierung, andererseits Ausdruck der ebenfalls gemeinsamen Suche nach Wegen, die Erfüllungsbilanz zu verbessern. Betont kritisch zu dem bisher in der KSZE Erreichten äußerten sich NL, B, PTG. Auch nahm NL in Diskussion über Link-

9 Botschafter Eickhoff, z. Z. Brüssel, berichtete am 16. September 1986, im Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann, habe er die Interessen der Bundesregierung auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte dargelegt: „Ich skizzierte, warum uns die amerikanischen Grundsatzbedenken hinsichtlich der Abschwächung von prinzipiellen Regelungen durch Einzelvereinbarungen nicht überzeugen können. Bei neuen Vereinbarungen würde es sich zwangsläufig meistens um Kompromißformulierungen handeln. Wegen dieses Kompromißcharakters könnten wir aber nicht auf Fortschritte in den für uns lebenswichtigen Bereichen verzichten." Zimmermann habe erklärt: „Für die gesamte amerikanische Öffentlichkeit und den Kongreß stehe die Erfüllungsproblematik, vor allem in der Sowjetunion, an erster Stelle. Die Berechtigung unserer nationalen differenzierenden Sicht, besonders im Hinblick auf die DDR, erkenne er an." Die UdSSR müsse auf humanitärem Gebiet „etwas Bedeutendes leisten, mit trivialen, symbolischen Schritten könne man sich nicht zufriedengeben. […] Was man wolle, seien Sacharow, die Helsinki-Monitoren, die Ausreise von 60 000 Juden. Natürlich werde man dies nicht als konkrete Forderung nennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1125; Referat 212, Bd. 133556.

10 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

11 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Daerr handschriftlich: „Reg[istratur]: Bitte feststellen, ob wir IS-Dokument 383 revised haben. Sonst bitte bei Ref[erat] 212 anfordern."

12 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

13 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

Problem kritisch zu unserer Bewertung von Bern Stellung. Auch die selten gehörte Stimme Islands warnte, daß sich KSZE-Prozeß nicht weiter abwärts entwickeln dürfe. B und I plädierten dafür, die jüngsten Äußerungen der SU und des WP im Hinblick auf mögliche Diskussion in Wien auszuloten.

Breiten Raum nahmen die Überlegungen zum Verhältnis von Sicherheitsfragen und übrigen KSZE-Materien ein. Für die USA wäre das schlechteste Szenarium eines Wiener Ergebnisses die Einführung der Stockholmer Resultate und anderer Fragen konventioneller Rüstungsbegrenzung in den weiteren KSZE-Prozeß ohne vergleichbare Kompensation oder Ergänzung auf der menschenrechtlichen Seite. Damit hätte die SU ihr ursprüngliches politisches Ziel erreicht. Ein solches Ergebnis würde in den USA nicht auf Zustimmung rechnen können. US-DL Zimmermann erinnerte in bilateralem Gespräch daran, daß bei den KSZE-Vorbereitungen gerade die Europäer die Einführung der menschlichen Dimension verlangt hätten. Kissinger sei damals ziemlich indifferent gewesen.

3) Vorbereitungstreffen/Verfahrensfragen

Delegationen einigten sich in den drei Verfahrensfragen, zu denen unterschiedliche Vorstellungen zwischen dem Zwölfer-Positionspapier und einem vor der Sitzung zirkulierten US-Papier bestanden:

– Festes Datum für Konferenzende: Angesichts der einhelligen Auffassung der übrigen Partner ließen USA Gedanken fallen, ein festes Schlußdatum für die Konferenz zu vereinbaren. Insbesondere überzeugte Argument, daß bei Konsultationen mit SU gewisses sowjetisches Interesse an einem Abschluß vor Beginn des US-Wahlkampfes[14] zu erkennen gewesen sei und sich Westen nicht unnötigerweise in Demandeurposition bringen sollte.
– Dauer der Implementierungsdebatte: EG-US-Kompromiß sieht fünfwöchige Implementierungsdebatte vor (vom 10.11.1986 bis 15.12.1986), eine fünfwöchige Weihnachts- und Konsultationspause mit Wiederaufnahme des Treffens am 19.1.1987 und folgenden zwei Wochen mit Fortsetzung der Implementierungsdebatte. Beginn der Vorschlagsphase Anfang Februar. Dieses zeitliche Schema erlaubt, daß Vorschläge der HLTF[15] so eingebracht werden können, daß kein zeitlich-prozeduraler Druck auf Wien besteht.
– Öffentlichkeit der Beratungen: USA werde bei Vorbereitungstreffen dafür eintreten, je eine wöchentliche Sitzung (z. B. Abschluß-Sitzung am Freitag) öffentlich zu halten. Dabei besteht unter Partnern Einverständnis darüber, daß zwischen Wünschbarkeit einer solchen Regelung und der politischen Notwendigkeit, sie zu fordern, einerseits und der Möglichkeit ihrer Realisierung andererseits eine Kluft besteht. Während des Vorbereitungstreffens soll eine realistische Position bezogen werden.

4) Sachfragen

Aussprache zu Themen und Sachbereichen der drei Körbe ließ Leitlinien und Interessenschwerpunkte der 16 bei Wiener Folgetreffen erkennen. Grundsätzliche Einigkeit in den Zielen und Variationsbreite in den verschiedenen Einzel-

14 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.
15 Korrigiert aus: „HLTC“.

vorschlägen dürfte in Wien gewährleisten, daß Westen mit dynamischer Konzeption auftreten kann und Folgetreffen offensiv zu gestalten vermag.

Meinungsaustausch über Prinzipien des Korbes I ließ erkennen, daß Westen hier eigenes politisches Konzept über Zusammenleben der Staaten erneut zu vertreten hat.

Prinzip VII[16] werde Angelpunkt westlichen Interesses im Korb I sein. GRI wird Vorschlag für erneutes Treffen über friedliche Streitbeilegung[17] vorbringen. Zu Themen „Terrorismus", insbesondere von Türkei vorgetragen, wird Formulierung angestrebt, die US-Einwänden gegen Behandlung Rechnung tragen wird. (Gleiches gilt für Thema „Drogen".)

Zu Korb II wurde deutlich gemacht, daß sich Folgetreffen nicht „Textklempnerei" zur Aufgabe machen darf, sondern große politische Orientierungen geben muß (von KAN am Beispiel der Sicherheitsnormen für nukleare Anlagen erläutert), es gehe um die strukturellen Hindernisse im Ost-West-Wirtschaftsverkehr (Außenhandelsmonopol, Geheimhaltung).

F wandte sich gegen die besondere Hervorhebung des nuklearen Sicherheitsrisikos und schlug vor, über die „Risiken industrieller Produktion" zu sprechen. Mit TUR gelang keine bilaterale Einigung über die Behandlung von Gastarbeiterfragen in Korb II, die Türkei – entgegen der Sitzung in Ottawa[18] und Bern – in die westlichen Initiativen aufnehmen will. Unser Interesse an der Behandlung von industrieller Kooperation, z. B. in Form von Joint ventures, wurde von GB mit dem Argument gestützt, jüngste GB-SU- und GB-PL-Konsultationen hätten ein Interesse dieser Staaten an der Erörterung von Joint ventures erkennen lassen. NL-Vorschlag zur Veranstaltung eines Tourismus-Expertentreffens wurde von USA unterstützt. Von N+N-Seite erwarteter Umweltvorschlag wird auf breite Zustimmung stoßen. NL und E betonten, auch im Korb II Elemente der „menschlichen Dimension" (Bewegungsfreiheit, Informationsfluß, Direktkontakte) verstärkt anzusprechen. DK äußerte Präferenz für Ideen und Vorschläge, die möglichst „kommerziell und praktisch" sein sollten.

Im Korb III befaßten sich Delegationen mit neuen DK- und US-Vorschlägen, die erst kurz zuvor oder in der Sitzung erläutert wurden: USA schlugen „zur Überlegung, nicht zum Beschluß" vor, „Helsinki-Beobachter" in allen 35 TNS zu benennen, die in Dreierteams die Lage in anderen Ländern überprüfen und Berichte darüber zirkulieren. DK brachte den Gedanken eines halb-permanenten Gremiums, das sich mit Fragen menschlicher Kontakte und der Familienzusammenführung befassen soll, in den NATO-Kreis ein. Während Delegationen positiven Grundansatz (Verstärkung der menschlichen Dimension) würdigten, wurden von KAN, NL, F und GB Bedenken wegen Tendenzen zur Institutionalisierung und mangelnder humanitärer Durchschlagskraft geäußert. Wir hatten in bilateralem Vorgespräch mit DK unsere Sorgen ausgedrückt und fan-

16 Für den Wortlaut von Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

17 Vom 31. Oktober bis 11. Dezember 1978 fand in Montreux ein KSZE-Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 383.
Ein weiteres Treffen wurde vom 21. März bis 30. April 1984 in Athen abgehalten.

18 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

den mit unseren Einwänden im Plenum Unterstützung von KAN, NL, F, GB und GRI.

[gez.] Eickhoff

Referat 221, Bd. 130140

245

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5341/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1143
Citissime

Aufgabe: 17. September 1986, 21.15 Uhr[1]
Ankunft: 17. September 1986, 21.35 Uhr

Betr.: Ratskonsultationen über US/SU-Genfer-Verhandlungen am 17.9.1986; hier: Zusammenfassung und Aussprache

Bezug: DB 1139, 1140 und 1141 vom 17.9.1986 – I-371.80-2665/86 geheim[2]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Amerikanische Unterhändler Kampelman, Glitman und Lehman unterrichteten über gegenwärtige Aussichten Genfer Verhandlungen im Lichte sogenannter Expertentreffen, die nach Abschluß fünfter Verhandlungsrunde[3] in Moskau[4] und Washington[5] stattgefunden haben. Sie erläuterten neue US-Vorschläge zu Bereichen START und DAS und nahmen hinsichtlich möglichen INF-Zwischenabkommens im wesentlichen auf gestrige SCG-Konsultation[6] Bezug. Kampelman betonte wiederholt, angestrebtes „Defense and Space“ (DAS)-Abkommen solle nicht möglichen Vereinbarungen bei START oder INF vorausgehen. Vorrang hätten ausgeglichene, stabilisierende, substantielle und überprüfbare Reduzierungen nuklearen Offensivpotentials als erster Schritt zum gemeinsamen Ziel völliger Abschaffung nuklearer Waffen.

Aussprache kreiste vor allem um mögliches INF-Zwischenabkommen. Während I, NWG, B, F und ich dabei besonders auf notwendige Berücksichtigung SRINF-Problematik abstellten, gab GB zu bedenken, mögliche Einigung bei INF nicht

1 Der Drahtbericht wurde von Legationsrat I. Klasse Kraußer, Brüssel (NATO), konzipiert.

2 Für den Drahtbericht Nr. 1139/1140/1141 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. VS-Bd. 11281 (220).

3 Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 8. Mai bis 26. Juni 1986 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 175 und Dok. 187.

4 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 11./12. August 1986 vgl. Dok. 238, Anm. 33.

5 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.

6 Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 241, Anm. 16.

durch Überbetonung SRINF-Frage[7] zu gefährden. TUR sorgte sich um möglichen Verbleib asiatischer SS-20.

II. Im einzelnen

1) START

Lehman erläuterte neuen START-Vorschlag, den US zu Beginn 6. Verhandlungsrunde in Genf[8] vorlegen wollen.[9] US hielten dabei an gemeinsam bei Genfer Gipfel im November 1985[10] vereinbartem Ziel 50prozentiger Reduzierung strategischen Potentials fest. Im Hinblick auf mögliche gemeinsame Ansatzpunkte, die bei jüngsten Expertengesprächen deutlich geworden seien, knüpfe US-Angebot an Systemobergrenze an, die von SU (im Rahmen sowjetischen START-Vorschlags vom 11.6.1986[11]; unter anderem wegen „linkage" mit langfristiger Festschreibung ABM-Vertrages unakzeptabel) vorgeschlagen worden sei.

Vorschlag im einzelnen:

– Obergrenze 1600 Abschußsysteme (SNDV[12]);
– Gesamthöchstzahl 6000 ballistische GK und ALCM großer Reichweite, davon
  – maximal 4500 ballistische GK und
  – maximal 3000 GK auf ICBM;
– freie Wahl bei Zusammensetzung („one-way freedom-to-mix");
– zusätzliche Zwischenhöchstzahl für GK auf ICBM bei 1500 GK auf allen erlaubten ICBM ausschließlich jener auf Silo stationierten leichten oder mittelschweren ICBM mit je 6 oder weniger GK.

Alle anderen Elemente bisherigen 50-Prozent-Vorschlags bleiben bestehen.

Darüber hinaus komme als Einstieg spürbare Reduzierung unterhalb 50 Prozent folgende Abwandlung in Betracht:[13]

– Obergrenze 1600 Abschußsysteme (SNDV);
– Höchstzahl 7500 ballistische GK und ALCM längerer Reichweite, davon
  – bis zu 5500 ballistische GK mit höchstens
  – 3300 GK auf ICBM;
– zusätzliche Zwischenhöchstgrenze von 1650 GK auf allen erlaubten ICBM (wie oben).

2) Defense and Space (DAS)

Unter Hinweis auf Reagans Brief an Gorbatschow vom 25.7.1986[14], der bis jetzt

7 Korrigiert aus: „INF-Frage".
8 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 18. September bis 13. November 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 325 und Dok. 329.
9 Zu den amerikanischen START-Vorschlägen vom 18. September 1986 vgl. Dok. 249.
10 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
11 Zu den sowjetischen Vorschlägen über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.
12 Strategic Nuclear Delivery Vehicle.
13 So in der Vorlage.
14 Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

nicht beantwortet worden sei, erläuterte Kampelman US-Bereitschaft zu folgendem Abkommen:

– Zeitlich bis Ende 1991 beschränktes Programm für Forschung, Entwicklung und Test im Rahmen ABM-Vertrags, um prinzipiell entscheiden zu können, ob fortgeschrittene und zuverlässige Systeme strategischer Verteidigung technisch machbar sind. Berechtigung, Tests der anderen Seite nach vorher festgelegtem Verfahren zu beobachten.
– Im Anschluß daran Entscheidung über technische Machbarkeit. Sollten derartige Verteidigungssysteme nicht mit ABM-Vertrag übereinstimmen, seien US bereit, anderer Seite vertraglich Teilhabe an Forschungsergebnissen zu ermöglichen, sofern es zu einem Abkommen über beiderseitige Abschaffung offensiven Raketenpotentials kommt. Derartige Verhandlungen könnten sich über einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren erstrecken.
– Sollte nach Ablauf dieser Verhandlungsphase (Ende 1993) verbindlicher Plan für gemeinsame Nutzung vorheriger Forschungsergebnisse bei gleichzeitiger Abschaffung ballistischer Raketen nicht zustande kommen, stehe es jeder Seite frei, sechs Monate nach Ankündigung Defensivsystem einseitig zu errichten.

Unbeschadet blieben allerdings bestehende Rechte der Vertragsparteien nach Art. XV ABM.[15]

3) INF

Glitman bezog sich auf gestrige SCG-Unterrichtung und erläuterte amerikanische Bereitschaft, im Hinblick auf gemeinsames Ziel völliger Abschaffung LRINF Zwischenschritte mit für beide Seiten gleichen Obergrenzen zu akzeptieren.

Vorstellbar sei:

– je 200 GK weltweit, davon nicht mehr als je 100 GK in Europa,
– Stationierung außerhalb Europas für US nur auf eigenem Territorium entsprechend sowjetischer Stationierung in Asien (kein Ausschluß Alaskas),
– Mix amerikanischer INF aus GLCM und P II,
– gleichzeitig Beschränkungen für SRINF.

Nach Einschätzung Glitmans dürfte Beschränkung asiatischer SS-20 am schwierigsten zu lösen sein. Bisheriger sowjetischer Vorschlag, diese im Zusammenhang mit europäischer Reduzierung lediglich einzufrieren, sei für US völlig unakzeptabel. SU müsse klargemacht werden, daß gleiche Obergrenzen von je 100 GK in Europa nur bei entsprechender Reduzierung in Asien erreicht werden können.

4) Personalveränderungen

Kampelman berichtete Rat weiterhin über neue Mitglieder in US-Verhandlungsdelegation:

– Read Hanmer (Stellvertretender Verhandlungsführer START) sowie
– Rear Admiral Sackett.

15 Zu Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. Dok. 185, Anm. 19.

5) Aussprache

Verbündete gingen insbesondere auf SRINF-Problematik im Zusammenhang mit möglichem INF-Zwischenabkommen ein (I, NWG, B, F und ich). Vorherige SCG-Diskussion scheint dabei besonderes Problembewußtsein geweckt zu haben, namentlich bei NWG und B. Lediglich neuer StV GB, Alexander, warnte davor, INF-Verhandlungen mit SRINF-Frage zu überfrachten. Zugleich betonte er, NATO-Konsultationen über Genfer Verhandlungen würden in London als Beispiel angesehen, wie Bündnis arbeiten solle.

TUR drückte aus naheliegenden Gründen Sorge um Verbleib asiatischer SS-20 aus und fragte insbesondere nach Verifikationsmöglichkeiten mit gegebenen Mitteln.

Glitman betonte nochmals, INF-Abkommen ohne gleichzeitige SRINF-Beschränkungen sei für US ebensowenig wie für Verbündete akzeptabel, dies werde SU ständig deutlich gemacht. Sowjetische Absichten in dieser Frage könnten aus seinem Gespräch mit General Detinow gefolgert werden, wonach deutlich geworden sei, daß SU sich aufgrund Reduzierung oder völliger Abschaffung von LRINF mit SRINF-Potential eine Europa einschüchternde Überlegenheit erhalten wolle. Problem SRINF sei indessen, daß man INF-Verhandlungen nicht überfrachten dürfe, zumal sowjetischen SRINF bisher nichts entgegengesetzt werden könne. Außerdem gelte es, zweigleisige Verhandlungspositionen und Verknüpfungen („two-track position“) zu vermeiden. Verbündete seien aufgefordert, SRINF-Frage bei bilateralen Gesprächen mit SU deutlich anzusprechen.

Von KAN auf Problemfall Daniloff[16] angesprochen, versicherte Kampelman, dieser werde bei übermorgen beginnenden Gesprächen Shultz/Schewardnadse[17] von amerikanischer Seite als wichtigster TOP behandelt werden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11281 (220)

16 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 238, Anm. 15. Vortragender Legationsrat Schönfelder vermerkte am 18. September 1986: „Nachdem es nach der Überstellung von Daniloff und Sacharow an die jeweiligen Botschaften so aussah, als ob die Angelegenheit ohne weitere größere Probleme relativ geräuschlos hätte beigelegt werden können, hat in den letzten Tagen – angesichts der sowjetischen Intransigenz – in den USA der Druck auf die Administration zugenommen, auf die sowjetische ‚Geiselnahme‘ hart zu reagieren. Dabei werden das Treffen von Außenminister Shultz und Außenminister Schewardnadse am 19./20. September in Washington und ein zweites Gipfeltreffen zunehmend in Frage gestellt.“ Verschiedene Mitglieder des amerikanischen Kongresses sowie Teile der amerikanischen Presse forderten die Absage des Treffens der Außenminister Schewardnadse und Shultz: „Die Administration ihrerseits möchte die Vorbereitungen des Gipfels und die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen nicht durch den Fall Daniloff blockieren lassen. Sie kann sich aber offensichtlich dem zunehmenden Druck und der heftigen Kritik immer weniger entziehen.“ Über eine „beiderseits gesichtswahrende Lösungsmöglichkeit“ könne derzeit nur spekuliert werden. Vgl. Referat 204, Bd. 135354.

17 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

246

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5342/86 geheim
Fernschreiben Nr. 1142
Cito

Aufgabe: 17. September 1986, 20.35 Uhr[1]
Ankunft: 17. September 1986, 21.52 Uhr

Betr.: NPG-PermRep[2]-Sitzung vom 17.9.86 zu „General Political Guidelines" (GPG)[3]

Bezug: Weisung BMVg – Fü S III 1 – vom 16.9.86, Tgb.-Nr. 5305/86 geheim[4]
Plurez 6722 vom 17.9.86 – 201-360.92 DAN-1502/86 geh.[5]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) NPG-StV befaßten sich am 17.9.86 in informeller Sitzung mit Frage weiterer Behandlung GPG. Bis auf DK erklärten sich alle Partner bereit, GPG in vorliegender Fassung zuzustimmen. (GR wird übliche Erklärung zu Nuklearpolitik insgesamt auf Ministersitzung[6] zu Protokoll geben, E hätte mehr Zeit bevorzugt.) DK-Botschafter[7] versuchte in ausführlicher Erklärung, unbefristete Diskussion auf StV-Ebene zu erreichen und damit formelle Zustimmung auf längere Zeit zu vermeiden. Begründung im wesentlichen mit politischer Sensitivität und Schwierigkeit öffentlicher Debatte. Zu Substanz brachte er als Beispiele dänischer Besorgnis eine „zu starke Betonung militärischer Effektivität" und angebliche Interpretierbarkeit Kapitels „General Nuclear Response" als unwillkommenen Hinweis auf Gewinnbarkeit eines nuklearen Krieges vor. Angesichts Isolation vermied er klare Ablehnung GPG, sondern erklärte auf ausdrückliches Befragen durch GenSek[8], daß er „heute" noch keine Weisung zur Zustimmung habe. Er bezeichnete Diskussion als nützlich, er werde getreulich berich-

1 Der Drahtbericht wurde von Oberst i. G. Baron von Hoyer-Boot, Brüssel (NATO), konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 18. September 1986 vorgelegen.

2 Permanent Representatives.

3 Zu den „General Political Guidelines" (GPG) vgl. Dok. 229.

4 Für die Weisung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 12121 (201).

5 Ministerialdirigent von Ploetz informierte, in den deutsch-dänischen sicherheitspolitischen Konsultationen am Vortag sei auch die Frage der „General Political Guidelines" (GPG) erörtert worden: „Vertreter des BMVg appellierte auf Weisung seines Hauses an die dänische Seite, den GPG zuzustimmen, da wir zum jetzigen Zeitpunkt an einer dänischen Zustimmung interessiert seien." Die dänischen Vertreter hätten erklärt: „Es gehe nicht um einzelne Formulierungen […], sondern um die politische Grundsatzfrage, ob man ein solches Papier, welches das Undenkbare durchdenke, bis hin zur allgemeinen nuklearen Reaktion, überhaupt auf Ebene der Ständigen Vertreter oder gar der Minister finalisieren oder politisch indossieren solle. Man frage sich, ob dem Interesse der Allianz an solchen GPG […] nicht auch dadurch Rechnung getragen werden könne, daß die GPG so wie erarbeitet bei künftigen Übungen berücksichtigt und im übrigen laufend sich verändernden Umständen, z. B. Bedrohungsentwicklung, angepaßt würden." Vgl. VS-Bd. 12091 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles vgl. Dok. 302.

7 Otto Rose Borch.

8 NATO-Generalsekretär war Lord Carrington.

ten. Problem sei für ihn auch StV-Treffen am 24.9.86, da er vermutlich mehr Zeit benötige, um weitere Weisung zu erhalten (deren Inhalt er nicht voraussagen könne).

2) Nächstes NPG-StV-Treffen wird am 24.9.86 stattfinden[9] und sich vor allem mit Tagesordnung NPG-Ministerkonferenz befassen. Ggf. wird kurzfristig weiteres Treffen angesetzt, um DK-Zustimmung zu erreichen. In diesem Zusammenhang regte GenSek an, Partner sollten bilaterale Schritte unternehmen, um zufriedenstellendes Ergebnis zu erreichen.

3) Zu Ebene Verabschiedung GPG sprach sich Mehrzahl der Partner (B, KAN, D, L, NL, NWG, TUR und zum Schluß sogar DK) für Ministerebene aus, für Verabschiedung auf Ebene StV waren I, GR und GB. Als Lösung wenig öffentlichkeitswirksamer Verabschiedung schlug US Verabschiedung durch „silence procedure" vor und wurde von P unterstützt, während NL diese Lösung ablehnte. Im übrigen deuteten alle Partner Flexibilität an, behielten sich dabei aber zum Teil Recht vor, daß Minister Erklärungen abgeben (neben uns E, NL, NWG, GR).

4) Mit Blick auf erfolgtes Presse-„leak" in „The NATO Report" vom 16.9.86 (per Infotec an BMVg FüS III 1 mit Bitte um Unterrichtung AA, 201 und ChBK vorgelegt) wurde Pressepolitik erörtert. Insgesamt zeichnete sich Verständnis ab, auf Grundlage des in NPG-Stabsgruppe bearbeiteten GB-Entwurfes einer Presseerklärung (vgl. Anhang[10]) zu reagieren. Frage wird voraussichtlich bei NPG-Stabsgruppen-Sitzung am 18.9.86[11] weiter behandelt werden. Für Erwähnung Verabschiedung GPG im Kommuniqué sprachen sich NWG, E und US aus.

II. Im einzelnen

5) GenSek bezeichnete Sitzung als „off the record" und stellte drei Fragen:

a) Sind alle Partner bereit, GPG anzunehmen?

b) Falls ja, wie soll Zustimmung GPG erfolgen?

c) Wie soll Angelegenheit in Öffentlichkeit behandelt werden (insbesondere angesichts erfolgten „leaks")?

9 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 24. September 1986 mit: „1) NPG-StV befaßten sich in Sitzung vom 24.9.86 mit TO für NPG-Ministerkonferenz in Gleneagles. GS stellte fest, daß Diskussion zur Annahme GPG heute (24.9.) nicht erforderlich sei. NPG-StV werden sich in weiterer Sitzung mit Frage befassen, wie Vorlage GPG zur Billigung durch Minister vorgenommen werden soll. 2) DK nutzte Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß DK-Position zur Zeit überdacht und parlamentarische Instanzen damit befaßt werden (nach persönlicher Einschätzung DK-StV wird nach einem Weg zur Zustimmung gesucht). Bei Zustimmung würde DK verschiedene Erklärungen zu Protokoll geben. DK wird Partner über Entscheidung unterrichten, sobald parlamentarische Verfahren abgeschlossen sind. Dies wird rechtzeitig vor Konferenz in Gleneagles erwartet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1174; VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf einer Presseerklärung vgl. VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 19. September 1986 mit: „Stabsgruppe befaßte sich in Sitzung am 18.9.86 unter Tagesordnungspunkt ‚public handling' mit Situation und weiterem Vorgehen. Einvernehmen herrschte über generelle Pressepolitik: restriktiv, reaktiv." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1150; VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

6) Ich trat gemäß Bezugsweisung für Annahme GPG ein und unterstrich politische Bedeutung Vielzahl erzielter Kompromisse und beabsichtigter Erklärung zu Beschränkungen bei Einsätzen nuklearer Waffen.

7) Nach belgischer und italienischer Zustimmung erläuterte DK-StV in langer Erklärung, weshalb man GPG jetzt nicht verabschieden solle. Im Prinzip sei Dokument gut und wertvoll, weil es politische Kontrolle verstärke. Dies sei aber nur eine erste Diskussion durch StV, die deshalb nur vorläufigen Charakter haben könne. Insbesondere dürften Empfehlungen der StV nicht durch Arbeitsergebnisse der Stabsgruppe präjudiziert werden. Arbeit der Stabsgruppe sei sicherlich gut und umfassend. Ergebnis hätte aber einige sensitive prozedurale Fragen aufgeworfen, die man klären müsse, bevor endgültige Entscheidung fällt. DK habe während Arbeit einige wichtige Änderungen gefordert, die nicht alle angenommen worden seien, so daß man sich Recht vorbehalten habe, darauf in späterer Phase zurückzukommen. Im übrigen sei politische Zustimmung über Ebene NPG-Stabsgruppe auffällig. Bündnis müsse sich darüber klar sein, daß Fragen derartiger Sensitivität nicht ohne großes öffentliches Interesse behandelt werden könnten. Er glaube, daß nicht nur in seinem Land Annahme GPG ernstes Risiko einer kontroversen Debatte mit sich bringen werde. Insgesamt sei es besser, „to reflect further on that eventuality and at this stage try to avoid" eine kontroverse Debatte. Er unterstrich, daß die DK-Haltung keine Beeinträchtigung der MC-14/3[12] bedeute. Kritik richte sich nur gegen unausgewogenes Verhältnis zwischen Abschreckung einerseits und militärisch/politischer Effektivität andererseits, wie sie in GPG beschrieben ist. Verstärkung des Aspekts militärischer Effektivität sei auch in „leaks" zum Ausdruck gekommen. DK-StV bedauerte auch, daß Option „demonstrative use" in GPG (nicht mehr) ausdrücklich angesprochen wird. Er führte weiter aus, daß Öffentlichkeit Eindruck gewinnen könne, politische Ebene „prepares for the unthinkable". Unter Hinweis auf Mandat von Stresa[13] gab er zu Protokoll, daß GPG nicht Entscheidung NPG-Minister über weiteres Schicksal PPG[14] präjudizieren dürfe. Da GPG nicht mit PPG kongruent seien, bezweifele er, daß Präjudizierung vermieden worden sei. Damit wolle er aber keineswegs die positiven Ergebnisse der Arbeit an GPG in Frage stellen. Auf Frage GenSek, wieviel Zeit DK für weitere Reflektierung erwarte, konnte DK-StV keine klare Antwort geben. Man habe ja jahrelang an GPG gearbeitet, deshalb gebe es keine Dringlichkeit. StV sollten auf ihrer Ebene einen informellen Meinungsaustausch pflegen und in jetziger Phase Zustimmung vermeiden.

8) KAN-StV[15] stimmte Annahme GPG zu und reagierte auf DK-Äußerung mit Hinweis, daß man an GPG so lange gearbeitet habe, daß eine Verlängerung des Prozesses nicht mehr zu rechtfertigen sei und Gefahren mit sich brächte. Im übrigen sei er durchaus für stärkere Einbindung StV in Diskussion strategischer Probleme (z. B. Beziehung offensiver und defensiver Waffen zueinander).

12 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 15, Anm. 11.

13 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO beschloß am 11./12. Oktober 1984 in Stresa die Wiederaufnahme der seit 1983 unterbrochenen Arbeiten an den „General Political Guidelines". Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 277.

14 Provisional Political Guidelines.

15 Gordon Scott Smith.

9) TUR, GR und NWG stimmten wie KAN zu, wobei GR Ministererklärung zu Protokoll in „Agreed Minutes" ankündigte und im übrigen DK-Äußerungen „gewisse Sympathie" entgegenbrachte.

10) US wies darauf hin, daß Sensitivität des Problems schon vor sieben und fünf Jahren bestanden habe. Es gäbe keinen besseren Zeitpunkt zur Annahme GPG als jetzt.

11) Auch GB wies bei Erklärung Bereitschaft der Annahme GPG auf politische Sensitivität hin, die über die Zeit nicht geringer, sondern im Gegenteil immer stärker werde. Deshalb müsse Zustimmung jetzt erfolgen. Annahme könne möglicherweise wie bei force goals durch StV erfolgen, die dann von Ministern zur Kenntnis genommen werden würde (selbstverständlich mit Recht zur Erklärung).[16] GB hielt DK weiter vor, daß DK bei zweieinhalbjähriger Arbeit ständig beteiligt gewesen sei und Möglichkeit gehabt hätte, höchste Ebene jederzeit einzuschalten (wie es andere getan hätten). Insofern sei man von jetziger DK-Haltung überrascht. Zu DK-Kritik zu GNR[17] wies GB darauf hin, daß es langjähriges Verständnis im Bündnis sei, daß die Fähigkeit zu GNR abschreckend wirkt und deshalb erwähnt werden müsse. Ebenso korrigierte GB Kritik an Hervorhebung militärischer Effektivität: Diese werde nur im direkten Kontext mit Erreichung politischer Ziele erwähnt. Im übrigen wies GB auch auf Gefahr der Verschiebung Verabschiedung GPG hin, da Mißverständnisse in leaks und folgende Nichtbehandlung GPG erst Verdacht erregen müßten, daß Bündnis an neuer Strategie arbeite.

12) P und L (vorbehaltlich offizieller Bestätigung durch Regierung) sprachen sich ebenso für Annahme GPG aus wie NL, die Ergebnis eines langwierigen Arbeitsprozesses positiv würdigten, Erklärungen zu einigen Sachpunkten ankündigten (die aber keine Änderung bedeuten) und sich vor allem deswegen gegen US-Vorschlag „silence procedure" aussprachen, weil damit Recht der Minister zu Erklärungen beeinträchtigt werden könne. Hierzu stellte US klar, daß solche Beeinträchtigung keineswegs beabsichtigt sei.

13) E gab etwas widersprüchliche Erklärungen ab, lobte einerseits Qualität des Dokuments, gefundene Kompromisse und Flexibilität. Anderseits erklärte E Bereitschaft, sich einem Konsens anzuschließen, Dokument an Stabsgruppe zurückzuverweisen, falls dies gewünscht werde. Dieser Gedanke wurde jedoch von keiner Seite angesprochen, so daß E sich ebenso bereit erklärte, GPG in jeder Verfahrensform zu akzeptieren. Von E-Seite ist allerdings eine Reihe von Kommentaren zu erwarten, die auf Linie DK-Äußerungen liegen und zu Protokoll genommen werden sollen.

14) Nach Zusammenfassung Diskussion durch GenSek und Hervorhebung DK-Isolation erklärte DK-StV, daß er keine detaillierte Weisung habe und deshalb „in no position today to agree" sei.

15) Ich nutzte Gelegenheit, auch mit Blick auf GR und E nochmals auf Notwendigkeit zügiger Behandlung GPG hinzuweisen. Die Nichtbehandlung der

16 Zur Verabschiedung der NATO-Streitkräfteziele 1987–1992 durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15. bzw. 22. Mai 1986 vgl. Dok. 139, Anm. 8, und Dok. 150.

17 General Nuclear Response.

GPG könne dem Bündnis möglicherweise mehr Probleme schaffen als eine zügige Verabschiedung. Insbesondere wies ich auf die Abkehr vom Gefechtsfeld-Gedanken hin und stellte Frage, wie man bei Verschleppen der GPG Vorwurf in Öffentlichkeit begegnen wolle, Bündnis befasse sich mit einer neuen Strategie und könne nur deshalb keinen Konsens finden. Auf persönlicher Basis hielt ich US-Vorschlag einer „silence procedure" für erwägenswert, solange damit Recht StV und Minister zu Erklärungen nicht beeinträchtigt werde.

16) B-StV[18] schloß sich ausdrücklich meinen und GB-Ausführungen an.

17) Auch US-Gesandter[19] nutzte Gelegenheit zu herber Kritik an DK. Man habe bereits frühzeitig hohe Ebenen eingeschaltet, dies könne man auch von DK erwarten. Unter Hinweis auf Abshires Rede in Mainz (Nordatlantische Versammlung) hob er die Notwendigkeit hervor, daß die Verbündeten bereit sind, Verantwortlichkeiten und Risiken (insbesondere durch nukleare[20]) zu teilen.

18) DK-StV zeigte sich durch Isolierung nicht unbeeindruckt. Anregung Gen-Sek, auf DK auch bilateral einzuwirken, sollte erwogen werden. DK-Verteidigungsminister[21] ist z.Z. in USA und wird nach US-Aussagen von Weinberger auf DK-Haltung angesprochen werden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12121 (201)

18 Juan Cassiers.
19 Stephen J. Ledogar.
20 So in der Vorlage.
21 Hans Engell.

247

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Rifa'i

VS-vertraulich **18. September 1986**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem jordanischen Ministerpräsidenten Rifa'i am 18. September 1986 von 14.00 bis 15.00 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

Anwesend auf jordanischer Seite: Botschafter Sharaf.

Ministerpräsident *Rifa'i* berichtet zunächst über seine Reiseroute. Er werde anschließend an seinen Besuch in Bonn nach London weiterreisen, wo sich der König[3] aufhalte, der sich einer kleinen Operation unterziehen müsse. Dort werde er am Sonnabend[4] mit dem König zusammen Frau Thatcher auf Chequers treffen. Anschließend reise er nach Paris. Am Dienstag[5] werde er wieder in Jordanien sein. Auf die Bitte des *Bundeskanzlers*, über die Lage in Jordanien zu berichten, äußert Ministerpräsident *Rifa'i*, diese sei im Lande selbst gut. Die Lage in der Region sei jedoch schlecht. Die jordanische Regierung sei sehr in Sorge wegen der allgemeinen Situation. Deshalb sei er gekommen, um mit dem

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 22. September 1986 gefertigt und am 24. September 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „zur dortigen Kenntnisnahme" übermittelt.
Hat Pfetten-Arnbach vorgelegen, der die Weiterleitung einer Kopie über Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Richter und Borchard verfügte.
Hat in Vertretung von Sudhoff Ministerialdirigent Sulimma am 26. September 1986 vorgelegen.
Hat Schlagintweit am 29. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Sudhoff sowie an Richter „n[ach] R[ückkehr]" und die Wiedervorlage am 15. Oktober 1986 verfügte.
Hat Sudhoff am 30. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Was enthält das dem BK überreichte Dokument?"
Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 2. Oktober 1986 vorgelegen, die handschriftlich zur Frage von Sudhoff vermerkte: „Erl[edigt]." Ferner vermerkte sie handschriftlich: „Eingang 310: 2.10. H[errn] RL n. R.: USA, GB, IT, Fr[an]kr[eich] haben mehrfach um Unterrichtung über Gespräch gebeten, die bisher nicht stattgefunden hat."
Hat Richter am 6. Oktober 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13611 (310); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Botschafter Bartels, Amman, berichtete am 9. September 1986, Ministerpräsident Rifa'i habe ihn soeben gebeten, Bundeskanzler Kohl seinen Wunsch zu übermitteln, am 17. oder 18. September 1986 empfangen zu werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 579; Referat 310, Bd. 149620.
Am 14. September 1986 teilte Bartels ergänzend mit, Rifa'is Reiseziel bestehe darin, „im Auftrag König Husseins deutsche, französische und englische Regierungen über den jordan[ischen] Fünf-Jahresplan für die Westbank zu unterrichten. Kronprinz Hassan habe kürzlich wegen dieser Thematik Bundesbankpräsident Pöhl aufgesucht, der nach jordan. Eindruck (Rifa'i erwähnte dies ‚off the record') als Koordinator deutscher Maßnahmen für die Westbank fungiere." Bartels legte dazu dar: „Ich hatte den Eindruck, daß MP Rifa'i mit der angeblichen Koordinatoren-Funktion von Bundesbankpräsident Pöhl nicht unerhebliche Erwartungen an deutsche Hilfsmaßnahmen verbindet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 589; Referat 310, Bd. 149620.

3 Hussein.

4 20. September 1986.

5 23. September 1986.

Kanzler mehrere Punkte zu besprechen. Er wolle den Kanzler in erster Linie über die jordanische Sicht der Dinge unterrichten und mit dem Kanzler besprechen, was aus deutscher Seite für möglich gehalten werde, um dort hilfreich einzugreifen.

Die Schwierigkeit der Lage in der Region liege darin, daß es keine politischen Entwicklungen in der Frage des arabisch-israelischen Konfliktes gebe. Die jordanische Regierung sei in großer Sorge über die psychologischen Auswirkungen eines anhaltenden Patts in der Lage im Nahen Osten. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung müsse am Leben erhalten werden. Wenn es eine solche Hoffnung nicht gebe, würden Gewaltsamkeit, Terrorismus und Verzweiflung die Folge sein. Jordanien habe sich in den letzten Monaten darauf konzentriert herauszufinden, welche Schritte denkbarerweise unternommen werden könnten, um einen Anfang mit dem Friedensprozeß zu finden. Im Verlauf der letzten anderthalb Jahre habe Jordanien sehr eng und intensiv mit der PLO zusammengearbeitet, um Lösungen zu finden. Im letzten Moment habe die Führung der PLO der jordanischen Regierung jedoch mitgeteilt, sie sei nicht mehr in der Lage, zu ihren Verpflichtungen zu stehen. Dies trotz der Tatsache, daß die USA einer internationalen Konferenz zugestimmt hätten. Die Zusammenarbeit mit der PLO sei darauf eingestellt worden.[6] Jetzt müsse man sich umschauen, um auf anderen Wegen zu einer internationalen Konferenz zu kommen. Anknüpfungspunkte gebe es: So die Ergebnisse des Gesprächs von Präsident Mitterrand mit Gorbatschow[7], aber auch das amerikanische Interesse an einer Nahost-Lösung. Auch Ministerpräsident Peres werde versuchen, die von ihm vertretenen politischen Positionen soweit wie möglich voranzutreiben, solange er noch Ministerpräsident sei.[8]

Die Amerikaner hätten vorgeschlagen, daß Außenminister Shultz die Region besuche und dann nach seinem Besuch als Ergebnis eine Erklärung abgebe, in der alle Punkte zusammengefaßt seien, über die Einigkeit bestehe. Jordanien hätte diesen Besuch begrüßt, wolle aber sicher sein, daß er auch ein Erfolg, nicht ein Mißerfolg werde. Deshalb habe Jordanien auch der Idee zugestimmt, daß zunächst einmal Unterstaatssekretär Murphy die Gegend bereise.

Leider sei man in der Kürze der Zeit nicht in der Lage gewesen, eine Einigung über den Entwurf einer solchen Erklärung zu erzielen. Die USA wollten die Sowjets nicht im Nahen Osten haben. Israel selbst habe Vorbedingungen gestellt (diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion und Ausreisemöglichkeit für sowjetische Juden oder aber beides), die die Sowjetunion nicht erfüllen könne. Jordanien habe den USA gegenüber dargelegt, daß es nicht möglich sei, von einer internationalen Konferenz zu sprechen, ohne daß die Sowjetunion teilnehme. Syrien werde dann nicht mitmachen, es werde auch keine glaubwürdige PLO-Repräsentanz geben. Wenn Syrien und die PLO nicht teilnähmen, so würde es sich um eine Konferenz zwischen Israel, Ägypten und Jordanien handeln. Eine solche nach außen rein amerikanisch erscheinende Konferenz wäre für Jordanien reiner Selbstmord. Der Friede müsse auch umfassend sein. Die Ame-

6 Zur Initiative Jordaniens und der PLO vgl. Dok. 37, besonders Anm. 8 und 30.

7 Zu sowjetischen Überlegungen für eine Nahost-Konferenz vgl. Dok. 200, Anm. 9.

8 Zum geplanten Ämtertausch zwischen Ministerpräsident Peres und dem israelischen Außenminister Shamir vgl. Dok. 37, Anm. 19.

rikaner verstünden dies, wohl auch die Israelis. So sei beschlossen worden, die von Außenminister Shultz vorgebrachte Idee einer Erklärung auf den Gipfel von Alexandria (Mubarak/Peres[9]) zu bringen. Dort habe man aber viel zu viel Zeit auf Taba[10] verschwendet und keine Zeit mehr für die Frage einer Erklärung gehabt. Israel habe das Prinzip einer internationalen Konferenz akzeptiert, habe aber noch Schwierigkeiten mit einer Reihe von Teilnehmern. Die Amerikaner versuchten, ein Verfahren zu entwickeln, wie man die Sowjetunion einbeziehen könne, ohne daß die israelischen Vorbedingungen erfüllt werden müßten. Sie hätten eine ursprünglich rumänische, von Frankreich übernommene Idee aufgegriffen, nämlich die eines Vorbereitungsausschusses, an dem alle Konfliktparteien und die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder als Beobachter teilnehmen sollten. Die Sowjets hätten einen Vorbereitungsausschuß nur aus den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern gewünscht. Jordanien habe überhaupt keinen Vorbereitungsausschuß gewünscht, sondern gleich in die Konferenz gehen wollen. Wenn es jedoch einen Vorbereitungsausschuß gebe, müßten daran alle teilnehmen. Die Israelis wiederum wünschten einen Vorbereitungsausschuß, an dem alle unmittelbar Beteiligten teilnehmen. So wie die Dinge jetzt lägen, komme man nicht weiter.

Jordanien sei sich in der Vermutung sicher, daß der wirkliche Grund für die Schwierigkeiten in der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR liege. Die Vereinigten Staaten glaubten, daß die UdSSR im Mittleren Osten keine Rolle zu spielen habe. Die Sowjetunion glaube, daß sie ein Recht habe, dort zu sein, weil sie dort Klientenstaaten habe. Es bliebe nichts anderes übrig: Beide Supermächte müßten dort sein. Es seien Unstimmigkeiten in an-

9 Zu den Gesprächen des Präsidenten Mubarak mit Ministerpräsident Peres am 11./12. September 1986 in Alexandria notierte Ministerialdirigent Schlagintweit am 15. September 1986, das Treffen verspreche zwar, „den kalten Frieden zwischen Ägypten und Israel etwas zu erwärmen, die innenpolitischen Schwierigkeiten Ägyptens, das dem Gipfel nur wegen seines enormen Hilfsbedarfs gegenüber den USA zugestimmt hatte, wie auch die ablehnende Haltung Shamirs, der in vier Wochen israelischer Ministerpräsident wird, engen den Spielraum in dieser Hinsicht ein. Die angebliche Einigung über eine ‚Friedenskonferenz' ist als Feigenblatt zu betrachten, das die Dürftigkeit des Konferenzergebnisses verdecken soll. Sie besitzt keine wirkliche Substanz. […] Im amtlichen Kommuniqué kommt die Konferenzidee nicht vor. In einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Abschluß des Treffens erklärte Mubarak, man habe sich geeinigt, daß eine internationale Konferenz abgehalten werden soll. Peres sagte in der gleichen Pressekonferenz nach Agenturmeldungen dazu, Israel akzeptiere eine internationale Konferenz. Bedingung sei aber ein ‚Abkommen' über Teilnehmer und Prozedur. ‚Beide Seiten' seien damit einverstanden, ein ‚Vorbereitungskomitee' zu bilden." Der israelische Außenminister Shamir habe sich von diesen Äußerungen distanziert. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141110.

10 Zum Status von Taba vgl. Dok. 199, Anm. 9.
Die ägyptisch-israelischen Verhandlungen begannen am 5./6. Februar 1986 in Kairo und endeten am 11. September 1986 in Gaza mit der Unterzeichnung eines Abkommens. Botschafter Müller, Kairo, informierte dazu am 22. September 1986: „Der Kompromiß weist alle Elemente eines klassischen völkerrechtlichen Schiedsabkommens auf. Er besteht aus 15 Artikeln, einem Annex und zwei Appendices. Herzstück ist die [in] Artikel 2 und dem Annex niedergelegte Entscheidungsbefugnis des Gerichts. Danach hat es auf der Basis der zwischen den Parteien geschlossenen Verträge (v. 26.3.79, 25.4.82, Waffenstillstandsvereinbarung vom 24.2.49) über die Positionen von 14 streitigen Grenzsteinen zu bestimmen, deren jeweilige Lage die Parteien in den Appendices verzeichnet haben." Das Gericht werde aus je einem ägyptischen und israelischen Richter sowie drei internationalen Richtern bestehen, die auf der Basis eines schriftlichen Verfahrens, einer mündlichen Verhandlung sowie einer Reihe von Ortsterminen entscheiden sollten. Müller kam zu dem Schluß, „daß sich ISR mit seinem Teilungskonzept für Taba nicht durchsetzen konnte. Dem Gericht wird vorgegeben, nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip sich für eine der Parteien zu entscheiden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1620; Referat 310, Bd. 149562.

deren Fragen, z. B. Afghanistan, Star Wars usw., die sich nun negativ auf die Nahostfrage auswirkten. Nur Europa könne hier Brücken bauen und den toten Punkt überwinden helfen. Jede amerikanische Initiative werde von den Russen gestoppt und umgekehrt. Der Beitrag Europas könne kollektiv erfolgen oder aber in individuellen Beiträgen europäischer Regierungen bestehen. Sie könnten die Hoffnungen der Menschen verstärken, daß der Frieden im Nahen Osten erhalten werden könne.

Der *Bundeskanzler* antwortet, es sei wichtig für ihn, aus erster Hand Informationen zu erhalten. Er halte die Lage im Nahen Osten für überaus gefährlich, auch für Europa. Wir müßten überlegen, welche Rolle wir, d. h. insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, übernehmen könnten. Er, der Bundeskanzler, könne in dieser Hinsicht sehr entschlossen sein. Der Ministerpräsident möge ihn richtig verstehen: Er sei ein überzeugter Europäer und die Bundesrepublik vermutlich heute der einzige Motor in Europa. Das gelte für das Land, aber auch für ihn persönlich. Aber er sei gleichzeitig ein Realist. Die Europäische Gemeinschaft könne da nicht sehr viel tun. Die Interessenlage der Mitgliedstaaten gehe zu weit auseinander. Ein Element sei z. B., wer hier wem Waffen liefert. Wir seien hier in einer anderen Lage, hätten vielleicht auch die intensivsten Beziehungen zu den USA. Er, der Bundeskanzler, könne sich allerdings vorstellen, daß einige europäische Länder zusammen aufträten, etwa Paris, London, Bonn und Rom. Er wolle jedoch nicht eine riesige Bürokratie einschalten. Er werde im Oktober in Washington sein.[11] Es sei vielleicht nützlich, wenn der Ministerpräsident ihm für ihn allein bestimmt ein persönliches Memorandum übersende, in dem die Vorstellungen Jordaniens niedergelegt seien. Er könne vielleicht in Washington ein günstiger Dolmetscher sein. Auch habe er die eine oder andere Möglichkeit, mit den Sowjets zu sprechen. Die Sowjetunion sei gerade dabei, ihre Position zu uns zu überdenken. Was die zweite von dem Ministerpräsidenten angesprochene Frage angehe, so habe MP Peres ihn soeben sehr direkt angesprochen. Er wolle sehen, daß wir hier mit aller Diskretion versuchten, hilfreich zu sein.

MP *Rifa'i* antwortet, er danke dem Bundeskanzler für seine Ausführungen. Es scheine ihm, daß er und der Bundeskanzler in die gleiche Richtung dächten. Er sei erst nach Bonn gefahren und werde dann nach London und danach erst nach Paris gehen. Es sei das gleiche Europa, an das man in Jordanien denke. Am Dienstag werde er wieder in Jordanien sein und dann sofort veranlassen, daß der Bundeskanzler ein Memorandum erhalte. Was den von ihm angesprochenen zweiten Punkt anbetreffe, nämlich die Lage in den besetzten Territorien, so verschlechtere sich die Situation der dortigen Bevölkerung ständig. Was ihre Hoffnungen am Leben erhalte, sei die Erwartung einer baldigen Nahost-Lösung. Die anhaltende Entwicklung der Lage sei jedoch kritisch. So sei es für Jordanien unausweichlich geworden, an einen Plan zu denken, der es ermögliche, die Lebensbedingungen auf der Westbank zu heben, einen Plan, der wenigstens einen Mindestlebensstandard ermögliche.[12] Es müsse etwas geschehen,

11 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

12 Referat 310 erläuterte am 15. September 1986, die jordanische Regierung wolle „im Rahmen eines (noch nicht veröffentlichten) Fünf-Jahresplans Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. Dollar zur Ver-

um den Lebensstandard zu verbessern. Die Vereinigten Staaten hätten die jordanische Auffassung zu dieser Frage akzeptiert. Auch Peres sei davon überzeugt. Er habe israelische Beamte und Gemeindeverwaltungen durch Araber ersetzt, Jordanien habe einen Zweig der jordanischen Bank dort wieder eröffnen können, als erster Schritt zur Eröffnung weiterer Filialen. Die Reisebedingungen zwischen Jordanien und der Westbank seien erleichtert worden. All dies reiche jedoch nicht aus. Israel sei nicht gewillt, sich auf die Entwicklung der besetzten Territorien zu konzentrieren. Was zähle, sei aber die Entwicklung, die es der arabischen Bevölkerung erlaube, in ihren Dörfern zu bleiben. Teile der israelischen Regierung würden es demgegenüber am liebsten sehen, wenn man die Leute hinauswürfe und das Land behielte. Dies würde jedoch bedeuten, daß der Nahe Osten auf unabsehbare Zeit von Krieg erschüttert wird. Deshalb habe die jordanische Regierung in Konsultation mit Vertretern der Einwohner der Westbank einen Plan erarbeitet zur Entwicklung der Gebiete, der die Bereiche Gesundheit, Bildung, Industrie, soziale Entwicklung usw. umfasse, d.h. einen vollintegrierten Plan. In zwanzigjähriger Besatzungszeit sei auf der Westbank nicht eine einzige Schule, nicht ein einziges Hospital eröffnet worden, seien für die arabischen Bewohner keinerlei Wohnungen gebaut worden. An Infrastruktur sei nichts geschaffen worden. Es sei jetzt höchste Zeit, die notwendige Infrastruktur und Hilfe zu gewähren und den Menschen das zugänglich zu machen, was sie in zwanzig Jahren nicht bekommen hätten. Sie müßten in die Lage versetzt werden, in diesen Gebieten weiter zu leben, und es müsse die enorme Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Für die Umsetzung dieses Planes benötige Jordanien die Hilfe seiner Freunde. Jordanien sei bereits im Kontakt mit den Nahostländern, jedoch auch mit USA und mit Europa. Es sei auch daran gedacht, die sieben auf dem Wirtschaftsgipfel vertretenen Länder einzuschalten.

An dieser Stelle überreicht MP Rifa'i dem Bundeskanzler ein Dokument, das die Umrisse des Planes enthalte.[13] Er führt hierzu aus, die Bundesrepublik Deutschland könne einzelne Projekte unterstützen, aber auch einen Betrag nach deutschem Ermessen für den Gesamtplan zur Verfügung stellen.

Der *Bundeskanzler* antwortet und geht zunächst auf den israelischen Plan eines Marshall-Plans für den Nahen Osten[14] ein (hierzu sollen keine Notizen gemacht werden).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1312

besserung der Infrastruktur der besetzten Gebiete durchführen. Im Einvernehmen mit Ägypten wird auch die Bevölkerung im Gaza-Streifen in diese Bemühungen einbezogen." Eine detaillierte Version des Plans solle anläßlich einer Konferenz im November 1986 in Amman vorgestellt werden: „Der institutionelle Rahmen, in dem die Vorhaben abgewickelt werden sollen, ist ebenso wie die Herkunft der Mittel noch völlig ungeklärt." Für die jordanische Regierung stünden die politischen Vorteile im Vordergrund: „Sichtbare Verbesserungen der Lebensqualität in den besetzten Gebieten, die auf jordanische Initiative zurückgehen, würden der Bevölkerung deutlich machen, daß Jordanien der beste Anwalt palästinensischer Interessen ist." Der Plan sei somit ein Versuch, „an der PLO vorbei zu einer Zusammenarbeit mit der Bevölkerung auf der Westbank zu gelangen". Vgl. Referat 310, Bd. 149620.

13 Für das undatierte jordanische Papier „The Economic and Social Development of the Occupied Territories. A Five Year Programme (1986–1990)", das mit Begleitschreiben des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 30. September 1986 an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit übermittelt wurde, vgl. Referat 310, Bd. 149624.

14 Zu den Überlegungen des Ministerpräsidenten Peres für einen „Marshall-Plan für den Nahen Osten" vgl. Dok. 167, Anm. 20.

In seiner Antwort führt MP *Rifa'i* aus, man könne sich allenfalls eine Entwicklungsbank für die Nahost-Region vorstellen. Der Kronprinz[15] habe über diese Frage ausführlich mit Bundesbankpräsident Pöhl gesprochen.[16] Wenn man von Marshall-Plan rede, so denke man in Größenordnungen wie etwa 30 Mrd. US-Dollar. Das sei jedoch ein „non-starter". Aber ein Entwicklungsplan, der über eine Bank abgewickelt werde, in Höhe von 200 bis 300 Mrd. US-Dollar höre sich schon realistischer an. Das Problem liege darin: Was heiße hier regionale Entwicklung? Es sei einfach nicht möglich, gemeinsame Projekte und Anstrengungen zwischen Partnern zustande zu bringen, die sich noch im Kriegszustand befänden. Selbstverständlich befürworte Jordanien die Idee der Entwicklung in der Region, befürworte alles, was zu Mäßigung und Stabilität führe. Man müsse aber vorsichtig vorgehen. Jordanien halte den Plan für die Entwicklung der Westbank und den israelischen Plan einer regionalen Entwicklung (Marshall-Plan für den Nahen Osten) auseinander. Der jordanische Plan könne sofort implementiert werden, auch ohne daß es in den politischen Fragen Bewegung gebe. Die israelischen Vorstellungen könnten nur als Ergebnis einer solchen politischen Lösung ins Auge gefaßt werden.

Der *Bundeskanzler* antwortet, die Amerikaner seien in dieser Frage sehr drängend. Er habe den Eindruck, sie dächten auch an die Position von Mubarak. Man müsse hier auch die inneramerikanische Situation im Auge behalten. Er, der Bundeskanzler, hoffe, daß dieser Präsident noch etwas bewerkstellige. Der nächste Präsident werde riesige Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Präsident Reagan werde dann ein Mythos sein. Der nächste Präsident müsse die Hausaufgaben machen. Er wisse, daß Ronald Reagan sich auch gegen erhebliche Pressionen durchsetze. Er sei nicht der Mann, der bei jedem Wunsch, der von außen an ihn herangetragen werde, umfalle. An dieser Stelle geht der Bundeskanzler auf die Vorgänge um Bitburg[17] ein. Hier habe der Präsident Stehfestigkeit bewiesen, ungeachtet einer enormen Druckkulisse. Er, der Bundeskanzler, werde das Memorandum, das ihm MP Rifa'i übergeben habe, prüfen. Was das Projekt eines Nahost-Entwicklungsplanes angehe, so blieben wir am Ball. Die Diskussion sollte in totaler Diskretion geführt werden. Er rechne damit, daß MP Rifa'i noch vor seiner USA-Reise ein Memorandum schicke. MP *Rifa'i* antwortet abschließend, man sei in Jordanien sehr besorgt über das Schicksal Mubaraks, der jede nur denkbare Hilfe verdiene. Wenn Mubarak falle, so wer-

15 Hassan ibn Talal.

16 Botschaftsrat Lemp, Amman, berichtete am 24. August 1986: „Königlicher Hof teilte eben folgendes mit: Kronprinz Hassan mit Begleitung wird vom 27. bis 29. August 1986 Deutschland besuchen. Hauptzweck ist Gespräch mit Dr. Karl-Otto Pöhl, Deutsche Bundesbank, und Hermann Josef Abs, Ehrenpräsident der Deutschen Bank, am Freitag, 29. August 1986 um 11.30 Uhr, bei dem es nach Vermutung der Botschaft um neue Euro-Dollar-Anleihe für Jordanien gehen dürfte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 544; Referat 310, Bd. 149621.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes notierte am 3. Oktober 1986 Informationen des Büros von Bundesbankpräsident Pöhl, wonach der Kontakt zum jordanischen Kronprinzen Hassan auf Vermittlung der Deutschen Bank und von Abs zustande gekommen sei: „Herr Pöhl habe sich bisher gegenüber Jordanien nicht persönlich engagiert. Man sei jedoch nicht abgeneigt, der jordanischen Regierung – insbesondere durch Fachberatung – zu helfen. Die Überlegungen bezögen sich dabei auch auf die Westbank-Pläne der jordanischen Regierung." Vgl. Referat 310, Bd. 149624.

17 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan besuchten am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 123.

de dort die extreme Rechte oder die extreme Linke das Ruder übernehmen. Beides sei gleich katastrophal.

Große Sorge bereite auch das Andauern des Iran-Irak-Krieges. Die Irakis hätten bisher durchgehalten, doch wisse man nicht, wie lange das noch der Fall sein könne. Der Krieg solle so bald wie möglich beendet werden. Wenn Khomeini mit seinen Truppen durchbreche, dann würde man zum ersten Mal auf legitime Weise ein arabisches Khomeini-Regime installieren können. Von einem solchen Regime würden tödliche Gefahren für die Länder im Nahen Osten, insbesondere auch Saudi-Arabien, Jordanien und andere ausgehen. Es sei wichtig, daß alles getan werde, um die Irakis zu unterstützen.

VS-Bd. 13611 (310)

248

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

223-370.70 DDR **18. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Rüstungskontrollkonsultationen mit der DDR in Berlin (Ost) am 10.9.1986

Zusammenfassung und Bewertung

Am 10. September führte ich in Berlin (Ost) Rüstungskontrollkonsultationen mit Botschafter Krabatsch durch. Auf unsere Anregung dazu hatte die DDR innerhalb von drei Tagen reagiert.[3] Es waren die fünften Konsultationen mit der DDR seit 1981 und die zweiten in diesem Jahr.[4]

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Barker konzipiert.
Hat Barker am 19. September 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hoffmann-Loss verfügte.
Hat Hoffmann-Loss am 19. September 1986 vorgelegen.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann teilte der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin am 15. August 1986 mit: „Angesichts rüstungskontrollpolitischer Entwicklungen und anstehender Entscheidungen (vor allem bei KVAE – Ende erster Runde 19.9.) halten wir es für nützlich, wenn sich die Abrüstungsbeauftragten der beiden deutschen Regierungen erneut zu Konsultationen verabreden.“ Hartmann bat die Ständige Vertretung, Gespräche in Ost-Berlin Anfang September 1986 vorzuschlagen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1507; Referat 223, Bd. 144825.
Vortragender Legationsrat Barker informierte die Ständige Vertretung in Ost-Berlin am 26. August 1986, mit der Ständigen Vertretung der DDR sei inzwischen telefonisch der 10. September 1986 als Termin für die Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle vereinbart worden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6255; Referat 223, Bd. 144825.

4 Botschafter Ruth und der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, führten am 3. Juli 1981 in Ost-Berlin und am 28. Oktober 1983 in Bonn Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 196, bzw. AAPD 1983, II, Dok. 324.

Die DDR unterstrich ihr Interesse an der Fortsetzung des Rüstungskontrolldialogs auch dadurch, daß AM Fischer mich empfing (vgl. hierzu gesonderte Vorlage).[5]

Behandelt wurden die folgenden aktuellen Themen: Genfer Verhandlungen (alle drei Tische), Teststopp, KVAE und andere Fragen konventioneller Rüstungskontrolle, CW.

Die Atmosphäre war entspannt und ohne Schärfen. Es war ersichtlich, daß der DDR am kontinuierlichen Gespräch mit uns in sicherheitspolitischen Fragen liegt.

Beide Seiten bezeichneten eine Fortsetzung der Kontakte als nützlich und notwendig. Ich habe mit Krabatsch, wie im Februar, vereinbart, jetzt keinen neuen Termin für eine sechste Konsultationsrunde ins Auge zu fassen, aber daran festzuhalten, daß jede Seite dies anregen kann, wenn es ihr geboten erscheint.[6]

Zu den Einzelthemen

1) Genfer Verhandlungen

Wir stellten übereinstimmend fest, daß sich die Aussichten auf ein Ergebnis, auch ein INF-Zwischenergebnis, durch die jüngsten Vorschläge beider Seiten[7] verbessert hätten. Allerdings sprach Krabatsch auch von dem beunruhigenden Eindruck, daß sich die USA des bisherigen Vertragswerks (SALT, ABM) entledigen wollten; die SDI-Entwicklung wirke negativ auf den Rüstungskontrollprozeß; er würdigte in diesem Zusammenhang unser Eintreten für strenge Auslegung von ABM („Brandmauer"). Ich habe darauf verwiesen, daß der jüngste US-Vorschlag (Reagan-Brief vom 25.7.[8]) auch in seiner ABM-Konsequenz wohl noch nicht ausgelotet sei und daß die USA sich bei SALT II weiter zurückhalten wollen, solange die SU dies tue. Krabatsch wandte ein, der jüngste US-Vorschlag könne auch als Freibrief für SDI-Stationierung ab 1993 (nach ergebnislosen Verhandlungen 1991–93) gelesen werden; es sei ein falscher Ansatz, neue Systeme einführen zu wollen, um andere wegzuverhandeln. Ich habe demgegenüber geraten, das US-Angebot ganz ernst zu nehmen, schließlich seien Verhandlungen zwischen Forschung und Entwicklung ABM-konform. Das Gelin-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1315

Ruth und Krabatsch trafen sich ferner am 24. Mai 1985 in Ost-Berlin.
Zum Gespräch am 25. Februar 1986 vgl. Dok. 56, Anm. 12.

5 Das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Außenminister der DDR fand am 10. September 1986 statt. Ruth vermerkte dazu am 11. September 1986, Fischer habe zur Weitergabe an Bundesminister Genscher ausgeführt: „1) Bei der KVAE sei er besorgt darüber, daß immer neue Forderungen nach zusätzlichen Konzessionen (z. B. bei den Kontrollmaßnahmen) ein Ergebnis gefährden könnten. Man müsse sich fragen, ob die Dinge wirklich so weit auf die Spitze getrieben werden müßten und ob hier etwa das ‚Berner Ergebnis' wiederholt werden solle. 2) Die Erfahrung lehre, daß niemand letztlich militärische Überlegenheit erreiche, weil die jeweils andere Seite stets wieder gleichziehen könne. Es gebe nur die Wahl zwischen Aufrüstung und Abrüstung. Bei Aufrüstung könnten (wie das Challenger-Unglück und Tschernobyl zeigten) hochtechnisierte Entwicklungen sich gefährlich verselbständigen. Damit aber habe man ein neues, zusätzliches Argument für Abrüstung: Sie sei die einzige Möglichkeit, die riesige Gefahr von Unglücksfällen auszuschalten." Vgl. Referat 223, Bd. 144825.

6 Die sechsten Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der DDR fanden am 23. Juni 1987 statt.

7 Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetischen Expertengespräche am 5./6. September 1986 in Washington; Dok. 241.

8 Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Reagan an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

gen einer Definition strategischen Gleichgewichts im Sinne der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vom 8.1.[9] und 21.11.85[10] setze kooperative Lösungen voraus, auf die wir öffentlich und nichtöffentlich drängten.

Bei den Mittelstreckenwaffen verwies Krabatsch auf das besondere Interesse, das beide deutsche Staaten daran haben müßten, die Stationierung der Raketen zu stoppen und ihren Abbau in Angriff zu nehmen. Die von den USA vorgeschlagene Beseitigung der Systeme in Asien sei freilich keine Lösung. Ich habe demgegenüber unterstrichen, daß der Westen unverändert eine globale Null-Lösung anstrebe und, solange sie nicht erreichbar sei, ein Zwischenergebnis zwischen dem derzeitigen Stand und Null verfolge. Wesentlich sei, daß hier (auch in der Logik der Gorbatschow-Vorschläge vom 15.1.[11]) die Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie in Angriff genommen werden solle.

2) Amerikanisch-sowjetischer Gipfel

Wir waren uns einig darin, daß ein zweiter Gipfel (Krabatsch: der nicht nur Absichtserklärungen, sondern konkrete Ergebnisse haben müsse) neue Impulse für die Genfer Verhandlungen geben würde. Wir waren uns auch einig in der Hoffnung, daß der Fall Daniloff[12] in einer Weise gelöst werde, daß die Gipfelvorbereitungen nicht belastet werden.

3) Teststopp

Krabatsch erklärte, das nun schon länger andauernde sowjetische Moratorium schaffe, zumal es von weiteren östlichen Konzessionen·(z. B. Vor-Ort-Inspektionen) begleitet sei, denkbar günstige Voraussetzungen für die jetzt fällige politische Entscheidung zugunsten einer CTB-Vereinbarung.

Ich habe zu unserer Haltung auf öffentliche Äußerungen des Bundeskanzlers vom 9.1.[13] und 11.4.86[14], die zahlreichen Stellungnahmen des Bundesministers und meine CD-Rede vom 26.8. verwiesen und unterstrichen, ein vereinbarter Teststopp müsse verläßlich verifizierbar sein, wozu mit dem von uns vorgeschlagenen seismischen System[15] ein entscheidender Beitrag geleistet werden könne. Die Bedeutung der Verifikation sei offensichtlich nicht mehr kontrovers, auch Gorbatschow habe in seiner Rede vom 18.8.[16] von der Notwendigkeit vereinbarter Verifikation gesprochen. Zugleich gelte aber auch, daß Teststopp allein noch keine Reduzierung bewirke.

Krabatsch wandte dagegen ein: Das Kontrollproblem könne sehr rasch durch Vereinbarung gelöst werden; ein Teststopp könne sehr wohl ein erster Schritt

9 Die Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 7./8. Januar 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

10 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

11 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

12 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 245, Anm. 16.

13 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 16, Anm. 14.

14 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 105, Anm. 13.

15 Die Bundesrepublik legte am 11. Juli 1985 in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) ein Arbeitspapier zum schrittweisen Aufbau eines seismologischen Systems zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vor. Für den Wortlaut des Papiers (CD/612) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 775–781. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 181 und Dok. 271.

16 Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 238, Anm. 50.

in Richtung auf Reduzierungen sein; zur Überprüfung der Bestände seien Tests nach Ansicht militärischer Experten nicht·mehr erforderlich; es mangle nicht an technischen Lösungen, sondern offenkundig am politischen Willen der USA. Es gehe nicht an, durch Beharren auf Klärung auch noch kleinster Details der Verifikationsmodalitäten eine CTB-Vereinbarung auf absehbare Zeit zu verhindern. (Krabatsch erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die These der jüngsten Studie der Adenauer-Stiftung, wonach Teststopp nicht mit der NATO-Strategie vereinbar sei.[17])

4) KVAE

Ich unterstrich unser großes Interesse an einem konkreten und substantiellen Ergebnis der KVAE als notwendiger Voraussetzung für eine Weiterentwicklung konventioneller Rüstungskontrolle in Europa, über die sich Ost und West im Prinzip ja einig seien, und bezeichnete die in der Schlußphase der jetzigen KVAE-Runde noch bestehenden Probleme als lösbar.

Krabatsch gab sich skeptisch: Nachdem der Osten diejenigen Konzessionen gemacht habe, die von NATO-Seite ursprünglich als ausreichend für einen Abschluß genannt worden waren, würden jetzt neue Forderungen gestellt. Er sei darüber besorgt, gerade weil er sich der großen Bedeutung der KVAE für die weiterführende konventionelle Rüstungskontrolle bewußt sei. Wollten wirklich alle 35 ein Ergebnis in Stockholm? Oder könnte eine Wiederholung des Berner KSZE-Treffens[18] eintreten, wo die USA als einziger TNS das Ergebnis ablehnten und seine Annahme dank des Konsensprinzips verhindern konnten?

Ich habe widersprochen: Alle 35 wollten ein Ergebnis, es gehe um das Wie und nicht um das Ob. Östliche Bewegungen würden durchaus anerkannt, freilich hätten wir uns auch bewegt. Wichtig sei allein, daß wir einem Ergebnis nahe seien, das im Interesse aller liege. Krabatsch beharrte darauf, die „offene Hauptfrage“ sei, ob der Westen auf östliche Zugeständnisse konstruktiv reagieren wolle, was auch Aufgabe überzogener Positionen einschließe. Er vermisse in der jetzigen Schlußphase den Prozeß des Gebens und Nehmens.

Krabatsch und seine Mitarbeiter nannten folgende konkrete Gravamina:

a) Die Notifizierungsschwelle von 10000 werde schon beinahe als nicht negotiable Obergrenze dargestellt. Auf meinen Hinweis, dies bedeute auch für uns eine wichtige Konzession, erwiderte Krabatsch, es schließe die USA nicht ein. Auf meine Nachfrage, inwiefern der Parameter 10000 für die Sicherheit der DDR inakzeptabel sei, meinte Krabatsch, bei der Größe der NVA sei 10000 schwierig; außerdem müsse die SU dann eine beträchtliche Zahl von Manövern ankündigen, ohne daß dasselbe für die USA gelte.

b) Bei den time constraints sei die westliche Offerte einer zweijährigen Ankündigungsfrist ab 75000 Mann „natürlich keine Lösung“.

c) Bei der Luftinspektion wie bei den Sperrgebieten würden jetzt neue, zusätzliche Forderungen erhoben.

17 Vgl. Thomas ENDERS, Kernwaffenteststopp – politische und technische Implikationen, Sankt Augustin 1986 (Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien, Nr. 5/1986).

18 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

Gegen meine Betonung der fundamentalen Bedeutung der KVAE für den Fortgang konventioneller Rüstungskontrolle wandte Krabatsch ein, das Madrider Mandat[19] gebe Stockholm keine derartige Bedeutung. Wien[20] könne beschließen, weiter zu verhandeln, auch über VBM. Ich hielt dem entgegen, daß eine Bewertung der KVAE durch Wien dem Madrider Mandat entspreche. Sie müsse die inzwischen eingetretene Weiterentwicklung und Konkretisierung bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Rechnung stellen. Krabatsch erkundigte sich, ob nach unseren Vorstellungen das Wiener Folgetreffen ein Mandat für KVAE II ausarbeiten sollte. Ich erwiderte, das Wiener Folgetreffen müsse natürlich im Zusammenhang der Kenntnisnahme des KVAE-Ergebnisses etwas zu den weiteren Schritten sagen, jedoch wollten wir vor verbindlichen Äußerungen hierzu das Ergebnis der Halifax-Gruppe[21] abwarten.

5) Konventionelle Rüstungskontrolle

Ich habe die Halifax-Erklärung[22] und den Budapester Appell[23] als Anzeichen für den sich abzeichnenden West-Ost-Konsens darüber bezeichnet, daß die konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural fortgesetzt werden solle. Nun müsse aber darauf hingewirkt werden, durch ein KVAE-Ergebnis eine solide Grundlage für Fortsetzung und Ausweitung des Prozesses zu schaffen.

Krabatsch stimmte dem im Prinzip zu. Er gab seiner Präferenz Ausdruck, MBFR mit einem kleinen Ergebnis zu beenden und ein neues Verhandlungsmandat auszuarbeiten.

Ich unterstrich die prinzipielle Bedeutung des bei MBFR schon jetzt Erreichten und erläuterte erneut unsere Position und den Wunsch, auf der Grundlage unserer Vorschläge Fortschritte zu machen.

6) CW

Tenor von Krabatschs Bewertung des Genfer Verhandlungsstandes: Ergebnis sei möglich, jedoch störe die US-Haltung in der Verifikationsfrage, neuer britischer Vorschlag[24] eröffne vielleicht eine Lösungsmöglichkeit. Auch hier also Zweifel an ernsthaftem Willen der USA, ein Ergebnis zu erzielen.

Ich unterstrich die Bedeutung der CW-Verhandlungen (Aussicht auf völlige Beseitigung einer Massenvernichtungswaffe) und unsere Einschätzung, daß eine Einigung möglich sei. Die Arbeiten müßten sich auf die beiden noch lösungsbe-

19 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

20 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

21 Zur „High Level Task Force" (HLTF) vgl. Dok. 238, Anm. 44.

22 Für den Wortlaut der „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

23 Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8 und 9.

24 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

dürftigen Komplexe Verifikation der Nichtproduktion und Verdachtsinspektionen konzentrieren.

Zu den Genfer Dreiergesprächen der Experten (wir, DDR, ČSSR)[25] monierte Krabatsch unsere Haltung zu der vorgeschlagenen chemiewaffenfreien Zone Mitteleuropa („hoffentlich noch nicht Ihr letztes Wort"). Ich erläuterte unsere Einwände gegen den regionalen Verhandlungsansatz, würdigte aber die Dreiergespräche als Beitrag zu den globalen Verhandlungen. Krabatsch fragte, ob der Vorschlag einer chemiewaffenfreie Zone nicht einmal zwischen den Experten der drei Hauptstädte besprochen werden könne; ich erwiderte, eine von Genf abgelöste separate Runde erscheine mir nicht sinnvoll, gegen Teilnahme von Experten aus den Hauptstädten an den Genfer Dreiergesprächen sei dagegen nichts einzuwenden.

7) Manöverbeobachter

Während des Mittagessens schnitt Krabatsch das alte Problem der Einladung von Manöverbeobachtern[26] an: Soeben hätten wir Einladungen zugestellt[27], die verspätet und wieder nur auf die Bonner Missionen beschränkt gewesen seien. Dies habe besonders enttäuscht angesichts der Hoffnung, Bonn werde vielleicht im Vorgriff auf ein KVAE-Ergebnis diesmal weiter gehen können. Seit elf Jahren protestiere die DDR ohne Erfolg gegen unser Verfahren, das der DDR die Manöverbeobachtung faktisch unmöglich mache.

Ich habe die bekannten Gründe für unsere bisherige Praxis dargelegt und darauf hingewiesen, daß andere KSZE-Staaten noch immer nicht vollständig an-

25 Zu den Gesprächen über chemische Waffen mit den Delegationen der ČSSR und der DDR bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 233, Anm. 9.
Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), teilte am 17. September 1986 mit, am Vortag habe ein Treffen „der für CW zuständigen Mitarbeiter" stattgefunden: „Thema war eine prinzipielle Erörterung der noch offenen Frage der Verifikationsproblematik eines zukünftigen CW-Abkommens". Ein weiteres Gespräch der Delegationsleiter sei für Anfang Dezember 1986 geplant. Stülpnagel führte aus: „Die von vorgegebenen Textformulierungen freie Erörterung der kritischen Verifikationsproblematik diente der Verdeutlichung unserer Grundsatzpositionen und sollte die Gesprächspartner in die von uns definierten Kernfragestellungen einbinden. Mit diesen Denk- und Diskussionsanregungen könnten bei unterschiedlicher Ausgangsposition gemeinsam praktikable Lösungen vorbereitet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1526; Referat 222, Bd. 130156.

26 Staatssekretär Meyer-Landrut erläuterte am 26. August 1986: „Nach der Helsinki-Schlußakte ist das Verfahren zur Einladung der Beobachter den Teilnehmerstaaten freigestellt; wir haben nur Angehörige der bei der Bundesregierung akkreditierten Botschaften bzw. Ständigen Vertretung eingeladen. Auf diese Weise haben wir vermieden, daß die DDR einen NVA-Angehörigen als Manöverbeobachter benennen konnte. Diese Einladungspraxis müßte geändert werden, wenn es in Stockholm zu einem Ergebnis kommt. Schon jetzt besteht hinsichtlich der Beobachtereinladung Übereinstimmung zwischen den 35 Teilnehmerstaaten, daß ‚der eingeladene Staat darüber entscheidet, ob militärische und/oder zivile Beobachter entsandt werden; er kann auch Mitglieder seines beim Gastgeberstaat akkreditierten Personals als Beobachter entsenden.' Wir müssen also damit rechnen, daß die Regierung der DDR militärische oder zivile Beobachter aus der DDR benennt." Vgl. das Schreiben an Bundesminister Schäuble; Referat 221, Bd. 130141.

27 Vom 23. bis 25. September 1986 fand das Manöver „Fränkischer Schild" in Unterfranken und dem nördlichen Baden-Württemberg statt. Beteiligt waren insgesamt 58 000 Soldaten aus Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich und den USA. Ferner fand vom 22. bis 26. September 1986 das Manöver „Bold Guard" in Schleswig-Holstein statt mit 65 000 Soldaten aus der Bundesrepublik, Dänemark, Großbritannien, den Niederlanden und den USA. Vgl. dazu BULLETIN 1986, S. 840.
Mit Verbalnoten des Auswärtigen Amts vom 1. September 1986 wurden die Botschaften der KSZE-Teilnehmerstaaten in der Bundesrepublik zur Entsendung von ein oder zwei Mitgliedern ihrer Botschaft als Beobachter eingeladen. Die Einladung an die Ständige Vertretung der DDR erfolgte durch das Bundeskanzleramt mit Verbalnoten vom 1. September 1986. Für die Verbalnoten vgl. Referat 221, Bd. 130140.

kündigten bzw. einlüden. Im übrigen werde sich ein KVAE-Ergebnis ja konkret zu den Fragen Ankündigung und Einladung äußern.

Ruth[28]

Referat 223, Bd. 144825

249

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 START-1477/86 VS-vertraulich **19. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Neue amerikanische START-Vorschläge

I. Darstellung

1) Die USA haben am 18.9.1986 in die bilateralen Genfer Verhandlungen zwei neue START-Vorschläge eingeführt. Bei dem ersten handelt es sich um die Modifizierung des amerikanischen START-Vorschlages vom 1.11.1985 zur 50%igen Reduzierung des strategischen Nuklearpotentials der USA und der SU.[3] Der zweite Vorschlag ist konzipiert als ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Halbierung der beiderseitigen strategischen Nuklearwaffen und sieht Reduzierungen geringeren Umfangs vor.

In der Sitzung des NATO-Rats am 17. September 1986 mit den drei amerikanischen Verhandlungsführern[4] hat Botschafter Lehman die Verbündeten ausführlich über diese Vorschläge unterrichtet.

2) Die neuen Elemente des ersten Vorschlages sind:

– Aggregierte Obergrenze für strategische Trägersysteme – ICBM, SLBM, schwere Bomber – von 1600, innerhalb dieser Obergrenze „freedom to mix“ (November 1985: Obergrenze für ICBM und SLCM auf einer Höhe zwischen 1250 und 1450, daneben getrennte Begrenzung der Zahl strategischer Bomber auf 350).

28 Paraphe.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 4. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 4. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen.

3 Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 301.

4 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den amerikanischen Sonderbotschaftern Glitman, Kampelman und Lehman in Brüssel vgl. Dok. 245.

– Aggregierte Obergrenze von 6000 für GK auf ballistischen Raketen und ALCM.

  Zwischengrenze von 4500 GK auf ICBM und SLBM;

  Zwischengrenze von 3000 GK auf ICBM;

  Zwischengrenze von 1500 GK auf schweren ICBM und landgestützten Interkontinentalraketen, die mehr als 6 GK tragen (November 1985: 4500 GK auf ballistischen Raketen, davon höchstens 3000 auf ICBM; Begrenzung der ALCM auf 1500; hinsichtlich der Zwischengrenze von 1500 GK für schwere bzw. ICBM mit mehr als 6 GK im November 1985 keine vergleichbare Bestimmung).

Folgende Elemente vom November 1985 bleiben für den neuen Vorschlag weiterhin gültig: Verbot neuer schwerer ICBM und mobiler ICBM sowie Reduzierung des Wurfgewichtes sowjetischer ballistischer Raketen um 50%.

3) Der zweite Vorschlag enthält folgende Bestimmungen:

– Obergrenze von 1600 für strategische Trägersysteme (gleiche Obergrenze wie bei modifiziertem 50%-Vorschlag).
– Obergrenze von 7500 für GK auf ballistischen Raketen und ALCM,

  Zwischengrenze von 5500 für GK auf ballistischen Raketen,

  Zwischengrenze von 3300 für GK auf ICBM,

  Zwischengrenze von 1650 für GK auf schweren ICBM und ICBM, die mehr als 6 GK tragen.
– Reduzierung des Wurfgewichts sowjetischer ballistischer Raketen um 50% (gegenwärtig: SU – 11,9 Mio. amerikanische Pfund; USA – 4,4 Mio. amerikanische Pfund).

II. Bewertung

1) Die USA haben durch die Einbringung neuer START-Vorschläge in die Genfer Verhandlungen konstruktiv auf den sowjetischen Vorschlag einer 30%igen Reduzierung (vom 11.6.1986[5]) reagiert. Bereits in seinem Brief vom 25. Juli 1986 an GS Gorbatschow hatte Präsident Reagan detaillierte START-Vorschläge angekündigt[6], die den Gedanken eines Zwischenschrittes weniger drastischer Reduzierungen auf dem Weg zur vereinbarten Halbierung der beiderseitigen strategischen Nuklearpotentiale aufgreifen würden.

Auch wir hatten uns für ein solches Vorgehen ausgesprochen. In Beantwortung eines Schreibens vom 20. Juli 1986, mit dem uns Präsident Reagan über die amerikanischen Absichten informiert hatte[7], hat BK Kohl am 23. Juli 1986[8] den amerikanischen Präsidenten in seinem Vorhaben unterstützt, über einen Zwischenschritt das Ziel 50%iger Reduzierungen zu erreichen.[9]

2) Mit den beiden neuen Vorschlägen kommen die USA der SU in wichtigen Punkten entgegen. Ungeachtet noch weiterbestehender Divergenzen in Einzel-

5 Zu den sowjetischen Vorschlägen über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.
6 Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.
7 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11318 (220).
8 Korrigiert aus: „22. Juli 1986".
9 Für das Schreiben vgl. Dok. 214.

fragen haben sich die Möglichkeiten verbessert, zu einer Vereinbarung über die Struktur eines START-Abkommens, verbunden mit der Festlegung konkreter Obergrenzen für Trägersysteme und GK, zu gelangen.

3a) Übereinstimmung besteht nunmehr hinsichtlich der Obergrenze für strategische Trägersysteme: 1600.

3b) Legt man die beiderseitigen Vorschläge hinsichtlich eines Zwischenabkommens zugrunde, so erscheinen die Unterschiede in bezug auf Obergrenzen für GK und ALCM nicht unüberbrückbar: SU 8000 – USA 7500.

Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß nach dem sowjetischen Vorschlag auch SLCM und Schwerkraftbomben in die Obergrenze einzubeziehen sind.

Hieran dürfte eine Einigung auf eine GK/ALCM-Obergrenze jedoch nicht scheitern. Bei den Expertengesprächen in Washington[10] hat die SU zu erkennen gegeben, daß sie mit einer gesonderten Begrenzung für SLCM einverstanden sein würde. Die USA machen eine SLCM-Regelung davon abhängig, daß die SU nachweist, wie eine SLCM-Regelung verläßlich verifiziert werden könnte (Unterscheidung zwischen konventionell und nuklear bestückten SLCM, Verifikation von Reichweiten).

Das sowjetische Festhalten an der Einbeziehung der Schwerkraftbomben in eine gemeinsame Obergrenze dürfte verhandlungstaktisch bedingt sein. Es kann davon ausgegangen werden, daß die SU im weiteren Verlauf der Verhandlungen diese Forderung fallenläßt.

3c) Gegenwärtig noch unvereinbar sind die beiderseitigen Positionen im Hinblick auf die Behandlung der FBS im Rahmen einer START-Vereinbarung. Eine Berücksichtigung dieser amerikanischen Systeme in einem START-Abkommen, wie sie die SU fordert, ist für den Westen nicht verhandelbar.

Zu bedenken ist jedoch, daß die SU in ihrem Juni-Vorschlag nicht mehr die volle Anrechnung der FBS verlangt, wie sie dies noch im Oktober 1985[11] getan hat, sondern sich auf die Forderung beschränkt, daß sich die USA verpflichten,

– den Bestand an FBS nicht zu erhöhen sowie
– keine zusätzlichen INF zu stationieren, die sowjetisches Territorium erreichen können.

Nachdem die SU also bereits ihre ursprüngliche Position, jedenfalls für ein Abkommen über eine 30%ige Reduzierung, verändert hat, ist eine weitere Bewegung und ein schließliches Fallenlassen ihrer Forderung, wie dies im übrigen auch bei SALT I und SALT II der Fall war, nicht ausgeschlossen.

3d) Das größte Einzelhindernis für eine START-Vereinbarung liegt in dem neuen amerikanischen Element einer Zwischengrenze für GK auf schweren ICBM (SS-18) und gemirvten ICBM mit mehr als 6 GK (SS-18, SS-19). Dieses Element ist Bestandteil beider Vorschläge.

Der Gedanke einer Zwischengrenze für GK auf diesen Systemen fehlt im sowjetischen Vorschlag vom 11.6.1986. Es dürfte der SU schwerfallen, hierauf einzugehen, da diese Bestimmung von ihr eine „einseitige“ Abrüstung in diesem Bereich von ca. 3350 bzw. 3500 GK erfordern würde.

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.
11 Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 30. September 1985; AAPD 1985, II, Dok. 270.

Die USA verfügen gegenwärtig nicht über ICBM mit mehr als 6 Gefechtsköpfen, an schweren ICBM besitzen sie nur 20 Titan mit 20 GK. Selbst eine Dislozierung von 100 MX mit 1000 GK wäre mit dem amerikanischen Vorschlag vereinbar.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die USA am Verhandlungstisch hier zu Kompromissen bereit sein werden, da die Forderung nach einer Zwischengrenze für schwere bzw. ICBM mit mehr als 6 GK ein Kernelement der neuen amerikanischen Vorschläge zu sein scheint.

Sie zielt auf den Abbau der von der USA als besonders destabilisierend empfundenen sowjetischen Systeme, weil sie – nach amerikanischer Auffassung – dazu geeignet sind, in einem entwaffnenden Erstschlag gegen das amerikanische ICBM-Potential eingesetzt zu werden.

III. Über den Verhandlungsstand im Bereich der Defensiv- und Weltraumwaffen wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt.[12]

Ruth

VS-Bd. 11371 (220)

250

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 SDI-1484/86 VS-vertraulich **19. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Genfer Verhandlungen – Verhandlungsbereich Weltraum- und Defensivwaffen;
hier: Darlegung der amerikanischen Position durch Botschafter Kampelman in der Sitzung des NATO-Rats am 17.9.1986[3]

Zur Unterrichtung

I. Sachstand

Die amerikanische Verhandlungsposition im Bereich Weltraum- und Defensivwaffen ist unverändert so, wie sie von Präsident Reagan in seinem Brief vom

12 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 19. September 1986 vgl. Dok. 250.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. September 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 4. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 4. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 4. Februar 1987 erneut vorgelegen.

3 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats in Brüssel vgl. Dok. 245.

25.7.1986 an GS Gorbatschow[4] neu festgelegt wurde. Die Präsentation der amerikanischen Position durch Kampelman deutete jedoch darauf hin, daß im Brief Präsident Reagans die Akzente etwas anders gesetzt wurden, als nach unserem bisherigen Kenntnisstand anzunehmen war.

Die Hauptelemente der amerikanischen Position sind:

a) Für die Dauer von fünf Jahren Begrenzung der jeweiligen strategischen Verteidigungsprogramme auf „Forschung, Entwicklung und Erprobung, die vom ABM-Vertrag gestattet ist". Hiermit soll das Recht auf gegenseitige Beobachtung der jeweiligen Tests verbunden sein.

b) Falls eine Seite zu einem Zeitpunkt nach 1991 zur Dislozierung vom ABM-Vertrag verbotener Defensivsysteme übergehen will, seien die USA bereit, schon jetzt einen Vertrag folgenden Inhalts abzuschließen:

Diejenige Seite, die zur Dislozierung übergehen will, soll sich verpflichten, „die Vorzüge eines solchen Systems mit der anderen Seite zu teilen, vorausgesetzt, es besteht Übereinstimmung, die ballistischen Raketen beider Seiten zu beseitigen".

Die Einzelheiten einer diesbezüglichen Vereinbarung sollten über einen Zeitraum von zwei Jahren ausgehandelt werden.

c) Falls es nicht zu der zuletzt genannten Vereinbarung käme, sollte es beiden Seiten freistehen, nach einer Ankündigungsfrist von weiteren sechs Monaten – also nach insgesamt 7 1/2 Jahren – zur Dislozierung überzugehen.

Präsident Reagan bot ferner an, zusätzliche Zusicherungen zu vereinbaren, um sicherzustellen, daß im Weltraum keine Waffen zum Einsatz kommen, die Massenvernichtung auf der Erde bewirken könnten.

Der neue Akzent in der Darstellung Kampelmans liegt darin, daß die Perspektive der Beseitigung der ballistischen Raketen offenbar nicht nur als obligatorischer Hinweis auf das Fernziel der SDI in den Präsidentenbrief Eingang fand, sondern als ein konkretes Teilelement eines Vorschlagspaketes. Kampelman wies ausdrücklich darauf hin, daß es sich bei den einzelnen Vorschlagselementen nicht um getrennte Initiativen, sondern Teile eines Ganzen handele.

II. Bewertung

Die Struktur der amerikanischen Position deckt sich teilweise mit dem letzten sowjetischen Vorschlag vom Juni 1986[5] (15 bis 20 Jahre Festhalten am ABM-Vertrag verbunden mit Neudefinitionen von Schlüsselbegriffen):

Beide Seiten zielen auf eine zeitlich befristete Lösung ab, um über die Vereinbarung eines für einen bestimmten Zeitraum gültigen berechenbaren rüstungskontrollpolitischen Rahmens den Weg zu Reduzierungen der Offensivsysteme zu öffnen.

Die Vorschläge beider Seiten unterscheiden sich insofern in zweierlei Hinsicht:

a) Zeitrahmen:

Die SU schlägt einen Zeitrahmen von 15 bis 20 Jahren vor, die USA insgesamt

4 Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

5 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

7 1/2 Jahre (die amerikanische Seite hat hier jedoch bereits Kompromißbereitschaft angedeutet).

b) Inhaltliche Regelungen innerhalb des vereinbarten Zeitrahmens:

– Die SU schlägt vor, über das Festhalten am ABM-Vertrag hinaus einige Begriffe des Vertrages in einer Weise neu zu definieren, die eine Fortsetzung der SDI-Forschung in ihrer gegenwärtigen Form wohl ausschlösse.
– Die Position der USA geht grundsätzlich ebenfalls von der Weitergeltung des ABM-Vertrages während des vereinbarten Zeitrahmens aus, ist jedoch so formuliert, daß während dieser Zeit auch ein Übergang von der engen zur weiten Interpretation des Vertrages möglich wäre.

Beide Seiten werden in der inhaltlichen Ausfüllung des Grundgedankens einer zeitlich befristeten Regelung noch aufeinander zugehen müssen. Weder wird die SU auf ihrem Vorhaben einer Verschärfung des ABM-Vertrages beharren können noch die USA auf ihrer Linie einer sehr weitgehenden Lockerung.

Anders als der sowjetische Vorschlag enthält die amerikanische Position jedoch nicht nur den Gedanken zeitlich befristeter Schranken für die laufenden Programme. Der Brief Präsident Reagans zielt darüber hinaus darauf ab, bereits heute die Struktur eines etwaigen Transitionsabkommens festzulegen: Dislozierung neuartiger Defensivsysteme im Gegenzug gegen ein „sharing of the benefits“ sowie die Beseitigung der ballistischen Raketen.

Die zuletzt genannten Elemente wurden uns gegenüber auf amerikanischer Seite auf Arbeitsebene eher zurückhaltend als langfristige Perspektive kommentiert. Andererseits wurde uns bestätigt, daß sie aufgrund des persönlichen Engagements des Präsidenten in seinen Brief aufgenommen wurden. Sie stehen auch in der Kontinuität einer Reihe präsidentieller Äußerungen seit März 1983.

Welchen Stellenwert die Perspektive der Beseitigung ballistischer Raketen in den Verhandlungen gewinnen wird, hängt großenteils von der sowjetischen Reaktion auf den Reagan-Brief ab. Offenbar fällt es der SU nicht einfach, hier eine Antwort zu finden (es sind bereits beinahe zwei Monate seit Übergabe des Briefes verstrichen).[6] Jedenfalls sollte der Vorschlag auf Beseitigung der ballistischen Raketen durchaus ernst genommen werden. Seine Verwirklichung würde die strategische Situation drastisch verändern, aber nicht im Kern revolutionieren (es blieben strategische Bomber und CMs). Insbesondere im Hinblick auf die künftigen counter-force-geeigneten amerikanischen SLBM (Trident D 5) könnte er auch für die SU von Interesse sein.

Ruth

VS-Bd. 11376 (220)

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, beantwortete das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 am 15. September 1986. Für den Wortlaut vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 97–101.
Das Schreiben wurde vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 19. September 1986 übergeben. Vgl. dazu Dok. 256.

251

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian in New York

22. September 1986[1]

Unterredung Bundesminister mit Außenminister von China, New York 22.9.1986[2]

Teilnehmer auf chinesischer Seite: Außenminister, chinesischer UN-Botschafter[3], drei weitere Berater.

Auf deutscher Seite: BM, Botschafter Lautenschlager, D 3[4], Ministerbüro, 013.

Bundesminister begrüßt, daß sein erstes Gespräch in New York mit dem AM der Volksrepublik China stattfindet. Die Bundesregierung messe den bilateralen Beziehungen große Bedeutung bei. Er wiederhole deshalb auch seine Einladung an chinesischen AM zu Besuch in Bonn.

AM China bestätigt, diesen Besuch in der ersten Hälfte 1987 abstatten zu wollen.[5] Die Terminzwänge in Peking ließen eine Durchführung des Besuches noch 1986 nicht zu. Noch in diesem Jahr finde in China die 6. Plenarkonferenz der Kommunistischen Partei statt.[6] Ferner würden der Staatspräsident Polens[7], DDR-Staatsratsvorsitzender Honecker[8] und die britische Königin[9] noch in diesem Jahr nach China kommen.

Bundesminister fragt nach der Entwicklung des Verhältnisses Sowjetunion – China nach der Rede Gorbatschows in Wladiwostok.[10]

AM China: Seine Regierung habe schon darauf geantwortet.[11] In der Rede seien einige neue Punkte enthalten. Dies habe Peking auch begrüßt. Gorbatschow

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sudhoff am 29. September 1986 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Li Luye.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Der chinesische Außenminister Wu Xueqian hielt sich vom 20. bis 25. März 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. März 1987 vgl. AAPD 1987.

6 Das Sechste Plenum des XII. ZK der KPCh fand am 28. September 1986 in Peking statt.

7 Staatsratsvorsitzender Jaruzelski besuchte die Volksrepublik China vom 28. bis 30. September 1986.

8 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 21. bis 26. Oktober 1986 in der Volksrepublik China auf.

9 Königin Elizabeth II. besuchte die Volksrepublik China vom 12. bis 18. Oktober 1986.

10 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

11 Botschafter Fischer, Peking, berichtete am 8. August 1986 über die chinesische Reaktion auf die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 in Wladiwostok: „In erster öffentlicher Stellungnahme erklärte Sprecher hiesigen AM in Pressekonferenz vom 6.8., daß Gorbatschow-Rede, die einige neue Aussagen über die Verbesserung chinesisch-sowjetischer Beziehungen enthalte, zur Kenntnis genommen worden sei und weiter geprüft werde." Fischer führte dazu aus, die erste offizielle Stellungnahme bleibe „weiterhin zurückhaltend: Ohne von eigenen Positionen abzurücken oder Kompromißbereitschaft anzudeuten, wird Gorbatschows Offerte im-

habe davon gesprochen, die Grenzziehung im Fahrwasser Amur-Flusses sei möglich. China sei bereit, auf dieser Basis mit der Sowjetunion auf Vize-AM-Ebene Grenzgespräche zu führen. Zweitens habe Gorbatschow von einer Truppenverdünnung an der Grenze der Mongolei gesprochen. Zahlen habe er nicht genannt. Nach chinesischer Ansicht könne die Sowjetunion alle Truppen von der sowjetisch-chinesischen Grenze zurückziehen. Gorbatschow habe nur Bodentruppen erwähnt. Ganz allgemein könne man sagen, daß Peking die Rede mit einem „cautious welcome" beantwortet habe. Die Sowjets hätten auch eine gemeinsame Erforschung des Amur-Tales vorgeschlagen. Dies setze nach Meinung Pekings eine Vereinbarung über den Grenzverlauf voraus. Das Haupthindernis in den sino-sowjetischen Beziehungen sei nach wie vor die sowjetische Unterstützung für die vietnamesische Aggression in Kamputschea. Hier habe die Sowjetunion keinen Schritt getan. Peking werde sehen, wie weit die Sowjetunion sich überhaupt zu bewegen bereit sei. Nach chinesischer Analyse gebe Gorbatschow den Vorrang den internen Reformen. Deshalb versuche er, äußere Spannungen abzubauen, einschließlich einer Verbesserung der Beziehungen zu China. Im wirtschaftlichen Bereich habe die Sowjetunion eine Reihe großer Projekte für Möglichkeiten der Zusammenarbeit vorgeschlagen. Diese würden von der chinesischen Regierung sorgfältig geprüft. Es scheine, daß die Politik Gorbatschows zu Hause auf gewissen Widerstand gestoßen sei, besonders bei den älteren Führern. Auch im sowjetischen Außenministerium gebe es zur Frage der Politik gegenüber China abweichende Meinungen. Im sowjetischen Außenministerium würden gegenwärtig größere Personalbewegungen vorgenommen. Der früher für die Beziehung zur Volksrepublik China zuständige Vize-AM Kapiza sei jetzt für Südostasien zuständig. Auch der stellv. Chef der Auslandsabteilung der Partei habe gewechselt.[12] Dabei habe die Sowjetunion in den Fragen der Haupthindernisse der Verbesserung der bilateralen Beziehungen keine Bewegung gemacht.

Bundesminister betont, auch wir beobachteten sowjetische Bemühungen, die internen Reformen voranzutreiben und außenpolitischen Ballast abzuwerfen. Das Ergebnis von Stockholm[13] sei dafür ein Beispiel. Es habe lange gedauert, bis die Ankündigung Gorbatschows[14] von seinen Verhandlern am Verhandlungstisch ausgeführt worden sei[15]. Wir sähen Änderungen in der sowjetischen Politik, das aber bedeute keinen fundamentalen Wandel. Die Bundesrepublik sei an einer Verbesserung der Beziehungen Chinas zur Sowjetunion interessiert. Dies nehme der SU einen Teil ihres Druckgefühls. Bei seinem Gespräch mit Gorbatschow[16] seien einige neue Akzente feststellbar gewesen. Es sei nun mal

Fortsetzung Fußnote von Seite 1327
merhin nicht völlig verworfen, sondern – zumindest in Teilaspekten – weiterer Prüfung unterzogen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2000; Referat 341, Bd. 133640.

12 Zur Umorganisation des außenpolitischen Apparats der UdSSR vgl. Dok. 187, Anm. 12.

13 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

14 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.
Vgl. dazu ferner die Vorschläge vom 18. April 1986; Dok. 114 und Dok. 131.

15 Korrigiert aus: „ausgeführt sei".

16 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 209.

ein Faktum, daß gute Beziehungen zu den Staaten Westeuropas auch gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland einschlössen. Um uns herum könne man keine Politik machen.

AM China: Die Vorbereitungen für den Honecker-Besuch haben längere Zeit gedauert. Er selbst habe im Juni in Ost-Berlin[17] die Einzelheiten vereinbart. Von dem Besuchswunsch von General Jaruzelski in Peking habe die chinesische Regierung erst Ende August gehört. Jaruzelski besuche die Mongolei und Korea.[18] Er sei auch willkommen, in Peking einen Arbeitsbesuch zu machen. Er, der AM, sei auch von anderen osteuropäischen AM eingeladen worden. Dies seien die ersten Besuche auf AM-Ebene seit fast 20 Jahren.

Bundesminister: Wir begrüßen das. Honecker ist ein vernünftiger Mann. Er hat in den schwierigen letzten Jahren sich bemüht, einen vernünftigen Weg zu gehen. Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR hätten Vorteile für ganz Europa. Die Beziehungen seien stabil. Es gäbe allerdings Grundsatzfragen, wo die grundsätzlichen Meinungsunterschiede nach wie vor bestünden. Die aber stellten wir nicht in den Mittelpunkt. Gute deutsch-deutsche Beziehungen seien nützlich für das gesamte Ost-West-Verhältnis. Auch die Polen fühlten inzwischen, daß es Zeit zu einer Verbesserung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik sei. Gute Beziehungen bestünden auch zur ČSSR, Ungarn und zu Rumänien. Mit dem Ergebnis von Stockholm seien wir zufrieden. Es werde sich jetzt zeigen, wie weit die Supermächte bereit seien, in wichtigen Fragen wie ABM-Vertrag, weltweiter Teststopp und in der Raketenfrage zu gehen. Was die Wirtschaftsbeziehungen zu China angehe, so könnten sie noch weiter verbessert werden. Auch die Konditionen für die deutsche Wirtschaft seien noch verbesserungsfähig. Besondere Bedeutung messen wir auch dem politischen Dialog und dem Gespräch über Rüstungskontrollfragen bei.

AM China betont, auch China wolle, wie die Europäer, eine lange Periode des Friedens. Darin habe er mit dem AM von Ungarn[19] und der DDR übereingestimmt. Diese hätten auch betont, daß sie gute Ost-West-Beziehungen in Europa haben wollten. AM Fischer habe auch Verständnis geäußert für die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen Chinas zur Bundesrepublik Deutschland. Beim Besuch Honeckers werde das Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und China betont werden. Es werde wohl auch zur Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens mit der DDR kommen.[20] In den Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle sei er einig mit BM. China werde in dieser GV Resolutionsentwürfe zum Thema Abrüstung vorlegen. Es lege Wert auf enge Konsultationen mit seinen Freunden im Ersten Ausschuß. Auch zum

17 Der chinesische Außenminister Wu Xueqian hielt sich vom 30. Mai bis 2. Juni 1986 in der DDR auf.

18 Staatsratsvorsitzender Jaruzelski besuchte vom 22. bis 24. September die Mongolei sowie vom 24. bis 28. September 1986 die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea).

19 Péter Várkonyi.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 7. November 1986, während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 21. bis 26. Oktober 1986 in der Volksrepublik China sei eine Vereinbarung über die Entwicklung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von 15 Jahren unterzeichnet worden: „Das Rahmenabkommen, das von der Landwirtschaft bis zur Hochtechnologie faktisch alle einschlägigen Gebiete umfaßt, bedarf noch der Konkretisierung." Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

Thema eines waffenfreien Weltraums werde China zusammen mit einem entsprechenden Resolutionsentwurf der Blockfreien[21] einen Entwurf vorlegen.[22] Die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nähmen unter den Wirtschaftsbeziehungen mit den Europäern den Platz Nr. 1 ein. So solle es auch bleiben. Es wäre gut, wenn Deutschland noch mehr für den chinesischen Export tun könne.

Bundesminister weist darauf hin, man solle sich noch mehr als bisher um die mittleren und kleineren Unternehmen kümmern. Hier könnten die Konditionen noch verbessert werden. Die Zukunft läge im Bereich der mittleren Unternehmen. BM schnitt sodann das Thema Kulturinstitut[23] an. Hier habe es wohl Probleme gegeben. „Aber die große Volksrepublik China könne sicher damit fertig werden."

AM China: Zur Zeit befindet sich der Entwurf eines Gesetzes über Joint ventures im Staatsrat. China wolle das Klima für die ausländische Wirtschaft verbessern. Die gegenseitigen Restrukturierungsmaßnahmen beschäftigten sie sehr. Dies habe zu mancher Enttäuschung bei ausländischen Wirtschaftskreisen geführt. China bemühe sich um eine Verbesserung und um Lösungen.

Bundesminister weist auf seinen Besuch auf der Exportmesse in Kanton[24] hin. Dieser Besuch habe dazu gedient, die Aufmerksamkeit der deutschen Wirt-

21 Eine Gruppe von 15 blockfreien Staaten und Rumänien brachte am 29. Oktober 1986 den Entwurf einer Resolution zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum ein. Für das Dokument A/C.1/41/L.24 vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/C.1/41/L.24.
Eine überarbeitete Fassung wurde am 14. November 1986 von 19 blockfreien Staaten und Rumänien vorgelegt. Für das Dokument A/C.1/41/L.24/Rev.1 vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/C.1/41/L.24/Rev.1.
Dieser Entwurf wurde mit geringen Änderungen am 3. Dezember 1986 als Resolution Nr. 41/53 verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 76 f.

22 Die Volksrepublik China brachte am 27. Oktober 1986 den Entwurf einer Resolution zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum ein. Für das Dokument A/C.1/41/L.4 vgl. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/C.1/41/L.4.

23 Zu den Plänen für die Einrichtung eines Goethe-Instituts in Peking vgl. Dok. 169, Anm. 6.
Botschafter Fischer, Peking, teilte am 5. September 1986 mit, die Botschaft der Bundesrepublik habe das Thema am Vortag in der staatlichen chinesischen Erziehungskommission angesprochen sowie im chinesischen Außenministerium ein Memorandum übergeben. Der Gesprächspartner in der Erziehungskommission habe betont, „daß weitere Verhandlungen aufgrund ‚vorläufiger Überlegungen', wie sie von chinesischer Seite nach Verhandlungen im Mai d. J. zusammengefaßt worden waren, erfolgen sollten. Chinesische Seite habe damals bereits im großen Umfang Zugeständnisse gemacht, die über das hinausgingen, was anderen Staaten bisher zugestanden worden sei. Chinesischer Gesprächspartner hielt weitere Zugeständnisse für kaum möglich. […] Hauptprobleme seien aus chinesischer Sicht: ob chinesische Seite in ‚gewisser Form' an Führung G[oethe-]I[nstitut] beteiligt werden soll. Wenn keine Beteiligung festgelegt werde, seien Verhandlungen nicht erfolgversprechend." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2261; B 96 (Referat 601), Bd. 927.
Am 22. September 1986 berichtete Fischer: „Eine qualifizierte chinesische Reaktion auf unser Memorandum liegt bisher nicht vor. Sowohl von der Staatlichen Erziehungskommission wie auch vom Außenministerium wurde jedoch bestätigt, daß auf chinesischer Seite derzeit der Abstimmungsprozeß über die Frage, wie die chinesische Haltung zur Errichtung eines Goethe-Instituts in Peking formuliert werden soll, im Gange ist." Erste Reaktionen von chinesischer Seite ließen erkennen, „daß man zwar im Prinzip durchaus Verständnis hat für unsere Haltung, insbesondere die Unterscheidung zwischen dem Status eines Goethe-Instituts und der Einordnung seiner Arbeit in das chinesische Rechts- und Erziehungssystem, bisher aber nicht weiß, wie sich die Unterscheidung umsetzen läßt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1445; Referat 341, Bd. 133674.

24 Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 31. Oktober 1985 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 297.

schaft auf die Exportmöglichkeiten Chinas zu lenken. Die chinesische Politik gebe der internationalen Politik eine neue Stabilität. Die Bipolarität solle durch neue Kraftzentren abgelöst werden. Eines dieser Kraftzentren sei Europa. Im Bereich der Technologie gebe es hier eine ausgezeichnete deutsch-französische Zusammenarbeit, die auch die Weltraumforschung zum Gegenstand habe. Die Bundesrepublik unterstütze auch regionale Gruppierungen als Stabilitätsfaktoren. Daher das große Interesse an ASEAN. Er selbst werde im Oktober nach Manila reisen[25], um dort eine Konferenz philippinischer und deutscher Wirtschaftsexperten zu leiten. Diese Konferenz solle zur Stabilität der Philippinen beitragen.

Die osteuropäischen Länder hätten heute mehr Selbstvertrauen. Dazu könne auch ein Besuch wie der von Honecker in Peking beitragen.

AM China verspricht, sich nach seiner Rückkehr nach Peking um die Angelegenheit des Kulturinstituts zu kümmern und der Sache einen neuen Anstoß zu geben.

Bundesminister erwähnt unsere Sicherheitsratskandidatur.[26] Die chinesische Unterstützung würden wir sehr begrüßen.

AM China: Dies sei für China kein Problem, insoweit die Bundesrepublik die Unterstützung der europäischen Länder genieße.

Referat 230, Bd. 142574

25 Zum deutsch-philippinischen Wirtschaftssymposium am 23./24. Oktober 1986 in Manila vgl. Dok. 135, Anm. 12.

26 Referat 230 erläuterte am 29. August 1986: „Das für uns wichtigste Ereignis der 41. GV sind die Wahlen zum VN-SR, die voraussichtlich Ende Oktober stattfinden. Wir kandidieren neben Italien für die zwei der westlichen Regionalgruppe WEOG zustehenden Sitze. Unsere Kandidatur ist von der WEOG indossiert. In der Regel werden die Vorschläge der Regionalgruppen von der GV respektiert. Da die Wahl jedoch geheim erfolgt und eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist, sind Überraschungen nicht ausgeschlossen." Vgl. Referat 230, Bd. 142185.
Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 16. Oktober 1986, die Bundesrepublik sei für die Jahre 1987 und 1988 in den VN-Sicherheitsrat gewählt worden: „Von den 159 Mitgliedstaaten beteiligten sich 154 an der Wahl. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit betrug 103 Stimmen. Von den gewählten Kandidaten erhielten Sambia 144, Argentinien 143, Italien 143, wir 111 und Japan 107 Stimmen." Vermutlich habe es in allen Regionalgruppen Staaten gegeben, die die Bundesrepublik nicht gewählt hätten: „Mit Sicherheit haben uns aber die meisten, wenn nicht alle, Frontlinienstaaten Afrikas ihre Stimme versagt. Ihnen dürfte es gelungen sein, eine Anzahl weiterer afrikanischer Länder davon zu überzeugen, daß die Sicherheitsratswahlen eine passende Gelegenheit sind, ihre Enttäuschung über unsere Haltung in der Sanktionsfrage zum Ausdruck zu bringen. Dies hat dazu geführt, daß der größere Teil der (50) afrikanischen Staaten nicht für uns gestimmt hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2167; Referat 230, Bd. 142185.

252

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

431-493.15-764/86 VS-vertraulich **22. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Multilaterale Konsultationen über eine abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet nuklearfähiger Raketen[4];
hier: Zustimmung zu Richtlinienentwurf

Bezug: 1) StS-Vorlage v. 21. März 1986, AZ 431-493.15-272/86 VS-v[5]
2) Vorlage v. 11. Juli 1983, AZ 413-493.15 (Anlage 5)[6]
3) StS-Vorlage v. 15. Juni 1982, AZ 413-493.04 USA (Anlage 6)[7]

Anlg.: 1) Richtlinienentwurf[8]
2) Aide-mémoire[9]
3) Verbalnote[10]
4) Technische Liste (Annex)[11]

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziff. 4

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Grolig konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 26. September 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 19. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich um Rücksprache bat.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 20. Oktober 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre „f[ür] Rückspr[ache] StS bei BM“ verfügte.

4 Zu den bisherigen Verhandlungen der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten über eine abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet nuklearfähiger Raketen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 182 und Dok. 340.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel informierte Staatssekretär Meyer-Landrut über ein Schreiben des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Schneider, in dem dieser um Unterstützung des amerikanischen Anliegens gebeten habe, „vor der Genehmigung eines Exportantrags für sog. Kategorie-I-Gegenstände (Raketen, unbemannte Flugkörper und ihre Hauptkomponenten) jeweils alle anderen sechs Partner des Regimes um Informationen zu bitten“. Stülpnagel führte dazu aus: „Dieser Wunsch ist von den Europäern im Herbst vergangenen Jahres als ein verdecktes Vetorecht der USA bezeichnet worden. Inzwischen sind die anderen europäischen Staaten offenbar auf die amerikanische Linie eingegangen. Wir haben uns (stets in Übereinstimmung mit den beteiligten Ressorts) hiergegen gesperrt, weil wir befürchteten, daß die Amerikaner ein Präjudiz für den Wunsch nach vorheriger Information auch auf anderen Gebieten (z. B. Chemikalien) schaffen könnten.“ Es sei allerdings mittlerweile die amerikanische Mitteilung ergangen, „daß die US-Regierung nicht die Schaffung eines internationalen Exportkontrollregimes auf dem Gebiet der chemischen Waffen unterstütze“. Vgl. VS-Bd. 13716 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. VS-Bd. 13717 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. VS-Bd. 13717 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier „Guidelines for sensitive missile-relevant transfers“ vgl. VS-Bd. 13717 (431).

9 Dem Vorgang beigefügt. Für das Aide-mémoire vgl. VS-Bd. 13717 (431).

10 Dem Vorgang beigefügt. Für die Verbalnote vgl. VS-Bd. 13717 (431).

11 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier „Equipment and technology annex“ vgl. VS-Bd. 13717 (431).

1) Sachstand

1.1) Im Juni 1982 begannen auf amerikanische Initiative Verhandlungen über Richtlinien zur Kontrolle des Exports von Raketen und Marschflugkörpern, die als Nuklearträger geeignet sind, sowie von Komponenten und Technologien zur Herstellung solcher Träger. An den von Ihnen sowie von dem damaligen StS Lautenschlager gebilligten Verhandlungen (vgl. Bezugsvorlage zu 2 und 3) waren die Regierungen der sieben Gipfelstaaten USA, UK, F, I, Kan, J und D beteiligt (im folgenden als „teilnehmende Regierungen" bezeichnet). Sie haben die jetzt im Entwurf vorliegenden Exportkontrollrichtlinien ausgearbeitet.

1.2) Zweck der Richtlinien ist zu verhindern, daß gewisse Staaten, hauptsächlich der Dritten Welt, die mutmaßlich an der Entwicklung von Nuklearsprengsätzen arbeiten, in den Besitz der für den Einsatz erforderlichen Träger gelangen oder solche Träger unter Zuhilfenahme westlicher Technologie herstellen. Die Richtlinien entsprechen damit unseren rüstungskontrollpolitischen Interessen.

1.3) Das Ausfuhrkontrollregime im einzelnen:

1.3.1) Die Richtlinien (Anlage 1), ergänzt durch eine Technische Liste (Annex, Anlage 4) sehen vor, daß die Bundesregierung – ebenso wie die anderen teilnehmenden Regierungen – im Einklang mit der nationalen Rechtslage

- zur Eingrenzung der Risiken nuklearer Weiterverbreitung Exporte kontrolliert, die einen Beitrag zu Kernwaffen-Wurfsystemen leisten könnten (Nutzlastgewicht mindestens 500 kg, Reichweite des Trägers mindestens 300 km), (RL[12] Ziff. 1);
- festgelegte Kriterien für die Beurteilung von Ausfuhranträgen anwendet (RL Ziff. 5);
- besondere Zurückhaltung beim Export von Raketen, Marschflugkörpern und ihrer Subsysteme der genannten Parameter (sog. Kategorie-I-Gegenstände) übt (RL Ziff. 2);
- Ausfuhrgenehmigungen für die besonders sensiblen Kategorie-I-Gegenstände nur ausnahmsweise erteilt und wenn a) verbindliche Endverbleibs- und Verwendungserklärungen des Empfängerstaates vorliegen und b) die Bundesregierung verantwortlich alle notwendigen Schritte unternommen hat, um sicherzustellen, daß der Gegenstand nur dem festgelegten Bestimmungszweck zugeführt wird (Ziff. 2);
- den Export von Anlagen zur Herstellung von Kategorie-I-Gegenständen „bis auf weiteres" untersagt (RL Ziff. 2);
- mit anderen Regierungen, die diese Richtlinien anwenden, soweit erforderlich und angemessen, einschlägige Informationen austauscht (RL Ziff. 6).

1.3.2) In dem geheimen, im Gegensatz zu den Richtlinien nicht zur Veröffentlichung bestimmten Aide-mémoire (AM; Anlage 2) wird zusätzlich festgelegt, daß

- die Richtlinien nur für Ausfuhren an Bestimmungsorte außerhalb der Hoheitsgewalt der teilnehmenden Regierungen Anwendung finden sollen (AM Ziff. 1);

12 Richtlinien.

– die Zusammenarbeit der europäischen Gipfelstaaten bei Entwicklung und Transfer von Trägertechnologie innerhalb von ESA und EG unberührt bleibt (AM Ziff. 2);
– eine Weitergabe von Trägertechnologie innerhalb der NATO zur Verwirklichung der verteidigungspolitischen Ziele der NATO zulässig bleibt (AM Ziff. 2);
– Ausfuhrentscheidungen in das ausschließliche und souveräne Ermessen der Lieferregierung gestellt bleiben (AM Ziff. 3);
– bei Entscheidungen über Ausfuhranträge Informationen über gleichlautende oder komplementäre Entscheidungen anderer teilnehmender Regierungen einzubeziehen sind und hierfür einschlägige Informationen ausgetauscht werden (AM Ziff. 3);
– wegen der besonderen Sensitivität von Kategorie-I-Gegenständen vor Genehmigung einer Ausfuhr solcher Gegenstände die anderen teilnehmenden Regierungen um einschlägige Informationen zu ersuchen sind (AM Ziff. 3);
– sich die teilnehmenden Regierungen über abgelehnte Exportanträge und die Genehmigung einer Ausfuhr von Kategorie-I-Gegenständen unverzüglich unterrichten (AM Ziff. 3);
– kein Ausfuhrantrag, den eine andere teilnehmende Regierung bereits abgelehnt hat, ohne vorherige Konsultationen mit dieser genehmigt werden darf. Wird die Ausfuhrgenehmigung danach dennoch erteilt, sind alle teilnehmenden Regierungen davon zu unterrichten und damit von den sich aus der ursprünglichen Ablehnung ergebenden Beschränkungen zu befreien (AM Ziff. 4);
– die teilnehmenden Regierungen keine wirtschaftlichen Vorteile aus dem vertraulichen Informationsaustausch ziehen werden (AM Ziff. 5);
– keine Institutionalisierung der Durchführung der Richtlinien zwischen den teilnehmenden Regierungen beabsichtigt ist, sondern die Durchführung den einzelnen Regierungen obliegt (AM Ziff. 6);
– eine Änderung des Kontrollregimes im Konsens der teilnehmenden Regierungen erfolgt (AM Ziff. 6).

1.3.3) Das Exportkontrollregime soll durch gleichlautende Noten in Kraft gesetzt werden, in denen die sieben teilnehmenden Regierungen einander gleichzeitig über die neue nationale Exportkontrollpolitik für Trägertechnologie unterrichten (Anlage 3).

2) Bewertung

2.1) Die vierjährigen Verhandlungen, die zu dem jetzt vorliegenden multilateral abgestimmten Entwurf führten, waren schwierig.

2.1.1) Folgende amerikanische Forderungen konnten abgewehrt werden:
– Anwendung der Richtlinien und der darin vorgesehenen Restriktionen für den Transfer von Trägertechnologie auch auf uns;
– Vorzugsbehandlung der Kernwaffenstaaten USA, F und GB (ursprünglich auch von F angestrebt);
– Implementierung des Kontrollregimes als völkerrechtliche Verpflichtung;
– Verhängung eines generellen Exportembargos für Raketen und unbemannte Flugkörper der festgelegten Größenordnung;

– Verhinderung jeder zivilen Kooperation mit Drittländern bei Höhenraketen und anderen Raumfahrtprojekten (z. B. Satellitentransport);
– Einführung einer Liste sensibler Länder;
– explizite Ausnahme der teilnehmenden Staaten von den Beschränkungen für Transfers untereinander. (Damit konnte eine offene Diskriminierung dritter Staaten, wie z. B. Schweiz, Schweden, aber auch des Ostblocks, die zur Anwendung der Richtlinien eingeladen sind, vermieden werden!)

2.1.2) Zwei Punkte blieben bis zum Schluß strittig:

– Festlegung der Genehmigungsvoraussetzungen für die Ausfuhr von Kategorie-I-Gegenständen (RL Ziff. 2 Satz 5 (B)).

  Unser Ziel war es, eine Festschreibung der von den USA geforderten extraterritorialen ex-post-Exportkontrollen zu verhindern. Die jetzige Formulierung „... (B) assumes responsibility for taking all steps necessary to ensure that the item is put only to its stated end-use" ist zwar nicht völlig zufriedenstellend. Es wird nicht immer mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden können, daß ein selbst nach sorgfältigster Prüfung unbedenklich erscheinender Export dazu führt, daß der exportierte Gegenstand entgegen seiner Zweckbestimmung verwandt wird.

  Hierzu hat die amerikanische Seite formell erklärt, daß eine Beurteilung der Frage, ob „alle notwendigen Schritte" unternommen worden seien, davon abhängen werde, mit welcher Sorgfalt die Entscheidung über die Ausfuhrgenehmigung getroffen wurde. Das in der Formulierung „all steps necessary" enthaltene objektive Element wurde dadurch zusätzlich relativiert, daß die Entscheidung über die Ausfuhr in das ausschließliche und souveräne Ermessen der Lieferregierung gestellt bleibt. Da es sich bei den Richtlinien nicht um einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag handelt, sind Haftungsansprüche ausgeschlossen.

– Die amerikanische Forderung nach „Austausch einschlägiger Informationen" mit den anderen teilnehmenden Regierungen vor Genehmigung des Exports eines Kategorie I-Gegenstandes.

  Unser Verhandlungsziel war es, ein Vetorecht, wie es im COCOM-Verfahren besteht, zu vermeiden; u. a. auch im Hinblick auf eine mögliche Präzedenzwirkung für andere Exportbereiche wie z. B. den Chemiesektor und die damit verbundene Chemiewaffen-Problematik. Unseren Bedenken haben die USA insofern Rechnung getragen, als sie nun erklärt haben, für den CW-Bereich kein den Trägertechnologie-Richtlinien ähnliches Kontrollregime anzustreben. Auch die jetzt gewählte weichere Formulierung kommt unserem Bestreben, keinen Ansatzpunkt für ein Vetorecht-ähnliches Mitspracherecht zu schaffen, entgegen (AM Ziff. 3, S. 4 „... the Gouvernment will ask for relevant information ...").

2.2) Obwohl es uns damit gelungen ist, die zu Beginn der Verhandlungen sehr weitgehenden amerikanischen Forderungen auf ein unsere Interessen berücksichtigendes Maß zu reduzieren, beweisen wir mit der Annahme der Richtlinien, denen die USA besondere Bedeutung beimessen, die Kohärenz der politischen Überzeugungen in diesem wichtigen Bereich.

2.3) Unter rüstungskontrollpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten widerspricht das angestrebte Exportkontrollregime nicht deutschen Interessen:

– Es schafft die Möglichkeit, die Gefahren nuklearer Verbreitung durch eine Kontrolle der Proliferation der dazu erforderlichen Trägertechnologie einzuschränken. Die Trägertechnologie-Richtlinien sind damit in ihrer Bedeutung den zwischen den nuklearen Lieferländern vereinbarten „Londoner Richtlinien" von 1975[13] über die Exportkontrolle von nuklearen Gütern und Technologien gleichzusetzen. Im Interesse des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sind weitere Staaten (auch Ostblock) zum Beitritt aufgerufen.
– Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Exportrestriktionen sind relativ gering, da wir keine Exportinteressen hinsichtlich der besonders sensitiven Gegenstände der Kategorie I (Raketen, Raketenstufen, komplette Subsysteme, Herstellungsanlagen) haben und die technische Liste sich auf die wichtigsten Gegenstände beschränkt.
– Die gleichberechtigte Kooperation im Bündnis bei der Entwicklung von Raketen und Marschflugkörpern wird nicht behindert (Einschub der Abt. 2).

3) Weiteres Verfahren

3.1) BMWi, BMFT, BMVg und ChBK, die an der Erarbeitung des Entwurfs beteiligt waren, haben ihm auf Arbeitsebene bereits zugestimmt und bereiten gegenwärtig die Entscheidung ihrer jeweiligen Leitungen vor.

Nach Zustimmung der beteiligten Ressorts auf Leitungsebene und vorbehaltlich Ihrer Zustimmung wird das AA den Entwurf im Bundessicherheitsrat zur Annahme vorlegen. Der Termin für die Behandlung im BSR wird im Benehmen mit dem Bundeskanzleramt bestimmt werden.[14]

3.2) USA, Kanada, Großbritannien und Italien haben dem jetzt vorliegenden Entwurf des Kontrollregimes bereits ad referendum zugestimmt. Mit der Zustimmung von Frankreich und Japan wird in Kürze gerechnet. Die Vereinigten Staaten drängen auf eine möglichst rasche Verabschiedung der Richtlinien und hoffen, ihre Zustimmung auf Ministerebene noch im September mitteilen zu können. Sobald die Zustimmungen aller teilnehmenden Regierungen vorliegen, sollen die Richtlinien in allen Staaten gleichzeitig als künftige nationale Politik im Bereich des Exports von Trägertechnologie bekanntgemacht werden.

4) Empfehlung

Aus der Sicht der Abteilung 4 ist der Entwurf in seiner Gesamtheit trotz der darin enthaltenen unumgänglichen Kompromisse jetzt akzeptabel. Abteilung 4 schlägt deshalb vor, dem Entwurf zuzustimmen.

Abteilung 2 und 2A haben mitgezeichnet.

Trumpf

VS-Bd. 13717 (431)

13 Korrigiert aus: „1976".
Zu den 1975 verabschiedeten und 1978 ergänzten Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 46, Anm. 6.

14 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 24. Oktober 1986 für Staatssekretär Meyer-Landrut, Bundesminister Schäuble beabsichtige, am 27. Oktober 1986 „im Anschluß an die Sitzung der beamteten Staatssekretäre den Richtlinienentwurf über eine abgestimmte Exportpolitik auf dem Ge-

253

Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 374
Citissime

Aufgabe: 22. September 1986, 02.00 Uhr[1]
Ankunft: 22. September 1986, 02.06 Uhr

New York UNO: Bitte BM-Delegation sofort vorlegen[2]

Wien Diplo: Auch an Botschafter Eickhoff – bitte sofort vorlegen – sowie MBFR

Betr.: KVAE;
hier: Erfolgreicher Abschluß – erste Bewertung

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Stockholmer Phase der KVAE (17.1.1984[3] bis 19.9.1986) wird am 22.9. 1986 (bei seit 19.9.1986 angehaltener Uhr) mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“[4] erfolgreich abgeschlossen werden.

Nach fast dreijährigen Verhandlungen wurde ein substantielles Ergebnis erreicht,

– das überwiegend den westlichen Vorstellungen entspricht,
– das eine erhebliche qualitative Verbesserung gegenüber den vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte[5] darstellt,
– das zum ersten Mal das Recht auf Durchführung von Vor-Ort-Inspektionen mit ins einzelne gehenden Regelungen enthält,
– das die Vitalität des KSZE-Prozesses bestätigt, ein gutes Omen für das Wiener KSZE-Folgetreffen bedeutet und insgesamt zu einer Verbesserung der West-Ost-Beziehungen beitragen kann.

2) Das Dokument, das am 1. Januar 1987 in Kraft tritt, besteht aus

– einer kurzen „technischen“ und politischen Präambel;

Fortsetzung Fußnote von Seite 1336
biet nuklearfähiger Raketen zu besprechen. An der Besprechung sollen Sie als Vertreter des in der Sache federführenden AA und die Staatssekretäre von BMWi, BMFT, BMVg und BMF teilnehmen.“ Schäuble wolle das Thema „wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung in diesem Kreis erörtern“. Vgl. VS-Bd. 13717 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Das von Botschaftsrat I. Klasse Dreher, Botschaftsrat Metscher und Legationsrat I. Klasse Weigel (alle Stockholm, KVAE-Delegation) konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6 und 8.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 22. September 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Korrigiert aus: „17.1.1986“.

4 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 267.

5 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

– einer Bekräftigung des Gewaltverzichts;
– einer umfassenden Regelung der vorherigen Ankündigung militärischer Aktivitäten (42 Tage im voraus) ab einer Schwelle von 13 000 Mann oder 300 Kampfpanzern, mit zahlreichen Angaben zum Notifizierungsinhalt;
– einer detaillierten und verbindlichen Festlegung der Beobachtungsmodalitäten. Zu allen notifizierungspflichtigen Aktivitäten ab einer Schwelle von 17 000 Mann sind ein bis zwei Beobachter aus allen TNS einzuladen;
– der Vereinbarung, jeweils zum 15. November Jahresübersichten über die im folgenden Kalenderjahr geplanten notifizierungspflichtigen Aktivitäten zwischen allen TNS auszutauschen (eine gegenüber der Schlußakte neue Maßnahme);
– wenigen Beschränkungsbestimmungen, die im Zusammenhang mit den Jahresübersichten stehen: Notifizierungspflichtige Aktivitäten über 40 000 Mann müssen in der Jahresübersicht aufgeführt sein, solche über 75 000 Mann sogar zwei Jahre vorher, sonst sind sie nicht zulässig;
– neuen und detaillierten Regelungen für Einhaltung und Verifikation, deren Kern – erstmals – Vor-Ort-Inspektionen ohne Ablehnungsrecht bilden. Jeder TNS muß bis zu drei Inspektionen pro Jahr hinnehmen. Inspektionen können zu Land und/oder aus der Luft vorgenommen werden, wobei sich bei Luftinspektionen (Flugzeug oder/und Helikopter) der ersuchende und der ersuchte Staat auf die Nationalität des Flugzeugs einigen müssen: Es kann sich um ein Flugzeug des ersuchenden, des ersuchten oder eines dritten Staates handeln.
  Sperrgebiete sind nur in beschränktem Umfang möglich.
– In vier Anhängen zum Dokument werden, z. T. in Form einer „Erklärung des Vorsitzenden", geregelt: Die Anwendungszone. Übergangsfristen zum Inkrafttreten einzelner Maßnahmen. Die Möglichkeit, in irgendeiner späteren Phase der Konferenz mandatskonforme Fragen erneut aufzuwerfen. Die Nichtnutzung des Inspektionsrechtes innerhalb der beiden Bündnisse.

3) Die Vereinbarung dieses substantiellen Ergebnisses erschien noch in der ersten Hälfte dieses Jahres kaum erreichbar. Möglich wurde es letzten Endes durch konsequente, solidarische und hartnäckige Verhandlungsführung der Allianz, die der SU eine Reihe beachtlicher Konzessionen abgerungen hat (u. a. Zurückstellung östlicher deklaratorischer Vorschläge, Ausklammerung von Seeaktivitäten, Verzicht auf Erfassung unabhängiger Luftaktivitäten, Verzicht auf Einschluß amerikanischer Transitstreitkräfte).

Die sowjetische Bereitschaft zu einem Abschluß deutete sich seit Beginn dieses Jahres deutlich an. Die SU zeigte zunehmendes Interesse an einem Konferenzerfolg und ließ sich schließlich auch auf das westliche Inspektionskonzept ein – nicht nur im Prinzip (wie zunächst befürchtet wurde), sondern in zahlreichen Einzelbestimmungen. Die SU hat damit das westliche Transparenzkonzept teilweise akzeptiert und mit ihrer Zustimmung zu Inspektionen (ohne Ablehnungsrecht) den Weg zu Rüstungskontrollvereinbarungen erleichtert. Freilich wird erst die Implementierung der in Stockholm vereinbarten Maßnahmen zeigen, wie wirksam sie zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung beizutragen vermögen.

4) Der erfolgreiche Abschluß der Stockholmer Konferenz ist von allen TNS mit Befriedigung und Erleichterung begrüßt worden. Dabei kann nicht übersehen werden, daß es sich vorwiegend um einen Verhandlungserfolg zwischen West und Ost handelte, der den N+N in der Endphase nur noch eine Rolle am Rande ließ, was von ihnen mit unterschiedlichen Graden der Enttäuschung vermerkt wurde. Letzten Endes überwog aber die Einsicht, daß Vertrauensbildung zwischen West und Ost auch den Sicherheitsinteressen der N+N dient.

Selbst Malta, dessen Wünsche nur minimal berücksichtigt wurden, hielt das Ergebnis nicht auf.

Im übrigen hatten sowohl auf westlicher als auch auf östlicher Seite die mittleren und kleineren Länder wachsende Schwierigkeiten, sich aktiv an den Verhandlungen zu beteiligen bzw. ihnen zu folgen. Bei einem Teil der komplizierten Notifizierungs- und Inspektionsmaterie gelangen Verhandlungsfortschritte nur nach bilateralen amerikanisch-sowjetischen Vorgesprächen bzw. nach intensiven Verhandlungen zwischen einer westlichen Troika (UK, NO und wir) und der SU und Polen.

Unsere Delegation war bis zum Ende an den Verhandlungen über den „final deal" beteiligt. Die aus Offizieren des BMVg und Angehörigen des AA gut zusammengesetzte Delegation hat, auch dank flexibler Weisungen beider Ministerien, nicht unerheblich zum Gelingen der Konferenz beigetragen.

[6]II. Erste Bewertung der einzelnen Maßnahmen

1) Ankündigung militärischer Aktivitäten

Entsprechend der westlichen Zielsetzung, das militärische Übungsgeschehen in Europa transparenter und berechenbarer zu machen, war es zentrales Anliegen der Allianz, eine möglichst umfassende Ankündigungspflicht für militärische Aktivitäten zu etablieren. Gegen erhebliche Widerstände des Ostens und einiger N+N ist es gelungen, die Notifizierungspflicht zum Kernstück des Stockholmer Dokuments zu machen. Sie stellt das Gerüst dar, an dem alle anderen VSBM – die Beobachtung, der Jahreskalender und nicht zuletzt die Inspektion – aufgehängt sind. Gegenüber der Ankündigungspflicht der ersten Generation in der Schlußakte von Helsinki konnte ein „qualitativer Sprung" erreicht werden:

Im Unterschied zur Schlußakte werden nicht mehr nur größere „Manöver" ankündigungspflichtig sein, sondern ein weit gefächertes Spektrum militärischer Aktivitäten außerhalb der Garnisonen (z. B. neugeschaffene Begriffe der „Truppenkonzentration" und der „Ankunft"). Die seit elf Jahren geltende Ankündigungsschwelle von 25 000 Mann konnte auf etwa die Hälfte (13 000) gesenkt werden. Zusätzlich wurde erstmals neben der gesenkten Personalschwelle eine alternative Auslöseschwelle („trigger") von 300 Kampfpanzern vereinbart. Um die Verifikation zu erleichtern, sind beide Schwellen mit einem Strukturelement kombiniert, d. h., die Anzahl der Truppen oder Panzer muß in eine bestimmte, vereinbarte Struktur gegliedert werden. Die Kombination von Personal bzw. Material mit Strukturelementen trägt also den tatsächlichen militärischen Realitäten Rechnung. Für Übungen von amphibischen und Luftlande-

6 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 375 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

kräften wurden besondere, niedrigere Ankündigungsschwellen vereinbart (ab 3000 Mann).

Eine erhebliche Verbesserung gegenüber den Schlußakten-Bestimmungen stellt der nunmehr verbindlich vorgeschriebene Umfang der Informationen dar, die in der Notifizierung zu geben sind: z. B. Truppenstärken pro beteiligtem Staat, Anzahl und Arten der eingesetzten Divisionen, Angaben zu mitgeführtem Material, geplanter Übungsverlauf mit Zeitdaten und geographischer Bezugsgröße der verschiedenen Phasen usw. Die Verdoppelung der Ankündigungsfrist schließlich (42 statt 21 Tage) trägt zur Verwirklichung des westlichen Konzepts größerer Vorhersehbarkeit bei.

Neben diesen positiven Zugewinnen an Transparenz ist es gelungen, den östlichen Zugriff auf besondere westliche Sicherheitsinteressen abzuwehren. Der sogenannte „funktionale Ansatz" des Madrider Mandats[7] wurde gewahrt: Eine Ankündigungspflicht für unabhängige Luft- und Seeaktivitäten im angrenzenden See- und Luftraum gibt es daher nicht. Unabhängige Luftaktivitäten über Europa brauchen nicht angekündigt zu werden. Die Zuführung von Verstärkungskräften nach Europa ist nur im Zusammenhang mit anschließenden ankündigungspflichtigen Landaktivitäten in der Zone und damit im Rahmen des vom Westen selbst vorgesehenen Umfangs notifizierungspflichtig. Damit ist der Versuch des Ostens gescheitert, über die Ausweitung des Geltungsbereichs in den Atlantik hinein die für das westliche Bündnis vitalen überseeischen Verbindungswege in den Griff zu bekommen. Die für Transits von US-Kräften durch Europa erforderliche Flexibilität wird ebenfalls nicht eingeschränkt.

Diese positive Bilanz wird allerdings dadurch relativiert, daß wichtige Anliegen des Westens nicht oder nur teilweise verwirklicht werden konnten. Eine weitergehende Senkung der Ankündigungsschwelle (z. B. 10000 Mann), die „statische" Information über die Standorte und Kommandostrukturen (ein wesentliches Transparenz-Element) sowie die Ankündigung von Mobilisierungsaktivitäten waren z. T. auch wegen des Widerstands der N+N nicht durchsetzbar. Die Senkung der Notifizierungsschwelle auf 13000 wird zu einer Steigerung der Anzahl notifizierungspflichtiger Aktivitäten auf seiten des WP führen, wenn auch die von uns bei einer 10000-Mann-Schwelle erhoffte Steigerung nicht erreicht wurde. Auch einige westliche Partner und N+N-Staaten werden voraussichtlich – wie schon bisher – weitgehend von der Ankündigungspflicht verschont.

2) Beobachtereinladung

Statt der unbefriedigenden freiwilligen Einladung von Beobachtern gemäß Schlußakte wird nunmehr eine Einladungspflicht etabliert: Alle TNS müssen zu notifizierungspflichtigen Aktivitäten eingeladen werden, sofern diese Aktivitäten die vereinbarte Beobachtungsschwelle von 17000 Mann überschreiten.

Die Einführung einer besonderen Beobachtungsschwelle oberhalb der Ankündigungsschwelle („split level") war notwendig, um eine niedrigere Notifizierungsschwelle zu erreichen.

7 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

Die Aufgabe der Beobachter wird erstmals definiert (Feststellung des nichtbedrohlichen Charakters einer Aktivität und ihrer Übereinstimmung mit dem Notifizierungsinhalt). Umfang und Modalitäten der Beobachtung werden einheitlich geregelt, Recht der Beobachter und Pflichten des Gastgeberstaates erstmals genau beschrieben.

Aufgrund der Erfahrungen mit der unbefriedigenden östlichen Einladungspraxis der letzten Jahre wurden z. T. ins einzelne gehende Regelungen getroffen: Die Einladung ergeht zum Zeitpunkt der Ankündigung, es dürfen bis zu zwei militärische oder zivile Beobachter entsandt werden, sie werden ausführlich in die Lage eingewiesen, in täglichen Briefings über den Ablauf der Aktivität auf dem laufenden gehalten und über ihre geographischen Standorte unterrichtet. Beobachter können eigene Ferngläser mitführen und erhalten eine Landkarte des Übungsgebiets, sie können sich rechtzeitig mit ihren Missionen in Verbindung setzen.

Eine weitere Reihe von Einzelbestimmungen soll sicherstellen, daß die Beobachter den tatsächlichen Verlauf der Übung beobachten (keine Schauvorführung) und Gelegenheit zu Gesprächen mit Kommandanten und Mannschaften erhalten. Die Dauer der Beobachtung ist festgelegt.

Die Gesamtheit dieser Bestimmungen macht aus der eher politischen Beobachtereinladung gemäß Schlußakte eine militärisch bedeutsame, politisch wirkungsvolle Maßnahme zur Vertrauensbildung.

[8]3) Jahresübersichten

Neu ist auch die Verpflichtung zum Austausch von Jahresübersichten mit detaillierten Angaben über Art, Zweck, Gebiet und teilnehmende Verbände. Diese enthalten eine Vorausschau auf alle notifizierungspflichtigen Aktivitäten, die ein TNS für das kommende Kalenderjahr plant. Damit erhöhen sie die Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit der militärischen Planungen und schaffen „Raster" des normalen militärischen Verhaltens. Ausgenommen wurden solche Aktivitäten, die nicht der „vorherigen" Ankündigung unterliegen, d. h. insbesondere Alarmmaßnahmen. Obgleich damit Umgehungsmöglichkeiten geschaffen werden, kann kein Staat darauf verzichten, sich entsprechende Flexibilität – vor allem für den Krisenfall – zu erhalten.

4) Beschränkungsbestimmungen

Eng mit den Jahresübersichten verbunden ist das vereinbarte System von Beschränkungen. WP und vor allem die N+N verlangten darüber hinaus feste Obergrenzen für den Umfang und die Zahl größerer militärischer Aktivitäten. Die Allianz konnte dies nicht zugestehen, um Reaktionsfähigkeit und Verteidigungsfähigkeit im Krisenfall nicht zu gefährden.

Die Einigung auf sogenannte „time constraints" verbindet das westliche Konzept größerer Transparenz mit einem ersten Einstieg in Beschränkungen, ohne daß echte Begrenzungen von Umfang, Zahl und Dauer akzeptiert wurden.

Nach dem Dokument dürfen

– Aktivitäten über 40000 Mann nur durchgeführt werden, wenn sie in die Jahresübersicht aufgenommen wurden,

[8] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 376 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

– Aktivitäten über 40 000 Mann bedürfen darüber hinaus einer besonderen Mitteilung zwei Jahre im voraus,
– Aktivitäten über 75 000 Mann sind ohne diese Mitteilung nicht zulässig.

Auch für den Bereich der Beschränkungen gilt wiederum, daß Alarmaktivitäten ausgeschlossen sind. Nur unter dieser Voraussetzung konnten wir den drei Elementen zustimmen. Auf Wunsch der N+N wurde die TNS schließlich – in allgemeiner Form – darauf verpflichtet, die Zahl zusätzlicher (d.h. nicht in den Jahresübersichten enthaltener) Aktivitäten so gering wie möglich zu halten.

5) Einhaltung und Verifikation

Im Bereich Einhaltung und Verifikation gelang es dem Westen erstmals, die nicht ablehnbare „Inspektion vor Ort" gegen den Vorschlag der N+N-Staaten der „Beobachtung auf Verlangen" (mit Ablehnungsrecht) und gegen die östlichen Vorstellungen von reinen Konsultativmechanismen durchzusetzen. Inspektionen zu Lande oder aus der Luft sollen es einem TNS, der Zweifel an der Einhaltung des Abkommens durch einen anderen TNS hat, ermöglichen, in kürzester Zeit selbst einen Einblick in das militärische Geschehen vor Ort zu gewinnen. Dies ist – trotz der Abstriche, die bei den Durchführungsmodalitäten der Inspektion gemacht werden mußten, – ein wichtiger Schritt für den gesamten Bereich der Rüstungskontrolle.

Die Abstriche bei der Inspektion, die bei den unterschiedlichen Auffassungen der 35 TNS unvermeidbar waren, betreffen im wesentlichen die Ausrüstung und damit verbundene Inspektionsmodalitäten. So kann der inspizierende Staat eigene Fahrzeuge und Flugzeuge bzw. neutrale Flugzeuge nur im Einverständnis mit dem inspizierten Staat verwenden. Die vereinbarten Bestimmungen erlauben den Inspektoren, das Inspektionsgebiet weitgehend nach eigenen Wünschen zu inspizieren. Alle TNS haben jedoch das Recht, bestimmte Gebiete als „restricted areas" zu erklären. Diese von der Inspektion ausgeschlossenen Gebiete sollen nach Zahl und Größe möglichst klein sein; Gebiete, in denen notifizierungspflichtige Aktivitäten durchgeführt werden können, dürfen nicht zu „restricted areas" erklärt werden. Die Einhaltung dieser vagen Bestimmung ist jedoch nicht vorherzusehen. Der Wert der Inspektionsmaßnahme liegt vorrangig in der vertrauensbildenden Wirkung, die mit dem Recht zur Überprüfung vor Ort verbunden ist.

6) Beim Gewaltverzicht (GV) hat die Allianz ihr Verhandlungsziel, nämlich Bekräftigung ohne Weiterentwicklung, auf der Grundlage ihres eigenen Textes[9] voll erreicht. Die östliche Forderung nach Abschluß eines Vertrages über die Nichtanwendung militärischer Gewalt[10] hatte von Anfang an keine Chance.

9 Zur Ausarbeitung eines Texts der NATO-Mitgliedstaaten über den Gewaltverzicht vgl. Dok. 203, Anm. 7.

10 Am 8. Mai 1984 legte die UdSSR auf der KVAE in Stockholm Vorschläge für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vor. Darin enthalten waren 1) der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, 2) der Abschluß eines Vertrags über den Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt, und zwar sowohl mit konventionellen als auch nuklearen Waffen, 3) das Einfrieren bzw. die Reduzierung von Rüstungsausgaben, 4) die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa, 5) die Bildung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen Europas sowie 6) der Ausbau der in der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vorgesehenen vertrauensbildenden Maßnahmen hinsichtlich des Umfangs und der Ankündigung von Manövern und Truppenbewegungen. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC/4 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 368–370.

Die 19 Absätze, darunter auch „Menschenrechte“, bilden eine sinnvoll aufgebaute Bekräftigung des GV-Prinzips einschließlich unterstützender Elemente. Für den Osten war dies ein notwendiger politischer Rahmen für die Vereinbarung konkreter VSBM. Die Allianz hat so mit ihrem Eingehen auf dieses Thema, mit der Vorlage eines eigenen Textes und schließlich mit sachlich-konstruktiver Verhandlungsführung im Sinne einer „Mittel-Zweck“-Beziehung die Konzentration der Konferenz auf die eigentlichen Themen, nämlich die konkreten VSBM, erzielt.

[gez.] Citron

Referat 221, Bd. 130146

254

Botschafter Ruth, z.Z. New York, an Staatssekretär Meyer-Landrut

114-5395/86 geheim **Aufgabe: 22. September 1986, 10.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1850 **Ankunft: 22. September 1986, 16.27 Uhr**

Nur für Staatssekretär[2]

Betr.: INF;
hier: Gespräch Bundeskanzler/Bundesminister am 20.9.

Der Bundesminister hat mich über sein Gespräch mit dem Bundeskanzler am 20.9. unterrichtet und mich gebeten, die Unterrichtung an Sie weiterzugeben. Er ist damit einverstanden, daß Herr Hartmann und Herr Hofstetter informiert werden.

Das Gespräch am Samstag ergab Übereinstimmung in vier Punkten:

1) Wir sind mit der Obergrenze bei 100 auf beiden Seiten in Europa einverstanden.

2) Bei der Aufteilung der verbleibenden Reststärken darf es keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland geben. Das heißt, die Reststärken müssen auf die fünf Stationierungsländer[3] verteilt werden.

3) Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann es bei dem Mix Pershing/GLCM entsprechend der Verteilung im Doppelbeschluß[4] bleiben. Der Bundesminister be-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 22. September 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 2. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Belgien, Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Niederlande.

4 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

trachtet die Frage als offen mit der Maßgabe, daß bis zur Reise des Bundeskanzlers nach Washington[5] eine neue Lage eintreten kann.

4) Für die bisher nicht abgedeckten SRINF (Scud)[6] wird es darum gehen, eine Verhandlungsoption zu entwickeln. Dies könnte geschehen durch die verbindlichen Verhandlungszusagen beider Staaten, über die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweiten zu verhandeln.

Der Bundesminister behält sich hinsichtlich der Umsetzung dieser Information weitere Weisung vor.[7]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11359 (220)

255

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern lateinamerikanischer Staaten in New York

VS-NfD **23. September 1986**[1]

Treffen Bundesminister mit den Außenministern der Contadora-Staaten und Zentralamerikas, New York, 23.9.1986, 8.15 Uhr[2]

Anwesend: BM Genscher, Botschafter Lautenschlager, D 3[3], 013, 010.
Auf seiten der Lateinamerikaner: Die Außenminister von Mexiko[4], Venezuela[5], Kolumbien[6], Costa Rica[7] und Panama[8], der Vizeaußenminister von Nicaragua sowie die Botschafter von Guatemala[9], Honduras[10] und El Salvador[11].

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

6 Zur Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen vgl. Dok. 241, Anm. 17.

7 Am 30. September 1986 fand ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner statt. Botschafter Ruth vermerkte dazu am selben Tag, hinsichtlich der Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen sei folgender Text erarbeitet worden: „Ziel muß es sein, auch die Systeme im Reichweitenband 150 bis 500 km auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Die Bundesregierung hält es daher für unverzichtbar, für diesen Bereich die INF-Verhandlungen nach Abschluß eines Zwischenabkommens unverzüglich fortzuführen. Deshalb muß bereits in das INF-Zwischenabkommen eine solche konkrete Weiterverhandlungsverpflichtung aufgenommen werden." Vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sudhoff am 29. September 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 3. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Jürgen Sudhoff.

4 Bernardo Sepúlveda Amor.

5 Simón Alberto Consalvi.

6 Julio Londoño Paredes.

7 Rodrigo Madrigal Nieto.

Bundesminister bedauert eingangs, daß es bisher im Contadora-Prozeß[12] keine Fortschritte gegeben hat.

AM Panama: Die Gruppe sei dankbar für die Initiative der Zwölf. Sie gebe den Lateinamerikanern das Gefühl, daß sich Europa uneingeschränkt und dauerhaft für Lateinamerika interessiere. Die Überlegungen müßten dahin gehen, wie die enge Zusammenarbeit noch intensiver gestaltet werden könne. Gegenwärtig analysiere man im Bereich Zentralamerikas die Wege zu neuen konstruktiven Möglichkeiten, auch in den Friedensbemühungen.

AM Venezuela weist darauf hin, die Bemühungen von Contadora müßten diskret erfolgen. Die Problemlösung der Region Zentralamerikas sei in erster Linie eine Sache der Zentralamerikaner. Die Problematik sei allumfassend und schwierig. In ZA gebe es alte Probleme, die mit neuen angereichert seien. Venezuela habe seine guten Dienste angeboten, auch seine Vermittlung. Die Lateinamerikaner müßten auf ihre eigenen Möglichkeiten setzen.

AM Mexiko unterstreicht die Bedeutung der Fortsetzung des Dialogs von San José[13]. Er müsse offizielle Mechanismen und klare Ziele haben, die es zu definieren gelte. Das Treffen San José III in Guatemala[14] müsse gut vorbereitet werden; mit den Vorbereitungen müsse jetzt schon begonnen werden. Es sei politischer Einfluß nötig, um die Gespräche über den Frieden weiterzuführen. Seit Juni 1986 habe es keine Verhandlungen mehr über delikate Themen gegeben. Mexiko halte es für unerläßlich, diesen Prozeß fortzuführen. Verständnis und Kompromißbereitschaft seien gefordert. Mexiko befürchte ein Ansteigen der regionalen Schwierigkeiten, die durchaus zu einem regionalen Krieg führen könnten. Wenn jetzt nicht bald präventive Maßnahmen getroffen würden, würde man bald noch viel stärkere Kopfschmerzen haben.

Bundesminister äußert die Bitte, San José III Ende Februar abzuhalten. Im Januar seien in Deutschland Bundestagswahlen[15], danach werde die neue Regierung gebildet. BM betont, wir hüteten uns, bestimmte Modelle vorzuschlagen. Der Contadora-Prozeß müsse eine regionale Initiative bleiben, die wir unterstützen, so wie wir alle Initiativen unterstützen, die jeweils aus der Region selber kommen, die betroffen ist. Wir würden es sehr begrüßen, wenn man uns zu Beginn des Jahres sagen würde, wie die Länder der Region den Weg selber sähen. Wir würden zu diesem Treffen nicht mit leeren Händen kommen, auch nicht in finanzieller Hinsicht. Vor allen Dingen aber wollten wir politische Beiträge leisten. Er müsse hierbei auf den positiven Abschluß der Stockholm-Kon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1344

8 Jorge Abadía Arias.

9 Rafael Castellanos-Carillo.

10 Roberto Martínez Ordóñez.

11 Roberto Meza.

12 Zum Contadora-Prozeß vgl. Dok. 167, Anm. 2.

13 In San José fand am 28./29. September 1984 die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie den Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Eine weitere Ministerkonferenz wurde am 11./12. November 1985 in Luxemburg abgehalten.

14 Die dritte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie den Staaten der Contadora-Gruppe fand am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 71 des Staatssekretärs Ruhfus, z. Z. Guatemala-Stadt, vom 10. Februar 1987; AAPD 1987.

15 Am 25. Januar 1987 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

ferenz[16] verweisen. In Europa habe man gelernt, mit seinen Unterschieden friedlich zu leben. Diese Erfahrung könnten wir einbringen, aber die Modelle müssen die der Region sein. Auch bei uns spielten große Länder eine Rolle, aber auch wir sorgten dafür, daß sie eine nicht zu große Rolle spielten.

AM Mexiko: Vertrauensbildende Maßnahmen haben große Bedeutung. Der Gedanke, Vertrauen zu schaffen, sei auch für Lateinamerika anwendbar. Einige der Ideen von Stockholm stünden auch im Entwurf der Contadora-Akte. Einige der Ideen sollten in entsprechender Anpassung auch in den Contadora-Prozeß überführt werden.

Bundesminister fragt, ob die Gruppe Initiativen entwickeln wolle, die im Februar vorgelegt werden.

AM Mexiko: In den nächsten Wochen werden wir mit unserer Gruppe beraten.

AM Kolumbien: In den letzten Wochen und Monaten seien die Gefahren eines allgemeinen bewaffneten Konflikts in Zentralamerika deutlicher geworden. Dies gehe über die Region hinaus und sei von Bedeutung für ganz Lateinamerika. Einige Staaten glauben, daß eine Fortsetzung von Contadora nicht mehr möglich sei. Die Unterschrift unter eine Akte an sich reiche auch nicht aus. Was fehle, sei Vertrauen. Deshalb sei Sicherheit nicht schon deshalb gegeben, weil eine Unterschrift unter einer Akte stehe, die auf dem Papier alle Probleme regele. Kolumbien sei bereit, die Bemühungen dynamisch fortzusetzen. Entscheidend sei der wirkliche Wille zur Lösung. Die Vorschläge sollten aus der Region selbst kommen, sie wollten dann daran mitarbeiten.

Botschafterin Nicaragua[17]*:* Wir alle sind sehr besorgt über die Lage in Zentralamerika. Wir brauchen zu ihrer Lösung Phantasie. Die Bemühungen auf dem Wege des Dialogs mit der EG haben fruchtbar gewirkt. Contadora ist unabdingbar und nützlich. Vertrauensbildung ist vorrangig. Ohne Vertrauen keine Lösung.

AM Costa Rica: Die Zusammenarbeit mit Europa ist wichtig. Die aus dieser Zusammenarbeit gewonnenen Erkenntnisse müssen umgesetzt werden. Die Bedeutung der EG liegt nicht nur im materiellen Bereich; sie steuert auch politische Ideen bei. Wir sehen mit Interesse und Optimismus San José III entgegen. Wir sind bereit, das Treffen auf Ende Februar zu verschieben bis nach dem Wahlkampf in Deutschland und bis Genscher wieder AM ist. 3 1/2 Jahre lang ist über Frieden in ZA gesprochen worden. Eine Reihe von Umständen jedoch hat die Lösung bisher verhindert. Mit vagen Konzepten und allgemeinen Themen wird der Dialog nicht leben können. Die Ideen müssen konkretisiert werden. Das Dokument von Stockholm und die Mechanismen von Stockholm sind auch für uns von Bedeutung. Auch bei uns müssen Mechanismen für Vertrauensbildung und Sicherheit ausgearbeitet werden. Wo Vertrauen ist, gibt es auch Verständigung. Aber die Vertrauensbildung kommt nicht voran. In Costa Rica zweifelt man z. B. an dem Sinn der Klage Nicaraguas gegen die USA[18].

16 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

17 Nora Astorga Gadea.

18 Zur Klage Nicaraguas gegen die USA vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vgl. Dok. 167, Anm. 17.

Auch gebe es in Costa Rica Tausende von Flüchtlingen aus Nicaragua, die große Probleme schafften. 10% der Bevölkerung Costa Ricas seien Ausländer. Die meisten aus Nicaragua.

Bundesminister unterstreicht, im Februar müsse man ein Stück vorankommen, und fragt, was wir tun könnten, um ZA zu helfen.

Botschafter El Salvador begrüßt Gelegenheit zu diesem morgendlichen Treffen. Deutschland könne z. B. Schirmherrschaft über bestimmte gemeinsame Projekte in ZA übernehmen wie Elektrizität und Ernährung.

AM Mexiko betont, in der Vorbereitungsphase sei Guatemala der geeignete Gesprächspartner.

Bundesminister: Wir nehmen das als Vorschlag auf. Wir wollen Fortschritte in der Region erreichen.

Unterabteilung 33, Bd. 146556

256

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5450/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 23. September 1986, 19.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4013 **Ankunft: 24. September 1986, 01.32 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräche Shultz/Schewardnadse am 19./20.9.1986 in Washington;
hier: Briefing im State Department (Mark Parris, SU-Referat)

Zur Unterrichtung

State Department (Mark Parris, Leiter des SU-Referats) gab am 23.9. Briefing für Botschaften der Bündnispartner sowie Australiens und Japans. Hieraus ist folgendes festzuhalten:

1) Gesamteindruck

Gespräche mit Schewardnadse seien ausführlich gewesen (insgesamt 14 Stunden). Die beiden Außenminister hätten sich insgesamt fünfmal getroffen, davon zweimal zu längeren Gesprächen ohne Delegationen, dreimal zu je zwei- bis zweieinhalbstündigen Delegationssitzungen. Schewardnadse habe sich weit kompetenter und besser unterrichtet gezeigt als im vergangenen Jahr[2]. Er habe sich zu konkreten Diskussionen verschiedener Sachgebiete bereit gefunden

1 Das von Botschaftsrat Wagner, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 24. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 24. September 1986 vorgelegen.

2 Die Außenminister Shultz (USA) und Schewardnadse (UdSSR) trafen am 4./5. November 1985 in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 306.

und dabei detaillierte Kenntnisse auch schwieriger Einzelfragen (Beispiel: Radaranlagen Krasnojarsk/Thule[3]) unter Beweis gestellt. US-Regierung beurteile die Gespräche als insgesamt nützlich, wenngleich der Fall Daniloff[4] seinen Schatten über sie geworfen habe. Man habe nicht erwartet, daß Schewardnadse einen Terminvorschlag für ein Gipfeltreffen überbringen werde (was auch nicht geschehen sei); ein konstruktives Gipfeltreffen sei aber ohnehin kaum vorstellbar, solange der Fall Daniloff nicht gelöst sei und die Sowjets sich auch bei anderen humanitären Fragen nicht bewegt hätten.

Ein weiteres Außenministertreffen sei nicht vereinbart worden, sehe man von dem Gespräch am 23.9. in New York ab, das ganz dem Fall Daniloff gewidmet gewesen sei. (Parris sah sich nicht in der Lage, über dieses Gespräch Auskunft zu geben. Die Frage, ob es im Falle Daniloff eine Annäherung gegeben hat, kann daher jetzt noch nicht beantwortet werden.)

Bei den Plenargesprächen sei die ganze Bandbreite amerikanisch-sowjetischer Themen behandelt worden, während bei den Gesprächen Schewardnadses mit Shultz alleine sowie mit dem Präsidenten Daniloff im Vordergrund gestanden habe. Der US-Regierung sei es dabei insgesamt um drei Dinge gegangen:

– den Sowjets das Ausmaß der amerikanischen Erbitterung über die Behandlung Daniloffs und die möglichen weitreichenden Konsequenzen für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen deutlich vor Augen zu führen,
– das amerikanische Engagement für die bei dem letztjährigen Gipfeltreffen vereinbarten gemeinsamen Ziele[5] zu bekräftigen,
– alle Aspekte der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf mögliche Fortschritte hin zu untersuchen.

2) Menschenrechtsfragen

Die grundsätzlich unterschiedliche Sicht der Menschenrechte in den USA und in der SU habe sich wie ein roter Faden durch die Gespräche zu diesem Thema gezogen. Shultz habe nicht nur auf eine befriedigende Lösung des Falls Daniloff, sondern auch auf Verbesserungen bei anderen, chronischen Gravamina gedrängt:

– Jüdische Emigration aus der SU sei so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr.
– Behandlung der Dissidenten sei weiterhin beklagenswert.
– Einzelfälle der amerikanisch-sowjetischen Familienzusammenführung seien weiterhin ungelöst, bei sowjetischem Entgegenkommen in anderen Fällen.

Shultz habe die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Menschenrechtsfragen („humanitarian concerns“) vorgeschlagen. Schewardnadse habe dies als möglich bezeichnet, jedoch nicht bindend zugestimmt.

3 Zum Bau einer Radaranlage in Krasnojarsk vgl. Dok. 155, Anm. 22.
Die USA planten den Ausbau ihrer Radaranlage auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Thule (Grönland). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4879 des Gesandten Wallau, Washington, vom 16. Oktober 1985; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

4 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 245, Anm. 16.

5 Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

3) Rüstungskontrollfragen

Die Behandlung des gesamten Spektrums bilateraler und multilateraler rüstungskontrollpolitischer Fragen habe den überwiegenden Teil der Plenargespräche in Anspruch genommen.

Im einzelnen

a) Genfer Verhandlungen

Schewardnadse habe nicht sehr viel Neues gesagt, Betonung habe er auf die Notwendigkeit der längerfristigen Bindung an den ABM-Vertrag gelegt, wobei er von einer Bindungsdauer bis 15 Jahre gesprochen habe. (Parris bestätigte auf Frage Mitarbeiters, daß diese Formulierung auch in dem von Schewardnadse überbrachten Schreiben Gorbatschows[6] enthalten sei. Schewardnadse habe den Eindruck erweckt, daß es sich dabei um sowjetisches Entgegenkommen gegenüber der bisherigen Formulierung 15 bis 20 Jahre handele.) Zu INF habe Schewardnadse in Einzelfragen Flexibilität angedeutet, ohne sich jedoch festzulegen: Bei asiatischen SS-20 sei eine Lösung möglich, falls die SU von der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft bei europäischen Systemen überzeugt sei. Frage der Geltungsdauer eines Interimabkommens könne bei Genfer Verhandlungen geklärt werden. Hinsichtlich britischer und französischer Systeme habe Schewardnadse die Position aus den Expertengesprächen[7] wiederholt, wonach von Einbeziehung dieser Systeme abgesehen werden könne. Schewardnadse habe dies auch öffentlich in seiner Pressekonferenz[8] wiederholt.

Wie Parris meinte, bleibe in dieser Frage ein Rest von Zweifel, da TASS[9] offenbar die entsprechenden Abschnitte aus der Pressekonferenz gestrichen habe und bei dem Eröffnungstreffen in Genf[10] noch die alte sowjetische Position vorgetragen worden sei.

Shultz habe die bekannten amerikanischen Positionen vorgetragen und u. a. die in Genf am 19.9. vorgebrachten neuen INF- und START-Vorschläge[11] dargelegt.

6 Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. September 1986 an Präsident Reagan vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 97–101.

7 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 11./12. August 1986 in Moskau vgl. Dok. 238, Anm. 33.
Zu den Expertengesprächen am 5./6. September 1986 in Washington vgl. Dok. 241.

8 Zu den Äußerungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in einer Pressekonferenz am 20. September 1986 in Washington vgl. den Artikel „Shultz und Schewardnadse sehen Chancen für den Gipfel steigen"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 22. September 1986, S. 1.

9 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 25. September 1986, die sowjetische Tageszeitung „Prawda" habe am 22. September 1986 eine Meldung der Nachrichtenagentur TASS zur Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 20. September 1986 in Washington veröffentlicht. Bezüglich INF habe Schewardnadse laut TASS erklärt: „Zwar wolle er nicht in Einzelheiten gehen, da hierüber in Genf verhandelt werde; aber immerhin: ‚Das ist eine sehr perspektivreiche Richtung (unserer Verhandlungsbemühungen). Es besteht die Möglichkeit, die Positionen einander anzunähern.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 2713; Referat 213, Bd. 139349.

10 Vom 18. September bis 13. November 1986 fand in Genf die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle statt. Vgl. dazu Dok. 325 und Dok. 329.

11 Zu den amerikanischen START-Vorschlägen vom 18. September 1986 vgl. Dok. 249.

b) Teststopp

Als wichtigste aktuelle rüstungskontrollpolitische Aufgabe habe Schewardnadse neben der Bindung an den ABM-Vertrag die Vereinbarung eines Teststopp-Moratoriums sowie die Aufnahme von Verhandlungen über einen umfassenden Versuchsstopp genannt. Er habe darauf verwiesen, daß die Erprobung neuer Nuklearwaffen das erklärte amerikanisch-sowjetische Bekenntnis, Wettrüsten auf der Erde einzudämmen und im Weltall zu verhindern, durchkreuze. Shultz habe erklärt, Nukleartests seien solange nötig, wie die USA Nuklearwaffen als Garantie ihrer Abschreckungsfähigkeit brauchten. Er habe die amerikanische Forderung nach Verbesserung der Verifikationsregelungen der Schwellenverträge[12] als Voraussetzung für deren Ratifizierung wiederholt.

c) Zentren zur Verringerung des Risikos eines Nuklearkriegs (Nuclear Risk Reduction Centers)

Shultz und Schewardnadse hätten festgestellt, daß bei beiden Expertengesprächen so große Fortschritte erzielt worden seien, daß mit Verhandlungen begonnen werden könne.[13] Einzelheiten sollten auf diplomatischem Wege vereinbart werden.

d) KVAE

Stockholmer Endphase sei am Freitag und Samstag[14] aus aktuellem Anlaß besprochen worden. Atmosphäre sei konstruktiv gewesen, beide Außenminister hätten ihren Delegationen direkte Weisungen gegeben.

e) Chemische Waffen

Sowjets hätten größeres Entgegenkommen in der Frage von Verdachtsinspektionen angedeutet. Sie hätten Gedanken des britischen Vorschlags[15] als positiv bezeichnet, jedoch darauf hingewiesen, daß weitere Klärungen erforderlich seien. Es sei Fortsetzung der bilateralen Gespräche in Genf vereinbart worden.

Bilaterale Gespräche zur CW-Nichtverbreitung[16] seien ebenfalls positiv beur-

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

13 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 29. August 1986 mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums hätten zwei Runden von amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über die Einrichtung von Zentren zur Verringerung des Risikos eines Nuklearkrieges stattgefunden, bei denen „wesentliche Fortschritte“ erzielt worden seien. Nähere Auskünfte würden allerdings bis auf weiteres nicht erteilt. Auch dürften Fortschritte in dieser Frage nicht überbewertet werden, da „eine entsprechende Vereinbarung als Grundlage für ein Gipfeltreffen kaum ausreiche und eher als schmückendes Beiwerk zu Vereinbarungen in Substanzfragen genutzt werden könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3644; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

14 19. bzw. 20. September 1986.

15 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element“ (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

16 Amerikanisch-sowjetische Expertengespräche über die Nichtverbreitung chemischer Waffen fanden am 5./6. März bzw. 4./5. September 1986 in Bern statt. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. XXXIV.

teilt worden. Schewardnadse habe Fortsetzung der Gespräche auf höherer Ebene (Vize-Außenminister) vorgeschlagen.

f) Konventionelle Rüstungskontrolle

Schewardnadse habe bekannte MBFR-Kritik vorgebracht und dabei Fehlen Frankreichs ausdrücklich angesprochen. Er habe einen positiven Abschluß von MBFR als möglich bezeichnet – nach amerikanischem Eindruck habe er dabei kosmetisches Ergebnis im Auge. In der Frage der Weiterführung der Gespräche über konventionelle Rüstungskontrolle habe sich Schewardnadse flexibel gezeigt und drei Typen eines Verhandlungsforums als akzeptabel bezeichnet:

– KVAE II,
– erweiterte MBFR-Verhandlungen,
– völlig neues Forum.

[17]4) Regionalfragen

Zeitmangel habe nur beschränkte Diskussion zugelassen, die sich auf das südliche Afrika und den Nahen Osten konzentriert habe.

– Bei der Diskussion der Lage im südlichen Afrika sei es zu keiner Annäherung der unterschiedlichen Ansätze zu den Wurzeln der Spannungen sowie zur Verbesserung der Situation gekommen.
– Zum Nahen Osten habe Schewardnadse[18] die Vorzüge des sowjetischen Vorschlags der Schaffung eines Unterausschusses der VN, dem die Ständigen Sicherheitsratsmitglieder und die Länder der Region angehören sollten, betont. Shultz habe dagegen herausgestellt, daß der Weg zum Frieden durch bilaterale Kontakte gebahnt werden müsse.
– Möglichkeit einer gemeinsamen Erklärung zum Golfkrieg sei diskutiert worden. Sowjets hätten aber gesonderte Erklärung Schewardnadses in seiner VN-Rede[19] vorgezogen; US-Regierung prüfe derzeit, ob sie Parallelerklärung folgen lassen solle.

5) Terrorismus

Shultz habe die deutliche sowjetische Verurteilung des Überfalls in Karachi[20] begrüßt. Auf Frage nach Möglichkeit sowjetischer Einflußnahme auf sozialisti-

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4014 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Korrigiert aus: „Nahen Osten Schewardnadse".

19 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 23. September 1986 in New York vgl. den Artikel „Uns ist die Chance gegeben, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. September 1986, S. 5 f.

20 Am 5. September 1986 wurde eine Maschine der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm auf dem Flughafen in Karachi überfallen. Botschaftsrat I. Klasse Gehl, z. Z. Karachi, teilte am folgenden Tag zum Hergang mit, nach dem Auftanken gegen 6 Uhr sei die Maschine von vier bislang nicht identifizierten Terroristen gestürmt worden. Die Cockpit-Besatzung habe das Flugzeug über einen Notausgang verlassen. Nach der Tötung eines Passagiers hätten die Entführer die Stellung einer neuen Crew und die Möglichkeit eines Weiterflugs nach Larnaka auf Zypern verlangt, wo offenbar Gesinnungsgenossen inhaftiert seien. Gegen 23 Uhr sei es in der Maschine zu einem Stromausfall gekommen. Diese Situation hätten einige Passagiere zur Flucht über die Notrutschen genutzt. Daraufhin hätten die Entführer auf Passagiere geschossen und Handgranaten geworfen, wobei zahlreiche Passagiere getötet worden seien. Pakistanische Sicherheitskräfte hätten eingegriffen, nachdem ein Großteil der Passagiere das Flugzeug verlassen habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 106; Referat 515, Bd. 195796.
Botschaftsrat Flittner, Moskau, berichtete am 8. September 1986: „Mit bemerkenswerter Eindeu-

sche Länder mit Terrorismusverbindungen habe Schewardnadse eine deutliche Trennungslinie gezogen zwischen Verbündeten wie Kuba, Bulgarien, DDR einerseits und Libyen andererseits. Die erstgenannte Ländergruppe verurteile den Terrorismus wie die SU und habe mit Terroristen nichts zu tun; Gaddafis Gedankengänge seien dagegen der SU nicht vertraut. Wenn seine Verwicklung in terroristische Aktionen nachgewiesen werden könne, solle er international angeklagt werden.

Schewardnadse habe im übrigen begrenzte Zusammenarbeit bei Einzelfällen terroristischer Anschläge (beispielsweise Flugzeugentführungen) in Aussicht gestellt.

6) Bilaterale Fragen

Parris erwähnte aus der kurzen Diskussion dieser Thematik zwei Punkte:

– US-Regierung habe für den Oktober Sowjetdelegation nach Washington eingeladen, um über Zusammenarbeit im Weltraum zu sprechen. Annahme der Einladung sei wahrscheinlich.
– Von sowjetischer Seite sei die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernfusion angesprochen worden. Shultz habe sich hierzu positiv geäußert.

7) Auf Frage nach dem Inhalt des Schreibens von Gorbatschow an Reagan meinte Parris, dieses habe nichts enthalten, was nicht auch von Schewardnadse angesprochen worden sei. Als Antwort auf das Schreiben Reagans vom Juli[21] könne das Gorbatschow-Schreiben nur in beschränktem Umfang gelten. Gorbatschow habe sich zu Reagans Vorschlägen nicht detailliert geäußert und lediglich den Gedanken einer bis zu 15jährigen Bindung an den ABM-Vertrag vorgebracht.

[gez.] Wallau

VS-Bd. 11281 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1351

tigkeit verurteilt Moskau in formeller Erklärung die Kaperung der PanAm-Boeing in Karachi sowie internationalen Terrorismus allgemein und ruft zu internationaler Zusammenarbeit bei dessen Bekämpfung auf. […] In TASS-Erklärung, die in TV-Abendnachrichten 6.9. und in Zentralzeitungen 7.9. verbreitet wurde, drückt SU-Regierung den Hinterbliebenen der Opfer der Erstürmung des PanAm-Jumbos Anteilnahme aus. Flugzeug-Kaperung stelle Verbrechen dar, das durch keinerlei Motivationen gerechtfertigt werden könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2501; Referat 515, Bd. 195796.

21 Korrigiert aus: „August".
Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

257

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nigerianischen Außenminister Akinyemi in New York

24. September 1986[1]

Bundesminister – Außenminister von Nigeria, New York, 24. September 1986[2]

AM Nigeria: Nigeria sei furchtbar enttäuscht (terribly disappointed) über die westliche Südafrika-Politik. Seit Jahrzehnten habe der Westen die Dinge treiben lassen. Jetzt, wo die Gewalttaten in Südafrika sich gegen Weiße zu richten beginnen, werde der Westen wach. Es werde viel geredet, aber nicht gehandelt. Man nähme Rücksicht auf die Wirtschaftsinteressen. Die Maßnahmen der EG seien unzureichend. Er sei weder zufrieden mit der Position der EG noch mit der der deutschen Regierung. Nigeria sei abgestoßen von der westlichen Haltung, die die Befreiungsbewegungen in die Hände der Kommunisten treibe. Nigeria sei kein radikales Land, aber da der Westen nichts tue, müßten sie die Guerillas unterstützen. Die westliche Politik schaffe Probleme, und zwar nicht nur für den Westen, sondern auch für Nigeria. Der Westen mache dieselben Fehler in Südafrika wie seinerzeit in Mosambik und Angola.

Bundesminister: Wir sind immer für die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten eingetreten. Wir haben nie, wie die kolonialen Mächte, Waffen geliefert. Er selbst, BM, habe Oliver Tambo als erster empfangen.[3] Bundesminister weist sodann auf unsere Haltung gegenüber Nelson Mandela, ANC, etc. hin. Wir hätten Apartheid von Anfang an verurteilt. Was Sanktionen angehe, so hätten wir immer Bedenken gegen solche Maßnahmen gehabt, ganz gleich, gegen wen sich diese gerichtet hätten. Aber im Fall Südafrika unterstützten wir Sanktionen als Mittel des Drucks und als politisches Signal. Ergänzend dazu würden wir eine politische Initiative starten, und zwar die EG mit den USA, Kanada, Japan, Australien und anderen, um Druck auf Südafrika auszuüben.[4] Wir würden einladen zu einer Konferenz, an der dann auch Mandela teilnehmen müsse. In Südafrika sei es 5 nach 12, man befände sich dort in einem vorrevolutionären Stadium.

AM Nigeria: Die Sanktionen der EG[5] sind das absolute Minimum. Warum ist

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sudhoff am 30. September 1986 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden des ANC, Tambo, am 9. April 1986 vgl. Dok. 133, Anm. 8.

4 Zu den Überlegungen für eine politische Initiative gegenüber Südafrika vgl. Dok. 236, besonders Anm. 23.

5 In einer Erklärung im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel wurde mitgeteilt, „daß die Zwölf nunmehr restriktive Maßnahmen gemäß den Schlußfolgerungen von Den Haag treffen sollen. Dazu gehören das Verbot neuer Investitionen sowie das Verbot der Einfuhr von Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südafrika. […] Die meisten Partnerländer wären bereit, ein Einfuhrverbot für Kohle aus Südafrika zu verhängen, wenn hierüber Einvernehmen erzielt werden sollte. Der Vorsitz wird sich in dieser Frage weiterhin um einen Konsens auf der Grund-

Kohle rausgelassen worden? Warum hat man vorher nicht den ANC etc. gefragt? Trotz des Verlustes ihres Jobs seien die Schwarzen in Südafrika für ein Embargo auf Kohle.

Bundesminister: Wichtigster Teil der Sanktionen sei das Verbot von Investitionen. Das treffe die Wirtschaft am meisten. Er habe sich dafür ausgesprochen, ein sofortiges Verbot von Investitionen auszusprechen. Andere hätten dies verhindert. BM fragt danach, was wir noch tun könnten, um Botha unter Druck zu setzen. Apartheid könne nicht reformiert werden, so wie auch Unmenschlichkeit nicht reformiert werden könne. Wenn der Dialog nicht bald beginne, dann beginne ein Rassenkrieg, der seine ersten Anfänge bereits jetzt zeige.

AM Nigeria: Ihr Gespräch mit den USA ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die USA halten den Schlüssel in der Hand. Reagan hat in seiner UN-Rede[6] Südafrika überhaupt nicht erwähnt. Die Sanktionen, die der Kongreß verhängen will, will er mit Veto belegen.[7] In Harare haben die Blockfreien einen Solidaritätsfonds aufgelegt.[8] Hierzu werden auch die ölproduzierenden Länder beitragen.

Bundesminister fragt, was für junge Schwarze noch getan werden könne, um ihre Ausbildungslage zu verbessern. Wer wäre Partner in Südafrika?

AM Nigeria: Tutu und Boesak sollten gefragt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1353

lage der Erklärungen des Europäischen Rates von Den Haag bemühen." Vgl. BULLETIN DER EG 9/1986, S. 92.

6 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 22. September 1986 in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1227–1233.

7 Zu den Beschlüssen des amerikanischen Senats vom 15. August 1986 bzw. des Repräsentantenhauses vom 12. September 1986 vgl. Dok. 230, Anm. 21.
Am 29. September 1986 teilte Botschafter van Well, Washington, mit, Präsident Reagan habe kurz vor Fristablauf am 26. September 1986 sein Veto eingelegt. Reagan werde zudem Schreiben an führende Kongreßmitglieder richten, in denen er seine Bereitschaft erkläre, „eine neue Sanktionsverordnung zu zeichnen, falls sich genug Stimmen (d. h. ein Drittel der anwesenden Mitglieder eines der beiden Häuser) finden sollten, um eine Überstimmung des Vetos (mit Zweidrittelmehrheit beider Häuser) zu verhindern". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4098; Referat 204, Bd. 135355.
Am 30. September 1986 berichtete van Well, das amerikanische Repräsentantenhaus habe am Vortag das Veto Reagans mit einer Dreiviertelmehrheit überstimmt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4125; Referat 204, Bd. 135355.
Am 2. Oktober 1986 teilte van Well mit, am selben Tag habe auch der amerikanische Senat das Veto überstimmt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4189; Referat 204, Bd. 135355.

8 Vom 1. bis 7. September 1986 fand in Harare die achte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holubek notierte dazu am 10. September 1986, bezüglich der Lage im südlichen Afrika sei als Zwischenschritt bis zur Verhängung mandatorischer Sanktionen in einer Sondererklärung ein Katalog von Sanktionsmaßnahmen verabschiedet worden. Eine Delegation der Blockfreien solle in die Staaten, die die Haupthandelspartner Südafrikas seien, reisen, „um auf diese Druck auszuüben, der Verhängung von verbindlichen und umfassenden Sanktionen zuzustimmen". Ferner sei die Schaffung eines Solidaritätsfonds für das südliche Afrika beschlossen worden, „der Soforthilfe und langfristige Unterstützung für die Entwicklung der Infrastruktur der FLS und benachbarter Staaten vorsehen soll, damit ihre Abhängigkeit von Südafrika verringert wird. Damit unterstrich die B[lock]F[reien]-B[ewegung] ein dringendes Bedürfnis für eine konzertierte internationale Aktion, legte sich jedoch selbst nicht auf eigene Sanktionen gegenüber SA fest." Vielmehr würden die internationale Gemeinschaft im allgemeinen sowie die ständigen VN-Sicherheitsratsmitglieder USA und GB und die „Haupthandelspartner Südafrikas im Westen" im besonderen dazu aufgerufen, „umfassende und verbindliche Sanktionen gegenüber Südafrika zu verhängen". Vgl. Abteilung 3, Bd. 158036.

Bundesminister weist auf seine Vorschläge zum Thema der Sicherheitsstandards in südafrikanischen Minen[9] hin. Er sei für die Entsendung einer Expertenkommission.

AM Nigeria: Wenn man Ihnen zuhört, empfindet man Ihr tiefes Engagement für die Schwarzen in Südafrika. Wie kommt es, daß Deutschland und Großbritannien das Image haben, für die Probleme Südafrikas kein Verständnis zu haben? Hier stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit der deutschen Position.

Bundesminister: In Sachen Kohle fanden wir bei anderen keine Unterstützung. Japan sagte sehr klar nein. Was Namibia angeht, so fühle er sich zutiefst der Unabhängigkeit dieses Landes verpflichtet.

AM Nigeria: Sagen Sie doch schon in Ihrer UNO-Rede[10], daß Sie Kohle nicht importieren wollen, auch kein Gold. Gehen Sie auf Public Record! Zur Zeit sind Deutschland und Großbritannien auf derselben Seite der Sanktionsgegner.

Bundesminister: Kein europäisches Land war bereit, weiter als wir zu gehen. Die Zeit ist jetzt reif für politisches Handeln. Zu den Sanktionen muß die politische Initiative hinzutreten, um den nationalen Dialog zu starten. Die Ausbildungslage der Schwarzen muß verbessert werden. Unsere Beiträge sollen direkt an die Schwarzen gehen. Wir werden mit Tutu und den anderen sprechen. Schließlich muß es auch zu Einsetzung und Entsendung der Expertenkommission kommen.

AM Nigeria: In Harare ist ein Komitee eingesetzt worden, das die verschiedenen Hauptstädte besuchen soll, und zwar noch vor Ende dieses Jahres. Gedacht ist an Paris, Washington, Bonn, London, Tokio und Rom.

Bundesminister: Ich empfange Delegation, wo immer und wann immer möglich.[11]

AM Nigeria: Deutschland soll seine eigenen Positionen in der Südafrika-Frage entwickeln, nicht nur die Gemeinschaftsposition der EG einnehmen. Nigeria fragt sodann nach den Möglichkeiten für einen Überbrückungskredit.[12] *D 3*[13]

9 Nach einem Brand im einem Bergwerk etwa 90 km östlich von Johannesburg am 17. September 1986 mit 177 Toten erklärte Bundesminister Genscher in einem Interview im Saarländischen Rundfunk am 19. September 1986: „Es gibt sehr ernstzunehmende Meinungsäußerungen, daß in der Tat die Sicherheitsvorkehrungen im Bergbau der Republik Südafrika wesentlich schlechter sind als in anderen Staaten, die ebenfalls Tiefbergbau betreiben. […] Ich halte es deshalb für ein Gebot der internationalen Staatengemeinschaft, daß wir darauf dringen, daß die südafrikanische Regierung einer Gruppe von Tiefbauexperten aus verschiedenen Ländern die Möglichkeit gibt, sich von den Sicherheitsstandards in den Bergwerken dort zu überzeugen und die notwendigen Vorschläge für Abhilfe zu schaffen." Vgl. die Pressemitteilung Nr. 1236/86; Referat 013, Bd. 179063.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 25. September 1986 in New York vgl. BULLETIN 1986, S. 953–958.

11 Bundesminister Genscher traf am 31. Oktober 1986 mit Vertretern blockfreier Staaten zusammen. Vgl. dazu Dok. 314.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ganns vermerkte am 15. September 1986: „1) Am 4. September 1986 führte der Finanzminister von Nigeria, Okongwu, ein Gespräch mit Botschafter von Alten, in dem er im Zusammenhang mit der Einführung eines erleichterten Devisenverkehrs die Bundesrepublik um Beteiligung an der Bereitstellung eines Überbrückungskredits in Höhe von 500 Mio. DM bat. In dieser Angelegenheit hat die nigerianische Regierung auch die britische Regierung kontaktiert und diese gebeten, die Führung bei der Bereitstellung des Kredits zu übernehmen. 2) Bei dem Treffen der Mitglieds-Zentralbanken der BIZ in Basel am 7./8. September 1986 wurde über die Frage eines Überbrückungskredits gesprochen. Dabei soll die Mehrzahl der großen

legt unsere Bemühungen dar, bei den zuständigen Behörden Verständnis für die nigerianischen Probleme zu wecken.

Bundesminister: Ich werde mit Bundesbank-Präsident[14] sprechen. Ich verstehe die nigerianische Position und werde versuchen, alles zu tun.[15]

AM Nigeria lädt Bundesminister nach Nigeria ein.

Referat 010, Bd. 178901

Fortsetzung Fußnote von Seite 1355

Mitgliedsbanken positiv reagiert haben, eine Minderzahl und dabei der Vertreter der Bundesbank jedoch negativ. Es wurde deshalb keine Entscheidung über die Zurverfügungstellung eines Kredits gefällt. 3) Abteilung 4 sieht nur geringe Chancen, die Bundesbank zur Änderung ihrer Meinung zu bewegen, da nach ihrer Auffassung das entscheidende Kriterium (drohende Gefährdung des internationalen Währungs- und Finanzsystems) im Falle Nigerias gegenwärtig nicht gegeben ist. Weisungsunabhängige Bundesbank könnte allenfalls vom BMF (Ministerebene) umgestimmt werden." Vgl. Referat 412, Bd. 130574.

13 Jürgen Sudhoff.

14 Karl Otto Pöhl.

15 Am 14. Oktober 1986 vermerkte das Bundesministerium der Finanzen: „Nachdem sich die Bundesbank trotz Intervention des BMF weiter geweigert hatte, sich an dem Überbrückungskredit der G 5-Zentralbanken zu beteiligen, hat sich nunmehr die KfW […] grundsätzlich bereit erklärt, den Kredit zu übernehmen. Die KfW steht wegen der Einzelheiten z. Z. in Kontakt mit der Bank of England. Die Arbeitsebene bereitet die Unterlage für eine endgültige Entscheidung der Leitung vor. Der auf die KfW entfallende Anteil an der Überbrückungshilfe von insgesamt 450 Mio. US-$ liegt etwa bei 37 bis 40 Mio. US-$. Eine Absicherung des Kredits durch eine Bundesgarantie ist nicht vorgesehen." Vgl. Referat 412, Bd. 130574.

258

Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-5482/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1895
Citissime

Aufgabe: 25. September 1986, 09.05 Uhr[1]
Ankunft: 25. September 1986, 16.10 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit DDR-AM Fischer am 24.9.86 in New York[2]

1) Gespräch fand turnusmäßig auf Einladung von BM in unserer Residenz statt. Weitere Teilnehmer: Beide Botschafter bei den VN[3]. Auf DDR-Seite: LMB Niklas und Gesandtin Frau Dr. Bertsch-Herzog, auf deutscher Seite: D 2[4] und LMB[5].

Gesprächsatmosphäre war sehr entspannt.

2) Gesprächspartner befaßten sich in erster Linie mit Themen der internationalen Lage. Beide äußerten große Befriedigung über Ergebnis der Stockholmer Konferenz[6]. Beide waren sich einig in ihrem großen Interesse an einem Zustandekommen des amerikanisch-sowjetischen Gipfels und sprachen die Hoffnung auf substantielle Ergebnisse aus. BM unterstrich die Bedeutung der Wiener Folgekonferenz, für die KVAE-Ergebnis gute Ausgangslage bilde, um zu wesentlichen Fortschritten im KSZE-Prozeß zu kommen. AM Fischer stimmte dem nachdrücklich zu. Dabei zeigte er sich aufgeschlossen für eventuelle Vorschläge von BM zur Wiener Folgekonferenz.

BM äußerte die Erwartung, daß in der Frage des Zustroms von Asylbewerbern über Schönefeld durch die Erklärung des Stv. AM Nier gegenüber StS Bräutigam[7] eine Lösung gefunden sei, durch die Belastung der Beziehungen vermieden wurde. AM Fischer bestätigte dies.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 220, 221, 222 und 223 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 26. September 1986 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Horsten am 28. September 1986 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Reyels und Barker am 29. September 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Hans Werner Lautenschlager (Bundesrepublik) bzw. Harry Ott (DDR).

4 Gerold Edler von Braunmühl.

5 Michael Jansen.

6 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

7 Zur Einreise von Asylsuchenden über Ost-Berlin nach Berlin (West) vgl. Dok. 220, besonders Anm. 14. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 18. September 1986: „Vizeaußenminister Nier übermittelte mir heute um 16.30 Uhr vorab den Text einer Verlautbarung des DDR-Außenministeriums. Dieser ist soeben über ADN verbreitet worden. Die Verlautbarung hat folgenden Wortlaut: ‚Angesichts der Einführung der Visapflicht in vielen Ländern West- und Nordeuropas, die aus verschiedenen Gründen erfolgt, teilt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit, daß ab 1.10.1986 nur solche Personen die DDR im Transit bereisen können, die über ein Anschlußvisum anderer Staaten verfügen. Personen aus Staaten, mit denen die DDR Visafreiheit vereinbart hat, werden von dieser Regelung nicht berührt. Nicht betroffen von dieser Regelung sind wie bisher solche Personen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat

3) Im einzelnen

a) KVAE

Beide Minister zeigten sich zufrieden über Ergebnis der Stockholmer Konferenz. AM Fischer wertete Ergebnis als Sieg der Vernunft. Dinge hätten sich in die richtige Richtung bewegt. Dies sei auch gut für die Wiener Folgekonferenz.

BM meinte, daß alle Seiten sich im Rahmen des Möglichen bemüht hätten und von Illusionen frei geblieben seien, die Welt auf einen Schlag zu verändern.

Auch er hoffe, daß in Wien die Grundlagen des KSZE-Prozesses nun deutlicher markiert werden könnten. AM DDR erwiderte, daß dies an DDR nicht scheitern werde. Er hoffe aber auf Vernunft der Teilnehmer schon zu Beginn des Wiener Treffens und warne vor überfrachteten Wünschen. Wenn Wien so beginne, wie Stockholm geendet habe, sei er guter Hoffnung. Er wiederholte, daß Ergebnisse zu erzielen seien, wenn beide Seiten realistisch bleiben. Gegenseitige Vorhaltungen würden die Dinge jedenfalls nicht weiterbringen. Er empfehle, daß man sich mit gleichem Nachdruck um Realisierung von Präambel und allen drei Körben der Schlußakte von Helsinki[8] bemühe und nicht versuche, einen Bereich dem anderen vorzuziehen. BM gab zu überlegen, sich den Bereich des Korbes II, der der Zusammenarbeit gewidmet sei, besonders vorzunehmen. Hier habe man noch am wenigsten konkretisiert. Der Bereich der Zusammenarbeit sei ausbaufähig. Wenn man hier vorankomme, seien auch andere große Fragen leichter lösbar. Die Bundesregierung sei daran interessiert, daß in Wien die Weichen des KSZE-Prozesses auf Zusammenarbeit gestellt werden und hinführten auf eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen in den verschiedensten Gesellschaftssystemen ohne Furcht und Angst voreinander leben könnten.

AM Fischer zeigte sich aufgeschlossen. Er regte an, Vorschläge für Wien entweder über den Ständigen Vertreter in Bonn, Moldt, oder über StS Bräutigam an ihn persönlich heranzutragen. Dies könne in vertraulicher Form geschehen, ohne daß die Dinge vorzeitig in die Öffentlichkeit gerieten. Er wolle gerne hilfreich sein.

b) Amerikanisch-sowjetisches Verhältnis

AM Fischer äußerte sich insgesamt optimistisch, daß nach der Rede von AM Schewardnadse vor den UN[9] Lösungen im bilateralen Verhältnis möglich wür-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1357

verfolgt werden, diese verlassen müssen und in der DDR um Asyl nachsuchen.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1588; Referat 210, Bd. 139255.

Am selben Tag berichtete Bräutigam, der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, habe ihm gegenüber erläutert, es handele sich nicht um eine Vereinbarung, sondern um eine „autonome Regelung der DDR". Die DDR habe überwiegend mit sozialistischen Staaten Visafreiheit vereinbart: „Die jetzt getroffene Regelung gelte nicht für Personen, die in Staaten reisen, mit denen der jeweilige Heimatstaat Visafreiheit vereinbart habe. […] Aus technischen und organisatorischen Gründen könne die heutige Regelung erst ab 1. Oktober 1986 in Kraft gesetzt werden. Bis dahin ausgestellte Transitvisen behielten ihre Gültigkeit, im Regelfall für eine Dauer von drei Monaten." Nier habe ausgeführt, die grundsätzliche Haltung der DDR zum Status von Berlin (West) werde von der Regelung nicht berührt: „Außerdem bleibe der Transitverkehr entsprechend dem Transitabkommen von der Regelung unberührt (d. h., Personen, die im Transitverkehr von und nach Berlin (West) reisen, benötigen nicht ein Visum für ihr Zielland)." Nier habe ferner bestätigt, daß alle Personen in die Regelung einbezogen seien, „unabhängig davon, auf welchen Wegen und mit welchen Fluglinien sie reisen wollten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1590; Referat 210, Bd. 139255.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

9 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 23. September

den. SU-AM habe die Dinge aufgezeigt, um die es gehe. Das Echo von Mitarbeitern und aus dem Kreis der UNO-Mitglieder stimme ihn zuversichtlich. Er gehe davon aus, daß auch BM einen Beitrag zur Behandlung der Probleme leiste, um die es gehe. Er hoffe, daß ein Gipfeltreffen zustande komme. Die Erklärung von Genf (Nov. 85)[10] enthalte alle zu behandelnden Fragen. Allerdings könne eine Veranstaltung nicht zufriedenstellen, bei der sozusagen der Vorhang nur auf- und zugehe. Dies habe sein Gewicht in Genf gehabt. Eine Wiederholung würde eher entmutigen. Deshalb brauche man bei einem neuen Zusammentreffen Ergebnisse. Schewardnadse habe bei seiner Rede vor den VN die Fragen angeschnitten, die im Mittelpunkt stehen müßten.

BM wies auf Vorschläge zu den Mittelstreckenraketen hin, die von beiden Seiten gemacht worden seien. Vorschläge seien zwar nicht deckungsgleich, aber auch nicht gegensätzlich. Es sei möglich, hier zu Ergebnissen zu kommen.

Auch bei den chemischen Waffen gebe es in Genf keine schlechte Entwicklung.

Fischer wiederholte hier DDR-Vorschlag für regionale CW-Vereinbarungen.[11] Auch DDR sei für globale Lösung. Aber man könnte sowohl das eine tun, ohne das andere zu lassen. BM erläuterte Haltung der Bundesregierung, der es auf die weltweite Beseitigung von CW ankomme. Hierfür könnte in den dreiseitigen Gesprächen mit DDR und ČSSR[12] etwas geleistet werden. Dinge würden allerdings noch komplizierter, wenn die Fragen insbesondere der Verifikation regionalisiert würden. Dies sei ein Bereich, der bei einem Gipfeltreffen der Lösung zugeführt werden könnte.[13]

Dies gelte auch für das Verhältnis der Offensiv- zu den Defensivwaffen. Wir seien für die weitere Beachtung des ABM-Vertrages. Ausgangspunkte seien hier gut. USA und SU müßten allerdings noch ein Stück aufeinander zugehen.

BM erläuterte Haltung der Bundesregierung, die konstruktive Entwicklung in den Verhandlungen USA–SU unterstütze. Sie wolle einen Gipfel mit Substanz. Er hoffe, daß hier in New York die Steine aus dem Weg geräumt würden.[14]

AM Fischer meinte, es komme darauf an, wie groß die Steine seien. Bei den aktuellen Problemen zwischen USA und SU (Daniloff[15]) handele es sich wohl eher um Steinchen. Auf die Frage von BM, wie er sich eine Lösung vorstelle, meinte er: Lösung sei ganz einfach; man gebe nur jedem das Seine. Sowjetischer AM

Fortsetzung Fußnote von Seite 1358

1986 in New York vgl. den Artikel „Uns ist die Chance gegeben, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. September 1986, S. 5 f.

10 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

11 Zur Initiative der DDR und der ČSSR zur Schaffung einer chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 30, Anm. 18.
Vgl. dazu ferner den am 21. Mai 1986 übergebenen Vorschlag; Dok. 146, Anm. 28.

12 Zu den Gesprächen über chemische Waffen mit den Delegationen der ČSSR und der DDR bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 248, Anm. 25.

13 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Reyels hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „CW."

14 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

15 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 245, Anm. 16.

habe diese Idee zum Ausdruck gebracht. Jetzt hänge es an der amerikanischen Seite, dem nachzukommen. Sonst gebe es einen Prozeß. Im übrigen glaube er nicht, daß das Problem zwischen den beiden Großmächten so groß sei, daß die ganze Welt hierüber den Atem anhalten müsse.

Im Verhältnis der beiden Großmächte komme es darauf an, daß keine Seite der anderen Überlegenheit gestatte. Die Abrüstung sei eigentlicher Test. Es komme nun darauf an, Rüstungsschraube zurückzudrehen. Dies sei nicht zuletzt auch billiger als die weitere Rüstung. Die hierfür aufgewendeten Mittel müßten da eingesetzt werden, wo Hilfe bitter nötig sei. Jedenfalls sei es ein Irrglaube zu meinen, daß dem anderen die Luft ausgehe. Er wolle eines mit großem Ernst sagen: Gehen Sie davon aus, daß der anderen Seite zutiefst an einer friedlichen Entwicklung gelegen ist – aus welchen Gründen auch immer.

BM erwiderte, daß bei uns niemandem an Überlegenheit gelegen sei. Wir wollten Zusammenarbeit. Dies sei die beste Garantie gegen Überlegenheit. Deshalb glaube er auch, daß in den Wiener Verhandlungen viele Möglichkeiten steckten. Abrüstungsverhandlungen seien nötig. Daneben müßten alle Beteiligten ideenreich neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln und die großen Zukunftsaufgaben anpacken. Er appelliere daran, hierüber gemeinsam nachzudenken, und hoffe auf ein positives Echo.

AM Fischer gab zu bedenken, ob beide deutsche Staaten im Abrüstungsbereich gemeinsame Vorschläge machen könnten. Er denke auch an den UNO-Rahmen. Er bat, den DDR-Vorsitzenden im Ersten Ausschuß[16] bei seiner Arbeit zu unterstützen. BM sagte konstruktive Haltung zu, wann immer Positionen dies erlaubten.

c) Deutsch-deutsche Beziehungen

Auf Frage von AM Fischer nach Einschätzung der beiderseitigen Beziehungen bemerkte BM, daß er nach der Erklärung von Stv. AM Nier gegenüber StS Bräutigam die Entwicklungsmöglichkeiten positiv einschätze. Nun müsse mit Besonnenheit weiter miteinander gesprochen werden. Er gehe davon aus, daß die Erklärung von Herrn Nier nun auch Praxis werde. AM Fischer signalisierte mit einer Handbewegung Zustimmung.

AM Fischer erinnerte daran, daß er mit BM Schäuble vor kurzem in Ost-Berlin ausführlich gesprochen habe.[17] Er wundere sich aber über manche Äußerungen in der Bundesrepublik. Herr Dregger habe behauptet, daß die DDR neue Visastellen im Ausland einrichte. Eine solche Behauptung werde als unehrlich

16 Siegfried Zachmann.

17 Im Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 29. August 1986 führte Bundesminister Schäuble aus, die Asylproblematik „stelle eine zunehmende politische Belastung der Beziehungen dar. […] Wir wüßten, daß die DDR mit ihrem Verhalten nicht gegen geschlossene Vereinbarungen verstoße, glaubten aber, daß dieses Verhalten mit dem Prinzip der guten Nachbarschaft nicht vereinbar sei. […] Wir glaubten, gute Nachbarschaft heiße, daß man diese Menschen nicht durchschleuse, da der Asylantenstrom in Wahrheit kommerziell organisiert sei. Wir könnten diesen Strom nur abwehren, wenn jeder in seinem Bereich versuche, die Menschen nicht durchzuleiten." Mehr als 50 % der Asylbewerber kämen über den Flughafen Schönefeld. Schäuble und Fischer erörterten ferner die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, die Ost-West-Beziehungen, Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die innerdeutschen Beziehungen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1986.

empfunden und vergifte die Atmosphäre. Es gebe auch andere Dinge, die keine gute Wirkung entfalteten.

BM unterstrich, daß bei uns niemand die Beziehungen belasten wolle. Dies gelte insbesondere auch für Herrn Dregger.

AM Fischer bat, dafür Sorge zu tragen, daß im bilateralen Verhältnis keine Emotionen geweckt werden. Er halte es für schädlich, daß zum Beispiel in öffentlichen Erklärungen Abschluß eines Umweltabkommens[18] mit der Asylfrage verbunden werde. Ein solches Abkommen sei kein Geschenk einer Seite an die andere. Beide profitierten hiervon.

BM erinnerte daran, daß nach seinem Besuch in Moskau[19], nach dem Abschluß der Stockholmer Konferenz und im Vorfeld der Wiener Folgekonferenz die Perspektiven für die Zusammenarbeit gut seien.

Es habe sich bewährt, daß auch in schwieriger Zeit die Bundesrepublik Deutschland und die DDR kühlen Kopf bewahrt hätten. Jetzt sei es möglich, in Wien Perspektiven zu entwickeln. AM Fischer stimmte dem nachdrücklich zu und meinte, auch die DDR wolle dies.

4) In einem Vier-Augen-Gespräch nach dem Essen sprach BM verschiedene Menschenrechtsfälle an. LMB übergab am Rande eine Härtefall-Liste an Frau Bertsch-Herzog.

[gez.] Jansen

VS-Bd. 11440 (221)

18 Referat 210 erläuterte am 26. August 1986, in den Verhandlungen mit der DDR über ein Umweltweltschutzabkommen sei bezüglich der Fachfragen der Abkommenstext „weitgehend fertiggestellt". Offen sei dagegen noch die Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik „an der Durchführung konkreter Projekte zur Luftreinhaltung in der DDR. Bei der DDR besteht die Erwartung eines finanziellen Engagements unsererseits." Ferner bedürften noch Berlin-Fragen einer Klärung, so etwa die Frage eines „Bundesdachs für spätere Abmachungen der DDR-Regierung mit dem Berliner Senat", ferner die Berlin-Klausel, die Ausgestaltung der Arbeitsprogramme („praktische Einbeziehung der Angehörigen von Berliner Bundesinstitutionen") sowie die Einreisemodalitäten von Teilnehmern aus Berlin (West). Zu klären sei außerdem „die Frage einer geeigneten Verknüpfung des Umweltschutzabkommens mit der Vereinbarung zur Reduzierung der Salzbelastung (etc.) der Werra." Vgl. Referat 210, Bd. 139246.
Nach einer weiteren Verhandlungsrunde vom 9. bis 11. September 1986 teilte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 11. September 1986 mit, es sei die Absicht beider Seiten deutlich geworden, „möglichst bald zur Unterzeichnung der Vereinbarung zu kommen. […] Die nächste Runde soll im Oktober 1986 in Berlin (Ost) stattfinden. Sofern möglich, soll die Vereinbarung dann paraphierungsreif gemacht werden. […] Beide Seiten bemühen sich, die ausstehenden Klärungen schnellstmöglichst herbeizuführen. Es wurde verabredet, zur Beschleunigung des Verfahrens die Ergebnisse über die Ständige Vertretung in Berlin (Ost) auszutauschen, um die Verhandlungen möglichst in der nächsten Runde abschließen zu können." Vgl. Referat 210, Bd. 139246.

19 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

259

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-5484/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. September 1986, 09.08 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1896 **Ankunft: 25. September 1986, 17.15 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch BM–AM Shultz am 24.9.86 in New York[2]

Zur Unterrichtung

BM traf am 24.9. mit AM Shultz in New York zu einem Arbeitsfrühstück zusammen. Das Gespräch fand in sehr entspannter Atmosphäre statt. AM Shultz war gelockert und gutgelaunt.

Shultz war begleitet von Undersecretary Armacost, VN-Botschafter Walters, Assistant Secretary Ridgway, Botschafter Burt, State Department-Sprecher Kalb und Direktor Central Europe, Gilmore. Auf deutscher Seite nahmen teil: Botschafter van Well, D 2[3], D 2 A[4], Leiter MB[5], RL 013[6], RL 204[7].

Aus dem Gespräch, das im wesentlichen Ost-West-Fragen (amerikanisch-sowjetische Beziehungen einschließlich Daniloff-Affäre und bilaterale sowie multilaterale Rüstungskontrollverhandlungen) sowie Südafrika und bilaterale Fragen (D 2-Weltraumprogramm, Zusatzabkommen zum Auslieferungsvertrag, deutsch-amerikanisches Jugendwerk) betraf, ist festzuhalten:

1) Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

Shultz berichtete, daß Reagan entschlossen sei, den Daniloff-Fall[8] mit fester Hand durchzustehen, aber nicht mit den anderen laufenden Gesprächen zu vermischen. Die SU habe sich bei Daniloff festgezurrt. Schewardnadse, mit dem er (Shultz) im kleinen Kreis den Fall behandele, sei ebenfalls an einer baldigen Lösung interessiert. Die persönlichen Beziehungen zu ihm seien gut. Er (Shultz) bemühe sich bewußt darum, sie erleichterten das Gespräch. Noch sei nicht klar, wie der Fall gelöst werden könnte. Dies müsse aber geschehen, ehe von einem Gipfel gesprochen werden könne. Beide Seiten seien in einem intensiven Dialog. Shultz bedankte sich für unser Angebot, behilflich zu sein, ohne gegenwärtig darauf einzugehen.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 26. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 26. September 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Friedrich Ruth.

5 Michael Jansen.

6 Jürgen Chrobog.

7 Gebhardt von Moltke.

8 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 245, Anm. 16.

Auf Frage von BM, ob es sich bei Daniloff um eine Frage des Prestiges oder um Machtfrage handele, antwortete Shultz, daß Prestige sicher ein Teil sei. Die SU habe einen schweren Fehler gemacht, einen Journalisten festzunehmen. Jeder aggressive Reporter sei im übrigen in Moskau in Gefahr, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Substantielle Vorwürfe könnten Daniloff nicht gemacht werden. Seine Festnahme sei eine direkte Verletzung des Helsinki-Abkommens.[9]

Shultz gab sich auf Frage von BM zuversichtlich, daß – wenn der Daniloff-Fall bald gelöst ist – ein Gipfeltreffen Ende 86/Anfang 87 stattfinden könne. Er schloß als Zeitraum November/Dezember 86 nicht aus, wies aber auf die umfangreichen dafür notwendigen Vorbereitungen hin. Er sah Möglichkeiten für Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle und evtl. sogar der Menschenrechte, weniger dagegen bei den Regionalkonflikten.

Auf Frage von BM nach der Bewertung der Interessen der SU führte Shultz aus, daß er über den allgemeinen Grad der Unklarheit über die Bedeutung der inneren Vorgänge im sowjetischen System überrascht sei und sich deshalb nicht an den verbreiteten Spekulationen beteiligen wolle. Er halte es für falsch, die sowjetischen Probleme analysieren und unsere Position darauf aufbauen zu wollen. Richtiger wäre es, zu fragen, was unsere Interessen seien und wie die SU am Verhandlungstisch darauf eingehe. Manche sagten, die Sowjets brauchten unbedingt die Verständigung mit dem Westen, da die sowjetische Wirtschaft im Verfall begriffen sei. Er sei da skeptisch; die sowjetische Wirtschaft wachse. Er glaube allerdings, daß das sowjetische System unfähig sei, sich auf moderne Entwicklungen, besonders das Informationszeitalter, einzustellen. Deshalb werde Moskau längerfristig in große Schwierigkeiten kommen.

2) Rüstungskontrolle

Shultz führte aus, daß es im Bereich der Rüstungskontrolle einige Ansätze für Fortschritte gäbe, und sah für den Fall eines Gipfeltreffens innerhalb der nächsten sechs Monate gute Chancen für Vereinbarungen über nukleare Nichtverbreitung (99:100), Risk Reduction Centers (8:10 oder höher), INF (6 bis 7:10) und Nichtverbreitung chemischer Waffen (6:10). Bei der Einbeziehung der Kurzstreckenwaffen in INF gäbe es Probleme. Die SU habe auf amerikanische Vorschläge hierzu bisher nicht geantwortet. Problematisch sei auch die Verifikationsfrage.

BM begrüßte die Fortschritte, besonders auch bei INF. Er wies darauf hin, daß hinsichtlich verbleibender Mittelstreckenraketen im Westen keine unterschiedliche Verteilung erfolgen und es keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland geben dürfe. Beim Waffenmix (Pershing II/Cruise Missiles) müsse der Unterschied in der Zahl der Sprengköpfe berücksichtigt werden. Bei den Kurzstreckenwaffen sehe er, wenn auch nicht in der ersten Phase, eine Chance, zu Ergebnissen zu kommen. Zum Waffenmix sagte Shultz, darüber werde man mit der SU verhandeln.

Shultz wies auf die Bedeutung des Problems der Vertragsdauer eines INF-Interim-Abkommens hin. Es müsse sichergestellt werden, daß ein INF-Abkommen solange gelte, bis es durch ein neues abgelöst werde. Auch für die Vereinigten

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Staaten sei es wichtig, eine Fortsetzung der Reduzierungen zu vereinbaren. Dabei würden auch SRINF eine Rolle spielen. Nach westlicher Verhandlungsposition sollten sie in einem Interim-Abkommen zunächst eingefroren werden.

Auf Frage BMs, ob Shultz eine Möglichkeit für die Überbrückung der unterschiedlichen Zeitvorstellungen hinsichtlich einer Verlängerung des ABM-Vertrages sehe, gab sich Shultz zurückhaltend und meinte, daß es komplex sei, den Vorschlag des Präsidenten[10] zu verändern, weil man nicht wisse, welche Ergebnisse die Forschung zeitigen werde. Außerdem laufe man Gefahr, denen, die daran arbeiteten, den Ansporn zu nehmen.

Zu START führte Shultz aus, daß hier eine Möglichkeit bestehe, zu radikalen Reduzierungen in der Größenordnung von 50 oder 30 Prozent zu kommen. Damit zeichne sich ein wesentlicher Fortschritt gegenüber früheren Bemühungen ab, die sich nur mit der Begrenzung des Aufwuchses befaßt hätten. Bei dem Verhältnis Offensiv-/Defensivwaffen seien die Positionen weit auseinander. Zu dieser Frage wie auch zu INF habe sich der von Schewardnadse in Washington übergebene Brief Gorbatschows[11] geäußert. Die schwierige Diskussion über diese zentrale Frage beginne erst.

3) Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

BM und Shultz begrüßten das Ergebnis von Stockholm[12], das durch die feste Haltung des Westens erreicht worden ist und die Ost-West-Beziehungen verbessert habe.

BM führte aus, die N+N-Staaten hätten in Stockholm eine wichtige Rolle gespielt. Es gelte, auch im weiteren Prozeß ihre Hilfe, die ganz in unserem Sinne sei, zu nutzen. Ehe die SU sich festgelegt habe, müßten wir uns jetzt Gedanken darüber machen, wie der KVAE-Prozeß fortgesetzt werden solle. Die von Shultz erwähnten, von Schewardnadse vorgetragenen drei Modelle[13] ließen erkennen, daß die SU noch nicht festgelegt sei. Auch wir seien noch in der internen Diskussion, und unsere Haltung sei im Bundessicherheitsrat noch nicht festgelegt. Eine Erweiterung von MBFR erscheine uns nicht hilfreich. Man könne z. B. daran denken, im Rahmen der KSZE eine Mischung aus zwei Foren zu finden, die es den N+N erlaube, beteiligt zu werden. In erster Linie seien die beiden Bündnissysteme betroffen, und zwischen ihnen müßten auch die Verhandlungen geführt werden. Die N+N (wie z. B. Schweden, Finnland, Österreich) wären enttäuscht, wenn sie ausgeschlossen würden. Durch eine bloße Fortsetzung der KVAE-Struktur würde ihnen zuviel Einfluß und Mitspracherecht in Rüstungsbegrenzungsfragen gegeben, weshalb ein Zwischenweg gewählt werden müsse. Wichtig sei es auch, darauf zu achten, daß der SU nicht durch eine zu starke Konzentration nur auf die Bündnisse ein Instrument an die Hand gegeben würde, mit dem sie die Osteuropäer unter Druck setzen könnten.

10 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 25. Juli 1986; DEAR MR. PRESIDENT, S. 92 f.

11 Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. September 1986 an Präsident Reagan vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 97–101.

12 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

13 Vgl. dazu die Äußerungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse gegenüber dem amerikanischen Außenminister Shultz am 19./20. September 1986; Dok. 256.

[14]Shultz stimmte zu, daß dieser Frage der weiteren Organisation große Bedeutung zukommt. Die amerikanische Haltung sei noch nicht erörtert worden. Im Mittelpunkt der künftigen Verhandlungen müßten die Bündnissysteme stehen. Die N+N dürften kein Vetorecht erhalten (Malta). Wenn man sie einbezöge, würden sie das Gefühl haben, eine Position beziehen zu müssen. Dies könnte die Festlegung der westlichen Linie erschweren. Der Vorteil einer KVAE II wäre andererseits, daß Frankreich keine Probleme habe, mitzuarbeiten. Deshalb solle man erst einmal die französischen Vorstellungen hören. Vielleicht wäre eine örtliche Trennung der Verhandlungsforen (z. B. Wien und Helsinki) nach Bündnissen und Kreis der 35 sinnvoll.

D2A berichtete von der Ad-referendum-Abstimmung der Fünf[15] in der HLTF vom 23.9.[16], in der Frankreich dem Vorschlag zugestimmt habe, daß im Rahmen der KSZE in zwei Foren die Bündnisse über Rüstungsbegrenzung und die 35 über vertrauensbildende Maßnahmen verhandeln. Auf Frage von Ridgway, ob Frankreich dabei mit einer Ausarbeitung der Mandate im NATO-Rahmen in Brüssel einverstanden gewesen sei, sagte D2A, daß das KVAE-Muster weiter gelten solle. Burt unterstütze Ridgway hinsichtlich Festlegung der Verhandlungslinien in Brüssel.

Hinsichtlich MBFR sah Shultz keine sich abzeichnenden Fortschritte, stimmte aber mit BM überein, daß der Druck auf die SU nicht nachlassen dürfe.

4) Südafrika

Shultz führte aus, daß der Präsident die vom Kongreß verabschiedeten Maßnahmen für ungut halte.[17] Sie gingen viel weiter als das, was die EG je erwogen hatte (ab sofort keine Landerechte, keine Hilfe, keine Waffenlieferungen (während Europa weiterhin viele Waffen liefere)). Es sei schwer zu sagen, ob eine

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1897 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

15 Botschafter Ruth gab folgende Erläuterung: „Vor jeder HLTF-Sitzung treffen sich – wenn möglich – die Vertreter von D, UK, USA, F und I, um die Substanz des Verfahrens für die folgende HLTF-Sitzung vorzubereiten. Diese Sitzungen sind streng vertraulich. Ein Bekanntwerden der Regelmäßigkeit der Sitzungen würde zu Verstimmungen im Gesamtkreis führen. Andererseits hat es sich als unverzichtbar erwiesen, die Arbeit der HLTF vorzubesprechen." Vgl. die undatierte und nicht unterzeichnete Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 6. November 1986; VS-Bd. 11537 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

16 Botschafter Ruth notierte am 2. Oktober 1986: „Im Fünfer-Kreis haben sich die HLTF-Vertreter am 23.9. auf fünf Punkte einer gemeinsamen Bündnisposition zur konventionellen Rüstungskontrolle auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen ad referendum geeinigt: Diskussion in Wien über Sicherheit, zusammen mit anderen KSZE-Materien; Bewertung des KVAE-Ergebnisses, zusammen mit Bewertung anderer KSZE-Folgeveranstaltungen; in diesem Zusammenhang Diskussion über Folgen von Stockholm; in diesem Zusammenhang Bereitschaft der Allianz, ein Mandat für weitere Rüstungskontroll-Verhandlungen in Europa zu verhandeln; Bestätigung des Erfordernisses enger Allianz-Konsultationen sowohl in Brüssel wie in Wien; Einverständnis, daß ein Mandat Teil eines ausgewogenen Ergebnisses des Folgetreffens sein müßte. […] Bis auf Frankreich sind sich die übrigen Bündnispartner einig, daß über Reduzierungen nur zwischen den Bündnissen verhandelt werden kann. Die wichtigsten Gründe dafür sind: Notwendigkeit der Gegenüberstellung der Bündnispotentiale in Europa; Vermeidung individueller Verpflichtungen der europäischen Staaten gegenüber dem Osten (daher bei MBFR Kollektivität); Erfordernis wirksamer Bündnis-Abstimmung. Frankreich hält dagegen seine alten Bedenken gegen Block-zu-Block-Verhandlungen aufrecht. Es ist […] höchstens bereit, sich gegen Verhandlungen zwischen den Bündnissen dann nicht zu sperren, wenn sie sich informell im 35-Rahmen entwickelten." Vgl. VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

17 Zum Veto des Präsidenten Reagan vom 26. September 1986 gegen Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 257, Anm. 7.

effektive Strategie gegen die Gesetzesvorlage gefunden werden könne. Er selbst werde voraussichtlich im Oktober (vor BK-Besuch[18]) eine Afrika-Reise unternehmen. Er wolle dabei nur den amerikanischen Standpunkt vertreten, erwarte aber keine Antworten oder Veränderungen in der südafrikanischen Position. Er wolle der Regierung deutlich machen, daß wir ihr nur helfen wollten, einen Weg aus dem Problem zu finden. Angesichts der Erfahrungen von Howe[19] erwarte er nichts.

BM entgegnete, daß neben Sanktionen jetzt auch politische Aktion erforderlich sei. Die Zwölf wollten bei dem Zustandebringen des nationalen Dialogs behilflich sein. Wir müßten wenigstens versuchen, hierfür ein hilfreiches Klima zu schaffen. Dazu seien u. a. die Aufhebung des ANC-Verbotes und die Freilassung Mandelas erforderlich. Ein gemeinsames Vorgehen der westlichen Länder sei wichtig. Für SA gebe es keinen anderen Weg.

Shultz sah auch bei einem gemeinsamen Vorgehen wenig Aussicht auf Erfolg, unterstrich aber die Notwendigkeit, weiter Druck auszuüben.

5) Bilaterale Fragen

a) D 2-Weltraumprogramm[20]

Botschafter van Well wies auf die Probleme hin, die das neue amerikanische Space-Shuttle-Programm[21] für unsere D 2-Mission mit sich bringe. Wir seien dadurch in unserer Terminplanung weit zurückgeworfen. Wenn die für uns sehr wichtigen und sehr teuren Vorbereitungen umgesetzt werden sollten, müßten wir spätestens Ende 1990/Anfang 91 in die Flugplanung einbezogen werden. Die Fragen seien bisher leider nur auf sehr technischer Ebene behandelt wor-

18 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

19 Der britische Außenminister Howe führte vom 9. bis 11. Juli 1986 Gespräche in Mosambik, Sambia und Simbabwe. Er reiste vom 23. bis 26. Juli 1986 nach Südafrika, Sambia, Botsuana und Lesotho und vom 27. bis 29. Juli 1986 erneut nach Südafrika.

20 Zur geplanten D 2-Mission vgl. Dok. 24, Anm. 10.

21 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 23. September 1986 über Äußerungen des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Michaud, gegenüber der Botschaft der Bundesrepublik zur Zusammenarbeit im Weltraum: „Das Shuttle-Manifest, in dem auch der D 2-Starttermin festgelegt wird, soll nach Michaud voraussichtlich noch in dieser Woche verabschiedet werden. Zur Zeit wird offensichtlich immer noch um die endgültige Reihenfolge der konkurrierenden Missionen gerungen. State Department habe sich auf Arbeitsebene mit Nachdruck für eine prioritäre Behandlung von D 2 sowie der japanischen und indischen Shuttle-Missionen eingesetzt. Michaud ließ aber zugleich erkennen, daß dies nicht ausreiche, die deutschen Wünsche für einen D 2-Starttermin spätestens Anfang 1991 durchzusetzen, und machte klar, daß nur noch eine Intervention auf höchster politischer Ebene das Blatt wenden könne. Wenn das vom Präsidenten genehmigte Manifest erst einmal öffentlich vorliege, seien die Chancen nachträglicher Korrekturen zu unseren Gunsten angesichts des massiven Drucks der übrigen interessierten Gruppen sehr gering.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4016; Referat 431, Bd. 142051.
Am 24. September 1986 regte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner gegenüber der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York an, Bundesminister Genscher möge das Thema gegenüber dem amerikanischen Außenminister Shultz ansprechen und darauf hinweisen: „Eine Durchführung der D 2-Mission 1990 – äußerstenfalls Anfang 1991 – ist aus technischen Gründen zur Vorbereitung des gemeinsamen Raumstationsprogramms (USA–ESA–JAN–KAN) unbedingt erforderlich. Wir haben Verständnis für die durch den tragischen Unfall des Shuttles Challenger entstandenen Probleme. Eine von den USA ohne Konsultation mit den europäischen Partnern festgesetzte Verschiebung der D 2-Mission auf einen Termin nach 1990 wäre – auch in der deutschen Öffentlichkeit – dem Gedanken der transatlantischen Zusammenarbeit bei künftigen Weltraumprojekten wie dem gemeinsamen Bau der Raumstation abträglich.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 142051.

den. Er habe deshalb jetzt die Absicht, Assistant Secretary Schneider aufzusuchen, und bäte auch um Unterstützung von Shultz. Shultz regte an, die Frage nicht nur mit Schneider, sondern auch mit John Negroponte aufzunehmen.[22]

b) Zusatzabkommen zum Auslieferungsvertrag[23]

BM schlug vor, das Zusatzabkommen am Rande des BK-Besuchs in Washington zu unterzeichnen. Dadurch würde es mehr Aufmerksamkeit erhalten als hier in New York, wo es ursprünglich unterzeichnet werden sollte. Shultz stimmte dem zu und meinte, daß dadurch der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus unterstrichen werden könnte.[24]

c) Deutsch-amerikanisches Jugendwerk

BM führte aus, daß der Austausch zwischen den jüngeren Generationen nicht mehr so dicht wie in den ersten Jahren sei. Er rege deshalb an, sich über ein deutsch-amerikanisches Jugendwerk zu verständigen. Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland habe man damit große Erfolge erzielt. Es wäre gut, wenn bei dem BK-Besuch eine derartige Initiative bekanntgegeben werden könnte. Shultz nahm die Anregung positiv auf und beauftragte Ass.Sec.[25] Ridgway, mit uns die Möglichkeiten eines Jugendwerkes zu klären. Er unterstrich, daß finanzielle Mittel dafür allerdings nicht zur Verfügung stünden.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 11318 (220)

22 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 26. September 1986 mit, Botschafter van Well habe den Starttermin der D 2-Mission mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Negroponte, erörtert: „Negroponte hat sich in einem Gespräch mit NASA-Administrator Fletcher nachhaltig für unsere Interessen eingesetzt, uns als Ergebnis jedoch keinen früheren Termin als März 1992 mitteilen können." Dieser Termin sei außerdem einer Delegation des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und der DFVLR von der NASA mitgeteilt worden: „NASA versuchte im Gespräch Verständnis dafür zu wecken, daß technische Beschränkungen, vorgegebene Anforderungen bezüglich militärischer Missionen und das Gebot einer Gleichbehandlung der bereits kontraktierten Spacelab-Missionen keinen früheren Termin zulassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4085/4086; Referat 431, Bd. 142051.
In einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 1. Oktober 1986 legte Bundesminister Riesenhuber dar, „daß und aus welchen Gründen eine Verschiebung des ursprünglich für 1988 vorgesehenen Shuttle-Spacelab-Start mit der D 2-Mission über das erste Halbjahr 1990 hinaus – und gar bis zum jetzt von NASA ins Auge gefaßten Termin erst im März 1992 – zu großen Schwierigkeiten für das deutsche (und europäischen) Weltraumprogramm führen würde". Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom selben Tag; Referat 431, Bd. 142051.
Am 3. Oktober 1986 berichtete van Well, die NASA habe am selben Tag das „Shuttle-Manifest", das die Startfolge der vorgesehenen Missionen nach Wiederaufnahme der Shuttle-Flüge am 18. Februar 1988 festlege, vorgestellt: „Als Starttermin für die deutsche D 2-Mission ist das dritte Quartal 1991 vorgesehen." Van Well führte dazu aus, der Termin bleibe zwar „hinter der deutschen Zielvorstellung zurück, stellt jedoch eine deutliche Verbesserung gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Termin dar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4217; Referat 431, Bd. 142051.

23 Für den Wortlaut des Auslieferungsvertrags vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik und den USA und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 647–660.

24 Der Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik und den USA wurde am 21. Oktober 1986 in Washington unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1087 f.

25 Assistant Secretary.

260

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in New York

25. September 1986[1]

Treffen der vier Außenminister in New York am 25.9.86[2]

I. Traditionelles Essen der vier Außenminister am Rande der GV fand im Rahmen eines Abendessens statt, zu dem wie üblich AM Shultz eingeladen hatte.

Übrige Teilnehmer: Politische Direktoren[3] sowie je ein Note-taker. Auf deutscher Seite D 2 und LMB[4].

Es wurden folgende Themen behandelt:

– Südafrika;

– Abrüstung,
insbesondere Forum für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung;

– Polen.

II. 1) Südafrika

AM *Shultz* führte Gespräch mit allgemeinen Betrachtungen über regionale Kooperationsformen ein, die man bei GV besonders gut beobachten könne. *Minister* waren sich einig, daß regionale Kooperation unterstützt werden müsse, um Entwicklungschancen der Länder der Dritten Welt zu erhöhen.

BM warf die Frage auf, was man tun könne, um die politische Situation in Südafrika zu beeinflussen, um die Entwicklung dort in eine vernünftige Richtung zu lenken. Notwendig sei, daß es endlich zu einem nationalen Dialog komme, daß die politischen Gefangenen freigelassen und daß die Bannung des ANC aufgehoben werde. Er stelle sich vor, daß, wenn irgendeine Gruppe Einfluß auf die Entwicklung in Südafrika nehmen könne, es die Gruppe der vier Staaten sei, die sie als Außenminister repräsentierten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 29. September 1986 gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Sudhoff vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Sulimma am 3. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nöldeke verfügte.
Hat Nöldeke am 6. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hiller und Legationsrat I. Klasse Gühlcke verfügte und handschriftlich vermerkte: „Zum Vorgang Politische Initiative.“
Hat Hiller vorgelegen.
Hat Gühlcke am 7. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf.

3 Gerold Edler von Braunmühl (Bundesrepublik), Jean Noiville (Frankreich), Rozanne L. Ridgway (USA) und Derek Thomas (Großbritannien).

4 Michael Jansen.

AM *Howe* warnte vor der Gefahr, sich als Gruppe durch Präsident Botha mißbrauchen zu lassen. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß jeder Vorschlag der Vier das Mißtrauen der Schwarzen errege, weil die Vier als Gegner von Sanktionen gelten würden. Der südafrikanischen Regierung müsse klargemacht werden, daß sie für ihren Weg keine Sympathie und Unterstützung erwarten könne. Die Gegnerschaft gegenüber Sanktionen dürfe jedenfalls nicht als Unterstützung für die südafrikanische Regierung gewertet werden. Deshalb müßten einflußreiche Personen innerhalb und nahe der Regierung mobilisiert werden.

BM meinte, Botha werde es darauf ankommen, mit den Vier an einen Tisch zu kommen und mit ihnen zu sprechen. Dies alleine könne nicht das Ziel westlicher Politik sein. Vielmehr komme es darauf an, den Dialog in Südafrika herbeizuführen. Die Frage sei, ob und wie dies gelingen könne. Er denke an ein Vorgehen, wie es z. B. Großbritannien getan habe im Falle Simbabwe mit der Lancaster-House-Konferenz[5]. Nur durch Sanktionen alleine werde nichts bewirkt. Entscheidend sei es, den Dialog anzuregen. Deshalb lege er so großen Wert auf die Forderung, die politischen Gefangenen freizulassen.

AM *Howe* wies auf die andersgeartete Ausgangslage bei der Lancaster-House-Konferenz hin. Simbabwe sei damals auch verfassungsrechtlicher Teil des Commonwealth gewesen. Dies habe für die Verhandlungen eine ganz andere Ausgangslage geboten.

Das besondere Problem Präsident Bothas sei, daß er die Außenwelt nicht selbst erleben könne, wie z. B. Buthelezi, der viel reise, sondern im Grunde als Gefangener im eigenen Lande bleiben müsse.

AM Howe meinte, er verstehe, in welche Richtung BM gehen wolle; allerdings müsse man aufpassen, nicht in Initiativen zu stolpern, die fruchtlos endeten.

AM *Shultz* berichtete über seine für Oktober vorgesehene Südafrika-Reise. Südafrikaner wünschten ein Gespräch zwischen ihm und Präsident Botha. Er wolle aber vorher wissen, welches Ergebnis ein solches Gespräch habe. Nach Auffassung seiner Regierung könne der Status quo in Südafrika nicht andauern, aber wie und wann er geändert werden könne und welche Alternativen sich böten, sehe er nicht.

AM *Howe* unterstrich die Notwendigkeit, Präsident Botha selbst zu beeinflussen. Einflußreiche Südafrikaner hätten ihm gesagt, es komme darauf an, den Präsidenten selbst zu beeinflussen, obwohl es kaum möglich sei.

5 Vom 10. September bis 15. Dezember 1979 fand im Lancaster House in London die Verfassungskonferenz für den Übergang Simbabwes/Rhodesiens zur Unabhängigkeit statt. Am 21. Dezember 1979 unterzeichneten der britische Außenminister Lord Carrington, der britische Lordsiegelbewahrer Gilmour, der Ministerpräsident von Simbabwe/Rhodesien, Muzorewa, sein Stellvertreter Mundawarara, der Vorsitzende der „Zimbabwe African National Union" (ZANU), Mugabe, und der Vorsitzende der „Zimbabwe African Peoples Union" (ZAPU), Nkomo, ein Abkommen (Lancaster-House-Abkommen). Dieses enthielt eine Zusammenfassung der Unabhängigkeitsverfassung, Regelungen für die Übergangszeit vor der Unabhängigkeit sowie ein von den Bürgerkriegsparteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).
Gemäß den Bestimmungen des Lancaster House-Abkommens wurde ein britischer Gouverneur eingesetzt, der für den 14. Februar bzw. vom 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen ansetzte, aus denen die ZANU unter Mugabe als Sieger hervorging. Am 18. April 1980 entließ Großbritannien Simbabwe formell in die Unabhängigkeit. Am selben Tag nahmen die Bundesrepublik und Simbabwe diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 101.

AM Howe unterstützte nachdrücklich die Forderung von BM nach Führung des nationalen Dialogs. Bei seinem letzten Gespräch mit dem Führer des ANC, Oliver Tambo[6], habe er diesen als sensitiven und intelligenten Mann und als wirklichen afrikanischen Nationalisten kennengelernt. Er habe ihm den Eindruck vermittelt, daß er nur zögerlich zu Mitteln der Gewalt greife. Zusammen mit Mandela sei er die Persönlichkeit, die die schwarze Mehrheit führen könnte.

BM schilderte Präsident Botha als Opfer seiner eigenen Propaganda. Dennoch müsse der Versuch unternommen werden, den nationalen Dialog zustande zu bringen.

2) Abrüstung – Forum für konventionelle Abrüstungsverhandlungen

AM *Shultz* warf die Frage auf, welches das richtige Forum für Fragen der konventionellen Abrüstung sei. In dieser Frage erbitte er den Rat der Kollegen. Hierzu gebe es in Washington noch keine endgültige Entscheidung. Positionen nähmen aber langsam Gestalt an. Festlegungen seien bisher nicht getroffen; wenn dies geschehe, ohne daß man sich im Bündnis abgestimmt habe, könnte hieraus ein Problem werden. Was den Kreis der 35 angehe, so empfinde er allerdings die Möglichkeit, daß Malta wesentliche Fragen mitentscheide, als geradezu lächerlich.

AM *Raimond* wies darauf hin, daß die Konferenz von Stockholm eine französische Idee gewesen sei.[7] Sie habe sich als keine schlechte Idee herausgestellt, denn man habe auch im Kreise der 35 ein Ergebnis erreicht, das sich sehen lassen könne.[8] Es handele sich hierbei zwar um ein Teilergebnis, da es wirkliche Abrüstungsschritte noch nicht vorsehe; andererseits sei es aber bedeutsam, weil es das sowjetische Territorium selbst betreffe und die Inspektionsidee in die Wirklichkeit umsetze. Zu diesem Ergebnis sei man gekommen, weil es sowohl unter den Staaten des Westens aber auch mit der SU seit Juli einen guten Abstimmungsprozeß gegeben habe. Deshalb sei ein Ergebnis erreicht worden.

Die Zusammensetzung der Konferenz aus 35 Staaten habe die Allianz nicht gestört. Deshalb spreche er sich für eine zweite Phase aus, die im 35er Rahmen weitergeführt werden sollte. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sehe er im Rahmen der 35 keine größeren Hindernisse. Er sehe vielmehr einen großen Vorteil, daß diese Thematik im Drei-Körbe-System des KSZE-Prozesses behandelt werde. Für die SU stünden beim KSZE-Prozeß die Fragen der Sicherheit im Vordergrund, daneben habe sie ein gewisses Interesse an wirtschaftlichen Fragen, aber weniger an den Menschenrechten. Einen anderen Rahmen zu wählen, bedeute demzufolge, daß man der KSZE ihre Substanz nehme. Darüber hinaus biete der 35er Rahmen auch die Möglichkeit, Druck auf die SU auszuüben. Deshalb würde seine Regierung eine zweite Phase der Stockholmer Konferenz begrüßen. Hierüber müßte formell die Wiener Nachfolgekonferenz entscheiden.

6 Der britische Außenminister Howe und der Vorsitzende des ANC, Tambo, trafen am 20. September 1986 in Chevening zusammen.

7 Zum französischen Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 179, Anm. 11.

8 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

BM unterstützte französische Überlegungen. Er sei dafür, zunächst der Folgekonferenz in Wien zu berichten und dort ein Mandat zu erarbeiten. Er denke an eine Formel, in der Allianz als Gruppe zusammenbleibe und gleichzeitig guter Nutzen gezogen werde aus der Mitarbeit der N+N-Staaten. Die Erfahrung zeige, daß ihre Mitarbeit wertvoll sei und sie den Westen in allen Substanzfragen letztlich unterstützen. Deshalb plädiere er dafür, den Rahmen der 35 zu behalten. Wichtig sei auch, daß die SU im 35er Rahmen weniger Druck auf ihre eigenen Alliierten ausüben könne. Zu der Rolle Maltas müsse festgestellt werden, daß sie in der Tat in Madrid bei der zweiten Folgekonferenz[9] schlecht gewesen sei; in Stockholm habe Malta sich aber nicht destruktiv verhalten. Die Bundesregierung habe im übrigen in der Frage des Forums noch keine endgültige Position. Der Vorteil des 35er Rahmens sei aber unübersehbar.

AM *Howe* stimmte Überlegungen von AM Raimond und BM zu. Der Nachteil des Allianzrahmens bei MBFR sei, daß F nicht teilnehme. Den KVAE-Kreis betrachte er als ideal; obwohl er auch an MBFR festhalten wolle, um hier den westlichen Druck auf die SU aufrechtzuerhalten. Auch er sei dafür, den Kreis der 35 zusammenzuhalten. Dabei komme es darauf an, daß in diesem Rahmen die Allianzpositionen zusammenblieben. Die KVAE habe gezeigt, daß dies ohne weiteres möglich sei. Hierbei messe er der Haltung der Vier allergrößte Bedeutung zu.

AM *Shultz* äußerte größte Bedenken gegen den 35er Kreis. Dies könne zu einem Rückzug der USA aus dem KSZE-Rahmen führen. Er finde beispielsweise die Mitbestimmung der Truppenstärken durch Malta völlig inakzeptabel. Er bitte, diese Bedenken ernst zu nehmen, denn andere in Washington, die er überzeugen müsse, hätten ganz andere Vorbehalte.

AM *Howe* warf ein, daß bei einem guten Allianzmanagement dieses Problem überwindbar scheine.

BM stellte auf die Erfahrungen von Stockholm ab. Die Hauptentscheidungen seien durch die Allianz getroffen und auch durchgesetzt worden. Es sei nicht nötig gewesen, andere Teilnehmer auszuschließen.

AM *Raimond* hielt die Malta-Frage für übertrieben. Es könne nicht die Rede davon sein, daß andere Staaten sich Malta unterworfen hätten. Andererseits hätten aber die osteuropäischen Staaten auch eine wichtige Rolle gespielt. All dies hätte zu einem Ausgleich und letztendlich zu dem Zustandekommen des Kompromißergebnisses geführt.

AM *Shultz* befürchtete, daß in Washington jetzt bald Festlegungen erfolgten, bei denen die Europäer keine Rolle spielten.

Zu Malta sei seine Haltung klar. Wer keinen Beitrag leiste für die Verteidigungslasten, dürfe auch keine Hauptrolle spielen. Eine solche Rolle könne nur den Allianzen zugebilligt werden, um deren Sicherheitsinteressen es gehe. Er wiederholte, daß andere hierbei keine Hauptrolle spielen dürfen. Er sehe durchaus die Rolle der N+N-Staaten; die grundsätzlichen Dinge müßten aber von den Allianzen entschieden werden. Wenn man sich von Malta abhängig mache, dann sei man verloren. In diese Situation wolle er sich nicht begeben.

9 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

AM *Howe* warnte davor, doktrinäre Positionen einzunehmen. Bei der Frage der konventionellen Abrüstung gehe er vom Beschluß von Halifax[10] aus. Von dieser Allianzposition aus sollte man zu Vorgaben kommen, mit denen eine gemeinsame Position für Wien erarbeitet werden könne. Wer Rüstungskontrolle wolle und die Bedeutung der mittleren Front in Europa sehe, könne keinen anderen Rahmen präsentieren als den der 35, da MBFR ohne F auskommen müsse. Deshalb halte er die Fortsetzung der KVAE für geboten. Was benötigt werde, sei eine Arbeitsgruppe der Allianz, in der die gemeinsame Position erarbeitet werde.

BM unterstrich, daß die Diskussion im Kreise der Vier den entscheidenden Akzent für die Behandlung von Abrüstungsfragen im Rahmen der Allianz geben sollte. Er rate im übrigen, heute noch keine endgültigen Festlegungen zu treffen. Es blieben eine Reihe von Fragen zu klären; deshalb schlage er vor, daß die Politischen Direktoren Alternativen und Optionen erarbeiteten. Im übrigen schlage er vor, daß die Minister dann gegebenenfalls noch einmal zusammenkommen sollten, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Wichtig sei auch, daß dies in diskreter Weise geschehe.

AM *Shultz* unterstrich die Bedeutung der behandelten Frage. Die Zeit dränge. Er halte Vorschlag von BM für konstruktiv. Politische Direktoren sollten insbesondere auch überlegen, wie strukturelle Unterschiede im Kreis der 35 ihren Ausdruck in einer neuen Konferenz finden könnten.

AM *Howe* bat, Angelegenheit in Washington noch nicht in die öffentliche Diskussion einzuführen. Treffen der Vier seien das Gremium, in dem man Einigung auf Forum erreichen sollte, um Auseinanderdriften zu vermeiden.

Außenminister waren sich einig, daß Politische Direktoren unverzüglich zusammentreten, um diskutierte Frage weiter zu behandeln.

Politische Direktoren verabredeten sich für Mittwoch, 1.10.86, in London.[11]

3) Polen

AM *Shultz* gab zu verstehen, daß in Washington zur Zeit überlegt werde, wie die Polen-Frage in Zukunft zu behandeln sei und in welche Richtung sich amerikanische Politik bewegen sollte.

10 Für den Wortlaut der „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

11 Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 2. Oktober 1986, der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Thomas, habe ausgeführt, „in Washington herrsche der – unrichtige – Eindruck vor, das Verfahren bei der KVAE in Stockholm habe nicht funktioniert. Die Tendenz in Washington sei, künftige Rüstungskontrollverhandlungen nicht im Rahmen der KSZE stattfinden zu lassen. […] AM Shultz stehe mit seinem Eintreten für den KSZE-Rahmen allein da und könne nur überzeugen, wenn solche Verhandlungen de facto zwischen NATO und Warschauer Pakt stattfinden und wenn die Geschlossenheit der Verbündeten, vor allem die Geschlossenheit der NATO, gewährleistet sei. Demgegenüber machten die drei europäischen Direktoren geltend, es entspräche nicht der geforderten Geschlossenheit und Solidarität, wenn ein Partner einsame Beschlüsse fasse; es gelte, gemeinsam eine Lösung zu finden; Zeitdruck sei unverständlich. Im übrigen – so GB – sollten zunächst in der Substanz Fortschritte gemacht und die Entscheidung über das Forum verschoben werden. F stellte klar, daß es nur im Rahmen der KSZE an Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen Bereich teilnehme. D 2 erinnerte an die deutsch-französische Initiative von Halifax, an der wir mit F festhielten." Vgl. VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

AM *Howe* sprach sich dafür aus, auch im Lichte der Freilassung der politischen Gefangenen in Polen[12] die politischen Kontakte aufzunehmen.

AM *Raimond* meinte, mit Polen sollte wie mit der ČSSR und Ungarn umgegangen werden. Im übrigen insistiere er, daß F in Kontakten mit Polen keinen Beschränkungen unterliege und bei Besuchen alle die sehen könne, die er sehen wolle. Hierbei habe er gute Erfahrungen gemacht. Zum Nationalfeiertag hätten alle Oppositionellen kommen können.

BM erläuterte seine Erfahrungen seit der Absage seines Besuchs vom November 1984.[13] Die konsequente Haltung habe ihren Eindruck nicht verfehlt. Er gehe davon aus, daß er im nächsten Jahr zu seinen Bedingungen nach Polen reisen werde.[14]

Referat 320, Bd. 156009

12 Ministerialdirigent Oesterhelt legte am 22. September 1986 dar: „Im Rahmen eines am 17. Juli d. J. verabschiedeten Sejm-Gesetzes wurden bis zum 15. September 1986 insgesamt 20 000 Häftlinge entlassen bzw. Verfahren niedergeschlagen. Zu den Entlassenen gehören 225 (d. h. wahrscheinlich alle) politischen Häftlinge, deren Freilassung der polnische Innenminister überraschend am 11. September ankündigte." Oesterhelt führte dazu aus: „Die Freilassung ist ein mutiger Schritt, denn sie stellt ein Risiko für die Regierung dar und dürfte bei den Sicherheitsbehörden Unmut erregt haben. Es bleibt offen, ob die Freilassung den von der Kirche geforderten Dialog der Regierung mit allen Gruppen fördern wird. Die polnische Führung wird verstärkt auf Westkontakte zielen. Wir sollten ihr dabei entgegenkommen. Verbündete, die noch Sanktionen handhaben, sollten wir bitten, diese im eigenen Interesse – und sei es zur Vermeidung von Angriffsflächen – zu überprüfen. Bei der neuerlichen Umschuldung der Verbindlichkeiten 1982 bis 1984 sollten wir im Pariser Club Entgegenkommen zeigen." Vgl. Referat 214, Bd. 139700.

13 Korrigiert aus: „Oktober 1984".
Im November 1984 wurde eine für Dezember 1984 geplante Reise des Bundesministers Genscher nach Polen verschoben. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

14 Ein Besuch des Bundesministers Genscher in Polen fand vom 10. bis 13. Januar 1988 statt.

261

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5498/86 geheim **Aufgabe: 25. September 1986, 19.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4042 **Ankunft: 26. September 1986, 01.34 Uhr**

Betr.: Angebliche Lieferungen von Ausrüstungen und Vorprodukten zur Herstellung chemischer Waffen

Bezug: DB Nr. 1683 vom 17.4.1986 – Wi 1-411-394/86 geh.[2] – und
DB Nr. 3663 v. 29.8.86 – Wi 1-411.10[3]

Mit der Bitte um Weisung

1) ACDA-Direktor Adelman sprach mich am 24.9. erneut auf die Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur Herstellung chemischer Waffen durch die Firma Karl Kolb an den Irak[4] an. Sprechzettel folgt als Anlage.[5]

1 Der Drahtbericht wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 26. September 1986 vorgelegen, den die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Cappell „z[ur] K[enntnisnahme]“ und Vortragenden Legationsrat Daum verfügte.
Hat Cappell am 26. September 1986 vorgelegen.
Hat Daum am 26. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung eines Durchdrucks an Referat 204 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wird mit BMWi mündlich aufgenommen.“

2 Gesandter Wallau, Washington, berichtete, der amerikanische Außenminister Shultz habe Bundesminister Genscher ein Non-paper übergeben. Gegenstand seien folgende Behauptungen: „Iran besitze eine begrenzte Fähigkeit zur chemischen Kriegführung und bemühe sich um die Ausweitung seines entsprechenden Produktionsprogramms. Iran werde dabei durch Lieferungen westdeutscher Firmen (Karl Kolb, Schott Glaswerke, IMACO) unterstützt.“ Dem Papier sei eine Einleitung vorangestellt, „in der auf die angeblich seit Ende der 60er Jahre geleistete Hilfe westdeutscher Firmen zur Erlangung der Fähigkeit Iraks und Syriens zur chemischen Kriegführung hingewiesen wird“. Wallau führte dazu aus, zwar enthalte das Papier kein Petitum an die Bundesregierung, sie könne aber „im vorliegenden Fall mit der gleichen Beharrlichkeit rechnen wie im Falle Kolb/Irak im Sommer 1984, in dem AM Shultz sich mehrfach direkt uns gegenüber eingeschaltet hatte“. Aus der Sicht der Botschaft sei zu prüfen, „ob wir zu den Behauptungen bezüglich Iraks und Syriens Stellung nehmen. Die Bezugnahme auf Syrien erscheint hier zu summarisch, um eine ins einzelne gehende Stellungnahme zu erfordern.“ Die Erinnerung an den Fall Kolb/Irak dagegen enthalte die neue Behauptung, trotz Ausfuhr-Restriktionen führen Firmen aus der Bundesrepublik fort, Irak bei der Erzeugung chemischer Kampfstoffe zu unterstützen. Vgl. VS-Bd. 13733 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Gesandter Wallau, Washington, berichtete: „Ich wurde heute, 29. August 1986, von Deputy Assistant Secretary John H. Hawes, amtierender Leiter der politisch-militärischen Abteilung des State Department, wegen neuer Erkenntnisse über eine angebliche Zusammenarbeit der Fa. Kolb mit Irak bei der Herstellung chemischer Waffen einbestellt. Hawes erwähnte dabei, daß er in demselben Zusammenhang auch den niederländischen Kollegen einbestellt hatte und daß auch amerikanische Firmen betroffen seien.“ Anlaß des Gespräches sei, „daß die Fa. Kolb nun mit Irak eine Zusammenarbeit bei der Herstellung von chemischen Vorprodukten für chemische Waffen vorbereite. Die Erkenntnisse sollten uns im einzelnen über Langley und München zugeleitet werden. […] Aus der neuen Entwicklung ergebe sich die Notwendigkeit, Kolb an diesen neuen Aktivitäten effektiv zu hindern.“ Die amerikanischen Vorstellungen gingen über den Bereich der Chemikalienkontrolle in den der Anlagenkontrolle über: „Hawes erwähnte des weiteren, daß Kolb nach neuen amerikanischen Erkenntnissen auch mit dem Iran in ähnlichen Verhandlungen stehe.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135879.

4 Bereits 1984 sprach die amerikanische Regierung die Bundesregierung mehrfach auf Lieferungen der Firma Karl Kolb in den Irak und deren mögliche Beteiligung an der Herstellung chemischer

Adelman betonte, Firma Kolb habe diese Lieferungen ständig fortgesetzt. Er drängte trotz unserer Erläuterung der Schwierigkeiten (Unmöglichkeit, sämtliche Exporte von Chemikalien und normalen Ausrüstungen zu kontrollieren, Umgehungsmöglichkeit über Drittländer) und des Hinweises auf die von der Bundesregierung bereits ergriffenen Maßnahmen auf zusätzliche Maßnahmen, um die Ausfuhren zu verhindern. Die Administration gerate bei ihren Bemühungen, in Gesprächen mit der SU die weitere Ausbreitung von CW zu verhindern[6], in eine sehr schwierige Lage, wenn gleichzeitig der engste Verbündete Ausfuhren entsprechender Ausrüstungen und Vorprodukte in ein Land zuließe, das nachweislich CW einsetze. Man müsse auch an die Gefahr denken, daß über den Irak Terroristen Zugriff auf CW erhalten könnten. Ich habe den Vorwurf, die Bundesregierung müsse wissen, daß Kolb zur CW-Kapazität des Irak beitrage, deutlich zurückgewiesen.

2) Lieferungen zur Herstellung von CW an den Irak bleiben für die Administration ein ernstes Problem, das durch die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Nichtverbreitung von CW noch verschärft wird. Sie sieht die Gefahr, daß die sowjetische Seite ihr vorwirft, Gespräche über die Nichtverbreitung letztlich nicht ernst zu nehmen und nur als Vorwand zu benutzen, von mangelndem Entgegenkommen bei den Verhandlungen über das Verbot der Herstellung und Lagerung von CW abzulenken.[7]

3) Es ist nicht auszuschließen, daß die Frage der Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten von der amerikanischen Seite beim Besuch des Bundeskanzlers[8] angesprochen wird und dabei möglicherweise negative Auswirkungen hat. Ich wäre für Weisung dankbar, ob zusätzliche Maßnahmen der Bundesregierung möglich sind, damit ich möglichst noch vor dem Besuch des Bundeskanzlers eine Antwort geben kann, die eine Erörterung während des Besuchs überflüssig macht.[9]

[gez.] van Well

VS-Bd. 13732 (424)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1374

Waffen an. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 65, Dok. 99, Dok. 105 und Dok. 111, sowie AAPD 1984, II, Dok. 207.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13732 (424).

6 Amerikanisch-sowjetische Expertengespräche über die Nichtverbreitung chemischer Waffen fanden am 5./6. März bzw. 4./5. September 1986 in Bern statt. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. XXXIV.

7 Ministerialdirigent Kastrup vermerkte am 3. Oktober 1986 für Referat 424: „US-Gesandter Dobbins unterstrich in einem Gespräch mit D 4 am 2.10.1986 unter Bezugnahme auf das Gespräch Adelman/Botschafter van Well das starke amerikanische Interesse an einer Aufklärung des Vorgangs, verbunden mit dem Ersuchen an die Bundesregierung, gegebenenfalls die Geschäfte zu unterbinden. Ich bitte, der Angelegenheit weiter mit Nachdruck nachzugehen. Wir werden den Amerikanern in absehbarer Zeit eine Antwort geben müssen." Vgl. Referat 424, Bd. 135879.

8 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

9 Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1288 des Ministerialdirigenten Kastrup vom 16. Oktober 1986; Dok. 289.

262

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5497/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4043
Cito

Aufgabe: 25. September 1986, 19.20 Uhr[1]
Ankunft: 26. September 1986, 01.37 Uhr

Betr.: Hilfeleistungen für verfolgte Juden während des Dritten Reiches

Bezug: DB Nr. 91 vom 5.9.1986 – Pol 320.15 – aus Detroit[2]

Möglichkeit der Berücksichtigung Namens deutscher Persönlichkeit (Duckwitz) neben anderen, die während NS-Zeit unter persönlichem Risiko Juden gerettet haben, falls deutsche Seite bisher nicht gedeckte Restkosten (US-Dollar 50 000) für Mahnmal übernimmt, stößt hier auf erhebliche Bedenken.[3] Botschaft nimmt

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat I. Klasse Calebow, Washington, konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Oesterhelt am 26. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Braunmühl am 29. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 204 vermerkte: „Wie steht die Sachte intern?“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 30. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS hat angesichts dieses Votums davon Abstand genommen, daß die Sache i[m] S[inne] seiner Weisung vom 17.9. auf unserer Vorlage weiterverfolgt wird. Wir werden GK Chicago mitteilen, daß wir die Aufnahme des Namens von H[errn] Duckwitz begrüßen würden, allerdings zu keiner Gegenleistung bereit sind.“
Hat Braunmühl am 30. September 1986 erneut vorgelegen, der den Passus „daß wir die Aufnahme … Gegenleistung bereit sind“ der handschriftlichen Bemerkung von Moltke hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“.

2 Generalkonsul von Boehmer, Detroit, berichtete über ein Gespräch mit dem Direktor des „Holocaust Memorial Center“ in West Bloomfield bei Detroit, Rabbi Rosenzveig. Dieser habe berichtet, unmittelbar am Eingang des Museums solle ein „Garden of the Righteous“ errichtet werden mit einem Denkmal, das mit den Namen von bislang sechs „Gerechten“ versehen werden solle. Rosenzveig habe sich dafür aufgeschlossen gezeigt, Georg Ferdinand Duckwitz als zusätzlichen „Gerechten“ zu benennen. Er erwarte dafür, daß sich die Bundesregierung an den Gesamtkosten des Denkmals, die bei 130 000 bis 160 000 Dollar lägen, mit 50 000 Dollar beteilige, und bitte um eine baldige Entscheidung. Boehmer führte dazu aus: „Wenn wir auch grundsätzlich kein Geld für Gedenkstätten für die Opfer des Dritten Reiches im Ausland gewähren (Ausnahme allerdings wohl Mauthausen in Österreich), so glaube ich, daß im vorliegenden Fall, in dem es sich um die Anerkennung von Hilfe und Rettung handelt, eine Ausnahme angebracht ist. Das Holocaust Memorial Center wird weiterhin viel besucht. Gesamtzahl der Besucher seit Eröffnung Oktober 1984 nach Angaben von Rosenzveig 200 000. Die Herausstellung von ‚Righteous‘-Personen gibt dem Ganzen einen etwas versöhnlichen Zug.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135342.

3 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 17. September 1986 für Staatssekretär Meyer-Landrut zur Anregung einer Beteiligung der Bundesregierung an den Kosten eines Denkmals im „Holocaust Memorial Center“ (HMC) in der Nähe von Detroit dar: „In der D[irektoren]-Runde vom 8.9. haben Sie Weisung erteilt, diese vom GK Detroit im Drahtbericht vom 5.9. aufgezeigte Möglichkeit der Einbeziehung des Namens von Herrn Duckwitz weiterzuverfolgen. Eine sichtbare Würdigung der noblen Haltung von StS Duckwitz und die Einbeziehung eines deutschen Namens in die Reihe der ‚Gerechten der Völker‘ in einem Holocaust-Museum kann grundsätzlich nicht hoch genug bewertet werden. […] Abteilung 2 möchte, ehe es dem GK Detroit Weisung erteilt, folgendes zu bedenken geben: Die Linie des AA war es bisher, eine finanzielle Beteiligung an Vorhaben in den USA aus diesem Themenbereich zu vermeiden, weil dies sich schnell bei den zahlreichen Initiativen und Konkurrenzunternehmen herumsprechen würde und Grenzen nicht gezogen werden könnten. […] Eine Zuwendung an das HMC könnte es uns schwermachen, eventuelle finanzielle Beteiligungswünsche des in Washington entstehenden, sehr viel gewichtigeren nationalen Holocaust Memorial Museums abzulehnen. Eine Beteiligung an dem HMC-Gedenkstein könnte auf jüdischer Seite letztlich mißinterpretiert werden, wenn wir nicht auch zur Beteiligung an der Dar-

gleichwohl erst jetzt Stellung, da auch Rat geeigneter jüdischer Gesprächspartner eingeholt wurde. Ergebnis hierüber geführter Gespräche ist, daß Anbringung Namens deutscher Persönlichkeit, wenn diese Ehrung verdient, nicht von Geldzahlung abhängig gemacht werden darf. Sollte Persönlichkeit Ehrung nicht verdienen, könnte andererseits kein Geldbetrag diesen Mangel beheben. Hinzu kommt Sorge der Botschaft, daß evtl. Geldleistung bekannt werden könnte und der Botschaft angesichts denkbaren Vorwurfes aktiver Bestechung auf diesem hochsensiblen Gebiet künftig wichtige Gesprächsansätze verschüttet werden könnten. Botschaft hat deshalb von jüdischer Seite angebotene Möglichkeit genutzt, über angesehene jüdische Persönlichkeit in Detroit auf Holocaust Memorial Center in West Bloomfield[4] bei Detroit mit dem Ziel einzuwirken, von Verbindung der Nennung deutscher Persönlichkeit an Gedenkstein mit Geldzahlung Abstand zu nehmen. Jüdische Vertrauensperson wird dieses Vorhaben mit Diskretion verfolgen und weder Botschaft noch GK Detroit in diesem Zusammenhang ins Gespräch bringen.[5]

Weiterer Bericht bleibt vorbehalten.[6]

[gez.] van Well

VS-Bd. 12976 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1376

stellung der während des Dritten Reiches begangenen Greueltaten bereit sind. Die Vorgehensweise von Rabbi Rosenzveig, die von finanziellen Interessen bestimmt zu sein scheint, ist des Anlasses unwürdig." Vgl. Referat 204, Bd. 135342.

4 Korrigiert aus: „Westbloomingfield".

5 Am 2. Oktober 1986 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke dem Generalkonsulat in Detroit mit: „Aufnahme des Namens von Georg Ferdinand Duckwitz auf Denkmalsaufschrift würde begrüßt werden, […] da er sicherlich zu Recht zu dem Kreis der ‚Righteous' gezählt wird. Dies ist eine Frage der historischen Wahrheit. Aus prinzipiellen Erwägungen können wir keine finanzielle Beteiligung in Betracht ziehen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 7188; Referat 204, Bd. 135342.
Generalkonsul von Boehmer, Detroit, berichtete am 6. Oktober 1986, er habe Rabbi Rosenzveig über die Entscheidung der Bundesregierung informiert, sich nicht an den Kosten eines Denkmals zu beteiligen: „Rabbi Rosenzveig drückt auch seinerseits Verständnis für unsere Haltung hinsichtlich der Finanzierung aus, wollte aber verständlicherweise sich nicht dazu äußern, wie er nun entscheiden werde." Vgl. den Schriftbericht Nr. 403; Referat 204, Bd. 135342.
Am 18. November 1986 teilte Boehmer mit, Rosenzveig habe am 9. November 1986 bekanntgegeben, daß die Einweihung des „Garden of the Righteous" auf das Frühjahr 1987 verschoben werden müsse: „Auf meine im privaten Gespräch gestellte Frage, ob die Einbeziehung von Georg Ferdinand Duckwitz in die Gruppe der ‚Righteous' noch offen sei, deutete er an, daß dies in der Tat noch offen sei. Ob die Benennung von Duckwitz (mit)ursächlich für die Verschiebung der Eröffnung des ‚Garden of the Righteous' ist, kann ich nicht beurteilen. Ich möchte in dieser etwas delikaten Frage auch nicht unnötig recherchieren." Vgl. den Schriftbericht Nr. 465; Referat 204, Bd. 135342.

6 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 20. November 1986 ergänzend: „Botschaft ist von Vertrauensperson […] über das American Jewish Committee gebeten worden, für weitere Gespräche über Gestaltung vorgesehenen Ehrenmals drei bis vier deutsche ‚altruistic personalities' zu benennen, d. h. Deutsche, die unter Inkaufnahme persönlicher Gefährdung während NS-Zeit maßgeblich dazu beigetragen haben, Juden zu retten. Dafür käme der Name Duckwitz in Betracht, aber auch jeder andere Deutsche, dessen Name etwa als ‚Gerechter der Völker' in der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel verzeichnet ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5003; Referat 204, Bd. 135342.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke teilte der Botschaft in Washington am 22. Dezember 1986 mit: „Das Auswärtige Amt sieht sich nicht in der Lage, die […] erbetene Auswahl aus der großen Zahl der als Judenretter (‚righteous gentiles') anerkannten Deutschen zu treffen. Nach Angaben des BMI sollen mehrere hundert Namen von jüdischen Organisationen registriert worden sein. […] Die Auswahl aus dem vorhandenen Namenmaterial sollte durch das HMC erfolgen. Nur so können auch Mißverständnisse vermieden werden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 204, Bd. 135342.

263

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

412-422.82 VS-NfD **26. September 1986**[1]
410-422.80

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Zukünftige EG-Finanzierung;
hier: Überlegungen zur deutschen Position

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung im Hinblick auf die Hausbesprechung am 1. Oktober 1986 und mit der Bitte um Billigung der Vorschläge unter Ziff. I.3.

I. 1) Finanzlage und Haushaltsrisiken 1986/1987

Aufgrund der Beschlüsse des ER in Fontainebleau (Juni 1984) und des Eigenmittelbeschlusses vom Mai 1985[3] stehen der EG seit dem 1. Januar 1986 Eigeneinnahmen bis zur Höhe von 1,4% der einheitlichen MwSt.-Bemessungsgrundlage zur Verfügung. Die Kommission sowie zumindest D, GB und F sind bemüht, die Haushalte 86 und 87 in diesem gegebenen Rahmen abzuwickeln. Dieses Ziel dürfte, wenn auch unter Ausnutzung haushaltstechnischer Tricks, erreichbar sein.

Schon jetzt werden für den laufenden EG-Haushalt 1986 sowie das noch nicht abgeschlossene HH-Verfahren für den EG-Haushalt 1987 mehrere Risiken für eine ordentliche und innerhalb des maximalen Rahmens der verfügbaren Eigeneinnahmen bleibende Haushaltsdeckung erkennbar:

a) EG-Haushalt 1986

Der am 10. Juli 1986 endgültig festgestellte HH 86 schöpft den verfügbaren Einnahmenrahmen (im Juli auf 37,8 MECU[4] geschätzt) voll aus. Inzwischen (Mitteilung KOM v. 29. August[5]) hat die Kommission unter Berücksichtigung aller Faktoren für 1986 einen Nettofehlbetrag bei den Eigeneinnahmen von 776 Mio. ECU errechnet. Er ist im wesentlichen auf monetäre Faktoren (Dollarkursverfall, Anpassung der Leitkurse[6]), auf ein geringeres Zollaufkommen bei Einfuhren aus Drittländern und auf eine Neuschätzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage zurückzuführen.

Die wahrscheinliche Deckungslücke von 776 Mio. ECU könnte ggfs. haushaltstechnisch dadurch ausgeglichen werden, daß der Fehlbetrag auf der Einnahmenseite als antizipierter Haushaltsüberschuß des lfd. Jahres 1986 eingesetzt

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Dohmes und Kudlich, Vortragendem Legationsrat Bentin und Legationsrat I. Klasse Läufer konzipiert.

2 Jürgen Ruhfus.

3 Zu den Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 95, Anm. 10.

4 Milliarden ECU.

5 Für das Dokument „Commission communication to the budgetary authority on recent developments affecting the 1986 budget and the 1987 preliminary draft budget" (COM (86) 470) vgl. Referat 410, Bd. 130450.

6 Zur Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 89.

und nach Ablauf des HH-Jahres ausgeglichen wird (326 Mio. ECU evtl. zu annullierender Mittelansätze, 450 Mio. ECU aus dem EAGFL Garantie bei einigen überdotierten HH-Kapiteln). Die Kommission kann allerdings nicht ausschließen, daß ggfs. beim EAGFL Garantieansprüche auf 1987 verlagert werden müssen und somit für den HH 87 eine entsprechende „Bugwelle" entsteht. Der Rat beauftragte die Kommission, den HH 86 so auszuführen, daß keine Einnahmenrisiken entstehen und die 1,4%-Grenze nicht überschritten wird.

b) EG-Haushalt 1987

Bei der Aufstellung des HH-Entwurfs für 1987 hat der Rat am 8./9. September[7] z.T. erhebliche Kürzungen am Vorentwurf der Kommission vornehmen müssen, um eine minimale Eigenmittelreserve von 665 Mio. ECU zu schaffen. Die vom Rat vorgenommenen Kürzungen betreffen wichtige Gestaltungsbereiche der EG (Strukturpolitiken und Entwicklungshilfe der EG außerhalb des AKP-Abkommens[8]).

Gefährdet ist diese Minimalreserve durch die Entwicklung der Agrarkosten (Rat hat praktisch nur Agrarleitlinie eingesetzt; KOM beziffert die Spanne der darüber hinaus erforderlichen Ausgaben zwischen 1,2 und 2,5 MECU) und durch eine zusätzliche Erhöhung des Ausgleichs für GB, die aus der MwSt.-Abrechnung für 1985 und 1986 resultiert. Diese Erhöhung des GB-Ausgleichs[9] wird von der KOM z.Zt. auf insgesamt 650 Mio. ECU netto beziffert: Ausgleichsanspruch in 1987 damit rund 2,3 Mrd. ECU, der in 1987 aber nur nach Maßgabe der tatsächlich verfügbaren HH-Mittel geleistet werden und im übrigen ggfs. auf den HH 88 übertragen werden soll.

Insgesamt ist es wahrscheinlich, daß der HH 87 im Ergebnis über keine Eigenmittelreserve verfügen wird und daß ein Haushaltsausgleich nur über Ausgabenverlagerungen auf 1988 oder Sonderfinanzierungen wie schon 1984/85 erreicht werden kann. Sonderfinanzierungen würden allerdings gegen den Kabinettsbeschluß vom 16. April 1986 verstoßen („finanzwirtschaftlich nicht vertretbar").

Eine solche Entwicklung würde von vorneherein eine noch zu beschließende Finanzierungsregelung ab 1.1.88 belasten. Nach Berechnungen des BMF würde

7 Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 9. September 1986: „Nach 20-stündigen, überaus schwierigen Beratungen hat Rat den Haushaltsentwurf 1987 heute morgen um 7 Uhr in erster Lesung verabschiedet. Das Ergebnis trägt sowohl unseren europapolitischen Interessen (termingerechte Vorlage beim EP, insgesamt ausgewogene Lösung) wie auch unseren Finanzinteressen (Einhaltung des Referenzrahmens der Haushaltsdisziplin bei den Agrarausgaben, bei den sonstigen oblig[atorischen] Ausgaben und den nicht obligatorischen Ausgaben) […] Rechnung. Die Beratungen, die teilweise im engeren Rahmen, teilweise von den Ministern allein geführt wurden, wurden von Anfang [an] durch eine klare Blockbildung der Südstaaten erschwert, die mit den übrigen MS die Kraftprobe in der Frage der Einhaltung der Haushaltsdisziplin suchten. Diese Blockbildung hielt allerdings in der von StS Dr. Tietmeyer herbeigeführten Schlußabstimmung der Nagelprobe auf unterschiedliche Interessen nicht stand. Die Verabschiedung erfolgte schließlich mit den Stimmen von E und GR bei Stimmenthaltung von I und Ablehnung durch P und IRL." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2610/2617; Referat 412, Bd. 168698.

8 Für den Wortlaut des Dritten AKP-EWG-Abkommens vom 8. Dezember 1984 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 19–164.

9 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau konnte eine Einigung über den britischen Beitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

eine Anhebung und Ausschöpfung des MwSt.-Plafonds auf 1,6% jährlich rund 4 Mrd. ECU Mehreinnahmen erbringen.

2) Prozedurale Lage

a) Nach dem Fontainebleau-Beschluß kann der MwSt.-Höchstsatz „auf einstimmigen Beschluß des Rates und nach Zustimmung entsprechend den nationalen Verfahren zum 1. Januar 1988 auf 1,6% angehoben werden". Die EG-Kommission ist gehalten, ein Jahr vor Erreichen des 1,4% MwSt.-Plafonds dem Rat einen Bericht vorzulegen über

- Ergebnisse der Haushaltsdisziplin,
- Finanzbedarf der Gemeinschaft,
- Aufteilung der Haushaltslasten auf die MS unter Berücksichtigung ihres relativen Wohlstands und die daraus zu ziehenden Folgerungen in bezug auf die Anwendung der Haushaltskorrekturen.

Die EGK hat mit den Arbeiten an dem Bericht begonnen, wird ihn voraussichtlich aber erst nach dem ER im Dezember 1986[10] vorlegen, um der britischen Präsidentschaft nicht eine Plattform für die Durchsetzung der eigenen Ausgleichsansprüche zu bieten.

Über die sachlichen Überlegungen und Intentionen der EGK in diesem Zusammenhang ist noch nichts Näheres bekannt. Es ist denkbar, daß sich die Kommission nicht mit dem Vorschlag einer (de facto bereits beschlossenen) Anhebung auf 1,6% begnügen wird, sondern einen höheren Satz ins Auge faßt und auch weiterführende Überlegungen über eine Reform des Einnahmensystems der Gemeinschaft einbringen wird.

b) Bei realistischer Einschätzung ist angesichts

- der unbedingten Notwendigkeit, ab 1.1.1988 über einen erhöhten Einnahmenplafonds zu verfügen,
- der für einstimmigen Ratsbeschluß und nationale Umsetzung nur geringen zur Verfügung stehenden Zeit und
- einer bisher fehlenden überzeugenden Konzeption für ein neues Einnahmensystem

mit einiger Wahrscheinlichkeit entsprechend der Vorgabe des ER Fontainebleau lediglich mit einer Erhöhung des Höchstsatzes der MwSt.-Abführungen von 1,4 auf 1,6% unter Beibehaltung der übrigen Bestimmungen – insbesondere der Ausgleichsregelungen für GB und indirekt für D – zu rechnen.

Eine solche Übergangslösung für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren wird auch durch die Tatsache begünstigt, daß die Handlungsfähigkeit wichtiger EG-MS in dieser Zeit durch Wahlen (D[11], F[12], GB[13]) beeinflußt wird.

c) Das AA ist mit dem BMF auf Arbeitsebene über Fragen der zukünftigen EG-Finanzierung im Gespräch. Die Leitungsebene im BMF hat sich mit diesen Fragen noch nicht konkret befaßt. Dies sollte jedoch bald nach Rückkehr von

10 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 5./6. Dezember 1986 in London statt.
11 Am 25. Januar 1987 fanden Wahlen zum Bundestag statt.
12 In Frankreich wurden am 24. April bzw. 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.
13 In Großbritannien fanden am 11. Juni 1987 Wahlen zum Unterhaus statt.

der IWF/Weltbank-Tagung[14] geschehen, um Vorschläge zur rechtzeitigen Erarbeitung einer deutschen Position im Ressortkreis einzubringen. Auch im Hinblick auf die geplanten Gespräche der EGK (Präsident Delors) mit einzelnen MS zur Vorbereitung des nächsten ER (mit BK Anfang Dezember[15]) erscheint dies von Bedeutung.

d) Mit den Herren de Boissieu und Villain wurde auf französischen Wunsch im Juni 1986 ein deutsch-französischer Gesprächsfaden zum Thema zukünftige Finanzierung angeknüpft.[16] F hat Dg 41[17] und MDg Heck vom BMF eingeladen, das Gespräch im Oktober in Paris fortzuführen. Wir sind an diesen vertraulichen, exploratorischen Kontakten sehr interessiert. Ins Auge gefaßt ist der 17. Oktober.

3) Petitum

a) Es wird vorgeschlagen, daß das Auswärtige Amt gegenüber dem BMF weiter auf eine schnelle Erarbeitung einer deutschen Verhandlungsposition drängt und in den vorbereitenden Gesprächen folgende Haltung vertritt:

– Fortschreiben der Fontainebleau-Regelung bei gleichzeitiger Erhöhung des MwSt.-Höchstsatzes auf 1,6 %,
– Weiterführung des deutschen Ausgleichs in Form einer um ein Drittel verringerten Beteiligung am (weiterbestehenden) GB-Ausgleich, solange die 1,6 % reichen,
– Wiederholung der grundsätzlichen Korrekturformel, „daß jeder MS, der gemessen an seinem relativen Wohlstand eine zu große Haushaltslast trägt, zu gegebener Zeit in den Genuß einer Korrekturmaßnahme gelangen kann“,

14 Die Jahrestagungen des IWF und der Weltbank fanden vom 30. September bis 3. Oktober 1986 in Washington statt. Die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Borchard und Dohmes notierten dazu am 7. Oktober 1986: „Im Vordergrund der von Präsident Reagan eröffneten Beratungen standen die Lage und die Aussichten der Weltwirtschaft, die Verschuldungslage der EL, die künftige Rolle von IWF und Weltbank sowie der Kampf gegen den Protektionismus. Trotz unterschiedlicher Bewertungen der Wirtschaftslage, bei denen überwiegend pessimistische Beurteilungen durch die EL den insgesamt positiven Äußerungen der IL gegenüberstanden, ergab sich in relativ unkontroverser Aussprache Einigkeit über die Zielsetzungen: Erreichen eines stabilen Wirtschaftswachstums, Abbau des Protektionismus und weitere Förderung des Welthandels sowie verstärkter Ressourcentransfer von den IL in die EL, um damit insgesamt auch das Verschuldungsproblem zu überwinden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130569.

15 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors am 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 344.

16 Am 9. Juni 1986 hielten sich der Sonderberater des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Balladur, Villain, und der Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Boissieu, in der Bundesrepublik auf. Referat 410 vermerkte dazu am 11. Juni 1986, bezüglich des EG-Haushalts habe die französische Seite darauf verwiesen, „daß bei Treffen Stoltenberg/Balladur vor zwei Wochen Einigkeit erzielt worden sei darüber, daß H[aus]h[alt] 86 und 87 im Rahmen des 1,4 %-MWSt.-Plafonds bleiben müßten, Agrarfinanzierung prioritär sei und keine Übertragungen von 1986 fälligen Ausgaben auf den HH 87 vom Rat gebilligt werden sollten. […] F trug mit einer gewissen Hartnäckigkeit vor, daß 1987 ein ‚denkbar ungeeignetes Jahr‘ sei, angesichts der anstehenden Parlamentswahlen im VK und der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in F eine neue, alle Elemente der Einigung von Fontainebleau umfassende Finanzierungsdebatte innerhalb der EG zu beginnen. Auch könnten in diesem Fall SPA und PTG zusätzliche Ausgleichsforderungen erheben, und von verschiedener Seite würde dann die Anhebung auf 1,6 % überhaupt als unzureichend dargestellt werden. Es sei daher besser, ‚stillschweigend‘ der Anhebung des MWSt.-Plafonds von 1,4 auf 1,6 % zum 1.1.1988 für zunächst drei Jahre zuzustimmen, und erst dann die Finanzierungsdebatte neu zu eröffnen. Dg 41 und Min[isterial-]Dirig[ent] Heck widersprachen unter Hinweis auf die in Fontainebleau getroffene Vereinbarung.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131199.

17 Jürgen Trumpf.

– Einführung der ergänzenden Perspektive einer degressiven Gestaltung der Ausgleichsregelungen ab einem späteren Zeitpunkt sowie
– evtl. Einbringung des Gedankens einer langfristigen Reform des Einnahmensystems der Gemeinschaft durch Hinweis auf die künftige Einführung einer Europa-(Verbrauchs-)Steuer.

b) Eine grundlegende Eigenmitteldiskussion würde im nächsten Jahr im zu engen zeitlichen Zusammenhang mit den Unterhauswahlen in GB und den Präsidentschaftswahlen in F geraten.

Ein Fortschreiben der Fontainebleau-Regelung „tel quel" für zwei bis drei Jahre ist so für die EGK und die MS die politisch geräuschloseste, einfachste und nach außen auch vertretbare Lösung. Wie die Verhandlungen 1983/84 gezeigt haben, gibt es kein Finanzierungsmodell, das allen Anforderungen gerecht wird (insbes. ausreichende Eigenmittel-Versorgung, Zuordnung einer „gerechten" Belastung für jeden MS). Der Weg für eine spätere Neuorientierung der EG-Finanzierung, z. B. durch Einbeziehung neuer Einnahmeelemente, wird dadurch nicht versperrt.

c) Wesentlicher Bestandteil unserer Verhandlungsposition ist das Bestehen auf einer dem britischen Ausgleich entsprechenden akzessorischen Korrekturformel (Fontainebleau-Regelung), da dadurch unser Anspruch auf Limitierung unserer Nettozahlerposition dokumentiert wird. Dieses Petitum gilt allerdings nur in Verbindung mit der britischen Ausgleichsforderung.

Auf Arbeitsebene wird im BMF als langfristige Strategie das Ziel verfolgt, die Entlastung für GB und damit verbunden auch für uns abzubauen. Aus diesem Grunde wird daran gedacht, schon in den kommenden Verhandlungen eine deutliche Verringerung des GB-Ausgleichs zu verlangen.

Diese Linie ist integrationspolitisch zu begrüßen. Sie vergrößert die finanzielle Verfügungsmasse des EG-Haushalts. Für 1986 beträgt der Minderbetrag, der im Rahmen des 1,4 %-Höchstsatzes von GB und D nicht an den EG-Haushalt abgeführt wird, nach Berechnungen des BMF 3 Mrd. ECU.

d) Unsere taktische Position sollte von folgenden Gesichtspunkten bestimmt werden:

Angesichts unseres – gemessen am gesunkenen BSP-Durchschnitt der Zwölfergemeinschaft – höheren Wohlstandes werden wir für unsere Ausgleichsforderungen noch weniger Verständnis finden als die Briten.

Diese Forderung ist aber für uns – jedenfalls solange GB einen Ausgleich erhält – innenpolitisch unabdingbar.

Mit der möglichen Forderung nach schrittweisem Abbau der Korrekturmaßnahmen für GB finden wir dagegen die Unterstützung der übrigen MS.

Unter Berücksichtigung unserer bilateralen Beziehungen bieten sich von der Taktik her zwei Möglichkeiten zur Durchsetzung unserer Forderung nach Erhaltung unseres bisherigen Ausgleichs an:

– Einbringen der Forderung nach einem deutlich geringeren GB-Ausgleich (z. B. 50 % anstatt – wie jetzt – 66 % der Rückflußlücke), um einem evtl. Druck auf Streichen des deutschen Ausgleichs von vornherein entgegenzutreten und Verhandlungsspielraum zu gewinnen, oder

– Absprechen der mittelfristigen Weiterführung von Fontainebleau mit GB und F mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens der drei Nettozahler der Gemeinschaft.

Hierzu muß das AA zu gegebener Zeit Stellung beziehen.

II. 1) Als Elemente einer langfristigen Reform des Einnahmesystems der Gemeinschaft kommen u. a. in Betracht:

– Schrittweises Auslaufen aller Korrekturmaßnahmen, d. h. Schaffung eines Finanzierungssystems ohne Sonderregelungen im Interesse der wirtschaftlichen Integration und der „Kohäsion" der Gemeinschaft. (Nach dem Wohlstandskriterium ist die heutige Belastung von D – als dem mit Abstand potentesten MS – durchaus angemessen.)
– Dynamisch wachsende Einnahmen bis zu 2% des BSP (derzeit knapp 1%) durch
  – entsprechende Anhebung des MwSt.-Abführungssatzes (D-Anteil würde dann z. B. von z. Zt. 14 Mrd. DM = 6% auf 33 Mrd. DM = 12,5% des Bundeshaushalts anwachsen),
  – ergänzende Einführung einer „Europasteuer" (Verbrauchssteuer, z. B. auf Mineralöl), deren Erhebungssatz in einem noch zu bestimmenden Verfahren unter Beteiligung des EP festgesetzt werden müßte.
– Zuweisung einer bestimmten Steuer zur Finanzierung einer dem EP obliegenden Aufgabe (z. B. Regionalpolitik). Dies würde institutionelle Änderungen der Zuständigkeiten zwischen den EG-Organen notwendig machen, jedoch zu[18] einer begrüßenswerten politischen Stärkung des EP führen.

2) Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es verfrüht, konkrete Elemente einer zukünftigen EG-Finanzierung ernsthaft in die Nach-Fontainebleau-Diskussion einzuführen.

Trumpf[19]

Referat 412, Bd. 168698

18 Korrigiert aus: „in".
19 Paraphe.

264

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1913
Citissime

Aufgabe: 26. September 1986, 11.26 Uhr[1]
Ankunft: 26. September 1986, 18.09 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York am 25.9.1986[2]

Zur Unterrichtung

1) Zusammenfassung

An dem Gespräch beim Mittagessen in Residenz von Botschafter Lautenschlager nahmen teil:

Von deutscher Seite: Botschafter Lautenschlager, D 2[3], D 2 A[4], LMB[5], L 013[6];

von sowjetischer Seite: Stv. AM Petrowskij; Ständiger Vertreter bei den VN, Belonogow; Stv. GS im SAM, Alexejew; Stepanow (Ministerbüro); Stv. Leiter Dritter Europäischer Abteilung, Ussytschenko.

Gespräch verlief politisch gehaltvoll und in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre. Schewardnadse würdigte VN-Rede BMs[7], Position der Bundesregierung zu wichtigen Fragen und hilfreiche Rolle von BM in Stockholm[8]. Er unterstrich nachdrücklich sowjetischen Wunsch, entsprechend Ergebnissen Moskau-Besuchs von BM[9] eng mit uns zusammenzuarbeiten, wobei er politische Bedeutung hervorhob, die Moskau der Bundesrepublik Deutschland zumesse.

Sch. äußerte sich kritisch gegenüber Einzelaspekten amerikanischer Kritik, verzichtete aber auf Polemik und Spaltungsversuche und betonte sowjetischen Wunsch zur Verständigung mit USA über Daniloff-Fall[10], Gipfel und die wichtigsten Sachfragen. Er gab sich relativ optimistisch.

BM unterstrich unsere Bereitschaft, mit SU eng zusammenzuarbeiten, auch in längerfristiger Perspektive, ob man sie als „europäisches Haus“ oder als „europäische Friedensordnung“ bezeichne. Dies sei möglich, wenn beide Seiten wüß-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf. Zum Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. September 1986 in New York vgl. auch Dok. 265.

3 Gerold Edler von Braunmühl.

4 Friedrich Ruth.

5 Michael Jansen.

6 Jürgen Chrobog.

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 25. September 1986 in New York vgl. BULLETIN 1986, S. 953–958.

8 Zur KVAE vgl. Dok. 253 und Dok. 267.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

10 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 245, Anm. 16.

ten, wohin sie gehörten, wozu bei uns feste Verankerung im Bündnis gehöre. Beide Minister stimmten in Würdigung des Erfolgs Stockholmer Konferenz, der Notwendigkeit amerikanisch-sowjetischen Gipfels und der Bedeutung eines gehaltvollen und zukunftsweisenden KSZE-Folgetreffens in Wien überein. Operativ wurde verabredet:

– Schewardnadse kommt in erster Jahreshälfte 1987 nach Bonn.[11] Dabei wird dann über Gorbatschow-Besuch zu sprechen sein.
– Zu Konsultationen über KSZE-Folgetreffen Wien reist D2 noch im Oktober nach Moskau (als Gesprächspartner nannte Sch. Kowaljow).[12]
– D2A konsultiert erneut mit seinem sowjetischen Kollegen in Bonn über Lösungsmöglichkeiten bei C-Waffen-Verhandlungen (als Gesprächspartner D2A nannte Sch. Nasarkin).[13]
– Bezüglich der Ausreise Deutschstämmiger stimmte Sch. Vorschlag von BM zu, die unterschiedlichen Statistiken des Roten Kreuzes und der sowjetischen Seite über Ausreisewünsche zu vergleichen. Sch. hatte behauptet, daß auf sowjetischer Seite registrierte Wünsche weit hinter Statistik unserer Seite zurückbleiben.

II. Im einzelnen

1) Sch. gratulierte BM zu seiner Rede. Unser politischer Ansatz „imponierte“ sowjetischer Seite. Als positiv nannte er im einzelnen Hinweis auf Notwendigkeit eines Gipfels, Bekenntnis zur Ostpolitik, Unterstützung der Einhaltung von SALT und ABM, positive Würdigung von Stockholm. Sch. zitierte einzelne Formulierungen von BM. Natürlich bleibe man in einigen Fragen unterschiedlicher Auffassung. BM erwiderte, daß er auch Sch.s Rede[14] mit Interesse aufgenommen habe und eine Reihe positiver Punkte festgestellt habe. Nach den Moskauer Gesprächen liege es nahe, daß es in der Haltung beider Seiten durchaus Gemeinsamkeiten gebe. Wir hätten alles ernst gemeint, was er in Moskau dar-

11 Ein Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt.

12 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hielt sich am 30./31. Oktober 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 310 und Dok. 313.

13 Botschafter Ruth traf am 15. September 1986 mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Nasarkin, zusammen. Dazu vermerkte Ruth am folgenden Tag: „Fragen der Überprüfung der industriellen Produktion (Nichtherstellungskontrolle) und der Verdachtskontrolle, die sowohl von der SU als auch von uns als die wichtigsten ungelösten Probleme eines CW-Verbotsabkommens angesehen werden, standen im Mittelpunkt der Erörterungen. Die sowjetische Seite trug hierzu keine grundlegend neuen Gedanken vor, griff jedoch in Genf behandelte Lösungsvorschläge argumentativ auf. Die Konzentration der Gespräche auf die wesentlichen Punkte sowie die detaillierte und um Eingehen auf die Vorstellungen der übrigen CD-Teilnehmer bemühte sowjetische Argumentation deuten auf die wachsende Erkenntnis der SU hin, daß Fortschritte bei den CW-Verhandlungen nur durch sachliche Erörterung der strittigen Fragen und entsprechende Bewegung in bisher starren Positionen möglich sind.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130155.
Eine weitere Gesprächsrunde mit der UdSSR war für den 17. November 1986 vorgesehen. Vortragender Legationsrat Reyels teilte dazu am selben Tag mit, die sowjetische Seite habe jedoch am 15. November 1986 ohne Nennung von Gründen abgesagt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 8438; Referat 222, Bd. 130155.

14 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 23. September 1986 in New York vgl. den Artikel „Uns ist die Chance gegeben, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. September 1986, S. 5 f.

gelegt habe. Er sei nach seinem Besuch in Washington gewesen[15], und Shultz habe ihm hier erneut bestätigt, daß seine Unterrichtung für ihn wertvoll gewesen sei. Gorbatschow habe im Gespräch mit ihm in Moskau eine wichtige Feststellung getroffen, auf der man aufbauen könne: Die Sowjetunion habe nicht die Absicht, uns aus unserem Bündnis herauszulösen. Spaltungsversuche der einen Seite gegenüber dem anderen Bündnis könnten zu gefährlichen Folgen führen. In der Tat sei es gar nicht möglich, uns aus unserem Bündnis herauszulösen. Nachdem diese Feststellung von beiden Seiten klar getroffen worden war, habe er, BM, in der Öffentlichkeit sagen können: Gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion seien für ganz Europa wichtig. Wenn wir wüßten, wohin wir gehörten, könnten wir gemeinsam einen großen Dienst für den Frieden in Europa und der Welt leisten. Wir hätten keine Probleme mit dem vom GS benutzten Begriff des „europäischen Hauses". Wir sprächen von „europäischer Friedensordnung" – ein Begriff, mit dem sowjetische Seite eigentlich auch keine Schwierigkeiten haben sollte (Sch. nickte zustimmend). Wenn die neue Seite, die wir nach der Äußerung Gorbatschows in unseren Beziehungen aufschlagen sollten, darin bestehe, daß wir gute deutsch-sowjetische Beziehungen zum Vorteil für beide Völker und für ganz Europa entwickeln wollten, dann sei dies eine historische Einsicht. Wir nähmen diese Aufgabe sehr ernst. In Bonn hätten D 2 und Botschafter Kwizinskij interessante Gespräche über weitere Entwicklungsmöglichkeiten geführt. Wir wollten sehr ideenreich und sehr kreativ sein. Er, BM, habe Anfang 1986 festgestellt, daß es in diesem Jahr große Möglichkeiten für das West-Ost-Verhältnis gebe. Inzwischen zeige sich, daß einiges für die Richtigkeit dieser Voraussage spreche. Ein bißchen hänge dabei auch von der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ab.

Sch. wies darauf hin, daß sich Gorbatschow sehr „warm" an Gespräch mit BM erinnere. Sowjetische Seite nehme jedenfalls den Willen zur positiven Entwicklung der Beziehungen mit uns ernst. Stockholm sei ein wichtiges Ereignis gewesen. Er sei enttäuscht, daß er in den USA relativ viel Gleichgültigkeit dazu antreffe. Hauptsache sei aber, daß man einen Schritt nach vorn gemacht habe. Stockholm zeige, daß man zu großen Erfolgen kommen könne, wenn die Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ihre Anstrengungen vereinten. Unter dem Ersten und Zweiten Weltkrieg hätten unsere Völker am meisten gelitten. Wir wüßten, worum es gehe. Die gute Atmosphäre von Stockholm müsse man jetzt für Wien nutzen. In Wien müsse man jetzt weiterkommen: Man müsse auch zu Reduzierungen der Streitkräfte und Rüstungen kommen. Sowjetunion sei interessiert, mit Bundesrepublik Deutschland mehr als mit anderen zusammenzuarbeiten. Deshalb sollte man auf der Ebene Stellvertretender Außenminister noch vor dem Folgetreffen über die Aufgaben von Wien sprechen.

BM verwies auf seine Wiener Rede[16], in der er, als Stockholm noch offen gewesen sei, auf die wichtigen, in Wien bevorstehenden Aufgaben hingewiesen ha-

15 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 23. Juli 1986 in den USA vgl. Dok. 219.

16 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 27. August 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 807–813.

be. Man müsse jetzt sehen, daß man in Wien in allen Bereichen der Schlußakte[17] vorankomme: Wir wünschten Zusammenarbeit in breitesten Bereichen, Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und Fortschritte im menschlichen Bereich. Die Zerstörungskraft konventioneller Waffen werde oft unterschätzt. Sowjetunion und wir hätten in zwei Kriegen am meisten darunter gelitten und würden bei einem neuen konventionellen Krieg wieder Hauptleidtragende sein. Beide Staaten hätten auch die meisten konventionellen Waffen in Europa. Wir müßten uns der Bedeutung Europas und seiner Zukunft sehr bewußt sein. Konsultationen auf Ebene stellvertretender Außenminister stimme er zu.

Sch. kam auf das Thema Teststopp zu sprechen und erwähnte Tschernobyl[18] als Beispiel, aus dem sich ergebe, daß es schlecht sei, sich an nukleare Rüstungen zu hängen.

BM betonte, daß wir uns um zwei Probleme besonders kümmern müßten:

– Wir müßten die Rüstungsschraube anhalten und zurückdrehen, bevor ein neues Tor aufgestoßen werde und eine Entwicklung beginne, die noch schwerer unter Kontrolle zu bringen sein würde.
– Wir müßten die großen Menschheitsaufgaben lösen, die heute keiner mehr allein lösen könne. Z. B. im Umweltbereich. Die Technologie sei so weit entwikkelt, daß wir mit einer falschen Entscheidung unsere Lebensgrundlagen zerstören könnten.

Sch. stimmte zu und erinnerte daran, daß sich auch Gorbatschow in dieser Richtung geäußert habe. Der Frieden sei der höchste Wert und die friedliche Koexistenz das universale Prinzip internationaler Beziehungen.

[19]2) Die Minister erörterten im einzelnen Fragen der Stockholmer Konferenz, des Teststopps, der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Raketen, Mittelstreckenraketen und das Verhältnis offensiver und defensiver Waffen sowie die CW-Verhandlungen. Hierüber berichtet D 2 A gesondert.[20]

3) Auf Frage von BM nach der Einschätzung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und den Lösungsmöglichkeiten für den Fall Daniloff erläuterte Sch. den Stand der Verhandlungen. Er betonte, daß sich Möglichkeiten für einen Gipfel abzeichneten. Auf sowjetischer Seite glaube man, daß man den Gipfel brauche. Leider habe die amerikanische Seite ein Nebenproblem (Daniloff-Fall) inzwischen in den Vordergrund gestellt und die Hauptprobleme in den Hintergrund geschoben und außerdem Moskau mit dem Ultimatum bezüglich der 25 sowjetischen UNO-Bediensteten[21] in eine schwierige Lage gebracht. Statt

17 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

18 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1914 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Vgl. Dok. 265.

21 Am 18. September 1986 wurde in der Presse berichtet, die USA hätten die UdSSR am Vortag darüber informiert, „daß 25 Mitarbeiter der sowjetischen Mission bei den Vereinten Nationen in New York die Vereinigten Staaten bis zum 1. Oktober verlassen müssen. Wie das Außenministerium in Washington mitteilte, wurde der Sowjetunion eine Liste mit den Namen der betroffenen Personen übermittelt. Der Sprecher des Außenministeriums, Kalb, begründete das Vorgehen mit dem Verhalten Moskaus im Fall Daniloff, der seit langem geübten Kritik Washingtons an dem personellen

die Hauptfragen zu behandeln, habe er während der 18-Stunden-Verhandlungen mit Shultz[22] hauptsächlich über diese Fragen gesprochen. Heute werde er Shultz wohl noch einmal sehen, und dieses Treffen werde wahrscheinlich nicht das letzte sein. Er glaube, daß man eine Entscheidung herbeiführen könne. Solche Fälle passierten eben. Dies sei früher geschehen und werde in Zukunft geschehen. Aber der Präsident[23], das ganze Land und die große Propagandamaschine der USA haben sich in der Sache engagiert. Man habe verschiedene Varianten vorgeschlagen. Man berücksichtige dabei auch das Prestige des Präsidenten, der sich persönlich engagiert habe. BM betonte, daß man Prestigefragen sehr wichtig nehmen müsse. Wir seien in der internationalen Entwicklung an einem Punkt, wo[24] es darauf ankomme, daß man solche Probleme mit viel Weisheit angehe. Sch. erklärte sich einverstanden, äußerte aber Zweifel, ob dies auch die US-Administration so sehe. BM meinte, daß dies so sei. Sch. wandte ein, daß es in den USA einen Kampf zwischen den Anhängern der Normalisierung der amerikanisch-sowjetischen Beziehung und den Gegnern gebe. BM betonte, daß man immer den Anhängern zu helfen versuchen sollte, statt die Gegner zu unterstützen. Sch. erwähnte, daß sich Weinberger bereits negativ über Stockholm geäußert habe. Die Dinge seien kompliziert, aber man bemühe sich, sie zu beherrschen und Emotionen auszuschalten. Mit solchen Weisungen sei er hierhergekommen. Die Amerikaner wiesen leider immer darauf hin, daß es sich bei ihnen um Prestigefragen handele, fragten aber nicht, ob es nicht auch auf sowjetischer Seite Prestigebedürfnisse gebe.[25]

4) Das Gespräch wurde anschließend im kleinen Kreis fortgesetzt. Dabei wurde vereinbart, daß D 2 im Oktober zu KSZE-Konsultationen mit Kowaljow nach Moskau reisen solle, während D 2A mit seinem sowjetischen Kollegen nochmals über die aktuellen Probleme bei den CW-Verhandlungen in Bonn sprechen solle (ebenfalls im Oktober). BM sprach außerdem die Besuchsfrage an und betonte, daß es angesichts vieler Gerüchte wünschenswert sei, in dieser Frage Klar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1387

Umfang der sowjetischen UN-Mission und dem Verdacht, daß viele der Diplomaten Spionage gegen die Vereinigten Staaten betrieben." Vgl. den Artikel „Washington weist 25 sowjetische Diplomaten aus. Spionage-Vorwürfe und der Fall Daniloff"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. September 1986, S. 1 f.

22 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September 1986 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

23 Ronald W. Reagan.

24 Korrigiert aus: „woran".

25 Der amerikanische Journalist Daniloff durfte die UdSSR am 29. September 1986 verlassen und traf am selben Tag mit einer Linienmaschine der Lufthansa in Frankfurt am Main ein. Vgl. dazu den Artikel „Nicholas Daniloff hat Moskau verlassen"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 30. September 1986, S. 1.
Am 30. September 1986 teilte der amerikanische Außenminister Shultz in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Reagan in Washington mit, der wegen Spionage angeklagte sowjetische Diplomat Sacharow habe keinen Widerspruch gegen die Anklage erhoben und werde die USA noch am selben Tag verlassen. Ferner erklärte Shultz, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe ihn darüber informiert, daß der sowjetische Dissident Orlow und seine Frau am 7. Oktober 1986 in die USA ausreisen dürften. Reagan gab anschließend bekannt, daß er den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für ein Treffen angenommen habe. Dieses werde am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik stattfinden und der Vorbereitung des Besuchs von Gorbatschow in den USA dienen, der beim Gipfeltreffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vereinbart worden sei. Für den Wortlaut der Erklärungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1292–1299.

heit zu haben. Sch. betonte, daß aus Zeitgründen ein Besuch von ihm in Bonn noch 1986 nicht möglich und Anfang 1987 schwierig sei. Er halte aber seinen Besuch im nächsten Jahr für wünschenswert und notwendig. Er stimmte zu, der Presse zu sagen, daß er bekräftigt habe, daß er im ersten Halbjahr 1987 nach Bonn kommen werde. Über die Terminplanung Gorbatschows im nächsten Jahr habe man noch keine Klarheit. Darüber könne man dann bei seinem Besuch in Bonn sprechen. Sch. betonte, daß die Besuchsfrage nichts mit den Wahlen[26] und der Innenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland zu tun habe. Das sei Angelegenheit des „deutschen Volkes". Die Bundesrepublik Deutschland sei eine wichtige Realität in Europa, und die Sowjetunion lege Wert darauf, mir ihr normale und gute Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils zu haben. Wir seien schließlich Nachbarn.

BM setzte sich nachdrücklich für die Erhöhung der Ausreisezahlen ein, über die er schon mit Gorbatschow gesprochen habe. Eine großzügige Genehmigung von Ausreisen könne große Wirkung bei uns erzielen. Sie koste die Sowjetunion nichts. Sch. erwiderte: Er habe nach dem Gespräch in Moskau die Sache untersucht und sich die sowjetische Statistik angeschaut. Die sei unterschiedlich von der unseren. Die Deutschstämmigen in der Sowjetunion seien arbeitsame und geachtete Bürger; viele seien im Obersten Sowjet und in der Parteiführung; sie seien materiell gut versorgt. Im übrigen müsse man die Gesetze einhalten. Aber was möglich sei, werde geprüft. Es gebe eine strikte Anweisung von Gorbatschow, die besage, daß – soweit es die Gesetze erlaubten – in Fällen echter Familienzusammenführung keine Hindernisse errichtet, sondern die sofortige Ausnahmegenehmigung erteilt werden müsse. BM schlug vor, man solle einmal die Statistiken vergleichen, und Sch. erklärte sich damit einverstanden: Man werde sich damit befassen.

[gez.] Braunmühl

Referat 230, Bd. 142187

26 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

265

Botschafter Ruth, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 26. September 1986, 15.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1917 **Ankunft: 26. September 1986, 22.44 Uhr**

Betr.: Besuch Bundesminister in New York;
hier: Gespräch mit AM Schewardnadse[2]

Zur Unterrichtung

Während des Mittagessens für den sowjetischen AM Schewardnadse standen Themen der Rüstungskontrolle im Mittelpunkt. Besonders ausführlich erörtert wurden KVAE-Ergebnis, Fragen des nuklearen Teststopps, amerikanisch-sowjetische Verhandlungen und C-Waffen-Verhandlungen. Das Gespräch fand in freundlicher und sachlicher Atmosphäre statt. Schewardnadse schlug Konsultation auf Ebene Vize-Außenminister vor Beginn des KSZE-Treffens in Wien vor. BM erklärte Bereitschaft, Vorschlag aufzugreifen.

Im einzelnen

Schewardnadse stellte fest, daß Stockholm[3] zum Prüfstein der in Moskau[4] deutlich gewordenen Kooperation geworden sei. Unsere Delegationen hätten gut zusammengearbeitet und in vielen Punkten zum Ergebnis beigetragen, indem sie eine gemeinsame Sprache gefunden hätten.

BM erinnerte daran, daß es in Stockholm gelungen sei, vieles aufzuarbeiten, was in Moskau noch umstritten schien. Es sei wichtig gewesen, daß bei den Flugzeugen ein Kompromiß gefunden worden sei, der der Sowjetunion die Annahme der Inspektionen erleichtert habe. Bei der Schwelle seien insbesondere unsere Interessen involviert gewesen.

Schewardnadse führte aus, daß Stockholm ein wichtiges Ergebnis für viele Regionen und die ganze Welt gewesen sei. Es habe ihn gewundert, wie gleichgültig man in den Vereinigten Staaten gegenüber den Ergebnissen der KVAE gewesen sei. Vielleicht liege dies daran, daß die Europäer zuerst die Opfer des Ersten und Zweiten Weltkrieges gewesen seien und daß unsere Völker am meisten unter den Kriegen gelitten haben. Deshalb liege es auch nahe, daß unsere Völker besonders positiv auf die Ergebnisse von Stockholm reagierten. Stockholm sei ein Beispiel, wie man die Bemühungen zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen vereinen könne. Es komme jetzt darauf an, wie die Ergebnisse von Stockholm in Wien genutzt werden könnten. Schewardnadse unterstrich die Bereitschaft, mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten. Er schlug vor, auf der Ebene der Stellvertretenden Außenminister noch vor Wien

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 26. September 1986 anläßlich der VN-Generalversammlung in den USA auf. Zum Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. September 1986 in New York vgl. auch Dok. 264.

3 Zur KVAE vgl. Dok. 253 und Dok. 267.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

zu konsultieren, um die Konferenz so gut wie möglich vorzubereiten. Wichtig sei die Entscheidung darüber, auf welchem Forum über Reduzierungen zu verhandeln sei. Die in Stockholm gesammelten guten Erfahrungen müßten genutzt werden. Bei einigen Fragen könne man schon vor Wien Festlegungen treffen.

Bundesminister erwiderte, daß das Ergebnis von Stockholm nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. In Madrid[5] habe sich noch die Frage gestellt, ob nicht der KSZE-Prozeß auseinanderbreche. Bei der Eröffnung von Stockholm auf der Ebene der Außenminister[6] habe noch kein Grund zum Optimismus bestanden. Als bei Beginn dieses Jahres die Verhandlungen stagnierten, habe er zusammen mit dem französischen Außenminister versucht, der Konferenz Impulse zu geben.[7] Dies sei offensichtlich gelungen. Jetzt müsse das durch das Stockholmer Ergebnis entstandene Momentum genutzt werden. Es gehe jetzt darum, auf dem Wiener Treffen zu erreichen, daß Fortschritte in allen Bereichen erzielt werden können. Dazu gehörten auch die Verhandlungen über das konventionelle Kräfteverhältnis. Die öffentliche Diskussion unterschätze oft die Gefahr, die im konventionellen Bereich bestehe. Schewardnadse habe mit Recht daran erinnert, daß unsere Völker am meisten gelitten hätten. Wir müßten noch mehr leiden, wenn es wieder zu einer kriegerischen Auseinandersetzung käme. Von der Sicherung des Friedens hätten wir deshalb auch den größten Nutzen.

Schewardnadse erwiderte, es sei nicht mehr die Frage, wo eine Bombe explodiere, in der Sowjetunion oder in der Bundesrepublik Deutschland. Das ganze Europa werde davon betroffen sein.

BM sagte, daß wir schlechte Europäer wären, wenn wir nicht das ganze Europa betrachten würden. Zum Vorschlag eines Treffens der stellvertretenden Außenminister vor der Wiener Konferenz sagte BM, daß wir den Vorschlag gerne aufgriffen. Dabei müsse man bedenken, daß bis zum Beginn der Wiener Konferenz nicht mehr viel Zeit sei.

Schewardnadse lenkte danach das Gespräch auf Fragen der nuklearen Rüstung. Er sagte, man könne mit Bezug auf die Frage der nuklearen Tests vieles tun. Die Lösung dieser Frage solle nicht aufgeschoben werden. Man habe eine gute Chance, mit der nuklearen Rüstung Schluß zu machen. Tschernobyl[8] habe diese Notwendigkeit unterstrichen (hier dankte Schewardnadse für das von der Bundesregierung ausgesprochene Mitgefühl).

BM führte aus, daß wir gleich zwei historische Probleme lösen müßten:

– Wir müßten versuchen, die Rüstungsschraube anzuhalten und zurückzudrehen zu einer Zeit, wo Kontrollen noch möglich sind.
– Wir müßten gemeinsam die Menschheitsaufgaben lösen, die sich für Fragen der Umwelt, der Energie, neuer Technologien stellten.

5 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

6 Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet.

7 Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

8 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

Schewardnadse führte aus: In den praktischen Frage klappe es in den internationalen Beziehungen in vielen Punkten noch nicht. Die Sowjetunion habe die nuklearen Tests eingestellt.[9] Das sei für sie ein riskanter Schritt gewesen. Er habe versucht, von seinen amerikanischen Gesprächspartnern eine Antwort auf die Frage zu bekommen, warum die USA nicht mit einem gleichen Schritt reagierten. Er habe Präsident Reagan danach gefragt. Dieser habe aber nur geantwortet, daß die Sowjetunion die USA überholt habe und jetzt eingeholt werden müsse. Er habe sich deshalb mit dieser Frage an AM Shultz gewandt. Auch dieser habe keine vernünftige Antwort geben können und habe sich mit dem Hinweis auf die Kontrolle herauszureden versucht. Die Sowjetunion habe die Tests eingestellt. Würden die Vereinigten Staaten das Gleiche tun, dann würden Frankreich und Großbritannien folgen. Die Beseitigung von Kernwaffen erfordere entschlossene Maßnahmen. Er, Schewardnadse, sei davon überzeugt, daß in den Vereinten Nationen eine absolute Mehrheit für die Einstellung von Nukleartests bestehe. Ihn habe die Emotion beeindruckt, die ihm während seiner Rede[10] entgegengebracht worden sei, als er von der Bereitschaft sprach, in den VN einen Vertrag über die Einstellung von Kernwaffentests zu unterschreiben. Er glaube, daß auch im amerikanischen Kongreß dieser Gedanke viel Unterstützung finde.

BM führte aus, daß die Haltung der Bundesregierung in der Frage des CTB oft zum Ausdruck gebracht worden sei. Daran habe sich nichts geändert.

Schewardnadse kam noch einmal auf das Teststopp-Problem zurück. Diese Frage müsse weiter diskutiert werden. Bei vollständiger Einstellung von Tests sei die Frage der Kontrolle gelöst. Ein Problem gebe es nur, wenn man Testschwellen beibehalte. In der Sowjetunion könnten sich Fachleute vor Ort von den Möglichkeiten der Kontrolle überzeugen.

Auf die Frage des BM eingehend, sagte Schewardnadse, daß er ihm wohl nichts Neues sagen könne, da er selbst gute Kontakte zu AM Shultz habe. Hinsichtlich des Gipfeltreffens sei ein großes Stück Arbeit zur Vorbereitung geleistet worden. Bei den Mittelstreckenwaffen zeichne sich die Möglichkeit einer Zwischenlösung ab. Auch bei der Frage der Weitergeltung des ABM-Vertrags seien Bewegungen denkbar. Der Unterschied liege in der Sache darin, daß die Sowjetunion eine Festigung des Regimes des ABM-Vertrages wolle, während die Vereinigten Staaten eine Einigung über die Begrenzung der Dauer der ABM-Geltung anstrebten. Was die zeitliche Geltung des ABM-Vertrages angehe, könne man aber annehmbare Lösungen finden.

Zur Frage der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der strategischen Verteidigung hätte die Sowjetunion keine Einwendung, daß solche Forschung innerhalb der Mauern von Labors ausgeführt würde. Was darüber hinausgehe, müsse jedoch begrenzt werden.

Präsident Reagan habe einmal geäußert, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigten, die Möglichkeit zu schaffen, vom Weltraum aus Ziele auf der Erde

9 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, äußerte sich zuletzt in einer Fernsehansprache am 18. August 1986 zur Frage eines Teststopps. Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 50.

10 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 23. September 1986 in New York vgl. den Artikel „Uns ist die Chance gegeben, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. September 1986, S. 5 f.

zu treffen.[11] Die Sowjetunion schlage vor, dies ganz zu verbieten. Wenn die Vereinigten Staaten es mit ihrer Aussage ernst meinten, seien auch hier Annäherungen möglich.

Schewardnadse stellte fest, daß sich die Konturen eines Abkommens abzeichneten. Jetzt sei der Augenblick gekommen, wo man Impulse brauche. Statt über diese Fragen zu sprechen, sei der Daniloff-Fall[12] ganz in den Vordergrund getreten.

BM brachte das Gespräch abschließend auf das Thema der chemischen Waffen. Dies sei für uns von besonderer Bedeutung. Wir glaubten, daß ein C-Waffen-Verbot möglich sei.

Schewardnadse meinte, daß in der Tat eine Chance bestehe, zu einer Konvention zu kommen. Das sei auch die Auffassung von AM Shultz. Die Position der Bundesregierung sei ihm bekannt. Die Sowjetunion habe mit Interesse den britischen Vorschlag[13] in dieser Frage zur Kenntnis genommen und bewerte ihn positiv.

Schewardnadse stellte fest, er habe einen großen Wunsch, nämlich persönlich bei der Unterzeichnung einer C-Waffen-Konvention anwesend zu sein. Zur Förderung der C-Waffen-Verhandlungen sollten unsere Delegationen eng zusammenarbeiten.

BM erklärte sich damit einverstanden. Man müsse prüfen, wo dies am besten geschehe, in Genf oder in den Hauptstädten.[14]

Schewardnadse erwiderte, daß der Ort für die Kontakte zweitrangig sei. Er sehe eine große Gefahr in diesem Bereich, und das sei die bevorstehende Produktion binärer Waffen.[15]

BM erwiderte, wenn es zu einem C-Waffen-Verbot komme, werde es auch keine binären Waffen geben. Man müsse jetzt die Gelegenheit ergreifen.

Schewardnadse stimmte dem zu. Die Hauptsache sei, in der Frage der chemischen Waffen bald eine Verbotskonvention zustande zu bringen.

[gez.] Ruth

Referat 221, Bd. 130146

11 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; DEAR MR. PRESIDENT, S. 93.

12 Zum Fall des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 264, Anm. 25.

13 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

14 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 264, Anm. 13.

15 Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 19. Dezember 1985 vgl. Dok. 23.

266

Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z.Z. Wien, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 488 **Aufgabe: 27. September 1986, 12.50 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 27. September 1986, 14.42 Uhr**

Betr.: Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz (GK)[2]
Schlußbericht 5. Delegationsbericht

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung und Bewertung

Die auf deutsche Initiative[3] vom IAEO-Gouverneursrat beantragte erste Sondersitzung der GK seit Bestehen der IAEO ging planmäßig am 26. September 1986 zu Ende. Die beiden Konventionen über Frühinformation und Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen[4] wurden noch während Schlußphase des GK-Plenums zur Zeichnung aufgelegt und bis abends von über 50 Staaten gezeichnet, an erster Stelle von Sowjetunion, gefolgt von uns und USA.

Wenn auch Verlauf der GK durch die immer wieder die IAEO-Arbeit belastenden Versuche der Gruppe 77, mit ihrer zahlenmäßigen Mehrheit den Industrieländern ihren Willen aufzuzwingen, gestört und verzögert wurde, ist diese Sonder-GK doch klarer Beweis dafür, daß IAEO rasch und wirksam auf Tschernobyl-Unfall[5] und seine Auswirkungen reagieren konnte und dabei vom soliden Konsens der an friedlicher Kernenergienutzung interessierten Länder aus allen Gruppierungen (westliche Industrieländer, sozialistischer Block, Gruppe 77) getragen wird.[6]

Der vom österreichischen AM Jankowitsch in Begrüßungsansprache des Gastlandes ausgesprochene Aufruf zum Ausstieg aus der Kernenergie wurde in Generaldebatte nicht aufgegriffen. Im Gegenteil betont das im Konsens angenommene, unter unserer Regie ausgehandelte GK-Schlußdokument[7] schon im er-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat dem Bereitschaftsdienst am 29. September 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref[erat] 431 am Montag, 29.9.86 bei Dienstbeginn sofort auf den Tisch."
Hat Vortragendem Legationsrat Mann am 29. September 1986 vorgelegen.

2 Die Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz fand vom 24. bis 26. September 1986 statt.

3 Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine internationale Konferenz über Reaktorsicherheit vgl. Dok. 165.

4 Für den Wortlaut der Übereinkommen vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (IAEO-Benachrichtigungsübereinkommen) bzw. über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (IAEO-Hilfeleistungsübereinkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 435–449.

5 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

6 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Mann durch Fragezeichen hervorgehoben.

7 Für den Wortlaut des Schlußdokuments der Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz vom 24. bis 26. September 1986 in Wien (GC (SPL.I)/Res/1) vgl. INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY (Hrsg.), Convention on early notification of a nuclear accident and convention on assistance in the case of a nuclear accident or radiological emergency, Wien 1987 (Legal Series Nr. 14), S. 101f.

sten Absatz, daß Kernenergie weiterhin eine für wirtschaftliche und soziale Entwicklung wichtige Energiequelle darstellen wird. Ebenso deutlich wird in Schlußdokument, den beiden Konventionen und zahlreichen Erklärungen der Generaldebatte die individuelle und zugleich kollektive Verantwortlichkeit der Staaten und internationalen Organisationen für Sicherung eines Höchstmaßes von Sicherheit und Umweltverträglichkeit friedlicher Kernenergienutzung hervorgehoben. An diesem Grundkonsens ändert auch nichts die unterschiedliche Betonung, die die verschiedenen Staaten einerseits auf souveräne nationale Verantwortung, andererseits auf gemeinsames internationales Vorgehen legen.

Von GK verabschiedete Dokumente (Schlußdokument und Omnibus-Entschließung[8]) machen zugleich klar, daß Sondersitzung nur Zwischenergebnis ist und umfangreiche Sacharbeit von Gouverneursrat, Sekretariat und Beratergruppen erst noch in die Wege geleitet werden muß. Dies betrifft so wichtige Bereiche wie Konvergenz von Sicherheitsstandards und Interventionsschwellen, Erweiterung und Verbesserung internationaler Haftungsregeln, Vertiefung internationaler Kenntnis von nationalem Genehmigungsrecht und seiner Anwendung in der Praxis usw.

Schließlich ist hervorzuheben, daß im GK-Plenum, im Committee of the Whole und in zahlreichen Randgesprächen deutsche Rolle bei Zustandekommen, Vorbereitung und Durchführung der Sondersitzung als entscheidend und hilfreich anerkannt wurde, wenn dies auch in Konsenstexten nicht in Erscheinung tritt.

BM Wallmann hat als Leiter unserer Delegation viel Aufmerksamkeit gefunden. Sein Beitrag in der Generaldebatte[9], seine Gastgeberschaft beim Mittagessen für alle Delegationsleiter am ersten Konferenztag, die zeitweise Übernahme des Vorsitzes im Plenum in seiner Eigenschaft als Vizepräsident und schließlich seine gut besuchte Pressekonferenz in der Schlußphase der Konferenz haben das besondere Engagement der deutschen Bundesregierung bei dieser Veranstaltung in eindrucksvoller Weise sichtbar gemacht.

Darüber hinaus konnte BM Wallmann in zahlreichen spontanen Einzelbegegnungen mit anderen Ministern am Rande des Plenums ebenso wie in den vorher verabredeten Gesprächsterminen mit US[10], CHN[11], JAN[12], DK, NL und DDR bilaterale Fragen ansprechen.

8 Für das Dokument „Measures to strengthen international co-operation in nuclear safety and radiological protection" (GC (SPL.I)/15/Rev.1) vom 26. September 1986 vgl. Referat 431, Bd. 153318.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Wallmann am 24. September 1986 in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 941 f.

10 Bundesminister Wallmann traf am 25. September 1986 mit dem amerikanischen Energieminister Herrington und dem Leiter der amerikanischen Atomaufsichtsbehörde, Zech, zusammen. Botschafter Paschke, Wien (Internationale Organisationen), berichtete dazu am folgenden Tag, erörtert worden sei die Überprüfung der Betriebssicherheit von Nuklearanlagen durch die IAEO. Einigkeit habe bestanden „in Wertung der Konferenz als Beginn, nicht Ende der Initiativen nach Tschernobyl. Wichtig sei, international deutlich werden zu lassen, welches Land hohe Sicherheit gewährleiste und welches mehr tun müsse. Zech erläuterte ausführlich, daß Schwerpunkt der US-Arbeit jetzt vorrangig bei Verbesserung der Betriebssicherheit vorhandener Anlagen liege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 486; Referat 431, Bd. 153317.

11 Botschafter Paschke, Wien (Internationale Organisationen), berichtete am 26. September 1986 zum Gespräch des Bundesministers Wallmann mit dem chinesischen Kernenergieminister Jiang Xinxiong am Vortag: „Gespräch konzentrierte sich auf chinesisches Kernenergieprogramm und Ko-

II. Im einzelnen

1) Generaldebatte konnte trotz überaus zahlreicher Wortmeldungen von Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen dank zweier zusätzlicher Abendsitzungen bis 26. September mittags abgeschlossen werden. Über Delegationsbericht 1 bis 3[13] hinaus bleibt Bericht über weitere wichtige Einzelinitiativen vorbehalten. US-Delegation hat es für westliche Gruppe übernommen, Sekretariat um Auswertung der Generaldebatte insbesondere auf konkrete Anregungen für weiteres Vorgehen zu bitten, um zuverlässige Grundlage für bevorstehende Entscheidungen des Gouverneursrats zur Organisation der Arbeit zu schaffen.

2) Konventionsentwürfe wurden nicht mehr diskutiert, lediglich Vorbehalte einzelner Delegationen in Generaldebatte vorgetragen. Dies gilt etwa für I und hinsichtlich Hilfeleistungskonvention auch für LUX.

Nach letztem Kenntnisstand wurde Frühinformations-Konvention bereits von 52 Staaten gezeichnet, darunter von mindestens drei ohne Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsvorbehalte, so daß sie schon am 27. Oktober 1986 in Kraft tritt. Zahlreiche andere Zeichnerstaaten erklärten sich wie wir zu vorläufiger Anwendung bereit. Im übrigen wird an formelle Verpflichtungserklärungen aller fünf Kernwaffenstaaten während Generaldebatte erinnert, freiwillig auch nicht von Artikel 1 der Konvention erfaßte Vorkommnisse im militärischen Bereich zu melden. Von wichtigen, selbst Kernkraftwerke betreibenden Ländern haben noch nicht gezeichnet: ARG, INI, JAN, KAN, Korea, MXI, PAK und Südafrika. Ukraine und Weißrußland haben neben Sowjetunion gezeichnet.

Für Hilfeleistungskonvention ergibt sich – abgesehen von LUX – gleiches Bild.

3) Obwohl Schlußdokument in der unter unserer Ägide ausgearbeiteten und vom Gouverneursrat der GK übermittelten Fassung unverändert gebilligt wurde

Fortsetzung Fußnote von Seite 1395

operation mit D. […] Grundsätzliche Ziele zum Ausbau der Kernenergie bleiben bestehen, Kürzungen wegen Finanzierungsproblemen. Nach Tschernobyl mehr Überzeugungsarbeit auch in CHN notwendig. Sicherheit erhält noch stärkeres Gewicht. […] Neben Lob für gute Qualität kam chinesische Delegation immer wieder auf höhere deutsche Preise im Vergleich zu anderen Ländern zu sprechen. Wir haben das erklärt mit hohen Sicherheitsanforderungen insbesondere bezüglich schwerer Unfälle, Unfall-Management und Sicherheitssystem. […] Gesamteindruck war höfliche Bestätigung sich gut entwickelnder Kooperation." Vgl. den Drahtbericht Nr. 485; Referat 431, Bd. 153317.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Wallmann mit dem japanischen Vizeminister für Wissenschaft und Technik, Shimura, am 25. September 1986 berichtete Botschafter Paschke, Wien (Internationale Organisationen), am folgenden Tag: „Japan sprach einleitend Anerkennung für unsere Initiative zur Konferenz aus und für Rede Minister Wallmann. Im übrigen allgemeines Gespräch über gute Kooperation, keine besonderen Anliegen Japans. Japanisches Kernenergieprogramm wird auch nach Tschernobyl zielstrebig weiterverfolgt. […] In Japan wurde Öffentlichkeit nach Tschernobyl auf dortige andersartige, sichere Reaktortypen verwiesen." Vgl. Referat 431, Bd. 153317.

13 Mit Drahtbericht Nr. 481 vom 24. September 1986 (1. Delegationsbericht) informierte Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. Wien, über die Eröffnung der Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz und gab eine Zusammenfassung der Reden des österreichischen Außenministers Jankowitsch, des IAEO-Generaldirektors Blix, von Bundesminister Wallmann sowie der Vertreter der UdSSR, Großbritanniens und der USA. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 153317.

In dem als Drahtbericht Nr. 483 übermittelten dritten Delegationsbericht informierte Botschafter Paschke, Wien (Internationale Organisationen), am 26. September 1986 über den Verlauf der Verhandlungen in einer Nachtsitzung am 24. September 1986 sowie am 25. September 1986. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 153317.

(vgl. Del.-Bericht Nr. 4[14]), wurden mit der schließlich auch im Konsens angenommenen Omnibus-Entschließung noch einige Änderungsanträge (von LUX, den fünf nordischen Staaten und MXI) dem Gouverneursrat zur weiteren Behandlung überwiesen. Dies kann aber nichts mehr am Konsens über die im Schlußdokument enthaltenen Grundsätze ändern, wohl bei ihrer Ausfüllung durch nähere Regelungen eine Rolle spielen.

4) Von den weiteren durch die Omnibus-Entschließung an den Gouverneursrat verwiesenen Anträgen haben der niederländische Entwurf über den Ausbau des internationalen Haftungsregimes[15] sowie der dänische Vorschlag zur besonderen Verpflichtung von Nachbarstaaten zur Information und Konsultation über Bau und Betrieb von Nuklearanlagen[16] bereits in zahlreichen Erklärungen in und am Rande der GK Unterstützung in der Sache erfahren. Hingegen zeigte Aussprache im Committee of the Whole, daß die beiden von PAK hartnäckig betriebenen, formal von MXI im Namen der Gruppe 77 eingebrachten Entschließungsanträge zum Verbot militärischer Angriffe auf nukleare Anlagen[17] und zur Verpflichtung der Lieferstaaten zum Transfer von Sicherheitsinformationen[18] auf harten Widerstand vor allem der USA stoßen und von wichtigen an der Sache interessierten Staaten der Dritten Welt zwar aus Solidarität der Gruppe 77 formal, nicht aber in der Sache unterstützt werden. Dennoch werden sie als Vehikel für Süd-Nord-Animositäten einiger EL und auch des designierten Gouverneursratsvorsitzenden 1986/87, Munir Khan, PAK, wie schon im Verlauf der GK auch in Zukunft, vor allem im Gouverneursrat, Schwierigkeiten bereiten.

[19]Eigenartige Rolle spielt österreichischer Entschließungsantrag.[20] Er wurde erst nach der offensichtlich nicht in der österreichischen Delegation abgestimmten Grußansprache von AM Jankowitsch entworfen, als Gegenvorlage zu „unserem“ Schlußdokument angelegt und erst im letzten Moment und erkennbar ohne Aussicht auf Erfolg eingebracht. Weder im Committee of the Whole noch

14 Botschafter Paschke, Wien (Internationale Organisationen), berichtete am 26. September 1986: „Die Verhandlungen im ‚Committee of the Whole‘ über den von uns entwickelten Text eines Schlußdokuments und über eine ganze Reihe von Zusatzwünschen, Amendments und weiteren Resolutionsvorschlägen wurden bis in den Nachmittag des letzten Konferenztags hinein mit Hartnäckigkeit und unter Zuhilfenahme kleinerer bis in die späten Nachtstunden beratenden ‚drafting groups‘ geführt.“ Insbesondere der pakistanischen Delegation sei es gelungen, die Gruppe der 77 auf die Unterstützung ihrer Sonderanliegen einzuschwören. Schließlich sei Einigung erzielt worden, alle Vorschläge zur Weiterbehandlung an den Gouverneursrat der IAEO zu verweisen, da sonst die Gefahr bestanden hätte, daß die Konferenz ohne Schlußdokument beendet würde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 487; Referat 431, Bd. 153317.

15 Für das Dokument „Nuclear Liability“ (GC (SPL.I)/13) vom 25. September 1986 vgl. Referat 431, Bd. 153318.

16 Für den von Dänemark am 24. September 1986 eingebrachten Vorschlag vgl. die Anlage zum Dokument „Draft of a final document of the special session of the general conference“ (GC (SPL.I)/5); Referat 431, Bd. 153318.

17 Für das Dokument „Draft resolution on the prohibition of armed attacks on all nuclear installations“ (GC (SPL.I)/7) vom 24. September 1986 vgl. Referat 431, Bd. 153317.

18 Für das Dokument „Draft resolution on the sharing of nuclear-safety-related information“ (GC (SPL.I)/6)“ vom 24. September 1986 vgl. Referat 431, Bd. 153317.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 489 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Für das Dokument „Measures to strengthen international co-operation in nuclear safety and radiological protection“ (GC (SPL.I)/16) vom 25. September 1986 vgl. Referat 431, Bd. 153317.

in informellen Kontaktgruppen, nicht einmal in westlichen Gruppensitzungen ergriff österreichische Delegation dazu das Wort. Lediglich nach Annahme der Konferenzdokumente verwies sie kurz im Plenum auf ihren Antrag. Soweit dieser nicht wie etwa zur Haftung und zu Konsultationen unter Nachbarländern auch von anderen Delegationen verfolgte Elemente enthält, dürfte er mit Abschluß der GK-Sondersitzung erledigt sein.

5) Besondere Probleme bei der Anerkennung von Vollmachten ergaben sich diesmal nicht. Südafrika nahm nicht teil, wohl aber ISR und CHL.

6) GK-Präsident Manouan, ELF, beschränkte sich auf formale Leitung. Da er weder die zahlreichen Randveranstaltungen noch die bei ihm in der Nacht zum Donnerstag[21] einberufene Besprechung von „Freunden des Vorsitzes" zu effektiven Bemühungen um Konsensbildung nutzte noch über wesentlichen Einfluß in der Gruppe 77 verfügt, ließ sich nicht, wie geplant und am ersten Konferenztag vom General Committee bestätigt, Einsetzung des Committee of the Whole vermeiden. In dessen formellen Sitzungen blieben dann auch mangels entschlossener Leitung durch Vorsitzenden (Scheel, DDR) Fortschritte aus.

Ausschlaggebend für schließliche Konsenslösung waren informelle Gespräche unter wichtigen Delegationen, zum Teil in sog. Kontaktgruppensitzungen, an denen wir maßgeblich beteiligt waren. Durch teilweises Nachgeben gegenüber Forderungen der Gruppe 77 hinsichtlich Hervorhebung ihrer Vorschläge in der Omnibus-Entschließung sicherte westliche Gruppe den Konferenzerfolg, nachdem Ostblock durch Andeutung weitergehender Konzessionen Stellung der Gruppe 77 noch verstärkt hatte. Kompromißlösung für Omnibus-Entschließung ist sachlich für unsere Anliegen unschädlich, mag aber Gruppe 77 und insbesondere Munir Khan in der Auffassung bestärken, durch Intransigenz immer wieder Industrieländer majorisieren zu können.

III. Konferenzdokumente, soweit nicht schon durch Fernkopie übermittelt, wurden von Delegation BM Wallmann nach Bonn mitgenommen.

[gez.] Loosch

Referat 431, 153317

21 25. September 1986.

267

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-373.00 **30. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Bilanz der KVAE

Anlg.: 1[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Bilanz im Westen

1) Das Ergebnis von Stockholm[4] wurde im Westen einhellig begrüßt (u. a. positive Erklärungen von Präsident Reagan[5] und Mitterrand[6]). Der positiven Bewertung durch die Bundesregierung (Erklärungen des Bundeskanzlers[7] und des Bundesministers[8] vom 21./22.9.) schloß sich auch die Opposition (ohne die Grünen) an, so die ausdrückliche Feststellung von MdB Voigt im Auswärtigen Ausschuß am 24.9.1986.[9]

Unsere positive Einschätzung beruht vor allem darauf, daß folgendes erreicht wurde:

– Die erste multilaterale Rüstungskontrollvereinbarung zwischen Ost und West seit 1975;
– weitgehende Durchsetzung des westlichen Konzepts schrittweiser militärischer Vertrauensbildung durch konkrete Maßnahmen zu größerer Transparenz; allerdings wurde unser Ziel vor allem beim Informationsaustausch und auch bei den Notifikations- bzw. Beobachtungsschwellen nicht ganz erreicht;
– Vereinbarung eines Satzes im Vergleich zu den VBM der Helsinki-Schlußakte von 1975[10] qualitativ verbesserter und neuer VSBM;

1 Durchschlag als Konzept.
2 Andreas Meyer-Landrut.
3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Zusammenfassung des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. Referat 221, Bd. 130146.
4 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253.
5 Für den Wortlaut der am 22. September 1986 veröffentlichten Erklärung des Präsidenten Reagan zur KVAE in Stockholm vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1233 f.
6 Für den Wortlaut der am 22. September 1986 veröffentlichten Erklärung des französischen Präsidialamts vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 43.
7 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BULLETIN 1986, S. 912.
8 Zur Erklärung des Bundesministers Genscher vom 21. September 1986 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1357/86; Referat 013, Bd. 179063.
9 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Das Dokument ‚Stockholmer Konferenz‘ wurde am 26. September 1986 im Bulletin veröffentlicht; eine Zusammenfassung wichtiger Bestimmungen ist als Anlage 1 beigefügt.“
10 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

– Einbeziehung des gesamten europäischen Territoriums der Sowjetunion in die Rüstungskontrolle, während die Regelung der Helsinki-Schlußakte nur 250 km sowjetischen Gebietes einschloß;
– die erstmalige Vereinbarung von Inspektionen vor Ort ohne Ablehnungsrecht ist ein konzeptioneller Durchbruch für die gesamte Rüstungskontrolle;
– Verbesserung der Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungen der West-Ost-Beziehungen (KSZE-Folgetreffen, Aussichten auf zweiten Gipfel).

2) Die vereinbarten Maßnahmen sind auch aus militärischer Sicht bedeutsam:
– Die Durchführung der Maßnahmen wird den Einblick in das militärische Verhalten und die Praxis der Warschauer-Pakt-Staaten vertiefen.
– Bei unveränderter Übungstätigkeit im Warschauer Pakt erwartet das BMVg, daß jährlich mehr als zehn Übungen notifiziert werden, und zwar auch Aktivitäten in der Tiefe des europäischen Teils der Sowjetunion.
– Die Festschreibung der Anwendungszone für VSBM in Europa bis zum Ural gibt uns Gelegenheit, Erkenntnisse über militärische Aktivitäten in der Tiefe des europäischen Teils der Sowjetunion zu gewinnen, aus dem im Kriegsfall die WP-Angriffsstaffeln genährt würden.
– Die Beobachtung von militärischen Aktivitäten ab 17 000 Mann vom Anfang bis zum Ende jeder Übung erlaubt es, nach einem gewissen Zeitraum Rückschlüsse auf militärische Fähigkeiten, Einsatzgrundsätze, Ausrüstung, Ausbildung und Einstellung der Truppe zu ziehen.
– Eine Inspektion vor Ort ohne Ablehnungsrecht hat vor allen Dingen Abschreckungswert. Behutsame Nutzung dieses sehr sensiblen neuen Instruments kann im Verdachtsfall Klarheit über militärische Aktivitäten bringen.
– In ihrer Gesamtheit können diese Maßnahmen aufschlußreiche Informationen über die Streitkräfte des Warschauer Paktes bringen und die eigene Lagebeurteilung verbessern. Dies gilt insbesondere hinsichtlich militärischer Routineaktivitäten. Abweichungen von der Norm würden klarer erkennbar werden und können als Indikatoren für bestimmte beabsichtigte Verhaltensweisen gewertet werden.
– Die Maßnahmen schränken die Vorneverteidigungsfähigkeit der NATO nicht ein. In diesem Sinne ist insbesondere auf die Sonderregelung für Alarmaktivitäten hinzuweisen, die erst zum Zeitpunkt des Ausrückens der Truppen notifiziert werden müssen und erst nach 72 Stunden beobachtet werden können.

All dies setzt voraus, daß die Maßnahmen strikt implementiert werden und daß der Warschauer Pakt seine Übungstätigkeit nicht drastisch verändert. Der Westen sollte daher bei jeder sich bietenden Gelegenheit an alle Teilnehmerstaaten, insbesondere an die des Warschauer Paktes, appellieren, daß die erreichten Vereinbarungen nicht durch derartige Veränderungen unterlaufen werden.

3) Motor der Verhandlungen waren die Partner der Allianz, die auf der Grundlage eines in der NATO beschlossenen Vorschlagspakets[11] dynamisch verhan-

11 Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 24. Januar 1984 für ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (CSCE/SC.1) vgl. Dok. 8, Anm. 17.

delten. Trotz gelegentlicher Reibungsverluste war die Geschlossenheit der Partner entscheidend für den Erfolg. Vom kritischen Anfang bis zur heiklen Endphase haben Initiativen der Westeuropäer, die meistens von uns initiiert und zusammen mit Frankreich bzw. Großbritannien verwirklicht wurden, den Konferenzerfolg ermöglicht. Die amerikanische Delegation hat ihrerseits in für die USA sensitiven Fragen zusammen mit der Sowjetunion Lösungen erarbeitet, die für den Gesamterfolg tragend waren. Die N+N stützten konzeptionell weitgehend die westlichen Vorschläge. Für das Ergebnis wichtig war die Rolle einzelner Neutraler als Koordinatoren. Dagegen konnten die Neutralen als Gruppe keine Vermittlungsfunktion ausüben; dementsprechend hatten sie zur eigenen Enttäuschung nur begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten. Es zeigte sich, daß die N+N, anders als in den übrigen KSZE-Materien, im Bereich der Sicherheitspolitik schwer eine gemeinsame Linie finden.

II. Bilanz aus östlicher Sicht

1) Positive öffentliche Bewertung durch Moskau

GS Gorbatschow hat den Abschluß von Stockholm als großen Schritt zur „Gesundung“ des internationalen Klimas gewürdigt.[12] Gorbatschow verbucht das Ergebnis von Stockholm ausdrücklich als einen Schritt zur Durchsetzung des von ihm propagierten „neuen Denkens in der Weltpolitik“. Der Wert der Einigung von Stockholm dürfte aus sowjetischer Sicht in erster Linie bei der atmosphärischen Wirkung liegen, die die SU in ein günstiges Licht stellt.

2) Vergleich des Ergebnisses mit ursprünglichen sowjetischen Konferenzzielen

Bei Vergleich des Stockholmer Ergebnisses mit den ursprünglichen sowjetischen Konferenzzielen dürfte das interne sowjetische Urteil nüchterner ausfallen, da sie erheblich zurückstecken mußte:

– Von ihren deklaratorischen Vorschlägen (u. a. „no first use“[13]) ist nichts übriggeblieben.
– Statt eines GV-Vertrags hat die SU einige Absätze über GV im Abschlußdokument geerntet, an denen sie – wie sie durch ihr Desinteresse während der Endphase der Redaktionsverhandlungen verriet – wenig Freude hat. Als Instrument im Propagandakampf gegen die westlichen Verteidigungsanstrengungen taugt diese GV-Bekräftigung nicht.
– Beschränkende Maßnahmen, die einseitig zu Lasten der NATO gingen, wie der Osten sie verlangte, konnte er nicht durchsetzen.
– Auf der Erfassung von unabhängigen See- und Luftaktivitäten sowie amerikanischen Verlegungen aus den USA über Europa in Zielgebiete außerhalb Europas hat die SU in dieser Phase nicht bestanden. Bemerkenswert ist, daß die gewichtigen sowjetischen Konzessionen ein Eingehen auf vor allem von den USA in den Vordergrund gestellte westliche Petita darstellen, für die die SU keine amerikanische Gegenleistung erhalten hat.

12 Für den Wortlaut der am 25. September 1986 veröffentlichten Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 115.
13 Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge vom 8. Mai 1984; Dok. 253, Anm. 10.

3) Vom Westen geprägtes KVAE-Ergebnis

Die SU hat in Stockholm einem Dokument zugestimmt, das sehr weitgehend den westlichen Ausgangsvorstellungen entspricht. Die SU hat nach Aufgabe ihrer deklaratorischen Maßnahmen kein eigenes Konzept entwickelt, sondern defensiv verhandelt; sie konzentrierte ihre Energie darauf, westliche Forderungen abzuwehren:

– keinen Austausch „statischer Information",
– möglichst niedrige passive Inspektionsquote und möglichst weitgehende Eindämmung des „intrusiven" Charakters des Inspektionsregimes (Frage der Nationalität der Inspektionsflugzeuge),
– möglichst hohe Notifizierung- und Beobachterschwelle.

Das Dokument sichert dem Westen für den weiteren Rüstungskontrolldialog wichtige Präjudizien:

– Grundsätzliche Öffnung des ganzen europäischen Landesteils der SU – ohne Kompensation von seiten der USA;
– mandatorische Einladung von Beobachtern;
– Inspektion ohne Ablehnungsrecht.

Mit der Zustimmung zu drei Inspektionen p.a. und zu den Modalitäten für Luftinspektionen hat sich die SU erstmalig auf die Inspektion ihres eigenen Territoriums eingelassen. Dies muß Auswirkungen auf andere Rüstungskontrollbereiche nach sich ziehen. Der SU wird z.B. schwerfallen, in Zukunft zu erklären, wieso sie die vom Westen bei MBFR geforderten Inspektionen strikt ablehnt, bei der KVAE dagegen akzeptierte.

4) Zur Bewertung des sowjetischen Verhaltens

Die Kompromißwilligkeit in Stockholm, zu der die sowjetische Führung allerdings erst in der letzten Verhandlungsrunde grünes Licht gegeben hat, entspricht der rüstungskontrollpolitischen Geschmeidigkeit in anderen Bereichen (INF, START, Teststoppverifikation), zu der sich Moskau offensichtlich im Sommer entschlossen hat.

Die Taktik des Westens, nämlich zu fordern, daß sich die Bereitschaft zu konventioneller Rüstungskontrolle in ganz Europa, entsprechend der Gorbatschow-Rede vom 18.4.1986[14], zuerst am Verhandlungstisch in Stockholm niederschlagen müsse, hat damit Erfolg gehabt. Das Ergebnis in Stockholm erlaubt es andererseits der SU, beim Wiener KSZE-Folgetreffen ihre Vorstellungen von konventioneller Rüstungskontrolle in Europa weiterzuverfolgen.

III. Schlußfolgerungen

a) Das Stockholmer Dokument ist politisch – nicht völkerrechtlich – verbindlich und bedarf für die Anwendung keiner Transformation. Allerdings sind zwei Punkte zu beachten:

– Nach der neuen Regelung steht es allen Teilnehmerstaaten zu, Beobachter bzw. Inspektoren aus den Hauptstädten zu senden. Wir müssen uns daher auch auf Angehörige der DDR-NVA als Beobachter bzw. Inspektoren einstel-

14 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 404–415. Vgl. dazu auch Dok. 114 und Dok. 131.

len.[15] Das BMB hat bereits zusammen mit AA und BMVg Argumente vorbereitet, falls hierfür die Öffentlichkeit vorbereitet werden muß.

– Den Beobachtern bzw. Inspektoren sind Immunitäten und Privilegien entsprechend dem Wiener Übereinkommen[16] einzuräumen. Die innerstaatliche Umsetzung (Erlaß, Verordnung, Gesetz) wird z. Zt. zwischen den Ressorts (AA, BMJ, BMI) geprüft.

Der Nutzen von Stockholm wird maßgeblich davon abhängen, wieweit die Maßnahmen von allen Teilnehmern implementiert werden. Wir sollten in bilateralen Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes darauf hinweisen, daß wir die Implementierung besonders sorgfältig im Auge halten.

b) Unsere Bewertung der KVAE wird in die Arbeiten der hochrangigen Arbeitsgruppe für die konventionelle Rüstungskontrolle (HLTF)[17] einfließen. Der Zwischenbericht, der für Oktober vorgesehen ist, sollte Elemente für eine gemeinsame Linie der Bündnispartner bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien enthalten.

Insbesondere ergeben sich folgende Folgerungen:

– Wie Stockholm zeigt, ist aufgrund einer geschlossenen Haltung des Bündnisses bei einem überzeugenden Konzept (Transparenz) ein Erfolg möglich. Auch für das KSZE-Folgetreffen und künftige Verhandlungen muß Geschlossenheit des Bündnisses gewährleistet werden.

– Daß ein Ergebnis im Rahmen des von der KSZE-Folgekonferenz gesetzten zeitlichen und prozeduralen Rahmens[18] möglich war, spricht dafür, künftige Verhandlungen im KSZE-Rahmen durchzuführen und auf dem KVAE-Mandat aufzubauen.

c) Bei unserer Forderung, ein Mandat für konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa sollte bereits auf der Wiener Folgekonferenz verhandelt werden, sollte das Ziel im Sinne der Halifax-Erklärung[19], nämlich Herstellung der Stabilität, betont werden.

d) Wir sollten das Ergebnis nicht als Sieg über die Sowjetunion feiern, sondern vielmehr die konstruktive Haltung des Warschauer Paktes in der Endphase würdigen, zugleich aber Erwartungen für die anderen Rüstungskontrollforen äußern, insbesondere da, wo Verifikationsfragen im Vordergrund stehen (MBFR, CW-Verhandlungen).

gez. i. V. Hartmann[20]

Referat 221, Bd. 130146

15 Zur Teilnahme von Beobachtern aus der DDR an Manövern in der Bundesrepublik vgl. Dok. 248, Anm. 26.

16 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1031.

17 Zur High Level Task Force (HLTF) vgl. Dok. 238, Anm. 44.

18 Vgl. dazu die Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

19 Für den Wortlaut der „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

20 Paraphe.

268

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann

411-433.90/2 **30. September 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: 41. Tagung der GATT-Vertragsparteien auf Ministerebene in Punta del Este (Uruguay), 15.9.86 bis 20.9.86

Anlg.: Wortlaut der Ministererklärung vom 20.9.86[4]

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Zusammenfassung

Die derzeit 92 Vertragsparteien des GATT[5] haben sich zum Abschluß einer sechstägigen Ministertagung in Punta del Este auf den Beginn einer neuen Runde multilateraler Handelsverhandlungen (MHV) geeinigt und damit ein Signal wider den Protektionismus gesetzt. Diese als „Uruguay-Runde" bezeichnete achte[6] Handelsrunde im Rahmen des GATT soll dem Welthandel nach Jahren der relativen Stagnation und des ausufernden Protektionismus über die Liberalisierung von Güter- und Dienstleistungsmärkten wieder neue Impulse geben. Für die Uruguay-Runde können etwa vier Jahre Verhandlungsdauer veranschlagt werden. Eröffnet wird die Runde von Handelsverhandlungen mit der konstituierenden Sitzung des GATT-Verhandlungsausschusses (TNC[7]), der spätestens am 31.10.86 in Genf zusammentreten soll.[8]

Die Ministererklärung vom 20.9.86, die außer dem Beschluß über die Eröffnung der neuen Runde auch die Traktandenliste sowie Verfahrensfragen behandelt, fußt – mit wenigen Änderungen – auf dem Entwurf, den die Schweiz

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann und Legationsrat I. Klasse Rode konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 1. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 2. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Bitterlich am 13. November 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 411 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM hat Kenntnis."
Hat Ruhfus am 13. November 1986 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann am 14. November 1986 erneut vorgelegen.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Ministererklärung vgl. Referat 411, Bd. 144252.
Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 163–169.

5 Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom Juli 1986 vgl. https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/gatt47_01_e.htm.

6 Korrigiert aus: „siebte".

7 Trade Negotiations Committee.

8 Die erste Sitzung des Ausschusses für Handelsverhandlungen fand am 28. Oktober 1986 in Genf statt. Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), berichtete dazu, es sei entschieden worden, der Ausschuß für Warenhandel solle zur Überwachung der Einhaltung der Verpflichtung, keine neuen GATT-widrigen Maßnahmen während Verhandlungen einzuführen („standstill"), bzw. zum Abbau GATT-widriger Maßnahmen („rollback") ein geeignetes Gremium bestimmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1751; Referat 411, Bd. 144252.

und Kolumbien (stellvertretend für die EFTA-Länder und eine Reihe gemäßigter EL) bereits am 30.7.86 dem GATT-Vorbereitungsausschuß vorgelegt hatten[9]: Erstmals werden mit der Uruguay-Runde neben dem traditionellen Güterhandel auch die neueren Themen Dienstleistungen, Schutz von geistigem Eigentum und handelsbezogene Aspekte von (Auslands-)Investitionen behandelt werden. Bei der Verhandlung über Agrarfragen ist sichergestellt, daß alle Formen staatlichen Agrarinterventionismus, die den Welthandel negativ beeinflussen, diskutiert werden. Hier hat sich die Gemeinschaft gegen einzelne Vertragsparteien durchsetzen können, die, wie z. B. die USA, nur über die Frage der Exportsubventionen im Agrarbereich verhandeln wollten.

Aber auch die USA haben wichtige Verhandlungsziele erreicht, indem die von ihnen seit längerem geforderte Aufnahme der „neuen Themen" in die Uruguay-Runde verabschiedet wurde. Die Entwicklungsländer wiederum hoffen, daß die in der Ministererklärung enthaltene politische Verpflichtung, während der MHV keine neuen protektionistischen Maßnahmen zu treffen (standstill), in der Praxis des Außenhandels auch honoriert wird. Sie sind vom Protektionismus zugunsten bestimmter in den IL stagnierender, aber arbeitsintensiver Industrien besonders betroffen.

Die Tagung von Punta del Este sollte demnach nicht überbewertet werden: Die multilaterale Absichtserklärung weist zwar in die richtige Richtung, Handelskonflikte durch Stärkung des GATT ohne Diskriminierung einzelner Länder (bilaterale Selbstbeschränkungsabkommen etc.) zu bereinigen. Die zur wirklichen Liberalisierung des Welthandels notwendigen Entscheidungen können allerdings erst von den eigentlichen MHV auf der Genfer Bühne ausgehen. Gleichwohl hilft die Standstill-Verpflichtung – und sie ist eines der wichtigsten Ergebnisse von Punta del Este –, die Verhandlungen in einem entspannten Klima zu führen.

II. Im einzelnen

1) Die im Konsensverfahren in Punta del Este verabschiedete Ministererklärung deckt sich weitgehend wörtlich mit dem von der Schweiz und Kolumbien vorgelegten Entwurf, der bereits zu Beginn der Ministertagung von einer Mehrheit der Vertragsparteien unterstützt wurde. Eine Modifizierung erfuhr das Papier in den Aussagen zum Agrarkapitel. Dieses erhielt eine sowohl für die Europäische Gemeinschaft (keine ausdrückliche Nennung von Agrarexportsubventionen) als auch für die Agrarexportländer („Cairns-Gruppe" mit ihrem Sprecher Australien) akzeptable Fassung.

Der von den sog. „Hardlinern" um Indien und Brasilien vorgelegte Entwurf einer Ministererklärung[10], der sich gegen eine Ausweitung der GATT-Kompetenz auf Dienstleistungen und neue Themen aussprach, spielte in Punta del Este keine Rolle mehr. Indien, Brasilien (aber auch Peru, Jugoslawien, Tansania und Kuba) wiederholten ihre Position zwar in ihren Eingangserklärungen

9 Für den von Kolumbien und der Schweiz vorgelegten Entwurf einer Ministererklärung (Prep.Com (86) W/47/Rev.2) vgl. Referat 411, Bd. 131329.

10 Für den von Brasilien am 16. Juli 1986 vorgelegten Entwurf einer Ministererklärung (Prep.Com (86) W/41/Rev. 1), der auch von Ägypten, Argentinien, Indien, Jugoslawien, Kuba, Nicaragua, Nigeria, Peru und Tansania unterstützt wurde, vgl. Referat 411, Bd. 131329.

vor dem Plenum – verzichteten aber bei der Verabschiedung der Ministererklärung am 20.9.86 auf mögliche Gegenstimmen.[11]

Hervorzuheben ist die geschickte Verhandlungsführung des uruguayischen AM Iglesias, der die Tagung als Präsident leitete und der nicht unerheblich zu ihrem erfolgreichen Abschluß beitrug.

2) Tagungsergebnis

Aus der Ministererklärung von Punta del Este sind folgende wichtige Bestandteile hervorzuheben:

(a) Standstill:

Die Eröffnung der Uruguay-Runde ist verbunden mit einer politischen Verpflichtung, keine neuen protektionistischen Maßnahmen im Außenhandel zu treffen. Diese Verpflichtung ist zwar rechtlich nicht einklagbar – ein Verstoß dagegen würde gleichwohl die Verhandlungsposition des Regelverletzers in Genf sehr erschweren, wie die Erfahrungen aus früheren MHV gezeigt haben. Die Standstill-Verpflichtung hilft zudem der US-Regierung in ihrer ständigen Auseinandersetzung mit dem derzeit besonders protektionistisch gesinnten Kongreß. Die Auseinandersetzung zwischen den Haupthandelsmächten USA, Gemeinschaft und Japan erhält somit für die nächsten vier Jahre einen durch neue Spielregeln entspannteren Charakter.

(b) Agrarfragen:

Verhandlungen über alle Fragen, die die Liberalisierung des Agrarhandels ermöglichen (Verbesserung des Marktzugangs u. a. durch Verringerung von Einfuhrschranken; Verbesserung des Wettbewerbs durch mehr Disziplin beim Einsatz aller direkten oder indirekten Subventionen, die den Agrarhandel direkt oder indirekt betreffen, sowie zeitlich gestaffelte Verringerung der „negativen Wirkungen" derselben unter Berücksichtigung der Gründe).

Kommentar: Jetziger Text entspricht Verhandlungsinteresse der Gemeinschaft, da Exportsubventionen nicht mehr ausdrücklich erwähnt werden. Außerdem kein Zeitplan für Verhandlungsergebnisse im Subventionsbereich, sondern ein noch zu bestimmender im Gesamtkomplex der Agrarverhandlungen; keine Erwähnung des Abbaus von Exportsubventionen, sondern Prüfung möglichen Abbaus der negativen Handelswirkungen aller öffentlichen Hilfen. Damit sind nicht

11 Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Punta del Este, berichtete am 17. September 1986 über die Plenarsitzung am Vortag, der indische Finanzminister Singh habe Indiens Position zum Thema Dienstleistungen verteidigt, „da deren Einbeziehung bestehende Asymmetrien in der Weltwirtschaftsordnung nur verstärke. In ähnlicher Form äußerte sich brasilianischer AM Abreu, der aber betonte, daß BRA sich im konstruktiven Sinne an der Erarbeitung eines Konsenses bei der Behandlung der D[ienst]l[eistungen] beteiligen möchte – sich aber gegen aufgezwungene Lösungen wehren würde. BRA betonte […] die Bedeutung des ‚Parallelitätsansatzes': Die weltwirtschaftlichen Probleme könnten nur überwunden werden, wenn Währungs- und Finanzprobleme parallel mit Handelsfragen angegangen würden. BRA fordert deshalb eine dringend notwendige Rekonstruktion des ‚internationalen Systems'. […] Peruanischer Vize-H[andels]m[inister] Menéndez ging hauptsächlich auf derzeitiges Umfeld Welthandels für EL ein (fallende Rohstoffpreise, Verschuldung, Arbeitslosigkeit). Er zog aus dieser Bestandsaufnahme die von Präsident García vertretenen Folgerungen (Begrenzung Schuldendienst auf Höhe, die Entwicklung eines Landes nicht aufhält)." Der jugoslawische Außenhandelsminister Krekić habe darum gebeten, „alle drei vorliegenden Entwürfe Ministererklärung mit gleichem Ernst zu behandeln". Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; Referat 411, Bd. 131331.

nur die Subventionsformen der GAP, sondern auch andere Formen, wie z. B. in den USA (deficiency payments), erfaßt; Gemeinschaft sitzt nicht länger auf der Anklagebank.

(c) Dienstleistungen:

Diese Verhandlungsziele wurden aus formalen Gründen von den Ministern nicht in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Vertragsparteien formuliert (das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen befaßt sich bislang nur mit dem Warenhandel), sondern von den Ministern, ohne Gegenstimmen der Hardliner, im Konsens als separate Ministererklärung gebilligt.

Kommentar: Damit ist der Weg frei, auch den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel von protektionistischen Fesseln zu befreien und ihm tendenziell eine ähnliche Bedeutung zukommen zu lassen wie auf den Binnenmärkten der IL, wo er bereits etwa 1/4 der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung auf sich vereinigt.

(d) Schutz geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights):

Verhandlungen zur Verbesserung des Schutzes für geistiges Eigentum werden im Ausschuß für Warenhandel geführt, unbeschadet ergänzender Initiativen durch bereits bestehende Einrichtungen wie die WIPO (World Intellectual Property Organization).

Kommentar: Einbeziehung dieses Punktes in Handelsverhandlungen war u. a. von USA, CH und D wegen teilweise hoher Umsatzeinbußen durch Nachahmung von Waren, Fälschung von Markenzeichen gefordert worden. EL werden angesichts bekannter Widerstände allerdings nur begrenzt zu Verhandlungen verpflichtet. Es zeichnete sich Teilung der EL zum Einlenken ab, da im multilateralen Rahmen u. U. mildere Zugeständnisse als bei bilateralen Abkommen (z. B. USA–Südkorea), in denen sich der wirtschaftlich stärkere Partner zumeist durchsetzt.

(e) Handelsbezogene Aspekte von Investitionen:

Behandlung im Ausschuß für Warenhandel; betrifft in erster Linie handelsverzerrende Wirkungen von „local content"-Auflagen (Mindestumfang einheimischer Erzeugnisse in der Fertigung) an Fertigungsstätten in EL. Nur begrenzte Verhandlungspflicht der EL vorgesehen.

(f) Sonstige wichtige Themen:

– Stärkung des GATT durch Reform der Streitschlichtungsregeln: Nicht streitig zwischen den Vertragsparteien, die durchweg an schärferen Sanktionsmöglichkeiten gegen Regelverletzer interessiert (dient zugleich Schutz schwacher Länder gegen große, mächtigere Länder).
– Zölle, nichttarifäre Hemmnisse, Schutzklausel, Subventionen und andere Kodizes aus der Tokio-Runde[12], Textilhandel.
– Teilnehmer an Uruguay-Runde: wie in ursprünglicher Fassung Schweiz-Kolumbien-Papier (keine Teilnahmemöglichkeit für die SU, kein Ausschluß von Südafrika).

12 Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt.

3) Bewertung

Das GATT hatte mit den vergangenen Handelsrunden jedesmal auf neue Herausforderungen und die zunehmende ökonomische Interdependenz seiner Mitglieder durch Fortentwicklung des GATT-Regelwerks reagiert. Diese Erwartung wird auch in die Uruguay-Runde gesetzt. Verabschiedung der Ministererklärung im Konsensverfahren (mit einigen einseitigen Erklärungen verschiedener Länder zum Sitzungsprotokoll) zeigte, daß die Vertragsparteien, unbeschadet ihrer in Einzelfragen unterschiedlichen Positionen, eine neue Runde als stärkere Waffe im Kampf gegen den Protektionismus ansehen und daher an einer Stärkung des GATT und dessen Fortentwicklung interessiert sind.

Dieses gemeinsame Interesse der Beteiligten machte es möglich, daß auch in sehr kontroversen Fragen wie „Agrarhandel" oder „neue Themen" Kompromißformulierungen ausdrücklich gebilligt (EG zu Agrarfragen) bzw. stillschweigend hingenommen wurden (Brasilien, Indien bei Dienstleistungen): Keine Vertragspartei wollte sich ein mögliches Scheitern der Konferenz später zurechnen lassen. In der gleichen konstruktiven Atmosphäre wurden auch die sog. politischen Randthemen behandelt:

Zum sowjetischen Wunsch nach Teilnahme an der neuen Runde äußerten sich nur wenige Vertragsparteien befürwortend (ausdrücklich z. B. Indien, indirekt die RGW-Mitgliedstaaten im GATT), aber ohne besonderes Engagement. Da die RGW-MS bereits im Juli das Schweiz-Kolumbien-Papier, nach dem sich SU nicht zur Teilnahme an neuer Runde qualifiziert, unterstützt hatten, war hier auch keine Auseinandersetzung mehr zu befürchten.

Nur Kuba forderte den Ausschluß Südafrikas von der neuen Runde. Eine Gruppe afrikanischer Länder um die VR Kongo griff das Thema nur mit allgemeinen Forderungen nach Sanktionen auf, ohne dies jedoch zu konkretisieren.

Somit zeigte sich bereits nach den Eröffnungs-Statements, daß beide Randthemen keinen Diskussionspunkt mehr für die versammelten Minister darstellten.

Hervorzuheben ist die aktive Teilnahme von EL an den Beratungen in Punta del Este, die durch Sachkunde und Engagement charakterisiert war, am besten dargestellt durch den bereits genannten uruguayischen AM Iglesias. Dieser, selbst Vertreter eines EL, hat wesentlich zur Einbindung vorher nicht überzeugter EL in den Konsens beigetragen. Die Ministererklärung in der vorliegenden, auch die Gemeinschaft zufriedenstellenden Form wäre ohne Iglesias, die ausgleichende, werbende Mitarbeit der ASEAN-Länder, Kolumbiens (brachte gemeinsam mit der Schweiz entscheidenden Entwurf für Abschlußerklärung ein) und des Neumitglieds Mexiko nicht konsensfähig geworden.

Die Gemeinschaft hat in Punta del Este eine Zerreißprobe bestanden: Es gelang, Auffassungsunterschiede, die seit Monaten unter den MS zur Agrarproblematik in einer neuen GATT-Runde bestanden, abzubauen und sich in einer förmlichen Ministerratssitzung[13] auf die Annahme der später im Plenum ver-

13 Die Ministerialdirektoren Genske (Bundesministerium für Landwirtschaft und Forsten) und Schomerus (Bundesministerium für Wirtschaft), z. Z. Punta del Este, berichteten am 18. September 1986: „EG-Minister erzielten am 18.9.1986 Einvernehmen über einen Textvorschlag der EG zum Agrarteil der GATT-Ministererklärung, der eine Einigung mit den übrigen GATT-Vertragsparteien über einen der schwierigsten Streitpunkte der GATT-Konferenz herstellen soll. Dieser Vorschlag ist Ergebnis bilateraler Kontakte von BM Dr. Bangemann mit seinen französischen Kol-

abschiedeten Erklärung zu verständigen. F und Irland hatten noch Ende August 1986 deutlich gemacht, daß sie sich gegen eine Verpflichtung vor Beginn der MHV zum Abbau der Exportsubventionen der EG – wie u. a. von den USA gefordert – wenden würden, weil damit das System der GAP in Frage gestellt würde. Die zwischen BM Dr. Bangemann und dem französischen Außenhandelsminister Noir vereinbarte – und später vom Rat gebilligte – Kompromißformel geht auf die Bedenken von F ein, berücksichtigt aber auch die Interessen der USA und der von Australien vertretenen Cairns-Gruppe. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich in Punta del Este angesichts schwieriger französischer Ausgangsposition bewährt und damit die sich bereits beim Gespräch BK–MP Chirac (9.9.86)[14] abgezeichnete Konvergenz der Standpunkte bestätigt.

Wichtigstes Ergebnis der Tagung – neben dem Beschluß über die neue GATT-Runde – waren die politischen Verpflichtungen zum standstill (keine neuen GATT-widrigen Maßnahmen während Verhandlungen in der Uruguay-Runde) und – wenn auch mit Schlupflöchern – zum Rollback (Abbau GATT-widriger Maßnahmen bis zum Ende der neuen Runde). Insbesondere die Standstill-Verpflichtung könnte als neue Spielregel in den derzeitigen Auseinandersetzungen unter den Handelsmächten USA, Japan und EG eine wichtige, den protektionistischen Druck mindernde Rolle spielen.

Die Konferenz von Punta del Este hat zwar keines der Handelsprobleme gelöst – das hatte auch niemand erwartet. Gleichwohl geht das GATT daraus mit wieder gestärktem Ansehen hervor (es ist nur so stark, wie es die Vertragsparteien wünschen), und die eigentlichen Verhandlungen können demnächst von der Aufbruchstimmung von Punta del Este profitieren.

Randermann

Referat 411, Bd. 144252

Fortsetzung Fußnote von Seite 1408

legen Noir und Guillaume." Der verabschiedete Text enthalte: „Keine ausdrückliche Erwähnung der Exportsubventionen; keinen Zeitplan für Verhandlungsergebnisse im Subventionsbereich, sondern ein zu bestimmender Zeitplan für den Gesamtkomplex der Agrarverhandlungen; keine Erwähnung des Abbaus von Exportsubventionen, sondern Prüfung möglichen Abbaus (reducing) der negativen Handelsauswirkungen aller direkter und indirekter Subventionen sowie anderer Stützungsmaßnahmen." Genske und Schomerus legten dazu dar: „Der jetzige Vorschlag hat F von seiner nicht konsensfähigen Position abrücken lassen, räumt aber auch einige seiner Bedenken aus. Er berücksichtigt auch die Interessen der USA und Australiens bis zu einem gewissen Punkt. Angesichts des Gewichts der geschlossenen Gemeinschaftsposition eröffnet er deshalb den Weg zu ernsthaften Verhandlungen mit diesen Ländern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; Referat 411, Bd. 131331.

14 Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 10. September 1986 Informationen des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac am Vortag in Paris: „Chirac habe auf eine enge Abstimmung bezüglich GATT Wert gelegt. Hier habe das BK-Amt bereits BM Bangemann unterrichtet, der sich kurzschließen solle. Beim EG-Haushalt gehe es F um eine Abstimmung bezüglich der Möglichkeiten sparsamerer Haushaltsführung. Dies habe er bereits an StS Tietmeyer weitergegeben. Bezüglich Punta del Este wolle F Rückerstattungen bei Getreide aufrechterhalten, während USA diese reduzieren wollten. Hier wie in den anderen Punkten habe Chirac Wert auf ‚Schulterschluß' gelegt." Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140633.

269

Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, an das Auswärtige Amt

114-5713/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. Oktober 1986, 15.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1422 **Ankunft: 7. Oktober 1986, 01.14 Uhr**

Betr.: Bundesbürgschaften für Ausfuhrgeschäfte mit Thailand;
hier: Verbürgung von Rüstungslieferungen (Panzer bzw. Umrüstungskomponenten für Panzer)

Bezug: DE 465 vom 26.9.86 – 342-413.10 THA 550/86 VS-v[2]

Auf Weisung

I. Kurzfassung und Ergebnis

Nach Auffassung der Botschaft kann die Lieferung des im Bezugserlaß genannten Rüstungsmaterials an Thailand verbürgt werden. Eine Ausnahmeentscheidung zugunsten des ASEAN-Mitgliedstaates Thailand liegt im außen- und sicherheitspolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland unter[3] Berücksichtigung der Bündnisinteressen.

II. Begründung

1) Qualität unseres Verhältnisses zu Thailand

Die Bundesrepublik Deutschland und Thailand sind freundschaftlich miteinander verbunden und unterhalten enge Beziehungen. Beide Länder teilen eine Reihe gemeinsamer Grundwerte, wozu demokratische Grundstrukturen sowie das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip gehören.

Beide treten für das Recht auf Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit von Staaten ein. Beide setzen sich für Friedenssicherung und politische Stabilisierung in der Welt ein. Die bestehenden Gemeinsamkeiten haben zu einer intensiven Zusammenarbeit Thailands mit uns – aber auch mit unseren Verbündeten und Partnern – in internationalen Gremien mit wechselseitiger Unterstützung geführt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Dane vorgelegen, der die Übermittlung von Ablichtungen an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nagel und Vortragenden Legationsrat Lutz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 10. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „422 macht Vorlage."

2 Vortragender Legationsrat Dane teilte der Botschaft in Bangkok mit: „1) Dem Interministeriellen Ausfuhrgarantieausschuß liegen zwei Anträge auf Verbürgung von Rüstungsmaterial für Thailand vor: Lieferung von 98 Kampfpanzern ‚Leopard TH-1' sowie von vier Bergepanzern; Lieferung von 100 Satz Umrüstkomponenten für Panzer ‚M-41 GTI'. Der Bundesminister hatte bei früherer Gelegenheit entschieden, daß abweichend von der Praxis im Ausfuhrgenehmigungsbereich Rüstungslieferungen in die ASEAN-Staaten nur in besonders begründeten Fällen verbürgt werden sollen. 2) Botschaft wird um umgehende Stellungnahme gebeten, ob aus dortiger Sicht besondere außenpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu Thailand für eine Ausnahmeentscheidung in diesem Einzelfall sprechen. In Frage kämen z. B. Notwendigkeit der Lieferung für die Verteidigung Thailands angesichts moderner Panzer auf der anderen Seite von Thailands Grenzen oder auch Aussagen des Bundeskanzlers anläßlich seines Besuchs im April 1986, triftige allgemeine Gründe, ASEAN-Bezug o. ä." Vgl. VS-Bd. 13640 (342); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Korrigiert aus: „und".

2) Einbindung Thailands in ASEAN

Thailand gehört dem Verband der ASEAN-Staaten an, der ein wesentliches Element des Gleichgewichts und der Stabilität in Asien darstellt. Die bisher beachtliche Wirtschaftsentwicklung der (sämtlich marktwirtschaftlich orientierten) ASEAN-Länder trägt erheblich zu deren wirtschaftlicher wie politischer Unabhängigkeit bei. Weiterer Stabilitätsfaktor ist die außenpolitische Zusammenarbeit der Gruppe, die sich vor allem in konstruktiven, maßgeblich von Thailand mitformulierten Lösungsansätzen zum Kambodscha-Konflikt[4] niederschlägt.

Der ASEAN-Verband ist nicht nur ein Wirtschaftspartner der Bundesrepublik Deutschland, seine Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages[5] hat Modellcharakter für den gesamten Nord-Süd-Dialog.

Die Bundesrepublik und ihre Partner in der EG haben großes Interesse daran, gemeinsam mit ASEAN den Ausbau eines funktionierenden Weltwirtschaftssystems zu fördern und ihre Initiativen zur weltweiten Friedenssicherung zu koordinieren.

Voraussetzung dafür bleibt die Sicherheit dieser Staaten. Der Bundesrepublik und ihren Partnern im Atlantischen Bündnis ist daher an der Stabilität und an der Verteidigungsfähigkeit der ASEAN-Staaten viel gelegen.

3) Bedrohung Thailands

Thailand und besonders seine ASEAN-Partner Singapur und Malaysia sehen sich einem militärischen Übergewicht Vietnams in der Region gegenüber. Nach eigenen Angaben unterhält Vietnam die drittstärkste Armee der Welt. Sie wird von der Sowjetunion unterstützt und ist u. a. mit Kampfpanzern der Typen T-59 ausgerüstet.

Thailand hat wegen seiner gemeinsamen Grenzen zu dem von vietnamesischen Truppen besetzten Kambodscha[6] ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis. Wiederholte Übergriffe vietnamesischer Streitkräfte auf thailändisches Territorium in den letzten Jahren haben gezeigt, daß Thailand durch die nahe Militärpräsenz Vietnams in besonderem Maße belastet ist. Diese Auffassung teilen Thailands Partner ebenso wie die Bundesrepublik und ihre Verbündeten. Die USA haben mit Thailand Abkommen über militärische Unterstützung beschlossen und leisten umfangreiche Ausrüstungshilfe (80 Mio. US Dollar jährlich). Derzeit wird über die Einrichtung von Depots für amerikanische Waffen in verschiedenen Landesteilen verhandelt.

Thailands bisheriges Verhalten gegenüber Vietnam läßt den Schluß zu, daß eine Lieferung der erwähnten Rüstungsgüter nicht zu einer Verschärfung der Kon-

4 Zu den Bemühungen der ASEAN-Mitgliedstaaten um eine Beilegung des Kambodscha-Konflikts vgl. Dok. 137, Anm. 11.

5 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

6 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen.

frontation führen dürfte. Selbst während länger anhaltender Aktivitäten vietnamesischer Truppen auf thailändischem Gebiet hat die Thai-Regierung überwiegend politisch (im ASEAN-Verband und in den Vereinten Nationen) reagiert. Soweit es militärische Auseinandersetzungen mit den vietnamesischen Streitkräften gab, waren die Thai-Aktionen maßvoll und auf Vermeidung von Eskalation gerichtet.

Mit einer Zulieferung von Kampfpanzern im genannten Umfang würden die Thai-Streitkräfte bei Berücksichtigung des Gesamtkräfteverhältnisses zu größeren Angriffsoperationen nicht befähigt. Nach vorliegenden Hinweisen geht es den Thais eher um eine Modernisierung als um die Erweiterung des vorhandenen Potentials.

Im übrigen hat die Thai-Regierung trotz gegebener Bedrohungslage eine überzogene Aufrüstung vermieden. Im Gegenteil ist der Anteil des Verteidigungsbudgets am Gesamthaushalt in den letzten Jahren stetig auf jetzt 18 Prozent gesunken, der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt beträgt 3,9 Prozent (Malaysia 4,8 Prozent, Singapur 5,7 Prozent). Zur Abwehr umfassender Angriffe sind die Landstreitkräfte jedenfalls nicht ausgerüstet. Der modernste Kampfpanzer ist der M48A (50 Stück), die Mehrzahl des Geräts besteht aus leichten Kampfpanzern des veralteten Typs M41 („Korea-Panzer", ca. 250 Stück).

Die von Thailand geplante Beschaffung moderneren bzw. Umrüstung veralteten Geräts erscheint vor diesem Hintergrund berechtigt und unter dem Gesichtspunkt einer glaubwürdigen Verteidigungsfähigkeit erforderlich.

4) Innere Lage Thailands

Die innere Lage Thailands dürfte der ausnahmsweisen Verbürgung der Lieferung entsprechenden Geräts – zumindest aus heutiger Sicht – nicht entgegenstehen.

An die blutige, teilweise unter Panzereinsatz erfolgte Unterdrückung der Studentenunruhen von 1973[7] und 1976[8] muß erinnert werden. Aber: Die spätere Amnestierung und daraufhin problemlos erfolgte gesellschaftliche Wiedereingliederung der in den Untergrund gegangenen Studenten sowie die unter Ministerpräsident Prem feststellbare Festigung der demokratischen Strukturen haben viel Konfliktstoff beseitigt.

7 Zwischen dem 6. und 15. Oktober 1973 kam es in Bangkok zu Unruhen, die an der Thammasat-Universität ihren Ausgang nahmen, sich aber nach Verhaftungen von Studenten und der Ausrufung des Notstands durch die Regierung ausweiteten. Am 14. Oktober 1973 kam es daraufhin zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Regierungstruppen, in deren Verlauf Panzer und Schützenpanzer eingesetzt wurden: „Im Angesicht der sich revolutionär zuspitzenden Ereignisse zwang am frühen Sonntagnachmittag der König das von ihm abgelehnte Militärregime zur Resignation." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1390 des Botschafters von Rhamm, Bangkok vom 25. Oktober 1973; Referat 312, Bd. 100359.

8 Botschafter Schmidt-Pauli, Bangkok, meldete am 6. Oktober 1976, daß es nach zweitägigen Demonstrationen auf dem Gelände der Thammasat-Universität zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei gekommen sei: „Laut Radiomeldung soll es bisher zehn Tote und eine größere Anzahl Verletzter geben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 467; Referat 302, Bd. 103429.
Am selben Tag ergänzte Schmidt-Pauli, daß ein „Nationales Reformkomitee" die Macht übernommen, die Verfassung außer Kraft gesetzt sowie Parlament und Regierung aufgelöst habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 468; Referat 302, Bd. 103429.

Staatsstreiche, früher an der Tagesordnung, gelten derzeit – nach den letzten beiden fehlgeschlagenen Versuchen[9] und der zunehmenden politischen Betätigung von Militärs im Rahmen der demokratischen Verfassung – nicht mehr als akzeptiertes Mittel der Politik. Im Augenblick ist der in Thailand besonders wichtige Konsens zwischen Regierung und Armee größer als seit langem.

[gez.] Fröwis

VS-Bd. 13640 (342)

270

Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach an die Botschaft in Moskau

014-StS-1103/86 geheim **6. Oktober 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 1009 **Aufgabe: 7. Oktober 1986, 18.53 Uhr**
Citissime

Für Botschafter Kastl o. V. i. A.

Bitte umgehend um Termin bei Außenminister Schewardnadse oder stellvertretendem sowjetischem Außenminister nachsuchen und nachstehende mündliche Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an Generalsekretär Gorbatschow zum vorbereitenden Treffen in Reykjavik übermitteln. Die Botschaft sollte als Nonpaper samt Höflichkeitsübersetzung ins Russische übergeben werden.

Pfetten[2]

Folgt Anlage

Mündliche Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an Generalsekretär Gorbatschow

Der Bundeskanzler dankt dem Generalsekretär für die ihm durch Botschafter

9 Am 1. April 1981 erklärte eine Gruppe thailändischer Offiziere die Regierung des Ministerpräsidenten Prem für abgesetzt. Zwei Tage später gewannen Regierungstruppen die Regierungsgebäude in Bangkok kampflos zurück und beendeten den Putschversuch.
Am 9. September 1985 schlugen regierungstreue Truppen in Thailand einen Putschversuch von Teilen der Streitkräfte gegen Prem nieder.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, konzipiert und am 7. Oktober 1986 von Legationsrat I. Klasse Schäfers, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt. Dazu teilte er mit: „Ich bitte, das auf Fernschreibpapier verfaßte Schreiben umgehend an Botschafter Kastl weiterzuleiten. Die erforderliche Höflichkeitsübersetzung muß noch in Moskau gefertigt werden."
Hat Pfetten-Arnbach am 7. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hatte StS M[eyer-]L[andrut] vorgelegen." Ferner verfügte er die Übermittlung von Ablichtungen an das Ministerbüro, Staatssekretär Ruhfus „n[ach] R[ückkehr]", Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Botschafter Ruth. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13758 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Paraphe vom 7. Oktober 1986.

Kwizinskij am 30. September 1986 übermittelte Botschaft.[3] Die Bundesregierung weiß es zu schätzen, daß die sowjetische Führung Wert darauf legt, sie über die Motive und Ziele außenpolitischer Schritte der Sowjetunion zu unterrichten. Ein kontinuierlicher Dialog erleichtert die Einschätzung der gegenseitigen Positionen.

Die Bundesregierung begrüßt, daß die Regierungen der Sowjetunion und der USA ihre jüngsten Gespräche im Bewußtsein ihrer besonderen Verantwortung geführt und sich trotz schwieriger Probleme auf den Vorschlag des Generalsekretärs[4] geeinigt haben, am 11./12. Oktober 1986 ein vorbereitendes Treffen in Reykjavik[5] abzuhalten.

Die Bundesregierung ist stets für ein zweites Gipfeltreffen mit einem substantiellen Ergebnis eingetreten. Sie ist der Auffassung, daß auf dem Wege dorthin bereits einige positiv zu bewertende Fortschritte erzielt worden sind. Der Bundeskanzler hat schon in den Bundespressekonferenzen am 9. Januar[6] und am 11. April 1986[7] aus deutscher Sicht zu einem möglichen Gipfeltreffen Stellung genommen. Der Bundeskanzler hofft, daß die Begegnung in Reykjavik zur Vorbereitung konkreter Schritte führt, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Gipfelbegegnung in Washington bald stattfinden und mit substantiellen Ergebnissen in einigen Schlüsselfragen abschließen kann. Die Bundesregierung ist darum bemüht, in engen Konsultationen mit den USA ihre Interessen und ihre

3 Botschafter Kwizinskij teilte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, mit, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe ihn beauftragt, Bundeskanzler Kohl „über die Vorgeschichte und die Motive" der sowjetischen Regierung im Hinblick auf das bevorstehende Treffen mit Präsident Reagan zu unterrichten: „Generalsekretär Gorbatschow habe in einer persönlichen Botschaft an Präsident Reagan den Vorschlag eines dringlichen und vertraulichen Treffens in Island oder in London als Antwort auf den Brief Präsident Reagans vom 25. Juli 1986 übermittelt. Außenminister Schewardnadse habe diese Botschaft in Washington überreicht. Die Entscheidung dazu sei entsprechend der Analyse des Standes der Genfer Verhandlungen sowie des Reagan-Briefes vom 25. Juli getroffen worden. Auf dieser Grundlage sei die sowjetische Führung zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der gesamte Prozeß des Dialogs eines ernsthaften Impulses bedürfe. Die Genfer Verhandlungen würden bislang auf der Stelle treten; eine konstruktive Arbeit erfolge nur dem Scheine nach. […] Das kurze, aber intensive Treffen in Reykjavik müsse nach sowjetischer Überzeugung konkrete Schritte vorbereiten. Ziel sei eine Vereinbarung, von den zuständigen Experten Entwürfe zu zwei bis drei Schlüsselfragen in der Abrüstung möglichst rasch ausarbeiten zu lassen, die dann […] Gegenstand der Verhandlungen des eigentlichen Gipfels in Washington sein sollten. Eine solche erreichte Vereinbarung des Zusammentreffens in Reykjavik spiegele das überall in der Welt und auch in der Bundesrepublik Deutschland vorhandene Interesse wider, daß es nicht nur um ein Treffen beider Führungen als solches geht, sondern daß es zu wesentlichen Vereinbarungen in Richtung auf den Abbau der nuklearen Bedrohung führen müsse. Die sowjetische Führung hoffe, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten die Bemühungen unterstützt, damit der Dialog auf höchster Ebene zur allgemeinen Gesundung des Klimas in der Welt beitragen werde." Vgl. die Aufzeichnung von Teltschik vom 2. Oktober 1986; Referat 213, Bd. 139308.

4 Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. September 1986 an Präsident Reagan; DEAR MR. PRESIDENT, S. 97–101.

5 Zur Einigung auf ein vorbereitendes Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 264, Anm. 27.
Zum Treffen von Reagan und Gorbatschow am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz vgl. BULLETIN 1986, S. 25–27.

7 Für die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz vgl. BULLETIN 1986, S. 279.

Auffassungen zu den einzelnen Sachproblemen zur Geltung zu bringen. Sie wünscht, gleichzeitig auch hierzu in Kontakt mit der sowjetischen Führung zu bleiben.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß sich insgesamt eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen abzeichnet. Sie anerkennt, daß die Sowjetunion unter Führung des Generalsekretärs Gorbatschow sich aktiv um eine konstruktive Gestaltung der Ost-West-Beziehungen bemüht. Die Bundesrepublik Deutschland hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Der Bundeskanzler stellt mit Genugtuung fest, daß in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion eine spürbare Verbesserung eingetreten ist. Die Gespräche Außenminister Genschers in Moskau mit Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse[8] haben mit dem Abschluß des Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit[9] zu wichtigen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Kernenergie, des Gesundheitswesens und der Landwirtschaft geführt. Eine weitere Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes ist in Vorbereitung.[10] Mit dieser Entwicklung ist es gelungen, im bilateralen Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern einen bedeutsamen Beitrag für eine allgemeine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen insgesamt zu leisten. Wir sind bereit, die Beziehungen zur Sowjetunion auf der Grundlage des Moskauer Vertrages[11] stetig auszubauen und mit ihr auf allen Ebenen eng zusammenzuarbeiten.

Auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle erwartet die Bundesregierung von der vorbereitenden Begegnung in Reykjavik Weichenstellungen zu konkreten Ergebnissen in den einzelnen Verhandlungsbereichen:

Die Bundesregierung ist vordringlich an einem Zwischenabkommen im Mittelstreckenbereich als Schritt zur weltweiten Beseitigung aller landgestützten sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweiten interessiert. Sie ist befriedigt, daß sich die Verhandlungspositionen der USA und der UdSSR aufeinander zubewegen. Der jüngste amerikanische Vorschlag, wonach beide Seiten ihre Gefechtsköpfe auf Mittelstreckenwaffen größerer Reichweiten weltweit und in Europa auf eine niedrige gleiche Obergrenze reduzieren und kollaterale Beschränkungen für die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reich-

8 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

9 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu Dok. 210.

10 Zum Stand der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen zum Umweltschutz vgl. Dok. 196, Anm. 3, und Dok. 218, Anm. 11.
Vortragender Legationsrat Greineder vermerkte am 15. Oktober 1986: „Die 1973 unterbrochenen Verhandlungen mit der SU werden vom 24. bis 28.11.1986 in Bonn fortgeführt. Anläßlich seines Moskau-Besuchs (7. bis 9.9.1986) hatte BM Wallmann einen Abkommensentwurf übergeben. Sowjetischer Gegenentwurf ging Botschaft Moskau am 9.10.1986 zu. Nach sowjetischer Vorstellung soll noch im November ein einvernehmlicher Abkommenstext erreicht werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139389.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

weite in dem Reichweitenband[12] 500 bis 1000 km vorsehen sollten[13], hat ihre volle Unterstützung.

Nach Auffassung der Bundesregierung sollten sich beide Seiten im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Zwischenabkommens darauf verständigen, die Verhandlungen unverzüglich fortzusetzen, um dabei auch für die SRINF-Systeme im Bereich von 150 bis 500 km eine Regelung zu finden. Ziel sollte es sein, daß auch die Mittelstreckenraketen in diesem Bereich auf ein möglichst niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen reduziert werden. Damit würde sichergestellt werden, daß die Bildung einer Grauzone unterhalb des Bereichs der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweiten verhindert wird. Die Bundesregierung begrüßt es, daß auch die Regierung der Sowjetunion grundsätzlich dafür eintritt, die Systeme kürzerer Reichweite in Verhandlungslösungen einzubeziehen.

Die Bundesregierung würde es auch begrüßen, wenn es auch bei den strategischen Nuklearwaffen gelingen würde, einen ersten wirkungsvollen Schritt in Richtung auf die von Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan vereinbarte Halbierung der Anzahl dieser Waffen[14] zu tun. Die Bundesregierung hält es für wichtig, daß bei den nunmehr bevorstehenden Gesprächen der gemeinsame Boden, der nach den neuesten amerikanischen und sowjetischen Vorschlägen[15] in der Annäherung der beiderseitigen Positionen zu erkennen ist, verbreitert wird.

Auf dieser Grundlage sollte es beim Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivwaffen möglich sein, einen für beide Seiten annehmbaren, zeitlich befristeten Kompromiß zu finden, der für die Entwicklung im Defensivwaffenbereich einen berechenbaren Handlungsrahmen schafft. Die Bundesregierung hält uneingeschränkt an ihrer Unterstützung des in der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. Januar 1985[16] vereinbarten Verhandlungszieles fest, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden. Sie würde eine sowjetisch-amerikanische Verständigung auf der Grundlage des ABM-Vertrages über eine konkrete Abgrenzung von Forschung und Entwicklung begrüßen.

Mit der Verabschiedung des Schlußdokuments der Stockholmer Verhandlungen[17] ist ein wichtiger Schritt zu mehr Vertrauensbildung und Stabilität in

12 Korrigiert aus: „Reichweitenverband".

13 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

14 Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

15 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 170 und Dok. 175.
Zu den amerikanischen START-Vorschlägen vom 18. September 1986 vgl. Dok. 249.

16 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

17 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

Europa gelungen. Die Bundesregierung hat den Beitrag der Sowjetunion zu diesem Ergebnis, insbesondere ihre konstruktive Haltung in der Frage der Verifikation, gewürdigt. Jetzt kommt es darauf an, die Chancen, die das Ergebnis der KVAE eröffnet, für andere laufende Verhandlungen zu nutzen. Der Bundeskanzler würde es begrüßen, wenn die Sowjetunion nunmehr auch bei MBFR und bei den Verhandlungen in der Genfer Abrüstungskonferenz über ein weltweites Verbot chemischer Waffen eine effektive Verifikation akzeptieren würde. Die Bundesregierung hofft, daß die Sowjetunion auf der Grundlage des britischen Kompromißvorschlages[18] einer Verifikationsregelung bei chemischen Waffen zustimmen kann.

Das Ergebnis von Stockholm soll nach Auffassung der Bundesregierung aber auch den Weg zu neuen weiterführenden Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural hin öffnen. Substantielle Fortschritte bei den MBFR-Verhandlungen in Wien wären eine gute Voraussetzung hierfür. An die im November beginnende KSZE-Folgekonferenz richtet sich u. a. die Erwartung, daß ein Mandat für Verhandlungen gefunden wird, die Abrüstung und Vertrauensbildung in ganz Europa ermöglichen.

Der Bundeskanzler ist zuversichtlich, daß ein erfolgreiches Vorbereitungstreffen in Reykjavik und ein darauffolgender Gipfel in Washington zu einer Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses insgesamt beitragen werden. Die Bundesregierung ist überzeugt davon, daß jetzt die Aussicht besteht, das West-Ost-Verhältnis langfristig auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Dazu gehören außer Fortschritten bei der Rüstungskontrolle eine aktive Nutzung des politischen Dialogs, eine breite Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltfragen, im Kulturaustausch und bei der Information sowie vor allem auch im humanitären Bereich. Die Bundesregierung hat immer wieder festgestellt, daß das West-Ost-Verhältnis nicht auf den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle verengt werden kann. Sie hat es daher auch begrüßt, daß in der Resolution des 27. Parteitages der KPdSU in Moskau[19] festgestellt wird, daß sich die Gewährleistung der Sicherheit immer mehr als politische Aufgabe stellt, die nur mit politischen Mitteln zu bewältigen sei. Der Bundeskanzler hat in seinen öffentlichen Erklärungen stets darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung ebenso wie die Verbündeten in der Atlantischen Allianz zu einem intensiven politischen Dialog auf allen Ebenen und zwischen allen Beteiligten bereit ist. Zu einem solchen Dialog müssen alle Staaten Europas ihren Beitrag leisten können. Dem bevorstehenden KSZE-Folgetreffen in Wien kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Wir sind entschlossen, den KSZE-Prozeß aktiv zu nutzen, um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu stärken, Vertrauen zu entwickeln und die Menschen in unserem geteilten Kontinent einander wieder näher zu bringen. In diesem Rahmen bemüht sich die Bundesregierung auch um eine positive Ent-

18 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

19 Für den Wortlaut der Entschließung des XXVII. Parteitags der KPdSU vom 5. März 1986 zum Politischen Bericht des Zentralkomitees der KPdSU vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 6. März 1986, S. 3 f. Vgl. dazu ferner Dok. 68.

wicklung unserer Beziehungen zur DDR in der Absicht, die Auswirkungen der unnatürlichen Teilung unseres Volkes möglichst zu mildern. Es ist für ein vernünftiges West-Ost-Klima unerläßlich, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten störungsfrei entwickeln. Es liegt auch im sowjetischen Interesse, diesen Prozeß aktiv zu fördern. Humanitäre Fragen stellen für die Bundesregierung einen wesentlichen Aspekt des West-Ost-Verhältnisses dar.

In unserem Verhältnis zur Sowjetunion hoffen wir auf eine Rückkehr zu einem großzügigeren Genehmigungsverfahren für die ausreisewilligen Sowjetürger deutscher Nationalität. Die gegenwärtigen niedrigen Ausreisezahlen entsprechen nach Auffassung der Bundesregierung nicht mehr den sich stetig verbessernden Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.

Im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR haben wir den Wunsch nach mehr menschlichen Erleichterungen im Bereich der Ausreise, der Familienzusammenführung und der Familienkontakte. Unsere Forderung nach Aufhebung des Schießbefehls an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang.

Der Bundeskanzler ist überzeugt, daß trotz aller bestehenden Schwierigkeiten die West-Ost-Beziehungen und das deutsch-sowjetische Verhältnis sich auf gutem Wege befinden. Wir verfolgen mit Aufmerksamkeit die Äußerungen der sowjetischen Führung zu den Fragen der friedlichen Zusammenarbeit in Europa und in der Welt und prüfen sowjetische Anstrengungen und Initiativen mit großem Ernst.

Der Bundeskanzler legt Wert auf die Fortsetzung des Meinungsaustausches mit dem Generalsekretär.[20]

VS-Bd. 13758 (014)

[20] Zur Übergabe der Mitteilung durch Botschafter Kastl, Moskau, an den sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 9. Oktober 1986 vgl. Dok. 276.

271

Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim **7. Oktober 1986**[1]

Lieber Ron,

für Ihr Fernschreiben vom 30. September 1986[2], mit dem Sie mich über das geplante Zusammentreffen mit Generalsekretär Gorbatschow am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik[3] unterrichten, danke ich Ihnen. Dieser Begegnung wird für die weitere Entwicklung der West-Ost-Beziehungen und der Rüstungskontrolle hohe Bedeutung zukommen. Gerne komme ich Ihrer Anregung nach, meine Auffassung zu den Themen zu äußern, die Sie zum Gegenstand Ihres Gesprächs mit dem Generalsekretär machen wollen.

Ich unterstütze Ihre Absicht, nicht nur die Rüstungskontrolle, sondern auch andere wichtige Themen in die Tagesordnung aufzunehmen. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn Sie im Rahmen der Menschenrechte erneut auf die schwierige Situation der ausreisewilligen Sowjetbürger deutscher Nationalität hinweisen könnten. Ich habe mit besonderer Dankbarkeit vermerkt, daß Sie dieses Problem bereits bei Ihrem Gipfeltreffen in Genf mit Generalsekretär Gorbatschow[4] angeschnitten haben.

Die Zahl der sowjetischen Ausreisegenehmigungen ist drastisch zurückgegangen. Uns ist eine Zahl von ca. 90000 Ausreiseanträgen bekannt, denen zum Teil schwerwiegende persönliche Schicksale zugrunde liegen.

Ihre Aufmerksamkeit möchte ich auch auf das zentrale Anliegen der Bundesregierung lenken, im Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland

1 Ablichtung.
Das Schreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Schäfers, Bundeskanzleramt, am 7. Oktober 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach übermittelt. Dazu teilte er mit: „Als Anlage übersende ich Ihnen zur Unterrichtung von Staatssekretär Meyer-Landrut eine Kopie des vom Bundeskanzler soeben genehmigten Schreibens an Präsident Reagan zum Gipfeltreffen von Reykjavik. Entsprechend der Ihnen bekannten Absprachen zwischen MD Teltschik und StS Meyer-Landrut wird das Schreiben über Annex ‚Charly' an das Weiße Haus von hier aus nicht vor 18.00 Uhr abgesetzt."
Hat Pfetten-Arnbach am 7. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat StS M[eyer-]L[andrut] vorgelegen." Ferner verfügte er die Übermittlung von Ablichtungen an das Ministerbüro sowie an Staatssekretär Ruhfus, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Botschafter Ruth.
Hat Bundesminister Genscher am 10. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „V[o]r[gan]g". Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14159 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

2 In dem Schreiben führte Präsident Reagan aus: „I want to let you know without delay that General Secretary Gorbachev and I have agreed to meet in Reykjavik October 11 and 12 to review in a private and informal session the agenda for his trip to the United States. Mr. Gorbachev proposed this meeting not to take the place of his visit to the United States, but to make concrete preparations for the meetings here. I felt that it was important for me to agree to the meeting, in order to stress my commitment to real progress in U.S.–Soviet relations. I also consider it symbolically important that Mr. Gorbachev suggested holding the meeting on the soil of a member of that NATO alliance." Vgl. Referat 204, Bd. 135354.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

menschliche Erleichterungen im Bereich der Ausreise, der Familienzusammenführung und der Familienkontakte zu erwirken.[5]

Nach unserer Auffassung stünde es in der Macht der Sowjetunion, auf die unmittelbar Verantwortlichen in unserem Sinne einzuwirken. Diese humanitären Fragen bilden für uns einen wesentlichen Aspekt des West-Ost-Verhältnisses. Sie sollten Generalsekretär Gorbatschow zu verstehen geben, daß seinem Interesse an wirtschaftlicher und technologischer Kooperation durch die Lösung dieser Probleme eher entsprochen werden könnte.

Es erscheint mir wichtig, daß Sie Generalsekretär Gorbatschow in Ihrem Gespräch die Bereitschaft des gesamten Westens zu einem regelmäßigen politischen Dialog auf allen Ebenen und zu einer breiten Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zwischen allen Beteiligten signalisieren. Dabei müssen sich die bilateralen und multilateralen Bemühungen gegenseitig ergänzen. Der multilaterale Dialog sollte genutzt werden, um die mittleren und kleineren Staaten Mittel- und Ost-Europas voll einzubeziehen und ihre Möglichkeiten zu einer eigenständigen Rolle zu erweitern.

Ein wichtiger Rahmen für solche Entwicklungen bildet der KSZE-Prozeß, der bei dem im November beginnenden Folgetreffen in Wien konkrete Fortschritte bei der Festigung der Sicherheit und dem Ausbau der Zusammenarbeit in Europa, insbesondere unter Einschluß der humanitären Probleme, erbringen muß. Wir Deutschen sind daran besonders interessiert, weil wir in diesem Prozeß die Möglichkeit sehen, die Folgen der unnatürlichen Teilung unseres Volkes zu mildern, die Grenzen durchlässiger zu machen und die Perspektive der Einheit für unser Volk in einem größeren europäischen Rahmen aufrechtzuerhalten.

Auf der Wiener KSZE-Folgekonferenz sollte im Bereich der militärischen Sicherheit ein Mandat über die Fortsetzung und Erweiterung der Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in ganz Europa beschlossen werden, um über das vom Bündnis in Halifax gesetzte Ziel der Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa[6] zu verhandeln.

Es wird vor allem auch erforderlich sein, die Teilnahme Frankreichs sicherzustellen. Diese Teilnahme ist für uns aus Gründen der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit unverzichtbar, deren wirkungsvoller Ausbau zu einem Pfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa ein prioritäres Ziel meiner Regierung ist.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrem Gespräch mit Gorbatschow das gemeinsame westliche Engagement für den KSZE-Prozeß und die Entschlossenheit, das Wiener Folgetreffen in allen Bereichen konstruktiv zu nutzen, unterstreichen könnten.

Darüber hinaus gilt es jetzt für den Westen, das Ergebnis der KVAE-Konferenz in Stockholm[7] für das West-Ost-Verhältnis insgesamt und für die Rüstungs-

5 An dieser Stelle wurde gestrichen: „Nach wie vor wird sowohl an der innerdeutschen Grenze als auch an der Grenze zur ČSSR auf Flüchtlinge geschossen."

6 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

7 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

kontrollverhandlungen im besonderen zu nutzen. Für die solidarische Haltung der Vereinigten Staaten in Stockholm möchte ich Ihnen besonders danken. Sie half, den Zusammenhalt des Bündnisses zu bewahren und eine für den Westen bedeutsame Lösung zu erreichen.

Hinsichtlich der INF-Verhandlungen findet der amerikanische Vorschlag, daß beide Seiten als Zwischenlösung ihre Gefechtsköpfe auf LRINF weltweit und in Europa auf eine niedrige gleiche Obergrenze reduzieren[8], die Unterstützung der Bundesregierung. Insbesondere stimme ich Ihrer Position zu, daß bei den verbleibenden 100 amerikanischen LRINF in Europa der Waffenmix aus Pershing II und Marschflugkörpern (GLCM) erhalten werden muß. Für diese verbleibenden Systeme muß die schon bisher bestehende Aufteilung auf fünf Stationierungsländer[9] bestehen bleiben. Es darf keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland eintreten.

Angesichts des gemeinsamen Interesses des Bündnisses, die Entstehung neuer, die westliche Sicherheit gefährdender Grauzonen zu verhindern, halte ich es für unerläßlich, daß ein Interimsabkommen über LRINF gleichzeitig einen konkreten Einstieg in eine Lösung über die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweiten sicherstellt. Dieses Interesse der Bundesrepublik Deutschland habe ich Ihnen bereits in meinem Brief vom 14. Februar 1986[10] dargelegt. Wir unterstützen die Allianzposition, die für das Reichweitenband 500 bis 1000 km geeignete Beschränkungen vorsieht.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß entsprechend der Zielsetzung des Doppelbeschlusses vom 12.12.79[11] die SRINF-Systeme im Reichweitenband von 150 bis 500 km in künftige Verhandlungen einbezogen werden müssen mit dem Ziel, auch diese Systeme auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Wir halten es für unverzichtbar, die INF-Verhandlungen für diesen Bereich nach Abschluß eines Zwischenabkommens unverzüglich fortzusetzen und dies auch bereits im INF-Zwischenabkommen durch eine konkrete Verpflichtung zur Weiterverhandlung sicherzustellen. Das Territorium der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der dort befindlichen NATO-Einrichtungen und alliierten Truppen, aber auch Teile angrenzender westlicher Länder wie Belgien und die Niederlande werden von den sowjetischen Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweiten (Scud B und der SS-12/22 und der SS-23) bedroht. Diese Bedrohung wird durch die Reduzierung der Mittelstreckensysteme größerer Reichweiten noch akzentuiert. Die Sowjetunion hat im übrigen grundsätzlich ihr Einverständnis für eine Berücksichtigung der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweiten nach einem Zwischenabkommen signalisiert. Hieran sollten wir sie festhalten. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie diesem Anliegen Ihre persönliche Unterstützung geben würden.

8 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow; DEAR MR. PRESIDENT, S. 92–96.

9 Belgien, Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Niederlande.

10 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 33, Anm. 22.

11 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Die Bundesregierung legt auf den raschen Abschluß des in Aussicht genommenen Zwischenabkommens erheblichen Wert. Ein Verhandlungserfolg, der dazu führt, daß die östliche Seite ihre Überlegenheit im LRINF-Bereich drastisch vermindern müßte, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat die für unser Land mit besonderen Belastungen verbundene Nachrüstung im gemeinsamen westlichen Interesse standhaft unterstützt. Es wäre eine große Erleichterung für unsere Bevölkerung, wenn die Bedrohung durch die SS-20 als Ergebnis des Zwischenabkommens drastisch vermindert werden könnte.

Darüber hinaus rege ich an, daß Sie Generalsekretär Gorbatschow nahelegen, nach dem erfolgreichen Abschluß der Stockholmer Konferenz nunmehr auch bei MBFR und bei den Verhandlungen in Genf über ein weltweites Verbot chemischer Waffen einer effektiven Verifikation zuzustimmen. Der britische Vorschlag für eine Lösung der Verifikationsprobleme bei den CW-Verhandlungen[12] weist einen Weg, den wir beide unterstützen sollten. Der Abschluß eines Abkommens über ein weltweites Verbot chemischer Waffen liegt im besonderen Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

Was die Frage eines umfassenden nuklearen Teststopps angeht, so bin ich der Auffassung, daß wir in dieser, vor allem auch in der Öffentlichkeit stark beachteten Frage die Initiative nicht der Sowjetunion überlassen sollten. Ich habe Ihnen meine Überlegungen für ein stufenweises Vorgehen bereits am 22. April 1986[13] mitgeteilt. Ihre Erklärung vor den Vereinten Nationen zu diesem Thema[14] habe ich mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der strategischen Nuklearwaffen unterstützt die Bundesregierung Ihre jüngsten Vorschläge für eine schrittweise Verwirklichung der von Ihnen und Generalsekretär Gorbatschow vereinbarten Halbierung der Anzahl dieser Waffen.[15] Was das Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivwaffen angeht, halte ich auf der Grundlage der vorliegenden Vorschläge die Verständigung auf einen zeitlich befristeten Rahmen für den Defensivbereich für möglich, der gute Voraussetzungen für Reduzierungen von Offensivsystemen schaffen würde. Eine solche Verständigung würde auch auf der Linie der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.1985[16] liegen, die von der Bundesregierung immer unterstützt worden ist.

12 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

13 Korrigiert aus: „23. April 1986".
Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Reagan vgl. Dok. 120.

14 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 22. September 1986 in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1227–1233.

15 Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.
Zu den amerikanischen START-Vorschlägen vom 18. September 1986 vgl. Dok. 249.

16 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

Schließlich gehe ich davon aus, daß Fragen der Terrorismusbekämpfung und der West-Ost-Zusammenarbeit auf diesem Gebiet einen wichtigen Punkt Ihrer Gespräche in Reykjavik bilden werden. Ich möchte anregen, daß Sie Generalsekretär Gorbatschow auf das vitale Interesse aller westlichen Länder an einer rückhaltlosen Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Pakts hinweisen und unsere konkreten Erwartungen in dieser Hinsicht deutlich machen. Dabei sollte die sowjetische Seite an entsprechenden Zusicherungen Außenminister Schewardnadses festgehalten werden.

Ich freue mich, bald mit Ihnen in Washington zusammenzutreffen[17] und Ihre Erfahrungen aus der Begegnung in Reykjavik persönlich kennenlernen zu können. Für Ihr Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow wünsche ich Ihnen Glück und gutes Gelingen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Helmut

VS-Bd. 14159 (010)

272

Aufzeichnung des Botschafters Eickhoff

8. Oktober 1986[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung

Betr.: KSZE-Folgekonferenz in Wien ab 4. November 1986;
hier: Verhandlungslinie

I. Unser Hauptziel wird sein, in voller Übereinstimmung mit EPZ/NATO KSZE-Prozeß auf allen Gebieten voranzubringen. Herausstellung unseres eigenen Interesses an Fortschritten in allen drei Körben, auch bei II, der von westlichen Partnern als sekundär oder nur Anreiz für die andere Seite gesehen wird.

Wir erstreben die Stärkung der menschlichen Dimension, der gesamteuropäischen Durchlässigkeit für Gedanken und Menschen, der kulturellen Identität Europas.

II. Konkrete Ziele und Vorschläge

– Korb I: Festschreibung westlicher Vorschläge in Ottawa[3] zu: Meinungsfreiheit, religiöser Freiheit, Minderheitenrechte, faires Gerichtsverfahren. Ver-

17 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

1 Durchschlag als Konzept.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

bindung der Themen Recht auf Auswanderung, Familienzusammenführung und Freizügigkeit der westlichen Schlußposition in Bern[4] mit den VN-Menschenrechts-Pakten[5] (vgl. auch Korb III).

– Korb II: Sechs konkrete Vorschläge zum Umweltschutz betreffend Luftreinhaltung, Gewässerschutz und Naturschutz; Expertentreffen zu „Joint ventures", Expertentreffen für Neuorientierung der Berufsausbildung.
Initiative zur Reaktorsicherheit ist von Bewertung der jüngsten Wiener IAEO-Konventionen[6] abhängig.

– Korb III: Festschreibung in stringenterer Fassung der Bestimmungen des Berner Schlußkompromisses zu Verwandtenbesuchen ohne Altersbegrenzung, Recht auf „gemeinsame Reisen", Fortgeltung und Wiederverwertbarkeit von Antragsdokumenten sowie Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, direkter Sportaustausch auf lokaler und regionaler Ebene, Städtepartnerschaften, Familienzusammenführung in dem vom Antragsteller gewünschten Zielland.
Kultur: Recht, in anderen TNS Kulturinstitute zu errichten, Schriftstellertagung 1989, Identität nationaler Minderheiten, Stadt des europäischen kulturellen Erbes.

III. Taktik

Bei Menschenrechten, menschlichen Kontakten und der Stärkung der kulturellen Zusammengehörigkeit verfolgen wir nationale Interessen von – gegenüber allen anderen TNS – singulärem Gewicht. Entsprechende Vorschläge sollten nur erfolgsorientiert, ohne Autorenstolz, gelegentlich auch durch Vorschieben der Neutralen, verfolgt werden.

Bei Kulturinstituten und nationalen Minderheiten, wo Aussichten auf Konsens gering sind, sollten wir jedenfalls Flagge[7] zeigen.

In der Frage der Bulgarisierungskampagne[8] sollten wir TUR – mit und nach US und GB – maßvolle Unterstützung leisten.

Implementierungsdebatte:

Umfassende, objektive und präzise Darstellung in unpolemischer Tonart, namentlich gegenüber der DDR. Vermeidung von Schäden im bilateralen Ver-

4 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

5 Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.
Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. UNTS, Bd. 993, S. 3–106. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1570–1582.

6 Für den Wortlaut der Übereinkommen vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (IAEO-Benachrichtigungsübereinkommen) bzw. über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (IAEO-Hilfeleistungsübereinkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 435–449. Vgl. dazu ferner Dok. 266.

7 Die Wörter „nationalen Minderheiten" und „Flagge" wurden hervorgehoben. Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „Handschriftlicher Zusatz D 2: Bei nat[ionalen] Minderheiten sollten wir m. E. mit dem Flaggezeigen vorsichtig sein, da poln[ische] Reaktionen auf gerade unser Engagement die Diskussion in eine falsche Richtung lenken könnte."

8 Zur Situation der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 147, Anm. 11.

hältnis zur DDR. Enge Tuchfühlung mit DDR-DL[9] (Vermeidung von Überraschungseffekten, die Flucht nach vorn auslösen können).

Nutzung der vollen Kongruenz mit F in Zielsetzung und Einschätzung zur Förderung westlicher Übereinstimmung in unserem Sinne. Nutzung der identischen Interessen und Einschätzung der sehr aktiven und professionellen Delegation des Gastgeberlandes für Konsensbildung außerhalb unserer Gruppe. Konsequente Ermutigung der Neutralen (statt derzeit im westlichen Caucus beliebter Kritik).

Über Referat 212[10] und Herrn D 2[11] Herrn Dg 21[12] mit der Bitte um Mitzeichnung

gez. Eickhoff[13]

Referat 212, Bd. 158440

273

Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1354 **Aufgabe: 8. Oktober 1986, 16.30 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 8. Oktober 1986, 14.45 Uhr**

Betr.: Deutsch-iranische Beziehungen;
hier: Demonstration vor Botschaft und Eindringen auf Botschaftsgelände

Bezug: DB 1350 vom 7.10.86[2]

1) Heute, 8.10.86, gegen 12.00 Uhr sammelten sich ca. 500 Demonstranten vor Kanzleigebäude auf Ferdowsistraße, darunter auch etwa 40 bis 50 Frauen in

9 Peter Steglich.
10 Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal am 9. Oktober 1986 vorgelegen.
11 Gerold Edler von Braunmühl.
12 Hat Ministerialdirigent Oesterhelt am 9. Oktober 1986 vorgelegen.
13 Paraphe.

1 Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D[irektoren]B[esprechung]. Botsch[aft] Türkei. Herrn D 3: Wir sollten auch Türken ein Wort des Dankes sagen."
Hat Ministerialdirektor Sudhoff am 13. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Schlagintweit vermerkte: „B[itte] entsprechende Weisung an Ankara."
Hat Schlagintweit am 14. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dank!"

2 Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, informierte über die Berichterstattung zu den Vorfällen auf der Frankfurter Buchmesse am 2. Oktober 1986 in den iranischen Tageszeitungen „Kayhan" und „Abrar". Er kam zu dem Schluß, daß die Berichte dieser Zeitungen, „die dem radikalen Flügel um PM Musawi nahestehen und deren Linie weitgehend vom Führungsministerium bestimmt wird, sowie bisherige Zurückhaltung in der Berichterstattung der sonstigen Presse" den Schluß nahelegten, „daß Frankfurter Vorfälle – möglicherweise als willkommener – Vorwand für Kritik

streng islamischer Kleidung. Die zumeist jungen Demonstranten trugen Spruchbänder mit Aufschriften wie

– Tod Deutschland,
– Tod der deutschen faschistischen Polizei,
– Rache für Frankfurt[3],
– mit dem wilden Überfall der westdeutschen Polizei auf die Bücherausstellung der Islamischen Republik Iran hat Deutschland seine Verbundenheit mit dem verbrecherischen Regime der Vereinigten Staaten von Amerika zur Schau gestellt

und skandierten Parolen gleichen Inhalts. Eine größere Anzahl Polizisten, nach Eindruck der Botschaft seit den Morgenstunden mehr als üblich und z. T. mit Schlagstöcken und Gesichtsschutz ausgerüstet, standen am Zaun zum Botschaftsgelände. Gegen 12.05 Uhr durchbrach eine Gruppe mit Brechwerkzeugen ausgestatteter Demonstranten eines der beiden mit einer massiven Sicherheitskette gesicherten Einfahrtstore zum Vorgarten und ehemaligen und jetzt nicht mehr benutzten Haupteingänge der Kanzlei.[4] Ihnen folgten ca. 350 bis 400 der Demonstranten und besetzten das Vorgelände der Kanzlei. Einige trugen Armbinden, auf denen die Aufschrift „Ordner" zu lesen war. Gleichzeitig betraten 15 bis 20 Polizeibeamte ebenfalls den Vorgarten. Die Eindringlinge entrollten Spruchbänder mit o. a. Inhalt, von denen einige am Botschaftszaun befestigt wurden, und riefen Parolen. Gegen 12.20 Uhr fing eine größere Anzahl der Eindringlinge an, sich mit hierfür geeigneten Gegenständen (Hammern, Brecheisen, Bolzenschneidern) am Haupteingang zu schaffen zu machen. Sie zerschlugen zunächst die untere und mittlere Reihe der schmalen Drahtglasfenster und versuchten sodann mit den mitgebrachten Werkzeugen die Eisenstäbe zwischen den Scheiben zu zerschneiden oder wegzubiegen. Gleichzeitig versuchten die ersten, sich durch die noch zu enge Öffnung hindurchzuzwängen. Andere waren dabei, diese Öffnung durch Zerschneiden der Querstange zu weiten bzw. machten sich mit Nachschlüsseln von der Innenseite an dem Türschloß zu schaffen. Bei dieser Sachlage und unter dem Eindruck, daß die Eindringlinge offensichtlich entschlossen schienen, sich gewaltsamen Zugang zum Hauptgebäude zu verschaffen, und die draußen postierte Polizei dem gegenüber untätig blieb, habe ich in Abwägung der Umstände und nach Rücksprache mit dem Kanzler[5], Kollegen und Sicherheitsbeamten zwei Tränengaswurfkörper in die kleine Vorhalle zwischen Eingangstür und der nicht mehr stabilen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1425

des radikalen Flügels an der eher pragmatisch orientierten außenpolitischen Linie AM Velayatis dienen, zu der auch die vorsichtige Pflege der Beziehungen zu westlichen Staaten gehört. […] Ein weiteres Motiv für die überzogene Kommentierung dürfte ferner die traditionelle Rivalität zwischen Führungs- und Außenministerium bei der Gestaltung der auswärtigen Kulturpolitik Irans sein." Vgl. Referat 311, Bd. 137879.

3 Am 2. Oktober 1986 kam es auf der 38. Internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des Ayatollah Khomeini. In der Presse hieß es dazu, es seien drei Personen verletzt und fünf festgenommen worden, „unter ihnen zwei Mitarbeiter der iranischen Botschaft. Der Messe-Frieden zumindest war rasch wiederhergestellt: indem sämtliche iranischen Stände geschlossen wurden." Vgl. den Artikel „Am Ende war es doch ein Fest"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1986, S. 25.

4 So in der Vorlage.

5 Hans-Karl Kötting.

Tür zum Hauptflur werfen lassen. Dies führte augenblicklich dazu, daß sich die Eindringlinge von der Eingangstür zurückzogen. Ihre Entschlossenheit, ins Gebäude einzudringen, blieb jedoch weiterhin erkennbar und wurde durch Drohgebärden unterstrichen. Daher wurden von einem der oberen Fenster zwei Tränengaswurfkörper von außen direkt vor die Haupteingangstür geworfen. Als Folge hiervon trat eine gewisse Beruhigung unter den Eindringlingen ein. Auf Anordnung der Anführer ließen sie sich sodann, in Reihen geordnet, zum Gebet nieder. Nach dem Gebet faßten sie sich an den Händen und riefen kniend erneut Slogans. Anschließend hielt ein Anführer von der Einfahrtsrampe aus eine etwa 15minütige Ansprache, die immer wieder von mit erhobenen Fäusten ausgerufenen Parolen unterbrochen wurde. Einige mit Farbsprühdosen ausgestattete Eindringlinge besprühten die Außenwände der Kanzlei mit Parolen wie „Down with West Germany". Danach brach Besetzergruppe auf, verließ in Reihen durch das aufgebrochene Tor das Botschaftsgelände und zog über die Ferdowsistraße nach Norden ab. Sie hinterließen im übrigen an den Wänden[6] der Botschaft auch aufgeklebte Plakate mit Abbildungen Khomeinis, Rafsandjanis und Beheschtis. Während der Vorgänge im Botschaftsgelände waren verschiedene Kameraleute und ein Filmteam tätig.

2) Botschaft hat unverzüglich mit Beginn des Eindringens ins Botschaftsgelände folgende Schritte unternommen:

– Dringendes Ersuchen an Polizeidienststelle, Ordnung durch Entsendung von Verstärkung und Schutz für Botschaft und deren Personal sicherzustellen.
– Sofortiges Bemühen um telefonische Kontaktaufnahme mit Außenministerium führte erst nach einiger Verzögerung zu Gespräch mit Protokollbeamten. Ich erhob ihm gegenüber schärfsten Protest, bat um umgehende Veranlassung geeigneter Maßnahmen, Unterrichtung des Ministers[7] oder Stv. Ministers und um möglichst umgehenden Termin für mich beim Minister oder dessen Stellvertreter. Protokollbeamter sagte umgehende Schritte zu.
– Telefonische Unterrichtung des Auswärtigen Amts (Dg 31).[8]
– Telefonische Kontaktaufnahme mit EG-Präsidentschaft (GB), die sich hierauf ebenfalls sofort mit dem Außenministerium in Verbindung setzte.
– Im Dienstgebäude anwesende Besucher, weibliches Botschaftspersonal sowie nicht mehr benötigte Bedienstete verließen über das Verbindungstor zur

6 Korrigiert aus: „die Wände".

7 Ali Akbar Velayati.

8 Ministerialdirigent Schlagintweit vermerkte am 8. Oktober 1986, daß ihn Botschaftsrat I. Klasse Henatsch um 10.10 Uhr telefonisch über die Vorfälle auf dem Gelände der Botschaft der Bundesrepublik in Teheran informiert habe: „Ich besprach mit Herrn Henatsch, daß es zweckmäßig sei, zunächst Frauen und entbehrliche Botschaftsangehörige durch eine Nebentüre, die zur türkischen Botschaft führt, heimzuschicken. Man versucht gegenwärtig, diese Tür zu öffnen. Im übrigen waren wir uns einig, daß es unwahrscheinlich sei, daß es jetzt noch zu weiteren Gewalttaten kommt. Dies entsprach weder meiner Einschätzung der iranischen Politik noch dem inzwischen eingetroffenen Polizeiaufgebot. Ich rief sofort den iranischen Botschafter an und protestierte energisch gegen die Verletzung der Exterritorialität unserer Botschaft und den mangelnden Schutz durch die iranischen Behörden. Ich erklärte, er müsse ebensogut wie ich wissen, was in Frankfurt/Main wirklich vorgefallen sei, und daß die iranische Presse (Kayhan) falsch berichtet habe. Er möge unverzüglich in Teheran anrufen und die entsprechenden Maßnahmen gegen die Demonstranten erwirken. Es wäre bedauerlich, wenn durch die unkontrollierten Handlungen einiger jugendlicher Gruppen und den mangelnden Schutz der iranischen Behörden eine schwere Störung im bilateralen Verhältnis eintrete." Vgl. Referat 311, Bd. 137879.

türkischen Kanzlei Grundstück der Botschaft. Türkische Botschaft zeigte sich außerordentlich hilfsbereit.[9] – In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, daß alle Bediensteten der Botschaft Ruhe, Disziplin und gute Nerven bewahrt haben.

3) Den von der Botschaft erbetenen zusätzlichen Schutzmaßnahmen wurde in dem Sinn entsprochen, daß zwei Hundertschaften Polizisten eintrafen, die sich allerdings nur außerhalb des besetzten Botschaftsgeländers postierten, da ihnen die Eindringlinge den Zugang zum Vorgarten verweigerten und die Polizei keine Anstalten unternahm, gegen diese vorzugehen. Die sich auf dem Botschaftsgelände befindlichen Polizisten blieben ebenfalls untätig.

Ein höherer Polizeioffizier betrat auf unseren Wunsch durch den Nebeneingang das Botschaftsgebäude: Er ließ erkennen, daß die Polizei nicht mehr unternehmen könne.

4) Ablauf der Ereignisse ließ Planung und Regie erkennen. Inwieweit hierzu auch der ernsthafte Versuch gehörte, in das Botschaftsgebäude selbst einzudringen, oder ob es sich hierbei um eine außer Kontrolle geratene Teilaktion besonders militanter Eindringlinge gehandelt hat, muß offen bleiben. Vorfall ist offenkundig, wie auch in den Slogans zum Ausdruck gebracht wurde, im Zusammenhang mit Geschehnissen auf Frankfurter Buchmesse zu sehen. Man muß davon ausgehen, daß die Besetzung zumindest nicht ohne Billigung auf hoher politischer Ebene des Regimes erfolgt sein kann. Verantwortung dafür, daß dies geschehen konnte, trägt in jedem Fall iranische Regierung. Vorfall ist in den bilateralen Beziehungen bisher wohl einmalig und derart eklatant, daß hiesigen Erachtens eine unmißverständliche und scharfe Reaktion erforderlich ist, zumal hiesigen Verantwortlichen die wahren Abläufe auf der Frankfurter Buchmesse bekannt sein dürften.[10]

9 Vortragender Legationsrat Eickhoff informierte die Botschaft in Ankara am 14. Oktober 1986 über die Hilfe der türkischen Botschaft in Teheran im Zusammenhang mit den Demonstrationen auf dem Gelände der Botschaft der Bundesrepublik und bat, „in dort geeignet erscheinender Weise an hoher Stelle im türkischen Außenministerium unseren Dank für die der Botschaft Teheran erwiesene türkische Hilfe auszusprechen". Vgl. den Drahterlaß Nr. 7519; Referat 311, Bd. 137879.

10 Vortragender Legationsrat Eickhoff notierte am 9. Oktober 1986, daß Ministerialdirigent Schlagintweit den iranischen Botschafter Salari ins Auswärtige Amt einbestellt und ihm dargelegt habe, daß die Bundesregierung „die Zwischenfälle vom 8.10.1986 als eine sehr ernste Störung der Beziehungen" betrachte. Vgl. Referat 311, Bd. 137879.
Am 9. Oktober 1986 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen der Botschaft in Teheran ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den iranischen Außenminister Velayati mit der Bitte, es „möglichst umgehend" weiterzuleiten. Darin führte Genscher aus: „Namens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland protestiere ich mit Nachdruck gegen diese ernste Verletzung internationaler Normen sowie gegen die Mißachtung der Schutzverpflichtung, die jede Regierung gegenüber fremden Missionen auf ihrem Hoheitsgebiet trägt. Solche Vorfälle belasten das bilaterale Verhältnis auf das Schwerste und bedeuten ernste Hindernisse für den weiteren Ausbau dieses Verhältnisses. […] Ich erwarte von der iranischen Regierung eine rückhaltlose Aufklärung der Vorfälle vom 8. Oktober 1986 und einen Ausdruck des Bedauerns. Ich gehe davon aus, daß die für die Vorfälle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 367; Referat 311, Bd. 137879.
Am 13. Oktober 1986 übergaben der belgische Botschafter Allard und der niederländische Botschafter van der Pals im iranischen Außenministerium im Namen der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ eine Note, in der die Sorge angesichts der Zwischenfälle auf dem Gelände der Botschaft der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1390 des Botschafters Freitag, Teheran, vom 14. Oktober 1986; Referat 311, Bd. 137879.

Weisung erbeten.

[gez.] i.V. Henatsch

Referat 311, Bd. 137879

274

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

420-420.30/1 TUR VS-NfD **9. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: 2. Runde der deutsch-türkischen StS-Gespräche (6./7.10.1986 in Ankara)

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Zusammenfassung

1) Die 2. Runde der deutsch-türkischen StS-Gespräche fand am 6./7.10.1986 in Ankara in freundschaftlicher und konstruktiver Atmosphäre statt. Sie verlief für beide Seiten zufriedenstellend. Insbesondere MP Özal zeigte sich nach Aussage von StM Yilmaz über das Ergebnis befriedigt. Die türkische Seite rückte von ihren überzogenen Wünschen zur Rüstungssonder- und Industrialisierungshilfe, die sie während der 1. StS-Runde am 5./6. Dezember 1985 in Bonn[3] präsentiert hatte, weitgehend ab und näherte sich unseren Möglichkeiten. Während wir bei unserem Angebot auf die Parallelität zu den Freizügigkeitsverhandlungen EG–Türkei[4] in Brüssel hinwiesen, betonte die türkische Seite, sie betrachte die bilateralen Gespräche getrennt hiervon. In den Gesprächen wurden ferner Fragen aus dem RK- und Kulturbereich behandelt.

2) Die türkische Seite stimmte der Bereitstellung von 150 hauptinstandgesetzten und umgerüsteten Kampfpanzern Leopard I für die türkischen Streitkräfte zu. Sie brachte in folgenden Bereichen über unser Angebot hinausgehende Wünsche vor:

– Artilleriemodernisierung: Erhöhung der regulären Verteidigungshilfe[5] von 130 auf 250 Mio. DM oder verlorenen Zuschuß.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Siemes und Legationsrat I. Klasse Kössler konzipiert

2 Jürgen Ruhfus.

3 Zur ersten Runde der deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche vgl. AAPD 1985, II, Dok. 338.

4 Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer vgl. Dok. 180.

5 Am 3. Oktober 1986 informierte Referat 209, daß die türkische Armee über Panzerhaubitzen aus amerikanischer Produktion der 50er Jahre verfüge, deren Kanonen nur 60 % der Reichweite moderner Typen besäßen und deren Motoren nur relativ geringe Geschwindigkeiten erlaubten. Die Türkei strebe deshalb eine Modernisierung dieser Artilleriesysteme an. In Konkurrenz zu amerikanischen und britischen Anbietern habe ein Konsortium von Firmen aus der Bundesrepublik ein Angebot mit einem Gesamtwert von 301 Mio. DM und einer Laufzeit von 1987 bis 1991 unterbrei-

– Schützenkampfwagenproduktion: Bei prioritärer Deckung des Eigenbedarfs besteht türkische Seite auf Einräumung von Exportmöglichkeiten.[6]
– Industrialisierungshilfe[7]: Erhöhung der angebotenen 150 Mio. DM und bessere Konditionen (IDA-Bedingungen 50, 10, 0,75%)[8].

3) Insgesamt ergab sich der Eindruck, daß türkische Seite auf unser Angebot im verteidigungspolitischen Sektor befriedigt reagierte, weniger jedoch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hier wurden mit Nachdruck Wünsche nach verstärkter deutscher Finanzhilfe und Investitionen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei vorgetragen.

4) Die Modalitäten der Leopard-I-Übergabe und die noch offenen Fragen sollen durch Expertengespräche im Frühjahr 1987 geklärt werden, so daß in der zweiten Jahreshälfte 1987 eine weitere StS-Runde stattfinden könnte.

5) Der Verlauf der 2. StS-Runde bedeutet für uns wertvollen Zeitgewinn unter dem Gesichtspunkt der Parallelität zu den Freizügigkeitsverhandlungen EG–Türkei in Brüssel. Falls die Türkei ihre Ankündigung wahrmacht und in absehbarer Zeit einen EG-Beitrittsantrag stellt, würde eine Lage eintreten, durch welche die bisherige Geschäftsgrundlage der StS-Verhandlungen in Frage gestellt wäre.

II. Im einzelnen

1) Am 6. und 7. Oktober 1986 fand in Ankara die 2. Runde der deutsch-türkischen StS-Gespräche statt. StS Dr. Ruhfus leitete die deutsche Delegation, der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1429

tet: „Es handelt sich um die Lieferung von 102 kompletten Umrüstsätzen, die bis 1989 in Deutschland produziert und in der Türkei eingebaut werden sollen, sowie um die Lieferung von 429 Baugruppensätzen in den Jahren 1989 bis 1992, in denen die türkische Industrie die Fähigkeit zu teilweiser Eigenproduktion der Umrüstsätze erworben haben soll. Die Industrie hat um die Verbürgung des deutschen Lieferwertes durch Hermes gebeten. Die türkische Seite hat bisher nicht lediglich um die Verbürgung von Krediten, sondern um verlorene Zuschüsse der Bundesregierung gebeten, die nicht auf die Tranchen der laufenden Verteidigungshilfe angerechnet werden sollen. Die Türken wollen damit offenbar den Kauf von Werkzeugmaschinen finanzieren, die für die Produktion des türkischen Lieferanteils eingesetzt werden sollen." Vgl. Referat 413, Bd. 144925.

6 Referat 209 vermerkte am 3. Oktober 1986, daß die Türkei „einen Eigenbedarf von 4693 Stück eines gepanzerten Gefechtsfeldfahrzeuges" habe und drei Firmen aus der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA zur Abgabe von Angeboten „für eine Koproduktion von 3450 Stück im Verlauf von zehn Jahren" aufgefordert habe: „Es ist bekannt, daß die Türken beabsichtigen, die produzierten Schützenkampfwagen teilweise in den Mittleren Osten (Saudi-Arabien, Pakistan) zu exportieren. Es ist möglich, daß sie dies schon vor Deckung des Eigenbedarfs versuchen werden, um die Finanzierung des Projektes zu erleichtern. Falls K[rauss-]M[affei] den Zuschlag erhielte, könnte dies für uns zu rüstungsexportpolitischen Problemen führen, weil es sich auch bei Produktion in der Türkei um deutsche Technologie handelt, für deren Verwendung wir politisch umso eher verantwortlich gemacht werden würden, als wir Bürgschaften übernehmen." Vgl. Referat 413, Bd. 144925.

7 Am 25. September 1986 hielt Referat 420 fest: „1) Die türkische Seite hat die Einrichtung eines Industrialisierungsfonds zur Förderung von Investitionen in Klein- und Mittelbetrieben vorgeschlagen und als deutschen Beitrag die Wiederverwendung der FZ-Tilgungsrate 1986 (129 Mio. DM) erbeten. Wir haben unter Hinweis auf die Präjudiz-Gefahr den Tilgungsverzicht abgelehnt und erklärt, wir würden den Einsatz zinsgünstiger Darlehen prüfen. […] Am 4.6.1986 einigten sich BM Stoltenberg und BM Warnke, für eine einmalige Industrialisierungshilfe an die Türkei eine V[erwendungs]E[rmächtigung] in Höhe von 150 Mio. DM, verteilt auf die Jahre 1986 bis 1988, innerhalb der Gesamt-VE vorzusehen (möglichst für Mischfinanzierungsprojekte). Dafür sollen weiterhin die für die Türkei ausnahmsweise zugestandenen Standardkonditionen (30, 10, 2%) anstelle der an sich geltenden Schwellenlandkonditionen zugestanden werden." Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

8 Die International Development Association (IDA) vergab Kredite mit einer Laufzeit von 50 Jahren bei zehn Freijahren und einem Zinssatz von 0,75%.

die Staatssekretäre Dr. Obert (BMF), Dr. Rühl (BMVg) und Lengl (BMZ) angehörten. Die türkische Delegation wurde von StS Tezel geleitet. Ihr gehörten ferner an: Generaloberst Delic (StS im Verteidigungsministerium), stv. StS Barutcu (amtierender Leiter des Staatssekretariats für Schatzwesen und Außenhandel), stv. StS Yülek (Staatliches Planungsamt) sowie der Chefberater von MP Özal, Kahveci.

2) StS Dr. Ruhfus wies in seiner Eingangserklärung auf die umfangreichen deutschen Leistungen an die Türkei in den vergangenen Jahren hin. Er faßte das Ergebnis der Gespräche wie folgt zusammen:

– Die Gespräche sind im Rahmen des Mandats geführt worden, das die beiden Regierungschefs im Juli 85[9] erteilt hatten.[10] Sie könnten nicht losgelöst von den Verhandlungen zwischen EG und der Türkei in Brüssel betrachtet werden.
– Die deutsche Seite erklärt sich bereit, 150 Kampfpanzer Leopard I hauptinstandgesetzt und umgerüstet sowie acht Bergepanzer und Zubehör der türkischen Seite verfügbar zu machen.
– Die türkische Seite begrüßt dieses Angebot. Über die Einzelheiten, insbesondere Zeitraum und Modalitäten dieser einmaligen Rüstungssonderhilfe, werden die Experten ab Frühjahr 1987 Gespräche führen.
– Beide Seiten stellen fest, daß eine Koproduktion für gepanzerte Gefechtsfeldfahrzeuge auf der Basis privater Vereinbarungen und Finanzierungen im Sinne der deutsch-türkischen militärischen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse zu prüfen ist. In den Verhandlungen haben wir dargelegt, daß wir bereit seien, einen kleineren Teil des Liefervertrages zu verbürgen. Die Sicherstellung der Finanzierung sei Sache der Firmen und Banken. In jedem Falle müßten Regelungen gefunden werden, die unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik Rechnung tragen.
– Die Experten werden bei den Vorgesprächen über die Ausgestaltung der nächsten Tranchen der regulären Verteidigungshilfe gemeinsam prüfen, in welchem Ausmaß Mittel für die Erweiterung der Kapazität zur Fertigung von Artilleriewaffen im gegebenen Rahmen vorgesehen werden können.
– Die deutsche Seite erklärt sich bereit, über eine einmalige zusätzliche finanzielle Sonderleistung in einer Größenordnung von 150 Mio. DM, entsprechend den Konditionen der jährlichen Finanziellen Zusammenarbeit, zahlbar in drei jährlichen Tranchen, zur industriellen Entwicklung der Türkei in Verhandlungen einzutreten.
– Beide Seiten bekräftigen ihr Interesse, die Bedingungen für deutsche Investitionen in der Türkei weiter zu verbessern. Sie hatten einen intensiven Gedankenaustausch über die zu diesem Zweck verfügbaren Möglichkeiten.

3) StS Tezel erwiderte, die Türkei betrachte die bilateralen Gespräche getrennt von den Verhandlungen mit der EG. Er wies auf weitergehende türkische Wünsche hin:

9 Korrigiert aus: „Juni 85".

10 Bundeskanzler Kohl besuchte die Türkei vom 9. bis 11. Juli 1985. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Özal am 9. Juli 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 185.

– Erhöhung der Tranchen der regulären Verteidigungshilfe von 130 Mio. DM auf 250 Mio. DM zur Artilleriemodernisierung (ggf. Bereitstellung von Sondermitteln).
– Erhöhung der finanziellen Sonderleistung zur Industrialisierungsförderung in der Türkei zu verbesserten Konditionen (IDA-Konditionen).
– Die Schützenkampfwagenkoproduktion sei Angelegenheit der privaten Industrie. Über das Projekt werde nach Ende der Ausschreibungsfrist am 31. Oktober auf höchster Ebene entschieden.
– Zu unserem Hinweis auf die restriktive Exportpolitik der Bundesregierung erklärte StS Tezel, das Projekt diene vorrangig der Deckung des türkischen Eigenbedarfs, sei jedoch ohne Exportperspektive wirtschaftlich nicht rentabel.

StS Dr. Ruhfus nahm diese Erklärung zur Kenntnis und unterstrich, daß wir mit unserem Angebot unser Mandat ausgeschöpft hätten. Er werde die Bundesregierung über die türkischen Anliegen unterrichten.

4) In den Bereichen Rechts- und Konsularfragen und der kulturellen Zusammenarbeit legten wir unsere Wünsche zu folgenden Fragen dar:

– Asylproblematik[11]:

  StS Tezel sagte zu, illegale Praktiken (Schlepperorganisationen, Paß- und Sichtvermerksfälscher u. a.) zu verfolgen. Dagegen könne die Türkei Ausreisen bei Vorliegen legaler Reisedokumente nicht verhindern (vertragliche Vereinbarungen mit Iran).

– Doppelstaatsangehörigkeit und Wehrpflicht:

  Türkische Seite betonte Bereitschaft, an einer Lösung des Problems mitzuarbeiten.

– Statusfragen für unser Kulturpersonal und unsere Kultureinrichtungen[12]:

  Türkische Seite erklärte sich an einer einvernehmlichen und diskreten Regelung auf der Basis der Gegenseitigkeit interessiert.

Einzelheiten sollen in den vom 3. bis 5. November 1986 in Ankara stattfindenden Rechts- und Konsularkonsultationen behandelt werden.

III. Wertung und Ausblick

1) Durch den für uns befriedigenden Verlauf der 2. StS-Runde haben wir Zeit gewonnen. Nach den für das Frühjahr 1987 avisierten Expertengesprächen in den Bereichen Rüstungssonder- und Industrialisierungshilfe käme eine weitere StS-Runde in der zweiten Jahreshälfte 1987 in Betracht.

Wir werden zu gegebener Zeit im Lichte der Expertengespräche prüfen müssen, ob wir den über unser Angebot der 2. StS-Runde hinausgehenden, aller-

11 Zur Erörterung der Asylfrage mit der Türkei vgl. Dok. 228, Anm. 12 und 13.

12 Referat 203 notierte am 3. Oktober 1986 zur Frage des Status kultureller Einrichtungen der Bundesrepublik in der Türkei: „Zahlreiche offene, ungeklärte Statusfragen der einzelnen kulturellen Einrichtungen, z. B. Deutsche Schule Ankara, bes. Deutsche Schule Istanbul, Deutsches Krankenhaus Istanbul. Nach Anwendung des WÜD vordringlich Neuregelung des Status des entsandten Kulturpersonals. Türkische Seite hat umfangreiche, kaum überschaubare Gegenseitigkeitsforderungen (Kulturhäuser, Tourismus/Informationsbüro)“. Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

dings erheblich bescheidener gewordenen türkischen Wünschen nicht in einem vertretbaren Rahmen noch etwas weiter entgegenkommen können.

– Sollte die Türkei in absehbarer Zeit einen Beitrittsantrag auf Vollmitgliedschaft stellen, würde eine Lage eintreten, durch welche die bisherige Geschäftsgrundlage der StS-Verhandlungen (Parallelität zu den Freizügigkeitsverhandlungen) in Frage gestellt wäre.

Eine solche Entwicklung könnte der sog. Parallelität den Boden entziehen.

2) In den Gesprächen wurde ein gesteigertes türkisches Selbstbewußtsein deutlich. Die erfolgreiche Erneuerung der Demokratie, eine marktwirtschaftliche Neuorientierung, die größere Wettbewerbsfähigkeit und die Exporterfolge (z. B. neue Bauaufträge im Irak für 1,3 Mrd. DM) zeigen, daß die Türkei des Jahres 1986 nicht mehr mit der Türkei des Jahres 1979 vergleichbar ist und sich dessen auch bewußt ist. Die heutigen Entscheidungsträger wollen einen Rückfall in die Verhältnisse vor 1980 verhindern und wenden sich verstärkt an den Westen, insbesondere die EG, mit der Bitte um Unterstützung. Eine sich wirtschaftlich stabilisierende Türkei empfindet sich immer mehr als unverzichtbarer Teil Europas und des Westens an der Nahtstelle zur krisenhaften Nahostregion.

Namentlich in den Vieraugengesprächen mit StS Tezel und StM Yilmaz wurde deutlich, daß es in der türkischen Führung einflußreiche Kräfte gibt (MP-Chefberater Kahveci), die eine baldige EG-Vollmitgliedschaft anstreben, weil

– sich die Türkei von einer Wiederbelebung der Assoziation EG–Türkei[13] keine nennenswerten Vorteile mehr erhofft (weder in finanzieller noch in handelspolitischer Hinsicht),
– EG-Beitrittsverhandlungen das Vertrauen ausländischer Investoren für Kapitalanlagen in der Türkei entscheidend begünstigen würden, insbesondere in den 10 bis 15 Jahren, die dem EG-Beitrittsantrag folgen, und
– hierdurch die Wirtschaftsprobleme schneller gelöst, neue Arbeitsplätze geschaffen, der Auswanderungsdruck gemindert und dadurch die Demokratie stabilisiert würde,
– dies eine Lösung der Freizügigkeitsproblematik, die unter Berücksichtigung der Interessen der EG-MS neu verhandelt werden müsse, erleichtere, und
– auch der Rolle der Türkei als NATO-MS gerecht werde. (StM Yilmaz nahm Bezug auf eine Rede von MP Özal am 6.10. in Istanbul, in der sich dieser zur Beitrittsfrage geäußert hatte; u. a. Antrag auf Vollmitgliedschaft bei gleichzeitigem Aufschub bzw. Neuverhandlung der Freizügigkeitsfrage.)

Die Türkei erwartet von uns eine Unterstützung des Beitrittswunsches. StS Ruhfus warnte die türkischen Partner vor übereilten Schritten (Hinweis auf Mahnung des Bundespräsidenten anläßlich des Staatsbesuches, zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu tun[14]) und bat, sich von EGK beraten zu lassen. Im übrigen stünden wir der Türkei wie bisher zur Seite. StM Yilmaz beabsichtigt,

13 Zu Tagung des Assoziationsrats EG–Türkei am 16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 180, Anm. 19.

14 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 26. bis 30. Mai 1986 in der Türkei auf. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Özal am 26. Mai 1986 vgl. Dok. 154.

nach Bonn zu kommen, um dem Bundeskanzler die entsprechenden Vorstellungen seiner Regierung vorzutragen.
Ref. 203 und 209 haben mitgezeichnet.

gez. Kastrup

Referat 413, Bd. 144908

275

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **Aufgabe: 9. Oktober 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 85 Ortex

Zum dritten KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT) (Vorschau)

1) Politischer Stellenwert

Das WFT wird am 4.11.1986 beginnen und auf Außenministerebene eröffnet werden.

Die Bundesregierung mißt dem WFT einen sehr hohen Stellenwert für den KSZE-Prozeß und die weitere politische Entwicklung in Europa sowie generell im West-Ost-Verhältnis zu. Die gegenwärtige Phase der West-Ost-Beziehungen eröffnet für Wien die Chance zu Neuanfängen und Fortschritten im KSZE-Prozeß. Diese positive Einschätzung der Chancen berücksichtigt folgende Entwicklungen:

– Stand des West-Ost-Dialogs, insbesondere der Beziehungen zwischen USA und Sowjetunion.
– Erfolgreicher Abschluß der ersten Phase der KVAE Stockholm:
  Es wird darauf ankommen, die bestehende Dynamik für Fortschritte in allen Bereichen zu nutzen. Die mittleren und kleineren Staaten haben bei bisherigen Fortschritten im KSZE-Prozeß eine wichtige Rolle gespielt. Sie müssen weiterhin ihre Möglichkeiten nutzen, in diesem Rahmen die Zukunft Europas mitzugestalten.

2) Vorbereitungstreffen (23.9. bis 6.10.86)

Dem WFT ging ein Vorbereitungstreffen voraus, das innerhalb der vorgesehenen zwei Wochen am 6.10.1986 Tagesordnung, Arbeitsprogramm und Modalitäten für das Haupttreffen verabschiedet hat.

Zwischen West und Ost waren vor allem die Dauer der Implementierungsdebatte und die Zahl der öffentlichen Sitzungen umstritten.[2] Auf der Grundlage

1 Ablichtung.
2 Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann, brachte am 29. September 1986 beim Vorbereitungstreffen in Wien einen Vorschlag für die Durchführung des KSZE-Folgetreffens ein. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte dazu am selben Tag mit, der Vorschlag ziele darauf ab, die Implementierungsdebatte auf sieben Wochen zu erweitern. Ferner sollten –

eines N+N-Vermittlungsvorschlages[3] wurden für den Westen vorteilhafte Kompromisse erzielt:

– Die reine Implementierungsdebatte wird gegenüber Madrid[4] um eine Woche (westlicher Vorschlag: zwei Wochen) auf sechs Wochen verlängert.
– Die Öffentlichkeit wird über die Vereinbarungen von Madrid hinaus bei der letzten Plenarsitzung vor und bei der ersten Plenarsitzung nach jeder Konferenzpause zugelassen.

Weitere wichtige Regelungen sehen vor:

– Die Ergebnisse aller in Madrid vereinbarter KSZE-Veranstaltungen[5] werden in Wien behandelt werden.
– Als Zieldatum für das Ende der Konferenz ist der 31.7.1987 vorgesehen. Das WFT wird mit der Annahme eines Schlußdokuments und der Festlegung von Datum und Ort des nächsten Folgetreffens enden. Der Zeitbedarf ist realistisch veranschlagt. Das Zieldatum ist kein cut-off date. Angesichts des Bestrebens der Mehrheit der Teilnehmerstaaten, das WFT vor dem amerikanischen Wahlkampf[6] zu beenden, ist das Zieldatum auch ernst gemeint. Wir können mit dem Ergebnis des Vorbereitungstreffens zufrieden sein. Es ist planmäßig innerhalb des veranschlagten Zeitraumes in einer sachlichen und konstruktiven Arbeitsatmosphäre erzielt worden. Die westlichen Anliegen bezüglich der Implementierungsdebatte und der Öffentlichkeit sind ange-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1434

mit Ausnahme der Stellungnahmen der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten – die Eröffnungs- und die Schlußphase der Konferenz öffentlich sein, zusätzlich jedoch „die letzte Plenarsitzung jeder Woche“ während der Implementierungsdebatte sowie die Eröffnungs- und Schlußsitzungen der Sitzungsrunden zur Erstellung des Schlußdokuments. Schließlich solle das Zieldatum für das Konferenzende offenbleiben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 794; Referat 212, Bd. 133537.
Die Warschauer-Pakt-Staaten legten am 30. September 1986 ihren Entwurf für eine Verfahrensordnung der Folgekonferenz vor. Eickhoff informierte dazu am selben Tag, daß er u. a. folgende, sich vom westlichen Vorschlag des Vortags unterscheidende Elemente enthalte: Öffentlichkeit für die gesamte Eröffnungsphase, „also auch für die Beiträge der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten (NTMS); […] Dauer der Implementierungsdebatte nach der Eröffnungswoche lediglich drei Wochen. […] Zieldatum für Abschluß des WFT Ende Mai 1987.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 798; Referat 212, Bd. 133537.

3 Die neutralen und nichtgebundenen Staaten zirkulierten am 2. Oktober 1986 beim Vorbereitungstreffen in Wien ein Non-paper zur Verfahrensordnung der Wiener Folgekonferenz. Es sah eine Implementierungsdebatte „bis zum Ende der fünften Woche“ vor. Die Eröffnungs- und Schlußphase der Konferenz sollte mit Ausnahme der Beiträge der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten öffentlich sein, zusätzlich eine Plenarsitzung „jeweils zum Schluß und zum Beginn einer Sitzungsperiode“: „Schlußdatum für das WFT soll der 31.7.1987 sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 806 des Botschafters Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), vom 2.10.1986; Referat 212, Bd. 133537.

4 Vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 fand in Madrid die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.

5 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 beschloß neben der Einberufung der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE) ein Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung vom 21. März bis 30. April 1984 in Athen, ein Seminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vom 16. bis 26. Oktober 1984 in Venedig, ein Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa, ein Kulturforum vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest und ein Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 in Bern. Vgl. dazu das Abschließende Dokument vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

messen berücksichtigt. Die Beschlüsse, die auf den Präzedenzbeschlüssen von Belgrad[7] und Madrid ruhen, reflektieren weitgehend westliche Vorstellungen.[8]

3) Mandat

Das Mandat des Wiener Folgetreffens umfaßt zwei Aufgaben:

– Überprüfung der Durchführung der KSZE-Vereinbarungen;

– Fortentwickelung des KSZE-Prozesses.

Wir halten eine Implementierungskritik, bei der die Defizite der WP-Staaten unzweideutig zur Sprache gebracht werden müssen, für unverzichtbar. Darüber hinaus wollen wir weiterführende Vereinbarungen in allen Bereichen der KSZE, wo dies möglich ist.

Die Konferenzmaterie ist sehr umfangreich. Durch die Beschlüsse des Vorbereitungstreffens ist sichergestellt, daß unserem Anliegen Rechnung getragen wird, die Ergebnisse aller KSZE-Veranstaltungen seit Madrid, nicht nur der mit Schlußdokument beendeten, in Wien zu behandeln. Dies betrifft die Expertentreffen zu Korb III (Kulturforum Budapest 15.10. bis 25.11.85[9], Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern 15.4. bis 26.5.86[10]) und zu Prinzip VII Menschenrechte (Expertentreffen in Ottawa 7.5. bis 17.6.85[11]).

Auf diesen Treffen wurde eine vertiefte Implementierungsdebatte geführt und eine Zusammenfassung der Positionen erreicht. Wir wollen an ihre Arbeiten in Wien anknüpfen.

4) Inhaltliche Schwerpunkte

Bei Korb I

– Das WFT hat den in der KVAE mit dem Dokument von Stockholm vom 19.9.1986[12] erreichten Fortschritt zu beurteilen. Der gesamte Komplex der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, einschließlich der Optionen für die Fortsetzung der KVAE, wird z. Zt. in der von den NATO-Außenministern in Halifax eingesetzten hochrangigen Arbeitsgruppe behandelt.[13] Sie soll bis zur NATO-Herbsttagung[14] ein Konzept ausarbeiten.

7 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

8 Für den Wortlaut des Schlußdokuments des Vorbereitungstreffens vom 23. September bis 6. Oktober 1986 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 110–115.

9 Korrigiert aus: „25.11.86“.
Zum Kulturforum der KSZE vgl. Dok. 14, Anm. 9.

10 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vgl. Dok. 156.

11 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vgl. Dok. 75, Anm. 20.

12 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

13 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 238, Anm. 44.
Zur Sitzung der HLTF im engeren Kreis am 23. September 1986 vgl. Dok. 259, Anm. 16.
Die vierte Sitzung der HLTF fand am 3. Oktober 1986 in Brüssel statt. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete darüber am selben Tag, daß „wichtige Fortschritte in der Vorbereitung eines Zwischenberichts“ erzielt worden seien: „Die erzielte Einigung bezieht sich auf: die Struktur des Zwischenberichts; das noch zu erledigende Arbeitsprogramm; Beiträge für den Zwischenbericht.

– Im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Prinzip VII der Schlußakte von Helsinki[15]) wollen wir eine bessere Verwirklichung der Individualrechte. Ausgangspunkt ist die westliche Position auf dem Expertentreffen in Ottawa.

Bei Korb II muß in Wien ein besonderer Schwerpunkt gebildet werden. Wichtig sind insbesondere: Umweltzusammenarbeit (grenzüberschreitende Luftverschmutzung, Gewässerschutz, Reaktorsicherheit), industrielle Zusammenarbeit (insbesondere Joint ventures), berufliche Bildung.

Bei Korb III haben wir als geteiltes Land in der Mitte Europas besonders wichtige Interessen im Bereich der menschlichen Kontakte. Anknüpfend an Bern werden wir Verbesserung der Familienreisemöglichkeiten (Erweiterung der Anlässe, Senkung der Altersgrenze, Erleichterung des Antragverfahrens bei Familienzusammenführung) weiterverfolgen. Im Kulturbereich wollen wir Kulturinstitute in allen Teilnehmerstaaten, Schutz und Förderung nationaler Minderheiten und ihrer kulturellen Rechte sowie weitere Projekte, die wir in Budapest vorgetragen haben, vorantreiben. Besonders wichtig ist darüber hinaus der Bereich der Information mit dem Ziel des freieren Zuganges der Bürger zu den Medien anderer Teilnehmerstaaten und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten.

5) Vorbereitung in EPZ, NATO und bilateralen Konsultationen

Wegen seiner großen Bedeutung ist die Bundesregierung für gründliche Vorbereitung des WFT eingetreten. Wir haben durch substantielle Beiträge nachhaltig Einfluß auf die Vorbereitung in EPZ und NATO genommen. Die Erarbeitung gemeinsamer Zwölfer-Positionen ist weit fortgeschritten. Unser Zusammengehen mit F ist besonders eng. Im weiteren westlichen Abstimmungsprozeß wird es darum gehen, eine gemeinsame westliche Strategie festzulegen, die die Balance zwischen „Implementierungsdebatte“ und Ausarbeitung neuer Initiativen sowie zwischen Initiativen im Bereich der Menschenrechte und menschlichen Kontakte einerseits und den übrigen Bereichen der Schlußakte andererseits wahrt.

Wir haben im übrigen sehr sorgfältig mit praktisch allen KSZE-Teilnehmerstaaten bilaterale Konsultationen geführt. BM selbst hat das Thema WFT in allen Begegnungen mit Außenministern aus KSZE-Staaten behandelt. Der Leiter unserer KSZE-Delegation, Botschafter Eickhoff, hat wiederholt mit unseren

Fortsetzung Fußnote von Seite 1436

Die wichtigste noch offene Frage – weil von den Vereinigten Staaten offengehalten – bezieht sich auf das Verhältnis zwischen den neuen Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK) und dem KSZE-Rahmen und insbesondere auf die Frage, ob von der KSZE-Nachfolgekonferenz ein Mandat für die KRK erarbeitet und verabschiedet werden soll. Zur Frage der Allianz-Rolle im KSZE-Rahmen gab es wichtige Entgegenkommen der französischen Delegation. Allerdings hat sie die dafür relevanten Papiere nur als Diskussionsgrundlage unter dem Vorbehalt der endgültigen Stellungnahme in Paris angenommen. Dabei ist festzuhalten, daß die fraglichen Papiere im Kreis der Fünf mit Frankreich ad referendum angenommen worden waren.“ Ruth übermittelte ferner drei Papiere über die Ziele künftiger Verhandlungen, über das Verhältnis zwischen KSZE und KRK sowie über die Rolle der NATO in einer KRK. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1229; VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

15 Für den Wortlaut von Ziffer VII der „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

wichtigsten Partnern und Verbündeten (USA[16], GB[17], F[18]) sowie mit unseren östlichen Nachbarn (insbesondere SU[19], PL[20], DDR[21], ČSSR[22]) konsultiert. Diese Konsultationen werden fortgeführt.

Aus den Konsultationen mit WP-Staaten wissen wir, daß ihr Interesse sich (neben der sicherheitspolitischen Komponente) vor allem auf den Korb II richten wird (PL: wissenschaftlich-technisches Expertentreffen, UNG: Expertentreffen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit[23]).

Die SU hat aber auch Interesse am Thema „Information", PL am Kulturbereich (Seminar über „Europäische kulturelle Identität") erkennen lassen.

16 Die KSZE-Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und den USA fanden am 25. Juni 1986 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Beuth vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158439.

17 Die deutsch-britischen KSZE-Konsultationen fanden am 24. Juli 1986 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal vom 25. Juli 1986; Referat 212, Bd. 133549.

18 Botschafter Eickhoff und eine Delegation des französischen Außenministeriums führten am 10. Juni 1986 Konsultationen über KSZE-Fragen durch. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Beuth vom 13. Juni 1986; Referat 212, Bd. 133548.

19 Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 6. Juli 1986 über die KSZE-Konsultationen des Botschafters Eickhoff am 4. Juli 1986 mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Mendelewitsch: „Bei Korb II war bemerkenswert, wie positiv M[endelewitsch] den von E[ickhoff] geäußerten Gedanken aufgriff, daß KSZE günstigen Rahmen für die Behandlung neu aktualisierter Themen wie Bio- und Gen-Technologie, Reaktorsicherheit und verschiedene Aspekte der Umweltpolitik (z. B. umweltschonende Energieformen) biete. Sowj[etische] Seite nannte als Themen für Wien: Fortschritte bei wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit sowie hinsichtl[ich] des Weltraums und der friedl[ichen] Nutzung der thermonuklearen Energie. Beide Seiten einigten sich auf die Formel: ‚Mehr Phantasie bei Korb II'. Bei Korb III nannte M. als Themen: Information, Kultur und, als neuen Gedanken, die gemeinsame Überprüfung historischer wie geographischer Schulbücher. Er griff unseren Gedanken der Berufsbildung auf. Bei Information sah M. Möglichkeiten für wesentliche Erweiterung, warnte aber, daß Informationen, die Feindseligkeiten und Beleidigungen enthielten, nicht akzeptiert werden könnten." Vgl. Referat 212, Bd.

20 Zu den deutsch-polnischen KSZE-Konsultationen am 21. August 1986 vgl. Dok. 91, Anm. 29.

21 Botschafter Eickhoff, z. Z. Ost-Berlin, informierte am 15. Juli 1986 über die KSZE-Konsultationen mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Steglich, die das Interesse beider Seiten an einer Fortführung des KSZE-Prozesses gezeigt hätten: „DDR-Seite betonte, daß das Schwergewicht der internationalen Politik sich wieder nach Europa verlagere. Dies gebe den europäischen Staaten mehr Wirkungsmöglichkeiten. Fortschritte bei Sicherheit, Zusammenarbeit und Kontakten seien in dem Maße möglich, wie das Gesamtgefüge der Schlußakte von Helsinki nach Geist und Buchstaben verwirklicht werde. Ich hielt dem entgegen, daß Erfüllung konkreter, zumal menschenrechtlicher Verpflichtungen, nicht vom jeweiligen Stand der Zusammenarbeit abhängig gemacht werden dürfte. Bemerkenswert war die große Besorgnis, die die DDR hinsichtlich der Haltung der USA zum Ausdruck brachte. Die USA könnten den Fortgang des KSZE-Prozesses beeinträchtigen, wenn sie sich hinsichtlich möglicher Fortschritte nicht an der Meßlatte des Machbaren orientierten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168; Referat 212, Bd. 133546.

22 Über die KSZE-Konsultationen mit der ČSSR am 20. Juni 1986 vermerkte Vortragender Legationsrat Beuth am 24. Juni 1986: „Die als KSZE-Konsultationen vereinbarten bilateralen Gespräche gestalteten sich aufgrund des Beharrens der ČSSR-Seite auf Erörterung von rüstungskontrollpolitischen und Abrüstungsthemen einseitig und behandelten im wesentlichen Themen aus dem Bereich des Korbes I. Die ČSSR-Seite war offensichtlich weder vorbereitet noch willens, Themen aus dem Bereich des Korbes III zu erörtern." Vgl. Referat 212, Bd. 133554.

23 Botschafter Jung, Budapest, berichtete am 30. Juli 1986 über ein Gespräch mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister: „Bényi drückte das Interesse seines Landes an der Weiterentwicklung von Korb II aus und erwähnte hier insbesondere den Gedanken eines Forums für Wirtschaftler und eines Forums von Wissenschaftlern, möglicherweise beide später zusammenlaufend. Zu näheren Angaben war er aber nicht in der Lage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 777; Referat 212, Bd. 158439.

Die N+N-Staaten haben ihre inhaltlichen Vorstellungen für das WFT bisher noch nicht sehr deutlich artikuliert. Auf den zurückliegenden Konferenzen in Ottawa, Budapest und Bern haben die wichtigsten europäischen Neutralen weitgehend westliche Positionen mitgetragen.

6) Personelle Vorbereitungen

Unsere Delegation beim WFT wird – wie bereits beim Vorbereitungstreffen – von Botschafter Dr. Eickhoff geleitet. Unsere wichtigsten westlichen Verbündeten haben ebenfalls Berufsdiplomaten zu Delegationsleitern ernannt. Dies gilt auch für die USA (Warren Zimmermann). Exekutivsekretär des Treffens ist der seit den Helsinki-Verhandlungen mit dem KSZE-Prozeß vertraute Österreicher Liedermann.

[gez.] Pleuger

Referat 212, Bd. 158440

276

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2859
Citissime nachts

Aufgabe: 9. Oktober 1986, 21.25 Uhr[1]
Ankunft: 9. Oktober 1986, 19.41 Uhr

Betr.: Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an GS Gorbatschow

Bezug: DE 1009 vom 7.10.86 (VS-geheim)[2]

Zur Unterrichtung

AM Schewardnadse empfing mich am Donnerstagabend, 9.10.86, zu gut halbstündigem Gespräch.

In Anbetracht seiner hohen Beanspruchung am Vorabend Abreise nach Reykjavik[3] trug ich wesentlichen Inhalt der Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat Flittner, Moskau, konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 9. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Oesterhelt und Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dies sollten wir bei der Vorbereitung der Moskau-Unterlagen heranziehen – zum eigenen Nachstoßen u[nd] genauerer Darlegung im Falle sowj[etischen] Nachstoßens." Ferner verfügte er die Wiedervorlage.
Hat Oesterhelt am 10. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vollmar-Libal vorgelegen.
Hat Oesterhelt am 14. Oktober 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 „zum Verbleib wg. Verfüg[un]g D 2)" verfügte.

2 Für den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vgl. Dok. 270.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

GS Gorbatschow vor und übergab gemäß Bezugsweisung vollen Text (Deutsch und Russisch) als Non-paper.

Sch., der Gespräch mit der ihm eigenen Freundlichkeit und zugleich großem Ernst führte, sagte zu, GS am Morgen des 10.10. über BK-Botschaft zu unterrichten. Gründlichere Stellungnahme werde naturgemäß erst nach Reykjavik möglich sein.

Hauptergebnis seiner wichtigen Gespräche in Washington und New York[4] sei Vereinbarung des Treffens in Reykjavik. Der Umstand, daß es sich in Reykjavik um ein „Zwischen"-Treffen handele, bedeute keineswegs, daß diese Begegnung mit dem Präsidenten kein wichtiges Ereignis wäre. Nach der Entwicklung seit Genf[5] solle Reykjavik nach sowjetischer Auffassung einen Durchbruch in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bringen. Von zentraler Bedeutung sei die Frage der atomaren und Weltraumrüstung.

Mit Blick auf BK-Botschaft habe er Eindruck, daß sich Amerikaner vor Reykjavik ähnlich äußerten (wie wir – was nicht verwundere, da wir ja enge Verbündete seien). Entscheidend werde natürlich sein, was die Amerikaner dann tatsächlich nach Reykjavik mitbrächten. Auf einigen Gebieten erschienen ihm Kompromißlösungen durchaus erreichbar. Natürlich müßten es Kompromisse von beiden Seiten sein.

Ich wies darauf hin, daß BK auch in Botschaft an Präsident Reagan[6] unsere Vorstellungen zum Ausdruck gebracht habe.

Sch.: Alles was vernünftig und akzeptabel sei, könne bei den Bemühungen in Reykjavik Eingang finden.

Die SU nehme die Auffassungen der Bundesregierung sehr ernst, selbst wenn man im einzelnen kontroverse Ansichten vertrete. Er sei befriedigt über die sachliche, ruhige und angenehme Arbeitsatmosphäre, die sich – insbesondere in seinen Gesprächen mit Vize-Kanzler Genscher in Moskau[7] und New York[8] – eingestellt habe.

Er erkundigte sich nach dem gesundheitlichen Befinden des BM[9], dem er aus Kanada ein Telegramm mit Genesungswünschen übersandt habe.[10] Er war

4 Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 19./20. September in Washington und am 23. September 1986 in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 256.

5 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

6 Für das Schreiben vom 7. Oktober 1986 vgl. Dok. 271.

7 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 21./22. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 207, Dok. 208 und Dok. 210.

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. September 1986 in New York vgl. Dok. 264 und Dok. 265.

9 Am 3. Oktober 1986 wurde in der Presse berichtet, daß Bundesminister Genscher am Vortag einen Schwächeanfall erlitten habe: „Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurde Genscher am Mittag nach seiner rund 20minütigen Regierungserklärung im Bundestag über die Stockholmer KVAE-Konferenz plötzlich übel. Er sei dann zu seinem Haussarzt gebracht worden, der eine Kreislaufschwäche diagnostiziert habe. Genscher müsse sich nun ein bis zwei Tage zur Beobachtung im Krankenhaus aufhalten." Vgl. die Meldung „Genscher erlitt Schwächeanfall"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. Oktober 1986, S. 1.

10 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 30. September bis 2. Oktober 1986 in Kanada auf.

über Auskunft erleichtert und meinte scherzend, ob man aus schneller Genesung auf „Simulieren“ schließen könne.

Die GV-Rede des BM[11] sei sehr interessant gewesen. Er stimme voll mit der Bewertung des KVAE-Abschlusses[12] durch BM überein. Hierbei benutzte Sch. die bei Gesprächen mit westlichen Partnern nicht selbstverständlichen Begriffe „Identität der Beurteilung, volle Übereinstimmung der Ansichten“. Man wisse zu schätzen, daß sich die Bundesregierung für ein Festhalten an bestehenden Abkommen wie SALT und ABM einsetze[13].

Mit BM habe er in New York auch über die Vorbereitungen für das Wiener Folgetreffen gesprochen und dabei Übereinstimmung im „approach“ festgestellt.

Mit größtem Ernst bedauerte Sch. sodann jedoch, daß es bei der soeben abgeschlossenen Vorbereitungskonferenz einige beunruhigende Faktoren gegeben habe.[14] Die SU wolle in nüchternem Geiste nach Wien gehen und strebe einen „dynamischen“ Konferenzverlauf an. Man solle die Konferenz nicht schon vorher durch fruchtlose Diskussionen und Vorbedingungen belasten und sich auch nicht von vornherein auf Konferenzdauer von zwei oder drei Jahren einstellen. Wenn strittige Fragen zu erörtern seien, so solle man dies in bilateralen Kontakten und Konsultationen tun. Nach den von Stockholm ausgehenden Hoffnungen dürfe Wien keine Enttäuschung werden. Er sei jederzeit zu Konsultation und Begegnungen bereit.

Ich wies auf die nach New Yorker AM-Treffen vereinbarten Konsultationen D 2 mit Erstem Vize-AM Kowaljow am 30. bis 31.10.86 hin, über die sich Sch. unterrichtet zeigte.[15] Ich würde Bundesregierung über seine Anmerkungen zu Wien unterrichten. In Anbetracht der unterschiedlichen Konzeptionen im ideologischen und humanitären Bereich müsse man sicherlich auch auf der Wiener Konferenz mit kontroversen Diskussionen rechnen, wie etwa zum Thema Familienzusammenführung, das unsere Öffentlichkeit in besonderem Maße bewege. Wichtig sei aber, daß dabei das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verloren würde. Vielleicht würde auch die SU zu einigen Fragen – etwa bei Korb II – Anlaß zu Kritik an westlichem Verhalten finden. Wichtig sei aber, daß ein konstruktives Ergebnis in Gestalt von „Stockholm 2“ oder einem anderen Forum erzielt werde, auf dem eine Kürzung der konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural in Angriff genommen werden könne.

Unter zustimmendem Nicken führte Sch. aus, daß man über wirtschaftliche und humanitäre Fragen durchaus über längere Zeit („zwei, drei, vier Jahre“) kontroverse Diskussionen führen könne, da auf diesen Gebieten längerfristige Prozesse der „Vervollkommnung“ im Gange seien.

11 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 25. September 1986 in New York vgl. BULLETIN 1986, S. 953–958.

12 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

13 Korrigiert aus: „eintrete“.

14 Das Vorbereitungstreffen für die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien fand vom 23. September bis 6. Oktober 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 275.

15 Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen in Moskau vgl. Dok. 310 und Dok. 313.

Von zentraler Bedeutung sei aber, daß es in Stockholm erstmals gelungen sei, durch kollektive Anstrengungen zu Vereinbarungen auf militärischem Gebiet zu kommen. Diese Linie müsse in Wien weitergeführt werden. Der WP habe seine Vorstellungen entwickelt, und die NATO-Staaten würden dies ihrerseits vermutlich gegen Ende des Jahres tun. Es komme darauf an, daß der KSZE-Prozeß auf militärischem Gebiet in Wien „operativer" gemacht werde.

Ich erwiderte, daß BM dies sicherlich ebenso sehe und Wert darauf lege, daß der Impuls von Stockholm nicht verlorengeht.

Sch. stimmte dem zu, wies aber abschließend noch einmal mit großem Ernst auf seine Besorgnis über Äußerungen gewisser Delegationen bei Wiener Vorbereitungstreffen hin.

Ich erwiderte, daß wir nicht zu den Äußerungen aller 34 anderen MS Stellung nehmen könnten und daß es von Malta über Liechtenstein bis USA, Schweden und San Marino natürlich unterschiedliche Auffassungen gäbe. Hierauf Sch. sehr entschieden: „Alles aber beginnt mit den USA!"

[gez.] Kastl

Referat 213, Bd. 139308

277

Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5803/86 geheim
Fernschreiben Nr. 1269
Citissime

Aufgabe: 9. Oktober 1986, 20.10 Uhr[1]
Ankunft: 9. Oktober 1986, 20.21 Uhr

Betr.: Treffen Reagan/Gorbatschow in Reykjavik 11./12.10.86[2];
hier: Allianz-Konsultation mit Botschafter Nitze und Assistant Secretary Ridgway

Bezug: DB 4289 aus Washington vom 8.10.1986 – POL 376.00 geheim[3]

Zur Unterrichtung

1 Das von Gesandtem Lohse, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17 und 22.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 10. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann, Vortragenden Legationsrat Elbe, die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller sowie Legationssekretär Brose verfügte.
Hat Elbe, Mülmenstädt und Müller vorgelegen.
Hat Brose am 21. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

3 Botschafter van Well, Washington, übermittelte die Entscheidung des Präsidenten Reagan zu einem Forum für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. In einem Gespräch habe der stellver-

1) Zusammenfassung

a) Botschafter Nitze und Assistant Secretary Ridgway konsultierten in Ratssitzung vom 9.10.1986 über amerikanische Vorstellungen zum o. a. Treffen. Meinung Bündnispartner sei für Vorbereitung amerikanischer Regierung wichtig.

Deren Auffassungen würden noch am gleichen Abend Präsidenten und Secretary of State vorgetragen werden. Reagan habe im übrigen in einem Brief an Regierungschefs der Bündnispartner um deren Rat gebeten.[4] Treffen in Reykjavik werde informellen, persönlichem Meinungsaustausch gewidmeten Charakter haben. Delegationen würden sehr klein gehalten. Reagan beabsichtigte, die bekannten Themen zu behandeln: Menschenrechtsfragen, regionale Fragen, bilaterales Verhältnis, Rüstungskontrolle.

Er beabsichtige, Tagesordnung durchzugehen, um Gemeinsamkeiten zu ermitteln, die für Übereinkommen auf Gipfel in Washington Grundlage bilden könnten. Reykjavik sei Teil eines langfristigen Prozesses der Vorbereitung des Gipfels. Ein Durchbruch in Reykjavik sei auf keinem Gebiet zu erwarten.

b) Frau Ridgway benutzte Gelegenheit der Ratssitzung, Bündnispartner über Entscheidung amerikanischen Präsidenten zum weiteren Vorgehen bei konventioneller Rüstungskontrolle zu unterrichten (Inhalt gleichlautend wie Bezugs-DB). Präsident sei zu dieser Entscheidung gelangt, damit grundlegende Prinzipien, auf denen das Bündnis beruhe, nicht Schaden litten. So wie Verteidigung kollektiv sei, müßten auch Reduzierungsverhandlungen kollektiv geführt werden.[5] Erwägungen und Einwirkungen der NNA-Staaten, die außerhalb der Bündnisinteressen angesiedelt seien, könnten in solche Verhandlungen nicht einbezogen werden. USA wollten selbstverständlich weiterhin in vollem Umfang bei der KSZE mitarbeiten.

c) In der Diskussion wurde amerikanische Konsultationsbereitschaft dankbar begrüßt. Es füge sich ein in die in den letzten Jahren geübte Praxis, die als außerordentlich zufriedenstellend bewertet wurde. Folgende Einzelthemen wurden angesprochen: Genfer Verhandlungen, insbesondere INF und SRINF, CW, CTB, Verifikationsfragen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1442

tretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Thomas, folgende Beweggründe für die Entscheidung von Reagan mitgeteilt: „Besorgnis wegen einer möglichen Einflußnahme der Neutralen und Ungebundenen auf Verhandlungen über Rüstungsreduzierungen der Allianzen; Unausgewogenheit der KSZE-Struktur durch Obergewicht des sicherheits-, rüstungskontrollpolitischen Elements; Grundsatz, daß die Alliierten mit einer Stimme sprechen müßten. Er bekräftigte hierzu, daß die Hartnäckigkeit der Franzosen bei einer letztlich unwesentlichen prozeduralen Frage in der Endphase der KVAE bei der Administration nachhaltige Besorgnis ausgelöst habe." Van Well fuhr fort: „Auf die Frage, wie auf der Grundlage der amerikanischen Entscheidung das Mandat für ein neues Rüstungskontrollforum ausgearbeitet werden könne, meinte Thomas, dies müsse durch Verhandlungen zwischen den beiden Allianzen, in derselben Zusammensetzung wie das in Aussicht genommene Verhandlungsforum, geschehen. USA seien für Vorschläge hierzu dankbar." Vgl. VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
Zur Entscheidung von Reagan vgl. ferner Dok. 279.

4 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 30. September 1986 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 271, Anm. 2.

5 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Elbe handschriftlich: „Ach ja?"

d) Besondere Rolle spielte in Diskussion US-Haltung zu konventioneller Rüstungskontrolle. US-Position fand keine Unterstützung durch andere Bündnispartner. Es wurde auf die zur Zeit in der HLTF geführten Gespräche[6] verwiesen und die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß man dort eine gemeinsame Lösung finde.

2) Im einzelnen

a) Nitze erläuterte noch einmal Verhandlungsstand in Genf. Er umriß die besonders umstrittenen Bereiche wie folgt:

START

– Abbau der besonders destabilisierenden gemirvten RVs[7],
– Frage der Zusammensetzung der Arsenale,
– mobile ICBMs,
– Wurfgewicht,
– Verifikation,
– Verknüpfung mit Weltraumthema.

INF

– SS-20 in Asien,
– Beschränkungen von SRINF,
– Verifikation,
– Mix (PII und GLCM),
– Geltungsdauer eines Interims-Abkommens.

b) Frau Ridgway bezeichnete Menschenrechtsfragen als sehr gewichtigen Gesprächspunkt, dem US hohes Profil geben werde. Zwar sei seit Genfer Gipfel[8] entgegenkommendere sowjetische Haltung erkennbar. Das Gesamtbild sei jedoch unbefriedigend, insbesondere bei jüdischer Auswanderung, wo drastischer Rückgang festzustellen sei. Reagan werde amerikanische Frustration sehr deutlich machen. SU müsse das begreifen.

Sie sprach ferner als in Reykjavik zu behandelnde Themen an:

Bilaterale und regionale Fragen sowie Nukleartests. Sie bezog sich hier auf die Bemühungen, in Expertengesprächen[9] Verifikationsregeln der Schwellen-Verträge[10] zu verbessern. Reagan werde Politik schrittweisen Vorgehens vorschla-

6 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 275, Anm. 13.

7 Re-entry Vehicles.

8 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

9 Zu den amerikanisch-sowjetische Expertengesprächen über ein umfassendes Teststoppabkommen vgl. Dok. 207, Anm. 23.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

gen, parallel mit dem Abschluß von Vereinbarungen über Reduzierung von Nuklearwaffen.

CTB sei für USA kein Thema.

c) Wortlaut der beiden amerikanischen Erklärungen folgt als Anhang.

d) In der Diskussion haben wir folgende Erklärung abgegeben:

– Thanks for interesting briefing.

– We appreciate American readiness to consult and inform Allies before and after Reykjavik summit. We are impressed by the efforts undertaken by the US government to make Reykjavik a positive prelude to the main summit in Washington with substantive results in the field of arms control and the improvement of US-Soviet relations.

– My government laid out its positions and suggestions in letters by the Chancellor to President Reagan[11] and by Foreign Minister Genscher to Secretary Shultz.[12] I therefore confine myself to underlining three points:

(1) My government attaches considerable importance to the early conclusion of the envisaged INF interim agreement. The interim INF agreement now emerging would drastically reduce the Soviet Union's superiority in LRINF and open the way of concretely addressing the SRINF issue. Such success in the negotiations could not be overestimated. The people of the Federal Republic of Germany[13] have steadfastly supported our consistent policy in connection with the implementation of the dual-track decision[14], the particularly heavy burdens involved notwithstanding. A sharp decrease in the threat posed by the SS-20s would be greeted with great relief.

(2) Europeans have great interest in seeing arms control negotiations in the nuclear field accompanied by negotiating efforts directed – as started by the Halifax declaration[15] – at establishing conventional stability in the whole of

11 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. Oktober 1986 vgl. Dok. 271.

12 Am 8. Oktober 1986 übermittelte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl der Botschaft in Washington den Text eines Schreibens des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz. Darin hieß es: „Sie wissen, wie sehr wir es begrüßen, daß sich offensichtlich eine Verständigung über ein Zwischenabkommen über die Mittelstrecken-Systeme abzeichnet. Ich möchte Sie sehr ermutigen, mit den Bemühungen um ein solches Ergebnis fortzufahren und dabei das festzuhalten, was jetzt möglich ist. […] Eine Zwischenlösung, wie sie sich jetzt abzuzeichnen scheint, würde die östliche Überlegenheit im LRINF-Bereich drastisch vermindern, und zwar ohne Berücksichtigung der französischen und britischen Systeme, deren Anrechnung die Bundesregierung immer konsequent abgelehnt hat und ablehnt. Ein solcher Verhandlungserfolg kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, die die Politik der Bundesregierung bei der konsequenten Durchführung des Doppelbeschlusses, auch bei den besonderen Belastungen der Nachrüstung, stets standhaft unterstützt hat, wäre die drastische Verminderung der Bedrohung durch die SS-20 als Ergebnis des Zwischen-Abkommens eine große Erleichterung." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1238; Referat 204, Bd. 135354.

13 Der Passus „The people … Germany" wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sind wir eine Volksdemokratie?"

14 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

15 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

Europe. It is our view that the Vienna CSCE Follow-up Conference would work out a mandate for such negotiations to take place within the framework of the CSCE, with due respect for the role of the alliances in the field of conventional arms control from the Atlantic to the Urals. The High Level Task Force made considerable progress last Friday[16] and we hope that we will build on the HLTF discussion.

The cohesion of the Alliance which is of the greatest importance if the West is to be successful in the East-West developments before us requires that we continue to work for a common position on those negotiations – positions which must be acceptable to all Allies. For us, the participation of France in the negotiations is indispensable.

(3) We regard progress in the CSCE process which comprehends European security cooperation and the human dimension as particularly important for an improvement of East-West relations. We would be grateful if President Reagan could emphasize the determination of the West to use the Vienna Follow-up Conference constructively to promote the CSCE process in all its areas.

[17]e) Zu SRINF äußerten sich Bündnispartner übereinstimmend dahin, daß ein LRINF-Abkommen keine Möglichkeit gestatten dürfe, durch Umgehung regionale Instabilität zu schaffen. Europäische SRINF-Besorgnisse müßten berücksichtigt werden (I, GB, B, NL). Ein Abkommen müsse Aussicht begründen für eine Lösung des SRINF-Problems (NWG). L wies in drastischer Weise darauf hin, daß durch den Einsatz einer SRINF das Bündnis um ein Mitglied verkleinert werden könne. Bei der Erörterung von CW und Problem Nukleartests wurde Hoffnung ausgedrückt, daß von Reykjavik positive Impulse für Fortschritte in Genf ausgingen.

f) Auf entsprechende Fragen antwortete Nitze:

Bei Verifikation eines INF-Abkommens seien drei Punkte von Bedeutung:

– Informationsaustausch. Es sei nötig, kontinuierlichen Informationsaustausch über die jeweiligen Bestände zu führen.
– Anfangsinspektionen.
– Überprüfung der Beständevernichtung. Für SU werde eine On-site-Inspektion – die man vorschlagen werde – hinnehmbar sein –, nicht jedoch eine allgemeine Verdachtskontrolle.

In Reykjavik würden Impulse für Rüstungskontrollverhandlungen angestrebt, aber auch konkrete Handlungsanweisungen seien nicht auszuschließen insoweit, als bestimmte Problembereiche bezeichnet werden könnten, denen die Verhandler sich besonders zu widmen hätten.

Die Gefahr einer Denuklearisierung Europas bestehe nicht (Frage F). SU habe auf Berücksichtigung der Drittstaaten-Systeme verzichtet.

Es sei nicht Zielsetzung der USA, die genannten unterschiedlichen Zeitrahmen für ein Festhalten am ABM-Vertrag anzunähern. USA wollten am ABM-Vertrag

16 3. Oktober 1986.
17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1270 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

festhalten, jedoch in Verhandlungen eintreten, wenn sich eine Raketenabwehr als möglich erweise. Es gehe den USA nicht darum, aus dem ABM-Vertrag auszusteigen. Dies Thema werde in Reykjavik eine große Rolle spielen. Bei der Frage nach Eliminierung der Bedrohung oder Verstärkung der Verteidigung gebe die US der ersten Alternative den Vorzug.

An eine grundlegende Änderung der sowjetischen Informationspolitik nach Tschernobyl[18] und dem U-Boot-Verlust im Atlantik[19] glaube man nicht. SU sei zu großzügigerer Informationspolitik durch beide Ereignisse gezwungen worden. Sie sei im übrigen nach wie vor äußerst restriktiv.

g) Frau Ridgway erklärte auf entsprechende Fragen:

US glaube, über Ablauf und Zielsetzung des Treffens mit SU einig zu sein. Es werde sich im wesentlichen um persönlichen Meinungsaustausch Reagan/Gorbatschow handeln, möglicherweise zeitweise erweitert um ein bis zwei Berater. Expertenkontakte seien – in nicht organisierter Weise am Rande des Treffens – nicht auszuschließen. Man glaube nicht, daß Gorbatschow Treffen nutzen werde, um Gipfel auszuweichen. Er würde dann unter schwer lösbarem Erklärungszwang stehen. Außerdem gebe es die Genfer Vereinbarung[20]. Eine Änderung der bisherigen sowjetischen Politik sei angesichts jüngster sowjetischer Erklärungen in Reykjavik jedoch nicht gänzlich auszuschließen.[21]

Der drastische Rückgang der jüdischen Auswanderungszahlen sei wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß SU Problem grundsätzlich anders betrachte. Frühere großzügigere sowjetische Praxis habe zu viele Wünsche geweckt. Dies werfe für SU jetzt interne Probleme auf, auch für das sowjetische Selbstverständnis. Nicht auszuschließen sei auch, daß SU Thema als Hebel bei künftiger Gelegenheit (etwa Nahost-Verhandlungen) bereithalten wolle.

h) Mitteilung der US-Entscheidung zum Verfahren bei der konventionellen Rüstungskontrolle regte neben unseren Bemerkungen zahlreiche andere Bündnispartner zu Äußerungen an.

[F:] Abrüstung im konventionellen Bereich sei ein wichtiges Problem. Die Frage nach dem Forum für entsprechende Verhandlungen bedürfe sorgfältigster

18 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

19 Am 3. Oktober 1986 brach nordöstlich der Bermuda-Inseln an Bord eines sowjetischen atomgetriebenen U-Boots, das mit 16 Atomraketen und 32 Gefechtsköpfen ausgestattet war, ein Feuer aus. Dabei kamen drei Seeleute ums Leben. Nach vergeblichen Versuchen, das U-Boot abzuschleppen, sank es drei Tage später. In der Presse wurde dazu berichtet: „In an extraordinary move, the information was conveyed in a message from Mikhail S. Gorbachev to President Reagan two hours before the Soviet Government press agency Tass announced the accident. The Soviet leader assured Mr. Reagan that there was no danger of a nuclear explosion, of radioactive contamination or of the accidental launching of nuclear missiles, White House officials said. They said they had no reason to doubt the assurances." Vgl. den Artikel „Moscow Reports Fire on Atomic Sub in North Atlantic"; THE NEW YORK TIMES vom 5. Oktober 1986, S. 1.

20 Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

21 Der Passus „Er würde dann … auszuschließen" wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Prüfung. Diesbezüglich sei noch nichts entschieden, und diese Frage sei nach wie vor Gegenstand des Nachdenkens. Die Arbeit der HLTF müsse demnach fortgeführt und der Bündniszusammenhalt gewahrt werden. Frankreich werde sich jedenfalls an Verhandlungen nach dem MBFR-Muster nicht beteiligen. Die amerikanische Position sollte daher in Reykjavik nicht der sowjetischen Seite mitgeteilt werden.

GB: Ausgangspunkt der US-Überlegungen, daß Bündnis in engster Zusammenarbeit handeln müsse, sei richtig, Schlußfolgerungen daraus könnten aber unterschiedlich ausfallen. Hier sei Raum für breites Meinungsspektrum. HLTF habe gute Fortschritte gemacht. Es gelte, dort weiter zu arbeiten und Konsens zu erzielen. Im Ergebnis ähnlich: KAN, DK, L NL, B.

Die amerikanische Auffassung wurde von keinem Bündnispartner unterstützt. Falls US beabsichtigt haben sollte, durch für die meisten Bündnispartner überraschende Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten für die Meinungsbildung im Bündnis eine Richtung vorzuzeichnen, so dürfte dies nicht gelungen sein.

[22][Anlagen]

[…][23]

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 11281 (220)

22 Beginn des mit den Drahtberichten Nr. 1271 und 1272 übermittelten dritten und vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 Für die mit den Drahtberichten Nr. 1271 und 1272 als Anlagen 1 und 2 übermittelten Erklärungen des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze und der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, vgl. VS-Bd. 11281 (220).

278

Entwurf eines Schreibens an Bundeskanzler Kohl

410-350.00/1-1 **10. Oktober 1986**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der Beratungsstand von Grundfragen der deutschen Europapolitik innerhalb der Bundesregierung bereitet mir Sorgen. Auf dem Europäischen Rat in Mailand[2] war es der deutschen Delegation gelungen, trotz Zögerns der Briten, Dänen und Griechen eine Regierungskonferenz zur Ergänzung der Römischen Verträge[3] in Gang zu bringen. Das Ergebnis dieser Konferenz war im Februar dieses Jahres die Einheitliche Europäische Akte (EEA).[4] Sie führt die Europäische Gemeinschaft zumindest ein kleines Stück näher an das Ziel der Europäischen Union heran, und sie wird uns helfen, endlich den europäischen Binnenmarkt zu vollenden.

Die EEA soll nach Ratifizierung durch die zwölf Mitgliedstaaten zum 1. Januar 1987 in Kraft treten. Belgien und Dänemark haben dieses Verfahren bereits abgeschlossen.[5] Die anderen Mitgliedstaaten sind zuversichtlich, den Termin einzuhalten. Bei uns wartet der Bundestag seit fünf Monaten darauf, daß ihm der Gesetzentwurf mit der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 16. Mai[6] zugeleitet wird. Als ich Ende Juni anreg-

1 Datum der Begleitaufzeichnung.
Der Entwurf des Scheibens wurde von Ministerialdirigent Trumpf mit Begleitaufzeichnung vom 10. Oktober 1986 über Staatssekretär Ruhfus an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu teilte er mit: „Wie StM Stavenhagen nach einem Gespräch mit BM Schäuble mitteilt, hat das Bundeskanzleramt nicht die Absicht, den Entwurf der Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrats vom 16. Mai 1986 vor einem Gespräch zwischen den Vorsitzenden der CDU und der CSU, das für den 17. Oktober geplant ist, im Kabinett behandeln zu lassen." Da die für den 22. Oktober 1986 vorgesehene Kabinettssitzung ausfalle, verringerten sich die Aussichten, das parlamentarische Zustimmungsverfahren noch in der laufenden Legislaturperiode abzuschließen. Trumpf schlug daher vor, Bundesminister Genscher solle Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben die Dringlichkeit der Angelegenheit darlegen.
Hat Ruhfus am 10. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Oktober 1986 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat Bitterlich handschriftlich vermerkte: „BM will Brief nicht schreiben."
Hat Bitterlich am 12. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 410 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM hat davon abgesehen, vorgeschl[agenen] Brief an BK zu richten."
Hat Trumpf am 12. November 1986 vorgelegen. Vgl. Referat 410, Bd. 130400.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

3 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

4 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 163–182.

5 Dänemark hinterlegte die Ratifikationsurkunde zur Einheitlichen Europäischen Akte am 13. Juni 1986, Belgien am 25. August 1986 in Rom.

6 In seiner Sitzung am 16. Mai 1986 verabschiedete der Bundesrat eine Stellungnahme zum Entwurf des Zustimmungsgesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte mit dem Ziel, die Mitwirkung der Länder zu sichern und gesetzlich zu verankern. Vgl. dazu BR DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache 150/86 vom 16. Mai 1986.

te, die Gegenäußerung[7] in der Kabinettsitzung am 9. Juli zu beschließen, wurde mir entgegnet, das Bundeskabinett solle zwar nicht sofort befaßt werden, aber doch so rechtzeitig, daß die erste Lesung im Bundestag unmittelbar nach der Sommerpause stattfinden könne.[8] Nach derzeitigem Stand erscheint die Zuleitung des Gesetzentwurfs an den Bundestag frühestens am 29. Oktober möglich. Selbst dann wird es nur bei größtem Entgegenkommen aller Fraktionen gelingen, die parlamentarische Behandlung noch vor der Auflösung des Bundestages[9] abzuschließen. Gelingt dies nicht, muß der Gesetzentwurf im nächsten März erneut eingebracht werden. Dies hätte zur Folge, daß die Ratifizierung nicht vor Mitte 1987 erfolgen kann.

Ich kenne Ihr großes Engagement für die Sache der europäischen Einigung und Ihre Entschlossenheit, dabei der Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselrolle zu sichern. Ich weiß, daß es Sie ebenso schmerzen würde wie mich, wenn die Bundesregierung die rechtzeitige deutsche Ratifizierung nicht erreicht. Ob dieser oder jener andere Mitgliedstaat am Ende auch Schwierigkeiten hat, ist unerheblich: Die Bundesrepublik Deutschland als Motor Europas kann sich nicht hinter anderen verstecken. Ich weiß mich mit Ihnen einig: Die außenpolitische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland darf nicht leiden.

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten sehr große Kompromißbereitschaft gegenüber den Ländern bewiesen: Sie hat sich entschlossen, das Vertragsgesetz zur EEA als Zustimmungsgesetz einzubringen, obwohl auch gewichtige Gründe dafür gesprochen hätten, ein bloßes Einspruchsgesetz anzunehmen. Sie ist schon in dem Entwurf der Gegenäußerung vom Juni sehr weit auf die Wünsche des Bundesrates eingegangen. Sie war im September bereit[10], weitere Zusatzwünsche Bayerns aufzunehmen. Dieses hohe Maß an Entgegenkommen sollte nun auch von den politischen Kräften in den Ländern honoriert werden. Die Grenze der für den Bund noch vertretbaren Zugeständnisse ist erreicht. Der Zeitdruck bei der Ratifizierung der EEA darf nicht zu weiteren Konzessionen verleiten, die über diese Grenze hinausgehen. In diese Richtung gehen aber die jüngsten Forderungen der bayerischen Staatsregierung[11]:

7 Mit Rundschreiben vom 11. Juni 1986 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich den Entwurf einer Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrats vom 16. Mai 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte. Vgl. Referat 410, Bd. 130398.

8 Am 4. Juli 1986 antwortete Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, auf ein Schreiben des Bundesministers Genscher vom 30. Juni 1986. Für das Schreiben vgl. Referat 410, Bd. 130400.

9 Die letzte Sitzung der 10. Wahlperiode des Bundestags fand am 11. Dezember 1986 statt. Der neue Bundestag wurde am 25. Januar 1987 gewählt.

10 Staatsminister Stavenhagen übermittelte am 12. September 1986 den Staatssekretären der Bundesministerien einen neuen Entwurf für eine Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrats vom 16. Mai 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte. Darin machte er auf Unterschiede zum Entwurf vom Juni 1986 aufmerksam. So seien die vom Bundesministerium der Justiz aufgezeigten verfassungsrechtlichen Bedenken zum Ausdruck gebracht worden. Ferner solle den Ländern „in Kürze ein Entwurf für eine Vereinbarung über die Beteiligung von Ländervertretern an Verhandlungsdelegationen der Bundesregierung sowie über ergänzende Regelungen des Informations- und Mitwirkungsverfahrens vorgelegt werden". Schließlich bestätige die Bundesregierung Grundsätze ihrer Europapolitik und weise darauf hin, „daß eine etwaige Verfassungsänderung sorgfältiger Prüfung bedarf". Vgl. Referat 410, Bd. 130400.

11 Ministerialdirigent Trumpf führte am 10. Oktober 1986 aus, daß einem einvernehmlichen Kabinettsbeschluß noch „folgende drei von den CSU-Bundesministern vertretenen Forderungen der

– Der jetzige Entwurf der Gegenäußerung enthält im Hinblick auf die anstehende Erörterung in Bundestag und Bundesrat lediglich einen verfassungsrechtlichen Prüfungsvorbehalt, ob der Bundesgesetzgeber die Regelungskompetenz hat, durch einfaches Gesetz den Ländern verstärkte Mitwirkungsrechte einzuräumen oder ob hierfür nur der Weg einer Bund-Länder-Vereinbarung offen steht. Ein solcher Hinweis kann der Bundesregierung angesichts der unterschiedlichen Rechtsauffassungen, die zu dieser Frage geäußert worden sind, nicht verwehrt werden.
– Bei EG-Vorhaben, die – wenn auch nur in einzelnen Bestimmungen – wesentliche Interessen der Länder berühren, verlangt der Bundesrat in jedem Fall die Abwägung der Länderbelange mit den Belangen des Bundes. Wir würden die Bürokratie auf die Spitze treiben, wenn die Bundesregierung in jedem einzelnen Fall ungefragt alle Elemente dieser Abwägung darlegen müßte. Das politische Gewicht des Bundesrates wäre größer, wenn er aufgrund der umfassenden Informationen, über die die Länder ja verfügen, der Bundesregierung in gravierenden Einzelfällen gezielt Fragen stellen würde. Zu einer solchen Begründung „auf Verlangen" sind wir bereit.
– Die größten Probleme sehe ich bei der Forderung nach gesetzlicher Verankerung eines Teilnahmerechts der Länder an den Beratungen im Rat und dessen Gremien und in den Ausschüssen bei der Kommission. Hier kann man nur pragmatisch aufgrund einer Bund-Länder-Vereinbarung vorgehen. Ich verstehe zum einen nicht, warum jene, die eine starre gesetzliche Verankerung fordern, offenbar nicht das Risiko von Konstellationen bei der Vertretung der Länder sehen, an denen sie selbst gar nicht interessiert sein können. Darüber hinaus würde in vielen Fällen durch Hinzuziehung von Ländervertretern der notwendige Gestaltungsspielraum des Bundes in für ihn wichtigen Angelegenheiten auch auf nationaler Ebene wie z. B. im Haushaltsrecht unverhältnismäßig eingeschränkt. Nicht zuletzt müssen wir auch an die Geschlossenheit des Auftretens der deutschen Delegation in Brüssel denken.

Bei Gesprächen mit Ministerpräsidenten der Länder scheint es mir schließlich wichtig, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß in einer abschließenden Regelung der vom Bundesrat angesprochenen Fragen auch eine befriedigende, das Außenvertretungsrecht des Bundes wahrende Absprache getroffen wird, was Büros einzelner Bundesländer in Brüssel im Rahmen unserer Verfassung und im gemeinsamen deutschen Interesse tun dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Referat 410, Bd. 130400

Fortsetzung Fußnote von Seite 1450

bayerischen Staatsregierung im Wege" stünden: „a) kein Hinweis auf verfassungsrechtliche Problematik; b) gesetzliche Regelung, daß bei EG-Maßnahmen, die wesentliche Interessen der Länder berühren, Ländervertreter zu den Verhandlungen in Brüssel hinzugezogen werden, soweit dies der Bundesregierung möglich ist (also nicht nur Regelung dieser Frage in einer Vereinbarung); c) ‚automatische' Mitteilung der für die Abweichung von einer Stellungnahme des Bundesrates maßgeblichen Gründe auch dann, wenn es (nur) um wesentliche Interessen der Länder geht." Trumpf fuhr fort: „Je größer der Zeitdruck wird, desto größer könnte auch die Versuchung werden, die Einigung mit München durch weitere Zugeständnisse zu ermöglichen. Dieser Versuchung muß widerstanden werden; eine dauerhafte Belastung der deutschen Handlungsfähigkeit in der Europäischen Gemeinschaft wäre ein zu hoher Preis." Vgl. Referat 410, Bd. 130400.

279

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-376.00-1624/86 VS-vertraulich **10. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung zu III.

Betr.: Amerikanische Haltung zum Forum einer künftigen KRK[4];
hier: Bewertung und Folgerungen

Anlg.: 2 (nur beim Original)[5]

I. Amerikanische Entscheidung

1) Die USA haben uns am 8.10.[6] und die Bündnispartner am 9.10. im NATO-Rat[7] unterrichtet, Präsident Reagan habe die amerikanische Position zur Struktur zukünftiger konventioneller Rüstungskontrollverhandlungen in Europa (KRK) auf folgender Linie festgelegt:

– KRK-Verhandlungen, die zu Reduzierungen amerikanischer Streitkräfte in Europa führen können, sollen auf einer Bündnis-zu-Bündnis-Grundlage geführt werden.
– Westliche Delegationen sollen durchgehend auf der Grundlage von Weisungen, die im NATO-Rat beschlossen werden, Weisung von der NATO erhalten.
– Die HLTF soll ihre Arbeit rasch abschließen.[8] Das Ergebnis soll ein Aufruf zur Vorbereitung unverzüglicher Verhandlungen mit den WP-Staaten über ein Mandat für Gespräche über bedeutsame Reduzierungen konventioneller Streitkräfte vom Atlantik bis zum Ural sein.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert. Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „Zeitpunkt der Vorlage: sofort."

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 10. Oktober 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 11. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. Oktober 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 17. Oktober 1986 vorgelegen.

4 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Konventionelle Rüstungskontrolle".

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 13 und 15.

6 Zur Unterrichtung der Bundesregierung vgl. Dok. 277, Anm. 3.

7 Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats in Brüssel vgl. Dok. 277.

8 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 275, Anm. 13.
Am 10. Oktober 1986 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann Staatssekretär Meyer-Landrut und Bundesminister Genscher den mit dem Bundesministerium der Verteidigung überarbeiteten Entwurf des Beitrags der Bundesregierung („Kapitel I: Westliche Zielsetzung, Kriterien und relevante militärische Rahmenbedingungen") zur Billigung vor. Dazu teilte er mit: „Der deutsche Beitrag, der – wie die übrigen Beiträge – kein vereinbartes Dokument ist, soll dem Zwischenbericht, den die HLTF am 24.10. abschließen will, als Anhang beigefügt werden und in den Abschlußbericht einfließen." Vgl. VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

– Mandatsverhandlungen und spätere Reduzierungsverhandlungen sollen außerhalb und getrennt vom KSZE- und vom KVAE-Rahmen stattfinden. Die USA werden Reduzierungsverhandlungen im KVAE-Rahmen nicht unterstützen, selbst nicht innerhalb besonderer Verhandlungen, die auf einer Bündnis-zu-Bündnis-Grundlage geführt werden.
– MBFR soll fortgeführt werden, bis ein befriedigendes Mandat für neue KRK-Verhandlungen vereinbart wird.

2) Eine eingehende Begründung für die Entscheidung haben die USA nicht gegeben. Deputy Assistant Secretary Thomas nannte der Botschaft als Gründe:

– Besorgnis wegen einer Einflußnahme der neutralen und ungebundenen Staaten auf Verhandlungen über Rüstungsreduzierungen;
– Unausgewogenheit der KSZE durch Übergewicht des sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Elementes;
– Grundsatz, daß die Verbündeten, vor allem wenn es um Reduzierungen geht, mit einer Stimme sprechen müssen;
– Nachhaltige Irritation über Frankreichs Verhalten in der Endphase der KVAE.

II. Zur Bewertung

1) Mit der Präsidenten-Entscheidung haben sich die USA über die noch in Gang befindlichen Beratungen in der Hochrangigen Arbeitsgruppe für Konventionelle Rüstungskontrolle (HLTF) hinweggesetzt und ihre Position ohne Not frühzeitig einseitig festgelegt. Das Übergehen der Auffassung wichtiger europäischer Bündnispartner wiegt – im Vergleich zur SALT-Entscheidung[9] – noch mehr, da es sich hier um grundlegende Interessen der Europäer handelt.

Reagans Entscheidung ist offensichtlich das Ergebnis eines Tauziehens innerhalb der Administration, wobei sich offenbar das Pentagon durchgesetzt hat, das an Rüstungskontrollergebnissen weniger interessiert ist und auf europäische Belange weniger Rücksicht nimmt. Das State Department, mit dessen Vertreter in der HLTF Kompromißformulierungen intensiv erörtert wurden, hat sich nicht durchgesetzt.

Der erfolgreiche Abschluß der KVAE im Rahmen der KSZE[10] mag in der Administration die Erkenntnis gefördert haben, daß die Europäer auch in der Rüstungskontrolle wichtigen Einfluß ausüben können. Die Administration mag daran interessiert sein, Verhandlungen besser steuern zu können.

2) Zur amerikanischen Entscheidung ist im einzelnen zu sagen:

– Auch wir sind der Meinung, daß bei zukünftigen Reduzierungsverhandlungen den Bündnissen eine zentrale Rolle zukommt. Allerdings geht die amerikanische Formel Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen weiter, als es notwendig erscheint. Wir können uns ein Format von Verhandlungen zwischen den Mitgliedern von NATO und WP vorstellen, das Frankreich die Teilnahme ermöglicht.

9 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

10 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

– Die Forderung nach einem durchgehenden Weisungsrecht des NATO-Rats läuft darauf hinaus, das schwerfällige MBFR-Verfahren zu übernehmen. Dahinter steckt das Verlangen nach stärkerer Steuerung künftiger Verhandlungen. Die Forderung geht weit über das Abstimmungsverfahren hinaus, welches die Bündnispartner effektiv bei der KVAE praktiziert haben und auf das sich die HLTF am 3.10. ad referendum geeinigt hat.

Die Verweigerung von Reduzierungsverhandlungen im Rahmen der KSZE ist Ausdruck eines gewissen Mißtrauens gegenüber der Zuverlässigkeit Frankreichs. Die Begründung, die N+N-Staaten könnten Schwierigkeiten machen, erscheint demgegenüber vorgeschoben. Die Ablehnung des 35er Rahmens geht so weit, daß die USA auch das Modell von Reduzierungsverhandlungen von Bündnis zu Bündnis unter einem KSZE-Dach ablehnen. Die Ausgewogenheit des KSZE-Prozesses bleibt in jedem Fall ein schwierig zu verfolgendes Ziel unabhängig davon, ob konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in oder außerhalb des KSZE-Rahmens stattfindet. Für uns ist der KSZE-Rahmen in erster Linie instrumental: Er soll Frankreich die Teilnahme ermöglichen.

3) Die amerikanische Entscheidung versucht Frankreich in eine Verhandlungsstruktur einzubringen, die den traditionellen französischen Vorstellungen zuwiderläuft. Amerikanische Diplomaten haben anklingen lassen, daß sie die zögernde, einer Festlegung ausweichende Haltung des französischen Vertreters in der HLTF als nicht repräsentativ und daher Druck durch diese Entscheidung als geeignetes Mittel ansehen. Diese Einschätzung dürfte kaum zutreffen. Die erste Reaktion des französischen Vertreters im NATO-Rat war gemäßigt negativ: Frankreich könne einer Weiterentwicklung von MBFR nicht zustimmen; die HLTF sollte ihre Arbeiten wie geplant fortführen.

III. Folgerungen

Ein andauernder Dissens zwischen Frankreich und USA würde dazu führen, daß das Bündnis ohne eine gemeinsame Linie zur Frage des Forums künftiger konventioneller Rüstungskontrolle in Europa beim KSZE-Folgetreffen in Wien wäre; der Auftrag von Halifax[11] würde kaum erfüllt werden können und damit die Möglichkeit von Verhandlungen gefährdet. In dieser Situation kommt der Bundesregierung eine Schlüsselrolle als Vermittler zu. Wir sollten an die USA appellieren, ihre Entscheidung zu überdenken, und zugleich an Frankreich herantreten mit dem Petitum, Verhandlungen de facto zwischen NATO und WP zu akzeptieren.

Das Treffen mit Shultz in Brüssel am 13.10. (Unterrichtung über Gipfel in Reykjavik)[12] bietet die erste Gelegenheit. Da die USA bereits bei der Unterrichtung über die Vorbereitung des Gipfels den NATO-Rat über die Entscheidung des Präsidenten unterrichtet haben, ergibt sich ein Bezug, dieses Thema

11 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

12 Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 282.
Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. auch Dok. 284–286.

auch im NATO-Kreis am 13.10. anzusprechen. Ein Gesprächsführungsvorschlag für das Gespräch mit Shultz ist als Anlage 1 beigefügt.[13]

Wenn der französische Außenminister Raimond am 13.10. in Brüssel sein sollte, wird empfohlen, ihn auf das Thema anzusprechen.[14] Ein Gesprächsführungsvorschlag ist als Anlage 2 beigefügt.[15]

Im übrigen sollte die Möglichkeit eines Schreibens des Bundeskanzlers an Präsident Reagan im Vorfeld seines Besuches in Washington[16] weiterverfolgt und das Thema beim nächsten deutsch-französischen Gipfel[17] angesprochen werden.

Hartmann

VS-Bd. 11535 (221)

280

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

114-5820/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2242
Citissime

Aufgabe: 10. Oktober 1986, 12.00 Uhr
Ankunft: 10. Oktober 1986, 12.32 Uhr

Betr.: Rahmen für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

Bezug: DB 4289 vom 8.10.1986 – Pol 376.00 geheim aus Washington[1]
DB 1229 vom 3.10.1986 – I-370.00-2877/86 VS-v aus Brüssel NATO[2]
Ferngespräch Vergau – Hartmann (AA) vom 9.10.1986

Zur Unterrichtung

Aus dem auf unseren Wunsch am Abend des 9.10.1986 zwischen d'Aboville (Directeur adjoint des affaires politiques im Quai) und L Pol[3] geführten Gespräch halten wir fest:

1) Die kategorische Ablehnung der US-Position[4] laut Bezugs-DB 4289 wurde bestätigt.

13 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
14 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Raimond erörterten am 17. Oktober 1986 das Thema konventionelle Rüstungskontrolle. Vgl. Dok. 291.
15 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
16 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.
17 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

1 Zum Drahtbericht des Botschafters van Well, Washington, vgl. Dok. 277, Anm. 3.
2 Zum Drahtbericht des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vgl. Dok. 275, Anm. 13.
3 Hans-Joachim Vergau.
4 Zur amerikanischen Haltung in der Frage des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. auch Dok. 279.

Für Paris sei unakzeptabel, daß über vitale Vorgänge, die die eigenen Streitkräfte und das eigene Territorium beträfen, verhandelt werde, ohne daß F selbst am Verhandlungstisch säße. „Alliance-to-alliance negotiations" bedeuteten schon in der Ausgangsposition zumindest Anpassen an Standpunkte und Tendenzen, die französischen (und europäischen) Belangen nicht voll Rechnung trügen.

2) Politisch sei es nicht opportun, den KSZE-Rahmen zu verlassen. Nähme man den Bereich Sicherheit, in dem die Sowjets ganz allgemein eher Demandeur seien, schrittweise aus dem KSZE-Prozeß heraus, so höhle man dessen Substanz in einer Weise aus, daß der Druck in anderen Bereichen, in denen der Westen etwas erreichen wolle, aufgehoben werde. Der US-Vorstoß erweise Wien[5] einen sehr schlechten Dienst.

3) Das neue „US-Diktat" wirke willkürlich und politisch nicht durchdacht. Wenn auf der Seite des Westens nicht eine Solidarität erwartet werde, die eine Vertretung der Länder durch eigene Delegationen zulasse, so brauche man die Verhandlungen zur konventionellen Rüstungskontrolle gar nicht erst zu beginnen. Die US-Entscheidung wirke wie eine Mißtrauenserklärung sowohl an NATO-Partner, die man a priori disziplinieren wolle, als auch an Partner wie Finnland, Schweiz usw. Sie widerspreche auch den Anliegen, die der Westen über die KSZE bei den Regierungen Osteuropas verfolge.

4) LPol ging mit d'Aboville nochmals die am 3.10.1986 von der HLTF in Brüssel abgestimmten Papiere laut Anlagen Bezugs-DB 1229 durch.

D'Aboville erklärte, es bleibe bei der Zustimmung Frankreichs zu diesen Papieren. Während die Vorbehaltlosigkeit der Zustimmung zu Anhang 3 (betr. HLTF conventional arms control negotiations and alliance consultations) klar ausgesprochen wurde, hatte LPol den Eindruck, daß auch gegen Anhang 2 keine F-Vorbehalte mehr bestehen.

D'Aboville wies darauf hin, die abgestimmten Papiere hätten nur im Hinblick auf einen 35er-Rahmen einen Sinn.

Wertung

Abgesehen davon, daß die in Washington wieder einmal gewählte apodiktische Methode in Paris Widerstand provoziert, ist die französische Ablehnung auch in der Sache ernst zu nehmen. Dabei ist nach unserem Eindruck der harte Kern der Ablehnungsgründe die unbeugsame Forderung Frankreichs, selbst als souveräner Partner am Verhandlungstisch mitzusprechen, wenn es um die eigenen sicherheitspolitischen Belange geht. Ebenso ernst steht F aber auch hinter den Brüsseler Absprachen vom 3.10. im Sinn des konsequenten Zusammenhalts des Bündnisses innerhalb des Verhandlungsprozesses zu 35. Paris will KVAE 2.

F sieht die Geschäftsgrundlage für HLTF durch das amerikanische Vorgehen gefährdet. Nach unserem Eindruck erwartet Paris die notwendigen gewichtigen Anläufe gegen die Washingtoner Entscheidung von europäischen Partnern.

5 In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

Es blieb für uns offen, inwieweit Paris selbst schon jetzt auf eine Änderung der US-Position hinzuwirken gedenkt.

[gez.] Schoeller

VS-Bd. 11535 (221)

281

Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Paris

202-321.00 FRA-675/86 VS-vertraulich Aufgabe: 11. Oktober 1986, 15.59 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 645

Betr.: Sicherheitspolitische Beziehungen D–F;
hier: Gespräch D 2[2]–französischer Botschafter[3] am 10. Oktober 1986

Aus dem sehr offenen und substantiellen Gespräch, zu dem französischer Botschafter im Rahmen eines Mittagessens D 2, Dg 20[4] und weitere Mitarbeiter aus Unterabteilung 20 eingeladen hatte und das nach dem schrecklichen Mord[5] den Charakter eines politischen Vermächtnisses von D 2 in einem Zentralbereich unserer Außenpolitik hat, an deren Formulierung er auf der Grundlage seiner brillanten, von historischer Perspektive geprägten Analyse aus tiefster Überzeugung mitgearbeitet hat, wird festgehalten:

D 2 nahm den mit großer Herzlichkeit ausgesprochenen Dank des Botschafters für die deutsche Unterstützung im NATO-Rat am 9.10.[6] zum Anlaß für die Feststellung, daß die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich für unsere Außenpolitik zentrale Bedeutung habe. Deshalb hätten wir mit perspektivisch angelegtem Entwurf eines Berichtes für die Außen- und Verteidi-

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

2 Gerold Edler von Braunmühl.

3 Serge Boidevaix.

4 Hans-Friedrich von Ploetz.

5 Am 11. Oktober 1986 meldete das Polizeipräsidium Bonn: „Am 10.10.1986, gegen 21.15 h ließ sich der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerold-Johann von Braunmühl […] mit einem Taxi von seiner Dienststelle nach Hause fahren. Als er vor seinem Haus das Taxi verließ, schoß unbekannter vermummter Täter aus geringer Entfernung auf ihn. Vermutlich wurden vier Schüsse abgegeben. Von Braunmühl verstarb am Tatort. Zeugen beobachteten, wie der Täter mit einem zweiten unbekannten Mann einen in der Nähe abgestellten roten Opel Kadett bestieg und wegfuhr. Offensichtlich mitgenommen wurde eine Reisetasche des Opfers mit derzeit unbekanntem Inhalt. In der Nähe des Tatortes wurde eine Tatbekennung vorgefunden. Diese besteht aus einem 5 1/2 seitigen Schreibmaschinentext und einem gesonderten DIN A 4-Bogen, der in großen Druckbuchstaben folgenden Text enthält: ‚Die Revolutionäre Front in Westeuropa als Abschnitt im internationalen Befreiungskrieg organisieren! Die Offensive aufgreifen und weiterentwickeln! Kommando Ingrid Schubert'. Unter diesem Text befindet sich das RAF-Emblem." Vgl. das Fernschreiben Nr. 96; Referat 515, Bd. 195807.

6 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats in Brüssel vgl. Dok. 277.

gungsminister[7] einen kräftigen Impuls geben wollen. Es sei wichtig, den Blick in die Zukunft zu richten und – ohne Tabu – darüber nachzudenken, wie eine möglichst enge Zusammenarbeit realisiert werden könne. Wir fühlten uns dabei ermutigt durch die kürzliche Rede von PM Chirac, der sich für eine Intensivierung ausgesprochen habe.[8] Wenn sich dann ergebe, daß bestimmte Faktoren der Zusammenarbeit Grenzen setzten, sei dies natürlich zu akzeptieren. Es sei aber wichtig, den Rahmen abzustecken und das Ziel zu kennen, dem man sich in der Praxis dann Schritt für Schritt nähern wolle. Es liege im beiderseitigen Sicherheitsinteresse, daß die SU davon ausgehe, daß der Angriff auf einen Partner von beiden als Angriff verstanden werde.

Beide Staaten verfügten zusammen über ein großes Territorium. Sie müßten darüber sprechen, wie sie es nutzen könnten, um einen größtmöglichen militärischen Vorteil hieraus zu ziehen. Natürlich gebe es historische und andere Faktoren. Wir dürften aber nicht akzeptieren, daß solche Begrenzungen zugunsten der östlichen Seite wirkten. Hier sei insbesondere daran zu denken, daß bei konventionellen Reduzierungsmaßnahmen derzeit die Bundeswehr demobilisieren müsse, die östliche Seite im Zweifel aber nicht. Wir müßten uns eines Tages klarwerden, ob die notwendigen Reduzierungen durch Demobilisierung oder durch Verlegung erfolgen sollten. Wir stellten uns die Frage, ob man hierüber gemeinsam nachdenken könne.

Um einem in F immer wieder aufkommenden Mißverständnis vorzubeugen, unterstrich D 2, daß wir von konventioneller Zusammenarbeit redeten. Im nuklearen Bereich hätten wir gewisse Wünsche gehabt, es gebe hierzu inzwischen Vereinbarungen.[9] Es gebe in der Bundesrepublik Deutschland aber keine Vorstellungen über eine Beteiligung im nuklearen Bereich, weder in der Bundesregierung noch in der Bevölkerung. Man könne sogar bezweifeln, ob für eine andere Haltung der Bundesregierung die mehrheitliche Unterstützung zu gewinnen wäre. Ob sich die nukleare Frage später in einer europäischen Perspektive stellen werde, sei ein anderes Problem.

Die Bundesrepublik Deutschland begrüße es aber, daß F über seine unabhängige Nuklear-Streitkraft verfüge. Dies um so mehr, als die Diskussion über Verzicht auf Ersteinsatz oder SDI zeige, daß man nicht davon ausgehen könne,

7 Zum „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister" vgl. Dok. 213, Anm. 19 und 20.
Auf der 10. Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 19. September 1986 übergab der Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, d'Aboville, ein Papier mit Änderungswünschen zu dem am 11. bzw. 15. September 1986 übermittelten Entwurf des Auswärtigen Amts. Dazu führte er aus: „Frankreich wünscht ein kurzes und lesbares Dokument, das den Kommuniqué-Stil vermeidet und klare Orientierungen für die künftige Arbeit gibt. Inhaltlich hat die französische Seite keine wesentlichen zusätzlichen Vorschläge, sie wünscht aber eine Umstrukturierung, eine andere Abfolge der Gedanken, gelegentlich auch eine Neuverteilung der Gewichte und die eine oder andere Präzisierung." Ferner kündigte er an, daß Frankreich eine Überarbeitung des Entwurfs vorlegen werde. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12085 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

8 Am 12. September 1986 stellte Ministerpräsident Chirac am Institut des hautes études de défense nationale das geplante Programmgesetz zur französischen Verteidigungspolitik vor und ging dabei auch auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik ein. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 19–23. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 32–37 (Auszug).

9 Zur deutsch-französischen Absprache über Konsultationen in Nuklearfragen vgl. Dok. 201.

daß das US-Nuklear-Potential in Zukunft stets die gleiche Bedeutung behalten werde wie in der Vergangenheit und gegenwärtig. Die erkennbaren Tendenzen könnten sich auch umkehren. In jedem Falle sei entscheidend, wie glaubwürdig die Abschreckung in den Augen der SU sei.

D2 warnte vor der Fehleinschätzung, daß Europa bald ohne den amerikanischen Schutz auskommen könne. Er prognostizierte im Gegenteil, daß die USA noch auf lange Zeit Truppen in Europa unterhalten – vielleicht nicht in der gleichen Truppenstärke – und auch ihren Nuklear-Schutz auf Europa erstrecken würden, daß aber voraussichtlich das konventionelle Element eine stärkere Rolle spielen werde.

Für die Sicherheit sei es wichtig, daß die SU davon überzeugt bleibe, bei einem Angriff auf Mitteleuropa

– vom ersten Tage an konventionell mit der anderen Großmacht im Krieg zu stehen mit allen weiteren Risiken
– und mit F und GB, die über eigene Nuklear-Waffen verfügten.

Für die Vitalität und Stabilität des Atlantischen Bündnisses sei es wichtig, gewisse spezifische Faktoren zu beachten. Aus der Nachkriegsentwicklung habe sich ergeben, daß die Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch besonders abhängig gewesen sei und eine besonders enge Zusammenarbeit mit den USA gepflegt habe. Diese enge Zusammenarbeit wollten wir beibehalten, bei der nachwachsenden Generation sei aber ein steigendes Ressentiment gegen das Gefühl der Abhängigkeit zu spüren. Diese Situation dürfe man keinesfalls treiben lassen, weil sie zu einer Auseinanderentwicklung führen könne, vor der BM in der Münchener Rede im Juli gewarnt habe.[10] Daher sei es wichtig, daß der Reifeprozeß in enger deutsch-französischer und europäischer Zusammenarbeit ablaufe, für die breite Unterstützung bei uns bestehe.

Der Botschafter teilte die Analyse und hob die übereinstimmende Position von Mitterrand und Chirac hervor, die in allen Gebieten enge Zusammenarbeit mit D, vor allem bei der Verteidigung, umfasse. Die Strukturen der Zusammenarbeit seien gut, für Verbesserungsvorschläge sei F offen. In der sachlichen Zusammenarbeit neige F eher zu konkreten und weniger zu prinzipiellen Überlegungen. Die jüngste gemeinsame Übung[11] sei „von oben bis unten“ gut gewesen. Auffällig sei das sowjetische Interesse für diese Zusammenarbeit: Botschafter Kwizinskij habe kürzlich innerhalb von 20 Minuten dreimal danach gefragt.

Gewisse amerikanische Reduktionen im konventionellen, vielleicht auch im nuklearen Bereiche in Europa seien wahrscheinlich, Umfang und Zeitpunkt aber ungewiß. F stimme mit uns überein, daß der Grundsatz des US-Schutzes bleiben müsse und bleiben werde.

10 Bundesminister Genscher führte am 28. Juli 1986 vor der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer u. a. aus: „Gemeinsam müssen Europäer und Amerikaner jedem Trend zu einem Unilateralismus auf der einen wie auf der anderen Seite entgegentreten. Die politisch Verantwortlichen müssen alles tun, um einem Auseinanderdriften der öffentlichen Meinungen diesseits und jenseits des Atlantiks entgegenzuwirken. Eine solche Entwicklung würde zu einer Entfremdung im Bündnis führen, wie sie die Gegner des Bündnisses nie erreichen können.“ Vgl. Referat 013, Bd. 179062.

11 Zum Manöver „Fränkischer Schild“ vom 23. bis 25. September 1986 vgl. Dok. 248, Anm. 27.

US-Reduzierungen könnten aber Strategie-Änderungen nötig machen. Abgesehen von der US-Neigung, dabei nach amerikanischen Interessen vorrangig vorzugehen, sei zu akzeptieren, daß eine Weltmacht eigenen strategischen Gesetzmäßigkeiten folge. Da F aber in diesen Fragen sein eigener Herr bleiben wolle, komme eine Rückkehr in die Allianz[12] nicht in Betracht.

Deutschland und Frankreich hätten eine große Rolle zu spielen, um sicherzustellen, daß die Interessen der europäischen Staaten berücksichtigt würden. Hierüber sei man im Quai und im Verteidigungsministerium in Paris einig. Europa könne sich nicht unter dem Stichwort „Kohäsion" einfach amerikanischen Positionen anschließen.

Paris sei dafür, hierüber mit den USA offen zu sprechen. F engagiere sich stärker denn je mit seinen Truppen auf deutschem Boden. Wer dies als Abkehr von der traditionellen französischen Unabhängigkeit in der Politik verstehe, unterliege einem Irrtum. Wenn daher jemand glaube, auf höherer oder höchster Ebene werde in Paris für die konventionelle Rüstungskontrolle Verhandlungen von Allianz zu Allianz zugestimmt werden, unterliege einem totalen Mißverständnis. Bei aller Gesprächsbereitschaft werde F seine Position nicht ändern.[13]

Eines Tages werde der Dialog mit den USA nötig. F wünsche ihn gemeinsam mit D zu führen, was nicht notwendigerweise bedeute, in der Allianz. F werde aber nicht ohne D mit den USA sprechen. Paris sei hier sehr engagiert.

(Dieser Hinweis, zu dem ein kürzlicher Hinweis des Botschafters gegenüber Dg 20 paßt, betrifft Überlegungen von Giraud, die im Quai bisher nicht geteilt werden. Wir warten daher Klärung des Denkens in Paris ab, halten den Gedanken grundsätzlich aber für sehr interessant.)

D 2 stimmte zu, daß Europa in der Organisation seiner Zusammenarbeit keine Zeit verlieren solle. Andererseits sollten die europäischen Partner aber auch vermeiden, mit Worten zu spielen und die USA unnötig herauszufordern. Es sei wichtig, stets deutlich zu machen, daß wir das Bündnis sehr ernst nehmen und die transatlantische Zusammenarbeit festigen, andererseits aber unsere Interessen wahrnehmen wollten. D 2 erinnerte an amerikanische Klagen über schlechte Erfahrungen in der Schlußphase von Stockholm[14] (was französische Seite mit schuldbewußtem Nicken quittierte).

Zu der Forumsfrage meinte D 2, die Entscheidung Washingtons[15] brauche nicht das letzte Wort zu sein. Dafür gebe es auch Hinweise. Wir seien für

– eisernes Zusammenhalten der Europäer, dafür sei auch das Gespräch mit GB sehr wichtig;
– Versuch, die US-Bedenken zu widerlegen.

Am Schluß von KRK müsse eine Vereinbarung stehen, die auf beiden Seiten alle Mitglieder der jeweiligen Allianz binde. Das bedinge, daß die eigentlichen

12 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.
13 Zur französischen Haltung in der Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 280.
14 Zur KVAE vgl. Dok. 253 und Dok. 267.
15 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 8. Oktober 1986 vgl. Dok. 279.

Reduzierungs-Verhandlungen im Allianz-Rahmen abgestimmt würden, die HLTF habe in London[16] eine gute Formel entwickelt.

Botschafter bezeichnete Londoner Formel als akzeptabel. Paris wolle aber für sich alle Aspekte der Verhandlungen unter Kontrolle halten und nicht mit dem Stichwort „Kohäsion" auf US-Linie gebracht werden.

[17]Die anstehenden Verhandlungen brächten neue Aspekte, bei denen die USA offensichtlich freie Hand behalten wollten, mit der SU zu verhandeln. Französischerseits unterstelle man keine bösen Absichten, man wolle aber sicher sein, daß nicht in einer von anderen Faktoren bestimmten Konstellation Konzessionen gemacht würden, die für Europa schlecht seien.

Die französische Politik der Unabhängigkeit sei nicht anti-amerikanisch, sondern der einzige Weg, die nationalen Interessen soweit wie möglich zu wahren. In Paris sei man der Auffassung, daß die Interessen von D und F identisch seien.

D 2 erinnerte daran, daß die Behandlung von Sicherheitsfragen im KSZE-Prozeß der Hauptgrund für die Beteiligung der USA sei. Wenn man Sicherheitsfragen herausnehme, könne dies eine unerwünschte Diskussion über die weitere Rolle der USA im KSZE-Prozeß auslösen.

D 2 erinnerte an die von den drei Alliierten beim Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Allianz zugesagte Unterstützung für unser nationales Anliegen der Überwindung der Teilung.[18] Diese Zusage sei damals von großer Bedeutung gewesen für die Bereitschaft der Mehrheit unserer Bevölkerung, der Politik der Regierung zu folgen. Heute sei der KSZE-Prozeß der einzig erfolgversprechende Weg zur Milderung und eines Tages hoffentlich zur Überwindung der Teilung. Nach Bern[19] habe die SU zu suggerieren versucht, daß die USA in der KSZE ihre Politik gegen europäische Grundinteressen verfolgten.

Zur jüngsten US-Entscheidung in bezug auf das Forum für KRK verwies D 2 auf eine von einem früheren Pentagon-Mitarbeiter und MBFR-Delegationsmitglied im Wall Street Journal aufgestellte These, nach der Erfahrung bei der KVAE, wo die West-Europäer zum ersten Male die bilaterale Grundstruktur der Rüstungskontrollverhandlungen durchbrachen und damit eine in Washington unwillkommene Weichenstellung für die Zukunft vorgenommen hätten, wollten die USA eine Wiederholung unbedingt vermeiden, aber dies sei aussichtslos. D 2 erinnerte daran, daß im konventionellen Bereiche auf westlicher Seite die Bundeswehr den größten Beitrag leiste.

Die WEU, deren Belebung wir fortsetzen wollten, komme hier ins Spiel. Die Europäische Union brauche eine sicherheitspolitische Komponente, an Themen mangele es nicht, man dürfe keine Tabus akzeptieren, alle wichtigen Themen müßten beraten werden können. Im Augenblick sei konventionelle Rüstungs-

16 In London erörterten am 1. Oktober 1986 die Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA die Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Vgl. dazu Dok. 260, Anm. 11.

17 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 646 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Vgl. dazu Artikel 7 Absatz 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag); BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

19 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

kontrolle besonders wichtig. GB zögere gelegentlich, aber D und F müßten vorangehen.

Längerfristig müsse man über die Institutionen nachdenken. Der Ständige Rat in London und die Agenturen in Paris müßten überprüft werden. Da es sich bei der WEU letztlich um eine „Ersatz-EPZ" für Sicherheitspolitik handele, sollten die Politischen Direktoren die entscheidende Rolle bekommen. Ihre auch am Rande von PK-Sitzungen anberaumten Treffen seien sehr nützlich.

In London habe intern eine Diskussion stattgefunden, die Flexibilität in bezug auf London als Sitz des Sekretariates und des Ständigen Rates erkennen lasse. Unser Ziel sei eine möglichst effiziente Organisation. Hierüber wünschten wir mit F einen Meinungsaustausch. Wahrscheinlich sei es vernünftig, das Sekretariat an denselben Ort zu legen wie das EPZ-Sekretariat, d. h. nach Brüssel. Dies sei auch aus praktischen Gründen günstig, weil das PK und seine Gremien künftig häufiger in Brüssel tagen wollten. Außerdem setzten in Brüssel sowohl die Europäer wie auch die Atlantische Allianz Akzente.

Längerfristig müsse man auch über die Zukunft der Agenturen nachdenken. Dort könnten Mittel eingespart und für die Verstärkung des Generalsekretariates benutzt werden.

Botschafter war völlig einverstanden. Bei Organisationsfragen regte er zur Berücksichtigung auch praktische Gesichtspunkte an. Auf gezielte Frage erklärte er, das französische Interesse am Verbleib der Agenturen in Paris sei nicht so groß.

Zum Abschluß wurde von deutscher Seite auf Frage des Botschafters erklärt, daß die Zusammenarbeit unserer Auslandsmissionen sehr unterschiedliches Profil habe. In Moskau sei sie eng und gut, in Washington lasse sie sehr zu wünschen übrig. Die Zwölfer-Zusammenarbeit werde dort von den großen Botschaftern sehr restriktiv genutzt, das gleiche gelte – wenn auch mit Abstufungen – für gemeinsame Schritte unserer beiden Botschaften. In Dritt-Welt-Staaten sei das Profil ebenfalls höchst unterschiedlich. In Staaten mit engen Bindungen an F hätten wir oft Kleinbotschaften, während F über große Stäbe verfüge. Nicht nur aus diesem Grunde sei sein Interesse an engem Austausch gedämpft. Hier werde man weiter arbeiten müssen.

Ploetz[20]

VS-Bd. 12966 (202)

[20] Paraphe.

282

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5874/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1280
Citissime

Aufgabe: 13. Oktober 1986, 20.30 Uhr[1]
Ankunft: 13. Oktober 1986, 20.57 Uhr

Betr.: Treffen Reagan/Gorbatschow in Reykjavik am 11./12.10.1986[2];
hier: Bündnisunterrichtung durch AM Shultz in Sitzung Rat 13.10.1986

Bezug: DBs 1269 bis 1272 vom 9.10.1986 – I-370.80-2962/86 VS-vertraulich[3]

Zur Unterrichtung

I. 1) Shultz vermittelte Eindruck, daß Enttäuschung, die durch Fehlen konkreter Ergebnisse Treffens ausgelöst worden sei, überlagert werde durch Erkenntnis, daß während Gesprächen bedeutsame, konstruktive und kreative Elemente, nicht nur im Bereich Rüstungskontrolle, sondern auch bei Menschenrechtsproblematik, zutage getreten seien, die nicht verlorengehen, sondern von Dauer sein würden und denen man jetzt weiter nachgehen müsse. Es seien erhebliche Fortschritte gemacht worden. Reykjavik sei kein Fehlschlag, sondern habe bewiesen, daß Bündnis richtige Strategie habe und Stärke, Zusammenhalt und Vernunft zum Erfolg führe. Shultz zitierte Erklärung Reagans, daß US die bisher weitreichendsten Abrüstungsvorschläge überhaupt gemacht habe.[4] Die eingeschlagene Strategie müsse weiterverfolgt werden. Zwar sei diesmal kein Ergebnis erzielt worden, doch sei man sich nähergekommen.

Shultz zollte Reagans Verhandlungsführung hohes Lob. Präsident sei Politiker, der Herausforderungen der Zukunft erkenne, auch in Frage Nuklearwaffen, die er abschaffen wolle. Er habe aber Vorschlag Gorbatschows, dessen Verwirklichung SDI-Forschung unmöglich gemacht hätte, nicht annehmen können, da damit angestrebte Entwicklung keine Zukunft habe. Entscheidung habe Mut und Kraft gefordert, Eigenschaften, die Präsident in hohem Maße besitze.

2) Begegnung habe mit dreiviertelstündigen Vier-Augen-Gesprächen begonnen. Danach seien Shultz und Schewardnadse für gesamte folgende Zeit hinzugezogen worden. Zunächst habe allgemeiner Meinungsaustausch über sämtliche Ta-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 16. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Elbe, die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller sowie Legationssekretär Brose verfügte.
Hat Elbe, Mülmenstädt und Müller vorgelegen.
Hat Brose am 21. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Für die Gespräche des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. National Security Archive Electronic Briefing Book Nr. 203 (https://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB203/index.htm). Vgl. dazu auch Dok. 284–286.

3 Für die Drahtberichte Nr. 1269 und Nr. 1270 des Gesandten Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 277.
Für die Drahtberichte Nr. 1271 und Nr. 1272 von Rantzau vgl. VS-Bd. 11281 (220).

4 Vgl. dazu die Radio- und Fernsehansprache des Präsidenten Reagan vom 13. Oktober 1986; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1367–1371.

gesordnungspunkte (regionale und bilaterale Fragen, Menschenrechte und Rüstungskontrolle) stattgefunden. Gorbatschow sei im Gegensatz zu früherem sowjetischen Verhalten zur Erörterung von Menschenrechtsfragen bereit gewesen. US hätten Listen, Statistiken usw. überreicht. Auch bilaterale und regionale Fragen seien in vernünftiger und befriedigender Weise erörtert worden. Die weitaus meiste Zeit sei jedoch Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle gewidmet gewesen.

Besonders groß seien zu Beginn Fortschritte im Bereich strategischer Waffen ausgefallen. Man habe für beabsichtigte 50prozentige Reduzierung dieser Waffen bestimmte Kategorien unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zusammensetzung Arsenals auf beiden Seiten aufgestellt.[5]

Aufgrund dieser Entwicklung seien am Abend ersten Tages zwei Arbeitsgruppen gebildet worden, eine für Behandlung rüstungskontrollpolitischer Fragen unter Nitze (Beteiligung Kampelman und Karpow), andere für Menschenrechtsfragen, bilaterale und regionale Probleme unter Ridgway.

Arbeitsgruppe Nitze/Karpow[6] habe in der Nacht Texte zu START erarbeitet, die nahe an US-Position gelegen hätten. Die besonderen amerikanischen Interessen (Behandlung von Nuklearbomben und SRAMs) seien einbezogen worden. Shultz bemerkte an dieser Stelle, harmonische Zusammenarbeit innerhalb US-Delegation habe sich bewährt. Perle, dem häufig vorgeworfen werde, besonders harte Positionen zu vertreten, sei in höchstem Maße kreativ und produktiv gewesen.[7]

3) Morgen zweiten Tages sei zum großen Teil INF gewidmet gewesen. SU habe zunächst Anrechnung Systeme von F und GB verlangt. US hätten an bekann-

5 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „START!“

6 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein!“
Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 21. Oktober 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums zur Arbeitsgruppe: „Überrascht habe, daß die sowjet[ische] Arbeitsgruppe von Achromejew statt Karpow geleitet worden sei. Weitere Mitglieder: Karpow, Dobrynin, Arbatow, Welichow. US-Arbeitsgruppe hätten Nitze (Leiter), Kampelman, Perle, Timbie, Adelman, Linhard angehört. Sie habe den Eindruck gehabt, daß Karpow von der Konzessionsbereitschaft Achromejews unangenehm überrascht gewesen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4511; VS-Bd. 11282 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 15. Oktober 1986 mit, daß der amerikanische Botschafter in Moskau, Hartman, folgende Informationen gegeben habe: „SDI habe anfangs nur allgemein im sowjetischen Paket figuriert. In Nachtsitzungen der Arbeitsgruppen, auf sowjetischer Seite von Marschall Achromejew ebenso kompetent, sachlich und konstruktiv geführt wie von Bessmertnych, sei es zu bereits schriftlich skizzierter Einigung über 50-prozentige Kürzung während der nächsten fünf Jahre in jeder Klasse der START-Systeme gekommen und über vollen Abbau in zehn Jahren. Einigung habe es auch über Berechnung der Nuklearwaffen gegeben, die von Bombern transportiert werden. Verifikation sei als notwendig anerkannt, aber nicht spezifiziert worden. SU habe anerkannt, daß Verifikation bei Null-Lösung essentiell sei. Sowjetische Forderung, SDI-Forschung auf Labors zu beschränken und Weltraum auszuschließen, sehe Reagan als diskriminierende Änderung des ABM-Vertrags an, weil SU frei bleibe, ABM-Systeme höher zu entwickeln, während er an SDI als Versicherungsprämie unbedingt festhalten wolle. Während der Nachtsitzung hätte US vorgeschlagen, ABM-Vertrag in enger Auslegung festzuschreiben, Achromejew habe aber auf zusätzlichen vereinbarten Präzisierungen bestanden. (Hartman: SU-Ablehnung unverständlich, weil US-Vorschlag Weinberger gehindert hätte, SDI-Komponenten so rasch als irgend möglich in Weltraum zu stationieren.) Hieran sei letztlich in letzter Runde Einigung gescheitert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2916; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

ter Position festgehalten. Am Ende Diskussion seien jedoch Umrisse Abkommens sichtbar geworden, ohne daß es bereits wie beim START-Komplex schriftliche Festlegungen, die bekanntlich immer noch neue Schwierigkeiten brächten, gegeben habe. Einigkeit sei jedoch erzielt worden über

– globale Begrenzungen;
– Begrenzung auf 100 nukleare Sprengköpfe auf LRINF auf jeder Seite;
– Stationierung dieser LRINF auf seiten SU in Asien, auf seiten USA auf amerikanischem Territorium (einschließlich Alaska);
– Begrenzung von SRINF (Shultz erwähnte in diesem Zusammenhang die vorangegangenen fruchtbaren Gespräche mit uns), d. h. Begrenzung auf Zahl sowjetischer Stationierungen und Ausgleichsmöglichkeiten für US[8], Verhandlungsverpflichtungen zur weiteren Regelung SRINF-Fragenkomplexes;
– Verifikation (Datenaustausch, Vor-Ort-Inspektion, Vernichtung überzähliger Systeme, Hauptbestandteile und Einrichtungen, kontinuierliche Datenauflistung und Datenüberprüfung über erlaubte stationierte und nichtstationierte Systeme und deren Hauptbestandteile);
Shultz bemerkte, daß – nachdem über Reduzierungen Einigkeit erzielt worden sei – Reagan und Gorbatschow geradezu in einen Wettbewerb über strenge Ausgestaltung Verifikationssystems eingetreten seien;
– keine Zeitbegrenzung des Abkommens, d. h. Gültigkeit, solange nicht durch neues Abkommen außer Kraft gesetzt.

4) Beim Thema Teststopp habe Reagan amerikanische Position dargelegt, wonach Tests notwendig seien, solange Westen sich auf Nuklearwaffen zur Abschreckung verlassen müsse. Shultz äußerte seinen persönlichen Eindruck, daß Gorbatschow auf diesem Gebiet unter Druck Militärs stehe und er Moratorium[9] bald aufgeben werde. Gorbatschow habe versucht, es als Verhandlungsmasse einzubringen, solange es noch gelte.

US hätten sich jedoch bei Schwellenverträgen[10] bewegt. Man werde Ratifikationsverfahren für beide Verträge einleiten in Hoffnung, Verifikationsbestimmungen Verträge in Zwischenzeit durch Verhandlungen mit SU zu verbessern. Falls diese Verhandlungen zu keinem Erfolg kämen, werde man Ratifikation mit einem entsprechenden Vorbehalt versehen. US würden Versuche in dem von Verträgen zugestandenen KT-Bereich fortsetzen.

US hätten weiter zugestimmt, über Gesamtfrage Nukleartests zu verhandeln, und Bereitschaft zu Testeinschränkungen angekündigt, allerdings nur parallel

8 Die Wörter „Ausgleichsmöglichkeiten für US“ wurden von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von Karpow bestritten!“

9 Vgl. dazu die Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. August 1986; Dok. 238, Anm. 50.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

zu Vereinbarungen über Reduzierungen von Nuklearwaffen. Mit diesem Ansatz habe man Problem in den Griff bekommen.

Weltraumwaffen

Shultz erläuterte zunächst amerikanische Position über Verhältnis defensiven zu offensiven Waffen und Entwicklung beiderseitiger Positionen bis Reykjavik (s. Bezugs-DBs). Diese Positionen seien Ausgangspunkt in Reykjavik gewesen.

Es habe über Thema lange Diskussionen zwischen Reagan und Gorbatschow, Shultz und Schewardnadse sowie auf Expertenenebene gegeben. Präsident habe größte Anstrengungen unternommen, um zu einer Einigung zu kommen. Man habe Vormittagssitzung des zweiten Tages früher begonnen und später beendet und am Nachmittag weiterverhandelt. Beide Seiten hätten ihre Positionen mit Ziel Einigung neu geordnet.

US habe sodann neuen Vorschlag gemacht, wonach beide Seiten sich – unter Voraussetzung Erfüllung Verpflichtung zu 50prozentiger Reduzierung strategischer Waffen – für Zeitraum von fünf Jahren im Rahmen von ABM-Vertrag erlaubter Aktivitäten halten würden und sich dieser Verpflichtung weitere fünf Jahre unterwerfen würden unter Voraussetzung, daß in dieser Zeit alle verbleibenden offensiven ballistischen Raketen abgeschafft würden.

Gorbatschow sei mit Zeitrahmen einverstanden gewesen (Verringerung von bisher bis zu 15 auf 10 Jahre), habe jedoch Veränderung des ABM-Vertrages zur Bedingung gemacht und gefordert, daß bei Entwicklung weltraumgestützter Raketenabwehr nur Laborforschung erlaubt sei.

Dies sei für Reagan nicht annehmbar gewesen. Eine Bindung an ABM-Vertrag für zehn Jahre sei möglich gewesen, aber nicht Einverständnis, für diesen Zeitraum SDI-Forschung weitgehend unmöglich zu machen. Reagan habe nicht Programm aufgeben können, das erst Voraussetzung für Möglichkeit Reduzierung Nuklearwaffen geschaffen habe und das Aussichten biete, Schutz vor Nuklearwaffen zu entwickeln. Insistenz SU auf Änderung ABM-Vertrags habe gerade Möglichkeiten, die für Reduzierung gegeben gewesen seien, beseitigt.[11]

[12]II. 1) Diskussion, an der sich alle Bündnispartner beteiligten (Liste Delegationsleiter siehe Anhang[13]) wurde von BM eröffnet, der Shultz für Unterrichtung nach und Konsultationen vor Reykjavik dankte. Bundesregierung habe vor Vorgipfel begrüßt, daß Reagan Gelegenheit zum ausführlichen Meinungsaustausch mit Gorbatschow wahrgenommen habe, und bleibe bei dieser Haltung auch nach Reykjavik. In öffentlicher Diskussion werde jetzt SDI-Problematik im Vordergrund stehen. Meinungsbildung über Treffen werde in hohem Maße von Verhalten Bündnispartner abhängen. Reykjavik werde dann als Er-

11 Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 22. Oktober 1986 folgende Darstellung des amerikanischen Außenministeriums: „Abbruch der Gespräche sei von Reagan herbeigeführt worden, nachdem Gegensätze in der Frage der SDI-Forschung unüberbrückbar erschienen. Nachdem Reagan vom Verhandlungstisch aufgestanden sei, habe ihn Gorbatschow gefragt: ‚Are you leaving now?' Als Reagan dies bejaht habe, habe Gorbatschow nachgehakt: ‚Does that mean we won't meet again?'" Reagan habe auch dies bejaht. Er habe später im Flugzeug gegenüber Mitarbeitern erklärt, er wisse aus seiner Erfahrung als Verhandlungsführer der Filmschauspielergewerkschaft, daß in bestimmten Fällen Abbruch einer Verhandlungsrunde nötig sei, um letztlich Erfolg zu erzielen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4511; VS-Bd. 11282 (220): B 150, Aktenkopien 1986.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1281 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Dem Vorgang beigefügt. Für die Liste vgl. VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

folg erkannt werden, wenn Öffentlichkeit klargemacht werden könne, daß alle Anstrengungen unternommen worden seien und in Zukunft unternommen würden, um zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Diese Bemühungen müßten sofort einsetzen, damit Rückschlag vermieden werde. Gerade angesichts weiten Erwartungshorizonts in Öffentlichkeit müsse deutlich werden, daß es Bündnis sei, das in Gestaltung politischer Beziehungen zwischen Ost und West und in Rüstungskontrolle vorangehe und daß alles, was in Reykjavik erreicht worden sei, bewahrt werde. Bündnis müsse jetzt zusammenhalten und nach vorne blicken. Allianz müsse über Verhältnis offensiver zu defensiven Waffen Übereinstimmung herstellen.[14]

Es gelte, herausgearbeitete Elemente für eine Verständigung festzuhalten. In Genf müßten Verhandlungen über Strukturen der Abkommen, die in Reykjavik ins Auge gefaßt worden seien, fortgesetzt werden. Dies müsse auch nach außen zum Ausdruck gebracht werden.

In jetziger Lage komme multilateralen Verhandlungen zusätzliches Gewicht zu, etwa denen über chemische Waffen. Das gelte in besonderer Weise für bevorstehendes KSZE-Folgetreffen. Fortsetzung KSZE-Prozesses sei Faktor bei Stabilisierung Ost-West-Verhältnisses.

Fragen konventioneller Rüstungskontrolle komme in diesem Zusammenhang ganz wesentliche Bedeutung zu. Zusammenhalt Bündnis müsse in Wien auch in dieser Frage gewahrt bleiben. Es müsse Verhandlungsplattform erarbeitet werden, die allen Bündnispartnern – auch F – Teilnahme ermögliche. Lösung müsse im KSZE-Rahmen gefunden werden.

2) Alle anderen Sprecher folgten BM

- in positiver Würdigung amerikanischer Verhandlungsanstrengungen in Reykjavik;
- Notwendigkeit, Solidarität zu zeigen;
- das in Reykjavik Erreichte zu bewahren und in weiteren Verhandlungen zu nutzen;
- der Öffentlichkeit die weiterhin aktive Rolle Allianz deutlich zu machen;
- in Bewertung, daß multilateralen Verhandlungen jetzt erhöhte Bedeutung zukomme;
- in Appell, in Frage Verhandlungsplattform für konventionelle Rüstungskontrolle Konsens im Rahmen KSZE zu suchen (besonders Tindemans, Andreotti, Renton, NL[15], F[16]).

Andreotti und Clark wiesen auf Schwierigkeiten hin, in Öffentlichkeit SDI-Debatte zu führen. Helfen könne Hinweis, daß Verhandlungen fortgesetzt würden. Es müsse deutlich gemacht werden, daß SU Änderung des ABM-Vertrages verlangt habe (DK[17]).

F dankte für US-Haltung in Zusammenhang mit Behandlung Drittstaatensysteme und bezweifelte, ob nuklearwaffenfreie Welt erreichbar sei.

14 Korrigiert aus: „hergestellt werden".
15 Für die Niederlande nahm der Abteilungsleiter im Außenministerium, Wijnaendts, teil.
16 Für Frankreich nahm der Generalsekretär des Außenministeriums, Ross, teil.
17 Für Dänemark nahm der NATO-Botschafter Borch teil.

3) Shultz antwortete auf eine Reihe von Fragen wie folgt:

a) Linkage INF – SDI

SU werde immer versuchen, Bündnis zu spalten. US gingen in Genf davon aus, daß INF-Abkommen ohne Bindung an andere Verhandlungsbereiche abgeschlossen werden könne. Möglichkeit dazu sei gegeben, wenn SU erkenne, daß sie bei ihren Bemühungen, Uneinigkeit ins Bündnis zu tragen, keinen Erfolg haben werde.

b) Auslegung ABM-Vertrag

SU wolle eine ABM-Vertragsänderung. Sie versuche, zwischen erlaubter und nicht erlaubter Forschung Unterschied zu machen. Für traditionelle ABM-Komponenten halte sie Tests außerhalb von Labors für zulässig, weltraumbezogene SDI-Forschung solle jedoch nur im Labor statthaft sein. Damit sei sowjetische Forschung außerhalb des Labors erlaubt, nicht aber amerikanische.

c) Drittstaatensysteme

Thema sei lange erörtert worden im Zusammenhang mit Überlegungen, Nuklearwaffen gänzlich abzuschaffen. Falls dies Ziel erreicht werde, müßten Drittstaaten selbstverständlich einbezogen werden, denn ein solches Abkommen sei ohne ihre Mitwirkung nicht möglich. US habe in diesem Zusammenhang bemerkt, daß China sich gegenüber US dahin geäußert habe, daß es sich gern an solchen Verhandlungen beteiligen würde.

d) Rüstungskontrolle

Angesichts in Reykjavik erzielter Fortschritte werde Bedeutung konventioneller Rüstungskontrolle zunehmen. Diese Herausforderung sei eine zwischen Allianzen zu behandelnde Frage. Halifax sei guter Anfang gewesen.[18] NNA hätten in diesem Zusammenhang keine Rolle zu spielen. Streitkräfte-Strukturen Bündnisses und Definition konventioneller Rolle Bündnisses könnten sonst von NNA beeinflußt werden, ohne daß diese ihrerseits Beitrag leisteten. Daher müsse Thema von NNA getrennt behandelt werden („in some manner").

Er sehe, daß diese Auffassung viele im Bündnis nicht teilten. Gewiß wünsche auch US, daß F mitwirke. Man werde HLTF-Studie[19] prüfen, amerikanische Auffassung habe vorläufigen Charakter.

e) Chemische Waffen

Shultz erklärte lediglich, US warte jetzt, was SU auf britischen Verifikationsvorschlag[20] sage. Thema, das man habe behandeln wollen, habe in Reykjavik aus Zeitgründen keine Rolle gespielt.

f) SRINF

Frage sei nicht definitiv festgeschrieben worden. Einig sei man sich gewesen

18 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

19 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 279, Anm. 8.

20 Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

über Einfrieren SU-Bestände mit Ausgleichsmöglichkeiten auf seiten US sowie Verhandlungsverpflichtung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß LRINF-Abkommens.

Auf weitere Frage BM erklärte Shultz, Reichweiten seien nicht vertieft worden. Zeit habe dazu nicht gereicht.

g) Washingtoner Gipfel

Datum sei nicht festgelegt worden. Für 1986 sei Gipfel höchst unwahrscheinlich. Wichtiger als Festlegung Datums sei Fortschritt in der Sache gewesen. Niemals seien auf Treffen auf höchster Ebene so bedeutsame substantielle Positionen entwickelt worden wie in Reykjavik. US sei interessiert zu erfahren, was Bündnispartner zum Thema Datum Washingtoner Gipfel von SU höre.

h) Ziele Gorbatschows

Shultz lehnte es ab, hier zu spekulieren. US sei mit guten Absichten nach Reykjavik gekommen. Gorbatschow habe viele Vorschläge vorgelegt. Am Ende sei Einigung nicht möglich gewesen, aber nicht wegen SDI oder Definitionsproblemen in Zusammenhang mit ABM-Vertrag. Gorbatschow habe versucht, US Möglichkeit zu nehmen, sich zu verteidigen. Darauf könne US nicht verzichten.

US wollten alle Verhandlungstüren offenhalten. Es werde Fehler sein, nicht an Reykjavik anzuknüpfen.

i) Teilnahme Shultz an Wiener Folgetreffen

Wegen Kongreßwahlen[21] werde er nicht zur Eröffnung Folgetreffens nach Wien kommen können, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt teilnehmen.

4) GS[22] faßte Sitzung wie folgt zusammen:

- Würdigung der herausragenden Ergebnisse in Reykjavik und schneller und umfassender Unterrichtung.
- Es hätten sich Möglichkeiten in vielen Bereichen eröffnet, die in jeweiligen Verhandlungsvorrunden energisch weiterverfolgt werden müßten. Dabei dürfe ein Verhandlungsbereich nicht Geisel eines anderen werden.
- Bündnis habe in allen Foren konstruktive Vorschläge gemacht.
- Multilateralen Verhandlungsforen (chemische Waffen, konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE Wien) sei jetzt besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11281 (220)

21 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

22 Lord Carrington.

283

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, z.Z. Budapest, an das Auswärtige Amt

114-5877/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Oktober 1986, 19.40 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1 **Ankunft: 13. Oktober 1986, 23.42 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Staatsbesuch Ungarn (13. bis 16.10.1986)[1];
hier: Gespräch BM–AM Várkonyi 13.10.1986, 17.00 Uhr

BM traf heute mit AM Várkonyi unmittelbar vor dessen Abreise zu WP-AM-Treffen Bukarest[2] zu einem etwa halbstündigen Vier-Augen-Gespräch zusammen. BM unterrichtete anschließend Delegation über wesentlichen Gesprächsinhalt wie folgt:

Treffen von Reykjavik[3] – so BM – sei nach amerikanischer Einschätzung, die wir teilten, nicht nutzlos gewesen, da man in wichtigen Bereichen Fortschritte gemacht habe. Im NATO-Rat habe sich heute volle Übereinstimmung ergeben, daß jetzt alle Anstrengungen unternommen werden müßten, die Verhandlungen in den bestehenden und – was die konventionellen Waffen angehe – noch zu schaffenden Verhandlungsgremien fortzusetzen. Er – BM – habe die Meinung der NATO-Partner anhand der zusammenfassenden Feststellungen von Lord Carrington erläutert.

– Reykjavik habe Aussicht auf wichtige Fortschritte eröffnet, jetzt sei notwendig, diese Vorschläge und Annäherungen in den einzelnen Verhandlungsforen aufzunehmen und weiterzuentwickeln.
– Fortschritt in einem Bereich dürfe nicht „Geisel“ des Fortschritts in anderen, schwierigeren Bereichen werden. Man dürfe nicht künstlich Dinge miteinander verbinden. Dies gelte allerdings nicht für die Bereiche der strategischen und Defensivsysteme, wo ja Präsident Reagan und GS Gorbatschow bereits in Genf[4] einen Zusammenhang gesehen hätten. Aber es gelte für alle anderen Abrüstungsbereiche!
– Notwendig sei, faire Vereinbarungen anzustreben, die auch legitime Interessen der anderen Seite respektieren – das Bündnis sei dazu entschlossen.
– Zu begrüßen sei, daß die amerikanischen Unterhändler[5] sofort nach Genf zurückkehrten und dort weiter verhandelten.

1 Bundesminister Genscher begleitete am 13./14. Oktober 1986 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch in Ungarn.
2 Die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten fand am 14./15. Oktober 1986 statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 51–56.
3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.
4 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.
5 Maynard W. Glitman, Max M. Kampelman und Ronald F. Lehman.

– Notwendig seien ferner Fortschritte bei den Verhandlungen über ein weltweites CW-Verbot, beim Teststopp sowie bei konventioneller Rüstungskontrolle.
– Das dritte KSZE-Folgetreffen Wien sei jetzt besonders wichtig. – Man müsse in den drei Körben Fortschritte erzielen.

BM habe AM Várkonyi besonders auf den Passus hingewiesen, wonach Fortschritt auf einem Gebiet nicht zur „Geisel" des Fortschritts auf anderen Gebieten werden dürfe: Hier sei vor allem an die Mittelstreckenverhandlungen zu denken. GS Gorbatschow selbst habe vor einiger Zeit das Junktim zwischen Mittelstreckenraketen und der SDI-Frage aufgehoben.[6] Deshalb wäre es nur logisch, wenn die SU bei dieser Haltung bliebe – dies sei außerordentlich wichtig.

Man habe – so BM weiter – wohl auch hier sehr positiv zur Kenntnis genommen, daß der BK und er selbst den von GS Gorbatschow wieder eingeführten Begriff vom „europäischen Haus" aufgenommen hätten – dies müsse sich jetzt in der Praxis bewähren. Für die Europäer sei die Frage der Mittelstreckenraketen von besonderer Bedeutung (Hinweis auf unseren Dialog mit der SU und auf bevorstehenden Bonn-Besuch Karpows[7]).

Wir anerkennten die Anstrengungen beider Seiten, der USA und der SU. Er – BM – weise auf große Bedeutung hin, daß auf sehr positive Stellungnahme der NATO zur Fortsetzung der Zusammenarbeit und der Verhandlungen nunmehr auch ein positives Echo aus Bukarest komme. In Brüssel habe er betont, was auf dem Tisch liege, dürfe nicht gegenstandslos werden. Jetzt sei viel staatsmännische Weisheit und Verantwortlichkeit notwendig, um konstruktiv weiterzukommen.

AM Várkonyi habe ihm erwidert, er habe die Pressekonferenz GS Gorbatschows[8] am Fernsehen erlebt und glaube danach, daß auch die Überlegungen der SU in diese Richtung gingen. Er – Várkonyi – werde sich in Bukarest dafür einsetzen, daß man in den verschiedenen Bereichen weiterverhandele. Es sei auch seine Meinung, daß jetzt nicht alles von vorn beginnen dürfe.

[gez.] Kaestner

VS-Bd. 11305 (220)

6 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Oktober 1985 in Paris; Dok. 18, Anm. 10.
7 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich am 15. Oktober 1986 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 285.
8 Für den Wortlaut der Pressekonferenz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 135–155.

284

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.00 SB-1647/86 VS-vertraulich **14. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow in Reykjavik am 11./12. Oktober 1986[4];
hier: rüstungskontrollpolitische Ergebnisse

I. Zusammenfassung

1) Das Treffen in Reykjavik führte zu wesentlicher Annäherung der beiderseitigen Positionen im INF- und START-Bereich:

– Bei den Mittelstreckenwaffen konnte grundsätzliches Einvernehmen über nahezu alle bis dahin noch offenen Fragen eines INF-Abkommens erzielt werden, einschließlich der Festlegung quantitativer regionaler und globaler Obergrenzen. Die SU hat darauf verzichtet, daß die Drittstaatensysteme – in welcher Form auch immer – in ein Abkommen einbezogen werden sollen. Sowjetische SRINF sollen zunächst eingefroren werden, die USA erhalten das Recht, dieses Potential auszugleichen. Anschließend soll über diese Systeme verhandelt werden.

– Bei den strategischen Waffen einigten sich beide Seiten darauf, die drei Elemente der Triade (ICBM, SLBM, schwere Bomber) um 50 % zu reduzieren. Die SU besteht nicht mehr auf der Berücksichtigung von amerikanischen INF und FBS – sie ist somit zu jenem Verständnis des Begriffs „strategisch" zurückgekehrt, der den SALT-Abkommen zugrunde liegt.

2) Bewegung hat es ferner gegeben in der Verifikationsfrage und bei Teststoppfragen.

3) Zentrales Thema der Gespräche war die rüstungskontrollpolitische Einbindung von SDI. Die unterschiedlichen Grundpositionen sind klar zutage getreten.

Die SU, die neue strategische Verteidigungssysteme weiterhin kategorisch ablehnt, versucht durch eine Verschärfung des ABM-Vertrags (Beschränkung auf Labortests) die Fortführung des SDI-Programms, so wie es geplant ist, zu verhindern. Die USA hingegen wollen sich das Recht vorbehalten, neue strategische Verteidigungssysteme nach Ablauf von zehn Jahren zu dislozieren und daher die hierfür notwendige Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsar-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und den Legationsräten I. Klasse Müller und Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Oktober 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats Ischinger vom 17. November 1986 vorgelegen. Ferner verfügte Ischinger den Rücklauf an Referat 220. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 18. November 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Müller verfügte.
Hat Müller erneut vorgelegen.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. auch Dok. 282, Dok. 285 und Dok. 286.

beit durchführen. Sowjetische Befürchtungen einer amerikanischen Überlegenheit wollen sie durch den Vorschlag ausräumen, ballistische Raketen innerhalb von zehn Jahren zu beseitigen.

4) Die gegenwärtige Unvereinbarkeit der beiderseitigen Positionen hat es in Reykjavik verhindert, daß es zu formalisierten Übereinkünften bei INF und START gekommen ist. Offen ist, ob die SU auch zukünftig auf einer „Paketlösung", d. h. einem faktischen Junktim zwischen den drei Bereichen der Genfer Verhandlungen, beharren wird. Botschafter Lomejko hat in Bonn am 13.10.1986 erklärt, grundsätzlich sei der Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen auch getrennt von einer SDI-Lösung möglich.[5]

5) Auch wenn es nicht zur Festschreibung von Verhandlungsergebnissen kam, wäre es falsch, von einem Scheitern des Reykjaviker Treffens zu sprechen. GS Gorbatschow selbst hat in seiner Pressekonferenz[6] betont, daß der zurückgelegte Weg hin zu „großen Vereinbarungen über die Reduzierung von Kernwaffen" ein „großer Gewinn" war, und von der Notwendigkeit, den Dialog fortzusetzen, gesprochen. Die Möglichkeit, die anstehenden rüstungskontrollpolitischen Fragen zu lösen, sei nicht verlorengegangen. Die Notwendigkeit für einen Dialog habe sich noch verstärkt.

II. Im einzelnen

1) Darstellung der Ergebnisse

a) INF

Beide Seiten einigten sich auf folgende Elemente einer Vereinbarung:

– Globale Obergrenze von 100 GK;
– keine Stationierung von LRINF in Europa;
– die SU disloziert ihr GK-Potential auf SS-20 in Asien;
– die USA stationieren ihre Systeme auf amerikanischem Territorium; nach amerikanischer Auffassung möglicherweise in Alaska;
– „Freeze" für sowjetische SRINF, „right to match" für USA; Verhandlungen über SRINF nach Abschluß eines Abkommens; unklar ist, ob damit alle Systeme im Reichweitenband 150 bis 1000 km gemeint sind;
– Drittstaatensysteme werden nicht in die Vereinbarung einbezogen (GS Gorbatschow vor der Presse: „Wir haben beschlossen, bei dem jetzigen Treffen die Frage der französischen und britischen Raketen überhaupt von der Tagesordnung zu streichen und sie beiseite zu lassen. Mögen sie eine selbständige Kraft bleiben, mögen sie verstärkt und vervollkommnet werden.");
– die Vereinbarung bleibt bis zum Abschluß eines neuen Abkommens in Kraft.

5 Am 20. Oktober 1986 berichtete die Wochenzeitschrift „Der Spiegel", daß sich der sowjetische Sonderbotschafter Lomejko bereits am 13. Oktober 1986 zum Verlauf des Treffens des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik geäußert habe: „Der Abschluß von Abrüstungsverhandlungen sei auch getrennt von einer SDI-Lösung möglich, verkündete ganz unbefangen der Moskauer Sonderbotschafter für Abrüstung, Boris Lomejko, in Bonn: ‚Das Treffen von Reykjavik war nicht umsonst', eine separate Nullösung für Mittelstreckenraketen in Europa sei möglich." Vgl. den Artikel „Niemand wird uns vom Kurs abbringen"; DER SPIEGEL, Nr. 43 vom 20. Oktober 1986, S. 170.

6 Für den Wortlaut der Pressekonferenz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 135–155.

b) START

Folgendes Einvernehmen konnte erzielt werden:

- 50%-Reduzierungen der
  - ICBM,
  - SLBM und
  - schweren Bomber;
- amerikanische INF und FBS werden in einem Abkommen nicht berücksichtigt.

c) Weltraum- und Defensivsysteme, „Linkage"

Die Finalisierung der Rahmenvereinbarungen in den Bereichen INF und START scheiterte an den unüberbrückbaren Gegensätzen im Defensivbereich.

Beide Seiten einigten sich zwar im Grundsatz darüber, den ABM-Vertrag auf zehn Jahre festzuschreiben. Die jeweiligen Vorstellungen darüber, was während dieser zehn Jahre konkret erlaubt bzw. verboten sein sollte, blieben jedoch unvereinbar:

- Die SU verlangt nach wie vor, alle Forschungsaktivitäten auf das Labor zu beschränken. Dies geht über die Forderung nach Einhaltung der „restriktiven" Auslegung des ABM-Vertrags, die u.a. die Erprobung von „Subkomponenten" außerhalb des Labors gestatten würde, hinaus und würde eine inhaltliche Veränderung des ABM-Vertrags bedeuten.
- Die USA wollen jetzt in der Lage sein, in Übereinstimmung mit der engen Auslegung des ABM-Vertrags Entwicklung und Tests unterhalb der Komponentenebene durchzuführen. Darüber hinaus wollen sie sich die Möglichkeit offenhalten, während der zehn Jahre auf die „weite" Auslegung des Vertrages überzugehen, d.h. gegebenenfalls auch Entwicklung und Erprobung vollständiger Defensivsysteme und -komponenten vorzunehmen.

Diese Positionen zur Substanz des im Rahmen des ABM-Vertrages Möglichen bestanden bereits vor dem Gipfel. Als neues Element führten die USA das Angebot ein, die Gestattung der Dislozierung neuer Defensivsysteme nach Ablauf der Zehnjahresfrist mit einer Übereinkunft über die vorherige Beseitigung der ballistischen Raketen zu verbinden. (Im Rahmen ihres bisherigen 7 1/2-Jahresvorschlags[7] hatten die USA lediglich vorgeschlagen, daß beide Seiten sich über einen Plan zur späteren Beseitigung der ballistischen Raketen verständigten.) Außenminister Shultz betonte, daß sich bei Verwirklichung des neuen Vorschlags die SDI-Problematik grundlegend ändern würde: Bei Beginn der anschließend beabsichtigten SDI-Dislozierung gäbe es keine ballistischen Raketen mehr, so daß die Defensivsysteme lediglich die Funktion einer Rückversicherung zu erfüllen hätten.

Gorbatschow wies den amerikanischen Vorschlag kategorisch zurück und gab auf seiner Pressekonferenz rhetorisch zu verstehen, daß hierauf nur ein „Verrückter" eingehen könne, der in eine Anstalt gehöre.

[7] Vgl. dazu den mit Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. Juli 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, übermittelten Rüstungskontrollvorschlag; Dok. 204 und Dok. 205.

Die SU nahm den offenen Konflikt um SDI zum Anlaß, ihr Junktim zwischen Verhandlungsergebnissen bei Offensiv- und Defensivsystemen faktisch wieder auf den INF-Bereich auszudehnen. Zur Begründung wurde von Gorbatschow angeführt, daß die geplante drastische Reduzierung der Mittelstreckenraketen und der strategischen Potentiale nur dann möglich sei, wenn keine Seite gleichzeitig nach militärischer Überlegenheit strebe.

d) Verifikation

Es besteht grundsätzliches Einvernehmen, daß Verifikationsbestimmungen folgende Elemente umfassen:

– Datenaustausch,

– Überprüfung der zu vernichtenden Bestände durch Vor-Ort-Inspektionen,

– effektive Kontrolle der verbleibenden Systeme.

e) Teststoppfragen

Im Laufe der Gespräche in Reykjavik brachten die USA ihren Vorschlag aus der VN-Rede Reagans vom 22.9.1986[8] ein:

(1) Einigung über Verifikation der Schwellenverträge von 1974 und 1976[9],

(2) Ratifizierung der Schwellenverträge durch USA,

(3) Eintritt in Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine schrittweise Begrenzung und schließliche Beendigung der Tests parallel zu Reduzierungen und einer schließlichen Abschaffung der Nuklearwaffenarsenale.

GS Gorbatschow schlug vor, unmittelbar nach Abschluß des Treffens in Reykjavik in reguläre Verhandlungen über ein vollständiges und endgültiges Verbot von Kernexplosionen einzutreten, in deren Verlauf die von Präsident Reagan vorgebrachten Punkte erörtert werden könnten.

Die USA unterrichteten die Verbündeten am 13.10.1986 in Brüssel davon, daß Präsident Reagan trotz des Ausbleibens einer Einigung mit der Sowjetunion nun die Ratifizierung der Schwellenverträge einleiten werde. Gleichzeitig werde mit der SU über die Vereinbarung einer befriedigenden Verifikationsregelung gesprochen. Komme es hier zu einem Ergebnis, könne das Ratifizierungsverfahren abgeschlossen werden.

II. Bewertung

a) INF

Der im INF-Bereich erzielte Kompromiß stellt eine für uns akzeptable Lösung dar, nachdem die SU ihre für uns unakzeptablen Forderungen (Einbeziehung von Drittstaatensystemen, SRINF-Regelung erst in einer späteren Phase der

8 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 22. September 1986 in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1227–1233.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

nuklearen Abrüstung, lediglich Einfrieren der SS-20 in Asien) fallengelassen hat. Die gefundene Lösung entspricht den im Bündnis vereinbarten Kriterien für ein INF-Abkommen. Sie würde für die SU einen Abbau von 1335 GK bedeuten, während der Westen gegenwärtig Reduzierungen von 200 GK vornehmen müßte.

Der Verzicht der SU auf Einbeziehung von Drittstaatensystemen in ein INF-Abkommen ist ein Schritt, der sich bereits bei den Expertengesprächen im September 1986 in Washington[10] angedeutet hatte. Mit der jetzt erfolgten Klarstellung ist ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einer Lösung der Mittelstrecken-Problematik endgültig aus dem Weg geräumt.

Offen ist, welche sowjetischen SRINF-Systeme von einem Freeze und einer Weiterverhandlungsverpflichtung erfaßt würden. GS Gorbatschow hat lediglich von Systemen von einer Reichweite bis 1000 km gesprochen. Sollten darunter auch die Scud-B fallen, so wäre die SU noch über unsere Vorstellungen hinausgegangen („Freeze“ für SS-12/22 und SS-23, Einbeziehung der Scud-B erst in Folgeverhandlungen).

Die für Asien vorgesehene Regelung stellt ein großes sowjetisches Entgegenkommen dar. Sie geht weiter als westliche Vorstellungen, die im Februar 1986 im Rahmen einer modifizierten Null-Lösung im Bündnis diskutiert wurden.[11] Damals war in Erwägung gezogen worden, daß die SU die Zahl der GK in Asien auf ca. 255 beschränken sollte. Bundeskanzler Kohl hatte in seinem Schreiben an Präsident Reagan dieser Regelung, die an den Bedenken Frankreichs und Großbritanniens und am starken Widerstand Japans scheiterte, zugestimmt.[12]

Im Zusammenhang mit den SS-20 in Asien wird es ein europäisches Anliegen sein, daß diese nicht in Stellungsbereichen disloziert werden, von denen aus sie Europa erreichen können. Dies bedeutet konkret ein Dislozierungsverbot für Nowosibirsk/Barnaul.

Auch in der Frage der Dauer eines INF-Zwischenabkommens hat sich die SU bewegt. Hatte sie noch bei den Expertengesprächen im September 1986 in Washington ein zeitlich nur kurz befristetes Abkommen gefordert, so ist sie jetzt damit einverstanden, daß eine Zwischenvereinbarung bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens in Kraft bleibt.

Gegenwärtig nicht eindeutig beantworten läßt sich die Frage, ob nach sowjetischer Vorstellung eine INF-Vereinbarung nur als ein Teil einer Paketlösung möglich ist. Einerseits hat GS Gorbatschow in Reykjavik erklärt, daß die Fra-

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.

11 Vgl. dazu die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 12. Februar 1986 in Brüssel; Dok. 38.

12 Mit Schreiben vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan legte Bundeskanzler Kohl dar: „The area where the Gorbachev proposal might be most likely to open up possibilities for progress are the INF negotiations. I support your intention of proposing a modified zero solution to Mr Gorbachev. In this connection I share your view that the aim of a global elimination of ground-based LRINF, which was introduced into the negotiations in 1981, should be maintained. This means that a modified zero solution would also acquire the character of an interim agreement on the road to a complete removal of US and Soviet LRINF. We are surely agreed that an important element of a modified zero solution will have to be the agreement of equal global ceilings corresponding to the number of Soviet SS-20s remaining in Asia. We also share your opinion with respect to the question of the British and French strategic systems.“ Vgl. VS-Bd. 13764 (014); B 150, Aktenkopien 1986.

gen INF, START und Weltraum einen Komplex darstellen. Beide Seiten müßten bei der Liquidierung der strategischen Nuklearwaffen und der Mittelstreckensysteme die Garantie haben, daß es nicht – als Folge von Forschungen im Bereich neuer strategischer Abwehrsysteme – zur Entwicklung neuer „Waffenarten" komme.

Es ist möglich, daß die SU die Mittelstreckensysteme für die Dauer der Gespräche in Reykjavik faktisch wieder in das Junktim „Reduzierung von Kernwaffen – Lösungen im Bereich Weltraum" einbezogen hat, um aus kurzfristigen taktischen Überlegungen heraus die separate Behandlung der INF-Themen zu blockieren und damit das Verhandlungsgewicht für die sowjetische SDI-Position zu stärken. Dafür spricht, daß Botschafter Lomejko hierzu am 13. Oktober 1986 in Bonn erklärt hat, „daß grundsätzlich der Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen auch getrennt von einer SDI-Lösung möglich sei". Wiederholte Fragen, ob speziell eine Beseitigung der Mittelstreckenraketen nach wie vor möglich sei, wurden von Lomejko ausdrücklich bejaht.[13]

b) START

Im START-Bereich besteht grundsätzliches Einvernehmen, die drei Elemente der Triade – ICBM, SLBM und schwere Bomber – jeweils um 50 % zu reduzieren. Der Gedanke einer Interimslösung auf dem Wege zu einer Halbierung der strategischen Systeme, die zeitweise im Vordergrund gestanden hatte, wurde in Reykjavik nicht weiterverfolgt. Damit zeichnen sich die Konturen eines Abkommens ab.

Hervorzuheben ist, daß die SU mit dem ausdrücklichen Verzicht auf Einbeziehung amerikanischer INF und FBS zu jenem Verständnis des Begriffs strategisch zurückgekehrt ist, der den SALT-Abkommen zugrunde liegt. Sie hat damit ein von ihr aufgebautes, wesentliches Hindernis für eine START-Vereinbarung beseitigt und einem besonderen europäischen Interesse Rechnung getragen.

Festzuhalten ist, daß die SU noch bis Einbringung ihres Vorschlags einer 30 %igen Reduzierung im Juni 1986[14] erklärt hatte, daß bei der Halbierung der strategischen Potentiale die amerikanischen INF und FBS voll angerechnet werden müssen.

c) Weltraum- und Defensivsysteme

Zum Defensivbereich muß zunächst festgehalten werden, daß Reykjavik auch eine (in ihrer Tragweite allerdings sehr begrenzte) Annäherung der Positionen erbrachte: Beide Seiten haben nicht nur die Notwendigkeit rüstungskontrollpolitischer Berechenbarkeit auch im Defensivbereich anerkannt, sie haben auch mit ihrer faktischen Einigung auf eine am ABM-Vertrag orientierte Zwischenlösung von zehn Jahren Dauer einen ersten Schritt zur Überwindung ihres Gegensatzes unternommen.

Es bleibt jedoch die Unvereinbarkeit der Grundpositionen zum künftigen Verhältnis Offensiv-/Defensivsysteme:

13 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Eine Klärung dieser für uns wichtigen Frage kann das morgige Gespräch des Bundesministers mit Karpow bringen."

14 Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 11. Juni 1986 vgl. Dok. 170 und Dok. 175.

– Die SU will eine Neuordnung dieses Verhältnisses verhindern, und sie will die Regelungen des ABM-Vertrages verschärfen, um SDI schon im Ansatz zu stoppen.
– Die USA wollen das Verhältnis Offensiv-/Defensivsysteme auf eine neue Grundlage stellen, sofern die SDI-Forschungsergebnisse die technische Möglichkeit dazu eröffnen.

Für die Lösung dieses Konflikts gibt es prinzipiell drei Möglichkeiten:

– „konservative Lösung", d. h. Festschreiben des ABM-Vertragsregimes auf Dauer;
– „aufschiebende Lösung", d. h. den Interessen beider Seiten Rechnung zu tragen, ohne daß eine Seite ihr Fernziel aufgeben müßte;
– „radikale Lösung", d. h. kooperative Neubestimmung des Verhältnisses Offensiv-/Defensivsysteme.

Die „konservative Lösung" erscheint während der Amtszeit Präsident Reagans nicht gangbar. Der Glaube des Präsidenten in seine SDI-Mission ist offenbar unerschütterlich. Hinzu tritt die wohl von allen führenden amerikanischen Regierungsvertretern geteilte pragmatische Überlegung, daß SDI als Verhandlungshebel erhalten werden muß.

Die Möglichkeit einer „aufschiebenden Lösung" ist in den Positionen beider Seiten zumindest in nuce angelegt: Man hat sich in Reykjavik im Grundsatz darauf geeinigt, für zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten. Die SU will jedoch den Vertrag so verschärfen, daß SDI praktisch gestoppt würde: Bei Beschränkung der Forschung auf die Labors wäre die Klärung der Frage, ob neuartige Defensivsysteme machbar sind, wohl ausgeschlossen. Der für die USA nicht akzeptable völlige Verzicht auf SDI wäre damit präjudiziert.

Andererseits würde die amerikanische Position dazu führen, daß nach der Zehnjahresfrist im Falle des Erfolges der SDI-Forschung die Dislozierung neuer Defensivsysteme möglich wäre. Eine unmittelbar auf den Fristablauf folgende Dislozierung wäre allerdings nur dann möglich, wenn die USA schon vorher auf die Anwendung der weiten Auslegung des ABM-Vertrages übergingen. Dies scheint die SU zu befürchten.

Eine Möglichkeit, die „aufschiebende Lösung" einer Kompromißformel näherzubringen, ergäbe sich vielleicht aus einem zehnjährigen Festschreiben der „restriktiven" Auslegung des ABM-Vertrages. Dies würde wenigstens bis Anfang der neunziger Jahre die ungehinderte Fortsetzung des SDI-Forschungsprogramms erlauben, aber die Entwicklung und Erprobung kompletter Weltraumsysteme und ihrer Hauptkomponenten ausschließen.

Die „radikale Lösung", also die kooperative Neubestimmung des Verhältnisses Offensiv-/Defensivsysteme in Abkehr vom ABM-Vertrag, wird von der SU ebenso kategorisch abgelehnt wie von den USA das langfristige Festschreiben des ABM-Vertrages. Die Gründe der sowjetischen Ablehnung des in Reykjavik vorgebrachten jüngsten amerikanischen Vorschlags für eine kooperative Neuordnung sind jedoch nicht klar erkennbar.

Die zwei schwerwiegendsten Bedenken der SU gegen eine Neuordnung des Verhältnisses Offensiv-/Defensivsysteme waren bisher: Erstens sei die Kombination Schwert/Schild bedrohlich und destabilisierend; zweitens begänne bei

Dislozierung neuer Defensivsysteme eine neue Rüstungsdynamik. Diese Sorgen entfielen wohl, wenn man Reagan mit seinem jüngsten Vorschlag beim Wort nähme: Wenn in zehn Jahren bei Dislozierungsbeginn der Defensivsysteme die ballistischen Raketen bereits beseitigt wären, gäbe es weder die Schwert/Schild-Kombination noch die Gefahr einer neuen Rüstungsdynamik zwischen beiden Elementen. Gleichzeitig wäre es durchaus denkbar, mit nicht-ballistischen Mitteln (Bomber und Marschflugkörper) eine stabile strategische Abschreckung aufrechtzuerhalten.

Die SU hat als weiteres Bedenken die Sorge vor dem Einsatz von Weltraumwaffen gegen Erdziele geäußert. Insofern hat Reagan jedoch bereits in seinem Brief vom 25. Juli 1986 und in seiner VN-Rede die Vereinbarung besonderer Maßnahmen zum Ausschluß dieser Besorgnisse angeboten.

Gorbatschow ist auf seiner Pressekonferenz in Reykjavik auf das jüngste amerikanische Angebot (Dislozierung Defensivsysteme erst nach Beseitigung ballistischer Raketen) nicht eingegangen, sondern hat nur pauschal zu verstehen gegeben, daß er auch diesen Vorschlag als Ausdruck militärischen Überlegenheitsstrebens der USA betrachtet. Diese nicht-substantiierte Ablehnung steht im Kontrast zu seinen im übrigen argumentativ wohlbegründeten Ausführungen. Sofern es der SU mit ihrem erklärten Ziel der allmählichen Abschaffung der Nuklearwaffen ernst ist, sind die Gründe ihrer pauschalen Ablehnung einstweilen nicht klar erkennbar.[15]

AM Shultz ist darin zuzustimmen, daß die SDI-Problematik im Falle der Dislozierung erst nach Beseitigung der ballistischen Raketen ein völlig anderes Gesicht erhielte. Die grundlegenden sicherheitspolitischen Bedenken würden wohl weitgehend entfallen; es blieben finanzielle Einwände und aus sowjetischer Sicht die Sorge um technische Unterlegenheit. Doch selbst solche Bedenken hätten wohl nur begrenztes Gewicht: Es ist schwer vorstellbar, daß ein amerikanischer Kongreß nach einem Vertrag über die Beseitigung der ballistischen Raketen SDI einschließlich Dislozierung in vollem Umfang finanzieren würde.

d) Verifikation

Fortschritte in der Verifikationsfrage im Sinne westlicher Interessen zeichnen

15 Botschafter Kastl, Moskau, übermittelte am 15. Oktober 1986 die Einschätzung des amerikanischen Botschafters in Moskau, Hartman, zu möglichen Gründen für die sowjetische Haltung in Reykjavik: „H[artman] rätselt wie sein AM, welche Gründe GS Gorbatschow bewogen, in Reykjavik stürmisch auf einen Durchbruch in der Rüstungskontrolle hinzuwirken, eine Einigung aber an der Forderung scheitern zu lassen, daß US sich über ABM-Vertrag hinaus verpflichten sollen, auf Erprobung der SDI-Forschung im Weltraum zu verzichten. Sowjetische Diplomatie hatte es offenbar unterlassen, US-Administration auf das sowjetische Vorschlagspaket vorzubereiten, so daß Reagan hoffen konnte, durch einige Teilregelungen (Nuclear Risk Reduction Centres, Einleitung des Ratifikationsprozesses für Schwellen-Testbannverträge, INF-Zwischenabkommen) GS zu einem Gipfeltreffen in USA locken zu können. GS habe, so H., augenscheinlich übersehen, daß Reagan ein älterer Herr sei, den er nicht in die Ecke drängen könne." Zu möglichen Gründen für die sowjetische Delegation, SDI durch eine Vereinbarung zu verhindern, habe Hartman weiter ausgeführt: „Perle meine, ohne Beweise zu haben […], SU hätten im Weltraum bereits vielleicht selbst Forschungsdurchbrüche erzielt und wollten sich Vorsprung nicht nehmen lassen. Vielleicht schrecke US-Forschung tatsächlich sowjetische Führung, weil diese, wie Gromyko im Januar 85 behauptet hatte, an Offensivpotential des Defensivsystems glaube oder an dessen revolutionäre Nutzung für neue konventionelle Waffen. Es könne auch sein, daß SU vor schwerer Entscheidung stehe, ob sie selbst SDI oder gegen SDI Schritte entwickeln müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2916; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

sich ebenfalls ab. GS Gorbatschow hat die sowjetische Bereitschaft zu umfassenden Verifikationsmaßnahmen erneuert und sich für eine „dreifache Kontrolle“ ausgesprochen. Damit könnte folgendes gemeint sein:

– Verifikation durch „national technical means“,
– systematische Verifikation und
– Verifikation auf Verdacht.

Seine Ausführungen, daß die Frage der Kontrolle von der „Tagesordnung gestrichen“ wurde, könnten so zu verstehen sein, daß er und Präsident Reagan die Verifikationsfrage in Reykjavik zumindest als lösungsfähig bewertet haben.

e) Teststoppfragen

Die Ankündigung der Einleitung des Ratifizierungsverfahrens für die Schwellenverträge soll die Entschlossenheit der Administration demonstrieren, dieses Problem ohne weiteren Verzug zu lösen und damit den Weg freizumachen für Gespräche über einen umfassenden Teststopp. Der parallele Ansatz einer Begrenzung von Tests in Verbindung mit Reduzierungen der Nuklearwaffen verhindert, daß es beim Teststopp zu einer isolierten Entwicklung kommt, die die USA stets abgelehnt haben. Dieses Vorgehen entlastet die USA von dem Vorwurf, jeden Fortschritt in Richtung auf einen Teststopp zu blockieren.

Das schrittweise und parallele Vorgehen bei Begrenzung der Nukleartests und Reduzierung der Nuklearwaffen entspricht der Anregung des Bundeskanzlers in seiner Erklärung vom 11.4.1986[16].

f) Bewertung der rüstungskontrollpolitischen Gesamtsituation nach Reykjavik

Obwohl es in Reykjavik nicht gelang, die weitreichenden Übereinstimmungen festzuschreiben, resultierte der Gipfel insgesamt nicht in einem Rückschlag, sondern in einem Schritt nach vorn. Beide Seiten haben klargestellt, daß die Verhandlungen bei dem Punkt fortgesetzt werden, wo sie in Reykjavik nach weitreichenden Annäherungen zunächst abbrachen:

– GS Gorbatschow erklärte noch am 12.10.1986:
„Und doch denke ich, daß alles, was es gegeben hat – und es hat Vereinbarungen gegeben, es ist mir nicht gelungen, sie in eine Form zu bringen …– (daß) allein der Weg, den wir zurückgelegt haben, bis zu solchen großen Vereinbarungen über die Reduzierung von Kernwaffen, bereits eine große Erfahrung war, ein großer Gewinn, den wir hier in Island, in Reykjavik, erzielt haben … Wir müssen nochmals zurückkehren und versuchen, das zu überwinden, was uns trennt.“
– Präsident Reagan äußerte sich am 13.10.1986 wie folgt:
„While we parted company ... we are closer than ever before to agreements that could lead to a safer world without nuclear weapons. We are ready to pick up where we left off. Our negotiators are heading back to Geneva, and we are prepared to go forward whenever and wherever the Soviets are ready. So, there is reason – good reason – for hope.“

Es gibt weitere Gründe für die Annahme, daß die von der SU in Reykjavik verfolgte Linie des „Alles oder Nichts“ eine speziell auf dieses Treffen zugeschnit-

16 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl vor der Bundespressekonferenz vgl. Dok. 105, Anm. 13.

tene Taktik war, daß die sowjetische Planung aber auch die spätere Abkehr von dieser Taktik bereits ins Auge gefaßt hat. Die argumentativ eindrucksvoll durchstrukturierte Presseerklärung Gorbatschows legt den Schluß nahe, daß sie bereits vor Reykjavik konzipiert worden war. Dies würde bedeuten, daß Moskau für die Ablehnung des „Alles oder Nichts"-Pakets vorauskalkuliert hatte, nun aber die Verhandlungen geschäftsmäßig fortsetzen will – allerdings mit merklich erhöhtem Druck gegen SDI.

Ob die sowjetische Rechnung im Hinblick auf SDI aufgeht, ist sehr zweifelhaft. Ein Hauptproblem für die SU dürfte es sein, überzeugende Gründe gegen das in Reykjavik von Reagan gemachte neue Angebot (SDI-Dislozierung erst nach Beseitigung der ballistischen Raketen) zu finden. Bezeichnend war, daß Gorbatschows gut vorbereitete Presseerklärung hierzu schwieg. Andererseits ist aber derzeit noch völlig offen, ob dieses nahezu „revolutionäre" Angebot Reagans in der westlichen Öffentlichkeit und am Verhandlungstisch ernst genommen wird. Die USA sollten aber in jedem Falle daran festgehalten werden, da dieses Angebot den sicherheitspolitischen Gefahren der SDI in einem bisher in keinem amerikanischen Vorschlag enthaltenen Maße Rechnung trägt.[17]

III. Konsequenzen für unser weiteres Vorgehen

Kurzfristig sollten wir unsere bereits eingeschlagene Linie fortsetzen, dramatisierenden Kommentaren über das „Scheitern" des Gipfels konsequent die folgenden Punkte entgegenzuhalten:

– Die Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der SU sind nicht „gescheitert". Im Gegenteil haben beide Seiten den Gewinn aus dem Treffen betont – trotz der Enttäuschung darüber, den großen Durchbruch nicht erzielt zu haben.
– Die Gespräche haben Annäherungen der Sachpositionen erbracht, die noch vor kurzer Zeit undenkbar erschienen wären. Diese Annäherungen sind nicht „verloren". Die weiterlaufenden Genfer Verhandlungen werden nicht am Verhandlungsstand vor Reykjavik, sondern an den dort erzielten Annäherungen anknüpfen.

Sachliche Fortschritte bei den Genfer Verhandlungen können wir kurzfristig wie folgt fördern:

– Wir müssen versuchen, INF aus dem Junktim mit SDI wieder herauszulösen. Die sowjetischen Argumente für die Erneuerung dieses Junktims sind nicht stichhaltig. Wir können die Sowjets auf ihre eigene Politik verweisen, die sie seit Februar d. J. verfolgt hatten.
– Wir müssen bei beiden Seiten darauf hinwirken, die notwendige Kompromißbereitschaft für eine aufschiebende Zwischenlösung im Defensivbereich aufzubringen. Das heißt: zehn Jahre Festhalten am ABM-Vertrag, keine kategorische Beschränkung der SDI auf das Labor einerseits, kein Übergang zu extensiver Auslegung des ABM-Vertrags andererseits; Werben für restriktive Auslegung als denkbaren Kompromiß.

17 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Allerdings wird dadurch das stets geäußerte Mißtrauen der Sowjets, daß SDI offensiv genutzt werden könnte, nicht ausgeräumt."

Mittelfristig müßten wir uns jedoch auch darüber klarwerden, wie wir zu dem neuen SDI-Angebot der USA – Dislozierung von Defensivsystemen in zehn Jahren nach Beseitigung der ballistischen Raketen – Stellung beziehen. Falls SDI der Stolperstein der Genfer Verhandlungen bleibt, müßten wir gegenüber der eigenen Öffentlichkeit, gegenüber Moskau und Washington klar zur Geltung bringen können, was wir von Reagans Vorschlag einer radikalen Neubestimmung des strategischen Gleichgewichts halten. In einer vorläufigen Bewertung überwiegen die positiven Aspekte dieses Angebots:

– Auch für die Zeit nach einer zehnjährigen Zwischenlösung wäre die Perspektive einer kooperativen Regelung eröffnet.
– Die strategische Stabilität erscheint durch SDI nicht gefährdet, wenn Defensivsysteme erst nach Beseitigung ballistischer Raketen stationiert würden.
– Die Gefahr einer neuen, doppelten Rüstungsschraube wäre wohl nicht mehr gegeben.
– Eine stabile nukleare Abschreckung auch ohne ballistische Raketen erscheint nicht unmöglich.

Allerdings müßte sichergestellt sein, daß auch die Einführung neuer Defensivsysteme kooperativ begrenzt und geregelt würde und daß die Einsetzbarkeit raumgestützter Defensivsysteme gegen Erdziele ausgeschlossen wäre.

Ruth

VS-Bd. 11281 (220)

285

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow

220-370.70 SOW VS-NfD **15. Oktober 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Karpow am 15. Oktober 1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: Staatssekretär Meyer-Landrut, D2A[2], Dg21[3], RL 220[4], VLR I Dr. Klaiber, VLR Weiß als Dolmetscher.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 16. Oktober 1986 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. Oktober 1986 an das Ministerbüro mit der Bitte übermittelt, „die Genehmigung des Bundesministers herbeizuführen“. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 220, Bd. 130079.

2 Friedrich Ruth.

3 Jürgen Oesterhelt.

4 Rolf Hofstetter.

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Kwizinskij, Botschaftssekretär Beljakow als Dolmetscher.

Bundesminister führte einleitend aus, daß der Besuch von Botschafter Karpow sowohl bei der Bundesregierung als auch bei der Presse großes Interesse finde. Botschafter Karpow möge dies Generalsekretär Gorbatschow zur Kenntnis bringen, der mit ihm über das Sowjetunion-Bild in der deutschen Presse gesprochen habe.[5] Wie er Botschafter Kwizinskij kenne, werde er heute abend mit der Stoppuhr am Fernseher sitzen und die Zeit vergleichen, die das Fernsehen Kampelman[6] und Karpow widme.

Botschafter *Karpow* führte aus, daß Generalsekretär Gorbatschow ihn beauftragt habe, London[7] und Bonn über das Treffen in Reykjavik[8] zu unterrichten. Generalsekretär Gorbatschow habe ihn vor allem gebeten, dem Bundesminister seine persönlichen Grüße zu übermitteln. Der Generalsekretär habe die Gespräche mit dem Bundesminister in guter Erinnerung und habe darum gebeten, die Gespräche im Geiste der entstandenen Tradition fortzuführen. Er werde in seiner Darstellung nicht alle bereits veröffentlichten Tatsachen darlegen. Vor allem wolle er die sowjetische Einschätzung der Begegnung übermitteln und sich dazu äußern, was weiter getan werden könne. Er wisse, daß es auch eine amerikanische Version gebe, die, soweit ihm bekannt sei, Außenminister Shultz in Brüssel dargelegt habe. Er halte es für wichtig, dem Bundesminister die sowjetische Bewertung auch im Hinblick auf die Perspektiven der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, aber auch im Hinblick auf die „europäischen Angelegenheiten" darzulegen.

Er wolle offen sagen, daß es in Vorbereitung des Treffens von Reykjavik in Moskau zwei verschiedene Standpunkte gegeben habe. Der eine sei von der Notwendigkeit ausgegangen, einen Durchbruch zu erzielen, vor allem bei der Lösung von Sicherheitsfragen, insbesondere bei der Reduzierung nuklearer Waffen. Man habe die Aufgabe des Treffens darin gesehen, Berührungspunkte zu finden und Weisungen an die Außenminister zu geben, damit sie das Gipfeltreffen-Abkommen vorbereiten könnten.

Daneben habe es den Standpunkt der Zweifelnden gegeben.

Man habe sich für die zuerst genannte Haltung entschieden. Ein Dokument in Form einer Direktive an die Außenminister sei deshalb vorbereitet worden, das sich mit folgenden drei Hauptthemen befaßt habe:

5 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 209.

6 Der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman hielt sich am 16. Oktober 1986 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 286.

7 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich am 14. Oktober 1986 in Großbritannien auf. Für das Gespräch mit Premierministerin Thatcher vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/143833.
Über seine Gespräche führte er am selben Tag gegenüber der Presse aus, daß trotz der Forderung der UdSSR, die SDI-Forschung einzuschränken, ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckensysteme möglich sei. In der Presse hieß es dazu weiter: „Mr. Karpov […] said the Soviet Union's proposal on medium-range weapons in Europe, raised at Reykjavik, was still on the table. ‚We do not deny the possibility of finding a solution on medium-range nuclear weapons in Europe separately from space and nuclear offensive arms,' he said." Vgl. den Artikel „Karpov offers deal ‚not tied to Star Wars'"; THE TIMES vom 15. Oktober 1986, S. 1.

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. auch Dok. 282 und Dok. 284.

– strategische Offensivsysteme,
– Mittelstreckenwaffen,
– ABM-Vertrag und Teststopp.

In Reykjavik habe sich die Erörterung praktisch um diese Fragen gedreht. Die Verhandlungen seien kompliziert gewesen.

Von sowjetischer Seite sei vorgeschlagen worden, daß keine Seite in den nächsten zehn Jahren vom Recht der Kündigung des ABM-Vertrags Gebrauch mache. Präsident Reagan habe sich mit dieser Zehnjahresfrist einverstanden erklärt, obwohl er zunächst für fünf Jahre eingetreten sei. In der Frage, was innerhalb dieser Zehnjahresfrist erlaubt bzw. verboten sei, sei Präsident Reagan von dem abgewichen, was er früher vertreten habe. Es sei eine Situation entstanden, in der es der Präsident abgelehnt habe, eine Garantie zu geben, daß die USA innerhalb dieser Frist nicht über Forschung hinausgingen und keine Entwicklung oder Schaffung neuer strategischer Verteidigungssysteme durchführten. Wenn er aus Washington höre, Gorbatschow habe von vornherein gewußt, daß Reagan auf seinen Vorschlag nicht eingehe, dann stimme das nicht. Die Sowjets hätten auf frühere amerikanische Erklärungen vertraut. Für Gorbatschow sei es eine Überraschung gewesen, daß Reagan einen Kompromiß abgelehnt habe. Gorbatschow habe bis zuletzt die Hoffnung nicht aufgegeben. In der Tat hätte es möglich sein müssen, eine Einigung zu erzielen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und in der Geschichte der Rüstungskontrolle habe die Chance bestanden, Abkommen über die Abschaffung nuklearer Rüstungen innerhalb von zehn Jahren zu erzielen. Auch dem vollständigen Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa bei gleichzeitiger Regelung für sowjetische Mittelstreckenwaffen in Asien und amerikanische Mittelstreckenwaffen in den USA sei man sehr nahe gewesen. Fortschritte hätten sich auch in Fragen eines nuklearen Teststopps abgezeichnet. All dies sei am mangelnden Willen Präsident Reagans, zuverlässige Bedingungen für den Abbau der strategischen Rüstungen herzustellen, gescheitert.

Präsident Reagan habe früher mehrfach erklärt, SDI sei ein reines Forschungsprogramm und daß dieses Programm nicht über diesen Rahmen hinausgehen werde. Genau dies hatten nun die Sowjets vorgeschlagen. Der sowjetische Vorschlag habe zum Inhalt gehabt, daß die SDI-Forschung, soweit sie weltraumgestützte Waffen betreffe, nicht über Laborarbeiten hinausgehe. Die Sowjetunion könne es nicht verantworten, auf Vereinbarungen über die Reduzierung und spätere Abschaffung von Nuklearwaffen einzugehen, ohne daß für die nächsten zehn Jahre eine Garantie festgelegt werde, daß sich die strategische Situation in der Welt nicht verändere als Folge der Aufstellung neuer strategischer Verteidigungssysteme.

Der Grund dafür liege nicht darin, daß die Sowjets Angst vor SDI-Systemen hätten. Sie seien im Gegenteil davon überzeugt, daß solchen Verteidigungssystemen keine große militärische Bedeutung zukomme. Auf sowjetischer Seite bestehe daher auch nicht die Absicht, solche Systeme zu kopieren. Notfalls werde man asymmetrische Maßnahmen ergreifen, die viel billiger seien und die die militärische Bedeutung von SDI-Systemen auf Null schrumpfen ließen. Im Vordergrund der sowjetischen Überlegungen hätten politische Gesichts-

punkte gestanden. Im Hinblick auf die politischen Beziehungen der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten müßten die Sowjets eine Zusicherung haben, daß die Situation, wie sie sich aus dem ABM-Vertrag ergibt, zehn Jahre erhalten bleibt. Wenn so die strategische Stabilität erhalten bleibe, seien drastische Reduzierungen der offensiven Systeme und deren spätere Beseitigung möglich. Es entstehe dann eine neue strategische Lage, in der für SDI kein Bedürfnis bestehe. Wenn es hingegen keine Garantie gebe, trete in fünf Jahren eine Situation ein, die durch die Vorbereitung des Aufbaus von SDI-Systemen gekennzeichnet sei und die Sowjetunion nötige, zu Gegenmaßnahmen zu greifen. Die Ablehnung des amerikanischen Präsidenten, die erforderliche Garantie zu geben, habe die sowjetische Seite aufhorchen lassen.

Auf sowjetischer Seite sei man jedoch der Auffassung, daß der Mißerfolg in Reykjavik nicht das Ende der Verhandlungen sei und nicht das Ende der Bemühungen um Reduzierung der Atomwaffen. Was in Reykjavik vereinbart worden sei, solle als „Stufe" für die Verhandlungen dienen. Es dürfe nicht zu Rückschritten kommen. Das Erreichte zu erhalten gelte für das ganze Spektrum der Genfer Verhandlungen, für die strategischen Systeme, für den Weltraum und für die Mittelstreckenwaffen. Auf der Grundlage des in Reykjavik Vereinbarten, d.h. des praktisch Vereinbarten, müsse weitergearbeitet werden. Sicher würden beide Seiten Zeit brauchen, um die Ergebnisse von Reykjavik zu analysieren und um Schlußfolgerungen zu ziehen und sich zu überlegen, was weiter getan werden solle, auch im Hinblick auf ein Gipfeltreffen. Die Sowjets seien bereit, den Dialog fortzusetzen. Die Notwendigkeit hierzu ergebe sich auch aus den Ergebnissen von Reykjavik. Die Sowjets wollten aber gleichzeitig einen Meinungsaustausch mit den Europäern, sowohl hinsichtlich der Mittelstrekkenraketen als auch anderer Fragen der europäischen Sicherheit, des gesamteuropäischen Prozesses, des Wiener Folgetreffens, wo es um die Verabschiedung des Mandats für die zweite Phase der KVAE und für Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte auf gesamteuropäischem Territorium vom Atlantik bis zum Ural gehe. Man rechne mit einem offenen vertraulichen Meinungsaustausch mit der Bundesregierung. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die wichtigen Gespräche des Bundesministers mit Schewardnadse in Moskau und später in New York.[9] Er sei der Auffassung, daß der deutsch-sowjetische Meinungsaustausch dazu beigetragen habe, daß es in Stockholm zu einer Einigung[10] gekommen sei. Er wolle hoffen, daß sich dieses auch in Zukunft wiederhole.

Bundesminister brachte seinen Dank für den Besuch Karpows zum Ausdruck. Er bitte, dem Generalsekretär seinen Dank zu übermitteln, daß er Botschafter Karpow mit diesem Besuch beauftragt habe. Er erwidere die Grüße des Generalsekretärs. Die Begegnungen mit Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse schätze er genauso ein, wie Karpow es getan habe. Die Bundesregierung habe das Treffen in Reykjavik für richtig gehalten und

9 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 21./22. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 207, Dok. 208 und Dok. 210.
Zum Gespräch am 25. September 1986 in New York vgl. Dok. 264 und Dok. 265.

10 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

habe dies auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. In einer Würdigung nach dem Treffen habe die Bundesregierung keinen Anlaß gesehen, ihr Urteil zu revidieren. Wir glaubten, daß beide Seiten in Reykjavik erhebliche Anstrengungen gemacht hätten. In einem Interview habe er gesagt, daß beide Seiten in wichtigen Fragen über ihren Schatten gesprungen seien.[11] Er habe keinen Zweifel daran, daß beide aufrichtige Absichten verfolgt hätten. Bevor er, Bundesminister, nach Budapest gereist sei[12], habe er im Fernsehen gesagt, keine Seite habe die Tür zugeschlagen.[13] Jetzt bedürfe es großer Anstrengungen, um in der Stabilität des Ost-West-Verhältnisses und in der Bewahrung der Substanz weiterzukommen. Nach unserer Überzeugung komme dem Wiener Folgetreffen jetzt noch größere Bedeutung zu. Daß man etwas erreichen könne, hätten alle Beteiligten in Stockholm gezeigt. Wichtig seien jetzt auch Fortschritte in den Verhandlungen in Wien[14] und in den Genfer Verhandlungen über das vollständige weltweite Verbot chemischer Waffen. Was die bilateralen Genfer Verhandlungen angehe, habe Außenminister Shultz im NATO-Rat berichtet, daß man sich erneut darüber einig gewesen sei, daß es ein Wechselverhältnis zwischen offensiven und defensiven Systemen gebe. Er wolle keinen Zweifel daran lassen, daß er nach Brüssel gefahren sei, um dort zu sagen, daß jetzt die Flinte nicht ins Korn geworfen werden dürfe. Man dürfe nicht resignieren und nicht aufgeben. Dies sei unsere Auffassung, daß wir dies wollten, darauf könne sich jeder verlassen. Alle seine Kollegen im NATO-Rat hätten diese Position einhellig unterstützt. Unsere Loyalität, die wir unseren Bündnispartnern gegenüber hätten, stehe mit unserer Verantwortung für Europa nicht im Widerspruch. Deshalb glaubten wir, daß wir über alle diese Fragen auch in Zukunft den Meinungsaustausch fortsetzen, ja sogar intensivieren sollten, wie es in Moskau besprochen worden sei. Hohe Staatskunst sei jetzt gefordert.

Bundesminister fragte anschließend Karpow, wie die sowjetische Haltung zur Einhaltung des ABM-Vertrags genau aussehe. Der ABM-Vertrag verbiete Tests von weltraumgestützten Defensivsystemen und deren Komponenten. Ihn interessiere, ob dies die sowjetische Position sei oder ob die SU darüber hinausgehen wolle. Seine zweite Frage beziehe sich auf die Behandlung der Mittelstrekkenwaffen. Karpow habe an einer Stelle gesagt, daß die strategischen Offensiv-

11 In einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 14. Oktober 1986 führte Bundesminister Genscher aus: „Es ist unbestreitbar, daß in Reykjavik sowohl die amerikanische Seite wie die sowjetische Seite erhebliche Anstrengungen unternommen haben, daß sie in einer ganzen Reihe wichtiger Fragen auch über ihren Schatten gesprungen sind und Positionen überwunden haben, die jahrelang die Verhandlungen blockiert hatten. Das darf nicht vergeblich sein. Darauf muß man aufbauen." Vgl. Referat 013, Bd. 179063.
In ähnlicher Weise äußerte sich Genscher in der Sendung „Brennpunkt" der ARD vom 15. Oktober 1986. Vgl. dazu die Mitteilung des Presse- und Informationsamts; Referat 013, Bd. 179063.

12 Bundesminister Genscher begleitete am 13./14. Oktober 1986 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Staatsbesuch in Ungarn. Vgl. dazu Dok. 283.

13 In der Sendung „Tagesschau" vom 13. Oktober 1986 antwortete Bundesminister Genscher auf die Frage, wie groß der Schaden sei, „der durch das enttäuschende Ende in Reykjavik wirklich entstanden" sei: „Ich würde mir diese Bewertung nicht zu eigen machen, es ist in Reykjavik keine Tür zugeschlagen worden, im Gegenteil: Beide Seiten haben ja das Interesse zum Ausdruck gebracht, daß man aufbaut auf dem, was in Reykjavik an wirklich beachtlichen substantiellen Annäherungen erzielt worden ist, da ist man eigentlich sich näher gekommen in wichtigen Fragen als jemals zuvor." Vgl. Referat 013, Bd. 179063.

14 Zur 40. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 25. September bis 4. Dezember 1986 in Wien vgl. Dok. 350.

waffen im Zusammenhang mit Defensivsystemen betrachtet werden müßten. Dies sei richtig. An anderer Stelle habe Karpow ausgeführt, daß man jetzt auch über Mittelstreckenwaffen weiter verhandeln müsse. Er, Bundesminister, habe seinem ungarischen Kollegen[15] vor dessen Abflug zum Warschauer-Pakt-Treffen[16] gesagt, daß es sehr wichtig sei, daß über Mittelstreckenwaffen, unabhängig von Fortschritten in anderen Bereichen, weitergesprochen werde. Als er von Shultz und jetzt von Karpow gehört habe, welche Reduzierungsvorstellungen möglich geworden seien in diesem Bereich, könne er nur von einem erregenden Vorgang sprechen. Für uns sei es daher wichtig, zu wissen, ob die sowjetische Seite der Fortsetzung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ohne Vorbedingung zustimme. Er meine damit den Vorschlag, amerikanische und sowjetische Mittelstreckenraketen auf 100 Gefechtsköpfe (Asien, USA) zu beschränken. Er wolle hier eine weitere Frage anfügen. Wir hätten die konzeptionelle Annäherung in der sowjetischen Haltung zur Verifikation gewürdigt. Sie sei eine der Voraussetzungen gewesen, um in Stockholm eine Verständigung zu erzielen. Wie wir hörten, sei in Reykjavik auch hierüber gesprochen worden, z. B. im Zusammenhang mit der Beseitigung der Mittelstreckenwaffen. Diese Diskussion müsse ihre Fortsetzung finden, auch hinsichtlich der chemischen Waffen, wo Verifikation ein wichtiger Punkt auf dem Wege zu einem Abkommen sei. Schließlich habe er auch noch eine Frage zum konventionellen Stärkeverhältnis. Als er in Moskau und später in New York mit Außenminister Schewardnadse gesprochen habe, habe dieser ihm gesagt, daß die Sowjetunion noch kein abschließendes Urteil über den Verhandlungsrahmen getroffen habe. Er wäre interessiert daran, zu erfahren, ob dies noch der Stand der sowjetischen Meinungsbildung sei oder ob es zwischenzeitlich eine Konkretisierung gegeben habe.

D2A schloß sich mit folgenden Fragen an: Karpow habe gesagt, daß die strategischen Atomwaffen innerhalb von zehn Jahren abgeschafft werden sollten. Beziehe sich dies nur auf ballistische Raketen oder auch auf andere strategische Systeme? Habe es hierzu eine klare Festlegung in Reykjavik gegeben?

Karpow beantwortete diese Fragen wie folgt: Nach dem ABM-Vertrag seien Forschung, aber auch Tests, von solchen Systemen zulässig, die nach dem Vertrag erlaubt seien. Dementsprechend dürften im Rahmen des ABM-Vertrags bodengestützte stationäre Systeme getestet werden. Anders verhalte es sich mit den in Art. V[17] genannten Systemen, zu denen die weltraumgestützten gehörten. Für diese Systeme und ihre Komponenten seien Testen, Entwicklung und Dislozierung verboten. Auf amerikanischer Seite gebe es Zweifel, ob Art. V auch für Systeme gelte, die auf neuen physikalischen Prinzipien beruhten. Die sowjetische Seite habe hier keinen Zweifel. Im Einklang mit der vereinbarten Erklärung D[18] sei es wichtig, die auf amerikanischer Seite bestehenden Zweifel

15 Péter Várkonyi.

16 Am 14./15. Oktober 1986 fand in Bukarest die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 51–56.

17 Für den Wortlaut von Artikel V des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 393.

18 Für den Wortlaut der Erklärung D der Gemeinsamen Verständniserklärungen zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme

einvernehmlich auszuräumen. Deshalb habe die Sowjetunion vorgeschlagen, hinsichtlich weltraumgestützter Systeme bei der Forschung nicht über das Labor hinauszugehen. Die Sowjets hätten in striktem Einvernehmen mit Art. V den Vorschlag gemacht, innerhalb von zehn Jahren keine Tests von Systemen und deren Komponenten im Weltraum durchzuführen. Dies müsse auf zehn Jahre gewährleistet werden.

D2A warf hier ein, daß USA nicht die Komponenten selbst, sondern Elemente dieser Komponenten testen wollten. Hierzu *Karpow*: „Das ist ein Wortspiel." Karpow fuhr fort, daß es unerläßlich sei, daß beide Seiten sich auf ein präzises Verständnis darüber einigten, was innerhalb dieser Frist getan werden dürfe und was nicht getan werden dürfe.

Zu der INF-Frage führte Karpow aus, die Sowjetunion habe auch nach dem Reykjavik-Treffen ihre Position nicht verändert. Eine selbständige Lösung für Mittelstreckenwaffen in Europa sei möglich. In Reykjavik habe man sich auf die Elemente eines Abkommens geeinigt. Diese Übereinkunft solle als Grundlage für weitere Besprechungen dienen.

Zur Verifikation bemerkte Karpow, daß er hier kein Problem sehe. Die Sowjetunion trete für strenge und wirksame Kontrolle ein. Gorbatschow habe in Reykjavik klargemacht, daß jetzt, wo man radikale Reduzierungen von Nuklearwaffen ins Auge fasse, eine vollständige Zuversicht hergestellt werden müsse, daß keine Seite getroffene Vereinbarungen breche. Die Sowjetunion werde auf strikten Kontrollen bestehen. Einzelheiten seien in Reykjavik nicht besprochen worden. Das sei auch nicht der Sinn eines solchen Treffens. Dies müsse am Verhandlungstisch geschehen. Auch bei den chemischen Waffen sehe er keinerlei Probleme. Die Sowjetunion trete für eine strikte Kontrolle für die Nichtproduktion ein. In diese Kontrollen müßten nicht nur staatliche, sondern auch private und multinationale Unternehmen einbezogen werden. Hierzu bedürfe es der Zustimmung aller Teilnehmer. Unterschiedliche Standpunkte müßten berücksichtigt werden. Er wolle wiederholen, daß die Sowjetunion auf jeden Fall für strikte Inspektionen, einschließlich solcher vor Ort, eintrete. Dies beziehe sich auch auf On-Challenge-Inspektionen. Die SU sei bereit, den englischen Vorschlag[19] als Grundlage zu nehmen. Solche Inspektionen hätten den Zweck, die Einhaltung einer Konvention sicherzustellen, sie seien aber kein Selbstzweck.

Was den Rahmen für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle betreffe, gebe es keine endgültige sowjetische Haltung. Die drei Alternativen von Budapest[20] blieben in Kraft. Auf sowjetischer Seite neige man allerdings eher dazu, die zweite Etappe der Stockholmer Konferenz mit diesen Verhandlungen zu beauftragen. Es gebe jedoch noch einige Probleme zu klären. Hierzu zähle das Verhältnis zwischen Verhandlungen, die sich auf ganz Europa bezö-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1487

(ABM-Vertrag), die das Verbot der Entwicklung, Erprobung und Stationierung beweglicher landgestützter ABM-Systeme zum Inhalt hatte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 401.

19 Für den Wortlaut des britischen Vorschlags „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element" (CD/715) vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

20 Vgl. dazu die Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell"); Dok. 179, Anm. 8.

gen, und den MBFR-Verhandlungen. Hier werde man überlegen müssen, wie die Wiener MBFR-Verhandlungen abgeschlossen werden könnten, damit sie in den größeren Rahmen hineinwachsen könnten. Ende August/Anfang Oktober habe es über diese Frage amerikanisch-sowjetische Konsultationen gegeben, in denen die Sowjetunion eine Lösung vorgeschlagen habe, die den Abschluß von MBFR durch eine Vereinbarung über Reduzierungen amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte vorgesehen habe; die verbleibenden Kräfte wären ein Gegenstand der Verhandlungen über Streitkräfte in ganz Europa.[21] Der Westen habe in den MBFR-Verhandlungen vorgeschlagen, die westlichen sowjetischen Militärbezirke in die Kontrolle einzubeziehen. Dies würde bedeuten, daß zwar sowjetisches Territorium, nicht aber z. B. britisches Territorium eingeschlossen wäre. Wenn man über Rüstungskontrolle in ganz Europa spreche, wären alle europäischen Staaten eingeschlossen. In diesem Fall halte auch die Sowjetunion weitgehende Verifikationsmaßnahmen für erforderlich. Er bitte den Bundesminister zu überlegen, wie man nun den Übergang von MBFR zu den Verhandlungen über Rüstungskontrolle in ganz Europa vollziehen könne.

Zur Frage von D 2 A führte Karpow aus, daß sich der Vorschlag über die Reduzierung und spätere Abschaffung strategischer offensiver Nuklearwaffen nicht nur auf ballistische Raketen beziehe, sondern auch auf schwere Bomber. Es habe hier eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Sowjets und den USA gegeben. Die USA hätten vorgeschlagen, innerhalb von fünf Jahren die ganze Triade zu reduzieren und danach nur die ballistischen Raketen zu beseitigen. Dementsprechend wären dann die schweren Bomber übriggeblieben. Gorbatschow habe die Aufmerksamkeit des Präsidenten auf diese Frage gelenkt und vorgeschlagen, auch die schweren Bomber einzubeziehen. Der amerikanische Präsident sei damit einverstanden gewesen. Auch sei Übereinkunft über die Zehnjahresfrist erzielt worden. Zehn Jahre sei jetzt ein beiderseitiger Vorschlag.

Auf eine Zwischenfrage des Bundesministers ergänzte Karpow seine Ausführungen zu den Mittelstreckenraketen. Die Sowjetunion spreche von der vollständigen Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa. Für Asien würden andere Prinzipien gelten. Dort könnten 100 Gefechtsköpfe erhalten bleiben. Entsprechend könnten die USA 100 Gefechtsköpfe auf amerikanischem Territorium dislozieren.

D 2 A stellt erneut die Frage, ob ein INF-Abkommen unabhängig von Ergebnissen im Defensivbereich möglich sei.

21 Der Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Blackwill, und der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, trafen vom 6. bis 8. August 1986 in Moskau und am 10./11. September 1986 in Washington zusammen. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 22. September 1986 mit, daß nach den Ausführungen von Blackwill die UdSSR nicht gewillt sei, „auf westliche Initiative vom 5.12.85 positiv zu reagieren. Michailow unterstrich, daß MBFR sich in einer ‚hoffnungslosen Sackgasse' befände, nachdem Blackwill klargemacht hatte, daß die von Michailow in der ersten Begegnung in Moskau vorgetragene Lösung eines ‚symbolischen Ergebnisses' für MBFR (lediglich US-SU-Anfangsreduzierungen, verbunden mit politischer Nichterhöhungsverpflichtung ohne jegliche Verifikation) für Washington unannehmbar ist. Michailow betonte, daß die MBFR-Verhandlungen so nicht weitergeführt werden könnten, es sei denn, der Westen würde seine Position grundlegend ändern. […] Blackwill hob bei seinem Bericht hervor, daß auch Ass[istant] Secretary of State Ridgway in einem Gespräch mit Michailow unterstrichen hätte, daß der sowjetische Vorschlag, ein ‚bescheidenes Ergebnis' für MBFR zu suchen, keine realistische Option sei und daß der Westen weiterhin auf eine substantielle Antwort auf seinen Vorschlag vom 5.12.85 warte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 773; VS-Bd. 11468 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

Karpow: „Ich rechne damit."

Bundesminister dankt Karpow für das Gespräch, das wichtig gewesen sei. Die offene Art des Meinungsaustausches sei die Fortsetzung der Gespräche, die er in Moskau und New York geführt habe.

Zur Bewertung wolle er sagen: Wir, wie er schon gesagt habe, hätten das Treffen in Reykjavik schon im voraus begrüßt. Im nachhinein könnte er sagen, daß es sich gelohnt habe. Bereits am Montag[22] in Brüssel habe er gesagt, daß jetzt auf allen Ebenen, in allen Foren energisch weitergearbeitet werden müsse. Heute könne er hinzufügen, daß es sich lohne, weiterzuverhandeln. Wir wünschten, daß es zu einer Einigung über das Verhältnis offensiver strategischer Systeme zu Defensivsystemen komme. Wir hätten die Erklärung vom 8. Januar[23] begrüßt und sie uns zu eigen gemacht. Wir hätten gesagt, daß drastische Reduzierungen auf Umfang und Notwendigkeit neuer Defensivsysteme Einfluß haben müssen. In der Regierungserklärung vor einer Woche[24] habe er erklärt, daß wir dafür eintreten, daß bestehende Rüstungskontrollvereinbarungen eingehalten werden. Er habe den ABM-Vertrag und SALT II genannt. Wir wollten weiterarbeiten und auch fortfahren, mit der Sowjetunion zu sprechen. Es sei geplant gewesen, daß Herr von Braunmühl nach Moskau reise.[25] Auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle werde Herr Ruth seine Gespräche fortführen.

Wir blieben auch im Gespräch mit der hiesigen sowjetischen Botschaft, und Botschafter Kastl bleibe im Gespräch mit den zuständigen sowjetischen Stellen in Moskau. Er fahre mit dem Bundeskanzler nächste Woche nach Washington.[26] Dieser Besuch sei schon seit langem in Aussicht genommen, aber er bekomme jetzt zusätzliche Bedeutung. Anders als ursprünglich geplant, werde er jetzt während der gesamten Dauer des Besuches in Washington bleiben. Er hoffe ferner, daß er Anfang November Herrn Schewardnadse in Wien sehen könne.[27] Jetzt müßten alle an die Arbeit gehen. Weiterarbeit sei nicht nur notwendig, sie lohne sich auch. *Karpow* erklärte abschließend, er sei mit dieser Feststellung einverstanden. Es lohne sich. Es gehe jetzt nicht um Deklarationen, sondern darum, tatsächlich an die Arbeit zu gehen.

Referat 220, Bd. 130079

22 13. Oktober 1986.

23 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

24 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 1034 f.

25 Nach der Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 nahm Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen die Konsultationen am 30./31. Oktober 1986 in Moskau wahr. Vgl. dazu Dok. 310 und Dok. 313.

26 Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA. Vgl. dazu Dok. 296–300 und Dok. 303.

27 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 vgl. Dok. 316 und Dok. 317.

286

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman

220-370.70 USA-1681/86 VS-vertraulich **16. Oktober 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Kampelman am 16. Oktober 1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: Staatssekretär Meyer-Landrut, D2A[2], Dg20[3], RL 220[4], VLR I Dr. Klaiber, VLR Siebourg als Dolmetscher.

Auf amerikanischer Seite: Botschafter Kampelman, Botschafter Burt, Botschaftsrat Chapman.

Bundesminister begrüßte die amerikanischen Gäste und führte aus, daß er zu Karpow gestern gesagt habe[5], Kwizinskij werde mit der Stoppuhr am Fernsehen sitzen und vergleichen, wieviel Zeit das Deutsche Fernsehen Karpow und Kampelman widme. Wahrscheinlich werde die Sendezeit für Kampelman länger sein. Gorbatschow habe ihm gegenüber kritisiert, daß die Politik der Sowjetunion in unseren Massenmedien nicht richtig wiedergegeben werde.[6] Er habe dann vorgeschlagen, daß Generalsekretär Gorbatschow im Deutschen Fernsehen und der Bundeskanzler im sowjetischen Fernsehen eine halbstündige Erklärung abgeben sollten. Auch habe er angeregt, daß Außenminister Schewardnadse und er selbst eine Stunde lang im Fernsehen diskutierten und die Sendung gleichzeitig in beiden Ländern ausgestrahlt werde.

Botschafter *Kampelman* führte aus, daß er mit dem Bundesminister vor allem zwei Fragen diskutieren wolle. Die erste betreffe die Schlußfolgerungen, die man aus Reykjavik[7] ziehen sollte, die zweite betreffe das Forum für konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa.

In bezug auf die erste Frage könne der Bundesminister von außerordentlicher Hilfe nicht nur für die Amerikaner, sondern für das Bündnis als Ganzes sein. Auf Gorbatschow sollte jetzt Druck ausgeübt werden, damit es in den Verhandlungen zu Fortschritten komme. Die Staaten des Warschauer Pakts sollten da-

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. Oktober 1986 über Botschafter Ruth an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Genehmigung des Bundesministers herbeizuführen".
Hat Ruth am 17. Oktober 1986 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Friedrich Ruth.

3 Hans-Friedrich von Ploetz.

4 Rolf Hofstetter.

5 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 15. Oktober 1986 vgl. Dok. 285.

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. Dok. 209.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. auch Dok. 282 und Dok. 284.

für gewonnen werden, sich an diesem Druck auf die SU zu beteiligen. Vordringlich sei, daß jetzt in Genf alle Anstrengungen unternommen würden, um einen Vertrag über Mittelstreckenwaffen festzulegen. In Genf sei man sich einig gewesen, daß es zwischen dem Mittelstreckenbereich und den anderen beiden Bereichen kein „link" gebe. Bestrebungen, ein solches Junktim herzustellen, muß mit Entschiedenheit begegnet werden. Reykjavik müsse als Impuls für die Genfer Verhandlungen genutzt werden.

Bundesminister führte aus, daß er Außenminister Shultz in Brüssel gefragt habe, ob die Sowjets ein „link" hergestellt hätten. Shultz habe geantwortet, daß er den Eindruck habe, daß dies nicht der Fall sei. In Budapest habe er dem ungarischen Außenminister Várkonyi[8] vor dessen Abflug zur Warschauer Pakt-Konferenz[9] gesagt, daß es wichtig sei, zwei Dinge zu beachten:

Die NATO-Staaten hätten ohne jede Ausnahme übereinstimmend eine Reihe wichtiger Schlußfolgerungen aus dem Treffen von Reykjavik gezogen. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern begrüßten wir die Anstrengungen Präsident Reagans in Reykjavik. Die Begegnung sei außerordentlich wichtig gewesen. Die Verhandlungen müßten fortgesetzt werden. Kein Verhandlungsbereich dürfe zur Geisel von Fortschritten in anderen Bereichen gemacht werden, wobei Einverständnis darüber bestehe, daß es zwischen den offensiven strategischen Systemen und den defensiven Systemen einen sachlichen Zusammenhang gebe. Dieser Zusammenhang sei von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik anerkannt worden. Im multilateralen Bereich müßten jetzt verstärkte Anstrengungen gemacht werden, um zu einem weltweiten Verbot chemischer Waffen zu kommen. Auch im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle müßte es zu Fortschritten kommen. Wichtig seien auch Impulse für den KSZE-Prozeß. Die NATO-Staaten hielten ihre Hand ausgestreckt. Es würden keine Türen zugeschlagen.

Wenn Lord Carrington davon gesprochen habe, daß Fortschritte in einem Bereich nicht zur Geisel von Entwicklungen in anderen Bereichen gemacht werden dürfen[10], habe er in erster Linie an Mittelstreckenwaffen gedacht. Deswegen sei es wichtig, daß die Sowjetunion verstehe, daß INF-Verhandlungen unabhängig vom strategischen und Weltraumbereich fortgeführt werden müßten, und zwar auf der Grundlage dessen, was in Reykjavik erreicht worden sei. Auf insistierendes Befragen habe Karpow gestern erklärt, daß die Sowjetunion seiner Auffassung nach bereit sei, die INF-Verhandlungen ohne „link" fortzuführen. Ihm, dem Bundesminister, sei aufgefallen, daß die SPD in der heutigen Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag das INF-Thema ausgespart habe.[11] Aus SPD-Sicht sei dies verständlich. Er habe von einem SPD-Kollegen gehört,

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 13. Oktober 1986 vgl. Dok. 283.

9 Am 14./15. Oktober 1986 fand in Bukarest die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 51–56.

10 Vgl. dazu die Presseerklärung des NATO Generalsekretärs Lord Carrington vom 13. Oktober 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 12.

11 Der Bundestag debattierte am 16. Oktober 1986 in einer Aktuellen Stunde über die Ergebnisse des Treffens des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 238. Sitzung, S. 18321–18336.

daß Karpow, als er mit SPD-Parlamentariern zusammengetroffen sei, erklärt habe, daß es kein „link" gebe. Da diese Mitteilung für einen SPD-Abgeordneten keine leichte Feststellung sei, müsse er seinen Gesprächspartner als einen objektiven Zeugen betrachten. Karpow habe der SPD gegenüber ferner erklärt, daß es möglich sei, über SRINF zu verhandeln.

In Brüssel habe er Außenminister Shultz auf die SRINF-Frage angesprochen. Shultz habe geantwortet, daß die sowjetische Position nicht eindeutig sei, vor allem, was die Systeme mit einer Reichweite von 150 bis 500 km betreffe. Klar scheine zu sein, daß die Sowjetunion einen beiderseitigen „Freeze" wolle auf dem Stand vom Oktober 1986.

Botschafter *Kampelman* erklärte, es sei zu befürchten, daß die Junktim-Frage noch nicht ausgestanden sei. Er könne sich vorstellen, daß die Sowjetunion sage, es handle sich um ein Paket. Wenn dieses Paket abgelehnt werde, gelte die Verhandlungsposition von vor Reykjavik.

Dienstag abend in London habe sich Karpow zum „link" recht unklar ausgedrückt.[12] Er wolle in diesem Zusammenhang an die Äußerung von Kwizinskij im Januar dieses Jahres in Bonn erinnern, der gesagt habe, es gebe ein Junktim[13], wohingegen in Genf von sowjetischer Seite ein solches damals noch vertreten worden sei.[14] Die Sowjets redeten mit verschiedenen Zungen. Entscheidend sei die Auffassung Gorbatschows. Gorbatschow sei stur und explosiv. Er habe von einem Paket gesprochen. Es sei wichtig, in dieser Frage Klarheit zu erlangen.

Botschafter *Burt* stellte an dieser Stelle die Frage, ob die Bundesregierung ein Abkommen, wie es nach Reykjavik möglich erscheine (0 GK in Europa, 100 GK im asiatischen Teil der Sowjetunion und 100 GK in den USA), einem Abkommen, wie es in den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen erwogen worden sei (100 GK in Europa, 100 GK im asiatischen Teil der Sowjetunion, 100 GK in USA)[15], vorziehe.

Bundesminister erwiderte, daß unser Verhandlungsziel bereits 1983 festgelegt worden sei. Ein weltweites Abkommen sei wichtig. Karpow habe auf Fragen bestätigt, daß sowohl der sowjetische Vorschlag bezüglich Europa (0) als auch bezüglich des asiatischen Teils des sowjetischen Territoriums (100) weiter gelte. Wenn der Bundeskanzler nach Washington reise[16], sei es wichtig, in dieser Frage eine gemeinsame Erklärung herauszugeben.

Botschafter *Kampelman* wies auf die wesentlichen Annäherungen bei INF hin, und zwar hinsichtlich der Zahlen, der Struktur, der Dauer eines Abkommens und in gewissem Sinne auch hinsichtlich der SRINF, wo es allerdings noch offene Fragen gebe, die der Klärung bedürften. Auf amerikanischer Seite habe man in Reykjavik den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion bereit sei, für

12 Zur Pressekonferenz des sowjetischen Sonderbotschafters Karpow am 14. Oktober 1986 in London vgl. Dok. 285, Anm. 7.

13 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986 bzw. mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman am 24. Januar 1986; Dok. 16 bzw. Dok. 18, besonders Anm. 11.

14 So in der Vorlage.

15 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen am 5./6. September 1986 in Washington vgl. Dok. 241.

16 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

SRINF gleiche Obergrenzen für beide Seiten zu akzeptieren. Es wäre nicht ungewöhnlich, wenn die Sowjetunion jetzt in Genf zurückfiele und behauptete, es habe sich um ein gegenseitiges Einfrieren gehandelt.

Bundesminister führte aus, daß bei den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite es für die Sowjetunion schwieriger werde, je weiter sie bezüglich der Reichweite nach unten gehe. Ausgehend von ihrer Konzeption des europäischen Hauses, sei es schwierig, auf einem Festschreiben der vorhandenen Überlegenheit zu bestehen. Die Europäer hätten dasselbe Recht auf Sicherheit. Auch die übrigen Staaten des Warschauer Pakts seien daran interessiert, daß die sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite von ihrem Territorium verschwänden. Es sei begrüßenswert, daß die Sowjetunion damit einverstanden sei, über die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite zu verhandeln. In der SRINF-Frage müsse man auch damit rechnen, daß die Sowjetunion ihre Vorstellung zu einer nuklearwaffenfreien Zone in Europa wieder auf den Tisch lege.

Auf eine Frage Botschafter Kampelmans nach weiteren Ausführungen Karpows führte *D2A* aus, daß Karpow gesagt habe, man habe sich darauf geeinigt, innerhalb von zehn Jahren alle strategischen Systeme zu eliminieren. Karpow habe ausgeführt, daß zunächst die USA darauf bestanden hätten, die Eliminierung auf ballistische Raketen zu beschränken, die Sowjets jedoch vorgeschlagen hätten, auch schwere Bomber einzubeziehen, und man sich dann hierauf verständigt habe. Botschafter *Burt* wies auf die Rede Präsident Reagans hin, der von ballistischen Raketen gesprochen habe.[17] Botschafter *Kampelman* ergänzte, daß während der ersten fünf Jahre alle strategischen Waffen um die Hälfte verringert, während der zweiten Fünfjahresfrist dann sämtliche ballistische Raketen beseitigt würden. Insgesamt müsse man sich darüber im klaren sein, daß bei einem zeitlich begrenzten Treffen wie dem in Reykjavik nicht alle Einzelfragen gelöst werden könnten. Es sei ganz natürlich, daß eine ganze Reihe von offenen Fragen und Unklarheiten übrigblieben.

Botschafter Kampelman erkundigte sich, wie sich Karpow zu der Frage geäußert habe, welche Beschränkungen es nach Ablauf der zehn Jahre gebe. In London habe Karpow gesagt, daß nach sowjetischer Auffassung nach Ablauf der zehn Jahre alles erlaubt sei, was der ABM-Vertrag zulasse.

D2A antwortete, daß es Karpow darauf angekommen sei, uns den Eindruck zu vermitteln, die Amerikaner beabsichtigten, zur weiten Interpretation des ABM-Vertrages überzugehen, die Tests und Entwicklung erlaube und es gestatte, nach Ablauf von zehn Jahren SDI-Systeme zu dislozieren. *Kampelman* schilderte an dieser Stelle ausführlich, wie es zur Vereinbarung der Zehnjahresfrist gekommen sei. Präsident Reagan habe fünf Jahre vorgeschlagen, GS Gorbatschow zehn Jahre. Die Differenz sei zunächst nicht zu überbrücken gewesen. In der Mittagszeit hätten die Amerikaner unter Beteiligung von Außenminister Shultz sich Gedanken über eine Lösung gemacht und dabei den schließlich von Präsident Reagan gemachten Vorschlag entwickelt. Außenminister Schewardnadse sei hinzugekommen und habe mit Nachdruck für eine Zehnjahresfrist plädiert. Er habe gesagt, daß alles vergebens sei, wenn in der Frage der Inter-

17 Vgl. dazu die Radio- und Fernsehansprache des Präsidenten Reagan vom 13. Oktober 1986; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1367–1371.

pretation des ABM-Vertrags keine Einigung erzielt werde. Man habe Schewardnadse von dem soeben entwickelten Vorschlag unterrichtet, aber darauf hingewiesen, daß es keineswegs sicher sei, daß der amerikanische Präsident ihn billigen werde. Im einzelnen habe der amerikanische Vorschlag vorgesehen, daß während der ersten fünf Jahre das amerikanische SDI-Programm sich im Rahmen des ABM-Vertrags halte und während dieser Zeit die 50prozentige Reduzierung strategischer Waffen durchgeführt werde. Während der zweiten Fünfjahresfrist sei die Reduzierung der ballistischen Raketen bis zu deren vollständiger Eliminierung fortzusetzen. Die Amerikaner würden auch während dieser Zeit sich an die Beschränkungen des ABM-Vertrags halten. Nach Ablauf der Zehnjahresfrist wären beide Seiten frei, strategische Defensivsysteme zu dislozieren. Schewardnadse habe dazu gemeint, daß er glaube, Gorbatschow werde die beiden Phasen von fünf Jahren akzeptieren. Nach Ablauf der zehn Jahre sollten sich beide Seiten auf das weitere Vorgehen verständigen. Außenminister Shultz habe dem entgegengehalten, daß dies ein für die Amerikaner nicht akzeptables Veto-Recht der Sowjetunion bedeuten würde. In diesem Stadium der Erörterung sei der Vorschlag Präsident Reagan vorgelegt worden. Vor allem die in diesem Vorschlag enthaltene Vereinbarung über die Eliminierung ballistischer Raketen habe die volle Unterstützung des Präsidenten enthalten.

Auch Perle und er, Kampelman, hätten diesen Vorschlag voll unterstützt. Der Vorschlag sei sodann Gorbatschow in der kurz danach beginnenden Runde unterbreitet worden. Es habe eine große Auseinandersetzung gegeben. Gorbatschow habe die von Schewardnadse bis dahin mit keinem Wort erwähnte Frage der Laboratoriumtests aufgeworfen. Die Beschränkung auf Tests im Laboratorium für weltraumgestützte Systeme würde dazu führen, daß die Sowjetunion das Testen und Entwickeln bodengestützter fester ABM-Systeme uneingeschränkt fortsetzen könnte, während die Amerikaner auf dem Gebiet, auf dem sie forschen, in ihrer Forschungstätigkeit eingeschränkt wären. Hierauf habe Shultz die Sowjets hingewiesen. *Bundesminister* fragte, ob sich die Amerikaner verpflichtet hätten, innerhalb einer Frist von zehn Jahren an der engen Auslegung des ABM-Vertrags festzuhalten. *Kampelman* verneinte dies und fügte hinzu, daß das, was die Sowjets wollten, mehr sei als die restriktive Interpretation. In Reykjavik habe man den Sowjets erklärt, daß das amerikanische SDI-Forschungsprogramm gegenwärtig im Einklang mit der restriktiven Interpretation durchgeführt werde.

Bundesminister fragte, wie Kampelman die Perspektive für eine Lösung für das Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivsystemen beurteile.

Kampelman meinte, daß für den Bereich der strategischen Waffen das Junktim erhalten bleibe, daß aber die Sowjetunion bei INF schließlich zu einem separaten Abkommen sich bereit erklären werde. Den Zusammenhang, den es zwischen Offensiv- und Defensivwaffen gebe, habe man auf amerikanischer Seite nie geleugnet.

D2A erklärte, man müsse sich fragen, ob die Sowjetunion bereit sei, zu akzeptieren, daß zehn Jahre an der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags festgehalten werde. Hierauf erwiderte *Kampelman*, daß Karpow in Genf bereits früher gesagt habe, man sei mit der Erklärung von Harold Brown über die Ab-

grenzung von Forschung und Entwicklung[18] (gemeint ist wohl die Erklärung von Gerard Smith[19]) einverstanden. Die vereinbarte Erklärung D[20] sehe vor, daß man über Restriktionen verhandle, bevor dislociert werde. Die USA hätten den Sowjets gesagt, daß sie zu solchen Verhandlungen bereit seien. Gorbatschow sei jedoch nicht zu solchen Verhandlungen bereit gewesen.

Hier bemerkte *D2A*, daß Botschafter Kampelman bei seinem Hinweis auf die vereinbarte Erklärung D von der weiten Interpretation ausgehe. Dies bestätigte *Kampelman* und fügte hinzu, daß sich die amerikanische Meinung nicht geändert habe, wonach die extensive Auslegung juristisch korrekt sei.

Die Diskussion wandte sich dann der Frage der konventionellen Rüstungskontrolle zu. Kampelman führte aus, daß, wenn es das französische Problem[21] nicht gebe, kein Grund dafür bestünde, die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa im KSZE-Rahmen zu führen und auf die Weise Länder wie Malta und Monaco zu involvieren. Auf amerikanischer Seite betrachte man dieses Problem sehr ernsthaft, vor allem wegen Frankreich. Es sollten große Anstrengungen gemacht werden, um eine für Frankreich akzeptable Formel zu finden, die nicht den KSZE-Rahmen vorsehe.

Auf die Frage des Bundesministers nach den Gründen fügte Kampelman hinzu, seiner Erfahrung nach könne man nicht im Kreise von 35 Staaten über konventionelle Rüstungskontrolle verhandeln. Dies habe sich erwiesen. Die NNA-Staaten würden immer den Versuch machen, eine aktive Rolle zu spielen, was dazu führen würde, daß sie versuchten, Druck auf den Westen auszuüben.

Bundesminister erklärte, daß es nicht sinnvoll sei, hier Monaco und Malta zu erwähnen, man müsse an Staaten wie Schweden, Jugoslawien, Österreich und die Schweiz denken.

Kampelman: Diese Staaten seien nicht an Reduzierungen interessiert. Wenn es um Abmachungen zwischen den beiden Blöcken gehe, sei nicht einzusehen, daß andere Staaten das Recht haben sollten, Druck auszuüben. Darin sehe er eine reale Gefahr. Im Hinblick auf den KSZE-Prozeß gebe es in den USA starke Strömungen ethnischer Gruppen, die auf das Problem der Ausgewogenheit hinwiesen. In Wien[22] bestehe das legitime Bedürfnis, dafür Sorge zu tragen, daß über CBM weiter verhandelt werde. Wenn man zu diesem Thema auch noch die Re-

18 Vgl. dazu die Äußerungen des Mitglieds der amerikanischen SALT-Delegation, Brown, vom 27. August 1971; Matthew BUNN, Foundation for the Future. The ABM Treaty and National Security, Washington 1990, S. 169.

19 Am 18. Juli 1972 erläuterte der Leiter der amerikanischen SALT-Delegation, Smith, während der Anhörungen des Kongresses über die Ratifizierung des ABM-Vertrags den Begriff „Entwicklung" („development"). Für den Wortlaut der schriftlichen Erklärung vgl. Gerard C. Smith, The Treaty's basic provisions: view of the US negotiator, in: Walther STÜTZLE/Bhupendra JASANI/Regina COWEN (Hrsg.), The ABM Treaty: To Defend or Not to Defend?, Oxford/New York 1987, S. 50.

20 Für den Wortlaut der Erklärung D der Gemeinsamen Verständniserklärungen zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag), die das Verbot der Entwicklung, Erprobung und Stationierung beweglicher landgestützter ABM-Systeme zum Inhalt hatte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 401.

21 Zur französischen Haltung in der Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 280.

22 In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

duzierungen hinzunehme, verliere der KSZE-Prozeß seine Ausgewogenheit. Die von ihm erwähnten Gruppen würden die Meinung vertreten, daß die Sowjetunion alles erhalten habe, was sie 1975 gewollt habe.

Bundesminister: Er sehe die Frage der Ausgewogenheit geradezu umgekehrt. Wenn wir im KSZE-Prozeß die einzigen Demandeure wären, würde dies das unterminieren, was wir erreichen wollen. Das Problem Frankreich müsse gelöst werden. Die Lösung könne nicht darin bestehen (wie vorher Botschafter Kampelman erwähnt hatte), daß die Konferenz in Frankreich stattfinde. Er erinnere an die letzte NATO-Konferenz in Frankreich[23], wo von manchen Kreisen in Frankreich behauptet worden sei, dies sei eine schleichende Rückkehr in die militärische Integration. Botschafter Kampelman habe vorher in anderem Zusammenhang von den kleineren Ländern des Warschauer Pakts gesprochen. Wenn man die Sache aus dem KSZE-Zusammenhang nehme, limitiere man die Manövriermöglichkeiten dieser Länder. Diese kleineren Warschauer-Pakt-Staaten könnten eine Rolle zu unseren Gunsten spielen. Man müsse auch an Länder wie Jugoslawien denken, die wegen der überlegenen konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion besorgt seien. Auch solchen Ländern gehe es um die Ausgewogenheit. Es sei absolut notwendig, eine Lösung zu finden, die es möglich mache, daß alle Bündnispartner teilnehmen könnten. In Brüssel habe am Montag[24] ein außerordentlich gutes Klima geherrscht. Unsere Presse sei darüber überrascht gewesen und habe es nicht glauben können. Diese Einigkeit sollte nicht in anderen Gebieten unterminiert werden. Wir würden es nie vergessen, daß Frankreich während der INF-Debatte für uns eine besonders hilfreiche Rolle gespielt habe. Er erinnere an den Auftritt von Präsident Mitterrand vor dem Deutschen Bundestag.[25] Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei von besonderer Bedeutung für Europa. Man solle eine Formel suchen, die die Verhandlungen im KSZE-Rahmen hält, und klarmachen, daß Allianz-Kohäsion entscheidend sei. Der französische Außenminister komme morgen nach Bonn, um auch über diese Frage zu sprechen.[26]

Kampelman: Für die USA sei es entscheidend, daß aufgrund einer Allianz-Position verhandelt werde.

Bundesminister warf ein, daß in Halifax eine Allianz-Position vereinbart worden sei.[27]

D2A fügte hinzu, daß wir in der HLTF[28] einer Position nahe gewesen seien.

23 In Paris fand zuletzt am 9./10. Juni 1983 eine NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 178 und Dok. 179.

24 13. Oktober 1986.

25 Staatspräsident Mitterrand besuchte am 20. Januar 1983 anläßlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit die Bundesrepublik und hielt am selben Tag eine Rede im Bundestag. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9.WP, 142. Sitzung, S. 8978–8992. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 19.

26 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond am 17. Oktober 1986; Dok. 291.

27 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

28 Vgl. dazu die Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa im engeren Kreis am 23. September 1986; Dok. 259, Anm. 16.

Sie habe vorgesehen, daß innerhalb des KSZE-Rahmens die Mitglieder der Allianz ein Mandat ausarbeiten und daß Konsultationen stattfinden würden. Die Verhandlungen selbst würden zwischen den beiden Bündnissen geführt.

Bundesminister bat die Amerikaner, zu sagen, was für die USA politisch notwendig sei, um den KSZE-Rahmen zu akzeptieren.

Hierauf erwiderte *Kampelman*, daß es nicht leicht sein werde, den Präsidenten von seiner Position[29] abzubringen. Auf persönlicher Basis halte er es für erforderlich, eine Formel zu finden, die den NNA-Staaten kein Veto einräume. Dies sei im KSZE-Zusammenhang sehr schwierig. Hilfreich könne es sein, wenn die NATO-Minister bei ihrem nächsten Treffen[30] eine gemeinsame Sprache fänden, die dem Aspekt der Menschenrechte einen breiten Raum einräume. Diese Allianzposition könne dann gegenüber dem Kongreß und den ethnischen Gruppen, von denen er gesprochen habe, verwendet werden.

Bundesminister bemerkte, daß eine Einigung im Dezember zu spät sei. Wir bräuchten eine gemeinsame Position für Wien.

Kampelman erinnerte an Madrid[31], wo es zunächst auch keine gemeinsame Position vor der Inauguration Reagans[32] gegeben hätte. Man habe die Zeit mit der Implementierungsdebatte überbrückt. Es sei nicht die Absicht der USA, die Sache zu verschleppen. Er wolle aber nochmals auf die Notwendigkeit der Ausgewogenheit hinweisen. Was er gesagt habe, sei eine persönliche Anregung.

VS-Bd. 11318 (220)

29 Vgl. dazu die Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 8. Oktober 1986; Dok. 279.
30 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.
31 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.
32 Ronald Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

287

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.26/05-1692/86 VS-vertraulich **16. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des beigefügten Berichts der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe

Anlg.: 1 (nur am Original)[3]

1) Die von der politisch-strategischen Arbeitsgruppe im März 1984 ins Leben gerufene deutsch-französische SDI-Expertengruppe[4] legte im Februar 1985 einen ersten gemeinsamen Bericht zur technologischen und politischen Bewertung von SDI vor.[5] Der Bericht wurde am 15.2.1985 vom deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung angenommen; im Anschluß wurde die Expertengruppe auf französische Initiative damit beauftragt, sich in einem weiteren Bericht mit dem Stand und den möglichen Entwicklungen im Bereich strategischer Offensiv- und Defensivsysteme der USA und der Sowjetunion zu befassen.

In sechs Sitzungen hat sich die Expertengruppe bis Anfang Oktober 1986 mit der Ausarbeitung dieses zweiten Berichts befaßt, der am 6.10.1986 auf Arbeitsebene ad referendum angenommen wurde.

In Teil I befaßt sich der Bericht mit den Grundgegebenheiten des strategischen Kräfteverhältnisses im Jahre 1986, im Teil II mit der Entwicklung bis in das Jahr 2000 und in Teil III mit der prognostizierten Entwicklung über das Jahr 2000 hinaus.

Der Bericht existiert in inhaltlich gleicher deutscher und französischer Sprachfassung (als Anlage ist die deutsche Sprachfassung beigefügt).

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse von Morr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 23. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Klaiber am 11. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 11. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für den Bericht „Mögliche Entwicklungen der strategischen Offensiv- und Defensivpotentiale der USA und der Sowjetunion bis in das nächste Jahrhundert“ der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe vom 13. Oktober 1986 vgl. VS-Bd. 12128 (201).

4 Frankreich schlug am 19. Januar 1984 die Einrichtung einer SDI-Arbeitsgruppe vor. Die Einrichtung wurde in der Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe am 14. März 1984 beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 16 und Dok. 84.
Zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe vgl. ferner AAPD 1984, II, Dok. 211.

5 Zum Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe vom 12. Februar 1985 vgl. Dok. 51, besonders Anm. 5.

2) In den Kernsätzen des Berichts wird festgestellt, daß

a) im gegenwärtigen Zeitpunkt

– die strategischen Potentiale und somit auch die Sicherheitsstruktur der USA und der SU durch das Übergewicht der offensiven Nuklearwaffen gekennzeichnet sind;

– die Sowjetunion bei Defensivsystemen einen deutlich erkennbaren Vorteil besitzt;

b) bis zum Jahr 2000 wird prognostiziert, daß

– bei den Offensivpotentialen die Tendenz zur Diversifizierung der Systeme insbesondere durch Einführung von Marschflugkörpern weitergeht;

– bei Defensivsystemen erste boden- und raumgestützte Abwehrraketen vermutlich noch vor der Jahrhundertwende verfügbar sein könnten, eine raumgestützte Stationierung aber wenig wahrscheinlich ist;

– die politischen Entscheidungen der Großmächte zum Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen den tatsächlichen Fortgang bestimmen werden, insgesamt jedoch bis zum Jahr 2000 weiterhin den Offensivpotentialen das Schwergewicht zukommen wird;

c) jenseits des Jahres 2000 selbst hochkomplexe weltraumgestützte Defensivsysteme keine Garantie für die Überwindung der ebenfalls verbesserungsfähigen nuklearen Offensivwaffen bieten könnten und nur vertragliche Vereinbarungen zwischen den Großmächten das Entwicklungstempo der Offensiv- und Defensivpotentiale kontrollieren und deren Umfänge begrenzen oder reduzieren können. Auf die grundlegende Problematik der Realisierung von SDI durch technische Probleme, Fragen der Transportkapazitäten u. a. weist der Bericht mehrfach hin.

3) Die Arbeit der Expertengruppe hat einen wichtigen Beitrag für den vertieften Meinungsaustausch zwischen uns und Frankreich im Bereich der Sicherheitspolitik geleistet.

Wichen die deutschen und französischen Vorstellungen der Realisierungschancen von Defensivsystemen zunächst voneinander ab, so konnte im Verlauf der gemeinsamen Arbeit eine schrittweise Annäherung erzielt werden. Sah die französische Seite die zukünftigen technologischen Entwicklungsmöglichkeiten eher skeptisch, so galt es andererseits, das BMVg von zu weitgespannten Erwartungen und einer rein auf die technologische Machbarkeit hin fixierten Orientierung abzubringen. Es ist uns gelungen, in der Endfassung des Berichts einen vernünftigen Mittelweg zwischen beiden Polen zu beschreiten und vor allem die entscheidenden Aspekte der politischen Wünschbarkeit und Realisierbarkeit strategischer Defensivsysteme deutlich in den gemeinsamen Bericht hineinzuschreiben. Wir haben damit unsere Linie auch in diesem hauptsächlich der Technologieprognose von SDI gewidmeten Bericht insgesamt durchsetzen können.

4) Auf beiden Seiten bestand Übereinstimmung, den Bericht noch vor dem deutsch-französischen Gipfel am 27.10.1986[6] abzuschließen. Dieses Ziel konnte

[6] Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

erreicht werden. Eine billigende Kenntnisnahme des Berichts durch die Außen- und Verteidigungsminister bei ihrem Treffen im Rahmen der Gipfelkonsultationen in Frankfurt[7] und ein Einverständnis mit der weiteren Arbeit der Expertengruppe gemäß eines im einzelnen vom deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheits- und Verteidigungsfragen festzulegenden Mandats ist vorgesehen.

i. V. Ploetz

VS-Bd. 12128 (201)

288

Hauserlaß des Staatssekretärs Meyer-Landrut

110-209.31 **16. Oktober 1986**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Mord an unserem Kollegen Dr. Gerold von Braunmühl[1] macht eine rasche und wirkungsvolle Überprüfung des gesamten Sicherheitssystems des Auswärtigen Dienstes im In- und Ausland erforderlich. Der Herr Bundesminister hat Weisung erteilt, alle personellen und materiellen Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um den Bediensteten und deren Angehörigen den größtmöglichen persönlichen Schutz zukommen zu lassen.

Die Vorarbeiten hierfür sind in vollem Gange.[2] Es wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Dg 11[3] eingerichtet, die die Arbeiten zur Verbesserung

7 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud am 27. Oktober 1986 vgl. Dok. 304.

1 Zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 281, Anm. 5.

2 Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 23. Oktober 1986, daß u. a. folgende Maßnahmen eingeleitet worden seien: „1) Das BMI hat ab 17.10.86 den BGS im AA verstärkt und mit zunächst acht zusätzlichen, zum Teil gepanzerten Fahrzeugen ausgestattet. Seit 21.10.86 führt der BGS mit insgesamt zehn Fahrzeugen Begleitschutz für die folgenden Beamten durch: StS Meyer-Landrut, MD Dr. von Richthofen, MD Dr. Jelonek, MD Dr. Seitz, Botschafter Ruth, MDg Dr. Pabsch, MDg Dr. Oesterhelt, MDg Dr. von Ploetz, VLR I Dr. Jansen, VLR I Dr. Hartmann. StS Dr. Ruhfus und MD Dr. Sudhoff werden nach ihrer Rückkehr aus dem Ausland ebenfalls Begleitschutz erhalten. […] 2) Im Rahmen der materiellen Sicherheitsvorkehrungen wurde das Privathaus von MD Dr. von Richthofen durch Fachleute des Polizeipräsidiums inspiziert. (Entsprechende Inspektionen wurden kürzlich bereits bei StS Dr. Ruhfus und MD Dr. Seitz durchgeführt.) Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen werden in Absprache mit der B[undes]B[au]D[irektion] vorrangig vorweggenommen. Vorab wird eine Alarmanlage installiert. 3) Als weitere Maßnahmen sind in der Zentrale eingeleitet: Neutrale Kennzeichen für Dienstkraftwagen, Änderung privater Telefonanschlüsse, Beschaffung kugelsicherer Westen, Beratung des gefährdeten Personenkreises durch BKA, Einführung neuer Parkausweise, Neuregelung des Besucherverkehrs. 4) Für die Außengebäude der Zentrale des AA führt das BKA trotz fehlender Zuständigkeit ab 25.10.1986 Überprüfung auf Schwachstellen durch. Es wird Empfehlungen zur Verbesserung der materiellen Sicherheit geben.“ Vgl. Referat 118, Bd. 299079.

3 Hansjörg Eiff.

der Sicherheitslage im In- und Ausland koordiniert. Der Personalrat arbeitet in der Gruppe mit.[4]

Für die Bediensteten, die Fragen zu ihrer persönlichen Sicherheit oder Vorschläge zur Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage haben, wurde eine Anlaufstelle bei Referat 115 eingerichtet. Sie können sich hier jederzeit an KSI Stefan Graf, Hausruf: 2857, wenden.

Der Personalrat hat ebenfalls eine Anlaufstelle für Sicherheitsfragen eingerichtet. Bitte wenden Sie sich an Herrn Hubert Langers, Hausruf: 2192.

Ich weise an dieser Stelle darauf hin, daß Erkenntnisse der zuständigen Stellen für Terrorismusbekämpfung über eine mögliche persönliche Gefährdung von einzelnen Dienstangehörigen in allen Fällen sofort weitergegeben werden. Dies bedeutet für die ganz überwiegende Mehrheit der Bediensteten, daß Hinweise für deren konkrete Gefährdung nicht vorliegen.

Meyer-Landrut

Referat 110, Bd. 299079

289

Ministerialdirigent Kastrup an die Botschaft in Washington

424-411.10 IRK-874/86 geheim **Aufgabe: 16. Oktober 1986, 10.39 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1288
Citissime

Betr.: Irakische Chemiewaffenproduktion

Bezug: DB Nr. 3663 vom 29.8.1986 VS-NfD[2]
DB Nr. 4042 vom 25.9.1986 VS-geheim[3]
DB Nr. 4208 vom 3.10.1986 geheim[4]
DB Nr. 4284 vom 8.10.1986 geheim[5]

4 Zur Reorganisation des Sicherheitsbereichs des Auswärtigen Amts vgl. Dok. 335.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Daum konzipiert.

2 Zum Drahtbericht des Gesandten Wallau, Washington, vgl. Dok. 261, Anm. 3.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters van Well, Washington, vgl. Dok. 261.

4 Botschafter van Well, Washington, teilte mit, daß der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hawes, ein Memorandum zur Frage der Lieferung von Vorprodukten und Ausrüstungen für die Herstellung chemischer Waffen übergeben und ausgeführt habe, „daß die Administration dieser Frage große politische Bedeutung“ beimesse: „Wegen des politischen Gewichts reiche die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste nicht aus. Das Problem müsse auf politischer Ebene erörtert werden […]. Hawes betonte, Regelungen für die Verhinderung von Ausfuhren von Vorprodukten und Ausrüstungen müßten jetzt bald getroffen werden, weil die Zahl der Länder, die als Lieferanten in Betracht kämen, ebenso wie die Zahl der Länder, die in die Lage versetzt würden, chemische Waffen herzustellen, ständig wachse. Jeder schaue nervös auf seinen Nachbarn. Außerdem mache sich der Irak durch den Kauf von Ausrüstungen mehr und mehr von der Lieferung von Vor-

1) Hier wird die Auffassung der Botschaft, daß die Angelegenheit möglichst noch vor dem Besuch des Bundeskanzlers[6] auf angemessener Ebene erörtert werden sollte, geteilt. Es wird daher gebeten, umgehend geeignet erscheinendem Gesprächspartner (vermutlich Deputy Assistant Secretary Hawes) die folgenden Punkte vorzutragen:

2) Wir nehmen die amerikanischen Hinweise sehr ernst und teilen die in ihnen und in der politischen Argumentation der Amerikaner zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse.

Die Bundesregierung hat (auch unter Verwertung der von der Fachdienststelle gegebenen zusätzlichen tatsächlichen Hinweise) eine eingehende Prüfung der Verdachtsfälle eingeleitet.

Soweit dabei Verstöße gegen deutsches Ausfuhrrecht festgestellt werden können, werden alle gesetzlichen Mittel – einschließlich Verfolgung durch die zuständige Staatsanwaltschaft – zur Prüfung, Aufklärung und Ahndung eingesetzt werden.

Soweit es sich – wie wohl bei der Mehrzahl der genannten Fälle (wenn sich die Hinweise auf Lieferungen bestätigen) – herausstellen sollte, daß keine Gesetzesverstöße vorliegen, jedoch Lieferungen, die einen erkennbaren, direkten und zurechenbaren Beitrag zur irakischen Kampfstoffproduktion leisten, ist beabsichtigt, in den wichtigen Fällen politisch auf die beteiligten Unternehmen einzuwirken.

Wir sind auch in Zukunft für weitere Hinweise dankbar. Dabei könnte uns die Klärung erleichtert werden, wenn sich diese Hinweise nicht auf Verdachtsfälle gegen deutsche Firmen beschränken, sondern ein Gesamtbild zeichnen, das auch zur evtl. Involvierung anderer – möglicherweise sogar amerikanischer – Firmen Stellung nimmt.

3) Bei Gelegenheit dieses Gesprächs sollte erwähnt werden, daß Bundesregierung mit Nachdruck die Umsetzung des EPZ-Beschlusses (Erweiterung der fünf ausfuhrkontrollierten Substanzen um drei auf acht)[7] in nationales Recht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1502

produkten unabhängig." Van Well fuhr fort: „Ich wäre für Weisung dankbar, ob wir bereit sind zu den von Hawes angeregten Konsultationen […] und ob zusätzliche Maßnahmen der Bundesregierung möglich sind. Aus hiesiger Sicht sollte das Thema möglichst außerhalb des Bundeskanzler-Besuchs gehalten werden." Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Botschafter van Well berichtete, daß der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hawes, weitere Informationen über die Lieferung von Vorprodukten und Ausrüstungen zur Herstellung chemischer Waffen an den Irak übergeben und dazu ausgeführt habe, der Irak „scheine sich um Käufe der Vorprodukte in einer großen Zahl von Ländern auch außerhalb Europas zu bemühen. Offensichtlich wolle es die Bezugsquellen diversifizieren, weil es befürchte, daß die bisherigen Quellen bald verstopft sein würden." Van Well informierte ferner, daß Hawes für den 22. Oktober 1986 zu Gesprächen im Bundesministerium der Verteidigung nach Bonn kommen werde und den Wunsch geäußert habe, über dieses Thema Gespräche mit geeigneten Gesprächspartnern zu führen. Vgl. VS-Bd. 11557 (222); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

7 Die Bundesregierung stellte mit der 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 14. Mai 1984 die Ausfuhr von Methylphosphonsäuredimethylester, Methylphosphonsäuredifluorid, Methylphosphonsäuredichlorid, Phosphoroxychlorid und Thiolglycol unter Genehmigungspflicht. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER vom 15. Mai 1984, S. 4509.
Mit Schreiben vom 11. September 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel das Bundesministerium für Wirtschaft: „Auf der 166. Sitzung des Politischen Komitees der EPZ am 2. und 3.9.1986 in London ist festgestellt worden, daß alle Partner bereit sind, ihre Exportkontrollen

betreibt. Es ist zu erwarten, daß diese Regelung zum 2.1.1987 in Kraft treten kann.

In diesem Zusammenhang sollte um ein kurzes amerikanisches Sachstandspapier gebeten werden, welche Substanzen heute amerikanischerseits erga omnes ausfuhrkontrolliert sind und wie die weitere Gesetzgebungsprozedur aussieht.

4) DB nur an AA 424 und BMWi V A 8 erbeten.[8]

Kastrup[9]

VS-Bd. 13732 (424)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1503

um drei chemische Substanzen (Phosphortrichlorid, Dimethylphosphit, Trimethylphosphit) zu erweitern. Ferner wurde beschlossen, daß die Partner umgehend die notwendigen Maßnahmen für die Umsetzung dieser Erweiterung der Ausfuhrkontrollen in nationales Recht treffen." Damit sei die von der Bundesregierung aufgestellte Bedingung, „daß alle Partner der Erweiterung zustimmen und entsprechend ihre nationalen Exportkontrollen ändern", erfüllt. Vgl. Referat 424, Bd. 135877.

8 Gesandter Wallau, Washington, informierte am 16. Oktober 1986, daß die Weisung am selben Tag im amerikanischen Außenministerium ausgeführt worden sei: „Hawes nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß wir die amerikanischen Hinweise auf die irakischen Beschaffungsbemühungen bei deutschen und anderen westlichen Firmen sehr ernst nehmen, von unseren rechtlichen und politischen Möglichkeiten gegenüber unserer eigenen Industrie Gebrauch machen wollen und unsere Ausfuhrliste um drei Chemikalien erweitern." Hawes habe ferner dargelegt, daß die USA außer der Bundesrepublik auch die Niederlande, die Schweiz und Japan wegen der irakischen Beschaffungsbemühungen angesprochen hätten: „Er verstehe, daß wir diese Information brauchten, er bat aber sehr darum, daß wir diesen Ländern gegenüber nicht erwähnten, daß unsere diesbezüglichen Kenntnisse auf einer amerikanischen Quelle beruhen." Er habe das erbetene Sachstandspapier über die in den USA kontrollierten Substanzen zugesagt. Gegenwärtig würden in den USA „nur die bekannten fünf Substanzen kontrolliert: „Weitere Erga-omnes-Kontrollen seien zur Zeit nicht beabsichtigt. Weitere Substanzen seien allerdings gegenüber bestimmten Empfängern kontrolliert, darunter Irak. Für die USA sei es bei der gegenwärtigen Rechtslage leichter, ein Produkt aus politischen Gründen gegenüber bestimmten Ländern zu kontrollieren, als eine Kontrolle erga omnes einzuführen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4447; VS-Bd. 13732 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Paraphe.

290

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond

Dg 20-360.92 FRA-1705/86 VS-vertraulich **17. Oktober 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Deutsch-französische Außenministerkonsultationen am 17. Oktober 1986 in Bonn;
hier: Sicherheitspolitische Fragen: nukleare Rüstungskontrolle[2]

Bewertung von Reykjavik[3]:

AM leitete ein mit Dank für BM-Position im NATO-Rat am 13.10.

AM hielt es für nötig, die erste Bewertung der Gipfelteilnehmer (Fehlschlag) zu relativieren: Paradoxerweise habe sich leider Enttäuschung auf SDI bezogen, wo die Distanz zwischen beiden Ausgangspositionen bekanntermaßen am größten gewesen sei.

Aus AM-Darstellung des Ergebnisses von Reykjavik ist festzuhalten:

– daß er in bezug auf SRINF von „einfrieren" sprach,
– daß er als Ergebnis der strategische Offensivwaffen betreffenden Zehn-Jahres-Phase von der Beseitigung aller Nuklearwaffen ausging.

Aus französischer Sicht sei besonders befriedigend:

– daß die Drittstaatensysteme kein Hindernis für eine Verständigung gebildet hätten; allerdings würden sie aus SU-Sicht später wieder ins Spiel kommen, vielleicht schon in der zweiten Fünfjahresperiode 1991 bis 1996;
– daß die Teststopp-Frage eine Annäherung nicht behindert habe.

Die französische Bewertung zu den erzielten Annäherungen sei folgende:

– Das angestrebte Ziel bei INF bewerte man aus rein politischen Gründen – D wünsche ein solches Ergebnis – positiv (wenn die Null-Lösung auch nicht global sei).

  Aber: Man sei beunruhigt oder habe sogar Vorbehalte, ob bei Verhandlungen, die auf Europa begrenzt seien, nicht eine völlige Abschaffung von US-Nuklearwaffen hier die Folge sein könne – und dies bei unverändertem konventionellem und CW-Ungleichgewicht. F sehe keinen Ersatz für die amerikanische Nuklearabschreckung. Es sehe aber mit Sorge, daß der Gorbatschow-Plan der Abschaffung von Nuklearwaffen von Januar 1986[4], der auf 15 Jahre angelegt gewesen sei, jetzt schon auf zehn Jahre beschleunigt werde.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Zu dem Gespräch vgl. auch Dok. 291.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

– Strategische Systeme: Eine 50%ige Reduzierung werde nicht für eine Beteiligung von F an Reduzierungen in der nächsten Phase ausreichen. Hierfür müßten weitere Voraussetzungen vorliegen:
  – konventionelle und CW-Stabilisierung,
  – Klarheit über die Situation bei Verteidigungssystemen.

  In Washington habe inzwischen das Nachdenken über die weitgehenden Vorschläge zur Reduzierung strategischer Nuklearwaffen angefangen. Dies werde deutlich aus der Frage, ob alle Systeme einbezogen seien, auch FBS.
– Junktim: Sowjetische Erklärungen nach Reykjavik seien widersprüchlich; SU werde es eines Tages wieder aufheben.[5]

BM betonte Bedeutung einer gemeinsamen Analyse der Ergebnisse und ihrer Konsequenzen.

Als erste Bewertung wäre die angemessen gewesen, die am 13. Oktober 1986 im NATO-Rat von US-Seite vorgetragen wurde. Dies sei der einzige Ansatz in einer solchen Lage, er sei sachlich richtig und allein geeignet, die Allianz zusammenzuhalten.

Die sowjetische Strategie vor Reykjavik sei klar gewesen:

– Die Chance für einen Vorgipfel habe sich erst nach Verhaftung des sowjetischen UN-Mitarbeiters gegeben. Nach dem sowjetischen „Nachziehen" und den schließlichen Ausweisungen hätte SU auch den Vorgipfel erreicht.[6]
– Reykjavik habe Gorbatschow erspart, ohne sichere Erfolgsaussicht zum Gipfel nach Washington gehen zu müssen; er habe den USA aber auch die Chance gegeben, die sowjetischen Positionen auszuloten. Aus diesem Grunde hätten wir den Gipfel begrüßt. Dabei sei uns allerdings klar gewesen, daß die Interdependenz zwischen strategischer Abrüstung und SDI einen zentralen Punkt bilden werde.

Die Gesprächsstrukturierung in Reykjavik habe dazu geführt, daß einige Abkommen hätten besprochen werden können, ehe man am Ende zu SDI kam. Dies sei die Lage, mit der sich auch die Europäer jetzt auseinanderzusetzen hätten. Präsident und GS könnten zu Hause darauf verweisen, daß sie ihre Positionen gewahrt hätten, und zwar beide übereinstimmend – zu SDI.

5 Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 16. Oktober 1986 mit, daß die französische Regierung zwar „Presseparolen vom ‚Scheitern' des Treffens" öffentlich entgegengetreten sei: „Zugleich klingt jedoch an, daß Moskau durch unzulängliche US-Taktik eine massive publizistische Beute habe machen können. Die Skepsis der französischen Seite tritt deutlicher im vertraulichen Gespräch hervor. F als Nuklearmacht sieht jede Art Rüstungskontrollverhandlung ohne unmittelbare und selbständige Eigenbeteiligung mit mißtrauischer Besorgnis. Vertieftes Nachfragen über Reykjavik fördert zutage: Erleichterung über das Ausbleiben fester Absprachen, verstärkte Warnung vor Versuchen in Richtung Null-Lösungen oder Denuklearisierung Europas, keine Hoffnung auf definitive Abwendung des Drucks zur Drittstaateneinbeziehung, Kritik an zu spontaner und pauschaler Offenlegung westlicher Verhandlungsspielräume durch Reagan mit unkontrollierbaren Möglichkeiten für SU, sich auf Auslegungen im eigenen Sinne zu versteifen. Von einer eindeutig positiven Bewertung Reykjaviks kann innerhalb der Regierung und insbesondere bei den Experten im Quai keine Rede sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2284; VS-Bd. 12165 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Zur Ausweisung des Mitarbeiters an der sowjetischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen, Sacharow, und des in der UdSSR verhafteten amerikanischen Journalisten Daniloff vgl. Dok. 264, Anm. 25.

BM sah nicht wie AM Widersprüchlichkeiten in den sowjetischen Erklärungen zum Junktim INF/SDI: Karpow habe gesagt, man werde weiterverhandeln, der Sprecher des SAM, man werde nicht separat abschließen. Letzterer habe also nicht Karpow dementiert, sondern die Interpretationen in der westlichen Öffentlichkeit.

Auch BM hatte keinen Zweifel, daß SU weiterverhandelt, erwartete aber, daß die Karte der Unterschrift – mindestens bis zur Bundestagswahl[7] – dem Junktim unterliegen werde.

BM erwähnte, daß er bei Gespräch mit ungarischem AM am 13.10.[8] diesem zwei Botschaften zum WP-Treffen nach Bukarest[9] mitgegeben habe:

– NATO habe Tür nicht zugeschlagen und wolle in allen Bereichen auf Verhandlungen drängen. Die östliche Seite möge ebenso verfahren.
– Für die Europäer, die alle in dem von Gorbatschow so bezeichneten „europäischen Haus" wohnten, sei es wichtig, wie sich die SU weiter zum Junktim stelle: Wenn sie es weiter aufrechterhalte, sei die These vom gemeinsamen Haus schwer aufrechtzuerhalten, weil SU INF mit etwas verbinde, das nichts damit zu tun habe. Wie Gorbatschow und Reagan in Reykjavik festgestellt hätten, seien strategische Systeme und SDI miteinander verbunden, andere Fragen nicht.

Es sei daher sehr wichtig, die Erwartung klarzumachen, daß die SU in allen Fragen weiterverhandle.

Zu INF stellte BM unter Bezugnahme auf sein Gespräch mit Kampelman am 16. Oktober 1986 klar, daß man bei SRINF nicht vom Einfrieren, sondern von Obergrenzen reden müsse. Bei einem Einfrieren auf dem jetzigen Stand, d. h. Zementierung der sowjetischen Überlegenheit, entfalle für die SU jegliches Verhandlungsinteresse. Dieses ergebe sich nur, wenn sie ständig damit rechnen müsse, daß der Westen von dem Recht zum Auffüllen bis zur Obergrenze Gebrauch mache.

AM meinte, Gorbatschow habe Grund zur Zufriedenheit, weil er das nukleare Abrüstungstempo beschleunigt habe mit guten Aussichten auf eine Denuklearisierung Europas. Auch Reagan könne zufrieden sein, weil er gut bei SDI dastehe und die in Reykjavik gemachten Vorschläge zunächst nicht einzulösen brauche. Es sei wichtig, daß die Europäer die Phase des Nachdenkens benutzten, um ihre Positionen deutlich zu machen.

In bezug auf das Junktim bei INF war auch AM der Auffassung, daß SU jederzeit das Junktim wieder aufgeben könne in bezug auf den Vertragsabschluß. Er wiederholte, daß F wie D für das Abkommen sei, allerdings mehr aus politischen als aus militärischen Gründen.

Zur Ausdehnung der nuklearen Rüstungskontrolle auf SRINF äußerte AM die Sorge, daß dies in Richtung Denuklearisierung Europas gehe. Allerdings verblieben auf sowjetischer Seite die Westeuropa bedrohenden strategischen Kräf-

7 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi in Budapest vgl. Dok. 283.

9 Am 14./15. Oktober 1986 fand die Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 51–56.

te mehr oder weniger. Dadurch entstehe eine sehr gefährliche Situation, und dies werde F den USA sagen, dabei aber deutlich machen, daß dies keine Kritik an einem INF-Abkommen sei.

BM erinnerte an die beim Doppelbeschluß[10] festgelegte Verhandlungsposition: Wegen Mobilität und Reichweite habe man immer eine globale Obergrenze angestrebt und eine strikt europäische Lösung abgelehnt. Bei dem jetzt in Aussicht stehenden Abkommen bleibe es bei der globalen Obergrenze. Auf beiden Seiten seien die verbleibenden Systeme mit 100 GK mobil und könnten nach Europa verbracht werden. In bezug auf die asiatischen Systeme habe die SU allerdings nicht auf westliche Überlegungen Rücksicht genommen, sondern eine Geste gegenüber China gemacht im Interesse der Verbesserung der Beziehungen. Militärisch sei diese Geste nicht sehr bedeutungsvoll, weil auch China durch die strategischen Systeme der SU bedroht sei.

Zu den SRINF mit Reichweite 150 bis 500 km erläuterte BM unsere Haltung. Auf Frage AM bestätigte er, daß wir in der Tat Verhandlungen mit der SU über Reduzierungen wünschten. Falls es nicht zu Reduzierungen komme, wollten wir die Option haben nachzuziehen. Ob dies tatsächlich geschehe, wolle er jetzt nicht sagen.

AM erklärte sich mit einer solchen Verhandlungsposition einverstanden. Wir müßten aber USA darauf aufmerksam machen, daß die SU auch oberhalb der Reichweite von Mittelstreckenraketen über Potentiale verfüge, die Europa bedrohten.

Auf die Feststellung des AM, daß wir gegenüber den USA ferner die Notwendigkeit unterstreichen müßten, eine nukleare Minimalpräsenz der USA in Europa zu erhalten, stellte *BM* klar:

– Bei LRINF hätten wir in der Nachrüstungsdebatte die beiderseitige Null-Option als Ziel formuliert. Dabei bleibe es.
– Die Diskussion bei uns über SRINF sei im Sinne des Doppelbeschlusses beendet worden, d. h.: Wir strebten ein Abkommen über Reduzierung der Mittelstreckenraketen größerer Reichweite an und von dort aus Schritt für Schritt Abkommen über Raketen kürzerer Reichweite.[11]

  In Konsequenz dieser Position hätten die USA gegenüber der SU die Null-Option bei LRINF vertreten und constraints für die Reichweiten 500 bis 1000 gefordert. Constraints sei gleichbedeutend mit Obergrenzen.
– Wir hätten dann dafür plädiert, einen Verhandlungsauftrag auch für Reduzierungen bei Systemen zwischen 150 und 500 km zu vereinbaren. Das BMVg hätte vorgezogen, Reduzierungen bereits in die INF-Verhandlungen einzubeziehen. AA habe davor gewarnt, weil
  – dies verhandlungstaktisch nicht machbar gewesen wäre;
  – die Gefahr bestehe bei zu weiter Ausdehnung der Verhandlungen in untere Reichweiten, daß die SU bis Null gehe und damit auf eine nuklearwaf-

10 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

11 Vgl. dazu die Einigung des Bundeskanzlers Kohl und der Bundesminister Genscher und Wörner vom 30. September 1986; Dok. 254, Anm. 7.

fenfreie Zone Europa abziele, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo noch keine Ergebnisse bei der konventionellen Stabilisierung erzielt seien.

Wir sähen die sowjetische Überlegenheit bei SRINF. Aber es gebe im Augenblick Nuklearwaffen, auf die wir im Interesse der Aufrechterhaltung der Abschreckung nicht verzichten könnten, so bedauerlich dies sei.

AM meinte, durch Nichteinschluß der SRINF hätten wir „Europa gerettet". Es sei sehr wichtig, den USA zu verdeutlichen, es müsse gewissenhaft verhandelt werden, aber nicht mit dem Ziel einer Null-Lösung.[12] Unser Interesse müsse im Gegenteil sein, die Möglichkeit zur Stationierung von US-Raketen kürzerer Reichweite zu erhalten. Dies auch, weil man die Entwicklung auf strategischer Ebene nicht voraussehen könne; es könne durchaus sein, daß eines Tages keine Bomber oder trägergestützten Nuklearflugzeuge mehr verfügbar seien.

AM betonte: F leiste nuklear und konventionell einen wichtigen Verteidigungsbeitrag. Wenn alle amerikanischen Mittelstreckenraketen wegverhandelt seien, werde F gegenüber der SU isoliert und damit erheblichem Reduzierungsdruck ausgesetzt sein.

BM wiederholte noch einmal unsere Position zu Reduzierungen bei Raketen mit Reichweite unter 1000 km: Wir wollten nicht, daß Disparitäten festgeschrieben würden, deshalb seien wir gegen einen Freeze. Wir wollten die Option des Nachziehens aufrechterhalten ohne zu sagen, was im einzelnen geschehe, um einen Verhandlungsanreiz für die SU zu erhalten. Deshalb sprächen wir von Obergrenze. Wir würden gerne sehen, wenn alle uns bedrohenden Nuklearwaffen vernichtet würden. Aber uns sei bewußt, daß gegenwärtig ohne sogenannte taktische Nuklearwaffen die konventionelle Verteidigung allein nicht für die Abschreckung ausreiche.

Daher sollten D und F gegenüber den USA auf die Vereinbarung von Obergrenzen hinwirken und nicht auf Einfrieren. Was innerhalb dieser Obergrenzen geschehen solle, darüber müßten D und F reden. BM unterstrich, und AM stimmte ihm hier zu, daß keine neue Stationierungsdebatte wünschbar sei.

AM schlug vor, daß D und F möglichst bald bilateral darüber reden sollten, wie eine solche Formel auszufüllen sei. *BM* war mit einer gründlichen Beratung dieser Frage einverstanden.[13]

VS-Bd. 14150 (010)

12 Botschafter Schoeller, Paris, übermittelte am 16. Oktober 1986 die Einschätzung: „F stellt Versuche zu Null-Lösungen als unrealistisch und den Plan der Denuklearisierung Europas als gefährlich dar. Dies wird mit der dadurch drastisch steigenden Gefährlichkeit des konventionellen und chemischen Ungleichgewichts und mit der Gefährlichkeit außereuropäischer Nuklearwaffen begründet. Konsequent sperrt sich die F-Seite, zur Frage einer Entnuklearisierung Europas auch nur theoretisch Stellung zu nehmen für den hypothetischen Fall, daß auch diese beiden Gefahren eliminiert wären. So wird erkennbar, daß in Wirklichkeit zu den fundamentalen Motiven französischer Vorbehalte dagegen, Nuklearwaffen in Europa obsolet zu machen, die politische Sorge um die nationale Unabhängigkeit, die europäische Rolle und die Weltgeltung Frankreichs gehören." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2284; VS-Bd. 12165 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

13 Vgl. dazu auch die Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien am 11. November 1986; Dok. 322.

291

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond

17. Oktober 1986[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Deutsch-französische Außenministerkonsultationen am 17. Oktober 1986 in Bonn[2];
hier: Konventionelle Rüstungskontrolle

BM betonte, die Sicherheitslage in Europa werde durch drastische Reduzierungen im Nuklearbereich zentral berührt. Das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa gewinne viel größere Bedeutung und rücke in dramatischer Weise in den Mittelpunkt unseres Interesses. Dabei gehe es nicht nur um die Herstellung der Parität bei Soldaten und Material, diese Größen seien Varianten, sondern auch um die Folgen der geographischen Disparität – und hier hätten wir es mit Konstanten zu tun.

Die Allianz gehe davon aus, daß alle Staaten gleich seien. Dies sei richtig. Dennoch gelte, daß über konventionelle Rüstungskontrolle nur unter Teilnahme von D und F verhandelt werden könne.

Über den Rahmen solcher Verhandlungen habe man auch in Brüssel am 13.10. gesprochen.[3] Kampelman habe am 16.10. alarmierend argumentiert, indem er auf den Standpunkt amerikanischer Minoritäten und Menschenrechtsorganisationen verwiesen habe, die vor einer Verbindung von Fragen der Sicherheit mit solchen der Menschenrechte warnten und die Sicherheit aus dem KSZE-Prozeß herausnehmen wollten. BM betonte mit Nachdruck, daß das Gegenteil richtig sei: Die SU habe in der Schlußakte von Helsinki[4] nur Sicherheit haben wollen, wir hätten auf Korb III bestanden. Wenn im KSZE-Rahmen Korb I entleert werde, würden wir als Demandeur im KSZE-Prozeß bleiben. Seinerzeit hätten sich USA (und F) gerade wegen Korb I am KSZE-Prozeß beteiligt. Wir hätten diese Beteiligung gegenüber der SU durchgesetzt mit dem Argument, daß man über die Sicherheit in Europa nicht ohne die USA und Kanada sprechen könne. Es wäre ein schwerer Fehler, sich aus dieser Philosophie des KSZE-Prozesses zu lösen.

Auf Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der französischen Position, über die Klarheit zu gewinnen auch im Hinblick auf Gespräche in Washington[5]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Zu dem Gespräch vgl. auch Dok. 290.

3 Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete den Ständigen NATO-Rat am 13. Oktober 1986 über das Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik. Vgl. dazu Dok. 282. Vgl. dazu auch Dok. 284–286.

4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300 und Dok. 303.

wichtig sei, erklärte *AM*: Es bestehe eine gute Möglichkeit, eine gemeinsame Position zu formulieren. Wenn dies gelinge, sei die Aussicht gut, Einfluß auf die USA auszuüben.

AM dankte BM für die Unterstützung in New York[6] wie in Brüssel und erklärte, F wolle im 35er Rahmen bleiben. D und F seien im Gespräch, wie man auf USA Einfluß nehmen könne. Er stimme BM-Gesprächsführung mit Kampelman zu. F sei einverstanden mit BM-Vorschlag in New York, Konsultationen zu 16 durchzuführen. AM verwies auf Beratungen der HLTF.[7] F werde in diesem Punkte fest bleiben.

Zur US-Haltung bemerkte AM: Bisher hätten USA bei den bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU den konventionellen Bereich weggelassen. Sie wollten diesen letztlich auch in den bilateralen Prozeß hineinnehmen, um gegenüber dem nuklearen Prozeß ein Gleichgewicht zu entwickeln. Dies erfordere eine gemeinsame Position gegenüber den USA.

– Sie enthalte keine Mißbilligung des Dauergesprächs über Nuklearfragen USA–SU,
– sei aber von Besorgnis über die Gespräche in Reykjavik gekennzeichnet, nicht wegen des wiederhergestellten Junktims bei INF, sondern der anderen Vorschläge, deren Details wir noch nicht kennten.
– Eine nukleare Minimalpräsenz der USA in Europa sei notwendig.
– Es sei unerläßlich, im 35er Rahmen zu bleiben, was die Kompensation im konventionellen Bereich angehe.

BM unterstrich, die konventionelle Stabilität sei eine sehr europäische Frage, zumal die europäischen Beiträge sehr erheblich seien, die Bundeswehr stelle auf westlicher Seite den größten konventionellen Beitrag dar. BM schlug vor, die beiden in der Fünfergruppe behandelten Texte vom 14.10. zu erörtern.

D'Aboville, an den sich AM in dieser Frage wandte, sagte zu der von F mitgetragenen Formel, die Idee, ein Mandat zu verhandeln, sei an den 35er Rahmen gebunden. Die amerikanische Idee hingegen, über einen Verhandlungsrahmen

6 In New York fand am 24. September 1986 ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) statt. Vgl. dazu Dok. 260.

7 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 279, Anm. 8.
Am 24. Oktober 1986 fand in Brüssel eine weitere Sitzung der HLTF statt. Botschafter Ruth berichtete dazu am selben Tag: „Sitzung stand im Zeichen fortdauernder Meinungsverschiedenheit zwischen USA und Frankreich in der Frage des Forums künftiger konventioneller Reduzierungsverhandlungen und seines Verhältnisses zum KSZE-Prozess. […] Übereinstimmung konnte dagegen in der kleinen Gruppe über die zweite zentrale Streitfrage – Frage des Koordinationsinstruments für künftige Mandats- und Reduzierungsverhandlungen – erreicht werden. F und USA einigten sich auf unseren Vorschlag, der HLTF ein permanentes Mandat zu geben und sie ähnlich der SCG unter dem Dach des NATO-Rats zum künftigen Konsultations- und Steuerungsorgan im konventionellen Bereich auszugestalten." Keine Fortschritte habe es indes bei der Redaktion des Zwischenberichts gegeben. Es sei deshalb beschlossen worden, „die umstrittenen Kapitel (Prinzipien, Koordination in der Allianz) zurückzustellen und sich auf die jetzt vordringliche Frage zu konzentrieren, welche Linie die Außenminister der Allianz bei der Eröffnung des Wiener KSZE-Folgetreffens zur Thematik der Sicherheit und der konventionellen Stabilisierung vertreten sollen". Hierzu habe die HLTF Elemente notiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1337; VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

zu reden, sehe dies außerhalb. F erkenne an, daß die Verhandlungen de facto zwischen den Bündnissen stattfinden würden.

AM wiederholte: 35er Rahmen sei wichtig, aber de facto könne es sich um eine Art AG der Allianzen handeln, die aber nicht von den 35 abgekoppelt werden dürfe.

BM verwies darauf, daß einige N+N-Länder eigene Sicherheitsinteressen hätten, die durchaus auch unserem Interesse entsprächen, z. B. Jugoslawien: Es könne nicht reduzieren, sei in keinem Bündnis, aber an der Grenze eines weit überlegenen Bündnisses. Es liege nicht in unserem Interesse, Jugoslawien zu schwächen. Entsprechendes gelte für Schweden und mit Abstufung auch für Finnland. Österreich sei ein komplexes Problem.

Wenn über konventionelle Stärkeverhältnisse gesprochen werde, gebe es bei N+N-Staaten komplizierte Einzelfragen, die parallel zu unseren Sicherheitsinteressen liefen. Es spreche aber einiges dafür, spezielle Kräfteverhältnisse zwischen NATO und WP zu behandeln.

BM erläuterte sein Verständnis von der F-Auffassung, De-facto-Verhandlungen zwischen Bündnissen, aber Gesamtrahmen der 35.

BM meinte, eine Verständigung D–F sei leicht. Die Gesamtphilosophie der USA sei aber undeutlich und daher nicht klar, wo hier eine Verständigung möglich sei.

Es bleibe – wie in Brüssel und New York festgestellt – dabei: Die Verhandlungen erforderten von der Definition her die Teilnahme aller Bündnispartner. Sie würden um so wichtiger, je mehr wir uns Abkommen irgendwelcher Art über Nuklearwaffen näherten. (BM stimmte Eindruck von d'Aboville zu, daß dies aber kein Junktim zwischen den Verhandlungen bedeute.)

Auf Frage BMs nach der voraussichtlichen Endposition der SU zum Forum erläuterte *AM*: Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen würden sicher gern akzeptiert. SU scheine aber echt flexibel zu sein. *Plaisant* verwies auf Konsultationen mit Moskau im Juni, die eine gewisse Neigung zu dem KSZE-Rahmen ergeben hätten. *D'Aboville* erkannte Interesse an einem neuen Forum, wenn es zur Ausgliederung der Sicherheitsfragen aus dem KSZE-Prozeß in der bekannten Form (siehe oben BM-Ausführungen) benutzt werden könne. Dies um so mehr, als die SU eine neue offensive Dialektik in Menschenrechtsfragen anwende.

AM ging davon aus, daß SU 35er-Rahmen dennoch akzeptieren werde.

BM sah nur scheinbare Flexibilität in Moskau. Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen würden ihm bessere Kontrolle über die kleineren Partner erlauben und zur Änderung des KSZE-Prozesses führen. Andererseits spräche aus Moskauer Sicht für den KSZE-Rahmen, daß man damit Frankreich recht geben könne und sich eine bessere Position bei den N+N-Staaten schaffe. Wahrscheinlich werde Moskau letztlich sagen, man sei den USA entgegengekommen.

Beide Seiten stellten fest, daß diese Problematik die öffentliche Meinung in beiden Ländern im Augenblick nicht beschäftige.

AM stimmte BM zu, angesichts dieser Fragen künftig die WEU noch stärker zur Abstimmung europäischer Positionen zu nutzen und sie zu stärken. Dies wurde in der abgestimmten Äußerung gegenüber der Presse von *BM* festgehal-

ten: Beide Seiten seien daran interessiert, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen der WEU weiter auszubauen. Es sei wichtig, in der Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit fortzufahren wie auch mit den Bündnispartnern und in der WEU, damit die Verhandlungen mit der SU und ihren Verbündeten konsequent fortgesetzt würden.

Referat 010, Bd. 178900

292

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 SDI-1682/86 geheim **17. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] vorzulegen

Betr.: Strategische Verteidigung;
hier: Vorschriften des ABM-Vertrags
Positionen der USA und SU nach Reykjavik[4]
Überlegungen zu Kompromißmöglichkeiten

Anlg.: (nur bei Original)
1) Drahtbericht Nr. 2906 vom 15.10.1986 aus Moskau (geheim)[5]
2) ABM-Vertrag (deutsch/englisch)[6]

Zweck der Vorlage: Zu Ihrer Unterrichtung für Ihre Reise mit Bundeskanzler Kohl nach Washington[7] (Überlegungen zu unserem weiteren Vorgehen unter III.)

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Oktober 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr klare und instruktive Vorlage. Ich fürchte, daß die US-Fixierung auf weltraumgestützte Systeme viel stärker ist, als unter III. angenommen wird."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 20. Oktober 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth und Referat 220 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] auch S. 2." Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 21. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 21. Oktober 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann sowie Vortragenden Legationsrat Elbe und die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt verfügte.
Hat Hartmann vorgelegen.
Hat Elbe und Mülmenstädt vorgelegen.
Hat Müller erneut vorgelegen.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 15.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300 und Dok. 303.

I. Vorschriften des ABM-Vertrags

1) Zwei Kategorien von ABM-Systemen

Der ABM-Vertrag enthält gänzlich unterschiedliche Regelungen für folgende zwei Kategorien von ABM-Systemen:

a) Ortsfeste, landgestützte ABM-Systeme

– Dislozierung: erlaubt in den Grenzen von Art. III[8] in Verbindung mit dem Zusatzprotokoll von 1974[9], d.h. 100 Abfangflugkörper entweder um die Hauptstadt oder ein ICBM-Abschußgebiet.
– Erprobung: erlaubt in den vereinbarten Testgebieten (für die USA: White Sands in New Mexico und das Kwajalein-Atoll im Pazifik; für die SU: Sary Schagan in Kasachstan).
  Das „Homing Overlay Experiment" der USA, bei dem im Juni 1984 im Weltraum über dem Pazifik eine Gefechtskopfattrappe abgefangen wurde, war hiernach erlaubt.[10]
– Entwicklung und Forschung: nicht geregelt, uneingeschränkt möglich.

b) See-, luft- oder weltraumgestützte sowie bewegliche landgestützte ABM-Systeme

– Entwicklung, Erprobung und Dislozierung: gemäß Art. V ABM-Vertrag[11] verboten.
– Forschung: nicht geregelt, uneingeschränkt möglich.

Das Verbot des Art. V bezieht sich auf ABM-Systeme und ihre Komponenten. Diese sind in Art. II[12] definiert:

– Ein ABM-System ist ein System zur Bekämpfung anfliegender strategischer ballistischer Flugkörper.
– Komponenten sind
  – ABM-Abfangflugkörper,
  – ABM-Abschußvorrichtungen,
  – ABM-Radargeräte.

Die Grenze zwischen erlaubter Forschung und verbotener Entwicklung bemißt sich nach langjährigem amerikanischen Verständnis nach dem Kriterium der „einsatzmäßigen Erprobung" (field testing). Erst die einsatzmäßige Erprobung eines Prototyps oder eines Modells könne mit nationalen technischen Mitteln

8 Für den Wortlaut des Artikels III des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 393.

9 Für den Wortlaut des Protokolls vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

10 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „War die Abfangeinrichtung landgestützt?"

11 Für den Wortlaut des Artikels V des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 393.

12 Für den Wortlaut des Artikels II des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392 f.

verifiziert werden. Die SU hatte diesem Verständnis nie widersprochen. Die Frage der Abgrenzung zwischen Forschung und Entwicklung wird erst relevant, wenn es um „ABM-Systeme“ oder „Komponenten“ im Sinne obiger Definitionen geht. Die Entwicklung und Erprobung von „Subkomponenten“ ist vom ABM-Vertrag nicht beschränkt (vgl. unten).

Die Reichweite des Entwicklungs-, Erprobungs- und Dislozierungsverbots des Art. V bemißt sich nach „enger“ und „weiter“ Auslegung höchst unterschiedlich:

2) Die „enge“ Auslegung des Art. V

Nach der engen Auslegung ist die o.g. Legaldefinition von „Komponenten“ nicht wörtlich, sondern funktional zu verstehen. Danach ist im Weltraum die Entwicklung und Erprobung aller Vorrichtungen verboten, die das funktionale Äquivalent der genannten ABM-Komponenten (ABM-Abfangflugkörper, -Abschußvorrichtungen, -Radargeräte) darstellen.

Einzelelemente künftiger ABM-Systeme, die nicht die Funktion einer der drei Komponenten erfüllen können, werden allerdings auch im Rahmen der engen Auslegung vom Vertrag nicht erfaßt, ihre Entwicklung und Erprobung ist also nicht verboten. Die Abgrenzung zwischen solchen „Subkomponenten“ und den vom Verbot des Art. V erfaßten „Komponenten“ erfolgt aufgrund ihrer Leistungsdaten.

Beispiel: Ein Laserstrahl, der zu schwach ist, Metallteile zu beschädigen, kann nicht die Funktion eines ABM-Abfangflugkörpers erfüllen, also kann mit ihm im All beliebig experimentiert werden.

Die Zulässigkeit der meisten Experimente, Tests und technischen Demonstrationen im Rahmen der SDI wird von den USA damit begründet, daß es hier um Arbeiten auf dieser Subkomponenten-Ebene geht. Die Abgrenzung Forschung/Entwicklung ist daher einstweilen von eher akademischer Bedeutung, entscheidend ist die Abgrenzung Subkomponenten/Komponenten. Die SU will offenbar diese Grenze nach unten verschieben.

3) Die „weite“ Auslegung des Art. V

Nach der weiten Auslegung ist die o.g. Legaldefinition von „Komponenten“ wörtlich zu verstehen. Raketenabwehrsysteme, die sich nicht aus ABM-Abfangflugkörpern, -Abschußvorrichtungen und -Radargeräten zusammensetzen, sondern nach neuen physikalischen Prinzipien funktionieren, wären demnach von Art. V nicht erfaßt. Nicht nur ihre Entwicklung und Erprobung, sondern auch ihre Dislozierung wäre danach prinzipiell frei.

„Exotische“ Raketenabwehrsysteme wären nach der weiten Auslegung nur durch „agreed statement D“[13] geregelt, d.h. nach amerikanischem Verständnis wären ihre Entwicklung und Erprobung frei, ihre Dislozierung wäre nur in Abstimmung mit dem anderen Vertragspartner möglich.

(Nach der engen Interpretation hat „agreed statement D“ einen völlig anderen Zweck: Es sollte lediglich sicherstellen, daß im Rahmen der nach Art. III er-

[13] Für den Wortlaut der Erklärung D der Gemeinsamen Verständniserklärungen zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag), die das Verbot der Entwicklung, Erprobung und Stationierung beweglicher landgestützter ABM-Systeme zum Inhalt hatte, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 401.

laubten Dislozierung ortsfester, landgestützter ABM-Systeme die spezifischen Begrenzungen im Falle neuartiger Technologien neu präzisiert werden, da die Vertragsbestimmungen dann nicht mehr passen würden.)

II. Die Positionen der SU und der USA nach Reykjavik

Die gegenwärtige Kontroverse läßt sich nur in sehr eingeschränktem Maße unter die Kategorien des ABM-Vertrags und seiner Auslegungsvarianten subsumieren. Insbesondere läßt sie sich nicht auf eine Auseinandersetzung zwischen „enger" und „weiter" Auslegung reduzieren.[14]

Beide Seiten haben sich im Grundsatz darüber geeinigt, den ABM-Vertrag auf zehn Jahre festzuschreiben. Die jeweiligen Auffassungen darüber, was während dieser zehn Jahre konkret erlaubt bzw. verboten sein sollte, sind einstweilen unvereinbar:

– Die SU hat in Reykjavik für die nächsten zehn Jahre das Verbot aller Aktivitäten außerhalb des Labors verlangt. Sie will damit die SDI so beschränken, daß nach Ablauf der zehn Jahre ein Übergang zur Dislozierung noch keinesfalls möglich wäre. Die Verwirklichung dieses sowjetischen Verlangens würde faktisch das Ende des gegenwärtigen SDI-Forschungsprogramms bedeuten, da dieses eine Reihe von Experimenten (auf Subkomponenten-Ebene) außerhalb des Labors vorsieht. Diese sowjetische Position ist nicht deckungsgleich mit der „engen" Auslegung, ihre Verwirklichung würde eine inhaltliche Ergänzung des ABM-Vertrages voraussetzen.
– Die USA wollen in den nächsten zehn Jahren die Voraussetzungen dafür schaffen, ab dem Jahre 1996 mit der Dislozierung neuartiger Defensivsysteme auch im Weltraum beginnen zu können. Deshalb wollen sie sich die Möglichkeit offenhalten, während der nächsten zehn Jahre auf die „weite" Auslegung des Vertrags überzugehen, d. h. gegebenenfalls auch die Entwicklung und Erprobung vollständiger neuer Defensivsysteme und ihrer Komponenten auch im Weltraum vorzunehmen.

Am 14. Oktober 1986 sprach der sowjetische Botschafter Dubinin in Washington bei AM Shultz vor und scheint die sowjetische Position etwas abgemildert zu haben: Nach sowjetischer Auffassung seien als Laboratorium auch „test ranges" zu verstehen. Kritische Schwelle sei das Testen im Weltraum (vgl. Anlage[15]).

14 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

15 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 15. Oktober 1986: „Botschafter Hartman berichtete – mit dringender Bitte um Quellenschutz – in Viererrunde am 15.10. über Gespräch, das Botschafter Dubinin (D.) auf seinen Wunsch hin mit AM Shultz am 14.10. in Washington geführt hat. 1) Dubinin erklärte, er sei mit Gespräch von GS Gorbatschow nach Ende der Abschlußsitzung in Reykjavik beauftragt worden. Der GS lege Wert darauf, den Präsidenten wissen zu lassen, daß er von der Begegnung mit diesem angenehm berührt ('pleased') gewesen sei. (Hartman: „… angesichts der tatsächlichen gegenseitigen gereizten Stimmungslage bei Gesprächsende'.) Die Sowjets könnten amerikanische Position nicht ganz verstehen und legten Wert darauf, den Denkprozeß auf amerikanischer Seite durch folgende Klarifikationen zu erleichtern: a) Die von den Sowjets im Rahmen des ABM-Vertrages den Amerikanern bei ihrem SDI-Projekt zugestandenen Erprobungen im Labor sollten nach sowjetischer Auffassung den amerikanischen Bedürfnissen Genüge tun. b) Sowjetische Seite glaubt, daß sich in den kommenden Jahren für die Begrenzung des Forschungsprogramms nach dem ABM-Vertrag gemeinsam akzeptable Lösungen finden ließen. c) Nach sowjetischer Auffassung seien als Laboratorium auch ‚test ranges' zu verstehen. Kritische Schwelle sei

Ob es sich hier um ein wirkliches Entgegenkommen handelt, muß noch geklärt werden. Möglicherweise meinte Dubinin mit „test ranges“ nur die vereinbarten Erprobungsgebiete der ohnehin erlaubten ortsfesten, landgestützten Systeme.

III. Kompromißmöglichkeiten

Nach unserem aktuellen Kenntnisstand der amerikanischen Position – insbesondere im Lichte der Äußerungen Kampelmans in Bonn am 15./16. Oktober 1986 – erscheint es unrealistisch, an einen Kompromiß auf der Basis der „engen“ Auslegung zu denken. Präsident Reagan ist offenbar auf sein Vorhaben fixiert, nach zehn Jahren bei technischer Machbarkeit auf die Dislozierung von Defensivsystemen überzugehen. Unter diesem Vorzeichen werden sich die USA die Option der Anwendung der „weiten“ Auslegung nicht nehmen lassen.

Ebenso unrealistisch erscheint es für uns, mit unseren Gedanken der Abhängigkeit von Umfang und Notwendigkeit neuer Defensivssysteme von den Reduzierungen bei den Offensivsystemen in Washington Gehör zu finden. Nach Reykjavik steht es außer Zweifel, daß Präsident Reagan gerade im Fall der Beseitigung ballistischer Raketen die Dislozierung von Defensivsystemen als „insurance“ fordert. Zur Erläuterung dieser Forderung hat er in seiner Rede am 13. Oktober 1986[16] wieder den Vergleich mit der Notwendigkeit der Gasmasken auch nach Verbot des Giftgases nach dem Ersten Weltkrieg gezogen.

Wenn wir die amerikanische Position beeinflussen wollen, müssen wir wohl diese Grundüberzeugung des Präsidenten als Faktum akzeptieren und an ihr anknüpfen. Wir sollten die Frage stellen, ob als „insurance“ bzw. „Gasmaske“ nach Beseitigung der ballistischen Raketen wirklich ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem notwendig ist. Konkrete Frage wäre: Genügt es nicht (unter der Voraussetzung der Beseitigung der ballistischen Raketen), als Rückversicherung gegen einen möglichen Vertragsausbruch der anderen Seite sowie gegen den von Präsident Reagan gerne zitierten „nuclear madman“ ein umfassendes Netz bodengestützter ABM-Systeme zu errichten?

Auch damit wäre mittelfristig die Abkehr vom ABM-Vertrag präjudiziert, jedoch in einer Weise, die für die SU wesentlich eher akzeptabel sein müßte, als die gegenwärtigen amerikanischen Weltraumpläne.

Gegenüber den USA ließe sich argumentieren, daß zunächst auch auf dieser Basis die Weltraumdimension von SDI als Instrument des Verhandlungsdrucks aufrechterhalten werden könnte: Jegliches Zugeständnis, SDI auf die bodengestützte Variante zu beschränken, könnte natürlich unter den Vorbehalt gestellt werden, daß die SU die amerikanischen Bedingungen für die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivpotentiale und die schließliche Beseitigung der ballistischen Raketen akzeptiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1516

das Testen im Weltraum. 2) Shultz nahm die Erläuterungen zur Kenntnis und erklärte Bereitschaft, am Tag nach den amerikanischen Wahlen (4.11.?) nach Wien zu kommen (also wohl 5.11.). Er hoffe, dort Schewardnadse zu sehen. D gab zu verstehen, daß auch seitens des sowjet[ischen] AM der Wunsch nach einem Treffen bestehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2906; VS-Bd. 11281 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

16 Für den Wortlaut der Radio- und Fernsehansprache des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1367–1371.

Eine solche Lösung würde nicht ausschließen, daß Aufklärungs- und Leitsysteme, die keinen Waffencharakter hätten, im Weltraum – vorzugsweise in gegenseitiger Abstimmung – stationiert würden.

Ruth

VS-Bd. 11376 (220)

293

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5964/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1310
Citissime

Aufgabe: 17. Oktober 1986, 13.40 Uhr[1]
Ankunft: 17. Oktober 1986, 14.11 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG am 16.10.1986

Zur Unterrichtung

Die Sitzung der SCG fand am Nachmittag des 16. Oktober statt. Sie wurde gefolgt von einem Abendessen der Delegationsleiter und dem üblicherweise vorangehenden Treffen der Vertreter der Stationierungsländer („Quint")[2], das diesmal am Morgen des 17. Oktober stattfand.

Über die Sitzungen werden nach Rückkehr nach Bonn ausführliche Aufzeichnungen vorgelegt. Dieser Bericht beschränkt sich deshalb auf eine zusammenfassende Wiedergabe der erörterten Themen und der allgemeinen Gesprächstendenzen.

I. SCG-Sitzung am 16.10.

1) Treffen Reagan/Gorbatschow in Reykjavik[3] und die Konsequenzen für die INF-Verhandlungen in Genf.

Hierzu berichtete Glitman über das erste Delegationsgespräch am 16.10. Dabei sei deutlich geworden, daß für die Genfer sowjetischen Unterhändler das Junktim zwischen INF-Ergebnis und Lösung des SDI-Problems im Sinne der Paketlösung von Reykjavik unverändert weiterbesteht. Glitman machte klar, daß es von größter Bedeutung ist, daß das Bündnis zur Frage des Junktims eine eindeutige, ablehnende Position einnimmt und die Sowjetunion daran erinnert, daß seit dem Paris-Besuch Gorbatschows im Oktober 1985[4] das Junktim durch die sowjetische Führung selbst gelöst wurde.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 20. Oktober 1986 vorgelegen.
2 Belgien, Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und Niederlande.
3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.
4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 10.

Ich habe in diesem Zusammenhang über den Besuch Karpows in Bonn berichtet, insbesondere über seine Äußerungen zu der Möglichkeit, über INF gesondert zu verhandeln und ein Abkommen zu schließen.

2) Presse-Erklärung

Breiten Raum nahm die Diskussion einer Presse-Erklärung ein. Im Lichte der Erörterungen über Reykjavik und die Junktim-Frage sowie unter Berücksichtigung der Gespräche Kampelmans in Bonn habe ich dafür plädiert, dieses Mal eine kurze Erklärung herauszugeben, mit der die politische Unterstützung für die amerikanischen Bemühungen deutlich werden sollte, die Annäherungen von Reykjavik am Verhandlungstisch festzuhalten und darauf aufbauend zu Ergebnissen zu kommen. Dabei sollte die gemeinsame Entschlossenheit des Westens unterstrichen werden, für ein separates INF-Abkommen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu arbeiten. Ich habe betont, daß dies im Blick auf Genf die wichtigste Äußerung der SCG sein solle und daß deshalb im Interesse der Notwendigkeit auf andere Aussagen, die sonst in Presse-Erklärungen enthalten sind, verzichtet werden solle. Die kurze, als Anlage 1[5] beigefügte Erklärung ist das Ergebnis der Diskussion. Eine Pressekonferenz des amerikanischen Vorsitzenden[6] fand diesmal nicht statt.

3) Ich habe den Text des im Treffen des Bundeskanzlers mit dem Bundesminister und dem Bundesverteidigungsminister am 30.9.86 formulierten Papiers zu SRINF[7] eingeführt, um unsere Position auch förmlich zum Gegenstand der SCG-Beratungen zu machen. Eine erste kurze Diskussion fand darüber auch unter Heranziehung der Reykjavik-Absprachen über eine Weiterverhandlungsverpflichtung statt. Ausführlicher wurde das Thema auf heutiger „Quint" diskutiert.

II. Abendessen der Delegationsleiter

Hier standen zwei Themen im Mittelpunkt:

1) Vertiefung der Aussprache über Reykjavik und die Konsequenzen für Genf,

2) Konventionelle Rüstungskontrolle.

Bei diesem Thema bestand Übereinstimmung, daß es nach Reykjavik noch wichtiger sei, daß die Bündnispartner mit einer einheitlichen Position nach Wien gehen und daß insbesondere die Frage geklärt werden müsse, welches der Zusammenhang zwischen konventioneller Rüstungskontrolle und dem KSZE-Rahmen sein könne. Alle Gesprächsteilnehmer haben die Bedeutung einer Lösung unterstrichen, die es Frankreich ermöglicht, an den Verhandlungen teilzunehmen, und die gleichzeitig die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten finden könne. In der Diskussion ist deutlich geworden, daß auf der amerikanischen Seite die Bereitschaft besteht, zu einer befriedigenden Lösung der gegenwärtig diskutierten Fragen beizutragen. Gleichzeitig wurde aber herausgestellt, daß die Bemühungen um einen Kompromiß vor allem in Kontakten auf höchster Ebene vorangebracht werden sollen.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Henry Allen Holmes Jr.

7 Für den zwischen Bundeskanzler Kohl und den Bundesministern Genscher und Wörner vereinbarten Text vgl. Dok. 254, Anm. 7.

III. Sitzung der Vertreter der Stationierungsländer am 17.10.1986 („Quint“)

Die zweistündige Sitzung wurde vor allem dazu verwandt, um mir detaillierte Fragen zur deutschen Position zu stellen. Dies gab uns Gelegenheit, unsere Überlegungen hinsichtlich der Einbeziehung der sowjetischen Raketen im Reichweitenband 150 bis 500 km in Nachfolgeverhandlungen darzulegen. Ich machte besonders deutlich, daß unsere Überlegungen

– die Sicherheitsinteressen des ganzen Bündnisses berücksichtigen,
– der Logik der Verhandlungsgeschichte im nuklearen Bereich entsprechen,
– keine Belastung der gegenwärtigen Verhandlungsführung bedeuten,
– an die in Reykjavik erzielte Übereinstimmung zum Weiterverhandeln anknüpfen und
– das Bündnis in die Lage versetzen, ein ohnehin auf uns zukommendes Verhandlungsproblem initiativ zu beantworten und Vorschläge für künftige Verhandlungen auszuarbeiten.

Die Diskussion war offen und verständnisvoll. Es bestand Einigung darüber, daß die Arbeiten im Bündnis hinsichtlich der Einzelheiten einer Verhandlungsposition intensiviert werden müssen. Einzelne Gesprächspartner haben ihrer verhandlungstaktisch und sicherheitspolitisch begründeten Zurückhaltung Ausdruck verliehen. Die gestellten Fragen und die Diskussion werden uns helfen, unsere eigene Position zu konkretisieren. Die nach Rückkehr vorzulegende Aufzeichnung wird sich vor allem mit der heutigen Sitzung befassen.[8]

An den Sitzungen der SCG und der „Quint“ haben außer mir General Hüttel, Oberstleutnant Röhrs und VLR Elbe teilgenommen.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11370 (220)

8 Botschafter Ruth resümierte am 20. Oktober 1986 die Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“) am 17. Oktober 1986 in Brüssel: „Die Allianz-Partner zeigten grundsätzlich Verständnis für das von uns aufgeworfene Problem, ohne sich jedoch der Forderung nach einer Einbeziehung von SRINF im Reichweitenband von 150 bis 500 km in den Folgeprozeß der LRINF-Verhandlungen ausdrücklich anzuschließen. Insgesamt war eine eher ambivalente, unentschiedene Reaktion festzustellen. Zwar hielt Botschafter Glitman (USA) es ‚in einer Welt nach Reykjavik‘ nicht mehr für vorstellbar, das Scud-Problem auszuklammern, aber bei Allen Holmes zeigte sich eher eine Reserviertheit gegenüber einer derartigen Weiterverhandlungspflicht. Michael Pakenham (UK) wies zwar auf die Bedrohung der britischen Truppen in Deutschland durch die Scud hin, stellte jedoch dann fest, daß sich die britische Regierung erst noch eine abschließende Meinung bilden müsse.“ Ferner sei geltend gemacht worden, „daß ein eventuelles Herabsenken des Reichweitenbandes die Entwicklung zu einer nuklearwaffenfreien Zone in Europa einleiten könne. […] Die wiederholt angesprochene Frage (B, I), was der Westen an Verhandlungsmasse in SRINF-Verhandlungen zu bieten habe, beantwortete ich mit dem Hinweis, daß es letztlich um die Schaffung von mehr Stabilität gehe und dies der Sowjetunion verständlich gemacht werden müsse.“ Ruth zog das Fazit: „Insgesamt zeigte sich in der Diskussion, daß unsere Bündnispartner noch keine Vorstellungen über den materiellen Inhalt einer möglichen Weiterverhandlungspflicht entwickelt haben; gegen die Einführung einer Weiterverhandlungspflicht erhob sich hingegen von keiner Seite Widerspruch.“ Vgl. VS-Bd. 11359 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

294

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Birendra

20. Oktober 1986[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem König des Königreichs Nepal, Birendra Bir Bikram Shah Dev, am 20. Oktober 1986, in der Zeit von 15.00 bis 16.00 Uhr[2]

Anwesend auf nepalesischer Seite: Herr Narayan Prasad Shrestha, Erster Privatsekretär S. M. des Königs.

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Dorothee Kaltenbach als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch, indem er den König herzlich willkommen heißt. Nepal sei ein Land, das er schon immer gern einmal habe besuchen wollen. Dieser Wunsch habe nichts mit der Politik zu tun, sondern gelte ganz einfach dem Land. Er freue sich, daß der König da sei und nach Berlin gehen werde.[3] Die Bundesrepublik befinde sich in einer guten Phase ihrer Entwicklung, und er hoffe, daß der König einen guten Eindruck mit nach Hause nehme. Er selbst stehe im Begriff, nach Washington abzufliegen.[4] Nach Reykjavik[5] gebe es jetzt mit dem amerikanischen Präsidenten[6] viel zu besprechen.

Glücklicherweise gebe es zwischen unseren beiden Ländern keine bilateralen Probleme. Er stehe jedoch gern zur Verfügung, wenn der König solche Probleme sehe und besprechen wolle. Er selbst würde vom König gern etwas über die Beziehungen Nepals mit Indien, Pakistan und China und die Afghanistan-Frage hören.

Der *König* dankt für die Gelegenheit, Deutschland und im Rahmen eines Freundschaftsbesuches den Bundeskanzler besuchen zu dürfen. Er sei bereits als Student hier gewesen. Auch sein Vater sei bereits in Deutschland gewesen.[7] Es gebe in der Tat keine bilateralen Probleme. In Nepal werde die deutsche Hilfe im technischen und landwirtschaftlichen Bereich, insbesondere aber auch die Hil-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 21. Oktober 1986 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am folgenden Tag über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl mit der Bitte „um Genehmigung der Weiterleitung an das Auswärtige Amt“ geleitet.
Hat Schäuble vorgelegen.
Hat Kohl vorgelegen, der zur Bitte von Teltschik handschriftlich vermerkte: „Ja.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1986.

2 König Birendra hielt sich vom 20. bis 25. Oktober 1986 in der Bundesrepublik auf.

3 König Birendra hielt sich am 22./23. Oktober 1986 in Berlin (West) auf, wo er u. a. den Reichstag besichtigte, das Brücke-Museum besuchte sowie Gespräche mit Vertretern der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung und der Siemens AG Berlin führte.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Ronald W. Reagan.

7 König Mahendra hielt sich vom 21. bis 28. Mai 1964 in der Bundesrepublik auf.

fe bei der Erhaltung von Denkmälern[8], hoch eingeschätzt. Es stelle sich die Frage, wie man noch intensiver zusammenarbeiten könne. Nepal habe ein großes Potential an Wasserkraft. Wasser sei in Nepal reichlich vorhanden, dies hänge mit den Schneemassen im Himalaya zusammen. Für Indien und Bangladesch kämen wichtige Teile ihrer Wasserversorgung aus Nepal. Nepal sei ein bergiges Land. Die Bevölkerung brauche viel Holz als Feuermaterial, was ökologische Probleme aufwerfe. Nepal wolle Holz durch Wasserkraft ersetzen. Nepal habe gebeten, es bei einem dieser hydroelektrischen Projekte zu unterstützen.[9] Wenn das Projekt fertiggestellt sei, werde Nepal diese Elektrizität auch selbst verbrauchen können.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er schlage vor, wenn die Feasibility-Studie für das hier angesprochene Projekt fertiggestellt sei, solle sie die nepalesische Regierung doch baldmöglichst übersenden, damit wir entscheiden könnten, ob wir bei der Verwirklichung des Projekts hilfreich sein können. Der *König* fährt fort, abgesehen von der Frage der Entwicklung der Wasserkraft könne Deutschland bei der Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung auf Universitätsebene hilfreich sein. Der König erwähnt in diesem Zusammenhang eine „Science Academy". Der *Bundeskanzler* antwortet, was diesen letzteren Punkt anbetreffe, sei es vielleicht gut, wenn der König ihm einmal eine Studie zuschicken könnte, die sich mit der Frage der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen befasse. Er werde ihm dann persönlich antworten. Der *König* entgegnet, er habe bereits Bundesminister Warnke eine Studie vorgelegt. Als weiteren Punkt wolle er die Bitte vortragen, Nepal bei der Abfallbeseitigung („Solid Waste Disposal") behilflich zu sein. Nepal würde es begrüßen, wenn wir ihm in diesem Bereich

8 In einer nichtunterzeichneten und undatierten Aufzeichnung über „Kulturelle Beziehungen" zwischen der Bundesrepublik und Nepal wurde ausgeführt, daß die Bundesrepublik eine Reihe von Projekten zur Bewahrung des kulturellen Erbes in Nepal fördere, darunter von der DFG die Mikroverfilmung alter Handschriften im Rahmen des „Nepal-German Manuscript Preservation Project" und die Bestandsaufnahme der Tempel des Kathmandu-Tals: „Besondere Bedeutung kommt der Restaurierung des ‚Pujahari Math' in Bhaktapur, eines Priesterhauses aus dem 15. Jahrhundert, zu. Dieses Projekt war nicht nur das Hochzeitsgeschenk der Bundesrepublik Deutschland für den damaligen Kronprinzen und heutigen König Birendra im Jahre 1970; es war auch der Ausgangspunkt für das im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe geförderte Bhaktapur Development Project. Dieses Vorhaben, das Mitte 1986 abgeschlossen wurde, umfaßte neben umfangreichen Maßnahmen zur Stadtsanierung (Straßenpflasterung, Kanalisierung) auch zahlreiche Aufgaben zum Erhalt des Kulturbesitzes (Restaurierung von Tempeln, Studien zur Architektur und Kunstgeschichte, Einrichtung eines Museums für Kunsthandwerk)." Vgl. Referat 340, Bd. 136866.

9 Die Bundesrepublik beteiligte sich im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit mit Nepal am Bau des Wasserkraftwerks Marsyangdi. Der Finanzierungsvertrag hierzu wurde am 19. November 1985 unterzeichnet und hatte einen Umfang von 186,6 Mio. DM. Mit Schreiben vom 28. August 1986 teilte die Kreditanstalt für Wiederaufbau dazu mit, daß die Bauarbeiten Ende 1985 eingeleitet worden, die Tagesleistungen beim Tunnelbau jedoch derzeit nur gering seien. Die vorgesehene Bauzeit von 44 Monaten könnten daher vermutlich nicht eingehalten werden. Vgl. Referat 340, Bd. 144706.
Legationsrat I. Klasse Green, Kathmandu, informierte am 6. Oktober 1986: „Für nepalesische Seite steht bereits so gut wie sicher fest, daß nächstes größeres Projekt ‚Arun III' sein wird. Der König soll sich auf dieses Projekt festgelegt haben. Deutsche Beteiligung daran wird erwartet." Allerdings werde sich die Weltbank vor Fertigstellung einer Studie über die Kosten-Nutzen-Relation nicht auf ein bestimmtes Projekt festlegen. Da angesichts der Gesamtkosten eine Beteiligung der Weltbank aber unverzichtbar sei, riet Green, „bei grundsätzlich wohlwollender Haltung zu einer deutschen Beteiligung sich – zum jetzigen Zeitpunkt – gegenüber nepalesischer Seite nicht auf konkretes Projekt festzulegen, sondern Vorgehen der Weltbank zu folgen und zunächst Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Studie abzuwarten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 240; Referat 340, Bd. 144706.

auch zukünftig behilflich sein könnten, insbesondere bei der Ausdehnung auf andere Städte außerhalb Kathmandus. Des weiteren wolle er die Frage eines Unfallversorgungszentrums ansprechen. Hier habe es ein Problem gegeben, da die Armee ein Krankenhaus baue, von dem jedoch ein Flügel für ein solches Unfallversorgungszentrum für zivile Zwecke vorgesehen sei. Dadurch sei nun der Eindruck entstanden, daß dies alles für die Armee gedacht sei. Dies sei jedoch nicht zutreffend. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie groß die Armee sei, antwortete der *König*, Nepal habe ein stehendes Heer mit 25 000 Mann. Deutsche Firmen seien in sogenannten „low level defence matters" wie Munitionslieferung, Sprengstofflieferung etc. an der militärischen Entwicklung beteiligt. Wenn Deutschland hier hilfreich sei, dann werde dies Nepal sehr nützen in einem Bereich, der ausschließlich defensiv sei.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er glaube, daß es hier Möglichkeiten für uns gebe. Unser Interesse sei nicht, daß sich in Nepal etwas ändere. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach den Beziehungen mit Indien, insbesondere danach, ob sich diese Beziehungen unter Rajiv Gandhi gebessert hätten, antwortet der *König* bejahend. Aber die indische Bürokratie sei verschieden. Es gebe Grenzen für das, was Rajiv Gandhi tun könne. Die indische Bürokratie sei ein Nebenprodukt des britischen kolonialen Beamtenapparates gewesen. Sie stehe nicht nur für gute Beziehungen mit den Nachbarstaaten. Das Grundproblem in Indien sei, daß Nepal zwischen zwei riesigen Staaten völlig eingeschlossen sei. Nepal müsse auch etwas nach Osten, auf den chinesischen Nachbarn, blicken. Nepal müsse unter schwierigen Bedingungen seine Identität und Souveränität wahren. Die Bundesrepublik habe Nepal dabei geholfen. Hier wirft der *Bundeskanzler* ein, in Deutschland sei Nepal immer populärer geworden. Dabei spiele auch der Tourismus eine Rolle. Nepal müsse seine Identität bewahren. Der *König* fährt fort, Nepal könne das Meer nur über Indien erreichen. In Nepal selbst ist die Kultur eine Mischung indischer und chinesischer Einflüsse. Das Land als solches sei sehr vielfältig, von 100 m über dem Meeresspiegel bis zum Mount Everest. Es gebe große Vielfalt auf geringem Raum. Dies ziehe Touristen in großer Zahl an. Gleichzeitig sei jedoch Nepal eines der ärmsten Länder. Er wolle den grundsätzlichen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen, der Ernährung, der Gesundheit, der Wohnung sowie der Erziehung. Dort brauche Nepal Hilfe. Natürlich brauche Nepal auch Sicherheit.

Auf den Einwurf des *Bundeskanzlers*, wie die Entwicklung mit China laufe, antwortet der *König*, hier gebe es kein Problem. Zu einem gewissen Zeitpunkt habe China Nepal geholfen, seine Identität zu wahren, als Indien Druck auf Nepal ausübte. Nepal habe immer versucht, gute Beziehungen mit China zu unterhalten. Jetzt versuche Nepal, seine Kontakte mit Tibet auszubauen. Man habe einen direkten Zugang zu Tibet, der für Touristen und Handel geöffnet sei. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, mit wem Nepal dort spreche, antwortet der *König*, man spreche dort mit den Chinesen. Wenn deutsche Geschäftsleute nach Nepal kämen, könnten sie von dort aus auch nach Tibet weiterfahren. Tibet öffne sich etwas. Tibetische Waren würden über Nepal ausgeführt. Der *Bundeskanzler* wirft hier ein, ob der Krieg in Afghanistan Auswirkungen auf Nepal habe? Der *König* antwortet, daß die Reisen, insbesondere von Autotouristen, die über Iran, Afghanistan, Pakistan und Indien nach Nepal weitergefahren seien, stark abgenommen hätten, und zwar um etwa 10%.

Der *Bundeskanzler* stellt hier die Frage, wie der König die Entwicklung in Afghanistan werte. Der *König* antwortet, Nepal sei außerordentlich besorgt. Die Sowjetunion rede über Frieden, tue aber das genaue Gegenteil.

Der *Bundeskanzler* entgegnet hier, in der Tat ereigne sich dort ein echter Völkermord, ein Genozid. Man dürfe darüber nicht schweigen. Die Sowjetunion sei unser Nachbar. Der König werde in Berlin sehen, was es bedeute, wenn eine Stadt oder ein Land geteilt würden, wie dies in Deutschland geschehen sei. Die nächste sowjetische Tankdivision stehe sechs Tankstunden von hier entfernt. Man müsse die Dinge sehr klar beim Namen nennen. Moskau verstehe nur eine klare Sprache. Wir hätten jetzt drei wichtige Jahre hinter uns in einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, die sich um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in europäischen NATO-Ländern gedreht habe. Als Land mit der niedrigsten Geburtenrate müßten wir jetzt gerade die Wehrpflicht verlängern[10], aber das sei wohl die einzige Sprache, die die Sowjets verstünden. Der Bundeskanzler äußert seine Genugtuung darüber, daß der König auch einen Besuch bei der Bundeswehr macht.[11] Der *König* äußert, das Problem Nepals sei Indien und hier insbesondere Indiens Beziehungen mit der Sowjetunion, die Nepal in eine schwierige Lage bringen. In der Region beginne ein Rüstungswettrennen. Die Annäherung Indiens an die UdSSR habe eine weitere Annäherung Pakistans an die USA gebracht. Was solle Nepal machen? Nepal könne sich nicht einfach zurücklegen und darauf hoffen, daß alles gutgehen werde. Nepal habe im übrigen klar und eindeutig zur sowjetischen Intervention in Afghanistan[12] ebenso wie zur Kambodscha-Frage Stellung genommen. Aber die Beziehungen Nepals zu Indien seien heikel. Man müsse auch die indischen Gefühle schonen. Nepal müsse seine Flexibilität auf allen Ebenen vergrößern, auf der diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen Ebene. Indien möge das nicht immer. Auf den Einwurf des *Bundeskanzlers*, Indien wolle offenbar eine Art Patronat ausüben, antwortet der *König* bejahend.

Der *Bundeskanzler* äußert, wir wollten Nepal gern helfen. Das würde man auch in Indien begreifen. Unsere Beziehungen zu Indien hätten sich sehr verbessert. Dies sei schon bei der Mutter von Rajiv Gandhi[13] der Fall gewesen, aber jetzt bei ihrem Sohn noch mehr. Es gebe ein immer waches Mißtrauen gegenüber Pakistan in Indien. Auch mit Pakistan hätten wir jedoch sehr gute Beziehungen. Sehr lehrreich seien für ihn die Ereignisse um die Bhutto-Tochter[14] gewesen. Wenn Indira Gandhi noch gelebt hätte, hätte sie möglicherweise die Tochter Bhutto unterstützt. Rajiv Gandhi habe damit nichts zu tun haben wollen. Der *König* antwortet, jedesmal, wenn Indien vorgehe, erwecke es den Eindruck, daß sich eine solche Bewegung wiederholen könne. Das letzte Mal sei dies in Sikkim der Fall gewesen.[15] Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie die Position

10 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

11 Am 25. Oktober 1986 besuchte König Birendra den Standortübungsplatz bei Dornstadt und beobachtete die Vorführung von Waffensystemen des Heeres.

12 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

13 Indira Priyadarshini Gandhi.

14 Zur politischen Tätigkeit von Benazir Bhutto vgl. Dok. 194, Anm. 18.

15 Botschafter Diehl, Neu Delhi, informierte am 20. September 1974: „Am 4. bzw. 7. September 1974 wurde im indischen Unter- und Oberhaus mit großer Mehrheit eine Verfassungsänderung verab-

des Dalai Lama sei, äußert *König Birendra*, Nepal habe mit Tibet stets Beziehungen unterhalten. Die Chinesen seien nach Tibet gekommen, als zwischen Tibet und Nepal Krieg bestanden habe. Tibet habe die Chinesen zu Hilfe gerufen. Es habe in Tibet traditionell zwei Lamas gegeben, den Dalai Lama und den Panchen Lama. Der Panchen Lama sei das religiöse Oberhaupt gewesen, der Dalai Lama habe eine administrative Funktion ausgeübt. Darin liege auch der Konflikt des Dalai Lama mit China begründet. Als der Dalai Lama die Chinesen aus Tibet heraushaben wollte, seien die Chinesen in voller Stärke in das Land eingerückt. Auch das Indien Nehrus habe diese Rolle Chinas in Tibet zunächst akzeptiert. Von dieser Position sei Indien erst später abgerückt. Auch die Haltung Indiens gegenüber der sowjetischen Besetzung Afghanistans könne sich langsam ändern. Es werde aber dann zu spät sein, weil sich die Dinge inzwischen verfestigt hätten. Mit Rotchina habe Nepal gute Beziehungen unterhalten und tue dies auch jetzt noch. An dieser Stelle fragt der *Bundeskanzler* nach einer kommunistischen Unterwanderung Nepals. *König Birendra* antwortet, viele Kommunisten kämen aus Indien, nicht jedoch aus China. Für China sei es wichtig, daß Nepal problemfrei bleibe. China habe mit Nepal viele hundert Kilometer Grenze. Die Beziehungen Nepals zur Sowjetunion seien theoretisch gut. Grundsätzlich nähmen die Sowjets jedoch stets für die Inder Partei. Von der Sowjetunion bekomme Nepal keine Hilfe, von den USA wenig. Es gebe keine auf Nepal zugeschnittene Politik. Die indischen Kommunisten in Nepal kämen insbesondere aus Kalkutta.

Auf entsprechende Frage berichtet der König über die nepalesische Armee. Es sei eine Armee von Berufssoldaten. Nepal habe eine kriegerische Vergangenheit. Als die Briten ihr Reich auf dem indischen Subkontinent ausgebaut hätten, hätten zwischen Nepal und den Engländern zahlreiche bewaffnete Konflikte stattgefunden. Nepal sei jedoch nie Teil des englischen Kolonialreiches gewesen. Die Gurkhas, von denen heute noch 10 000 in der britischen Armee dienten und etwa 80 000 bis 100 000 in der indischen Armee, seien ausgezeichnete Soldaten. Die meisten von ihnen gingen wieder in ihre Heimat zurück. Der *Bundeskanzler* äußert an dieser Stelle, es sei schwer, Indiens Politik stets zu verstehen. Er hoffe sehr, daß sich die Beziehungen Indiens und Pakistans verbesserten. In Pakistan wisse die Armee nicht, wie sie den Übergang zu einer zivilen Regierung bewerkstelligen solle.

Abschließend äußert *König Birendra*, Nepal würde sich freuen, wenn die Bundesrepublik mit ihrer Hilfe dem Lande helfen könne. Der *Bundeskanzler* antwortet, was wir tun könnten, wollten wir gerne tun. Der *König* führt noch einmal aus, es gehe in erster Linie um die Entwicklung der Wasserkraft, um den medizinischen Bereich, den Bereich von Wissenschaft und Erziehung und den Bereich der Abfallbeseitigung. Es gehe aber auch um eine Zusammenarbeit im

Fortsetzung Fußnote von Seite 1524

schiedet, derzufolge das Himalaya-Fürstentum Sikkim, bislang ein indisches Protektorat, den Status eines assoziierten Staates erhält." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1384; Referat 302, Bd. 101569. Am 23. und 26. April 1975 billigte das indische Parlament eine Verfassungsänderung, mit der die Eingliederung Sikkims als 22. Staat der Indischen Union vollzogen wurde. Diehl erläuterte dazu am 30. April 1975: „Innerhalb von 14 Tagen wurde das gesamte Eingliederungsverfahren von einer ‚spontanen Volksdemonstration' über eine Entschließung des sikkimesischen Parlaments und eine entsprechende ‚Volksabstimmung' bis hin zur förmlichen Verfassungsänderung abgewickelt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 724; Referat 302, Bd. 101569.

Sicherheitsbereich. Die nepalesische Armee habe von der Bundesrepublik bereits Ausrüstung und Medikamente bekommen. Der *Bundeskanzler* dankt abschließend dem König für seinen Besuch. Vielleicht werde er ihn im nächsten Jahr sehen, wenn er nach Peking fliege.[16] Da könne sich evtl. die Möglichkeit einer Station in Nepal ergeben.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

295

Botschaftsrat Wendler, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 1210 **20. Oktober 1986**[1]

Betr.: Nationalsozialistische Verbrechen und deutsche Identität;
hier: Israelische Reaktion auf die gegenwärtige zeitgeschichtliche Debatte in der Bundesrepublik Deutschland

2 Doppel

Je 1 Doppel für die Referate 117 und 613 unmittelbar

I. Die von Ernst Nolte („Vergangenheit, die nicht vergehen will“[2]) und Jürgen Habermas („Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“[3]) ausgelöste Diskussion über unser Bild von den NS-Verbrechen und unsere nationale Identität, in deren Verlauf sich bisher viele namhafte deutsche Zeithistoriker und politisch-historische Publizisten zu Wort gemeldet haben, wird in Israel sehr kritisch beobachtet. Besonders die scharf akzentuierten Fragen Noltes, ob

– die von Chaim Weizmann für den jüdischen Weltkongreß im September 1939 abgegebene „Kriegserklärung der Judenheit an Deutschland“[4] Hitler nicht

16 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China und vom 16. bis 19. Juli 1987 in Tibet auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1/2 des Staatssekretärs Ruhfus, z. Z. Peking, vom 13. Juli 1987 sowie die Drahtberichte Nr. 1756/1757 und Nr. 1811 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 16. bzw. 23. Juli 1987; AAPD 1987.
Im Anschluß besuchte Kohl vom 19. bis 21. Juli 1987 Nepal.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 29. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schlagintweit und Vortragende Legationsrätin Kaempffe „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Schlagintweit vorgelegen.
Hat Kaempffe am 2. November 1986 vorgelegen.

2 Vgl. Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Juni 1986, S. 25.
Für eine Sammlung der Debattenbeiträge vgl. „HISTORIKERSTREIT“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Texte von Rudolf Augstein u. a., München/Zürich 1987.

3 Vgl. Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung; DIE ZEIT vom 11. Juli 1986, S. 40.

4 Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten der „Jewish Agency for Palestine“, Weizmann, vom 29. Au-

dazu berechtigt habe, deutsche Juden als Kriegsgefangene zu behandeln und zu internieren (angeblich seit langem eine These der „National-Zeitung“),

oder ob

– die Nationalsozialisten eine „asiatische“ Tat vielleicht nur deshalb vollbrachten, „weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten“,

und die daran anknüpfenden Überlegungen von Historikern wie Michael Stürmer[5], Klaus Hildebrand[6], Joachim Fest[7], Hagen Schulze[8] oder Thomas Nipperdey[9], die Noltes Vorstöße – zumindest in der Frageform – nicht als wissenschaftlich anstößig zurückgewiesen haben, sind hier mit Empörung aufgenommen worden. Der linkssozialistische „Al HaMishmar“ (Auflage ca. 15000) spricht von einer gezielten Aktion,

„die unter wissenschaftlicher Tarnung die Verbrechen Hitlers selbst und des gesamten deutschen Volkes schmälern soll. Es soll dargestellt werden, daß sich die Verbrechen des deutschen Volkes von denen seiner Feinde nicht unterscheiden“.

Aber auch die von Habermas angeprangerte „revisionistische“ Studie von Andreas Hillgruber, „Zweierlei Untergang“, mit der als verharmlosend empfundenen Gegenüberstellung von der (aggressiven) „Zerschlagung des Deutschen Reiches“ und dem (nüchtern registrierten) „Ende des europäischen Judentums“[10] sowie Fests Nolte-Verteidigung und seine Hitler-Biographie[11], die gerade in hebräischer Sprache erschienen ist, wurden sehr negativ aufgenommen. Fests „Hitler“ ist von der Presse als zu billige Entlastung für das deutsche Volk durch Darstellung von Hitlers „übermenschlicher Größe“ bezeichnet worden.

Mit großer Zustimmung wurden hingegen die Ausführungen Eberhard Jäckels kommentiert,

„daß der nationalsozialistische Mord an den Juden deswegen einzigartig war, weil noch nie zuvor ein Staat mit der Autorität seines verantwortlichen Führers beschlossen und angekündigt hatte, eine bestimmte Menschengruppe ...

Fortsetzung Fußnote von Seite 1526

gust 1939 an Premierminister Chamberlain; THE TIMES vom 6. September 1939, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. Helmut AUERBACH, „Kriegserklärungen“ der Juden an Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München, 4.Auflage 1993, S. 123.

5 Vgl. Michael Stürmer, Geschichte in geschichtslosem Land; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. April 1986, S. 1.

6 Vgl. Klaus Hildebrand, Das Zeitalter der Tyrannen. Geschichte und Politik: Die Verwalter der Aufklärung, das Risiko der Wissenschaft und die Geborgenheit der Weltanschauung. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Juli 1986, S. 17.

7 Vgl. Joachim Fest, Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. August 1986, S. 23.

8 Vgl. Hagen Schulze, Fragen, die wir stellen müssen. Keine historische Haftung ohne nationale Identität; DIE ZEIT vom 26. September 1986, S. 7.

9 Vgl. Thomas Nipperdey, Unter der Herrschaft des Verdachts. Wissenschaftliche Aussagen dürfen nicht an ihrer politischen Funktion gemessen werden; DIE ZEIT vom 17. Oktober 1986, S. 12.

10 Vgl. Andreas HILLGRUBER, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986.

11 Vgl. Joachim FEST, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1973.

möglichst restlos zu töten, und diesen Beschluß mit allen nur möglichen staatlichen Machtmitteln in die Tat umsetzte".[12]

Auch Martin Broszats Kritik an Noltes „objektiver Apologie" und „Bagatellisierung" oder an Fests „Hinaufstilisierung" von dessen Thesen[13] sowie Hans Mommsens Ausführungen zu dem Thema[14] sind positiv registriert worden.

II. Die rege israelische Anteilnahme an der deutschen Diskussion erklärt sich nicht nur psychologisch aus der Tatsache, daß die Wunde des Holocaust erneut geöffnet wird, sondern auch aus zwei politisch-existentiellen Sorgen,

– erstens, daß nicht nur die „Auschwitzlüge", sondern auch jede Relativierung des Holocausts die Wahrscheinlichkeit seiner Wiederholung erhöhen könnte. Zwar glauben nur wenige Israelis, daß die nationalsozialistischen Verbrechen in Europa in ähnlicher Weise nochmals verübt werden könnten, doch besteht eine unterschwellige Angst, daß die Reduzierung des Holocausts auf ein „normales" historisches Ereignis die moralische und praktische Unterstützung des Westens gegen Israels arabische Feinde unterminieren könnte;
– zweitens, daß jede Abschwächung der Erinnerung an den Holocaust dessen innenpolitische Wirkung, über die ethnischen, religiösen, sozialen und politischen Gräben in der jüdisch-israelischen Gesellschaft Identität und Konsens herzustellen, beeinträchtigen könnte. Zwar gilt der Holocaust nicht als die allein ausschlaggebende Voraussetzung für die Gründung des Staates Israel (relativ konkrete Staatsgründungspläne und alle praktischen Voraussetzungen für einen jüdischen Staat bestanden schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges), doch gehört die Bewahrung der Erinnerung an den Holocaust – zumal der jüdische Staat nach religiös-jüdischer Überzeugung nicht nur die Lebenden, sondern auch die Toten umfaßt – zu den wichtigsten politisch-moralischen Aufgaben des Staates. Das Lehrerheft für den Holocaust-Unterricht in israelischen Schulen (wo Holocaust-Studien seit einigen Jahren Pflichtfach sind) erwartet daher als wesentliches Lernziel der Beschäftigung mit dem Holocaust, daß „die Rolle und der Wert des Staates Israel selbst evident und eine der existentiellen Wurzeln von Israels nationalem Wesen offenbar werden".

Israelische Intellektuelle wenden sich daher engagiert und vehement gegen Versuche deutscher Historiker, den Holocaust

– zu „historisieren": d. h. zu einem Phänomen zu machen, das aus den Bedingungen seiner Zeit zu erklären sei, statt eine heutige Perspektive zu wählen;
– seiner Singularität und Originalität zu entkleiden: d. h., ihn mit dem Regime Pol Pots, dem „Gulag" oder dem Genozid an den Armeniern vergleichbar zu machen und darauf zu verweisen, daß der Archipel Gulag „ursprünglicher" gewesen sei als Auschwitz;

12 Vgl. Eberhard Jäckel, Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen; DIE ZEIT vom 12. September 1986, S. 3.

13 Vgl. Martin Broszat, Wo sich die Geister scheiden. Die Beschwörung der Geschichte taugt nicht als nationaler Religionsersatz; DIE ZEIT vom 3. Oktober 1986, S. 12.

14 Vgl. Hans Mommsen, Suche nach der „verlorenen Geschichte"? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik; MERKUR. DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR EUROPÄISCHES DENKEN 9/10 (1986), S. 864–874; ders., Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus; BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK 10 (1986), S. 1200–1213.

– zu „entdifferenzieren“: d. h., Deutsche und Juden zu Kriegsgegnern zu machen, den Krieg als Präventivmaßnahme gegen den Bolschewismus darzustellen und bei den Kriegstoten nicht mehr zwischen Opfern und Tätern zu scheiden;
– zu „normalisieren“: d. h., die NS-Zeit im normalen Gang der Geschichte anzusiedeln, die Distanz zu ihr abzubauen, den besonderen Schrecken der Judenvernichtung in dem „normalen“ Schrecken der Kriegsgreuel aufzuheben, die Last der Vergangenheit abzuschütteln und einen Schlußstrich zu ziehen.

Sie befürchten, daß eine „Historisierung um jeden Preis“, die „Distanzierung von der Vergangenheit“, die „Revisions“- und „Vertuschungsversuche“ eine „Disharmonie der deutschen und der jüdischen Erinnerung an Auschwitz“ markiert, „die sich möglicherweise verschärfen wird“.

III. Die auch in israelischen Medien prominent propagierte These Michael Stürmers, daß „in einem geschichtslosen Land derjenige die Zukunft gewinnt, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“, ist hier als Herausforderung verstanden worden, die jüdische Interpretation des Holocaust als gleichzeitig einzigartig und universal, als unvergleichbar und zentral gegen alle Versuche der Relativierung und Verwischung zu verteidigen. Nach wegweisenden Artikeln in der hebräischsprachigen Presse – besonders von Saul Friedländer und Shlomo Shafir –, die sich im wesentlichen der Habermas'schen Argumentation bedienten, kamen am 16. Oktober 1986 fast alle namhaften Vertreter der „Historischen Gesellschaft von Israel“ in einem überfüllten Jerusalemer Auditorium zusammen, um dort unter dem Vorsitz des Präsidenten der israelischen Historiker, Prof. Ettinger, und angeregt von grundsätzlichen Vorträgen der Professoren Friedländer und Dov Kulka über die deutsche Debatte zu diskutieren und eine Reaktion israelischer Historiker, die in der Holocaust-Debatte fast einhellig der intentionalistischen Interpretation zuneigen, zu stimulieren. Die Versammlung formulierte die Kritik gegen die beanstandeten Thesen ihrer deutschen Kollegen, betonte die Pflicht israelischer Historiker, sich in die deutsche Diskussion einzuschalten, und versuchte, die tiefer liegenden Ursachen der deutschen Debatte zu analysieren.

Als wichtigster Punkt wurde herausgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland der achtziger Jahre immer noch keine nationale Identität habe. Da sie aber ohne eine solche auf längere Sicht nicht existieren könne, versuchten konservative Historiker – besonders auch die Autoren des Siedler Verlages –, den bisherigen „Verfassungspatriotismus“, d. h. die – so wird Habermas mehrfach wörtlich zitiert – „in Überzeugungen verankerte Bindung an Universalistische Verfassungsprinzipien“, welche sich „leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz“ hat bilden können, durch ein konservatives deutsches Nationalbewußtsein zu ersetzen oder zumindest zu ergänzen, das sich vor allem auf die „Vornazi-Vergangenheit“ bezieht.

Diese Möglichkeit weckt Ängste, und zwar nicht nur, weil der Holocaust in dieser deutschen Identität keinen bedeutsamen Platz mehr einnehmen könnte, sondern weil sie die besonderen politisch-moralischen Verpflichtungen der Bundesregierung für Israel schwächen und im Ausland jene Kreise stärken könnte, die den Holocaust in Zweifel ziehen. Israelische Historiker wollen daher ihre engen Kontakte zu deutschen Historikern nutzen, um ihre Bedenken geltend

zu machen und ihre Gesichtspunkte auch in die Konzeptionen für das geplante Museum für deutsche Geschichte in Berlin[15] und für das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn[16] einzubringen. (Die Debatten über diese Konzeptionen im Oktober 1986 auf den Tagungen der Martin Schleyer-Stiftung[17] und der Friedrich-Ebert-Stiftung[18] im Reichstag sowie auf dem Historikertag in Trier[19] sind hier aufmerksam verfolgt worden.) Als ein Schritt in diese Richtung dürfte bereits die Reise des Historikers und Publizisten Dr. Shlomo Shafir im November nach Deutschland zu sehen sein, der dort mit Vermittlung des BPA u. a. Hildebrand und Hillgruber interviewen möchte. (Da Hillgruber auch die Attachés unterrichtet, wird angeregt, ihn über diese Absicht zu informieren und ihm gegebenenfalls mitzuteilen, daß er auf dem Jerusalemer Kongreß auch zahlreiche Verteidiger gefunden hat, u. a. Prof. Kulka.)

IV. Die intensive Beobachtung der Entwicklung deutscher Zeitgeschichtsschreibung – auch wenn sie bisher auf Historiker und Publizisten beschränkt blieb – zeigt das große Interesse, das Israel an Grundsatzdiskussionen in der Bundesrepublik Deutschland nimmt. „Ein Teil unseres Wesens ist dort verankert, in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft", schrieb der sozialdemokratische „Davar" (Auflage ca. 30 000) im Juli 1986. „Ein Teil ihrer Identität ist mit uns und unserem Schicksal verknüpft." Auch das Treffen der israelischen Historiker in Jerusalem wurde ausdrücklich in den „tragischen Zusammenhang zwischen der deutschen Geschichte in den letzten Generationen und dem Schicksal des jüdischen Volkes" gestellt.

Soweit die Botschaft bisher angesprochen wurde, hat sie unterstrichen, daß die Debatte völlig frei in Spruch und Widerspruch erfolge und eine Steuerung oder gar „Sinnstiftung" durch den Staat für uns nicht in Frage komme.[20] Weiterhin haben wir betont, daß mehrere Kommissionen des Bundes und der Länder

15 Zu Plänen für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin vgl. Dok. 221, Anm. 13.

16 Am 13. Oktober 1982 kündigte Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag an, darauf hinzuwirken, „daß möglichst bald in der Bundeshauptstadt Bonn eine Sammlung zur deutschen Geschichte seit 1945 entsteht, gewidmet der Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation". Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 121. Sitzung, S. 7227.
Am 24. Juli 1985 nahm das Kabinett die konzeptionellen „Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" einer 1983 berufenen Sachverständigenkommission „zustimmend zur Kenntnis". Daraufhin nahm im Herbst 1985 ein Aufbaustab unter Leitung eines Gründungsdirektoriums die Arbeit auf. Als vorläufiger organisatorischer Rahmen wurde durch Erlaß des Bundesministeriums des Innern zum 1. März 1986 eine unselbständige Stiftung errichtet. Vgl. dazu die Anlage zum Entwurf der Bundesregierung für ein „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung ‚Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland'"; BT DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache 11/2583 vom 24. Juni 1988.

17 Am 2./3. Oktober 1986 fand in Berlin (West) eine Tagung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung unter dem Titel „Wem gehört die deutsche Geschichte?" statt. Vgl. dazu Klaus HILDEBRAND (Hrsg.), Wem gehört die deutsche Geschichte? Deutschlands Weg vom alten Europa in die europäische Moderne. Symposium Berlin 1986, Köln 1987.

18 Am 6. Oktober 1986 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin (West) eine Tagung über das geplante Deutsche Historische Museum. Vgl. dazu den Artikel „Die unerlöste Nation"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Oktober 1986, S. 27.

19 Der 36. Deutsche Historikertag fand vom 8. bis 12. Oktober 1986 statt und widmete sich in einer Podiumsdiskussion am 9. Oktober 1986 dem geplanten Deutschen Historischen Museum. Vgl. dazu BERICHT ÜBER DIE 36. VERSAMMLUNG DEUTSCHER HISTORIKER IN TRIER. 8. bis 12. Oktober 1986, Redaktion Peter Schumann, Stuttgart 1988, S. 114 f.

20 Der Passus „Steuerung oder … in Frage komme" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

israelische Museen – besonders das Diaspora-Museum in Tel Aviv – besucht haben, um die Eigendarstellung jüdischer Geschichte zu studieren und daraus Anregungen für das Deutsche Historische Museum oder für das geplante Haus der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Für eine angemessene Vergegenwärtigung des Holocaust bürge außerdem der in Israel wohlbekannte Sozialhistoriker Jürgen Kocka, der Mitglied der Sachverständigenkommission für das Deutsche Historische Museum ist.

Im übrigen hat die Botschaft auf die israelischen Sorgen auch mit folgenden Argumenten geantwortet:

– Die Besonderheit des Holocaust erfordere es, daß sie im Vergleich mit anderen staatlich gelenkten Massenmorden und in der Auseinandersetzung mit Entwicklungslinien und Folgewirkungen wissenschaftlich ständig neu erhärtet werde.
– Gerade wenn man die richtigen – d. h. auf Nichtwiederholbarkeit zielenden – Lehren ziehen wolle, dürfe man den Holocaust nicht zu sehr moralisieren, sondern müsse ihn im Geiste unserer freiheitlich-demokratischen Werte ständig neu vergegenwärtigen; die auch von Habermas vorgeschlagene vorsichtige Distanzierung von einer moralisch-pädagogisierenden Betrachtung hin zu einem zwar nicht moralfreien, aber doch objektivierenden Verstehen sei in beiderseitigem Interesse.
– Keiner der deutschen Intellektuellen, einschließlich Nolte und Habermas, kritisiere die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik Deutschland für die politische Kultur des Westens oder fordere einen deutschen Sonderweg nach oder in Mitteleuropa; wenn es eine Identitätsdiskussion gebe, dann im pluralistischen Diskurs, nicht mit antiwestlichen Inhalten und nicht in Richtung auf ein vereinheitlichtes konservatives Geschichtsbild oder eine rein rückwärtsgewandte Identität.

V. Wir sollten die existentiellen Sorgen der israelischen Intellektuellen, auch wenn sie alarmistisch vorgetragen werden und die staatlichen Beziehungen derzeit nicht belasten, ernst nehmen und sowohl ihre Argumente wie ihre Sensibilitäten berücksichtigen. Besonders in der Wortwahl müssen wir uns bewußt bleiben, daß es für Israelis unerträglich ist, wenn die deutsche Niederlage und die damit verbundenen Leiden einem aggressiven Gegner zugeschrieben werden, während die Vernichtung der Juden weitgehend passivisch gleichsam als „Opfer ihrer selbst“ („Al HaMishmar“) dargestellt wird. Angesichts der besonderen Verstrickung zwischen Deutschen und Juden geht es auch nicht an, eine rein wissenschaftliche Haltung ohne politisches Taktgefühl und ohne moralische Sensibilität einzunehmen. Wenn Nolte fordert, das Selbstverständliche müsse wieder gesagt werden können, sollte zu bedenken gegeben werden, daß die fundamentale Frage, ob Wissenschaft und Technik alles machen dürfen, was sie machen können, im deutsch-israelischen Verhältnis und in bezug auf den Holocaust lautet, ob Historiographie und Publizistik alles sagen sollten, was vielleicht belegbar ist, aber schlimme Wunden öffnet und unsäglichen Verbrechen eine Erklärung unterschiebt, die die Überlebenden beleidigen muß.

Im Auftrag
Wendler

Referat 310, Bd. 149607

296

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtiges Amt

114-6057/86 geheim
Fernschreiben Nr. 4541
Citissime

Aufgabe: 23. Oktober 1986, 00.43 Uhr
Ankunft: 23. Oktober 1986, 05.57 Uhr

Für Herrn Staatssekretär[1]

Betr.: Gespräch Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am 21. Oktober 1986[2]

Der offizielle Bericht über das Gespräch wird von MD Teltschik erstattet.

Nachstehend unterrichte ich die Amtsleitung zusammenfassend zur eigenen Unterrichtung über das Gespräch:

Präsident Reagan berichtete einleitend über Reykjavik.[3] Rüstungskontrolle sei der Hauptpunkt gewesen. Aber er habe auch die Frage der Menschenrechte angeschnitten und dabei auch die Übersiedlung Deutschstämmiger aus der Sowjetunion. Es habe hierzu keine unmittelbare Reaktion gegeben. Er habe aber die Sache mit großem Ernst dargelegt und die sowjetische Seite habe sich Notizen gemacht.

Die Einheit des Bündnisses sei für das Gespräch zentral wichtig gewesen, die Bundesregierung habe hierzu durch ihre Festigkeit in der Stationierungsfrage sehr beigetragen. Er habe das besondere Interesse der Bundesregierung an der Frage der SRINF berücksichtigt.

Der Bundeskanzler dankte dafür, daß Präsident Reagan unsere Interessen so klar vertreten habe. Fast 100000 Deutschstämmige hätten Ausreiseanträge gestellt. Es gäbe aber viel mehr, die dazugehörten. Wir sollten uns weiterhin gleichzeitig für jüdische und deutsche Auswanderer einsetzen. Wir sollten Gorbatschow zeigen, daß Entgegenkommen in dieser Frage ein Werk des Friedens sei. So könne er seinen Willen zum Frieden am besten unter Beweis stellen.

Bundeskanzler dankte auch für enge Konsultationen vor und nach Reykjavik.

Reykjavik sei eine wichtige Zwischenphase gewesen, jetzt müßte man weitergehen und im Bündnis laufend beraten. Man solle mit der Fortsetzung des Dialogs nicht zu lange warten, sondern das Eisen schmieden, so lange es warm ist.

Bundeskanzler führte zu INF aus: Die Null-Lösung in Europa sei akzeptabel, vorausgesetzt, daß die Obergrenze von 100 Sprengköpfen in Asien nicht erhöht werde. Bei den SRINF einer Reichweite von 150[4] bis 500 km wünschten wir eine gleiche Obergrenze mit Tendenz zur Reduzierung, auf keinen Fall mit Ten-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies Exemplar ist StS M[eyer-]L[andrut] vorzulegen." Ferner verfügte er die Vorlage bei Staatssekretär Ruhfus „n[ach] Rückkehr".
Hat Meyer-Landrut und Ruhfus vorgelegen.

2 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA auf. Vgl. dazu ferner Dok. 297–300.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Korrigiert aus: „100 SS".

denz zum Freeze. Hinsichtlich der Reichweite 150 bis 500 km sei es absolut notwendig, nach einer Einigung über LRINF sofort weiterzuverhandeln. Hier wünschten wir eine Reduzierung auf gleiche Obergrenzen, aber keine Null-Lösung.

Für uns habe ferner ein weltweites Verbot chemischer Waffen große Priorität.

Bundeskanzler zu strategischem System: Wir seien einverstanden mit der 50-Prozent-Reduzierung in fünf Jahren. Darüber hinaus hätten die USA vorgeschlagen, in zehn Jahren alle offensiven ballistischen Raketen zu beseitigen. Hierfür hätten die Sowjets Eliminierung aller strategischen Angriffswaffen in zehn Jahren vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang sei für uns sehr wichtig, daß ein Gleichgewicht im konventionellen Bereich hergestellt sei, bevor die strategischen Systeme über mehr als 50 Prozent hinaus reduziert werden. Würde dies nämlich geschehen bei bleibendem konventionellem Übergewicht der Sowjets, so würde die Strategie der flexiblen Antwort[5] in Frage gestellt.

Alle Rüstungskontrollvereinbarungen müßten dazu führen, daß Kriege nicht mehr geführt werden können. Dies sei auch ein zentraler Punkt für Thatcher und Mitterrand.

Zu SDI habe er, der Bundeskanzler, seine Meinung nicht geändert. Die Sowjets zeichneten ein einseitiges Bild. Man solle auch die entsprechenden sowjetischen Forschungen deutlicher hervorheben. Falls die USA Beweise für diese Forschungen hätten, sollte die Öffentlichkeit unterrichtet werden. SDI-Forschung solle im Rahmen des ABM-Vertrags fortgesetzt werden. USA sollten bei der Zusage bleiben, den ABM-Vertrag restriktiv auszulegen.[6] Der Präsident habe in seiner Begrüßungsansprache am Morgen kooperative Lösungen zwischen beiden Supermächten zur Frage des Übergangs zu strategischen Defensivsystemen nicht ausgeschlossen.[7] Diese Bereitschaft sei für Europa wichtig. Sonst werde SDI wieder zu einem explosiven Diskussionsthema in Europa.

Zur Frage der konventionellen Rüstungskontrolle stelle sich die Frage des Forums, nämlich KSZE oder Allianz zu Allianz. Ein wichtiges Problem sei hier die Haltung Frankreichs und Spaniens. Es sei für uns alle von zentraler Bedeutung, Frankreich und Spanien einzubinden und so die Einheit der Allianz zu erhalten, die in Brüssel nach Reykjavik so gut demonstriert worden sei.[8]

Zu den 750-Jahrfeiern von Berlin habe er die große Bitte, daß der Präsident vor oder nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Rom[9] in Berlin einen Besuch mache.[10] Das sei auch wichtig im Hinblick auf die DDR. Und wenn der Präsident

5 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

6 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

7 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan bei der Begrüßungszeremonie am 21. Oktober 1986 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1407 f.

8 Vgl. dazu die Presseerklärung des NATO Generalsekretärs Lord Carrington vom 13. Oktober 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 12.

9 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Venedig“.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 in Venedig vgl. den Runderlaß Nr. 34/35 des Vortragenden Legationsrats Stoecker vom 16. Juni 1987; AAPD 1987.

10 Zu den Vorbereitungen für die 750-Jahrfeier von Berlin und zur Frage einer Teilnahme des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 221, besonders Anm. 17.

dort eine Rede über Menschenrechte und die Mauer halte, wären wir damit durchaus einverstanden.

Zum Jugendaustausch sagte der Bundeskanzler, er sei mit dem Stand nicht zufrieden, besonders wichtig sei der Austausch von hochqualifizierten Studenten, von sogenannten Leistungseliten. In den US-Spitzenuniversitäten wie Stanford, Harvard, MIT sei die Zahl der Deutschen und überhaupt der Europäer stark zurückgegangen. Anders bei den Asiaten. Dasselbe gelte für das Studium von Amerikanern bei uns. Wir sollten eine besondere Anstrengung machen, die Zahlen zu erhöhen. Der Bundeskanzler nannte jährlich 200. Er möchte gern das Prestige des Präsidenten dafür einsetzen. Unsere Jugend sei sehr positiv. Die Verlängerung der Wehrpflicht[11] habe keine Probleme geschaffen, wir müßten das Bündnis in den Herzen der Jugend verankern.

Der Präsident verwies auf seine tiefen Eindrücke bei dem Besuch in Schloß Hambach.[12] Die USA hätten zur Zeit erhebliche finanzielle Probleme. Vielleicht könne der „private sector" am Anfang helfen.[13]

Zur Einladung nach Berlin hoffe er sehr, sie annehmen zu können. Zur Zeit könne er sich aber aus Gründen der Kalenderplanung noch nicht festlegen.

Zum ABM-Vertrag führte Reagan aus, daß die Forschung innerhalb der Beschränkungen des Vertrags bleiben solle.

Zu Spanien verwies er auf Probleme, die die USA mit ihren Streitkräften dort hätten.[14] Er wäre dankbar, wenn die Bundesrepublik González zu einer positiveren Einstellung bewegen könne.

Zum Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle bevorzuge er eine Allianzverhandlung, aber er sei sich des französischen Problems bewußt.

11 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

12 Anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels hielt sich Präsident Reagan vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 6. Mai 1985 das Hambacher Schloß. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 569–573. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 425–428.

13 Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan beschlossen am 21. Oktober 1986 die Gründung eines deutsch-amerikanischen Rats für den Jugendaustausch. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1410.

14 Im gemeinsamen amerikanisch-spanischen Kommuniqué vom 10. Dezember 1985 vereinbarten beide Seiten die Aufnahme von Verhandlungen über eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Spanien. Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 16. Juli 1986, daß die Verhandlungen am 10. Juli 1986 aufgenommen worden seien: „Bei Verhandlungen hat SPA Vorschläge unterbreitet, die – nach US-Auffassung – im Ergebnis bei den Basen Torrejon, Zaragoza und Moron zu einem völligen und bei Rota zu einem teilweisen Abzug der ständig stationierten US-Kräfte führen würden. Streitig war vor allem die Substitution bei den Verantwortlichkeiten und Aufgaben, die jetzt noch von US-Kräften wahrgenommen werden. Während USA bei Verminderung ihrer Präsenz ‚one for one' Substitution durch spa[nische] Streitkräfte fordern (die z[um] Teil gar nicht möglich wäre), hält SPA auch Wegfall von Aufgaben für möglich, wenn dadurch globale Sicherheit nicht gefährdet wird. […] Eine Annäherung wurde insoweit nicht erreicht. Beide Seiten sind sich darüber einig, daß langer Verhandlungsprozeß bevorsteht und zumindest de facto gegenwärtige Verhandlungen einmünden werden in Neuverhandlung des im Mai 1988 auslaufenden US-SPA-Vertrages über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 608; Referat 201, Bd. 143362.
Die Verhandlungen wurden am 15./16. Oktober 1986 in Washington fortgesetzt. Brunner übermittelte dazu am 24. Oktober 1986 die Einschätzung: „Die Verhandlungen sind noch am Anfang. Sie haben noch kein politisches Niveau erreicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 913; Referat 201, Bd. 143362.

Shultz warf hier ein, daß Verhandlungen über Streitkräftezahlen und Dislozierungen nicht mit den Neutralen und Nichtgebundenen geführt werden könnten, denen man auch keine Mitsprache einräumen wolle. Hier seien die zwei Bündnissysteme die Partner.

BM Genscher setzte sich dann für den Rahmen der KSZE ein. Die KSZE-Konferenz könne die Verhandlungen ansetzen, die dann in einer Unterkonferenz zwischen den Mitgliedern der beiden Bündnissysteme stattfinden würden, wobei die westlichen Partner aufgrund einer abgestimmten Position, wie in Halifax vereinbart[15], vorgehen sollten. Er führte auch aus, daß die Balance der verschiedenen Teile der Schlußakte von Helsinki[16] und das sowjetische Interesse an Fortschritten am Korb III beeinträchtigt werden würde, wenn die für die Sowjets vorwiegend interessanten Verhandlungen zu Sicherheitsfragen separat stattfinden würden. Die Franzosen würden eine Unterkonferenz im Rahmen der KSZE, in der die 16 und 7 im losen Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß miteinander verhandelten, wohl akzeptieren. Aber sie würden das Konzept von de Gaulle der Nichtintegration der französischen Streitkräfte nicht aufheben. Da seien sich Chirac und Mitterrand einig. Shultz fragte, ob man an getrennten Orten verhandeln könnte. BM Genscher erwiderte, das sei für uns kein Problem, vielleicht auch für Frankreich akzeptabel. Er betonte nochmals, daß es für Frankreich leichter sei, wenn man von einer agreed position innerhalb der Allianz rede. Der Begriff der „instruction" von Brüssel sei für Frankreich ein Dollpunkt.

Bundeskanzler führte aus, man solle einen Kompromiß anstreben, der das gleiche Ziel verfolge. Für uns sei sehr wichtig, daß Frankreich dabei sei. Frankreich wolle keine Weisungen von Carrington. Die Trikolore nehme keine Weisungen von außen entgegen. Man solle Klugheit walten lassen im Prozedere und könne doch dasselbe Ergebnis erzielen.

Abschließend brachte der Präsident sein Beileid über den tragischen Mord an von Braunmühl[17] zum Ausdruck. Dies solle uns weiter bestärken in dem Entschluß, die Einigung beim letzten Weltwirtschaftsgipfel über eine gemeinsame Strategie gegen den Terrorismus[18] durchzuführen.

[gez.] van Well

VS-Bd. 13764 (014)

15 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

16 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

17 Zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 281, Anm. 5.

18 Vgl. dazu die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 zum Internationalen Terrorismus; EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f. Vgl. dazu ferner Dok. 137.

297

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. London, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 23. Oktober 1986, 15.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2121 **Ankunft: 23. Oktober 1986, 15.54 Uhr**

Betr.: Reise in die USA vom 20. bis 23. Oktober 1986[2];
hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit Vize-Präsident Bush anläßlich des zu Ehren des Bundeskanzlers vom Vize-Präsidenten gegebenen Mittagessens am 22.10., 12.30 bis 14.00 Uhr

Zur Unterrichtung

Das Mittagessen von Vize-Präsident Bush für den Bundeskanzler fand in außerordentlich freundschaftlicher, gelockerter und guter Atmosphäre statt. Die Sachgespräche drehten sich hauptsächlich um Ost-West-Fragen.

Vize-Präsident erkundigte sich zunächst nach der Einschätzung des Bundeskanzlers, was Gorbatschow in seiner für 14.00 Uhr Washingtoner Zeit angekündigten Rede[3] sagen werde.

BK erwiderte, G. werde nach innen gerichtet sprechen und sich nach außen eine Tür offenhalten. Er sei von der Verhandlungsbereitschaft G.s fest überzeugt. Der Westen würde einen Fehler machen, das anders einzuschätzen. Wir müßten weitermachen, ohne Wichtiges preiszugeben.

Vize-Präsident erwiderte, es sei auch die Absicht der amerikanischen Administration, für Verhandlungen offen zu bleiben.

BK hielt die Parteitagsrede[4] für die wichtigste Rede von G. Die bedeutendste Passage in dieser Rede sei die über die künftige Wirtschaftspolitik der SU. Die sowjetische Wirtschaft befinde sich in einer katastrophalen Lage. G. habe von Breschnew ein schwieriges Erbe übernommen. Er stehe vor der Grundentscheidung aller Zaren, was er tun könne, um das System operationsfähig zu halten. Das Budapester Treffen[5] sei für G. ein Schlüsselerlebnis gewesen. Er habe Un-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 23. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vgl. auch Dok. 296 und Dok. 298–300.

3 Für den Wortlaut der Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 22. Oktober 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 189–202.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter meinte am 23. Oktober 1986, wesentliches Motiv der Ansprache sei die Klarstellung, „daß es das Festhalten Präsident Reagans am SDI-Programm war, was in Reykjavik Vereinbarungen verhindert hat". Der Schwerpunkt der Erklärung liege in Angriffen auf SDI und der Betonung der nuklearen Abrüstung. Gorbatschow mache ferner „unmißverständlich klar, daß der INF-Bereich integraler Bestandteil einer ‚Paket-Lösung' ist". Insgesamt sei die Erklärung „auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichtet: Der in greifbare Nähe gerückten Verwirklichung umfassender nuklearer Abrüstung steht als einziges Hindernis SDI entgegen. Diese Botschaft richtet sich sicher nicht nur an die sowjetischen Fernsehzuschauer, sondern auch an die westliche Öffentlichkeit." Vgl. Referat 220, Bd. 144755.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 25. Februar 1986 auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 200–314. Vgl. dazu ferner Dok. 68.

5 Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8 und 9.

garn und der DDR für deren Weg den Segen gegeben und angedeutet, daß er einen ähnlichen Weg gehen wolle. Das stoße beim sowjetischen Wirtschaftsapparat auf Widerstand. G. müsse dezentralisieren, doch seien die Angehörigen des Apparats dafür nicht geschult; sie seien vielmehr gewohnt, die Verantwortung nach oben abzuschieben. Im Grunde brauchte G. für sein Modernisierungsprogramm neue Leute. Er glaube, daß G. dennoch dezentralisieren werde. Die wirtschaftliche Lage habe sich durch den Ölpreisverfall und den Dollar-Kurs in letzter Zeit noch weiter verschlechtert. Die SU versuche, möglichst viel aus der DDR und Ungarn herauszuholen, um die eigene Wirtschaftslage abzustützen. Bei der Beurteilung der sowjetischen Wirtschaftslage seien auch die unmittelbaren und mittelbaren Schäden von Tschernobyl[6] zu berücksichtigen; letztere beliefen sich auf 17 Mrd. DM. G. werde deshalb ohne ein internationales Klima, das ihm wirtschaftliche Unterstützung einbringe, nicht vorankommen. Auch im sowjetischen System gebe es eine – wenn auch andere – öffentliche Meinung. Das könne man in Deutschland bei Erich Honecker ablesen, der es geschafft habe, von der Bevölkerung respektiert zu werden.

Vize-Präsident stellte fest, daß dies auch für Kádár in Ungarn gelte.

BK wies auf gegenteilige Situation in der ČSSR hin, wo ein vergleichbarer Respekt für Husák nicht vorhanden sei.

Auf Frage von Bush nach der Lage in Polen erläuterte BK die dort bestehende schwierige Situation. Der Antagonismus zwischen Kirche und Staat sei stark, doch habe Jaruzelski heute einen kleinen Vorteil, weil die Reputation von Kardinal Glemp an die seines Vorgängers[7] nicht herankomme und weil auch die Bischöfe nicht geschlossen aufträten. Jaruzelski versuche, die persönliche Freiheit der Polen zu vergrößern. Die Rechte der Priester seien in Polen größer als in Ungarn; sie könnten sich auch kritisch über Maßnahmen des Regimes äußern, wie sich unlängst mit der Kritik an der Ablehnung des privaten Landwirtschaftsprojekts der katholischen Kirche[8] mit Unterstützung einiger EG-Staaten gezeigt habe. Die wirtschaftliche Lage in Polen sei schlecht.

BM wies darauf hin, daß die Sowjets das Landwirtschaftsprojekt wegen der Identität zwischen Kirche und Nation abgelehnt hätten.

Vize-Präsident Bush erwiderte, er würde Präsident Reagan, der sehr an Berlin interessiert sei, auch gerne in Warschau sehen. Er hielte dies für ein großes Signal gegenüber Osteuropa, das aber vielleicht das polnische Regime überfordern könnte.

BK erwiderte auf Frage nach seiner Einschätzung, Jaruzelski könnte einen Besuch von Präsident Reagan derzeit weder innenpolitisch noch Moskau gegenüber durchstehen. Es sei Jaruzelski schon schwer genug gefallen, den Besuch des Papstes in Polen[9] zulassen zu müssen, der über 1 Mio. Menschen um sich versammelt habe.

6 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

7 Stefan Kardinal Wyszíński.

8 Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 238, Anm. 16.

9 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 197 und Dok. 216.

Mrs. Ridgway erhielt während des Essens die Nachricht, daß die SU im Gegenzug zur Ausweisung von 55 sowjetischen Diplomaten aus den USA[10] fünf amerikanische Diplomaten zur Persona non grata erklärt und 260 bei der amerikanischen Botschaft in Moskau beschäftigte sowjetische Ortskräfte abgezogen habe. Nach ihrer Einschätzung werde Gorbatschow in seiner Fernsehrede die Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen über Weltraumfragen und andere Gegenstände erklären.

Botschafter Burt berichtete, Präsident Reagan habe ursprünglich die Absicht gehabt, an seinem Besuch in Deutschland einen Besuch in Ungarn anzuschließen. Ungarn sei daran aber von Moskau gehindert worden.

Vize-Präsident fragte BK, ob er Kádár kenne. Er erinnerte dabei an die Rolle Kádárs beim Ungarn-Aufstand 1956[11], die ihn damals in Ungarn zur Unperson gemacht habe, während er heute hohen Respekt bei der Bevölkerung genieße. Bei freien Wahlen könnte er 80 Prozent der Stimmen erhalten.

BK erwiderte, auch er habe 1956 Kádár wegen seiner Rolle verachtet. Heute habe er ein anderes Urteil über ihn. Kádár werde von der Geschichte sicherlich anders beurteilt werden als 1956. Man spüre im Kontakt mit ihm, daß er ein Stück Tragödie verkörpere. Heute habe er eine Rolle zum Vorteil des Landes inne. Auch Exil-Ungarn zollten ihm dafür Respekt.

BM berichtete über sein Zusammentreffen mit dem früheren AM Puja beim Empfang des Bundespräsidenten in Budapest[12], der in Ungnade gefallen war und[13] als Botschafter nach Finnland geschickt wurde[14], jetzt aber als freier Kandidat mit 65 Prozent der Stimmen seines Wahlkreises ins ungarische Parlament gewählt worden sei[15]. Den Botschafter-Posten habe er dafür aufgegeben.

10 Als Antwort auf die Ausweisung von fünf amerikanischen Diplomaten am 19. Oktober 1986 durch die UdSSR erlärte die amerikanische Regierung am 21. Oktober 1986 fünf sowjetische Diplomaten zu personae non gratae und kündigte die Ausweisung von weiteren 50 sowjetischen Vertretern an. Botschafter van Well, Washington, erläuterte dazu am 22. Oktober 1986, daß mit der Ausweisung von fünf sowjetischen Diplomaten gerechnet worden sei; „die Ausweisung von insgesamt 55 namentlich benannten sowjetischen Vertretern kam auch für die hiesige Öffentlichkeit überraschend, findet jedoch Unterstützung“. Sie sei mit der Absicht vorgenommen worden, „die Zahl der entsandten Bediensteten in den bilateralen Vertretungen beider Länder auf ein gleiches Niveau zu bringen“. Van Well fuhr fort: „Der amerik[anische] Schritt erscheint zwar unangemessen und störend bei dem Bemühen, die bilateralen Beziehungen auszubauen. Er kennzeichnet jedoch das Klima des Pokerspiels, das auch in Reykjavik nicht völlig abwesend war. Die Maßnahmen dürften die positive Nebenwirkung haben, konservativer Kritik den Boden zu entziehen und damit Entwicklungen in wichtigeren Gebieten störungsfrei zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4525; Referat 204, Bd. 135354.

11 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

12 Bundesminister Genscher begleitete am 13./14. Oktober 1986 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Staatsbesuch in Ungarn. Vgl. dazu Dok. 283.

13 Korrigiert aus: „in Ungnade gefallen und“.

14 Frigyes Puja war von 1983 bis 1986 ungarischer Botschafter in Finnland.

15 In Ungarn fanden am 8. Juni 1985 Wahlen zur Nationalversammlung statt. Botschafter Jung, Budapest, informierte dazu am 26. Juni 1985: „Von Interesse ist vor allem die Zahl der gewählten ‚unabhängigen‘ Kandidaten, d. h. derjenigen, die nicht von der Nationalen Front aufgestellt worden waren. […] Insgesamt kann die Zahl mit etwa 42 bis 48 angenommen werden, d. h. mehr als 10 % der Abgeordneten. […] Für alle unabhängigen Kandidaten galt jedoch, daß sie sich mit dem Programm der Nationalen Front einverstanden erklären mußten, so daß von Wahlen im westlichen Sinne keine Rede sein kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 543; Referat 214, Bd. 139466.

Als Vize-Präsident Bush auf den wirtschaftlichen Spielraum in Ungarn hinwies, berichtete BK ergänzend, daß Ungarn zu 80 Prozent verkabelt sei und das österreichische Fernsehen in dieses Kabelnetz eingespeist werde. Soweit sei bisher kein anderer Ostblock-Staat gegangen.

Vize-Präsident und BK stimmten auch in ihrer Einschätzung über Rumänien überein. BK berichtete über die Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien unter Angaben von Zahlen und Leistungen an die rumänische Regierung.

Meinungsaustausch über die SU berührte auch die heutige Rolle Gromykos im Politbüro. BK und BM wiesen darauf hin, daß er Gorbatschow unterstütze. Vize-Präsident und BK tauschten auch ihre Einschätzung über Gorbatschow aus. Sie stimmten darin überein, daß man den gegenüber seinen Vorgängern veränderten Stil im öffentlichen Auftreten ernst nehmen müsse. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt.

Die Überlegenheit des westlichen Systems mit Pressefreiheit sei keine Frage, doch könnten die Diktaturen im tagespolitischen Poker den Demokratien, die von Wahlen abhingen, in der Einwirkung auf die Öffentlichkeit überlegen sein. Darauf müsse man nach Reykjavik[16] besonders achten. Eine mit 1983 (Stationierungsdebatte) vergleichbare Situation werde es jetzt aber nicht geben.

Vize-Präsident Bush stellte fest, daß das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle in der Bundesrepublik im Wahlkampf[17] eine größere Rolle spiele als in den USA. In den USA stünden die Wirtschaftsfragen absolut im Vordergrund des Wahlkampfes[18]. Reykjavik sei für die Republikaner zwar ein Plus, aber kein wirklicher Faktor für die Wahlen. Nach Reykjavik gebe es in der amerikanischen Bevölkerung mehr Verständnis für SDI. Es wirke sich auch positiv für die Republikaner aus, daß die Verhandlungen in Genf weitergingen. Der Präsident müsse aber in der Auseinandersetzung mit den Sowjets im übrigen Entschiedenheit zeigen, weil sich ein Eindruck von Nachgeben negativ auf die Wahlen auswirken könnte. Vize-Präsident spielte damit auf die Ausweisung der sowjetischen Diplomaten aus den USA an.

BK stellte fest, daß sich die amerikanische Gesellschaft bei gleichbleibenden demokratischen Prinzipien verändert habe. Bei uns habe sich die Gesellschaft dagegen weniger stark geändert. In der Gesellschaft der Bundesrepublik wirke sich aus, daß die Bundesrepublik der Gefahr näher sei. Wenn die USA, wie Deutschland, ein geteiltes Land wären, hätte die amerikanische Gesellschaft sicherlich mehr Gefühl für die Teilung der Welt. Auch bei uns sei die Wirtschaftspolitik ganz wichtig. Im Hinterkopf der Menschen sei jedoch die Sorge stärker verankert, ob der Friede erhalten bleibe.

BK schilderte sodann die Zunahme der Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und ging im einzelnen auf die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten und die Rentnerreisen ein. Die Landsleute aus der DDR

16 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

17 Am 25. Januar 1987 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

18 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

gäben im Gespräch über Reykjavik ihrer Hoffnung Ausdruck, auch im nächsten Jahr wieder zu uns reisen zu können. BK schilderte abschließend die unterschiedliche Haltung der SPD in der Deutschlandpolitik (Staatsbürgerschaftsfrage, Salzgitter[19]) und wies auf die Verhandlungen der SPD mit der SED über einen atomwaffenfreien Korridor[20] hin, die von der Bundesregierung nicht gutgeheißen würden.

Vize-Präsident und amerikanische Gäste nahmen die Ausführungen zum innerdeutschen Verhältnis mit Interesse und Sympathie auf.

[gez.] Richthofen

Referat 204, Bd. 135348

19 Am 6. November 1984 verabschiedete die SPD-Fraktion „Thesen zur Deutschlandpolitik". Darin sprach sie sich u. a. für die Auflösung der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter aus. Vgl. dazu TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/2, S. 431.

20 Zu den Gesprächen zwischen SPD und SED über die Schaffung von chemie- bzw. atomwaffenfreien Zonen in Europa, Dok. 25, Anm. 19.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 20. Oktober 1986, daß SPD und SED „Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor" verabschiedet hätten: „Ein Korridor von einer Ausdehnung von jeweils rund 150 Kilometern auf beiden Seiten der deutsch-deutschen bzw. der deutsch-tschechischen Grenze soll von allen Atomwaffen befreit werden. […] Die Einrichtung eines atomwaffenfreien Korridors ist als Zwischenstufe zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Gesamtmitteleuropa (definiert als die Zone, über die bei MBFR verhandelt wird) gedacht. Drei Jahre nach Verwirklichung des Korridors soll über die Einrichtung einer KWFZ Mitteleuropa verhandelt werden." Hartmann kam zu dem Schluß, daß die Grundsätze „für den Westen nicht akzeptabel" seien: „Ein Abzug der Nuklearwaffen aus einem Teil Zentraleuropas würde das Gewicht der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts erhöhen. Das Risiko eines konventionellen Konflikts könnte zunehmen. […] Die Schaffung einer rüstungskontrollpolitischen Sonderzone in Mitteleuropa würde die Bundesrepublik Deutschland unter einen sicherheitspolitischen Sonderstatus stellen. Sie würde außerdem die strategische Einheit des Bündnisgebiets aufheben und die Solidarität der Allianz untergraben." Vgl. Referat 210, Bd. 139228.
Das Papier wurde am 21. Oktober 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt. Für den Wortlaut vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/4, S. 408–410.

298

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Washington, an Staatssekretär Meyer-Landrut

114-6068/86 geheim
Fernschreiben Nr. 4544
Citissime nachts

Aufgabe: 23. Oktober 1986, 12.05 Uhr[1]
Ankunft: 23. Oktober 1986, 17.24 Uhr

Nur für Herrn Staatssekretär[2] persönlich

Betr.: Gespräch mit AM Shultz am 21.10., 15.30 bis 16.45 Uhr[3]

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler, BM Genscher, BM Wörner, MdB Rühe, Botschafter van Well, MD Teltschik, D 2[4].

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: AM Shultz, Ambassador Ridgway, Botschafter Burt, Chester Crocker, W. Bodde, R. Beecroft, Note-taker.

BK bat um Erörterung folgender Themen:

Menschenrechte in der Sowjetunion, Afghanistan, konventionelle Rüstungskontrolle Europas, Südafrika und Nahost.

AM Shultz stimmte zu.

1) Menschenrechte

Auf Bitten von BK berichtete AM Shultz über Behandlung des MR-Themas in Reykjavik[5]: Präsident Reagan habe MR sowohl im privaten Gespräch als auch im größeren Kreis generell und in Form von Einzelfällen mit Gorbatschow behandelt. Er habe dabei auch die deutschen Besorgnisse vorgebracht. Es wurden zwei Verhandlungsgruppen eingesetzt, eine zu MR und eine zu bilateralen und regionalen Fragen. In der AG zum Thema MR (Ambassador Ridgway mit Vize-AM Bessmertnych) hätten sich die Sowjets die amerikanischen Darlegungen angehört und Papiere sowohl zum Thema Ausreise als auch in Einzelfällen entgegengenommen. Sie hätten auch am Text einer zur Veröffentlichung bestimmten Erklärung mitgearbeitet und der Einsetzung einer sowjetisch-amerikanischen Arbeitsgruppe zugestimmt, in der die MR-Fragen kontinuierlich weiter diskutiert werden können. Dies sei im Ergebnis mehr, als je in der Vergan-

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16 und 30.
Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen befand sich bereits in London, als der von ihm verfaßte Drahtbericht von der Botschaft in Washington übermittelt wurde. Vgl. Dok. 297.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 24. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, daß Meyer-Landrut die Übermittlung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Sudhoff, die Ministerialdirigenten von Ploetz, Oesterhelt, Schlagintweit und Sulimma sowie an Botschafter Ruth „n[ach] R[ückkehr]“ genehmigt habe. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Nachtrag: 6. Kopie Ref[erat] 204 VLR Dr. Schönfelder.“
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 31. Oktober 1986 vorgelegen, der die Übermittlung einer Kopie an Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt verfügte.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 vgl. auch Dok. 296, Dok. 297, Dok. 299 und Dok. 300.

4 Hermann Freiherr von Richthofen.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

genheit erreicht wurde. Sowjets seien jedoch keinerlei Verpflichtungen zu irgendwelchen Aktionen eingegangen.

Immerhin seien bei 110 Einzelfällen, die seit Genf[6] übergeben wurden, in 40 Fällen Antworten an betroffene Personen erteilt worden. Darüber hinaus sei die Ausreise einzelner jüdischer Persönlichkeiten wie Schtscharanskij[7], Orlow[8] und Dr. Goldfarb[9] gestattet worden. BM berichtete über die von ihm und AM Schewardnadse in New York[10] eingesetzte AG zum Vergleich der Listen beider Seiten; Sowjets seien erstmals bereit gewesen, eine Liste von uns als Verhandlungsgegenstand zu akzeptieren.

AM Shultz sprach sich dafür aus, diese Bemühungen energisch weiterzuverfolgen. Den Russen müsse klargemacht werden, daß sie ihr äußeres Image durch Fortschritte im MR-Bereich verbessern können. Solange sie ihr Verhalten in diesem Bereich nicht änderten, könnten sie nicht mit einem warmherzigen Empfang durch die Bevölkerung hier rechnen.

BK unterstrich die Bedeutung der MR-Politik auch aus moralischen Gründen und wies auf Verantwortung der Bundesregierung für alle Deutschen, auch in der Sowjetunion, hin. Bundesrepublik habe auch ein besonderes Verhältnis zum jüdischen Volk. Wenn wir etwas für die Juden in der SU tun könnten, dann würden wir das tun (Hinweis auf Mitwirkung im Fall Schtscharanskij). Wir seien bereit, in konkreten Fällen zu helfen. Weiter sprach sich BK dafür aus, nicht müde darin zu werden, immer wieder Einzelfälle gegenüber der SU anzusprechen und dafür zu sorgen, daß dies öffentlich bekannt würde. Auch Diktaturen hätten ein – wenn auch anderes – Verhältnis zur öffentlichen Meinung. Gorbatschow sei im Gegensatz zu Breschnew durchaus an einem positiven Image seiner Person und seines Regimes im Westen interessiert. Diesen Eindruck habe auch Präsident Mitterrand gewonnen. Leider gebe es neben Gorbatschow andere, unbelehrbar starre sowjetische Vertreter. Dafür sei die Entfernung des zeitweilig zugelassenen Priesters bei Rudolf Heß in Spandau[11] ein trauriges Beispiel. Die Russen hätten hier eine viel beachtete Geste machen können.

2) Afghanistan

Auf Vorschlag von BK gab AM Shultz die amerikanische Einschätzung der Lage in Afghanistan wieder, die im wesentlichen unverändert sei. Amerikaner hätten Erkenntnisse, daß der angebliche Rückzug von sowjetischen Einheiten und Material[12] lediglich vorgetäuscht werde. Eine aus dem Afghanistan-Problem herausführende veränderte Haltung der SU sei gegenwärtig nicht erkennbar.

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

7 Zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. Dok. 25 und Dok. 26.

8 Zur Freilassung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Orlow vgl. Dok. 264, Anm. 25.

9 Der sowjetische Mediziner David Goldfarb bemühte sich seit 1978 um eine Ausreise aus der UdSSR in die USA. Am 16. Oktober 1986 durfte er die UdSSR verlassen. Vgl. dazu den Artikel „Kremlin Permits Jewish Scientist to Leave Country"; THE NEW YORK TIMES vom 17. Oktober 1986, S. A 1.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. September 1986 vgl. Dok. 264.

11 Zur Entlassung des französischen Seelsorgers Charles Gabel vgl. Dok. 225, Anm. 4.

12 Zur Ankündigung eines Abzugs sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan vgl. Dok. 210, Anm. 36.

3) Konventionelle und Rüstungskontrolle in Europa

BK nahm Diskussion vom Vormittag mit Präsident Reagan wieder auf und unterstrich die große Bedeutung der Einbeziehung Frankreichs in den Prozeß der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Nach Reykjavik sei es wichtig, daß die Europäer jetzt und in Zukunft geschlossen vorgingen. Dafür sei die Teilnahme Frankreichs wichtig. Bei allem, was die Amerikaner jetzt tun wollten, bitte er daran zu denken, wie wichtig es sei, Frankreich dabei zu haben.

AM Shultz erwiderte, daß er daran keinen Zweifel habe, das Problem sei aber, wie man die Franzosen davon überzeugen könnte. Die Amerikaner hätten keine Einwendungen, wenn die Franzosen einen brauchbaren Weg vorschlügen; sie seien aber nicht bereit, einen schlechten Weg als Kompromiß zu akzeptieren.

BK kündigte an, daß er bevorstehenden deutsch-französischen Gipfel in Frankfurt[13] unter Teilnahme von Mitterrand und Chirac zu Gesprächen hierüber nutzen werde.

BM betonte, das, was sich im Gespräch bei Präsident Reagan am Vormittag hierzu angedeutet habe, könnte eine Linie sein, auf die die Franzosen eingehen könnten.

BM Wörner wies in ausführlicherem Beitrag auf die Konsequenzen hin, die sich bei nuklearer Abrüstung für das konventionelle Kräfteverhältnis ergeben könnten, und unterstrich dabei die vitale Bedeutung der Herstellung auch einer konventionellen Parität für die Friedenserhaltung, für die europäische Sicherheit und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Er wies ferner auf Fragen hin, die sich bei der Einbeziehung von Mittelstreckenwaffen kurzer Reichweite in den Prozeß nuklearer Abrüstung stellen. Er unterstrich das Einvernehmen über das Ziel, durch gemeinsame Bemühungen der Europäer und der USA auch bei dieser Waffenkategorie ein niedrigeres Niveau zu erreichen. Zu beachten bleibe allerdings, daß auch schon eine beträchtlichere Reduzierung dieser Waffen die Befähigung des Bündnisses zur Kriegsverhinderung entscheidend mindern könnte. Eine Null-Lösung im strategischen nuklearen Bereich sowie im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen kurzer Reichweite könne nur bei gleichzeitiger Herstellung einer konventionellen Parität (Gleichgewicht) ohne Risiko für die Kriegsverhütung herbeigeführt werden.

BM bekräftigte unser commitment zur Null-Lösung bei den LRINF. Zur Frage einer Null-Lösung bei den strategischen nuklearen Waffen und den von BM Wörner genannten nuklearen Mittelstreckenwaffen kurzer Reichweite merkte er an, daß er es interessant finde, daß über dieses Thema am gestrigen Abend AM Schewardnadse mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau gesprochen habe und Schewardnadse erklärt habe, aus sowjetischer Sicht müsse bei einer Denuklearisierung auch das Problem anderer gefährlicher Waffen (konventioneller und chemischer) gelöst sein.[14] Daher sei es wichtig, im konventionel-

13 Vgl. dazu das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud am 27. Oktober 1986; Dok. 304.
Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

14 Botschafter Kastl übermittelte am 21. Oktober 1986 Informationen des amerikanischen Botschafters in Moskau: „Auf Feststellung Ha[rtman]s, bei Einigung auf Reduzierung der Nuklearwaffen in zehn Jahren müsse Westen auf Lösung für konventionelle Rüstungen und für C-Waffen beste-

len Bereich sehr schnell zur Sache zu kommen, um eine Position zu erarbeiten, die nicht nur die Frage des Gleichgewichtes bei den Nuklearwaffen, sondern auch bei den anderen Waffen umfasse und die auch die geographischen Disparitäten zum Nachteil des Westens in Europa berücksichtige. Dies sei der Grund, warum wir dafür einträten, die formalen Probleme bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa so schnell wie möglich zu überwinden, um zur Sache zu kommen (to work out a position of substance).

BK wies darauf hin, daß wir unsere Verantwortung für die gemeinsame Verteidigung ernst nehmen. Wir stellten mit der Bundeswehr 500 000 Soldaten und hätten die Wehrpflicht verlängern müssen[15], um diesen Stand beibehalten zu können. Wir arbeiteten an der weiteren Verbesserung der Bundeswehr, die in hervorragender Verfassung sei. Wir wüßten, daß die Sowjets die Bundeswehr ebenso hoch einschätzen.

[16]AM Shultz erläuterte die Grundhaltung von Präsident Reagan in der Abrüstungsfrage. Der Präsident wolle dem Gefühl der Menschen Rechnung tragen, die sich durch die zunehmende Anzahl nuklearer Sprengköpfe eher unsicherer als sicher fühlen. Deshalb trete er für die nukleare Abrüstung ein. Dies habe nichts mit einer Haltung der Schwäche zu tun. AM Shultz würdigte die Qualität der deutschen Truppen sehr positiv. Hierin erweise sich die Stärke unseres freiheitlichen Systems. Dieses sei dem Osten aber auch in der Wirtschaftskraft, Forschung und Bevölkerungsstärke überlegen. Es sei ihm persönlich ein Anliegen, sich in der Diskussion über das schwierige Geschäft zu engagieren, ob und bis wohin man zur Reduzierung bei den nuklearen Waffen kommen könne und welche Sicherheiten man dafür bekomme. In Reykjavik seien mit den Russen keine Vereinbarungen erzielt worden. Es sei jedoch überraschend, daß die Sowjets die Sache dort in einer Weise auf den Tisch gelegt hätten, daß man darüber zu Vereinbarungen kommen könnte. AM Shultz sprach sich dafür aus, über die von BK und BM Wörner aufgeworfenen Fragen zu diskutieren. Er erinnerte an den bekannten Ausspruch von Einstein, daß sich mit dem Eintritt der Menschen in das Atomzeitalter vieles verändert habe, nicht aber das menschliche Denken selbst. Es gelte, eine langfristige Doktrin der Friedenssicherung zu entwickeln, die davon abgehe, daß der Friede nur durch die Drohung mit der Zerstörung der Welt in kürzester Zeit aufrechterhalten werden könne. Präsident Reagan vertrete hier eine konservative Weisheit gegen den starken Widerstand der Intellektuellen.

BM Wörner griff den Vorschlag, diese Fragen intensiv zu diskutieren, dankbar auf. Kein anderer Staat habe daran ein so großes Interesse wie die Bundesrepublik. Wir seien dafür, die Nuklearwaffen zu reduzieren. Unser Interesse gehe aber weiter. Wir wollten weder nukleare Waffen, noch wollten wir Krieg. Die Abschreckungsdoktrin habe Europa und die Welt bisher vor dem Krieg be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1543

hen, ging Sch[ewardnadse] mit Bemerkung ein, dies sei eine ‚business-like question, which should be addressed'. Endgültige Denuklearisierung sei ohne konventionelle Rüstungskontrolle und CW-Verbot nicht denkbar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2975; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4545 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

wahrt. Daher müsse parallel zur Reduzierung der Nuklearwaffen das Gleichgewicht im konventionellen Bereich stabilisiert werden. BK stimmte dem zu.

BM Wörner und MdB Rühe verließen die Sitzung.

4) Südafrika

Im verkleinerten Kreise gab BK seiner Sorge über die Entwicklung in Südafrika Ausdruck. Er machte deutlich, daß die Bundesregierung in der EG keinen weiteren Sanktionen gegenüber Südafrika zustimmen werde. Trotz des Drängens einiger Freunde in der EG werde es deshalb keine weitergehenden Sanktionsbeschlüsse der EG geben.

BM wies auf die bestehenden Uneinigkeiten bei der Durchführung der EG-Beschlüsse[17] hin, die jeder möglichst glimpflich gestalten möchte.

BK fuhr fort, wir könnten hier länger zusehen, wie sich die Dinge in Südafrika entwickelten. Für uns stelle sich die Frage, ob es eine Chance gebe, einen Verhandlungstisch über Südafrika zu bilden und daran verschiedene Gruppierungen zusammenzubringen. Dieser Tisch könne nicht in Südafrika gebildet werden. Die Frage sei, ob dies woanders möglich wäre. Er wäre dazu bereit; er wisse, daß auch Mrs. Thatcher bereit wäre, und wolle nach der amerikanischen Haltung fragen. Der Teilnehmerkreis könne nicht viel größer sein. Andere verhielten sich ambivalent. Er könne nicht erkennen, daß SA selbst einen Ausweg finde. Die Frage sei, ob wir das richtige Einfühlungsvermögen hätten. Die Südafrikaner seien „stubborn". Vielleicht könne man sie aber doch langsam in die richtige Richtung bewegen.

AM Shultz erklärte seine Sympathie und Zustimmung. Nach den Sanktionsbeschlüssen werde man sehen, daß Sanktionen keine Politik seien. Die amerikanischen Sanktionsbeschlüsse[18] würden implementiert. Große amerikanische Unternehmen wie General Motors, IBM und Honeywell verließen SA, hielten sich aber durch Übertragung ihrer Werke in SA auf Treuhänder mit Rücknahmeklausel eine gewisse Rückkehrmöglichkeit offen.

AM Shultz stimmte BK zu, daß man nicht frustriert dasitzen und nichts tun könne. Er sprach sich dafür aus, während man durch die Episode der Sanktionen gehe, das weitere Vorgehen in zwei Stationen aufzuteilen.

– Auflistung und sorgfältige Evaluierung aller Ideen und Vorschläge an einem Tisch durch Chester Crocker und seine deutschen und britischen Counterparts; man sollte diesen Kreis am Anfang auf die genannten drei Staaten beschränken, die wirklich etwas zur Verbesserung der Lage in SA tun wollten.
– Nach diesem „stocktaking" sollte man sich fragen, was getan werden könnte, was man wie voranbringen könnte und was daran mitwirken könnte.

Dieser Kreis könnte dann erweitert werden. Es wäre aber ein Rückschlag, anzufangen und nichts zustande zu bringen.

BK stimmte zu und bat um große Diskretion.

17 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 26./27. Juni 1986 in Den Haag; Dok. 181. Vgl. dazu ferner die Beschlüsse des EG-Ministerrats vom 15./16. September 1986 in Brüssel; Dok. 257, Anm. 5.

18 Zur den amerikanischen Sanktionen gegenüber Südafrika vgl. Dok. 257, Anm. 7.

AM Shultz wies auf eine leichte Öffnung P. W. Bothas hin, obwohl dessen Telegramme an Präsident Reagan und Mrs. Thatcher an Schärfe zunähmen. Wir sollten nicht verzweifeln und aufgeben. Der Präsident habe seinem Vorschlag eines „stocktaking" und Auslegens von Alternativen zugestimmt.

BK stellte völlige Übereinstimmung fest. Er sprach sich dafür aus, alles sorgfältig zu erwägen, zu diskutieren und auszuarbeiten, selbst mit der Gefahr eines Rückschlags, weil sich die Lage in SA weiter verschlechtern könnte. Er werde darüber mit Mrs. Thatcher sprechen, aber sehr diskret, es sollten keine Papiere erstellt werden.

AM Shultz bestätigte Chester Crocker als US-Gesprächspartner.

BM brachte MD Sudhoff ins Gespräch.[19]

5) Nahost

BK berichtete über seine Gespräche mit Shimon Peres über einen Marshall-Plan für Nahost[20]. Leider hätten die Israelis darüber öffentlich gesprochen, worauf Ägypten und Jordanien nicht positiv reagiert hätten. Auch in Nahost könne man aber nicht nur zuschauen.

BK bat AM Shultz um seine Bewertung der schwer überschaubaren Entwicklung. Er wäre bereit, persönlich aktiv zu werden, wenn dies Sinn mache, glaube aber, daß der Zeitpunkt dafür nicht günstig sei. Man müsse aber vorausdenken.

AM Shultz wies auf die positive Entwicklung des Verhältnisses zwischen Israel und seinen unmittelbaren Nachbarn hin, die unspektakulär verlaufe und deshalb kaum bemerkt werde:

– Ägypten habe trotz aller Spannungen am Friedensvertrag mit Israel[21] festgehalten.
– Der Taba-Disput[22] konnte gelöst werden; Ägypten habe seinen Botschafter nach Israel zurückgeschickt[23].
– Jordanien habe mit Ägypten volle diplomatische Beziehungen trotz der Beziehungen Ägyptens zu Israel hergestellt.[24]

19 Am 30. Oktober 1986 trafen in London Ministerialdirektor Sudhoff sowie der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, und der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Fergusson, zusammen. Vgl. dazu Dok. 364.

20 Zu den Überlegungen des Ministerpräsidenten Peres für einen „Marshall-Plan für den Nahen Osten" vgl. Dok. 167, Anm. 20.

21 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

22 Zum Status von Taba vgl. Dok. 247, Anm. 10.

23 Der ägyptische Botschafter Murtada wurde nach Gewaltakten am 17./18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila am 20. September 1982 aus Israel zurückberufen. Vgl. dazu den Artikel „Ägypten beordert Botschafter aus Israel zurück"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. September 1982, S. 6.
Im Anschluß an das Treffen zwischen dem Präsidenten Mubarak und Ministerpräsident Peres am 11./12. September 1986 in Alexandria wurde bekanntgegeben, daß der bisherige Geschäftsträger an der ägyptischen Botschaft in Tel Aviv, Bassiouni, in den Rang eines Botschafters erhoben worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Fournes vom 13. September 1986; Referat 310, Bd. 149562.

24 Am 25. September 1984 beschloß die jordanische Regierung, die 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufzunehmen.

– König Hussein habe seine Kontakte mit Shimon Peres fortgesetzt.
– Es seien praktische Lösungen erreicht worden, z. B. ein Bewässerungsprojekt zugunsten Israels und Jordaniens, die Errichtung der Kairo-Amman-Bank auf der Westbank[25], die Einsetzung von drei weiteren arabischen Bürgermeistern auf der Westbank[26] nach Ermordung von el-Masri[27] und die Einrichtung von town councils auf der Westbank.
– Die USA unterstützten den Plan, eine Straße von Eilat nach Aqaba für den Touristenverkehr zu bauen (dies ähnele dem Modell der innerdeutschen Beziehungen).

Diese zusammengenommen nicht unerhebliche Liste sei geeignet, den Friedensprozeß in Bewegung zu bringen. Dieses Momentum sollte in Gang gehalten werden. Man sollte auch öffentlich sagen, daß diese Bemühungen fortgesetzt werden.

AM Shultz wies ferner auf eine positive Entwicklung für die Öffnung des Gaza-Streifens unter Vorbehalt der Kontrolle der Sicherheit durch Israel hin.[28] Von der Idee einer Nahost-Konferenz[29] halte er dagegen nichts. Wichtiger sei es, die bilateralen Kontakte Israels mit den Nachbarn zu fördern. Der einzig richtige Weg sei einer, der auch verwirklicht werden könnte. Es sei überhaupt nicht vorstellbar, daß die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ohne Jorda-

25 Botschafter Haas, Tel Aviv, teilte am 22. September 1986 mit: „Israelische Verwaltung der besetzten Gebiete erteilte am 17.9.86 Lizenz zur Eröffnung einer Filiale der ‚Kairo-Amman-Bank' in Nablus/Westbank. Hauptsitz der Bank ist in Jordanien, wo sie 14 Filialen betreiben soll. Vor 1967 gab es in Westbank bereits fünf Filialen. Zum ersten Mal wurde nun in arabischem Besitz befindlicher Bank (12 Prozent von ägyptischer Regierung gehalten, Rest von Jordanien) Eröffnung einer Filiale in besetzten Gebieten gestattet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 999; Referat 310, Bd. 149612.

26 Botschafter Haas, Tel Aviv, meldete am 29. September 1986, daß die israelische Zivilverwaltung drei Vertreter der arabischen Bevölkerung zu Bürgermeistern der Städte Hebron, El Bipeh und Ramallah ernannt habe. Die Zivilverwaltung insistiere jedoch darauf, „jüngste Ernennungen markierten lediglich Abschluß einer schon über Jahre praktizierten israelischen Politik in besetzten Gebieten. Ernennungen bedeuteten keinesfalls Schritt zu einseitiger Autonomie, ja besäßen keinerlei politische Bedeutung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1031; Referat 310, Bd. 149612.

27 Am 2. März 1986 wurde der im November 1985 ernannte Bürgermeister von Nablus, el-Masri, von Mitgliedern der PFLP ermordet. Botschafter Wöckel, Damaskus, informierte dazu am 3. März 1986, daß die PFLP ein Kommuniqué herausgegeben habe: „Als Begründung für den Mord wird angeführt, daß sich Masri an den jordanisch-zionistischen Plänen der Liquidation der palästinensischen Sache beteiligt habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 129; Referat 310, Bd. 149611.

28 Im Frühjahr 1986 gelangten Meldungen über Pläne eines ägyptisch-israelischen Kondominiums im Gaza-Streifen in die Presse. Botschafter Haas, Tel Aviv, übermittelte dazu am 17. April 1986 Informationen aus dem Umkreis des Ministerpräsidenten Peres, wonach „zwar Papiere zwischen Beratern des Ministerpräsidenten" kursierten: „Es möge auch sein, daß Peres Thema in Gesprächen mit AM Shultz in Washington und Murphy bei dessen jüngstem Besuch in Jerusalem […] angesprochen habe. ‚Geheimplan' besitze freilich keine Aktualität, zumal nicht nach US-Militäroperation gegen Libyen – Mubarak wünsche derzeit nichts weniger, als sich wegen Israel gegenüber arabischem Lager zu exponieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 419; Referat 310, Bd. 149611.
Am 30 Juni 1986 berichtete Haas ergänzend von weiteren Überlegungen hinsichtlich einer „Sonderbehandlung Gazas": „So hat jetzt früherer Bürgermeister von Gaza, Rashad Shawwa, Presse (‚Jerusalem Post', Ost-Jerusalemer Zeitschrift ‚Al Bayader Al-Siyasi') berichtet, israelische Offizielle hätten ihm gegenüber geäußert, Israel sei zum Rückzug aus Gaza bereit, wenn im Gegenzug israelische Kontrolle über Sicherheits- und außenpolitische Fragen gewährleistet werde. […] Von Shawwa geäußerte Überlegungen treffen sich in Frage möglicher vorgezogener Autonomie für Gaza (‚Gaza first') mit denen, die im Umkreis von PM Peres geäußert wurden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 692; Referat 310, Bd. 149611.

29 Zum sowjetischen Vorschlag einer internationalen Konferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 200, Anm. 9.

nien und Israel verhandelten. Ein Programm für die drei Länder Ägypten, Jordanien und Israel sollte mit etwas auf der politischen Seite kombiniert werden.

AM Shultz bekräftigte, den Friedensprozeß von unten in dem beschriebenen Sinne wachsen zu lassen. Danach könnte Hilfe für die genannten Länder nützlich sein. So würde z. B. Jordanien von einem Hafen am Mittelmeer profitieren. Später könnte ein politisches Programm die Völker zusammenbringen.

BK teilte diese Auffassung, wir lägen auf der gleichen Linie. Er frage, ob man hier nicht so verfahren sollte wie bei Südafrika, daß sich wenige Leute zusammensetzen und beraten. AM Shultz stimmte dem zu und benannte Dick Murphy als Gesprächspartner.

[30]BK sagte die Benennung eines Gesprächspartners der Bundesrepublik zu.

AM Shultz schlug Beteiligung der Briten vor.

BK stimmte zu und bat auch hier um diskrete Behandlung, damit die Gesprächsrunde nicht in israelische Innenpolitik gerate.

BM fragte nach der Einschätzung Syriens durch AM Shultz in diesem Zusammenhang.

AM Shultz erwiderte, er könne noch keine definitive Antwort geben. Präsident Reagan habe ihn beauftragt, eine Empfehlung in bezug auf Syrien vorzulegen, nachdem sich erwiesen habe, daß Syrien zumindest im von Syrien kontrollierten Teil im Libanon die Entfaltung terroristischer Aktivitäten durch Abu Nidal und seine Gruppe dulde. Von dort gebe es auch Verbindungen zu dem Flugzeuganschlag in Karachi.[31] Es stelle sich die Frage, wie man mit Syrien umgehen solle. Er sei noch nicht zu einem klaren Schluß gekommen, was er Präsident Reagan vorschlagen solle.

AM Shultz fragte, ob es Verbindungen zum internationalen Terrorismus beim Mord von MD von Braunmühl[32] gebe. BK berichtete über die Solidarisierung italienischer Terroristen vor einem Mailänder Gericht mit dem Mord von MD von Braunmühl. Die italienischen Terroristen hielten bekanntlich Verbindung zum Nahen Osten. Nähere Erkenntnisse lägen uns aber nicht vor.

BK sprach sich dafür aus, über das Thema Terrorismus weiter zu sprechen, und trat für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus ein.

Das Gespräch fand in einer sehr vertrauensvollen, aufgeschlossenen und freundschaftlichen Atmosphäre statt.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 13764 (014)

30 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4546 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

31 Zum Überfall auf ein amerikanisches Passagierflugzeug am 5. September 1986 auf dem Flughafen in Karachi vgl. Dok. 256, Anm. 20.

32 Zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 281, Anm. 5.

299

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 4553 **Aufgabe: 23. Oktober 1986, 14.12 Uhr**[1]
Ankunft: 23. Oktober 1986, 22.58 Uhr

BMF: Bitte BM Stoltenberg und StS Tietmeyer vorzulegen

BMWi: Bitte BM Bangemann und StS Schlecht vorzulegen

Bundesbank: Bitte Präsident Pöhl vorzulegen

Auch für 010

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in den USA[2];
hier: Gespräch mit Secretary Baker am 22.10.1986

Zur Information

1) Zusammenfassende Wertung

In guter Atmosphäre verlaufenes Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit US-Finanzminister Baker ergab amerikanische Zufriedenheit mit derzeitigem Wachstum der deutschen Wirtschaft, jedoch fortbestehende Zweifel zur Dauerhaftigkeit (zweite Hälfte 1987 und darüber hinaus). Großes Interesse besteht an unseren Steurreformplänen[3], auch bezüglich ihres Zeithorizonts. Baker sieht die Gefahr des US-Protektionismus bzw. Isolationismus keineswegs gebannt, glaubt eher noch an eine Verstärkung dieser Tendenzen und hält an seiner Linie fest, wonach die bestehenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte auch mehr Wachstum bei den Überschußländern oder aber einen weiter fallenden Dollaraußenwert erfordern. Das Gespräch erbrachte gewisse zusätzliche Anzeichen dafür, daß uns zumindest bis zu den Bundestagswahlen[4] eine weitere unangemessene (öffentliche) amerikanische Druckausübung erspart bleiben könnte. Was danach geschieht, dürfte von den beiderseitigen Wirtschaftsdaten einschließ-

1 Der Drahtbericht wurde von Gesandtem von Kyaw, Washington, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder am 24. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 vgl. auch Dok. 296–298 und Dok. 300.

3 Am 10. November 1982 kündigte Bundesminister Stoltenberg im Bundestag einen Stufenplan zur Steuerreform an, die 1983 und 1984 mit Steuererleichterungen für die gewerbliche Wirtschaft und Verbesserungen der Vermögensbildung eingeleitet wurden: „Die notwendige Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertarifs kann in einer dritten Stufe dann beschlossen werden, wenn wesentliche Fortschritte bei der Gesundung der öffentlichen Finanzen erzielt sind." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 126. Sitzung, S. 7665 f.
Am 26. Juni 1985 verabschiedete der Bundestag dann das Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/1988), mit der u. a. die Einkommenssteuer sowie die Regelungen für die Wohnungsbau- und Sparprämien neu bestimmt wurden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, I, S. 1153–1242.
Geplant war schließlich eine „Steuerreform 1990", die „einen Entlastungsrahmen von insgesamt rund 44 Mrd. DM" vorsah: „Kernstück der Steuerreform wird ein Einkommenssteuertarif mit völlig neuem Profil sein. Als weitere Hauptelemente, die insbesondere die Bezieher kleinerer Einkommen und Familien mit Kindern begünstigen, kommen kräftige Aufstockungen des Grundfreibetrages und des Kinderfreibetrages sowie eine Senkung des Eingangssteuersatzes hinzu." Vgl. JAHRESBERICHT 1986, S. 170.

4 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

lich der Entwicklung der US-Handelsbilanz und ggfs. von den Schritten der neuen Bundesregierung, vor allem im steuerlichen Bereich, abhängen.

2) Der amerikanische Finanzminister, begleitet von dem für internationale Währungsfragen zuständigen Assistant Secretary Mulford und der für Öffentlichkeitsfragen zuständigen AssSec Tutwiler, suchte am 22.10.1986 den Herrn Bundeskanzler im Hotel Watergate zu einer knapp einstündigen Unterredung auf, die in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre verlief.

Der Bundeskanzler erläuterte eingangs die günstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Nach den Wahlen werde man das zweite Privatisierungspaket und die Steuerreform in Angriff nehmen. Außerdem müßte das Gesundheitsvorsorgesystem über eine erhöhte Selbstbeteiligung saniert und das Rentensystem angesichts der niedrigen Geburtenrate langfristig tragfähiger gestaltet werden. Was die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik für das Jahr 1987 beträfe, so sei er grundsätzlich optimistisch. Die Stimmungslage hätte sich bei uns im Vergleich zu 1982 grundlegend geändert. Auch im Bereich der wissenschaftlichen Forschung ginge es bergauf.

Baker betonte zunächst seine Zufriedenheit mit den (gegenwärtigen) wirtschaftlichen Daten in der Bundesrepublik. Allerdings sei man amerikanischerseits nicht so sicher, ob dieser positive Trend auch für das ganze Jahr 1987 gelten werde. Die deutschen Wirtschaftsinstitute hätten hier wohl ebenfalls einige Vorbehalte. Er käme gerade aus dem Wahlkampf[5] und könne nur sagen: Der Protektionismus sei sehr lebendig. Natürlich werde der Präsident[6] weiter gegen ihn ankämpfen, aber das Problem würde 1987 wieder voll ins Haus stehen. In Ergänzung zu den Wechselkursanpassungen und gewissen Marktöffnungsmaßnahmen (Abbau „unfairer" Handelsbarrieren) müßten die Überschußländer wie JPN und D über mehr Wachstum zur Lösung beitragen. Andernfalls könnten wir den Kampf um das freie Welthandelssystem verlieren. Er, Baker, wisse, daß jetzt auch bei uns der Wahlkampf bevorstehe und daher gewisse Dinge nicht durchgesetzt werden könnten. Er hoffe jedoch, daß dies nach den Wahlen anders sein werde. Er unterhalte – entgegen manchen Presseverlautbarungen – gute persönliche Beziehungen zu Minister Stoltenberg und Bundesbankpräsident Pöhl. Wir müßten gemeinsam auf ausreichendes weltwirtschaftliches Wachstum hinwirken.

Der Bundeskanzler reagierte mit der Versicherung, er wisse sehr wohl, daß wir nicht nur partnerschaftlich, sondern erst recht als Freunde zusammenarbeiten und einander helfen müßten. Allerdings gebe es auch das Gebot intellektueller Redlichkeit. Wir hätten nach den vergangenen Weltwirtschaftsgipfeln unsere – z. T. schmerzhaften – Hausarbeiten gemacht und unsere Verpflichtungen eingehalten. Wir wirkten als eine Art Antrieb für die ganze EG. Gegenwärtig gingen im übrigen ca. 40 Prozent unserer jährlichen steuerlichen Mehreinnahmen an die Gemeinschaft. Er, der Bundeskanzler, sei für das kommende Jahr optimistisch. Sollte sich diese Zuversicht nicht als gerechtfertigt herausstellen, dann sollten wir nicht übereinander schimpfen, sondern miteinander die Situation

5 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

6 Ronald W. Reagan.

erörtern. Der amerikanische Protektionismus sei eine Form des Isolationismus und damit vor allem ein politisches Problem. Auch wir hätten besondere Probleme, die sich aus der geographisch-strategischen Lage der Bundesrepublik ergäben. So seien wir Objekt einer großen östlichen Destabilisierungskampagne. Wir müßten auch deswegen unsere Wirtschaft stabil halten.

Baker unterstrich, dies sei auch das amerikanische Anliegen. Der amerikanische Protektionismus bzw. Isolationismus sei heute virulenter denn je seit den dreißiger Jahren. Man sei hier der Ansicht, nachdem die US-Wirtschaft in den vergangenen Jahren den Hauptbeitrag zur Weltkonjunktur geleistet habe und das Wachstum der US-Wirtschaft zur Zeit nur bei etwa 2,4 Prozent liege, müßten angesichts der anhaltenden Ungleichgewichte nunmehr zusätzliche Beiträge auch von unseren Partnern, vor allem von JPN und D, kommen.

Auf den Einwand des Bundeskanzlers, man könne JPN und D nicht in einen Topf werfen, da wir viel stärker dem freien Welthandel offenstünden, erwiderte Baker, er sähe den Unterschied hinsichtlich der Handelsbarrieren. Beim Wachstum und Abbau der Überschüsse müßten allerdings auch wir unseren Beitrag leisten. Wie sähe denn der Fahrplan bei unserer Steuerreform aus?

Der Herr Bundeskanzler reagierte mit dem Hinweis, es könnte den Amerikanern nicht mit wirtschaftlichen Fehlentscheidungen unsererseits gedient sein. Er wiederholte seine Erwartung, daß sich die deutsche Wirtschaft auch 1987 weiter positiv entwickeln werde. Sollten nicht alle Erwartungen erfüllt werden, müsse man erneut miteinander reden. Direkt nach den Bundestagswahlen werde man die Steuerpläne konkret erstellen. Dann habe man im Sommer leider erst wieder Landtagswahlen.[7] Anschließend werde man dann die öffentliche Diskussion um die Reform konkret führen können. Es werde nicht leicht werden. Gegenüber dem wirtschaftlichen Erfolg gäbe es bei uns – anders als in den USA – starke Neidkomplexe. Jeder sei im übrigen für den Abbau von Subventionen nur insoweit, als sie den anderen begünstigten. Für ihn sei die Steuerreform vor allem eine gesellschaftspolitische Frage. Unser gegenwärtiges System bestrafe den Tüchtigen und belohne denjenigen, der sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichere. Von den zwei Millionen Arbeitslosen wolle etwa die Hälfte gar nicht mehr arbeiten. Statt höhere Steuern zu zahlen, sei es für sie vorteilhafter, schwarz zu arbeiten. Er hoffe, daß Baker bereit sei, nach den Wahlen in die Bundesrepublik zu kommen und in einer Rede über die amerikanische Steuerreform die deutschen Bemühungen zu unterstützen. Abschließend wolle er allerdings doch noch sagen, daß ein weiter fallender Dollar auch für die US-Wirtschaft wegen der damit verknüpften Inflationsgefahr nicht gut wäre. Finanzminister Baker reagierte mit der Wiederholung seines „Credo“: Wenn es nicht mehr weltweites Wachstum gebe, dann müsse der Dollar weiter fallen.

[gez.] Wallau

Referat 204, Bd. 135349

7 Die Wahlen zum Hessischen Landtag fanden am 5. April 1987 statt.
Am 17. Mai 1987 fanden Wahlen zum Landtag in Rheinland-Pfalz sowie zur Bürgerschaft in Hamburg statt.
Am 13. September 1987 fanden in Schleswig-Holstein Wahlen zum Landtag sowie zur Bürgerschaft in Bremen statt.

300

Brigadegeneral von Uslar-Gleichen, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6080/86 geheim **Aufgabe: 23. Oktober 1986, 19.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4564 **Ankunft: 24. Oktober 1986, 00.35 Uhr**

Kurzbericht Nr. 70/86 (V)

Betr.: Gespräch Bundeskanzler mit SecDef[2] Weinberger am 23.10.1986[3]

Am 23.10.86 trafen sich BK Dr. Kohl und SecDef Weinberger zu einem Frühstück im Hotel des BK zu einem etwa einstündigen Gespräch. Es waren außerdem u. a. anwesend:

GE[4]-Seite: Bundesaußenminister Genscher, Bundesverteidigungsminister Wörner, MdB Rühe, MD Teltschik, Botschafter Ruth, BrigGen[5] Schönbohm.

US-Seite: UnderSecDef[6] Fred Iklé, AsstSecDef[7] Richard Perle, DepAsstSecDef[8] European and NATO Policy John Maresca, Dir Theater MilPol/Dep of State[9] Jenonne Walker.

Besprochen wurden:

– US Basen in Spanien,
– CW,
– Forum KRK,
– China-Reise Weinberger,
– Technologie-Transfer,
  – Tunnelbohrgeräte,
  – COCOM/STEM,
– DIA[10]-Bedrohungsbriefing.

1) US Basen in Spanien

BK ging zunächst auf die Bitte der Amerikaner um Unterstützung bei den schwierigen Verhandlungen über die US-Stützpunkte in Spanien[11] ein. Er erklärte seine Bereitschaft, auf MP González einzuwirken.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 24. Oktober 1986 vorgelegen.
2 Secretary of Defense.
3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 vgl. auch Dok. 296–299.
4 German.
5 Brigadegeneral.
6 Under-Secretary of Defense.
7 Assistant Secretary of Defense.
8 Deputy Assistant Secretary of Defense.
9 Director, Office of Theater Military Policy/Department of State.
10 Defense Intelligence Agency.
11 Zu den amerikanisch-spanischen Verhandlungen über eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Spanien vgl. Dok. 296, Anm. 14.

Weinberger dankte für dieses Angebot und berichtete von seinem kürzlichen Gespräch mit dem SP VgMin[12]. Dieser habe erklärt, es ginge SP im wesentlichen um die Beseitigung der augenfälligen US-Präsenz im Raum Madrid. Im übrigen sei man trotz starker Worte an weiterer US-Präsenz interessiert.

BK und SecDef betonten die militärische und psychologische Wichtigkeit SP für die NATO-Südflanke.

2) Forum für KRK

BK machte deutlich, daß er ein KRK-Forum erwartet, in das FR voll eingebunden sein wird.

Er verwies auf drei bedeutsame Bereiche GE/FR Zusammenarbeit:

– gemeinsame GE/FR Manöver ostwärts des Rheins[13],
– Überlegungen in Paris, weiter ostwärts als bisher einen Standort für FR-Verbände einzurichten,
– Absicht, demnächst die letzte Phase der jeweiligen Generalstabsausbildung gemeinsam durchzuführen[14].

Weinberger erwiderte, auch die USA strebten an, FR „in some way" so einzubeziehen, daß andere Länder – wie z. B. Malta – ausgeschlossen würden.

Bundesaußenminister ergänzte, FR wäre für ein Gesamtmandat, sähe aber eine Art Unterkonferenz als zweckmäßigstes Forum für Verhandlungen zwischen NATO und WP an. Paris liebe es auch nicht, wenn von „Instruktionen" gesprochen würde, sondern zöge „Verhandlungen aufgrund abgestimmter Positionen" vor. Überhaupt schlüge er vor, mit den FR zu sprechen, um sie wieder „aus ihrer Ecke herauszuholen".

Er wies darauf hin, daß außer über Sicherheitsfragen auch über Menschenrechte verhandelt werden müsse und das konventionelle Kräfteverhältnis im Blick behalten werden müsse.

Weinberger machte deutlich:

a) Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit der KRK-Verhandlungen und einer Beteiligung F;

b) Nichtübereinstimmung, die Fragen Menschenrechte und Sicherheit in einem Forum zu verhandeln;

c) die Erfahrungen bei der CSCE, bei der Zeitdruck zu überflüssigen Konzessionen des Westens geführt und die USA sich in der Frage der Inspektionen[15] einer gemeinsamen FR/SU-Front gegenübergesehen haben, sprächen gegen dieses Forum.

BK faßte zusammen und stellte fest, er sei erfreut, daß man sich im Prinzip über die Einbindung FR einig sei, und wies auf die Bedeutung der Einflußnah-

12 Spanischer Verteidigungsminister war Narciso Serra y Serra.

13 Zum Manöver „Fränkischer Schild" vom 23. bis 25. September 1986 vgl. Dok. 248, Anm. 27. Vom 17. bis 24. September 1987 fand in Baden-Württemberg und Bayern die deutsch-französische Heeresübung „Kecker Spatz" statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2219/2220 des Brigadegenerals Fraidel, Paris, vom 2. Oktober 1987; AAPD 1987.

14 Vgl. dazu die Vereinbarung anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris; Dok. 57, Anm. 34.

15 Zur Frage der Inspektionen im Rahmen Vertrauensbildender Maßnahmen bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 234 und Dok. 242.

me auf die Sozialistische Internationale über Mitterrand, González und Craxi hin.

3) Chinareise Weinberger[16]

SecDef Weinberger schilderte den Wunsch der VRC nach besseren Beziehungen zu den USA und zum Westen allgemein.

Dahinter stünde das Interesse an westlicher Technologie, Waffenlieferungen und der Sorge vor der SU, die sich auch nach der neunten Verhandlungsrunde[17] nicht verringert hätte.

Die VRC-Streitkräfte wären reduziert worden, hätten aber aufgrund besserer Ausrüstung keine Einbuße an Kampfkraft erfahren. VRC verkaufe – trotz Einwirkung der USA – Waffen weltweit und ohne ideologische Bedenken.

Auf Frage BK: Die Chinesen hätten Interesse an „intelligence sharing" bekundet, die USA für einige Bereiche dies zugesagt.

4) Technologie-Transfer

a) Tunnelbohrgeräte[18] – von SecDef Weinberger selbst aufgebracht und mit Nachdruck vorgetragen:

Der Einsatz GE Tunnelbohrgeräte in der SU würde von den USA – darin sind sich StateDep und Pentagon einig – mit außerordentlicher Besorgnis gesehen. Der Vortrieb sei 7,5 m/Tag in Fels verglichen mit 15 m/Tag bei Hand- und Sprengbetrieb.[19] Die US-Erkenntnisse seien, daß so unverwundbare, weitverzweigte Kommandozentralen entstünden.

16 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hielt sich vom 7. bis 10. Oktober 1986 in der Volksrepublik China auf.

17 Die Volksrepublik China kündigte am 17. Oktober 1982 die Wiederaufnahme von Gesprächen mit der UdSSR über die Normalisierung der Beziehungen an. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Arnot und Bente vom 19. Oktober 1982; Referat 213, Bd. 133207.
Botschafter Fischer, Peking, informierte am 17. Oktober 1986, daß eine weitere Gesprächsrunde vom 5. bis 15. Oktober 1986 in Peking zuende gegangen sei, „ohne daß Ansätze für Beseitigung von China bezeichneter Hindernisse erkennbar werden. Personalwechsel auf sowjetischer Seite sowie in der Folge von Gorbatschows Wladiwostoker Rede erstmals gezeigte Bereitschaft, über alle Problembereiche – einschl[ießlich] Kambodscha – zu sprechen, dürfte jedoch zu Verbesserung des Gesprächsklimas beigetragen haben. Konkrete Ergebnisse: Einigung über Termin für Wiederaufnahme Grenzgespräche im Februar und Abhaltung nächster Konsultationsrunde in Moskau im April 1987." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2623; Referat 213, Bd. 139331.

18 Am 14. Oktober 1986 hielt das Bundesministerium für Wirtschaft fest: „Im Oktober 1985 haben die USA im COCOM ein Embargo für Tunnel- und Schachtbohrgerät beantragt. Sie begründen es mit dem Hinweis auf einen beschleunigten Ausbau von unterirdischen Militärkomplexen in der SU in nuklearresistenten Tiefen (600 bis 800 m), dem der Westen bisher nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hat; mit der Annahme, daß die SU für ihre strategischen Vorhaben auf den Einsatz modernsten westlichen Bohrgeräts angewiesen ist, das einen zeitsparenden und gebirgsschonenden Vortrieb in Hartfelsformationen ermöglicht. […] Die Behandlung des US-Antrages war von Anfang an praktisch ein deutsch-amerikanischer Dialog. Weder bilaterale Konsultationen noch zwei Verhandlungsrunden im COCOM haben bisher zu einer einvernehmlichen Lösung geführt. Wir halten den strategischen Vortrag der USA bislang nicht für überzeugend und deshalb einen neuen Embargotatbestand für nicht gerechtfertigt. […] Zwar wird von den USA versichert, daß durch eine entsprechendes Embargo nachweislich zivile Projekte auch künftig nicht behindert werden sollten, wir befürchten jedoch im Einzelfall eine sehr extensive Auslegung des Begriffes ‚strategisches Projekt' und darüber hinaus einen Präzedenzfall für einen COCOM-Einstieg in den allgemeinen Schwermaschinensektor, der ein wesentliches Standbein der deutschen Exportwirtschaft und ein wichtiges Element unserer wirtschaftlichen Kooperation mit dem Osten bildet." Vgl. Referat 424, Bd. 1359125.

19 So in der Vorlage.

BK nahm dies zur Kenntnis und sagte zu, sich dieser Frage anzunehmen.

b) COCOM/STEM[20]

SecDef Weinberger erläuterte die aus seiner Sicht dringende Notwendigkeit, durch Einbeziehung militärischen Sachverstandes sicherzustellen, daß mögliche militärische Nutzung ziviler Güter (dual use) rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden könne. Er verwies auf die bereits geführten Gespräche und bat den BK um Unterstützung. Dieser sagte die Prüfung der Angelegenheit zu.

5) DIA-Bedrohungsbriefing

Im Zusammenhang mit den Tunnelbohrgeräten kam DIA-Briefing „Soviet Trends and Capabilities" zur Sprache, welches BM Wörner am Vortage erhalten hatte. Dieses Briefing beschreibt die möglichen Entwicklungen des SU-Streitkräftepotentials für die nächsten zehn Jahre. Die Aussagen wurden mit Sensorenaufnahmen belegt. SecDef Weinberger bot an, dieses Briefing auch dem Bundeskanzler und Bundesaußenminister geben zu lassen. BK bekundete sein Interesse.

6) Chemische Waffen

SecDef Weinberger informierte, daß das Haushaltsgesetz 87[21] die Produktion der CW wie vorgesehen ermögliche. Vor einem Abkommen über die Abschaffung der CW müsse die Verifikationsfrage geklärt werden.

BK hob noch einmal das deutsche Interesse an der Abschaffung dieser Waffen hervor.

[gez.] Uslar-Gleichen

VS-Bd. 11318 (220)

20 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 4. September 1986: „Die USA hatten von Anfang an deutlich gemacht, daß sie STEM (Security and Technical Experts' Meetings) als Gremium ansehen, das das COCOM nicht nur mit militärischem Sachverstand unterstützen, sondern auch durch die beteiligten Personen eine ‚Art von Militärausschuß' bilden sollte. Wir haben dies abgelehnt und durch die Benennung unseres COCOM-Delegierten (=AA) als STEM-Koordinator deutlich gemacht, daß wir bereits bei Erstellung der Studien sichergehen wollen, daß im STEM außer den militärischen Gesichtspunkten auch die außen- und wirtschaftspolitischen Aspekte berücksichtigt werden." Am 20. August 1986 habe die amerikanische Botschaft schließlich schriftlich „in fast ultimativer Form" verlangt, daß die Bundesregierung für das nächste STEM-Koordinatorentreffen einen Angehörigen des Bundesministeriums der Verteidigung ernenne. Jelonek fuhr fort: „Zunächst geht es in der Anlaufphase von STEM um die Anfertigung von Experten-Studien zu zehn strategischen Themenbereichen. In allen Studiengruppen arbeiten deutsche Experten aus dem Verteidigungsbereich mit besonderem wehrtechnischem und militärischem Sachverstand mit. Ergebnisse dieser Untersuchungen werden nicht vor Frühjahr 1987 vorliegen. Erst dann wird zu entscheiden sein, welche Schlußfolgerungen aus den Studien für die COCOM-Arbeit zu ziehen sind." Vgl. Referat 424, Bd. 135925.

21 Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 29. Oktober 1986: „Der US-Kongreß hat den ‚Defense Authorization Act 1987' mit einer Gesamtsumme von 291,7 Mrd. US-Dollar (Department of Defense und verteidigungsbezogene Ausgaben des Department of Energy) am 18. Oktober 1986 verabschiedet. Der Kongreß blieb damit um 9,4 % unter dem Haushaltsentwurf des Präsidenten (320 Mrd. US-Dollar)." Von den vom Repräsentantenhaus eingebrachten fünf Zusatzanträgen seien nur die zur Fortsetzung des ASAT-Testmoratoriums gegen feste Ziele im Weltraum und zur weiteren Einhaltung der SALT-II-Obergrenze in das Haushaltsgesetz eingefügt worden. Abgelehnt worden seien dagegen die Anträge auf ein einjähriges Moratorium für Nukleartests, ein Verbot der Produktionsaufnahme chemischer Waffen sowie zur Einschränkung der Auftragsvergabe an ausländische Firmen im SDI-Bereich. Vgl. Referat 201, Bd. 143376.

301

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

24. Oktober 1986

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Minister[2]

Betr.: Deutsch-französisches Gipfeltreffen in Frankfurt am 26./27. Oktober 1986[3];
hier: Zusage an Frankreich für deutsche Beteiligung an Vorbereitungsphase Hermes[4]

I. Haushaltsausschuß wird Sperre für Hermes-Gelder am 5.11. aufheben. Bundeskanzler kann Präsident Mitterrand deutsche Beteiligung an der Vorbereitungsphase Hermes ohne Einschränkung zusagen. So die Vereinbarung zwischen BMFT und Haushaltsausschuß.[5]

II. 1) Entscheidend ist, daß Zusage des Bundeskanzlers nicht blanko erfolgt, sondern mit der Bedingung verknüpft ist, daß die deutsche Industrie an der Gestaltung des Gesamtsystems und der Projektleitung in einem Umfang beteiligt wird, der unserer Mitfinanzierung von 30% entspricht (Frankreich: 40–45%).[6]

Für unsere Volkswirtschaft steht sehr viel auf dem Spiel. Jetzt, in der Vorbereitungsphase, werden die Weichen dafür gestellt,

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. Oktober 1986 vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 24. Oktober und erneut am 29. Oktober 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 02 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM in Frankfurt vorgelegen (Thema wurde sowohl in d[en] Gesprächen des BK als auch des BM angesprochen)."
Hat Ministerialdirigent Seitz am 5. November 1986 erneut vorgelegen.

3 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

4 Zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes" vgl. Dok. 174, besonders Anm. 15.

5 Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, gab am 17. Oktober 1986 bekannt: „Die Bundesregierung hat in einem Ministergespräch in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl beschlossen, sich mit 30 Proz[ent] am ESA-Programm der Vorbereitungsphase der Raumfähre Hermes zu beteiligen. Der erforderliche Betrag in Höhe von 32 Millionen DM ist im Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für 1986 und 1987 gedeckt. Aufgrund der Vorbereitungsphase wird dann 1987 über die Beteiligung am Bau von Hermes zu entscheiden sein. Dann sind bekannt: das genaue Konzept, die Kosten, die Zeitpläne und die Arbeitspakete für unsere Industrie bei Hermes." Vgl. die Mitteilung des Presse- und Informationsamts Nr. 7841; Referat 431, Bd. 142063.

6 Referat 431 notierte über ein Ministergespräch am 17. Oktober 1986, daß die Bundesregierung von einer Beteiligung am Hermes-Vorbereitungsprogramm folgendes erwarte: „Um die gleichberechtigte Beteiligung der deutschen Industrie auch für die Zukunft sicherzustellen, ist die Integration eines der beiden geplanten Raumgleiter in der Bundesrepublik Deutschland anzustreben." Ferner sei zu gewährleisten, daß „die deutsche Industrie ihrer technologischen Spitzenstellung entsprechend wichtige Bereiche der Flugführung, Lebenserhaltungssysteme, Antriebssysteme, Energieversorgung etc. übernimmt". Es sei sicherzustellen, daß das Projekt „als europäisches Vorhaben nach ESA-Regeln und ganz überwiegend unter ESA-Management durchgeführt wird", einschließlich der Nutzung z. B. des ESA-Betriebszentrums in Darmstadt. Schließlich müsse „die Finanzierbarkeit der Entwicklung und des Baus von Hermes neben den bereits beschlossenen europäischen Vorhaben und in Abwägung zu den gleichzeitig zur Entscheidung anstehenden Programmen" gewährleistet sein. Vgl. Referat 431, Bd. 142063.

– ob unsere Luft- und Raumfahrtindustrie die Fähigkeit erwirbt, bei der künftigen Generation der Hyperschallflugzeuge und Raumflugzeuge gleichrangig mit Frankreich dabeizusein,

oder

– ob sie in diesem technologisch und wirtschaftlich so wichtigen Feld die Rolle des Mitfinanziers spielt, die sie heute bei Ariane und im großen und ganzen auch bei Airbus spielt.

Anders ausgedrückt, es geht um die Frage, ob im 21. Jahrhundert die europäische zivile und militärische Luftfahrt und der Transportbereich der europäischen Raumfahrt von Frankreich beherrscht werden oder ob es in der Luft- und Raumfahrt zu einer europäischen Solidaritätsgemeinschaft kommt, in der die Bundesrepublik eine angemessene Rolle spielt.

Die Schwierigkeit, unseren Anspruch auf eine künftige gleichrangige Rolle gegenüber Frankreich durchzusetzen, läßt sich gar nicht überschätzen. Die Aufgabe kann deshalb nicht von der deutschen Industrie in den Verhandlungen mit ihren französischen Partnern gelöst werden, sondern erfordert, daß die Bundesregierung von Anfang an ihr ganzes Gewicht einsetzt.

2) Die konkreten Forderungen lassen sich wie folgt formulieren:

– Die deutschen Unternehmen müssen an der Gestaltung des Gesamtsystems und an der Projektleitung beim Hauptauftragnehmer in Toulouse beteiligt sein.
– Sie müssen einen angemessenen Anteil an der Entwicklung und Produktion der Hermes-spezifischen Technologien haben, also der Technologien, die auch für die künftigen Raumflugzeuge erforderlich sind.
– Ein angemessener Teil der für Hermes nötigen Infrastruktur muß in der Bundesrepublik errichtet werden. Anders als bei Ariane muß die Bundesrepublik auch am späteren Betrieb von Hermes angemessen beteiligt sein.
– Eingebracht werden in die Verhandlungen mit Frankreich sollte auch die Forderung, daß einer der beiden Hermes-Raumgleiter in der Bundesrepublik integriert wird (Zusammenbau und Test).

  Die Integration eines der beiden Raumgleiter bei uns wird von MBB als schlichthin essentiell angesehen. Nur so lerne man das Gesamtsystem wirklich beherrschen und sichere den Kompetenzanspruch der deutschen Industrie für die führende Rolle bei den künftigen Raumflugzeugen.

  Andererseits würde eine Hermes-Integration in der Bundesrepublik Zusatzkosten verursachen, deren Höhe noch unklar ist: MBB spricht von 30 Millionen (1% der Gesamtkosten), andere Schätzungen gehen wesentlich höher.

  Zugleich gibt es bei dieser Frage Streit zwischen den deutschen Firmen: Dornier (jetzt beim Daimler-Konzern) wendet sich – von Ministerpräsident Späth unterstützt – gegen die MBB-Forderung der Integration. Sie sieht darin den „Alleinführungsanspruch von MBB bei allen Raumprogrammen“, der für Dornier langfristig eine existentielle Bedrohung bedeute.[7]

[7] Am 16. Oktober 1986 übermittelte das Staatsministerium Baden-Württemberg dem Auswärtigen Amt eine Stellungnahme zum Projekt des Weltraumtransporters „Hermes“, in der es hieß: „Dor-

Dieser Streit darf nicht dazu führen, daß wir nur aus diesem Grund Frankreich die Integration aller Hermes-Raumgleiter überlassen.

Insgesamt erscheinen mir die MBB-Argumente für die Integration beachtenswert. Wir sollten die Frage deshalb jetzt am Anfang in die Verhandlungen mit Frankreich einbringen; aufgeben können wir diese Forderung immer noch.

– Das BMFT erhebt als eine Hauptforderung, daß Hermes als ein ESA-Projekt durchgeführt wird, und nicht als „europäisiertes“ Projekt der französischen Weltraumbehörde CNES. Mir erscheint es demgegenüber richtiger, daß wir bei dieser Forderung den anderen europäischen Ländern den Vortritt lassen und unsere Kräfte erst einmal darauf konzentrieren, unsere unmittelbaren Interessen durchzusetzen.

Seitz

Referat 02, Bd. 178521

Fortsetzung Fußnote von Seite 1557

nier strebt in den Arbeitspaketen einen Anteil an, der gleich groß ist wie der von MBB, mit dem Ziel, für den deutschen Anteil die federführende Firma bei Hermes zu werden. Dies ist legitim, da MBB andererseits federführend für den deutschen Anteil bei Columbus und Ariane V ist. Im Gegensatz dazu fordert MBB, daß mit der Beteiligung an Hermes die Bundesregierung die Forderung verbinden sollte, daß ein Fluggerät Hermes in Deutschland (bei MBB) montiert wird. Dies ist in der Sache wenig sinnvoll, aber politisch attraktiv. Es würde in der Konsequenz einen wesentlich höheren Anteil für MBB zu Lasten Dorniers, und damit auch den Führungsanspruch MBB bei Hermes begründen. […] Es muß klar sein, daß ein Eingehen auf die Forderung von MP Strauß die Interessen MBB fördert und indirekt gegen Dornier gerichtet ist. […] Eine Führung von Hermes im nationalen Rahmen […] ist für die Zukunft der Raumfahrt bei Dornier essentiell.“ Vgl. Referat 431, Bd. 142063.

302

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.21 NPG-1742/86 VS-vertraulich **24. Oktober 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung[3]

Betr.: 40. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles, Schottland

Anlg.: NATO-Kommuniqué[4]

I. Zusammenfassung

Im Vordergrund der Tagung stand die Bewertung des Vor-Gipfels von Reykjavik.[5] Die Minister stimmten darin überein, daß die dort behandelten Vorschläge in ihren Implikationen für die Sicherheit und die Strategie des Bündnisses zu prüfen sind. Unbeschadet dieser Prüfung brachten sie ihre Unterstützung für Präsident Reagan zum Ausdruck und waren sich einig, daß die Erhaltung der Bündnissolidarität Voraussetzung für Erfolge bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion ist.

Die erste Bewertung der Minister ergab weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit parallelen Vorgehens im nuklearen und konventionellen Bereich und hinsichtlich der Notwendigkeit einer Verklammerung der nuklearen Elemente (insbesondere bei SRINF). Eine positivere amerikanische Haltung gegenüber detaillierterer Prüfung in der NATO wäre wünschenswert. Hier kommt GS Carrington bis zu den Ministerkonferenzen im Dezember[6] eine wichtige Aufgabe zu.

II. Im einzelnen

1) Im Vordergrund der Beratungen der 40. NPG-Ministerkonferenz stand der Vor-Gipfel von Reykjavik. VM Weinberger gab eine kurze Unterrichtung über den Ablauf, in der er die Rückkehr der SU zur angemessenen Anwendung der Genfer 50 %-Regel[7] hervorhob.

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Lewalter und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 28. Oktober 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte.
Hat Ploetz am 29. Oktober 1986 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher erneut vorgelegen.

3 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Wertung S. 6." Vgl. Anm. 22.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12122 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 68 f.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 3. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 348.
Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 349.
Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

7 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU,

Die Sowjetunion habe viele der amerikanischen Vorschläge als berechtigt anerkannt und eine gewisse Bereitschaft gezeigt, auf US-Vorschlag zu Verhandlungen über Verifikationsmöglichkeiten von Beschränkungen der Kernversuche einzugehen. Man habe eine vorläufige Struktur betreffend strategische und Mittelstreckenwaffen erreicht. (Beim Essen der Delegationsleiter schränkte Weinberger weiter ein: Die SU habe keine verbindlichen Vorschläge gemacht, sondern im Konditional gesprochen.) Es sei schwer zu beurteilen, ob die SU ernsthaften Verhandlungswillen gehabt habe, nachdem sie alles Erreichte in letzter Minute negierte. Die USA würden am Erreichten festhalten und in Genf so kräftig wie möglich nachstoßen.

An die Feststellung, die SU habe mit der Beschränkung der SDI-Forschung auf das Labor einen erkennbar unannehmbaren Vorschlag gemacht, knüpfte Weinberger ein längeres Plädoyer für SDI.

Die USA wollten ein neues, auf Defensivwaffen gegründetes Verhältnis zwischen den Großmächten. Die Sowjetunion folge selbst seit Jahren der Defensivkonzeption und gebe für aktive und passive Verteidigung mehr aus als für strategische Waffen. Das Feld möglicher Defensivtechnologien sei so groß und vielgestaltig, daß eine verifizierbare Beschränkung der Forschung nicht denkbar sei.

Weniger ausführlich als bei früheren Tagungen äußerte sich Weinberger zu der Verletzung von Rüstungskontrollabsprachen durch die SU und unterstrich auf der Grundlage der bekannten amerikanischen Haltung zu SALT II, der Präsident werde nicht mehr strategische Systeme bzw. nukleare Gefechtsköpfe auf solchen Systemen stationieren als die Sowjetunion.

In der folgenden Aussprache begrüßten die Minister nachdrücklich die amerikanische Absicht, auf Reykjavik aufzubauen, und bekannten sich zur Solidarität innerhalb der Allianz als Grundlage für Erfolge bei Rüstungskontrollverhandlungen. Breiteren Raum beanspruchten die Äußerungen zu den möglichen Implikationen der Vorschläge von Reykjavik für die Strategie und die Sicherheit der Allianz und die Notwendigkeit gründlicher Prüfung dieses Gesichtspunkts.

2) Die Verteidigungsminister verstanden das erfolglose Auseinandergehen von Reykjavik als Chance, die verteidigungspolitischen Implikationen der auf dem Tisch liegenden Vorschläge genauer zu prüfen (so ausdrücklich DK-VM[8]). Übereinstimmend wurde eine weitgehende nukleare Abrüstung ohne parallele Schritte zur Herstellung konventioneller Stabilität in Europa abgelehnt. (B-VM[9]: je mehr Fortschritt bei nuklearer Rüstungskontrolle, desto wichtiger konventionelles Gleichgewicht; CAN-VM[10]: nicht nukleares Gleichgewicht gegen konventionelles Ungleichgewicht in Europa tauschen; I-VM[11]: rein konventionelles Kräfteverhältnis nicht vorstellbar, da Sicherheit des Westens global.) Der britische VM Younger sagte, alle im Westen wollten die nukleare Abrüstung, es müs-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1559

Gorbatschow, anläßlich ihres Treffens vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

8 Hans Engell.

9 François-Xavier de Donnea.

10 Perrin Beatty.

11 Giovanni Spadolini.

se aber klar sein, daß man damit eine andere Welt wolle. In derzeitiger Situation permanenten konventionellen Ungleichgewichts müsse jede denkbare Strategie aufgebaut sein auf nuklearer Abschreckung. Man müsse die konventionelle, die chemische und die biologische Bedrohung sehen und eliminieren, ehe man zur Abschaffung aller Nuklearwaffen schreitet.

Es bestand Übereinstimmung, daß das fundamentale Ungleichgewicht bei SRINF nicht hingenommen werden dürfe. (Younger: nicht alle strategischen Waffen abschaffen, solange SU Überlegenheit bei kürzeren Reichweiten hat; NWG-VM[12]: SRINF-Abkommen muß mit anderen Hand in Hand gehen.)

Staatssekretär Rühl begrüßte die Annäherung der Positionen der SU und der USA in Reykjavik.

Vom Standpunkt der Rüstungskontrolle wäre die völlige Beseitigung aller LRINF in Europa ein gewichtiger politischer Erfolg von strategischer Bedeutung. Es bliebe aber die SRINF-Bedrohung bis zur 150 km-Reichweite, mit der man sich dringend befassen müsse, und es bliebe die Frage der Implementierbarkeit der Strategie. Schließlich könne man sich angesichts der massiven konventionellen sowjetischen Überlegenheit nicht auf nukleare Rüstungskontrolle allein konzentrieren.

GS Lord Carrington hatte in Voraussicht der breiten Debatte über die weitreichenden Rüstungskontrollvorschläge von Reykjavik zu Beginn der Tagung die Behandlung der verteidigungspolitischen Implikationen dieser Vorschläge durch die kompetenten NATO-Organe und -Gremien (Oberbefehlshaber, HLG, SCG, HLTF) und die Umsetzung dieser Untersuchungen durch den „permanenten NATO-Apparat" (wohl die Ständigen Vertreter) vorgeschlagen. Die Verteidigungsminister gingen auf diesen Vorschlag nicht im einzelnen ein, und der Generalsekretär stellte am Schluß der Tagung lediglich fest, daß für die notwendige Prüfung der Implikationen die normalen NATO-Gremien zuständig seien. VM Weinberger äußerte sich nicht zur Prüfung der Implikationen im NATO-Rahmen und stellte lediglich fest, weitgehende nukleare Abrüstung erfordere Aufrechterhaltung der „konventionellen Abschreckung", am besten durch verifizierbare Reduzierungen im konventionellen Bereich bis hin zur Parität.

Das Kommuniqué reflektiert diesen Teil der Aussprache nicht, wenn man von der Formel zu SRINF in Ziffer 10 („Rechte und Beschränkungen") absieht.

3) Unbeschadet der anklingenden Kritik an den plötzlichen Entwicklungen von Reykjavik werteten alle Verteidigungsminister die dort erreichte Annäherung der Positionen als entscheidenden Fortschritt, der in Genf nachdrücklich weiter verfolgt werden müsse. Alle erklärten in dieser Situation den Fortbestand der Bündnissolidarität für entscheidend; überwiegend wurde an die Bedeutung der solidarischen Durchführung des Doppelbeschlusses[13] für die Fortschritte am Konferenztisch erinnert und die Wiederverknüpfung des INF-Verhandlungsbereiches mit den anderen Themen der Genfer Verhandlungen als Spaltungsversuch der SU zurückgewiesen.

12 Johan Jørgen Holst.

13 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Younger: GB steht hinter SDI-Forschung und begrüßt zehnjährige Festschreibung ABM-Vertrags; NWG-VM: Hoffnung auf Verhandlungen US/SU über Begrenzung der Forschung gemäß Zielsetzung ABM-Vertrags; StS Rühl: Bundesregierung hält Forschungsprogramm für gerechtfertigt und im westlichen Sicherheitsinteresse liegend und begrüßt Reagans Vorschlag, kooperative Schritte der radikalen nuklearen Abrüstung mit zeitlich begrenzter Festlegung auf ABM-Vertrag gemäß ihrer früheren Erklärung zu verbinden.

Das Kommuniqué bringt in Ziffer 2 die Unterstützung für Präsident Reagan zum Ausdruck, wobei die Formulierung „Programm des Präsidenten" klarstellt, daß die Vorschläge im einzelnen noch der Prüfung bedürfen. Die Passage zur Unterstützung der amerikanischen Haltung in Genf zu Defensiv- und Weltraumsystemen in Ziffer 4 wurde durch einen Satz ergänzt, der auf die SDI-Forschung im Rahmen des ABM-Vertrags abstellt, was Norwegen gestattete, anders als beim Kommuniqué der letzten Tagung[14] ohne Vorbehalte zuzustimmen. Diese Präzisierung liegt in unserem Interesse.[15]

4) Von den sonstigen Themen der Ministertagung ist hervorzuheben:

a) US-Verteidigungshaushalt[16]: VM Weinberger trug vor, daß der Haushaltsbeschluß des Kongresses zwar die Verhandlungsposition des Präsidenten „in gewissem Ausmaß unterminiere", sich aber angesichts der laufenden Rüstungsvorhaben erst mittelfristig auf die Entwicklung des US-Verteidigungspotentials auswirken werde, so daß noch Zeit zur Korrektur gegeben sei.

b) Allgemeine politische Richtlinien für den Nuklearwaffeneinsatz (GPG)[17]: Die Richtlinien wurden im Konsens verabschiedet, wobei die meisten Minister insbesondere den Ausbau der politischen Kontrolle und des Konsultationsmechanismus begrüßten.

StS Rühl gab die für BM Wörner vorbereitete Erklärung zu § 39 ab (Nuklearwaffeneinsatz auf dem Territorium des Aggressors).[18] Norwegen und Dänemark wiesen auf ihre bekannte Position zur Stationierung von Nuklearwaffen in Friedenszeiten hin, Spanien betonte das Ziel der Kriegsverhinderung und sprach sich für Entspannung und Abrüstung sowie ein Gleichgewicht zwischen nuklearen und konventionellen Waffen aus.

c) Beschluß von Montebello[19]: SACEUR[20] erklärte, der Abbau von Sprengköpfen gehe planmäßig vor sich. Zur Korrektur der unausgewogenen Stationierung („maldeployment") stünden noch Gespräche mit Italien und der Türkei aus.[21]

14 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1986 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 65–67.

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

16 Zum amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 300, Anm. 21.

17 Zu den „General Political Guidelines" (GPG) der NATO für den Einsatz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 246.

18 Zu den Vorbehalten der Bundesrepublik gegenüber Ziffer 39 der „General Political Guidelines" (GPG) der NATO vgl. Dok. 229.

19 Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

20 Bernard W. Rogers.

[22]Es sei wichtig, daß die Länder ihre Unterstützung zur Durchführung der Empfehlungen gäben und dabei auch Angaben über Obergrenzen machten. Italien (Hinweis auf Leistungen bei der Durchführung des Doppelbeschlusses) und Türkei (Hinweis auf besondere Situation durch gemeinsame Grenzen mit der SU und mit arabischen Ländern und deswegen erforderliches Gleichgewicht zwischen nuklearen und konventionellen Verteidigungsleistungen) gaben implizite Vorbehalte gegenüber der Aufnahme weiterer Nuklearwaffen zu erkennen.

StS Rühl betonte die Notwendigkeit der Korrektur des „maldeployment" und das Erfordernis gerechter Lastenverteilung im Bündnis.

d) Alarmbereitschaft von Nuklearwaffen (quick reaction alert, QRA): SACEUR erläuterte das neue Konzept, das angesichts der vereinbarten Nuklearkonsultationen die bisherige 15-Minuten-Bereitschaft als obsolet ablöse und dafür im Interesse der Überlebensfähigkeit auf größere Beweglichkeit abstelle.

5) Wertung

‚Die Entwicklung des Rüstungskontroll-Dialogs der Großmächte in Reykjavik hat einmal mehr die Notwendigkeit deutlich gemacht, militärische Bewertung und sicherheitspolitische Orientierung zusammenzuführen, damit die europäischen Interessen rechtzeitig und wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden können. Mit unserer Forderung nach bündnisinterner Prüfung des Verhältnisses von offensiven und defensiven Waffen haben wir dieser Notwendigkeit in einem Teilbereich – bis jetzt leider letztlich erfolglos – Ausdruck gegeben. Die Notwendigkeit besteht aber – und stellt sich nach Reykjavik verstärkt – im gesamten Kontinuum der Abschreckung, sowohl im Verhältnis der nuklearen Elemente untereinander und innerhalb derselben (etwa bei SRINF) wie auch in der Beziehung zwischen den nuklearen Elementen der Abschreckung und dem konventionellen Kräfteverhältnis.

Es ist deswegen zu begrüßen, daß die Minister sich eingehend zu den sicherheitspolitischen Implikationen der Vorschläge von Reykjavik geäußert haben. Die Stellungnahmen waren verständlicherweise allgemein gehalten und in ihrer Tendenz gegen den Verzicht auf nukleare Offensivwaffen vor einer Herstellung konventioneller Stabilität sicherlich nicht als Stellungnahme zum konkreten Vorschlag des Abbaus der ballistischen Kernwaffen zu interpretieren. Dennoch sollten sie den USA die Notwendigkeit der Erarbeitung solider sicherheitspolitischer Positionen im Bündnis auch für die Rüstungskontrolle im strategischen Bereich deutlich gemacht haben. Gleiches gilt für die Erwähnung der SRINF, die wir auch ohne konkrete Äußerungen zu den Reichweiten als Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1562

21 Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 24. März 1986 zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. März 1986 in Würzburg, es seien die „zurückhaltenden bis ablehnenden Positionen von B, I und TU hinsichtlich der im Rahmen des Montebello-Beschlusses vorgesehenen Verbesserungsmaßnahmen für das Nuklearpotential des Bündnisses deutlich" geworden: „SACEUR erhielt für seine Vorschläge ausdrückliche Unterstützung durch D, GB und GS." Ploetz führte weiter aus: „SACEURs Vorschläge zur Umverteilung der Nuklearwaffen in den Dislozierungsländern dürfte in den nächsten Jahren noch zu beträchtlichen Spannungen führen. Insbesondere der türkische Widerstand ist hartnäckig […]. SACEUR will diese Widerstände zunächst elastisch abfangen, doch dürfte sich die Frage binnen Jahresfrist zuspitzen." Vgl. VS-Bd. 12121 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

22 Beginn der S. 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

weis dafür sehen dürfen, daß wir in dieser Frage im Bündnis nicht allein gelassen werden. Allen Stellungnahmen lag offensichtlich die Auffassung zugrunde, daß ohne eine Verklammerung des SRINF-Problems mit den LRINF-Verhandlungen Sicherheit in Europa nicht geschaffen werden könne.

Nicht befriedigen konnte die amerikanische Zurückhaltung gegenüber dieser Diskussion. VM Weinberger hat die Problematik (durch Äußerungen zu SRINF und zum konventionellen Kräfteverhältnis) nur am Rande gestreift. Nach einer unbestätigten Information soll er – abgesehen vom Mittelstreckenbereich – jede Prüfung der verteidigungspolitischen Implikationen der Vorschläge von Reykjavik im Bündnis ablehnen, während der Ass. Sec.[23] Perle dem Gedanken gegenüber aufgeschlossen sei, zumal er die amerikanischen Vorschläge als für das gesamte Bündnis verteidigungspolitisch positiv bewerte. Wegen der amerikanischen Zurückhaltung war eine Einigung auf ein konkretes Prüfungsverfahren nicht zu erwarten. Hier wird dem Generalsekretär bis zu den Ministerkonferenzen im Dezember eine wichtige Führungsaufgabe zukommen.

i. V. Ploetz

VS-Bd. 12122 (201)

303

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 24. Oktober 1986, 18.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4579 **Ankunft: 25. Oktober 1986, 00.18 Uhr**

Betr.: Gespräch BM Genschers mit AM Shultz im Washington am 23. Oktober 1986[2]

Zur Unterrichtung

Im abschließenden Gespräch im kleinen Kreis im privaten Arbeitszimmer von AM Shultz (von amerikanischer Seite Armacost, Ridgway, Burt und Note-taker; auf deutscher Seite Ruth und Wallau) stimmten beide Minister überein in ihrer positiven Einschätzung des Bundeskanzlerbesuches in Washington.

AM Shultz stellte sodann die nachfolgenden drei Themen zur Diskussion:

1) Aus den Gesprächen der vergangenen Tage faßte er zusammen, daß die deutsche Seite zu Südafrika führend bleiben, konkrete Vorschläge erarbeiten und

23 Assistant Secretary.
Die Wörter „Ass. Sec." wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „StS".

1 Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Shultz unterr[ichten] über Erg[ebnis] d[eu]tsch-fr[an]z[ösische] AM-Gespräche. 2) Mit R[idgway] am 24. über Wochenendseminar sprechen."

2 Bundesminister Genscher begleitete Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA. Vgl. dazu Dok. 296–300.

Verbindung halten solle, während Amerikaner entsprechend zu Nahost vorgingen[3], wobei uns die angekündigte amerikanische Stellungnahme nicht vor Ablauf von zwei Wochen zugeleitet werden könne, da noch Erkenntnisse einer amerikanischen regionalen Botschafterkonferenz miteinbezogen würden. Zu beiden Bereichen sollten die Experten den aktuellen Stand erfassen, Optionen erarbeiten und den Außenministern ihre konkreten Vorschläge zuleiten.[4] BM ergänzte aus einem gerade beendeten Gespräch mit dem mit ihm befreundeten Botschafter des Zaire in Washington[5], dieser habe über eine Initiative Mobutus und einiger anderer afrikanischer Politiker berichtet, die zum Ziel habe, die Führer der schwarzen Gruppierungen und der weißen Minderheit Südafrikas zu einer Art Lancaster-House-Konferenz[6] zusammenzuführen. Wenn diese Idee außer von Mobutu auch von anderen afrikanischen Staatsmännern, besonders denen aus den FLS[7], getragen würde, könnte sie auch für das besprochene eigene Vorgehen von Nutzen sein.

Es schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch zur heute noch unüberschaubaren Post-Machel-Phase[8] in Mosambik an. AM Shultz berichtete, daß zur Beisetzung am kommenden Dienstag[9] die Tochter des Präsidenten, Maureen Reagan, wahrscheinlich reisen werde, auch würden Schewardnadse und Castro erwartet.

AM Shultz teilte ferner mit, er werde AM Schewardnadse in Wien am 5.11. gleich nach Eintreffen und am 6.11. ein zweites Mal sprechen.[10] State Department sei dabei, eine anschließende Begegnung mit den NATO-Außenministern zu organisieren. BM bat darum, dieses Treffen nach Möglichkeit am frühen Abend des 6.11. gegen 19.00 Uhr anzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt könne er von der Bundestagsdebatte[11] aus Bonn nach Wien zurückkehren. AM Shultz sagte zu, diesem Wunsch nach Möglichkeit zu entsprechen.[12]

2) AM Shultz regte an, in einem kleinen Kreis einen vertraulichen, formlosen, aber grundsätzlichen und umfassenden Meinungsaustausch ohne vorgegebene feste Agenda, etwa an einem Wochenende, über das gesamte Spektrum der Rüstungskontrolle abzuhalten.[13] BM stimmte lebhaft zu und riet, dies alsbald zu

3 Der Passus „Aus den Gesprächen … Nahost vorgingen“ wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „So hatte ich es mit Rose Ridgway besprochen. Was ist mit F?“

4 Dieser Satz wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „r[ichtig].“

5 Nguza Karl-I-Bond.

6 Zur Verfassungskonferenz für den Übergang Simbabwes/Rhodesiens zur Unabhängigkeit vom 10. September bis 15. Dezember 1979 in London vgl. Dok. 260, Anm. 5.

7 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

8 Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz in Südafrika ums Leben.

9 28. Oktober 1986.

10 Zu diesem Satz handschriftlicher Vermerk: „Wien.“
Zu den Gesprächen der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am 5./6. November 1986 in Wien vgl. Dok. 319, Anm. 10.

11 Am 6. November 1986 fand im Bundestag eine außenpolitische Debatte anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA und der KSZE-Folgekonferenz in Wien statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18738–18786.

12 Die Außenminister und die Delegationsleiter der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten trafen am 6. November 1986 in Wien zusammen. Für die Erklärung vgl. Referat 210, Bd. 144791.

13 Zu diesem Satz handschriftlicher Vermerk: „Hier sollte ich teiln[ehmen] (Status!).“
Am 9. Dezember 1986 fand in Chevening ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Au-

unternehmen. Denn es gelte, die Diskussion in der Öffentlichkeit unter Kontrolle zu halten und es nicht dazu kommen zu lassen, daß die amerikanisch-sowjetischen nuklearen Abrüstungsverhandlungen als außerhalb des europäischen Interesses angesehen würden. Es müsse klar bleiben, daß unsere Strategie jeden Krieg, konventionell oder nuklear, zu verhindern suche. Daher seien Verhandlungen im konventionellen Bereich heute noch wichtiger als in der Vergangenheit. Die konventionelle Überlegenheit des Ostens beruhe vor allem auf der geographischen Disparität. Es dürfe nicht dazu kommen, daß sich die Europäer unter diesem Gesichtspunkt gegen einen Kernwaffenabbau stellten. Der konventionelle Bereich sei mit zu berücksichtigen, und deswegen habe Halifax[14] eine richtige Entscheidung erbracht. Nun müsse eine Formel gefunden werden, die F mit einbezieht. BM empfahl erneut unsere Vorstellung einer Allianz-Untergruppe in einem KSZE-Rahmen.[15] Er schilderte französische Empfindlichkeit gegen „Instruktionen" aus Brüssel und plädierte statt dessen für Verhandlungen auf der Basis einer innerhalb der Allianz abgestimmten Position. AM Shultz bat, daß BM ihm seine Eindrücke über die französische Haltung aus den deutsch-französischen Gesprächen Anfang kommender Woche[16] schildere[17]; er sei bereit, diese hier entsprechend zu verwerten, ohne einen bestimmten Erfolg vorhersagen zu können.

3) AM Shultz sprach abschließend die Wirtschaftsentwicklung an. Er äußerte sich zufrieden über die amerikanische Wirtschaftslage; sie allein jedoch könne die Weltwirtschaft nicht stimulieren. Angesichts des enormen US-Handelsdefizits setzte sich in der öffentlichen Meinung die Überzeugung durch, der Zugewinn aus dem Wirtschaftswachstum wandere ins Ausland ab. Dies wiederum sei Wasser auf die Mühle derer, die protektionistische Maßnahmen verlangten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1565

ßenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) statt. Vgl. dazu Dok. 353 und Dok. 354.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

15 Am 23. Oktober 1986 informierte Botschafter Ruth, z. Z. Washington, daß er dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanische Außenministerium, Thomas, folgendes Szenario für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle vorgeschlagen habe: „1) Auf der KSZE-Folgekonferenz arbeiten die 35 Teilnehmerstaaten an der Fortsetzung des KVAE-Mandats im Sinne weiterführender vertrauensbildender Maßnahmen; aus der Mitte der Folgekonferenz, etwa der Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik, entsteht informell oder als Ergebnis eines förmlichen Beschlusses eine besondere Gruppe, die aus den Vertretern der beiden Bündnisse bestehen würde und deren Aufgabe es wäre, ein Mandat für konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural mit der Zielsetzung der Stabilisierung zu erarbeiten; die Ergebnisse der beiden Mandatsarbeiten könnten im Paket der Folgekonferenz enthalten sein und damit ihre Wirkung für das weitere Vorgehen erhalten. 2) Auf der Grundlage des erarbeiteten Mandats würden die Mitglieder der Bündnisse miteinander verhandeln mit dem Ziel, konventionelle Stabilität in ganz Europa herzustellen. Die N+N-Staaten würden an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen, allenfalls zu bestimmten Sitzungen eingeladen werden oder durch Berichte von Teilnehmern über den Fortgang unterrichtet werden. Ein zeitlicher Zusammenhang zu den KSZE-Terminen würde nicht hergestellt werden." Was die Abstimmung innerhalb der NATO betreffe, so könnte sie in einer zweiten „High Level Task Force" erfolgen, da Frankreich in der ersten bereits mitarbeite: „Die Ergebnisse der HLTF II könnten, wie dies jetzt auch mit der HLTF I vorgesehen ist, vom NATO-Rat zur Kenntnis genommen und damit formalisiert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4542; VS-Bd. 11537 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

16 Vgl. dazu das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud am 27. Oktober 1986 in Frankfurt am Main; Dok. 304.
Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

17 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Aus Gesprächen berichten."

Präsident Reagan und die Administration hätten sich bisher erfolgreich gegen den Protektionismus gestemmt und wehrten sich weiter, aber der Druck könne übermächtig werden. Auch wirke Washington kräftig auf Tokio ein, mit dem Ziel der Umstrukturierung der japanischen Wirtschaft. Bei einem ähnlich großen Außenhandelsüberschuß in D und J und angesichts des erfolgreichen Wirtschaftsaufschwungs in D, bäte er darum, daß die Bundesregierung sorgfältig prüfe, was sie ihrerseits zur Stimulierung der Weltwirtschaft beitragen könne.

BM äußerte Verständnis. Im Interesse der Angelegenheit sei zu begrüßen gewesen, daß der Präsident den BK hierzu nicht angesprochen habe; dies erleichtere der Bundesregierung, ohne Aufhebens eigene Maßnahmen im gewünschten Sinne zu treffen. BM schilderte im einzelnen die positiven Wirtschaftsaussichten in D, wobei er insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung und der deutschen Wirtschaft in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hervorhob. BM erwähnte ferner, daß die Bundesbank sich einer größeren Geldmenge, deren Zielgröße statt 3,5 bis 5,5 Prozent um 7 Prozent angewachsen sei, bewußt nicht entgegengestellt hätte.[18] Die sei diskret erfolgt und, da nicht mit Preisauftrieb im eigenen Land verbunden, damit ein wichtiger Beitrag zur weltwirtschaftlichen Entwicklung. Unsere Finanzpolitik sei also eher expansiv; D mehr zuzumuten, hätte unsere wirtschaftliche Stabilität gefährdet. BM erwähnte ferner, daß die fünf[19] Weisen in ihrem Wirtschaftsbericht für 1987[20] empfohlen hätten, die zweite Phase der Steuerreform[21] bereits 1987 anzupacken. Die FDP – übrigens auch die CSU – sei der gleichen Auffassung und wolle sich bemühen, diese Maßnahme in das nächste Regierungsprogramm aufzunehmen. Darüber hinaus träten alle drei Regierungsparteien für Steuersenkungen ein. Alles dieses trage nicht nur weiter zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas in D bei, sondern wirke auch in die Richtung, die die Amerikaner sich wünschten. AM Shultz äußerte sich positiv zu dieser Darstellung. Besonderes Interesse brachte er dem Vorgehen der Bundesbank entgegen.

Dieser Bericht hat BM vor Abreise nicht mehr vorgelegen. Für dortige Verteilung wird Weitergabe des Wirtschaftsteils, auch an BMWi und BMF, angeregt.

[gez.] Wallau

Referat 204, Bd. 135349

18 Am 21. Oktober 1986 wurde in der Presse berichtet, daß der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem am Vortag bekanntgegebenen Herbstgutachten darauf hingewiesen habe, „daß die Geldmengenentwicklung bereits jetzt deutlich über das hinausgegangen sei, ‚was auf mittlere Sicht mit einem inflationsfreien Wirtschaftswachstum zu vereinbaren ist'. Die Zentralbankgeldmenge sei zuletzt mit einer laufenden Jahresrate von 7,5 Prozent beachtlich mehr gestiegen, als sich die Bundesbank mit einer Ausweitung von 3,5 bis 5,5 Prozent zum Ziel gesetzt habe. Mit Zinssenkungen, wie sie vor allem von den Vereinigten Staaten gefordert würden, würden lediglich weitere Inflationserwartungen geweckt. Statt dessen sollte die Bundesbank die Geldmengenexpansion am Potentialwachstum ausrichten." Vgl. den Artikel „Forschungsinstitute erwarten drei Prozent Zuwachs im Export"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Oktober 1986, S. 13.

19 Korrigiert aus: „sieben".

20 Für das Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6562 vom 25. November 1986.

21 Zu Überlegungen für eine „Steuerreform 1990" vgl. Dok. 299, Anm. 3.

304

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z.Z. Frankfurt am Main

201-360.92 FRA VS-NfD **27. Oktober 1986**[1]

Vermerk über das Treffen der Außen- und Verteidigungsminister anläßlich des 48. deutsch-französischen Gipfels in Frankfurt am Main[2] am 27.10.1986 von 9.45 Uhr bis 11.15 Uhr

I. Bilaterale Fragen

a) Der Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung[3] wurde billigend zur Kenntnis genommen. Er ist damit Basis für die künftige Arbeit. Die Kurzfassung kann als Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit dienen.

b) Die Minister nahmen Kenntnis von dem Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe[4], der vertraulich bleibt. Der Bericht soll im Ausschuß weiter verwandt werden; die französische Seite muß ihn intern noch weiter beraten. Die Arbeiten an dieser Materie sollen weiter fortgesetzt werden.

c) Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Arbeiten in der Unterarbeitsgruppe FAR[5] bis zum Frühjahr 1987 abgeschlossen werden. Danach sollen die Ergebnisse geprüft und dem Bündnis (AFCENT) zur Kenntnis gebracht werden.

d) Der Einrichtung einer Unterarbeitsgruppe Interoperabilität wurde zugestimmt. Erste Ergebnisse sollen bei der Teilnahme der FAR an der Heeresübung 1987[6] geprobt werden. Die französische Bereitschaft, hierbei vorwärts der aus dem Valentin-Ferber-Abkommen[7] bekannten Linie zu üben, wurde von deutscher Seite erneut positiv gewürdigt.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 29. Oktober 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte: „Diese Vermerke haben BK für Plenarsitzung vorgelegen."
Hat Oesterhelt am 29. Oktober 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 210, 212, 213 und 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 3. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Altenburg am 5. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 7. November 1986 vorgelegen.
Hat Weiß am 11. November 1986 erneut vorgelegen.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

3 Zum „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister" vgl. Dok. 281, Anm. 7.
Für den Bericht vgl. VS-Bd. 12083 (201).

4 Zum Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe vom 12. Februar 1986 vgl. Dok. 287.

5 Zur Unterarbeitsgruppe über die Force d'action rapide (FAR) vgl. Dok. 213.

6 Vom 17. bis 24. September 1987 fand in Baden-Württemberg und Bayern die deutsch-französische Heeresübung „Kecker Spatz" statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2219/2220 des Brigadegenerals Fraidel, Paris, vom 2. Oktober 1987; AAPD 1987.

7 Korrigiert aus: „Ailleret-Ferber-Abkommen".
Am 3. Juli 1974 trafen der Befehlshaber der französischen Ersten Armee, Valentin, und der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Mitteleuropa (CINCENT), Ferber, eine Übereinkunft. Diese

e) Die Aufnahme der Arbeit der erweiterten Unterarbeitsgruppe Luftverteidigung wurde begrüßt. Beide Seiten sind an frühzeitig vorliegenden Ergebnissen interessiert.

II. West-Ost-Fragen

BM Genscher schlug einleitend zwei Themenbereiche zur Erörterung vor: Die Lage nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Reykjavik[8] sowie Kreis und Forum der Behandlung der konventionellen Rüstungskontrolle in ganz Europa. Die französischen Gäste stimmten diesem Vorschlag zu.

AM Raimond schlug vor, sich bei der Bewertung von Reykjavik auf die INF-Problematik zu konzentrieren, zumal die amerikanische Unterrichtung über Verlauf und Inhalt der Diskussionen und angestrebten Abmachungen im strategischen Bereich letztlich nicht eindeutig klar sei. BM Genscher gab hierzu die von deutscher Seite bei dem kürzlichen Besuch in Washington[9] gewonnenen Eindrücke und Informationen wieder. Es bestand Übereinstimmung, daß die amerikanische Regierung jetzt darum bemüht ist, in der öffentlichen Darstellung eine einheitliche Position für die Fortsetzung der Verhandlungen in Genf zu formulieren. BM Wörner fand Zustimmung mit dem Hinweis, daß unbeachtet der bestehenden Unklarheiten sich die Einschätzung der Lage nach Reykjavik daran orientieren sollte, was beiden Seiten hierzu offiziell mitgeteilt worden sei.

Es bestand Übereinstimmung, bei der Einschätzung der Lage nach Reykjavik alle Elemente der Abschreckung zur Verhinderung jedweden Krieges zu berücksichtigen, da ihre Wirksamkeit von allen Elementen gleichermaßen abhänge. Beide Seiten trugen ihre Auffassungen zur INF-Frage vor. BM Genscher erläuterte die Auffassung der Bundesregierung zur Null-Lösung bei den LRINF in Europa sowie zu den INF mittlerer (500 bis 1000 km) und kürzerer Reichweite (150 bis 500 km), wie sie der Bundeskanzler in Washington vertreten hatte. Er stellte die Frage, in welchem Kontext die nuklearen Kurzstreckensysteme (unter 150 km) erfaßt werden sollten. Unter Verweis auf das Rational des NATO-Doppelbeschlusses stellte er zwei Punkte besonders heraus:

– das Ziel einer Null-Lösung bei den LRINF
– und die schon darin niedergelegte Notwendigkeit, Systeme kürzerer Reichweite in Verhandlungen Schritt für Schritt einzubeziehen.

Daraus folge auch, daß für die Bundesrepublik Deutschland ein Freeze bei den SRINF von 500 bis 1000 km, der das bestehende sowjetische Obergewicht festschreibe, nicht in Betracht komme, sondern daß gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau vereinbart werden müßten. Über die SRINF von 150 bis 500 km Reichweite müsse unverzüglich nach Abschluß einer INF-Vereinbarung auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1568

erweiterte die Vereinbarung zwischen dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Lemnitzer, und dem Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, von 1967, die den Einsatz französischer Truppen in der Bundesrepublik im Verteidigungsfall regelte. Die Übereinkunft von 1974 bezog die französische Erste Armee ein und regelte deren Zusammenwirken mit den NATO-Verbänden. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 330.

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300 und Dok. 303.

grund einer darin enthaltenen Verpflichtung verhandelt werden, um keine Grauzone entstehen zu lassen.

Die französischen Minister trugen eine sehr skeptische Haltung zu einer Null-Lösung und deren Folgen vor. Sie wiesen dabei besonders auf das seit 1949 weiter zu unseren Ungunsten veränderte Kräfteverhältnis bei den SRINF hin. Verteidigungsminister Giraud wies dabei darauf hin, daß der Westen selbst einen nur mit SNF geführten Krieg zu fürchten hätte, wegen der dort gegebenen sowjetischen Überlegenheit und der besonderen Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Er stimmte der deutschen Auffassung zu, daß eine Null-Lösung bei LRINF nur akzeptiert werden könne bei einer befriedigenden SRINF-Lösung und bei Einbeziehung der konventionellen Kräfte in die Rüstungskontrollverhandlungen. Er unterstrich die Unabdingbarkeit der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa zur Sicherung des Friedens und der Kriegsverhinderung.

Die Außen- und Verteidigungsminister kamen überein, die politisch-strategische Arbeitsgruppe zu beauftragen, sehr rasch die Lage nach Reykjavik in ihrer Gesamtheit zu bewerten, um möglichst eine gemeinsame Position für die Einbringung in das Bündnis zu erarbeiten.

Zur konventionellen Rüstungskontrolle wies AM Raimond darauf hin, daß es in der HLTF bisher keine Fortschritte hinsichtlich des Forums gegeben habe.[10] Die französische Haltung sei unverändert.

BM Genscher erläuterte die von deutscher Seite bei dem Besuch in Washington vorgetragenen Lösungsvorschläge.

Es bestand Einvernehmen, daß der KSZE-Rahmen für KRK-Verhandlungen – auch in bezug auf die Ausgewogenheit der Körbe der Schlußakte von Helsinki[11] – unverzichtbar sei. Die französische Seite sagte am Ende Prüfung des deutschen Vorschlags zu, mit der Zielsetzung, eine gemeinsame Position für die Erörterung mit den USA zu entwickeln, ein Mandat der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten zu Verhandlungen über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa vorzusehen mit der Maßgabe, daß Fragen, die hauptsächlich die beiden Bündnisse betreffen, von diesen untereinander besprochen werden. BM Genscher wies auf die Zweckmäßigkeit hin, N+N-Staaten wie Jugoslawien, Schweden, Finnland und Österreich die Möglichkeit zu geben, ihre Gesichtspunkte in geeigneter Form in diesen Prozeß einzubringen.

BM Genscher wies abschließend darauf hin, daß die heutige Begegnung eines der wichtigsten Treffen gewesen sei. Die Entwicklung der letzten Woche habe gezeigt, wie wichtig es sei, die Fragen der Sicherheit in Europa im deutsch-französischen Verhältnis auf Gipfelebene zu behandeln.

Richthofen

Referat 210, Bd. 139191

10 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 291, Anm. 7.

11 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

305

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Glitman

220-370.70 USA-1746/86 VS-vertraulich **29. Oktober 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Glitman am 29. Oktober 1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: D2A i.V.[2], Dg20[3], LMB[4], RL 220[5], LR I Gottwald, VLR I Weber als Dolmetscher.

Auf amerikanischer Seite nahmen teil: Generalmajor Burns (Joint Chiefs of Staff), Botschaftsrat Grobel.

Nach der Begrüßung durch den Bundesminister führte Botschafter *Glitman* aus, es habe seit Reykjavik[6] in Genf eine Reihe von Sitzungen gegeben. Die USA hätten auf der Grundlage des in Reykjavik Erreichten einen INF-Vorschlag unterbreitet (0 in Europa, 100 GK im asiatischen Teil der SU, 100 GK in den USA).[7] Auch in der Verifikationsfrage habe man an die Ergebnisse des

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 30. Oktober 1986 über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Genehmigung des Bundesministers herbeizuführen".
Hat Hartmann vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Rüdiger Hartmann.

3 Hans-Friedrich von Ploetz.

4 Michael Jansen.

5 Rolf Hofstetter.

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

7 Botschafter van Well, Washington, teilte am 24. Oktober 1986 mit: „In der abgelaufenen Genfer Verhandlungsrunde hat die US-Delegation begonnen, die aufgrund des Treffens von Reykjavik veränderten neuen Verhandlungspositionen vorzulegen." Im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme habe die Delegation „die bekannte Vereinbarung von Reykjavik vorgelegt. Sie habe gefordert, daß Anschlußverhandlungen über ein globales SRINF-Abkommen innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß des INF-Interimsabkommens auf der Basis von Reykjavik aufgenommen werden sollten. Zu Verifikationsregelungen habe sie folgende Punkte vorgetragen: verifizierter Datenaustausch vor und nach Reduzierungsmaßnahmen; Vorortinspektion der Vernichtung bzw. des Abzugs von Mittelstreckenwaffen; wirksame Überwachung (monitoring), einschließlich Vorortinspektionen, des INF-Restbestandes und zugehöriger Anlagen." Im Bereich der strategischen Offensivwaffen sei folgende „neue Verhandlungsgrundlage" unterbreitet worden: „Reduzierung strategischer Waffensysteme (S[trategic]N[uclear]D[elivery]V[ehicle]s) auf 1600; Reduzierung der Gefechtsköpfe dieser Systeme auf 6000; Zählregelungen für Bombenflugzeuge; Beginn von Gesprächen über eine gesonderte Vereinbarung zu nuklearen seegestützten Marschflugkörpern. Zur Ausfüllung der Obergrenze von 6000 Gefechtsköpfen schlug die USA folgende Zwischengrenzen vor: 4500 Gefechtsköpfe für alle strategischen Raketen; 3000 Gefechtsköpfe für landgestützte Interkontinentalraketen; je 1500 Gefechtsköpfe für die Kategorien schwere Interkontinentalraketen und Interkontinentalraketen mit mehr als sechs Gefechtsköpfen (Verbot beweglicher Interkontinentalraketen ist weiterhin Teil des amerikanischen Vorschlags.) US-Delegationsleiter Lehman wurde Ermessensspielraum für folgende Erhöhung der Zwischengrenzen zugestanden: 4500 auf 4800, 3000 auf 3300, 1500 auf 1650." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4595; VS-Bd. 11282 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Vorgipfels angeknüpft. Dort sei man sich einig gewesen, daß eine Verifikationsregelung folgende drei Aspekte umfasse:

– Datenaustausch vor und nach Reduzierungen,
– Vorortinspektionen der Eliminierung zu reduzierender Systeme,
– kontinuierliche Überwachung nach Eliminierung.

Im übrigen müsse ein INF-Abkommen Beschränkungen („constraints“) für SRINF enthalten.

Auf die Frage des *Bundesministers*, wie diese aussehen würden und welche Reichweiten sie einschlössen, erklärte *Glitman*, daß die SS-23 und alle Systeme mit gleicher oder größerer Reichweite erfaßt würden. Die USA gingen davon aus, daß die SS-23 eine Reichweite von etwa 500 km habe. Sollte sich herausstellen, daß die Reichweite kürzer sei, würden die USA gleichwohl auf ihrem Einschluß bestehen.

Bundesminister bemerkte, daß er hier einen gewissen Unterschied zu dem feststelle, was AM Shultz im NATO-Rat gesagt habe. Shultz habe ausgeführt, daß für die Systeme im Reichweitenband 500 bis 1000 km „limitations“ vorgesehen würden und die darunter liegenden Systeme Gegenstand von Verhandlungen würden, die sechs Monate nach Unterzeichnung eines Abkommens beginnen sollten.

Glitman: Die amerikanische Verhandlungsposition enthalte diesen Punkt. Die USA bestünden auf einem „right to match“ bis zur Höhe des gegenwärtigen Standes der sowjetischen Systeme. Auf die Frage des *Bundesministers*, warum keine Reduzierungen verlangt würden, ergänzte *Glitman*, daß dies der Allianzposition entspreche. Die Vereinbarung von Reduzierungen werde Gegenstand der Folgeverhandlungen sein. Wie bereits ausgeführt, würden für die laufenden INF-Verhandlungen Beschränkungen auf der Höhe des jetzigen sowjetischen Standes angestrebt, die die SS-23 und alle SRINF-Systeme gleicher oder größerer Reichweite umfaßten. Die SU könne ihre Systeme in diesem Reichweitenband dann nicht mehr erhöhen. Die USA hätten ein „right to match“. Für die Reichweite zwischen 920 km (SS-12/22) und 1800 km (P II) solle ein Verbot neuer Systeme vereinbart werden. Die Beschränkungen müßten globale Geltung haben und verifizierbar sein. Nach sechs Monaten sollten dann Verhandlungen sowohl über LRINF als auch über SRINF beginnen.

Botschafter Glitman informierte sodann darüber, daß die amerikanische Verhandlungsdelegation gestern in Genf einen Vorschlag über die zehnjährige Einhaltung des ABM-Vertrags, über die 50prozentige Reduzierung strategischer Waffen und die spätere Eliminierung aller ballistischen Raketen vorgelegt habe.[8]

[8] Botschafter van Well, Washington, informierte am 29. Oktober 1986, daß die amerikanische Regierung am 27. Oktober 1986 die Ausformulierung ihres Vorschlags zur Weitergeltung des ABM-Vertrags verabschiedet habe, die „als Alternative zu dem Vorschlag des Präsidenten in seinem Brief an Gorbatschow vom 25.7. gelten“ solle und folgende Elemente enthalte: „Beide Parteien verpflichten sich, für die Dauer von zehn Jahren ihr Kündigungsrecht des ABM-Vertrags nicht auszuüben und in dieser Zeit die Vertragsbestimmungen strikt zu befolgen. Innerhalb der ersten fünf Jahre werden die offensiven strategischen Waffen um 50 Prozent verringert. Innerhalb der nächsten fünf Jahre werden die ballistischen Raketen beider Seiten vollständig abgeschafft. Nach Verlauf der zehn Jahre ist es beiden Seiten freigestellt, ein umfassendes Raketenabwehrsystem in Dienst zu stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4641; VS-Bd. 11282 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

Bundesminister wies auf die Ausführungen des Bundeskanzlers in Washington[9] hin. Wir unterschieden drei Kategorien:

– die LRINF;
– die Systeme mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km; er habe Botschafter Kampelman darauf hingewiesen, daß es gefährlich sei, hier von einem „Freeze" zu sprechen; uns gehe es um Reduzierungen, verbunden mit dem „right to match" [10];
– die Systeme mit einer Reichweite von 150 bis 500 km, über die nach Ablauf von sechs Monaten verhandelt werden müsse.

Diese drei Kategorien seien auch in der öffentlichen Diskussion genannt worden.

Glitman: Die Sowjets verlangten einen „Freeze" für die Systeme unterhalb 1000 km. Dies sei unannehmbar. Das positive Element an der jetzigen sowjetischen Haltung sei die Bereitschaft, über SRINF im Zusammenhang mit einem LRINF-Abkommen zu sprechen. Die Frage der Scud müsse zunächst in der Allianz erörtert werden. Dasselbe gelte für die Systeme unterhalb von 150 km, wie die SS-21, die keine SRINF seien. In den Genfer Verhandlungen sei man bisher nicht in die Einzelheiten gegangen.

Bundesminister wies darauf hin, daß unsere Haltung im Brief des Bundeskanzlers[11] niedergelegt worden sei.

Auf die Frage des Bundesministers nach der sowjetischen Reaktion auf die von den USA in Genf unterbreiteten Vorschläge führte *Glitman* aus, daß die sowjetische Delegation sich bisher darauf beschränkt habe, aus Gorbatschows Reden vorzulesen. Auf den amerikanischen Vorschlag, die einzelnen Probleme Punkt für Punkt durchzugehen, seien die Sowjets nicht eingegangen.

Bundesminister stellte erneut die Frage, warum keine SRINF-Reduzierungen verlangt würden.

Glitman: Seit 1981 bestehe in der Allianz Übereinstimmung, daß sich die Verhandlungen zunächst auf LRINF konzentrieren sollten.

Bundesminister warf ein, daß der Doppelbeschluß[12] ein schrittweises Vorgehen vorsehe. Es sei ganz klar, daß unser Ziel Reduzierungen seien. Er wolle hier auch auf das Problem der Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Wie und wo sollte das „right to match" ausgefüllt werden?

Glitman: Es gehe in den Verhandlungen um die Einräumung eines Rechts. Über die weitere Frage müsse das Bündnis bestimmen.

Bundesminister: Er wolle noch einmal darauf hinweisen, daß unser Ziel Reduzierungen seien.

Glitman: Er sehe darin kein Problem. Die Frage, die sich stelle, sei, ob hierüber bereits in der ersten Phase oder später verhandelt werde. Ein LRINF-Abkom-

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 21. Oktober 1986 in Washington; Dok. 296.

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman am 16. Oktober 1986; Dok. 286.

11 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 7. Oktober 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 271.

12 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

men, das Scaleboard (SS-12/22) und SS-23 unberücksichtigt ließe, sei nicht akzeptabel. Dies habe man den Sowjets gesagt.

Auf die Frage des *Bundesministers*, wie es zu bewerten sei, daß Sowjets aus Gorbatschow-Reden vorläsen, bemerkte *Glitman*, daß die sowjetische Seite die Stellen vortrage, in denen Gorbatschow auf die INF-Lösung, einschließlich einer „dreiteiligen" Verifikation, eingehe. Er, Glitman, sei sicher, daß die Sowjets sich schließlich bereit fänden zu verhandeln. Das Junktim wollten sie benutzen, um Druck der westlichen Öffentlichkeit gegen SDI zu erzeugen.

Bundesminister: Das „link" beziehe sich auf die Unterzeichnung eines Abkommens, nicht auf die Verhandlungen. Wenn es ein fertiges Abkommen gebe und die SU unter Berufung auf SDI sich weigere, es zu unterzeichnen, richte sich der Druck der Öffentlichkeit gegen sie. In der öffentlichen Diskussion gebe es niemanden, der ein solches Junktim unterstütze. Es liege daher im westlichen Interesse, dafür einzutreten, daß jetzt ernsthaft verhandelt werde.

Glitman: Das sei genau das, was die amerikanische Seite tue. Die Erklärung der Verbündeten im Anschluß an die Ratssitzung mit AM Shultz[13] sei sehr hilfreich gewesen. Interessant seien auch die Äußerungen Ceauşescus.[14]

Bundesminister: Auch die DDR und die ČSSR seien an Fortschritten im INF-Bereich interessiert.

Auf die entsprechende Frage des Bundesministers führte *Glitman* aus, daß sein Counterpart Masterkow sei. Masterkows Denken sei sehr juristisch orientiert. Wenn es um die Formulierung eines Abkommenstextes gehe, werde er in seinem Element sein.

Glitman kam dann auf das Problem der sowjetischen Systeme in Asien zu sprechen. Er selbst habe kürzlich Tokio besucht. Die Japaner argumentierten, daß es auf ihrem Territorium zwar keine Raketen, wohl aber amerikanische Basen gebe. Er, Glitman, habe den Eindruck, daß die SU befürchtet hat, die USA könnten in Japan Raketen stationieren. Diese Befürchtung habe den Amerikanern einen gewissen Verhandlungshebel gegeben. Die Rede Gorbatschows in Wladiwostok[15], in der er für bessere Beziehungen zu China und Japan eingetreten sei, habe es den Sowjets schwergemacht, an ihrer früheren Position bezüglich ihrer asiatischen Systeme festzuhalten.

13 Für den Wortlaut der Presseerklärung des NATO Generalsekretärs Lord Carrington vom 13. Oktober 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 12.

14 Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, informierte am 16. Oktober 1986, daß sich Präsident Ceauşescu auf der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am Vortag in Bukarest folgendermaßen geäußert habe: „Wir sind der Meinung, daß den Problemen Europas Vorrang gewährt werden muß, wo anscheinend eine große Annäherung der Auffassungen von einer totalen Beseitigung der Mittelstreckenraketen besteht […]. Unserer Meinung nach ist es in der nächsten Zeit nötig, daß wir unsere Kräfte konzentrieren, daß wir die Kontakte mit den anderen Staaten in Europa intensivieren, besonders mit denen der NATO, um die Verwirklichung eines in dieser Richtung notwendigen Vertrags herbeizuführen. […] Wir sind der Meinung, daß die Probleme […] unabhängig angegangen und gelöst werden können. Es gibt andere Probleme, die in der Tat eine enge Verbindung haben – dies verstehen wir gut –, aber unserer Meinung nach müssen wir nicht unbedingt für eine globale Lösung aller Probleme tätig sein, sondern etappenweise, und eine dieser Etappen wäre die Lösung der Frage der Beseitigung der Raketen in Europa." Vgl. den Drahtbericht Nr. 809; Referat 214, Bd. 139555.

15 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

Insgesamt wolle er sagen, daß man in den INF-Verhandlungen einen langen Weg zurückgelegt habe. Dem Westen sei es gelungen, die Integrität seiner Position zu erhalten. Dies gelte nicht für die SU, die ganz erhebliche Abstriche habe hinnehmen müssen. Natürlich könne man nie ausschließen, daß die Sowjets zu früheren Positionen zurückkehrten. Es habe sich gezeigt, daß die SS-20 für die SU eine politische Waffe gewesen sei.

Bundesminister bemerkte hierzu, daß die neue sowjetische Führung erkannt habe, daß in der Vergangenheit zwei riesige Fehler gemacht worden seien: der Einmarsch in Afghanistan[16] und die SS-20.

VS-Bd. 11318 (220)

306

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. London, an das Auswärtige Amt

114-6213/86 geheim **Aufgabe: 29. Oktober 1986, 17.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2166 **Ankunft: 30. Oktober 1986, 19.22 Uhr**

Betr.: Treffen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 29.10.86 in London

Zur Unterrichtung

1) Die Politischen Direktoren D 2[2], Derek Thomas (GB), Charlie Thomas (USA) und d'Aboville (F) trafen sich am 29.10.86 in London. Die Gesprächsthemen waren

– Beziehungen zur Sowjetunion,
– Rüstungskontrollverhandlungen in Genf nach Reykjavik,
– KSZE-Folgetreffen in Wien,
– konventionelle Rüstungskontrolle in Europa,
– Lage in Jugoslawien,
– Beziehungen zu Polen und anderen Staaten Osteuropas,
– Südafrika,
– 750-Jahrfeier Berlins (Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters an Veranstaltung in Ost-Berlin),
– Kontrolle diplomatischer Kuriersendungen.

Die ersten vier Gesprächsthemen wurden auch unter dem Aspekt einer west-

16 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 29 und Anm. 43.
2 Hermann Freiherr von Richthofen.

lichen Gesamtstrategie innerhalb der nächsten sechs Monate im West-Ost-Verhältnis erörtert.

Eingangs gedachte Derek Thomas in herzlichen, bewegten Worten Herrn von Braunmühls[3], dessen Ideen und durchdachten, intelligenten Beiträge die Gespräche in dieser Runde immer sehr bereichert hätten und der hier sehr vermißt werden würde. D2 übernahm es, das Gedenken und die Anerkennung der drei Kollegen in dieser Gruppe an Frau von Braunmühl weiterzuleiten.

2) Als Ergebnis der Beratungen ist festzuhalten:

a) Gesamtstrategie

GB hielt in Anbetracht der für die nächsten sechs Monate anstehenden Konferenzen, Verhandlungen und bilateralen Treffen (US-SU-Außenministertreffen in Wien[4], möglicher US-SU-Gipfel, Reise MP Chirac nach Moskau[5], Besuch AM Schewardnadse in Bonn[6], Reise MP Thatchers nach Moskau[7] sowie Genfer Verhandlungen und KSZE-Folgetreffen), bei denen das West-Ost-Verhältnis im Mittelpunkt steht, eine westliche Gesamtstrategie für erforderlich. Hierüber bestand Einvernehmen. Es wurde vereinbart, das von AM Shultz gegenüber BM in Washington angeregte Gymnich-Type-Treffen der vier Außenminister[8] an einem Wochenende in sehr privatem Rahmen möglichst bald zustande zu bringen. GB wird hierzu in Kürze Vorschläge unterbreiten.[9]

b) Beziehungen zur Sowjetunion

US berichtete, daß sie der SU für Wien am 5. und 6.11. zwei Treffen der Außenminister vorgeschlagen hätten. Ein sowjetisches Einverständnis liege noch nicht vor. Wegen der Ausweisung sowjetischer Diplomaten[10] halte SU sich noch zurück. Amerikanische Seite gehe aber vom Zustandekommen aus. Ridgway habe Botschafter Dubinin zu Gespräch empfangen, über dessen Ergebnis er noch nicht unterrichtet sei. Shultz beabsichtige, die Gespräche von Reykjavik[11] in allen Bereichen (Rüstungskontrolle, Menschenrechte, Regionalprobleme, bilaterale Fragen) fortzusetzen. Nach amerikanischer Einschätzung habe die Ausweisungsaffäre eine Scharte in den Beziehungen hinterlassen, diese Episode sei nach amerikanischer Einschätzung aber abgeschlossen, und der Dialog werde weitergehen, da SU ebenfalls an Dialog interessiert sei. Die Ausweisungsaffäre habe nicht zum Ziel gehabt, Gorbatschow zu treffen. Die Ausnüt-

3 Zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 281, Anm. 5.

4 Zu den Gesprächen der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am 5./6. November 1986 vgl. Dok. 319, Anm. 10.

5 Ministerpräsident Chirac hielt sich vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR auf.

6 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik erst vom 17. bis 19. Januar 1988.

7 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR auf.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 23. Oktober 1986 in Washington; Dok. 303.

9 Am 9. Dezember 1986 fand in Chevening ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) statt. Vgl. dazu Dok. 353 und Dok. 354.

10 Zur Ausweisung von Angehörigen sowjetischer Vertretungen in den USA vgl. Dok. 264, Anm. 21, und Dok. 297, Anm. 10.

11 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

zung diplomatischer Immunität für Spionagezwecke habe einen hohen Grad an Verärgerung in US erreicht. Nach der sowjetischen Gegenausweisung habe man die Zeit für gekommen gesehen, die Zahlen der Diplomaten in beiden Ländern anzugleichen. GB wies auf seine seit 11 Jahren verfolgte Politik der Begrenzung des sowjetischen Personalstandes hin. Bei jeder Ausweisung eines sowjetischen Agenten sei der Stab entsprechend weiter verkürzt worden. Dies habe man aber jetzt wegen des erreichten niedrigen Standes etwas nach oben korrigiert. F wies auf die 47 Ausweisungen aus der bilateralen SU-Botschaft und der UNESCO-Vertretung der SU hin[12], fügte aber hinzu, daß nach französischer Erkenntnis die westliche Seite bei einem Schlagabtausch nicht gewinnen könne. D2 ergänzte, daß wir kürzlich die Erfahrung machen mußten, daß die Sowjets in einem Spionagefall Wirtschaftsvertreter als „Geiseln" nahmen.[13] GB wies darauf hin, daß die SU verstanden habe, daß der Westen auf der einen Seite harte Aktionen vornehmen müsse, auf der anderen Seite jedoch den Dialog fortsetzen wolle.

D2 berichtete über den Stand der bilateralen Beziehungen zur SU, die sich seit dem Besuch von BM in Moskau[14] positiv entwickeln (Treffen BM–AM Schewardnadse in Wien[15], Besuch AM Schewardnadse in Bonn Anfang 1987, Besuch einer Delegation des Obersten Sowjet in Bonn[16], Paraphierung des Binnenschiffahrtsabkommens in Moskau[17], Konsultationen zu Rüstungskontrolle und Kulturaustausch[18], bevorstehende Konsultationen von D2[19]). GB berichtete ebenfalls über rege Kontakte und kündigte Besuch von MP Thatcher in Moskau für nächstes Frühjahr an. GB regte an, alle Besuche in einem Gesamtzusammenhang zu sehen, für die SU stünden sie auf alle Fälle in einem solchen.

12 Am 5. April 1983 gab das französische Innenministerium die Ausweisung von 47 sowjetischen Diplomaten bekannt. Botschafter Herbst, Paris, übermittelte am 6. April 1983 folgende Bewertung: „Ein politischer Anlaß, gerade jetzt und in einem solchen Umfang diese Aktion zu starten, ist nicht ersichtlich. Plausibel erscheint mir die eher technische These, daß die Aktivitäten der östlichen Dienste hier inzwischen einen solchen Umfang angenommen haben, daß sie kaum mehr zu kontrollieren sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 653; Referat 213, Bd. 133210.

13 Zur Inhaftierung von Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik in der UdSSR vgl. Dok. 3, Anm. 5, und Dok. 26, Anm. 7.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

15 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 in Wien vgl. Dok. 316 und Dok. 317.

16 Eine Delegation des Obersten Sowjet hielt sich vom 22. bis 29. Oktober 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 308, Anm. 4, und Dok. 310, Anm. 12.

17 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 30. Oktober 1986: „Am 27.10.1986 wurde in Moskau nach langjährigen schwierigen Verhandlungen das deutsch-sowjetische Regierungsabkommen über Binnenschiffahrt in Anwesenheit von BM Dollinger und dem amtierenden sowjetischen Minister für Hochseeschiffahrt, Tichonow, von den beiden Delegationsleitern paraphiert. […] Außenpolitisch ging es in den Verhandlungen um die volle materielle Einbeziehung Berlins, die Wahrung unseres politischen Reziprozitätsanspruchs bei der Öffnung von Binnenwasserstraßen, die Beachtung unserer EG-Verpflichtungen und die Vermeidung politischer Nachteile für die osteuropäischen Donauanlieger im Zusammenhang mit Gesprächen über eine eventuelle künftige Beteiligung der Bundesrepublik an der Belgrader Donaukommission/BK (keine Anerkennung einer Sprecher- oder Führungsrolle der SU). Diese Ziele sind erreicht worden". Vgl. Referat 423, Bd. 159938.

18 Zur Absage der deutsch-sowjetischen Konsultationen über die Zusammenarbeit im Bereich der Kulturpolitik vgl. Dok. 313, Anm. 8.

19 Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen am 30./31. Oktober 1986 in Moskau vgl. Dok. 310 und Dok. 313.

Hinsichtlich der Gorbatschow-Fernsehansprache vom 22.10.86[20] bestand Einigkeit, daß sie nichts Neues gebracht habe, persönlich gefärbt war, die Haltung der SU zum Dialog sich aber nicht verändert habe.

Zur WP-Initiative zur Schaffung eines Systems internationaler Sicherheit[21] berichtete GB, daß Mendelewitsch dem dänischen MP Schlüter bei seinem Moskau-Besuch im September[22] gesagt habe, SU würde nicht auf eine Resolution in den VN in diesem Jahr drängen. Es bestand Einvernehmen, daß SU dieses Thema nicht vom Tisch nehmen werde und der Westen diesen Vorschlag nicht unterstützen dürfe, weil er geeignet sei, die VN-Charta[23] zu untergraben und die Sorge vor Nuklearkrieg oder Nuklearkatastrophe nach Tschernobyl[24] für östliche Propagandazwecke zu mißbrauchen.

c) Rüstungskontrollverhandlungen

US berichtete, daß sie am 28.10. in Genf auf der Grundlage der Gespräche von Reykjavik neue Vorschläge unterbreitet habe.[25] Sie erwarte nicht, daß SU vor dem Ende der gegenwärtigen Runde Ende der nächsten Woche[26] mit einer ausgearbeiteten Position aufwarten könne. Die Delegation sei offensichtlich aus dem Überlegungsprozeß in Moskau ausgeschaltet. In Genf wirke sie eher in hilfloser Lage und habe offensichtlich keine andere Grundlage als die öffentlichen Äußerungen von Gorbatschow. US bestätigte, daß in Reykjavik im Prinzip Einverständnis erzielt wurde, die nuklearen ballistischen Offensivwaffen in einem Zeitraum von zehn Jahren zu beseitigen. In USA bestände Konsens, daß wegen ihrer Gefährlichkeit Beseitigung angestrebt werden sollte, wenn sich hierzu Möglichkeit biete. Der Präsident, der die Entscheidung über einen Gegenschlag bei Anflug sowjetischer Systeme zu treffen habe, fürchte, in der kurzen dafür zur Verfügung stehenden Zeit keine klare Entscheidungsgrundlage zu bekommen. Außerdem gäbe es die Gefahr technischer Pannen. Die Alternative zur Abschaffung dieser Systeme sei letztlich das Ende der Welt, wie wir sie kennen.

D, GB und F wiesen auf die Konsequenzen für die Verteidigung West-Europas hin, die aus der Herausnahme der ballistischen Systeme (BM[27]) aus dem Gesamtverteidigungs- und Abschreckungskonzept entstehen. D 2 führte aus, daß Reykjavik – wie schon von uns in Washington dargelegt – eine deutliche Wende bedeute. Eine Welt mit weniger Nuklearwaffen sei zu begrüßen, jedoch müßten wir zur Verhinderung von Kriegen auch an die Abschreckungskomponente denken. Wir wollten kein Junktim herstellen, hielten aber eine alle Ele-

20 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 297, Anm. 3.

21 Am 5. August 1986 beantragten die Warschauer-Pakt-Staaten bei den Vereinten Nationen in New York die Aufnahme eines Tagesordnungspunkts „Establishment of a comprehensive system of international peace and security" auf der Basis politischer, militärischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie der Menschenrechte. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1986, S. 112–114.

22 Ministerpräsident Schlüter hielt sich vom 20. bis 24. Oktober 1986 in der UdSSR auf.

23 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

24 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

25 Zu den amerikanischen Vorschlägen bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR in Genf vgl. Dok. 305.

26 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf endete am 13. November 1986. Vgl. dazu Dok. 325 und Dok. 329.

27 Ballistic Missiles.

mente umfassende Balance für erforderlich. Das Gesamtbild des Kräfteverhältnisses sei entscheidend. Es sei wichtig, sich hierüber rechtzeitig einig zu werden. Unser Ziel sei die Herstellung einer haltbaren Friedensordnung in Europa. Neben den militärischen Aspekten gewinne jetzt der KSZE-Prozeß noch stärker an Bedeutung.

GB zeigte sich ebenfalls über das amerikanische Konzept, das Europa ohne glaubwürdige Abschreckung lasse, sehr besorgt und wies auf die politischen Konsequenzen für GB hin, die auch USA nicht ganz außer Betracht lassen sollten. Über den ganzen Fragenkomplex sollte sehr vertraulich gesprochen werden. Der SU dürfe nicht Gelegenheit gegeben werden, die Solidarität des Westens zu untergraben. Rüstungskontrolle und Abrüstung seien notwendig, dürften aber nicht zu Lasten unserer Sicherheit gehen. GB trat für Fortsetzung der Verhandlungen ein: SU müsse zur Aufhebung des INF-Junktims gebracht werden. Es müsse Schritt für Schritt eine Lösung gesucht werden. Wichtig sei auch, ein CW-Verbot zu erreichen, beim Versuch Teststopps eine Lösung zu finden und die fünfzigprozentigen Reduzierungen bei START anzustreben.

F bezeichnete die völlige Beseitigung der ballistischen Systeme als katastrophal für die Allianz, für Europa sowie für GB und F wegen ihrer eigenen Systeme. Die Abschreckung beruhe überwiegend auf den BM. US würde sich der am wenigsten verwundbaren SLBM begeben. Die ohnehin überlegenen sowjetischen Luftstreitkräfte würden noch gestärkt werden. Außerdem seien die BM die billigste Form der Verteidigung. Für Europa entstünde wegen der durch ihren Wegfall verkürzten Vorwarnzeit ein Abkopplungseffekt.

US erwiderte, daß Reagan so viele Ergebnisse von Reykjavik wie möglich umsetzen, nicht aber Sicherheit aufs Spiel setzen wolle. Deshalb hielte Shultz einen baldigen vertraulichen Gedankenaustausch über westliche Gesamtstrategie für erforderlich. US sei noch nicht klar, wie weit Gorbatschow letztlich zu gehen bereit sei. Entweder sei er tollkühn oder sich seiner Sache sehr sicher. Die Einbindung der Militärs durch Achromejew sei beachtlich. Auch bei einem Wegfall der BMs sei eine effektive Abschreckung durch CM und SRINF möglich.

Auf Frage, welche Entscheidung von Reagan vor Jahresende im Zusammenhang mit SALT II[28] zu erwarten sei, meinte US, daß noch keine Entscheidung festläge, daß aber die Auswirkungen eines Überschreitens der Obergrenze auf das Verhältnis US–SU gering sein würde. GB, D und F wiesen auf ernsthafte Auswirkungen in Europa hin.

[29]d) KSZE-Folgetreffen

US trat britischen Sorgen entgegen, daß Störungen im US-SU-Verhältnis wegen der Ausweisung negative Auswirkungen auf den KSZE-Prozeß haben könnten. US erwartet wegen beiderseitigen Interesses an Dialog in US-SU-Beziehungen geschäftsmäßige Atmosphäre. SU werde sich die Chance auch nicht nehmen lassen, in KSZE durch Initiativen (auch im Menschenrechtsbereich) den Prozeß zu beeinflussen. GB vertrat die Ansicht, daß SU in Wien USA als

28 Vgl. dazu die Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II; Dok. 157.

29 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2167 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Sündenbock darstellen werde, der Entwicklung des KSZE-Prozesses verhindere. Außerdem sei mit einer Erneuerung der Budapester Vorschläge[30] zu rechnen. SU werde sich voraussichtlich auch, wie aus dem Verhalten einiger osteuropäischer Staaten im Vorbereitungstreffen[31] zu entnehmen sei, in gewohnter Rhetorik für eine freiere, menschlichere Ordnung in Europa einsetzen. Deshalb sei es besonders wichtig, daß der Westen sich eng abstimme und vor allem bald zu gemeinsamen Positionen, besonders auch bei KRK, käme. D 2 unterstützte dies und betonte die Bedeutung des KSZE-Prozesses nach Reykjavik. Er wies darauf hin, daß wir endlich die richtigen Verfahren finden müßten, um unsere Ideen voranzubringen. Besonders unterstrich er auch das Interesse der kleineren WP-Staaten an verstärkten Kontakten und größerer Freizügigkeit im Rahmen des Helsinki-Prozesses.

F und GB teilten dies und wiesen auf die Bedeutung einer differenzierten Behandlung der osteuropäischen Staaten hin, für die sich die Implementierungsdebatte besonders eigne. Wichtig sei es, dies nicht zu erkennen zu geben. US stimmte dem zu.

e) Konventionelle Rüstungskontrolle

Während D, GB und F auf baldige Einigung zur Frage des Forums drängten, um endlich zur Abstimmung in Substanzfragen zu kommen, war US wenig konstruktiv. US-Taktik war es offensichtlich, F kommen zu lassen. Charles Thomas sagte anschließend unter vier Augen, daß die USA sich in dieser Frage nicht zum Demandeur machen lassen wollten. US sah auch keine Notwendigkeit einer Einigung vor Beginn des Wiener Treffens. Er war mit Beginn in KSZE-Rahmen einverstanden, ging aber von völlig separaten Verhandlungen – wahrscheinlich erst nach dem Wiener KSZE-Treffen – aus.

D 2 unterstrich, daß für uns Beteiligung von F unverzichtbar und nicht nur für F KSZE-Rahmen wichtig sei. Es gehe darum, eine Form zu finden, die für F und US annehmbar sei. Die KSZE sollte den Rahmen für Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen und über KRK bilden. Über Reduzierungen sollten die 16 und sieben aufgrund eines Mandats der 35 in einer besonderen Gruppe über die sie hauptsächlich betreffenden Fragen verhandeln. N+N sollten nicht ganz ausgeschlossen werden, vielmehr müßten Wege ihrer Beteiligung ohne direkte Mitsprache gefunden werden. Die Abstimmung der Verhandlungsrichtlinien unter den 16 sollte nicht den Charakter von Weisungen der NATO haben.

GB zeigte sich in Anbetracht des beginnenden Wiener Treffens und des fälligen Berichts der HLTF[32] beim NATO-Treffen[33] besorgt und stellte eher eine Verhärtung der Haltungen fest. GB könne sich dem anschließen, was F und D verträten. Die Teilnahme Frankreichs sei unverzichtbar, ebenso die Einbindung der Verhandlungen in den KSZE-Prozeß. Eine Einigung mit US über die Form

30 Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986; Dok. 179, Anm. 8 und 9.

31 Das Vorbereitungstreffen für die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien fand vom 23. September bis 6. Oktober 1986 statt. Vgl. dazu Dok. 275.

32 Zur High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 291, Anm. 7.

33 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

sei dringend erforderlich. Nach britischen Vorstellungen sollte von den 35 in Wien ein Mandat ausgearbeitet werden, das sowohl vertrauensbildende Maßnahmen wie die Fragen der Rüstungskontrolle umfaßt. Über Fragen vertrauensbildender Maßnahmen sollten alle 35 wie in Stockholm[34] verhandeln. Die Rüstungskontrollverhandlungen sollten von den Mitgliedern der beiden Allianzen allein geführt werden. Die Ergebnisse beider Verhandlungsteile sollten dann am Ende wieder in den allgemeinen KSZE-Prozeß eingeführt werden. Wichtig sei es dabei, die Verhandlungen nicht unter ein künstliches Zieldatum zu stellen. Wichtig erscheine es auch, die N+N nicht zu verletzen. Vermieden werden müsse auch, dem Osten ein Kontroll- oder Einwirkungsrecht auf ein einzelnes westliches Land zukommen zu lassen. Die Ausarbeitung der Verhandlungsrichtlinien innerhalb des Bündnisses sollte entsprechend dem Stockholmer Vorbild erfolgen. Hierfür schlug GB die HLTF vor, womit US und F einverstanden waren.

F trat für ein pragmatisches Herangehen an die gegenwärtigen Probleme ein. Es erklärte sich mit[35] dem in der HLTF ausgearbeiteten Konzept einverstanden mit Ausnahme der Einbeziehung eines Vertreters des Generalsekretärs. Die in Stockholm praktizierte Form der Koordinierung sollte gestrafft und dem Verhandlungsinhalt angepaßt werden. F sei einverstanden, daß HLTF als eine Art dem NATO-Rat vorgeschaltetes Gremium die Ausarbeitung der Verhandlungsrichtlinien übernimmt. Die 23 sollten im Rahmen der KSZE in einem gesonderten Forum, aber nicht völlig losgelöst von der KSZE, zusammentreten. Verhandlungen zwischen den beiden Allianzen allein seien nicht genug. Vielmehr müßten die Verhandlungen unter dem Schirm der 35 stehen. Den N+N sollte nicht das Gefühl gegeben werden, ausgeschlossen zu sein. Auf Frage von Charles Thomas bestätigte F, daß es als einen Grund für die Behandlung im KSZE-Rahmen das für den ganzen KSZE-Prozeß geltende Ziel der Differenzierung in Osteuropa sähe.

f) Jugoslawien

GB wies auf die schwierige wirtschaftliche Lage Jugoslawiens hin, die AM Howe große Sorgen mache. Infolge der Regierungsstruktur sei die Lage besonders kompliziert. Die wirtschaftlichen Perspektiven seien äußerst unbefriedigend. Es sei damit zu rechnen, daß Jugoslawien bald sich wegen neuer Mittel an den Pariser Club wenden werde. Preiskontrollen, unvollständig angewandte Marktkonzepte sowie ethnische Rivalitäten trügen zur Unordnung bei. Eine koordinierte Politik fehle. Die kommunistischen Führer würden eher von dieser Lage profitieren. Politische Konsequenzen seien unvermeidbar. Die Regierung habe versucht, sich wieder stärker an die Sowjetunion anzulehnen, um einem westlichen Druck auszuweichen. Daß sie dabei noch weiter gehen würden, erscheine GB unwahrscheinlich. SU könne den Westen nicht ersetzen. Außerdem würde es internen Widerstand hiergegen geben. Die Regierung stehe vor dem Dilemma, entweder Marktkonzept oder Staatskontrollen durchzusetzen. Beides berge Gefahren. GB sei der Auffassung, daß der Westen auf Einführung eines ech-

34 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die KVAE statt. Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

35 Korrigiert aus: „erklärte mit".

ten Marktkonzeptes entsprechend den Empfehlungen des IMF drängen sollte.[36] Die Gefahren lohnten sich, in Kauf genommen zu werden. Wir sollten aber auch die westlichen Finanzinstitutionen und unsere Finanzminister auf die Probleme hinweisen.

D 2 stimmte der Analyse zu, wies aber auf die wichtige Stellung Jugoslawiens auf dem Balkan und sein starkes europäisches Bewußtsein hin. Wir sollten mehr tun, Jugoslawien an Europa zu binden und es einzubeziehen. Es gelte auch, seine internationale Rolle aufrechtzuerhalten. F teilte diese Wertung. Die Lage Jugoslawiens verschlechtere sich, sei aber nicht dramatisch. Es versuche, das Beste aus beiden Systemen zu machen. Raimond habe in seinen Gesprächen mit der jugoslawischen Regierung[37] den Eindruck gehabt, daß die Gespräche mit der SU seit Gorbatschow als leichter empfunden würden. Jugoslawien erwarte hieraus Entlastung. US wies darauf hin, daß sie schon zur Zeit von Titos Tod auf diese Probleme hingewiesen habe und die Sorge der anderen teile. Die wirtschaftliche Krise werde sich voraussichtlich noch verschärfen. Die Regierung werde wahrscheinlich Preiskontrollen einführen. Dies werde die Situation noch verschlechtern.

g) Polen

Die Lage in Polen wurde von allen Teilnehmern als politisch und wirtschaftlich schwierig eingeschätzt. Die Freilassung der politischen Gefangenen[38] wurde als wichtiger Schritt begrüßt. Einigkeit bestand aber darin, daß abgewartet werden müsse, welche Wirkungen die Amnestie erzeuge. F wies auf kürzliche Kritik an Solidarität in der Prawda[39] hin und hielt eine erneute Anspannung der internen Situation nicht für ausgeschlossen. US berichtete, daß die Kontakte zu Polen wiederaufgenommen worden seien und Administration zur Belebung des Dialogs bereit sei. Einige Sanktionen seien bereits aufgehoben.[40] Man hoffe, daß aus der Behandlung von Solidarität nicht neue Schwierigkeiten entstünden. GB berichtete von dem geplanten Besuch eines Junior-Ministers

36 Das Bundesministerium der Finanzen stellte am 6. August 1986 fest, daß es seit der letzten Aussprache im Direktorium des IWF im März 1986 zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage in Jugoslawien gekommen sei: „Die Inflationsrate stieg bedrohlich an, die Arbeitslosigkeit nahm weiter zu und das Wirtschaftswachstum blieb hinter den Erwartungen zurück. Zur Korrektur dieser Fehlentwicklungen haben die Behörden in den letzten Monaten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Einige davon (z. B. Förderung des privaten Kleingewerbes […]) können als Schritte in die richtige Richtung bezeichnet werden, die Mehrzahl (u. a. Verstärkung der Preiskontrollen […], Einführung eines dirigistischen Devisenrechts […]) dürfte jedoch – wenn überhaupt – nur eine vorübergehende Erleichterung bringen, längerfristig aber die vorhandenen Strukturprobleme eher verschärfen. Besonders bedenklich ist, daß durch die jüngst beschlossenen Gesetze einige Reformmaßnahmen (wie die Sicherung eines positiven Realzinsniveaus), die im Rahmen von IWF-Programmen durchgeführt werden konnten, wieder zurückgenommen wurden." Jugoslawien solle daher bei den bevorstehenden Konsultationen im Rahmen des vereinbarten „Enhanced-Surveillance-Verfahrens" des IWF darauf hingewiesen werden, „daß der jetzt verfolgte Kurs die Umsetzung der am 13. Mai 1986 in Paris vereinbarten mehrjährigen Umschuldung erschweren dürfte". Vgl. das Fernschreiben Nr. 109; Referat 412, Bd. 130572.

37 Der französische Außenminister Raimond hielt sich am 10./11. Oktober 1986 in Jugoslawien auf.

38 Zur Freilassung von Gefangenen in Polen vgl. Dok. 260, Anm. 12.

39 In einem am 5. Oktober 1986 veröffentlichten Artikel nahm die sowjetische Tageszeitung „Prawda" kritisch Stellung zur Arbeit der polnischen Gewerkschaft „Solidarność", insbesondere zur Gründung eines „Provisorischen Rats". Vgl. dazu den Artikel „Začem nužna eta šumicha"; PRAVDA vom 5. Oktober 1986, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 37 (1987), A 47 f.

40 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Polen vgl. Dok. 118, Anm. 24.

in Polen, der auf polnischen Wunsch verschoben worden sei. Polen habe dies mit der Abwesenheit seines Außenministers[41] begründet.[42] Dies sei wahrscheinlich nicht der wahre Grund. GB halte es für wichtig, auch mit der Opposition Gespräche zu führen. Dies sei wahrscheinlich der polnischen Regierung in der gegenwärtigen Lage als nicht opportun erschienen. D 2 führte aus, daß die polnische Regierung an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert sei. Der Prozeß sei aber langsam und schwierig. Für uns hätten die Beziehungen zu Polen eine besondere Bedeutung. Sie würden aber voraussichtlich noch einige Zeit problembeladen bleiben.

[43]h) Südafrika

GB und US zeigten sich besorgt über Auswirkungen von Machels Tod[44], der auch in SA zu starken Reaktionen führen könne. Sorge US bezog sich auch auf Nachfolge Machels, die in Anbetracht seines Charismas und seiner Führungsstärke schwierig und kaum vorhersehbar wäre. Einigkeit bestand in der Einschätzung der Lage in Südafrika. D 2 wies, unterstützt von GB, auf die Notwendigkeit positiver Maßnahmen, insbesondere zur Förderung des Dialogs zwischen den Gruppen der Bevölkerung in SA, und auf die enge Abstimmung untereinander hin. GB erwähnte die Bemühungen der Zwölf, eine Übersicht über die bilateralen und gemeinsam vorgenommenen Maßnahmen zu erstellen, um die Abstimmung mit USA und Japan zu verbessern und in der Öffentlichkeit politischen Nutzen daraus zu ziehen. Auf Frage von F meinte GB, daß Botha gegenwärtig unerreichbar sei und einen Kontakt offensichtlich nicht wolle. GB plane auch nicht, an ihn heranzutreten. F berichtete, daß Botha am 11.11. plane, wie vor drei Jahren einen Friedhof in Nordfrankreich zu besuchen. F werde dies nicht verhindern, jedoch jeglichen offiziellen Kontakt meiden.[45]

US gab sich enttäuscht über geringe europäische Unterstützung für Savimbi, ohne den eine Lösung in Angola nicht möglich erscheine. Er habe die Unterstützung von vielen in Angola und in der Region, nicht zuletzt von SA. Er sei auf die Unterstützung der US nicht angewiesen. Ihn nicht zu unterstützen, würde nichts zur Lösung des Problems beitragen, sondern nur der MPLA ein falsches Signal geben. GB wies darauf hin, daß Savimbis Methoden nicht akzeptabel und für die Bemühungen, die Kubaner herauszubekommen, kontraproduzent seien. Das wichtigste sei es, die Kubaner aus Angola herauszubringen und die Sowjets herauszuhalten. Dies sei mit Savimbi nicht zu erreichen. F teilte die Ansicht, daß Savimbi in Angola die Unterstützung seines Stammes

41 Marian Orzechowski.

42 Am 14. Oktober 1986 teilte Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), mit, daß nach britischer Auskunft der für den 22. bis 25. Oktober 1986 geplante Besuch des Staatsministers im britischen außenministerium, Renton, auf polnisches Ersuchen hin nicht stattfinden werde: „Neuer Termin sei von polnischer Seite allerdings noch nicht vorgeschlagen worden. Renton wird jetzt – vom 18. bis 22. Oktober – lediglich Prag besuchen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1289; Referat 214, Bd. 139731.

43 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2168 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

44 Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz in Südafrika ums Leben.

45 Der französische Außenminister Raimond gab am 29. Oktober 1986 im Parlament bekannt, daß die französische Regierung dem Wunsch des Ministerpräsidenten Botha entsprochen habe, am 11. November 1986 in Longueval im Département Somme eine Gedenkstätte für die südafrikanischen Soldaten beider Weltkriege einzuweihen. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 147.

habe und daß er die Macht übernehmen könne, wenn die Kubaner das Land verließen. Dies werde aber voraussichtlich nicht geschehen, solange es Savimbi gebe.

GB bedauerte, daß die Kontaktgruppe der Fünf zur Erörterung dieser Fragen und zur Abstimmung nicht mehr bestehe.

i) 750-Jahrfeiern in Berlin

D 2 trug vor, daß Regierender Bürgermeister Diepgen im Oktober zu Staatsakt nach Ost-Berlin eingeladen sei.[46] Außerdem lägen uns und F Anzeichen dafür vor, daß Honecker eine Einladung nach Westberlin zu einer zentralen Veranstaltung annehmen könnte. Die Bonner Vierergruppe sei mit der Frage befaßt.[47] Sie sollte möglichst operationell angefaßt werden. Es erschiene nicht gut, RBM Diepgen in die Rolle des Verweigerers zu drängen. Im Zuge der weiteren Entwicklungen Berlins, nicht zuletzt auch im Rahmen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und einem möglichen Besuch von Honecker in Bonn, wäre es langfristig gesehen nützlich, einen Modus zu finden, der Fragen des Status und der Sicherheit Berlins unberührt lasse und Berlin (West) die Offensive bringe. GB regte mit Zustimmung von US und F an, Statusfragen und alle anderen Auswirkungen sorgfältig zu prüfen, und bat, bei dem bevorstehenden Gespräch Chef BK mit den drei Botschaftern unsere Vorstellungen im einzelnen darzulegen.[48]

j) Kontrolle (Durchleuchtung) diplomatischer Kuriersendungen

GB wies erneut auf das Problem hin, das für unsere Kuriersendungen entstehen könnte, wenn die italienischen Pläne[49] in die Tat umgesetzt würden und

46 In einem am 8. Oktober 1986 übergebenen Schreiben lud der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, zum Statsakt der DDR am 23. Oktober 1987 im Palast der Republik in Ost-Berlin ein. Für das Schreiben vgl. Referat 210, Bd. 139169.
Mit Schreiben vom 8. Oktober 1986 lud darüber hinaus der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Krack, Diepgen zum „Treffen von Bürgermeistern aus aller Welt zum Thema ‚Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen'" ein, das vom 1. bis 5. Juni 1987 stattfinden sollte. Für das Schreiben vgl. Referat 210, Bd. 139169.

47 Legationsrat Graf von Waldersee vermerkte zur Sitzung der Bonner Vierergruppe am 23. Oktober 1986: „Der britische Sprecher bezeichnete die Offerten der DDR in beiden Richtungen als ‚sehr gefährlich'. […] Der amerikanische Sprecher berichtete von Überlegungen im State Department zu einer Gegeneinladung an Honecker mit dem Verständnis, daß Bundesstellen die Einladung mit aussprechen und daß die sichtbare Teilnahme von Bundesorganen integrierender Bestandteil der Veranstaltung, zu der eingeladen wird, sein würde. Der französische Sprecher bezog sich auf die in der V[ierer]G[ruppen]-Sitzung am 14.10. gemachte Äußerung. Er hatte dort u. a. von Überlegungen in Paris berichtet, die Einladung mit einer Gegeneinladung in den Reichstag (etwa unter Beteiligung des Bundespräsidenten) zu beantworten. In der Diskussion entstand der Eindruck, daß ein Aufenthalt GS Honeckers in den Westsektoren Berlins an sich voraussichtlich für die Alliierten keine unüberwindbaren Statusprobleme aufwerfen würde. Schwierigkeiten würden bei den Modalitäten liegen, z. B. bei Form und Art der Einladung." Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

48 Bundesminister Schäuble traf am 3. November 1986 mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) zusammen. Legationsrat Graf von Waldersee vermerkte am 5. November 1986, daß die Ergebnisse in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am folgenden Tag besprochen worden seien: „Nach gemeinsamem Verständnis soll D zur Konsultation mit den Alliierten in schriftlicher Form Entwürfe vorlegen für eine evtl. Gegeneinladung an GS Honecker und für eine Antwort des RBM auf die Einladung Honeckers mit einer Darlegung der Bedingungen für eine Annahme durch den RBM." Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

49 Mit Verbalnote vom 6. Oktober 1986 setze das italienische Außenministerium das Auswärtige Amt unter Hinweis auf den wachsenden internationalen Terrorismus davon in Kenntnis, daß die italienische Regierung folgende Maßnahmen ergreifen werde: „Zur Verhütung von Attentaten gegen die Sicherheit des Staates und das Leben von Personen werden die italienischen Behörden das persön-

von anderen Ländern zum Vorwand von Kontrollen (Durchleuchtungen) genommen würden. Für GB sei dies inakzeptabel. In Anbetracht des Mißbrauchs diplomatischer Kuriersendungen durch Staaten wie Libyen, Syrien und Nigeria behalte es sich jedoch das Recht vor, bei dringendem Verdacht die Sendungen zurückzuweisen oder einzuschreiten. D, F und US teilten diese Auffassung. GB plädierte dafür, auf entsprechender Ebene auf AM Andreotti einzuwirken, daß diese Frage nicht bürokratisch, sondern unter Berücksichtigung aller seiner politischen Konsequenzen behandelt werden müßte.

k) Sicherheit der Treffen der Direktoren

GB verwies auf verstärkte britische Sicherheitsvorkehrungen im Zusammenhang mit der Erwähnung der Treffen in RAF-Papier[50]. Er bat um Wahrung strengster Vertraulichkeit über Tatsache der Treffen sowie eine Verbreitung der Unterlagen. Als Sprachregelung für die Presse habe GB auf die Vierer-Treffen zu Berlin am Rande der NATO-Ministerratstagungen verwiesen. Bisher habe es keine Anfragen gegeben. GB schlug vor, diese Linie allgemein weiterzuverfolgen.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 12987 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1584

liche Gepäck der Diplomaten, mit dem sie nach Italien einreisen, wie auch das diplomatische Kuriergepäck (valise diplomatique – diplomatic bag), das für die ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Italien und die Internationalen Organisationen mit Sitz oder Dienststellen in Italien, bestimmt ist, einer Röntgenkontrolle unterziehen". Gleichzeitig werde um Beachtung gebeten, daß das diplomatische Kuriergepäck nur über festgelegte Grenzübergänge (Flug- und Seehäfen, Eisenbahn- und Autobahnübergänge) geleitet werden dürfe, „wo die genannten Röntgenkontrollen vorgenommen werden können". Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1156.

50 Für das Bekennerschreiben zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Referat 515, Bd. 195807.

307

Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer

310-530.36 SYR-621/86 geheim **30. Oktober 1986**[1]

Syrien und Terrorismus

Gesprächsvermerk

Anlage: 1 – Tb. 622/86 Kopie 1[2]

Der für Terrorismusbekämpfung zuständige US-Sonderbotschafter Bremer führte heute im Anschluß an Gespräche im Bundeskanzleramt[3] Gespräche im Auswärtigen Amt. Er war begleitet von Robert Bentley aus seinem Stab, dem Murphy-Mitarbeiter Satterfield und BR Farrar (US-Botschaft). Auf seiten des AA nahmen Dg 31[4], stv. RL 204[5], stv. RL 515[6] und der Unterzeichnete[7] teil.

Bremer bezeichnete es als seinen, ihm vom Präsidenten[8] erteilten Auftrag, mit wichtigen Alliierten Maßnahmen zu konsultieren, die – über die Einzelfälle Hindawi[9] und Hasi[10] hinaus – Syrien zu einer Änderung seiner Haltung in Sa-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Much gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 5. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 5. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bezieht sich die Befriedigung von Br[emer] auf dieses Gespräch?“
Hat Richthofen am 8. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja, aber auch auf das Gespr[äch] mit MD Teltschik.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 15. November 1986 vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt war ein amerikanisches Papier über die syrische Unterstützung des internationalen Terrorismus. Vgl. VS-Bd. 12994 (204).

3 Der amerikanische Sonderbotschafter Bremer informierte am 30. Oktober 1986 Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über amerikanische Erkenntnisse zu Verbindungen der syrischen Regierung zum internationalen Terrorismus und übermittelte die Bitte, die von den USA erwogenen Gegenmaßnahmen zu unterstützen. Teltschik zog das Fazit: „Wir können zwar mit den vom Bundeskabinett am 29.10. gegen Syrien beschlossenen Schritten bereits auf eine aus unserer Sicht sehr ausgewogene Reaktion verweisen. Nichtsdestoweniger zeichnet sich bereits ab, daß die USA und GB sich mit diesen Schritten nicht zufriedengeben, sondern von uns ein weiteres Eingehen auf ihre Vorstellungen verlangen werden.“ Vgl. VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Reinhard Schlagintweit.

5 Wilhelm Schönfelder.

6 Manfred Lippe.

7 Christian Much.

8 Ronald W. Reagan.

9 Am 17. April 1986 wurde auf dem Flughafen London-Heathrow ein Sprengstoffanschlag des jordanischen Staatsangehörigen Nezar Hindawi auf ein Passagierflugzeug der israelischen Fluggesellschaft „El Al“ mit Ziel Tel Aviv verhindert. Den Ermittlungen zufolge hatte Hindawi Verbindungen zur syrischen Botschaft in London, in der er im Anschluß Zuflucht suchte. Am 24. Oktober 1986 wurde er in London zu einer Haftstrafe von 45 Jahren verurteilt. Am selben Tag gab der britische Außenminister Howe im Unterhaus den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Bruch zwischen London und Damaskus“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 26./27. Oktober 1986, S. 3.

10 Zum Prozeß gegen den jordanischen Staatsangehörigen Hasi vor dem Landgericht Berlin vgl. Dok. 333 und Dok. 343.

chen Terrorismusförderung bewegen könnten. Angesichts früherer Kritik am US-Vorgehen (Libyen) wollten die USA erst konsultieren und dann Maßnahmen ergreifen.

Bremer stimmte unserer Einschätzung zu, daß Syrien prinzipiell beeinflußbar sei und der Dialog somit die Mühe wert sei. Zur zukünftigen Qualität der amerikanisch-syrischen Beziehungen äußerte er sich allerdings nur sehr zurückhaltend. Die Ergebnisse bisheriger amerikanischer Versuche, auf Syrien politisch Einfluß zu nehmen, bezeichnete er als enttäuschend. Im Mai 1986 hätten die USA in Syrien eine geheime hochrangige Demarche mit sechs Forderungen durchgeführt:

– Einstellung syrischer Unterstützung für die Abu-Nidal-Gruppe, die u. a. für die Anschläge in Karachi[11] und Istanbul[12] verantwortlich sei und von Syrien wahrscheinlich ausgerüstet, ausgebildet und logistisch unterstützt werde.

  Syrien, auf sein Öffentlichkeitsbild insbesondere im Westen bedacht, habe seine verbale, nicht jedoch seine praktische Unterstützung eingestellt.

– Engere Kontrolle über Syrien und besetztes libanesisches Territorium, insbesondere über den Flughafen Damaskus, als Transitplatz für Terroristen.

  Keine Besserung; die Täter des Karachi-Anschlags kamen aus Damaskus.

– Engere Kontrolle über iranische Gruppen, insbesondere über die „Revolutionswächter".

  Hier seien Verbesserungen erkenntlich, der Grund dafür liege jedoch im syrischen Eigeninteresse.

– Durchgreifen gegen palästinensische Terroristengruppen.

  Keine Besserung.

– Öffentliche Distanzierung von Libyen.

  Syrische öffentliche Unterstützung für Libyen hat nachgelassen, Ausbilder sind aber noch im Lande.

– Abkehr von der Praxis syrischer Geheimdienste, Botschaften und sonstige Stellen in die Ausführung von Akten des internationalen Terrorismus einzuschalten.

  Keine Besserung.

Da Syrien somit auf keinem Gebiet seine Haltung geändert habe, überdenke die amerikanische Regierung ihre Syrien-Politik. Bremer deutete an, daß die USA diesmal zunächst „European leadership" abwarten wolle, bevor sie[13] selbst weitergehende Beschlüsse fasse.

11 Zum Überfall auf ein amerikanisches Passagierflugzeug am 5. September 1986 auf dem Flughafen in Karachi vgl. Dok. 256, Anm. 20.

12 Vortragender Legationsrat Wilde, Istanbul, meldete am 7. September 1986: „Terroristischer Anschlag auf größte, zentral gelegene Synagoge ‚Neve Schalom' hat am 6.9.86 23 Todesopfer gefordert. Vier der Anwesenden 27 Gläubigen verletzt. Beide Attentäter schossen mit Pistolen in die Versammlung und warfen Handgranaten. Dabei kamen sie selbst ums Leben. […] Zu dem Anschlag sollen sich bisher vier Organisationen bekannt haben: Islamischer Widerstand, Islamischer Heiliger Krieg, Palästinensische Rache, Organisation Nordarabische Einheit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 28; Referat 515, Bd. 195698.

13 Korrigiert aus: „es".

Bremer präsentierte dann einen Katalog von Maßnahmen, die in Washington erwogen würden. Er vermied den Eindruck, es handele sich hierbei um Forderungen an unsere Adresse; er war sich bewußt, daß einige Maßnahmen durch unsere Kabinettsbeschlüsse vom 29.10.1986[14] schon implementiert sind.

A. Im politischen Bereich:

1) Hochrangige Demarchen gegenüber Syrien, um – über die akuten Fälle hinaus – unsere Haltung zum Terrorismus zu verdeutlichen.

2) Verurteilung des Terrorismus in öffentlichen Erklärungen.

3) Verschiebung politischer Besuche.

4) Überprüfung des Niveaus diplomatischer Vertretung, z. B. Rückruf von Botschaftern; (Anm.: USA haben, anders als Kanada[15], ihren Botschafter in Damaskus[16] nicht nur „zu Konsultationen", sondern schlechthin zurückberufen.) Überprüfung der personellen Stärke von Botschaften, Reziprozität von Pflicht der Diplomaten, Ein- und Ausreisen zu notifizieren.

5) Erschwerung von Visa-Formalitäten, strengere Überprüfung syrischer Pässe, Empfehlung an eigene Bürger, nicht nach Syrien zu reisen.

6) Verbot von Waffenverkäufen.

B. Im wirtschaftlichen Bereich:

1) Verweigerung von Landerechten für die syrische Fluglinie (dies sei – entgegen unserer Auffassung – auch mit sofortiger Wirkung möglich), Unterbindung von Ersatzteillieferungen an die syrische Fluglinie, keine Wartungsarbeiten.

2) Widerruf von Handelsvorteilen, z. B. Exportbürgschaften, Verkauf subventionierter Güter (Getreide).

3) Keine Kredite.

4) Keine Regierungshilfsprogramme (Entwicklungshilfe).

5) Reduzierung von Ölimporten, keine Hilfe bei Ölförderung.

6) Kontrolle über syrische Bankkonten.

Dg 31 erläuterte die von uns bereits ergriffenen Maßnahmen. Wir hatten die feste Absicht, deutliche Signale zu geben. Auch in diesem Fall sei europäische Solidarität und gemeinsames Handeln wichtig. Dies hätten wir vor und in Luxemburg[17] deutlich gemacht. Wir wollten aber den politischen Kanal zu Syrien

14 Zu den Beschlüssen des Kabinetts vgl. Dok. 333.

15 Kanadischer Botschafter in Damaskus war Jacques Noiseux.

16 William Lester Eagleton, Jr.

17 Im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 27. Oktober 1986 in Luxemburg gab der britische Außenminister Howe bekannt, daß die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ nach dem Ende des Prozesses gegen den jordanischen Staatsangehörigen Nezar Hindawi in London folgende Leitlinien beschlossen hätten: „Sie werden ihrer Empörung darüber Ausdruck verleihen, daß offizielle Stellen eines Staates in einen derart verabscheuungswürdigen Vorfall verwickelt sind; ihr Verständnis und ihre Unterstützung für die Maßnahmen des Vereinigten Königreichs bekunden und die Solidarität der Gemeinschaft unter Beweis stellen; […] sich verpflichten, daß keiner der im Zusammenhang mit der Hindawi-Affaire aus dem Vereinigten Königreich ausgewiesenen Diplomaten von den Partnerländern als Diplomaten akzeptiert werden; die Botschafter anweisen, der syrischen Regierung die Beweise für die Vorfälle vorzulegen […]; ihre Zustimmung zu den folgenden Punkten erteilen […]: Waffenverkäufe, Besuche ranghoher Persönlichkeiten, Aktivitäten der Botschaften, Sicherheitsvorschriften im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Syrischen Luftverkehrsgesellschaft; die Bedeutung, die alle Mitgliedstaaten der Fortführung eines konstruktiven

als einem wichtigen Staat des Nahen Ostens offen halten. Er leitete dann über zur Diskussion der innenpolitischen Verhältnisse Syriens, die seiner terroristischen Verwicklung zugrunde liegen. Weitgehende Übereinstimmung ergab sich in folgenden Bewertungen:

– Syrien sei zu rationalem politischem Handeln und zu Lernprozessen prinzipiell fähig. Es achte auf seinen Ruf im (insbesondere westlichen) Ausland. Bei dem Hindawi-Fall könne es sich um einen unüblichen handeln, der auf irrationale Motive, nämlich Assads Erbostheit über das israelische Abfangen eines libyschen Verkehrsflugzeugs mit dem GS der syrischen Baath-Partei an Bord[18], zurückzuführen sei.
– Syrische Verwicklung oder Begehung von Terrorakten im Ausland könne in zwei Fallgruppen aufgeteilt werden:
  – die Fortsetzung innersyrischer oder innerarabischer Auseinandersetzungen auf ausländischem Boden. Hier hätten die verschiedenen syrischen Repressionsorgane relativ freie Hand.
  – Anschläge auf Ausländer. Hier sei es wahrscheinlich, daß eine Genehmigung der Aktionen an höchster syrischer Stelle (Assad) stattfinde.
– In die Fälle Hindawi und Hasi sei der syrische Geheimdienst selbst, nicht palästinensische Gruppen wie Abu Nidal verwickelt.
– Über Rivalitäten zwischen syrischen Diensten oder Führungsschwächen in Damaskus liegen uns keine zuverlässigen Berichte vor.

Bremer betonte abschließend, wir, aber auch Japan, hätten als Teilnehmer des letzten 7er-Gipfels (Tokio) eine besondere Verantwortung, der dort verabschiedeten Terrorismuserklärung[19] Geltung zu verschaffen. Er empfahl Konsultationen mit Japan.

Dg 31 nahm die Anregung zur Kenntnis und stellte in Aussicht, daß wir das Thema auch mit der SU behandeln.

Bremer und *stv. RL 515* hielten es übereinstimmend für nützlich, daß GB die ICAO mit dem Fall Hindawi befasse.

VS-Bd. 12994 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1588

Dialogs mit den arabischen Ländern beimessen, erneut bekräftigen." Vgl. BULLETIN DER EG 10/1986, S. 85 f.

18 Zum Zwischenfall mit einer libyschen Passagiermaschine am 4. Februar 1986 vgl. Dok. 48, Anm. 19.

19 Für den Wortlaut der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 5. Mai 1986 zum Internationalen Terrorismus vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 311 f. Vgl. dazu ferner Dok. 137.

308

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt

VS-NfD **30. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Chef BK Herrn Bundeskanzler

Betr.: Ihr Interview in Newsweek von voriger Woche[2]

I. 1) Am 30.10.1986 empfing Bundesminister Schäuble den sowjetischen Botschafter Kwizinskij. Der Botschafter hatte ursprünglich um ein Gespräch bei Ihnen nachgesucht.

Botschafter Kwizinskij verlas die als Anlage beigefügte mündliche Botschaft der sowjetischen Führung, die er als Non-paper zurückließ.[3]

Darin wird die Erwartung ausgedrückt, daß Sie sich persönlich von der Veröffentlichung des amerikanischen Magazins distanzieren. Es wird auch dargelegt, daß ohne eine solche Distanzierung normale Beziehungen zur Regierung der Bundesrepublik Deutschland unmöglich seien. Die sowjetische Führung werde dann gezwungen sein, ernsthafte Konsequenzen zu ziehen.

2) In dem sich an die Verlesung der mündlichen Botschaft anschließenden Gespräch erklärte Bundesminister Schäuble, daß

– er nach Kenntnisnahme vom Wortlaut der Botschaft nicht abschließend Stellung nehmen wolle und könne,
– die Bundesregierung zu dem Vorfall sich bereits geäußert habe,
– er die Angelegenheit in seinem Gespräch mit der Delegation des Obersten Sowjets gegenüber dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Batalin angesprochen habe[4] und

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach konzipiert und über Ministerialdirigent Stabreit an Ministerialdirektor Teltschick, alle Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Zeichnung." geleitet.
Hat Stabreit vorgelegen.

2 Am 27. Oktober 1986 veröffentlichte das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" ein Interview mit Bundeskanzler Kohl. Auf die Frage „How do you judge Gorbachev and his intentions?" anwortete Kohl: „Nobody expected anything to come from old Brezhnev, and they didn't expect Andropov to achieve anything when they found out that he was a sick man. Chernenko was just an interim pope. For 10 years the situation was just static. Now you have someone of my generation. It's important that he's no longer of the war generation. He must produce some results, and there are great expectations linked to him. You may preserve a repressive system, but you can only make an ineffective system more effective if the population joins in this effort at least a little bit. And then you can try to achieve this with two methods. You can use the whip, which was Stalin's method … The other approach is that of [Janos] Kadar [of Hungary] or Deng Xiaoping, and somewhere in between he will have to find his place. I'm not a fool: I don't consider him to be a liberal. He is a modern communist leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too." Vgl. den Artikel „Kohl to Reagan: ‚Ron, Be Patient'"; NEWSWEEK, Nr. 43 vom 27. Oktober 1986, S. 20.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.

4 Auf Einladung des Bundestagspräsidenten Jenninger hielt sich vom 22. bis 29. Oktober 1986 eine Delegation des Obersten Sowjet unter Leitung des sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsi-

– er überrascht sei, daß die sowjetische Seite die Angelegenheit noch nicht als beendet betrachte. Er frage sich, ob die sowjetische Regierung mit der mündlichen Botschaft auf die Angelegenheit angemessen reagiere.

Bundesminister Schäuble führte weiter aus,

– daß Ihnen das Protokoll des Interviews nach der Aufzeichnung nicht mehr persönlich vorgelegen habe,
– daß wir nunmehr bereits in das Stadium der Bewertung des Interviews eingetreten seien und
– daß Ihnen ferngelegen habe und fernliege, einen Vergleich zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Josef Goebbels herzustellen.

Bundesminister Schäuble sicherte Botschafter Kwizinskij zu, daß er Sie persönlich über seine Demarche unterrichten werde.

Botschafter Kwizinskij unterstrich sein Interesse an einem Fortgang der guten Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, „daß Sie die Worte finden würden, um das Unerfreuliche, das vorgefallen sei, aus der Welt zu schaffen". Es gehe im Kern um Ihr persönliches Verhältnis zum Generalsekretär. Die anstehenden Besuche dürften nicht gefährdet werden.[5] Der von der sowjetischen Führung jetzt unternommene Schritt sei darauf zurückzuführen, daß die bisherigen Reaktionen der Bundesregierung nicht durch Sie selbst, sondern durch den stellvertretenden Regierungssprecher Schmülling erfolgt seien und im Ergebnis auch auf eine Bestätigung der sowjetischen Behauptung hinausliefen. Eine nachfolgende Erklärung von Staatssekretär Ost[6] sei außer im Kölner Stadtanzeiger nirgendwo veröffentlicht worden. Die sowjetische Seite habe sich auch über ihren Botschafter[7] bei Newsweek in New York erkundigt und die in der mündlichen Botschaft erwähnte Antwort von Newsweek erhalten.

II. Der sowjetischen Seite muß jede Möglichkeit entzogen werden, die sich gut entwickelnden deutsch-sowjetischen Beziehungen im Vorfeld der Bundestags-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1590

denten Batalin in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Schäuble am 28. Oktober 1986 führte er aus, „daß die sowjetische Seite erstaunt, betroffen und enttäuscht gewesen sei, als ihr das Interview des Bundeskanzlers von voriger Woche in Newsweek zur Kenntnis gebracht worden sei. Dieses Interview fördere nicht die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen." Schäuble erwiderte, „daß der Bundeskanzler die Äußerungen, so wie sie in Newsweek abgedruckt worden seien, nicht gemacht habe. Der Bundeskanzler habe auch einen Vergleich mit anderen Personen nicht gezogen und nicht ziehen wollen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71; B 150, Aktenkopien 1986.

5 Vgl. dazu die beim Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR in Aussicht genommenen bilateralen Gespräche; Dok. 218.
Am 12. November 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken die Botschaft in Moskau: „Gestern, 17.00 Uhr, fand beim Bundesminister eine Besprechung zur Frage statt, wie es mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen weitergehen soll. […] BM wies darauf hin, daß die Sowjets die Angelegenheit nutzen würden, um Wohlverhalten auf unserer Seite zu erlangen. Er betonte, es dürfe keine Lage entstehen, die uns in Zugzwang bringe. Die Sowjets dürften nicht sagen, […] daß sie mit diesem oder jenem reden möchten, mit einem Dritten aber nicht. Wir müßten diese Angelegenheit gegenüber den Sowjets mit großer Umsicht behandeln. Einstweilen blieb offen, wie wir uns verhalten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1150; Referat 213, Bd. 139309.

6 Zur Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 24. Oktober 1986 vgl. Dok. 310, Anm. 16.

7 Jurij Wladimirowitsch Dubinin.

wahlen[8] zu belasten und zu beeinträchtigen. Auch den Oppositionsparteien sollte keine Gelegenheit gegeben werden, die Sache zu ihren Gunsten auszuschlachten. Ich empfehle daher, die Angelegenheit so rasch als möglich durch ein persönliches Schreiben an Generalsekretär Gorbatschow aus der Welt zu schaffen. Dieses Schreiben muß zur Veröffentlichung geeignet sein, da nicht ausgeschlossen werden kann, daß es auf die eine oder andere Art an die Öffentlichkeit gelangt.

Der Wortlaut der entsprechenden Texte ist in den Anlagen[9] beigefügt.

[gez.] Teltschik

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

309

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-320.10 SOW VS-NfD **30. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Dg 21[2]/D 2 i. V.[3]
Herrn Staatssekretär[4] Herrn Bundesminister[5]

Betr.: „Öffentlichkeit" (Glasnost): ein neues Element in der sowjetischen Politik

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Kurzfassung liegt bei.[6]

I. 1) Unmittelbar nach GS Gorbatschows Amtsantritt[7] wurde ein neues Leitmotiv in der sowjetischen Politik hörbar: Die Forderung nach „Glasnost" oder „Transparenz" in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Gorbatschow hat

8 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.
9 Dem Vorgang nicht beigefügt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Attaché Höfer-Wissing konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 31. Oktober 1986 vorgelegen.
2 Jürgen Oesterhelt.
3 Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen Ministerialdirigent Oesterhelt am 30. Oktober 1986 vorgelegen.
4 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 31. Oktober 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 13. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Heyken am 17. November 1986 erneut vorgelegen.
5 Die Wörter „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen.
6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 213, Bd. 139289.
7 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

sich selbst mit dieser Politik, die sich bereits seit Mitte der siebziger Jahre vorbereitete, in hohem Maße identifiziert. Die Verwirklichung von mehr Glasnost bildet ein Schlüsselelement der vom GS angestrebten „Perestrojka", der Umgestaltung und tiefgreifenden Modernisierung der UdSSR.

Glasnost ist aber nicht nur ein wichtiges Instrument der Führung zur Steuerung der Umformung, sondern muß auch im Kontext der sowjetischen Informationspolitik, die ebenfalls neue Formen aufweist, gesehen werden.

Am Ende des 7. Jahrzehnts nach der Oktoberrevolution herrschen Partei und Apparat bislang ohne wirksames Korrektiv. Kritik einer informierten und wachsamen Öffentlichkeit gibt es nicht.

Folge des Mangels an Korrektivmechanismen sind zunehmende Verkrustung – Gorbatschow sprach im Juli in Chabarowsk von einer Muschelschicht, die es abzukratzen gelte, um das Schiff wieder flott zu bekommen[8] – und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des gesellschaftlichen Systems. Um diese wiederherzustellen, ohne den Primat der Partei aufs Spiel zu setzen, muß die Partei selbst so beweglich und attraktiv werden, daß sie Vorbild wird und Autorität gewinnt. Dazu gilt es, die für Entscheidungsprozesse notwendigen Kommunikationswege wieder gangbar zu machen und dafür zu sorgen, daß Kritik ihre Adressaten erreicht und Wirkungen hervorruft.

Bisher wurde Kritik nicht zugelassen, um die bestehende Herrschaftsform nicht zu gefährden. Nunmehr soll sie möglich werden, um die Anpassung des Systems an die Moderne und damit auch die Existenz des Systems zu sichern, ohne daß damit aber die Herrschaftsform des Ein-Parteien-Staates in Frage gestellt werden soll.

II. 1) Straffung der Entscheidungsstränge, bessere Kontrollierbarkeit der Parteiinstanzen und dadurch Wiederherstellung der Partei als effizienter Führungsapparat und Motor des Reformprozesses in der gesellschaftlichen Entwicklung sind die Hauptziele der Glasnost-Politik. Wenn Glasnost als systemimmanentes Heilmittel wirken soll, muß die Partei selbst Hauptmotor auch der Glasnost sein.

Parteiinterne Kritiker der Glasnost-Politik äußern die Befürchtung, daß Zulassung von Kritik das Prestige und in der Folge auch den Führungsanspruch der Partei in Frage stellen könnte. Zwar publizierte die Prawda (13.2.86) Leserkritik an mittleren Parteikadern[9] und setzte sich für die Notwendigkeit harter

8 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 31. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 38–57.
Botschafter Kastl, Moskau, übermittelte am 1. August 1986 die Einschätzung, daß Gorbatschow am Ende einer Reise, die ihn vom 25. bis 31. Juli 1986 in die östliche UdSSR bis nach Wladiwostok geführt habe, „angestrengt, bitter und aggressiv" gewirkt habe: „Der Tenor der Rede in Chabarowsk bezeugte, daß der Widerstand gegen seine Politik im Land verwurzelt ist. Die ‚Beschleunigung' ist von sich aus nicht in Gang gekommen, dynamische Kräfte haben sich nicht entfaltet: Zum Teil liegt dies am System und zu engherzigen Reformansätzen, zum Teil an der Verantwortungsscheu und Inkompetenz und ganz gewiß an der Trägheit der Massen, die den Ruf der Oberen nach neuen Ufern schon zu oft haben wirkungslos verhallen hören. […] G[orbatschow] scheint selbst zu wissen: Er bewegt sich auf dünnem Eis." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2160; Referat 213, Bd. 139289.

9 Unter der Überschrift „Vsenarodnaja tribuna" veröffentlichte die sowjetische Tageszeitung „Prawda" am 13. Februar 1986 Zuschriften an Parteifunktionäre sowie redaktionelle Zusammenfassungen weiterer Briefe. Vgl. PRAVDA vom 13. Februar 1986, S. 3.

Kritik ein: Lenin habe gesagt, Publizität sei ein Schwert, das die Wunden selbst heile, die es schlage.

Doch lassen sich Äußerungen Ligatschows auf dem 27. Parteitag[10] dahingehend interpretieren, daß dieser „zweite Mann" der Partei Kritik an der Partei und ihren Beschlüssen nur aus den Reihen der Partei zulassen möchte.

Äußerungen Gorbatschows in Chabarowsk über die Notwendigkeit der Selbstkritik, die mit dem Fehlen von Oppositionsparteien begründet wurde, könnten den Anschein erwecken, als wolle er das Paradoxon einer pluralistischen Gesellschaft innerhalb des Ein-Parteien-Staates verwirklichen. Bezeichnenderweise wurden diese Ausführungen des Parteichefs in der Presse ebenso unterdrückt wie seine Andeutung einer notwendigen Selbstreinigung der Partei und seine verächtliche Warnung vor den ewigen Werten dogmatischer Scholastiker. Das läßt auf die Stärke orthodoxer Kräfte und die Intensität innerparteilicher Beharrungstendenzen schließen.

2) Über den Parteirahmen hinausgreifend, verfolgt die Glasnost-Politik vor allem das Ziel, die Leistungsfähigkeit der UdSSR zu steigern. Es scheint klargeworden zu sein, daß eine größere Effizienz nur erreicht werden kann, wenn der „menschliche Faktor" erheblich mehr als bisher aktiviert und die Bevölkerung zu mehr Leistungsbereitschaft motiviert wird.

Zugleich soll Glasnost einen Beitrag zur stärkeren Partizipation der Bürger am öffentlichen Leben darstellen.

3) Ein weiteres psychologisches Ziel der Glasnost ist die Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit für die sowjetischen Medien. Schädlichen Einflüssen westlicher Provenienz soll ebenso entgegengewirkt werden wie den ab und an im Lande umgehenden Gerüchten.

Allerdings werden immer noch Störsender eingesetzt, um den Empfang westlicher Rundfunkstationen unmöglich zu machen. Auch ist das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den offiziellen Medien nicht geschwunden. Man vermutet jetzt nach schlechten Nachrichten wohl, die Wahrheit sei noch viel schlimmer als berichtet, und wirft dem GS vor, unter ihm häuften sich die Hiobsbotschaften. Der GS selbst leitet aus diesem Verhalten (im heimatlichen Krasnodar am 18. Sept. 86[11]) die Notwendigkeit von noch mehr Offenheit ab. Er muß aber einkalkulieren, daß die Öffentlichkeit sich nicht nur mit den negativen Seiten des Systems auseinandersetzen will, sondern auch Positives geboten bekommen möchte.

10 Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

11 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 94–114.
Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 21. September 1986, Gorbatschow sei in Krasnodar „sichtbar erholt und ohne die Bitterkeit von Chabarowsk" aufgetreten: „Die schleppende Umständlichkeit, mit der die Ministerien und Gosplan die Veränderungen betrieben, war Hauptziel seines Tadels. Unkenntnis über die Notwendigkeit der ‚Perestrojka' und Widerstand gegen sie wurden von ihm zugegeben, mit hämmernden Gegenargumenten legte er aber die Notwendigkeit dar, Ignoranz und Widerstände zu überwinden." Kastl kam zu dem Schluß: „Ohne inhaltlich neue Akzente zu setzen, zeigt Gorbatschow neuen Schwung, ungebrochenes Selbstbewußtsein und den Willen, alle Widerstände auf seinem Wege zu überwinden. Seine ständigen Hinweise auf Gegner seiner Politik und zahlreiche Zitate Lenins beweisen aber, daß er um seine Sache ringen muß und daß der Kampf noch nicht ausgestanden ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2665; Referat 213, Bd. 139289.

III. Bisher lassen sich folgende Elemente der Glasnost-Politik feststellen:

– Regelmäßige offene Kritik in den Medien an Mißständen wie Korruption nicht nur in Form kurzer Kampagnen, sondern mit weit höherer Intensität. Ähnlich auch Kritik an Parteigliederungen. (Häufig wird in der Zentralpresse bemängelt, daß die regionale Presse nicht Kritik zu üben wage. Dies habe seine Ursachen nicht nur im Einfluß der Provinz-Potentaten, sondern auch im schlechten Ausbildungsstand der Provinzjournalisten und der ungenügenden personellen Ausstattung der lokalen Presse.)

– Erstmals offene Ansprache des Drogenmißbrauchs. (Bisher wurde dieser als ein typisches Merkmal des westlichen Kapitalismus ausgegeben.)

– Intensivierung der Kampagne gegen Alkoholismus. (Schon oft wurde versucht, gegen den Alkoholismus in der SU vorzugehen. Der Gorbatschowsche Feldzug gegen dieses Problem ist von bisher nicht dagewesener Intensität.)

– Eine neue Art der Reaktion auf Unglücksfälle wird vorgeführt: Nicht mehr Verheimlichung, sondern ausführlichere Behandlung, wenn auch im Einzelfall sicher nicht ohne propagandistische Nebenabsichten.

– Erstmals hat das Politbüro im August 86 bereits gefaßte Beschlüsse unter ausdrücklicher Berufung auf in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik geändert (Siegesdenkmal in Moskau, Flußumleitung in Sibirien).

– Meinungsumfragen werden durchgeführt und veröffentlicht.

– Fernsehsendungen mit Beteiligung westlicher Persönlichkeiten, die nicht-regimekonforme Ansichten äußern; Durchführung von Diskussionsveranstaltungen mit westlichen Teilnehmern, die die West-Ost-Problematik behandeln.

– Medienbehandlung von bisherigen Tabuthemen (z. B. Emigration[12]).

Ohne daß es hier näher ausgeführt werden könnte, ist anzumerken, daß Glasnost sicher auch im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Erscheinungen gesehen werden muß:

– Öffnung der Kulturpolitik (z. B. Enttabuisierung bisher verfemter Schriftsteller, Freigabe bisher unter Verschluß gehaltener Filme; zu derartigen Entwicklungen kam es auch bereits früher, nach dem Tode Stalins).

– Reformabsichten auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften.

– Anzeichen sind erkennbar, daß eine neue Annäherung an die eigene Vergangenheit möglich werden könnte. Hier handelt es sich um eine für die Legitimität des sowjetischen Systems sehr heikle Angelegenheit.

IV. 1) Außenpolitisch fügt sich die Glasnost mit althergebrachten Mitteln sowjetischer Informationspolitik zu einem System zusammen, das es der SU ermöglicht, sich selbst als glaubwürdigen und seriösen Partner innerhalb der internationalen Gemeinschaft darzustellen. Dazu setzt sie – im Kontext einer offensiveren Politik, die als „neue politische Denkweise" für ein „allumfassendes System der internationalen Sicherheit" eintritt – neben den traditionellen propagandistischen Mitteln (z. B. öffentliche Kundgebungen an die VN bzw. westliche Staatsmänner, werbewirksame Auftritte geschickter Propagandisten wie

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Oesterhelt handschriftlich eingefügt: „oder jüngst: Prostitution".

nicht zuletzt des GS selbst) offenbar vor allem darauf, daß eine ungewohnt gründliche und schnelle Information auch über Katastrophen und Mißstände im Westen schon die Überzeugung auslöst, es habe sich eine qualitativer Systemwandel vollzogen.

Ein Beispiel hierfür ist die Informationspolitik nach Katastrophen: Während nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl[13] zunächst noch in die alten Muster verfallen wurde (Verheimlichung, dann zögernde Zugabe längst bekannter Fakten) und erst langsam eine aufgeschlossenere Haltung eingenommen wurde, kam man den angestrebten Verhaltensweisen beim Untergang des Passagierschiffs „Admiral Nachimow" im Schwarzen Meer[14] bzw. des Yankee-U-Bootes im Atlantik[15] sowie beim Hijacking in Ufa[16] schon näher. Das Ergebnis – Protest im Westen gegen hiesige KKW, aber kein Protest gegen die Wiederinbetriebnahme des KKW Tschernobyl – belegt, daß der SU Erfolge dieser Medienoffensive auch deshalb in den Schoß fallen, weil die Erwartungshaltung ihr gegenüber denkbar gering ist.

2) Die SU möchte ihr Image in der westlichen Öffentlichkeit verbessern und das Bild, das man sich von ihr als einer geschlossenen Gesellschaft macht, widerlegen. Hier hat sich, auch im Zusammenhang mit Reykjavik[17], gezeigt, daß es Gorbatschow relativ leicht fällt, die Amerikaner in die propagandistische Defensive zu drängen. Geschickte Zugeständnisse – wie z. B. die Zulassung privater amerikanischer Überwachungsmaßnahmen auf dem Testgelände Semipalatinsk –, die die SU wenig kosten, unterstützen diese Politik.

Gerade die Abrüstungspolitik zeigt jedoch, daß die Glasnost-Politik dem Westen Möglichkeiten bietet, von der SU substantielle Zugeständnisse zu erlangen. Der erfolgreiche Abschluß der KVAE[18] ist auch in dem Zusammenhang zu sehen, daß die SU unter Beweis stellen mußte, daß sie Glaubwürdigkeit wirklich verdient.

3) Sehr vorsichtig geht die SU daran, der eigenen Bevölkerung mehr an kontroverser Information über die eigene Westpolitik und die Außenpolitik des Westens zuzumuten.

So kam es im Fernsehen zu Diskussionen mit westlichen Teilnehmern zuletzt anläßlich des „Zeit"-Symposiums Mitte Oktober in Moskau. Die sowjetisch-ame-

13 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

14 Zum Schiffsunglück auf dem Schwarzen Meer am 31. August 1986 vgl. Dok. 238, Anm. 14.

15 Zur Havarie eines sowjetischen U-Bootes am 3. Oktober 1986 vgl. Dok. 277, Anm. 19.

16 Am 20. September 1986 brachten zwei Männer ein Passagierflugzeug der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot, das sich mit 76 Personen an Bord auf dem Weg von Kiew nach Nischnewartowsk befand, bei einer Zwischenlandung in Ufa vorübergehend in ihre Gewalt. Sie hatten zuvor auf der Flucht vor der Polizei zwei Polizisten erschossen und töteten bei dem anschließenden Entführungsversuch zwei Flugpassagiere: „Wie das Moskauer Fernsehen […] meldete, wurden die beiden Männer, die als drogensüchtige Kriminelle bezeichnet wurden, bei der Befreiung des Flugzeugs getötet." Vgl. die Meldung „Flugzeugentführung im Ural vereitelt – Sechs Tote"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. September 1986, S. 1.

17 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

18 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

rikanische Diskussionsveranstaltung in Jurmala im September[19] wurde im lettischen Fernsehen teilweise live übertragen, wobei amerikanische Teilnehmer vor Tabus nicht zurückschreckten (Annexion des Baltikums[20]).

Es stellt sich die Frage, ob so nicht eher der im Zeitalter neuer Informationstechnologien praktisch nicht zu verhindernde Zufluß westlichen Denkens in die „richtigen Kanäle" geleitet werden soll.

V. 1) In Anbetracht der Tatsache, daß die Politik der Umgestaltung noch in den Anfängen steckt, verbietet es sich, die Glasnost-Politik bereits abschließend zu bewerten. Wenn auch das Bemühen unverkennbar sein mag, die Massen zu aktivieren und zu größerer Anteilnahme am Leben der SU und an ihren Problemen zu motivieren, so bleibt die Frage, ob es den Trägern der Politik gelingt, sich durchzusetzen. Die Widerstände sind jedenfalls erheblich. Weiter ist fraglich, wie weit diese Politik getrieben werden soll.

2) Vor allem im Westen sind immer wieder Stimmen zu vernehmen, die von einer qualitativen Änderung des sowjetischen Systems sprechen. Das ist verfehlt. Ein Übergang aus dem doktrinären Ein-Parteien-Staat in eine pluralistische Gesellschaft ist offensichtlich nicht beabsichtigt. Sowjetische Bekundungen, an eine Begrenzung der Glasnost sei nicht gedacht, widersprechen diesem Befund nicht. Es lassen sich Parallelen zur „Neuen ökonomischen Politik" (NEP[21]) Lenins herstellen (die Prawda tat dies erstmals am 28.10.86[22]).

Die Begrenztheit der Glasnost-Politik machte Gorbatschow ungewollt deutlich, als er dem Bundesminister erklärte, in der SU sei aus einer geschlossenen Gesellschaft eine offene geworden.[23] Offensichtlich geht ihm das Erreichte schon weit genug. Geradezu merkwürdig mutet es an, wenn Gorbatschow in seiner letzten Fernsehansprache nach Reykjavik (22.10.86)[24] behauptete, die amerikanische Gesellschaft sei eine sich immer mehr verschließende Gesellschaft.

Offensichtlich hat Gorbatschow – und mit ihm die ganze sowjetische Führung – keine klare Vorstellung davon, was Pluralität und Offenheit der Gesellschaft nach westlichem Muster bedeuten.

3) Gorbatschows Verwahrung dagegen, daß es sich bei der Glasnost nur um eine Kampagne handele, und seine Beteuerung der Kontinuität dieser neuen Politik deuten an, daß ein neuer Zustand öffentlicher Anteilnahme in der SU erreicht und erhalten werden soll. Spekulationen darüber, ob sich daraus einmal

19 Vom 15. bis 19. September 1986 fand in Jurmala eine öffentliche Konferenz u. a. mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums statt. Vgl. Ojras KALNINS (Hrsg.), Chautauqua/Jurmala 1986. A Latvian-American Perspective, American Latvian Association in the United States 1987.

20 Nach der Besetzung Estlands, Lettlands und Litauens durch sowjetische Truppen im Juni 1940 wurden unter sowjetischem Druck neue Regierungen eingesetzt. Die am 14./15. Juli 1940 neugewählten Parlamente beantragten am 21. Juli 1940 die Aufnahme in die UdSSR.

21 Nowaja ekonomitscheskaja politika.

22 Am 28. Oktober 1986 veröffentlichte die sowjetische Tageszeitung „Prawda" einen Artikel anläßlich des 65. Jahrestags der Verkündung der „Neuen Ökonomischen Politik" durch Lenin auf dem X. Parteitag der KPdSU vom 8. bis 16. März 1921 in Moskau. Vgl. dazu den Artikel „Iskusstvo točnogo rasčeta"; PRAVDA vom 28. Oktober 1986, S. 2.

23 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; Dok. 209.

24 Zur Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 297, Anm. 3.

ein irreversibler Sprung zu einer neuen Gesellschaftsqualität mit jetzt noch völlig utopischen Entwicklungsmöglichkeiten ergeben könnte, ob die Eigendynamik des eingeleiteten Prozesses zu ganz ungewollten Ergebnissen führen könnte, verbieten sich im gegenwärtigen Stadium. Vorläufig würde es der sowjetischen Führung nicht schwerfallen, die gesamte Glasnost-Politik wieder zurückzunehmen.

Heyken

Referat 213, Bd. 139289

310

Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kowaljow in Moskau

VS-vertraulich **31. Oktober 1986**[1]

1) *Kowaljow* (nahm den Tenor der Ausführungen vor der Unterbrechung[2] noch einmal auf): Es gebe keine gemeinsame Einschätzung der bisher geführten Gespräche. Er wies darauf hin, daß D 2 seine Gespräche fortsetzen und die Fragen vertiefen werde.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, am 4. November 1986 gefertigt und mit Schriftbericht vom 4. November 1986 übermittelt. Dazu teilte er mit: „Weisungsgemäß folgt nachstehend Niederschrift des Gesprächs mit dem 1. St[ell]v[ertretenden] Außenminister Kowaljow nach der Pause (entsprechend der Übersetzung durch den sowjetischen Dolmetscher)."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 7. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Kastrup am 10. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vgl. auch anliegende Spiegel-Meldung".
Hat Richthofen am 12. November 1986 vorgelegen.

2 Über den ersten Teil seines Gesprächs mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ersten Außenminister am 31. Oktober 1986 teilte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, mit: „StV AM Kowaljow (K.) eröffnete das Gespräch mit Bewertung der Gespräche am Vorabend; er wolle ‚offen' sagen, daß Bericht hierüber in ihm Gefühl der Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Er sei davon ausgegangen, daß es zu ‚seriösen und echten Gesprächen' mit uns kommen würde. Jetzt sehe es nicht danach aus, vielleicht könne sich das in den noch anstehenden Gesprächen auch noch ändern. K. schloß die Vermutung an, daß unsere Seite möglicherweise mit der Vorbereitung auf Wien noch nicht fertig sei (er meinte: bei der Frage der Behandlung der konventionellen Abrüstung). D 2 teilte K.s Einschätzung vom Vortage nicht und hob Übereinstimmung in einer Reihe von Fragen hervor: Bedeutung von Reykjavik und des Wiener Folgetreffens nach Reykjavik, Behandlung der Frage der konventionellen Stabilität in Wien – allerdings unter Berücksichtigung der Ausgewogenheit aller Körbe und unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der anderen Mitgliedstaaten, d. h. in den Körben I, II und III. […] Andererseits, so D 2, sei auch er nicht ganz zufrieden. Nachdem K. einen offenen Meinungsaustausch vorgeschlagen habe, wolle er nicht verhehlen, daß das Herangehen der sowjetischen Seite z. T. eine Haltung reflektiert habe, von der wir geglaubt hätten, daß sie im Juli d[ieses] J[ahre]s überwunden worden sei. Er sei betroffen: Beim Treffen der Minister in New York sei Vergleich der Ausreiselisten vereinbart worden (Ge-

Zu Reykjavik[3] wolle er die uns bekannte sowjetische Einschätzung, d.h. „Paket" usw., nicht wiederholen, aber hervorheben: Durch Reykjavik sei der sowjetisch-amerikanische und auch der Ost-West-Dialog auf eine neue Höhe gehoben worden, die noch vor einigen Monaten unerreichbar erschienen wäre. Nach Reykjavik sei nicht nur ein Entstellen der Ergebnisse, sondern auch ein „Abrutschen" zu beobachten. Zu dem, was die Amerikaner nach Reykjavik gesagt hätten: Die Sowjets hätten ein gutes Gedächtnis und Beweismittel dafür, was geschehen sei. Bezüglich der Bundesrepublik, d.h. der Reise des BK nach Washington[4], während der dieses „Abrutschen" infolge Verzerrens der Ergebnisse von Reykjavik zu beobachten gewesen sei, könne er sagen: Die Bundesrepublik leiste einen „schändlichen Beitrag" und tue dies weiter – dies sei den gesamten Informationen aus verschiedenen Quellen aus Hauptstädten, auch aus Bonn, zu entnehmen. Darauf könnten sich die Sowjets verlassen. Wenn er nach den ersten Gesprächen von D2 von Unzufriedenheit gesprochen habe: Hier, bei der Einschätzung der gesamten Politik der Bundesrepublik, stelle sich die Frage des Vertrauens. Es gehe hier nicht nur um nicht übereinstimmende Standpunkte und Wertungen. Im Zusammenhang mit dem Vertrauen könnten die Sowjets nicht vom Interview des BK mit Newsweek[5] abstrahieren. Er hoffe, daß wir hierüber berichten. Es falle schwer, die passenden Worte zu finden. Entweder beleidigend oder empörend – aber je stärker der Ausdruck ist, den man wähle, desto richtiger werde es sein. Die sowjetische Botschaft habe Kontakt im BK-Amt[6] und mit BM[7] gehabt. Die Reaktion der Bundesregierung sei keineswegs zufriedenstellend. Die Sowjets hätten sehr gewichtige Gründe, davon auszugehen, daß der BK das wirklich gesagt habe.

Stellen Sie sich vor, daß wir unserem Volk erklären und berichten, was der BK Newsweek gesagt hat, welche Empörung das in unserem Volk auslösen und wie sich das auf die bilateralen Beziehungen auswirken würde. Einstweilen tun wir das nicht. Wir erwarten, daß die Bundesregierung und der BK persönlich die Möglichkeit finden, die Frage irgendwie aus der Welt zu schaffen. Vielleicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1598

sandter Ussytschenko hatte am Vorabend Zustimmung seines Ministers in Abrede gestellt). Wir hätten unsere Unterlagen noch einmal überprüft und festgestellt, daß eine Verabredung getroffen wurde. D2 befürchtete, BM werde nicht zufrieden sein, wenn dies das letzte Wort der sowjetischen Seite in dieser Angelegenheit heute bleibe." Vgl. Referat 213, Bd. 139317. Zu dem Gespräch vgl. auch Dok. 313.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

5 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" vgl. Dok. 308, Anm. 2.

6 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 30. Oktober 1986; Dok. 308.

7 Bundesminister Genscher führte am 30. Oktober 1986 ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij, in dessen Mittelpunkt Fragen der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle standen. Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" führte Kwizinskij aus: „Die Empörung habe sich leider noch nicht gelegt und werde sich vielleicht atmosphärisch auswirken. Er hoffe, daß die kommende Bundestagsdebatte die Möglichkeit eröffnen werde, aus berufenem Munde etwas zu hören." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139308.

kann man das morgen im Bundestag tun (Einwurf RL 213[8]: am 6. November[9]). Je früher, desto besser ist es für unsere Beziehungen.

Wir haben den Eindruck, daß man in Bonn die Tiefe der Reaktion unterschätzt, die das unwürdige Interview auslösen kann – ein für einen Kanzler unwürdiges Interview. Normalerweise geht man bei solchen Sachen vor Gericht oder es gibt eine Entschuldigung. Wenn man irgendeine Erklärung macht, findet man Wege, sich zu entschuldigen. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Es geht darum, daß er sich einen unwürdigen Ausfall gegen unseren Leiter erlaubt hat. Ich kann mit Sicherheit sagen: Wenn diese Frage nicht aus der Welt geschafft wird, wenn der BK nicht Entschlossenheit und Mut findet, entsprechende Schritte zu tun, dann werden bei uns Schlußfolgerungen für unsere Politik gegenüber der Bundesrepublik gezogen werden. Ich glaube der Besuch von AM Schewardnadse (in der Bundesrepublik Deutschland) wird dann in Frage gestellt sein – ganz zu schweigen von anderen Folgen. Und ich bin völlig sicher, wenn zum Zeitpunkt des Treffens in Wien (der Außenminister)[10] die Frage nicht aus dem Weg geschafft ist, dann wird das Treffen dieser Frage gewidmet sein.

Ich möchte, daß Sie dies möglichst schnell nach Bonn berichten, weil die Lage dort unterschätzt, noch nicht begriffen wird. Offen gesagt: In dieser Situation habe ich kein Bedürfnis, die anderen Fragen zu erörtern, weil diese scharfe Frage im Mittelpunkt steht. Die Herren Kaschlew und Karpow werden Verständnis haben, daß Sie sich verspäten, um sofort Bonn zu informieren.

2) *D2* wies auf Gespräch BM–Kwizinskij und voraufgegangenes Gespräch Dg 21–Kwizinskij hin, bei dem Herr Dg 21 eine vom BK autorisierte schriftliche Darlegung übergeben habe.[11] Es handele sich um ein bedauerliches Mißverständnis. BK habe diese Äußerung so nicht getan. „Das wissen Sie." Batalin habe BM gesagt: Wenn er diese Äußerung nicht getan habe, dann könne das bei ihnen (den Sowjets) nur Befriedigung auslösen.[12] Regierungssprecher Ost

8 Eberhard Heyken.

9 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 6. November 1986 vor dem Bundestag vgl. Dok. 316, Anm. 9.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 5. November 1986 vgl. Dok. 316 und Dok. 317.

11 Ministerialdirigent Oesterhelt übergab dem sowjetischen Gesandten Jelisarjew am 24. Oktober 1986 ein Non-paper mit einer „Richtigstellung durch das Bundeskanzleramt" und bestätigte auf Rückfrage, „daß dies als offizielle Antwort zu betrachten sei". Die Erklärung lautete: „Der Bundeskanzler hat in seinem Interview mit ‚Newsweek' keinen Vergleich zwischen Personen vorgenommen und hatte einen solchen Vergleich auch nicht beabsichtigt. Sein Hinweis sollte lediglich verdeutlichen, daß die Wirkung einer Öffentlichkeitsarbeit nicht unbedingt etwas über die jeweilige Politik aussagt." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139308.

12 Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Batalin hielt sich im Rahmen des Besuchs einer Delegation des Obersten Sowjet vom 22. bis 29. Oktober 1986 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 24. Oktober 1986 führte er aus, es betrübe die sowjetische Seite, daß Bundeskanzler Kohl in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" versucht habe, „eine Bewertung sowjetischer Persönlichkeiten vorzunehmen, bis hin zu der ganz und gar unzulässigen Parallele Gorbatschows mit solchen odiösen Figuren der Vergangenheit wie Goebbels. Nach Auffassung der sowjetischen Führung seien gerade in der letzten Zeit zwischen der Sowjetunion und der BR Deutschland gute Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Dies sei auch in Reykjavik berücksichtigt worden, was der BM und der BK anerkannt hätten. Umso unverständlicher seien derartige Äußerungen." Genscher erwiderte, er kenne die Äußerungen von Kohl nicht „und könne sich nicht vorstellen, daß sie gemacht worden seien. Er selbst habe an dem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten nicht teilgenommen. Er habe aber aus

habe vorher erklärt, daß BK die Äußerung so nicht abgegeben habe. BM habe sich in dieser Sache sehr engagiert. Er könne Herrn Kowaljow aus eigener Kenntnis versichern, daß der BK so nicht denke, und möchte Kowaljow bitten, diese Frage nicht in der Weise einzuschätzen, wie er (Kowaljow) das eben zum Ausdruck gebracht habe. Es werde am 6.11. eine Debatte im Bundestag über die Reise des BK und des BM in die USA geben. Er, D 2, gehe davon aus, daß BK Gelegenheit benutzen werde, um auch zu diesem Punkt etwas öffentlich zu sagen. Wir seien zur Weitergabe des von Kowaljow Gesagten bereit. Wir bäten aber dringend, aus der Bewertung dieses bedauerlichen Mißverständnisses nicht voreilig so weitreichende Konsequenzen zu ziehen, wie Kowaljow angedeutet habe. Dem inzwischen erreichten Stand und Geist unserer Beziehungen würde es entsprechen, diese Frage nach ihrem tatsächlichen Wert zu behandeln. Wir hätten alles getan, um der sowjetischen Seite die nötige Aufklärung zu geben. Es liege dem BK fern, dem GS der KPdSU[13] Derartiges zu unterstellen. Davon bitte er, D 2, auszugehen. Er möchte hinzufügen, daß der BK für den GS eine sehr hohe Wertschätzung empfinde und diese auch in seinen Gesprächen in Washington zum Ausdruck gebracht habe. Er habe in keinem der Gespräche des BK in Washington auch nur im entferntesten etwas gehört, was hier dem BK mißverständlich unterstellt werde. Er wäre dankbar, wenn Kowaljow dies auch hier weitergeben würde.

3) *Kowaljow*: Er habe nichts zu ergänzen. Es sei alles schon gesagt. Die Erklärung sei ihnen sehr gut bekannt. Es sei mit den Herren Schäuble und Teltschik sowie BM gesprochen worden.

Die Erklärung (gemeint offenbar: die von Dg 21 übergebene) stellt uns in keiner Weise zufrieden. Ich sage Ihnen ganz undiplomatisch: Schmutzige und beleidigende Äußerungen wurden gegen den GS getan. Was ich gesagt habe, ist keine Bitte. Es ist ein dringendes Bestehen. Was ich gesagt habe, ist keine Anspielung oder Andeutung, sondern die Absicht der sowjetischen Seite: Sie betrifft den Besuch von Schewardnadse und auch weitere Schlußfolgerungen. Die Sache ist der Weltöffentlichkeit bekannt, auch in der Bundesrepublik. Bei uns ist sie noch nicht veröffentlicht; Sie wissen, was es für Konsequenzen haben würde, wenn dies bekanntgegeben würde – die Atmosphäre ist schon genügend vergiftet in den gegenseitigen Beziehungen. Die westdeutsche Seite hat noch nichts unternommen, um sie gesund zu machen. Dies kann nur der BK persönlich tun.

Dem Vertrauen zwischen unseren Ländern ist großer Schaden zugefügt worden. Dies korrigieren kann nur der BK persönlich. Das, was bis jetzt gesagt und getan wurde, befriedigt in keiner Weise. Ich bestehe darauf, daß Sie nach Bonn berichten. Ich möchte nochmal hervorheben: Je mehr die ganze Sache in die Länge gezogen wird – 6.11. –, desto schlechter wird die Situation. Wir haben ein genügendes Maß an Toleranz und Langmut an den Tag gelegt. Deshalb bitte ich, unverzüglich nach Bonn zu berichten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1600

dem Mund des BK noch nie einen solchen Quatsch gehört; er wisse, daß der BK so nicht denke." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178902.

13 Michail Sergejewisch Gorbatschow.

4) *D2* versichert, daß wir dies selbstverständlich nach Bonn geben, auch was Kowaljows Wunsch anbetreffe.[14] Er bitte, ernst und zum Nennwert zu nehmen, was BK, BM Genscher, BM Schäuble, Teltschik und er (D2) selbst gesagt hätten. Er verstehe das von Kowaljow vorgetragene Anliegen so, daß eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung zu dieser Frage erbeten werde.

5) *Kowaljow*: Des BK.

Bondarenko: Ja.

Kowaljow: Er hat die Beleidigung ausgesprochen. Je schneller, desto besser.

6) *D2:* Er müsse noch einmal betonen und zurückweisen, daß der BK eine Beleidigung ausgesprochen habe. Wir hätten den Sowjets erklärt, daß er die Äußerung so nicht getan habe, daß ihm eine Beleidigung fernlag und gelegen hätte, denn er habe eine solche Intention gar nicht gehabt. Es handele sich um ein Mißverständnis durch ein Interview, das von Newsweek durch einen Satz ergänzt worden sei. Es könne nur darum gehen, einen bei den Sowjets falsch entstandenen Eindruck aus der Welt zu räumen. Er bitte das, was er über die Absichten des BK gesagt habe, anzunehmen.

7) *Kowaljow*: Ernst und Anstand verlangen, daß man, wenn man etwas getan hat, sich entschuldigt. Ohne (d.h. ohne Entschuldigung) sind keine normalen Beziehungen möglich. Er, Kowaljow, habe nicht nur Andeutungen gemacht, sondern die sowjetische Absicht erklärt, Konsequenzen zu ziehen. Je schneller der BK und die Bundesregierung handeln, desto besser. Es können einige Maßnahmen getroffen werden, es kann aber auch andere Schlußfolgerungen geben in unserer Politik.

8) *D2* erklärte, er wolle am Schluß des Gesprächs noch etwas zu Reykjavik sagen. Er wisse nicht, woher Kowaljow seine Informationen habe. Er, D2, sei in Washington und Frankfurt[15] gewesen. Die Bundesregierung habe für sich und zusammen mit ihren Bündnispartnern das Ergebnis von Reykjavik begrüßt und sei an Verhandlungen und Ergebnissen in Genf aufgrund der praktischen Ergebnisse von Reykjavik interessiert. Die Bundesregierung sei sehr daran interessiert, daß bei den Mittelstreckenwaffen nicht nur weiterverhandelt wird, sondern daß es auch zur Unterzeichnung eines in Genf erzielten Verhandlungsergebnisses komme. Dies wolle er sagen, weil die Sowjets unsere Position hierzu in Zweifel gezogen hätten.

9) *Kowaljow*: Unsere Informationen beruhen nicht nur auf Botschaftsberichten, sondern auch auf offiziellen Erklärungen in verschiedenen Ländern. (Zu D2s Hervorhebung, daß wir in Washington die Ergebnisse von Reykjavik unterstützt haben:) Man kann auch entstellte Ergebnisse unterstützen. Was in Wash-

14 Am 31. Oktober 1986 berichtete Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Moskau, über sein Gespräch mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kowaljow und fuhr fort: „Im Einvernehmen mit Botschafter Kastl empfehle ich, im Bundeskanzleramt anzuregen, daß der Herr Bundeskanzler Botschafter Kwizinskij möglichst vor dem Beginn des W[iener]F[olge]T[reffens] einbestellt und über das Gespräch eine Pressemitteilung herausgegeben wird. Der sowjetischen Seite kommt es, was Kowaljow mehrfach feststellte, auf eine öffentliche Richtigstellung an. Die der sowjetischen Seite intern gegebenen Erläuterungen und das Dementi von StS Ost reichen der sowjetischen Führung offenbar nicht aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3114; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

15 In Frankfurt am Main fanden am 27./28. Oktober 1986 die deutsch-französischen Konsultationen statt. Vgl. dazu Dok. 312 und Dok. 315.

ington über R. gesagt wurde, kann Gegenstand des Gesprächs der beiden Minister in Wien sein – wenn dieser Gegenstand nicht von dem Unfall verdeckt wird, über den ich zuvor sprach; wenn also diese unwürdige Erklärung des BK nicht aus der Welt geschafft wird. Sonst wird das Gespräch nur diesem Thema gewidmet sein.

10) *D 2* versichert Kowaljow nochmals der ehrlichen Wertschätzung des BK für den GS. Bundesregierung, BM und die um den Tisch versammelten Deutschen mäßen einer positiven Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und intensivem Dialog und Zusammenarbeit große Bedeutung bei. Das Mißverständnis sollte möglichst rasch ausgeräumt werden.[16]

11) *Kowaljow* (nach Rücksprache mit Bondarenko): Sie fahren jetzt in Ihre Botschaft. Vor dem Essen arbeiten Sie in der Botschaft. Nach dem Mittagessen sprechen Sie mit Karpow.[17]

VS-Bd. 13444 (213)

16 Vortragender Legationsrat Libal informierte die Botschaft in Moskau am 31. Oktober 1986, daß „BM Schäuble im Auftrag von BK Kohl um 13.30 Uhr Bonner Zeit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij" folgendes Non-paper übergeben werde: „Die Veröffentlichung des Interviews des Bundeskanzlers in Newsweek von letzter Woche hat, wie auch die mündliche Botschaft der sowjetischen Führung vom 30.10.1986 zeigt, Anlaß zu bedauerlichen Mißverständnissen gegeben. Dem Bundeskanzler liegt daran, diese Mißverständnisse im Interesse eines guten Fortgangs der deutsch-sowjetischen Beziehungen auszuräumen. Er hat deshalb bereits unmittelbar nach Erscheinen des Interviews gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärt, daß er nicht die Absicht hatte, Generalsekretär Gorbatschow mit anderen Personen zu vergleichen. Dem diente auch die Erklärung von Regierungssprecher Ost am 24.10.1986. Darin wird festgestellt, daß der Bundeskanzler ‚eine Erklärung in der Formulierung, wie sie in Newsweek erschienen ist, nicht abgegeben habe' und daß ‚sie auch nicht seiner Auffassung entspreche'. Der Bundeskanzler hatte zu keinem Zeitpunkt die Absicht, das Ansehen des Generalsekretärs zu schmälern. Umso bedauerlicher wäre es, wenn eine mißverständliche Wiedergabe eines Interviews die persönlichen Beziehungen des Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär belasten würden. Der Bundeskanzler wird eine Klarstellung dieser Art erneut in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 6. November 1986 vornehmen. Im übrigen kann es auch der sowjetischen Führung nicht entgangen sein, daß sich insbesondere der Bundeskanzler in den letzten Monaten intensiv für eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen eingesetzt hat." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1103; VS-Bd. 13444 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

17 Im Mittelpunkt des Gesprächs des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow standen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere das Treffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik, ein Verbot chemischer Waffen und zukünftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3134/3135 des Botschaftsrats Neubert, Moskau, vom 1. November 1986; Referat 213, Bd. 139317.

311

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dane

342-323.42/5 **31. Oktober 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: 6. EG-ASEAN-Außenministertreffen in Jakarta am 21./22. Oktober 1986

Anlg.: Gemeinsame Erklärung[4]

An dem 6. EG-ASEAN-Außenministertreffen nahmen auf der Seite der Gemeinschaft neben Kommissar Cheysson die Außenminister von Großbritannien[5], den Niederlanden[6] und Spanien[7] teil, auf seiten der ASEAN die von Singapur[8], Indonesien[9], Thailand[10] und Malaysia[11]. Die übrigen Staaten waren auf der Ebene Staatssekretäre/Staatsminister vertreten, Irland durch den Arbeitsminister.[12] Die deutsche Delegation wurde von StM Stavenhagen geleitet.

Das Treffen zeichnete sich durch eine vertrauensvolle und offene Atmosphäre sowie durch weitgehende Übereinstimmung in den erörterten Fragen aus. Dies gilt auch für die behandelten wirtschaftlichen Themen, bei denen die ASEAN auf übertriebene Forderungen verzichteten. So verlief das Treffen ausgesprochen harmonisch, wozu auch der Umstand beitrug, daß die Diskussionen aufgrund einer neuen Regie lohnender waren als beim letzten Treffen[13], weil die Europäer nicht mehr im wesentlichen der Kommission oder der Präsidentschaft das Wort überließen, sondern frei nach Wunsch zu Worte kamen. Damit entsprachen sie auch einer Anregung der ASEAN, die Debatte nicht zu zügeln, sondern offen für alle Teilnehmer zu gestalten.

Auch ohne spektakuläre Ergebnisse, die auch nicht erwartet werden konnten, hat das Treffen den großen Wert unterstrichen, den der politische Dialog für beide regionale Gruppierungen gewonnen hat. Das Treffen hat die Sonderbeziehungen beider Staatengruppen gestärkt und in offenem Meinungsaustausch zu besserem Verständnis auch unterschiedlicher Standpunkte geführt. Das Tref-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 6. November 1986 vorgelegen.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 342 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Dane am 13. November 1986 erneut vorgelegen.
3 Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen.
4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 342, Bd. 137446.
5 Geoffrey Howe.
6 Hans van den Broek.
7 Francisco Fernández Ordóñez.
8 Suppiah Dhanabalan.
9 Mochtar Kusumaatmadja.
10 Siddhi Savetsila.
11 Dato' Rais Yatim.
12 Ruairí Quinn.
13 Die 5. Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 15./16. November 1984 in Dublin statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 308.

fen hat die ASEAN-Länder in ihrer schon oft wahrgenommenen Dolmetscher- oder Vermittlerfunktion zwischen Industrieländern und der Majorität der Dritten Welt gestärkt.

Im einzelnen

1) Schwerpunktthemen im politischen Teil der Diskussion waren Indochina und West-Ost-Beziehungen:

Die Außenminister Thailands, Indonesiens und Malaysias trugen zu Kambodscha analytische Erläuterungen bei. Dabei zeigten sich gewisse Auffassungsunterschiede bezüglich der Rolle, die die Roten Khmer noch zu spielen haben. Die ASEAN-Seite drängte die Europäer, mehr Indochina-Flüchtlinge aufzunehmen.[14]

Der niederländische AM führte das Thema West-Ost-Beziehungen ein und gab auf der Basis der Brüsseler Unterrichtung eine nach vorne schauende Wertung von Reykjavik[15]. Der AM Singapurs hielt dem entgegen, daß eine Null-Null-Option bei INF zwar attraktiv aussehe, die sowjetische konventionelle Überlegenheit aber außer acht lasse. Jeder Übergang von Hochtechnologie zu „brutal force" begünstige die Sowjets. Überdies scheine ihm SDI die Gefahr einer „Fortress-America-Mentalität" zu begründen.

Das Thema Nahost wurde im Plenum nicht erörtert, Afghanistan wurde gemeinsam mit Kambodscha besprochen und kam etwas zu kurz. Nachdem es bei der Formulierung der Südafrika betreffenden Passage der gemeinsamen Erklärung erhebliche Probleme innerhalb der Gemeinschaft und mit ASEAN gegeben hatte, haben sich im Plenum nur noch Dänemark und die Philippinen hierzu geäußert.[16] Der malaysische AM appellierte an alle Teilnehmer, bei dem Kampf gegen Drogenmißbrauch zusammenzuarbeiten. Die Gemeinschaft vermied es, sich schon jetzt auf die Unterstützung der Kandidatur des malaysischen Premierministers Mahathir für die im Juni 1987 stattfindende Internationale Dro-

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens, z. Z. Jakarta, übermittelte am 22. Oktober 1986 die Information, daß das Mitglied der EG-Kommission, Cheysson, beim Treffen der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 21./22. Oktober 1986 „auf die bereits geleistete Hilfe" hingewiesen habe: „Außenminister Howe erklärte für die Präsidentschaft, er halte das Flüchtlingsproblem für solange unlösbar, wie die Kambodscha-Frage nicht gelöst sei, dankte ASEAN und insbesondere Thailand für das Engagement, verwies auf die bestehenden nationalen Aufnahmeprogramme sowie darauf, daß große Zahlen von Flüchtlingen auch aus anderen Weltgegenden wie Afghanistan kämen. StM Stavenhagen nannte die 33 000 bisher von uns aufgenommenen Indochinesen und sagte zu, daß die Bundesrepublik Deutschland, die insbesondere Thailands Einsatz hoch einschätze, auch künftig humanitäre Hilfe im Geiste der Solidarität leisten werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 342, Bd. 137446.

15 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens, z. Z. Jakarta, berichtete am 22. Oktober 1986 über Meinungsverschiedenheiten in der Frage, ob die Möglichkeit von Sanktionen gegen Südafrika Eingang in das gemeinsame Kommuniqué finden solle. Der singapurische Außenminister Dhanabalan habe deshalb versucht, „dieses Thema mit dem Hinweis auf die inzwischen abgestimmte Erklärung aus dem Plenum fernzuhalten. Es kam dann aber doch noch zu kurzer Erörterung, an der sich nur die Dänen und die Philippinen beteiligten. Dies änderte nichts mehr an dem vorher vereinbarten Wortlaut: ‚ASEAN and EC ministers reviewed the problem of Southern Africa and explained their respective positions. They were in complete agreement in expressing grave concern at the increasingly tense and repressive situation in South Africa. They stressed the urgent need for a genuine national dialogue.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 342, Bd. 137446.

genkonferenz[17] festlegen zu lassen. In der Verdammung des Terrorismus waren sich alle Parteien einig, doch grenzte der singapurische AM den Terrorismus gegen „eigentliche Befreiungskriege", wie den in Palästina, ab.

2) Im wirtschaftlichen Teil lag das Schwergewicht der Aussprache beim Investitionsbereich und den durch fallende Rohstoffpreise bewirkten wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Große Hoffnungen wurden in die neue GATT-Runde[18] gesetzt, von der einige Teilnehmer meinten, daß sie die letzte Chance für eine Rettung des freien Welthandelssystems sei. StM Stavenhagen betonte in diesem Zusammenhang, es gäbe im Falle von Protektionismus nur Verlierer, und wir seien uns unserer Verantwortung bewußt. Kommissar Cheysson lastete die bestehenden Wachstumhindernisse weitgehend dem US-Haushalts- und Handelsbilanzdefizit an. Dagegen wies der singapurische AM auf die ernsten wirtschaftlichen Folgen hin, die eine Konsolidierung in den USA für den Rest der Welt haben würde.

Die ASEAN-Staaten legten besondere Betonung auf die Probleme der Agrarüberschüsse und Agrarsubventionen. Dabei ergänzte der AM von Singapur, die Entwicklungsländer seien vielfach gezwungen, politischen Druck ihrer landwirtschaftlichen Bevölkerung durch repressive Maßnahmen aufzufangen, und könnten deshalb die von ihnen selbst gewünschte Verwirklichung der Menschenrechte oft nicht genügend durchsetzen. Ohne daß das Thema vertieft wurde, appellierte der philippinische StM Inglés an die Gemeinschaft, bei der Lösung der Schuldenfrage zu helfen.

Beide Seiten waren sich über Bedeutung und vor allem die inhaltliche Begriffsbestimmung eines guten Investitionsklimas einig: Klare Gesetze von Dauer, Patent- und Markenschutz, Information über Investitionsgelegenheiten, Gewinntransfer. Die ASEAN-AM machten jedoch deutlich, daß mit einem gemeinsamen Markt oder auch nur einer ASEAN-Freihandelszone in überschaubarer Zukunft nicht zu rechnen sein wird.

3) Die Formulierung der gemeinsamen Erklärung durch hochrangige Beamte der Außenministerien gelang nur nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten. Die ASEAN-Vertreter präsentierten in Jakarta teilweise völlig neue und unakzeptable Entwürfe. Es gab aber auch innerhalb der Gemeinschaft noch starke Widerstände zu überwinden (z. B. niederländisches Insistieren beim Thema Südafrika-Sanktionen, irische Ablehnung von „NATO-Formulierungen"). Der vollständige Text der Erklärung ist als Anlage beigefügt.

4) Von seiten der ASEAN wurde mit Bedauern und gewisser Enttäuschung die Tatsache registriert, daß von den zwölf Außenministern der Gemeinschaft nur drei an der Tagung persönlich teilnahmen.

D 4[19] hat mitgezeichnet.

Dane

Referat 342, Bd. 137446

17 Die Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über Drogenmißbrauch und Drogenhandel fand vom 17. bis 26. Juni 1987 in Wien statt.

18 Zur Vorbereitung der achten GATT-Runde vgl. Dok. 268.

19 Alois Jelonek.

312

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

VS-NfD **Aufgabe: 31. Oktober 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 94 Ortex

Zu den 48. deutsch-französischen Konsultationen der Staats- und Regierungschefs in Frankfurt/Main am 27./28. Oktober 1986[2]

1) Gemäß der bei den 47. deutsch-französischen Konsultationen in Paris am 27./28.2.1986[3] getroffenen Absprachen (vgl. Ortex Nr. 20/1986) lag der Schwerpunkt dieses Gipfels auf Ausweitung und Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit. Daneben standen insbesondere die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit sowie die West-Ost-Beziehungen im Lichte von Reykjavik[4] und der Washingtoner Gespräche von Bundeskanzler und Bundesminister[5] sowie im Vorfeld des Wiener KSZE-Folgetreffens im Vordergrund.

Mitterrand, der am 26.10. sein 70. Lebensjahr vollendete, wurde in der Paulskirche als erstem Ausländer die Ehrenbürgerwürde der Stadt Frankfurt verliehen. BK wurde von BM Genscher, BMF, BMWi, BMVg, BMU, BMFT, BMBW, dem Bevollmächtigten Wedemeier sowie dem Koordinator begleitet, die mit ihren französischen Kollegen getrennte Gespräche führten. Die Außen- und Verteidigungsminister kamen am 27.10. zu dem seit 1982 üblichen Vierer-Treffen zusammen.[6]

2) Der kulturelle Schwerpunkt des Gipfeltreffens konkretisierte sich in einer gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten[7] sowie in der Unterzeichnung von zwei Regierungsabkommen[8] und vier gemeinsamen Erklärungen der Erziehungsverwaltungen[9].

1 Ablichtung.
2 Vgl. dazu auch Dok. 315.
3 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 61.
4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.
5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300 und Dok. 303.
6 Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud in Frankfurt am Main vgl. Dok. 304.
7 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit vom 28. Oktober 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 1106–1109.
8 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Abkommens vom 27. Oktober 1986 über die Festlegung eines allgemeinen Aktionsrahmens für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 215 f.
Für den Wortlaut des Notenwechsels vom 27. Oktober 1986 über die Ausweitung der deutsch-französischen Vereinbarung vom 10. Juli 1980 über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen in den Geistes- und Naturwissenschaften auf Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 198 f.
9 Am 27. Oktober 1986 wurden bei den deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt am Main Erklärungen über den Gleichzeitigen Erwerb der deutschen Allgemeinen Hochschulreife zusammen mit dem französischen Baccalauréat, über die deutsch-französischen Beziehungen der Gegenwart und ihre Darstellung im Unterricht, über die Frühvermittlung der Partnersprache und über den Hochschulzugang für Bewerber mit besonderen Leistungsnachweisen in der Partnersprache verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT IM BILDUNGSWESEN, S. 122–137.

Die gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs programmiert die deutsch-französischen Kulturbeziehungen für die nächsten Jahre. Sie soll eine neue Etappe dieser Beziehungen einleiten, die nicht mehr im wesentlichen durch kulturellen Austausch, sondern zunehmend durch kulturelle Zusammenarbeit in gemeinsamen Vorhaben gekennzeichnet sein wird. Diese Zusammenarbeit wird vor allem in den Bereichen Partnersprache und Landeskunde, berufliche Bildung, Hochschulwesen, Kunst, Film und Fernsehen in Aussicht genommen. In den Bereich Partnersprache fallen bereits die vier während des Gipfeltreffens unterzeichneten Erklärungen der beiden Erziehungsverwaltungen, in den Bereich berufliche Bildung das Abkommen über einen diesbezüglichen Aktionsrahmen und in den Bereich Hochschulwesen das Abkommen über Äquivalenzen. Im Hochschulbereich wird ferner ein Kolleg aus deutschen und französischen Persönlichkeiten gebildet werden, das insbesondere auf gemeinsame Studienprogramme hinwirken soll, im Bereich der Kunst ein deutsch-französischer Rat, der die Aufgabe hat, Informationen zu koordinieren und Aktivitäten anzuregen. Im Bereich Fernsehen soll bis Frühjahr 1987 ein Bericht über weitere Möglichkeiten deutsch-französischer Zusammenarbeit erstellt und noch im Jahre 1987 die Problematik eines europäischen Fernsehprogramms geprüft werden.

Beide Regierungen nehmen in drei Jahren eine Bewertung der erzielten Ergebnisse vor.

Es muß als beachtlicher Erfolg gewertet werden, daß im Unterschied zum letzten Gipfeltreffen mit kulturellem Schwerpunkt im Jahre 1981[10] diesmal eine Gipfelerklärung mit operativem Charakter zustande gekommen ist, die viele konkrete Impulse enthält. Auch die vier gemeinsamen Erklärungen der beiden Erziehungsverwaltungen wären so nicht zustande gekommen, wenn das Gipfeltreffen ihre Erarbeitung nicht beschleunigt hätte.

3) Bundeskanzler führte mit Staatspräsident Mitterrand und PM Chirac einen ausführlichen Meinungsaustausch über die West-Ost-Beziehungen. Er unterrichtete sie eingehend über seine Gespräche in Washington mit Schwerpunkt auf Aspekten der Sicherheit und Rüstungskontrolle/Abrüstung. Die sich abzeichnende amerikanisch-sowjetische Einigung über ein LRINF-Abkommen war Anlaß einer eingehenden Beratung der mit dem dadurch akzentuierten SRINF-Problem zusammenhängenden Fragen. Sie werden in den Gremien der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, aber auch im erweiterten Kreis mit Großbritannien und anderen Verbündeten vertieft. BK faßte den übereinstimmenden Grundgedanken dieser Gespräche zusammen:

– Die europäische Sicherheit darf nicht von der Sicherheit der Vereinigten Staaten abgekoppelt werden.
– Kriege dürfen auch in Zukunft nicht führbar sein.

Im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle standen zwei Aspekte im Vordergrund:

– Betonung der vor dem Hintergrund sich abzeichnender drastischer Abrü-

10 Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing einigten sich während der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris auf eine gemeinsame Kultur-Erklärung. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1981, S. 102 f.

stungsschritte bei Nuklearwaffen dringender werdenden Bemühungen um konventionelle Stabilität in ganz Europa.

– Frage, in welchem Forum hierüber verhandelt werden soll (in dieser Frage sind wir weiter um für F und USA akzeptable Lösung bemüht).

BK betonte, daß die Europäer hier ihre Sicherheitsinteressen nachdrücklich zur Geltung bringen müßten.

Das setzt eine enge und wirksame Abstimmung zwischen D und F, aber auch mit Großbritannien und den anderen Ländern des Bündnisses voraus. BK unterstrich erneut, daß künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nur denkbar sind, wenn die Teilnahme Frankreichs sichergestellt ist. Es wurde vereinbart, in den nächsten Monaten auf diesem Gebiet besonders eng zusammenzuarbeiten.

BK erläuterte ferner französischer Seite die Entscheidung der Bundesregierung für eine 30prozentige deutsche Beteiligung an der Vorbereitungsphase des ESA-Projekts Hermes. (Bundesregierung rechnet mit Aufhebung des Vorbehalts des Bundestagshaushaltsausschusses im Laufe des Novembers.)[11] Eine Entscheidung über eine Beteiligung am Bau von Hermes wird sie 1987 treffen, und zwar im zeitlichen Zusammenhang mit der Entscheidung über die Entwicklung von Columbus (europ. Beteiligung an internationaler Raumstation)[12] und der neuen Europarakete Ariane V. Dieser Beschluß ist von Staatspräsident und Premierminister mit großer Befriedigung aufgenommen worden. BK hat gleichzeitig darauf hingewiesen, daß wir von einer angemessenen Beteiligung der deutschen Industrie und Forschungseinrichtungen an der Vorbereitungsphase ausgehen.

Weiteres Thema war im Blick auf die Entwicklung in der EG die baldige Vereinheitlichung des Asylrechts und der Asylpraxis der EG-Mitgliedstaaten. Es bestand Einvernehmen, diese Frage auf dem Europäischen Rat Anfang De-

11 Zur Entscheidung der Bundesregierung über eine Beteiligung am Projekt des rückkehrfähigen Weltraumtransporters „Hermes“ vgl. Dok. 301, besonders Anm. 5.

12 Zum Projekt einer Internationalen Raumstation vgl. Dok. 174.
Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 15. Oktober 1986, daß sich in den Verhandlungen zwischen den ESA-Mitgliedstaaten und den USA am 29./30. September 1986 in Paris weiterhin folgende unterschiedliche Positionen gezeigt hätten: „Nach US-Vorstellungen sollen die von den ausländischen Partnern eingebrachten Elemente der Station (Module, Plattformen) zusammen mit den amerikanischen Teilen einem einheitlichen Regime unterstellt werden. Dieses sieht bei Streitpunkten […] vor, daß die NASA das letzte Wort bei Entscheidungen über Design, Betrieb und Nutzung auch der europäischen Elemente erhält. Für die europäische Delegation steht ein derartiger Ansatz im Widerspruch zu dem Prinzip der Partnerschaft“. Auch bei den Betriebskosten forderten die USA „eine Umlage der Gemeinkosten der Station auf alle Partner nach der Höhe des jeweiligen Anteils an den Investitionskosten. Dies hätte im Extremfall zur Folge, daß die ESA-MS auch dann einen rechnerisch proportionalen Anteil an den Betriebskosten der Station tragen müßten, wenn sie selber – z. B. wegen mangelnder Shuttlekapazität der USA – zur Nutzung der Station gar keine Gelegenheit hätten. Die ESA-MS sind deswegen nur bereit, die Kosten der von ihnen beanspruchten amerikanischen Ressourcen (Strom, Treibstoff etc.) zu tragen. Auch diese Kosten sollten weitgehend durch die Inanspruchnahme europäischer Leistungen durch die USA (Bartering), z. B. Nutzung des europäischen Moduls, abgegolten werden.“ Schließlich planten die USA die Aufnahme von Komponenten, „die allein nationaler amerikanischer Kontrolle unterliegen sollen. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese Elemente auch für militärische Zwecke genutzt werden sollen.“ In der Frage der an Bord der Raumstation geltenden Rechtsordnung habe die amerikanische Regierung indes „nicht länger auf der ausschließlichen Anwendung von US-Recht“ beharrt. Vgl. Referat 431, Bd. 154485.

zember auf die Tagesordnung zu nehmen. Dies gilt auch für das Thema des Terrorismus.[13] Es bestand Übereinstimmung, diesen Komplex in enger Konsultation, die von einem dichten Informationsaustausch flankiert wird, zu behandeln.

4) Die Außen- und Verteidigungsminister billigten einen Bericht des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung über den weiteren Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit.[14] D und F, die sich bewußt sind, daß ihre gemeinsame Sicherheit durch die Allianz verbürgt ist, wissen, daß die durch ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit erzielten Fortschritte eine unverzichtbare Etappe auf dem Weg zum vereinigten Europa sind. Beide Staaten gehen vom gleichen, an den sicherheitspolitischen Erfordernissen Europas orientierten Konzept der Sicherheit aus. Auf dieses Ziel wollen sie Zahl und Bewaffnung ihrer Streitkräfte ebenso wie die operativen Planungen ausrichten. Dem dienen Steigerung der Interoperabilität ebenso wie eine immer breitere Abstimmung in allen für die gemeinsame Sicherheit relevanten Fragen.

5) Die Außenminister, die zuletzt am 17.10.1986 in Bonn konsultiert hatten[15], behandelten Gemeinschaftsfragen (v.a. gemeinsame Agrarpolitik, Terrorismusbekämpfung, Reaktion auf offensichtliche Verwicklung Syriens in verhinderten Terroranschlag Hindawis[16]) und setzten die enge laufende Abstimmung in Vorbereitung des KSZE-Folgetreffens in Wien fort.

6) Die Verteidigungsminister führten einen intensiven Meinungsaustausch über den Stand der Rüstungskooperation. Sie unterzeichneten eine bilaterale Vereinbarung über eine engere Zusammenarbeit im Forschungs- und Technologiebereich, ein neues Element in der Rüstungskooperation beider Länder.[17]

7) Die Finanz- und Wirtschaftsminister[18] stellten eine fortschreitende Konvergenz der Wirtschaftspolitik beider Staaten fest (günstiges Preisklima, stabili-

13 Zur Erörterung der Asylfrage und des Themas Terrorismus auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 344, Anm. 13, bzw. Dok. 363, Anm. 26.

14 Zum „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister“ vgl. Dok. 281, Anm. 7.
Für den Bericht vgl. VS-Bd. 12083 (201).

15 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond vgl. Dok. 290 und Dok. 291.

16 Zum Fall Hindawi vgl. Dok. 307, Anm. 9.

17 Bundesminister Wörner gab in der Plenumssitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 28. Oktober 1986 folgenden Bericht über sein Gespräch mit dem französischen Verteidigungsminister Giraud: „Die gemeinsame Ausbildung für Generalstabsoffiziere aus D und F soll auf zwei Ebenen durchgeführt werden: Generalstabsakademie; die vorgesehenen Teilnehmerzahlen sollen gesteigert werden; für Oberste und Brigadegenerale sei 1987 erstmals ein gemeinsames Seminar vorgesehen. Dieser Bereich müsse ausgebaut werden. Beim Manöver ‚Fränkischer Schild‘ seien die Erfahrungen mit französischen Soldaten sehr gut gewesen. Im taktisch-operativen Konzept sei man sich sehr nahe. Die französischen Soldaten hätten auch mit großem Erfolg Kontakte zur Bevölkerung hergestellt. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen werde die Arbeitsgruppe ‚Interoperabilität‘ ihre Arbeit beginnen. Die Vorarbeiten für das Herbstmanöver mit der Teilnahme der Schnellen Eingreiftruppe FAR im Jahr 1987 liefen hervorragend. Mit Verteidigungsminister Giraud habe er eine ‚Vereinbarung über die Forschung und Technologie auf dem Gebiet der Verteidigung‘ unterzeichnet. Sie sei eine wesentliche Grundlage für die weitere Zusammenarbeit im Rüstungsbereich, in dem es zur Zeit 50 gemeinsame Vorhaben gebe, die schon jetzt oder in naher Zukunft realisierbar seien.“ Er habe „beispielhaft PAH-2, Abstandswaffen, Aufklärungssysteme“ erwähnt: „In der Rüstungskooperation seien D und F weiter als je zuvor.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 151102.

18 Martin Bangemann und Gerhard Stoltenberg bzw. Éduard Balladur und Michel Noir.

tätsgerechtes Wachstum, Haushaltssanierung). Die wirtschaftlichen Risiken (die Entwicklung des Dollarkurses) werden von beiden Seiten ähnlich gesehen. Wichtige Signale können von den Lohn- und Tarifverhandlungen 1987 ausgehen. In F ist für Ende 1986 die Abschaffung der Preiskontrollen vorgesehen.

8) BMU[19] erörterte mit Minister Carignon die Vereinbarung zur Reduzierung der Salzeinleitung in den Rhein[20]. Deutscherseits wurde begrüßt, daß dieses Abkommen eingehalten werden kann und daß die Mitte des Jahres aufgetretenen Schwierigkeiten von F offenbar überwunden werden konnten.[21] Zum KKW Cattenom[22] wurde festgestellt, daß es zehn Jahre lang in der deutsch-französischen Kommission bezüglich Planung und einzelner Baumaßnahmen praktisch keinen Dissens gegeben hat. Frankreich wird die Öffentlichkeitsarbeit verstärken (u. a. Einladungen an Politiker aus dem Saarland und aus Rheinland-Pfalz) und erklärte sich bereit, alle relevanten Informationen aus dem KKW der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen. Die Zusage, daß die radioaktiven Ableitungen aus dem Kraftwerk in die Mosel drei Curie pro Block und Jahr nicht überschreiten werden, wurde französischerseits für völkerrechtlich verbindlich erklärt.

9) Die Koordinatoren[23] besprachen insbesondere Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten beider Länder,[24] zur Vereinfachung des Leihverkehrs zwischen den Museen, zur Koproduktion im Fernsehen sowie zur Kooperation bei Festspielen.

[gez.] Pleuger

B 97 (Referat 610), Bd. 525

19 Walter Wallmann.

20 Für den Wortlaut der Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung (Chemieübereinkommen/Rhein) bzw. zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride (Chloridübereinkommen/Rhein) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, II, S. 1054–1064 und S. 1065–1072.

21 Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Referat 433 vermerkten am 13. Oktober 1986, das Chemieübereinkommen/Rhein und das Chloridübereinkommen/Rhein vom 3. Dezember 1976 sähen vor, „daß Frankreich die Salzeinleitungen aus den elsässischen Kaligruben in einer ersten Phase um 20 kg/s Chlorid-Ionen verringert. Diese Verringerung soll 18 Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens beginnen, also am 5. Januar 1987 (Inkrafttreten des Übereinkommens und eines ergänzenden Briefwechsels am 5. Juli 1985) und auf die Dauer von zehn Jahren durchgeführt werden. […] Eine zweite Phase (Reduzierung der Einleitungen in den Rhein um weitere 40 kg/s Chlorid-Ionen bei den elsässischen Kaliwerken) soll innerhalb von zwei Jahren nach Anlaufen der ersten Phase folgen. […] Auf einer routinemäßigen Sitzung der IKSR in Paris vom 2.6.1986 hat Frankreich erklärt, daß es der Verpressung nicht nachkommen könne; es sich verpflichtet, bis zum Jahresende eine Alternativlösung vorzuschlagen, die die Reduzierung der Ableitungen um 20 kg/s Chlorid-Ionen ermöglicht“. Ein Botschafter Schoeller, Paris, am 7. Oktober 1986 übergebener Alternativvorschlag sehe „eine auf zehn Jahre befristete provisorische, gegen Grundwassergefährdung gesicherte Aufhaldung von 11 kg/s Chlorid-Ionen in der Nähe der Produktionsstätten“ vor, ferner eine Verringerung der Einleitungen um 4 kg/s Chlorid-Ionen durch eine Änderung im Produktionsablauf der Kaliminen sowie eine „Reduktion der Einleitungen aus den lothringischen Sodafabriken um 5 kg/s Chlorid-Ionen“. Die Mehrkosten würden allein durch Frankreich getragen. Vgl. Referat 433, Bd. 132359.

22 Zum französischen Atomkraftwerk Cattenom vgl. Dok. 146, Anm. 34.
Der erste Reaktorblock ging am 13. November 1986 in Betrieb.

23 Rainer Barzel und André Bord.

24 An dieser Stelle wurde handschriftlich eingefügt: „zum Abbau von Grenzhindernissen“.

313

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-321.00 SOW VS-NfD **3. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Politische Konsultationen in Moskau am 30./31.10.1986[4];
hier: Zusammenfassung und Bewertung

I. Das Ergebnis der Konsultationen ist ein wenig zwiespältig. Einerseits wurde der beim Moskau-Besuch des BM[5] zutage getretene Wille zur engen Zusammenarbeit von den Sowjets noch einmal nachdrücklich unterstrichen. Die sowjetische Bereitschaft, konkret etwas dazu zu tun, wurde erneut deutlich, allerdings nicht ohne irritierendes Verhalten in Einzelfragen. Andererseits erwies sich das Newsweek-Interview[6], zu dem Kowaljow am 31.10. morgens eine scharfe Demarche unternahm, als stark belastend. Die sehr freundliche Atmosphäre am Vorabend und andere Umstände deuten daraufhin, daß die sowjetischen Gesprächspartner nicht auf diese Demarche eingestellt waren. Für die nach meiner Rückkehr verfügten Maßnahmen (Verschiebung des Besuchs von BM Riesenhuber[7] und der Kulturverhandlungen[8]) gab es nicht die geringsten Hin-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. November 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 12. November 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 12. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 13. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 13. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach]R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Heyken am 17. November 1986 erneut vorgelegen.

4 Vgl. dazu auch Dok. 310.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

6 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ vgl. Dok. 308, Anm. 2.

7 Die UdSSR sagte einen vom 2. bis 4. November 1986 vereinbarten Besuch des Bundesministers Riesenhuber zur Unterzeichnung des Abkommens über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ab. Am 3. November 1986 wurde dazu in der Presse gemeldet, daß das Politbüro des ZK der KPdSU am 30. Oktober 1986 entschieden habe, die UdSSR werde „jeden offiziellen Besucherverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland bis auf weiteres ‚einfrieren‘. […] Obwohl eine amtliche Bestätigung dieser aus sowjetischen Quellen stammenden Information […] in Moskau nicht zu erhalten war und sich die hiesigen Zeitungen dazu völlig ausschwiegen, wurde westlichen Journalisten übereinstimmend zu verstehen gegeben, hier handle es sich ‚eindeutig‘ um eine Reaktion des Kreml auf einen dem Bundeskanzler Kohl zugeschriebenen Vergleich zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Hitlers Propagandachef Goebbels.“ Vgl. den Artikel „Moskau will vorerst keine Besucher mehr aus Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. November 1986, S. 1.

8 Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 1. November 1986, daß der stellvertretende Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Ussytschenko, der Botschaft folgende mündliche Mitteilung gemacht habe: „Sowj[etisches] Außenministerium bitte Leiter der Kulturabteilung des AA, Herrn Witte, von seiner für nächste Woche geplanten Reise nach Moskau abzusehen. Die Situation um das Interview Bundeskanzler Helmut Kohls mit der Zeitschrift ‚Newsweek‘ spitze sich weiter

weise. Da Bondarenko und ich noch am 31.10., 18.00 Uhr, über die Kulturverhandlungen gesprochen hatten, ist zu vermuten, daß diese Maßnahmen erst später beschlossen wurden.

Ich wurde hochrangig wahrgenommen. Ein Novum bildeten das – leider negativ verlaufene – Sachgespräch mit dem Ersten stv. AM Kowaljow sowie die sehr konstruktive Unterredung mit dem Ersten stv. AL Sagladin[9]. Die Gastgeber kamen mir auch insofern entgegen, als sie ein außerordentlich konzentriertes Programm anboten. Sie waren insgesamt deutlich bemüht.

II. West-Ost-Verhältnis

1) Wiener Folgetreffen allgemein

Ich betonte die Notwendigkeit der Gleichgewichtigkeit aller Körbe. Der in Helsinki[10] etablierte Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Sicherheit dürfe nicht verlorengehen. Die sowjetische Seite war im Prinzip einverstanden bei Nuancen im einzelnen: Sagladin unterstrich ebenfalls einschränkungslos die Ausgewogenheit in allen Körben, während bei Sljussar[11] Sorge vor einer Überbetonung von Korb III durch den Westen deutlich wurde. Einigkeit bestand auch in der Einschätzung der Bedeutung der Folgekonferenz, besonders nach Reykjavik[12]. Operativ von Bedeutung war der sowjetische Wunsch nach enger Zusammenarbeit zwischen beiden Delegationen: Kaschlew habe Weisung, sich eng mit Botschafter Eickhoff abzustimmen.

Hinsichtlich Korb III wies Sagladin auf Bern[13] hin: Die SU sei dabei, ihre Gesetzgebung zu reformieren, um die Berner Beschlüsse in die Tat umzusetzen.[14]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1612

zu. ‚Informationen über unwürdige Äußerungen des Bundeskanzlers' würden ‚über Auslandsrundfunk und auf anderen Wegen auch sowj. Öffentlichkeit zugänglich'. […] Die Sowjetunion erwarte, BK Kohl möge ‚den Mut aufbringen, eindeutige und klare Worte zu finden', um dieser Entwicklung ein Ende zu setzen und die Voraussetzungen für eine konstruktive Entwicklung der bilateralen Beziehungen wiederherzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3133; VS-Bd. 13444 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Das Gespräch des Ministerialdirektors von Richthofen mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, fand am 31. Oktober 1986 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3132 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 1. November 1986; VS-Bd. 11282 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

10 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

11 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, berichtete mit Drahtbericht Nr. 3108/3109 vom 31. Oktober 1986 über sein Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Abteilungsleiter Sljussar und dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Kaschlew. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 139317.

12 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

13 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

14 Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, informierte am 27. Oktober 1986, daß im Bulletin des Obersten Sowjet ein Plan zur Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen für die Jahre 1986 bis 1990 vorgestellt worden sei: „Der Plan listet 38 Gesetze, Verordnungen und Normativakte auf, die bis 1990 erlassen, ergänzt oder neu gefaßt werden sollen […]. Die Liste bietet ein umfassendes Bild der Vorhaben der Regierung im Bereich ‚Demokratisierung', Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus, Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und Weiterentwicklung des Rechtssystems." Bis Ende 1986 seien noch 16 Gesetze in Vorbereitung, „davon einige, die große Probleme für das sowjetische System mit sich bringen, wie das Gesetz über individuelle Arbeitstätigkeit und die Vorschläge zur gesetzlichen Gewährleistung der Umstrukturierung des Preissystems." Haak kam zu dem Schluß: „Die Anzahl der vorgesehenen Gesetze ist eindrucks-

2) Konventionelle Rüstungskontrolle

Wie ein roter Faden zog sich durch die sowjetischen Darlegungen das Drängen nach unserer Stellungnahme zum Mandat für KVAE II, insbesondere zum Forum. Sljussar und Kowaljow beklagten, daß wir anscheinend noch nicht genügend vorbereitet seien. Ich betonte, daß im Bündnis intensiv über diese Frage beraten werde. Es bestehe kein Anlaß zur Dramatisierung. Wir würden unsere Überlegungen rechtzeitig zum Abschluß bringen.

Sljussar stellte sich die Gliederung einer KVAE II in drei Teilen vor:

– Vertrauensbildende Maßnahmen: Weiterführung von Stockholm[15].

– Prinzipiendiskussion (Militärdoktrin usw.).

– Konventionelle Abrüstung.

Die Neutralen hätten das Recht, in Sicherheitsfragen mitzureden, und zwar über vertrauensbildende Maßnahmen hinaus.

Sie brauchten unter Umständen nicht so stark abzurüsten wie die Bündnispartner. Die Bündnisse könnten parallel wie unter dem Dach der KSZE verhandeln, wie das praktisch in Stockholm schon geschehen sei.

Zum Verhältnis MBFR und KRK vertrat Sljussar die Auffassung, MBFR solle elegant zu Ende gebracht werden. Er ließ sich aber nicht auf den Vorschlag ein, dies auf der Grundlage des deutsch-britischen Vorschlags vom Dezember 1985[16] zu tun.

Er meinte ferner, daß der Warschauer Pakt bei den konventionellen Waffen nicht pauschal überlegen sei; es gebe Kategorien einer Nichtüberlegenheit des WP.

Mehrmals und mit einem gewissen Insistieren brachten die Sowjets den Vorschlag von Kontakten des WP und der NATO ins Gespräch.[17] Sie wiesen auf die im WP gebildete Arbeitsgruppe für konventionelle Abrüstung hin und plädierten für Kontakte dieser Gruppe mit der HLTF. Karpow meinte, der WP habe hierzu praktisch einen Korb bekommen, betonte aber, solche Kontakte könnten Mißverständnisse beseitigen, auch wegen zukünftiger Entwicklungen. Meine Frage, ob Kontakte der einzelnen Bündnispartner untereinander ebenfalls möglich seien, wurde bejaht.

3) Bewertung von Reykjavik

Sagladin wiederholte die bereits gegenüber dem BM am 24.10. geäußerte Auffassung, daß Reykjavik eine qualitativ neue Stufe darstelle. Auf sowjetischer Seite würden Entwürfe für Genf ausgearbeitet. Alle drei Abkommen könnten parallel vorbereitet werden, aber die Unterzeichnung und Ratifizierung könnten nur zusammen erfolgen. Karpow berichtete ausführlich über Reykjavik mit der klaren Tendenz: Die USA hätten einen Abschluß verhindert. Insgesamt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1613

voll, dennoch weist nichts auf Strukturveränderungen hin, die die Natur des bisherigen Systems verändern könnte." Vgl. Referat 213, Bd. 139289.

15 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die KVAE statt. Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

16 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

17 Zu den Bemühungen des Warschauer Pakts um Direktkontakte zur NATO vgl. Dok. 361.

war seine Kritik an den USA jedoch zurückhaltend. (Das galt generell für die sowjetischen Gesprächspartner, die nicht versuchten, uns zu Stellungnahmen gegen die USA zu nötigen.) Ich erwiderte Karpow, die Bundesregierung fühle sich nicht als Schiedsrichter zwischen den Großmächten.

4) Junktim zur nuklearen Abrüstung?

Die sowjetischen Gesprächspartner gaben sich besorgt über Tendenzen im Westen, ein Junktim zwischen nuklearer Abrüstung und konventioneller Abrüstung sowie Abrüstungsmaßnahmen im SRINF-Bereich herzustellen. Karpow bezeichnete die Eile, mit der im Westen, auch bei uns, über die Notwendigkeit von Abrüstungsschritten auf diesen Gebieten hingewiesen werde, als negativ. Gleichwohl unterstrich er die sowjetische Bereitschaft, die SRINF zu „liquidieren" und die konventionelle Rüstung vom Atlantik bis zum Ural „wesentlich zu reduzieren". Sagladin warnte, es dürfe nicht aufgerüstet werden. Ich betonte, von einem Junktim könne keine Rede sein. Allerdings gebe es Asymmetrien, die beseitigt werden müßten. Es müßten neue Formen der Stabilität gefunden werden, die den Krieg generell unführbar machten, nicht nur den Atomkrieg.

III. Bilaterale Fragen

1) Zusammenarbeit

Sagladin und Bondarenko[18] betonten nachdrücklich den Wunsch nach enger bilateraler Zusammenarbeit. Sagladin stellte die „vielen Möglichkeiten" zur raschen Entwicklung der Beziehungen heraus und erklärte, daß alle Gespräche der Batalin-Delegation[19] eine entsprechende Bereitschaft auch bei uns, vom Bundespräsidenten bis zu den Ländern, gezeigt hätten. Bondarenko sprach sich mit werbenden Worten für „viel mehr" Arbeitskontakte zwischen beiden Außenministerien aus. Ich griff die Anregungen positiv auf. Konkret schlug er eine Fortsetzung der politischen Konsultationen zu gegebener Zeit in Bonn vor. Ferner regte ich einen Meinungsaustausch über den internationalen Terrorismus an, was nicht abgelehnt wurde (könnte bei den von den Sowjets Anfang Oktober empfohlenen Konsultationen auf Ebene D5[20] vertieft werden). Karpow bestätigte die CW-Konsultationen zwischen D2A und Nasarkin am 17.11.86 in Bonn.[21]

Bondarenko wurde zum Thema Regionalkonsultationen konkret: noch 1986 über Nahost, Sicherheit im Mittelmeer, Südafrika und Unabhängigkeit von Namibia, 1987 Mittelamerika und Karibik, Südostasien, Afghanistan.

Beim Abendessen äußerte ich unser Interesse an einer bilateralen Expertengruppe über humanitäre Fragen entsprechend der grundsätzlich in Reykjavik vereinbarten sowjetisch-amerikanischen Arbeitsgruppe, was Kaschlew positiv aufnahm. Allerdings wünschte er in erster Linie die prinzipielle Behandlung

18 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 31. Oktober 1986 in Moskau vgl. den Drahtbericht Nr. 3136 des Botschaftsrats Neubert, Moskau, vom selben Tag; Referat 213, Bd. 139317.

19 Zum Besuch einer Delegation des Obersten Sowjet vom 22. bis 29. Oktober 1986 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 308, Anm. 4, und Dok. 310, Anm. 12.

20 Franz Josef Bertele.

21 Zu den geplanten Konsultationen des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Nasarkin, vgl. Dok. 264, Anm. 13.

von Menschenrechten (Menschenrechtspakt[22], UN-Charta[23] usw.), nicht nur von Einzelfragen. Dem stimmte ich zu.

2) Familienzusammenführung und Listenvergleich

Gegenüber Kowaljow, Kaschlew, Bondarenko und Sagladin betonte ich den Wunsch nach einer Erhöhung der Ausreisezahlen. (Anpassung an Verbesserung der politischen Beziehungen, Öffentlichkeitswirkung, Kontext zum Wiener Folgetreffen, „neues Denken“). Bondarenko äußerte sich immerhin argumentativ: Seit der Absprache Lahr/Semjonow 1957[24] sei viel geschehen. Da es sich um „menschliche Schicksale“ handele, keine Quotenfestsetzung. In letzter Zeit Häufung von Fällen unverhältnismäßiger Größenordnung und weitläufiger Verwandtschaft. Typisch dafür die der Batalin-Delegation übergebenen „Härtefall-Listen“. Zuständig sei das Innenministerium. Prüfung eines jeden Einzelfalles, aber Notwendigkeit der Beachtung der sowjetischen Gesetzgebung. Diese Hinweise bedeuteten nicht, daß die Frage „abgeschlossen“ sei.

In diesem Zusammenhang schlug ich die Ausführung der zwischen BM und AM Schewardnadse in New York getroffenen Abrede zum Listenvergleich[25] vor. Nachdem Ussytschenko beim Abendessen eine Abrede geleugnet hatte, erklärte ich gegenüber Kowaljow und Bondarenko: Nochmalige Prüfung unserer Unterlagen habe Bestätigung unserer Auffassung ergeben. BM lege großen Wert auf den Listenvergleich. Während Ussytschenko, der am Gespräch in New York teilgenommen hatte, bei seiner Auffassung blieb, machte Bondarenko geltend, daß ein Listenvergleich nicht viel einbringe, und verwies erneut auf die Unzuständigkeit des SAM.

Erwähnenswert ist eine Bemerkung Sljussars zu Botschafter Kastl, wonach das Schicksal der Wolga-Deutschen noch nicht abgeschlossen und eine Implementierung der 1955 ausgesprochenen Rehabilitierung der Sowjetbürger deutscher Nationalität[26] vorgesehen sei.

22 Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966, der am 3. Januar 1976 in Kraft trat, vgl. UNTS, Bd. 993, S. 3–106. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1570–1582.
Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, der am 23. März 1976 in Kraft trat, vgl. UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

23 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

24 Während der 1957 aufgenommenen Verhandlungen über einen Konsularvertrag und über Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vereinbarten Botsschafter z. b. V. Lahr und der sowjetische Stellvertretende Außenminister Semjonow am 8. April 1958 durch in Moskau abgegebene mündliche Erklärungen die Repatriierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR. Gemäß der sowjetischen Erklärung sollten „die mit der getroffenen Vereinbarung zusammenhängenden Maßnahmen bis Ende 1959 durchgeführt sein“. Vgl. BULLETIN 1958, S. 630.

25 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. September 1986 vgl. Dok. 264.

26 Mit Erlaß vom 13. Dezember 1955 beschloß das Präsidium des Obersten Sowjet, während des Zweiten Weltkriegs in „Sondersiedlungen“ umgesiedelte sowjetische Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit und ihre Familien von dort „zu entlassen und von der administrativen Aufsicht durch die Organe des Innenministeriums zu befreien“. Eine Rückgabe konfisizierten Eigentums und eine Rückkehr in frühere Siedlungsgebiete waren aber ausgeschlossen. Vgl. DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG, ARBEITSARMEE, S. 454.
In einem weiteren Erlaß vom 29. August 1964 verfügte das Präsidium des Obersten Sowjet, daß die gegenüber den „Wolgadeutschen“ erhobenen Vorwürfe, „den faschistischen deutschen Landräu-

3) Verhandlungen über Zweijahres-Kulturprogramm und Rechtshilfe[27]

Bondarenko reagierte auf meine diesbezüglichen Ausführungen aufgeschlossen. Er betonte, man werde die Ausgewogenheit, die zum Abschluß des WTZ-Abkommens[28] geführt habe, im Auge behalten. Die sowjetische Seite bäte jedoch zu berücksichtigen, daß sie uns wesentlich entgegengekommen sei. Wir sollten das richtige Maß einhalten und den Kompromiß beim Zweijahres-Kulturprogramm nicht überfrachten. Er selbst werde am Gespräch Adamischin/D 6[29] teilnehmen.

Bezüglich Rechtshilfe beschränkte sich Bondarenko auf die Mitteilung, das SAM habe nach der Unterzeichnung des WTZ-Abkommens das Justizministerium um Beschleunigung der Angelegenheit gebeten. Er werde die Sache im Auge behalten.

Aus Zeitgründen konnten die Fragen nicht vertieft werden, ich habe auch den Gedanken einer gesonderten Expertenrunde zu Berlin nicht aufgeworfen. Ich hatte jedoch den Eindruck, daß die Sowjets auch in diesen beiden Punkten weitermachen und keine unüberwindbaren Hürden aufbauen wollen.

4) Umweltschutzabkommen[30]

Im Gespräch am Rande mit Ussytschenko betonte letzterer den sowjetischen Wunsch, das Umweltabkommen als Regierungsabkommen abzuschließen. Das zuständige Staatskomitee habe nur eine Teilzuständigkeit und benötige gegebenenfalls Vollmachten anderer Ressorts. Ussytschenko nahm meine Feststellung, dann müsse man das Regierungsabkommen unter das Regime der Protokollnotiz vom 22.7.1986[31] stellen, entgegen, verhielt sich aber – wie dies seine Art ist – bedeckt. Die Zuständigkeitsfrage dürfte nicht vorgeschützt sein.

5) Urkundenanforderungen

Bondarenko gab sich zu diesem Thema zunächst nicht informiert und reagierte nach interner Rücksprache zurückhaltend – vorsichtig, ohne sich festzulegen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1616

bern aktive Unterstützung und Vorschub geleistet zu haben", haltlos und „Ausdruck der angesichts des Personenkults um Stalin herrschenden Willkür" gewesen seien. Vgl. DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG, ARBEITSARMEE, S. 461.

27 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 bzw. über den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen vgl. Dok. 218, Anm. 13 und 14.

28 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397. Vgl. dazu Dok. 210.

29 Barthold Witte.

30 Zum Stand der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen zum Umweltschutz vgl. Dok. 270, Anm. 10.
Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 12. November 1986, das Staatskomitee für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle habe mitteilen lassen, daß die sowjetische Delegation nicht zu den für die Zeit vom 23. bis 30. November 1986 vorgesehenen Gesprächen in die Bundesrepublik kommen könne, „weil von sowj[etischer] Seite offizielle Zustimmung zu Form (Regierungsabkommen anstelle von Ressortabkommen) noch nicht vorliege. Bevor ein neuer Termin der Ad-hoc-Gruppe vereinbart werden könne, müßte offiziell vorgeklärt werden, ob die deutsche Seite mit Form des Regierungsabkommens (nicht Ressortabkommen) einverstanden sei und dem am 8.10.1986 übersandten russischen Text, insbesondere hinsichtlich Berlin-Klausel und Anhang, zustimme." Die sowjetische Seite habe betont, „daß Verschiebung der Ad-hoc-Gruppe keine Absage bedeuten solle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3252; Referat 213, Bd. 139389.

31 Zur Protokollnotiz, die beim Abschluß des wissenschaftlich-technischen Abkommens vom 22. Juli 1986 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR paraphiert wurde, vgl. Dok. 210, Anm. 6.

6) Kontakte EG/RGW

Bondarenko schlug bilaterale Konsultationen über die Frage der Geltungsbereichsklausel in der Gemeinsamen Erklärung zwischen EG und RGW[32] vor. Nach sowjetischer Auffassung sollte die Unterzeichnung des Dokuments nicht von einer solchen Klausel abhängig gemacht werden. Wir sollten die Frage pragmatisch lösen. Ich betonte die Notwendigkeit einer Klausel, sagte aber Prüfung des Vorschlags zu.

7) Fußballspiel in Berlin

Ich äußerte gegenüber Sagladin Enttäuschung über die sowjetische Absage des Fußballspiels in Berlin[33], erklärte, man solle keine künstlichen Hindernisse in den Vordergrund rücken, und bat um Überprüfung. Sagladin verhielt sich rezeptiv.

IV. 1) Die Demarche, die Kowaljow zu Beginn des zweiten Gesprächstages wegen des Newsweek-Interviews des Bundeskanzlers vornahm, war inhaltlich scharf und in der Form provozierend. Beides stand im Kontrast zu den Gesprächen davor und danach. Kowaljow schlug schon gleich zu Anfang einen kritischen Ton an und bemühte sich in keiner Weise, die Instruktion, die er möglicherweise gerade bekommen hatte, diplomatisch zu „verpacken". Mir blieb nichts anderes übrig, als Unterstellungen mit Festigkeit zurückzuweisen und im übrigen mit Ruhe das Notwendige zu entgegnen (vgl. im einzelnen DB Nr. 3114[34] vom 31.10. VS-v[35]). Sagladin sprach das Thema im Delegationskreis behutsam an. Allerdings betonte er unter vier Augen, wir möchten die Demarche sehr ernst nehmen; der Fall berühre die persönlichen Beziehungen zwischen dem GS und dem BK. Er würdigte im übrigen ausdrücklich die Bemühungen des BM, während Bondarenko in einer kleinen Ansprache beim Mittagessen zu verstehen gab, man wisse, daß ich mit der Angelegenheit nichts zu tun habe.

32 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 32, Anm. 29.
Referat 411 notierte am 22. Oktober 1986: „Nachdem von seiten des RGW mit Schreiben vom April 1986 der parallele Ansatz der EG (gleichzeitig Normalisierung der Beziehungen zum RGW und den RGW-MS) akzeptiert worden ist, haben nun vom 22. bis 24. September 1986 in Genf Expertengespräche zwischen der EG-Kommission und dem RGW-Sekretariat über den möglichen Inhalt der Gemeinsamen Erklärung stattgefunden. Dabei hat sich angedeutet, daß es wegen der für uns unverzichtbaren Aufnahme der Geltungsbereichsklausel zu Schwierigkeiten kommen könnte. Ein Termin für die Fortsetzung der Expertengespräche ist noch nicht vereinbart." Vgl. Referat 411, Bd. 131356.

33 Am 30. Oktober 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach die Botschaft in Moskau, daß der Deutsche Fußball-Bund (DFB) am selben Tag mitgeteilt habe, die UdSSR habe um die Verlegung von zwei für März 1987 in Tiflis und August 1987 in Berlin (West) vereinbarten Länderspielen gebeten: „Begründet wurde dieser Wunsch mit großen Terminschwierigkeiten im Hinblick auf die 1987 anstehenden EM-Qualifikationsspiele und die Abwicklung der sowjetischen Landesmeisterschaft." Lambach fuhr fort, es sei „seinerzeit als Erfolg verbucht worden, daß die SU auf diese Weise indirekt die Zuständigkeit des DFB für Berlin akzeptiert hatte. Der DFB hatte seinerseits diese Vereinbarung als ‚Rehabilitation' nach den Auseinandersetzungen um die Aussparung Berlins (auf Drängen der SU) bei der Fußball-EM 1988 gewertet. Die Absage der Spiele für 1987 erfolgte möglicherweise auch mit Rücksicht auf die DDR, die eine Aufwertung der 750-Jahrfeierlichkeiten im Westteil der Stadt befürchten mußte." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1099; Referat 210, Bd. 139219.

34 Korrigiert aus: „Nr. 3116".

35 Zum Drahtbericht des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, vgl. Dok. 310, Anm. 14.

2) Was ist das Motiv für das sowjetische Vorgehen? Die Annahme, Moskau wolle sich in unseren Wahlkampf[36] einmischen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, jedoch angesichts des sowjetischen Gesamtverhaltens, insbesondere Sagladins, nicht sonderlich überzeugend. Wahrscheinlich ist die Antwort vielmehr im persönlich-psychologischen Bereich zu suchen. Maßgebend dürfte die persönliche Betroffenheit Gorbatschows gewesen sein, der nach der Rückkehr Batalins und – am 30.10. – Sagladins und deren Berichterstattung sich nicht zufriedengestellt sah. Anscheinend verschaffte ihm das erste Resultat der Demarche – das von BM Schäuble Botschafter Kwizinskij am 31.10. im Auftrage des BK übergebene Non-paper[37] – auch nicht die geforderte Genugtuung. Denn die am 1.11. angeordnete Verschiebung der Reise von BM Riesenhuber und der Kulturverhandlungen war von Kowaljow in keiner Weise angedeutet worden. Ein zusätzliches Irritans mag das Bekanntwerden des Newsweek-Zitats in der SU von außen her gewesen sein; darauf deutete das SAM im Zusammenhang mit der Vertagung der Kulturverhandlungen hin.

Man kann der Auffassung sein, daß Gorbatschow eine als persönliche Kränkung empfundene Äußerung und nachfolgendes Verhalten nicht mit vehementen Konsequenzen für die operativen bilateralen Beziehungen beantworten sollte (die Amerikaner kennzeichneten ihn nach Reykjavik als „stur und explosiv“, und er hatte schon auf Kritik der Deutschen Welle an seiner Position deutlich reagiert[38]). Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Untaten des Dritten Reiches auch bei jüngeren Sowjetpolitikern nicht vergessen sind und wir in dieser Hinsicht uns gerade gegenüber der SU immer noch auf dünnem Eis bewegen.

Richthofen

Referat 213, Bd. 139309

36 Am 25. Januar 1987 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

37 Zu der als Non-paper übergebenen Mitteilung des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 310, Anm. 16.

38 Ministerialdirigent Oesterhelt hielt am 27. Oktober 1986 fest, daß in jüngster Zeit die „Polemik der Sowjets gegen die russischsprachigen Sendungen der ‚Deutschen Welle‘“ wiederaufgeflammt sei. So habe der sowjetische Botschafter Kwizinskij am 6. Oktober 1986 bei Staatssekretär Meyer-Landrut vorgesprochen und dem Sender „Ausstreuung von Lügen und Verleumdungen […] bis hin zur direkten Aufwiegelung“ vorgeworfen. Ebenfalls am 6. Oktober 1986 habe der Generaldirektor der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti, Falin, in der Tageszeitung „Prawda“ einen „besonders heftigen Artikel“ zum gleichen Thema veröffentlicht: „Das Verhalten der DW sei Teil einer vom NATO-Hauptquartier zentral gesteuerten ‚psychologischen Kriegsführung‘, die den KSZE-Prinzipien der Vertrauensbildung widerspreche. Die Bonner Politiker, die in den Aufsichtsgremien der DW säßen, zugleich aber immer wieder ihren Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen äußerten, verhielten sich bewußt ‚doppelzüngig‘.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139405.

314

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke

320-322.62 ALLG **Aufgabe: 3. November 1986, 17.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 8070 Plurez

Betr.: Arbeitsessen BM mit einer hochrangigen Delegation der Blockfreien am 31.10.1986, von 13.15 bis 15.00 Uhr

Zur dortigen Unterrichtung folgt Gesprächsvermerk

1) Der auf Beschluß der Blockfreien-Konferenz in Harare vom 6.9.86[2] zurückgehenden Delegation gehörten AM von Simbabwe, Herr Mangwende, Indien, Herr Tiwari, und Jugoslawien, Herr Dizdarević, sowie StM Abgelghani aus Algerien an. Argentinien, VR Kongo, Nigeria und Peru waren durch ihre Bonner Botschafter[3] vertreten.

2) In einleitenden Erklärungen wiesen AM Simbabwes, Indiens und Jugoslawiens sowie algerischer StM übereinstimmend darauf hin, daß sich nach Auffassung der Blockfreien Situation im südlichen Afrika ständig verschärfe. Angesichts Entschlossenheit der Betroffenen zum bewaffneten Kampf gegen das Apartheidregime und der kompromißlosen Haltung der südafrikanischen Regierung drohe eine unzählige Menschenleben und den Frieden gefährdende Katastrophe. Da leider alle bisherigen Bemühungen um Abschaffung Apartheid und Entlassung von Namibia in Unabhängigkeit kein Ergebnis gebracht hätten, bliebe als einzige mögliche Option für eine von allen bevorzugte friedliche Lösung des Problems Verhängung von umfassenden und verbindlichen Sanktionen gegen SA durch VN. Nur hierdurch auszulösender größtmöglicher Druck könne SA zu Sinnesänderung bringen. Bundesregierung wurde aufgefordert, bisherige Haltung Sanktionen gegenüber zu überdenken und sich in EG und VN für umfassende und verbindliche Sanktionen gegenüber SA einzusetzen.

3) Darüber hinaus bleibt aus Einführungserklärungen festzuhalten:

AM von Simbabwe: Apartheid sei so wie Faschismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bedrohe internationalen Frieden. Das deutsche Volk wisse aufgrund seines Kampfes gegen den Faschismus, worum es hierbei gehe. Obwohl Blockfreie zwei Drittel der Menschheit umfaßten, käme es bei Verhängung von wirksamen Sanktionen auf Industrieländer an. Die Delegation besuche in Rom[4], Paris[5], London[6], Bonn und Tokio[7] derzeitige oder künftige Mit-

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

2 Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 1. bis 7. September 1986 in Harare vgl. Dok. 257, Anm. 8.

3 Hugo Boatti Ossorio (Argentinien), Enrique Fernández de Paredes (Peru), Gérard-François Yandza (Kongo) und Abba Ahmed Zorn (Nigeria).

4 Die Delegation aus Vertretern blockfreier Staaten traf am 28. Oktober 1986 in Rom mit dem italienischen Außenminister Andreotti zusammen.

5 Die Delegation aus Vertretern blockfreier Staaten wurde am 30. Oktober 1986 vom französischen Außenminister Raimond in Paris empfangen.

6 Das Gespräch einer Delegation aus Vertretern blockfreier Staaten mit dem britischen Außenminister Howe fand am 30. Oktober 1986 statt.

glieder des Sicherheitsrates. Man freue sich über Wahl der Bundesrepublik in Sicherheitsrat.[8] Dieses bewirke gewisse[9] Verantwortlichkeiten. Falls wir uns diesen aus selbstsüchtigen Motiven entziehen sollten, würde uns die Geschichte verdammen. Bisherige Sanktionspakete[10] seien lobenswerte Anstrengungen, aber nicht ausreichend, um Überlebensfähigkeit Südafrikas zu bedrohen. Sanktionen müßten z. B. Kohle, landwirtschaftliche Produkte und Flugverbindungen umfassen. Aufgrund unserer traditionell guten Beziehungen und des Eintretens der Bundesregierung für Demokratie und Menschenrechte erhoffe man sich in Afrika Unterstützung der Bundesregierung in der Sanktionsfrage. Bei Gesprächen der Delegation in London und Rom sei aber darauf hingewiesen worden, daß nur Bundesrepublik und Portugal EG-Konsens über Kohlesanktionen verhindert hätten. Dies sei enttäuschend.

AM von Indien: BM sei als Gegner der Apartheid und Befürworter einer gerechten Weltordnung allgemein bekannt. Deutschland treffe eine besondere Verantwortung, da es in EG die entscheidende Rolle spiele. Alle bisherigen Bemühungen um Abschaffung Apartheid durch VN, Commonwealth (EPG-Mission[11]), die EG (Howe-Mission[12]) seien gescheitert. Auch Mahatma Gandhi habe als einer der ersten gegen Apartheid gekämpft. Trotz möglicher wirtschaftlicher Nachteile (etwa 1 Million Inder in SA und Anteils SAs am indischen Außenhandel in Höhe von 8 v. H.) müsse man gemeinsame Sanktionen beschließen, um Holocaust zu vermeiden. Angesichts von Erklärungen des Europäischen Parlaments[13], der Gewerkschaften und Kirchen für umfassende Sanktionen solle Bundesregierung ihre Haltung überprüfen. Außerdem solle Bundesregierung Frontlinienstaaten und Opfern der Apartheid über den Afrika-Solidaritätsfonds finanziell helfen.

AM von Jugoslawien: Sanktionen würden Bevölkerung von SA und Nachbarstaaten nicht mehr schaden als ein Andauern der Apartheid, die zu Krieg führen müsse. Nur durch Mithilfe bei Abschaffung der Apartheid könne deutsche Wirtschaft ihre großen Interessen in SA auf Dauer schützen. Wer wie alle Anwesenden für Wahrung der Menschenrechte eintrete, müsse aus moralischen Gründen dieses Engagement auch auf Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in Südafrika erstrecken. In diesem Zusammenhang sei er sich persönlichen Engagements und Überzeugungen des BM völlig sicher.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1620

7 Eine Delegation aus Vertretern blockfreier Staaten führte am 5. November 1986 Gespräche mit der japanischen Regierung in Tokio.

8 Zur Wahl der Bundesrepublik in den VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 251, Anm. 26.

9 Korrigiert aus: „bewirke eine gewisse".

10 Zu den auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 257, Anm. 5.
Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 257, Anm. 7.

11 Zum Bericht der „Eminent Persons Group" des Commonwealth vgl. Dok. 167, Anm. 24.

12 Der britische Außenminister Howe führte vom 9. bis 11. Juli 1986 Gespräche in Mosambik, Sambia und Simbabwe. Er reiste vom 23. bis 26. Juli 1986 nach Südafrika, Sambia, Botsuana und Lesotho und vom 27. bis 29. Juli 1986 erneut nach Südafrika.

13 Das Europäische Parlament verabschiedete auf seiner Plenartagung vom 20. bis 24. Oktober 1986 in Straßburg vier Entschließungen zur Lage in Südafrika. Darin verurteilten die Abgeordneten „die militärischen Angriffe Südafrikas gegen benachbarte Staaten". Ferner forderten sie die EG-Mitgliedstaaten auf, „ihre Haltung unverzüglich zu überprüfen und die Maßnahmen, die die Außenminister am 16. September 1986 im Rahmen der politischen Zusammenarbeit gegenüber Südafrika beschlossen haben, auf weitere Gebiete auszudehnen". Vgl. BULLETIN DER EG 10/1986, S. 102.

StM aus Algerien: Verweist auf hoffnunggebendes Beispiel der Überwindung der Rassengegensätze in Simbabwe.[14] Nur friedliche Lösungen könnten dauerhafte Ergebnisse erzielen. Richtet an Bundesregierung die Bitte, ihr großes wirtschaftliches und politisches Gewicht in EG und SA für Abschaffung der Apartheid und baldige Unabhängigkeit Namibias einzusetzen.

4) Erwiderung des BM: Dankt für offene Worte der Kollegen und stellt zunächst klar:

– In Äußerungen zu SA und Apartheid vor den VN[15] und dem Bundestag habe er nicht seine persönliche Auffassung, sondern die der Bundesregierung wiedergegeben. Apartheid könne nicht reformiert, sondern müsse als inhuman verdammt und abgeschafft werden. Als erster Schritt müsse durch Freilassung von Mandela und anderer politischer Gefangener sowie durch Entbannung des ANC und der übrigen oppositionellen Organisationen Klima für Verhandlungen über Zukunft SAs geschaffen werden.

– Bundesregierung lehne grundsätzlich Sanktionen ab, habe aber die mandatorischen Sanktionen der VN gegen Rhodesien[16] mitgetragen. Außerdem sei Bundesregierung angesichts der dramatischen Zuspitzung der Lage in Südafrika „über ihren Schatten gesprungen“ und habe EG-Sanktionspaket zugestimmt.

– Anspielungen der Kollegen auf eine deutsche Führungsrolle in der EG entsprächen leider nicht den Tatsachen. Er habe mit bitterer Enttäuschung zur Kenntnis nehmen müssen, daß nicht alle Mitgliedstaaten beim letzten Ministerrat der EG[17] bereit gewesen seien, beschlossene EG-Sanktionen gegen SA vereinbarungsgemäß umzusetzen. So träten wir für die Implementierung des Verbots von neuen Investitionen durch eine in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen verbindliche Verordnung ein. Leider hätten einige Mitgliedstaaten unter Berufung auf spitzfindige rechtliche Argumente auf Umsetzung durch einzelstaatliche Maßnahmen bestanden. Wir bedauerten sehr, wenn diese Umsetzung nicht durch bindende Vorschriften, sondern lediglich durch entsprechenden Appell („guidance“) erfolge. Im Gegensatz dazu würden wir unseren Worten auch Taten folgen lassen.

– Wir wollten niemanden von Verhängung zusätzlicher Sanktionen abhalten. EG-Mitgliedstaaten, die z. B. Importverbote für südafrikanische Kohle ver-

14 Vgl. dazu die Verfassungskonferenz vom 10. September bis 15. Dezember 1979 in London zur Entlassung Simbabwes/Rhodesiens in die Unabhängigkeit; Dok. 260, Anm. 5.

15 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 25. September 1986 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1986, S. 953–958.

16 Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf, u. a. zum Verbot des Imports von Waren oder des Handels mit Produkten aus Rhodesien, der Kreditvergabe an rhodesische Unternehmen, der Einreise rhodesischer Staatsangehöriger, des Flugverkehrs von und nach Rhodesien sowie zum Abzug aller konsularischen und Handelsvertreter. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

17 Auf der EG-Ministerratstagung am 27. Oktober 1986 in Luxemburg wurde eine Verordnung erlassen, „durch die die Einfuhr von Goldmünzen mit Ursprung in Südafrika in die Gemeinschaft ausgesetzt und die entsprechenden Modalitäten festgelegt werden“. Ferner verpflichteten sich die EG-Mitgliedstaaten, die „erforderlichen Maßnahmen“ zu treffen, „um sicherzustellen, daß das Verbot neuer Direktinvestitionen durch natürliche oder juristische Personen, die in der Gemeinschaft ansässig sind, eingehalten wird“. Vgl. BULLETIN DER EG 10/1986, S. 86.

hängen wollten, sollten sich insoweit nicht hinter uns verstecken. Im übrigen würden wir mögliche mandatorische Sanktionen der VN gegen SA – wie im Falle Rhodesiens – beachten.

Die Argumente der Delegation für zusätzliche Sanktionen habe er zur Kenntnis genommen. Er werde Bundesregierung hierüber unterrichten. Heute könne er hierzu nur unsere Grundsatzposition darlegen. Er lege aber Wert auf die Feststellung, daß wir angesichts unserer mit der Delegation übereinstimmenden Verurteilung der Apartheid nicht an unsere Verantwortung für Menschenrechte erinnert zu werden brauchten.

Abschließend bittet BM zu Meinungsäußerung zu dem Gedanken einer Einladung von führenden Politikern zu einer Konferenz, an der die authentischen Vertreter der schwarzen Mehrheit (namentlich Nelson Mandela) und der weißen Minderheit SAs teilnehmen und über Lösung der Probleme des Landes diskutieren sollten. Hintergrund dieses nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Gedankens sei, daß es nicht ausreiche, Sanktionen zu verlangen und ansonsten nichts zu tun. Notwendig sei eine politische Initiative, um den Dialog über Rassenschranken hinweg in Gang zu setzen. Er (BM) werde diesen Gedanken beim EPZ-Ministertreffen am 10.11. in London[18] aufgreifen.

[19]5) Schlußbemerkung des AM von Simbabwe: Dankt für positive Erklärung des BM und stellt fest, daß dieser und Delegation sich in die gleiche Richtung bewegten. Sanktionen seien kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Herbeiführung eines echten Dialogs. Bisher gebe es aber leider keine Anzeichen für Bereitschaft der südafrikanischen Regierung zu Dialog mit authentischen Vertretern – nicht mit Buthelezi – der verschiedenen Bevölkerungsgruppen SAs. Der Konferenzgedanke habe deshalb nur eine Chance, wenn südafrikanische Regierung durch zusätzliche Maßnahmen zum Einlenken gebracht werden könne.

6) Vermerk ist von BM noch nicht gebilligt.

Nöldeke[20]

Unterabteilung 32, Bd. 138183

18 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London vgl. Dok. 323.

19 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 8071 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Paraphe.

315

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte

4. November 1986

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Kulturelle Ergebnisse der 48. deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt/Main, 27. bis 28. Oktober 1986[3]

Anlg.: „Gemeinsame Erklärung“[4]

1) Das unterschiedliche, überwiegend jedoch kritische publizistische Echo in beiden Ländern auf die Ergebnisse des Frankfurter „Gipfels“ im kulturellen Bereich bestätigt, was in den überaus zähen Verhandlungen über die in der Anlage beigefügte „Gemeinsame Erklärung“ schon zuvor deutlich geworden war: Kulturelle Zusammenarbeit über die Grenzen eignet sich nicht als Abschußplatz für das staunende Publikum faszinierende, rasch verglühende Raketen[5], sondern ist nach Max Webers vielzitiertem Wort dem beharrlichen Bohren dicker Bretter[6] vergleichbar. Zum Teil war allerdings die publizistische Kritik Folge einer unglücklichen Informationspolitik beider Seiten in Frankfurt nach dem „Kulturplenum“ des ersten Tages: Während der deutsche Regierungssprecher[7] bereits die – noch nicht erfolgte – Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung verkündete, teilte Mitterrands Sprecherin[8] mit, das Dokument sei noch zu vage und werde überarbeitet.

Trotzdem kann sich das Ergebnis durchaus sehen lassen. Die breite Berichterstattung über die Unterzeichnung von zwei Regierungsvereinbarungen[9] und

1 Hat Staatssekretär Ruhfus am 5. November 1986 vorgelegen.

2 Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 7. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 11. Dezember 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Witte verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 11. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Witte am 15. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der Ministerialdirigent Neukirchen und Referat 610-B um Rücksprache bat. Hat Neukirchen am 16. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 312.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 525.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BULLETIN 1986, S. 1106–1109.

5 Der Passus „Kulturelle Zusammenarbeit … verglühende Raketen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich durch Fragezeichen hervorgehoben.

6 Vgl. Max WEBER, Politik als Beruf, in: Max Weber Gesamtausgabe. Im Auftrag der Kommission für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hrsg. von Horst Baier, M. Rainer Lepsius, Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Schluchter und Johannes Winckelmann. Abteilung I: Schriften und Reden. Bd. 17: Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod, Tübingen 1992, S. 251 f.

7 Friedhelm Ost.

8 Michèle Gendreall-Massaloux.

9 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Abkommens vom 27. Oktober 1986 über die Festlegung eines allgemeinen Aktionsrahmens für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 215 f.
Für den Wortlaut des Notenwechsels vom 27. Oktober 1986 über die Ausweitung der deutsch-fran-

vier bilateralen Erklärungen[10] am ersten Tag wie über die am zweiten Tag in letzter Minute fertiggestellte „Gemeinsame Erklärung“ zeigt trotz der kritischen Akzente vieler Kommentare, daß der Frankfurter „Kulturgipfel“ nicht im Verbalismus stecken blieb, sondern Substanz verabschiedete. Es wird nötig sein, dies auch öffentlich noch besser zu verdeutlichen, als das in Frankfurt selbst gelang.

2) Schon während der Vorbereitungsarbeit war für uns das Hauptproblem die ständige Gefahr, daß die aus innenpolitischen Gründen (Chirac gegen Mitterrand) sehr zögernde, ohne jede Initiative und Vollmacht tätige französische Seite und die aus anderen Gründen (Streit Bund–Länder um außen- und europapolitische Kompetenz) ebenso zögernden Bundesländer eine Verweigerungskoalition bildeten.[11] Das galt noch bis zur letzten Minute in Frankfurt mit den an Chirac vorbei gemachten, von Außenminister Raimond im Abschlußplenum[12] nicht vorgetragenen Zusatzvorschlägen Mitterrands in nicht weniger als sechs wichtigen Punkten, von denen wir nur drei akzeptieren konnten (Neufassung ersten Absatzes der Präambel, positive Bilanz der Vergangenheit – von Chirac verweigert –, Arbeitsgruppe Denkmalschutz). Ebenfalls in letzter Minute bremste Bürgermeister Wedemeier noch einmal im Fernseh-Kapitel wegen der noch unentschiedenen medienpolitischen Lage bei uns.

3) Im ganzen ist es aber doch durch politischen Druck und zähes Verhandeln gelungen, sowohl die französische Regierung als auch die Länder weiter zu bringen, als dies bis zur Sommerpause möglich erschien:

– Die Franzosen konzedierten neue gemeinsame Institutionen im Kultur- und Hochschulbereich,
– die Länder erklärten sich in der Sprachenfrage und im Fernsehbereich zu weiteren Schritten bereit.[13]

Beide akzeptierten nach langem Zögern auch unsere Vorschläge für das Hauptziel, das für die nächsten Jahre gelten soll, nämlich

– eine neue Etappe der kulturellen Zusammenarbeit zu beginnen, die im Zeichen des zunehmenden Übergangs von gegenseitiger Selbstdarstellung und Austausch zur Zusammenarbeit in gemeinsamen Vorhaben und gegenseitiger Vernetzung stehen soll, dies in europäischer Perspektive.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1624

zösischen Vereinbarung vom 10. Juli 1980 über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen in den Geistes- und Naturwissenschaften auf Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 198 f.

10 Am 27. Oktober 1986 wurden bei den deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt am Main Erklärungen über den Gleichzeitigen Erwerb der deutschen Allgemeinen Hochschulreife zusammen mit dem französischen Baccalauréat, über die deutsch-französischen Beziehungen der Gegenwart und ihre Darstellung im Unterricht, über die Frühvermittlung der Partnersprache und über den Hochschulzugang für Bewerber mit besonderen Leistungsnachweisen in der Partnersprache verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT IM BILDUNGSWESEN, S. 122–137.

11 Der Passus „aus anderen Gründen … Verweigerungskoalition bildeten“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies war aber für AA kein Grund, sich zu verstecken!“

12 Für das Protokoll der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 525.

13 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leider kein Dammbruch.“

Auch für die Zukunft wird gelten, daß vorantreibende Initiativen in erster Linie von der Bundesregierung kommen müssen, jedenfalls solange in Frankreich die „Cohabitation" währt. Innerhalb der Bundesregierung war für die Vorbereitung von Frankfurt die gute Zusammenarbeit von Kanzleramt und Auswärtigem Amt entscheidend, während andere Häuser teils durch Übereifer (BMBW), teils durch mangelndes Interesse (BMJFFG) Probleme schufen.

4) Nunmehr beginnt die Auswertung der Frankfurter Ergebnisse. Dabei haben die teils terminierten, teils nicht terminierten konkreten Arbeitsaufträge Vorrang. Im einzelnen:

4.1) Sprache (Bevollmächtigter)

Vorrangig sind hier die Herabsetzung der Mindestklassenstärken für Deutsch- bzw. Französisch-Unterricht[14] sowie die intensivere Sprachvermittlung im außerschulischen Bereich (gemeinsame Zertifikate) als wichtigste Mittel zur weiteren Verbesserung von Quantität und Qualität in beiden Ländern. Der erste Punkt wird demnächst in der ständigen Kommission für das allgemeinbildende Schulwesen behandelt, während für den zweiten Punkt eine deutsch-französische Ad-hoc-Gruppe zu bilden sein wird.

4.2) Berufsbildung (Bevollmächtigter)[15]

Das in Frankfurt unterzeichnete Regierungsabkommen und die vereinbarte Verdoppelung der Austauschzahlen werden von der ständigen deutsch-französischen Kommission für Berufsbildung weiter behandelt werden.

4.3) Hochschulen und Wissenschaft (Bevollmächtigter)

Erste Aufgabe der ständigen deutsch-französischen Hochschulkommission wird eine Vereinbarung über Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise des in Frankfurt

14 Referat 610 B legte in einer undatierten Aufzeichnung dar, daß ein wichtiges Mittel zur Förderung des Unterrichts in der Partnersprache sei, die Mindestklassenstärken herabzusetzen: „Wenn z. B. in Rheinland-Pfalz statt dreißig (Realschule erste Fremdsprache) nur zehn Schüler (Gymnasium zweite Fremdsprache) ausreichen, um eine Französischklasse zu bilden, geschieht dies öfter und vor allem bei sinkenden Schülerzahlen auch in Zukunft. In Frankreich soll die Zahl für den Deutschunterricht bei 15 liegen, für Spanisch jedoch bei acht. Die Länder wären bereit, ihre unterschiedlichen hohen Mindestklassenstärken zu überprüfen, wollen sich aber für Französisch nicht auf ein besonderes, niedrigeres Niveau festlegen. Sie behaupten, die Zahlen würden in der Praxis sowieso unterschritten, da die vorhandenen Französischlehrer bei sinkenden Schülerzahlen weiterbeschäftigt werden müßten. Die formelle Beibehaltung hoher Mindesklassenstärken nimmt aber Schülern und Eltern das Recht, bereits bei etwa zehn Interessenten auf die Einrichtung einer Französischklasse drängen zu können, was zur Einstellung zusätzlicher Lehrer führen müßte. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen dürften der Hauptgrund für die negative Haltung der Länder sein." Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 524.

15 Referat 610 B stellte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung fest, sie sei „durch zwei Abkommen vom 16.6.1977 über die Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen (bisher 15 anerkannt) und vom 5.2.1980 über die Durchführung eines Austauschs von Jugendlichen und Erwachsenen in Aus- und Weiterbildung (ca. 1000 jährlich) formalisiert. Dieser von den Regierungen geförderte Austausch wird über ein deutsch-französisches Sekretariat in Saarbrücken organisiert und hauptsächlich durch BMBW finanziert. […] Die deutsch-französische Zusammenarbeit wird koordiniert im Rahmen einer deutsch-franz[ösischen] Expertenkommission für die berufliche Bildung, der auf deutscher Seite auch die Sozialpartner angehören. […] Die bisherigen und die künftigen Bereiche der Zusammenarbeit werden in einem im Rahmen der Expertenkommission ausgehandelten Aktiosrahmen als Regierungsabkommen zusammengefaßt. Dieser Aktionsrahmen wird jeweils durch ein Aktionsprogramm ausgefüllt." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; B 97 (Referat 610), Bd. 524.

beschlossenen deutsch-französischen Kollegs sein. Auch bleibt der Ausbau der gegenseitigen Anerkennung von Studienzeiten auf der Tagesordnung.

4.4) Kultur im engeren Sinn (Auswärtiges Amt)

Die beschlossene Erweiterung der filmwirtschaftlichen Zusammenarbeit wird in der bestehenden „gemischten Kommission" behandelt werden (auf deutscher Seite BMWi).[16] Der deutsch-französische „Kulturrat", seine Zusammensetzung und seine Arbeit werden bei der nächsten Konsultation der Kulturdirektoren[17] beraten werden.

4.5) Fernsehen (Auswärtiges Amt)[18]

Die erweiterte deutsch-französische Medienkommission wird im November erstmals zusammentreten; der weitere Zeitplan sieht u. a. eine mehrtägige Klausur im Februar vor, damit der Bericht über verbesserte bilaterale Zusammenarbeit im Frühjahr 1987 vorliegt. Arbeiten an dem Projekt eines europäischen Fernsehprogramms können erst beginnen, wenn Karlsruhe gesprochen hat[19] und die Ministerpräsidenten danach ihre medienpolitischen Beschlüsse gefaßt haben, also nicht vor Frühjahr 1987.

5) Um die Gesamtsteuerung wie bisher in der Hand zu behalten, habe ich für die kommende Woche zu einer ersten Ressortbesprechung mit Beteiligung des Bevollmächtigten und der KMK eingeladen. Bei positivem Ausgang dieser Besprechung, die im wesentlichen die unter 4) dargestellten nächsten Schritte festlegen soll, möchte ich eine Hintergrund-Unterrichtung der Presse zur Bewertung und Auswertung des Frankfurter „Kulturgipfels" ins Auge fassen.[20]

Witte

B 97 (Referat 610), Bd. 525

16 Zum Stand der deutsch-französischen filmwirtschaftlichen Zusammenarbeit notierte Referat 610 B: „Im Bereich des Films gibt es drei deutsch-französische Abkommen: 1974 über Anerkennung von Ko-Produktionen als nationale Filme; 1981 über Projektförderung von Ko-Produktionen; 1984 über Absatzförderung. Dieses Abkommen läuft Ende 1986 aus und soll verlängert werden. Der Anteil des deutschen Films an Filmvorführungen in Frankreich beträgt weniger als 1 %, der des französischen Films in Deutschland mehr als 5 %, auch im Fernsehen. Es gibt ca. zehn Ko-Produktionen jährlich, von denen ein Teil auch in den Kinos gezeigt wird. Die französische Filmförderung ist sehr viel bedeutender sowohl in Form von Umlagen wie in Form von Haushaltsmitteln. Für eine Ausweitung der deutschen Filmförderung (hauptsächlich durch Umlagen) sind im Haushalt 1987 und in der Finanzplanung bisher keine Mittel vorgesehen. Die deutsch-französische Gemischte Filmkommission hat über zwei Jahre nicht getagt und wird nun Anfang 1987 einberufen." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; B 97 (Referat 610), Bd. 524.

17 Thierry Martin de Beaucé und Barthold Witte.

18 In einer undatierten Aufzeichnung vermerkte Referat 610 B: „Im Bereich des Fernsehens gibt es deutsch-französische medienpolitische Gespräche und einen Haut Conseil der Fernsehanstalten, die jeweils nur unregelmäßig tagen. […] Die Konkurrenz um zusätzliche Fernsehkanäle ist groß, daher gibt es kaum Möglichkeiten für einen zusätzlichen deutsch-franz[ösischen] oder europäischen Kultur-Fernsehkanal. Medienpolitische Abstimmung der Bundesländer ist erst nach dem für den 4. November erwarteten Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Stellung des Privatfernsehens möglich." Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 524.

19 Für den Wortlaut des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 1986 (4. Rundfunkurteil) vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 73, S. 118–205.

20 Der Passus „möchte ich … ins Auge fassen" wurde von Staatssekretär Ruhfus durch Fragezeichen hervorgehoben.

316

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Wien, an Staatssekretär Meyer-Landrut

114-6311/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. November 1986, 09.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 924 **Ankunft: 5. November 1986, 11.20 Uhr**
Citissime nachts

Für StS Meyer-Landrut persönlich[2]

Betr.: Wiener Folgetreffen;
hier: Gespräch mit AM Schewardnadse[3]

1) Zusammenfassung

BM führte mit AM Schewardnadse ein zweistündiges Gespräch in sehr sachlicher, der besonderen Situation entsprechend ernster Atmosphäre. Sowjets gaben sich als Gastgeber betont höflich. Erwartungsgemäß waren die ersten 45 Minuten dem „Newsweek-Interview“[4] gewidmet. Schewardnadse vermittelte den Eindruck einer sehr schwierigen Situation und echter Betroffenheit auf sowj. Seite, wie es zu dieser Situation hatte kommen können. Er schien bemüht, nach Wegen zu suchen, wie der Konflikt in beiderseitigem Interesse und, wie er betonte, der sowj. Bevölkerung gegenüber vertretbar, beigelegt werden könnte. Obwohl BM mehrfach betonte, daß er im Namen und mit voller Autorität des Bundeskanzlers spreche, wurde aus mehrfachen Nachfragen von Sch. deutlich, daß sowj. Führung auf ein Wort des Bundeskanzlers direkt an sie wartet. BM wies auf die beabsichtigte Erklärung von BK im Bundestag am 5. oder 6.11.[5] hin, der in unserem System höchste politische Bedeutung zukomme.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 5. November 1986 vorgelegen, der die Vorlage bei Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte. Ferner verfügte er die Weiterleitung eines Exemplars des Drahtberichts an das Ministerbüro und einer Ablichtung an das Bundeskanzleramt.

2 Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen verfügte.
Hat Richthofen am 14. November 1986 erneut vorgelegen.

3 Das Gespräch fand am 4. November 1986 statt. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 517–522.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 6. November 1986 anläßlich der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien auf. Vgl. dazu auch Dok. 317.

4 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ vgl. Dok. 308, Anm. 2.

5 Bundeskanzler Kohl erklärte am 6. November 1986 vor dem Bundestag: „Es liegt mir fern, Generalsekretär Gorbatschow zu nahe zu treten oder gar beleidigen zu wollen. Das Interview in ‚Newsweek‘ gibt in der entsprechenden Passage Sinn und Inhalt des eineinhalbstündigen Gesprächs nicht korrekt wieder. Dabei ist der falsche Eindruck vermittelt worden, ich hätte Generalsekretär Gorbatschow persönlich mit Goebbels vergleichen wollen. Das war nicht meine Absicht. Ich bedauere es sehr, daß dieser Eindruck entstehen konnte und distanziere mich mit Entschiedenheit davon. Mein Wunsch, meine Damen und Herren, ist, mit dieser Erklärung dazu beizutragen, daß die Beziehungen ungestört weiterentwickelt werden können.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18742.

Im zweiten, längeren Teil des Gesprächs wurde intensiv über die Lage nach Reykjavik[6], das WFT und Entwicklung der bilateralen Beziehungen und ihre Bedeutung für das West-Ost-Verhältnis gesprochen. Sch. legte die von Gorbatschow und ihm in Reykjavik vertretene sowj. Position zur nuklearen Abrüstung in sachlicher, von jeder Polemik freien Form dar. Seine Ausführungen enthielten interessante Aspekte in der Frage der Forschung unter Laborbedingungen von Defensivwaffen im Rahmen des ABM-Vertrages sowie über die sowj. Vorstellungen, was nach Ablauf der vorgeschlagenen zehnjährigen Nichtkündigung des ABM-Vertrages geschehen solle. In der Frage KRK vom Atlantik bis zum Ural sprach sich Sch. unter dem KSZE-Rahmen für Kontakte von Bündnis zu Bündnis zwischen der HLTF und der Budapester Arbeitsgruppe des WP[7] aus. BM erläuterte unsere Haltung und verwies dabei auf die noch nicht abgeschlossene Meinungsbildung im westlichen Bündnis hin. Hierüber erfolgt gesondertes FS.

BM setzte sich bei Behandlung der bilateralen Beziehungen insbesondere für den Ausbau der Wirtschaftskooperation sowie für mehr Ausreisen ein (Härtefall-Liste wurde entgegengenommen[8]). Sch. ließ Interesse an der Rolle der Bundesrepublik in den West-Ost-Beziehungen und am Ausbau der bilateralen Beziehungen erkennen, machte aber Vorbehalt hinsichtlich der abzuwartenden Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag.

II. Im einzelnen

AM Sch. empfing BM im Gegensatz zu Gromyko persönlich am Eingang sowj. Botschaft in Anwesenheit der Presse. Bild-Presse filmte auch im Konferenzzimmer. Noch in Anwesenheit der Presse erkundigte er sich nach Gesundheitszustand von BM[9] und drückte nach Antwort BM Befriedigung darüber aus, daß dieser „in guter Arbeitsform" sei.

BM eröffnete das Gespräch, in dem er im Namen des Bundeskanzlers den als Anlage folgenden Text zur Frage „Newsweek-Interview" wörtlich verlas. Er übergab russische Übersetzung im Wortlaut als Gedächtnisstütze. BM betonte, ihm liege daran, daß Gorbatschow und sowj. Führung die Aufrichtigkeit und Bedeutung dieser Erklärung richtig einschätzten. BK werde im Bundestag Gelegenheit nehmen, dazu selbst noch in dieser Woche Stellung zu nehmen.

Sch. erwiderte, es sei der Bedeutung der Angelegenheit angemessen, daß BM das Gespräch mit dieser Erklärung begonnen habe. Es handele sich um einen präzedenzlosen Fall in den deutsch-sowj. Beziehungen. Als Sowjets die Information über die Veröffentlichung des Interviews erhalten hätten, hätten sie das zunächst nicht geglaubt, sondern für eine Provokation gehalten. Sie hätten so etwas nicht für möglich gehalten, so etwas könne einfach nicht passieren. Auf eine Rückfrage bei „Newsweek" habe das Nachrichtenmagazin aufgrund einer dort vorliegenden Tonband-Aufzeichnung[10] bestätigt, daß die Interview-Äuße-

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

7 Zu den Bemühungen des Warschauer Pakts um Direktkontakte zur NATO vgl. Dok. 361.

8 Für die dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 in Wien übergebene Härtefall-Liste vgl. Referat 213, Bd. 139398.

9 Zum Schwächeanfall des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 276, Anm. 9.

10 Am Abend des 6. November 1986 veröffentlichte die amerikanische Wochenzeitschrift „Newsweek" das Tonband des Interviews mit Bundeskanzler Kohl vom 27. Oktober 1986. Darin erklärte Kohl

rungen des BK korrekt wiedergegeben worden seien. Nachdem der BK sich durch seinen Sprecher von der Äußerung distanziert habe[11], habe man erneut mit dem „Newsweek"-Chefredakteur Parker Verbindung aufgenommen. Dieser habe die von deutscher Seite erhobene Beschuldigung eines unkorrekten Zitats des BK zurückgewiesen. Es habe sich um ein On-the-record-Interview gehandelt. Der Chefredakteur sei mit den Äußerungen vom BK in der Sache nicht einverstanden gewesen und hätte sie als Meinung des Nachrichten-Magazins auch niemals wiedergegeben, habe sie den Lesern seiner Zeitschrift als Meinung des Bundeskanzlers jedoch nicht vorenthalten wollen.

BM erklärte, die Niederschrift des Interviews habe dem Bundeskanzler selbst nicht vorgelegen. Er habe nicht ohne Grund gesagt, daß uns daran liege, daß GS Gorbatschow die Aufrichtigkeit der Erklärung richtig einzuschätzen wisse. Er kenne BK seit vielen Jahren, nicht nur aus der Zusammenarbeit in der Bundesregierung, um zu wissen, daß seine Einschätzung der SU, ihrer Führung und des Generalsekretärs anders sei, als das in dem Interview zum Ausdruck komme.

Sch. erwiderte, daß das Interview die sowj. Führung in eine sehr unangenehme Lage gebracht habe. BM wisse, wie kompliziert die Aufnahme und Entwicklung der deutsch-sowj. Beziehungen nach dem Krieg gewesen sei. Es sei nicht einfach gewesen, die Völker der SU zu einer positiven Einstellung gegenüber Deutschland, insbes. gegenüber Westdeutschland, zu bewegen. Er schilderte das in den Beziehungen Erreichte. Bisher habe die sowj. Presse keine Zeile über das BK-Interview veröffentlicht. Aufgrund von Meldungen ausländischer Sender, insbes. „Voice of America" und der Deutschen Welle, erreichten die sowj. Führung jedoch zahlreiche Briefe, in denen nach einer Erklärung gefragt werde. Es sei nicht nur das persönliche Gefühl des Generalsekretärs, sondern auch das zahlreicher Familien betroffen (Hinweis auf 20 Millionen sowj. Kriegstote). Diese Anfragen müßten vor dem Hintergrund einer nicht einfachen Situation in der SU gesehen werden. Es gebe tiefgreifende und ernste Veränderungen in der SU, die sich mit dem Namen Gorbatschow verbänden (Wirtschaftspolitik, Erhöhung des Lebensstandards, industrielle Modernisierung, Ausbau der Demokratie). Sowj. Führung müsse auf Meinung des Volkes Rücksicht nehmen. „Sowj. Probleme seien größer als die des Bundeskanzlers."

Sch. fragte: „Was sollen wir tun? Unsere Meinung öffentlich zum Ausdruck bringen?"

BM riet nachdrücklich, an der Aufrichtigkeit der von ihm im Namen des Bundeskanzlers abgegebenen Erklärung nicht zu zweifeln. Der BK selber werde in den nächsten Tagen vor dem Bundestag eine Erklärung abgeben, der entspre-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1629

über den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow: „Ich bin kein Narr, ich halte ihn nicht für einen Liberalen. Es gibt genug Narren in der westlichen Welt unter Journalisten und Politikern, die sagen, Frau Gorbatschow ist eine attraktive Frau, sie kauft sich in Paris ein schönes Kostüm – das hat damit überhaupt nichts zu tun. Er ist ein moderner kommunistischer Führer. Er war nie in Kalifornien und nie in Hollywood, aber er versteht was von PR. Goebbels verstand auch etwas von PR. Man muß doch die Dinge auf den Punkt bringen …" Vgl. den Artikel „‚Die Dinge auf den Punkt bringen'"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 8./9. November 1986, S. 1.

11 Zur Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 24. Oktober 1986 vgl. Dok. 310, Anm. 16.

chend unserem politischen System hohe Bedeutung zukomme. Der Bundeskanzler habe sich von dem gedruckten Interview distanziert und seine wirkliche Meinung wiedergegeben.

Sch. erklärte, die sowj. Führung habe sich gezwungen gesehen, als Reaktion auf das Interview wichtige Besuche abzusagen.[12] Dabei handele es sich allerdings nur um „kosmetische Striche".

Vor seiner Abreise habe er mit seinen Kollegen darüber gesprochen. Sie hätten ironisch gelächelt. Der Bundeskanzler berücksichtige offenbar nicht, daß es um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der SU sowie um die ganze Geschichte ginge, aus der eine besondere Verantwortung der sowj. Führung entspringe.

BM erwiderte, er verstehe die Gefühle der sowj. Führung. Das ergebe sich auch aus seinen öffentlichen Erklärungen der letzten Tage. Auch der Bundeskanzler habe das verstanden. Er bitte die Erklärung so zu nehmen, wie er sie verlesen habe.

Sch. wies auf sein heutiges Gespräch mit AM Howe hin, in dem auch über internationalen Terrorismus und Gaddafi gesprochen worden sei. Präsident Reagan habe Gaddafi mit Hitler verglichen.[13] Das habe in der SU Empörung ausgelöst. Jetzt gehe es um den Generalsekretär, dies sei eine „schlimme Geschichte".

Auf die Erwiderung von BM, er wisse nicht, ob der US-Präsident wie der Bundeskanzler sich von dieser Äußerung distanziert habe, erwiderte Sch., Gaddafi seinerseits habe Reagan mit Hitler verglichen. Damit sei die Angelegenheit erledigt gewesen. Die sowj. Führung sei verantwortungsvoll und könne sich ein solches Vorgehen nicht erlauben. Es bleibe die Frage, wie man die ganze Angelegenheit dem sowj. Volk erklären solle.

BM fragte, ob er, Sch., im internationalen Verkehr ein Beispiel kenne, das sich jemand von einer Erklärung so entschieden distanziert habe wie der Bundeskanzler.

Sch. erwiderte, es wäre schön, wenn anstelle von BM der Bundeskanzler hier gesessen hätte. BM wies erneut auf die Autorisierung durch BK und die vorgesehene Erklärung im Bundestag am 5. oder 6.11. hin. Sch. bekräftigte die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in der SU. Mit Wiederaufnahme der normalen Besuchsdiplomatie müsse man warten, bis die öffentliche Reaktion voll übersehen werden könne.

12 Zur Absage des Besuchs des Bundesministers Riesenhuber und des Ministerialdirektors Witte in der UdSSR vgl. Dok. 313, Anm. 7 und 8.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 6. November 1986: „Botschaft Moskau teilt telefonisch mit: Der sowjetische Journalistenverband hat unseren Pressereferenten in Moskau, Herrn Brandenburg, einbestellt und mitgeteilt, daß die sowjetische Seite an der Verschiebung der Quotenreise für Journalisten, die vom 11. bis 22.11. stattfinden sollte, interessiert sei. Als Begründung sei auf das Newsweek-Interview sowie auf die Teilnahme von StS Ost am Programm hingewiesen worden". Vgl. Referat 213, Bd. 139304.

13 Am 31. Oktober 1986 führte Präsident Reagan auf einer Wahlkampfveranstaltung in Twin Falls, Idaho, aus: „SDI is America's insurance policy to protect us from accidents or some madman, like Hitler, who might come along – or a Quadhafi – or just in the case that the Soviets don't keep their side of a bargain." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1494.

BM erwiderte, es sei notwendig vor der Geschichte, vor den beiden Völkern und den Völkern Europas die Pflicht zu erfüllen, die im Moskauer Vertrag[14] niedergelegt sei. Die Arbeit für die deutsch-sowj. Beziehungen, das West-Ost-Verhältnis und die Abrüstung müsse weitergehen. Sch. gab zu erkennen, daß auch die SU trotz der komplizierten Situation nicht an der Stagnation der Beziehungen interessiert sei.

Über die sich anschließende Diskussion zur Lage nach Reykjavik, insbes. der Frage der atomaren und konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung, folgt gesonderter DB.

Zur Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen verwies BM auf seine Gespräche im Juli in Moskau[15] und im September in New York[16] über neue Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie über seine Bitte einer wohlwollenden Prüfung der Ausreisen sowj. Bürger deutscher Nationalität. Sowj. Seite nahm eine Härtefall-Liste zur Prüfung entgegen, machte allerdings den Vorbehalt, die Erklärung des Bundeskanzlers abwarten zu wollen.

Zum Abschluß wies BM ausdrücklich auf unsere Absicht hin, den Wortlaut der von ihm abgegebenen Erklärung der Presse zu übergeben. Sch. erhob dagegen keine Einwände.

[gez.] Richthofen

Folgt Anlage

Der Bundeskanzler hat in seinem Interview mit der „Welt“ am 2. November 1986[17] festgestellt, daß sein Gespräch mit „Newsweek“ nicht korrekt wiedergegeben worden ist. Er hat sehr bedauert, daß fälschlich der Eindruck entstanden ist, er habe den Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, mit Goebbels verglichen. Er habe sich davon mit Entschiedenheit distanziert. Er hat erklärt, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, den Generalsekretär zu beleidigen, und daß er die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst nimmt. Der Bundeskanzler hat diese Bemühungen stets anerkannt.

Die Bundesregierung verfolgt eine Politik der Verständigung und der Zusammenarbeit. Sie tut es auch im Bewußtsein der schweren Leiden und der Millionen Opfer, die die Völker der Sowjetunion durch den Überfall Hitlers erlitten haben.

Die Bundesregierung wünscht – auch das hat der Bundeskanzler in dem „Welt“-Interview erklärt – zur Sowjetunion als dem wichtigsten Nachbarn im Osten normale und gute Beziehungen. Sie will auch auf diese Weise zum Frieden in

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

15 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

16 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. September 1986 vgl. Dok. 264.

17 Vgl. dazu den Artikel „Vier Abkommen können erreicht werden“; DIE WELT vom 3. November 1986, S. 8.

Europa und in der Welt beitragen. Sie ist der Auffassung, daß das Herangehen der sowj. Führung und insbesondere von Generalsekretär Gorbatschow an Abrüstung und Zusammenarbeit ebenfalls diesem Ziel dient.

VS-Bd. 13758 (014)

317

Botschafter Ruth, z. Z. Wien, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 5. November 1986, 13.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 927 **Ankunft: 5. November 1986, 14.15 Uhr**

Bitte 2A beteiligen

Betr.: Gespräch Bundesminister/AM Schewardnadse am 4.11.1986[2];
hier: Rüstungskontrolle

Vermerk: Von BM noch nicht gebilligt

Der größere Teil des Gespräches am 4.11.1986 war Themen der Rüstungskontrolle und dem Wiener Treffen gewidmet. Folgende Themen wurden erörtert:

1) Wiener Nachfolgetreffen und konventionelle Rüstungskontrolle,

2) Ergebnisse von Reykjavik[3].

Schewardnadse legte erkennbar Wert darauf, die sowjetische Interpretation zu den in der Öffentlichkeit diskutierten Ergebnissen zu Reykjavik darzustellen, insbesondere zu den Fragen

– Reduzierung der strategischen Offensivwaffen,
– Mittelstreckenverhandlungen,
– ABM-Forschung.

Schewardnadse bekräftigte, daß ungeachtet der gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Komplikationen die Arbeit an der Abrüstung, Zusammenarbeit und Bemühungen um den Frieden zwischen der SU und der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt werden müßten.

An dem Gespräch, das insgesamt zwei Stunden dauerte, nahmen auf sowjetischer Seite neben Schewardnadse Vize-AM Kowaljow, Botschafter Karpow,

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 5. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf".
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 9. November 1986 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Grunenberg am 14. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 19. November 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 6. November 1986 anläßlich der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien auf. Zum Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. auch Dok. 316.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

Ussytschenko und Dolmetscher teil. Auf deutscher Seite neben Bundesminister Botschafter Ruth, MD von Richthofen, MDg Kastrup, VLR I Jansen und Dolmetscher Hartmann.

Im einzelnen

1) Begegnung Reagan/Gorbatschow in Reykjavik

BM leitete das Gespräch zu diesem Thema ein. Er führte aus, daß es in Reykjavik anders als in Stockholm[4] nicht zur Verabschiedung eines Abschlußdokuments gekommen sei, weil es sich hier um überaus komplizierte Fragen gehandelt habe. Es stelle sich jetzt die Frage, wie das Erreichte bewahrt werden könne. Er habe in Hamburg vor den Julis[5] gesagt, daß niemand hinter Reykjavik zurückkönne, die Abrüstungsdiskussion habe sich grundlegend verändert. Es werde jetzt darauf ankommen, daß zwischen der SU und den USA in Genf mit großer Intensität verhandelt werde. Das Ausmaß der substantiellen Entwicklungen in Reykjavik erfordere, daß wir auch in anderen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle „die Schuhe von gestern ausziehen müßten".

Der Bundesminister erwähnte seine Rede bei der NATO-Außenministerkonferenz in Brüssel am 13.10.1986. Er habe gesagt, daß die Bundesregierung vor Reykjavik für das Treffen gewesen sei und es auch nachher für sinnvoll halte. Dies sei eine Position, die nach seiner Rückkehr aus Brüssel als Position der Bundesregierung öffentlich geäußert worden sei. Insbesondere sei dies die Auffassung des Bundeskanzlers.

Der Bundesminister fragte nach der Einschätzung des sowjetischen Außenministers des in Reykjavik Erreichten.

Schewardnadse führte aus:

1) Die SU sei davon ausgegangen, daß Einvernehmen über die Begrenzung von allen nuklearen Arsenalen erreicht worden sei. AM Shultz habe die Position vertreten, in den ersten fünf Jahren sollten alle Elemente der Triade in 50prozentige Reduzierung einbezogen sein. Die Beseitigung von Nuklearwaffen nach zehn Jahren habe er auf alle ballistischen Raketen begrenzt.

Demgegenüber habe Präsident Reagan im Gespräch mit GS Gorbatschow dafür plädiert, daß nach zehn Jahren alle Arten von nuklearen Rüstungen beseitigt werden sollten, und habe diese Rüstungen im einzelnen aufgezählt.

Die sowjetische Seite sei mindestens von der Bereitschaft der Eliminierung aller strategischen Nuklearwaffen ausgegangen.

2) Zur Problematik des ABM-Vertrages habe die SU hinsichtlich der Fortführung der Forschungsarbeit einen weitgehenden Kompromiß angeboten. Bei dem Vorschlag der Begrenzung der Forschung auf Labors und Labortests habe sie ein breites Verständnis dessen, was ein Labor ist, zugrunde gelegt. Dazu habe auch die Möglichkeit gehört, einem Labor vergleichbare Einrichtungen im Weltraum für die Forschung und für das Testen von Modellen zu nutzen.

4 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die KVAE statt. Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

5 Für die Rede des Bundesministers Genscher am 2. November 1986 vor dem Bundeskongreß der Jungen Liberalen vgl. Referat 013, Bd. 179064.

Beide Seiten sollten sich verpflichten, zehn Jahre lang am ABM-Vertrag festzuhalten und dieses Verständnis der Forschung zugrunde zu legen. Verboten sei dabei das Forschen und Testen außerhalb der laborähnlichen Einrichtungen im Weltraum.

Besonders bemerkenswert war, daß Schewardnadse feststellte, die SU sei nach zehn Jahren bereit, mit den Vereinigten Staaten zu prüfen, was bei der erlaubten Forschung erreicht worden sei. Wenn sich dann herausstelle, daß es sich bei den Defensivwaffen nicht um Angriffs- oder Massenvernichtungswaffen handele, werde man keine Einwände erheben. Eine Entscheidung hierüber könne jetzt noch nicht gefällt werden.

3) LRINF

Schewardnadse führte aus, daß im Mittelstreckenbereich ein besonders weitgehendes Entgegenkommen der SU zu sehen sei. Er verstehe deshalb nicht, wieso insbesondere Großbritannien und Frankreich der Meinung seien, daß die erreichte Annäherung so bemerkenswert nicht sei. Von besonderer Bedeutung für die SU sei der Verzicht auf Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in einem LRINF-Ergebnis. Ein wichtiges Zugeständnis sei auch die drastische Reduzierung der Systeme in Asien.

4) Paketlösung

Schewardnadse begründete das sowjetische Junktim mit SDI damit, daß bei den zahlreichen sowjetischen Konzessionen ein Paket unverzichtbar sei, das eine langfristige Beurteilung der Entwicklungen erlaube. Dies gelte insbesondere auch für das weitreichende Entgegenkommen bei LRINF, was den Verzicht auf britische und französische Systeme angehe.

5) SRINF

Auch die Bereitschaft, SRINF zu begrenzen und künftig über diese Systeme zu verhandeln, bezeichnete Schewardnadse als großes sowjetisches Entgegenkommen. Dazu müsse er unterstreichen, daß bei Reduzierung von SRINF das Thema der britischen und französischen Systeme wieder in die Kalkulation einbezogen werden müsse.

Der Bundesminister unterstrich, daß es für uns wichtig sei, die sowjetische Meinung zu den angesprochenen Fragen zu kennen. Er gehe davon aus, daß über alle diese Fragen mit AM Shultz gesprochen werde.[6] Es käme darauf an, auf der Grundlage von Reykjavik Ergebnisse zu erzielen. Das gelte auch für Fragen des ABM-Vertrages und des Verhältnisses zwischen strategischen Offensiv- und Defensivsystemen. Wir seien von der Notwendigkeit, hier zu Kooperationslösungen zu kommen, überzeugt. Die Bundesregierung habe dies schon im März 1985 festgestellt. Unverständlich sei für uns, warum die SU ihre bisherige Bereitschaft zu einem separaten LRINF-Abkommen aufgeben wolle und auch diese Frage in einem Paket lösen möchte. Was den ABM-Vertrag angehe, wolle er an die früheren Erklärungen des Bundeskanzlers erinnern, der festgestellt habe, daß drastische Reduzierungen bei den strategischen Offensivsystemen Umfang und Notwendigkeit von Defensivsystemen beeinflus-

6 Zu den Gesprächen der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am 5./6. November 1986 in Wien vgl. Dok. 319, Anm. 10.

sen müßten. Die Bundesregierung habe klargestellt, daß sie von der Notwendigkeit des Festhaltens an der restriktiven Interpretation des ABM-Vertrages überzeugt sei. Es sei wichtig, daß die SU mit den Vereinigten Staaten in diesen Fragen zu einer substantiellen Klärung komme.

II. Wiener Nachfolgetreffen

1) Konventionelle Rüstungskontrolle

Der Bundesminister unterstrich die Bedeutung, die wir der Thematik der konventionellen Stabilität in Europa beimessen. Er werde dazu in seiner Rede[7] Stellung nehmen und mit Aufmerksamkeit die Ausführungen Schewardnadses[8] verfolgen. Unsere Länder wüßten, wie wichtig es in Europa sei, mit konventioneller Rüstungskontrolle einen Beitrag dazu zu leisten, daß auch ein konventioneller Krieg verläßlich verhindert werden könne. Unsere Völker wüßten, was konventioneller Krieg bedeute, ein neuer solcher Krieg würde um ein Vielfaches schrecklicher sein als der Zweite Weltkrieg.

Bei der Vorbereitung auf Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa werde viel über die Frage des Forums diskutiert. Wir gingen an diese Frage pragmatisch heran. Für uns sei es wichtig, daß ein Weg gefunden werde, bald mit den Verhandlungen zu beginnen. In der konventionellen Rüstungskontrolle gebe es Fragen, die vernünftigerweise im Rahmen der 35 verhandelt werden; andere, die Sache der Bündnisse seien. Hier müsse eine akzeptable Lösung gefunden werden. Für uns sei es wichtig, daß die schließlich gefundenen Lösungen allen Betroffenen die Mitwirkung ermöglichten.

[9]Besonders wichtig sei für uns, daß sich Frankreich an den Verhandlungen beteiligen könne.

Schewardnadse führte aus, daß auch die SU noch nicht festgelegt sei. Er fragte, ob ein Formal für uns diskutabel sei, nachdem es in Stockholm II um Teilnahme der 35 Staaten gehe, und daß unter diesem Dach eine NATO/Warschauer-Pakt-Arbeitsgruppe sich mit besonderen Fragen der konventionellen Behandlung befasse.

Der Bundesminister erwiderte, daß in der Kombination Rahmen der 35 und Untergruppe der Bündnismitglieder beider Seiten eine denkbare Lösungsmöglichkeit liege.

2) Wiener Folgetreffen, allgemein

Schewardnadse betonte, daß die Bereitschaft, das Folgetreffen auf Außenministerebene zu beginnen, zeige, welche Bedeutung die SU diesem beimesse. Die Politiker trügen eine große Verantwortung gegenüber ihren Völkern. Er für seine Person wolle sagen, daß er nicht zulassen werde, daß das Wiener Treffen ohne Ergebnis abgeschlossen werde.

Der Bundesminister unterstrich die Bedeutung des Treffens auch für uns. Über Fragen der konventionellen Stabilität hinaus seien für uns Fragen der Zusammenarbeit bei Korb-II-Themen und alle Fragen des Korbes III von großer Be-

[7] Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

[8] Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 5. November 1986 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug).

[9] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 928 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

deutung. Für uns sei wichtig, daß die Bedeutung der KSZE-Themen in ihrer Gesamtheit deutlich werde. Er werde in seiner Rede ausführlich zu den Chancen und Aufgaben der Zusammenarbeit sprechen.

[gez.] Ruth

Referat 213, Bd. 139309

318

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

201-363.30-1791/86 geheim **6. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Modernisierung des Nuklearwaffenpotentials der NATO in Europa; hier: Lance-Nachfolge

Bezug: Ihr Gespräch mit Botschafter Kwizinskij am 30.10.1986 – Vermerk 213-321.00 SOW VS-NfD vom 31.10.1986[4]

Anlg.: 1) Auszug aus o. a. Vermerk[5]
2) Artikel „SACEUR's plans for nuclear stockpile" aus „Jane's Defence Weekly" vom 25.10.1986 (in SHAPE – News Review vom 31.10.1986)[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. November 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 15. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. Dezember 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 17. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 18. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte.
Hat Dreher am 19. Dezember 1986 vorgelegen.

4 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 30. Oktober 1986 verwies der sowjetische Botschafter Kwizinskij „auf ein seiner Auffassung nach bestehendes annäherndes Gleichgewicht zwischen den PI-Raketen auf westlicher Seite und den SS-12-Raketen auf östlicher. Ein Übergewicht des WP bestehe allenfalls bei Systemen mit einer Reichweite von unter 150 km. Der BM erwiderte, man müsse jetzt nicht zählen. Wir wünschten Obergrenzen, die nicht zu einem Ausufern nach oben führen, sondern eine Tendenz zur Reduzierung haben würden. Die Dinge sollten nicht so bleiben, wie sie seien, sondern es solle Reduzierungen geben. Der Botschafter verwies auf die sowjetische Auffassung, daß die taktischen Waffen beseitigt werden sollten. Er erwähnte sodann einen Bericht in der letzten Ausgabe von ‚Jane's Weekly', wonach auf der Tagung in Gleneagles beschlossen worden sei, zusätzliche Raketen von einer Reichweite bis zu 250 km aufzustellen. Der BM erwiderte, davon sei ihm nichts bekannt, man müsse der Sache nachgehen. Im übrigen stünde alles, was dort vereinbart worden sei, im Kommuniqué (was der Botschafter bezweifelte)." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139308.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12129 (201). Vgl. Anm. 4.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Pressemitteilung „SHAPE News Review" vom 31. Oktober 1986 vgl. VS-Bd. 12129 (201); B 150, Aktenkopien 1986.
Für den Artikel „SACEUR's plans for nuclear stockpile" vgl. JANE'S DEFENCE WEEKLY, Band 16, Heft 6 vom 25. Oktober 1986, S. 948.

I. Im Bündnis gibt es erste Überlegungen, aber noch keine Entscheidungen, das derzeitige nukleare Kurzstreckensystem (SNF) Lance (Reichweite: ca. 120 km) durch ein reichweitengesteigertes Nachfolgemodell (250 km) in den 90er Jahren abzulösen. Botschafter Kwizinskij stellte daher eine nicht zutreffende Behauptung in dem Gespräch mit Ihnen am 30. Oktober 1986 auf (siehe Anlage 1), die auch nicht vom Inhalt des von ihm angesprochenen Artikels in „Jane's Defence Weekly" gestützt wird.

II. 1) Die Lance – nach Abzug der Honest John im Jahre 1985 aus GR und TU das einzige SNF-Raketensystem der NATO – verfügt wie andere hochtechnisierte Waffensysteme nur über eine begrenzte Lebensdauer, in der die Einsatzfähigkeit dieses Systems zu vertretbaren Kosten aufrechterhalten werden kann. Vor Ablauf dieser Lebensdauer stellt sich die Frage, ob und durch welches Nachfolgemodell ein auslaufendes System ersetzt werden soll.

2) SACEUR[7] hatte auf der 37. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg[8] seine Vorstellungen und Vorschläge über die künftige Zusammensetzung des Nuklearpotentials der NATO in Europa im Rahmen der Nuclear Weapons Requirement Study[9] den Verteidigungsministern unterbreitet. Im Rahmen dieser Studie, die der Umsetzung des Montebello-Beschlusses von 1983 zur Reduzierung und Verbesserung des Nuklearpotentials des Bündnisses in Europa[10] dienen soll, hatte SACEUR u. a. die Modernisierung der Pershing Ia (PIa) und Lance und die Nachfolgebeschaffung für diese Systeme vorgeschlagen. Seinen Vorstellungen zufolge soll bis 1988 mit der Entwicklung eines reichweitengesteigerten Lance-Folgemusters (250 km) begonnen und dieses System bis 1995 im Bündnis eingeführt werden. (Abteilung 2 hatte seinerzeit – Aufzeichnung vom 28.3.1985 – sowie im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf BSR-Erörterungen zur PIa-Nachfolge – Sachstand vom 7.5.1985[11] – über die SACEUR-Vorschläge unterrichtet.) SACEURs

7 Bernard W. Rogers.

8 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom 28. März 1985; AAPD 1985, I, Dok. 82.

9 Auf der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde die Ankündigung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) begrüßt, eine Untersuchung über Art, Umfang und notwendige Anpassungen des nuklearen Potentials der NATO durchzuführen. Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 122. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 36.
Zur Entstehung des „Final High Level Group Report to the NPG Ministers" vom 5. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 125, sowie AAPD 1983, II, Dok. 280.

10 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

11 Referat 201 erläuterte am 6. Mai 1985 zur Vorbereitung einer Sitzung des Bundessicherheitsrats am folgenden Tag: „BM Wörner beabsichtigt, dem BSR in seiner Sitzung am 7. Mai 1985 nunmehr vorzuschlagen, die Lebenszeit der PIa bis 1992 zu verlängern bei reduziertem Umfang, und Alternativen für die PIa-Nachfolge zu suchen. Eine Verlängerung der Einsatzfähigkeit aller 72 PIa wird nach Ansicht des BMVg soviel Mittel verschlingen, daß ein Nachfolgesystem nicht mehr zu beschaffen wäre. Daher würden die PIa je nach vorhandenen Mitteln bis auf wenigstens 36 Systeme reduziert, um die finanzielle und technische Verfügbarkeit eines Anschlußsystems zu ermöglichen. […] Die Wiedereröffnung der Suche nach Alternativen für die PIa-Nachfolge wird vom BMVg damit begründet, daß eine Einführung der PIb wegen ihrer Nähe zur PII mit der INF-Diskussion verquickt würde und daher – jedenfalls gegenwärtig – politisch kaum durchzusetzen wäre. Das BMVg tendiert zu einem Ersatz im Reichweitenspektrum der PIa, sieht den Entscheidungsbedarf hierfür aber erst Ende der 80er Jahre." Vgl. VS-Bd. 11965 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

Vorstellungen gehen ferner dahin, im Rahmen des reduzierten Gesamtbestandes der Nuklearwaffen sodann einige Lance in GR und TU als Ersatz für die dort abgezogenen Honest John zu stationieren.

3) Die NPG-Minister hatten laut Kommuniqué der 37. NPG-Tagung ihre Übereinstimmung geäußert, „die Empfehlungen SACEURs genau zu prüfen und enge Konsultationen über die Verwirklichung seiner Verbesserungsvorschläge fortzusetzen“[12]. Auf den nachfolgenden NPG-Tagungen[13] hat SACEUR die Minister jeweils über den Fortgang der Implementierung des Montebello-Beschlusses informiert. Hierbei ging es vor allem um die Reduzierung des Nuklearpotentials um 1400 Gefechtsköpfe (bis 1988/89), die Modernisierung der Nuklear-Artillerie und die Umverteilung des Nuklearpotentials, insbesondere aus D heraus und mehr an die Südflanke der NATO. Ein Beschluß über die Lance-Nachfolge ist dabei bisher nicht gefaßt worden, auch nicht auf der 40. NPG-Tagung in Gleneagles[14]. Unsere – erst noch festzulegende – Haltung zur Lance-Nachfolge wird einerseits unser gerade im Montebello-Beschluß zum Ausdruck gekommenes zentrales Interesse, das Gewicht von kürzer- zu weiterreichenden Nuklearsystemen zu verlagern, zu berücksichtigen haben sowie andererseits den Stand und die wahrscheinliche Entwicklung der nuklearen Rüstungskontrolle.

4) Der Artikel in „Jane's Defence Weekly“ (siehe Anlage 2), auf den sich der sowjetische Botschafter Ihnen gegenüber offensichtlich berufen hat, enthält in seinem Bericht über die 40. NPG-Tagung in Gleneagles zur Frage der Lance-Nachfolge den Hinweis, daß SACEUR ... eine Boden-Boden-Rakete als Ersatz für die Lance mit doppelter Reichweite von etwa 250 km vorgeschlagen habe. Es entspricht also nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, das Bündnis habe in Gleneagles die Aufstellung zusätzlicher Raketen von einer Reichweite bis zu 250 km beschlossen, und dies noch mit dem Artikel in „Jane's Defence Weekly“ zu belegen versucht wird. Richtig ist vielmehr, daß es bisher nur einen SACEUR-Vorschlag gibt, der im Falle seiner Verwirklichung auch nicht zu einer zusätzlichen Aufstellung von Nuklearsystemen, sondern im Rahmen des reduzierten Gesamtbestandes zu einer Umschichtung zugunsten reichweitengesteigerter Systeme führen würde.

i. V. Ploetz

VS-Bd. 12129 (201)

12 Vgl. dazu Ziffer 8 des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 139. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 373.

13 Vgl. dazu die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel; AAPD 1985, II, Dok. 299.
Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO vom 20./21. März 1986 in Würzburg vgl. Dok. 302, Anm. 21.

14 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 vgl. Dok. 302.

319

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević in Wien

214-321.11 JUG VS-NfD **7. November 1986**[1]

Vermerk (vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Gespräch BM–AM Dizdarević am Rande des dritten KSZE-Folgetreffens (Wien, 7.11.1986, 10.00 Uhr bis 10.40 Uhr)[2]

Auf Frage Dizdarevićs berichtet *BM* von der gestrigen Debatte des Deutschen Bundestages.[3] Themen: Reise BK/BM nach Washington[4], deutsch-französischer Gipfel[5], Reykjavik[6], Newsweek[7]. Dem Bundestag hätten Anträge der Regierungskoalition und der Opposition zum Wiener Folgetreffen vorgelegen[8] – er habe deshalb hier nicht sprechen können, bevor der Deutsche Bundestag seine Resolution debattiert und verabschiedet habe.[9]

Dizdarević wirft ein, während der Abwesenheit BM habe es in Wien einen Mißerfolg gegeben: das Treffen der AM Shultz und Schewardnadse.[10]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, z. Z. Wien, gefertigt und an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „Genehmigung des Herrn BM einzuholen".
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Zeisler vom 10. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 11. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kann verteilt werden."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 6. November 1986 anläßlich der KSZE-Folgekonferenz in Wien auf, flog am 6. November 1986 zur Teilnahme an einer Bundestagsdebatte zurück nach Bonn und reiste am selben Tag zurück nach Wien, wo er sich bis zum 7. November 1986 aufhielt.

3 Für den Wortlaut des außenpolitischen Teils der Bundestagsdebatte am 6. November 1986 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18738–18786.

4 Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 296–300 und Dok. 303.

5 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

7 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" vgl. Dok. 308, Anm. 2.

8 Für den Wortlaut des Antrags der SPD-Fraktion vom 23. Oktober 1986 zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6259.
Für den Wortlaut des Antrags der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 5. November 1986 zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6355.
Beide Anträge wurden am 6. November 1986 federführend an den Auswärtigen Ausschuß sowie an den Verteidigungsausschuß überwiesen. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde zusätzlich an die Ausschüsse für Forschung und Technologie bzw. für Bildung und Wissenschaft überwiesen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18786.

9 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

10 Botschafter Ruth, z. Z. Wien, teilte am 7. November 1986 mit, der amerikanische Außenminister Shultz habe die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am Vortag über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 5./6. November 1986 unterrichtet: „Danach

BM fragt, ob Dizdarević erwartet habe, daß hier mehr gelingen werde als in Reykjavik, ein Durchbruch?

Dizdarević betont, zumindest habe man die Bestätigung des Fortschritts von Reykjavik erwartet. Stattdessen habe es jedoch hier Dissens in der Interpretation dessen gegeben, was in Reykjavik erreicht wurde. Das alles habe natürlich Einfluß auf das Folgetreffen – bestätige jedoch zugleich die Bedeutung eines konstruktiven Herangehens an die Fragen. Dies gelte auch für die Auswahl der Themen, auf die man sich hier konzentrieren wolle: Werde man Fragen behandeln, wo die Unterschiede größer sind als das Verbindende? Oder auf Fragen, wo die Berührungspunkte überwiegen?[11]

Dies gelte insbesondere für die Frage, wie es nach der Stockholmer Konferenz[12] weitergehen solle, bei der Ergänzung des Mandats, bei der Frage, in welchem Rahmen die Gespräche geführt werden sollen. Ferner für die Zukunft von MBFR – ob diese hier abgeschlossen oder im KSZE-Rahmen fortgeführt werden solle. Er – Dizdarević – sehe jedoch aus Kontakten zu Kollegen, daß der überwiegende Wunsch bestehe, MBFR zu einem Abschluß zu bringen.

BM hält es für ganz falsch, MBFR „sang- und klanglos zu Ende gehen zu lassen". Wir erwarten vielmehr Antwort der östlichen Seite auf einen wirklich außerordentlich entgegenkommenden Vorschlag von Dezember 1985.[13] Man könne nicht 13 Jahre „just for fun" verhandeln!

Die Verhandlungen über konventionelle Stabilität hätten natürlich überragende Bedeutung. Es zeichne sich ab, daß USA und SU sich bemühten, eine kooperative Sicherheitsstruktur im strategischen Bereich zu schaffen. In dieser Situation sei wichtig, daß wir uns „darunter" ebenfalls bemühten, eine kooperative Sicherheitsstruktur herbeizuführen. Ein Krieg in Europa dürfe nicht wieder führbar werden.

Die Frage, wo darüber verhandelt werden solle, erscheine kompliziert, müsse es aber nicht sein. Wir seien daran interessiert, daß die Verhandlungen bald eröffnet werden. Nach unserer Meinung gehörten sie in den Rahmen von KSZE.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1640

standen im Mittelpunkt: 1) die Erörterung über den Inhalt des Einvernehmens zu den strategischen Waffen; 2) der sowjetische Versuch, die Diskussion auf den ABM/SDI-Komplex zu konzentrieren und alle anderen Fragen als vereinbart zu betrachten." Im Bereich nukleare Rüstungskontrolle und Weltraumfragen liege der Unterschied beider Positionen darin, „daß die amerikanische Seite von der Eliminierung der ballistischen Raketen ausgehe, die Sowjetunion dagegen von der Eliminierung aller strategischen nuklearen Waffen. Die Sowjetunion habe den Hergang der Diskussion verfälscht. In Wirklichkeit habe der Präsident das Thema der nuklearen Waffen aus doppelter Sicht angesprochen: der Verminderung der ballistischen Raketen, insbesondere der am stärksten destabilisierenden gemirvten schweren ICBMs, verbunden mit einem weiteren Schritt, der zur völligen Beseitigung der ballistischen Raketen führen würde; den von ihm auch öffentlich vertretenen Gedanken der langfristigen Beseitigung aller nuklearen Waffen. Diese beiden unterschiedlichen Elemente würden jetzt von der Sowjetunion vermengt. […] Die von der Sowjetunion in den Mittelpunkt gestellte Frage sei die Interpretation des ABM-Vertrags gewesen mit der Zielsetzung, die SDI-Forschungen auf Forschung und Testen in Labors zu beschränken. Um dieser Frage besonderes Gewicht zu geben, habe die Sowjetunion davon ausgehen wollen, daß im Bereich der strategischen und Mittelstreckenwaffen in Reykjavik volles Einvernehmen erzielt worden sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 9; Referat 220, Bd. 144755.

11 So in der Vorlage.

12 Zur KVAE vgl. Dok. 253 und Dok. 267.

13 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

Wir würden es begrüßen, wenn ein Mandat der 35 dafür erteilt würde, weil wir uns nicht für berechtigt hielten, Verhandlungen über den Kopf von Ländern hinweg zu führen, die keinem der beiden Bündnisse angehörten.

Als Realisten wüßten wir allerdings, daß es Fragen großer Bedeutung gebe, die nur durch die beiden Bündnisse gelöst werden könnten. Deshalb müsse man sehen, unterhalb dieses Mandats eine Form zu finden, wie die Bündnisse[14] über diese Frage miteinander sprechen könnten. Dabei seien wir sehr pragmatisch.

Bereits in Stockholm habe man erlebt, daß es De-facto-Verhandlungen zwischen den Bündnissen über die sie betreffenden Fragen gegeben habe. Dies werde jetzt natürlich noch intensiver sein müssen, da es nicht mehr nur um vertrauensbildende Maßnahmen, sondern um neue Strukturen und um konventionelle Abrüstung gehe. Hier sei ein Feld für Ideenreichtum, damit nicht Formfragen die materiellen Verhandlungen ungebührlich hinauszögerten.

Dizdarević bekräftigt, hier habe man ähnliche Ansichten. Wichtig sei, daß man bald mit den Verhandlungen beginne und vielversprechende Schritte auch im Bereich der konventionellen Abrüstung unternehme. Auch er glaube, daß dies im Rahmen der KSZE geschehen solle. Am besten wäre Fortsetzung der Stockholmer Konferenz. In diesem Rahmen könne es auch Formen geben, in denen Vertreter der Militärblöcke Verhandlungen über die sie angehenden Fragen, insbesondere auch eine Reduktion, führen könnten.

Dies würde insgesamt bedeuten, daß die N+N nicht ausgeschlossen wären, denn es gehe auch um deren Sicherheit. Zugleich könnten sie ihre konstruktiven Haltungen einbringen.

BM pflichtet bei.

Dizdarević fragt, wie es nun nach dem Dissens zwischen den AM Shultz und Schewardnadse weitergehen solle.

BM bekräftigt seine Überzeugung, daß weiterverhandelt werde, weil beide Großmächte unverändert an Ergebnissen interessiert seien. Es könne neue Hindernisse geben, aber man werde ganz ernsthaft weiterverhandeln – hoffentlich in so gutem Klima, wie es das Wiener KSZE-Treffen kennzeichne.

Dizdarević bestätigt, daß im Vergleich zu Belgrad[15] und Madrid[16] das Wiener Folgetreffen in besserer Atmosphäre begonnen habe. Aus den Äußerungen auf dem Folgetreffen und aus Gesprächen mit Kollegen nehme er den Eindruck mit, daß bei allen starkes Interesse bestehe, den KSZE-Prozeß nicht nur weiterzuführen, sondern zu beleben. Das Problem der Kontinuität habe sich hier nicht gestellt.

BM bestätigt, immer mehr Leute lernten, die Philosophie des KSZE-Prozesses zu verstehen. Für einige sei mit der Unterzeichnung der Schlußakte 1975[17] die

14 Korrigiert aus: „finden, die Bündnisse".

15 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

16 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

17 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Sache bereits beendet gewesen, für andere habe die bloße Unterzeichnung bedeutet, daß jetzt eine schöne Welt anbreche. Zwischen beiden Extremen müßten die Realisten „wie im Dschungel mit dem Buschmesser den Weg freischlagen".

Dizdarević pflichtet bei: Es gebe nicht einmal Dissens in der Frage, ob Stockholm fortgesetzt werden soll, sondern nur, worüber. Auch er glaube, daß im Laufe der Zeit das Bewußtsein, die Philosophie des KSZE-Prozesses in die Köpfe der Menschen eingedrungen sei: daß es um einen kontinuierlichen Prozeß (BM: ... und dynamischen Prozeß) gehe, daß das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Bereichen erhalten werden müsse, obwohl natürlich jeder andere Akzente setze.

BM verdeutlicht im Rückblick auf 1975, die östlichen Staaten begingen den Fehler, zu wenig Vertrauen in ihre Bürger zu haben, die westlichen Staaten den Fehler, zu wenig Vertrauen in sich selbst zu haben. Ein Musterbeispiel, was den Osten angehe, seien die Menschenrechtsfragen: Hier könne man sich viele Probleme, etwa bei Ausreisen, vom Halse schaffen, wenn man großzügiger verfahre.

Was den Westen angehe, so wolle er daran erinnern, daß einige Leute früher gegen Folgekonferenzen gewesen seien, weil man sie als Propagandaforum des Ostens mißverstanden habe, jetzt finde man sie wunderbar.

Dizdarević berichtet über kürzliches N+N-Treffen auf Brioni[18]: sehr fruchtbarer Meinungsaustausch, hohes Maß an Übereinstimmung. Im Mittelpunkt die Frage, wie man an Wiener Folgetreffen herangehen solle und welche Beiträge man zu einer dynamischen Gestaltung des KSZE-Prozesses leisten könne. Viele konkrete Ideen und Vorschläge in allen Bereichen seien erörtert worden. Man habe beschlossen, daß die N+N ständige Zusammenarbeit einleiten und ständig prüfen sollen, welche positiven Beiträge ihre Staatengruppe leisten könne.

In bisherigem Verlauf des Folgetreffens seien bereits 33 konkrete Initiativen vorgebracht worden, nicht nur von den N+N, sondern von allen bisherigen Sprechern der Teilnehmerstaaten. Die N+N wollten eine Auswahl betreiben und dabei die Bedeutung der Vorschläge für die positive Entwicklung des KSZE-Prozesses berücksichtigen und feststellen, in welchen Fragen Konsens aller TNS am ehesten zu erreichen sei. Kurzum: Die N+N wollten sich ganz intensiv engagieren und konkrete Beiträge leisten, nicht nur durch Vermittlung.

Dizdarević bekräftigt Interesse an enger Zusammenarbeit beider Delegationen, wie bereits in Stockholm gehabt.

BM bestätigt dieses Interesse unsererseits, das sich in frühzeitiger Konsultation in Vorbereitung auf Wien[19] erwiesen habe. Wir legten auf Rolle der N+N großen Wert, weil wir dabei Nutzen für uns selbst sähen.

18 Zum Treffen neutraler und nichtgebundener Staaten vom 23./24. Oktober 1986 vgl. Dok. 226, Anm. 11.

19 Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Dizdarević trafen am 5./6. August 1986 in Dubrovnik zusammen und sprachen dabei u. a. über die KVAE und das Forum zukünftiger Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie über die Schwerpunktthemen der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139592.
Ferner fand am 5. September 1986 in Belgrad ein Gespräch der Vortragenden Legationsrätin

Dizdarević erwidert, auch er sehe Nutzen in der Intensität, mit der BM die KSZE-Philosophie vertrete. Noch nicht alle seien auf derartig hohem Niveau angelangt.

BM: Wenn es eine Schule für Außenminister gäbe, müsse sie das Pflichtfach KSZE lehren.

BM kündigt an, er werde in heutiger Rede vorschlagen, eine KSZE-Wirtschaftskonferenz einzuberufen, und anregen, ein Treffen über Fragen der beruflichen Bildung zu veranstalten.

Dizdarević bezeichnet beide Vorschläge als gut.

Referat 214, Bd. 139592

320

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schweizerischen Außenminister Aubert in Wien

7. November 1986[1]

Gespräch BM mit dem schweizerischen AM Aubert am Rande der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien am 7.11.1986, 11.05 bis 11.45 h[2]

An sachlicher und sehr freundschaftlicher Unterredung nahmen auf schweizerischer Seite Botschafter Blaise Schenk und Minister Herbert von Arx teil, auf deutscher Seite D 2[3] und Vertreter Ministerbüro.

AM *Aubert* berichtete eingangs, daß er in Kürze zu einem längeren China-Besuch aufbreche.[4] Anschließend sprach er die Reform der deutschen Körper-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1643

I. Klasse Vollmar-Libal mit dem Mitarbeiter im jugoslawischen Außenministerium, Vuković, statt. Vollmar-Libal notierte dazu am 8. September 1986, Vuković habe zur KSZE allgemein dargelegt: „Derzeit positive Signale, aber nicht mehr. Probleme alle unverändert (Afghanistan, neue Krise Mittelmeer, Stagnation bei Abrüstung, bei MBFR alle Hoffnung verloren). Dies nicht Wiener Probleme, aber Rückwirkungen auf Wien. Alle kleinen Staaten sehen Helsinki-Prozeß mit Hoffnung, Prozeß des Abbaus von Grenzen. Europa sei kulturell und historisch Einheit. Jug[oslawien] akzeptiere nicht die ideologische und politische Spaltung. […] Die drei Körbe würden nicht gleichmäßig erfüllt. Beste Ergebnisse bei Korb I (Sicherheit), schlecht Korb II (politische Hindernisse würden bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufgebaut) und Korb III." Vgl. Referat 212, Bd. 133550.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 10. November 1986 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 3. bis 6. November 1986 anläßlich der KSZE-Folgekonferenz in Wien auf, flog am 6. November 1986 zur Teilnahme an einer Bundestagsdebatte zurück nach Bonn und reiste am selben Tag zurück nach Wien, wo er sich bis zum 7. November 1986 aufhielt.

3 Hermann Freiherr von Richthofen.

4 Der schweizerische Außenminister Aubert besuchte die Volksrepublik China vom 11. bis 15. November 1986.

schaftssteuer an, die sich offensichtlich auch auf die Schweiz auswirke.[5] Man werde StS M-L bei dem vorgesehenen Treffen im Dezember d. J. auf diesen Themenkomplex ansprechen.[6] Zu dem die bilateralen Beziehungen berührenden Thema Kernkraftwerk Kaiseraugst könne er mitteilen, daß die Schweiz keine Probleme habe, ob das KKW nun mit oder ohne Türme errichtet werde. Der Bundesrat habe jedoch noch nicht entschieden.[7]

BM erklärte zu letzterem Punkt, es sei richtig, daß vor Errichtung derartiger Anlagen ausführliche Kontakte mit den Nachbarstaaten stattfänden.

AM *Aubert* bat daraufhin, zwei Probleme ansprechen zu dürfen, die der Schweiz Sorgen bereiteten. Zum einen sei dies die Furcht, daß die Schweiz im Zuge der Erweiterung der EG und der damit verbundenen „Europäischen Bewegung" außen vor bleibe. Zum zweiten fürchte die Schweiz eine im Rahmen des KSZE-Prozesses zu beobachtende Bipolarisierung der Blöcke und insbesondere der beiden Großmächte. Die notwendigen Kontakte zwischen den 35 Staaten fänden nicht mehr in ausreichendem Umfang statt; vielmehr würden die beiden Großmächte die entscheidenden Fragen alleine lösen und dann als Fait accompli den anderen mitteilen. Eventuell sei dies nicht so sehr ein deutsches Problem, dafür aber um so mehr ein österreichisches und schweizerisches. Über

5 Referat 511 erläuterte am 2. Dezember 1986: „Die schweizerische Seite drängt seit Jahren darauf, das geltende deutsch-schweizerische Doppelbesteuerungsabkommen von 1971 nach der im Jahre 1977 erfolgten deutschen Körperschaftssteuerreform erneut zu revidieren. Das Abkommen war 1978 an die deutsche Körperschaftssteuerreform angepaßt worden. Die schweizerische Seite sah dieses damalige einseitige deutsche Entgegenkommen jedoch nicht als weitgehend genug an. Sachlicher Streitpunkt ist die schweizerische Forderung der Gleichbehandlung schweizerischer Anteilseigner an deutschen Kapitalgesellschaften. Die schweizerische Seite macht geltend, daß deutsche Aktionäre die auf den ausgeschütteten Gewinn gezahlte Steuer voll auf ihre persönliche Einkommens- oder Körperschaftssteuerschuld anrechnen dürfen, eine Möglichkeit, die Ausländern nicht gewährt werde. […] Die deutsche Seite hat bei allen deutsch-schweizerischen Gesprächen zu diesem Themenkomplex in der Vergangenheit deutlich gemacht, daß sie sich z. Z. zu einem weiteren Entgegenkommen gegenüber der schweizerischen Seite außerstande sieht. Dies gilt vor allem deshalb, weil die künftige Entwicklung des deutschen Körperschaftssteuertarifs, über dessen Änderung in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden soll, nicht präjudiziert werden soll." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1639.

6 Für das Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Staatssekretär im schweizerischen Außenministerium, Brunner, am 9. Dezember 1986 in Bern vgl. Dok. 355.

7 Referat 431 vermerkte am 3. Dezember 1986: „1) Die Schweiz plant den Bau eines Kernkraftwerks in Kaiseraugst, einige Kilometer oberhalb von Basel am Rhein. Seit einiger Zeit ist zwischen deutscher und schweizerischer Seite umstritten, ob dieses Kernkraftwerk mit Kühltürmen gebaut werden muß oder auch ohne Kühltürme angelegt werden kann. 2) Gemäß einer trilateralen Verwaltungsabsprache zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Frankreich soll die Wärmebelastung des Rheins, die wegen der Anhäufung von Kraftwerken auf den verschiedenen Staatsgebieten am Hoch- und Oberrhein bereits recht groß ist, möglichst niedrig gehalten werden. Deshalb ist vorgesehen, bei allen (d. h. auch bei den konventionellen, zukünftigen) Kraftwerken Kühltürme zu bauen. Eine Ausnahme wurde bisher nur für das französische KKW Fessenheim im Oberelsaß gemacht, um dort den Weinbau nicht durch die Dampfschwaden aus Kühltürmen zu schädigen. 3) In der Schweiz bestand in letzter Zeit eine Tendenz, auch für das geplante KKW Kaiseraugst eine Ausnahme zu erhalten, da man die Akzeptanz dieses KKW durch Kühltürme stark gefährdet sah." Die Bundesregierung habe sich allerdings bislang stets gegen weitere Ausnahmen von der trilateralen Absprache ausgesprochen, da die Wärmebelastung des Rheins bereits jetzt zu hoch sei: „Die Aussage AM Auberts laut Gesprächsprotokoll des Treffens mit BM Genscher am 7. November 1986 in Wien, daß ‚die Schweiz keine Probleme habe, ob das KKW Kaiseraugst nun mit oder ohne Kühltürme errichtet werde', stellt eine positive Entwicklung dar, die wir begrüßen sollten." Vgl. Referat 431, Bd. 153272.

dieses Problem habe man auch bei dem Vorbereitungstreffen der N+N-Staaten in Brioni[8] gesprochen.

BM erwiderte, bezüglich der europäischen Einigung bestehe kein Anlaß für die Schweiz, sich Sorgen zu machen. Die schweizerische Wirtschaft sei gesund, die Währung stark. Mit einer solchen Ausgangsposition dürfte es im Grunde genommen nicht zu ernsten Problemen mit der Europäischen Gemeinschaft kommen.

Im Bereich der Sicherheitspolitik stelle sich die Lage einigermaßen kompliziert dar. Man müsse festhalten, daß die beiden Großmächte schon in ihrer Erklärung vom 8.1.1985[9] große Offenheit in der Darlegung ihrer Ziele demonstriert hätten. Es lohne sich, diese Erklärung sehr ernst zu nehmen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, daß die USA heute erstmals in der Geschichte durch Nuklearwaffen unmittelbar erreichbar seien. Aus all dem folge, daß es heute nur mehr eine Frage der Zeit sei, wann die beiden Großmächte sich über neue Sicherheitsstrukturen einigen würden. Wichtig sei, daß die Europäer in diesem Denkprozeß nicht beiseite stehen, sondern sich über eigene Sicherheitsstrukturen Gedanken machen. Europa müsse heute darüber nachdenken, wie auch in Zukunft ein Krieg unter allen Umständen verhindert werden könne. In diesem Zusammenhang rücke das konventionelle Kräfteverhältnis immer stärker in den Vordergrund. An diesem Thema seien alle 35 KSZE-Teilnehmerstaaten gefordert. Es dürfe keine Vereinbarung über den Kopf eines dieser Staaten getroffen werden. Die Bundesregierung trete daher auch bezüglich des Forums zur Behandlung des konventionellen Kräfteverhältnisses für ein Mandat durch die 35 ein. Eine Reihe von Themen, die ausschließlich Bündnisangelegenheiten betreffen, könnten dann unterhalb des Mandats von den beiden Bündnissen behandelt werden. So sei man auch de facto bei der KVAE in Stockholm verfahren. In diesem Punkte würde die Bundesregierung insbesondere von Frankreich und von Spanien unterstützt, die beide noch ein zusätzliches Argument geltend machen könnten. Er, BM, hoffe, daß die heutige Begegnung zwischen AM Shultz und AM Raimond in Paris in dieser Frage Fortschritte brächte.

Herr *von Arx* fragte BM, worauf es zurückzuführen sei, daß BM inzwischen den Begriff „konventionelle Stabilität" wähle und nicht mehr vom „konventionellem Gleichgewicht" spreche.

BM erläuterte, daß es sich hierbei nicht um eine Wende der Politik, sondern um eine Präzisierung handele. Bei der gegenwärtigen NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung habe man von konventionellem Gleichgewicht sprechen können. Jetzt sei aber ein deutliches Mehr erforderlich. Im Jahre 1914 habe ein konventionelles Gleichgewicht bestanden, und dennoch habe es Krieg gegeben. Zur Kriegsverhinderung, die oberstes Ziel sein müsse, gehöre daher mehr, nämlich die Strukturen der Streitkräfte, die Doktrinen, die Ausrichtung der Armeen, die Stationierung, die geographischen Disparitäten. Die Schweiz sei

8 Zum Treffen neutraler und nichtgebundener Staaten vom 23./24. Oktober 1986 vgl. Dok. 226, Anm. 11.

9 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

ein Beispiel für eine defensive Verteidigungsstruktur. Kurzum, es gehöre mehr dazu als nur das Zählen von Stahlhelmen. Ein wesentlicher weiterer Punkt sei die Frage, in welchem Zeitraum wieviele weitere Soldaten einsatzbereit gemacht werden könnten. Die Bundeswehr beispielsweise könne innerhalb von 96 Stunden von 500 000 auf 1 Million Soldaten aufgestockt werden. Auch die SU könne ihre[10] Streitkräfte in kürzester Zeit verdoppeln. In den USA und GB ginge dies dagegen nicht. Dort müsse man von der Ist-Stärke ausgehen.

All diese Gründe hätten dazu geführt, daß die Bundesregierung heute von dem Erfordernis der konventionellen Stabilität spreche.

Botschafter *Schenk* fragte, wie es um den Rahmen für die KRK-Verhandlungen stehe.

BM wiederholte, wir sprächen uns für ein Mandat der 35 aus. Unter diesem Dach könnten dann Unterverhandlungen zwischen den Bündnissen stattfinden. Man müsse sehen, daß eine Reihe von Problemen reine Allianzprobleme seien. Über die Ergebnisse müßten dann aber die N+N regelmäßig unterrichtet werden. Man dürfe nicht vergessen, daß alle 35 in einem Boot säßen. Die Bundesrepublik säße vielleicht mehr am Rande; wenn das Boot jedoch kentere, würden alle Insassen naß.

AM *Aubert* sprach sodann die von AM Schewardnadse vorgeschlagene KSZE-Konferenz über Menschenrechte in Moskau[11] an. Wenn es sich dabei um Olympische Spiele über Menschenrechte handele, dann sei es eine Farce. Wenn Teile der Bevölkerung während der Dauer der Konferenz ausquartiert würden, wie dies anläßlich der Olympischen Spiele[12] der Fall war, dann würde es sich um eine reine Propagandaveranstaltung handeln, die die Schweiz nicht akzeptieren könne. Andererseits sei die Schweiz bereit, über die Bedingungen zur Abhaltung einer solchen Konferenz in Moskau nachzudenken.

BM sprach sich für ein „Ja, aber" aus und erläuterte die in seiner KSZE-Rede[13] aufgeführten Voraussetzungen, unter denen eine derartige Konferenz in Moskau abgehalten werden könne.

AM *Aubert* sprach sich sodann für ein Informationsforum über Medienfragen entsprechend dem Kulturforum Budapest[14] aus.

BM erklärte, eine solche Idee würde die Bundesregierung nachdrücklich unterstützen. Er, BM, werde zu diesem Thema in seiner Rede ausführlich Stellung nehmen. Ihm, BM, schiene es besonders wichtig, daß der Westen aus der Defensive, in die er durch die geschickte Öffentlichkeitsarbeit der SU gerate, schnellstens wieder herauskomme. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß es der Westen sei, der die besseren Karten habe. Es bedürfe hierzu allerdings auch des nötigen Selbstbewußtseins. Ihm dränge sich der Eindruck auf, daß

10 Korrigiert aus: „seine".

11 Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 5. November 1986 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1987, D 136.

12 In Moskau fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 die XXII. Olympischen Sommerspiele statt.

13 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

14 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

der Osten zu wenig Vertrauen zu seinen Bürgern habe, der Westen jedoch zu wenig Vertrauen zu sich selbst.

AM *Aubert* erwähnte, die Polen hätten ihm gegenüber vorgeschlagen, 1989 ein KSZE-Folgetreffen in Warschau abzuhalten und dabei gleichzeitig an den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges zu gedenken.[15] Er selbst halte diesen Gedanken für geschmacklos.

BM erwiderte, polnischer AM habe auch ihm gegenüber diesen Vorschlag unterbreitet. Er habe ihn mit höflicher Zurückhaltung aufgenommen.[16] Die Schweiz könne hier sicher eine deutlichere Sprache sprechen.

AM *Aubert* erwähnte, er habe mit dem italienischen AM Andreotti über den polnischen Vorschlag gesprochen. Andreotti habe ihm gesagt, vielleicht sei ein polnischer Hintergedanke auch der, daß an den Hitler-Stalin-Pakt[17] und das damals an die SU verlorene polnische Territorium erinnert werden sollte.

BM meinte, dies könne er sich nicht vorstellen.

Referat 010, Bd. 178902

15 Referat 214 notierte am 31. Oktober 1986, die Idee eines Sondertreffens der KSZE-Teilnehmerstaaten in Warschau zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs sei von Staatsratsvorsitzendem Jaruzelski erstmals am 17. September 1986 in Grünberg/Zielona Góra vorgebracht worden. Die polnische Botschaft habe ein diesbezügliches Non-paper am 30. Oktober 1986 im Auswärtigen Amt übergeben. Referat 214 führte dazu aus: „Auch wenn die poln[ische] Seite uns versichert, daß sie mit diesem Treffen nicht mit den ‚ehemaligen Achsenstaaten abrechnen' will, so gibt es doch genügend Indizien – insbes[ondere] die Kampagne zum 40. Jahrestag –, daß eine derartige Veranstaltung einseitig gegen uns ‚propagandistisch ausgeschlachtet' werden würde. […] Sollte die poln. Seite ihre Initiative in Wien mit Nachdruck weiterverfolgen, ist ein offensives Vorgehen unsererseits angezeigt. Der poln. Seite sollte dann unmißverständlich klargemacht werden, daß zu 1939 alle Fakten – auch der Hitler-Stalin-Pakt – ‚auf den Tisch kommen'." Vgl. Referat 212, Bd. 133537.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, z. Z. Wien, berichtete am 7. November 1986, im Gespräch mit Bundesminister Genscher am Vortag habe der polnische Außenminister Orzechowski den Vorschlag eines Sondertreffens der KSZE-Teilnehmerstaaten in Warschau zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs erläutert: „Kein Treffen, das den Jahrestag als solchen begeht; kein Treffen, das gegen wen auch immer gerichtet werden könnte, konkret: die geringste Absicht, dieses Treffen gegen uns zu verwenden; keine Vertiefung der Vergangenheit, sondern Orientierung der jungen europäischen Generation auf die Zukunft: Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus Vergangenheit für künftige Zusammenarbeit und für die Aussöhnung? Treffen in Warschau nach dem Vorbild des Helsinki-Treffens am zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte. In Polen sei man sich der Gefahren und delikaten Probleme in diesem Zusammenhang bewußt. Man lege deshalb großen Wert auf Meinung der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Frage." Bundesminister Genscher habe erklärt: „Man werde sich auch diese Idee sorgfältig ansehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; Referat 214, Bd. 139707.

17 Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären u. a. in Polen ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

321

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

204-530.36-760/86 geheim **11. November 1986**[1]

Betr.: Terrorismus-Bekämpfung;
hier: Amerikanische Beratergruppe in Frankfurt[2]

Im Rahmen meines Gespräches mit dem amerikanischen Terrorismus-Beauftragten, Botschafter Bremer, am 6. November 1986 in Wien[3] habe ich mit ihm noch einmal über die Geschäftsbedingungen für die Stationierung und den Einsatz des amerikanischen Berater-Teams in Frankfurt gesprochen. Ich habe Botschafter Bremer nachdrücklich gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesregierung über Einsätze des Berater-Teams in dritten Staaten unverzüglich informiert wird, um Überraschungen auszuschließen. BM Schäuble habe unsere Zustimmung zur Stationierung des Teams in Frankfurt im Vertrauen darauf erklärt, daß die Bundesregierung nicht in politisch unangenehme Situationen gebracht werde. Botschafter Bremer nahm meine Ausführungen mit Verständnis auf. Die amerikanische Seite werde für eine frühzeitige Unterrichtung der Bundesregierung Sorge tragen. Allerdings sei bei der Schnelligkeit der erforderlichen Entscheidungen (im Weißen Haus Poindexter) eine Automatik möglicherweise nicht immer gewährleistet. Ich bat, zur Vermeidung von Überraschungen gleichwohl prozedural das Erforderliche zu veranlassen.

Zuvor hatte ich über diese Frage eingehend mit Botschaftsrat Grobel gesprochen, der geraten hatte, die Angelegenheit mit Botschafter Bremer zu erörtern. Dies war in dem Gespräch von Botschafter Bremer mit MD Teltschik Ende Oktober 1986 in Bonn[4], wie mir Bremer auf Frage sagte, nicht geschehen.

Richthofen

VS-Bd. 12994 (204)

1 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen leitete die Aufzeichnung an Ministerialdirigent von Ploetz „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“.
Hat Ploetz am 11. November 1986 vorgelegen.

2 Zu den amerikanischen Plänen zur Stationierung eines Expertenteams zur Terrorismus-Bekämpfung in Frankfurt am Main vgl. Dok. 237.

3 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Wien, berichtete am 7. November 1986 über sein Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer am Vortag. Erörtert worden seien die Rolle Syriens im internationalen Terrorismus und diesbezügliche Maßnahmen der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ. Bremer habe durchblicken lassen, „daß die USA voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche ihrerseits Maßnahmen gegen Syrien treffen würden. AM Shultz trage sich nach wie vor mit dem Gedanken eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, doch sei eine Entscheidung hierüber noch nicht gefallen. Ich warnte davor, Syrien durch einen solchen Schritt noch stärker in die sowjetische Ecke zu treiben. Maßnahmen gegen Syrien unter den gegenwärtigen Umständen sollten einerseits eine klare Sprache in Sachen der Terrorismusbekämpfung und Maßnahmen zur Sicherheit unserer Bürger beinhalten, andererseits die Tür zum Dialog aber nicht zuschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 15; VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer am 30. Oktober 1986 vgl. Dok. 307, Anm. 3.

322

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20/201-363.31-1870/86 VS-vertraulich **11. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Konsultationen über strategische Lage in der Post-Reykjavik-Situation mit F, GB und I in Bonn am 11. November 1986

Anlg.: 2[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Zusammenfassung

Am 11. November 1986 fanden unter Beteiligung von Vertretern der Außen- und Verteidigungsministerien aus D, F, GB und I Konsultationen im AA statt, um

- die durch die Beratungsergebnisse von Reykjavik[4] möglicherweise erzeugten strategischen Wirkungen zu analysieren,
- dabei besonders die Auswirkungen auf die Sicherheit Europas herauszuarbeiten und
- Positionen zu identifizieren, die gemeinsam oder bilateral gegenüber den USA/im Bündnis eingebracht und geltend gemacht sowie gemeinsam in der Öffentlichkeit vertreten werden sollen.

Es bestand Übereinstimmung, daß der Termin der Konsultationen mit Blick auf bevorstehendes WEU-Ministertreffen[5] und die NATO-Ministertagungen[6] besonders günstig gewählt war.

Alle Delegationen begrüßten deutsche Initiative und bezeichneten Meinungsaustausch als sehr wertvoll. GB machte bilateral deutlich, daß seine Zustimmung der Teilnahme nicht aus politischen Gründen hinausgezögert wurde, sondern weil AM Howe vorher Abstimmung mit PM Thatcher wünschte. Sie habe Konsultationen in diesem Kreise nachdrücklich indossiert.

1 Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Klaiber am 12. und Jansen am 13. November 1986 vorgelegen.
Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Zeitpunkt der Vorlage: Sofort!“ Bei Rückfragen könne sich telefonisch an Ministerialdirigent von Ploetz gewandt werden.
Hat Klaiber am 11. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Ploetz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 11. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Ploetz am 12. Dezember 1986 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. November 1986 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8 und 9.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 330.

6 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 3. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 348.
Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 349.
Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

Zum ersten Mal wurden zwischen den beiden europäischen Nuklearmächten und den beiden größten nicht-nuklearen Bündnispartnern in Europa auf der Grundlage einer gemeinsamen Analyse der Lage alle relevanten Strategiefragen eingehend erörtert. Die Befriedigung der italienischen Delegation über Hinzuziehung war unverkennbar.

Die Beratungen wurden als vertrauliches „Brainstorming" auf Ad-hoc-Basis charakterisiert.

Am Rande wurde zwischen D, F, und GB (bei letzterem mit Vorbehalt der Zustimmung von AM Howe) Übereinstimmung festgestellt, daß zur Vorbereitung der Außenministerberatungen im kleinen Kreise am 9. Dezember 1986 in Chevening[7] weitere Vorarbeiten im europäischen Dreierkreise wünschenswert sind.

Die Delegationsliste ist als Anlage 1 beigefügt.[8]

Ausgangspunkt der Beratungen war Konsens über die Notwendigkeit, die gültige Kriegsverhütungsstrategie der Allianz aufrechtzuerhalten und sich auf ein Gesamtkonzept der Bündnispartner für die weitere Entwicklung der West-Ost-Beziehungen zu verständigen. Es bestand ferner Konsens, daß die abschreckende und stabilisierende Rolle von Nuklearwaffen angesichts der konventionellen Überlegenheit der SU gegenwärtig unverzichtbar ist. Alle Teilnehmer stimmten uns zu, daß die Sicherheit Europas auch künftig nicht von der Amerikas abgekoppelt werden darf. Angesichts der in Reykjavik sehr deutlich gewordenen Bereitschaft zur Denuklearisierung der Verteidigung auf US-Seite, insbesondere der Bereitschaft zur Eliminierung aller ballistischen Flugkörper innerhalb von zehn Jahren, wurde das Risiko hervorgehoben, daß durch solche visionären Ansätze die Glaubwürdigkeit der Strategie und des Kontinuums der Abschreckung beschädigt werden könnte.

Das Ergebnis der Beratungen ist in den beigefügten sieben Punkten zusammengefaßt.[9] Es kann davon ausgegangen werden, daß sich F, GB und I auf dieser Linie auch in Luxemburg äußern werden. Ziffer 6[10] ist der Kernpunkt:

Der Dissens zwischen

– F, das Implementierung einer LRINF-Null-Lösung von Herstellung konventioneller Stabilität in Europa, einer SRINF-Lösung und der Beseitigung von CW abhängig machen will, und
– D, GB und I, die ein solches Junktim ablehnen als Abweichung von etablierten Bündnis- und nationalen Positionen,

7 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) vgl. Dok. 353 und Dok. 354.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die Anlage 1 vgl. VS-Bd. 12116 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

9 Dem Vorgang beigefügt. Für die Anlage 2 vgl. VS-Bd. 12116 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Ziffer 5 des Ergebnispapiers legte dar: „Fortschritte in einem Bereich der Rüstungskontrolle dürfen nicht zur Geisel von Schwierigkeiten in anderen, damit nicht direkt verbundenen Bereichen der Rüstungskontrolle gemacht werden. Je weiter aber Reduzierungen in einem Bereich in die Nähe der Schwelle führen, bei deren Überschreiten andere Elemente eine neue, die Stabilität gefährdende Qualität bekommen, desto dringender werden Bemühungen um deren Stabilisierung." In Ziffer 6 hieß es: „Aus diesem Grunde macht eine Beseitigung der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite der USA und der SU in Europa es noch notwendiger, die vorhandenen Ungleichgewichte bei Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite gleichzeitig in Angriff zu nehmen mit dem Ziel der Vereinbarung gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau und das konventionelle Ungleichgewicht der Streitkräfte in Europa zu beseitigen sowie CW zu eliminieren." Vgl. VS-Bd. 12116 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

ist mit dieser Formulierung überdeckt. Wenn sich diese Linie halten läßt, sind die Aussichten besser, auch in die späteren NATO-Beratungen mit weitgehend übereinstimmenden europäischen Positionen hineinzugehen.

1) Im einzelnen

a) Erwartungsgemäß war die französische strategische Bewertung der Post-Reykjavik-Situation wie schon bei den bilateralen Konsultationen am 7. November 1986 in Paris[11] kritisch, F drängte insbesondere auf Herstellung eines Junktims zwischen Implementierung einer LRINF-Null-Lösung in Europa und einer befriedigenden Regelung des SRINF-Problems sowie der Herstellung eines stabilen konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa und Eliminierung der CW.

Zu Einzelfragen vertrat F folgende Positionen:

– Gesamteinschätzung Reykjavik:
Fundamentale Kritik (bei allgemeiner tiefer Skepsis gegenüber nuklearer Abrüstung)

– INF:
Verzicht auf LRINF wirkt entkoppelnd; europäische Null-Lösung widerspricht dem militärischen Rationale des Doppelbeschlusses[12]. Revision des Verhandlungszieles ist aber politisch nicht machbar, obwohl – angesichts von Veränderungen des Kräfteverhältnisses seit 1979 – gerechtfertigt. (D, GB und I bestritten grundlegende Änderungen und französische Interpretation des militärischen Rationale.)

Daher soll Implementierung der Null-Lösung konditioniert werden durch Forderung nach

– paralleler Herstellung konventioneller Stabilität in Europa,

– paralleler Regelung der SRINF-Problematik (keine Null-Lösung; Ziel der Eliminierung aller ballistischen Flugkörper innerhalb von zehn Jahren

11 In der Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe erklärte der Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, d'Aboville: „F-Haltung zu Reykjavik gekennzeichnet durch Besorgnis wegen Bedingungen, in denen US-SU-Verhandlungen in dem ‚Gespensterhaus' in Island abgelaufen seien, auch wegen später präsentierter Elemente mit all ihren Zweideutigkeiten, vor allem aber wegen (LRINF-)Null-Lösung. Politischer Zusammenhang einer Null-Lösung werde zwar erkannt, ihre militärischen Implikationen würden aber mit großer Sorge betrachtet: Gefahr der Perzeption eines Rückschritts hinter erreichten Stand der Kopplung; SU-Zielrichtung, mit Null-Lösung Eliminierung von US-Nuklearwaffen in Europa herbeizuführen – Bündnispartner sollten daher auch gegenüber Öffentlichkeit LRINF-Lösung mit SRINF-Problematik verknüpfen; Gefahr einer Autonomie nuklearer Fragen in politischer Debatte […]. Zweite Sorge betreffe Zweideutigkeiten in Verifikationsfrage. Es wäre schädlich, wenn Verhandlungen zu einem droit de regard der SU hinsichtlich Westeuropa führen würden. Ein weiteres Problem werde in Verbindung einer LRINF-Regelung mit SRINF-Obergrenze gesehen, wenn SU droit de regard über einen Bereich eingeräumt werde, der bislang wesentliche Grundlage für flexible Erwiderung dargestellt habe." Im Bereich strategischer Systeme würde der amerikanische Vorschlag zur Abschaffung ballistischer Systeme für die UdSSR „nicht negotiabel" sein. Zudem würden die USA „mit SLBM ihre unverwundbarsten Systeme aufgeben. Bei ausschließlicher Abstützung auf Marschflugkörper und Bomber wäre eine Schwächung der Eindringfähigkeit die Folge, die Drittstaaten können auf ihre ballistischen F[lug]k[örper] nicht verzichten." Weiter bereite Frankreich die Auswirkung auf Drittstaatensysteme Sorge. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11302 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

12 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

überlagert allerdings SRINF-Verhandlungen und präjudiziert das Ergebnis!),

– CW-Regelung (F modifizierte seine Forderung nach „Ausgleich des Ungleichgewichts in Europa“ dahin, daß weltweite Eliminierung verlangt wird.).

Durch diese Konditionierungen soll ausgeschlossen werden, daß eine LRINF-Regelung „nach oben oder unten“ umgangen wird (was mit „oben“ gemeint war, blieb unklar).

– 50 % Reduzierung gemäß START:
  – Behauptung, daß Fähigkeit der USA zu extended deterrence beschädigt wird, nahm F zwar zurück; seine Zweifel schienen aber nicht abschließend ausgeräumt, insbesondere wenn strategische Systeme um 50 % reduziert und LRINF-Null-Lösung kombiniert verwirklicht werden.
  – Schritte zur Herstellung konventioneller Stabilität in Europa dürfen nicht erst bei Reduzierungen über 50 % hinaus gefordert werden.
– Vorschläge für zweite Fünf-Jahres-Periode:

  Eliminierung ballistischer Flugkörper ist an sich „strategischer Unsinn“.
– Französische Nuklearsysteme:
  – Für F (GB stimmte voll zu) ist eine Umstrukturierung des eigenen Potentials entsprechend Großmachtverzicht auf ballistische Flugkörper nicht akzeptabel.
  – Optionen für europäische Verteidigungsorganisation dürfen durch US/SU-Verhandlungen nicht verbaut werden.
  – Unterstützung europäischer Verbündeter für Erhaltung der eigenständigen Rolle französischer Abschreckung gemäß Ottawa-Erklärung der NATO von 1974[13] ist wertvoll und erwünscht (ebenso GB).
– SALT-II-Obergrenzen:

  F wird USA keine Ratschläge für künftiges Verhalten geben. Eher wird künftige Nicht-Beachtung unterstützt, weil damit strategische Möglichkeiten der USA wieder uneingeschränkt sind.
– US-Präsenz in Europa:

  Bei Eliminierung nuklearer US-Präsenz in Europa verlieren US-Streitkräfte hier ihre besondere Koppelungsfunktion. Damit werden sie – zumindest in den Augen des US-Kongresses – austauschbar; Risiko eines einseitigen Abzugs wächst damit.

b) Die Auffassungen von D, GB und I lagen erwartungsgemäß in der Beurteilung der durch eine LRINF-Null-Lösung in Europa entstehenden Situation sehr nahe beieinander und reflektierten den Stand der Bündnisberatungen.

13 Vgl. dazu Ziffer 6 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen, die auf der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa gebilligt und auf der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 26. Juni 1974 in Brüssel unterzeichnet wurde; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 319. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 183 und Dok. 191.

– Gesamtbeurteilung Reykjavik:

  Fakten, die durch den Bündnisvorschlag einer LRINF-Null-Lösung oder Reykjavik geschaffen wurden, sind Ausgangspunkt der Analyse und nicht reversibel[14]. In bezug auf Bewertung von Reykjavik bleibt es bei der Bündnisposition vom 13. Oktober 1986, d.h., erreichte Fortschritte sollen in den Genfer Verhandlungen genutzt werden.[15]

  Ferner: Europäische Sicherheitsinteressen sollen im Lichte der Entwicklung gemeinsam definiert und gegenüber den USA/im Bündnis eingebracht werden.

– INF:

  Koppelung zu strategischem US-Potential ist auch bei LRINF-Null-Lösung gewahrt, aber: Verstärkungsoptionen (Substitution?) werden geprüft. Daher Festhalten an Bündnispositionen zu

  – LRINF-Null-Lösung in Europa gemäß Reykjavik.
  – Festhalten an der Notwendigkeit, für SRINF in den Reichweiten von SS-12/22 und SS-23 in LRINF-Abkommen gleiche Obergrenze zu vereinbaren, ferner Vereinbarung von Folgeverhandlungen innerhalb von sechs Monaten (dies stellt kein sachfremdes Junktim dar, sondern reflektiert einen sachlichen, dem Allianz-Ansatz entsprechenden Zusammenhang).
  – Kein Junktim zwischen Implementierung LRINF-Null-Lösung und Herstellung konventioneller Stabilität in Europa oder CW-Verbot. Derartiges Junktim steht im Widerspruch zu nationalen und Allianzpositionen und ist politisch unvertretbar.

– 50% Reduzierung gemäß START:

  strategieneutral, auch in Kombination mit LRINF-Null-Lösung.

– Vorschläge für zweite Fünf-Jahres-Periode:

  – bis 50% kein Junktim zur Herstellung konventioneller Stabilität im Einklang mit bisheriger Allianz-Position;
  – aber: schon jetzt deutlich machen, daß bei weitergehender Abrüstung im strategischen Bereich parallele Maßnahmen zur Herstellung konventioneller Stabilität in Europa unverzichtbar sind. GB wünscht hier Junktim; wir haben zur Verdeutlichung unserer Position einschlägige Passagen der Wiener BM-Rede[16] wörtlich zitiert und auf Ausführungen BKs im Deutschen Bundestag am 6. November 1986[17] hingewiesen.

14 Korrigiert aus: „revisibel".

15 Vgl. dazu die Presseerklärung des NATO Generalsekretärs Lord Carrington im Anschluß an die Sondersitzung des NATO-Ministerrats; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 12.

16 Bundesminister Genscher erklärte am 7. November 1986: „Es gilt jetzt, den Weg zu Verhandlungen über die Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa freizumachen. Die Perspektive eines drastischen Abbaus der Nuklearwaffen durch die beiden Weltmächte, die in Reykjavik sichtbar wurde, macht diese Bemühungen noch dringlicher." Vgl. BULLETIN 1986, S. 1148.

17 Bundeskanzler Kohl legte dar: „Wir begrüßen die in Reykjavik erreichte Annäherung, in zehn Jahren zu weitreichenden Reduzierungen der offensiven Nuklearwaffen zu gelangen. Es muß aber klar sein, daß bei fortschreitendem Abbau der Nuklearwaffen der Frage des Gleichgewichts bei den konventionellen Waffen wachsende Bedeutung zukommt." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18741.

Briten halten – angesichts unterschiedlicher Interessenlage der Europäer – öffentliche Festlegung der USA auf solches Junktim schon jetzt für dringend geboten: Dabei sehen sie 50% nicht als strategisch begründbare Grenze, sondern eher als Schwelle an, die nicht ohne Maßnahmen zur Herstellung größerer konventioneller Stabilität in Europa überschritten[18] werden darf. Britische Erwartung: Auf diese Weise kann Tempo nuklearstrategischer Abrüstung kontrolliert und gedrosselt werden (gegebenenfalls bis zum Stillstand); insbesondere soll der enge Zeitrahmen (Eliminierung aller ballistischen Flugkörper bis 1996) gesprengt werden, ohne daß Europäer sich vom Ziel nuklearer Abrüstung distanzieren.

– SALT-II-Obergrenzen:

Übereinstehendes klares weiteres Interesse an Beachtung.

– Briten hatten Sorge, daß USA Grenzen noch vor dem NATO-Rat in Brüssel überschreiten; sie waren unsicher, ob sie für Thatcher-Gespräch in Camp David[19] dieses Thema empfehlen sollen.

Italiener verwiesen auf Craxi-Brief an Reagan, wo vor Überschreiten der Obergrenzen Konsultationen der Verbündeten verlangt wurden.

– Wir haben auf BK-Äußerung gegenüber Washington[20] verwiesen. Überschreiten der Obergrenze als schädlich auch unter Gesichtspunkten der Öffentlichkeitsarbeit bezeichnet, zumal laut Meinungsumfragen deutsche, britische und italienische Öffentlichkeit (anders als französische) den „Mißerfolg“ von Reykjavik überwiegend Reagan anlastet.

– Drittstaatensysteme:

Interesse auch der nicht-nuklearen Westeuropäer an Erhaltung französischen und britischen Beitrags zur Abschreckung und Sicherung europäischer Mitsprache.

2) Folgerungen für WEU-Ministertreffen am 13./14. November 1986 in Luxemburg

Alle Teilnehmer gingen davon aus, daß Minister die Post-Reykjavik-Lage eingehend erörtern wollen. Die bei den deutsch-französischen Konsultationen am

18 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „unterschritten“.

19 Premierministerin Thatcher hielt sich am 14./15. November 1986 in den USA auf. Nach Gesprächen mit Präsident Reagan in Camp David gab sie am 15. November 1986 eine Pressekonferenz in Washington über die wichtigsten Gesprächspunkte. Für den Wortlaut ihrer Ausführungen vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/106514.
Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 25. November 1986, in sicherheitspolitischen Gesprächen am Vortag habe die britische Seite ihm gegenüber Wert auf die Feststellung gelegt, „daß Erklärung von Camp David ein mit Amerikanern gemeinsam ausgehandelter Text sei. Bilaterale Ausarbeitung sei gute Methode gewesen; Amerikaner hätten sich mit Indossierung einer multilateralen europäischen WEU-Position viel schwerer getan. Der Erklärung komme in allen ihren Teilen zentrale Bedeutung zu. Es sei wichtig, sich in der andauernden Post-Reykjavik-Diskussion gegenüber den USA immer wieder auf die hierin enthaltenen Aussagen zu beziehen. PM Thatcher habe sich in Camp David auf Essentials konzentriert wie Betonung der LRINF und 50% Reduzierung US- und sowjetischer strategischer Offensivwaffen in den nächsten fünf Jahren, während von den dann folgenden fünf Jahren nicht die Rede sei. Alle sekundären Fragen habe sie weggelassen. Diese Taktik habe sich bezahlt gemacht.“ Vgl. VS-Bd. 12091 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

20 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl gegenüber dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 23. April 1986; Dok. 123.
Vgl. dazu ferner die Ausführungen im Schreiben von Kohl vom 25. April 1986 an Präsident Reagan; Dok. 123, Anm. 8.

7. November 1986 formulierte Punktation (Anlage 2), die europäische Interessen skizziert, fand weitgehende Zustimmung. Es kann davon ausgegangen werden, daß auch GB, I und F diese Linie vertreten werden. Ziffer 6 wird von der französischen Delegation voll mitgetragen. Sie verdeckt unterschiedliche Bewertung der LRINF-Null-Lösung.

Es bestand Übereinstimmung, daß es nicht Aufgabe der Konsultation war, einen Text zu entwerfen oder gar zu vereinbaren. F und I waren aber mit uns der Meinung, daß (ohne Erwähnung der Entstehungsgeschichte des Papiers) Text der Luxemburger WEU-Präsidentschaft als Grundlage auch für Äußerungen gegenüber der Presse (ein Kommuniqué ist nicht vorgesehen bei dem informellen Charakter der Beratungen der Minister) dienen könnte. GB bat allerdings darum, zunächst britische Prüfung und Äußerung hierzu abzuwarten; spätestens in Luxemburg selbst werde sie erfolgen.

3) Diskussion im NATO-Rahmen

Dem NATO-Rat wird hier eine zentrale Bedeutung eingeräumt. Eine Diskussion im Vorlauf zu den Ministerberatungen im Dezember wird für dringend notwendig gehalten, auch damit amerikanische Seite sich auf Diskussion einstellen kann. Als Auslöser einer solchen Erörterung kann der übliche Bericht der WEU-Präsidentschaft über das Ministertreffen dienen. D, F, GB und I sollten für eine solche erste Runde entsprechende Weisungen an ihre Ständigen Vertreter geben.

Verhältnis zu den USA

Im Verhältnis zu den USA wollen alle Partner jede geeignete Gelegenheit nutzen, um Problematik zu behandeln. Deutsche Gesprächsführung aus Anlaß BK-Besuchs[21] wird als Beispiel angesehen; PM Thatcher will bevorstehende Gespräche in Camp David nutzen, um europäische Sicherheitsinteressen zu verdeutlichen. Dabei soll zentraler destabilisierender Faktor der europäischen Sicherheitslage – konventionelle Überlegenheit der SU – herausgestellt und zwingender sachlicher Zusammenhang zwischen seiner Beseitigung und nuklearer Abrüstung betont werden. Ziel ist es, eine öffentliche Festlegung der USA in diesem Sinne zu bewirken.

F neigt, wie üblich, zu offensivem Sprachgebrauch gegenüber den USA und verweist auf öffentlich geübte Kritik an Verlauf und Ergebnis von Reykjavik.

GB will seine starken strategischen Vorbehalte – ähnlich wie seinerzeit bei SDI durch die Howe-Rede[22] – in Frageform kleiden; diesen methodischen Ansatz wollen sich auch andere Partner zu eigen machen.

Alle Delegationen teilten die Auffassung, daß Rückkehr zu sicherheitspolitisch vertretbaren, strategieverträglichen Einzelschritten im europäischen Interesse liegt. Besonders wichtig ist das Auflösen der zeitlichen Fixierung auf zehn Jahre für Beseitigung aller ballistischen Flugkörper; hier bestand Übereinstimmung, daß SU weiter derartigen Ansatz als einseitig ablehnen wird.

21 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

22 Für den Wortlaut der Rede des britischen Außenministers Howe am 15. März 1985 in London vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 219–228.

4) Weiteres Verfahren in der WEU

Fortsetzung der Beratungen in der WEU wird als Selbstverständlichkeit angesehen. Italienischer Vorschlag, zu diesem Zweck das Mandat der SDI-AG zu erweitern, fand keine Zustimmung. Wohl aber herrschte Übereinstimmung, daß Teilnahme der Hauptstadtvertreter an weiteren Beratungen unverzichtbar ist. Praktizierte Verfahren, insbesondere Treffen der Politischen Direktoren oder ihrer Vertreter und entsprechender Mitarbeiter der Verteidigungsministerien, sollen weiter genutzt werden.

5) Sprachregelung (nur auf Anfrage)

Beim deutsch-französischen Gipfeltreffen am 27./28. Oktober 1986[23] haben der Bundeskanzler und der französische Präsident[24] die Notwendigkeit enger Konsultationen zwischen D, F, GB und anderen europäischen Partnern sowie den USA unterstrichen. Auf Ad-hoc-Basis fand eine solche Konsultation unter Teilnahme auch von I statt. Zusammensetzung der Delegationen und erörterte Themen sind vertraulich. Wir gehen davon aus, daß das bevorstehende informelle WEU-Ministertreffen in Luxemburg Gelegenheit zu eingehenden Beratungen geben wird.

Diese Vorlage ist mit Abteilung 2 A (RL 220[25]) und BMVg (General Hüttel) abgestimmt.

Ploetz

VS-Bd. 12116 (201)

23 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.
24 François Mitterrand.
25 Rolf Hofstetter.

323

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten

200-350.21 VS-NfD **Aufgabe: 11. November 1986, 15.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 41 Plurez

Betr.: 64. EPZ-Ministertreffen am 10.11.1986 in London;
hier: Ergänzende Unterrichtung zu Verlauf und Ergebnissen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die West-Ost-Beziehungen sowie das Thema Syrien/Terrorismus. Ferner behandelten die Minister die Themen Südafrika, Lateinamerika, Asylproblematik und Philippinen.

Ergänzend zu gesondert übermitteltem Relevé de conclusions[2] wird zu Verlauf und Ergebnissen mitgeteilt:

1) West-Ost-Beziehungen

Die Diskussion konzentrierte sich auf den sowj. Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz über humanitäre Fragen in Moskau.[3]

BM, der als erster intervenierte, setzte die Akzente für die weitere Debatte: Wir sollten in offensiver, nach vorn gerichteter Haltung an diese Frage herangehen. Der Westen sei stark, wir hätten Forderungen an den Osten zu stellen. Wir dürften uns nicht in eine defensive Position drängen lassen. Wir könnten den Vorschlag zur Abhaltung einer Menschenrechtskonferenz nicht zurückweisen, sondern sollten ihn mit einem bedingten Ja beantworten: Wir wollten eine Konferenz unter angemessenen Umständen, d. h. auch mit Möglichkeiten der Berichterstattung, des Zugangs usw. Alles, was von einer im Westen abzuhaltenden Konferenz erwartet werden könnte, müßte gewährleistet sein. Ferner dürften wir nicht zulassen, daß die Tatsache, daß eine Konferenz stattfinden werde, als Entschuldigung benutzt werde, Menschenrechtsverpflichtungen nicht einzuhalten. Wichtig sei ferner ein konkretes Mandat. Eine Konferenz mache nur Sinn, wenn sie weiterführe. Zum Konferenzort: Moskau sollte nicht ausgeschlossen werden.

Ausführungen des BM stießen auf positive Reaktion der Partner. F und DK bezeichneten es allerdings als absurd, daß eine Menschenrechtskonferenz ausgerechnet in Moskau stattfinden sollte. Sie plädierten – besonders nachdrücklich F – dafür, nicht bereits heute dem SU-Vorschlag zum Konferenzort zuzustimmen.

DK und NL wiederholten Vorschlag eines permanenten Konferenzforums zur Behandlung von Menschenrechtsfragen.[4]

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 11. November 1986 vorgelegen.

2 Für die Übermittlung des Relevé de conclusions vgl. den Runderlaß Nr. 8274 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling vom 11. November 1986; Referat 200, Bd. 134816.

3 Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 5. November 1986 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1987, D 136.

4 Zu den Vorschlägen Dänemarks bzw. der Niederlande vgl. Dok. 341.

B warnte davor, im Falle einer Annahme des sowj. Vorschlages zur Abhaltung einer Menschenrechtskonferenz in Wien nicht mehr über Menschenrechte zu sprechen. Eines der Motive für den sowj. Vorschlag könnte gewesen sein, das Thema Menschenrechte aus der Wiener Konferenz herauszunehmen.

In einer zweiten Intervention erläuterte BM auch seinen in Wien gemachten Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz. Auch hier hätten wir viele Forderungen zu stellen: Etwa zu den Geschäftsbedingungen für Wirtschaftsunternehmen, Kommunikationsmöglichkeiten, Zugang zu staatlichen Organisationen. Er verwies auf seine Wiener Rede.[5]

BM erklärte ferner, er habe in Wien nicht zwei Konferenzvorschläge vorlegen wollen. Hier wolle er aber ein weiteres wichtiges Thema einführen, das auch von den Politischen Direktoren zu behandeln sei, nämlich die Frage der Arbeitsmöglichkeiten für die Presse. Damit sollte man sich in Wien und andernorts befassen. Betroffene Journalisten sollten eingeladen werden.

BM unterstrich abschließend, wir sollten uns im Rahmen des KSZE-Prozesses nicht selbst in die Defensive begeben. Wir sollten stattdessen die Beratungsthemen aktiv behandeln und vorantreiben.

Zur Thematik Abrüstung und Rüstungskontrolle im Rahmen der West-Ost-Beziehungen nach Reykjavik[6] erklärten mehrere Partner (WEU-MS), daß die WEU das geeignete Beratungsforum sei. Das Thema sollte bei der bevorstehenden WEU-Ministerratssitzung[7] beraten werden. IRL erklärte dazu, daß die WEU wohl das angemessenere Forum zur Behandlung des Themas sei.

Präs[8] faßte Ergebnis der Beratungen zusammen: Der sowjetische Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz über humanitäre Fragen sei mit Aufmerksamkeit zu prüfen. In diesem Zusammenhang sei festzustellen, daß die SU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nur in geringem Umfang nachgekommen sei. Bei der Prüfung des SU-Vorschlages seien die Einzelheiten wie Tagesordnung, Bedingungen, Zugang zu berücksichtigen. Als Ergebnis der heutigen Beratungen sei nicht festzuhalten und der Presse zu sagen, daß der sowjetische Vorschlag zum Konferenzort angenommen worden sei. Die Delegationen in Wien sollten den Vorschlag der SU und ebenfalls die Vorschläge von DK und NL prüfen. Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Rahmen der Ost-West-Beziehungen sollten in der WEU erörtert werden.

Präs teilte abschließend mit, daß PM Thatcher Ende dieser Woche nach Washington reisen werde.[9] Sie beabsichtige, dort folgende Themen zu erörtern: Fortsetzung des Ost-West-Gesprächs nach Reykjavik, Bedingungen konventioneller Rüstungskontrolle, Terrorismus in Nahost.

5 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.

6 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

7 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 330.

8 Geoffrey Howe.

9 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher am 14./15. November 1986 in den USA vgl. Dok. 322, Anm. 19.

2) Nahost/Syrien/Terrorismus[10]

Unterrichtung erfolgt gesondert.[11]

3) Asylproblematik

BM unterrichtete Partner, daß wir Thema auf Europäischen Rat am 5./6.12.86[12] ansprechen wollen. Er erläuterte die gegenwärtige Lage (1986 voraussichtlich mehr als 100000 Asylsuchende) und verwies auf die europäische Dimension des Problems. Zur Bekämpfung der Ursachen diene unsere Flüchtlingsinitiative im Rahmen der VN.[13] Wir erstrebten ein möglichst koordiniertes Verhalten der europäischen Staaten. Wir müssen zusammenarbeiten, um illegale Einreisen einzudämmen und die Asylpolitik und Praxis zu harmonisieren. Auch sei abgestimmtes Vorgehen gegen Fluggesellschaften notwendig, die Einreisende befördern, die nicht über die erforderlichen Einreisepapiere verfügten. Der Europäische Rat sollte sich mit dem Thema befassen und den Auftrag erteilen, einen umfassenden, alle Probleme behandelnden Bericht zu erstatten.

Partner nahmen dies zustimmend zur Kenntnis.

Präs verwies auf die von den Innenministern berufene Ad-hoc-AG hoher Beamter. Das Thema werde weiter behandelt werden („will remain under consideration").

10 Zur syrischen Verwicklung in den versuchten Anschlag auf ein Passagierflugzeug der israelischen Fluggesellschaft El Al vgl. Dok. 307, Anm. 9.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte am 11. November 1986, in der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortag habe Bundesminister Genscher mit Blick auf den Konflikt zwischen Großbritannien und Syrien die Notwendigkeit unterstrichen, „daß die Zwölf geschlossen auftreten. Eine wirksame Abwehr gegen den internationalen Terrorismus sei nur möglich, wenn auf Anschläge gegen einen Partner alle gemeinsam reagierten." Zum Nahost-Konflikt habe der britische Außenminister Howe darauf verwiesen, „daß angesichts Zerrissenheit arabischen Lagers keine neuen Erklärungen oder Initiativen angebracht seien. Auf Bitten Ägyptens werde er in vorsichtiger Form vor der Presse Besorgnis der Zwölf über gegenwärtige Stagnation äußern." Vgl. den Runderlaß Nr. 40; Unterabteilung 31, Bd. 141129.
Die britische Präsidentschaft erklärte im Namen aller Teilnehmer mit Ausnahme Griechenlands im Anschluß an die Konferenz zum Fall Hindawi: „Wir möchten Syrien mit aller Deutlichkeit zu verstehen geben, daß wir das, was geschehen ist, für völlig unannehmbar halten. […] Wir werden keine weiteren Waffenlieferungen an Syrien zulassen; wir werden alle Besuche auf hoher Ebene in und aus Syrien aussetzen; wir werden alle Aktivitäten der in unseren Ländern akkreditierten diplomatischen und konsularischen Vertretungen Syriens prüfen und die gebotenen Maßnahmen anwenden; wir werden die Sicherheitsmaßnahmen, die die Aktivitäten der Syrianair betreffen, prüfen und verstärken". Syrien wurde ferner aufgefordert, die Unterstützung terroristischer Gruppen zu unterlassen. Vgl. BULLETIN DER EG 11/1986, S. 112.

12 Zur Erörterung der Asylfrage auf der Tagung des Europäischen Rats in London vgl. Dok. 344, Anm. 13.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers teilte am 12. Dezember 1986 mit: „Die von BM 1980 vorgeschlagene Flüchtlingsinitiative konnte in der 41. GV nach sechsjährigen, zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Resolution mit dem Ziel einer Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zur politischen Vorbeugung neuer, massiver Flüchtlingsströme wurde im Konsens angenommen." Empfohlen werde ein Katalog von Staatenverpflichtungen mit dem an alle Staaten gerichteten Gebot, „keine Flüchtlingsströme zu erzeugen und alles zu tun, um derartige Ströme zu verhindern. […] Kernstück des Implementierungsmechanismus ist ein Mandat des VN-GS, das folgende essentielle Elemente enthält: Schaffung einer Art von Frühwarnsystem im VN-Sekretariat; Recht des VN-GS zur eigenen Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse; Recht des VN-GS zu eigenständigen Maßnahmen der Konfliktprävention (z. B. stille Diplomatie, gute Dienste); bessere Koordinierung aller durchgeführten Maßnahmen der Staaten sowie anderer VN-Organe." Vgl. Referat 231, Bd. 148562.

4) Südafrika

Mehrere Partner regten an, daß Frage der Sanktionen einschließlich des Importverbots von Kohle auf dem Europäischen Rat am 5./6.12.86 behandelt werden sollte (I, NL, DK, E). NL schlug vor, daß der ER zur Frage eines Kohleimportverbots eine bedingte Aussage treffen sollte – falls nicht in bestimmter Frist Fortschritte (Freilassung von Nelson Mandela u. a.) zu verzeichnen seien, sollte diese zusätzliche Sanktion in Kraft treten.

BM berichtete zunächst, daß er wie mehrere Partner mit den acht AM der Blockfreien gesprochen[14] und auch gefragt habe, wie sie eine politische Initiative – etwa Treffen außerhalb Südafrikas unter Einbeziehung von Mandela, des ANC – beurteilten. Der Vorschlag sei begrüßt worden. Es lohne sich, alle Elemente der Initiative in der Afrika-AG zu untersuchen. Zu den soeben geäußerten Vorschlägen von Partnern zur Sanktionsfrage äußerte BM sein Erstaunen, daß neue Maßnahmen verlangt würden, obwohl die bereits beschlossenen[15] nicht durchgeführt würden. Hier gehe es in der Tat um unsere Glaubwürdigkeit. Das Investitionsverbot sei die wichtigste beschlossene Maßnahme. Es könne nicht festgestellt werden, daß diese Maßnahme durchgeführt werde. BM erklärte mit großem Nachdruck, daß die Bundesregierung eine öffentliche Debatte über weitere Sanktionen nicht mehr schweigend hinnehmen werde. Sie würde dann auf das Verhalten von Partnern bei der Durchführung beschlossener Maßnahmen hinweisen müssen.

BM schlug vor, daß ein Bericht über die Durchführung der beschlossenen Sanktionen vorgelegt werde.

P unterstützte BM in der Kohle-Frage.

DK bezog sich auf Ausführungen des BM zu Sanktionen und erklärte, es bestehe in der Tat Bedarf, die beschlossenen Maßnahmen durchzuführen, einschließlich des Importverbots für Kohle.

E erklärte, der Europäische Rat müsse eine neue Bewertung vornehmen.

Präs faßte zusammen: In der Frage des Importverbots für Kohle sei keine Änderung der Positionen der Mitgliedstaaten festzustellen. Es sei deshalb nicht zweckmäßig, dieses Thema auf dem Europäischen Rat anzusprechen. Stattdessen sollten sich die Außenminister während des Europäischen Rates mit dem Gesamtthema südliches Afrika befassen.[16] Dazu gehöre auch eine Untersuchung der Auswirkungen des Todes von Machel.[17]

DK und NL erklärten, ihre Regierungschefs[18] würden das Thema Importverbot für Kohle auch auf Ebene der Staats- und Regierungschefs ansprechen, und plädierten für Aufnahme in die Tagesordnung des Europäischen Rats.

Die Präsidentschaft blieb jedoch bei ihrer Zusammenfassung.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern blockfreier Staaten am 31. Oktober 1986 vgl. Dok. 314.

15 Vgl. dazu die Beschlüsse der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel; Dok. 257, Anm. 5.

16 Zum Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 5. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 356.

17 Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz in Südafrika ums Leben.

18 Poul Schlüter (Dänemark) bzw. Ruud Lubbers (Niederlande).

5) Philippinen

Auf Vorschlag von E beschlossen die Minister eine Erklärung zu den Philippinen[19] (Text siehe Relevé de conclusions).

Schilling[20]

Referat 200, Bd. 134816

324

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 11. November 1986, 19.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4844 **Ankunft: 12. November 1986, 02.06 Uhr**
Cito

Betr.: US-Beziehungen mit dem Iran[2];
hier: Geheimkontakte, McFarlane-Mission[3]

Bezug: 1) DB Nr. 4812 vom 10.11.86 – POL 322.00 IRN
2) DB Nr. 4779 vom 6.11.86 – POL 322.00 IRN[4]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Administration hält derzeit ungeachtet starken öffentlichen Drucks an bisheriger Linie fest, (nicht dementierte) geheime Kontakte nicht näher zu kommentieren und keine Einzelheiten mitzuteilen. Als Begründung hierfür wird Sorge

19 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zur Lage auf den Philippinen vom 10. November 1986 vgl. BULLETIN DER EG 11/1986, S. 112 f.

20 Paraphe.

1 Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff am 12. November 1986 vorgelegen.

2 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. auch Dok. 336 und Dok. 340.

3 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 5. November 1986: „In den letzten Tagen haben New York Times und Washington Post anläßlich der Befreiung der amerikanischen Geisel Jacobsen und der andauernden Bemühungen um die Freilassung der weiteren amerikanischen Geiseln eingehend über angebliche geheime amerikanisch-iranische Kontakte und die Möglichkeit verbesserter Beziehungen zwischen beiden Ländern berichtet. Unter Hinweis auf iranische Quellen, zuletzt die gestrige (4.11.) Erklärung des iranischen Parlamentspräsidenten, hieß es, früherer Sicherheitsberater des US-Präsidenten, McFarlane, sei ‚vor kurzem' in Teheran gewesen. Er habe für iranische Hilfe in der Geisel-Frage und bei der Terrorismusbekämpfung eine Auflockerung des 1979 gegen den Iran verhängten US-Waffen-Embargos in Aussicht gestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4751; Referat 311, Bd. 139999.

4 Am 6. November 1986 teilte Gesandter Wallau, Washington, mit, es werde „zunehmend wahrscheinlich, daß USA gegenüber dem Iran seit gut einem Jahr eine doppelgleisige Politik verfolgt haben: offiziell Festhalten an der strikten Isolationspolitik einschließlich Waffenembargo, daneben diskrete Kontakte mit dem Iran einschließlich der Duldung oder sogar Förderung der Lieferung von Ersatzteilen und Rüstungsgütern." Die amerikanische Presse berichte, „McFarlane und andere Vertreter des Weißen Hauses hätten seit über einem Jahr geheime Gespräche mit iranischen

um Schicksal verbliebener US-Geiseln im Libanon herausgestellt. Hinzugekommen ist seit gestern (10.11.) – sozusagen als zweite Verteidigungslinie – eine Versicherung des Weißen Hauses, es sei keinerlei Gesetzesbruch begangen worden und die bisherige Politik, gegenüber Terroristen keine Zugeständnisse zu machen, bleibe voll gewahrt.

Sehr restriktive Informationspolitik wird auch im Umgang mit den Verbündeten gewahrt (siehe Bezug 1). Auch im State Department konnte oder will man bisher nicht Stellung nehmen. Man bat uns, eine Bewertung zurückzustellen, bis alle Elemente geklärt seien.

In der Tat sind zentrale Aspekte für eine hinreichend sichere Einschätzung der geheimen Kontakte mit Teheran vorerst noch unklar, darunter vor allem

– politische Ziele und Konzeption des Unternehmens,
– Status und Ebene der Kontakte, Gesprächspartner, insbesondere auf iranischer Seite,
– Thematik und Quidproquo,
– Umfang der Lieferung von Rüstungsgütern,
– angebliche israelische Mittlerdienste bei Waffenlieferungen.

Solange diese Punkte nicht näher geklärt sind, können die allgemeinen Implikationen für die amerikanische Politik gegenüber Iran nur unzulänglich beurteilt werden.

Festzustehen scheint aber bereits, daß das Unternehmen unmittelbar vom Weißen Haus initiiert und gesteuert und das State Department und Pentagon – wenn überhaupt – nur höchst unzulänglich unterrichtet wurden. Mit gleicher Sicherheit kann festgestellt werden, daß die offenbar riskante und wenig koordinierte Operation wichtige Bereiche der amerikanischen Politik ins Zwielicht gerückt hat. Dazu zählen die bisherige Linie gegenüber dem Iran einschließlich Waffen-Embargo, die US-Position im iranisch-irakischen Konflikt, das Verhältnis zum Irak sowie das von amerikanischer Seite immer wieder unterstrichene Prinzip, für eine wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht mit Regierungen zu verhandeln, die terroristische Aktivitäten fördern. Insoweit ist die Angelegenheit zusätzlich geeignet, bei gemäßigten Arabern (u. a. Saudi Arabien, Golf-Staaten) Befremden und Unsicherheit hervorzurufen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1662

Vertretern und Mittelsmännern entweder in Europa oder Teheran geführt". Die Freilassung verschiedener Geiseln sei jeweils nach Lieferung militärischer Güter erfolgt: „Diese seien auf dem freien Waffenmarkt beschafft und mit stillschweigender Billigung von seiten der USA teilweise auf indirekten Wegen in den Iran gebracht worden. Angeblich hätten nicht näher bezeichnete israelische Stellen – etwa nach dem Modell der von Minister Sharon eingestandenen israelischen Waffenlieferung 81/82 an den Iran – den USA ein solches Vorgehen nahegelegt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4779; Referat 311, Bd. 139999.

Mit Drahtbericht Nr. 4812 vom 10. November 1986 informierte Wallau über Gespräche mit Mitarbeitern des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrats, denen zufolge die Kontakte mit dem Iran „nicht allein der Geiselbefreiung gedient" hätten: „Letztlich gehe es darum, wieder Verbindung mit diesem strategisch wichtigen Land aufzunehmen." Wallau führte aus, die Gespräche hätten den Eindruck vermittelt, „daß auch im NSC nur sehr wenige Personen über die Gespräche unterrichtet waren". Der amerikanische Außenminister Shultz habe angeblich sogar kurzzeitig an Rücktritt gedacht. Vgl. Referat 311, Bd. 139999.

Sollte sich darüber hinaus bestätigen, daß im Rahmen dieses Unternehmens amerikanische Rüstungsgüter in größerem Umfang den Weg in iranische Arsenale gefunden haben, müßten sich auch besonders diejenigen Verbündeten betroffen fühlen, die von den USA zuvor teilweise intensiv um Zurückhaltung bei Waffenlieferungen vor allem an den Iran gebeten worden sind.[5]

Auf diese Aspekte konzentriert sich auch die zunehmende Kritik aus dem innenpolitischen Bereich wie in den Medien, wo weithin von einem „Glaubwürdigkeitsproblem" gesprochen wird.

II. 1) Nach bisher vorliegenden Informationen stand in der Anfangsphase des Unternehmens nicht die Geiselfrage, sondern eine aus übergeordneten politischen Überlegungen wünschenswerte Belebung der Kontakte mit dem als strategisch wichtig eingeschätzten Iran im Vordergrund. Nach der angeblich von dem früheren Sicherheitsberater McFarlane wesentlich mitgestalteten Initiative sollten verbesserte Beziehungen mit dem Iran angestrebt werden, sofern der Iran in der Terrorismusfrage und bei Verbreitung der islamischen Revolution in den Golfraum Zurückhaltung übe, in Verhandlungen mit dem Ziel der Beendigung des Krieges mit dem Irak einwillige und den USA bei der Befreiung amerikanischer Geiseln aus der Hand pro-iranischer Gruppen im Libanon helfe.

Lt. „Washington Post" sei von der Einbeziehung irgendwelcher Waffenlieferungen zunächst nicht die Rede gewesen. Dieser Aspekt habe erst später Bedeutung gewonnen, als einerseits von israelischer Seite Mittlerdienste bei der Lieferung von Waffen angeboten wurden, andererseits die Geiselfrage zunehmend an Bedeutung gewann.

Diese Version erscheint plausibel. Es liegt nahe, daß amerikanische Seite auch im Hinblick auf die Entwicklung im iranisch-irakischen Konflikt einen neuen Gesprächskanal möglichst zu dem Westen nicht von vornherein kompromißlos gegenüberstehenden[6] Kräften in Teheran suchte. Auch früherer AM Kissinger hat dies für legitim erachtet.

2) Während sich immer klarer abzeichnet, daß das Unternehmen auf amerikanischer Seite von einem kleinen Stab von NSC-Mitarbeitern zunächst unter McFarlane, später unter Poindexter koordiniert wurde, läßt sich von hier aus nicht übersehen, wer und auf welcher Ebene auf iranischer Seite in die Kontakte involviert war. Desgleichen ist weiter im Dunkeln, wo und ggfs. mit welchen Beteiligten die Gespräche geführt wurden. Auffällig ist allerdings, daß iranischer Parlamentspräsident Rafsandjani zuletzt zweimal (am 4.11. und 7.11.) zu der McFarlane-Mission und der Frage der im Libanon festgehaltenen US-Geiseln Stellung genommen hat.[7] In hiesiger Presse wird dies teilweise als In-

5 Der Passus „auch besonders … worden sind" wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

6 Korrigiert aus: „gegenüber".

7 Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 6. November 1986: „Parlamentssprecher Rafsandjani äußerte am 4.11.86 anläßlich der Demonstration zum Jahrestag der Besetzung der US-Botschaft in Teheran, daß die US-Regierung kürzlich durch den ehemaligen Berater des US-Präsidenten, McFarlane, versucht hätte, Kontakt zur iran[ischen] Führung aufzunehmen. Zweck dieses Versuchs sei gewesen, im direkten Dialog eine iran. Einflußnahme […] auf die Freilassung amerikanischer Geiseln im Libanon zu bewirken. […] Im einzelnen seien McFarlane und ein oder zwei Berater des US-Präsidenten mit irischen Pässen an Bord eines Flugzeuges, das militärisches Gerät aus

diz dafür gewertet, daß Rafsandjani bzw. mit ihm verbündete Gruppen die Hand im Spiel gehabt haben könnten.

3) Im Dunkeln liegt ebenfalls noch Zahl und Umfang der mutmaßlichen Lieferungen amerikanischer Rüstungsgüter an den Iran im Rahmen dieses Unternehmens.

Nach Zeitungsmeldungen soll es sich dabei u. a. um Ersatzteile für in den iranischen Streitkräften übliche Waffensysteme handeln, die noch zu Zeiten des Schahs[8] von den USA erworben wurden. Abgesehen von den prinzipiellen Aspekten solcher Lieferungen ist die Frage nach Quantität und Qualität vor allem auch unter dem[9] Aspekt ihres Einflusses auf das Kriegsgeschehen bedeutsam. Hierzu ist nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Seite ggfs. gerade so viel zur Verfügung stellte, wie unbedingt für eine Fortführung des Dialogs mit der iranischen Seite notwendig war, andererseits aber sorgsam darauf achtete, daß die realen Auswirkungen für den iranisch-irakischen Konflikt so begrenzt wie möglich oder gleich Null blieben.

4) Obwohl in hiesiger Öffentlichkeit fast niemand mehr an der Nutzung der „Israeli Connection" für die Übermittlung der fraglichen Rüstungsgüter zu zweifeln scheint, sind die hierzu vorliegenden Informationen weiterhin äußerst lückenhaft. Ungeklärt ist namentlich die Frage, ob und inwieweit offizielle israelische Stellen an diesem Deal beteiligt waren oder ob es privatem israelischem Geschäftssinn überlassen wurde, an der Operation zu partizipieren. In hiesiger Presse teilweise erörtertes Modell: Neue amerikanische Waffen für Israel, dafür Weitergabe veralteter Bestände durch israelische Mittelsmänner an Teheran als Weg zur Umgehung des amerikanischen Embargos würde vermutlich ohne Kenntnis offizieller Stellen in Israel kaum zu realisieren sein. Verständnisvolle Äußerungen von AM Peres vom Wochenende zu amerikanischen Bemühungen „zur Rettung von Menschenleben"[10] ist hier weitgehend als Indiz dafür gewertet worden, daß Israel mitgespielt habe. Wenn hierfür bisher auch kein authentischer Beweis vorliege, wird in Kommentaren gleichwohl immer wieder an frühere israelische Lieferungen an den Iran und die bekannte „je länger, je lieber"-Interessenlage Israels zum Golf-Krieg erinnert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1664

einem westeuropäischen Land gebracht hätte, ohne vorherige Absprache nach Teheran gekommen, um Gespräche mit der iran. Führung aufzunehmen. Auf Weisung des Imam Khomeini sei McFarlane jedoch nicht empfangen worden und hätte nach fünf Tagen Iran wieder verlassen müssen. Als Gastgeschenke hätte McFarlane Colts für die iranische Führung, eine von Präsident Reagan mit einer Widmung versehene Bibel und einen Kuchen in Form eines Kreuzes angeboten. Lediglich der Kuchen sei von den Bewachern McFarlanes aus Hunger angenommen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1505; Referat 311, Bd. 139999.

Freitag informierte am 11. November 1986: „Parlamentssprecher Rafsandjani widmete seine Freitagspredigt vom 7.11.86 weitgehend der angeblichen McFarlane-Mission in Teheran und den Beziehungen Irans zu den USA." Freitag führte dazu aus: „Es kann aus hiesiger Sicht nunmehr als relativ gesichert angesehen werden, daß es direkte Kontakte der USA-Administration zu Iran in der Geiselfrage gegeben hat. Es bleibt jedoch unklar, ob iranischerseits die Kontakte innenpolitisch ausreichend abgestimmt waren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1521; Referat 311, Bd. 139999.

8 Mohammed Reza Pahlevi.

9 Korrigiert aus: „auch dem".

10 Zu den Äußerungen des israelischen Außenministers Peres vgl. den Artikel „Shultz Examining How To Keep Syria From Terror Role"; THE NEW YORK TIMES vom 10. November 1986, S. A 1 bzw. S. A 14.

[11]III. Vor diesem weithin noch diffusen Hintergrund sind die Auswirkungen der Angelegenheit bisher kaum zu übersehen:

1) Während das Schicksal der Geiseln weiterhin ungewiß ist und es der Spekulation bzw. der Willkür der die noch verbliebenen Geiseln in den Händen haltenden Gruppen im Libanon überlassen bleibt, welche Chancen für ihre baldige Freilassung bestehen, gewinnt in der amerikanischen Öffentlichkeit die Auffassung an Boden, das mutmaßliche Tauschgeschäft Geiseln gegen Waffen für den Iran sei kein geeignetes Mittel für das Terrorismusproblem, sondern eher eine Einladung zu weiteren Geiselnahmen. In diesem Sinn haben sich etwa Kissinger und Senator Byrd ausgesprochen.

2) Unklar ist weiter, ob und inwieweit es der amerikanischen Seite nach der Offenlegung ihrer diskreten Kontakte mit Teheran in nächster Zukunft gleichwohl möglich sein wird, dem an sich legitimen und vernünftigen Ziel des Offenhaltens eines Gesprächskanals mit dem Iran näherzukommen. Während manche amerikanische Beobachter unken, durch diese „ungeschickte Operation seien womöglich die Ansätze für einen sinnvollen Dialog mit Teheran vielleicht auf längere Zeit erneut verschüttet worden", dürfte die Antwort auf diese Frage eher in Teheran zu finden sein und u. a. von der von hier aus nicht zu übersehenden Frage abhängen, ob diese Angelegenheit die Position für potentielle Gesprächspartner der USA erschwert hat.

3) Sicher erscheint dagegen, daß dieses Unternehmen nicht nur bei dem kriegführenden Irak, sondern auch bei gemäßigten arabischen Staaten erhebliches Befremden ausgelöst hat. Hiesiger irakischer Botschafter[12] ist unverzüglich im State Department vorstellig geworden. Dem Vernehmen nach soll ihm versichert worden sein, an der amerikanischen Politik gegenüber dem Irak und dem Konflikt habe sich nichts geändert. Ob dies ihn überzeugt haben mag, kann getrost bezweifelt werden. Eher liegt die Annahme nahe, daß die amerikanische Glaubwürdigkeit auch gegenüber den von iranischem Fundamentalismus bedrohten gemäßigten Arabern mindestens vorübergehend Einbußen erlitten hat. So soll sich etwa der hiesige Botschafter Saudi-Arabiens, Prinz ibn Sultan, lt. „Washington Post" über die Angelegenheit „schockiert" gezeigt haben.[13]

4) Innenpolitisch nehmen kritische Stimmen weiter zu. Dies gilt nicht nur für die Medien, sondern mehr noch für den Kongreß, der sich nicht informiert bzw. übergangen fühlt. Offenbar ist das Weiße Haus derzeit bemüht, dieser kritischen Grundströmung durch vertrauliche Briefings ausgewählter Mitglieder des Kongresses über die Hintergründe der Kontakte mit Teheran entgegenzuwirken. Ob diese Bemühungen den gewünschten Erfolg haben, ist vorerst noch nicht zu übersehen. Teilweise bissige Kommentare auch in den Medien deuten allerdings darauf hin, daß Präsident Reagan und das Weiße Haus insgesamt aus dieser Angelegenheit eher geschwächt hervorgehen und vielleicht die Möglichkeiten für ein weitgehend autonomes außenpolitisches Agieren des NSC beschnitten werden könnten.

11 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4845 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
12 Nizar Hamdoon.
13 Vgl. dazu den Artikel „The Credibility Factor"; THE WASHINGTON POST vom 10. November 1986, S. A 17.

IV. Angelegenheit erscheint nach allem weiterhin noch im Fluß. Auch deshalb sollten wir uns vor voreiligen Schlüssen oder einer Überbewertung gewisser irritierender Aspekte hüten. Möglicherweise könnte sich schon bald herausstellen, daß es sich eher um eine begrenzte und punktuelle Operation gehandelt hat, welche die Grundlagen amerikanischer Politik gegenüber der Region und der Terrorismusbekämpfung prinzipiell nicht antasten, sondern eher um das ausbalancierende Element eines diskreten Gesprächsfadens nach Teheran ergänzen wollte. Dieses teilweise „sowohl als auch" von seiten der westlichen Führungsmacht gegenüber dem Iran könnte auch im gesamtwestlichen Interesse liegen. Der moralische Zeigefinger als Maßstab zur Einschätzung dieser Sache erscheint daher zunächst nicht angebracht.

Allerdings wird die amerikanische Seite in nächster Zeit gefordert sein, den Sinn dieses Unternehmens auch gegenüber der hiesigen Öffentlichkeit und den Verbündeten stärker zu verdeutlichen. Daß die Akteure im Weißen Haus dabei vermutlich (und womöglich entgegen ihrer ursprünglichen Absicht) eine Verknüpfung ihres Anliegens mit den heiklen Fragen der US-Geiseln, Terrorismusbekämpfung und Lieferung von Rüstungsgütern an den Iran zugelassen haben, wird dem Präsidenten diese Aufgabe nicht erleichtern.

[gez.] Wallau

Referat 311, Bd. 139999

325

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.00 SB-1825/86 geheim **12. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen nach Abschluß der sechsten Runde[4] unter Berücksichtigung der Pressekonferenz AM Schewardnadses vom 10. November 1986[5]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 13. November 1986 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 14. November 1986 sowie am 6. Februar 1987 vorgelegen. Am 6. Februar 1987 verfügte er den Rücklauf über Botschafter Holik an Referat 220. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aufzeichnung hat BM für Chevening vorg[e]l[egen]."
Hat Holik am 9. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen.

4 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 18. September bis 13. November 1986 in Genf statt. Vgl. dazu auch Dok. 329.

5 Für den Wortlaut der Äußerungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. 702–707.
Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, berichtete am 10. November 1986: „Die sowjetische Führung hat damit eindeutig auf öffentliche Diplomatie gesetzt, um den Druck der Weltmeinung auf

Anlg.: 1 (nur beim Original)[6]

I. Gesamtbewertung

1) AM Schewardnadse hat sich auf seiner Pressekonferenz ausführlich zum Stand der Genfer Verhandlungen geäußert. Seine Erklärungen sind in zweifacher Hinsicht nicht frei von Widersprüchen:

– Die Haltung der USA nach Reykjavik[7], insbesondere so wie sie angeblich in Wien bei der Begegnung Shultz/Schewardnadse[8] zum Ausdruck kam, wird äußerst scharfer Kritik unterzogen. Folgende schwerwiegende Vorwürfe richtet AM Schewardnadse an die Adresse der USA:

  „Die USA schlagen vor, daß wir ein vollkommen neues Paket von angeblich erörterten Fragen akzeptieren, eine Liste von Dingen, auf die man sich in Island geeinigt hatte, die bis zur Unkenntlichkeit reduziert wurden (sic!). Wir hatten vor uns auf dem Tisch (in Wien) ein unglaubliches Sortiment von Papieren, die tatsächlich alles rückgängig machten, was von den Seiten in Reykjavik erzielt worden war. Die Vereinigten Staaten haben versucht, Positionen zu fixieren, die zur Erosion des Bodens von Reykjavik führen."

  Angesichts dieser schweren Vorwürfe, die USA wollten das Paket von Reykjavik durch das Wiener Paket ersetzen, muß den Leser die Bewertung des Treffens mit AM Shultz in Wien überraschen:

  „Der Umfang der Wiener Gespräche mit AM Shultz war unserer Meinung nach groß und von prinzipieller Bedeutung. Gerade so sollten auch Gespräche auf Ebene der Außenminister zweier Großmächte geführt werden. Ich nehme an, daß wir nicht schlechte Arbeitskontakte mit dem Außenminister geschaffen haben. Ungeachtet der tiefgehenden Ansichtsunterschiede ist es uns am Verhandlungstisch gelungen, gegenseitig annehmbare Lösungen zu finden."

– Die letzte Aussage AM Schewardnadses gibt den tatsächlichen Stand der Genfer Verhandlungen korrekt wieder. Das hohe Maß an Übereinstimmung, das sich aus einem Vergleich der beiderseitigen Vorschläge zum INF- und START-Bereich ergibt (Einzelheiten siehe unter II.), steht im starken Kontrast zu den abwertenden Äußerungen AM Schewardnadses in bezug auf die amerikanische Haltung nach Reykjavik.

2) In seinen Erklärungen zum Verlauf von Reykjavik stellt AM Schewardnadse erneut heraus, daß eine Einigung letztlich wegen des Festhaltens der USA an SDI gescheitert sei. Zu SDI bringt er die bekannten sowjetischen Argumente – Beschränkung auf Laborforschung, Verbot von Tests im Weltraum – zur Sprache und fügt erläuternd hinzu, daß die Schaffung „einsatzbereiter Muster und Prototypen entsprechender Verteidigungssysteme" zugelassen werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1667

die USA zu konzentrieren. […] Sch. führte die PK sicher und überlegen. Statt Schärfen bevorzugte er Ironie und Spott. So, als er den amerikanischen Versuch, das ‚neue Paket' als das Ergebnis von Reykjavik auszugeben, [als] ‚absurdes Theater' bezeichnete. Auch diesmal wurden keine Türen zugeschlagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3220; Referat 220, Bd. 144755.

6 Vgl. Anm. 14.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

8 Zu den Gesprächen der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am 5./6. November 1986 in Wien vgl. Dok. 319, Anm. 10.

Stärker noch als SDI betont Schewardnadse in seiner Kritik an den USA den Dissens bezüglich der Frage, welche nuklearen Waffen im Verlauf von zehn Jahren abgeschafft werden sollen. Er stellt fest, daß es trotz der Meinungsunterschiede bezüglich SDI „ein Paket der Übereinstimmung" gegeben habe; das Wichtigste daran sei die Einigung beider Seiten auf die Verschrottung aller nuklearen Vorrichtungen innerhalb von zehn Jahren, d. h. jeder beliebigen Nuklearwaffe, gewesen. Folgerichtig charakterisiert er daher die amerikanische Weigerung, „die globale Lösung der entscheidenden Frage der Abschaffung aller nuklearen Waffenarsenale der UdSSR und der Vereinigten Staaten", die in Reykjavik gefunden wurde, zu akzeptieren, als das Bemerkenswerteste an der Haltung der USA nach Reykjavik.

3) Die Gründe dafür, daß sich Schewardnadse auf die Frage der Abschaffung der Nuklearwaffen konzentriert, sind im folgenden zu sehen

– Der SU dürften die Schwierigkeiten bewußt sein, die westliche Öffentlichkeit – eigentlicher Adressat der sowjetischen Kritik an SDI – von der Gefährlichkeit der SDI zu überzeugen, wenn – wie von Präsident Reagan angeboten – die ballistischen Raketen, zu deren Abwehr ein solcher Schild bestimmt wäre, abgeschafft würden. In dieser Hinsicht konnten auch die Äußerungen GS Gorbatschows in seinen letzten drei öffentlichen Erklärungen nach Reykjavik nicht überzeugen.
– Es ist davon auszugehen, daß die SU weiterhin SDI als Haupthindernis auf dem Wege zu nuklearer Rüstungskontrolle herausstellen wird. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, daß sie in der öffentlichen Auseinandersetzung einen Hauptakzent auf die von AM Schewardnadse als entscheidend bezeichnete Frage der Abschaffung aller Nuklearwaffenarsenale legen wird. Sie wird sich dabei von der Hoffnung leiten lassen, daß angesichts der „nuklearen Malaise" im Westen die westliche Öffentlichkeit für dieses Argument empfänglich sein könnte. Dabei ist allerdings daran zu erinnern, daß das Gorbatschow-Programm vom 15. Januar 1986[9], das die Abschaffung aller Nuklearwaffen innerhalb von fünfzehn Jahren vorsieht, in der öffentlichen Diskussion des Westens nur ein mäßiges Echo gefunden hat.

4) Auch wenn die Betonung der Divergenzen hinsichtlich der Frage der Eliminierung der Nuklearwaffen in erster Linie auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichtet ist, so spiegelt sich darin eine nicht gänzlich unberechtigte Sorge der SU hinsichtlich des amerikanischen Vorschlages, die Eliminierung auf ballistische Raketen zu beschränken. Die amerikanischen, den Weltraum betreffenden Vorschläge laufen darauf hinaus, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Abkommen getroffen werden soll, das die Abschaffung der ballistischen Raketen innerhalb von zehn Jahren vorsieht und die Dislozierung eines strategischen Abwehrsystems nach Ablauf dieser Frist gestattet. Hierzu hat Botschafter Karpow bei seinem Besuch in Bonn[10] gegenüber D 2 A sehr dezidiert wie folgt Stellung genommen:

9 Korrigiert aus: „1985".
Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

10 Der sowjetische Sonderbotschafter Karpow hielt sich am 15. Oktober 1986 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 285.

„Letztlich zielt der amerikanische Vorschlag, den Präsident Reagan in Reykjavik unterbreitet hat (Abschaffung der ballistischen Raketen verbunden mit der Dislozierung strategischer Verteidigungssysteme nach zehn Jahren) darauf ab, der SU den Versicherungsschutz (durch ballistische Raketen) zu nehmen, aber selbst weiter mit SDI über einen solchen Schutz verfügen zu wollen."[11]

Zum Gedanken des Versicherungsschutzes durch ballistische Raketen führte Karpow aus, daß vor zwanzig Jahren „deterrence" erfunden worden sei durch die Schaffung sowjetischer ICBM. Solange die SU über diese ICBM verfüge, könne sie sicher sein, daß „no one touches the Soviet Union".

Diese Argumentation hat die SU bislang in der Öffentlichkeit nicht verwandt. Sie dürfte die sowjetische Überzeugung widerspiegeln, daß das jetzige strategische Verhältnis zwischen den beiden Großmächten auf der Grundlage des durch die SALT- und ABM-Verträge geschaffenen Rahmens – nukleare Abschreckung verbunden mit beiderseitiger Verwundbarkeit – einem zukünftigen Zustand vorzuziehen ist, bei dem die Sicherheit nicht mehr durch „mutual assured destruction" mit Hilfe ballistischer Raketen, sondern durch „mutual assured defence", so Präsident Reagan mehrfach in öffentlichen Erklärungen, aufrechterhalten wird.

Eine für die SU zumindest ebenso günstige Lösung wäre nur die von ihr befürwortete Abschaffung aller Nuklearwaffen oder zumindest aller strategischen, sie direkt bedrohenden Systeme.

Für die sowjetische Verhandlungsposition bedeutet dies, daß mit einem Abgehen der SU von dem Junktim Reduzierung strategischer Waffen – Aufgabe von SDI nicht zu rechnen ist.

5) Die unter Ziffer 1 wiedergegebenen ambivalenten Äußerungen Schewardnadses könnten auch ein Anzeichen dafür sein, daß die SU sich noch nicht klar ist, welchen Kurs sie in den nächsten Verhandlungsrunden einschlagen soll: Ergebnisorientiertes Verhandeln wie in der letzten Runde (Botschafter Kampelman sprach davon, daß die am 12. November 1986 zu Ende gehende Runde die produktivste gewesen sei) und in den Expertengesprächen im August und September in Moskau bzw. Washington[12] oder eine Fortschritte hinauszögernde Verhandlungsführung.

Unser Interesse ist, daß die in Reykjavik erzielten weitreichenden Annäherungen im INF- und START-Bereich in Genf nicht verlorengehen und zügig in Abkommen umgesetzt werden. Wir sollten daher die SU drängen, daß zunächst die in Reykjavik getroffenen Absprachen für eine konkrete INF- bzw. START-Vereinbarung (50prozentige Reduzierung) genutzt werden, wie dies die USA wollen. Hier liegt unsere erste Priorität und nicht bei der Vision der Eliminierung aller oder einzelner Kategorien strategischer Nuklearwaffen, deren Verwirklichung auch unter europäischen Sicherheitsinteressen schwerwiegende Fragen aufwirft.

11 Vgl. das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow am 15. Oktober 1986; Referat 220, Bd. 130127.

12 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen am 11./12. August 1986 vgl. Dok. 238, Anm. 33.
Zu den Expertengesprächen am 5./6. September 1986 vgl. Dok. 241.

Die sachliche Grundlage für Fortschritte in Einzelbereichen ist durchaus gegeben (Einzelheiten vgl. unter II.). Wenn Einzelabkommen (INF, START) dann ausgehandelt sind, wird sich die Frage ihrer Implementierung im neuen Lichte stellen.

Andererseits müssen wir unseren Einfluß auf die USA nutzen, um die USA zu einer Intensivierung der Bemühungen um eine kooperative Lösung der Weltraumproblematik zu veranlassen. (Abteilung 2A hat Ihnen am 17. Oktober 1986 eine Aufzeichnung vorgelegt, die denkbare Kompromißmöglichkeiten darstellt.[13] Die Aufzeichnung liegt dem Original als Anlage bei.[14])

Als erster Schritt seitens der USA wäre hierzu erforderlich, daß einige Elemente des aktuellen amerikanischen Vorschlags für den Weltraumbereich modifiziert würden. Die amerikanische Verhandlungsdelegation steht unter strikter Weisung, mit den Sowjets über eine Klärung auslegungsbedürftiger Bestimmungen des ABM-Vertrags nicht zu verhandeln. Dies entspricht einem Petitum des Pentagon. Damit werden Fortschritte in diesem Verhandlungsbereich erschwert. Der Bundeskanzler hat sich zu dieser Frage in seiner Regierungserklärung vom 6. November 1986[15] wie folgt geäußert:

„Zum Forschungsprogramm für ein strategisches Verteidigungssystem habe ich bis zu einer neuen Vereinbarung zwischen den beiden Weltmächten unser besonderes Interesse an der Einhaltung des ABM-Vertrags und einer zwischen den Großmächten einvernehmlichen Auslegung bekundet.“[16]

II. Einzelfragen

AM Schewardnadses negative Einschätzung der amerikanischen Position nach Reykjavik kontrastiert in starkem Maße mit dem tatsächlichen Verhandlungsverlauf. Insbesondere der Vorwurf, die USA würden ein Wiener Paket schnüren, in dem die Ergebnisse von Reykjavik bis zur Unkenntlichkeit reduziert seien, ist aus der Luft gegriffen. Die USA haben Vorschläge unterbreitet, die auf der Grundlage der in Reykjavik erzielten Absprachen beruhen. Ein Vergleich mit den sowjetischen Vorschlägen, die am 7. November 1986 in Genf unterbreitet wurden, ergibt, unbeschadet fortbestehender Divergenzen vor allem im Weltraumbereich, ein hohes Maß an Übereinstimmung.

Für die einzelnen Verhandlungsbereiche ist folgendes festzuhalten:

1) INF

Die beiderseitigen Vorschläge stimmen in folgenden Punkten überein:

- Globale Obergrenze für LRINF von 100 GK,
- Dislozierung sowjetischer Systeme im asiatischen Landesteil der SU,
- Dislozierung amerikanischer Systeme auf dem Territorium der USA,
- Keine Einbeziehung von Drittstaatensystemen,
- Anschlußverhandlungen über ein globales SRINF-Abkommen innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß eines INF-Interimsabkommens.

13 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. Dok. 292.
14 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11282 (220).
15 Korrigiert aus: „4. November 1986“.
16 Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18741.

Offen sind folgende Punkte:

– Beschränkung der Dislozierung amerikanischer INF auf Stellungsbereiche, von denen aus sie die SU nicht erreichen können. Dieses Element des sowjetischen INF-Vorschlags zielt auf ein Stationierungsverbot für Alaska ab. Die USA sehen hierin einen Eingriff in ihre nationale Souveränität. Sie lehnen dieses Element ab, auch wenn es keine Pläne gibt, LRINF in Alaska zu stationieren.

– Der sowjetischen Forderung eines Freeze für SRINF in der Höhe des jetzigen sowjetischen Bestandes steht der amerikanische Vorschlag gegenüber, im Rahmen eines INF-Zwischenabkommens gleiche Obergrenzen für SRINF im Reichweitenband 500 bis 1000 km auf dem Stand sowjetischer Systeme zu vereinbaren.

– Ungeklärt ist noch die Frage, welche SRINF-Systeme in den Folgeverhandlungen einbezogen werden sollen. Es ist nicht auszuschließen, daß die SU im Einklang mit ihrem Ziel eines nuklearwaffenfreien Europas eine Erfassung nicht nur der SRINF, sondern auch der SNF mit einer Reichweite von weniger als 150 km verlangen und auch für diesen Bereich eine Null-Lösung fordern wird.

2) Strategische Waffen

– Einigkeit besteht über die Reduzierung auf 1600 Trägersysteme (ICBM, SLBM, schwere Bomber) und die Obergrenze von 6000 GK.

– Einvernehmen besteht auch hinsichtlich der Zählregeln:
  – Ein schwerer Bomber gilt als ein strategisches Trägersystem,
  – ein mit Bomben bestückter schwerer Bomber gilt als ein GK,
  – ein ALCM gilt ebenfalls als ein GK.

– Noch offen ist die Behandlung der SLCM. Die SU hat eine separate Obergrenze für SLCM mit einer Reichweite über 600 km vorgeschlagen. Die Stationierung der SLCM soll auf zwei U-Boot-Typen beschränkt werden. Ein entsprechendes Element im amerikanischen Vorschlag fehlt. Die USA haben jedoch erklärt, daß sie mit einer separaten Regelung für die SLCM einverstanden sind, sofern die SU den Nachweis führen kann, daß die Verifikationsfrage befriedigend gelöst werden könne.

– Der amerikanische START-Vorschlag sieht folgende drei Zwischengrenzen für Gefechtsköpfe auf ballistischen Raketen vor:
  – Für ICBM und SLBM eine Obergrenze von 4800 GK,
  – für ICBM eine Obergrenze von 3300 GK,
  – für schwere ICBM und ICBM mit mehr als sechs GK eine Obergrenze von 1650 GK.

  AM Schewardnadse geht in seiner Pressekonferenz vom 10. November 1986 auch hierauf ein und erhebt folgenden Vorwurf:

  „Alle diese Niveaus und Unterniveaus, Grenzen und Untergrenzen, diese gesamte Expertenarithmetik, die ein für allemal in der isländischen Hauptstadt abgeschafft schien, tauchte erneut auf, um das wesentliche zu verbergen."

Diese Äußerungen, die eine kategorische Ablehnung des Gedankens von Zwischengrenzen zum Ausdruck bringen, stehen im Widerspruch sowohl zu einem Element des eigenen sowjetischen Vorschlags als auch zu Erklärungen Schewardnadses an anderer Stelle seiner Pressekonferenz:

– Die SU hat am 7. November 1986 im Rahmen ihres Vorschlagspakets auch die Halbierung der schweren ICBM (= zur Zeit 308 SS-18 mit ca. 3080 GK) angeboten. Dies würde eine Obergrenze von 1500 GK auf schweren ICBM bedeuten – die SU ist somit bereit, striktere Begrenzungen als die von den USA vorgeschlagenen (1650) zu akzeptieren.
– AM Schewardnadse hat in seiner Pressekonferenz selbst erklärt, daß die SU vorgeschlagen habe, alle strategischen Kräfte der UdSSR und der USA, darunter auch sowjetische schwere Raketen, um 50 Prozent zu reduzieren. Wenn dieser Maßstab der Halbierung der strategischen Waffensysteme auf alle Elemente der Triade angewandt werden soll, so ergeben sich verblüffende Ergebnisse, wenn man den tatsächlichen Bestand des sowjetischen strategischen Potentials zugrunde legt:
  – Die Halbierung der Zahl von GK auf ballistischen Raketen würde arithmetisch exakt eine Reduzierung von gegenwärtig 8844 GK auf 4422 GK bedeuten. (Amerikanischer Vorschlag: Zwischengrenze von 4800 GK!)
  – Eine Halbierung der GK auf ICBM würde eine Reduzierung von gegenwärtig 6354 GK auf 3177 GK bedeuten. (Amerikanischer Vorschlag: Obergrenze von 3300 GK auf ICBM).

3) Defensiv-/Weltraumwaffen

In diesem Bereich besteht Einvernehmen darüber, für die nächsten zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten.

Während die USA auf der Option bestehen, nach Ablauf der Zehnjahresfrist zur Dislozierung strategischer Verteidigungssysteme überzugehen, wenn sich dies als technisch machbar erweist, zielt auch der neue sowjetische Vorschlag unverändert auf eine Verhinderung eben dieser Möglichkeit. Die SU hat am 7. November 1986 in Genf vorgeschlagen, daß nach Ablauf der zehn Jahre für drei bis fünf Jahre über das gesamte ABM-Gebiet verhandelt werden solle. Dies würde zu einer weiteren Hinausschiebung der Dislozierung führen und diese möglicherweise sogar von einer sowjetischen Zustimmung abhängig machen.

AM Schewardnadse hat auf seiner Pressekonferenz ferner erklärt, daß die SU in Wien vorgeschlagen habe, bereits in nächster Zukunft mit Verhandlungen auf hoher Ebene mit dem Ziel zu beginnen, festzustellen, welche Arbeiten im Bereich der Raketenabwehrwaffen vom ABM-Vertrag zugelassen werden und welche nicht. Die amerikanische Seite habe keinen Enthusiasmus hinsichtlich dieser Idee gezeigt.

Damit ist die amerikanische Haltung in diesem Punkt eher euphemistisch umschrieben. Die amerikanische Verhandlungsdelegation in Genf steht gegenwärtig noch unter der strikten Weisung, nicht über die Klärung auslegungsbedürftiger Fragen des ABM-Vertrags zu sprechen.

Hinter dieser Haltung stehen Befürchtungen des Pentagon, daß eine Diskussion über zwischen beiden Seiten umstrittene Fragen tendenziell eine Einengung des SDI-Forschungsprogramms bewirken könnte.

Auf die Dauer werden sich die USA jedoch einer solchen Diskussion mit den Sowjets nicht entziehen können, die in der Logik der erklärten Absicht des Präsidenten liegt, im Defensiv-/Weltraumbereich mit der SU zu kooperativen Lösungen zu kommen. Ausgangspunkt einer solchen Diskussion müssen die im ABM-Vertrag enthaltenen Begriffe Entwicklung und Erprobung sein. Die Begriffe Forschung und Labortests finden sich im ABM-Vertrag nicht.

Von den USA erwarten wir, daß sie an der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrags festhalten (nach dieser Auslegung ist die Entwicklung und Erprobung von Subkomponenten auch außerhalb der Labors zulässig, Entwicklung und Erprobung von Systemen oder deren Komponenten ist nicht erlaubt). Von der SU erwarten wir, daß sie keine Forderungen erhebt, die über die restriktive Auslegung des ABM-Vertrags hinausgehen.

Ruth

VS-Bd. 11282 (220)

326

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-363.14 USA-1348/86 geheim **13. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Tätigkeit von USEUCOM in Stuttgart

Bezug: BM-Vorlage vom 14.7.1986 – 201-363.14 USA-1187/86 geh.[3]

Anlg.: 3[4]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse von Morr konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 26. Januar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.

3 Ministerialdirigentin Finke-Osiander informierte über eine Anfrage der amerikanischen Botschaft, ob Einwände gegen einen Besuch des Chefs des Stabes der israelischen Streitkräfte, Levy, beim Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte in Europa (USEUCOM) in Stuttgart bestünden. Finke-Osiander führte dazu aus, es müsse davon ausgegangen werden, „daß er im Rahmen der ‚strategischen Zusammenarbeit' zwischen den USA und Israel stattfindet", der gastgebende stellvertretende Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Lawson, somit im Rahmen seiner Zuständigkeiten außerhalb des NATO-Bündnisgebietes tätig werde: „Für Besuche dieser Kategorie war zwischen Auswärtigem Amt und US-Botschaft u. a. vereinbart worden, daß das Niveau ‚Arbeitsebene' einzuhalten sei." Levy sei jedoch nicht der Arbeitsebene zuzuordnen: „Trotzdem sollten wir der […] Bitte unsere Zustimmung nicht versagen. Wir haben bislang allen Besuchen israelischer Offiziere im Rahmen der ‚strategischen Zusammenarbeit' zugestimmt, allerdings in der Erwartung, daß die vereinbarten Bestimmungen eingehalten werden. Es ist jetzt nicht der geeignete Augenblick, diese Frage mit den USA auszutragen. Wir sollten aber auch bei der Zustimmung zu dem Besuch von General Levy deutlich machen, daß wir an dem seinerzeit vereinbarten Rahmen […] festhalten." Vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 9, 10 und 14.

Kurzfassung

1) Im Anschluß an die Beantwortung der Anfrage der Grünen zur deutschen Einbeziehung in amerikanisch-libyschen Konflikt[5] wird der Status des amerikanischen Hauptquartiers in Stuttgart untersucht, soweit es sich um seine Rolle als nationales Hauptquartier (USEUCOM) mit einem weit über NATO-Europa[6] hinausgehenden Zuständigkeitsbereich handelt. Ausgehend von den Umständen der Verlegung des Hauptquartiers von Frankreich nach Stuttgart werden die Aufgaben von USEUCOM dargelegt und festgestellt, daß im Notenwechsel bei Verlegung eine förmliche Absprache über das Tätigwerden von USEUCOM nicht getroffen worden ist.

2) Nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts ist die Bundesrepublik Deutschland als souveräner Staat für das verantwortlich, was von ihrem Gebiet ausgeht.

3) Wir müssen daher gegenüber den Amerikanern konsequent den Standpunkt vertreten, daß vor sogenannten Out-of-area-Aktionen unter Beteiligung von USEUCOM oder auf deutschem Boden stationierten US-Kräften unsere Zustimmung erforderlich ist. Dabei müssen wir unserem Interesse an weiterer Präsenz der USA Rechnung tragen.

I. Die Anfrage der Grünen suchte die Bundesregierung zu der Feststellung zu veranlassen, für die Nutzung ihres militärischen Dispositivs in der Bundesrepublik Deutschland durch die USA außerhalb von Artikel 5 des NATO-Vertrages[7] (Bündnisfall) gebe es keine Rechtsgrundlage. Hierzu ist festzustellen:

1 a) Das US-Hauptquartier USEUCOM wurde im Jahre 1952 – vor unserem NATO-Beitritt – als rein nationales Hauptquartier errichtet und im IG-Farben-Gebäude in Frankfurt/Main untergebracht. 1954 wurde es nach Camp de Loges bei Saint-Germain (Frankreich) verlegt. Aufgrund des französischen Verlangens nach Abzug aller ausländischen Truppen und Hauptquartiere im Frühjahr 1966[8] wurde es nach Stuttgart-Vaihingen transferiert, wo es seit dem 14.3.1967 seine operative Tätigkeit fortführte.

b) Seit Errichtung des Hauptquartiers 1952 ist sein Kommandeur, der CINCEUR – Commmander-in-Chief Europe – in Personalunion der jeweilige Alliierte Oberbefehlshaber Europa SACEUR, der somit „zwei Hüte" trägt, nämlich ei-

5 In einer aus insgesamt 30 Punkten bestehenden Kleinen Anfrage vom 6. Mai 1986 erkundigten sich die Abgeordnete Kelly und die Fraktion der Grünen u. a. nach der Einbeziehung des Oberkommandos der amerikanischen Streitkräfte in Europa (USEUCOM) in die amerikanische Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 sowie nach der Nutzung militärischer Einrichtungen der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik und einer möglichen Zustimmung der Bundesregierung zu der Aktion. Ferner fragten sie nach eventuellen vertraglichen Regelungen für die Nutzung amerikanischer Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/5442.
Für den Wortlaut der Antwort der Bundesregierung vom 14. August 1986, die am 15. August 1986 veröffentlicht wurde, vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/5931.

6 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

7 Für den Wortlaut von Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

8 Mit Noten vom 9./10. sowie 29. März 1966 an die NATO-Mitgliedstaaten teilte Staatspräsident de Gaulle mit, daß Frankreich die Unterstellung seiner Streitkräfte unter das integrierte NATO-Kommando am 1. Juli 1966 beenden werde. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 100.

nen US-nationalen wie auch einen NATO-Hut. Der in Casteau (SHAPE) residierende SACEUR hält sich nur jeweils kurzfristig besuchsweise in Stuttgart auf. Die täglichen Geschäfte werden dort vom Deputy CINCEUR geführt (derzeit Vier-Sterne-General Lawson, ab 1.12.1986 Vier-Sterne-General Richards).

c) Der regionale Zuständigkeitsbereich von USEUCOM umfaßte bei Verlegung nach Stuttgart 1966 außer Europa auch Nordafrika, seit Mitte der 70er Jahre auch Schwarzafrika. 1983 wurden im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg Ägypten und das Horn von Afrika abgetrennt und dem US-Central Command (Sitz: Florida) übertragen, das auch für die Golf-Staaten zuständig ist.

USEUCOM ist derzeit zuständig für das gesamte geographische Europa ausschließlich des europäischen Teils der Sowjetunion (also bis zur jeweiligen Ostgrenze von Finnland bis Rumänien), die Türkei, Israel, Libanon, Syrien und Afrika (ausschließlich Ägypten, Sudan, Äthiopien, Dschibuti, Kenia und Somalia), vgl. Karte in Anlage 1[9].

d) USEUCOM ist eines von nur wenigen außerhalb der USA gelegenen Kommandos. Mit Ausnahme des Sonderfalles Panama sind praktisch auch die anderen nicht in USA gelegenen Kommandos Hinterlassenschaften der Kriegs- und Nachkriegszeit (Japan, Korea), Aufstellung s. Anlage 2[10].

e) Die Befehlskette läuft vom amerikanischen Präsidenten über den US-Verteidigungsminister, den Vorsitzenden der JCS zum USCINCEUR und von dort zu den Teilstreitkräften der drei Truppengattungen, die seinem Bereich unterstellt sind: USAREUR in Heidelberg, USAFE in Ramstein und USNAVEUR in London. Ihre Zuständigkeitsbereiche sind mit dem von USEUCOM identisch. Jeder ihrer Kommandeure trägt sowohl einen „NATO-Hut“ wie einen nationalen: Der Kommandeur von USAREUR ist gleichzeitig Kommandeur von NATO Central Army Group CENTAG, der von USAFE der von Allied Air Forces Central Europa AAFCE und der Befehlshaber von USNAVEUR ist gleichzeitig Kommandeur von AFSOUTH Allied Forces Southern Europe.

2) Nach eigener amerikanischer Darstellung (zitiert nach: United States European Command Stuttgart/Germany: Missions and Functions, History and Components) ist „primäre Aufgabe von USEUCOM die Zurverfügungstellung von Kampftruppen im Rahmen der amerikanischen NATO-Verpflichtungen sowie die Planung von konventionellen und nuklearen Operationen im Kriegsfall“.

Die weiteren Aufgaben sind jedoch (jeweils zitiert)

– unilaterale und multilaterale Krisenplanung

  „Although planning for a NATO-conflict is first priority at USEUCOM, consideration is also given to unilateral and multilateral contingency planning. This ranges from humanitarian relief to support of friendly governments with supplies and combat troops.“

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Dem Vorgang beigefügt. Die Liste der Hauptquartiere der amerikanischen Streitkräfte umfaßte sechs Vereinigte Kommandos (vier in den USA und je eines in Panama und der Bundesrepublik (USEUCOM Stuttgart)), 15 Armeekommandos (elf in den USA und je eines in Japan, Korea, Panama und der Bundesrepublik (USAREUR Heidelberg)), 13 Luftwaffenkommandos (zwölf in den USA und eines in der Bundesrepublik (USAFE Ramstein)) sowie neun Marinekommandos (acht in den USA und eines in Großbritannien). Vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

– Nachrichtenwesen

„The Headquarter is responsible for theater-wide coordination of intelligence activities. Once collected and analyzed, information is passed to decision-makers. The Command maintains an accurate picture of the Warsaw Pact threat and provides responsive support to the Joint Chiefs of Staff, the military services and Allied Command Europe."

– Militärhilfe und Sicherheitszusammenarbeit

„The purpose of security assistance is to help friendly nations maintain their control, resist aggression, and contribute to collective security. It includes foreign military sales, credits and grant aid for training programs, equipment and other assistance to allied and friendly countries in USCINCEUR's area of responsibility."

– Einsatz zum Schutz von Nicht-Kämpfern:

„This headquarters plans for and executes, as appropriate, the protection and evacuation of US non-combatants in the USEUCOM area of responsibility."

3) General Rogers hat öffentlich eingeräumt, daß USEUCOM in Stuttgart im Rahmen der Befehlskette in die Planung und Befehlsgebung bei dem US-Angriff auf Tripolis und Bengasi im April[11] eingeschaltet war. Gleiches gilt für die nachgeordneten Kommandos USAFE Ramstein als Kommando für die in Großbritannien stationierten Luftgeschwader wie für USNAVEUR in London mit Zuständigkeit für die Sechste Flotte.

In den Zuständigkeitsbereich von General Rogers in seiner Eigenschaft als CINCEUR fallen außerdem auch alle Notstandsplanungen der Amerikaner im räumlichen Geltungsbereich von USEUCOM. Beispiel: die Sicherheitslage der US-Botschaften in Schwarzafrika: Im Falle einer Evakuierung von Amerikanern würde auf die Expertise des Stabes in Stuttgart zurückgegriffen. Auch der Einsatz von in den USA stationierten Kräften, einschließlich der Green Berets in seinem Bereich, fällt in die Zuständigkeit von General Rogers als CINCEUR.

In den Bereich der „strategischen Zusammenarbeit" („strategic cooperation program") fügen sich auch die engen Kontakte zum israelischen Generalstab, denen wir jeweils im Einzelfall zustimmen.

II. 1) Bei Verlegung von USEUCOM aus Frankreich im Jahre 1966 hielten die Amerikaner zunächst Artikel 1 Abs. 1 des Aufenthaltsvertrages vom 23.10.1954 für eine ausreichende Rechtsgrundlage:

„Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an dürfen Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit des Inkrafttretens dieser Abmachung in der Bundesrepublik stationiert werden."[12]

11 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

12 Für den Wortlaut von Artikel 1 des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 254.

Das Auswärtige Amt hat jedoch damals seine Auffassung durchgesetzt, daß die Verlegung einer förmlichen Zustimmung durch die Bundesregierung bedürfe.[13] Sie wurde erteilt durch einen Notenwechsel zwischen der US-Botschaft und dem Auswärtigen Amt vom August 1966, nachdem bereits zuvor der damalige Verteidigungsminister von Hassel seinem US-Amtskollegen McNamara mündlich mitgeteilt hatte, daß die Bundesregierung mit der Verlegung einverstanden sei. Der Notenwechsel (Text siehe Anlage 3[14]) enthält nur eine Zustimmung zur Verlegung, aber keine Vereinbarungen zu Befugnissen und Zuständigkeiten von USEUCOM. Bundessicherheitsrat und Kabinett wurden nicht befaßt.

In rechtlicher Hinsicht behandeln wir die Angehörigen von USEUCOM als nationaler Stelle eines NATO-Mitgliedstaates gleich Angehörigen von NATO-Stellen (Unterzeichnungsprotokoll zum NATO-Truppenstatut vom 3.8.1959[15], Artikel 2 des Protokolls über die Rechtsstellung der aufgrund des NATO-Vertrages errichteten internationalen Hauptquartiere vom 28.8.1952/deutscher Beitritt 17.10.1969[16]).

2) Es ist davon auszugehen, daß der Bundesregierung im Jahre 1966 die Zuständigkeit dieses Hauptquartiers einschließlich des über das Bündnisgebiet hinausreichenden Zuständigkeitsbereichs als nationale Kommandobehörde bekannt war. Dies ändert nichts daran, daß nach allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts eine grundsätzliche Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist, wonach ein Staat für das verantwortlich ist, was von seinem Gebiet ausgeht. Dementsprechend haben wir uns in der Vergangenheit zu Aktivitäten amerikanischer militärischer Stellen auf deutschem Boden, soweit sie über das NATO-Gebiet hinausgingen und ohne Konsultation im Bündnis erfolgten, restriktiv verhalten: Beim Yom-Kippur-Krieg 1973 haben die Amerikaner zunächst ohne unsere Zustimmung US-Waffenmaterial von Deutschland nach Israel verbracht. Wir haben die Zustimmung nachträglich erteilt (BM Scheel 16.10.1973 gegenüber US-Botschafter Hillenbrand[17]) und darum ersucht, vom Zeitpunkt des Waffenstillstandes an keine Waffenlieferungen mehr vorzunehmen. Als sich die Amerikaner zunächst nicht daran hielten (und dann noch israelische Frachter in Bremerhaven mit Waffen beladen ließen), wurde den Amerikanern der Neutralitäts- und Souveränitätsaspekt sehr deutlich gemacht (StS Frank gegenüber Gesandtem Cash am 24.10.1973[18]), was zu einer vorübergehenden Verstimmung in Washington, jedoch auch zu einem Ende der Lieferungen führte. Wir haben seinerzeit auch auf höchster Ebene verlangt, in

13 Zur Verlegung von USEUCOM nach Stuttgart sowie für den dazugehörigen Notenwechsel vgl. AAPD 1966, II, Dok. 267.

14 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

15 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut), des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen sowie des Unterzeichnungsprotokolls vom selben Tag vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214 bzw. S. 1218–1351.

16 Für den Wortlaut von Artikel 2 des Protokolls vom 28. August 1952 über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 2001.

17 Für das Gespräch vgl. AAPD 1973, III, Dok. 322.

18 Für das Gespräch vgl. AAPD 1973, III, Dok. 335.

zukünftigen entsprechenden Fällen vorher befragt zu werden.[19] Evtl. auf dieser Ebene getroffene Absprachen sind auf Arbeitsebene nicht bekannt.[20]

III. 1) Unsere Überlegungen müssen berücksichtigen, daß unsere Forderung nach Beachtung der Souveränität aus US-Sicht nicht unproblematisch ist, weil die USA die auf deutschem Boden stationierten Truppen entsprechend ihrer über den NATO-Auftrag hinausgehenden Aufgabenstellung ohne Mitsprache einsetzen können wollen. Unsere Forderung nach Mitsprache gefällt den Amerikanern nicht. Dabei spielt eine Rolle, daß aus Gründen, die mit den Umständen der Etablierung amerikanischer Präsenz in Deutschland verbunden sind, im Denken nicht nur militärischer US-Stellen Relikte einer Zeit anzutreffen sind, die für uns seit 1955 Vergangenheit ist. Dabei ergibt sich für uns ein Spannungsverhältnis: Einerseits sind wir an weiterer Präsenz der USA interessiert, andererseits müssen wir bei amerikanischen Out-of-area-Aktionen auch unseren Interessen Rechnung tragen.

Es können sich Probleme ergeben, wie sie z. B. beim Einsatz der F-111-Bomber von britischem Boden aus anläßlich der Libyen-Intervention offenkundig geworden sind.

Dieser Vorgang war für die britische Regierung Anlaß, die einschlägigen britisch-amerikanischen Absprachen eingehend zu überprüfen. Soweit wir unterrichtet sind, waren die Ergebnisse der Überprüfung für die Briten nicht voll befriedigend. Die britische Regierung steht aber auf dem Standpunkt, daß die bei jedem Wechsel im Amte des Premierministers oder Präsidenten erneuerten Briefwechsel über die US-Präsenz auf britischem Boden und die für sie geltenden Regeln die Anerkennung der britischen Souveränität zum Ausdruck bringen und damit auch ein Zustimmungserfordernis für amerikanische Out-of-area-Einsätze beinhalten.

Bei uns ist die Präsenz amerikanischer Truppen durch den Truppenvertrag von 1954 vertraglich geregelt. Eine entsprechende Bekräftigung bestehender Regelungen – wie in Großbritannien – erfolgt daher nicht.

2) Der Bundessicherheitsrat hat zuletzt am 3.11.1982[21] einen Beschluß zur Out-of-area-Problematik gefaßt. Ausgehend von der Frage unserer Beteiligung an derartigen Aktionen (Ausgangspunkt waren amerikanische Forderungen zu strategischen Planungen für Südwestasien) wird darin unsere grundsätzliche Position bekräftigt:

– eingehende Konsultierung sowohl im Rahmen des Bündnisses wie auch bilateral,
– rechtzeitige Unterrichtung über amerikanische Planungen.

Exemplarisch wird präzisiert:

– „Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechte für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten (in Fortführung einer schon bisher geübten Praxis: Einzelfallentscheidung bei konkreten amerikanischen Ersuchen)."

19 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Brandt vom 28. Oktober 1973 an Präsident Nixon; AAPD 1973, III, Dok. 342.

20 Zu den diesbezüglichen Absprachen vgl. AAPD 1978, II, Dok. 348 und Dok. 349.

21 Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. auch Dok. 102, Anm. 17.

Mit der Frage, von welchem Punkt an die Tätigkeit amerikanischer Stellen auf deutschem Boden unserer Zustimmung bedarf, hat sich die Bundesregierung bislang nicht befaßt.

In Zusammenhang mit der Beantwortung der Anfrage der Grünen zu Libyen hat Abteilung 5 den Standpunkt vertreten,

- daß unsere Interessen nur dann berührt sind, wenn vom Bundesgebiet aus effektiv – durch Einsatz von hier stationierten amerikanischen Einheiten und/oder Gerät bzw. unter Verwendung deutscher Einrichtungen – Operationen außerhalb des Bündnisbereichs durchgeführt werden, während
- die bloße Planung und Leitung von Operationen einschließlich der Benutzung der vorhandenen Infrastruktur im Kommunikationswesen („Kommando, Kontrolle und Kommunikation“) als interner Vorgang innerhalb der amerikanischen Streitkräfte gewertet werden kann, der – soweit unsere Souveränität dadurch überhaupt berührt wird – durch unsere Zustimmung zur Verlegung von USEUCOM nach Stuttgart als gedeckt angesehen werden kann,
- eine andere Beurteilung jedoch dann am Platze ist, wenn es sich um Aktionen handelt, bei denen offen und nach außen erkennbar deutsches Territorium zu militärischen Operationen der USA benutzt wird, die nicht im Rahmen des Bündnisses erfolgen. Nach den Grundsätzen völkerrechtlicher Verantwortlichkeit könnte die Bundesrepublik Deutschland in derartigen Fällen auch von dem betroffenen dritten Staat haftbar gemacht werden, wenn sie solche Aktionen von ihrem Territorium aus zuläßt. Derartige Aktivitäten müßten von einer konkreten, auf den Einzelfall bezogenen Zustimmung der Bundesregierung abhängig gemacht werden.

3) Wir sollten bei dieser Linie – Zustimmungsbedürfnis bei Aktivitäten mit Außenwirkung – bleiben, die dem Souveränitätsaspekt Geltung verschafft, und keine Grundsatzregelung anstreben.

Die Amerikaner sind sich unserer Haltung, die wir erst kürzlich im Fall von hochrangigen militärischen Kontakten USEUCOM/Israel in einem Briefwechsel Staatssekretär Meyer-Landrut/Gesandter Woessner[22] verdeutlicht haben, bewußt, scheinen aber ihrerseits davon auszugehen, daß gegenwärtig kein Handlungs- und Regelungsbedarf besteht (wie vor wenigen Wochen bei einem Gespräch Dg 20[23]/Gesandter Gelber, politischer Berater von General Rogers, sichtbar wurde). Um so mehr müssen wir unsere Position bei jeder gebotenen Gelegenheit mit Festigkeit vertreten.

D 5[24] hat mitgezeichnet.

Richthofen

VS-Bd. 12117 (201)

22 Für das Schreiben des amerikanischen Gesandten Woessner vom 31. Dezember 1984 an Staatssekretär Meyer-Landrut vgl. VS-Bd. 12030 (201).
Für das Schreiben von Meyer-Landrut vom 16. Januar 1985 an Woessner vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1985.
Zur Frage von militärischen Kontakten zwischen dem Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte in Europa (USEUCOM) und den israelischen Streitkräften vgl. AAPD 1985, II, Dok. 254.

23 Hans-Friedrich von Ploetz.

24 Jürgen Oesterhelt.

327

Botschafter Ruth an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-370.00 SB-1826/86 VS-vertraulich **13. November 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 8364 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Konsultationen im NATO-Rat am 14.11.1986

Bezug: DB 1415 vom 11.11.1986 aus Brüssel NATO[2]

Bei den Konsultationen im NATO-Rat am 14.11.1986 sollten Sie sich auf folgender Linie äußern.

I. 1) Die heutigen Konsultationen finden zu einem wichtigen Zeitpunkt statt: Die Aussichten, den Prozeß drastischer Reduzierungen der Nuklearwaffen zu beginnen, haben sich nach Reykjavik[3] deutlich verbessert.

Reykjavik hat weitreichende Annäherungen der beiderseitigen Positionen im INF- und strategischen Bereich erbracht. Jetzt wird es darauf ankommen, diese Annäherungen in konkrete Vereinbarungen umzusetzen.

2) Die SU (AM Schewardnadse auf seiner Pressekonferenz am 10.11.1986[4]) scheint neben SDI die Frage der Abschaffung aller nuklearen Waffen (zumindest aber aller strategischen Waffen) innerhalb von zehn Jahren und die Ablehnung der sowjetischen Position durch die USA zu einem Hauptpunkt in der öffentlichen Auseinandersetzung machen zu wollen.

Dem sollten wir mit einem Konzept realistischer, stabilitätsorientierter Einzelschritte entgegentreten. Es kommt jetzt darauf an, sich auf die Gebiete zu konzentrieren, in denen Abkommen in greifbare Nähe gerückt sind: ein INF-Zwischenabkommen und eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Waffen.

Ferner müssen wir – auch in der öffentlichen Darstellung – die SU dazu drängen, das Junktim INF–SDI, für das es keine sachliche Begründung gibt und das auch in der westlichen Öffentlichkeit keinerlei Unterstützung findet, wieder aufzulösen und zu jener Position zurückzukehren, die sie seit dem Besuch GS Gorbatschows am 3.10.1985 in Paris[5] eingenommen hat.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von den Legationsräten I. Klasse Mülmenstädt und Müller konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. November 1986 vorgelegen.

2 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete: „Ratskonsultationen werden am 14.11.1986, 10.15 h mit US-Botschaftern (voraussichtlich Beteiligung von Botschafter Nitze) durchgeführt. Wie üblich werden zwei Mittagessen gegeben: eines durch GS für US-Botschafter und Ständige Vertreter, eines durch Beigeordneten GS Wegener für Experten aus den Hauptstädten. Weisung für Intervention und baldmögliche Benennung der aus Bonn anreisenden Teilnehmer erbeten.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143407.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Zur Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Moskau vgl. Dok. 325, besonders Anm. 5.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 10.

3) Wir unterstützen die für den Mittelstreckenbereich in Reykjavik getroffenen Absprachen. Sie würden eine Lösung der Mittelstreckenproblematik ermöglichen, die der globalen Null-Lösung, für die das Bündnis unverändert seit 1981[6] eintritt, sehr nahe kommt.

Wir würdigen es als Verhandlungserfolg der USA, daß es gelungen ist, die SU zur Zustimmung zum Prinzip von „concurrent constraints" für SRINF im Rahmen eines INF-Zwischenabkommens zu bewegen. Die von der SU vorgeschlagene konkrete Ausgestaltung dieses Prinzips, nämlich ein beiderseitiger Freeze, ist für uns unakzeptabel: Bereits in einem ersten INF-Abkommen muß im Einklang mit der bestehenden Allianzposition eine Vereinbarung gleicher Obergrenzen für SRINF enthalten sein.

Wir stellen ferner mit Genugtuung fest, daß in Reykjavik auch Einvernehmen hergestellt werden konnte, über Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß eines Zwischenabkommens Verhandlungen aufzunehmen.

In den Nachfolgeverhandlungen wird es darum gehen, für alle SRINF-Systeme, d.h. für das Reichweitenband von 150 bis 1000 km, gleiche globale Obergrenzen auf niedrigerem Niveau festzulegen. Wichtige Aufgabe wird es jetzt sein, hierzu eine konkrete Allianzposition auszuarbeiten.

Eine INF-Lösung auf der Basis des in Reykjavik Erreichten wäre ein großer Verhandlungserfolg für den Westen. Dem Bündnis ist es gelungen, seine INF-Position und die ihr zugrundeliegenden Allianz-Kriterien in den Verhandlungen in allen wesentlichen Teilen aufrechtzuerhalten.

4) Wir unterstützen die amerikanischen Bemühungen, die strategischen Waffen im Verlauf von fünf Jahren um 50 Prozent zu reduzieren.

Wir halten es für bemerkenswert, daß die SU nunmehr bereit zu sein scheint, auch das Potential ihrer schweren ICBM zu halbieren.

Es ist unbestreitbar, daß bei fortschreitendem Abbau der Nuklearwaffen der Frage der konventionellen Stabilität in Europa wachsende Bedeutung zukommt. Es ist wichtig, diesen Zusammenhang auch unserer Öffentlichkeit gegenüber zu betonen. Im Einklang mit der Strategie des Bündnisses, jeden Krieg zu verhindern, sind intensive parallele Schritte im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle unerläßlich. Wir müssen sicher sein, daß Rüstungskontrolle zu mehr Sicherheit und verstärkter Stabilität für alle Bündnispartner führt.

5) Kernfrage der Genfer Verhandlungen bleibt das zukünftige Verhältnis von Offensiv-/Defensivwaffen. Wir unterstützen die USA in ihren Bemühungen, für diesen Bereich der Genfer Verhandlungen eine kooperative Lösung mit der SU zu finden. Wir begrüßen es, daß in Reykjavik Einvernehmen erzielt werden konnte, für die nächsten zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten.

Entscheidende Frage scheint uns nun zu sein, wie die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten darüber, was der ABM-Vertrag erlaubt, überwunden werden könnten. Von sowjetischer Seite gab es nach Reykjavik Äußerungen, die hier auf eine gewisse Kompromißbereitschaft hindeuteten: So könne „Forschung" auch Herstellung von Prototypen bedeuten, „Labors" könnten sich auch im Welt-

6 Korrigiert aus: „1982".

raum befinden. Wir fragen uns, ob dies dazu genutzt werden könnte, in den Verhandlungen einer pragmatischen Abgrenzung der erlaubten und verbotenen Tätigkeiten näherzukommen. In diesem Zusammenhang messen wir der amerikanischen Zusage vom Oktober letzten Jahres, die SDI-Forschung im Rahmen der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages durchzuführen[7], große Bedeutung bei.

BK Kohl hat in seiner Regierungserklärung am 6.11.1986 erneut unser besonderes Interesse an der Einhaltung des ABM-Vertrags und einer zwischen den Großmächten einvernehmlichen Auslegung klärungsbedürftiger Begriffe bekundet und betont, daß der Abbau von Offensivwaffen Auswirkungen auf die Stationierung von Verteidigungssystemen haben müsse.[8]

6) Alle Bemühungen um mehr Stabilität auf niedrigerem Niveau der Rüstungen setzen einen für beide Seiten berechenbaren Handlungsrahmen voraus. Daher treten wir dafür ein, daß an bestehenden Rüstungskontrollvereinbarungen festgehalten wird. Neben dem Festhalten am ABM-Vertrag messen wir der Weiterbeachtung der SALT-II-Obergrenzen[9] große Bedeutung bei, solange es keine neuen, weiterreichenden Vereinbarungen gibt.

II. Wir sind an Klärung folgender Fragen interessiert:

– Hat die sowjetische Verhandlungsdelegation ihre Vorstellungen hinsichtlich der SRINF-Problematik erläutert?
– AM Schewardnadse hat in seiner Presseerklärung vom 10.11.1986 davon gesprochen, daß alle strategischen Waffen halbiert werden sollten. Hat die sowjetische Delegation dies näher erläutert? Würde diese Halbierung nicht ebenfalls zu den von Schewardnadse in derselben Pressekonferenz abgelehnten Untergrenzen führen?
– Wir wären für Informationen dankbar zum Stand amerikanischer Analysen zu den strategischen Implikationen, die sich aus der vollständigen Beseitigung ballistischer Raketen ergäben, insbesondere im Hinblick auf die Implementierung der NATO-Strategie und die Stabilität in Europa.
– AM Schewardnadse hat erklärt, die SU habe in Wien Verhandlungen auf hoher Ebene vorgeschlagen, um „festzustellen, welche Arbeiten im Bereich der Raketenabwehrwaffen vom ABM-Vertrag zugelassen werden und welche nicht“. Ist die SU hierauf in den Verhandlungen zurückgekommen?

III. Diese Weisung ist mit dem BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt.[10]

Ruth[11]

VS-Bd. 11282 (220)

7 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18741.

9 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.

10 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. November 1986 vgl. Dok. 329.

11 Paraphe.

328

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3273 **Aufgabe: 13. November 1986, 18.45 Uhr**[1]
Ankunft: 13. November 1986, 17.35 Uhr

Betr.: Moskau-Besuch der „Grünen“ (11. bis 14.11.86);
hier: Gespräche mit Gromyko und Schewardnadse

Zur Unterrichtung

I. 1) Delegation von Bundesvorstand und BT-Fraktion der „Grünen“ (Beckmann, Borgmann, Ditfurth, Schily, Kostede) wird durch (je) dreistündige Gespräche mit zwei Politbüro-Vollmitgliedern (Gromyko, Schewardnadse) am 12.11. und vorgesehenen Termin bei ZK-Sekretär Dobrynin am 14.11. außerordentlich hochrangig wahrgenommen.

Da die „Grünen“ gerade nach jüngsten Wahlerfolgen[2] auch in hiesiger Sicht als institutionelles Rückgrat der umworbenen westdeutschen Friedensbewegung erscheinen, pflegen die Sowjets mehr denn je den Dialog mit ihnen und sind zu weitgehenden protokollarischen Zugeständnissen bereit, selbst wenn sie im Umgang mit diesem schwierigen Partner mehr „Kröten schlucken“ müssen als im diplomatischen Austausch mit den allermeisten Vertretern des Westens.

2) So berichteten die „Grünen“ bei Abendessen 12.11. mit deutschen Pressevertretern in meinem Hause, daß die mehr als sechs Stunden ihrer Gespräche mit Gromyko und Schewardnadse „zu 90 v. H. kontrovers“ verlaufen seien.

a) So hätten sie – wie auch schon bei früheren „Grünen“-Besuchen – Menschenrechtsverletzungen in SU ohne Samthandschuhe kritisiert und nach einer Reihe konkreter Fälle gefragt.

(Dasselbe tun sie in mehreren an GS Gorbatschow gerichtete Schreiben[3], die sie im Kreml übergeben haben und von denen Kopien an hiesige westliche Korrespondenten verteilt werden. In einem Schreiben bitten sie um Gelegenheit, mit Andrej Sacharow[4] zusammenzutreffen.)

Zu Sacharow habe Schewardnadse ausführlich geantwortet. Die sowj. Führung bedaure selbst, daß sich Sacharow in diesen widrigen Umständen befinde. Er sei ein bedeutender Wissenschaftler, der weiter arbeiten könne. In Gorki stehe ihm ein Labor zur Verfügung. Frau Bonner habe die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen. Er sei in einem solchen Maße mit geheimer militärischer Forschung

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat Flittner, Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. November 1986 vorgelegen.

2 Bei den Wahlen zum Niedersächsischen Landtag am 15. Juni 1986 erreichten die Grünen 7,1% der Stimmen und verbesserten sich im Vergleich zur Wahl vom 21. März 1982 um 0,6%.
In Bayern erzielten die Grünen bei den Wahlen zum Landtag am 12. Oktober 1986 7,5%. Bei den Wahlen am 10. Oktober 1982 hatten sie 4,6% der Stimmen gewonnen.
Bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft am 9. November 1986 erreichte die „Grün-Alternative Liste“ 10,4% und konnte damit 3,6% hinzugewinnen im Vergleich zur Wahl vom 19. Dezember 1982.

3 Für die Schreiben vom 11. November 1986 vgl. Referat 213, Bd. 139277.

4 Andrej Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt.

verbunden, daß man ihm die Ausreise nicht gestatten könne. Die Grünen hätten geantwortet, Sacharows Leistungen im milit. Bereich lägen schon über 20 Jahre zurück. Wenn sie immer noch aktuell und schutzwürdig seien, bedeute dies, daß sich die sowj. Erkenntnisse nicht mehr entwickelt hätten und es mit den sowjetischen Nuklear-Waffen selbst nicht weit her sei.

Wie schon beim Besuch von Beckmann, Ditfurth und Trampert[5] suchen die „Grünen" außerhalb des offiziellen Programms – teilweise bei „Nacht und Nebel" – in ihren Menschenrechten bedrängte Sowjetbürger auf, deren Adressen ihnen offenbar von Amnesty International und anderen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

b) Im Kreml sei es auch zu vertieften Diskussionen über Souveränität und Selbstbestimmung der osteuropäischen Staaten gekommen. Sie hätten auf die sowj. militärischen Interventionen in Ungarn[6], Prag[7] und Ost-Berlin[8] hingewiesen. Schily habe Schewardnadse nach Rechtfertigung für Verbleib der SU-Truppen in ČSSR gefragt: Ob man daraus schließen müsse, daß sich Lage dort nach 18 Jahren noch immer nicht „normalisiert" habe. Sch. dazu: SU-Truppen in ČSSR müßten in Zusammenhang mit US-Aufrüstung in Westdeutschland und im größeren Rahmen militärischen Gleichgewichts gesehen werden.

c) Selbst im Abrüstungsbereich, wo sie Testmoratorium[9] und andere sowj. Initiativen begrüßten und es an scharfer Kritik an Reagans „Politik der Stärke" nicht mangeln ließen, hätten sie ihre Gesprächspartner im Kreml durch Forderung nach weiteren sowj. Vorleistungen (über Moratorium hinaus) und durch Ablehnung der „Paket"-Verknüpfung von Reykjavik[10] – jedenfalls zwischen INF und SDI – in Verlegenheit gebracht.

Schily habe gefragt, wie SU reagieren werde, falls eine „rot-grüne Mehrheit" in Bonn für Abzug von Pershing und CM aus der Bundesrepublik sorgen würde. Hierzu habe sich Sch. zunächst in Allgemeinplätze geflüchtet, dann aber auf Schilys Insistieren hin angedeutet, daß das Vorjahresangebot gegenüber den

5 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 18. April 1986: „Delegation des ‚Grünen'-Vorstands (Sprecher Beckmann, Ditfurth, Trampert, sowie Vorstandsmitglied Kostede) haben sich am 13.4. als Gäste des ZK der KPdSU in Moskau aufgehalten und am 16.4. Leningrad besucht. Durch Gespräche mit Gromyko und hochrangiger Delegation des Obersten Sowjet am 15.4. sowie mit P[olit]B[üro]-Kandidaten Jelzin am 17.4. wurde ihnen eine für kleinere nicht-kommunistische westliche Oppositionspartei ungewöhnlich prominente Wahrnehmung zuteil. […] Ich empfing die Delegation am Morgen des 14.4. Aus geplantem Informationsgespräch wurde knappes Verhör durch die Gäste, warum wir zu Dissidenten und Friedenskämpfern keinen direkten Zugang suchten." Kastl bilanzierte: „Außergewöhnlich hochrangiges Programm für Grünen-Delegation läßt erkennen, daß KPdSU diese Partei inzwischen als ein längerfristig ernstzunehmendes Phänomen im politischen Leben unseres Landes betrachtet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1022; Referat 213, Bd. 139277.

6 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

7 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

8 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

9 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, äußerte sich zuletzt in einer Fernsehansprache am 18. August 1986 zur Frage eines Teststopps. Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 50.

10 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

Labour-Politikern Kinnock und Healey[11] zu „entsprechenden" Reduzierungen von INF auf sowj. Seite „nach Reykjavik" nicht mehr ohne weiteres fortgelte.

Durch diese und andere Stellungnahmen seien Gromyko und Schewardnadse bestrebt gewesen, Festigkeit der Einbindung auch von INF in Reykjavik […][12] zu unterstreichen.

Demgegenüber hätten die „Grünen" die SU aufgefordert, Symmetrie abzulegen und durch weitere einseitige Abrüstungsschritte sowie auch durch Menschenrechtsverbesserungen die Glaubwürdigkeit, Attraktivität und damit auch Wirksamkeit ihrer Friedenspolitik weiter zu erhöhen.

3) Zugleich erlegen sich die „Grünen" auch in Moskau bei Kritik an der Bundesregierung keine Zurückhaltung auf. So führen sie in einem ihrer Schreiben an Gorbatschow u. a. aus: „Die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl in seinem Interview mit der Zeitschrift Newsweek[13], sein skandalöser und jeder historischen und faktischen Grundlage fehlende (gemeint offenbar entbehrende) Vergleich Ihrer Persönlichkeit mit einer führenden Person des Nazi-Faschismus machen für uns nicht nur deutlich, wie wenig der barbarische Terror der deutschen Faschisten insbesondere auch gegen Millionen von Menschen Ihres Landes verarbeitet wurde, sondern auch, daß die sogenannte Bereitschaft der Bundesregierung zum Dialog und zum Ausbau verbesserter Beziehungen nicht mehr ist als eine diplomatische Floskel."

4) „Prawda" 13.11. widmet den Gesprächen der „Grünen" vom Vortage zwei längere TASS-Berichte im üblichen Kommuniqué-Stil.[14] Obwohl die „Grünen" auch hiesiger Öffentlichkeit als wichtiger Partner im Friedenskampf präsentiert werden sollen, findet der weitgehend kontroverse Verlauf der Gespräche immerhin Ausdruck in gewisser Kühle der Formulierung.

Gespräch mit Sch. habe „im Geiste gegenseitiger Achtung und Offenheit" stattgefunden.

11 Vom 21. bis 27. November 1984 hielt sich eine Delegation der britischen Labour Party, der u. a. der Parteivorsitzende Kinnock und der außenpolitische Sprecher („Schattenaußenminister") Healey angehörten, in der UdSSR auf. Gesandter Arnot, Moskau, teilte dazu am 29. November 1984 mit, in einer Pressekonferenz am 27. November 1984 in Moskau hätten Kinnock und Healey eine positive Einschätzung ihres Besuchs gegeben: „Besonders beeindruckt zeigten sie sich von sowjetischer ‚Verpflichtung', im Falle eines Abbaus britischer Nuklearraketen die eigenen in gleicher Anzahl zu vernichten. Sowjets gedächten auf Basis Rakete gegen Rakete (nicht Sprengkopf gegen Sprengkopf) vorzugehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4489; Referat 213, Bd. 139334.
Healey hielt sich mit einer Delegation von Abgeordneten des britischen Unterhauses vom 23. bis 29. Mai 1986 erneut in der UdSSR auf. Botschafter Kastl, Moskau, informierte dazu am 27. Mai 1986, die Delegation sei am Vortag mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammengetroffen: „TASS bezeichnet Wiederholung eines alten sowjet[ischen] Vorschlags durch G[orbatschow] als eine neue Offerte: Sowjet. Bereitschaft, im Fall atomarer Abrüstung durch GB sowjet. Nuklearpotential in selbem Umfang zu kürzen. Zusage negativer Sicherheitsgarantien für GB im Fall eines Abzugs amerikan[ischer] Nuklearwaffen aus GB." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1433; Referat 213, Bd. 139334.

12 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

13 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" vgl. Dok. 308, Anm. 2.

14 Zum Gespräch einer Delegation der Grünen mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Gromyko, am 12. November 1986 in Moskau vgl. den Artikel „Vstreča s rukovodstvom partii zelenych"; PRAVDA vom 13. November 1986, S. 2.
Zu deren Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am selben Tag vgl. den Artikel „Sostojalas' beseda"; PRAVDA vom 13. November 1986, S. 4.

Über Gespräch mit G. heißt es, Frau Borgmann – von TASS entgegen „Grünen"-Gebräuchen als „Delegationsleiterin" bezeichnet – habe „zum Abschluß gesagt, daß für die Grünen klargeworden sei, zu welchen Positionen diese Partei mit denen der SU gemeinsame Ansichten hat."

„Sie drückte Dank für das offene Gespräch aus."

Dies[15] sind nach hiesigen Maßstäben äußerst magere Feststellungen.

Immerhin kann TASS über das Gespräch mit Sch. berichten, daß die Gäste „die Pläne für eine Militarisierung des Kosmos verurteilten und sich für die Säuberung Europas von A- und C-Waffen aussprachen", und daß sie ihre „Unterstützung für das von der SU vorgebrachte Programm zur Schaffung einer nuklearfreien Welt erklärten". TASS fügt aber in einem Halbsatz hinzu, daß sie „dabei eigene Ansichten zu einer Reihe von Aspekten ausdrückten, die europäische Angelegenheiten betreffen".

In TASS-Bericht über Gromyko-Gespräch heißt es im Anschluß an Ausführungen zu Reykjavik, daß „von sowjetischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß die Regierung der BRD leider die Position Washingtons unterstütze, was das[16] Vordringen zu einer Einigung blockiert hat."

Zum Testmoratorium hätten die „Grünen" die USA zum Mitmachen aufgefordert und „erklärt, daß die Regierung der BRD und andere Länder Westeuropas natürlich – wenn sie (nur) wollten – durch ihr eigenes Tun zur Erreichung dieses Zieles (Beendigung aller Tests) beitragen könnten".

5) Wegen Verzögerungen bei Visums-Erteilung für den – offenbar in SU aufgewachsenen – Dolmetscher Schälike war Delegation mit eintägiger Verspätung am Dienstagabend 11.11. in Moskau eingetroffen. Sie ist Gast des „Sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit" (Vorsitzender: Lew Tolkunow, zugleich Vorsitzender des Unionsrates des Obersten Sowjet.)

Für Freitag nachmittag ist abschließende PK im internationalen Pressezentrum vorgesehen.[17]

[gez.] Kastl

Referat 220, Bd. 130079

15 Korrigiert aus: „Die".

16 Korrigiert aus: „das das".

17 Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 14. November 1986 mit: „Internationale Pressekonferenz der Grünen am Freitagmittag brachte den ganz überwiegend kontroversen Verlauf der dreitägigen Gespräche in Moskau deutlich zum Ausdruck. […] Schily würdigte ‚historischen Rang' des Gorbatschowschen Abrüstungs-Programms bis zum Jahr 2000 und stellte auch (auf Fragen von SU-Journalisten) klar, daß die Grünen das sowj[etische] Paket von Reykjavik seinem Inhalt nach unterstützten. Er und Lukas Beckmann wandten sich jedoch nachhaltig gegen Junktim INF – SDI, und Schily sagte, sie hätten die Sowjets vor Gefahr einer ‚Selbstfesselung' gewarnt. […] Zum Gespräch mit dem Atomenergie-Minister sagte Frau Ditfurth in der ihr eigenen Direktheit, dieses sei ‚ausgesprochen unerfreulich' verlaufen. Im Vergleich zu ihrem letzten Moskau-Besuch im April (wenige Tage vor Tschernobyl) sei zur Atomenergie-Frage ein ‚neues Denken' nicht im mindesten erkennbar. Die von den Sowjets im IAEO-Rahmen gezeigte internationale Kooperationsbereitschaft sei zu begrüßen, stehe jedoch in einem befremdlichen Kontrast zum ungerührten Weitermachen im Innern". Ferner hätten die Grünen erklärt: „In Gespräche hätten sie Eindruck gewonnen, daß es zu M[enschen]R[echts]-Fragen gewisse Ansätze eines neuen Denkens gäbe. Den SU-Vorschlag für ein Menschenrechtsforum in Moskau hätten die Grünen unterstützt. Sie bedauerten, daß Wunsch nach Zusammentreffen mit Sacharow unerfüllt geblieben sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3286; Referat 213, Bd. 139277.

329

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6495/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. November 1986, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1432 **Ankunft: 14. November 1986, 19.50 Uhr**

Betr.: Ratskonsultationen über US/SU Genfer Verhandlungen am 14.11.1986; hier: Aussprache und Zusammenfassung

Bezug: DE Nr. 8364 vom 13.11.86 1826/86 VS-v[2]

I. Zusammenfassung

1) Kampelman betonte eingangs, sechste Genfer Verhandlungsrunde[3] sei „längste, produktivste und ungewöhnlichste" Verhandlungsrunde[4] gewesen. Es sei mehr erreicht worden als in allen bisherigen Runden zusammengenommen. US hätten am 22./23. und 28. Oktober auf der Grundlage von Reykjavik[5] neue Vorschläge vorgelegt. Die Sowjetunion am 7. November.

Beginn siebter Verhandlungsrunde sei für 15. Januar 1987 vereinbart worden.[6] In Zwischenzeit würden amerikanisch-sowjetische Expertengespräche stattfinden, um Momentum aufrechtzuerhalten.[7] Es stellten sich zur Zeit folgende wesentliche Fragen:

a) ob die SU weiterhin an dem Junktim zwischen SDI einerseits und START und INF andererseits festhalten wolle,

b) wieweit SU zu Kompromissen im SDI-Bereich bereit sei,

c) ob und inwieweit SU überhaupt an Vereinbarungen interessiert sei,

d) inwieweit auf in Reykjavik geschaffener Grundlage weitergearbeitet werden könne,

e) ob die SU bereit sei, anzuerkennen, daß Ergebnisse von Reykjavik Sicherheit Europas und der Vereinigten Staaten dienen müssen.

2) Glitman bewertete die am 7. November in Genf von SU vorgelegten Vorschläge als sehr enttäuschend, aber nicht entmutigend. Dies bezog er besonders auf die folgenden sowjetischen Positionen:

a) LRINF außerhalb Europas sollten in einem besonderen Abkommen behandelt werden. Während für die Abschaffung der LRINF in Europa ein Zeitrah-

1 Der Drahtbericht wurde von Gesandtem Lohse, Brüssel (NATO), konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. November 1986 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „DE Nr. 8364 vom 13.11.86 180/86 VS-v".
Für den Drahterlaß des Botschafters Ruth vgl. Dok. 327.

3 Korrigiert aus: „Verhandlungsgrundlage".

4 Korrigiert aus: „Verhandlungsgrundlage".

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 15. Januar bis 27. März 1987 in Genf statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 771 des Botschafters van Well, Washington, vom 13. Februar 1987 sowie den Drahtbericht Nr. 395/396 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, vom 27. März 1987; AAPD 1987.

7 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 2. bis 5. Dezember 1986 in Genf vgl. Dok. 370.

men von fünf Jahren vorgesehen sei, hätten die Sowjets für die Reduzierungen außerhalb Europas keine Zeitvorstellungen geäußert.

b) Beschränkung der Stationierung der den US zugestandenen 100 LRINF auf US-Territorium außerhalb Alaskas.

c) Forderung nach einem Einfrieren bei SRINF beschränkt auf Europa ohne Bezug auf Asien.

d) Ablehnung der Verhandlungsverpflichtung zu SRINF innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten und Weigerung, sich zur Zielsetzung solcher Verhandlungen zu äußern.

e) Nichtbehandlung des Problems der Dauer eines LRINF-Abkommens.

f) Nichtbestätigung der bisherigen Haltung zu den Drittstaatensystemen. Sowjetischer Vorschlag vom 7. November zu INF-Vorschlägen erwähne Thema nicht, dies sei lediglich bei den Vorschlägen für die zweite Phase der START-Verhandlungen[8] angesprochen worden und inhaltlich unklar geblieben.

3) Lehman unterstrich die zahlreichen Fortschritte bei START seit Juni 1986. Hier gebe es dramatische Entwicklungen, die mehr gebracht hätten als in allen fünf vorhergehenden Runden. Allerdings hätte sich SU in gewissen Bereichen wieder zurückbewegt.

4) Auch Kampelman würdigte die bei Defense und Space gemachten Fortschritte, wies aber besonders auf vier kritische Bereiche hin:

a) Wunsch der US, das im ABM-Vertrag niedergelegte besondere Kündigungsrecht[9] (supreme interest) zu erhalten.

b) Umfang der SDI-Beschränkungen während der vereinbarten zehn Jahre.

c) Rechte der ABM-Vertragspartner nach Ablauf der zehn Jahre.

d) US-Vorschlag der Eliminierung der offensiven ballistischen Raketen.

US habe ständig nur von Beseitigung aller ballistischen Raketen gesprochen, nicht, wie SU behauptete, von Abschaffung sämtlicher strategischer Nuklearwaffen. Unter Zugrundelegung amerikanischer Auffassung werde Abkommen nukleare Abschreckungskapazität Bündnisses und auch Strategie der flexiblen Antwort[10] erhalten. US würden keiner Vereinbarung zustimmen, die Welt reif machte für konventionellen Krieg.

Texte Eingangserklärungen von Kampelman (zwei), Lehman und Glitman werden mit besonderem DB vorgelegt.[11]

II. In Diskussion spielten folgende Themen besondere Rolle (wir haben gemäß Bezugs-DE vorgetragen).

1) Junktim INF, START/SDI, das von allen Sprechern als unberechtigt bezeichnet wurde.

8 Korrigiert aus: „START-Vorschläge“.

9 Vgl. dazu Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag); Dok. 185, Anm. 19.

10 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

11 Für den Drahtbericht Nr. 1434/1435/1435a/1436/1437 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 14. November 1986 vgl. VS-Bd. 11282 (220).

2) SRINF

Übereinstimmung bestand, daß SRINF in LRINF-Abkommen behandelt werden müsse. Alle Bündnispartner befürworten in Genf vorgelegten US-Vorschlag. Allerdings bestanden hier Nuancen. Während NWG, NL und DK davor warnten, Verhandlungen zu LRINF zu sehr mit Fragen von SRINF zu belasten, sprachen sich außer uns F, GB und I für Regelung Problems im Rahmen LRINF-Abkommens aus. Am deutlichsten F (Inkrafttreten LRINF-Abkommens erst nach Regelung Vereinbarung über SRINF und Herstellung konventionellen Gleichgewichts.)

3) Erhaltung Sicherheit Bündnisses auf Basis gemeinsamer Strategie

Hierbei stand Fragestellung im Vordergrund, wie etwaige Beeinträchtigungen angesichts Entwicklung seit Reykjavik vermieden werden können.

US-Verhandler wiesen auf von SU niemals akzeptierte Doktrin nuklearer Abschreckung und auf Ziel SU hin, Bündnis zu spalten. Für US sei Sicherheit USA und Europas unteilbar. Rüstungskontrollabkommen würden nur abgeschlossen, wenn sie Stabilität und Sicherheit steigerten und Prinzip nuklearer Abschreckung im Rahmen Strategie der flexiblen Antwort erhalten bliebe. Unter diesen Gesichtspunkten habe US-Seite Vorschläge zur 50prozentigen Reduzierung offensiver strategischer Waffen gemacht und entsprechende Kategorisierungen und schrittweises Herangehen gefordert.

4) Verhältnis nuklearer zu konventioneller Abrüstung

Dieser Zusammenhang wurde besonders deutlich betont (F, B, GB, NWG, KAN, GR und wir).

5) Bewahrung des Bestandes von Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen

Soweit sich Delegationen äußerten, sprachen sie sich für Beachtung von SALT II (KAN) und Einhaltung ABM-Vertrages (KAN, NL, GB, DK und wir) aus.

6) Fortgang der Verhandlungen

Alle Bündnispartner begrüßten Beginn siebter Verhandlungsrunde bereits am 15. Januar und Tatsache, daß in Zwischenzeit Expertengespräche vereinbart seien.

7) F äußerte sich grundsätzlich skeptisch zu in Reykjavik eingeschlagener Entwicklung. Reduzierungsvorschläge im strategischen Bereich und Null-Lösung im INF-Bereich würden nicht ohne Wirkung auf Strategie Bündnisses sein. F frage sich, ob nukleare Abschreckung durch den verbleibenden Rest an nuklearen Waffen gewährleistet sei. Überlegungen zu Abschaffung aller Nuklearwaffen müßten als unvernünftig bezeichnet werden.

Man dürfe nicht Zielsetzung SU aus Augen verlieren: die Denuklearisierung Europas. Ebenso wenig dürfe man vergessen, daß die Null-Lösung unter Bedingungen ins Auge gefaßt worden sei, die heute nicht mehr bestünden (zusätzliche SRINF-Stationierung durch SU, beabsichtigte 50prozentige Reduzierung im strategischen Bereich). Eine Null-Lösung dürfe nicht zu weniger Sicherheit in Europa führen und keine Umgehungsmöglichkeiten offen lassen.

Unter Umständen müsse westliche Sicherheit durch westlichen Ausgleich im Bereich SRINF sowie durch Herstellung konventioneller Parität hergestellt werden.

Gegenwärtige Situation bestätigte Notwendigkeit für Existenz französischen nuklearen Abschreckungspotentials und Notwendigkeit für dessen Modernisierung. Diese Auffassung werde sogar durch neutrale Staaten wie die Schweiz unterstützt.

Rüstungskontrolle müsse zu Gleichgewicht führen und Schritt für Schritt vorgenommen werden. Es sei bezeichnend, daß französische Haltung mehr und mehr von SU kritisiert werde. Westen dürfe nicht ungeduldig werden. Es müsse im Auge behalten werden, daß europäische und Bündnissicherheit untrennbar zusammengehörten.

8) B glaubt, in sowjetischer Haltung seit Reykjavik eine gewisse Verhärtung zu erkennen. Dies gebe Bündnis Zeit, über jetzt einzuschlagende Gesamtstrategie nachzudenken. So besonders auch KAN und GB – KAN warnte im übrigen vor Weckung von Hoffnungen für eine nuklearwaffenfreie Welt. Nukleare Abschrekkung werde auf unabsehbare Zeit notwendig bleiben, ebenso GB.

9) Kampelman erläuterte auf entsprechende Fragen noch einmal US-Haltung zum ABM-Vertrag. Die „weite" Auslegung sei korrekt, allerdings gelte zur Zeit Entscheidung amerikanischen Präsidenten[12], Forschungen im Rahmen der „engen" Auslegung zu halten[13]. Es gebe aber keine Verpflichtung, dabei zu bleiben.

Den Begriff „Forschung im Labor" kenne der ABM-Vertrag nicht. Es sei auch völlig irrelevant, was SU darunter verstehe, denn ABM-Vertrag beschränke Forschung in keiner Weise. SU habe auch nicht erläutert, was sie unter Forschung im Labor, die auch im Weltraum stattfinden könnte, verstehe. Wenn mit Hilfe dieses Begriffs Einschränkung des durch ABM-Vertrag erlaubten Vorgehens versucht werde, würde US dies ohne Zögern zurückweisen.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11282 (220)

12 Ronald W. Reagan.

13 Zur amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 274, Dok. 283 und Dok. 312.

330

Botschaftsrat Hauswedell, London, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 2294
Cito

Aufgabe: 16. November 1986, 14.30 Uhr[1]
Ankunft: 16. November 1986, 15.46 Uhr

Washington: Bitte Dg 20 vorlegen[2]

Betr.: WEU-Ministerrat am 13./14. November in Luxemburg;
hier: Zusammenfassende Darstellung

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

WEU-Ministerrat bot den Mitgliedstaaten einen Monat nach Reykjavik[3] die Gelegenheit zu einer umfassenden Aussprache über die europäischen sicherheitspolitischen Perspektiven und zu Vorentscheidungen über Strukturveränderungen in der WEU, die dazu geeignet sind, die Rolle der Hauptstädte (Außen- und Verteidigungsministerien) in der Organisation zu erhöhen und die Bedeutung der WEU als Abstimmungsforum europäischer Sicherheitspolitik zu verstärken. Das günstige „Timing" des MR und die sehr offene Aussprache zur Sicherheitspolitik haben dem Prozeß der Revitalisierung der WEU vorangeholfen; luxemburgische Präsidentschaft konnte gegenüber der Presse berechtigt betonen, daß dieser MR von vielen Teilnehmern als eines der gehaltvollsten und gelungensten Treffen bezeichnet wurde. Obwohl MR informellen Gymnich-Charakter[4] hatte, wurden doch eine Reihe von Entscheidungen getroffen und Arbeitsaufträge für die zukünftige WEU-Arbeit vergeben. Die stärkere Einbindung der Verteidigungsministerien in die WEU wurde durch eine enge Abstimmung der Minister und eine Reihe von Beschlüssen deutlich. (Siehe dazu Auflistung in Absatz III.)

II. Sicherheitspolitik

Die sicherheitspolitische Debatte stand im Mittelpunkt des MR. Sie erbrachte eine breite Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen, ließ aber auch Vielfalt der Auffassungen und unterschiedliche nationale Sensibilitäten (insbesondere F) bei den durch Reykjavik aufgeworfenen Hauptproblemen erkennen.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 17. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen und die Vortragenden Legationsräte Ischinger und Bitterlich verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Guter Bericht."
Hat Jansen am 17. November 1986 vorgelegen.
Hat Ischinger am 18. November 1986 vorgelegen.
Hat Bitterlich am 24. November 1986 vorgelegen.

2 Ministerialdirigent von Ploetz hielt sich vom 16. bis 18. November 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 334.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Zu den informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission vgl. Dok. 158, Anm. 38.

Sehr ehrgeizige luxemburgische Präsidentschaft legte am 14. überraschend dreiseitiges Papier mit Schlußfolgerungen vor[5], die als Arbeitsergebnis des MR auch an Presse verteilt werden sollten. MS (insbesondere D, GB und I) warnten jedoch davor, ohne ausreichende Vorbereitung Schlußfolgerungen über diese hochsensitive Materie zu verfassen, die in der Öffentlichkeit falsch verstanden werden könnten. Das Papier wurde zurückgezogen; MR beschloß, daß Präsidentschaft Presse nur in allgemeiner Form unterrichten solle.

Für die bevorstehende Unterrichtung der Bündnispartner im NATO-Rat[6] und der anderen Teilnehmer der EPZ wird luxemburgische Präsidentschaft wahrscheinlich auf vorläufige und generelle, schriftlich nicht genau fixierte Schlußfolgerungen zurückgreifen, auf die wir durch wiederholte Debattenbeiträge des BM und von BM Wörner Einfluß genommen haben. Sie stellen sich etwa wie folgt dar:

1) Bestätigung der WEU als geeigneter Rahmen zur Erörterung von sicherheitspolitischen Themen und Abrüstungsfragen. (GB machte jedoch deutlich, daß die Abrüstungsfragen in der WEU nicht prioritär behandelt werden sollen.)

2) Herausstellung: Wesentliches Ziel der Sicherheitspolitik bleibt Kriegsverhinderung (sowohl nuklear als auch konventionell).

3) Bedeutung der Aufrechterhaltung der Abschreckungspolitik, sowohl auf nuklearer wie auf konventioneller Ebene. Abschreckung hat 40 Jahre Frieden garantiert. Besondere Einlassung des BM: Nach den weitreichenden Vorschlägen von Reykjavik jetzt Aufgabe für Regierungen, Beibehaltung der Abschreckungspolitik gegenüber Öffentlichkeit glaubwürdig und auch moralisch begründet zu vertreten.

4) Solidarität des atlantischen Bündnisses/Unteilbarkeit der Sicherheit zwischen Europa und USA. Abschreckungsstrategie des Bündnisses hat auch Zweck der Verkoppelung der Sicherheitsinteressen USA–Europa. Keine Auflösung; keine Hinnahme von Sanktuarien.

5) Einheit von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verteidigungspolitik. Abrüstung kein Selbstzweck, ihre Maßnahmen müssen Sicherheit erhöhen. Ziel: Abrüstung auf niedrigem und ausgewogenem Niveau.

6) Europäische Interessen bei den Rüstungskontrollverhandlungen zwischen SU und USA in offensiver Weise definieren. Europa will dabei kein Störfaktor sein; im Verhältnis zu den USA Grundsatz der Bündnissolidarität; aber die eigenen Besorgnisse (Ziffer 7) müssen deutlich gemacht werden. (Zustimmung zur Definition BM: „Wir wollen kein Bein stellen, sondern nur Wagen in richtige Richtung lenken.“)

7) Übereinstimmung der Besorgnis wegen konventioneller Überlegenheit und Überlegenheit chemischer Waffen des WP, desgleichen bei sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite unterhalb INF. Je schneller der Prozeß nuklearer Ab-

5 Für das luxemburgische Papier „Note by the Presidency. Elements of Information for the Press“ vom 14. November 1986 vgl. Referat 209, Bd. 148715.

6 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 21. November 1986 mit, der Ständige NATO-Rat sei am 19. November 1986 durch den luxemburgischen NATO-Botschafter de Muyser unterrichtet worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1470; Referat 209, Bd. 148715.

rüstung, desto notwendiger werden konkrete Fortschritte in diesen Bereichen. (Bei F hier eher Tendenz, Abbau der SU-Überlegenheit in diesen Bereichen zur Vorbedingung für nukleare Abrüstungsschritte zu machen.)

8) Gesamtsicht und Verkoppelung aller Abrüstungsmaßnahmen, aber kein Junktim. (BM: „Fortschritte in einem Bereich nicht zur Geisel von anderen Bereichen machen.") Aufforderung an SU, das SDI-Junktim aufzuheben und Fortschritte bei INF möglich zu machen.

9) Bedeutung effizienter und nachprüfbarer Verifikation von Abrüstungsmaßnahmen.

10) Konkret zu Reykjavik: Dort erzielte Fortschritte begrüßen, bestehende Unklarheiten nicht anprangern, jedoch mit den USA diskret in einem Gespräch unter Verbündeten zur Sprache bringen. (Hierbei offener Dissens durch F: Unbehagen gegenüber Reykjavik, wegen Bündnissolidarität jedoch keine Herausstellung.)

– 50prozentige Reduzierung bei ballistischen Raketen: Begrüßung, aber Querverbindung zu anderen Abrüstungsbereichen wahren. Darüber hinausgehende Reduzierungen derzeit schwer vorstellbar, wenn nicht in anderen Bereichen (konventionell, chemische Waffen) Gleichgewicht hergestellt wird.
– Null-Lösung INF: Besorgnis vor Unterlaufen durch SU-Raketen kürzerer Reichweite. Nachdrücklicher Hinweis durch BM, daß das Einfrieren bei diesen Raketen keine akzeptable Lösung, sondern gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau anzustreben seien.
– Vorschlag Abschaffung aller strategischen Waffen innerhalb von zehn Jahren: Skepsis bei GB, D und F, ob SU diesen Vorschlag letztlich akzeptieren könnte; sei eher taktisch begründet.

III. Wiederbelebung der WEU/konkrete Beschlüsse

Unter dem Einfluß der Substanz der sicherheitspolitischen Debatte und auf der Grundlage eines zusammenfassenden Papiers der luxemburgischen Präsidentschaft über die Themen – Diskussion und Strukturveränderungen in der WEU – wurden während des MR eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die die Wiederbelebung konkret voranbringen sollen:

1) Häufigere periodische Treffen der Politischen Direktoren zusammen mit den Vertretern der Verteidigungsministerien. Noch keine Institutionalisierung, noch kein fester Rhythmus; offengelassen, ob Treffen zusammen mit StR[7] in London oder im Anschluß an EPZ-Treffen.

In diesem Zusammenhang ist die Präsidentschaft zu weit gegangen, als sie gegenüber der Presse am Nachmittag des 14. November erklärte, daß der MR [8]beschlossen habe, ein „Politisches Komitee für europäische Sicherheit" einzusetzen. Diese Bezeichnung für die Treffen der Politischen Direktoren zusammen mit den Vertretern der Verteidigungsministerien ist im luxemburgischen Synthese-Papier (WEU-Dok. 237 revised, S. 7[9]) enthalten, war jedoch von einigen MS als zu weitgehend kritisiert worden. F hatte zudem in der Plenarsitzung

7 Ständiger Rat.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2295 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

9 Für das Dokument „The Reactivation of WEU" (C(86)237 1st revision) vom 3. November 1986 vgl. Referat 209, Bd. 148704.

am Morgen des 14. November ausdrücklich gegen diese Bezeichnung votiert. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form die Presse diese Bezeichnung herausstellt und inwieweit die Erklärung der Präsidentschaft (in eigener Verantwortung abgegeben) möglicherweise korrekturbedürftig wäre.

2) Verstärkte Einbindung der Verteidigungsministerien in die WEU-Arbeit durch Bekräftigung des Grundsatzes der Komplementarität und Beratungen über geeignete Themenauswahl. Beim besonderen Frühstück der Verteidigungsminister wurden folgende Diskussionsthemen beschlossen:

a) Aktuelle Themen:

– politisch-militärische Auswirkungen der Vorschläge von Reykjavik,
– konventionelle Stabilität und Rüstungskontrolle in Europa,
– INF.

b) Themen von langfristigem Interesse:

– Ressourcen-Management,
– Bedrohungsanalyse (assessment of the threat),
– Sicherheit im Mittelmeer; Beschluß, daß F und I darüber ein gemeinsames Papier vorlegen und dann die Möglichkeit der Einsetzung einer WEU-Arbeitsgruppe (AG) erwogen wird.

Verteidigungsminister beschlossen außerdem, daß neben den gemeinsamen Treffen der Politischen Direktoren mit den Vertretern der Verteidigungsministerien bei Bedarf auch separate Treffen der Vertreter der Verteidigungsministerien stattfinden, und legten fest, daß diese vor dem nächsten Ministerrat der WEU Ende April noch zweimal ausgesetzt werden sollen.

Verteidigungsminister vertraten auch die Auffassung, daß die WEU-Versammlung sich mehr mit militärischen Themen befassen soll. MR insgesamt vertrat Auffassung, daß Anwesenheit der Verteidigungsminister bei den Sitzungen der Versammlung wünschenswert sei und Wiederbelebung fördern würde.

3) MR beschloß keine Schaffung neuer Arbeitsgruppen, wohl jedoch eine Erweiterung des Mandats der bestehenden SDI-Arbeitsgruppe der WEU. Sie soll jetzt auch alle Themen behandeln, die nach Reykjavik die besonderen europäischen Sicherheitsinteressen berühren. Die AG wurde unter die Leitung der Politischen Direktoren gestellt.

In diesem Zusammenhang ging Präsidentschaft beim Pressegespräch am Nachmittag zu weit, als sie die Einrichtung einer AG für die Sicherheit im Mittelmeer bereits als eine beschlossene Sache bekanntgab. Rückfragen bei Sekretariat, der NL- und GB-Delegation ergaben, daß diese, wie wir, noch nicht davon ausgegangen waren. Auch hier ergibt sich möglicherweise Korrekturbedarf. Diplomatischer Ausweg wäre, nur von Einsetzung einer französisch-italienischen AG zu sprechen.

4) Beim Abendessen der Minister wurde Konsens erzielt, den nächsten offiziellen MR der WEU am 29./30. April 1987 in Luxemburg abzuhalten.

5) MR beauftragte den Generalsekretär[10] mit einem Bericht über mögliche Strukturveränderungen bei den drei Pariser Agenturen für Sicherheitsfragen

10 Alfred Cahen.

nach dem Ende der Reaktivierungsperiode (Dez. 1987). In der Debatte des MR vertrat GB den Vorschlag, die Agenturen zwecks größerer Effizienz in eine Agentur (ein Direktor) mit den zwei großen Säulen Sicherheitspolitik und Rüstungszusammenarbeit umzuwandeln. F sah jedoch keinen Handlungsbedarf gegeben.

6) Haushaltsfrage

Beim Abendessen der Minister schlug Präsidentschaft vor, das anhaltende Dilemma der WEU (Wiederbelebung bei gleichzeitigem Nullwachstum des Haushalts) und den aufziehenden Grundsatzstreit Rat–Versammlung über Budgetfragen in Zukunft dadurch zu lösen, daß künftig für die Haushaltszuwachsraten für Versammlung, Sekretariat, Agenturen der EG-Schlüssel für Verwaltungsausgaben angewandt wird. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob die Pensionszahlungen getrennt vom Haushalt geführt werden können, da die steigenden Pensionsverpflichtungen das Budget zunehmend belasten. Es wurden drei verschiedene Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen; der Generalsekretär wurde um statistische Unterlagen für die anstehenden Pensionszahlungen gebeten. Erste Reaktion auf diese Vorschläge könnten bei der Sondersitzung des Ständigen Rates zu Haushaltsfragen am Dienstag, 18. November, behandelt werden. Gesonderte Berichterstattung folgt.[11]

7) Erweiterung der WEU

Konsens beim Abendessen der Minister, daß bisherige Linie (erst Abschluß der Reorganisationsphase, dann Prüfung der Möglichkeiten) beibehalten wird. GB verwies auf Gibraltar-Frage als erschwerenden Aspekt für spanischen Beitritt. In der anschließenden Pressekonferenz unterrichtete Präsidentschaft über Entscheidung der Minister, gab für sich als Einzel-MS jedoch die Erklärung ab, daß Luxemburg Erweiterung begrüßen würde. Der Druck der Versammlung in die gleiche Richtung ist bekannt und wurde von Präsident Caro in der Begegnung der Versammlung mit der Präsidentschaft am Nachmittag erneut artikuliert.

8) Das Synthese-Papier der Präsidentschaft zur Wiederbelebung der WEU (Dok. 237 revised) wird als Arbeitsgrundlage für die weiteren Schritte der Reaktivierung beibehalten und schrittweise ergänzt werden. Es dient auch als Grundlage für einen umfassenden Bericht zur Wiederbelebung, der dem offiziellen Ministerrat Ende April mit Beschließungsempfehlungen vorgelegt werden soll.

9) Zusammenlegung der WEU-Institutionen an einem Ort: GB kam in der Plenarsitzung erneut auf seinen Vorschlag zu sprechen und sprach sich für Brüssel aus. F betonte, daß es keine Veranlassung sehe, an der bestehenden Situa-

11 Die für den 18. November 1986 vorgesehene Sitzung des Ständigen WEU-Rats fand erst am 26. November 1986 statt. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte dazu am 27. November 1986 mit, der Ständige WEU-Rat habe der WEU-Versammlung für den Haushalt 1986 nachträglich 58 800 Francs bewilligt, um Zahlungsverpflichtungen für Gehälter und Pensionen begleichen zu können. Für den Haushalt 1987 hätten sich die Teilnehmer nicht auf die von den Niederlanden und Italien vorgeschlagene Wachstumsrate von 3,5 % einigen können. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2361; Referat 209, Bd. 148705.

tion etwas zu ändern. Diese Auffassung wurde auch in den Korridorgesprächen mit Teilnehmern der französischen Delegation wiedergegeben.

Britische Delegation betonte im Plenum und in privaten Gesprächen die Lauterkeit der britischen Motive: Großes Opfer von GB, keine Hintergedanken, im Interesse der gemeinsamen Sache. Die Debatte über diese Problematik ist keinesfalls abgeschlossen.

IV. Zusammentreffen mit der Versammlung

Nach Abschluß des offiziellen Teils des MR traf ein Teil der noch anwesenden Minister mit Präsident Caro und einer Delegation der WEU-Versammlung beim Mittagessen zusammen. Die später angesetzte ausführliche Unterrichtung der Präsidentschaft und des Generalsekretärs für die Versammlung verlief trotz der bekannten Spannungen in konzilianter Atmosphäre. Substanz und Beschlüsse des MR mögen dazu beigetragen haben, die Versammlung zu besänftigen. Aussprache ergab jedoch, daß die Versammlung hinsichtlich ihres Verlangens nach Budget-Hoheit und wegen der Befürwortung der WEU-Erweiterung weiter ihren Druck aufrechterhalten wird. Präsident Caro gab bekannt, daß die Versammlung bereits eine sehr negative Verlautbarung für den Fall beschlossen habe, daß man ihr für 1987 die notwendigen Haushaltsmittel verweigere. Diese Erklärung liege gegenwärtig „auf Eis", man werde bis zur WEU-Versammlung vom 1. bis 4. Dezember warten, um dem Rat Zeit zu geben, sich positiv zu äußern.

In einer improvisierten Pressekonferenz nach Abschluß der Begegnung mit der Präsidentschaft bescheinigte Präsident Caro dem MR einen Erfolg und begrüßte den zutage getretenen politischen Willen der Regierungen der WEU-MS. Eine Sicherheits-Dimension habe sich eröffnet; jetzt müsse man sehen, ob die Regierungen zu weiteren konkreten Schritten bereit seien.

Von einem Mitarbeiter des Pressereferats der Versammlung haben wir erfahren, daß PM Chirac gedenkt, vor der WEU-Versammlung vom 1. bis 4. Dezember eine Ansprache zu halten.[12] Nachdem bereits AM Raimond für eine Ansprache zugesagt hat, sollte diese französische Kehrtwendung in der Beachtung der WEU-Versammlung bei uns registriert werden. Noch bei der vergangenen Sitzung der Versammlung im Juni[13] war F als Gastgeber durch völlige Abwesenheit aufgefallen.

12 In einer Rede vor der WEU-Versammlung am 2. Dezember 1986 in Paris plädierte Ministerpräsident Chirac für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU und formulierte eine „Charta der Grundsätze für die Sicherheit in Westeuropa". Darin sprach er sich für die Beibehaltung der nuklearen Abschreckung aus. Die Bedrohung durch Nuklearwaffen sowie konventionelle und chemische Waffen müsse in ihrer Gesamtheit gesehen werden. Chirac betonte die Notwendigkeit unabhängiger französischer und britischer Nuklearwaffen sowie der Aufrechterhaltung der Präsenz amerikanischer konventioneller und nuklearer Waffen auf dem europäischen Kontinent. Ziel der Abrüstung müsse eine größere Sicherheit auf niedrigerem Niveau der Rüstung sein. Für den Wortlaut der Rede sowie der Antworten auf Fragen von Abgeordneten vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (November/Dezember), S. 78–85. für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 43–50.

13 Der erste Teil der Sitzung der WEU-Ratsversammlung fand vom 2. bis 5. Juni 1986 in Paris statt. Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte dazu am 12. Juni 1986: „Die Sitzung stand im Zeichen harscher Kritik des Versammlungspräsidenten Caro am WEU-Rat; aktueller sicherheitspolitischer Themen (NATO-Rat in Halifax, Einhaltung von SALT II, SDI); eines erklärten Bekenntnisses der MS zur WEU, dessen Glaubwürdigkeit jedoch z. T. offenbleiben muß." Vgl. Referat 209, Bd. 148710.

NATO-GS Carrington ist am 1. Dezember als weiterer Redner bei der Versammlung vorgesehen.[14]

V. Berichterstattung über weitere Aspekte des WEU-MR bleibt vorbehalten.

[gez.] i.A. Hauswedell

Referat 010, Bd. 178933

331

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel an die Botschaft in Washington

424-411.10 IRK-972/86 geheim **Aufgabe: 18. November 1986, 12.04 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1434

Betr.: Angebliche deutsche Ausfuhren im Zusammenhang mit der Herstellung von chemischen Kampfstoffen

Bezug: Von amerikanischer Seite (Frau Rozanne Ridgway) MD Teltschik während des Bundeskanzlerbesuches[2] übergebenes Schriftstück[3]

1) Der Inhalt des amerikanischen Schriftstücks stellt eine Zusammenfassung einzelner dort bereits bekannter Vorwürfe dar. Zwar werden auch Besorgnisse und Hinweise betr. Iran, Syrien und Libyen geäußert, schwerpunktmäßig befaßt sich das Schriftstück jedoch mit Irak. Dazu heißt es, daß Irak sich nunmehr verstärkt der Eigenproduktion chemischer Vorprodukte, die zur Synthese von CW geeignet sind, zuwende. Deutsche Firmen hätten dazu und würden dazu Substanzen und Anlagen liefern. Insgesamt werden dazu 28 überwiegend sehr angesehene deutsche Unternehmen genannt. Als Petitum war geäußert worden: „Encourage chancellery to focus on this problem and deal with it to preclude adverse effects on the chances for achievement of a global chemical weapons ban and regional stability".

2) Wir nehmen die Angelegenheit sehr ernst. Das Bundeskanzleramt hat deshalb unmittelbar nach Rückkehr des Bundeskanzlers und des MD Teltschik zu einer Ressortbesprechung auf Abteilungsleiterebene eingeladen, bei der die Hinweise im einzelnen erörtert wurden.

14 Für den Wortlaut der Rede des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington vor der WEU-Versammlung in Paris einschließlich seiner Antworten auf Fragen der Abgeordneten vgl. WEU PROCEEDINGS, 32nd Ordinary Session, Second Part (December 1986), IV, S. 60–66.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Daum konzipiert.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.

3 Für das undatierte amerikanische Papier „Involvement of West German Firms in Chemical Weapons Proliferation" vgl. VS-Bd. 13732 (424).

3) Dabei bestand Einigkeit darüber, daß es undenkbar sei, daß sich namhafte deutsche Unternehmen an der Lieferung von Produkten, Anlagen oder Know-how zur Herstellung chemischer Waffen absichtlich und in Kenntnis dieser Zwecke beteiligten. Die Bundesrepublik Deutschland hat von Anfang an auf die Produktion chemischer Waffen verzichtet.[4] Dies ist erklärte Politik aller bisherigen Bundesregierungen. Der Abscheu der Deutschen vor diesen Waffen stellt auch – über Grenzen politischer Parteien hinaus – einen solchen Grundkonsens in der Öffentlichkeit dar, daß die obige Aussage der Bundesregierung gerechtfertigt erscheint.

4) Die Bundesregierung hat bereits fünf chemische Verbindungen unter Exportkontrolle gestellt. Auf Grund des EPZ-Beschlusses vom 2./3. September wird diese Liste derzeit um drei weitere Substanzen erweitert.[5] Es ist damit zu rechnen, daß diese Implementierung zum 1. Januar 1987 in Kraft treten wird.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung die im Rahmen der „Australischen Initiative“[6] erarbeitete Warnliste mit 35 Chemikalien dem Verband der Chemischen Industrie übergeben, der sie den Unternehmen der deutschen chemischen Industrie mit Rundschreiben vom 24. September 1986 bekannt gemacht hat. Die Bundesregierung ist gewiß, daß die seriöse deutsche chemische Industrie diese Liste bei Exporten in die in Betracht kommenden Länder sehr sorgfältig beachten wird.

Anlagen und Ausrüstungen, die zur Untersuchung, Herstellung, Verarbeitung oder Erprobung chemischer Kampfstoffe geeignet sind, unterliegen seit 1984 einer Exportkontrolle.[7]

5) Die zuständigen Bundesressorts haben die Maßnahmen ergriffen, die notwendig und geeignet erscheinen, um in denjenigen Fällen, in denen ein Verdacht auf Verstoß gegen deutsches Exportkontrollrecht besteht, schnell und wirksam mit allen rechtlichen Mitteln diesen Verdacht aufzuklären. Sie beugen evtl. weiteren ungenehmigten illegalen Exportgeschäften darüber hinaus allgemein durch spezifische Vorfeld-Untersuchungen vor.

4 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung chemischer Waffen vgl. Dok. 150, Anm. 12.

5 Zur 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 14. Mai 1984 sowie zum Beschluß des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 289, Anm. 7.

6 Zu den von Australien initiierten Treffen von 15 Industriestaaten über die Einführung weiterer Exportkontrollen für chemische Substanzen vgl. Dok. 6, Anm. 9.
Am 15./16. Mai 1986 fand in Paris das vierte Treffen der „Australischen Initiative“ statt. Ministerialdirigent Kastrup vermerkte dazu am 30. Mai 1986, die „warning list“ mit 35 Substanzen sei endgültig verabschiedet worden: „Sie soll den nationalen Industrien zur Verfügung gestellt werden und sie zur Zurückhaltung bei Lieferungen im Falle des Vorliegens bestimmter verdächtiger Indizien bewegen.“ Es sei allerdings nicht gelungen, eine Erweiterung der sogenannten „core list“ der von den Mitgliedstaaten bereits gesetzlich ausfuhrkontrollierten Substanzen zu erzielen: „Die weit überwiegende Mehrheit der in Paris vertretenen Staaten – Ausnahme, nachdem auch Frankreich letztlich einwilligte, vor allem Japan und wir – sprach sich für die Erweiterung um mindestens drei Substanzen aus. Dagegen macht BMWi vor allem geltend, daß wir als großer Chemieexporteur stärker als andere Staaten durch die administrative Seite von Exportkontrollen betroffen seien […]. Es sei notwendig, vorerst Erfahrungen mit der ‚warning list‘ zu sammeln.“ Die Teilnehmerstaaten hätten ferner ein Informationsverfahren über verdächtige Lieferwünsche von auf der „warning list“ aufgeführten Substanzen vereinbart. Vgl. Referat 424, Bd. 135877.

7 Vgl. dazu die 56. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 6. August 1984 bzw. die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1079 f.

6) Die Bundesressorts prüfen, wie über die bisherigen umfangreichen Maßnahmen hinaus weitere Sicherheiten zur Verhinderung der Warenausfuhr im Zusammenhang mit der Herstellung chemischer Kampfstoffe erreicht werden können.

7) Das BMWi wird auf hoher Ebene Gespräche mit den von den USA genannten Firmengeschäftsleitungen führen, um sie zu noch sorgfältigerer Selbstkontrolle der einschlägigen Geschäftsbereiche anzuhalten und auf diese Weise sicherzustellen, daß nicht durch Falscheinschätzung seitens eines Exportgeschäftsbereichs Exporte getätigt werden können, die die Firmenleitungen ablehnen.

8) Die Bundesregierung unternimmt alles in ihrer Kraft Stehende, um Ausfuhren und Tätigkeiten, die der Herstellung chemischer Kampfstoffe dienen, zu unterbinden, und geht jedem Verdacht nach. Allerdings sind die von der amerikanischen Seite vorgetragenen Hinweise bisher zu wenig konkret, um wirklich die Annahme zu rechtfertigen, namhafte deutsche Unternehmen würden irgendwo Beihilfe zur Vorbereitung von Chemiewaffenproduktion leisten, um direkte Maßnahmen gegen die genannten Unternehmen einleiten zu können. Das gilt auch für die beschuldigte Firma Kolb, mit der sich die Bundesregierung derzeit sogar vor Gericht[8] auseinandersetzen muß.[9] Die Bundesregierung ist auch weiterhin den Verbündeten und insbesondere den USA für Unterrichtung über dort vorliegende Erkenntnisse dankbar und wird ihnen, wo immer sie dafür konkret genug erscheinen, nachgehen.

9) Botschaft wird gebeten, diese Argumentationspunkte auf angemessener Ebene gegenüber Frau Ridgway vorzutragen[10], damit Besuch StS Ruhfus[11] hiervon nach Möglichkeit entlastet bleibt.

Diese Punkte entsprechen inhaltlich der Erörterung im ChBK, sind jedoch noch nicht formell mit den beteiligten Ressorts abgestimmt. Es bleibt deshalb vorbe-

8 Referat 424 faßte am 7. Oktober 1986 zusammen: „Für eine größere Anlagenlieferung nach Irak im Jahre 1984 war Karl Kolb keine Ausfuhrgenehmigung erteilt worden. Kolb bestritt die Rechtswirksamkeit der zugrundeliegenden Verordnung. Kolb obsiegte damit in erster Instanz. Der B[undes]F[inanz]H[of] verwies die Sache an die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es ist beabsichtigt, die Sache durch einen Vergleich abzuschließen. Die Bundesregierung verpflichtet sich darin zur Zahlung einer einmaligen Abfindung von DM 1,5 Mio. und hält an ihrer Rechtsauffassung (Gültigkeit der seinerzeit erlassenen Verordnung) fest. Kolb nimmt die Klage zurück, womit die Rechtswirksamkeit der seinerzeitigen Versagung der Ausfuhrgenehmigung anerkannt wird. Die Bundesregierung (BSR) hat diesem Vergleich intern zugestimmt.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135879.

9 Am 18. November 1986 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel die Botschaft in Washington, den Drahterlaß an dieser Stelle „auf Anregung ChBk“ wie folgt zu ergänzen: „Gleichwohl ist erneute rigorose Außenwirtschaftsprüfung bei dieser Firma angeordnet worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8500; VS-Bd. 13732 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 21. November 1986: „Gesandter hat heute mit zuständigem Unterabteilungsleiter Hawes im State Department – Frau Ridgway stand wegen gleichzeitigem Besuchs zweier europäischer Außenminister nicht zur Verfügung – unsere Stellungnahme zu dem MD Teltschik übergebenen amerikanischen Schriftstück erörtert.“ Er habe dabei besonders das gemeinsame Interesse an einer Verhinderung der Ausweitung der CW-Produktion und an einem weltweiten Verbot chemischer Waffen unterstrichen. Der amerikanische Gesprächspartner habe zugesagt, „künftige Erkenntnisse so konkret wie möglich mit uns zu teilen. Besonders befriedigt äußerte er sich über die erneute Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb. Frau Ridgway wird über unsere Stellungnahme unterrichtet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5012; VS-Bd. 13732 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Zum Besuch des Staatssekretärs Ruhfus am 20./21. November 1986 in den USA vgl. Dok. 338.

halten, sie im Lauf des 18.11. noch gegebenenfalls kurzfristig zu modifizieren.[12]

Nagel[13]

VS-Bd. 13732 (424)

332

Deutsch-spanisches Regierungsgespräch in Madrid

19. November 1986[1]

Deutsch-spanische Konsultationen der Regierungschefs und Außenminister in Madrid am 18./19.11.1986;
hier: Delegationsgespräch am 19.11.1986

1) Im Rahmen der o.a. Regierungskonsultationen fand am 19.11.86 ab 10.45 Uhr ein Delegationsgespräch statt, das bis 12.30 Uhr unter dem Vorsitz der Außenminister, anschließend bis 13 h unter Leitung der Regierungschefs stattfand. Hauptthemen waren die Lage in Lateinamerika, die Bekämpfung des Terrorismus sowie Fragen der internationalen und europäischen Sicherheit. Darüber hinaus wurden eine Reihe von Einzelthemen erörtert.

2) Einleitend gab spanischer AM *Ordóñez* einen Überblick über den soeben beendeten Besuch von MP González in Ecuador, Peru und Kuba.[2] Dabei sei die deutliche Verschlechterung der Wirtschaftslage in Peru aufgefallen. Namentlich die Verschuldungssituation sei desolat, die Regierung sei nicht mehr in der Lage, alte Schulden zu bezahlen. Man unterscheide daher in Lima jetzt zwischen alten Schulden, die z.Z. nicht zurückgezahlt würden, und neuen Schulden, die in der Erwartung weiterer Kredite bezahlt werden müßten. Ministerpräsident García werde von links und rechts angegriffen, er lebe „außerhalb der Realität". Die Rolle der kommunistischen Partei sei in Peru ebenso wie in Chile, Bolivien und Kolumbien unglaubwürdig geworden, da sie der jeweiligen Regierung trotz klarer ideologischer Gegensätze in die Hände arbeiteten. Auch in Kuba sei die Wirtschaftslage schlecht. Die traditionellen Industrien – Zukker, Tabak – machten Verluste. Die Staatsschulden stiegen weiter an. Ein gewisses Gegengewicht erhoffe man sich vom Ausbau des Tourismus. Hier fehle

12 Vgl. Anm. 9.
13 Paraphe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 20. November 1986 gefertigt und am selben Tag über das Ministerbüro an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung" geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 21. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vermerk kann verteilt werden mit üblichem Hinweis, daß Billigung durch BM noch aussteht." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 203, Bd. 150998.

2 Ministerpräsident González besuchte Ecuador vom 8. bis 10. November, anschließend Peru vom 11. bis 13. November sowie Kuba vom 14. bis 16. November 1986.

es jedoch noch an den nötigen Hotels. Fidel Castro selbst sei alt geworden, sein revolutionärer Drang sei deutlich verlangsamt.

Zwar spiele das kommunistische Kuba in der Region immer noch eine bedeutende Rolle, sei aber weniger kämpferisch geworden. So sei Kuba offenbar bereit, sich aus Nicaragua zurückzuziehen, wenn auch die USA hierzu bereit seien. Castro werfe den USA vor, eine Invasion Nicaraguas von Honduras her (wo eine größere Zahl amerikanischer F-116-Kampfflugzeuge[3] stationiert sei) vorzubereiten. Kuba selbst halte eine Neutralisierung Nicaraguas für eine mögliche Lösung.

Die Menschenrechtslage in Kuba sei unverändert. Das Regime sei nur in Einzelfällen bereit zum Einlenken, so jetzt im Falle eines spanischen Staatsbürgers, der nach jahrelanger Haft auf spanische Intervention freigelassen werden solle. Eine Liste weiterer MR-Verletzungen (erstellt von Amnesty International), die hauptsächlich amerikanische Staatsbürger beträfen, sei von MP González übergeben worden. Die kubanische Seite habe sich hierzu rezeptiv verhalten und lediglich Prüfung in Aussicht gestellt. Die spanische Delegation habe in Havanna hervorgehoben, das wichtigste Menschenrecht bleibe das Recht, sein eigenes Land ungehindert verlassen zu können.

Nach spanischem Eindruck könne die Entwicklung in Kuba auf längere Sicht auf eine „Jugoslawisierung" des Landes hinauslaufen. Zur Zeit sei die große wirtschaftliche Abhängigkeit von der SU noch evident. Man könne zwar ungehindert auf der Insel herumfahren, habe jedoch keine Möglichkeit, die Freiheit der Ausreise zu praktizieren.

Auf Zwischenfrage BM nach dem persönlichen Rückhalt von Castro in der kubanischen Bevölkerung bestätigte AM Ordóñez, Castro sei nach wie vor populär, die Unterstützung der Bevölkerung für ihn sei größer als erwartet. Seine Politik appelliere mit Erfolg an den Nationalstolz der Kubaner. Langfristig müsse er aber das Land stärker gegenüber dem Westen öffnen.

Das Verhältnis zu den USA bleibe schwierig, nicht zuletzt wegen des amerikanischen Senders in Miami. Zu Spanien sei das Verhältnis dagegen bereits seit Franco, der sich der Wirtschaftsblockade der USA nicht angeschlossen habe, traditionell gut. Castro habe bei dem Tode Francos z. B. fünf Tage Staatstrauer angeordnet.

3) AM Ordóñez ging weiterhin auf eine Reihe bilateraler Fragen ein, bei denen spanischer Regierung an enger Abstimmung mit der Bundesregierung gelegen sei:

a) EUREKA[4]: Hier sei spanische Seite an unserer eigenen Einschätzung der Zukunftschancen interessiert.

BM, unterstützt von D 4[5], wies darauf hin, man müsse zunächst die Ergebnisse der vierten Ministerkonferenz in Stockholm[6] abwarten. Hiervon könne man ggfs.

3 So in der Vorlage.

4 Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 167, Anm. 36.

5 Alois Jelonek.

6 Die vierte EUREKA-Ministerkonferenz fand am 16./17. Dezember 1986 statt. Aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) wurde dazu am 18. Dezember 1986 berichtet: „37 neue Projekte (darunter 13 mit deutscher Beteiligung) zeigten Interesse und Akzeptanz von Indu-

eine weitere Intensivierung bei EUREKA erwarten. *D4* hob hervor, daß z. Z. 130 Projekte im Rahmen von EUREKA vorbereitet würden, 22 darunter mit spanischer Beteiligung. D und Spanien seien an der gemeinsamen Entwicklung von acht Projekten beteiligt.

Im übrigen solle man die Dinge sich weiter entwickeln lassen. Wir selbst zögen es vor, ohne große Eigeninvestitionen der Privatwirtschaft den Vortritt zu lassen. So solle es auch bleiben.

b) Airbus[7]: *AM* wies darauf hin, daß der spanische finanzielle Anteil von 5% am Airbus-Projekt nicht in vollem Umfang durch Fertigungsaufträge an spanische Industrieunternehmen ausgefüllt werde. Spanischer Produktionsanteil liege z. Z. nur bei 4,2%. Daher die Bitte der spanischen Seite, durch Subkontrakte deutscher Unternehmen die quotengemäße Auslastung zu erreichen.

D4 sprach die Hoffnung aus, daß es Spanien spätestens in der zweiten Phase des Airbus-Projekts gelingen wird, seinen Anteil auftragsmäßig auszufüllen.

c) Wirtschaftskooperation mit DW-Ländern: *AM* erinnerte an den kürzlich erfolgten Besuch des PStS/BMZ Köhler in Madrid[8], bei dem deutsch-spanische Kooperationsvorhaben in Lateinamerika im Vordergrund gestanden hätten. Die spanische Seite sei an einer Vertiefung dieses Informationsaustausches und daher an einem Gegenbesuch des entsprechenden spanischen StS in Bonn interessiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1702

strie und Forschungsinstituten. Handlungsbedarf wird insbesondere in Richtung auf einen europäischen Binnenmarkt und die Erschließung von Bankenkapital für EUREKA-Projekte gesehen. Eine entsprechende deutsche Initiative wurde begrüßt und soll unter der Präsidentschaft Spaniens weiterverfolgt werden. […] BM Riesenhuber erläuterte in diesem Zusammenhang die deutsche Initiative für private Finanzbeteiligung an EUREKA-Projekten. Die Deutsche Bank wird im Januar/Februar 1987 Vertreter europäischer Banken zur Bildung eines financial round table einladen, der sich mit der Erarbeitung neuer Finanzierungsinstrumente für große und risikoreiche Projekte befassen wird." Das BMFT informierte weiter, daß das Sekretariat seine Arbeit aufgenommen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 405; Referat 430, Bd. 163008.

7 Zur Beteiligung Spaniens am Airbus-Programm teilte das Bundesministerium für Wirtschaft am 24. November 1986 mit: „Die spanische Industrie (Fa. CASA in Madrid und Sevilla) ist seit dem 23.11.71 Konsortialpartner von Airbus Industrie (AI) mit einem Anteil von 4,2%. Sie entwickelt und fertigt bislang die Höhenleitwerke, die vorderen Passagiertüren sowie die Klappen für das Bug- und Hauptfahrwerk. Die spanische Wertschöpfung am Airbus beträgt derzeit rd. drei Prozent und liegt damit unter dem Konsortialanteil von CASA an AI. An der Ausrüstung des Airbus ist die spanische Zulieferindustrie bislang nur gering beteiligt (Anteil unter ein Prozent)". Auf Kritik der Airbus-Partner sei gestoßen, daß bislang keine Bestellungen des Airbus A-320 von spanischen Fluggesellschaften eingegangen seien. Ferner sei bekannt geworden, „daß die spanische Airbus-Partnerfirma CASA beabsichtigt, sich an dem MD 11-Projekt des US-Flugzeugherstellers McDonnell Douglas zu beteiligen. Diese Nachricht hat erhebliche Verstimmung bei den anderen industriellen Partnerfirmen in Frankreich, Deutschland und Großbritannien ausgelöst, zumal das MD 11-Projekt in direkter Konkurrenz zu dem von Airbus Industrie verfolgten Projekt A-340 steht." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1158; Referat 411, Bd. 160439.

8 Parlamentarischer Staatssekretär Köhler, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hielt sich am 25./26. September 1986 in Spanien auf. Gesandter Trefftz, Madrid, berichtete dazu am 29. September 1986: „Schwerpunkt der Gespräche waren die Entwicklungspolitik der EG und die Möglichkeiten einer stärkeren Hinwendung dieser Politik zu Lateinamerika sowie die Frage einer spanischen Mitgliedschaft im D[evelopment]A[ssistance]C[ommittee]. Die spanische Seite nutzte die Gelegenheit der Gespräche, um sich über deutsche Erfahrungen und die sich daraus ergebende Beurteilung praktischer Änderungsmöglichkeiten der EG-Entwicklungshilfepolitik (Erweiterung des Kreises der AKP-Staaten durch Einbeziehung aller Karibischen Länder, später auch aller mittelamerikanischen Staaten; Ausdehnung des STABEX-Systems) zu informieren." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1878; Referat 400, Bd. 182211.

BM sah hierin wichtige Möglichkeit, einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Lage in Lateinamerika zu leisten. Deutsch-spanische Kooperation auf diesen Gebieten könne einen guten Ansatz bieten, um den Einfluß Nicaraguas in der Region zu relativieren.

Botschafter *Brunner* ergänzte, PStS Köhler habe am 18.11. seine Bereitschaft erklärt, seinen spanischen Kollegen in Bonn zu empfangen.[9]

d) *AM* brachte weiter das Problem der bilateralen Erziehungsfragen zur Sprache. Hier gehe es vor allem um den Gebrauch der spanischen Sprache in D und umgekehrt. Für Spanien sei es ggfs. wünschenswert, eine ähnliche Regelung wie zwischen D und F zu erreichen. Vor allem solle den spanischen Kindern im deutschen Schulsystem ermöglicht werden, die kulturellen Verbindungen mit dem Mutterland aufrechtzuerhalten.

BM wies auf die traditionelle Bedeutung von Französisch im deutschen Schulsystem hin. Man müsse prüfen, in welcher Weise entsprechende Regeln auf die deutsch-spanischen Kultur- und Sprachbeziehungen übertragen werden könnten. Er stellte spanischer Seite Memorandum über Deutsch-Unterricht in Spanien und Spanisch-Unterricht in D in Aussicht (soll von Botschaft übergeben werden).[10]

e) 750-Jahrfeier Berlin[11]: *AM* teilte mit, in Spanien seien eine Reihe von Einladungen aus der DDR an Bürgermeister (z. B. Madrid) zur Teilnahme eingegangen. Wie stehe die Bundesregierung hierzu und auch zur Frage spanischen Beitrags zu den Feiern in Berlin-West?

BM begrüßte spanische Bereitschaft, einen Beitrag zu den Feiern in Berlin-West zu leisten. Dieser Beitrag könne z. B. so konzipiert werden, daß er in gleicher Weise für 750-Jahrfeier und zur Würdigung Berlins als kultureller Hauptstadt Europas 1988[12] verwendet werden könne. Hinsichtlich spanischer Teilnahme an Feiern in Berlin-Ost legten wir Wert darauf, Aufwertung des Status durch westliche Partner zu vermeiden. Die Bundesregierung biete der spanischen Regierung eingehende Beratung und Unterrichtung in allen Statusfragen an. Eine Aufwertung des Status von Berlin-Ost müsse vermieden werden. Er werde die entsprechenden Stellen im Amt anweisen, Spanien die nötige Unterrichtung zukommen zu lassen.[13]

9 Der Staatssekretär im spanischen Außenministerium, Yáñez-Barnuevo, hielt sich am 29./30. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf.

10 Für das von Referat 600 am 3. November 1986 vorgelegte Memorandum vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 548.

11 Zu den Vorbereitungen für die 750-Jahrfeier von Berlin vgl. Dok. 221.

12 Die für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 28. Mai 1985 in Brüssel, Berlin für das Jahr 1988 den Titel „Kulturstadt Europas" zu verleihen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1985, S. 47.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach teilte der Botschaft in Madrid am 24. November 1986 mit, daß Spanien ähnlich wie andere Staaten in der NATO bzw. im Politischen Komitee im Rahmen der EPZ über die Frage einer Beteiligung an den Feierlichkeiten in Ost-Berlin unterrichtet worden sei: „Ein Aufenthalt in Berlin (Ost) sollte unter Berücksichtigung folgender Statusgesichtspunkte erfolgen: Eine gemeinsamen Erklärung etc. soll keinen Hinweis auf ‚Berlin als Hauptstadt der DDR' oder sonst als Teil der DDR enthalten. Auch soll nicht das V[ier-]M[ächte-]A[bkommen] als ‚Vierseitiges Abkommen über Westberlin' bezeichnet werden. Mauerbesichtigungen auf der östlichen Seite sollen unterbleiben (weder ‚Schutzwall' noch ‚Staatsgrenze'). Keine Präsenz bei militärischen Zeremonien und keine Vorstellung beim ‚Stadtkommandanten' (demilitari-

f) Nutzung des ehemaligen spanischen Botschaftsgebäudes in Berlin-West[14]: *AM* erklärte grundsätzliche Bereitschaft, trotz gewisser im spanischen Rechtssystem begründeter Schwierigkeiten den neuen Nutzungsvorschlag des Berliner Senats wohlwollend zu prüfen. *BM* sprach sich dafür aus, eine ähnliche kulturelle Nutzung zu finden wie für die frühere japanische Botschaft.[15]

g) Mehrheitsbeteiligung VW an SEAT: *AM* begrüßte die getroffene Regelung, die VW-Mehrheitsbeteiligung von 51% einräumt.

h) *BM* wies abschließend auf die noch immer nicht völlig befriedigende Stellung des deutschen entsandten Botschaftspersonals in Madrid hin. Ihm liege daran, wenn möglichst bald eine Regelung der Ausweisfrage gefunden werden könne, die die privilegierte Stellung der entsandten Kräfte nach außen deutlich machen sollte. Auch gehe es um die Erleichterung bei Kfz-Importen in Abstimmung mit den übrigen EG-Partnern. Er halte diese Probleme für lösbar, weil sie wohl kaum den Fortbestand des spanischen Staates in Frage stellten. Auf Bitten AM erläuterte Botschafter *Brunner* das Problem. Spanischer ChefProt habe ihm Regelung der Kfz-Frage bis zum Jahresende in Aussicht gestellt.

Botschafter *Foncillas* machte darauf aufmerksam, daß spanische Ortskräfte in D teilweise schlechter gestellt seien. Auch das müsse geklärt werden. *BM* erwiderte, in diesem Falle könne man eine Reziprozitätsklausel in das Abkommen einbauen, um die Lösung nicht zu verzögern.

i) Spanische Haltung zum Nichtverbreitungsvertrag[16]: *D4* erinnerte daran, daß MP González bereits im Frühjahr Überprüfung der spanischen Position zugesagt habe. Aus deutscher Sicht wäre spanischer Beitritt zum NVV zu begrüßen, aber auch ein erster Zwischenschritt in dieser Richtung wäre hilfreich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1704

sierter Status von ganz Berlin). Höflichkeitsbesuch bei OB mit Eintragung ins Goldene Buch sollte vermieden werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 8614; Referat 210, Bd. 139169.

14 Zur künftigen Nutzung der ehemaligen spanischen Botschaft in Berlin (West) vgl. Dok. 53, Anm. 13 und 16.
Referat 610 legte im November 1986 dar: „Offensichtlich bereitet der spanischen Seite die Finanzierung etwaiger Maßnahmen Schwierigkeiten. Der spanischen Seite wurde bereits signalisiert, daß auch an ein finanzielles Engagement des Bundes oder des Landes Berlin nicht zu denken sei. In Anbetracht der spanischen Schwierigkeiten hat der Berliner Senat in einem bisher nicht beantworteten Schreiben von Finanzsenator Rexrodt vom 22.5.1986 den Gedanken der Finanzierung durch ein dem Entwicklungsträger zu übertragendes Erbbaurecht entwickelt. Bei der Suche nach einem eventuellen Nutzer des nicht vom spanischen Generalkonsulats in Anspruch genommenen Teils des ehemaligen Botschaftsgebäudes wurde auch geprüft, ob das Goethe-Institut oder die Konrad-Adenauer-Stiftung in Frage kommen. Das Goethe-Institut würde aber nur etwa die Hälfte des in Frage stehenden Raumes in Anspruch nehmen." Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 548.

15 Zur künftigen Nutzung der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (West) vgl. Dok. 134, Anm. 13.
Referat 341 erläuterte am 25. August 1986, das als private Stiftung gegründete Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) habe inzwischen seine Arbeit aufgenommen. Im Vordergrund stehe der Wiederaufbau des ehemaligen japanischen Botschaftsgebäudes. Seit März 1986 werde das alte Gebäude abgerissen, es solle „von Grund auf anschließend getreu dem Original (im alten ‚Speer-Stil' neu wiederaufgebaut werden". Von Baufachleuten werde die von Japan angestrebte Fertigstellung bis zum November 1987 bezweifelt. Vgl. Referat 341, Bd. 142637.
Am 25. September 1986 legte Vortragender Legationsrat Schröder dar, Japan sehe sich nicht in der Lage, seinen 50%igen Anteil an den laufenden Kosten für Personal, Verwaltung und Veranstaltungen zu tragen, betrachte das JDZB jedoch als Einrichtung der japanischen Regierung und übe entsprechende Kontrolle auf Auswahl und Durchführung von Projekten aus. Vgl. Referat 341, Bd. 142637.

16 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

AM erwiderte, spanischer Beitritt hänge noch von Wahl des richtigen Zeitpunktes ab. Grundsätzlich sei Spanien positiv, da in der eigenen Öffentlichkeit starke Abneigung gegen militärische ebenso wie gegen zivile Nutzung der Nuklearkraft verbreitet sei. Gleichwohl müsse man nach außen in geeigneter Weise klarmachen, daß man durch NVV-Beitritt keine nationalen Ziele preisgebe, sondern in Abstimmung mit übrigen Europäern handle.[17]

4) Internationale Fragen

a) Wiederbelebung des Golf-Kooperationsrats im Rahmen der EG[18]: *BM* setzte sich nachdrücklich für eine engere Verbindung EG/GCC ein und sprach sich für rasche Wiederaufnahme des Dialogs aus.

AM unterstrich spanische Bereitschaft hierzu. VN-Sicherheitsrat habe sich leider zur Beilegung des Konflikts Irak/Iran als ungeeignet erwiesen. Auch König Hussein habe sich hierüber gegenüber Spanien besorgt geäußert. *BM* ergänzt, Iran habe seine Haltung nicht zuletzt aufgrund amerikanischer Waffenlieferungen verhärtet.

b) Internationaler Terrorismus: BM fragt nach Entwicklung der spanisch-französischen Zusammenarbeit bei der Terrorismus-Bekämpfung.

Hierzu *AM*: Er habe gegenüber Chirac und Raimond[19] kürzlich betont, daß die Entwicklung in den vom ETA-Terrorismus betroffenen spanischen Grenzprovinzen auch für F wichtig sei. Baskische Separatisten zielten auf Loslösung nicht nur spanischer Provinzen, sondern auch auf Sezession französischer Gebiete ab. Immerhin gebe es ca. 1,8 Mio. spanische und ca. 700 000 frz. Basken. In F wachse die Besorgnis hierüber, auch wenn baskischer Terrorismus in F noch im Anfangsstadium sei. In Spanien sei die Lage vor zehn Jahren ähnlich gewesen. Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen F und Spanien sei gut.

Darüber hinaus mache der Anschlag auf den Renault-Manager Besse in Paris[20] deutlich, daß F zunehmend Probleme mit internem Terrorismus bekomme. Man müsse sich auch in F an eine Art „Koexistenz“ mit dem Problem des Terrorismus gewöhnen.

Besonders lobenswert sei die Kooperation zwischen D und Spanien bei der Terrorismus-Bekämpfung.

BM macht auf kürzlichen Beschluß der Innenminister zu verstärkter internationaler Zusammenarbeit[21] aufmerksam. Das Thema müsse auf dem Europäi-

17 Spanien trat dem Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 am 5. November 1987 bei. Vgl. dazu UNTS, Bd. 1511, S. 380.

18 Zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten vgl. Dok. 5, Anm. 15.

19 Am 6. November 1986 fanden in Madrid französisch-spanische Regierungsgespräche statt.

20 Der Direktor des Automobilkonzerns Renault, Besse, wurde am 17. November 1986 in Paris erschossen. Dazu wurde in der Presse berichtet, die französische Terrororganisation „Action directe“ habe sich zu dem Mord bekannt. Vgl. dazu den Artikel „‚Action directe‘ bekennt sich zum Mord an Besse“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. November 1986, S. 1.

21 Am 25. September 1986 fand in London ein Sondertreffen der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten statt. Gesandter Freiherr von Stein, London, teilte dazu am 26. September 1986 mit, das Treffen habe gezeigt, „daß die EG-Mitgliedstaaten zu einer Zusammenarbeit über den engeren Polizeibereich hinaus noch keinen gemeinsamen Nenner finden konnten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der EG-Konferenz bestätigte Innenminister Douglas Hurd die Entschlossenheit der EG-Mitgliedstaaten, unnachgiebig gegenüber Terroristen zu bleiben und sich bei der Terrorismusbe-

schen Rat[22] behandelt werden. Er bitte spanische Regierung um wohlwollende Mitwirkung.

c) Sicherheit/Asylantenproblem: *AM* erläutert, daß Spanien Probleme mit wachsender Zahl marokkanischer Einreisender habe, die auf der Durchreise nach F an der französischen Grenze abgewiesen würden und dann in Spanien blieben. Spanien habe auch ca. 100 000 illegale portugiesische Einwanderer, da Grenze zu Portugal praktisch offen sei. Auch mit Syrien gebe es gelegentlich Schwierigkeiten: Erst kürzlich sei am Flughafen Madrid Syrer mit Sprengstoff gefaßt worden. Man habe seine Festnahme jedoch nicht publik gemacht, um die internationalen Probleme mit Syrien nicht noch weiter zu komplizieren. Immerhin habe Assad relativ mild auf die EG-Beschlüsse gegen Syrien[23] reagiert.

BM bestätigt, auch wir hätten Probleme mit syrischen Attentätern (Hasi-Prozeß in Berlin-West[24]). Er halte die EG weiterhin für am besten geeignetes Forum zur Erörterung derartiger Fragen.

d) Abrüstung: *AM* äußert Zweifel, welches Forum zur Erörterung gemeinsamer Sicherheitsfragen gewählt werden solle. In Europa fehle geeignetes Forum.

BM erwidert, diese Fragen müßten weiterhin in der EPZ besprochen werden. Auch Irland als Nicht-NATO-Mitglied sei hieran interessiert. Ggfs. komme hierfür auch die WEU in Betracht, deren letztes Treffen[25] die Wiederbelebung dieses Gremiums bestätigt habe. Vor allem dürfe man sich nicht nur auf Westeuropa konzentrieren. Es komme auch darauf an, bei Abrüstungsgesprächen nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1706

kämpfung enger abzustimmen. Die Minister beschlossen einen verbindlichen Informationsaustausch von Erkenntnissen über Terrorismus-Verdächtige, insbesondere über Rädelsführer terroristischer Vereinigungen; die Einrichtung direkter Nachrichtenverbindungen zwischen den Polizeibehörden der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der operativen Zusammenarbeit sowie den Austausch der Namen abgeschobener Personen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1943; Referat 515, Bd. 195705.
Über ein weiteres Treffen der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20. Oktober 1986 in London berichtete Stein am 21. Oktober 1986, erstmals sei „über Probleme der polizeilichen Zusammenarbeit hinaus auch die Notwendigkeit des Schutzes der EG-Außengrenzen vor illegaler Einwanderung von Drittstaatern sowie der Behandlung von Ausländer- und Asylrechtsfragen im EG-Rahmen" gesprochen worden. Dabei habe Einigkeit über den Grundsatz bestanden, „daß in dem Maße, wie die Mitgliedstaaten ihre Kontrollen an den Binnengrenzen abbauen, sie ihre Grenzkontrollen an den EG-Außengrenzen angleichen, ihre Visa-Politiken koordinieren und ihr Ausländerrecht – einschließlich ihrer Asylrechtspraxis – harmonisieren müssen, […] Abschließend bestätigten die Innenminister die Beschlüsse ihres Sondertreffens vom 25. September zur Terrorismusbekämpfung und nahmen ein Aktionspapier zur Bekämpfung des Drogenschmuggels an." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2104; Referat 515, Bd. 195705.

22 Zur Erörterung des Themas Terrorismus auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 363, Anm. 26.

23 Zu den Beschlüssen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. November 1986 in London vgl. Dok. 323, Anm. 11.
Zur Reaktion Syriens wurde in der Presse berichtet, der syrische Außenminister Scharaa habe erklärt, die Beschlüsse der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten seien „unter dem Druck der Vereinigten Staaten gefaßt worden, ‚um das Gesicht der britischen Regierung zu wahren'. Bei der Lektüre des Dokuments hatte er den Eindruck gewonnen, daß die europäischen Staaten ‚von den britischen Behauptungen nicht überzeugt' waren. […] Zu dem verhängten Waffenembargo sagte er, Syrien kaufe keine Waffen in Westeuropa, der syrische Waffenlieferant sei vielmehr die Sowjetunion. Syrien beabsichtigt offenbar keine Gegenmaßnahmen auf die verhängten Sanktionen der EG-Regierungen, die ohnehin eher als eine Warnung an Syrien und als ein symbolischer Akt der Solidarität mit der Regierung in London verstanden worden waren." Vgl. den Artikel „Scharaa verspricht Unterstützung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. November 1986, S. 5.

24 Zum Prozeß gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh vgl. Dok. 333 und Dok. 343.

25 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 330.

nur nukleare Lang- und Kurzstreckensysteme einzubeziehen. Auch chemische Waffen gehörten z. B. dazu. Auch sei es einfacher, die Verifikation im allgemeinen Rahmen sicherzustellen als nur in einem „Korridor". Ein entscheidender Punkt bleibe die konventionelle Stabilität, bei dem die Überlegenheit der SU offensichtlich sei. Auch Paris und Washington hätten sich dieser Einsicht nicht verschließen können. Jetzt müsse man den Bericht der Halifax-Gruppe[26] abwarten. Dann könne das Thema im Dezember im NATO-Rat[27] diskutiert werden.

e) US-Stützpunkte in Spanien[28]: *AM* erklärte, z. Z. befänden sich 8000 US-Soldaten in Spanien. Da Spanien sich offen zur NATO-Verteidigung bekannt habe, müsse man die US-Präsenz in Spanien adjustieren. Man dürfe nicht vergessen, daß das Stützpunkteabkommen mit den USA[29] seinerzeit von Franco abgeschlossen worden sei. Schon deshalb und wegen der starken anti-amerikanischen Ressentiments (Kuba, Puerto Rico) sei der Abbau der US-Präsenz wichtig. Die Mitwirkung in der NATO sei wegen der überwiegend europäischen Verteidungskomponente leichter in der spanischen Öffentlichkeit zu verkaufen. Das bedeute nicht, daß die spanische Regierung dem herrschenden Anti-Amerikanismus völlig nachgeben wolle. Aber man sage den USA seine Meinung offen.

Auf Frage BM erläutert AM Ordóñez, US-Truppen in Spanien könnten nicht ohne Billigung der spanischen Regierung außerhalb des NATO-Bereichs[30] (out of area) eingesetzt werden. Dies habe sich bei dem US-Angriff auf Libyen[31] gezeigt, als US-Flugzeuge aus diesem Grunde von GB aus starten mußten. *BM* bestätigt, auch wir dächten bei „out of area" ähnlich. Wir wüßten aber auch, daß wir unsere eigene Verteidigung ohne die USA nicht gewährleisten könnten.

5) Fortsetzung der Delegationsbesprechung unter Leitung der Regierungschefs

BK dankt eingangs spanischer Regierung für die freundliche Aufnahme. Die Gespräche der Regierungschefs hätten weitgehende Übereinstimmung gezeigt. Dies sei nicht selbstverständlich, zeige aber die guten Zukunftschancen der deutsch-spanischen Freundschaft. Hinweis auf besondere Beziehungen D/F. Aber auch für Intensivierung der Beziehungen zu Spanien gebe es gute Aus-

26 Zum Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 347.

27 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

28 Zu den amerikanisch-spanischen Verhandlungen über eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Spanien vgl. Dok. 296, Anm. 14.
Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 6. Dezember 1986, daß auch die Verhandlungsrunde am 1./2. Dezember „keine substantielle Annäherung der Standpunkte ergeben" habe: „Allmählich kommen beide Seiten unter Zeitdruck. Nach dem Übereinkommen von 1983 muß die SPA Seite bis Nov[ember] 87 mitteilen, daß sie nicht beabsichtigt, das Abkommen fortzusetzen, wenn sie eine automatische Verlängerung vermeiden will." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1110; Referat 201, Bd. 143362.

29 Am 26. September 1953 unterzeichneten Spanien und die USA ein Verteidigungsabkommen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 207, S. 84–92.
Ferner schlossen Spanien und die USA am 2. Juli 1982 einen Abkommen über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1322, S. 138–384.

30 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

31 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

sichten auf Grund der zahlreichen kulturellen Bindungen und der gegenseitigen Sympathie der Bevölkerung.

Der Ausbau dieser Beziehungen müsse

– bilateral,

– in der Gemeinschaft und

– in anderen Teilen der Welt, z. B. in Lateinamerika, verstärkt werden.

Beide *AM* gaben sodann einen Überblick über den bisherigen Stand der Delegationsgespräche.

BK erläuterte, er habe mit MP González über die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen gesprochen. Es liege im bilateralen Interesse, daß die Beziehungen zwischen den einzelnen Unternehmen sich enger gestalten. Spanien gehöre in Europa zu den Ländern mit einer dynamischen Zukunft. Dies sei auch in Deutschland nach dem Zusammenbruch so gewesen. Damals hätten wir unsere Chance im offenen Handel – ohne Protektionismus – gesehen. Nach der Stagnation der Franco-Zeit zeige sich nunmehr die große Innovationsfähigkeit der spanischen Volkswirtschaft. Er sei sicher, daß Spanien die bestehenden Rückstände schnell aufholen werde.

Darin lägen unsere Interessen gleich. Er habe mit MP González vereinbart, BDI und DIHT sollten im nächsten Jahr ihre spanischen Korrespondenz-Institutionen einladen, um einen stärkeren Investitionszustrom aus D zu bewirken. Beide Regierungschefs seien zur Übernahme der Schirmherrschaft sowie Teilnahme an gemeinsamer Veranstaltung bereit. Dies sei bilateral gut, ebenso für die EG.

MP *González* bestätigte dies. Er habe mit BK vier Fragen erörtert:

– spanische Unternehmen zu verstärkter Kooperation mit deutschen Unternehmen und zu größerer Risiko-Bereitschaft in Europa zu ermuntern;

– spanisches Defizit beim Airbus-Engagement. Der spanische Kapitalbeitrag sei höher als der technische Anteil. Man werde den Meinungsaustausch fortsetzen, wie dies ausgeglichen werden könne (vor allem mit deutschem Know-how);

– den spanischen Einfluß in Lateinamerika zu nutzen und die demokratischen Bemühungen in der Region zu stärken;

– die Lage in Chile sowie Möglichkeiten, die weitere Entwicklung in Chile im europäischen Sinne zu beeinflussen.

Ferner wies MP González auf die Bedeutung von Expo 92 (Sevilla[32] und Barcelona[33]) für Spanien vor dem Hintergrund der 500-Jahrfeier zur Entdeckung Amerikas hin. Angesichts der weltweit zu erwartenden Resonanz sei eine deutsche Beteiligung erwünscht.

BK versicherte, die deutsche Seite werde sich im vollen Bewußtsein der Bedeutung beteiligen.

32 Die Expo 92 fand vom 20. April bis 12. Oktober 1992 in Sevilla statt.

33 In Barcelona wurden vom 25. Juli bis 9. August 1992 die XXV. Olympischen Sommerspiele abgehalten.

MP erläuterte, diese Veranstaltung biete auch einen guten Anlaß für Untersuchungen der Europäer, wie man Lateinamerika stärker einbinden könne. Das Treffen solle zu einem Symbol der Begegnung zwischen Alter und Neuer Welt werden und neue Akzente setzen. Deutsche Beteiligung sei wichtig, um sozioökonomische Entwicklung in Lateinamerika in die richtige Richtung zu lenken.

BK versicherte, er werde helfen. Sevilla sei wichtig. Er habe den Eindruck, Afrika sei in den letzten Jahren immer näher an Europa gerückt. Das sei erklärlich, weil viele europäische Länder noch heute dort koloniale oder mindestens „Patronats-" Beziehungen unterhalten. Aber Afrika sei nicht der einzige Kontinent. Im 21. Jahrhundert würden sich die großen Weichenstellungen eher in Asien und Lateinamerika vollziehen. Daher müsse Europa diese Bindungen pflegen. Der Anstoß hierzu kam aus Portugal und Spanien. Dies müsse bei Expo 92 in Sevilla deutlich werden.

Referat 203, Bd. 150998

333

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff

310-530-00 SB/SYR VS-NfD **20. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte, die vorgeschlagene Haltung gegenüber Syrien zu billigen

Betr.: Beziehungen zu Syrien;
hier: Mögliche Reaktionen auf das Urteil im Strafverfahren gegen Ahmed Hasi und Faruk Salameh

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 3 vom 3.11.1986,
310-321.00 SYR VS-NfD[4]

Anlg.: 6[5]

I. 1) Am 17.11.1986 begann vor dem Landgericht Berlin das Strafverfahren gegen die Jordanier Ahmed Nawaf Mansour Hasi und Faruk Hassan Salameh wegen

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter und Legationsrat I. Klasse Much konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. November 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 25. November 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 23. Dezember 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 310 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 23. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Much am 29. Dezember 1986 erneut vorgelegen.

4 Mit Blick auf die Rolle Syriens im internationalen Terrorismus legte Ministerialdirektor Sudhoff bereits durchgeführte oder noch mögliche Maßnahmen der Bundesregierung gegen Syrien dar. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 149699.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 12, 27, 28, 30 und 35.

des Verdachts, am 29.3.1986 einen Bombenanschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft e. V. verübt zu haben.[6]

Das Urteil könnte, falls die Angeklagten weiter geständig sind, bereits zwischen dem 24.11. und 1.12.1986 gesprochen werden.

Durch die Aussagen der Angeklagten vor den Ermittlungsbehörden wurde die syrische Botschaft in Berlin (Ost) belastet. So soll u. a.

– der zur Tat verwendete Sprengstoff auf diplomatischem Wege von Syrien zur syrischen Botschaft in Berlin (Ost) gebracht worden sein;
– „Abu Ahmed" (= Haitham Said, Oberst im Geheimdienst der syrischen Luftwaffe) die Kofferbombe den Angeklagten in der syrischen Botschaft übergeben haben.

Die Angeklagten belasteten ebenfalls den wegen eines syrisch unterstützten Anschlagversuches in London verurteilten Nezar Hindawi[7] (Bruder von Hasi), der in verschiedener Weise die Tatdurchführung vorbereitet haben soll:

– Hindawi soll Salameh in Syrien mit „Abu Ahmed" zusammengebracht haben;
– er soll, nachdem der Zündmechanismus der Kofferbombe zweimal versagt hatte, einen Experten aus Syrien geschickt haben, der den Mechanismus funktionstüchtig gemacht habe.

Diese Aussagen hat sich die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift zueigen gemacht. Zusätzliche Beweismittel oder nachrichtendienstliche Erkenntnisse hinsichtlich einer offiziellen syrischen Verwicklung liegen nicht vor.[8] Die Beweislage stützt sich insoweit also nur auf die Geständnisse der Angeklagten, deren Motivation undurchsichtig ist.

Die Beweislage ist somit erheblich dünner als diejenige, die zum Abbruch der britisch-syrischen Beziehungen führte: Dort ergaben gerichtliche Beweiswürdigung und langfristig gewonnene nachrichtendienstliche Erkenntnisse ein überzeugendes Gesamtbild (vgl. III, 3 a).

Syrien (vgl. Interview von Vizepräsident Khaddam in der Welt[9]) leugnet jegliche Verwicklung und erklärt Hasi, ebenso wie seinen Bruder Hindawi, zu einem israelischen Agenten.[10]

2) Das Landgericht Berlin könnte sich, falls es Hasi und Salameh verurteilt, wie folgt zur Verwicklung syrischer Stellen äußern:

a) Es könnte die Aspekte der Tatvorbereitung, in denen die Angeklagten syrische staatliche Stellen (Geheimdienst und/oder Botschaft) belasten, als unerheblich für die Entscheidung erachten und diese Aspekte entweder gar nicht oder nur als unbewertete Einlassungen der Angeklagten oder als unbewiesenen Vortrag der Staatsanwaltschaft im Urteil erwähnen.

6 Zu dem Anschlag vgl. Dok. 92, Anm. 5.

7 Zum Fall Hindawi vgl. Dok. 307, Anm. 9.

8 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Siehe aber n[achrichten]d[ienstliche] Erkenntnisse zum Hindawi-Fall. FS BND liegt vor."

9 Zu den Äußerungen des syrischen Vizepräsidenten Khaddam vgl. den Artikel „Damaskus schließt eine Krise mit Europa wegen des Terrorismus aus"; DIE WELT vom 18. November 1986, S. 5.

10 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Syrien macht es sich zu einfach (vgl. Assad-Rede)."

b) Das Landgericht könnte im Urteil die Beteiligung des syrischen Geheimdienstes als erwiesen feststellen, die Botschaftsbeteiligung aber nicht feststellen.[11]

c) Das Landgericht könnte feststellen, daß diese Beteiligung des Geheimdienstes die syrische Botschaft in Berlin (Ost) einbezogen hat.

3) Im Falle 2a) besteht keine zwingende Notwendigkeit, gegen syrische Stellen (diplomatische und/oder Luftverkehrsvertretung) in der Bundesrepublik vorzugehen. Wohl aber sollten stringentere Sicherheitsmaßnahmen geprüft und eine öffentliche Erklärung vorgesehen werden (Anlage 2[12]).

Die folgenden Ausführungen gelten folglich nur für die Alternativen 2b) und c).

4) Zur Sicherheitslage für deutsche Einrichtungen, insbes. im Libanon, nach Verkündung eines Syrien belastenden Urteils hat Abteilung 1 eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt.[13]

II. 1) Für unsere Beziehungen zu Syrien ist folgendes maßgeblich:

a) Im Einklang mit unseren westlichen Partnern wollen wir die diplomatischen Gesprächskanäle zu Syrien offenhalten. Syrien spielt im Nahost-Konflikt und im Libanon eine wichtige Rolle. Eine Isolierung würde Syrien noch stärker in die Arme der Sowjetunion treiben.

Haltung der USA zur Frage „Offenhaltung der Drähte zu Damaskus“:

Auch die USA haben bei der Verkündung ihrer Maßnahmen gegen Syrien[14] ausdrücklich erklärt, daß sie die diplomatischen Kanäle zu Damaskus offenhalten

11 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat Bitterlich handschriftlich: „So Tendenz des Gerichts (s[iehe] D[irektoren]-Runde 21.11.).“

12 Dem Vorgang beigefügt. Anlage 2 war der Entwurf des Referats 310 vom 20. November 1986 einer Presseerklärung für den Fall eines Urteils des Landgerichts Berlin, das die Aussagen der Angeklagten hinsichtlich der Verwicklung syrischer Stellen in den Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft am 29. März 1986 in Berlin (West) als nicht entscheidungserheblich ansah. In einem solchen Fall sollte erklärt werden: „Die Bundesregierung verfügt über keine zusätzlichen Erkenntnisse, die die Verwicklung syrischer Stellen beweisen. Der Verdacht auf Involvierung syrischer Stellen steht somit noch im Raum; er ist aber nicht stark genug, um Maßnahmen gegen Syrien zu ergreifen. Die Bundesregierung ist nicht gewillt, an Staaten geringere Maßstäbe anzulegen als an Einzelpersonen. Die Bundesregierung wird allerdings auf diplomatischem Wege Syrien und der Deutschen Demokratischen Republik als Gastland der verdächtigen syrischen Botschaft das Urteil vorgelegen und um Stellungnahme […] bitten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149721.

13 Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 17. November 1986, nach Warnungen des Leiters der „Informationsstelle Palästina“, Frangi, vor einer möglichen Gefährdung deutscher Staatsangehöriger im Libanon infolge des Verfahrens gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh sei das Bundesministerium des Innern gebeten worden, „den Hinweis Frangis in die gegenwärtigen Überlegungen über die Sicherheit der Botschaftsbediensteten in Beirut einzubeziehen. Der Botschaft Beirut wurde ebenfalls am 14.11. fernmündlich empfohlen, daß die noch in West-Beirut befindlichen entsandten Bediensteten vorübergehend in der Kanzlei Wohnung nehmen. […] Botschaft Beirut wurde ferner gebeten, die noch in Beirut verbleibenden Deutschen entsprechend zu warnen. Bereits am 11.11. hat Referat 310 sämtliche Botschaften im Zuständigkeitsbereit der Referate 310/311 über Prozeßbeginn und -dauer unterrichtet.“ Vgl. Referat 515, Bd. 195697.

14 Präsident Reagan ordnete am 14. November 1986 folgende Maßnahmen gegen Syrien an: 1) Verschärfung der bereits seit 1979 bestehenden Exportkontrollen für Güter, die als wichtig für die nationale Sicherheit eingestuft waren; 2) Beendigung der Programme der amerikanischen Export-Importbank für Syrien; 3) Beendigung des amerikanisch-syrischen Luftfahrtabkommens vom 28. April 1947 und Verbot des Verkaufs von Flugtickets für die Syrian Arab Airlines in den USA; 4) Mitteilung an amerikanische Ölgesellschaften, daß ihre Tätigkeit in Syrien als nicht mehr angemessen angesehen werde; 5) restriktivere Handhabung syrischer Visaanträge auf Visa; 6) Reduzierung des Stabs der amerikanischen Botschaft in Damaskus und Aussetzung hochrangiger Besuche. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1551 f.
Botschafter van Well, Washington, führte dazu am 17. November 1986 aus: „Bei der Bewertung

wollen. Washington hat daher auch bei den Verbündeten keinen Abbruch der Beziehungen angeregt und sich darauf beschränkt, seinen Botschafter[15] aus Damaskus zurückzurufen.

b) Die syrischen Reaktionen auf die im Hindawi-Fall beschlossenen Maßnahmen, aber auch auf den US-Angriff auf Libyen[16] zeigen, daß Syrien in gewissem Maße politisch beeinflußbar ist. Es ist auf seinen Ruf in Europa bedacht und war jüngstens bemüht, sich beim Westen durch sehr gemäßigte Erklärungen und durch Hilfe bei Geiselfreilassungen[17] in ein vorteilhafteres Licht zu rücken.

Es ist aber auch nicht völlig auszuschließen, daß ein in die Ecke getriebenes Syrien gezielt gegen deutsche Staatsangehörige und deutsche Interessen vorgehen könnte.

2) Am 29.10.1986 hat das Bundeskabinett bereits folgende Maßnahmen beschlossen:

a) Angesichts des Berliner Prozesses bleibt die Neubesetzung des Botschafterpostens in Damaskus vorbehalten (Botschafter Wöckel hat Damaskus am 16.11. 1986 verlassen).

b) Der Export von Waffen nach Syrien wird nicht genehmigt. Dieser Beschluß bestätigte die faktisch schon vorhandene Situation.

c) Verschiebung hochrangiger Besuche. Dies betraf AM Scharaa, Tourismusminister Daker und Vize-Planungsminister Merei.

d) Überprüfung der syrischen Botschaft und der Sicherheitsvorkehrungen hinsichtlich der „Syrian Arab Airlines".

e) In zwei FZ-Projekten wird die KfW den Darlehensvertrag einstweilen nicht zeichnen („Warenhilfe V" DM 55,9 Mio.; „Ölextraktionsanlagen" DM 14,7 Mio.).

Am 27.10.1986 (AM-Treffen in Luxemburg[18]) wurde vereinbart, in Damaskus zu demarchieren und den europäischen Standpunkt im Fall Hindawi vorzutra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1712

der amerikanischen Maßnahmen fällt auf, daß sie wesentlich milder ausgefallen sind als die Maßnahmen gegenüber Libyen. Sie wurden auch nicht von entsprechend scharfen Verurteilungen durch Administration und Medien begleitet wie im Falle Libyens." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4924; Referat 310, Bd. 149721.

15 Williams Lester Eagleton Jr.

16 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.
Zur syrischen Reaktion teilte Botschafter Wöckel, Damaskus, am 21. April 1986 mit: „Die syrischen Verlautbarungen waren an anti-amerikanischer Schärfe nicht zu überbieten. Die Außenminister Irans, Libyens und Syriens haben sogar gemeinsam zum Abbruch aller, auch der diplomatischen, Beziehungen zu den USA aufgefordert. In Wirklichkeit hat Syrien jedoch bisher nichts gegen die USA unternommen. Es fand nicht einmal eine der sonst üblichen ‚spontanen' Demonstrationen vor der amerikanischen Botschaft statt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 245; Referat 310, Bd. 149703.

17 Botschafter Wöckel, Damaskus, berichtete am 11. November 1986: „Nach hier umlaufenden Meldungen sollen dem französischen Botschafter in Damaskus heute zwei französische Geiseln aus dem Libanon durch die syrischen Behörden übergeben werden. Wertung: Die Freilassung der Geiseln dürfte Syrien sehr gelegen kommen, wenn es nicht sogar federführend bei der Freilassung mitgewirkt hat. Syrien kann damit unmittelbar nach den gestrigen Beschlüssen des Ministerrates der EG beweisen, daß im Nahen Osten keine Lösungen ohne seine Mitwirkung gefunden werden können. Wie ich zuverlässig erfuhr, soll es vor wenigen Tagen zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Syrien und dem Iran gekommen sein, weil die amerikanische Geisel Jacobson entlassen wurde, ohne daß eine syrische Rolle bei der Freilassung offenkundig wurde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 801; Referat 310, Bd. 149719.

18 Zu den Beschlüssen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 307, Anm. 17.

gen. Es wurde auch der Grundsatz bekräftigt, wegen terroristischer Verwicklung ausgewiesene Diplomaten nicht zu akzeptieren.

Am 10.11.1986 beschlossen die AM in London[19] vier Maßnahmen, die den oben geschilderten Maßnahmen b), c) und d) entsprechen.

III. Zu den möglichen Maßnahmen:

1) Maßnahmen wären zusätzlich zu den bereits getroffenen denkbar in den Bereichen

– diplomatische Vertretungen,
– Wirtschaftsmaßnahmen (Finanzhilfe, Ausfuhrbürgschaften),
– militärische Ausbildungshilfe,
– Sichtvermerkswesen.

2) Grundsatz für eventuelle Maßnahmen sollte sein:

a) daß sie in Bereichen erfolgen, die für die syrische Regierung und die ihr nachgeordneten Behörden, nicht aber für die Bevölkerung sensitiv sind. Maßnahmen sollten daher im Kulturbereich ganz unterbleiben, im EZ-Bereich sorgfältig geprüft werden;

b) daß die bilateralen politischen Beziehungen angesichts des Öffentlichkeitsdrucks (Presse, Opposition) sichtbar eingeschränkt werden (s. u. Ziffer 3a), aber aufrechterhalten bleiben;

c) daß wir an unserer generellen Ablehnung von Wirtschaftssanktionen festhalten. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit im Ölförderungssektor (recht beträchtliches Engagement der Fa. DEMINEX).

3) Im einzelnen zu möglichen Maßnahmen:

Unterfall 2c): Festgestellte Involvierung der Botschaft in Berlin (Ost) als schwerstwiegende Alternative.

A. Diplomatische Maßnahmen

a) Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen wird nicht vorgeschlagen.

Politische Begründung:

Wir brauchen Syrien als Gesprächspartner im Nahen Osten. In der Region läuft nichts ohne oder gegen Syrien. Dies gilt auch und gerade beim Thema Terrorismus. Ohne das politische Gespräch ist kein Sachgespräch mit Syrien zum Thema Terrorismusbekämpfung denkbar.

Sachliche Begründung:

– Anders als in London ist beim Attentat in Berlin nicht die bei uns akkreditierte Botschaft Syriens involviert, sondern eine Botschaft außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland.
– Anders als in London wird in Berlin keine persönliche Verwicklung des Ost-Berliner Botschafters[20] behauptet.

19 Zu den Beschlüssen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 323, Anm. 11.
20 Feisal Sammak.

– Anders als in London gibt es beim Berliner Fall nur die Aussagen der Angeklagten über die behauptete Involvierung der Ost-Berliner Botschaft, nicht aber sonstige Beweise.

Im Londoner Verfahren war erwiesen und von Syrien zugestanden, daß Hindawi

– einen syrischen Dienstpaß besaß und dank offiziellem Empfehlungsschreiben ein Visum erhielt;
– Kontakt zum syrischen Botschafter[21] hatte;
– vor der Tat als Crew-Mitglied der Syrian Air angegeben wurde und Unterkunft erhielt;
– nach der Tat im Haus eines Botschaftsmitglieds versteckt wurde.

Zusätzlich hatte Großbritannien schon vor der Tat langfristig Personen observiert und Gespräche abgehört.

b) Absenkung der diplomatischen Vertretungen in Damaskus und Bonn auf Geschäftsträgerebene erscheint angebracht und angemessen.

Politische Begründung:

Syrische Regierung veranlaßt oder läßt zu oder muß sich zurechnen lassen, daß ihre Botschaft in einem Drittland dazu benutzt wird, Terroranschlag auf deutschem Hoheitsgebiet zu verüben. Dies ist ein gravierender Verstoß gegen das Völkerrecht und verletzt in erheblicher Weise das bilaterale Verhältnis. Dies rechtfertigt, diplomatische Beziehungen ohne Botschafter weiterzuführen.

Der politische Dialog wird zwar auf niedrigerer Stufe, aber in der Sache doch weitergeführt werden können.

Praktische Konsequenzen:

– für Syrien:

  Es muß seinen Botschafter[22] abziehen und Geschäftsträger bestellen. Technisch gesehen: Keine Erklärung des Botschafters zu Persona non grata, sondern Aufforderung unsererseits an Syrien, Beziehungen beiderseits auf Geschäftsträgerebene fortzuführen und entsprechende personelle Konsequenzen zu ziehen.

– für uns:

  Keine Neubestellung eines deutschen Botschafters in Damaskus.

c) Keine Reduzierung der Zahl der syrischen Diplomaten in Bonn. Wir haben kein Interesse, unsere Präsenz in Damaskus zu reduzieren. Gegenwärtig annähernd Parität: zehn Diplomaten zur Diplomatenliste in Damaskus angemeldet, zwölf in Bonn.

d) Schließung des syrischen Militärbüros erscheint angemessen. Gegenwärtiges Verhältnis: vier in Bonn, zwei in Damaskus. Dabei geht uns der „Horchposten“ Damaskus verloren, der auch für Jordanien und Libanon zuständig ist. Eine völlige Schließung hat jedoch hohen Signalwert. Unser Militärattachéstab kann nach Amman verlagert werden. Alternative: Reduzierung des syrischen Stabes hier um die Hälfte.

21 Loutof Haydar.
22 Shtewi Seifou.

e) Keine Veränderung beim verwaltungstechnischen und Hauspersonal. Gegenwärtiges Verhältnis: 22:17 für Syrien. Ggfs. könnte man hier auf Parität auf unserem, niedrigerem Niveau bestehen.

f) Eine generelle Reisebeschränkung für syrische Diplomaten, so wie wir sie gegenüber Libyen, SU und VR China praktizieren, sollte nicht verfügt werden. In Syrien gibt es aus früherer Zeit eine Reisebeschränkung, die jedoch de facto nicht praktiziert wird. Die zu erwartende Retorsion würde die Arbeit unserer Botschaft behindern. Nach Auskunft der Innenbehörden hat die syrische Botschaft nicht gegen das WÜD[23] verstoßen.

B. Keine EZ-Neuzusagen

EZ-Regierungsverhandlungen sind nicht geplant; die EZ-Rahmenplanung 1987 enthält keine Ansätze für Syrien.

Seit 1981 gab es – mit geringen Ausnahmen in der TZ – keine Neuzusagen, seit 1984 jedoch schrittweise Freigabe von Altzusagen (insg. 171,7 Mio. DM). In den daraus gespeisten Finanzierungsprojekten „Warenhilfe V“ (DM 55,9 Mio.) und „Ölextraktionsanlagen“ (DM 14,7 Mio.) werden gemäß Beschluß vom 29.10. keine Darlehensverträge abgeschlossen; andere, schon begonnene FZ-Projekte laufen weiter.

Die Altzusagen sind – bis auf die für das Gasturbinenwerk Swedijeh reservierten Mittel (FZ: DM 75,5 Mio. FK[24]: DM 35,0 Mio.) – erschöpft. Falls Fa. AEG den Zuschlag für Swedijeh nicht erhält, was durchaus möglich ist[25], sollten die FZ-Mittel nicht reprogrammiert werden.

C. Keine militärische Ausbildungshilfe

Die Maßnahme knüpft an das Genehmigungsverbot für Waffenexporte an.

Im Rahmen der von uns durchgeführten Ausbildung syrischer Sanitätsoffiziere wäre für zwei weitere Offiziere Januar 1987 der Beginn ihres Ausbildungsprogramms. Die Botschaft Damaskus wurde jedoch am 3.11.1986 angewiesen, dieses Programmangebot zunächst „auf Eis“ zu legen.[26] Die Bundesregierung könnte erklären, daß das Angebot zurückgezogen wird. Das für einen Offizier laufende Programm würde zu Ende geführt werden.

23 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

24 Finanzkredit.

25 Angestellter Dilger, Damaskus, informierte am 2. Dezember 1986: „Generaldirektor des Public Establishment for Electricity hat mich gestern unterrichtet, daß Syrien am 27.11.1986 mit dem japanischen Unternehmen C. Itoh den Vertrag über die Errichtung des Turbinenkraftwerks Swedijeh unterzeichnet habe. Die Firma General Electric (USA), die ursprünglich als Partner des Konsortiums angeboten hat, ist jetzt nur noch als Unterlieferant tätig. Japan hat die Finanzierung des Projektes garantiert. Wie mir von anderer Seite berichtet wurde, sei der Termin zur Unterzeichnung für die Japaner überraschend am späten Abend des 26.11.1986 nach der Urteilsverkündung im Prozeß gegen Hasi und Salameh festgesetzt worden. Der japanische Botschafter sieht jedoch weiterhin Schwierigkeiten, da, wie er sagte, nicht geklärt sei, ob die amerikanischen Behörden dem Export der General Electric-Turbinen nach Syrien zustimmen. Andererseits seien die Syrer nicht bereit, in Japan gefertigte Turbinen der Firma Hitachi zu akzeptieren. Der Vertreter der Firma AEG, mit dem ich gestern gesprochen habe, glaubt deswegen, daß die Angelegenheit noch nicht endgültig entschieden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 858; Referat 310, Bd. 149712.

26 Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 3460 des Bundesministeriums der Verteidigung; Referat 310, Bd. 149706.

D. Überprüfung der Sichtvermerksvorschriften

Beim Londoner EPZ-MT (10.11.1986) war die AG Terrorismus beauftragt worden, die Visaerteilung an Inhaber syrischer Dienstpässe zu überprüfen, da diese Pässe nach syrischen Angaben routinemäßig auch an Nicht-Syrer und auf falsche Namen ausgestellt werden. Diese Überprüfung könnte parallel auch als nationale Maßnahme durchgeführt werden.

Für die generelle Verschärfung der Sichtvermerksvorschriften für Syrer im Sinne ihrer Angleichung an die für Libyer gültigen besteht unter Sicherheitsaspekten kein Bedarf. Schon jetzt sind die SV-Bestimmungen für Syrer strenger als für alle anderen Araber.

E. Abgabe einer Erklärung, in der die Maßnahmen angekündigt werden, Syrien indirekt verurteilt und die Hoffnung auf gedeihlichere zukünftige Beziehungen geäußert wird (s. Anlage 1[27]).

F. Nicht empfehlenswert sind weitere Maßnahmen im Wirtschaftsbereich, einschließlich der Luftverkehrsbeziehungen, der Ausfuhrbürgschaftspolitik und des Tourismus.

Wirtschaftssanktionen sind kein geeignetes Mittel zur politischen Einflußnahme. Im Bereich des Luftverkehrs würden uns syrische Retorsionsmaßnahmen stärker treffen (s. Anlage 3[28]). Im Bereich der Ausfuhrbürgschaften gibt es lediglich zwei Ausnahmetatbestände zur ansonsten bestehenden Deckungssperre; der Wegfall der Ausnahmetatbestände würde insbes. deutsche Baufirmen (Dyckerhoff) treffen. Über die von GB und von der EGK angekündigten Maßnahmen im EG-Bereich (Stillstand der Verhandlungen über 3. Finanzprotokoll[29]) sollten wir nicht hinausgehen.

27 Dem Vorgang beigefügt. Anlage 1 vom 20. November 1986 war der Entwurf des Referats 310 einer Presseerklärung für den Fall einer vom Landgericht Berlin festgestellten Verwicklung der syrischen Botschaft in Ost-Berlin in den Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft am 29. März 1986 in Berlin (West). Nach Ankündigung der gegen Syrien beschlossenen Maßnahmen sollte erklärt werden: „Diese Maßnahmen gelten nicht dem befreundeten syrischen Volk, sondern richten sich an die syrische Regierung. Die Bundesregierung appelliert an die syrische Regierung, ihre verbale Verurteilung des internationalen Terrorismus in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Insbesondere wird Syrien aufgefordert, jegliche Unterstützung für Gruppen und Personen einzustellen, die eindeutig in terroristische Gewalttaten verwickelt sind, und ihnen keine Erleichterungen zu gewähren.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149721.
Anlage 1a) vom 21. November 1986 war der Entwurf des Referats 310 einer Erklärung für den Fall einer gerichtlich festgestellten Verwicklung des syrischen Geheimdienstes in den Anschlag, die einen wortgleichen Appell an die syrische Regierung enthielt, allerdings ohne den vorangestellten Satz über die Freundschaft zum syrischen Volk. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 149721.

28 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich handschriftlich eingefügt: „(etwa 100 LH-Überflüge über Syrien wöchentlich).“
Dem Vorgang beigefügt. Anlage 3 enthielt eine Darstellung der Luftverkehrsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Syrien. Zwischen der Lufthansa und der Syrian Arab Airlines (SAA) bestehe ein Wartungsvertrag. Ein zwischen beiden Staaten unterzeichnetes Luftverkehrsabkommen vom 9. Dezember 1977 sei „noch nicht verabschiedet, wird aber aufgrund einer Vereinbarung der obersten Luftfahrtbehörden beider Länder bereits vorläufig angewendet. Das BMV wird das Gesetzgebungsverfahren einstweilen nicht weiter betreiben. […] Abgesehen vom Wartungsvertrag LH/SAA ist zu bedenken, daß eventuelle Restriktionen (und Retorsionen) die LH stärker treffen würden als die SAA. LH hat den größeren Marktanteil und ist vergleichsweise stärker auf die Gewährung von Überflugrechten angewiesen.“ Vgl. die nicht gezeichnete und undatierte Aufzeichnung; Referat 310, Bd. 149721.

29 Referat 411 erläuterte am 6. November 1986: „Mit Syrien war – wie mit den übrigen Mittelmeerländern – ein 2. Finanzprotokoll in Kraft, das Ende Oktober ausgelaufen ist. Das Volumen für Sy-

G. Unsere kulturelle Präsenz in Syrien sollte aufrechterhalten bleiben (s. Anlage 4[30]).

Unterfall 2b): Festgestellte Involvierung des Geheimdienstes ohne Feststellung zur Beteiligung der Botschaft.

Die Involvierung des syrischen Geheimdienstes in Anschläge auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat einen Vorgänger:

Am 17.3.1981 ermordeten syrische Staatsangehörige in Aachen die Frau eines Regimekritikers.[31] Die Täter waren mit Sichtvermerken eingereist, die aufgrund von Empfehlungsschreiben des syrischen Außenministeriums erteilt worden waren.

Hierauf ist wie folgt reagiert worden:

– Einstellung der Sichtvermerks-Soforterteilung;
– Einstellung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit;
– Presseerklärung des AA-Sprechers nach Gespräch des Staatssekretärs mit syrischem Botschafter.[32]

In der Öffentlichkeit wird angesichts des hohen Erwartungshorizonts nach dem Hindawi-Fall und der britischen Reaktion hierauf der sachliche Unterschied zwischen Unterfall 2b) und c) verwischt und kaum differenziert betrachtet werden. Gleichwohl sollten wir im Unterfall 2b) eine abgestufte und reduzierte Antwort vorsehen:

Vorschlag:

– Kein Abbruch der diplomatischen Beziehungen;

Fortsetzung Fußnote von Seite 1717

rien beträgt 97 Mio. ECU. Die Gemeinschaft muß daher mit den Mittelmeerländern neue Finanzprotokolle abschließen. Die EGK hat hierfür bezüglich des finanziellen Volumens noch keine Vorschläge vorgelegt." Die Verhinderung eines 3. Finanzprotokolls sei möglich: „Abschluß bedarf Einstimmigkeit im EG-Rat, d. h., jeder Mitgliedstaat hat Vetorecht, Veto wurde von GB bereits angekündigt." Vgl. Referat 413, Bd. 144901.

30 Dem Vorgang beigefügt. Zu den in Syrien bestehenden kulturellen Einrichtungen aus der Bundesrepublik – dem Goethe-Institut und einer Dienststelle des Deutschen Archäologischen Instituts – legte Referat 600 am 20. November 1986 dar: „Beide Einrichtungen sind gut eingeführt, werden engagiert und in enger Zusammenarbeit mit syrischen Partnern geleitet und genießen hohes Ansehen. […] Wie das Beispiel Großbritanniens zeigt, würde ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen die sofortige Schließung auch der kulturellen deutschen Einrichtungen durch Syrien zur Folge haben. Nebenfolge: Die DDR bliebe mit ihrem Kulturinstitut auch kulturell Platzhalter. […] Alle Maßnahmen unsererseits, die unterhalb des Abbruchs der Beziehungen bleiben, würden sich dagegen aller Voraussicht nach nicht nachteilig auf die Arbeit der beiden Institutionen auswirken. Eine Gefährdung der Institutionen und/oder ihres Personals infolge solcher Maßnahmen erscheint angesichts der in Syrien herrschenden Verhältnisse eher unwahrscheinlich." Vgl. Referat 310, Bd. 149721.

31 Ministerialdirigent Petersen notierte am 1. April 1981, daß der syrische Exilpolitiker al-Attar am 23. Dezember 1980 „wegen seiner politischen Tätigkeit (u. a. wiederholter Aufruf zum Sturz der syrischen Regierung) nach Abstimmung AA-BMI von der zuständigen Behörde in Aachen verwarnt worden" sei. Petersen wies darauf hin, daß al-Attars Ehefrau am 17. März 1981 bei einem Anschlag ermordet worden sei, der nach bisherigen Ermittlungen ihrem Ehemann, dem Direktor des Islamischen Zentrums Aachen und Führungsmitglied der Moslembruderschaft, gegolten habe. Die bisherigen Ermittlungen ließen „mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit vermuten, daß die syrische Regierung selbst in den Fall verwickelt ist". Vgl. Referat 310, Bd. 135698.

32 Der syrische Botschafter Atassi wurde am 15. April 1981 durch Staatssekretär van Well einbestellt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 45 des Ministerialdirigenten Petersen vom selben Tag an die Botschaft in Damaskus; Referat 310, Bd. 135698.
Für die undatierte Presseerklärung über das Gespräch vgl. Referat 310, Bd. 135698.

– keine Absenkung auf Geschäftsträgerebene, aber auch vorläufig keine Neuentsendung eines deutschen Botschafters nach Damaskus;
– keine Reduzierung der Zahl der syrischen Diplomaten in Bonn;
– Schließung des syrischen Militärbüros in Bonn und Abzug unseres MilAtt-Stabes aus Damaskus mit Verlagerung nach Amman;
– Verlangen nach Abzug der für den Geheimdienst in der syrischen Botschaft in Bonn zuständigen Mitarbeiter;
– keine Veränderung bei verwaltungstechnischem und Hauspersonal;
– keine generelle Reisebeschränkung für syrische Diplomaten;
– weitere Maßnahmen, wie 3) b bis g.

IV. 1) Unmittelbar nach Urteilsverkündung sollten wir unsere EPZ-Partner, die USA, Kanada und Japan über das Ergebnis des Verfahrens und über unsere Maßnahmen unterrichten:

a) Gerichtliche Feststellungen (mündliche Urteilsbegründung) im Berliner Prozeß, Beschuldigungen der Angeklagten gegen syrische Stellen, insbes. syrische Botschaft in Berlin (Ost).

b) Bundesregierung verfügt nicht über zusätzliches, Syrien belastendes Material, sondern stützt ihre Reaktion gegenüber Syrien auf Berliner Richterspruch, den sie zu respektieren hat. Vollständiger Wortlaut des Urteils wird Partnern übermittelt werden.

c) Angesichts der Tatsache, daß Berliner Richter die Verwicklung syrischer Stellen als erwiesen ansehen, ergriff die Bundesregierung folgende Maßnahmen: (auflisten).

d) In ihrer Erklärung brachte die Bundesregierung ihr Interesse an konstruktiven Beziehungen zu allen Staaten des Nahen Ostens, einschließlich Syriens, deutlich zum Ausdruck.

e) Bundesregierung wäre dankbar, wenn Partnerregierungen möglichst umgehend

– Verständnis für unsere Maßnahmen und für unsere Erklärung äußern;
– in allgemeiner Form Verurteilung des Terrorismus bekräftigen;
– die Regel, wonach in Terrorismus verstrickte Botschaftsmitglieder in Partnerländern nicht akzeptiert werden, auf die einschlägigen, von uns noch zu benennenden Mitglieder der syrischen Botschaft in Berlin (Ost) anwenden.

Hinsichtlich Buchstabe e) sollten wir unseren EPZ-Partnern vorschlagen, daß statt nationaler Erklärungen das PK am 25./26.11.1986[33] eine gemeinsame Er-

33 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte den Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten am 27. November 1986 zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in London mit: „Wir unterrichteten Partner über Stand und (kurz vor Ende der Sitzung am 26.11.) Ausgang des Prozesses gegen Hasi und Salameh. Wir betonten dabei, daß mögliche Schritte der Bundesregierung im Verhältnis zu Syrien von den Feststellungen des Gerichts über eine mögliche Verwicklung der syrischen Regierung abhingen. Vorbehaltlich dieser Feststellungen und einer Entscheidung der Bundesregierung komme in Betracht, daß wir Partnern die Abgabe einer Zwölfererklärung und einer Zwölferdemarche in Damaskus (vor allem Übergabe und Erläuterung einer solchen Erklärung) vorschlagen könnten. Wir würden solche Vorschläge per COREU übermitteln. Partner nahmen dies zustimmend zur Kenntnis. B (übt in Damaskus Präsidentschaft aus) erklärte sich grundsätzlich zur Durchführung einer Demarche bereit, wies aber zugleich auf die Schwierigkeiten

klärung abstimmt oder – je nach Datum der Urteilsverkündung – der Europäische Rat am 5./6.12.1986[34] eine EPZ-Erklärung mit obigen Elementen beschließt (s. Anlage 5[35]).

2) Unseren EPZ-Partnern sollten wir außerdem vorschlagen, daß die EPZ-Staaten, nachdem sie das Berliner Urteil zur Kenntnis genommen und gewürdigt haben, in Damaskus eine gemeinsame Demarche durchführen, in der der syrischen Regierung der europäische Standpunkt zur syrischen Verstrickung und zur Berechtigung unserer Maßnahmen dargelegt wird.

3) Unmittelbar nach Urteilsverkündung sollten wir die DDR bitten, angemessene Maßnahmen gegen die syrische Botschaft zu ergreifen. Insbesondere sollten wir die Ablösung etwaiger tathilfeverdächtiger syrischer Diplomaten fordern und darauf dringen, daß die DDR die syrische Botschaft hinreichend kontrolliert, um sicherzustellen, daß von der Botschaft keine terroristische Bedrohung für die Bundesrepublik Deutschland ausgehe.[36]

Das Urteil und, soweit vorhanden und vertretbar, zusätzliche Beweismittel müßten der DDR zu diesem Zweck zugänglich gemacht werden.

4) Die Vierergruppe sollte mit der Frage befaßt werden, ob ein Einreiseverbot für syrische Diplomaten aus Berlin (Ost) nach Berlin (West) erlassen werden kann. Die Umstände des Falles sprechen für eine solche Maßnahme.[37]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1719

hin, einen Konsens hierüber zu finden." Vgl. den Runderlaß Nr. 42/43/44; Referat 200, Bd. 134826.
Mit Fernschreiben Nr. 538 COREU vom 27. November 1986 informierte die Bundesregierung die EG-Mitgliedstaaten über das Urteil des Landgerichts Berlin vom Vortag, erläuterte die gegen Syrien vorgesehenen Maßnahmen und übermittelte den Entwurf einer Erklärung der EG-Mitgliedstaaten. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 149721.
Für den endgültigen Wortlaut der Erklärung, die von der britischen EG-Präsidentschaft am 29. November 1986 veröffentlicht wurde, vgl. BULLETIN DER EG 11/1986, S. 113.

34 Zur Erörterung des Themas Terrorismus auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 363, Anm. 26.

35 Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten Entwurf einer Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vgl. Referat 310, Bd. 149721.

36 Am 28. November 1986 fand ein Gespräch des Ministerialdirigenten Duisberg, Bundeskanzleramt, mit dem Gesandten an der Ständigen Vertretung der DDR, Glienke, über den Prozeß gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh vor dem Landgericht Berlin statt. Duisberg führte aus: „Die Bundesregierung sehe es als erwiesen an, daß die syrische Botschaft in Berlin (Ost) in den Sprengstoffanschlag verwickelt gewesen sei". Er bat darum, „die Regierung der DDR möge auf die syrische Regierung einwirken, um Aktivitäten des syrischen Geheimdienstes zu unterbinden, die von Berlin (Ost) aus die Sicherheit insbesondere der Bewohner von Berlin (West) bedrohten". Glienke erklärte, die Bundesregierung sei für Berlin (West) nicht zuständig. Die Darstellung Duisbergs beruhe auf „einem zweifelhaften Urteil. Die syrische Regierung habe wiederholt erklärt, daß sie keinerlei Verantwortung ‚für die Dinge in West-Berlin habe'. Soweit es um die Haltung der DDR zur Frage des Terrorismus gehe, so sei sie der Bundesregierung hinreichend bekannt. Die DDR tue alles, um den Terrorismus weltweit wirksam zu bekämpfen." Vgl. Referat 210, Bd. 139263.

37 Legationsrat Graf von Waldersee vermerkte am 27. November 1986, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft habe die Alliierte Kommandantur am selben Tag beschlossen, „daß als Reaktion auf das Urteil gegen Hasi und Salameh eine sog. ‚Ausweisungsverfügung' gegen 34 Personen erlassen wird. Die Liste umfaßt die meisten syrischen Angehörigen der Botschaft Syriens in Ost-Berlin (Diplomaten und Nichtdiplomaten, nicht den Botschafter) und andere Personen, u. a. einen Iraki. […] Ferner wurde beschlossen, daß die Sowjetunion auf der Ebene der geschäftsführenden Polads (Political Advisors) angesprochen werden soll, von Ost-Berlin ausgehenden Terrorismus zu unterbinden. Über eine unmittelbare Ansprache der DDR durch die Alliierten (je einzeln) wurde keine Einigung erzielt. Hierüber erbittet US kurzfristige Einberufung einer Vierergruppe-Sitzung." Vgl. Referat 310, Bd. 149721.

Gleichzeitig sollte in der Vierergruppe besprochen werden, in welcher Weise die Sowjetunion um unterstützende Maßnahmen im Zusammenhang mit syrischer Verwicklung in den Terrorismus gebeten werden soll. Eine solche Demarche in Moskau erscheint angebracht. Die SU hat sich bisher hinter Syrien gestellt und von einem Komplott gegen Damaskus gesprochen. Es gibt keine Hinweise auf mäßigenden Einfluß der SU auf Syrien.

5) Über die uns jetzt zu Gebote stehenden Maßnahmen hinaus sollten wir sich anbietende langfristige Ansätze nutzen, um der syrischen Verstrickung zu Leibe zu rücken:

– Appell an Syrien, seiner unilateral und im Rahmen der Arabischen Liga erklärten Verurteilung des Terrorismus Taten folgen zu lassen (vgl. Ziffer 2 der Anlage 1[38]), insbes. Kontrolle über Terrorgruppen im eigenen Land und im syrisch besetzten Libanon, Kontrolle über den Flughafen Damaskus als Transitplatz für Terroristen, entsprechende klare Weisungen an syrische Behörden (Botschaften, Geheimdienste);
– politische Einflußnahme über arabische Staaten und Staatenorganisationen (AL, OIC);
– politische Einflußnahme über geeignete Persönlichkeiten.[39]

D 2[40], D 4[41], D 5[42] und D 6[43] haben mitgezeichnet.

Sudhoff

Referat 310, Bd. 149721

38 Korrigiert aus: „Ziffer 3 der Anlage 2“. Vgl. Anm. 27.

39 Nach dem Urteil des Landgerichts Berlin vom 26. November 1986 wurde der syrische Botschafter Seifou am 27. November 1986 in das Auswärtige Amt einbestellt. Vgl. Dok. 343.

40 Hermann Freiherr von Richthofen.

41 Alois Jelonek.

42 Jürgen Oesterhelt.

43 Barthold Witte.

334

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

Dg 20/201-376-1872/86 VS-vertraulich **20. November 1986**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2]

Betr.: Gespräche von Dg 20 am 17. und 18. November 1986 in Washington

Anlg.: 1[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Zeitpunkt des Besuchs wurde begrüßt, auch als Ausdruck der Bereitschaft, über die europäischen sicherheitspolitischen Beratungen zu informieren.

2) Zu deutschen sicherheitspolitischen Positionen Kommentare und Fragen zu

– im Vergleich zu anderen Bündnispartnern negativere deutsche Reaktion auf Reykjavik[4] (vor allem Todenhöfer[5]);
– Skepsis, ob LRINF-Null-Lösung westlichen sicherheitspolitischen Interessen dient (Skepsis vor allem im Kongreß bei allen Parteien);
– Aufforderung – die sich vor allem auf Gespräche auf hoher und höchster Ebene bezog – zu offenerer und klarerer Sprachführung bei der Vertretung unserer Interessen.

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. November 1986 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 25. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr instruktive Aufzeichnung."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 25. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatsekretäre und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 9. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Ploetz am 9. Februar 1987 erneut vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 25.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 5. November 1986, der CDU-Abgeordnete Todenhöfer habe am 3./4. November 1986 mit hochrangigen Vertretern der amerikanischen Regierung, u. a. mit Verteidigungsminister Weinberger und Sonderbotschafter Nitze, gesprochen: „MdB Todenhöfer bekräftigte, daß die INF-Regelung von Reykjavik […] grundsätzlich mit den entsprechenden Beschlüssen der Bundesregierung vereinbar ist. Er hielt jedoch fest, daß es keine Ideallösung sei. Die Entfernung der amerikanischen und sowjet[ischen] Systeme (Pershing II und Marschflugkörper/SS-20) aus Europa, die wegen des Verbleibs von SS-20 in Asien nicht als echte Null-Lösung bezeichnet werden könne, werfe die Frage auf, ob die durch die amerikanische INF-Stationierung gestärkte und nach außen dokumentierte Ankoppelung der USA an Europa nicht wieder geschwächt werde. […] MdB Todenhöfer legte dar, daß die deutsche Öffentlichkeit, gerade auch die Freunde der USA, über die Perspektive einer Abschaffung aller ballistischen Raketen innerhalb von zehn Jahren erschrocken sei. Vielfach werde dies als Signal einer amerikanischen Abstandnahme von Europa gesehen. […] Er sei der Auffassung, daß eine Reduzierung der strategischen Systeme beider Seiten über 50 Prozent hinaus und eine völlige Abschaffung aller ballistischer Raketen nicht ohne die Herstellung konventioneller Parität in Europa vorgenommen werden dürfe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4736/4737; Referat 011, Bd. 129186.

3) Allgemeine Auswirkungen von Reykjavik

– Überraschung über hohen Stellenwert, den Europäer „auf einmal" Nuklearwaffen einräumen;

– latente Strategiediskussion in USA deutlich verstärkt: Anhörung im Auswärtigen Senatsausschuß angekündigt; Demokraten finden sich in der Sicherheitspolitik zum ersten Mal „rechts vom Präsidenten". Erwartung, daß Demokraten und Republikaner sich in der Zeit vor den Präsidentschaftswahlen[6] sicherheitspolitisch stärker zur Mitte orientieren; konventioneller Verteidigungsfähigkeit wird künftig wesentlich größere Aufmerksamkeit gewidmet: lange „US-Wunschlisten" zu erwarten, vor allem zur Nutzung neuer Technologien.

– Im Zusammenhang auch mit anderen Ereignissen, besonders Iran-Politik[7], wird in Zukunft eher mit schwächerer Position des Präsidenten gerechnet bei insgesamt unübersichtlicher werdender Lage. Hier: Chance für Einflußnahme wichtiger europäischer Führer.

4) Allianzstrategie

– Shultz-Rede vom 17.11.[8] ist von grundsätzlicher Bedeutung: einerseits Bestätigung der gültigen Strategie, andererseits – und dieser Aspekt wird mit großer Nachdrücklichkeit herausgearbeitet – wird Reykjavik als Wendepunkt auch für das amerikanische strategische Denken bezeichnet. Bündnispartner sollen sich der Herausforderung konventioneller Verteidigung und konventioneller Abschreckung (!) stellen.

– Ridgway hält ernsthafte Prüfung für notwendig, ob ballistische Raketen als „Symbol für die Koppelung der Sicherheit Amerikas und Europas" ersetzbar sind:

  Einstellung zu ballistischen Raketen sei auch ein Generationenproblem.

– Als realistisch (und im strengeren Sinne als strategieneutral) wird für die nächsten fünf Jahre angesehen:

  – LRINF-Null-Lösung,

  – 50 %ige Reduzierung bei strategischen Systemen.

  Konzentration der Strategiediskussion daher auf Folgezeit: Hier gibt es bisher keine US-Konzepte; Reykjavik-Vorschlag von Reagan entspringt seiner allgemeinen Ablehnung ballistischer Raketen, die seinen Entscheidungsspielraum einengen und USA in destabilisierender Weise gefährden.

– Enge Konsultationen mit Verbündeten erwünscht. Aber Warnung: Konsultationen sind keine Garantie für Berücksichtigung europäischer Interessen, zumal sich Washington im strategischen Bereich möglichst freie Hand behalten will.

6 Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 8. November 1988 statt.

7 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

8 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz in Chicago vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2118, S. 31–35.

– Viererberatung am 9.12.[9]: Shultz wünscht weitgespannte Diskussion aller strategischen Implikationen von Reykjavik und der Gesprächslinie mit den Sowjets.

5) Europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit

– Insgesamt sehr positive Reaktion, allerdings auch Skepsis, ob Europäer sich wirklich aufraffen. Vorbehalte nur insofern als
  – Sorge besteht, daß Europäer sich auf geringsten gemeinsamen Nenner einigen und damit Zeichen der Schwäche geben,
  – Europäer Meinungsbildung durch Einführung der WEU-Positionen im NATO-Ministertreffen institutionalisieren (Ridgway) könnten, zumal, wenn dies mit Überraschungseffekt erfolgt.
– Verständnis für die von uns verfolgten Ziele (Vollendung der europäischen Einigung; dauerhafte Stärkung der Allianz; Abwehr sowjetischer Spaltungsversuche), aber Zögern, Unterstützung der Bemühungen um Bündelung des europäischen Beitrags zur Allianz z. B. durch Kommuniqué-Passage offiziell zu fördern.

6) CW

Pentagon kritisch zu Priorität, die umfassendem CW-Verbot in dem Thatcher-Papier[10] gegeben wird: Verbot ist nicht verifizierbar und sollte daher nicht vereinbart werden.[11]

7) NATO-Rat am 11./12.12.[12]

Washington erwartet Beschluß über Forum für konventionelle Rüstungskontrolle, Bekräftigung der Reykjavik-Ergebnisse zu LRINF und 50 % Reduzierungen bei strategischen Systemen, Erklärungen im herkömmlichen Sinne zu SRINF und CW, Betonung des konventionellen Kräfteverhältnisses und Bestätigung der gültigen NATO-Strategie; Ergebnis des WEU-Ministerrates[13] wird als gute Ausgangsbasis angesehen und inhaltlich mitgetragen. In der vertraulichen Beratung wird offene Diskussion über Stärken und Schwächen von Allianzpolitik und -strategie erwartet.

Probleme des „Allianz-Management“ werden gesehen, sie haben in Washington aber niedrigeren Stellenwert als bei uns. Z. B. wird gesehen, daß ein Überschreiten der SALT-II-Obergrenzen[14] vor der NATO-Tagung dazu führen könnte, daß – ähnlich wie nach Halifax[15] – die Medien nicht über das konstruktive Ergebnis der Beratungen, sondern nur über die Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkte berichten. Thema ist aber bündnis- oder sicherheitspolitischen Argumenten entzogen.

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening vgl. Dok. 353 und Dok. 354.

10 Premierministerin Thatcher hielt sich am 14./15. November 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Anm. 19.

11 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

12 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

13 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 330.

14 Vgl. dazu die Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II; Dok. 157.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

8) Bilaterale Konsultationen

Großes Gesprächsinteresse in Washington. Bedauern im State Department, daß High Level Defense Group[16] wegen ungeklärter Streitigkeiten zwischen Pentagon und State Department (wegen dessen Teilnahme) nicht terminiert werden konnte. Auf Bereitschaft zu Konsultationen unter Leitung der Außenämter gehen wir – auf ausdrücklichen Vorschlag des BMVg – ein.

II. Im einzelnen

1) Allgemeines

a) Zweck der Gespräche: auf der Grundlage der Positionen der Bundesregierung[17], die durch die Entscheidungen zu LRINF/SRINF am 30.9.[18] sowie beim BK-Besuch in Washington[19], die Regierungserklärung des BK vom 6.11.[20] und die Rede BMs vom gleichen Tage[21], die KSZE-Rede BMs vom 7.11.[22] sowie die von BM und BM Wörner am 14.11. bei und nach dem WEU-Ministerrat gemachten Ausführungen[23] gekennzeichnet ist, Haltung darzulegen; über die europäischen Konsultationen in kleineren Kreisen sowie das WEU-Ministertreffen zu unterrichten; mit Blick auf die anstehenden NATO-Ministertreffen sowie das Vierertreffen am 9.12. zu erörtern:

– Elemente eines in Brüssel als Beratungsergebnis angestrebten westlichen Gesamtkonzepts der Gewährleistung der Sicherheit und Verbesserung der Beziehungen zu den Staaten des WP,
– Bemühungen um Definition europäischer Sicherheitsinteressen im atlantischen Rahmen, insbesondere im Hinblick auf die Post-Reykjavik-Diskussion,
– Probleme und Möglichkeiten der begleitenden öffentlichen sicherheitspolitischen Debatte.

b) Gesprächspartner waren hauptsächlich Mitarbeiter des State Department, daneben der Stellvertreter von Perle[24] sowie führende Stabsmitarbeiter des Auswärtigen und des Streitkräfteausschusses im Senat (Programm siehe Anlage[25]). Der Besuch zu diesem Zeitpunkt wurde von amerikanischer Seite nachdrücklich begrüßt; die auf amerikanisches Angebot zurückgehenden Termine dokumentieren das amerikanische Interesse.

16 Zur deutsch-amerikanischen High Level Defense Group vgl. Dok. 15, Anm. 15.
17 Korrigiert aus: „Bündnisregierung".
18 Zur Entscheidung der Bundesregierung über die Einbeziehung von nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF) in die INF-Verhandlungen vgl. Dok. 254, Anm. 7.
19 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300.
20 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18738–18744.
21 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 243. Sitzung, S. 18767–18771.
22 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.
23 Für die Ausführungen der Bundesminister Genscher und Wörner in einer Pressekonferenz am 14. November 1986 in Luxemburg vgl. Referat 209, Bd. 148715.
24 Louis Michael.
25 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12093 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

2) Deutsche sicherheitspolitische Positionen waren weitgehend bekannt. Kommentare und Fragen konzentrierten sich auf drei Aspekte:

– Reaktion auf Reykjavik: Mehrere Gesprächspartner betonten amerikanische Überraschung über – im Vergleich zu anderen Europäern – negativere deutsche Reaktion auf Reykjavik. Wiederholt wurde der Name Todenhöfer genannt, es wurde auch auf den Namen Wörners (allerdings nicht mit Bezug auf dessen parallel stattfindenden Besuch[26]) verwiesen. In diesem Zusammenhang wurde Überraschung über die Einführung des SRINF-Themas durch uns geäußert; sie habe den Eindruck hinterlassen, wir seien hier an einer Nachrüstung interessiert.

– LRINF-Null-Lösung: Ohne Ausnahme alle – demokratischen und republikanischen – Gesprächspartner im Senat äußerten sich skeptisch zu der Frage, ob die Null-Lösung der westlichen Sicherheit dient. Sie verwiesen auf Koppelungsprobleme, SRINF-Frage und konventionelles Ungleichgewicht. Sie plädierten für Herstellung eines Junktims zwischen der Null-Lösung und einer Lösung dieser Probleme.

  In der Administration war die Skepsis weniger deutlich. Immerhin zeigten wiederholte Fragen nach der Position der Bundesregierung einen Erklärungsbedarf. Verschiedene Anmerkungen machten aber deutlich, daß die Vorbehalte gegen eine LRINF-Dislozierung, mit denen die Carter-Administration zunächst auf die Schmidt-Rede[27] reagiert hatte, nicht vergessen sind. Der stellvertretende Leiter der militärpolitischen Abteilung im State Department faßte sie dahin zusammen, daß die Amerikaner seinerzeit „von den Europäern erpreßt“ worden seien. Hawes erklärte mit Nachdruck, die USA hätten den Koppelungseffekt der LRINF-Stationierung auch nie direkt anerkannt. Im Integrated Decision Document[28], das dem Nachrüstungsbeschluß zugrunde liege, sei nur von einer „möglichen Fehleinschätzung der SU“ die Rede, daß das durch die SS-20-Rüstung entstandene sowjetische Übergewicht zur Abkoppelung führen könnte.

  Soweit das Thema zur Sprache kam, wurde Skepsis geäußert,

  – ob eine SRINF-„Nach“-Rüstung politisch durchsetzbar sei und
  – die für erforderlich gehaltenen kompensierenden konventionellen Maßnahmen durchgesetzt werden könnten.

– Deutsche Interessenwahrung:

  Die Notwendigkeit offenerer und klarerer Sprachführung auf hoher und höchster Ebene wurde wiederholt hervorgehoben; als Beispiel wurden GB und F

26 Bundesminister Wörner hielt sich vom 16. bis 18. November 1986 in den USA auf. Botschafter van Well, Washington, berichtete dazu am 19. November 1986, Wörner sei mit Präsident Reagan, dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush sowie Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz zusammengetroffen. Erörtert worden seien die Lage nach dem Treffen Reagans mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik sowie die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4984; Referat 201, Bd. 143405.

27 Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 in London einen Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

28 Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

genannt.[29] Die schnörkellose Sprache von Frau Thatcher, die ihren eindringlichen Vortrag über die strategische Weltlage mit Karten und Tabellen untermauert habe, habe zu einer Änderung der Shultz-Rede geführt (Abschwächung der – immer noch recht deutlichen – Redeelemente, die Anteil nuklearer Waffen bei der westlichen Verteidigung reduzieren wollen; Hereinnahme eines Hinweises, daß man möglicherweise nach Abschaffung der ballistischen Flugkörper doch einen Restbestand an ballistischen Raketen „als Versicherungspolice" vereinbaren könnte). Für Pentagon-Studie, die in den nächsten Monaten abgeschlossen werden solle, habe GB sich bereits einen direkten Zugang zur Einfütterung seiner Positionen gesichert. Seitens des BMVg liege bisher nur ein – allerdings nicht auf die Studie direkt abzielender – als „zahm" charakterisierter Fragenkatalog von StS Rühl vor (Rückfrage beim BMVg ergab: Studie ist dort nicht bekannt; Fragenkatalog von StS Rühl wurde im übrigen nicht mit AA abgestimmt!).

3) Allgemeine Auswirkungen von Reykjavik

a) Hawes begrüßte, daß der „dringend notwendige Prozeß gemeinsamen Nachdenkens über Sicherheitsfragen unter den Europäern" in Gang gesetzt worden sei. Im Auswärtigen Senatsausschuß wurde begrüßt, daß Europäer sich endlich gezwungen sähen, mit dem Thema Nuklearwaffen ins reine zu kommen. Dr. James Timbie, einer der wichtigsten Berater von AM Shultz in Fragen des strategischen Kräfteverhältnisses, äußerte allerdings „mystification" über den überraschend hohen Stellenwert, den die Europäer auf einmal Nuklearwaffen einräumten.[30]

b) Die latente Diskussion über Strategiefragen ist deutlich verstärkt worden: Auf demokratischer Seite im Streitkräfteausschuß wird von einem „gefährlichen Spiel des Präsidenten mit der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen sicherheitspolitischen Ordnung" gesprochen und die Sorge geäußert, daß „die Alliierten vom amerikanischen sicherheitspolitischen Denken abgehängt werden".

Im Auswärtigen Senatsausschuß wird eine Anhörung zur Nach-Reykjavik-Lage erwartet, im Mittelpunkt würden Fragen zur Strategie im Verhältnis zu den militärischen Möglichkeiten stehen sowie Definition, Kriterien und Ziele von SDI und die Rüstungskontrollpolitik im Lichte von Reykjavik.

Von demokratischer Seite wurde betont, zum ersten Mal fänden sich die Demokraten in der Sicherheitspolitik „rechts vom Präsidenten"; sie würden aber in der Rüstungskontrollpolitik nicht den Versuch machen, den Präsidenten durch noch radikalere Vorschläge zu überholen, sondern vielmehr auf nüchterne Analyse drängen. Den Senatoren Nunn und Pell wird die Absicht zugeschrieben, auf möglichst breiten Konsens hinzuwirken. Insgesamt wird erwartet, daß Republikaner und Demokraten sich eher in die Mitte des politischen Spektrums bewegen werden. Von einem Senatsmitarbeiter wurde unterstrichen, daß den Fragen der konventionellen Verteidigung wesentlich größere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

[29] Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Von wem?"
[30] Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

(Dg 20 hat mit Nachdruck empfohlen, daß die Führung beider Senatsausschüsse zu einem möglichst frühen Zeitpunkt nach Europa, insbesondere nach Bonn, reist.)

Insgesamt herrscht der Eindruck vor, daß die sicherheitspolitische Diskussion durch die bald beginnenden Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen eher noch unübersichtlicher wird. Die Position des Präsidenten wird dadurch angeblich eher schwächer als stärker. Damit wächst nach Auffassung mehrerer Gesprächspartner aber der Einfluß, den europäische Führer wie BK oder PM Thatcher ausüben können. Negative Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit werden dann befürchtet, wenn der Eindruck entsteht, daß die Eliminierung ballistischer Flugkörper am Widerspruch der Europäer gescheitert ist. Im übrigen wird – mit gewisser Sorge – im Streitkräfteausschuß des Kongresses vermutet, daß die vereinigten Generalstabschefs in der vom Präsidenten angeforderten strategischen Bewertung der Post-Reykjavik-Lage konditionierte Zustimmung zur Linie des Präsidenten signalisieren unter der Bedingung, daß im konventionellen Bereich erhebliche Anstrengungen unternommen werden. (Ein am 17. und 18.11. veranstaltetes deutsch-amerikanisches Verteidigungsexpertentreffen bestätigt diesen Eindruck: Offenbar sind lange Wunschlisten auf US-Seite in Vorbereitung. Haupttendenz: erhebliche Beschaffungsprogramme unter Nutzung neuer Technologien.)

4) Allianzstrategie

a) Das Ergebnis der WEU-Ministerberatungen von Luxemburg wurde begrüßt; entsprechend kann nach Meinung vieler Gesprächspartner auch das Ergebnis der NATO-Ministerkonferenzen aussehen.

Ridgway äußerte sich – mit erkennbarer innerer Distanz, aber loyal – zur amtlichen Linie, die nach Meinung von Hawes und Timbie in der Grundsatzrede von Shultz vom 17.11. zusammengefaßt ist. Sie rechnet damit, daß die westliche Sicherheit noch lange durch nukleare Abschreckung gewährleistet werden muß.

Die Shultz-Rede ist – im Anschluß an die Gespräche mit PM Thatcher – vielleicht weniger deutlich ausgefallen als zunächst geplant in bezug auf die Relativierung der Bedeutung von Nuklearwaffen. Dennoch enthält sie

– einerseits eine Bestätigung der gültigen Strategie,
– andererseits ganz klare Aussagen über die künftige Tendenz:
  – „Reykjavik as a turning point in our strategy for deterring war and preserving peace." Daher Frage:
  – „How can the West best seek to reduce its reliance on offensive nuclear weapons without running new risks of instability arising from conventional imbalances?"
  – „We may be on the verge of important changes in our approach to the role of nuclear weapons in our defense."
  – „…think seriously about … safer strategic environment involving progressively less reliance on nuclear weapons".
  – „…may be … true turning point: The nuclear age cannot be undone or abolished; it is a permanent reality. The threat of nuclear conflict … can

be vastly diminished by drastic reductions in the offensive nuclear arsenals."

- „Reliance for so long on nuclear weapons has led some to forget that these arms are not an inexpensive substitute for fully facing up to the challenges of conventional defense and deterrence."
- „Threat of escalation to a strategic conflict is, at best, an unwelcome solution to ensuring our national security."
- „We cannot assume that the stability of the present nuclear balance will continue indefinitely."
- „How would a less nuclear world, one in which ballistic missiles have been eliminated, work? ... Our remaining nuclear forces would be capable of fulfilling the requirements of the Western Alliance's deterrent strategy."

Hawes formulierte dieses „andererseits" von Shultz deutlicher: Der Zeitpunkt sei gekommen, über die Abkehr von der Abschreckungsstrategie (an die man auf amerikanischer Seite seit der Amtszeit McNamaras ohnehin nicht mehr glaube) „nachzudenken", die sich auf nukleare Waffen abstütze. Shultz halte das gültige Bündniskonzept für interessant, aber für überholt. Ausgangspunkt sei die Feststellung nach dem Genfer Gipfel, daß nuklearer Krieg nicht gewonnen werden könne und nicht geführt werden dürfe.[31] Auf das nachdrücklich vorgetragene Argument von Dg 20, für uns laufe die Trennlinie nicht zwischen konventionellem und nuklearem Krieg, sondern zwischen Krieg und Frieden – und daher gehe es in Europa um die Verhütung jeden Krieges –, erhob Hawes keinen Widerspruch: Es gehe nicht um Krieg, sondern um Abwehr politischer Einschüchterungsversuche mit militärischen Mitteln. Hawes räumte ein, daß man insgesamt von einem vorsichtigen Abgehen von einer Strategie sprechen kann, die den Ersteinsatz von Nuklearwaffen androht. Die Begründung einer solchen Strategie sei der amerikanischen Bevölkerung heute noch schwerer als in den 70er Jahren zu vermitteln.

Timbie bestätigte die generelle Tendenz der Ausführungen von Hawes. Er schränkte allerdings dahingehend ein[32], daß die bisherige Strategie nuklearer Abschreckung noch auf voraussehbare Zeit bleiben werde. Gleichzeitig kündigte er an, daß Shultz, der in dieser Frage mit völliger Unterstützung von Reagan spreche, in absehbarer Zeit eine weitere Rede – diesmal über die stärkere Bedeutung konventioneller Verteidigung – halten werde.

Bei den Gesprächen von BM Wörner, über die wir im übrigen noch nicht unterrichtet sind, ist nach Angaben von General Hüttel eine deutliche Skepsis gegenüber dem Gedanken deutlich geworden, derzeit durch LRINF abgedeckte militärische Optionen in Zusammenhang mit einer Null-Lösung anderen militärischen Mitteln, z. B. nuklearfähigen Flugzeugen, SLCM oder ballistischen Raketen zuzuweisen. Diese Skepsis äußerte auch Hawes, der bezweifelte, ob in

31 Vgl. dazu den Abschnitt „Security" der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 688. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

32 Korrigiert aus: „ein dahin".

jedem Fall, wo sich im Bündnis ein Problem ergebe, die Lösung durch Rückgriff auf nukleare Mittel gesucht werden könne.

Alle Gespräche ergaben, daß dem[33] Vorschlag der völligen Abschaffung ballistischer Flugkörper kein eingehend begründbares Konzept zugrunde liegt, wenn auch führende Mitarbeiter im Pentagon, z. B. Iklé (wohl auch Perle), schon lange in diese Richtung denken. Im Weißen Haus wurde auf die instinktive Ablehnung des Präsidenten gegen „fast flyers" hingewiesen, deren Einsatz ihm keinen ausreichenden zeitlichen Spielraum für Entscheidungen lasse. Ridgway bezeichnete die Einstellung zu ballistischen Raketen auch als ein Generationenproblem: Für ihre eigene Generation seien sie ein Symbol für die Koppelung der Sicherheit Amerikas und Europas. Man werde ernsthaft prüfen müssen, ob dieses Symbol ersetzbar sei. Im NSC wurde festgestellt, daß die erste negative Reaktion der SU dem Westen eine Denkpause erlaube. Man rechne aber damit, daß gerade aus europäischer Sicht eine positive Bewertung folgen werde. Mehrere Gesprächspartner warnten davor, die Option der Abschaffung aller ballistischen Flugkörper zu ernst zu nehmen: Die SU werde sie ohnehin ablehnen.

Ridgway warnte davor, sich die – gemeinsame europäische und amerikanische – Sicht für das verstellen zu lassen, was in den nächsten fünf Jahren machbar sei:

– LRINF-Null-Lösung,

– 50 %ige Reduzierung bei strategischen Systemen.

Das strategische Denken solle sich deshalb darauf konzentrieren, was für die Zeit danach angestrebt werden solle.

In diesem Zusammenhang betonte Timbie: Wahrscheinlich werde sich weder der amerikanische Vorschlag (Abschaffung aller ballistischen Flugkörper) noch der sowjetische (Abschaffung aller strategischen Waffen) durchsetzen, sondern eher eine Mischform, d. h. im Grunde Fortsetzung des Musters, das der 50 %igen Reduzierung der strategischen Systeme zugrunde gelegt werden solle. Diese Fragen sollten – wie bisher – eng mit den Verbündeten konsultiert werden. „Konsultation" bedeute aber nicht inhaltliche Abstimmung der tatsächlich einzunehmenden Positionen; insofern stellten sie also keine Garantie für Berücksichtigung der europäischen Interessen dar. Anders würde Washington – auch wie bisher – bei den INF-Fragen handeln: Hier würden alle Verhandlungspositionen mit den wichtigsten Verbündeten inhaltlich abgestimmt.

Auf die Feststellung von Dg 20, daß wir diese Art der Behandlung für unsere Sicherheit wichtiger strategischer Fragen nicht für befriedigend hielten (USA hätten sich bereits der Erfüllung eines NATO-Ratsbeschlusses zur Konsultation der strategischen Konsequenzen von SDI[34] konsequent entzogen), räumte Timbie zwar die Berechtigung dieser Klage ein, gleichzeitig erklärte er aber: Washington könne einer solchen SDI-Konsultation nicht zustimmen, solange es in Washington noch keine Politik gebe. Es blieb offen, ob dies auch für andere strategische Fragen gilt.

33 Korrigiert aus: „aus dem".

34 Zum Beschluß der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 15. Zum Stand der Erörterung in der NATO vgl. Dok. 159.

Ridgway erklärte mit Blick auf die Beratungen vom 9.12., Shultz wünsche eine weitgespannte Diskussion der strategischen Implikationen von Reykjavik, nicht zuletzt der Vorstellung einer Welt ohne ballistische Flugkörper. In diesem Zusammenhang wolle er die weitere Linie in der Gesprächsführung mit den Sowjets erörtern. Shultz hoffe auf einen sehr offenen und vertraulichen Meinungsaustausch, daher solle der Kreis der Teilnehmer eng begrenzt werden (auf US-Seite außer Shultz nur Ridgway und Paul Nitze).

5) Europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit

An diesem Thema bestand amerikanischerseits besonderes Interesse. Auch im Senat waren einige Gesprächspartner bereits voll über den Inhalt der Unterrichtung informiert, die Dg 20 über die US-Botschaft am 13.11. übermittelt hatte.[35]

Die Reaktionen amerikanischer Gesprächspartner waren insgesamt positiv; eine gewisse Besorgnis äußerte eigentlich nur Frau Ridgway wegen der Perspektive, daß die europäische Meinungsbildung institutionalisiert (WEU) werden könnte.

- Deutsch-französische Zusammenarbeit: durchweg positive Bewertung.
- Viererberatung am 11.11. (D, F, GB, I)[36]:
  - Hawes: „Thank God!" Es wäre gut, wenn Reykjavik als Katalysator wirken würde. Sorge kann amerikanischerseits nur sein, daß die Europäer sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen und damit ein Zeichen der Schwäche geben; Kritik üben in Washington nur „die ewig Gestrigen".
  - Michael (Pentagon): Mehr als überfällig, kein Verständnis für Kritiker.
  - Ridgway: Informeller bilateraler und multilateraler Meinungsaustausch der Europäer richtig und begrüßenswert. Umfassende Unterrichtung wird geschätzt. Bedenklich für USA wäre aber Einführung festgefügter WEU-Positionen in NATO-Ministertreffen; ähnliche Befürchtungen auch in bezug auf sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der EG auf Grund der Europäischen Einheitlichen Akte[37].
  - Bodde (State Department): Bitte keine Überraschungen!
  - Senatsmitarbeiter: Vorteilhaft, positiv; andererseits aber traditionelle Sorge, daß Schwierigkeiten für USA entstehen könnten.

35 Ministerialdirigent von Ploetz informierte die Botschaft in Washington am 14. November 1986 über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschaftsrat Grobel: „Dg 20 stellte fest, er habe Gesprächstermin mit Grobel bewußt gewählt, um amerikanische Seite […] über die verschiedenen Konsultationen zu informieren, die im Anschluß an öffentliche Ankündigung durch BK in der Pressekonferenz nach dem deutsch-französischen Gipfel stattgefunden hätten. […] Dg 20 legte ausführlich unseren Ansatz […] dar, der – auf Grundlage gemeinsamer Analyse der anstehenden strategischen und rüstungskontrollpolitischen Fragen – Formulierung gemeinsamer und geschlossen zu vertretender Positionen beim NATO-Ministertreffen in Brüssel anstrebe, sowohl was das gemeinsame Vorgehen zur Gewährleistung der Sicherheit angehe als auch in bezug auf Verbesserung unserer Beziehungen zu den Staaten des WP einschließlich der Rüstungskontrolle. Grobel dankte für die Informationen, sagte ausdrücklich vertrauliche Behandlung zu und begrüßte die Bereitschaft zum offenen Gespräch mit Washington. Dort werde die Erläuterung der Zielsetzung – Konsens in der Allianz – sicher sehr begrüßt werden. Was Washington nicht wolle, sei ein Fait accompli." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1422; VS-Bd. 12988 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

36 Zum Gespräch von Vertretern der Außen- und Verteidigungsministerien aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien vgl. Dok. 322.

37 Vgl. dazu Artikel 30, Ziffer 6 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 177.

– Konsultationen D–USA:

Mehrere Amerikaner warfen Frage auf, warum wir nicht mit USA bilateral konsultieren. Antwort von Dg 20, daß deutscher Vorschlag auf Sitzung der High Level Defense Group wegen Terminschwierigkeiten kaum vor 1987 realisiert werden kann, wurde mit Überraschung aufgenommen. State Department führt dies auf die mit dem Pentagon ungeklärte Frage seiner Teilnahme an der HLDG zurück. Es ist zu Konsultationen nach dem üblichen Muster, d.h. unter Leitung der Außenämter, bereit. BMVg hat (durch General Hüttel) nach Washington-Besuch von BM Wörner entsprechenden Vorschlag an AA gemacht. Wir haben ihn aufgegriffen.

Die Ausführungen von Dg 20 über unsere Ziele in der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit wurden mit viel Verständnis und positiv aufgenommen. Allerdings war die Skepsis zu erkennen, ob die Europäer sich zu derart ambitionierten Schritten wirklich aufraffen können. Mit Interesse wurde der Gedanke registriert, daß wir – auch im Zusammenhang mit den Bemühungen um konventionelle Rüstungskontrolle – eine Auflösung des Widerspruchs versuchen wollen, der darin liegt, daß einerseits die Rüstungskontrolle das Gebiet vom Atlantik bis zum Ural umfassen soll, andererseits für die westliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zentraleuropa nur das Gebiet von der Elbe bis zum Rhein voll genutzt werden kann.

Desgleichen wurde mit Zustimmung zur Kenntnis genommen, daß wir „innovatives Denken" der Koordinierung der Verteidigungsbeiträge der Europäer für notwendig halten, zumal einerseits die konventionelle Verteidigung an Bedeutung gewinnt, andererseits die dafür zur Verfügung stehenden Mittel mit Sicherheit nicht zunehmen werden. Auch hier wurde Skepsis deutlich, ob die Zwänge stark genug empfunden werden, verkrustete Strukturen und etablierte nationale Abschottungen aufzubrechen.

Unsere politische Argumentation wurde durchweg akzeptiert, daß eine stärkere sicherheitspolitische Abstimmung der Europäer die Allianz stärken und festigen kann und damit auch die Erfolgsaussichten sowjetischer Spaltungsversuche reduzieren wird. Die von Dg 20 auf persönlicher Basis gemachte Anregung, amerikanischerseits offiziell die europäischen Bemühungen um Koordinierung des Verteidigungsbeitrags zu begrüßen, wurde grundsätzlich positiv aufgenommen. Dies gilt auch für die Anregung, eine entsprechende Aussage im NATO-Kommuniqué zu erwägen. Frau Ridgway, von deren Votum die Haltung von AM Shultz abhängen wird, war in der letztgenannten Frage allerdings deutlich reserviert und meinte, damit verlange man von der US-Administration zuviel. Immerhin ist der Gedanke in Washington angemeldet. Das Verteidigungsministerium ist bereit, für das DPC-Kommuniqué[38] einen entsprechenden Vorschlag einzuführen. Wir werden bei den weiteren Gesprächen mit europäischen Bündnispartnern deren Haltung in Erfahrung bringen und über das weitere Vorgehen beraten. Wahrscheinlich ist es taktisch am besten, einen weiteren Vorstoß, wenn wir ihn für richtig halten, für das Gespräch mit Shultz am 9.12. zu reservieren.

38 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 349.

Zum inhaltlichen Ergebnis der Abstimmung der Europäer, insbesondere wie es im Anschluß an den WEU-Ministerrat öffentlich bekannt wurde, gab es amerikanischerseits keine Anmerkungen. Dies war auch nicht zu erwarten, nachdem der Präsident dem britischerseits vorgeschlagenen Papier beim Thatcher-Besuch zugestimmt hatte, das die Luxemburger Punkte reflektiert. Seitens des Pentagon wurde eine kritische Anmerkung gemacht: Die einem weltweiten Verbot von CW eingeräumte Priorität verursache Schwierigkeiten; ein solches Verbot sei nicht verifizierbar und solle daher nicht vereinbart werden.

6) NATO-Ministerrat am 11./12. Dezember 1986

Amerikanischerseits erwartet man als Ergebnis

- einen Beschluß in bezug auf das Forum für konventionelle Rüstungskontrolle und damit eine Beendigung des „langjährigen Streits zwischen USA und F“,
- eine Bekräftigung der Beschlüsse von Reykjavik in bezug auf LRINF und 50 % Reduzierungen bei strategischen Systemen,
- Erklärungen im herkömmlichen Sinne zu SRINF und CW,
- eine Bestätigung der gültigen NATO-Strategie, allerdings Betonung des konventionellen Kräfteverhältnisses.

In der vertraulichen Beratung der Minister erwartet Washington eine offene Diskussion über Stärken und Schwächen von Allianzpolitik und -strategie.

Die Feststellung von Dg 20, daß „Allianz-Management“ in den nächsten Monaten und Jahren eine hervorragende Rolle bei der Sicherheitspolitik zukommt, wurde akzeptiert. Die amerikanischen Reaktionen machten aber deutlich, daß der Stellenwert solcher Überlegungen in Washington weit weniger hoch ist als bei uns. Die Ausführungen zu der fast überall angesprochenen Frage des Forums für konventionelle Rüstungskontrolle machten dies deutlich. Unsere Argumentation wurde zwar verstanden. Die innere Skepsis konnte aber meist nicht überwunden werden. Die Argumente waren dabei sehr unterschiedlich:

- Michael (Pentagon): Die Bündnispartner haben durch Teilnahme am Bündnis gewisse Befugnisse an das Bündnis abgegeben. Nur dieses kann daher über Abrüstung verhandeln. Allein der Gedanke, daß souveräne Teilnehmer am Verhandlungstisch sitzen, widerspricht dem Grundprinzip der gemeinsamen Verteidigung. (Dg 20: „Dies bestätigt schlimmste Befürchtungen eines europäischen Bündnispartners, dessen Position wir hier teilen.“)
- Ledsky (Planungsstab, State Department): Thema ist eng verbunden mit US-Präsenz in Europa. Hier gibt es Problem der öffentlichen Präsentation. Zu jedem Zeitpunkt muß klar sein, daß die US-Truppen in Europa willkommen sind und gebraucht und gewürdigt werden.
- Ridgway unterstrich Notwendigkeit, sich auch über Substanz der Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu verständigen (ernsthafte Verhandlungen oder ritueller Abrüstungstanz?). Sie nahm mit Interesse zur Kenntnis, daß im Entwurf des HLTF-Berichts[39] zur Substanz bereits wichtige Ansätze ent-

39 Zum Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 347.

halten seien und daß wir unsere Erklärungen – z. B. BM im Januar in Stockholm[40] und jetzt in Wien – ernst meinten.

Auch die Reaktionen auf Ausführungen von Dg 20 zu SALT-II-Obergrenzen machten den unterschiedlichen Stellenwert deutlich: Auf den Hinweis, daß ein paralleles US-Vorgehen wie vor Halifax, d. h. ein Überschreiten der SALT-II-Obergrenzen kurz vor Brüssel, die gesamte Tagung überschatten und dem Ziel entgegenwirken würde, Geschlossenheit und Solidarität zu demonstrieren, wurde entgegengehalten: Für den Präsidenten, der mit einem Feldzug gegen SALT II seinen Wahlkampf bestritten hat, ist dies eine Frage der Glaubwürdigkeit bei den ihn stützenden konservativen Kräften. Das Thema ist bündnis- oder sicherheitspolitischen Kriterien weitgehend entzogen.

7) ABM

Nachdem Senator Nunn sich bereits in der Vergangenheit stark für eine Beibehaltung der restriktiven Auslegung eingesetzt hat, wird allgemein mit einer Verstärkung des Druckes vom Kongreß gerechnet. Dabei wird eine Rolle spielen, daß der Senat inzwischen die Herausgabe aller Verhandlungsdokumente über die ABM- und SALT-I-Verhandlungen erwirkt hat. Es wird damit gerechnet, daß der Senat auch verfassungsrechtlich argumentieren wird: Er habe sein von der Verfassung vorgeschriebenes „advice and consent“[41] zum ABM-Vertrag in der Interpretation gegeben, die damals von der Administration vertreten worden sei.[42] Damit sei sie der Disposition durch die Administration entzogen.

Ploetz

VS-Bd. 12093 (201)

40 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genschers vom 28. Januar 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70.

41 Vgl. dazu Artikel II, Abschnitt 2, Satz 2 der amerikanischen Verfassung vom 17. September 1787 in der Fassung vom 10. Februar 1967 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, IV, S. 1202.

42 Vgl. dazu die vereinbarten Interpretationen und einseitigen Erklärungen zum ABM-Vertrag vom 26. Mai 1972; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

335

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele

110-209.00/1-5 **21. November 1986**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] mit der Bitte um Zustimmung (Vorschläge unter 2.)

Betr.: Reorganisation des Sicherheitsbereichs

1.1) Nach der Ermordung von MD von Braunmühl[3] wurden Organisation und personelle Ausstattung des Sicherheitsbereichs mit dem Ziel überprüft, die Handlungsfähigkeit des Auswärtigen Amts so zu verbessern, daß wir in verstärktem Maße Sicherheitsvorsorge initiativ betreiben können.

1.2) Bei der Sicherheitsvorsorge ist zwischen Maßnahmen der personellen und der materiellen Sicherheit in der Zentrale und bei den Auslandsvertretungen zu unterscheiden.

Organisatorische Verbesserungen müssen folgende Ziele haben:

– Zusammenfassung und Beschleunigung der Information über etwaige Gefährdungen,
– Ausarbeitung der auf Grundlage dieser Informationen zu erstellenden Analysen,
– Ausarbeitung von Durchführungskonzepten für personelle und materielle Sicherheitsmaßnahmen,
– Durchführung dieser Sicherheitsmaßnahmen,
– Erfolgskontrolle.

1.3) Wir haben geprüft, inwieweit sich durch eine Zentralisierung der Bearbeitung Verbesserungen erreichen lassen. Dabei wurde klar, daß die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen bei denjenigen Arbeitseinheiten verbleiben muß, die dank Sachnähe, Sachverstand und Ausstattung hierzu am besten, d. h. wirksam, schnell und wirtschaftlich, in der Lage sind. Zum Beispiel wäre es kaum vertretbar, in der Zentrale nicht den Inneren Dienst, sondern eine andere Stelle mit der Durchführung von Baumaßnahmen, die der Sicherheit dienen, zu beauftragen oder als Ansprechpartner in unmittelbaren Bedrohungsfällen (Bombendrohung) einzusetzen.

1 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. November 1986 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte: „Die Reorganisation ist sofort zu vollziehen. Abwarten, bis Haushalt 87 es ermöglicht, scheint nicht vertretbar."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 2. Dezember 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre „z[ur] Vorlage b[ei] StS" verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Bertele „z. w[eiteren] V[eranlassung]" verfügte.
Hat Bertele am 3. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Eiff verfügte.
Hat Eiff am 3. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 110 verfügte.

3 Zur Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 281, Anm. 5.

Hingegen ist eine Bündelung der Zuständigkeiten für die Sammlung der Informationen über die Gefährdungslage, Erstellung und Fortschreibung der Gefährdungsanalysen und für die zentralisierbaren Teile des Personen- und Objektschutzes anzustreben.

Wir haben alternativ die Möglichkeit geprüft, diese Bereiche in einer neu zu gründenden Arbeitseinheit oder innerhalb der bereits bestehenden Arbeitseinheiten zusammenzufassen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine zusätzliche Arbeitseinheit eher Probleme in den Arbeitsabläufen mit sich bringen würde. Die Erhöhung der Zahl für den Sicherheitsbereich zuständiger Arbeitseinheiten würde den Koordinationsbedarf vergrößern. Die Sicherheitsdienste hätten einen zusätzlichen Ansprechpartner. Ferner gelang es nicht, im Haushalt 1987 die für ein neues Referat erforderliche Leiterstelle zu beschaffen.

2.1) Vorgeschlagen werden deshalb – im Einvernehmen mit dem Personalrat – der Ausbau des Referats 118 als Sicherheitsreferat und die Verstärkung der Durchführungskompetenz des Referats 115 – Innerer Dienst – für die Zentrale. Dies bedeutet:[4]

– Zentrale Erfassung der Informationen über die Gefährdungslage im In- und Ausland bei Referat 118, das in enger Zusammenarbeit mit den Referaten 115, 515, 701 und 511, aber auch, soweit erforderlich, mit den Länderreferaten, Gefährdungsanalysen für den gesamten Geschäftsbereich erstellt und fortschreibt.

– Der Bereich Personenschutz Inland und Ausland wird wie folgt neu geregelt:

  Referat 118 stellt aufgrund der Gefährdungsanalysen[5] den gefährdeten Personenkreis im In- und Ausland fest und leitet für die Inlandsbediensteten die Einstufung in Gefährdungskategorien durch die zuständige Sicherheitsbehörde ein. Ständige Fortschreibung (z. B. bei Versetzung) und Überwachung der Gefährdungseinstufung obliegen ebenfalls Referat 118.

  Referat 115 trägt für die Durchführung des Personenschutzes im Inland in Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden Sorge (z. B. Transport, bauliche Maßnahmen an Wohnungen, Alarmanlagen in Büros und Wohnungen, Ausstellung von Waffenersatzbescheinigungen). Bei Referat 115 wird eine Beratungsstelle für die Inlandsbediensteten geschaffen (Wunsch des Personalrats).

  Der Personenschutz im Ausland wird von Referat 118 zusammen mit den Auslandsvertretungen und Fachstellen eingeleitet und überwacht.

– Im Bereich der materiellen Sicherheitsmaßnahmen im Ausland wird wie bisher Referat 118 in Zusammenarbeit mit Referat 111 und den Auslandsvertretungen zuständig sein. Hier besteht ein erhöhter Handlungs- und Mitwirkungsbedarf des Auswärtigen Amts im Bereich der Sicherheitsinspektion vor Ort.

– Die materielle Sicherheit im Inland einschließlich der Sicherheitsinspektion bleibt weiterhin die Angelegenheit von Referat 115. Die Zusammenarbeit zwischen den Referaten 115 und 118 wird in diesem Bereich verstärkt.

4 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben.

5 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer macht die Analysen?“

2.2) Beide Arbeitseinheiten werden personell verstärkt nach Maßgabe einer Kurzprüfung durch das Organisationsreferat, die die neu zu schaffenden Arbeitsbereiche im Verhältnis zu den bisherigen genauer definieren soll.

Bei Referat 118 sind insbesondere die Bereiche Gefährdungsanalysen, personelle Sicherheit und Sicherheitsinspektion neu einzurichten oder zu verstärken. Bei Referat 115 soll künftig das Arbeitsgebiet Sicherheitsfragen hauptamtlich durch einen Beamten des höheren Dienstes wahrgenommen werden. Die Sachbearbeitung in diesem Bereich wird ebenfalls verstärkt. Die Zuteilung zusätzlichen Personals ist Voraussetzung für die Durchführung der Reorganisation. Die in dem vorgeschlagenen Rahmen notwendigen Stellen stehen mit Inkrafttreten des Haushalts 1987 bereit, nachdem die Haushaltsgruppe der Koalitionsparteien und der Berichterstatter der SPD insoweit mit der Nutzung neuer Auslandsstellen im Inland einverstanden sind.

2.3) Die Reorganisation des Sicherheitsbereichs wird allen Bediensteten im In- und Ausland bekanntgegeben.

Bertele

Referat 110, Bd. 299079

336

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 21. November 1986, 22.03 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5035 **Ankunft: 22. November 1986, 04.29 Uhr**

Betr.: Geheime amerikanisch-iranische Kontakte[2];
hier: Fehler und „Gründe“

Zur Unterrichtung

In der Zwischenzeit liegen die wesentlichen Fehlentscheidungen des bei dem[3] ursprünglich von McFarlane konzipierten und in Gang gesetzten Unternehmens mit hinreichender Deutlichkeit auf dem Tisch. Im Folgenden wird der zwangsläufig immer noch teilweise spekulative Versuch unternommen, wesentliche Beweggründe für die (mindestens) fünf gravierenden außenpolitischen Fehler stärker auszuleuchten, die zu dem derzeitigen Fiasko für die Verantwortlichen des NSC und den Präsidenten[4] führten.

1 Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
2 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. auch Dok. 324 und Dok. 340.
3 So in der Vorlage.
4 Ronald W. Reagan.

Im einzelnen

I. Fehler Nr. 1: Das Unternehmen wurde in Gang gesetzt, ohne daß es reale Anzeichen dafür gab, die iranische Seite komme einer Erfüllung der bis dahin von der amerikanischen Seite stets postulierten Vorbedingungen für verbesserte Beziehungen näher.

Diesen Punkt hat insbesondere früherer AM Kissinger hervorgehoben. Das legitime Interesse an verbesserten US-Beziehungen mit dem strategisch wichtigen Iran anerkennend, erklärte er, das Unternehmen sei „verfrüht", die Zeit hierfür noch nicht reif gewesen. Als Sachkenner war ihm dabei bewußt, daß die amerikanische Seite zuvor stets verbesserte Beziehungen mit dem Iran von einem Entgegenkommen Teherans in zwei zentralen Punkten abhängig gemacht hatte: iranische Bereitschaft zur Deeskalation im Golf-Krieg, Bereitschaft zur Distanzierung vom Terrorismus.

Während bisher also Teheran auf die USA zukommen sollte, kamen nunmehr umgekehrt die USA auf die dortigen Machthaber zu. Aus deren Sicht gerieten sie zugleich in eine Demandeur-ähnliche Position: keine günstige Ausgangslage.

Wesentlicher Grund hierfür – so jedenfalls die Meinung vieler Kommentatoren – scheint eine im NSC deutlich spürbare Tendenz zu Aktionismus, verbunden mit Animositäten gegen die „bureaucratic inertia" im State Department gewesen zu sein. „Time" spricht zugleich von einer Neigung zu „Cowboy-Mentalität" und der zugleich spürbaren Tendenz, den NSC als „Aktionszentrum" zu sehen[5], obwohl er als Beratungs- und Koordinierungsorgan konzipiert wurde. Es erscheint plausibel, daß in dieser Atmosphäre von Ungeduld und Bereitschaft zu „Operationen" der ehrgeizige Plan konzipiert wurde, der alle drei amerikanischen Ziele iranischer Politik (verbesserte Beziehungen, Beendigung des Krieges, des Terrorismus) zugleich anstrebte, statt wie bisher die allmähliche Normalisierung mit Iran von Fortschritt bei der iranischen Haltung zum Golfkrieg und Terror abhängig zu machen.

Fehler Nr. 2: Das Unternehmen wurde durchgeführt, ohne daß Gesprächsterrain und -partner in Teheran hinreichend vorgeklärt waren.

Bis heute hält das Weiße Haus an der Behauptung fest, man habe „moderate factions" stärken wollen und daher den Kontakt mit ihnen gesucht. Bis heute sind Ebene, Namen und Einfluß der Gesprächspartner auf iranischer Seite im dunkeln. Nicht nur demokratische Senatoren, sondern auch angesehene Iran-Experten wie Gary Sick haben das Vorhandensein als Gesprächspartner für die USA geeigneter „Gemäßigter" in Teheran überhaupt bezweifelt. Die Begriffe „gemäßigt" und „extrem" seien im derzeitigen Teheran kaum relevant. Sie weisen auch mit Recht darauf hin, daß die herablassende Desavouierung des Unternehmens durch die Machthaber in Teheran nach außen ohne erkennbare Nuancen geblieben sei und auch so die These vom Vorhandensein kooperationswilligerer und -fähiger Gesprächspartner in Teheran widerlegt habe.

Ein wesentlicher Grund für diese vermutliche Fehleinschätzung dürfte in den weithin lückenhaften und unsicheren Erkenntnissen der USA über die Lage im

5 Vgl. dazu den Artikel „Washington's Cowboys"; TIME, Nr. 20 vom 17. November 1986, S. 14 f.

Iran liegen. Lange Jahre ohne diplomatische Beziehungen[6] bleiben nicht folgenlos und können auch nicht ohne weiteres durch verstärkte Intelligence-Bemühungen ausgeglichen werden. Die letztlich damit verbundene Ignoranz über die innenpolitischen Verhältnisse in Teheran mußte das Unternehmen von Anfang an vorbelasten.

Fehler Nr. 3: Die amerikanischen Unterhändler ließen zu, daß Waffen Teil eines möglichen Quidproquo wurden.

Hierfür sind die Gründe noch relativ unklar. Relativ plausibel erscheint die These, daß bei dieser besonders gravierenden Entscheidung Eigendynamik des Verhandlungsprozesses zusammengewirkt hat mit einer besonders geschickten Verpackung der iranischen Forderung, man möge „als Zeichen des guten Willens und dafür, daß der Präsident dahinterstehe" (so seine Erläuterungen) einer womöglich zunächst nur „symbolischen" Lieferung zustimmen. Wenn man sich vorstellt, daß die iranische Seite dabei vermutlich mit deutlichen Konzessionen winkte, mußte diese Offerte, zumal für militärisch geprägte Unterhändler, nicht ohne Reize sein. Damit aber war das Faktum geschaffen, der Bann gebrochen.

Zu der Überwindung der vorhandenen Hemmungen gegenüber Waffen für den Iran beigetragen hat vermutlich ebenfalls

Fehler Nr. 4: die Annahme israelischer Offerten, bei den Lieferungen diskrete Mittlerdienste zu leisten.

Über diesen Aspekt ist man im State Department besonders unglücklich: Die Konstellation amerikanische Waffen für den Iran ausgerechnet über Israel, so der Iran-Referent, bringe zusätzlich eine „fatale emotionale Komponente" gerade bei gemäßigten Arabern, die man voll zu spüren bekomme. Bei der Pressekonferenz am Mittwoch (19.11.) brachte dieser Aspekt den Präsidenten aus einem anderen Grund in arge Bedrängnis: als er mindestens vorübergehend zu argumentieren versuchte, USA hätten „nur eine Flugzeugladung", alle darüber hinausgehenden Lieferungen hätten „andere Staaten" (d.h. Israel) zu verantworten. Aus diesem in einem ungewöhnlichen Schritt (gesonderte Pressemitteilung unmittelbar nach Ende der PK)[7] korrigierten Lapsus erhellt, daß man sich im Kreis der NSC-Berater vermutlich wohl auch dem Irrtum hingegeben hat, diesen schwierigen Part Israel überlassen und geheimhalten zu können.

Hierfür sind vermutlich bestimmend gewesen: Die besonders engen und vertrauensvollen amerikanischen Beziehungen, in diesem Rahmen auch die Bekanntschaft von McFarlane und Kimche[8] einschließlich des gemeinsamen Denkens in Intelligence-Kategorien, ein auf den ersten Blick eingängig und „snappy" wirkendes Modell: moderne amerikanische Waffen an Israel, alte aus israelischen Beständen an den Iran. Man geht sicher auch nicht fehl in der Annahme, daß das Aufeinandertreffen von amerikanischer Gutgläubigkeit und israelischer Chouzpe ebenfalls mitgewirkt haben: Hiesige Kommentatoren nehmen

6 Infolge der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 brachen die USA am 7. April 1980 die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 103.

7 Für den Wortlaut der Pressekonferenz des Präsidenten Reagan in Washington sowie der Pressemitteilung, die im Anschluß veröffentlicht wurde, vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1567–1575.

8 Korrigiert aus: „Kimone".

an, daß israelische Beteiligte dies als „Freundschaftsdienst“ und „altruistische Geste“ präsentiert haben, während dieser „Service“ in Wirklichkeit offenbar gut in die israelischen Interessen paßte.

Noch offen, aber naheliegend (hierzu die verständnisvollen Äußerungen von AM Peres zur „Rettung von Menschenleben“[9]) ist schließlich ein Zusammenhang dieses Punktes mit dem für hiesige Öffentlichkeit besonders schwer verdaulichen

Fehler Nr. 5: daß die amerikanische Seite schließlich auch noch zumindest ein stillschweigendes Junktim zwischen Waffen und Geiseln akzeptierte.

Was sie letztlich hierzu bewog, wissen genau nur die unmittelbar Beteiligten. Hiesige Beobachter spekulieren darüber, daß die iranische Seite geschickterweise dieses Quidproquo nicht zu deutlich herausgestellt oder auch vielleicht zunächst eine „Vorleistung“ durch Freilassung einer Geisel erbracht haben mag. Nachdem dieses „Modell“ einmal erfolgreich gelaufen sei, sei die Versuchung zu ähnlichem Vorgehen übermächtig gewesen. Bewiesen ist diese Version nicht. Sicherer erscheint dagegen ein Urteil von Kissinger über die Beweggründe des Präsidenten: Kissinger meinte im Fernsehen, er vermute aus seiner Kenntnis des Präsidenten, dieser – zeitweise fast täglich in Kontakt mit den Familien der Geiseln – habe letztlich aus „compassion“ für die Geiseln gehandelt [10]und seine prinzipiellen Bedenken zurückgestellt. Es scheint, daß auch der sprichwörtliche „Mann auf der Straße“ in den USA seinem populären Präsidenten dies abzunehmen bereit ist.

II. Für das Unternehmen verantwortliche Mitarbeiter des Präsidenten im NSC von McFarlane bis hin zu seinem Nachfolger haben den Präsidenten in eine ernste Krise geführt. Es ehrt diesen und wird in hiesiger Öffentlichkeit entgegen aller Medien-Kritik spürbar auch als erleichternd empfunden, daß der Präsident ausdrücklich die volle politische Verantwortung übernahm. Zu der von ihm bisher durchgehaltenen Linie, keinen Fehler einzugestehen, gehört auch, daß er sich damit vor seine Mitarbeiter stellt. Gleichwohl sind derzeit die Rufe deutlich, daß zumindest Admiral Poindexter entlassen werden sollte. Noch stärker sind die fast überall hörbaren Forderungen, dem NSC die Flügel zu stutzen und seine Möglichkeiten für operatives Vorgehen auszuschließen. Dilettantismus und Selbstüberschätzung – dies ist letztlich der umfassende Vorwurf.

Vor diesem Hintergrund muß sich der Präsident überlegen, ob er zu personellen oder strukturellen Konsequenzen bereit ist. Er könnte sich vermutlich dadurch Entlastung verschaffen. Auf der anderen Seite werden die Aussichten zunehmend unsicherer, die derzeitige intensive Diskussion werde sich auch durch die Konsequenz des Präsidenten und seine Popularität nach einiger Zeit von selbst beruhigen.

[gez.] van Well

Referat 311, Bd. 139999

9 Zu den Äußerungen des israelischen Außenministers Peres vgl. den Artikel „Shultz Examining How To Keep Syria From Terror Role“; THE NEW YORK TIMES vom 10. November 1986, S. A 1 bzw. S. A 14.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5036 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

337

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Botschafter Salari

311-321.00 IRN VS-NfD **25. November 1986**[1]

Der Bundesminister empfing den iranischen Botschafter am 25.11.1986 auf dessen Wunsch zu einem Gespräch. An dem Gespräch nahmen teil:

auf deutscher Seite: Bundesminister, D 3[2], Dg 31[3], Referate 010, 013;

auf iranischer Seite: Botschafter Salari, Herr Amirpur.

1) Der Botschafter übergab die Antwort des Außenministers auf das Schreiben des Bundesministers nach dem Versuch iranischer Demonstranten, in unsere Botschaft in Teheran einzudringen.[4] Die Antwort (siehe Anlage)[5] enthält eine Aufzählung von Übergriffen gegen iranische Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland und die Zusicherung, die iranische Polizei hätte in Teheran unverzüglich eingegriffen.

Der *Bundesminister* sagte sorgfältige Prüfung der Angaben des iranischen Außenministers zu.

2) Der *Botschafter* erklärte, AM Velayati hätte ursprünglich geplant, die Bundesrepublik Deutschland noch vor den Wahlen[6] zu besuchen. Das innere Klima in Iran mache dies jedoch nicht möglich.[7] Denn man habe dort den Eindruck, iranische Staatsbürger, insbesondere Studenten, würden durch deutsche Behörden diskriminiert. Der Außenminister habe schon vor einigen Jahren den Bundesminister gebeten, hiergegen etwas zu tun. Es bestehe aber immer noch der Eindruck, daß die Feinde der Revolution[8] begünstigt, ihre Anhänger benachteiligt würden.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 27. November 1986 gefertigt und an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Zustimmung“ geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 28. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Schlagintweit verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Kann mit Zusatz ‚von BM noch nicht genehmigt‘ + VS-NfD verteilt werden. Bitte Kopie an 010.“
Hat Schlagintweit am 1. Dezember 1986 erneut vorgelegen.

2 Jürgen Sudhoff.

3 Reinhard Schlagintweit.

4 Zur Erstürmung des Geländes der Botschaft der Bundesrepublik in Teheran durch Demonstranten am 8. Oktober 1986 sowie zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1986 an den iranischen Außenminister Velayati vgl. Dok. 273, besonders Anm. 10.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des iranischen Außenministers Velayati vom 21. November 1986 an Bundesminister Genscher vgl. Referat 311, Bd. 137879.

6 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

7 Ministerialdirigent Schlagintweit legte am 11. Dezember 1986 dar: „Der Gegenbesuch des iranischen AM ist offensichtlich aus innenpolitischen iranischen Gründen blockiert. Wir sollten dies respektieren. Der Kampf zwischen Ideologen und pragmatischen Internationalisten ist in Teheran offenbar in vollem Gang. […] Statt dessen bieten sich Kontakte auf Staatssekretärsebene an. Ziel: Den Iranern zu zeigen, daß wir am politischen Gespräch interessiert sind.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137879.

8 In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Als Begründung führte der Botschafter aus:

Iranische Studenten dürften ihre Ehefrauen nicht mit nach Deutschland nehmen.

Dagegen würde Asylbewerbern der Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland durch eine Iran-Sonderregelung erleichtert, wenn sie eine Erklärung unterschrieben, daß sie verfolgt würden und bei der Rückkehr nach Iran Schwierigkeiten bekämen. Der Botschafter sagte, es gebe zwei Iran-Erlasse, Iran-Erlaß I und II. Auch die Zulassung zur Universität würde für Regimegegner erleichtert, wenn sie eine solche Erklärung unterschrieben.

Der *Bundesminister* erwiderte, von einer Diskriminierung iranischer Staatsangehöriger könne keine Rede sein. Entsprechende Regelungen würden auf alle vergleichbaren Ausländer angewandt. Wir hätten auch nicht den Wunsch, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland zu erhöhen, im Gegenteil.

3) Was die Beziehungen Irans zur Bundesrepublik Deutschland angehe, erklärte der Bundesminister, er frage sich, was die iranische Regierung wirklich bewege. Unsere Haltung zur iranischen Revolution sei von Anfang an eindeutig gewesen. Dies habe er auch bei vielen Gesprächen mit Mitgliedern der iranischen Führung klargemacht. Natürlich sei es Sache der iranischen Regierung, den Stand der Beziehungen zu uns zu bewerten. Wir müßten uns nun fragen, ob eine Änderung der iranischen Politik vorliege. Wir könnten aber nicht akzeptieren, daß wir hierfür einen Grund geliefert hätten. Wir hätten nie Zweifel an der Aufrichtigkeit unserer Beziehungen gelassen.

Der *Botschafter* führte als weitere Beispiele angeblich unfreundlichen Verhaltens den Empfang iranischer Bahais durch den Bundeskanzler[9] und eine Rede von Ministerpräsident Strauß beim CDU-Parteitag an, in der er die iranische Regierung mit der Südafrikas verglichen und als blutrünstig bezeichnet hatte.[10]

Der *Bundesminister* erläuterte unsere Religionsfreiheit und forderte den Botschafter auf, unser Verhalten und unser System in Iran richtig darzustellen und zu erklären. Wir betrachteten gute bilaterale Beziehungen als ein wichtiges Faktum. Eine Änderung der iranischen Politik sei weder für uns noch für die andere Seite ein Vorteil. Wir seien an einer Verbesserung interessiert.

4) Der Bundesminister bat den Botschafter um eine Einschätzung der Beziehungen Irans zu den Vereinigten Staaten.[11] Der *Botschafter* gab die iranische Version von Einzelheiten der Reise McFarlanes nach Teheran[12], seine Geschenke, die Tatsache, daß seine Telefongespräche mit Präsident Reagan auf Band

9 Am 7. Juli 1986 wurde gemeldet, Bundeskanzler Kohl habe eine Delegation des „Nationalen Geistigen Rates der Bahai in Deutschland" empfangen. Vgl. dazu die Meldung „Bahais danken Kanzler Kohl"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 7. Juli 1986, S. 4.

10 Vgl. dazu die Ausführungen des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 7. Oktober 1986 in Mainz; CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS, BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hg.), 34. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Niederschrift, Mainz, 7./8. Oktober 1986, Monschau-Imgenbroich, o. J., S. 81.

11 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

12 Zur iranischen Darstellung der Reise des ehemaligen Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, vgl. Dok. 324, Anm. 7.

aufgezeichnet worden seien, und das Verbot des Imam[13], mit McFarlane zu verhandeln.

Zum Krieg sagte der Botschafter, es gebe nur Erfolge für Iran. Man hätte Informationen, daß Saddam Hussein sehr nervös sei und seine Koffer packe. Iran werde sich verteidigen, bis das Baath-Regime weg sei. Zur voraussichtlichen Dauer wollte sich der Botschafter nicht näher äußern. Die Kreuzzüge hätten mehrere hundert Jahre gedauert. Allerdings rechne er für den Krieg mit Irak mehr in Monaten als in Jahren.

Der *Bundesminister* erklärte, wir seien daran interessiert, daß dieser schreckliche Krieg zu Ende gehe. Er wünsche auch nicht, daß der Krieg den Ost-West-Gegensatz in die Region trage oder ausländischer Einfluß in sie eindringe. Daher solle es bald zu einem Ende kommen.

Der *Botschafter* bat, keinerlei chemische Substanzen nach Irak auszuführen, und verwies auf eine BBC-Sendung über die Produktion chemischer Waffen in Irak.[14]

Der *Bundesminister* erklärte, wir hätten hier Sonderregelungen getroffen, die solche Lieferungen ausschlössen.[15]

Der Bundesminister schloß mit der Aufforderung, die iranische Regierung möge die langfristigen Aspekte der bilateralen Beziehungen zu uns richtig einschätzen. Wir seien die ersten, die die Öffnung des Westens für Iran eingeleitet hätten, und wir seien an guten Beziehungen interessiert.

Referat 311, Bd. 137879

13 Ruhollah Musawi Khomeini.

14 Botschafter Freitag, Teheran, teilte am 29. Oktober 1986 mit: „Hiesige Presse berichtet an prominenter Stelle, jedoch kommentarlos anhand einer IRNA-Meldung über Artikel der Londoner Tageszeitung ‚Independent', wonach europäische Firmen durch den Bau von chemischen Anlagen Irak in die Lage versetzt hätten, C-Waffen herzustellen. Gestützt auf Aussagen eines Exil-Irakers, der früher in einer chemischen Anlage tätig gewesen sei, soll es in dem Artikel heißen, daß europäische Techniker, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, aktiv mit dem irakischen Militär bei der Herstellung von C-Waffen zusammenarbeiten würden. […] Die chemischen Anlagen selbst seien in Al-Qa'im, Akashat und Samarra." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1474; Referat 424, Bd. 135879.
Vortragender Legationsrat Daum informierte die Botschaft in Teheran am 31. Oktober 1986: „Der Artikel der Londoner Zeitung Independent ist hier nicht bekannt. Er dürfte aber auf einer Fernsehsendung der BBC vom 27.10.86 beruhen, in der die genannten Themen mit der geschilderten Tendenz und Gesamtaussage behandelt wurden." Vgl. Referat 424, Bd. 135879.

15 Zu den Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 331.

338

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

420-401.00 USA VS-NfD **25. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Gespräche von StS Dr. Ruhfus in Washington am 20. und 21. November 1986

Anlg.: Drahtberichte Nr. 5038 bis 5044 der Botschaft Washington vom 23.11.1986[4]

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Zusammenfassung

1) StS Ruhfus führte am 20. und 21.11.1986 in Washington Gespräche im State Department mit stellv. AM Whitehead und den Undersecretaries Wallis und Derwinski, ferner mit den Undersecretaries Iklé (Pentagon), Smart (Department of Commerce), Amstutz (Department of Agriculture), Botschafter Smith beim US Handelsbeauftragten, im Weißen Haus mit dem neuen Wissenschaftsberater Dr. Graham, mit Vizepräsident Johnson (Fed) und mit Weltbank-Präsident Conable. Vor den Gesprächen traf StS Ruhfus mit dem EG-Beauftragten Sir Roy Denman zusammen.

Das mit AM Shultz erbetene Gespräch kam wohl aufgrund der Auseinandersetzungen über die US-Waffenlieferungen an den Iran[5] nicht zustande.

2) Die Berichte der Botschaft Washington über die Einzelgespräche sind als Anlagen beigefügt.

3) Die Gespräche konzentrierten sich insbesondere auf die deutsche Wirtschaftslage und Perspektiven für 1987, auf unser Engagement für das Angebot von Siemens auf Erwerb der französischen CGCT[6], auf zahlreiche COCOM-Fragen, die Zusammenarbeit von ESA–NASA, das Airbus-Programm 330/340, die Lieferung eines Cray-Computers nach Berlin, auf die Agrarpolitik, GATT und die Terrorismusbekämpfung. Sie boten Gelegenheit, die hochrangigen Beamten, die größtenteils neu ernannt waren (Graham, Smart, Derwinski, Smith, Amstutz sowie VP Johnson (Fed) und Weltbank-Präsident Conable) mit unseren Auffassungen vertraut zu machen. Die Gespräche verliefen im Nachklang zu den wie-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Siemes konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 26. November 1986 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. November 1986 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Ruhfus am 12. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher strich. Ferner verfügte er den Rücklauf an Ministerialdirektor Jelonek. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM ist mündlich unterrichtet."
Hat Jelonek am 15. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 420 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Siemes erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Drahtberichte des Botschafters van Well, Washington, vgl. Referat 411, Bd. 160406.

5 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

6 Compagnie Générale de Construction Téléphonique.

derholt als überaus erfolgreich gekennzeichneten Gesprächen von BK und BM mit Reagan und Shultz[7] in freundschaftlicher Atmosphäre, wenn auch die Gesprächspartner die US-Haltung in mehreren Punkten durchaus hart und deutlich vortrugen.

Die Darlegungen zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wurden verständnisvoll und positiv aufgenommen. Anders als im September gab es keine Kritik, auch nicht vom VP der Fed. Hierzu dürfte die wieder etwas günstigere Wirtschaftsentwicklung der USA im dritten Quartal beigetragen haben. (Allerdings lag das Gutachten der Drei Weisen noch nicht vor. Außerdem wurden keine Gespräche in der Treasury geführt).

Die amerikanischen Gesprächspartner äußerten ihre Sorge über verstärkte Bestrebungen des neuen Kongresses[8] zu mehr Protektionismus. Klar zutage traten die starken Emotionen, mit denen die Administration auf unsere Unterstützung für Siemens in Frankreich reagiert.

4) Es scheint gelungen zu sein, insbesondere in den Fragen ESA–NASA, Siemens–CGCT, COCOM-Fragen (Dieselmotoren, Cray-Computer, Medizingeräte) mehr Verständnis für unsere Anliegen zu wecken und die Gesprächspartner problembewußter zu machen. Beim Export von Medizingeräten und des Cray-Computers nach Berlin wurde uns eine baldige positive Entscheidung in Aussicht gestellt.

Bei den COCOM-Fragen können wir auch bei den neuen Beamten im State Department und im Department of Commerce auf Verständnis und Unterstützung rechnen. Dagegen ist in Fragen des STEM[9] und bei der Aufnahme von Tunnelbohrgeräten in die COCOM-Liste weiterhin mit einer unnachgiebigen Haltung des Pentagon zu rechnen. Beim Thema Weltraumkooperation zeigten sich die Gesprächspartner aufgeschlossen für unseren Wunsch auf eine auf echter Partnerschaft basierenden Regelung der Zusammenarbeit bei Columbus.

II. Im einzelnen

1) Entwicklung unserer Wirtschaft im kommenden Jahr

StS Ruhfus erläuterte die Entwicklung unserer Wirtschaft und die guten Aussichten für 1987, die, getragen von anhaltend hoher Binnennachfrage, durch Steuerreform, reale Renten- und Lohnerhöhungen, mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und Aussichten auf weitere Deregulierungen und Privatisierungen gestützt werden. Bei allen Gesprächspartnern (insbesondere VP Johnson, Fed) wurde unser stabiles Wachstum positiv gewertet. Die frühere Forderung nach einer Senkung des Diskontsatzes wurde nicht erhoben. Es gab keine Kritik.

2) Siemens–CGCT[10]

Wie ein roter Faden zog sich durch die Gespräche die Erregung der Administration über den Druck der Bundesregierung auf die französische Regierung,

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 20. bis 23. Oktober 1986 in den USA vgl. Dok. 296–300 und Dok. 303.

8 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

9 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich ein: „(militärisches Beratergremium für COCOM)".

10 Referat 432 erläuterte am 13. November 1986: „Die französische Compagnie Générale d' Électricité (CGE) erwirbt durch Kauf der europäischen ITT-Firmen u. a. einen Anteil am deutschen Telekom-

Siemens die Übernahme der CGCT zu ermöglichen, nachdem, so die US-Auffassung, die „Ausschreibung" bereits mit positivem Ergebnis für AT&T abgeschlossen gewesen sei.

StS Ruhfus stellte heraus, daß unsere Bemühungen nicht gegen US-Interessen, sondern auf Öffnung des zur Zeit noch verschlossenen französischen Marktes gerichtet seien, was langfristig auch US-Interessen entgegenkomme. Er verwies auf unseren liberalen Markt, das starke Engagement von US-Firmen und ihre Möglichkeit, weitere Firmen auf dem High Tech-Sektor in D zu erwerben. Es sei nicht auf uns zurückzuführen, daß ITT SEL verkauft habe. Ein Erwerb durch Siemens sei wegen unserer Kartellgesetzgebung[11] nicht möglich gewesen. Andeutungen von Smart und Smith, Siemens-Aktivitäten in den USA genauer zu beobachten, begegnete StS Ruhfus mit dem Hinweis auf 22000 Arbeitsplätze bei Siemens-USA und deren hohe Exporterfolge aus der Produktion in den USA.

Angesichts des protektionistischen Drucks bleibt dies Thema ein Element der Irritation. Wir sollten hierauf achten und die amerikanische Regierung, soweit dies uns möglich ist, über den weiteren Fortgang unterrichtet halten.[12]

3) COCOM-Fragen

Bei der Lieferung von Tunnelbohrgeräten in die SU[13] sowie in der Frage der Leitung der STEM-Delegation durch einen Militär[14] beharrte das Pentagon auf seinen Forderungen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1745

munikationsmarkt von 30–35% (SEL-Anteil). Die Firma Siemens versucht, durch Kauf der CGCT, der zweiten zu privatisierenden Telefonbaufirma, ihrerseits einen Anteil am französischen Telekommunikationsmarkt zu erwerben. AT&T bemüht sich ebenfalls intensiv um den Kauf der CGCT. […] Im Juli d. J. haben CGE und ITT die Bildung eines gemeinsamen Fernmeldekonzerns unter französischer Führung vereinbart. ITT bringt hier seine europäischen Fernmeldeaktivitäten, darunter auch die deutsche SEL, ein." Die neue Gesellschaft werde nach AT&T und vor Siemens das zweitgrößte Unternehmen der Nachrichtentechnik der Welt sein. Die Verhandlungen über die Zukunft der ebenfalls zu privatisierenden CGCT seien noch im Gange. Als Käufer hätten sich u. a. Siemens, AT&T und Ericsson gemeldet. AT&T sei bereit, der französischen Fernmeldeindustrie Zugang zum amerikanischen Markt zu verschaffen: „Das starke Interesse von AT&T erklärt sich aus der Absicht, über CGCT (mit Unterstützung von Philips) erstmals auf dem europäischen Markt Fuß zu fassen. Seitens der amerikanischen Regierung, die einen Ausgleich der defizitären Fernmeldebilanz mit Frankreich sucht, soll – nach Angaben von Siemens – die AT&T-Initiative politisch unterstützt werden." Die Bundesregierung sei mehrfach bei der französischen Regierung vorstellig geworden: „Die bisherigen Vorhaltungen von deutscher Seite haben bei der französischen Regierung in der Sache kaum etwas bewirkt. Nach wie vor scheint primär ein Vertragsabschluß mit AT&T angestrebt zu werden. […] Dagegen mehren sich die Anzeichen, daß die Franzosen von der massiven deutschen Intervention zunehmend irritiert werden". Vgl. Referat 432, Bd. 132128.

11 Vgl. dazu das Gesetz vom 27. Juli 1957 gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der ab 1. Mai 1980 geltenden Fassung; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 1762–1791.

12 Am 3. Dezember 1986 teilte Botschafter Schoeller, Paris, mit: „Wirtschaftsminister Balladur hat vor einigen Tagen (endgültig) entschieden, daß die verstaatlichte CGCT nicht ohne ihre vorherige Reprivatisierung verkauft werden kann. Damit wird die Absicht des Industrieministers Madelin, das Unternehmen an die US-niederländische Gruppe APT (AT&T und Philips) zu veräußern, mit einer juristischen Begründung unterlaufen. […] Die zum Jahresende erwartete Entscheidung, welchem der Bewerber die CGCT zugeschlagen wird, ist zunächst einmal hinausgeschoben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2648; Referat 432, Bd. 132128.

13 Zur Frage einer Lieferung von Tunnelbohrgeräten in die UdSSR vgl. Dok. 300, besonders Anm. 18.

14 Zur Beteiligung des Bundesministeriums der Verteidigung an den „Security and Technical Experts' Meetings" (STEM) im Rahmen des COCOM vgl. Dok. 300, Anm. 20.

Bei STEM vermochte auch die Zusicherung von StS Ruhfus, daß in unserer Delegation stets ein erfahrener Militär mit vollem Mitspracherecht vertreten sein werde, Iklés Position nicht aufzulockern.

US-Besorgnisse über Export von Tunnelbohrgeräten in die SU richteten sich weniger gegen uns als gegen mögliche, weniger kontrollierbare Exporte leistungsfähiger Anbieter aus Kanada, Japan und Südkorea, wo man weniger Möglichkeiten zur Einflußnahme zu haben glaubt. (So auch Weinberger im Gespräch mit BM Wörner[15]). Das Pentagon besteht mit Nachdruck auf Aufnahme in die COCOM-Liste. Das Pentagon schlug baldige persönliche vertrauliche Unterrichtung von Wolff von Amerongen und Vertreter von Demag vor. Department of State und Department of Commerce zeigten zwar Verständnis für unsere Argumentation, sahen jedoch keine Chancen, das Pentagon zu einer nachgiebigeren Haltung zu bewegen.[16]

In anderen Fragen zeigte US-Seite größere Flexibilität, so beim Export von Medizingeräten[17] und dem Cray-Computer nach Berlin[18], wo baldige positive Lösung in Aussicht gestellt wurde. Bei Dieselmotoren kündigte StS Ruhfus neue deutsche Vorschläge an.[19]

15 Bundesminister Wörner besuchte vom 16. bis 18. November 1986 die USA. Vgl. dazu Dok. 334, Anm. 26.

16 Der Passus „vertrauliche Unterrichtung von … Haltung zu bewegen“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier werden wir um weitere Öffnung, zumindest um Fortsetzung der Gespräche, nicht herumkommen.“

17 Referat 424 legte am 27. Oktober 1986 dar: „Fa. Siemens (und eine weitere deutsche Firma) haben für medizinische Hochleistungsgeräte (Tomographen und Kernspintomographen) eine sehr gute Stellung auf dem Weltmarkt, auch im Osten. In diesen Geräten sind amerikanische Computer (Wert am Gesamtgerät: 5–10 %) enthalten. Das Pentagon blockiert z. Z. mehrere Reexportgenehmigungen hierfür. Dies widerspricht unserer Auffassung nach dem Sinn der entsprechenden COCOM-Regel, wonach Medizingeräte großzügiger als andere Anlagen exportiert werden können. Ferner scheint es uns unlogisch, daß die Sowjets oder Ungarn ein Gerät für 1 oder 2 Mio. DM kaufen, nur um den Computer zu entnehmen und in einen Panzer einzubauen. Dieses Problem sollte auch aus Gründen allgemeiner COCOM-Politik bald gelöst werden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135934.

18 In einer Aufzeichnung vom 20. Oktober 1986 informierte Referat 424: „Vertreter der Firma Cray haben sich an die Botschaft Washington in folgender Angelegenheit gewandt: Die Abwicklung der Lieferung eines Cray-Computers an das Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin (ZIB) in Berlin, Empfänger Senator für Wissenschaft und Forschung, sei im Pentagon (DOD) im Unterschied zu State Department und Handelsministerium auf Schwierigkeiten gestoßen: DOD mache a) geltend, daß die Besonderheit dieses Exportes, nämlich die Verbindung dieses Rechners über Fernmeldeleitungen mit der Bundesrepublik, das Risiko des Anzapfens der Leitung und b) einen Präzedenzfall für Leitungsführung durch den Ostblock schaffe. Cray hat bisher vergeblich argumentiert, daß der Computer durch Verschlüsselungssysteme besser geschützt sei als US-Computer in den USA und daß hierzu ein Gutachten diese Woche erwartet werde. Hauptproblem für Cray ist der Widerstand gegen die Fernmeldeverbindung durch die DDR. […] Die vom DOD gestellte Frage der Abhörsicherheit ist eine berechtigte Frage, der auch wir höchste Priorität einräumen. Zur Frage des Präzedenzfalles (Leitung durch ein COMECON-Land): Berlin ist ein Sonderfall, es kann nicht mit den Hauptstädten anderer Warschauer-Pakt-Staaten verglichen werden. Ein Verzicht auf Netzverbindungen in die Bundesrepublik ist politisch undenkbar. Berlin würde von der wissenschaftlichen Gemeinschaft der westlichen Welt isoliert.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135936.

19 Referat 424 vermerkte am 13. November 1986: „Seit drei Jahren wird im COCOM über einen amerikanischen Vorschlag zur Kontrolle schwerer Dieselmotoren verhandelt. Thema gestaltet sich – angesichts der weltführenden Stellung der deutschen Motorenindustrie – weitgehend zu einem deutsch-amerikanischen Dialog.“ Der Hintergrund der amerikanischen Besorgnis sei folgender: „Die SU liegt bei den Motoren aller ihrer gepanzerten Fahrzeuge weit hinter den westlichen Leistungsparametern. In besonderem Maße gilt dies für die sowjetischen Kampfpanzer. […] Angesichts der gewaltigen zahlenmäßigen Überlegenheit der sowjetischen Panzer ist eine motormäßig deutlich überlegene westliche Panzerwaffe entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhal-

4) StS Ruhfus machte US-Partnern unser Interesse an einer fairen, partnerschaftlichen Beteiligung am US-Raumfahrtprogramm deutlich. Wir könnten uns mit der Position eines Zulieferanten nicht zufriedengeben. Unsere Haltung fand allgemein Verständnis. Graham, Whitehead und Derwinski reagierten ausgesprochen positiv.

5) Airbus

Botschafter Smith sprach Airbus-Pläne für Bau der neuen Langstreckenversion 330/340[20] an. Für den Fall erheblicher Regierungssubventionen drohte er sehr harte US-Reaktion an. Nach seiner Ansicht könnten hier drei Anbieter (Boeing, McDonnell Douglas und Airbus) nebeneinander nicht bestehen.

StS Ruhfus verwies auf unverzichtbare Notwendigkeit zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen europäischen Luftfahrtindustrie, auf Förderung der US-Gesellschaften durch militärische Beschaffungsprogramme sowie auf bisher gut verlaufene Gespräche der Airbuspartner mit den USA in Genf.[21]

6) Agrarbereich

Alle Gesprächspartner anerkannten, daß die Industriestaaten in Westeuropa und in Nordamerika mit dem Problem der Überproduktion konfrontiert seien. Vorwürfe gegen EG-Agrarsubventionen würden nicht erhoben. Übereinstimmung bestand, daß nachhaltige Anstrengungen aller Überschußproduzenten zur Reduzierung der Agrarproduktion erforderlich sind. US-Überlegungen tendieren dahin, staatliche Unterstützungen vom Preis abzukoppeln und andere Lösungen zu suchen, auch wenn diese kurzfristig höhere Budgetbelastungen bringen. Große Skepsis bestand für Lösungsmöglichkeiten über nachwachsende Rohstoffe.

StS Ruhfus wies darauf hin, daß sowohl bei der Kommission wie auch bei uns über Lösungsmöglichkeiten intensiv nachgedacht wird.

Amstutz sagte zu, uns ein vertrauliches Papier über US-Vorstellungen zukommen zu lassen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1747

tung der Gleichwertigkeit unserer Verteidigung." Andererseits könne die Bundesregierung jedoch nicht „die weltführende Stellung der deutschen Motorenindustrie […] durch ein sicherheitspolitisch vielleicht wünschenswertes Embargo verschiedener Motorenreihen gefährden". Nach jahrelangen Diskussionen mit der Industrie wolle die Bundesregierung folgende Positionen im COCOM vortragen: „keine Kontrolle einzelner Technologien; aber Kontrolle der Gesamttechnologie, die einen typischen Panzermotor (Engine for Main Battle Tank) ausmacht". Vgl. Referat 424, Bd. 135934.

20 Zur Weiterentwicklung des „Airbus" vgl. Dok. 109, Anm. 15.
Referat 420 erläuterte am 15. Oktober 1986: „Für das Doppelprojekt A-340/A-330 besteht zur Zeit noch kein Entscheidungsbedarf. Unsere Partner GB und F haben sich beim Vierergespräch in Farnborough und bei den dt.-britischen Konsultationen (BK Dr. Kohl und PM Thatcher) am 16.9.1986 in Bonn zwar grundsätzlich bereit erklärt, das Projekt zu fördern, in das bereits Milliarden DM investiert worden sind. Bei einem Scheitern des Projekts würden die USA praktisch eine Monopolstellung erhalten. Alle Airbuspartner machen aber die endgültige Entscheidung davon abhängig, daß die Wirtschaftlichkeit des Projekts von A[irbus]I[ndustrie] nachgewiesen wird. AI hat eine Verkaufskampagne eingeleitet, um die Marktchancen festzustellen. Die Ergebnisse sollen zum Ende dieses Jahres vorliegen. Die Industrie ist gefordert, zuverlässiges Zahlenmaterial vorzulegen." Vgl. Referat 411, Bd. 160435.
Am 26. November 1986 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Siemes ergänzend dar, der bayerische Ministerpräsident Strauß forciere in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender von AI die Lancierung der geplanten Langstreckenversionen, „während die Bundesregierung eine sorgfältige Prüfung der Wirtschaftlichkeit dieses Doppelprojekts beabsichtigt". Vgl. Referat 411, Bd. 160435.

21 Zu den Gesprächen zwischen den USA und den Airbus-Partnerstaaten vgl. Dok. 174, Anm. 30.

6) GATT

StS Ruhfus dankte allen Gesprächspartnern für US-Bemühungen, Punta del Este[22] zu einem Erfolg zu führen, und bat, diesen Kurs unvermindert fortzusetzen. US-Gesprächspartner (Smart, Smith, Wallis) erwarten vom neuen Kongreß stärkeren protektionistischen Druck. Eine neue Trade Bill werde für 1987 erwartet. Noch könne nicht gesagt werden, wie diese ausfallen werde. Doch werde es der Administration zunehmend schwerer, dem Druck zu widerstehen.

7) EG-Süderweiterung[23]

US-Partner drängten auf Ausgleichsregelung im GATT bis zum Jahresende. StS Ruhfus wies auf die politische Bedeutung der Süderweiterung hin und auf die Belastungen, die die Erweiterung auch für die nördlichen EG-Mitglieder gebracht habe. Er sagte zu, sich für eine beschleunigte Lösung der von den USA aufgeworfenen Fragen bei den laufenden Gesprächen im GATT einzusetzen.[24]

8) UNESCO

StS Ruhfus fragte Whitehead nach US-Haltung zur UNESCO.[25] Mit dem Ausscheiden M'Bows[26] sei ein wesentliches Hindernis für eine Reform der UNESCO entfallen. Wir würden es begrüßen, wenn sich die USA wieder zu einer Mitarbeit in der UNESCO bereit finden könnten.

Whitehead bezeichnete einen solchen Schritt als noch verfrüht. Es gelte abzuwarten, ob es der UNESCO gelingen werde, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren. Wenn dies erfüllt sei, könne er sich eine Rückkehr in die UNESCO durchaus vorstellen.

9) Terrorismusbekämpfung

Whitehead und Sonderbotschafter Bremer zeigten sich befriedigt über EG-Be-

22 Zur Ministersitzung des GATT vom 15. bis 20. September 1986 vgl. Dok. 268.

23 Zum Handelskonflikt zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA infolge des EG-Beitritts Portugals und Spaniens zum 1. Januar 1986 vgl. Dok. 239, Anm. 5.

24 Gesandter Wallau, Washington, teilte am 19. Dezember 1986 mit, die amerikanische Regierung habe am Vortag beschlossen, „1) in einer Presseveröffentlichung des Weißen Hauses zu Ende des Jahres die Entscheidung des Präsidenten bekanntzugeben, mit Wirkung von Ende Januar 1987 die Einfuhrzölle für bestimmte Agrarprodukte aus der EG anzuheben. […] 2) den Umfang der Zollerhöhung danach zu bestimmen, daß der EG Handelsverluste in gleicher Höhe zugefügt werden, wie sie den USA durch den Spanien-Beitritt zur EG entstehen. Die Vergeltungsmaßnahmen werden aus der im Mai 1986 definierten Maximalliste […] ausgewählt." Ein Gesprächspartner im Büro des amerikanischen Handelsbeauftragten habe erläutert, „die Interimsvereinbarung mit der EG habe eine Einigung bis 31.12.1986 vorgesehen, wenn das jetzige Vorgehen der USA hätte vermieden werden sollen. Eine solche Einigung sei nicht erreicht worden (Forderung der USA zuletzt Maiseinfuhrquote von etwa 3 Mio. t) und werde mangels weiterer Gespräche bis Jahresende auch nicht zustande kommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5460; Referat 411, Bd. 144247.

25 Die USA traten mit Wirkung vom 1. Januar 1985 aus der UNESCO aus.

26 Zur Besetzung des Amts des UNESCO-Generaldirektors vgl. Dok. 236, Anm. 8.
Referat 615 erläuterte am 20. Oktober 1986, UNESCO-Generaldirektor M'Bow habe am 6. Oktober 1986 seinen Verzicht auf eine dritte Amtsperiode erklärt. Damit sei „ein wichtiges Hindernis auf dem Wege zu einer erfolgreichen Reform der UNESCO beseitigt. Wir müssen uns jedoch im klaren darüber sein, daß dabei noch viele weitere Hindernisse zu überwinden sind. Zunächst bleibt M'Bow noch bis November 1987 im Amt, und er wird in dieser Zeit sicherlich versuchen, die von ihm geschaffenen Strukturen festzuschreiben. […] Was die von uns kritisierten sachlichen und politischen Fehlentwicklungen betrifft, so sind sie nicht nur auf den GD zurückzuführen, sondern mehr noch ein Ergebnis widerstreitender Interessen von rd. 160 Mitgliedstaaten. Die damit verbundenen Schwierigkeiten werden uns also erhalten bleiben." Vgl. Referat 232, Bd. 161157.

schlüsse vom 10. November.[27] Man hoffe, daß die Bundesregierung nach Ausgang des Syrienprozesses in Berlin[28] zusätzliche Schritte unternehme.

StS Ruhfus verwies auf die bisherigen Maßnahmen gegen Syrien. Wir würden den Ausgang des Prozesses und mögliche Konsequenzen sorgfältig prüfen. D und F beabsichtigten, auf dem Europäischen Rat Anfang Dezember die Initiative für weitere Schritte zur Terrorismusbekämpfung zu ergreifen.[29]

10) Weitere Einzelpunkte

Wegen der innenpolitischen Auseinandersetzungen über die US-Waffenlieferungen in den Iran kamen die Lieferung von Pontonbrücken sowie Exportkontrollen im Bereich chemischer Vorprodukte[30] nicht zur Sprache.

StS Ruhfus dankte Gesprächspartnern für großzügiges Entgegenkommen bei Gewährung von Lufthansa-Landerechten in Washington und bat um Überprüfung der sehr restriktiven Haltung der amerikanischen Regierung zur Wartung von in den USA registrierten Luftfahrzeugen durch deutsche Firmen.

StS Ruhfus betonte mehrfach die Bedeutung der amerikanischen Präsenz in der Bundesrepublik und bat um Überprüfung der Entscheidung über die Schließung des amerikanischen Generalkonsulates in Düsseldorf[31] und trat dafür ein, die Auslieferung von Privatfahrzeugen von amerikanischen Soldaten über Bremerhaven[32] beizubehalten. Die amerikanische Seite sagte zu letzterem wohlwollende Prüfung zu.

Jelonek

Referat 411, Bd. 160406

27 Zu den Beschlüssen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London vgl. Dok. 323, Anm. 11.

28 Zum Prozeß gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh vgl. Dok. 333 und Dok. 343.

29 Zur Erörterung des Themas Terrorismus auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 363, Anm. 26.

30 Zur Frage des Exports von Stoffen, die zur Herstellung chemischer Waffen geeignet sind, vgl. Dok. 331.

31 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 27. Juni 1986, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums müßten neben der bereits entschiedenen Schließung des amerikanischen Konsulats in Bremen bei weiteren Haushaltkürzungen zusätzliche Auslandsvertretungen geschlossen werden, darunter auch das Generalkonsulat in Düsseldorf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2726; Referat 204, Bd. 135402.
Im Gespräch mit Ministerialdirigent von Ploetz am 13. November 1986 erklärte der amerikanische Botschaftsrat Grobel „mit der Bitte um strikt vertrauliche Behandlung, Düsseldorf stehe auf der Liste zu schließender Konsulate, der Beschluß sei noch nicht gefaßt. Die Botschaft bemühe sich um Schützenhilfe bei prominenten Vertretern in der Bundesrepublik Deutschland. Daher habe Burt direkt Rau und Biedenkopf und andere angesprochen, diese reagierten wunschgemäß mit Briefen an Präsident und AM und Kongreßmitglieder." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1422 des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 14. November 1986; VS-Bd. 12988 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

32 Zur Rolle Bremerhavens als Umschlagplatz für Güter der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 162, Anm. 26 und 27.
Referat 201 erläuterte am 12. November 1986, hinter den Plänen zur Verlagerung der Anlandung privater PKWs von Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte von Bremerhaven nach Rotterdam stünden „kostengünstige niederländische Angebote an die US-Militärverwaltung in Deutschland zu einer Verlagerung des Umschlags der P[rivately]O[wned]V[ehicles] nach Rotterdam mit anschließendem Weitertransport per Rheinschiff nach Süddeutschland (z. B. Mannheim). […] Wir haben den Amerikanern daher bereits im Juli Angebote (gemeinsamen von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft und der Deutschen Bundesbahn ausgearbeitet) zum kostengünstigen Transport der POVs per Schiene von Bremerhaven nach (wahlweise) verschiedenen Punkten in Süddeutschland

339

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

213-321.00 SOW VS-NfD **25. November 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Deutsch-sowjetische Beziehungen;
hier: Unterbrechung der hochrangigen Kontakte

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu IV.

I. Die sowjetische Führung hat offenbar entschieden, die bei Ihrem Besuch in Moskau im Juli d. J.[4] vereinbarten hochrangigen Kontakte und Abkommens-Unterzeichnungen vorerst zurückzustellen.

Die Redressierung dieser Kontakte erfolgte in zwei Intervallen. Zuerst wurden Anfang November die Moskau-Reisen von BM Riesenhuber und D 6[5] sowie eine Reise sowjetischer Journalisten[6] hierher verschoben, und zwar durchaus unter Hinweis auf das Newsweek-Interview[7]. Nach der Bundeskanzler-Erklärung im Bundestag am 6.11.[8] erschien es als möglich, daß die Lage sich nach einer gewissen Zeit wieder beruhigen und es keine weiteren sowjetischen Konsequenzen geben würde (Bild-Interview Kwizinskijs[9], PK Schewardnadses[10]). Die

Fortsetzung Fußnote von Seite
übergeben. Derzeit geht es darum, in Sachgespräche mit den Amerikanern über dieses Angebot einzutreten." Vgl. Referat 201, Bd. 143507.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 26. November und 1. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 25. November 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 30. November 1986 und erneut am 11. Februar 1987 vorgelegen. Vgl. Anm. 27.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.
Hat Legationssekretär Freitag am 11. Februar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 12. Februar 1987 erneut vorgelegen.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

5 Zur Absage des Besuchs des Bundesministers Riesenhuber und des Ministerialdirektors Witte in der UdSSR vgl. Dok. 313, Anm. 7 und 8.

6 Zur Verschiebung einer Reise sowjetischer Journalisten in die Bundesrepublik vgl. Dok. 316, Anm. 12.

7 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" vgl. Dok. 308, Anm. 2.

8 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 316, Anm. 5.

9 Für den Wortlaut der Äußerungen des sowjetischen Botschafters Kwizinskij vgl. den Artikel „Moskau nimmt Kohls Entschuldigung an"; BILD (Berlin) vom 7. November 1986, S. 8.

10 Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, berichtete am 10. November 1986, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe in einer Pressekonferenz am selben Tag ausgeführt: „Mit der BRD haben sich, muß ich sagen, nicht schlechte Beziehungen entwickelt. Das gilt für den Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit, politischer Kontakte – darunter auch auf recht hoher Ebene. […] Jedoch ist wahrscheinlich auch Ihnen bekannt: In letzter Zeit gab es gewisse Äußerungen seitens des Kanzlers beleidigenden Charakters bezüglich der sowjetischen Führung, und unzulässige Vergleiche. Ich will es offen sagen: Ich habe hierüber mit Herrn Genscher gesprochen, mit anderen Politi-

Vorbereitung einiger Besuchsvorhaben ging weiter. Dann aber folgten, vielleicht auch unter dem Eindruck der Hamburger Wahlen[11], noch weitreichendere Maßnahmen[12]; denn nun wurden auf sowjetischer Seite alle Termine storniert.[13] Die Sowjets haben uns diese Entscheidung allerdings nicht mitgeteilt, sondern uns durch Absage einiger Termine und dilatorische Behandlung anderer Termine dazu veranlaßt, selbst die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im einzelnen

1) Die für den 17.11. in Bonn geplanten C-Waffen-Konsultationen[14] wurden von den Sowjets am Samstag, dem 15.11., ohne Begründung abgesagt.

2) Die vom 24. bis 28.11. in Bonn geplanten Verhandlungen über ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Umweltschutzes wurden auf Bitte der sowjetischen Seite verschoben.[15] Die sowjetische Seite gab als Begründung einmal Terminschwierigkeiten an, zum anderen eine angeblich fortbestehende Unsicherheit in der Frage, ob man über ein Ressort- oder ein Regierungsabkommen verhandeln werde. Das BMU hat gegenüber der sowjetischen Botschaft klargestellt, daß diese Begründung sachlich nicht zutreffend ist. Die Botschaft Moskau wird dies ihrerseits gegenüber den zuständigen sowjetischen Stellen tun.

3) Erst auf unser Drängen hin hat Botschafter Kwizinskij am Abend des 18.11. mitgeteilt, daß der für den 19. bis 25.11. vorgesehene Besuch des Ersten Stellvertretenden MP Murachowskij zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht stattfinden könne.

4) Am Vormittag des 21.11. hat die CDU/CSU-Delegation unter Leitung von MdB Rühe ihre für den 23.11. geplante Reise nach Moskau verschoben, weil die sowjetische Seite bis zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Auskunft über den Stand der Besuchsvorbereitungen geben konnte.

5) Am Nachmittag des 21.11. wurde zwischen dem BMWi und der sowjetischen Botschaft abgesprochen, den Besuch des Stellvertretenden MP Antonow, der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1751

kern, mit denen wir hier in der letzten Zeit Kontakte hatten. Ich habe hierüber durch unseren Botschafter gesagt, daß wir bis zur Tiefe unserer Seele empört sind über diese Entgleisung des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke, daß seine Äußerungen, diese sogenannten Vergleiche, in der Gesellschaft dieses Staates selbst ebenfalls verurteilt wurden. Wie diese Ereignisse in Zukunft unsere Beziehungen beeinflussen können, das ist jetzt schwer zu sagen. Ich wiederhole: Was das Volk betrifft, die Geschäftskreise, die entsprechenden Persönlichkeiten aus Parteien und Staat, sind wir für normale, gegenseitig nützliche Beziehungen mit diesem Land. Was die Äußerung des Kanzlers betrifft, so wiederhole ich: Sie ruft in der Tat unsere tiefe Empörung hervor. Ich möchte mich hierauf beschränken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3219; Referat 213, Bd. 139309.

11 Die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft fanden am 9. November 1986 statt. Die CDU erreichte 41,9 % der Stimmen, die SPD kam auf 41,7 %, die „Grün-Alternative Liste" auf 10,4 % und die FDP auf 4,8 % der Stimmen, die sonstigen Parteien erreichten 1,2 %.

12 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Tonband-Veröffentlichung!"

13 Zur Veröffentlichung der Tonbandaufnahme des Interviews mit Bundeskanzler Kohl vom 27. Oktober 1986 vgl. Dok. 316, Anm. 10.

14 Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über chemische Waffen vgl. Dok. 264, Anm. 13.

15 Zur Verschiebung vgl. Dok. 313, Anm. 30.

am 24.11. beginnen sollte[16], zu verschieben. Dem war vorausgegangen, daß die sowjetische Botschaft trotz unseres Drängens den Besuch von Antonow nicht bestätigen konnte.

6) Am 24.11. hat die Industrie- und Handelskammer der SU dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft telegrafisch mitgeteilt, der für den 27.11. in Düsseldorf vorgesehene „Deutsch-sowjetische Wirtschaftstag" müsse, auch im Hinblick auf die Verschiebung der Antonow-Reise, verschoben werden.

II. Flankiert wird das sowjetische Verhalten von einer Wiederaufnahme der Kritik an der Politik der Bundesregierung, wobei sich diese Kritik auf die CDU/CSU und den Bundeskanzler konzentriert, aber auch die FDP und Sie selbst nicht völlig ausspart. In diesem Zusammenhang sind zu registrieren:

– Polemik gegen das Wahlprogramm der CDU/CSU[17], für die der Pressesprecher des SAM, Gerassimow, in seiner Pressekonferenz am 18.11.[18] den Startschuß gab, ohne daß er durch entsprechende Fragen dazu veranlaßt worden wäre. Inzwischen haben TASS, „Prawda" und „Iswestija" diese Kritik aufgegriffen und weiter zugespitzt. Auch von „Revanchismus" ist in diesem Zusammenhang wieder die Rede (Prawda vom 22.11.[19]).
– Nachdruck der ADN-Kritik[20] an den Äußerungen von BK Kohl über die DDR in Münster in der „Prawda" vom 16.11.[21]
– Pointierte Heraushebung der Bundesregierung, namentlich von BK Kohl, als „Hauptorganisator des Widerstandes gegen Reykjavik[22]" in der ausführlichen Kritik der „Prawda" vom 19.11.[23] an der westeuropäischen Reaktion auf den Gipfel.

16 Zur geplanten Sondersitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission vgl. Dok. 209, Anm. 38.

17 Für den Wortlaut vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, HAUPTABTEILUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (Hrsg.), Weiter so Deutschland. Für eine gute Zukunft. Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987, Bonn [1986] (http://www.kas.de/wf/de/71.8940/).

18 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 18. November 1986, in einer Pressekonferenz am selben Tag habe der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, ausgeführt, das Wahlprogramm von CDU und CSU sei „mit der Zusammenarbeit in Europa nicht kompatibel. Es werfe die Frage der Grenzen gemäß ‚dem überholten nationalistischen Konzept' wieder auf, indem es auf das ‚Reich' bezug nehme. Der ‚außenpolitische Teil des Programms bietet keinen realistischen Ansatz zu (wohl: Lösung der) europäischen Problemen'. Man ‚rede zwar von Zusammenarbeit und Frieden, unterstütze aber gleichzeitig SDI. Dabei leugne man den nuklearen Charakter von SDI. Die Unterstützung von SDI bedeute letztlich Unterstützung des ‚amerikanischen Strebens nach militärischer Überlegenheit'. Im übrigen gebe es ‚Animosität gegen die UdSSR, die DDR und andere Staaten des Warschauer Paktes'." Kastl führte dazu aus: „Mit ‚offizieller' Kritik des SAM-Sprechers am CDU/CSU-Wahlprogramm (Gerassimow sprach vom ‚Programm der zwei Parteien') eröffnet SU auf niedrigem, aber steigerungsfähigem Niveau eine neue Bühne zur öffentlichen Darstellung ihres Mißfallens, um damit den Wahlkampf bei uns über Reaktion auf Newsweek-Interview des BK hinaus zu beeinflussen. Damit [wird] das Feld nichtöffentlicher Schritte (diplomatische Demarchen, offen politische oder verdeckt ‚technische' Termin- und Besuchsabsagen) verlassen und die sowjetische (und sonstige) Öffentlichkeit ins Spiel gebracht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3317; Referat 213, Bd. 139309.

19 Vgl. dazu den Artikel „Vpered, zadom napered"; PRAVDA vom 22. November 1986, S. 5.

20 Vgl. dazu den Kommentar „Fatal, fatal"; NEUES DEUTSCHLAND vom 14. November 1986, S. 2.

21 Vgl. dazu den Artikel „Agentstvo ADN o vystuplenii Kolja"; PRAVDA vom 16. November 1986, S. 5.

22 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

23 Vgl. dazu den Artikel „Licemernye manevry"; PRAVDA vom 19. November 1986, S. 4.
Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 19. November 1986, in dem Artikel des stellvertreten-

– Kritische Anmerkungen von TASS (am 22.11.[24]) zum Parteitag der FDP in Mainz[25], im Hinblick auf eine angebliche „Inkonsequenz und Widersprüchlichkeit der Position der FDP zu Problemen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik", für die auch Ihre Rede auf dem Parteitag[26] als Beleg herangezogen wird.[27]

III. Deutlichstes Anzeichen für das Vorliegen einer politischen Grundsatzentscheidung, uns zunächst wieder einmal die kalte Schulter zu zeigen, ist der Umstand, daß davon auch Kontakte zu von der FDP geleiteten Ministerien betroffen sind sowie Bereiche, wo die sowjetische Verweigerung zu Lasten sowjetischer Interessen geht, wie bei den wirtschaftlichen Kontakten.

Bei diesem Verhalten dürften folgende Motive eine Rolle spielen:

1) Anhaltende Verärgerung über die Äußerung des BK in „Newsweek", deren wirkliche Tiefe[28] von hier aus allerdings schwer einzuschätzen ist, verbunden mit einer auch taktisch begründeten Entschlossenheit, die deutsche Öffentlichkeit die Wirkung dieser Äußerungen möglichst lange[29] spüren zu lassen. Weitere kritische Bemerkungen in Richtung Osten könnten die Betroffenheit wachgehalten haben.

2) Sorge vor einer absoluten Mehrheit der CDU/CSU bei den kommenden Bundestagswahlen[30] und daraus resultierend das Bestreben, die CDU/CSU als in Teilen grundsätzlich noch immer unfähig zum Dialog mit der SU hinzustellen, um außenpolitisch motivierte Wähler zu beeinflussen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1753

den Chefredakteurs Grigorjew werde dargelegt: „Bonn aber sei diesseits des Atlantiks nahezu der Hauptorganisator des Widerstandes gegen Reykjavik gewesen. BK Kohl etwa habe erklärt, daß nukleare Abrüstung einen Krieg in Europa wieder möglich und wahrscheinlich mache. Die angebliche ‚Gefahr' eines atomfreien Europas habe Bonn genötigt, die Maske fallen zu lassen. Es bleibe wenig von dem stets verkündeten Kurs der Berechenbarkeit Bonns übrig. Erkennbar sei eher, daß die Regierung auf Erhaltung der nuklearen Arsenale bestehe. Offenkundig habe der westdeutsche Militarismus noch nicht den Traum begraben, Verfügung über Massenvernichtungswaffen zu erhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3326; Referat 213, Bd. 139309.

24 In dem Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS hieß es: „Hans-Dietrich Genscher, Präsidiumsmitglied der Partei und Außenminister, behauptete in seiner Rede auf dem Parteitag, die Freien Demokraten strebten danach, daß die Kriegsgefahr durch Verhandlungen gemindert wird und konkrete Vereinbarungen über die Reduzierung der Atomwaffenarsenale und der Liquidierung der C-Waffen auf der Grundlage des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Reykjavik erzielt werden. Er erwähnte jedoch mit keinem Wort, daß die Regierung der BRD, der die Freien Demokraten als ‚Juniorpartner' innerhalb der Koalition angehören, zusätzliche Hindernisse auf dem Weg zur Lösung der aktuellen Probleme der Festigung des Friedens schafft. Die Parteitagsdelegierten bekräftigten den im Wahlkampfprogramm enthaltenen Appell, eine Militarisierung des Weltraums nicht zuzulassen, vergaßen aber gleichwohl, daß das Geheimabkommen mit Washington über die Beteiligung der BRD an der Realisierung des ‚Sternenkriegs'-Programms mit Unterstützung der FDP abgeschlossen wurde." Vgl. Referat 213, Bd. 139309.

25 Am 21./22. November 1986 fand der sechste außerordentliche Bundesparteitag der FDP statt.

26 Für die Rede des Bundesministers Genscher am 22. November 1986 in Mainz vgl. Referat 013, Bd. 179064.

27 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Beifügen!"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 1. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Siehe Anlage." Vgl. Anm. 3.

28 Die Wörter „wirkliche Tiefe" wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Dauerhaftigkeit".

29 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „intensiv".

30 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

3) Eine generell feststellbare härtere Linie gegenüber Kräften im Westen[31], die aus sowjetischer Sicht zu viele Vorbehalte gegenüber den „Ergebnissen von Reykjavik" zeigen (etwa im Hinblick auf die SRINF und das Verhältnis von nuklearer und konventioneller Abrüstung) und die die amerikanischen Positionen unterstützen, wie auch gegenüber Japan.

IV. Wir haben das sowjetische Verhalten nicht kommentarlos hingenommen und werden bei den noch schwebenden Besuchsvorhaben eine Wiederholung der dilatorischen Taktik von vorneherein unmöglich machen.

StS Meyer-Landrut hat am 24.11. Botschafter Kwizinskij einbestellt und ihm mitgeteilt, daß die Bundesregierung Wert darauf lege, daß die bilateralen Beziehungen in korrekter Weise abgewickelt würden. Wir wären daher dankbar, wenn wir bezüglich der noch offenen Termine bis Anfang nächster Woche Bescheid bekämen, damit Klarheit herrsche. Der Botschafter versprach Weiterleitung der Demarche nach Moskau.[32]

Falls, wie zu erwarten, die sowjetische Seite bis Anfang nächster Woche keine definitive Bestätigung dieser Termine geben kann, sollten wir wie folgt verfahren:

1) BM Frau Süssmuth sollte ihren für den 9. bis 12.12. vorgesehenen Besuch in der SU verschieben.

2) BM Dollinger sollte seine mündlich ausgesprochene Einladung an den Ersten Stellvertretenden Schiffahrtsminister Tichonow nicht bestätigen, sondern diese Einladung vorerst einmal zurückstellen.

In unseren öffentlichen Äußerungen sollten wir uns Zurückhaltung auferlegen. Wir sollten hervorheben, daß es sich bei allen Absagen nur um Verschiebungen handelt, daß wir weiterhin an einem Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit interessiert sind und daß die verschobenen Termine hoffentlich bald nachgeholt werden können. Zugleich sollten wir unterstreichen, daß die bilaterale Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse liegt und schon deshalb nicht zum Instrument einseitiger politischer Maßnahmen gemacht werden kann.

Die Referate 421, 423 und Dg 43[33] haben mitgezeichnet.

Kastrup

Referat 213, Bd. 139309

31 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich ein: „Europas".

32 Zum Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 24. November 1986 vgl. den Drahterlaß Nr. 1196 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom selben Tag an die Botschaft in Moskau; Referat 213, Bd. 139309.

33 Wiegand Pabsch.

340

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 5073
Citissime

Aufgabe: 25. November 1986, 20.32 Uhr[1]
Ankunft: 26. November 1986, 02.56 Uhr

Betr.: Amerikanisch-iranische Kontakte[2];
hier: „Rücktritt" von Poindexter und North, Gelder für Contras

Bezug: DB Nr. 5035 vom 21.11.86 – Pol 322.00 IRN[3]

Zur Unterrichtung

Im Zusammenhang mit heutiger (25.11.) kurzer Erklärung des US-Präsidenten und nachfolgender eingehender Unterrichtung durch Justizminister Meese[4] über Hintergründe „Rücktritts" von Sicherheitsberater Poindexter und NSC-Mitarbeiter Oberstleutnant North erscheinen bei erster Würdigung vor allem folgende Elemente bedeutsam:

– Erklärung des Präsidenten, er sei in einem Punkt „nicht voll" unterrichtet gewesen, welcher die „Implementierung des Unternehmens gegenüber dem Iran ernsthaft beeinträchtigt" habe.
– Entscheidung des Präsidenten, „Rolle und Verfahren" des NSC durch eine Untersuchungskommission überprüfen lassen werde.[5]
– In einem ungewöhnlichen Schritt durch den Präsidenten veranlaßte Offenlegung des Umstandes, daß etwa 10 bis 30 Mio. Dollar aus den iranischen Gegenleistungen für die über Israel erfolgten Lieferungen an den Iran auf Konten der „Contras" gelandet seien.

Darüber hinaus wurde vor allem aus den Ausführungen von Meese zunehmend deutlicher, daß Idee und Initiative für US-Lieferungen primär von (noch nicht namentlich bekannten) „israelischen Vertretern" ausgegangen ist. Schließlich gibt es Anzeichen dafür, daß auf der Ebene der einschlägig befaßten NSC-Mitarbeiter (North) vermutlich bereits seit 1984 parallel versucht worden ist, Waffenlieferungen auch dritter Staaten als Mittel für die Befreiung von US-Geiseln einzusetzen.

Zur Stunde ist noch unklar, inwieweit Entwicklung Präsidenten in zusätzliche Schwierigkeiten bringen oder auf der anderen Seite entlasten kann. Politische Verantwortung für vom Weißen Haus aus gesteuerte finanzielle Unterstützung für „Contras" bleibt jetzt trotz „Unkenntnis" letztlich am Präsidenten hängen.

1 Der Drahtbericht wurde von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipiert.
2 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. auch Dok. 324.
3 Für den Drahtbericht des Botschafters van Well, Washington, vgl. Dok. 336.
4 Für den Wortlaut der Erklärungen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Justizministers Meese am 25. November 1986 in Washington vgl. den Artikel „Statement by Reagan and Key Sections of Remarks by Meese"; THE NEW YORK TIMES vom 26. November 1986, S. A 10.
5 So in der Vorlage.

Dies werden die ihm in der Nicaragua-Frage gegenüberstehenden Kräfte auf dem Capitol sicherlich unterstreichen.

Auf der anderen Seite gibt jetzige „Enthüllung“ nicht durch die Presse, sondern das Weiße Haus selbst die Möglichkeit, aus einer belagerungsähnlichen Situation wieder die Initiative zu ergreifen. Wenn der Präsident überzeugend darstellen kann, er habe entschlossen mit dem nötigen „Reinemachen“ begonnen, wird ihn das sicherlich entlasten. Amerikanische Öffentlichkeit dürfte ihrerseits ihrem populären Präsidenten weithin abzunehmen geneigt sein, daß er durch eigenmächtige Mitarbeiter „hereingelegt“ und in die Krise geführt worden ist.

Im einzelnen

I. 1) Bei offenbar auf Bitte des Präsidenten erfolgender Unterrichtung machte Attorney General Meese für den neuen Aspekt „Gelder für Contras“ des Iran-Unternehmens namentlich NSC-Mitarbeiter Oberstleutnant North und Admiral Poindexter verantwortlich. Während North die Operation quasi im Alleingang kontrolliert habe, sei Poindexter im wesentlichen unterrichtet gewesen. Er versicherte, daß weder AM Shultz noch CIA-Chef Casey über die Sache informiert waren. Dagegen habe früherer Sicherheitsberater McFarlane etwa seit Mai 86 davon gewußt.

Meese berichtete, daß einerseits die USA den Gegenwert der dem Iran von israelischen Mittlern gelieferten Waffen in Höhe von 12 Mio. US-Dollar von Israel über den CIA an das Verteidigungsministerium „under normal procedures“ zurückerhalten hätten. Der Differenzbetrag zu dem angeblich[6] von Iran gezahlten erheblich höheren Preis jedoch sei auf Konten der Contras in der Schweiz gelandet.

Erste Hinweise auf eine solche Operation seien im Laufe der gründlichen Untersuchung aufgetaucht, welche der Präsident am Freitag (21.11.) auf seinen Vorschlag angeordnet habe. Man habe diesen Aspekt mit Nachdruck verfolgt. Meese unterstrich, dies habe nichts mit dem Versuch verbesserter Kontakte zum Iran zu tun. Es handele sich im Gegenteil um eine „aberration“ von der Politik des Präsidenten.

2) Nach der von Meese bei PK[7] gegebenen Schilderung ist israelische Seite mit dem Angebot zu Mittlerdiensten bei Waffenlieferungen an den Iran an damaligen Sicherheitsberater McFarlane herangetreten. Auf Initiative von McFarlane sei der Gedanke im Weißen Haus und in NSC-Kreisen eingehend erörtert worden. Bei Entscheidung über das Unternehmen habe es einen „split of opinion“ (dagegen offenbar Shultz und Weinberger, dafür u.a. CIA-Chef Casey) gegeben.

Nach der insoweit relativ präzise wirkenden Darstellung von Meese sind alle Lieferungen, an denen die USA in irgendeiner Form beteiligt waren, ausschließlich über israelische Mittler erfolgt. Davon habe es fünf bis sechs gegeben: Eine Lieferung „etwa im Herbst“ 85, von der der Präsident nachträglich erfahren habe; eine weitere Lieferung im November 85 sei vom Iran den Israelis später zurückgeschickt worden; schließlich „drei bis vier Lieferungen 1986“. Der Gesamtwert habe etwa 12 Mio. Dollar betragen.

6 Korrigiert aus: „zu dem von angeblich“.
7 Pressekonferenz.

3) Unmittelbar nach Beendigung der PK von Meese berichtete NBC aus dem State Department, nunmehr entlassener Oberstleutnant North habe bereits ab 1984 andere Länder (angeblich neben Israel auch Korea und Taiwan) zu bewegen versucht, Waffenlieferungen an den Iran mit Forderungen nach Freilassung amerikanischer Geiseln zu verbinden. Dabei sei es um Geiseln Buckley und Weir gegangen.

Information stimmt insoweit mit Tendenz eines heutigen Berichtes in „Washington Post“[8] überein, wonach möglicherweise Schicksal des am 16.3.1984 in Beirut gekidnappten CIA-Chefs Buckley zu Bereitschaft im CIA und NSC beigetragen hat, bei Geiselbefreiung alle Möglichkeiten auszuschöpfen und dabei auch Zusammenhang mit Lieferung amerikanischer Rüstungsgüter nicht von vornherein zurückzuweisen.

II. 1) „Rücktritt“ von Poindexter und Entlassung von North kommen spät, nach Meinung vieler Beobachter zu spät. Durch Untersuchung von Meese sichtbar gewordene neue Eigenmächtigkeiten machten sie unabweisbar. Ebenfalls nahezu unabweisbar wurde der Beschluß des Präsidenten, endlich Überprüfung Rolle des NSC zustimmen. Ob US-Präsident aus beiden Entscheidungen eine Verminderung des auf dem Weißen Haus seit Beginn der Affäre lastenden Drucks ableiten kann, dürfte im wesentlichen von zwei zusammenhängenden Aspekten abhängen:

– Ob und inwieweit es ihm gelingt, eine neue intensive und polarisierende Contra-Debatte mit den dabei möglichen Vorwürfen an das Weiße Haus zu begrenzen/vermeiden (wobei dies auch davon abhängt:)
– inwieweit der Präsident seine persönliche Integrität und den Eindruck aufrechterhalten kann, er sei von einem außer Kontrolle geratenen Mitarbeiterstab hereingelegt worden.

Aus kritischem Kommentar Senator Byrds über „Zustände im Weißen Haus“ geht Zielrichtung weiterer Kritik deutlich hervor. Falls der Vorwurf hinzukommt und erhärtet werden kann, Präsident habe von indirekter Finanzierung der Contras gewußt, würde dies vermutlich zu einer außerordentlich ernsten Lage führen. Bisherige Anzeichen sprechen jedoch eher für das Gegenteil, zumal das Weiße Haus auch mit Recht darauf hinweisen kann, diesen Aspekt im Zuge des jetzt begonnenen „Aufräumens“ selbst veröffentlicht zu haben.

2) Für einen Rücktritt von AM Shultz gibt es weiterhin keine ernsthaften Anzeichen. Wenn auch immer wieder deutlich sichtbare Distanz des State Department gegenüber dem Iran-Unternehmen als „mangelnde Solidarität mit dem Präsidenten“ kritisiert wird, so steht dem auf der anderen Seite die erneute Zurückweisung von Rücktrittsgerüchten durch Meese gegenüber.

3) Bisher kaum ausgeleuchtete und kontroverse „Israeli connection“ ist durch zusätzliche „Contra connection“ stärker ins Zwielicht geraten. Auch dieser Aspekt dürfte in den nächsten Tagen mehr als bisher in den Mittelpunkt rücken.

[gez.] Wallau

Referat 311, Bd. 139999

8 Vgl. dazu den Artikel „Captive CIA Agent's Death Galvanized Hostage Search“; THE WASHINGTON POST vom 25. November 1986, S. A 1 bzw. A 14.

341

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup

212-341.81/2 **26. November 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: KSZE-Folgetreffen Wien;
hier: Vorschläge zur Abhaltung von KSZE-Sondertreffen im Bereich der „Menschlichen Dimension“ (DK, NL, SU)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Bislang haben bei Wiener Folgetreffen drei KSZE-Teilnehmerstaaten konkrete Vorschläge gemacht, die auf Abhaltung neuer KSZE-Sondertreffen oder Einrichtung besonderer KSZE-Konsultationsmechanismen im Bereich der „Menschlichen Dimension“ abzielen. Dabei handelt es sich um:

a) den Vorschlag Dänemarks einer „halb-permanenten Konferenz zur Menschlichen Dimension des KSZE-Prozesses“ in Kopenhagen[3],

b) den Vorschlag der Niederlande einer „Konsultativkommission über Menschenrechte und menschliche Kontakte“ in Den Haag[4],

c) den Vorschlag der Sowjetunion einer „repräsentativen Konferenz zu Fragen der humanitären Zusammenarbeit, einschließlich der Fragen der menschlichen Kontakte, Information, Kultur, Ausbildung“ in Moskau.[5]

Daneben haben weitere Länder (USA, F, CH, A) angekündigt, daß sie in Wien ebenfalls neuartige Überprüfungsmechanismen für den humanitären Bereich

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal und Vortragendem Legationsrat Beuth konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 2. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Kastrup verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] S. 4.“ Vgl. Anm. 13, 16 und 18.
Hat Ministerialdirigent Kastrup am 2. Dezember 1986 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

3 Vgl. dazu die Rede des dänischen Außenministers Ellemann-Jensen am 6. November 1986 in Wien; Referat 212, Bd. 153433.

4 Vgl. dazu die Rede des niederländischen Außenministers van den Broek am 5. November 1986 in Wien; Referat 212, Bd. 153432.

5 Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 5. November 1986 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1987, D 136.
Am 24. November 1986 informierte Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), über die Plenarsitzung am selben Tag: „SU-Beitrag konzentrierte sich auf sowjetische Haltung zu den MR und enthielt Ankündigung eines schriftlichen Vorschlages zu der von AM Schewardnadse bereits vorgeschlagenen Konferenz in Moskau. Für die SU sei der ‚einfache Mensch‘ Mittelpunkt der humanitären Zusammenarbeit; seine Grundansprüche (u. a. Leben in Freiheit, Arbeit, Bildung, Wohnraum, Reisen, Informationszugang) seien unveräußerliche Rechte. Die MR-Regelungen, insbesondere der operative Teil der S[chluß-]A[kte], bildeten eine gute Ausgangslage für die vorgeschlagene Konferenz. Als mögliche Themen nannte er menschliche Kontakte, Information, Kultur und Bildung. Hinsichtlich technischer Fragen (Beginn, Dauer, Umfeld der Konferenz) bedauerte er, daß einzelne TNS konfrontativ reagiert hätten. […] Das W[iener]F[olge-]T[reffen] müsse ein Mandat erarbeiten, das ‚würdige Ergebnisse‘ erlaube.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1065; Referat 212, Bd. 153428.

(bilaterale Konsultationsgremien, Beobachtergruppen, KVAE-analoge Verifikationsmechanismen) vorschlagen wollen.

2) Inhalt der drei bisher vorliegenden Vorschläge ist:

a) DK-Vorschlag sieht eine in vier oder fünf mehrwöchigen Teilsessionen tagende Konferenz zwischen Anfang 1988 und Ende 1989 vor, die sich mit grundsätzlichen Fragen, nicht Einzelfällen, aus dem Bereich der Menschenrechte und menschlichen Kontakte beschäftigen und Grundsatzregelungen vorbereiten, nicht beschließen soll. DK-Vorschlag läuft damit auf Schaffung eines quasipermanenten Expertentreffens hinaus.

b) NL-Vorschlag sieht eine ein- oder zweimal jährlich tagende Konsultativkommission vor, die allgemein Verwirklichung der Menschenrechte prüft bzw. auf Antrag eines KSZE-TNS kurzfristig für wenige Tage zusammentritt und sich mit der Verletzung von Menschenrechten in konkreten Einzelfällen befassen soll. Um zu verhindern, daß ein einzelnes Land Zielscheibe aller Kritik wird, sollen – analog zu KVAE-vor Ort-Inspektionsregelung – aktive und/oder passive Quoten für die Behandlung von Einzelfällen geschaffen werden.

c) SU-Vorschlag will „allseitige Besprechung, die auf Erreichung praktischer Ergebnisse abzielt“ in Form des traditionellen Expertentreffens. Aufzählung der Konferenzinhalte (menschliche Kontakte, Information, Kultur, Ausbildung) weist vorgesehenes Treffen eindeutig als Korb-III-Veranstaltung[6] aus, nicht als grundsätzliches Menschenrechtstreffen.

3) Bewertung der einzelnen Vorschläge

Wir begrüßen an DK und NL-Vorschlag Originalität und Bereitschaft, mit Engagement neue Wege zur Verbesserung der Implementierung im KSZE-Menschenrechtsbereich einzuschlagen. Allerdings haben wir zu beiden Vorschlägen eine Reihe von gewichtigen Bedenken:

a) zu DK-Vorschlag:

– Gefahr, daß durch Behandlung kontroverser Menschenrechtsfragen, über die Kompromisse und Annäherungen nicht möglich sind, Regelungen praktischer Art erschwert werden (s. Ottawa-Expertentreffen[7]);
– Osten würde fruchtlose Diskussion über Menschenrechte der dritten Generation führen, um sich im Bereich der individuellen Menschrechte zu entlasten;
– öffentliches Interesse würde bei lang dauernder Konferenz erlahmen und Erfolgsdruck mindern;
– Routinecharakter würde Tendenzen des Ostens zur Verzögerung und Verschleppung entgegenkommen;
– zukünftige Folgetreffen würden entwertet, da Behandlung humanitärer Fragen bei Folgetreffen erheblich an Bedeutung verlieren würde: Folgetreffen hätten lediglich das Ergebnis der Konferenz (Erfolg oder Fehlschlag) zu registrieren;

6 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

7 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

– der Preis, den der Osten für Zustimmung zu einer quasi Dauerkonferenz verlangen wird, dürfte sehr hoch sein. WP-Staaten haben Dänen in bilateralen Konsultationen bereits wissen lassen, daß sie Vorschlag ablehnen werden.

b) zu NL-Vorschlag:

– vorgesehene Quotenregelung ist völlig inakzeptabel: Weder wir noch z. B. USA könnten uns damit abfinden, daß jeder Staat im Jahr nur eine begrenzte Zahl von Fällen aufbringen darf und an der Behandlung weiterer Fälle durch eine quotenmäßige Beschränkung zwischen West und Ost behindert würde;

– Existenz der Kommission würde von Osten als Alibi benutzt werden, um sich bilateraler Forderung nach Lösung humanitärer Einzelfälle zu entziehen;

– Konsultativkommission tendierte – wie auch DK-Vorschlag – zu Institutionalisierung, die wir innerhalb der KSZE vermeiden sollten.

c) zu SU-Vorschlag:

BM hat in Wiener KSZE-Eröffnungsrede bereits zu SU-Vorschlag Stellung genommen:

– Beachtung des schon Vereinbarten darf durch Verweis auf Konferenz nicht aufgeschoben werden;

– Mandat der Konferenz muß genügend konkret und in der Sache weiterführend sein;

– Konferenz muß unter angemessenen Umständen stattfinden können.[8]

4) Weitere Behandlung der drei o. a. Vorschläge:

a) Bei EPZ-Ministertreffen am 10.11.1986 wurde vereinbart, daß SU-Konferenzvorschlag von den Delegationen der Zwölf in Wien gemeinsam mit anderen Vorschlägen der Partner weiter intensiv geprüft werden soll.[9]

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 1147.

9 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London vgl. Dok. 323.
Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 3. Dezember 1986 mit: „Der Bericht der zwölf KSZE-DL über eine gemeinsame Prüfung des sowjetischen Vorschlages über eine Konferenz zum Korb III in Moskau […] ist das Ergebnis einer langen und mühsamen Abstimmungsarbeit. Es herrschte eine grundsätzlich skeptische Einstellung der DL in der Frage vor, ob eine Erfüllung unserer Bedingungen durch die SU und damit die Durchführung in Moskau denkbar und überhaupt wünschenswert sei. Dabei spielten besonders die Erfahrungen von Kollegen eine Rolle, die in Moskau auf Posten waren und eine Abschirmung der Konferenz von der Bevölkerung sowie die Rücknahme sowjetischer Zugeständnisse danach befürchteten. Eine betont negative Haltung nahmen ferner NL und DK ein, weil sie um ihre eigenen Folgeveranstaltungs-Vorschläge im humanitären Bereich fürchteten, sowie Port[ugal]. F hielt sich mit Rücksicht auf uns in der Diskussion zurück, machte aber klar, daß sein Minister das ganze Projekt für ‚surrealistisch' hält. Inzwischen ist auch ein fr[an]z[ösischer] Vorschlag zu diesem Thema hier angemeldet worden. Zum Ausdruck kam diese allgemeine Einstellung vor allem in den beiden Bedingungen wesentlicher und wirklicher Implementierungsfortschritte und Beendigung von Störung westl[icher] Rundfunksendungen durch die SU noch vor der Konferenzzusage sowie in der Aussage, daß der Konferenzvorschlag eigene westl. Vorschläge unterläuft, ohne des Wertes eventueller Wirkungsmöglichkeiten zu den gleichen Themen in Moskau Erwähnung zu tun. […] Die Besorgnis mancher Partner, die SU könnte tatsächlich auf unsere Bedingungen eingehen, ist allerdings nicht zu verkennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1119; Referat 212, Bd. 153428.

b) Wir müssen daher vermeiden, uns in unseren öffentlichen Stellungnahmen ausschließlich auf den sowjetischen Vorschlag zu konzentrieren. Wir erwecken sonst den Eindruck, daß wir

– die Vorschläge unserer EPZ-Partner nicht ernst nehmen oder schon abgeschrieben haben,

– den sowjetischen Vorschlag einseitig favorisieren wollen.

c) Wir sollten auch zu verhindern versuchen, daß sich die westliche Gruppe über den dänischen und den niederländischen Vorschlag entzweit. Derzeit findet zwischen beiden Hauptstädten bereits eine Auseinandersetzung per COREU über die Vereinbarkeit der respektiven Vorschläge statt. Beide Staaten halten an ihren Vorschlägen fest. Unser Bemühen muß sich daher darauf richten, die beiden Vorschläge miteinander zu verschmelzen und so zu modifizieren, daß sie letztlich für uns akzeptabel werden. (Man könnte sie auch als „Handelsmasse" gegenüber dem Moskauer Vorschlag einsetzen, z. B. um bei letzterem unsere Bedingungen durchzusetzen.)

d) DK-Vorschlag ist in der EPZ bereits auf große Skepsis gestoßen. Wir sollten unter den Zwölf weiterhin darauf hinwirken, daß beide im dänischen Vorschlag vereinten Themenbereiche – Menschenrechte und die praktischen Regelungen des Korbes III – wieder getrennt (wie in Ottawa und Bern[10]) auf zeitlich begrenzten Expertentreffen behandelt werden. Jeder Routinecharakter durch Periodizität sollte verhindert werden.

e) Dem NL-Vorschlag sollten wir unsere und Frankreichs Überlegungen zur Stärkung bilateraler Mechanismen zur Lösung von Einzelfällen gegenüberstellen:

– AM Raimond hat in seiner Wiener Eröffnungsrede vorgeschlagen[11], daß die zwischen einigen KSZE-TNS bestehenden bilateralen Regelungsmechanismen (Vorbild die nach Gorbatschows Paris-Besuch[12] vereinbarte F-SU-Kommission zu humanitären Fragen) generalisiert und die übrigen 33 TNS über die erzielten Ergebnisse informiert werden sollen.[13]

– BM hat gegenüber AM Schewardnadse in New York (25.9.1986) bilateralen Vergleich von Listen über ausreisewillige Sowjetbürger deutscher Nationalität vorgeschlagen, dem AM Schewardnadse zustimmte.[14] Bei D 2-Besuch in Moskau (31.10.) nahm SU-Abteilungsleiter für humanitäre Fragen Kaschlew unseren Gedanken zur Schaffung einer Expertengruppe über humanitäre Fragen positiv auf.[15]

10 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

11 Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Außenministers Raimond am 4. November 1986 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (November/Dezember), S. 13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 127.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 10.

13 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S[iehe] mein Gespräch mit d'Aboville in London am 29.10.86." Vgl. Anm. 1.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. Dok. 264.

15 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Kaschlew, vgl. Dok. 313.

Wir sollten in dieser Frage Abstimmung mit Frankreich suchen und gemeinsamen Vorschlag erarbeiten.[16]

f) Gegenüber sowjetischem Vorschlag müssen wir westliche Forderung nach „angemessenen Bedingungen" für Konferenz, falls sie in Moskau stattfinden soll, unnachgiebig aufrechterhalten. Wir müssen aber mit Widerständen der WP-Staaten dagegen rechnen, daß für ein einzelnes Expertentreffen besondere Bedingungen gestellt werden. DDR hat in einem Redebeitrag in Wien bereits erklärt, daß „ungeschriebene KSZE-Regel" beachtet werden müsse, daß es keine Vorbedingung für das jeweilige Gastgeberland geben dürfe.[17]

Festlegung von Bedingungen in einem Einzelfall wäre in der Tat für Gastgeber diskriminierend und damit nicht akzeptabel.

g) In Betracht käme als Ausweg eine Diskussion über und Festlegung von Mindeststandards, die für Expertentreffen und andere Sonderveranstaltungen im KSZE-Rahmen generell zu gelten hätten und gewissermaßen den prozeduralen „Acquis" von KSZE-Sondertreffen darstellten. „Mindeststandards" wären z. B.[18]

– uneingeschränktes Teilnahmerecht der Medien und ungehinderte Akkreditierung von Medienvertretern,
– Einreise und Bewegungsfreiheit für ausländische Einzelpersonen und NGOs,
– Zugang zur Konferenz für einzelne Bürger aus allen TNS, einschließlich des gastgebenden, sowie NGOs,
– Recht auf Durchführung eigener Veranstaltungen, Pressekonferenzen u. a. m. unter Teilnahme von Einzelpersonen auch aus dem Gastgeberland.

Die von uns gestellten Rahmenbedingungen, die „internationalen Standards" genügen müssen, sollten von uns umgehend präzisiert und im westlichen Kreise abgestimmt werden, ebenso wie wir die beiden weiteren Bedingungen (keine Implementierungsverzögerung, Mandatsausarbeitung) inhaltlich zu konkretisieren haben.

Kastrup

Referat 212, Bd. 133546

16 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. Anm. 1.

17 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 23. November 1986 über die Plenarsitzung vom 21. November 1986: „DDR bezeichnete Expertentreffen als Wert an sich, Debatten und Vorschläge hätten zu mehr gegenseitiger Klarheit über die Positionen beigetragen, wichtig sei aber Beachtung der Realitäten, Respektierung der souveränen Gleichheit, Ausgewogenheit und gerechter Interessenausgleich. Unvermittelt folgte an dieser Stelle der Hinweis, als ungeschriebene Regel des KSZE-Prozesses müsse für künftige Veranstaltungen beachtet werden, daß es keine Vorbedingung für das jeweilige Gastgeberland geben dürfe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1054/1055; Referat 212, Bd. 153428.

18 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Auftrag fand im PK am 25./26.11 Beifall. S[iehe] Auftrag an AG." Vgl. Anm. 1.

342

Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 26. November1986, 18.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 650 **Ankunft: 26. November1986, 18.17 Uhr**
Citissime

Betr.: Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Strauß in Saudi-Arabien (23. bis 26.11.1986);
hier: Deutsche Pressemeldungen vom 26.11.86 – „Was wollen wir jetzt noch in Riad?“[2]

Bezug: DB 647 vom 26.11.1986 – Pol 321.25[3]
Einzelbericht 20/86 des VG-Attaché Riad vom 26.11.86[4]
Anruf Dg 31[5] vom 26.11.86

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 27. November 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 27. November 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Botschafter hat sich korrekt verhalten. 2) Vorgang ist im übrigen schwerwiegend.“
Hat Jansen am 27. November 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit an Referat 311 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Freiherr von Pfetten-Arnbach am 28. November 1986 vorgelegen.
Hat Schlagintweit am 1. Dezember 1986 vorgelegen.
Vgl. dazu auch den Artikel: „‚Nach der Wahl eine neue Grundlage‘“, DER SPIEGEL, Nr. 49 vom 1. Dezember 1986, S. 17–19.

2 In dem Artikel wurde berichtet, Vertreter von Industrieunternehmen aus der Bundesrepublik seien „verstimmt und verärgert“ über Äußerungen des Botschafters Nowak, Riad: „Der Diplomat leitete gestern ein Gespräch der Industriellen im saudischen Verteidigungsministerium mit einer Erklärung über die restriktive Haltung der Bundesregierung zu Waffenexporten ein, die allgemein als ein Affront angesehen wurde. MBB-Vorstandsvorsitzender Hanns Arndt Vogels: ‚Wir haben uns gefragt, was wir jetzt hier eigentlich noch sollen.‘ Und Hermann Graf Pückler vom Bankhaus Merck und Finck: ‚Wir sind Geschäftsleute, machen unser Angebot und investieren unser eigenes Geld. Da braucht uns unser eigener Botschafter nicht in den Rücken zu fallen.‘“ In Kreisen der Delegation sei vermutet worden, Nowak habe auf Anweisung der Bundesregierung gehandelt. Vgl. DIE WELT vom 26. November 1986, S. 11.
Vortragender Legationsrat Daum wies die Botschaft in Riad am 26. November 1986 mit Blick auf die Presseberichterstattung an, „eine ausführliche Darstellung zu Anlaß, Umständen und nach Möglichkeit den gebrauchten Formulierungen bzw. ihrem Tenor“ zu geben: „Insbesondere interessiert auch, welche Personen bzw. Personengruppen bei der Darlegung der deutschen Rüstungsexportpolitik anwesend waren. Trifft es zu, daß saudische Regierungsvertreter angesprochen wurden? […] Referat 424 legt Wert auf Feststellung, daß nach den bisher hier bekannt gewordenen Einzelheiten Botschafter in der Sache offenbar völlig korrekt die Haltung der Bundesregierung dargestellt hat.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 235; Referat 424, Bd. 137488.

3 Botschafter Nowak, Riad, teilte zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 23. bis 26. November 1986 in Saudi-Arabien mit: „Der Akzent lag auf Bemühungen von MP Strauß zur Belebung einer engeren bilateralen Zusammenarbeit insbesondere im Bereich des Rüstungsexports. […] MP Strauß setzte sich in diesem Zusammenhang ausführlich mit israelischen Widerständen gegen Gedanken deutschen Rüstungsexports in arabische Länder auseinander. Er habe in Knesset lange politische und moralische Argumente einer solchen Zusammenarbeit erörtert. Israel müsse uns frei entscheiden lassen, von seinen Einschüchterungsversuchen ablassen und nicht immer unser Lehrmeister sein wollen (Gespräch mit Salman). Prinz Abdul Rahman schlug während mit ihm geführten Gesprächs vor, mögliche Einzelgebiete einer Rüstungszusammenarbeit zwischen den der deutschen Delegation angehörenden Industrievertretern und Vertretern des saudischen Verteidigungsministeriums sofort inoffiziell zu erörtern.“ Nowak bilanzierte, Strauß habe erkennen lassen, „daß er die von der Bundesregierung eingenommenen Positionen nicht für ausrei-

Zur Unterrichtung und mit Bitte um Weisung gemäß Ziffer 2, vierter Anstrich

In Korrektur zu Meldungen und Vermutungen in heutiger deutscher Tagespresse über deutsch-saudische Rüstungskooperation[6] als Thema des Besuchs von MP Strauß in SAR wird über Entwicklung der Angelegenheit folgendes dargelegt. Für Einzelheiten verweise ich auch auf heutige Drahtberichterstattung der Botschaft.

1) MP Strauß hat in Gesprächen mit Riad-Gouverneur Prinz Salman und stellvertretendem Verteidigungsminister Prinz Abdul Rahman als mögliche Projekte bilateraler Rüstungskooperation fünf Vorhaben genannt:

– Munitionsfabrik (Military Factory) (Thyssen-Projekt),
– U-Boote (Thyssen/Blohm und Voss – HDW),
– Produktion geplanten Fahrzeugwerkes von Thyssen in Kanada (Bearhead-Projekt),
– Tornado-Bombe MW-1 (MBB),
– Gepard-System (Krauss-Maffei).

Abdulrahman bekundete Interesse Verteidigungsministeriums an näheren Ausführungen durch Industrievertreter, sofern deutsche Regierungsvertreter anwesend wären. MP Strauß bat mich daraufhin, Erörterungen zu übernehmen, und stimmte meinem Vorschlag zu, VG-Attaché der Botschaft[7] hinzuzuziehen. Er benannte weiterhin seinen Sohn Max Strauß und den Leiter des Instituts für Auswärtige Beziehungen der Hanns-Seidel-Stiftung, Dieter Schmidt, als Vertreter der bayerischen Landesregierung für Teilnahme. Auf saudischer Seite wurde an Leitung durch saudischen Botschafter in Bonn, Ghazzawi, gedacht. (Er nahm später – offenbar aus Anciennitätsgründen – an Besprechung nicht teil.)

Erörterung fand am 25.11. statt. Auf saudischer Seite waren lediglich die Inspekteure von Heer, Luftwaffe und Marine zugegen. Ausführungen in beiden Richtungen wurden durch Dolmetscher der Botschaft übersetzt. Deutsche In-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1764

chend hält und eine beschleunigte Verbreiterung und Vertiefung für erforderlich erachtet. Er fand hiermit bei Gesprächspartnern besondere Aufmerksamkeit, auch wenn keine Fixierungen erfolgten. Das Thema Rüstungsexport liegt nunmehr erneut auf dem Tisch." Vgl. Referat 311, Bd. 137939.

4 In dem mit Drahtbericht Nr. 648 übermittelten Bericht legte Oberst i. G. Geerdts, Riad, dar, als Ergebnis eines Gesprächs des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem stellvertretenden saudi-arabischen Verteidigungsminister Abdulrahman am 24. November 1986 habe am Folgetag eine Erörterung stattgefunden, „an der auf deutscher Seite Botschafter, Industrievertreter, V[erteidi]g[ungs]-Attaché Riad, auf saudischer Seite Inspekteure der Teilstreitkräfte zugegen waren. […] Botschafter wies auf deutsche Genehmigungsverfahren hin." Die Industrievertreter hätten einzelne Rüstungsgüter und Projekte erläutert: „Gespräch kam aufgrund des klaren Bekenntnisses von MP Strauß zu der Notwendigkeit deutscher Waffenexporte in allen vorangegangenen Gesprächen mit der politischen Führung SA[udi-]A[rabiens] zustande. Wegen des Offenbleibens früher gegebener Zusagen scheint SAA an engerer militärtechnischer Zusammenarbeit mit D nur begrenzt interessiert, da diese Zusammenarbeit auch eine Frage der Selbstachtung SAA ist. Strauß-Äußerungen mögen neue Hoffnungen geweckt haben, Strauß gab jedoch stets Hinweis auf Abhängigkeit von Wahlausgang Januar 1987. Somit bleibt zunächst kritische Distanz auf Seiten SAA." Vgl. Referat 311, Bd. 137939.

5 Reinhard Schlagintweit.

6 Zur Frage von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien vgl. zuletzt AAPD 1985 I, Dok. 49, Dok. 81 und Dok. 143, und AAPD 1985, II, Dok. 273.

7 Klaus Geerdts.

dustrievertreter führten nacheinander ihre Angebote ein. Zu Munitionsfabrik wurde deutscherseits festgestellt, daß die Genehmigung des Bundessicherheitsrats seit Februar dieses Jahres vorliege. (Bereits in vorhergehenden Gesprächen hatte MP Strauß Ausbleiben einer saudischen Reaktion bemängelt.) Ich führte aus, das Genehmigungsverfahren habe in Deutschland eine lebhafte innenpolitische Diskussion ausgelöst. Wir würden es schätzen, wenn die saudische Seite der Sache nun einen Fortgang gäbe. Ich setzte fort, auch für die übrigen zur Erörterung anstehenden Projekte werde ein solches Genehmigungsverfahren erforderlich sein. Wir seien für jede saudische Initiative dankbar. Bilateral sei vor längerer Zeit bereits eine ganze Liste möglicher Kooperationsobjekte identifiziert worden, auf der außer dem Leopard-Panzer vieles enthalten sei, ohne daß man saudischerseits darauf zurückgekommen wäre. Man könne zwar nicht alles auf einmal wollen. Wir sollten realistisch sein und schrittweise vorgehen. So könnte man zu einer Kooperation gelangen.

Diese Ausführungen fanden Mißfallen auf deutscher Seite. Herr Max Strauß sagte halblaut, dann könne man ja gleich nach Hause gehen. Er erklärte dann den saudischen Gesprächspartnern, meine Darstellung stelle die Linie des Auswärtigen Amtes dar. Sie werde von seinem Vater aber nicht gebilligt. Die bei der Bundestagswahl am 25. Januar zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse würden für die deutschen Kooperationsmöglichkeiten eine wesentlich erweiterte Grundlage schaffen.

Im Sinne einer bereits vorweggenommenen Erweiterung dieser Grundlage wurde die Projekte-Präsentation der deutschen Wirtschaftsvertreter fortgesetzt wie beabsichtigt. Zu erwähnen ist noch, daß der Vertreter von Krauss-Maffei die Panzertypen des Leopard und ihren Export vorstellte und anschließend kurz auf das Gepard-System einging.

Eine Erörterung von Meinungsunterschieden und Mißverständnissen auf deutscher Seite hat nicht mehr stattgefunden, auch vor Pressevertretern nicht. Der Besuch von MP Strauß beim Kronprinzen[8] schloß sich an, während dessen die Wirtschaftsvertreter bereits zum Flughafen fuhren.

2) Festzuhalten bleibt:

– MP Strauß hat in Gesprächen mit saudischen Partnern nirgendwo das Leopard-Projekt erwähnt. Im Delegationskreise (vor Pressevertretern) erklärte er, es handele sich um ein psychologisches Problem (Verletzung saudischen Stolzes), das man – auch bei uns – noch nicht aufgreifen könne.
– Meine Teilnahme an der Sitzung geht auf einen Wunsch von MP Strauß zurück.
– Zur Vermutung der Presse, ich hätte auf besondere Anweisung aus Bonn gehandelt: Es hat keine Weisung gegeben.
– Saudische Seite hat – auch im späteren Gesprächsverlauf (Berichterstattung VG-Attaché) – ausreichend deutlich gemacht, daß sie ohne Beteiligung deutscher Regierungsstellen nicht bereit ist, Kontakte mit Wirtschaftsvertretern zu unterhalten. Dies gilt auch für die Zukunft. Ich bitte gegebenenfalls um Weisung, wie weit die Botschaft – etwa bei Weitergabe deutscher Angebote

8 Abdullah ibn Abd al-Aziz.

aus dem Kreis der am Gespräch beteiligten Firmenvertreter – vermittelnd tätig werden soll.[9] Bei ablehnender Haltung der Botschaft wäre zu befürchten, daß Annahme deutscher Offerten verweigert wird oder daß sie unbeachtet bleiben.[10] – Meine Einlassung hatte zum Ziel, einen realistischen, auch jetzt gangbaren Weg für das weitere Vorgehen aufzuzeigen. Ich bedaure, daß dies nicht verstanden worden ist.[11]

[gez.] Nowak

Referat 311, Bd. 137939

9 Am 8. Dezember 1986 unterrichtete Vortragender Legationsrat Daum die Botschaft in Riad: „Es besteht kein Grund, von der […] den Vertretungen auferlegten Zurückhaltung bei der Förderung deutscher Rüstungsexporte abzuweichen. Diese Zurückhaltung beinhaltet insbesondere, daß die Botschaft bei der Abgabe etwaiger Angebote deutscher Firmen zur Lieferung von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien nicht vermittelnd tätig werden darf. Nach hiesiger Kenntnis standen deutsche Firmen bisher immer direkt mit saudischen Regierungsstellen bei Fragen der Rüstungslieferung in Kontakt. Es ist hier nicht bekannt geworden, daß sich die saudische Seite gegenüber solchen Direktkontakten gegenüber zurückhaltend oder gar ablehnend verhalten hätte. Um Bericht wird gebeten, sobald saudische Seite bei konkreten Projekten vermittelnde Tätigkeit der Botschaft wünscht." Vgl. den Drahterlaß Nr. 248; Referat 424, Bd. 137488.

10 Botschafter Nowak, Riad, berichtete am 1. Dezember 1986 ergänzend: „Wie berichtet, war Besuchsablauf in Saudi-Arabien erfolgreich. Im Rückblick und nach Bekanntwerden der in Deutschland durch den Besuch ausgelösten Diskussion zum Thema Waffenexport ist allerdings die Frage zu stellen, ob der Aufenthalt von MP Strauß auch im Gesamtrahmen unserer bilateralen Beziehungen zum gegebenen Zeitpunkt sinnvoll war. Da MP Strauß von höchstrangigen Vertretern der deutschen Waffenexportindustrie und gleichzeitig von einer Pressedelegation begleitet wurde, war es unvermeidlich, daß das Thema Waffenexport in arabische Länder in den Vordergrund gerückt und in die deutsche Öffentlichkeit hineingetragen wurde. Es hat von hier aus den Anschein, als würde dieses kontroverse Thema nunmehr auch im deutschen Wahlkampf eine bedeutendere Rolle spielen. Diese Entwicklung kann für die höchst sensitive Behandlung der Waffenexportfrage und somit für das bilaterale Verhältnis nur störend sein. Denn, wie sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, sind gerade die saudischen Machthaber außerordentlich empfindlich gegenüber einer in der Öffentlichkeit geführten Debatte. Sie fühlen sich bloßgestellt als abgewiesene Bittsteller. Insofern kam der Besuch von MP Strauß in Saudi-Arabien zur Unzeit. Diese Reise wäre besser nach dem 25. Januar 1987 durchgeführt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 666; Referat 311, Bd. 137939.

11 Ministerialdirigent Schlagintweit teilte der Botschaft in Riad am 27. November 1986 mit: „Bundesminister ist mit Ihrem Verhalten einverstanden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 239; Referat 311, Bd. 137939.
Ergänzend richtete Bundesminister Genscher am 11. Dezember 1986 folgendes Schreiben an Botschafter Nowak, Riad: „Sehr geehrter Herr Nowak, mit Interesse habe ich Ihren Drahtbericht 650 vom 26.11.1986 gelesen, in dem Sie Ihre Ausführungen während des Besuchs einer bayerischen Delegation im Verteidigungsministerium Saudi-Arabiens wiedergeben. Sie haben die Politik der Bundesregierung in der Frage des Rüstungsexports zutreffend dargestellt. Ich spreche Ihnen hiermit meinen Dank und meine Anerkennung aus." Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 137939.

343

Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem syrischen Botschafter Seifou

310-531.00 SYR/SB **27. November 1986**[1]

Betr.: Maßnahmen der Bundesregierung aufgrund des Urteils gegen Hasi und Salameh[2];
hier: Einbestellung des syrischen Botschafters

Dg 31 erklärte dem syrischen Botschafter am 27.11. um 16 Uhr folgendes:

Das Urteil des Landgerichts Berlin am 26.11. im Strafprozeß gegen Hasi und Salameh und die Begründung des Urteils ist von der Bundesregierung sehr sorgfältig geprüft und ausgewertet worden. Das Gericht kam zur Auffassung, daß syrische Stellen unmittelbar am Mordanschlag vom 29.3.1986[3] beteiligt waren. Diese Überzeugung stützt sich auf den Aufenthalt Salamehs in Damaskus (amtliche Wahrnehmung; Geheimdienst machte S. mit Sprengstoffkoffer vertraut und kündigte spätere Aushändigung durch syrische Botschaft in Ostberlin an) und die Übergabe des Sprengstoffs in der syrischen Botschaft in Berlin (Ost) durch einen Angehörigen des syrischen Geheimdienstes. Das Gericht hat in keinem Punkt Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen der Täter gehabt. Beide Aussagen decken sich miteinander und zu einzelnen Punkten mit den Aussagen von Zeugen. Ein unabhängiges Gericht hat somit keine Zweifel an der Beteiligung syrischer Stellen an der Tat gehabt. Dies hat die Bundesregierung veranlaßt, von diesem Tatbestand auszugehen. Die Bundesregierung sieht es als erwiesen an, daß syrische Stellen in einen kriminellen Anschlag in Berlin (West) verwickelt waren. Die syrische Regierung trägt hierfür die Verantwortung. Die Bundesregierung hat stets betont, daß sie den Terrorismus, insbesondere auf eigenem Boden, energisch bekämpft.

Dg 31 verlas sodann die Erklärung der Bundesregierung vom 27.11.[4] und hän-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 28. November 1986 gefertigt.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 28. November 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 310 verfügte.
Hat Richter am 1. Dezember 1986 erneut vorgelegen.

2 Zum Prozeß gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh vgl. Dok. 333.
Ministerialdirigent Schlagintweit informierte am 27. November 1986: „Das Landgericht Berlin hat am 26.11. die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh wegen des Anschlags auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin zu 14 bzw. 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. In der mündlichen Urteilsbegründung heißt es zu einer syrischen Verwicklung, diese könne nur aufgrund der Aussagen von Hasi und Salameh festgestellt werden. Diese Aussagen hätten sich dort, wo sie überprüft werden konnten, als richtig erwiesen. Sie würden daher insgesamt als glaubhaft angesehen. Gegen den mutmaßlichen Drahtzieher in Syrien wurde Haftbefehl erlassen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 8729; Referat 310, Bd. 149721.
Für eine Kopie des schriftlichen Urteils vgl. Referat 515, Bd. 195697.

3 Zu dem Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft vgl. Dok. 92, Anm. 5.

4 In der von Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, am 27. November 1986 vorgetragenen Erklärung wurde die vom Landgericht Berlin am Vortag festgestellte Verwicklung syrischer

digte sie anschließend aus. Er erläuterte den Punkt 2 des Maßnahmenkatalogs wie folgt:

Bei den drei Botschaftsangehörigen, die Bonn binnen einer Woche verlassen müssen, handelt es sich um Jamil Hussain, Ghassan Soubt und Ahmad Mansour. Wir hätten Anhaltspunkte dafür, daß es sich bei ihnen um Mitarbeiter des syrischen Geheimdienstes handelt. Die Maßnahme sei somit eine direkte Reaktion auf den Anschlag in Berlin.

Da Jamil Hussain Angehöriger des syrischen Militärbüros sei, bedeute die Maßnahme Nr. 3, daß nur noch ein weiterer Angehöriger des Militärbüros Bonn verlassen müsse. Letzteres solle innerhalb einer angemessenen Frist geschehen.

Dg 31 verlas sodann noch die beiden letzten Absätze des ursprünglichen Erklärungsentwurfs[5], die jetzt getrennt von der eigentlichen Erklärung als Sprachregelung verwendet werden (Verurteilung des Terrorismus; Entschlossenheit zum Ausbau der Beziehungen zur großen Mehrzahl der arabischen Staaten und Wunsch nach Belebung des EAD/Troika-Vorschlags[6]).

Der *syrische Botschafter* erklärte, zur Sache könne er nichts Neues sagen. „Am Rande" wolle er jedoch folgendes bemerken: Seine Regierung bedauere die Belastung der Beziehungen durch das Urteil. Syrien verurteile eindeutig den Terrorismus, zu dessen Opfern es[7] selbst gehöre. Es gebe seitens der USA, Israels und Großbritanniens eine Kampagne gegen Syrien. Sein Land unterscheide zwischen Terrorismus und legitimem Befreiungskampf gegen fremde Besetzung. Syrien habe stets Wert auf gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gelegt. Seine Regierung werde genaue Untersuchungen anstellen, ob syrische Dienststellen in den Anschlag verwickelt gewesen seien. Falls Beweise dafür erbracht würden, wäre mit hartem Vorgehen gegen die Schuldigen zu rechnen. Wenn tatsächlich Syrer in den Anschlag verwickelt gewesen seien, was er nicht annehme, dann hätten diese mit feindlichen Diensten zusammengearbeitet.

Dg 31 dankte für diese Ausführungen, die wir sehr ernst nähmen. Er stellte Einsichtnahme in die Urteilsbegründung nach deren Veröffentlichung in Aus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1768

Stellen in den Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft am 29. März 1986 in Berlin (West) als „Mißachtung grundlegender Regeln, die das Verhältnis der Staatengemeinschaft untereinander bestimmen", bezeichnet und verurteilt: „Die Bundesregierung fordert die syrische Regierung mit Nachdruck auf, ihre verbale Verurteilung des internationalen Terrorismus durch konkrete Maßnahmen unter Beweis zu stellen, insbesondere auch gegenüber ihren eigenen Geheimdiensten. Die Bundesregierung fordert die syrische Regierung auf, jegliche Unterstützung für Gruppen und Personen einzustellen, die in terroristische Gewalttaten verwickelt sind." Ferner wurden sieben Maßnahmen der Bundesregierung verkündet: 1) keine Neuernennung eines Botschafters in Damaskus, 2) Ausweisung von drei Angehörigen der syrischen Botschaft, 3) Verkleinerung des syrischen Militärattaché-Stabes, 4) keine Neuzusagen in der Entwicklungszusammenarbeit, 5) keine Anerkennung syrischer Dienstpässe, 6) Gespräch mit der DDR über die Beteiligung syrischer Stellen von Ost-Berlin aus an Terroranschlägen in Berlin (West), 7) Kontaktaufnahme mit den Drei Mächten in Fragen, „die in die Zuständigkeit der Alliierten Statusmächte in Berlin fallen". Vgl. BULLETIN 1986, S. 1231.

5 Für den Entwurf vom 25. November 1986 einer Erklärung der Bundesregierung vgl. Referat 310, Bd. 149721.

6 Zu den Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 121, Anm. 5.

7 Korrigiert aus: „er".

sicht. Wir hofften, daß das syrische Verhalten in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Beziehungen erlauben würde.[8]

Herr Hajjaj war als Dolmetscher zugegen.

Referat 310, Bd. 149721

344

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors

2. Dezember 1986[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit EG-Kommissionspräsident Delors am Dienstag, den 2. Dezember 1986, 13.00 bis 14.30 Uhr

Der Herr *Bundeskanzler* schlägt vor, zunächst über die Tagesordnung des ER in London[2] zu sprechen. Er weist darauf hin, daß er der Präsidentschaft die Behandlung der Themen „Terrorismusbekämpfung" und „Asylantenfrage" vorgeschlagen habe.[3] Darüber brauche man aber nicht im einzelnen zu reden.

Er habe darüber hinaus die Absicht, in London über die Beziehungen EG–Türkei zu sprechen. Die Gemeinschaft verhalte sich gegenüber der Türkei seines Erachtens falsch. In der Türkei verhärteten sich zunehmend die innenpolitischen Fronten. Die Regierung habe jetzt ihre Ansprüche gegenüber der Gemeinschaft hochgeschraubt und betreibe den Beitritt zur EG. Dies sei eines der Hauptthemen auf dem kürzlichen Parteitag der Mutterlandspartei[4] gewesen. Zunächst habe er den Eindruck gehabt, es handele sich um eine taktische Variante. Heute sei er sich dessen nicht mehr so sicher. Er habe MP Özal bei ei-

8 Angestellter Dilger, Damaskus, berichtete am 28. November 1986, der Abteilungsleiter im syrischen Außenministerium, Haddad, habe ihn am selben Tag einbestellt und erklärt: „Die syrische Regierung sei enttäuscht darüber, daß die Bundesregierung sich unter dem Druck der Vereinigten Staaten und Großbritanniens dieser Kampagne von Desinformation und falschen Beschuldigungen gegen Syrien angeschlossen habe und sich zu ungerechtfertigten Maßnahmen gegen Syrien habe verleiten lassen. Diese Maßnahmen würden den bestehenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern schaden. Syrien habe bisher ein echtes Interesse an der Vertiefung der bestehenden Beziehungen gezeigt, und auch die Bundesrepublik Deutschland habe ihrerseits dieses Interesse erwidert. Die syrische Regierung habe jetzt folgendes beschlossen: 1) den in Bonn akkreditierten syrischen Botschafter bis auf weiteres zurückzuziehen. 2) Die syrische Regierung fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, von ihrer Botschaft in Damaskus drei Diplomaten innerhalb einer Woche abzuziehen. [3]) Die syrische Regierung fordert weiterhin, die Zahl der Mitglieder des Militärattachébüros in Damaskus auf die Zahl zu bringen, die der des Militärattachébüros in Bonn entspricht. 4) Die syrische Regierung wird Dienstpässe, die von der Bundesrepublik ausgestellt sind, nicht mehr anerkennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 310, Bd. 149699.

1 Ablichtung.

2 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 5./6. Dezember 1986 statt.

3 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 20. November 1986 an Premierministerin Thatcher; Referat 200, Bd. 134810.

4 Am 23. November 1986 fand in Ankara ein Parteitag der türkischen Mutterlandspartei statt.

nem kürzlichen Zusammentreffen in Wien[5] gebeten, diese Frage nicht zu sehr zu forcieren, damit die Türkei keine Enttäuschung erlebe.

Angesichts dieser Lage frage er sich, warum die EG nicht das 4. Finanzprotokoll freigebe.[6] Objektiv habe die Türkei in puncto Demokratisierung beachtliche Fortschritte gemacht. Er weise in diesem Zusammenhang auf die Pressefreiheit in der Türkei hin. Natürlich gebe es weiterhin Probleme im Bereich der Menschenrechte, über die man diskutieren müsse. Insgesamt sei er aber der Auffassung, daß die Zeit reif sei für eine Freigabe des 4. Finanzprotokolls.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, man müsse zwischen dem unterscheiden, was sich vor dem Vorhang und hinter dem Vorhang abspiele. Vor dem Vorhang hätten wir es mit dem griechischen Widerspruch und der negativen Haltung des EP zu tun. Wenn die Türkei beispielsweise das Diskriminierungsgesetz gegen die Griechen abschaffe, hätte die griechische Regierung kein Argument mehr in Händen.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Delors, hierüber sei zwischen Kommissar Cheysson und MP Özal[7] gesprochen worden. Er könne sich daher gut vorstellen, daß der ER auf Griechenland Druck ausüben könne, wenn die Türkei ihrerseits bestätigen würde, daß sie dieses Gesetz abschaffen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* schlägt vor, umgekehrt vorzugehen und zunächst die Freigabe des Finanzprotokolls zu betreiben und dies gegenüber den Türken an die Bedingung zu knüpfen, daß sie das Diskriminierungsgesetz fallenlassen. Das EP werde dann auch mitmachen.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, er teile die Einschätzung hinsichtlich der Lage im EP nicht. Aber es wäre Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten, auf die jeweiligen Parlamentarier einzuwirken, wenn der ER einmal einen entsprechenden Beschluß gefaßt habe. Im übrigen habe Cheysson MP Özal zu verstehen gegeben, daß er auf seine Vorstellungen zur Freizügigkeit[8] verzichten müsse, wenn die Gemeinschaft die Finanzmittel freigebe. Dies habe Özal begriffen. Nun müsse man Özal noch davon überzeugen, daß er von seiner Kampagne zugunsten eines Beitritts der Türkei abrücke.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, das werde Özal nicht machen.

5 Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Özal trafen am 19. September 1986 am Rande einer Konferenz der Europäischen Demokratischen Union zusammen.

6 Zur Suspendierung des 4. Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 11, Anm. 12.

7 Zum Besuch des Mitglieds der EG-Kommission, Cheysson, vom 19. bis 21. Juni 1986 in der Türkei vgl. Dok. 180, Anm. 14.

8 Referat 411 erläuterte am 8. Dezember 1986: „Der Allgemeine Rat hat sich am 24.11. über ein Verhandlungsangebot zur Durchführung des Art. 12 des Abkommens von Ankara (Freizügigkeit) geeinigt. Das Angebot der Gemeinschaft wurde der Türkei am 27.11. übermittelt. […] Das Angebot enthält im wesentlichen folgende Regelungen: abschließende Regelung der Freizügigkeit (ergibt sich aus der Überschrift); völlige Kontrolle des Zugangs türkischer Arbeitnehmer von außerhalb der Gemeinschaft (Art. 6) sowie von Arbeitnehmern innerhalb der Gemeinschaft (Art. 6); Trennung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Letztere in nationaler Zuständigkeit (Art. 8); Beschränkung des Familiennachzugs auf die Arbeitnehmer der ersten Generation (Art. 3). Nachzugsalter für Kinder nach nationaler Regelung (Art. 3); Verbleiberecht für türkische Arbeitnehmer unter gewissen Voraussetzungen (Art. 5); schulische Betreuung zur Förderung der Integration (Art. 4); Gleichbehandlung mit EG-Arbeitnehmern hinsichtlich Rechte aufgrund Arbeitnehmertätigkeit (Art. 2). Ferner enthält das Angebot eine Klausel (Art. 10), die Griechenland eine Ausnahme von der Freizügigkeitsregelung ermöglicht.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144909.

Kommissionspräsident *Delors* fährt fort, man müsse aber aufhören, Özal irgendwelche Hoffnungen zu machen, sonst werde man eine Enttäuschung wie im Falle Griechenland erleben. Er wolle nur daran erinnern, daß seine Vorgänger immer gegen einen zu schnellen Beitritt Griechenlands gewesen seien. Jetzt müsse er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Landes bereinigen.

Staatssekretär *Ruhfus* stellt die Frage, ob die Türkei bereit ist, einen Tauschhandel zwischen dem Diskriminierungsgesetz und dem Finanzprotokoll zu akzeptieren.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, dies werde Özal akzeptieren, wenn ihm das klar gesagt werde. Zur Haltung Griechenlands weist Delors sodann darauf hin, daß Papandreou beabsichtige, die Frage der finanziellen Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber Griechenland aufzuwerfen. Es werde nicht einfach sein, diese Diskussion zu steuern, weil sie andere Mitgliedstaaten auf den Plan rufen werde. Präsident Delors nennt ausdrücklich die Niederlande und Großbritannien.

Der *Bundeskanzler* schließt dieses Thema mit der Bemerkung ab, er werde das Problem in dem vorhergehenden Sinne ansprechen.

Kommissionspräsident *Delors* wirft ein, er könne allerdings nicht garantieren, daß Özal bereit sei, dieses Tauschgeschäft zu akzeptieren.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er würde auch diese Frage nicht stellen, weil man dann eine entsprechende Antwort bekomme. Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang auf die deutschen Erfahrungen in den jüngsten Verhandlungen über Rüstungssonderhilfe mit der Türkei[9] hin.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt sodann, er wolle dem Bundeskanzler mitteilen, daß Norwegen wahrscheinlich 1989 seinen Beitritt beantragen werde.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies sei eine großartige Botschaft, die seine volle Sympathie habe. Er habe dies schon immer dem früheren Ministerpräsidenten Willoch nahegelegt.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, dieser habe sich in der Tat sehr stark dafür eingesetzt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, eine solche Entscheidung Norwegens habe große politische und auch geostrategische Bedeutung. Sie sei nicht zuletzt für Dänemark und Finnland wichtig.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle in London auch die Frage der Beziehungen zwischen EG und Ungarn[10] ansprechen. Auch hier halte er die Einstellung

9 Zur Frage einer Rüstungssonderhilfe an die Türkei vgl. Dok. 274.

10 Zum Interesse Ungarns an einem Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 193, Anm. 25.
Referat 411 erläuterte am 1. Dezember 1986: „EGK hat Ende November 1986 nach langjährigem Drängen unsererseits dem EG-Rat den Vorschlag für ein Verhandlungsmandat übermittelt. Dieser Vorschlag sieht im wesentlichen vor: nicht präferentielles Handels- und Kooperationsabkommen; Gewährung – autonom bereits gewährter – Meistbegünstigung; Aufhebung aller mengenmäßigen Beschränkungen im gewerblichen Bereich innerhalb von zehn Jahren; im landwirtschaftlichen Bereich Prüfung, ob Zugeständnisse bei einzelnen Produkten erga omnes möglich sind; Schutzklausel; Klausel betreffend Liberalisierung (neu, muß geprüft werden, könnte im Ergebnis Sanktionsverbot bedeuten); Errichtung eines Gemischten Ausschusses. EGK-Vorschlag wird in Brüssel zunächst auf Arbeitsgruppenebene erörtert.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131179.

der Gemeinschaft für falsch. Es sei wichtig, daß die Gemeinschaft die ungarischen Bemühungen um Liberalisierung honoriere. Und zwar müsse man dies jetzt tun. Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang auf die Rolle Kádárs im Ostblock hin.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, die Gemeinschaft habe in ihren Gesprächen mit dem RGW[11] zur Bedingung gemacht, daß man gleichzeitig die bilateralen Beziehungen mit jedem Mitgliedstaat entwickeln könne. Hierfür habe man entsprechende Garantien erhalten. Die Kommission habe sich dafür entschieden, die entsprechenden Gespräche zunächst mit Ungarn zu führen. Dabei sei man einem Rat von BM Genscher gefolgt. Allerdings habe sich gezeigt, daß die Ungarn sehr hart taktierten und forderten, daß die Gemeinschaft ihren Außenhandel nicht als Staatshandel einstufe. In der Zwischenzeit habe man den Ungarn sehr interessante Vorschläge unterbreitet, beispielsweise die Aufhebung aller Exportbeschränkungen. Er sei daher dankbar, wenn der Bundeskanzler dieses Thema beim ER aufgreife. Das gebe ihm die Möglichkeit, vorhandene Vorbehalte anderer Mitgliedstaaten auszuräumen.

Der *Bundeskanzler* fragt den Kommissionspräsidenten bei dem anschließenden Essen, wie er sich den Ablauf des ER vorstelle.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, die Präsidentschaft beabsichtige, die Diskussion in zwei Abschnitten zu führen. Die eigentlichen EG-Fragen (wirtschaftliche Lage, kleinere und mittlere Unternehmen, Binnenmarkt, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) sollten in höchstens zweieinhalb bis drei Stunden behandelt werden. Am anderen Tag wolle die Präsidentschaft die Fragen Terrorismus[12], Asyl[13] und Drogen[14] abhandeln. Hingegen wolle Frau Thatcher nicht über die Probleme der Anwendung der Einheitlichen Europäischen Akte und Finanzfragen sprechen.

Kommissionspräsident Delors weist sodann darauf hin, daß die Kommission gehalten sei, bis Ende dieses Jahres Vorschläge zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft, zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Zukunft der Strukturpolitiken zu machen.[15] Eine Diskussion über diese Themen könne

11 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 313, Anm. 32.
Botschaftsrat Hennig, Brüssel (EG), berichtete am 8. Dezember 1986, RGW-Generalsekretär Sytschow habe in einem Schreiben vom 5. November 1986 an das Mitglied der EG-Kommission, de Clercq, ein zweites Expertengespräch zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW für Ende November bzw. Anfang Dezember 1986 vorgeschlagen. In seiner Antwort habe de Clercq dargelegt, ein zweites Expertentreffen sei nicht vor Februar 1987 möglich. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3983; Referat 411, Bd. 131356.

12 Zur Erörterung des Themas Terrorismus auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 363, Anm. 26.

13 In den Schlußfolgerungen der Präsidentschaft im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten die Bereitschaft, „gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und ihren vertraglichen Verpflichtungen Asyl zu gewähren. Sie stimmten darin überein, daß Asyl nicht aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen gewährt werden darf und daß Schritte ergriffen werden müssen, um Mißbräuchen zu begegnen. Sie forderten die zuständigen Minister auf, ihre Maßnahmen zur Verhinderung eines Mißbrauchs des Asylrechts aufeinander abzustimmen." Vgl. BULLETIN DER EG 12/1986, S. 11.

14 Zur Behandlung der Drogenthematik auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. die Schlußfolgerungen der Präsidentschaft; BULLETIN DER EG 12/1986, S. 12.

15 Am 15. Februar 1987 legte die EG-Kommission eine Reihe von Reformvorschlägen zur künftigen Finanzierung der EG, zur Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Stärkung der EG-Strukturfonds und

man daher nicht ganz vermeiden. Ihm seien aber von der Präsidentschaft für seinen Bericht nur zehn Minuten zugestanden worden, dem sich ein kurzer Meinungsaustausch von höchstens einer Stunde anschließen solle.

Auf eine entsprechende Frage des Herrn Bundeskanzlers stellt Delors klar, daß er unter keinen Umständen ins Detail gehen wolle, sonst riskiere man eine dreistündige Diskussion. Außerdem wolle er noch darauf hinweisen, daß Frau Thatcher beim Abendessen mindestens zwei Stunden über West-Ost-Fragen sprechen wolle. Ferner sei sich die Präsidentschaft bewußt, daß einige MS erneut das Thema Südafrika anschneiden wollten.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach der geplanten Klausurtagung der Kommission.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, er werde einen Tag lang mit den Ständigen Vertretern über die o. a. Kommissionsvorschläge diskutieren.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erläutert Kommissionspräsident Delors kurz diese Vorschläge. Das Papier über die finanziellen Perspektiven basiere auf dem Auftrag von Fontainebleau[16]. Hier gehe es um die Frage der Erhöhung der Eigenmittel, die man entsprechend begründen müsse. Daher werde man gleichzeitig etwas zur Agrarreform und zu den Strukturpolitiken sagen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob damit auch Vorschläge für die Agrarpreisrunde 1987/88 verbunden seien.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, er sei bereit, mit Kommissar Andriessen über die Möglichkeit zu sprechen, die Vorschläge für die Agrarpreise bis Ende Januar hinauszuzögern.[17]

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei in der Tat sehr wichtig. Die Kommission würde sicherlich auch bei Wahlen[18] in anderen Ländern Rücksicht nehmen. Der Bundeskanzler erläutert in diesem Zusammenhang die besonderen Schwierigkeiten in der deutschen Landwirtschaft.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, er könne auch in Erwägung ziehen, daß er zunächst alle Hauptstädte der EG-Mitgliedstaaten besuche, bevor die Kommission offiziell die vorgenannten drei Papiere präsentiere. Allerdings könne er selbst einen solchen Vorschlag auf dem ER nicht machen. Dieser müsse von anderer Seite kommen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er habe den Hinweis verstanden.

Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß er in der Europapolitik mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Beispielsweise habe ihn die Ratifi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1773

strengeren Haushaltsdisziplin der Gemeinschaftsorgane vor („Delors-Paket"). Für den Wortlaut der Vorschläge („Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden: Eine neue Perspektive für Europa") vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1987, S. 5–28. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Botschaftsrats Hennig, Brüssel (EG), vom 23. Februar 1987 sowie die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 9. März 1987; AAPD 1987.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

17 Die EG-Kommission übermittelte dem EG-Ministerrat am 20. Februar 1987 ihre Vorschläge für die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1987/88. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1987, S. 14–19 und S. 59–67.

18 In der Bundesrepublik fanden am 25. Januar 1987 Wahlen zum Bundestag statt.

zierung der Einheitlichen Europäischen Akte viel Kraft gekostet.[19] Man müsse eine Sache nach der anderen in Angriff nehmen. Es wäre daher sehr hilfreich, wenn Kommissionspräsident Delors in Absprache mit Herrn Andriessen sich dazu verstehen könne, die Agrarpreisvorschläge bis Februar zu verschieben.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt sich hierzu bereit, weist aber nochmals darauf hin, daß es zwei verschiedene Probleme gebe, nämlich die globalen Überlegungen der Kommission, die auch ein Papier zur Agrarreform umfaßten, das genauso delikat sei wie das andere Problem, die Frage der Agrarpreise. Es sei technisch außerordentlich schwierig, die Vorschläge für die Agrarpreise bis Februar zu verschieben.

Der *Bundeskanzler* spricht sodann das Problem der Imitationsverbote für Milch und Milcherzeugnisse sowie Fleischwaren an. Ihm sei unverständlich, daß die Kommission Vorschriften beseitigen wolle, die die Imitation dieser Erzeugnisse von Fleischwaren untersagten. Das Problem habe bei uns große psychologische Bedeutung.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, es sei nicht möglich, den Handel mit Imitationsprodukten zu vermindern. Wohl könne man hinsichtlich der Bezeichnung für Klarheit sorgen und beispielsweise darauf hinweisen, daß es sich nicht um Milch von Kühen, sondern auf der Basis von Soja handele. Am besten wäre es, wenn man die Bezeichnung Milch in diesem Zusammenhang ganz fallenlasse.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man dürfe die Verbraucher in diesem Punkte nicht täuschen. Außerdem sei es paradox, wenn die Europäische Gemeinschaft auf diese Weise eine Verschlechterung der Qualität begünstige.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, es gebe in diesem Punkt leider ein Problem mit gewissen „Fundamentalisten" innerhalb der Kommission. Das gleiche Problem stelle sich im übrigen bei der Regionalbeihilfe.

Der *Bundeskanzler* greift dieses Stichwort auf und erklärt, hier handele es sich um eine Frage, die mit der künftigen Struktur Europas zu tun habe. Dies sei kein deutsches Problem. Europa müsse natürlich eine Zentralgewalt haben, gleichzeitig müsse man aber darauf achten, daß Dezentralisierung erhalten bleibe. Er verstehe in diesem Zusammenhang die Haltung von Kommissar Sutherland zur Regionalförderung[20] nicht.

19 Zum Ratifizierungsverfahren vgl. Dok. 278.
Der Bundestag beriet am 4. Dezember 1986 abschließend über die Einheitliche Europäische Akte und stimmte ihr zu. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 253. Sitzung, S. 19716–19725.
Die Zustimmung des Bundesrats erfolgte am 19. Dezember 1986. Vgl. dazu BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 572. Sitzung, S. 699.
Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte einschließlich des Zustimmungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1102–1115.

20 Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 26. November 1986, in einem Gespräch mit Bundesminister Bangemann am 19. November 1986 habe das Mitglied der EG-Kommission, Sutherland, „Verständnis für die föderale Struktur der deutschen Regionalpolitik" gezeigt, „konnte sich aber zu konkreten Lösungsvorstellungen nicht abschließend äußern, sondern verwies auf Sondierungsgespräche, die auf Ebene hoher Beamter kurzfristig stattfinden sollten. Diese Gespräche haben Einvernehmen über folgende grundlegende Ansatzpunkte für Lösungen ergeben: Absenkung des Gesamtumfangs der deutschen Regionalförderung auf einen Bevölkerungsanteil deutlich unter 40 % (bisher 45 %). Erhaltung des regionalpolitischen Handlungsspielraums von Bund und

Kommissionspräsident *Delors* wirft ein, auch er verstehe das nicht.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, seines Erachtens sei es falsch, wenn die Kommission regionale Fragen an sich ziehe. Diese Dinge könnten besser vor Ort geregelt werden. Andernfalls baue man sich selbst Hindernisse auf.

Kommissionspräsident *Delors* stimmt dem zu. Er sei der Auffassung, daß man nach dem Subsidiaritätsprinzip verfahren müsse. Daher sei es richtig, daß die Gemeinschaft weniger eigene Projekte im Rahmen der Regionalpolitik fördere, sondern mehr Programme, die die Regionen selbst erstellten.

Leider verstünden nicht alle Mitgliedstaaten, daß die Gemeinschaft eine föderale Struktur haben müsse. Sie täten so, als ob wir bereits einen hohen Integrationsgrad erreicht hätten. Dies entspreche aber nicht der Realität. Aus solchen mehr oder weniger theoretischen Überlegungen entspringe dann die Forderung, daß die Deutschen ihre Regionalpolitik aufgeben müßten. Hiergegen habe er sich zur Wehr gesetzt, sei aber damit nicht durchgedrungen.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, man dürfe in Brüssel nicht versuchen, alle Fragen im Detail zu regeln. Damit gehe man auch politisch in die falsche Richtung. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Dezentralisierungstendenzen in der VR China.

Seines Erachtens sei es an der Zeit, diese Grundsatzdiskussion einmal auf einem ER zu führen. Dies könne natürlich nicht schon in London geschehen. Möglicherweise könne man aber auch zunächst hierüber ein Gespräch mit der Kommission führen.

Kommissionspräsident *Delors* stimmt dem nachdrücklich zu und schlägt vor, daß die Kommission in der ersten Hälfte 1987 ein Seminar in der Bundesrepublik Deutschland durchführt, an dem dann auch hochrangige Vertreter der Bundesregierung teilnehmen könnten.

Der *Bundeskanzler* stimmt diesem Vorschlag zu.

Kommissionspräsident *Delors* macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß das mehrjährige Forschungsprogramm auf große finanzielle Bedenken der Bundesregierung stoße.[21] Er sei der Meinung, daß es sich hier um eine Schlüsselfrage für die europäische Zukunft handelt. Zudem gebe es einen engen Zusammenhang zwischen dem Forschungsprogramm und dem Ausbau

Fortsetzung Fußnote von Seite 1775

Ländern durch Anlegung abgestufter Maßstäbe der Fördergebietsabgrenzung (Schwellenwerte) und damit Durchbrechung des bisherigen Prüfansatzes der Kommission. Absenkung der Beihilfenhöchstsätze in der Bund/Länderförderung und der Landesförderung mit dem Ziel, daß dies auch von anderen Mitgliedstaaten gefordert wird. BM Bangemann hat Kommissar Sutherland gebeten, auf dieser Basis konkrete Vorschläge zu unterbreiten." Vgl. Referat 416, Bd. 130999.

21 Ministerialdirektor Jelonek erläuterte am 2. Dezember 1986, die EG-Kommission habe am 5. August 1986 ihren Vorschlag für ein Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung für die Jahre 1987 bis 1991 vorgelegt. Dieses sehe Gemeinschaftsmittel in Höhe von 7,735 Mrd. ECU vor. Allerdings bestehe Gefahr, daß es nicht rechtzeitig verabschiedet werde. Hauptprobleme seien die Finanzausstattung sowie die Verteilung der Gelder auf Haupt- und Nebenprogramme. Insbesondere die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien wollten eine Reduzierung des geplanten Umfangs auf 5 Mrd. ECU (Bundesrepublik und Frankreich) bzw. 4,2 Mrd. ECU (Großbritannien). Im Vergleich zu dem gegenwärtigen Forschungsrahmenprogramm für die Jahre 1984 bis 1987 liege der Entwurf der EG-Kommission um 2,291 Mrd. ECU höher. Während technologisch höher entwickelte EG-Mitgliedstaaten sich auf Spitzentechnologie konzentrieren wollten, wollten die kleineren EG-Mitgliedstaaten eine Art „EG-Entwicklungshilfe im Technologiebereich". Das Programm müsse einstimmig verabschiedet werden. Vgl. dazu Referat 430, Bd. 163009.

des Binnenmarktes. Ein klares Signal in dieser Frage sei wichtig für die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft.[22]

Für 1987 habe er sich vier Punkte vorgenommen:

– die Öffnung der Beschaffungsmärkte,

– die Annahme von Normen im Bereich der Technologie,

– die weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs,

– die Errichtung eines Kooperationsrahmens für europäische Unternehmen.

Kommissionspräsident Delors weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die europäischen Unternehmer neue Hoffnung auf die Gemeinschaft setzten. Diese dürfe man nicht enttäuschen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er sei bereit, mit Kommissionspräsident Delors über diese Fragen zu sprechen, wenn er im Januar/Februar 1987 nach Bonn komme.[23]

Kommissionspräsident *Delors* stimmt dem zu, schränkt aber ein, diese von ihm selbst vorgeschlagene Reise könne nur stattfinden, wenn die belgische Präsidentschaft mitmache.

Er präzisiert in diesem Zusammenhang noch einmal, daß er seine Rundreise bis zum 15. Februar hinter sich bringen wolle.

Der *Bundeskanzler* versichert Kommissionspräsident Delors abschließend, daß er seine Position in der Europapolitik in keinem Punkt verändert habe. Allerdings könne er nicht alles gleichzeitig machen. Vielmehr müsse man Schritt für Schritt vorgehen.

Der Bundeskanzler kommt noch einmal auf das Problem Regionalförderung zurück und weist Kommissionspräsident Delors auf das Kontrollverfahren gegen den Verkauf eines Grundstückes in Rastatt an die Firma Daimler-Benz[24] hin.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, er sei in dieser Frage mit 17:1 Stimmen in der Kommission überstimmt worden. Die anderen Kollegen hätten die Problematik eben nicht verstanden.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, deshalb sei es wichtig, das Gespräch über die Grundsatzfragen im März/April kommenden Jahres zu führen.[25]

22 Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 11. Dezember 1986, in der Sitzung des EG-Rats auf der Ebene der Forschungsminister am 9./10. Dezember 1986 sei es trotz fast 15-stündiger Sitzung und „Beichtstuhlverfahrens" nicht gelungen, Einigung über die Höhe des Programmplafonds zu erzielen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4043; Referat 430, Bd. 163009.

23 EG-Kommissionspräsident Delors hielt sich am 13. Februar 1987 in der Bundesrepublik auf.

24 Vortragender Legationsrat Bellinghausen vermerkte am 3. November 1986: „Die Fa. Daimler-Benz beabsichtigt, ihre Produktionsstätte in Rastatt (Getriebeproduktion) um eine Produktionsstätte für PKW zu erweitern. Das hierfür vorgesehene Baugelände gehört teils dem Land, teils der Stadt und teils privaten Eigentümern. Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Rastatt beabsichtigen, das noch im Privateigentum befindliche Gelände aufzukaufen und das Gesamtgrundstück so zu erschließen, daß es sich als Industriegelände für die von Daimler-Benz beabsichtigte Investition eignet. […] Die Gesamtkosten für die Erschließung des Grundstücks werden von der Landesregierung auf 157 Mio. DM veranschlagt, wovon 110 Mio. Aufwendungen der Stadt Rastatt sind, die jedoch zu 80% vom Land übernommen werden." Es müsse damit gerechnet werden, „daß die EG-Kommission zumindest einen Teil der flankierenden Maßnahmen als staatliche Beihilfe im Sinne des Art. 92 des EG-Vertrages einstuft. Für diesen Fall wird es nicht leicht sein, diese Beihilfe zu begründen." Vgl. Referat 416, Bd. 131007.

25 Am 2. April 1987 fand eine gemeinsame Sitzung der Bundesregierung und der EG-Kommission statt. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; AAPD 1987.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, dann sei es allerdings auch wichtig, daß die zuständigen Bundesminister bei der Frage der nationalen Regionalmaßnahmen nicht nachgeben.

(Hierzu wird StS Ruhfus eine Aufzeichnung übermitteln.)

Der *Bundeskanzler* spricht sodann die Frage des Standortes des europäischen Markenamtes an.[26]

Kommissionspräsident *Delors* weist darauf hin, daß es hierfür 16 Kandidaturen gebe. Davon seien allerdings nur zwei seriös, nämlich London und München.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wir hätten ein sehr großes Interesse daran, daß diese Institution nach München komme.[27]

Der Bundeskanzler stellt sodann die Frage, welche Überlegungen es für die Nachfolge des Generalsekretärs der Kommission[28] gebe.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, er habe hierüber mit PM Chirac gesprochen und diesen überzeugt, daß der Nachfolger kein Franzose sein könne. Infolgedessen sei dies nur noch ein Problem zwischen Deutschland und Großbritannien. Die Kommission habe einen exzellenten deutschen Kandidaten im Hause. Allerdings habe er den Eindruck, daß Frau Thatcher mit aller Härte für ihren Kandidaten, Williamson, eintrete. Die beiden Außenminister (von GB[29] und D) hätten sich bisher über diese Frage nicht einigen können.

Der *Bundeskanzler* macht noch einmal deutlich, daß die Bundesregierung mit Nachdruck für Herrn Krenzler eintritt.

Der Bundeskanzler spricht sodann das Problem der siebten Reiserichtlinie[30]

26 Das Bundesministerium der Justiz erläuterte am 20. November 1986, das Markenamt der Europäischen Gemeinschaften solle für die Administration des künftigen einheitlichen Markenrechts der EG zuständig sein und seine Arbeiten zum 1. Januar 1990 aufnehmen. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich im Oktober 1983 um den Sitz beworben und hierfür München vorgeschlagen. Am 23. April 1986 habe das Kabinett beschlossen, „für den Fall einer Entscheidung für München die Errichtung des Dienstgebäudes und dessen Erstausstattung vorzufinanzieren. Die Bayerische Staatsregierung und die Landeshauptstadt München haben beschlossen, gemeinsam ein hervorragend geeignetes Grundstück in zentraler Lage im Wege eines Erbbaurechts kostenlos zur Verfügung zu stellen." Vgl. Referat 410, Bd. 141597.

27 Ministerialdirektor Jelonek legte am 17. Dezember 1986 dar, vertraulichen Informationen zufolge hätten konkurrierende Bewerber wie die Niederlande und Frankreich günstigere Angebote präsentiert: „Ministerpräsident Strauß bittet darum, daß die Bundesregierung im Interesse der Bewerbung Münchens prüfen möge, ob eine Aufbesserung des deutschen Angebots dadurch erfolgen könnte, daß der Bund auf verzinsliche Rückzahlung der für Bau und Ausstattung des Markenamtes anfallenden Kosten verzichtet." Vgl. Referat 410, Bd. 141597.

28 Émile Noël.

29 Geoffrey Howe.

30 Für den Wortlaut der Richtlinie des Rats vom 28. Mai 1969 zur Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Befreiung von den Umsatzsteuern und Sonderverbrauchssteuern bei der Einfuhr im grenzüberschreitenden Reiseverkehr (69/169/EWG) in der Fassung vom 8. Juli 1985 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 183 vom 16. Juli 1985, S. 24–26.
Am 11. April 1983 legte die EG-Kommission den Entwurf für eine siebte Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 69/169/EWG vor. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 114 vom 28. April 1983, S. 7 f.
Mit Schreiben vom 4. Juli 1986 an EG-Kommissionspräsident Delors wies Bundeskanzler Kohl auf die „erheblichen politischen Schwierigkeiten" hin, wenn die Steuerfreiheit für Stichfahrten auf See („Butterfahrten") abgeschafft würde. Vgl. dazu Referat 416, Bd. 131019.
Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), teilte am 27. November 1986 mit, die EG-Kommission habe angekündigt, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Grund sei ein Kompromißvorschlag, gegen den

an. Demnach sehe es so aus, daß die Kommission ihren Vorschlag zurückziehe und lediglich für Dänemark eine Ausnahmeregelung vorschlagen wolle.

Kommissionspräsident *Delors* widerspricht dieser Einschätzung. Vielmehr gebe es hier zwei verschiedene Probleme. Die Dänen hätten ihrerseits große Sorge wegen des deutschen Nachbarn, der man Rechnung tragen müsse. Was aber die „Butterschiffe" angehe, werde man versuchen, sich zwischen Kommissar Cockfield und dem zuständigen deutschen Minister auf eine Übergangsregelung zu verständigen, die bis zur Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 Anwendung finden könne.

Der *Bundeskanzler* spricht sodann die Problematik der Garantiemengenregelung bei Milch[31] an. Es sei unverständlich, daß die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet habe, obschon Kommissar Andriessen seinerzeit die deutsche Praxis ausdrücklich akzeptiert habe.

Kommissionspräsident *Delors* erklärt, er kenne das Problem nicht. (Dem Mitarbeiter von Kommissionspräsident Delors wurde später ein Sachstandspapier hierzu zugesagt.)

Der *Bundeskanzler* bittet darum, daß Kommissionspräsident Delors mit Herrn Andriessen über diese Frage spricht.

Abschließend erklärte der Bundeskanzler, daß er sich auf dem kommenden ER für eine Verlängerung der Amtszeit von Delors aussprechen werde.

Dies wurde von Kommissionspräsident Delors dankbar aufgenommen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 71

Fortsetzung Fußnote von Seite 1778

sich rechtliche und inhaltliche Bedenken ergeben hätten: „So fehle es für eine Reihe der vorgesehenen Elemente (Stichfahrten, IRL- u[nd] DK-Ausn[ahmen]) an einem Vorschlag der KOM. Daneben sei aber insbes[ondere] das Anliegen der KOM nicht erfüllt, die Existenz der Duty-Free-Shops im Hinblick auf den Abbau der Steuergrenzen zeitlich zu begrenzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3822; Referat 416, Bd. 131019.

31 Ministerialdirektor Jelonek erläuterte am 17. September 1986, die EG-Kommission habe auf dem Milchsektor die „Notbremse" gezogen und angesichts steigender Lagerbestände, einer dauernden Überschreitung der Garantiemengen sowie einer strukturellen Überproduktion verschiedene Maßnahmen zur „Eindämmung der Milchflut" ergriffen. Diese Entwicklung sei ein „Rückschlag für die Agrarpolitik BM Kiechles, der wesentlicher Befürworter der Einführung der Garantiemengenregelung im Jahre 1984 war. […] Trotz eines gewissen Produktionsrückgangs haben sich jedoch die Befürchtungen bestätigt, daß die Garantiemengen zu hoch angesetzt und durch zahlreiche Ausnahmeregelungen aufgeweicht werden würden." Vgl. Referat 416, Bd. 130905.
Zum Stand der Verhandlungen legte Vortragender Legationsrat van Edig am 26. November 1986 dar, die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18. Dezember 1986 in Brüssel habe keine Einigung erzielen können. Es habe „völlige Übereinstimmung" bestanden, daß eine Produktionsverminderung bei Milch notwendig sei. Vgl. Referat 416, Bd. 130905.

345

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek

201-363.31 HLG 1943/86 geheim **2. Dezember 1986**[1]

Betr.: Stand der HLG-Beratungen zu den Auswirkungen eines LRINF-Abkommens

1a) Die Minister der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO hatten auf ihrer 35. Tagung in Çesme (April 1984[2]) die HLG beauftragt, sich mit den Auswirkungen von Rüstungskontrollvorschlägen für die Struktur und den Umfang des Nuklearpotentials der NATO in Europa zu befassen. Dieser Auftrag ist auf der 39. NPG-Tagung in Würzburg (März 1986) bestätigt worden und steht seither im Mittelpunkt der HLG-Beratungen.

b) Den Erörterungen auf der HLG-Sitzung im Mai 86 lag ein deutsch-britisches Arbeitspapier zugrunde, das einen Rahmenplan für die zu führende Diskussion aufzeigte.[3] Diese Diskussion war an der Fragestellung ausgerichtet, welche Optionen das Bündnis brauche, um seine Strategie auch künftig implementieren zu können. US-Seite (AssSecDef[4] R. Perle) zeigte hier allerdings Zurückhaltung wohl in dem Bestreben, Entwicklungen zu vermeiden, die potentiell auf Forderungen nach Bereitstellung anderer Mittel für die nukleare Abschreckung in Europa hinausführen.

c) Auf der Grundlage der HLG-Beratungen im Mai 86 wurde ein weiteres deutsch-britisches Arbeitspapier mit Fragen zu den möglichen Auswirkungen verschiedener denkbarer INF-Rüstungskontrollabsprachen auf die Abschreckung erarbeitet, zu dem auch andere Bündnispartner beigetragen haben. Gleichzeitig wurden an SHAPE zu richtende Fragen zu folgenden Problemen formuliert:

– Substitutionsmöglichkeiten für abzubauende LRINF,
– Zielabdeckung,
– Überlebensfähigkeit und Wirksamkeit des nach Montebello[5] verbleibenden Nuklearpotentials,
– LRINF-Restbestand bei einer Interimslösung (Mix und Verteilung).

d) Anfang Oktober setzte die HLG ihre Beratungen mit der Erörterung der Fragen aus dem deutsch-britischen Arbeitspapier fort.[6] Insbesondere wurden

1 Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 2. Dezember 1986 vorgelegen, der Referat 201 um Rücksprache bat.
Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 3. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ministervorlage wie bespr[ochen] vom 3.12.86."

2 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4. April 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 102.

3 Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 15./16. Mai 1986 in Charleston vgl. Dok. 141.

4 Assistant Secretary of Defense.

5 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

6 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Oktober 1986, der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, habe gegenüber dem Ständigen NATO-Rat zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO und der Erörterung eines deutsch-britischen Papiers

Optionen einer Substitution für LRINF diskutiert, ohne aber bereits Schlußfolgerungen zu ziehen. Ferner wurde die Notwendigkeit von SRINF-Begrenzungen im Kontext der INF-Verhandlungen bekräftigt. Außerdem wurde SHAPE beauftragt,

– eine Analyse über die Veränderungen von Streitkräftebeständen und operativen Fähigkeiten bei NATO/WP seit 1979 zu erstellen
– sowie die für die Aufrechterhaltung der Abschreckung im Frieden notwendige Zielabdeckung zu untersuchen.

Der HLG-Vorsitzende unterrichtete die SCG vom Stand der Diskussion.

e) Auf einer vorrangig dem Thema Reykjavik[7] gewidmeten HLG-Sitzung am Rande der 40. NPG-Tagung in Gleneagles (21./22. Oktober[8]) erwähnte SHAPE, erste Analysen zu den ihm vorgelegten Themen und Fragen – auch schon unter Einbeziehung von Reykjavik – erarbeitet zu haben.[9] SHAPE hat nunmehr – nach Einholung der Zustimmung SACEURs – eine ausdrücklich als vorläufig qualifizierte Analyse zu den Auswirkungen eines LRINF-Rüstungskontrollabkommens, die sich auch mit Fragen einer Substitution für LRINF und der Zielabdeckung befaßt, den HLG-Mitgliedern zugeleitet sowie ein weiteres Papier über Streitkräfteentwicklungen NATO/WP von 1979 bis 1986.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1780

vom selben Tag folgendes mitgeteilt: „Mögliche Rüstungskontrollvereinbarungen seien im Kontext der Montebello-Entscheidung und der SACEUR-requirements zu beurteilen. Auswirkungen auf konventionelle Verteidigungsfähigkeit seien dargestellt worden. Wiederholt sei auf Veränderungen im sowjetischen Kurzstreckenpotential seit 1979 hingewiesen worden. Daraus ergebe sich für SU Möglichkeit, bisher durch SS-20 abgedeckte Ziele Systemen kürzerer Reichweite zuzuweisen. […] Deutsche Position Reduktion der Systeme im Reichweitenband 150 bis 500 km auf ein niedrigeres Niveau mit gleichen Obergrenzen. Aufnahme einer konkreten Weiterverhandlungspflicht für dieses Reichweitenband in ein INF-Zwischenabkommen. Übereinstimmung [habe] hinsichtlich Notwendigkeit eines Mix von GLCM und P II geherrscht. SU-Vorschlag (nur GLCM) sei nicht akzeptabel. […] Zu weiterer Arbeit HLG: Diskussionsbeiträge in der HLG werden in einem Papier zusammengefaßt und den StV sowie der SCG übersandt. Insgesamt habe es eine große Übereinstimmung in den Auffassungen gegeben, daß durch Verringerung im Bereiche LRINF SRINF größere Bedeutung erlangten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1215/1216; VS-Bd. 11368 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

8 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 vgl. Dok. 302.

9 Botschafter Lewalter vermerkte am 24. Oktober 1986 zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 20. Oktober 1986: „Auf die insbesondere von deutscher (General Hüttel) und britischer Seite aufgeworfene Frage nach den Implikationen der Vorschläge von Reykjavik für Strategie und Sicherheit des Bündnisses reagierte Perle flexibel: Die Frage bedürfe noch näherer Prüfung, doch glaubten die USA insbesondere mit dem Vorschlag völligen Abbaus der ballistischen Nuklearraketen im Interesse der Sicherheit Europas gehandelt zu haben. Die NATO-Strategie könne mit geänderter Zusammensetzung des Nuklearpotentials (u. a. Weiterführung von Montebello, Mittelstrecken-Marschflugkörper) weiterhin implementiert werden. […] Bezüglich eines Gremiums für die Prüfung der Implikationen von Reykjavik ergab sich kein klares Bild. GB bezeichnete die Prüfung als notwendig, wegen der Breite des Fragenkreises (strategisch bis konventionell) aber keines der spezialisierten Gremien als kompetent. Perle erklärte es für schwierig, über das HLG-Mandat hinauszugehen, während andere die Einbeziehung des strategischen und des konventionellen Bereichs durch die HLG oder die NATO-Oberkommandierenden (so General Hüttel) jedenfalls in der Form von Rahmenbedingungen für möglich erklärten. […] Zum Bericht des HLG-Vorsitzenden an die SCG stellte Perle auf britische Frage klar, daß der ‚chairman's report' die einzelnen HLG-Teilnehmer nicht binde, obgleich er nach bestem Gewissen den Stand der Untersuchung zur Auswirkung von Rüstungskontrollabkommen auf die Abschreckung darstelle." Vgl. VS-Bd. 12131 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Für die undatierten Papiere von SHAPE vgl. VS-Bd. 12131 (201).

2 a) Die SHAPE-Analyse befaßt sich im einzelnen
- mit Auswirkungen einer LRINF-Null-Lösung
  - auf die Abschreckung,
  - auf die Strategie der flexiblen Erwiderung[11] – die beeinträchtigt werde,
  - auf die Abdeckung fester Ziele;
- mit den Fragen der Substitution (Ersatz fortfallender LRINF-Optionen)
- und der SRINF-Problematik.

b) Zentrale Aussagen dieser Analyse sind
- LRINF-Abzug würde Verlust zwei der wichtigsten Waffensysteme bedeuten, die die Allianzstrategie in Mitteleuropa stützen, Stichworte: SU (fast) ein Sanktuarium, Lücke im Eskalationsspektrum.
- Nukleare Teilhabe, Lastenteilung und Solidarität unter Bündnispartnern würden vermindert.
- Konventionelles und SRINF-Ungleichgewicht zugunsten des Ostens würden schwer wiegen.
- Qualitative Verluste in der Zielabdeckung erforderten Substitution.
- Substitution für LRINF würde einer Reihe von Schwierigkeiten begegnen, wie z. B. ungewisse Verfügbarkeit (strategische Systeme, SLCM) und geringere Eignung für selektiven Einsatz (strategische Systeme), Beeinträchtigung konventioneller Fähigkeiten (SLCM, DCA[12]), nicht angemessene Eindring- und Überlebensfähigkeit (DCA), nicht ausreichende Zahl und Reichweite (SRINF-Raketen).
- Bei SRINF würde, falls auszuhandelnde Obergrenze derzeitigem Bestand der NATO anzugleichen wäre, Ungleichgewicht nicht ganz zu beseitigen sein, soweit Westen nicht Vergleichbares in Abrüstung einzubringen hat. Andererseits würden politische, finanzielle, technische und zeitliche Probleme einem Zuwachs auf westlicher Seite entgegenstehen, falls Obergrenze auf Umfang sowjetischer SRINF festgelegt würde. Im Ergebnis wird eher eine Ressourcenumverteilung zugunsten der einer Raketenabwehr in Europa befürwortet.

In drei Anhängen wird die Zielabdeckungs-Problematik vertieft, ein Vergleich der INF/SNF-Raketen NATO/WP dargestellt und zentrale Erwägungen aus dem IDD[13] wiedergegeben.

c) In dem zweiten Papier vergleicht SHAPE die Streitkräfte NATO/WP von 1979 und 1986 und kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Kräfterelation zum Nachteil der NATO entwickelt habe. So habe der WP sein konventionelles Übergewicht behalten und den technologischen Rückstand gegenüber der NATO reduziert. Die NATO habe bei SNF (Artillerie!) ihren Vorsprung verloren. Die SRINF-Bedrohung habe sich für die NATO dramatisch erhöht durch Zuwachs bei SCUD, Einführung der SS-23 und einer gegenüber der Scaleboard verbes-

11 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.
12 Dual-Capable Aircraft.
13 Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

serten SS-12/22 gegen Verringerung des westlichen Potentials um 108 PIa. Im LRINF-Bereich würden der NATO – bei Abbau von PII und GLCM – nur 144 F-111 gegenüber ca. 400 INF-Flugzeugen des WP bleiben.

3) Die SHAPE-Papiere bieten insgesamt wenig Neues. Sie geben eine von militärischer Seite bereits bekannte (zuletzt SACEUR, General Mack) skeptische Einschätzung der Auswirkungen einer LRINF-Null-Lösung für die militärstrategische Lage des Bündnisses wieder. Auch wenn die Vorläufigkeit der bereits im Oktober erarbeiteten Analyse und der mehr illustrative als definitive Charakter ihrer Ergebnisse betont werden, dürfte nach einer gründlicheren Analyse von SHAPE kaum eine wesentlich geänderte Bewertung zu erwarten sein.

Gerade aber die Substitutionsfrage und das SRINF-Problem bedürfen noch eingehender Prüfung. Die hierzu erfolgte Einschätzung von SHAPE kann nicht zufriedenstellen. Es reicht nicht aus, letztlich nur die Probleme einer Substitution für LRINF im Raume stehen zu lassen, aber nicht Wege für deren Lösung aufzuzeigen. Ebensowenig ist hinzunehmen, daß eine Umleitung von Ressourcen zugunsten einer Raketenabwehr in Europa die beste Antwort auf das SRINF-Problem sein soll. Raketenabwehrsysteme sind keine Alternative zu ballistischen Flugkörpern. Die mit der Strategie der flexiblen Erwiderung bezweckte abschreckende Wirkung baut auf Möglichkeiten zur Androhung unakzeptablen Schadens gegenüber einem potentiellen Angreifer auf, aber nicht zuerst auf der Abwehr von Schaden.[14]

Mit BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt.

Adamek

VS-Bd. 12131 (201)

14 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen leitete die Aufzeichnung am 3. Dezember 1986 zusammen mit den SHAPE-Papieren über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er, die Ausführungen in den SHAPE-Papieren „zu der Frage einer Substitution entfallender LRINF-Optionen sowie zur SRINF-Problematik" seien „unzureichend. Die Entwicklung bei den SRINF-Systemen, wo von einer ‚dramatischen' Erhöhung gesprochen wird, ist im Papier über die Streitkräfteveränderungen NATO/WP von 1979 bis 1986 überzeichnet dargestellt. Maßgeblich sind hier letztlich auch nicht absolute Zahlen des Umfangs im Nuklearwaffenbereich, sondern es kommt darauf an, ob das Bündnis über ausreichende Optionen verfügt, um das Kontinuum der Abschreckung bis hinauf zur nuklearstrategischen Ebene glaubhaft zu gewährleisten. Die Gegenüberstellung von solchen Zahlen und die leider immer noch verwandte Formel ‚right to match' stellen nicht auf die entscheidende Frage ab: Für uns kommt es darauf an, ob wir SRINF als Glied der Eskalationskette brauchen. Nur in dieser Eigenschaft haben wir z. B. der Stationierung von PIa zugestimmt. Wenn solche Systeme als Kriegsführungswaffen vorgesehen werden sollten, könnten wir sie nicht akzeptieren." Vgl. VS-Bd. 12131 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

346

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1109 **Aufgabe: 2. Dezember 1986, 18.00 Uhr**
Citissime **Ankunft: 2. Dezember 1986, 20.46 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 74 b

Betr.: Deutschlandpolitische Aspekte des WFT[1]

Bezug: FS BMB vom 28.11.86, II 4-3840-13001/86

Zur Unterrichtung

I. Die Behandlung von Sachfragen auf dem WFT wird nach Durchlaufen der Anfangsphase auch im deutschlandpolitischen Bereich zunehmend konkreter.

Die drei Schutzmächte und wir haben in der vergangenen Woche den Tod eines Flüchtlings in Berlin[2] verurteilt. DDR-Reaktion hinterließ allgemein den Eindruck: DDR verneint Recht auf Ausreise (Artikel 12 IPBR[3]) und verteidigt Erschießung von Flüchtlingen. Ermunterung der DDR zu großzügigerer Handhabung bei Reisezahlen wurde dadurch nicht beeinträchtigt, sondern unterstützt. Richtigstellung einer US-Aussage zu Kontaktmöglichkeiten für Kirchenvertreter veranlaßte DDR zu berufungsfähiger Aussage über Unterstützung kirchlicher Kontakte durch DDR-Regierung.

Befreundete Delegationen suchen immer stärker unseren Rat für Behandlung der DDR in ihren Interventionen und bitten um Material und Bewertungen.

In der vergangenen Woche haben östliche TNS mit Herausstreichen eigener Leistungen im Bereich organisierter Kontakte und Antwortverweigerung auf Fragen westlicher und N+N-TNS zu individuellen Kontakten auf unsere Implementierungskritik reagiert.

II. Im einzelnen

1) Nachdem wir am 25.11. in SWBS[4] (an diesem Tag keine Plenarsitzung) die mit DB[5] Nr. 60 übermittelte Erklärung abgegeben und USA sich ihr angeschlossen hatte, erwiderte DDR-DL Steglich anhand eines vorbereiteten Textes (vgl. DB Nr. 60) im wesentlichen defensiv.[6]

1 Wiener Folgetreffen.

2 Am 24. November 1986 wurde ein junger Mann bei einem Fluchtversuch zwischen dem Ortsteil Frohnau in Berlin (West) und der Ortschaft Glienicke im Kreis Oranienburg durch Schüsse von DDR-Grenzsoldaten getötet. In der Presse wurde dazu berichtet, Augenzeugenberichten zufolge habe einer der Grenzsoldaten gegen die Tötung protestiert. Vgl. dazu den Artikel „Flucht endet im Kugelhagel. ‚DDR'-Posten empört sich"; DIE WELT vom 25. November 1986, S. 1.
Vgl. dazu auch http://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/171320/bittner-michael.

3 Für den Wortlaut von Artikel 12 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, II, S. 1539.

4 Subsidiary Working Body on Questions Relating to Security in Europe.

5 Delegationsbericht.

6 Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 25. November 1986 „[1)] Wir führten im Anschluß an Intervention zu Minderheiten aus aktuellem Anlaß aus: Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Prinzip VII ist bindende Verpflichtung für die 35 TNS. […]

GB-Vertreter nahm nach Abstimmung mit Mitarbeitern in SWBH[7] am 26.11. den Vorfall erneut auf, in Zusammenhang mit menschlichen Kontakten und „unpublished legislation", und fragte, ob es in der DDR Gesetze oder Befehle gebe, die es erlauben, Menschen zu erschießen, wenn sie die Grenze überqueren wollen. Durch die ihm empfohlene Nichterwähnung des Grenzgesetzes der DDR[8] war damit konkret[9] StGB DDR[10] angesprochen.

DDR-Vertreter Prof. Hänisch verwendete von dem ihm vorliegenden vorbereitenden Text nach dem Hinweis auf das offen zugängliche GrenzG[11] DDR nur die Passage, wenn seine Bestimmungen eingehalten würden, herrsche an der Grenze Friede. GrenzG enthalte nicht mehr als Gesetze anderer Staaten. Damit erfülle DDR HSA[12].

F-Vertreter führte am 27.11. in SWBH im Anschluß an Darstellung der Härte von illegalen Fällen aus, Zwischenfall in Berlin zeige, wohin Verzweiflung eines Betroffenen führen könne. „Es gibt auf dieser Welt keinen Fall, wo man auf jemanden schießt, der versucht, sein Land zu verlassen." Dies ist wegen des Todes von Oberstleutnant a. D. Dick an der D-CS-Grenze[13] zwar nicht korrekt,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1784

Diesem Gebot der Schlußakte widerspricht es, wenn an den Grenzen zwischen Ost und West noch immer Gewalt geübt wird und Menschen, wie vorgestern erst wieder, zu Tode kommen. 2) USA fügte unter Bezugnahme auf Verantwortung der USA in Berlin seiner Intervention energische Klage darüber an, daß ein weiterer Mensch beim Versuch, diese ‚Schandmauer' um Berlin zu überwinden, zu Tode gekommen sei. 3) DDR-DL Steglich knüpfte in vorbereitetem Text ‚vor allem' an unmittelbar vorausgehende USA-Erklärung an. Es handele sich um einen angeblichen Vorfall an der ‚Staatsgrenze der DDR zu Westberlin'. Offenbar stützten sich D- und USA-Erklärungen über den Vorfall auf Pressemeldungen unterschiedlichen Inhalts. DDR nehme wie jeder souveräne Staat das Recht wahr, seine Grenzen zu schützen. Das Grenzregime sei unveräußerliches Recht jedes Staates. Anerkennung der Grenzen gehöre zu den Prinzipien, auf denen Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beruhten. Zahlreiche Provokationen gegen die Grenze der DDR bewiesen, daß ihr Schutz notwendig sei. Belastungen gingen nicht von denen aus, die diese Grenze schützten, sondern von denen, die Grenzprovokationen dulden, fördern oder bagatellisieren. Unterbleibe dies, so bleibe die Lage ruhig. Bei anschließendem Zusammentreffen mit DDR-DL Steglich sagte dieser, er hätte auf unsere Erklärung allein nicht geantwortet." Vgl. Referat 212, Bd. 153428.

7 Subsidiary Working Body on Co-operation in Humanitarian and Other Fields.

8 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 25. März 1982 über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (Grenzgesetz) vgl. GESETZBLATT DER DDR 1982, Teil I, S. 197–203.

9 Korrigiert aus: „korrekt".

10 Für den Wortlaut des Strafgesetzbuchs der DDR vom 12. Januar 1968 in der Neufassung vom 19. Dezember 1974 sowie in der Fassung des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 7. April 1977, des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 28. Juni 1979 und des Gesetzes vom 25. März 1982 über die gesellschaftlichen Gerichte der DDR vgl. MINISTERIUM DER JUSTIZ DER DDR (Hg.), Strafgesetzbuch – StGB – sowie angrenzende Gesetze und Bestimmungen, Berlin 1986, S. 13–87.

11 Grenzgesetz.

12 Helsinki-Schlußakte.
Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner gab am 24. September 1986 für Bundesminister Genscher, z. Z. New York, folgende Zusammenfassung: „1) Am 18.9.1986, gegen 13 Uhr, versuchten zwei 19jährige Polen bei Mähring, Kreis Tirschenreuth, t[schecho]sl[owakische] Sperranlagen in Richtung Westen zu überwinden. Sie wurden von tsl. Grenzsoldaten beschossen. Einem Polen gelang die Flucht, über das Schicksal des anderen ist nichts bekannt. 2) Nachdem zunächst unsere Grenzbehörden nur o. a. Flucht von Polen bemerkt hatten, unterrichtete am 19.9.86, 20.15, T[schechoslowakisches]A[ußen]M[inisterium] unsere Botschaft Prag offiziell, daß tsl. Grenzorgane am Vortage auf Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befindlichen deutschen Staatsangehörigen, Johann Dick, verletzt und zur Hilfeleistung auf tsl. Gebiet verbracht hätten, wo er auf dem Transport ins Krankenhaus verstorben sei. TAM sprach Entschuldigung und Bedauern aus und sagte ausführliche Untersuchung und ggf. Bestrafung der Schuldigen zu." Der Fall Dick sei bis jetzt

blieb aber ohne Widerspruch. DDR antwortete in SWBH erst am 28.11. mit Ausführungen zu Artikel 12 IBPR. Abs. 3 sei Gesetzesvorbehalt zu Abs. 1 als Ausfluß staatlicher Souveränität, deshalb enthielten HSA und MSD[14] keinen allgemeinen Grundsatz der Freizügigkeit.

Bewertung:

Durch im Ergebnis gut koordiniertes Vorgehen von USA, GB, F und D ist es gelungen, DDR-Auffassung zu Recht auf körperliche Unversehrtheit, Leben und Freizügigkeit präzise herauszuarbeiten. DDR hat sich mit Verteidigung der Tötung eines Flüchtlings isoliert, denn sie wurde auch von keinem östlichen TNS unterstützt, nicht einmal von CS, das ebenfalls betroffen ist.

2) Befreundete Delegationen bitten zunehmend – meist in Fortsetzung in Bern[15] begonnener Zusammenarbeit – um Unterstützung in bezug auf DDR bei der Vorbereitung ihrer Interventionen (vgl. dazu oben GB zu Zwischenfall in Berlin).

USA hat in einer Intervention in SWBH DDR gerügt wegen Behinderung von internationalen Kontakten der Kirchen. (Nur Kirchenvertreter, die dem Staate unterwürfig seien, dürften zur Vertretung staatlicher Zwecke und Interessen der DDR ausreisen; alle anderen religiösen Kontakte würden unterbunden.) Durch uns darauf aufmerksam gemacht, daß Evangelische Kirche in DDR wichtige Funktionen als Zufluchtsort für Personen mit Schwierigkeiten ausübe und vielfältige Kontakte pflegen könne, berichtigte sich US-Vertreter in nächster Sitzung: Er zeigte sich erfreut, daß Lage der Kirchen besser sei, als er geglaubt hatte, und forderte die DDR auf, Situation weiter zu verbessern.

DDR-Vertreter Prof. Hänisch dankte für diese Richtigstellung und schaffte mit Feststellung, DDR unterstütze internationale Kontakte der Kirchen, zusätzliche Berufungsgrundlage für Zukunft.

USA hat im Rahmen einer Intervention zur Behinderung menschlicher Kontakte Ausführungen zu Kontaktverboten in der DDR auf das von uns erbetene Material gestützt und unsere Bewertung übernommen, bei grundsätzlich fortbestehender Geltung zeigten zunehmende Reisezahlen flexiblere und sachgemäßere Handhabung in der Praxis. DDR wurde zu großzügigerem Verhalten aufgefordert.

A bat für seine Intervention zu menschlichen Kontakten um Bewertung der Bundesregierung zu ansteigenden Zahlen bei Familienbesuchen, um durch positive Bewertungen Bemühungen der Bundesregierung gegenüber DDR nicht zu stören.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1785

nicht vollständig aufgeklärt, es fehlten präzise Angaben zu Tatort und -hergang. Die Untersuchungen der Behörden der Bundesrepublik seien noch nicht abgeschlossen: „Nach Indizien ist Dick bedeutend später (ein bis zwei Stunden) und mehrere 100 Meter entfernt vom Fluchtort der Polen tödlich verletzt worden. 70 m tief auf Bundesgebiet gefundene tsl. Patronenhülsen lassen schließen, das tsl. Grenzorgane auch auf deutschem Hoheitsgebiet geschossen haben. Geschoßspuren bis 230 m tief auf Bundesgebiet." Vgl. den Drahterlaß Nr. 555; Referat 214, Bd. 139672.

14 Madrider Schlußdokument.
Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

15 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

US-Delegation hat erbetenes Material über die DDR für zwei Plenarbeiträge zu kultureller und Wissenschaftsfreiheit erhalten.

Bewertung:

Diese von befreundeten Delegationen gesuchte Zusammenarbeit ermöglicht es, herauszuarbeiten, daß sich im Bereich der Freizügigkeit und FZ[16] DDR im vorderen Feld der östlichen TNS befindet, und die auf ihr internationales Renommee so bedachte DDR-Führung zu weiteren Fortschritten in diesem deutschlandpolitisch so stark im Vordergrund stehenden Bereich zu drängen. Dies verstärkt auch den Kontrast zur Handhabung des Schießbefehls, insbesondere um Berlin (West), wo sich die Schutzmächte unmittelbar betroffen zeigten. Damit haben wir gewisse Einflußmöglichkeiten auf die Beiträge befreundeter Delegationen.

3) CH-Vertreterin teilte anläßlich Übergabe von Petitionen aus der DDR mit der Bitte um Unterstützung für Ausreisewunsch mit, CH-DL[17] beantworte diese. Sie wurde auf Gefahr strafrechtlicher Verfolgung für die Petenten aufmerksam gemacht. Ihr wurde angeboten, weitere Bearbeitung durch BMB zu übernehmen.

4) Aus deutschlandpolitischer Sicht erstreben wir als Ergebnis des WFT neben Verbesserungen in allen Körben wegen der unmittelbaren Betroffenheit vieler Menschen in beiden deutschen Staaten vor allem Sicherung und Verbesserung des nicht zustande gekommenen Berner Schlußkompromisses, der konkrete Maßnahmen zum schrittweisen Abbau der auch in Ottawa[18] festgestellten menschenrechtlichen Erfüllungsmängel in Aussicht stellt:

- Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei der Behandlung von Anträgen auf Familienreisen,
- Recht auf „gemeinsame“ Reisen,
- Verwandtenbesuch ohne Altersbegrenzung,
- Fortgeltung und Wiederverwertbarkeit von Dokumenten,
- Förderung des direkten Sportaustausches auf lokaler und regionaler Ebene und
- Städtepartnerschaft.

Bewertung der ersten beiden Arbeitswochen von SWBH zeigt, daß östliche TNS westliche Implementierungskritik zu Familienzusammenführung und -reisen sowie individuellen Reisen mit Darstellung eigener Leistungen und Forderungen bei organisierten Reisen beantworten und weiteres Treffen zur humanitären Dimension vorschlagen. Auf konkrete Vorhalte zu Mängeln in der Verwirklichung eingegangener Verpflichtung antworten sie ausweichend oder gar nicht. Z. B. wurden viele Fragen von GB und von uns an SOW zu neuen SOW-Reisebestimmungen[19] ganz allgemein mit Intervention beantwortet, die weitgehend

16 Familienzusammenführung.

17 Blaise Schenk.

18 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

19 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 11. November 1986, die sowjetische Regierung habe einen ab dem 1. Januar 1987 geltenden Beschluß zur Ergänzung der Verordnung vom 28. August

inhaltsgleich war mit SOW-Rede auf dem Berner Treffen[20] zur Beschreibung der jetzt als verbesserungsbedürftig dargestellten Situation vor Erlaß der neuen SOW-Bestimmungen.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153428

Fortsetzung Fußnote von Seite 1787

1986 über die Einreise in die bzw. Ausreise aus der UdSSR bekanntgegeben: „Die Ergänzungsverordnung befaßt sich mit Anträgen auf zeitweilige oder ständige Einreise in die und Ausreise aus der SU von Sowjetbürgern, Ausländern und Staatenlosen für private Reisen. […] Hervorzuheben ist: Herkunft, soziale Stellung, Rasse, Geschlecht, religiöse Überzeugung sind kein Grund für Einreise- oder Ausreiseverweigerung. ‚Private Angelegenheiten' sind Familienzusammenführung, Besuch naher Verwandter, Eheschließung, Besuch von schwer erkrankten Verwandten, Besuch von Gräbern naher Verwandter, Regelung von Erbschaftsangelegenheiten ‚und andere stichhaltige Gründe'." Kastl legte dazu dar: „Verordnung ist erfreulich, denn sie legt eine Reihe von bisher geübten Normen offen und für alle nachgreifbar fest. Sie gibt in Fällen der Familienzusammenführung Antragstellern und unterstützenden Auslandsvertretungen Anhaltspunkte zum Nachfassen und für Beschwerden. Besonders erfreulich ist dabei die Eröffnungspflicht von Ablehnungsgründen, die klare Fristenregelung, Weitergeltung von vorgelegten Dokumenten." Unerfreulich seien die vielen Kann-Bestimmungen und ausfüllungsbedürftigen Begriffe: „Die Regeln für die Familienzusammenführung sind enger als die in Helsinki und Madrid eingegangenen Verpflichtungen, wo eine Definition von ‚Familienangehörigen' unterblieben war und keinesfalls auf die moderne Kleinfamilie eingeengt war. Absolute und relative Ausreiseverbote decken ein weites Feld ab, ohne in der Substanz nachprüfbar zu sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3222; Referat 213, Bd. 139399.

20 Botschafter Eickhoff, Bern (KSZE-Delegation), berichtete am 17. April 1986: „Die SU-Eröffnungsrede war insgesamt sachbezogen, wobei erwartungsgemäß durch breite Darlegung legislativer Veränderungen der Eindruck erweckt werden sollte, daß die SU damit ihre KSZE-Verpflichtungen erfüllt habe. […] Zu Fragen der Emigration und Familienzusammenführung wiederholte SU bekannte Positionen: In der SU fehlten die nationalen und sozialen Gründe für eine Emigration. Die Ausreise auf Dauer zwecks Wiedervereinigung verstreuter Familien betreffe heute nur noch einige wenige Familien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 188; Referat 212, Bd. 133525.

347

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-376.00-1964/86 VS-vertraulich **3. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] als Grundlage für die Hausbesprechung am 4.12.

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa;
hier: Entscheidungen für den NATO-Außenministerrat[4]

Bezug: Vorlage vom 12.11.1986 – 221-376.00-1831/86 VS-v[5]

Anlg.: 3

I. Die hochrangige Arbeitsgruppe für konventionelle Rüstungskontrolle (HLTF) hat auf der Grundlage ihres Berichts für den Ministerrat folgende Empfehlungen ausgesprochen:

1) Kenntnisnahme des Berichts,

2) Bestätigung der Bewertung des KVAE-Ergebnisses (Teil II) des Berichts.

Diese Bewertung war bereits Teil des Zwischenberichts[6] und beruht auf einer deutschen Vorlage. Wichtig ist die Feststellung, daß weitere Verbesserung von VSBM sinnvoll (Transparenzkonzept) und das Mandat von Madrid[7] noch nicht völlig ausgeschöpft ist.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 4. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ablauf und Ergebnisse bestätigen die Bedeutung der deutschen Rolle in diesem Bereich, auch wenn das Ergebnis nicht voll befriedigen kann."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 11. Dezember 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Dezember 1986 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 6. Januar 1987 vorgelegen.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

5 Botschafter Ruth legte den Stand der Arbeiten der High Level Task Force (HLTF) der NATO dar und übermittelte Vorschläge der Bundesregierung zum Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie für ein Mandat solcher Verhandlungen. Vgl. dazu VS-Bd. 11537 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Für den am 28. Oktober 1986 übermittelten Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle (PO/86/89) vgl. VS-Bd. 11537 (221).
Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 29. Oktober 1986 über die Erörterung des Zwischenberichts im Ständigen NATO-Rat am selben Tag, der stellvertretende NATO-Generalsekretär Guidi habe ausgeführt: „Er sei alles andere als zufrieden mit dem Zwischenbericht in vorliegender Form. Dieser lasse wichtige Passagen aus, über die keine Einigung […] erzielt werden konnte. Wenig Zeit verbleibe, um fundamentale Unterschiede zu überbrücken." NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe die Teilnehmer gebeten, „bestehenden Eindruck der Besorgnis (wegen taktischer Vorteile für die SU aufgrund bestehender westlicher Uneinigkeit) und Unzufriedenheit [wegen] fehlenden Fortschritts bei Erstellung des Zwischenberichts in die Hauptstädte zu übermitteln. Verantwortung für den letztlichen Erfolg der HLTF, die kein NATO-Gremium sei, liege bei den Mitgliedstaaten, nicht dagegen bei dem Generalsekretär oder dem Internationalen Stab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1357; VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

7 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

3) Billigung der Grundsätze und Ziele für weitere Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

(Teil III des Berichts – deutsche Übersetzung in Anlage 1)

Diese Grundsätze und Ziele, auf die sich die HLTF in schwierigen Verhandlungen geeinigt hat, enthalten für uns wichtige Feststellungen:

– VSBM sollen im Rahmen der KVAE weiterverfolgt werden.
– Als Mittel zur Herstellung eines Gleichgewichts auf niedrigem Niveau werden Reduzierungen und Begrenzungen genannt (e). Allerdings wurde in der Diskussion dieses Punktes deutlich, daß einige Bündnispartner zur Zeit keine Möglichkeit für westliche Reduzierungen sehen, sondern Reduzierungen nur vom Warschauer Pakt erwarten.
– Als ein wesentliches Ziel wird der Abbau der Fähigkeit des Warschauer Paktes zu raumgreifenden offensiven Operationen genannt (e).
– Im Rahmen des Gesamtgebietes Europa bis zum Ural sollen regionale Ungleichgewichte berücksichtigt werden (f).

  Das gilt – unausgesprochen mit Rücksicht auf die Flankenstaaten Norwegen und Türkei – vor allem für Mitteleuropa.
– Reduzierungsverhandlungen sind die besondere Verantwortung der Staaten der Allianz und des Warschauer Paktes (f).
– Das Ergebnis soll sich am Paritätskonzept orientieren (f).
– Kein Mitglied der Allianz darf singularisiert, der Sowjetunion darf kein „droit de regard“ über westliche Verteidigungsarrangements eingeräumt werden (e).

  Dies entspricht dem Kern des MBFR-Prinzips der Kollektivität. Die Prinzipien von Parität und der kollektiven Übernahme von Verpflichtungen wurden von Frankreich erst nach langer Diskussion akzeptiert.[8]
– Die Verhandlungen sollen schrittweise und graduell geführt werden (j). Sie sollen nicht dem Terminplan der KSZE[9] unterliegen (e).
– Im übrigen wurde eine Reihe von sicherheitspolitisch wichtigen Kriterien festgeschrieben, z. B. Wahrung der US-Präsenz, keine Einschränkung der Vorneverteidigung, keine Beschränkung für die französische Schnelle Eingreiftruppe für Operationen außerhalb Europas.

Hinsichtlich MBFR wird die Aussage getroffen, daß der „acquis de négociation“ nicht verlorengehen darf und die Verhandlungen mindestens bis zu einem neuen Mandat weitergeführt werden sollen (m).

Insgesamt sind diese Prinzipien und Ziele eine wichtige Grundlage für die weiteren Arbeiten der HLTF. Wir können ihnen zustimmen.

4) Konsultationen innerhalb der Allianz, Wiener Folgetreffen und künftige Verhandlungen (Teil IV des Berichts, deutsche Übersetzung in Anlage 2)

Die Frage des Forums für künftige Verhandlungen und ihre Beziehung zur KSZE konnte von der HLTF wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen F

8 Der Passus „Kein Mitglied … Diskussion akzeptiert“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr wichtig!“

9 Zum Zeitplan der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. das Schlußdokument des Vorbereitungstreffens vom 23. September bis 6. Oktober 1986 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1987, D 110–115.

und den USA nicht gelöst werden. Übereinstimmung wurde über einen engen Konsultationsmechanismus erzielt, dem Frankreich allerdings aus taktischen Gründen, nämlich Verknüpfung mit der Forenfrage, bisher nicht zustimmt. Die HLTF soll einen permanenten Auftrag als umfassendes Steuerungsinstrument für die Koordinierung der Allianzpositionen für die Verhandlungen sowohl über das Mandat als auch für die eigentlichen Verhandlungen über konventionelle Stabilität erhalten. Praktisch bedeutet das, daß die HLTF zunächst ein Verhandlungsmandat und anschließend substantielle Verhandlungsvorschläge auszuarbeiten haben wird.

Zum Problem des Forums ist der Stand folgender:

– Grundsätzliches Einvernehmen herrscht, daß Verhandlungen über Reduzierungen zwischen den Partnern der Allianz und den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu führen sind, d. h. also praktisch Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen. Dieser notwendigen Einsicht hat sich Frankreich letzten Endes nicht entzogen, ohne dies allerdings ausdrücklich anzuerkennen.
– Offen ist das Verhältnis zwischen KRK und dem KSZE-Rahmen, insbesondere der KSZE-Folgekonferenz in Wien, und zwar sowohl für Mandatsverhandlungen als auch für die eigentlichen Verhandlungen über konventionelle Stabilität. In den Ausgangspositionen vertrat Frankreich ein Mandat der 35, während die USA Mandats- und Reduzierungsverhandlungen außerhalb und getrennt von der KSZE forderten. Aufgrund insbesondere deutscher Vermittlungsbemühungen sind wesentliche Annäherungen, aber noch keine Einigung erzielt worden.

  Frankreich und die USA sind sich bewußt, daß eine Einigung spätestens beim Außenministerrat in Brüssel notwendig ist, um die Handlungsfähigkeit des Bündnisses nicht zu gefährden. Am 5.12. finden in Paris hochrangige französisch-amerikanische Konsultationen hierüber statt. Es bleibt abzuwarten, ob eine Einigung möglich ist.[10]

5) Künftiges Arbeitsprogramm (Teil 5 des Berichts – liegt noch nicht vor)

Nach der NATO-Herbsttagung wird sich die HLTF vorrangig der Ausarbeitung eines Mandats und substantieller Optionen widmen müssen. Zu diesem Zweck stellt das Sekretariat ein Arbeitsprogramm zusammen, das auch den engen Zusammenhang zwischen Mandat und Verhandlungssubstanz berücksichtigt.

Wegen der Dominanz der Forenfrage steht die Erörterung über substantielle Optionen noch am Anfang. Als wesentliche Grundlage kann das deutsche Papier über Ziele der konventionellen Rüstungskontrolle dienen, das als Anhang dem Bericht beigefügt ist.

6) Annahme des Entwurfs einer Erklärung von Brüssel zu konventioneller Rüstungskontrolle (Anlage 3 in deutscher Übersetzung)

Der Entwurf konnte erst nach sehr mühsamen und langwierigen Verhandlungen erstellt werden.

– Wichtig ist die Bereitschaft der Erörterung eines neuen Mandats für konventionelle Rüstungskontrolle (Ziff. 4), wobei das Forum zunächst noch offen bleibt.

10 Zu den amerikanisch-französischen Gesprächen am 5./6. Dezember 1986 in Paris vgl. Dok. 352.

– In Ziff. 2 konnten amerikanische Wünsche auf einen Passus über die Notwendigkeit des CDI-Programms[11] abgewehrt werden.
– In Ziff. 3 konnte nach langen Auseinandersetzungen die französische Forderung, konventionelle Stabilität in Europa als Voraussetzung für nukleare Abrüstung zu etablieren, abgewendet und eine neutrale Formulierung für die Beziehung zwischen nuklearer und konventioneller Abrüstung gefunden werden.
– Bei den Zielen in Ziff. 8 ist als wichtiges deutsches Anliegen die Beseitigung der Fähigkeit für raumgreifende offensive Operationen aufgenommen worden.
– Ziff. 9 hält zur Forenfrage sowohl die französische als auch die amerikanische Position offen.
– Ziff. 10 enthält die entscheidende Aussage zur Frage des Forums und ist bis zur Auflösung der amerikanisch-französischen Auffassungsunterschiede geklammert.

Der Erklärungsentwurf stellt das Maximum des in der HLTF Erreichbaren dar. Wir können zustimmen. Eine Verbesserungsmöglichkeit besteht in Ziff. 7 und 8, 3. Anstrich, durch Streichen des Wortes „initiating" vor „aggression"; denn Aggression sollte überhaupt ausgeschlossen werden. (Im übrigen ins Deutsche schwer übersetzbar.)

Falls in der Sitzung der Außenminister Kritik geäußert wird, die Erklärung enthalte zu wenig „punch", könnten Sie folgende Ergänzung in Ziff. 8 vorschlagen:

„Als wichtigen Schritt zu diesem Ziel sollte jede Seite die kampfentscheidenden Waffensysteme, von denen sie mehr hat als die andere Seite, auf das Niveau der anderen Seite reduzieren."

Eine solche Aussage

– würde der ständigen westlichen Feststellung entsprechen, daß die andere Seite in allen wichtigen Waffenkategorien überlegen ist; sie wird vom BMVg voll unterstützt;
– nähme das entsprechende Angebot GS Gorbatschows beim Besuch von Staatspräsident Mitterrand[12] am 7.7.1986 auf („bei den Waffenarten, von denen der Westen mehr hat, soll er entsprechend Reduzierungen vornehmen, und wir werden von jenen, von denen wir mehr besitzen, ohne Zögern diesen Überschuß beseitigen");
– wäre konkret, einfach und in der Öffentlichkeit überzeugend.

Reserven vor allem bei USA und Frankreich sind nicht auszuschließen; deshalb sollte ein solcher Vorschlag nur bei Eintreten der oben beschriebenen Situation gemacht werden.

11 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zu „Conventional Defence Improvements" für die Jahre 1987 bis 1992. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

12 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR vom 7. bis 10. Juli 1986. Vgl. dazu Dok. 200.

7) Prioritäre Vorbereitung eines Verhandlungsmandats

Die HLTF empfiehlt den Ministern, im Lichte einer Entscheidung bezüglich des Forums, die HLTF mit der prompten Vorbereitung eines Verhandlungsmandats zu beauftragen.

Wir haben in der HLTF Elemente für ein Mandat eingeführt.

II. Folgerungen

1) Die bisherigen Beratungen der HLTF haben deutlich gemacht, daß es außerordentlicher Anstrengungen bedürfen wird, um die Ankündigung von Halifax über „kühne und neue Schritte" in der konventionellen Rüstungskontrolle[13] in naher Zukunft einzulösen.

Die Forenfrage hat die Diskussion über alle anderen Fragen in den Hintergrund gedrängt, zugleich aber erhebliche Unterschiede zwischen Frankreich und USA nicht nur zur Bedeutung des KSZE-Prozesses, sondern auch zur Substanz künftiger Verhandlungen verdeutlicht.

So sieht Frankreich, das noch im Sommer nur weiteren VSBM in einer KVAE 1b zustimmen wollte, jetzt kaum noch Raum für eine für den Westen sinnvolle Weiterentwicklung von VSBM. Gegenüber Reduzierungen von Streitkräften zeigte sich F völlig ablehnend; bei der Diskussion des Erklärungsentwurfs wollte es diesen Begriff überhaupt nicht erwähnt sehen.

F nutzte den erklärten Wunsch aller Partner nach französischer Teilnahme an den Verhandlungen systematisch aus, um von vornherein seine Positionen festzuziehen: Die Bereitschaft zu konstruktiven Kompromissen ist noch wenig ausgeprägt (auch eine Folge der Abwesenheit vom MBFR-Tisch).

Die USA sind zur Frage, ob konventionelle Stabilität in Europa durch Rüstungskontrolle hergestellt werden kann, ebenfalls skeptisch und wollen deshalb bei der Diskussion der Forenfrage vor allem einen – aus ihrer Sicht – kalkulierbaren Entscheidungsprozeß sicherstellen. Zur Substanz wird in der Administration eine Reihe von Modellen entwickelt, die offenbar auch begrenzte Reduzierungen amerikanischer Truppen nicht ausschließen.

Mit GB war die Zusammenarbeit besonders konstruktiv; GB hat zusammen mit uns wesentlich dazu beigetragen, daß die HLTF ihren Bericht jetzt vorlegen konnte. Allerdings ist auch auf britischer – militärischer – Seite eine Skepsis insbesondere gegenüber der Einbeziehung von Rüstungen deutlich geworden.

2) Welche Bedeutung dem Treffen am 9.12.1986[14] im HLTF-Zusammenhang zukommen wird, hängt davon ab, ob sich F und USA am 5.12. bilateral einigen können. Sollte dies nicht der Fall sein, müßte nochmals ein Versuch zur Vermittlung gemacht werden; hierfür wird Ihnen ggf. am 8.12. eine weitere Vorlage vorgelegt.

13 Für den Wortlaut der „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle" vom 30. Mai 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

14 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening vgl. Dok. 353 und Dok. 354.

Wenn dagegen eine Einigung erzielt wird, braucht das Thema nicht detailliert angesprochen werden. Sie könnten sich darauf beschränken,

– die Notwendigkeit von Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen Bereich – die durch die nukleare Perspektive nach Reykjavik[15] noch verstärkt wird – zu unterstreichen;
– anzuregen, daß die engere Gruppe der HLTF (D, F, US, GB, I) noch im Dezember zu einem Austausch über die Fragen des Verhandlungsmandats und der Verhandlungssubstanz zusammenkommt. (GB hat Bereitschaft angedeutet, hierzu anschließend an die NATO-Herbstsitzung nach London einzuladen.)

Hartmann

Anlage 1

Prinzipien und Ziele weiterer Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa

Die analytische Diskussion auf der Basis von nationalen Beiträgen ermöglichte es der Task Force, die folgenden Prinzipien zu identifizieren und sich darauf für alle weiteren Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zu einigen.

a) Unser Ansatz für konventionelle Rüstungskontrollverhandlungen muß die Aufrechterhaltung einer wirkungsvollen und glaubhaften Abschreckung sowohl mit nuklearen als auch mit konventionellen Kräften ergänzen und mit dieser übereinstimmen; Rüstungskontrolle allein kann der Herausforderung nicht gerecht werden, die sowjetische Drohung abzuschrecken.

b) Die Strategie des Bündnisses der Flexiblen Antwort[16] und der Vorneverteidigung und ebenso nationale Strategien sollten nicht beeinträchtigt werden.

Es sollte jedoch ein stabiles und sicheres militärisches Verhältnis auf konventionellem Gebiet zwischen Ost und West gesucht werden. Auf der anderen Seite sollte es keine Beschränkungen für Streitkräfte alliierter Nationen in bezug auf Operationen außerhalb der Anwendungszone geben.

c) Die westliche Grundhaltung sollte weiterhin auf einem Verhandlungsansatz basieren, der Vertrauensbildung mit der Herstellung eines stabilen Gleichgewichts der konventionellen Kräfte auf niedrigerem Niveau verbindet.

d) Die Annahme des Stockholmer Dokumentes[17], das Gegenstand einer Bewertung durch die Task Force war, bestätigt die Gültigkeit des Konzepts, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu verfolgen, und die Eignung des KSZE/KVAE-Forums für Verhandlungen. Wir sollten vorbereitet sein, weitere Maßnahmen dieser Art zu verhandeln, dabei aber die Notwendigkeit ausgewogenen Fortschritts in allen Aspekten der KSZE nicht aus dem Auge verlieren.

15 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.
16 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.
17 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

e) Im Lichte dieser Überlegungen und in Übereinstimmung mit der Erklärung von Halifax sollten wir auch anstreben, durch Reduzierungen und Begrenzungen ein stabileres und sichereres Gleichgewicht konventioneller Kräfte in Europa auf einem niedrigeren Niveau zu erreichen und Ungleichgewichte zu beseitigen.

Dies sollte in einer Weise geschehen, daß die Verhandlungen nicht an Termine des KSZE-Fahrplanes gebunden werden, daß kein Mitglied der Allianz isoliert wird oder daß die Sowjetunion ein Mitspracherecht eingeräumt erhielte über gegenwärtige oder zukünftige westliche Verteidigungsarrangements. Ein wesentliches Ziel zukünftiger Verhandlungen ist die Beseitigung der Fähigkeit des WP zur raumgreifenden Offensive, die nicht nur eine Funktion der Personalstärke ist.

f) Verhandlungen mit diesem Ziel sollten für den Bereich ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural stattfinden und dabei die jeweiligen operativen Fähigkeiten und den Charakter der Kräftedislozierung in den verschiedenen Regionen in Betracht ziehen, und dies speziell dort, wo deutliche und destabilisierende Ungleichgewichte bestehen. Da es nicht in unserem Interesse liegt, den Streitkräften der europäischen neutralen und nichtgebundenen Staaten Beschränkungen aufzuerlegen, sind die Verhandlungen in der Tat in der Verantwortung der Länder, deren Streitkräfte vornehmlich betroffen sind, das heißt der Länder der Allianz und der Länder des WP. Diese sollten ein Ergebnis anstreben, das sich in einem Verhältnis ihrer Streitkräfte zueinander ausdrücken läßt, verbunden mit einem Konzept der Parität. Da es unser Ziel sein muß, Ungleichgewichte zu beseitigen, wird generelle Parität, bezogen auf den gesamten Raum, nicht von vornherein als ausreichender Indikator anzusehen sein für die Fähigkeiten der UdSSR oder anderer WP-Länder in besonderen Teilgebieten.

g) Wie Verpflichtungen, die aus einem solchen Verhältnis erwachsen, unter den Bündnisnationen aufgeteilt werden, ist ein Thema, das getrennt zwischen den Bündnispartnern behandelt werden sollte in Übereinstimmung mit deren Sicherheitsinteressen und -politik und unter Berücksichtigung der Unterschiede in den jeweiligen Streitkräfte-Strukturen.

h) Die Präsenz nordamerikanischer Streitkräfte in Europa als ein essentieller Beitrag zur Sicherung der Einheit des Bündnisgebietes[18], zur Aufrechterhaltung der Abschreckung und der Verteidigungsfähigkeit der NATO muß sichergestellt bleiben, ebenso wie Vorkehrungen für das Einlagern von Gerät der nordamerikanischen Verbündeten in Europa.

i) Jedes Abkommen muß verifizierbar sein mit Hilfe eines geeigneten Systems, einschließlich regelmäßiger, auf einem Rechtsanspruch basierender Inspektionen vor Ort.

j) Die Verhandlungen sollten auf der Basis eines phasenweisen und allmählichen Ansatzes fortschreiten, der Berechenbarkeit, Stabilität, unverminderte Sicherheit und Nicht-Umgehung für alle Teilnehmer und auf jeder Stufe sicherstellt.

18 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

k) Vorbehaltlich freiwillig übernommener internationaler Verpflichtungen sollen die Verhandlungen und deren Ergebnisse das Recht der Staaten nicht beeinträchtigen, die zur Wahrung der nationalen Sicherheitsinteressen notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

l) Bei den Verhandlungen müssen geographische Asymmetrien berücksichtigt werden.

m) Die Länder, die an MBFR teilnehmen, sind der Auffassung, daß das, was sie bisher in den Verhandlungen erreicht haben, nicht verlorengehen sollte und daß diese Verhandlungen weitergeführt werden sollten, mindestens bis ein neues Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität existiert.

n) Optionen für Modernisierung und strukturelle Reorganisation, die unabdingbar sind für die Effektivität von Streitkräften der Bündnisländer sowie die Fähigkeit, diese in Spannungszeiten zu verstärken, sollten sichergestellt werden. Alliierte und nationale Verteidigungsinteressen erfordern, daß jedwede Verpflichtung ein System von Ausnahmeregelungen einschließt, um so Beschränkungen unserer normalen militärischen Aktivitäten zu vermeiden, so wie z. B. unserer Truppenübungen und des Transits unserer Streitkräfte.

o) Nukleare und chemische Waffen sollten nicht Gegenstand dieser Verhandlungen sein. Seestreitkräfte sollten nicht eingeschlossen werden. Ohne dieses Prinzip zu präjudizieren, wird jedoch akzeptiert, daß die Marine- und die amphibischen Streitkräfte des WP gebührend berücksichtigt werden sollten, wenn es gilt, die konventionellen Fähigkeiten des WP zu beurteilen.

Anlage 2

Vorschlag der deutschen Delegation

Konsultationen im Bündnis

Da wir einer neuen heikleren Phase der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa entgegengehen, ist es notwendiger denn je, daß das Bündnis am Verhandlungstisch Geschlossenheit zeigt.

Zu diesem Zweck wird folgendes vereinbart:

– Die Hochrangige Arbeitsgruppe (HLTF) wird vom Rat ein ständiges Mandat erhalten und ihm regelmäßig berichten. Sie wird während der Verhandlungen als Steuerungsinstrument zur Abstimmung der Bündnisposition in Fragen der allgemeinen Strategie, in substantiellen Angelegenheiten und hinsichtlich jeglicher Veränderungen der Positionen dienen, die am Verhandlungsort dargelegt werden sollen.
– Der stellvertretende Generalsekretär, Botschafter Guidi, behält den Vorsitz: Die Mitglieder der HLTF sind Beamte, in der Regel aus den Hauptstädten, die als Bevollmächtigte ihrer Regierungen sprechen können.
– Die von der HLTF ausgearbeiteten gemeinsamen Positionen des Bündnisses werden den Delegationen von den Regierungen mitgeteilt.
– Das taktische Vorgehen wird im NATO-Caucus vor Ort abgestimmt, um zu gewährleisten, daß die Auffassungen des Westens konsequent vertreten und wirksam dargelegt werden. Informationen über bilaterale Kontakte werden zwischen den Delegationen des Bündnisses ausgetauscht. Der Vorsitz im Caucus wird in zu vereinbarender Weise regelmäßig wechseln.

– Der HLTF werden regelmäßig Berichte vorgelegt, die unter anderem eine Bewertung der derzeitigen Verhandlungspositionen und der Probleme beinhalten, die sich am Verhandlungsort ergeben können.
– Vertreter der militärischen Stellen der NATO werden in Evere[19] und am Verhandlungsort anwesend sein, um die Delegationen des Bündnisses zu beraten.

Das Wiener Folgetreffen und künftige Verhandlungen

Die Arbeitsgruppe „Sicherheit" beim KSZE-Folgetreffen soll die Ergebnisse der KVAE erörtern.

– Eine informelle „Mandatsgruppe", der die Staaten angehören, denen bei Fragen der konventionellen Stabilität in Europa eine besondere Verantwortung zukommt, d. h. die sechzehn und sieben Mitglieder der Bündnisse, konstituiert sich, um ein Mandat für Verhandlungen über die konventionelle Stabilität in ganz Europa auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau auszuhandeln.
– Die Dreiundzwanzig werden in einer noch festzulegenden Form die KSZE-Teilnehmer, die an den Mandatsverhandlungen nicht beteiligt sind, über ihre Fortschritte unterrichten. Die Dreiundzwanzig werden ihnen die Ergebnisse dieser Verhandlungen zur Kenntnisnahme vorlegen.
– Ursprüngliche Formulierung aus dem deutschen Papier: Das von den dreiundzwanzig Bündnismitgliedern ausgehandelte Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität wird zusammen mit einem Beschluß der Fünfunddreißig über die Fortführung der KVAE auf der Grundlage des Mandats von Madrid Teil eines ausgewogenen Gesamtergebnisses des Wiener KSZE-Folgetreffens.

Oder

Alternativvorschlag des amerikanischen Vertreters:

– Das von den Dreiundzwanzig ausgehandelte Mandat wird zur Grundlage von Verhandlungen über Reduzierungen im konventionellen Bereich unter Beteiligung der dreiundzwanzig Bündnismitglieder.
– Das KSZE-Folgetreffen in Wien kann jedes von den Dreiundzwanzig vereinbarte Mandat begrüßen und derartige Verhandlungen befürworten. Von Zeit zu Zeit werden die KSZE und andere geeignete internationale Gremien auf Beschluß der Gruppe der Dreiundzwanzig über die Tätigkeit der Dreiundzwanzig unterrichtet.

Anlage 3

Übersetzung

105-86/4349

Entwurf

Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle

1) In Halifax haben wir als Ziel vereinbart, Stabilität und Sicherheit in ganz Europa durch mehr Offenheit und die Herstellung eines nachprüfbaren, umfas-

19 In Evere befand sich der Sitz des NATO-Hauptquartiers.

senden und stabilen Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau zu stärken. Zur Verwirklichung dieses Zieles haben wir eine Hochrangige Arbeitsgruppe eingesetzt; heute haben wir ihren ersten Bericht geprüft. Wir haben sie angewiesen, ihre Arbeit fortzusetzen und dem Rat weiterhin regelmäßig zu berichten.

2) Rüstungskontrolle sollte die Sicherheit in Europa stärken und nicht verringern. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, eine wirksame und glaubwürdige Abschreckungsstrategie beizubehalten. Unsere Haltung in der Frage der Rüstungskontrolle wird deshalb der Notwendigkeit, in jeder Phase des Verhandlungsprozesses unsere Fähigkeit zur Durchführung von nationalen und Bündnisstrategien aufrechtzuerhalten, Rechnung tragen.

3) Neben der Gewährleistung einer wirksamen Abschreckung sowohl durch nukleare als auch konventionelle Streitkräfte streben wir die Schaffung eines stabilen Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte in Europa an. Reduzierungen von Kernwaffen, die Gegenstand der Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Genf sind, würden die Bedeutung der Beseitigung konventioneller Ungleichgewichte erhöhen.

4) Wir sind daher bereit, in Ost-West-Gespräche über die Ausarbeitung eines neuen Mandats für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle, die ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural einbeziehen, einzutreten.

5) Voraussetzungen für einen Erfolg solcher Verhandlungen sind die Berücksichtigung der die gegenwärtige Situation kennzeichnenden Fakten sowie ein gemeinsames Verständnis der Philosophie, der Ziele und Methoden.

Die Fakten

6) Erklärungen von östlichen Sprechern erwecken gelegentlich den Eindruck, als sei die gegenwärtige militärische Lage in Europa stabil und ausgewogen. Dies trifft nicht zu. Sie ist im Gegenteil von Asymmetrien und Unausgewogenheiten gekennzeichnet, die von Region zu Region unterschiedlich sind, sich jedoch auf die Sicherheit des Westens negativ auswirken und eine Quelle möglicher Instabilität darstellen. Zu den relevanten Faktoren gehören unter anderem:

– die Bewaffnung, Art der Ausrüstung, Dislozierung, Zahl, Mobilität und Einsatzbereitschaft der betreffenden Streitkräfte,
– Informationen, Berechenbarkeit und Sicherheit im Hinblick auf diese Streitkräfte,
– geographische Erwägungen.

Die Philosophie

7) Militärische Kräfte sollten dazu da sein, Kriege zu verhindern und die Verteidigung des eigenen Landes sicherzustellen, und nicht zu dem Zweck der Aggression oder politischer oder militärischer Einschüchterung.

Die Ziele

8) Die Ziele sollten sein:

– die Herstellung eines stabilen und gesicherten Streitkräfteniveaus im Hinblick darauf, Ungleichgewichte zu beseitigen;
– ein Verhandlungsprozeß, der Schritt für Schritt fortschreitet und die unverminderte Sicherheit aller Betroffenen zu jedem Zeitpunkt sicherstellt;

– die Beseitigung der Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff oder zur Einleitung raumgreifender Offensiven als Priorität;
– weitere Maßnahmen zur Vertrauensbildung und zur Verbesserung der Offenheit und Berechenbarkeit hinsichtlich des militärischen Verhaltens;
– die Anwendung solcher Maßnahmen auf ganz Europa, und zwar so, daß regionale Ungleichgewichte berücksichtigt und möglichst beseitigt werden und verhindert wird, daß diese Maßnahmen umgangen werden;
– eine wirksame Nachprüfungsregelung (in der ein detaillierter Informationsaustausch sowie Inspektionen an Ort und Stelle eine entscheidende Rolle spielen werden), durch die sichergestellt wird, daß die Bestimmungen einer etwaigen Übereinkunft eingehalten und die Begrenzungen der Streitkräftepotentiale nicht überschritten werden.

Die Methoden

9) Wir schlagen folgende gesonderte Verhandlungen vor:
– Verhandlungen, die auf den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa aufbauen und diese erweitern;
– Verhandlungen zur Beseitigung bestehender Ungleichgewichte vom Atlantik bis zum Ural und zur Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau zwischen den Ländern, deren Streitkräfte unmittelbaren Einfluß auf die grundlegenden sicherheitsrelevanten Beziehungen in Europa haben, nämlich den Staaten des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes.

10) ((Unsere Unterhändler beim Wiener Folgetreffen) (Wir) werden zu gegebener Zeit Vorschläge für solche Verhandlungen unterbreiten.)

VS-Bd. 11537 (221)

348

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6883/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1551
Citissime

Aufgabe: 4. Dezember 1986, 17.15 Uhr[1]
Ankunft: 4. Dezember 1986, 17.34 Uhr

Betr.: Sitzung Eurogroup 3.12.1986;
hier: Eurodinner

Bezug: DB Nr. 1549 vom 3. Dezember 1986 – II-362.05/2-3597/86 VS-v[2]

I. Es nahmen wie üblich Verteidigungsminister und Ständige Vertreter der zwölf Mitgliedsländer teil, Spadolini, Younger und Charalambopoulos fehlten. Man sprach vor allem über WEU, wobei Vorsitzender wie stets Kollegen der sechs dieser Organisation nicht angehörenden Länder über letzte Ministertagung[3] (und laufende WEU-Versammlung[4]) unterrichtete, sowie über Lage nach Reykjavik[5] und allgemein transatlantisches Verhältnis.

II. 1) VM Fischbach, der von WEU-Versammlung Paris angereist war, unterstrich, daß diese und Ministertagung 13./14.11. besonders substantiell gewesen seien. In Paris habe zum ersten Mal französischer Premierminister – grundsätzliche – Rede gehalten[6], in Luxemburg hätten alle, in Paris zwei Verteidigungsminister[7] teilgenommen. Dabei Themen vor allem: Reaktivierung WEU sowie aktuelle sicherheitspolitische Lage. Letztere nicht nur im West-Ost-Rahmen, sondern auch hinsichtlich anderer Krisengebiete (z. B. im Mittelmeerraum). Viermal jährliche Treffen Politischer Direktoren Außenministerien mit Partnern Verteidigungsressorts. WEU-Vertrag[8] werde nunmehr voll ausgeschöpft.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, Vortragenden Legationsrat Elbe und Legationssekretär Brose verfügte.
Hat Mülmenstädt, Elbe und Brose vorgelegen.
Hat Hofstetter am 18. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der Mülmenstädt um Rücksprache bat.
Dazu handschriftlicher Vermerk: „Erl[edigt]".

2 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete über die Ministersitzung der Eurogroup. Erörtert worden seien Fragen militärischer Ausbildung, die Öffentlichkeitsarbeit der Eurogroup, vor allem in den USA, die Tätigkeit der IEPG sowie die Struktur künftiger Ministersitzungen. Vgl. dazu VS-Bd. 11330 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

3 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 330.

4 Der zweite Teil der 32. Sitzung der WEU-Versammlung fand vom 1. bis 4. Dezember 1986 in Paris statt.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Zur Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 2. Dezember 1986 vor der WEU-Versammlung in Paris vgl. Dok. 330, Anm. 12.

7 Der luxemburgische Verteidigungsminister Fischbach und der italienische Verteidigungsminister Spadolini sprachen am 3. Dezember 1986 vor der WEU-Versammlung in Paris. Für den Wortlaut ihrer Ausführungen einschließlich der Antworten auf Fragen der Abgeordneten vgl. WEU PROCEEDINGS, 32nd Ordinary Session, Second Part (December 1986), IV, S. 141–143 und S. 147–149 bzw. S. 160–172.

8 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

Fischbach sprach offen über Erweiterungsfrage. Mehrheit sei, ohne jedoch etwa formelles Veto einzulegen, der Meinung, daß vor Erweiterung zunächst bei „Relance“ Fortschritte erzielt werden müßten. Luxemburg werde bei Frühjahrssitzung[9] erneut drängen, wobei er jedoch keine verfrühten Hoffnungen wecken wolle.

Bei Ministertagung erzielter Konsens über entscheidende europäische Sicherheitsforderungen (atlantische Solidarität, ungeteilte Sicherheit in NATO, Ausrichtung Rüstungskontrolle auf Friedenssicherung, Ausgewogenheit) entspreche kürzlichen grundlegenden Äußerungen Chiracs.

Vorsitzender Engell: „Erstaunliche Dynamik“, wenn man etwa an WEU-Erörterung bei Eurodinner vor einem Jahr[10] denke. Kritische Einlassungen von Holst: Was bezwecke WEU langfristig? Es gelte, Unsicherheiten zu vermeiden. Warnung vor Teilung Europas. Obwohl NWG ja nicht EG-Mitglied sei, ziehe er Rahmen EPZ für Erarbeitung gemeinsamer europäischer Sicherheitspolitik vor. Ohne diese werde Einigungsprozeß und Identität Europas „entleert“. Man dürfe sich nicht zu sehr von Frankreich beeinflussen lassen.

Van Eekelen verglich verschiedenartige Ausprägung europäischer NATO-„Säule“ mit „layer cake“, bei dem einzelne Schichten verschieden groß seien. Er unterstrich – ebenso wie BE[11] – Wichtigkeit WEU für Einbeziehung Frankreichs, das hinsichtlich Rüstungskontrolle (die von öffentlicher Meinung meister europäischer Länder gefordert werde) ja eher zurückhaltend sei und eigene Interessen verfolge. Enger Kontakt mit Nichtmitgliedern bedeutungsvoll.

2) StS Rühl eröffnete, an Erklärung Chiracs anknüpfend, Diskussion über sicherheitspolitische Lage nach Reykjavik. Auf längere Sicht müßten sämtliche europäische NATO-Mitglieder an deren Erarbeitung beteiligt werden. Er erläuterte eingehend die sieben Grundsätze von Luxemburg. In Reykjavik seien unwiderruflich Weichen gestellt worden. Frage sei, inwieweit SU bereit sein werde, auf ihre verschiedenen – europäischen und transatlantischen – Optionen zu verzichten. Wie solle NATO-Strategie weiter implementiert werden? Er würdigte französische Annäherung an Allianz, deren zunehmende Verfestigung auch in konkreten Fragen er erhoffe. Hier sei auch Einvernehmen zwischen London und Paris hinsichtlich Verhältnis zu USA wichtig.

StS unterstrich, daß Rüstungskontrolle komplexen und langwierigen Prozeß darstelle, und warnte davor, INF-Abkommen auch westlicherseits von Fortschritten in anderen Bereichen (SRINF, KRK) abhängig zu machen. Er wies u. a. auf inhärenten Interessenkonflikt Westens zwischen zu Recht gewünschter Verminderung von SRINF (über welche Frage im Rahmen von KRK zu verhandeln von SU seit Budapester Appell[12] angeboten werde) und Notwendigkeit

9 Die WEU-Ministerratstagung fand am 27./28. April 1987 in Luxemburg statt.

10 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 3. Dezember 1985 zum Abendessen der Verteidigungsminister am Rande der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am Vorabend („Eurodinner“) mit, erörtert worden sei die WEU-Ministerratstagung am 14. November 1985 in Rom: „Italienischer Botschafter erstattete kurz Bericht. UK äußerte sich betont kritisch (‚völliger Zeitverlust, langweilig, niedrigster gemeinsamer Nenner‘).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1924; VS-Bd. 11851 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

11 François-Xavier de Donnea.

12 Zur Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell“) vgl. Dok. 179, Anm. 8.

Eskalationsverbunds bei Strategie flexibler Antwort[13] hin. Er wolle Entgegenkommen SU, die eine Verschrottung ihrer SS-20 eine Investition von 30 bis 50 Mrd. Dollar kosten würde, nicht ausschließen, da es sich dann bei einem Verzicht auf SS-12/22, -23 u. SCUD im Vergleich damit um eine geringere Größenordnung handle. Hier seien eingehendere analytische Arbeiten erforderlich. Auf Wunsch NL erläuterte er Relevanz Annäherung bei START in Reykjavik: Nach – in Wahrheit geringerer – 50prozentiger Reduzierung Bedrohung von nur noch je zwei – statt bisher eines – gehärteten Silos durch je drei sowjetische Sprengköpfe.[14] Dies werde für Europa (hier auch geringere Entfernungen und damit kürzere Flugzeiten) indessen nicht viel ändern.

Stabilisierung in transatlantischer Dimension werde Europa nicht ohne weiteres zugute kommen.

GB äußerte sich im wesentlichen auf Linie PM Thatcher bei Gesprächen Camp David.[15] BE betonte vor allem Bedeutung Einbindung Frankreichs durch WEU und IEPG und würdigte Erklärung Chiracs.

Holst warnte davor, sich auf institutionelle Debatten zu konzentrieren, wenn bei Substanzfragen Einigung schwierig werde. Europa müsse sich vor „inward looking" hüten. Flanken und Zentrum dürfe man nicht trennen. Es gelte, unser Verhältnis auch zur Dritten Welt im Auge zu behalten. Wir sollten uns nicht scheuen, unsere Interessen gegenüber USA offen zu definieren. Kriterium sei vor allem Stabilität in Krise. Man dürfe nicht vergessen, daß USA schon aus geographischen Gründen häufig anders denken als wir. Null-Lösung bei INF sei nicht nur militärische, sondern in erster Linie politische Frage. Wir könnten SU nicht erlauben, bestimmte Waffensysteme zu monopolisieren. Abbau von SS-20 werde bedeutenden Erfolg in sich darstellen. Ähnlich wie StS Rühl: Keine falschen „linkages", „piece by piece". „Keep things in manageable proportions".

NWG äußerte sich allgemein ausgesprochen kritisch gegenüber USA und derzeitiger Administration, die – „in Ehe" mit Friedensbewegung – Sicherheits-Konsensus in Europa aushöhle.

III. Es erwies sich erneut, daß Eurodinner politisch wichtigster Teil der Eurogroup-Sitzung ist. Es wird mit Reaktivierung WEU noch wichtiger als bisher, da es für die sechs (von sieben) Verteidigungsminister der WEU nicht angehörende Allianzpartner einzige Konsultationsgelegenheit dieser Art darstellt. Daß Frankreich (und Island) hier fehlt, ist allerdings ein Schönheitsfehler.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11282 (220)

13 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 15, Anm. 11.

14 Dieser Satz wurde von Legationssekretär Brose hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1 : 3 →2 : 3."

15 Premierministerin Thatcher hielt sich am 14./15. November 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Anm. 19.

349

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6897/86 geheim **Aufgabe: 5. Dezember 1986, 10.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1563 **Ankunft: 5. Dezember 1986, 11.28 Uhr**

London: Bitte BM-Delegation unterrichten[2]

Betr.: DPC-Ministersitzung 4.12.1986;
hier: Restricted Session Top I und II:

Teile 1) Statement CMC[3]
2) Erklärung SecDef[4] Weinberger
3) Stellungnahmen/Erklärung der VM

Anhang: Memorandum for Correspondents zu SDI Research Contracts for European Firms[5]

Fortsetzung vom DB Nr. 1562 vom 5.12.86[6]

Teil 2

Tagesordnungspunkt: Restricted

Verfasser: Oberst i. G. Fischer, VLR I Dreher.

US SecDef Weinberger

In Island[7] habe sich neues Spektrum für Rüstungskontrolle ergeben: weg von SALT I und II, welche die Ausfüllung von Obergrenzen erlaubten, hin zu substantiellen Reduzierungen gemäß den Forderungen von Reagan. Es sei feste US-Absicht, die Abschreckung und die sicherheitspolitische Gleichung auf niedrigerem Niveau zu erhalten.

Zweifel an sowjetischer Ehrlichkeit in Island:

SU habe Bedingungen in der Tasche gehabt, SDI bewußt zum Haupthindernis gemacht und damit auf die westliche öffentliche Meinung gezielt.

1 Das von Oberst i. G. Fischer, Bundesministerium der Verteidigung, und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, beide z. Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6, 16 und 24.
Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 5. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Dreher, Vortragenden Legationsrat Freiherr von Stackelberg und die Legationsräte I. Klasse Adamek und von Morr verfügte.
Hat Dreher erneut vorgelegen.
Hat Adamek und Morr am 11. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Stackelberg am 16. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in Großbritannien auf.

3 Chairman of the Military Committee.
Wolfgang Altenburg.

4 Secretary of Defense.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier vom 4. Dezember 1986 vgl. VS-Bd. 12109 (201).

6 Für den Drahtbericht der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel vgl. VS-Bd. 12109 (201). Vgl. Anm. 1.

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

Sowjetischer Widerstand gegen einen SDI-Schutzschild sei nicht verständlich. Er verstehe, daß bei der in Reykjavik angestrebten LRINF-Null-Lösung die Probleme „konventionelles Ungleichgewicht“ und „SRINF“ sehr viel deutlicher würden. Auch US machten sich Sorge über konventionelles Ungleichgewicht in Europa, dem man sich verstärkt zuwenden müsse. W. erklärte wörtlich: „There is no conventional deterrence alone.“ Klar sei, daß verstärkte konventionelle Verteidigungsfähigkeit die nukleare Abschreckung nicht ersetzen könne. Bei SRINF müsse Gleichgewicht auf sehr viel niedrigerem Niveau erreicht werden oder ein Aufwuchs der NATO-SRINF müsse erfolgen. Angesichts der SRINF-Bedrohung müsse auch die Abwehr von TBM[8] vorangetrieben werden.

Zum US-Vorschlag einer Eliminierung aller ballistischen Raketen: Dies sei keineswegs ein neues Thema. In USA werde seit langem überlegt, wie Bedrohung durch „fast-flyers“ reduziert werden könne. Dies bedeute keine Änderung des US-Engagements für Europa, das unerschütterlich sei, aber nicht auf der Koppelung durch ballistische Raketen beruhe, sondern auf den über 300 000 US-Soldaten in Europa. Abschaffung aller ballistischen Raketen beinhalte keine Änderung der Bündnisstrategie, die durch Bomber und Cruise Missiles erhalten bleibe. Hier habe Allianz technischen Vorsprung, den sie durch Modernisierung weiter ausbaue. Amerikanische strategische Kräfte böten weiterhin Vergeltungspotential. SU würde nicht zum Sanktuarium. Beseitigung aller SU-Raketen – unter wirksamer Kontrolle – würde westliche Sicherheit erhöhen. Aus Europa würde die Bedrohung von Zielen in der Sowjetunion erhalten bleiben durch die F-111 sowie geplante Flugzeuge größerer Reichweite. Dazu würde auch der von SACEUR vorgeschlagene Abstandsflugkörper beitragen. Dabei würden Nuklear-Artillerie und kurzreichende Raketen sowjetische Truppen unter Risiko halten und zur Auflockerung zwingen.

Reduzierungen bei nicht-strategischen ballistischen nuklearen Kräften wären unschädlich für Bündnisstrategie und würden die Sicherheit erhöhen. Damit würden die 100 LRINF-GK im asiatischen Teil der SU ebenso verschwinden wie alle SS-17 bis -23. Auch alle SRINF-Raketen sowie Raketen mit konventionellen und chemischen Gefechtsköpfen würden abgebaut. Insgesamt würden dort die Vorteile der SU abgebaut, wo sie besonders bedrohlich für die NATO seien. Gerade dies sei für SU nur schwer zu ertragen.

JCS[9] hat den Auftrag, einen Plan für eine Übergangsphase zu entwickeln, der alle entscheidenden Faktoren einbezieht, um sicherzustellen, daß die Abschreckungsfähigkeit nicht verlorengeht und die Implementierbarkeit der MC 14/3[10] erhalten bleibt. Vor einem Abkommen mit der SU trete in amerikanischen Programmen keine Änderung ein. Es müsse bei den vorgesehenen Verbesserungen auf allen Gebieten bleiben, dies gelte auch für die NATO. Die USA würden insbesondere ihr strategisches Modernisierungsprogramm[11] fortsetzen, der Präsident werde noch in diesem Jahr die Mittel für Bau und Stationierung der fol-

8 Tactical ballistic missiles.

9 Korrigiert aus: „ICS“.

10 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

11 Präsident Reagan kündigte am 2. Oktober 1981 auf einer Pressekonferenz in Washington ein Programm zur Modernisierung der amerikanischen strategischen Waffen an. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 285.

genden 50 MX beantragen. Falls SU überhaupt mitmache, würden Verhandlungen lange dauern, schon wegen Aushandlung wirksamer Verifikationsregeln.

Die SS-21/22/23 bedeuteten qualitativen Sprung, dem NATO nur durch erheblich verbesserte Luftabwehr begegnen könne. Insgesamt würden mehr Mittel für aktive und passive Verteidigung erforderlich.

USA bereit zu konventioneller Rüstungskontrolle mit WP zwischen den beiden Bündnissen, ohne Zeitdruck. Bedenken gegen KSZE-Rahmen und Regeln. So paradox es klinge: Verbesserungen im konventionellen Bereich seien erforderlich, um Verhandlungen über konventionelle Abrüstung erfolgreich führen zu können. Deshalb sei CDI[12] so wichtig. Die Botschaft von Reykjavik laute in ihrem Kern: konventionell und nuklear modernisieren, um die Abhängigkeit von Nuklearwaffen zu verringern.

Zu SDI: Er werde am 4.12.86 bevorstehenden Abschluß von Verträgen (je ca. 2 Mill. US-Dollar) mit sieben Firmenteams unter Einschluß europäischer Firmen bekanntgeben (siehe Anlage).

Zu „Iran“[13]: USA seien wegen dessen geostrategischer Lage an Verbesserung der Beziehungen interessiert.

Allerdings sei Reagan falsch beraten gewesen.

Gemäßigte Elemente im Iran seien noch nicht stark genug. Es werde keine Waffenlieferungen mehr geben.

Zu Carlucci: eine ausgezeichnete Wahl.[14] Carlucci sei guter Freund von ihm, erfahren und sachkundig.

Zu SALT II erklärte Weinberger:

– Den USA komme es auf substantielle Reduzierungen an.
– SALT II sei dagegen eher eine „arms increase“-Vereinbarung.
– SU habe SALT II seit langem durch ihre SS-25 und durch Datenverschlüsselung verletzt, während sich USA bisher an die Grenzen gehalten hätten.
– SALT II sei nicht ratifiziert worden[15] und sei jetzt ausgelaufen.

Teil 3

D, BM Dr. Wörner

– Reykjavik hat wesentliche Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen, könnte jedoch auch eine Herausforderung für die Allianz werden. Daher in dieser Situation von höchster Bedeutung, geschlossen und nachdrücklich der Propagandakampagne der SU zu begegnen. Dies gilt insbesondere, weil die größere Flexibilität und Gesprächsbereitschaft der SU vor allem taktisch begründet ist, ein grundsätzlicher Wandel in der SU hinsichtlich ihrer Ziele ist nicht zu erkennen. Es kommt daher darauf an, die Gemeinsamkeiten zu be-

12 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zu „Conventional Defence Improvements“ für die Jahre 1987 bis 1992. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

13 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

14 Nach dem Rücktritt des Sicherheitsberaters Poindexter am 25. November 1986 ernannte Präsident Reagan am 2. Dezember 1986 den ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister Carlucci zu dessen Nachfolger. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 1595.

15 Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 30, Anm. 9.

tonen und die Erfordernisse herauszustellen, um Frieden und Freiheit weiter zu erhalten auf der Basis gesicherter Verteidigungsfähigkeit. Der Frieden, den wir in den letzten 40 Jahren genossen haben, sei weitgehend der Existenz von Nuklearwaffen zu verdanken. Er sei überzeugt, daß Sicherheit in Europa sehr gefährdet sei, wenn die Allianz auf nukleare Abschreckung verzichtet.

Unmittelbar nach Reykjavik schien es, als habe es eine Absprache mit dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt in bezug auf die gegenseitige Bedrohungsfähigkeit der beiden Supermächte gegeben. Für zwei Bemerkungen SecDef Weinbergers besonders dankbar:

- Konventionelle Waffen können nukleare Waffen nicht ersetzen,
- nukleare Waffen können kein Ersatz für ausreichende konventionelle Waffen sein.

– Die USA sollten eine wirksame strategische Abschreckungsfähigkeit aufrechterhalten, hinreichend, um die gesamte Allianz zu schützen. Die Allianz ist auf die „extended deterrence" angewiesen. Im Blick auf den Vorschlag zur Abschaffung aller ballistischen Raketen habe SecDef Weinberger wesentliche Argumente, die für diesen Vorschlag sprachen, dargelegt. Persönlich sei BM noch nicht zu einer abschließenden Bewertung gekommen. Es bedürfe noch umfassender Analyse, insbesondere des MC, ob und in welchem Maße der Verzicht auf alle ballistischen Raketen sich auf die europäische Sicherheit auswirke.

  Persönliche Anmerkung BM: Dieser Vorschlag dürfte vermutlich nicht als besonders attraktiv von der SU empfunden werden, die Chancen zu einer solchen Vereinbarung seien gering.

– Für die Sicherheitspolitik der Allianz seien folgende Prinzipien von grundsätzlicher Bedeutung:
  - Übergeordnetes Ziel der Sicherheitspolitik müsse die Bewahrung von Frieden und Freiheit bleiben.
  - Das Abschreckungsdispositiv müsse die europäische und amerikanische Sicherheit verbinden.
  - Dies wird durch ein Abschreckungsdispositiv erreicht, das sichtbar die konventionellen und nuklearen Streitkräfte der Allianz verbindet.
  - Rüstungskontrolle ist ein integraler Teil unserer Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle ist kein Selbstzweck, sie muß vielmehr die Sicherheit erhöhen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten des Triadeelements in ihrem Beitrag zur Abschreckungsfähigkeit müssen beachtet werden.
  - Fortschritte bei der Rüstungskontrolle in einer bestimmten Waffenkategorie sollten nicht verhindert werden durch ein Linkage zu Bereichen anderer Waffenkategorien, in denen Ungleichgewicht besteht. Destabilisierendes Ungleichgewicht in diesen Bereichen solle mit Nachdruck durch Verhandlungen beseitigt werden.

    (Tatsächlich seien es nicht die USA oder die Allianz, die sachfremde Linkages hergestellt hatten, sondern die SU, sie haben einen Erfolg in Reykjavik verhindert. Wir haben keinen Grund dafür und dürfen den Eindruck in der Öffentlichkeit nicht entstehen lassen, als seien wir gegen Re-

duzierungen bei Nuklearwaffen, das Gegenteil sei der Fall, insbesondere die Reduzierung bei strategischen Systemen (50 Prozent) und bei LRINF (Europa Null, 100 Gefechtsköpfe in Asien/in USA) sei hier vorrangig zu nennen).

- Der Verzicht auf LRINF in Europa mache es notwendig,
  - auf eine Vereinbarung zur Reduzierung der SRINF auf niedrigere, gleiche Obergrenzen zu drängen,
  - konventionelle Ungleichgewichte abzubauen und einen weltweiten Bann aller chemischen Waffen zu erreichen.
- Rüstungskontrollvereinbarungen müßten sicher verifizierbar sein.

– Die SU müsse von ihrem Junktim zwischen INF und SDI abgehen. Aber auch die Allianz dürfe nicht zu viele Verknüpfungen herstellen. Wir brauchten Rüstungskontrolle keineswegs zu fürchten, sondern sollten sie überall da fördern, wo ihre Ergebnisse unsere Sicherheit stärken.

Es sei insgesamt entscheidend, Ziele auf sowjetischem Territorium unter Risiko zu halten und SU nicht zum Sanktuarium werden zu lassen. Es sei Aufgabe der HLG und von SACEUR, LRINF-Substitution zu finden, die man auch der Öffentlichkeit erklären könne. Wir sollten uns hüten, Nuklearwaffen zu verteufeln.

Wir seien für die Herstellung konventioneller Stabilität in Europa und für Verhandlungen hierüber mit der SU. Die Frage sei aber, was die Allianz in die Verhandlungen einbringen könne. Sie sei zu einem Angriff nicht fähig, wohl aber der WP. Also müsse er seine Struktur ändern.

[16]Zu SALT II erklärte BM, die Bundesregierung appelliere an beide Seiten, innerhalb der erlaubten Grenzen zu bleiben.

Persönlich meine er, daß die SU sich schon bisher nicht an SALT II gehalten habe (SS-25, Datenverschlüsselung), was nicht unerwähnt bleiben sollte.

Unter Bezug auf Weinbergers Ausführungen zum Thema Iran unterstrich BM das deutsche Interesse an einer starken US-Präsidentschaft.

I, VM Spadolini

SU führe psychologischen Krieg gegen Nuklearwaffen. Westliche Öffentlichkeit müsse davor gewarnt werden. Es sei richtig, konventionelle Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu stärken und zugleich mit WP über KRK zu verhandeln. Voraussetzung sei Beilegung der F-USA- Auseinandersetzung um das Forum.[17]

Bündnis habe LRINF-Null-Lösung vorgeschlagen, müsse an ihr festhalten, dabei aber an konventionelles Ungleichgewicht und an SRINF denken. Zunächst wäre ein Freeze bei SU-SRINF notwendig, dann müsse man Reduzierungen angehen. Auch das Recht auf Stationierung entsprechender US-SRINF-Raketen müsse gewahrt bleiben. SS-22 in DDR und ČSSR müssen beseitigt wer-

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1564 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den USA in der Frage des Forums künftiger Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 347.
Zu den amerikanisch-französischen Gesprächen am 5./6. Dezember 1986 in Paris vgl. Dok. 352.

den.[18] Wichtig sei Stärkung der NATO-Luftverteidigung. Plädoyer für Einhaltung von SALT II, dies sei insbesondere in Hinsicht auf die öffentliche Meinung von Bedeutung.

GB, VM Younger

Begrüßt Bericht CMC. Bezeichnet Reykjavik als „strange event". Genfer Gipfel 1985[19] und Vorgipfel Reykjavik seien nur dank Stärke und Solidarität des Bündnisses zustande gekommen. Frage jetzt: Wie manage Bündnis das Ergebnis von Reykjavik? Es habe Auswirkungen auf militärische Entscheidungen des Bündnisses und auf die westliche Öffentlichkeit. Einerseits gut, langfristige Ziele zu haben, andererseits Gefahr, daß ein zu hoher Erwartungshorizont im Vergleich zur tatsächlichen Entwicklung die Öffentlichkeit überfordere. Dies gelte insbesondere für den Gedanken einer Abschaffung aller ballistischen Raketen: Dies könne sich hinderlich auf die Deckung der laufenden Verteidigungserfordernisse auswirken. Deshalb hätten Reagan und Thatcher am 15.11.[20] in Camp David jene realen und unmittelbaren Ziele formuliert, die jetzt mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden könnten. (Verliest Auszug aus Camp-David-Erklärung. GB sei mit LRINF-Null-Lösung von Reykjavik einverstanden, könnte aber eher mit etwas mehr als Null leben.)

Bei der Abschreckung handele es sich um ein umfassendes Konzept. Abschrekkung könne nicht in nur einem System oder in nur einem Bereich existieren. Es sei wichtig, die britische Abschreckung aus Verhandlungen herauszuhalten. Er sei sehr dankbar für die Unterstützung der Verbündeten hinsichtlich der Erhaltung der britischen Nuklearkräfte als zusätzlichem Faktor der Abschrekkung für die SU.

Younger betonte die Notwendigkeit weiterer Konsultationen. Ehe man die Verhandlungen fortführe, müsse die militärische Bewertung der Vorschläge vorliegen. Dies sei zwingend erforderlich für die weiteren Schritte bei den Verhandlungen.

B, VM de Donnea

schließt sich Ausführungen von BM Wörner weitgehend an. Begrüßt Weinberger-Erklärung zur Koppelung USA–Europa und zum US-Engagement in Europa. Verweist auf Chirac-Rede vor WEU-Versammlung.[21] Spricht sich für Beibehaltung der nuklearen Abschreckung aus sowie für Stärkung der konventionellen Verteidigung. Bestehendes Ungleichgewicht sei aber sehr schwer auszugleichen. Länder mit allgemeiner Wehrpflicht leisteten Beitrag hierzu. Im übrigen: für LRINF-Null-Lösung mit entsprechenden Begrenzungen bei SRINF, für 50 Prozent Reduzierung bei ballistischen Raketen, für weltweites Verbot chemischer Waffen.

18 Zur Stationierung von SS-12/22-Systemen in der ČSSR und DDR vgl. Dok. 36, Anm. 5.

19 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

20 Korrigiert aus: „18.11.".
Premierministerin Thatcher hielt sich am 14./15. November 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Anm. 19.

21 Zur Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 2. Dezember 1986 vor der WEU-Versammlung in Paris vgl. Dok. 330, Anm. 12.

NWG, VM Holst

LRINF-Null-Lösung wäre Beitrag zu stabilerer Friedensordnung in Europa. Bei SRINF gehe es um ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau. Dies sei im IDD von 1979[22] schon angelegt. Junktims seien zu vermeiden. Das heiße, erst LRINF-Null, dann das SRINF-Problem angehen. Stärkung der konventionellen Verteidigung sei geboten, ebenso aber Verhandlungen über konventionelle Abrüstung. Norwegen trete ein für Halbierung bei ballistischen Raketen – bei Erhalt einer Rückversicherung, für umfassenden Teststopp, für Senkung der Nuklear-Schwelle, für weltweites Verbot chemischer Waffen. Norwegen sei gegen Rüstungswettlauf im Weltraum und plädiere für Forschung nur in enger Auslegung des ABM-Vertrages.

Bedauert US-Entscheidung zu SALT II[23]: USA hätten sich damit eines Hebels gegenüber SU begeben.

E, VM Serra, äußert sich auf derselben Linie wie Holst.

P, VM Almeida

US-VM habe wichtige Erklärungen und Versicherungen für die Allianz abgegeben. Volle Unterstützung für Aussagen BM Dr. Wörner.

Reduzierungen bei Nuklearwaffen dürfen keine Verringerung der Sicherheit bewirken, starkes Ungleichgewicht zwischen den Allianzen sei nicht akzeptabel. Das Linkage der übrigen Verhandlungsbereiche mit SDI sei nicht akzeptabel. Wichtig sei, die westliche Öffentlichkeit richtig zu informieren. Es sei notwendig, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß die NATO Reduzierungen bei Nuklearwaffen wolle.

NL, VM van Eekelen

Reykjavik habe die Europäer für einen Moment „atemlos“ gemacht. Die Halbierung ballistischer Raketen wäre ein nützlicher Schritt. Gegenüber der Abschaffung aller ballistischen Raketen habe NL einige Zweifel. Separates INF-Abkommen sei erforderlich, SU habe keine überzeugende Begründung für Linkage. SALT-II-Vertrag müsse soweit wie möglich eingehalten werden, ABM-Vertrag sei weiter zu beachten. Konventionelle Verstärkung sei erforderlich.

Friedenserhaltung und Bündniskohäsion seien die vordringlichen Ziele. Er finde US-Argumentation zu SDI interessant: erst Schutz vor sowjetischen ICBM, jetzt Druckmittel für Verhandlungen und Versicherungspolice.

22 Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

23 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter notierte am 27. November 1986: „BR Grobel von der hiesigen US-Botschaft teilte mir telefonisch mit, daß der 131. schwere, mit luftgestützten Marschflugkörpern ausgerüstete Bomber am 28. November 1986 in Dienst gestellt werde. Das Pentagon werde hierzu eine kurze Presseerklärung abgeben. Die Verbündeten würden noch vor der DPC-Ministerkonferenz ausführlich unterrichtet. Die Indienststellung des 131. Bombers stehe im Einklang mit der Entscheidung des Präsidenten vom 27. Mai 1986. Sie sei damals bereits für Ende d. J. angekündigt worden. Mit der Indienststellung ende die ‚technical compliance‘ mit den Obergrenzen von SALT II. Die USA hielten aber weiterhin an ihrer Politik des ‚interim restraint‘ fest. Poseidon-U-Boote würden innerhalb der nächsten zwei Jahre ‚überholt‘, aber nicht demontiert. Nach Auffassung der Marine könnten diese Poseidon-U-Boote nach Abschluß der Überholungsarbeiten noch für sechs bis zehn Jahre eingesetzt werden.“ Vgl. Referat 240 (220), Bd. 163098.

[24]Gleichzeitig müsse auch konventionelle Rüstungskontrolle angegangen werden. Dies sei nicht nur eine Frage des Forums, sondern auch der Substanz. MBFR dürfe nicht einfach fallengelassen werden, die Frage der Einbeziehung von schweren Waffen sei sehr komplex und schwierig.

KAN, VM Beatty

Bündniskohäsion habe die SU an den Verhandlungstisch zurückgebracht. US-Entscheidung zu SALT II sei deshalb bedauerlich, weil sie dem Bündnis den Boden für Kritik an der SU entziehe.

Es komme auf ständigen Bündnis-Konsens zu Sicherheit und Solidarität an. Über Notwendigkeit der Rüstungskontrolle – zur Erhöhung der Sicherheit – sei man sich einig. Allerdings dürfe die nukleare Balance nicht gegen konventionelle Instabilität und Ungleichgewicht eingetauscht werden.

L, VM Fischbach

begrüßt Aussagen CMC, pflichtet BM Dr. Wörner und VM Donnea voll bei.

Volle Unterstützungen für US, Fortschritte in Genf zu versuchen, Prioritäten seien zu setzen bei 50 Prozent Reduzierung START, INF mit entsprechenden Begrenzungen bei SRINF, weltweitem Bann chemischer Waffen.

Wichtig sei der in Halifax[25] begonnene Prozeß konventioneller Rüstungskontrolle.

TUR, VM Yavuztürk

Unterstützung für alle Versuche, Reduzierungen bei Waffen herbeizuführen. Wichtig sei, daß Sicherheit nicht verringert werde, insofern danke er CMC für klare Aussagen.

Für TUR sei konventionelles Ungleichgewicht gegenüber SU beunruhigend, es bestehe dringender Bedarf für Unterstützung durch verbündete Staaten.

DK, VM Engell

Reykjavik bedeutete zunächst eine Enttäuschung, inzwischen wird das Bild besser. Grundsätzlich sind konstruktive Ansätze zu erkennen.

Priorität sei bei 50 Prozent Reduzierung strategischer Waffen in fünf Jahren zu sehen, eine Verbindung mit SDI sei nicht akzeptabel. Unterstützung für Null LRINF in Europa. Es bestehe eine klare Verbindung zu dem Ungleichgewicht bei SRINF, so wie es auch eine Abhängigkeit zwischen nuklearen und konventionellen Kräften gebe. Allerdings sei dies sehr komplex, ein schrittweises Vorgehen sei notwendig.

Rüstungskontrollvereinbarungen müßten voll respektiert werden, dies gelte auch für SALT II. DK sei betroffen und bedauere jeden Schritt, der Vertragsverletzungen bedeute.

GR, Verteidigungsminister Charalambopoulos[26]

verweist auf bekannte Position GR zu nuklearen Waffen. GR unterstütze alle Schritte, die auf beiderseitige Reduzierung nuklearer Waffen abzielen.

24 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1566 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
25 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.
26 Korrigiert aus: „Botschafter Harambopolus“.

Null-Lösung für LRINF werde unterstützt, SRINF müßten ebenfalls reduziert, chemische Waffen weltweit verboten werden.

Reduzierung der konventionellen Kräfte sollte vorgenommen werden.

SALT-II-Begrenzungen und ABM-Vertrag sollten von beiden Seiten voll beachtet werden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12109 (201)

350

Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-6907/86 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Dezember 1986, 14.54 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1135 **Ankunft: 5. Dezember 1986, 16.27 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 150/86

Betr.: Schlußbericht der 40. MBFR-Verhandlungsrunde vom 25.9. bis 4.12.1986;
hier: Bilanz und Ausblick

Zur Unterrichtung

1) Die Verhandlungen während der anlaufenden Runde wurden durch eine Reihe außerhalb der MBFR liegender Ereignisse stärker bestimmt als durch das eigentliche Verhandlungsgeschehen:

– Der Abschluß der KVAE in Stockholm mit einem konkreten Ergebnis[2] hat gezeigt, daß Rüstungskontrollverhandlungen trotz aller Auffassungsunterschiede und sachlicher Schwierigkeiten erfolgreich sein können.
– Das Gipfeltreffen von Reykjavik[3], das einer Verständigung über ganze Bereiche des nuklearen Spektrums überraschend nahegekommen war, hat die Dringlichkeit der Rüstungskontrollbemühungen im konventionellen Bereich drastisch vor Augen geführt.
– Der Beginn des KSZE-Folgetreffens in Wien läßt die Frage neuer Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen Bereich und als deren Folge auch die Frage nach der Zukunft von MBFR näherrücken.

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Pöhlmann, Wien (MBFR-Delegation) konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.

2 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

– Im Zusammenhang mit diesem letzten Fragenkomplex steht die HLTF-Studie[4], deren Ergebnis die weitere Haltung des Bündnisses zur konventionellen Rüstungskontrolle einschließlich der Forumsfrage festlegen soll.

2) Die Verhandlungsrunde brachte keinen Fortschritt, auch keine neue echte Verhandlungsbewegung, auf die der Westen seit Dezember 1985[5] drängt, Positionsannäherungen wurden nur in sekundären Fragen erreicht.

– Der Osten war zwar bemüht, in Randfragen wie Permanenz der Konsultativkommission, Statusverbesserung der indirekten Teilnehmer, Zusammensetzung des EEP-Personals[6] Flexibilität zu demonstrieren. Die Vermutung liegt nahe, daß die WP-Delegationen insoweit nur einen vorgegebenen Verhandlungsspielraum ausfüllten, der ihnen für den Fall eines gemeinsamen Drafting eines Abkommensentwurfs eingeräumt war.

  Darüber hinaus paßte der Osten seine im Abkommensentwurf vom Februar 1986[7] enthaltenen Maßnahmen einer Reihe von in Stockholm vereinbarten Maßnahmen bzw. deren Parametern an.

– In der Substanz der Verhandlungen verhärtete der Osten seine Haltung. Deutlicher noch als in der Vorrunde[8] verwarf er die westliche Initiative rundweg als inakzeptabel. In der Kernfrage der Verhandlungen – der Verifikation – kritisierte er die westlichen Vorschläge als „willkürlich", „unrealistisch" und „vorsätzlich unannehmbar". Umgekehrt gab er – wie in den Vorrunden – seinen eigenen Abkommensentwurf vom 20. Februar 1986 wiederum als einzig erfolgversprechende Verhandlungsgrundlage aus. Hinsichtlich der Verifikationsregelung stellte er die Maßnahmen seines Vorschlags in Zusammenhang mit den Stockholmer Maßnahmen und machte geltend, daß ein solches Gesamtsystem die Verifikation der Vertragsverpflichtungen aus einem MBFR-Abkommen gewährleisten könnte.

– Der Westen bestand weiterhin auf einer konstruktiven Antwort des Ostens auf seine Verhandlungsinitiative vom Dezember 1985. Als Gegenleistung für seine weitgehenden Konzessionen forderte er ein substantielles Entgegenkommen des Ostens vor allem im Verifikationsbereich. Gleichzeitig legte er die Mängel der östlichen Verifikationsmaßnahmen offen. Als neuartiges Instrument führte er in den Informals zwei Fallstudien ein, anhand derer er den Nachweis führte, daß die vom Osten vorgesehenen Maßnahmen zur Verifikation einer Nichterhöhungsverpflichtung praktisch unbrauchbar sind. Auch trat er dem östlichen Versuch entgegen, die Stockholmer Maßnahmen in Wien als Hilfsmittel der Verifikation von Reduzierungs- und Begrenzungsverpflichtungen aufzuwerten.

4 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.

5 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

6 Entry/Exit-Points-Personals.

7 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 20. Februar 1986 vgl. Dok. 59.

8 Zur 39. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 15. Mai bis 3. Juli 1986 in Wien vgl. Dok. 184.

3) Alle östlichen Sprecher gingen in ihren Plenarerklärungen auch auf die im Budapester Appell[9] herausgestellte Perspektive erweiterter konventioneller Rüstungskontrollverhandlungen ein, ohne neue Gesichtspunkte geltend zu machen. Insbesondere die Sprecher der DDR, Polens und der ČSSR betonten jedoch gleichzeitig immer auch ihr grundsätzliches Interesse an einem Verhandlungsergebnis bei MBFR. Zum Gedanken eines „symbolischen" Abkommens zur Beendigung von MBFR, wie er von sowjetischer Seite bereits vor Beginn der Runde in bilateralen Konsultationen mit den USA ventiliert worden war[10], äußerten sie sich in privaten Gesprächen reserviert. Dessen ungeachtet, führte die SU ihn in der abschließenden Plenarsitzung in vager Form offiziell ein.[11]

4) Der Osten hat sich damit mehrere Wege für sein weiteres Vorgehen offengehalten:

– Er könnte sich weiterhin damit begnügen, an seinem eigenen Abkommensentwurf vom Februar 1986 als einzig möglicher Grundlage für ein Verhandlungsergebnis festzuhalten und die westlichen Forderungen, insbesondere zur Verifikation, abzuweisen.
– Er könnte, um aus dieser rein defensiven Position herauszukommen, förmlich den Vorschlag eines „symbolischen" Abkommens unterbreiten, das US-SU-Reduzierungen in der bisher vorgesehenen Größenordnung, aber mit östlicher Flexibilität hinsichtlich der Quoten, sowie beiderseitige „politische" Nichterhöhungsverpflichtungen vorsieht.
– Der Osten könnte schließlich seine seit Mitte Oktober verfolgte Verhandlungslinie der Einbeziehung von Stockholmer Maßnahmen und Parametern in MBFR weiterführen und unter Modifikation auch anderer Punkte seiner Position ausbauen – vielleicht sogar bis zur Übernahme eines förmlichen Rechts auf Ortsinspektionen nach Stockholmer Muster und bis zur Übernahme eines detaillierteren Informationsaustauschs. Alle diese Einzelschritte könnte der Osten in einen neuen förmlichen Vorschlag zusammenfassen und auf den Verhandlungstisch legen.

5) Die Chancen für einen solchen substantiellen Verhandlungsschritt sind eher gering einzuschätzen. Zwar liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß über diese Möglichkeit nachgedacht wird, so zeigten sich osteuropäische Militärberater letzthin daran interessiert, was der Westen als angemessene Antwort auf seine Dezember-Initiative gelten lassen würde. Andererseits ist schwer vorstellbar, daß die SU in der gegenwärtigen Gesamtsituation an einer Aufwertung von MBFR interessiert und bereit sein könnte, dafür auch noch einen Preis in Form gewagter Experimente auf dem heiklen Gebiet der Verifikation zu zahlen. Am wahrscheinlichsten ist deshalb, daß der Osten bis auf weiteres in seiner gegenwärtigen defensiven Position verharrt – zumal auch der Gedanke eines symbolischen Abkommens nirgendwo verfangen dürfte.

9 Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 11. Juni 1986 vgl. Dok. 179, Anm. 8.

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über MBFR vom 6. bis 8. August 1986 in Moskau bzw. am 10./11. September 1986 in Washington vgl. Dok. 285, Anm. 21.

11 Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, am 4. Dezember 1986 in Wien; Referat 221, Bd. 130145.

6) Wenn diese Annahme zutrifft, wäre der Westen dank seiner Initiative vom Dezember 1985 und trotz ihrer Schwachstellen (insbesondere im Hinblick auf den geringen Umfang der vorgesehenen Anfangsreduzierungen) wahrscheinlich in einer hinreichend starken Verhandlungsposition, um die Entscheidungen über die Neuordnung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa gelassen abwarten zu können. Sollte sich jedoch der Osten zu einem neuen substantiellen Verhandlungsschritt durchringen, könnte der Westen verhandlungstaktisch wie auch unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitswirkung unter Zugzwang geraten. Der Westen könnte sich, nachdem die Außenminister in ihrer Wiener Erklärung vom 6. November[12] gerade ihr Bekenntnis zu MBFR bekräftigt haben, zur Überarbeitung seiner Position gefordert sehen. Je nach dem Stand der Bemühungen um eine gemeinsame Bündnisposition zu geographisch und substantiell erweiterten Verhandlungen im konventionellen Bereich könnte sich damit aber auch eine Chance bieten, mit einem Verhandlungsvorschlag bei MBFR eine unseren Interessen entsprechende Lösung für Mitteleuropa als Übergangsschritt zu einem erweiterten Ansatz anzuvisieren.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11473 (221)

351

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in London

010-2245/86 VS-vertraulich **6. Dezember 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Frühstück BM mit italienischem AM Andreotti am 6.12.86 in London[2]

Im Vordergrund des einstündigen Gesprächs, an dem auf italienischer Seite der Leiter des Ministerbüros, Herr Cavalchini, und auf unserer Seite 010 teilnahmen, standen die West-Ost-Beziehungen und die Lage im Nahen wie im Mittleren Osten:

1) West-Ost-Beziehungen

AM *Andreotti* (in der Folge AM) drückte eingangs die Erwartung aus, daß in der

12 Für die Erklärung der Außenminister der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Referat 221, Bd. 144791.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 9. Dezember 1986 gefertigt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Umlauf."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 9. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 10. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 15. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Andreotti hielten sich am 5./6. Dezember 1986 anläßlich der Tagung des Europäischen Rats in Großbritannien auf.

Foren-Frage USA letztlich einlenken würden.[3] Entscheidung hierüber müsse unter allen Umständen beim NATO-Rat in Brüssel[4] getroffen werden. Er betonte, daß man in der derzeitigen Diskussion über die nukleare und konventionelle Abrüstung aufpassen müsse: Parallelismus sei notwendig – dies dürfe aber nicht zu einer gegenseitigen Bedingung führen, so daß Ausbleiben von Fortschritten in dem einen Bereich Fortschritte in dem anderen Bereich ausschließe.

Fortschritte in der Abrüstung seien aus seiner Sicht dadurch in Gefahr, daß die US-Administration innenpolitisch aufgrund der Iran-Vorgänge[5] blockiert sei. Wenn jetzt einige Monate dadurch verlorengingen, käme man zu nahe an den US-Wahlkampf.[6] Wir müßten daher AM Shultz ermutigen.

Beide AM waren sich darin einig, daß die Gruppe, die dem Präsidenten sehr nahestehe, aufgrund der Iran-Vorgänge zu schwach geworden sei, um Shultz zu attackieren.

BM verwies darauf, daß die SU zur Zeit prüfe, ob es noch die Sache wert sei, mit Reagan weiter zu verhandeln.

GS Gorbatschow habe nicht viel Zeit. Wir sollten aber SU ermutigen, mit den USA nicht ungeduldig zu sein.

AM wies auf kürzlichen Besuch von Suslow in Rom[7] hin: Dieser habe ihm erläutert, daß das sowjetische Interesse, zu Abrüstungsfortschritten zu kommen, ungebrochen sei.

AM erkundigte sich sodann nach den Auswirkungen des Newsweek-Interviews[8] für die Beziehungen zur SU. *BM* entgegnete, daß dieser Vorgang kompliziert sei. Er erinnerte daran, daß die Entscheidung zu seiner Einladung nach Moskau[9] im letzten Sommer erst nach zweimaliger Befassung des Politbüros gefallen sei. Für die sowjetische Führung sei es um die Frage gegangen, ob die Blokkierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die seit dem Nachrüstungsbeschluß[10] bestehe, nunmehr beendet werden solle oder nicht. Die sowjetische Führung habe sich für eine breite Öffnung zugunsten Deutschlands entschieden. Bei seinem Besuch seien vier Ministerbegegnungen bis zum Jahresende verabredet worden. Damit hätte sich die SU klar in den Wahlkampf[11],

3 Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den USA in der Frage des Forums künftiger Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 347.
Zu den amerikanisch-französischen Gesprächen am 5./6. Dezember 1986 in Paris vgl. Dok. 352.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

5 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

6 Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

7 Der sowjetische Sonderbotschafter Suslow hielt sich vom 30. November bis 2. Dezember 1986 in Italien auf.

8 Zum Interview des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ vgl. Dok. 308, Anm. 2.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

10 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

11 In der Bundesrepublik fanden am 25. Januar 1987 Wahlen zum Bundestag statt.

und zwar zugunsten der Regierungskoalition, „eingemischt“. Die SU frage sich jetzt, ob die Äußerungen des BK und gewisser CDU/CSU-Kreise eine Änderung des deutschen außenpolitischen Kurses bedeuteten. Prüfung sei noch nicht abgeschlossen – die SU habe ihre Entscheidung zugunsten einer Öffnung zugunsten Deutschlands noch nicht aufgehoben. Es sei oberflächlich zu sagen, sofort nach der Wahl würden die Besuche und Gespräche wiederaufgenommen. Die SU werde nach seiner Einschätzung genau beobachten, wie die deutsche Politik weitergehe. Er habe den Russen gesagt, sie sollten keine voreilige Entscheidung treffen und die Regierungserklärung der Bundesregierung nach den Bundestagswahlen[12] abwarten. Er, BM, nutze alle Gesprächskontakte, um das deutsch-sowjetische Verhältnis zu stabilisieren.

Er werde am 15.12. nach Sofia gehen.[13] Er habe gestern einen Beauftragten von GS Honecker empfangen und ihm seine Beurteilung dargelegt. Honecker sei an seiner Beurteilung interessiert gewesen, da ab dem 8.12. der sowjetische AM in Ost-Berlin[14] mit dem Ziel sei, die DDR zur Zurückhaltung anzuhalten. Zur gleichen Zeit, wie sich Schewardnadse und Fischer in Ost-Berlin träfen, werde er, BM, mit dem französischen AM Raimond in West-Berlin sein.[15]

AM verwies darauf, daß man nunmehr den Termin für den Besuch von Jaruzelski in Rom für Mitte Januar festgelegt habe – Jaruzelski gehe es in erster Linie um einen Besuch beim Papst, „daneben werde er mit der italienischen Regierung zusammentreffen“.[16]

BM kam zur Abrüstungsdiskussion zurück und betonte, man müsse aufpassen, daß uns die Abrüstungsdebatte nicht davonlaufe. Bei einigen Freunden habe er den Eindruck, daß sie Angst vor der Abrüstung hätten.

12 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. März 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

13 Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Dezember 1986 in Bulgarien auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger teilte dazu am 18. Dezember 1986 mit: „Er führte je 1 1/2-st[ün]d[ige] Vier-Augen-Gespräche mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow und AM Mladenow. Delegationsgespräch unter Leitung der AM über bilaterale Fragen war durch Experten vorbereitet worden. In 3/4-std. Gespräch mit MP Atanassow wurden vorwiegend Wirtschaftsthemen behandelt. […] Besuch kurz nach NATO-Ministerratstagung gab BM Gelegenheit, WP-Mitgliedsland Brüsseler Erklärung über KRK, die wesentlich unsere Handschrift trägt, zu erläutern. BM unterstrich Erfordernis, nicht hinter Reykjavik zurückzugehen, und warb für Lösungen einzelner Bereiche (INF, CW, konventionelle Waffen) ohne Junktim, entsprechend ihrer inneren Logik. Er hob hervor, daß die SU die Interessen der Europäer berücksichtigen und insbesondere die Notwendigkeit erkennen müsse, GB und F in die Gespräche miteinzubeziehen. Zu aktuellem Stand deutsch-sowjetischer Beziehungen erklärte BM, Moskau müsse sich vor Augen halten, daß BR Deutschland Schlüsselland für West-Ost-Beziehungen sei. Bulgarische Seite gab zu erkennen, daß man Moskau über die Gespräche unterrichten werde.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 103; Referat 214, Bd. 139474.

14 Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 10. Dezember 1986, Informationen aus dem Außenministerium der DDR zufolge werde der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse erst am 16. Dezember 1986 stattfinden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2037; Referat 213, Bd. 139332.
Am 12. Dezember 1986 teilte Bräutigam mit: „Wie wir nunmehr erfahren, ist Besuch Schewardnadses auch zum 16.12. in Frage gestellt. Aus welchen Gründen oder mit welcher Begründung Besuch verschoben worden ist, ist noch unklar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2047; Referat 213, Bd. 139332.
Der Besuch fand vom 2. bis 4. Februar 1987 statt.

15 Der französische Außenminister Raimond besuchte Berlin (West) am 8. Dezember 1986.

16 Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hielt sich vom 12. bis 14. Januar 1987 in Italien auf und traf am 13. Januar 1987 mit Papst Johannes Paul II. zusammen.

AM pflichtete dem bei, die Abrüstungsdebatte beinhalte Gefahr für den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Er verwies darauf, daß die Franzosen gegen Abrüstung seien – es sei denn, daß die Russen ihnen gegenüber in bezug auf das französische Nuklearpotential eine besondere Geste machten und den Franzosen faktisch entgegenkommen. PM Chiracs Rede vor der WEU[17] habe ihm überhaupt nicht gefallen. Seine Vorschläge, die auf eine absolute Autonomie der europäischen Verteidigung abzielten, seien gefährlich. Obwohl Chirac beteuere, daß die amerikanischen Truppen in Europa bleiben sollten, gebe seine Rede den Befürwortern für eine Reduzierung der Truppen (wie Senator Nunn) unnötigen Auftrieb.

BM betonte, daß die Bundesregierung bei der Forderung der Null-Lösung bleibe, obwohl es der BK im eigenen Lager nicht leicht habe (Strauß, Dregger). Daran müßten sich natürlich Verhandlungen über Kurzstreckenraketen und konventionelle Waffen anschließen. Im übrigen verkenne man die Realität, wenn man schlicht Rakete gegen Rakete zähle.

AM *Andreotti* stimmte Haltung BM zu und fragte ihn nach seiner Einschätzung, wie es in den USA weitergehe – Sorge bereite ihm die Unsicherheit über die politische Führung der USA.

BM entgegnete, für ihn gebe es zwei wesentliche Indikatoren dafür, daß die Amerikaner über die Abrüstung weiterverhandeln könnten und wollten. Zum einen erleichtere die demokratische Mehrheit im Senat[18] es dem Präsidenten, seine Abrüstungsvorstellungen gegen rechtsstehende Republikaner durchzusetzen. Er hoffe, daß die neue Mehrheit ihren Einfluß auf die Einhaltung von SALT II und ABM-Vertrag geltend mache. Jetzt eingetretene Änderung der Haltung der USA zu SALT II[19] sei nicht zu begrüßen. *AM* stimmte dem zu, er verstehe die Gründe für die US-Haltung nicht. *BM* meinte dazu, Reagan habe diese Entscheidung getroffen, um Ruhe am rechten Flügel zu bekommen.

BM kam zurück auf seine Einschätzung der künftigen US-Haltung und meinte, weiterer Indikator dafür, daß sich Reagan den West-Ost-Beziehungen wieder zuwenden werde, sei die Tatsache, daß die USA mit ihrer Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt gescheitert seien. Dies gelte für Nah- und Mittelost wie für Zentralamerika und Südafrika. Die neue Mehrheit im Senat werde Reagan dazu zwingen, insofern größte Zurückhaltung zu üben. Das US-Ansehen sei mittlerweile in der Dritten Welt so ramponiert, daß die USA hier keine reelle Möglichkeit für Initiativen hätten. Für uns Europäer stelle sich die Frage, wie wir dieses Vakuum ausfüllen können. Wenn Reagan in der Dritten Welt

17 Zur Rede des Ministerpräsidenten Chirac am 2. Dezember 1986 vor der WEU-Versammlung in Paris vgl. Dok. 330, Anm. 12.

18 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt. Zum Ergebnis teilte Gesandter Wallau, Washington, am 5. November 1986 mit: „Auch wenn noch nicht überall alle Stimmen ganz ausgezählt worden sind, so läßt sich doch bereits feststellen, daß die Republikaner mit dem Verlust von acht Senatssitzen eine in dieser Höhe kaum erwartete Wahlniederlage erlitten haben. Die Senatsmehrheit wechselte mit 55 : 45 an die Demokraten. […] Demgegenüber ist der Verlust von nur sieben oder acht Sitzen im Repräsentantenhaus sehr wenig und wäre von den Republikanern als Sieg gefeiert worden, wenn sie die Senatsmehrheit hätten verteidigen können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4752/4753; Referat 204, Bd. 135340.

19 Zur Bekanntgabe des Überschreitens der SALT-II-Obergrenzen durch die USA am 27. November 1986 vgl. Dok. 349, Anm. 23.

nichts Spektakuläres zustande bringen könne, dann werde er sich auf die West-Ost-Beziehungen konzentrieren, dies sei in unserem Interesse und dies sollten wir, auch in Gesprächen mit der Senatsmehrheit, fördern.

AM stimmte Analyse und Schlußfolgerungen von BM zu, dies sei insgesamt die richtige Linie. Wir müßten jedoch aufpassen, daß inneramerikanische Gegenströmungen – Großindustrie, CIA – nicht die Oberhand behielten.

Hinwendung zu den West-Ost-Beziehungen sei auch nützlich für Reagan, da dies von dem Iran-Desaster ablenke.

2) Lage in Nah- und Mittelost

BM leitete auf Lage in Nah- und Mittelost über und erinnerte daran, daß AM beim gestrigen Abendessen[20] mit großem Ernst seine Analyse zur Lage in dieser Region erläutert habe. Er teile die Einschätzung des AM, ER sollte keine unüberlegten Erklärungen zur Lage in dieser Region abgeben.

AM entgegnete, er gebe BM recht, vielleicht solle man jedoch etwas zur Lage im Libanon sagen. Dies habe den Vorteil, nicht gegen Israel gerichtet zu sein. *BM* meinte hierzu, er habe nichts dagegen.

AM leitete danach zu Syrien über und verwies darauf, daß italienische Regierung die EPZ-Erklärung im Anschluß an die Verurteilung im Berliner Prozeß[21] unterstützt habe. Er habe vor ein paar Tagen den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des syrischen Parlaments, der mit Italien aufgrund seines Studiums verbunden sei, als Emissär Assads empfangen. Dieser habe ihm im Auftrag von Assad ausgerichtet, daß er, Assad, nichts mit dem Berliner Fall zu tun habe. Er habe strenge Untersuchung innerhalb der Verwaltung, auch gegen den Leiter des Nachrichtendienstes der Luftwaffe[22], angeordnet.[23] Er, Assad, habe Abu Nidal seit langem nicht mehr·gesehen und habe auch nicht die Absicht, ihn zu sprechen. Abu Nidal sei seit 1972 nicht mehr in Syrien gewesen. Seine Gruppe unterhalte nur ein kleines Büro in Damaskus. Assad wolle dies so bald wie möglich schließen, könne dies zur Zeit jedoch noch nicht tun, da es wie ein Nachgeben auf amerikanischen Druck hin aussehen müsse. Er, Assad, verwies im übrigen darauf, daß er mit den Russen ernste Meinungsverschiedenheiten habe. Diese übten starken Druck auf ihn aus, einen Modus vi-

20 Zum Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 5. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 356.

21 Zum Prozeß gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh vgl. Dok. 333 und Dok. 343. Für den Wortlaut der Erklärung, die von der britischen EG-Präsidentschaft am 29. November 1986 veröffentlicht wurde, vgl. BULLETIN DER EG 11/1986, S. 113.

22 Heitham Said.

23 Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte am 9. Dezember 1986: „Im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh wird der vermutlich dem syrischen Geheimdienst angehörende Heitham Said der Mittäterschaft an dem Sprengstoffanschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin (West) am 29.3.1986 beschuldigt. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hat gegen Heitham Said, der angeblich im Rang eines Obersten steht, am 25.11.1986 Haftbefehl erlassen. Unter Berufung hierauf ist die amerikanische Seite an uns mit dem Petitum herangetreten, von Syrien die Auslieferung Heitham Saids zu verlangen." Nach Prüfung der syrischen Auslieferungsvorschriften könne allerdings ausgeschlossen werden, „daß Syrien einem deutschen Auslieferungsverlangen entsprechen würde. Somit verbleibt lediglich die Möglichkeit, von Syrien die Bestrafung des Heitham Said zu verlangen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die kürzliche Mitteilung AM Andreottis gegenüber BM, wonach italienischen Informationen zufolge in Syrien gegen Heitham Said ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sein soll." Vgl. Referat 515, Bd. 208845.

vendi mit PLO-Chef Arafat zu finden. Er, Assad, lehne dies ab und habe den Russen klar gesagt, daß er zu seinen Lebzeiten Arafat in keinem Fall mehr sehen wolle.

BM dankte AM für die Unterrichtung und verwies darauf, daß er sich innerhalb der Bundesregierung dafür eingesetzt habe, keine weitergehenden Maßnahmen gegen Syrien zu treffen. Er habe Assad viele Male gesehen und nehme zu seinen Gunsten an, daß er über die Implizierung des syrischen Geheimdienstes in Berlin nichts gewußt habe. Wenn schon im Westen die Nachrichtendienste öfters außer Kontrolle gerieten, dann könne dies erst recht in einem arabischen Land der Fall sein.

AM *Andreotti* pflichtete BM voll bei und verwies auf die Probleme mit dem Geheimdienst in seinem Land.

BM wandte sich sodann dem Iran zu. Aus seiner Sicht sei die Lage im iranisch-irakischen Krieg viel ernster, als die meisten Kollegen glaubten.[24] Die iranische Führung gehe davon aus, in wenigen Monaten den Krieg siegreich zu beenden. Er halte dies nicht für unrealistisch. Dies hätte eine fundamentale Veränderung der Lage im Mittleren Osten zur Folge einschließlich der Möglichkeit irrationaler Reaktionen seitens der Israelis. Bisher hätten die Israelis dem Iran gegen den Todfeind Hussein geholfen – dies sei aber gleichsam den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. In der jetzigen Lage sollten diejenigen Länder, die noch Beziehungen unterhielten, die Beziehungen zu Teheran pflegen, ohne allerdings den Irak zu vernachlässigen, und es sei wichtig, die Beziehungen zu den Golfstaaten zu verbessern. Daher trete er so nachdrücklich für den möglichst baldigen Abschluß eines Kooperationsabkommens mit den Ländern des Golf-Kooperationsrates[25] ein.

AM stimmte BM zu und erläuterte, daß Italien zur Zeit mit Teheran gewisse Probleme habe. Der iranische Botschafter[26] sei zu Konsultationen zurückberufen, die Iraner hätten das italienische Kulturinstitut in Teheran vorläufig geschlossen. Als Begründung für diese Schritte hätten die Iraner eine Khomeini verleumdende Sendung des italienischen Fernsehens angegeben. Dies sei jedoch nur vordergründig, in Wahrheit sei es dem Iran bei diesen Schritten darum gegangen, Druck auf Italien auszuüben, um ein größeres Treffen iranischer Exilpolitiker – mit Bani Sadr an der Spitze – in Rom zu verhindern. Italien habe sich dem gebeugt und den prominenten Exilpolitikern Einreisevisa verweigert. *BM* erinnerte an seinen Besuch 1984 in Teheran.[27] Er habe in Ländern

24 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 171, Anm. 4.
Referat 311 legte am 29. Oktober 1986 dar: „Der irakisch-iranische Krieg dauert nunmehr bereits mehr als sechs Jahre, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Nach einer statischen Phase im Frühjahr 1986 hat sich die Auseinandersetzung seit Mitte des Jahres erneut verschärft. Beide Seiten haben Angriffe auf Wirtschaftsziele (Raffinerien, Kraftwerke u. a.) im Hinterland des Gegners wiederaufgenommen, was unvermeidlich zu einer wachsenden Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt hat. Iran hat außerdem zum ersten Mal seit einem Jahr wieder Boden-Boden-Raketen auf Bagdad abgeschossen und belegt Basra häufig mit Artilleriebeschuß." Vgl. Referat 311, Bd. 137875.

25 Zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten vgl. Dok. 5, Anm. 15.

26 Gholam-Ali Heidari.

27 Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

der Dritten Welt selten so eine kultivierte Führungsschicht angetroffen, die zudem sehr viel über das Ausland wisse. Es sei ein Irrtum, die islamische Revolution[28] als eine Episode zu betrachten, die mit dem Namen Khomeini stehe und falle. Es handele sich dabei um eine tiefe Glaubensüberzeugung. Diese Tatsache sei weder von den Europäern noch von den Amerikanern ernst genommen worden.

AM ergänzte, daß der Krieg zwischen Iran und Irak nicht nur auf einem persönlichen Konflikt zwischen Khomeini und Hussein beruhe, sondern auch aus dem Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten zu erklären sei, die Schiiten hätten von jeher einen Expansionsdrang mit dem Ziel, die Heiligen Stätten zu übernehmen, an den Tag gelegt. Die bisher mehr laizistisch ausgerichteten muslemischen Länder bekämen mehr und mehr Angst vor dieser Bewegung und machten einen Rückzieher in bezug auf allzu weltliche Gesetzgebung. *BM* verwies darauf, daß diese Entwicklung besondere Gefahr darstelle für feudalistische Regime wie Saudi-Arabien, die den Islam in erster Linie als Machtinstrument betrachten.

Beide AM waren sich darin einig, daß diese Probleme sehr ernst zu nehmen seien. Sie waren sich auch darin einig, daß gerade auch der Türkei als einzigem muslemischem NATO-Land politisch geholfen werden müsse, da auch die Türkei von der Entwicklung im Nahen Osten bedroht werde. AM *Andreotti* meinte, man müsse nunmehr auch im Europäischen Parlament aktiv Lobbyismus für die Türkei betreiben (*BM* stimmte dem zu). *AM* leitete danach auf Libyen über und betonte, daß Italien und wir im Grunde hier die gleiche Linie verfolgten. Er habe kürzlich in Malta auf Betreiben des maltesischen MP[29] den neuen libyschen AM Mansuor getroffen.[30] Dieser sei wohl weniger Politiker als „Techniker". Schlüssel zu Libyen sei nach wie vor Gaddafi. Mansuor habe ihm gegenüber sehr gemäßigt gesprochen und enge Zusammenarbeit zwischen Libyen und Europa propagiert, einschließlich Bereitschaft, sich dem Appell Europas zur Bekämpfung des Terrorismus anzuschließen. Im Umgang mit Libyen müsse man sehr vorsichtig agieren.

VS-Bd. 14151 (010)

28 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 340 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 103.

29 Carmelo Mifsud Bonniċi.

30 Der italienische Außenminister Andreotti und der libysche Außenminister Mansour trafen am 20. November 1986 auf Malta zusammen.

352

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-376.00-1998/86 VS-vertraulich **8. Dezember 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 8999
Citissime nachts

Bitte sofort Ministerdelegation[2], VLR I Dr. Jansen, vorlegen

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa;
hier: Forenfrage

Bezug: Vorlage vom 3.12.1986 – 221-376.00-1964/86 VS-v[3]

I. 1) Am 5./6. Dezember 1986 fanden in Paris französisch-amerikanische Verhandlungen (auf amerikanischer Seite: Thomas, Perle) zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten der Forenfrage statt. Das Ergebnis ist ein Papier (deutsche Übersetzung und englischer Text in der Anlage[4]), das an die Stelle eines auf einen deutschen Kompromiß-Vorschlag zurückgehenden Textes zum Verhältnis zwischen Mandats-Verhandlungen und dem Wiener KSZE-Folgetreffen treten soll. Den deutschen Kompromiß-Vorschlag zum bündnisinternen Konsultationsmechanismus für künftige Verhandlungen wollen F und USA übernehmen, nur in einem Punkt präzisieren (Berichtspflicht des NATO-Caucus vor Ort an HLTF im Fall von Meinungsverschiedenheiten). Amerikanisch-französisches Papier enthält außerdem eine neue Formulierung für den letzten Satz der in Brüssel[5] zu verabschiedenden Ministererklärung.

2) Inhalt der Einigung

Amerikaner und Franzosen haben sich geeinigt auf:

2.1) Lockerung des Zusammenhangs zwischen Mandatsdiskussionen und Wiener KSZE-Folgetreffen

– Die Einsetzung einer West-Ost-Sondierungsgruppe soll sich nicht mehr aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe „S“ des WFT[6] ergeben, sondern ohne Bezug dazu sich selbständig konstituieren.
– Die Unterrichtung der N+N soll nur noch „inoffiziell“ und „soweit angemessen“ durch nationale Delegationen erfolgen.

1 Durchdruck.
Das von Vortragendem Legationsrat Gruber konzipierte Fernschreiben an Referat 215 (Dienststelle Berlin) und die Botschaft in London wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 8. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher begleitete den französischen Außenminister Raimond bei dessen Besuch am 8. Dezember 1986 in Berlin (West) und reiste anschließend zu Gesprächen mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) nach Chevening. Vgl. Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 357.

3 Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vgl. Dok. 347.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die englische Fassung des amerikanisch-französischen Papiers sowie für die deutsche Übersetzung vgl. VS-Bd. 11537 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

6 Wiener Folgetreffen.

– Die West-Ost-Gruppe soll nicht in KSZE-Konferenzgebäude, sondern turnusmäßig in einer der bilateralen Botschaften in Wien tagen.
– Der Abschluß der Mandatsdiskussion soll nicht an das Ende des WFT gekoppelt sein und das Mandat auch nicht Teil eines ausgewogenen Ergebnisses des WFT werden.

2.2) Zeitlicher Aufschub einer Festlegung auf künftige Verhandlungen

– Die informelle West-Ost-Gruppe soll jetzt in Wien nicht den Auftrag haben, ein Mandat für neue Verhandlungen über konventionelle Stabilität auszuhandeln, sondern lediglich „über die Schaffung eines Mandats, soweit angemessen, beraten".
– In der beabsichtigten Deklaration sollen die NATO-Minister ihre Bereitschaft erklären, „Diskussionen über die Stärkung der konventionellen Stabilität in ganz Europa zu beginnen" (Ziffer 10). Bisher hatte sich die HLTF schon auf folgenden Text verständigt (Ziffer 4): „Wir sind bereit, in West-Ost-Gespräche über die Ausarbeitung eines neuen Mandats für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle, die ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural einbeziehen, einzutreten."
– Vor der NATO-Frühjahrs-Ministertagung (11./12. Juni 1987[7]) soll der Westen keine Verpflichtung über die Eröffnung neuer Verhandlungen eingehen.

2.3) Verbindung von VSBM- und KRK-Verhandlungen

– Zukünftige Erörterungen über VSBM sollen unter den 35 stattfinden. Diese künftigen Erörterungen sollen – wie uns F inzwischen erläutert hat – im Januar 1987 beginnen.
– Verhandlungen über konventionelle Stabilität, die zwischen den Bündnis-Mitgliedern vorgesehen sind, sollen nicht ohne parallele Verhandlungen über VSBM stattfinden.

II. Zur Bewertung

1) Auf den ersten Blick hat die amerikanische Haltung (Forderung nach einer Abtrennung von KRK-Verhandlungen aus dem KSZE-Rahmen) in der französisch-amerikanischen Einigung einen wesentlich stärkeren Niederschlag gefunden als die französische. F hat sich auf die von den USA geforderte weitgehende Abnabelung der konventionellen Rüstungskontrolle von der KSZE überraschenderweise eingelassen, obwohl es sich dagegen bislang entschieden gesträubt hatte. Es war offensichtlich diesen Preis zu zahlen bereit, um dafür eine Abschwächung der Verpflichtung auf künftige Verhandlungen schon zum jetzigen Zeitpunkt zu erhalten. Was im Verlauf der Diskussion in der HLTF während der letzten Wochen erst andeutungsweise spürbar war, hat sich jetzt greifbar herauskristallisiert:

Der Aufschub der Entscheidung über KRK- und VSBM-Verhandlungen ist für F wichtiger als der Zusammenhang zwischen Mandats-Verhandlungen und künftigen KRK-Verhandlungen einerseits und der KSZE andererseits. Ein auslö-

[7] Zur NATO-Ministerratstagung in Reykjavik vgl. den Drahtbericht Nr. 64/65 des Botschafters Hansen, z. Z. Reykjavik, vom 12. Juni 1987; AAPD 1987.

sendes Moment für diese Umbesinnung war wahrscheinlich Reykjavik[8]: F erhebt die Forderung nach konventioneller Stabilität jetzt mehr und mehr zu einer Bedingung für weitreichende nukleare Abrüstung. Mit den wachsenden Vorbehalten gegen weitreichende nukleare Reduzierungen verstärkt es gleichzeitig seine Zurückhaltung gegenüber konventioneller Rüstungskontrolle.

2) Eine zentrale Aussage der französisch-amerikanischen Vereinbarung enthält der Satz, daß es keine Verpflichtung über den Beginn von neuen Verhandlungen über VSBM und konventionelle Rüstungskontrolle vor der nächsten NATO-Ministertagung geben soll. Dies ist für uns dann akzeptabel – und auch der Öffentlichkeit verständlich zu machen –, wenn gemeint ist, daß die Minister auf der Frühjahrstagung eine Entscheidung über weitere Verhandlungen zu 35 bzw. über neue Verhandlungen zu 23 aufgrund des dann erreichten Standes sondierender Gespräche über entsprechende Mandate fällen sollen.

2) Französische Botschaft erläuterte mir französisches Verständnis des Kompromisses:

– F gehe davon aus, daß MBFR aufgegeben werde. Die USA dürften ihrerseits nicht auf einem symbolischen Abschluß bestehen;
– die informelle Gruppe der 23 solle Anfang nächsten Jahres in Wien für die Mandatssondierungen tagen, aber weder Teil des NATO-Caucus der KSZE noch eine Ausweitung der MBFR Ad-hoc-Gruppe sein;
– prioritär seien Erörterungen über die Substanz, nicht über Prozedurfragen;
– F (und nach französischer Darstellung auch die USA) sei skeptisch gegenüber weiteren VSBM (Verbesserung des Stockholmer Ergebnisses[9] außerhalb des Zusammenhangs von Abrüstungsverhandlungen);
– F und USA mäßen Maßnahmen, die zur Stabilität führen, höheren Wert bei als der Reduzierung von Potentialen.

3) Als Folge der weitgehenden Lockerung des Zusammenhangs zwischen Mandats-Gesprächen und dem Wiener Folgetreffen ist damit zu rechnen, daß ein Mandat für neue Verhandlungen kaum bis zum vorgesehenen Ende des WFT, dem 31. Juli 1987, verabschiedet wird. Dies dürfte sowohl dem französischen Anliegen der Verzögerung wie dem amerikanischen Wunsch nach einer Trennung von KSZE und KRK entsprechen.

Der Eindruck, daß es wichtige Bündnispartner mit neuen konventionellen Verhandlungen nicht eilig haben, bestätigt die Auffassung, die wir in der Endphase der HLTF-Arbeit gewonnen hatten.

III. Weiteres Vorgehen

Wollten wir versuchen, die amerikanisch-französische Einigung zur Forenfrage wieder aufzuschnüren, würden wir den HLTF-Bericht[10] und die geplante Er-

8 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

9 Vgl. dazu das „Dokument der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

10 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.
Für den Bericht in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221).

klärung des NATO-Ministerrats zu KRK in Frage stellen. Es empfiehlt sich daher für uns, in den kommenden Beratungen zumindest auf Klärung mehrdeutiger Formulierungen im französisch-amerikanischen Papier zu drängen und anschließend die Arbeit an Mandat und Verhandlungssubstanz in Angriff zu nehmen. Eine erste Fühlungnahme mit GB ergab, daß dort eine ähnliche Einstellung besteht. Klärungsbedürftig erscheinen vor allem folgende Fragen:

– Ist unser Verständnis richtig, daß die 16 und 7 in Wien ab Anfang nächsten Jahres Gespräche über ein Mandat für neue Verhandlungen über konventionelle Stabilität aufnehmen sollen?
– Das französisch-amerikanische Papier spricht von „future considerations" zu 35 über VSBM mit dem Ziel, auf den Ergebnissen von Stockholm aufzubauen. Bedeutet dies – was unseren Vorstellungen entspräche –, daß das WFT ab Januar über die Fortführung der VSBM-Verhandlungen im KVAE-Rahmen beraten soll?
– Die Formulierung, der zufolge es das Bündnis nicht dazu kommen lassen darf, daß Verhandlungen über konventionelle Stabilität ohne Verhandlungen über VSBM geführt werden, verstehen wir dahin, daß parallel zu 35 über VSBM und zu 23 über das konventionelle Kräfteverhältnis verhandelt werden soll. Ist das richtig?

  (Besorgnisse ergeben sich allerdings daraus, daß F in den letzten Monaten aus seiner Skepsis gegenüber weiteren VSBM-Verhandlungen keinen Hehl gemacht hat. Mit der vorliegenden Formulierung könnte es sich die Option offenhalten, gegebenenfalls KRK-Verhandlungen durch ein Veto gegen VSBM-Verhandlungen in Frage zu stellen.)
– [11]Als ein Schlüsselsatz des amerikanisch-französischen Papiers erscheint uns die Aussage, der zufolge es keine Verpflichtung über den Beginn von neuen Verhandlungen über VSBM und konventionelle Stabilität vor der nächsten NATO-Ministertagung geben soll. Verstehen wir dies richtig, daß die Minister eine endgültige Festlegung im Licht der bis zur Frühjahrstagung erfolgten Sondierungen zu 23 und zu 35 treffen?
– Unklar ist das Verhältnis der neuen Formulierung in Ziffer 10 der Minister-Deklaration und der schon vom Konsens gedeckten Ziffer 4 (Bereitschaft zu Mandats-Verhandlungen). Wir meinen deshalb, die neue Formulierung sollte durch den Zusatz „in Wien" konkretisiert werden (so auch GB).

IV. Vorschlag

Die Einigung zwischen F und USA gibt den Weg für Sondierungen frei. Die Notwendigkeit, vor einer endgültigen Festlegung auf neue Verhandlungen durch Sondierungen Klarheit über Einigungsmöglichkeiten mit dem Osten zu haben, dürfte auch der Öffentlichkeit verständlich gemacht werden können.

Gleichzeitig gewinnt die HLTF Zeit, Elemente für Substanzvorschläge zu entwickeln.

Durch die französische Auffassung zu MBFR sind wir nicht gebunden. Jedenfalls muß sichergestellt werden, daß MBFR weitergeht, bis ein befriedigendes

11 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 9000 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Mandat vorliegt. Eine entsprechende Aussage findet sich auch im HLTF-Bericht.

Wenn sich aus den Antworten auf die in III. aufgeworfenen Fragen keine schwerwiegenden Probleme ergeben, sollten wir deshalb zustimmen.

Hartmann[12]

Diese Vorlage lag dem Staatssekretär[13] vor.

VS-Bd. 11537 (221)

353

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening

220-370.10-2046/86 VS-vertraulich **9. Dezember 1986**[1]

Gespräch der vier Außenminister über Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen am 9. Dezember 1986 in Chevening, 15.00 bis 17.30 Uhr[2]

AM *Howe* eröffnet das Gespräch: Im Lichte der Ergebnisse von Reykjavik[3] und der Entwicklung nach Reykjavik sowie gewisser Turbulenzen in jüngster Zeit haben wir eine gestiegene Verantwortung, die Allianzsolidarität aufrechtzuerhalten. Vor allem muß unsere Haltung in der Rüstungskontrolle glaubwürdig bleiben. Frau Thatcher hat die Schlüsselelemente in Camp David[4] identifiziert:

– Das konventionelle Problem, dessen Bedeutung durch Reykjavik noch gestiegen ist;
– 50%ige Reduzierungen im strategischen Bereich; hier gibt es ein Problem der Verknüpfung zum Weltraum;
– INF: Hier bestehen noch einzelne Probleme, aber im Sinne unserer Konsistenz muß es bei der Null-Lösung bleiben. Eines dieser Probleme betrifft SRINF, hier dürfen wir nicht in eine neue Falle fallen;
– C-Waffen: Hier sollten nicht zu hohe Erwartungen geweckt werden.

12 Paraphe.
13 Andreas Meyer-Landrut.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 10. Dezember 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Meyer-Landrut am 10. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 18. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11294 (220); B 150, Aktenkopien 1986.
2 Zum Gespräch vgl. auch Dok. 354.
3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.
4 Premierministerin Thatcher hielt sich am 14./15. November 1986 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 322, Anm. 19.

Was das Konventionelle angeht, ist durch die Einigung zwischen USA und Frankreich[5] die angesichts der Umstände bestmögliche Lösung in der Forenfrage gefunden worden. Jetzt kommt es darauf an, zu den Fragen des Mandats und den substantiellen Punkten voranzuschreiten.

Insgesamt ist festzustellen: Reykjavik war keine Katastrophe, sondern ein kaleidoskopartiges Ereignis: Die Dinge wurden durcheinandergeschüttelt, und wir mußten seither zu neuen Denkansätzen und Betrachtungsweisen finden. Wir müssen außerdem eine Antwort darauf bereit haben, was die SU als ihren Wunsch nach Fortschritt präsentiert.

AM *Shultz* stimmt zu. Wir müssen den Weg zu gemeinsamen Positionen und zu einem geschlossenen Verhalten finden. Wichtig ist für die bevorstehende Ratssitzung[6], daß die Frage des konventionellen Forums geklärt ist. Außerdem haben die Verteidigungsminister die Basis geschaffen.

Für unser heutiges Treffen schlage ich vor, daß wir uns mit längerfristigen Überlegungen befassen.

BM: Ich möchte an die Sitzung erinnern, die wir unmittelbar nach Reykjavik in Brüssel hatten. Ihr kam eine große politische Bedeutung zu, weil die einheitliche Position der Allianz zu Reykjavik festgelegt wurde. Seitdem hat es Diskussionen und bilaterale Gespräche und auch eine Ratssitzung der WEU[7] gegeben. Die Funktion des bevorstehenden Ratstreffens ist es, die gemeinsame Position des Bündnisses deutlich zu machen.

Auf zwei Dinge kommt es an:

– daß der Westen offensiv ist und seine aktive Rolle deutlich macht;
– daß wir konsequent zu dem stehen, was wir in der Vergangenheit gesagt haben. Wir dürfen uns dazu nicht in Widerspruch setzen.

Deshalb sollte für einzelne Elemente von Reykjavik folgendes gelten:

– Wir unterstützen die Haltung der USA zu 50%igen Reduzierungen strategischer Waffen. Dies wird uns auch erleichtern, SALT II zu behandeln, damit es nicht zu einer Neuauflage von Halifax[8] kommt.
– Wir müssen zur Null-Lösung stehen und die SU auffordern, die Verknüpfung mit SDI zu lösen, d. h. die Formulierung Carringtons von Brüssel verwenden, daß keine Verhandlung zur Geisel einer anderen werden darf.[9]
– Wir müssen klarmachen, daß hinsichtlich SRINF Folgeverhandlungen vereinbart werden müssen, damit es keine neuen Grauzonen und keinen Raketenaufwuchs auf östlicher Seite gibt. In diesem Bereich müssen wir von einem niedrigeren Niveau sprechen, was bedeutet, daß hier nicht Null-Lösung unser Ziel ist.

Wichtig ist ferner, zum Ausdruck zu bringen, daß in der Perspektive der nuklearen Abrüstung die konventionelle Überlegenheit des Ostens an Wichtigkeit

5 Zum Ergebnis der amerikanisch-französischen Gespräche am 5./6. Dezember 1986 in Paris vgl. Dok. 352.
6 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.
7 Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1986 in Luxemburg vgl. Dok. 330.
8 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.
9 Vgl. dazu die Erklärung im Anschluß an die Sondersitzung des NATO-Ministerrats vom 13. Oktober 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 12.

gewinnt. Wir sollten deshalb nicht lediglich sagen, wir sind zu konventionellen Verhandlungen bereit, sondern wir sollten sie verlangen, weil wir von der Notwendigkeit überzeugt sind, daß im Hinblick auf nukleare Reduzierungen die sowjetische konventionelle Überlegenheit abgebaut werden muß. In diesem Zusammenhang haben auch Verhandlungen über weitergehende VSBM Bedeutung.

Schließlich erfordern substantielle Schritte bei den Kernwaffen auch die Beseitigung der chemischen Überlegenheit des Ostens durch ein weltweites Verbot.

Unverändert bleibt das Ziel der politischen Strategie des Bündnisses, nämlich Verhütung jeden Kriegs. Das bedeutet, daß durch Abrüstung mehr Sicherheit und mehr Stabilität geschaffen werden muß. Aus diesen Erwägungen heraus erscheint der jetzige Entwurf des Kommuniqués[10] noch nicht eindeutig und differenziert genug. Wir sollten unseren Mitarbeitern Weisung geben, diese Überlegungen bei den Kommuniqué-Verhandlungen einzubringen.

AM *Raimond* stimmt AM Shultz zu, daß es für das Bündnis wichtig ist, in Brüssel Geschlossenheit zu zeigen. Was das Kommuniqué angeht, komme es darauf an, das Kommuniqué des DPC[11] in einigen „Schattierungen" zu ändern. Hinsichtlich der Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle sei durch die Einigung zwischen den USA und Frankreich in der Forenfrage, durch die in Brüssel zu verabschiedende öffentliche Erklärung und durch den HLTF-Bericht[12] Fortschritt erreicht worden. Jetzt müsse im Vordergrund stehen, über ein Mandat für Verhandlungen zu 23 und zu 35 nachzudenken.

AM *Howe*: Ich möchte zu einer mehr philosophischen Debatte überleiten und folgenden Punkt machen: Es ist stark vor absoluten Forderungen zu warnen, die das Beste zum Feind des Guten machen. Z. B.: Wenn wir die völlige Abschaffung aller nuklearen Waffen verlangen, erhöhen wir die Gefahr anderer Waffen. Wenn nukleare Waffen abgeschafft würden, würde die sowjetische Überlegenheit im konventionellen Bereich erschreckend. Ein weiteres Beispiel: Secretary Weinberger hat mir kürzlich erklärt, weil ballistische Raketen besonders gefährlich seien, sei SDI nötig. Aber auch das geht über das hinaus, was zu tun nötig ist und wozu wir in der Lage sind. Vielmehr kommt es darauf an, das praktisch Erreichbare umzusetzen. Deshalb muß jetzt die Vereinbarung 50%iger Reduzierungen im strategischen Bereich im Vordergrund stehen. Ähnliches gilt für INF. Man kann sich für eine globale Null-Lösung oder auch für Null plus X entscheiden. Die globale Null-Lösung ist das, was wir in der Vergangenheit verlangt haben. Aber wenn nach Ansicht der Verhandlungspartner eine gewisse Anzahl von Gefechtsköpfen in Asien und in den USA er-

10 Für den Entwurf des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 1580 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 9. Dezember 1986; VS-Bd. 11330 (220).

11 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 70–72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 72–74.

12 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.
Für den Bericht in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu ferner Dok. 352.

forderlich ist, soll man darüber nicht in ein Geschrei ausbrechen. Ein weiteres Beispiel: Man kann sagen, es sei falsch, der SU SRINF zu belassen, vielmehr solle man zusammen mit LRINF auch SRINF beseitigen. Dies ist eine logische Haltung, aber so logisch ist die Welt nicht. Deshalb sollte man jetzt LRINF beseitigen, wenn das erreichbar sei, und sich anschließend dem SRINF-Problem zuwenden.

BM erinnert daran, daß schon im IDD[13] ein schrittweises Herangehen zur INF-Problematik vereinbart worden sei.

AM *Howe*: Wichtig ist es festzuhalten, daß wir Fortschritte machen können, wenn man nicht alle Dinge miteinander verknüpft.

AM *Shultz*: Wir sind uns einig, daß wir ein starkes Kommuniqué wollen. Wir sollten entsprechende Weisungen an unsere Delegationen in Brüssel geben. Wir sollten ferner unseren festen Willen, unsere Geschlossenheit, unsere Stärke und unseren Willen zu Ergebnissen in der NATO-Ratssitzung unterstreichen.

BM kommt erneut auf das Kommuniqué zurück und führt aus, wenn strategische Reduzierungen von 50% erwähnt werden, dann müssen wir unsere Position auch bei LRINF, d.h. Null in Europa, erwähnen. Ferner ist es wichtig, daß wir Folgeverhandlungen für SRINF erwähnen.

AM *Raimond* schlägt vor, hinsichtlich der Null-Lösung nicht weiter zu gehen als das Kommuniqué der 14.

BM: Wir dürfen nicht von früheren Aussagen abgehen, weil wir dann unsere Glaubwürdigkeit verlieren und Fragen auslösen würden. Außerdem muß die Notwendigkeit von Folgeverhandlungen betont werden, damit es nicht zu neuen Grauzonen kommt.

AM *Howe* meint, daß sich das Problem werde lösen lassen.

AM *Shultz*: Ich möchte jetzt in eine philosophischere Diskussion einsteigen. Was ich sage, sind meine Gedanken, aber ich glaube, daß sich darin die Auffassungen des Präsidenten spiegeln.

Ein Kernpunkt der politischen Philosophie der USA ist, daß die Allianz mit Europa das Gravitationszentrum ihrer Politik bildet. Die wesentlichen Elemente dieser Allianz seien

– überlebensfähige amerikanische strategische Streitkräfte, mit denen die SU erreicht werden könnte;
– angemessene Stationierung konventioneller Streitkräfte in Europa. Zwar gibt es gelegentlich Probleme der Art Mansfield[14] und Nunn, aber Rüstungskontrolle könne bei ihrer Bewältigung helfen;
– die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen in Europa. Hier sei darauf hinzuweisen, daß LRINF erst kürzlich in Europa stationiert worden seien und deshalb die Abschreckung der Allianz von ihnen nicht entscheidend abhängen könne;

13 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

14 Der amerikanische Senator Mansfield brachte zwischen 1966 und 1974 mehrfach Resolutionen im amerikanischen Senat ein, in denen eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa gefordert wurde.

– eine funktionierende Allianz-Struktur mit den Elementen burden sharing, Konsultationen, Übungen, stationierte Streitkräfte;
– schließlich die fortdauernde politische Vitalität der Allianz, d. h. die Fähigkeit, Schwierigkeiten zu meistern und sich z. B. auch durch[15] Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich nicht überwältigen zu lassen.

Der zweite Kernpunkt dieser Philosophie sei, daß die USA und die Europäer in globalen Dimensionen denken müßten. Die Europäer sollten nicht alle Probleme unter europäischen Gesichtspunkten betrachten und die USA als Teil Europas ansehen. Durch eine globale Betrachtungsweise würde die Bedeutung der Allianz nicht geschmälert. Im übrigen müsse man sagen, daß das Konzept der Abschreckung und der Stabilität für alle Mitglieder der Allianz Auswirkungen habe, weil alle in der einen oder anderen Weise in globale Zusammenhänge einbezogene Mächte seien.

Gegen diesen Hintergrund müsse man die Lage nach Reykjavik analysieren. Reykjavik sei ein gesundes und vorwärts gerichtetes Ereignis gewesen. Jetzt komme es darauf an, die positiven Elemente umzusetzen, ohne gleichzeitig auch die Dinge voranzutreiben, die eine negative Wirkung hätten. Diese positiven Dinge seien:

– Die in Reykjavik vereinbarte INF-Lösung (Null in Europa, 100 in Asien und USA). Die USA bleiben bei dieser Lösung und warten ab, was die SU jetzt tun wird. Sie bemühen sich ferner, die in Reykjavik offengebliebenen Probleme wie die Verifikation, Vertragsdauer, SRINF einer Lösung zuzuführen.
– Im START-Bereich ist eine Struktur für ein Abkommen über 50 %ige Reduzierungen erreicht. Die Situation ist der bei INF sehr ähnlich.
– Im Weltraumbereich gibt es eine zukunftsträchtige Idee, nämlich die einer bestimmten Nichtkündigungsperiode für den ABM-Vertrag. Was die europäische Reaktion auf Reykjavik angeht, ist mein Eindruck, daß vor allem die zweiten fünf Jahre für die Europäer Probleme bringen. Unter praktischen Gesichtspunkten brauchten sich die Europäer keine großen Sorgen zu machen: Die von den USA vorgeschlagene Beseitigung aller ballistischen Raketen ist für die SU nicht akzeptabel, die von der SU vorgeschlagene Beseitigung aller strategischen Waffen nicht für die USA; d. h., beide Konzeptionen schließen einander aus.

  Die zentrale offene Frage ist: Was soll in den zehn Jahren erlaubt sein? Die Sowjets streben hier utopische Ziele an. Nach zehn Jahren soll über die Einführung von Weltraumwaffen verhandelt werden und zwischenzeitlich darf nichts Entscheidendes im Bereich der Forschung geschehen. Wenn man aber kreativ denkt, muß man von der Unterscheidung zwischen der Nichtkündbarkeit des ABM-Vertrags für zehn Jahre einerseits und der Stationierung nach zehn Jahren andererseits ausgehen. Wenn der ABM-Vertrag für zehn Jahre unkündbar ist und anschließend ein Recht besteht, sich davon zurückzuziehen, bedeutet dies gleichzeitig ungehinderte Forschung während dieser zehn Jahre. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die Intransigenz des Präsidenten in dieser Frage dazu geführt hat, daß die Sowjets in jüngster Zeit ihre Position immer wieder verändert haben.

15 Korrigiert aus: „auf".

Die Haltung der USA ist klar: Erlaubt ist, was der ABM-Vertrag gestattet. Von dieser Position lassen wir uns nicht abbringen. Es wäre auch nicht gut, wenn andere versuchen wollten, uns von dieser Haltung abzubringen: Dann würde unsere Verhandlungsposition geschwächt. Die entscheidende Frage ist, was in den zweiten fünf Jahren geschehen soll. Es ist nicht richtig, nur über die ersten fünf Jahre zu sprechen, ohne sich allzu viele Gedanken über die zweiten fünf Jahre zu machen. Gorbatschow hat Präsident Reagan im Januar einen Brief geschrieben, in dem er die Abschaffung aller Kernwaffen vorgeschlagen hat.[16] Reagan hat damals grundsätzlich positiv geantwortet[17], es aber von gewissen Bedingungen abhängig gemacht. Trotzdem sollte das Bild für die Welt nicht das sein, daß Gorbatschow für eine nuklearwaffenfreie Welt eintritt und der Westen Nuklearwaffen behalten will. Ich bleibe bei meiner schon in Brüssel geäußerten Auffassung: Das Nukleare ist nicht populär. Tschernobyl[18] hat einen sehr viel größeren Eindruck hinterlassen, als viele Leute meinen. Worauf es jetzt ankommt, ist, die richtigen Bedingungen dafür zu setzen, daß eine nuklearfreie Welt eine denkbare Welt wird.

Was die Frage der konventionellen Streitkräfte angeht, so bin ich nicht übermäßig beeindruckt durch die Streitkräfte des Warschauer Pakts. Der Westen ist in vieler Hinsicht stärker als der Osten, was die Zahl der Menschen, die Ressourcen, die Dynamik im Wirtschaftlichen, Wissenschaftlichen und Technologischen angeht. Außerdem: Die sowjetische Militärmaschine hat sich bisher nur dort als wirksam erwiesen, wo sie ihr eigenes Land verteidigt hat. Das zeigt sich etwa in Afghanistan. Ich bin auch davon überzeugt, daß die Sowjets eine so präzise Operation wie unseren Angriff auf Libyen[19] nicht durchführen könnten. Aus all diesen Gründen erscheint mir hinsichtlich des konventionellen Kräfteverhältnisses keine defätistische Haltung am Platze. Wir sind aber für konventionelle Verhandlungen. Der wichtigste Grund für uns ist, daß sie bei der Aufrechterhaltung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa helfen. Weitere Vorteile will ich nicht ausschließen. Wichtig bleibt jedoch auch, daß der Westen seine konventionellen Fähigkeiten verbessert.

AM *Raimond*: Die Sorge der Europäer gilt vor allem der Aufrechterhaltung der Abschreckung. Wir haben kein Vertrauen in eine konventionelle Abschreckung. Das Problem besteht in der Art der amerikanischen nuklearen Abschreckung in Europa. Die Situation seit dem Doppelbeschluß hat sich zu unseren Ungunsten verändert, vor allem durch die Entwicklung bei den sowjetischen SRINF. Reykjavik hat unsere Sorgen erhöht, z. B. weil die USA einen Freeze bei SRINF akzeptiert haben, ohne ein right to match durchzusetzen. Wird hierdurch nicht das Problem der Umgehung aufgeworfen? Eine weitere Sorge hinsichtlich der amerikanischen Fähigkeit zur Aufrechterhaltung der Abschreckung wird durch die vorgeschlagene Abschaffung der ballistischen Raketen aufgeworfen.

16 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Januar 1986 an Präsident Reagan vgl. http://www.thereaganfiles.com/19860114.pdf.
Vgl. dazu auch die Vorschläge Gorbatschows vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

17 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 22. Februar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 52.

18 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

19 Zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen am 15. April 1986 vgl. Dok. 100, Anm. 8.

Schließlich möchte ich eine Frage aufwerfen: Warum haben Sie gesagt, daß Verknüpfungen auch zu unserem Vorteil sein können?

AM *Shultz*: Verknüpfungen haben viele Aspekte. Da Sie (F) z. B. an der Zweckmäßigkeit strategischer Reduzierungen zweifeln, könnten Verknüpfungen für Sie sinnvoll sein, um eine Blockierung zu erreichen. Man muß sehen, daß für die SU auch eine delinkage Vorteile haben könnte. Gorbatschow z. B. könnte es als Gewinn ansehen, die in den letzten Jahren stationierten INF aus Europa herauszubekommen, deren Stationierung der inflexiblen Politik seiner Vorgänger zuzuschreiben ist. Das sind sehr naheliegende Aspekte der Verknüpfung. Schwieriger ist dagegen die Frage der Verknüpfung zwischen strategischen Waffen und strategischer Verteidigung. Wenn man an ein Defensivsystem denkt, wie es um Moskau herum besteht, dann ist die Antwort auf seine Errichtung die Schaffung mehr strategischer Waffen, um dieses System überwinden zu können. Wenn man dagegen ein System schaffen kann, das den Nitze-Kriterien der Unverwundbarkeit und der Kosteneffektivität[20] entspricht, ist das anders; dann lohnt es sich nicht, zusätzliche strategische Waffen zu schaffen. Das ist unsere Auffassung. Aber wir müssen auch sagen, daß die SU diese Auffassung nicht teilt. Für die SU hat die Verknüpfung zwischen START und Weltraum eine Rationale, die sie nicht für INF besitzt. Auch wir selbst sind bereit, dies anzuerkennen. Das gehört zu der klassischen Erfahrung, daß im Krieg Angriff und Verteidigung zusammengehören.

Nitze teilt die Auffassung, daß Vereinbarungen über 50%ige Reduzierungen von einem Ergebnis in den Weltraumverhandlungen abhängen dürften. Die USA sind bereit, an der Lösung des Problems hinsichtlich des ABM-Vertrags mitzuwirken, aber die Sowjets machen die Zusammenarbeit in dieser Frage nicht einfach.

AM *Shultz*: Unsere Position ist, wenn wir Fortschritte bei INF und START machen können – gut.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß eine Verknüpfung dann nicht zu unserem Nachteil ist, wenn wir selbst eine in unserem Interesse liegende Verknüpfung herstellen können. Das gilt vor allem für die Frage, was man mit der Zehn-Jahres-Frist von Reykjavik verknüpfen sollte.

AM *Howe*: Die zweiten fünf Jahre bringen Schwierigkeiten. Vielleicht bringen sie auch einige Chancen. Aber wir müssen sehen, daß sie den traditionellen Nuklearschirm gefährden. Für uns stellt sich die Frage: Was bleibt als Nuklearschutz übrig?

AM *Shultz*: Welche Alternativen haben wir zu einem Abbau ballistischer Raketen? Die Gefahr ist doch, daß die Zahl der Nuklearwaffen immer mehr ansteigt und daß immer mehr Länder dem nuklearen Club beitreten. Was übrigbleibt, sind Bomber, die wichtiger werden, und Cruise Missiles.

AM *Howe*: Ich möchte nochmals auf meine anfänglichen Ausführungen zurückkommen, daß man auch kleinere Schritte nicht unterschätzen darf. Ein Beispiel ist Stockholm[21], das zwar nur ein kleiner Schritt war, aber doch viel zur Vertrauensbildung beigetragen hat.

20 Zu den „Nitze-Kriterien" vgl. Dok. 118, Anm. 48.

21 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die KVAE statt. Für den Wortlaut

AM *Raimond*: Wenn es zu einem INF-Abkommen kommt, werden sich die Europäer nicht absentieren. Aber trotzdem bleibt für uns das Problem der nuklearen US-Präsenz in Europa und insbesondere das der Grauzone im SRINF-Bereich.

AM *Howe*: Von den Ausführungen AM Shultz' zum konventionellen Kräfteverhältnis bin ich nicht voll überzeugt. Wir sollten nicht glauben, daß wir die sowjetische konventionelle Stärke ausgleichen können, zumal nicht bei nuklearer Abrüstung. Reykjavik hat in Europa einen größeren Sinn für die nukleare Abschreckung geweckt.

BM: Wir befinden uns schon wieder zu sehr im Detail. Ich möchte nochmals auf das Treffen von Brüssel mit Shultz zurückkommen. Wir haben zwei verschiedene Diskussionen in Europa gehabt: Unmittelbar nach Reykjavik war die Frage, ob wir die USA kritisieren, weil in Reykjavik keine Vereinbarung zustande gekommen ist. Diese Gefahr haben wir in Brüssel bewältigt. Jetzt stellt sich die Frage: Kritisieren wir die USA, weil sie in Reykjavik zu weit gegangen sind? Dies ist auch eine Frage, die bei der bevorstehenden NATO-Ratssitzung ansteht. Entscheidend ist aber, daß wir eine Antwort geben, wohin wir gemeinsam wollen. Die Frage ist: Wie würde die Welt im Jahre 2000 aussehen, wenn wir Vier zu entscheiden hätten? Ich möchte vor jeder Illusion warnen: Reykjavik war nicht eine Konferenz wie jede andere. Seit Reykjavik ist für die breite Öffentlichkeit eine Welt vorstellbar mit weniger oder sogar ohne Kernwaffen. Also müssen wir klarmachen, was unser Ziel ist. Dieses Ziel auch für das Jahr 2000 kann nur in Kriegsverhütung, in Verhütung jeden Kriegs, bestehen. An diesem Ziel müssen wir die Elemente von Reykjavik messen:

– 50%igen Reduzierungen können wir ohne Bedenken zustimmen, weil sie die Abschreckung unverändert lassen.
– Wenn man an eine Welt ohne Kernwaffen denkt, stellt sich die Frage, wie dann die Sicherheit bewahrt werden kann; Shultz hat hier von konventioneller Abschreckung gesprochen. Da habe ich meine Zweifel. Wir haben zu Beginn des Ersten Weltkriegs ein Gleichgewicht gehabt, aber das hat niemanden von einem Krieg abgeschreckt. Wenn keine Kernwaffen mehr vorhanden sind, ist meine Sorge, daß ein Krieg auch dann wieder führbar wird, wenn die NATO ebenso stark wäre wie der Warschauer Pakt. Das heißt, unter dem Gesichtspunkt der Kriegsverhütung kann die Frage nicht so gestellt werden: Wieviel Geld müssen wir für konventionelle Rüstung mehr ausgeben, um Kernwaffen abschaffen zu können? Konventionelle Stabilität würde zur Kriegsverhütung nicht ausreichen. Schon im Harmel-Bericht[22] hat sich das Bündnis zum Ziel einer Friedensordnung in Europa bekannt. In diesem Zusammenhang möchte ich einschieben, daß ich die Arbeit der HLTF erstklassig finde, weil sie nicht nur quantitative Aspekte, sondern auch qualita-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1831

des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

22 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

tive hervorgehoben hat, wie etwa die geographischen Fragen, den Mangel an Transparenz, Doktrinen und Strukturen.

Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Unterstützung ist es wichtig, daß wir nicht behaupten, die Abschreckung habe versagt, und deshalb brauchten wir eine neue Strategie. Im Gegenteil: Wir brauchen Abschreckung, solange es keinen anderen Weg gibt, um Krieg zu verhüten.[23]

Ich möchte noch einmal auf eine frühere Bemerkung von Shultz zurückkommen, und ich möchte ihn bitten, diese bei der NATO-Ministersitzung zu wiederholen, daß die USA entschlossen sind, ein Arsenal an atomaren Waffen zu behalten, die die SU erreichen können, und daß sie mit ihren konventionellen Truppen in Europa bleiben wollen.

Es bleibt dann immer noch Raum für eine strategische Diskussion, die aber weniger von uns Außenministern, sondern vielmehr von den Verteidigungsministern geführt werden muß, z. B. ob ballistische Raketen notwendig sind oder ob Cruise Missiles und Bomber genügen.

Das entscheidende Ziel unserer politischen Strategie muß jedoch sein, klarzumachen, was wir wollen: Das ist, auch im Jahr 2000 jeden Krieg zu verhüten. Deshalb müssen wir die Abschreckung aufrechterhalten, solange es kein besseres Mittel der Kriegsverhütung gibt. Dies verlangt aber nicht strategische Potentiale, wie sie heute bestehen, z. B. haben 50 %ige Reduzierungen keinen Einfluß auf die Strategie. Wenn man über diese 50 % hinausgehen will, muß man wissen, wie es in anderen Bereichen aussieht. Z. B.: Sind C-Waffen völlig beseitigt? Oder sind konventionelle Strukturen geschaffen, die die SU daran hindern, sowohl aus dem Stand wie mit kurzfristiger Vorbereitung einen Angriff zu führen?

Schließlich ist es wichtig, in Zusammenarbeit zwischen West und Ost Strukturen zu schaffen, an deren Aufrechterhaltung der Osten interessiert ist. Wir werden sehr schnell feststellen, welche Strukturen unterhalb der strategischen Waffen geschaffen werden können, d. h. bei LRINF, SRINF, bei den konventionellen Streitkräften. Wenn es solche Strukturen gibt, wird es auch innerhalb der Allianz keine divergierenden Interessen geben. Wichtig ist, daß die Ziele der Allianz ohne Rücksicht auf eine mögliche Veränderung dieser Strukturen die gleichen bleiben, nämlich Kriegsverhütung, die Wahrung unserer Freiheit, der Widerstand gegen Pressionen und Erpressungen.

Wir als Deutsche sehen das vielleicht klarer als andere. Wir haben die meisten Atomwaffen auf unserem Boden. Deshalb sind Reduzierungen dieser Kernwaffen für uns besonders wichtig. Außerdem würden wir zuerst zum konventionellen Kriegsschauplatz werden. Deshalb kommt es für uns nicht in Frage, daß eine Reduzierung von Kernwaffen gegen eine erhöhte Gefahr konventionellen Kriegs eingetauscht wird. Vielmehr kommt es für uns darauf an, gleichzeitig mit der nuklearen Abrüstung auch die Gefahr konventionellen Kriegs zu reduzieren. Beides gehört zusammen. Hier handelt es sich nicht um Verknüpfungen. Mir wurde kürzlich die Frage gestellt: Sind die USA in Reykjavik einen

[23] Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Abschreckung im konventionellen Bereich kann nur auf technolog[ischem] Vorsprung beruhen – wenn nuklearfrei, muß dieser gesichert sein!“

falschen Weg gegangen? Meine Antwort war: Die USA sind den richtigen Weg gegangen. Aber ich hätte einen zusätzlichen Wunsch: Die USA hätten die Frage ansprechen sollen, wie die konventionelle Überlegenheit der SU beseitigt werden kann. Deshalb ist wichtig, daß nach Reykjavik neben übereinstimmenden Positionen im nuklearen Bereich auch darüber Übereinstimmung geschaffen wird, daß Verhandlungen im konventionellen Bereich aufgenommen werden müssen. Im übrigen müssen wir die Zeit nutzen, um alle strategischen Implikationen der nächsten fünfzehn Jahre eingehend zu untersuchen. Wir müssen ein Bild davon gewinnen, wo wir im Jahr 2000 sein wollen, um[24] dies der SU entgegensetzen zu können.

AM *Raimond*: Ich möchte viel von dem unterstützen, was BM gesagt hat. Zu Shultz möchte ich sagen: Was wir fürchten, ist eine Krise vor einem Krieg. Die starken Disparitäten in Europa im konventionellen und im nuklearen Bereich könnten die SU zur Ausübung von Druck ermutigen. Daß sie hierzu fähig ist, hat sie in der Vergangenheit bewiesen. Dabei könnte sie insbesondere auf Deutschland abzielen. Im übrigen möchte ich sagen, Frankreich ist nicht gegen Rüstungskontrolle, z. B. sind wir für eine 50%ige Reduzierung.

AM *Shultz*: Vielleicht ist unser Konzept für die zweiten fünf Jahre nicht richtig. Vielleicht sollten wir die Reduzierungen Stück für Stück fortsetzen. Vielleicht sollte das Ergebnis nach zehn Jahren in 60%igen Reduzierungen bestehen. Darüber muß man nachdenken. Wir selbst sind immer der Meinung, daß es sich bei strategischen Waffen allein um ein Verhältnis zwischen der SU und den USA handelt. Aber es ist klar, daß hier auch die Europäer beteiligt sind, und deswegen möchte ich gern Ihre Ansichten hören.

AM *Howe*: Die Aufrechterhaltung des ABM-Vertrags ist eine Sache. Aber es ist nicht unbedingt notwendig, hinsichtlich der Zehn-Jahres-Frist eine Verknüpfung zu INF oder zu CW zu schaffen.

AM *Shultz*: Bei den strategischen Waffen ist das anders. Über die Zahl der Jahre, für die der ABM-Vertrag fortgelten soll, ist eine Methode, der SU Sicherheit zu geben, damit sie sich zu Reduzierungen bereit erklärt.[25] Sie verlangt zusätzlich eine Verpflichtung von den USA über die Tätigkeiten, die in dieser Zeit erlaubt sein sollen.

Shultz bemerkt abschließend, daß eine philosophische Diskussion dieser Art zwischen den Außenministern sehr nützlich sei und daß die Außenminister sie auch für künftige Zusammentreffen – auch über andere Themen – vorsehen sollten.

VS-Bd. 11294 (220)

[24] Korrigiert aus: „und".
[25] So in der Vorlage.

354

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening

9. Dezember 1986[1]

Treffen der vier Außenminister in Chevening am 9.12.1986[2]

I. Nach der Behandlung der Berlin- und Deutschlandfragen[3] erörterten die Außenminister folgende Themen:

– Entwicklung des KSZE-Prozesses,

– West-Ost-Beziehungen,

– Lage im südpazifischen Raum.

Hieran nahmen die Politischen Direktoren[4] und jeweils ein Note-taker teil; auf deutscher Seite D 2 und LMB[5].

II. 1) Entwicklung des KSZE-Prozesses

AM *Howe* verwies auf die in Wien zur Zeit stattfindende Implementierungsdebatte, bei der GB und Kanada in vorderster Front bei ihrer Forderung nach Implementierung stünden. Er wolle diese Bemerkung nicht als Beschwerde verstanden wissen, da er davon ausgehe, daß es unterschiedliche Möglichkeiten der Präsentation gebe.

AM *Shultz* fragte überrascht, ob der Eindruck entstanden sei, daß USA sich zurückhielten. Seines Wissens sei seine Delegation so deutlich, wie sie nur sein könne. Zusätzlich zur offiziellen Delegation gebe es in Wien auch eine öffent-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 10. Dezember 1986 gefertigt.
Hat den Vortragenden Legationsräten Bitterlich und Ischinger am 11. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Für das Gespräch vgl. auch Dok. 353.

3 Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. London, berichtete am 9. Dezember 1986: „Vierertreffen über Deutschland und Berlin unter unserem Vorsitz konzentrierte sich auf allen Ebenen, auch in Diskussion der Minister, auf die 750-Jahrfeier. Minister bestätigten Ansatz der Vierergruppe, wie er auch in verabredeter Presse-Sprachregelung zum Ausdruck kommt: Nutzung des Jubiläums, um Kontakte in Berlin und zum Umfeld zu fördern, aber Wahrung des Status. Außenminister beauftragten die Vierergruppe, die Besuchsfragen weiter zu beraten. (Für StäV: Frage der Teilnahme am Eröffnungskonzert wurde nicht diskutiert. Hierüber lag übrigen Delegationen noch keine Berichterstattung vor.) […] Zur 750-Jahrfeier wurde in Beratung auf allen Ebenen alliierte Skepsis gegenüber dem Besuchsprojekt erneut deutlich, wobei alle Drei anerkannten, daß gerade im Jubiläumsjahr Gelegenheiten geschaffen werden sollten, um die Teilung der Stadt durch möglichst zahlreiche Kontakte zu mildern. AM Shultz stellte im Zusammenhang mit Presseerklärung zur 750-Jahrfeier die Frage, wie die Verbündeten bei ihren Besuchen in Berlin (West) auf das Problem der Mauer öffentlich eingehen sollten. Der Hinweis auf die Suche nach Gemeinsamkeiten und Kontakten innerhalb der Stadt im Jubiläumsjahr veranlasse ihn, darauf hinzuweisen, daß sich der amerikanische Präsident auch persönlich mit der Existenz der Mauer nicht abgefunden habe. […] AM Howe regte an, sich in Verbindung mit der Diepgen-Einladung Gedanken über Bewegungsfreiheit innerhalb Berlins zu machen (‚to open the Wall'). BM nahm den Gedanken auf. Es sei Ziel unserer Politik, die Mauer durchlässiger zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2429; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Jean Noiville (Frankreich), Hermann Freiherr von Richthofen (Bundesrepublik), Rozanne L. Ridgway (USA) und Derek Thomas (Großbritannien).

5 Michael Jansen.

liche Delegation, die darauf hinwirke, daß alle Fragen angesprochen würden. Botschafter Zimmermann sei im übrigen ein ausgezeichneter Fachmann, der die Dinge in der richtigen Perspektive sehe. Im übrigen halte er es für günstig, daß die SU sehe, daß nicht nur die USA sich über die fehlende Implementierung beklagen, sondern daß auch andere Klage führten. Der Druck auf die SU müßte aufrechterhalten werden. Wenn z. B. GS Gorbatschow nach Südamerika reise und auch Länder wie Brasilien besuche, sollten ihn die Fragen der Menschenrechte dorthin begleiten.

BM machte darauf aufmerksam, daß die Delegationen sich auf unterschiedliche Bereiche konzentrierten. Für D habe z. B. die Möglichkeit der Ausreise aus der SU, Polen und Rumänien hohe Priorität. Bundesregierung setze sich dafür ein, daß Deutschstämmige und insbesondere auch Juden aus der SU ausreisen könnten. Dieses Recht auf Ausreise müsse allerdings differenziert gesehen werden, da die DDR Tausenden die Ausreise erlaube. Er wolle im übrigen weiterhin das Hauptaugenmerk darauf richten, daß niemand, der sich auf die KSZE-Schlußakte[6] und die übrigen Dokumente beziehe, bestraft werden dürfe. Deshalb sei 1975 auch die Veröffentlichung der Schlußakte in den KSZE-Teilnehmerstaaten durchgesetzt worden.

AM *Howe* lenkte die Aufmerksamkeit auf das sowjetische Angebot, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten.[7] Wichtig sei, daß die Zwölf und die Sechzehn über diese Frage in engem Kontakt blieben. Die britische Haltung sei, zu dem Projekt nicht einfach Ja zu sagen, sondern die Durchführung nicht auszuschließen, wenn die Bedingungen gut seien. Zu diesen Bedingungen gehöre, daß die Konferenz beispielsweise für Journalisten und Dissidenten offen sein müsse und die Störung von Radiosendungen aufhöre.

AM *Shultz* warf ein, daß SU es Sacharow erlauben müsse, bei der Konferenz zu sprechen und sich frei zu bewegen. Vordringlich sei, daß SU mit ihrem Vorschlag den Westen nicht auseinanderdividiere, indem sie die eine oder andere Bedingung akzeptiere, aber andere ablehne. Hier sei eine gute Koordination nötig. Er frage sich, wie diese erfolgen könne.

AM *Raimond* empfahl, sich um die von der Schlußakte direkt Betroffenen zu kümmern. In seiner Rede in Wien am 4.11. habe er sich hierzu geäußert.[8] Die französische Delegation werde im Januar entsprechende Vorschläge vorlegen. Zur Konferenzidee bezog er sich auf die Diskussion in der EPZ vom 10.11.[9] Er empfehle, nach wie vor den Sowjets keine Zustimmung zu signalisieren; dies spiele Sowjets nur in die Hände. Genauso schwierig sei allerdings auch der Weg, Bedingungen zu stellen. Er habe hierüber mit Orlow gesprochen. Wenn man die Einhaltung von Bedingungen unnachgiebig fordere, werde es keine Konferenz geben. Falls einige der Bedingungen erfüllt würden, sehe er eine

6 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

7 Zu den Vorschlägen Dänemarks, der Niederlande und der UdSSR zur Behandlung von Menschenrechtsfragen vgl. Dok. 341.

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Außenministers Raimond am 4. November 1986 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÉRE 1986 (November/Dezember), S. 13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 127.

9 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London vgl. Dok. 323.

Konferenz voraus, bei der es Rhetorik gebe, aber keine substantiellen Ergebnisse. Er stelle sich vor, daß der Westen den Akzent auf Maßnahmen nach Art. 7 Kapitel 7 der Helsinki-Schlußakte lege. Dies führe zu einer Erörterung, wie sie das Expertentreffen in Bern[10] vorgenommen habe. Er schlage einen Mechanismus vor, nach dem jedes Land bilateral mit östlichen Staaten der KSZE spreche, um bestimmte Fortschritte zu erreichen. Über Fortschritte und Schwierigkeiten solle an die 35 berichtet werden. Vielleicht könne man Anfang 1988 ein Treffen veranstalten, um eine Bilanz zu ziehen. Auch eine anschließende Konferenz in Moskau schließe er nicht aus. Entscheidend sei, daß Schritt für Schritt vorangegangen werde. Nur so seien positive Ergebnisse zu erreichen. Bei einer sofort anzuberaumenden Menschenrechtskonferenz befürchte er ein negatives Ergebnis, da gewisse Fortschritte nur durch bilaterale Kontakte erreichbar seien. Deshalb sage er grundsätzlich Ja zu einer Konferenz in Moskau, wenn Schritt für Schritt gewisse Bedingungen verwirklicht würden.

AM *Shultz* attestierte einem solchen Vorgehen eine gewisse Anziehungskraft, da er sich von einer Menschenrechtskonferenz in Moskau nichts Gutes verspreche. In allen Bereichen, ob es sich um die politische Freiheit, Auswanderung, rassische Diskriminierung o.ä. handele, sehe er keinerlei Übereinstimmung mit den Maßstäben der allgemeinen Menschenrechte. Vielleicht sei der französische Vorschlag der beste Weg, um einen Prozeß einzuleiten, bei dem am Ende etwas Positives herauskommen könne.

BM machte darauf aufmerksam, daß die Grundsatzfrage gestellt sei, wie man in Moskau Ergebnis erzielen könne. Jedenfalls sei es nicht möglich, bei einer solchen Konferenz nur die alten Forderungen zu wiederholen. Er sehe vielmehr die Gefahr, daß die SU – wie sie dies auch in den VN tue – von den eigentlichen Menschenrechtsfragen ablenke und auf die sog. sozialen Rechte oder sozialen Fragen abstelle. Dies führe dann unweigerlich zur Beschuldigung anderer, mit dem Ziel, die westliche öffentliche Meinung zu beeindrucken. Nach dem Expertentreffen in Bern hätten SU und DDR vorgeschlagen, die dort vereinbarten Ergebnisse mit D bilateral zu vereinbaren. Er sehe hier die Gefahr, daß es zu unterschiedlichen Positionen im Westen komme. Deshalb schlage er vor, auf gemeinsamer Grundlage vorzugehen; insbesondere empfehle er, vor einer solchen Konferenz intensive vorbereitende Gespräche abzuhalten.

AM *Shultz* insistierte, daß niemand an der grundlegenden Tatsache vorbeikomme, daß nämlich die elementaren Verpflichtungen vom Osten nicht erfüllt worden seien.

AM *Howe* stimmte zu. Es sei leicht gewesen, Texte zu vereinbaren, die nicht respektiert würden. Er schlage vor, daß die Vertreter der Vier sich zusammensetzten, um auf der Grundlage gemeinsamer Analyse dann mit den NATO-Sechzehn eine gemeinsame Position zu besprechen.

Der französische Vorschlag eines graduellen Zusammenführens der Probleme habe viel für sich. DK schlage eine quasi-permanente Konferenz vor, die Niederlande hätten eine Beschwerdekommission ins Gespräch gebracht. Er selbst zögere, die Idee, eine Konferenz in Moskau abzuhalten, beiseite zu schieben. Zumindest sollte man den Sowjets sagen, was man von ihnen erwarte. Wenn

10 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

SU bereit sei, eine solche Konferenz abzuhalten, müßte sie gezwungen werden, bestimmte Dinge sicherzustellen. Falls sie dem nachkomme, sei dies fast ein Wunder, wenn sie dies nicht täte, setze sie sich ins Unrecht. Wichtig sei, SU aus dieser Verpflichtung nicht zu entlassen.

AM *Raimond* äußerte Übereinstimmung mit den Überlegungen von BM. Die Konferenz dürfe kein Forum für die Wiederholung verbaler Forderungen sein. Er sei dafür, daß die SU zunächst eine Reihe von Menschenrechtsfällen regele. (AM Shultz warf hier ein, daß es nicht allein um berühmte Namen gehe, sondern um die Masse der Ausreise- und anderen Fälle.) Die Runde der 35 sollte seiner Vorstellung nach eine Berufungsinstanz sein. Die dänischen und niederländischen Vorschläge nehme er gern auf. Im übrigen sei er einverstanden, in Wien zu viert zunächst die Fragen des weiteren Vorgehens zu besprechen.

AM *Shultz* erklärte sich grundsätzlich einverstanden. Er wolle weder unter bestimmten Bedingungen zustimmen noch sich einer Menschenrechtskonferenz in Moskau verweigern. Er halte die Durchführung aber für unwahrscheinlich. Für ihn zähle das Ergebnis, das vorher erbracht werden müsse. Er sei ebenfalls dafür, daß die Politischen Direktoren gemeinsam überlegten, wie man die heute angestellten Überlegungen verdichten könne.[11]

BM wies darauf hin, daß es darum gehe, die Fragen der Substanz voranzubringen. Er müsse zwischen den Staaten, von denen wir etwas erwarteten, differenzieren. SU habe im ablaufenden Jahr etwa 1000 Deutsche ausreisen lassen, die DDR etwa 25 000. Fast 100 000 Menschen unter 60 Jahren hätten die Bundesrepublik Deutschland besuchen können. Die Quantität der Fälle zeige, wie unterschiedlich vorgegangen werde.

2) West-Ost-Beziehungen

a) Nachrichtendienstliche Tätigkeit der WP-Botschaften

AM *Howe* warf die Frage auf, wie ND-Tätigkeit[12] der Botschaften des WP effektiv kontrolliert und eingeschränkt werden könne. In GB folge man der Praxis, daß durch eigene oder befreundete Dienste identifizierte ND-Leute als Diplomaten nicht akzeptiert würden. Der Fall Gordijewskij[13] habe des weiteren dazu geführt, daß eine Reihe von Personen direkt als KGB-Leute enttarnt worden seien. Außerdem habe Gordijewskij dazu beigetragen, bestimmte Personen aufgrund ihres Lebensweges als KGB-Agenten zu enttarnen oder doch die Vermutung auf entsprechende Mitgliedschaft zu erhärten. Die Ausweisung von sowjetischen Diplomaten aus GB habe in Moskau zur Ausweisung von elf britischen Diplomaten geführt.

AM *Raimond* glaubte, in Moskau gewisse Anzeichen zu erkennen, daß Sowjets die Ortskräfte an der französischen Botschaft verringerten. Dies würde in etwa dem Vorgehen gegenüber der amerikanischen Botschaft entsprechen.

11 Vgl. dazu das Gespräch der Politischen Direktoren am 10. Dezember 1986 in Brüssel; Dok. 362.

12 Nachrichtendienst-Tätigkeit.

13 Gesandter Freiherr von Stein, London, informierte am 12. September 1985: „Lt. Radio und FCO-Mitteilung hat Chef des KGB in sowjetischer Botschaft, Botschaftsrat Oleg Gordijewskij, bei britischen Behörden um politisches Asyl nachgesucht und erhalten. Er habe dabei ein Netz von KGB-Vertretern in GB aufgedeckt. FCO habe umgehend 25 Sowjetbürger, davon sechs mit Diplomatenstatus, ausgewiesen und ihnen drei Wochen Zeit zur Ausreise gegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1575; Referat 213, Bd. 139334.

AM *Shultz* erläuterte amerikanische Praxis, wonach den Diplomaten der Zutritt zu den USA verweigert werde, die irgendwie in ND-Aktionen verwickelt gewesen seien. Die einfache Mitgliedschaft im KGB sei für sich genommen kein Anlaß, Akkreditierungen zu verweigern. USA hätten selbst eine Reihe hochrangiger Diplomaten, die teilweise im CIA tätig gewesen seien, er erinnere nur an den jetzt neu ernannten Sicherheitsberater Carlucci. Bei anderen wolle man deshalb auch keine strengeren Maßstäbe anlegen. Die Situation an der Botschaft in Moskau sei ärgerlich, weil die Ortskräfte fehlten. Der zunächst spürbare Pioniergeist reiche zwar für eine Weile, um die größten Engpässe zu schließen, auf Dauer müsse aber doch eine Beschädigung der diplomatischen Beziehungen befürchtet werden. Insgesamt stelle er fest, die SU sei nun einmal, wie sie sei, und man müsse mit ihr leben und irgendwie klarkommen.

BM wies auf die andere Ausgangslage in D hin. Die Botschaft der SU und die Ständige Vertretung der DDR seien – was ND-Tätigkeit angehe – sehr viel zurückhaltender. Dies sei leicht zu erklären, da in der offenen Gesellschaft in D ein diplomatischer Status für die Zwecke der Spionage nicht gebraucht werde. Für Bewohner der DDR gelten hier gleiche Rechte. Dies führe dazu, daß die tägliche Spionagearbeit ohne die Ständige Vertretung durchgeführt werde. Er nehme an, daß nur bestimmte, besondere Aufgaben von den Botschaftern wahrgenommen würden. Diese Erkenntnis habe er schon als Innenminister gewonnen.

AM *Howe* bat, in diesem empfindlichen Bereich ein möglichst konsistentes und gemeinsames Vorgehen, soweit dies möglich sei, für die Zukunft vorzusehen.

b) Beziehungen zu den WP-Staaten

AM *Shultz* bat um eine Beurteilung der Lage in den Staaten des WP. Zur SU gebe es viele Hinweise, daß sich doch eine andere Sichtweise betreffend die Beziehungen zum Westen durchsetze und daß der Versuch unternommen werde, zu irgendeiner Rüstungskontrollvereinbarung mit dem Westen zu kommen. Im bilateralen Verhältnis gebe es erhebliche Bewegung. Angesichts der großen ungelösten Fragen müsse man eher sehen, daß man nicht zu weit gehe. Im Bereich der Menschenrechte gebe es keine wirklich gute Entwicklung. Zwar dürften gewisse bekannte Personen aus der SU auswandern, aber dies bedeute keine wirkliche Änderung der harten Linie des Regimes. Auf manche Weise sei unter dem jetzigen Generalsekretär eine härtere Gangart spürbar als unter Breschnew, die Art und Weise, wie die Dinge dargestellt würden, sei aber ausgefeilter (more sophisticated). Dem müsse vom Westen nachdrücklich begegnet werden.

Zu den Regionalfragen habe Armacost zwei Gesprächsrunden mit sowjetischen Gesprächspartnern gehabt.[14] Dabei habe es gewisse Fortschritte in der Tonlage und der Darstellung gegeben. Ein Wille, wirklich etwas voranzubringen, sei aber nicht spürbar geworden. Dennoch seien die Treffen nützlich gewesen, da sie der Schadensbegrenzung dienten.

Er halte die NATO-Linie, nämlich Stärke gepaart mit Gesprächsbereitschaft, weiterhin für richtig. Vielleicht gebe es dann schließlich Bewegung.

14 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen am 27./28. August 1986 in Washington vgl. Dok. 238, Anm. 6.

In Polen sei diese Bewegung feststellbar. In Wien und Washington hätten bilaterale Gespräche stattgefunden, und es gebe auch ein kleines Projekt, das von Whitehead betreut werde, der sich auch in Zukunft um Polen besonders kümmern solle. Man müsse sich aber davor hüten, die polnischen Wünsche zu erfüllen, ohne daß die eigenen Wünsche befriedigt würden, denn die Erfüllung der polnischen Wünsche sei natürlich sehr viel vorteilhafter als das, was Polen dem Westen bieten könne. Polen seien in erster Linie an der Verbesserung der Handelsbeziehungen interessiert.

AM Shultz fügte hinzu, daß die Dinge in den einzelnen osteuropäischen Ländern differenziert gesehen werden müßten. Er zögere deshalb auch, von Osteuropa zu sprechen, weil Osteuropa nicht monolithisch sei.

BM stimmte dem völlig zu. Auch der Begriff Block stimme nicht, da er nicht genügend differenziere.

Was die deutsch-sowjetischen Beziehungen angehe, so gebe es zur Zeit gewisse Schwierigkeiten, so daß sich in voraussehbarer Zukunft nicht sehr viel tun werde. Dies verändere aber nicht die sowjetische Absicht auf bessere Beziehungen mit D und dem Westen. Deshalb mache die Bundesregierung klar – wie der BK gestern in seiner Rede und er selbst in einem Interview[15] –, was wir wollen, ohne der SU nachzulaufen. Eine positive Entwicklung sei wichtig, weil die Qualität der bilateralen Beziehungen zur SU auch den Manövrierraum im Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik Deutschland bestimme.

Was das Verhältnis zur DDR angehe, so gebe es eine große Zahl von Besuchen und Ausreisen, insbesondere signifikant steigende Besuchserlaubnisse. Die Ausreisezahlen lägen etwa bei 25 000 im ablaufenden Jahr.

BM schilderte dann das Verhältnis zur ČSSR, das zur Zeit wegen des Grenzzwischenfalls Dick[16], den BM erläuterte, eine schwierige Etappe durchlaufe.

Im Verhältnis zu Ungarn hoffe er, daß es bald zu Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen mit der EG komme.[17] Deshalb habe er auch beim Europäischen Rat[18] gebeten, diese Verhandlungen so bald wie möglich aufzunehmen, denn das Land verdiene Ermutigung, da es zur Zeit in ökonomischen Schwierigkeiten stecke.

Das Verhältnis zu Bulgarien sei problemlos. Er werde am kommenden Montag dort einen Besuch machen.[19] Dies sei von Bedeutung, da die SU eine Reihe von Besuchen abgesagt habe.[20] Auf Frage von AM Shultz erläuterte BM die von SU und D abgesagten Besuche im Laufe der Monate November und Dezember.

AM *Raimond* hielt ebenfalls den Begriff „Block“ für schlecht; in Frankreich spreche man deshalb von der „Familie“ der Staaten des Ostens. Allerdings räu-

15 Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 8. Dezember 1986 vgl. die Pressemitteilung Nr. 1323/86; Referat 013, Bd. 179064.

16 Zur Tötung des deutschen Staatsangehörigen Dick durch Angehörige der Grenztruppen der ČSSR am 18. September 1986 vgl. Dok. 346, Anm. 13.

17 Zum Interesse Ungarns an einem Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 344, Anm. 10.

18 Zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher am 5. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 356.

19 Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Dezember 1986 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 351, Anm. 13.

20 Zu den geplanten Besuchen vgl. Dok. 339.

me er ein, daß dies auch ein schiefes Bild gebe. Wie sich die Dinge dort bewegten, wage er nicht vorherzusagen.

Er habe eine Besuchseinladung für 1987 nach Polen angenommen[21], da die Amnestie ausgeweitet worden sei.[22] Er habe allerdings zur Bedingung gemacht, daß er seine Freunde empfangen könne, auch die Berater von Wałęsa. Insgesamt sei er nicht sehr optimistisch über die dortige Entwicklung, weil es General Jaruzelski gelungen sei, die Opposition zu neutralisieren.

Zur Lage in der SU habe er nichts wesentlich Neues beizutragen. Es sei wichtig, daß alle wachsam blieben, damit keine Zeichen der Bewegung verpaßt würden. Er selbst sei von der Prawda angegriffen worden wegen der französischen Position nach Reykjavik[23]. Prawda werfe ihm vor, er sei gegen die nukleare Abrüstung.

Zu den Menschenrechtsfragen habe Sagladin ihm einmal gesagt, daß die sowjetische Politik hier zu administrativ sei und mehr politische Elemente enthalten müsse.

Bei den Regionalfragen habe er bisher keine Bewegung entdeckt.

AM *Howe* bewertete es als positiv, daß die polnische Regierung der Gefahr des sozialen Chaos wirkungsvoll begegnet sei. Es bleibe aber schwer, die Wirtschaft zu motivieren und in Schwung zu bringen. Insgesamt beobachte er eine große Ratlosigkeit.

AM Howe bestätigte, daß MP Thatcher 1987 die SU besuchen werde.[24] Falls sie dort auf offenere Verhältnisse stoßen sollte, rate er dazu, dies soweit wie möglich zu nutzen. Es sei allemal den Versuch wert, wirkliche Öffnungen zu fördern.

3) Lage im südpazifischen Raum

AM *Shultz* bat, dem südpazifischen Raum in Zukunft größere Aufmerksamkeit zu widmen. Er plädiere insbesondere dafür, daß sich der Westen intensiver um die pazifischen Inselstaaten bemühe. Die von Australien propagierte nuklearfreie Zone habe mit dem Vertrag von Rarotonga[25] gewisse Spannungen in die

21 Der französische Außenminister Raimond hielt sich vom 10. bis 12. April 1987 in Polen auf.

22 Zur Amnestie in Polen vgl. Dok. 260, Anm. 12.
Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 27. Oktober 1986, das polnische Parlament habe am 24. Oktober 1986 eine Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten beschlossen: „Die neue Regelung zielt darauf ab, kleinere politische Vergehen wie die Verbreitung von Flugblättern, die Teilnahme an Demonstrationen, Aufrufe zur Störung der öffentlichen Ordnung etc. zu ‚dekriminalisieren' und damit die Lage nach innen weiter zu beruhigen. Man wird abwarten müssen, wie extensiv die neue Regelung angewandt werden wird und ob mit ihr tatsächlich ein partieller Verzicht auf Repressionen gegen die Opposition verbunden sein wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1802; Referat 214, Bd. 139700.

23 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

24 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 28. März bis 1. April 1987 in der UdSSR auf.

25 Korrigiert aus: „Roratonga".
Für den Wortlaut des Vertrags vom 6. August 1985 zwischen Australien, den Cookinseln, Fidschi, Kiribati, Neuseeland, Niue, Tuvalu und West-Samoa über eine nuklearfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga) vgl. UNTS, Bd. 1445, S. 178–186. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 699–706.
Frankreich, Großbritannien und die USA unterzeichneten am 8. August 1986 in Suva das Protokoll 1 zum Vertrag von Rarotonga. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1971, S. 470–472.
Am selben Tag unterzeichneten Frankreich, Großbritannien und die USA die Protokolle 2 und 3

Region gebracht. Er hoffe, daß die Dinge sich in Zukunft etwas positiver entwickelten. Die amerikanische Regierung versuche deshalb, die positiven Entwicklungen in der Region entsprechend zu würdigen. So sei die amerikanische Marine außerordentlich bemüht, gerade den pazifischen Inselstaaten beizustehen. Bei jedem Schiffsbesuch schicke die Marine Leute an Land, die den Inselbewohnern ganz praktisch behilflich seien. Er selbst versuche, die Treffen der ASEAN-Außenminister jeweils zu einem Besuch der Inseln zu nutzen, auch wenn dies wegen der begrenzten Landebahnen schwierig sei.

Besonderes Augenmerk widme er den Entwicklungen auf den Philippinen. Frau Aquino sei eine sensationelle Politikerin, die ganz schnell lerne. Sie habe eine Fähigkeit, zu erkennen, worauf es ankomme. Außerdem halte sie mit der Hartnäckigkeit einer Bulldogge an den Dingen fest, die sie für richtig halte. Sie habe vor allem die Klugheit besessen, die Armee im Gefecht mit den Kommunisten[26] nicht zu schwächen. Die Armee müsse erst geformt werden. Deshalb stimme[27] auch der Vorwurf an sie nicht, sie habe die Kommunisten nicht bekämpft, da sie keine Armee hatte, mit der sie dies hätte tun können.

AM Shultz würdigte die wirtschaftliche Entwicklung in Japan. Die Entwicklung der dortigen Wirtschaft sei eine unglaubliche Leistung.

Die Entwicklung in Südkorea sei markiert durch einen der schwierigsten Übergänge in der koreanischen Geschichte, die bisher Übergänge von einem System auf das andere nur jeweils begleitet von Gewalt gekannt habe. Auch jetzt sei zu befürchten, daß der Übergang zu demokratischen Verhältnissen von viel Protest und Gewalt begleitet werde. Viel stehe auf dem Spiel, aber der Trend gehe in die richtige Richtung. Er meine, daß die Entwicklung im Westen mehr Beachtung verdiene als bisher. Er rate deshalb, den Ereignissen dort große Aufmerksamkeit zu widmen.

AM *Howe* stimmte zu. Wenn der Westen dort versage, entstünden erhebliche Risiken.

Australien und Neuseeland seien politisch wichtiger, als dies oft scheine. Er habe das Gefühl, daß sie zur Zeit durch eine „skandinavische Phase“ gingen. GB habe zu vielen der Inselstaaten historische Beziehungen, die heute aber mehr durch Gefühle der Zuneigung als durch einen aktiven Austausch gekennzeichnet seien. Er empfehle deshalb große Aufmerksamkeit, daß durch die westliche Vernachlässigung der SU nicht die Gelegenheit gegeben werde, sich in die Region hineinzuschmuggeln. Sie versuche dies, indem sie Fischereivereinbarungen und ähnliches abschließe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1841

zum Vertrag von Rarotonga, denen die UdSSR und die Volksrepublik China am 15. Dezember 1986 bzw. 10. Februar 1987 beitraten. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1971, S. 475–479 bzw. S. 482–485. Für den deutschen Wortlaut aller drei Protokolle vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S.707–709.

26 Botschaftsrat Duckwitz, Manila, berichtete am 28. November 1986: „Am 27. Nov[ember] ist durch die Verhandlungsführer der Regierung sowie der National Democratic Front (NDF) ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet worden, das am 10. Dezember in Kraft treten und für 60 Tage Gültigkeit haben soll. Das Abkommen sieht Einstellung aller Kämpfe und Fortsetzung des Dialogs zu politischen und sozialen-wirtschaftlichen Problemen vor. […] Unklar ist, wie das Militär das nun abgeschlossene Abkommen mit den Kommunisten beurteilt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 609; Referat 342, Bd. 137237.

27 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich handschriftlich eingefügt.

Vor allem aber müsse man aufpassen, daß die SU nicht von dem französischen Verhalten betreffend die Atomtests im Pazifik profitiere. Für seinen Teil drükke er einen gewissen distanzierten Respekt für die französische Position aus („detached respect for French position").

AM *Raimond* wies auf die Zeichnung der VN-Konvention über den Schutz der Umwelt hin. F habe hier einen Vorbehalt betr. Atomtests eingelegt.[28] Was den Vertrag von Rarotonga[29] angehe, so befinde er sich im klaren Gegensatz zum Prinzip der nuklearen Abschreckung.

PM Chirac messe der südpazifischen Region große Bedeutung bei. Die französische Unterstützung für die Inselstaaten sei erheblich. Im Quai würden unter seiner Regie eine Reihe von Fonds mit erheblichen Mitteln verwaltet.

Was die nuklearfreie Zone angehe, so fürchte er, daß Australien und Neuseeland den anti-nuklearen Gefühlen nachgegeben hätten. Die Opposition im australischen Parlament nehme hier eine andere Haltung ein als die Regierung.

BM wies darauf hin, daß die sowjetische Führung die Lage in der südpazifischen Region genauso sorgfältig beobachte wie der Westen. Der Indien-Besuch von GS Gorbatschow[30] zeige im übrigen, wie stark man in der SU versuche, die Dritte Welt für sich zu gewinnen. Die SU sehe mit Wehmut auf die Zeit von Frau Gandhi zurück. Die sei auch der Grund, warum sie so nachdrücklich versuche, mit dem Sohn Rajiv zu einem besseren Verhältnis zu kommen, den sie an sich mit Argwohn beobachte.

Japan habe durch seine Teilnahme an dem Weltwirtschaftsgipfel viel stärker als noch vor zehn Jahren Zugang zu unserem Denken und zu der Art und Weise der Aufnahme von Problemen gefunden. Diese Entwicklung müsse fortgesetzt werden. Das Verhältnis der SU zu China sei nicht leichter geworden. Zwar sei es weniger feindselig als früher; andererseits habe China mehr Gewicht gewonnen. Auch die innere Entwicklung bilde eine zunehmende Herausforderung für die SU.

Das Verhältnis des Westens zu den ASEAN-Staaten sei, auch durch das Kooperationsabkommen mit der EG[31], so eng wie nur möglich. Hier könne die SU wenig ausrichten.

28 Bei Unterzeichnung des Übereinkommens vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen erklärte Frankreich u. a. folgenden Vorbehalt: „Dans les cas où les dispositions de la présente Convention seraient interprétées comme faisant obstacle à des activités qu'il estime nécessaires à sa défense nationale, le Gouvernement français n'appliquerait pas lesdites dispositions à ces activités." Vgl. UNTS, Bd. 1046, S. 163 bzw. S. 212.
Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 12. Dezember 1986 mit: „Angesichts anschwellender internationaler Kritik an der französischen Südpazifik-Präsenz hat sich F durch einen wichtigen, doch wenig beachteten diplomatischen Schritt Entlastung verschaffen wollen. Es ist am 25. November zusammen mit 16 Staaten (darunter den USA) einem regionalen Umweltschutzvertrag der Südpazifik-Kommission (CPS) mit Sitz in Nouméa beigetreten. Neuralgischer Punkt […] waren die französischen Atomversuche. Der Vertrag fordert Bekämpfung der durch Atomversuche verursachten Umweltschäden und verbietet die Beseitigung nuklearen Abfalls. F sah sich offensichtlich nicht tangiert, da es seine Atomversuche nur noch unterirdisch durchführt." Vgl. Referat 342, Bd. 137279.

29 Korrigiert aus: „Roratonga".

30 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 25. bis 28. November 1986 in Indien auf.

31 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den

Die Einschätzung der Lage in den Philippinen durch AM Shultz teile er. Auch er sei von Frau Aquino in gleicher Weise beeindruckt. Die Bundesregierung tue hier alles, was sie nur tun könne.

BM stellte fest, daß es mit Staaten wie Neuseeland und Australien größere Probleme gebe als im Verhältnis zur Dritten Welt. Das Neutralitäts- und Äquidistanzdenken sei im Grunde dort viel einschneidender. Wichtig sei, daß alles getan werde, und zwar politisch wie wirtschaftlich, um die Staaten der Dritten Welt, wie beispielsweise Indien, Pakistan, Philippinen und andere, so stark wie möglich zu machen, um ihnen den Weg zu einer friedlichen Entwicklung zu ebnen.

Referat 010, Bd. 178932

355

Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Staatssekretär im schweizerischen Außenministerium, Brunner, in Bern

202-321.15 SCZ **9. Dezember 1986**[1]

014 mit der Bitte, die Billigung des Herrn Staatssekretärs herbeizuführen.[2]

Deutsch-schweizerische Staatssekretärskonsultationen am 9.12.1986 in Bern

I. Das große schweizerische Interesse an Konsultationen mit uns wurde auch dadurch unterstrichen, daß StS Brunner von nahezu der gesamten Leitungsebene begleitet wurde (siehe anliegende Delegationsliste[3]).

Folgende Themen wurden behandelt:

1) West-Ost-Beziehungen, insbesondere KSZE-Prozeß,
2) US-Waffenlieferungen an Iran,
3) Südafrika,
4) Chemieunfall Basel/Rheinverschmutzung,
5) Revision des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommens/Körperschaftssteuer.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1843
ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 10. Dezember 1986 gefertigt.
2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.
3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140598.

II. Im einzelnen

1) West-Ost-Beziehungen

Auf schweizerischen Wunsch gab *StS* eine Analyse der Entwicklung in der SU seit anderthalb Jahren und erläuterte unsere Haltung zu Reykjavik[4]. Obwohl in Reykjavik eine Reihe von Fragen offengeblieben sei, könnten wir einer Chance für den Abzug der INF nicht negativ begegnen. Die bloß numerische Diskussion mancher Strategiefachleute sei in diesem Sinne eine unpolitische Diskussion. Das Bündnis werde am 11./12.12.86[5] voraussichtlich die Rüstungskontrollvorschläge von Reykjavik indossieren. In der Perspektive von Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung komme der Herstellung konventioneller Stabilität eine noch größere Bedeutung zu. Nach unserer Auffassung sollten alle Staaten, denen bei Fragen der konventionellen Stabilität in ganz Europa Verantwortung zukomme, dieses Thema verhandeln. Zwar müßten die Bündnisse zentral verhandeln, doch der KSZE-Rahmen dürfe nicht verlorengehen. Wir müßten zunächst ein Format finden, das sicherstelle, daß diese Verhandlungen mit den 35 rückgekoppelt würden. Denn die Teilnahme Frankreichs sei für uns unverzichtbar. Wir hofften, daß sich F und USA bald einigen können.[6]

Wir seien uns klar darüber, daß die N+N-Staaten auf konventionellem Gebiet nicht viel „zum Abspecken" hätten. Hauptaufgabe der KRK sei daher, die Problematik weniger numerisch als konzeptional anzugehen (Doktrin, Angriffsfähigkeit); der arithmetische Ansatz habe MBFR in die Sackgasse geführt. Die SU hätte dies begriffen.

StS *Brunner* gab zu erkennen, daß Reykjavik der schweizerischen Regierung Unbehagen bereitet hat, so daß die ausgebliebene Einigung der Supermächte mit Erleichterung aufgenommen worden sei. Reagan habe auch wegen der Wahlperiode[7] bei dieser Operation nur verlieren können. Man sei sich schweizerischerseits noch nicht schlüssig, ob Reykjavik einen Fortschritt oder einen Rückschritt gebracht habe. Zur KRK erklärte Brunner, CH sei grundsätzlich mit jeder Lösung einverstanden, wenn eine Verbindung zu den 35 erhalten bleibe. CH wäre etwa mit Bündnis-zu-Bündnis-Verhandlungen einverstanden, wenn sie durch ein institutionalisiertes Informationssystem in den 35er Rahmen eingebunden seien. Im Verlauf seiner Ausführungen präzisierte er: Beispielsweise könne man sich laufende Verhandlungen der 23 mit wöchentlichem Treffen der 35 vorstellen.

Die KRK dürfe aber nicht einziges Folgestück von Stockholm[8] bleiben. Sonst würde der KSZE-Prozeß hiervon absorbiert. Er halte eine zweite Stockholm-Nachfolgephase im KSZE-Rahmen mit eigener Thematik des parallelen Follow-

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

6 Zur amerikanisch-französischen Einigung in der Frage des Forums für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 352.

7 Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

8 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die KVAE statt. Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

up für angebracht. Von einer MR-Konferenz[9], die nur auf neue Texte ziele, sei nichts Wirkungsvolles zu erwarten. Alle Texte, die man brauche, lägen vor, statt dessen seien Mechanismen zur Verifizierung der Anwendung der Texte notwendig.

Vielleicht lasse sich ein Mandat für obligatorische bilaterale Verifikationsmechanismen in gemischten Kommissionen erreichen. CH habe mit Rumänien auf diesem Gebiet gute Erfahrungen gemacht. Die schweizerische Regierung stehe hier unter gewissem Handlungszwang, da die öffentliche Meinung Erfolge sehen will.

StS stimmte grundsätzlichem Gedanken zu, daß die Elemente der KSZE zusammen und in Gleichgewicht gehalten werden müßten. Die KSZE dürfe nicht zum Instrument der reinen Rüstungskontrolle werden. Er äußerte allerdings Zweifel daran, daß die UdSSR bereit sei zu Implementierungsverifikationen bei Menschenrechten. Mit dem Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz[10] wollten wir Korb II[11] aktivieren. Dabei strebten wir enge, begrenzte Mandate an, um einen bloßen Meinungsaustausch zu vermeiden und konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Bei dem Gedanken eines Verifikationsorgans in MR-Fragen stellten sich für uns gewisse Probleme. Wegen Ausreisewünschen, Familienzusammenführung usw. stünden wir in einem ständigen Gespräch mit einer Reihe osteuropäischer Staaten. Es wäre diesem humanitären Anliegen nicht dienlich, wenn sich gewisse Staaten solchen Gesprächen mit der Verweisung an eine multilaterale MR-Kommission entziehen könnten.

StS *Brunner* erklärte die schweizerische Bereitschaft, unserer Vorstellung zu Korb II zu folgen. Auch in allen anderen KSZE-Fragen sollte der bewährte enge Kontakt aufrechterhalten bleiben. Ferner regte er an, daß die EG-MS über die geographische Verteilung der kommenden KSZE-Sonderkonferenzen nachdenken sollten, um von dem quasi-Monopol der N+N-Staaten wegzukommen. Allerdings stünde Genf gegebenenfalls für eine KRK-Konferenz schon wegen der vorhandenen Infrastruktur zur Verfügung.

2) Iran – Irak

StS Brunner berichtete, daß der Transfer von Erlösen aus dem US-Waffengeschäft mit Iran[12] über eine schweizerische Bank erfolgt sei. Das von der US-Regierung angegebene Konto, das blockiert werden sollte, sei aber leer gewesen. Die Bank habe daraufhin freiwillig weitere Konten offengelegt. Da US die Fragen, wer gezahlt hat und auf welchem Wege, juristisch geklärt sehen wolle, stelle sich das Problem der Gleichbehandlung. Dies werfe die Frage von Zahlungen an andere Befreiungsbewegungen auf, etwa an Afghanen. Daran könne

9 Zu den Vorschlägen Dänemarks, der Niederlande und der UdSSR zur Behandlung von Menschenrechtsfragen vgl. Dok. 341.

10 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien; BULLETIN 1986, S. 1147.

11 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

12 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

US nicht gelegen sein. Was die Waffenlieferungen an Iran betreffe, so liefen Untersuchungen, ob solche über die Schweiz geleitet worden seien. Falls sich gewisse Beobachtungen erhärteten, müßten bestimmte amerikanische Persönlichkeiten unter Anklage gestellt werden. Diese Vorgänge seien für die Glaubwürdigkeit des Weißen Hauses höchst abträglich.

StS hält die „Afghanistan-Connection" für einen harten Prestigeverlust. Seit etwa einem Jahr habe der Widerstand eine qualitative Veränderung erfahren. Er sei ein regelrechter Krieg mit richtiger Logistik und Führungsstruktur geworden, was auf eine massive Erhöhung der Unterstützung (Stinger) schließen lasse.

Die Affäre habe insgesamt Glaubwürdigkeit und Prestige des Präsidenten tangiert. Er nehme nicht an, daß Reagan darüber stolpern werde, wohl aber werde sich der Kongreß in Zukunft noch stärker in die konkreten Regierungsgeschäfte einschalten.

3) Südafrika

StS *Brunner* legte ausführlich die Politik CH gegenüber SA dar und berichtete über im Außenministerium angestellte Überlegungen, wie man politisch zu einer Lösung beitragen könne. Man denke an einen Versuch, die Parteien und politisch-gesellschaftliche Gruppierungen (nicht Regierung und Opposition) zu Gesprächen zusammenzubringen. Dies werde gegenwärtig in einer AG geprüft. Im nächsten Jahr beabsichtige man Sondierungen vor Ort.

StS erwiderte, auch wir prüften Möglichkeiten einer politischen Lösung, fühlen uns wegen der Kritik, auf die unsere Haltung in der Innenpolitik und in der Dritten Welt stoße, aber nicht in der Lage, initiativ zu werden. Darüber hinaus sähen wir kaum Erfolgsaussichten, solange die Buren keine Bereitschaft zur Flexibilität zeigten.

StS *Brunner* äußerte die Überzeugung, D sei in SA noch die beste Adresse. Es gebe nur wenig glaubhafte Länder. D habe Kontakte zu nahezu allen Gruppen in SA.

Die generelle Lageeinschätzung, insbesondere der Dialogbereitschaft der Buren, teile er. CH hoffe auf einen gewissen Wandel im nächsten Jahr. Ein gutes Zeichen sei die Wiederzulassung des IRK[13], die auf interne Überlegungen zurückzuführen sei.

StS erklärte unsere Offenheit und Bereitschaft für den Fall, daß sich eine Konstruktion ergebe, bei der wir hilfreich sein könnten.

13 Internationales Rotes Kreuz.
Als Reaktion auf den Ausschluß der südafrikanischen Delegation von der XXV. Internationalen Rotkreuz-Konferenz vom 23. bis 31. Oktober 1986 in Genf am 25. Oktober 1986 verkündete die südafrikanische Regierung am 26. Oktober 1986 die Ausweisung der Angehörigen des IKRK aus Südafrika. Vgl. dazu den Artikel „International Red Cross Workers Are Ordered Out by South Africa"; THE NEW YORK TIMES vom 27. Oktober 1986, S. A 9.
Am 27. November 1986 teilte die britische EG-Ratspräsidentschaft mit, der südafrikanische Außenminister Botha habe am 20. November 1986 bekanntgegeben, daß das IKRK seine Arbeit in Südafrika fortsetzen dürfe. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 1205 (COREU); B 85 (Referat 513), Bd. 1769.

4) Chemieunfall Basel/Rheinverschmutzung[14]

StS äußerte zu diesem Thema, der Chemieunfall und seine Folgen haben eine große innenpolitische emotionsgeladene Diskussion ausgelöst, die von der Bundesregierung sehr ernst genommen wird. Sie versuche, so viele Emotionen wie möglich abzubauen, was nur teilweise gelinge. Wir seien von Erklärung Eglis vor der Vereinigten Bundesversammlung[15] beeindruckt. Die Zusammenarbeit in der Internationalen Rheinschutz-Kommission sei bilateral und international problemlos. Sobald die Schadensregulierung erfolgt sei, dürfte das Thema endgültig entemotionalisiert sein. Er habe keinen Auftrag, dieses Thema aufzubringen.

Schweizerischerseits (*Godet*) wurde betont, CH habe Maßnahmen ergriffen, um ihren guten Willen zu demonstrieren. Sie sei nicht alleiniger Rheinverschmutzer. Man solle mit Anklagen und Schuldzuweisungen Schluß machen; CH habe sich entschuldigt. Statt dessen solle man für die Zukunft arbeiten und konkrete Maßnahmen ergreifen. Die Konferenz in Rotterdam am 19.12.[16], an der Egli teilnehmen werde, böte dazu eine erste Gelegenheit. Die OECD sei möglicher-

14 Referat 433 legte am 1. Dezember 1986 dar: „Ein Brand in einer Lagerhalle der Chemiefirma Sandoz/Basel für Agrochemikalien am 1.11.86 hatte die Emission giftiger Luftschwaden (es gab keine Verletzten) sowie eine Verseuchung des Rheins durch stark kontaminiertes Löschwasser zur Folge. Brandursache noch ungeklärt. In etwa zeitlich mit dem Sandoz-Löschwasser wurde durch die Baseler Firma Ciba-Geigy die hochgiftige Agrochemikalie Atrazin in den Rhein geleitet. Die Sandoz-Katastrophe hat am Oberrhein unmittelbar nach Ausbruch eine Vielzahl grenzüberschreitender lokaler und regionaler Kontakte ausgelöst, der internationale Rheinwarn- und -alarmplan ist aber offenbar durch ein Versehen nicht aktiviert worden. Die Ciba-Geigy-Havarie wurde von den Verantwortlichen zunächst verschwiegen und erst, nachdem Untersuchungen in Rheinland-Pfalz Atrazin nachwiesen, zögernd zugegeben. […] Der Ernst der Sandoz-Brandfolgen für den Rhein wurde zunächst sowohl von der Schweiz wie von Baden-Württemberg unterschätzt und heruntergespielt. […] Der Schweiz als Staat wird vorgeworfen, zu sehr auf Eigenverantwortung der Industrie vertraut und zu wenig Kontrolle und Interesse für Chemikalienlager zu haben.“ Der entstandene Schaden sei bislang nicht zu beziffern. Zudem habe der Rhein vermutlich „langfristige Schäden am Ökosystem erlitten“. Bundespräsident Egli habe am 12. November 1986 „vollen Schadenersatz zugesichert und der Hoffnung auf außergerichtliche Einigung Ausdruck gegeben. Die Bundesländer fassen derzeit die Schadensmeldungen zusammen.“ Vgl. Referat 433, Bd. 132301.

15 Botschafter Petersen, Bern, berichtete am 2. Dezember 1986, in seiner Erklärung zum Großbrand bei der Firma Sandoz am 1. November 1986 in Basel habe Bundespräsident Egli in seiner Funktion als für Umweltfragen zuständiger Innenminister ausgeführt, über Ursache und Verantwortung für den Brand könne noch keine Aussage getroffen werden. Egli habe verschiedene Maßnahmen zur Schließung der offenbar gewordenen Lücken im Katastrophenschutz vorgeschlagen. Bezüglich der Regelung von Schadenersatzansprüchen werde die Schaffung einer Meldestelle begrüßt: „Der Bundesrat biete seine ‚guten Dienste‘ zur raschen und unkomplizierten Schadensabwicklung an. Keine Aussage zur völkerrechtlichen Haftung der Schweiz.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1051; Referat 433, Bd. 132420.

16 Vortragender Legationsrat Greineder notierte am 22. Dezember 1986 zur Konferenz der Umweltminister der Rheinanliegerstaaten am 18./19. Dezember 1986: „Entgegen Presseberichten standen nicht Haftungs- und Schadenersatzfragen im Hinblick auf Sandoz-Unfall im Mittelpunkt, sondern Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen bei Lagerung gefährlicher Stoffe; Reduzierung des Störfall-Risikos, verbesserte internationale Alarm-Regelung; Wiederherstellung des Ökosystems des Rheins; techn[ische] und organisatorische Fragen der Internationalen Rheinschutzkommission. Der politische Wille, Risiken weiter einzugrenzen, ist bei allen Anliegern deutlich vorhanden. Es scheint, daß auch CH bereit ist, strengere EG-Regelungen zu übernehmen und im Rahmen der Vorsorge stärker als bisher mit der EG zusammenzuarbeiten. […] In der Schadenersatzfrage lag den Ministern vor allem an der schnellen Abwicklung der Entschädigung. CH sagte erneut zu, sich dafür bei Sandoz einzusetzen; die ersten Ansprüche seien bereits bearbeitet und abgeschlossen. Eine Globalentschädigung aus dem Staatshaushalt an betroffene Unterlieger lehne CH aber ab.“ Vgl. Referat 433, Bd. 132420.

weise geeigneter Rahmen, um das Alarmsystem zu verbessern. CH befürworte darüber hinaus ein internationales Alarmsystem.

Zur Haftung führte Godet aus, es gelte das Verursacherprinzip. Sandoz habe eine zentrale Meldestelle für privatrechtliche Schadensersatzforderungen eingerichtet. Er hoffe auf eine baldige Lösung aufgrund gütlicher Einigung. Er lege Wert auf die Feststellung, die Ausführungen Eglis beinhalteten, daß die schweizerische Regierung ihre guten Dienste zur Verfügung stelle, um unkomplizierte Schadensregulierungen zu ermöglichen. Damit sei keine Anerkennung einer internationalen Staatshaftung der CH ausgesprochen. Diese sei nur gegeben, wenn die Rheinschutz-Konvention[17] eine solche festlege (was nicht der Fall sei) oder wenn eine Unterlassung der CH vorliege (was ebenfalls nicht zutreffe).

StS erklärte, zur Frage, ob völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht würden, keine Stellungnahme abgeben zu können. In den betroffenen Bundesländern würden die Ansprüche der Geschädigten gesammelt. Im übrigen erledigt sich die Frage einer Staatshaftung in dem Maße, wie privatrechtliche Ansprüche abgedeckt würden.

5) Deutsch-schweizerisches Doppelbesteuerungsabkommen/Körperschaftssteuer[18]

Auf Frage erläuterte StS, daß über eine Änderung des Körperschaftssteuertarifs in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden solle. Die Bundesregierung sei angesichts der Bedeutung, die CH diesem Thema beimesse, bereit, interessierte schweizerische Wirtschaftsverbände zu dem Anhörungsverfahren für die geplante Reform einzuladen. StS *Brunner* nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis.

6) Termin für nächste StS-Konsultationen

StS lud seinen schweizerischen Kollegen zu einem noch festzulegenden Datum im Sommer 1987 nach Bonn ein.

Referat 203 (202), Bd. 140598

17 Vgl. dazu die Vereinbarung vom 29. April 1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung sowie das dazugehörige Unterzeichnungsprotokoll; BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1433–1435.
Vgl. dazu ferner die Zusatzvereinbarung vom 3. Dezember 1976; BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 87.
Vgl. dazu ferner die Übereinkommen vom 3. Dezember 1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung sowie zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride und die dazugehörigen Dokumente; BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 1054–1072.
Vgl. dazu außerdem den Briefwechsel vom 29. April/4. Mai 1983; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 1018.

18 Zur Frage einer Reform der Körperschaftssteuer in der Bundesrepublik vgl. Dok. 320, Anm. 5.

356

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich

9. Dezember 1986[1]

Betr.: Europäischer Rat in London am 5./6.12.1986;
hier: Abendessen der AM am 5.12.1986 (EPZ-Themen)

BM unterrichtete mich über Themen und Ergebnisse des Abendessens der Außenminister wie folgt:

1) Südliches Afrika

– DK-AM[2] habe Forderung vorgetragen, Kohle in die Sanktionsmaßnahmen einzubeziehen (NL-AM[3] habe dies unterstützt).
– Portugiesischer AM[4] habe Einbeziehung unter Wiederholung der bekannten Haltung abgelehnt.
– BM habe sich PTG-AM angeschlossen und sich nach dem Stand der Implementierung der Sanktionsbeschlüsse[5] durch die Gemeinschaft und die einzelnen Mitgliedstaaten erkundigt.
– NL-AM habe Absicht NL-Regierung angekündigt, im Januar zum Investitionsverbot Gesetzgebung vorzubereiten. Er habe im übrigen Interesse für die Beantwortung der Frage bekundet, welche Tochterunternehmen europäischer Firmen Investitionen in Südafrika getätigt haben oder noch tätigen.
– Kommission sei beauftragt worden, Umfrage zur Umsetzung der Sanktionen durchzuführen.

Anmerkung: AM Howe berichtete über dieses Thema in der Morgensitzung des ER am 6.12. sehr ausführlich, insbesondere über die Ablehnung der Einbeziehung der Kohle in die Sanktionsmaßnahmen durch D und PTG. BK brachte daraufhin nochmals unmißverständlich unsere Haltung zu den Sanktionsmaßnahmen gegenüber Südafrika zum Ausdruck. Er betonte, unsere Haltung habe sich seit den Sanktionsbeschlüssen verhärtet.

– AM hätten sich im übrigen darüber verständigt, daß sich PK des Problems der Geiseln in Mosambik[6] annehmen solle.[7]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 9. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 15. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Uffe Ellemann-Jensen.

3 Hans van den Broek.

4 Pedro Pires de Miranda.

5 Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel vgl. Dok. 257, Anm. 5.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke notierte am 23. November 1986, Angehörige der „Resistência Nacional Moçambicana“ (RENAMO) hätten am 8. November 1986 bei einem Überfall auf ein von den Europäischen Gemeinschaften finanziertes Saatkartoffelprojekt bei Ulongwe mehrere Personen entführt, darunter einen deutschen Staatsangehörigen, seine peruanische Lebensgefährtin und deren Kind sowie einen Briten und einen Portugiesen. In Absprache mit dem britischen Außenministerium sei das IKRK in Genf um Mithilfe bei der Befreiung gebeten worden. Die Bundesregierung stehe mit den „übrigen an der Freilassung der Entführten interessierten Parteien in

2) Lage in Nah- und Mittelost (einschließlich Krieg Iran/Irak und Zusammenarbeit mit dem Golf)

– Lux-AM[8] habe längere Diskussion mit Zustimmung aller wie folgt zusammengefaßt:
  – Nächstes EPZ-Ministertreffen werde sich in erster Linie mit einer Gesamtschau der Nah- und Mittelost-Probleme befassen.[9]
  – Es sei notwendig, Europäisch-Arabischen Dialog zu intensivieren. (Auf Vortrag BM:) Es sei politisch wichtig, deshalb bald Kooperationsabkommen mit den Staaten des Golf-Kooperationsrates[10] nach dem ASEAN-Modell[11] abzuschließen.
– Aus der Diskussion seien im übrigen folgende Punkte erwähnenswert:
  – Einigkeit darüber, nach außen hin Kritik an den USA wegen der Waffenlieferungen an den Iran[12] zu vermeiden. (Präsidentschaft werde dieses Thema in ihrer Pressekonferenz[13] vorsichtig ansprechen.)
  – AM hätten ferner ernste Besorgnis über Entwicklung des Krieges Iran/Irak und über das Stocken Friedensinitiative um Israel betont.

3) EG–Jugoslawien[14]

– Er habe entsprechend seiner Zusage gegenüber EGK-Präsident Delors Verhältnis EG–Jugoslawien aufgegriffen.[15] Alle AM seien sich einig gewesen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1850

Verbindung, um erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen abzustimmen". Nach Informationen des IKRK halte die RENAMO insgesamt etwa 50 Ausländer gefangen. Vgl. Referat 320, Bd. 155866.

7 Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, berichtete am 17. Dezember 1986, die RENAMO habe am selben Tag insgesamt 57 festgehaltene Ausländer an das IKRK übergeben, nicht jedoch die am 8. November 1986 in Ulongwe Entführten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 412; Referat 320, Bd. 155866.
Am 22. Dezember 1986 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke, der deutsche Staatsangehörige und seine Familie seien ebenso wie die übrigen Geiseln freigelassen worden. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 9282; Referat 320, Bd. 155866.

8 Jacques Poos.

9 Die nächste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 23. Februar 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 7/8 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling vom 24. Februar 1987; AAPD 1987.

10 Zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten vgl. Dok. 5, Anm. 15.

11 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

12 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

13 Für den Wortlaut der Ausführungen von Premierministerin Thatcher am 6. Dezember 1986 in London vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/106530.

14 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien vgl. Dok. 13, Anm. 15.
Referat 411 erläuterte am 4. Dezember 1986, am 11. Februar 1986 habe eine erste Verhandlungsrunde mit Jugoslawien über den Handelsteil des Kooperationsabkommens vom 2. April 1980 stattgefunden, nach der sich Jugoslawien unzufrieden mit dem Angebot der Europäischen Gemeinschaften gezeigt und Verbesserungen bei gewerblichen und Agrarprodukten verlangt habe. Das EG-Angebot sei daraufhin verbessert worden: „Eine zweite Gesprächsrunde EGK/Jugoslawien am 2.12. machte deutlich, daß die jugoslawischen Forderungen noch immer sehr viel weiter gehen und eine Einigung deshalb zur Zeit nicht absehbar ist." Vgl. Referat 411, Bd. 131150.

15 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 2. Dezember 1986 führte EG-Kommissionspräsident Delors aus: „Zuverlässige Kontakte hätten ihm, Delors, das Gefühl vermittelt, daß Jugoslawien in Richtung auf die Sowjetunion driftet, weil Europa nichts für das Land tut. BM bestätigte,

daß die Gemeinschaft den Jugoslawen gerade im Handelsbereich möglichst weit entgegenkommen müsse. Das politische System in Jugoslawien mache jedoch eine Intensivierung schwierig.

– EPZ/EG solle sich dieses Themas annehmen.

4) EG–Ungarn[16]

– Er habe entsprechend Ankündigung von BK und ihm auf möglichst baldige Übergabe EG-Angebots an Ungarn gedrängt.

– AM seien darüber einig gewesen, daß Ständige Vertreter EGK-Mandatsentwurf insbesondere unter der Prämisse prüfen sollten, wie man den politischen Notwendigkeiten und den ungarischen Petita am besten gerecht werden könne.

5) San José III[17]

AM seien sich einig gewesen, daß die Gemeinschaft im Februar wenig anzubieten habe. Treffen solle jedoch auf jeden Fall aus politischen Gründen durchgeführt werden.

6) Über West-Ost-Beziehungen sei nicht gesprochen worden.

Ich habe D 2[18] in London am 6.12. über Vorstehendes unterrichtet.

Bitterlich

Referat 010, Bd. 178932

Fortsetzung Fußnote von Seite 1851

daß die Russen einen Sog entfalten, um langsam eine Verlagerung von Handel und Denken der Jugoslawen in Richtung auf das COMECON zu bewirken. Er schloß damit, daß man auch das Thema Jugoslawien beim Abendessen der Außenminister in London behandeln solle." Vgl. Referat 010, Bd. 178929.

16 Zum Interesse Ungarns an einem Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 344, Anm. 10.

17 Die dritte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie den Staaten der Contadora-Gruppe fand am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 71 des Staatssekretärs Ruhfus, z. Z. Guatemala-Stadt, vom 10. Februar 1987; AAPD 1987.

18 Hermann Freiherr von Richthofen.

357

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Chevening

220-370.10-2049/86 VS-vertraulich **10. Dezember 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch BM/Secretary Shultz am 10. Dezember 1986 in Chevening während des Frühstücks, 8.00 bis 9.00 Uhr

BM erklärt, daß er gern das Gespräch vom gestrigen Nachmittag[2] fortsetzen möchte.

Ich verstehe gut, daß Sie sich über die zweiten fünf Jahre Gedanken machen und daß Sie dazu unsere Meinung hören wollen. Für mich ist die Frage, wie konkret heute Vorschläge für die zweiten fünf Jahre sein können. Wenn die ersten fünf Jahre erfolgreich sind, werden wir eine beachtliche Veränderung der Lage haben. Ich möchte einmal folgende Entwicklung unterstellen:

Wir haben

– ein LRINF-Ergebnis,

– ein vollständiges Verbot chemischer Waffen,

– weitere VSBM mit dem Osten,

– einige Fortschritte im konventionellen Bereich.

Dies wäre eine beachtliche Veränderung der Lage auf dem Gebiet der Sicherheit, aber auch im Denken und Handeln der verantwortlichen Regierungen. D.h., es wäre eine kooperative Sicherheitspolitik etabliert. Wenn dazu noch eine Reduzierung der strategischen Potentiale um 50% kommt, wäre dies eine fundamentale Veränderung der Lage. Was das Ziel für die zweiten fünf Jahre sein soll, wird sehr davon abhängen, was nach fünf Jahren erreicht ist. Möglicherweise muß man sich verschiedene Optionen überlegen. Ich möchte betonen, daß all die möglichen Ergebnisse, die ich genannt habe, für uns Deutsche wünschenswert sind.

Deshalb haben wir gesagt: Reykjavik[3] ist ein Fortschritt, eine Veränderung der Sicherheitspolitik, die wir begrüßen. Damit tragen wir auch den veränderten Gefühlen der Menschen im Hinblick auf die nuklearen Fragen Rechnung, insbesondere nach Tschernobyl[4].

Für die SU wird wichtig sein, was nach zehn Jahren mit dem ABM-Vertrag geschieht, d.h., ob Defensivsysteme errichtet werden. Wir haben die konzeptio-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 11. Dezember 1986 an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen". Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11294 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

2 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening vgl. Dok. 353 und Dok. 354.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

nelle Annäherung auf eine Beachtung des ABM-Vertrags für zehn Jahre begrüßt. Aber es wäre gut, wenn man gewisse Grundsätze für das festlegen würde, was danach geschieht.

Wir waren nicht glücklich über die amerikanische SALT-II-Entscheidung[5], wie Sie noch von Halifax[6] her wissen. Bestehende Regelungen soll man soweit wie möglich beachten, selbst wenn sie die andere Seite nicht in ganzem Umfang so beachtet, wie man selbst es wünscht. Wir sind auch deshalb für eine Vereinbarung für 50%ige Reduzierungen, weil sie SALT gegenstandslos machen würden.

Gestern habe ich sehr stark auf dem konventionellen Bereich insistiert. Dahinter stehen zwei Sorgen der Bundesregierung:

– Deutschland darf nicht nochmals Schauplatz eines Krieges werden. Ich war erschrocken über das DPC-Kommuniqué[7], weil darin eine neue Sprache benutzt worden ist. Bisher war unsere Strategie die Verhütung jeden Krieges. Im DPC-Kommuniqué ist nur noch davon die Rede, daß die Gefahr eines Kriegs „minimiert" werden soll. Das ist für mich eine inakzeptable neue Qualität in der Aussage.

– Die Bundesrepublik Deutschland trägt die Hauptlast der konventionellen Komponente der NATO. In Zentraleuropa gibt es nur – unter einem britischen Dach möchte ich es so formulieren – zweieinhalb relevante Armeen, die Bundeswehr, die amerikanischen Streitkräfte und die Rheinarmee. Wenn das Bündnis die sowjetische konventionelle Überlegenheit ausgleichen soll, weiß ich nicht, wie das geschehen kann: Sie und Großbritannien haben keine Wehrpflicht, die Bundeswehr hat erst vor kurzem die Wehrpflichtdauer verlängert.[8]

  Eine Involvierung der SU in konventionelle Abrüstungsverhandlungen wird uns ermöglichen, in diesen Verhandlungen eine offensive Position einzunehmen. Ich habe Ihre gestrigen Ausführungen über die konventionelle Qualität des Westens begrüßt, einschließlich Ihrer Zweifel an der Kampfkraft der Roten Armee außerhalb der SU. Jedenfalls teile ich Ihre Zweifel an der Motivation der sowjetischen „Verbündeten", relevant ist jedenfalls nur die Rote Armee. Es gibt Disparitäten zu unseren Lasten und einige zu unseren Gunsten, z. B. unsere technologische Überlegenheit, auch die Motivation unserer Soldaten.

BM berichtet dann über eine sicherheitspolitische Diskussion mit Soldaten in seinem Wahlkreis.

AM *Shultz* begrüßt BMs Stellungnahmen zu seinen Ausführungen vom Vortag. Daß INF von der SU entkoppelt wird, ist eine Sache, die ich mir vorstellen

5 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.
Zur Bekanntgabe des Überschreitens der SALT-II-Obergrenzen durch die USA am 27. November 1986 vgl. Dok. 349, Anm. 23.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

7 Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 71f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74.

8 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

kann. Wichtig ist, daß der Westen betont, daß INF und START von den Weltraumverhandlungen abkoppelbar sind. Aber in bezug auf START sehe ich nicht, daß die SU darauf eingeht. Wir müssen deshalb in die Diskussion über den Inhalt der zweiten fünf Jahre hineingehen.

Verstehe ich Sie richtig, daß Sie sagen wollen: 50% genug, danach sollten wir vor weiteren Schritten zunächst einmal Zeit verstreichen lassen?

BM: Nein. 50% in fünf Jahren ist ein richtiger Vorschlag. Danach soll der Abrüstungsprozeß für die nächsten fünf Jahre weitergehen. Aber wie er aussehen sollte, kann man erst im einzelnen beurteilen, wenn man weiß, wie die Entwicklungen in anderen Bereichen bis dahin verlaufen sind.

Nitze: Die Sowjets wollen eine bindende Verpflichtung hinsichtlich des Inhalts der zweiten fünf Jahre. Wir haben unsererseits den Eintritt in die zweiten fünf Jahre von gewissen Bedingungen abhängig gemacht, z. B. daß die Verpflichtungen erfüllt sind, und zwar in verifizierter Weise. Mit anderen Worten: Wenn wir in die zweiten fünf Jahre eintreten, werden wir wissen, ob das für die ersten fünf Jahre Vereinbarte tatsächlich passiert ist. Wollen Sie sagen, daß für die zweiten fünf Jahre keine Verpflichtungen eingegangen werden sollten?

BM: Ich bin durchaus für eine Verpflichtung über das, was am Ende der zweiten fünf Jahre erreicht sein sollte. Aber das ist ein zweiter Schritt, der davon abhängt, ob innerhalb der ersten fünf Jahre das erreicht worden ist, was man vorhat. Und für uns sind auch ein CW-Verbot und die Verwirklichung von Schritten der konventionellen Stabilisierung wichtig.

Nitze bemerkt, daß die USA bisher den Eintritt in die zweiten fünf Jahre nicht an CW und konventionelle Abrüstung geknüpft haben.

BM: Wenn verschiedene Entwicklungen möglich sind, muß es auch verschiedene Optionen geben. Manche Bedenken von anderen Europäern wären leichter zu überwinden, wenn man Entwicklungen im konventionellen Bereich und ein Verbot der CW einbezieht, z. B. ist für Frankreich das konventionelle Problem sehr wichtig. Wann müssen Ihre Entscheidungen über die zweiten fünf Jahre getroffen werden?

AM *Shultz*: Die nächste Runde in Genf beginnt am 15. Januar.[9] Beim informellen Treffen der Genfer Delegationsspitzen in der vergangenen Woche[10] hat es eine ganze Menge Fortschritte gegeben. Insbesondere ist festgehalten worden, wo es in Reykjavik Einvernehmen und wo es kein Einvernehmen gegeben hat. Darauf kann man in der nächsten Runde aufbauen. Wir werden an unseren Vorschlägen bei START und INF festhalten.

Shultz beschreibt dann die gegensätzlichen Auffassungen im Weltraumbereich (USA: ungehinderte Forschung für zehn Jahre, Abschaffung ballistischer Raketen, Freiheit zur Stationierung von Defensivsystemen nach zehn Jahren; SU: Beschränkung der Forschung, Abbau aller strategischen Waffen binnen zehn

9 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 15. Januar bis 27. März 1987 in Genf statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 771 des Botschafters van Well, Washington, vom 13. Februar 1987 sowie den Drahtbericht Nr. 395/396 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, vom 27. März 1987; AAPD 1987.

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 2. bis 5. Dezember 1986 in Genf vgl. Dok. 370.

Jahren, nach zehn Jahren Verhandlungen über Defensivwaffen mit Vetorecht). Das wirkliche sowjetische Ziel ist, SDI umzubringen.

BM: Schewardnadse hat mir in Wien[11] gesagt, Reagan habe in Reykjavik ausdrücklich einer Abschaffung der strategischen Waffen nach zehn Jahren zugestimmt.

AM *Shultz*: Es ist richtig, daß es Mißverständnisse gab, die vor allem auf einen Dolmetscher zurückzuführen sind. Aber wir haben unsere Vorstellungen in Form eines schriftlichen Vorschlags auf den Tisch gelegt.

(Anmerkung: Damit ist offenbar der inzwischen in Genf unterbreitete amerikanische Vorschlag gemeint.)

Richtig ist, daß Reagan von der Abschaffung aller Kernwaffen gesprochen hat. Dieses Ziel ist ja bekannt.

BM: Ich möchte nochmals betonen, daß es für die zweite Phase einen großen Unterschied macht, welche Entwicklungen im konventionellen und im CW-Bereich erreicht sind. Mit der Abschaffung ballistischer Raketen haben wir kein Problem.

AM *Shultz* erklärt, daß er noch ein weiteres Thema anschneiden will. Wir haben jetzt Übereinstimmung über ein Mandat für konventionelle Abrüstung.[12] In Wien verhält sich die SU in den Menschenrechtsfragen sehr negativ. Botschafter Zimmermann hat empfohlen, der Westen solle ein Eintreten in Mandatsverhandlungen verzögern, um so Druck auf die SU in Menschenrechtsfragen ausüben zu können. Der Tod Martschenkos[13] nach 20jähriger Gefangenschaft ist unmittelbarer Anlaß dieser Empfehlung. Ich stimme mit der Empfehlung Zimmermanns überein und werde die Sache bei der Ministersitzung[14] ansprechen.

BM: Sind Verhandlungen über ein konventionelles Mandat ein Entgegenkommen an die SU? Vor allem dann, wenn wir sagen, die SU sei überlegen, und wir wollen diese Überlegenheit abbauen? Können wir wirklich so auf die SU Druck ausüben?

Mrs. *Ridgway* erinnert an MBFR, das seit 13 Jahren ergebnislos sei. Wir werden im neuen Forum die gleichen Probleme wie bei MBFR haben. Die Sowjets wollen ein neues Mandat nutzen, um sich nach vorn aus MBFR herausstehlen zu können. Deswegen muß man den Versuch machen, das Mandat als Hebel in Menschenrechtsfragen anzusetzen.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 vgl. Dok. 316 und Dok. 317.

12 Zur amerikanisch-französischen Einigung in der Frage des Forums für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 352.

13 Zum Tod des sowjetischen Dissidenten Martschenko im Gefängnis von Tschistopol wurde in der Presse berichtet, Martschenko, ein Mitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe, sei seit 1960 insgesamt sechs Mal aus politischen Gründen verurteilt worden, zuletzt 1981 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zu zehn Jahren Haft und fünf Jahren interner Verbannung. Martschenko habe sich seit dem 4. August 1986 im Hungerstreik befunden und sei zwangsernährt worden. Sein Tod sei auch auf die unmenschlichen Haftbedingungen zurückzuführen. Am 10. Dezember 1986 habe die sowjetische Regierung seinen Tod bestätigt und erklärt, er sei „nach natürlicher und langer Krankheit“ an einer Gehirnblutung gestorben. Vgl. den Artikel „Martschenko – das sechste Todesopfer“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Dezember 1986, S. 5.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

BM: Was haben die Sowjets zu verlieren, wenn wir ein Mandat ablehnen? Sie können eine solche Haltung vielmehr nutzen, um den Westen zu kritisieren. Ich verstehe die Philosophie dahinter nicht: Warum soll im konventionellen Bereich versucht werden, was im nuklearen Bereich nicht versucht worden ist?

AM *Shultz*: Ich glaube, es besteht ein Druckmittel, wenn die Situation so wie beschrieben ist. Die Mandatsfrage bietet sich an, weil alle Elemente der KSZE zusammengehören und man das eine nicht von dem anderen trennen darf. Die Sowjets wollen die Menschenrechtsfragen von der Tagesordnung streichen und die KSZE auf eine Verhandlung über Sicherheitsfragen reduzieren. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir sollten die Mandatsfrage deshalb soweit für Druck in Menschenrechtsfragen nutzen, wie es geht.

BM: Sie sprachen von MBFR: Was haben Sie für Absichten damit?

AM *Shultz*: Wenn ein neues Mandat über konventionelle Rüstungskontrollfragen erreicht ist, müssen die neuen Verhandlungen MBFR ersetzen. Inzwischen sollen sie weitergehen. Im vergangenen Jahr haben wir auf deutschen und britischen Druck einige Konzessionen bei MBFR gemacht. Das Ergebnis ist, daß die Sowjets auf unsere Vorschläge nicht einmal antworten.

BM: Wir sollten den Sowjets nicht erlauben, so davonzukommen. Deshalb habe ich Zweifel, ob es gut ist, schon jetzt zu sagen, daß MBFR aufhören soll. Ich sehe durchaus Möglichkeiten für einen gewissen Parallelismus. Jedenfalls müssen wir auch weiterhin die Notwendigkeit einer substantiellen Antwort auf den Vorschlag vom 5.12.1985[15] unterstreichen.

Was die bevorstehende Außenministersitzung angeht, möchte ich nochmals an meine gestrigen Ausführungen erinnern: Es ist von größter Bedeutung, daß dieses Treffen erklärt, der Westen wird alle Kräfte für die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses und Fortschritte in der Rüstungskontrolle einsetzen. Von Brüssel muß jetzt ein Signal entschlossener Verhandlungsführung ausgehen. Das gilt vor allem für die USA, die unbeeinträchtigt von Ereignissen im eigenen Land ihre Rolle wahrnehmen.

VS-Bd. 11294 (220)

15 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

358

Gespräch des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington in Brüssel

D 2-874/86 VS-vertraulich **11. Dezember 1986**[1]

Vorbehaltlich Genehmigung Bundesminister

Gespräch von Bundesminister Genscher mit Generalsekretär Lord Carrington am 11. Dezember 1986 in Brüssel

BM führte mit Generalsekretär Lord Carrington vor Beginn der NATO-Ministerratstagung[2] am 11. Dezember 1986 ein ca. halbstündiges Gespräch.

Lord *Carrington* stellte fest, daß es in der Bedeutung der Frage der konventionellen Rüstungskontrolle nach Reykjavik[3] ein unterschiedliches Verständnis bei F, GB, USA und der Bundesrepublik Deutschland gebe. F befürchte, daß es eine mehr oder weniger intellektuelle Übung sein werde, bei der enormen Überlegenheit des Ostblocks bei den konventionellen Kräften mit den Staaten des Warschauer Pakts über konventionelle Rüstungskontrolle zu verhandeln. Jedenfalls werde dies keine leichte Aufgabe sein. Dennoch müsse sich das Bündnis dieser Aufgabe unterziehen. Er halte es für außerordentlich schwierig, sich über substantielle Verhandlungsvorschläge im Bündnis zu einigen.

BM erwiderte, die Sowjets sollten aufgefordert werden, in einer ersten Phase ihre Überlegenheit auf konventionellem Gebiet auf das Niveau des Westens zu reduzieren. Wir hätten gute Karten und könnten vernünftige Vorschläge unterbreiten, die jedermann einleuchten würden: gleiche Truppenstärken, gleiche Zahl von Panzern, von Artillerie etc. In einer zweiten Phase könne dann über Reduzierungen beider Seiten mit dem Ziel verhandelt werden, konventionelle Stabilität in Europa auf niedrigerem Niveau herzustellen. Die bestehende Überlegenheit der Sowjets an konventionellen Kräften, die Grund für ernste Besorgnis des Westens sei, müsse beseitigt werden.

BM kam dann auf das DPC-Kommuniqué vom 5.12.1986 zu sprechen und wandte sich gegen die Formulierung in Ziffer 12 „and minimize the risk of war“[4].

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 12. Dezember 1986 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 221 und 220 sowie an Botschafter Holik verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Gruber am 16. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Buerstedde „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen.
Hat Holik vorgelegen.
Hat Buerstedde vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

3 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

4 Für den Wortlaut von Ziffer 12 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 71 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74.

Wir seien Mitglied der NATO, um jeden Krieg zu verhindern. Er könne für die andere Formel keinen Grund sehen.

Lord *Carrington* berichtete, daß diese Formulierung nach einer Auseinandersetzung zwischen GB und USA als deren Kompromiß in das Kommuniqué eingeführt und von den anderen offenbar nicht mehr kritisch durchleuchtet worden war.

BM wies auf das in der HLTF erreichte Ergebnis[5] hin, das für uns ausreiche. Natürlich hätten wir gerne mehr gehabt, doch wäre es ein Fehler, das Erreichte kleinzumachen. Er schlug vor, der Öffentlichkeit gegenüber zu sagen, daß das Bündnis für die Verhandlungen in diesem Bereich eine gemeinsame Position erarbeitet habe.

BM, der über entsprechende Vorstellungen des GS unterrichtet war, unterstützte den Gedanken, die „Erklärung" schon am 11.12.1986 zu veröffentlichen.[6]

Lord *Carrington* sagte zu, sich dafür einzusetzen, und wies auf Unterstützung von GB und USA hin.

BM, der über Vorstellung von AM Howe unterrichtet war, die Überschrift der Erklärung in „Guidelines" zu ändern, um die öffentlichen Erwartungen herunterzuschrauben, erklärte, es wäre ein Fehler, die Überschrift zu ändern. Es handele sich um ein wichtiges Dokument; das müsse auch in der Überschrift zum Ausdruck kommen.

Lord *Carrington* stimmte zu. BM und Lord Carrington einigten sich darauf, den Mitgliedern vorzuschlagen, den HLTF-Bericht als TOP 1 im Restreint mit dem Ziel zu behandeln, die Erklärung vormittags zu verabschieden und der Presse zu übergeben.

BM wies aufgrund seines Gesprächs mit AM Shultz in Chevening[7] auf die amerikanische Absicht hin, einen Zusammenhang zwischen den Verhandlungen über KRK und einer Veränderung des unzureichenden und zynischen Verhaltens der Sowjetunion bei der Erfüllung der menschenrechtlichen und humanitären Verpflichtungen herzustellen. Zwischen diesen Verhandlungen und der Menschenrechtsfrage dürfe kein „link" hergestellt werden. Es sei vom Ansatz her verfehlt zu glauben, die Sowjets durch Verweigerung von Verhandlungen über KRK zu anderem Verhalten im Menschenrechtsbereich zu veranlassen. Er werde gegen die amerikanischen Vorstellungen votieren.

Lord *Carrington* stimmte dem zu. Der Westen werde töricht aussehen, wenn er nach monatelangen Verhandlungen keine Vorschläge zu KRK auf den Tisch lege. Nach seiner Auffassung sollte der Westen mit Vorschlägen in die Initiative gehen und sich nicht scheuen, auch unakzeptable Vorschläge zu machen. Diese

5 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.
Für den Bericht in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu ferner Dok. 352.

6 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

7 Für das Gespräch am 10. Dezember 1986 vgl. Dok. 357.

bisher allein vom Osten verfolgte Taktik dürfe man diesem nicht allein überlassen.

Lord Carrington unterstrich die Notwendigkeit, in der HLTF substantielle Vorschläge auszuarbeiten. Botschafter *Guidi* appellierte an uns, entsprechende Ideen in die HLTF einzubringen. *BM* stimmte dem zu. Lord *Carrington* hielt es für angezeigt, insoweit US und GB unter Druck[8] zu halten. *BM* erklärte, daß er KRK in den Mittelpunkt seines Vortrages stellen werde.

Lord *Carrington* berichtete über sein Gespräch mit AM Shultz am 10.12.1986 beim Abendessen. Nach seinem Eindruck würden die USA ihr Verhalten nach Reykjavik rationalisieren. Sie hielten aber an den in Reykjavik entwickelten langfristigen Vorstellungen fest. Er habe AM Shultz auf den Widerspruch hingewiesen, daß Waffen wie offensive ballistische Raketen, auf die sich die Allianz zu ihrer Verteidigung bisher stützte, auf einmal destabilisierend sein sollen, weil sie technisch so hervorragend seien.

BM berichtete über sein Gespräch mit AM Schewardnadse in Wien.[9] Schewardnadse habe ihm die sowjetische Sicht des Gesprächsablaufs in Reykjavik vorgetragen. Nach dieser Darstellung habe AM Shultz im Gespräch mit AM Schewardnadse vorgeschlagen, nach zehn Jahren alle offensiven ballistischen Raketen zu beseitigen, die strategischen Flugzeuge und Cruise Missiles aber zu behalten. Danach seien Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow dazugekommen und Präsident Reagan habe vorgeschlagen, alle nuklearen Waffen zu beseitigen. AM Shultz habe dem nicht widersprochen

BM fuhr fort, er habe AM Shultz in Chevening darauf angesprochen. Dieser habe erklärt, daß Mißverständnisse der Übersetzer vorlägen, mit der Folge, daß US und SU jetzt darüber sprächen, was in Reykjavik gesagt wurde.

BM wandte sich der Handlungsfähigkeit der amerikanischen Administration zu und erklärte, er habe AM Shultz geraten, in seinen Ausführungen klarzumachen, daß die amerikanische Administration in der Sicherheitspolitik und in den Ost-West-Beziehungen voll handlungsfähig sei. Dies sollten die alliierten Kollegen in ihren nationalen Pressekonferenzen unterstreichen. Nach seiner Auffassung seien die Ost-West-Beziehungen das derzeit einzige außenpolitische Feld, in dem die amerikanische Administration in der ihr verbleibenden Amtszeit etwas erreichen könne.

BM unterstrich die engen Beziehungen mit den USA. Er erinnerte daran, daß das Bündnis AM Shultz geholfen habe, mit der Situation unmittelbar nach Reykjavik fertig zu werden.

Lord *Carrington* erwiderte, daß auch er in diesem Sinne mit AM Shultz gesprochen und auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, daß die amerikanische Politik in diesem Bereich konsistent bleibe. Shultz werde sich in diesem Sinne äußern. Die persönliche Rolle von AM Shultz sei hoch zu veranschlagen.

Auf die Frage von Lord Carrington nach dem Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen berichtete *BM* über die aktuellen Probleme, die aber offensichtlich

8 Die Wörter „GB unter Druck" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde unterschlängelt.

9 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. November 1986 vgl. Dok. 316 und Dok. 317.

nicht dazu geführt hätten, die im Sommer 1986 in Moskau[10] getroffene Grundsatzentscheidung zu revidieren, die Beziehungen mit der Bundesrepublik weiterzuentwickeln. Die Sowjets würden damit aber wohl bis nach der Regierungserklärung[11] warten. Er hoffe, daß es danach Schritt für Schritt weitergehe.

Lord *Carrington* berichtete über die konzertierten Bemühungen des Warschauer Pakts, mit der NATO auf offizieller Ebene Kontakt aufzunehmen.[12] Die Ständigen Vertreter hätten ihn angewiesen, nicht einmal den Empfang der eingegangenen Briefe und deren Weiterleitung an die Mitgliedstaaten des Bündnisses zu bestätigen. Dies bringe das Bündnis – auch in der Öffentlichkeitsarbeit – in eine schwierige Lage. Er habe Krolikowski auf telefonischem Wege mitgeteilt, daß er seinen Brief[13] an alle Mitgliedstaaten weitergeleitet habe.

BM teilte die Auffassung des Generalsekretärs.

BM kam dann auf die Null-Lösung bei INF zu sprechen. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Politik müsse diese auch im Kommuniqué[14] zum Ausdruck kommen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die kritischen Äußerungen von General Rogers[15] hin.

Lord *Carrington* wies darauf hin, daß die Haltung von General Rogers durch die Veränderung des Kräftegleichgewichts bei den SRINF bestimmt sei.

BM wies demgegenüber auf die Erklärung von GS Honecker vor dem ZK der SED hin, das „Teufelszeug" bei der Verwirklichung der Null-Lösung in Europa im Bereich der LRINF zu beseitigen.[16] Im übrigen habe General Rogers öffentlich anders argumentiert und seine Bedenken damit begründet, daß bei der Beseitigung der LRINF in Europa die Sowjetunion von Europa aus nicht mehr mit nuklearen ballistischen Raketen erreicht werden könne. Vor dem Hintergrund des Doppelbeschlusses 1979[17] und der Nachrüstungsentscheidung 1983[18] könne er diese Begründung nicht akzeptieren.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

11 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. März 1987 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

12 Zu den Bemühungen des Warschauer Pakts um Direktkontakte zur NATO vgl. Dok. 361.

13 Für das Schreiben des Generalsekretärs des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts, Krolikowski, vom 8. Dezember 1986 an NATO-Generalsekretär Lord Carrington vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2031 des Ministerialdirigenten Staab, Ost-Berlin, vom 9. Dezember 1986; Referat 201, Bd. 143446.

14 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, S. 74–77.

15 Der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, äußerte sich am 10. Dezember 1986 in Washington vor dem Streitkräfteausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses zur Frage einer Null-Lösung bei LRINF. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986, S. 767 f.

16 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, erklärte auf der dritten Tagung des ZK am 21. November 1986 in Ost-Berlin: „Wenn die Frage der Mittelstreckenraketen gelöst wird, dann besteht auch keine Notwendigkeit mehr, taktische Raketen (unter 1000 km Reichweite) in der DDR zu haben. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, dieses Teufelszeug vom Boden der DDR zu entfernen." Vgl. HONECKER, Reden, Bd. 12, S. 203.

17 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen

Lord *Carrington* stimmte dem zu.

An dem in freundschaftlicher Atmosphäre geführten Gespräch nahmen auf seiten des BM teil: Botschafter Hansen, D 2[19], LMB[20].

Auf seiten des Generalsekretärs der stellvertretende Generalsekretär, Botschafter Guidi, und ein jüngerer Mitarbeiter.

VS-Bd. 11302 (220)

359

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7047/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1604
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1986, 22.05 Uhr[1]
Ankunft: 11. Dezember 1986, 22.33 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 11./12.12.86 in Brüssel[2];
hier: Erörterung und Verabschiedung Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa[3] im kleinsten Kreis

Bezug: DB 1601 vom 11.12.86 – I-362.05/1[4]

Zur Unterrichtung

1) Es nahmen alle Außenminister sowie Ständige Vertreter und Politische Direktoren Außenministerien teil.

2) Auf Bitte BM wurde dieser TOP vorgezogen, um besonderes Interesse Bündnisses an konventioneller Rüstungskontrolle (KRK) deutlich zu machen. Text Erklärung siehe Bezugs-DB.

3) GS[5] würdigte kurz Tätigkeit High Level Task Force (HLTF), die ausgezeichnete Arbeit geleistet habe, obwohl es sich um schwierige und komplexe Fragen handele. Erzielte Ergebnisse beruhten nicht zuletzt auf Kompromissen.

Fortsetzung Fußnote von Seite
bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

19 Hermann Freiherr von Richthofen.

20 Michael Jansen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Gruber vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch Dok. 363.

3 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“ vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

4 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte den englischen und deutschen Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“. Vgl. Referat 201, Bd. 143413.

5 Lord Carrington.

Vorsitzender HLTF, stellvertretender GS Botschafter Guidi, erläuterte Bericht.[6] Es seien Fortschritte möglich gewesen, doch sei man von den in Halifax[7] im Mai ins Auge gefaßten „kühnen neuen Schritten" noch weit entfernt. Es gehe nun darum, so bald wie möglich ein konkretes Mandat zu erarbeiten und den verschiedenen östlichen Initiativen ein auch in der Sache substantielles Konzept entgegenzusetzen.

Auf türkischen Wunsch unterstrich Guidi, daß in Ziffer 9 Erklärung Begriff „vom Atlantik bis zum Ural" Kaukasus und Transkaukasus einschließen solle.

4) In Diskussion, an der sich alle sechzehn Minister beteiligten, wurde Arbeit HLTF gewürdigt, wobei man darauf hinwies, es handele sich nur um den Anfang eines komplexen Prozesses. GS appellierte zum Schluß an alle, mit Nachdruck auf Mandat und dann auf zügige Verhandlung in Substanzfragen hinzuwirken. Hauptschwierigkeiten lägen noch vor uns. Er sei äußerst besorgt („immensely concerned"), daß wir in nächster Zeit nicht genügend vorankämen und „nackt oder nur mit wenig Kleidern" dem Osten gegenübertreten müßten. Es sei sehr wichtig, Mitglieder HLTF mit konstruktiven Weisungen zu versehen.

5) Bundesminister betonte, Arbeitsergebnis HLTF stelle bedeutenden Fortschritt dar. Allianz habe gut gearbeitet. Heute zu verabschiedende Erklärung unterstreiche Bedeutung stabilen konventionellen Kräfteverhältnisses, das gerade auch in Perspektive nuklearer Abrüstung immer wichtiger werde. Ziel sei es, jede Art von Krieg – mit nuklearen, konventionellen oder chemischen Waffen – zu verhindern.

Konventionelle Instabilität und Asymmetrien gingen deutlich zu Lasten des Westens. Zu lange habe man SU erlaubt, damit zu leben. Rat in Halifax sei so erfolgreich gewesen, weil Allianz hier Initiative ergriffen habe. SU sei nunmehr gefragt, ob sie zu realistischen und erfolgsorientierten Verhandlungen bereit sei, um neue Instabilitäten und Angriffsfähigkeiten zu verhindern. Würdigung vor allem auch von Ziffer 8 Erklärung („Ziele").

Wir Deutsche seien an baldigem Beginn der Verhandlungen auch deshalb interessiert, weil wir ganz erhebliche Beträge zur gemeinsamen Verteidigung leisteten (z. B. Doppelbeschluß[8] und dessen Implementierung sowie Erhöhung Wehrdienstpflicht auf 18 Monate[9]).

6) Shultz unterstrich „äußerst komplizierten" Charakter der Materie. – Andreotti würdigte Rolle der N+N[10]. In Sachen Forum sei guter Kompromiß gefunden worden. – Van den Broek meinte, dieser stelle tatsächlich Mindestmaß dar, um Bündniszusammenhalt zu sichern. Er schnitt Zukunft von MBFR an, von der sich SU möglichst bald mit lediglich symbolischem Ergebnis lösen wolle.

6 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.
Für den Bericht in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu ferner Dok. 352.

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

8 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

9 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

10 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Sei hier nicht ein Satz in Erklärung angebracht? – Raimond: Erklärung sei ausgewogen, und man solle nichts daran ändern. Er erwähnte Bemühungen WP, mit Bündnis in unmittelbaren Kontakt zu kommen[11], was wir jedoch nicht hinnehmen dürften („absolument éviter"). – Howe sprach sich ebenfalls dafür aus, es bei Text Erklärung zu belassen. Da man jedoch nur Minimalkonsens erzielt habe, sei es vielleicht besser, nur von Richtlinien („guidelines") zu sprechen; auf Gegenvorstellung BM zog er Vorschlag wieder zurück. Plädoyer für baldiges Mandat. Es sei „absolut notwendig", starkes konventionelles Ungleichgewicht zu verringern. – Tindemans dito. Eile sei vonnöten; bis Ende Januar müsse Formulierung Mandats möglich sein. Er schlug vor, Ziffer 10 Erklärung mit Zusatz „im Lichte der obigen Erwägungen" zu ergänzen, um ansonsten erfolgte Präzisierung „konventionelle Stabilität" auch hier einzubinden. – L[12] und GR[13] ähnlich BM.[14]

7) Bei Diskussion spielte die von Shultz erhobene Forderung eine Rolle, im Rahmen KRK bei östlicher Seite auch auf Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der menschlichen Kontakte zu drängen. Es gelte sich zu fragen, inwieweit sich in Moskau Verhaltensmuster („pattern of behaviour") langsam zu ändern beginne. Er erwähnte den kürzlichen Tod von Anatolij Martschenko[15] im Gefängnis, die Störsendungen („jamming") sowie mangelnde Fortschritte bei Auswanderung und Familienzusammenführung. Man müsse SU daran erinnern, daß Worte nicht genügten und daß es auf Taten ankomme. Dies solle SU jedoch „privat" – und nicht in Form einer Kampagne – nähergebracht werden.

Shultz wurde hier in unterschiedlicher Intensität von mehreren Kollegen unterstützt. Auch BM unterstrich unser nachdrückliches Interesse an Menschenrechten und menschlichen Erleichterungen. Das solle jedoch allgemein im KSZE-Rahmen geltend gemacht werden, nicht aber bei KRK, wo wir ja die Fordernden seien. Kein Widerspruch und ausdrückliche Unterstützung durch B und NWG[16]. – Andreotti fragte Shultz, ob er nach Reykjavik[17] und Wien[18] inwieweit optimistisch sei.[19] Dieser bejahte nur zögernd. Die Zeiten Gromykos seien zwar vorüber, aber es habe außer Bereitschaft zur Erörterung noch keine wesentlichen Fortschritte gegeben, wofür auch die „äußerst zynische" Behandlung des Falles Martschenko spreche. Wachsende administrative Schwierigkeiten. – F sprach sich dafür aus, auf Verbesserung Menschenrechte im Rahmen KSZE zu drängen, und verwies auf zusammen mit Irland und DK eingebrachte Initiative. – GB: Es gebe gewisse Verbindung („subtle link") von KRK und Men-

11 Zu den Bemühungen des Warschauer Pakts um Direktkontakte zur NATO vgl. Dok. 361.
12 Jacques Poos.
13 Karolos Papoulias.
14 Der Passus „zu ergänzen … ähnlich BM" wurde von Vortragendem Legationsrat Gruber durch Ausrufezeichen hervorgehoben.
15 Zum Tod des sowjetischen Dissidenten Martschenko vgl. Dok. 357, Anm. 13.
16 Knut Frydenlund.
17 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.
18 Zu den Gesprächen der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am 5./6. November 1986 in Wien vgl. Dok. 319, Anm. 10.
19 So in der Vorlage.

schenrechten, was in Struktur sowjetischer Gesellschaft begründet sei. Je mehr Rolle Militärs abnehme, desto besser Aussichten, bei Menschenrechten Fortschritte zu machen. – TU[20] betonte – im Hinblick auf türkische Minderheit in Bulgarien[21] –, daß alle WP-Länder hier gefordert seien.

8) In diesem Zusammenhang wurde auch sowjetischer Vorschlag auf Moskauer Konferenz zu Korb III[22] angesprochen. Überwiegend Skepsis. Grundsätzlich waren alle AM der Auffassung, daß man SU insoweit beim Wort nehmen müsse (vor allem KAN[23] und NWG), daß es jedoch gelte, westlicherseits abgestimmt die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Moskau nicht die Chance einer propagandistischen Show zu liefern. Besonders zurückhaltend gaben sich GB und I.

9) Text Erklärung wurde mit der zu Ziffer 10 von B angeregten Änderung verabschiedet. Vorschlag BM, dort verwendeten Begriff „Kräftigung" konventioneller Stabilität in „Herstellung" zu ändern, wurde vor allem von Frankreich widersprochen. Da belgisches Amendment u. a. auch auf Ziffer 9 hinweist, in dem von „Herstellung" die Rede ist, erklärte sich BM bereit, Wortlaut in durch belgisches Amendment ergänzter Fassung zu akzeptieren.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11425 (221)

20 Vahit Melih Halefoglu.

21 Zur Situation der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 147, Anm. 11.

22 Zum sowjetischen Vorschlag für eine Konferenz über Menschenrechtsfragen vgl. Dok. 341.
Die UdSSR brachte den Vorschlag am 10. Dezember 1986 ein. Gegenstand der Konferenz sollte sein: „Die Behandlung folgender Fragen, wie sie in der Schlußakte dargelegt sind, bei der Konferenz, im Zusammenhang mit der Förderung und Entwicklung einer effizienten Verwirklichung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderen Rechte und Freiheiten des Menschen: menschliche Kontakte; Information; Kultur; Bildung." Vgl. das Dokument CSCE/WT.2; Referat 212, Bd. 153445.

23 Charles Joseph Clark.

360

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 11. Dezember 1986, 19.01 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3561 **Ankunft: 12. Dezember 1986, 05.13 Uhr**

Betr.: Gorbatschows Außenpolitik – eine Momentaufnahme nach Reykjavik[2] und New Delhi[3]

Zur Unterrichtung

1) Mit den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen der Delegationsleiter in Genf vom 2. bis 5.12.[4] ohne Vereinbarung eines weiteren Zusammentretens noch vor dem 15. Januar (siebte Runde[5]) ist nun auch der letzte, auf sowjetische Initiative unternommene Versuch einer besonderen Anstrengung zur Aktivierung der Genfer Verhandlungen erfolglos zu Ende gegangen. Die am 8.1.85[6] vereinbarten und am Tage nach Gorbatschows Amtsantritt[7] begonnenen Verhandlungen[8] treten in der Tat – wie uns in Washington gesagt wurde (DB 5282 vom 8.12. – Pol 370.00 VS-v[9]) – wieder „auf der Stelle". Gorbatschows hoher persön-

1 Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak und Botschaftsrat Neubert, beide Moskau, konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 12. Dezember 1986 vorgelegen, der den Umlauf „auch n[ach] R[ückkehr]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wertvoller Beitrag zur Meinungsbildung!"
Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 12. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 15. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 25. bis 28. November 1986 in Indien auf.

4 Korrigiert aus: „1. bis 5.12."
Zu den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 370.

5 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 15. Januar bis 27. März 1987 in Genf statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 771 des Botschafters van Well, Washington, vom 13. Februar 1987 sowie den Drahtbericht Nr. 395/396 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, vom 27. März 1987; AAPD 1987.

6 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

7 Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

8 Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 86 und Dok. 101.

9 Gesandter Wallau, Washington, berichtete, nach Auskunft des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Hawes, seien die sowjetischen Vertreter bei den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 2. bis 5. Dezember 1986 in Genf nicht bereit gewesen, „die von den Amerikanern erwünschte schriftliche Fixierung von Feldern der Übereinstimmung und solchen der Divergenz nach Reykjavik und Wien vorzunehmen. Es sei deutlich zu spüren gewesen, daß Sowjets den Eindruck vermeiden wollten, in den Verhandlungen würden gegenwärtig Fortschritte erzielt. […] Es sei nicht falsch, gegenwärtig von einem ‚auf der Stelle Treten' zu sprechen." Die Gespräche hätten auf sowjetischer Seite „in der

licher Einsatz in Reykjavik, um den USA die Option auf Stationierung von SDI zu nehmen, hat dieses Ziel nicht erreicht. Nicht nur – so sieht es von Moskau her aus – haben die Amerikaner gleich nach Reykjavik dort vom Präsidenten gegebene Zusagen (Abschaffung aller strategischen Atomwaffen in zehn Jahren) nachträglich wieder in Abrede gestellt. Sie gehen sogar noch weiter hinter das zurück, was in Reykjavik unstreitig auf dem Tisch lag (Shultz-Plädoyer für einen Restbestand strategischer Offensivsysteme). Es wird immer deutlicher, daß Reykjavik nicht das von Gorbatschow erwünschte Ergebnis gebracht hat. Die gereizte und teilweise bittere Art der Abrechnung Gorbatschows in seiner Fernsehansprache am 22.10.[10] mit den amerikanischen Darstellungen des Gipfels machte den Stimmungsumschwung gegenüber der noch außerordentlich souveränen und erfolgsbewußten Darbietung im Fernsehen am 14.10.[11] deutlich.

Einstweilen sind keine Positionsänderungen absehbar, die eine gemeinsame konzeptionelle Basis der beiden Weltmächte für eine kooperative Strukturierung der Sicherheit möglich machen würden. Es ist nicht erkennbar, daß Gorbatschow etwa auf die Eingrenzung von SDI in einem Maße, daß eine Stationierung durch die USA nicht mehr in Betracht kommt, verzichtet.

Er drängt zwar weiter auf Fortschritte bei den Weltraumgesprächen und läßt in der einen oder anderen Frage durch verschiedene Sprecher und aus verschiedenem Anlaß (zuletzt Karpow in Paris vor dem französischen Institut d'études stratégiques[12], so auch z. B. Sagdejew in einem Gespräch mit Vertretern der RAND[13] Corporation in Moskau) Flexibilität erkennen (Auflockerung des „Pakets", Begriff des „Labors"). Er läßt auch an anderen Tischen (CW) und auf anderen Gebieten (gemischte Wirtschaftskommission in Washington[14]) weiter verhandeln und agieren und wahrt so seinen Ruf als „operativer", auf die Erzielung von Erfolgen in der Sache orientierter Politiker. Doch bisher ist es ihm nicht gelungen, aus der Sackgasse des „Nach-Reykjavik" herauszukommen. Auch der Weg über die amerikanische Öffentlichkeit muß ihm nach den jüngsten SDI-Umfragen als jedenfalls zur Zeit wenig aussichtsreich erschei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1866

Substanz keine Bewegung erkennen lassen. Sowjets hielten an ihren Positionen vom 7. November fest." Vgl. VS-Bd. 11282 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Zur Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 297, Anm. 3.

11 Für den Wortlaut der Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 156–170.

12 Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 9. Dezember 1986, der sowjetische Sonderbotschafter Karpow habe am Vortag einen Vortrag vor dem „Institut Français des relations internationales" gehalten: „Karpow bestritt, daß Moskau nicht immer noch zu einem separaten INF-Abkommen bereit sei. Diese Bereitschaft (15. Januar 1986) beziehe sich allerdings auf das Angebot einer GB und F umfassenden Null-Lösung in Europa und des Verzichts auf bindende Reduktionen von sowjetischen INF im Osten der SU. In R[eykjavik] habe SU, abgesehen von den Kapiteln ABM und strategische Waffen, angeboten: europäische Null-Lösung bei INF (bei Grenze 100 in Ost-SU und in USA) verbunden mit Verhandlungsbeginn über die Reduktion und schließlich Eliminierung von SRINF in Europa. Außerdem den Beginn von ‚full fletched talks of end to nuclear testing'. Es sei der Westen, der daraus ein neues Paket gemacht habe durch festere Verknüpfungsversuche mit SRINF-Reduktionen und mit konventioneller Abrüstung sowie CW." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2694; Referat 213, Bd. 139334.

13 Research and Development.

14 Am 4./5. Dezember 1986 fand in Washington eine Sitzung des gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Handelsausschusses statt.

nen. Zu allem Überfluß steht nun auch in Frage, ob er in Washington überhaupt noch einen handlungsfähigen Ansprech- und Verhandlungspartner hat. Gorbatschows Geduld – nicht eine seiner herausstechenden Charaktereigenschaften – kann auf eine harte Probe gestellt werden. Ein neuer Gipfel ist nicht in Sicht.

2) Zu dem Stillstand, wenn nicht Rückschritt in den Genfer SNT[15]-Verhandlungen kommt die Verhärtung im sicherheitspolitischen Verhältnis der SU zu dem anderen großen weltpolitischen Machtfaktor, Europa, hinzu. London Dezember 1984[16], Paris Oktober 1985[17] konnten nicht verhindern, daß Gorbatschows europäische Gipfelpartner nach dem versuchten Alleingang der Weltmächte in Reykjavik dem amerikanischen Präsidenten in den Arm fielen, um ihre Position als Nuklearmächte zu wahren. Statt Reagan in Reykjavik wenn schon nicht auf die „Eliminierung aller Kernwaffen" in zehn Jahren, so doch auf einen sehr weitgehenden Abbau der strategischen Potentiale festzulegen, hat die sowjetische Verhandlungsstrategie des „Alles oder Nichts" gegenüber den USA und gleichzeitig gegenüber den Europäern (kein SDI, Eliminierung aller Kernwaffen, LRINF-Lösung nur „im Paket") dazu geführt, daß Moskau nach Reykjavik einer Einheitsfront aller drei westlichen Nuklearmächte gegenübersteht, wie sie selten bestanden hat. Die Ausklammerung der Drittstaatensysteme blieb gegenüber F und GB ohne Wirkung, weil sie letztlich nur als „temporär" erschien. Die – durchaus erklärbare – sowjetische Fixierung auf den großen Gegenspieler hat Moskau somit daran gehindert, den Westeuropäern – einschließlich F und GB – ein sicherheitspolitisches Konzept anzubieten, das für diese wirklich diskutabel wäre.

Damit ist die sowjetische Verhandlungsoffensive sowohl gegenüber den USA wie gegenüber den Westeuropäern an einem konzeptionellen „toten Punkt" zum Stillstand gekommen. Ohne substantielles „Nachlegen" dürfte sie kaum den ursprünglichen politischen Schwung zurückgewinnen. Die Lage hat sich mit Reykjavik spürbar verändert: Während sich die Sowjets vorher über zu wenig europäische Einflußnahme auf Washington beklagten, mußten sie jetzt sehen, daß die Europäer aus eigenen, den sowjetischen entgegengesetzten Interessen auf eine Verhärtung der amerikanischen Position hinwirkten.

Damit nicht genug – vielleicht auch aus Verärgerung über diese „self inflicted wounds" –, zog es Gorbatschow vor, statt den wichtigen, nicht-nuklearen Partner Bundesrepublik Deutschland in dieser Konstellation besonders zu pflegen, uns gegenüber im Gegenteil eine den gegebenen Anlaß weit übersteigende, auch eigene sowjetische Sachinteressen opfernde Verschlechterung der Beziehungen zu dekretieren und so zur Stärkung des Zusammenhalts des westlichen Bündnisses noch selbst beizutragen – eine Verhaltensweise, die fast an Gromykos grimmig durchgehaltene Verweigerungs- und Junktimpolitik erinnert.

15 Space and Nuclear Talks.

16 Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

17 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 18, Anm. 10.

Bei INF auf das Junktim zu verzichten und die Vereitelung von SDI allein dem sowjetischen Druck auf die USA und dem Kongreß zu überlassen – dies scheint dem Generalsekretär jedenfalls im Augenblick nicht in den Sinn zu kommen. Aber er muß sehen, daß er von den auf die Wahrung ihres Status bedachten europäischen Nuklearmächten ohnehin keinen Druck auf die USA zur Aufgabe von SDI erwarten kann. Daß er mit dem Junktim öffentlich flexibel umzugehen versucht, haben bereits die ersten verwirrenden Auftritte Karpows nach Reykjavik gezeigt. Um die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen voranzutreiben, bedürfte es jedoch einer substantiellen Bewegung an den Verhandlungstischen. Derzeit ist Gorbatschow dazu noch nicht bereit: Ein erneuter Einsatz von „Verhandlungssubstanz" mag ihm erst gerechtfertigt erscheinen, wenn der Gegenzug der anderen Seite sichergestellt ist. Dafür ist aber Zeit offenbar noch nicht reif. Gorbatschow wartet ab, ob und wie sich Reagan aus der Verwicklung in „Irangate"[18] lösen kann. So ist auch Karpows Zurückhaltung bei Expertengespräch Anfang des Monats zu verstehen.

Gorbatschow pflegt faute de mieux z. Zt. kleinere europäische Regierungen zu pflegen (Besuch von MP Schlüter und Lubbers, Gespräch mit MP Brundtland[19]). Im Vergleich mit Juli d. Js. (Mitterrand[20] und BM[21] in Moskau, Schewardnadse in London[22]) fällt der Gewichtsunterschied ins Auge.

Während die sowjetische „Öffentlichkeitsarbeit" intensiv weiterläuft, deuten z. B. die vorsichtigen Reaktionen zu SALT II[23] an, daß die sowjetische Führung sich in Substanzfragen Zeit und Spielraum bewahren will. Auch bei „technischen" Überlegungen sowj. Experten über mögliche Definitionen von Labortests sprechen dafür.[24]

18 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

19 Ministerpräsident Schlüter besuchte die UdSSR vom 20. bis 24. Oktober 1986, Ministerpräsident Lubbers vom 20. bis 22. November 1986 und Ministerpräsidentin Brundtland vom 5. bis 10. Dezember 1986.

20 Staatspräsident Mitterrand besuchte die UdSSR vom 7. bis 10. Juli 1986. Vgl. dazu Dok. 200.

21 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR vgl. Dok. 207–210 und Dok. 218.

22 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 14. bis 16. Juli 1986 in Großbritannien vgl. Dok. 193, Anm. 17.

23 Zur Bekanntgabe des Überschreitens der SALT-II-Obergrenzen durch die USA am 27. November 1986 vgl. Dok. 349, Anm. 23.
Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 2. Dezember 1986, die bisherigen sowjetischen Reaktionen seien „bemerkenswert zurückhaltend" gewesen: „GS Gorbatschow selbst sprach auf P[resse-] K[onferenz] in Delhi lediglich von einem ‚schlimmen Fehler', der der ‚gesamten Logik von Reykjavik' widerspreche, und verwies im übrigen auf angeblich bisher nicht erfolgte offizielle Unterrichtung. Interview von Marschall Achromejew im Stern und TASS-Kommentar […] gingen über Routine-Kritik nicht hinaus". Kastl führte dazu aus: „Wollte die SU die Verletzung der SALT-II-Grenzen zu dem alles entscheidenden, d. h. in diesem Fall zunichte machenden, ‚Vertragsbruch' deklarieren, so müßte sie sowohl im Verhältnis zu den USA hohe politische Kosten veranschlagen als auch glaubwürdige eigene Gegenmaßnahmen ankündigen. Dies erscheint ihr unter den gegebenen politischen und militärischen Umständen möglicherweise nicht opportun. Schließlich nährt sowjet[ische] Reaktion den Verdacht, daß ihr das Ende der Bindung an die SALT-II-Bestimmungen nicht wesentlich ungelegener kommt als den USA. Sie erhält vom großen Gegenspieler offizielle Carte blanche, ihre eigenen Modernisierungsvorhaben voranzutreiben, spart die Kosten und Mühen der sonst notwendigen Stück-um-Stück-, Zug-um-Zug-Demontage auszumusternder Systeme und dies ohne Zahlung eines politischen Preises an die USA." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3464; Referat 240 (220), Bd. 163098.

24 So in der Vorlage.

3) Mit dem dritten großen Faktor der „kapitalistischen“ Gegenwelt, Japan, hat Gorbatschow nach unverkennbaren Annäherungsbewegungen, die in gegenseitigen Außenminister-Besuchen[25] gipfelten, den Rückwärtsgang eingelegt. Gorbatschows fast vereinbarter Besuch in Tokio im Januar 1987 wurde in wenig verbindlicher Form so lange dilatorisch behandelt und mit Vorbedingungen belastet, bis die Japaner ihn nicht mehr aufrechterhalten konnten. Japanisches Verhalten gegenüber SU mag dabei auch eine Rolle gespielt haben. Vielleicht imponieren ihm die Chinesen mehr; er meint sich, ähnlich wie uns gegenüber, bei Japan eine schroffere Behandlung leisten zu können – mit der er gleichzeitig nach innen demonstrieren kann, daß er in der Außenpolitik die Zähne zu zeigen weiß.

4) Um die Bilanz weiterzuziehen: Vom Vorzugspartner Gandhi, dem gegenüber er im Mai 1985 den Gedanken eines „asiatischen Helsinki“ lanciert hatte[26], mußte sich der GS einen – zwar taktvoll verkleideten, aber durch den Hinweis auf altes indisches geistiges Eigentum an dieser Idee um so grundsätzlicheren – Refus geben lassen. Sein Auftreten in New Delhi mag letztlich in Indien weniger erfreut haben als in Pakistan und China.

5) Erfolge kann Gorbatschow eigentlich nur, wenn man einerseits von Nordkorea und andererseits von peripher bleibenden Bemühungen um Afrika und Lateinamerika absieht, im Prozeß der Normalisierung mit China (dem Hauptadressaten seiner Wladiwostok-Rede[27] und stillen Teilnehmer in New Delhi) verbuchen, wobei es sich um einen langsamen Prozeß handelt. Immerhin: Aus den drei Hindernissen[28] sind zwei kleine[29] und ein größeres (Kamputschea) – das aber bereits Gesprächsgegenstand war – geworden.

6) Wird der ungeduldige Generalsekretär nach großem Schwung am Anfang seiner – angesichts seines Alters nach Jahrzehnten zu bemessenden – Wirkungsperiode jetzt erst einmal eine Pause einlegen? Daß er, wie Breschnew in den 70er Jahren nach Vietnam und Watergate[30], amerikanische Schwächen

25 Nach einem Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan fand vom 29. bis 31. Mai 1986 ein Besuch des japanischen Außenministers Abe in der UdSSR statt.

26 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 21. Mai 1985 für ein Asiatisches Forum vgl. Dok. 164, Anm. 16.

27 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

28 Referat 213 erläuterte am 9. Juli 1986, eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China sei „trotz einer vorsichtigen Aufwärtsbewegung nicht in Sicht. Wesentlicher Grund hierfür sind vor allem die sogenannten drei Hindernisse, deren Wegfall für Peking unabdingbare Voraussetzung einer echten Normalisierung ist: sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Interventionen in Kambodscha; sowjetische Besetzung Afghanistans; Stationierung starker sowjetischer Truppenverbände entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze, Stationierung von SS-20-Raketen im asiatischen Teil der Sowjetunion sowie die sowjetische Truppenstationierung in der Mongolei.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147134.

29 Der Passus „Erfolge kann … zwei kleine“ wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß angeschlängelt.

30 Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrofone anbringen wollten. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon unterhielten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre“ immer deutlicher werden ließ. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich

durch riskante Schachzüge ausnutzt, wie Eagleburger dies befürchtet (International Herald Tribune vom 2.12.[31]), halte ich für weniger wahrscheinlich. Er hat bisher keine außenpolitischen Abenteuer gesucht, kam allerdings auch nicht in Versuchung. Außerdem passen solche Abenteuer nicht in sein weltweit abstraktes „Neues Denken" und würden die ohnehin knappen Ressourcen in der Wirtschaft strapazieren.

Eine Bereinigungsaktion großer Tragweite, die das sowjetische Image in der Weltöffentlichkeit von dem hauptsächlichen Stein des Anstoßes befreien würde, wäre ein Rückzug aus Afghanistan. Wir können nur spekulieren, ob hier ein neuer Coup des GS bevorsteht. Mit den innenpolitischen Veränderungen in Afghanistan[32], den neuen Freundlichkeiten gegenüber Pakistan, mit dem Besuch des neuen afghanischen GS[33] die Bühne hierfür bereitet.[34]

7) Gorbatschow ist nicht mit Chruschtschow zu vergleichen, obwohl „voluntaristische" Züge in seiner Außenpolitik nicht zu übersehen sind. Er ist auch nicht wieder da angelangt, wo sich Gromyko vor der Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA 1984 befand: Gorbatschow hat seine Karten überreizt, aber sie sind nicht schlecht, und er ist ein beweglicher Spieler. Und er ist nicht wie Gromyko im November 1983 vom Tisch aufgestanden.[35] Er hat aber in diesen Wochen erfahren müssen, daß er mit seiner Kunst an Grenzen des für die SU nach ihren realen Bedingungen Möglichen stößt. Durch die Dynamik, mit der er seine Amtszeit begonnen hat, wurden Erwartungen auf Ergebnisse geweckt, die nun real nicht eintraten.

Ich habe aber nicht den Eindruck, daß Gorbatschow nun zu einer ruhigeren Gangart übergeht. Mit überraschenden Zügen – so gab uns auch jüngst einer der namhafteren sowjetischen Journalisten zu verstehen – müssen wir weiter rechnen.

[gez.] Kastl

Referat 213, Bd. 139327

Fortsetzung Fußnote von Seite 1870

während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon aus. Am 8. August 1974 gab dieser seinen Rücktritt bekannt.

31 Vgl. den Artikel von Lawrence Eagleburger, „The Prospect for a Shaken Presidency: Lost Opportunities and Increased Risk"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 2. Dezember 1986, S. 4.

32 Zum Wechsel im Amt des Generalsekretärs der Demokratischen Volkspartei Afghanistans am 4. Mai 1986 vgl. Dok. 164, Anm. 23.

33 Der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Nadschibullah, hielt sich vom 11. bis 14. Dezember 1986 in der UdSSR auf.

34 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

35 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

361

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

201-376-2021/86 VS-vertraulich **12. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und Billigung der Ziff. 5

Betr.: Bemühungen des Warschauer Pakts um Kontakte zur NATO betreffend Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle (KRK);
hier: Ihre Gespräche in Sofia am 15./16. Dez. 1986[3]

I. Nachdem der bulgarische Botschafter Todorow in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer der „Hochrangigen Arbeitsgruppe der NATO für konventionelle Abrüstung" (HLTF) entsprechenden Gruppe des Warschauer Pakts (WP) in Brüssel um ein Gespräch mit dem stellvertretenden GS Guidi als dem Vorsitzenden der HLTF gebeten hat und die NATO hierauf negativ reagiert hat, gehen wir davon aus, daß die bulgarische Seite dieses Thema bei dem bevorstehenden Gespräch in Sofia erneut ansprechen wird. Aus diesem Grund wird eine Übersicht

– der wesentlichen bisherigen Initiativen des WP zur Eröffnung von unmittelbaren Kontakten mit der NATO,
– des Standes der Meinungsbildung im Bündnis sowie
– unserer Haltung zu diesem Thema vorgelegt.

II. 1) Seit seinem „Budapester Appell" (11. Juni 1986)[4] bemüht sich der Warschauer Pakt verstärkt mit einer Vielzahl von Initiativen um die „Fortsetzung und Entwicklung des Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten des WP und den Mitgliedsländern der NATO, einschließlich der Herstellung von Direktkontakten zwischen beiden Organisationen" (Schreiben Krolikowski vom 8. Dez. 1986 an GS Lord Carrington[5]). Aktuelles Ziel der Kontaktaufnahme sollen Gespräche über Vereinbarungen sein über die „Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen auf dem Kontinent". Das politische Fernziel ist

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. Dezember 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 17. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Bertram am 21. Dezember 1986 erneut vorgelegen.

3 Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Dezember 1986 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 351, Anm. 13.

4 Zur Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 11. Juni 1986 („Budapester Appell") vgl. Dok. 179, Anm. 8.

5 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Es soll auch einen Brief an Gen[eral] Altenburg geben!"
Für das Schreiben des Generalsekretärs des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts, Krolikowski, an NATO-Generalsekretär Lord Carrington vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2031 des Ministerialdirigenten Staab, Ost-Berlin, vom 9. Dezember 1986; Referat 201, Bd. 143446.

laut GS Gorbatschow, der erstmals zu Kontakten WP/NATO im Oktober 1985 vor der französischen Nationalversammlung initiativ geworden ist[6], die „Überwindung der Teilung Europas".

Der letzte und in der Reihe der vorliegenden Bemühungen bislang öffentlichkeitswirksamste Schritt ist ein Schreiben des Oberkommandierenden des Warschauer Pakts (WP), Marschall W. Kulikow (zugleich einer der ersten stellvertretenden sowjetischen Verteidigungsminister), an General Rogers[7] in seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der NATO. Kulikow schlägt ein Treffen vor, um über Probleme der Reduzierung von Truppen und der konventionellen Rüstungen in Europa zu sprechen.

General Rogers erhielt den Brief Anfang Dezember über die US-Botschaft in Brüssel, nachdem der Internationale Stab von GS Lord Carrington die Entgegennahme und Weiterleitung des Briefs abgelehnt und die sowjetische Botschaft an die US-Botschaft als zuständigen Adressaten verwiesen hatte. General Rogers hat inzwischen auf Empfehlung von GS Lord Carrington nach Behandlung der Frage durch die Ständigen Vertreter die US-Botschaft ersucht, der SU auf diplomatischem Weg mitzuteilen, daß er den Brief nicht beantworten werde. Gleichzeitig bat er die US-Botschaft, den Brief bei allen Mitgliedsländern des Bündnisses zu zirkulieren.

2) Im wesentlichen sind bislang folgende Initiativen von seiten des Warschauer Pakts zu verzeichnen, um unmittelbare Kontakte mit der NATO sowohl im zivilen Bereich als auch mit Militärs zur Erörterung von Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle zu eröffnen:

– Juni 1986

  Bitte des ungarischen Botschafters, von GS Lord Carrington empfangen zu werden, um ihm den „Budapester Appell" zu erläutern.– Anstelle Generalsekretärs Empfang durch den Beigeordneten GS Dannenbring mit ausdrücklichem Hinweis darauf, daß dies keinen Präzedenzfall darstelle.[8]

– Juli 1986

  AM Schewardnadse regt in Moskau gegenüber BM Prüfung an, eine Kontaktgruppe zwischen NATO und WP zu schaffen, die aus militärischen Fachleuten bestehen könne.[9] (Sie haben in Ihrer Antwort auf die Notwendigkeit enger Kontakte der Delegationsleiter in verschiedenen Verhandlungen hingewiesen und im übrigen auf die Notwendigkeit sorgfältiger Prüfung.)

– September 1986

  Bitte des sowjetischen Geschäftsträgers in Brüssel bei Internationalem Stab um Gespräch mit stellvertretendem GS Guidi als Vorsitzendem der Hoch-

6 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Oktober 1985 vor französischen Parlamentariern in Paris; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 516.

7 Für das undatierte Schreiben des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts, Kulikow, an den Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1536 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 2. Dezember 1986; VS-Bd. 12108 (201).

8 Zum Gespräch des ungarischen Botschafters Tardos mit dem Beigeordneten NATO-Generalsekretär Dannenbring am 18. Juni 1986 vgl. Dok. 185, Anm. 20.

9 Zum Gespräch am 21. Juli 1986 vgl. Dok. 207.

rangigen Arbeitsgruppe der NATO für konventionelle Abrüstung (HLTF), um ihm eine Botschaft „aus Moskau“ zu übermitteln. – Der Bitte wurde nicht entsprochen.

– September 1986

Bitte der sowjetischen Botschaft in Rom gegenüber italienischem Außenministerium um ein Treffen zwischen Botschafter Mendelewitsch mit stellvertretendem GS Guidi[10] als Vorsitzendem der HLTF oder – vorzugsweise – mit der gesamten HLTF-Gruppe der NATO im September in Brüssel, um „sowjetische Ansichten zu konventioneller Rüstungskontrolle unmittelbar darzulegen und Fragen zu beantworten“.

Die Bitte wurde als „unzweckmäßig“ abgelehnt. SU akzeptierte statt dessen Angebot zu bilateralen italienisch-sowjetischen Konsultationen zu Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle.

– September 1986

Botschafter Mendelewitsch betont in Moskau gegenüber dem amerikanischen KSZE-Botschafter Zimmermann, daß die Sowjetunion direkten Kontakten zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt große Bedeutung beimesse und es sich hierbei um eine neue Entwicklung in der sowjetischen Politik handele.[11]

– Oktober 1986

Bitte des rumänischen Botschafters in Brüssel[12] um ein Gespräch mit GS Lord Carrington zur Erläuterung der Beschlüsse der WP-Außenministerkonferenz (14./15. Okt. 1986 in Bukarest[13]).

Der Bitte wurde unter bewußter Absage an das „Beispiel Dannenbring“ mit Verweis auf die bilaterale Ebene nicht entsprochen.

– November 1986

Bemühungen des sowjetischen Botschafters in Belgien[14] um eine Begegnung

10 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Oktober 1986, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am Vortag im kleinsten Kreis habe der italienische NATO-Botschafter Fulci informiert, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Mendelewitsch, habe am 25. September 1986 in Rom „nachdrücklich auf Treffen mit st[ell]v[ertretendem] GS Guidi gedrängt und dabei auf ‚neue Haltung‘ SU hingewiesen; es gelte, ‚das Eis zu brechen‘. Am Rande offizieller Gespräche habe er gefragt, was man von einem Zusammentreffen zwischen Generalsekretär WP mit Carrington halte. […] Leiter Politischer Abteilung habe erwidert, es sei an Bündnisländern in ihrer Gesamtheit, darüber zu befinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1205; VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 1. Oktober 1986, im Politischen Ausschuß habe die amerikanische Vertretung mitgeteilt, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Mendelewitsch, habe gegenüber dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Zimmermann, erklärt: „US solle Bedeutung dieser Bewegung in sowjetischer Politik nicht unterschätzen. WP habe NATO zum ersten Mal als ‚legitime Organisation‘ behandelt. WP sei daran interessiert, in Dialog mit NATO einzutreten, um gegenseitiges Verständnis zu fördern, unter anderem auch, um beiden Bündnissen zugrundeliegende Militärdoktrinen zu erörtern. Leider habe WP bei bisherigen Versuchen Kontaktaufnahme keinen großen Erfolg gehabt. Schewardnadse habe ihn (Mendelewitsch) jedoch aufgefordert, in Bemühungen in dieser Richtung nicht nachzulassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1205; VS-Bd. 11535 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

12 George Ciucu.

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 51–56.

14 Sergej Sergejewitsch Nikitin.

mit General Rogers in Mons, um einen Brief des WP-Oberkommandierenden, Marschall Kulikow, zu übergeben. (Zu späterer Übergabe und Inhalt s. o. Ziff. 1.)

– Dezember 1986

Bulgarischer Botschafter Todorow in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der der HLTF der NATO entsprechenden Gruppe des WP bittet in Brüssel um ein Gespräch mit stellvertretendem GS Guidi.

– Dezember 1986

Brief des Generalsekretärs des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags[15], Dr. Herbert Krolikowski, an GS Lord Carrington betreffend „die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen auf dem Kontinent".

Er unterstützt die baldige Aufnahme von unmittelbaren Kontakten zwischen den beiden Bündnissen sowie den Wunsch von Marschall Kulikow, sich mit General Rogers zu treffen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der WP seine Initiative inzwischen auf vier verschiedenen Ebenen voranzutreiben sucht: auf der hohen politischen Ebene, auf der Ebene der Oberkommandierenden bzw. der Generalsekretäre der beiden Bündnisse sowie auf der Ebene der Vorsitzenden der jeweiligen KRK-Arbeitsgruppe. Hinzu kommt die forcierte Verfolgung des Themas in bilateralen Kontakten zwischen den Mitgliedstaaten der beiden Bündnisse. All dies spricht dafür, daß es sich um einen sorgfältig geplanten, breiten Ansatz handelt, dessen Motive (Propagandaeffekt oder Substanzinteressen oder beides) genauer Prüfung bedürfen.

Wenn auch die Bemühungen des Warschauer Pakts, direkte Kontakte mit der NATO herzustellen, bislang erfolglos waren – die Gesprächswünsche wurden unter Betonung der generellen Gesprächsbereitschaft der Bündnispartner jeweils auf den bilateralen Weg verwiesen –, ist vor diesem Hintergrund von einer zähen Weiterverfolgung dieser Initiative durch die östliche Seite auszugehen. Sie sieht neben für uns noch unklaren sachlichen Gesichtspunkten vor allem eine weitere Chance, das westliche Bündnis gegenüber der Öffentlichkeit als „Verweigerer" vorzuführen. Die Diskussion im Bündnis sollte diesen letzteren Aspekt nicht unterschätzen.

3) Zum Diskussionsstand im Bündnis

Auf der Grundlage mehrfacher Beratungen der Ständigen Vertreter über die Kontaktwünsche des Warschauer Pakts faßte GS Lord Carrington die Aussprachen dahingehend zusammen, daß im Bündnis kein Konsens für die Änderung der bisherigen Praxis bestehe. Danach seien weder vom Generalsekretär noch von den Mitgliedern des Internationalen Stabes Kontakte mit dem WP aufzunehmen. Allfällige Kontaktwünsche seien vielmehr auf bilaterale Ebene und damit auf die bisher üblichen Formen, in denen die generelle Gesprächsbereit-

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.
Der Vertrag wurde mit Protokoll vom 26. April 1985 um 20 Jahre verlängert. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 284 f.

schaft der Bündnispartner bestehe, zu verweisen. Diese Linie vertrat GS Lord Carrington am 5. Dez. 1986 auf Fragen von Journalisten in einer Pressekonferenz am Rand des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC)[16] in Brüssel. Er bestätigte die Ablehnung von unmittelbaren Kontakten. Er begründete die Absagen damit, daß dies nicht[17] aus Berührungsangst erfolge, Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle zu diskutieren, sondern allein deshalb, weil der gewünschte Weg direkter Kontakte nicht der richtige sei.[18]

Die Beratungen der Ständigen Vertreter über die Kontaktwünsche seitens des WP ergeben im einzelnen folgendes Meinungsbild:

– GS Lord Carrington

  Er äußerte sich auf persönlicher Basis ablehnend gegen derartige Kontakte und nannte sie eine „fairly dreadful idea".

– USA

  Flexible bzw. offene Haltung gegenüber informellen Kontakten sowie zu Treffen mit der HLTF. Sie zeigten sich allerdings formalen Kontakten der beiden Bündnisorganisationen gegenüber äußerst skeptisch, da diese dann „gleichgestellt" würden, wodurch der WP „unerwünschte Legitimität" erhalte.

– Frankreich

  Eindeutig ablehnend zu Kontakten des Bündnisses mit der Sowjetunion bzw. dem WP. Die Allianz sei „kein Verhandlungsorgan". Diese Schritte ließen zudem erneut die sowjetische Tendenz erkennen, die Allianz zu spalten.

– UK

  Aufgeschlossen gegenüber dem sowjetischen Gesprächswunsch. UK plädierte dafür, sowjetisches Angebot nicht abzulehnen. Der Verhandlungsmechanismus bei MBFR habe sich bewährt, was auch in diesem Zusammenhang relevant sei. Allerdings auch ablehnend gegen formelle Direktkontakte.

In ähnlich negativem Sinn wie Frankreich äußerten sich NL, B, E, PTG und TUR. DK, ISL und L erklärten, daß sie die im Rat mehrheitlich geäußerte Meinung mittragen könnten. Die Reaktionen von USA und F spiegeln deren prozedurale Philosophie für Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen Bereich (Block zu Block bzw. Einschluß der N+N) wider.

5) Unsere Haltung

a) Wir haben noch keine volle Klarheit über die Motive Moskaus. Vorsicht und Skepsis sind daher sicher geboten. Uns ist bekannt, daß vor allem Ungarn, aber auch DDR, Polen und Bulgarien innerhalb des WP auf stärkere politische und institutionalisierte Konsultation dringen. Für diese Länder könnten informelle Direktkontakte des WP mit der NATO ein Mittel sein, auch den Ausbau der politischen Konsultation im WP zu fördern und so den eigenen Spielraum zu erweitern. Dieses mögliche Motiv kleinerer WP-Staaten bedarf im Rahmen der ostpolitischen Zielsetzung des Bündnisses besonders sorgfältiger Prüfung.

16 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 349.

17 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut unterschlängelt.

18 Der Passus „sondern allein … richtige sei" wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut durch Fragezeichen hervorgehoben.

Hinzu kommen Hinweise dieser Länder, besonders Ungarns, daß eine Situation überwunden werden müsse, in der beide Bündnisse Vorschläge machten, ohne daß für anschließende Verhandlungen eine adäquate Kommunikationsstruktur bestünde.

Der WP begreift solche Direktkontakte offenbar auch als Ausdruck eines „neuen politischen Stils", als eine Art „vertrauensbildende Maßnahme". Der östliche Hinweis, daß mit dem Kontaktangebot erstmals die NATO als legitime Organisation anerkannt werde, könnte umgekehrt werden: Vielleicht sucht der WP Legitimität durch Kontakte. Dies dürfte allerdings ein zweitrangiges Motiv sein.

Inwieweit für die Sowjetunion eine Rolle spielt, daß sie den WP als disziplinierendes Koordinationsinstrument einsetzen könnte, ist unsicher. Die obige Haltung der kleineren WP-Staaten spräche im Grunde sogar eher dagegen.

b) Die östliche Initiative ist aus westlicher Sicht nicht unproblematisch. Sie wirft zunächst Statusfragen auf. Die beiden Bündnisse sind unterschiedlich strukturiert. Die NATO ist ein freiwilliger Zusammenschluß von 16 souveränen, gleichberechtigten, demokratischen Staaten zu einer Verteidigungs- und Wertegemeinschaft, für die weder der Generalsekretär noch SACEUR eine „Sprecher"-Rolle nach außen haben. Der WP hingegen ist eine militärische und ideologische Zwangsgemeinschaft, die eindeutig von der Sowjetunion beherrscht wird und zugleich ihr entscheidendes Herrschaftsinstrument gegenüber Osteuropa und der DDR ist.

Die SU könnte ferner versucht sein, aus unmittelbaren Kontakten mit dem Bündnis friedenspropagandistisches Kapital zu schlagen und der westlichen Öffentlichkeit die Illusion eines Zustands der Nichtbedrohung zu suggerieren. Unmittelbare Kontakte zwischen WP und NATO könnten zudem Fragen nach der Glaubwürdigkeit und Notwendigkeit westlicher Verteidigungsanstrengungen entstehen lassen. Andererseits müssen wir sehen, daß die östliche Seite die Frage propagandistisch ausspielen könnte, warum das Bündnis informelle Kontakte verweigert, obgleich es bei MBFR und künftig KRK den WP als Verhandlungspartner akzeptiert.

c) Wir sind der Auffassung, daß das Bündnis grundsätzlich keine Berührungsängste haben und die Möglichkeit informeller, unmittelbarer Kontakte mit dem WP nicht a priori ausschließen sollte. Es ist bei diesen Kontaktversuchen eine Parallele zwischen den Bemühungen des Ostens, die Beziehungen EG/RGW zu formalisieren[19] und die EG diplomatisch anzuerkennen, nicht zu übersehen. Beide Ziele sind u. a. als Ausdruck einer aktiveren sowjetischen Westeuropapolitik, die sich gerade auch an die kleineren westeuropäischen Länder richtet, zu sehen. Wir sollten aus übergeordneten politischen Gründen diese auf mehr Zusammenarbeit gezielten Bemühungen nicht von vornherein blockieren.

Andererseits sehen wir aber im Grunde aus unserer derzeitigen Interessenlage noch keine zwingenden Argumente für unmittelbare Kontakte. Wenn sich aber die Lage im West-Ost-Verhältnis günstig fortentwickeln sollte und neue Ge-

19 Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 344, Anm. 11.

sichtspunkte den Meinungsprozeß im Bündnis beeinflussen, sollten wir uns offen halten.

Die bisherigen Beratungen im NATO-Kreis in Brüssel haben jedoch gezeigt, daß ein dahingehender Konsens insbesondere wegen der strikt ablehnenden Haltung Frankreichs nicht in Sicht ist.

5) Vorschlag

Wir übersehen nicht die Gesichtspunkte, die gegen das östliche Begehren nach unmittelbaren Kontakten zwischen den Bündnissen angeführt werden können. Auf der anderen Seite sind wir immer für Dialog offen und müssen gerade im vorliegenden Fall des Schreibens von Marschall Kulikow an General Rogers auch mit berücksichtigen, welche Wirkung unsere Antwort in der Öffentlichkeit hat, insbesondere angesichts der Tatsache, daß das Bündnis bereits förmliche Verhandlungen mit dem WP akzeptiert hat. Ein Direktgespräch Kulikow – Rogers liegt aber nicht in unserem Interesse.

Die NATO-Außenminister haben sich auf ihrer Herbsttagung am 12.12.86[20] im Zusammenhang mit der Frage der Übermittlung der Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle[21] auch mit den vom WP angestrebten Direktkontakten zur NATO befaßt. Dabei sind die Minister zu folgenden Ergebnissen gekommen:

– Keine Bereitschaft zur Aufnahme von Direktkontakten zwischen den Organen bzw. Repräsentanten von NATO und WP.
– Auf Wunsch des Generalsekretärs wird die Frage einer förmlichen Beantwortung der an General Rogers und GS Lord Carrington gerichteten Schreiben im Kreise der Ständigen Vertreter weiterbehandelt werden. Der GS legte eine Weisung aus den Hauptstädten nahe, im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirkung eine kurze Höflichkeitsantwort zu ermöglichen (Eingangsbestätigung und Weiterleitung an die Mitgliedsländer).
– Die Mitgliedsländer der NATO werden die HLTF-Erklärung an die nicht der NATO angehörenden KSZE-Staaten übermitteln und erläutern.

Mit der im HLTF-Bericht[22] von den Außenministern beschlossenen informellen Ost-West-Gruppe zur Erarbeitung eines Mandats für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle reagiert die Allianz auf den vom Osten vorgetragenen Wunsch nach Schaffung von Kontaktmöglichkeiten zur Erörterung von Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle sachlich und politisch angemessen und ausreichend.

Eine Notwendigkeit für weitergehende institutionelle Kontakte von Mitgliedern des WP unmittelbar mit dem Bündnis, sei es dem zivilen Bereich (GS Lord Carrington) oder dem militärischen (General Rogers), besteht z. Z. nicht. Wir

20 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

21 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“ vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

22 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.
Für den Bericht in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu ferner Dok. 352.

behalten uns jedoch vor, bei besonders gelagerten Fällen von Kontaktwünschen seitens des WP die Frage erneut zu prüfen.

Richthofen

VS-Bd. 12108 (201)

362

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-7057/86 geheim **Aufgabe: 12. Dezember 1986, 12.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1606 **Ankunft: 12. Dezember 1986, 13.25 Uhr**

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 10.12.1986 in Brüssel

I. Die Politischen Direktoren (D 2[2], Derek Thomas (GB), Jean-François Noiville (F), Charley Thomas (USA, Dep.Ass.Secr.[3])) trafen am Vorabend des NATO-Ministerrats in Brüssel[4] zusammen.

Gesprächsthemen waren:

– KSZE (sowjetischer Vorschlag einer MR-Konferenz in Moskau, deutscher Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz, konventionelle Rüstungskontrolle);
– Lage in Polen/Politik gegenüber Polen;
– Südafrika;
– Naher Osten/Iran-Irak;
– Nordkorea/Südkorea;
– Südpazifik;
– Terrorismus.

Zusammengefaßtes Ergebnis

1) Der französische Vorschlag für das Herangehen an den sowjetischen Vorschlag einer MR-Konferenz in Moskau[5] wurde von GB und D als Grundlage

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 30 und 48.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 15. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat 200 (für PK)."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 15. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Gnodtke verfügte.
Hat Gnodtke am 15. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Hermann Freiherr von Richthofen.

3 Deputy Assistant Secretary.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

5 Zu den Vorschlägen Dänemarks, der Niederlande und der UdSSR zur Behandlung von Menschenrechtsfragen vgl. Dok. 341 und Dok. 359, Anm. 22.

weiterer Überlegungen gutgeheißen. US-Vertreter wollte sich mangels Vorabkenntnis des Vorschlags nicht äußern.

F wurde aufgefordert, den Vorschlag für nächstes PK aufzubereiten (talking points), damit er dann im Kreis der 16 in Wien weiterbehandelt werden kann. GB wird seinerseits ein Papier vorbereiten und zirkulieren mit Vorschlägen für „Voraussetzungen", die vor einer Konferenz erfüllt sein müßten.[6]

Alle waren sich einig, daß eine Ablehnung der Konferenz unangebracht wäre, daß vor einer Entscheidung aber ein längerer vorbereitender Prozeß liegen müsse, der die Erfüllung akzeptabler Konferenzbedingungen (Erfüllung wesentlicher westlicher Forderungen) gewährleiste und die SU zwinge, nicht nur Versprechungen zu machen, sondern ihr unzureichendes und zynisches Verhalten in der Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen zu ändern.

2) Einigkeit bestand, daß Westen auch dem Bereich von Korb II Aufmerksamkeit schenken muß und Initiative nicht dem Osten überlassen sollte. Zu BM-Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz[7] äußerte sich nur F vorsichtig positiv und forderte ein sehr präzises Mandat, damit SU keine Möglichkeit zu unangemessenen Forderungen und Angriffen erhält. US und GB hatten sich mit Vorschlag intern noch nicht auseinandergesetzt. Thomas (GB) äußerte sich auf persönlicher Basis skeptisch zu Konferenzidee und sprach sich für Forum unterhalb der Konferenzebene aus.

3) GB äußerte sich kritisch zu HLTF-„Deklaration" nach französisch-amerikanischer Einigung[8] und sprach sich dafür aus, nur von „guidelines" zu sprechen. USA und F wollten daraus keinen Punkt machen. USA vertrat die Ansicht, daß das große Sowjet-Interesse an RK[9] eine einmalige Chance biete, in MR-Fragen

6 In der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 16./17. Dezember 1986 in London legte Großbritannien ein Arbeitspapier vor. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling informierte dazu am 18. Dezember 1986: „Der erste Teil des Papiers enthielt einen Katalog von ‚general principles'. In einem zweiten Abschnitt des britischen Entwurfs wurden ‚Bedingungen' vorgeschlagen, deren Erfüllung garantiert sein sollten, bevor das Wiener Folgetreffen einem Verfahren für ein Nach-Wien-Treffen zur humanitären Dimension zustimmen könne." Dieser Teil habe u. a. die Bedingung enthalten, „daß ein Gastgeberland für ein Menschenrechtstreffen die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki erfüllen müsse. Wir und andere Delegationen wiesen darauf hin, daß die Annahme dieser Bedingung bedeute, daß der Vorschlag der SU zur Abhaltung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau abgelehnt werde. Dies widerspreche der Diskussion der Außenminister, die ausdrücklich festgestellt hätten, daß der sowjetische Vorschlag jetzt weder angenommen noch abgelehnt werden solle. Die britische Formulierung schließe solche Treffen zur humanitären Dimension in allen Ostblockländern aus. Es stelle sich die Frage, ob damit den Menschen in diesen Staaten am besten gedient sei. Der dynamische Charakter des KSZE-Prozesses werde so nicht gefördert. […] Nachdem trotz wiederholter Bemühungen der Präs[identschaft] kein Konsens über diesen Teil des Entwurfs erzielt werden konnte, wurde die AG mit der Prüfung beauftragt. In längerer Debatte wurde sodann der erste Teil des britischen Entwurfs (general principles) beraten und in veränderter Fassung gebilligt. Er befaßt sich nunmehr mit der Entwicklung der eigenen Vorschläge der Zwölf im Rahmen des Wiener Treffens." Vgl. den Runderlaß Nr. 45; Referat 200, Bd. 134826.

7 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien; BULLETIN 1986, S. 1147.

8 Für den Bericht der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Fassung vom 4. Dezember 1986 (PO/86/103) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu auch Dok. 347.
Für den Bericht in der Fassung vom 9. Dezember 1986 (PO/86/103 (revised)) vgl. VS-Bd. 11537 (221). Vgl. dazu ferner Dok. 352.

9 Rüstungskontrolle.

Druck auszuüben, und forderte, daß der Westen sich einige, ein Mandat von Erfüllung übernommener MR-Verpflichtungen abhängig zu machen. Er wies dabei auf die starken, auf MR-Fragen schauenden Kreise in USA hin, die sonst Ratifizierung evtl. Rüstungsbegrenzungsabkommen verhindern würden. D2 trat unter Hinweis auf das amerikanische Verhalten in Bern[10] dem Gedanken von MR-Vorbedingungen mit Entschiedenheit entgegen und wies mit den Argumenten von BM in Chevening[11] auf das begründete Interesse an RK in Deutschland und entsprechenden Druck auf Fortschritte bei der RK hin.

GB wollte Interdependenz beider Komplexe nicht verneinen, sprach sich aber auch gegen „linkage" aus.

4) Es bestand Einigkeit, daß die Lage in Polen niederdrückend ist und dem Westen eine gemeinsame Politik gegenüber Polen fehlt. D und F sprachen sich für Überlegungen aus, in erster Linie die polnische Wirtschaft zu verbessern, hielten aber Kredite für den falschen Weg. GB regte eine vertiefte Diskussion über eine gemeinsame Linie im Kreis der Vier an. D2 schlug vorab ein „Brainstorming" im geeigneten Rahmen (evtl. Aspen Institute Berlin) vor.

5) Die Lage in Südafrika wurde als sehr kritisch und schlechter als zu Jahresbeginn eingeschätzt. Bewegung sei auf keiner Seite festzustellen. USA brachte Hoffnung zum Ausdruck, daß Shultz-Rede[12] neues Nachdenken im Westen und in SA[13] anregt, Alternativen zur Gewaltanwendung zu finden. Er kündigte verstärkte Hilfsmaßnahmen für die Schwarzen in SA und in den FLS[14] an und forderte zu entsprechenden Maßnahmen der Europäer auf. D2 unterstützte die Bemühungen um positive Maßnahmen, die zu mehr Dialog führen sollten. GB zeigte sich sehr zurückhaltend gegenüber neuen Maßnahmen mit Bezug auf SA, anders hinsichtlich der FLS.

F forderte mehr westliche Dynamik, damit Schwarze sich nicht verlassen fühlen und SU zuwenden. Einigkeit bestand, daß der Einfluß der SU sich auf den politischen Bereich beschränkt und begrenzt ist.

6) Im Nahen Osten sahen nur USA ermutigende Zeichen (Treffen Peres–Hassan[15], Taba-Lösung[16], Alexandria-Treffen[17], jordanischer Plan für Westbank[18]) für Entwicklung und forderten EG zu mehr wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen auf. F und GB sprachen sich angesichts der zunehmenden Verzweiflung im NO (Anlaß für Terrorismus) für neue Bemühungen – wenn auch zwangsläufig be-

10 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

11 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 vgl. Dok. 353 und Dok. 354.

12 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vor dem „International Management and Development Institute" am 4. Dezember 1986 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2119, S. 36–40.

13 Südafrika.

14 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

15 Zum Treffen des Ministerpräsidenten Peres mit König Hassan II. am 22./23. Juli 1986 in Ifrane vgl. Dok. 230, Anm. 17.

16 Zum Status von Taba vgl. Dok. 247, Anm. 10.

17 Zu den Gesprächen des Präsidenten Mubarak mit Ministerpräsident Peres am 11./12. September 1986 vgl. Dok. 247, Anm. 9.

18 Zum jordanischen Fünf-Jahres-Plan für das Westjordanland vgl. Dok. 247, Anm. 12.

grenzter Natur – aus (britisch-französisches Gipfeltreffen[19]). D 2 wies auf den BM-Vorschlag bei ER zur Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Golfstaaten[20] sowie auf die Unterstützung fordernde Lage Ägyptens hin. GB unterstrich die Notwendigkeit, die Golfstaaten zu unterstützen und angesichts des durch die US-Politik eingetretenen Dilemmas zu ermutigen.

7) In Anbetracht der Diskussion der Minister in Chevening zum Iran-Irak-Krieg beschränkten die Direktoren sich auf einen kurzen Gedankenaustausch. USA bekräftigte Entschlossenheit, die bisherige offizielle amerikanische Politik fortzusetzen, und forderte zur Unterstützung auf. D, F und GB sprachen sich für Aufrechterhaltung und Ausweitung von Kontakten zum Iran aus, Einigkeit bestand, daß wenig Fortschritt möglich ist, solange Khomeini lebt.

D 2 wies auf die von BK beim ER unterstrichene Bedeutung der Türkei hin und auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Hilfe, um sie vor Fundamentalismus zu bewahren.

8) Über die Vorgänge in Nordkorea bestand allgemein keine Klarheit. Die verstärkten Beziehungen SU–Nordkorea wurden von GB als Reaktion auf die Beziehungen China–Südkorea gesehen und als Zeichen sowjetischen Interesses am Pazifik. Lage in Südkorea wurde von USA und D schlechter als im Vorjahr angesehen. Sorge vor nordkoreanischem Dammbau[21] wurde allgemein als überzogen gesehen.

9) F betonte sein starkes Interesse an der Lage im Südpazifik und brachte erneut Sorge der Zeichnung des Rarotonga-Vertrages[22] durch GB und USA zum Ausdruck. D 2 wies auf Demarche von Neuseeland und Australien wegen unserer Stimmabgabe in den VN zu Neukaledonien[23] hin[24] und fragte nach Trans-

19 Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher trafen am 21. November 1986 in Paris zusammen. Für den Wortlaut ihrer Äußerungen in einer gemeinsamen Pressekonferenz vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/106523.

20 Zum Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 5. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 356.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel erläuterte am 27. November 1986: „Die in Südkorea stets latent vorhandene Nervosität kam erst kürzlich wieder offen zum Ausbruch, als Nordkorea den Baubeginn eines gigantischen Staudammprojekts 10 km nördlich der D[e]M[ilitarized]Z[one] bekanntgab. Das Projekt beeinträchtigt nicht nur die Wasserversorgung für die am Unterlauf desselben Flusses gelegenen südkoreanischen Staubecken, sondern es wird im Süden ganz allgemein als strategische Bedrohung (mögliche Überflutung von Seoul und Umgebung) empfunden. Die Möglichkeit eines Präventivschlags gegen den Dammbau wurde in Seoul bereits angedeutet." Vgl. Referat 341, Bd. 142610.

22 Korrigiert aus: „Raratonga-Vertrages".
Zum Vertrag von Rarotonga vom 6. August 1985 vgl. Dok. 354, Anm. 25.

23 Zur Neukaledonien-Frage vgl. Dok. 160, Anm. 12 und 13.
Botschafter Lautenschlager, New York (VN), teilte am 2. Dezember 1986 mit, die VN-Generalversammlung habe am selben Tag mit 89 gegen 24 Stimmen bei 34 Enthaltungen einen Resolutionsentwurf angenommen, der die Einschreibung Neukaledoniens in die Liste der im Dekolonialisierungsausschuß zu behandelnden Territorien vorsehe. Mit Nein hätten die Bundesrepublik, Frankreich und weitere EG-Mitgliedstaaten sowie v. a. frankophone afrikanische Staaten gestimmt. Weitere EG-Mitgliedstaaten wie z. B. Großbritannien hätten sich ebenso wie die USA enthalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3056; Referat 342, Bd. 137047.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 41/41a vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 52 f.

24 Mit Schreiben vom 5. Dezember 1986 an Ministerialdirektor Sudhoff brachte der australische Botschafter Ashwin sein Bedauern über das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung zum Ausdruck. Vgl. dazu Referat 342, Bd. 137047.
Vortragender Legationsrat Dane vermerkte am 8. Dezember 1986, im Gespräch mit Ministerialdi-

parenz des Referendums. F entgegnete, daß Referendum für alle Beobachter offen sein werde, VN-Beobachter aber nicht eingeladen würden.

Wachsendes sowjetisches Interesse an der Region wurde allgemein festgestellt, aber keine dadurch bisher eingetretenen besorgniserregenden Änderungen der Lage. Genaue Beobachtung wurde dennoch für angezeigt gehalten. Einigkeit bestand, daß ein Treiben Neuseelands in die Neutralität verhindert werden muß. AM Howe wird im Frühjahr Neuseeland und Australien besuchen.[25] GB forderte auf, die jüngeren Politiker der Region wahrzunehmen und einzuladen, damit sie die westlichen Demokratien kennenlernen.

10) D 2 brachte seine Sorge zum Ausdruck, daß die TREVI-Gruppe eine Liste der Länder aufgestellt hat, von denen Terrorismus ausgeht[26], und fügte hinzu, daß jedes Land nach den einzelnen Gegebenheiten gesondert beurteilt werden sollte. GB wies darauf hin, daß dieses Papier nur als Hilfsmittel bei der Definition einer kohärenten Politik benutzt werde und keine automatischen Konsequenzen nach sich ziehe.

Hinsichtlich der Einbeziehung des syrischen Botschafters in Ostberlin[27] in die von den Alliierten getroffenen Maßnahmen[28] bestand allgemein Zurückhaltung.[29]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1882

rektor Freiherr von Richthofen am selben Tag habe der neuseeländische Botschafter Farnon die „Enttäuschung Neuseelands über die deutsche Haltung bei der Abstimmung" vorgetragen. Vgl. dazu Referat 342, Bd. 137047.

25 Der britische Außenminister Howe hielt sich am 23./24. April 1987 in Australien und vom 25. bis 27. April 1987 in Neuseeland auf.

26 Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 10. Dezember 1986, am Vortag habe ein weiteres Treffen der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten stattgefunden: „Die Innenminister – mit Ausnahme von Griechenland – verabschiedeten einen in der TREVI-Arbeitsgruppe I erarbeiteten, auf polizeilichen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen der Mitgliedstaaten beruhenden Bericht über die terroristische Bedrohung der EG-Staaten. Das Papier, von der Präsidentschaft als ‚Analyse' bezeichnet, ist vertraulich und soll heute dem EG-Rat der Außenminister übermittelt werden. Es enthält eine Reihe von Feststellungen auch außenpolitischer Bedeutung, z. B. Aussagen über die Beteiligung einzelner Staaten (Iran, Irak, Libyen, Syrien) bei terroristischen Gewaltakten. […] Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß einzelne Staaten in dem Papier genannt werden müßten, sonst bleibe es unverbindlich und verliere seinen gutachtlichen Charakter." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2434; Referat 515, Bd. 195705.
Für das am 9. Dezember 1986 gebilligte Papier vgl. Referat 515, Bd. 195705.

27 Feisal Sammak.

28 Zu den von den Drei Mächten am 27. November 1986 verhängten Maßnahmen vgl. Dok. 333, Anm. 37. Legationsrat Graf von Waldersee vermerkte am 4. Dezember 1986, in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 2. Dezember 1986 habe der amerikanische Vertreter mitgeteilt, daß seine Regierung „auch die ‚Ausweisung' des syrischen Botschafters bei der DDR aus Großberlin nach Kontrollratsgesetz 8 anstrebe. Die Angelegenheit werde z. Z. unter den Alliierten in Berlin (West) diskutiert." Vgl. Referat 210, Bd. 139263.

29 Am 12. Dezember 1986 notierte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, der britische Gesandte Williams habe ihm gegenüber ausgeführt: „Das Personal der syrischen Botschaft in Berlin (Ost), für das seitens der Drei Mächte ein Aufenthaltsverbot in Berlin (West) verhängt worden sei, sei über diesen Schritt nicht unterrichtet worden. Die alliierte Anordnung sei vielmehr nur den West-Berliner Polizeidienststellen vertraulich zugegangen. Es sei auch keine öffentliche Mitteilung gemacht worden, wer im einzelnen von dieser Maßnahme betroffen sei. Demgemäß erscheint es der britischen Regierung noch immer ohne Schaden möglich, auch den syrischen Botschafter in Berlin (Ost) auf diese Liste zu setzen. Er bitte, unsere Entscheidung zu überprüfen. Ich fragte Mr. Williams, ob sich AM Raimond bereits geäußert habe, bekanntlich habe der syrische Botschafter wegen französischen Widerstands nicht schon ursprünglich auf die Liste gesetzt werden können. Solange es kein verändertes französisches Votum gebe, erschiene es mir nicht opportun, BM Genscher erneut mit dieser Angelegenheit zu befassen." Vgl. Referat 210, Bd. 139263.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 16. Dezember 1986 über ein Ge-

II. 1) Sowjetischer Vorschlag einer Konferenz zu humanitären Fragen in Moskau:

Während USA sich in Unkenntnis des französischen Vorschlages zurückhielt und unter Berufung auf die Haltung von AM Shultz sich generell skeptisch zur Durchführbarkeit einer derartigen Konferenz in Moskau äußerte, waren die anderen sich einig, daß es für den Westen schwierig sei, sich uneingeschränkt für oder auch gegen eine derartige Konferenz auszusprechen, und daß der sowjetische Vorschlag deshalb offensiv aufzunehmen sei.

F stellte erneut seinen Vorschlag eines fortschreitenden, evtl. auf eine Konferenz zuführenden Prozesses dar (bilaterale Treffen zwischen den einzelnen Ländern (etwa zwei pro Jahr); bei Ergebnislosigkeit Bericht an die 35; allgemeine Bewertung der Lage in zwei vorbereitenden Treffen der 35 (etwa 1988); wenn positiv, Konferenz, wie von DK vorgeschlagen, etwa 1988). F warnte davor, sich auf bloße Versprechungen der SU einzulassen, die sie bereitwillig geben werde, um die Konferenz abhalten zu können, deren Erfüllung jedoch in den Sternen stehe. Die Annahme des sowjetischen Vorschlages würde der SU zuviel Legitimation geben und sie als ein Land wie jedes andere erscheinen lassen. Vor einer solchen Konferenz in Moskau müsse der Westen sicher sein, daß die SU sich den westlichen MR-Forderungen konform verhalte. Der Prozeß, der zu einer Konferenz führe, müsse deshalb lang sein. Je länger er sei, um so größer sei der mögliche Druck auf die SU. Die Konferenz müsse eine Art Anerkennung für Implementierungen sein. Der Westen solle sich zu dem Konferenzvorschlag bald in Wien eine Meinung bilden, damit das Propagandafeld nicht der SU überlassen bleibe. D 2 sprach sich positiv für den französischen Vorschlag aus. Er regte an, eine Vermischung der vorliegenden vier Vorschläge anzustreben. Bei der multilateralen Kenntnisnahme der Ergebnisse der bilateralen Treffen sollte über Einzelfälle und Prinzipien gesprochen werden, nicht jedoch über Zahlen, da diese in Anbetracht unserer Lage für uns größer seien als bei anderen und herausgestellt werden sollten. D 2 sprach sich dafür aus, bald in Wien einen Konsens über das Vorgehen und die Taktik herzustellen. Die SU werde nach der Implementierungsdebatte im Januar sofort auf die Konferenz zurückkommen. Der Westen solle sich dem nicht entziehen. D 2 regte an, daß F seinen Vorschlag als „talking-points“ für das nächste PK in die KSZE-AG einbringt, damit danach die Diskussion im Kreis der 16 in Wien aufgenommen werden kann.

[30]GB unterstützte den französischen Ansatz, einen Mechanismus zu finden, der es erlaubt, die Einhaltung der Verpflichtungen durch die SU vor einer Entscheidung über eine Konferenz zu testen. Dadurch würde die Möglichkeit gegeben, nicht nur über Korb III zu sprechen, sondern über die gesamte menschliche Dimension. GB gehe es weniger darum, über einen bestimmten Vorschlag nachzudenken, als vielmehr sich über Bedingungen und Taktik klarzuwerden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1883

spräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit den Botschaftern Boidevaix (Frankreich), Bullard (Großbritannien) und Burt (USA) am Vortag: „F sprach sich gegen den Einschluß des syrischen Botschafters aus. Man habe keine Beweise, daß er einschlägig verdächtig sei. Außerdem gebe es politische Überlegungen, ihn nicht einzuschließen. Man könne die syrische Botschaft nicht ‚en bloc‘ ausweisen, allenfalls seinen Vertreter. USA wiederholten ihren eindeutigen Wunsch, syrischen Botschafter auszuweisen, wobei sie von GB unterstützt wurden. F wurde gebeten, den Quai über diese Haltung zu informieren.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139173.

30 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1607 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

In der Öffentlichkeit würde eine Konferenz nur Unterstützung finden, wenn das Veranstaltungsland sich selbst an die MR hält. Außerdem sei es wichtig, Offenheit wie bei den Treffen in Bern, Budapest[31] und Ottawa[32] zu schaffen. GB kündigte an, daß es ein Papier zirkulieren lassen werde, das Elemente für Bedingungen (US: besser Prinzipien) enthalte.

Hierzu gehörten:

(1) Die Bürger des Veranstaltungslandes müssen die Möglichkeit haben, die Konferenz zu besuchen und die Delegierten zu kontaktieren.

(2) Es muß sichergestellt sein, daß alle Mitglieder der Delegation Visa erhalten (D 2: auch Berliner).

(3) Wenigstens ein angemessener Teil der Konferenz muß öffentlich sein.

(4) Bestimmte Grundvoraussetzungen müssen vorher gegeben sein (z. B. keine Rundfunkstörungen).

(5) Journalisten dürfen nicht behindert werden.

(6) Nicht nur Vertreter der Regierungen, sondern auch Praktiker (wie in Budapest) müssen teilnehmen können.

(7) Im Falle Moskaus müsse sichergestellt werden, daß auch die Helsinki-Beobachter an der Konferenz teilnehmen können.

D 2 ergänzte, daß auch Einreicher von Petitionen nicht verfolgt werden dürften. Nach Auffassung von GB dürfe es nicht darum gehen, daß die SU die Forderungen annimmt, sondern die 35 müßten feststellen, daß die Bedingungen erfüllt sind.

2) West-Ost-Wirtschaftskonferenz

D 2 brachte den BM-Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland zur Sprache und bat um Einschätzung seiner Weiterbehandlung. Er wies darauf hin, daß es wichtig sei, auch eine Konferenz zu Korb II zu haben. In Anbetracht des östlichen Interesses sollte eine solche Konferenz in einem westlichen Land stattfinden. Die Initiative sollte nicht dem Osten überlassen werden. Die West-Ost-Beziehungen könnten dadurch einen neuen Impuls erhalten. Für westliche Sicherheitsinteressen würde selbstverständlich Sorge getragen werden. Die Konferenz könne auf Ministerebene eröffnet und auf Expertenebene fortgeführt werden. F und GB teilten die Ansicht, daß Korb II nicht ausgelassen werden dürfe. F sprach sich dafür aus, solchen Verhandlungen ein sehr präzises Mandat zu geben. Man müsse sehr vorsichtig vorgehen, um der SU keine Handhabe zu Forderungen, Propaganda und Angriffen zu geben. US und GB konnten zu dem Vorschlag nicht Stellung nehmen. Auf persönlicher Basis äußerte Derek Thomas (GB) Reserven. Korb II und das Herangehen an Fragen aus diesem Bereich sei ein wichtiges Thema. Dies in einer Ost-West-Konferenz zu erörtern, sei problematisch. Einmal gebe es die ECE für diese Themen, und zum anderen gebe es Gespräche mit COMECON sowie auf bilateraler Basis. Hier sollte nicht eingegriffen werden. Es erscheine ihm besser, unterhalb der Schwelle einer Konferenz zu bleiben.

31 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.

32 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

3) Konventionelle Rüstungskontrolle

USA wies auf das starke Interesse des Ostens an konventioneller Rüstungskontrolle hin, wie es sich in Stockholm[33] und der jetzigen Erklärung Polens[34] gezeigt habe. Dies gebe dem Westen eine einzigartige Chance, bei Menschenrechtsfragen Druck auszuüben. Der Westen sollte sich deshalb einigen, eine Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu fordern (Rundfunkstörungen, Erlaubnis für Sacharow, nach Moskau zu reisen[35]), ehe er zu Einigung über ein Mandat bereit ist. Es gehe nicht um die Herstellung einer Verbindung, sondern um die Glaubwürdigkeit des Helsinkiaktes[36].

In den USA gebe es eine starke Gruppe, die sich nur auf die Frage der Menschenrechte konzentriere. Sie müßten davon überzeugt werden, daß hier nicht nur eine Sicherheitskonferenz abliefe. Sie würden die Ratifizierung eines eventuellen Rüstungskontrollabkommens verhindern, wenn die SU in MR-Fragen keine andere Haltung einnehme.

D 2 trat der Herstellung einer Verbindung mit Hinweis auf die unglückliche Konferenz in Bern mit Entschiedenheit entgegen. Er wies auf unser besonderes Interesse an konventioneller Rüstungskontrolle und an einer Beseitigung eines Ungleichgewichts zwischen Ost und West im Bereich der konventionellen Rüstung hin. Auch wir seien für Menschenrechte und deren Durchsetzung. Für uns sei es jedoch schwierig, ein Verfahren zu akzeptieren, das eine Abhängigkeit zwischen beiden Fragen herstelle. D 2 argumentierte auf der Linie von BM in Chevening.

GB meinte, daß es sich hier um einen Prozeß handle, in dem immer wieder abgewogen werden müsse, was wir in den verschiedenen Bereichen in der Hand hätten. Es bestünde kein „link“, wohl aber eine Interdependenz. Wenn wir einem

33 In Stockholm fand vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 die KVAE statt. Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

34 Botschafter Pfeffer, Warschau, teilte am 5. Dezember 1986 mit, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe am 1. Dezember 1986 gegenüber den Teilnehmern einer internationalen Journalisten-Konferenz zu Abrüstungsfragen erklärt: „Aus verständlichen geographischen, militärischen und politischen Gründen sind wir allerdings besonders stark und direkt an einer beträchtlichen Reduzierung der konventionellen Rüstung und konventioneller Waffen in Europa interessiert.“ Jaruzelski habe die polnische Bereitschaft zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen unterstrichen: „Die KVAE, so Jaruzelski weiter, müsse eine Fortsetzung finden, wobei Polen hinsichtlich des geeigneten Forums flexibel sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1999; Referat 214, Bd. 139737.

35 Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 18. Dezember 1986: „US-Gesandter sagte uns am 18.12., vor wenigen Tagen sei in Sacharows Wohnung in Gorki ein Telefon gelegt worden. Am darauffolgenden Tage habe Sacharow einen Anruf erhalten. Am Apparat sei Gorbatschow gewesen. In dem Gespräch habe dieser Sacharow mitgeteilt, daß er nach Moskau zurückkehren könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3624; Referat 213, Bd. 139299.
Am 20. Dezember 1986 teilte Kastl ergänzend mit, die sowjetische Regierung habe die Entscheidung zur Aufhebung der Verbannung des Dissidenten Sacharow nunmehr auch offiziell mitgeteilt: „In der Sache wird damit eine ständige Zielscheibe der Kritik aus dem Westen – nicht nur der Regierungen, sondern der gesamten politisch engagierten Öffentlichkeit ohne Unterschied der Couleur – beseitigt. Wahl des Zeitpunkts ist sicher auch dazu bestimmt, das überaus unglückliche (aber kaum zufällige) Bekanntwerden des Todes von Martschenko gleichzeitig mit Kowaljows Werben in Wien für eine Korb-Drei-Konferenz in Moskau zu kompensieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3640; Referat 213, Bd. 139299.

36 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Mandat bei KRK zustimmen sollten, müsse der Osten seinerseits Konzessionen gemacht haben.

GB äußerte sich kritisch über das Verhältnis von Inhalt und Präsentation des HLTF-Papiers. Er setze sich dafür ein, statt von einer „Erklärung" von „guidelines" zu sprechen. USA und F wollten daraus keinen Punkt machen.

4) Lage in Polen/Politik gegenüber Polen

F führte aus, daß die Situation in Polen niederdrückend sei. Die Entlassung der politischen Gefangenen[37] habe zu keinerlei innenpolitischer Entlastung geführt. Zwischen Regierung und Bevölkerung gäbe es keinen Konsens. Die Opposition sei geteilt und machtlos. Die wirtschaftliche Lage verschlechtere sich. Sowohl die Infrastruktur werde schlechter wie auch die Lage bei den Auslandsschulden (34 Mrd. Dollar). Der Westen habe gegenüber Polen keine Politik. Viele Minister reisten nach Polen, aber ohne Konzeption. Eine gemeinsame Politik sei dringend erforderlich. Es gehe nicht allein darum, mit Vertretern der Opposition zusammenzutreffen oder sich für eine Zulassung Polens zum IMF[38] einzusetzen. Polen sei das wichtigste Land Osteuropas. D2 teilte die Bewertung von F, gab aber zu, daß auch wir kein Heilmittel wüßten. Die Lage der Kirche wäre nicht zu schlecht. Wir bemühten uns langsam um eine Öffnung. Wegen unserer besonderen Situation (Vergangenheit, Deutsche Frage, 125 000 ausreisewillige Deutsche) träfen wir jedoch auf viele Schwierigkeiten. Wir bemühten uns, ein wissenschaftlich-technisches Abkommen[39] auszuhandeln, ein Generalkonsulat in Krakau zu eröffnen[40] und Verteidigungsattachés[41] auszutauschen.

37 Zur Amnestie in Polen vgl. Dok. 354, Anm. 22.

38 Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes informierte am 9. Juni 1986: „Nachdem das IWF-Direktorium aufgrund des polnischen Aufnahmeantrags vom November 1981 am 21. April 1986 dem Resolutionsentwurf zur Aufnahme Polens ohne Aussprache bei Enthaltung der USA zugestimmt hatte, sprach sich auch die große Mehrheit des Gouverneursrats in dem am 28.5. beendeten Umlaufverfahren für den polnischen Antrag aus (125 Ja-Stimmen, Enthaltung der USA, 23 Mitglieder gaben keine Erklärung ab). […] Die polnische Quote wurde auf 680 Mio. SZR festgesetzt, von denen innerhalb von sechs Monaten 22,7 Prozent in SZR oder harten Währungen eingezahlt werden müssen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 477; Referat 412, Bd. 130574.
Das Bundesministerium der Finanzen notierte am 4. Juli 1986, der Beitritt Polens sei im Juni 1986 wirksam geworden. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 130574.

39 Referat 430 legte am 27. Oktober 1986 dar, der Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ) mit Polen sei bislang an der Einbeziehung von Forschungseinrichtungen in Berlin (West) gescheitert: „Am 11.6.85 wurde in Bonn der polnische Entwurf für ein WTZ-Abkommen übergeben, in dem eine Berlin-Klausel fehlte. Die in Verträgen mit den RGW-Staaten übliche Frank-Falin-Formel wurde am 30.10.85 in Bonn nachgereicht. Inzwischen wurde ein deutscher Gegenentwurf erarbeitet und der polnischen Regierung im März 1986 vor den deutsch-polnischen Wirtschaftsgesprächen durch unsere Botschaft Warschau übergeben." Ein weiterer polnischer Entwurf, der die übliche Berlin-Klausel enthalte, sei am 6. Oktober 1986 im Auswärtigen Amt übergeben worden. Vgl. Referat 214, Bd. 139751.
Im Gespräch mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 4. Dezember 1986 führte der polnische Gesandte Kulski aus, „die polnische Seite sei jederzeit zur Aufnahme von Gesprächen über ein WTZ-Abkommen bereit". Richthofen erklärte, die Frage werde gegenwärtig im Bundesministerium für Forschung und Technologie geprüft, „das jedoch nur über ‚wenig Hände' verfüge, um diese Angelegenheit voranzutreiben". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139751.

40 Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte am 30. Oktober 1986: „Die polnische Seite hat seit 1982 wiederholt den Wunsch nach Austausch von Konsulaten geäußert. Im Hinblick auf die damalige innenpolitische Lage Polens konnten wir darauf nicht eingehen." Polen habe mehrfach 1986 den Wunsch erneuert und als Standort Hamburg ins Spiel gebracht: „Eine Umfrage im Haus sowie Stellungnahme der Botschaft Warschau haben ergeben, daß wir an der Errichtung eines Generalkonsulats in Polen stark interessiert sind. Unterschiedliche Standorte (Krakau, Kattowitz, Posen) wurden vorgeschlagen, ein Standort in Südpolen eindeutig bevorzugt." Vgl. Referat 214, Bd. 139711.

Dies ändere natürlich nicht viel an der Lage. Es müsse darum gehen, die polnische Wirtschaft wieder in die Lage zu versetzen, die Auslandsschulden zurückzuzahlen. F und GB teilten diese Ansicht, meinten jedoch, daß dies auf anderem Wege als durch Kredite geschehen müsse.

GB beklagte ebenfalls, daß es keine gemeinsame westliche Politik gebe. Polen sei ein Rätsel. Es sei zugleich das freieste und das in der innenpolitischen Situation schlimmste Land Osteuropas. Die Wirtschaft sei am Boden. Auch Jaruzelski gebe Rätsel auf. Das Problem sei, daß die Regierung nicht dem Volk passe, sondern ihm fremd sei. Polen sei nicht frei zu handeln. Deshalb wären unsere Möglichkeiten beschränkt. Minister Renton werde nach Polen reisen.[42] Dies sei aber nur eine Geste, nicht Teil einer konsistenten Politik. GB regte an, im Kreise der Vier eine vertiefte Diskussion über die künftige Politik gegenüber Polen zu führen. D 2 stimmte dem zu und schlug vor, ein „brainstorming" in einem geeigneten Kreis (z. B. Aspen Institute in Berlin) zu führen. US legte dar, daß Administration sich bemüht, nach der Freilassung der politischen Gefangenen die Sanktionen in maßvoller Weise zu lockern.[43] Die USA betrieben eine Politik der Differenzierung gegenüber Osteuropa. Diese werde fortgesetzt. Whitehead sei nach Ungarn, Jugoslawien und Rumänien gereist.[44] Ridgway

Fortsetzung Fußnote von Seite 1887

Im Gespräch am 6. November 1986 in Wien stimmten Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Orzechowski darin überein, Expertengespräche aufzunehmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 11 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z. Z. Wien, vom 7. November 1986; Referat 214, Bd. 139691.

41 Referat 214 erläuterte am 30. Oktober 1986: „Die Frage des Austauschs von Verteidigungsattaché-Stäben mit der VR Polen hat unsere Botschaft Warschau bereits 1977 und 1979 mündlich sondiert. Eine Reaktion der polnischen Seite blieb damals aus." In den Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung genieße jedoch inzwischen die Schaffung eines Stabes in Warschau „höchste Priorität": „Es ist davon auszugehen, daß auf polnischer Seite aus dem Zweiten Weltkrieg herrührende Empfindlichkeiten eine positive Einstellung zu ‚deutschen Soldaten' und ‚deutschen Uniformen auf polnischem Gebiet' zumindest erschweren. […] Andererseits kann davon ausgegangen werden, daß die VR Polen erhebliches Interesse an der Errichtung eines Verteidigungsattaché-Postens in Bonn haben wird, schon um gegenüber anderen WP-Verbündeten nicht zurückzustehen." Vgl. Referat 214, Bd. 139691.
Im Gespräch mit dem polnischen Außenminister Orzechowski am 6. November 1986 in Wien sprach Bundesminister Genscher das Thema an und bat um Mitteilung, „ob polnischerseits Interesse besteht. O. erwidert, die Frage sei für ihn neu. […] Er werde die Angelegenheit mit dem Verteidigungsminister aufnehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 11 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z. Z. Wien, vom 7. November 1986; Referat 214, Bd. 139691.

42 Zum geplanten Besuch des Staatsministers im britischen Außenministerium, Renton, vgl. Dok. 306, Anm. 42.
Renton hielt sich vom 5. bis 8. Februar 1987 in Polen auf.

43 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Polen vgl. Dok. 118, Anm. 24.
Botschafter Pfeffer, Warschau, übermittelte am 4. Dezember 1986 die Einschätzung, daß in die polnisch-amerikanischen Beziehungen wieder Bewegung gekommen sei: „Die Aufhebung der sog. politischen Sanktionen mit einer Reihe hochrangiger Kontakte in den letzten Monaten […] als Reaktion auf die Freilassung der politischen Gefangenen im September könnte schon in naher Zukunft zu Ergebnissen führen, die sich als allmähliche Normalisierung bezeichnen ließen. Von amerikanischer Seite steht die Fortführung dieser Entwicklung allerdings unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sich die innenpolitische Situation nicht wieder verschärft und insbesondere der Opposition der gegenwärtige Spielraum gelassen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1990; Referat 214, Bd. 139733.
Präsident Reagan gab am 19. Februar 1987 bekannt, daß die im Dezember 1981 und Oktober 1982 verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Polen aufgehoben würden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 155 f.

44 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead hielt sich am 10./11. November in Ungarn, am 12./13. November in Jugoslawien und am 13./14. November 1986 in Rumänien auf.

habe den stellvertretenden polnischen Außenminister Kienast in Wien getroffen. Es erscheine nützlich, über Osteuropa einen Gedankenaustausch zu führen.

5) Südafrika

US führte aus, daß die Rede von AM Shultz Ausdruck der Bemühungen sei, das US-Interesse zu bestätigen, nach Alternativen zur Gewalt zu suchen. Die Rede sollte ein neues Denken im Westen und in Südafrika stimulieren. Der Westen werde aufgefordert, seinen Standpunkt genauer zu definieren. Es gebe keine Alternative dazu, sich aktiv mit den Fragen zu befassen. Die Kritik durch die südafrikanische Regierung und die Opposition sei erwartet worden. Teil der amerikanischen Politik sei eine stärkere Hilfe gegenüber den Schwarzen und den Frontlinienstaaten. Armacost werde in Kürze in die Frontlinienstaaten reisen, um eine Bewertung aus ihrer Sicht vorzunehmen und sich einen Eindruck von Mosambik in der Phase nach Machel[45] zu machen. Die Lage in SA sei in letzter Zeit nicht einfacher und weniger gespannt geworden. Keine der beiden Seiten scheine nachgeben zu wollen. Aber auch in den Nachbarstaaten gebe es Probleme. Die Spannungen in Mosambik wüchsen, Simbabwe und Sambia dächten über neue Sanktionen gegenüber SA nach, selbst wenn sie ihnen selbst schaden, auch das Nkomati-Abkommen[46] sei in Gefahr. Die SU leiste etwas militärische Hilfe, beschränkte sich sonst aber überwiegend auf diplomatische Aktivitäten. Der stellvertretende Außenminister Adamischin habe im August Tansania, Sambia und Simbabwe besucht. Tambo sei von Gorbatschow empfangen worden[47] und habe die Einrichtung eines ANC-Büros in Moskau mit ihm diskutiert.

[48]GB beurteilte die Lage in SA ebenfalls sehr negativ. Es sei zum völligen Stillstand gekommen. Frühere Ideen über Lösungsansätze kämen nicht weiter voran. Ob dies die Folgen der Sanktionen seien, sei schwer zu sagen. Die Analyse von Shultz werde von GB geteilt. Nach seinem (Thomas) Besuch in Washington müsse er aber feststellen, daß dies zwar die Politik der Administration, jedoch nicht der USA sei. Nach seinem Eindruck würde der Druck von seiten des Kongresses noch stärker werden. Er teile die Ansicht, daß für die FLS mehr getan werden müsse. Die Zwölf sollten die Frage einer Unterstützung Mosambiks untersuchen. Der Nachfolger von Machel[49] verdiene alle Unterstützung. Außer einem Nahrungshilfeprogramm gebe GB 25 Mio. Pfund für ein Eisenbahnprojekt. Gefahr bestünde leider, daß das IMF-Programm zusammenbreche. Der Einfluß der SU sei begrenzt und ausschließlich politischer Natur. Gorbatschow wolle dies aufrechterhalten. Er bemühe sich um eine etwas verfeinerte Politik. Adamischin habe bei einem Besuch in London vorgegeben, daß die SU sich um eine politische Lösung bemühe. Daß SU oder Kuba Militär entsende, sei nicht wahrscheinlich. Außer militärischen Beratern sei die Hilfe von anderen osteuropäischen Ländern sehr gering.

45 Präsident Machel kam am 19. Oktober 1986 bei einem Flugzeugabsturz in Südafrika ums Leben.

46 Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

47 Der Vorsitzende des ANC, Tambo, hielt sich vom 3. bis 7. November 1986 in der UdSSR auf und traf am 4. November 1986 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen.

48 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1608 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

49 Joaquim Alberto Chissano.

D 2 bezweifelte die Wirksamkeit von Sanktionen, er wies auf die Initiative von BM hin, einen Dialog zwischen den Parteien zustande zu bringen.[50] Ein Anfang könne von SA durch Freilassung von Mandela gemacht werden. Gemeinsame Bemühungen des Westens seien nicht weiter gediehen. Man müsse sich fragen, wie sie vorangebracht werden könnten. Es müsse nach Wegen gesucht werden, positive Maßnahmen in Gang zu setzen. (GB hielt den Ansatz für richtig, vertrat aber die Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Lage in SA es nicht die richtige Zeit für neue Maßnahmen wäre.)

F sprach sich ebenfalls für mehr Dynamik aus. Sanktionen könnten keine Veränderung herbeiführen, sie würden jedoch Druck ausüben. Die Zwölf blieben jetzt hinter den Maßnahmen der USA zurück.[51] Wenn sie nicht neue Schritte ergreifen würden, bestünde das Risiko, daß die Schwarzen die Hoffnung auf den Westen aufgäben und sich der SU zuwendeten.

6) Naher Osten

F plädierte für neue Initiativen im Nahen Osten. Es behauptete nicht, daß Europa sehr viel ändern könne, aber es könne nicht passiv[52] abwarten. Neue Ideen müßten entwickelt werden, um zu zeigen, daß wir uns für die Region interessieren. Selbst wenn es nur kosmetischer Natur wäre, irgend etwas müsse in Angriff genommen werden. GB teilte diesen Wunsch nach neuem Ansatz und verwies auf die Erklärung von MP Thatcher beim britisch-französischen Gipfeltreffen. Die stagnierende Lage sei gefährlich. Die Welle der Verzweiflung wachse und finde einen Ausdruck in wachsendem Terrorismus. Die Palästinenser hätten irrigerweise das Gefühl, daß sich niemand ihrer Fragen annähme. Es sei zu befürchten, daß die involvierten Parteien eine Verständigung führen müßten.[53] Die amerikanische Einschätzung der Lage sei nicht so negativ. Ermutigend seien verschiedene Ereignisse: das Treffen Peres–Hassan, die Taba-Lösung, das Treffen in Alexandria, der jordanische Fünf-Jahres-Plan für die Westbank. Für die Verbesserung der Lebensbedingungen gäbe es genügend Hilfsansätze. Die USA leisteten sehr viel mehr als die EG (17 Mio. Dollar gegen 7 Mio. Dollar).

Die EG sei aufgefordert, mehr zu tun. Gegenwärtig finde in London eine Botschafterkonferenz der US-Botschafter im Nahen Osten statt, die eine Bewertung der Lage vornehmen sollen, jedoch keine neue Politik entwickeln.

D 2 legte dar, daß wir beim Friedensprozeß keine Fortschritte sehen. Für einen Zusammentritt einer internationalen Konferenz[54] gebe es keine Aussichten. Es fehlten drei Voraussetzungen: Fehlen einer Vertretung des palästinensischen Volkes für eine Konferenz, keine Einigung zwischen USA und SU über Konferenz, Israel scheine weder zu territorialen Kompromissen noch zu echter Autonomielösung bereit. Dennoch seien wir interessiert, die Konferenzidee in der

50 Zu den Überlegungen für eine politische Initiative gegenüber Südafrika vgl. Dok. 236, besonders Anm. 23, und Dok. 364.

51 Zu den auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika bzw. zu den amerikanischen Sanktionen vgl. Dok. 257, Anm. 5 und 7.

52 Korrigiert aus: „könne passiv“.

53 So in der Vorlage.

54 Vgl. dazu den sowjetischen Vorschlag einer internationalen Konferenz für den Nahen Osten; Dok. 200, Anm. 9.

Diskussion zu halten, da sie von den arabischen Staaten zur Zeit als einziges Element der Hoffnung behandelt werde. Eine weitere Entmutigung müsse auch das Problem des Terrors verstärkt aufleben lassen. Unsere klare Reaktion auf die syrische Beteiligung an Terroranschlägen sei aus unserer Sicht sowohl in Damaskus wie in den meisten arabischen Hauptstädten richtig verstanden worden. Wir hielten aber daran fest, daß Reaktionen den politischen Kontakt möglichst nicht unterbrechen sollten. Unsere öffentliche Meinung trage dies mit. D 2 wies auch auf die schwierigen wirtschaftlichen Probleme Ägyptens hin und auf den bevorstehenden Besuch Mubaraks in Stuttgart.[55] Hinsichtlich des Fünf-Jahres-Plans für die Westbank in Jordanien trug D 2 die Bewertung aus dem Bericht der Botschaft vor. Unter Hinweis auf die Ausführungen von BM im letzten ER plädierte D 2 für Kooperation mit den Golfstaaten.

7) Iran – Irak

In Anbetracht der ausführlichen Diskussion der Minister in Chevening beschränkten sich die Direktoren auf einen kurzen Meinungsaustausch. US bestätigte die Fortsetzung der bisherigen offiziellen amerikanischen Politik, die auf Suche nach einer diplomatischen Lösung ausgerichtet sei. USA würden auch weiterhin, selbst wenn es schwierig sei, den Dialog mit dem Iran suchen. Auch die europäischen Partner seien aufgefordert, bei der bisherigen Linie gegenüber dem Irankonflikt zu bleiben. F wies auf Machtkämpfe in Teheran hin und glaubte einen Trend zur Mäßigung und Kontaktbereitschaft feststellen zu können. F werde seine Politik nicht ändern, jedoch seine Kontakte verstärken. Hierbei seien bereits Fortschritte gemacht worden. GB unterstrich ebenfalls die Bedeutung von Kontakten. Er führte aus, daß nach britischer Einschätzung es wenig Aussichten für Besserung gäbe, solange Khomeini am Leben sei.

Eine Bereitschaft zur Beendigung des Krieges durch Verhandlungen bestünde solange ebenfalls nicht.

8) Nordkorea/Südkorea

Keiner der Teilnehmer hatte Klarheit über die kürzlichen Vorgänge in Nordkorea. F bezeichnete Nordkorea als das undurchsichtigste Land. US war der Ansicht, daß sich etwas zugetragen habe, ohne genaueres zu wissen.[56] Hinsichtlich des Dialoges zwischen beiden Staaten sei eine Unterbrechung eingetreten. Nach Pressemeldungen sollen SU und Nordkorea entschieden haben, an den Olympischen Spielen[57] teilzunehmen. Die Lage in Südkorea gebe Anlaß zu Be-

55 Zu den Gesprächen mit der ägyptischen Regierung am 13. Dezember 1986 vgl. Dok. 365.

56 Botschafter Kleiner, Seoul, meldete am 17. November 1986, in Seoul werde behauptet, der nordkoreanische Staatschef Kim Il-sung sei ermordet worden. Nach Angaben südkoreanischer Medien sei er „einem vom Generalstabschef der nordkoreanischen Armee Oh Kuk-yol angeführten Staatsstreich zum Opfer gefallen, der Sohn und designierte Nachfolger von Kim Il-sung, Kim Jong-il, sei verhaftet worden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 458; Referat 341, Bd. 142609.
Am 21. November 1986 berichtete Kleiner: „Inzwischen sind auch in Südkorea Öffentlichkeit, Medien und Regierung bereit, die zahlreichen Anzeichen dafür, daß der nordkoreanische Staatschef Kim Il-sung lebt, ernst zu nehmen. […] Nun hat die Suche nach den Schuldigen für die Fehlinformation begonnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 467; Referat 341, Bd. 142809.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel vermerkte am 27. November 1986, es gebe verschiedene Anzeichen für die Vermutung, „daß es in der nordkoreanischen Führung schwerwiegende Auseinandersetzungen gegeben haben muß. Die Gründe dafür könnten sein: die Nachfolgefrage, Wirtschaftsprobleme, Widerstand gegen eine zu enge Anbindung an die SU." Vgl. Referat 341, Bd. 142610.

57 Zur Frage einer Teilnahme der UdSSR und anderer kommunistischer Staaten an den XXIV. Olympischen Sommerspielen vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul vgl. Dok. 164, Anm. 28.

sorgnis. Südkoreanische Sorgen wegen des Baues eines Dammes in Nordkorea wurden von allen als übertrieben angesehen. Die USA sind dabei, die Auswirkungen zu untersuchen.

D 2 wies darauf hin, daß es zu einer Annäherung zwischen SU und Nordkorea (Überflugrechte, Häfen) gekommen sei.[58] SU vermeide aber, dies zu einer Provokation für China werden zu lassen. GB sah in diesen Beziehungen eine Reaktion auf die wachsenden Kontakte zwischen China und Südkorea. Das gesamte Bild in der Region werde zunehmend komplizierter. Die SU dokumentiere ein wachsendes Interesse am Pazifik.

9) Südpazifik

F betonte das starke Interesse an dieser Region. Es erneuerte die Besorgnis über die Unterzeichnung des Rarotonga-Vertrages[59] durch GB und US. Die Frage der Nuklearisierung des Südpazifiks gehe in ihrer Bedeutung weit über diese Region hinaus. GB wies auf das wachsende sowjetische Interesse am südlichen Pazifik hin und regte an, dieses zu beobachten. Die Inselstaaten seien in der Gefahr, unter sowjetischen Wirtschaftseinfluß zu geraten. Die mit Neuseeland entstandenen Probleme seien insgesamt hier wenig hilfreich. Es gehe darum zu verhindern, daß Neuseeland in die Neutralität gleite. Die Anti-Nuklearpolitik sei dort populär. Die Labour-Party liege mit 14 Punkten vorn. F sprach sich gegen eine Dramatisierung der Lage aus. Im Verhältnis zu anderen Gegenden der Welt sei es dort sehr ruhig. Die Veränderungen seien allerdings größer als jemals zuvor. Die Inselstaaten hätten bisher wenig Weltoffenheit gekannt und sich gegen alles Fremde gewandt.

D 2 erwähnte die Demarche des Botschafters von Neuseeland und den Brief des Botschafters von Australien wegen unserer Stimmabgabe in den VN zu Neukaledonien[60] und fragte nach der Transparenz bei dem bevorstehenden Referendum in Neukaledonien. F erwiderte, daß es noch viele offene Fragen, darunter auch, wer abstimmen werde, gäbe. Hinsichtlich der Transparenz bestünde keine Gefahr. Jeder Beobachter könne das Referendum verfolgen. VN-Beobachter würden jedoch aus Gründen des Prinzips nicht akzeptiert. F wies noch auf den von ihm und den USA unterzeichneten Umweltschutzvertrag von Nouméa[61]

58 Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel erläuterte am 27. November 1986: „Trotz jüngster Anzeichen einer gewissen Entkrampfung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses dürften der Ausbau der sowjetischen Pazifikflotte sowie die verstärkte militärische Zusammenarbeit der SU mit Nordkorea in der VR China Besorgnis erregen. Die Gewährung von Überflugrechten an die SU und die Öffnung nordkoreanischer Häfen (Wonsan an der Ostküste und Nampo an der Westküste) für die sowjetische Flotte verringern nicht nur die Gefahr einer Blockierung der sowjetischen Durchfahrt durch die Soya-, Tsugaru- und Tsushima-Straße durch westliche Kräfte, sondern setzen auch vor den Toren Pekings ein deutliches sicherheitspolitisches Zeichen. Allerdings sind – im Gegensatz zu Wonsan – bisher im Hafen von Nampo keine sowjetischen Schiffe beobachtet worden; die Sowjets hüten sich davor, die Chinesen zu provozieren." Vgl. Referat 341, Bd. 142610.

59 Korrigiert aus: „Raratonga-Vertrages".

60 Korrigiert aus: „Nordkaledonien".

61 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 24. November 1986 zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt im Südpazifikgebiet (Konvention von Nouméa) vgl. JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DÉCRETS, 123. Jg. (1991), Nr. 9 vom 11. Januar 1991, S. 558–563.
Am 25. November 1986 wurden in Nouméa noch das Protokoll betreffend die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Verschmutzung im Südpazifikgebiet in Notfällen sowie das Protokoll zur Verhütung der Verschmutzung des Südpazifikgebietes durch Einbringen von Abfällen unterzeichnet. Für

hin, mit dem es deutlich mache, daß es sich für die Region verantwortlich fühle. GB kündigte an, daß es wahrscheinlich für seine Gebiete folgen werde. D 2 wies auf libysche Kontakte mit Vanuatu hin. Auf Frage ergänzte F, daß es solche auch mit Papua-Guinea gäbe, daß sie jedoch nicht sehr stark seien.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 12959 (200)

363

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7066/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1615
Citissime

Aufgabe: 12. Dezember 1986, 19.15 Uhr[1]
Ankunft: 12. Dezember 1986, 19.40 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 11./12.12.1986 in Brüssel;
hier: Fortsetzung Sitzung im kleinsten Kreis am 11.12.1986

Bezug: DB 1604 vom 11.12.1986 – B-362.05/1-3700/86 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

I. 1) Shultz machte zunächst Ausführungen zur Iran-Affäre.[3] Präsident habe alles getan, um Aufklärung und Erhaltung Arbeitsfähigkeit Administration zu gewährleisten. Strafrechtlich relevante Handlungen bei Verfügung über Rüstungsexporterlöse würden von Gericht verfolgt. Zusammenarbeit mit beiden Sonderausschüssen Kongreß sei zugesichert.

Man könne sich fragen, ob Reagan gut daran getan habe, für unterstützenswerte politische Gruppierung im Iran symbolische Waffenverkäufe zu arrangieren. Hier gebe es Argumente für und wider. Präsident sei überzeugt, daß es unter Berücksichtigung aller Umstände hätte versucht werden müssen. Bei Durchführung seien allerdings Fehler gemacht worden, und vielleicht hätten sich einige gesetzeswidrig verhalten. Man wolle nichts verschleiern. Poindexter

Fortsetzung Fußnote von Seite
den Wortlaut vgl. JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DÉCRETS, 123. Jg. (1991), Nr. 9 vom 11. Januar 1991, S. 563–567.
Zum Beitritt Frankreichs vgl. Dok. 354, Anm. 28.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 15. Dezember 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann, Vortragenden Legationsrat Elbe, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt und Legationssekretär Brose verfügte.
Hat Elbe, Mülmenstädt und Brose vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 359.

3 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

und North hätten bei Aussageverweigerung[4] auf Rat ihrer Anwälte lediglich von verfassungsmäßigem Recht Gebrauch gemacht.

Jetzt gelte es, nach vorne zu blicken. Es gebe viel zu tun, und man werde sich durch Iran nicht über Gebühr davon abhalten lassen.

2) Zur Lage nach Reykjavik[5] und West-Ost-Beziehungen erklärte Shultz, für Sicherheit USA stelle Sicherheit innerhalb Allianz entscheidenden Faktor („center piece") dar. Abschreckung müsse erhalten und „Friede höherer Qualität" angestrebt werden. Dafür seien bedeutsam:

– Überlebensfähige strategische Waffen, mit denen SU erreichbar sei.
– Aufrechterhaltung glaubwürdiger Stationierung („credible deployment") amerikanischer Truppen in Europa – trotz Diskussion über „burden sharing". Bei diesen beiden Punkten gehe es auch um die Zurverfügungstellung erforderlicher Haushaltsmittel.
– Gewährleistung funktionierender Verteidigungsstruktur Bündnisses (Konsultationen, Übungen, Manöver, Rüstungszusammenarbeit, Hilfe für schwächere Länder).
– Sicherstellung politischer Stabilität Allianz auf Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen.

Nach Reykjavik seien wir in allen diesen vier Elementen stärker als zuvor, obwohl dies von einigen bestritten werde.

Hier wolle er auch auf globale Dimension der Kriegsverhinderung hinweisen. Bedrohungen seien weltweit gegeben. Bei Bewertung sowjetischer Politik gelte es, auch an China, Vietnam, Kambodscha, Cam Ranh Bay[6], Pakistan, Indien usw. zu denken. All das sei indessen nicht neu.

Wo ständen wir und wohin gehe es? Hinsichtlich West-Ost-Verhältnisses sei Lage „recht deutlich (quite sharply) verschieden und besser" als vor zwei oder drei Jahren zu Zeiten Gromykos. Es gebe immerhin bilaterale Diskussion mit

4 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 4. Dezember 1986: „Die Berichterstattung der Medien mit neuen Enthüllungen, Spekulationen oder Entrüstung über Aspekte der Iran-Affäre setzt sich fort. Neuester Anlaß ist die Aussageverweigerung des zurückgetretenen Sicherheitsberaters Poindexter vor dem Geheimdienstausschuß des Senats am 3.12.1986. P[oindexter] berief sich auf den fünften Zusatz der Verfassung, der eine Aussageverweigerung im Falle der Selbstbelastung zuläßt. Nach Oberstleutnant North ist P. der zweite Betroffene, der von dieser Möglichkeit Gebrauch macht. […] Bisher haben sich alle Versuche des Präsidenten und der Administration, die Krise zu beenden, als vergeblich erwiesen. Reagans Zustimmung zur Einsetzung eines Sonderuntersuchungsausschusses des Kongresses nach dem Muster des Watergate-Ausschusses und die Bestellung eines Untersuchungsrichters durch ein unabhängiges Gericht stießen zwar auf Zustimmung der Opposition, haben aber nur für kurze Zeit Entlastung bringen können. […] Die Iran-Affäre hat inzwischen eine solche Eigendynamik entwickelt, daß sie von niemandem mehr in kurzer Zeit zum Stillstand gebracht werden könnte. Wir müssen uns in jedem Fall damit vertraut machen, daß die Iran-Affäre und mit ihr verbundene Themen noch monatelang Diskussionsgegenstand bleiben werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5226; Referat 201, Bd. 143376.

5 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

6 Referat 213 erläuterte am 14. Mai 1986, ein Drittel der sowjetischen Kriegsmarine operiere im Pazifik mit dem Ziel des Aufbaus eines Gegengewichts zur amerikanischen Marinepräsenz sowie zur Sicherung gegen Japan und die Volksrepublik China: „Hinzu kommt die Bedrohung des nördlichen und westlichen Pazifik durch SS-20 und Backfire-Bomber (Stationierung in Cam Ranh Bay, Vietnam)." Insgesamt habe sich „die Fähigkeit der SU zu weitreichenden See-Operationen nicht zuletzt durch Nutzungsmöglichkeiten vietnamesischer Häfen verstärkt (zuletzt weiterer Ausbau von Cam Ranh Bay)". Vgl. Referat 213, Bd. 139328.

SU. Menschenrechte: „We are getting under their skin." Alle Allianzpartner seien mit Moskau im Gespräch und informierten sich gegenseitig darüber.

Rüstungskontrollverhandlungen: Bei INF gehe es um globale gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau, am besten komplette Null-Lösung, die wünschbar sei. Gerade bei 100/100 gebe es erhebliche Verifikationsprobleme, Dauer Abkommens sei strittig. Bei SRINF seien „freeze" und ungleiche Obergrenzen nicht hinnehmbar, „right to match", Verhandlungen innerhalb sechs Monaten, völlige Abschaffung sei „nicht notwendigerweise" anzustreben. Britische und französische Systeme würden von SU nicht mehr geltend gemacht.

START: Auf Genfer Gipfel sei 50prozentige Reduzierung ins Auge gefaßt worden. Nachdem sich zunächst bei Definierung „nuclear charges" Schwierigkeiten ergeben und SU auf nur 30prozentige Verminderung zurückgefallen sei[7], habe man sich in Reykjavik zwischen Nitze und Achromejew wieder auf hälftige Reduzierung sowie auf Zählweise geeinigt. Es gehe hier vor allem um die schweren gemirvten Systeme der ICBM, die US am meisten fürchten müßten. Schwierigkeiten noch mit Untergrenzen und – ähnlich wie bei INF – Verifikation.

Verteidigung im Weltraum: Erste Annäherung, Fortschritt. Man habe sich für Weitergeltung („non withdrawal period") ABM-Vertrags auf Zeitraum zehn Jahre verständigt. Noch offen sei: Regelung für Zeit danach, Art der Reduzierung in zweiter Fünf-Jahres-Periode, erlaubte Aktivitäten (US: Einhaltung Vertrags, SU: nur Laborforschung).

Einige Europäer hätten nach Reykjavik „tief durchgeatmet" und gewisse Beunruhigung geäußert, wie Aufrechterhaltung nuklearer Abschreckung nunmehr möglich sei. US hätten sowjetische Behauptung zurückgewiesen, im 6. bis 10. Jahr sollten alle strategischen Systeme abgeschafft werden; Formel (lediglich) „alle Raketen" liege im Interesse Allianz.

Jetzt sei Kreativität gefragt, um bei INF und START zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) und Anhebung nuklearer Schwelle seien in „weniger nuklearer Welt" besonders bedeutsam geworden. Insoweit habe man heute wohl Fortschritte erzielt. Doch sollten wir besser keine zu großen Hoffnungen wecken, denn es handele sich – nicht zuletzt hinsichtlich Verifikation – um sehr komplexe Materie. KRK sei Teil „insurance policy", falls gegen Vereinbarungen verstoßen werde („cheat").

3) BM, der nach Shultz als erster sprach, führte aus, die soeben erfolgte Verabschiedung „Brüsseler Erklärung"[8] (s. Bezugs-DB) sei Anlaß zu großer Befriedigung. Dies gelte auch für Ausführungen von Shultz und für die von ihm bekundete Entschlossenheit, gemeinsame Politik fortzuführen. BM unterstrich Bedeutung USA für Bündnis und dessen Handlungsfähigkeit. Vereinigte Staaten kämen ihren Verpflichtungen in Europa (Stationierung und Konsultation mit gleichberechtigten Partnern) nach. Vitalität Bündnisses sei Voraussetzung für Fortschritte im West-Ost-Verhältnis.

Am Tag nach Reykjavik habe sich im Rat hier in Brüssel beachtliche gemeinsame Einschätzung ergeben. Dies sei wegweisend für weitere Intensivierung poli-

7 So in der Vorlage.

8 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

tischer Diskussion über Reykjavik innerhalb demokratischer Länder gewesen. Auch heutige Sitzung bedeute Signal für Entschlossenheit als Voraussetzung Erfolgs. Entscheidend sei strategische Verhinderung jeder Form von Krieg. An Effektivität Kriegsverhinderung müsse sich alles messen lassen, nicht nur für WP-Ländern unmittelbar benachbarte Partner, sondern für alle.

Er pflichtete Shultz darin bei, daß es globale Sicht nicht aus den Augen zu verlieren gelte. Im Rat in Oslo 1976[9] sei dies zum ersten Mal systematisch erörtert worden. Er stimme Shultz auch zu, daß wir nach Reykjavik besser dastünden als noch vor zwei oder sogar vor einem Jahr.[10]

Bei INF seien weltweite Obergrenzen von Anfang an unabdingbar gewesen. 100/100 gehe in Ordnung, ebenso Nichteinbeziehung britischer und französischer Systeme, die Öffentlichkeit gegenüber zu begründen nicht immer einfach sei. In Reykjavik in Aussicht genommene Null-Lösung habe seit jeher in Logik der Dinge gelegen. SCG habe gestern eindrucksvolles Kommuniqué verabschiedet[11]; es müsse mit einer Zunge gesprochen werden.

Nicht zuletzt gehe es hier auch um öffentliche Meinung und Motivierung der Soldaten. Wir Deutsche hätten für Stationierung P II und Marschflugkörper sowie für Erhöhung Wehrpflicht auf 18 Monate[12] Öffentlichkeit gewonnen. Für diese ständen Doppelbeschluß[13] und dessen Implementierung sowie Null-Lösung jedoch im Zusammenhang, und es gelte, glaubwürdig zu bleiben. Wir seien Reagan und Shultz für das in Reykjavik Erreichte dankbar. Trotz „gewisser Stimmen in Brüssel“ wollten wir an insoweit klar etablierter Allianz-Position festhalten, bei der Änderung ohne uns nicht möglich sei.

Hinsichtlich SRINF sei schon im Doppelbeschluß erklärt worden, daß es keine Grauzone geben dürfe und daß mit LRINF begonnen werden solle. Kein Junktim, kein Freeze, gemeinsame Obergrenzen auf niedrigerem Niveau.

START: Mit Halbierung in erster Fünf-Jahres-Periode einverstanden, Erwartung weiterer Vorschläge US für zweite Phase. Wir seien der Meinung, daß SALT II von beiden Seiten eingehalten werden solle (so später auch DK, I, KAN, L, NWG); wir hätten Erklärung Präsidenten vom 27.5.86[14] registriert, und Frage werde nach 50prozentiger Reduzierung bei START ohnehin gegenstandslos.

9 Korrigiert aus: „1975“.
Zur NATO-Ministerratstagung am 20./21. Mai 1976 in Oslo vgl. AAPD 1976, I, Dok. 152 und Dok. 166.

10 So in der Vorlage.

11 Über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 10. Dezember 1986 berichtete Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), am selben Tag, daß u. a. eine Erörterung der Thematik der nuklearen Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite (SRINF) stattgefunden habe: „Sie ergab, daß alle Bündnispartner für Folgeverhandlungen eintreten, die Verhandlungspositionen im einzelnen jedoch noch einer weiteren Abstimmung im Bündnis –unter Beteiligung von HLG – bedürfen. Die SCG verabschiedete eine Presseerklärung des Vorsitzenden, die ein eindeutiges Bekenntnis zu den im INF-Bereich in Reykjavik erzielten Ergebnissen enthält.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1598; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

12 Zur Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik vgl. Dok. 100, Anm. 18.

13 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

14 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 27. Mai 1986 in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 157.
Zur Bekanntgabe des Überschreitens der SALT-II-Obergrenzen durch die USA am 27. November 1986 vgl. Dok. 349, Anm. 23.

Hinsichtlich Verhältnisses offensiver und defensiver Kernwaffen habe sich in Reykjavik konzeptionelle Annäherung ergeben. Wir würden kooperative Lösung im Rahmen ABM-Vertrags begrüßen. Auch hierfür sei wichtig, was im zweiten Fünf-Jahres-Zeitraum geschehen solle.

BM unterstrich erneut Bedeutung KRK in Perspektive von Reykjavik. Diese sei auch für CW gegeben: Weltweite Ächtung werde wichtigen Beitrag für Stabilität schaffen und neuen Instabilitäten vorbeugen.

Zusammenfassend: Gerade nach Reykjavik, wo bedeutende Annäherungen erreicht worden seien, gelte es, Solidarität zu wahren. Dank an Shultz für dessen Bekräftigung amerikanischer Politik, nicht zuletzt für Zusicherung weiterer enger Konsultationen. Von hier müsse heute auf Grundlage Geschlossenheit Allianz deutliches Signal an WP zur Zusammenarbeit gerade auch im Rüstungskontrollbereich ausgehen. In diesem Sinn sei klare Botschaft nach außen sehr wichtig.

[15]4) Die meisten anderen AM äußersten sich – von Raimond teilweise abgesehen[16] (s. Ziff. 5) – auf Linie BM:

Positive Einschätzung von Reykjavik, dankbare Würdigung Erklärung Shultz, Priorität INF, START und weltweite CW-Ächtung, kein „linkage" zwischen verschiedenen Genfer Verhandlungsbereichen, Vermeidung Abkopplung Europas von US, Wichtigkeit SRINF und KRK.

Im übrigen: Nicht zu ungeduldig und „fieberhaft", mehr als nur „nuclear bookkeeping", Analyse wirtschaftlicher Lage SU bei Frühjahrssitzung[17] (DK). – Hinweise auf Relevanz Tschernobyl[18] (I). – „Kaleidoscopic impact" von Reykjavik, Widerspruch gegen von SU erneut eingeführtes Junktim (GB). – TU unterstrich Notwendigkeit, seinem Land beim Aufbau konventioneller Fähigkeiten behilflich zu sein. – Strikte Einhaltung ABM-Vertrags (NWG, B). – Erwähnung WEU-Ministertagung 13./14.11.[19], Afghanistan (L). – Keine Scheu vor Erörterung Verhältnis Verteidigungs- und Angriffssystemen. Bedeutung SDI. Nicht nur transatlantische Kohäsion, sondern auch Unterstützung USA, gerade nach Iran-Affäre. Bei Gorbatschow „mehr Lärm als Substanz" (NL). – Auch bei möglicherweise zunehmender Denuklearisierung bleibt atomare Abschreckung wichtig (B). – Betonung erfolgreicher „Propaganda-Maschine" SU. Bekenntnis zu „starker" Truppenpräsenz in Europa (KAN).[20]

5) Raimond führte folgendes aus: Er sei sich der von Shultz betonten Verantwortung Amerikas weltweit und für Europa wohl bewußt. Es gehe nicht darum, sich zu Reykjavik zu beglückwünschen oder es zu bedauern, sondern es gelte, unsere Prioritäten zu definieren. SU habe auf Nichteinhaltung SALT-II-Gren-

15 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1616 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Die Wörter „von Raimond teilweise abgesehen" wurden von Legationssekretär Brose hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

17 Die NATO-Ministerratstagung fand am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 64/65 des Botschafters Hansen, z. Z. Reykjavik, vom 12. Juni 1987; AAPD 1987.

18 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

19 Korrigiert aus: „13./14.12."
Zur WEU-Ministerratstagung in Luxemburg vgl. Dok. 330.

20 Dieser Absatz wurde von Legationssekretär Brose angeschlängelt. Dazu Fragezeichen.

zen durch US maßvoll reagiert.[21] Moskau halte sich anscheinend offen, hinsichtlich Verhältnisses defensiver zu offensiven Systemen im Sinne von Reykjavik oder – wieder – 15-Jahres-Zeitraum zu verhandeln. SU scheue sich offenbar, ihre Positionen ganz deutlich zu machen. Sie sei enttäuscht, daß ihr Propagandafeldzug gegenüber Europa gescheitert sei. Was denke man in Moskau? Er glaube nicht, daß man dort abwarten wolle. Auch sehe er keine Schwierigkeiten zwischen Gorbatschow und den Militärs (Anwesenheit von Achromejew in Reykjavik). Abschaffung der PII habe seit jeher im Interesse SU gelegen. Sie sei bereit, Preis dafür zu zahlen, um so mehr, als SS-20 durch SRINF ersetzbar sei.

F begrüße START-Regelung im Zusammenhang mit erster Fünf-Jahres-Periode. INF-Regelung dürfe nicht zu geringerer Sicherheit führen. Man verstehe Sorge vor „grauen Zonen" und halte es nicht für ausgeschlossen, daß bei Verhandlungen über SRINF sowjetischerseits auch französische und britische Systeme wieder angesprochen würden.

Dies werde wohl auch im Rahmen zweiter Fünf-Jahres-Phase der Fall sein. Im Krisenfall werde SU stets politischen Druck, besonders gegenüber Deutschland, ausüben. Amerikanische nukleare Präsenz in Europa sei wichtig. Er habe aufmerksam zugehört, als Shultz davon gesprochen habe, SRINF „nicht notwendigerweise" auf Null zu reduzieren. Im letzteren Falle ergäbe sich atomwaffenfreie Zone Europa. Jedes positive Zeichen sei zu begrüßen, doch gelte es, wachsam zu bleiben.

6) Zu Ende der Sitzung ergab sich Debatte zwischen NL, KAN und GB einerseits, die sich betont kritisch gegenüber SU äußerten (NL: „bluff"), und GB, das zu mehr Geduld mahnte[22] (Schritt für Schritt, keine Sprünge; abwarten, ob SU wirklich nur blufft).

Shultz gab sich in Schlußwort – weitgehend auf persönlicher Grundlage – allgemein philosophisch: Man müsse „Vision" und praktische Schritte koppeln. Unterstützung NL. Auch er glaube, daß Tschernobyl unter Umständen auf sowjetische Rüstungskontrollpolitik Auswirkungen haben werde. Betonung Schwierigkeiten, sowjetische Motive zu analysieren und Aktionen zu prognostizieren (Beispiel: Rolle Achromejews in Reykjavik). Gorbatschow sei klug genug nachzudenken. SU könne bei richtiger Politik „super-super-power" werden. Eventuell vermöge man sowjetisches Junktim zu nutzen. Nach Reykjavik sei gewisse „Verdauungsperiode" erforderlich. „Stocktaking". Man solle nicht enttäuscht sein, wenn sich Ergebnisse weniger schnell einstellten, als man erhofft habe.

Er sei dankbar dafür, daß seine Kollegen auch heute außerordentlich hilfreich („extremely supportive") gewesen seien. Kritik könne nützlich sein. In künftige Analyse müsse auch militärische Beurteilung einfließen.

7) Shultz äußerte sich kurz zu Problem Terrorismus. Kampf gegen diese „Geißel der Menschheit" werde von US mit gleichem Engagement wie bisher bekämpft.[23] Er wolle das hier und heute ganz klarmachen. Es gelte, dem Recht

21 Zur sowjetischen Reaktion auf die Bekanntgabe des Überschreitens der SALT-II-Obergrenzen durch die USA am 27. November 1986 vgl. Dok. 360, Anm. 23.

22 So in der Vorlage.

23 So in der Vorlage.

(„rule of law“) zum Durchbruch zu verhelfen. Kürzliche Prozesse in London[24] und Berlin[25] und von GB und D daraus gezogene Folgen seien von Bedeutung. Involvierung von Libyen, Syrien und Iran sei recht deutlich („pretty clear“), ganz deutlich sei sie hinsichtlich Zurverfügungstellung von Geldmitteln usw.

Halefoglu wies auf zunehmenden, immer raffinierteren Terrorismus hin, der konsequent isoliert werden müsse. Man dürfe mit Terroristen nicht verhandeln und besonders sie nicht beherbergen. Würdigung Beschlüsse EG.

Howe betonte als AM EG-Vorsitzlands, daß innerhalb Gemeinschaft notwendige Detailarbeit geleistet werde. Es gehe um Erarbeitung allgemeiner Verhaltensregeln, wofür Innenminister zuständig seien, sowie um politische Abstimmung hinsichtlich „mutiger gemeinschaftlicher Schritte“. Zustimmung F mit Hinweis auf jüngsten Europäischen Rat.[26]

II. Außenministerkonferenz, die besonders harmonisch verlief, fand zu wichtigem Zeitpunkt statt. Nach den Treffen im unmittelbaren Anschluß an Gipfel von Reykjavik am 13.10.[27] und anläßlich Eröffnung Wiener Nachfolgekonferenz[28] gab sie erneut Gelegenheit zu vertiefter Analyse der Lage unter besonderer Berücksichtigung Stands Rüstungskontrollverhandlungen. Sie war bedeutungsvolle Etappe im transatlantischen Konsultationsprozeß.

Nachdrückliche Bekräftigung amerikanischen Engagements für Europa durch Shultz und deutlich gewordene Solidarität aller Bündnispartner zum Zeitpunkt sich verstärkender propagandistischer sowjetischer Bemühungen waren beeindruckend. Für uns besonders wichtig ist es, daß die in Reykjavik anvisierte INF-Lösung von allen Partnern – trotz gewisser Vorbehalte auch von Frankreich – getragen wird.

Verabschiedung „Brüsseler Erklärung zu Rüstungskontrolle in Europa“ stellt im Nachgang zu Halifax[29] wesentliches Signal an WP dar. KRK besitzt nach Reykjavik zunehmende Relevanz. Erklärung trägt – ebenso wie Sitzungskommuniqué[30], in dem wir unsere Vorstellungen zur Gänze durchzusetzen vermochten – weitgehend deutsche Handschrift.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11330 (220)

24 Zum Fall Hindawi vgl. Dok. 307, Anm. 9.

25 Zum Prozeß gegen die jordanischen Staatsangehörigen Hasi und Salameh vgl. Dok. 333 und Dok. 343.

26 In den Schlußfolgerungen der Präsidentschaft im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London wurden folgende Grundsätze im Kampf gegen den Terrorismus dargelegt: „Keine Zugeständnisse unter Druck an Terroristen oder andere Förderer; Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Verhinderung terroristischer Verbrechen und zur gerichtlichen Verfolgung der Schuldigen; abgestimmte Maßnahmen im Falle von terroristischen Anschlägen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats und von deutlichen Anzeichen einer externen Beteiligung an derartigen Anschlägen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 12/1986, S. 11.

27 Korrigiert aus: „27.10.“

28 Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet.

29 Vgl. dazu die „Erklärung von Halifax über konventionelle Rüstungskontrolle“ vom 30. Mai 1986; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381.

30 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–77.

364

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff

320-321.00 SUA **15. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Politische Initiative zur Überwindung der Apartheid in Südafrika

Anlg.: 2[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Am 30.10. und 10.12.1986 fanden in London zwei vertrauliche Treffen zwischen den USA (Afrika-Beauftragter Chester Crocker), Großbritannien (Abteilungsleiter Fergusson) und Deutschland (D 3[4]) zu dem Thema „Politische Initiative zur Überwindung der Apartheid in Südafrika" statt.

Beim Treffen am 30.10.1986 habe ich die politischen Überlegungen, die Zielrichtung und die mögliche Gestaltung einer politischen Initiative zur Überwindung der Krise in Südafrika dargelegt. Ich habe dabei folgende Ausführung gemacht:

Nach Einschätzung der Bundesregierung befindet sich Südafrika in einem vorrevolutionären[5] Zustand. Gewalt und Blutvergießen sind Teil des täglichen Lebens geworden. In den schwarzen Townships wächst der Druck. Gleichzeitig muß davon ausgegangen werden, daß auch bei den Oppositionsgruppen wie dem ANC, der seinen Sitz im Ausland hat, die Bereitschaft und auch die Möglichkeiten zu einer Verstärkung der Gewaltanwendung wachsen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis ganz Südafrika in Flammen[6] aufgeht. Dies wird fatale Konsequenzen auch für die Nachbarstaaten haben. Der Westen ist an einer friedlichen Entwicklung in Südafrika elementar interessiert. Es hat sich gezeigt, daß der kritische Dialog mit Pretoria die gewünschten Ergebnisse bisher nicht erbracht hat. Die Konsequenz ist, daß sich der Westen jetzt umfassenden Sanktionsforderungen gegenübersieht, die sowohl von den Schwarzen in Südafrika selbst wie auch aus dem Bereich der Frontstaaten[7] und anderer Mitglieder der Blockfreienbewegung kommen. Es zeigt sich schon jetzt, daß die bisherigen Wirtschaftssanktionen[8] nicht zu einer Sinnesänderung der Regie-

1 Ablichtung.
Hat Ministerialdirektor Sudhoff am 16. Dezember 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nöldeke, Vortragenden Legationsrat Hiller und Legationsrat I. Klasse Sitz verfügte.
Hat Nöldeke, Hiller und Sitz am 17. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Andreas Meyer-Landrut.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 10 und 11.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein!"

6 Der Passus „noch eine … in Flammen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nöldeke hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

7 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

8 Vgl. dazu die Sanktionen der Europäischen Gemeinschaften bzw. der USA gegen Südafrika; Dok. 257, Anm. 5 und 7.

rung in Pretoria führen werden. Die Bundesregierung ist daher der Meinung, daß es an der Zeit ist, daß der Westen mehr tut, als nur politische Forderungen aufzustellen. Der Westen muß die Führung übernehmen in einem Prozeß, der letztlich zu einem Interessenausgleich in Südafrika, damit zu einer Entschärfung der innenpolitischen Lage Südafrikas und schließlich auch zur Befriedung des gesamten südlichen Afrikas führen muß. Die Südafrika-Frage nimmt in der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert ein, und zwar bei Regierung, Parteien und in der öffentlichen Meinung. Die Bundesrepublik Deutschland ist zudem durch das Namibia-Problem besonders angesprochen. Dieses Problem ist nach unserer Einschätzung mit einer Lösung des Konflikts innerhalb Südafrikas untrennbar verbunden.

Diese Überlegungen haben Bundeskanzler Kohl dazu veranlaßt, in seinen Gesprächen in Washington mit Außenminister Shultz die Südafrika-Frage anzuschneiden und die Frage zu stellen, ob es eine Möglichkeit gibt, einen „Verhandlungstisch“ über Südafrika zu bilden.[9] Der Zweck einer solchen Initiative soll sein, einen politischen Rahmen zu schaffen, um den nationalen Dialog in Südafrika zu eröffnen. Nach unserer Vorstellung kann es nicht der Zweck einer solchen Initiative sein, ein bestimmtes Lösungsmodell für die zukünftige Gestaltung der inneren Verhältnisse in Südafrika zu erarbeiten. Dies muß den politischen Kräften Südafrikas selbst überlassen bleiben.

Wir können uns eine solche politische Initiative in einer Zweistufenform vorstellen. In der ersten Stufe geht es darum, grundlegende Prinzipien zu erarbeiten, wie die künftige Gestaltung der Gesellschaft in Südafrika aussehen kann. Zu diesen Grundsätzen könnten gehören:

– die Abschaffung bestehender Apartheidsregeln, Fragen der Machtbeteiligung aller Gruppen, Schaffung gleicher sozialer und wirtschaftlicher Chancen;
– Ziel soll sein, den gemäßigten Schwarzen das Gefühl deutlicher Fortschritte bei der friedlichen Lösung zu geben. Damit können die moderaten Kräfte gestärkt werden;
– den Weißen soll die Perspektive eröffnet werden, daß auch die Sicherung ihrer Zukunft ein Thema ist;
– schließlich hat eine Rolle zu spielen auch die Frage der westlichen Hilfe im wirtschaftlichen und sozialen Bereich für die Entwicklung der nicht-weißen Bevölkerung in Südafrika.

An den Beratungen der ersten Phase könnten nach unseren Vorstellungen die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, d.h. die Staaten mit den stärksten Beziehungen zu und Interessen in Südafrika teilnehmen; die Teilnahme von Frankreich und Japan ist zu prüfen. Eine Teilnahme von Vertretern aus Südafrika selbst soll man zu diesem Zeitpunkt nicht vorsehen, eventuell aber Konsultationen mit den Frontlinienstaaten pflegen.

Die Phase I kann mit einer Einladung an die Regierung Südafrikas zur Teilnahme an einer Konferenz enden. Eingeladen werden sollen ferner die authentischen Führer der nicht-weißen Bevölkerungsgruppen einschließlich Oliver

[9] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 21. Oktober 1986 vgl. Dok. 298.

Tambo und Nelson Mandela. Dies bedeutet, daß Mandela und die übrigen politischen Gefangenen freigelassen und der ANC entbannt werden müssen.

Die Phase II, die eigentliche Verhandlungsphase, ist in zwei Modellen denkbar:

– entweder Teilnahme der Gruppe aus Phase I + Vertreter aller Bevölkerungsgruppen Südafrikas, d.h. der Regierung und der Oppositionskräfte,
– oder lediglich USA + Vertreter aller Bevölkerungsgruppen Südafrikas. Bei diesem Modell wären die anderen Teilnehmer der Phase I Beobachter.

Bei beiden Modellen kann für die Frontlinienstaaten ebenfalls Beobachterstatus vorgesehen werden.

Das Ziel der Phase II muß sein, auf der Basis der in Phase I aufgestellten Prinzipien konkrete Schritte auszuhandeln, die zu einer Abschaffung der Apartheid und zu einem Programm der Beteiligung der schwarzen Mehrheit an der politischen Macht einschließlich der Regelung von Minderheitsrechten führen können. Ob dieses Stadium bereits zum Aushandeln einer Verfassung führt, muß man offenlassen. Wohl aber sollten die Fragen der Erarbeitung eines Wirtschafts- und Sozialprogramms für die Schwarzen in Südafrika Teil der Phase II sein.

Zum Zeitpunkt einer solchen Initiative führte ich aus, es sei eine Frage gemeinsamer Bewertung, wann wir die innenpolitische Entwicklung in Südafrika, vor allem bei Regierung und Regierungspartei, für einen solchen Vorschlag für reif befänden. Keinesfalls wollten wir die Initiative übers Knie brechen, denn eine mißlungene Initiative sei schlechter als gar keine; das Pulver solle keinesfalls zu früh verschossen werden. Soweit unsere Überlegungen.

Schon bei dem Treffen am 30.10.1986 zeigte sich, daß sowohl Großbritannien wie auch die USA unseren Überlegungen skeptisch gegenüberstehen. Mein Eindruck war, daß schon der Gedanke der Initiative als solcher GB und USA politisch nicht attraktiv erscheint. Man will sich politisch nicht aus dem Fenster lehnen. Gestützt wurden die Bedenken beider Länder in der Argumentation mehr auf den Zeitfaktor. Beide waren der Meinung, daß Pretoria gegenwärtig nicht bereit sei, auf eine solche Initiative einzugehen. Die Zeit sei nicht reif! Allenfalls könne man solche Gedanken mittel- oder langfristig ins Auge fassen. Die Amerikaner zeigten jedoch großes Interesse, ein Papier zu erstellen, in dem die Grundsatzpositionen der beteiligten westlichen Regierungen in einem Prinzipienkatalog zusammengestellt würden.

Das Treffen vom 30.10.86 endete mit der Übereinkunft, daß beim nächsten Treffen zwei Papiere diskutiert werden sollten:

– ein deutsches Papier auf der Basis der von mir dargelegten Überlegungen,
– ein von Chester Crocker zu erstellender Satz von Prinzipien für die zukünftige Gestaltung der südafrikanischen Gesellschaft.

II. Am 10.12.1986 traf sich die Dreiergruppe in London zum zweiten Mal. Die USA legten dabei den Entwurf einer „Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Vereinigten Königreichs und der USA über ihre gemeinsamen Ziele in Südafrika“ vor (siehe Anlage 2[10]).

10 Korrigiert aus: „Anlage 1“.
Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte amerikanische Papier vgl. Referat 320, Bd. 156009.

Wir legten unser Papier gem. Anl. 1[11] vor. Die Papiere unterscheiden sich in der Grundkonzeption:

Die deutschen Vorstellungen richten sich auf die tatsächliche Herbeiführung eines Dialogs in Südafrika. Sie sind handlungsorientiert.

Der US-Vorschlag beschränkt sich auf die öffentliche Darstellung der Ziele, die die drei Regierungen mit ihrer Politik im südlichen Afrika, vor allem in Südafrika, verfolgen (vgl. vor allem Ziffer 1 bis 6 des Erklärungsentwurfs). Der US-Vorschlag hat eine deklaratorische Zielrichtung.

Zu den Zielen des US-Papiers gehören:

– eine neue Verfassungsordnung, die allen Südafrikanern gleiche Rechte gibt;
– eine verfassungsmäßig festgelegte Machtverteilung zwischen Zentralregierung und Regionalinstanzen;
– ein demokratisches Wahlsystem;
– wirksame Verfassungsgarantien für die im einzelnen aufgezählten wesentlichen Menschenrechte der Südafrikaner;
– eine unabhängige Gerichtsbarkeit;
– eine freie, marktorientierte Wirtschaft.

Crocker gestand Dg 32[12] am Rande des Treffens auch zu, daß er damit die Apartheid-Gegner in den USA beruhigen wolle. Eine Reihe der Gedanken dieser Erklärung ist bereits in der Rede von AM Shultz vom 4.12.1986[13] enthalten.

Die Diskussion der beiden Papiere ergab folgendes:

Unser Hinweis, daß man mit unseren Vorstellungen zeitlich keineswegs gebunden sei und durchaus die zukünftige Entwicklung der Lage in Südafrika in Rechnung stellen müsse, wurde nicht aufgenommen.

Sowohl USA wie GB halten eine Initiative jedenfalls zur Zeit für unrealistisch und sind nicht bereit, sie mitzutragen. Vor möglichen Neuwahlen in Südafrika (die vielleicht im Frühjahr/Frühsommer 1987 stattfinden werden[14]) werde sich an der starren Haltung der Regierung Botha nichts ändern. Solange diese Situation bestehe, habe es keinen Sinn, an einer solchen Initiative zu arbeiten.

Die erste Behandlung des US-Papiers am 10.12.1986 konnte naturgemäß nur kursorischer Natur sein. Es bedarf eingehender Analyse und Prüfung. Ich habe bei diesem ersten Durchgang auf folgende Probleme hingewiesen:

a) Eine neue Erklärung ohne Aktionsprogramm setzt uns dem Vorwurf des Verbalismus und der Wiederholung aus.

b) Wenn es nur um eine Erklärung geht, nicht aber mehr um praktische Schritte, die zu einem Verhandlungstisch führen sollen, stimmen die politischen Rah-

11 Korrigiert aus: „Anl. 2“.
Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte Papier „Inhalt einer möglichen Politischen Initiative gegen Südafrika“ vgl. Referat 320, Bd. 156009.

12 Hans-Günter Sulimma.

13 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vor dem „International Management and Development Institute“ am 4. Dezember 1986 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2119, S. 36–40.

14 In Südafrika wurden am 6. Mai 1987 Parlamentswahlen abgehalten.

menbedingungen nicht mehr. Eine politische Initiative mit praktischen Konsequenzen läßt sich auf einen Dreierkreis beschränken. Unsere EG-Partner und andere westliche Staaten auszuschließen, ließe sich nur rechtfertigen mit der Begründung, eine solche politische Initiative sei realistischerweise nur von einem kleinen Kreis und von denen sinnvoll durchzuführen, die die wichtigsten Partner Südafrikas sind. Eine allgemeine politische Prinzipienerklärung der Drei ohne praktisches Follow-up werde uns jedoch in Kollision mit den zehn anderen EG-Partnern bringen. Eine Diskussion dort aber könnte neue Probleme entstehen lassen. Für eine solche Erklärung werde man daher wohl an einen anderen Kreis denken müssen:

a) an die Teilnehmer des Wirtschaftsgipfels oder

b) an die westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates,

zumal die US, wie sich aus Crockers erster Reaktion zeigte, einer Gemeinschaftserklärung US/EPZ wenig abgewinnen können. Wohl aber scheinen die USA an der Variante „westliche Sicherheitsratsmitglieder" eher Gefallen zu finden.

GB wird uns die überarbeitete Fassung des Erklärungsentwurfs und ein Szenario, wie es sich nach der Diskussion in London darstellt, zuleiten.

Ein drittes Treffen der Vertreter der drei Regierungen ist etwa für März 1987 in Aussicht genommen.[15]

Es wurde auf ausdrücklichen Wunsch der USA, aber auch von GB, weiterhin Vertraulichkeit über die Gespräche dieser drei Regierungen vereinbart.

III. Damit sind Überlegungen über eine konkrete politische Initiative zur Überwindung der Apartheid in Südafrika in diesem Kreis zunächst einmal ins Stokken geraten. Angesichts der Haltung von GB (und wahrscheinlich anderer MS) dürfte ein Versuch, innerhalb der EPZ volle Unterstützung zu finden, ebenfalls aussichtslos sein.

Wir sollten ein solches Vorhaben aber nicht völlig zu den Akten schreiben. Falls sich im nächsten Jahr – etwa nach den Wahlen in Südafrika – eine größere politische Flexibilität der Regierung Botha zeigt, sollte der Gedanke erneut aufgenommen werden.[16]

Was in der Zwischenzeit mit dem US-Papier passiert, läßt sich ebenfalls gegenwärtig nicht abschließend beantworten. Dieses Papier wirft Fragen auf, die für uns auch innenpolitisch problemträchtig sind.

gez. Sudhoff

Referat 320, Bd. 156009

15 Am 18. März 1987 fand in London ein Treffen von Vertretern der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA über Südafrika statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 20. März 1987; AAPD 1987.

16 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke: „Dann erst recht nicht!" Dazu handschriftlicher Vermerk des Ministerialdirektors Sudhoff: „Warum nicht?"

365

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter

310-321.10 AGY **Aufgabe: 15. Dezember 1986, 13.51 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 9141 Plurez

Betr.: Gespräche Mubaraks in Stuttgart am 13.12.1986

1) Inhalt des Vieraugengesprächs BK–Mubarak ist bisher noch nicht bekannt.[2] Weiterer Erlaß folgt.

2) StM Stavenhagen unterzeichnete mit AM Abdel-Meguid ein Abkommen über einen Finanzbeitrag zur Ernährungssicherung von bis zu 50 Mio. DM.[3] Diese Mittel fließen noch 1986 ab.

Außerdem war im Ressortkreis bei der Vorbereitung des Besuchs Übereinstimmung erzielt worden, aus der nächstjährigen FZ (geplant sind wiederum 235 Mio. DM) 125 Mio. DM schnell abfließen zu lassen. Die genauen Modalitäten liegen noch nicht fest.

3) StM Stavenhagen führte mit AM Abdel-Meguid, Kabinettsminister Ebeid, Wirtschaftsminister Mustafa und dem außenpolitischen Berater Mubaraks, Osama El-Baz, ein Gespräch, das bei einem Essen fortgesetzt wurde.

Die Ägypter setzten sich dabei für eine Internationale Nahost-Konferenz unter Einschluß der ständigen SR-Mitglieder und eine Vorbereitungskonferenz ein. Die Zwölf sollten dies befürworten und in Israel auf eine Beendigung der Siedlungspolitik und der Repressionsmaßnahmen in den besetzten Gebieten hinwirken. Sie kritisierten die amerikanischen Waffenlieferungen an Iran.[4]

4) Zur Wirtschaft führte Minister Ebeid folgendes aus:

Die informelle Direktoriumssitzung des IWF am 4.12.1986[5] sei für Ägypten befriedigend verlaufen. Es sei nunmehr klar, daß ein Stand-by-agreement zustan-

1 Durchdruck.

2 Botschafter Massion und Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter vermerkten am 15. Dezember 1986: „Über das Gespräch BK–Mubarak waren keine Einzelheiten zu erfahren. Dolmetscher Hajjaj erklärte, daß er zu Stillschweigen verpflichtet worden sei." Vgl. Referat 310, Bd. 149558.
Vortragender Legationsrat Lutz notierte am 15. Dezember 1986 ergänzend Informationen von Massion: „Angeblich soll das Gespräch Kohl – Mubarak ohne Beamte stattgefunden haben, weshalb über den Inhalt nichts bekannt ist." Vgl. Referat 422, Bd. 149048.

3 Für das Abkommen vom 13. Dezember 1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der ägyptischen Regierung über eine finanzielle Unterstützung zur Ernährungssicherung der Bevölkerung in Ägypten vgl. Referat 310, Bd. 149567.

4 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

5 Korrigiert aus: „4.2.1986".
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes übermittelte der Botschaft in Kairo am 5. Dezember 1986 folgende Informationen zur informellen Direktoriumssitzung des IWF am Vortag: Nach Auskunft der IWF-Geschäftsleitung sei das Hauptproblem in der Frage eines Bereitschaftskredits die Schließung einer Zahlungsbilanzlücke, „die sich über die nächsten 18 Monate auf Basis der ägyptischen Programmvorstellungen und nach Pariser-Club-Umschuldung zu besonders günstigen Bedingungen auf 1,5 Mrd. Dollar belaufe. Noch problematischer als die Schließung dieser Lücke sei die Zahlungsbilanzentwicklung auf mittlere Sicht." Es sei unterstrichen worden, „daß die Geschäftsleitung sehr daran interessiert sei, Ägypten zu helfen. Allerdings müßten die Finanzierungslücken geschlossen werden können." Vgl. den Drahterlaß Nr. 391; Referat 412, Bd. 130570.

de kommen werde. Ägypten werde weiterhin liberalisieren, modernisieren und – mit Maßen – privatisieren.

Zwei Fragen seien jetzt zu behandeln:

– Die Bedingungen für die Umschuldung.
– Die Verpflichtung der Gläubiger, für die Zeit nach der Umschuldung „fresh money" beizusteuern. Die Lücke, um die es hier gehe, belaufe sich auf rund US-Dollar 11,5 Mrd., von der nach einer angemessenen Umschuldung nur noch US-Dollar 1,5 Mrd. abzudecken seien. Der IWF glaube, daß in einer gemeinsamen Anstrengung das Loch gestopft werden könne.

Bei der Umschuldung müsse Großzügigkeit bewiesen werden. Frankreich erfülle diese Erwartung, da man den Ägyptern in Paris[6] bedeutet habe, daß die bis zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Umschuldungsabkommens aufgelaufenen Rückstände sowohl bei den Tilgungen wie bei den Zinsen in das Abkommen einbezogen werden. Ferner sei man optimistisch über die französische Haltung hinsichtlich der Freijahre. Ägypten hoffe auf sechs Freijahre und eine sodann einsetzende Rückzahlungsfrist von insgesamt fünf Jahren.

Man werde am 17.12.1986 am Rande der Sitzung des Pariser Clubs[7] informell und am 18.12.1986 formell – etwa als „Gruppe der Freunde Ägyptens" – die Umschuldung diskutieren und die Konturen des Umschuldungsabkommens finalisieren, wenn auch die übrigen Partner sich so großzügig wie Frankreich zeigten. Am 22.12.1986 könne dann im IWF mit Fortschritten gerechnet werden[8], so daß beim Besuch der IWF-Delegation in Ägypten im Januar[9] das Gesamtpaket materiell festgelegt werden könne. (Minister Ebeid sagte zu Dg 40[10] unter vier Augen auf Befragen, daß die Franzosen sich dafür ausgesprochen hätten, erst die IWF-Vereinbarung zustande zu bringen und dann das Umschuldungsabkommen zu schließen. Sie hätten sich jedoch gegenüber der ägyptischen Argumentation, daß der Gesamtzusammenhang bekannt sein müsse, nicht verschlossen gezeigt.)

6 Präsident Mubarak hielt sich vom 10. bis 13. Dezember 1986 in Frankreich auf.

7 In einem Gespräch mit dem ägyptischen Botschafter Abdel-Hamid am 19. Dezember 1986 teilte Ministerialdirigent Preuss, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit, „daß der Pariser Club in seinen internen Beratungen am 17./18. Dezember zwar noch keine Details möglicher Umschuldungsregelungen erörtert, aber eine wohlwollende Haltung eingenommen habe. Der Vorsitzende des Pariser Clubs werde dies dem geschäftsführenden Direktor des IWF für die Beratungen im IWF-Direktorium am 22.12. mitteilen. Die Gläubiger hätten ihre Bereitschaft zur Umschuldung bestätigt unter der Voraussetzung, daß ein Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF zustande komme. Die Gläubiger seien sich auch bewußt, daß eine kontinuierliche und langanhaltende Zusammenarbeit mit Ägypten nötig sei, und hätten ihre Bereitschaft zur Aufnahme einer ‚good will'-Klausel für weitere Umschuldungen in das kommende (erste) Umschuldungsabkommen erklärt." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 412, Bd. 130570.

8 Zur informellen Sitzung der Exekutivdirektoren der Geberländer im IWF mit dem Vertreter Ägyptens am 22. Dezember 1986 in Washington teilte der IWF am selben Tag mit: „Der Stellvertretende GD faßte das Sitzungsergebnis wie folgt zusammen: Gleich zu Beginn des neuen Jahres wird eine weitere Stabsmission nach Kairo reisen, um die Verhandlungen über ein fondsgestütztes Anpassungsprogramm abzuschließen; die noch strittigen Fragen (Zinsen, Wechselkurse) sollen dabei auf eine für beide Seiten annehmbare Weise gelöst werden; er akzeptiere die von den meisten Direktoren geäußerte Auffassung, daß Eile geboten sei." Vgl. das Fernschreiben; Referat 412, Bd. 130570.

9 Eine Delegation des IWF hielt sich vom 15. Januar bis 13. Februar 1987 in Ägypten auf.

10 Georg Massion.

Hinsichtlich der Zuführung von „fresh money“ hätte man auf französischer Seite verständnisvoll reagiert. (Minister Ebeid sagte zu Dg 40 unter vier Augen auf eine entsprechende Frage, daß von Frankreich US-Dollar 40 Mio. erwartet würden.) Die Amerikaner würden im Rahmen der von ihnen ohnehin zugesagten Hilfe den schnell abfließenden Teil erheblich erhöhen.

(Minister Ebeid im Gespräch mit Dg 40: Deutschland sollte zur Nutzung des vorhandenen, jedoch z. Zt. völlig unterbeschäftigten Potentials insbesondere Know-how, Management und Bereitschaft zur Abnahme von Produkten beisteuern. Investitionen im eigentlichen Sinne könnten demgegenüber zurücktreten.)

Die deutsche Seite verhielt sich rezeptiv.

Richter[11]

Referat 310, Bd. 149558

366

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

210-366.11-1424/86 geheim **17. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Live Oak;
hier: Überprüfung der Krisenpläne

Bezug: Vorlage 210-366.11-1111/85 vom 3.9.85 (Anlg. 1)[4]

Anlg.: 4 (nur beim Original)[5]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu dem in Abs. III aufgeführten Erlaß-Entwurf (Weisung an deutsches Element der Washington Ambassadorial Group, den Paketen 1 und 2 der Revisionen der Krisenpläne zuzustimmen)

11 Paraphe.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat Graf von Waldersee konzipiert.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Klaiber und Jansen am 23. bzw. 29. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte dar, der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, dränge seit 1981 auf eine Überprüfung der Live-Oak-Pläne für den Krisenfall um Berlin: „Die Absicht wurde nach Abklärung mit der politischen Ebene (Bonner Vierergruppe) zunächst zurückgestellt, um in der Zeit der Nachrüstung nicht zusätzliche Nervositäten zu wecken.“ Durch eine Beschränkung des 1984 erteilten Mandats für eine Revision der Krisenfallplanung auf ein schrittweises und die Grundlagendokumente von Live Oak nicht berührendes

I. Sachstand

1) Live Oak ist der für den militärischen Krisenfall um Berlin eingesetzte Planungsstab der Drei Mächte mit Sitz in Mons/Belgien, traditionell geführt durch den US-Oberbefehlshaber Europa (z. Zt. General Rogers). Wir sind mit einem Verbindungsstab beteiligt. Die politische Kontrolle für Live Oak liegt bei der „Washington Ambassadorial Group" (WAG) in Washington, gebildet von Vertretern des State Department sowie der Botschaften UK, F, D. Die Bonner Vierergruppe ist in beratender Funktion ihrer Mitglieder beteiligt.

Die Krisenpläne von Live Oak wurden zwischen 1959 und 1962 erarbeitet.[6] Im Oktober 1984 erhielt Live Oak durch die WAG das Mandat, eine schrittweise Revision der Krisenfallplanung auf der Grundlage eines vorgelegten Inventars und ohne Berührung der Live-Oak-Grundlagendokumente vorzunehmen.

2) Die Überprüfung läuft in vier Paketen:

Paket 1 – Operationen vor der Verweigerung des Zugangs,

Paket 2 – Proben (ohne Waffengewalt),

Paket 3 – Operationen nach der Verweigerung des Zugangs (etwa Drei-Mächte-Kampftruppen),

Paket 4 – Operationen unter Einbeziehung der NATO.

Die Pakete werden vom Live-Oak-Stab erarbeitet, nacheinander zur Stellungnahme vorgelegt

- den Berliner Stadtkommandanten und den Befehlshabern der alliierten Streitkräfte in Deutschland,
- den Stabschefs der Alliierten und dem Generalinspekteur der Bundeswehr,
- den Mitgliedern der Bonner Vierergruppe

und abschließend über die Bonner Vierergruppe den Regierungen zugeleitet, damit diese durch die WAG ihre Zustimmung erklären können.

3) Die Pakete 1 und 2 liegen nunmehr zur Zustimmung vor (Anlagen 2[7] und 3[8]).

a) Paket 1 enthält neben den schon bisher gültigen „stillen vorsorglichen Maßnahmen" eine Anzahl neuer Optionen, die vollzogen werden können, wenn der alliierte Zugang nach Berlin noch nicht gesperrt ist, aber behindert wird oder zu werden droht.

Zum ersten Mal sind dabei auch Live-Oak-Maßnahmen in der Luft vorgesehen – u. a. erhöhte Luftaufklärung an der innerdeutschen Grenze, Erhöhung der Anzahl der Militärtransportflüge und koordinierte Militärflüge in den Korridoren. Bei den Maßnahmen zu Lande wird das Spektrum möglicher Schritte erheblich

Fortsetzung Fußnote von Seite 1907

Vorgehen sollte sichergestellt werden, „daß die Drei-Mächte-Verantwortung für Berlin uneingeschränkt erhalten bleibt und daß die erforderliche Anpassung der Planung an die Realitäten des Jahres 1985 ohne politisches Aufsehen durchgeführt werden kann". Vgl. VS-Bd. 13426 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

5 Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 4, 7, 8 und 10.

6 Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. AAPD 1962, I, Dok. 17 und Dok. 103.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.

erweitert – von militärischen Seminaren in Berlin mit Anreise per Bus bis zum Auffahren von Panzern in der Nähe von Helmstedt (i. e. siehe Anlg. 2).

Live Oak will damit ein differenzierendes, aber schon im Vorfeld der Zugangssperrung weitergehendes Instrumentarium erhalten, um gegenüber der östlichen Seite alliierte Entschlossenheit deutlich zu machen. Neu ist auch, daß die „Low Key Measures" des Pakets 1, die die alten „stillen vorsorglichen Maßnahmen" umfassen, von Live Oak koordiniert werden sollen. Die Entscheidung, diese Maßnahmen im Einzelfall zu ergreifen, soll grundsätzlich in der Washington Ambassadorial Group gefällt werden. Unbeschadet bleiben allerdings die Zuständigkeiten der Berliner Stadtkommandanten.

b) Paket 2 strafft einerseits das System der Proben auf der Straße, mit denen im Fall einer Verhinderung des alliierten Zugangs nach und von Berlin geprüft werden soll, ob und ggfs. wie ernsthaft die östliche Seite den Zugang verweigern will. Andererseits werden auf Straße und Schiene Möglichkeiten für schnell aufstellbare Proben geschaffen (z. B. Militärpolizeikonvoi der Drei Mächte, Solidaritätskonvoi seitens eines noch nicht betroffenen Alliierten). Die Revision der Proben auf den Luftwegen ist vorwiegend technischer Art: Vereinheitlichung der Verhaltensregeln, Forderung nach im Luftraum der BR Deutschland operierenden Aufklärungsflugzeugen). Auf Drängen der Mitglieder der Bonner Vierergruppe hat Live Oak zugesagt, die Pläne für eine Luftbrücke für Zivilisten mit dem großen Luftbrückenplan (QBAL)[9] zu koordinieren.

Zuständig für Training und Vorbereitung der Proben ist jeweils der Live-Oak-Kommandant, die politische Entscheidung über Entsendung im Einzelfall bleibt aber bei der WAG.

c) In beiden Paketen stehen die aufgezählten Optionen unabhängig voneinander zur Auswahl zur Verfügung, eine vorgegebene Reihenfolge der Schritte einer Eskalation ist nicht vorgesehen.

II. Bewertung

a) Die Pakete 1 und 2 der Revision der Krisenfallpläne

– erweitern das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten,
– erhalten den politischen Entscheidungsvorbehalt durch
  – Entscheidungsrechte der WAG und
  – Absage an Eskalationsautomatiken,
– erhalten die Verantwortung der Drei Mächte für den Zugang, sichern aber der BR Deutschland durch die Entscheidungsrechte der WAG die politische Mitbestimmung.

  Auch die Vorverlegung der Koordinierungsmöglichkeiten von Live Oak gegenüber den alliierten nationalen Befehlshabern erweitert die Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten des deutschen Elements.

Das erweiterte und feiner abgestufte Live-Oak-Instrumentarium liegt in unserem Interesse, auf östliche mögliche Störungen nuanciert – in Entsprechung der denkbaren diplomatischen Schritte – mit einer Palette entsprechender militärischer Schritte und effektiv reagieren zu können.

9 Quadripartite Berlin Air Lift.

Das BMVg, das bei der Revision der Pakete schon in einem früheren Stadium durch den Generalinspekteur beteiligt gewesen war, hat nach Kenntnis der jetzt zur Zustimmung vorliegenden Fassungen mitgeteilt, daß aus seiner Sicht gegen eine Zustimmung keine Bedenken bestehen (Anlg. 4[10]).

III. Vorschlag

Zustimmung zu folgendem Erlaß-Entwurf:

„Als Anlagen werden Paket 1 und 2 der Revision der Live-Oak-Krisenfallpläne in der Fassung übersandt, in der sie vom Live-Oak-Stab nach Befassung der beteiligten militärischen Instanzen und der Mitglieder der Bonner Vierergruppe über die Vierergruppe der Washington Ambassadorial Group vorgelegt worden sind.

Die Botschaft wird gebeten, in der WAG die Zustimmung der Bundesregierung zu beiden Paketen mitzuteilen."

Richthofen

VS-Bd. 13427 (210)

367

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

422-413.07/1 **17. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Neuere Überlegungen zur Bewältigung des internationalen Verschuldungsproblems

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Die Gesamtverschuldung der Länder der Dritten Welt beträgt gegenwärtig ca. 1 Billion US-$ (Ende 1983 ca. 810 Mrd. US-$). Falls die gegenwärtig insgesamt ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen andauern, rückt eine

10 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 4. Dezember 1986 vgl. VS-Bd. 13427 (210).

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationssekretär Schmidt konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 23. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Wistinghausen am 13. April 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Heute zurückerhalten! 1) Herrn Dg 40 z[ur] K[enntnisnahme], 2) W[ieder]v[orlage] 422 (LR Schmidt)."
Hat Botschafter Massion am 13. April 1987 vorgelegen.
Hat Schmidt am 14. April 1987 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 22. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine fundierte, instruktive Untersuchung."

3 Die Wörter „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

Lösung dieses Problems in immer weitere Ferne. Während die von den Schuldnerländern zu erbringenden Zins- und Tilgungsleistungen weiterhin ansteigen, wird bei sich gleichzeitig fortsetzender Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Austauschverhältnisse (terms of trade), unter denen gegenwärtig die erdölexportierenden Schuldnerländer in besonderem Maße zu leiden haben, bei Fortbestehen einer breiten Palette von Handelshemmnissen in den Industrieländern, der Kontraktion der dortigen Nachfrage und bei einem anhaltenden Rückgang der privaten Investitionen in Entwicklungsländern deren Schuldendienstfähigkeit immer größeren Belastungen ausgesetzt. (Die Schuldendienstquote aller kapitalimportierenden Entwicklungsländer ist Berechnungen des IWF zufolge von 22% (1983) auf 24% (1985) angestiegen.)

Diese Verschlechterung der Rahmenbedingungen wird nicht in vollem Umfang durch positive Einflüsse kompensiert, die z.B. der Rückgang der Nominalzinsen auf den internationalen Kapitalmärkten auf alle und der sinkende Ölpreis auf erdölimportierende Schuldnerländer gegenwärtig ausüben. Dies läßt die Verschuldungssituation der meisten Länder der Dritten Welt in letzter Zeit wieder bedrohlicher erscheinen. Der bisher angewandten Verschuldungsstrategie ist insofern nur ein erfolgreiches Krisenmanagement gelungen; eine auf Dauer angelegte, von allen Beteiligten akzeptierte und unterstützte Gesamtlösung läßt sich z.Zt. hingegen noch nicht absehen.

Dies hat in Kreisen der Wissenschaft, der Politik und der Geschäftsbanken zu einer Suche nach zusätzlichen Lösungsansätzen geführt:

- Einführung von Höchstzinsen („Zinsausgleichsfonds“),
- partieller Schuldenerlaß („Bradley-Initiative“),
- Indexierung des Schuldendienstes,
- Umwandlung des Schuldendienstes in weiche Währung,
- Staatsbürgschaften für Neukredite der Geschäftsbanken,
- Verbriefung der Forderungen mit anschließendem Verkauf auf Zweitmarkt und Umwandlung in Beteiligungen („Schuldenswaps“).

Diese Vorschläge könnten, obwohl sie in unterschiedlichem Maße wiederum neue Probleme mit sich bringen, bei einer möglichen erneuten Zuspitzung der internationalen Verschuldungslage zu Ansatzpunkten für eine sich intensivierende Diskussion zwischen allen Beteiligten werden. Eine erste Bewertung läßt jedoch eher den Schluß zu, daß es sich weniger um erfolgversprechende zusätzliche Elemente zum bisherigen Schuldenmanagement als um eine Symptomkur handelt, mit der die eigentlichen Ursachen der internationalen Verschuldungsprobleme nicht beseitigt werden können. Hierzu wird es nach wie vor weitergehender Beiträge von Schuldner-, aber auch von Gläubigerseite bedürfen.

II. Im einzelnen

2.1) Einführung von Höchstzinsen („Zinsausgleichsfonds“)

Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, hat mehrfach, zuletzt am 24. Oktober d.J. vor dem DIHT-Weltwirtschaftsforum in Berlin[4], den

[4] Für den Wortlaut der Rede des Sprechers des Vorstands der Deutschen Bank, Herrhausen, vgl. DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG DIHT (Hrsg.), Freiheit für die Wirtschaft. 125 Jahre DIHT, Bonn 1987, S. 203–212.

Gedanken eines von westlichen Gläubigerregierungen, IWF, Weltbank und Geschäftsbanken zu finanzierenden Zinsausgleichfonds zur Diskussion gestellt. Dieser Fonds soll dann eingreifen, wenn die konkrete Zinsbelastung eines Schuldnerlandes einen bestimmten vorher festgelegten Höchstzinssatz – Herrhausen denkt hier wohl an eine Marke von ca. 7% – übersteigt; die hierüber hinausgehende Zinsdifferenz wäre dann aus Mitteln dieses Fonds zu begleichen. Die Inanspruchnahme dieses Fonds soll nur unter Regeln der Konditionalität möglich sein, d.h., die ihn beanspruchenden Länder müssen bestimmte, bei Abschluß des Kreditvertrages zugesagte wirtschaftspolitische Auflagen erfüllen.

Der dem Bundeshaushalt zur Last fallende Finanzierungsanteil wäre nach den Vorstellungen Herrhausens aus dem Bundesbankgewinn zu bestreiten, da dieser zu einem großen Teil aus den steigenden Dollarkursen der letzten Jahre entstanden sei und es sich somit anbiete, zumindest Teile dieses Gewinns an die hochverschuldeten Länder weiterzugeben, die besonders unter einem hohen Dollarkurs zu leiden hatten.

Bewertung

Zu den Vorteilen dieses Vorschlags ist sicherlich zu rechnen, daß er Zahlungsbilanz und Haushaltsplanung derjenigen Schuldnerländer, die ihren Kreditbedarf hauptsächlich auf den freien internationalen Kapitalmärkten decken, beträchtlich erleichtern kann. Ferner ist ein gewisser Anreiz für die Industrienationen, den Weltmarktzins möglichst niedrig zu halten, nicht von der Hand zu weisen. Zudem unterstellt dieser Vorschlag zumindest in indirekter Weise eine Pflicht der Banken, gemeinsam mit anderen außergewöhnliche Schritte zur Steuerung der Verschuldungskrise zu unternehmen.

Im Kern läuft dieser Vorschlag jedoch darauf hinaus, daß Ertragsrisiken der Banken auf nicht kommerzielle Geldgeber (Regierungen, IWF, Weltbank) verlagert werden: Anstatt das Zinsausfallrisiko der ausgegebenen Kredite selbst in Kauf zu nehmen, übertragen die Banken dieses auf den Ausgleichsfonds – unter Abwälzung beträchtlicher Finanzierungslasten auf u.a. die öffentliche Hand. Dies widerspricht grundsätzlichen ordnungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung.

Ferner ist, wenn ein bestimmter Höchstzins erst einmal bindend festgelegt worden ist, das Nachschußrisiko bei einer erneuten weltweiten Hochzinsphase praktisch unbegrenzt, und der Fonds könnte ebenso wie schon andere bufferstock-Modelle daran scheitern, daß bereits bei Inbetriebnahme das finanzielle Risiko nicht hinreichend übersehen werden kann. Außerdem ist Herrhausens Argumentationskette (hohe $-Zinsen verursachen hohen $-Kurs, dieser verursacht hohen Bundesbankgewinn und gleichzeitig größere Schuldenlasten) durch den jüngsten erheblichen Rückgang des US-$-Kurses nicht mehr plausibel, da mit einem deutlichen Rückgang des auf $-Verkäufe zurückzuführenden Teils des Bundesbankgewinns zu rechnen ist.

Unsere Haltung ist Herrn Herrhausen am 28.2.1986 durch StS Dr. Ruhfus erläutert worden: Es komme in erster Linie darauf an, zur Fortentwicklung der internationalen Schuldenstrategie durch verbesserte Eigenleistungen der Bundesregierung beizutragen, und zwar im Rahmen des vorgegebenen Instrumentariums

– bei Umschuldungen staatlicher und staatlich versicherter/verbürgter Kredite,

– bei der Wiederaufnahme bzw. Erweiterung von Hermes-Exportbürgschaften,
– bei unseren Entwicklungshilfeleistungen,
– bei unseren Beiträgen zu IDA.

Jedes haushaltswirksame Engagement des Bundes im Zusammenhang mit einem „Zinsausgleichfonds" würde unter gegenwärtigen Bedingungen einer Verbesserung unseres eigenen Instrumentariums unmittelbar abträglich sein. Wir könnten daher zu dem von Herrhausen vorgeschlagenen Fonds kaum nennenswerte Beiträge leisten; diese sollten vielmehr – auch aus übergeordneten ordnungspolitischen Überlegungen heraus – von den betroffenen Geschäftsbanken selbst erbracht werden.

2.2) Partieller Schuldenerlaß (Bradley-Initiative)

Der Gedanke einer Zinserleichterung für die Schuldnerländer findet sich in anderer Form auch in einem Vorschlag wieder, den der demokratische US-Senator Bill Bradley erstmalig im Juni d.J. einer internationalen Finanzkonferenz in Zürich vorgetragen hat. Wie Herrhausen geht auch Bradley davon aus, daß das notwendige wirtschaftliche Wachstum in den Schuldnerländern nur durch Zinszugeständnisse der Gläubiger ermöglicht werden kann. Er schlug in diesem Zusammenhang vor, die Zinsen auf alle bereits vergebenen Kredite der Geschäftsbanken um drei Prozentpunkte zu senken, insgesamt 9% der fälligen Tilgungen über drei Jahre hinweg zu erlassen sowie 3 Mrd. $ „fresh money" für neue Strukturanpassungskredite zur Verfügung zu stellen. (Ähnlich SPD-MdB Prof. Hauchler, der vorgeschlagen hat, ein Drittel der Geschäftsbankenkredite zu erlassen, da sie in diesem Umfang ohnehin bereits abgeschrieben seien, bei dem zweiten Drittel zeitweilig auf die Zinsen zu verzichten und das letzte Drittel mit öffentlicher Zinshilfe von ca. 2% verzinsen und tilgen zu lassen; er beziffert die daraus entstehende Belastung pro OECD-Einwohner und Jahr auf insgesamt 6 DM.)

Bewertung

Die bisherige Kritik an diesem Vorschlag hat sich darauf konzentriert, daß er sich für den bei den meisten Schuldnerländern notwendigen Wachstumsprozeß als kontraproduktiv erweisen könnte, da er eine zumindest zeitweilige völlige Abschnürung der „begünstigten" Länder von der notwendigen Zufuhr neuer Gelder zur Konsequenz haben müßte. Dies hat zuletzt auch Weltbank-Präsident Conable in seinem Gespräch mit StS Dr. Ruhfus am 20.11.1986 in Washington hervorgehoben.[5]

Nach Schätzungen des amerikanischen Finanzministeriums brächte eine Realisierung des Plans allein im Rahmen der zehn wichtigsten lateinamerikani-

[5] Zum Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem Präsidenten der Weltbank, Conable, teilte Botschafter van Well, Washington, am 23. November 1986 mit: „Im Rahmen einer Diskussion über die Rolle der Weltbank unterstrich Conable, daß diese keine ‚debt institution', sondern eine ‚development institution' sei. Es gebe sicher einige EL, die ihre Schulden nicht zurückzahlen könnten und die man deshalb nicht im Stich lassen dürfe. Andererseits gebe es Länder, die riesige Opfer auf sich nehmen würden, um aus eigener Kraft eine wirtschaftliche Gesundung zu erreichen. Mit einem generellen Schuldenerlaß würde man daher Motivation und Durchhaltevermögen in gerade diesen Staaten zerstören. Deshalb sei ein genereller Schuldenerlaß abzulehnen. […] Zur Baker-Initiative meinte Conable, noch wisse niemand definitiv, ob diese Initiative letztlich funktionieren werde. Die Vorzeichen stünden allerdings gar nicht so schlecht, wie die zu Mexiko und Nigeria erzielten Ergebnisse bewiesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5038; Referat 411, Bd. 160406.

schen Schuldnerländer den US-Großbanken Gewinneinbußen von insgesamt 13 Mrd. US-$. Bankenvertreter bemängeln darüber hinaus, daß der Bradley-Plan einseitig die Banken belaste, während begleitende Maßnahmen auf seiten der Schuldnerländer nicht mit gleichem Nachdruck gefordert sind. Außerdem werden Motivation und Durchhaltevermögen derjenigen Staaten, die eine bislang erfolgreiche, wenn auch von großen Opfern begleitete Anpassungspolitik verfolgt haben, zusätzlichen Belastungen ausgesetzt.

2.3) Indexierung des Schuldendienstes

Der peruanische Staatspräsident García hat unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Sommer 1985 die Begrenzung des Schuldendienstes seines Landes auf 10% der Exporterlöse verkündet. Grundgedanke dieses von anderen großen Schuldnerländern wie Nigeria und Zaire aufgegriffenen Modells ist, daß nach Abzug der Tilgungs- und Zinsverpflichtungen ausreichende Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verfügbar sein müssen.

Ein solches vergleichsweise radikales Vorgehen auf seiten der Schuldner hat bisher auch in den Reihen der betroffenen Staaten der Dritten Welt nur eine verhältnismäßig geringe Resonanz gefunden, wie dies jüngst erst wieder bei einem Treffen von 38 Schuldnerländern in Lima vom 12.–14. November[6] deutlich wurde: Die Solidaritätsbekundungen an die Adresse des Gastgeberlandes waren wohl auch deshalb von deutlicher Zurückhaltung gekennzeichnet, weil sich die meisten betroffenen Staaten der mit einem solchen Vorgehen verbundenen großen Risiken bewußt sind.

Bewertung

Abgesehen von allen grundsätzlichen, auch ordnungspolitisch motivierten Einwendungen gegen automatische Indexierungsmechanismen kann eine Begrenzung von Schuldendienstzahlungen durch einseitige Beschlüsse nach selbstgewählten Maßstäben die internationale Schuldenstrategie nur gefährden. Staaten, die derartige Maßnahmen ergreifen, können ihre internationale Kreditwürdigkeit verlieren; eine Fortführung der für die bisherige Bewältigung der internationalen Verschuldungsproblematik unverzichtbaren Kooperation zwischen Gläubigern und Schuldnern wird durch derartige einseitige Maßnahmen in Frage gestellt.

Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß der Gedanke, den Schuldendienst an die tatsächliche Wirtschaftskraft eines Schuldnerlandes zu koppeln, bei weite-

6 Botschafter von Vacano, Lima, berichtete am 21. November 1986: „Aufgrund Beschlüssen 8. Konferenz Blockfreien in Harare im September 1986 fand vom 12. bis 14.11.86 in Lima Treffen Schuldnerländer statt, bei dem 38 Mitglieder Blockfreienbewegung und Gruppe 77, die insgesamt 65 Prozent gesamter Auslandsschulden Dritter Welt repräsentieren, vertreten waren, 12 allerdings nur durch in Lima residierende Botschafter. […] Wie über befreundete Vertreter Teilnehmerstaaten zu erfahren war, beschränkte sich Konferenzergebnis auf Austausch von Erfahrungen der einzelnen Schuldnerländer bei Behandlung ihrer Auslandsschuld und im Verkehr mit jeweiligen Gläubigerländern. Beschlüsse in Richtung auf gemeinsame Schuldenstrategie Teilnehmer wurden nicht gefaßt.“ Die Konferenzteilnehmer hätten jedoch unterstrichen, „daß Schuldenfrage eines der schwerwiegendsten Probleme der Weltwirtschaft sei, das einschneidende Rückwirkungen auf politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Schuldnerländer habe. Einzige Möglichkeit, Lösung des Verschuldungsproblems näherzukommen, sei politischer Dialog, der auf Recht auf Entwicklung und auf Prinzip gemeinsamer Verantwortung Schuldner, entwickelter Gläubigerländer, internationaler Finanzorganisationen und Privatbanken basieren müsse. Dabei müsse spezifische Situation jedes Schuldnerlandes beachtet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 313; Referat 422, Bd. 148930.

rer Verschärfung der internationalen Probleme mehr und mehr an Boden gewinnt.

2.4) Umwandlung des Schuldendienstes in weiche Währung

Der Gedanke eines Ausgleichsfonds verbunden mit dem Vorschlag eines partiellen Schuldenerlasses findet sich auch in dem Ansatz von Prof. Dr. H.-Joachim Krahnen, der das Londoner Schuldenabkommen von 1953[7] als Vorbild für die Bewältigung der aktuellen internationalen Problematik präsentiert. Krahnen empfiehlt eine Umschuldung von harter Währung in weiche Landeswährung nach Maßgabe der schuldnerspezifischen Leistungsfähigkeit. Die Lücken, die den Kreditinstituten durch eine somit veränderte Bewertung ihrer Kredite entstehen, sollen nach den Vorstellungen Krahnens durch niedrigverzinsliche langfristige Ausgleichsforderungen geschlossen werden, deren Schuldner ein gemeinsamer Entwicklungshilfefonds der jeweiligen nationalen Kreditwirtschaft sein soll. Diese Forderungen seien zudem ebenfalls langfristig abzuschreiben und die Zinsverpflichtungen von allen Kreditinstituten des Landes als gemeinschaftliche Umlage zu garantieren.

In diesem Modell verblieben die entsprechenden Kreditbeträge also – nun nicht mehr in harter, sondern in Landeswährung – den Schuldnerländern erhalten, die darüber – analog dem historischen Beispiel des Marshallplans[8] – für langfristige nationale wirtschaftliche und Infrastrukturaufgaben verfügen könnten.

Bewertung

Neben den zahlreichen Problemen, die sich allein aus der technischen Umsetzung eines solchen Vorschlages ergeben (Vermeidung der Begünstigung von Ländern mit überzogener Verschuldung; Festsetzung der Bemessungskriterien für realistische Einschätzung der Belastbarkeit bei Schuldnerländern und Gläubigerbanken u. a. m.), muß bezweifelt werden, ob ein nur auf Landeswährung lautender nationaler Entwicklungsfonds die ihm im Modell zugedachten Aufgaben zu erfüllen in der Lage sein wird, da z. B. die notwendigen Importe nach wie vor überwiegend in Hartwährungen abzuwickeln sein werden. Es besteht also hier zumindest tendenziell die Gefahr, die Schuldnerländer nicht durch eine größere Einbindung in die Weltwirtschaft, sondern eher mittels einer von den Gläubigern auch noch mittelbar geförderten Autarkiepolitik aus deren Verschuldungsproblemen herausführen zu wollen.

Zudem ist fraglich, ob die Banken – deren grundsätzliches Einverständnis mit einem solchen „Ende mit Schrecken" einmal vorausgesetzt – bei Anwendung dieses Modells weiterhin im notwendigen Maße zur Vergabe neuer Gelder bereit sein werden. Ohne nähere Konkretisierung kann dieser Lösungsansatz aus den dargelegten Gründen daher gegenwärtig nicht überzeugen.

7 Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 334–485. Vgl. dazu auch AAPD 1953, I, Dok. 1.

8 Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshall-Plan" genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

2.5) Staatsbürgschaften für Neukredite der Geschäftsbanken

Dieser Vorschlag entspricht inhaltlich der Diskussion um ein „viertes Bein" der „Baker-Initiative"[9], die ja auf den drei Säulen

– Anpassungsbemühungen der Schuldnerländer,
– Unterstützung durch internationale Finanzorganisationen,
– zusätzliche Kredite der Geschäftsbanken

beruht, die Regierungen der Gläubigerländer, zumindest hinsichtlich direkter Finanzleistungen, aber ausspart. Er ist in der Bundesrepublik Deutschland u. a. vom Präsidenten der Bayerischen Landesbank, Huber, aufgegriffen worden. Die Regierungen sollen einen Teil des in Zukunft notwendigen zusätzlichen Finanztransfers durch Bürgschaften sichern; nur so lasse sich sicherstellen, daß es nicht zu einer wachstumspolitisch unerwünschten Umkehr der Finanzierungsströme aus den Schuldner- in die Gläubigerländer kommt. Als Begründung wird vorgebracht, es sei sachlich nur konsequent, daß auch die Regierungen der Gläubigerländer einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der nicht nur finanziell, sondern politisch relevanten Verschuldungsprobleme leisten.

Bewertung

Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, im Rahmen multilateral abgestimmter Stabilisierungskonzepte für einzelne Länder Ausfuhrbürgschaften zu eröffnen, um auf diese Weise zur Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit beizutragen (Kabinettsbeschluß vom 2.2.1983[10]). Nach geltendem Haushaltsrecht dürfen solche Gewährleistungen allerdings nur übernommen werden, wenn begründete Aussichten auf einen schadensfreien Verlauf der gedeckten Geschäfte bestehen (sonst wäre ein entsprechender Ausgabentitel im Bundeshaushalt erforderlich). Da infolge der Verschuldungskrise die Ausfuhrkreditversicherung des Bundes (Hermes) bereits seit Jahren mit Verlust arbeitet (1985: 0,7 Mrd. DM), ist der Spielraum für zusätzlich zu übernehmende Risiken beschränkt. Sonst besteht die Gefahr, daß Hermes zu einem Exportsubventionsinstrument degeneriert, was niemand will (hohe Kosten für den Bundeshaushalt, Gewöhnung der Exportwirtschaft an Subventionen, Konflikte mit den Partnern des OECD-Konsensus[11]).

Bundesbürgschaften für ungebundene (d. h. nicht mit deutschen Ausfuhren verbundene) Finanzkredite der Geschäftsbanken hat BMF bisher mit seltenen

9 Zum „Baker-Plan" vgl. Dok. 22, besonders Anm. 5.

10 Für den Wortlaut des Kabinettsbeschlusses vgl. Dok. 22.

11 Vortragender Legationsrat Lutz erläuterte am 17. November 1986: „Das ‚Übereinkommen über Leitlinien für öffentlich unterstützte Exportkredite' (sog. OECD-Konsensus) aus dem Jahr 1978, soeben neu gefaßt im September 1986, hat sich insgesamt als Mittel zur Eindämmung eines zügellosen und letztlich für alle Beteiligten schädlichen Konditionenwettlaufs im Bereich der Exportfinanzierung ausgezeichnet bewährt. […] Wichtigstes von den Regierungen beeinflußbares Wettbewerbselement sind die Finanzierungsbedingungen. […] Nachdem der Konsensus in wesentlichen Bereichen des Finanzierungswettbewerbs (Zinsen, Kreditlaufzeiten u. ä.) Verzerrungen zwar nicht völlig ausschließen, aber doch wesentlich reduzieren konnte, blieb als am schwierigsten zu regelnder Bereich die sogenannte Mischfinanzierung übrig, bei der Mittel der Entwicklungshilfe (FZ) mit kommerziellen Finanzkrediten (FK) zum Zwecke der Projektfinanzierung verbunden werden." Einerseits solle unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten diese Finanzierungsart nicht verboten werden, andererseits sei aber die Versuchung für die Geberländer groß, Entwicklungshilfemittel zur Förderung der nationalen Exportwirtschaft einzusetzen. Vgl. Referat 422, Bd. 149019.

Ausnahmen wegen der damit verbundenen hohen Risiken für den Bundeshaushalt abgelehnt. Da mit diesem Instrument Risiken von den Geschäftsbanken auf die öffentliche Hand umverteilt würden, gelten die unter 2.1) (Zinsausgleichsfonds) aufgeführten Gesichtspunkte entsprechend.

2.6) Vorschlag: Verbriefung der Forderungen mit anschließendem Verkauf auf Zweitmarkt und Umwandlung in Beteiligungen („Schuldenswaps")

Der Grundgedanke dieses teilweise bereits praktizierten Lösungsvorschlags besteht darin, entsprechende Forderungen durch Verbriefung international handelbar zu machen. Da eine verbriefte Forderung je nach Bonität des entsprechenden Landes mit einem teilweise beträchtlichen Abschlag gehandelt wird, sind für die Kreditpolitik der Banken wichtige Marktdaten jederzeit schnell verfügbar. Weitere unmittelbare Vorteile ergeben sich hieraus für

– den Forderungskäufer, einen z. B. im Schuldnerland ansässigen Investor, der bei einer geplanten Direktinvestition Fluchtkapital zum Erwerb eines in nationale Währung voll konvertiblen Titels einsetzt und in Höhe des Abschlags profitiert;
– den Forderungsverkäufer (z. B. Geschäftsbank), der zumindest einen Teil seiner Kredite und damit Liquidität in harter Währung zurückgewinnt;
– das Schuldnerland, dessen Verschuldung – und damit auch zukünftiger Schuldendienst – nicht nur im Umfang des Schuldenswaps reduziert wird, sondern das ebenfalls eine unter binnenwirtschaftlichen Wachstumsgesichtspunkten erwünschte Investition gewonnen hat.

Bewertung

Den genannten Vorzügen dieses Modells ist zuzustimmen. Zudem hat es den weiteren Vorteil, in gewissem Ausmaß auch Fluchtkapital zur Rückkehr zu motivieren – in dem Maße nämlich, in dem die für derartige Schuldenswaps benutzten Hartwährungsguthaben früheres Fluchtkapital der jeweiligen Schuldnerländer darstellen. Jedoch verbindet sich mit dem hier diskutierten Lösungsansatz eine Vielzahl teilweise tiefgreifender Probleme:

– In dem Ausmaß, in dem der betreffende Schuldnerstaat die für diese Swaps notwendigen lokalen Währungsbeträge durch zusätzliche Geldschöpfung zur Verfügung stellt, kann dies die Inflationsgefahr erhöhen.
– Die Gefahr von Transferhemmnissen für erwartete Dividenden mindert den Reiz dieses Modells zumindest für ausländische Investoren erheblich.
– Es kann nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß die Umwandlung von Schulden in Beteiligungen in den betreffenden Ländern aus politischer Sicht willkommen ist.
– US-Großbanken mit hohen entsprechenden Forderungsbeständen werden sich an entsprechenden Schuldenswaps nur noch in sehr beschränktem Maße beteiligen können, weil ein Teilverkauf dieser Forderungen nach US-Bilanzierungsregeln automatisch eine Neubewertung des Restbestandes zur Folge hätte, d. h. eine Abschreibung in Höhe der jeweiligen Abschlagssätze erforderlich machen würde. Diese haben aber bei vielen Ländern mittlerweile über den Rahmen des hier bilanziell Vertretbaren große Ausmaße angenommen: so werden z. B. Forderungen gegenüber Argentinien mit ca. 33 %

Abschlag gehandelt – bei Peru und Bolivien betragen die Abschläge sogar ca. 76 bzw. ca. 92%.

- Nicht auszuschließen ist ferner, daß Banken in dem Maße, in dem sie sich ihrer problematischen Forderungen auf diese Weise entledigen, zur Neuvergabe von Krediten nicht mehr bereit sein könnten.
- Ebenfalls muß bezweifelt werden, ob dieses Modell wirklich zu zusätzlichen Investitionen führen wird; eher dürfte es als ein besonders attraktives Finanzierungsmodell für bereits beschlossene Investitionsvorhaben anzusehen sein.
- Das mögliche Ausmaß solcher „Umtauschaktionen" sollte keinesfalls überbewertet werden; nach Ansicht von Fachleuten wird ihr Anteil im besten Falle ein Zehntel der jeweiligen Schulden kaum überschreiten. Attraktive Finanzierungsmöglichkeiten allein dürften wohl niemanden zu einem Investitionsengagement bewegen; hinzu kommen muß ein Mindestmaß an Vertrauen in die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes.

3) Eine Gesamtbewertung der vorgestellten Lösungsansätze läßt bei aller ihrer Unterschiedlichkeit die Schlußfolgerung zu, daß es sich – sofern diese Vorschläge überhaupt eine Chance der Verwirklichung in sich bergen – eher um Technik bzw. ein Herumkurieren am Symptom, nicht jedoch um erfolgversprechende zusätzliche Elemente zum bisherigen Schuldenmanagement oder gar einen „Stein der Weisen" handelt, mit dem die eigentlichen Ursachen der internationalen Verschuldungsprobleme beseitigt werden können. Selbst im Falle eines teilweisen Schuldenerlasses werden ohne eine gleichzeitige „Wurzelbehandlung" die Probleme über kurz oder lang wieder auftreten. Hierzu ist auf seiten der Schuldnerländer nach wie vor nötig, durch eine geeignete Wirtschaftspolitik und wachstumsorientierte Strukturreformen die unentbehrlichen Vorbedingungen für inländische Ersparnisbildung, produktive Investitionen, ausländische Direktinvestitionen und v. a. für den Stopp der Kapitalflucht und die Rückkehr von Fluchtkapital zu schaffen. Die Mitverantwortung der Industrieländer besteht insbesondere darin, günstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere nachhaltiges, nicht-inflationäres Wirtschaftswachstum sowie Wechselkursstabilität, zu sichern, das internationale Realzinsniveau weiter zu vermindern und ihre Märkte für die Ausfuhren der Entwicklungsländer offen zu halten und weiter zu öffnen. Daneben wird es weiterhin Aufgabe der IL bleiben, vor allem bei den ärmsten EL für einen angemessenen Fluß an ODA-Mitteln zur Unterstützung der geforderten Anpassungsmaßnahmen zu sorgen.

Daß die internationale Gemeinschaft von Gläubigern und Schuldnern nach wie vor auch in ihrer Dimension herausragende einzelne Verschuldungsprobleme zu bewältigen vermag, hat sie erst jüngst im Falle Mexikos[12] bewiesen. Ob sie hingegen – auch bei Aufbietung aller zur Verfügung stehenden Mittel – in der Lage sein wird, die internationalen Schuldenprobleme über ein adäquates Krisenmanagement hinaus dauerhaft lösen zu können, muß angesichts der gewal-

12 Zur Vereinbarung zwischen dem IWF und Mexiko vom 22. Juli 1986 vgl. Dok. 199, Anm. 6.

tigen Problemausmaße und der gleichzeitig doch deutlichen Grenzen aller bisher diskutierten Lösungsmodelle nach wie vor bezweifelt werden.

Jelonek

Referat 422, Bd. 148934

368

Aufzeichnung des Referats 411

411-420.30 SO1 TUR VS-NfD **17. Dezember 1986**[1]

Betr.: Freizügigkeit EG – Türkei

Das von der Gemeinschaft erarbeitete und der Türkei übermittelte Angebot zur Regelung der Freizügigkeit[2] aus dem Abkommen von Ankara[3] ist ein unter großen Schwierigkeiten zustande gekommener Kompromiß der Gemeinschaft auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Sein Hauptvorzug besteht darin, daß die Gemeinschaft in der Lage war, innerhalb der vom Abkommen und seinem Zusatzprotokoll vom Jahre 1970 für die Herstellung der Freizügigkeit vorgesehenen Frist[4] ein solches gemeinsames Verhandlungsangebot vorzulegen. Dies ist mit Blick auf den EuGH von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Gemeinschaft hat dadurch ihren Willen dokumentiert, mit der Türkei die Frage der Durchführung der Freizügigkeit aus dem Abkommen von Ankara zu regeln.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann und Vortragendem Legationsrat von Stechow konzipiert und von Ministerialdirektor Jelonek am 17. Dezember 1986 über Staatssekretär Ruhfus Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung und Zeichnung vorgelegt. D 2 i.V. hat mitgewirkt."
Hat Ruhfus am 18. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. Dezember 1986 vorgelegen.
Genscher leitete die Aufzeichnung am 29. Dezember 1986 an Bundesminister Schäuble. Dazu teilte er mit: „Sehr geehrter Herr Kollege, auf Ihr Schreiben vom 26. November 1986 übersende ich Ihnen in der Anlage einen im Auswärtigen Amt erstellten Vermerk mit einer zusammenfassenden Bewertung des gemeinschaftsinternen Verhandlungsergebnisses über die Freizügigkeitsregelung zwischen der EG und der Türkei."
Hat Legationsrat I. Klasse Rode am 30. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Abgesandt, 2) H[errn] v. Stechow n[ach] R[ückkehr]."
Hat Stechow am 5. Januar 1987 erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 413, Bd. 144924.

2 Zu dem am 27. November 1986 übermittelten Angebot der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 344, Anm. 8.

3 Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

4 Am 23. November 1970 unterzeichneten die EWG und die Türkei ein Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 12. September 1963 über die Gründung einer Assoziation, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

Für die Bundesrepublik Deutschland war die Erarbeitung eines solchen Gemeinschaftsangebotes sicherlich von besonderem Interesse, da damit ihre Position in diejenige der Gemeinschaft eingebettet wurde. Dies ist auch deswegen von Wichtigkeit, weil bei den Verhandlungen von Anfang an die Tendenz anderer Mitgliedstaaten zu befürchten war, das Freizügigkeitsproblem als ein Problem der Bundesrepublik Deutschland als dem hauptbetroffenen Mitgliedstaat zu behandeln.

Das nunmehr vorliegende Gemeinschaftsangebot berücksichtigt die wesentlichen Interessen der beteiligten Bundesressorts und der Konferenz der Innenminister der Länder. Es schließt unkontrollierten Neuzuzug türkischer Arbeitnehmer aus und trägt deshalb arbeitsmarktpolitischen Bedenken Rechnung. Es beläßt das Aufenthaltsrecht in nationaler Zuständigkeit und beschränkt den Familienzuzug. Es schafft erhöhte Rechtssicherheit sowohl in Fragen des Arbeitsmarktzuganges wie des Aufenthaltsrechtes, ohne zu finanziell nicht vertretbaren Auswirkungen zu führen. Durch die Sicherstellung dieser Interessen mußte allerdings das integrationspolitische Interesse an einer gemeinschaftsrechtlichen Lösung dieser Fragen zurückgestellt werden. Es zeigte sich, daß die Zeit für eine EG-einheitliche Ausländerpolitik noch nicht reif ist. Wir haben daher auf dem Vorbehalt der Anwendung nationalen Rechtes bestanden. Es bleibt abzuwarten, ob der EuGH uns hier folgt.

Wie bereits gesagt, ist das Verhandlungsangebot der Gemeinschaft der kleinste gemeinsame Nenner zwischen den Mitgliedstaaten und daher sehr restriktiv. In einigen Fragen hätte unsere eigene Verhandlungsposition ein großzügigeres Angebot zugelassen. Dies gilt besonders für die Frage des unserer Meinung nach sofort möglichen uneingeschränkten Arbeitsmarktzuganges sowie für die Frage der Binnenwanderung der in der Gemeinschaft befindlichen türkischen Arbeitnehmer. Die Interessenlage anderer Mitgliedstaaten hat es nicht zugelassen, hier das Angebot an die Türkei besser ausfallen zu lassen.

Die Türkei hat in ersten Reaktionen das Gemeinschaftsangebot als völlig unzureichend bezeichnet. In der ersten offiziellen Stellungnahme hat der türkische Staatsminister Bozer am 4. Dezember ausgeführt, das Angebot der Gemeinschaft führe zu ernsthaften und negativen Auswirkungen auf die Assoziationsbeziehungen zwischen der EWG und der Türkei. Die Zielsetzung des Abkommens von Ankara, nämlich die Vollmitgliedschaft, sei durch die Weigerung der Gemeinschaft, der Türkei die für sie vorteilhaften und notwendigen Rechte einzuräumen, gefährdet. Deshalb sei die Türkei zu einem Antrag auf Vollmitgliedschaft gezwungen.[5]

Gleichzeitig hat die Türkei gegenüber der Kommission eingewilligt, die nunmehr erforderlichen Verhandlungen vertraulich zu führen.

Diese Reaktion der Türkei überrascht nicht. Wir waren uns von Anfang an der Problematik bewußt, eine abschließende, förmlich im Assoziationsrahmen fi-

5 Gesandter Reichenbaum, Ankara, übermittelte am 5. Dezember 1986 die Erklärung des für EG-Fragen zuständigen Staatsministers Bozer vom Vorabend im türkischen Fernsehen. Diese sei mit Ministerpräsident Özal abgestimmt: „Die ungewöhnliche Schärfe ist ein Hinweis auf den Grad der Enttäuschung und gibt einen Vorgeschmack auf die zu erwartende Härte TUR-Verhandlungsführung. Dies erklärt sich auch aus der für MP Özal innenpolitisch insgesamt schwieriger werdenden Lage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1873; Referat 413, Bd. 144924.

xierte Regelung dessen zu erhalten, was uns die Türken bilateral auf höchster Ebene (Präsident Evren – BM Genscher am 20. November 1982[6]) und auf dieser Grundlage später MP Özal und AM Halefoglu[7] zugesagt hatten, daß bei der Anwendung der Bestimmungen des Assoziierungsabkommens und der Zusatzprotokolle hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte abträgliche Auswirkungen zu vermeiden sind. (So abgestimmte deutsch-türkische Äußerung gegenüber der Presse in Ankara am 20.11.1982. Diese Position wurde später von MP Özal und AM Halefoglu – dem Repräsentanten der demokratisch gewählten Regierung – gegenüber Vertretern der Bundesregierung bestätigt.)

Die Tatsache, daß die Regelung des Familiennachzugs von der türkischen Seite als unerwartet restriktiv empfunden wird – wofür die Türken zutreffenderweise in Kenntnis der internen deutschen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland die Verantwortung zurechnen –, kann neben dem Assoziationsverhältnis auch unser bilaterales Verhältnis zur Türkei belasten.

Die Bundesregierung hat einer Belastung der Beziehungen durch die gesamte Freizügigkeitsproblematik im Rahmen ihrer Möglichkeiten vorsorglich entgegenzuwirken versucht. Die laufenden Staatssekretärsgespräche mit der Türkei[8] und die dabei erörterten bilateralen Maßnahmen dienen diesem Zweck ebenso wie unsere Bemühungen um Normalisierung des Assoziationsverhältnisses und insbesondere die Deblockierung der EG-Finanzhilfe[9].

Die türkische Reaktion entspricht aber auch insoweit den Erwartungen, als sie mit deutlichen Bekundungen der Enttäuschung den notwendigen Realismus verbindet: Ankara nimmt das Gemeinschaftsangebot nicht als letztes Wort, sondern will versuchen, in vertraulichen Kontakten mit der EG auf seine Verbesserung hinzuwirken. Wir gehen davon aus, daß es dabei unserem Interesse an Ausschluß des Neuzuzugs von türkischen Arbeitnehmern letztlich Rechnung tragen wird.

Die neuerliche türkische Begründung für die Notwendigkeit eines Antrages auf EG-Vollmitgliedschaft ist nicht sonderlich überzeugend. Die türkische Seite hatte uns bereits seit längerem wissen lassen, daß sie dem Druck auf Regelung der Freizügigkeitsfrage dadurch auszuweichen versuchen wolle, daß sie den Beitrittsantrag stellt. Damit käme aus ihrer Sicht ein längerer Verhandlungsprozeß in Gang, wodurch sich die Freizügigkeitsfrage zurückstellen ließe. In Wirklichkeit war sich die türkische Regierung von Anfang an klar, daß sie einen schweren Stand haben würde, von den EG-Staaten die volle Umsetzung der Freizügigkeitsregelungen im Assoziationsabkommen zu verlangen, andererseits aber die Umsetzung der Vorschriften über die Zollunion etc. zu verwei-

6 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren in Ankara vgl. AAPD 1982, II, Dok. 314.

7 Zu den Zusagen der türkischen Regierung gegenüber Bundesminister Genscher bei dessen Besuch am 6./7. März 1984 in der Türkei vgl. AAPD 1984, I, Dok. 77.
Vgl. dazu ferner das deutsch-türkische Regierungsgespräch am 5. September 1984; AAPD 1984, II, Dok. 229.

8 Zu den deutsch-türkischen Staatssekretärsgesprächen am 6./7.Oktober 1986 in Ankara vgl. Dok. 274.

9 Zur Suspendierung des 4. Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 11, Anm. 12.

gern. Der Bundeskanzler hat in seinem letzten Brief an MP Özal Bezug genommen auf den Gesamtzusammenhang dieser Fragen.[10]

Die türkische Rechnung, bei Beitrittsverhandlungen einige der schwierigen Fragen unter politischen Vorzeichen leichter lösen zu können, enthält viele unbekannte Faktoren und Risiken. Hierauf haben wir wiederholt hingewiesen. Wenn die Türkei dennoch diesen Weg geht, wird es wichtig sein, zusätzliche Belastungen sowohl des deutsch-türkischen wie des europäisch-türkischen Verhältnisses zu vermeiden. Dies wird nicht leicht sein, weil für die Türkei die Frage ihrer Zugehörigkeit zu Europa – auch vor dem geschichtlichen Hintergrund und der in der Türkei immer wieder auflebenden Diskussion über den wirklichen Standort dieses islamischen Landes – mit starken Emotionen belastet ist.

Es wird in den kommenden Monaten darauf ankommen, die Verhandlungen mit der Türkei so zu führen, daß die Position der Bundesrepublik Deutschland in der Gemeinschaftshaltung eingebettet bleibt und daß die Beziehungen der Gemeinschaft zur Türkei nicht unzumutbar strapaziert werden. Dabei wird sich die Frage stellen, ob die Konzessionen, die die Gemeinschaft anbieten kann, ausreichen, um eine abschließende Regelung der Freizügigkeit mit der Türkei zu erreichen. Es sollte unser Bestreben sein, die Frage des Beitritts aus diesen Verhandlungen herauszuhalten.

Referat 413, Bd. 144924

10 In dem Schreiben vom 10. Dezember 1986 an Ministerpräsident Özal brachte Bundeskanzler Kohl seine Überzeugung zum Ausdruck, „daß der Verwirklichung der Zollunion auch im wohlverstandenen Interesse der Türkei absoluter Vorrang gebührt". Bei der Zollunion habe die Europäische Gemeinschaft „das Konzept einer Vorleistung der Gemeinschaft und einer zeitlichen Streckung der türkischen Gegenleistung als Kernstück einer ausgewogenen Interessenregelung akzeptiert und einen entsprechenden Zeitplan aufgestellt. Die Gemeinschaft hat seitdem ihre Leistungen zum Abbau von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zum ganz wesentlichen Teil erbracht. Leider sind die türkischen Gegenleistungen erheblich hinter den vorgesehenen Verpflichtungen zurückgeblieben. […] Ich gehe davon aus, daß die Türkei weiterhin an der Verwirklichung der Zollunion festhält und bereit ist, zu einer realistischen Lösung der derzeit aufgetretenen Probleme beizutragen." Es stelle sich die Frage, „ob es nicht an der Zeit ist, den vorgesehenen Zeitplan den wirtschaftlichen Realitäten anzupassen und zu überdenken". Kohl teilte ferner mit: „Ich habe auf dem gerade zu Ende gegangenen Europäischen Rat von London an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und an den Präsidenten der Kommission appelliert, das 4. Finanzprotokoll nun bald freizugeben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 534 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vom 11. Dezember 1986; Referat 413, Bd. 144909.

369

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-312.74 VS-NfD **17. Dezember 1986**[1]
Fernschreiben Nr. 100 Ortez

Zum Vorwurf der illegalen Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika

I. 1) Kürzlich bekanntgewordene Hinweise über angebliche Lieferungen von Konstruktionsunterlagen (Blaupausen) von U-Booten durch die Howaldtswerke (HDW)/Ingenieurkontor Lübeck an Südafrika[2] werden im Parlament, in- und ausländischer Presse und in unserer Öffentlichkeit lebhaft diskutiert. Sie haben im Bundestag zu Kontroversen zwischen Regierung und Opposition geführt. Inzwischen hat der Bundestag auf Antrag der SPD und der Grünen einen Untersuchungsausschuß eingesetzt[3], so daß national und international mit weiterer Publizität gerechnet werden muß.

2) Es muß damit gerechnet werden, daß es in den VN und anderen internationalen Organisationen, in der OAE und vor allem in den schwarzafrikanischen Staaten zu Angriffen gegen die Bundesregierung und unsere Südafrika-Politik kommt. Anzeichen hierfür ergeben sich bereits aus der Berichterstattung unserer Vertretungen. Das Arms Embargo Committee des SR[4] und der Anti-Apartheids-Ausschuß der VN haben die U-Boot-Angelegenheit zwischenzeitlich ebenfalls aufgegriffen. Solche politischen Angriffe gegen die Bundesregierung, mit denen wir rechnen und die nach aus der Vergangenheit hinlänglich bekannten Mustern (militärische Zusammenarbeit mit Südafrika) ablaufen, vermögen –

1 Ablichtung.
Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Leuchs konzipiert.

2 Am 26. November 1986 wurde in der Presse berichtet, die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG hätten Konstruktionspläne („Blaupausen") für den Bau von U-Booten nach Südafrika verkauft und dafür ca. 46 Mio. DM erhalten. Das Geschäft sei ohne die notwendige Ausnahmegenehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 abgewickelt worden: „Eine solche Ausnahmegenehmigung war dem Vernehmen nach vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß angeregt worden. […] Die Genehmigung zum Export der Blaupausen war nach K[ieler] N[achrichten]-Informationen zwar im Bundeskabinett beraten worden; unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Lage am Kap und des Drucks der EG gegen die Apartheidpolitik war ein Beschluß in dieser Frage jedoch nicht gefaßt worden." Vgl. den Artikel „U-Boot-Pläne der HDW an Pretoria"; KIELER NACHRICHTEN vom 26. November 1986, S. 1.

3 Vgl. dazu den Antrag der Fraktion der SPD vom 9. Dezember 1986 sowie den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen vom 10. Dezember 1986; BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6709 bzw. Nr. 10/6737.
Der Bundestag nahm die Anträge bei Enthaltung der Fraktionen von CDU/CSU und FDP am 10. Dezember 1986 an. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 255. Sitzung, S. 19976.

4 Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 15. Dezember 1986, in der Sitzung des „Arms Embargo Committee" des VN-Sicherheitsrats vom selben Tag sei auf verschiedene angebliche Verstöße gegen die Resolution Nr. 418 des VN-Sicherheitsrats vom 4. November 1977 nur „summarisch eingegangen" worden, „ohne dabei bei den einzelnen Fällen in Details zu gehen. Der Ausschuß beschloß jedoch, daß der Vorsitzende des Committee ein Schreiben an die hiesigen Vertreter aller betroffenen Länder richtet und um Stellungnahme zu den jeweiligen Anschuldigungen bittet. Wir werden demnach in Kürze ein solches Schreiben des Ausschußvorsitzenden erhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3191; Referat 320, Bd. 156063.

ohne Rücksicht darauf, ob sie begründet und belegbar sind – außenpolitischen Schaden anzurichten. Einer solchen Entwicklung wollen wir durch Klarstellung der Fakten entgegenwirken.

3) In Anbetracht der Tatsache, daß die eingeleiteten Verfahren[5] noch nicht abgeschlossen sind und insoweit auch keine verwertbaren Angaben über die Verwicklung der betroffenen Firmen gemacht werden können, und weil wir die Angelegenheit international nicht von uns aus noch mehr problematisieren wollen, haben wir kein Interesse daran, aktive, von unseren Vertretungen initiierte Demarchen oder vergleichbare Schritte in den Gastländern einzuleiten. Unsere Auslandsvertretungen sollten jedoch – falls sie in ihren Gastländern auf diese Angelegenheit angesprochen werden oder falls ungerechtfertigte Angriffe dies notwendig machen sollten – mit entsprechenden Richtigstellungen reagieren. Hierbei sollte anhand der in III. übermittelten Sprachregelung argumentiert werden.

II. Zum Sachstand „U-Boot-Affäre“ gilt folgendes:

1) Seit 1984 haben das Ingenieurkontor Lübeck und die HDW bei verschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung sondiert, ob die Lieferungen von U-Boot-Konstruktionsplänen (Blaupausen) nach Südafrika Aussicht auf Genehmigung durch die zuständigen Behörden der Bundesregierung haben könnten.[6]

2) Bei diesen Sondierungen, die als – in diesem Zusammenhang – nicht unübliche politische Kontakte anzusehen und strikt von einem förmlichen Antrag zu unterscheiden sind, wurden sowohl der Bundeskanzler über MP Strauß als auch BM Genscher von dem HDW-Vorstandsvorsitzenden[7] angesprochen. Der BK sagte eine Prüfung zu. BM Genscher erklärte gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden, daß ein solches Ausfuhrgeschäft nicht in Betracht komme.

Wegen der Eindeutigkeit der politischen und rechtlichen Situation hinsichtlich Waffenexporten nach Südafrika und der damit verbundenen Aussichtslosigkeit von eventuellen Anträgen haben die interessierten Firmen keinen Antrag auf Genehmigung der Lieferung von U-Boot-Konstruktionsplänen bei den zuständigen Behörden (BMWi/BAW) gestellt. Dies bedeutet, daß die zuständigen Genehmigungsbehörden nie mit einem Antrag für das heute in Rede stehende Geschäft befaßt worden sind.

5 Vortragender Legationsrat Wentzel notierte am 23. Dezember 1986: „Bundesminister Justiz teilte am 22.12.1986 telefonisch mit, daß entgegen anderslautenden Meldungen der Medien die Bundesanwaltschaft wegen der Lieferung von Konstruktionsplänen über U-Boote an Südafrika gegenwärtig kein Ermittlungsverfahren wegen des ‚Verrats von Staatsgeheimnissen‘ eröffnet hat. Sie hat nur ein ‚beobachtendes Verfahren‘ eingeleitet und den Bundesminister der Finanzen gebeten, ihr die zugrundeliegenden Tatsachen mitzuteilen. Erst danach wird die Bundesanwaltschaft über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens entscheiden. Die Ermittlungen der zuständigen Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen Bestimmungen des Außenwirtschaftsrechts bleiben hiervon zunächst unberührt. Sollte die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen ‚Verrats von Staatsgeheimnissen‘ eröffnen, dann wird sie auch das Verfahren wegen Verstoßes gegen Bestimmungen des Außenwirtschaftsrechts an sich ziehen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 145933.

6 In einer Unterredung am 5. Juni 1984 informierte Ministerpräsident Botha Bundeskanzler Kohl über Gespräche mit der Firma Ingenieurkontor Lübeck zur Lieferung von Know-how an Südafrika für den U-Boot-Bau. Kohl sagte Prüfung des Projekts zu. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 162.
Zur weiteren Erörterung innerhalb der Bundesregierung bzw. mit den beteiligten Firmen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 197.

7 Klaus Ahlers.

3) Am 18. Juni 1985 erhielt das BMWi Hinweise, daß möglicherweise U-Boot-Konstruktionsunterlagen an Südafrika geliefert worden sind. Da weder Antrag noch Genehmigung für ein solches Geschäft vorlagen, führte dies zu dem Verdacht eines illegalen, gegen die einschlägige Gesetzgebung[8] verstoßenden Liefergeschäftes.

Das BMWi leitete seine Erkenntnisse in dieser Angelegenheit daraufhin an das zuständige BMF weiter, das am 14.11.1985 die ihm nachgeordnete Oberfinanzdirektion Kiel mit den weiteren Ermittlungen beauftragte. Diese Untersuchungen sind z. Zt. noch nicht abgeschlossen.

III. Als Sprachregelung kann verwendet werden:

Die Bundesregierung genehmigt seit 1963 keine Waffenlieferungen nach Südafrika. Das Waffenembargo der VN von 1977 (SR-Res. 418/1977[9]) bestätigte eine bereits seit langem praktizierte klare Politik.

Der Export von U-Booten oder von Fertigungsunterlagen für U-Boote ist nach deutschem Recht genehmigungspflichtig. Im vorliegenden Fall wurde eine Genehmigung nicht beantragt, nicht bearbeitet und schon gar nicht erteilt. Wäre ein Antrag gestellt worden, so wäre er abgelehnt worden.

Die Bundesregierung nimmt die Hinweise auf die möglicherweise illegal erfolgte Lieferung der Unterlagen sehr ernst.

Die zuständigen Behörden haben deshalb alle notwendigen Ermittlungen gegen die Verantwortlichen eingeleitet, um einen möglichen Verstoß gegen deutsche Ausfuhrgesetze aufzuklären und zu ahnden. Diese Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

(Nur zur Information der Vertretung:

Es hat den Anschein, daß die Lieferung der Fertigungsunterlagen tatsächlich stattgefunden hat. Es ist bei Anfragen vor allem darauf abzustellen, daß keine Genehmigung beantragt oder gar erteilt wurde und daß unser Waffenembargo unabhängig von Gesetzesverstößen eindeutig gilt.)

IV. Zur Unterrichtung der Botschaften über den Sachverhalt und den Hintergrund werden mit Kurier eine Niederschrift der Bundespressekonferenz vom

8 Zu den rechtlichen Aspekten der Lieferung von Fertigungsunterlagen für U-Boote nach Südafrika legte Ministerialdirigent Loeck am 1. Juli 1985 dar: „Die Ausfuhr von Fertigungsunterlagen für komplette U-Boote oder Teile von U-Booten ist gemäß § 7 A[ußen]W[irtschafts]G[esetz] i[n] V[erbindung] mit § 5 Abs. 1 AWV (Außenwirtschaftsverordnung), Ziff[er] 9, Buchstabe a–f der Ausfuhrliste genehmigungspflichtig. […] Darüber hinaus unterliegen die Erteilung von Lizenzen und Patenten sowie die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen für Fertigung oder Instandhaltung von U-Booten oder Teilen davon gemäß § 7 AWG, § 45 Abs. 3 AWV i. V. mit Ziff. 9, Buchstabe a–f der Ausfuhrliste der Ausfuhrgenehmigungspflicht." Ein Verstoß gegen diese Vorschriften werde „gemäß § 34 AWG mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt, das friedliche Zusammenleben der Völker gestört oder die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden. Wird der Erfolg fahrlässig herbeigeführt oder die Tat und der Erfolg nur fahrlässig verursacht, liegt die Höchststrafe bei einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe. […] Ist durch die ungenehmigte Ausfuhr keine der o. a. Folgen eingetreten oder kann dem Täter nicht nachgewiesen werden, daß er die Folge zumindest fahrlässig verursacht hat, ist die Tat gemäß § 70 Abs. 1, Ziff. 1 a,e AWV i. V. mit § 33 Abs. 1, 6 AWG nur als Ordnungswidrigkeit zu bestrafen." Werde auf eine Ordnungswidrigkeit erkannt, liege die Höchstgrenze der Geldbuße bei 500 000 DM. Vgl. Referat 424, Bd. 137492.

9 Für den Wortlaut von Resolution Nr. 418 des VN-Sicherheitsrats vom 4. November 1977 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 41 f.

28.11.86[10] und eine Niederschrift eines ZDF-Hearings zur Außen- und Sicherheitspolitik vom 10.12.86[11] übersandt, in denen führende Regierungspolitiker zur Haltung der Bundesregierung in der U-Boot-Angelegenheit Stellung nehmen.

(Hinweis: Ein gesondertes Ortez zu den völkerrechtlichen und innerstaatlichen rechtlichen Aspekten einer Lieferung von Konstruktionsunterlagen nach Südafrika folgt.[12])

Pleuger[13]

Referat 424, Bd. 145933

370

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-370.00 SB VS-NfD **18. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen;
hier: Spekulationen in der Öffentlichkeit über „Eiszeit“ nach Abschluß des Expertentreffens (2. bis 5. Dezember 1986 in Genf)

Bezug: Vorlage der Abteilung 2A vom 12. November 1986 – 220-370.00 SB-1825/86 geh.[4] – zum Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen nach Abschluß der sechsten Runde[5]

Anlg.: 1 (VS-geh., nur bei Original)[6]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

10 Für die Niederschrift der Pressekonferenz Nr. 134/86 vgl. Referat 424, Bd. 145933.

11 Für die Niederschrift der Sendung „Deutschland vor der Wahl – ein Hearing zur Außen- und Sicherheitspolitik“ vgl. Referat 424, Bd. 145933.

12 Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 9270 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 19. Dezember 1986; Referat 424, Bd. 145933.

13 Paraphe.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationssekretär Brose konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 5. Januar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat BM vorgelegen.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 6. Januar 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 6. Januar 1987 erneut vorgelegen.

4 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. Dok. 325.

5 Die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 18. September bis 13. November 1986 in Genf statt. Vgl. dazu auch Dok. 329.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 3.

1) In der Öffentlichkeit hat es nach Abschluß des jüngsten Expertentreffens in Genf Stimmen gegeben, die eine Abkühlung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses nach Reykjavik[7] und ein Stagnieren, wenn nicht gar Rückschritte bei den bilateralen Abrüstungsverhandlungen zu erkennen glaubten.

2) Sowjetische Stellungnahmen zu Verlauf und Ergebnis des Expertentreffens waren durch einen bitteren Tonfall und harte Angriffe an die amerikanische Adresse gekennzeichnet:

– Nach Abschluß der „Zwischenrunde" in Genf warf der sowjetische Chefunterhändler Karpow den USA vor, sie habe die beim Treffen in Reykjavik erreichten Vereinbarungen fallengelassen.
– In einer Pressekonferenz des SAM vom 9. Dezember 1986 erklärte der Leiter der Abteilung für Information, Boris Pjadyschew, auf dem Treffen in Genf sei von Anfang an die „destruktive Linie der US-Delegation" zum Ausdruck gekommen. Es habe sich ein „Rückwärtsschritt" in der amerikanischen Position vollzogen.
– In der Prawda vom 18. Dezember 1986 hieß es erneut: „Mit dem Bestreben, das Reykjaviker Paket auseinanderzubrechen, möchten Washingtoner Politiker die Genfer Verhandlungen in die vor Reykjavik erreichte Sackgasse zurückdrängen ..."[8]

3) Legt man amerikanische Äußerungen zugrunde, ergibt sich ein deutlich positiveres Bild:

– Der amerikanische Verhandlungsführer Kampelman stellte nach Ende des Expertentreffens am 5. Dezember 1986 fest, die Begegnung sei „in the main, positive" gewesen. Zwar habe es keine wesentlichen Änderungen in den Positionen beider Seiten gegeben, man habe jedoch „limited but useful progress" bei der Identifizierung der Gemeinsamkeiten wie der verbleibenden Gegensätze in Sachfragen erzielt.
– Bei der Sitzung der SCG am 10. Dezember 1986 berichtete Botschafter Glitman im einzelnen über die Bereiche, in denen Übereinstimmung festgestellt wurde, ebenso wie die noch kontroversen Fragen. Seine Ausführungen machten deutlich, daß in Genf eine intensive, sachbezogene Diskussion stattgefunden hatte.[9]

7 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

8 Vgl. den Artikel „Farisejstvo Vašingtona"; PRAVDA vom 18. Dezember 1986, S. 5.

9 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 10. Dezember 1986, der amerikanische Sonderbotschafter Glitman habe in der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO erklärt: „In den Expertengesprächen hätten Sowjets mit Nachdruck auf dem Junktim zwischen allen drei Verhandlungsbereichen bestanden." Nach Einschätzung von Glitman bestehe jedoch eine Aussicht, „daß die Sowjetunion ihr Junktim für den INF-Bereich nicht auf Dauer aufrechterhält. Die künftige Aufhebung des linkage könnte mit der Präsentation eines modifizierten, von Reykjavik abweichenden INF-Vorschlages verbunden werden. Karpow habe die Möglichkeit einer Rückkehr zum sowjetischen Vorschlag vom 15. Januar 1986 angedeutet (bloßes Einfrieren der asiatischen Systeme, Einfrieren der Drittstaaten-Systeme)." In der Diskussion hätten alle Bündnispartner der Haltung der Delegation der Bundesrepublik zugestimmt, „daß es nunmehr darauf ankomme, der sowjetischen Propaganda eine überzeugende Argumentation entgegenzuhalten, die auf die konsequente und realistische Haltung des Bündnisses seit 1979 abstellt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1598; VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

– AM Shultz äußerte sich im Gespräch mit Ihnen am 10. Dezember 1986 in Chevening[10] dahingehend, daß es beim informellen Genfer Expertentreffen Fortschritte gegeben habe. Darauf könne man in der nächsten Runde[11] aufbauen.

4) Es ist davon auszugehen, daß sowohl sowjetische als auch amerikanische Äußerungen zum gegenwärtigen Verhandlungsstand entscheidend von dem Bemühen geprägt sind, das Bild der eigenen Position in der Öffentlichkeit in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen. Während das Interesse der Sowjetunion im Augenblick dahin geht, die Situation in möglichst dunklen Farben zu malen, um dann diesen bedauerlichen Zustand einseitig amerikanischer Intransigenz in der SDI-Frage und dem angeblichen Abrücken der USA von in Reykjavik vereinbarten Positionen anzulasten, versucht umgekehrt die amerikanische Seite, der sowjetischen Propaganda entgegenzuwirken, indem sie die ungebrochene Kontinuität des Verhandlungsprozesses betont.

Eine nüchterne Bilanz des augenblicklichen Verhandlungsstandes kommt demgegenüber zu einem differenzierten Ergebnis:

Positiv ist zu werten:

– das offenkundige Bemühen beider Seiten, auch während der Verhandlungspause den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen;

– die sowjetische Bereitschaft, im Rahmen der Expertengespräche – in krassem Gegensatz zum Treffen der beiden Außenminister am Rande der KSZE in Wien[12] – einer sachlichen Erörterung bestehender Gemeinsamkeiten und Differenzen zuzustimmen, allerdings ohne auf den amerikanischen Wunsch einer schriftlichen Fixierung des Ergebnisses einzugehen.

Dem steht einschränkend gegenüber:

– die Erkenntnis, daß die Expertengespräche auf sowjetischer Seite in der Substanz keine Bewegung erkennen ließen, sondern lediglich die am Ende der sechsten Runde deutlich gewordenen Divergenzen bestätigten (für eine detaillierte Bewertung der sechsten Verhandlungsrunde vgl. Bezugsaufzeichnung);

– die anhaltende anti-amerikanische Polemik, mit der die Sowjetunion sich selbst tendenziell auf eine unnachgiebige Position gegenüber den USA festlegt.

5) Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

– Es ist davon auszugehen, daß beide Seiten unverändert an Fortschritten bei der nuklearen Rüstungskontrolle interessiert sind. Die sowjetische Bereitschaft zu Reduzierungen bei Offensivwaffen bleibt jedoch gekoppelt an die

10 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 357.

11 Die siebte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle fand vom 15. Januar bis 27. März 1987 in Genf statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 771 des Botschafters van Well, Washington, vom 13. Februar 1987 sowie den Drahtbericht Nr. 395/396 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, vom 27. März 1987; AAPD 1987.

12 Zu den Gesprächen der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am 5./6. November 1986 in Wien vgl. Dok. 319, Anm. 10.

Forderung nach einschneidender Begrenzung der amerikanischen Aktivitäten im Bereich Weltraum- und Defensivsysteme.

– Nach der dramatischen Zuspitzung in Reykjavik durchlaufen die Verhandlungen gegenwärtig eine Konsolidierungsphase, in der beide Seiten ihre Ausgangspositionen für die nächste Verhandlungsrunde formieren.
– Die von sowjetischer Seite betriebene Schwarzmalerei ist in erster Linie taktisch bedingt und findet in der tatsächlichen Verhandlungslage keine überzeugende Stütze. Eine differenzierte Bewertung des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen führt vielmehr zu dem Ergebnis, daß nunmehr eine Ausgangsposition geschaffen ist, auf der die nächste Verhandlungsrunde aufbauen kann.

Hartmann

VS-Bd. 11282 (220)

371

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

220-370.00 SB-2084/86 VS-vertraulich **18. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Abrüstungsteil der Vierergespräche in Chevening am 9./10. Dezember 1986[3];
hier: Strategische und Weltraumwaffen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter, Legationsrat I. Klasse Müller und Legationssekretär Brose konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Dezember 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine m. E. ausgezeichnete Aufzeichnung. Vorschlag: mit persönl[ichem] Anschreiben dem Herrn BK zuzuleiten."
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Jansen und Klaiber am 23. Dezember 1986 vorgelegen.
Hat Klaiber am 17. März 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 18. März 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 18. März 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „M. E. ist Anregung von StS vom 23.12., zu der BM keine Stellung genommen hat, durch Zeitablauf überholt."
Hat Hartmann am 19. März 1987 erneut vorgelegen, der die handschriftliche Bemerkung von Hofstetter hervorhob. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

3 Korrigiert aus: „10. Dezember 1986".
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 vgl. Dok. 353 und Dok. 354.
Ferner trafen Genscher und Shultz am 10. Dezember 1986 zusammen. Vgl. Dok. 357.

I. Vorbemerkung

In Chevening hat AM Shultz dem britischen und französischen Vorschlag, die USA sollten sich jetzt auf die in Reykjavik[4] vereinbarte Reduzierung strategischer Waffen um 50% konzentrieren und so „die zweiten fünf Jahre" von den ersten abkoppeln, seine Überzeugung entgegengehalten, daß Reduzierungen angesichts der Haltung der SU nicht zu haben sein würden ohne Einigung über das, was am Ende der zehn Jahre sein solle.

Diese Auffassung entspricht einer realistischen Lagebeurteilung. Taktisch war es trotzdem richtig, daß das NATO-Kommuniqué vom 12.12.1986 bei den Bemühungen um Abrüstung im nuklearen Bereich die Halbierung der strategischen Waffen und ein INF-Abkommen in den Vordergrund gestellt hat[5]; allianzinterne Meinungsverschiedenheiten über die zweiten fünf Jahre wurden damit ausgeklammert.

Der sachliche Zusammenhang zwischen Reduzierungen strategischer Waffen und einer Regelung für Weltraum- und Defensivwaffen läßt es geboten erscheinen, bereits jetzt den gesamten Zehnjahreszeitraum in Überlegungen zur praktischen Umsetzung der in Reykjavik erzielten Fortschritte einzubeziehen. Diese Vorlage unternimmt den Versuch, auf der von AM Shultz in Chevening vorgetragenen Linie weiterzudenken und auf seine Frage zu antworten, welche Verpflichtungen nach unserer Auffassung für das Ende der Zehnjahresfrist vorgesehen werden sollten, um den Anfang – die 50%-Reduzierungen – zu ermöglichen.

II. Sachstand

1) Zwischen den USA und der SU besteht grundsätzliche Übereinstimmung darüber,

– für zehn Jahre am ABM-Vertrag festzuhalten;
– die rüstungskontrollpolitische Problematik strategischer Defensiv- und Offensivsysteme in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu lösen (Vereinbarung vom 8.1.1985[6]).

2) Drei zentrale Fragen sind zwischen SU und USA kontrovers:

a) Welche Aktivitäten können während der zehn Jahre auf dem Defensivsektor vorgenommen werden?

b) Welche Abrüstungsmaßnahmen sollen für die zweiten fünf Jahre vereinbart werden?

c) Was soll nach Ablauf der zehn Jahre geschehen?

3) Positionen beider Seiten zu den kontroversen Fragen:

a) USA

„Striktes" Festhalten am ABM-Vertrag für zehn Jahre, was nach amerikani-

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Vgl. dazu Ziffer 5 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 73 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 75 f.

6 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

scher Auffassung die Möglichkeit des Übergangs zur weiten Auslegung einschließt.

SU

„Stärkung" des ABM-Vertrages: für zehn Jahre Beschränkung der Erforschung weltraumgestützter Defensivoptionen auf „Labors", wobei einstweilen offenbleibt, ob und gegebenenfalls welche Aktivitäten dabei im Weltraum gestattet wären.

b) USA

Beseitigung aller ballistischen Raketen.

SU

Beseitigung aller strategischen Offensivwaffen.

c) USA

Mit Ablauf der Zehnjahresfrist soll der ABM-Vertrag automatisch enden und damit die Dislozierung neuer, auch weltraumgestützter Defensivsysteme uneingeschränkt erlaubt sein.

SU

Nach Ablauf der zehn Jahre für drei bis fünf weitere Jahre Verhandlungen über das, was im Defensivbereich geschehen soll; erst danach Kündigungsmöglichkeit für den ABM-Vertrag mit sechs Monaten.

III. Bewertung der kontroversen Fragen

Hinter diesen unterschiedlichen Positionen steht ein zentraler Interessenkonflikt:

– Die USA wollen ihr Ziel, eine definitive Antwort auf die Frage der Realisierbarkeit neuartiger Defensivsysteme zu finden und gegebenenfalls die Option einer späteren Dislozierung offenzuhalten, umfassend – d. h. für jede mögliche ABM-Konfiguration – schützen.
– Die SU will SDI möglichst verhindern, zumindest die Dislozierung neuer strategischer Defensivsysteme über die zehn Jahre hinaus verzögern.

Darüber hinaus ist es das Ziel der USA, die SU schon jetzt verbindlich auf eine umfassende Gesamtlösung auf der Basis einer konzeptionellen Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Offensiv- und Defensivsystemen festzulegen. Die amerikanischen Positionen zu a), b) und c) stehen in einem logischen Zusammenhang und lassen folgendes aus der Sicht der USA anzustrebende Verhandlungsergebnis erkennbar werden:

– Während der Zehnjahresfrist ungehemmte Möglichkeit der Erforschung, der Entwicklung und des Testens von auf neuen physikalischen Prinzipien beruhenden weltraumgestützten Defensivsystemen und ihrer Komponenten entsprechend der weiten amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags.
– Bis zum Ende der Zehnjahresfrist Veränderung der qualitativen Struktur der beiderseitigen Arsenale von Offensivwaffen unter gleichzeitiger Senkung auf ein entscheidend reduziertes Niveau (d. h. auf das, was nach 50 %igen Reduzierungen der strategischen Systeme und Abschaffung aller ballistischen Raketen übrigbleibt).
– Mit Ablauf des Zehnjahreszeitraums automatisches Ende des ABM-Vertrags.

Eine dieser Zielvorstellung entsprechende Gesamtlösung erscheint jedoch nicht realistisch, weil die SU nicht gewillt ist, sich schon jetzt hinsichtlich des Endes der Zehnjahresfrist derart umfassend festzulegen.

Deshalb kommt es darauf an, die Elemente a), b) und c) auf die bei ihnen vorhandenen Kompromißmöglichkeiten zu prüfen und auf dieser Basis einen begrenzteren Ansatz für Fortschritte zu entwickeln.

Im einzelnen läßt sich feststellen:

a) ABM-Regime für Zehnjahreszeitraum

Zentraler Punkt hinsichtlich der Zehnjahresfrist ist für die USA, daß es keine Einschränkung des nach dem ABM-Vertrag Erlaubten geben darf. Kritisch ist die Offenhaltung der Möglichkeit, von der gegenwärtig als „matter of policy" eingehaltenen engen Auslegung des ABM-Vertrags auf die weite Auslegung übergehen zu können. Die praktische Bedeutung liegt darin, daß bei der engen Auslegung bei auf neuen physikalischen Prinzipien beruhenden Systemen (Laser) Entwicklung und Tests unterhalb der Schwelle der im ABM-Vertrag definierten Komponenten (d. h. unterhalb der funktionalen Äquivalente von Radars, Abschußgestellen und Raketen) bleiben müssen, daß Entwicklung und Tests m. a. W. nur bei Subkomponenten zulässig sind. Nach der weiten Auslegung hätte lediglich die Dislozierung weltraumgestützter Systeme zu unterbleiben, während es im übrigen keinerlei Beschränkungen geben würde. Mit dem Übergang zur weiten Auslegung könnten die USA daher Erforschung und Entwicklung solcher Systeme beschleunigen.

Die SU ist zwar von ihrer ursprünglichen Forderung des Verbots der SDI-Forschung abgerückt, doch zeigt der in Reykjavik verwandte Begriff „Laborforschung", daß es ihr um Einschränkung des nach dem ABM-Vertrag Erlaubten geht. Daran ändern auch öffentliche Andeutungen des Stellvertretenden Präsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Welichow, und des Leiters des sowjetischen Instituts für Weltraumforschung, Sagdejew, nichts, daß die SU unter Umständen zu einer weiten Auslegung des Begriffs „Labor" bereit sein könnte (so auch Schewardnadse Ihnen gegenüber am 4.11.1986 in Wien[7]).

Die Möglichkeit einer Änderung dieser sowjetischen Haltung haben zum ersten Mal Mitte November Äußerungen Sagdejews gegenüber Mitarbeitern der RAND[8] Corporation angedeutet, nach denen es auf die Vereinbarung von Kriterien ankomme, die eine Unterscheidung zwischen Weltraumtests von Komponenten und solchen von Subkomponenten erlaubten. Wenn dies zur offiziellen sowjetischen Haltung würde, stünde die SU im wesentlichen auf dem Boden der engen amerikanischen Auslegung des ABM-Vertrags.

Derzeit sind die USA nicht bereit, sich der SU gegenüber verbindlich auf Einhaltung der engen Auslegung des ABM-Vertrags festzulegen: Die am 27.10.1986 unter Leitung des Präsidenten[9] verabschiedete Verhandlungsweisung zum Weltraumbereich bestimmt – auf Drängen des Pentagons – ausdrücklich, daß

7 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. Dok. 316 und Dok. 317.

8 Research and Development.

9 Ronald W. Reagan.

die Genfer Delegation nicht ermächtigt sei, mit der SU über eine Klärung umstrittener Bestimmungen des ABM-Vertrags zu verhandeln.[10]

Künftig besteht hier jedoch für beide Seiten eine mögliche Option: Durch Einigung auf die enge Auslegung könnte das Tempo defensiver Entwicklungen beeinflußt und ein gewisser, im einzelnen aber nicht näher bestimmbarer Zeitaufschub hinsichtlich der Realisierung weltraumgestützter Defensivsysteme erreicht werden. Sicher wird die SU auch in Zukunft sich nicht damit begnügen, eine Einigung über die enge Auslegung des ABM-Vertrags zu fordern, sondern darüber hinaus eine vereinbarte Einschränkung der SDI-Forschung durchzusetzen suchen. Welche Bedeutung die[11] Option einer Einigung auf die enge Auslegung tatsächlich gewinnen kann, hängt wesentlich davon ab, ob und in welchem Umfang Berechenbarkeit über die Zehnjahresfrist hinaus auf andere Weise geschaffen werden kann.

b) Weitreichende Abrüstungsmaßnahmen in der zweiten Hälfte des Zehnjahreszeitraums

Der amerikanische Vorschlag der Abschaffung aller nach 50%igen Reduzierungen verbleibenden ballistischen Raketen innerhalb der zweiten fünf Jahre erscheint auch für sich allein genommen – d.h. außerhalb der von den USA angestrebten Gesamtlösung – nicht realistisch:

- Im Bündnis sind die strategischen Implikationen einer vollständigen Beseitigung aller ballistischen Raketen ungeklärt. F und UK befürchten – kaum zu Unrecht –, daß eine Abschaffung der amerikanischen und sowjetischen Raketen über kurz oder lang den Verlust der eigenen nuklearen Rolle nach sich ziehen würde.
- Die SU lehnt den Vorschlag entschieden ab. Die Beseitigung der ballistischen Raketen würde sie des Rückgrats ihrer Nuklearstreitmacht berauben und den Wettbewerb in Technologiebereiche verlagern (Bomber, Cruise Missiles), bei denen die USA derzeit überlegen sind.

Der sowjetische Vorschlag einer Abschaffung aller strategischen Systeme bis zum Ende der Zehnjahresfrist steht im Zusammenhang mit dem Programm zur Abschaffung aller Nuklearwaffen vom 15.1.1986[12] und verdient ähnliche Kritik wie dieses Programm (Erhöhung des Gewichts sowjetischer Vorteile unterhalb der strategischen Ebene).

Es ist fraglich, ob die Vereinbarung konkreter Abrüstungsendziele schon vor Beginn der Zehnjahresfrist tatsächlich weiterführt. Wie Sie in Chevening Shultz gegenüber ausgeführt haben, würde die weitgehende Abschaffung amerikanischer und sowjetischer LRINF sowie die 50%ige Reduzierung strategischer Waffen nicht nur hinsichtlich der reduzierten Waffensysteme, sondern für den politischen Prozeß zwischen Ost und West insgesamt weitreichende Folgen haben. Weitere rüstungskontrollpolitische Ergebnisse – im konventionellen Bereich, CW-Verbot – könnten hinzukommen.

Angemessener erscheint es, das Ergebnis der Entwicklungen in den ersten fünf

10 Vgl. dazu die National Security Decision Directive 249 vom 29. Oktober 1986, Anlage 3, Ziffer 5; http://fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-249.htm.

11 Korrigiert aus: „der".

12 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

Jahren abzuwarten und konkrete weitergehende Ziele erst dann zu vereinbaren. Dies würde zugleich erlauben, die Vereinbarung für die zweiten fünf Jahre im Lichte der bis dahin eingetretenen Forschungsergebnisse im Defensivbereich zu treffen. Die beiden einander ausschließenden Vorschläge – Abschaffung aller ballistischer Raketen bzw. aller strategischer Waffen – sollten deshalb jetzt ausgeklammert werden. Die Weltmächte könnten sich jedoch schon im Abkommen über strategische Reduzierungen (d.h. über die 50%) auch über Zielvorstellungen ihrer künftigen Politik einigen, und zwar sowohl im strategisch-nuklearen Bereich, also für die zweiten fünf Jahre (z.B. Abrüstung der strategischen Waffen um einen weiteren Prozentsatz), als auch über rüstungskontrollpolitische Vorgaben außerhalb dieses Bereichs, d.h. auch für die ersten fünf Jahre (z.B. über LRINF, SRINF und über das Zieldatum für ein CW-Verbot, soweit entsprechende Abkommen noch nicht vorliegen; Zielvorstellungen für konventionelle Stabilisierung und weitere Vertrauensbildung in Europa). So könnte eine Meßlatte vereinbart werden, an der der Fortschritt in der Rüstungskontrolle ablesbar wäre.

c) Regelung auf dem Defensivsektor nach Ablauf der Zehnjahresfrist

Die USA sehen in der bereits bei Vereinbarung der Zehnjahresfrist festzulegenden Auflösung des ABM-Vertrags am Ende des Zehnjahreszeitraums und der damit verbundenen Zubilligung eines Rechts auf Dislozierung von Defensivsystemen die sowjetische Gegenleistung für die amerikanische Bereitschaft zum zehnjährigen Festhalten am ABM-Vertrag.

Der SU geht es darum, nach Ablauf der zehnjährigen Bindung beider Seiten an den ABM-Vertrag nicht von einem Tag auf den anderen mit einer heute in ihren strategischen Implikationen schwer überschaubaren Situation konfrontiert zu sein. Sie schlägt deshalb eine Verhandlungsverpflichtung für zusätzliche drei bis fünf Jahre vor.

Eine derart lange zusätzliche Verhandlungsdauer ist für die USA zu weitgehend. Denkbar erscheint jedoch die Vereinbarung einer zeitlich enger begrenzten Verhandlungsphase (z.B. zwei Jahre) im Anschluß an die Zehnjahresfrist. Der ABM-Vertrag würde nicht nach zehn Jahren automatisch beendet sein, sondern zunächst weitergelten, und könnte nach Ende des zusätzlichen Verhandlungszeitraums mit sechs Monaten Frist gekündigt werden.

Für eine solche zusätzliche Verhandlungsfrist sprechen folgende Argumente:

– Es bestünde die Möglichkeit, im Lichte der nach zehn Jahren vorliegenden Forschungsergebnisse bezüglich der Realisierbarkeit eines umfassenden oder partiellen ABM-Systems zu entscheiden, ob der ABM-Vertrag tatsächlich beseitigt oder ob er nur geändert werden muß oder ob er zunächst sogar fortgelten sollte.
– Die Option einer einvernehmlichen oder nach Ablauf der vereinbarten Frist auch einseitigen Lösung vom ABM-Vertrag stünde beiden Seiten offen. Verhandlungen könnten in diesem Fall dazu dienen, die Modalitäten eines kooperativen Übergangs zu einer mehr auf Defensivsysteme gestützten Sicherheit stabilitätskonform zu regeln.
– Die in den zehn Jahren eingetretenen Entwicklungen im Bereich der Abrüstung und im West-Ost-Verhältnis könnten in die Entscheidungen über die mögliche Abkehr vom ABM-Vertrag einfließen.

1934

– Eine zusätzliche Verhandlungsfrist könnte als Konkretisierung der Zusage des amerikanischen Präsidenten dargestellt werden, die SU an den Vorzügen eines Defensivsystems teilhaben zu lassen (commitment „to share the benefits of such a system").

Im Bereich c) wären auf diese Weise Möglichkeiten für einen Kompromiß über den zeitlichen Rahmen für den möglichen künftigen Übergang zu einem neuen strategischen Offensiv-Defensiv-Verhältnis gegeben.

Die SU müßte sich dabei mit einer kürzeren zusätzlichen Verhandlungszeit als von ihr gewünscht begnügen. Sie müßte außerdem akzeptieren, daß der ABM-Vertrag anschließend von jeder Seite beendet werden kann. Eine solche Lösung sollte für die SU annehmbar sein, da sie – wie oben ausgeführt – selbst von der Möglichkeit einer Beendigung des ABM-Vertrags (ohne Vetomöglichkeit) nach Ablauf der zusätzlichen Frist auszugehen scheint.

Die USA müßten darauf verzichten, die SU schon jetzt auf eine völlige Neugestaltung des strategischen Offensiv-Defensiv-Verhältnisses nach zehn Jahren festlegen zu wollen. Sie müßten sich ferner bereit finden, bisherige Aussagen (Bereitschaft, sich um einen kooperativen Übergang zu einem neuen strategischen Verhältnis zu bemühen; Bereitschaft zu einer Verpflichtung über die Teilhabe der SU an den Vorzügen eines Defensivsystems) durch das Zugeständnis einer zeitlich begrenzten zusätzlichen Verhandlungszeit zu konkretisieren. Für die USA sollte dies annehmbar sein, weil sie selbst vor Reykjavik einen derartigen Vorschlag unterbreitet hatten (damals fünf Jahre Unkündbarkeit des ABM-Vertrags plus zwei Verhandlungsjahre)[13].

IV. Insgesamt ist festzustellen:

Eine umfassende Gesamtlösung für den Offensiv-/Defensivbereich, wie sie die USA gegenwärtig anstreben, ist nicht realistisch und sollte aufgegeben werden.

Bei einem auf Kompromiß in den drei kontroversen Einzelfragen abstellenden Vorgehen sollte b) – Abschaffung aller ballistischen Raketen bzw. aller strategischen Waffen – ausgeklammert werden. Für die Festlegung eines derartigen konkreten Ziels ist es zu früh. Statt dessen sollte eine Einigung auf eine Reihe politischer Vorgaben für Rüstungskontrollziele in den nächsten zehn Jahren angestrebt werden.

Bereich a) – Welche Aktivitäten können während der zehn Jahre auf dem Defensivsektor vorgenommen werden? – betrifft in erster Linie das Tempo möglicher Entwicklungen im Defensivbereich als notwendige Voraussetzung für eine spätere Dislozierung. Hier sieht die SU ein Störpotential, von dem sie je nach Entwicklung in der für sie eigentlich entscheidenden Frage c) – Was geschieht nach Ablauf der zehn Jahre? – weiterhin Gebrauch machen wird.

Das Schwergewicht der Bemühungen sollte von seiten der USA auf einen Kompromiß in der Frage der Anschlußregelung nach Ende der Zehnjahresfrist gelegt werden. Die in dieser Aufzeichnung vorgeschlagene zusätzliche, etwa zweijährige Verhandlungsphase böte befristet Berechenbarkeit über den Zehnjahreszeitraum hinaus, würde die Berücksichtigung von politischen, rüstungskontrollpolitischen und Forschungsentwicklungen im Defensivbereich ermöglichen

13 Zu den amerikanischen Vorschlägen vgl. Dok. 250.

und schüfe ggf. – ohne der SU eine Vetoposition zu geben – einen Rahmen für einen kooperativen Übergang zu einer mehr auf Defensivsysteme gestützten Sicherheit.

Hartmann

VS-Bd. 11282 (220)

372

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-341.32-2101/86 VS-vertraulich **19. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu beigefügtem Sprechzettel[4]

Betr.: KVAE-Implementierung;
hier: US-Manöver „Caravan Guard '87" und „Winter Warrior '87"

Anlg.: 1[5]

1) Die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Truppen beabsichtigen, Ende Januar 1987 zwei Manöver durchzuführen, die grundsätzlich dem Regime des Stockholmer Dokuments der KVAE[6] unterliegen:

– „Caravan Guard '87" (23 000 Mann),

– „Winter Warrior '87" (18 000 Mann).

Die Notifizierungspflicht liegt nach dem KVAE-Dokument in erster Linie bei der Bundesrepublik Deutschland als dem Staat, auf dessen Territorium die beiden Übungen stattfinden. In zweiter Linie sind auch die USA zur Notifizierung verpflichtet. Die Pflicht, Beobachter einzuladen, trifft ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 19. Dezember 1986 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „5.1.87."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 8. Januar 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Hat BM vorgelegen. Ex[emplar] 3 an StS R[uhfus]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 8. Januar 1987 erneut vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für den Sprechzettel vgl. VS-Bd. 11418 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf eines Schreibens des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. VS-Bd. 11418 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

6 Vgl. dazu Ziffer 29–104 sowie Anhang I und II des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 628–638.

2) Die Amerikaner haben uns wissen lassen, daß sie beide Übungen nicht notifizieren wollen. Zur Begründung ziehen sie Anhang II des Stockholmer Dokuments heran, wonach „unter Berücksichtigung des festgelegten Datums des Inkrafttretens (1.1.87) … und der Bestimmung bezüglich der Fristen für bestimmte im voraus zu gebende Benachrichtigungen … Aktivitäten, die während der ersten 42 Tage nach dem 1. Januar 1987 beginnen, … den entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte der KSZE[7] …“ unterliegen. Die Amerikaner gehen in ihrer Argumentation nicht auf den unmittelbar anschließenden Satz ein: „Die Teilnehmerstaaten werden jedoch jede erdenkliche Anstrengung unternehmen, um die Bestimmungen dieses Dokuments soweit wie irgend möglich auf sie anzuwenden.“

3) Wir haben die Amerikaner mehrfach auf verschiedenen Ebenen (D 2 A i. V.[8], Botschafter van Well[9], VtG-Att. Washington[10], Stabsabteilungsleiter FüS III BMVg[11], StS Rühl) dringend gebeten, die Übungen anzukündigen, zumal die ČSSR eine im gleichen Zeitraum stattfindende Übung in ihre Jahresübersicht 1987 mit der Ankündigung aufgenommen hat, dazu auch Beobachter einzuladen.[12] Die Reaktion war, mit wechselnden, einander teilweise widersprechenden, gelegentlich auch sachlich unzutreffenden Begründungen, durchweg negativ. Zuletzt hat Staatssekretär Rühl am 18.12. abends mit Perle gesprochen; dieser sei gerade aus der Türkei zurückgekehrt und habe von dem Vorgang keine Kenntnis gehabt. StS Rühl habe in der Angelegenheit von amerikani-

7 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

8 Rüdiger Hartmann.

9 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 5. Dezember 1986 über ein Gespräch mit der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway. Diese wolle „gegenüber dem Pentagon ein negatives Argument verwenden. Da die Sowjetunion bisher bei der Durchführung der VBM der KSZE-Schlußakte sehr restriktiv vor allem bei den Einladungen von Beobachtern gewesen sei, solle man jetzt durch Nicht-Einladung deutlich machen, daß die USA sich jetzt entsprechend restriktiv verhalten und sich in Zukunft strikt an die KVAE-Regeln halten werden.“ Van Well führte aus: „Gespräch vermittelte den Eindruck, daß State Department zwar gewisses Verständnis für unsere Haltung hat, doch gegenüber dem Pentagon nicht sehr stark darauf drängen wird, auf unseren Wunsch einzugehen. Das von Frau Ridgway genannte Argument könnte zwar im Pentagon gewissen Eindruck machen, dürfte uns jedoch kaum willkommen sein. Es wird allerdings auch keinen Schaden anrichten, da wir davon ausgehen können, daß das Pentagon mehr, als in den KVAE-Regeln vorgegeben, nicht tun wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5260; VS-Bd. 11534 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

10 Brigadegeneral Freiherr von Uslar-Gleichen, Washington, berichtete am 9. Dezember 1986 über ein Gespräch: „Gesprächspartner war Generalleutnant Vesser, Director Plans and Policy, JCS.“ Vesser habe ausgeführt, „man meine, sich voll auf dem Boden der Stockholmer Beschlüsse zu befinden. Er zeigte wenig Verständnis für die deutschen Bedenken […]. Man sei jedoch bereit, falls weitere neue Fakten von der deutschen Seite vorgebracht würden, die Entscheidung noch einmal zu überdenken.“ Uslar-Gleichen legte dar, das Gespräch mit Vesser und weiteren Mitarbeitern der „Joint Chiefs of Staff“ habe erkennen lassen, „daß die amerikanische Seite in diesem Fall hart zu bleiben gedenkt. Man glaubt, den Alliierten in Stockholm bereits genug entgegengekommen zu sein, und erinnert sich ungern des Druckes, dem man sich dort ausgesetzt gesehen hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5294; VS-Bd. 11534 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

11 Rolf Hüttel.

12 Mit Verbalnote vom 19. Dezember 1986 lud das tschechoslowakische Außenministerium zur Beobachtung einer Übung der tschechoslowakischen Streitkräfte vom 2. bis 6. Februar 1987 ein. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1568 des Botschaftsrats I. Klasse Metzger, Prag, vom 30. Dezember 1986; Referat 221, Bd. 130150.

scher Seite geschriebene Briefe als unerträglich und arrogant bezeichnet, die Begründung sei fadenscheinig und legalistisch, auf die Bemühensklausel werde nicht eingegangen. Politisch sei die Nichtanmeldung kontraproduzent, niemand in der Bundesregierung habe dafür Verständnis. Die Antwort steht einstweilen noch aus.

Das BMVg beabsichtigt nach Ministerentscheidung, nicht über StS-Ebene hinauszugehen.

4) Die Bundesregierung würde bei Nichtankündigung der Manöver folgende Risiken laufen:

– Es ist unvermeidlich, daß das Stattfinden der Übungen bekannt würde,
– der WP würde dies zu heftiger Kritik, möglicherweise auch zu einem Inspektionsbegehren nutzen,
– die Kritik würde sich nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen die Bundesregierung richten, die in erster Linie zur Ankündigung verpflichtet wäre.

5) BMVg teilt soeben mit, daß die Antwort Perles negativ ausgefallen ist.[13]

6) Ich schlage vor, daß Sie bei Ihrem Gespräch mit Botschafter Burt am 20.12.[14] noch einmal die ernste Lage, die durch die amerikanische Weigerung zu entstehen droht, gemäß anliegendem Sprechzettel ansprechen.

7) Der Entwurf einer Botschaft an AM Shultz in dieser Angelegenheit ist beigefügt.

8) Diese Vorlage ist mit dem BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt.

Hartmann

VS-Bd. 11418 (221)

13 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber gestrichen. Dafür fügte er ein: „Antwort Perles steht noch aus."

14 Für das Gespräch vgl. Dok. 373.

373

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burt in Wachtberg-Pech

010-2316/86 geheim **20. Dezember 1986**[1]

Von BM noch nicht genehmigt

BM empfing US-Botschafter am 20. Dezember in seinem Privathaus zu einem einstündigen Gespräch, an dem außerdem noch LMB[2] teilnahm.

Gesprächspartner behandelten folgende Themen:

1) *Burt* bat BM um Unterstützung der Freistellung der US-Konsulate von der deutschen Mehrwertsteuer. Haushaltssituation der Auslandsvertretungen sei aussichtslos. Aufgrund des Gramm-Rudman-Amendments[3] werde Haushalt der Botschaft um 40 % gekürzt. Situation des Dollar verschlechtere dazu die Lage. Zu seinem größten Bedauern müsse damit gerechnet werden, daß nach dem Generalkonsulat Düsseldorf[4] auch andere Posten geschlossen würden. Eine Freistellung der Konsulate von der deutschen Mehrwertsteuer könne dazu beitragen, die Misere wenn nicht zu beenden, so doch etwas Erleichterung zu bringen. Er habe mit BM Stoltenberg über dieses Problem gesprochen und bitte BM, dies ebenfalls im Interesse der amerikanischen Präsenz in D zu tun. Das beste Argument in einem solchen Gespräch sei die Notwendigkeit, die amerikanische Präsenz in D aufrechtzuerhalten.

BM sagte zu, sich der Angelegenheit anzunehmen.

2) *Burt* sprach die mögliche Teilnahme von RBM Diepgen an der 750-Jahrfeier in Berlin (Ost) an.[5] Amerikanische Seite höre unterschiedliche Aussagen von Senat, Bundeskanzleramt und AA über die Opportunität der Annahme einer Einladung nach Berlin (Ost). RBM Diepgen wolle Einladung unbedingt annehmen. Im Bundeskanzleramt sei man sich offensichtlich noch nicht ganz klar, welche Haltung man hierzu einnehmen solle. Vielleicht wolle man eine positive Haltung einnehmen, sei sich aber nicht sicher, ob dies richtig sei. Aus den Aussagen von StS Meyer-Landrut habe er Skepsis herausgehört.

BM wies darauf hin, daß Angelegenheit beim Treffen der Außenminister in Chevening besprochen worden sei.[6] Für Bundesregierung sei es wichtig, vernünftiges Verhältnis zur DDR weiter zu entwickeln, ohne dabei in Statusprobleme betreffend Berlin zu geraten. Da man kein Problem mit der DDR haben wolle, habe er deshalb Bundeskanzler und RBM Diepgen geraten, sehr vorsich-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 22. Dezember 1986 gefertigt.

2 Michael Jansen.

3 Zum „Balanced Budget and Emergency Deficit Control Act“ („Gramm-Rudman-Hollings-Act“) vom 12. Dezember 1985 vgl. Dok. 73, Anm. 7.

4 Zur geplanten Schließung des amerikanischen Generalkonsulats in Düsseldorf vgl. Dok. 338, Anm. 31.

5 Zur Einladung an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, vgl. Dok. 306, Anm. 46.

6 Zur Erörterung der 750-Jahrfeier von Berlin im Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 9. Dezember 1986 vgl. Dok. 354, Anm. 3.

tig zu sein und Lage genau zu analysieren, bevor eine Einladung angenommen werde. Die Annahme einer solchen Einladung sei nur dann möglich, wenn klar sei, unter welchen Bedingungen Veranstaltung ablaufe. Er halte es für besser, eine Einladung a priori abzulehnen, als eine solche anzunehmen und dann später abzusagen. Dies wäre schlecht für die Beziehungen zur DDR. Deshalb trete er dafür ein, die DDR wissen zu lassen, daß man wegen der Einladung keinen Ärger haben wolle. Wenn eine Lösung möglich würde, die den Status nicht berühre, sei Sache in Ordnung; wenn dies nicht sichergestellt werden könne, müsse deutlich Nein gesagt werden.

BM wies darauf hin, daß es bisher keine klare Position der DDR gebe, deshalb habe er in Chevening geraten, zunächst zuzuwarten, um zu sehen, was geschehe. Er selbst und AA seien nicht skeptisch, aber vorsichtig. Deshalb sei in Chevening sein Rat gewesen, mit der DDR über den Komplex zu sprechen, um mehr über ihre Absichten in Erfahrung zu bringen.

3) BM fragte, worauf Überlegungen der drei alliierten Botschafter[7] begründet seien, Eröffnungskonzert zur 750-Jahrfeier in Berlin (Ost) am 1. Januar 1987 nicht zu besuchen. Er würde es vorziehen, wenn westliche Botschafter teilnähmen, da es schlechten Eindruck mache, wenn alle westlichen Botschafter teilnehmen außer den Vier. Die Rahmenbedingungen seien offensichtlich so von DDR gewählt worden, daß Statusfragen nicht aufgeworfen würden. Verglichen mit dem Hauptereignis, sehe er im Konzert vom 1. Januar kein Statusproblem.

Burt gab Eindruck wieder, daß französische Botschafterin nicht wolle und auch entsprechende Weisung aus Paris habe. US-Botschafter sei zögerlich, möglicherweise werde Washington ihm aus zwei Gründen beipflichten. Zum einen, weil erste Veranstaltung zu 750 Jahren Berlin von DDR durchgeführt werde, und zum anderen, weil Teilnahme der vier Botschafter es RBM Diepgen schwieriger machen könnte, Einladung zu Staatsakt abzusagen.

BM erklärte die Modalitäten des Konzerts, bei dem keine Reden gehalten würden. Für die Einladung RBM Diepgen glaube er eher an das Gegenteil, da DDR ja gerade in Statusfragen bei Konzert nicht dränge.

BM kündigte an, daß er nach einem Gespräch von StS Meyer-Landrut mit französischem Botschafter[8] gegebenenfalls selbst mit AM Raimond sprechen werde.[9]

7 Timothy John Everard (Großbritannien), Francis Joseph Meehan (USA) und Joëlle Timsit (Frankreich).

8 Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, teilte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, am 22. Dezember 1986 mit, Staatssekretär Meyer-Landrut habe am 19. Dezember 1986 im Auftrag von Bundesminister Genscher den französischen Botschafter Boidevaix gebeten, „dem französischen Außenminister zu übermitteln, daß die Bundesregierung dringend an einer gemeinsamen Teilnahme unseres Ständigen Vertreters und der drei Botschafter interessiert sei; die Bundesregierung ihrerseits entschlossen sei, Staatssekretär Dr. Bräutigam teilnehmen zu lassen; wir dabei von dem Einvernehmen ausgingen, daß Statusfragen nicht berührt werden". Vgl. das Fernschreiben Nr. 2095; Referat 210, Bd. 139169.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach informierte am 23. Dezember 1986: „Französische Botschaft teilt 22.12.86, 19.00 Uhr mit, daß französischer AM Raimond auf Grund persönlicher Intervention von BM Genscher zu Gunsten einer Teilnahme der Vier an dem Eröffnungskonzert in Berlin (Ost) am 1. Januar 87 folgende Weisung erteilt habe: Die französische Botschafterin in der DDR könne unter der Bedingung teilnehmen, daß auch die Vertreter der USA und GBs zur Teilnahme angewiesen würden." Vgl. Referat 210, Bd. 139169.

Burt meinte, daß US-Botschafter in Berlin (Ost) persönlich zu Konzert gehen wolle; letzten Endes werde USA Verhalten an F und GB ausrichten.[10]

4) Botschafter würdigte Erklärung von Brüssel der NATO vom 12. Dezember 1986.[11] Nachdem die Frage des Formats gelöst sei, würden Substanzfragen jetzt in den Vordergrund rücken und möglicherweise größere Schwierigkeiten im Bündnis auslösen als die Frage der Form. Er habe deshalb mit Washington Kontakt aufgenommen[12] und über den zu wählenden Ansatz Meinungen, insbesondere auch mit Paul Nitze, ausgetauscht. Als Ergebnis dieses Gedankenaustauschs sehe er zwei Prinzipien, denen man folgen solle.

– Konzentration auf die wesentlichen Vorteile und Überlegenheiten der SU; insbesondere auf ihre Fähigkeit zum Angriff und zur Bedrohung auch der osteuropäischen Staaten. Aus diesem Hinweis würden bereits die Hauptasymmetrien sichtbar.
– Notwendigkeit, nach Reykjavik[13] sicherzustellen, daß der westliche Vorschlag die westliche Strategie der flexiblen Antwort[14] nicht unterminiere, das heiße, daß US-Präsenz in Mitteleuropa gewahrt bleibe.

Wichtig sei, daß westlicher Vorschlag einfach in der Präsentation sei, damit er für die Öffentlichkeit verständlich werde.

Er denke im einzelnen an gleiche Obergrenzen auf niedrigerer Ebene (equal ceilings at lower than existing levels) für Panzer, Bewaffnung und Personalstärke.

Diese Überlegung sei, in diesen Fragen zunächst mit D bilaterale Konsultationen zu beginnen. Dies sei kein offizieller Vorschlag, sondern eine Überlegung. Burt unterstrich, daß es darauf ankomme, die Öffentlichkeit über die Unausgewogenheit der konventionellen Streitkräfte im Vergleich zwischen Ost und West zu unterrichten und damit einen Verständnis- und Erziehungsprozeß einzuleiten, der KRK-Vereinbarung möglich mache.

BM erinnerte daran, daß Erklärung von Brüssel über einiges, was Botschafter anspreche, bereits hinausgegangen sei. Erklärung habe Kriterien festgelegt, bei denen es auch bleiben sollte. Er rate davon ab, singuläre Fallgestaltungen herauszunehmen. So spreche die Erklärung von den Faktoren Bewaffnung, Art der Ausrüstung, Dislozierung, Zahl, Mobilität und Einsatzbereitschaft der betreffenden Streitkräfte.

10 Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, stellte am 23. Dezember 1986 fest: „Die Drei Mächte haben sich nur nach Intervention auf hoher politischer Ebene und letztlich unter dem Eindruck unserer Entschlossenheit, nötigenfalls allein teilzunehmen, bereit gefunden, ihre Botschafter zur Teilnahme am Eröffnungskonzert anzuweisen. Paris und Washington haben die Entscheidung aufgrund der Bitte des Bundesaußenministers getroffen. Alle ließen jedoch, wenngleich in unterschiedlicher Form, grundsätzliche politische Bedenken erkennen, nicht zuletzt wegen der möglichen Präzedenzwirkung für die Einladungen des RBM Diepgen.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 2103; Referat 210, Bd. 139171.

11 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle“ vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

12 Korrigiert aus: „genommen“.

13 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

14 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

Wichtig sei die Behandlung der Kräfteverhältnisse bei Panzern, Flugzeugen und Artillerie, da SU hier nicht nur in den Zahlen, sondern auch, was die Stationierung angehe, überlegen sei.

Was die Personalstärken angehe, so seien ihm nach den überraschenden Äußerungen der amerikanischen Delegation in Chevening und beim NATO-Treffen in Brüssel[15] gewisse Zweifel gekommen. US-Delegation habe im Zusammenhang mit der Frage der Denuklearisierung den Eindruck vermittelt, daß es für sie eine Ausgewogenheit bei den konventionellen Kräften gebe. *Botschafter* warf hier ein, daß dies kaum sein könne. BM habe Äußerungen hier bestimmt mißverstanden.

BM legte dar, daß SU natürlich überlegen sei und daß es darauf ankommen müsse, in den Verhandlungen über KRK festzulegen, daß

– kein Überraschungsangriff erfolgen könne

– und daß raumgreifende Operationen nicht mehr möglich würden.

BM begrüßte die Idee, bald bilaterale Gespräche über die Frage der KRK zwischen USA und D aufzunehmen. *Burt* wies auf Eilbedürftigkeit eines solchen Gesprächs hin, da in Washington bereits erste Überlegungen Form nähmen. So werde beispielsweise an eine Verpflichtung in einer KRK-Vereinbarung gedacht, daß außer einheimischen Truppen keine anderen Truppen in einem Land stationiert werden dürften. Dies sei ganz schlecht, weil US-Truppen damit aus Europa gedrängt würden. Auch die Überlegung, in Phasen zu verhandeln und zunächst nur sowjetische und US-konventionelle Kräfte gegeneinander zu verhandeln, berge den Keim größter Schwierigkeiten in sich.

Anscheinend denke man in Washington an Lösungsansätze dieser Art, weil man davon ausgehe, daß SU sie a priori ablehne.

BM wies auf die erheblichen Folgen solcher Überlegungen hin, die die Lage völlig ändern würden. Er warnte vor der Annahme, daß SU solche Vorschläge von vornherein ablehnen würde. Auch deshalb müßte jetzt schnellstens miteinander gesprochen werden.

5) *Burt* berichtete über ein Gespräch, das er im Laufe der vergangenen Woche mit BK gehabt habe. Hierbei habe er aufgrund Weisung aus Washington BK auf ein Projekt auf der Westbank angesprochen. Insgesamt koste das Projekt 50 Mio. Dollar. USA seien bereit, hiervon 17 Mio. Dollar zu übernehmen. Seine Regierung halte eine Beteiligung von D für sinnvoll. Murphy habe Details des Projekts bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn vorgestellt. Er habe BK gebeten, sich Sache anzunehmen, da politische Spitze in Washington sich für dieses Projekt einsetze. Gleiche Bitte wolle er an BM richten.

BM sagte Prüfung zu.

6) *Botschafter* sprach Brief von BM Bangemann an Handelsminister Baldrige in Sachen Werkzeugmaschinenexport in die USA an. Harte Antwort habe überrascht, da Schreiben von Baldrige deutlich zum Ausdruck bringe, daß an Importquoten nicht gedacht sei, solange es beim deutschen Marktanteil bleibe.[16]

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 vgl. Dok. 359 und Dok. 363.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann erläuterte am 17. Dezember 1986, in einem gemeinsamen Schreiben vom Vortag an Bundesminister Bangemann hätten der amerikanische Han-

Burt unterstrich große Sorge über Entwicklung der Handelsfrage in den nächsten sechs Monaten. Jetzt von Demokraten kontrollierter Kongreß[17] werde Regierung alle Fähigkeiten abverlangen, zu Lösungen zu kommen. Er nenne als Beispiel den Bereich der Telekommunikation, wo die Bundespost ein Monopol ausübe und größer sei als die Bundeswehr. Er habe zur Kenntnis genommen, daß eine Kommission in D dies studiere.[18] Falls IBM und AT&T vom deutschen Markt ausgeschlossen würden, werde Siemens in USA gleiches geschehen.[19] Ein weiteres Problem sei die hohe Subventionierung des Airbus[20] in Höhe von

Fortsetzung Fußnote von Seite 1942

delsminister Baldrige und der Handelsbeauftragte Yeutter angekündigt, „daß die USA ab Januar 1987 deutsche Werkzeugmaschineneinfuhren in die USA überwachen werden. Ziel ist es, sicherzustellen, daß die deutschen Einfuhren bestimmte in dem Schreiben genannte Marktanteile für die verschiedenen Werkzeugmaschinenkategorien in einem Zeitraum von fünf Jahren nicht überschreiten. Falls dies doch der Fall sein sollte und dadurch das gesamte amerikanische Einfuhrbeschränkungsprogramm bei Werkzeugmaschinen (betroffen neben uns Japan, Taiwan und die Schweiz) gefährdet wird, behält sich die amerikanische Administration einseitige Maßnahmen vor." Das Schreiben von Baldrige und Yeutter bedeute „keine Beschränkung von deutschen Werkzeugmaschinenausfuhren in die USA; auch keinen Ansatz für ein Selbstbeschränkungsabkommen; und ist wohl vor allem ein Zeichen, das die amerikanische Administration in Richtung des zunehmend protektionistischer werdenden Kongresses setzen will." Vgl. Referat 411, Bd. 160389.
In seinem Antwortschreiben vom 17. Dezember 1986 führte Bangemann aus: „Zunächst möchte ich daran erinnern, daß wir es deutscherseits in allen Gesprächen abgelehnt haben, bestimmte Marktanteils-Obergrenzen als verbindlich anzuerkennen. Ich kann auch für die Zukunft derartige verbindliche Richtgrößen nicht akzeptieren. […] Lassen Sie mich abschließend deutlich machen, daß die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft ihre Rechte und Interessen geltend machen werden, wenn Sie Ihrerseits Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr deutscher Werkzeugmaschinen in die USA ergreifen sollten. Das muß auch für den Fall gelten, daß die bloße Ankündigung eventueller einseitiger Maßnahmen handelsbeschränkende Wirkung haben sollte." Vgl. Referat 411, Bd. 160389.

17 Zum Ergebnis der Wahlen in den USA am 4. November 1986 vgl. Dok. 351, Anm. 18.

18 Die Bundesregierung setzte am 13. März 1985 die „Regierungskommission Fernmeldewesen" ein, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Aufgabenerledigung im Bereich des Fernmeldewesens untersuchen sollte: „Ziel des Auftrags ist die bestmögliche Förderung technischer Innovation, die Entwicklung und Wahrung internationaler Kommunikationsstandards sowie die Sicherung des Wettbewerbs auf dem Markt der Telekommunikation." Die Kommission legte ihren Bericht im September 1987 vor. Für den Wortlaut vgl. NEUORDNUNG DER TELEKOMMUNIKATION. Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen. Vorsitz: Eberhard Witte, Heidelberg 1987, besonders S. 9.

19 Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 12. Juni 1986, die amerikanische Regierung dränge auf eine Öffnung des Telekommunikationsmarktes in der Bundesrepublik, „und zwar sowohl im Bereich der Telekommunikationsausrüstungen (Vermittlungstechnik, Übertragungstechnik und Endgeräte) als auch im Bereich der Dienste, vor allem der sogenannten ‚Mehrwertdienste' (Value Added Services); zu letzteren gehören Datenbankdienste, elektronisch gestützte Dienstleistungen von Banken, Versicherungen, Beratungsfirmen, Electronic Mail usw." Vgl. Referat 432, Bd. 132128. Vgl. dazu auch Dok. 338, Anm. 10.
Am 16. Dezember 1986 notierte Referat 432 aus einem deutsch-amerikanischen Fachgespräch am 10. Dezember 1986: „Die Einlassungen der amerikanischen Seite am Vormittag wurden z. T. in scharfer Form vorgetragen. Enttäuschung wurde von amerikanischer Seite geäußert über die unzureichenden Fortschritte in den acht Themenbereichen (Wettbewerb, nationale Mietleitungen, internationale Mietleitungen, Zulassungsverfahren, Zulassungsbedingungen, Nebenstellenanlagen, Modem, Liberalisierung am ISDN-Basisanschluß". Der amerikanische Delegationsleiter habe ausgeführt: „Der Druck auf das deutsche Fernmeldemonopol werde sich verstärken. Die Administration – deren Gewicht aus einer Reihe von Gründen abgenommen habe – müsse dem Kongreß gegenüber unbedingt Fortschritte vorweisen können, um den protektionistischen Druck abzuwehren. Die deutsche Seite könne sich im Grunde nicht mit Scheinfortschritten begnügen, sondern es müßten echte Liberalisierungsfortschritte nachgewiesen werden." Vgl. Referat 432, Bd. 132128.

20 Zu den Gesprächen zwischen den USA und den Airbus-Partnerstaaten vgl. Dok. 174, Anm. 30.
Ministerialdirigent Pabsch vermerkte am 29. Dezember 1986, die USA hätten in den letzten Tagen erneut Kritik an der Subventionierung des Airbus-Programms geübt und dabei „besonders uns unter Beschuß genommen (bisher war Frankreich der Hauptadressat der US-Kritik). Dies ist nicht zuletzt Folge der zahlreichen deutschen Presseveröffentlichungen über den Inhalt eines Schrei-

3,5 Mrd. DM. Er befürchte, daß der Kongreß hier eine unzulässige Handelspraxis sehe. Japaner hätten sich inzwischen mit den USA arrangiert; andererseits sei D zu einem Problemfall geworden. Er wisse, daß BM nicht unmittelbar zuständig sei; in einem weiteren Sinne sei er aber zuständig, da im Handelsbereich ein politisches Problem von großer Tragweite erwachse. Deshalb sei es von großer Bedeutung, daß zwei bis drei Schritte überlegt würden, die getan werden könnten, um dem Kongreß zu zeigen, daß das Problem der Handelsungleichgewichte angegangen werde.

BM erläuterte, daß BM Bangemann bei seinem Antwortschreiben neben der Agrarentscheidung der Gemeinschaft, die einen erheblichen Einschnitt darstelle, sicher auch die Bemühungen der Bundesregierung, keine Fettsteuer in der EG einzuführen[21], und die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal[22], die ein echter Fall des burden sharing sei, im Auge gehabt habe. Im übrigen habe es neben dem Brief von Baldrige auch öffentliche Erklärungen in USA gegeben, die auf die Einrichtung von Importquoten hinwiesen.

Burt meinte, diese seien auf den inneren Konsum abgestellt gewesen.

BM erwiderte, daß die Frage des Exports von Werkzeugmaschinen nach den USA auch ein politisches Problem aufwerfe. Dies sei im übrigen auch der Grund, warum er zum Jahresende Botschafter habe sehen wollen. Es sei gut, am Ende des Jahres einmal über das abgelaufene Jahr nachzudenken.

Zunächst wolle er eine persönliche Bemerkung machen. Botschafter habe in seinen Augen Gutes geleistet. Die Art und Weise, wie er mit Problemen umgegangen sei und wie er sich den Menschen in D genähert habe, werde positiv bewertet. Er könne mit seinem ersten Jahr sehr zufrieden sein.

Darüber hinaus wolle er ihm sagen, wie berührt er von der Vertrautheit mit AM Shultz bei dem Treffen in Chevening gewesen sei. Er sei voller Bewunderung, wie AM die schwierige Situation, in der er sich befunden habe, gemeistert habe. Präsident Reagan solle wissen, daß es für die Allianz sehr wichtig sei, daß ein Mann wie Shultz die USA in der Allianz vertrete. BM habe zu seinem Kollegen nach und nach ein gutes Verhältnis entwickelt, das heute auf großem Vertrauen beruhe. Der Erfolg von AM Shultz sei sein persönlicher Erfolg, aber auch ein Erfolg für die USA. Das Ergebnis des NATO-Rats spreche

Fortsetzung Fußnote von Seite 1943

bens der Deutschen Airbus GmbH an BM Bangemann, wonach sich bei diesem deutschen Partner des industriellen Airbus-Verbundes eine schwierige Finanzlage abzeichne, die durch finanzielle Maßnahmen der Bundesregierung bereinigt werden müsse. Die erneute US-Kritik ist von BM Bangemann am 18.12.1986 in einem Gespräch mit dem US-Handelsbeauftragten Yeutter zurückgewiesen worden. […] Die erneute Kritik zielt praktisch in der Hauptsache darauf ab, eine positive Entscheidung der Regierungen der Airbus-Länder über den Start der projektierten Airbus-Langstreckenversionen A-330 und A-340 zu verhindern. Die Frage, ob die Regierungen der Airbus-Länder grünes Licht für den Start dieser neuen Programme geben sollen, ist noch nicht entscheidungsreif." Für Mitte Januar 1987 sei eine neue Gesprächsrunde in Genf in Aussicht genommen worden. Vgl. Referat 411, Bd. 160430.

21 Die EG-Kommission schlug am 30. September 1983 eine Verordnung vor, der zufolge eine Abgabe von 7,5 ECU je 100 Kilogramm auf pflanzliche Öle und tierische Fette, mit Ausnahme von nicht für die Ernährung bestimmten Fetten und Butter, eingeführt werden sollte. Auf der Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 in Brüssel fand sich keine Mehrheit für die Einführung einer solchen Abgabe. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1983, S. 59 f., bzw. BULLETIN DER EG 3/1984, S. 58.

22 Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1986 bei.

für sich selbst. NATO sei geeint, es gebe keine grundlegenden Probleme. Dies habe Chevening genauso gezeigt wie das Ergebnis des NATO-Rats von Anfang Dezember. Die NATO sei handlungsstark, und sie habe eine gemeinsame Position. Das sei wichtig und müsse fortgesetzt werden. Bundesregierung unterstütze die amerikanische Position. Hierin sei sie nicht zögerlich. Bundesregierung wolle die nukleare Abrüstung, sie wolle ein INF-Abkommen und Verhandlungen über SRINF. Sie baue hier kein Junktim auf, ebensowenig, wie sie ein Junktim zwischen INF und SDI wünsche. Sie unterstütze die 50%-Reduzierung bei START. Bundesregierung bitte um Konsultationen, bevor USA ihre Vorschläge für die zweite Phase der Zehn-Jahresperiode in Genf auf den Verhandlungstisch lege. Hierüber sei in Chevening gesprochen worden, und er gehe davon aus, daß der Wunsch der Europäer Wirklichkeit werde.

In die Fähigkeit der USA zu handeln, hätten weder er persönlich noch das Auswärtige Amt im Laufe der letzten Zeit Zweifel gehegt. Solche Zweifel seien weder öffentlich noch privat geäußert worden. Er selbst kenne die Situation in Washington und wisse, daß der Präsident durch eine schwierige Phase hindurch müsse. Dabei könne er sich auf seine engsten Alliierten verlassen. Auch auf diesem Hintergrund sei Brüssel deshalb ein großer Erfolg gewesen.

7) Zu den Äußerungen von Unterstaatssekretär Perle zum Verhältnis zur DDR[23] merkte BM an, daß eine solche Äußerung erst dann zulässig sei, wenn der Betreffende die Wehrpflicht eingeführt habe. Die Bemerkungen könnten nicht die Position der USA in D, aber doch das Ansehen der USA beschädigen.

BM unterstrich, daß D engster Partner der USA sei und bleibe. Es sei Partner nicht nur für Perioden des Sonnenscheins oder bei schnell durchziehenden Regenschauern; unabhängig hiervon sei es immer verläßlich, einerlei, welche Winde wehten. D stehe an der amerikanischen Seite; und zwar sowohl nach Reykjavik als auch nach Brüssel.

AM Shultz solle dies wissen.

8) BM kritisierte, daß USA für Januar 1987 beabsichtigte Manöver auf deutschem Territorium nicht nach KVAE-Regeln notifizieren wollen.[24] Er bat Botschafter förmlich, zur Kenntnis zu nehmen, daß Bundesregierung sich an Verpflichtungen aus KVAE-Dokument[25] halten werde. Deshalb ersuche Bundesregierung USA, entsprechende Informationen hierzu zu geben. Wenn dies nicht

23 Staatssekretär Meyer-Landrut teilte Botschafter van Well, Washington, am 17. Dezember 1986 mit: „Äußerungen Richard Perles gegenüber Neuer Osnabrücker Zeitung vom 13.12.86, Bundesrepublik Deutschland könne zur Finanzierung erhöhter Verteidigungsausgaben damit ‚anfangen, indem sie Kredite für die DDR' kürze, haben hier Befremden ausgelöst. Vierer-Essen mit Botschaftern USA, GB und F am 15.12. gab mir Gelegenheit, auf Untauglichkeit des Vorschlags Perles hinzuweisen. Ich habe erläutert, daß Bundesregierung der DDR keine Kredite gewährt, sondern in den vergangenen Jahren zweimal lediglich garantiert hat, und daß Swing sowie allgemeine Handelskredite im innerdeutschen Handel ohne Leistungen der öffentlichen Hand erbracht und sonstige unmittelbare und mittelbare Zahlungen an die DDR überwiegend im Interesse der Lebensfähigkeit Berlins geleistet werden. Botschafter Burt, der sich für seine Regierung inzwischen auch öffentlich von Perle distanziert hat, sagte mir, er werde über hiesige Reaktion berichten und dabei hervorheben, daß Äußerungen Perles zu denkbar ungünstigem Zeitpunkt gefallen seien." Vgl. den Drahterlaß; Referat 201, Bd. 143376.

24 Zu den geplanten amerikanischen Manövern im Januar 1987 vgl. Dok. 372.

25 Vgl. dazu die Ziffern 29 bis 104 sowie Anhang I und II des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 628–638.

erfolge, werde Bundesregierung dennoch ihre Pflicht tun. Unter keinen Umständen sei er bereit, eine Verletzung dieser Pflichten hinzunehmen. Er bitte deshalb nachdrücklich, Bundesregierung in die Lage zu versetzen, dieser Pflicht nachzukommen.

Botschafter sagte zu, hierüber zu berichten und Angelegenheit AM Shultz persönlich zur Kenntnis zu bringen.[26]

9) *BM* fragte, ob die vom amerikanischen Gesandten in Berlin, John Kornblum, in Bonn am 15. Dezember 1986 gehaltene Rede eine Änderung der amerikanischen Position zu Berlin bedeute. *Botschafter* wies darauf hin, daß Rede seines Erachtens in Ordnung sei und keinerlei Änderung der amerikanischen Position bedeute.

10) Botschafter kündigte an, daß er während des Wahlkampfes[27] als Beobachter an Wahlkampfveranstaltung der CDU am 4. Januar 1987 in Dortmund und am Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1987 in Stuttgart teilnehmen wolle.

VS-Bd. 14153 (010)

26 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann bat Botschafter van Well, Washington, am 23. Dezember 1986, „erneut im State Department an hoher Stelle" zu demarchieren. Dazu führte Hartmann aus: „Selbst wenn die USA von einer anderen Bewertung der KVAE-Verpflichtungen ausgingen, kommt es darauf an, die Dinge politisch zu behandeln. Es geht nicht an, daß die WP-Staaten das KVAE-Dokument voll implementieren, wie sich an den östlichen Jahresübersichten gezeigt hat (u. a. ein ČSSR-Manöver Anfang Februar 87 mit Beobachtung), während auf bestimmte amerikanische Manöver die Bemühensklausel keinerlei Anwendung findet. […] Die Notifizierung der Manöver müßte bei Zugrundelegung der KSZE-Frist von 21 Tagen spätestens am 3. bzw. 5.1.1987 erfolgen." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11534 (221); B 150, Aktenkopien 1986.
Gesandter Wallau, Washington, berichtete am selben Tag, er habe die Angelegenheit mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, erörtert. Bodde habe darauf verwiesen, „daß eines der Manöver in einem für die Vorneverteidigung kritischen Raum stattfinde. Bei internen amerikanischen Überlegungen sei die Forderung laut geworden, dieses Manöver lieber abzusagen, als es unter Anwesenheit von Beobachtern durchzuführen." Diese Überlegungen beträfen aber nicht den Vorschlag „Notifizierung ohne Beobachtereinladung". Vgl. den Drahtbericht Nr. 5508; VS-Bd. 11534 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

27 In der Bundesrepublik fanden am 25. Januar 1987 Wahlen zum Bundestag statt.

374

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1233
Citissime

Aufgabe: 20. Dezember 1986, 17.30 Uhr[1]
Ankunft: 20. Dezember 1986, 20.04 Uhr

Delegationsbericht Nr. 100

Betr.: Drittes KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: die ersten sieben Konferenzwochen (4. November bis 19. Dezember 1986)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung

Die ersten sieben Konferenzwochen vor der Weihnachtspause erhielten ihren bestimmenden Charakter durch eine lebhafte Implementierungsdebatte. Sie entsprach dem westlichen Ansatz, der bereits während des Vorbereitungstreffens[2] verfolgt und konsequent durchgehalten wurde:

Erfüllungsdefizite vor allem der östlichen TNS deutlich anzusprechen und Abhilfe, zumindest aber Stellungnahmen zu verlangen. Thematische Schwerpunkte waren die östliche Menschenrechts(MR)-Politik, Afghanistan und konkrete Durchführungsmängel in Korb III, die von westlichen Sprechern mit durchaus unterschiedlicher Tonart und unterschiedlichem Grad eigener Betroffenheit vorgetragen wurden.

Unsere Delegation hat die westliche Linie einer offenen Durchführungskritik durch umfangreiche eigene Interventionen unterstützt. Sie hat dabei jedoch konsequent die Bedeutung einer kritischen Aussprache für die Fortentwicklung und den Ausbau des Prozesses deutlich gemacht. Sie hat durch Aufgreifen jeder an uns gerichteten Kritik versucht[3], auch in grundsätzlichen Kontroversen Ansätze zum Dialog zu finden.

Die östliche Seite hat die Diskussion über vorhandene Rückstände in der Erfüllung bereits vorhandener Verpflichtungen nur unwillig aufgenommen – einmal weil sie für massive Verstöße gegen die Schlußakte (SA)[4] Rechnung legen mußte, zum andern, weil sie den KSZE-Rahmen vor allem für ihr Ziel eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems nutzen will. Die stufenweise Verwirklichung dieses Ziels steht hinter der oft wiederholten östlichen Aufforderung,

1 Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12, 19 und 22.

2 Das Vorbereitungstreffen für die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 23. September bis 6. Oktober 1986 in Wien statt.

3 Korrigiert aus: „gesucht".

4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

die gemeinsamen Anstrengungen nach vorne zu richten. Folgerichtig wurde zum frühestmöglichen Zeitpunkt und als erstes förmliches Dokument des WFT der polnische Vorschlag zur Fortführung und Erweiterung der KVAE[5] eingeführt. Er wurde von einer Reihe weiterer Vorschläge ergänzt, die dem Osten die Initiative verschaffen und ihn frühzeitig aus den Rechtfertigungszwängen der Implementierungsdebatte entlassen sollen.

Ungeachtet grobschlächtiger östlicher Gegenangriffe und oftmaligem Ausweichen vor gezielten Fragen haben sich – wohl mehr als in Madrid[6] und den Folgeveranstaltungen nach Madrid[7] – Ansätze zu einem sachlichen Gespräch in den Sitzungssälen wie in den Korridoren entwickelt. Bilaterale Kontakte am Rande des Treffens haben namentlich die Lösung humanitärer Probleme und Härtefälle erlaubt. Auffallend war insoweit das Bemühen einer Reihe von östlichen Delegationen (vor allem DDR, UNG, PL, aber auch einzelner sowjetischer Delegierter) um einen neuen – selbstbewußten und offeneren – Stil.

2) Westliche Allianz

Westliche Sprecher zeigten sich in Plenarsitzungen wie subsidiären Arbeitsorganen durchgehend in der Offensive. Sie forderten auf breiter Front die Verwirklichung der klassischen Grund- und Freiheitsrechte, wobei ihnen neuere Entwicklungen im WP (etwa das neue sowjetische Ein- und Ausreiserecht[8]) Anlaß zu konkreten Fragen boten. Auch die Afghanistan-Frage wurde immer wieder und aus aktuellem Anlaß (Ermacora-Bericht[9]) Gegenstand westlicher Interventionen, da sich an der fortdauernden sowjetischen Besetzung dieses Landes eine Verletzung des gesamten Prinzipienkatalogs nachweisen ließ.

Die Taktik der westlichen Delegationen folgte dabei einem unterschiedlichen Muster: Während US, CAN, NL und GB häufig die offene Feldschlacht suchten und vor aggressiven Fragen und Formulierungen nicht zurückscheuten, blieben F, ITA, DK und wir um eine streng sachbezogene Argumentation bemüht und vermieden nach Möglichkeit polemische Auseinandersetzungen mit der östlichen Seite. Wir setzten uns damit dem (behutsam vorgetragenen) Vorwurf

5 In dem am 8. Dezember 1986 eingebrachten Dokument wurde vorgeschlagen, „das im Abschließenden Dokument des Madrider Treffens der KSZE enthaltene Mandat der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu ergänzen, so daß es auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten die Erwägung und Einleitung von Schritten zur Verminderung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa umfaßt. Diese Schritte werden parallel zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, die bereits unterbreitet wurden oder von jedem der Teilnehmerstaaten unterbreitet werden können, erwogen. Insbesondere werden ihrem Wesen nach neue vertrauensbildende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung der militärstrategischen Stabilität erwogen, die unmittelbar mit einer Verminderung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen verbunden sind und die Erzielung von Vereinbarungen zu diesen Fragen erleichtern." Vgl. das Dokument CSCE/WT.1; Referat 212, Bd. 153445.

6 In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

7 Zu den im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgesehenen Expertentreffen vgl. Dok. 275, Anm. 5.

8 Zu den sowjetischen Reisebestimmungen vgl. Dok. 346, Anm. 19.

9 Der Sonderbeauftragte der VN-Menschenrechtskommission, Ermacora, legte am 31. Oktober 1986 einen Bericht über die Lage der Menschenrechte in Afghanistan vor. Für das Dokument A/41/778 vgl. Referat 213, Bd. 139329.

aus, westliche Implementierungskritik (im strengen Sinne) werde im wesentlichen von den Angelsachsen vorgetragen.

Leitthema der westlichen Partner war die Diskrepanz zwischen bestehenden KSZE-Texten und der Umsetzungspraxis, die es zu beseitigen gelte, bevor sinnvoll über neue Verpflichtungen verhandelt werden könne. In der internen Abstimmung über Vorschläge haben Gemeinschaft und Allianz im übrigen noch einen weiten Weg zu gehen.

3) WP-Staaten

Die östliche Seite war vor allem bemüht, sich dem westlichen Ansatz kritischer Fragen und konkreter Hinweise auf Mißstände durch langatmige und positive Selbstdarstellungen allgemeiner Art zu entziehen. Hierbei überwog die rein quantitative Argumentation, die durch lange Zahlenreihen (von der Zahl der Priester und Religionsgemeinschaften im eigenen Land über die der internationalen Handelsabkommen bis zum Umfang fremdsprachiger Publikationen) die eigene Übereinstimmung mit allen SA-Verpflichtungen zu belegen suchte.

Namentlich die SU, ČSSR und BUL reagierten auf Kritik oftmals auch nach der „tu quoque"-Methode: Sie warfen westlichen Sprechern (vor allem US, GB und CDN, gelegentlich aber auch ITA und uns) umfangreiche Kataloge schwerer MR-Verletzungen im eigenen Lande und sonstiger Verstöße gegen die SA vor, um ihnen dadurch die Legitimation für kritische Fragen abzusprechen. Während die SU ihre Thesen in verschiedenen Tonarten vortrug, blieben ČSSR und BUL fast ganz auf grobkörnige Klischees beschränkt. Interventionen dieser Art erfolgten dabei meist in einer so schematischen und die Wirklichkeit westlicher Demokratien so sehr entstellenden Weise, daß sie die Grenzen der Lächerlichkeit streiften und kritische Anmerkungen selbst im eigenen Lager (von DDR und UNG) hervorriefen.

In offensiver Form behandelten die WP-Länder insbesondere auch Fragen der militärischen Sicherheit. Dies entspricht nicht nur ihrem Verständnis von der KSZE als einer „Sicherheitskonferenz" und der deutlichen Priorität, die sie der „militärischen Entspannung" zumessen. In den thematischen Schwerpunkten (etwa Gefährlichkeit westlicher See- und Luftaktivitäten und Großmanöver; aggressive Militärpolitik der US) wurden die östlichen Forderungen für die KVAE II bereits argumentativ vorbereitet.

4) Die Neutralen und Ungebundenen

Die N+N nahmen in den ersten Wochen eine abwartende Haltung ein und zeigten – abgesehen von A – kaum eigenes Profil. Sie blieben damit ihrer traditionellen Rolle treu, nicht in west-östliche Kontroversen verwickelt zu werden. A griff mit einer kritischen, an den Westen gerichteten Erläuterung des Gleichgewichts zwischen den Körben und Themen in die Debatte ein. Im Fall Martschenko[10] nahmen A und CH jedoch engagiert auf seiten des Westens Stellung. Auch SCN äußerte sich kritisch zur östlichen MR-Praxis und betonte sein traditionelles Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung. In der Diskussion über militärische Fragen fand eine kritische Bewertung der KVAE durch CH erhebliche Aufmerksamkeit.

10 Zum Tod des sowjetischen Dissidenten Martschenko vgl. Dok. 357, Anm. 13.

Das Gastgeberland A dokumentierte sein Interesse an der Fortführung des Prozesses in besonderer Weise, indem es (als bislang einziges N+N-Land) zwei östliche Vorschläge als Miteinbringer unterstützte und am Schlußtag einen eigenen ehrgeizigen Vorschlag zu den menschlichen Kontakten einbrachte.[11]

[12]5) Auftreten der eigenen Delegation

Wir waren kontinuierlich bemüht, das besondere deutsche Interesse an der KSZE und den politischen Stellenwert des WFT für die Bundesregierung gegenüber allen Gruppen deutlich zu machen. Unser besonderer Augenmerk galt dabei (aber nicht nur) den Rechten der Deutschen und Deutschstämmigen in Osteuropa. Aus aktuellem Anlaß mußten wir den Gebrauch von Gewalt an der Mauer in Berlin[13] verurteilen, aber auch – gegenüber ungerechtfertigten östlichen Vorwürfen – unsere Haltung in der deutschen Frage darlegen, die im vollen Einklang mit der SA steht.

In substantiellen Beiträgen zu wirtschaftlichen und kulturellen Fragen haben wir den Spielraum für verbesserte Implementierung nachgewiesen und unser Interesse an Fortschritten in der gesamten Breite der KSZE dargelegt.

Insgesamt blieben wir bemüht, den funktionalen Charakter der Durchführungskritik zur Kräftigung und Fortentwicklung des Prozesses sichtbar zu machen und, wo immer möglich, einen weiterführenden Dialog zu beginnen.

6) Innerdeutsche Aspekte

Das WFT hat für das innerdeutsche Verhältnis einen besonderen Stellenwert – namentlich unser zentrales Anliegen der Intensivierung der menschlichen Kontakte. Verhalten und Argumentation der DDR in Wien lassen insoweit den Schluß zu, daß auch sie einen besonderen Bedarf im Bereich der menschlichen Kontakte zwischen den Deutschen in beiden Staaten sieht und zu schrittweisen Verbesserungen bereit sein dürfte, soweit nicht ihre zentralen Interessen berührt sind und soweit Blockbildungen dies zulassen. Ihre vergleichsweise günstige Implementierungsbilanz dient auch dazu, das internationale Renommee der DDR zu verbessern, und wird darum selbstbewußt von ihrer Delegati-

11 Der von Österreich und der Schweiz am 19. Dezember 1986 vorgelegte Vorschlag sah die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten vor, „spätestens zwei Monate nach dem für den Abschluß des Wiener Folgetreffens vereinbarten Termin über alle unerledigten Gesuche auf der Grundlage der in der Schlußakte von Helsinki und im Abschließenden Dokument von Madrid enthaltenen Bestimmungen über menschliche Kontakte wohlwollend zu entscheiden". Ferner sollten sie alle gesetzlichen Ausreisebestimmungen veröffentlichen, „um zu einer wirksamen Ausübung des Rechts des Individuums beizutragen, seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet zu kennen und auszuüben". Sie sollten außerdem „innerhalb von drei Monaten über Anträge auf Ausstellung eines Ausreisevisums entscheiden, in dringenden Fällen so rasch wie möglich, längstens aber innerhalb von 10 Tagen". Im Falle einer Ablehnung sollten eine schriftliche Begründung sowie eine Information über mögliche Rechtsmittel erteilt werden. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit im humanitären Bereich seien „mindestens einmal pro Jahr mit jedem Teilnehmerstaat, der dies wünscht, bilaterale Treffen oder Gespräche am Runden Tisch" abzuhalten. Die Ergebnisse solcher Treffen sollten dem nächsten KSZE-Folgetreffen vorgelegt werden. Vgl. das Dokument CSCE/WT.9; Referat 212, Bd. 153445.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1234 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Am 22./23. November 1986 wurde in der Presse berichtet, am Vortag sei ein Versuch gescheitert, die Mauer in Richtung des Stadtteils Neukölln in Berlin (West) zu durchbrechen. Vgl. dazu den Artikel „Flucht endet im Kugelhagel"; DIE WELT vom 22./23. November 1986, S. 1. Vgl. dazu auch http://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/171321/gross-rene bzw. http://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/171319/maeder-manfred.
Zur Tötung eines Mannes an der Berliner Mauer am 24. November 1986 vgl. Dok. 346, Anm. 2.

on vorgetragen. Sie ist sichtlich darum bemüht, kontroverse Themen zu vermeiden und die konstruktive Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen. Wenn und soweit die DDR einer kontroversen Diskussion nicht aus dem Wege gehen kann (wenn etwa die deutsche Frage von dritter Seite angesprochen wird), bleiben ihre Interventionen kurz und unpolemisch.

II. Zu den Körben im einzelnen

1) Schwerpunkte der Diskussion über die Verwirklichung der Prinzipien bildeten insbesondere die östlichen Implementierungsdefizite bei den Menschenrechten, wobei die Lage der Minderheiten, Religions- und Gewissensfreiheit, Freizügigkeit und Informationsfreiheit im Vordergrund standen. Angesprochen wurde aber auch die massive Verletzung des Gewaltverbots und des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die sowjetische Invasion Afghanistans.

Die Diskussion im Arbeitsorgan „S" stand deshalb von Anfang an unter Vorzeichen der Konfrontation. Namentlich ein Fragenkatalog von GB zu 21 Fällen der Verfolgung Andersdenkender in SU und ČSSR und eine ausführliche Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan durch KAN führten zu polemischen sowjetischen Ausfällen, die in ihrer Verzerrtheit und Böswilligkeit selbst Kenner überraschten. In endloser Aneinanderreihung von Daten zur sozialen Lage sowie willkürlich herausgegriffenen einzelnen Skandalen und Sensationsberichten wurde insbesondere ein Bild der angelsächsischen Länder gezeichnet, das weder der Realität entsprach noch die Bereitschaft zeigte, über soziale, politische und humanitäre Probleme sachlich zu diskutieren.

Wir versuchten in ausführlichen und ausgewogenen Interventionen zur Lage der Minderheiten sowie zur Religions- und Gewissensfreiheit die Ansätze eines Dialogs zu erreichen. Das gelang nur unvollkommen, da SU und ČSSR mit Ausfällen auch gegen uns (Arbeitslosigkeit, Berufsverbot, Antisemitismus) nicht sparten.

Selbstbestimmungsrecht, territoriale Integrität und friedliche Grenzänderungen wurden mehrfach vom Westen (US, IRL) wie vom Osten (POL, DDR) angesprochen. Wir hatten Gelegenheit, die Bedeutung der SA für unser nationales Anliegen sowie unsere Position zur Frage der Grenzen darzulegen. Eine polemische Auseinandersetzung mit DDR wurde vermieden.

2) Die den militärischen Aspekten der Sicherheit gewidmeten Sitzungen behandelten überwiegend die Implementierung der VBM der SA. Die Bewertung der KVAE und des Stockholmer Dokuments[14] traten demgegenüber zurück, vor allem weil noch praktische Erfahrungen mit seiner Umsetzung fehlen.

(a) Westliche Kritik richtete sich vor allem gegen den östlichen Grundansatz, daß die Umsetzung der VBM eine Funktion der internationalen Gesamtlage sei (Schönwetterkonzept). Kritische Ausführungen zu Mängeln bei der östlichen Notifizierung und Praxis der Beobachtereinladung wurden ergänzt durch detaillierte Vergleiche zwischen westlichen und östlichen Beobachtungsmodalitäten (namentlich Kaukasus 85[15] und Druschba 86[16]).

14 Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz" vom 19. September 1986 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu ferner Dok. 253 und Dok. 267.

15 Das Manöver „Kaukasus 85" fand vom 15. bis 21. Juli 1985 in der UdSSR statt.

16 Das Manöver „Druschba 86" wurde vom 8. bis 12. September 1986 in der ČSSR durchgeführt.

Die östlichen TNS gingen nur zögernd auf die Implementierungskritik ein. Sie verwiesen vielmehr auf die globale Bedrohung der Sicherheit in Europa, die einen grundsätzlichen Neuansatz erfordere. Die aus Stockholm bekannte Kritik an westlichen Großmanövern („Autumn Forge") untermauerte die Forderung nach künftigen Manöverbeschränkungen (constraints).

(b) Das Stockholmer Dokument wurde von allen Gruppen als wichtiger Schritt der militärischen Vertrauensbildung gewürdigt. Seine strikte Einhaltung wurde zugesagt und von den anderen TNS gefordert. Auf westlicher Seite machte allein F deutlich, daß das Stockholmer Dokument die Kriterien des Madrider Mandats[17] erfüllt (gemeint wohl: erschöpft) habe. Die anderen Partner beschränkten sich auf generelle Würdigungen, die diese Frage offenhielten.

(c) Die WP-Staaten machten keinen Hehl aus der Auffassung, daß die Implementierungsdebatte auch hier eine notwendige, aber wenig geliebte Etappe auf dem Weg zur weiteren „militärischen Entspannung" bildete. Ihre Beiträge ließen von der ersten Woche an als großes Ziel die Fortsetzung der KVAE erkennen. Der Vorschlag Polens zur Ergänzung des Madrider Mandats fand die uneingeschränkte Unterstützung aller WP-Mitglieder. Sie bezeichneten ihn als flexibel genug, um auch westlichen Vorstellungen zu genügen. Zugleich warnten sie die westliche Allianz (vor allem nach Veröffentlichung der „Brüsseler Erklärung"[18]) vor Junktims zwischen der militärischen Sicherheit und anderen Bereichen sowie vor altbekannten und unbegründeten Voraussetzungen und Vorbedingungen (Ungleichgewichte im Kräfteverhältnis!), die nur in die Sackgasse führten.

[19]3) Die Implementierungsdebatte zu Korb II folgte der thematischen Aufteilung der SA und behandelte in etwa wöchentlicher Folge Fragen des Handels, der industriellen Kooperation, von Wissenschaft und Technologie und Umwelt. Die Aussprache konnte dabei einen moderaten und kontrollierten Ton bis Ende durchhalten. Dazu trugen im wesentlichen zwei Faktoren bei: die gegenüber den Körben I und III unterschiedliche Lage, die durch weitgehende Ausgewogenheit der Interessen und allgemeinen Wunsch nach Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen bestimmt ist; zum anderen eine geradezu ängstliche Sorge der RGW-Delegationen, die Beratungsatmosphäre nicht mit Blick auf die operative Phase zu belasten. Allerdings ging die östliche Taktik auch hier nicht auf, die Kritik an östlichen Implementierungsdefiziten durch Parallelerörterung von weiterführenden Vorschlägen zu verwässern.

Westliche Vorhaltungen zeigten im Bereich Handel die nachhaltigste Wirkung: Die östliche Verteidigungslinie, die im wesentlichen auf Umkehrung der Vorwürfe gerichtet war und westlichen Ländern gleichartige Handelshemmnisse vorhielt, erwies sich nicht als glaubwürdig. In Fragen der industriellen Kooperation gab es bereits deutlich weniger Konflikte. Die RGW-Länder zeigten werbende Haltung und waren bestrebt, aus Wirtschaftsreformen in Osteuropa neue

17 Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

18 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

19 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1235 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Chancen und Perspektiven für Unternehmenskooperationen abzuleiten. Von westlicher Seite wurde demgegenüber die Bedeutung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen hervorgehoben.

Im Bereich Wissenschaft und Technologie blieben die RGW-Länder bei der Generallinie, ihr Bemühen um bessere technologische Zusammenarbeit mit dem Westen nicht durch Erörterung kontroverser Themen zu stören. COCOM blieb hier (anders als beim Thema „Handel") praktisch ausgespart. Allerdings war eine Präferenz für technologische Kooperation mit Westeuropa und Stigmatisierung der USA als Gegner von Technologietransfer zwischen West und Ost unverkennbar.

Beim Umweltschutz standen kooperative Aspekte im Vordergrund. Überraschend war, mit welcher Deutlichkeit einige östliche TNS ihre Umweltprobleme darlegten.

Wegen der Besonderheiten von Korb II konnten wir den Ablauf der Debatte weitgehend beeinflussen. Unser Ansatz, unpolemische und konkrete Kritik an Implementierungsdefiziten mit unserem Engagement für die West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen zu begründen und nach Möglichkeit mit konstruktiven Anregungen für Verbesserungen zu verbinden, wurde von RGW-Ländern akzeptiert. Durch unsere klare Kritik haben wir uns aber auch innerhalb der westlichen Delegationen den Ruf der Sachkunde und Wahrnehmung westlicher Interessen erworben.

4) Die Diskussion der Themen aus Korb III – menschliche Kontakte, Information, Kultur und Bildung – war immer eng mit Fragen der Menschenrechte verknüpft und darum häufig kontrovers. Schwerpunkt der westlichen Beiträge waren humanitäre Fragen; eine gewisse Priorität hatte auch Information. Demgegenüber trat das Interesse des Westens wie der N+N an Fragen von Kultur/Bildung zurück.

Auf die zum Teil scharf pointierte und mit namentlicher Nennung von Einzelfällen belegte Implementierungskritik westlicher TNS reagierte Osten mit groben Gegenangriffen, ausweichender und durchwegs positiver Selbstdarstellung und nur vereinzelt mit – letztlich nicht zufriedenstellenden – Antworten auf präzise Fragen. Dies galt insbesondere für die SU, die zwar ihre neue Ausreisegesetzgebung breit beschrieb, aber erbetene Präzisierungen zu deren Auslegung schuldig blieb.

In den Bereichen Information, Kultur und Bildung verwiesen die östlichen TNS – zum Nachweis ihrer positiven Durchführungsbilanz – vor allem auf umfangreiche Statistiken, aus denen sich ein reicher Informations- und Kulturaustausch ergeben sollte.

Erfreulich ist die wachsende Bereitschaft der SU, auf an sie herangetragene Härtefälle einzugehen und auch in dieser Konferenzphase einige Fälle zu lösen. (Die Rückkehr Sacharows nach Moskau[20] wurde am letzten Verhandlungstag bekanntgegeben.)

In der Aussprache selbst gab es zumindest Ansätze für einen Dialog, welche die Überleitung zur Vorschlagsphase zumindest erleichtern dürften.

20 Zur Aufhebung der Verbannung des Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 362, Anm. 35.

Unsere eigenen Interventionen behandelten vor allem die Lage der Deutschen und Deutschstämmigen in östlichen TNS und die Themen Familienzusammenführung, Familienkontakte und Eheschließungen zwischen Bürgern verschiedener Staatsangehörigkeit. Eigene Interventionen galten auch Fragen der Information (Störsender, Arbeitsbedingungen für Journalisten etc.) und Kultur (Bedeutung des Budapester Kulturforums[21], Ungleichgewichte im Kulturaustausch mit Osteuropa und Transferprobleme der Künstler).

5) Die Arbeitsgruppe Mittelmeer konzentrierte sich zunächst ausschließlich auf Aspekte militärischer Sicherheit in der Region. Die WP-Staaten verlangten die Umwandlung des Mittelmeeres in eine „Zone des Friedens", Beseitigung aller ausländischen Militärbasen und Rückzug der Kriegsflotten von USA und SU.

EG-KOM und wir betonten demgegenüber die Bedeutung guter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zu den Mittelmeerstaaten.

6) Die Beratungen über die Folgen der Konferenz wurden zwar schon in der vierten Konferenzwoche aufgenommen, aber von westlicher Seite hinhaltend geführt, da sie verfrüht erscheinen. SF unterbreitete erste Überlegungen, in denen es sich für Folgetreffen in regelmäßigen, möglicherweise kürzeren Abständen und von kürzerer Dauer einsetzte.

[22]III. Zum Beginn der Vorschlagsphase

Bereits während der Eröffnungswoche haben zahlreiche AM weiterführende Vorschläge angekündigt und zu verschiedenen Folgeveranstaltungen eingeladen. Die das WFT vorbereitenden Beschlüsse sehen hierzu – als bloße Empfehlung – vor, daß diese Vorschläge spätestens während der sechsten Konferenzwoche förmlich eingebracht werden sollen.

1) Die östliche Seite hat erwartungsgemäß hiervon Gebrauch gemacht und den raschen Übergang zur Vorschlagsphase gesucht, um den Implementierungsdruck abzuschwächen.

Auf politischer Ebene und zeitlich gut abgestimmt wurden zunächst drei großangelegte Vorschläge für Folgekonferenzen eingebracht:

– Der polnische Vorschlag zur Fortführung und Erweiterung der KVAE bedeutet eine Ergänzung des Madrider Mandats dahin, daß auch die Reduzierung von Streitkräften und konventioneller Bewaffnung zum Verhandlungsgegenstand gemacht werden. Parallel hierzu soll über weitere VSBM verhandelt werden.
– Der sowjetische Vorschlag sieht die Einberufung einer Konferenz über die Entwicklung der humanitären Zusammenarbeit in Moskau vor.[23] Sie soll die gesamte Materie von Korb III behandeln und dabei auch den Zusammenhang mit der Verwirklichung der Menschenrechte wahren. (Das zeitliche Zusammenfallen des Vorschlags mit dem Tod Martschenkos nahm ihm sofort die Glaubwürdigkeit und vergrößerte die weitverbreitete Skepsis gegenüber Moskau als Konferenzort.)

21 Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 vgl. Dok. 14, Anm. 9.
22 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1236 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
23 Zum sowjetischen Vorschlag vom 10. Dezember 1986 für eine Konferenz über Menschenrechtsfragen vgl. Dok. 359, Anm. 22.

– Der ČSSR-Vorschlag lädt zu einem Wirtschaftsforum in Prag ein, das Vertreter der TNS und Führungskräfte aus Handel, Industrie, Finanzen, Wissenschaft und Technik zusammenführen soll. Erörtert werden sollen die Themen: Fortentwicklung von Handel und Kooperation, Technologieaustausch, gemischte Unternehmen, Marketing, Finanz- und Kreditfragen.[24]

Die Reihe der drei größeren Konferenzen wurde durch Folgeveranstaltungen kleineren Umfangs ergänzt:

– den bulgarischen Vorschlag für ein ökologisches Forum[25],
– den polnischen Vorschlag für ein Symposium über das kulturelle Erbe der TNS[26],
– den ungarischen Vorschlag zur Gründung eines Béla-Bartók-Folklorezentrums in Budapest[27].

Eine Sonderrolle spielte die DDR mit einem Vorschlag, der die TNS im abschließenden Dokument des WFT auf die Fortführung und Entwicklung des Dialogs verpflichten soll.[28]

24 Für das am 15. Dezember 1986 von der ČSSR, Ungarn, Polen und der DDR eingebrachte Dokument CSCE/WT.3 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

25 Das am 17. Dezember 1986 von Bulgarien vorgeschlagene ökologische Forum sollte folgende Themen behandeln: „Bekämpfung der Luftverschmutzung […]; Verhütung und Bekämpfung der Wasserverschmutzung […]; Schutz der Meeresumwelt […]; Bekämpfung verschiedener Arten der Bodenverschlechterung […]; Erhaltung und Pflege der vorhandenen genetischen Ressourcen […]; Probleme der Umwelterziehung". Zusätzlich sollten Experten der ECE, des UNEP sowie der UNESCO zur Teilnahme eingeladen werden. Vgl. dazu das Dokument CSCE/WT.4; Referat 212, Bd. 153445.

26 Das von Polen und Österreich am 17. Dezember 1986 vorgeschlagene Symposium, das in Krakau abgehalten werden sollte, sollte „a) gemeinsame Merkmale des kulturellen Erbes der Teilnehmerstaaten der KSZE unter gebührender Berücksichtigung der Eigenart und Vielfalt ihrer jeweiligen Kulturen untersuchen und erörtern; b) Möglichkeiten zur Hebung des Bewußtseins um ihr gemeinsames kulturelles Erbe und zur Erweiterung der gegenseitigen Kenntnis darüber feststellen; c) Möglichkeiten für gemeinsame Bemühungen, Maßnahmen und Prioritätsprogramme zum Schutz und zur Pflege ihres gemeinsamen kulturellen Erbes feststellen, einschließlich des Schutzes und der Pflege historischer Denkmäler und archäologischer Stätten." Vgl. das Dokument CSCE/WT.6; Referat 212, Bd. 153445.

27 Der von Ungarn und Österreich am 17. Dezember 1986 vorgelegte Vorschlag zur Gründung eines nach dem Komponisten Bartók zu benennenden Instituts für Folklorekunst in Budapest nannte als Aufgaben des Instituts: „Ensuring the collection, systematic treatment and scientific study of the folk art heritage through the use of printed and audiovisual materials, making them accessible to all interested educational, folk art and research institutions und performing groups, and ensuring their publication; organizing seminars on folk art questions and courses on folk music and folk dance; providing folk-art researchers, scholars and specialists of the participating countries with a forum for a multilateral exchange of experiences." Vgl. das Dokument CSCE/WT.7; Referat 212, Bd. 153445.

28 In dem am 17. Dezember 1986 eingebrachten Vorschlag hieß es: „Die Teilnehmerstaaten […] 1) Bekräftigen die Ziele und Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und des Abschließenden Dokuments von Madrid und ihre Verpflichtung, diese durch uni-, bi- und multilaterales Handeln zur festen Praxis in ihren internationalen Beziehungen zu machen und somit auch zur Festigung und Weiterentwicklung des gesamteuropäischen Prozesses in allen seinen Richtungen beizutragen; 2) Bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, zu diesem Zweck den politischen Dialog und Verhandlungen verantwortungsbewußt zu führen und unter Berücksichtigung der gegenseitigen legitimen Interessen, geleitet vom aufrichtigen Wunsch nach Ergebnissen und der Bereitschaft zum Kompromiß; 3) Unterstreichen die besondere Notwendigkeit eines konstruktiven, regelmäßigen Dialogs auf hoher und höchster Ebene zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika sowie zwischen den Mitgliedsländern von in Europa bestehenden Bündnissen; 4) Bringen die Überzeugung zum Ausdruck, daß alles getan werden muß,

2) In der letzten Plenarsitzung begann auch die Gruppe der N+N mit der Präsentation eigener Vorschläge.

A (durch AM Jankowitsch) führte zusammen mit CH einen ehrgeizigen Text zum Bereich der menschlichen Kontakte ein. Er sieht ein Bündel unilateraler, bilateraler und multilateraler Schritte vor, die zusammen „einen losen Mechanismus zur effizienteren Bearbeitung humanitärer Probleme" bilden sollen.

3) Die westliche Seite hat sich demgegenüber strikt an die Linie gehalten, die Fortführung des Prozesses noch nicht anzusprechen, um die Bedeutung der Implementierungsdebatte nicht zu mindern.

In der letzten Plenarsitzung führte die Allianz die Brüsseler Erklärung zur konventionellen Rüstungskontrolle in das WFT ein – wenn auch nicht als förmlichen Vorschlag. Dabei wurden der doppelte Ansatz und das Ziel erläutert, entsprechende Mandatsverhandlungen über weitere VSBM und getrennt über die Beseitigung bestehender Ungleichgewichte im nächsten Jahre aufzunehmen.

IV.[29] Ausblick

Das WFT nimmt seine Arbeit am 27. Januar 1987 wieder auf, um die Implementierungsdebatte (im engeren Sinne) am 18. Februar 1987 abzuschließen.[30] Danach sollen bereits Redaktionsgruppen an die Stelle der subsidiären Arbeitsorgane treten. Der Schwerpunkt der Beratungen wird sich folglich rasch auf die Prüfung und Beratung von Vorschlägen verlagern.

Die westliche Abstimmung (im Rahmen der 12 und 16) über eigene Vorschläge war eng und intensiv, ist aber noch nicht abgeschlossen. Konzeptionelle Unterschiede vor allem in der Allianz betreffen die Zahl und Präsentation dieser Vorschläge. Zu den zentralen Bereichen von Korb III und den MR ist eine erste Abstimmung eines umfangreichen Vorschlagspaketes erfolgt, das auf westlichen Positionen von Ottawa[31], Bern[32] und Budapest aufbaut und alle unsere Anliegen berücksichtigt. Auch für Korb II gibt es bereits fest unter der Gemeinschaft vereinbarte Vorschläge. Das bedeutet aber nicht, daß wir mit der uneingeschränkten Unterstützung namentlich der großen Verbündeten für alle diese Vorschläge rechnen können. Über endgültigen Umfang, Aufteilung und Einbringung der Vorschläge bestehen noch unterschiedliche und zum Teil kontroverse Vorstellungen.

Für den internen westlichen Abstimmungsprozeß wie für die Verhandlungen selbst werden wir darum Geduld benötigen. Rasche Einigungen dürfen nicht erwartet werden. Erhebliche Unsicherheit besteht vor allem darüber, wie sich die parallelen Verhandlungen unter den 35 und 23 über Fragen der militäri-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1955

um konkrete Vereinbarungen zu erzielen, die dem Wettrüsten Einhalt gebieten, die Militarisierung des Kosmos verhindern, die Kernwaffen und andere Massenvernichtungsmittel abschaffen und die bedeutende Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen ermöglichen." Für das Dokument CSCE/WT.5 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

29 Korrigiert aus: „III."

30 Die zweite Sitzungsperiode der dritten KSZE-Folgekonferenz fand vom 27. Januar bis 10. April 1987 in Wien statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 548/549/550 des Botschafters Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), vom 10. April 1987; AAPD 1987.

31 Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Mai bis 17. Juni 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

32 Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

schen Sicherheit gestalten werden. Der politische Wille aller 35 TNS, in Wien zu Vereinbarungen zu kommen, steht jedoch außer Frage.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153428

375

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

209-360.91 FRA-2873/86 VS-vertraulich **22. Dezember 1986**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Vorschlag: Zeichnung der als Anlage beigefügten Schreiben an StS Rühl und BM Schäuble[3]

Betr.: Europäische Luftverteidigung[4];
hier: „Hawk"-Nachfolge und Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit

I. Kurzfassung

Die Bundeswehr plant, Ende der 90er Jahre einen neuen Flugkörper für die Luftverteidigung, das sogenannte MFS (Mittleres Flugabwehr-Raketensystem), einzuführen. Die Entwicklung befindet sich noch in früher Phase. Aufgrund einer erwarteten quantitativ wie qualitativ veränderten Bedrohung wird aber neben einer ATM-Fähigkeit auch ein späteres ATBM-Potential gefordert. (ATM – Anti-Tactical-Missile: Raketen, die Flugkörper mit gestreckter Flugbahn zerstören können, ATBM – Anti-Tactical-Ballistic-Missile: Raketen, die Flugkörper mit ballistischer Flugbahn zerstören können.) Es geht um eine Aufgabe, die nur in internationaler Kooperation lösbar ist.

Das geplante System MFS (Mittleres Flugabwehr-Raketensystem) soll die 1963 eingeführte „Hawk" ersetzen und sich zugleich in die nicht zuletzt von BM Wörner im Bündnis geforderten Planungen zu einer „erweiterten Flugabwehr" einfügen.

Das amerikanische Unternehmen Raytheon bietet weitere Modernisierungen der „Hawk", aber auch Anpassungen der modernen „Patriot" an, um seine markt-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim und Legationsrat I. Klasse von Kittlitz konzipiert.
Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 23. Dezember 1986 vorgelegen.

2 An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Abgezeichnet durch StS 6.1.[1987]."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die am 6. Januar 1987 übermittelten Schreiben vgl. VS-Bd. 11865 (209); B 150, Aktenkopien 1986.

4 Zur Frage einer erweiterten Luftverteidigung im europäischen NATO-Bereich vgl. Dok. 57, Anm. 31 und 32.

beherrschende Stellung zu halten. Sie bliebe auch bei Ausbau der bestehenden Ansätze einer Kooperation mit uns gesichert.

Alternative zu einem solchen amerikanischen System wäre eine europäische Entwicklung, für die im Rahmen der IEPG bereits Vorarbeiten laufen. Sie erfordert aber eine industrielle Führung durch wenige Länder mit entsprechendem Know-how und Industriepotential. Dafür käme eine deutsch-französische Kooperation in Frage, die sich bei „Roland" – ebenfalls einer Flugabwehrrakete – bereits bewährt hat und für die – bis vor kurzem – vielversprechende Ansätze existierten. Da die Zeit drängt, um zeitgerecht für das Jahr 2000 über ein neues System zu verfügen, ist es erforderlich, die Möglichkeiten der – gegenwärtig stagnierenden – Kooperation mit F auszuloten. Das BMVg zögert hier jedoch bisher. Auch ein solches europäisches System müßte in die integrierte Luftverteidigung NATO-Europas[5] eingefügt werden.

II. 1) Die taktische Luftverteidigung der Bundeswehr stützt sich neben „Roland" (Reichweite bis 6 km) und „Patriot" (Reichweite 35 bis 70 km) auf das Waffensystem „Hawk" (bis 30 km), das 1963 in der Bundeswehr eingeführt wurde.

Trotz mehrfacher Verbesserungen („I-Hawk", „E-Hawk") und Angeboten des amerikanischen Herstellers Raytheon („Hawk", „Patriot"), weitere Modernisierungen vorzunehmen, entspricht „Hawk" aufgrund hoher Kosten und Personalbedarfs und wegen der Anfälligkeit seines Suchkopfes gegen Störstrahler des Ostblocks höchstens noch bis zum Jahr 2000 dem Bedarf der Bundeswehr. „Hawk" wird allenfalls gegen CM eingesetzt werden können, womit nur ein schmales Spektrum gewünschter ATM/ATBM-Fähigkeiten abgedeckt wäre.

Vor dem Hintergrund einer veränderten Bedrohungsanalyse (Zunahme der Bedrohung durch zielgenauere konventionelle Raketen des Ostblocks) werden an ein neues System höhere Anforderungen gestellt: Neben umfassenden Abwehrfähigkeiten gegen Flugzeuge, taktische Luft-Boden-Flugkörper, CM, Antiradar-FK[6] und Drohnen soll es ein hinreichendes Entwicklungspotential haben, um später auch gegen taktische ballistische Raketen einsetzbar zu werden. Das technische Problem, das hier zu lösen ist, besteht u. a.[7] im steilen Eintrittswinkel, der hohen Geschwindigkeit (SS-21, -23 und -22: 700 bis 1500 m/Sek) und dem für ein Radar schwer erfaßbaren, kleinen Querschnitt der ballistischen Raketen.

2) Das künftige System soll im Verbund mit „Patriot" eingesetzt werden, an dessen Fortentwicklung ebenfalls gearbeitet wird. Das BMVg plant die Beschaffung von 43 Waffensystemen mit 2664 Lenkflugkörpern. Die Entwicklung eines solchen MFS (Mittleres Flugabwehr-Raketensystem) würde etwa 15 Jahre erfordern. Soll „Hawk" rechtzeitig abgelöst werden, müssen bald konkrete Fortschritte erreicht werden. Für nationale Vorphasenarbeiten zur ATBM-Fähigkeit, über vier Jahre verteilt, sind bereits 41 Mio. DM eingeplant.

Das BMVg hat in den Haushaltsverhandlungen für 1987 als deutschen Anteil an einer multilateralen Entwicklung (Gesamtentwicklung, 1988 bis 1999)

5 Das Wort „NATO" wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.
6 Flugkörper.
7 Die Wörter „u. a." wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

1,258 Mrd. DM als grobe Planung eingebracht. Erste Beschaffungsmittel sind für 1997 eingeplant. Es wird mit Beschaffungskosten in Höhe von ca. 6 Mrd. DM für das System (FK und Bodenanlagen) gerechnet. Es geht also um ein System, das allein bei uns zu Ausgaben von sicherlich mehr als 7 Mrd. DM führen wird!

3) Die Entwicklung einer Nachfolge für „Hawk" übersteigt heute noch die Kapazitäten unserer und jeder anderen europäischen Industrie allein, sie ist wohl nur kooperativ möglich. Auch die USA befinden sich noch in den Anfängen der ATBM-Entwicklung. Im Juni 1986 wurde erstmals ein bewegliches Ziel (Sprengkopfattrappe) in 3600 m Höhe durch einen Flugkörper (FLAGE[8]) zerstört; im September gelang der Abschuß eines „Lance"- durch einen „Patriot"-Flugkörper. Die USA haben sich an Studien und Lösungsbemühungen der Bündnispartner bis vor kurzem nicht beteiligt, wohl nicht zuletzt, weil das führende Unternehmen Raytheon auf weitere Generationen von „Hawk" setzte.

Dieser Umstand, aber auch wachsende technische Kompetenz der Europäer – unter Führung von F und D –, ließen eine europäische Eigenentwicklung unter technologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten attraktiv und wünschenswert erscheinen, und zwar um so mehr, als sich hier für die Forschung ein wichtiger technologischer Impuls einerseits und militärisch eine Antwort auf eine für Europa spezifische, wachsende Bedrohung andererseits abzeichnete.

4) Die europäischen Kooperationsbemühungen konzentrieren sich gegenwärtig in der IEPG. Aufgrund eines Ministerbeschlusses vom November 1984 werden dort mit Nachdruck Möglichkeiten eines Acht-Nationen-Programms (B, SP, F, I, NL, GB, N, D) untersucht, wobei sich bereits jetzt abzeichnet, daß nur wenige in der Lage sein werden, sich an der eigentlichen Entwicklung zu beteiligen.

Parallel dazu wird das Thema in der NAFAG (NATO Air Force Armaments Group) Air Group VI behandelt. Dort stagnierte es lange Zeit, weil die USA keine eigenen Planungsabsichten hatten.

Mit dem jetzt bevorstehenden Beginn der Konzeptphase in der IEPG, die erst eine Beurteilung der Systemauslegung, Entwicklungs- und Beschaffungskosten, des Zeitbedarfs und der Kooperationsmöglichkeiten ermöglicht, erwachte aber das amerikanische Interesse. In der jetzigen Lage zeichnet sich ein Kompetenzstreit zwischen IEPG und NATO ab, in dem es in Wahrheit um europäisches oder amerikanisches Übergewicht beim MFS und damit bei einem[9] wichtigen Schritt zu einem System der „Erweiterten Luftverteidigung in Europa" geht.

Würde das sogenannte Programm der IEPG bereits heute der NAFAG überstellt und damit für die US-Beteiligung geöffnet werden, hätten die Europäer keine Chance, ihr Know-how zu überprüfen und zu konsolidieren bzw. ihre industriellen und militärischen Interessen zu harmonisieren.

Als Kollektiv von acht unterschiedlich starken Partnern, die national noch nicht alle – auch aus Haushaltsgründen[10] – ihren Bedarf definiert haben – wo-

8 Flexible Leightweight Agile Guided Experiment.

9 Die Wörter „bei einem" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „um einen".

10 Die Wörter „– auch aus Haushaltsgründen –" wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

mit Verfahrensprobleme vorprogrammiert sind – und in ihren Konzeptionen bereits heute uneinig sind (so will F eine lange, GB eine kurze Konzeptphase; d.h. eine späte bzw. frühe Öffnung zur transatlantischen Kooperation), ist die IEPG-Operation mit Handicaps belastet.

Die USA dagegen wollen, die europäischen Abstimmungsschwierigkeiten nutzend, jetzt durch forcierte eigene Bemühungen bis 1990 eine eigene Konzeptphase abschließen. Zugleich mahnen sie eine baldige Weitergabe der in der IEPG erarbeiteten taktischen Zielvorstellungen, der sog. European Staff Targets, an, da sie sonst in eine Zuschauerrolle gedrängt würden.

5) Die Schwierigkeiten einer multilateralen Zusammenarbeit mit zu vielen Partnern in der IEPG und die führende Position von F und D, die bereits bei „Roland" zusammenarbeiten, legt eine deutsch-französische Kooperation nahe – bilateral oder als Nucleus einer späteren, umfassenderen europäischen Lösung.

6) Bis zum Jahr 1984 bestanden tatsächlich erfolgversprechende Ansätze einer deutsch-französischen Kooperation an einem MFS. Wir hatten F, das mit GB kooperierte, zu einem bilateralen Vorgehen mit uns gewonnen. Die beteiligten Unternehmen Thomson-CSF, SNIAS-Matra/MBB, Siemens, AEG hatten bereits erhebliche Eigenmittel investiert, die öffentlichen deutschen Investitionen beliefen sich auf ca. 150 Mio. DM.

Im August 1984 wurden durch Entscheidungen im BMVg weitere Mittelzuflüsse und damit das Projekt gestoppt. Die Hintergründe sind nicht völlig klar. Jedoch scheint schon damals auch das Verhältnis zu den USA eine Rolle gespielt zu haben. F setzte seine Arbeiten danach allein und mit erhöhtem Nachdruck fort. Inzwischen zeichnet sich in der IEPG sogar das französische Bemühen ab, durch eigene Entwicklungserfolge die anderen MS zu präjudizieren und allein eine industrielle Führungsrolle in Europa beim MFS zu etablieren, die es auf dem Gebiet des Kampfflugzeugbaus durch sein Ausscheiden aus dem Jäger-90-Programm 1985[11] verloren hatte.

F geht in seiner Zielsetzung aber von geringeren Leistungsanforderungen an das System aus als die entsprechenden NATO-Dokumente; so ist z.B. eine Immunität des Systems gegen Radarstörstrahler des WP in geringerem Maße vorgesehen. Sie ist für uns unerläßlich, würde aber das System verteuern, ohne zugleich die Chancen eines Exports in außereuropäische Länder, bei denen kein entsprechender Bedarf besteht, zu verbessern.

Im Januar 1986 bot das BMVg F eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit beim MFS mit dem Ziel an, einen Nucleus in der IEPG zu bilden. F begrüßte diesen Schritt nachdrücklich. Die Zusammenarbeit zwischen BMVg und französischer Seite vollzog sich anfangs erneut reibungslos und erfolgversprechend.

Nach den französischen Wahlen im März[12] und vollends gegen Jahresmitte ließ das Interesse Fs jedoch nach; die Gespräche auf Arbeitsebene blieben ohne Ergebnisse.

11 Zum Scheitern einer französischen Beteiligung am Bau des Kampfflugzeugs „Jäger 90" vgl. Dok. 2, Anm. 37 und 38.

12 Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 16. März 1986 vgl. Dok. 109, Anm. 2.

7) F gab bisher für seine neue Haltung keine Erklärung. Folgende Gründe lassen sich vermuten:

– Priorität der billigeren, technologisch leichter realisierbaren Seezielflugkörperabwehr (Projekt „Aster"), die sich aus der Notwendigkeit des Schutzes der geplanten Flugzeugträger im französischen Verteidigungskonzept ergibt, den eingeschränkten Haushaltsgrenzen entspricht und F erlaubt, seinen technologischen Vorsprung innerhalb Europas auszubauen. Das von uns benötigte MFS ist für den Bedarf der traditionellen Abnehmer französischer Rüstungssexporte zu komplex und zu teuer.
– Eine unterschiedliche Bewertung der Bedrohung Westeuropas. Dies zeigt sich u. a. in der bilateralen Luftverteidigungs-AG, wo F Wert auf eine umfassendere Bedrohungsanalyse legt, die nicht in erster Linie auf die von uns (BM Wörner) zunächst in den Vordergrund gestellten neuen Bedrohungsformen durch zielgenauere Flugkörper abhebt. Aus französischer Sicht ist unsere Betonung dieses Aspekts überzogen und spielt den USA in die Hände. F baut im übrigen auf den vorderen Luftabwehrgürtel der NATO.
– Die Befürchtung, daß wir wiederum aus der bilateralen Kooperation aussteigen könnten, um sie – auf der Grundlage des mit F Erreichten – mit den USA fortzusetzen, wobei F dann keine Konkurrenzchance mehr besäße.
– Die Sorge, daß F über eine Kooperation beim MFS stärker in die Integration der Luftverteidigung der NATO hineingezogen werden könnte.

8) Die USA suchen, parallel zu ihrem Vorgehen in der NAFAG, auch auf der Ebene bilateraler Zusammenarbeit mit uns ihre Mitwirkung an einem künftigen europäischen Luftverteidigungssystem zu sichern. Eine Möglichkeit hierzu bietet das Roland-Patriot-Abkommen[13]. Vom deutschen Anteil an den Entwicklungskosten des Systems wurden 50 Mio. Dollar von den USA übernommen, sofern wir dafür mit den USA bestimmte Vorhaben der Luftverteidigung vereinbarten. Hierzu zählen u. a. der Boden-Boden-FK „Technex" (gegen Flugplätze einzusetzen) mit 27 Mio. Dollar, 17 Mio. Dollar stehen für eine gemeinsame Bedrohungsanalyse, für Technologie-Studien im ATM/ATBM-Bereich und Studien zur Übertragbarkeit von SDI-Technologien in diesem Zusammenhang zur Verfügung.

8 Mio. Dollar davon kommen einem sogenannten PAC-Programm (Patriot ATM Capability) der Fa. Raytheon zugute, das in verschiedenen Stufen den „Patriot"-Nutzern (USA, NL und D) angeboten werden soll. PAC-1 enthält Software-Verbesserungen. PAC-2, Anfang der 90er Jahre verfügbar, soll das System zum sog. „warhead kill" (d. h. Detonation des „Patriot"-Sprengkopfes nicht nur nahe, sondern in der Flugbahn des TBM[14] bzw. Kollision mit diesem, d. h. Verzicht auf Sprengkopf = „Head-on Interception") befähigen. Damit wird Selbst- bzw. Punkt-

13 Für das Abkommen vom 12. Juli 1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6. Dezember 1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen) sowie die dazugehörigen Dokumente vgl. Referat 209, Bd. 128394. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 214.

14 Theater Ballistic Missile.

verteidigung möglich[15]. Weitere PACs zum zusätzlichen Ausbau der „Patriot"-Kapazitäten sind vorgesehen.

9) An dieser Stelle werden die Zusammenhänge mit den Überlegungen, eine Verteidigung Europas gegen SRINF („Europäische SDI-Architektur") zu entwikkeln, besonders deutlich. Konzeptionell kann man zwar unterscheiden:

– den Ansatz von „unten nach oben", d.h. die schrittweise Verbesserung der bestehenden Systeme der Luftverteidigung, bis auch SRINF abgefangen werden können,
– den Ansatz von „oben nach unten", d.h. die Verwendung von im Rahmen von SDI entwickelten Technologien für den Abfang strategischer Raketen – nach Anpassung – für den Abfang von SRINF.

Das Ziel – der Abfang von SRINF – ist aber das gleiche, die vermutlich zu verwendende Technologie – luft- und/oder weltraumgestützte Sensoren und bodengestützte Abfangraketen – ebenfalls. D.h., es geht in dem Tauziehen hinter den Kulissen über MFS-Kooperation auch um Fragen, die nicht nur für die taktische Luftverteidigung, sondern später u.U. von strategischer Dimension sein können.

III. 1) Die Erweiterung des „Patriot"-Programms hätte wahrscheinlich zur Folge, daß wir die angestrebte ATM/ATBM-Kapazität mit den USA entwickeln würden. Das Übergewicht der amerikanischen Unternehmen bei einer solchen Kooperation dürfte die deutsche Industrie so binden, daß ein deutscher Beitrag zu einer getrennten europäischen Entwicklung in der IEPG entfiele. Dann würde auch F seine eigenen Ziele in der IEPG schwerlich durchsetzen können.

2) Für D ergibt sich die Alternative, die sich anbahnende Zusammenarbeit mit den USA gemäß den amerikanischen Wünschen auszubauen oder aber zu versuchen, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit F endgültig zu klären. Hierzu bedarf es einer Initiative auf politischer Ebene, nachdem das MFS in den deutsch-französischen Rüstungsdirektorengesprächen am 15.10.1986 nicht mehr erörtert worden ist. Die Ursache für das Zögern des BMVg dürfte nicht zuletzt darin liegen, daß eine Grundsatzentscheidung, ob von vornherein dem IEPG-Auftrag eines europäischen Konzepts – mit der implizierten deutsch-französischen Vorreiter-Rolle – oder der transatlantischen Kooperation Vorrang gebührt, noch aussteht.

3) Die Vorstellungen der IEPG-VM schließen eine Beteiligung der USA nicht aus, da dies angesichts des industriellen Potentials der USA und der Integration der Luftverteidigung im Bündnis langfristig auch nicht im europäischen Interesse wäre. Worauf es ankommt, ist die Möglichkeit, die europäischen Kapazitäten zunächst zu koordinieren und ein Konzept zu finden, das ihnen eine langfristig interessante Rolle auch in der Kooperation mit den USA ermöglicht.

4) Von einem grundsätzlichen Interesse Fs an einer Zusammenarbeit beim MFS ist insofern auszugehen, als F uns gegenüber immer eine engere und umfassendere Zusammenarbeit gerade bei technologischen Schlüsselprojekten fordert, für die seine eigenen Kapazitäten nicht reichen.

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent von Ploetz gestrichen: „jedoch noch nicht Raumschutz".

5) Ein Angebot an F auf politischer Ebene, beim MFS zu kooperieren, würde zeigen, daß wir nicht von vornherein auf eine exklusive Kooperation mit den USA festgelegt sind. Gerade wegen seiner Bedeutung für Europa wäre das MFS geeignet, F zu zeigen, daß wir seine Zielsetzung größerer technologischer Unabhängigkeit von den USA teilen.

Falls sich aber bestätigt, daß die Planungen von F tatsächlich nicht unseren entsprechen, hätten wir jedenfalls die Chance genutzt, F durch ein Kooperationsangebot beim MFS zu demonstrieren, daß es nicht immer an uns liegt, wenn Groß-Projekte der Rüstungskooperation mit F seit längerem nicht mehr zustande gekommen sind.

6) Es wird vorgeschlagen, mit den als Entwurf beigefügten Schreiben das BMVg (StS Dr. Rühl) auf diese Zusammenhänge und das außenpolitische Interesse an einer deutsch-französischen Zusammenarbeit beim MFS hinzuweisen und ChBK davon zu unterrichten.

gez. Richthofen[16]

VS-Bd. 11865 (209)

376

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

231-504.00/1 VS-NfD **22. Dezember 1986**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Grundüberlegungen zur Menschenrechtspolitik

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung

Diese Aufzeichnung versucht, einen Überblick über die wichtigsten Grundlagen unserer MR-Politik zu geben (Teil I) und die mit ihrer politischen Umset-

16 Paraphe vom 5. Januar 1987.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Giesder und Vortragendem Legationsrat Dröge konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 23. Dezember 1986 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1987 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „1) Es fehlt eine Darstellung des Standes der verschiedenen menschenrechtlichen Initiativen: Menschenrechtsgerichtshof, Menschenrechtskommissar, Folterkonvention UNO, Folterkonvention Europarat. 2) W[ieder]v[orlage] 12.2., 12.00."
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Februar 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 231 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler vorgelegen.
Hat Richthofen am 11. Februar 1987 um 18.25 Uhr erneut vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Bazing vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Am 26.2.1988 v. Dg 23 an RL 231 zurück."

zung verbundenen Probleme und Zielkonflikte aufzuzeigen (Teil II). In Teil III werden einige Schlußfolgerungen formuliert.

D 5[4] hat mitgezeichnet.

I. 1) Verfassungsauftrag, rechtliche und politische Rahmenbedingungen

Die Präambel des Grundgesetzes[5] legt uns entsprechend der besonderen Rechtslage Deutschlands eine besondere Verantwortung für alle Deutschen auf.

In Art. 1 Abs. 2 GG heißt es darüber hinaus: „Das deutsche Volk bekennt sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."[6] Damit wird der Verfassungsauftrag postuliert, MR-Politik auch als Teil der Außenpolitik und nicht nur als Angelegenheit der Innenpolitik zu verstehen.

Dieses Leitmotiv unserer Außenpolitik wird vom Konsens aller Kräfte und politischen Parteien in unserer Gesellschaft getragen.

a) Den rechtlichen Rahmen für außenpolitisches Handeln im Menschenrechtsbereich bildet der völkerrechtliche Menschenrechtsschutz, der sich aus den von uns ratifizierten Menschenrechtsübereinkommen und aus dem Völkergewohnheitsrecht ergibt, das einen menschenrechtlichen Mindeststandard garantiert. In diesem Zusammenhang sind von besonderer Bedeutung:

– die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948[7],
– der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12. 1966[8],
– der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966[9],
– die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 20.3.1952[10].

Bürgerliche und politische Grundrechte bilden als klassische, gegen Übergriffe des Staates gerichtete Abwehrrechte die Voraussetzung jedes Menschenrechtsschutzes. Daneben kommt aber auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten eine große Bedeutung zu. Beide Gruppen von Rechten bedingen einander und machen erst im Zusammenspiel einen umfassenden Menschenrechtsschutz möglich. Deshalb wird in der Bundesrepublik Deutschland der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes durch das Sozialstaatsgebot ergänzt.

4 Jürgen Oesterhelt.

5 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

6 Der Passus „jeder menschlichen … der Welt" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

7 Für den Wortlaut der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 135–141.

8 Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

9 Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1570–1582.

10 Für den Wortlaut der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 686–700, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1880–1883.

b) Politische Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind in der Schlußakte von Helsinki[11] und dem Abschließenden Dokument des Madrider KSZE-Folgetreffens vom 6.9.1983[12] formuliert.

Die Erklärungen der Europäischen Ministerkonferenz über Menschenrechte in der Welt vom 20.3.1985[13] und die der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft über Menschenrechte vom 21. Juli 1986[14] spiegeln die gemeinsamen weltweiten Zielsetzungen der europäischen Partner in der Frage der MR wider.

2) Ziele und Grundsätze unserer Menschenrechtspolitik

a) Ziele

Die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte ist – wie jedes große politische Ziel – nur langfristig und schrittweise zu erreichen. Rückschläge sind unvermeidbar.

Im Einzelfall muß sich jede Entscheidung in erster Linie an dem Ziel orientieren, den gegenwärtig von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen rasch und dauerhaft zu helfen.

Neben der konkreten Hilfe im Einzelfall streben wir weltweit an

- eine umfassende Information in allen Staaten über die Menschenrechte,
- die Schärfung des Bewußtseins von der Würde jedes Menschen und von der Bedeutung der Achtung der Menschenrechte für den Frieden zwischen den Staaten, für die innere Stabilität sowie die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Staaten und ihrer Gesellschaften,
- den wirksamen Ausbau der bestehenden internationalen Institutionen zum Schutz der Menschenrechte (Qualität, nicht Quantität). Hierzu gehört in mittel- und langfristiger Perspektive der von uns geforderte VN-Hochkommissar für Menschenrechte und die anzustrebende Errichtung eines internationalen Menschenrechtsgerichtshofs. Auf dieser Linie läge es, wenn wir das Fakultativprotokoll zum „Zivilpakt“[15] ratifizieren würden.[16] (Der Widerstand im BMJ und bei der CDU/CSU-Fraktion – Streichung des Passus in der Bundestags-Entschließung[17] – ist groß.)

11 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

12 Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

13 Für die Erklärung der Konferenz der für Menschenrechte zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Europarats am 19./20. März 1985 in Wien über die Menschenrechte in der Welt vgl. Referat 200, Bd. 135461.

14 Für den Wortlaut der Erklärung über Menschenrechte, die die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auf ihrer Konferenz im Rahmen der EPZ am 21. Juli 1986 in Brüssel verabschiedeten, vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 472.

15 Für den Wortlaut des am 19. Dezember 1966 von der VN-Generalversammlung verabschiedeten und am 23. März 1976 in Kraft getretenen Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vgl. UNTS, Bd. 999, S. 302–305.

16 Der Passus „VN-Hochkommissar … internationalen Menschengerichtshofs“ und die Wörter „Fakultativprotokoll zum ‚Zivilpakt‘ ratifizieren würden“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Welche Wirkungen hat die Zeichnung? Was sind die Bedenken?“

17 Die SPD-Fraktion stellte am 9. Februar 1984 einen Antrag zum Thema „Kampf gegen staatlich sanktionierten Mord“. Darin wurde u. a. die Errichtung eines Internationalen Gerichtshofs für

b) Grundsätze

Bei der Verfolgung dieser Ziele lassen wir uns im wesentlichen von folgenden Grundsätzen leiten:

Im politischen Bereich

- Wir tragen eine besondere Verantwortung für die menschenrechtliche Lage aller Deutschen.
- Wir treten weltweit für die Menschenrechte ein, unabhängig davon, in welchem Land diese Rechte verletzt werden.
- Die MR-Politik ist Teil unserer Friedens- und Entwicklungspolitik. Eine politische Instrumentalisierung der MR-Politik zu sachfremden Zwecken lehnen wir ebenso ab wie ihre Ausrichtung nach tagespolitischen Opportunitäten.
- Unsere MR-Politik muß – wie unsere gesamte Außenpolitik – berechenbar und glaubwürdig sein.
- Wir machen keinen Unterschied zwischen Staaten, in denen aufgrund einer relativen Offenheit Einzelheiten über MR-Verletzungen bekannt werden, und Staaten, denen es gelingt, mit Hilfe totalitärer Maßnahmen ihre Menschenrechtsverletzungen aus den Schlagzeilen zu halten; deshalb sind unsere Botschaften in 53 Ländern, in denen wir MR-Verletzungen vermuten, zu regelmäßiger Berichterstattung aufgefordert.
- Wir messen alle Staaten am Standard der international anerkannten Menschenrechte. Kein Staat kann sich dadurch entlasten, daß er sich bei Verletzung von Menschenrechten auf den Vorrang seiner eigenen Staatsideologie, Staatsreligion oder seine besonderen kulturellen Traditionen beruft.
- Eine Kritik an Staaten, die Menschenrechtsverletzungen begehen, stellt keine Einmischung in innere Angelegenheiten dar.
- MR-Politik fordert wie jede Politik Augenmaß für das Machbare. Vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte brauchen wir besonderes Gespür für die Wirkung unserer Entscheidungen in MR-Fragen. Wir müssen vermeiden, unsere weltweiten Bemühungen zu überziehen und sie dadurch eines Teils ihrer Wirksamkeit zu berauben.
- Auch in der MR-Politik sind wir auf Partner angewiesen; die wichtigsten sind die EG-Zwölf, die NATO-Verbündeten und die übrigen Mitglieder der westlichen Gruppe. Gemeinsame Aktionen besitzen im MR-Bereich besonderes Gewicht. Die Zwölf haben gemeinsam zugunsten der MR u. a. in Chile, El Salvador und Südafrika demarchiert. Sie prüfen gegenwärtig geeignete Schritte in Burundi, Bangladesch und (im KSZE-Rahmen) gegenüber Jugo-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1965

Menschenrechte gefordert. Ferner wurde die Bundesregierung aufgefordert, das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Für den Wortlaut des Antrags vgl. BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/978.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 12. November 1986 wurde mit der Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP beschlossen, diese Forderungen des SPD-Antrags zu streichen. Vgl. dazu den Bericht des Auswärtigen Ausschusses sowie die Beschlußempfehlung vom 13. November 1986; BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6461.

Der Bundestag nahm die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses am 10. Dezember 1986 an. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 255. Sitzung, S. 19902.

slawien. – Über den westlichen Kreis hinaus bemühen wir uns, wo immer möglich, um Partner unter den Staaten der Dritten Welt.

Im Rechtsbereich

Wir stehen der Formulierung neuer MR nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Auch die heute allgemein anerkannten Menschenrechte haben sich –unbeschadet ihres naturrechtlichen oder religiösen Ursprungs – als Antwort auf politische Bedürfnisse entwickelt. Wir legen aber an neue Normen ebenso strenge Kriterien an, wie wir es in der Vergangenheit bei den klassischen Menschenrechten getan haben. Dazu gehören

– die Gewißheit, daß der zusätzlich angestrebte Menschenrechtsschutz nicht schon durch bestehende Normen voll gewährt werden kann,
– die Vereinbarkeit mit den bestehenden Menschenrechten,
– die Garantie, daß innerhalb der Menschenrechtsnormen keine Rangunterschiede eingeführt werden,
– die Notwendigkeit, daß auch im internationalen Menschenrechtsschutz juristische Begriffsklarheit erhalten bleibt.

Scheinbare MR, wie etwa das „Recht auf Frieden", lehnen wir ab. Versuche der Blockfreien, politische Forderungen in menschenrechtlichem „Gewande" durch das „Recht auf Entwicklung" zu verwirklichen, stehen wir skeptisch gegenüber, solange nicht eine saubere Trennung zwischen Rechten des einzelnen einerseits und den sich aus den Art. 55 und 56 der VN-Charter[18] ergebenden Solidaritätsverpflichtungen der Staaten untereinander andererseits erfolgt.

Grundlage für uns bleibt das westliche, individuell geprägte MR-Verständnis. Die vom Osten (und teilweise der Dritten Welt) bevorzugten „kollektiven" MR dürfen wir uns nicht aufdrängen lassen. Sie entsprechen nicht unserem MR-Verständnis und relativieren das im Bereich des individuellen MR-Schutzes Erreichte. Sie lassen sich überdies zur Bemäntelung allgemein politischer Zielsetzungen mißbrauchen, verdecken Defizite im individual-menschenrechtlichen Bereich und stellen einen besonders fragwürdigen Schritt auf dem Wege fortschreitender Instrumentalisierung der Menschenrechte dar. Der Fall Sacharow[19] zeigt, daß das Festhalten an unserem individuellen MR-Verständnis sich praktisch lohnt.

Wir streben unsere Mitgliedschaft in möglichst vielen MR-Gremien an. MRK[20]: Erneute Kandidatur für 1988–90 bereits angemeldet. Für MRA[21] bis Ende 1986 (Prof. Tomuschat) sehen wir erneute Bewerbung bei der nächsten Wahl 1988 vor. In den neuen „Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" (Pendant zum MRA) wurde Prof. Simma mit höchster Stimmenzahl unter westlichen Bewerbern gewählt. Durch Prof. Partsch sind wir im Ausschuß gegen Rassendiskriminierung (CERD)[22] und im MR-Ausschuß der UNESCO

18 Für den Wortlaut von Artikel 55 und 56 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 468 f.
19 Zur Aufhebung der Verbannung des Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 362, Anm. 35.
20 Menschenrechtskommission.
21 Menschenrechtsausschuß.
22 Committee on the Elimination of Racial Discrimination.

repräsentiert. Unsere Zugehörigkeit ist Anerkennung unserer aktiven Mitarbeit und berechenbaren Haltung im MR-Bereich.

II. Zielkonflikte und Überlegungen zu ihrer Auflösung

Bei der Umsetzung der MR-Grundsätze in die praktische Politik können sich zahlreiche politische und sachliche Reibungspunkte und Konflikte ergeben. Hier liegt eine der wesentlichen Quellen für unterschiedliche Reaktionen der öffentlichen Meinung auf menschenrechtspolitische Entscheidungen.

1) Spannungsverhältnis zwischen innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten

Als Folge des natürlichen, wohl nie völlig auflösbaren Spannungsverhältnisses zwischen Innen- und Außenpolitik treten unausweichlich immer wieder Konflikte auf zwischen den Erfordernissen einer Menschenrechtspolitik nach außen und innenpolitischen Gegebenheiten.

Folgende Faktoren müssen berücksichtigt werden:

– Zunehmendes Interesse des Bundestags an MR-Fragen. Sein Beschluß vom 10.12.1986[23] (MR-„Gremium“, zwei Debatten, ein Bericht der Bundesregierung pro Legislaturperiode) weist in Richtung eines stärkeren, institutionalisierten Mitspracheanspruchs.
– Die Koalitions-Fraktionen begleiten über zahlreiche Kontakte unsere MR-Politik in kritischer Aufmerksamkeit. In diesem Jahr wurde auf Betreiben der Koalitionsfraktionen beim BMJ eine „Unabhängige Kommission zur Anfertigung eines Berichts über den Stand der Verwirklichung der MR im Bereich der Staaten des Warschauer Pakts unter besonderer Berücksichtigung der Lage der dort lebenden Deutschen“ gebildet.[24] Zu Beginn dieser Legislaturperiode wurde von MdB Jäger (Wangen) die Einsetzung eines Menschenrechtskoordinators im Bundeskanzleramt gefordert. BM Dr. Schäuble nutzt monatliches Frühstück mit Deutschlandpolitikern der Koalitionsfraktionen regelmäßig auch zur Erörterung der menschenrechtlichen Lage der Deutschen im Ostblock, um öffentliche Diskussionen innerhalb der Koalition zu vermeiden.
– Organisationen (z. B. a. i.[25], IGFM[26], Gesellschaft für bedrohte Völker) und Einzelpersonen (Abgeordnete, Hochschullehrer) versuchen, direkt oder über die Öffentlichkeit auf unsere MR-Politik Einfluß zu nehmen.
– Schwierigkeiten ergeben sich, weil die nationale Umsetzung und zum Teil auch die Vertretung unserer internationalen MR-Verpflichtungen nicht beim

23 Der Bundestag beschloß am 10. Dezember 1986 einstimmig, die Einrichtung eines parlamentarischen Gremiums für Menschenrechte zu prüfen. Diese Prüfung sollte durch den Auswärtigen Ausschuß bis Ende 1986 durchgeführt werden. Ferner sollte die Bundesregierung den Bundestag „mindestens einmal in jeder Wahlperiode über die Lage der Menschenrechte in der Welt“ informieren. Außerdem sollte der Bundestag zukünftig „mindestens zweimal in der Wahlperiode über die Lage der Menschenrechte in der Welt debattieren“. Vgl. die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses vom 15. Oktober 1986, die am 21. Oktober 1986 veröffentlicht wurde; BT DRUCKSACHEN, 10. WP, Drucksache Nr. 10/6223. Für die Abstimmung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 255. Sitzung, S. 19994.

24 Die im Juli 1986 eingesetzte Kommission legte ihren Bericht im September 1987 vor. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache Nr. 11/1344.

25 Amnesty International.

26 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

AA, sondern bei anderen Ressorts (federführend BMJ für „Zivilpakt“, CERD-Bericht, Folter-Konventionen, Vertretung vor Straßburger MR-Instanzen, BMA für „Sozialpakt“, BMJFFG für Frauen-relevante Fragen) oder bei den Bundesländern liegt. Bei besserer personeller Ausstattung könnte das AA einige der Vertretungs-Kompetenzen zurückgewinnen, weil die Ressorts ihrerseits Schwierigkeiten haben, international erfahrene und sprachlich versierte Beamte für diese Aufgaben zu finden.

In diesen Fällen muß das AA seine Interessen in einem langwierigen Abstimmungsprozeß innerhalb der Bundesregierung und sogar der Koalition wahrnehmen (Beispiel: Zeichnung der VN-Konvention gegen Folter[27]). Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, daß das AA seine Gesichtspunkte gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Öffentlichkeit verständlich macht.

2) Gleichbehandlung von MR-Verletzungen in der Welt

Wir bejahen den Grundsatz, für Menschenrechte überall dort einzutreten, wo Verletzungen bekannt werden. Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist aber nicht so zu verstehen, daß stets gegenüber jedem Land die gleichen Maßnahmen ergriffen werden müßten. So muß sich auch die Bundesrepublik Deutschland nicht in jedem Fall unmittelbar und öffentlich an allen menschenrechtspolitischen Initiativen, die gegenüber einem Staat ergriffen werden, beteiligen. Bei Resolutionen, z. B. in VN-Gremien, können wir zwischen Miteinbringung als politischem Akt und Zustimmung als MR-geprägter Bewertung eines Landes oder einer neuen rechtlichen Initiative differenzieren.

Die Länderresolutionen der VN-GV und der Menschenrechtskommission etwa, ein wichtiges Instrument öffentlicher Mißbilligung von MR-Verletzungen, würden sehr bald ihre Wirksamkeit verlieren, wenn sie unterschiedslos auf alle Staaten angewendet würden, aus denen uns MR-Verletzungen bekannt sind (each case on its merits).

Die notwendige Differenzierung der politischen Mittel ist häufig Anlaß zu Auseinandersetzungen mit Interessengruppen im eigenen Land, die den Grundsatz der Gleichbehandlung möglichst wörtlich angewandt sehen wollen und wenig Verständnis dafür haben, daß wir von Fall zu Fall entscheiden müssen, ob wir öffentlichem Eintreten oder „stiller Diplomatie“ den Vorzug geben. Wir können uns aber die Entscheidung über die Frage nach dem geeigneten Mittel, die nur aus der politischen Gesamtschau sinnvoll getroffen werden kann, nicht vorschreiben lassen. Kriterium für uns muß bleiben, was wir für den einzelnen

27 Für den Wortlaut der Konvention vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vgl. UNTS, Bd. 1465, S. 113–122.
Die Bundesrepublik zeichnete die Konvention am 13. Oktober 1986. Für den Wortlaut der dabei abgegebenen Erklärung vgl. UNTS, Bd. 1465, S. 200.
Referat 231 erläuterte am 3. Dezember 1986: „Die Bundesrepublik Deutschland hatte Schwierigkeiten, die Konvention in der vorliegenden Form zu zeichnen. Das BMI und einige Bundesländer, vor allem Bayern, befürchteten, daß von Art. 3 der Konvention […] eine Sogwirkung auf sog. ‚Folter-Asylanten‘ ausgehe. In langwierigen Verhandlungen konnten BMI und die Bundesländer für die Auffassung gewonnen werden, daß Art. 3 der Konvention lediglich ein Abschiebungs- und Rückweisungsverbot enthält, jedoch keinen neuen Asyl-Tatbestand. Einige Bundesländer, vor allem wieder Bayern, bestanden darauf, daß bereits bei Zeichnung eine Erklärung abgegeben wird, mit der die Bundesrepublik Deutschland darauf hinweist, daß sie bei der Ratifizierung Vorbehalte oder Interpretationserklärungen abgeben könnte.“ Vgl. Referat 231, Bd. 135004.

Menschen bewirken können. Gerade deshalb aber hat die Bundesregierung nicht nur die Pflicht, sondern auch ein Interesse daran, der Öffentlichkeit ihre Entscheidungen zu verdeutlichen.

3) Partnersolidarität

Die Bundesrepublik Deutschland stimmt mit ihren Partnern das gemeinsame Vorgehen in der MR-Politik wie folgt ab:

– in den VN:
  a) Zwölfer-Koordination
  b) westliche Gruppe (einschl. Japan);
– in der KSZE:
  a) im Rahmen der Zwölf
  b) im Rahmen der sechzehn NATO-Partner;
– im Europarat vor allem mit den „Neutralen" Schweden, Finnland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein.

Viele Abstimmungsvorgänge, wie z. B die Auswahl von Staaten, deren MR-Verletzungen in einer eigenen Resolution aufgegriffen werden sollen, können zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten unter Partnern führen. Partnersolidarität und unsere eigenen Auswahlkriterien können dann in Widerspruch zueinander geraten.

Viele Entscheidungselemente müssen in einem solchen Fall gegeneinander abgewogen werden. Die Chance, trotz vorhandener Meinungsunterschiede zu einer gemeinsamen Haltung mit möglichst vielen Partnern zu kommen, wird um so größer sein, je berechenbarer unsere Politik ist und je früher wir in der Lage sind, unsere Entscheidung den Partnern mitzuteilen. Wo vitale, spezifisch deutsche Interessen berührt werden, müssen wir nötigenfalls auf hoher politischer Ebene um die Unterstützung unserer Partner werben. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß wir in solchen Fällen in der Regel viel Verständnis und Unterstützung gefunden haben.

Mit den USA ist der bilaterale Abstimmungsprozeß nicht einfach. Von den Amerikanern initiierte und von uns aktiv aufgegriffene Konsultationen sind bisher über die erste Runde am 21. Mai 1986 in Washington[28] und den anschließenden Austausch von Positionspapieren (Chile[29], Paraguay[30], Salvador, Nicaragua, Südafrika[31], Burundi[32], Äthiopien[33], Iran[34], Afghanistan, Pakistan[35]) nicht hinausgekommen; die USA sind am Zuge.

28 Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 21. Mai 1986 über Gespräche, die er gemeinsam mit Gesandtem Wallau, Washington, mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Schifter, am selben Tag geführt habe. Erörtert worden sei die Lage der Menschenrechte in El Salvador, Chile, Paraguay, Äthiopien und Südafrika. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1122; Referat 231, Bd. 134883.

29 Für die Stellungnahme des Auswärtigen Amts vom 13. August 1986 zur Menschenrechtslage in Chile vgl. Referat 231, Bd. 148106.

30 Für das am 7. Juli 1986 übermittelte amerikanische Papier „The Human Rights Situation in Paraguay" bzw. das am 22. September 1986 übermittelte Papier des Auswärtigen Amts zu Paraguay vgl. Referat 231, Bd. 148106.

31 Für das amerikanische Papier „A.I.D. Strategy" über Hilfsmaßnahmen in Südafrika, das am 21. Mai 1986 übergeben wurde, vgl. Referat 231, Bd. 134883.

32 Für das Papier „Menschenrechtslage in Burundi, insbesondere Unterdrückung der Adventisten vom siebten Tage" des Auswärtigen Amts vom 15. August 1986 vgl. Referat 231, Bd. 148106.

Hinsichtlich der Länder-Res. zu El Salvador[36] und Guatemala[37] haben erstmals 1986 die Zwölf und die USA in der MRK wie auf der 41. VN-GV eine übereinstimmende Haltung erzielen können. Bei Chile ist dies in der GV mißglückt. Die Amerikaner lehnten die Res. ab, die das Pinochet-Regime wegen MR-Verletzungen und Verhängung des Belagerungszustands verurteilte; die Zwölf stimmten ihr mit der großen Mehrheit der VN-MS zu.[38]

Wir registrieren bei den USA die weiter zunehmende Tendenz, MR-Politik für spezielle politische Ziele zu nutzen (MRK: Äthiopien[39], 41. GV: Kuba[40]). Wir versuchen im Zwölferverbund, diesem Trend in geeigneter, die Bündnisloyalität wahrender Weise entgegenzuwirken. Dabei werden wir auf vitale Interessen der USA in bestimmten Regionen Rücksicht zu nehmen haben. Die notwendige Solidarität mit den USA in bestimmten Fragen darf aber nicht unsere und unserer europäischen Partner grundsätzliche Glaubwürdigkeit im MR-Be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1970

33 Für das Papier „Menschenrechte in Äthiopien" des Auswärtigen Amts vom 21. August 1986 vgl. Referat 231, Bd. 148106.

34 Für das amerikanische Papier „Human Rights Conditions in Iran" vom 30. Mai 1986, das am 2. Juni 1986 von der amerikanischen Botschaft übergeben wurde, vgl. Referat 231, Bd. 134883.
Für das am 14. August 1986 übermittelte Papier des Auswärtigen Amts „Human Rights in Iran" vgl. Referat 231, Bd. 148106.

35 Für das Papier „Menschenrechte in Pakistan" des Auswärtigen Amts vom 12. August 1986 vgl. Referat 231, Bd. 148106.

36 Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), gab am 4. Juli 1986 einen Überblick über die 42. Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 3. Februar bis 14. März 1986. Zum Thema El Salvador legte er dar: „Resolution 1986/39 zur Menschenrechtslage in El Salvador ist wie bereits die Vorjahres-Resolution 1985/35 das Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses zwischen Costa Rica und Mexiko. Im Vergleich zur Vorjahres-Resolution enthält der Text eine Reihe wichtiger Verbesserungen. Er hat weniger allgemeinpolitische Züge, sondern stellt Menschenrechtsfragen eindeutig in den Vordergrund. […] Fragwürdig ist allerdings die sehr unterschiedliche Behandlung El Salvadors und Guatemalas (Resolution 1986/62) durch die MRK. Auf Grund eines syrischen Abstimmungsantrages kam es zu einer Abstimmung (39 : 0 : 4). Alle westlichen Delegationen, einschließlich der USA, stimmten der Resolution zu." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1543; Referat 231, Bd. 134951.
Am 4. Dezember 1986 verabschiedete die VN-Generalversammlung die Resolution Nr. 41/157 zur Menschenrechtslage in El Salvador. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 234 f.

37 Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 4. Juli 1986, die im wesentlichen von den lateinamerikanischen Staaten erarbeitete Resolution Nr. 1986/62 sei ohne Abstimmung angenommen worden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1543; Referat 231, Bd. 134951.
Am 4. Dezember 1986 verabschiedete die VN-Generalversammlung die Resolution Nr. 41/156 über Menschenrechte und grundlegende Freiheiten in Guatemala. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 233 f.

38 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 41/161 der VN-Generalversammlung vom 4. Dezember 1986 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 238–240.

39 Gesandter Höynck, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 4. Juli 1986 mit: „Gegen den Rat aller übrigen Mitglieder der westlichen Gruppe brachten die USA einen Resolutionsentwurf zur Menschenrechtslage in Äthiopien ein. Den zu erwartenden Geschäftsordnungsantrag des Senegal, über die Resolution nicht abzustimmen, verloren die USA mit 29 : 12 : 2 Stimmen. Die amerikanische Initiative führte zu einer vermeidbaren und unnützen Konfrontation mit der afrikanischen Gruppe, wirkte durch ihr Scheitern kontraproduktiv und war angesichts ihres von allen anderen westlichen Partnern vorausgesehenen Scheiterns eine Belastung der westlichen Solidarität." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1543; Referat 231, Bd. 134951.

40 Die USA legten am 24. November 1986 im Dritten Ausschuß der VN-Generalversammlung den Entwurf einer Resolution zur Menschenrechtslage in Kuba vor (Dokument A/C.3/41/L.93). Am 28. November 1986 beschloß der Ausschuß, über den Entwurf nicht abzustimmen. Vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1986, S. 773.

reich in Frage stellen. Wir können MR-Verletzungen nicht mit offensichtlich unterschiedlichem Maß messen.

4) Konkurrierende außenpolitische Interessen

Die Realität der Menschenrechtspolitik wird immer wieder auch durch Zielkonflikte zwischen idealen menschenrechtlichen Ansprüchen und konkreten politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Eine sorgfältige Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte wird hier je nach Lage des Falles zu ganz unterschiedlichen Entscheidungen führen: Wo es lediglich um wirtschaftliche Partikularinteressen geht, muß die MR-Politik den Vorrang genießen, der jedem übergeordneten staatlichen Interesse zukommt. Wo jedoch gesamtstaatliche Interessen in Widerstreit miteinander liegen, wird in der Regel eine politische Entscheidung auf hoher Ebene erforderlich werden.

Nicht selten allerdings wird eine Beeinträchtigung spezifischer Interessen durch bestimmte Maßnahmen der Menschenrechtspolitik nur behauptet, um vermutete Nachteile anderer Art, die nicht offen genannt werden, zu vermeiden. Eine solche Taktik erscheint ebenso unaufrichtig wie kurzsichtig. Sie verkennt, daß in der Regel bei einer Verbesserung der Menschenrechtslage auch die Voraussetzungen für eine Vertiefung der übrigen Beziehungen wachsen.

West-Ost-Politik

Auch zwischen unserer Menschenrechts- und unserer Friedens- und Entspannungspolitik kann es schwierige Entscheidungslagen geben. Die öffentliche Verfolgung menschenrechtlicher Anliegen in den Staaten des Warschauer Pakts ist der Entwicklung besserer bilateraler Beziehungen nicht ohne weiteres förderlich. Menschenrechtspolitik kann geradezu kontraproduzent werden, wenn sie in Verdacht gerät, als Destabilisierungsinstrument benutzt zu werden. Umgekehrt können jedoch bessere bilaterale Beziehungen das Ansprechen von Menschenrechtsverletzungen erleichtern und aussichtsreicher machen. Damit wird zugleich deutlich, daß Entspannungspolitik einen klaren menschenrechtlichen Bezug hat. Sie kann mehr als jedes andere uns zur Verfügung stehende politische Konzept dazu beitragen, auf die Bewußtseinsbildung in Menschenrechtsfragen in Mittel- und Osteuropa positiv einzuwirken. Wir hoffen, daß auch der Bericht der beim BMJ eingerichteten „Unabhängigen Kommission zur Anfertigung eines Berichts über den Stand der Verwirklichung der MR im Bereich der Staaten des Warschauer Pakts unter besonderer Berücksichtigung der Lage der dort lebenden Deutschen“ in diese Richtung wirkt.

5) Drohung mit „Vergeltung“

Eine besonders schwierige Lage entsteht, wenn ein Staat, dessen MR-Verletzungen wir öffentlich kritisieren, uns mit Repressalien gegen die Betroffenen, gegen deutsche Staatsangehörige oder Einrichtungen auf seinem Territorium oder gar mit terroristischen Vergeltungsschlägen droht.

Ein abstrakt formulierbares Rezept für solche Fälle gibt es nicht. Die Terrorismus-Passage der Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 5.12.1986[41] könnte als Richtschnur dienen. Die Erfahrungen der Staatenge-

41 Zur Erörterung des Themas Terrorismus auf der Tagung des Europäischen Rats am 5./6. Dezember 1986 in London vgl. Dok. 363, Anm. 26.

meinschaft in den vergangenen Jahrzehnten haben gezeigt, daß die berechtigte Forderung, ein Staat dürfe sich nicht erpressen lassen, je nach Lage der Dinge in unterschiedlicher Weise interpretiert worden ist. Wenn allerdings schon der Gedanke an die Möglichkeit von Repressalien uns von jeder MR-Politik gegenüber einem bestimmten Staat abhielte, würden wir damit unsere Glaubwürdigkeit in gravierender Weise aufs Spiel setzen.

6) Die Wahl des kleineren Übels

Grundsatzfragen der politischen Moral stellen sich auch, wenn wir gegenüber einem die Menschenrechte verletzenden Regime gewisse Rücksichtnahmen walten lassen, weil die wahrscheinliche Alternative zu diesem Regime noch viel größere MR-Verletzungen erwarten läßt. So haben wir mit dem Amin-Regime in Uganda Kontakte unterhalten, um im Rahmen des Möglichen in Einzelfällen zu helfen. Die Niederländer haben nach der Machtübernahme durch Bouterse in Suriname[42] alle Kontakte abgebrochen und sich damit jeder MR-Einflußnahme begeben.

In der Öffentlichkeit verbindet sich die Kritik an Menschenrechtsverletzungen durch einen Staat dieser Art in der Regel mit der Kritik am dortigen politischen System als solchem. Deshalb wird die Bundesregierung auch dann, wenn sie in Menschenrechtsfragen alles ihr Mögliche getan hat, häufig Vorwürfen ausgesetzt bleiben, die sich auf die Art ihrer Kontakte zu einem solchen Regime beziehen. Kontakte aber sind unerläßlich, um überhaupt in einem dritten Land im Menschenrechtsbereich tätig werden zu können. Deshalb wird sich die Bundesregierung mit einer solchen Kritik immer wieder auseinanderzusetzen haben.

III. Folgerungen

Es gibt keinen sicheren Weg aus dem Dilemma, daß konkrete Menschenrechtspolitik den einen nicht weit genug, den anderen zu weit geht. Deshalb werden Entscheidungen in Menschenrechtsfragen fast immer auch kritisch von irgendeiner Seite kommentiert werden. Dies kann und darf nicht dazu führen, vom Kurs einer konsequenten, glaubhaften und entschlossenen Menschenrechtspolitik abzuweichen. Je gradliniger ein solcher Kurs auch in unangenehmen Einzelentscheidungen durchgehalten wird, desto geringer wird längerfristig das Gewicht der Kritik.

Öffentliche Maßnahmen und „stille Diplomatie“ sind verschiedene Wege zum gleichen Ziel. Sie schließen sich nicht grundsätzlich gegenseitig aus. Entscheidend ist, welche Maßnahme am ehesten tatsächliche Hilfe für die von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen bringen kann. Es liegt in der Natur der „stillen Diplomatie“, daß sie meist nicht als Argument gegen den Vorwurf ange-

42 Referat 331 erläuterte am 10. September 1986: „Seit 1980 herrscht eine linksorientierte Regierung unter dem durch Putsch an die Macht gelangten Oberstleutnant Desi Bouterse. Im Dezember 1982 ließ er 15 Persönlichkeiten der Opposition ermorden. Damit schuf er innenpolitische Friedhofsruhe. Das führte zur Vereisung der Beziehungen zu den Niederlanden. Seit Ende 1985 gewisse Tendenzen der innenpolitischen Auflockerung. Kabinettsumbildung im Juli 1986, erstmals ohne aktive Militärs. […] Die Regierung in Den Haag bemüht sich, zu einer vorsichtigen Aktivierung der Suriname-Politik zurückzufinden, um das Land nicht radikaleren Gruppen unter den DW-Ländern zuzutreiben.“ Das niederländische Parlament sei dagegen bisher zu keinerlei Konzessionen gegenüber Suriname bereit. Die Entwicklungshilfe der Niederlande sei 1983 eingestellt worden. Vgl. Referat 331, Bd. 136449.

führt werden kann, auf öffentliche Schritte werde aus sachfremden Erwägungen verzichtet. Solche Kritik muß um des angestrebten Erfolgs willen in Kauf genommen werden. Sie läßt sich manchmal nachträglich zurückweisen, wenn die „stille Diplomatie" erfolgreich war.

Die Zielkonflikte im Bereich der Menschenrechtspolitik sind von z. T. schwer vergleichbarer Art. Es gibt kein für alle diese Fälle gültiges Lösungsprinzip. Eine genaue Analyse der Lage und der Interessen, Treue zu den menschenrechtlichen Zielen und Grundsätzen und Festigkeit in ihrer Anwendung sind und bleiben jedoch eine verläßliche Grundlage für eine Menschenrechtspolitik, der es um Wirksamkeit und Überzeugungskraft nach außen und innen geht.

IV. Eine ergänzende Vorlage zu einzelnen oder mehreren Punkten dieses komplexen Themas möchte ich mir vorbehalten.[43]

Richthofen

Referat 231, Bd. 148311

377

Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 3687 **Aufgabe: 30. Dezember 1986, 20.25 Uhr**[1]
Ankunft: 30. Dezember 1986, 19.08 Uhr

Betr.: Sowjetische Politik zum Jahresende 1986

Bezug: DB Nr. 3561 vom 11.12.86 (Pol 322.00)[2]

Zur Unterrichtung

I. Das Jahr 1986 wurde für die SU durch eine Reihe einschneidender Ereignisse geprägt, die einerseits den Willen der politischen Führung zeigen, innenwie außenpolitisch den Weg des Landes mit Energie, Ungeduld, aber auch Flexibilität zu gestalten, andererseits die Widerstände deutlich machen, die raschen und tiefgreifenden Veränderungen entgegenstehen.

Die erklärte Politik verbindet sich mit den Stichworten: Umstrukturierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, mehr Offenheit in Medien und öffentlicher

43 Aufgrund der Weisung des Bundesministers Genscher vom 11. Februar 1987 legte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 12. Februar 1987 eine weitere Aufzeichnung zur Menschenrechtspolitik vor. Vgl. AAPD 1987.

1 Das von Botschaftsrat Neubert, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.
Hat Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationssekretär Brose, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]" sowie die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller verfügte.
Hat Brose, Mülmenstädt und Müller vorgelegen.
Hat Hofstetter am 5. Januar 1987 vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Kastl, Moskau, vgl. Dok. 360.

Diskussion, zielstrebige Personalpolitik des GS, starkes Engagement und zahlreiche Ansätze in der Außenpolitik (Genf[3], Reykjavik[4], Asien-Politik der Wladiwostok-Rede[5], bis hin zum Delhi-Besuch[6], Annäherung an China[7] und Bewegung in Afghanistan-Frage[8]).

Die Abfolge der Ereignisse mahnt dagegen unübersehbar an die Grenzen des Machbaren:

– Tschernobyl[9] und eine Reihe anderer Unglücksfälle zeigen, wieviele Hindernisse es in Technik, Wirtschaft und Management zu bewältigen gibt, sie setzen Fortschrittsoptimismus Grenzen und zwingen zu ernüchterndem Überdenken bisheriger Politik.

– Nach dem „Abrüstungsprogramm“ vom 15.1.[10] und dem Budapester Appell vom Juni[11] hat zuerst Reykjavik und dann die Reaktion auch Westeuropas gezeigt, daß öffentlichkeitswirksame „Initiativen“ allein das Verhältnis zu USA und westlichem Bündnis nicht umgestalten können, sondern daß es dazu auch des „Gebens“ am Verhandlungstisch bedürfte.

– Die Ansätze in der Wirtschaft bleiben vorerst auf „Maßnahmen“ – vor allem organisatorischer Art – beschränkt. Greifbare, außergewöhnliche Leistungssteigerungen oder Änderungen in Führungs- und Steuerungsmethoden sind bisher noch nicht zu verzeichnen.

– Der personelle „Umbau“ geht zwar weiter, die anhaltend heftige Kader- und Methodenkritik zeigte jedoch, daß a) nicht alle Neubesetzungen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben und b) noch viel aufzuholen ist. Die Ereignisse von Alma-Ata[12] zeigen gleichzeitig, wie hochsensibel die Herrschaft

3 Vom 18. September bis 13. November 1986 fand in Genf die sechste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle statt. Vgl. dazu Dok. 325 und Dok. 329.

4 Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. Dok. 282 und Dok. 284–286.

5 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 25. bis 28. November 1986 in Indien auf.

7 Vgl. dazu die Gespräche zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über die Normalisierung der Beziehungen; Dok. 300, Anm. 17.

8 Vgl. dazu die Ankündigung eines Abzugs sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan; Dok. 210, Anm. 36.

9 Zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 127 und Dok. 128.

10 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

11 Zur Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 11. Juni 1986 („Budapester Appell“) vgl. Dok. 179, Anm. 8.

12 Vom 17. bis 19. Dezember 1986 kam es in Alma-Ata zu Unruhen. Vortragender Legationsrat Libal notierte dazu am 19. Dezember 1986, die sowjetischen Medien hätten darüber sofort berichtet: „Es ist schwer vorstellbar, daß die Studenten völlig auf eigenes Risiko und ohne eine gewisse Ermunterung auf die Straße gegangen sind. Die Demonstrationen deuten auf einen Konflikt innerhalb der Führungsschicht Kasachstans, der sich an der Einsetzung eines neuen und zudem noch ‚landfremden‘ Russen als neuer Parteichef entzündet haben dürfte.“ Die Demonstrationen seien „zweifellos Anzeichen einer tiefen Verstimmung über die Methoden der Moskauer Zentrale unter Gorbatschow, deren Disziplinierungskampagne und Säuberungspolitik sich in besonderem Maße gegen die einheimischen Kader in den zentralasiatischen Republiken richtet“. Vgl. Referat 213, Bd. 139289.

über den Vielvölkerstaat in Wahrheit ist. Das in Chabarowsk[13] vom GS angekündigte ZK-Plenum zu Kaderfragen ist bis heute ausgeblieben, trotz der neuen Parteistatuten[14], nach denen es noch vor Jahresende hätte stattfinden müssen.

II. Eine knappe Bilanz des Jahres 1986 leuchtet den Kontrast hell aus. Zwischen der Aufgabe der „Umstrukturierung", die sich die Führung gestellt hat, den personellen und sachlichen Mitteln, über die sie dazu verfügt, und dem Ausmaß der Trägheit, die es zu bewältigen gilt. Tempo und Ausmaß der beabsichtigten Veränderungen sind demnach mit großer Nüchternheit zu bewerten.

1986 brachte der SU keine überragenden, greifbaren Erfolge, aber auch keine Rückschläge. Trotz Tschernobyl und dem Widerstand der Bürokratie vermittelt Gorbatschow innenpolitisch ein Bild unermüdlicher Energie und Betriebsamkeit. Er ist nicht der Mann, der sich durch Schwierigkeiten entmutigen läßt. Nach Anspruch und Persönlichkeit dürften der GS und andere maßgebliche Führungsmitglieder Probleme und Lösungsmöglichkeiten sehr nüchtern einschätzen.

Wagt man einen Ausblick in die Zukunft, so dürfte die sowjetische Führung aber der Notwendigkeit, den Kurs des „Umbaus" fortzusetzen, Vorrang einräumen vor allen anderen Erwägungen. Entschlossenheit in der Strategie dürfte soweit nötig mit Flexibilität in der Taktik verbunden werden. Insgesamt dürfte die eher gemischte Bilanz 1986 aber keinen Kurswechsel, sondern verstärktes Engagement hervorrufen. Dies gilt sowohl für Sach- wie für Personalfragen.

Das ausgebliebene ZK-Plenum ist sicher Indiz von Diskussionen im Politbüro. Sie dürften aber das Ausmaß der Dynamik betreffen, mit der „Umbau" vorangetrieben werden muß, nicht das „ob" und die allgemeine Richtung. Es wäre deshalb gewagt, daraus und aus der Rolle Ligatschows auf eine Schwächung Gorbatschows zu spekulieren.

Mein französischer Kollege[15] und ich waren uns einig – in Erinnerung an die letzte Zeit Chruschtschows vor 25 Jahren –, daß ein Vergleich der beiden Situationen zumindest auf absehbare Zeit noch nicht in Frage kommt.

Der Politbüro-Mechanismus von Kompromiß, Kompensation und Konsens funktioniert. Nur außergewöhnliche Ereignisse könnten ihn außer Kraft setzen. Die derzeitige Führung wird Entscheidungsschwäche oder Handlungsunfähigkeit nicht zulassen.

Auch außenpolitisch ist der große Durchbruch ausgeblieben, aber – gerade im Vergleich zum großen Gegenspieler – steht Gorbatschow besser da als sein Vorgänger Andropow 1983: Die SU ist von keinem Verhandlungstisch aufgestanden, und in der öffentlichen Präsentation auch nach Reykjavik vermittelt sie weiter den Eindruck einer dynamischen Politik. Gorbatschow wird versuchen, dieses Image durch fortgesetzte Initiativen aufrechtzuerhalten. Es wird auch am Westen liegen, diese „Dynamik" nicht ungehindert in reine „Öffentlichkeitsarbeit"

13 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 31. Juli 1986 vgl. Dok. 309, Anm. 8.

14 Für den Wortlaut des Statuts der KPdSU vom 1. März 1986 vgl. SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie, S. 201–220.

15 Yves Pagniez.

fließen zu lassen, sondern auch in konstruktive Substanz Fortschritte an den Verhandlungstischen zu lenken.[16]

III. Im einzelnen stichwortartig:

1) Außenpolitik

a) – Die Politik gegenüber den USA ist nach dem Auftakt 1985 mit dem Genfer Gipfel[17] und dem Beginn der Genfer Verhandlungen[18] zweigleisig gelaufen, mit viel „Öffentlichkeitsarbeit" einerseits und bedeutsamen Annäherungen in der Sache andererseits – bis Reykjavik. Fortbestehende Interessensgegensätze verhinderten dort den Durchbruch, die SU setzte danach noch stärker auf die Öffentlichkeit und wartet – nach dem demokratischen Sieg im Kongreß[19] und nach Irangate[20] – ab. Der GS muß sich fragen: Was wird der Kongreß in den nächsten Jahren für ihn besorgen, ohne daß er mit Konzessionen zu zahlen hat, und was kann Präsident Reagan noch bewegen? Ein sowjetischer Verzicht auf das INF-Junktim oder auf die bisherige strikte SDI-ABM-Position, die Bewegung in die Verhandlungen bringen könnten, sind daher noch nicht entscheidungsreif.

– Im Verhältnis zu GB und F hat das Insistieren der SU auf der „Eliminierung aller Nuklearwaffen" als jetzt schon verbindlich festzulegendes gemeinsames Ziel von Ost und West mehr grundsätzliche Widerstände ausgelöst, als der Verzicht auf Drittstaateneinbeziehung bei LRINF ausräumen konnte. Hier hat die SU nicht glücklich operiert. Der grundlegende Ost-West-Dissens in der Sicherheitspolitik wurde nach Reykjavik unübersehbar bloßgelegt – ohne ein kompensierendes Lösungsangebot.

– Bei CW-Verbot und KRK machte die SU öffentlich „positiv" gemeinte Vorschläge, bisher blieben aber überzeugende Angebote aus, welche im Verhältnis zu Westeuropa die Aussicht auf substantielle Fortschritte in der Frage der strategischen Sicherheit eröffnet hätten. Operativ gehandelt hat statt dessen die vielgescholtene NATO mit der Brüsseler Erklärung zu KRK[21], die immerhin den prozeduralen Weg aufzeigt.

„Reykjavik" hat die SU irritiert, aber ihre Hoffnung auf „Fortschritt" nicht erstickt. Solange die Lage in Washington unklar ist, wird sie sich weiter auf die Bearbeitung der Öffentlichkeit konzentrieren. Dabei steht sie vor einem Dilemma: Einerseits fehlt ihr z. Z. der valable Verhandlungspartner in den USA, andererseits drängt die Zeit bis zum Ende der Reagan-Ära. Mit ihm ein Abkommen abzuschließen, das Chancen hätte, ratifiziert zu werden, muß sie locken. Praktisch drei bis vier Jahre auf eine neue Ad-

16 So in der Vorlage.

17 Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

18 Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle begannen am 12. März 1985 in Genf. Die erste Verhandlungsrunde endete am 23. April 1985. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 86 und Dok. 106.

19 Zu den Wahlen in den USA am 4. November 1986 vgl. Dok. 351, Anm. 18.

20 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran vgl. Dok. 324, Dok. 336 und Dok. 340.

21 Für den Wortlaut der „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 77–79.

ministration zu warten, deren Durchsetzungskraft unbekannt ist, muß sie schrecken.

b) – Die Wladiwostok-Rede stellt ein neues Asien-Engagement dar, das bisher unterschiedliche Folgen hatte:
  – Still, aber am weitesten fortgeschritten sind offenbar die Bemühungen um einen sachlichen Dialog mit China (nur noch Kambodscha als „großes Hindernis“[22]);
  – damit verbunden Annäherung an Nordkorea, Ermutigung vorsichtiger vietnamesischer Kurskorrekturen sowohl in der Wirtschafts- wie der Außenpolitik (Verhältnis zu China, Kambodscha, Laos);
  – die ASEAN-Staaten bleiben vorerst aufmerksame, aber noch distanzierte Beobachter;
  – in Afghanistan bewegt sich die SU (Wechsel Karmal–Najib[23], Gespräche mit Pakistan, Cordovez[24], Iran?), es ist jedoch noch nicht absehbar, wie schnell und wie weit;
  – der intensivierte Dialog mit Indien scheint eher allgemein und langfristig angelegt, zumal Indien auf konkrete Ansätze (Asienkonferenz[25]) nicht einging, abgesehen von den eingespielten bilateralen Beziehungen;
  – gegenüber Japan gab es eine graduelle Erwärmung im Prozeduralen (Gorbatschows Besuchsabsichten), aber auch eine Verschärfung der konträren Positionen, global wie bilateral (Kurilen[26]).

22 Zu den „drei Hindernissen“ in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR vgl. Dok. 360, Anm. 28.

23 Zum Wechsel im Amt des Generalsekretärs der Demokratischen Volkspartei Afghanistans am 4. Mai 1986 vgl. Dok. 164, Anm. 23.

24 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts vgl. Dok. 188, Anm. 15.
Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 4. Dezember 1986: „U[nder]S[ecretary]G[eneral] Cordovez gab am 3.12.86 zum Abschluß seiner Pendelflüge zwischen Islamabad und Kabul bekannt, daß die indirekten Genfer Gespräche aufgrund einer Vereinbarung zwischen Pakistan und Afghanistan am 11.2.1987 wiederaufgenommen werden. Im Laufe seiner Besuche in Islamabad und Kabul hätten sich beide Seiten über die Einzelheiten der Durchführung eines Abkommens zur Regelung des Afghanistan-Problems geeinigt. Nunmehr sei nur noch die Frage des Zeitplans des sowjetischen Truppenabzugs offen. Beide Seiten hätten ihm zugesagt, die noch offenen Probleme des Zeitplans unvoreingenommen zu prüfen.“ Berendonck legte dazu dar: „Cordovez ist es offenbar gelungen, eine Einigung über die Modalitäten der VN-Überwachung des Rückzugs der sowjetischen Truppen herbeizuführen. Mit dem bei ihm häufig anzutreffenden Optimismus meinte Cordovez, daß bei den Verhandlungen nun ein neues Kapitel begonnen habe.“ Nach Äußerungen aus dem pakistanischen Außenministerium gebe es allerdings noch Differenzen hinsichtlich des Zeitplans. Auch vertrete die UdSSR zum Abzug ihrer Truppen „eine völlig andere Konzeption“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1211; Referat 213, Bd. 139329.

25 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 21. Mai 1985 für ein Asiatisches Forum vgl. Dok. 164, Anm. 16.

26 Zur Kurilen-Frage vgl. Dok. 17, Anm. 12.
Botschafter Hallier, Tokio, berichtete am 10. Dezember 1986, im Zusammenhang mit der Frage eines möglichen Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Japan hätten Ministerpräsident Nakasone und der japanische Außenminister Kuranari in verschiedenen Parlamentsreden seit September 1986 „eine Verständigung mit der SU in der Territorialfrage vor Vereinbarungen über Moskau in besonderem Maße interessierende Materien aus dem Handels-, Wirtschafts- und Technologiebereich als feste Positionen der Regierung“ herausgestellt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1973; Referat 213, Bd. 139337.

c) – [27]Im Nahen und Mittleren Osten kam die SU ebensowenig weiter: Der Iran-Irak-Krieg ist auch für sie ebenso heikel wie unlösbar, erfolgreiches politisches Zusammenwirken mit Syrien und der PLO gleichzeitig schließt sich aus, Libanon ist intraktabel, Ägypten öffnet sich vorsichtig. Dies war bisher aber nicht praktisch ausmünzbar für sowjetische NO-Politik.
   – In Afrika ist Gaddafi (Tschad) eine gewisse Belastung, das Südafrika-Problem entzieht sich allzu offensichtlich auch sowjetischer politischer Einflußnahme, und die anderen Staaten Afrikas bräuchten konkrete Hilfe – und dafür hat die SU nicht genügend Geld.
   – In Lateinamerika hat die SU zwar ihre Politik kontinuierlich aktiviert und diplomatische Beziehungen auch zu den meisten eher konservativen Regierungen aufgenommen, aber sie wird doch noch als regional-fremde Macht angesehen, was ihren konkreten Einfluß schmälert, unbeschadet ihrer besonderen Stellung in Kuba und Nicaragua.

2) Innenpolitik

Der GS führt seine Personalpolitik fort, aber es zeigen sich deutlich die Grenzen des Machbaren:

– Relikte der Breschnew-Ära sind weiter im Amt und haben offenkundig ungeschmälerten Einfluß (sowohl Personen wie Institutionen: so der vom GS mehrfach beschimpfte Gosplan).
– Einige Neubesetzungen des GS haben sich nicht bewährt, sie sind bereits selbst Objekt herber Kritik (einige Gebietsparteichefs).
– Kunajew mußte gehen, aber die Unruhen von Alma-Ata haben gezeigt, wie schwer die Probleme des Mißmanagements zu bewältigen sind. Schtscherbitskij ist noch da. Das vom GS selbst in Chabarowsk angekündigte ZK-Plenum zur Kaderpolitik konnte noch nicht stattfinden (trotz Termingerüchten), das im Februar erst geänderte Parteistatut mußte mißachtet werden.
– Es gibt zwar keine personell faßbare Opposition, wohl aber Obstruktion zu Gorbatschows Politik auf mittlerer Partei- und Regierungsebene. Auch hier gilt, Tempo und Ausmaß der bisherigen Veränderungen deuten eher auf „Streckung", nicht auf die vom GS verkündete „Beschleunigung" des großen „Umbaus". Weiterbetrieben wird er sicher.

3) Glasnost – Offenheit

„Glasnost" machte 1986 nur sehr langsame Fortschritte, erst nach den offenkundigen Fehlern nach dem Unglück in Tschernobyl hat die Führung mit der Durchsetzung ernst gemacht. Dabei dient „Glasnost" vor allem der Disziplinierung bei Arbeit und Produktion und der politischen „Sprachregelung" und bleibt in Funktion und Ausmaß begrenzt. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß es trotz der Instrumentalisierung der „Offenheit" erheblich mehr Information gibt als noch vor wenigen Jahren.

4) Menschenrechte

Die Knebelung der Dissidenten und die Drosselung bei Ausreisen bestehen fort. Der Tod Martschenkos[28] hat dies erneut deutlich gemacht. Andererseits zahlen

[27] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3688 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
[28] Zum Tod des sowjetischen Dissidenten Martschenko vgl. Dok. 357, Anm. 13.

sich humanitäre Gesten im In- und Ausland aus. So in den Fällen Schtscharanskij[29], Orlow[30], Ratuschinskaja[31] und – Sacharow[32].

Gleichzeitig mit der positiven Lösung von Einzelfällen verfolgt die SU in der internationalen Arena um so offensiver ihr eigenes Konzept von „Menschenrechten", so in den VN und im KSZE-Rahmen.

Die SU könnte erheblichen politischen Kredit in der Weltöffentlichkeit verbuchen, würde aus einer Folge „punktueller" Lösungen individueller MR-Fälle eine erkennbare politische „Linie" mit einer schrittweisen Verbesserung der MR-Situation in der SU werden. Dies müßte sich besonders zugunsten der sowjetischen Glaubwürdigkeit in „Friedenspolitik" und Rüstungskontrolle auswirken. Dieser Effekt mag eines der Motive der jüngsten MR-Entscheidungen gewesen sein.

5) Wirtschaft

- Die neuesten Daten deuten darauf hin, daß das Wirtschaftswachstum für 1986 nicht so hoch ausfällt wie angestrebt. 1986 war kein schlechtes Jahr der sowjetischen Wirtschaft. Bei Einbruch im Außenhandel wird Wachstumsrate dank verstärkter Ausnutzung vorhandener Reserven bei knapp 4 %[33] liegen.
- Die ständige öffentliche Debatte um Produktqualität und Produktivität zeigt, wie groß der Aufholbedarf bleibt.
- In der Landwirtschaft ist Selbstversorgung beabsichtigt, aber noch nicht verwirklicht. Verbesserungen werden durch Mangel an qualifiziertem Personal (Intensivtechnologie) gehemmt.
- Viel „neue Politik" schlug sich 1986 erst einmal in einer Verordnungsflut[34] nieder: Einrichtung von Gosagroprom für die Landwirtschaft, betriebsunabhängige Qualitätskontrolle für einige Industrien (Gosprijomka), Umorganisation des Außenhandels, Arbeitsplatzüberprüfung, eine Lohn- und Gehaltsreform soll 1987 einsetzen und bis 1991 durchgeführt werden, Gesetz über individuelle Arbeitstätigkeit, „volle Rechnungslegung" in einigen Industrien und Kombinaten.
- Glasnost wird verstärkt bei Einzelproblemen der Wirtschaft und von Betrieben praktiziert, nicht jedoch bei entscheidenden Daten der volkswirtschaftlichen Statistik. Die Zahlenangaben betreffen relative Größen zum Vorjahr, die Definitionen bleiben undurchsichtig, absolute Größen fehlen nach wie vor und machen solide Gesamtwertungen sehr schwer.

29 Zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij vgl. Dok. 25 und Dok. 26.

30 Zur Freilassung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Orlow vgl. Dok. 264, Anm. 25.

31 Referat 213 erläuterte am 15. Juli 1986, die Lyrikerin Ratuschinskaja, die Mitglied einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung sei, sei 1982 verhaftet und 1983 wegen „Agitation mit dem Ziel der Schwächung des Sowjetregimes" zur Höchststrafe von sieben Jahren Lagerhaft und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Infolge der Haftbedingungen und nach Hungerstreiks sei ihr Gesundheitszustand „offenbar besorgniserregend". Vgl. Referat 139295.
Ratuschinskaja wurde am 9. Oktober 1986 aus der Haft entlassen. Vgl. dazu den Artikel „Soviet Poet Freed Suddenly From Labor Camp and Exile"; THE NEW YORK TIMES vom 11. Oktober 1986, S. 6.

32 Zur Aufhebung der Verbannung des Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 362, Anm. 35.

33 Korrigiert aus: „400".

34 Zu den Gesetzgebungsvorhaben in der UdSSR vgl. Dok. 313, Anm. 14.

– Von der angekündigten Regionalpolitik mit Schwerpunkt Fernost ist bisher weder im Jahresplan 1987 für die UdSSR noch in dem der RSFSR etwas zu sehen. Statt dessen deutet die innenpolitische Kritik auf allen Ebenen, die immer auch wirtschaftliche Bezüge hat (sei es Versorgung, sei es Produktion), darauf hin, daß die regionalen und örtlichen Einzelprobleme die Energien der Führung stark beanspruchen und darüber, wenn nicht der „große Wurf" selbst, so doch der Blick dafür verlorenzugehen droht.

  Die „grundlegende Wende" in der Wirtschaftspolitik, die seit April 1985 erklärtes Ziel ist, hat sich bisher noch nicht vollzogen.

– Als Bilanz: viele Absichtserklärungen und organisatorische Experimente, aber noch kein Erfolgsnachweis. Angesichts der Größe der Aufgabe ist dies kein Wunder, aber

– nach westlichen Maßstäben fehlt der beherzte Zugriff auf die Kernprobleme des sowjetischen Wirtschaftssystems. Es bleibt bei Versuchen, die notwendige Effizienzsteigerung mit Wahrung der ideologischen Orthodoxie zu verbinden und ja keine erkennbaren Anleihen beim „anderen" Wirtschaftssystem zu machen.

  Ob sich Reform und Orthodoxie vereinbaren lassen oder diese letztlich Reformen unmöglich macht, muß sich zeigen. Derzeit deutet mehr auf ideologische Vorsicht als auf wirtschaftspolitischen Neubeginn hin. Die NEP[35] war in dieser Hinsicht sicher ein radikalerer Kurswechsel als die „Reformen" des vergehenden Jahres.

6) Kultur

Die Kulturszene – vor allem in Moskau – wurde 1986 wohl unerwartet zur bewegtesten Bühne des „Umbaus" und der Veränderung. Theater und Ausstellungen zeigen Neues und auch einiges Gewagte, sei es politisch oder künstlerisch. Dieses von der Führung gebilligte „Tauwetter" blieb jedoch unter parteilicher Kontrolle. Das Verhältnis von Verbot und Erlaubnis bzw. Tolerierung verschob sich zugunsten der letzteren – absolut nicht sehr weit, aber relativ doch so weit, daß in Künstlerkreisen Erwartungen aufkeimen. Künstler fangen an, Gorbatschow einen gewissen Vertrauenskredit bzgl. seiner vorsichtig offenen Linie einzuräumen. Die offizielle Politik will deutlich durch Ermutigung der schöpferischen Tätigkeit die sowjetische Gesellschaft modernisieren und damit Wirtschaft und Staat stärken. Wie auf allen anderen Feldern spielt Gorbatschow ein gewagtes Spiel, dessen Ergebnis noch völlig offen ist.

[gez.] Kastl

Referat 220, Bd. 130079

35 Nowaja ekonomitscheskaja politika (Neue Ökonomische Politik).

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

– Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
– In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1986 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
– Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1986 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
– Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
– Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
– Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
– Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
– **Band I** reicht von Dokument 1 bis 181 bzw. von Seite 3 bis Seite 951, **Band II** von Dokument 182 bis 377 bzw. von Seite 953 bis 1981.

Abadía Arias, Victor Jorge Außenminister der Republik Panama S. 1344 f.

Abdel-Hamid, Mohamed El Shaffi Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Bonn S. 173, 597, 1043, 1906[7]

Abdel-Meguid, Ahmed Asmat Außenminister der Arabischen Republik Ägypten S. 173, 867, 944[11], 1043, 1905

Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud Kronprinz des Königreichs Saudi-Arabien, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Kommandeur der Nationalgarde S. 288[30], 1766

Abdul Rahman ibn Abdul Aziz al-Saud Prinz und stellvertretender Verteidigungsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 1764[3], 1765

Abe, Shintaro Außenminister von Japan bis 22. Juli 1986 **Dok. 17, 132, 133** und S. 301[20], 701 f., 854

Abgelghani, Mohamed Ben Ahmed Staatsminister im algerischen Präsidialamt (Ministre d'état auprès de la Présidence de la République) S. 1620, 1622

Abou Ali, Sultan Mohammed ägyptischer Wirtschafts- und Handelsminister S. 1043

d'Aboville, Benoît Referatsleiter im französischen Außenministerium (Délégué dans les fonctions de Sous-Directeur au service des Affaires stratégiques et de Désarmement), seit Juli 1986 Unterabteilungsleiter (Directeur adjoint des Affaires politiques) S. 212, 757, 1193[16], 1263–1268, 1270–1277, 1455 f., 1458[7], 1511 f., 1575–1585, 1652[11], 1762[13]

Abrahamson, James Alan Generalleutnant und Direktor des SDI-Programms im amerikanischen Verteidigungsministerium (Director, Strategic Defense Initiative Organization) S. 304[7], 472, 473[8], 1138

de Abreu Sodré, Roberto Costa Außenminister der Föderativen Republik Brasilien seit 14. Februar 1986 S. 1406[11]

Abs, Hermann Josef Bankier; 1967–1976 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt/Main S. 955, 1314[16]

Abshire, David Manker Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 553–555, 559[23], 726, 822[6], 1308, 1681[2]

Abu Abbas (Muhammad Zaidan) Führer der Palestine Liberation Front (PLF) S. 270[18], 635

Abu Nidal (Sabri Chalil al-Banna) Gründer und Führer der Abu-Nidal-Organisation S. 13[34], 63[11], 174, 533, 1230, 1587, 1589, 1818

Achenbach, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO" bzw. seit 14. August 1986 im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 231[1], 258[1]

Achromejew, Sergej Fjodorowitsch Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Erster Stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte S. 1464[6+7], 1579, 1869, 1895

Ackermann, Klaus Hellmuth Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 992[18]

Adamek, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts **Dok. 345** und S. 215[1], 290[1], 302[1], 328[1+3], 915[1], 920[22], 931[1], 1289[1+2], 1637[1+3], 1803[1]

Adamischin, Anatolij Leonidowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, seit Mai Stellvertretender Außenminister S. 1264, 1617, 1889

Adelman, Kenneth Lee Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 567[7], 731[5], 1184[7], 1374 f., 1464[6]

Adenauer, Konrad 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 374, 742, 776[12], 1214, 1318

Ağca, Mehmet Ali S. 284[8]

Agnelli, Susanna Staatsministerin im italienischen Außenministerium S. 814

Ahlers, Klaus Vorstandsvorsitzender der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG S. 1924

Ahrens, Geert-Hinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi, seit 5. September 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“ im Auswärtigen Amt S. 1410[1], 1605[14+16]

Ailleret, Charles 1962–1968 Chef des französischen Generalstabs S. 1568[7]

Akihito Kronprinz von Japan S. 703 f.

Akinyemi, Akinwande Bolaji Außenminister der Bundesrepublik Nigeria **Dok. 257**

Alberto Consalvi, Simón Außenminister der Republik Venezuela S. 1344 f.

Albrecht, Ernst Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (CDU) S. 918

Alexander, Michael O'Donel Bjarne Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Wien und Leiter der britischen MBFR-Delegation, seit August 1986 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 677, 1303

Alexejew, Sergej Sergejewitsch Stellvertretender Generalsekretär im sowjetischen Außenministerium S. 1384

Alfonsín, Raúl Ricardo Präsident der Argentinischen Republik S. 209, 389, 390[5], 1147–1149, 1151, 1153, 1238[10+11], 1239[14]

Algabid, Hamid Ministerpräsident der Republik Niger S. 244

Ali Khan, Sahabzada Mohammad Yaqub siehe: Yaqub Ali Khan, Sahabzada

Allard, Victor Botschafter des Königreichs Belgien in Teheran S. 1428[10]

Allende Gossens, Salvador 1970–1973 Präsident der Republik Chile S. 1150, 1253[5]

de Almeida, Leonardo Ribeiro portugiesischer Verteidigungsminister S. 777, 1809

Alten, Jürgen von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 1355[12]

Altenburg, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts S. 420[1+2], 435[1], 1568[1]

Altenburg, Wolfgang General und Generalinspekteur der Bundeswehr bis 30. September 1986; seit 1. Oktober 1986 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Brüssel S. 50[13], 53, 315, 325 f., 999[1], 1053–1055, 1126 f., 1129 f., 1137, 1139, 1803, 1808, 1810, 1872[5]

Alzaga Villaamil, Óscar Vorsitzender der spanischen Partei Partido Demócrata Popular (PDP) S. 354[35]

Amin, Hafizullah 1979 Präsident des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan S. 818[24], 1026, 1973

Amirpur, Manutschehr Dolmetscher S. 1741

Ammon, Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO“ des Auswärtigen Amts S. 152[1], 900[1+3], 908[31]

Amrollahi, Reza stellvertretender iranischer Ministerpräsident und Präsident der Iranischen Atomenergiebehörde S. 232 f.

Amstutz, Daniel Gordon (Dan) Staatssekretär im amerikanischen Landwirtschaftsministerium (Under Secretary of Agriculture for International Affairs and Commodity Programs) S. 1744

Andersson, Sten Sture Außenminister des Königreichs Schweden S. 1209[11]

Andrea Ordensschwester im katholischen Frauenorden „Missionarinnen der Nächstenliebe“ S. 653

Andrei, Ştefan 1978–1985 Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 583[6]

Andreotti, Giulio Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 50, 132, 133, 351** und S. 12[29], 60, 273[1], 279–282, 596, 637 f., 672 f., 676, 865–868, 870, 873, 1256, 1258, 1467, 1585, 1620[4], 1648, 1863 f.

Andriessen, Franciscus (Frans) Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft und Fischerei) und Vizepräsident S. 485, 872[41], 1275[5], 1774 f., 1779

Andropow, Jurij Wladimirowitsch 1982–1984 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 313[16], 373[12], 376, 443, 476[19], 602, 1590[2], 1871[35], 1976

Antonow, Alexej Konstantinowitsch sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 451, 1752 f.

Antonow, Sergej Iwanow S. 284

Appleyard, Leonard Vincent Persönlicher Referent des britischen Außenministers Howe (Principal Private Secretary), seit Juli 1986 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Budapest S. 522

Aptidon, Hassan Gouled Präsident der Republik Dschibuti S. 244

Aquino, Benigno (Ninoy), Jr. 1966–1983 Vorsitzender der philippinischen Liberalen Partei S. 709

Aquino, María Corazón Sumulong Cojuañgco Oppositionsführerin, seit 25. Februar 1986 Präsidentin der Republik der Philippinen S. 297[6], 299[12], 686 f., 708–710, 1842

Arafat, Yasser Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO) S. 84, 173 f., 219[7], 220, 223, 225[27], 226, 264 f., 635, 637, 728, 1310, 1819

Arbatow, Georgij Arkadjewitsch Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Kandidat des ZK der KPdSU S. 390, 712, 1464[6]

Archipow, Iwan Wassiljewitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident bis 4. Oktober 1986 sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 702

Arens, Mosche israelischer Minister ohne Geschäftsbereich S. 535

Arias Sánchez, Óscar Präsident der Republik Costa Rica seit 8. Mai 1986 S. 865[13]

Armacost, Michael Hayden Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 1264, 1362, 1564, 1839, 1889

Arnaud, Claude Victor Maurice Mitarbeiter im Kabinett des französischen Außenministers (Conseiller auprès du Ministre) und Botschafter der Französischen Republik (Ambassadeur de France) S. 14, 326, 343

Arnim, Joachim von Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 80, 215, 232** und S. 215[1], 274[6], 536[10], 772[1], 920[24], 1131[23], 1957[1]

Arnold, Hans Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. September 1986 S. 992[15]

Arnot, Alexander Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau; 1979–1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt S. 4[7], 124[2], 202[19], 664[13], 711[5], 860[22], 1052[9], 1265[15], 1554[17], 1686[11]

Arsene, Pavel S. 17[5], 18, 154[2+3], 155–157, 160[3], 161[7]

Arx, Herbert von Minister im schweizerischen Außenministerium (Dienst für politische Sonderfragen) S. 1644, 1646

Ashwin, Robin Botschafter von Australien in Bonn S. 1882[24], 1892

al-Assad, Hafiz Präsident der Arabischen Republik Syrien **Dok. 126** und S. 254, 592[12], 593, 684f., 867, 954, 1707, 1818f.

Astorga Gadea de Jenkins, Nora Leiterin der Ständigen Vertretung der Republik Nicaragua bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafterin S. 1346

Atanassow, Georgi Iwanow Ministerpräsident der Volksrepublik Bulgarien seit 24. März 1986 S. 1816[13]

al-Atassi, Abdul Karim 1976–1982 Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Bonn S. 1718

al-Attar, Issam syrischer Exilpolitiker S. 1718

Attlee, Clement Richard 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1099[28]

Aubert, Pierre Außenminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft **Dok. 320** und S. 979, 1019, 1209[11]

Auroux, Jean französischer Verkehrsminister bis 20. März 1986 S. 346

Axen, Hermann Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Sekretär des ZK für internationale Angelegenheiten S. 158

Azcona del Hoyo, José Simón Präsident der Republik Honduras seit 27. Januar 1986 S. 865[13]

Babangida, Ibrahim Badamasi Staatschef der Bundesrepublik Nigeria; 1983–1985 General und Oberbefehlshaber des nigerianischen Heeres S. 133

al-Babtin, Khalid A.M. Botschafter des Staates Kuwait in Bonn S. 478[2]

Bader, George W. Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Principal Director, European NATO-Policy) S. 566

Badini, Antonio außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten S. 273

Badinter, Robert französischer Justizminister bis 19. Februar 1986, seit 4. März 1986 Präsident des Verfassungsrats S. 12

Bahr, Egon Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung" des Deutschen Bundestages sowie Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der SPD; 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamts von Berlin, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 149, 335, 390, 496f., 678, 729, 1184[7]

Bailes, Alyson Judith Kirtley Mitarbeiterin im britischen Außenministerium (First Secretary) S. 40

Baker, James Addison III amerikanischer Finanzminister; 1981–1985 Stabschef im Präsidialamt (White House Chief of Staff) S. 96[7], 130–132, 134f., 137f., 140f., 143, 145, 341f., 813, 1549–1551, 1913[5], 1916

Baldrige, Howard Malcolm, Jr. amerikanischer Handelsminister S. 1942, 1944

Balladur, Édouard französischer Wirtschafts- und Finanzminister seit 20. März 1986 S. 577[27], 1381[16], 1610f., 1746[12]

Bandar ibn Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Washington S. 1666

Bangemann, Martin Bundesminister für Wirtschaft und Vorsitzender der FDP S. 3[4], 6, 53[17], 72–74, 76, 82, 103, 179[13], 190, 210, 233, 258[2], 288, 320, 339, 342f., 345, 367[3], 369f., 371[8], 402f., 405[16], 422[8], 469, 471, 485, 498, 506[28], 515f., 518–520, 555, 557, 581, 628[33], 707[8], 716, 1006[4], 1036, 1043[1], 1105[38], 1408[13], 1409, 1549, 1610f., 1775[20], 1942, 1943[20], 1944

Bani Sadr, Abolhassan 1980/81 Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran, seit 29. Juli 1981 in Frankreich im Exil S. 1819

Barco Vargas, Virgilio Kandidat der Kolumbianischen Liberalen Partei bei den Präsidentschaftswahlen, seit 7. August 1986 Präsident der Republik Kolumbien S. 865[12]

Barker, Enno Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

in Washington, seit 2. August 1986 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ im Auswärtigen Amt S. 1162[1], 1315[1+3], 1357[1]

Barker, Robert Leiter der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über ein umfassendes Teststoppabkommen vom 25. bis 31. Juli 1986 in Genf sowie Mitarbeiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA (Deputy Assistant Director) S. 1142[8]

Barre, Mohamed Siad Präsident der Demokratischen Republik Somalia S. 244

Barry, Robert Louis Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 40, 42–44, 128, 212, 1107[14], 1286[2]

Bartels, Herwig Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 955[16], 1309[2]

Barthelt, Klaus Vorstandsvorsitzender der Kraftwerk Union AG S. 231[1], 232, 236[13]

Bartók, Béla *1881 †1945 S. 1955

Baruch, Bernard 1946–1947 Ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen (UNAEC) S. 91[8], 183

Barutçu, Ecmel stellvertretender Staatssekretär im türkischen Außenministerium S. 1431

Barzel, Rainer Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit; 1983–1984 Präsident des Deutschen Bundestages S. 276[14], 1607, 1611

Bassiouni, Mohammed Geschäftsträger der Botschaft der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv, seit 12. September 1986 Botschafter S. 1546[23]

Batalin, Jurij Petrowitsch sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und seit 19. August 1986 Vorsitzender des Staatskomitees für Bauwesen S. 1590, 1600, 1615 f., 1619

Battersby, Robert C. Mitglied des Europäischen Parlaments (ED) S. 926

Baudouin I. König der Belgier S. 740[2]

Bauer, Friedrich Botschafter der Republik Österreich in Bonn seit 30. Januar 1986 S. 444, 447

Bauer, William Edward Leiter der kanadischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1296 f., 1299 f.

Baum, Gerhart Rudolf Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1978–1982 Bundesminister des Innern S. 1114[2], 1117

El-Baz, Osama Berater des ägyptischen Präsidenten und Abteilungsleiter im Präsidialamt (Office for Political Affairs) S. 1905

Bazing, Hans Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts, seit 1. November 1986 Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ S. 847[1], 1963[3]

Beatty, Henry Perrin kanadischer Verteidigungsminister seit 30. Juni 1986 S. 1560, 1810

de Beaucé, Thierry Martin Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur général, Relations culturelles, scientifiques et techniques) seit März 1986 S. 1627

Beck, Józef 1932–1939 Außenminister der Republik Polen S. 377

Becker, Boris Tennisspieler S. 507[4]

Becker, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wellington S. 829[7]

Becket, Thomas *1119 †1170 S. 956

Beckmann, Lukas Mitglied und Sprecher des Bundesvorstands der Partei Die Grünen S. 1684 f., 1687[17]

Beecroft, Robert M. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1541

Beemelmans, Hubert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 614 „Jugend, Sport, Kirchen“ des Auswärtigen Amts S. 869[29+30]

Begin, Menachem 1977–1983 Ministerpräsident des Staates Israel S. 28[25]

Beheschti, Mohammed Hosseini schiitischer Geistlicher (Ayatollah); 1979–1981 Oberster Richter und Leiter des Justizwesens der Islamischen Republik Iran sowie Generalsekretär der Islamischen Republikanischen Partei, 1979–1980 Erster Sekretär des Revolutionsrats S. 1427

Behrendt, Rolf-Abdullah Oberamtsrat im Referat 340 „Südasien" bzw. seit Juli 1986 im Referat 615 „Multilaterale Zusammenarbeit" des Auswärtigen Amts S. 23[1]

Beitz, Berthold Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fried. Krupp AG S. 372

Bejger, Stanisław Erster Sekretär des Provinzkomitees der PVAP in Danzig sowie Stellvertretendes Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 605, 612

Belgassem, Yunis Oberst und Sonderberater von Oberst Gaddafi; 1984–1985 libyscher Minister für Äußere Sicherheit S. 39[10], 68[31]

Beljakow, Semjon Iwanowitsch Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 89, 884, 980, 1483

Bellinghausen, Rudolf Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris, seit 6. Oktober 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung" des Auswärtigen Amts S. 1777[24]

van Bellinghen, Jean-Paul Botschafter des Königreichs Belgien in London S. 672

Belonogow, Alexander Michajlowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Kairo, seit August 1986 Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 1384

Ben-Ari, Jitzhak Botschafter des Staates Israel in Bonn S. 1106[1], 1111

Bendjedid, Chadli Präsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 592[7], 651f., 684

Benslimane, Abdelkader Botschafter des Königreichs Marrokko in Bonn S. 250

Bente, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis; 1979–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik" im Auswärtigen Amt **Dok. 48** und S. 247, 642[5], 1554[17]

Bentin, Lutz-Arwed Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait, seit 3. März 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen; Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD" des Auswärtigen Amts bis zu seinem Tod am 29. Oktober 1986 S. 1378[1]

Bentley, Robert Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1586

Ben-Tov, Arye Rechtsanwalt S. 1117[10]

Bényi, József ungarischer Stellvertretender Außenminister S. 1438[23]

Bérégovoy, Pierre französischer Wirtschafts- und Finanzminister bis 20. März 1986 S. 142, 341

Berendonck, Gerd Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 643[7], 717[13], 1978[24]

Berg, Detlof von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 215[1], 510[16], 1273[58+59]

Bergquist, Mats Fingal Thorwald stellvertretender Abteilungsleiter im schwedischen Außenministerium S. 1235

Bernadotte Graf von Wisborg, Folke 1948 Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für den Nahen Osten S. 391

Bertele, Franz Josef Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" des Auswärtigen Amts sowie Völkerrechtsberater, seit 7. Juli 1986 Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung" **Dok. 63, 102, 335** und S. 169[1], 437[7], 753[1], 1218[10], 1227, 1261[1], 1501[2], 1615, 1712[13]

Bertram, Hans-Bodo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 201** und S. 146[1], 151[27], 215[1], 302[1], 491[1], 492[8], 553[1], 618[1], 772[1], 793[1+3], 796[12], 833[1], 931[1], 999[1], 1122[1], 1223[1], 1637[1], 1803[1], 1872[1]

Bertsch-Herzog, Ursula Mitarbeiterin im Ministerbüro des Außenministers der DDR S. 1357, 1361

Besse, Georges Direktor des Automobilkonzerns Renault bis zu seiner Ermordung am 17. November 1986 S. 1706

Bessmertnych, Alexander Alexandrowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, seit April 1986 sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 558[22], 1168[23], 1172[14], 1541

Bettzuege, Reinhard Vortragender Legationsrat und stellvertretender Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 7, 984

Beuth, Heinrich-Wilhelm Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts S. 190[11], 435[1], 440[22], 1296[1], 1438[16+18+22], 1759[1]

Bhagat, Bali Ram Außenminister der Republik Indien bis 12. Mai 1986 **Dok. 34** und S. 638, 668

Bhutto, Benazir pakistanische Oppositionspolitikerin S. 1028 f., 1524

Bianco, Jean-Louis Generalsekretär des französischen Präsidialamtes (Secrétaire général de la présidence de la République) S. 574[9]

Biedenkopf, Kurt Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und Vorsitzender des CDU-Landesverbands in Nordrhein-Westfalen S. 1750[31]

Bielecki, Czesław Architekt und Mitglied der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund, am 12. September 1986 aus Haft entlassen S. 237

Bilak, Vasil Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Vorsitzender der Ideologiekommission des ZK S. 1208

Birendra Bir Bikram Shah Dev König des Königreichs Nepal **Dok. 294**

Bismarck, Otto Fürst von 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 454

Bitterlich, Joachim Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts; 1978–1981 Legationsrat bzw. Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Algier **Dok. 356** und S. 80[1], 130[2], 152[1+5], 480[1], 488[3], 490[10], 522[1], 550[1], 573[1], 579[1], 586[1], 649[1], 653, 655[1], 880[1], 900[3], 906[26], 953[1], 1228[1], 1278[1], 1404[2], 1449[1], 1556[2], 1624[2+5], 1625[11+13], 1692[1], 1710[3], 1711[8+10], 1712[11], 1717[28], 1741[1], 1814[1], 1835[1], 1842[27]

Bittner, Michael S. 1784

Blackwill, Robert Dean Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 335[8], 677, 1192[15], 1489[21]

Blankenstein, Hartmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO“ des Auswärtigen Amts **Dok. 24** und S. 856[1+3], 860[20]

Blau, Hagen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts, seit 9. Juni 1986 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 96[1], 702[13]

Blech, Klaus Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts; 1977–1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 316[10], 1119[12]

Blecha, Karl Innenminister der Republik Österreich S. 863

Blix, Hans Martin Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) S. 661, 711, 722, 858 f., 1396[13]

Blücher, Borusso von Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawi-

en, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 761[1], 763[15], 764[16]

Blüm, Norbert Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1214

Boatti Ossorio, Hugo Botschafter der Argentinischen Republik in Bonn S. 1620

Böckler, Hans 1949–1951 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) S. 1214

Bodde, William, Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 1541, 1731, 1946[26]

Boehmer, Götz von Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Detroit S. 46[1], 1376[2], 1377[5]

Boesak, Allan Aubrey südafrikanischer Theologe, Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen S. 418, 1354

Bogdanowicz, Stanisław Propst der Marienkirche in Danzig S. 603 f., 606, 613

Boidevaix, Serge Botschafter der Französischen Republik in Bonn seit 9. April 1986 S. 573, 789, 1457, 1459–1462, 1584, 1883[29], 1940

de Boissieu, Pierre Yves Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef du service de coopération économique) S. 1381

Bojanić, Milenko jugoslawischer Außenhandelsminister S. 72

Boldt, Detlef Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka, seit 1. September 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausrüstungshilfe“ des Auswärtigen Amts S. 690[4]

Bondarenko, Alexander Pawlowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 444, 1013[15], 1034, 1041, 1056 f., 1059[11], 1087, 1106, 1119[12], 1159[14], 1160[16], 1602 f., 1613, 1615–1618

Bonner, Jelena Georgijewna sowjetische Dissidentin und Ehefrau von Andrej D. Sacharow S. 19[5], 20–22, 23[20], 1684

Bonnići, Carmelo Mifsud Ministerpräsident von Malta S. 171[9], 944[10], 1820

Borch, Otto Rose Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Dänemark bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1304–1308, 1467

Borchard, Karl Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 433 „Internationale Umweltpolitik“ bzw. seit 1. März 1986 Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG“ im Auswärtigen Amt, seit 18. Juni 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 380[1], 1309[1], 1381[14]

Bord, André Vorsitzender der Interministeriellen Kommission für deutsch-französische Zusammenarbeit (Président de la Commission interministérielle de coopération franco-allemande) S. 1611

Borgmann, Annemarie Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 1684, 1687

Bosch, Klaus-Jerg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt S. 670[14]

Boss, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. Juni 1986 S. 49[7]

Bosson, Bernard Beigeordneter Europaminister im französischen Außenministerium seit 19. August 1986 S. 1218[8]

Botha, Pieter Willem Präsident der Republik Südafrika; 1978–1984 Ministerpräsident S. 20, 157 f., 283[40], 416–419, 522, 689–692, 899, 1003, 1354, 1369 f., 1546, 1583, 1903, 1924[5]

Botha, Roelof Frederik (Pik) Außenminister der Republik Südafrika S. 522, 690, 898, 1847[13]

Bottai, Bruno Botschafter der Italienischen Republik in London S. 672

Bouterse, Desiré Delano Vorsitzender des Nationalen Militärrats von Suriname S. 1973

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeit bei offiziellen Anlässen S. 267, 273, 413, 740

Bowers, Charles R. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 839[25]

Boyer, Pierre Frédéric Botschafter der Französischen Republik in Pretoria S. 577[25]

Bozer, Ali Hüsrev türkischer Staatsminister für Fragen der Europäischen Gemeinschaften S. 1920

Bracklo, Eike Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 874[1]

Bradley, William Warren (Bill) Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Jersey (Democratic Party) S. 1913 f.

Braithwaite, Rodric Quentin Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Economics) S. 896

Brandenburg, Ulrich Konsul I. Klasse und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad, seit 18. Juni 1986 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft in Moskau S. 1631[12]

Brandt, Willy Vorsitzender der SPD und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Präsident der Sozialistischen Internationale; 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 72, 75[19], 78[26], 379, 390, 434, 919, 955[16], 1102[33], 1196[8], 1236, 1679[19]

Braunmühl, Gerold Edler von Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis zu seiner Ermordung am 10. Oktober 1986 **Dok. 1, 4, 15, 23, 26, 28, 51, 54, 55, 58, 69, 73, 75, 77, 108, 117, 122, 130, 153, 159, 178, 183, 191, 193, 196, 198, 202, 208, 209, 218, 221, 238, 239, 243, 259, 264** und S. 7–11, 16, 40, 42 f., 45, 48[1], 60, 62, 65[20], 66[23], 67[24+26], 80, 81[10], 89, 182, 188, 263, 314, 323[31], 327[38], 348[1+3], 349–352, 353[28], 354–357, 368[7], 370[1], 374[18], 383, 456, 497[16], 513 f., 518 f., 520[14], 547[1], 614[3], 623[1], 624–634, 689[1], 710[1], 724[1], 740[1], 748[5], 754[1], 756–758, 788, 800, 814, 834, 835[5], 840[26+27], 872[43], 900[3], 906[24], 915[1], 924[1], 937, 939 f., 953[1], 975[1], 980, 994[25], 999[1], 1037[1], 1054, 1106, 1109, 1110[27], 1120[14], 1122–1124, 1126, 1129, 1130[19], 1132, 1133[28], 1134–1136, 1138 f., 1154[1], 1195[2], 1223[5+7], 1261[1], 1357, 1368, 1372[11], 1376[1+3], 1409[14], 1413[1], 1419[1], 1424[7], 1425, 1439[1], 1441, 1445[12], 1457–1462, 1490, 1501, 1535, 1548, 1576, 1585[50], 1735, 1907[4]

Braunmühl, Hilde von Ehefrau von Gerold von Braunmühl S. 1576

Bräutigam, Hans Otto Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär S. 301[22], 446[34], 628[34], 759[28], 823[16], 1021[50], 1120[14], 1172[14], 1357 f., 1360, 1816[13], 1940[8]

Brecht, Bertolt Schriftsteller (* 1898 † 1956) S. 415

Brecht, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 672[1]

Breit, Ernst Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) S. 1212, 1214–1216

Bremer, Lewis Paul III Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Den Haag, seit 16. Oktober 1986 Beauftragter für Terrorismusbekämpfung der amerikanischen Regierung mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Coordinator for Counterterrorism) **Dok. 307** und S. 1649, 1749 f.

Breschnew, Leonid Iljitsch 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 31, 40[4], 43, 97[13], 99 f., 222, 317, 383, 385, 423, 443, 624, 701, 784, 849, 851, 1053, 1066[12], 1152, 1536, 1542, 1590[2], 1839, 1870, 1979

Briand, Aristide 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1926 und 1929 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1926 und 1926–1932 Außenminister S. 758

van den Broek, Henri (Hans) Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 27[21], 61[23], 392, 569[8], 672, 674, 682–685, 688, 692 f., 779, 816, 818–820, 825, 836, 864–873, 1256–1258, 1604 f., 1759[4], 1850, 1863

Brose, Ekkehard Attaché bzw. seit 26. März 1986 Legationssekretär im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" bzw. seit 1. April 1986 im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" des Auswärtigen Amts S. 1442[1], 1463[1], 1800[1], 1802[14], 1893[1], 1897[16+20], 1926[1], 1929[1], 1974[1]

Brost, Wolfgang Flottillenadmiral der Bundeswehr S. 1137

Broszat, Martin Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München S. 1528

Brown, Harold 1969–1977 Mitglied der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) und Präsident des California Institute of Technology S. 1071, 1072[13], 1495, 1496[18]

Brückner, Siegbert Amtsrat im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik" des Auswärtigen Amts S. 825[1]

Brühl, Dietrich Graf von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, seit 5. Mai 1986 Botschafter in Wien S. 1207

Brundtland, Gro Harlem Ministerpräsidentin des Königreichs Norwegen seit 9. Mai 1986 S. 766[4], 768, 1869

Brunhart, Hans Ministerpräsident sowie Außen- und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein S. 1209[11]

Brunner, Edouard Staatssekretär im schweizerischen Außenministerium **Dok. 355** und S. 1645[6]

Brunner, Guido Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 301, 614[2], 1534[14], 1704 f., 1708[28]

Buckley, William Francis 1984–1985 Chef der Abteilung des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA in Beirut S. 1758

Buerstedde, Ludger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)" im Auswärtigen Amt S. 45, 124[1], 126[9], 127[16+20], 129[26+27], 212[1], 538[1], 598[1], 753[1], 766[1], 821[1], 1162[1], 1187[3], 1288[6], 1337[1], 1372[11], 1390[1], 1452[1], 1789[1], 1811[1], 1821[1], 1858[1], 1860[8], 1936[1+3]

Bugajew, Boris Pawlowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und sowjetischer Minister für zivile Luftfahrt S. 1110

Bühring, Günter Leiter der KVAE-Delegation der DDR in Stockholm im Rang eines Botschafter S. 1065

Bujon de l'Estang, François Étienne Vladimir außenpolitischer Berater des französischen Ministerpräsidenten seit April 1986 (Conseiller pour les affaires diplomatiques, la défense et la coopération) S. 573

Bukhreis, Omar K. Gesandter und Geschäftsträger des Volkskomitees für konsularische Angelegenheiten des Volksbüros (Botschaft) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn **Dok. 83, 106** und S. 659[20]

Bukman, Piet Parteivorsitzender der Christen Democratisch Appèl (CDA) bis 14. Juli 1986 S. 53

Bukowskij, Wladimir Konstantinowitsch sowjetischer Schriftsteller und Dissident S. 20

Bullard, Sir Julian Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn S. 336–338, 1243[7], 1273[58+59], 1584, 1883[29]

Bumpers, Dale Leon Senator für den amerikanischen Bundesstaat Arkansas (Democratic Party) S. 814

Burns Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 62

Burns, William F. Generalmajor und Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Ver-

handlungen über Rüstungskontrolle in Genf S. 1571

Burt, Richard R. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 25, 373** und S. 16, 19[5], 29[28], 36–39, 62, 69, 106, 108, 110–112, 160[1+3], 485, 491, 494, 507 f., 532, 568, 645, 725[5], 824, 838, 841, 891, 892[7], 894[5], 895, 896[9], 984–987, 1172[14], 1195 f., 1228 f., 1234, 1261 f., 1362, 1365, 1367[22], 1491, 1493 f., 1538, 1541, 1564, 1584, 1750[31], 1883[29], 1938

Busch, Friedrich P. Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 1. Oktober 1986 Kommandeur der Offiziersschule der Luftwaffe S. 281[32]

Bush, George Herbert Walker Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 52, 568, 754, 955, 1004[14], 1536–1540, 1726[26]

Busrewil amtierender Leiter der Europaabteilung im libyschen Außenministerium S. 529, 531

Butcher, Duane Clemens Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 890[2], 891, 893, 895[6], 896

Buthelezi, Mangosuthu Vorsitzender der südafrikanischen Inkatha Freedom Party S. 282, 283[40], 418, 690, 1369, 1623

Byrd, Robert Carlyle Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und Fraktionsführer (Minority Leader); 1977–1981 Fraktionsführer der Mehrheitsfraktion (Majority Leader) S. 178[9], 651[10], 1666, 1758

Cahen, Alfred Generalsekretär der WEU S. 672, 675, 1695–1697

Calciu-Dumitreasa, Gheorghe S. 124

Calebow, Wolf Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat" des Auswärtigen Amts, seit 7. Mai 1986 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 18. September 1986 Botschaftsrat I. Klasse S. 1376[1]

Canessa Robert, Julio Octavio General der chilenischen Streitkräfte sowie Mitglied der Militärregierung der Republik Chile S. 1254

Cappell, Conrad Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Seoul, danach im Referat 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport" des Auswärtigen Amts S. 1374[1]

Caputo, Dante Mario Antonio Außenminister der Argentinischen Republik **Dok. 216**

Carignon, Alain Beigeordneter Umweltminister im französischen Ministerium für Ausrüstung, Wohnungsbau, Raumplanung und Verkehr seit 20. März 1986 S. 1611

Carington, Peter Alexander Rupert, 6th Baron Carrington Generalsekretär der NATO; 1979–1982 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 358** und S. 86, 150, 302, 304, 350, 530, 553, 555, 735, 770, 778, 794, 796[12], 803 f., 814, 820, 822 f., 979[20], 1304–1308, 1369[5], 1469 f., 1492, 1533[8], 1535, 1559, 1561, 1574[13], 1654[15], 1681[2], 1698, 1789[6], 1862 f., 1872–1876, 1878

Carlsson, Ingvar Ministerpräsident des Königreichs Schweden seit 1. März 1986 und seit 3. März 1986 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens **Dok. 231** und S. 391

Carlucci, Frank Charles III Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) seit 2. Dezember 1986 S. 1805, 1839

Caro, Jean-Marie Präsident der WEU-Versammlung S. 674, 676, 1696 f.

Carotti, Nadia italienische Dolmetscherin S. 273

Carstens, Karl 1979–1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 443

Carter, James Earl (Jimmy), Jr. 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 28[25], 178[9], 282, 818, 1726

Cartledge, Sir Bryan Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritan-

nien und Nordirland in Moskau S. 4[7], 1052[9]

Case, Clifford Philip 1955–1979 Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Jersey (Republican Party) S. 470

Casey, William Joseph Leiter des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA (Director of Central Intelligence) S. 567[7], 699, 1757

Cash, Frank E. 1971–1977 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 1678

Cassiers, Juan Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 766, 1308

Castellanos-Carillo, Rafael Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Guatemala bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1344

Castro Ruz, Fidel Alejandro Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba S. 133, 1151, 1565, 1702

Cato, Tisati Botschafter von Japan in Damaskus S. 1716[25]

Cavaco Silva, Aníbal Ministerpräsident der Portugiesischen Republik und Vorsitzender des Partido Social Democrata **Dok. 100**

Cavalchini, Luigi Guidobono Leiter des Ministerbüros im italienischen Außenministerium (Capo di Gabinetto del Ministero degli Affari Esteri) S. 1814

Ceauşescu, Nicolae Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei sowie Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien S. 122[4], 123, 580, 583, 585 f., 589[15], 590, 857, 1574

Cerezo Arévalo, Marco Vinicio Präsident der Republik Guatemala seit 14. Januar 1986 S. 865[13]

Chalupa, Leopold General der Bundeswehr und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Mitte (CINCENT) S. 1137

Chamberlain, Arthur Neville 1937–1940 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1526[4]

Chambers, Harry H. Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 337

Chang Chun-chiao 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und 1975–1976 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 915

Chapman, Geoffrey W. Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 182, 194, 309, 1070, 1491

Charalambopoulos, Ioannis stellvertretender Ministerpräsident der Hellenischen Republik und seit 25. April 1986 griechischer Verteidigungsminister S. 775, 1800, 1810

Cheysson, Claude Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen); 1981–1982 und 1983–1984 Außenminister der Französischen Republik S. 58, 60, 261, 576[21], 820[38], 905[20], 946, 1604, 1605[14], 1606, 1771

Chiang Ching 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 915

Chirac, Jacques Vorsitzender der Partei „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris sowie seit 20. März 1986 Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 109** und S. 489[6], 533 f., 644[3], 703, 746, 788–792, 829[8], 830[9], 831[13], 905[21], 907, 919, 955, 993, 1000, 1021[55], 1122[3+4], 1124, 1181[17], 1205, 1220, 1409, 1458 f., 1535, 1543, 1576, 1608 f., 1625, 1697, 1706, 1778, 1800–1802, 1808, 1817, 1843

Chissano, Joaquim Alberto Außenminister der Volksrepublik Mosambik sowie seit 6. November 1986 Präsident S. 1889

Chňoupek, Bohuslav Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 185, 189–193, 285, 317, 319, 441, 525, 678[10], 1046, 1267

Choudhury, Humayun Rasheed Außenminister der Volksrepublik Bangladesch; 1972–1976 Botschafter in Bonn **Dok. 5** und S. 67[28], 206

Chraidi, Jassir (Youssef Mohamed Salam) S. 509

Chrobog, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 62, 247, 267, 665, 937, 980, 1070, 1362, 1384

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 97[13], 315, 320[17], 1871, 1976

Chun Doo-hwan General der südkoreanischen Streitkräfte und Präsident der Republik Korea (Südkorea) S. 28[24], 916 f.

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 269[12+13], 417[16], 1099[28], 1100, 1265[11]

Citron, Klaus Jürgen Leiter der KVAE-Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 10. November 1986 abgeordnet in die Abteilung 2 A des Auswärtigen Amts **Dok. 8, 35, 71, 151, 203, 234, 242, 253** und S. 8[12], 129[25], 538[5], 757, 940[15], 1019, 1093[14], 1107

Ciucu, George Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Brüssel S. 1874

Čižek, Vjenceslav S. 79

Clark, Charles Joseph (Joe) Außenminister von Kanada **Dok. 132, 133** und S. 815 f., 819, 979, 1019, 1467, 1865

Clausen, Alden Winship (Tom) Präsident der Weltbank bis 1. Juli 1986 S. 131

de Clercq, Willy Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Handel und Außenbeziehungen) S. 258, 484 f., 872[41], 1275[5], 1773[11]

Clyne, John P. Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 182, 194, 1070

Cockfield, Lord Francis Arthur, Baron Cockfield Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Binnenmarkt, Steuern und Zollunion) S. 1221, 1779

Combs, Richard E., Jr. Gesandter an der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 1886[35]

Conable, Barber Benjamin, Jr. Präsident der Weltbank seit 1. Juli 1986 S. 1744, 1913

Concepcion, Jose S., Jr. philippinischer Minister für Handel und Industrie S. 705 f., 708

Cordovez, Diego Stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York und Sonderbeauftragter für Afghanistan S. 717[13–15], 992[15], 1978

Corvalán Leppe, Luis Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, 1973–1976 inhaftiert S. 21

Cossiga, Francesco Präsident der Italienischen Republik **Dok. 119**

Couhadon, Georges Mitarbeiter im französischen Außenministerium (Secrétaire adjoint à l’administration centrale, Affaires politiques) S. 40

Couve de Murville, Maurice 1958–1968 Außenminister der Französischen Republik S. 1196[8]

Craxi, Bettino Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 49** und S. 9[17], 49 f., 81[10], 171[9], 176[4], 185[16], 270[18], 955, 1151, 1554, 1655

Crocker, Chester Arthur Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 417, 419[25], 964, 1001–1003, 1005, 1541, 1545 f., 1900, 1902–1904

Cromartie, Ian Leiter der britischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 1244

Crowe, William J., Jr. Admiral der amerikanischen Streitkräfte und Vorsitzender der Vereinten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) S. 566

Čulafić, Dobroslav jugoslawischer Innenminister S. 72, 76

Curien, Gilles Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 127, 540

Curien, Hubert französischer Minister für Forschung und Technologie bis 20. März 1986 S. 344 f.

Czaja, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Präsident des Bundes der Vertriebenen S. 515

Czyrek, Józef Mitglied des Politbüros sowie Sekretär des ZK der PVAP; 1980–1982 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 497[3]

Dąbrowski, Bronisław Wacław Erzbischof (pro hac vice) und Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 925[4+5]

Dąbrowski, Jerzy Weihbischof von Gnesen und Stellvertretender Sekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 924f., 928, 930

Daerr, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" bzw. seit 21. Januar 1986 Leiter des Arbeitsstabs 20 „Strategiefragen" im Auswärtigen Amt; seit 30. April 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 85[3], 302[1], 772[1], 937, 1122[1], 1296[1], 1297[11]

Dahl, Birgitta stellvertretende schwedische Industrieministerin, seit 12. März 1986 Umwelt- und Energieministerin S. 1238

Dahlgren, Hans Eric Albert Botschafter in der Staatskanzlei des schwedischen Ministerpräsidenten S. 1234f.

al-Daker, Nawras syrischer Tourismusminister S. 1713

Dalai Lama (Tenzin Gyatso) S. 1525

Dalyanoglu, Gönül Botschaftsrätin an der türkischen Botschaft in Bonn S. 437[10], 1218[12]

Dane, Hendrik Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 9. Juni 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik" des Auswärtigen Amts **Dok. 311** und S. 825[1], 831[13], 1410[1+2], 1882[24]

Daniloff, Nicholas amerikanischer Journalist S. 1265, 1303, 1317, 1348, 1359, 1362f., 1384, 1387, 1388[25], 1393, 1506[6]

Dannenbring, Fredo Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten im NATO-Generalsekretariat in Brüssel, seit 1. Oktober 1986 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 979[20], 1404[8], 1873

Daskalowa, Swetla bulgarische Justizministerin S. 763

Daum, Werner Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport" des Auswärtigen Amts S. 337[8], 1374[1], 1502[1], 1698[1], 1743[14], 1764[2], 1767[9]

Daunt, Timothy Lewis Achilles Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State for Defence); seit November 1986 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Ankara S. 45

Delare, Thomas L. Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 964[18]

Deliç, Sabri Generaloberst und Staatssekretär im türkischen Verteidigungsministerium S. 1431

Delors, Jacques Präsident der EG-Kommission **Dok. 344** und S. 244, 543, 715, 869–872, 917, 1201, 1256[4], 1258, 1381, 1851, 1922[10]

Demjanjuk, Iwan (John) S. 46f.

el-Denali, Gebril S. 728[11]

Deng Xiaoping Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission sowie des Beratenden Ausschusses des ZK S. 848, 915, 1154, 1590[2]

Deniau S. 1266

Denktasch, Rauf Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern") S. 353[27], 994[22]

Denman, Sir George Roy Leiter der Delegation der Europäischen Gemeinschaften in Washington im Rang eines Botschafters S. 1744

Derwinski, Edward Joseph Berater im amerikanischen Außenministerium (Counselor) S. 1744, 1748

Detinow, Nikolaj Nikolajewitsch General der sowjetischen Streitkräfte und 1981–1983 Mitglied der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf S. 1303

Devaquet, Alain französischer Forschungsminister vom 20. März bis 8. Dezember 1986 S. 789[8], 790[9]

Dhanabalan, Suppiah Außenminister der Republik Singapur S. 1604–1606

Dick, Johann S. 1785, 1840

Diehl, Günter 1970–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 1524[15]

Diepgen, Eberhard Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) S. 1021[53], 1178, 1180f., 1182[22], 1575, 1584, 1939f., 1941[10]

Dilger, Willibald Angestellter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus S. 1716[25], 1770[8]

Ding Yuanhong Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 847, 849–851, 853–855

Dingens, Peter Michael Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG“ im Auswärtigen Amt, seit 1. März 1986 abgeordnet in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts und ab 2. Mai 1986 ins Bundeskanzleramt versetzt S. 130[3]

Diouf, Abdou Präsident der Republik Senegal, bis 28. Juli 1986 zudem Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) **Dok. 74** und S. 244, 800

Ditfurth, Jutta Mitglied und Sprecherin des Bundesvorstands der Partei Die Grünen S. 1684f., 1687[17]

Dizdarević, Raif Außenminister der Sozialistischen Förderativen Republik Jugoslawien **Dok. 13, 14, 319** und S. 1209[11], 1620f.

Dobbelstein, Rainer Legationsrat I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 243[1]

Dobbins, James Francis, Jr. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 36, 155, 160[3], 182, 188, 480[4], 833–841, 896[9], 1070, 1272[50], 1375[7]

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington bis 19. Mai 1986, seit 6. März 1986 Sekretär des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK S. 474, 558, 560, 627–629, 678, 688, 820, 986, 1014, 1052[9], 1158, 1163, 1202, 1464[6], 1684

Dohmes, Johannes Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen; Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ im Auswärtigen Amt S. 488[1+3], 719[23], 1314[16], 1378[1], 1381[14], 1887[38], 1905[5]

Dojnow, Ognjan Nakow Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Bulgarien S. 764[17]

Dole, Robert Joseph („Bob“) Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kansas (Republican Party) S. 813

Dollinger, Werner Bundesminister für Verkehr sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 15[40], 1577[17], 1755

de Donnea, François-Xavier belgischer Verteidigungsminister S. 672, 766, 773, 1560, 1801, 1808, 1810

Dov Kulka, Otto Professor für die Geschichte des jüdischen Volkes an der Hebräischen Universität Jerusalem S. 1529f.

Dragović, Milan Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Bonn S. 80

Dregger, Alfred Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 158, 1360f., 1817

Dreher, Johann Georg Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der KVAE-Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, seit 13. Oktober 1986 Vortragender Legationsrat I.

Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt S. 397[19], 399[23], 539[9], 1061[1], 1062[5], 1066[13], 1289[2], 1337[1], 1499[1], 1559[1+2], 1637[3], 1674[1], 1803

Drljić, Živojin S. 77, 79

Dröge, Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier; 1979–1982 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 552[17], 630[45], 649[4], 652[12], 653[17], 1258[20]

Dröge, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ des Auswärtigen Amts S. 1963[1]

Duarte Fuentes, José Napoleón Präsident der Republik El Salvador S. 865[13]

Dubinin, Jurij Wladimirowitsch Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter seit März 1986, seit 19. Mai 1986 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 629[37], 1516f., 1576, 1591

Duckwitz, Edmund Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 297[6], 1842[26]

Duckwitz, Georg Ferdinand 1967–1970 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 1376, 1377[5+6]

Duisberg, Claus-Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Gruppe 50 sowie des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 15. September 1986 Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt **Dok. 206** und S. 358[1+2], 361[13], 753[1], 860[21], 866[17], 1720[36], 1940[8], 1941[10]

Dumas, Roland Außenminister der Französischen Republik bis 20. März 1986 **Dok. 2, 57** und S. 38[7], 41, 45, 52[16], 60, 92, 110, 125, 213, 290[4+6], 339f., 392, 430, 439[16], 502, 905[20], 1132, 1277[9], 1391

Duvalier, François 1957–1971 Präsident der Republik Haiti S. 298[11]

Duvalier, Jean-Claude Präsident der Republik Haiti bis 6. Februar 1986 S. 298

Eagleburger, Lawrence Sidney 1982–1984 Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 849, 954, 1871

Eagleton, William Lester, Jr. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Damaskus S. 658, 1588, 1713

Ebeid, Atef Muhammad ägyptischer Kabinettsminister S. 1905–1907

Ebert, Friedrich 1919–1925 Reichspräsident des Deutschen Reichs S. 1199[2]

Eckerberg, Lennart Botschafter des Königreichs Schweden in Bonn S. 1234

Edes, Michael Leiter der britischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 40, 42–44, 1093[14]

van Edig, Helmut Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung“ im Auswärtigen Amt S. 346[38], 488[3], 575[13], 1215[16], 1779[31]

van Eekelen, Willem (Wim) Frederik Staatssekretär im niederländischen Außenministerium, seit 14. Juli 1986 Verteidigungsminister S. 871, 1801, 1809

Eger, Wolfgang 1980–1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 28[24]

Eggers, Wolfgang Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 557[20]

Egli, Alphons Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft S. 1848f.

Eichhorn, Sabine Legationsrätin I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 542

Eick, Hans-Joachim 1976–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 898[6]

Eickhoff, Ekkehard Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt, vom 31. März bis 28. Mai 1986 abgeordnet als Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern, seit 31. Oktober 1986 abgeordnet als Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien **Dok. 244, 272, 346, 374** und S. 438–440, 807[4–6], 808[7], 809, 810[15], 1337, 1434[2], 1435[3], 1437–1439, 1613, 1759[5], 1761[9], 1763[17]

Eickhoff, Walter Vortragender Legationsrat im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts **Dok. 140** und S. 594[25], 1428[9+10], 1662[1], 1664[5]

Eiff, Hansjörg Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 1501, 1735[2]

Einstein, Albert *1879 †1955 S. 1544

Eitel, Antonius Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1218[11]

Elbe, Frank Botschaftsrat bei der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf bis 23. März 1986, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 766[1], 776[13], 908[1+3], 1183[1], 1442[1], 1443[5], 1447[21], 1463[1], 1513[3], 1520, 1800[1], 1858[1], 1893[1], 1974[1]

Elfenkämper, Helmut Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts, vom 13. April bis 28. Mai 1986 nach Bern abgeordnet als Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte, seit 9. September 1986 nach Paris abgeordnet zur Dienstleistung im Rahmen des deutsch-französischen Austauschprogramms S. 439[19]

Elias, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts, seit 23. Juni 1986 Leiter des Referats 340 S. 205[1], 653[1], 668[1]

Elizabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1021[55], 1180, 1181[17], 1327

Ellemann-Jensen, Uffe Außenminister des Königreichs Dänemark S. 12[29], 819, 868, 873, 1219[14], 1257 f., 1759[3], 1850

Ellerkmann, Richard 1977–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt S. 1258[20]

Elsäßer, Martin abgeordnet in das Bundeskanzleramt, seit 2. Mai 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts, seit 1. November 1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1048[14]

Elsenhans, Hartmut Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Konstanz S. 434

Emminger, Otmar Sonderbeauftragter der Bundesregierung bis zu seinem Tod am 3. August 1986; 1977–1979 Präsident der Deutschen Bundesbank S. 707, 710[12]

Enders, Rolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis, seit 2. Juli 1986 Botschafter in Kingston **Dok. 94, 96** und S. 68[30], 467[5], 481[6], 511[17], 595, 636[8]

Enders, Thomas Ostrom Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Madrid bis 6. Juli 1986 S. 297

Engelhard, Hans Arnold Bundesminister der Justiz sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 12, 157, 402 f.

Engell, Hans dänischer Verteidigungsminister S. 768 f., 775, 933, 1308, 1560, 1801, 1810

Ennes, Paulo Manuel Lage David Botschafter der Portugiesischen Republik in Bonn bis 14. Juni 1986 S. 542

Enrile, Juan Ponce philippinischer Verteidigungsminister bis 23. November 1986 S. 297[6], 298

Erdem, İsmet Kaya stellvertretender Ministerpräsident der Republik Türkei S. 1039

Erhard, Ludwig 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft; 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1966–1967 Vorsitzender der CDU S. 799

Erler, Brigitte Generalsekretärin von Amnesty International Germany; 1976–1980 und 1982–1983 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 434

Erlich, Avi Rechtsanwalt S. 1114f., 1116[9], 1117

Ermacora, Felix Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Wien, zugleich Mitglied der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und deren Sonderberichterstatter für Afghanistan S. 1948

Ernst, Hans Vortragender Legationsrat im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts S. 1117[1]

Ertl, Josef Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Sonderbeauftragter der Bundesregierung; 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 710[12], 728f.

Essebsi, Béji Caïd Außenminister der Tunesischen Republik S. 266–273

Ettinger, Shmuel Professor für Jüdische Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem sowie Präsident des Verbands israelischer Historiker (Israel Historical Society) S. 1529

Everard, Timothy John Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Ost-Berlin S. 1273[59], 1940, 1941[10]

Evren, Kenan General der türkischen Streitkräfte und Präsident der Republik Türkei S. 56[8], 763[12], 797, 944[8], 994, 1921

Evtimov, Georgi Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Bonn S. 764[18]

Fabius, Laurent Ministerpräsident der Französischen Republik bis 20. März 1986 S. 573[2], 831

Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien S. 288[30], 415, 544f., 593

al-Fahoum, Hael Referatsleiter für europäische Angelegenheiten im „Außenministerium“ der PLO in Tunis S. 264–266

Falin, Walentin Michajlowitsch Redakteur der sowjetischen Tageszeitung „Izwestija“; seit 6. März 1986 Kandidat des ZK der KPdSU; seit 10. März 1986 Generaldirektor der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti; 1971–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 191[13], 751, 1042[10], 1118f., 1619[38]

Fall, Ibrahima Außenminister der Republik Senegal S. 413, 847

Farnon, Edward Botschafter von Neuseeland in Bonn S. 825, 1882[24], 1892

Farrar, Lawrence Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 62, 1586

Fascell, Dante Bruno Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten S. 438, 813

Feit, Christian Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1986 S. 740[2], 743[11], 744[16], 959[5]

Fekecz, Janusz Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 514, 518f.

Ferber, Ernst 1973–1975 General der Bundeswehr und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Zentraleuropa (CINCENT) S. 1568

Fergusson, Ewen Alastair John Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Middle East/Africa) S. 1546[19], 1900

Fernández, José Bartolome Präsident der Zentralbank der Philippinen S. 705

Fernández de Paredes, Enrique Botschafter der Republik Peru in Bonn S. 1620

Fernández Ordóñez, Francisco José Außenminister des Königreichs Spanien **Dok. 53** und S. 281, 323, 596, 614, 617[12], 801, 814 f., 818, 822 f., 865, 1257, 1604, 1701–1709

Fest, Joachim C. Publizist und Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung S. 1527 f.

Fett, Heinz Georg Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 418[21]

Fiedler, Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad; 1978–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten" im Auswärtigen Amt S. 223[19], 890[4]

El Fiki, Mustafa Politischer Sekretär des ägyptischen Präsidenten S. 1043

Filali, Abdellatif Außenminister des Königreichs Marokko S. 25, 250, 255, 282

Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1148[5]

Finke-Osiander, Renate Ministerialdirigentin und Leiterin der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis 31. Oktober 1986, seit 28. November 1986 Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel **Dok. 90, 229** und S. 583[6], 915[1], 1037[1], 1674[3]

Fischbach, Marc luxemburgischer Verteidigungsminister sowie Minister für öffentliche Verwaltung, Sport, Landwirtschaft und Europäische Angelegenheiten S. 672, 774, 1800 f., 1810

Fischer, Eckart Oberstleutnant und Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung, seit 1. Oktober 1986 Oberst i. G. und Leiter des Referats 1 „Militärpolitische Grundlagen" in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1803

Fischer, Heinz österreichischer Wissenschaftsminister S. 863

Fischer, Oskar Außenminister der DDR S. 387 f., 441, 443, 759[28], 1267, 1316, 1329, 1357–1361

Fischer, Per Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking; 1979–1984 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 231[1], 366[11], 848, 880, 916[4], 1327[11], 1330[23], 1332[6+7], 1554[17]

Fischer, Ulrich Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 810[15]

FitzGerald, Garret Ministerpräsident von Irland S. 244

Fleischhauer, Carl-August Untergeneralsekretär für Rechtsangelegenheiten der Vereinten Nationen und Rechtsberater des Generalsekretärs S. 989, 996

Fletcher, James Chipman Direktor der amerikanischen Weltraumbehörde NASA seit 12. Mai 1986 S. 1367[22]

Flittner, Karl Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1351[20], 1439[1], 1684[1]

Foncillas y Casaus, Eduardo Botschafter des Königreichs Spanien in Bonn S. 1705

Ford, Gerald Rudolph 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1198

Forlani, Arnaldo stellvertretender Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 546[23]

Forquenot de la Fortelle, Hubert Gesandter und Vertreter des Botschafters an der französischen Botschaft in Bonn, seit April 1986 Sonderberater des französischen Verteidigungsministers (chargé de mission auprès du ministre de la défense) S. 326[36], 1137

Fortelle, Hubert Forquenot de la siehe Forquenot de la Fortelle, Hubert

Fournes, Roland Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 1546[23]

Fraga Iribarne, Manuel Vorsitzender der spanischen Alianza Popular und Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus S. 354

Fraidel, Hermann Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bun-

desrepublik Deutschland in Paris S. 343[25], 1130[17], 1553[13], 1568[6]

Francis, Harold Huyton (Tim) Abteilungsleiter im neuseeländischen Außenministerium (Deputy Secretary of Foreign Affairs) S. 825

Franco Bahamonde, Francisco 1936–1975 Staatsoberhaupt des Spanischen Staats bzw. seit 1947 des Königreichs Spanien S. 1702, 1708 f.

Frangi, Abdallah Leiter der „Informationsstelle Palästina" der Palestine Liberation Organisation (PLO) in Bonn S. 729, 1712[13]

Frank, Paul 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 191[13], 1042[10], 1118 f., 1678

Frei Montalva, Eduardo 1964–1970 Präsident der Republik Chile S. 1150

Freitag, Armin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 478[5], 594[25], 755[6], 893, 1428[10], 1664[7], 1743[14]

Freitag, Horst Attaché bzw. seit 26. März 1986 Legationssekretär im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtigen Amts, seit 1. April 1986 im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" S. 915[1], 1023[1], 1751[3]

Fresno Larraín, Juan Francisco Kardinal und Erzbischof von Santiago de Chile S. 1255[7]

Frick, Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Meyer-Landrut, seit 16. Juni 1986 Leiter des Referats 432 „Außen- und europapolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; ITU; grenzüberschreitende Daten- und Informationsflüsse", seit 17. September 1986 abgeordnet nach Boston zur Teilnahme am Fellows' Program des Harvard Center for International Affairs, seit 24. September 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 33[2], 146[3], 160[1], 256[1], 328[3], 413[1], 420[2], 700[1], 730[1], 740[1]

Friedel, Wolfgang 1978–1981 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wellington S. 828[5]

Friedländer, Saul Professor für Zeitgeschichte am Graduate Institute of International Studies in Genf S. 1529

Friedman, Howard I. Präsident des American Jewish Committee S. 306

Friis-Møller, William Leiter der dänischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1296, 1299

Frohn, Wolf-Georg S. 17 f., 161[7]

Fröwis, Walter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok **Dok. 269**

Frydenlund, Knut Außenminister des Königreichs Norwegen S. 818, 1864 f.

Fulci, Francesco Paolo Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 559[23], 766, 1874[10]

Fulda, Gerhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 230 „Vereinte Nationen; Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat" des Auswärtigen Amts, seit 27. August 1986 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 407[1]

Gabel, Charles französischer Militärpfarrer S. 1200, 1542

al-Gaddafi, Muammar Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September" in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 37, 39, 54, 63–65, 67–70, 171, 173 f., 268, 281 f., 289, 418, 467[5], 481[6], 511[17], 520, 523, 529, 530[7], 531[8], 532–534, 543[8], 544 f., 547–549, 553, 556 f., 559, 563 f., 566, 573 f., 593, 595, 633, 636–638, 643[7], 644, 650, 651[10+11], 684 f., 729[12], 828, 956, 1046 f., 1228–1230, 1232, 1234, 1352, 1631, 1820, 1979

Gaffney, Frank J., Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant

Secretary of Defense for Nuclear Forces and Arms Control Policy) S. 403, 404[14+15], 566, 734, 1138

Gale, Robert Peter amerikanischer Arzt und Experte für Strahlenerkrankungen S. 860

Gandhi, Indira Priyadarshini 1966–1977 und 1980–1984 Ministerpräsidentin der Republik Indien S. 209, 211, 389, 390[5], 654, 668, 1028, 1524, 1843

Gandhi, Mohandas Karamchand (Mahatma) *1869 †1948 S. 668, 1621

Gandhi, Rajiv Ministerpräsident der Republik Indien sowie Verteidigungsminister S. 30, 205, 207, 209 f., 597[39], 643[8], 654[4], 668, 670 f., 851[16], 1004[11], 1028, 1238[10+11], 1239[14], 1523 f., 1843, 1870

Gandhi, Sonia Ehefrau von Rajiv Gandhi sowie Schwiegertochter von Indira Gandhi S. 654, 668

Ganns, Harald Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde, seit 24. Juli 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika“ im Auswärtigen Amt S. 1355[12]

Gansel, Norbert Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 676, 728, 794 f.

García Pérez, Alan Gabriel Ludwig Präsident der Republik Peru S. 133, 1701, 1914

García Rodríguez, Ricardo Eugenio Andrés chilenischer Innenminister S. 1254, 1255[10]

Garthoff, Raymond Leonard Senior Fellow an der Brookings Institution; 1977–1979 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Sofia S. 472, 476

Gaschignard, Paul Leiter der französischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 40, 43, 45, 940[15]

Gatti, Gabriele Außenminister der Republik San Marino seit 26. Juli 1986 S. 1209[11]

de Gaulle, Charles 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 379, 789, 876[5], 990, 1014, 1535, 1675[8]

Geerdts, Klaus Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Riad S. 1765 f.

Gehl, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 1351[20]

Geißler, Heiner Generalsekretär der CDU und Mitglied des Deutschen Bundestages S. 1150

Gelber, Herbert Donald Mitarbeiter im NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons S. 1680

Gemayel, Amin Präsident der Libanesischen Republik S. 592[12], 596[35], 1218[11]

Gendreall-Massaloux, Michèle Sprecherin des französischen Präsidenten (Porte-parole de la présidence de la République Française) seit 22. April 1986 S. 1624

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied des Deutschen Bundestages; 1974–1985 Vorsitzender der FDP; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 2, 5, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 20, 29, 31, 34, 41, 43, 50, 53, 57, 79, 91, 93, 95, 97, 101, 109, 110, 111, 112, 119, 124, 126, 132, 133, 135, 146, 169, 170, 182, 185, 186, 187, 200, 204, 217, 226, 230, 251, 255, 257, 260, 285, 286, 290, 291, 305, 319, 320, 337, 351, 353, 354, 357, 358, 373** und S. 3, 6, 7[12], 16[2], 19, 20[7], 22[17], 36–39, 40[1], 41, 45, 48[1], 55[25], 56, 59[15], 60, 61[23+28], 85, 113, 121[20], 125, 130, 141, 146, 147[8+10], 149[19], 151[25+27], 152, 153[8], 157, 160[1], 161, 189–193, 194[1], 202, 215, 219, 221, 231, 233, 250–255, 256[1], 258, 261, 264, 266–273, 279–282, 290, 293, 305, 308[13], 309[1], 328, 336 f., 338[11], 339 f., 348[1], 350[12], 351, 354[37], 367[1+3], 368[8], 370[1], 371, 374[18], 380, 383, 387–389, 392, 402 f., 405[16], 407 f., 420, 422[8], 431, 435, 441–447, 469[1], 477, 478[7], 480[1], 481[7], 482, 487 f., 491, 494, 497[16], 507, 520 f., 529[1], 535, 544[13], 550, 553, 555–559, 560–562, 564, 566–572, 591, 592[7+9+11+13], 593[16+18+21], 594[22–27], 595 f., 598, 613 f., 617[12], 618, 630, 632[48], 633, 641–643, 645, 662, 672–676, 702, 716, 724, 725[5], 748, 761–763, 764[17], 788–791, 792[18], 793 f.,

796, 800–805, 811, 814, 817–821, 823–825, 829[8], 832[1], 836 f., 838[23], 840[26], 841, 847, 856, 861, 864, 873[46], 891, 892[7], 894, 897 f., 900, 905[20], 908[31], 908 f., 916[8], 931, 935[18], 937–943, 949, 951, 957, 994, 999[1], 1006, 1013, 1017, 1019, 1031, 1033[1], 1036, 1039, 1043, 1048, 1054, 1056 f., 1059 f., 1074, 1078[15], 1080–1113, 1117, 1118[11], 1121, 1129 f., 1132, 1133[28], 1139, 1140[1], 1157 f., 1160–1163, 1166 f., 1169, 1172[13+14], 1174 f., 1177, 1180, 1183, 1187, 1189[8], 1190, 1195, 1202, 1212–1216 f., 1218[13], 1219[14], 1223 f., 1226, 1253, 1254[6], 1256–1260, 1264 f., 1272[50], 1274, 1277–1281, 1288[6], 1289, 1315, 1316[5], 1317, 1321, 1324, 1332, 1337, 1343 f., 1357–1367, 1374[2], 1384–1393, 1399, 1404, 1410[2], 1415, 1419[1], 1423, 1428[10], 1429, 1437, 1440–1442, 1445, 1449[1], 1450[8], 1452, 1459, 1466 f., 1469–1472, 1477[13], 1499, 1501, 1513, 1514[10], 1516[14], 1519, 1535, 1537–1539, 1541–1543, 1545 f., 1548, 1552 f., 1555 f., 1564–1570, 1576 f., 1591[5], 1592, 1597, 1598[2], 1599–1604, 1607, 1610, 1612, 1614, 1616, 1618, 1620–1624, 1628–1637, 1639, 1650 f., 1654, 1658–1661, 1667, 1669[10], 1671, 1674, 1693 f., 1701–1710, 1722, 1724[11], 1725, 1727[29+30], 1735, 1736[5], 1744 f., 1751, 1753 f., 1761 f., 1764[1], 1767[11], 1773, 1778, 1783[14], 1785[13], 1789, 1790[8], 1793[14], 1803[2], 1821[2], 1846[10], 1850, 1851[15], 1862–1865, 1869, 1872 f., 1880–1882, 1883[29], 1885 f., 1887[40], 1888[41], 1890 f., 1895–1897, 1907, 1919[1], 1921, 1924, 1926, 1928 f., 1932 f., 1936, 1938, 1963, 1964[6], 1965[16], 1974[43]

Genske, Rudolf Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 7 „Internationale Agrarpolitik, Fischereipolitik“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 1408[13]

Gerassimow, Gennadij Pressesprecher des sowjetischen Außenministeriums S. 1753

Gerhardt, Dieter S. 18

Gerhardt, Ruth S. 18

Gerhardt, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West – Ost“ im Auswärtigen Amt S. 370[3], 422[8], 581[9]

Gerz, Wolfgang Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ im Auswärtigen Amt, seit 8. September 1986 abgeordnet ins Bundeskanzleramt **Dok. 173** und S. 19[1], 23[20], 413[1], 964[18], 1011

Gescher, Ditrich Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 848, 855[31]

Geyer, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ bzw. ab 23. Juni 1986 im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 85[1], 215[1], 302[1]

Ghazzawi, Abbas Faig Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn seit 9. April 1986 S. 1765

Gierek, Edward 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 516

Giesder, Manfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 630[45], 1963[1]

Gilmore, Harry J. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1362

Gilmour, Sir Ian 1979–1981 Lordsiegelbewahrer (Lord Privy Seal) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1369[5]

Giraud, André französischer Verteidigungsminister seit 20. März 1986 S. 672, 906, 1000, 1055, 1122[4], 1129 f., 1138, 1205[21], 1460, 1501, 1566[16], 1568, 1570, 1607, 1610

Giscard d'Estaing, Valéry 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 684, 939, 1608[10]

Glemp, Józef Kardinal und Primas von Polen sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau S. 609, 627 f., 924–930, 1266[16], 1537

Glienke, Lothar Gesandter an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 1720[36]

Glitman, Maynard Wayne Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf sowie Verhandlungsführer für Mittelstreckenwaffen im Rang eines Botschafters **Dok. 305** und S. 108, 110[17], 227, 229f., 586, 731[5], 822, 1285[16], 1300, 1302f., 1321, 1470, 1518, 1520[8], 1688f., 1927

Gnodtke, Christiane Legationsrätin I. Klasse bzw. seit 2. April 1986 Vortragende Legationsrätin im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Or-ganisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts **Dok. 167** und S. 542[1], 1879[1]

Gnodtke, Günter 1968–1970 Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 932[10], 1224[12]

Godet, Blaise Vizedirektor der Direktion für Völkerrecht im schweizerischen Außenministerium S. 1848f.

Goebbels, Joseph 1933–1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda S. 1590[2], 1591, 1600[12], 1612[7], 1628[5], 1629[10], 1632

Goebbels, Robert Staatssekretär im luxemburgischen Außenministerium S. 672, 814

Goldfarb, David sowjetischer Arzt und Dissident S. 1542

González Márquez, Felipe Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) S. 14[37], 279–281, 323, 801, 822, 1552, 1554, 1701f., 1705, 1709f.

Gorbatschow, Michail Sergejewitsch Mitglied des Politbüros und Generalsekretär des ZK der KPdSU **Dok. 27, 138** und S. 4[6], 5, 9[17], 20[9], 21, 30, 45, 70[35+36], 71, 81[10+11], 82, 86[9], 89, 90[7], 91–93, 97–101, 107–109, 110[17], 112, 113[3], 115, 117, 119–121, 124[2], 125, 128, 149, 176–179, 181, 183–187, 188[18+20], 190, 191[19], 192, 194f., 201f., 204–207, 209, 227f., 239[8], 277f., 283–287, 293–296, 303, 304[6], 309–311, 313–315, 317–319, 328, 330, 333[2], 335, 339, 349, 351f., 354f., 363[6+7], 364–366, 371[5], 375[23], 383–386, 390[5], 393f., 400, 423f., 427, 429, 442, 444, 448, 449[5–7], 450, 452f., 455f., 458f., 464, 471f., 474–476, 499[6], 501, 505, 525f., 538[5], 539, 549, 561, 570f., 574, 586, 598–602, 620, 625f., 629, 633, 637, 639, 640[6], 647, 651[10], 656, 672–674, 676–681, 686–688, 696–698, 700–702, 711–714, 731f., 735[22], 738[6], 745, 748–752, 755f., 757[18], 759, 762, 766f., 779f., 791, 801f., 813, 815, 817, 819f., 822f., 848–850, 851[16+19], 857[9], 889, 917, 921f., 925, 929, 970, 974, 979, 984–987, 989f., 1012–1015, 1025f., 1030f., 1049–1053, 1064, 1071, 1073–1077, 1080, 1082, 1084–1105, 1109, 1110[22], 1112, 1139[35], 1142f., 1152, 1157f., 1160f., 1162[3+5], 1163, 1164[10], 1165, 1167, 1168[23], 1172[13], 1201–1203, 1216[17], 1233, 1239, 1245, 1248, 1264f., 1272[50], 1282, 1301, 1310, 1316[8], 1317, 1322, 1325, 1326[6], 1327f., 1349, 1352, 1364, 1385–1387, 1388[25], 1389, 1401f., 1413–1416, 1418–1420, 1422f., 1439f., 1442, 1447, 1463–1466, 1469–1476, 1479–1481, 1483–1485, 1488f., 1491–1496, 1505–1507, 1510[3], 1516[15], 1518, 1532, 1536–1539, 1542, 1554[17], 1559[7], 1572[8], 1573f., 1576, 1578f., 1582, 1590[2], 1591–1597, 1601, 1603, 1612[7], 1618f., 1628[5], 1629–1634, 1669, 1681, 1684, 1685[9+10], 1686, 1687[17], 1726[26], 1762, 1792, 1815, 1830f., 1836, 1839, 1843, 1860, 1866–1871, 1873, 1886[35], 1889, 1897f., 1975–1979, 1981

Gorbatschowa, Raissa Maximowna Ehefrau von Michail S. Gorbatschow S. 1202, 1629[10]

Gordijewskij, Oleg Antonowitsch bis 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 1838

Görgens, Lutz-Hermann Legationsrat I. Klasse im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 266[1], 555[1], 563[1], 727[1+5]

Gotlieb, Bernard Referatsleiter im französischen Außenministerium (Délégué dans les fonctions de Sous-Directeur des questions atomiques et spatiales) S. 860[20]

Gottwald, Klaus-Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts S. 1571

Gozew, Ljuben Stojanow bulgarischer Stellvertretender Außenminister S. 1062

Goukouni siehe: Oueddei, Goukouni

Grabert, Horst 1974–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 280[30]

Graf, Stefan Konsulatssekretär I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis, seit 25. Juli 1986 im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ bzw. seit 7. August 1986 im Referat 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland“ des Auswärtigen Amts, seit 16. Oktober 1986 im Referat 115 „Innerer Dienst“ S. 1502

Graham, Sir John Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 128, 229, 554

Graham, William R. Wissenschaftsberater des amerikanischen Präsidenten (Science Advisor to the President) S. 1744, 1748

Gramm, William Philip Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Republican Party) S. 408, 566, 771[8], 839[25], 1939

Grass, Günter Schriftsteller S. 81[9]

Gratz, Leopold Außenminister der Republik Österreich bis 16. Juni 1986; seit 17. Dezember 1986 Präsident des Nationalrats S. 32[39], 441, 443–446

Green, Holger Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu S. 1522[9]

Greineder, Dietmar Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 433 „Internationale Umweltpolitik“ im Auswärtigen Amt S. 715[1], 1415[10], 1848[16]

Grenier, Alain François Botschafter der Französischen Republik in Damaskus seit 14. Januar 1986 S. 1713[16]

Grewe, Otto Regierungsamtmann im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT“ des Auswärtigen Amts S. 943[1]

Grigorjew, Jewgenij stellvertretender Chefredakteur der „Prawda" S. 1754[23]

Grinewskij, Oleg Alexejewitsch Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium und Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 539, 560, 700, 941[19], 1019[41], 1065, 1093[14], 1107, 1143

Grobel, Olaf Botschaftsrat an der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 106, 154–156, 160[3], 984, 1571, 1649, 1731[35], 1750[31], 1809[23]

Grolig, Wilfried Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rabat, seit 28. Februar 1986 in Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ des Auswärtigen Amts S. 238[1], 243, 856[1+3], 1332[1]

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; 1957–1985 Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; 1943–1946 Botschafter in Washington; 1946–1948 Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 21, 82[13], 91[8], 98f., 101, 113[5], 163, 192[20], 312[15], 422[8], 423[11], 453[23], 502[22], 702, 762, 805, 823, 1059[11], 1118, 1160, 1202, 1422[16], 1479[15], 1539, 1629, 1684, 1685[5], 1686f., 1864, 1868, 1871, 1894

Gröndal, Benedikt Sigurðsson Leiter der isländischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 538

Grosche, Günter Exekutivdirektor der Bundesrepublik Deutschland beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington S. 1045f., 1048[12]

Gross, René S. 1950

Gruber, Wilfried Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 19. September 1986

Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amts S. 1452[1], 1789[1], 1821[1], 1858[1], 1862[1], 1863[10], 1864[14]

Grunenberg, Ulrich-Detlef Legationsrat bzw. seit 11. März 1986 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo, seit 17. November 1986 im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 1633[1]

Grüner, Martin Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft sowie Koordinator für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie S. 581[8], 900 f., 905

Guédira, Ahmed Réda außenpolitischer Berater König Hassans II. von Marrokko S. 250

Guessous, Azzeddine marokkanischer Minister für Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften S. 255[16]

Gühlcke, Klaus-Jochen Legationsrat bzw. seit 26. Februar 1986 Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 413[1], 1368[1]

Guidi, Marcello stellvertretender Generalsekretär der NATO S. 1017, 1789[6], 1796, 1860, 1862 f., 1872–1875

Guigou, Élisabeth Beraterin im Generalsekretariat des französischen Staatspräsidenten und Generalsekretärin für europäische Angelegenheiten (Conseillère technique au secrétariat général de l'Élysée et Secrétaire générale du Comité interministériel pour les questions économiques de coopération européenne) S. 1199

Guillaume, François französischer Landwirtschaftsminister seit 20. März 1986 S. 575, 792, 1408[13]

Guo Fengmin Botschafter der Volksrepublik China in Bonn S. 880

Haak, Volker Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1598[1], 1613[14], 1667[5], 1751[10], 1866[1]

Haas, Marius Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 431[1]

Haas, Wilhelm Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 98** und S. 1047[9], 1114[3], 1115[5], 1547[25+26+28]

Habermas, Jürgen Professor für Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main S. 1526 f., 1529, 1531

Habib, Philip Charles Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für Mittelamerika seit 7. März 1986 (Ambassador at Large and Special Envoy of the President for Central America) S. 695, 864

Habré, Hissène Präsident der Republik Tschad S. 413

Haddad, Suleyman Abteilungsleiter im syrischen Außenministerium S. 1770[8]

Haig, Alexander Meigs, Jr. General der amerikanischen Streitkräfte; 1981–1982 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 820[38]

Hajjaj, Aref Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1043, 1770, 1905[2]

Halefoglu, Vahit Melih Außenminister der Republik Türkei S. 56, 58, 60[22], 61[23+28], 763, 820, 946[14], 1039, 1218, 1865, 1899, 1921

Hallensleben, Ekkehard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ im Auswärtigen Amt S. 1147[1]

Haller, Benedikt Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, vom 17. März bis 12. September 1986 in Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ S. 506[29]

Hallier, Hans-Joachim Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 12. August 1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 1256[4], 1260[29], 1263[2], 1978[26]

Hamdoon, Nizar Botschafter der Republik Irak in Washington S. 1666

Hamm-Brücher, Hildegard Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1976–1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt S. 1115

Hammarskjöld, Dag 1953–1961 Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 391

Hanel, Ulf Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts, seit 10. Juni 1986 am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 215[1]

Hänisch, Werner Mitglied der Delegation der DDR bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1785 f.

Hanmer, Stephen Read Vertreter des Leiters der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf seit September 1986 S. 1302

Hansen, Niels Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 21, 145, 148, 149, 150, 158, 245, 246, 282, 329, 348, 349, 359, 363** und S. 85, 86[8], 110[17], 194[9], 229[7], 304[7], 328[6], 350[12], 617[11], 726[8], 731[5], 822[6+7], 979[20], 1224, 1227, 1583[42], 1681[2], 1693[6], 1780[6], 1822[7], 1827[10], 1862, 1874[10], 1927[9]

Harmel, Pierre 1965–1966 Ministerpräsident des Königreichs Belgien, 1966–1973 Außenminister S. 119, 817, 836, 850, 963

Hartman, Arthur Adair Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 474[15], 558[22], 1168[23], 1464[7], 1479[15], 1516[15], 1543

Hartmann, Eggert Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1634

Hartmann, Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik" im Bundeskanzleramt S. 48, 354[35], 370[4], 915[1], 1234[1], 1235

Hartmann, Rüdiger Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Funktionsbezeichnung Gesandter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 114, 175, 205, 222, 223, 267, 279, 347, 352, 370, 371, 372** und S. 45, 151, 182, 194, 200 f., 294, 309 f., 430, 527[27], 639[2], 759[28], 766[1], 804[22], 937, 940 f., 1017[37], 1070[1], 1315[3], 1343, 1357[1], 1365[15], 1442[1], 1455, 1501[2], 1513[3], 1540[20], 1571, 1688[6], 1825[1], 1853[1], 1855[9], 1858[1], 1893[1], 1946[26]

Hasi, Ahmed Nawaf Mansur S. 1586, 1589, 1707, 1710 f., 1712[12+13], 1716[25], 1719[33], 1720[36+37], 1750[28], 1768, 1818[23], 1899

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 24, 250–255, 1232, 1881, 1890

Hassan ibn Talal al-Haschemi Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 182** und S. 1309[2], 1314

Hassel, Kai-Uwe von 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1678

Hauchler, Ingomar Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1913

Haunschild, Hans-Hilger Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 233, 790[11]

Hausmann, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 79[28]

Hauswedell, Peter Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT" des Auswärtigen Amts; seit 24. April 1986 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London, seit 10. Juli 1986 Botschaftsrat **Dok. 330** und S. 56[1], 482[1]

Havasi, Ferenc Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Mitglied der Nationalversammlung S. 256[1]

Hawes, John H. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary for Politico-Military Affairs) S. 1374[3], 1502[4], 1503, 1504[8], 1700[10], 1726–1731

Hawke, Robert James Lee (Bob) Ministerpräsident von Australien S. 1004[11]

Haydar, Loutof Allah Botschafter der Arabischen Republik Syrien in London bis 25. Oktober 1986 S. 1715

Healey, Denis Winston Mitglied des britischen Unterhauses und außenpolitischer Sprecher der Labour Party S. 1686

Heck Ministerialdirigent im Bundesministerium der Finanzen S. 1381

Heibach, Bernhard Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 447[35]

Heidari, Gholam-Ali Botschafter der Islamischen Republik Iran in Rom S. 1819

Heide, Winfried Generalkonsul und Leiter des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Johannesburg S. 898[8]

Heinemann, Klaus Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1230[10]

Heinrich II. *1133 †1189 S. 956

Heldt, Hans-Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in N'Djamena, seit 24. Januar 1986 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 515 „Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung" im Auswärtigen Amt, seit 6. Mai 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 92** und S. 480[1], 481[7], 529[1], 532[1], 548[6]

Hellbeck, Hannspeter Ministerialdirigent an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, seit 9. Juni 1986 Vertreter des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" im Auswärtigen Amt **Dok. 220, 228** und S. 1227, 1526[16]

Hellström, Mats Johan schwedischer Außenhandelsminister, seit 10. Oktober 1986 Landwirtschaftsminister S. 1234, 1239–1241

Henatsch, Ruprecht Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 273**

Henault, Pierre Marie Patrick Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef du service des affaires stratégiques et du désarmament) S. 1138

Heng Samrin, Samdech Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampucheas S. 717[11], 852, 1411[6]

Hennig, Ortwin Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1773[11+15]

Hennig, Ottfried Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 440

Henze, Gerhard Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1374[1]

Herbst, Otto-Axel 1976–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1577[12]

Hermes, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl; 1979–1984 Botschafter in Washington S. 174[7], 216[5]

Hernu, Charles 1981–1985 französischer Verteidigungsminister S. 290[6], 343[28], 576[21], 905[20], 1128, 1138

Herrhausen, Alfred Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG S. 1911–1913

Herrington, John S. amerikanischer Energieminister S. 1395[10]

Herzog, Chaim Präsident des Staates Israel S. 535

Heß, Rudolf 1933–1941 „Stellvertreter des Führers" und Reichsminister ohne Portefeuille des Deutschen Reichs S. 1110, 1199f., 1542

Heß, Wolf Rüdiger Sohn von Rudolf Heß S. 1199f.

Heseltine, Michael britischer Verteidigungsminister bis zu seinem Rücktritt am 7. Januar 1986 S. 4[7], 80, 241, 274[6], 1243[7]

Heyken, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 68, 309** und S. 3[1+3], 16[2], 17[5], 19[1], 154[1], 159[20], 215[1], 448[1], 471[1], 618[4], 665[1], 710[1], 748[1], 778[1], 986[12], 1106[1+7], 1109[17], 1110, 1113[38], 1157[1], 1568[1], 1591[5], 1598[1], 1600, 1612[1+3], 1631[12], 1633[1], 1751[1], 1755[32], 1866[1]

Hildebrand, Klaus Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn S. 1527, 1530

Hillenbrand, Martin J. 1972–1976 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 1678

Hiller, Armin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts **Dok. 240** und S. 413[1], 415[12], 417[15], 418[23], 1368[1], 1900[1]

Hiller, Reinhold Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 810[15]

Hillgruber, Andreas Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität zu Köln S. 1527, 1530

Hindawi, Nezar S. 1586, 1588[17], 1589, 1610, 1660[11], 1711, 1713, 1715, 1718, 1899

Hinrichsen, Irene Legationsrätin bzw. seit 26. Februar 1986 Legationsrätin I. Klasse in Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 266[1], 267[8]

Hirsch, Burkhard Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1114[2], 1117

Hitler, Adolf 1933–1934 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 306, 375[21], 826, 1053, 1099, 1100[30], 1148, 1151, 1527, 1590[2], 1612[7], 1631 f., 1648

Hocké, Jean-Pierre Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) S. 1024[6]

Höfer-Wissing, Neithart Attaché im Referat 102 „Ausbildung“ des Auswärtigen Amts seit 1. April 1986, vom 15. April bis 31. Oktober 1986 abgeordnet in das Referat 213 „Sowjetunion“ S. 1592[1]

Hoffman, Fred S. Direktor von Pan Heuristics, Inc. S. 86 f.

Hoffmann, Ingeborg Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 810[15]

Hoffmann, Wolfgang Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 871[36]

Hoffmann-Loss, Herbert Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ des Auswärtigen Amts S. 1315[1]

Hofstetter, Rolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt S. 89, 106, 113[1+2], 182, 194, 200, 227[1], 309, 312, 645[1], 732[12], 811[1], 814[1], 884, 887[11], 980, 984, 1070, 1074[1], 1140[1], 1162[1], 1183[1+3], 1281[1], 1321[1+2], 1324[1+2], 1343, 1347[1], 1357[1], 1362[1], 1442[1], 1463[1], 1464[5], 1472[1+3], 1482, 1491, 1513[1+3], 1518[1], 1536[3], 1552[1], 1571, 1657, 1667[1+3], 1681[1], 1684[1], 1688[1], 1800[1], 1809[23], 1858[1], 1893[1], 1926[1+3], 1929[1+2], 1974[1]

Holderbaum, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts, seit 21. November 1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako S. 915[1]

Holik, Josef Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 59, 81, 82, 131, 184, 350** und S. 1189[8], 1192[15], 1489[21], 1667[3], 1858[1]

Hollings, Ernest Frederick Senator für den amerikanischen Bundesstaat South Carolina (Democratic Party) S. 566[6], 771[8], 839[25]

Holmes, Henry Allen, Jr. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) und Vorsitzender Special Consultative Group der NATO S. 197[13], 227–229, 731[5], 811 f., 1519, 1520[8]

Holst, Johan Jørgen norwegischer Verteidigungsminister S. 766–769, 772–774, 1561 f., 1801 f., 1809

Holthoff, Horst Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt **Dok. 166** und S. 7, 573, 740[1], 754[2], 754[1], 915[1], 1206[1], 1568[1], 1844[1]

Holubek, Reinhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausstattungshilfe“ im Auswärtigen Amt; 1985 Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ S. 337[6], 1354[8]

Honecker, Erich Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 19[5], 158, 181[18], 201, 216, 276[15], 285 f., 300 f., 316, 319, 372 f., 379, 601, 628[34], 629, 647[11], 701, 857, 1053, 1179, 1327, 1329, 1331, 1537, 1584, 1816, 1861

de Hoop Scheffer, Jakob G. N. (Jaap) Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 126, 766

Horáček, Milan 1983–1985 Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 761

Horsten, Heinrich Legationsrat I. Klasse im Referat 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ des Auswärtigen Amts bzw. ab 14. April 1986 im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ S. 33[1], 336, 1357[1]

Horváth, István Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 316[10]

Howe, Sir Geoffrey Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 95, 132, 133, 260, 353, 354** und S. 37, 265, 351, 628, 672, 674, 800–805, 816 f., 820, 823–825, 836, 864, 866–873, 876–878, 941, 950 f., 994, 1002–1004, 1088, 1172[14], 1211, 1233, 1257–1259, 1266–1268, 1277[9], 1366, 1576, 1581, 1586[9], 1588[17], 1604, 1605[14], 1620[6], 1621, 1631, 1650 f., 1656, 1659–1661, 1778, 1793[14], 1821[2], 1850, 1859, 1864 f., 1883, 1899, 1929[3]

Hoyer, Steny Hamilton Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und Vorsitzender der Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa S. 438[13]

Hoyer-Boot, Bernd Baron von Oberst i. G. und Militärattaché an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 1304[1]

Höynck, Wilhelm Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 717[15], 1971[36+37+39]

Hu Yaobang Generalsekretär der KPCh und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh **Dok. 169** und S. 362, 915–917, 921

Hua Guofeng 1976–1980 Ministerpräsident der Volksrepublik China und 1976–1981 Vorsitzender der KPCh S. 916

Hübener, Christian Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Oslo bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Dezember 1986 S. 769[16]

Huber, Ludwig Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank Girozentrale S. 1916

Hurd, Douglas britischer Innenminister S. 1706[21]

Husák, Gustáv Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 190[9], 1537

Hussain, Jamil Mitarbeiter an der syrischen Botschaft in Bonn bis November 1986 S. 1769

Hussein ibn Talal al-Haschemi König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 14, 29, 84, 173, 175, 220, 223, 225 f., 249, 254, 255[17], 264 f., 272, 953 f., 1232, 1309, 1547, 1706

Hüttel, Rolf Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 194, 197, 199–201, 294, 732, 736, 999[1], 1001, 1054, 1136f., 1187, 1520, 1657, 1729, 1732, 1781[9], 1937

Huyn, Hans Graf Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 810[15]

Iacovou, Georgios Kyriakou Außenminister der Republik Zypern S. 1209[11]

Ibrahimi, Ahmed Taleb Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien **Dok. 124** und S. 591f.

Iglesias García, Enrique Valentín Außenminister der Republik Östlich des Uruguay (Canciller de la República) S. 1406, 1408

Iklé, Fred Charles Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 356, 472, 566, 1552, 1730, 1744, 1747

Ilić, Jovo S. 79

al-Imadi, Muhammad syrischer Minister für Wirtschaft und Außenhandel S. 592[12]

Indra, Alois Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei sowie Präsident der tschechoslowakischen Föderalversammlung S. 190[8]

Inglés, José Staatsminister im philippinischen Außenministerium S. 1606

Iotti, Leonilde Präsidentin der Abgeordnetenkammer der Republik Italien S. 475

Işcen, Oktay Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 56[5], 1037[1], 1172

Ischinger, Wolfgang Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen S. 80[1], 96[1], 173[1], 189[1], 205[1], 247, 267, 387[3], 507[2], 522, 550[1], 573, 579[1], 586[1], 635[1], 655[1], 788[1], 789[6], 880[1], 943[1], 953[1], 955[15], 980[1], 1212[4], 1228[1], 1472[3], 1604[1], 1692[1], 1814[1], 1835[1], 1850[1]

Israeljan, Wiktor Lewonowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf im Rang eines Botschafters S. 889, 981[6], 1107

Jäckel, Eberhard Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart S. 1527

Jackson, Henry M. 1953–1983 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Washington (Democratic Party) S. 422

Jacobson, David S. 1662[3], 1713[17]

Jäger, Claus Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1968

Jagow, Peter von Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid, seit 20. Januar 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ im Auswärtigen Amt S. 1344[1]

Jalloud, Abdel Salam Ahmed Major und Stellvertreter Gaddafis in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija; 1972–1977 Ministerpräsident S. 1230

Jankowitsch, Peter Außenminister der Republik Österreich seit 16. Juni 1986 **Dok 226** und S. 979[18], 1394, 1396[13], 1397, 1956

Jankowski, Henryk Pfarrer der Brigitten-Kirche in Danzig S. 603–605, 613

Jansen, Michael Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt **Dok. 155, 258** und S. 3[3], 16[2], 36[1], 48[1], 60[16], 62, 80[1], 85[3], 106, 130[3], 146[3+6], 152[3], 160[1], 182, 189[1], 256[1], 296[1], 302[1], 314[1], 367[3], 370[1], 380[1], 448[1], 491[1], 522[1], 547[1], 550[1], 573[1], 579[1], 586[1], 591[3], 598[1], 645[1], 689[1], 705[1], 748[1], 761[6], 793[3], 864[9], 880[1], 937, 943[1], 953[1], 1049, 1070, 1162[5], 1172[14], 1177[3], 1212[3], 1223[3], 1289[2], 1321[2], 1362, 1368, 1384, 1404[2], 1428[10], 1449[1], 1501[2], 1505[1], 1510[1], 1571, 1592[1], 1634, 1650[1], 1667[3], 1692[1], 1722[1], 1744[3], 1764[1], 1814[1], 1821, 1825[1], 1835, 1850[1], 1862, 1907[1], 1910[1], 1919[1], 1929[2], 1939

Jaruzelski, Wojciech General, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 10, 98[15], 236f., 284f., 370,

372 f., 374[18], 377, 379, 604, 607[10], 627[22], 1118[9], 1154[2], 1327, 1329, 1537, 1648[15], 1816, 1841, 1886[34], 1888

Javorsky, Jaroslav S. 16[2], 17, 161[7]

Jefremow, Leonid Nikolajewitsch Erster Stellvertretender Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technologie S. 1106

Jelisarjew, Gennadij Iwanowitsch Botschaftsrat, dann Gesandter und Vertreter des Botschafters der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 89, 980, 1110[27], 1600[11]

Jelonek, Alois Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts **Dok. 6, 22, 39, 41, 46, 67, 89, 165, 171, 172, 174, 338, 367** und S. 3[3], 7, 10 f., 13[32], 15[40], 31[36], 56[3], 60, 96[7], 104[29], 152[3], 153[9], 169[1], 341[15], 403[13], 404, 405[16], 406[17], 430, 469[2], 528[28], 574[12], 575[15], 628[32], 662[6], 663 f., 746[21], 759, 871[38], 946[15], 1006[2+4], 1013[13], 1033[5], 1228, 1336[14], 1375[7], 1501[2], 1555[20], 1577[17], 1606, 1609[12], 1702 f., 1705, 1721, 1773[15], 1776[21], 1778[27], 1779[31], 1919[1], 1943[19]

Jelzin, Boris Nikolajewitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter der Abteilung für Bauwesen sowie Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU S. 1685[5]

Jenninger, Philipp Mitglied und Präsident des Deutschen Bundestages (CDU); 1982–1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 158 f., 190, 276, 300, 379[26], 1590[4]

Jessen, Christoph Vortragender Legationsrat im Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO" des Auswärtigen Amts, seit 31. Oktober 1986 abgeordnet als Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1010[11]

Jesser, Walter 1978–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 25[10]

Jestaedt, Rudolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1986 S. 12[28]

Jiang Qing Witwe von Mao Tse-tung S. 915

Jiang Xinxiong chinesischer Minister für Kernenergie S. 1395[11]

Jochimsen, Reimut nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister (SPD) S. 745[18]

Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) Papst S. 284, 627, 701, 1537, 1816

Johnson, Manuel H. Vizepräsident der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) seit 4. August 1986 S. 1744 f.

Jopling, Michael britischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung S. 792

Jørgensen, Anker Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Dänemarks; 1973–1973 und 1975–1982 Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 280

Josselin, Charles Staatssekretär im französischen Verkehrsministerium bis 20. März 1986 S. 346

Jouahri, Abdellatif marrokkanischer Finanzminister S. 255[16]

Juan Carlos König des Königreichs Spanien S. 296, 300[16], 323

Junejo, Mohammad Khan Ministerpräsident der Islamischen Republik Pakistan **Dok. 194** und S. 206, 1039

Jung, Ernst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 1438[23], 1538[15]

Jung, Hermann Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung 6 „Bundesnachrichtendienst; Koordinierung der Nachrichtendienste des Bundes" im Bundeskanzleramt S. 1195 f., 1198, 1261, 1263[9]

Jung, Rolf-Eberhard Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 97[12+13], 98[14]

Jungmann, Horst Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 794f.

Kaczmarek, Jerzy S. 17, 161[7]

Kádár, János Generalsekretär des ZK der USAP; 1956–1958 und 1961–1968 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 978, 989, 1537f., 1590[2], 1773

Kaempffe, Gisela Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 603 „Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen“ bzw. seit 17. Februar 1986 im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 1114[1], 1241[2], 1309[1], 1526[1]

Kaestner, Uwe Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt, seit 8. Dezember 1986 Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen; bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika; Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Bundeskanzleramt **Dok. 147, 283** und S. 71[1], 190[8], 497[1], 579[1], 583[1], 603[1], 604[3], 613[16], 924[1+2], 930[15], 1154[1], 1640[1], 1648[16], 1785[13]

Kahle, Hans 1980–1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis S. 468[7]

Kahveci, Adnan Chefberater des türkischen Ministerpräsidenten S. 1431, 1433

Kalb, Bernard Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums (Assistant Secretary of State for Public Affairs) S. 1362, 1387[21]

Kaltenbach, Dorothee Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1521

Kampelman, Max M. Leiter der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf sowie Verhandlungsführer für Verteidigungs- und Weltraumwaffen im Rang eines Botschafters; 1980–1983 Leiter der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid **Dok. 18, 286** und S. 121, 822, 832, 1084, 1162f., 1165f., 1168, 1300, 1302f., 1321, 1324f., 1464, 1470, 1483, 1507, 1510f., 1517, 1519, 1573, 1670, 1688f., 1691, 1927

Kamtekar, Dileep Botschafter der Republik Indien in Bonn S. 211

Kana'an, Taher Hamdi jordanischer Planungsminister S. 955[16]

Kane, Cheikh Hamidou senegalesischer Minister für Entwicklung und Planung S. 414

Kapiza, Michail Stepanowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 99, 1328

Karkow, Bodo Stellvertretender Leiter des German Information Center (GIC) in New York; 1981–1985 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 429[20]

Karl-I-Bond, Jean de Dieu Nguza Botschafter der Republik Zaire in Washington S. 1565

Karmal, Babrak Präsident des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan bis 4. Mai 1986 S. 818[24], 853, 1978

Karpow, Wiktor Pawlowitsch Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium und Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und Verhandlungsführer für Strategische Nuklearwaffen; 1982–1983 Leiter der sowjetischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf **Dok. 170, 186, 285** und S. 107, 311f., 314, 628, 908–913, 986f., 1012, 1084, 1134, 1163, 1165, 1168, 1233, 1281f., 1464, 1465[8], 1471, 1477[13], 1491–1495, 1507, 1519, 1600, 1603, 1614f., 1633, 1669f., 1867, 1869, 1927

Karry, Heinz Herbert 1970–1981 Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Hessen (FDP) S. 533

Kaschlew, Jurij Borissowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium und Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1600, 1613, 1615f., 1762

Kassebaum, Nancy Landon Senatorin für den amerikanischen Bundesstaat Kansas (Republican Party) S. 408 f., 412

al-Kassem, Abdel Rauf Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 592

Kastl, Hans Jörg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 85, 136, 210, 276, 328, 360, 377** und S. 4 f., 112[22], 348, 354[38], 384[7], 444[23], 458[8], 527[25], 558[22], 602[11], 628[33], 629[37], 677[9], 678[10+11], 723[8], 748[6], 752[14], 850[15], 853[23], 860[22], 1074[5], 1087, 1090, 1158[9+11], 1159[14], 1160[16], 1168[23], 1349[9], 1413, 1418[20], 1438[19], 1464[7], 1479[15], 1490, 1516[15], 1543[14], 1593[8], 1594[11], 1602[14], 1612[8], 1613[9], 1616, 1617[30], 1753[18+23], 1787[19], 1886[35]

Kastrup, Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse bzw. seit 6. Januar 1986 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts; seit 31. Oktober 1986 Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ **Dok. 274, 289, 339, 341** und S. 33[2], 890, 892, 894[1+3], 895, 896[9], 1155[5], 1241, 1375[7+9], 1598[1], 1634, 1699[6], 1963[3]

Katkow, Arkadij Attaché an der sowjetischen Botschaft in Beirut bis 1985 S. 1230[10]

Kaul, Hans-Peter Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv bzw. seit 14. Oktober 1986 an der Botschaft in Washington S. 1114[1+4], 1115[5+7], 1662[1], 1737[1], 1756[1]

Kaunda, Kenneth David Präsident der Republik Sambia S. 1004[11]

Kausch, Joachim Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 1147[1]

O'Keeffe, Laurence Leiter der britischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1296, 1299 f.

Keil, Franz Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland; 1977–1980 Botschaftsrat I. Klasse (seit 1979 Gesandter) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 597, 641[1], 700[1], 825[1], 1023[1], 1170[5]

Kekkonen, Urho Kaleva 1956–1982 Präsident der Republik Finnland S. 1133[26], 1233

Kelly, Petra Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 1675[5]

Kennedy, Edward Moore („Ted“) Senator für den amerikanischen Bundesstaat Massachusetts (Democratic Party) S. 188, 813

Kennedy, John Fitzgerald 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 152, 320[17]

Kennedy, Richard Thomas Sonderbotschafter für Fragen der nuklearen Nichtverbreitung im amerikanischen Außenministerium (Ambassador at Large and Special Adviser to the Secretary on Non-Proliferation and Nuclear Energy Policy) S. 261

Kewenig, Wilhelm Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU), seit 17. April 1986 Senator für Inneres S. 1171, 1218[11]

Khaddam, Abdel Halim Vizepräsident der Arabischen Republik Syrien; 1970–1984 Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident S. 592, 1711

Al-Khail, Muhammad Ali Aba saudi-arabischer Wirtschafts- und Finanzminister S. 288[30]

Khaled el Nasser el Turki Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Rom S. 289

Khan, Munir Ahmad Vorsitzender der Pakistanischen Atomenergiekommission und Vorsitzender des Gouverneursrates der Internationalen Atomenergieorganisation S. 1397 f.

Khayar, Issa Hassan Botschafter der Republik Tschad in Bonn S. 413

Khomeini, Ruhollah Ayatollah, geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 289, 479, 892[7], 953, 1047, 1315, 1426[3], 1427, 1664[7], 1743, 1819 f., 1891

Kiechle, Ignaz Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 244, 348, 524, 575, 792, 1779[31]

Kienast, Jan polnischer Stellvertretender Außenminister S. 1889

Kiewitt, Peter Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 701 „Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden“ im Auswärtigen Amt, seit 10. November 1986 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Canberra S. 595[31], 659[20]

Kim Il-sung Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) S. 853, 916 f., 1891[56]

Kim Jong-il Sohn von Kim Il-sung S. 1891[56]

Kimche, David Generaldirektor im israelischen Außenministerium S. 1739

Kinnock, Neil Vorsitzender der britischen Labour Party und Oppositionsführer im Unterhaus S. 1088, 1686

Kirk, Roger Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bukarest S. 122[4]

Kirkpatrick, Jeane Jordan Professorin für Politikwissenschaft an der Georgetown University in Washington, 1981–1985 Leiterin der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York im Rang einer Botschafterin S. 412[15]

Kissinger, Henry Alfred Vorsitzender des Aufsichtsrats (Chairman of the Board) des Beratungsunternehmens Kissinger Associates Inc. in New York; 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 757[19], 816, 962, 965 f., 1129, 1298, 1664, 1666, 1738, 1740

Kiszczak, Czesław polnischer Innenminister S. 236 f., 1373[12]

Kittel, Walter Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 487[25], 1379[7], 1778[30]

Kittlitz, Arne Freiherr von Legationsrat I. Klasse im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)“ des Auswärtigen Amts S. 323[32], 326[36], 906[23], 1957[1]

Klaiber, Klaus-Peter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts **Dok. 236** und S. 7, 62[1], 71[1], 80, 89, 106[1], 160[1], 182[1], 189[1], 273[1], 314[1], 370[1], 380[1], 389[1], 431[1], 573[1], 579[1], 645[1], 655[1], 788[1], 880[1], 884, 894[3], 931[1], 941[18], 953[1], 957[3], 980, 984, 1070[1], 1206[1], 1219[14], 1228[1], 1281[1], 1289[2], 1321[2], 1324[2], 1452[3], 1482, 1491, 1499[2], 1624[2], 1637[3], 1640[1], 1644[1], 1650[1], 1674[2], 1692[1], 1701[1], 1751[1], 1754[27], 1789[1], 1814[1], 1850[1], 1872[1], 1907[1], 1926[3], 1929[2], 1936[1+3], 1938[13]

Kleiner, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 686[20], 854[27], 1891[56]

Klenner, Dietmar Oberstleutnant i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 535[3], 1242[5]

Klibi, Chedli Generalsekretär der Arabischen Liga **Dok. 43** und S. 266[2+3], 642[5], 868

Klinghoffer, Leon S. 270[18]

Klosson, Michael Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director for European Security and Political Affairs) S. 40

Kneifel, Theobald Priester und Missionar des Ordens der Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria S. 897 f.

Köcher, Hana S. 17 f., 154[2], 161[7]

Köcher, Karel S. 17 f., 154[2], 161[7]

Kocka, Jürgen Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bielefeld S. 1531

Kohl, Hannelore Ehefrau von Helmut Kohl S. 378, 653, 668 f., 741, 826

Kohl, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion **Dok. 10, 27, 30, 49, 64, 65, 66, 74, 100, 120, 134, 138, 139, 143, 160, 176, 188, 194, 195, 199, 214, 216, 217, 225, 231, 247, 271, 278, 294, 344** und S. 6, 14, 37, 65–67, 70, 72–74, 93 f., 130[3], 155–160, 172, 184–187, 195, 204, 210, 223[20], 225, 244 f., 284, 290[4], 291, 293 f., 299[14], 300, 305[4+6], 315, 316[9], 325 f., 327[38], 336[3], 337 f., 338–341, 343[24], 344[29+30], 346–348, 355, 387, 403, 405, 406[17], 409, 422[8], 450[12], 452, 507, 514, 518, 530, 533 f., 548, 550, 556 f., 562–565, 568, 569[5], 572, 574 f., 580, 581[8], 592, 628[34], 630, 643[8], 645–648, 653 f., 658, 667–669, 671, 689[3], 690[6], 707[8], 716, 730, 733, 752[13], 760, 761 f., 789 f., 792[18], 795[11], 798, 834[3], 856, 857[7–9], 859, 860[20], 877[10], 900, 903, 906[26], 929, 949–951, 978, 999[1], 1000[3], 1013, 1021, 1040[3], 1041, 1053, 1054[2], 1055, 1071 f., 1074[5], 1077 f., 1085, 1087, 1089, 1091 f., 1095, 1097–1099, 1105, 1109, 1110[22], 1118, 1124, 1129, 1145, 1157, 1162, 1166 f., 1173[17], 1176[25], 1180 f., 1219 f., 1273 f., 1285[17], 1317, 1322, 1343 f., 1366 f., 1375, 1381, 1394[3], 1399, 1409, 1410[2], 1413–1415, 1417 f., 1431, 1439 f., 1445, 1455, 1471, 1476, 1480, 1490, 1491, 1493, 1502[4], 1503, 1508[11], 1513, 1519, 1530[16], 1532–1546, 1548–1556, 1564, 1565[11], 1567, 1568[1], 1573, 1590 f., 1599–1603, 1607–1609, 1612[6–8], 1618 f., 1628–1635, 1640, 1654–1657, 1671, 1683, 1686, 1698, 1708–1710, 1725, 1728, 1731[35], 1742, 1745, 1748[20], 1751, 1753 f., 1816, 1850, 1852, 1882, 1901, 1905, 1922, 1924, 1929[2], 1939, 1942

Kohl, Peter Sohn von Helmut Kohl S. 378, 545

Kohl, Walter Bruder von Helmut Kohl S. 378

Kohl, Walter Sohn von Helmut Kohl S. 378, 545

Köhler, Volkmar Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1703 f.

Komplektow, Wiktor Georgijewitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister und Mitglied der Zentralen Prüfungskommission der KPdSU S. 474[16]

König, Franz 1956–1985 Kardinal und Erzbischof von Wien S. 1208

König, Johanna Legationsrätin I. Klasse im Referat 232 „VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen“ bzw. seit 21. Juli 1986 im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 1234[1]

Kornblum, John Christian stellvertretender Kommandant des amerikanischen Sektors von Berlin S. 1946

Kornijenko, Georgij Markowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister bis April 1986, danach Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK S. 474[15], 525[14], 986[12], 1158

Koschnick, Hans Mitglied des Bundesvorstands der SPD; 1967–1985 Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Bürgermeister der Stadt Bremen S. 536 f., 840[26]

Kössler, Armin Legationsrat I. Klasse im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amts S. 907[30], 1429[1]

Kostede, Norbert Mitglied des Bundesvorstands der Partei Die Grünen S. 1684, 1685[5]

Kotschemassow, Wjatscheslaw Iwanowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 824[17+18], 1172[14]

Kötting, Hans-Karl Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 1426

Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister; seit Mai 1986 Erster Stellvertretender Außenminister **Dok. 310** und

S. 711[5], 723[8], 1385, 1388, 1441, 1612–1614, 1616, 1618 f., 1633, 1886[35]

Krabatsch, Ernst Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Abrüstungsbeauftragter im Rang eines Botschafters S. 311[12], 388[8], 465[10], 1315–1320

Krack, Erhard Oberbürgermeister von Ost-Berlin S. 1584[46]

Kraft, Gerald Präsident von B'nai B'rith International S. 305

Kraußer, Hartmut Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 1300[1]

Kreisky, Bruno 1970–1983 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 280, 1210

Krekeler, Friedrich Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht" bzw. seit 21. Juli 1986 im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts, seit 11. August 1986 Persönlicher Referent von Staatssekretär Ruhfus S. 358[1+2]

Krekić, Nenad jugoslawischer Außenhandelsminister S. 1406[11]

Krenzler, Horst Günter Abteilungsleiter in der Generaldirektion für Außenbeziehungen, dann Generaldirektor für Außenbeziehungen bei der EG-Kommission S. 1778

Kreuzer, Franz österreichischer Minister für Gesundheit und Umweltschutz S. 1207[7]

Kriegel, Vera Mitglied und Vertreterin der Organisation „CANDLES" (Children of Auschwitz Nazi Deadly Lab Experiments Survivors) S. 1114 f., 1117

Krolikowksi, Herbert Mitglied des ZK der SED, Erster Stellvertretender Außenminister der DDR und Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts S. 627[21], 1861, 1872, 1875

Kudlich, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt" im Auswärtigen Amt S. 524[10], 1378[1], 1450[7]

Kuhler, Ulrich S. 531

Kuhna, Karl-Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt S. 283[1], 296[1], 614[1], 635[1], 1701[1]

Kulikow, Wiktor Georgijewitsch Marschall der Sowjetunion und Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 1873, 1875, 1878

Kullak-Ublick, Horst Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit 6. August 1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile **Dok. 235**

Kulski, Bolesław Gesandter an der Botschaft der Volksrepublik Polen in Bonn S. 1887[39]

Kunajew, Dinmuchamed Achmedowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie bis 16. Dezember 1986 Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 1979

Kuranari, Tadashi Außenminister von Japan seit 22. Juli 1986 S. 1978[26]

Kurth, Eberhard Ministerialdirigent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 844[12]

Kusnezow, Georg Oberamtsrat im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts S. 19[3], 40[1], 56[3], 219[3], 256[1], 305[3], 328[3], 383[5], 407[3], 435[3], 482[1], 488[3], 532[1], 618[3], 832[1], 841[3], 856[3], 894[3], 908[3], 1154[1], 1183[3], 1187[3], 1195[2], 1217[3], 1332[3], 1513[3], 1612[3], 1735[2], 1751[3], 1963[3]

Kusumaatmadja, Mochtar Außenminister der Republik Indonesien S. 1604 f.

al-Kuwaiz, Abdullah Ibrahim stellvertretender Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates (GCC) 288[30]

Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium und Verhandlungsführer für Verteidigungs- und Weltraumwaffen bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf; seit 24. April 1986 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn; 1981–1983 Leiter der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf **Dok. 16, 195** und S. 102, 107–109, 117, 121, 189, 202[19], 285, 311 f., 316, 448, 451, 455, 505[25], 662 f., 665, 857[9], 884, 888, 980, 1013[13], 1040[3], 1041, 1042[11], 1056 f., 1087, 1090, 1104, 1105[38], 1160[16], 1292[10], 1386, 1413 f., 1459, 1483, 1491, 1493, 1590 f., 1599[6+7], 1600, 1602[14], 1603[16], 1619, 1637–1639, 1751 f., 1755

Kyaw, Dietrich von Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1549[1]

Kyprianou, Spyros Präsident der Republik Zypern S. 353[27], 992[18]

Lahn, Lothar Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1986 S. 12[29], 275[10]

Lahr, Rolf 1957–1961 Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt S. 1616

Lahusen, Carl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Dezember 1986 S. 897[2]

Lalumière, Catherine Staatssekretärin im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État auprès du ministre des Relations extérieures, chargé des Affaires européennes) bis 20. März 1986 S. 12

Lambach, Frank Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" im Auswärtigen Amt S. 16[2], 276[15], 351[14], 387[1+3], 628[34], 1022[56], 1177[1], 1182[22], 1329[20], 1568[1], 1618[33], 1704[13], 1907[1], 1940[9]

Lambsdorff, Otto Graf Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft S. 276[14], 1010[10]

Lamm, Edgar Mitarbeiter der Internationalen Gesellschaft für die Menschenrechte (IGFM) S. 440[22]

Lamrani, Mohammed Karim Ministerpräsident des Königreichs Marokko bis 30. September 1986 S. 255

Lang, Jack französischer Kulturminister S. 15[43]

Lang, Norbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dakar bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1986 S. 413 f., 591[3]

Lange, Anna S. 826

Lange, David Rusell Ministerpräsident und Außenminister von Neuseeland **Dok. 160** und S. 923, 991, 994

Lange, Phoebe Fysh Mutter von David R. Lange S. 826

Langers, Hubert Amtsinspektor im „Büro Personalrat" des Auswärtigen Amts S. 1502

Lankester, Timothy P. Exekutivdirektor des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington S. 1045

Lansloth, Theo Diplomatischer Berater des belgischen Ministerpräsidenten S. 740

Lapskij, Wladimir sowjetischer Journalist S. 712[8]

Laptew, Iwan Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija" S. 752[14]

de Larosière, Jacques Martin Henri Marie Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington S. 131

Lassus, Dominique Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 1122

Läufer, Thomas Legationsrat I. Klasse im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt" des Auswärtigen Amts S. 1378[1]

Laurel, Salvador Vizepräsident und Außenminister der Republik der Philippinen S. 686 f., 710[12]

Laurien, Hanna-Renate Senatorin für Bildung, Jugend und Sport sowie stellvertretende Regierende Bürgermeisterin von Berlin S. 1171

Lautenschlager, Hans Werner Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1979–1984 Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1974–1975 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ S. 135[20], 220[9], 226[29], 231[3], 271[20], 409[9+10], 717[14], 903[17], 989, 1327, 1331[26], 1333, 1344, 1357, 1384, 1882[23], 1970[28]

Lawson, Richard Laverne General und stellvertretender Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa (United States European Command) bis 30. November 1986 S. 1674[3], 1676

Ledogar, Stephen Joseph Gesandter und Vertreter des Leiters der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 541, 1308

Ledsky, Nelson C. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1733

Lehman, Ronald Frank II. Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt (Special Assistant bzw. seit 29. Januar 1986 Deputy Assistant to the President for National Security Affairs) und Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf sowie seit 14. März 1986 Verhandlungsführer für strategische Nuklearwaffen (START) im Rang eines Botschafters **Dok. 187** und S. 182, 187, 189, 194–196, 198 f., 203, 567[7], 630, 645, 822, 1300 f., 1321, 1470, 1571[7], 1689

Lehnhardt, Annelie Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1147

Lemnitzer, Lyman Louis General und 1963–1969 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 1568[7]

Lemp, Rüdiger Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 1314[16]

Lengl, Siegfried Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 245, 381, 1431

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 376, 701, 1026, 1053, 1594, 1597

Lenz, Carl Otto Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof S. 947

Leuchs, Walter Legationsrat I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 1923[1]

Levy, Moshe Generalleutnant und Generalstabschef der israelischen Streitkräfte S. 1674[3]

Lewalter, Karl Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt; seit 1. September 1986 Botschafter z. b. V. S. 85[1], 88[15], 146[1], 151[27], 215[1], 290[1], 302[1], 328[1], 614[4], 618[1], 724[1], 770[1], 772[1], 793[1], 796[12], 833[1], 915[1], 922[33], 999[1], 1054[1], 1078[2], 1130[19], 1223[1], 1256[4], 1260[29], 1289[1], 1304[1], 1559[1], 1781[9]

Lewis, Stephen Henry Leiter der Ständigen Vertretung Kanadas bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 842, 846

Li Luye Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik China bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1327

Li Peng Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 880

Libal, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 215[1], 383[1], 1592[4], 1603[16], 1612[3], 1633[1], 1751[1+3], 1866[1], 1975[12]

Liedermann, Helmut Exekutivsekretär der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1439

Ligatschow, Jegor Kusmitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Sekretär des ZK der KPdSU für Kader, Ideologie und Parteiverwaltung sowie Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 711, 1594, 1976

Limmer, Herbert Ministerialdirektor und Leiter der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; 1979–1983 Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 1150[9]

Lincke, Dietrich Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1150[10]

Linhard, Robert E. Brigadegeneral und Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt (Special Assistant to the President for National Security Affairs) S. 183, 1464[6]

Lippe, Manfred Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 515 „Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung" des Auswärtigen Amts S. 1586, 1589

Loeck, Hans Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Caracas; 1982–1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 35[10], 206[8], 336[3], 428[18], 901[9], 1925

Löffler, Kurt Staatssekretär im Ministerium für Kultur der DDR sowie stellvertretender Vorsitzender und Sekretär des Komitees zum 750-jährigen Bestehen von Berlin S. 1179

Lohse, Johannes Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 1442[1], 1688[1]

Loibl, Wolfgang Leiter der österreichischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters, seit 30. September 1986 Gesandter an der Botschaft der Republik Österreich in Bonn S. 42

Lomejko, Wladimir Borissowitsch Sonderbotschafter und Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium S. 475, 1473, 1477, 1507

Londoño Paredes, Julio Außenminister der Republik Kolumbien seit 7. August 1986 S. 1344, 1346

Loosch, Reinhard Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 22 „Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit" im Bundesministerium für Forschung und Technologie **Dok. 266**

Löschnak, Franz Mitarbeiter im österreichischen Bundeskanzleramt S. 1207[7]

Löschner, Harald Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht" des Auswärtigen Amts S. 550[1]

Losonczi, Pál Vorsitzender des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des Politbüros des ZK der USAP S. 316[10]

Lowitz, Donald S. Leiter der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1249

Lubbers, Rudolphus (Ruud) Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 135, 228, 244, 274, 543, 648, 715, 738[4], 917, 1661, 1869

Ludwig, Peter Unternehmer und Vorsitzender des Museumsvereins Aachen e.V. S. 1234

Luetke, Bodo S. 17[5], 18, 154[2+3], 155–157, 160[3], 161[7]

Lugar, Richard Green Senator für den amerikanischen Bundesstaat Indiana (Republican Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats S. 1232[19]

Lukonin, Nikolai Fjodorowitsch Minister für Kernenergiewirtschaft der Union

der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1687[17]

Lukowitz, Rüdiger von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 279[25], 336, 389[1], 874[1], 1234[1]

Lutz, Martin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 206[8], 890[1], 1410[1], 1905[2], 1916[11]

Lutze, Lothar S. 18[10]

Lyng, Richard Edmund amerikanischer Landwirtschaftsminister seit 7. März 1986 S. 485, 1275[5]

Machel, Samora Moisés Präsident der Volksrepublik Mosambik bis zu seinem Tod am 19. Oktober 1986 S. 868, 1565, 1583, 1661, 1889

Mack, Hans-Joachim General der Bundeswehr und Stellvertretender Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (Deputy Supreme Allied Commander Europe) S. 1783

Madelin, Alain französischer Industrieminister seit 20. März 1986 S. 1746[12]

Mäder, Manfred S. 1950

de la Madrid Hurtado, Miguel Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 209, 389, 390[5], 1151, 1238[10+11], 1239[14]

Madrigal Nieto, Rodrigo Außenminister der Republik Costa Rica S. 1344, 1346 f.

Maekawa, Haruo 1979–1984 Gouverneur der japanischen Zentralbank S. 106[34]

Magrutsch, Walter Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium S. 447[35]

Mahathir bin Mohamad, Tun Dato' Seri Ministerpräsident von Malaysia S. 1605

el-Mahdi, Sadiq Vorsitzender der Umma-Partei und seit 6. Mai 1986 Ministerpräsident der Republik Sudan S. 692[10]

Mahendra Bir Bikram Shah Dev 1955–1972 König des Königreichs Nepal S. 1521

Malvy, Martin Staatssekretär für Energiefragen im französischen Außenhandelsministerium bis 20. März 1986 S. 345

Mandela, Nelson Rolihlahla Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1962 in Haft S. 19–22, 23[20], 157, 158[14+15], 417 f., 523, 689–692, 868, 898, 950, 1002[9], 1003, 1005, 1259, 1353, 1366, 1622 f., 1661, 1902

Mandela, Nomzamo Winnie Mitglied des südafrikanischen ANC S. 19[5+6], 20–23

Mangwende, Witness Außenminister der Republik Simbabwe S. 1620 f., 1623

Mann, Marcus Vortragender Legationsrat im Referat 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ des Auswärtigen Amts **Dok. 127** und S. 1394[1+6]

Mann, Siegfried Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie S. 1009[8]

Manouan, Adonit Botschafter der Republik Elfenbeinküste in Wien und Vorsitzender der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) S. 1398

Mansfield, Michael Joseph 1953–1977 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Montana (Democratic Party) S. 1828

Mansour, Ahmad Mitarbeiter an der syrischen Botschaft bis November 1986 S. 1769

al-Mansour, Kamal Hassan Außenminister der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija seit 1. März 1986 S. 529–531, 595, 1713[16], 1820

Mao Tse-tung 1943–1976 Vorsitzender der KPCh und 1954–1958 Vorsitzender der Volksrepublik China S. 915[3]

Marcos, Ferdinand Präsident der Republik der Philippinen bis 25. Februar 1986 S. 297[6], 298 f., 687, 705 f., 708 f.

Maresca, John J. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant Secretary of Defense for European and NATO Policy) S. 1552

Jacquin de Margerie, Emmanuel Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 1123–1125, 1276

Marinescu, Teodor Leiter der Ständigen Vertretung der Sozialistischen Republik Rumänien bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 589[17]

Marjai, József Stellvertretender Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik, Präsident der Nationalen Wirtschaftskommission und Mitglied des ZK der USAP S. 256–258

Marré, Hans Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Januar 1986 S. 131[7]

Marshall, George Catlett, Jr. General der Armee (General of the Army) und 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 434, 1915[8]

Martens, Wilfried Ministerpräsident des Königreichs Belgien **Dok. 143** und S. 244, 543

Martínez Ordóñez, Roberto Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Honduras bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1344

Martschenko, Anatolij Tichonowitsch sowjetischer Dissident, am 8. Dezember 1986 in der Haft verstorben S. 1856, 1864, 1886[35], 1949, 1954, 1979

al-Masri, Zafer 1985–1986 Bürgermeister von Nablus S. 1547

Massera, Emilio Eduardo 1976–1978 Admiral und Mitglied der Militärregierung der Argentinischen Republik S. 1148[5]

Massion, Georg Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts sowie seit 1. April 1986 Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 163** und S. 130[1+3], 1006[2], 1905[2], 1906 f., 1910[1]

Massow, Hans-Henning von Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 948[19]

Masterkow, Lern Alexandrowitsch Mitglied der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf sowie Verhandlungsführer für Mittelstreckenwaffen im Rang eines Botschafters S. 1574

Mathias, Charles McCurdy (Mac) Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maryland (Republican Party) S. 961, 965

Matlock, Jack Foust, Jr. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1162, 1167 f., 1184[7]

Matthei Aubel, Fernando General der chilenischen Streitkräfte und Mitglied der Militärregierung der Republik Chile S. 1150, 1253–1255

Mauhourat, Jorge Unterstaatssekretär im argentinischen Außenministerium S. 1147

Maystadt, Philippe belgischer Wirtschaftsminister S. 744[16]

Mazowiecki, Tadeusz Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund und Mitglied des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 604

M'Bow, Amadou Mahtar Generaldirektor der UNESCO in Paris S. 995[30], 1256, 1749

McFarlane, Robert Carl 1983–1985 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 813, 1233[23], 1662, 1664, 1737, 1739 f., 1742 f., 1757

McNamara, Robert Strange 1961–1968 amerikanischer Verteidigungsminister, 1968–1981 Präsident der Weltbank S. 412[15], 955[16], 1678, 1729

Meehan, Francis Joseph Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin S. 19[5], 160[3], 1940 f.

Meese, Edwin amerikanischer Justizminister (Attorney General) S. 567[7], 634, 644, 1756–1758

Meesman, Hans Leiter der niederländischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1296 f., 1299 f.

Mehdawi, Omran 1970–1978 Finanzattaché bzw. Zweiter Sekretär an der Botschaft der Arabischen Republik Libyen bzw. der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 728[10]

Mei Zhaorong Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 847, 880

Mellbin, Skjøld G. Leiter der dänischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 125–127

Mendelewitsch, Lew Isaakowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Kopenhagen bis 12. März 1986, danach Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1438[19], 1578, 1874

Menéndez, Pedro stellvertretender peruanischer Außenhandelsminister S. 1406[11]

Mengele, Josef 1943–1945 Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz S. 1114–1116, 1117[10]

Mengele, Rolf S. 1114[4]

Mentzingen, Franz Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Harare S. 1851[7]

Mercouri, Melina griechische Ministerin für Kultur und Wissenschaft S. 445

Merei syrischer stellvertretender Planungsminister S. 1713

Merino Castro, José Toribio Admiral der chilenischen Streitkräfte sowie Präsident der Militärregierung der Republik Chile S. 1254

Mertes, Alois 1982–1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt; 1972–1985 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 935

Messer, Kurt Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 504 „Arbeitsstab Antarktis-Konferenzen und Recht der Sondergebiete (See- und Weltraumrecht)“ im Auswärtigen Amt S. 1078[1]

Messner, Zbigniew Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 370, 372, 374[18], 378 f.

Metscher, Klaus Botschaftsrat und Mitglied der KVAE-Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, seit 20. Oktober 1986 Vortragender Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts, seit 31. Oktober 1986 abgeordnet als Mitglied und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 1337[1], 1947[1]

Metternich, Cornelius Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ im Auswärtigen Amt, seit 15. November 1986 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 1162[1]

Metzger, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa, seit 3. Juli 1986 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Prag S. 685[19], 1937[12]

Mevik, Leif Hans Leiter der norwegischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 126

Mexandeau, Louis französischer Minister für Post und Telekommunikation bis 20. März 1986 S. 345 f.

Mey, Paul-Rudolf Kanzler und Vertreter des Leiters des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Durban S. 898[4]

Meyer, Klaus Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland

bei der OECD in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 132[10]

Meyer, Till Mitglied der „Bewegung 2. Juni" S. 569[9]

Meyer-Landrut, Andreas Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1980–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 237, 254, 288, 316, 355** und S. 3, 16[2], 19[3], 21[12+14], 22f., 33, 39[11], 40[1], 48[1], 62f., 85, 89[1], 106[1], 113, 118[14], 146, 148, 151[27], 154[1], 157, 158[14], 160[1], 162[1], 169[1], 215, 256[1], 293, 302[1], 305, 306[8], 328[3], 340[12], 361[1], 380f., 383, 387, 389, 407, 413, 420, 431, 435, 439[15], 470[5], 480[1], 507, 509[9], 525[14], 542, 547[1], 563[1], 591, 593[18], 595[32], 598, 613[16], 618, 627[21], 645[1], 669, 671, 727, 730, 733[14], 734[17–19], 735[20], 748, 753[1], 793, 832[1], 847, 861, 884[1], 897–900, 908, 931, 937, 941, 1021[55], 1039, 1040[1+3], 1042[9+10], 1056[4+6], 1057[7], 1059[11], 1070[1], 1106[1], 1157f., 1162[1], 1183[3], 1185, 1187[3], 1195, 1198, 1212, 1223f., 1235, 1281, 1289, 1315, 1320[26], 1321, 1324, 1332f., 1336[14], 1376[1+3], 1399, 1413[1], 1419[1], 1423, 1452, 1472, 1481[17], 1482, 1491, 1499, 1532, 1541, 1556, 1559, 1592, 1604, 1612, 1619[38], 1637, 1640[1], 1645, 1650, 1667, 1674, 1680, 1710, 1722, 1735, 1736[4], 1751, 1752[12], 1754[28+29], 1755, 1759, 1768[1], 1783[14], 1789, 1825, 1833[23], 1872, 1876[17+18], 1883[29], 1900, 1907, 1926, 1929, 1936, 1939f., 1945[23], 1957

Meza, Roberto Leiter der Ständigen Vertretung der Republik El Salvador bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1344, 1347

Michael, Louis stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) S. 1725, 1731, 1733

Michajlow, Walerian Wladimirowitsch Leiter der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 335[8], 460[6], 465[9], 1190, 1489[21], 1813[11]

Michaud, Michael Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1366[21]

Michiko Kronprinzessin von Japan S. 703f.

Mikulić, Branko Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien seit 15. Mai 1986 S. 628

Mischnick, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 158, 761

Mittag, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Sekretär des ZK für Wirtschaft und Mitglied des Staatsrats der DDR S. 628

Mitterrand, François Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 10, 176, 200, 225** und S. 8, 14[39], 80[6], 243f., 251[6], 277, 287f., 290[4], 315, 325, 338f., 343[24], 344[29+30], 346, 352[25], 354[38], 453, 574[9], 575[15], 577, 644, 703, 760[33], 789[8], 790[9], 792[18], 830[11], 881, 900[4], 903, 906[26], 907, 941, 985, 990, 992, 1000[3], 1014, 1021[55], 1026, 1032, 1054[2], 1055, 1060, 1088, 1110[22], 1124[10], 1126, 1127[12], 1129, 1138[33], 1157[6], 1160, 1181, 1310, 1399, 1459, 1497, 1533, 1535, 1542f., 1554, 1556, 1607–1609, 1625, 1657, 1792, 1869

Mladenow, Petar Toschew Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 285, 445, 525, 761–763, 765, 1267, 1816[13]

Moayeri, Ali Reza stellvertretender Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 755[6]

Mobutu Sese Seko Feldmarschall und Präsident der Republik Zaire S. 1565

Mock, Alois Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) S. 863

Moldt, Ewald Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 158, 510, 525, 628[34], 1358

Möllemann, Jürgen Wilhelm Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 79[28], 112, 225[27], 360, 478, 594, 727f., 836[16], 838, 1212[4]

Moltke, Gebhardt von Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, vom 3. bis 17. September 1986 abgeordnet als Vortragender Legationsrat I. Klasse in Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der

deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts, seit 29. September 1986 Leiter des Referats 204 S. 1162[5], 1263[1], 1275[1], 1362, 1376[1], 1377[5+6], 1586[1], 1879[1]

Mommsen, Hans Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum S. 1528

Monsod, Mareng Winnie philippinische Ministerin für soziale und ökonomische Planung seit 25. Februar 1986 S. 705–707

Montfort, Norbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat **Dok. 44** und S. 24[9], 268[10], 651[11]

Moors, Bem Colonel der belgischen Streitkräfte und Militärberater der belgischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 753

Morel, Pierre Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques), seit 30. Juli 1986 Leiter der französischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 8–11, 40–43, 45, 213, 314, 318, 625–634, 644 f., 756–759, 1014–1022, 1124 f., 1129, 1131–1136, 1138, 1139[35], 1193[16]

Morizet, Jacques Botschafter der Französischen Republik in Bonn bis 9. April 1986 S. 12[31], 15, 327

Morr, Hubertus von Konsul I. Klasse und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Houston, seit 14. September 1986 Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 1054[1], 1499[1], 1674[1], 1803[1]

van de Mortel, Jan Hein Lodewijk Leiter der niederländischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 677

Moser, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts, seit 8. September 1986 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 1117[1]

Mubarak, Mohammed Hosni Präsident der Arabischen Republik Ägypten; 1974–1981 Vizepräsident **Dok. 29, 199** und S. 14, 84, 219, 544, 593[17], 682, 954, 1232, 1311, 1314, 1546[23], 1547[28], 1881[17], 1891, 1905

Much, Christian Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 219[1], 1586, 1710[1+3]

Mugabe, Robert Ministerpräsident der Republik Simbabwe sowie Führer der Zimbabwe African National Union–Patriotic Front (ZANU–PF) S. 417, 1004[11], 1369[5]

Mulack, Gunter Vortragender Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ bzw. seit 1. Mai 1986 im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Ausländerpolitik; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ des Auswärtigen Amts S. 215[1]

Mulford, David Campbell Abteilungsleiter im amerikanischen Finanzministerium (Assistant Secretary of the Treasury for International Affairs) S. 1550

Müller, Christoph Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 113[1], 1324[1], 1442[1], 1463[1], 1472[1+3], 1513[1+3], 1681[1], 1929[1], 1974[1]

Müller, Friedrich Max * 1823 † 1900 S. 669

Müller, Kurt Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1986 S. 173, 593[17], 1044[4], 1311[10]

Müller-Chorus, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 510 „Staats- und Verwaltungsrecht, einschließlich Ausländerrecht“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Mai 1986 Leiter des Referats 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik“ S. 47[4], 1217[1+3], 1218[10]

Müller-Holtkemper, Carola Attaché bzw. seit 26. März 1986 Legationssekretärin im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 1. April 1986 in Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs: Multilaterale wirt-

schaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, inbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD, Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO" S. 718[18]

Mülmenstädt, Matthias Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START" des Auswärtigen Amts S. 194, 309, 832[1], 908[1], 1281[1], 1321[1], 1442[1], 1445[13], 1463[1], 1464[6], 1465[8], 1472[1], 1513[3], 1541[2], 1667[1], 1681[1], 1800[1], 1893[1], 1974[1]

Mulroney, Brian Ministerpräsident von Kanada S. 176[4], 549, 1004

al-Mukhawi, Rashid Abdul Aziz Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Bonn S. 596[37]

Mundawarara, Silas 1979 stellvertretender rhodesischer Ministerpräsident S. 1369[5]

Murachowskij, Wsewolod Serafimowitsch sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 1752

Murphy, Richard William Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 225 f., 1310, 1547[28], 1548, 1586, 1942

Murtada, Abdulrahman Vorsitzender der Berliner Sektion der Deutsch-Arabischen Gesellschaft S. 728

Murtada, Saad 1980–1982 Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv S. 1546

Musitelli, Jean Mitarbeiter im französischen Präsidialamt (Chargé de mission au secrétariat général de la Présidence de la République) S. 48

Mussawi, Mir Hossein Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 1425[2]

Mustafa, Youssri ägyptischer Minister für Wirtschaft und Außenhandel S. 1905

Mutter Teresa (Anjezë Gonxhe Bojaxhiu) Gründerin und Ordensoberin des katholischen Frauenordens „Missionarinnen der Nächstenliebe" S. 653 f., 669, 671

de Muyser, Guy Leiter der Ständigen Vertretung des Großherzogtums Luxemburg bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1693[6]

Muzorewa, Abel Tendekayi 1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 1369[5]

Myrdal, Gunnar Ökonom und Nobelpreisträger S. 434

Nabavi, Behzad iranischer Minister für Schwerindustrie S. 893

Nadschibullāh, Mohammed Leiter des afghanischen Geheimdienstes, seit 4. Mai 1986 Präsident des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan S. 853, 1871, 1978

Nagel, Burghart Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport" im Auswärtigen Amt **Dok. 60, 331** und S. 33[1+2], 34[9], 35[11], 1374[1], 1410[1], 1503[7]

Naif ibn Abdul Aziz al-Saud saudi-arabischer Innenminister S. 593

Naik, Niaz Ahmed Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium bis 30. Mai 1986 S. 643[7]

Nakasone, Yasuhiro Ministerpräsident Japans **Dok. 134** und S. 104[29], 176[4], 299, 716, 747, 855, 1978[26]

Nallet, Henri französischer Landwirtschaftsminister bis 20. März 1986 S. 346–348

Naruhito Prinz von Japan S. 703[18]

Nasarkin, Jurij Konstantinowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1107[11], 1385, 1615

Nasser Mohammed, Ali Ministerpräsident und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) bis zu seiner Amtsenthebung am 24. Januar 1986 S. 95[18], 222[15]

Nasser Salman Al-Aboodi Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Rom S. 289

Natta, Alessandro Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) S. 188, 385

Nau, Alfred 1946–1975 Schatzmeister der SPD S. 276

Neâgu, Romulus Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium S. 584

Negm, Ali Vorsitzender der ägyptischen Zentralbank S. 1043

Negroponte, John Dimitri Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Oceans and International Environmental and Scientific Affairs) S. 1367

Negwer, Georg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 197** und S. 946[14], 1172

Nehru, Jawaharlal 1947–1964 Ministerpräsident der Republik Indien S. 1525

Neubert, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amts, seit 14. Oktober 1986 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 333, 335[10], 392[1], 459[1], 462[1], 937, 1603[17], 1866[1], 1974[1]

Neuer, Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 24 „Sonderaufgaben: Protokoll“ im Bundeskanzleramt S. 915[1], 1235

Neukirchen, Karl Heinz Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro, seit 12. Februar 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 61 in der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts, seit 12. September 1986 Ministerialdirigent S. 1624[2]

Neumann, Friedrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO)“ des Auswärtigen Amts S. 1230[14]

Neusel, Hans Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 38[8], 480[4], 727–729, 1196

Nielsen, Erik Hersholt stellvertretender kanadischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister bis 29. Juni 1986 S. 774–778

Nier, Kurt Stellvertretender Außenminister der DDR S. 1120[14], 1273[59], 1357, 1360

Niestroj, Dietrich S. 17 f., 161[7]

Nikitin, Sergej Sergejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Brüssel S. 1874 f.

Niklas, Manfred Büroleiter des Außenministers der DDR S. 1357

Nipperdey, Thomas Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München S. 1527

Nitze, Paul Henry Sonderberater der amerikanischen Regierung in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle; 1981–1983 Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 31, 33, 204** und S. 283, 354, 505[25], 567[7], 630, 632, 645–647, 731[5], 812, 822[6], 1074–1076, 1080, 1139, 1166 f., 1233, 1268, 1281–1283, 1292[10], 1442–1444, 1446 f., 1448[23], 1464, 1655[20], 1681[2], 1722[5], 1731, 1831, 1855, 1895, 1941

Nixon, Richard Milhous 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 146[7], 423, 773[6], 803[15], 817[17], 1082[6], 1104, 1679[19], 1870[30]

Nkomo, Joshua Führer der „Patriotischen Front“ in Rhodesien und Vorsitzender der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) S. 1369[5]

Noël, Émile Generalsekretär der EG-Kommission S. 1778

Noir, Michel Beigeordneter Außenhandelsminister der Französischen Republik im Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung S. 1203[18], 1408[13], 1409, 1610 f.

Noiseux, Jacques Botschafter von Kanada in Damaskus S. 1588

Noiville, Jean François Botschafter der Französischen Republik in Warschau, seit Juni 1986 Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) S. 605[6], 1368, 1835, 1879–1893

Nöldeke, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ bzw. seit 22. September 1986 Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 314** und S. 1368[1], 1850[6], 1851[7], 1900[1+5+6], 1904[16]

Nolte, Ernst Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin S. 1526–1528, 1530

Noreén, Stefan Rolf Mitarbeiter in der Staatskanzlei des schwedischen Ministerpräsidenten S. 1235

North, Oliver Laurence Oberstleutnant der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika bis 25. November 1986 S. 1756–1758, 1894

Novak, Michael Sonderbotschafter und vom 1. April bis 28. Mai 1986 Leiter der amerikanischen Delegation beim KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern S. 438, 809, 835

Nowak, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Riad **Dok. 342** und S. 288[30], 477[2], 685[17]

Nujoma, Sam Präsident der SWAPO S. 1278, 1280

Numeiri, Djafar Mohammed Feldmarschall und Präsident der Demokratischen Republik Sudan bis 6. April 1985 S. 692[10]

Nunn, Samuel Augustus, Jr. Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia (Democratic Party) S. 824, 1727, 1734, 1817, 1828

Nyerere, Julius Kambarage 1962–1985 Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 209, 389, 390[5], 1238[10+11], 1239[14]

Nzo, Alfred Baphethuxolo Generalsekretär des südafrikanischen ANC, seit 1964 im Exil S. 158[15]

Oakley, Robert Bigger Beauftragter für Terrorismusbekämpfung der amerikanischen Regierung mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Coordinator for Counterterrorism) S. 38, 62, 172[12], 480 f., 508[7], 634, 644, 1228, 1231

Obert, Günter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 1431

Obuchow, Alexej Alexandrowitsch stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium sowie Mitglied der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und Verhandlungsführer für strategische Nuklearwaffen (START) im Rang eines Botschafters S. 108 f., 121, 189, 1087

Obzina, Jaromír Stellvertretender tschechoslowakischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Staatskommission für Zukunftstechnologie und Investitionsentwicklung S. 191[14]

Oesterhelt, Jürgen Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 10. November 1986 Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“, seit 19. Dezember 1986 Ministerialdirektor **Dok. 3, 144** und S. 3[3], 8[9], 9[17], 19[3], 154[1+2], 155[4+5], 156[6+7], 157[10+11], 160[21], 160[1+3], 161[7], 383, 439[15], 456, 586[1], 603[1], 763[15], 764[16], 884, 924[1], 1013[15], 1041[8], 1087, 1154[1], 1177[3], 1182[22–24], 1199, 1223[4+6], 1373[12], 1376[1], 1425, 1439[1], 1482, 1501[2], 1541[2], 1568[1], 1592, 1595[12], 1600 f., 1619[38], 1680, 1721, 1818[23], 1887[40], 1964

Oestreich, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ im Auswärtigen Amt **Dok. 192** und S. 841[1+3]

Oh Kuk-yol Generalstabschef der nordkoreanischen Streitkräfte S. 1891[56]

O’Gradey Oberst der amerikanischen Streitkräfte S. 309

Ojeda y Eiseley, Jaime de Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Spanien bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 617[11]

Okongwu, Chu S. P. nigerianischer Finanzminister S. 1355[12]

Olcay, Osman Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 540, 777

Oldenkott, Bernard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 418[20]

Oldigs, Lühr-Onno Oberst i. G. und Leiter des Referats 5 „Rüstungskontrolle" in der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 194

Olechowski, Tadeusz Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn bis 11. April 1986 S. 370, 513–520

Olszowski, Stefan 1982–1985 Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP sowie Außenminister der Volksrepublik Polen S. 428[16], 500[10], 514

Omran, Adnan stellvertretender Generalsekretär der Arabischen Liga in Tunis mit Zuständigkeit für politische Angelegenheiten, Finanzen und Verwaltung S. 249

Ongpin, Jaime philippinischer Finanzminister seit 25. Februar 1986 S. 705–707

Oreja Aguirre, Marcelino Generalsekretär des Europarates S. 1222

Orlow, Jurij Fjodorowitsch sowjetischer Physiker und Dissident S. 1388[25], 1542, 1836, 1980

Örn, Torsten Botschafter des Königreichs Schweden in Moskau S. 661, 711

Orszulik, Alojzy Prälat und Stellvertretender Sekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 925[4+5]

Ortega Saavedra, José Daniel Präsident der Republik Nicaragua S. 865[13]

Ortiz-Armengol, Pedro Botschafter des Königreichs Spanien in Manila S. 298

Ortoli, François-Xavier 1973–1977 Präsident der EG-Kommission S. 873[46]

Orzechowski, Marian Außenminister der Volksrepublik Polen **Dok. 91, 93** und S. 285, 372, 374[18], 379, 392, 437, 441, 525, 605, 613, 627[22], 628, 779, 1155, 1156[7], 1266, 1583, 1648, 1887[40], 1888[41]

Ost, Friedhelm Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 3[4], 65[19], 294, 1235, 1556[5], 1591, 1600 f., 1602[14], 1603[16], 1624, 1630, 1631[12], 1768[4]

Ott, Harry Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters sowie Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der SED S. 1357

Oueddei, Goukouni Vorsitzender des Gouvernement d'Union nationale de transition (GUNT) in der Republik Tschad S. 281[33]

Oumarou, Idé Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) S. 418

Owen, David Mitglied des britischen Unterhauses (SDP); 1980–1982 Mitglied der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen („Palme-Kommission"); 1977–1979 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 390, 1052[9]

Özal, Turgut Ministerpräsident der Republik Türkei und Vorsitzender der Mutterlandspartei S. 61[27], 352 f., 796–799, 946[14], 993 f., 1039, 1429, 1431, 1433, 1770–1772, 1920[5], 1921 f.

Pabsch, Wiegand Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 43 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 3[3], 152[3], 238[5], 243, 380[3], 713[11], 790[11], 1501[2], 1755, 1943[20]

Pagniez, Yves Charles Philippe Botschafter der Französischen Republik in Moskau seit 28. Mai 1986 S. 1014, 1976

Pahlevi, Mohammed Reza 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 253, 261[10], 282[38], 1026[15], 1665, 1741[8], 1820[28]

Pakenham, Michael Mitarbeiter im britischen Außenministerium S. 1520[8]

van Pallandt, Baron Wilbrand Botschafter des Königreichs der Niederlande in Tunis S. 642[5]

Palme, Lisbet S. 389[3]

Palme, Olof Ministerpräsident des Königreichs Schweden und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens bis zu seiner Ermordung am 28. Februar 1986 S. 209, 389–391, 441

van der Pals, Eduard Botschafter des Königreichs der Niederlande in Teheran S. 1428[10]

Pandolfi, Filippo Maria italienischer Minister für Landwirtschaft und Forstwirtschaft S. 792

Pangalos, Theodoros stellvertretender griechischer Außenminister S. 61[23], 943[3]

Papandreou, Andreas Georgios Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung S. 209, 353, 389, 390[5], 827, 992–994, 1238[10+11], 1239[14], 1772

Papandreou, Margaret S. 993

Papoulias, Karolos Außenminister der Hellenischen Republik S. 867, 873, 1864

Parker, Maynard M. Chefredakteur des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Newsweek“ S. 1630

Parris, Mark R. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1347–1349, 1352

Partsch, Karl Josef Mitglied im Ausschuß der Vereinten Nationen gegen Rassendiskriminierung sowie im VN-Menschenrechtsausschuß S. 1967

Paschke, Karl-Theodor Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1395[10+11], 1396[12+13], 1397[14]

Pasqua, Charles französischer Innenminister seit 20. März 1986 S. 1221

Patermann, Christian Ministerialrat im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 904[19]

Peckert, Joachim 1982–1984 Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 222[16]

Pell, Claiborne Senator für den amerikanischen Bundesstaat Rhode Island (Democratic Party) S. 1727

Peres, Shimon Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei und Ministerpräsident des Staates Israel, seit 20. Oktober 1986 Außenminister S. 29, 84, 220, 223 f., 254, 535, 557, 867, 953[8], 1232, 1310–1313, 1546 f., 1665, 1740, 1881, 1890

Pérez de Cuéllar, Javier Generalsekretär der Vereinten Nationen; 1981 Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für Afghanistan **Dok. 188** und S. 247[6], 353[27], 390, 408 f., 479, 717, 773[5], 842, 845, 921, 923, 1024, 1026

Perle, Richard Norman Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) und Vorsitzender der High Level Group der NATO S. 88[15], 179[13], 239, 403, 406, 469[2], 470[6], 730–734, 736, 812, 954, 968, 1184[7], 1464, 1479[15], 1495, 1552, 1564, 1730, 1780, 1781[9], 1821, 1937 f., 1945

Perol, Gilbert Jacques Raymond Botschafter der Französischen Republik in Tokio S. 703[15]

Peter I. („der Große“) *1672 †1725 S. 827

Petersen, Jens Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, seit 17. Januar 1986 Botschafter in Bern; 1977–1981 Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 1718[31+32], 1848[15]

Petersen, Peter Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 306

Petrossjanz, Andronik Melkonowitsch Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie S. 711, 1108

Petrowskij, Wladimir Fjodorowitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, seit Mai 1986 Stellvertretender Außenminister S. 1081, 1087, 1107 f., 1384

Pfeffer, Franz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau; 1981–1985 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 115, 177** und S. 117[11], 370, 375[21], 513 f., 1123[6], 1156[6+7], 1266[16], 1841[22], 1886[34], 1888[43]

Pfeffer, Johanna Ursula S. 603

Pfetten-Arnbach, Karl Berchtold Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt, seit 15. Mai 1986 Leiter des Referats 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik“, seit 7. Juli 1986 dem Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ zugeordnet und seit 19. Juli 1986 Leiter des Referats 014 **Dok. 270** und S. 23[1], 668[3], 705[1], 980[1], 984[1], 1023[1], 1040[1], 1140[1], 1147[1], 1177[3], 1195[2], 1212[3], 1217[3], 1223[2+3], 1234[1], 1289[2], 1309[1], 1321[2], 1324[2], 1343[1], 1419[1], 1439[2], 1452[3], 1499[2], 1513[3], 1532[1], 1541[2], 1612[3], 1624[2], 1628[1], 1637[3], 1650[1], 1655[18], 1764[1], 1872[1], 1926[3], 1929[2]

Pflimlin, Pierre Präsident des Europäischen Parlaments S. 12

Picco, Giandomenico Persönlicher Referent des VN-Generalsekretärs S. 989

Pieck, Werner Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 211** und S. 224[25], 254[14]

Pindling, Sir Lynden Oscar Ministerpräsident des Commonwealth der Bahamas S. 1004[11]

Pinochet Ugarte, Augusto Präsident der Republik Chile S. 299, 694 f., 1149–1151, 1253 f., 1255[10], 1971

Pires de Miranda, Pedro Außenminister der Portugiesischen Republik S. 542, 544, 868 f., 1257, 1850

Pisani, Edgard 1985 Hoher Kommissar der Französischen Republik in Neukaledonien (Haut-commissaire de la République en Nouvelle-Calédonie) S. 830[12], 831[13]

Pjadyschew, Boris Dmitrijewitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1927

Plaisant, François Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur d'Europe) S. 439[16], 1512

Planinc, Milka Ministerpräsidentin der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis 15. Mai 1986 S. 72[6], 77

Pleuger, Gunter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt **Dok. 32, 42, 137, 156, 181, 212, 275, 312, 369** und S. 81[9], 105[32+33], 690[6+8], 916[8], 1217[4], 1816[13]

Plischka, Hans-Peter Vortragender Legationsrat im Referat 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland (§§ 5, 6 KG)“ bzw. seit 1. Mai 1986 im Referat 514 „Ausländerrecht einschließlich Asylrecht; Sichtvermerkswesen; Ausländerpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 1217[1]

Pljakić, Mustafa jugoslawischer Verkehrsminister S. 72, 73[12]

Ploetz, Hans-Friedrich von Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 7, 36, 78, 141, 154, 162, 224, 281, 287, 302, 318, 322, 334** und S. 14[38], 29[28], 50[13], 69[33], 85[3], 88[15], 106, 108[13], 146[3], 148 f., 169[1], 194, 214[12], 290[2], 291[10+11+14], 292[17], 305[3], 309, 326[36], 328[3], 348[1], 352[22], 456, 458[7], 459[1], 472[7], 473[8], 491[1], 547[1], 566[1], 574[11], 616[8], 653, 739[10], 740[1], 746[23], 758[22], 763[12], 790[9], 793[3], 892[7], 915[1], 931[1], 935[19–21], 936[22], 937, 940, 959[5], 999[1], 1000[4], 1037[1], 1054, 1124[10], 1131, 1144[1–3], 1146[6], 1241, 1261, 1263, 1272[50], 1304[5], 1491, 1501[2], 1505[1], 1510[1], 1541[2], 1555[21], 1571, 1586[1], 1649[1], 1680, 1692, 1697[13], 1750[31], 1780[1], 1957[1], 1958[7], 1959[9+10], 1962[15]

Pöhl, Karl Otto Präsident der Deutschen Bundesbank S. 131, 490[10], 955, 1309[2], 1314, 1356, 1549 f.

Pöhlmann, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1187[1], 1811[1]

Poindexter, John Marlan Vizeadmiral und Sicherheitsberater des amerikani-

schen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) bis 25. November 1986 S. 473[9], 474, 507[4], 527[27], 547[1], 568, 813, 956, 1649, 1664, 1740, 1756–1758, 1805[14], 1893

Pol Pot (Saloth Sar) Führer der „Roten Khmer", 1975–1979 Ministerpräsident des „Demokratischen Kamputschea" S. 1528

Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK bis 25. Februar 1986 S. 385, 629, 986[12]

Poos, Jacques Außenminister des Großherzogtums Luxemburg S. 12[27], 672, 874, 1851, 1864

Pöttrich, Lilli Legationssekretärin im Referat 412 „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen; Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD" des Auswärtigen Amts S. 1046[6]

Praller, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" des Auswärtigen Amts S. 908[31]

Prem Tinsulanonda Ministerpräsident des Königreichs Thailand S. 1412, 1413[9]

Preuss, Wolf Ministerialdirigent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1906[7]

Primakow, Jewgenij Maximowitsch Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen bei der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und außenpolitischer Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 712

Prues, Roger Botschafter des Königreichs Belgien in Ost-Berlin S. 1273[59]

Przygodzki, Stanisław Leiter der polnischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 974[15]

Ptschelinzew, Waleri Abteilungsleiter im bulgarischen Außenministerium S. 763[15], 764[16]

Pückler, Hermann Graf von Mitarbeiter der Privatbank Merck und Fink S. 1764[2]

Puja, Frigyes 1983–1986 Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Helsinki; 1973–1983 Außenminister S. 1538

Pym, Francis Leslie 1982–1983 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 820[38]

Qasim Staatssekretär im indischen Außenministerium S. 669[7]

Qili, Hu Ständiger Sekretär des Zentralkomitees der KPCh und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 362

Quelle, Herbert Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit" des Auswärtigen Amts S. 560[1]

Quilès, Paul französischer Verteidigungsminister bis 20. März 1986 **Dok. 57** und S. 52[16], 290[4], 339, 343 f., 905[20], 1138

Quinn, Ruairí irischer Arbeitsminister S. 1604

Raasch, Holger Legationsrat I. Klasse bzw. seit 21. März 1986 Vortragender Legationsrat im Referat 321 „West- und Zentralafrika" des Auswärtigen Amts, seit 6. Juni 1986 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 414[7]

Rabin, Yitzhak israelischer Verteidigungsminister S. 535[3], 536 f.

Rachmaninow, Jurij Nikolajewitsch Mitglied der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 124[2], 125

Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi Präsident des iranischen Parlaments S. 1427, 1662[3], 1664 f.

Raimond, Jean-Bernard Botschafter der Französischen Republik in Moskau, seit 20. März 1986 französischer Außenminister **Dok. 132, 133, 146, 260, 290, 291, 353, 354** und S. 351, 354[38], 475, 578, 596, 672, 674, 789, 792[18], 800–805, 818, 820, 823 f., 829[8], 864, 867, 870, 872 f., 949, 1014, 1018, 1052[9], 1060, 1129 f., 1203[18], 1256[8], 1257, 1266, 1455, 1497, 1501,

1566[16], 1568–1570, 1576, 1582, 1583[45], 1607, 1610, 1620[5], 1625, 1646, 1651, 1697, 1706, 1762, 1793[14], 1816, 1821[2], 1864 f., 1883[29], 1897 f., 1929[3], 1940

Rais Yatim, Datu' Seri Utama Außenminister von Malaysia seit 10. August 1986 S. 1604 f.

Rakowski, Mieczysław Franciszek Mitglied des ZK der PVAP und stellvertretender Präsident des polnischen Parlaments (Vizemarschall des Sejm); 1981–1985 polnischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 1154[2], 1156[6]

Râmbu, Ion Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 584

Ramírez Mercado, Sergio nicaraguanischer Vizepräsident S. 864

Ramos, Fidel Valdez Generalleutnant und stellvertretender Stabschef der philippinischen Streitkräfte S. 297[6], 687

Ramphal, Shridath Surendranath (Sonny) Generalsekretär des Commonwealth of Nations S. 868[24]

Randermann, Phil-Heiner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT" im Auswärtigen Amt **Dok. 88, 268** und S. 764[21], 871[40], 1919[1], 1942[16]

Rantzau, Detlev Graf zu Gesandter und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel **Dok. 99, 103, 116, 277** und S. 85[4], 302[2], 530[7], 559[23], 754[2], 1142[8], 1271[44], 1463[3], 1789[6]

Ratford, David John Edward Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 672, 1001

Ratuschinskaja, Irina Borissowna sowjetische Lyrikerin S. 1980

Rau, Johannes Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 15, 537[11], 761, 1750[31]

Reagan, Maureen S. 1565

Reagan, Ronald Wilson Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 30, 65, 120, 139, 214, 271** und S. 4[6], 20[9], 21, 28, 30[33], 31, 36 f., 45, 52, 63–65, 67, 70, 91, 109, 112, 115[7], 117, 120, 122[4], 128, 149[20], 152[4], 153, 155 f., 160, 162 f., 165, 171, 174[7], 183–187, 188[18], 191[19], 194 f., 204 f., 208, 227 f., 239[8], 249, 253, 270[18], 277, 282, 285, 289, 291, 293–296, 304–306, 309, 314, 317–319, 330, 339, 349, 351[17], 354–357, 363[6+7], 364, 366, 371[5], 390[5], 403[7], 408[7], 410, 412, 419[25], 423[10], 442, 450, 457, 468, 471[2], 473, 475 f., 482 f., 486, 487[26], 499, 501 f., 505, 507[4], 527[27], 532 f., 541, 545, 549, 553 f., 555[4], 558[21], 559, 560[3+4], 561, 568–572, 574, 587, 626, 627[24+25], 630, 637, 645–648, 650–652, 658, 686 f., 695–698, 730, 738[6], 741, 747, 749, 754, 759, 762, 771, 795[11], 796[12], 801, 803–805, 811–816, 818 f., 827 f., 832[4], 834[3], 836[11], 837, 851[19], 871[40], 879, 886–888, 913, 921 f., 956, 961–963, 984 f., 986[11], 987, 988[18], 990, 994–996, 1002 f., 1004[14], 1005, 1012, 1014–1017, 1021[55], 1025, 1030, 1031[2], 1050 f., 1061[2], 1064, 1071–1078, 1084[20+22+23], 1095[23], 1099, 1103 f., 1110[22], 1112[32], 1139[35], 1152, 1157[6], 1162[3+4], 1163, 1165[18], 1166–1168, 1181, 1201 f., 1203[17], 1204, 1211, 1228, 1232 f., 1239, 1248, 1269, 1273 f., 1279, 1286[2], 1287, 1301, 1314, 1316, 1322, 1324–1326, 1348, 1352, 1354, 1362, 1364 f., 1366[21], 1381[14], 1388, 1392 f., 1399, 1414[3–5], 1416, 1440, 1442–1448, 1452–1455, 1460, 1463–1466, 1470, 1472, 1473[5], 1475 f., 1478–1482, 1484 f., 1489, 1492, 1494 f., 1498, 1505[3], 1506 f., 1510[3], 1516[15], 1517 f., 1521, 1532–1535, 1536[3], 1537–1539, 1541, 1543 f., 1546, 1548, 1550, 1555[21], 1559, 1562, 1565, 1567, 1572[8], 1578 f., 1586, 1603[17], 1631, 1634, 1640[10], 1655, 1662[3], 1664[7], 1666 f., 1669 f., 1674, 1685, 1691, 1712[14], 1723, 1726[26], 1727 f., 1730, 1734, 1737, 1739 f., 1742, 1745, 1750[31], 1756–1758, 1803–1805, 1808, 1817 f., 1828, 1830, 1835[3], 1847, 1856, 1860, 1867–1869, 1888[43], 1893, 1894[4], 1896, 1932, 1935, 1944 f., 1977

Redies, Helmut Ministerialdirigent und Vertreter des Völkerrechtsberaters und Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" im Auswärtigen Amt, seit 11. Mai 1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 62, 480[1], 1219[14]

Reeve, Anthony (Tony) Mitarbeiter im britischen Außenministerium, seit April 1986 Unterabteilungsleiter (Assistant

Under-Secretary of State) S. 1001, 1003, 1005

Regan, Donald Thomas Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) **Dok. 101** und S. 487[26], 568, 811[4], 813

Rehlinger, Ludwig Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 16, 18f., 154[2], 156, 160[1], 440

Reichenbaum, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara; 1982–1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ im Auswärtigen Amt S. 143[32], 1920[5]

Rembser, Josef Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung „Grundlagenforschung, Forschungskoordinierung, Internationale Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 576[20]

Renouard, Isabelle Unterabteilungsleiterin im französischen Außenministerium (Directeur adjoint des Affaires politiques), seit Juli 1986 Abteilungsleiterin (Directeur des Français à l'étranger et des étrangers en France) S. 214[12]

Renton, Ronald Timothy Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 1062, 1467, 1582, 1583[42], 1888

Repges, Werner Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Bilbao, seit 16. Januar 1986 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der in Brüssel S. 740[2], 743[11]

Retief, Willem Rudolph Botschafter der Republik Südafrika in Bonn S. 19[3], 22f., 157f., 897–899

Rexrodt, Günter Senator für Finanzen sowie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (FDP) S. 1705[14]

Reyels, Rüdiger Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel, seit 1. Juli 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts S. 1244[1], 1357[1], 1359[13], 1385[13]

Rhamm, Ulrich von 1971–1975 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 1412[7]

Rheker, Gisela Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 79[28], 80

Ribičić, Mitja Mitglied des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) S. 72

Richards, Thomas C. General und stellvertretender Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa (United States European Command) seit 1. Dezember 1986 S. 1676

Richter, Heimo Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts S. 542[1]

Richter, Wilfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 365** und S. 7[1], 219[1+3], 248[8], 270[18], 535[1], 1114[1], 1241[2], 1309[1], 1526[1], 1530[20], 1660[11], 1710[1], 1768[1]

Richthofen, Hermann Freiherr von Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt, seit 12. September 1986 Ministerialdirektor, seit 15. September 1986 Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts sowie Völkerrechtsberater, seit 20. Oktober 1986 Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ **Dok. 297, 298, 304, 306, 310, 313, 316, 321, 326, 361, 362, 366, 375, 376** und S. 154, 510[16], 628[34], 1109[17], 1385[12], 1501[2], 1564[1], 1586[1],

1592[3], 1634, 1644, 1658[1], 1721, 1722[1], 1759[1], 1762, 1763[16+18], 1783[14], 1835, 1852, 1858[1]

Ridgway, Rozanne Lejeanne Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs); 1977–1980 Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika in Helsinki S. 438[13], 507[4], 623–634, 1001, 1012, 1014–1021, 1172[14], 1233[23], 1263 f., 1266, 1268–1277, 1362, 1365, 1367 f., 1442–1445, 1447, 1448[23], 1464, 1489[21], 1538, 1541, 1564, 1565[3], 1576, 1698, 1700, 1723 f., 1728, 1730–1734, 1835, 1856, 1888 f., 1937[9]

Riesenhuber, Heinz Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 191[14], 258[2], 344 f., 402 f., 722[6], 789[8], 790[9], 900[4], 1089, 1106, 1367[22], 1612, 1619, 1631[12], 1702[6], 1751

ar-Rifa'i, Zaid Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 247**

Rithauddeen, Tengku Ahmad Außenminister von Malaysia bis 10. August 1986 S. 67[28]

Rockefeller, David Bankier und Direktor des Council on Foreign Relations in New York S. 927 f.

Rockefeller, John Davison, Sr. *1839 †1937 S. 924, 926–928

Rode, Karl-Heinz Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt bzw. seit 23. April 1986 im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT" des Auswärtigen Amts S. 1404[1], 1919[1]

Rodenstock, Rolf 1978–1984 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie S. 1010[10]

Rodgers, Joe M. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris S. 553[7]

Rogers, Bernard William General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 147, 328[6], 329–331, 530, 553[7], 729, 738 f., 793 f., 796[12], 1126, 1136 f., 1291, 1562 f., 1638 f., 1677, 1680, 1781, 1783, 1861, 1873, 1875, 1878, 1907[4], 1908

Röhr, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)" des Auswärtigen Amts, seit 9. Oktober 1986 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 215[1], 456[2]

Röhrs, Peter K. F. Oberstleutnant der Bundeswehr und Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung S. 194, 309, 313, 1520

Rollnick, Gabriele Mitglied der „Bewegung 2. Juni" S. 569[9]

Romanow, Grigorij Wassiljewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 1057

Roosevelt, Franklin Delano 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 269[12], 417[16], 1099[28], 1265[11]

Rosanow, E. Mitglied der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 1066[14]

Roßbach, Anton Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle" im Bundeskanzleramt, seit 1. Dezember 1986 Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 176[1], 194, 199 f., 204, 721[1], 724[1], 1030[1], 1140[1], 1413[1], 1590[1]

Rose, Harald Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf sowie Delegationsleiter bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1246[9]

Rosenberg, Nils Göran Mitarbeiter im schwedischen Außenministerium S. 1235

Rosenzveig, Charles Rabbi und Direktor des „Holocaust Memorial Center" in West Bloomfield bei Detroit S. 1376[2], 1377[5]

Ross, André Louis Henry Generalsekretär im französischen Außenministerium

(Secrétaire général du ministère des Relations extérieures) sowie Botschafter der Französischen Republik (Ambassadeur de France) S. 755[6], 1467

Rötger, Thilo Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 993[21], 994[22], 1229[8]

Rottenburg, Fritz von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG“ des Auswärtigen Amts S. 380[1]

Rouget, Werner Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 60[20]

Rowny, Edward Leon Generalleutnant a. D. der amerikanischen Streitkräfte und Sonderberater Präsident Reagans in Fragen der Rüstungskontrolle (Special Advisor for Arms Control and Disarmament); 1981–1985 Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf im Rang eines Botschafters S. 183, 228, 277, 567[7]

Rückriegel, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 852[22]

Rudman, Warren Bruce Senator für den amerikanischen Bundesstaat New Hampshire (Republican Party) S. 408, 566, 771[8], 839[25], 1939

Rudolph, Oskar Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 524[11]

Ruggiero, Renato Generalsekretär des italienischen Außenministeriums S. 60[21]

Rühe, Volker Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 761, 1272[50], 1541, 1545, 1552, 1752

Ruhfus, Jürgen Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 128** und S. 16, 19, 33[2], 35, 56, 59[14], 60[21], 88[15], 130, 145[34], 152, 153[8], 162[1], 182[1], 219, 221, 231 f., 233[7], 235[10+11], 238, 241–243, 258, 290, 328, 358, 482, 485, 488, 491, 507, 550, 618, 621 f., 662, 663[8], 722[7], 746, 753[1], 790[11], 841, 847, 856, 859[14+15], 864–867, 869–873, 890, 892[8], 894 f., 896[9], 943, 948[18], 957, 967[24], 980[1], 984[1], 989, 1006, 1008[6], 1009[8], 1010[11], 1023, 1039, 1157, 1160[16], 1169, 1172, 1177, 1183, 1187, 1196, 1217, 1219[19], 1220[20], 1223[2], 1261, 1345[14], 1378, 1404, 1413[1], 1419[1], 1425[1], 1429–1433, 1449[1], 1501[2], 1513, 1526[16], 1532, 1533[9], 1624, 1627[20], 1628[2], 1700, 1744–1750, 1772, 1778, 1910, 1912 f., 1919[1], 1936[3], 1963

Rühl, Lothar Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 88[15], 148, 151[27], 291 f., 314, 344, 618, 622, 796, 937, 939 f., 942, 1062, 1127–1132, 1134–1136, 1138, 1183, 1185, 1187, 1242, 1291, 1431, 1561–1563, 1727, 1801 f., 1937 f., 1957, 1963

de Ruiter, Jacob niederländischer Verteidigungsminister bis 14. Juli 1986 S. 672, 766, 771, 773

Runge, Peter Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Rüstungstechnik“ sowie Vertreter des Leiters der Hauptabteilung „Rüstung“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1242

Ruth, Friedrich Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts, seit 18. November 1986 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 19, 33, 38, 52, 56, 123, 161, 207, 219, 241, 248, 249, 250, 254, 265, 284, 292, 293, 317, 325, 327** und S. 89, 102, 106–108, 110–112, 178[11], 182, 187 f., 190[10], 291[12], 333[2], 354[37], 388[8], 449, 465[10], 482[1], 567[7], 598[6], 724[1], 755[8], 823[15], 884, 887–889, 909, 912, 913[19], 914[22], 937 f., 940, 942, 977, 980, 981[6], 982, 984, 986–988, 1012[11], 1019[41], 1070, 1073, 1074[5], 1087, 1106[2], 1107 f., 1186 f., 1269[40], 1286[1], 1362, 1365, 1384 f., 1387, 1413[1], 1419[1], 1436[13], 1455[2], 1482, 1487–1491, 1494–1498, 1501[2], 1511[7], 1541[2], 1552, 1564, 1566[15], 1615, 1640[10], 1688[2], 1789[5]

Ryan, Allan 1980–1983 Leiter des Office of Special Investigations im amerikanischen Justizministerium S. 46

Rynkowski, Kazimierz Stadtpräsident (Bürgermeister) von Danzig S. 605, 612

Ryschkow, Nikolaj Iwanowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 5, 444, 628, 711, 1202

Ryschow, Nikita Semjonowitsch sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 4[7]

Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 19–22, 23[20], 157 f., 161, 1297[9], 1684 f., 1687[17], 1836, 1886[35], 1953, 1967, 1980

Sacharow, Gennadij Mitarbeiter an der sowjetischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1265[15], 1303[16], 1388[25], 1506

Sackett, Dean R., Jr. Konteradmiral der amerikanischen Streitkräfte und Mitglied der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf seit September 1986 S. 1302

al-Sadat, Mohammed Anwar 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 28[25], 544, 557

Saddam Hussein al-Majid al-Takriti Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 289, 478, 955, 1047, 1743, 1819 f.

Sagdejew, Roald Sinnurowitsch Leiter des Instituts für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. 1867, 1932

Sagladin, Wadim Walentinowitsch Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU S. 472, 1613–1616, 1618 f., 1841

Sahli, Mongi Botschafter der Tunesischen Republik in Bonn bis Juli 1986 S. 596[37]

Sahm, Ulrich 1972–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 21[10]

Said, Haitham („Abu Ahmed") Oberst und Leiter des Nachrichtendienstes der syrischen Luftwaffe S. 1711, 1818

Salameh, Farouk Hassan S. 1707[24], 1710 f., 1712[12+13], 1716[25], 1719[33], 1720[36+37], 1750[28], 1768, 1818[23], 1899

Salari, Mohammad Djavad Botschafter der Islamischen Republik Iran in Bonn **Dok. 337** und S. 594, 1427[8], 1428[10]

Salber, Herbert Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 1209[11]

Salman Gouverneur von Riad S. 1764[3], 1765

Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU und außenpolitischer Sprecher, seit April 1986 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 115, 629

Sammak, Feisal Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Ost-Berlin S. 1714, 1720[37], 1883

Sanguinetti Coirolo, Julio María Präsident der Republik Östlich des Uruguay S. 1149

Sankara, Thomas Vorsitzender des Nationalen Revolutionsrates und Präsident der Republik Burkina Faso S. 244

dos Santos, José Eduardo Präsident der Volksrepublik Angola S. 547

Sarney de Araújo Costa, José Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 133, 1149

Sartorius, Joachim Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia, seit 13. Oktober 1986 Vortragender Legationsrat im Referat 612 „Auslandsschulen, Schulwesen" des Auswärtigen Amts, seit 15. Oktober 1986 beurlaubt zur Ausübung einer Tätigkeit beim Deutschen Akademischen Austauschdienst S. 1229[8]

Satterfield, David Michael Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1586

Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 248, 288[30], 477[2]

Sauer, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 810[15]

Saulnier, Jean General der Luftwaffe und Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 53, 315, 325f., 1054f., 1126–1129, 1136f., 1139

Saupe, Gerd Ministerialrat und Leiter des Referats VII A 3 im Bundesministerium der Finanzen S. 719[19]

Sauzay-Stoffaës, Brigitte französische Dolmetscherin S. 1199

Savetsila, Siddhi Außenminister des Königreichs Thailand S. 1604f.

Savimbi, Jonas Malheiro Gründer und Vorsitzender der angolanischen UNITA S. 522f., 866, 1583f.

Sceberras Trigona, Alex Außenminister der Republik Malta S. 1209[11]

Schäfer, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion S. 728

Schäfer, Norbert Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt sowie stellvertretender Sprecher der Bundesregierung S. 65[19], 1220

Schäfers, Reinhard Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle“ des Bundeskanzleramts S. 194, 1413[1], 1419[1]

Schalck-Golodkowski, Alexander Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED und Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung S. 379[26]

Schälike, Rolf Dolmetscher S. 1687

Schanzenbach, Monika S. 17[5], 18, 154[2+3], 155–157, 160[3], 161[7]

al-Scharaa, Faruk Außenminister der Arabischen Republik Syrien S. 592f., 655, 659, 1707[23], 1713

Scharfenorth, Detlef S. 17, 161[7]

Scharioth, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 28. Januar 1986 an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 923[37]

Schattmann, Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 181[18], 190[9]

Schäuble, Wolfgang Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts; Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 25, 237** und S. 18[10], 66[22], 89[6], 160[1], 164[12], 172, 236, 241, 243, 258[2], 336[3], 402f., 405[16], 628[34], 663, 724[3], 746, 971[8], 989[1], 1043, 1055[6], 1144f., 1173, 1195–1199, 1305, 1320[26], 1336[14], 1360, 1449[1], 1450[8], 1521[1], 1584, 1590f., 1599[6], 1601f., 1603[16], 1619, 1649, 1700[9], 1919[1], 1957, 1963, 1968

Schauer, Hans 1982–1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 931[3]

Scheel, Hans Vertreter der DDR in der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) sowie Vorsitzender des Committee of the Whole der IAEO S. 1398

Scheel, Hans-Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien“ im Auswärtigen Amt S. 96[1], 361[1], 700[1], 704[20+21], 825[1], 880, 1117[1], 1882[21], 1891[56], 1892[58]

Scheel, Hermann Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 89

Scheel, Walter 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland; 1974–1979 Bundespräsident S. 1678

Scheffer, Wilfried Oberst i.G. und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt S. 1146[6]

Schelepin, Michail P. Mitglied der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 677[9], 678[10]

Schenk, Blaise Leiter der schweizerischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1644, 1647, 1787

Schewardnadse, Eduard Amwrossijewitsch Mitglied des Politbüros und Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 4f., 89, 95–100, 285, 448, 525, 558, 560, 570, 601f., 628, 673, 678[10], 688, 699, 701, 806, 819, 890, 941[19], 981–983, 986, 1012f., 1014[17], 1018, 1031, 1034, 1036, 1041, 1052[9], 1056, 1059f., 1080–1091, 1096, 1102, 1106f., 1109–1113, 1157f., 1160f., 1163, 1165, 1168, 1172[13+14], 1190, 1233, 1264f., 1270, 1288, 1303, 1326[6], 1347–1352, 1358–1360, 1362, 1364, 1384–1393, 1413, 1414[3], 1415, 1418[20], 1423, 1439–1442, 1463, 1466, 1485, 1487, 1490f., 1494f., 1516[15], 1542f., 1565, 1576f., 1598[2], 1600f., 1603, 1616, 1628–1636, 1640, 1642, 1647, 1658[3], 1667–1673, 1681, 1683–1687, 1751, 1759[5], 1762, 1816, 1856, 1860, 1869, 1873, 1874[11], 1928, 1932

Schewardnadse, Nanuli S. 98

Schiff, Hans-Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 423 „Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO)“ des Auswärtigen Amts S. 428[18], 670[15]

Schifter, Richard Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs); 1985 Leiter der amerikanischen Delegation beim KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa S. 438[13], 630, 835, 1970[28]

Schiller, Karl 1966–1971 Bundesminister für Wirtschaft; 1971/1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen; 1965–1972 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 142

Schilling, Wolf-Dietrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 189, 323** und S. 249[12], 291[15], 542[1], 672[1], 675[27], 797[4], 872[44], 1004[14], 1182[25], 1221[26], 1256[3+5+6], 1257[11], 1260[27], 1586[1], 1719[33], 1879[1], 1880[6]

Schily, Otto Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) bis 13. März 1986 S. 276[12], 1684f., 1687[17]

Schischlin, Nikolaj W. Mitglied des ZK der KPdSU S. 475

Schiwkow, Todor Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien S. 318, 589[15], 763[12], 764[16], 1816[13]

Schlagintweit, Reinhard Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 47, 83, 86, 307, 343** und S. 7[1], 39[10], 55[25], 169[1], 173, 219[3], 225[27], 226[30], 247, 250, 267, 520, 521[5], 529–531, 569[8], 591[1+3], 594[25], 596, 641[1], 692[10], 1114[1], 1241[2], 1309[1], 1311[9], 1425[1], 1427, 1428[10], 1526[1], 1541[2], 1741, 1764, 1767[11]

Schlecht, Otto Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1549

Schlesinger, James Rodney 1973–1975 amerikanischer Verteidigungsminister S. 1129

Schlingensiepen, Georg-Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 604 „Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung“ im Auswärtigen Amt S. 1212[1+3], 1214

Schlüter, Poul Holmskov Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 12[28], 279f., 543, 1578, 1661, 1869

Schmidt, Dieter Leiter des Instituts für Auswärtige Beziehungen der Hanns-Seidel-Stiftung S. 1765

Schmidt, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 99[20], 275, 373, 412, 516, 579[3], 764[16], 1097, 1198, 1204, 1236, 1608[10], 1726

Schmidt, Joachim Legationssekretär im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen

kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 1910[1]

Schmidt-Pauli, Edgar von 1975–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 1412[8]

Schneider, Carel J. Botschafter des Königreichs der Niederlande in Ost-Berlin S. 1273[59]

Schneider, William J., Jr. Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Arms Control and International Security Affairs) bis 31. Oktober 1986 S. 239, 404, 1332[5], 1367

Schnell, Karl Helmut Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung „Rüstung“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 327[38], 536[10], 1242

Schneller, Martin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebergbau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“ des Auswärtigen Amts S. 1006[1+2]

Schneppen, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 70** und S. 336[1], 874[2], 1234[1], 1235

Schnur, Walther S. 378

Schödel, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi; 1980–1984 Botschafter in Peking **Dok. 129** und S. 205, 210[21], 597[39], 1170[6]

Schoeller, Franz Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 61, 152, 280** und S. 7, 52[16], 245[18], 261[10], 348, 574[9], 577[25], 603, 643[8], 759[30], 860[20], 1506[5], 1509[12], 1611[21], 1746[12], 1843[28], 1867[12]

Scholz, Rupert Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten sowie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) S. 1174

Schomerus, Lorenz Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für Wirtschaft **Dok. 72, 84** und S. 179[13], 238 f., 242, 243[17], 895, 1406[11], 1408[13]

Schon, Karl-Georg Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris bzw. seit 10. März 1986 im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amts S. 941[19], 1936[1]

Schönbein, Irene S. 1114[4]

Schönbohm, Jörg Brigadegeneral und stellvertretender Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 1552

Schönfelder, Wilhelm Vortragender Legationsrat und seit 4. Januar 1986 Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 305[3], 473[12], 560[1], 568[1], 696[17], 833[1], 957[1+3], 1001[1], 1303[16], 1347[1], 1362[1], 1536[1], 1541[2], 1549[1], 1586

Schori, Jean-Pierre Olov Staatssekretär im schwedischen Außenministerium S. 1234

Schreckenberger, Waldemar Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 1110[22], 1218[8]

Schröder, Helmuth Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking, seit 15. August 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien“ des Auswärtigen Amts S. 848, 1705[15]

Schtscharanskij, Anatolij Borissowitsch sowjetischer Dissident S. 16 f., 155, 157–159, 161, 1542, 1980

Schtscherbitskij, Wladimir Wassiljewitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 1979

Schubert, Konrad von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt, seit 19. Juli 1986 Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland, seit 20. November 1986 Ministerialdirigent S. 3[3], 40[1], 56[3], 85[3], 89[1], 106[1], 113[2], 152[3], 160[1], 176[1], 182[1], 219[3], 273[1], 380[1], 383[5], 387[3], 407[3], 413[1], 435[3], 480[1], 482[1], 488[3], 532[1], 542[1], 618[3], 645[1], 700[1], 721[1], 724[1], 740[1], 753[1], 793[3], 825[1], 832[1], 841[3], 856[3], 857[9], 884[1], 900[3], 908[3], 915[1], 1147[1], 1253[2]

Schulze, Hagen Professor für Neuere Geschichte und Theorie der Geschichtswissenschaft an der Freien Universität Berlin S. 1527

Schulze-Boysen, Hartmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 122[4], 581[8], 589[15], 1574[14]

Schumacher, Hanns-Heinrich Legationsrat I. Klasse bzw. seit 22. September 1986 Vortragender Legationsrat im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts S. 467[4], 1206[1]

Schumacher, Kurt 1946–1952 Vorsitzender der SPD; 1949–1952 Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 742

Schuman, Robert 1947–1948 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1948–1953 Außenminister S. 874

Schumann, Karin S. 16[2], 18

Schüßler, Hans Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft S. 580[7]

Schwarz-Schilling, Christian Bundesminister für Post und Telekommunikation S. 345

Schweppe, Reinhard Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Ruhfus, seit 13. August 1986 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 358[2], 825[1], 890[2], 894[3]

Seibold, Eugen 1980–1985 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft S. 21

Seidt, Hans-Ulrich Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts, seit 28. April 1986 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 413[1]

Seifou, Shtewi Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Bonn **Dok. 343** und S. 1715, 1721[39]

Seitz, Konrad Ministerialdirektor und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt **Dok. 76, 164, 301** und S. 7, 732[12], 880, 900[4], 1294[12+13], 1501[2]

Semjonow Stellvertretender Vorsitzender der sowjetischen Atomenergiekommission S. 1108

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn bis 23. April 1986 und Persönlicher Berater von Außenminister Schewardnadse; 1955–1978 sowjetischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 79** und S. 3, 5, 89, 92, 162, 164[12], 166, 503, 525, 618–622, 1110[22], 1616

Semjonowa, Lidija Iwanowna S. 455

Semljakow, Jewgenij S. 16 f., 22, 154[3], 160 f.

Sepúlveda Amor, Bernardo Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 1344–1347

Serra y Serra, Narcís spanischer Verteidigungsminister S. 323, 766[2], 767, 770, 1553, 1809

Seyppel, Joachim S. 414[6]

Shafir, Shlomo israelischer Journalist und Historiker S. 1529 f.

al-Shaheen, Suleiman Majid Staatssekretär im kuwaitischen Außenministerium S. 685[18]

Shamir, Yitzhak Außenminister des Staates Israel, seit 20. Oktober 1986 Ministerpräsident; 1983–1984 Ministerpräsident S. 223[19], 224[25], 535, 1310[8], 1311[9]

Sharaf, Fawaz Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn S. 1309

Sharon, Ariel israelischer Minister für Industrie und Handel; 1981–1983 Verteidigungsminister; 1983–1984 Minister ohne Geschäftsbereich S. 1662[4]

al-Shawwa, Rashad 1971–1982 Bürgermeister von Gaza S. 1547[28]

Shenstone, Michael Leiter der kanadischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters seit 13. Januar 1986 S. 677

Sherafat Jahromi, Mohammed Naser stellvertretender iranischer Wirtschafts- und Finanzminister S. 233

Shimura stellvertretender japanischer Minister für Wissenschaft und Technik S. 1396[12]

Shrestha, Narayan Prasad Erster Privatsekretär des Königs von Nepal S. 1521

Shultz, George Pratt Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 20, 132, 133, 260, 353, 354, 357** und S. 6[11], 37 f., 64, 70, 82[13], 98, 101[22], 113[5], 130, 134, 141, 154–156, 159, 163, 169, 176[3], 177[8], 192[20], 225, 286, 289, 312[15], 350 f., 367[3], 407, 409, 423[11], 453[23], 474, 502[22], 507[4], 555–561, 562[15], 568–570, 572, 588, 626, 627[25], 647, 658, 673, 724, 754 f., 762, 794 f., 800–806, 812 f., 816, 818–821, 823–825, 832 f., 835, 837 f., 840[26], 864, 867, 955, 962, 978, 985[9], 994, 1002–1004, 1012, 1015 f., 1020, 1031, 1081[3], 1160[16], 1162 f., 1165–1168, 1233, 1264, 1268, 1270, 1277[9], 1288, 1297, 1303, 1310 f., 1347–1352, 1362–1367, 1374[2], 1386, 1388, 1392 f., 1422[16], 1443, 1445, 1454 f., 1463–1466, 1468 f., 1474, 1479, 1483, 1486 f., 1492–1495, 1510[3], 1516, 1535, 1541–1548, 1564–1567, 1572, 1576, 1579, 1634 f., 1640, 1642, 1646, 1649[3], 1651, 1662[4], 1668, 1723 f., 1726[26], 1727–1729, 1731 f., 1744 f., 1750[31], 1757 f., 1793[14], 1815, 1821[2], 1860, 1863 f., 1867, 1881, 1884, 1889, 1893–1899, 1901, 1903, 1928, 1929[3], 1930, 1933, 1936[5], 1938, 1944–1946

Sibiude, Jean-Luc Mitarbeiter im Ministerbüro des französischen Verteidigungsministeriums, seit April 1986 Referatsleiter im Außenministerium (Délégué dans les fonctions de Sous-Directeur du Moyen-Orient) S. 314

Sick, Gary G. amerikanischer Nahostexperte S. 1738

Siebourg, Gisela Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 48, 649[1], 682[1], 1023, 1199, 1235, 1491

Siemes, Hans Dieter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag, seit 7. Juli 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" im Auswärtigen Amt S. 1429[1], 1744[1+3], 1748[20]

Sigrist, Helmut 1979–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 445[27]

Siemieniecki Organist der Marienkirche in Danzig S. 603, 605 f.

Simma, Bruno Professor für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München S. 1967

Simons, Thomas W. (Tom), Jr. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 1162

Sindermann, Horst Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der Volkskammer und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 158 f., 276–278, 284, 300, 316, 372 f.

Singh, Giani Zail Staatspräsident der Republik Indien S. 668, 670

Singh, Vishwanath Pratap indischer Minister für Finanzen und Handel S. 1028, 1406[11]

Sinowatz, Fred Bundeskanzler der Republik Österreich bis zu seinem Rücktritt am 9. Juni 1986 sowie Bundesvorsitzender der SPÖ S. 210, 444, 862, 863[5]

Sitz, Hermann Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" bzw. seit 19. Mai 1986 im Referat 320 „Südliches

Afrika“ des Auswärtigen Amts S. 1278[1], 1900[1]

Sljussar, Anatolij Alexejewitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1613 f., 1616

Smart, Bruce, Jr. Staatssekretär im amerikanischen Handelsministerium (Under Secretary of Commerce for International Trade Administration) S. 1744, 1746, 1749

Smith, Gerard Coad 1969–1973 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde in Washington (Director, Arms Control and Disarmament Agency) sowie Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) S. 203[21], 1496

Smith, Gordon Scott Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 128, 555, 1306

Smith, Ian Douglas Vorsitzender der Conservative Alliance of Zimbabwe (CAZ); 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 417

Smith, Michael B. stellvertretender Handelsbeauftragter der amerikanischen Regierung im Rang eines Botschafters (Deputy US Trade Representative) S. 1744, 1746, 1748 f.

Soell, Hartmut Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 728

Sofía Königin des Königreichs Spanien S. 296

Sofinskij, Wsevolod Nikolajewitsch 1979–1982 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Wellington S. 828[5]

Sokolow, Oleg Michajlowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 812

Solowjow, Nikolaj Nikolajewitsch Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, seit 13. Mai 1986 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Tokio S. 702

Sommer, Peter R. Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika (Director for European and Soviet Affairs) S. 568

Sönksen, Claus Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Kalkutta **Dok. 125**

Sonnenfeldt, Helmut 1974–1977 Berater im amerikanischen Außenministerium (Counselor) S. 835

Soubt, Ghassan Mitarbeiter an der syrischen Botschaft in Bonn bis November 1986 S. 1769

Spáčil, Dušan Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 190[8]

Spadolini, Giovanni italienischer Verteidigungsminister S. 672, 674, 766, 771 f., 776 f., 1560, 1800, 1807 f.

Späth, Lothar Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU) und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU S. 1557

Speakes, Larry M. Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Assistent to the President and Principal Deputy Press Secretary) S. 183[10], 298[8], 482[5], 541[23], 811[3]

Spohn, Ulrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 437[10], 796[1], 798[9], 1218[12]

Stabreit, Immo Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt S. 273, 370, 413, 542, 700[1], 740, 825, 989, 1023, 1030, 1043[1], 1054[1], 1147, 1234[1], 1309, 1521, 1590[1]

Stackelberg, Hans Heinrich Freiherr von Legationsrat I. Klasse bzw. seit 21. Januar 1986 Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 215[1], 553[1], 772[1], 915[1], 999[1], 1054[1], 1055[6], 1803[1]

Staks, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat

011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 727[3]

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie 1941–1947 Volkskommissar für Verteidigung S. 269[12+13], 315[6], 383, 826, 916, 1053, 1099 f., 1151, 1265[11], 1590[2], 1595, 1648

Stange Oelkers, Rudolfo General der chilenischen Streitkräfte sowie Mitglied der Militärregierung und Polizeichef der Republik Chile S. 1254

Stanley, John Paul Staatsminister im britischen Verteidigungsministerium S. 672

Starodubow, Wiktor Pawlowitsch Generalleutnant der sowjetischen Streitkräfte und Stellvertretender Verhandlungsführer bei den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf S. 195, 312

Stavenhagen, Lutz Staatsminister im Auswärtigen Amt sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 12, 306[7], 710[12], 947, 1218, 1221, 1272[50], 1449[1], 1450[10], 1604, 1605[14], 1606, 1905

Stechel, Walter Legationsrat bzw. seit 26. Februar 1986 Legationsrat I. Klasse im Referat 430 „Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ bzw. seit 16. Januar 1986 im Referat 432 „Außen- und europapolitische Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik; Telekommunikationspolitik einschließlich weltraumgestützte Systeme; ITU; grenzüberschreitende Daten- und Informationsflüsse“ des Auswärtigen Amts S. 13[33]

Stechow, Andreas von Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, vom 3. bis 28. Februar 1986 abgeordnet in Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT“ im Auswärtigen Amt, seit 2. Mai 1986 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 S. 943[1], 1919[1]

Steglich, Peter stellvertretender Leiter der Abteilung „Grundsatzfragen und Planung“ im Außenministerium der DDR sowie Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1425, 1438[21], 1784

Stein, Hans Freiherr von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1014[17], 1706[21], 1838[13]

Steinkopff, Klaus-Christoph Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 1. April 1986 Generalmajor und Kommandeur der 6. Panzergrenadierdivision S. 358[4]

Steinkühler, Franz Zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft IG Metall, seit 22. Oktober 1986 Vorsitzender S. 1213

Steinkühler, Manfred Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris; 1980–1984 Vortragender Legationsrat bzw. seit 1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt S. 343[28]

Stepanow-Mamaladze, Teimuraz Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1384

Steyrer, Kurt Mitglied der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) S. 861–863

Stiegler, Ludwig Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 810[15]

Stoecker, Folkmar Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 243[1], 720[25], 949[2], 1021[53], 1181[16], 1274[61], 1533[9]

van der Stoel, Max Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters bis 1. August 1986 S. 409[10]

Stoessel, Walter John, Jr. 1976–1981 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn; 1968–1972 Botschafter in Warschau S. 627, 931, 935

Stoffaës siehe: Sauzay-Stoffaës, Brigitte

Stoltenberg, Gerhard Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU S. 104, 134[16], 135, 141 f., 145[34], 341 f., 402 f., 517, 611, 707[8], 716, 900[4], 1043[1], 1048[12], 1381[16], 1430[7], 1549 f., 1610 f., 1939

Strauß, Franz Josef Ministerpräsident des Freistaats Bayern, Vorsitzender der CSU und Vorsitzender des Aufsichtsrats von Airbus Industrie; 1956–1962 Bundesminister der Verteidigung S. 6, 48 f., 275, 379, 575[15], 592, 900, 907, 908[31], 1174 f., 1556[5], 1557[7], 1742, 1748[20], 1764–1767, 1778[27], 1817, 1923[2], 1924

Strauß, Max Sohn von Franz Josef Strauß S. 1765 f.

Strbać, Dušan Unterstaatssekretär im jugoslawischen Außenministerium S. 80

Strenziok, Gert Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" im Auswärtigen Amt **Dok. 92** und S. 7[1], 267, 466[1], 477[1], 520[2], 521[5], 563[1], 594[26], 1231[15]

Stresemann, Gustav 1923 Reichskanzler und 1923–1929 Außenminister des Deutschen Reichs S. 454, 758

Stronk, Christian Chef der Staatskanzlei von Berlin und stellvertretender Vorsitzender des Organisationsgremiums zum 750-jährigen Bestehen von Berlin S. 1179

Štrougal, Lubomír Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 181[18], 190[9]

Stüdemann, Dietmar Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts, seit 31. Oktober 1986 abgeordnet als Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien S. 154[1], 748[1]

Studnitz, Ernst-Jörg von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit" im Auswärtigen Amt; seit 1. Juli 1986 im Bundeskanzleramt **Dok. 62, 118** und S. 40, 62, 169[1], 171[8], 305[1], 560[1], 839[25]

Stülpnagel, Paul-Joachim von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO" im Auswärtigen Amt, seit 20. Mai 1986 Gesandter und Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf, seit 29. August 1986 Leiter der Delegation mit der Amtsbezeichnung Botschafter, vom 12. Oktober bis 21. November 1986 abgeordnet nach New York zur Tagung des 1. Ausschusses der 41. Generalversammlung der VN **Dok. 233** und S. 152[3], 179[13], 231[1], 238[1], 243, 258[1], 261, 262[12], 344[29], 367[3], 1320[25], 1332[5]

Stürmer, Michael Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen S. 1527, 1529

Sudhoff, Jürgen Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" im Auswärtigen Amt **Dok. 94, 106, 113, 121, 333, 364** und S. 23, 25[12], 36, 62, 130[2], 145, 169[1], 173, 219[3+7], 236, 263, 413[1], 512[18], 529[3], 652, 700[1], 717[11], 825[1], 829[8], 852[22], 867[20], 868[24], 880, 892, 1023[1+4], 1106[1], 1147[1], 1228, 1231[16], 1259[23], 1278, 1280, 1309[1], 1327, 1344, 1353[1], 1355 f., 1368[1], 1425[1], 1501[2], 1541[2], 1546, 1741, 1764[1], 1882[24]

Sulimma, Hans-Günter Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 37** und S. 158[14], 298[7], 413[1], 480[4], 690[7], 898[4], 1001[1], 1002[5], 1004[11+12+16], 1005[18], 1023[1], 1043[2], 1243[7], 1278[1], 1309[1], 1368[1], 1541[2], 1903

Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud saudiarabischer Zweiter Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Verteidigung und Luftfahrt S. 1243[7]

Suslow, Michail Andrejewitsch 1955–1966 Mitglied des Präsidiums bzw. 1966–1982 des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 1053

Suslow, Wladimir Pawlowitsch sowjetischer Sonderbotschafter S. 1815

Süssmuth, Rita Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit S. 1755

Sutherland, Peter Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Soziale Angelegenheiten und Ausbildung, seit 5. Januar 1986 für Wettbewerb) S. 1775

Swett Morales, Francisco Xavier ecuadorianischer Finanzminister S. 136[24]

Sytschow, Wjatscheslaw Wladimirowitsch Generalsekretär des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe S. 9[17], 258[5], 1773[11]

Szałajda, Zbigniew Karol polnischer Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK der PVAP **Dok. 66** und S. 515, 519

Szigeti, Károly Leiter der ungarischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 1252[6]

Szűrös, Mátyás Sekretär für Auswärtige Beziehungen des ZK der USAP und Abgeordneter in der ungarischen Nationalversammlung S. 256[1]

Taft, William Howard Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Secretary of Defense) S. 566

Tambo, Oliver Reginald Präsident des südafrikanischen ANC, seit 1960 im Exil S. 418, 523, 690, 1280, 1353, 1370, 1889, 1902

Tanaka, Kakuei 1972–1974 Ministerpräsident Japans S. 97[13]

Tandecki, Hans-Peter Generalleutnant und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Militärausschuß der NATO in Brüssel S. 146, 494

Tardos, József Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Brüssel S. 979[20], 1873

Tatarnikow, Wiktor Michajlowitsch Generalmajor und Mitglied der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 393, 401[30], 1065

Taya, Maaouya Ould Sid'Ahmed Präsident der Islamischen Republik Mauretanien S. 414

Taylor, James H. Staatssekretär im kanadischen Außenministerium (Under-Secretary of State for External Affairs) S. 1061

Teltschik, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit" des Bundeskanzleramts **Dok. 45, 308** und S. 239, 277, 291, 294, 361[1], 367[1], 405[16], 574[11], 645, 790[9], 895, 989[1], 1054[2], 1124[10], 1187, 1199, 1235, 1272[50], 1285[17], 1313[13], 1409[14], 1414[3], 1419[1], 1521[1], 1532, 1541, 1552, 1586[1+3], 1601 f., 1649, 1698, 1700[10]

Terechow, Wladislaw Petrowitsch Gesandter und Vertreter des sowjetischen Botschafters in Bonn, seit 8. August 1986 Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium **Dok. 128** und S. 154[2], 155, 161[7], 663 f.

Tezel, Necdet Staatssekretär im türkischen Außenministerium S. 1431–1433

Thatcher, Margaret Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party S. 49, 65, 80, 176[4], 274[6], 275, 336[3], 337 f., 352, 523, 554, 630, 644, 658, 704, 814, 877, 923, 950, 990, 1002[9], 1004, 1088, 1110[22], 1181, 1204, 1265, 1274, 1309, 1483[7], 1533, 1545 f., 1576 f., 1650, 1655 f., 1659, 1724, 1727 f., 1733, 1748[20], 1770[3], 1773 f., 1778, 1802, 1808, 1825, 1841, 1851, 1890

Thierry Brigadegeneral der französischen Streitkräfte S. 1137

Thomas, Derek Morison David Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State and Political Director) S. 40, 43–45, 624–634, 644, 1013–1019, 1021, 1263–1268, 1270–1277, 1368, 1575–1585, 1879–1893

Thomas, Charles H. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 40, 45, 182, 194, 438[13], 1372[11],

1442[3], 1453, 1566[15], 1575–1585, 1821, 1835, 1879–1893

Thomas, Joseph 1978–1982 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 1236[3]

Thorn, Gaston Egmond 1981–1985 Präsident der EG-Kommission S. 258

Thorning-Petersen, Rudolph Anton Botschafter des Königreichs Dänemark in Moskau S. 661

Thursz, Daniel Vizepräsident von B'nai B'rith International S. 305

Tichonow, V.I. sowjetischer Erster Stellvertretender Minister für Hochseeschiffahrt S. 1577[17], 1755

Tietmeyer, Hans Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 104[29], 130[2], 1379[7], 1409[14], 1549

Timbie, James P. (Jim) Politischer Berater des stellvertretenden amerikanischen Außenministers (Adviser for Strategic Policy) S. 1162, 1464[6], 1727–1730

Timmermann, Manfred Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 536[10], 906[23]

Timsit, Joëlle Botschafterin der Französischen Republik in Ost-Berlin S. 1940, 1941[10]

Tindemans, Leonard Clemence (Leo) Außenminister des Königreichs Belgien S. 672, 746, 820, 873, 959[5], 1258, 1467, 1864

Tito, Josip Broz 1937–1980 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und 1953–1980 Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bzw. der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 75[19], 78[26], 1582

Tiwari, Narayan Dutt Außenminister der Republik Indien seit 22. Oktober 1986 S. 1620 f.

Tlass, Mustafa General der syrischen Streitkräfte und Verteidigungsminister S. 592[12]

Todenhöfer, Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1184, 1722, 1726

Todorow Leiter der bulgarischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 399[23], 1872, 1875

Du Toit, Wynand Hauptmann der südafrikanischen Streitkräfte S. 157, 158[15]

Toivo ya Toivo, Andimba Herman Generalsekretär der SWAPO S. 1278–1280

Tolkunow, Lew Nikolajewitsch Vorsitzender des Unionssowjet des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Vorsitzender des Kommitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit S. 1687

Tomášek, František Kardinal und Erzbischof von Prag S. 285, 1208

Tomasson, Tomas A. Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Island bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 777

Tomuschat, Christian Professor für öffentliches Recht, insbes. Völker- und Europarecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sowie Mitglied im VN-Menschenrechtsausschuß und der VN-Völkerrechtskommission S. 1967

Totu, Ioan Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien seit 26. August 1986 S. 1267

Tower, John Goodwin Leiter der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und Verhandlungsführer für strategische Nuklearwaffen (START) im Rang eines Botschafters bis zu seinem Rücktritt am 11. März 1986, seit 1. Dezember 1986 Vorsitzender der von Präsident Reagan eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Iran-Contra-Affäre **Dok. 56** und S. 110[17]

Trampert, Rainer Mitglied und Sprecher des Bundesvorstands der Partei Die Grünen S. 1685

Traoré, Moussa Präsident der Republik Mali S. 414

Trefftz, Georg Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 1703[8]

Tremeau, Marcel Marie René Unterabteilungsleiter im französischen Außen

ministerium (Directeur adjoint d'Europe) seit März 1986 S. 1001, 1004

Trojanowskij, Oleg Alexandrowitsch Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis März 1986 S. 629[37]

Trömel, Thomas Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi S. 1231[15]

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 269[13], 1099[28]

Trumpf, Jürgen Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts **Dok. 11, 180, 252, 263** und S. 3[3], 9[17], 78[24], 250, 267, 380[4], 381[8], 745[18], 894[5], 998[4], 1009[8], 1449[1], 1450[11]

Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch 1984–1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 370[4], 373[12], 1097, 1133[26], 1590[2]

Tschernjajew, Anatolij Sergejewitsch Außenpolitischer Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU S. 1090

Tscherwow, Nikolaj Fjodorowitsch Generaloberst im sowjetischen Generalstab und Abteilungsleiter im sowjetischen Verteidigungsministerium S. 476, 976 f.

Tutu, Desmond Mpilo Bischof von Johannesburg, seit April 1986 Erzbischof von Kapstadt und Primas der anglikanischen Kirche der Provinz Südafrika S. 158[15], 418, 691, 1354 f.

Tutwiler, Margaret DeBardenleben Abteilungsleiterin im amerikanischen Finanzministerium (Assistant Secretary of the Treasury for Public Affairs) S. 1550

Ueberschaer, Hans-Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika" im Bundeskanzleramt S. 700[1], 1043, 1147[1]

Ulrich, Rolf Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bzw. seit 20. Januar 1986 im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 1177[1]

Ungerer, Werner Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1984–1985 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 61[23], 280[28], 371[7+8], 485[18], 871[39], 872[41], 943[3], 944[10+11], 1777[22]

Urban, Bohumil tschechoslowakischer Außenhandelsminister S. 190[9]

Urban, Jerzy Pressesprecher der polnischen Regierung S. 661

Uslar-Gleichen, Hasso Freiherr von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 107, 300** und S. 1937

Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1110, 1384, 1598[2], 1612[8], 1616 f., 1634

Vacano, Johannes von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi, seit 20. Oktober 1986 Botschafter in Lima S. 1914[6]

Văduva, Ilie Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien bis 26. August 1986, anschließend Minister für Außenhandel und internationale Zusammenarbeit **Dok. 110 111, 112** und S. 5, 124[7], 285, 525, 628

Valdés Subercaseaux, Pío Gabriel Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles, 1964–1970 Außenminister der Republik Chile S. 1150[10]

Valentin, François General und 1972–1974 Befehlshaber der französischen Er-

sten Armee sowie Militärgouverneur von Straßburg S. 1568

del Valle Alliende, Jaime Außenminister der Republik Chile S. 1254

Vance, Cyrus Roberts 1977–1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 390, 412[15]

Vanik, Charles Albert 1955–1981 Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 422

Várkonyi, Péter Außenminister der Ungarischen Volksrepublik und Sekretär des ZK der USAP **Dok. 185** und S. 316[10], 981, 989, 1012, 1015f., 1019, 1329, 1470f., 1487, 1492, 1507

Varret, Jean General der französischen Streitkräfte S. 1137

Väyrynen, Paavo Außenminister der Republik Finnland S. 428[15], 1209[11]

Vaz Pereira, António Augusto Marques da Costa Leiter der Ständigen Vertretung der Portugiesischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 126f.

Védrine, Hubert Mitarbeiter im französischen Präsidialamt und außenpolitischer Berater des französischen Staatspräsidenten S. 1049

Velayati, Ali Akbar Außenminister der Islamischen Republik Iran S. 478, 594, 1425[2], 1427, 1428[10], 1713[16], 1741

Venkataraman, Ramaswamy Vizepräsident der Republik Indien S. 668

Vergau, Hans-Joachim Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1455f.

Verhofstadt, Guy belgischer Minister für Haushaltsplanung und Wissenschaft S. 744

Vesser, Dale Generalleutnant der amerikanischen Streitkräfte und Mitarbeiter der Joint Chiefs of Staff S. 1937[10]

Victoria I. 1837–1901 Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland; 1877–1901 Kaiserin von Indien S. 827

Vidal, Jean Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires économiques et financières) S. 10f., 60[20], 896

Videla, Jorge Rafael 1976–1981 Präsident der Argentinischen Republik S. 1148[5], 1150

Vijverberg, Hendricus Adrianus Leonardus Botschafter des Königreichs der Niederlande in Warschau S. 605[6], 613

Villacieros, Javier Leiter der spanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1296, 1299

Villain, Claude Sonderberater des französischen Wirtschafts- und Finanzministers S. 1381

Viot, Jacques Botschafter der Französischen Republik in London bis September 1986 S. 672

Vlajković, Radovan Vorsitzender des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis 15. Mai 1986, danach weiter Mitglied des Präsidiums S. 83

Vogel, Hans-Jochen Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 158, 761, 1154[2]

Vogel, Wolfgang Rechtsanwalt und Persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Lösung humanitärer Probleme S. 16–18, 19[5], 22f., 154[2], 155f., 160[1]

Vogels, Hanns Arndt Vorstandsvorsitzender der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) S. 1764[2]

Voigt, Karsten Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 794f., 968, 1399

Vollers, Claus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen; Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt S. 407[1], 1660[12]

Vollmar-Libal, Sabine Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ im Auswärtigen Amt S. 420[2], 1425[10], 1438[17], 1439[1], 1643[19], 1759[1]

Vorwerk, Wolfgang Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der

Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 531, 1231[15]

Vranitzky, Franz österreichischer Finanzminister, seit 16. Juni 1986 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 446, 863

Vuković, Miljenko Mitarbeiter im jugoslawischen Außenministerium S. 1209[11], 1643[19]

Wagner, Adolf Karl Ritter von Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 21. April 1986 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 431 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEO“ im Auswärtigen Amt S. 667[4], 713[11], 759[30], 856[3], 858[13], 900[1+3], 1207[5], 1332[1], 1366[21]

Wagner, Gerd Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1347[1]

Wagner, Jean Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in London S. 672

Waheed, Abdul Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn S. 1023

Waldersee, Bernhard Graf von Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen bzw. seit 22. September 1986 im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 1584[47+48], 1720[37], 1883[28], 1907[1]

Waldheim, Kurt Kandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) für das Amt des Bundespräsidenten der Republik Österreich, seit 8. Juli 1986 Bundespräsident; 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen; 1968–1970 Außenminister; 1938–1945 Angehöriger der deutschen Wehrmacht S. 222[17], 391, 861–863, 991[11]

Wałęsa, Lech Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund S. 603–614, 927[11], 928, 1841

Walitowa Orlowa, Irina A. Ehefrau von Jurij F. Orlow S. 1388[25]

Walker, Jenonne R. Mitarbeiterin im amerikanischen Außenministerium S. 1552

Wallau, Theodor Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 87, 256, 299, 303, 324, 340** und S. 31[34], 62[9], 123[5], 172[12], 270[15], 358[5], 483[11], 627[24], 757[19], 985[9], 988[18], 1002[9], 1084[20], 1264[6], 1265[15], 1268[33], 1282[8], 1366[21], 1367[22], 1374[2+3], 1502[2], 1504[8], 1700[10], 1722[5], 1817[18], 1866[9], 1946[26], 1970[28]

Wallis, Wilson Allen Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic and Agricultural Affairs) S. 1744, 1749

Wallmann, Walter Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seit 6. Juni 1986 S. 1089, 1108, 1158[11], 1207, 1238, 1265[9], 1395, 1396[12+13], 1398, 1415[10], 1611

Waltemathe, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1115

Walters, Vernon Anthony Generalleutnant und Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters; 1985 Präsident des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen **Dok. 97, 230** und S. 409[10], 523, 544[13], 547, 551, 556, 574, 644, 649[5], 1210, 1362

Wang Hung-wen 1973–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und Stellvertretender Vorsitzender des ZK S. 915

Warnke, Jürgen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 137, 380[3], 382[9], 414, 434, 668 f., 671, 707[8], 1039, 1043[1], 1430[7], 1522

Wasserberg, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht“ im Auswärtigen Amt S. 1059[11]

Weber, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 106, 154, 182, 522, 825, 984, 989, 1070, 1309, 1571

Weber, Max *1864 †1920 S. 1624

Wechmar, Rüdiger Freiherr von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London; 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 168** und S. 4[7], 80[7], 84[25], 265[10], 271[21], 293[20], 348, 532[6], 603, 658[17], 672, 1696[11], 1883[26]

Weddeye, Goukouni siehe: Oueddei, Goukouni

Wedemeier, Klaus Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen sowie Bürgermeister der Stadt Bremen (SPD), ferner Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit S. 1607, 1625 f.

Wegener, Henning Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 1. September 1986 zur Einweisung in Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts nach Bonn versetzt, seit 15. September 1986 abgeordnet nach Brüssel (NATO), seit 1. Oktober 1986 Beigeordneter Generalsekretär für politische Angelegenheiten beim Generalsekretariat der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 3. November 1986 Ministerialdirigent S. 192[27], 449, 452, 1107, 1244[3], 1246[9], 1681[2]

Wegner, Helmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Unterabteilung 60 in der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts, seit 4. April 1986 Ministerialdirigent S. 430, 995[30], 1212[3]

Weigel, Detlef Legationsrat I. Klasse und Mitglied der KVAE-Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, seit 5. Dezember 1986 Vertreter des Botschafters in Kingston S. 1337[1]

Weil, Christof Legationssekretär im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts, seit 8. Oktober 1986 Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1022[56], 1172[14]

Weinberger, Caspar Willard amerikanischer Verteidigungsminister S. 4[7], 103, 241, 322[24], 406[17], 469, 472, 473[9], 474, 562, 566–568, 770–772, 777 f., 812, 819, 827, 985[9], 1271, 1308, 1388, 1464[7], 1552–1555, 1559–1562, 1564, 1722[5], 1726[26], 1747, 1757, 1803–1809, 1827

Weindel, Elmar Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland“ im Auswärtigen Amt S. 456[27]

Weir, Benjamin S. 1758

Weiß, Andreas Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 884, 980, 1113[38], 1482

Weiß, Gebhardt Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 215[1], 456[2], 778[1], 1568[1], 1633[1], 1866[1], 1870[29]

Weiß, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts **Dok. 40** und S. 122[1], 603[1], 924[1], 926[9], 927[11]

Weisel, Horst Adolf Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg S. 57[10], 1222[30]

Weisser Mitarbeiter im französischen Präsidialamt S. 48

Weizmann, Chaim 1935–1946 Präsident der World Zionist Organization und der Jewish Agency for Palestine; 1948–1952 Präsident des Staates Israel S. 1526

Weizsäcker, Richard Freiherr von Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1981–1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) S. 23[3], 30, 61, 158, 316, 352, 371, 374[18], 387, 413, 441, 670[10], 710, 761, 796, 798–800, 874[2], 916[8], 945, 953[2], 956, 1180, 1433, 1470[1], 1486[12], 1538, 1584[47], 1615

Welichow, Jewgenij Pawlowitsch Physiker und Stellvertretender Präsident der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1089, 1464[6], 1932

van Well, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1977–1981 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 9, 104, 105, 157, 261, 262, 296, 336** und S. 107, 152[4], 169, 188[20], 261[9], 305, 348, 403[8], 408[6+7], 473[14], 474[16], 487[26], 507[4], 508[7], 527[27], 568, 603, 627[22], 630[45], 651[10], 695[15], 731[5], 819[27], 838[24], 961[9], 988[18], 994[26], 1184[7], 1185[9], 1232[19], 1233[21], 1268[33], 1354[7], 1362, 1366 f., 1442[3], 1455[1], 1464[6], 1466[11], 1502[3+4], 1503[5], 1538[10], 1541, 1571[7], 1572[8], 1688[6], 1700[10], 1712[14], 1718, 1726[26], 1744[4], 1750[31], 1756[3], 1855[9], 1894[4], 1913[5], 1928[11], 1937, 1945[23], 1946[26]

Wendler, Hans-Jürgen Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 295**

Wentker, Hermann Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 1210[15]

Wentzel, Matthias Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" des Auswärtigen Amts S. 764[18], 1924[5]

Wersdörfer, Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait, seit 9. Dezember 1986 Botschafter in Lomé S. 685[18]

Whitehead, John Cunningham stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) **Dok. 12** und S. 36[5], 169–172, 409[10], 532, 554, 555 f., 569, 645, 1744, 1748–1750, 1840, 1888[44]

Wibaux, Fernand Hoher Kommissar der Französischen Republik in Neukaledonien (Haut-commissaire de la République en Nouvelle-Calédonie) bis 1. August 1986 S. 830[12]

Widgren, Jonas Olof Staatssekretär im schwedischen Arbeitsministerium S. 1234

Wieck, Hans-Georg Präsident des Bundesnachrichtendienstes; 1977–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 727[3], 728 f., 1059[11]

Wiejacz, Józef Waldemar Botschafter der Volksrepublik Polen in Rom S. 284

Wieland, André Leiter der Delegation der DDR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 335

Wiesel, Elie Vorsitzender des United States Holocaust Memorial Council und Professor für humanistische Studien an der Boston University S. 305 f.

Wietersheim, Sigvard von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 190**

Wijnaendts, Henry Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium S. 1467

Wilde, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul S. 1587[12]

Williams, Nigel Christopher Ransome Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 337, 1883[29]

Williamson, David F. Abteilungsleiter im britischen Cabinet Office (Deputy Secretary and Head of the European Secretariat in the Cabinet Office) S. 1778

Willoch, Kåre Ministerpräsident des Königreichs Norwegen bis 9. Mai 1986 S. 1772

Wilson, Thomas Woodrow 1913–1921 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 52, 277, 827

Windelen, Heinrich Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 440

Wischnewski, Hans-Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 729, 864[9]

Wistinghausen, Henning von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandels

förderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen“ im Auswärtigen Amt S. 136[24], 890[2], 894[1], 1910[1]

Witte, Barthold Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für internationale Medienpolitik **Dok. 227, 315** und S. 15[43], 60, 444[25], 584, 703[14], 854[28], 1059[10], 1159[13], 1612[8], 1617, 1631[12], 1721, 1751

Wnendt, Werner Legationsrat im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT“ des Auswärtigen Amts S. 482[1+2]

Wöckel, Heribert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus, seit 9. Dezember 1986 Botschafter in Dakar S. 592[12], 1547[27], 1713

Woessner, William M. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Principal Deputy Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs); 1979–1985 Gesandter an der Botschaft in Bonn S. 160[3], 555, 568, 627, 931, 1198, 1680

Wojtaszek, Emil 1976–1980 Außenminister der Volksrepublik Polen und Mitglied des ZK der PVAP S. 497[3]

Wolff von Amerongen, Otto Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft S. 73, 372, 451, 454, 1747

Woods, Michael Alan Stellvertreter des amerikanischen Handelsbeauftragten (U.S. Deputy Trade Representative) S. 485[18]

Wörner, Manfred Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 57** und S. 151, 242, 274[6], 290[4+6], 292[16], 330, 339, 343[28], 402 f., 405[16], 406[17], 535–537, 576[21], 620–622, 672, 674, 676, 767–771, 775–778, 840[26], 905[20], 906[24], 1055, 1129 f., 1138, 1205[21], 1207, 1224, 1227, 1242, 1291, 1344[7], 1501, 1508[11], 1519, 1541, 1543–1545, 1552, 1555, 1562, 1566[16], 1568–1570, 1607, 1610, 1638[11], 1693, 1725 f., 1729, 1732, 1747, 1805–1810, 1938, 1957, 1961

Worobjow, Andrej Iwanowitsch sowjetischer Stellvertretender Gesundheitsminister und Leiter des Zentral-Instituts für Fortgeschrittene Medizinische Studien und Mitglied der sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften S. 860[22]

Woronzow, Julij Michajlowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris bis 19. Juni 1986, danach Erster Stellvertretender Außenminister S. 474[16]

Wu Xueqian Außenminister der Volksrepublik China **Dok. 251** und S. 854, 880[6]

Würzbach, Peter Kurt Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 14[37]

Würzen, Dieter von Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 33, 35, 236[13], 669, 671, 1006[2+4], 1009[8], 1043, 1153

Wyszyński, Stefan 1948–1981 Erzbischof von Gnesen und Warschau sowie Primas von Polen; 1953–1981 Kardinal S. 1537

Yandza, Gérard-François Botschafter der Volksrepublik Kongo in Bonn S. 1620

Yáñez-Barnuevo García, Luis Staatssekretär im spanischen Außenministerium S. 1703, 1704[1]

Yao Wen-yuan 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 915

Yaqub Ali Khan, Sahabzada Außenminister der Islamischen Republik Pakistan S. 1023 f., 1028

Yavuztürk, Zeki türkischer Verteidigungsminister S. 766[2], 777, 1810

Yeutter, Clayton Keith amerikanischer Handelsbeauftragter (U.S. Trade Representative) S. 482, 485, 487[26], 1275[5], 1942[16], 1943[20]

Yilmaz, Ahmet Mesut Staatsminister und Sprecher der türkischen Regierung sowie stellvertretender Vorsitzender der Mutterlandspartei, seit 17. Oktober 1986 Minister für Kultur und Tourismus S. 1039, 1429, 1433 f.

York von Wartenburg, Alexander Graf Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1923[4]

Younger, George britischer Verteidigungsminister seit 7. Januar 1986 S. 672, 766 f., 769, 777 f., 1560, 1562, 1800, 1808

Yülek, Ertan stellvertretender Staatssekretär im türkischen Staatlichen Planungsamt S. 1431

Zachmann, Siegfried Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR S. 1360

Zech, Lando W., Jr. Leiter der amerikanischen Atomaufsichtsbehörde („United States Nuclear Regulatory Commission") seit 1. Juli 1986 S. 1395[10]

Zeisler, Dieter Legationsrat I. Klasse im Auswärtigen Amt, abgeordnet nach Boston zur Teilnahme am Fellows' Program des Harvard Center for International Affairs, seit 8. Juli 1986 Vortragender Legationsrat, seit 25. Juli 1986 Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Meyer-Landrut S. 1187[3], 1281[1], 1541[2], 1559[2], 1592[4], 1604[2], 1628[2], 1640[1], 1710[3], 1722[1], 1768[1], 1963[3]

Zeller, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila, seit 15. Dezember 1986 Leiter der Ständigen Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 298, 299[12], 706–708

Zhao Ziyang Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh **Dok. 64** und S. 207, 847, 916

Zhou Nan Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 847, 854, 880

Zia ul-Haq, Mohammed General und Präsident der Islamischen Republik Pakistan S. 206, 1023, 1025[10], 1028[18], 1029[22]

Ziefer, Fritz Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 899[10], 949[5], 1210[18]

Zimmermann, Friedrich Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 38, 67, 72, 76, 563, 663, 1100[31], 1196 f., 1206[4], 1221, 1261 f.

Zimmermann, Jörg Legationsrat I. Klasse im Referat 340 „Südasien" bzw. seit 23. Juni 1986 im Referat 342 „Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik" des Auswärtigen Amts S. 23[1], 27[21], 707[8], 708[9]

Zimmermann, Roland Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartum S. 692[10]

Zimmermann, Warren Mitglied der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf im Rang eines Botschafters, seit 14. April 1986 Leiter der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien im Rang eines Botschafters S. 1020, 1296–1299, 1434[2], 1439, 1856, 1874

Zoru, Abba Ahmed Botschafter der Bundesrepublik Nigeria in Bonn S. 1620

Zugcić, Ivan S. 79

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den ägyptisch-israelischen Beziehungen unter „Ägypten“ und dort beim Unterschlagwort „Israel“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer internationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 181 bzw. von Seite 3 bis 951, **Band II** von Dokument 182 bis 377 bzw. von Seite 953 bis 1981.

Abkommen und Verträge

– Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 146[7], 247[6], 501, 772–774, 776

– Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 1151, 1648

– Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
siehe unter: VN

– Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947
siehe unter: VN

– Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 552, 617, 816, 1198, 1675, 1795[18]

– I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
S. 358–361

– II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
S. 358–361

– III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
S. 358–361

– IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
S. 358–361

– Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
S. 57[10], 1964

– Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag)
S. 1258

– Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 552, 615, 1196 f., 1261, 1678

– Abkommen vom 28.7.1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
S. 1173

– Übereinkommen vom 20.9.1951 über den Status der Nordatlantikvertrags-Organisation, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals
S. 615

– Zusatzprotokoll vom 20.3.1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
S. 1964

– Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23.10.1954 (Deutschland-Vertrag)
S. 876, 1020, 1196 f., 1261, 1267, 1461

– Vertrag vom 26.5.1952 über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung vom 23.10.1954 (Truppenvertrag)
S. 1679

– Protokoll vom 28.8.1952 über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere
S. 1678

– Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)
S. 78, 1915

– Verteidigungsabkommen vom 26.9.1953 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Spanischen Staat
S. 1708

– Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag)
S. 552, 1196 f., 1261, 1677

– WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 676, 776[12], 1800

– Europäisches Kulturabkommen vom 19.12.1954
S. 76

– Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusam-

menarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Vertrag)
S. 619, 1875

– Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)
S. 863

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zum Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen
S. 552, 1196 f., 1261, 1678

– Unterzeichnungsprotokoll vom 3.8. 1959 zum Zusatzabkommen vom 3.8. 1959 zum Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen
S. 1678

– Wiener Übereinkommen vom 18.4. 1961 über diplomatische Beziehungen
S. 401[31], 595[31], 1038, 1069, 1403, 1432[12], 1716

– Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag)
S. 8, 340, 878, 1123, 1127[12], 1497[25]

– Wiener Übereinkommen vom 24.4. 1963 über konsularische Beziehungen
S. 401[31], 763[14], 1069

– Vereinbarung vom 29.4.1963 über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung
S. 1849

– Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser
S. 452

– Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei
S. 56 f., 59, 60[20], 61, 352, 797[5], 944–946, 1919–1921

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 1424, 1616, 1784, 1786, 1964 f., 1969

– Fakultativprotokoll vom 19.12.1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte
S. 1965

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
S. 1424, 1616, 1964, 1969

– Protokoll vom 31.1.1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
S. 1173

– Abkommen vom 6.6.1967 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau, den Start und die Nutzung eines experimentellen Fernmeldesatelliten
S. 903[17]

– Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 117, 231[4], 259 f., 453, 1238[10], 1705 f.

– Europäisches Übereinkommen vom 6.5. 1969 zum Schutz archäologischen Kulturguts
S. 76

– Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 99, 167, 373, 1092, 1096, 1099, 1415, 1632

– Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei für die Übergangsphase der Assoziation
S. 56, 59[13], 352, 797[5], 944–946, 1919, 1921

– Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 371, 372[10], 373 f., 375[20]

– Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 824[17], 882, 1042[10], 1106[7], 1118, 1120, 1179, 1704[13]

– Abkommen vom 17.12.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) (Transitabkommen)
S. 1357[7]

– Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
siehe unter: SALT

– Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
siehe: ABM-Vertrag

– Abkommen vom 2.7.1972 zwischen Indien und Pakistan über die bilateralen Beziehungen (Abkommen von Simla)
S. 206, 210

– Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)
S. 300 f., 882

– Übereinkommen vom 29.12.1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen
S. 1843[28]

– Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 1159[13]

– Ergänzungsprotokoll vom 30.6.1973 zum Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Republik Türkei infolge des Beitritts neuer Mitglieder zu der Gemeinschaft
S. 59

– Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche
S. 639[2], 640, 733, 820, 1073 f., 1077, 1085[23], 1142, 1350, 1444, 1465, 1475, 1479[15], 1480

– Abkommen vom 5.12.1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Filmbeziehungen
S. 1627[16]

– Abkommen vom 10.12.1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gewährung von Kapitalhilfe
S. 75[18]

– Konsularvertrag vom 26.3.1975 zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik
S. 447

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines Finanzkredits
S. 515–518, 520[14]

– Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
S. 437[7], 515

– Abkommen vom 27.4.1976 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und dem Königreich Marokko
S. 250[4], 251

– Kooperationsabkommen vom 27.4.1976 zwischen der EWG und dem Königreich Marokko
S. 250[4], 251

– Vertrag vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepu-

bliken über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken
S. 639[2], 640, 733, 820, 1073 f., 1077, 1085[23], 1142, 1350, 1444, 1465, 1475, 1479[15], 1480

– Abkommen vom 4.7.1976 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie
S. 260

– Übereinkommen vom 3.12.1976 zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung
S. 1611, 1849

– Übereinkommen vom 3.12.1976 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride
S. 1611, 1849

– Zusatzvereinbarung vom 3.12.1976 zu der in Bern am 29.4.1963 unterzeichneten Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung
S. 1849

– I. und II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
S. 358–361

– Abkommen vom 16.6.1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnissen in der beruflichen Bildung
S. 1626[15]

– Auslieferungsvertrag vom 20.6.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 1367

– Vertrag vom 12.8.1978 zwischen Japan und der Volksrepublik China über Frieden und Freundschaft
S. 854

– Protokoll vom 30.11.1978 zu dem Abkommen vom 11.8.1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
S. 1645[5]

– Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
S. 28, 1047[9], 1546

– Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT

– Abkommen vom 5.2.1980 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Durchführung eines Austauschs von Jugendlichen und Erwachsenen in beruflicher Erstausbildung oder Fortbildung
S. 1626[15]

– Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der EWG und den Mitgliedsländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen – Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand
S. 707, 710, 1411, 1843, 1851

– Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der EWG und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 73, 1851[14]

– Protokoll Nr. 2 vom 2.4.1980 über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der EWG
S. 73[15]

– Übereinkommen vom 27.6.1980 zur Gründung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe
S. 844

– Vereinbarung vom 10.7.1980 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen zum Studium im Partnerland in den Geistes- und Naturwissenschaften
S. 1607[8], 1624[9]

– Abkommen vom 5.2.1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen

Republik über die Förderung von Filmvorhaben in Gemeinschaftsproduktion
S. 1627[16]

– Sechstes Internationales Zinn-Übereinkommen vom 26.6.1981
S. 144

– Protokoll vom 10.12.1981 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Spaniens
S. 281[31]

– Protokoll vom 10.6.1982 über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der EWG und der Arabischen Republik Syrien
S. 1717[29]

– Abkommen vom 2.7.1982 zwischen dem Königreich Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit
S. 1534[14], 1708

– Briefwechsel vom 29.4./4.5.1983 zu dem Übereinkommen vom 3.12.1976 zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung durch Chloride
S. 1849

– Abkommen vom 16.3.1984 zwischen der Volksrepublik Mosambik und der Republik Südafrika über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen)
S. 1889

– Abkommen vom 12.7.1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6.12.1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen)
S. 1961

– Abkommen vom 13.7.1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze
S. 1220[25]

– Abkommen vom 5.12.1984 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Förderung des Absatzes von Filmen aus der Gemeinschaftsproduktion und der nationalen Produktion des Partnerlands
S. 1627[16]

– Drittes AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 8.12.1984
S. 143[31], 1379

– Konvention vom 10.12.1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe
S. 1969

– Protokoll vom 26.4.1985 über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des in Warschau am 14.5.1955 abgeschlossenen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Vertrag)
S. 619, 1875

– Akte vom 11.6.1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge
S. 483, 487, 524[10]

– Übereinkommen vom 14.6.1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen)
S. 1175, 1217, 1220 f.

– Europäisches Übereinkommen vom 23.6. 1985 über Straftaten im Zusammenhang mit Kulturgut
S. 76

– Protokoll vom 8.7.1985 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 vom Hundert
S. 245

– Vertrag vom 6.8.1985 über eine nuklearfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
S. 1841, 1843, 1882, 1892

– Übereinkommen vom 3.10.1985 zum Schutz des architektonischen Erbes Europas (Abkommen von Granada)
S. 76

– Abkommen vom 4.11.1985 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich der Niederlande über die Stationierung, den Unterhalt und den Betrieb von GLCM-Systemen auf dem Gebiet der Niederlande
S. 737 f.

– Kooperationsabkommen vom 12.11. 1985 zwischen der EWG einerseits und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama andererseits
S. 208

– Vertrag vom 12.4.1986 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 764

– Abkommen vom 15.4.1986 zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit in Kultur, Erziehung, Wissenschaft, Technologie und anderen Gebieten
S. 627

– Abkommen vom 6.5.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit
S. 1120, 1181

– Abkommen vom 22.7.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 1106, 1117–1121, 1152, 1158, 1415, 1617

– Protokolle 1–3 vom 8.8.1986 zum Vertrag vom 6.8.1985 über eine nuklearfreie Zone im Südpazifik
S. 1841[25]

– Übereinkommen vom 26.9.1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (IAEO-Benachrichtigungsübereinkommen)
S. 1394–1936, 1424

– Übereinkommen vom 26.9.1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (IAEO-Hilfeleistungsübereinkommen)
S. 1394–1396, 1424

– Zusatzvertrag vom 21.10.1986 zum Auslieferungsvertrag vom 20.6.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 1367

– Satzung der IAEO vom 26.10.1986
S. 857

– Abkommen vom 27.10.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Festlegung eines allgemeinen Aktionsrahmens für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung
S. 1607 f., 1624

– Vereinbarung vom 27.10.1986 zur deutsch-französischen Vereinbarung vom 10.7.1980 über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen zum Studium im Partnerland in den Geistes- und Naturwissenschaften
S. 1607 f., 1624

– Übereinkommen vom 24.11.1986 zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt im Südpazifikgebiet (Konvention von Nouméa)
S. 1843[28], 1892 f.

– Protokolle vom 25.11.1986 betreffend die Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Verschmutzung im Südpazifik in Notfällen bzw. zur Verhütung der Verschmutzung des Südpazifikgebiets durch Einbringen von Abfällen
S. 1892 f.

– Abkommen vom 13.12.1986 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über eine finanzielle Unterstützung zur Ernährungssicherung der Bevölkerung in Ägypten
S. 1905

ABM-Vertrag vom 26.5.1972
Dok. 292 und S. 107[11], 117, 165 f., 178 f., 188, 192, 202 f., 242, 355, 453, 503, 527[27], 619, 632 f., 647, 698, 737, 762, 804 f., 815, 818, 832 f., 886 f., 889, 910–914, 978 f., 985[9], 986 f., 990, 1016 f., 1051, 1071–1073,

1075 f., 1078, 1084, 1094 f., 1097 f., 1104, 1141, 1152, 1165–1168, 1201, 1238[10], 1239, 1269 f., 1301 f., 1316, 1325 f., 1329, 1349 f., 1352, 1359, 1364, 1385, 1392, 1416, 1441, 1446, 1464[7], 1466–1469, 1472–1474, 1477–1479, 1481, 1484–1488, 1490, 1494–1496, 1533 f., 1562, 1572, 1629, 1634–1636, 1640[10], 1670 f., 1673 f., 1682 f., 1689–1691, 1734, 1809, 1811, 1817, 1829–1831, 1834, 1853 f., 1895, 1897, 1930–1935, 1977

Abrüstung und Rüstungskontrolle
Dok. 322 und S. 376, 388, 421

– Argentinien
S. 209

– ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
S. 112, 908 f., 911, 1555[21]

– Australien
S. 1841, 1843

– Belgien
S. 227, 735, 1560

– Bulgarien
S. 763

– Bundesrepublik Deutschland
S. 52, 70 f., 71[3], 89–85, 99, 101 f., 109–122, 162–166, 176–192, 194–204, 227–231, 311, 315 f., 361[1], 363–365, 378, 449, 452, 465, 498, 560–562, 572, 587–590, 598–603, 630, 639–641, 645–648, 696–698, 731 f., 734, 763, 767, 776, 801 f., 819, 827 f., 836 f., 849 f., 979–988, 1080–1086, 1092–1095, 1107 f., 1140–1143, 1162–1168, 1238 f., 1244–1249, 1272 f., 1315–1321, 1329, 1333–1336, 1360, 1385–1387, 1390–1393, 1441, 1458, 1467, 1470 f., 1480, 1482–1498, 1505–1509, 1532 f., 1539 f., 1543–1545, 1561 f., 1565 f., 1603[17], 1615, 1633–1637, 1650–1657, 1707 f., 1722–1734, 1816, 1826 f., 1833 f., 1853–1857

– Chemische Waffen
siehe: Chemische Waffen

– Conference on Disarmament (CD)
Dok. 233 und S. 34[9], 94 f., 102, 120, 180 f., 186, 192, 286, 311, 442, 449, 497 f., 501, 525, 571 f., 598, 602, 755, 759, 774, 776 f., 802, 889, 958[4], 976 f., 981 f., 1077, 1081 f., 1085, 1091[5], 1094, 1143, 1164 f., 1238[10], 1272 f., 1317, 1319 f., 1350, 1359, 1385, 1393, 1417, 1422, 1468, 1486, 1488

– ČSSR
S. 190, 192

– Dänemark
S. 1133[26], 1560

– DDR
S. 311, 465, 601 f., 1315–1321, 1360

– EG/EPZ
S. 1334, 1659

– Finnland
S. 1133[26]

– Frankreich
S. 51, 110, 317 f., 354, 450, 453, 699, 733[14], 801, 921, 939, 1139[35], 1201, 1249, 1273, 1333 f., 1336, 1392, 1505–1509, 1650–1657, 1697[12], 1817, 1823, 1834

– Fünf-/Sechs-Länderinitiative zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen (Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden, Tansania)
S. 389, 390[5], 449[6], 1235, 1238

– Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zwischen der UdSSR und den USA
siehe: Genfer Rüstungskontrollverhandlungen

– Gewaltverzicht
siehe unter: KVAE

– Griechenland
S. 209

– Großbritannien
S. 187, 227–230, 354, 450, 453, 527, 699, 733[14], 755[8], 801, 1143, 1244, 1246, 1249, 1272 f., 1333 f., 1336, 1392, 1417, 1422, 1468, 1488, 1560–1562, 1579, 1650–1657, 1825, 1827, 1834

– Indien
S. 209

– INF-Verhandlungen
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Island
S. 1133[26]

– Italien
S. 227, 283, 698 f., 1333, 1336, 1560, 1650–1657, 1817

– Japan
S. 97, 102, 1249, 1333, 1336

– Jugoslawien
S. 71[3]

– Kanada
S. 453[20], 1333, 1336, 1560

– Kernwaffenfreie Zonen
S. 158, 389 f., 499, 589[15], 769, 1133, 1342[10], 1540, 1841, 1843

– Kontrolle von Exporten nuklearfähiger Trägertechnologie
Dok. 252
– Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK)
siehe: Konventionelle Rüstungskontrolle
– MBFR-Verhandlungen
siehe: MBFR
– NATO
S. 70[36], 71, 90[7], 95, 109 f., 112, 164, 176–189, 227–231, 328, 426, 633, 639, 697, 733–737, 801 f., 819, 979 f., 1080, 1085 f., 1334, 1559–1564, 1833
– Neuseeland
S. 828 f., 1843
– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 1247–1249
– Nichtverbreitung von Kernwaffen
S. 231–236, 258–263, 1264[6], 1363
– Niederlande
S. 735, 1249
– Norwegen
S. 769, 1133[26], 1561 f., 1809
– Polen
S. 498 f., 1249
– Rumänien
S. 586–589, 1330[21]
– Schweden
S. 209, 389 f., 1133[26], 1238, 1335, 1949
– Schweiz
S. 1335
– Strategic Arms Limitation Talks
siehe: SALT
– UdSSR
Dok. 16, 19, 186 und S. 70 f., 81 f., 86, 97, 99, 107, 109–112, 125, 128, 149, 162–166, 176–178, 182–192, 194–204, 209, 227 f., 230, 278, 283, 286, 293–296, 303, 309–311, 315–317, 328, 330, 333[2], 335, 339, 352, 354 f., 363–365, 389[4], 393 f., 400, 442, 449 f., 452 f., 455–458, 471 f., 474, 499, 501, 504, 525, 527, 538[5], 539, 560–562, 570–572, 586–589, 598–603, 633, 639–641, 645–648, 656, 672–674, 676–681, 696, 698–700, 713, 731–737, 749, 751 f., 755 f., 766 f., 779 f., 801 f., 811[3], 812, 815–820, 822 f., 849 f., 851[16], 884–890, 908–914, 921, 967 f., 984–988, 1062, 1074–1078, 1080–1086, 1088, 1090, 1095, 1107 f., 1126, 1132–1134, 1142, 1163 f., 1201, 1238 f., 1244[3], 1245 f., 1248 f., 1264, 1269 f., 1272 f., 1281–1285, 1300–1303, 1317, 1328 f., 1342[10], 1348–1352, 1363 f., 1385–1387, 1390–1393, 1402, 1415 f., 1422, 1463–1469, 1472–1498, 1536, 1543, 1560, 1578, 1603[17], 1615, 1629, 1633–1637, 1646, 1667–1674, 1685–1691, 1830, 1926–1936, 1975, 1977
– Umfassendes Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban, CTB)
S. 89, 93 f., 102, 111 f., 164, 179–181, 184, 186–188, 194[9], 209, 317, 389[4], 390[5], 449, 452, 472, 474 f., 499, 505, 527, 560, 562, 567, 572, 589, 616[8], 630, 639–641, 699, 730, 732–735, 749, 767 f., 816, 820, 822, 827, 889[19], 958, 963, 1015[27], 1073 f., 1077, 1085, 1139[35], 1142, 1163, 1166, 1238 f., 1245, 1247 f., 1264, 1272 f., 1317 f., 1329, 1350, 1387, 1391 f., 1422, 1444–1446, 1465 f., 1471 f., 1475, 1480, 1484, 1505, 1555[21], 1560, 1579, 1685, 1687
– Ungarn
S. 979
– USA
Dok. 52 und S. 70 f., 81, 86, 102, 110–122, 176–189, 194–204, 227–230, 283, 317 f., 330, 339, 354, 363 f., 389[4], 449 f., 457, 471 f., 499, 527, 560–562, 567, 570–572, 586–589, 616[8], 630, 639–641, 645–648, 699 f., 730–737, 801, 811–814, 816, 818–820, 836 f., 879, 958, 963, 984–988, 1070–1078, 1080, 1082, 1085, 1140–1143, 1201, 1238 f., 1245–1249, 1264, 1269 f., 1272 f., 1281–1285, 1300–1303, 1318, 1321–1326, 1329, 1332[5], 1333–1336, 1349–1352, 1363 f., 1392, 1415 f., 1421 f., 1443–1447, 1463–1469, 1472–1498, 1532–1534, 1536, 1539, 1543 f., 1555[21], 1560, 1562, 1565 f., 1646, 1667–1674, 1685, 1687–1691, 1722–1734, 1830, 1853–1857, 1926–1936
– VN
S. 590[19], 1330, 1360, 1392
– Volksrepublik China
S. 361[1], 363, 450, 453, 1329 f.
– Warschauer Pakt
S. 83[21], 499, 975 f., 979 f., 1248
– WEU
S. 1693–1695

Afghanistan
siehe außerdem:
Menschenrechte, VN
S. 25, 184, 351, 450[8], 1218[13], 1312, 1521, 1523, 1605, 1615, 1897

– Bundesrepublik Deutschland
S. 455, 504, 570, 1024, 1026 f., 1112, 1170
– EG/EPZ
S. 1027, 1112
– Frankreich
S. 921
– Großbritannien
S. 687
– Indien
S. 28, 205–207, 1525
– Iran
S. 755
– Pakistan
S. 25, 687, 717[13-15], 921[28], 1024–1028, 1112, 1978
– UdSSR
S. 25, 98, 166, 177, 178[9], 193, 205–207, 453, 455, 504, 570, 687, 777, 818, 850–852, 921, 991 f., 1024–1027, 1052, 1112, 1118, 1151, 1524 f., 1542, 1575, 1830, 1870[28], 1871, 1947 f., 1951, 1978
– USA
S. 207, 455, 570, 921, 1112, 1542, 1846 f.
– Volksrepublik China
S. 921

Ägypten
siehe außerdem: Nahost-Konflikt, Terrorismus
S. 24 f., 105[32], 248, 531[8], 557, 565, 641[1], 692, 856[6], 857, 1229, 1405[10], 1676, 1882
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 29, 199, 365 und S. 84, 219, 544, 593, 597, 682, 1891
– ČSSR
S. 1046
– EG/EPZ
S. 252, 867 f., 944
– Frankreich
S. 219, 1043[2], 1044, 1906 f.
– Großbritannien
S. 1043[2], 1044
– Irak
S. 954, 1047
– Iran
S. 1047
– Israel
S. 1047, 1232, 1311, 1546 f., 1881
– Italien
S. 1044
– Jordanien
S. 173, 954, 1546
– Jugoslawien
S. 83
– Libyen
S. 29, 563, 593, 1046 f.
– Saudi-Arabien
S. 174, 1048
– Syrien
S. 954
– UdSSR
S. 1979
– USA
S. 173, 270, 593, 955, 1043[2], 1044 f., 1311[9], 1907

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
S. 1114[4], 1155[5], 1156[7]

Albanien
S. 1079, 1266 f.

Algerien
siehe außerdem: Nahost-Konflikt, Terrorismus
S. 252, 268 f., 282, 379, 684, 1229, 1620, 1622
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 124 und S. 591 f., 597, 675, 990

American Jewish Committee
S. 306, 1377[6]

American Jewish Congress
S. 305 f.

Amnesty International
S. 763[11], 1685, 1702, 1968

Angola
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 184, 473, 522f., 546 f., 866, 868, 964, 1279, 1353, 1583 f.

Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL)
S. 305 f.

Arabische Liga
siehe außerdem: Nahost-Konflikt
Dok. 43 und S. 83[23], 418[20], 478[7], 534[12], 596[37], 641[1], 642, 655 f., 685[17], 1721

Argentinien
siehe außerdem: Abrüstung, VN
Dok. 216 und S. 105[32], 131[7], 248, 336–338, 487, 694, 695[14+15], 857, 1008, 1405[10], 1620, 1917

ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)
siehe unter: Abrüstung

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)
S. 28, 105[32], 686, 696[16], 717, 929, 964, 1331, 1408, 1410–1412, 1842, 1978

– EG/EPZ
S. 26 f., 208, 250, 255, 707, 710, 1604–1606, 1843, 1851

Aspen Institute Deutschland e.V.
S. 1881, 1888

Asylfragen
S. 1432

– Berlin
S. 628[34], 1100, 1105, 1110, 1169, 1170[6], 1171, 1218[14], 1221[26], 1707

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 220, 228 und S. 1100, 1105, 1110, 1215, 1273, 1660, 1742, 1969[27]

– DDR
S. 628[34], 1100[31], 1110, 1170[6], 1171 f., 1218[13], 1221[26], 1273, 1357, 1360 f.

– EG/EPZ
S. 1176[25], 1221, 1273, 1609 f., 1660, 1706[21], 1770, 1773

Äthiopien
S. 435, 1170, 1676, 1970 f.

Australien
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, VN

S. 183, 487, 811, 826, 828, 856[6], 1004, 1007, 1147, 1203[18], 1258, 1347, 1353, 1405, 1408[13], 1409, 1841 f., 1844, 1882 f., 1892

Bahamas
S. 68 f., 1004[11]

Bahrain
S. 26[15], 641[1], 954

Bangladesch
siehe außerdem:
Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, VN

Dok. 5 und S. 67, 206, 1100[31], 1170, 1176, 1217, 1220, 1522

Barbados
S. 965[21]

BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)
S. 252[7], 1006[1], 1009 f., 1709

Belgien
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Raumfahrtpolitik, WEU

Dok. 143 und S. 15[40], 62[9], 244, 343 f., 543, 753 f., 856, 967, 1210[16], 1220, 1222[31], 1228 f.

Berlin
siehe außerdem: Asylfragen

S. 480, 798, 1950

– 750-Jahrfeier
Dok. 221 und S. 1021, 1274, 1533, 1584, 1618[33], 1704, 1835[3], 1939–1941

– Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft am 29.3.1986
siehe unter: Terrorismus

– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986
siehe unter: Terrorismus

– Besuche ausländischer Politiker in Berlin
S. 300, 1021, 1180–1182, 1274, 1521, 1524, 1533, 1816

– ČSSR
S. 191[13+14]

– DDR
S. 191[13], 570, 823 f., 1021, 1120, 1171 f., 1177–1182, 1273, 1357[7], 1361[18], 1533, 1584, 1618[33], 1704, 1747[18], 1784, 1787, 1939 f.

– Drei Mächte
S. 368[7], 404[14], 509, 824 f., 1021, 1100[31], 1110[22], 1117, 1171 f., 1178, 1180–1182, 1274, 1584, 1720, 1768[4], 1784, 1787, 1835[3], 1883, 1907–1910, 1940

– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 9[17], 77[22], 190 f., 240, 243[17], 367[3], 368, 403–405, 422[8], 469–471, 634, 1013, 1031–1037, 1040–1042, 1056–1060, 1106[7], 1117–1121, 1158[11], 1159, 1265, 1361[18], 1577[17], 1617, 1887[39]

– Eventualfallplanung („Live Oak“)
Dok. 366

– Frankreich
S. 470, 634, 1021[55], 1022[56], 1181, 1274, 1816, 1883[29], 1940 f.

– Großbritannien
S. 470, 634, 875 f., 1021[55], 1022[56], 1180 f., 1274, 1835[3], 1883[29], 1940[9], 1941
– Italien
S. 1021[55]
– Japan
S. 299 f., 702 f., 1705
– NATO
S. 350[12], 351, 823 f., 1021[50], 1908
– Niederlande
S. 825
– Polen
S. 1887[39]
– Spanien
S. 299 f., 1704 f.
– Syrien
S. 1720
– UdSSR
S. 191[13+14], 404[14], 824, 1031–1037, 1040–1042, 1056–1060, 1100, 1105, 1106[7], 1110, 1117–1121, 1158[11], 1159, 1172, 1274, 1617 f., 1720[37], 1721
– USA
S. 368, 403–406, 469–471, 634, 1021, 1022[56], 1171, 1181, 1274, 1533 f., 1537, 1835[3], 1883[29], 1939–1941, 1946
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 470, 523

Bewegung Blockfreier Staaten
Dok. 314 und S. 205, 208, 210, 418[20], 455, 478, 597, 638, 641, 643, 700, 1330, 1354 f., 1661, 1900, 1914[6], 1967

Bhutan
S. 25[12], 27

Birma
S. 28[24]

BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich)
S. 1355[12]

B'nai B'rith International
S. 305

Bolivien
S. 131[7], 1149, 1701, 1918

Bonner Vierergruppe
S. 351[14], 470, 510[16], 523[9], 634, 824[17+18], 1021[55], 1022, 1100[31], 1172[14], 1182, 1273, 1584, 1720 f., 1835[3], 1883[28], 1907[4], 1908–1910

Botsuana
S. 691[9], 1002[6], 1211[21], 1257[12], 1366[19], 1621[12]

Brasilien
siehe außerdem: Nord-Süd-Dialog
S. 49, 105[32], 549, 694, 695[14+15], 857, 1079, 1149, 1153, 1405, 1406[11], 1408, 1836

Bulgarien
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, KSZE, KVAE, MBFR, Nahost-Konflikt, SDI, Terrorismus, Warschauer Pakt
S. 216, 1152, 1173
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 147 und S. 285, 325, 376, 428[18], 445, 525, 569, 573, 1816, 1840, 1872
– DDR
S. 763[15]
– EG/EPZ
S. 764
– Frankreich
S. 318, 324
– Großbritannien
S. 1267
– Iran
S. 762
– Italien
S. 284
– Libyen
S. 1230
– Österreich
S. 443
– Türkei
S. 437 f., 629, 761[3], 763, 1424, 1865
– UdSSR
S. 318, 765, 1352
– USA
S. 1266

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
S. 1174, 1217[4], 1219, 1222

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW)
S. 1923

Bundesamt für Verfassungsschutz
S. 480[4]

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
S. 1007

Bundesanwaltschaft
S. 1924[5]

Bundesbaudirektion
S. 1501[2]

Bundesfinanzhof
S. 1700[8]

Bundesgrenzschutz
S. 569[6], 637, 1501[2]

Bundesinstitut für Berufsbildung
S. 1120

Bundeskabinett
S. 3–6, 36, 53[21], 132, 138, 143[31], 242, 277[20], 379[26], 380, 382, 403, 453, 1006[4], 1115[5], 1116, 1127, 1129, 1144 f., 1173[17], 1174–1176, 1217, 1220, 1236[6], 1379, 1449[1], 1450, 1530[16], 1586[3], 1588, 1678, 1713, 1778[26], 1916, 1923[2]

Bundeskanzleramt
S. 18, 176[1], 233, 276[15], 291[12], 292[16], 294, 300, 338, 388, 402, 510, 536[10], 622, 724[1], 832[1], 896, 900[4], 901–903, 936, 971[8], 1010[11], 1040[3], 1042[10], 1054[1], 1078, 1144–1146, 1156[7], 1173[17], 1181, 1185 f., 1187[12], 1195 f., 1224, 1261–1263, 1320[27], 1336, 1409[14], 1449[1], 1586, 1599, 1600[11], 1602[14], 1626, 1628[1], 1698, 1939, 1968

Bundeskriminalamt
S. 211[25], 480[4], 508[7], 509, 729, 1501[2]

Bundesländer
siehe: Länder der Bundesrepublik

Bundesministerium der Finanzen
S. 130[2], 131 f., 135–140, 142, 144 f., 380, 402, 488, 577, 764[18], 870[31], 891 f., 900, 1006[1], 1009[8], 1010[11], 1044[3], 1115, 1116[9], 1336[14], 1355[12], 1356[15], 1379–1382, 1549, 1567, 1582[36], 1887[38], 1916, 1925

Bundesministerium der Justiz
S. 18, 240, 402, 1173–1175, 1403, 1450[10], 1778[26], 1965, 1968 f., 1972

Bundesministerium der Verteidigung
S. 14[38], 88, 146, 148–151, 179[13], 206[8], 240–242, 281[33], 291 f., 294, 323, 330, 336[3], 359, 368, 402, 404, 405[16], 406[17], 456[1], 492[6], 493–496, 497[16], 546[21], 620–622, 732[12], 739[10], 754[2], 795 f., 832[1], 900, 905, 906[23], 920[24], 931[3], 932, 935–938, 942, 971[8], 999[1], 1054 f., 1062, 1077, 1122, 1137[32], 1144–1146, 1166, 1183–1186, 1205[21], 1223–1226, 1241–1243, 1284 f., 1290–1294, 1304 f., 1336, 1339, 1400, 1403, 1452[8], 1500, 1503[5], 1508, 1555[20], 1638[11], 1657, 1683, 1725, 1727, 1732, 1746[14], 1783, 1792, 1888[41], 1910, 1937 f., 1958, 1960, 1962 f.

Bundesministerium des Innern
S. 18, 493, 507[3], 508–510, 652, 662, 664, 727[3], 1033[5], 1169 f., 1173[17], 1175, 1176[25], 1196 f., 1217, 1220–1222, 1377[6], 1403, 1501[2], 1530[16], 1712[13], 1718[31], 1969[27]

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
S. 1173[17], 1214, 1969

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
S. 1626

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
S. 373[15]

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
S. 380

Bundesministerium für Forschung und Technologie
S. 13, 191[14], 236, 240 f., 260, 262 f., 291[12], 402, 528[28], 662, 703[14], 789[8], 900, 901[11], 903 f., 1033[5], 1036, 1336, 1367[22], 1556, 1558, 1702[6], 1887[39]

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
S. 22 f., 388, 437, 1173[17], 1181, 1403, 1787

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
S. 870[31], 1173[17], 1626, 1969

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
S. 1033[3], 1089, 1207[5], 1361[18], 1611[21], 1752

Bundesministerium für Verkehr
S. 428[18], 493, 1717[28]

Bundesministerium für Wirtschaft
S. 6[11], 26[15], 35, 48[5], 60[22], 138, 144[33], 145, 193[29], 206[8], 233, 236, 240–242, 262, 369, 371[7], 380, 402, 403[13], 405[16], 470[6], 669[6], 891 f., 895 f., 900, 1006[1+4], 1007, 1009 f., 1033[5], 1036, 1105[38], 1222, 1336, 1374[1], 1503[7], 1504, 1549, 1554, 1567, 1627, 1699[6], 1700, 1752, 1775[20], 1923 f.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 75[20], 132, 145, 245, 380 f., 433, 669[8], 670[9], 1006[1], 1009, 1010[11], 1024[6], 1313[13]

Bundesnachrichtendienst
S. 33 f., 215, 456[1], 727 f., 732[12], 1241

Bundespressekonferenz e.V.
S. 93[14], 94[16], 530[6], 533[9], 562[13], 568[9], 572[21], 1100[31], 1219[17], 1414, 1925

Bundesrat
S. 741, 745, 997[2], 1173, 1449–1451, 1775[19]

Bundessicherheitsrat
S. 146, 148, 150 f., 336, 493, 495, 497[16], 552, 622, 648, 724[3], 794[6], 936, 1223–1227, 1242, 1250, 1336, 1364, 1638, 1678 f., 1700[8], 1766

Bundestag
S. 112, 139 f., 149 f., 158 f., 199, 206, 276[12+14], 308[14], 360, 367, 373[15], 376, 433, 439 f., 450, 453, 461, 496 f., 506, 545, 549 f., 563, 568, 570, 576[21], 658, 722[7], 727–729, 742 f., 745, 795, 810, 834, 836, 906[23], 918 f., 1000, 1025, 1032, 1099, 1114[2+4], 1115 f., 1118[10], 1127, 1155, 1157[5], 1161, 1178, 1180[13], 1184, 1204, 1265, 1345, 1399, 1440[9], 1449–1451, 1492, 1497, 1507, 1530[16], 1549, 1551, 1556, 1565, 1591, 1599[7], 1600 f., 1609, 1611, 1622, 1628–1631, 1640, 1654, 1684, 1751, 1754, 1766, 1775[19], 1815[10], 1816, 1861[18], 1923, 1965, 1968 f.

Bundesverfassungsgericht
S. 1174, 1627

Bundeswehr
Dok. 215 und S. 325 f., 331, 343, 352[22], 378, 545, 546[21], 552[17], 1025, 1053, 1129, 1136 f., 1458, 1461, 1511, 1647, 1908, 1943, 1957 f.

– Wehrpflicht
S. 277 f., 743, 817, 827, 922, 1152, 1239, 1524, 1534, 1544, 1854, 1863, 1896, 1945

Burkina Faso
S. 244

Burundi
S. 1966, 1970

CANDLES (Children of Auschwitz Nazi Deadly Lab Experiments Survivors)
S. 1114–1117

Caritas
S. 925[4]

CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
S. 276[14], 373 f., 549[13], 550[14], 742, 761, 834[3], 918, 996, 1118[10], 1150, 1157[5], 1176[25], 1449[1], 1567, 1640, 1737, 1742, 1752–1754, 1815[10], 1816, 1861[18], 1923[3], 1946, 1965

Chemische Waffen
S. 5, 120, 184, 186, 354, 571, 696, 762, 816 f., 1031, 1244–1246, 1403, 1505 f., 1654, 1693 f., 1750, 1796, 1833 f., 1853, 1933 f.

– Australien
S. 34, 1699

– Belgien
Dok. 145 und S. 744, 773

– Bulgarien
S. 589

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 139 und S. 102, 146–151, 164, 180 f., 190[10], 209, 286, 311[12], 365, 453, 491–497, 501, 525, 562, 567 f., 587, 648, 656, 744, 758 f., 768, 775–777, 795, 802, 833 f., 889[19], 977, 981 f., 987, 990, 1081 f., 1091[5], 1094, 1096 f., 1107, 1142 f., 1165 f., 1238[10], 1239, 1246, 1249, 1272, 1319 f., 1335, 1359, 1385, 1393, 1417, 1422, 1471, 1486 f., 1492, 1533, 1555, 1603[17], 1708, 1807, 1827, 1855 f., 1897

– Chemiewaffenfreie Zonen
S. 181, 192, 499, 589, 602, 726[8], 759, 775, 1082, 1096 f., 1246, 1320, 1342[10], 1359

– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung

– ČSSR
S. 181, 190[10], 192, 759, 1082, 1246, 1320, 1359

– Dänemark
S. 775

– DDR
S. 181, 192, 217, 311[12], 759, 1082, 1246, 1319 f., 1359

– EG/EPZ
S. 1503, 1699

– Frankreich
S. 354, 758 f., 1081[3], 1249, 1651–1653, 1699[6]

– Griechenland
S. 775

– Großbritannien
S. 527, 777, 1081 f., 1165, 1249, 1272, 1319, 1350 f., 1392, 1417, 1422, 1468, 1488, 1579, 1724, 1825

– Herstellung chemischer Waffen durch Irak/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
Dok. 261, 289, 331 und S. 33 f., 1743

– Herstellung chemischer Waffen durch Syrien/Verdacht auf Lieferungen aus der Bundesrepublik
Dok. 6 und S. 1374[2]

– Iran
S. 34, 1374[2], 1698
– Israel
S. 34
– Italien
S. 34[9], 772, 776 f.
– Japan
S. 34[9], 102, 1249, 1504[8], 1699[6]
– Kanada
S. 774–776, 815
– Libyen
S. 1698
– Luxemburg
S. 774, 1810
– NATO
Dok. 150 und S. 33, 146, 491–497, 744, 758, 768, 793–796, 833 f., 1446, 1733
– Niederlande
S. 773 f., 1249, 1374[3], 1504[8]
– Norwegen
S. 773 f., 1809
– Polen
S. 499, 1249
– Portugal
S. 777
– Rumänien
S. 589
– Schweiz
S. 1504[8]
– Syrien
S. 1698
– Türkei
S. 777
– UdSSR
S. 89[5], 94, 101, 117, 146, 149, 164, 181, 218, 354, 525, 587, 598, 602, 697, 732, 755, 773–778, 802, 889[19], 976 f., 981 f., 987, 1081 f., 1096 f., 1107, 1164, 1246, 1249, 1264[6], 1342[10], 1350 f., 1375, 1385, 1392, 1417, 1422, 1468, 1488, 1543, 1603[17], 1867, 1977
– USA
Dok. 23, 90, 153 und S. 34, 164, 187, 294, 318, 562, 567 f., 724–726, 744, 757[19], 766, 768, 771–778, 802 f., 833 f., 958, 963, 982, 1077, 1081[3], 1082, 1166, 1246, 1249, 1264[6], 1272, 1319, 1332[5], 1335, 1350 f., 1363, 1374 f., 1392, 1468, 1502–1504, 1555, 1698–1701, 1724, 1733, 1855
– VN
S. 773[5]
– Warschauer Pakt
S. 83[21], 777

Chile
siehe außerdem: Menschenrechte, VN
Dok. 235 und S. 131[7], 299, 694 f., 705, 866, 1149–1151, 1701, 1709

China
siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

CILSS (Comité permanent Inter-États de Lutte contre la Sécheresse dans le Sahel)
S. 246

COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)
siehe: RGW

Commonwealth of Nations
S. 691 f., 868, 872, 874[2], 897[2], 898, 951, 1002–1004, 1211, 1369, 1621

Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations
S. 306

Contadora-Gruppe
siehe unter: Mittelamerika-Politik

Costa Rica
S. 208[13], 695 f., 1344, 1346 f., 1971[36]

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe außerdem: Abrüstung, Ägypten, Berlin, Chemische Waffen, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KSZE, KVAE, MBFR, Nahost-Konflikt, SDI
S. 216, 1173, 1373, 1537
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 32 und S. 17 f., 181, 185, 285, 317, 319, 428[18], 441, 514, 525, 527, 759, 1208, 1246, 1329, 1438, 1785, 1840
– DDR
S. 192, 301, 445
– Großbritannien
S. 629, 1267, 1583[42]
– Libyen
S. 1046
– Österreich
S. 444 f., 1208

– UdSSR
S. 215, 285, 678[10], 732[12], 1685
– USA
S. 626 f.

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 110, 276[14], 549[13], 550[14], 761, 834[3], 1118[10], 1157[5], 1176[25], 1449[1], 1450[11], 1567, 1640, 1737, 1752–1754, 1815[10], 1816, 1861[18], 1923[3], 1965

Dänemark
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, NATO, SDI, VN, WEU
S. 57[10], 61, 237, 543, 661, 797[4], 856[6], 857, 868, 1219, 1222[31], 1273[59], 1299, 1304[5], 1308, 1395, 1578, 1772, 1869

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Abrüstung, Asylfragen, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, SDI, Terrorismus, VN, Warschauer Pakt
S. 244, 661, 820, 856 f., 971[8], 1100, 1102, 1273[59], 1570
– EG/EPZ
S. 1221[26], 1273
– Großbritannien
S. 1267
– Italien
S. 301
– Japan
S. 301
– Libyen
S. 508–510, 523, 544, 627
– Österreich
S. 443, 446 f.
– Polen
S. 301
– SED/XI. Parteitag vom 17. bis 21.4.1986 in Ost-Berlin
S. 158, 525[22], 571, 598, 602, 620, 628[34], 629, 701, 1540
– Spanien
S. 300 f.
– Syrien
S. 1711 f., 1714 f., 1718[30], 1719 f., 1768, 1883
– UdSSR
S. 19–23, 154[2], 215–218, 301, 525, 571, 647, 701, 732[12], 1053, 1352, 1537, 1685, 1816
– Ungarn
S. 301
– USA
S. 154–160, 508[7], 510, 627, 1945
– Verteidigungspolitik
S. 215–218, 1318
– Volksrepublik China
S. 1327, 1329, 1331

DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH)
S. 581

Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 95, 222[15]

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 106[36], 686, 716, 849[7], 853 f., 916 f., 953, 1329, 1870, 1882, 1891 f., 1978

Deutsch-deutsches Verhältnis
Dok. 69, 248, 258 und S. 19–23, 95[18], 166, 181, 192, 208, 218, 276 f., 284 f., 300 f., 311, 316, 349, 365, 372 f., 440 f., 443, 465, 510, 523, 525, 628 f., 759, 763[15], 807, 810[15], 882 f., 1013, 1050, 1053, 1100, 1160, 1178 f., 1189[8], 1235, 1246, 1297[9], 1329, 1402 f., 1424 f., 1438, 1584, 1720, 1753, 1768[4], 1784–1788, 1816, 1839 f., 1939 f.
– Agentenaustausch
Dok. 3 und S. 22, 154–161
– Ausreisebewegung/Botschaftsflüchtlinge
S. 106[35], 300, 376, 437, 1418–1420, 1836, 1838, 1840
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 379, 1945
– humanitäre Fragen
S. 167, 1361, 1950 f.
– Kulturbeziehungen
S. 1120, 1181
– Reiseverkehr
S. 1022, 1171 f., 1210, 1539 f., 1786 f., 1838, 1840

– Staatsangehörigkeitsfragen
S. 301, 446 f., 1540

– Umweltverschmutzung/Umweltschutz
S. 190[12], 663[10], 1042[9], 1120[14], 1361, 1395

Deutsche Bundesbahn
S. 746, 840[26]

Deutsche Bundesbank
S. 342, 1009, 1010[11], 1314[16], 1355[12], 1356[15], 1549, 1567, 1912

Deutsche Bundespost
S. 1943

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
S. 703[14], 1059[10], 1522[8]

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 376, 421, 876, 1020, 1240, 1267, 1420, 1461, 1950 f.

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen m.b.H.
S. 1206[4]

Deutscher Städtetag
S. 1178, 1181 f.

Deutsches Archäologisches Institut
S. 1059[10], 1120, 1718[30]

Deutsches Atomforum e.V.
S. 662

Deutsches Historisches Museum
S. 1180, 1530 f.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)
S. 1007

DFB (Deutscher Fußball-Bund e.V.)
S. 1618[33]

DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V.)
S. 903 f., 1367[22]

DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)
Dok. 227 und S. 799

DGVN (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.)
S. 412

DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)
S. 73, 1009, 1010[11], 1709, 1911

DKP (Deutsche Kommunistische Partei)
S. 1099[29]

Dominikanische Republik
S. 131[7]

Donau-Europäisches Institut
S. 1206

Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

DRK (Deutsches Rotes Kreuz)
S. 360, 436, 514, 1024[6], 1385

Dschibuti
S. 244, 641[1], 1676

Ecuador
S. 74[17], 131[7], 136, 1149, 1701

EFTA (European Free Trade Association)
S. 446, 871[36], 1203[18], 1239, 1405

EG (Europäische Gemeinschaften)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, ASEAN, Asylfragen, Bulgarien, Chemische Waffen, DDR, Indien, Iran, Israel, Japan, Jugoslawien, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, Libanon, Libyen, Marokko, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Philippinen, Polen, Rumänien, Schweiz, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Tunesien, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA, Volksrepublik China

S. 49, 105[32], 208, 244, 252, 299, 388, 466[2], 593, 831, 856, 1182[22], 1200, 1235, 1239–1241, 1255, 1405, 1411, 1706

– Agrarpolitik
S. 11, 59, 340, 346 f., 482–487, 490, 524, 574 f., 578, 792, 870, 919 f., 949[2], 1201, 1202[16], 1205, 1240, 1379, 1381[16], 1406–1409, 1610, 1748, 1773–1775, 1944

– Belgien
S. 490[8], 578, 1233, 1777

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 344 und S. 9, 11 f., 25–28, 56–60, 77 f., 251 f., 255, 340 f., 346 f., 376, 441, 446, 487[25], 488–490, 498, 524 f., 542, 548 f., 574 f., 577 f., 792, 872, 875, 877 f., 880, 882, 919, 943[5], 946, 948–951, 993, 1015[25], 1092 f., 1099, 1153, 1201–1205, 1211, 1214, 1215[16], 1221, 1240, 1378–1383, 1408[13], 1409, 1451, 1545, 1550, 1577[17], 1604, 1605[14], 1606, 1610, 1620–1622, 1882, 1920–1922

– Dänemark
S. 58–61, 279[25], 484, 487[25], 490[8], 920, 943[5], 1605, 1779

– EG-Rat
S. 11[24+25], 12[29], 26[15], 50[11], 53[21], 58[12], 61[23+28], 74, 143[31], 219[7], 248, 251[6], 268[11], 281, 346f., 575[13], 713[11], 764[21], 869, 872, 1202[16], 1221[28+29], 1379f., 1381[16], 1451, 1717[29], 1771[8], 1772[10], 1778[30], 1883[26]

– EIB (Europäische Investitionsbank)
S. 58[12], 73[15]

– EPZ
siehe: EPZ

– EuGH (Europäischer Gerichtshof)
S. 946f., 1919f.

– Europäische Akte/Europäische Union
siehe: Europäische Akte

– Europäischer Rat
S. 11[23], 12[27], 27[19], 53[19], 80[5], 84[26], 175[8], 221[12], 524, 792[18], 865, 868–873, 917–919, 921, 949–951, 964, 997, 1004, 1153, 1211, 1221[28], 1233, 1257, 1353[5], 1378, 1380f., 1609, 1660f., 1707, 1720, 1750, 1770f., 1773f., 1776, 1779, 1818, 1840, 1850, 1882, 1891, 1972

– Europäisches Parlament
S. 12, 27, 251[6], 701, 948, 997, 1379[7], 1383, 1621, 1771, 1820

– EWS (Europäisches Währungssystem)
Dok. 89 und S. 49[10], 548, 577, 1378

– Forschungs- und Technologiepolitik
S. 245[18], 524

– Frankreich
S. 9, 11f., 57[9], 58–60, 340f., 346f., 487[25], 488–490, 548, 574f., 577f., 792, 829[8], 875–878, 919, 923[37], 1153, 1201, 1202[16], 1203–1205, 1215[16], 1378, 1381, 1383, 1408[13], 1409, 1610, 1776[21], 1778

– Griechenland
S. 56, 58–60, 61[23], 445, 484, 543, 575[13], 799, 943[5], 945, 948[19], 993, 1202[16], 1379[7], 1771f., 1883[26]

– Großbritannien
S. 57[9], 58–60, 484, 487[25], 490[8], 524f., 549, 575[13], 792, 872, 874[2], 875–879, 944, 946, 950f., 1153, 1204, 1211, 1221[29], 1378–1383, 1427, 1604, 1605[14], 1717, 1770, 1772–1774, 1776[21], 1778

– Haushaltsfragen/Eigeneinnahmen
Dok. 263 und S. 11[24], 143[31], 340, 524, 543, 870, 876, 919, 1201, 1409[14]

– Irland
S. 59, 484, 490[8], 1202[16], 1379[7], 1409, 1604, 1606

– Italien
S. 49[10], 487[25], 575[13], 792, 871[39], 1202[16], 1379[7]

– Kommission
S. 10, 11[23+24], 12[31], 13[33], 26[15], 58[12], 59f., 73[15], 78[23], 143[31], 193, 257f., 262, 268[11], 274, 414, 482[4], 484, 490[8], 543, 549, 574[12], 575[13], 713[11], 820[38], 860[21], 868–871, 872[41], 877[12], 943[5], 945–947, 948[19], 1015[25], 1201, 1202[16], 1209, 1218, 1221, 1240, 1256[3], 1259, 1275[5], 1378–1382, 1433, 1451, 1604, 1618[32], 1717, 1772[10], 1773–1779, 1850, 1851[14], 1852, 1920, 1922[10], 1944[21], 1954

– Luxemburg
S. 578

– Mittelmeerpolitik
S. 58, 251, 268f., 524, 871

– Niederlande
S. 27, 50, 58, 60, 61[23], 135, 487[25], 490[8], 578, 792[18], 860, 872, 944, 946, 1233, 1604–1606, 1772, 1778[27]

– Portugal
S. 27, 268[11], 445, 482–487, 524, 549, 562[15], 575[13], 799, 871[40], 872[41], 877[12], 920, 945, 1153, 1205, 1211, 1275, 1379[7], 1381[16], 1620f., 1749, 1944

– RGW
S. 9f., 190, 193, 257f., 284, 429, 446, 454, 500f., 1015, 1618, 1773, 1877

– Römische Verträge
siehe: Römische Verträge

– Spanien
S. 27, 251, 268[11], 445, 482–487, 524, 549, 562[15], 574[12], 575[13], 615, 799, 871[39+40], 872[41], 877[12], 945, 1153, 1205, 1233, 1275, 1379[7], 1381[16], 1604, 1703[8], 1749, 1944

– Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale)
S. 548[6], 634, 644, 1883

EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund)
S. 1213

Einheitliche Europäische Akte
siehe: Europäische Akte / Europäische Union

Elfenbeinküste
S. 1398

El Salvador
siehe außerdem: Menschenrechte
S. 208[13], 695, 1344, 1347

Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland
Dok. 67 und S. 414 f., 431–435, 654, 842, 1213, 1522 f., 1525, 1703 f., 1913

EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)
siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, ASEAN, Asylfragen, Bulgarien, Chemische Waffen, DDR, Indien, Iran, Israel, Japan, Jugoslawien, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, Libanon, Libyen, Marokko, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Philippinen, Polen, Rumänien, Schweiz, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Tunesien, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA, Volksrepublik China
S. 27, 110[16], 175, 817, 959, 967, 997 f., 1353, 1423, 1716

– Belgien
S. 873, 1258, 1273[59], 1428[10], 1659, 1719[33]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 55[25], 92[13], 170, 249, 281, 289[33], 408, 412, 428, 430, 439, 479, 534, 564, 605, 626[13], 637 f., 655, 710[1], 806, 864–867, 869–871, 873, 1182, 1221[26], 1256–1260, 1273, 1276, 1437, 1503, 1588, 1623, 1658–1661, 1719 f., 1762, 1850–1852, 1880[6], 1970
– Dänemark
S. 868, 873, 1257 f., 1658, 1661, 1762, 1850
– Frankreich
S. 92[13], 605[6], 864, 867, 872 f., 1052[9], 1256[5], 1257, 1259, 1276, 1437 f., 1658, 1880, 1884
– Griechenland
S. 867, 873, 1260[27], 1660[11]
– Großbritannien
S. 249[12], 605[6], 637, 864, 866–873, 874[2], 1221, 1256–1259, 1273[59], 1276, 1588[17], 1659–1661, 1850 f., 1880
– Irland
S. 1256[5], 1659
– Italien
S. 281, 289[33], 865–868, 870, 873, 1256, 1258, 1661
– Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– KSZE
S. 287, 427 f., 430, 439, 806, 873, 1062, 1209, 1259 f., 1298, 1437, 1658, 1761 f., 1763[18], 1836, 1880, 1884, 1949, 1954, 1956, 1970
– KVAE
S. 212[2], 213, 395[11], 396, 779, 783, 873, 1065
– Luxemburg
S. 874, 1851
– NATO
S. 838, 1275–1277
– Niederlande
S. 409[10], 569[8], 573, 605[6], 613, 642, 664[13], 676, 864–873, 1256–1258, 1273[59], 1428[10], 1658, 1661, 1762, 1850
– Politisches Komitee
S. 214[12], 409[10], 865 f., 872[43], 873, 998, 1182, 1218, 1221, 1259, 1273, 1462, 1503[7], 1704[13], 1719, 1763[18], 1850, 1880, 1884
– Portugal
S. 544, 868 f., 1257, 1661, 1850
– Spanien
S. 615, 864 f., 1257, 1661 f.
– Troika
S. 55[25], 248–250, 254, 272, 407, 409, 593[21], 597[39], 634, 642, 655, 657, 685[18], 692, 867, 873, 1259, 1273, 1769
– VN
S. 28, 407–409, 1970 f.
– Warschauer Pakt
S. 573
– WEU
S. 1693 f.

ESA (European Space Agency)
siehe unter: Raumfahrtpolitik

EURATOM
S. 259 f., 262, 760, 870

EUREKA
S. 12–14, 80, 82, 208, 345, 446, 576 f., 625, 628, 849, 870 f., 920, 1240, 1702 f.

Europäisch-Arabischer Dialog
S. 55[25], 219[7], 248–250, 254, 266, 593[21], 642, 649, 653[17], 655, 657, 675, 868, 1769, 1851

Europäische Akte/Europäische Union
Dok. 189 und S. 27 f., 871, 1201, 1276 f., 1731

– Belgien
S. 1449

– Binnenmarkt
S. 11 f., 340, 343, 345, 445 f., 542, 869, 949[2], 1201, 1215, 1221[28], 1240 f., 1449, 1773, 1776 f., 1779

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 278 und S. 11 f., 289[33], 340, 542, 546, 877, 1201, 1240, 1461 f., 1774 f.

– Dänemark
S. 12, 61, 279 f., 877, 1449

– Frankreich
S. 11 f., 340, 877, 1201

– Griechenland
S. 280[28], 877, 1449

– Großbritannien
S. 80, 280[28], 877, 1201, 1449

– Italien
S. 12, 279 f., 289[33], 877, 1201

– Luxemburg
S. 12[27], 280[28]

– Portugal
S. 546

Europäische Gemeinschaften
siehe: EG

Europäische Union
siehe: Europäische Akte

Europäische Verteidigungsinitiative (EVI)/Erweiterte Luftverteidigung für Europa
Dok. 117 und S. 87, 323–325, 343, 356, 632, 1131[23], 1137 f., 1569, 1958 f., 1962

Europarat
siehe außerdem: Menschenrechte

S. 57, 60[20], 352, 445, 797 f., 873, 1175, 1218, 1222, 1965, 1970

European Fighter Aircraft (Jäger 90)
S. 14, 323[32], 326, 905 f., 920, 1960

EVP (Europäische Volkspartei)
S. 543, 545 f.

Falkland-Inseln/Malvinen
S. 336[3], 337[9], 1008

FAO (Food and Agriculture Organization)
siehe unter: VN

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 6, 276[14], 549[13], 550[14], 555[4], 557, 728, 742[8], 761, 834[3], 918 f., 1118[10], 1157[5], 1175, 1176[25], 1222, 1567, 1640, 1737, 1752[11], 1753 f., 1815[10], 1861[18], 1923[3], 1946

FES (Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.)
S. 968, 1156[6], 1530

Finnland
siehe außerdem: Abrüstung, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, VN

S. 13[33], 207, 711[5], 1027, 1209[11], 1233, 1538, 1676, 1772, 1970

Ford Foundation
S. 412

Frankreich
siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN, WEU

S. 6, 57[10], 244, 274, 279, 298[11], 378 f., 414, 458[8], 670[15], 741, 769, 797[4], 829–831, 857, 859, 990–992, 1009, 1153, 1175, 1220 f., 1222[31], 1380, 1381[16], 1382, 1620, 1645[7], 1703[7], 1707

– Griechenland
S. 993

– Großbritannien
S. 15[41], 80, 343, 346, 746, 876, 879, 923, 1081[3], 1203, 1231[15], 1882, 1890, 1960

– Indien
S. 206[8]

– Irak
S. 755[6]

– Iran
S. 261, 755, 1882, 1891

– Italien
S. 49 f.
– Japan
S. 703
– Jordanien
S. 955, 1309, 1312
– Jugoslawien
S. 1582
– Libyen
S. 54, 553[7], 634, 644, 896, 1125, 1229
– MBFR
S. 578[31], 1082, 1193, 1272, 1351, 1371 f., 1448, 1454, 1793, 1823 f.
– Neukaledonien-Frage
S. 830 f., 1882 f., 1892
– Nicaragua
S. 864
– Niederlande
S. 14[39], 15[40]
– Österreich
S. 862
– Polen
S. 10, 628, 1015, 1266, 1373, 1582, 1841, 1887 f.
– Spanien
S. 1706
– Südafrika
S. 577, 691 f., 1001–1005, 1583, 1881, 1890, 1901
– Türkei
S. 352, 993, 1039
– UdSSR
S. 20, 51, 93, 107, 166, 168, 287, 317, 354, 429, 475, 539, 625, 664, 701, 711[5], 755, 921 f., 941, 990, 1014, 1018, 1032, 1049–1053, 1060, 1088, 1157, 1158[9], 1159–1161, 1202, 1264–1266, 1310, 1458 f., 1512, 1518, 1542, 1576 f., 1762, 1792, 1838, 1841, 1868 f., 1873, 1977
– USA
S. 4 f., 52, 62[9], 184, 201, 322, 533 f., 553, 556, 559, 574, 644, 754 f., 791, 896, 921 f., 985, 1017, 1124 f., 1138 f., 1203, 1210[16], 1228 f., 1276, 1453–1457, 1508, 1646, 1653, 1656, 1726, 1733, 1791–1793, 1807, 1821–1825, 1880, 1943[20]
– Verteidigungspolitik/Force d'Action Rapide (FAR)
Dok. 190 und S. 14, 51, 118, 281[33], 324 f., 343, 829, 1055, 1122, 1124, 1126, 1128, 1130 f., 1136 f., 1291[7], 1458–1460, 1568, 1790, 1843, 1961
– Volksrepublik China
S. 880[2], 881, 883, 915 f., 921

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin
Dok. 2, 10, 57, 61, 109, 122, 146, 152, 176, 200, 225, 290, 291, 312 und S. 38, 60, 83, 92, 95[18], 110, 118, 125, 145[34], 167, 175, 213, 214[12], 261, 374–376, 415, 439, 454, 596, 829 f., 849, 874–879, 881 f., 896, 941, 955, 991, 1092, 1099, 1153, 1181, 1193, 1196[8], 1207, 1218, 1220, 1256[8], 1381, 1408[13], 1409, 1437 f., 1454–1457, 1497, 1543, 1566, 1657, 1708, 1816, 1822 f., 1940
– Kooperation in Rüstungs- und Sicherheitsfragen
Dok. 51, 201, 213, 281, 287, 304 und S. 50–52, 88, 274[7], 315, 322–326, 339, 343 f., 575–577, 616, 789, 905 f., 920 f., 999–1001, 1051–1053, 1205, 1226, 1420, 1553, 1610, 1652, 1655 f., 1731, 1958–1963
– kulturelle Zusammenarbeit
Dok. 315 und S. 15 f., 339–341, 345, 703, 1200 f., 1204, 1367, 1607 f., 1704
– wirtschaftliche Beziehungen
S. 341–345, 704, 789, 1745 f., 1748[20]
– wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 14 f., 245[18], 340, 344–346, 575, 577, 745[18], 746 f., 789 f., 860, 900[4], 903 f., 907, 1331, 1556–1558

Friedensnobelpreis
S. 669, 758[22], 927[11]

Fünfergruppe (G 5)
S. 49 f., 96, 103, 105, 142, 273 f., 718, 874[2], 1356[15]

G-7-Außenministertreffen
Dok. 132, 133 und S. 55

G 77 (Gruppe der 77)
S. 135, 842, 846, 1394, 1397 f., 1914[6]

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
siehe unter: VN

GCC (Gulf Cooperation Council)
siehe: Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)

Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR
Dok. 325, 370, 371 und S. 71, 96, 113–122, 283, 285, 304, 321, 626, 640, 696, 762, 817, 1247, 1387, 1414[3], 1539, 1576, 1685 f., 1798

– Belgien
S. 1300, 1303, 1446, 1520[8], 1559, 1690 f., 1808

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 254, 327 und S. 101 f., 106–112, 190[10], 194–204, 227–231, 277 f., 316, 318 f., 328–332, 355, 363 f., 452, 499, 502 f., 526, 527[27], 560–562, 567, 571, 578[31], 630, 656, 802, 884–890, 908–914, 984–988, 1016 f., 1053, 1072–1078, 1084, 1091[5], 1094–1098, 1128, 1139–1143, 1165 f., 1183–1187, 1238[10], 1270, 1281–1285, 1289–1295, 1300, 1303, 1316 f., 1322, 1326, 1359, 1363 f., 1415 f., 1421 f., 1445, 1466 f., 1470–1498, 1505–1509, 1519 f., 1532 f., 1543, 1561, 1563 f., 1569–1575, 1578 f., 1602, 1608, 1633–1637, 1654, 1667–1674, 1690, 1722–1734, 1801, 1806 f., 1816[13], 1817, 1826, 1828, 1832–1834, 1845, 1853–1856, 1861, 1896 f., 1927[9], 1929–1936, 1945

– ČSSR
S. 190[10], 192, 201, 319, 1574

– Dänemark
S. 1560, 1690, 1810

– DDR
S. 201, 286, 319, 1316 f., 1574, 1861

– Drittstaatensysteme
S. 93, 101 f., 108, 110[17], 118, 178, 183–185, 196, 201 f., 227, 230, 277, 287, 294 f., 317–319, 330, 354, 364, 526, 561, 630 f., 760 f., 819, 823, 1051, 1053, 1072 f., 1077, 1084, 1139[35], 1184, 1269 f., 1282, 1349, 1445[12], 1446, 1464 f., 1467 f., 1472 f., 1475 f., 1505, 1506[5], 1579, 1635, 1652[11], 1653, 1655, 1671, 1689, 1808, 1867[12], 1868, 1895 f., 1898, 1927[9], 1977

– Frankreich
S. 183–189, 196, 201 f., 230, 287, 317–319, 354, 502, 578[31], 630, 732, 1016 f., 1051, 1073, 1077, 1139, 1201, 1270, 1300, 1303, 1446, 1464, 1467, 1476, 1505–1509, 1569 f., 1579, 1635, 1651–1653, 1690–1692, 1694, 1828, 1830–1832, 1834, 1868, 1897–1899, 1930, 1933

– Griechenland
S. 1690, 1810 f.

– Großbritannien
S. 183–189, 196, 201 f., 227–230, 287, 296, 318 f., 354, 526, 630, 732, 766 f., 1016 f., 1073, 1077, 1270, 1285, 1300 f., 1303, 1446, 1464, 1476, 1520[8], 1560 f., 1579, 1635, 1653, 1655, 1690 f., 1808, 1825, 1827 f., 1831 f., 1868, 1930, 1933

– Italien
S. 1300, 1303, 1446, 1520[8], 1560, 1690, 1807

– Japan
S. 102, 228, 288, 296, 318, 364, 1284, 1476, 1574

– Kanada
S. 1560, 1690 f., 1810

– Luxemburg
S. 1446, 1810

– Mittelstreckensysteme
Dok. 241, 243 und S. 82, 89[6], 91, 93, 101 f., 107 f., 110, 116, 118, 121, 163, 178, 183–186, 188 f., 192, 194[9], 195–204, 209, 227–231, 277, 286–288, 294–296, 309, 311–314, 316–319, 328–332, 354[38], 355, 363–365, 449, 452, 499, 502 f., 505, 526, 541, 560 f., 567, 571, 578[31], 586 f., 602, 630 f., 674, 731, 737 f., 766 f., 802, 805, 822, 885 f., 888, 908–913, 976, 978, 985[9], 986 f., 1015 f., 1072, 1077, 1084, 1091[5], 1094–1097, 1128, 1139[35], 1142, 1165, 1183–1187, 1238[1], 1269, 1300–1303, 1316 f., 1323, 1343 f., 1349, 1359, 1363 f., 1392, 1415 f., 1421 f., 1444–1446, 1464 f., 1468 f., 1471–1477, 1481, 1483[7], 1484–1489, 1492 f., 1495, 1505–1509, 1511, 1518 f., 1532 f., 1536[3], 1543, 1560 f., 1564, 1569–1575, 1579, 1602, 1605, 1608, 1635, 1651–1654, 1668–1672, 1681–1683, 1688–1690, 1694, 1722–1726, 1729 f., 1733, 1780–1783, 1801 f., 1804, 1807–1811, 1825, 1827–1829, 1831 f., 1845, 1853–1855, 1861, 1867[12], 1869 f., 1895–1899, 1927[9], 1930, 1933 f., 1945, 1977

– NATO
Dok. 58, 245, 329 und S. 110 f., 116, 176–182, 194–204, 288, 309, 364, 738, 822, 889, 987[13], 988, 1183–1186, 1281 f., 1285, 1290, 1292–1295, 1321, 1324–1326, 1421, 1463–1471, 1475 f., 1486, 1490, 1492, 1505–1507, 1518–1520, 1532, 1559–1564, 1572–1574, 1579, 1651–1654, 1681–1683, 1780–1783, 1804–1807, 1809 f., 1826–1828, 1861, 1895–1897, 1927, 1930, 1933

– Niederlande
S. 203, 227 f., 230, 296, 502, 1446, 1690, 1809

– Norwegen
S. 1300, 1303, 1446, 1561, 1690, 1802, 1809

– Polen
S. 499, 505

– Portugal
S. 1809

– Rumänien
S. 586, 590, 1574

– SRINF/SNF
Dok. 222 und S. 93 f., 116, 121, 163, 178, 184, 197–201, 204, 227 f., 230 f., 286, 294 f., 319 f., 329–331, 602[11], 674, 730, 731[5], 732, 737, 911–913, 987[13], 1128 f., 1134 f., 1142, 1282–1285, 1290–1295, 1300–1303, 1344, 1363 f., 1415 f., 1421, 1444–1446, 1465, 1468 f., 1472 f., 1475 f., 1493 f., 1505, 1507–1509, 1519 f., 1532 f., 1543, 1561, 1563 f., 1569 f., 1571[7], 1572 f., 1579, 1608, 1615, 1635, 1651–1654, 1671 f., 1682 f., 1689 f., 1693 f., 1724–1726, 1733, 1755, 1781–1783, 1801, 1804, 1807–1811, 1817, 1825 f., 1828–1830, 1832, 1861, 1867[12], 1895–1898, 1934, 1945

– Strategische Nuklearwaffen (START)
S. 101 f., 107[10], 109, 110[17], 116, 121, 163, 177, 183 f., 187, 194[9], 195, 203, 294, 309–313, 630, 645–648, 731, 766, 805, 832 f., 884–890, 908–914, 978, 984–988, 1051, 1073, 1075–1077, 1084, 1091[5], 1097 f., 1139[35], 1140 f., 1162 f., 1165 f., 1238[10], 1269, 1281, 1300 f., 1317, 1321–1324, 1349, 1364, 1416, 1422, 1444, 1464–1466, 1472–1474, 1477, 1484–1487, 1489, 1492, 1494 f., 1505–1507, 1533, 1543, 1560 f., 1571[7], 1572, 1579, 1635, 1652[11], 1653–1655, 1668–1673, 1681–1683, 1688–1690, 1694, 1723 f., 1730, 1733, 1782, 1802–1807, 1809 f., 1825–1827, 1829, 1831, 1834, 1853–1856, 1867 f., 1895–1898, 1929–1936, 1945

– Türkei
S. 1301, 1303

– UdSSR
Dok. 170, 175 und S. 81 f., 90, 95, 101, 106–112, 163 f., 176–189, 194–204, 227–230, 287 f., 293–296, 309–314, 316–319, 351, 354, 363 f., 455, 499, 505, 560–562, 567, 570 f., 587, 602, 630 f., 716, 730–732, 766 f., 815[7], 819, 822 f., 832 f., 984–988, 1012, 1015–1017, 1031, 1051, 1070–1078, 1081, 1084, 1091[5], 1095, 1097 f., 1128, 1134, 1140–1143, 1162 f., 1165–1168, 1184–1186, 1201, 1268–1270, 1289 f., 1292–1294, 1300–1303, 1316, 1321–1326, 1349, 1359, 1363 f., 1392 f., 1402, 1415 f., 1421 f., 1445 f., 1463–1469, 1472–1498, 1505–1509, 1513–1519, 1533, 1536[3], 1543, 1559–1564, 1569–1575, 1578 f., 1614 f., 1629, 1633–1637, 1640[10], 1652[11], 1656, 1667–1674, 1681–1683, 1688–1691, 1693 f., 1730, 1780[6], 1782, 1801 f., 1804–1807, 1826, 1828 f., 1831, 1834, 1853–1855, 1860, 1866–1869, 1895, 1897 f., 1926–1936, 1977

– Ungarn
S. 1471

– USA
Dok. 56, 161, 187, 204, 205, 249, 250, 305 und S. 85, 90, 95, 101, 106–112, 163, 176–189, 194–204, 227–231, 287, 293–296, 317–319, 330, 351, 355, 363 f., 499, 502, 505, 560–562, 567, 570 f., 587, 630 f., 645–648, 674, 730–732, 738, 771, 805, 815[7], 819, 822 f., 884–890, 908–914, 1012, 1015–1017, 1031, 1084 f., 1091[5], 1095, 1098, 1139–1143, 1162 f., 1165–1168, 1184–1186, 1201, 1268–1270, 1281–1285, 1289 f., 1292–1294, 1300–1303, 1316 f., 1349, 1359, 1363 f., 1392 f., 1415 f., 1421 f., 1444, 1446 f., 1463–1469, 1472–1498, 1506–1509, 1513–1518, 1532 f., 1559–1564, 1569 f., 1578 f., 1614 f., 1634 f., 1640[10], 1651, 1652[11], 1653, 1655, 1667–1674, 1681–1683, 1688–1691, 1722–1734, 1803–1806, 1817, 1826, 1828–1831, 1834, 1853–1856, 1860, 1866–1868, 1895, 1898, 1926–1936, 1977

– Volksrepublik China
S. 364, 1284, 1468

– Warschauer Pakt
S. 499, 505

– Weltraumwaffen
S. 101, 107[10], 108, 163, 183 f., 188, 195, 202, 294, 309, 313, 505, 630 f., 731, 819, 886, 910 f., 913, 1084, 1140 f., 1167 f., 1248, 1281, 1300–1302, 1324–1326, 1392 f., 1416, 1466, 1477–1479, 1484 f., 1487 f., 1492, 1673 f., 1689, 1829, 1855 f., 1929–1936

– WEU
S. 1693–1695

Gesellschaft für bedrohte Völker
S. 1968

Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mbH
S. 662

Ghana
S. 1100[31], 1172, 1176, 1217, 1220

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V.
S. 880[6], 1330f., 1705[14], 1718[30]

Grenada
S. 961[9], 965

Griechenland
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, VN
S. 38, 797[4], 856[6], 1222[31]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 545, 827, 993
– Indien
S. 209
– Italien
S. 993
– Libyen
S. 66, 1230
– Österreich
S. 862
– Syrien
S. 867
– Türkei
S. 353[26], 496, 799, 872, 948[19], 993, 1256[6], 1771f.
– USA
S. 62[9], 66, 353, 840, 993

Großbritannien
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN, WEU
S. 6, 13[33], 49f., 118, 274, 279, 330, 458[8], 556, 576[20], 670[15], 741, 797[4], 856, 859, 1008–1010, 1079, 1172[14], 1355, 1356[15], 1380, 1381[16], 1382, 1608f., 1620f., 1676f., 1686, 1703[7], 1731, 1883
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 60, 95, 168 und S. 61, 95[18], 439, 644, 704, 896, 941, 955f., 1019[41], 1081[3], 1200, 1204, 1231[15], 1243[7], 1438, 1546, 1748[20]
– Indien
S. 206[8], 211
– Iran
S. 261, 289, 1427, 1882, 1891
– Italien
S. 206[8]
– Jordanien
S. 1309, 1312
– Jugoslawien
S. 628, 1581f.
– Kanada
S. 1004
– Libyen
S. 36f., 68[30], 523, 532, 634, 637, 651, 896
– Pakistan
S. 687
– Polen
S. 1015, 1266, 1299, 1373, 1582f., 1841, 1888
– Rumänien
S. 1267
– Saudi-Arabien
S. 1243
– Spanien
S. 354
– Südafrika
S. 418[20+21], 522f., 690–692, 868[24], 1001–1005, 1259[23], 1354[8], 1355, 1366, 1369f., 1545f., 1583, 1881, 1889f., 1900–1904
– Syrien
S. 658, 685, 1586[3+9], 1588[17], 1589, 1660[11], 1707[23], 1711, 1714f.. 1718, 1769, 1770[8], 1899
– Türkei
S. 352f., 1429[5], 1430[6]
– UdSSR
S. 4, 93, 354, 628f., 701, 711[5], 712[8], 766, 941[19], 976, 981[6], 1013f., 1041, 1050, 1052[9], 1060, 1088, 1157, 1158[9], 1159f.,

1172[14], 1299, 1459[9], 1483, 1493 f., 1576 f., 1631, 1838, 1841, 1868 f., 1889, 1977
– Ungarn
S. 1267
– USA
S. 4–6, 62[9], 65, 184, 201, 228, 239, 241, 243[17], 320, 523, 532, 550, 554, 630, 644, 814, 878 f., 894[5], 896, 967, 1004, 1014[17], 1017, 1210[16], 1228[2], 1231[15], 1233, 1655 f., 1659, 1679, 1726–1728, 1733, 1802, 1808, 1889 f.
– Verteidigungspolitik
S. 14[37], 829, 1647
– Volksrepublik China
S. 880[2], 883, 915[2], 1327
– Warschauer Pakt
S. 526

Greenpeace
S. 829[7+8], 923, 991 f.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949
S. 375, 509 f., 578, 1102[33], 1159[13], 1171, 1173–1175, 1212, 1220, 1222, 1964

Grüne (Die Grünen)
Dok. 328 und S. 18, 549[13], 550[14], 742 f., 745, 761, 918 f., 1115[6], 1155[3], 1399, 1592, 1675, 1680, 1752[11], 1923

Guatemala
S. 208[13], 695, 1344, 1971

Guinea
S. 137 f.

Hahn-Meitner-Institut Berlin GmbH
S. 661

Haiti
S. 298, 695

Hanns Martin Schleyer-Stiftung
S. 1530

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (HSS)
S. 1765

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
S. 1530 f.

Heiliger Stuhl
S. 284, 627, 701, 1537, 1816

Holocaust Memorial Council
siehe: United States Holocaust Memorial Council

Honduras
S. 208[13], 435, 473[12], 1344, 1702

Humanitäres Kriegsvölkerrecht
Dok. 63, 206

IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
siehe unter: VN

IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)
S. 1213 f.

ICAO (International Civil Aviation Organization)
siehe unter: VN

IDA (International Development Association)
siehe unter: Nord-Süd-Dialog

IFAD (International Fund for Agricultural Development)
siehe unter: Nord-Süd-Dialog

IG Metall
S. 1213 f.

IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte)
S. 440, 1209[11], 1267 f., 1363, 1846, 1968

IGH (Internationaler Gerichtshof)
siehe unter: VN

IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)
S. 360, 361[13], 687, 1024[6], 1847, 1850[6], 1851[7]

IKSR (Internationale Kommission zum Schutze des Rheins)
S. 1611[21], 1848

Indian Institute of Technology Madras
S. 669

Indien
siehe außerdem: Abrüstung, Afghanistan, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, Terrorismus, VN
S. 25[12], 26, 28, 30, 105[32], 390, 641[1], 925[5], 1004[11], 1100[31], 1405, 1406[11], 1408, 1521–1523, 1620 f., 1844, 1894
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 34, 125, 129 und S. 597, 643, 721, 1028, 1170, 1172, 1176, 1220, 1524
– EG/EPZ
S. 597
– Kanada
S. 211
– Österreich
S. 210

– Pakistan
S. 26, 30, 205–207, 1028, 1524 f.
– UdSSR
S. 205, 207, 1028, 1524 f., 1843, 1866, 1870, 1978
– USA
S. 205 f., 211
– Volksrepublik China
S. 205, 207

Indonesien
S. 717[11], 856[6], 1604 f.

INF-Verhandlungen
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien
S. 1007

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)
S. 829

IOC (International Olympic Committee)
S. 686[20+21], 854[28]

Irak
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Terrorismus
S. 28, 565
– Bundesrepublik Deutschland
S. 38, 260, 262, 477–479, 594, 890–894
– Iran
S. 262
– Israel
S. 289, 1819
– Jordanien
S. 954, 1048
– Libyen
S. 651[11]
– Saudi-Arabien
S. 174
– Syrien
S. 174, 953 f., 1048
– Türkei
S. 1433
– UdSSR
S. 1111
– USA
S. 34, 890 f., 892[7], 1666

Irakisch-iranischer Krieg/Lage im Persischen Golf
Dok. 86 und S. 104[28], 174, 231[4], 232–235, 236[13], 247 f., 249[12], 258[2], 288 f., 391, 500, 535[4], 552, 635, 651[11], 717, 762, 773, 890–894, 953 f., 964, 1047, 1111, 1315, 1351, 1375, 1663–1666, 1676, 1706, 1738, 1743, 1819 f., 1851, 1882, 1891, 1979

Iran
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, Frankreich, Großbritannien, Irak, Menschenrechte, Terrorismus
S. 24, 247 f., 253, 637, 641[1], 1026 f., 1100[31], 1218[12+13], 1523
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 39, 46, 273, 337 und S. 67, 477–479, 594, 643, 890–894, 1169 f., 1172, 1374[2], 1819 f., 1882
– EG/EPZ
S. 1258, 1427, 1428[10]
– Israel
S. 289, 635, 685, 953, 1662[4], 1663–1665, 1739 f., 1756–1758, 1819
– Italien
S. 1819
– Japan
S. 105
– Libyen
S. 260, 635
– Pakistan
S. 260
– Saudi-Arabien
S. 174, 248, 261[11], 479
– Schweiz
S. 248, 1846 f.
– Spanien
S. 248
– Südafrika
S. 259, 261
– Syrien
S. 954 f., 1048, 1713[17]
– Türkei
S. 1218[12], 1432
– UdSSR
S. 259, 261 f., 479, 755, 892[7], 953, 1111, 1978
– USA
Dok. 324, 336, 340 und S. 34, 261, 282, 545, 594[25], 633, 636, 658[14+16], 890 f., 892[7], 1706, 1713[16], 1723, 1742–1744, 1750, 1805, 1807, 1815, 1818, 1846 f., 1851, 1869, 1891, 1893 f., 1897, 1905, 1977

Irland
siehe außerdem:
EG, EPZ, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE
S. 244, 856[6], 857

Islamische Konferenz
siehe: OIC

Island
siehe außerdem:
Abrüstung, KSZE, KVAE, NATO, VN
S. 777, 871[36]

Israel
siehe außerdem:
Ägypten, Chemische Waffen, Irak, Iran, Nahost-Konflikt, SDI, Terrorismus, VN
S. 69, 565, 1004, 1115 f., 1377[6], 1676
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 98, 232 und S. 29, 46 f., 84, 271 f., 374, 1106[1], 1111, 1114[2], 1312, 1526–1531, 1546, 1764[3]
– EG/EPZ
S. 220, 226, 252, 255[17], 1205
– Jordanien
S. 956, 1047, 1547
– Libanon
S. 307, 535[3], 635, 1242
– Libyen
S. 24, 271, 1589
– Marokko
S. 1232, 1881, 1890
– Österreich
S. 862
– Polen
S. 500
– Syrien
S. 657, 954, 1589, 1769
– Tunesien
S. 270
– UdSSR
S. 220, 224, 1111 f., 1310
– USA
S. 46[1], 47, 159, 221 f., 254[14], 271[20], 500, 535[4], 536[9+10], 537, 552, 867[20], 954 f., 964, 1198, 1547[28], 1662[4], 1663–1665, 1674[3], 1677 f., 1680, 1739 f., 1756–1758
– Volksrepublik China
S. 224

Italien
siehe außerdem:
Abrüstung, Ägypten, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, DDR, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Iran, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN, WEU
S. 13[33], 14[37], 20[8], 49, 79[27], 171, 337, 378, 414, 479, 718, 856, 859, 1151, 1173, 1222[31], 1309[1], 1620 f., 1731
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 49, 50, 119, 351 und S. 49 f., 60, 206[8], 343[28], 543, 596, 955
– Jordanien
S. 955
– Libyen
S. 62[10], 65, 67, 171, 281 f., 418, 511, 558 f., 636, 674, 816, 1820
– Österreich
S. 862
– Polen
S. 284, 1816
– Saudi-Arabien
S. 289
– Schweiz
S. 1648
– Spanien
S. 279–281
– Südafrika
S. 691 f.
– Syrien
S. 1818
– UdSSR
S. 9[17], 81[10], 185[16], 188, 283 f., 475, 701, 1050, 1053, 1815, 1874
– Ungarn
S. 257, 284
– USA
S. 4, 6, 62[9], 67, 171, 243[17], 270[18], 281–283, 289, 418, 534, 1210[16], 1228[2], 1655
– Volksrepublik China
S. 880[6], 915[2]

IWF (Internationaler Währungsfonds)
siehe unter: VN

Jäger 90
siehe: European Fighter Aircraft

Jamaika
S. 298[11], 965[21]

Japan
siehe außerdem:
Abrüstung, Berlin, Chemische Waffen, DDR, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Iran, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN

S. 176, 274, 357[45], 479, 524[11], 684, 716, 721, 856, 881, 929, 1004, 1008, 1147, 1153 f., 1256, 1347, 1550 f., 1583, 1620, 1676, 1747, 1755, 1842 f., 1894[6], 1970

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 17, 134 und S. 299, 747, 849, 1154, 1263[2], 1395, 1719
– EG/EPZ
S. 951, 1203[18], 1353, 1406, 1409
– Philippinen
S. 686 f., 706
– Republik Korea (Südkorea)
S. 106[36]
– Südafrika
S. 692, 1211, 1233, 1259[23], 1353, 1355, 1901
– Syrien
S. 684, 1716[25]
– UdSSR
S. 96–100, 701 f., 749, 1203, 1574, 1870, 1978
– USA
S. 49, 98, 183, 228, 243[17], 277, 311, 549, 704, 811, 1203, 1406, 1409, 1504[8], 1567, 1574, 1942[16], 1944
– Volksrepublik China
S. 106[35], 848 f., 854 f., 880[6], 1154

Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin
S. 1705[15]

Jemen
siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) und Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)

Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)
S. 685

Jordanien
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Irak, Israel, Italien, Nahost-Konflikt

S. 535[4], 557, 565, 1229, 1232, 1715

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 182, 247 und S. 223[20], 225 f., 264
– Libyen
S. 956
– PLO
S. 225
– Saudi-Arabien
S. 174
– Spanien
S. 1706
– Syrien
S. 174, 954 f., 1048
– USA
S. 223[20], 225 f., 264, 953–955, 1310, 1313 f.

Jugoslawien
siehe außerdem:
Abrüstung, Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

S. 105[32], 270[18], 390[8], 628, 1015, 1405, 1406[11], 1620 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 13, 14, 319 und S. 1582
– EG/EPZ
S. 73 f., 77 f., 252, 1851, 1966
– MBFR
1641
– Österreich
S. 862
– Syrien
S. 655
– UdSSR
S. 1581, 1851[15]
– USA
S. 122, 177, 626, 1582, 1888

Junge Liberale/Jugendorganisation der FDP
S. 1234, 1634

Kambodscha/Kamputschea
S. 25, 28, 686, 717, 777, 849[7], 850–853, 1328, 1411, 1524, 1554[17], 1605, 1870, 1894, 1978

Kanada
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Indien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Nord-Süd-Dia-

log, Raumfahrtpolitik, SDI, Terrorismus, VN

S. 274, 414, 630[45], 684, 718, 859, 958, 963, 1004[11], 1007, 1747

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1719
– EG/EPZ
S. 487, 951, 1256[3], 1258, 1353
– Südafrika
S. 689, 692, 1258, 1353
– Syrien
S. 684, 1588
– UdSSR
S. 664, 1440
– USA
S. 62[9], 549

KAS (Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.)
S. 838[22], 1318, 1705[14]

Katar
S. 26[15]

Kenia
S. 553, 1676

Kernforschungsanlage Jülich GmbH (KfA Jülich)
S. 662[6]

Kolumbien
siehe außerdem: Mittelamerika-Politik, Nord-Süd-Dialog

S. 865 f., 1149, 1405, 1407 f., 1701

Konferenzen und Verhandlungen
siehe auch: Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KVAE, MBFR, Weltwirtschaftsgipfel

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens und der USA vom 14. bis 24.1.1943 in Casablanca
S. 417
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 269, 374[18], 1099, 1265
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 269, 374[18], 1099
– Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 776[12]
– NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6.5.1962 in Athen
S. 933
– EWG-Ministerkonferenz am 28./29.1. 1963 in Brüssel
S. 876[5]
– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 87[11], 774[10]
– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
S. 119[15], 817[19], 836[15], 963[15], 1832[22]
– EG-Ministerratstagung am 18./19.12. 1967 in Brüssel
S. 876[5]
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 18./19.4. 1968 in Den Haag
S. 933
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 12.11.1969 in Washington
S. 740[16], 932[10], 1224[12]
– Dritte Konferenz für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) vom 13.4. bis 22.5.1972 in Santiago
S. 142
– MBFR-Explorationsgespräche vom 31.1. bis 28.6.1973 in Wien
S. 679[13], 756[12], 767[8], 939[12], 1072[16]
– Diplomatische Konferenz zur Bestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 20.2. bis 29.3. 1974, 3.2. bis 18.4.1975, 21.4. bis 11.6. 1976 und 17.3. bis 10.6.1977 in Genf
S. 359
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich
S. 820, 873
– NATO-Ministerratstagung am 18./19.6. 1974 in Ottawa
S. 1653
– Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 26.6.1974 in Brüssel
S. 1653[13]

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 23.4.1975 in London
S. 260[6]

– Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 499, 1096, 1613

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
S. 260[6]

– NATO-Ministerratstagung am 20./21.5. 1976 in Oslo
S. 1896

– Tagung des Europäischen Rats am 12./13.7.1976 in Brüssel
S. 873[45]

– Konferenz zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten über industrielle Kooperation vom 4. bis 6.4.1977 in Brüssel
S. 707[7]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 768[15]

– KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
S. 287, 441, 500, 588, 625, 1297, 1436, 1642

– KSZE-Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung vom 31.10. bis 11.12. 1978 in Montreux
S. 1299

– Fünfte Konferenz für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) vom 7.5. bis 3.6.1979 in Manila
S. 143[32]

– Verfassungskonferenz für den Übergang Rhodesiens zur Unabhängigkeit vom 10.9. bis 15.12.1979 in London (Lancaster-House-Konferenz)
S. 1369, 1565

– Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
S. 1638[9]

– Wissenschaftliches Forum der KSZE vom 18.2. bis 3.3.1980 in Hamburg
S. 428

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22.4.1980 in Luxemburg
S. 1258[20]

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 17./18.5.1980 in Neapel
S. 1258[20]

– Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6. 1980 in Venedig
S. 84[26], 175, 221, 226, 264, 272, 964

– Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz vom 9.9. bis 10.11.1980 in Madrid
S. 1020

– KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
S. 16[4], 44, 287, 317, 350, 395[11], 399, 424, 426, 429 f., 439[16], 441, 443, 445, 501, 540, 572, 588, 626, 698, 806, 808–810, 981, 1088, 1093, 1297, 1319, 1340, 1371, 1391, 1435 f., 1498, 1642, 1948

– Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10. 1981 in Cancún
S. 32, 209 f., 431

– Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6. 1982 in Bonn
S. 599

– Konferenz der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes
S. 83[23], 223, 249, 253, 272

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3. 1983 in Neu Delhi
S. 209

– NATO-Ministerratstagung am 9./10.6. 1983 in Paris
S. 1497

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10. 1983 in Montebello
S. 328–332, 616[8], 735–740, 932, 934 f., 1562, 1638 f., 1780, 1781[9]

– Treffen der für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 28.11.1983 in Athen
S. 445[27]

– Tagung der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Organisation der Is-

lamischen Konferenz vom 16. bis 19.1. 1984 in Casablanca
S. 25

– Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vom 17.1.1984 bis 19.9.1986 in Stockholm
siehe: KVAE

– Tagung des Europäischen Rats am 19./20.3.1984 in Brüssel
S. 1204, 1944[21]

– KSZE-Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung vom 21.3. bis 30.4.1984 in Athen
S. 1299

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 3./4.4.1984 in Çesme
S. 1780

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der RGW-Mitgliedstaaten vom 12. bis 14.6.1984 in Moskau
S. 9[17]

– Tagung des Europäischen Rats am 25./26.6.1984 in Fontainebleau
S. 524[10], 876[7], 1204, 1378, 1379[9], 1380–1383, 1774

– Multilaterale Umweltkonferenz vom 24. bis 27.6.1984 in München
S. 1120

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29.9. 1984 in San José
S. 26, 865, 1345

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12.10. 1984 in Stresa
S. 739, 932, 1306

– KSZE-Seminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vom 16. bis 26.10.1984 in Venedig
S. 1435

– WEU-Ministerratstagung am 26./27.10. 1984 in Rom
S. 675[25]

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 15./16.11.1984 in Dublin
S. 26[13], 1604

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Fünf-/Sechs-Länderinitiative zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen am 28.1.1985 in Neu Delhi
S. 389[4]

– ESA-Ratstagung am 30./31.1.1985 in Rom
S. 53[21], 901

– EG-Ministerratstagung vom 17. bis 21.3. 1985 in Brüssel
S. 268[11], 1202[16]

– Konferenz der für Menschenrechte zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Europarats am 19./20.3.1985 in Wien
S. 1965

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27.3. 1985 in Luxemburg
S. 331, 738 f., 1638 f.

– EG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.3. 1985 in Brüssel
S. 268[11], 524[10], 1202[16]

– OECD-Ministerratstagung am 17./18.4. 1985 in Paris
S. 446

– WEU-Ministerratstagung am 22./23.4. 1985 in Bonn
S. 291[15]

– KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7.5. bis 17.6.1985 in Ottawa
S. 429, 438 f., 441, 443, 806, 809 f., 835, 943 f., 976, 978 f., 981, 1019 f., 1210, 1260, 1299, 1423, 1435–1437, 1439, 1760, 1762, 1787, 1885, 1956

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1985 in Brüssel
S. 774[9], 1792[11], 1805[12]

– NATO-Ministerratstagung am 6./7.6.1985 in Lissabon
S. 562, 818

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9.6.1985 in Stresa
S. 877[10]

– Tagung des Europäischen Rats am 28./29.6.1985 in Mailand
S. 11[23], 280, 869[28], 877, 1221[28], 1240[15], 1449

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 8./9.7.1985 in Kuala Lumpur
S. 717[11]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 18. bis 20.7.1985 in Addis Abeba
S. 842 f.

– Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30.7. bis 1.8.1985 in Helsinki
S. 439[16], 443, 837, 1092

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 7. bis 9.8.1985 in Casablanca
S. 223

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ sowie Spaniens und Portugals am 10.9.1985 in Luxemburg
S. 868 f., 950

– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22.9.1985 in New York
S. 96[7], 105[33], 142, 718

– Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 8. bis 11.10.1985 in Seoul
S. 32, 130[5], 134, 141, 342, 706

– Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten am 14.10. 1985 in Luxemburg
S. 26[15]

– Kulturforum der KSZE vom 15.10. bis 25.11.1985 in Budapest
S. 81, 83, 191, 429, 438, 441 f., 444, 809 f., 976, 978 f., 981, 1019 f., 1093, 1210, 1260, 1435–1437, 1439, 1647, 1885, 1954, 1956

– Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten vom 16. bis 22.10. 1985 in Nassau (Bahamas)
S. 691[9], 1004[11]

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23.10.1985 in Sofia
S. 83[21], 192, 539

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30.10. 1985 in Brüssel
S. 1639

– Konferenz der Staatsoberhäupter der Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrats vom 3. bis 6.11.1985 in Maskat
S. 479

– EUREKA-Ministerkonferenz am 5./6.11. 1985 in Hannover
S. 12[31+33], 345

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 11./12.11. 1985 in Luxemburg
S. 865, 1345

– WEU-Ministerratstagung am 14.11.1985 in Rom
S. 14[38], 291[15], 675[25], 1801[10]

– EG-Ministerratstagung am 25./26.11. 1985 in Brüssel
S. 268[11]

– Jahrestagung der Vertragsparteien des GATT vom 25. bis 28.11.1985 in Genf
S. 105[32]

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 2.12.1985 in Brüssel
S. 1801

– Tagung des Europäischen Rats am 2./3.12.1985 in Luxemburg
S. 11[23], 12[27], 53, 80, 280, 340, 445, 546, 997, 1240

– Gründungskonferenz der SAARC am 7./8.12.1985 in Dhaka
S. 25 f., 30

– NATO-Ministerratstagung am 12./13.12. 1985 in Brüssel
S. 85, 302[4], 350[12], 822, 1730

– Regierungskonferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 16./17.12. 1985 in Brüssel
S. 12[27]

– Konferenz der Außen- und Finanzminister von elf lateinamerikanischen Staaten („Cartagena-Gruppe“) am 16./17.12. 1985 in Montevideo
S. 131
– EG-Ministerratstagung am 17.12.1985 in Brüssel
S. 352[25]
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 19./20.12.1985 in Brüssel
S. 11[24]
– Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 6. bis 11.1.1986 in Fes
S. 23f., 28, 67, 69
– Konferenz der Außenminister der Contadora-Staaten und der Unterstützungsgruppe am 11./12.1.1986 in Carabellada
S. 695[14]
– Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 18./19.1.1986 in London
S. 49[10], 96
– Sitzung des IFAD-Gouverneursrats vom 21. bis 24.1.1986 in Rom
S. 718[18]
– EG-Ministerratstagung am 27.1.1986 in Brüssel
S. 12[29], 58, 60f., 175
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27.1.1986 in Brüssel
S. 27, 55, 67, 69, 110[16], 170, 248, 642, 649, 655
– Tagung der IDA-Mitgliedstaaten am 27./28.1.1986 in Paris
S. 31[36]
– Konferenz der Außenminister der „Frontstaaten“ mit den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten am 3./4.2.1986 in Lusaka
S. 950
– Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 3.2. bis 14.3.1986 in Genf
S. 1971[36]
– Internationale Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) vom 5. bis 7.2. 1986 in Paris
Dok. 42 und S. 48, 413
– EG-Ministerratstagung am 17./18.2.1986 in Luxemburg
S. 61[23], 944[11]
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 24./25.2.1986 in Brüssel
S. 346, 490[8]
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25.2.1986 in Den Haag
S. 27[22], 249, 265, 298, 479, 642, 655
– OAU-Ministerratstagung vom 25.2. bis 4.3.1986 in Addis Abeba
S. 418[20]
– Konferenz der Außenminister der Contadora-Staaten und der Unterstützungsgruppe am 27./28.2.1986 in Punta del Este
S. 695[14]
– ESA-Ratstagung am 5./6.3.1986 in Paris
S. 344[29]
– EG-Ministerratstagung am 10./11.3.1986 in Brüssel
S. 485[18]
– Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 19./20.3.1986 in Warschau
S. 499, 587
– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21.3. 1986 in Würzburg
S. 469[2], 472f., 616, 733, 736, 1563, 1639, 1780
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 24./25.3.1986 in Brüssel
S. 490[8], 574
– Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 24. bis 27.3.1986 in Tunis
S. 248
– Informelles Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten vom 4. bis 6.4. 1986 in Ootmarsum
S. 488
– Konferenz der Außenminister der Contadora-Staaten und weiterer lateinamerikanischer Staaten vom 5. bis 7.4.1986 in Panama
S. 695[14]

– Tagung des Interimsausschusses des Gouverneursrats des IWF am 9./10.4. 1986 in Washington
S. 133, 135, 341

– Tagung des Ministerausschusses der Gouverneursräte von Weltbank und IWF am 10./11.4.1986 in Washington
S. 133, 135, 341

– Außerordentliche Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14.4.1986 in Den Haag
S. 534, 544, 548[6], 551, 557, 564, 596[37], 641, 836

– KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15.4. bis 26.5.1986 in Bern
Dok. 156 und S. 8 f., 83, 167, 189, 348 f., 366, 429, 435–444, 500, 539, 816 f., 834 f., 837, 879, 961 f., 967, 976, 978 f., 981, 1018–1020, 1061, 1064, 1083, 1091[5], 1210, 1259, 1297–1299, 1316[5], 1318, 1424, 1435–1437, 1439, 1461, 1613, 1762, 1786 f., 1837, 1881, 1885 f., 1956

– Außenministerkonferenz der Bewegung Blockfreier Staaten vom 16. bis 20.4.1986 in Neu Delhi
S. 597[36], 643[7]

– Außerordentliche Sitzung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 17.4. 1986 in Paris
S. 569, 573, 596, 641

– OECD-Ministerratstagung am 17./18.4. 1986 in Paris
S. 132, 135, 485, 556, 797[3]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21.4.1986 in Luxemburg
S. 569[8], 573, 595, 637 f., 641, 815

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 21. bis 25.4.1986 in Luxemburg
S. 490[8], 574

– Ministersitzung des Europarats am 23./24.4.1986 in Straßburg
S. 797[4], 1222[30]

– Ministertreffen der IEPG am 28.4.1986 in Madrid
S. 326[36], 327, 675

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 29.4.1986 in Bali
S. 852[22]

– WEU-Ministerratstagung am 29./30.4. 1986 in Venedig
Dok. 130 und S. 88, 288, 322, 766

– Tagung des VN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) vom 29.4. bis 23.5.1986 in New York
S. 135

– Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 30.4./1.5. 1986 in Fes
S. 651[11]

– Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats am 21.5.1986 in Wien
S. 722, 858

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 21.5.1986 in Brüssel
Dok. 148

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1986 in Brüssel
Dok. 149 und S. 147, 496, 622, 648, 735, 744, 758, 768, 772–778, 833, 1562

– Konferenz der Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua am 24./25.5.1986 in Esquipulas
S. 865

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 26./27.5.1986 in Brüssel
S. 575

– VN-Sondergeneralversammlung über Afrika vom 27.5. bis 1.6.1986 in New York
Dok. 163 und S. 136, 693, 719, 800 f.

– NATO-Ministerratstagung am 29./30.5. 1986 in Halifax
Dok. 158, 159 und S. 85, 88, 302[2], 304, 350 f., 430, 526, 540 f., 561, 572, 588, 633 f., 672, 681, 698, 731, 735, 755–757, 765, 794 f., 801–803, 811, 832 f., 836 f., 840, 914, 937[5], 974, 977, 979[20], 988, 1017, 1073, 1083, 1086, 1122, 1132, 1164, 1166, 1191, 1193[16], 1272, 1275, 1277, 1319, 1372, 1403, 1420, 1436, 1445, 1454, 1468, 1497, 1535, 1566, 1697[13], 1724, 1734, 1793, 1795, 1797, 1810, 1826, 1854, 1863, 1899

– Konferenz der Außenminister der Contadora-Staaten, der Unterstützungsgruppe und weiterer zentralamerikanischer Staaten am 6./7.6.1986 in Panama-Stadt
S. 864[2]

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 7./8.6.1986 in Heemskerk
Dok. 167
– EG-Ratstagung auf der Ebene der für Bildung zuständigen Minister am 9.6. 1986 in Luxemburg
S. 869[30]
– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11.6.1986 in Budapest
S. 765, 803, 823, 882, 937[4], 938, 974–976, 979, 983, 989 f., 1017, 1031, 1066[14], 1190, 1192, 1319, 1488, 1580, 1801, 1813, 1872 f., 1975
– Sitzung des IAEO-Gouverneursrats vom 10. bis 13.6.1986 in Wien
S. 858[13]
– EG-Ministerratstagung am 16./17.6.1986 in Luxemburg
S. 869, 871–873, 943 f., 1202[16]
– „Weltkonferenz über die Annahme von Sanktionen gegen das rassistische Südafrika“ vom 16. bis 20.6.1986 in Paris
S. 419
– EG-Ratstagung am 24./25.6.1986 in Luxemburg
S. 871
– ESA-Ratstagung am 25. bis 27.6.1986 in Paris
S. 344[29], 900[4], 903 f.
– Tagung des Europäischen Rats am 26./27.6.1986 in Den Haag
Dok. 181 und S. 792[18], 865, 868–873, 917, 919, 921, 964, 993, 1001, 1003 f., 1153, 1211, 1233, 1257, 1353[5]
– EUREKA-Ministerkonferenz am 30.6. 1986 in London
S. 576[20], 871
– Tagung des VN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) vom 2. bis 23.7.1986 in New York
S. 136
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 21.7.1986 in Brüssel
S. 872[44], 1004[14], 1965
– Treffen verschiedener Mitgliedstaaten des Commonwealth vom 3. bis 5.8.1986 in London
S. 868[24], 951, 1003 f., 1211
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Fünf-/Sechs-Länderinitiative zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen am 6./7.8.1986 in Ixtapa
S. 1238 f.
– Konferenz der Mitgliedstaaten des „South Pacific Forum“ vom 8. bis 11.8.1986 in Suva/Fidschi
S. 831[13]
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 1. bis 7.9. 1986 in Harare
S. 1004, 1354 f., 1620, 1914[6]
– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 6./7.9.1986 in Brocket Hall
Dok. 236 und S. 873, 979[18], 1211, 1219[14], 1221, 1233
– EG-Ratstagung auf der Ebene der Finanzminister am 8./9.9.1986 in Brüssel
S. 1379
– EG-Ministerratstagung am 15./16.9.1986 in Brüssel
S. 1211, 1257, 1279, 1353[5], 1621[13]
– Ministersitzung des GATT vom 15. bis 20.9.1986 in Punta del Este
Dok. 268 und S. 719[21], 1203[18], 1408, 1749
– Vorbereitungstreffen für die dritte KSZE-Folgekonferenz vom 23.9. bis 6.10.1986 in Wien
S. 626, 1270, 1288, 1296, 1298, 1434–1436, 1439, 1441 f., 1580, 1947
– Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz vom 24. bis 26.9.1986 in Wien
Dok. 165, 266 und S. 722, 917, 1089, 1108, 1158[11], 1237 f.
– Sondertreffen der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 25.9.1986 in London
S. 1706[21]
– IAEO-Generalkonferenz vom 29.9. bis 3.10.1986 in Wien
S. 858 f.
– Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 30.9. bis 3.10.1986 in Washington
S. 844[12], 1048[12], 1381
– Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 14./15.10.1986 in Bukarest
S. 1470 f., 1487, 1492, 1507, 1574[14], 1874

– Treffen der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20.10.1986 in London
S. 1706[21]

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 21./22.10. 1986 in Jakarta
Dok. 311 und S. 26[13], 710

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22.10. 1986 in Gleneagles
Dok. 302 und S. 739, 933, 1223 f., 1226, 1304 f., 1637[4],1639, 1781

– ESA-Ratstagung am 22./23.10.1986 in Paris
S. 903[15], 904[19]

– Konferenz der Außenminister der neutralen und nichtgebundenen Teilnehmerstaaten der KSZE am 23./24.10.1986 in Brioni
S. 83, 1209, 1643, 1646

– Internationale Rotkreuz-Konferenz vom 23. bis 31.10.1986 in Genf
S. 360, 361[13], 1847[13]

– EG-Ministerratstagung am 27.10.1986 in Luxemburg
S. 1588, 1622, 1713 f.

– KSZE-Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1.1989 in Wien
Dok. 346, 374 und S. 8 f., 41, 81[9], 83, 92[13], 127, 165, 168, 180, 189 f., 287, 317 f., 350, 352, 366, 394, 420–430, 436, 441–445, 454, 461, 498, 500, 502, 506, 526 f., 541, 561, 572, 587 f., 601, 623–625, 674, 678, 698, 756, 757[18], 758, 761–763, 802 f., 806, 809 f., 816 f., 835[5], 837, 873, 883, 937[4+5], 977 f., 981, 1017[37], 1019 f., 1065, 1066[14], 1083, 1088, 1093, 1096, 1133[28], 1188 f., 1194, 1209, 1259 f., 1267 f., 1271[44], 1288, 1296–1300, 1319, 1337, 1357 f., 1360 f., 1365[16], 1370–1372, 1385 f., 1390 f., 1402 f., 1417, 1420, 1423–1425, 1434–1439, 1441, 1446, 1454, 1456, 1467, 1469, 1471, 1485 f., 1496, 1498, 1511[7], 1519, 1535, 1566[15], 1576, 1579–1581, 1598[2], 1602[14], 1607, 1610, 1613, 1629, 1636, 1640–1644, 1659, 1759–1763, 1790 f., 1797, 1799, 1811, 1821–1824, 1835, 1856, 1880, 1884, 1899, 1928

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10.11.1986 in London
Dok. 323 und S. 1623, 1714, 1717, 1750, 1761, 1836

– Konferenz von 38 Schuldnerstaaten vom 12. bis 14.11.1986 in Lima
S. 1914

– WEU-Ministerratstagung am 13./14.11. 1986 in Luxemburg
Dok. 330 und S. 1650 f., 1655–1657, 1659, 1707, 1724 f., 1728, 1733, 1800 f., 1826, 1897

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 3.12.1986 in Brüssel
Dok. 348 und S. 769, 1559, 1564, 1650, 1656

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5.12.1986 in Brüssel
Dok. 349 und S. 770, 1559, 1564, 1650, 1656, 1732, 1854, 1858 f., 1876

– Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 5.12.1986 in London
Dok. 356

– Tagung des Europäischen Rats am 5./6.12.1986 in London
S. 871, 1176[25], 1380 f., 1609 f., 1660 f., 1706 f., 1720, 1750, 1770–1774, 1776, 1779, 1818, 1840, 1850, 1882, 1891, 1899, 1922[10], 1972

– Treffen der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 9.12.1986 in London
S. 1883

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 9./10.12.1986 in Brüssel
S. 1777[22]

– NATO-Ministerratstagung am 11./12.12. 1986 in Brüssel
Dok. 359, 363 und S. 823, 1188, 1436, 1498, 1559, 1564, 1580, 1650, 1655 f., 1708, 1724 f., 1731[35], 1733 f., 1789, 1791, 1794, 1815, 1816[13], 1821, 1825–1828, 1832 f., 1845, 1856, 1858 f., 1861, 1878 f., 1930, 1941 f., 1944 f.

– EUREKA-Ministerkonferenz am 16./17.12.1986 in Stockholm
S. 1702

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18.12.1986 in Brüssel
S. 1779[31]

– Konferenz der Umweltminister der Rheinanliegerstaaten am 18./19.12.1986 in Rotterdam
S. 1848

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 9./10.2.1987 in Guatemala-Stadt
S. 865 f., 1345–1347, 1852
– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23.2.1987 in Brüssel
S. 1851
– WEU-Ministerratstagung am 27./28.4. 1987 in Luxemburg
S. 1695 f., 1801
– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29.5.1987 in Ost-Berlin
S. 1179
– NATO-Ministerratstagung am 11./12.6. 1987 in Reykjavik
S. 1822–1824, 1897
– Internationale Konferenz der Vereinten Nationen über Drogenmißbrauch und Drogenhandel vom 17. bis 26.6.1987 in Wien
S. 1605 f.

Kongo
S. 1408, 1620

Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin
S. 1747[18]

Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK)
S. 1296, 1659, 1949
– Belgien
S. 680, 820, 1448, 1467, 1560, 1864 f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 179 und S. 94 f., 99, 101, 109 f., 114–116, 118 f., 128, 185, 192, 316, 350, 355, 365, 425, 442, 452, 502, 504, 526, 541, 567, 587 f., 600, 602 f., 626, 656, 679, 697, 756 f., 762, 791, 802, 823[15], 827, 922, 971, 977 f., 983, 1017, 1031, 1072 f., 1082, 1093 f., 1108, 1123, 1126, 1132–1135, 1161, 1164, 1166 f., 1190–1194, 1238[10], 1271 f., 1318 f., 1364, 1371 f., 1387, 1391, 1403, 1417, 1420, 1441, 1445 f., 1452–1457, 1460–1462, 1467, 1470 f., 1487, 1491 f., 1496–1498, 1505 f., 1510–1513, 1533, 1535, 1543–1545, 1553 f., 1561, 1566, 1569 f., 1580, 1598[2], 1603[17], 1608 f., 1614, 1636, 1641 f., 1646 f., 1654, 1707 f., 1732 f., 1789–1799, 1801, 1807, 1817, 1821, 1823 f., 1826 f., 1832–1834, 1845 f., 1854, 1856–1860, 1863–1865, 1881, 1886, 1897, 1899, 1933, 1941 f.
– Dänemark
S. 680, 1448
– DDR
S. 780, 1319
– EG/EPZ
S. 1707
– Finnland
S. 1364, 1456, 1512, 1570
– Forum künftiger Verhandlungen
Dok. 352 und S. 803, 938[8], 939 f., 971, 974, 977, 983, 1014[17], 1017[37], 1031, 1083, 1132–1136, 1190–1194, 1271 f., 1319, 1351, 1364 f., 1370–1372, 1391, 1403, 1436, 1441, 1442[3], 1446–1448, 1452–1457, 1460 f., 1467, 1485, 1487–1489, 1491, 1496–1498, 1510–1513, 1519, 1533–1535, 1543 f., 1553, 1566, 1569, 1580 f., 1609, 1614, 1636, 1641 f., 1646 f., 1707 f., 1724, 1733, 1790–1793, 1795, 1797, 1805, 1807, 1812, 1815, 1826 f., 1845 f., 1856, 1863, 1886[34], 1941
– Frankreich
Dok. 280 und S. 128, 278, 354, 680, 756 f., 791, 801, 803, 820, 823[15], 922, 939, 1017, 1125 f., 1132–1135, 1139[35], 1191, 1193, 1271[44], 1272, 1365, 1370 f., 1372[11], 1420, 1436[13], 1446–1448, 1453–1455, 1460 f., 1467 f., 1496 f., 1510–1513, 1519, 1533–1535, 1543, 1553, 1566, 1569 f., 1580 f., 1609, 1636, 1646, 1651–1653, 1733, 1790–1793, 1807, 1821–1827, 1845, 1855, 1858, 1864 f., 1876, 1880, 1887
– Griechenland
S. 1864
– Großbritannien
S. 110[17], 680, 803, 820, 939, 1017, 1271[44], 1272, 1371 f., 1448, 1460, 1467, 1561, 1655, 1793, 1824, 1826, 1858–1860, 1864, 1880 f., 1886 f.
– Irland
S. 1707
– Italien
S. 1017, 1271[44], 1467, 1560, 1807, 1815, 1863
– Jugoslawien
S. 1496 f., 1512, 1570, 1641–1643
– Kanada
S. 541, 599, 680, 1448, 1560

– Luxemburg
S. 1448, 1810, 1864

– Malta
S. 1365, 1370 f., 1553

– NATO
S. 287, 316, 425 f., 678 f., 681, 696, 756 f., 803 f., 820 f., 823, 937–940, 971, 977 f., 1017, 1073, 1083, 1086, 1122 f., 1132 f., 1142, 1164, 1166, 1188, 1190–1194, 1250, 1271 f., 1298, 1319, 1364 f., 1370–1372, 1403, 1420, 1436, 1442[3], 1444–1448, 1452–1454, 1456, 1460 f., 1468, 1497 f., 1510–1512, 1519, 1533–1535, 1553, 1561, 1566[15], 1570, 1580 f., 1614, 1629, 1636, 1642, 1646 f., 1682, 1690, 1733, 1789–1799, 1805, 1807, 1812, 1816[13], 1821–1827, 1832 f., 1845, 1854, 1858–1860, 1862–1865, 1872–1880, 1887, 1899, 1941, 1952, 1956, 1977

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 425, 1133[28], 1136, 1192 f., 1271, 1364 f., 1371, 1442[3], 1443, 1453 f., 1468, 1496, 1498, 1512, 1535, 1566[15], 1570, 1580 f., 1614, 1642, 1647, 1795, 1821, 1845, 1863, 1876

– Niederlande
S. 680, 820, 1448, 1467, 1810, 1863 f.

– Norwegen
S. 680, 1790, 1864

– Österreich
S. 1364, 1496, 1512, 1570

– Polen
S. 505, 588, 1886

– Rumänien
S. 587 f.

– Schweden
S. 1364, 1496, 1512, 1570

– Schweiz
S. 1456, 1496, 1647, 1845

– Spanien
S. 1533 f., 1646, 1707

– Türkei
S. 1790, 1810, 1863

– UdSSR
Dok. 114, 131 und S. 81 f., 90, 99, 101, 109 f., 114–118, 185, 278, 286 f., 316, 350, 354, 425 f., 567, 672–674, 676, 696, 698, 732, 756, 757[18], 780, 791, 801, 817, 820, 827, 940, 971, 974, 977, 982 f., 1014[17], 1031, 1062, 1083, 1108, 1123, 1132–1135, 1161, 1164, 1194, 1328, 1351, 1364, 1370 f., 1386, 1391, 1402, 1485, 1487–1489, 1497, 1512 f., 1535, 1543, 1598[2], 1603[17], 1614 f., 1629, 1636, 1708, 1789[6], 1792, 1795, 1801, 1807, 1854, 1856–1860, 1863, 1941 f., 1977

– USA
Dok. 279 und S. 128, 318, 350, 425, 541, 567, 599 f., 680, 791, 922, 977, 1017, 1073, 1077, 1133[28], 1139[35], 1166 f., 1192, 1271[44], 1272, 1364 f., 1370–1372, 1436[13], 1442[3], 1443 f., 1447 f., 1455–1457, 1460 f., 1468, 1491, 1496–1498, 1510–1512, 1519, 1534 f., 1543, 1553, 1561, 1566, 1570, 1580 f., 1609, 1724, 1733, 1791–1793, 1795, 1797, 1804 f., 1815, 1821–1825, 1845, 1855–1860, 1863 f., 1876, 1880 f., 1886 f., 1895, 1941 f.

– Warschauer Pakt
S. 365, 420, 424 f., 502, 678 f., 757, 937[4+5], 938 f., 971, 974 f., 977, 983, 1017, 1031, 1190–1193, 1271, 1319, 1364 f., 1371, 1372[11], 1442[3], 1452–1454, 1456, 1460, 1512, 1533–1535, 1553, 1566[15], 1570, 1581, 1614, 1629, 1636, 1642, 1646 f., 1790 f., 1795–1797, 1799, 1805, 1807, 1813, 1845, 1858, 1872–1879

– WEU
S. 1707

Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)
S. 26, 28, 249 f., 255, 288, 479, 998[4], 1706, 1819, 1851

Korea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
siehe außerdem: EPZ

Dok. 341 und S. 32, 125, 127 f., 208, 388, 392, 449, 765, 1064 f., 1619[38]

– Abschließendes Dokument der Folgekonferenz in Madrid vom 6.9.1983
S. 41, 126, 165, 395[11], 397, 399[26], 421, 424, 426, 439[15], 445, 626, 681, 806, 808–810, 941, 1018, 1192 f., 1210[15], 1319, 1340, 1403, 1786, 1787[19], 1789, 1797, 1948[5], 1950[11], 1955[28], 1965

– Belgien
S. 1297 f., 1659 f.

– Bulgarien
S. 437 f., 445, 762 f., 1949, 1955

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 75, 77, 272, 275 und S. 71[3], 81[9], 82, 165, 168, 189–191, 287, 317 f., 349 f., 441–447, 450, 454 f., 498, 500 f., 506, 519, 525, 527, 541, 572, 578[31], 587 f., 610, 624, 626, 697 f., 756, 758, 762 f., 802, 806 f., 808[7], 809 f., 818, 834 f., 837, 883, 978 f., 981, 1019 f., 1083, 1091[5], 1092 f., 1206, 1208–1210, 1259 f., 1267, 1296, 1298 f., 1357 f., 1360, 1364, 1386 f., 1390 f., 1441 f., 1446, 1461, 1467, 1471, 1492, 1497, 1510, 1535, 1579 f., 1598[2], 1613, 1636 f., 1642–1644, 1647 f., 1658 f., 1725, 1759–1763, 1784–1788, 1836–1838, 1846, 1856 f., 1864, 1879–1881, 1884–1886, 1947–1951, 1953 f., 1956

– ČSSR
S. 190 f., 1438, 1786, 1949, 1951, 1955

– Dänemark
S. 1299, 1658 f., 1759–1763, 1837 f., 1864, 1884, 1948

– DDR
S. 424, 437, 443, 810[15], 1210, 1357 f., 1424, 1438, 1763, 1784–1788, 1837, 1948–1951, 1955

– Finnland
S. 428, 626, 1954

– Frankreich
S. 81[9], 317 f., 349 f., 424, 430, 439, 578[31], 625 f., 756, 758, 809[14], 835[5], 1020, 1267 f., 1296, 1299 f., 1370, 1425, 1437, 1456, 1510, 1580 f., 1658, 1759, 1761[9], 1762 f., 1785 f., 1793, 1836–1838, 1864, 1879 f., 1884 f., 1948, 1952

– Griechenland
S. 1260[27], 1268, 1299 f.

– Großbritannien
S. 349 f., 424, 624 f., 809[14], 835[5], 1299 f., 1424, 1438, 1579 f., 1785–1787, 1835–1838, 1879–1881, 1884–1887, 1948 f., 1951

– Irland
S. 1864, 1952

– Island
S. 1298

– Italien
S. 809[14], 1298, 1948 f.

– Jugoslawien
S. 71[3], 83, 1209[11], 1642–1644

– Kanada
S. 185, 350, 438, 818, 979, 1019, 1210[15], 1297, 1299 f., 1510, 1835, 1948 f., 1951

– KSZE-Konferenzen und Expertentagungen
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Malta
S. 626, 1371, 1442

– NATO
Dok. 244 und S. 430, 438, 541, 561, 572, 588, 623 f., 756, 809 f., 816 f., 819, 835, 937[4], 978, 1267 f., 1436 f., 1442, 1467, 1511[7], 1794 f., 1797, 1799, 1823, 1836 f., 1878, 1880, 1884, 1949, 1952, 1956

– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 83, 111, 425, 439, 441, 445, 561, 698, 756, 806–809, 816, 820, 1209, 1299, 1364, 1424 f., 1435, 1439, 1643, 1784, 1949 f., 1953, 1956

– Niederlande
S. 439, 809[14], 1297–1300, 1759–1763, 1837 f., 1948

– Österreich
S. 439, 441–447, 1209, 1425, 1439, 1645, 1759, 1786, 1949 f., 1955[26+27], 1956

– Polen
S. 424, 428, 437, 443, 498–500, 506, 519, 610, 807[5], 810[15], 1438, 1648, 1948, 1951 f., 1954 f.

– Portugal
S. 1297, 1761[9]

– Rumänien
S. 81[9], 437, 807[6], 810[15]

– Schlußakte vom 1.8.1975
S. 41 f., 83, 126 f., 168, 180, 185 f., 191, 214, 365, 400, 420 f., 423, 429, 436, 443 f., 454, 499 f., 584, 610, 625, 698, 780 f., 808–810, 828, 882, 942, 1066[12], 1092 f., 1099, 1109, 1209[11], 1250, 1267, 1270, 1288[6], 1299, 1320[26], 1337–1341, 1342[10], 1358, 1363, 1387, 1399 f., 1437, 1438[21], 1510, 1535, 1570, 1642, 1648[16], 1759[5], 1784[6], 1785 f., 1787[19], 1836 f., 1846, 1865, 1880[6], 1886, 1937, 1947, 1949, 1950[11], 1951, 1955[28], 1965

– Schweden
S. 391, 1442, 1949

– Schweiz
S. 439, 979, 1019, 1209[11], 1210, 1645–1647, 1759, 1787, 1845 f., 1949, 1950[11], 1956

– Spanien
S. 443, 1299

– Türkei
S. 437 f., 1299, 1424
– UdSSR
S. 81[9], 111, 349 f., 421, 423, 424, 436–439, 444, 454 f., 539, 610, 624 f., 678, 807[4], 810, 828, 835[5], 851[16], 981, 1083, 1088, 1209, 1268, 1297 f., 1370, 1386, 1390 f., 1438, 1441 f., 1456, 1461, 1497, 1510, 1512, 1535, 1579 f., 1598[2], 1613, 1636, 1647, 1658 f., 1759–1763, 1787 f., 1836–1838, 1846, 1856 f., 1865, 1879 f., 1884 f., 1937[9], 1948 f., 1951, 1953 f., 1980
– Ungarn
S. 81[9], 442, 444 f., 625, 976, 978 f., 1019, 1438, 1948 f., 1955
– USA
S. 111, 185 f., 349 f., 355, 423 f., 428, 438, 572, 587 f., 624, 626, 809, 818, 834 f., 837, 976, 1019 f., 1210[15], 1259, 1267 f., 1296–1299, 1318, 1371, 1372[11], 1424, 1434[2], 1438 f., 1442 f., 1453 f., 1461, 1469, 1496–1498, 1510, 1579 f., 1759, 1761, 1784, 1786 f., 1793, 1805, 1822 f., 1835–1838, 1856 f., 1880 f., 1884–1886, 1948 f., 1951
– Warschauer Pakt
S. 287, 349, 421, 423, 436 f., 438, 442 f., 445, 454, 499, 587 f., 807, 810, 976, 978, 1083, 1298, 1434[2], 1436, 1442, 1761, 1763, 1949, 1952

Kuba
siehe außerdem: Menschenrechte, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Terrorismus
S. 320, 419, 458, 523, 564, 636 f., 696, 964, 1151, 1279, 1352, 1405, 1408, 1583 f., 1701 f., 1708, 1889, 1979

Kulturhauptstadt Europas
S. 445, 1208, 1704

Kultusministerkonferenz (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland)
S. 1627

Kuwait
S. 26[15], 247, 478[7], 685

KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)
siehe außerdem: EPZ
Dok. 8, 71, 151, 203, 234, 253, 267 und S. 208, 423 f., 426, 461, 571, 696, 817, 820, 971, 1256, 1296, 1298, 1315[3], 1345 f., 1420, 1422, 1434, 1435[5], 1436, 1581, 1760, 1811–1813, 1823 f., 1845, 1886, 1948, 1951
– Belgien
S. 540
– Beschränkungsmaßnahmen („constraints“)
S. 8[12], 44, 124[2], 125, 127, 394–396, 398 f., 401[29], 424, 426, 780 f., 785, 1064, 1067 f., 1107[14], 1338, 1341 f., 1401
– Bulgarien
S. 397[19], 399[23], 762, 785[19+21], 1062, 1067[15]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 252 und S. 8 f., 40–45, 92, 94 f., 102, 109 f., 120, 125–128, 165, 180, 189–191, 209, 212–214, 286, 311[12], 357, 365, 392 f., 396, 401[29], 424–427, 438, 441 f., 449[5], 453, 498–502, 504, 526, 538[5], 539–541, 561, 587 f., 600–603, 626, 656, 674, 757, 762, 803, 837, 937–942, 977, 981–983, 987, 1018 f., 1062, 1065, 1082 f., 1091[5], 1093, 1107 f., 1135, 1143, 1161, 1187–1194, 1208, 1250–1252, 1260, 1270 f., 1318–1321, 1329, 1339, 1342, 1357 f., 1364, 1384 f., 1390 f., 1399–1403, 1416 f., 1441 f., 1485–1487, 1936–1938, 1945 f.
– ČSSR
S. 397[19], 1937, 1946[26]
– Dänemark
S. 125–127, 129, 539
– DDR
S. 311[12], 780, 1065, 1316[5], 1318–1320, 1357 f., 1402 f.
– Finnland
S. 8[12], 788
– Frankreich
S. 9, 40–45, 92, 125–129, 212–214, 357, 392, 396[12], 397[17], 502, 538, 540 f., 625 f., 757, 803 f., 940[15], 941, 1018 f., 1065, 1135, 1193, 1209, 1270 f., 1287 f., 1370, 1391, 1399, 1401, 1442[3], 1453 f., 1456, 1460, 1553
– Gewaltverzicht
Dok. 35 und S. 8[12], 40–45, 83[21], 124[2], 125–127, 165, 180, 185, 350, 357, 393, 395–398, 453, 504, 540, 680, 780, 782–784, 1063–1066, 1338, 1342 f., 1401
– Griechenland
S. 539

– Großbritannien
S. 40–45, 125, 128 f., 212–214, 539 f., 625, 940[15], 941, 1018 f., 1062, 1093[14], 1107[14], 1251, 1271, 1287 f., 1339, 1371, 1401, 1831
– Irland
S. 395, 399, 402, 785, 788, 1066, 1068
– Island
S. 538 f.
– Italien
S. 126 f., 129, 397[19], 538–540, 782[13]
– Jugoslawien
S. 83, 399, 783, 786 f., 1065, 1107[14]
– Kanada
S. 125–128, 214, 395[11], 538, 540 f., 815, 1061 f., 1287
– Luxemburg
S. 539
– Malta
S. 394, 783, 786, 1065, 1339, 1371
– Mandat
S. 41 f., 126, 165, 393, 395[11], 397–399, 445, 626, 681, 783[16], 941, 1018, 1133[28], 1192 f., 1319, 1338, 1340, 1789, 1797, 1952, 1954
– NATO
Dok. 21, 99 und S. 9, 41–44, 212 f., 395 f., 399, 401 f., 424–426, 601, 779, 782–786, 803, 837, 937, 940, 1017[37], 1019[41], 1061–1070, 1093[14], 1107[14], 1142 f., 1188–1194, 1251 f., 1271, 1287, 1318, 1338–1343, 1371, 1400 f., 1403, 1421, 1454, 1789 f., 1794, 1797, 1799
– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 8[12], 40[4], 42 f., 125, 127, 129, 213 f., 392–402, 425 f., 538–541, 781–788, 941 f., 982[17], 1019, 1062–1070, 1093[14], 1107[14], 1135, 1209[11], 1252, 1270, 1287, 1339–1342, 1364, 1401
– Niederlande
S. 126 f., 129, 392, 538–540, 779, 816, 1287
– Norwegen
S. 125–128, 538–541, 1251, 1287, 1339
– Österreich
S. 8[12], 445, 1062[5], 1208, 1252[6]
– Polen
S. 392, 396, 401[30+31], 498, 500, 502, 506[29], 779 f., 1339
– Portugal
S. 126–129, 539, 940[15]
– Rumänien
S. 396–398, 590, 783, 1065
– Schweden
S. 8[12], 782, 1063
– Schweiz
S. 8[12], 214, 398, 784[17], 1252[6], 1949
– Spanien
S. 126–129, 539
– Türkei
S. 397[19], 540
– UdSSR
S. 41–45, 81, 89, 117, 120, 124[2], 125, 128, 354[38], 392–394, 396, 401[30], 442, 449[5], 453, 455, 538–541, 560, 600–603, 673, 677 f., 697, 699, 731, 756, 779–781, 783, 785, 804, 815, 940[15], 941 f., 981–983, 987, 1014[17], 1018, 1061–1070, 1083, 1093, 1107 f., 1143, 1161, 1164, 1188, 1208, 1250[1], 1251 f., 1270 f., 1286–1288, 1318, 1328, 1338 f., 1342[10], 1350, 1370, 1384–1386, 1390 f., 1400–1403, 1417, 1441 f., 1485, 1553, 1596
– Ungarn
S. 396, 397[19], 976, 1252[6]
– USA
Dok. 372 und S. 40–45, 109, 126–128, 180, 212–214, 294, 350, 392, 397[19], 401, 538–541, 560, 623–626, 782[13], 786, 804, 837, 1018, 1064, 1068[21], 1073, 1077, 1107[14], 1142, 1208, 1250[1], 1252, 1270 f., 1286–1288, 1318, 1338–1340, 1350, 1364, 1372[11], 1386, 1388, 1390, 1399, 1401 f., 1421, 1453, 1460 f., 1553, 1945 f.
– Warschauer Pakt
S. 126 f., 129[25], 213, 214[12], 394, 396–399, 426, 539 f., 783 f., 976, 1019, 1063[7], 1064 f., 1066[14], 1067, 1188–1194, 1252, 1338, 1340 f., 1400, 1403, 1938, 1946[26]

Länder der Bundesrepublik Deutschland
S. 1451, 1625, 1627, 1848
– Baden-Württemberg
S. 1557[7], 1777[24], 1848[14]
– Bayern
S. 1206[4], 1450, 1684[2], 1765, 1778[26], 1969[27]
– Bremen
S. 840[26], 1551
– Hamburg
S. 741, 1551, 1684[2], 1752
– Hessen
S. 1551

– Niedersachsen
S. 550, 742, 918 f., 1684[2]
– Nordrhein-Westfalen
S. 211[25], 742, 744[16], 745[18], 761
– Rheinland-Pfalz
S. 741, 1551, 1611, 1626[14]
– Saarland
S. 1611
– Schleswig-Holstein
S. 1551

Laos
S. 777[18], 1978

Lesotho
S. 1002[6], 1211[21], 1257[12], 1366[19], 1621[12]

Libanon
siehe außerdem:
Israel, Nahost-Konflikt, Terrorismus
S. 565, 637, 954, 1100[31], 1663 f., 1666, 1676, 1715
– Bundesrepublik Deutschland
S. 596, 1172, 1217 f., 1220, 1712
– EG/EPZ
S. 1256
– Syrien
S. 29, 174, 592, 596[35], 635, 1548, 1587, 1712, 1721
– UdSSR
S. 1230, 1979
– USA
S. 961[9]

Libyen
siehe außerdem:
Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Nahost-Konflikt, Terrorismus, VN
S. 24, 54, 249[12], 282, 505, 591, 649 f., 684, 685[18], 712[8], 954, 1015[27], 1585, 1893
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 83, 94, 96, 106 und S. 36–39, 62–71, 105, 169–172, 418, 480 f., 507–512, 523, 532–534, 543[8], 544–546, 555–559, 594–596, 637, 658 f., 893–896, 1229–1232, 1716 f.
– EG/EPZ
S. 37, 55[25], 252, 534[12], 548, 562[15], 573, 595, 637, 658, 727[7], 836, 1228
– NATO
S. 553–555
– Österreich
S. 1210, 1230
– Portugal
S. 544 f.
– Saudi-Arabien
S. 67, 69
– Syrien
S. 651[11], 659, 684, 1587
– Tunesien
S. 68[30], 267 f., 282, 468, 563
– UdSSR
S. 270, 474 f., 481, 523, 638, 700, 1232, 1234, 1352, 1979
– USA
Dok. 102, 103, 172 und S. 13, 29[28], 36–39, 54, 62–71, 169–173, 269 f., 281–283, 289, 418, 466–468, 473–475, 480 f., 500, 507–512, 529 f., 532–534, 543[8], 544, 547 f., 555–559, 563–566, 568 f., 574[9], 593, 595, 627 f., 633, 636, 638, 643[7], 644, 649–652, 657–659, 673 f., 688, 700, 754 f., 757[19], 766[2], 779, 791, 804, 816 f., 823, 828, 835 f., 838, 866, 879, 893, 922, 956, 960–962, 964 f., 967, 975, 1047, 1123, 1228–1232, 1234, 1276, 1547[28], 1587, 1631, 1675, 1677, 1679, 1709, 1712[14], 1713, 1830

Liechtenstein
S. 1207, 1209[11], 1442, 1970

Luxemburg
siehe außerdem:
Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KVAE, NATO, VN, WEU
S. 10[21], 15[40], 760[34], 856[6], 857, 862, 1220, 1258

Malaysia
S. 67, 717[11], 828, 1411 f., 1604 f.

Malediven
S. 25[12], 27

Mali
S. 414 f.

Malta
siehe außerdem:
Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE
S. 171, 944, 1209[11], 1230, 1496, 1820

Marokko
siehe außerdem:
Israel, Nahost-Konflikt
S. 24, 248, 268 f., 649[4], 728[11], 1045, 1229, 1707
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 44 und S. 84, 282
– EG/EPZ
S. 250–252, 1205

Mauretanien
S. 268[10], 414

Max Müller Bhavan Institut
S. 669

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
S. 720[24]

MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)
siehe außerdem:
Frankreich, Jugoslawien
Dok. 223 und S. 278, 626, 696, 762, 767, 817, 1132 f., 1135, 1337, 1403, 1422, 1540[20], 1790, 1876 f.
– Belgien
S. 462[4]
– Bulgarien
S. 973
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 81, 82, 184, 350 und S. 94 f., 102, 110, 120, 164, 180, 192, 286, 311[12], 316, 333, 335, 365 f., 426, 442, 449[5], 453, 498, 501, 525–527, 561, 571, 578[31], 587, 600–603, 674, 679, 757[16], 802, 838, 939 f., 977, 982 f., 1072, 1082, 1093, 1098, 1142 f., 1164, 1166, 1187–1194, 1209, 1272, 1319, 1364, 1417, 1486, 1641, 1824 f., 1857
– ČSSR
S. 1813
– Dänemark
S. 973
– DDR
S. 311[12], 333[2], 335, 460, 465, 525, 970, 1189[8], 1319, 1813
– Griechenland
S. 973
– Großbritannien
S. 192, 335, 526, 625, 802, 1272, 1371, 1857
– Italien
S. 973
– Kanada
S. 677[9]
– NATO/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten
S. 82, 120, 164, 180, 209, 286, 316, 333–335, 442, 453, 459–466, 501, 525, 561, 587, 600 f., 678 f., 697, 802, 820, 938, 940, 969 f., 972 f., 974 f., 1017[37], 1072, 1082, 1093, 1098, 1142 f., 1164, 1188–1194, 1371, 1489, 1614, 1641, 1796, 1812, 1814, 1857
– Niederlande
S. 1810, 1863 f.
– Norwegen
S. 973
– Polen
S. 498, 500, 974, 1813
– Rumänien
S. 587, 973
– Türkei
S. 973
– UdSSR
S. 81, 89[5], 90, 117, 120, 180, 186 f., 209, 294, 316, 333–335, 354[38], 449[5], 453, 455, 459 f., 463 f., 465[9], 526, 560 f., 567, 571, 599–603, 673, 677–681, 697, 699, 731, 756, 802, 970 f., 973, 982 f., 1014[17], 1072, 1082 f., 1098, 1142 f., 1164, 1189–1191, 1194, 1209, 1351, 1365, 1371, 1402, 1417, 1489, 1614, 1813, 1845, 1856 f., 1863
– Ungarn
S. 973 f.
– USA
S. 294, 333, 335, 463, 560, 567, 677[9], 802, 838, 939, 971[7], 973, 1072, 1077, 1142, 1190, 1192, 1209, 1272, 1351, 1365, 1453, 1489, 1813, 1823, 1856 f.
– Warschauer Pakt/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten
Dok. 59 und S. 120[17], 286, 294, 442, 459–466, 501, 525, 561, 587, 969–975, 977, 1072, 1188–1194, 1812 f.

Menschenrechte/ Menschenrechtspolitik
S. 43, 160, 185 f., 212[2], 366, 397[17], 423, 429, 437[10], 625, 630 f., 782[13], 835, 1063[7], 1091[5], 1155, 1298, 1553, 1606, 1643, 1647, 1658 f., 1759–1763, 1947, 1949, 1951, 1953, 1956

– Afghanistan
S. 1970
– Bangladesch
S. 1966
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 376 und S. 122–124, 1424, 1541 f., 1621, 1623, 1864, 1886
– Chile
S. 1966, 1970 f.
– EG/EPZ
S. 872, 949[2], 1965 f., 1971
– El Salvador
S. 1966, 1970 f.
– Europarat
S. 57, 797[4]
– Frankreich
S. 872, 1864
– Großbritannien
S. 872, 1864 f.
– Iran
S. 478[4+5], 594, 1970
– Jugoslawien
S. 1966
– Kuba
S. 1702, 1971
– NATO
S. 1966
– Nicaragua
S. 1970
– Niederlande
S. 872
– Pakistan
S. 1970
– Polen
S. 237, 610
– Republik Korea (Südkorea)
S. 916[8]
– Rumänien
S. 122–124, 1014
– Südafrika
S. 1214, 1966, 1970
– Türkei
S. 57, 943[3], 945, 1215, 1771
– UdSSR
S. 166, 427, 439[17], 1151, 1348, 1370, 1444, 1447, 1463 f., 1510, 1532, 1541 f., 1579, 1684–1686, 1687[17], 1836–1839, 1841, 1856 f., 1859, 1864 f., 1880, 1884, 1886, 1895, 1954, 1979 f.
– USA
S. 122–124, 1014, 1020, 1348, 1443 f., 1447, 1463 f., 1498, 1512, 1532, 1534, 1541 f., 1864, 1880 f., 1886, 1970 f.
– VN
S. 872[43], 1424, 1964 f., 1967, 1969, 1971
– Warschauer Pakt
S. 1968, 1972

Mexiko
siehe außerdem: Mittelamerika-Politik, Nord-Süd-Dialog, VN
S. 209, 694, 1046, 1048, 1079, 1408, 1913[5], 1918, 1971[36]

Missionaries of Charity (Missionarinnen der Nächstenliebe)
S. 654

Mittelamerika-Politik
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 255 und S. 864 f.
– Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)
S. 695, 864–866, 1344–1347
– EG/EPZ
S. 696, 864–866, 1345 f.
– Frankreich
S. 864
– Großbritannien
S. 864
– Nicaragua
S. 695 f., 864 f., 1344, 1346 f.
– Niederlande
S. 864
– USA
S. 695 f., 864 f., 964

Monaco
S. 1258, 1496

Mongolei
S. 1328 f., 1870[28]

Mosambik
S. 546, 691, 868, 1002[6], 1003, 1211[21], 1257[12], 1353, 1366[19], 1565, 1583, 1621[12], 1850, 1889

Nahost-Konflikt
Dok. 37 und S. 67, 289[33], 351, 642, 649, 1605, 1615

– Ägypten
S. 14, 28, 30, 173–175, 219, 222[17], 223[20], 944[11], 954, 1047 f., 1310 f., 1312[12], 1314, 1546–1548, 1660[11], 1905
– Algerien
S. 254, 652, 653[17]
– Arabische Liga/Fes-Plan
S. 174, 223, 248 f., 253 f., 272
– Bangladesch
S. 28 f.
– Bulgarien
S. 762
– Bundesrepublik Deutschland
S. 14, 29, 84, 173–175, 219–226, 249, 253 f., 255[17], 264–266, 271 f., 535[4], 537, 557, 592[12], 658, 867, 954, 1111, 1232, 1312–1314, 1546, 1548, 1565, 1818, 1882, 1890 f., 1942
– ČSSR
S. 193
– EG/EPZ
S. 14, 55[25], 84, 173–175, 219 f., 226, 249, 254, 264 f., 272, 867 f., 872, 955, 964, 1312, 1660[11], 1851, 1881, 1890, 1905
– Frankreich
S. 175, 867, 1052, 1311, 1881, 1890
– Griechenland
S. 867
– Großbritannien
S. 265, 1548, 1660[11], 1881 f., 1890
– Israel
S. 24, 29, 174, 219–226, 248[8], 254, 255[17], 264, 270–272, 535[4], 635 f., 658, 685[19], 867 f., 953, 956, 1047, 1310 f., 1313 f., 1546–1548, 1818, 1851, 1890, 1905
– Italien
S. 270, 867, 1818
– Japan
S. 867[20]
– Jordanien
S. 14, 29, 84, 173–175, 219[7], 220, 222–226, 249, 254, 255[17], 264 f., 272, 953–956, 1047 f., 1310–1314, 1546–1548, 1881, 1890 f.
– Jugoslawien
S. 83 f.
– Kanada
S. 867[20]
– Libanon
S. 1818
– Libyen
S. 219, 221
– Marokko
S. 253 f., 255[17]
– Niederlande
S. 867
– Österreich
S. 270
– Palästina-Frage/Besetzte Gebiete
S. 24, 29, 84, 174, 220[9], 221, 224, 248[8], 254, 255[17], 270–272, 652, 653[17], 655, 657 f., 685[19], 867, 955, 1111, 1312–1314, 1547, 1890, 1942
– PLO
Dok. 47 und S. 173–175, 219[7], 220–226, 249, 270, 272, 635, 651[11], 953 f., 1047 f., 1310, 1312[12]
– Polen
S. 500
– Rumänien
S. 1311
– Syrien
S. 29, 173 f., 219[7], 221, 223, 225, 254, 592[12], 658, 867, 1310, 1712
– Tunesien
S. 270, 272
– UdSSR
S. 173, 220, 222–225, 636, 762, 1052, 1111, 1310–1312, 1351, 1547, 1890, 1979
– USA
S. 29, 173–175, 219[7], 220, 222–226, 249, 265, 270, 410, 867, 954, 964, 1232, 1310–1314, 1351, 1546–1548, 1565, 1881, 1890, 1942
– VN
S. 173, 220, 223 f., 226, 254[14], 265 f., 522, 956, 1048, 1111, 1278–1280, 1311, 1351

Namibia-Frage
S. 1615, 1620
– Angola
S. 419
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 240 und S. 273, 419, 1258, 1355, 1621 f., 1901
– EG/EPZ
S. 26, 1258
– Frontlinienstaaten (Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania)
S. 26, 416, 1005, 1354[8], 1565, 1621, 1881, 1889, 1900–1902

– Kuba
S. 419

– Portugal
S. 546

– Südafrika
S. 273, 419, 1278 f.

– SWAPO (South West Africa People's Organization)
S. 410, 1278–1280

– Tunesien
S. 273

– USA
S. 419, 964, 1279

– VN
S. 1278

NASA (National Aeronautics and Space Administration)
S. 152 f., 528[28], 790[11], 902, 907[30], 1367[22], 1609[12], 1744 f.

Nationalsozialismus
S. 46 f., 306, 308, 372–375, 378, 752[13], 826, 862, 1110

– Gedenkstätte bei Detroit
Dok. 262

– Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz
Dok. 217

– „Historikerstreit"
Dok. 295

– Opferentschädigung
Dok. 211

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
siehe außerdem:
Abrüstung, Berlin, Chemische Waffen, EPZ, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Libyen, MBFR, Menschenrechte, Polen, SDI, Terrorismus, UdSSR

Dok. 142, 318 und S. 38, 69, 114, 281, 390, 427, 524, 636, 648, 829, 874[2], 879, 971[8], 1101, 1336, 1410 f., 1417, 1419[2], 1423, 1462, 1568, 1606, 1610, 1619[38], 1704[13]

– Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
S. 87[11], 117[11], 147, 150[23], 491, 494–496, 616, 622, 648, 724[3], 726, 735, 740[16], 768, 770–778, 794, 796[12], 932[10], 1164[14], 1224[12], 1732, 1792[11], 1803–1811, 1827, 1854, 1858, 1876

– Belgien
S. 194[9], 227, 304[7], 328[6], 360, 540, 735, 739, 753 f., 773, 820, 1128, 1297 f., 1300, 1303, 1305 f., 1308, 1320[27], 1446, 1448, 1467, 1520[8], 1560, 1563[21], 1690 f., 1801 f., 1808, 1864 f., 1876, 1897, 1959

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 358 und S. 51, 53, 85 f., 88, 110[17], 119, 125–128, 146–151, 163, 165, 176–178, 180 f., 194–204, 227–231, 296 f., 302–304, 317, 323[31], 326, 350 f., 354–356, 359–361, 364, 421, 430, 491–498, 526, 538[5], 539–541, 552, 613[16], 614–622, 626[13], 639 f., 710[1], 724–726, 730–732, 734–736, 739, 753 f., 767–770, 775–777, 793–795, 816 f., 819, 821, 825, 836 f., 875, 922, 931[3], 932, 934–936, 966, 977 f., 1020, 1053, 1055[4], 1080, 1092–1094, 1099, 1123, 1125 f., 1128–1130, 1137, 1146[6], 1182, 1185 f., 1191, 1224–1227, 1239, 1267, 1271[44], 1276 f., 1285, 1295 f., 1298–1300, 1303, 1305–1308, 1320[27], 1365[15], 1385 f., 1437, 1445 f., 1457, 1459–1461, 1466 f., 1486, 1490, 1518–1520, 1561–1564, 1634, 1639, 1675, 1678–1683, 1690, 1732 f., 1780, 1781[9], 1789, 1792–1794, 1796 f., 1801 f., 1805–1807, 1854, 1863–1865, 1876–1879, 1895–1897, 1899, 1927[9], 1944 f., 1957–1963, 1970

– Bündnisgebiet/Out-of-area-Einsätze
S. 87[11], 739, 816, 818, 1124, 1198, 1225, 1540[20], 1674[3], 1675, 1678–1680, 1708, 1795

– Dänemark
S. 125–127, 129, 304[7], 360, 539, 726[8], 768 f., 775, 794, 819, 933, 1299, 1304–1308, 1320[27], 1448, 1467, 1560, 1562, 1690, 1801, 1810, 1876, 1896 f.

– Eurogroup
S. 616, 766–769, 1129, 1800–1802

– FOFA (Follow-On Forces Attack)
S. 107[11], 117, 620, 1186

– Frankreich
S. 14[38], 51–53, 85[4], 86, 110[17], 125–129, 194[9], 302, 304, 326 f., 350, 359, 538, 540 f., 616, 816, 818, 820, 922, 939, 940[15], 957, 960, 1053, 1055[4], 1123, 1125 f., 1128–1130, 1132, 1136–1138, 1196[8], 1226, 1267 f., 1271[44], 1276 f., 1296, 1299 f., 1303, 1320[27], 1365, 1436[13], 1446–1448, 1454,

1456 f., 1460, 1467, 1497, 1535, 1653, 1675, 1677, 1690 f., 1794, 1801 f., 1864 f., 1876, 1878, 1897–1899, 1959–1962

– „General Political Guidelines“ (GPG) zum Einsatz von Nuklearwaffen
Dok. 178, 229, 246 und S. 737, 739 f., 1562

– Griechenland
S. 304[7], 353, 491[5], 496, 539, 726[8], 768, 775, 1299 f., 1304 f., 1307, 1638 f., 1690, 1810, 1864

– Großbritannien
S. 14[38], 86, 88, 110[17], 125, 128 f., 176, 194[9], 227–230, 304[7], 326, 350 f., 354, 360 f., 539 f., 554, 726[8], 730, 732, 735 f., 766 f., 769, 777, 803, 816, 825, 836, 875, 922, 934–936, 939, 940[15], 957, 960, 1129, 1225, 1227, 1271[44], 1276 f., 1285, 1299–1301, 1303, 1305, 1307 f., 1320[27], 1365[15], 1446, 1448, 1467, 1520[8], 1560, 1562, 1563[21], 1690 f., 1780, 1781[9], 1793, 1801 f., 1808, 1854, 1859 f., 1864 f., 1876, 1897 f., 1899, 1959 f.

– Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)
S. 119, 817, 836, 850, 963, 1832

– High Level Group (HLG)
Dok. 141, 345 und S. 329, 1561, 1807, 1896[11]

– High Level Task Force (HLTF) für Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa
Dok. 347 und S. 823, 937, 939, 977 f., 1017, 1083, 1133[28], 1142 f., 1164, 1166, 1188, 1190–1192, 1250, 1271 f., 1298, 1319, 1365, 1403, 1436, 1444–1446, 1448, 1452–1454, 1456, 1461, 1468, 1497 f., 1511, 1561, 1566[15], 1570, 1580 f., 1614, 1629, 1708, 1733, 1812, 1821–1825, 1827, 1832 f., 1859 f., 1862 f., 1872, 1874–1876, 1878, 1880, 1887

– Independent European Programme Group (IEPG)
S. 326 f., 343, 616, 675, 824, 1800[2], 1802, 1958–1960, 1962

– Internationaler Stab
S. 617[11], 1297, 1789[6], 1791, 1873, 1875

– Island
S. 538 f., 726[8], 777, 1298, 1802, 1876

– Italien
S. 14[38], 126 f., 129, 176, 227, 304[7], 326, 360, 538–540, 559, 601, 614[4], 739, 766[2], 771, 776 f., 814, 1128 f., 1271[44], 1298, 1300, 1303, 1305 f., 1365[15], 1446, 1467, 1520[8], 1560, 1562 f., 1690, 1794, 1807 f., 1863–1865, 1874[10], 1896 f., 1959

– Kanada
S. 125–128, 176, 194[9], 304[7], 538, 540 f., 555, 726[8], 774–776, 815 f., 819, 1297, 1299 f., 1303, 1305–1307, 1448, 1467, 1560, 1690 f., 1810, 1865, 1896–1898

– Luftverteidigung
Dok. 375 und S. 323 f., 619–622, 770 f., 1132, 1137 f., 1808

– Luxemburg
S. 539, 726[8], 774, 814, 1305, 1307, 1446, 1448, 1800 f., 1810, 1864, 1876, 1896 f.

– Militärausschuß (Military Committee, MC)
S. 87[11], 146 f., 148[16], 150[23], 151[27], 491 f., 494, 616, 794, 796[12], 834, 1806

– NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

– Niederlande
S. 14[38], 110[17], 126 f., 129, 194[9], 227 f., 230, 304[7], 328[6], 332, 360, 538–540, 726[8], 735, 739, 771, 773, 794, 816, 818 f., 822[6], 825, 836, 1128, 1297–1300, 1305–1307, 1320[27], 1446, 1448, 1467, 1690, 1801 f., 1809 f., 1863 f., 1876, 1897 f., 1959

– Norwegen
S. 125–128, 194[9], 304[7], 360, 491[5], 538–541, 726[8], 735, 767–769, 772–774, 818, 933, 1300, 1303, 1305, 1307, 1446, 1561 f., 1690, 1801 f., 1809, 1864 f., 1896 f., 1959

– Nukleare Planungsgruppe (NPG)
S. 328–332, 472, 614[4], 616, 733, 736, 738 f., 932 f., 936[22], 1223 f., 1226, 1304–1308, 1559–1564, 1638 f., 1780 f.

– Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 438[14], 1874[11]

– Portugal
S. 126–129, 539, 546, 726[8], 777, 940[15], 1297, 1305, 1307, 1809, 1876

– SACEUR
S. 229–331, 737–739, 793 f., 1198, 1291, 1561, 1637–1639, 1675 f., 1780[6], 1783, 1807, 1877

– SHAPE
S. 736, 1676, 1780–1783

– Spanien
Dok. 116 und S. 14[38], 126–129, 279–281, 289[33], 296 f., 300, 304[7], 322 f., 326, 354, 443, 486, 539, 545 f., 549, 601, 766[2], 767, 770 f., 814 f., 818, 822 f., 1299, 1304 f., 1308, 1553, 1562, 1708, 1809, 1876, 1959

– Special Consultative Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Ständiger Rat
S. 41[5], 110 f., 128 f., 180, 194, 229, 304[7], 328[6], 356, 554, 559[23], 617[11], 737, 770, 815, 820, 822, 823[15], 1142[8], 1271[44], 1452, 1454, 1511[7], 1581, 1656, 1780[6], 1789[6], 1796, 1874[10], 1876

– Strategie/Strategiedebatte
S. 85–88, 115, 118, 151[27], 180 f., 302–304, 355 f., 442, 526 f., 623, 631, 725 f., 737, 774, 775[11], 820, 822, 931–933, 1127, 1224, 1292, 1294[12+13], 1306–1308, 1318, 1533, 1561, 1646, 1651 f., 1656, 1682 f., 1689 f., 1723 f., 1728–1730, 1733, 1780–1783, 1794, 1801 f., 1804, 1827, 1854, 1941

– Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Türkei
S. 323[31], 352, 353[26], 491[5], 496, 540, 601, 726[8], 739, 766[2], 768, 777, 820, 945, 1256[6], 1299, 1301, 1303, 1305, 1307, 1433, 1562 f., 1638 f., 1810, 1820, 1863, 1865, 1876, 1897, 1899

– USA
Dok. 277 und S. 62[9], 85, 118, 126–128, 147 f., 176–178, 180 f., 194–204, 227–230, 271, 303, 304[7], 323[31], 350 f., 353–356, 360 f., 364, 472, 491–497, 538–541, 551, 553–556, 559[23], 614[4], 616[8], 640, 698, 724–726, 730–737, 768, 770–772, 793–796, 803, 811 f., 814, 816, 818–821, 823–825, 832 f., 836 f., 934–936, 957–968, 1020, 1080, 1124–1126, 1128–1130, 1138, 1142[8], 1146[6], 1167, 1198, 1225, 1227, 1271[44], 1275–1277, 1285, 1286[2], 1287, 1290, 1292, 1297–1303, 1305, 1307 f., 1320[27], 1321, 1324–1326, 1365[15], 1436[13], 1452–1454, 1456, 1459 f., 1463–1469, 1475, 1483, 1486, 1506, 1518–1520, 1559–1565, 1572, 1574, 1650, 1654, 1656, 1675–1680, 1688–1691, 1723 f., 1731–1733, 1780 f., 1790, 1792, 1794 f., 1797, 1801–1806, 1828 f., 1833, 1854, 1859 f., 1863 f., 1874[11], 1876, 1893–1895, 1898 f., 1927, 1944, 1959–1961

– Verteidigungserhebungsausschuß (Defence Review Committee, DRC)
S. 147, 616

– Vorläufige Politische Richtlinien für den defensiven taktischen Ersteinsatz von Nuklearwaffen (Provisional Political Guidelines, PPG)
S. 1224, 1306

– Warschauer Pakt
Dok. 361 und S. 83, 218, 500, 599, 601, 619, 768[15], 774, 960, 1083, 1093, 1614, 1629, 1636, 1781–1783, 1832, 1861, 1864, 1897

– WEU
S. 1693, 1800–1802

NATO-Doppelbeschluß
S. 197 f., 200, 204[22], 328–330, 332, 616, 740, 932, 934 f., 1118, 1157, 1183 f., 1508, 1539, 1569, 1573, 1726, 1782, 1809, 1815, 1828, 1830, 1861, 1863, 1907[4]

– Amerikanische Mittelstreckensysteme („Nachrüstung“)
S. 6, 93, 229 f., 278, 288, 317, 319, 363 f., 602, 737 f., 912, 961[9], 1097, 1152, 1161, 1289–1295, 1524

– Belgien
S. 737 f., 743, 1284, 1289–1292, 1294 f., 1343, 1421

– Bundesrepublik Deutschland
S. 178, 317, 363 f., 505, 737 f., 742, 817, 1085, 1093, 1097, 1152, 1239, 1284, 1289–1292, 1294 f., 1343, 1421 f., 1445, 1497, 1524, 1896

– Dislozierung sowjetischer Nuklearsysteme in der DDR und der ČSSR („Gegendislozierung“)
S. 216, 602, 911 f., 1807

– Frankreich
S. 1652

– Großbritannien
S. 737 f., 1284, 1289–1292, 1294 f., 1343, 1421

– INF-Verhandlungen (bis 24.11.1983)
S. 313, 476, 502, 505, 1283 f., 1871

– Italien
S. 737, 1284, 1289–1292, 1294 f., 1343, 1421, 1563

– Niederlande
S. 737 f., 1284, 1289–1292, 1294 f., 1343, 1421
– Norwegen
S. 768
– Sowjetische Mittelstreckensysteme
S. 99, 118, 178, 229, 288, 319 f., 363 f., 502, 1097, 1292
– Special Consultative Group (SCG)
Dok. 38, 293 und S. 110, 178, 194, 197 f., 204[22], 1184, 1285, 1290, 1300, 1302 f., 1511[7], 1561, 1780[6], 1781[9], 1896, 1927
– UdSSR
S. 109, 229, 317, 319, 476, 1090, 1093, 1097, 1294[12+13], 1871

Nepal
Dok. 294 und S. 25[12], 26

Neuseeland
siehe außerdem:
Abrüstung, VN

Dok. 160 und S. 487, 923, 991 f., 994, 1147, 1258, 1842, 1844, 1882 f., 1892 f.

Nicaragua
siehe außerdem:
Frankreich, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, VN

S. 208[13], 390, 505, 802, 1015[27], 1405[10], 1702, 1704
– Bundesrepublik Deutschland
S. 836[16], 838, 864 f.
– UdSSR
S. 1979
– USA
S. 473, 695 f., 838, 864, 866, 1079, 1346, 1702, 1756–1758

Niederlande
siehe außerdem:
Abrüstung, Berlin, Chemische Waffen, EG, EPZ, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, SDI, Terrorismus, VN, WEU

S. 13[33], 15[40], 57[10], 244, 275[7], 543, 648, 670[15], 742–744, 797[4], 1222[31], 1961
– Bundesrepublik Deutschland
S. 14[39], 15[40], 61, 343[28], 344, 439, 745[18], 746[21], 1220, 1395
– Österreich
S. 862
– Polen
S. 613
– UdSSR
S. 711[5], 816, 1869
– USA
S. 62[9], 228, 737, 816, 1228, 1504[8]

Niger
S. 244, 261[11]

Nigeria
siehe außerdem:
Nord-Süd-Dialog

Dok. 257 und S. 1172, 1405[10], 1585, 1620, 1913[5]

Nordatlantische Versammlung
S. 794, 1308

Nord-Süd-Dialog
S. 101, 1411, 1606
– Bangladesch
S. 31 f., 435
– Brasilien
S. 130, 131[7], 133
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 76 und S. 31 f., 105, 130–145, 209, 341 f., 380–382, 562[15], 694, 800 f., 842, 846, 883, 989
– Cartagena-Gruppe (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Mexiko, Peru, Uruguay, Venezuela)
S. 131, 133, 144
– EG/EPZ
S. 143, 145, 341, 382, 693, 842, 883
– Frankreich
S. 32[37], 131, 141, 341 f., 435, 693
– Großbritannien
S. 32[37], 131, 141, 693 f.
– IDA (International Development Association)
S. 31, 32[37], 132, 135[17], 140, 210, 341[15], 719, 747, 844, 1430, 1432, 1913
– IFAD (International Fund for Agricultural Development)
S. 718[18], 845
– Indien
S. 140 f., 209 f., 694
– Italien
S. 693

– Japan
S. 32[37], 131, 141, 694
– Jugoslawien
S. 32
– Kanada
S. 694, 842, 845 f.
– Kolumbien
S. 131[7]
– Kuba
S. 133
– Mexiko
S. 32, 131[7], 209, 847
– neue Weltwirtschaftsordnung
S. 500, 586, 589[17]
– Niederlande
S. 135
– Nigeria
S. 130, 133 f., 1914
– Österreich
S. 32, 209
– Peru
S. 130, 131[7], 133, 1914
– Polen
S. 500
– Rumänien
S. 586, 589[17]
– Senegal
S. 800 f., 847
– USA
S. 31[36], 96[7], 130–132, 134 f., 137 f., 140–143, 145, 341 f., 434[9], 562[15], 693 f., 747, 801, 842, 846, 1916
– Verschuldungsproblematik
Dok. 22, 367 und S. 96 f., 103 f., 209 f., 381, 431–433, 694, 800 f., 843–845, 1381[14], 1701
– VN
S. 135, 341, 693, 841–847
– Volksrepublik China
S. 140 f., 694

Norwegen
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, KVAE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, VN
S. 13[33], 21[12], 57[10], 630[45], 766, 768 f., 797[4], 856[6], 857, 1802, 1869
– EG/EPZ
S. 1772, 1801
– WEU
S. 675, 1801

OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)
siehe: OAU

OAS (Organization of American States)
S. 134[15]

OAU (Organization of African Unity)
S. 414, 418, 842, 1923

OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)
S. 60[20], 62[9], 105[32], 132, 412[15], 556, 662, 719, 797 f., 856, 874[2], 1182[22+23], 1848, 1913, 1916

OECS (Organization of Eastern Caribbean States)
S. 965[21]

OIC (Organization of Islamic Conference)
S. 24, 28 f., 67, 478, 504, 1721

Olympische Spiele
– Sommerspiele vom 26.8. bis 11.9.1972 in München
S. 69, 533 f., 556, 637
– Sommerspiele vom 19.7. bis 3.8.1980 in Moskau
S. 1647
– Sommerspiele vom 17.9. bis 2.10.1988 in Seoul
S. 686, 716, 854, 1891
– Sommerspiele vom 25.7. bis 9.8.1992 in Barcelona
S. 1709

OMVS (Organisation pour la mise en valeur du fleuve Sénégal)
S. 414[7]

Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft
S. 371[7], 1753

Österreich
siehe außerdem:
Bulgarien, ČSSR, DDR, Frankreich, Griechenland, Indien, Israel, Italien, Jugoslawien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Libyen, Nahost-Konflikt, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Terrorismus, VN
Dok. 166 und S. 13[33], 280, 742, 856[6], 918, 1099, 1173, 1970

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 78, 226 und S. 32, 439, 863
– EG/EPZ
S. 441, 445 f.
– Rumänien
S. 443
– Südafrika
S. 1210 f.
– Ungarn
S. 443 f., 1208
– UdSSR
S. 444, 446, 701, 711[5], 862 f.
– USA
S. 862, 1210

Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
S. 208, 428, 624 f., 627, 1299, 1745, 1952 f., 1955
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1554 f., 1880, 1885
– COCOM
S. 169, 190[9], 283, 404[15], 428, 444, 581[9], 1103, 1335, 1554[18], 1555, 1744–1747, 1953
– Jugoslawien: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 74 f., 78, 1581 f.
– Polen: Umschuldung/Kreditvergabe
S. 371 f., 513, 515–520, 607 f., 611 f., 1373[12], 1881, 1887 f.
– Rumänien
S. 122–124
– UdSSR
S. 82, 99–101, 177, 422, 427, 702, 1554, 1746 f.
– USA
S. 122–124, 422, 1554 f.

Pakistan
siehe außerdem:
Afghanistan, Großbritannien, Indien, Iran, Menschenrechte, Terrorismus, VN
S. 27, 641[1], 1100[31], 1521, 1523, 1844, 1894
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 194 und S. 597, 643, 1112 f., 1170, 1176, 1217, 1220, 1524
– Türkei
S. 1039, 1430[6]
– UdSSR
S. 1024–1028, 1870 f.
– USA
S. 206, 1524

Panama
S. 208[13], 1344 f., 1676

Papua-Neuguinea
S. 1893

Paraguay
S. 687, 866, 1970

Pariser Club
S. 74[17], 78[24], 133[14], 136, 144, 433, 517, 708[10], 893, 1043[2], 1373[12], 1581, 1905[5], 1906

Peru
siehe außerdem: Nord-Süd-Dialog
S. 135[20], 695[14+15], 1149, 1405, 1406[11], 1620, 1701, 1918

Philippinen
siehe außerdem: Japan
S. 289[33], 415, 717, 849[7], 1147[3], 1605 f., 1842
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 135 und S. 297 f., 1331, 1844
– EG/EPZ
S. 297, 707 f., 1662
– Spanien
S. 297–299
– USA
S. 297 f., 299[12], 686 f., 706

PLO (Palestine Liberation Organization)
siehe außerdem:
Jordanien, Nahost-Konflikt, Terrorismus
S. 84, 728 f., 1979

Polen
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, DDR, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Israel, Italien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, SDI, Warschauer Pakt
S. 98, 216, 244, 661, 732[12], 742, 1118, 1151, 1220, 1277, 1329, 1373, 1424[7]
– EG/EPZ
S. 10 f., 238, 605, 926[9], 1537
– Katholische Kirche
S. 603 f., 609, 924–930, 1015, 1537, 1887
– Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche
S. 10 f., 284, 924, 926–928, 930[16], 1266, 1537

– NATO
S. 238, 607 f.
– Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)
S. 236 f., 927, 1015, 1093[10]
– Schweiz
S. 1648
– Solidarność/Opposition
S. 237, 375[21], 603–614, 627, 924, 928–930, 1015, 1213, 1582 f., 1841, 1887 f.
– UdSSR
S. 215, 371, 608, 610, 612, 925, 927, 929, 1537, 1582, 1648
– Umschuldung/Kreditvergabe
siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen
– USA
S. 10[21], 237, 627, 924, 928, 930[16], 1014, 1266, 1372, 1537, 1582, 1840, 1888 f.
– Volksrepublik China
S. 1327, 1329

Polen–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 40, 66, 91, 93, 115, 177 und S. 10, 285, 301, 349, 441, 525, 628, 810[15], 1015, 1154[2], 1155, 1156[7], 1266, 1329, 1373, 1438, 1583, 1648, 1887 f.
– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 437, 514 f., 526, 613, 807, 1836
– Kulturbeziehungen
S. 513 f., 516–519
– Wirtschaftsbeziehungen
S. 370–372, 377 f., 513, 515–520, 526
– wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 513[4], 515, 520[14]

Portugal
siehe außerdem: Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KSZE, KVAE, Libyen, Namibia-Frage, NATO, SDI, Terrorismus

S. 546 f., 856[6], 857, 1147, 1710
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 100 und S. 1257
– Spanien
S. 1707
– Südafrika
S. 546
– WEU
S. 289[33], 322, 673, 675

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
S. 1154[2], 1486[11], 1530

Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten
– Abrar (Teheran)
S. 1425[2]
– ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst)
S. 661, 1357[7], 1753
– Al Bayader Al Siyasi (Jerusalem)
S. 1547[28]
– Al HaMishmar (Tel Aviv)
S. 1527, 1531
– Amrita Bazar Patrika (Kalkutta)
S. 654
– AP (Associated Press)
S. 530[7]
– ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 508, 1486[11]
– Aviation Week & Space Technology (New York)
S. 241
– BBC (British Broadcasting Corporation)
S. 1743
– Bild (Hamburg)
S. 1751, 1754
– Davar (Tel Aviv)
S. 1530
– Deutsche Welle (Köln)
S. 1102, 1619, 1630
– Deutschlandfunk (Köln)
S. 514[7], 1486[11], 1840[15]
– dpa (Deutsche Presse-Agentur GmbH)
S. 536, 1603[16]
– The Economic Times (Bombay)
S. 654
– Eurovision
S. 1208
– Express (Köln)
S. 838
– Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
S. 330, 906[24]
– Haaretz (Tel Aviv)
S. 1114[4]

– Hessischer Rundfunk
S. 836[18]
– The Independent (London)
S. 1743[14]
– International Herald Tribune (Paris)
S. 1871
– IRNA (Islamic Republic News Agency)
S. 1743[14]
– Izvestija (Moskau)
S. 712[8], 752, 1753
– Jane's Defence Weekly (Coulsdon)
S. 262[12], 1637–1639
– The Jerusalem Post
S. 1116, 1547[28]
– Kayhan (Teheran)
S. 1425[2], 1427[8]
– Kieler Nachrichten
S. 1923[2]
– Kölner Stadtanzeiger
S. 1591
– Ma'ariv (Tel Aviv)
S. 535[5]
– Le Monde (Paris)
S. 1122[4]
– Los Angeles Times
S. 816[15], 1129[15]
– National-Zeitung (München)
S. 1527
– NBC (National Broadcasting Company)
S. 530[7], 1148[5], 1758
– Neue Osnabrücker Zeitung
S. 1945[23]
– Neue Zürcher Zeitung
S. 996
– Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 1178
– Newsweek (New York)
S. 1590–1592, 1599–1603, 1612, 1618 f., 1628–1632, 1686, 1751, 1753[18], 1815
– The New York Times
S. 294, 1095, 1269, 1276, 1662[3]
– Nowosti
S. 1619[38]
– The Observer (London)
S. 816
– Prawda (Moskau)
S. 112[22], 202, 527[25], 557[20], 748, 751, 1101 f., 1133[26], 1349[9], 1582, 1593, 1597, 1619[38], 1686, 1753, 1841, 1927
– Radio Moskau
S. 678, 1150
– Radio Veritas (Quezon City)
S. 706
– Reuters
S. 906[24]
– Saarländischer Rundfunk
S. 1355[9]
– Der Spiegel (Hamburg)
S. 21, 145[34], 276[12], 751, 838, 1473[5]
– The Statesman (Kalkutta)
S. 654
– Stern (Hamburg)
S. 1869[23]
– Süddeutsche Zeitung (München)
S. 1213
– TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 4[7], 5, 202, 222[16], 475, 557[20], 660 f., 663, 711, 713, 752[13], 851[16], 862, 1351[20], 1447[19], 1686 f., 1753 f., 1869[23]
– The Telegraph (Kalkutta)
S. 654
– Time (New York)
S. 1738
– Voice of America
S. 1630
– The Wall Street Journal (New York)
S. 1461
– The Washington Post
S. 757[19], 816[15], 965, 1662[3], 1664, 1666, 1758
– Worldnet Television and Film Service
S. 556[6]
– Die Welt (Berlin (West))
S. 563[5], 1632, 1711
– Xinhua
S. 855[31], 916[4]
– ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 508, 1926
– Die Zeit (Hamburg)
S. 158, 286, 319, 1213, 1596

RAND Corporation
S. 1867, 1932

Raumfahrtpolitik
– Belgien
S. 53[21]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 174 und S. 53 f., 106[35], 153, 344, 528, 576 f., 789 f., 1366 f., 1556–1558, 1609, 1745, 1748
– „Challenger"-Unglück am 28.1.1986
Dok. 24 und S. 790[11], 1316[5], 1366[21]
– ESA (European Space Agency)
S. 53[21], 153[9], 344[29], 528, 576[19], 789[8], 790, 900[4], 901–904, 1334, 1366[21], 1556[5+6], 1558, 1609, 1744 f.
– Frankreich
S. 53 f., 344, 576 f., 903–905, 1556–1558, 1609
– Großbritannien
S. 53[21], 902, 904 f., 908
– Indien
S. 1366[21]
– Italien
S. 53[21], 153[9], 902
– Japan
S. 106[35], 904[19], 1366[21]
– Kanada
S. 1366[21]
– Raumstation „Columbus"
S. 53[21], 153, 528, 576, 790, 901[9], 902–904, 1366[21], 1557[7], 1609, 1745
– Spanien
S. 903[15]
– Trägerrakete „Ariane"
S. 53[21], 152, 901[9], 902–904, 1557, 1609
– USA
S. 152 f., 278, 528, 576[19], 790, 902–905, 1366 f., 1609[12], 1745, 1748
– Weltraumtransporter „Hermes"
Dok. 301 und S. 53, 153, 344, 528, 576 f., 789 f., 900[4], 903 f., 1609

Republik China (Taiwan)
S. 1758, 1942[16]

Republik Korea (Südkorea)
siehe außerdem: Japan, Menschenrechte
S. 28[24], 252, 686, 716, 849[7], 853 f., 856, 916 f., 1676, 1747, 1758, 1842, 1882, 1891 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 106[36], 916
– UdSSR
S. 97, 712, 751, 854[28], 1891
– USA
S. 183, 311, 854, 1229, 1407
– VN
S. 716, 854, 917, 1396
– Volksrepublik China
S. 854, 1882, 1891

RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
siehe außerdem: EG
S. 101, 105[32], 256, 428, 670[15], 1015, 1408, 1747[18], 1851[15], 1885, 1887[39], 1952 f.

Rhodesien
siehe: Simbabwe

Rockefeller Foundation
S. 924, 926–928

Römische Verträge vom 25.3.1957
S. 267, 1036, 1449
– EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957
S. 27
– EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 57[11], 487, 871[35], 946[15], 1258, 1777[24]

Rumänien
siehe außerdem: Abrüstung, Chemische Waffen, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Österreich, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, VN, Warschauer Pakt
S. 216, 856 f., 1676
– EG/EPZ
S. 581[8+9]
– Schweiz
S. 1846
– UdSSR
S. 5, 123[5]
– Ungarn
S. 585
– USA
S. 122–124, 177, 586, 626 f., 1014, 1266, 1888

Rumänien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 112 und S. 122–124, 285, 349, 428[18], 437, 447, 514, 525, 628, 807, 810[15], 1329, 1539
– Ausreise/humanitäre Fragen
Dok. 111 und S. 1836
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 110 und S. 583, 585, 590

Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland
S. 67, 169 f., 172[12], 206, 336–338, 478, 535[5], 536 f., 1111, 1241–1243, 1410–1413, 1429–1432, 1713, 1764–1767, 1923–1926

SAARC (South Asia Association for Regional Cooperation)
S. 25, 27 f., 205 f.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
S. 1567

SALT (Strategic Arms Limitation Talks)
S. 195, 1472, 1477, 1670, 1803

– SALT I (Interimsabkommen vom 26.5. 1972)
S. 804[22], 805, 887, 1323, 1734

– SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
Dok. 157 und S. 121, 178, 202 f., 310, 527, 561, 567, 630, 645–648, 698, 762, 800, 804 f., 815, 817–819, 823, 832 f., 836, 879, 886[10], 887, 958, 961–963, 979, 988[18], 1016 f., 1051, 1061, 1084, 1094 f., 1097 f., 1104, 1166, 1168[23], 1238[10], 1269, 1316, 1323, 1385, 1441, 1453, 1490, 1555[21], 1560, 1579, 1653, 1655, 1683, 1690, 1697[13], 1724, 1734, 1805, 1807–1811, 1817, 1826, 1854, 1869, 1896 f.

Sambia
S. 691[9], 1002[6], 1003, 1004[11], 1211[21], 1257[12], 1331[26], 1366[19], 1621[12], 1889

San Marino
S. 1209[11], 1442

Saudi-Arabien
siehe außerdem:
Ägypten, Großbritannien, Irak, Iran, Italien, Jordanien, Libyen, Terrorismus
S. 26[15], 415, 867, 1147, 1229, 1315, 1820

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 342 und S. 288, 477, 479, 537[12], 545, 593, 1243

– Syrien
S. 174

– Türkei
S. 1430[6]

– USA
S. 174, 1663, 1666

Schweden
siehe außerdem:
Abrüstung, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, VN
Dok. 70, 231 und S. 57[10], 206[9], 441, 630[45], 660 f., 797[4], 856, 863, 1009, 1079, 1209[11], 1219[14], 1222[31], 1273[59], 1970

Schweiz
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, Iran, Italien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Polen, Rumänien
S. 21[10], 687, 856, 1009, 1222[31], 1404 f., 1407 f., 1691, 1757, 1942[16], 1970

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 320, 355 und S. 439

– EG/EPZ
S. 1645 f., 1848[16]

– Südafrika
S. 1847

– UdSSR
S. 863

– USA
S. 1504[8], 1846 f.

– Volksrepublik China
S. 1644

SDI (Strategic Defense Initiative)
S. 732[12], 771, 819, 921 f., 1140 f., 1268[33], 1312, 1605, 1685, 1687, 1697[13], 1753[18], 1897, 1961 f.

– Bulgarien
S. 318

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 41, 65, 72, 84 und S. 3–7, 52 f., 82, 85–88, 97, 102 f., 120, 165 f., 179 f., 192, 202, 278 f., 289[33], 290–293, 302–304, 314, 320–322, 339, 343, 355 f., 450, 453, 498 f., 503–506, 526, 578, 618[5], 619–621, 628, 631 f., 634, 712[8], 761[4], 1095, 1097 f., 1131 f., 1138, 1458, 1481 f., 1499–1501, 1506, 1513–1518, 1533, 1562, 1568, 1671, 1754[24], 1945

– ČSSR
S. 192

– Dänemark
S. 1810

– DDR
S. 1316

– Frankreich
S. 51–53, 88, 110[17], 290–293, 314, 317, 320–322, 339, 343, 355 f., 503, 578, 621, 631, 1050 f., 1122[4], 1131 f., 1499–1501, 1568

– Großbritannien
S. 4–6, 86, 239, 241, 243[17], 320, 355 f., 503, 527, 631–633, 1124, 1562, 1656

– Israel
S. 954

– Italien
S. 4–6, 243[17], 278 f., 289[33], 503, 1467

– Japan
S. 97, 102, 106[36], 243[17], 503

– Kanada
S. 1467

– NATO
Dok. 15, 54 und S. 4, 6 f., 83, 165, 180, 292, 321, 323[31], 355 f., 504, 526, 616[8], 619, 631, 791, 822, 963, 1131[23], 1562, 1730

– Niederlande
S. 503, 1124, 1809

– Norwegen
S. 1562, 1809

– Polen
S. 498 f., 505

– Portugal
S. 1809

– UdSSR
S. 3–7, 82, 91, 94, 107 f., 113 f., 117 f., 121, 165 f., 179, 181, 187 f., 195, 202, 303, 313, 355 f., 450, 455, 472, 503, 619–621, 628, 631 f., 766, 801, 823, 833, 913 f., 976[8], 979, 1050 f., 1076, 1090, 1095, 1097 f., 1131, 1161, 1248, 1326, 1392, 1463, 1464[7], 1466, 1468 f., 1471–1475, 1477–1479, 1481, 1483[7], 1484 f., 1494–1496, 1499 f., 1505–1507, 1513–1518, 1533, 1536[3], 1560, 1574, 1635, 1640[10], 1668–1670, 1673 f., 1681, 1688, 1694, 1803 f., 1807, 1826, 1829, 1855 f., 1867–1869, 1928–1936, 1977

– USA
S. 4, 31, 52, 85–88, 102 f., 106[36], 108, 113 f., 117 f., 120 f., 165 f., 179, 181, 238–243, 278 f., 286, 291, 303, 313, 316–318, 320, 322, 323[31], 355 f., 367–369, 402–406, 442, 450, 455, 469–473, 498, 503, 526 f., 619 f., 623, 631–633, 913 f., 958, 963, 985[9], 986, 1050 f., 1075 f., 1095, 1131 f., 1248, 1325 f., 1447, 1463, 1464[7], 1466, 1468 f., 1472–1482, 1484 f., 1494–1496, 1499 f., 1505–1507, 1513–1518, 1533, 1539, 1555[21], 1560, 1631[13], 1668–1670, 1673 f., 1683, 1689, 1727, 1730, 1805, 1827, 1829, 1831, 1855 f., 1867, 1869, 1928–1936

– Warschauer Pakt
S. 498, 503

– WEU
S. 7, 83, 86, 88, 290–293, 322, 527, 673, 676, 1131 f., 1657, 1695

Senegal
siehe außerdem: Nord-Süd-Dialog, VN
Dok. 74 und S. 25, 244, 800 f., 1971[36]

Sierra Leone
S. 137

Simbabwe
S. 417, 691[9], 1002[6], 1003, 1004[11], 1211[21], 1257[12], 1366[19], 1369, 1620, 1621[12], 1622 f., 1889

Singapur
S. 252, 1411 f., 1604–1606

Somalia
siehe außerdem: Terrorismus
S. 244, 569, 573, 641[1], 1676

SOS-Kinderdorf e.V.
S. 1208

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialistische Internationale
S. 1554

Spanien
siehe außerdem: Berlin, DDR, EG, EPZ, Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, Jordanien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, NATO, Philippinen, Portugal, Raumfahrtpolitik, Terrorismus
S. 14[37], 268[10], 275[7], 1135

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 53, 332 und S. 279 f., 323, 343[28], 354, 596, 614–617, 1534, 1552 f.

– UdSSR
S. 801, 822 f., 1050

– USA
S. 297, 299, 354, 532, 614[3], 616, 801, 840, 1210[16], 1228, 1534, 1552 f., 1708

– WEU
S. 289[33], 322, 673, 675, 1694

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
S. 112[21], 158, 276, 284, 300, 374, 440, 497, 537, 549[13], 550[14], 678[11], 690[8], 728, 742 f., 745, 759, 761, 794, 918, 1154[2], 1176[25], 1212 f., 1492 f., 1540, 1592, 1640, 1737, 1752[11], 1913, 1923, 1965[17]

Sri Lanka
S. 25[12], 26 f., 30, 925[4], 1170

Strahlenschutzkommission
S. 662

Südafrika
siehe außerdem:
Frankreich, Großbritannien, Iran, Italien, Japan, Kanada, Menschenrechte, Namibia-Frage, Österreich, Portugal, Schweiz, VN

Dok. 364 und S. 19–23, 416–419, 717, 856, 1214 f., 1235, 1407 f., 1605 f., 1742

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 173, 192, 369 und S. 22 f., 69, 157 f., 272 f., 283, 416–419, 523, 689 f., 692, 868[24], 1001–1005, 1113, 1210 f., 1216[17], 1232 f., 1279 f., 1331[26], 1353–1355, 1366, 1368–1370, 1545 f., 1548, 1564 f., 1583, 1620–1623, 1661, 1847, 1881, 1890, 1900–1904

– EG/EPZ
S. 22, 417, 690[7], 691, 868 f., 872, 897, 899, 949–951, 964, 998[4], 1001–1004, 1006, 1008, 1211, 1215, 1232 f., 1256–1259, 1279, 1353–1355, 1365 f., 1545, 1583, 1620–1623, 1661, 1774, 1850, 1890, 1904, 1923[2], 1966

– Tunesien
S. 272 f.

– UdSSR
S. 18, 20 f., 157 f., 689, 699, 1113, 1881, 1890, 1979

– USA
S. 23[20], 69, 157 f., 410, 417, 691 f., 868[24], 964, 1001–1006, 1211, 1232 f., 1258, 1259[23], 1279, 1353 f., 1365 f., 1368 f., 1545 f., 1564 f., 1583, 1881, 1889, 1900–1904

Sudan
S. 68[30], 136 f., 563, 692, 1045, 1676

Suriname
S. 1973

Syrien
siehe außerdem:
Ägypten, Berlin, Chemische Waffen, DDR, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kanada, Libanon, Libyen, Nahost-Konflikt, Saudi-Arabien, Terrorismus, VN

S. 24, 28, 535[4], 557, 591, 1229, 1585, 1676, 1971[36]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 126, 333, 343 und S. 33–35, 592 f., 684, 954, 1172, 1217, 1220, 1374[2], 1586–1589, 1707, 1750, 1818[23], 1819, 1899

– EG/EPZ
S. 252, 1588, 1660, 1707, 1713 f., 1717, 1719 f., 1818

– UdSSR
S. 1230[10], 1234, 1707[23], 1712, 1721, 1818 f., 1979

– USA
S. 34, 658, 684, 1234, 1548, 1586–1589, 1649[3], 1712 f., 1769, 1770[8]

Tansania
S. 209, 390, 1045, 1405, 1889

Terrorismus
S. 25, 27, 84, 104, 212[2], 219[7], 248 f., 254, 255[17], 270, 272, 397[17], 466[2], 623 f., 626, 1063[7], 1125, 1209[11], 1268, 1299, 1310, 1606, 1659, 1662[3]

– Ägypten
S. 174, 593[17], 635, 682

– Algerien
S. 649–653

– Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft am 29.3.1986 in Berlin (West)
S. 508 f., 727–729, 1707, 1710–1721, 1768–1770, 1818 f.

– Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ am 5.4.1986 in Berlin (West)
Dok. 92 und S. 521, 523, 529 f., 532, 544, 548, 553, 557, 563, 628[34], 638, 644, 651, 655, 657, 727–729

– Bulgarien
S. 569, 633, 763, 1352

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 113, 121 und S. 13, 36–39, 54 f., 62–71, 169–172, 211, 340[12], 357, 478[5], 480 f., 520–522, 530, 532–534, 535[3], 544 f., 547–549, 553, 555–559, 564, 566, 568–570, 573 f., 633, 636 f., 644 f., 649–653, 655–657, 659, 675, 682–684, 762 f., 817, 1195–1199, 1228–1230, 1261–1263, 1367,

1423, 1548, 1586–1589, 1610, 1615, 1649, 1706 f., 1710–1721, 1749 f., 1768–1770, 1891

– DDR
S. 508[7], 510, 557, 570, 628, 1352, 1720

– EG/EPZ
S. 37–39, 55, 67, 69, 170, 357, 534, 548, 557, 564, 569, 595, 634, 641 f., 644, 649, 655, 658, 673 f., 676, 683 f., 715 f., 815, 873, 1260, 1588[17], 1610, 1649[3], 1660, 1706 f., 1713 f., 1717, 1749 f., 1770, 1773, 1883, 1899, 1972

– Ermordung des Ministerialdirektors Gerold von Braunmühl am 10.10.1986
Dok. 288, 335 und S. 1457, 1535, 1548, 1576

– Frankreich
S. 13, 38, 54 f., 340[12], 356 f., 553, 556, 574, 577, 634, 644 f., 683[10], 716, 1610, 1706, 1899

– Großbritannien
S. 65, 357, 523, 533, 634, 683, 685, 1588[17], 1589, 1899

– Indien
S. 211, 638

– Irak
S. 1375, 1883[26]

– Iran
S. 63, 67, 478[5], 636, 658[14+16], 1020, 1230, 1587, 1664, 1738, 1883[26], 1899

– Israel
S. 535[3], 549

– Italien
S. 13, 37, 39, 64, 574, 635–637, 650, 682 f., 685, 699, 771, 1230, 1548, 1584 f.

– Japan
S. 682, 1589

– Kanada
S. 815

– Kuba
S. 1352

– Libanon
S. 596, 683, 1020

– Libyen
Dok. 7, 12, 97, 140 und S. 13, 28 f., 54, 169–172, 174, 281 f., 480 f., 507–512, 520–523, 529 f., 544 f., 547 f., 551 f., 553–559, 563–566, 568, 573 f., 627[21], 633 f., 636–638, 649, 684 f., 716, 894[5], 1020, 1228–1230, 1352, 1631, 1820, 1883[26], 1899

– NATO
S. 530, 532, 553–556, 960

– Niederlande
S. 685, 816

– Österreich
S. 13, 37, 39, 64, 650, 1230

– Pakistan
S. 643[7], 1351, 1548, 1587

– PLO
S. 173 f., 265, 635, 637

– Portugal
S. 545

– RAF (Rote Armee Fraktion)
569, 1457[5], 1585

– Saudi-Arabien
S. 545, 593, 685

– Somalia
S. 633, 637

– Spanien
S. 533, 553, 1706 f.

– Syrien
Dok. 307 und S. 13[34], 63, 67, 174, 533, 553, 596[35], 627[21], 636, 657–659, 684 f., 728 f., 1020, 1230, 1548, 1610, 1649[3], 1660, 1707, 1710–1721, 1750, 1768–1770, 1818 f., 1883, 1891, 1899

– Tunesien
S. 574

– Türkei
S. 540, 553, 1587, 1899

– UdSSR
S. 317, 480, 508[7], 510, 534, 557 f., 570, 628, 636–638, 699, 857[9], 1230, 1264[6], 1351 f., 1423, 1589, 1615, 1631

– USA
Dok. 87, 224, 237, 321 und S. 36–39, 54, 62–71, 169–172, 357, 507–512, 521[5], 529 f., 532–534, 544 f., 547 f., 551–559, 566, 569 f., 573 f., 633 f., 636 f., 644 f., 649–652, 656, 683, 685, 699, 728 f., 747, 804, 894[5], 1020, 1228–1230, 1264[6], 1351, 1367, 1423, 1535, 1548, 1586–1589, 1663, 1666 f., 1749 f., 1898 f.

– VN
S. 551, 682, 685

– Warschauer Pakt
S. 569, 573, 637, 1423

– WEU
S. 673 f., 676

Thailand
Dok. 269 und S. 717[11], 721, 852, 1604 f.

Togo
S. 137, 1173

TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale)
siehe unter: EG

Tschad
S. 54, 250, 281, 413, 563, 755, 1979

Tschechoslowakei
siehe: ČSSR

Tschernobyl
siehe unter: UdSSR

Tunesien
siehe außerdem:
Israel, Libyen, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Südafrika, Terrorismus

S. 248, 591, 593, 649[4], 1045, 1229

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 48 und S. 84, 264, 282, 596[37]

– EG/EPZ
S. 267–269

Türkei
siehe außerdem:
Bulgarien, Chemische Waffen, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, NATO, Pakistan, Saudi-Arabien, Terrorismus, VN

S. 62[10], 284[8+9], 856[6], 857, 1135, 1215, 1216[17], 1222[30+31], 1432, 1676, 1882, 1937

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 154, 197, 274 und S. 56–61, 352, 437 f., 757, 763, 945 f., 993 f., 1172, 1218, 1299, 1425[1], 1428, 1770–1772, 1920–1922

– EG/EPZ
Dok. 11, 180, 368 und S. 352, 797–799, 872, 1038 f., 1205, 1256, 1429–1431, 1433, 1770–1772

– UdSSR
S. 994, 1563

– USA
S. 62[9], 320, 1039, 1429[5], 1430[6]

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Indien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Libanon, Libyen, MBFR, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Österreich, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Polen, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Schweiz, SDI, Spanien, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, VN, Warschauer Pakt

Dok. 360, 377 und S. 51, 144[33], 330–332, 353 f., 391, 419[25], 445, 466[2], 467[4], 546, 578[31], 625, 691, 701, 852–854, 856 f., 863, 868, 881, 884, 916 f., 964, 966, 1007, 1150 f., 1200, 1216, 1221[26], 1240 f., 1273, 1407 f., 1411, 1583, 1676, 1702, 1746 f., 1787 f., 1842, 1882, 1891 f., 1948, 1954

– „Breschnew-Doktrin“
S. 40[4], 43, 423, 624, 1066[12]

– Dissidenten
Dok. 4 und S. 155, 157–159, 161, 1297[9], 1348, 1388[25], 1684 f., 1687[17], 1856, 1864, 1886, 1949, 1953 f., 1979 f.

– EG/EPZ
S. 81, 99, 185, 258, 452, 664, 676, 701, 713, 751, 860[21], 1093, 1221[26], 1273

– Glasnost/Perestrojka
Dok. 309 und S. 315, 317, 383–386, 571, 629, 711, 750 f., 815, 925, 929, 1051, 1087 f., 1090, 1103, 1202, 1266, 1328, 1537, 1616, 1630, 1974–1976, 1979–1981

– KPdSU/XXVII. Parteitag vom 25.2. bis 6.3.1986 in Moskau
Dok. 68 und S. 111, 164, 167[20], 185, 188 f., 192, 194, 209, 277, 309, 313, 315–317, 334, 351 f., 355, 423, 427, 429, 442, 448, 450–453, 455, 472, 473[14], 474[16], 500, 539, 571, 602[11], 628[32], 629, 678[11], 696, 713, 850, 986[12], 990, 1101, 1112, 1160 f., 1202, 1417, 1536, 1539, 1593–1595, 1597[22], 1975 f., 1979

– NATO
S. 118, 186, 421, 452, 457, 458[8], 549, 574, 619 f., 658, 770 f., 850, 886, 932, 935, 1030, 1090 f., 1123, 1128, 1225, 1275, 1277, 1459, 1690, 1724, 1726, 1732, 1804 f., 1876

– Technologische Entwicklung
S. 100, 167, 177, 352, 385, 422, 526, 571, 697 f., 713 f., 850, 989 f., 1015, 1103, 1152, 1363, 1537

– Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl
Dok. 127, 128, 136, 138, 144 und S. 673, 676, 688, 697 f., 700, 715 f., 720, 730, 735, 742–745, 747, 759 f., 761[4], 762, 764, 767 f., 771, 801, 815, 819, 822, 828, 857, 858[13], 859 f., 870, 917–919, 922, 925, 929, 949[2], 975, 978, 1089, 1103, 1152, 1206[4], 1207[5+7], 1236 f., 1265, 1316[5], 1387, 1391, 1394, 1395[10+11], 1396[12], 1447, 1537, 1578, 1596, 1687[17], 1830, 1853, 1897 f., 1975 f., 1979
– Ungarn
S. 10, 215, 257, 1537 f., 1685
– USA
Dok. 85, 256, 282, 284, 285, 286 und S. 4 f., 9, 16–18, 20 f., 25, 30 f., 45, 46[1], 82, 86 f., 91, 96, 98 f., 101 f., 106–122, 128, 149, 154–167, 176–181, 183–189, 190[10], 191–204, 208, 216, 222, 239, 285 f., 293–296, 304, 309–315, 317, 319, 329, 335[10], 339, 348 f., 351, 354 f., 363, 366, 371, 375 f., 383, 422 f., 427, 429, 450, 453 f., 457 f., 460, 480 f., 501 f., 505, 508[7], 510, 523, 534, 539, 541, 558, 560–562, 570–572, 586, 589, 626–629, 637, 639[2], 640, 647 f., 664, 673, 688, 697–700, 702, 712[8], 713, 716, 723[8], 730 f., 749, 751, 755, 759, 762, 779, 801, 804–806, 812–815, 819 f., 822 f., 851, 860 f., 882, 884–890, 893, 908–914, 921 f., 929, 958–964, 967 f., 970, 976–978, 983–988, 990 f., 1012, 1014–1017, 1025, 1030 f., 1049–1051, 1053, 1064, 1068, 1070–1078, 1080, 1082, 1084 f., 1088, 1090, 1091[5], 1094 f., 1098, 1101, 1103–1105, 1112 f., 1133[27], 1140–1143, 1152, 1157, 1159–1168, 1172[14], 1188, 1190, 1201–1203, 1209, 1230, 1233 f., 1239, 1245, 1248, 1264–1266, 1268–1270, 1281–1285, 1288, 1290, 1297 f., 1300–1303, 1311 f., 1316 f., 1321–1326, 1339, 1357–1360, 1362–1364, 1375, 1384 f., 1387 f., 1392 f., 1400 f., 1414–1417, 1419 f., 1422 f., 1434, 1439 f., 1442–1448, 1454, 1459, 1470 f., 1490, 1505–1509, 1511, 1513–1521, 1532 f., 1536, 1538–1544, 1559–1566, 1569–1579, 1596 f., 1599, 1602 f., 1605, 1607 f., 1613–1615, 1619, 1629, 1633–1636, 1640–1642, 1645 f., 1650–1657, 1659, 1667–1674, 1681–1683, 1688–1695, 1722–1729, 1731, 1733, 1753, 1755, 1781, 1794, 1800–1806, 1808–1811, 1815, 1823, 1825 f., 1829–1834, 1839, 1845, 1853, 1855 f., 1858, 1860, 1864, 1866–1871, 1874, 1894–1899, 1926–1936, 1941, 1975–1978
– Verteidigungspolitik
Dok. 36, 80 und S. 87, 269, 290, 319, 324, 352, 425 f., 686, 688, 770 f., 851, 1025 f., 1555, 1647
– Volksrepublik China
S. 30, 100, 118, 288, 311, 457, 458[8], 476, 526, 571, 686, 696, 702, 850 f., 915 f., 1327 f., 1508, 1554, 1574, 1843, 1870, 1892, 1978
– WEU
S. 673

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 1, 27, 79, 195, 207, 208, 209, 210, 218, 264, 265, 270, 276, 313, 316, 317, 339 und S. 21 f., 82, 89–95, 99–102, 107–110, 113–122, 176–182, 284 f., 311, 316–318, 321, 349, 368, 376, 503, 525 f., 539, 585, 618–622, 647, 660–667, 698, 700–702, 721–723, 745, 748 f., 752, 810[15], 849 f., 882–890, 893, 908–914, 917, 922 f., 925, 929, 938, 941 f., 955, 963, 980–983, 987 f., 1025 f., 1050–1053, 1070, 1072 f., 1139, 1162–1168, 1172, 1190, 1237, 1239 f., 1264–1266, 1312, 1328 f., 1360[17], 1361, 1458, 1471, 1481–1494, 1519, 1536 f., 1539, 1576 f., 1589, 1597, 1637–1639, 1669 f., 1684–1687, 1716, 1839 f., 1856, 1860 f., 1868 f., 1873, 1932
– Agentenaustausch
S. 16–18, 22, 154–161
– Ausreise/humanitäre Fragen
S. 167 f., 436 f., 443 f., 455, 514, 807, 1100, 1105, 1109 f., 1385, 1389, 1418–1420, 1532, 1542, 1598[2], 1615 f., 1629, 1632, 1762, 1836, 1838
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 5, 167, 422[8], 428, 451, 454, 1008, 1091[5], 1103–1105, 1109, 1629, 1632
– Kulturbeziehungen
S. 167, 451, 1059, 1109, 1110[27], 1159, 1612 f., 1617, 1619
– „Newsweek“-Interview von Bundeskanzler Kohl
Dok. 308, 310 und S. 1612, 1618 f., 1628–1632, 1686, 1751, 1753[18], 1754, 1815 f.
– Rechtshilfe
S. 1059, 1109, 1159
– Umweltschutz
S. 1415

– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
Dok. 196, 198, 202, 212 und S. 5, 167, 191[14], 422, 428, 1013, 1031 f., 1089, 1102, 1104, 1106, 1109, 1152, 1158, 1159[13], 1617

Uganda
S. 1973

Umweltbundesamt
S. 1034 f., 1042, 1057, 1120

Umweltpolitik/Umweltschutz
S. 190, 243–246, 350, 428, 1236, 1617, 1843, 1848, 1953, 1955

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
siehe unter: VN

UNDP (United Nations Development Programme)
siehe unter VN

UNEP (United Nations Environment Programme)
siehe unter: VN

UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organization)
siehe unter: VN

UNICEF (United Nations Children's Fund)
siehe unter: VN

Ungarn
siehe außerdem:
Abrüstung, DDR, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Italien, KSZE, KVAE, MBFR, Österreich, Rumänien, UdSSR, Warschauer Pakt

S. 244, 374, 607, 1016, 1152, 1173, 1373, 1539, 1747[17]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 45, 185, 283 und S. 277, 285, 316, 376 f., 444, 514, 917, 981, 989, 1012, 1015 f., 1019, 1208, 1329, 1438, 1486 f., 1492, 1507, 1538

– EG/EPZ
S. 10, 256–258, 1015, 1772 f., 1840, 1852

– USA
S. 122, 177, 626, 978, 1014[23], 1538, 1888

– Volksrepublik China
S. 1329

United Nations Association of the United States of America (UNA-USA)
S. 412, 434[9]

United States Holocaust Memorial Council
S. 305

UNO (United Nations Organization)
siehe: VN

UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
siehe unter: VN

Uruguay
S. 131[7], 280, 695[14+15], 1149, 1406, 1408

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, DDR, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Indien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien Kanada, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, Libanon, Libyen, MBFR, Menschenrechte, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Österreich, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Philippinen, Polen, Raumfahrtpolitik, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Saudi-Arabien, Schweiz, SDI, Spanien, Südafrika, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Ungarn, VN

Dok. 183 und S. 28, 31, 49, 105[32], 144[33], 274, 341, 473, 479, 546, 636, 650–652, 675, 684, 741, 769, 852–854, 856, 866, 884, 929, 1007 f., 1151, 1172[14], 1210[16], 1236, 1241, 1308, 1309[1], 1405, 1407, 1408[13], 1409, 1426, 1525, 1583, 1606, 1702, 1708, 1802, 1953 f.

– EG/EPZ
Dok. 88 und S. 38, 62[9], 81, 220, 226, 357, 407–410, 485–487, 524 f., 543, 549, 551, 562[15], 569, 578[31], 634, 644, 755, 838, 864, 866 f., 871, 872[41], 873, 878 f., 902, 907 f., 951, 959, 1203, 1256–1259, 1275–1277, 1353 f., 1406, 1409, 1731, 1748 f., 1851, 1904, 1942[16], 1944

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 103, 105, 122[4], 146 f., 149 f., 174[7], 178[9], 225[26], 321, 407–410, 412, 419[25], 422, 438[13], 449, 469 f., 473[10+12], 474[15], 485[18+19], 487, 491, 493 f., 549, 566 f., 576[19], 696[17], 757[19], 759, 771, 773, 775, 793 f., 796[12], 804, 809, 813, 818, 834 f.,

839, 840[27], 846, 860, 864[9], 868[24], 871[40], 907[30], 957 f., 965, 988[18], 994 f., 1002 f., 1004[14], 1014[23], 1082, 1232, 1266, 1276, 1296, 1297[9], 1303[16], 1354, 1365, 1392, 1406, 1469, 1479, 1498, 1555[21], 1562, 1653, 1666, 1722 f., 1725–1728, 1731, 1734, 1745, 1749, 1750[31], 1757, 1817 f., 1828[14], 1847, 1861[15], 1869, 1870[30], 1889, 1893, 1984[4], 1942[16], 1943 f., 1977

– Verfahren gegen John Demjanjuk
Dok. 9

– Verteidigungspolitik
Dok. 326 und S. 88, 103, 120, 171, 269, 358–361, 457 f., 466–468, 473 f., 562[15], 566, 757, 770, 791, 811[3], 827, 829, 839 f., 1025, 1411, 1459 f., 1562, 1570, 1647, 1804 f., 1959

– Volksrepublik China
S. 183, 277, 571, 849, 880[6], 1014[23], 1554

– Warschauer Pakt
S. 976

– WEU
S. 1693 f., 1724, 1731

USA–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 18, 20, 28, 30, 31, 33, 101, 104, 105, 107, 108, 120, 123, 162, 171, 214, 219, 230, 259, 271, 296, 297, 298, 299, 300, 303, 334, 357, 373 und S. 3[4], 4–7, 29, 36–39, 46 f., 62–71, 102, 121, 146–151, 163, 165, 219[7], 231[4], 261, 277, 282, 293–296, 309–314, 354, 359–361, 364, 376, 411, 418, 438 f., 480 f., 502 f., 507–512, 520, 527, 532–534, 543 f., 550–552, 563–565, 573, 587 f., 594[25], 595, 630, 633, 637, 649–651, 658, 724–726, 730, 733, 744, 758 f., 794 f., 814, 846, 864[9], 883, 894–896, 935, 955, 957–968, 984–988, 994–996, 1017, 1020, 1050, 1052 f., 1055[4], 1070–1078, 1080, 1081[3], 1082, 1085 f., 1090, 1096 f., 1116, 1124 f., 1151 f., 1161, 1172[14], 1184–1186, 1192[15], 1200, 1203, 1210[16], 1239, 1269[40], 1272[50], 1273, 1282, 1286–1288, 1296–1298, 1312, 1314, 1322, 1326, 1344, 1374 f., 1386, 1414 f., 1438, 1442[3], 1445, 1452–1455, 1476, 1481 f., 1487, 1491–1498, 1502–1504, 1507, 1510 f., 1513, 1517, 1519, 1521, 1569–1576, 1578, 1586–1589, 1599, 1601, 1607 f., 1655 f., 1662[4], 1663, 1671, 1674–1680, 1698–1701, 1708, 1719, 1807, 1859 f., 1901, 1928, 1933, 1970–1972

– Agentenaustausch mit Warschauer-Pakt-Staaten
Dok. 25, 26 und S. 16–18

– Beziehungen zu jüdischen Organisationen
Dok. 55 und S. 1377

– Kooperation in Rüstungs-, Sicherheits- und Verteidigungsfragen
S. 51–53, 88, 343[28], 491–497, 552, 1195–1199, 1261–1263, 1459, 1649, 1675–1680, 1725, 1732, 1936–1938, 1961–1963

– wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
Dok. 338 und S. 53, 243, 320 f., 339, 343, 367–369, 402–406, 450, 469–471, 498, 505 f., 526, 628, 634, 831, 1366 f., 1395, 1942 f.

VAE (Vereinigte Arabische Emirate)
S. 26[15], 174, 289, 596[37]

Vanuatu
S. 1893

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

VCI (Verband der Chemischen Industrie)
S. 35, 1699

Venezuela
S. 131[7], 694, 1149, 1344 f.

Vereinigte Arabische Emirate
siehe: VAE

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
siehe: Großbritannien

Vereinte Nationen
siehe: VN

VfL Bochum (Verein für Leibesübungen Bochum 1848 Fußballgemeinschaft e.V.)
S. 79

Vierer-Außenministertreffen
Dok. 155, 260, 353, 354 und S. 351, 820[38], 824[17], 1511, 1651, 1724 f., 1731 f., 1793, 1881 f., 1891, 1929–1936, 1939 f.

Vierer-Direktorentreffen
Dok. 62, 118, 191, 193, 238, 239, 306, 362 und S. 40–45, 88, 430, 834 f.

Vierergruppe
siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam
S. 390, 636, 686, 717[11], 777[18], 828, 849[7], 851–853, 1328, 1411 f., 1870[28], 1894, 1978

VN (Vereinte Nationen)
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EPZ, Menschenrechte, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Republik Korea (Südkorea), Terrorismus
S. 281, 388, 479, 638, 716, 852[22], 854, 917, 971[8], 1066[12], 1266, 1357, 1412

– Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948
S. 1964
– Afghanistan
S. 455, 687, 717, 921, 990–992, 1024–1026, 1949, 1978
– Argentinien
S. 1151, 1331[26], 1396
– Australien
S. 831[13]
– Bangladesch
S. 29
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 188 und S. 84, 143, 271, 407–411, 418, 658, 842, 844[10+12], 846, 883, 1026, 1331, 1355, 1360, 1384, 1394 f., 1441, 1621 f., 1660, 1882, 1892, 1923, 1967, 1969 f.
– Charta vom 26.6.1945
S. 42, 214, 409, 467, 551, 559, 589, 593[17], 995, 1578, 1616, 1967
– Chile
S. 1398
– Conference on Disarmament (CD)
siehe unter: Abrüstung
– Dänemark
S. 845, 1397
– DDR
S. 1360, 1398
– Dekolonialisierungsausschuß
S. 831[13], 1882[23]
– ECE (Economic Commission for Europe)
S. 244, 428, 624, 1885, 1955[25]
– ECOSOC (Economic and Social Council)
S. 135 f.
– FAO (Food and Agriculture Organization)
S. 246
– Finnland
S. 1397
– Frankreich
S. 135[20], 288, 354[38], 412, 453[20], 923, 939[11], 991–993, 1882[23]
– GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)
S. 105, 144, 210[21], 482[4], 483–487, 548, 694, 719, 844, 871[40], 907, 1202–1204, 1239, 1256[3], 1404–1409, 1606, 1744, 1749
– Generalversammlung
S. 29, 84[25], 97, 135 f., 205, 207, 220[9], 223 f., 288[27], 362, 453[20], 551, 590[19], 682, 761, 820, 831[13], 845, 991[11], 994[25], 995[27+28], 998[4], 1012, 1156[7], 1227, 1247, 1253[2], 1259, 1329 f., 1331[26], 1360, 1368, 1441, 1660[13], 1882[23], 1965[15], 1969, 1971
– Griechenland
S. 992 f.
– Großbritannien
S. 412, 874[2], 994, 995[30], 1354[8], 1396[13], 1589, 1882[23]
– IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)
S. 259 f., 661–663, 711, 720, 722, 723[8], 745, 759[30], 760, 856–859, 860[20], 861, 917[11+13], 1089, 1103, 1108, 1158[11], 1237, 1394–1398, 1687[17]
– ICAO (International Civil Aviation Organization)
S. 683 f., 1589
– IGH (Internationaler Gerichtshof)
S. 268[10], 468, 866 f., 1078 f., 1346[18]
– Indien
S. 206, 1396
– Island
S. 1397
– Israel
S. 29, 220[9], 223 f., 254[14], 557, 1398
– Italien
S. 1331[26], 1396
– IWF (Internationaler Währungsfonds)
S. 32, 74[17], 75, 78, 130, 133–135, 138 f., 140–142, 144, 341 f., 687, 693, 706, 708[10], 718 f., 844, 1043[2], 1044–1046, 1048, 1381, 1582, 1887, 1889, 1905 f., 1911 f.
– Japan
S. 412, 1331[26], 1396
– Kanada
S. 842, 845 f., 1396

– Libyen
S. 467
– Luxemburg
S. 1396 f.
– Menschenrechtskommission (MRK)
S. 1948[9], 1967, 1969, 1971
– Mexiko
S. 847, 1396 f.
– Neuseeland
S. 831[13], 923, 991 f.
– Nicaragua
S. 866 f.
– Niederlande
S. 409[10], 845, 1397
– Norwegen
S. 412, 1397
– Österreich
S. 994[23], 1394, 1397 f.
– Pakistan
S. 206, 991, 992[15], 1024 f., 1396 f., 1978
– Rumänien
S. 1330[21]
– Schweden
S. 391, 1397
– Senegal
S. 418, 847
– Sicherheitsrat
S. 173, 220[9], 223 f., 226, 247 f., 254[14], 265 f., 271, 353[27], 450, 468, 522, 551, 773[5], 874[2], 956, 994[23], 1048, 1052, 1079[3], 1111, 1230, 1278–1280, 1311, 1331, 1351, 1354[8], 1547, 1621, 1622[16], 1706, 1904 f., 1923, 1925
– Südafrika
S. 419, 1396, 1398, 1620–1623, 1923, 1925
– Syrien
S. 271[20]
– Türkei
S. 992 f.
– UdSSR
S. 20, 91[8], 407 f., 410, 458, 473, 505, 844[10], 921, 991, 994[23], 1024 f., 1151, 1230, 1351, 1358 f., 1385, 1387, 1392, 1394, 1396, 1578, 1595, 1837, 1980
– UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
S. 142 f., 845
– UNDP (United Nations Development Programme)
S. 718[18]
– UNEP (United Nations Environment Programme)
S. 1955[25]
– UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
S. 995 f., 1256, 1577, 1749, 1955[25], 1967
– UNFICYP (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus)
S. 994[22+23]
– UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees)
S. 1024[6], 1175
– UNICEF (United Nations Children's Fund)
S. 413
– UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon)
S. 1256
– UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
S. 1218[11]
– USA
Dok. 73 und S. 91[8], 226, 271, 468, 551, 559, 777[18], 842, 844[10+12], 846, 866 f., 961, 991, 994–996, 1230, 1354, 1394, 1396 f., 1422, 1475, 1479, 1749, 1882[23], 1971
– Volksrepublik China
S. 1329 f.
– Weltbank
S. 31[36], 32, 130[5], 132 f., 135, 140 f., 144, 341 f., 687, 693, 718[18], 719[19], 1046, 1381, 1522[9], 1912 f.
– WHO (World Health Organization)
S. 861
– WIPO (World Intellectual Property Organization)
S. 1407

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK)
S. 649, 764

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Abrüstung, Afghanistan, DDR, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, Nord-Süd-Dialog, Polen, Republik Korea (Südkorea), Schweiz, UdSSR, Ungarn, USA, VN
S. 208, 857, 929, 1007, 1521, 1523, 1525, 1776, 1894

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 64, 164, 169, 251 und S. 30, 915–917, 1154, 1395, 1526, 1716
– EG/EPZ
S. 849, 881
– Tibet-Frage
S. 1523, 1525
– Verteidigungspolitik
S. 829

Warschauer Pakt
siehe außerdem:
Abrüstung, Chemische Waffen, EPZ, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Konventionelle Rüstungskontrolle, KSZE, KVAE, MBFR, Menschenrechte, NATO, SDI, Terrorismus, USA
S. 114, 117[11], 177, 190, 192, 208, 283–285, 316, 319, 329 f., 353[26], 360, 377, 388, 390, 450, 457, 597, 618[5], 647, 696, 698, 701, 713[11], 765, 816, 823, 882, 979, 1013, 1015, 1101, 1117 f., 1120, 1127, 1146[6], 1179, 1185 f., 1208, 1213, 1241, 1265, 1470, 1487 f., 1491 f., 1494, 1497, 1507, 1512, 1540[20], 1578, 1580, 1637[4], 1677, 1693, 1725, 1731[35], 1747[18], 1753[18], 1805, 1807, 1830, 1838 f., 1896, 1899, 1948, 1960
– Bulgarien
S. 361[13], 1816[13], 1872, 1875 f.
– DDR
S. 215–218, 301, 1876 f.
– Polen
S. 361[13], 498 f., 607, 1876, 1888[41]
– Rumänien
S. 585, 587, 1874
– UdSSR
S. 215–218, 571, 585, 1135, 1873 f., 1877
– Ungarn
S. 256 f., 361[13], 444[25], 1538, 1873, 1876 f.

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
siehe unter: VN

Weltwirtschaftsgipfel
S. 356, 357[45], 534, 574, 1313, 1332[4], 1333, 1550, 1843, 1904
– Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 104, 683
– Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30.5.1983 in Williamsburg
S. 716
– Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9.6.1984 in London
S. 55, 74[17], 104, 684
– Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4.5.1985 in Bonn
S. 74[17], 104, 140, 543, 718
– Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.5.1986 in Tokio
Dok. 137 und S. 96 f., 100, 103–105, 132, 136, 274, 341, 483[11], 522, 525, 543, 548 f., 556, 562[15], 569, 577, 578[31], 592 f., 630, 633 f., 644, 647, 649[4], 655, 659, 682–701, 741, 747, 765, 804, 815, 834[3], 864, 873, 953, 996, 1021, 1028, 1181, 1197, 1535, 1589
– Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10.6. 1987 in Venedig
S. 720, 1021, 1181, 1274, 1533

Westsahara-Konflikt
S. 267 f.

WEU (Westeuropäische Union)
siehe außerdem:
Abrüstung, EPZ, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Konventionelle Rüstungskontrolle, NATO, Norwegen, Portugal, SDI, Spanien, Terrorismus, UdSSR, USA
S. 83, 288, 672–676, 769, 879, 967, 1129, 1512 f., 1650 f., 1655–1657, 1659, 1692–1698, 1707, 1724, 1728, 1733, 1826
– Belgien
S. 959
– Bundesrepublik Deutschland
S. 88, 290–293, 315, 317, 322, 421, 673–675, 959, 1124 f., 1131 f., 1246[9], 1461, 1693 f., 1725
– Dänemark
S. 1801
– Frankreich
S. 88, 290–293, 315, 322, 674, 959, 1124 f., 1131 f., 1462, 1692, 1694–1697, 1800–1802, 1808, 1817
– Großbritannien
S. 86, 322, 959, 1132, 1462, 1693–1697
– Italien
S. 673 f., 676, 1131[23], 1693, 1695, 1800[7]
– Luxemburg
S. 1692–1697, 1800 f.
– Niederlande
S. 674, 1131[23], 1124, 1695
– Parlamentarische Versammlung
S. 674, 676, 959[5], 1695–1698, 1800, 1808

– Tagungen des WEU-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

WHO (World Health Organization)
siehe unter: VN

WIPO (World Intellectual Property Organization)
siehe unter: VN

Wirtschaftsunternehmen
– AEG AG
S. 323[32], 336, 1716, 1960
– Aeritalia Società
S. 275[10]
– Aeroflot
S. 667, 1100, 1105, 1110, 1596
– Aérospatiale SNI
S. 274[6]
– Agusta (Società Costruzioni Aeronautiche Giovanni Agusta)
S. 274[6+7]
– Air France
S. 298[11], 1022[56]
– Airbus Industrie
S. 48f., 54, 275, 342, 346, 575, 577, 704f., 789f., 907f., 1557, 1703, 1709, 1744, 1748, 1943
– Alitalia (Linee Aeree Italiane SpA)
S. 275
– ALPINE AG
S. 667[4]
– ANA (All Nippon Airways)
S. 49[7]
– AT&T (American Telephone and Telegraph Company)
S. 1745[10], 1746, 1943
– Atomic Energy Organization of Iran (AEOI)
S. 231[3], 232–235, 259f., 262
– Austria Airlines
S. 667[4]
– Bayer AG
S. 72
– Bayerische Landesbank Girozentrale
S. 1916
– BISON Werke
S. 664, 667[4]
– Blohm+Voss AG
S. 1765
– Boeing (The Boeing Company)
S. 49[7], 70, 704, 907, 1748
– British Aerospace Public Limited Company
S. 274[6]
– British Airways
S. 1005
– British Caledonian Airways
S. 1230[14], 1231
– Bühler-MIAG GmbH
S. 511
– CASA (Construcciones Aeronáuticas S.A.)
S. 274[7], 1703[7]
– CGCT (Compagnie Générale de Construction Téléphonique)
S. 1744–1746
– CGE (Compagnie Générale d'Electricité)
S. 1745[10]
– Channel Tunnel Group/France-Manche
S. 80[6]
– Ciba-Geigy AG
S. 1848[14]
– C. Itoh & Co., Ltd.
S. 1716[25]
– Cobra AW (London)
S. 1231[15]
– Cogema (Compagnie Générale des Matières Nucléaires)
S. 760[32]
– Cray Inc.
S. 1744, 1747
– Daimler-Benz AG
S. 276[14], 1557, 1777
– Demag (Deutsche Maschinenbau-Aktiengesellschaft bzw. Mannesmann-Demag AG)
S. 1747
– DEMINEX
S. 1714
– Deutsche Airbus GmbH
S. 1943
– Deutsche Bank AG
S. 131[9], 379[26], 1314[16], 1702[6], 1911
– Diehl GmbH & Co.
S. 1242
– Dornier GmbH
S. 54, 1242, 1557
– DVT
S. 511
– Dyckerhoff & Widmann AG (DYWIDAG)
S. 1717

– EdF (Électricité de France S.A.)
S. 344[30], 760[34]
– El Al
S. 13[34], 1586[9]
– ELF
S. 896
– ENEL (Ente nazionale per l'energia elettrica)
S. 344[30]
– Ericsson (Telefonaktiebolaget L.M. Ericsson)
S. 1745[10]
– Erste Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft
S. 446
– Eurodif (European Gaseous Diffusion Uranium Enrichment Consortium)
S. 261
– Fiat S.p.A.
S. 274[6+7]
– Flughafen Frankfurt/Main AG
S. 1230[14]
– Fokker
S. 274[7]
– Fried. Krupp AG
S. 511, 742
– GE (General Electric Company)
S. 274[6], 908[31], 1716[25]
– General Motors
S. 1545
– Gerrit van Delden
S. 33, 35
– Hapag-Lloyd AG
S. 670[15]
– HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft AG)
S. 536[10], 1765, 1923–1926
– Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft
S. 38, 62[10], 70, 136, 169 f., 172[12], 233, 371, 511 f., 515–517, 520, 580, 611, 1429[5], 1913, 1916
– Hindustan Aeoronautics Limited
S. 668
– Hitachi Ltd. Corporation
S. 1716[25]
– Honeywell
S. 1545
– IBM (International Business Machines Corporation)
S. 1545, 1943
– IMACO
S. 1374[2]
– Ingenieurkontor Lübeck – Prof. Gabler Nachf. GmbH
S. 1923–1926
– Interflug Gesellschaft für internationalen Flugverkehr mit beschränkter Haftung
S. 1022[56], 1171 f., 1218[13]
– ITT (International Telephone and Telegraph Corporation)
S. 1745[10], 1746
– Kairo Amman Bank
S. 1547
– KAL (Korean Airlines)
S. 97, 712, 751
– Karl Kolb GmbH & Co. KG
S. 1374 f., 1700
– KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)
S. 139, 414[7], 1356[15], 1522[9], 1713
– Kockums AB
S. 536[10]
– Krauss-Maffei AG
S. 1430[6], 1765 f.
– KWU (Kraftwerk Union AG)
S. 231[3+4], 232–236, 258–263
– Lenin-Werft, Danzig (Stocznia Gdańska im. Lenina)
S. 612
– Libyan Arab Airlines
S. 66[22], 1228–1230
– Lufthansa (Deutsche Lufthansa AG, LH)
S. 66[22], 70, 275, 511, 569[6], 573[5], 575[15], 633[53], 637[12], 704, 1022[56], 1171, 1230, 1388[25], 1717[28], 1750
– MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG)
S. 206[8], 798
– Matra (Mécanique Aviation Traction)
S. 323[32], 1960
– MBB
S. 1960
– McDonnell Douglas
S. 48[5], 1703[7], 1748
– Merck Finck & Co.
S. 1764[2]

– Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB)
S. 54, 274[6], 323[32], 904[19], 1242, 1557 f., 1764[2], 1765
– Mercedes
siehe: Daimler-Benz AG
– Merex
S. 206[8]
– MORI (Market & Opinion Research International)
S. 875
– MTU (Motoren- und Turbinen-Union GmbH)
S. 908
– Occidental Petroleum Corporation
S. 38
– PanAm
S. 1260, 1351[20]
– Philips (N.V. Philips Gloeilampenfabriken)
S. 1745[10], 1746[12]
– Pratt & Whitney
S. 908
– Rafidain Bank
S. 894
– Raytheon Company
S. 323[32], 1957–1959, 1961
– Renault (Régie Nationale des Usines Renault)
S. 1706
– Rheinmetall AG
S. 1242
– Riedel-de Haën Aktiengesellschaft
S. 33, 35
– Rolls-Royce plc
S. 908
– RWE
S. 344[30]
– Sandoz AG
S. 1848 f.
– Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH (SBK)
S. 344[30], 744[16], 745[18]
– Schott Glaswerke
S. 1374[2]
– SEAT (Sociedad Española de Automóviles de Turismo)
S. 1705
– SEL (Standard Elektrik Lorenz AG)
S. 1745[10], 1746
– Service Airlines (Hongkong)
S. 1231[15]
– Siedler Verlag
S. 1529
– Siemens AG
S. 17[5], 233, 323[32], 511, 1521[3], 1744–1746, 1747[17], 1943, 1960
– Sikorsky Aircraft Corporation
S. 274[6+7], 327
– SNIAS (Société Nationale Industrielle Aérospatiale)
S. 323[32], 1960
– Swissair
S. 575[15]
– Syrian Air (Syrian Arab Airlines)
S. 1660[11], 1712[14], 1713, 1715, 1717[28]
– Thomson-CSF
S. 323[32], 1960
– Thyssen Handelsunion AG
S. 536[10], 1765
– Total-CFP
S. 896
– Turkish Airlines
S. 1218[13]
– TWA (Trans World Airlines)
S. 13[34], 508, 530[7]
– Uhde GmbH
S. 511, 664 f., 667
– United Technologies Corporation
S. 274[6]
– VOEST (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke)
S. 667[4]
– Volkswagen AG
S. 451, 1705
– Westland Helicopters Ltd.
S. 80[7], 274 f., 327, 343[28], 906

Wissenschaftsrat
S. 703[14]

Zaire
S. 1565, 1914

Zehnergruppe (G 10)
S. 32[37], 50[12], 131, 274, 718

Zentralafrikanische Republik
S. 137, 553

Zypern/Zypern-Konflikt
S. 353 f., 797[4], 992–994, 1209[11], 1229